Protokoll

der 1. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 7. Februar 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Jérôme Thiriet (GAB), Alexandra Dill (SP), Leonie Bolz (SP), Lea Wirz (GAB), Beda Baumgartner(SP), Lorenz Amiet (SVP).

Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung 2
2. Entgegennahme der neuen Geschäfte 5
3. Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge Jo Vergeat, GAB) 5
4. Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge David Wüest-Rudin, GLP) 6
5. Wahl eines Mitglieds der Petitionskommission (Nachfolge Anouk Feurer, GAB) 7
6. Wahl eines Mitglieds der Bildungs- und Kulturkommission (Nachfolge Claudio Miozzari, SP) 7
7. Wahl eines Mitglieds des Oberrheinrates (Nachfolge Christian von Wartburg, SP) 8
74. Wahl eines Mitglieds der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Nachfolge Tobias Christ, GLP) 8
8. Bewilligungen von Staatsbeiträgen an die Beyeler Museum AG für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der BKK 9
9. Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Verein LiteraturBasel für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der BKK 16
10. Förderung zeitgenössische Musik; Staatsbeiträge an das Musikbüro Basel für die Jahre 2024 bis 2026; Rahmenausgabenbewilligung Fachausschuss Musik BS/BL für die Jahre 2024 bis 2026/2029 im Präsidialdepartement, Abteilung Kultur, Ratschlag des RR 23
11. Staatsbeitrag für die Koordinationsstelle Freiwillige für Flüchtlinge (KOFFF) für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der GSK 26
12. Staatsbeitrag für die Initiative «CLINNOVA – Innovation in Healthcare» für die Jahre 2024 bis 2026», Bericht der GSK 31
13. Ausgabenbewilligung für die Projektierung und Realisation zur Erweiterung der Beachhalle Im Wasenboden 6, 4056 Basel, Ratschlag des RR 32

Beginn der 1. Sitzung

Mittwoch, 7. Februar 2024, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[07.02.24 09:00:24]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sehr geehrter Herr Statthalter, lieber Balz, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Grossen Rates, sehr geehrte Regierungsrätinnen und Regierungsräte, sehr geehrter Vorsitzender des Gerichtsrates, sehr geehrte Mitarbeitende des Parlamentsdienst und der Staatskanzlei, Medienvertreterinnen und Medienvertreter, Gäste auf der Tribüne und an den Bildschirmen, liebe Familie und Freunde. Manchmal darf ich Führungen machen hier im Ratshaus mit dem Kinderbüro und das mache ich sehr gerne, weil bei den Kindern immer eine riesige Faszination für unser buntes Haus zu spüren ist. Am liebsten habe ich es, wenn Sie mich mit 1000 Fragen löchern über unseren Betrieb, aber auch über irgendwelche Details hier im Haus. Ist das Türmchen auf unserem Dach aus echtem Gold? Wieso hat der Römer neben unserem Treppenaufgang rote Unterhosen an? Was sind das für Wappen hier oben bei der Tribüne?

Wüssten Sie Antworten auf diese Fragen? Bestimmt hat sich ihr Blick während einer Sitzung auch schon mal in einer der Darstellungen hier im Raum verloren. Gross inszeniert über uns ist die Aufnahme Basels in die Eidgenossenschaft, gegenüber haben wir grosse Darstellungen von Handel und von Wissenschaft. Die Medaillons zwischen den Fenstern hier drüber erinnern an grosse Basler Staatsmänner, der damaligen Zeit entsprechend vor allem Männer und viele mit Bart oder einzelne davon, zumindest Johann Rudolf Wettstein, der für die Schweiz die Loslösung vom deutschen Reich aushandelte oder Wilhelm Klein, der Basel die direkte Demokratie brachte. Es gibt aber auch viele kleinere Darstellungen über den Türen und Inschriften, die uns ganz direkt ansprechen. Ihr Grossrätinnen und Grossräte, Ihr Regierungsrätinnen und Regierungsräte seid klug wie Penelope über der ersten Türe zum Vorzimmer, tapfer wie Lucius Scaevola, gerecht wie Seleucus über der dritten Türe oder massvoll wie Alexander der Grosse hier drüben. Salus Publica Suprema Lex das steht dort drüben, das Gemeinwohl ist das oberste Gebot. Leichter gesagt als getan, aber ich würde behaupten, alle hier drin handeln entsprechend, zumindest meistens. So unterschiedlich die Grundhaltungen Ängste und Wünsche sind, unser gemeinsamer Nenner ist das Ziel für das Wohlergehen der Bevölkerung zu wirken.

Natürlich sind wir uns überhaupt nicht einig, wo wir diesbezüglich stehen und wo wir langgehen sollten. Und diese Uneinigkeit wird anhalten, solange die Demokratie funktioniert. Und doch ist uns gemeinsam, dass wir uns nach Kräften engagieren für das, was uns wichtig scheint. Diese Gemeinsamkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist wertvoll und wichtig. Sie bietet die Grundlage für die immer wieder erneuerte gemeinsame Lösungssuche und für den kollegialen Umgang vor, während und nach Debatten und Abstimmungen. Zu einer guten Diskussionskultur gehört es natürlich auch, dass politische Dispute hier am Rednerpult ihren Raum finden. Es dürfen auch mal pointierte Reden gehalten werden. Wir haben aus Gesellschaft ja auch Herausforderungen zu meistern. Die Schreckensmeldungen von internationalen Konflikten und die Verwerfungen, die das auch bei uns auslöst, aggressive Rhetorik, die ganze demokratische Ordnungen erschüttert, die schamlose Infragestellung von humanitären Übereinkünften auch bei uns. All das macht mir Sorgen und all das hat natürlich auch Auswirkungen auf unsere Diskussionen.

Ich möchte in diesem Kontext mit aller Deutlichkeit für unsere Demokratie und für die Achtung der Menschenrechte einstehen, und ich freue mich, wenn es mir möglichst viele gleichtun. Es schadet manchmal auch nicht, demütig zu sein und sich vor Augen zu führen, dass wir nur eines von vielen Kantonsparlamenten in der Schweiz sind und dass unser Kompetenzbereich von hier in alle Richtungen spätestens noch acht Kilometern aufhört und normalerweise schon viel früher. Wir sind der flächenmässig kleinste Kanton der Schweiz. In diesem engen Bereich bestimmen wir als Parlament vieles. Zugleich erreichen wir aber immer nur einen Teil der Menschen. Wir repräsentieren einen guten Teil der Wählerinnen und Wähler, wir sind vielleicht fast ebenso bunt und durchmischt wie sie, aber es ist auch wahr, dass mehr als die Hälfte von ihnen gar nicht gewählt hat und ein weiterer, noch diverserer Teil der Bevölkerung überhaupt nicht wahlberechtigt ist.

Auch mit dem immer kleiner werdenden Anteil von Wahlberechtigten in unserer Bevölkerung müssen wir uns auseinandersetzen. Ich finde, unser Wahlrecht soll sich weiterentwickeln, aber Sie werden ja schon sehr bald über entsprechende Vorlagen abstimmen. Ausserdem und sowieso braucht es unser stetiges Bemühen, den Menschen zuzuhören. Nur wenn wir uns für verschiedene Lebensrealitäten interessieren, wird es uns gelingen, diesen gerecht zu werden und Lösungen zu finden, die zum Vorteil aller sind.

Was, liebe Kolleginnen und Kollegen, denken Sie beeindruckt die Schülerinnen und Schüler im Rathaus am meisten? Ich verrate es Ihnen, mehr noch, wir führen es Ihnen vor. Die krasseste Wirkung hat unsere Technik und wie sie in diesem historizistischen Saal verbaut, ja versteckt ist. Haben Sie schon mal bewusst mitverfolgt, wie unsere Bildschirme und

Leinwände aus dem Täfer fahren? Ich finde das, ähnlich wie unsere Kinder, ziemlich crazy. Ja, ein Highlight ist es jeweils auch, wenn Klassen am Mikrofon des Redepultes debattieren und an unseren Knöpfen über Fragen abstimmen. Die Kinder und Jugendlichen sehen dabei, dass wir gleich funktionieren wie sie, wenn sie in der Klasse Entscheide fällen. Man bringt Argumente vor, man sucht nach einem Kompromiss und wenn es nötig ist, stimmt man halt noch Mehrheitsentscheid ab und dieser wird dann auch von der Minderheit akzeptiert.

Gerne behaupte ich am Ende der Führungen auf dem Turm des Rathauses jeweils, dass die Kinder nach ihrem Besuch dieses Haus besser kennen als viele Ratsmitglieder. Diese Behauptung möchte ich nun verifizieren und zwar per Abstimmung. Die Kinder auf den Führungen werden jeweils gefragt, ob sie zuvor schon mal im Rathaus waren. Das frage ich Sie jetzt natürlich nicht. Meine Frage an sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, lautet: waren Sie schon einmal auf dem Rathaus Turm?

Abstimmung

Abstimmung in der Eröffnungsrede

JA heisst, Sie waren schon einmal auf dem Rathausturm, NEIN heisst, Sie waren noch nie auf dem Rathausturm.

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 47 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002767, 07.02.24 09:08:35]*

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 47 waren noch nicht auf dem Rathausturm, 42 waren schon mal dort oben. Immerhin und 2 wollen es nicht sagen oder sind nicht mehr sicher, ob sie schon mal dort oben waren.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich mag sie, diese Momente, wenn die Bänke im Grossratssaal so gut besetzt sind, wenn die politischen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger sich versammeln, wenn wir Verantwortungsgefühl und Wertschätzung für unsere politischen Institutionen zeigen. Dass ich heute an so einem Moment sprechen darf, erfüllt mich mit Stolz und mit Demut. Mit Ihrer Unterstützung darf ich unseren Verhandlungen nun ein Jahr lang vorstehen. Ich werde mich nach bestem Wissen und Gewissen darum bemühen, dass wir geordnete Debatten führen und Entscheide korrekt fällen. Und ich werde mich auch ausserhalb dieses Hauses dafür einsetzen, dass die Menschen in unserem Kanton möglichst viel mitbekommen von unserer Parlamentsarbeit. Ich werde erzählen, dass man mit uns in Kontakt treten kann und dass man sich einbringen kann, dass die Demokratie vom Engagement aller lebt, und dass gute, tragfähige Entscheide auch in diesem Saal hier nicht vom Himmel fallen, auch wenn wir Bildschirme aus dem Täfer fahren lassen können.

Hiermit eröffne ich das 4. Amtsjahr der 44. Legislatur des Grossen Rates Basel-Stadt. (*Langer Applaus)*.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ganz herzlichen Dank. Jetzt darf ich Sie auch noch zur heutigen Sitzung begrüssen und ich habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Neues Ratsmitglied: Ich habe die Freude, ein neues Mitglied in unserem Rat begrüssen zu dürfen. Lukas Bollag von der GLP nimmt den Platz des zurückgetretenen David Wüest-Rudin ein. Ich bitte Lukas Bollag, sich kurz von seinem Sitz zu erheben und wünsche ihm für seine verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und heisse ihn hier herzlich willkommen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Fotograf im Saal: Heute Vormittag macht der Fotograf Michael Fritschi neue Bilder zu unserem Parlamentsgeschehen. Die Bilder werden in einigen Tagen in der Bildergalerie auf der Homepage des Grossen Rates aufgeschaltet und sind dann frei zum Download.

Zwei runde Geburtstage: Ivo Balmer und Franziska Roth feierten zusammen den 100. Geburtstag. Aus diesem Anlass spendieren Sie heute morgen den Kaffee. Im Namen des Grossen Rates gratuliere ich den beiden ganz herzlich zum Geburtstag und bedanke mich für diese grosszügige Gäste.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Neue Interpellationen: Es sind 14 neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen Nummern 1, 2, 5 und 10 werden mündlich beantwortet heute Nachmittag.

Das waren die Mitteilungen. Wir kommen damit zur Tagesordnung: Aantrag auf ein neues Traktandum. Die Fraktion GLP beantragt, ein neues Traktandum 74. Wahl eines Mitglieds der UVEK, Nachfolge Tobias Christ auf heute, nach Traktandum 7, anzusetzen. Möchte die Fraktion begründen oder gibt es Gegenanträge? Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit der Traktandierung einverstanden sind. Sie haben so beschlossen.

Dringliche Traktandierung, Motion 9: Joël Thüring beantragt die Motion betreffend «Bequem durch die Innerstadt mit einem Tramersatz, damit betagte und mobilitätseingeschränkte Personen und das Gewerbe nicht vergessen werden» dringlich zu traktandieren. Möchte der Motionär begründen? Er möchte es.

Joël Thüring (SVP): Herr Präsident, meine Damen Herren, ich bitte Sie, diese Motion auf die Traktandenliste für diesen Monat zu setzen. Es geht hier um eine Tramsperrung in der Innenstadt, voraussichtlich im April dieses Jahres, und deshalb macht es Sinn, dass wir heute darüber diskutieren. Sie können sie danach auch ablehnen, aber zumindest heute darüber diskutieren, um entsprechend diese Sache für den April aufzugleisen.

Es ist mir auch klar, dass es sich um eine erste Überweisung der Motion handelt. Nichtsdestotrotz halte ich es für nicht besonders sinnvoll, wenn während eines ganzen Monats kein Tram durch die Innenstadt fahren kann und auch kein Tramersatz möglich ist. Gerade ältere Menschen möchten vielleicht doch gerne die Möglichkeit haben, in die Stadt zu gehen, einkaufen zu gehen oder allenfalls auch etwas essen zu gehen, und das wird erschwert, wenn keine Tram und auch keine Tramersatzmöglichkeiten in der Innenstadt bestehen.

Deshalb bitte ich Sie, diese Motion heute für dringlich zu erklären.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage vor. Sie wird abgelehnt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die nächste Sprecherin ist Jessica Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Wir finden nicht, dass diese Motion dringlich behandelt werden soll. Ja, es geht um eine Tram-Sperrung im April. Ich glaube aber, eine Motion ist der falsche Weg. Sie hätten zum Beispiel das Telefon in die Hand nehmen und Regierungsrätin Esther Keller anrufen können, Sie haben ihre Handynummer. Man kann sie ansprechen, es wäre nicht so schwierig gewesen. Man hätte eine Interpellation einreichen können Dass es immer gleich eine Motion sein muss, verstehen wir nicht, dass man sie dann auch noch dringlich traktandieren muss, riecht für mich vor allem nach Wahlkampf. Wenn Ihnen die Rechte von Personen, die mobilitäteingeschränkt sind, so sehr am Herzen liegen, wie Sie sagen, dann hätten Sie sich zum Beispiel auch 2019 beim Behindertengleichstellungsgesetz, also dem Gesetz, das dem zugrunde liegt, dass diese Menschen überall in der Stadt in das Tram einsteigen können, vielleicht nicht enthalten sollen, Joël Thüring. Für uns ist das einfach billige Polemik und wir sind dagegen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist André Auderset.

André Auderset (LDP): Die Fraktion der LDP wünscht die dringliche Behandlung dieser Motion und wird sich entsprechend stimmlich verhalten. Es geht eigentlich darum, dass wir das entweder heute dringlich machen oder wir machen es gar nicht. Denn wenn man dies erst im Februar behandelt und es dann noch zu einer Zweitüberweisung kommt, dann kann man es ja auch gleich sein lassen. Und billige Wahlpolemik hin oder her, auf 2019 und das entsprechende Abstimmungsverhalten zu verweisen, das ist auch etwas sehr billig, Jessica Brandenburger.

Ich finde, wir sollten mal darüber reden, wir könnten ein starkes Zeichen setzen an die BVB mit einer starken Überweisung, dass es nämlich einfach nicht geht zu sagen, wir sperren die Innenstadt für einen Monat und ihr könnt ja alle zu Fuss gehen. Insofern mag die Motion vielleicht nicht das absolut perfekte Mittel sein, aber es ist das stärkste, das wir haben, und die LDP ist dafür, dass wir dieses anwenden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich unterstütze natürlich das Anliegen Joël Thüring. Ich möchte ganz kurz auf meine Vorrednerin Jessica Brandenburger zu sprechen kommen. Sie hat gesagt, es rieche nach Nachwahlkampf. Aber was Sie Joël Thüring an den Kopf werfe, machen Sie ja selber. Es ist erlaubt.

Und Jessica Brandenburger, wenn Sie sagen, es riechet nach Polemik, muss sich das ganz klar zurückweisen. Was Joël Thüring fordert, ist eine ganz eine normale Sache, die er beantragen kann. Auch die Liste Ausländer Stopp wird natürlich den Antrag von der SVP in der langen parteipolitischen Geschichte unterstützen. Da können Sie auch schmunzeln und lächeln, wie Sie es jetzt machen, aber meine Stimme haben Sie nicht, Jessica Brandenburger.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Entgegen der Kreuztabelle werden wir Grünliberalen Nein zur dringlichen Traktandierung sagen. Jessica-Brandenburger hat es sehr schön gesagt betreffend der Dringlichkeit respektive der Motion. Eine Interpellation oder ein direkter Kontakt zu Regierungsrätin Esther Keller hätte es auch getan.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zur dringlichen Traktandierung von Motion 9 vor. Da der Motionstext nicht drei Wochen vor der Sitzung den Mitgliedern des Grossen Rates zugestellt wurde, ist für die dringliche Traktandierung ein Zweidrittelmehr notwendig. Wir stimmen darüber ab.

2/3-Abstimmmung

JA heisst dringliche Traktandierung, NEIN heisst keine dringliche Traktandierung.

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 50 Nein, 5 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002769, 07.02.24 09:20:31]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine dringliche Traktandierung

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die dringliche Traktandierung abgelehnt mit 37 Ja-Stimmen gegen 50 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Es liegen zum Traktandum 1 keine weiteren Wortmeldungen vor. Sie haben die Tagesordnung stillschweigend genehmigt und Geschäft Nummer 1 ist somit erledigt.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[07.02.24 09:20:53]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen hier keine Wortmeldungen vor. Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit der vom Büro vorgeschlagenen Zuweisung dieser Geschäfte einverstanden sind. Sie haben so beschlossen.

3. Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge Jo Vergeat, GAB)

[07.02.24 09:21:14]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden 3 bis 7 und auch 74 offen durchzuführen, da die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Die Abstimmungen werden natürlich immer noch einzeln durchgeführt. Für offene Wahlen braucht es die

Zustimmung eines Zweidrittelmehrs, also doppelt so viele Ja-Stimmen wie Nein-Stimmen. Wir kommen zur Abstimmung über offene Wahl.

2/3-Abstimmmung

JA heisst offene Wahlen bei den Traktanden 3 bis 7 und 74, NEIN heisst geheime Wahlen

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002773, 07.02.24 09:22:29]*

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahlen bei den Traktanden 3 bis 7 und 74

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den offenen Wahlen zugestimmt mit 88 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme bei keiner Enthaltung. Gemäss § 14 Abs. 1 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommissionen während der gesamten Amtsperiode unverändert. Es sind deshalb nur Wahlvorschläge zulässig, welche auf Mitglieder der Fraktion GAB laufen.

Für die Wahl als Mitglied der Finanzkommission der Fraktion GAB vorgeschlagen wurde Anouk Feurer. Es sind keine weiteren schriftlichen Wahlvorschläge eingegangen.

Wir kommen zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Anouk Feurer wählen will, stimmt JA, Wer sie nicht wählen will, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002775, 07.02.24 09:23:43]*

Der Grosse Rat wählt

Anouk Feurer als Mitglied der Finanzkommission

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich gratuliere Anouk Feurer zur Wahl als Mitglied der Finanzkommission und wünsche ihr Freude und Erfolg im neuen Amt. Sie haben 87 Ja-Stimmen eine Nein-Stimme und eine Enthaltung abgegeben.

4. Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge David Wüest-Rudin, GLP)

[07.02.24 09:24:23]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Wahl als Mitglied der Finanzkommission für die GLP vorgeschlagen wurde Tobias Christ. Wählbar sind Mitglieder der Fraktion GLP. Es sind keine weiteren schriftlichen Wahlvorschläge eingegangen. Somit kommen wir zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Tobias Christ wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002778, 07.02.24 09:24:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

Tobias Christ als Mitglied der Finanzkommission zu wählen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben Tobias Christ mit 87 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und 2 Enthaltungen in die Finanzkommission gewählt.

Ich gratuliere ihm zur Wahl als Mitglied der Finanzkommission und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt.

5. Wahl eines Mitglieds der Petitionskommission (Nachfolge Anouk Feurer, GAB)

[07.02.24 09:25:10]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch hier sind nur Wahlvorschläge zulässig aus der Fraktion GAB. Es wurde schriftlich Jo Vergeat als Kandidatin für die Petitionskommission gemeldet von der Fraktion.

Wir kommen auch hier zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Jo Vergeat wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002781, 07.02.24 09:26:03]*

Der Grosse Rat beschliesst

Jo Vergeat als Mitglied der Petitionkommission zu wählen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben auch hier der Wahl zugestimmt mit 89 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und einer Enthaltung. Ich gratuliere Jo Vergeat zur Wahl als Mitglied der Petitionskommission und wünsche ihr Freude und Erfolg im neuen Amt.

6. Wahl eines Mitglieds der Bildungs- und Kulturkommission (Nachfolge Claudio Miozzari, SP)

[07.02.24 09:26:21]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Von der SP wurde Michela Seggiani für die Bildungs- und Kulturkommission nominiert. Es sind keine weiteren schriftlichen Wahlvorschläge eingegangen. Wir kommen zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Michela Seggiani wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002783, 07.02.24 09:27:08]*

Der Grosse Rat beschliesst

Michela Seggiani als Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission zu wählen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben der Wahl zugestimmt mit 90 Ja-Stimmen einer Nein-Stimme und einer Enthaltung. Ich gratuliere Michela Seggiani zur Wahl als Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission und wünsche ihr Freude und Erfolg im neuen Amt.

7. Wahl eines Mitglieds des Oberrheinrates (Nachfolge Christian von Wartburg, SP)

[07.02.24 09:27:25]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Wahl als Mitglied des Oberrheinrates von der Regiokommission vorgeschlagen wurde das bisherige Ersatzmitglied Felix Wehrli. Wählbar sind Personen der Regiokommission. Zudem schlägt die Regiokommission neu als Ersatzmitglied Melanie Eberhard vor. Es sind keine anderen schriftlichen Wahlvorschläge eingegangen. Wir kommen zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Felix Wehrli als Mitglied und Melanie Eberhard als Ersatzmitglied des Oberrheinrates wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002785, 07.02.24 09:28:32]*

Der Grosse Rat beschliesst

Felix Wehrli als Mitglied und Melanie Eberhard als Ersatzmitglied des Oberrheinrates zu wählen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben der Wahl zugestimmt mit 88 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen.

Ich gratuliere Felix Wehrli und Melanie Eberhard zur Wahl und wünsche ihnen Freude und Erfolg im neuen Amt.

74. Wahl eines Mitglieds der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Nachfolge Tobias Christ, GLP)

[07.02.24 09:28:50]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Wahl als Mitglied der UVEK wurde von der Fraktion GLP vorgeschlagen Lukas Bollack. Wählbar sind Mitglieder der Fraktion GLP und es sind keine anderen schriftlichen Wahlvorschläge eingegangen. Wir kommen zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Lukas Bollack wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002787, 07.02.24 09:29:41]*

Der Grosse Rat beschliesst

Lukas Bollack als Mitglied der Umwelt-, Verkehr- und Energiekommission zu wählen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben der Wahl zugestimmt mit 89 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung.

Ich gratuliere Lukas Bollack zur Wahl als Mitglied der UVEK und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt.

8. Bewilligungen von Staatsbeiträgen an die Beyeler Museum AG für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der BKK

[07.02.24 09:29:59, 23.1343.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, Ausgaben in der Höhe von insgesamt 8,86 Millionen zu bewilligen. Für die Kommission geht das Wort an deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Seit der Eröffnung im Jahre 1997 trägt die Fondation Beyeler stark zur Strahlkraft der Museumsstadt Basel bei. Ohne die Institution würde dem Kanton ein Publikumsmagnet fehlen, von dem wir alle profitieren. Die Fondation weist eine hochklassige Sammlung und ein innovatives Vermittlungsprogramm auf. Darum ist der Staatsbeitrag in der BKK völlig unbestritten. Die Fondation Beyeler hat ein weiteres Mal eine Erhöhung des Beitrags beantragt, worauf der Regierungsrat ein weiteres Mal nicht eingetreten ist.

Am Hearing haben die Vertreterinnen und Vertreter der Fondation argumentiert, dass sie eigentlich ein erfolgreiches Finanzierungsmodell aufweisen würden mit Selbstfinanzierung, Subventionen und Stiftungsgeldern. Das Modell gerate jedoch immer mehr in Schieflage, da in den Anfangszeiten die Subventionen 50 Prozent ausgemacht hätten und jetzt lediglich noch bei 9 Prozent des gesamten Finanzbedarfs liegen. So werde die nachhaltige finanzielle Basis dem Museum entzogen. Die Betriebsbeiträge der Stiftung seien plafoniert und hätten ihr Maximum erreicht. Eine grosse Herausforderung seien die gestiegenen Ausgaben für Energie, Digitalisierung, die Besucherkommunikation und für die Personalkosten, da die Mindestlöhne angehoben worden seien. Zudem belastet der Wegfall der Betriebsbeiträge des Kantons Basel-Landschaft, der jeweils zwischen 300’000 und 400’000 Franken jährlich betragen hat, stark.

Der Regierungsrat begründet die Absage an eine Beitragserhöhung damit, dass einerseits die Fondation Beyeler bereits den höchsten Beitrag aller privaten Museum erhalte und nicht klar aufzeigen könne, dass sie ohne Staatsbeitrag nicht existieren könne, da sie von einer grosszügigen mäzenatischen Defizitgarantie profitiere.

Die BKK hat nach den beiden Hearings mit dem Präsidialdepartement und der Fondation Beyeler eine sorgfältige Abwägung der gehörten Argumente gemacht und sie beantragt dem Grossen Rat eine Erhöhung der Staatsbeiträge um 250’000 Franken pro Jahr. Die Fondation Beyeler legt klar dar, dass sie zwar Beiträge aus der Stiftung erhalten würde, dass die Stiftung aber keine Defizitgarantie abgebe. Die Stiftungssubstanz dürfe nicht signifikant gemindert werden, da die Stiftung keine neuen Mittel erhalte und nicht als Verbraucherstiftung gelte. So seien die Beiträge beschränkt und das Beitragsmaximum sei erreicht. Zudem seien Beiträge von weiteren Stiftungen oder privaten Gönnern und Gönnerinnen ebenfalls begrenzt und andere Museen und kulturelle Institutionen sind ebenfalls auf diese Gelder angewiesen.

Der BKK ist wichtig, dass die Fondation Beyeler nicht in eine Abwärtsspirale gerät, denn wenn das strukturelle Defizit steigt, ist eine nachhaltige Finanzierung nicht mehr gegeben. Mit dieser Erhöhung möchte die BKK, dass die Fondation ihre Strahlkraft weiterhin erhalten kann und dass das ausgezeichnete Vermittlungsangebot vor allem auch für junge Menschen erhalten werden kann. In diesem Zusammenhang ist der BKK aber auch wichtig zu erwähnen, dass sich die Verantwortlichen der Fondation Beyeler weiterhin und intensiv um finanzielle Beiträge aus dem Kanton Basel-Landschaft bemühen sollen.

Auch Schulklassen aus unserem Nachbarkanton können die Angebote der Fondation kostenlos nutzen, was auch gemacht wird. Aus Sicht der BKK soll hier der Kanton Basel-Landschaft auch eine finanzielle Mitverantwortung übernehmen.

Die BKK hat in ihrer Diskussion noch weitere Themen wie den Neubau und die Tatsache, dass die Fondation Beyeler sich entwickeln kann, ohne sich mit dem Kanton abzusprechen, angesprochen. Das führe ich jetzt nicht nochmals aus, sondern verweise, weil es eben schon auch wichtig ist, auf den schriftlichen Bericht.

Die BKK beantragt entsprechend dem Grossen Rat einstimmig, Ausgaben in der Höhe von 2,215 Millionen Franken pro Jahr für die Jahre 2024 bis 2027 zu bewilligen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat das Wort Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Gerade bei der diesjährigen Museumsnacht ist uns allen wieder bewusst geworden, dass sich Basel im Kulturbereich dank der grossartigen Museen erfolgreich positionieren kann. Private Museen leisten daran wichtige Beiträge. Heute steht die Erneuerung des Staatsbeitrags der Fondation Beyeler beziehungsweise deren Trägerschaft, die Beyeler Museum AG und ihre Förderung durch die öffentliche Hand zur Debatte.

Die Fondation Beyeler ist überregional und international das bedeutendste private Basler Museum und sie ist das meist besuchte Kunstmuseum der Schweiz. 2022 waren es 363’000 Besucherinnen und Besucher. Aktuell erhält die Beyeler Museum AG vom Kanton Basel-Stadt die Summe von 1,965 Millionen Franken pro Jahr. Sie hat um Erneuerung des Staatsbeitragsverhältnisses für die Jahre 2024 bis 2027 und um eine pauschale Erhöhung um 500’000 Franken pro Jahr ersucht. Das Gesamtbudget der Institution beträgt rund 30 Millionen Franken pro Jahr.

Die Fondation Beyeler ist bekannt für ihr grossartiges Ausstellungsprogramm, das zwischen populären Publikumsausstellungen und der Präsentation unbekannterer Positionen oszilliert. Sie verfügt über eine hochkarätige Sammlung klassischer Moderne, über ein innovatives Vermittlungsprogramm für junge Erwachsene und ein ebenso hervorragendes Event-Programm. Ihre finanzielle Lage ist im Grundsatz stabil. Die Institution generiert rund 55 Prozent ihrer Erträge selber und akquiriert einen wesentlichen Teil ihrer Mittel durch privates Sponsoring, Mäzenatentum und Mitgliedschaften. Der Staatsbeitrag, das ist ausgeführt worden, macht aktuell 9 Prozent aus. In den letzten Jahren kamen zum Staatsbeitrag noch zwei spezifische Positionen dazu. Das betrifft eine Kurzarbeits- und Ausfallentschädigung wegen der Coronapandemie von total 4,8 Millionen Franken, und ein Transformationsprojekt für digitale Transformation wurde ebenfalls unterstützt mit 95’800 Franken. Die Fondation Beyeler investiert laufend in die räumliche Infrastruktur. Aktuell liegt der Fokus auf dem Neubau von Peter Zumthor im Iselin-Weber-Park. Der Neubau soll 2025 eröffnet werden und ist vollständig durch Drittmittel finanziert.

Nun hat die Institution um eine Erhöhung der Staatsbeiträge um 500’000 Franken ersucht. Ihr Hauptargument, wir haben es gehört von der Kommissionspräsidentin, lautet, die ursprüngliche Verteilung der Ertragssäulen Eigenmittel, Drittmittel und Kanton entsprächen nicht mehr ihren einmal geplanten Verhältnissen. Der Beitrag des Kantons sei trotz massiver Weiterentwicklung im Budget und Ausbau des Angebots seit 1997 kaum angepasst worden.

Der Regierungsrat würdigt die Entwicklung und den Erfolg der Fondation Beyeler umstandslos und ist sich bewusst, welche tragende Rolle sie für die Ausstrahlung Basels als Museums- und Kunststadt spielt. Die Fondation Beyeler ist grossartiger Partner in der Basler Kulturlandschaft. Sie ist ein Segen für die Stadt und unsere Region. Der Regierungsrat bestreitet daher die Sinnhaftigkeit der Förderung durch den Kanton in keiner Weise und befürwortet sie vollumfänglich. Einer Erhöhung stimmt der Regierungsrat aber nicht zu, denn in ihrer positiven Entwicklung ist die Fondation Beyeler im Quervergleich wenig abhängig von den kantonalen Geldern, gerade weil sie von einer grosszügigen mäzenatischen Defizitgarantie profitiert.

Es ist wichtig, sich an dieser Stelle das Staatsbeitragsgesetz in Erinnerung zu rufen, das eben die Notwendigkeit einer staatlichen Förderung voraussetzt, subsidiär zu den privaten Mitteln, die im Vordergrund stehen sollen. Dies sieht die Regierung hinsichtlich des neuen Erhöhungsantrags jetzt nicht ausgegeben. Der Regierungsrat möchte deshalb bei der Weiterführung der Staatsbeiträge in bisheriger Höhe von 1,965 Millionen Franken pro Jahr bleiben und befürwortet wie bisher eine vierjährige Laufzeit.

Der Regierungsrat anerkennt die sorgfältige Auseinandersetzung der BKK mit diesem Ratschlag und nimmt zur Kenntnis, dass sie sich mit ihrem Bericht für eine Erhöhung der Staatsbeiträge um 250’000 Franken einsetzt, damit dem Antrag der Trägerschaft zur Hälfte entsprechen möchte. Die BKK verweist auch auf die Thematik einer wünschbaren Unterstützung seitens des Kantons Basel-Landschaft. Wegen veränderten Vergabekriterien des Swisslos-Fonds Basel-Landschaft erhält das Museum seit 2017 von diesem keine Unterstützung mehr, was gemäss Information der Institution zu Einnahmeausfällen zwischen 250’000 und 400’000 Franken pro Jahr führe.

Der Regierungsrat kann die Entscheidung des Swisslos-Fonds Basel-Landschaft in diesem Fall nur zur Kenntnis nehmen. Er sieht gleichzeitig keinen Anlass, einen Ausfall der Swisslos-Fondsmittel aus Basel-Landschaft mit einer Erhöhung der Staatsbeiträge durch den Kanton Basel-Stadt zu kompensieren.

Ich möchte Ihnen damit abschliessend empfehlen, dem Regierungsrat zu folgen, der Weiterführung der Staatsbeiträge an die Beyeler. Museums AG zuzustimmen bin überzeugt, dass auch damit weiterhin ein hoch attraktives Angebot für die Basler Bevölkerung erhalten, unterstützt und weiterentwickelt werden kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Da wir auch über einen Nachtragskredit befinden, haben wir auch eine Sprecherin der Finanzkommission, die wir vorher übersprungen haben. Wir gehen deshalb jetzt zurück zu den Kommissionssprechenden und ich erteile der Vizepräsidentin der Finanzkommission Michela Seggiani das Wort.

Michela Seggiani (SP): Der Form halber darf ich als Vizepräsidentin der Finanzkommission Ihnen Folgendes mitteilen. In der Finanzkommission haben wir zum Erhöhungsantrag respektive zum Nachtragskredit der BKK, zum Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Beyeler Museum AG für die Jahre 2024 bis 2027 einstimmig beschlossen, diesen zur Genehmigung zu beantragen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zu den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern. Da hat sich als erster für die SVP Joël Thüring eingetragen.

Joël Thüring (SVP): Im Namen der SVP-Fraktion beantrage ich Ihnen, dem Antrag der Bildungs- und Kulturkommission zu folgen und entsprechend diese Staatsbeitragserhöhung zu bewilligen. Wir sprechen ungerne von Leuchttürmen, aber wenn wir einen Leuchtturm in unserer Region im kulturellen Bereich haben, dann ist das neben dem Kunstmuseum sicher die Fondation Beyeler. Das ist ein Museum mit nationaler und internationaler Strahlkraft. Wenn man über Basel, über unsere Region und über Kultur spricht, dann kommt man nicht darum herum, das Beyeler-Museum in Riehen zu erwähnen. Das ist einer dieser Leuchttürme, die unsere Kulturstadt Basel, unsere Region in Fragen der Kultur ausmacht. Ich glaube, das dürfen wir an dieser Stelle wirklich auch noch einmal ganz deutlich hervorheben.

Es ist ein Museum mit Strahlkraft und man sieht es auch, dass dieses Museum Strahlkraft hat. Das sieht man Jahr für Jahr an den Besucherzahlen, das sieht man aber auch daran, dass es dem Museum immer wieder gelingt, herausragende und hervorragende Ausstellungen zu kuratieren, mit spannenden Ausstellungen auch Menschen in unsere Region zu bringen, die dann wieder zur Wertschöpfung nicht nur für das Museum beitragen, sondern eben auch für die Wertschöpfung unserer Region ganz wichtig sind.

Deshalb ist es uns auch sehr wichtig, hier festzuhalten, dass wir es eben sehr wohl für richtig erachten, dass dieser Staatsbeitrag nun für die Fondation erhöht wird. Wir haben diese Diskussionen auch in der Kommission geführt, ob es notwendig ist, dass das Beyeler Museum über einen erhöhten Staatsbeitrag verfügen muss. Meine Fraktion ist ganz klar zum Entscheid gekommen, dass das richtig und notwendig ist, denn wenn wir sehen, wie sich der Verlauf der Finanzierung des Betriebsaufwandes in Prozenten in den letzten 20 Jahren entwickelt hat, dann können wir feststellen, dass der Anteil der Subventionen des Kantons Basel-Stadt kontinuierlich gesunken ist, von einmal etwas über 11 Prozent auf nun neu, wenn wir dem Antrag des Regierungsrates folgen würden, noch gerade einmal etwas über 8 Prozent. Und das ist schon eine beachtliche Reduktion des Anteils des Kantons an den Beiträgen des Museums, an den Beiträgen des Betriebsaufwandes, und lässt ausser acht, dass dieses Museum wie viele andere Häuser und viele andere Institutionen, die der Kanton mit unterstützt, eben auch unter der Teuerung leidet und darunter, dass alles auch in der Kette teurer geworden ist, auch beispielsweise die Versicherungssummen für Kunst und Kulturgüter aber eben auch Kosten für Personal, für Ausstellungen. All das ist auch für das Museum Beyeler teurer geworden und das muss aus unserer Sicht nun auch in diese in diese Überlegungen mit einfliessen.

Das Museum leistet darüber hinaus gerade dort sehr wertvolle Arbeit, wo es dem Regierungsrat immer sehr wichtig ist, dass auch Staatsbeiträge ausbezahlt oder verwendet werden, nämlich im Bereich der Vermittlung. Wir können festhalten, auch in dieser Frage ist die Fondation Beyeler ein Leuchtturm in unserer Region. Es gibt kaum ein Museum, das es immer wieder schafft, auch junge Menschen für Kultur zu begeistern. Denken Sie nur an diese Gratiseintritt auch für die unter 25-Jährigen, denken Sie aber auch beispielsweise an die vielen Festivals, die im im Garten der Fondation Beyeler in den Sommermonaten stattfinden, beispielsweise auch das bei jungen Menschen sehr beliebte Sunset, ein Technofestival, das mehrfach im Jahr stattfindet, das junge Menschen in ein Museum bringt, jungen Menschen oder jüngeren Menschen es auch ermöglicht, beim Besuch dieses Festivals gratis und kostenlos den Innenteil des Museums zu besichtigen. Eine Möglichkeit auch hier mit Kultur in Berührung zu kommen und eine niederschwellige Möglichkeit auch für Kultur in unserer Region zu werben. Und auch dieses Angebot zeigt, dass es der Fondation immer wieder gelingt, gerade dort Menschen abzuholen, die vielleicht nicht auf den ersten Blick einen Bezug zu Museen oder ganz generell zur Kultur haben.

Wir erachten deshalb diese Erhöhung des Staatsbeitrages von 250’000 Franken, wie es nun die Bildungs und Kulturkommission beantragt hat für richtig. Wir wissen, dass die Fondation Beyeler 500’000 Franken beantragt hat. Wir

glauben aber, dass dieser Mittelweg richtig ist und auch ein starkes Zeichen setzt, dass wir die Fondation Beyeler auch langfristig auf soliden finanziellen Beinen sehen möchten. Es ist eben ein bisschen ein Trugschluss zu meinen, dass es schon immer einfach so weitergeht, dass die Fondation über tolle grosszügige Mäzene oder auch Stiftungen finanziert wird. Auch das Museum Beyeler hat dieselben Herausforderungen wie andere Häuser in dieser Region, auch sie müssen vermehrt intensiv Drittmitteleinwerben. Auch sie stehen vor den gleichen Problemen wie andere Häuser und wir können keinesfalls sagen, dass langfristig die Finanzierung der Fondation Beeler einfach nur dadurch gesichert ist, weil es einige sehr grosszügige Mäzene gibt, die dieses Haus unterstützen. Diese Unterstützung kann auch einmal ab- oder wegbrechen und die Mittel der Stiftung sind limitiert. Das ist auch im Stiftungszweck so festgehalten. Auch hier kann die Fondation nicht einfach willkürlich über zusätzliche Gelder verfügen. Es wäre schon ein wenig seltsam, wenn wir permanent dort, wo Kulturinstitutionen klagen oder Not haben, wie beispielsweise beim nächsten Traktandum, einfach die Staatsbeiträge Periode für Periode erhöhen, und diejenigen Institutionen, die es in den vergangenen 20 Jahren geschafft haben, gut zu wirtschaften, solide zu haushalten, dann bei berechtigten Anliegen für eine Erhöhung des Staatsbeitrages aussen vorlassen und nicht unterstützen. Das wirkt ein wenig so, als wäre es im Präsidialdepartement der Wunsch, möglichst die Kulturinstitutionen nicht zu unterstützen, die gut arbeiten, also die fast noch dafür zu bestrafen, dass sie nicht jedes Jahr für neue zusätzliche Gelder hier in diesem Hause werben.

Deshalb glauben wir, ist das Signal heute mit dieser moderaten Erhöhung von 250’000 Franken pro Jahr richtig. Es ist ein Zeichen an die Fondation Beyeler und es zeigt auch unser langfristiges Commitment für eine erfolgreiche Fondation Beyeler, die mit diesem neuen Projekt des Neubaus und dessen Betriebsaufwand für die ersten 10 Jahre fremdfinanziert ist, aber trotzdem natürlich die Herausforderungen im Bereich des Betriebsaufwandes für das Haus ganz generell eben nicht geringer wird. Deshalb glauben wir, macht hier diese Erhöhung für diesen Leuchtturm Sinn, damit wir auch in den kommenden Jahren tolle Vermittlungsangebote haben. Die Fondation hat auch in den Hearings uns versichert, dass diese Vermittlungsangebote für Jugendliche und für junge Menschen selbstverständlich fortgeführt werden und wir sind hier sehr auch von der Kraft dieses Hauses überzeugt, dass dies auch in den kommenden Jahren gelingen wird und wir möglichst viele Menschen niederschwellig nach Riehen in diese tolle Fondation bringen können.

Wir bitten Sie deshalb heute dem Antrag der BKK zuzustimmen und den Staatsbeitrag entsprechend zu erhöhen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion LDP geht das Wort an Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Ich begrüsse auch auf der Tribüne die kaufmännische Direktorin der Beyeler Museum AG.

Ich danke der Kommissionspräsidentin für die Ausführung, wie auch meinem Vorredner für die detaillierte Ausführung und ich werde da nicht auf jede Zahl eingehen. Aber die Fondation Beyeler ist zweifellos ein kulturelles Highlight in Basel. Als meist besuchtes Museum der Stadt und eines der erfolgreichsten Museen für die moderne und zeitgenössische Kunst in Europa trägt es zur Attraktivität Basels als Kunst- und Museumsstadt bei. Mit seinem hochkarätigen Ausstellungsprogramm und innovativen Vermittlungsangebot lockt das Beyeler Museum nicht nur kunstbegeisterte Besucher aus aller Welt an, sondern geniesst auch internationale Anerkennung.

Die Staatsbeiträge an das Beyeler Museum sind seit 2015 unverändert, wir haben es gehört. Angesichts der allgemeinen Kostenentwicklung ist eine massvolle Erhöhung des Staatsbeitrages an die Erfüllung der Kernaufgaben des Museums gerechtfertigt. Eine solche finanzielle Anpassung wäre ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber dem Museum und seiner herausragenden Leistung. Sowohl in künstlerischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht stellt das Beyeler Museum einen Mehrwert für unsere Region dar. Als international renommiertes Zentrum für moderne und zeitgenössische Kunst zieht es Touristen aus aller Welt an, belebt den lokalen Tourismussektor und bringt positive wirtschaftliche Effekte für die umliegenden Unternehmen.

Die LDP-Fraktion erachtet es deshalb als wichtig und richtig, dass der Kanton sein Engagement für das Beyeler Museum weiterführt und anpasst. Sie unterstützt den Antrag der BKK, die Staatsbeiträge an das Beyler Museum um 250’000 Franken pro Jahr für die nächsten vier Jahre zu erhöhen und bittet Sie, dem Antrag zu folgen danke.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich will das Beyeler Museum nicht als Leuchtturm bezeichnen. Dieser Begriff bringt bei uns Unglück. Ich erinnere nur an die Kaserne und das AUE. Aber wir sind allen begeistert von den Leistungen der Fondation Beyeler und gehen immer gerne hin, wie etwa wenn der Grosse Rat zusammen mit dem Landrat dort eingeladen ist. Ob der Landrat zukünftig auch noch eingeladen wird, wenn sich unser Partnerkanton weiterhin der Unterstützung verweigert, habe ich nicht zu beurteilen.

Regierungsrat Lukas Engelberger hat das Staatsbeitragsgesetz angerufen. Für mich steht folgende fest: Wenn die Fondation Beyeler in den Geltungsbereich des Staatsbeitragsgesetzes fällt, und das wird nicht beschritten vom Regierungsrat, dann besteht auch ein gewisses Ermessen in der Höhe des Beitrages. Dieses Ermessen wurde vom Regierungsrat nicht ausgeschöpft. Das Ermessen wurde von der BKK und hoffentlich von Ihnen ausgeschöpft und die Erhöhung ist «nur» im Ausmasse der aufgelaufenen Teuerung seit 2015 beantragt, das heisst mit dem Geld, das wir jetzt sprechen, finanzieren wir das gleiche Angebot wie wir 2015 finanzieren wollten. Es wird also nicht mehr Angebote finanziert. Das Beyeler Museum haushaltet auch durchaus sparsam mit seinen Mitteln. Uns wurde zum Beispiel versichert, dass das Lohnniveau im Beyeler Museum unter demjenigen der staatlichen Museen liegt.

Wenn es darum geht, so wertvolle Veranstaltungen wie Swiss Indoors oder Baloise Session zu fördern, dann ist ja der Regierungsrat immer sehr kreativ mit Konstruktionen, wie man eine Förderung als Sponsoring-Engagement verkleiden kann. Wir sind jetzt hier wirklich auf dem Boden geblieben, haben gesagt, eine gewisse Erhöhung des Staatsbeitrags ist angemessen für die grosse Leistung, die das Beyeler Museum bringt im kulturellen Bereich. Aber eben, da könnte man auch Studien wie bei Swiss Indoors oder bei Baloise Session anstellen, wie hoch die Wertschöpfung für unsere Region ist.

Und noch etwas: Mäzenatentum ist eben keine Selbstverständlichkeit, ist nicht richtig abgesichert. Ein gewisses Zeichen, dass wir dieses grosszügige Mäzenatentum schätzen, stellt eben auch diese massvolle Erhöhung des Staatsbeitrages dar. Und in diesem Sinne bittet sie die FDP-Fraktion, dem Antrag der PKK zu folgen. Wir sind sonst sehr regierungstreu, aber ich glaube, in diesem Punkt können Sie mit gutem Gewissen von der Regierung abweichen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Die SP-Fraktion kann sich dem Lob und der Wertschätzung für das Beyeler Museum nur anschliessen. Die SP-Fraktion ist sich der Bedeutung des Beyeler Museums nicht nur für Basel, sondern für die ganze Schweiz sehr bewusst und wir wissen ihre hervorragenden Leistungen sehr zu schätzen. Die Fondation Beyeler erreicht ein zahlreiches und äusserst vielfältiges Publikum in allen Alterskategorien wie kaum ein anderes Kunstmuseum in der Schweiz. Wir haben es bereits gehört, mit seinem hochkarätigen Ausstellungs und Vermittlungsprogramm erreicht das Museum sowohl ein regionales als auch ein nationales und internationales Publikum. Es leistet darüber hinaus einen bedeutenden Beitrag an die Standortattraktivität und Lebensqualität der Region und trägt zur internationalen Ausstrahlung der Kulturstadt Basel bei. Sie ist mit über 360’000 Besuchenden im Jahr 2022 das meist besuchte Museum Basels und das meist besuchte Kunstmuseum der Schweiz.

Für die SP-Fraktion ist es besonders wichtig, dass das Beyeler Museum auch Menschen anspricht und begeistert, die sonst kein Museum besuchen. Zudem schätzen wir insbesondere das Vermittlungsangebot der Fondation, da es Menschen unterschiedliche Altersgruppen und vielfältiger Herkunft eine inhaltliche wie praktische Beschäftigung mit Kunst ermöglicht. Laut Zweckartikel der Stiftung Beyeler soll das Interesse der Jugend an der Kunst geweckt beziehungsweise erhalten werden, weshalb Kinder und Jugendliche bis 25 Jahren kostenlos ins Museum können. Die Fondation leistet damit einen wertvollen Beitrag für die Jugendlichen und Schulklassen der Region.

Um zu vermeiden, dass bei Ausbleiben eine Erhöhung der staatlichen Beiträge in diesem Bereich Kürzungen vorgenommen werden und aufgrund der Bedeutung des Museums für die Region ist die SP-Fraktion im Sinne eines Kompromisses bereit, die Staatsbeiträge um jährlich 250’000 Franken zu erhöhen. Die Erhöhung der Staatsbeiträgen erfolgt aber nicht ganz vorbehaltlos. Die SP-Fraktion ermutigt die verantwortlichen der Fondation Beyeler, weiter beim Kanton Basel-Landschaft um Staatsbeiträge zu ersuchen. Sollte eine finanzielle Unterstützung ausbleiben, sollten die Verantwortlichen der Fondation über mögliche Massnahmen in diesem Zusammenhang nachdenken.

In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen der SP-Fraktion, dem Antrag der BKK zu folgen und die Erhöhung der Staatsbeiträge um 250’000 Franken pro Jahr auf 2,215 Millionen Franken für die Jahre 2024 bis 2027 zu genehmigen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Fraktionssprechenden. Als Einzelsprecher gemeldet hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Das Beyeler Museum ist ein privates Museum. Es ist sehr reich, die brauchen kein Geld von uns. Darum stelle ich Antrag auf Rückweisung und Nichteintreten. Die Begründung ist, dass das Museum sehr reich ist. Zwei Sachen möchte ich Ihnen erzählen.Die staatlichen Museen sollen unser Geld bekommen, und darum haben wir auch als Grossräte das Recht auf Gratiseintritte. Das muss man wissen, ich hab noch nie Eintritt bezahlt.

Ich möchte etwas an meine Vorrednerin Catherine Alioth richten. Catherine Alioth, ein kleiner Hinweis am Rande: Was Sie da vorne gesagt haben, ist laut Geschäftsordnung vom Grossen Rat nicht erlaubt. Sie dürfen nicht Gäste auf der Tribüne begrüssen. Das darf nur der Präsident oder der Statthalter.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Manchmal müssen wir uns auch bewusst sein, welche Signale wir aussenden, wenn wir hier im Grossen Rat reden. Was wäre das Signal, wenn wir den Antrag der BBK nicht unterstützen würden, ein Antrag, der ja schon sehr massvoll ist. Es wäre ja durchaus auch richtig und für mich vernünftig gewesen, noch weiter zu gehen, denn wenn Sie irgendwo im Ausland erzählen, Sie kommen aus Basel, werden Sie mit fast hundertprozentiger Sicherheit auf das Beyeler Museum angesprochen, nicht auf unsere tollen anderen Museen, was ich ja nicht immer verstehe, denn das Kunstmuseum ist ein geniales Museum. Aber die Leute nehmen das Beyeler Museum wahr, wegen dieser gigantisch wertvollen Ausstellungen. Wenn Sie sie hier sehen, können Sie sie dann im Centre Pompidou in Paris sehen und allenfalls in New York.

Und wir diskutieren hier darum, ob wir nur die Teuerung ausgleichen. Das muss ja selbstverständlich sein. Wir müssen doch hier zeigen, dass uns das etwas wert ist und wir danken, dass wir hier eine so wunderbare private Unterstützung haben. Ich beantrage Ihnen also, dem Antrag der BKK Folge zu leisten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hätte Regierungsrat Lukas Engelberger noch einmal das Wort. Er verzichtet. Die Sprecherinnen der Finanzkommission und der BKK verzichten ebenso. Eintreten wurde bestritten von Eric Weber, das heisst, wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Wer auf das Geschäft eintreten will, stimmt JA, wer nicht eintreten will stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002789, 07.02.24 10:04:50]*

Der Grosse Rat beschliesst

auf das Geschäft einzutreten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich entschieden, auf das Geschäft einzutreten mit 85 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung. Auch Rückweisung wurde beantragt von Eric Weber. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Wer den Bericht zurückweisen will, stimmt JA, Wer nicht zurückweisen will stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 90 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002791, 07.02.24 10:05:37]*

Der Grosse Rat beschliesst

Kein Rückweisung

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben entschieden, den Bericht nicht zurückzuweisen mit 90 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme bei keiner Enthaltung.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses I (Nachtragskredit) (Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikationsklausel

Abstimmung

Wer den Grossratsbeschluss annimmt, stimmt JA, wer ihn ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002793, 07.02.24 10:06:30]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Beyeler Museum AG wird für das Jahr 2024 ein Nachtragskredit in der Höhe von Fr. 250’000 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 88 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung

Detailberatung des Grossratsbeschlusses II (Staatsbeiträge) (Seite 8 des Berichts)

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt Staatsbeiträge in der Höhe von 7,86 Millionen. Wir eröffnen dazu die Debatte möchte der Antragsteller Regierungsrat Lukas Engelberger das Wort? Er verzichtet. Die Sprecherin der BKK verzichtet ebenso, Es sind keine Wortmeldungen eingetragen. In der zweiten Runde wird ebenfalls verzichtet. Das heisst wir kommen zur Abstimmung über Grossratsbeschluss 2.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 88 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002795, 07.02.24 10:07:58]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Änderungsantrag abgelehnt mit 88 Neinstimmen bei einer Ja-Stimme und einer Enthaltung. Wir führen die Detailberatung weiter.

Publikations und Referendumsklausel.

Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002797, 07.02.24 10:08:45]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Beyeler Museum AG werden Ausgaben in Höhe von Fr. 8’860’000 (Fr. 2’215'000 p. a.) für die Jahre 2024 bis 2027 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss 2 zugestimmt mit 89 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung.

9. Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Verein LiteraturBasel für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der BKK

[07.02.24 10:09:00, 23.1342.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bildungs und Kulturkommission beantragt, Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt 1,92 Millionen Franken zu bewilligen. Für die Kommission geht das Wort an deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Der Verein Literatur Basel betreibt das Literaturhaus Basel, das an der Barfüssergasse 3 eingemietet ist. Zudem führt der Verein das internationale Literaturfestival Buch Basel durch und verleiht in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Buchhandels- und Verlagsverband den Schweizer Buchpreis.

Im Literaturhaus Basel finden jährlich über 100 verschiedene Veranstaltungen wie Schreib- und Lesezirkel, Kindernachmittage oder Diskussionen zu aktuellen Büchern statt. Der Verein Literatur Basel ist die einzige grosse Institution, die sich im Bereich Literatur umfassend engagiert und ist darum wichtig für Basel. Er habe gemäss Auskunft Präsidialdepartement in den letzten Staatsbeitragsperiode einen grossen und gelungenen Entwicklungsschritt in den Bereichen Innovation und Generationentransfer gemacht. Da die Kosten in allen Bereichen gestiegen sind, sich der Verein Literatur Basel aber weiter gut entwickeln möchte, hat der Verein eine Erhöhung der Staatsbeiträge von 124’000 Franken beantragt.

So möchte der Verein den freischaffenden Autorinnen und Moderatorinnen Honorare auszahlen können, wie sie vom Branchenverband empfohlen werden. Um als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben, sollen auch die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Lohnanpassung erfahren oder zumindest den Teuerungsausgleich erhalten können. Diese würden eine ausgezeichnete Arbeit leisten und beispielsweise ermöglichen, dass mit dem Literaturfestival ein jüngeres und diverses Publikum erreicht werden kann, ohne dass das bestehende Publikum verloren gehe. Das gleiche gelte für die Arbeit im Literaturhaus. Auch dort sei es gelungen, ein jüngeres Publikum anzusprechen und zu erreichen. Die Erhöhung würde aber auch dazu verwendet werden müssen, um die gestiegenen Infrastrukturkosten wie Miete, Energietechnik, aber auch die gestiegenen Reise- und Hotelkosten, die beim Literaturfestival anfallen, auszugleichen.

Mit dem Ratschlag, der nun vorliegt, beantragt der Regierungsrat eine Erhöhung des Staatsbeitrages um 50’000 Franken und möchte damit ermöglichen, dass die Löhne und die Honorare angepasst werden können. Die BKK schätzt das Engagement und die erfolgreiche Arbeit des Vereins Literatur Basel sehr. Darum unterstützt die Kommission den vom Regierungsrat erhöhten Staatsbeitrag mehrheitlich.

Eine Kommissionsminderheit hat Verständnis dafür, dass der Verein Literatur Basel sagt, dass die 50’000 Franken, die der Regierungsrat zusätzlich vorschlägt, nicht reichen, weil die gestiegenen Infrastrukturkosten so nicht gedeckt werden können und dass ohne weitere Unterstützung des Kantons das Programm gekürzt werden müsste. Die Akquise von Drittmitteln sei enorm anstrengend geworden, es brauche doppelt so viel Aufwand für denselben Ertrag.

Der Antrag um eine weitere Erhöhung der Staatsbeiträge wurde in der Kommission aber mit 6 zu 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Die ablehnende Mehrheit begründet dies damit, dass sie vermutet, dass der Verein zu viele Projekte angestossen hat und sich so finanziell selber etwas in diese Situation gebracht hat. Zudem sieht sie Potenzial für die Gewinnung von mehr Eigenmitteln und das Einwerben von Drittmitteln, gerade auch im Zusammenhang mit der

erfolgreichen Buch Basel. Zudem könnten die Mitgliederbeiträge erhöht und das Volkshaus als Hauptaustragungsort der Buch Basel überdacht werden.

Entsprechend beantragt die BKK dem Grossen Rat mit 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen dem Ratschlag so, wer jetzt vorliegt, zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an den Sprecher des Regierungsrates Lukas Engelberg.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Es steht die Erneuerung von Staatsbeiträgen an den wichtigsten Akteur im Bereich der Literaturvermittlung und dessen Förderung durch die öffentliche Hand zur Debatte, dem Verein Literatur Basel. Er trägt das Literaturhaus Basel an der Barfüssergasse, führt jährlich das Festival Buch Basel durch und ist zuständig für die Verleihung des Schweizer Buchpreises, eine nationale und international ausstrahlender Anlass in Zusammenarbeit mit dem Schweizer Buchhändlerverband. Literatur Basel ist damit der zentrale Akteur für die Literaturvermittlung in der Stadt und der Region.

Die Institution wurde in der Periode bis Ende 23 vom Kanton Basel-Stadt mit 430’000 Franken pro Jahr unterstützt. Das Gesamtbudget beträgt bisher rund 1,25 Millionen Franken pro Jahr. Der Verein umfasst drei Bereiche. Das Literaturhaus an der Barfüssergasse, es bietet pro Jahr über 100 Veranstaltungen an mit Schwerpunkt Lesungen. Dazu werden auch Diskussionen, Schreib- und Lesezirkel, Kindernachmittage oder literarische Spaziergänge veranstaltet. Dann das Festival Buch Basel, im November letzten Jahres zuletzt durchgeführt. Es bespielt an unterschiedlichen Spielorten in der Stadt, die Aufmerksamkeit für das Buch und für Lesen für ein breites, vor allem auch junges Publikum. Und dann drittens der Schweizer Buchpreis, er zeichnet jährlich ein belletristisches deutschsprachiges Werk aus. Es ist der wichtigste Literaturpreis für die deutsche Schweiz. Die Preisverleihung findet jeweils im Theater Basel statt und schafft natürlich auch eine gewisse Aufmerksamkeit in der schweizerischen Öffentlichkeit.

Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass der Verein Literatur Basel mit diesen Aktivitäten massgeblich zur Qualität und Vielfalt des Kulturangebots beiträgt und beantragt deshalb die Weiterführung der bisherigen Staatsbeiträge ab dem Jahre 2024 für eine reguläre Laufzeit von vier Jahren sowie eine Erhöhung von 50’000 Franken pro Jahr. Wir wollen also neu 480’000 Franken anstelle von 430’000 Franken pro Jahr ausrichten. Der Antrag der Trägerschaft lautete auf eine grössere Erhöhung. Sie haben das sicher gesehen und gelesen. Wir haben alle Anträge sorgfältig geprüft. Der Regierungsrat unterstützt total 50’000 Franken Erhöhung mit der Begründung der Anpassung von Lohnkosten der Mitarbeitenden sowie der Autorinnen- und Autorenhonorare. So kann der Verein seine Rolle als fairer Arbeitgeber und als Vergabeinstitutionen für Kunstschaffende gerecht werden. Die übrigen Anträge haben wir Ihnen nicht unterbreitet.

Der Regierungsrat würdigt die Entwicklung und den Erfolg des Vereins Literatur Basel umstandslos und wir sind uns bewusst, welche tragende Rolle die Institution für die Ausstrahlung Basels als Kulturstadt spielt. Insgesamt sind wir überzeugt, dass mit der Weiterführung des Staatsbeitrags wie wir das beantragt haben ein attraktives Literatur vermittelndes Angebot für die breite Basler Bevölkerung weiterbestehen und entwickelt werden kann. Das möchten wir unterstützen und bitten deshalb um Unterstützung unserer Anträge.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Für die SP hat das Wort Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Geschätzter Herr Grossratspräsident, können Sie den Spagat Herr Statthalter, kennen Sie Twister? Geschätzte Grossrätinnen und Grossräte, Twister ist das Spiel, wo die eine Hand auf einem Punkt liegt und die andere ganz woanders auf der Spielmatte und mit den Beinen verhält es sich ebenso. Das Spiel ist mit etwas Effort machbar. Wer den Spagat kann, hat da einen Vorteil. Der Verein Literatur Basel spielt im metaphorischen Sinn Twister, mit Engagement, Effort und Elan. Es ist Ihnen nicht nur gelungen, mit der einen Hand auf dem farbigen Feld ein junges diverses Publikum für Literatur zu gewinnen, mit der anderen ein älteres Buch liebendes Publikum mit regionaler, nationaler und internationaler Literatur zu beglücken, sondern auch eine Vorreiterrolle in der digitalen Literatur einzunehmen und ein Literaturfestival zu organisieren, dessen Ruf weit über die Region, die Schweiz oder die deutschsprechende Grenze geht und so divers wie spannend ist.

Heute debattieren wir im Rat über eine Erhöhung und wie ich gestern vernommen habe, eventuell über eine Kürzung der Subventionen. Gerade haben wir über die Fondation Beyeler diskutiert und warum sie für ihren kommerziellen Erfolg mit unseren Steuergeldern belohnt werden soll. Warum also soll der Kanton etwas subventionieren, das nicht kommerziell erfolgreich ist? Die Frage muss anders lauten. Wozu Kunst fördern, wenn Sie nicht wirtschaftlich erfolgreich ist? Literatur ist nebst Musik, Tanz und Theater eine Kunstform und trägt dazu bei, die Welt zu verstehen und unseren Horizont zu erweitern. Literatur lässt uns in eine andere Welt abtauchen und dadurch eine andere Perspektive für gesellschaftliche, menschliche oder spirituelle Themen zu bekommen. Sie kann Trost und Herausforderung sein oder auch Impulsgeber für etwas Neues.

Und ich sage das hier nicht zum ersten Mal in diesem Saal, Kunst ist Nahrung für die Seele. Das ist nicht immer kommerziell und finanziell gewinnbringend. Der Staat hat dies anerkannt und sieht den Wert für seine Bürgerinnen und Bürger, daher unterstützt der Vereine wie Literatur Basel. Vielleicht könnte auch das Gesundheitsdepartement in Zukunft etwas für die Kulturförderung beisteuern. Wussten Sie nicht, dass der Besuch von Kunst- und Kulturevents wie Literaturanlässe, Konzerte, Theateraufführungen und Museumsbesuche das Wohlbefinden, die Gesundheit und ein längeres Leben fördern? Es ist nicht nur die Inspiration, sondern auch die soziale Integration, die sich positiv auf die Psyche und Fitness auswirkt. Das behaupte ich nicht einfach so aus dem Blauen, dazu habe ich eine Studie gelesen. Kulturinteressierte Seniorinnen und Senioren leben bei besserer Gesundheit länger als ihre Altersgenossen ohne Interesse für Kulturelles. Das ist ein Ergebnis einer 14-jährigen Langzeitstudie an der 6'710 Personen ab 15 Jahren aus Grossbritannien teilgenommen haben. Dabei zeigt sich, dass die Sterblichkeit bei älteren Menschen, die mehrmals im Jahr kulturelle Veranstaltungen besuchen, bis zu 31 Prozent gesenkt wurde, im Gegensatz zu Kulturmuffeln. Dieser Effekt zeigt sich unabhängig vom biologischen Geschlecht, sozialem Status, Bildungsniveau, körperlicher Grundfitness und psychischer Gesundheit. All diese Faktoren für eine andere Erklärung konnten herausgerechnet werden, der Kultureffekt, meine Damen und Herren, bleibt erhalten.

Und das ist mit ein Grund, warum ich für die kleinen, nicht so kommerziellen Kulturinstitutionen kämpfe und im Namen der SP eine Erhöhung von 50'000 Franken per annum für den Verein Literatur Basel beantrage. Warum reicht denn die Erhöhung des Regierungsrates nicht aus? Der Verein Literatur Basel hat bei den Subventionsverhandlungen eine Erhöhung von 124'000 Franken gebeten, bekommen haben Sie 50'000, davon sind 30'000 zweckgebunden für den gerechten und marktkonformen Lohn der Autorinnen und Autoren. Und die restlichen 20'000 reichen nicht aus, wenn das Budget die steigenden Kosten sprengt. Um den Betrieb in dem bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten benötigen sie nochmal 50'000. Ein Betrieb notabene, mit dem der Spagat zwischen den Generationen und den Genres gelingt. Das zusätzliche Geld wird nicht benötigt, um Löcher zu stopfen, weil der Verein nicht haushälterisch umgegangen ist mit dem Budget, sondern weil er mit seinem Angebot in Basel einmalig ist und wie gesagt die allgemeinen Kosten steigen. Er gewinnt ein junges Publikum ohne das ältere abzuhängen, Literatur Basel deckt von Hochliteratur bis Kinderliteratur, von regional bis international, von Lyrik bis Krimi alles ab. Literatur Basel beinhaltet aber nicht nur das Literaturhaus, das haben wir schon gehört, es ist auch das Festival Basel und der Schweizer Buchpreis.

Das Programm ist vielfältig, divers und sehr umfassend. Sie müssten allerdings ohne die Erhöhung 25 Prozent des Programmes herunterfahren. Wenn das nicht mehr geht, dann ist das nicht einfach schade. Dann ist das ein Verlust für Basel und sein Kulturangebot, welches nicht nur Musikfans und Museumsfreaks hat. 50'000 wird mal wohl noch auftreiben können, denkt der eine oder die andere. Die Geschäftsleitung hat letztes Jahr doppelt so viel Aufwand betrieben, um Drittmittel zu akquirieren, und war trotzdem weniger erfolgreich als in den vorangehenden Jahren. Aha, wird die spitzfindige Fraktion der Streichungswilligen bemerken, mangelnde Qualität und es ist nicht kommerziell genug. Ich kann Ihnen versichern, es liegt nicht an der Qualität und im Output des Vereins Literatur Basel, sondern an der grösser werdenden Konkurrenz.

Und hier noch ein paar Worte zu dem hartnäckigen Gerücht, die Oberlichter im Literaturhaus. Der Verein hat Gelder von Dritten Aufgetrieben für eine längst fällige Renovation. 2006 war es eine Druckerei, die Oberlichter waren renovationsbedürftig. Der Ersatz der Oberlichter war nicht kosmetisch, sondern wegen Abnutzung und Alter notwendig. Daher hat sich die Baloise als Eigentümerin mit 100'000 Franken an der Renovation beteiligt. Die übrigen Kosten wurden von der CMS zweckgebunden gesprochen. Bei dieser Gelegenheit haben sie das Milchglas durch Klarglas ersetzt, ein willkommener Nebeneffekt, der die Öffnung des Hauses unterstützt. Freundlicher, einladender, heller. Und es hat bisher keine Fenster, nun hat man die Möglichkeit zu lüften. Der Saal kann also tagsüber für Workshops genutzt werden. Durch diese Attraktivitätssteigerung kann er auch leichter vermietet werden und das generiert zusätzliche Einnahmen. Ein kleiner kommerzieller Aspekt.

Also nochmals die notwendigen Transformationsprojekte waren durch Drittmittel finanziert. Twister spielen wir hier mit zwei Armen und zwei Beinen. Das Literaturhaus ist eher ein Twister spielender Oktopus. Wussten Sie, dass die Buch Basel das grösste kuratierte Festival mit internationalen Ausrichtungen der Schweiz ist? Ja, Regierungsrat Lukas Engelberger hat es erwähnt. Und dass das Literaturhaus eine Vorreiterrolle in der digitalen Literatur spielt, das wissen Sie auch schon und über den Schweizer Buchpreis hat Regierungsrat Lukas Engelberger auch gerade gesprochen. Die Liste sprengt den Rahmen meines Votums. Ich sage nur Twister spielender Oktopus.

Wir haben mit dem Verein Literatur Basel einen wertvollen Schatz, einen Schatz, von dem alle Besuchenden ein Juwel mitnehmen dürfen, vielleicht sogar ein lebensverlängerndes Juwel Unser Beitrag als Parlament ist es dafür zu schauen, dass die Schatzkiste gefüllt bleibt. Dafür bitten Sie, dem Antrag der SP auf Erhöhung um 50'000 Franken zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion LDP geht das Wort an Nicole Kuster.

Nicole Kuster-Simon (LDP): Die LDP nimmt den Antrag der Regierung, den Staatsbeitrag um 50'000 Franken zu erhöhen, zur Kenntnis und begrüsst die Verwendung von 30'000 Franken des Erhöhungsbeitrages für angemessene Honorare

gemäss Verband der Autorinnen und Autoren Schweiz, Dass die verbleibenden 20’000 Franken nicht ausreichend sind, die gestiegenen Kosten zu decken, mag zutreffen, jedoch sieht die LDP im Bereich Mitglieder und Mitgliederbeiträgen sowie bei den Drittmitteln noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft. In Anbetracht, dass das Literaturhaus in der laufenden Staatsbeitragsperiode bereits 80’000 Franken mehr erhalten hat und nun künftig noch einmal erhöht wird, sieht die LDP die heute gestellten Mehrforderungen der SP kritisch. So sind alle Kulturinstitutionen mit ähnlichen Schwierigkeiten konfrontiert und es müssen konkrete Sparmassnahmen oder Einnahmequellen evaluiert werden.

In Anbetracht der Bedeutung des Literaturhauses können wir dem Erhöhungsantrag der SP im Sinne eines Kompromisses jedoch folgen. Die LDP betont jedoch, dass dieser heute gesprochene Mehrbetrag in der Beurteilung der nächsten Beitragsperiode stark gewichtet werden muss. Die LDP erwartet insbesondere im Bereich der Mitgliederzahlen gute innovative Ideen, wie diese ausgebaut wurden, damit die Staatsbeiträge einem möglichst breiten Publikum zukommen. Demgemäss ersuche ich Sie, der beantragten Erhöhung der SP zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Fraktionssprecher für das GAB ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GAB): Das GAB möchte einen Änderungsantrag stellen und beantragt eine Erhöhung von 50’000 gegenüber dem Ratschlag der BKK. Ich muss zugeben, dass ich persönlich einen längeren Weg zurücklegen musste, bevor ich zur Überzeugung gelangt bin, dass diese Erhöhung richtig und notwendig ist. Es ist nachvollziehbar, dass die von der Regierung gesprochene Erhöhung für einen einigermassen stabilen Betrieb des Literaturhauses nicht genügt, da die Gelder vor allem eine faire Bezahlung der Autoren sowie deren Spesen gedacht sind. Und das ist auch völlig richtig so. Der andere Teil wird für den Ausgleich der allgemeinen Teuerung bei den Löhnen verwendet. Für die Infrastruktur und erhöhten Betriebskosten des erfolgreichen Literaturfestivals bleibt leider nichts übrig, was eine Weiterentwicklung der Inhalte und eine positive Zukunftsperspektive der Akteure leider sehr erschwert.

Im Vorfeld habe ich mich auch mit dem Sinn und dem Zweck des neuen Formats zur digitalen Literatur beschäftigt und einen kritischen Blick darauf geworfen. Ich konnte jedoch feststellen, dass gerade dieses Genre dazu beigetragen hat, dem Literaturfestival ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber vielen anderen Literaturveranstaltungen zu verleihen und dass es der Crew besonders hier gelungen ist, ein junges Publikum anzuziehen, das über erweiterte Sinneserlebnisse einen neuen Zugang zu literarischen Texten bekommen konnte. Natürlich ist es ein Experiment und vielleicht wird sich diese digitale Literatur nie wirklich durchsetzen. Und dennoch verdient es auch dieses Genre oder vielmehr verdient es das Basler Publikum mit dieser Literaturrichtung auf eine einfache Weise in Kontakt zu kommen.

Nun, Tatsache ist, dass sowohl das Literaturhaus als auch das Literaturfestival dem lesenden Publikum eine sehr vielseitige Erlebnisplattform bietet, hautnah mit Literatur in Berührung zu kommen und dass wir in Basel eigentlich darauf stolz sein sollten, dass wir hier schweizweit das grösste derartige Event anbieten können, dessen Qualität auch über die Grenzen hinausstrahlt. Hinzu kommt, dass das Literaturhaus 2023 einen Think Tank etabliert hat, der das Team dabei unterstützt, den Prozess der interkulturellen Öffnung des Programms voranzutreiben und für mehr Diversität zu sorgen und innovative Wege zu gehen, um auch ein jüngeres Publikum anzusprechen.

Ich möchte kurz eine Replik geben auf die Mitgliederbeiträge und die Erhöhung von Mitgliederbeiträgen. Es gibt wohl nichts Schwierigeres und riskanteres, als das zu tun. Wir haben ganz praktische Beispiele, dass wenn man so etwas macht, die Mitgliederzahlen erst einmal ziemlich stark sinken und es vielleicht eine langfristig Investition ist, aber für kurzfristige Verbesserung der finanziellen Lagen in dem Sinn nichts taugt und risikobehaftet ist, Heute kämpfen alle Organisationen um Mitglieder, und Erhöhungen geben oft den Impuls, die Mitgliedschaft zu kündigen und nicht mehr zu zahlen.

Das GAB haben diese Argumente überzeugt, die wir jetzt auch von Sasha Mazzotti gehört haben Wir hoffen, dass auch Sie sich dazu entschliessen können, das Literaturhaus mit zusätzlichen Geldern so zu finanzieren, dass es weiterhin über unsere Grenzen hinausstrahlen kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Die FDP-Fraktion ist bei diesem Geschäft regierungstreu. Diese Debatte war ja eine Art-Achterbahnfahrt. Bei meiner Vorvorrednerin dachte ich am Schluss an einen gewissen Spruch. Da muss irgendwo ein Gerichtsschreiber oder eine Gerichtschreiberin ein Urteil begründen und sagt, all das und all das spricht für eine Verurteilung, trotzdem kommt das Gericht zum Schluss, es sei freizusprechen. Diese Linksumkehrwendung der geschätzten LDP-Fraktion überzeugt mich persönlich nicht. Ich glaube, wir haben das Geschäft intensiv beraten in der BKK und haben festgestellt, es gibt eine Erhöhung, die Beiträge wurden stetig erhöht, diese Erhöhung, wie von der Regierung beantragt, ist gerechtfertigt. Auf der Mitgliederbeitragsseite ist durchaus noch etwas Luft, auch wenn das symbolisch ist. Ich sage nicht, die Beiträge sind zu

erhöhen, aber die Anzahl Mitglieder, und Sie sehen 2021 gab es auch Mitgliederbeiträge von 15’180 Franken, die sind gesunken auf 13’740 Franken. Also die Mitglieder scheinen davonzulaufen.

Vielleicht sind Sie ein bisschen verwirrt du diese Twister-Oktopus-Ausführungen und konnten dem nicht folgen. Dann vielleicht noch zum Gesundheitskostenargument: Ich bitte den Verein Literatur Basel, mit diesen Argumentationen zu den Krankenkassen zu gehen. Die sind ja die besten Sponsoren für das Literaturhaus und die werden zusammen doch noch etwa 50’000 Franken aufbringen können, wenn sich dadurch die Gesundheitskosten im Kanton Basel-Stadt markant senken lassen.

In diesem Sinne bitte ich Sie, der Regierung und dem BKK-Antrag zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Raoul Furlano möchte Ihnen eine Frage stellen. Die Zwischenfrage wird angenommen.

Raoul I. Furlano (LDP): Wären Sie beruhigt zu erfahren, dass die LDP keine Kehrtwende gemacht hat, sondern an ihrer Fraktionssitzung dies eingehend und mit Mehrheit so beschlossen hat? Leider, da gebe ich Ihnen recht, steht in der Kreuztabelle ein Plus, was nicht ganz korrekt ist. Sind Sie beruhigt?

David Jenny (FDP): Nein. Bei Kulturfragen traue ich immer den Mitgliedern der BKK Ihrer Fraktion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP geht das Wort an Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Die SVP-Fraktion wird einer Erhöhung des Staatsbeitrages an den Verein Literatur Basel nicht zustimmen. Sie haben deshalb als Tischvorlage einen Änderungsantrag erhalten. Die SVP-Fraktion ist mit dem Vorgehen des Vereins Literar Basel nicht einverstanden. Nach der Veröffentlichung des BKK-Berichtes verschickte der Verein Literatur Basel anscheinend einen Brief, in dem er dem BKK-Bericht sehr deutlich widerspricht. Leider haben weder mein Kollege Joël Thüring noch ich als BKK-Mitglieder dieses Schreiben zugesendet bekommen. Durch einen Zufall erhielt ich Kopie dieses Briefes und ich war doch sehr erstaunt, wie die obersten Verantwortlichen des Vereins Literatur Basel den BKK-Bericht zerlegen.

Die meisten Aussagen haben Sie bereits in den Voten der Befürworter des Erhöhungsantrag gehört. Diese haben anscheinend den Brief erhalten, doch ich möchte betonen, dass ein Bericht der BKK nach bestem Wissen und Gewissen und nach Erhalt aller möglichen Informationen während den Anhörungen aller Beteiligten verfasst wird. Da der Bericht der BKK einstimmig verabschiedet wurde, stelle ich die Frage in den Raum, ob ihr tatsächlich das Geschäft alle falsch interpretierten, denn in dem obenerwähnten Schreiben des Vereins Literatur Basel wird uns genau dies unterstellt.

In dem Brief wird erwähnt, dass die Transformationsprojekte, Einbau einer mobilen Bühnentechnik, Schaffung von technischen Voraussetzungen für die Buch Basel, Erneuerung des grafischen Auftritts inklusive Websites wie auch die Erneuerung der Oberlichter im Literaturhaus durch Drittmittel finanziert wurden und gemäss Budget umgesetzt werden konnten. Da aber im Ratschlag argumentiert wird, dass genau diese Neulancierungen dazu geführt haben, dass auf Rückstellungen zurückgegriffen werden musste, weil das Geld nicht reichte, steht dies in einem völligen Widerspruch zueinander. Diese Projekte hätten unseres Erachtens erst angegangen werden können, wenn die im Brief genannten zweckgebundenen Drittmittel zusammen mit den Beträgen aus dem laufenden Staatsbeitrag gereicht hätten.

Man kann einfach nicht neue Projekte lancieren, die man sich nicht leisten kann und danach das Geld mit der Bewilligung von Staatsbeiträgen einfordern. Dies ist schlichtweg die falsche Reihenfolge. Es ist auch ein schlechtes Zeichen an all die anderen Vereine, die Staatsbeiträge erhalten und die haushälterisch mit ihrem Geld umgehen und im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten neue Projekte lancieren. Ansonsten wird es am Schluss Schule machen, dass die vom Kanton unterstützten Vereine teure Projekte lancieren und danach die hohle Hand beim Kanton machen. Diese Vorgehensweise wollen wir nicht und setzen mit unserer Ablehnung somit ein Zeichen, dass wir einen solchen Ablauf weder schätzen noch unterstützen.

Nun gibt es aber auch noch Projekte, die bauliche Massnahmen zur Öffnung des Literaturhauses betreffen. Für diese wurden aber gemäss Ratschlag separate Investitionskostenbeiträge bewilligt, zum Beispiel der Ersatz der Oberlichter im Vereinssaal mit dem Argument, «dass dann in den Himmel geschaut werden kann.» Und das Interieur des Cafés sollte dann auch gleich noch erneuert werden. Der behindertengerechte Zugang erscheint uns absolut plausibel, aber nicht, wenn von einer ohnehin fälligen Renovation des Hauses die Rede ist, das einer Versicherungsgesellschaft gehört und die vielleicht auch eingebunden werden könnte.

Dass der Verein tatsächlich erst eine Woche vor seinem Auftritt in der BKK auf die Idee kam, einen Gönnerverein aufzugleisen, macht dieses Geschäft auch nicht besser, zumal die erfolgreiche Buch Basel sich für eine gute Drittmittelakquise ja förmlich aufdrängt. Und unter dieser von der BKK bemängelten Drittmittelakquise verstehen wir weder die CMS noch die Beträge vom Kanton Basel-Landschaft und Gemeinden noch Stiftungen, sondern private Geldgeber, denn diese scheinen einen zu kleinen Beitrag auszumachen. Ich glaube nicht, dass ein einstimmig verabschiedeter Kommissionsbericht von einem Antragsteller als diskreditierend bezeichnet werden darf. Antragstellende haben in der BKK die Möglichkeit, ihre Anliegen zu begründen. Dies ist dem Verein Literatur Basel anscheinend nicht gelungen. Vor diesem Hintergrund lehnen wir jegliche Erhöhungen ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Sasha Mazzotti. Sie wird nicht angenommen. Damit kommen wir zu den Einzelvoten und hier hat sich Bruno Lötscher eingetragen.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ja, es stimmt, es gibt grundsätzliche Überlegungen, die wir hier anführen müssen, ob es richtig ist, wenn wir Vorlagen des Regierungsrates, die gut durchdacht und überlegt sind und in der Kommission beraten worden sind und dann dort nochmals verbessert worden sind, hier im Grossen Rat wiederum abändern sollen oder ob wir uns da nicht Zurückhaltung auferlegen sollten. Das ist richtig und man kann natürlich solche Prinzipientreue in den Vordergrund stellen und dann den Hintergrund, das Materielle eines Geschäfts relativ einfach ausklammern. In diesem Fall spreche ich als Einzelsprecher, weil das für uns in der Fraktion tatsächlich ein Thema war. Wir haben uns gesagt, eigentlich ist es nicht richtig, wenn wir hier im Grossen Rat dann noch an Geschäften schrauben, wenn die Kommission schon darüber gegangen ist. Die Mehrheit unserer Fraktion hat deshalb gesagt, wir folgen dem Antrag. Ich kann das aber als Einzelsprecher nicht tun in diesem Einzelfall, weil wir mit dem Literaturhaus etwas Aussergewöhnliches haben hier in Basel. Wir wissen es, wir alle lesen zu wenig, Literatur ist nicht mehr im Vordergrund, wir haben nicht mehr die Musse und Zeit zu lesen, und das Literaturhaus macht in diesem Sinne in diesem Zusammenhang eine enorm wichtige Aufgabe. Wir haben einige Leuchttürme, aber schweizweit gesehen haben wir nichts Vergleichbares mit der Literatur. Und dass wir hier jetzt aus grundsätzlichen Überlegungen, etwa weil die ehemalige Finanzdirektorin geweibelt habe, obwohl sie es gar nicht gerne gehabt habe, wenn im Parlament noch etwas geändert wurde, das wir jetzt also aus grundsätzlichen Überlegungen ein Geschäft abweisen oder nicht weiter entwickeln im Rat, das kann doch nicht sein, wenn wir zu einer besseren Überzeugung kommen. Was spricht denn dafür, dass wir hier noch 50’000 Franken zusätzlich sprechen, wie es die SP beantragt.

Manchmal muss man vielleicht sagen, verlieren wir nicht die Relationen. Wir können zehn solche Geschäfte machen, dann sind wir bei 500’000. Wir können 20 solche Geschäfte machen, sonst sind wir bei einer Million. Ich bin jetzt etwas mehr als ein Jahr in diesem Rat. Ja, wir machen manchmal solche Geschäfte, aber dann gibt es plötzlich ein Geschäft, wo wir 100 Millionen Mehrkosten durchwinken. Wenn wir das mal überlegen, was wir tun können mit diesen kleinen Beträgen, dann glaube ich, ist das ein Ort, wo wir sagen könnten: Ja, wir haben grundsätzlich unsere Prinzipien, aber die sind nicht da, um uns zu erwürgen, sondern um uns Massstab zu sein und wir können auch im Einzelfall mal über unseren Schatten springen. Ich meine, das hier sei eines dieser Geschäfte, wo wir über über unseren Schatten springen können.

Ich würde also als Einzelsprecher, nicht ganz allein in der Fraktion aber als Einzelsprecher, dem Antrag der SP, der auch von der liberaldemokratischen Partei und ich glaube von den Grünen unterstützt worden ist, ebenfalls unterstützen und bitten Sie, über Ihren Grundsatzschatten zu springen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Der Regierungsrat hat noch einmal das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Wenn ich Ihnen heute Vormittag zuhöre, dann komme ich zum Schluss, unser Problem ist *embarras de richesse*. Das ist nicht dasselbe wie ein Luxusproblem. Es ist die Herausforderung, als Gemeinwesen adäquat mit so viel kulturellem Reichtum umzugehen. Es ist ein Privileg, dass wir derart grossartige Kulturinstitutionen haben in unserem kleinen Stadtkanton und es ist schön, dass wir eine lebendige Kulturszene haben, die auch immer neue Leistungen und Pläne erarbeitet. Aber es ist anspruchsvoll, sich als Subventionsgeber unterstützend, nachhaltig, fair und auch finanziell vernünftig zu verhalten.

Es ist immer verlockend, mehr zu geben, weil alle Institutionen und Angebote für sich sehr gute Argumente ins Feld führen. Wir müssen aber auch das grössere Ganze im Auge behalten. Wir müssen unsere Mittel fair verteilen und wir müssen auch die Kantonsfinanzen nachhaltig in der Zukunft unter Kontrolle haben. Deshalb kommt es dann zu Vertragsabschlüssen, die wir machen mit den Institutionen, die im Nachgang schon in der Kommission oder dann im im Plenum als noch ungenügend beurteilt werden. Man hätte gern mehr fair enough, das darf man immer sagen. Wir müssen irgendwo in dieser Mittelverteilung dann halt auch Grenzen ziehen und Beträge setzen. Wenn Sie darüber hinausgehen wollen, dann haben Sie selbstverständlich dieses Recht. Ich finde allerdings, es ist schon auch zu bedenken, dass Sie damit immer auch der

Verhandlungsposition des Kantons – und im Regierungsrat sind wir diejenigen, die verhandeln gemeinsam mit den Mitarbeitenden aus der Verwaltung – keinen Dienst erweisen, wenn Sie im Nachhinein dann jeweils grosszügig aufrunden. Das bitte ich Sie zu bedenken bei Ihrer Abstimmung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an die Kommissionspräsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Ich habe Verständnis für das Votum von Regierungsrat Lukas Engelberg betreffend Verhandlungsmandat. Ich wäre aber auch froh, wenn die Regierung Verständnis hätte, dass wir in den Kommissionen ja genau das machen müssen und dass halt der Ablauf so ist, dass wir einen Ratschlag, wenn er aus der Regierung kommt, nochmals anschauen müssen. Und ja, wir haben in der BKK wirklich intensiv diskutiert und ich glaube, wir haben gut abgewogen. Der Antrag, der jetzt auf dem Tisch liegt, haben wir in der BKK bereits diskutiert und er war nicht sehr eindeutig. Es war eine knappe Mehrheit, die dagegen war und nur eine knappe Minderheit, die unterlegen ist. Und darum finde ich auch die Diskussion zwischen LDP und FDP als immer wieder vermittelnde Kommissionspräsidentin nicht zielführend. Ich danke Ihnen für die Debatte.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses Seite 6 des Berichts.

Titel und Ingress.

Einziger Absatz

Hier liegen zwei Änderungsanträge vor, einer der Fraktion SP und einer der Fraktion SVP. Die Fraktion SP möchte die Staatsbeiträge auf 2,12 Millionen Franken erhöhen, die SVP auf 1,72 Millionen Franken senken. Wir führen die Debatte über die beiden Anträge und stimmen in einer Eventualabstimmung zuerst über diese beiden Anträge ab. Dann stellen wir den obsiegenden Antrag dem Antrag der BKK gegenüber.

Ich eröffne zu den Anträgen nochmals die Debatte. Möchten die Antragstellerinnen das Wort? Kommissionspräsidentin und Regierungsrat? Alle verzichten, das heisst, wir nähern uns dieser Eventualabstimmung.

Abstimmung

Eventualabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der SP, NEIN heisst Zustimmung zum Antrag der SVP

Ergebnis der Abstimmung

72 Ja, 18 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002799, 07.02.24 10:50:50]*

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter dem Antrag der SP zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 72 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung eventualiter für den Antrag der SP entschieden.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung mit dem obsiegenden Antrag gegen den Antrag der BKK.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der SP, NEIN heisst Ablehnung (d.h. Zustimmung zum Antrag der BKK)

Ergebnis der Abstimmung

66 Ja, 21 Nein, 5 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002801, 07.02.24 10:51:46]*

Der Grosse Rat beschliesst

Zustimmung zum Änderungsantrag der SP

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Antrag der SP zugestimmt mit 76 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen. Wir führen die Detailberatung weiter.

Publikations- und Referendumsklausel.

Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

78 Ja, 10 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002803, 07.02.24 10:52:32]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein Literatur Basel werden Ausgaben in Höhe von Fr. 2'120'000 (Fr. 530'000 p. a.) für die Jahre 2024 bis 2027 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 78 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

10. Förderung zeitgenössische Musik; Staatsbeiträge an das Musikbüro Basel für die Jahre 2024 bis 2026; Rahmenausgabenbewilligung Fachausschuss Musik BS/BL für die Jahre 2024 bis 2026/2029 im Präsidialdepartement, Abteilung Kultur, Ratschlag des RR

[07.02.24 10:52:44]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt 3,147 Millionen Franken zu bewilligen. Das Wort geht an die Präsidentin der BKK Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Wir kommen zum dritten Bericht der BKK. Er liegt Ihnen nicht schriftlich vor, darum berichte ich mündlich.

Beim vorliegenden Ratschlag handelt es sich um die Staatsbeiträge an das Musikbüro Basel und die Rahmenausgabenbewilligung für den Fachausschuss Musik beider Basel. Beide Beiträge sollen nur für drei Jahre gesprochen werden, da es die Absicht ist, den Staatsbeitrag an das Musikbüro Basel, jener für die Programmförderung der Clubs und die Rahmenausgabenbewilligung für den Fachausschussmusik beider Basel per 2027 zu synchronisieren und ab dann gemeinsam zu behandeln und zu beschliessen. Ab 2027 soll dann wieder eine vierjährige Staatsbeitragsperiode gelten.

Das Musikbüro Basel erbringt seinen Auftrag zur Musikförderung im Bereich Pop, Rock, Hiphop und so weiter im Auftrag der beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Der Beitrag des Kantons Basel-Landschaft beträgt zurzeit 220’000 Franken pro Jahr und ist dort im regulären Budget eingestellt. Es wird davon ausgegangen, dass diese Unterstützung für die nächste bei Staatsbeitragsperiode beibehalten wird. Vom Kanton Basel-Stadt wird das Musikbüro aktuell mit 586’000 Franken pro Jahr unterstützt. Das Musikbüro Basel agiert als Förderplattform nahe an der Szene und im engen Austausch mit ihr. Es vergibt auf der Basis von Ausschreibungen und beurteilt durch eine Fachjury Förderbeiträge an Musikerinnen und

Musiker, an Bands sowie an das Business in der Region Basel. Mit der Umsetzung der Trinkgeldinitiative wird das Musikbüro Basel neu als Partner im Bereich der Förderung der Populärmusik verstanden und hat in diesem Zuge auch neue Aufgaben übernommen. So soll neu mit 14 Angeboten in 10 Bereichen eine effektive, effiziente und nachhaltige 360-Grad-Förderung erfolgen. Diese Förderung findet sowohl individuell direkt wie auch strukturell statt, soll in die Breite, aber auch in die Tiefe wirken und alle zeitgenössischen Stile der Popmusik berücksichtigen. Bereits beschlossen ist, dass das Musikbüro Basel auch die Klubförderung übernimmt.

Für die neue Staatsbeitragsperiode hat das Musikbüro Basel um eine Erhöhung der Staatsbeiträge ersucht, um die lancierten Neuerungen und die neuen Aufgaben nachfrageorientiert umsetzen zu können. Der Regierungsrat ist auf einen Teil der Erhöhungsanfragen eingetreten. So soll beispielsweise das Lohnniveau angehoben werden, damit faire Arbeitsbedingungen geboten werden können. Mit dem erhöhten Staatsbeitrag sollen aber auch Angebote im Bereich Diversität und Inklusion geschaffen und eine Kreationsförderung im Rahmen von Werkbeiträgen eingeführt werden. So beantragt der Regierungsrat einen jährlichen Betriebsbeitrag von 759’000 Franken für das Musikbüro Basel. Die Erhöhung des Betriebsbeitrages geht vollumfänglich zu Lasten der eingeplanten Mittel zur Umsetzung der Trinkgeldinitiative.

Noch ein paar Worte zu den Rahmenausgaben für den Fachausschuss Musik Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Der Fachausschuss Musik ist zuständig für die projektorientierte Förderung der neuen Musik unter besonderer Berücksichtigung des zeitgenössischen klassischen Musikschaffens in der Region. Die vier bikantonalen Fachausschüsse werden seit 2022 im Total paritätisch finanziert. So hat der Kanton Basel-Landschaft die Mittel zugunsten der Fachausschüsse Tanz und Theater, Literatur und Musik einheitlich erhöht. Beim Fachausschuss Musik geschieht das jetzt umgekehrt. Der Beitrag aus Baselstadt soll von jährlich 90’000 Franken auf 290’000 Franken erhöht werden. Diese Erhöhung um 200’000 Franken soll vollumfänglich für die Förderung des zeitgenössischen Jazz und der improvisierten Musik eingesetzt werden. Auch diese Erhöhung der Mittel gehen vollumfänglich zu Lasten der eingestellten Mittel zur Umsetzung der Trinkgeldinitiative.

Mit eben dieser Umsetzung findet zurzeit auch die im Kulturleitbild angekündigte umfassende Überprüfung der Musikförderung statt. Um dem zielgerecht zu werden, ein flexibles Fördersystem zu haben, das die Bedürfnisse aller Genres und Produktionsweisen in der Musik berücksichtigt, soll ab 2025 auch der Fachausschuss Musik überprüft werden. Die BKK hat sich den Ratschlag an einer Sitzung vorstellen lassen. Inhaltlich hat die Kommission kaum diskutiert, da die zusätzlichen Mittel via Trinkgeldinitiative zur Verfügung stehen und zwei bewährte und bestehende Institutionen oder Gefässe berücksichtigt werden. Moniert wurde, dass die Kommission nicht überprüfen kann, ob die Zielgruppe auch tatsächlich erfasst wird. Ebenfalls wurde ein weiteres Mal angesprochen, dass die zusätzlichen Mittel der Trinkgeldinitiative möglichst Personen oder Gruppen aus dem Kanton Basel-Stadt zugutekommen sollten.

Da die Förderung an der Stadtgrenze aber nicht ganz genau scharf getrennt werden kann, wird es immer eine Schnittmenge geben. Der Kommission ist es darum wichtig, dass in dieser ersten Förderperiode genau geschaut wird, wo die Gelder der Trinkgeldinitiative hingehen, ob die Zielgruppe, die man erreichen möchte, auch tatsächlich erreicht, gefördert und unterstützt wird. Die Kommission erwartet auch, dass spätestens in den kommenden Ratschlägen darüber berichtet wird.

Die BKK heisst die Ausgaben für das Musikbüro Basel in der Höhe von 2,277 Millionen Franken für die Jahre 2024 bis 2026 einstimmig mit 12 Stimmen gut. Ebenfalls heisst die Kommission die Staatsbeiträge für den Fachausschuss Musik beider Basel für die Jahre 2024 bis 2026 in der Höhe von 870’000 Franken einstimmig mit 12 Stimmen gut.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat geht das Wort an Regierungsrat Lukas-Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Wir haben Ihnen den Sammelratschlag Förderung zeitgenössisches Musikschaffen vorgelegt, der zwei bisher separat behandelte Geschäfte umfasst, nämlich die Staatsbeiträge an den Verein Musikbüro Basel und die Rahmenausgabenbewilligung für den Fachausschuss Musik, gemeinsam mit dem Partnerkanton Basel-Landschaft.

Der gesamte Bereich der zeitgenössischen Musikförderung ist stark im Umbruch. Mit der Erneuerung der Kulturpartnerschaft mit Basel-Landschaft wurde beschlossen, dass im Fachausschuss Musik neu eine Jazz-Förderung eingesetzt werden soll. Der Kanton Basel-Landschaft hat hierfür seine Beiträge an den Fachausschuss per 2022 erhöht. Mit der Umsetzung der Trinkgeldinitiative – das betrifft jetzt nur unseren Kanton – wird der Bereich der Populärmusik in allen Genres gestärkt, und diese Förderung wird wesentlich durch das Musikbüro wahrgenommen. Aber auch die Förderung von Jazz und improvisierter Musik wird verbessert werden.

Die vom Grossen Rat im November 2023 verabschiedete Club-Förderung wird ebenfalls die Arbeitsbedingungen von Musikerinnen und Musikern aus den Populärgenres positiv beeinflussen. Per Januar 2024 hat die Kulturabteilung Basel-Stadt die Geschäftsführung des Fachausschusses Musik BS/BL übernommen. Der Kanton Basel-Landschaft übernimmt im Gegenzug die Geschäftsführung des Fachausschusses Literatur.

Meine Damen und Herren, für den Regierungsrat ist die Weiterführung einer stabilen Förderpartnerschaft mit dem Kanton Basel-Landschaft essenziell. Für die gemeinsamen Fachausschüsse ist weiterhin eine paritätische Finanzierung gewahrt,

ebenso eine Aufgabenteilung, die Synergien nutzt und dadurch Ressourcenkosten sensibel einsetzt. Von vier Fachausschüssen werden jeweils zwei von den kantonalen Kulturämtern in Basel-Stadt oder Basel-Landschaft in der Geschäftsführung betreut. Beide Kantone stellen paritätisch Mittel zur Verfügung. Im Total sind das bis 2023 für die vier Ausschüsse 1,665 Millionen Franken pro Jahr, ab 2024 sind es dann, sofern Sie hier der vorgelegten Erhöhung durch Basel-Stadt auch zustimmen, 1,865 Millionen Franken pro Jahr und Kanton.

Das Musikbüro hat eine Leistungsvereinbarung mit beiden Kantonen. Für die Popmusikförderung durch das Musikbüro führt der Kanton Basel-Landschaft seine Beiträge autonom, die werden weitergeführt. Hier besteht keine vertragliche Vereinbarung zwischen beiden Kantonen. Sie haben geschildert bekommen, die Anträge, die wir stellen, sind Erhöhungen im Vergleich zu den bisherigen Beträgen. Ich möchte das nicht wiederholen. Sie sehen das natürlich in den Anträgen von Regierungsrat und Kommission. Wichtig ist, uns, dass die gesamte Erhöhung von Seiten Basel-Stadtim Rahmen der Trinkgeldinitiative zu 100 Prozent angerechnet wird für beide Bereiche des Sammelratschlags, also sowohl für das Musikbüro wie auch für den Jazz und improvisierten Musik. Die Erhöhung um 200’000 Franken im Fachausschuss Musik soll spezifisch der Jazz-Förderung zugutekommen.

Damit wird nun der letzte Umsetzungsschritt der Trinkgeldinitiative angegangen, so wie er im Umsetzungsvorschlag des Regierungsrats vom September 2021 formuliert war und von Ihnen im März 2022 bestätigt wurde. Dabei kommen 50 Prozent der Erhöhung von Fördermitteln durch die Umsetzung der Trinkgeldinitiative dem Bereich Musik und der Klubförderung zugute, das sind rund 1,6 Millionen Franken, der andere Teil geht an Sparten übergreifende Fördermassnahmen und die Erhöhung von einzelnen Staatsbeiträgen für Plattformen und Institutionen, für das junge Kunstschaffen und das Theaterschaffen.

Ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie uns die Weiterführung unserer Förderpolitik und unserer Partnerschaft auch mit Basel-Landschaft hier ermöglichen und den Anträgen ihre Zustimmung erteilen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Der Regierungsrat und die Kommissionssprecherin verzichten in der zweiten Runde. Eintreten wurde nicht bestritten Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1

Staatsbeiträge an das Musikbüro, Seite 27 des Berichts

Titel und Ingress

1. Staatsbeiträge

2. Teuerungsausgleich

Publikations und Referendumsklausel

Schlussabstimmung Grossratsbeschluss 1.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002805, 07.02.24 11:06:05]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für das Musikbüro Basel werden Ausgaben in Höhe von Fr. 2’277’000 (Fr. 759’000 p. a.) für die Jahre 2024 bis 2026 bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben zugestimmt mit 86 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei keiner Enthaltung. Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 2, Fachausschuss Musik, Seite 28 des Berichts.

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

82 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002807, 07.02.24 11:06:54]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für Staatsbeiträge für den Fachausschuss Musik BS/BL für die Jahre 2024-2026/2029 wird

eine Rahmenausgabenbewilligung in Höhe von Fr. 870’000 (nicht indexiert) erteilt. Dabei

können Förderentscheide bis 31. Dezember 2026 getroffen und daraus resultierende Ausgaben bis 31. Dezember 2029 getätigt werden.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben auch dem Grossratsbeschluss zwei Fachausschuss Musik zugestimmt mit 82 Ja-Stimmen gegen eine Nein.Stimme bei keiner Enthaltung.

11. Staatsbeitrag für die Koordinationsstelle Freiwillige für Flüchtlinge (KOFFF) für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der GSK

[07.02.24 11:07:08, 23.0728.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Gesundheits und Sozialkommission beantragt, Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt 680’000 Franken zu bewilligen. Für die Kommission geht das Wort an deren Präsidenten Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Die Koordinationsstelle Freiwillige für Flüchtlinge, auch KOFF genannt, vermittelt und koordiniert seit 2015 Kontaktpersonen an Asyl suchende und geflüchtete Personen in Basel in so genannten Tandems. Zudem hilft die KOFF auch bei der Vernetzung von Projekten und Organisationen im Migrationsbereich. Die Koordinationsstelle wird vom Roten Kreuz betrieben und vom Kanton Basel-Stadt und der CMS beauftragt. Seit 2017 bestehen Staatsbeiträge, es handelt sich also um ein langjähriges und professionelles Angebot in der Freiwilligenarbeit.

Die KOFF hat das Ziel, den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch Integration zu stärken und ermöglicht menschliche wertvolle Begegnungen zwischen geflüchteten und hier wohnhaften Menschen, dies ganz im Sinne der Integrations AG in der Schweiz und dem kantonalen Integrationsgesetz, welches festhält, dass Integration ein gesamtgesellschaftlicher Prozess ist, welcher sowohl die Einheimischen wie die Migrationsbevölkerung einschliesst.

Beispielsweise vermittelt die KOFF Freiwillige an Wohngemeinschaften mit geflüchteten jungen Erwachsenen oder eben auch an einzelne Asylsuchende und Flüchtlinge, um unter anderem beim Deutschlernen, bei Fragen im Alltag und bei der Wohnungs- und Arbeitssuche zu unterstützen. Die Koordinationsstelle arbeitet zudem eng mit der Sozialhilfe Basel-Stadt zusammen, welche für die Unterbringung, Betreuung und Integration der Asylsuchenden und Flüchtlingen beauftragt ist.

Der Regierungsrat beantragt die Fortführung des Staatsbeitrags für die Koordinationsstelle Freiwillige für Flüchtlinge für die Jahre 2024 bis 2027 von insgesamt 680’000 Franken jährlich also 170’000 Franken. Der aktuelle Vertrag ist Ende 2023 ausgelaufen, infolge des Ukrainekriegs und der Zunahme von geflüchteten Menschen mussten Zusatzbeiträge gesprochen werden. Die ursprüngliche Finanzhilfe von 65’666 Franken wurde Mitte 2022 für die Jahre 2022 und 20¡23 um rund 56’000

Franken auf eine Finanzhilfe von insgesamt 122’000 Franken im Jahr erhöht. Zudem finanziert wird auch die CMS das Angebot mit 61’000 Franken.

Diese Erhöhung wurde von der Finanzkommission bewilligt. Seit der Übernahme des Projekts durch die SRK besteht ein strukturelles Defizit, welches von der gemeinnützigen Organisation mit Eigenmitteln getragen wird. Aus diesen Gründen hat die SRK einen Erhöhungsantrag gestellt, um der höheren Nachfrage gerecht zu werden und die Tandems auch in Zukunft auf 52 halten zu können. Diese erfordert eine Erhöhung der Personalressourcen um 45 Prozent auf total 230 Stellenprozente. Diese Erhöhung wurde vom Departement bewilligt. Ein weiterer Antrag zur Finanzierung von zusätzlichen Projekten wurde hingegen abgelehnt und somit soll der Gesamtbeitrag zur Finanzierung der KOFF ab 2024 neu bei 255’000 Franken liegen. Davon stammen 137’000 Franken aus dem WSU, 33’000 Franken aus dem PD, und 85’000 Franken sollen in der Zukunft von der CMS fliessen. Einen wesentlichen Teil der Finanzierung des Angebots, also mehr als die Hälfte, wird von der SRK über Eigenleistungen und zu einem grossen Teil mittels Freiwilligenarbeit zur Verfügung gestellt.

Die GSK hat den Ausgabenbericht an zwei Sitzungen in Anwesenheit des Vorstehers des WSU und dem Amtsleiter der Sozialhilfe behandelt. Nach einer kurzen Diskussion innerhalb der GSK war klar, dass das Angebot der KOFF auch in Zukunft mit finanziellen Mitteln unterstützt werden muss. Der Bedarf an einer 1 zu 1-Begleitung durch Freiwillige ist klar erwiesen und zeigt sich auch deutlich an der kontinuierlichen Zunahme der Tandems in den letzten Jahren.

Neben den Aufgaben in der Begleitung im Alltag gehört es auch zur Tätigkeit der Koordinationsstelle, neue Freiwillige zu rekrutieren und diese zu schulen, weiterzubilden und Supervision anzubieten. Die Sozialhilfe wird durch das Angebot wesentlich entlastet und ergänzt. Die Asylsuchenden und geflüchteten Menschen profitieren durch das Angebot von gesellschaftlichen Zugängen, die durch das Amt gar nicht oder nur schwer erwirkt werden können. Für eine integrative Begleitung der geflüchteten Menschen ist das Angebot der KOFF unerlässlich.

Die GSK beantragt einstimmig dem Grossen Rat, den Staatsbeitrag an die Koordinationsstelle für Flüchtlinge für die kommenden vier Jahre 2024 bis 2027 in der Höhe von insgesamt 680’000 Franken zuzustimmen. Die GSK bedankt sich bei der KOFF für die bisher geleistete Arbeit und ist überzeugt, dass die KOFF auch in Zukunft einen wertvollen Beitrag für die Integration und den gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Die Situation im Asylbereich ist zurzeit sehr anspruchsvoll. Viele Menschen sind auf der Flucht, viele Menschen stellen Asyl in der Schweiz. Der Bund ist dabei zurzeit sehr stark gefordert, die nötigen Ressourcen für die Unterbringung und auch insbesondere für die Behandlung der Gesuche zu erbringen. Der Bund fällt dann die Entscheide über die Gesuche, ob Menschen bleiben können, als vorläufig Aufgenommene oder als anerkannte Flüchtlinge, oder ob auf ihr Gesuch nicht eingetreten wird. Der Bund ist gefordert, dafür zu schauen, dass erstens die Pendenzen der Gesuchstellenden rasch abgebaut werden und dass auch die Rückführung der Menschen, die abgewiesene Gesuche haben, schneller vollzogen werden können, um die Asylsituation auch bei uns zu entspannen.

Viele Menschen erhalten aber einen positiven Entscheid nach der Prüfung, das heisst, sie bekommen eine Anerkennung als Flüchtlinge oder sie sind vorläufig aufgenommen. Hier ist der Kanton gefordert, diese Menschen unterzubringen, sie zu finanzieren und auch dafür zu schauen, dass ihre Integration hier bei uns in die Gesellschaft gelingt. Im Vordergrund stehen da sehr stark auch die Sprache und der berufliche Einstieg.

Da sind Freiwillige eine grosse Unterstützung und ich bin jetzt sehr dankbar für ihre Arbeit und die Arbeit der KOFF in diesem Bereich. Freiwilligenarbeit entlastet damit die Arbeit der Sozialhilfe und von uns als Kanton und Stadt und sie fördert insbesondere die Integration der Menschen, die hier bei uns bleiben. Und es funktioniert auch beidseitig, auch von den geflüchteten Menschen zu den Freiwilligen entstehen positive Kontakte und Effekte.

Aus diesem Grund ist das Angebot der Koordinationsstelle Freiwillige für Flüchtlinge, die von der SRK geführt wird, enorm wichtig Sie schauen, dass Freiwillige sich melden können, rekrutiert werden. sie schauen dafür, dass es zu einer Zusammenführung kommt der geflüchteten Menschen mit den Freiwilligen und sie begleiten diese Tandems auf ihrem Weg. Dieses Angebot ist sehr erfolgreich, die Zahlen sind steigend. Im Jahr 2020 waren es noch 191 Tandems, im Herbst letzten Jahrs waren es schon 280. Diese Entwicklung ist sehr positiv zu werten und wir als Kanton und Stadt haben ein grosses Interesse, dass diese Arbeit wirkungsvoll und erfolgreich weitergeführt werden kann.

Aus diesem Grund beantragt Ihnen der Regierungsrat eine Erhöhung des Staatsbeitrags an die KOFF um 48’000 Franken auf neu insgesamt 170’000 Franken pro Jahr, dies mit dem Ziel, dass das Potenzial an Freiwilligen möglichst ausgeschöpft werden können kann und dass auch genügend Zeit für die Tandems zur Verfügung steht, damit sie wirkungsvoll agieren können.

An dieser Stelle möchte ich danken. Ich möchte all den Freiwilligen danken, die bereit sind, diese wichtige Integrationsarbeit zu leisten zugunsten der geflüchteten Menschen und zugunsten unserer Gesellschaft. Ich möchte dem SRK und seinen

Mitarbeitenden danken. Ich möchte der CMS-Danken für ihre Mitfinanzierung und auch für die Erhöhung ihrer Unterstützung, gleichzeitig mit dem Kanton, und ich bedanke mich auch bei der GSK für die Prüfung unseres Antrags.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es wurden keine Fraktionsvoten eingetragen. Damit geht das Wort als Einzelsprecher an Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Als Grossrat der Liste Ausländer Stopp stelle ich Antrag auf Rückweisung und Nichteintreten. Ich muss einfach sagen, die hohle Hand aufmachen geht nicht. Es bringt viele Bürger in Wallung, auch mich. Wir reden hier über den Betrag von einer Million. Dann heisst es wieder, es ist freiwillig. Aber wenn es freiwillig ist, warum kriegen die Leute dann Geld? Also ich verstehe es nicht, auch wenn ich im Gymnasium gewesen bin, freiwillige Arbeit ist gratis. Das nennt sich auf Hochdeutsch ehrenamtliche Arbeit. Warum gibt es denn Geld?

Wenn ich das Wort Flüchtlinge höre oder lese, wie jetzt heute am Morgen in der Tagesordnung, dann steigt bei mir der Blutspiegel. Es ist für mich ein Reizwort und es macht sich Wut breit und es kommen Wörter wie Benachteiligung hoch. Das sagen immer mehr Leute. Als Einthema-Partei muss ich zu dieser Sache reden und ich bitte auch die SVP, bei dieser Abstimmung entweder Nein zu stimmen mit mir oder sich anstandshalber zu enthalten.

Der Herr Präsident hat heute Morgen eine gute Rede, in der es auch um das Thema Ausländer gegangen ist. Ich bin einverstanden, was er gesagt hat, aber Sie haben auch gesagt, es gibt verschiedene Meinungen, man muss die verschiedenen Meinungen akzeptieren und man muss die verschiedenen Meinungen aushalten können. Es fiel das Wort schamlose Infragestellung von humanitärer Hilfe.

Wenn viele Leute, die Schweizerdeutsch reden, nichts zum Essen haben, dann verstehe ich das. Es ist einfach bei der Bevölkerung ein gewisser Neid da, eine gewisse Eifersucht und ein Verlierergefühl. Dann wird von diesen Leuten eine Politik gemacht, die nicht akzeptiert, dass so viele Gelder an Leute fliessen.

Ich selber habe grosses Verständnis für Flüchtlinge. Meine Mutter ist als Flüchtling aus der DDR gekommen, weil sie nichts mit dem Kommunismus zu tun haben wollte. Aber die Leute, die damals aus der Tschechoslowakei und der DDR kamen, haben alle gearbeitet bis zur Pensionierung.

Es wurde gesagt, Tandems förderten den gesellschaftlicher Zusammenhalt. Aber den gesellschaftlichen Zusammenhalt kann ich nicht sehen und ich weiss, was draussen los ist. Wenn man der Bevölkerung auf den Zahn fühlt, weiss man, dass die Bevölkerung das nicht will. Und ich möchte das auch nicht. Darum stimme ich mit gutem Herzen Nein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchte der Regierungsrat nochmals das Wort? Er verzichtet. Der Kommissionspräsident verzichtet ebenfalls. Eintreten wurde bestritten von Eric Weber. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Wer auf das Geschäft eintreten will, stimmt JA, wer nicht eintreten will stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002809, 07.02.24 11:22:15]*

Der Grosse Rat beschliesst

Eintreten

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben beschlossen, auf das Geschäft einzutreten mit 89 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

Auch Rückweisung wurde beantragt von Eric Weber. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Wer den Bericht zurückweisen will, stimmt JA, wer nicht zurückweisen will stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

2 Ja, 73 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002810, 07.02.24 11:22:56]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Abstimmung wird wiederholt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir wiederholen die Abstimmung.

Abstimmung

Wer den Bericht zurückweisen will, stimmt JA, wer nicht zurückweisen will stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 89 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002812, 07.02.24 11:23:34]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben beschlossen, das Geschäft nicht zurückzuweisen mit 89 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme bei keiner Enthaltung.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 5 des Berichts

Titel und Ingress,

einziger Absatz.

Publikationsklausel.

Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002814, 07.02.24 11:24:18]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Koordinationsstelle Freiwillige für Flüchtlinge KOFFF werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 680’000 (Fr. 170’000 pro Jahr) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 87 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

Oliver Bolliger (GAB): Beim beantragten Staatsbeitrag an die Initiative CLINNOVA für die kommenden drei Jahre handelt es sich um eine erstmalige Finanzhilfe. CLINNOVA Innovation in Healthcare ist eine Forschungsinitiative mehrerer Universitäten und Kliniken in Luxemburg, Deutschland, Frankreich und der Schweiz. CLINNOVA konzentriert ihre Forschungstätigkeit auf

drei Autoimmunerkrankungen, darunter Multiple Sklerose, die häufigste Immunkrankheit des Nervensystems. Das Projektziel von CLINNOVS ist die Erschliessung des Potenzials von künstlicher Intelligenz im Zusammenhang mit grossen Datenmengen für das Gesundheitswesen. Die daraus gewonnenen Erkenntnissen sollen Aufschluss zu Wirksamkeit von Therapieformen in unterschiedlichen medizinischen Gebieten geben. Die Gesamtverantwortung für die wissenschaftliche Koordination der verschiedenen Arbeitspakete liegt in der Schweiz am Universitätsspital Basel und der Universität Basel. Geforscht wird hauptsächlich im Basler Research Center for Clinical Neuroimmunologie and Neuroscience. Dieses Center ist eine Non-Profit-Stiftung des USB und der Universität Basel und geniesst auf dem Gebiet der Multiple Sklerose-Forschung ein internationales Ansehen.

Die bisherige Vorstudie, welche Ende letztes Jahr ausgelaufen ist, wurde mit Mitteln des Bundes und der Kantone finanziert. Nun beginnt die produktive Projektphase mit drei simultanen Arbeitspakete für den Standort in Basel. Es handelt sich dabei um folgende: Aufbau einer IT-Infrastruktur mit dem notwendigen Datenschutz, prospektive klinische Studie mit der Anwendung künstlicher Intelligenz auf die grossen Datenmenge eben im Bereich Multiple Sklerose und für die Projektkoordination und Kommunikation sowie juristische und ethische Beratung. Für die produktive Projektphase ab 2024 beteiligen sich die Region Grand Est und Luxemburg mit je 20 Millionen Franken und das Land Baden-Württemberg mit 10 Millionen Franken. Für den Standort Basel wurden abgesehen von der Eigenbeteiligung der Universität und des USB und des Forschungszentrums noch keine Finanzen bewilligt. Damit der Standort Basel sich an der produktiven Projektphase beteiligen kann, wurden von Seiten des USB und der Universität ein finanzieller Beitrag von 4 Millionen Franken für die kommenden drei Jahre beantragt. Die Eigenbeteiligung der Projektseite beträgt ein Drittel, der Kanton würde sich mit zwei Dritteln an den Kosten beteiligen.

Aus Sicht der Regierung stimmt das Projektkino mit den Eignerstrategien für das USB und für die Universität überein. Die Nutzung von grossen strukturellen Datenmengen ist ein dringendes Bedürfnis im Gesundheitswesen und CLINNOVA bietet eine hervorragende Gelegenheit, einen Beitrag zur Spitzenforschung zu leisten und das USB und die Universität als innovativen Partner zu positionieren als auch Basel an ein europäisches Netzwerk zur Nutzung von reichhaltigen Datenquellen und der personalisierten Medizin anbinden zu können. Der Regierungsrat beantragt deshalb einen Staatsbeitrag für die Initiative CLINNOVA für die Jahre 2024 bis 2026 in der Höhe von insgesamt 4 Millionen Franken in Form einer Finanzhilfe.

Der Ratschlag wurde von Seiten des Departements durch den Vorsteher und den Leiter Gesundheitsbeteiligungen und Finanzen sowie von Seiten der Universität und Universitätsspital vom Direktor des Forschungszentrums und von der Gesamtprojektverantwortlichen vorgestellt. Die GSK hat den Ratschlag an zwei Sitzungen behandelt. Die GSK unterstützt die Vorlage. Es ist ihr aber sehr wichtig, dass die Ergebnisse der Grundlagenorschung durch die Trägerstiftung abgesichert werden. Allfällige Materialgüteransprüche sollen in einem institutionellen Rahmen bleiben, da diese durch die öffentliche Hand finanziert wurden. Nutzung durch Dritte beziehungsweise Private müssten abgegolten werden.

Die GSK begrüsst auch die Teilnahme am Forschungsprojekt, weil es unter anderem auch um wichtige Grundlagenforschung zur Multiplen Sklerose geht und hier hat Basel eine wertvolle Position. Im regionalen Krankheitsbild hat MS eine grosse Bedeutung und medizinischer Fortschritt in der Behandlung der Krankheit ist sehr zu begrüssen. Die GSK sieht es aber auch durchaus kritisch, dass für ein solches spezifisches und wichtiges Forschungsprojekt die Form einer kantonalen Finanzhilfe gewählt werden muss und andere Zugänge über Bundesgelder aus dem Nationalfonds oder weitere finanzielle Forschungsmittel nicht beantragt beantragt werden konnten. Es handelt sich ja dabei im Gegensatz zum Beispiel zum IUB nicht um ein ganzes Institut, sondern um ein Forschungsprojekt. Auch der zeitliche Druck irritiert die GSK, so dass ohne die Finanzierung von Seiten des Kantons das wichtige Forschungsprojekt zwischen Stuhl und Bank fallen würde.

Die GSK begrüsst das Ansinnen der Regierung, dass die Finanzierung von CLINNOVA nach 2026 ohne Staatsbeiträge gesichert werden soll. Aufgrund der Trägerschaft mit der bikantonalen Universität Basel bedauert die GSK, dass sich der Kantons Basel-Landschaft nicht am Forschungsprojekt beteiligen will. Insgesamt sieht die GSK aber ein Problem bei der Verantwortungsübernahme vor allem durch den Bund. Zukünftige Forschungsprojekte im Bereich der Spitzenmedizin können nicht allein durch kantonale Finanzhilfen getragen werden.

Ein Teil der Kommission weist auf den Umstand hin, dass nun zum wiederholten Male für wissenschaftliche technische Grossprojekte unter Zeitdruck hohe finanzielle Mittel beantragt werden müssen, dies unter anderem auch unter dem Gesichtspunkt, dass für soziale Projekte teilweise um viel geringere Mittel gerungen werden muss. Doch dieser Aspekt allein ist für die GSK kein Hinderungsgrund, dem vorliegenden Ratschlag zuzustimmen.

Die GSK beantragt nach eingehender Debatte dem Grossen Rat, die Beschlussvorlage Staatsbeitrag für die Initiative CLINNOVA für die Jahre 2024 bis 2026 zuzustimmen und insgesamt Ausgaben von 4 Millionen Franken für die drei kommenden Jahre zu sprechen.

12. Staatsbeitrag für die Initiative «CLINNOVA – Innovation in Healthcare» für die Jahre 2024 bis 2026», Bericht der GSK

[07.02.24 11:24:31, 23.0958.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an den Präsidenten der GSK Oliver Bolliger.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort hat nun Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Wir beantragen Ihnen mit dem vorliegenden Ratschlag die Bewilligung von Ausgaben für einen Staatsbeitrag für die Initiative CLINNOVA Innovation in Healthcare für die Jahre 2024 bis 2026 in der Höhe von insgesamt 4 Millionen Franken. Die Forschungsinitiative CLINNOVA, die von Luxemburg, Deutschland und Frankreich mitgetragen wird, setzt sich sich zum Ziel, das Potenzial von künstlicher Intelligenz im Zusammenhang mit grossen Datenmengen für das Gesundheitswesen besser zu erschliessen. Daten von Patientinnen und Patienten können, wenn sie in grosser Zahl vorliegen, automatisiert miteinander vernetzt und analysiert werden. Mittels präziser Algorithmen können Erkenntnisse zur Wirksamkeit von Therapieformen gewonnen werden. CLINNOVA sieht die Entwicklung von grenzüberschreitenden Forschungsplattformen vor, in denen die Datenpools der einzelnen Forschungsstandorte analysiert werden können. Dabei werden nicht die Daten reisen, sondern es werden die Analysealgorithmen reisen stellen sich also insofern nicht grosse grenzüberschreitende Probleme im Datenschutz.

Für die Datenanalyse ausgewählt wurden beispielsweise Krankheitsbilder aus dem Bereich der häufigsten chronischen Autoimmunerkrankungen, Multiple Sklerose, rheumatoide Arthritis und entzündliche Darmerkrankungen. Gerade im Bereich der MS-Grundlagenforschung ist der Standort Basel führend und verfügt mit dem MS-Zentrum am Universitätsspital über einen einzigartigen Datenpool, der von hochkompetenten, international führenden multidisziplinären Forschungsgruppen gepflegt und genutzt wird. Durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Projektpartnern kann die Menge an qualitativ hochwertigen medizinischen Daten nochmals signifikant vergrössert und damit eine kritische Masse erreicht werden, die für die Entwicklung von aussagekräftigen Modellen notwendig ist.

Die Projektschritte und die Zahlen hat Ihnen der Kommissionssprecher schon ausführlich geschildert, ich möchte das hier nicht wiederholen. Ich möchte vielleicht kurz eingehen auf einen Punkt, den der Kommissionssprecher sehr zu recht moniert hat, nämlich ob das nicht ungewöhnlich sei, dass wir diese Art von Projekt hier als Kanton unterstützen. Dazu kann ich sagen, dass wir alternative Finanzierungsmöglichkeiten selbstverständlich auch geprüft haben. Eine Weiterführung des Projekts durch Mittel der neuen Regionalpolitik ist aufgrund der zu geringen Mittel nicht möglich, eine Mitfinanzierung durch den Bund ebenfalls nicht, das ist bedauerlich, aber irgendwie erklärbar. Das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO macht keine Forschungsförderung, die ist bei Innosuisse oder beim Nationalfonds, und die unterstützen indessen keine Infrastrukturprojekte. Unser Projekt hier ist ein Hybrid zwischen Forschungs- und Infrastrukturprojekt, etwas Besonderes. In diesem Fall glauben wir, ist es legitim, dass wir als Kanton und als Träger der Institutionen, die hier mitwirken, einspringen.

Das vorliegende Projekt ist eine hervorragende Gelegenheit, einen Beitrag zur Spitzenforschung zu leisten, das Unispital und die Universität Basel als innovative Partner für die in unserer Region so bedeutsame Life-Sciences-Industrie zu positionieren sowie die Ausstrahlung und Bedeutung dieser Institutionen in einem wichtigen Gebiet der Medizin entscheidend zu stärken. Dadurch kann für den Forschungs- Gesundheits- und Wirtschaftsstandort Basel ein wichtiges Signal ausgesandt werden.

Da CLINNOVA mit der beantragten Anfangsinvestition in den ersten drei Jahren 2024 bis 2026 die Basis für die transnationale Forschung entscheidend verbessern und vergrössern wird, haben alle an diesem Projekt Beteiligten ein grosses Interesse an der Fortsetzung von CLINNOVA nach 2026 und werden Wege finden, in Zusammenarbeit mit verschiedenen nationalen und internationalen Förderorganisationen sowie mit der Industrie, die notwendigen Mittel für die Weiterführung des Projekts aufzubringen. Vor diesem Hintergrund soll aus heutiger Sicht das Staatsbeitragsverhältnis nach 2026 grundsätzlich nicht weitergeführt werden.

Der Regierungsrat ist überzeugt, dass die avancierte Nutzung strukturierter Gesundheitsdaten einem dringlichen Bedürfnis des gesamten Gesundheitswesens entspricht. Die Erschliessung des Potenzials von künstlicher Intelligenz im Zusammenhang mit grossen Datenmengen kommt der Spitzenforschung, der klinischen Forschung und der medizinischen Produkteentwicklung, dann aber auch der Gesundheitsversorgung und somit den Patientinnen und Patienten zugute, in Zukunft möglicherweise auch vermehrt der Prävention.

Eine Finanzierungszusage ist die klare Willensbekundung zugunsten der medizinischen Forschung und der gezielten Weiterentwicklung der darin tätigen Institutionen sowie zur Stärkung des Life-Sciences-Standorts Basel. Sie unterstreicht die Wettbewerbsfähigkeit des Unispitals und der Universität Basel sowie deren Bedeutung für die Leitindustrie der Region und sendet dadurch auch ein politisch wichtiges Signal aus. Auch ist die klare Willensbekundung zur Intensivierung der

internationalen Forschungszusammenarbeit in Europa hervorzuheben. Sie wissen, dass wir das bei jeder Gelegenheit betonen, dass die Schweiz wieder vollen, gleichberechtigten Zugang zu den europäischen Forschungsprogrammen braucht. Hier haben wir eine Möglichkeit, in einem separaten Rahmen in ähnliche Projekte einzusteigen und das ist auch ein wichtiges Bekenntnis, das wir hier abgeben können. Ich bin also dankbar, wenn Sie unseren Anträgen zustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. In der zweiten Runde verzichten der Regierungsrat und auch der Kommissionssprecher. Eintreten wurde nicht bestritten Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 6 des Berichts

Titel und Ingress

einziger Absatz

Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002816, 07.02.24 11:38:16]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Initiative «CLINNOVA – Innovation in Healthcare» werden für die Jahre 2024 bis 2026 Ausgaben von insgesamt Fr. 4'000'000 (2024: Fr. 1'560’000, 2025: Fr. 1'295’000, 2026: Fr. 1'145’000) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss einstimmig zugestimmt mit 90 Ja-Stimmen.

13. Ausgabenbewilligung für die Projektierung und Realisation zur Erweiterung der Beachhalle Im Wasenboden 6, 4056 Basel, Ratschlag des RR

[07.02.24 11:38:29, 23.0507.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Kommission JSSK hat das Wort Gabriel Nigon.

Gabriel Nigon (LDP): Zur Ausganslage: Mit seinem Ratschlag beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, für die Projektierung und Realisation der Erweiterung der Beachhalle Basel am Standort Im Wasenboden Brückenkopf eine einmalige Ausgabe in der Höhe von 2,35 Millionen Franken. Im Wesentlichen soll mit diesem Projekt die Beachhalle Basel unter der Strassenbrücke Luzernerring um zwei weitere Trainings-Felder für Beachvolleyball ausgebaut werden, da diese Flächen durch das Tiefbauamt nicht mehr genutzt werden. Gestützt auf eine Machbarkeitsstudie und die darauf basierende Kostenschätzung mit einer Kostengenauigkeit von +/- 20 Prozent werden die Kosten mit 2,35 Millionen Franken veranschlagt. Darin ist eine Reserve von 20 Prozent für Unvorhergesehenes eingerechnet. Für die näheren Ausführungen wird auf den Ratschlag verwiesen.

Zum Vorgehen der Kommission: Die JSSK befasste sich an den drei Sitzungen vom 10. Januar, 17. Januar sowie 24. Januar 2024 mit der Vorlage. Anlässlich der ersten Sitzung wurde das Projekt durch die Verwaltung, vertreten durch die Herren Steve Beutler ED, Christian Mehlisch FD und Stefan Segessenmann BVD präsentiert. Im Anschluss an die zweite Sitzung

wurde die Verwaltung um eine schriftliche Stellungnahme zu den Alternativen einer Beachhalle ersucht. Im Rahmen der dritten Sitzung wurden die Antworten der Verwaltung vom 23. Januar 2024 diskutiert.

Zu den Erwägungen der Kommission: Diskutiert wurde, Beachhalle Im Wasenboden die optimalste Lösung darstellt oder durch die Errichtung von Ballonüberdachungen von bestehenden Feldern im St. Jakob oder auf dem Rankhof mehr und kostengünstigere Winterplätze für Training und Wettkämpfe geschaffen werden könnten. Gemäss der erwähnten Antwort der Verwaltung werden auf der Sportanlage St. Jakob im Winter zwei Drittel der beleuchteten Beachvolleyballfelder vom Sand befreit und für den Fussball genutzt. Zudem verhindert der dortige Teilzonenplan der Gemeinde Münchenstein die für den Beachvolleyball erforderliche Gebäudehöhen. Im Rankhof werden die baulichen Gegebenheiten als schwierig eingeschätzt. Zudem wird angenommen, dass eine Traglufthalle für zwei Beachvolleyballfelder einer Investition von rund 2,76 Millionen Franken bedarf. Die Kommission kam deshalb zum Schluss, dass sich durch den Auszug des Tiefbauamtes aus der besagten Liegenschaft eine Opportunität für den Beachvolleyball ergeben hat, welche wahrgenommen werden soll.

Zum Antrag der Kommission: Am 24. Januar 2024 beschloss die Kommission mit 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen, dem Grossen Rat die Genehmigung des Beschlussentwurfs zum Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für die Projektierung und Realisation zur Erweiterung der Beachhalle Im Wasenboden 6 in Basel zu beantragen. Des weiteren beschloss die Kommission stillschweigend mündliche Berichterstattung und bestimmte den hier Sitzenden zum Sprecher der Kommission. Im Namen der JSSK bedanke ich mich für ihre Aufmerksamkeit und Zustimmung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Zuerst einmal vielen herzlichen Dank an die Kommission für die kritischen Fragen und für die sehr rasche Behandlung. Ich glaube, das ist wirklich auch wichtig gerade mit Blick darauf, dass es wenig Sinn machen würde, wenn wir im ersten Quartal 2026 fertig würden mit diesem Projekt, denn die Halle wird ja vor allem im Winter genutzt. Die schnelle Behandlung stellt sicher, dass wir das auch wirklich für den übernächsten Winter bereitstellen können.

Es wurde erwähnt vom Kommissionssprecher, dass das wirklich eine Chance ist. Es sind dort bereits sanitäre Anlagen vorhanden, es gibt Umkleidekabinen, die jetzt intensiver genutzt werden können. Man kann das erweitern in den Räumlichkeiten gleich nebenan. Da gibt es wirklich auch Möglichkeiten für Synergien in den jetzigen Räumlichkeiten. Es ist auch klar, die Nachfrage ist da. Während es im Sommer zahlreiche Trainingsmöglichkeiten über die ganze Stadt und über den ganzen Kanton verteilt gibt, müssen sich im Winter im Kanton Basel-Stadt alle Beach-Sportler dieses eine Feld teilen. Deshalb freue ich mich über die einstimmige Zustimmung der Kommission und bitte Sie, diese Ausgabenbewilligung zu sprechen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein Fraktionsvotum hat sich Gianna Hablützel-Bürki eingetragen für die SVP.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Ich stehe heute vor Ihnen, um meine Bedenken hinsichtlich der vorgeschlagenen Erweiterung der Beachvolleyhalle um 2,35 Millionen Franken zum Ausdruck zu bringen. Es ist bedauerlich, dass der Regierungsrat erneut versäumt hat, die notwendige Sorgfalt walten zu lassen, um die optimalen Lösungen für unsere Gesellschaft zu erarbeiten. Die Tatsache, dass die Idee einer Erweiterung ohne vorherige Konsultation von Sportexperten und Verantwortlichen beziehungsweise Betroffenen präsentiert wurde, ist leider nicht überraschend. Die Argumentation, wonach die Halle von einem auf drei Beachfelder mit minimalem baulichem und finanziellem Aufwand erweitert werden soll, erscheint oberflächlich. Es stellt sich die Frage, ob 2,35 Millionen Franken tatsächlich als minimaler finanzieller Aufwand für eine Erweiterung gelten können, die lediglich ein zusätzliches Feld von Normgrösse und ein kleines Feld für den Nachwuchs vorsieht. Es obliegt unserer Verantwortung, den Sport in Basel zu fördern, doch dies erfordert eine sorgfältige Planung und Rücksichtnahme auf die breite Palette sportlicher Bedürfnisse.

Es ist fraglich, ob ernsthafte Bemühungen unternommen wurden, alternative Räumlichkeiten zu finden, die sämtlichen Anforderungen des Beachvolleyballsports gerecht werden. Trainings-Felder sollten den gängigen Normen entsprechen, um allen Athleten optimale Trainingsbedingungen zu bieten. Wir alle wissen, Basel leidet zweifellos unter einem Mangel an Hallen und Trainingsflächen für den Vereinssport. Wenn wir wirklich etwas für den Basler Sport tun wollen, müssen wir sicherstellen, dass unsere Investitionen nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig nachhaltig sind und ausreichend Platz für umfassendes Training bieten. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Anliegen des Sports nicht halbherzig behandelt, sondern dass endlich konkrete Massnahmen ergriffen werden.

Der Grosse Rat hat die Verantwortung sicherzustellen, dass die vorgeschlagenen Investitionen nicht nur dem einfachsten, sondern dem besten Ergebnis für die Gesellschaft dienen. Daher appelliere ich an Sie, diesen Vorschlag kritisch zu hinterfragen und sicherzustellen, dass alternative Lösungen und Bedürfnisse künftig im Bereich des Vereinssports

angemessen berücksichtigt werden. Wir müssen sicherstellen, dass die bereitgestellten Mittel effektiv und verantwortungsbewusst eingesetzt werden.

Dennoch ist es im Interesse des Sports unumgänglich, heute eine Zustimmung zu einem Ratschlag zu geben, der grundsätzlich zurückgewiesen werden muss, da er in seiner gegenwärtigen Form nicht akzeptabel ist. Wir können jedoch keine weitere Zeit verlieren, sondern müssen heute entscheiden. Nach dem Motto «Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach» beantrage ich im Namen der SVP-Fraktion die Zustimmung zu diesem Ratschlag.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein Einzelvotum hat sich Alex Ebi eingetragen.

Alex Ebi (LDP): Ich danke für das ausführliche Votum von Gianna Hablützel-Bürki. Sie hat ganz viel und eigentlich alles auf den Punkt gebracht. Es geht genau um das, der Sport ist am Schluss oft in dieser Situation, dass man dann halt einfach sagt, besser das als gar nichts. Natürlich ist es schwierig in unserem Kanton, wir haben einfach zu wenig Platz. Das Sportanlagekonzept 2022 sagt das auch, wir sollten mehr Hallen haben.

Die Situation mit diesen Sporthallen dürfen wir einfach nicht aus den Augen verlieren. Wenn man dann etwas macht auf dem kleinen Platz für den Sport, dann ist wichtig, dass man das wirklich optimal dann auch wirklich einsetzt, jeden Franken, den wir für den Sport kriegen können, müssen wir optimal einsetzen. Und darum wäre es mir auch wichtig, dass die Hauptmieter, und das sind jetzt hier in diesem Fall die Beachvolleyballerinnen und die Beachvolleyballer, rechtzeitig gefragt werden: Was brauchen Sie ganz genau, was können wir dort richtig optimal machen, dass die 2,3 Millionen wirklich optimal eingesetzt werden?

Natürlich bin ich dafür, dass man das entgegennimmt. Natürlich nehmen wir das als Sportler und als Sportlerinnen dankend an. Grossartig, dass die Verwaltung an das gedacht hat. Und trotzdem, der Weg ist noch lange nicht zu Ende, viele Sportarten haben immer noch nicht die nötigen Räumlichkeiten, die sie brauchen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein zweites Votum, der Kommissionssprecher ebenso.

Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung Seite 10 des Ratschlags

Titel und Ingress

einziger Absatz

Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002818, 07.02.24 11:51:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Projektierung und Realisation (inkl. Reserve) der Erweiterung der Beachhalle Basel am Standort «Im Wasenboden / Brückenkopf» wird eine einmalige Ausgabe in der Höhe von Fr. 2'350'000 zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich, Hochbauten im Verwaltungsvermögen, Teil Bildung, Immobilien Basel-Stadt bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss einstimmig zugestimmt mit 87 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung und keiner Nein-Stimme.

Ich hatte mir vorgenommen, mit dem nächsten Traktandum noch anzufangen, wenn wir noch mindestens 10 Minuten zur Verfügung haben. Das ist jetzt nicht mehr der Fall und somit entlasse ich Sie bereits in die Mittagspause.

Schluss der 1. Sitzung

11:51 Uhr

Protokoll

der 2. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 7. Februar 2024, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Tim Cuénod (SP), Jo Vergeat (GAB), Pascal Messerli (SVP), Tobias Christ (GLP), Alexandra Dill (SP), Leonie Bolz (SP), Pascal Pfister (SP), Beda Baumgartner (SP).

Verhandlungsgegenstände:

14. Neue Interpellationen ... 2
14.1. Interpellation Nr. 1 Adrian Iselin betreffend Bedeutung des Longines CHI Classics Basel ... 2
14.2. Interpellation Nr. 2 Oliver Bolliger betreffend Zugang für auswärtige obdachlose Frauen zur Frauen-Notschlafstelle und der Umgang der Notschlafstellen mit Kältwellen ... 3
14.3. Interpellation Nr. 3 Eric Weber betreffend Sicherheit bei Parlaments-Sitzungen ... 5
14.4. Interpellation Nr. 4 Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend alarmierender Situation im Betrieb des Kasernen-Hauptbaus ... 5
14.5. Interpellation Nr. 5 Daniel Seiler betreffend abgelehnter Stadtklimainitiativen ... 5
14.6. Interpellation Nr. 6 Nicola Goepfert betreffend der Ausweitung der Videoüberwachung auf der Dreirosenanlage ... 6
14.7. Interpellation Nr. 7 Felix Wehrli betreffend Ladendiebstähle ohne Polizei? ... 7
14.8. Interpellation Nr. 8 Beda Baumgartner betreffend Informationspolitik zu Massnahmenpaket ... 8
14.9. Interpellation Nr. 9 Jenny Schweizer betreffend Wasseranalysen Deponie Maienbühl ... 9
14.10. Interpellation Nr 10 Joël Thüring betreffend Samidoun: Die in Deutschland verbotene antisemitische Organisation ist weiterhin in Basel aktiv ... 10
14.11. Interpellation Nr. 11 Tonja Zürcher betreffend Flughafenausbau verhindert Klimagerechtigkeit ... 11
14.12. Interpellation Nr. 12 Heidi Mück betreffend Museumsnacht für alle ... 11
14.13. Interpellation Nr. 13 Fina Girard betreffend Kindertankstelle Dreirosenmatte ... 11
14.14. Interpellation Nr. 14 Sasha Mazzotti betreffend Klassenzahlen auf dem Campus Bäumlihof, Drei Linden, Hirzbrunnen ... 12
15. Vorgezogenes Budgetpostulat 2025 Oliver Bolliger Präsidialdepartement, 350 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (QuartierJobs) ... 13
16. Antrag Claudia Baumgartner und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Massnahmen zur Aufwertung der beiden ehemaligen Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft (Volles Ständerecht) ... 13
17. Motion 1 Pascal Messerli betreffend Volksentscheid akzeptieren - keine Durchwegung durch Freizeitgartenareale ... 19
18. Motion 2 Pascal Messerli betreffend den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag streichen und durch einen anderen Tag ersetzen ... 19
19. Motion 3 Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Gleichbehandlung der nachobligatorischen Schulzeit in Sachen Familienurlaub ... 22
20. Motion 4 Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend Stromsparbonus für Betriebe gerecht verteilen ... 26
21. Motion 5 Daniel Albietz und Konsorten betreffend faires Inventarisierungsverfahren ... 27
22. Motion 6 Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend PACS und Verantwortungsgemeinschaft für Basel-Stadt ... 31

Beginn der 2. Sitzung

Mittwoch, 7. Februar 2024, 15:00 Uhr

14. Neue Interpellationen

[07.02.24 15:00:48]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zu unserer Nachmittagssitzung. Wir fahren mit den Interpellationen fort.

14.1. Interpellation Nr. 1 Adrian Iselin betreffend Bedeutung des Longines CHI Classics Basel

[07.02.24 15:01:19, 24.5024.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen. Somit geht das Wort an Regierungsrat Conradin Cramer.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Gerne beantworte ich diese Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt. Zunächst einleitend: Das Sportamt verfolgt gemeinsam mit der Abteilung Aussenbeziehung und Standortmarketing eine Akquisitionsstrategie, um sportliche Grossanlässe nach Basel zu holen. Zusammen mit den verantwortlichen Personen der jeweiligen Veranstaltungen werden frühzeitig Gespräche geführt, um unter anderem die Finanzplanung transparent angehen und allfällige Beitragsgesuche prüfen zu können.

Zu Frage 1: Der Turnierleitung ist es gelungen, das Turnier in den vergangenen Jahren auf höchstes internationales Niveau zu bringen. Damit leistet dieser Sportgrossanlass, der Basel im Namen trägt, einen wichtigen Beitrag zur Bekanntheitssteigerung Basels als moderner Veranstaltungsort. Der Regierungsrat erachtet die Longines CHI Classics Basel sowohl in sportlicher Hinsicht als auch mit Blick auf die hervorragende Wahrnehmung unseres Kantons als einen der bedeutendsten Anlässe im Jahreskalender unserer Stadt. Das Turnier trägt jedoch nicht nur zur Imagebildung Basels bei, sondern generiert auch eine nicht unbedeutende Wertschöpfung für Basel und die Region.

Zu Frage 2: Mit der Austragung des Weltcupfinals in den drei Disziplinen Springreiten, Dressur und Voltige wird Basel vom 2. bis 6. April 2025 erstmals Austragungsort des pferdesportlichen Höhepunkts der Hallensaison. Nach den olympischen Spielen und den Weltmeisterschaften hat der Weltcup Final im Pferdesport den höchsten Stellenwert und eine entsprechend grosse Ausstrahlung. Im Gegenzug zu seiner Unterstützung und im Austausch mit den Veranstaltenden wird der Kanton diesen Grossanlass, wie bei anderen internationalen Sportgrossanlässen auf Ebene Europa und Weltmeisterschaften, mit verschiedenen Kommunikationsmassnahmen als Marketingplattform für Basel nutzen, zum Beispiel mit Bandenwerbung, Plakaten oder Spots. Der Regierungsrat erachtet diesen Sportgrossanlass daher als Chance, Basel ins Zentrum der weltweiten Wahrnehmung zu stellen.

Zu Frage 3: Wie eingangs erwähnt, stehen das Sportamt und die Abteilung Aussenbeziehung und Standortmarketing auch mit den verantwortlichen Personen für die jährliche Durchführung des Longines CHI Classics Basel und für die Weltcupfinals in einem Austausch. Den Veranstaltern ist bekannt, dass sie Finanzbeiträge beim Swisslos-Sportfonds beantragen können.

Zu Frage 4: Finanzielle Unterstützungsbeiträge des Kantons werden aufgrund unterschiedlicher Faktoren gesprochen. Nebst der Bedeutung für den Leistungs- und Breitensport sowie für Basel als Standort werden dabei auch die internationale Visibilität und Medienpräsenz beurteilt. Dabei wird eine bestmögliche Gleichbehandlung der verschiedenen Grossanlässe angestrebt. Wie erwähnt, kann für die jährliche Durchführung des Longines CHI Classics Basel ein Antrag an den Swisslos-Sportfonds gestellt werden. Die zuständige Kommission beurteilt das Gesuch nach den massgebenden Kriterien. In den vergangenen Jahren wurde jeweils ein namhafter Betrag bewilligt und ausbezahlt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Adrian Iselin (LDP): Besten Dank für Ihre Ausführungen. Ich bin sehr zufrieden mit dieser Antwort. Ich glaube, es ist wirklich eine gute Plattform und eine Chance für Basel. Ein wichtiger Punkt ist hinsichtlich der Gleichbehandlung in Bezug auf die Unterstützung, dass nicht derjenige, der am lautesten schreit und droht, am meisten Geld erhält, sondern dass man da wirklich gleich behandelt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

14.2. Interpellation Nr. 2 Oliver Bolliger betreffend Zugang für auswärtige obdachlose Frauen zur Frauen-Notschlafstelle und der Umgang der Notschlafstellen mit Kältwellen

[07.02.24 15:05:42, 24.5030.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird diese Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen. Somit geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt.

Der Kanton Basel-Stadt betreibt im Gegensatz zu den umliegenden Kantonen zwei Notschlafstellen, eine für Frauen und eine für Männer in einer Notsituation. Dies ist eine wichtige Massnahme, damit Personen ohne Obdach sicher übernachten können. Für eine minimale Pauschale von 7.50 Franken pro Nacht können Personen aus Basel-Stadt übernachten. Für ausserkantonale Personen werden 40 Franken berechnet. Dies liegt weit unter den Vollkosten. Gemäss dem Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung von Bedürftigen liegt die Zuständigkeit beim jeweiligen Wohnkanton. Mit der Finanzierung der Übernachtungskosten von ausserkantonalen Personen verstösst Basel-Stadt gegen das Gesetz über die Zuständigkeit von Unterstützung von Bedürftigen oder geht darüber hinaus. Dem Regierungsrat ist die gesicherte Unterbringung von wohnungslosen Personen ein wichtiges Anliegen, weshalb er auch ein Gesamtkonzept für soziales Wohnen erarbeitet hat. Basierend auf den Ergebnissen schlägt er dem Grossen Rat ein ganzes Paket mit konkreten Massnahmen vor. Kann die Umsetzung dieser Massnahmen erfolgen, wird sich die Situation für besonders benachteiligte Personen noch einmal verbessern. Der Regierungsrat ist aber auch der Meinung, dass wir uns auf die Personen konzentrieren müssen, für welche wir gemäss dem Bundesgesetz zuständig sind. Die zuständigen Wohnorte, Kantone beziehungsweise Länder sollen nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden.

Zu Frage 1: Am 19. Dezember 2023 musste die Notschlafstelle der Frauen von der Rosentalstrasse temporär ins Hotel du Commerce umziehen. Damit reduzierte sich die Anzahl Betten. Damit während des gesamten Winters genügend Betten für Notsituationen zugänglich sind, wurde kommuniziert, dass ausserkantonale Personen nicht mehr mit einer Kostengutsprache in der Notschlafstelle untergebracht werden können. Die betroffenen Frauen sowie die Institutionen und Gemeinden, welche für die Kostengutsprachen verantwortlich sind, wurden entsprechend über die Änderung informiert. In den kantonalen Notschlafstellen wird jedoch sowieso jeden Winter auf die Temperaturen Rücksicht genommen. Entsprechend werden bei der ersten Übernachtung keine Personen weggeschickt, die nicht bezahlen können. Jede Person kann bis zum nächsten Arbeitstag übernachten. Dann jedoch muss sie sich bei der Sozialhilfe Basel-Stadt melden, um entweder eine Kostengutsprache zu erhalten oder um an die zuständige Wohngemeinde verwiesen werden zu können. Erst wenn die Person dies verweigert, kann sie nicht mehr in der Notschlafstelle übernachten. Diese Regelung gilt aktuell auch in der Notschlafstelle für Frauen.

Zu Frage 2: Der Regierungsrat nimmt zu dieser Frage ausführlich Stellung in seinem Ratschlag zum sozialen Wohnen, in dem auch der Anzug Tonja Zürcher betreffend Überprüfungen der Erweiterung der Angebote für Obdachlose in der Stadt unabhängig von Anmelde- Kanton- und Aufenthaltsstatus behandelt wird. Wie bereits ausgeführt, ist die Zuständigkeit für die Nothilfe im Bundesgesetz geregelt. Mit der aktuellen Kulanz bei den ersten ein bis drei Übernachtungen an diesem Wochenende ist die Sicherheit von ausserkantonalen Personen im Winter gewährleistet.

Zu den Fragen 3 und 4: Die beiden Notschlafstellen haben für ihren Auftrag genügend Betten. Ein Ausbau ist auch mit Blick auf die zusätzlichen Massnahmen im Rahmen des Ratschlags soziales Wohnen nicht notwendig.

Zu Frage 5: Die Notschlafstellen sichern eine günstige Übernachtungsmöglichkeit für Personen, die sich akut in einer Notlage befinden. Es ist nicht vorgesehen, die Öffnungszeiten zu verlängern, mit Ausnahme der Massnahmen, die wir im Hinblick auf Rosental am Prüfen sind. Für Personen, die nur einige Nächte dort verbringen, ist das aktuelle Angebot ausreichend. Daneben existiert bereits heute ein sehr grosses Angebot an beheizten Räumen, welche ohne Konsumationspflicht von wohnungslosen Personen tagsüber genutzt werden können. Die meisten dieser Angebote werden vom Kanton mitfinanziert. Für Personen, die dauerhaft ohne Obdach sind, werden unter anderem zusammen mit dem Sozialdienst der Frauenoase Anschlusslösungen gesucht, zum Beispiel im vom Kanton finanzierten Housing First. Zudem plant der Kanton eine neue Art des niederschwelligen selbstständigen Wohnens mit Housing First Plus. Auch das ist im Ratschlag soziales Wohnen ausgeführt.

Zu Frage 6: Personen, die in Basel-Stadt Sozialhilfe oder Nothilfe beziehen, werden durch die Sozialhilfe Basel-Stadt auf das Angebot aufmerksam gemacht beziehungsweise sie erhalten dort eine Kostengutsprache. Daneben existiert in Basel-Stadt ein breites kantonales und privates Angebot an Beratungsstellen für sozial benachteiligte Personen. Ihnen allen ist das Angebot bekannt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Oliver Bolliger (GAB): Ich bedanke mich für die mündliche Beantwortung meiner Interpellation. Ich habe diese Mitte Januar eingereicht, also vor rund drei Wochen, als es in Basel bitterkalt war und in der Nacht die Temperaturen deutlich unter den Gefrierpunkt gefallen sind und zusätzlich eine kalte Bise herrschte. Kurz vor Weihnachten, wie es Regierungsrat Kaspar Sutter schon aufgeführt hat, wurde die Frauennotschlafstelle an einen neuen Standort verlegt. Mit dieser Überlegung verbunden war auch eine Reduktion der Anzahl Betten. Den Platz in der ursprünglichen Frauennotschlafstelle an der Rosentalstrasse benötigte die Sozialhilfe für die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden. Dies ist nachvollziehbar, ein Teil der Liegenschaft wurde ja bereits zu diesem Zweck benutzt. Es geht überhaupt nicht darum, die eine Gruppe gegen die andere auszuspielen.

Aber mit der Verlegung wurde auch noch die Zugangsbeschränkung für auswärtige obdachlose Frauen angepasst. Obdachlose Frauen, die in Basel zwar leben, und dies teilweise seit Jahren, aber nicht hier angemeldet sind, können, wie ausgeführt würden, neu weder mit einer Kostengutsprache einer sozialen Organisation, aber auch nicht, wenn sie den Betrag selber bezahlen würden, länger als einmalig eine Nacht beziehungsweise drei Nächte übers Wochenende übernachten. Es wird mit der Bettenreduktion argumentiert und auch mit dem Gesetz, das Regierungsrat Kaspar Sutter genannt hat.Diese Frauen wohnen aber hier, die werden sich nicht bei der Sozialhilfe anmelden, weil sie sich vom Staat verfolgt fühlen, zum Teil vom deutschen, aber auch noch vom schweizerischen. Das ist einfach ein Fakt.

Die Praxis bei der Männernotschlafstelle ist da anders. Es wird zwar ein bisschen mehr hingeschaut, aber der Zugang besteht bei einer Kostengutsprache auch für auswärtige Obdachlose weiterhin. Das ist aus meiner Sicht dann schon ein wenig fraglich. Meine Nachfrage fokussiert aber vor allem auf den Umgang dieser neue Regelung bei vorhandenen Tiefsttemperaturen. Deswegen habe ich diese Interpellation geschrieben, und wegen der Nichtbereitschaft der Behörden, in dieser Situation ein pragmatisches, der Lage angepasstes staatliches Handeln einzuleiten. Dies ist für mich aus fachlicher Sozialarbeitersicht aber auch als Gesundheits- und Sozialpolitiker nicht nachvollziehbar. Denn wenn das Lausanne kann, muss das auch Basel können, davon bin ich fest überzeugt. Das Prinzip der Subsidiarität in der Hilfestellung darf in einer solchen Situation, das ist ja nicht Alltag, nicht alleinbestimmend sein. Das menschliche Leid steht klar im Vordergrund und über diesem Prinzip.

Und es handelt sich ja nicht um eine grosse Anzahl von betroffenen Frauen, sondern um ein paar wenige obdachlose Frauen für eine gewisse spezifische Zeit ohne Aufenthaltsbewilligung und diese sind in den niederschwelligen Institutionen eh schon bereits bekannt. Und weil die Frauennotschafstelle ohnehin nicht vollbesetzt ist, wäre es dies zu diesem Zeitpunkt auch gar kein Problem gewesen. Kommt hinzu, dass die UMA anscheinend noch gar nicht in die ehemalige Frauennotschlafstelle eingezogen sind.

Also, es hatte damals genügend Platz. Nun, was haben die privaten niederschwelligen Organisationen gemacht? Was sie schon immer gemacht haben, sie handelten auch ohne Auftrag und bezahlten die Übernachtungen in günstigen Hotels oder Backpacker Schlafstellen halt aus dem eigenen Portemonnaie.

Der angesprochene Ratschlag zum sozialen Wohnen in Basel ist gut, er betrifft aber vor allem die hier lebenden und angemeldeten Personen. Da wird etwas kommen, das ist auch wichtig. Da bin ich mit Regierungsrat Kaspar Sutter sehr einig. Aber das wird erst in der Zukunft sein.

Mit der Antwort dieser Interpellation bin ich nicht zufrieden, Mit den Antworten 3 bis 6 bin ich zufrieden, aber mit den ersten beiden Antworten überhaupt nicht. Und das ist der Grund, weshalb ich insgesamt nicht mit der Beantwortung zufrieden bin.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Besten Dank. Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

14.3. Interpellation Nr. 3 Eric Weber betreffend Sicherheit bei Parlaments-Sitzungen

[07.02.24 15:15:05, 24.5026.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Eric Weber (Fraktionslos): Es geht um uns alle, es geht um den Grossen Rat. Da ich ja als Grossrat ausscheide und in einem Jahr nicht mehr Grossrat bin, könnte es mir ja egal sein. Aber nein, ich mache etwas für Sie, ich denke mit. Wir haben 26 Kantone und auch wir hier im Grossen Rat gingen nahe an einer Katastrophe vorbei. Die Chance oder nicht Chance, egal wie man es nennen mag, dass es einen treffen kann, lag bei 1 zu 26. Ich rede vom Massaker im Kantonsrat Zug mit fast 20 Toten. Ich bin noch heute darüber sehr schockiert, denn ich denke mir, ich bin ja auch Kantonsrat und ich liebe euch alle, daher diese Anfrage. Das Zitat «Ich liebe euch alle» stammt nicht von mir. Ich übernahm es von Erich Milke, dem Chef der Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik. Er sagte es im Parlament in der Volkskammer der DDR.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur nächsten Interpellation.

14.4. Interpellation Nr. 4 Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend alarmierender Situation im Betrieb des Kasernen-Hauptbaus

[07.02.24 15:20:38, 24.5036.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte nicht begründen .

14.5. Interpellation Nr. 5 Daniel Seiler betreffend abgelehnter Stadtklimainitiativen

[07.02.24 15:20:52, 24.5038.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Zu den Fragen 1 und 2: Der Regierungsrat hat die Stadtklimainitiativen insbesondere aufgrund ihrer zeitlich unrealistischen Zielsetzung abgelehnt. Die Stossrichtung zugunsten mehr Begrünung unterstützt er jedoch und er hat dies im Vorfeld der Abstimmungen auch zum Ausdruck gebracht. Der Kanton verfolgt ambitionierte Klimaziele und hat seine Klima- und Verkehrspolitik darauf ausgerichtet. Bei Strassenbausanierungen sollen wo immer möglich Grünflächen geschaffen, Bäume gepflanzt und Böden entsiegelt werden, um die Hitze im Stadtraum zu reduzieren. Dies wird der Regierungsrat weiterverfolgen und entsprechend kommunizieren. Der Grosse Rat hat diese Stossrichtung mit der Zweitüberweisung der UVEK-Motion zum Thema Fernwärmeausbau unterstützt.

Zu Frage 3: Bei Anwohnerinformationen und Medienmitteilungen zu einzelnen Projekten werden wesentliche Veränderungen thematisiert, üblicherweise auch die Anzahl Parkplätze. Unabhängig davon wird jede Anpassung des Angebots an

Parkplätzen in Form einer Verkehrsanordnung oder einer öffentlichen Planauflage im Kantonsblatt publiziert. Bei einer blauen Zone wird dies sinnvollerweise in Metern angegeben, nicht in Parkfeldern.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder nicht.

Daniel Seiler (FDP): Danke für die Ausführungen. Ich bin nicht ganz zufrieden, wie Sie vermuten können. Ich kann die Ausführungen im oberen Teil nachvollziehen. Wenn ich die aktuelle Lage anschaue und als Beispiel den neuen aktuellen Flyer zum Wettsteinquartier nehme, muss ich feststellen, dass auf allen sechs Seiten mit keinem Wort der Parkplatzabbau kommuniziert wird. Ich muss mich anschliessend fragen, ob Sie Angst haben, den Parkplatzabbau explizit zu erwähnen. Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

14.6. Interpellation Nr. 6 Nicola Goepfert betreffend der Ausweitung der Videoüberwachung auf der Dreirosenanlage

[07.02.24 15:23:47, 24.5039.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen. Das Wort geht an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Zu Frage 1: In der Begleitgruppensitzung Dreirosenanlage vom 20. September 2023 wurden private und institutionelle Anrainer über die Verlängerung der Videoüberwachung informiert und haben diese praktisch unisono begrüsst. Danach wurde die Verlängerung samt der Anpassung der Videoüberwachung auch noch via Medienmitteilung am 31. Oktober 2023 kommuniziert und fand breite Berichterstattung in den lokalen Medien.

Zu Frage 2: Um mit der Videoüberwachung einen vormals blinden Flecken einsehen zu können, wurde der Aufnahmeperimeter auch nach Rücksprache mit Direktbetroffenen ausgeweitet.

Zu Frage 3: Es gibt keinen Zielkonflikt. Die Anhänge B und C beinhalten operative und technische Angaben. Auf die Veröffentlichung einer konkreten Videosequenz, die nicht in Zusammenhang mit den genannten Anhängen des Reglements steht, wurde aus Rücksicht auf das Opfer verzichtet, weil es trotz Verpixelung im Bekanntenkreis identifizierbar gewesen wäre.

Zu Frage 4: Über die Evaluation der Videoüberwachung wurde mit Medienmitteilung vom 31. Oktober 2023 informiert. Auch in diesem Jahr werden die Entwicklungen kommuniziert.

Zu Frage 5: Nein. Die Videoüberwachung wurde vom Datenschutzbeauftragten geprüft, öffentlich kommuniziert, danach öffentlich diskutiert. Der Regierungsrat erachtet dies als genügende Einbindung der Zivilgesellschaft.

Zu Frage 6: Die Situation auf der Dreirosenanlage hat sich seit September 2023 zwar leicht beruhigt, das JSD ist aber der Auffassung, dass weiterhin Handlungsbedarf besteht.

Zu Frage 7: die Strategie zur Verbesserung der Situation im Unteren Kleinbasel beziehungsweise weitere Massnahmen sind in Arbeit und werden zu gegebener Zeit kommuniziert.

Zu Frage 8: Für eine nachhaltige Beruhigung auf der Dreirosenanlage braucht es mehrere sich ergänzende Massnahmen. Ob und vor allem auch welche Wirkung die Massnahmen erzielen, kann nur über einen längeren Zeitraum geprüft werden.

Zu Frage 9: Bis dato nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder nicht.

Nicola Goepfert (GAB): Vielen Dank für die Antwort, mit der ich trotzdem nicht zufrieden bin. Sie ist ungenau, sie ist unkonkret. Ich möchte gerade anhand von ein paar Antworten darauf eingehen. Die Videoüberwachung bei der Dreirosenanlage wurde massiv verlängert, um über ein Jahr, und auch ausgeweitet, und da reicht es meiner Meinung nicht, wenn man einfach in einer Medienmitteilung darüber informiert, gerade bei einer Ausweitung, von der auch neue Personenkreise davon betroffen sind. Da müssten die Anwohner:innen alle darüber informiert werden und nicht nur über Medienmitteilung oder Begleitgruppen.

Dies gilt auch hinsichtlich Evaluation. Eine Medienmitteilung, eine Info ist das nicht das gleiche, wie wenn eine Evaluation veröffentlicht wird. Das ist nicht vollumfänglich und so kann auch nicht überprüft werden, was tatsächlich in dieser Evaluation steht. Dort geht es dann auch darum, wie damit umgegangen wird. Eine Medienmitteilung ist auch nicht eine unabhängige oder wissenschaftliche Überprüfung. Es wäre wünschenswert, wenn die Wissenschaft oder Zivilgesellschaft stärker eingebunden wird. Darüber werden wir auch noch diskutieren heute oder morgen anlässlich des Anzugs von Fleur Weibel.

Die Videoüberwachung wurde verlängert um mehr als ein Jahr und es wird gesagt, es brauche einen längeren Zeitraum. Was gilt jetzt? Gibt es eine Evaluation, dergemäss es etwas bringt? Dann sollte diese veröffentlicht und damit erklärt werden, warum es eine Videoüberwachung braucht. Die Aussage, es brauche einen längeren Zeitraum für die Videoüberwachung womit jede Videoüberwachung überprüft oder begründet werden könne, das ist zu unkonkret und zu ungenau, angesichts eines solchen Eingriffs in die Grundrechte, was eine Videoüberwachung ist. Deshalb bin ich nicht zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

14.7. Interpellation Nr. 7 Felix Wehrli betreffend Ladendiebstähle ohne Polizei?

[07.02.24 15:29:01, 24.5042.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Einleitende Bemerkungen: Eine Überprüfung der Prozesse bei der Kantonspolizei Basel-Stadt hat dazu geführt, dass die Vorgehensweise bei Ladendiebstählen von unter 300 Franken angepasst wurde. Im Zusammenhang mit dieser Anpassung sind bedauerlicherweise Missverständnisse entstanden. Die neue Praxis der Kantonspolizei betrifft erstens nur eindeutige Fälle, also wenn die Personalien bekannt sind und der Beschuldigte geständig ist. Zweitens kommt die neue Praxis fast ausschliesslich bei Kontrollen durch professionelle Sicherheitsdienste in grösseren Läden zur Anwendung. Die Kantonspolizei kommt weiterhin, wenn Unklarheiten oder Ermittlungsansätze bestehen, wenn die Täterschaft aggressiv, flüchtig oder minderjährig ist. Der von einzelnen Medien erweckte Eindruck, dass zum Beispiel Besitzer von kleineren Geschäften selbstständig Ladendiebe anhalten müssen, ist nicht korrekt. Ausserdem scheint die Vorstellung verbreitet, dass die Kantonspolizei Ladendiebe bestraft. Das kann sie gar nicht. Sie rapportiert die Täterschaft an die Staatsanwaltschaft, Sie ist für die Strafverfahren zuständig. Der wesentliche Unterschied im Vergleich zu früher besteht darin, dass die Polizei nicht mehr vor Ort kommt, um die Möglichkeit einer Kautionserhebung zu prüfen. Falls aber weitere polizeiliche Massnahmen oder eingehende Untersuchungen erforderlich sind, hat die Kantonspolizei Basel-Stadt nichts an ihrem Vorgehen geändert.

Zu Frage 1: Es handelt sich um einen Entscheid, der von der Kantonspolizei gefällt wurde. Ziel der Anpassung war es, Kräfte zu bündeln.

Zu Frage 2: Mitarbeitende des Community Policings haben jene Geschäfte, die häufig von Ladendiebstählen betroffen sind, über die Anpassung informiert. Auch der Informationsflyer zum Thema Ladendiebstahl wurde angepasst und zusammen mit einem neuen Formular auf der Website der Kantonspolizei veröffentlicht.

Zu den Fragen 3 und 4: Die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt führt keine derartige Statistik. Es kann daher nur sehr grob geschätzt werden. Die Kriminalpolizei erlässt jährlich rund 1’200 Strafbefehle, wovon rund 400 Haftstrafbefehle sind. Gut

zwei Drittel davon dürften Ladendiebstähle betreffen. Die Staatsanwaltschaft spricht beben Bussen auch Geld und Freiheitsstrafen aus.

Zu Frage 5: Der Regierungsrat hat zur Kenntnis genommen, dass die Praxisänderung für Verunsicherung gesorgt hat. Es ist bedauerlicherweise der Eindruck entstanden, die Polizei rücke bei Ladendiebstählen nicht mehr aus. Das ist falsch. Wichtig ist die Abgrenzung, dass die Praxisänderung, wie bereits erläutert, nur in eindeutigen Fällen zum Tragen kommt. Sobald Unklarheiten bestehen oder polizeiliches Handeln erforderlich ist, etwa weil eine Person aggressiv oder nicht geständig ist, nimmt die Kantonspolizei selbstverständlich ihren gesetzlichen Auftrag wahr.

Zu Frage 6: Die Schadenssumme ist nicht bekannt.

Zur Frage 7: Es wurden keine polizeilichen Aufgaben an Privatpersonen abgegeben und das ist auch in Zukunft nicht geplant.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Felix Wehrli (SVP): Es ist unverständlich, dass nicht alle Geschäfte über die Änderungen informiert wurden und aus diesem Grund natürlich Missverständnisse entstanden sind. Das muss in Zukunft sicher besser gemacht werden. Das betrifft aber sicher nicht nur eindeutige Fälle, da dies am Telefon oder durch die Geschäfte selber gar nicht festgestellt werden kann. Es kann Erweiterungen haben. Natürlich wird man nun im praktischen Dienst weniger ausrücken wegen Ladendiebstählen, und die Polizei kennt da nicht mal mehrere Klientel.

Dass man auch nicht mehr prüft, ob eine Kaution erhoben werden kann, ist ebenso nicht nachvollziehbar. Man lässt also die Diebe einfach weitergehen. Sie gehen in den nächsten Laden, machen oder dasselbe und so weiter.

Dann würden meine Fragen ist alle beantwortet mit Verweis zum Beispiel auf das Fehlen von Statistiken. Überall werden diese gemacht, aber offenbar nur bei der Stawa nicht. Ich will darauf nicht weiter eingehen.

Zum Schluss kann ich aber mit einer Antwort zufrieden sein, die besagt, dass der Grund dieser Massnahmen der Unterbestand der Polizei ist. Und das hat man bis anhin eben nicht gesagt, und das hätte ich eigentlich erwartet. Ich bin also teilweise zufrieden mit der Antwort.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

14.8. Interpellation Nr. 8 Beda Baumgartner betreffend Informationspolitik zu Massnahmenpaket

[07.02.24 15:34:23, 24.5047.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen. Somit geht das Wort an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich beantworte diese Interpellation im Namen des Regierungsrats wie folgt.

Der Regierungsrat ist sich über den Handlungsbedarf und über die Stossrichtung der Massnahmen im Bereich Sucht und Drogenhandel einig. Der Vorsteher des Gesundheitsdepartements, also ich, hatte bereits im Rahmen der Budgetdebatte im Dezember 2023 zu den geplanten Massnahmen in Kleinbasel allgemeine Informationen gegeben. Der Drogenstammtisch fand Ende Januar statt. Die Vorsteherin des Justiz- und Sicherheitsdepartements hatte ihre Teilnahme zu einem früheren Zeitpunkt schon zugesagt. Sie nahm bereits zum zweiten Mal als Vertreterin des Regierungsrats an diesem Format Teil. Es war spürbar, wie das Thema die geschätzt 100 Anwesenden beschäftigte.

Die Vorsteherin des Justiz- und Sicherheitsdepartements stellte sich den Fragen, welche am Stammtisch auftauchten, und trat in den direkten Austausch mit der betroffenen Bevölkerung. Sie gab klare und konkrete Antworten auf der Basis der Massnahmen, die von einer interdepartementalen Arbeitsgruppe erarbeitet werden und im Regierungsrat bereits diskutiert wurden.

Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass Formate, welche auf den direkten Austausch mit der Bevölkerung ausgerichtet sind, sehr wertvoll sind und dass diese Art der niederschwelligen direkten Kommunikation auch weiterhin möglich sein soll.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist abwesend. Die Interpellation ist erledigt.

14.9. Interpellation Nr. 9 Jenny Schweizer betreffend Wasseranalysen Deponie Maienbühl

[07.02.24 15:36:27, 24.5048.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin möchte nicht begründen. Somit geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1: Ja.

Zu Frage 1a: Die Proben wurden am Dienstag, 16. Januar 2024 erhoben. Die Laborergebnisse liegen seit dem Freitagabend 26. Januar 2024 vor.

Zu Frage 1b: Weder im Deponiewasser im unmittelbaren Abstrom noch in der hinteren Auquelle konnte Benzidin nachgewiesen werden. Da sich in der historischen Untersuchung keine Hinweise darauf finden, dass in der Deponie Maienbühl Azor-Farbstoffe abgelagert wurden, geht das Amt für Umwelt und Energie davon aus, dass sich kein Benzidin in der Deponie Maienbühl befindet. Die Resultate bestätigen die bisherigen Untersuchungen, insgesamt liegen dem AUE-Daten zu mehr als 600 Probenamen vor, die seit dem Jahr 1993 im Zusammenhang mit der Ablagerung im Maienbühl durchgeführt wurden.

Zu Frage 1c: Die Proben wurden direkt aus dem Deponiekörper, dem unmittelbaren Abstrom und in der hinteren Auquelle erhoben und analysiert.

Zu Frage 1d: Die Proben wurden auf Benzidin und sechs seiner Derivate untersucht.

Zu den Fragen 1 e und f: Transparenz im Bereich der Altlasten ist sehr wichtig. So publiziert der Kanton all seine Analyseresultate online, sobald sie aufbereitet sind. Eine aktive Kommunikation wird dann gewählt, wenn eine Gefährdung für Mensch und Umwelt besteht oder wichtige neue Erkenntnisse gewonnen wurden. Die jüngsten Analysen haben keine neuen Erkenntnisse gebracht, sondern das bereits vorhandene Wissen bestätigt. Aus diesem Grund wurde entschieden, keine Medienmitteilung herauszugeben. Hingegen ist vorgesehen, den Gemeinderat und die Initiantinnen und Initianten direkt über die Ergebnisse zu informieren, sobald die Daten aufbereitet sind.

Die restlichen Fragen sind obsolet, da die Frage 1 mit Ja beantwortet wurde.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Jenny Schweizer (SVP): Ich danke Herrn Regierungsrat Kaspar Sutter für die Beantwortung meiner Interpellation. Der Abstimmungskampf in Riehen bezüglich der Sanierung der Deponie Maienbühl läuft auf vollen Touren und der Ton zwischen Gegnern und Initianten verschärft sich zusehends. So ist es nur logisch, dass die zusätzlichen Proben und deren Analysen mit Spannung erwartet wurden, damit die Argumente von beiden Seiten entweder bestätigt oder widerlegt werden können.

Es ist sehr entscheidend für die Meinungsfindung der Riehener Bevölkerung, ob die versprochenen Proben entnommen und ausgewertet wurden. Dass dies tatsächlich geschah und die Analysen vorliegen, freut mich. Weniger erfreut bin ich, dass diese in der Öffentlichkeit bis jetzt nicht zugänglich gemacht werden konnten. Da also kein Benzidin gefunden wurde, zeigt, dass das AUE über Jahre Recht hatte mit seiner Aussage, dass kein Benzidin im Boden schlummert und deshalb dies auch nicht hinterfragt werden muss.

Auch dass eine Entnahme aus der hinteren Auquelle und dem Sickerwasser unter dem Deponiekörper stattgefunden hat, ist begrüssenswert. Das Sickerasser befindet sich ja gerade unmittelbar unter dem Deponiekörper. Wenn also hier keine Spuren von Benzidin messbar sind, dann kann logischerweise auch keines in der Deponie schlummern. Und dadurch, dass

zusätzlich auch nach den Abbauprodukten von Benzidin, den so genannten Derivaten gesucht wurde, diese aber auch nicht gefunden wurden, wird hier klar aufgezeigt, dass nicht nur kein Benzidin im Maienbühl vorhanden ist, sondern auch nie relevante Mengen da waren, da sonst diese zu Derivaten eben abgebaut worden wären und diese Derivate sind über Jahrzehnte später immer noch nachweisbar.

Diese Erkenntnisse sind wichtig für die Bevölkerung von Riehen und die Abstimmung vom 3. März. Deshalb möchte ich den Regierungsrat höflich bitten, die Ergebnisse möglichst schnell bekannt zu geben. Ich bin mit der Beantwortung meiner Interpellation zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

14.10. Interpellation Nr 10 Joël Thüring betreffend Samidoun: Die in Deutschland verbotene antisemitische Organisation ist weiterhin in Basel aktiv

[07.02.24 15:41:36, 24.5049.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich beantworte diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Wie der Regierungsrat im Oktober 2023 in der erwähnten mündlichen Interpellationsbeantwortung bereits ausgeführt hat, sind nicht die kantonalen Behörden für die Früherkennung und die Bekämpfung von Terrorismus sowie des gewalttätigen Extremismus präventiv zuständig, sondern der Nachrichtendienst des Bundes NDB. Über die Erkenntnisse des NDB dürfen weder die kantonalen Behörden noch der Regierungsrat berichten. Der Regierungsrat bittet um Verständnis, dass er aus diesem Grund wiederum auf die meisten Fragen des Interpellanten nicht eingehen kann. Zudem kann der Regierungsrat ohnehin keine personenbezogenen Auskünfte erteilen.

Ende November 2023 hat der Bundesrat bekanntgegeben, dass er das EJPD und das VBS beauftragt hat, in Zusammenarbeit mit dem EDA bis Ende Februar 2024 ein spezifisches Gesetz über ein Verbot der Hamas auszuarbeiten. Mit einem solchen Gesetz erhalten die Bundesbehörden die notwendigen Instrumente um, ich zitiere, «gegen allfällige Aktivitäten der Hamas oder die Unterstützung der Organisation in der Schweiz vorzugehen». Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt trägt diese Bestrebungen selbstverständlich mit. Stand heute ist die Organisation Samidoun in der Schweiz nicht verboten. Unabhängig von der Frage, ob ein Veranstalter auf einer Verbotsliste steht, prüft die Kantonspolizei aber mit Blick auf ihren gesetzlichen Sicherheitsauftrag jede ihr bekannt gewordene Veranstaltung, führt eine Lagebeurteilung durch, falls dies geboten ist, und leitet daraus allfällige polizeiliche Massnahmen ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Joël Thüring (SVP): Ich danke Regierungsrätin Stephanie Eymann sehr für die Nichtbeantwortung meiner Interpellation. Ich bin selbstverständlich nicht zufrieden mit dieser Beantwortung. Ich weiss auch gar nicht, ob Frau Regierungsrätin Eymann, die ich ansonsten sehr schätze, die Fragen auch tatsächlich gelesen hat. Wenn wir nun auf Bundesebene Hamas verbieten wollen, hat das auf Samidoun keine Auswirkung. Samidoun ist eine eigenständige Organisation, die der Popular Front for the Liberation of Palestine PFLP nahesteht. Entsprechend geht meine Frage, das ist die Frage 6, in die Richtung, ob sich der Regierungsrat nun beim Bund stark macht, dass Samidoun in der Schweiz verboten wird. Da bringt es mir wenig, wenn Sie auf die Hamas referenzieren und auf ein Bundesgesetz, das in diesem Zusammenhang in Ausarbeitung ist.

Das ist das eine. Regierungsrätin Stephanie Eymann hat selbstverständlich Recht, nachrichtendienstlich ist der Bund dafür zuständig. Aber die Kantonspolizei, die kantonalen Behörden können selbstverständlich Veranstaltungen im Kanton Basel-Stadt verbieten. Und Sie haben diese Veranstaltung nicht verboten, obschon bekannt ist, was für eine schreckliche Organisation Samidoun, ist eine Organisation, die vor wenigen Monaten in Deutschland in einem beschleunigten Verfahren vom Bundeskanzler Scholz und der zuständigen Innenministerin Nancy Faeser verboten wurde, eine Organisation, die seit Jahren in Israel auf der Terrorliste steht. Und dass diese Organisation regelmässig, man muss es schon so sagen,

regelmässig Veranstaltungen wie im letzten Jahr im Basler Gewerkschaftshaus oder nun an anderer Stelle in diesem Kanton durchführen kann, ohne dass die Behörden einschreiten und eine solche Veranstaltung verbieten, erschliesst sich mir nicht. Man hat nach den schrecklichen Anschlägen auf Israel auch schon andere Veranstaltungen untersagt. Ich möchte daran erinnern, dass die Kantonspolizei zwei Demonstrationen, eine für die Hamas und eine für Israel, abgesagt hat, aus Sicherheitsüberlegen weil offenbar Bedenken offenbar bestanden haben. Genau so ist es selbstverständlich auch möglich, dass der Kanton, dass die kantonalen Behörden hier auch aktiv werden können.

Hier geht es auch darum, dass man als Kanton glaubwürdig bleibt. Man kann nicht eine Woche, nachdem Israel angegriffen wurde, dann doch noch kurz die Fahne Israels an das Rathaus hängen, nach dem der Druck zu gross geworden ist. Man kann da nicht solidarisch mit Israel irgendwelche grossen Veranstaltungen hier in diesem Saale durchführen, wenn es dann aber konkret darum geht, terroristische Aktivitäten von Organisation hier in diesem Kanton zu untersagen, einfach schweigen und die zulassen. Das geht wirklich nicht und ich hoffe sehr, dass solche Veranstaltungen künftig in Basel, wenn sie Samidoun betreffen, auch verboten werden und dass sie weiter darauf hinwirken, dass die angesprochene Person, die gesprochen hat, Mohamed Khatib, der Europa-Koordinator von Samidoun, nicht in die Schweiz einreisen kann. Herr Khatib ist ein mutmasslicher Terror-Fürst, der schon vor Jahren dazu aufgerufen hat, die westlichen Länder zu zerstören, Amerika zu zerstören, Israel zu zerstören. Er wurde ihm unter anderem auch deshalb bereits vor Jahren aufgrund seiner radikal terroristischen Gesinnung verweigert, in die Vereinigten Staaten einzureisen und dieser Herr Khatib kann nun also munter vielleicht mit dem Tram 8 über die Grenze fahren, hier an irgendwelchen Veranstaltungen seine antisemitische Gesinnung kundtun und kann dann wieder abreisen, ohne dass ihn die Schweizer Behörden irgendwie daran hindern.

Das finde ich sehr problematisch, gerade in unserem Kanton, gerade in dieser Stadt Basel, und ich ersuche wirklich Regierungsrätin Stephanie Eymann und die zuständigen Behörden, dafür zu sorgen, dass ein solcher mutmasslicher Terror-Fürst künftig nicht mehr in unseren Kanton einreisen darf und sich der Regierungsrat auch beim Bund dafür stark macht - immerhin ist ja nun der zuständige Bundesrat der ehemalige Regierungspräsident Beat Jans –,dass auch Samidoun raschmöglichst hier in der Schweiz verboten wird und hier auch keine Veranstaltung dieser Gruppierung mehr durchgeführt werden können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

14.11. Interpellation Nr. 11 Tonja Zürcher betreffend Flughafenausbau verhindert Klimagerechtigkeit

[07.02.24 15:48:14, 24.5050.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte nicht begründen.

14.12. Interpellation Nr. 12 Heidi Mück betreffend Museumsnacht für alle

[07.02.24 15:48:30, 24.5051.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte nicht begründen.

14.13. Interpellation Nr. 13 Fina Girard betreffend Kindertankstelle Dreirosenmatte

[07.02.24 15:48:42, 24.5052.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte begründen.

Fina Girard (GAB): Wir sprechen heute bereits zum zweiten Mal über die Dreirosenanlage, ganz zu schweigen vermutlich zum X-ten Mal wie in der während der vergangenen Monaten. Die Dreirosenmatte ist eine der wenigen Grün- und Freiflächen im dicht bewohnten Kleinbasel. Genauso viele Bedürfnisse wie auch Probleme vereinen sich auf dieser Matte. Auch am letzten Drogenstammtisch vom Stadtteilsekretariat und von Bajour wurde viel und aufgebracht über die Situation auf der Dreirosenmatte gesprochen, besonders von anwesenden Eltern.

Regierungsrätin Stephanie Eymann hat an diesem Anlass darüber informiert, dass nun auch auf den Schularealen zum Teil gedealt und konsumiert wird. Das besorgt und verunsichert Eltern und ihre Kinder. Als Massnahme hat der Regierungsrat den Einsatz von Security angekündigt. Ob das dem Sicherheitsgefühl der Kinder dienlich sein wird, sei mal dahingestellt. Was sich die Quartierbevölkerung hingegen schon lange wünscht, ist, statt stets auf repressive Massnahmen zu setzen, im Gegenteil die Dreirosenmatte positiv zu besetzen und sie aktiv für das Quartier und seine Kinder zu gestalten.

Eine Möglichkeit dafür wäre die Schaffung einer Kindertankstelle. Damit entsteht ein Raum, wo betreutes und unbeschwerte Spielen im Zentrum steht. Damit hat man bereits bei ähnlicher Ausgangslage auf der Claramatte gute Erfahrungen gemacht. Regierungsrätin Stephanie Eymann hat sich am Drogenstammtisch offen und positiv gegenüber dieser Idee geäussert. Das ist sehr erfreulich. Nun erwarten die anwohnenden Familien aber endlich eine Antwort, ob es denn auch wirklich vorwärtsgeht. Jetzt dürfen sie nicht mit leeren Versprechen stehengelassen werden. Ich bedanke mich deshalb für eine rasche Beantwortung der Interpellation.

14.14. Interpellation Nr. 14 Sasha Mazzotti betreffend Klassenzahlen auf dem Campus Bäumlihof, Drei Linden, Hirzbrunnen

[07.02.24 15:50:55, 24.5053.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte begründen.

Sasha Mazzotti (SP): Ich zitiere in der Antwort der Regierung die Motion Alex Ebi: «Entgegen dem Emotionstext befinden sich gegen 100 Schulklassen auf dem Campus. Am Standort Bäumlihof gibt es 26 Klassen des Gymnasiums, 31 Sek-Klassen und am Standort Hitzbrunnen sind es 18 Primarklassen und ein Kindergarten. Somit befinden sich 76 Klassen am Standort.» Ich mache die Neuner-Probe: Gymnasium Bäumlihof 26 Klassen minus 4 Sportklassen, rechnen wir also 22 Klassen. Das ist von Alex Ebi und mir verifiziert, stimmt so. Sekundarschule 31 Klassen, auch das von Alex Ebi und mir verifiziert, stimmt so. Sekundarschule 31 Klassen, auch das haben wir verifiziert. Primarschule Herzbrunnen 18 Klassen und ein Kindergarten. Abgesehen, dass 5 weitere Kindergärten zum Standort gehören und eine Turnstunde haben, aber das ist nicht relevant für die Berechnung. Aber eine erste Differenz: Damit schliesst das ED seine Berechnung und kommt auf 76 Klassen. Und jetzt frage ich mit meiner Interpellation, wo haben denn die Klassen der Sekundarschule Dreilinden Sport, wenn nicht auf dem Campus. Das ist natürlich eine rhetorische Frage. Natürlich haben auch diese 18 Klassen Sport auf dem besagten Campus und sind schlicht bei der Rechnung des ED vergessen gegangen. 18 Klassen im kommenden Schuljahr, sogar mindestens 2 mehr, wie inmeiner Tabelle aufgeführt mit je 3 Sportlektionen, also im 2024/25 60 Sportlektionen, die das ED nicht mitrechnet.

Kein Wunder haben letztes Mal 80 Grossrätinnen und Grossräte die Motion überwiesen. Tatsächlich ist es ja nicht ausschliesslich ein ED-Thema. Somit appelliere ich an die gesamte Regierung, dass sie sich ihre Haltung zu diesem Anliegen des Grossen Rates nochmals überlegt und nicht auf die rechtliche Unzulässigkeit der Motion beharrt. Das Anliegen muss im Vordergrund stehen und dieses ist berechtigt, wie vom Motionär und den weiteren Sprechenden bereits ausgeführt. Für die Schulen auf dem Campus, die im nächsten Jahr Zuwachs erhalten, mit Blick über die Schulen auf dem Campus hinaus, auf den Standort Sek Rosental, der sich im Aufbau befindet und keine Turnhalle hat, und für die Vereine, wie das Sporthallenkonzept Basel vom Juni 2022 klar auf Seite 67 festhält: Handlungsbedarf bei den grösseren Schulsport- und Sporthallen, Doppelhallen, Dreifachhallen, und ein Ausbau der Schulsport- und Sporthallenkapazitäten sei anzustreben. Wo sollen denn diese Sporthallen in Basel gebaut werden? Wo hat es denn noch Platz. Und die einmalige Gelegenheit, eine alte viel zu kleine Doppelturnhalle zu ersetzen, wenn nicht jetzt und beim Campus Bäumlihof, Dreilinden und Hirzbrunnen.

Ich danke der Regierung, dass sie dies nochmals prüft, unabhängig, ob die Motion Ebi zulässig ist oder nicht.

15. Vorgezogenes Budgetpostulat 2025 Oliver Bolliger Präsidialdepartement, 350 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (QuartierJobs)

[07.02.24 15:54:41, 23.5655.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, das vorgezogene Budgetpostulat entgegenzunehmen. Gibt es dazu Wortmeldung.? Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

das vorgezogene Budgetpostulat stillschweigend dem Regierungsrat zu überwiesen.

16. Antrag Claudia Baumgartner und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Massnahmen zur Aufwertung der beiden ehemaligen Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft (Volles Ständerecht)

[07.02.24 15:55:24, 23.5642.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von David Jenny.

David Jenny (FDP): Die Fraktion ist offen. Ich bestreite und habe einen Strauss von Argumenten. Zuerst zu den billigen Argumenten. Der Wahlkampf von Katja Christ beendet, ich gratuliere ihr zur Wiederwahl. Damit sind auch diese Vorstösse obsolet. Wollen wir in eine Grube fallen, die Altnationalrat Gysin gegraben hat? Diese Vorstösse kamen immer aus seiner Küche und es ging ihm nicht wirklich um die Aufwertung der beiden früheren Halbkantone, sondern um eine Heiratsstrafe einzuführen, die eine Fusion oder Wiedervereinigung verhindert. Wer will dann von vier auf zwei Ständeräte zurück?

Dann das realistische Argument. Es ist hier reine Symbolpolitik, wenn wir überweisen. Dieser Vorstoss ist chancenlos. Wenn innerhalb von fünf Jahren dieser umgesetzt wird in einer Abstimmung von Volk und Ständen, dann spendiere ich dem damaligen Grossen Rat einen Kaffee am Vormittag Sie dürfen das entsprechend protokollieren.

Jetzt zu den prinzipiellen Argumenten. Wir sind ein Bundesstaat. Ich vergleiche einmal mit den USA und mit Deutschland. Da gibt es zwei Argumente. Einerseits stellen wir auf die Staatlichkeit ab der einzelnen Mitgliedstaaten und eben die Gleichberechtigung. Das hat die USA durchexerziert. Wir haben dort 50 Staaten, der Unterschied in der Bevölkerung zwischen Wyoming als bevölkerungsschwächstem und Kalifornien ist mehr als ein Faktor 60. Bei uns ist dieser Faktor zwischen Zürich und Uri deutlich geringer. Wir haben die Geschichte und die Geschichte sagt, wir haben diese sechs ehemaligen Halbkantone. Wenn wir jetzt auf die Gleichberechtigung aller Gliedstaaten abstellen, dann muss gefordert werden, dass eben auch Ob- und Nidwalden sowie Appenzell Innerrhoden und Appenzell Ausserrhoden je zwei Ständeräte und die sogenannte volle Standesstimme bekommen.

Dann haben wir das Modell in Deutschland mit dem Bundesrat. Da haben wir die Gewichtung der Gleichberechtigung der einzelnen Bundesländer angereichert mit einer Gewichtung der Bevölkerungsstärke. Und da kommen wir auf einen Unterschied, die nach Bevölkerung kleinsten Bundesstaaten haben drei Stimmen im Bundesrat und die grössten Nordrhein Westfalen und Bayern haben sechs Stimmen, also nur eine Gewichtung von 1 zu 2. Das wäre in der Schweiz auch denkbar, wurde in einem gewissen Umfang angedacht im Verfassungsentwurf 1977. Da gab es eine Variante, mit der dann die 16 grössten Kantone nach Bevölkerung drei Stimmen erhalten hätten und den vier Kantone wären bei einer Stimmen geblieben, das wären Obwalden, Nidwalden, Appenzell Innerrhoden und Ausserrhoden. Das ist aber, wenn wir die Bevölkerung nehmen, nicht ganz logisch, weil bei uns die vier bevölkerungschwächsten Kantone klar Glarus, Obwalden, Uri, Appenzell Innerrhoden sind.

Also, wenn man da konsequent sein müsste, müsste man fordern, dass zum Beispiel die vier oder die sechs bevölkerungsschwächsten Kantone nur eine Stimme haben, dann zwei und irgendwann geht man auf drei oder vier Stimmen. Und eine Berücksichtigung der Wirtschaftsstärke ist nicht zulässig, wie auch das Zensuswahlrecht nicht zulässig

ist. Das kann man bedauern, aber das ist ein Grundprinzip unserer Demokratie. Und aus all diesen Gründen bitte ich Sie, diese Standesinitiative, die wirklich nur für die Galerie ist, abzulehnen und nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bitte Sie, diese Standinitiative nicht dem Regierungsrat zu überweisen. Ich habe tatsächlich das Gleiche gedacht wie David Jenny, ist denn die GLP immer noch im Wahlkampf? Diese Idee wurde ja im Wahlkampf mehrfach durchkreuzt. Sie hat mich schon damals nie überzeugt und sie überzeugt mich heute noch sehr viel weniger.

Die wichtigsten Argumente hat eigentlich an dieser Stelle auch schon mein Vorredner David Jenny erwähnt. Diese Idee ist ja aus mehrfacher Hinsicht nicht fertig gedacht. Erstens ist es ja immer speziell, wenn man für sich selber etwas fordert und bettelt. Wir als Kanton Basel-Stadt wollen jetzt also der Bundesversammlung beliebt machen, dass wir ein volles Ständerecht haben. Ja, schöner wäre es, wenn der Kanton Bern diese Standesinitiative für uns einreichen würde, dann wäre es vielleicht fast schon grosszügig, weil man dann sagen würde, das ist aber nett, dass man dem Kanton Basel-Stadt und auch dem Kanton Basel-Landschaft ein volles Ständerecht geben möchte. Aber wenn wir das selber einfordern, erinnert mich das so ein bisschen an dieses jahrelange Gejammer unseres Kantons in Bern, dass wir dort zu wenig Beachtung finden und auch sonst immer ganz gern vergessen gehen. Nun ist dieses Narrativ spätestens seit der Wahl von Regierungspräsident Beat Jans in den Bundesrat ja widerlegt, obschon ich das nicht glaube, aber es auch nie geglaubt habe, dass dies entscheidend ist, wer im Bundesrat sitzt, wenn es dann um die Vertretung der Kantone geht. Das ist das erste Argument.

Das andere Argument ist ja vor allem, dass wir den anderen Halbkantonen ja auch das volle Ständerecht geben müssen, wenn wir es weiterdenken, und dann erreichen Sie ja aus städtischer Sicht nichts, und das war ja immer die Grundüberlegung von Katja Christ. Dann erreichen Sie ja gerade das Gegenteil, Denn wenn Appenzell Innerrhoden und Ausserrhoden aufgewertet werden mit vollem Ständerecht, wenn Ob- und Nidwalden aufgewertet werden, dann ist das Ungleichgewicht zulasten der eher städtischen Kantone wie Basel-Stadt und auch Basel-Landschaft ja noch grösser. Sie erreichen dabei ja gerade das Gegenteil von dem, was Sie eigentlich sich gewünscht haben, nämlich dass insgesamt bei vollem Ständerecht sogar unser Kanton weitaus weniger Gewicht hat als heute. Auch deshalb macht es keinen Sinn, eine solche Standesinitiative einzureichen.

Und dann das dritte, und das ist fast schon das einfachste Argument. David Jenny hat es auch schon erwähnt. Es ist schlicht und ergreifend für die Galerie, was wir hier machen. Was Herr Jenny gesagt hat, ist für die Galerie, was ich sage, ist für die Galerie, was danach meine Nachredner sagen werden, ist für die Galerie und was Claudia Baumgartner als Antragstellerin sagen wird, ist auch für die Galerie. Und wenn diese Standesinitiative dann nach Bern gehen würde, danach sieht es ja bedauerlicherweise gemäss Kreuztabelle aus, dann ist das erst recht für die Galerie, weil das in Bern schon oft diskutiert wurde und weil es in Bern noch nie eine Mehrheit gefunden hat. Ob das nun gut oder schlecht ist, ist ein anderes Thema, aber dieser Vorstoss ist in Bern derart chancenlos, dass es auch nicht sinnvoll ist, weiter nach Bern zu pilgern. Das müsste ja dann die Regierung machen in den entsprechenden Kommissionen, in der sie angehört wird, im Wissen, dass dies absolut chancenlos ist.

Ich bitte Sie deshalb, diesen Antrag heute nicht zu unterstützen und auf die Einreichung dieser Standesinitiative zu verzichten. Dieses bewährte System der Schweiz sollte so aufrechterhalten bleiben. Wenn wir es ändern würden, glaube ich nicht, dass es zum Vorteil unseres Kantons wäre, und deshalb ist es auch nicht nötig.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Sie haben gesehen auch wir sind hier offen. Die Argumente, warum wir dieses Offen entschieden haben und es durchaus kritische Stimmen in der Fraktion gab, haben David Jenny und insbesondere auch Joël Thüring vorgebracht. Dabei ist besonders zu bemerken, dass diese Aufwertung der anderen Halbkantone, die man nicht mehr so nennen darf, das eigentliche Ziel, wie es in in dem Text formuliert wird, wieder konterkarieren würde und damit eher ländlich geprägte Kantone stärken würde.

Da das alles schon gesagt wurde, möchte ich auf noch etwas anderes für die Galerie hinweisen, und zwar auf den Text, weil dort im zweiten Abschnitt insinuiert wird, dass der Grund, warum es eine halbe Standesstimme für Basel-Stadt gab, im Konflikt zwischen französischer und deutschsprachiger Schweiz liege. Das ist nicht der Fall, sondern es geht hier um die Frage zwischen konservativen und progressiven Kantonen und Basel-Stadt gehörte damals zu den eher konservativen Kantonen, eigentlich bis zweitens 19. Jahrhundert hinein. Als die Tagsatzung am 14. September 1832 mit einem Mehrheitsbeschluss die Teilung des Kantons Basel bestimmte unter Vorbehalt der Wiedervereinigung, dann geschah das eben aus genau diesem Grund, weil der Kanton Basel-Landschaft, der am Entstehen war, ins progressive Lager gehörte und sich die leichte progressive Mehrheit dadurch eine Stärkung für ihr Anliegen der Gründung eines Bundesstaates wünschte

und mit einer Stimme mehr natürlich auch diesem Ziel etwas näher kam. Der Kanton Basel-Stadt, den es zwar damals noch nicht gab, aber das betreffende Teilstück, das immer noch konservativ war, schloss sich dem Sarner Bund an, zusammen mit anderen konservativen Kantonen, und wollte dabei vor allem diese Teilung der beiden progressiven Teile vom Kanton Basel-Stadt und des Kantons Schwyz, der sich zur gleichen Zeit eben auch aufgeteilt hat, wieder rückgängig machen. Dies stoppte dann die Tagsatzung vom 26. August 1833 und verfügte die endgültige Trennung.

Das hat für uns wahrscheinlich nicht mehr so grosse Relevanz, aber es ist wichtig, darauf hinzuweisen, es ist nicht eine Spaltung zwischen französischsprachigen und deutschsprachigen Kantonen, die da reingespielt hat. In dem Sinne ist die Kritik ein bisschen verständlich. Wenn man jetzt die urbanen Kantone stärken möchte, die jetzt die progressiven Kantone darstellen, dann müsste man in der logischen Folge auch Obwalden und Nidwalden stärken, die jetzt nicht unbedingt wahnsinnig progressiv sind.

Deswegen sind wir offen und es wird in beide Richtungen abgestimmt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist André Auderset.

André Auderset (LDP): Ich kann es nicht staatsrechtlich so genau erklären wie David Jenny und ich kann es auch nicht aus der Optik von Oliver Thommen erklären, der eher historisch von progressiven und weniger progressiven Kantonen spricht. Ich möchte einfach so erklären, warum wir von der LDP diesen Antrag ablehnen, weil das schlicht und ergreifend völlig chancenlos ist. Zwar hat man jetzt auch einen gleich lautenden Vorschlag in Basel-Landschaft, und ich bin sehr gespannt, ob der Landrat ihm zustimmen wird. Aber solange man nicht die anderen vier Kantone dann auch gleich mitnimmt, nämlich die beiden Appenzell, Nidwalden und Obwalden, kann man es eh sofort vergessen. Wenn man sie mitnehmen würde, was dann eben vielleicht sogar kontraproduktive Folgen hätte, selbst dann würde man das aus einem wichtigen Grund nie durchkriegen, weil die welschen Kantone nämlich zusammen mit dem Tessin finden würden, dass das doch nicht in Frage kommt. Das stärkt doch wieder diejenigen, die jenseits des Röstigrabens anders stimmen.

Die ganzen Argumente, die in diesem Antrag von Claudia Baumgartner angewendet werde, sind richtig, sie sind anzubringen, aber sie sind völlig sinnlos, weil das interessiert niemand. Das interessiert wirklich die Welschen nur dann, wenn sie nicht benachteiligt würden. Sie würden sich benachteiligt fühlen. Der Text ist nämlich auch insofern falsch im Antrag, weil da steht nämlich, dass mit diesem Antrag die beiden Basel gleichgestellt werden. Die anderen Kanton werden es dann nicht und dann haben wir ein paar andere Benachteiligte.

Im Gegensatz zu anderen Fraktionen ist die LDP geschlossen gegen diesen Antrag, zum Teil aus den Argumenten, die ich jetzt soeben gerade erwähnt habe, ich wurde aber auch dringend gebeten zu erwähnen, dass teils die Fraktion auch dagegen ist, um die Wiedervereinigung nicht zu gefährden. Da muss ich jetzt ehrlich sagen, das wäre für mich ein Grund, den Antrag anzunehmen, weil ich finde, von dieser Illusion sollten wir uns jetzt auch mal langsam befreien und insofern kann ich das Angebot von David Jenny noch etwas vergrössern. Ich biete an, solange ich lebe, spendiere ich eine Woche lang oder einen Monat lang den Kaffee für den damaligen Grossen Rat, sobald sich die beiden Basel wiedervereinigen, weil ich glaube nicht, dass mich das etwas kosten wird.

Aber egal aus welchen Argumenten Sie diesen Antrag ablehnen, Hauptsache ist, Sie lehnen ihn ab, weil Sie bemühen hier nur erst die kantonale und dann die Bundesverwaltung und mir hat einmal ein Angestellter der Staatskanzlei gesagt, dass eine Standesinitiative etwas sei, das man noch lese, bevor man es wegwerfe. Also bitte lassen Sie es sein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Ich kann mich grösstenteils den Vorsprechenden anschliessen. Es ist klar, es ist eine Illusion zu denken, dass nur die beiden Basel mehr Stimmen bekommen und bei allen anderen Halbkantone bleibt es so, wie es ist. Es ist also klar, diese Standesinitiative bewirkt, wenn sie dann überhaupt irgendetwas bewirken würde und da sind wir ja alles skeptisch, dass die Interessen von Basel-Stadt noch stärker untergehen.

Ich habe das mal ausgerechnet für die Konzernverantwortungsinitiative, das war ja der letzte Fall, anlässlich dessen das Standesmehr so ausführlich diskutiert wurde. Diese Initiative wurde von den Stände mit 14,5 zu 8,5 Ständen abgelehnt. Würden wir also diese Standesinitiative annehmen, sie würde wider Erwarten in Bern umgesetzt werden, die Verfassung und alles würde sich ändern, dann würde eine ähnliche Initiative oder die gleiche Initiative mit den gleichen Stimmen mit 17 zu 9 Ständen abgelehnt. Wir haben also sehr viel erreicht. Es würde dann also noch stärker gegen die Interessen von Basel-Stadt entschieden, unsere Bevölkerung hat die Konzernverantwortungsinitiative nämlich mit über 60 Prozent der Stimmen angenommen. Also, wir würden mit so einer Standesinitiative nur bewirken, dass die Interessen von Basel-Stadt einfach noch weniger zählen.

Wenn wir schon irgendetwas am Ständemehr und der Zusammensetzung des Ständerats oder dem Ständerat generell ändern wollen, dann machen wir doch etwas, das tatsächlich den urbanen und progressiven Interessen oder den Minderheitsinteressen besser entgegenkommt, oder wir machen gerade den Strich und schaffen es einfach ab. Das wäre auch eine Möglichkeit. Aber hier herumzubasteln, um dann uns selber zu schaden, sehe ich nicht wirklich ein. Um noch auf Joël Thüring zu reagieren: Es wäre eigentlich schon richtig, wenn Basel-Stadt selber diese Standesinitiative eingeben würden und es nicht den Bernern übergäbe. Wir können das theoretisch schon selber machen, aber ich hoffe, Sie lehnen das ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Sie haben gehört, dass wir im Regierungsrat bereit sind, auf das Anliegen einzutreten. Seit dem 1. Januar 2000 und der neuen Bundesverfassung macht der Bund die begriffliche Unterscheidung zwischen Kantonen und Halbkantonen nicht mehr. Es ist nur noch von Kantonen die Rede. Ungeachtet dessen gehören die Stände Basel-Landschaft und Basel-Stadt, aber zu jenen Kantonen, die nur eine halbe Standesstimme haben und im Ständerat mit nur einem Mitglied vertreten sind. Die Frage einer vollständigen Aufwertung der früheren Halbkantone hatte man bei der Totalrevision der Bundesverfassung bewusst ausgeklammert. Damit hat Basel-Stadt wie die anderen fünf betroffenen Kantone in Bezug auf eidgenössische Abstimmungen und auf die Ständeratssitze nach wie vor weniger Gewicht. Ich glaube, es ist offensichtlich, dass das heute eine völlig unverständliche Benachteiligung von Basel-Stadt ist. Und das ist auch der Hauptgrund, weshalb wir bereit sind, auf das Anliegen einzutreten. Es ist aus heutiger Sicht einfach nicht plausibel, weshalb Basel-Stadt benachteiligt sein soll.

Es gab natürlich dann aufgrund dieser offensichtlichen Unbegründetheit dieser Benachteiligung in der Vergangenheit wiederholt Versuche, diese historische Ungleichbehandlung zu beseitigen oder zumindest anzusprechen. Ich erspare Ihnen jetzt an Historie, was man hier mir noch aufgeschrieben hat. Es war allen Vorstössen kein Erfolg beschieden und es ist ja auch sehr deutlich in den Voten jetzt zum Ausdruck gekommen, dass auch eine neue Standesinitiative es eher schwer haben wird. Aber in der Sache bleibt das Anliegen berechtigt und deshalb meinen wir, es ist richtig, darauf einzutreten.

Ich bin der Meinung, dass es nicht unbedingt zum jetzigen Zeitpunkt unsere Aufgabe ist, mögliche Folgefragen auf Bundesebene schon fundiert zu diskutieren. Das soll dann die Bundesversammlung erörtern, wenn sie sich darüber ernsthafte Sorgen macht. Ich meine, das sollte für uns hier nicht im Vordergrund stehen. Grosses Verständnis habe ich für den Aspekt Wiedervereinigung, das ist für uns unverändert ein Ziel, das auch als mehr oder weniger realistisch dargestellt wird hier im Saal. Aber ich habe Verständnis dafür, es ist für uns weiterhin eine historische Perspektive und deshalb, glaube ich, müssen wir diese Diskussion führen. Ich meine zum heutigen Zeitpunkt sagen zu können, dass also eine Aufwertung der beiden Kantone im Bund nicht das letzte und nicht das schwerste Hindernis sein würde auf dem Weg zu einer Wiedervereinigung. Da wird es ohnehin starke Dynamik brauchen und dann wird man sich mit diesem Aspekt der Vertretung auf Bundesebene noch gut auseinandersetzen können, falls und wenn es dann einmal so weit ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Solange nicht generell die Bevölkerungsstärke ein Argument ist, können Sie mir ein stringentes Argument nennen, warum von einer Aufwertung nur die beiden Basel profitieren sollen?

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Das ist gar nicht eine Aussage, die von uns hier und heute verlangt ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Thomas Gander.

*Thomas Gander (SP): W*ir sind jetzt hier nicht Feuer und Flamme für diesen Antrag, aber wir haben ihn insofern behandelt, dass wir der Meinung sind, es mache doch Sinn, dieses Thema wieder einmal nach Bern zu transportieren.

Ich habe interessiert den historischen Herleitungen von Oliver Thommen und David Jenny zugehört. Sie sind spannend, sie stimmen auch alle und sie sind auch argumentativ stringent, aber die Kernfrage hat Regierungsrat Lukas Engelberg gestellt, welches Argument es nämlich gibt, dass Basel-Stadt so untervertreten ist, rein aus der aktuellen gesellschaftlichen politischen Realität hinaus. Diese Antwort haben Sie mir nicht gegeben. Diese müssen Sie mir dann nach der Herleitung

noch geben. Wieso darf sich demokratiepolitisch nicht etwas verändern in der Schweiz? In der Bundesverfassung hat man es gemacht, indem man die Halbkantone aufgelöst hat, respektive dieses Wort aufgelöst hat. Wieso ist man nicht nachgefolgt und hat sich dann die Grundsatzfrage gestellt, ob die Repräsentativität auf Bundesebene so überhaupt noch gegeben sei. Diese Frage ist wichtig.

Diese Frage ist auch wichtig, um auch ein Gleichgewicht in der Schweiz herzustellen zwischen Land und Stadt, zwischen den verschiedenen Mehr- und Minderheiten, um die Stabilität zu gewährleisten. Und es ist tatsächlich so, wir haben einen Nationalratssitz weniger, weil unsere Bevölkerung nicht so gewachsen ist wie in einem anderen Kanton, auf der anderen Seite sind wir einer der grössten Geberkantone in der Schweiz. Wir haben doch eine gewisse wirtschaftliche Prosperität, die relevant ist, wir sind ein Grenzkanton, wir sind eine urbane Region oder ein urbaner Kanton, dessen Interessen in der Schweiz untervertreten sind. Und das sind doch Fragen, die wir stellen dürfen und dann dürfen wir uns nicht nur hinter guten Argumenten verstecken, die Sie beide eingebracht haben, sondern es ist wichtig, auch diesen Missmut darüber, dass wir so untervertreten sind in Bern, kundzutun.

Ob die Standesinitiative das wirkungsvollste Instrument ist, sei dahingestellt. Wenn Sie ein besseres Instrument haben, um unser Anliegen in Bern neben unseren Vertreterinnen und Vertretern vorzubringen, dann bitte ich Sie, dieses zu nennen. In diesem Sinne werden wir diesem Antrag so zustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Joël Thüring an? Sie wird angenommen.

Joël Thüring (SVP): Sie haben gesagt, es sei Ihnen wichtig und deshalb seien Sie für diese Überweisung, damit das in Bern thematisiert werden kann. Ist Ihnen bekannt, dass aktuell ein Postulat von Katja Christ hängig ist in den nationalen Räten, die genau dieses volle Ständerecht einverlangt und der Bundesrat hierzu bereits eine ablehnende Haltung adressiert hat im März oder April 2023?

Thomas Gander (SP): Umso wichtiger ist, dass wir jetzt mit dieser Standesinitiative folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): In Staatskunden war ich immer sehr gut im KV. Wenn das Schule macht, dass man Halbkantone aufrundet, dann ist das wie ein Geschäftsmodell, dass es dann immer mehr politische Stellen gibt im Ständerat. Wir haben ja das Beispiel des Kantons Bern, als sich der Kanton Jura abgespalten hat, und dann hat der Jura gleich zwei neue Sitze bekommen im Ständerat.

Ich sehe das jetzt so: Wenn sich zum Beispiel der nördliche Teil vom Kanton Aargau abspaltet, dann würden die auch zwei Ständeräte bekommen für den nördlichen Kanton Aargau, und dann gibt es einfach zu viele Ständeräte. Also das ist ein Geschäftsmodell, mit dem es dann immer mehr politische Stellen gibt.

Ich bin gegen diesen Antrag. Ich werde auch gegen diesen Antrag stimmen. Im Kanton Basel-Stadt oder im Kanton Basel, wie wir mal geheissen haben, hatten wir 90 Grossräte aus der Stadt und 10 Grossräte aus dem Land. Der Krieg zwischen der Stadtbevölkerung und der Landbevölkerung ist ausgebrochen, weil Bevölkerung des Landes moniert hat, nur 10 Grossräte zu haben trotz gleicher Bevölkerungsstärke. Darum gab es diesen Krieg zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft.

Wir haben die von Basel-Landschaft ziehen lassen, und das war gut so. Wären wir jetzt noch ein Gesamtkanton Basel, hätten wir nur 65 Grossräte von Basel-Stadt und 65 Grossräte von Basel-Landschaft, das gibt zusammen 130. Und ein Grossteil von Ihnen, meine Damen und Herren, wäre in einem Gesamtkanton Basel nicht Grossrat und ich wäre es auch nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nun kommen wir zur Antragstellerin Claudia Baumgartner.

Claudia Baumgartner (GLP): Ich danke für die interessante Debatte und ich glaube, es gibt jetzt inhaltlich zu diesem Geschäft nicht mehr so viel zu sagen. Entweder man möchte diesen Versuch wieder einmal wagen oder man findet es eben grundsätzlich unnötig oder man möchte weiterhin auf ein freiwilliges Einlenken in Bern oder gar auf eine Fusion von Basel-Stadt und Basel-Landschaft irgendwann einmal hoffen.

Lasst mich deshalb nur kurz erläutern, wie es zu dieser Eingabe in diesem Moment gekommen ist. Ja, wir Grünliberalen hatten diesen Vorstoss bereits im Frühling 2023 zusammen mit der GLP Basel-Landschaft erarbeitet, um dem entsprechenden nationalen Vorstoss von Katja Christ vom Dezember 2022 Vorschub zu leisten. Das Postulat wurde im Parlament nämlich noch nicht beraten, aber bereits im Februar 2023 vom Bundesrat unter der Ägide der damaligen Justizministerin Elisabeth Baume-Schneider zur Ablehnung empfohlen. Im Sommer 2023 jedoch erste Wahlkampf und wir erhielten von anderen Fraktionen keine Unterstützung, was wir bedauerten aber selbstverständlich akzeptierten und somit zuwarteten. Im September 2023 schliesslich lud unser damaliger Grossratspräsident Bülent Pekerman Bevölkerung und Politik zu einem Austausch zur 175-jährigen Bundesverfassung ins Rathaus ein. Was bewährt sich? Welche Reform für Bedürfnisse sind vorhanden? Das Publikum durfte anschliessend über die diversen Reformideen abstimmen und wählte als eines der drei Topthemen den längst fälligen Erhalt eines zweiten Ständeratsmitglieds für Basel-Stadt und auch die übrigen ehemaligen Halbkantone. Diese Idee wurde übrigens aus dem Publikum vorgetragen von Altregierungs- und Nationalrat Remo Gisin. Welch direkter Auftrag aus der Bevölkerung!

Nach diesem Abend, dem auch wir von der GLP beigewohnt hatten, war für uns jedenfalls klar, dass wir diese Standesinitiative in jedem Fall einreichen werden und dies teilten wir den Medien im letzten Oktober auch so mit. Wir wollten aber damit noch bis nach den eidgenössischen Wahlen ins Parlament und den Bundesrat zuwarten und in der Zwischenzeit konnten wir nun noch auf die Unterstützung einiger anderer Fraktionen oder Mitglieder anderer Fraktionen erhalten, was mich persönlich sehr gefreut hat.

Nun, das Anliegen ist immer noch das gleiche und auch die Argumente dafür und dagegen sind es. Da schliesse ich mich natürlich Thomas Gander und Regierungsrat Lukas Engelberger an. Ich denke, diese Gegenargumente Romanisch-Deutsch, progressiv-konservativ, klein-gross, Stadt-Land, sogar Konfessionen, sind angesichts der heutigen Herausforderung, die unser Bundesstaat zu bewältigen hat, ganz sicher nicht höher zu gewichten als etwa die Proargumente nationaler Finanzausgleichs, Urbanität und Anbindung an Europa. Und es macht doch keinen Sinn, diese Stände gegeneinander auszuspielen, um sich vor der Lösung des eigentlichen rechtsstaatlichen Problems, dass wir ehemaligen Halbkantone seit Anfang Jahrtausend Vollkantone, aber aus historischen Gründen nicht die gleichen Rechte geniessen, wohl aber die gleichen Pflichten wie alle übrigen Vollkantone haben, zu drücken. Ja, das ist aufwendig und wirft ganz sicherlich dann auch Fragen auf auf Bundesebene, aber das gehört dazu. Wann bitte schön kommt denn endlich dieser Mut zu Lösung? Wir wollen doch nicht immer zurückblicken, sondern vorwärtsschauen. Und darum haben wir mit unserem neuen Bundesrat und Justizminister vielleicht jetzt die einmalige Gelegenheit, dass wir für dieses Anliegen auf Bundesebene in allen drei relevanten Gremien Unterstützung erhalten. Nutzen wir sie.

Im Landrat wird übrigens gerade morgen die analoge Standesinitiative behandelt. Im Kanton Basel-Landschaft ist die Ausgangslage noch ein bisschen eindeutiger. Seine Verfassung legt seit 1989 in § 1 Abs. 3 fest, dass seine Behörden darauf hinzuwirken haben, dass er eine volle Standesstimme beziehungsweise zwei Ständeratsmitglieder erhält. Ich freue mich auch im Namen der GLP-Fraktion, wenn wir heute in Basel-Stadt unserem Regierungsrat auch ohne entsprechenden verfassungsrechtlichen Auftrag gleichwohl das analoge Mandat mitgeben. Und ja, ich spreche natürlich hier für Basel-Stadt und Basel-Landschaft, weil wir das zusammen so vorbereitet haben. Ich masse mir nicht an, über andere Halbkantone zu verfügen, aber es ist ein grundsätzliches Problem für alle ehemaligen Halbkantone.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Bedeutet das Argument des nationalen Finanzausgleichs, dass der Kanton Zug dann eigentlich drei Ständeräte haben sollte, weil er pro Kopf weitaus am meisten zahlt in diesen Topf?

Claudia Baumgartner (GLP): Nein, das denke ich nicht. Es geht einfach darum, dass jeder Kanton seine zwei Stimmen hat und man eben genau nicht ausspielt, ob einer reicher oder ärmer ist, welche Religion er hat, ob er grösser oder kleiner ist, sondern es einfach eine Gleichberechtigung wenigstens im Ständerat gibt. Im Nationalrat läuft das ja anders.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Besten Dank. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 32 Nein, 10 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002837, 07.02.24 16:30:33]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Standesinitiative dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Standesinitiative überwiesen mit 53 Ja-Stimmen gegen 32 Nein-Stimmen bei 10 Enthaltungen.

17. Motion 1 Pascal Messerli betreffend Volksentscheid akzeptieren - keine Durchwegung durch Freizeitgartenareale

[07.02.24 16:30:46, 23.5620.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Pascal Messerli hat mitgeteilt, dass er die Motion zurückzieht.

Die Motion ist erledigt.

18. Motion 2 Pascal Messerli betreffend den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag streichen und durch einen anderen Tag ersetzen

[07.02.24 16:31:09, 23.5621.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Als erster Redner hat sich Oliver Thommen eingetragen.

Oliver Thommen (GAB): Auch das GAB bittet Sie, diese Motion nicht zu überweisen, aber ich möchte vielleicht zuerst zu den Gemeinsamkeiten kommen, die ich doch in diesem Text irgendwo auch noch erkennen kann. Wir sind uns alle einig, dass die Beschädigung von Eigentum unter einen politischem Vorwand infantil bis kriminell und einfach schlichtweg undemokratisch ist und keinen Platz in dieser Gesellschaft hat. Der zweite Punkt: Ich denke, der 1. Mai sollte ein Feiertag für alle sein, der auch von allen gelebt werden kann. Ich bin selbst in einer Gewerkschaft im Vorstand und das bewegt die Leute an der Basis auch, denn sie möchten 1. Mai-Feierlichkeiten haben, die einen gemütlichen und vielleicht auch kämpferischen und fordernden Charakter haben, aber keinen 1. Mai mit zerstörerischem Charakter.

Nun gibt es aber vier Gründe, warum man diese Motion klar ablehnen muss. Sie sagen, die allermeisten Feiertage seien im Gegensatz zum 1. Mai in der Gesellschaft tief verankert. Ich würde das jetzt bestreiten. Wenn Sie auf den Marktplatz gehen und eine zufällige Auswahl von Personen fragen, was sie an Pfingsten machen und was Pfingsten bedeutet, gäbe es einige, die es vielleicht wüssten, aber ich behaupte jetzt, ohne es mit Zahlen belegen zu können, dass die meisten Personen nur wissen, dass sie dann frei haben. Wie ein Feiertag gelebt wird, kann kein Argument sein., es gibt diese Feiertage, sie alle haben einen gewissen historischen und gesellschaftlichen Stellenwert.

Weiter sagen Sie, dass dies kein Feiertag der hart arbeitenden Bevölkerung mehr sei. Mich würde interessieren, wo Sie das festmachen. Gibt es eine Studie darüber, wie der 1. Mai praktiziert wird? Sie beziehen sich eigentlich nur auf die offiziellen Feierlichkeiten und da gebe ich Ihnen recht, es sind da nicht alle 200’000 Einwohnende des Kantons dort, aber Sie müssen sich auch fragen, ob das ein wirkliches Argument ist. Wenn Sie an Weihnachten in die Kirchen gehen, müssten Sie ja auch schauen, ob diese Kirchen voll sind, um den Feiertag zu legitimieren. Ein Feiertag lebt ja nicht nur allein von den prozessuellen Mechanismen, sondern es kann auch sein, dass ein Familienvater, ein «Trämler», jeden 1. Mai mit seinen Kindern wandern geht und so diesen Feiertag geniesst. Das ist auch ein Ritus, auch wenn Sie ihn vielleicht nicht auf der Strasse sehen oder in der Zeitung lesen. Also für mich ist das kein Argument.

Dann behaupten Sie, dass viele andere Kantone das nicht haben und das stimmt auch. Die meisten Kantone haben keinen Feiertag am 1. Mai. Aber wenn Sie anschauen, welche Kantone das sind, dann sehen Sie, dass das alles Kantone sind in der Region Basel. Es ist Solothurn, der einen Teilfeiertag hat, es ist Basel-Landschaft und Basel-Stadt, aber dann haben wir noch ganz Deutschland und ganz Frankreich, also die ganze Region um uns herum kennt den Feiertag des 1. Mai.

Das führt mich dann zum letzten Punkt, zu den Alternativvorschlägen. Da bin ich ehrlich gesagt etwas ratlos, weil ich selber nicht mehr weiss, was genau der Berchtoldstag ist. Ich weiss nicht, ob dieser in der Bevölkerung verankert ist, das können Sie mir dann noch erklären. Bei Allerheiligen weiss ich noch, worum es geht, ob er in der Bevölkerung verankert ist, weiss ich auch nicht. Ob der 13. Juli im Zusammenhang mit der Eidgenossenschaft ein guter Feiertag ist, weiss ich nicht angesichts der vorherigen Debatte, hinzu kommt, dass er in die Sommerferien fällt. Vielleicht könnten wir uns auf den 12. September einigen, wenn die zweite Standesstimme kommt.

Ich sehe hier wirklich nicht so viele Option und bitte Sie, diese Motion abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Ich verschone Sie jetzt mit einem historischen Abriss der Geschichte des 1. Mai und wende mich eher der aktuellen Situation zu. Der 1. Mai ist ein Feiertag, der wichtig ist, der für grosse Teile der Gesellschaft wichtig ist. Er heisst ja Tag der Arbeit. Sie Sie kennen vielleicht den Interessensgegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Die meisten Menschen sind eben darauf angewiesen, ihr Einkommen über Arbeit zu generieren, weil Geld ja nicht auf Bäumen wächst. Deshalb ist es wichtig, dass diese Menschen einen Feiertag haben. Darüber kann man unterschiedlicher Meinung sein, aber diesen jetzt abzuschaffen, dafür gibt es definitiv keinen Grund.

Ich möchte zuerst noch einen Punkt ansprechen, der mich in der Formulierung der Motion sehr stört. Es steht in der Motion, dass der 1. Mai genutzt würde, um Sachbeschädigungen zu machen. Das ist für mich wirklich ein sehr wichtiger Punkt. Wenn Sie die Geschichte des 1. Mai in Basel anschauen, dann ist der 1. Mai in Basel eigentlich bis auf wenige Ausnahmen durchgehend friedlich geblieben. Ich sage nicht, dass es im vorletzten Jahr nicht unschöne Szenen mit Sachbeschädigungen gab, aber das ist die Ausnahme. Der 1. Mai in Basel ist in den letzten Jahren, und ich bin jetzt einige Jahre dabei, immer friedlich geblieben. Ich bitte Sie, keine Mythen zu schaffen und diese Geschichte, dass der 1. Mai in Basel gewalttätig sei, zu wiederholen.

Wir konnten im Vorfeld lesen, dass der 1. Mai nicht mehr nötig sei, weil alle Arbeitnehmerrechte ja bereits erreicht seien. Da muss ich wirklich schmunzeln. Das ist vielleicht der Fall, wenn man unter Arbeiterinnen und Arbeitern den weissen Facharbeiter versteht, der in der Chemie eine gut bezahlte Stelle hat. Aber die Arbeiterklasse, das sind eben nicht nur Männer, sondern da sind gerade heute viele erwerbstätige Frauen, natürlich auch viele Ausländerinnen und Ausländer, die zum Teil nicht die gleichen Rechte haben wie die Schweizer Arbeiter. Da gibt es noch sehr viele Themen, die angegangen werden müssen und die am 1. Mai ihren Ausdruck finden. Es wäre ein sehr sehr starker Affront, den 1. Mai abzuschaffen, und ich bin sehr froh, dass es nur wenige Kolleginnen und Kollegen gibt, die das unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der 1. Mai ist ein Feiertag, eine wichtige Tradition und auch ein Symbol für den sozialen Frieden hier bei uns in Basel-Stadt. Er geht zurück auf die ca. 400’000 Arbeiterinnen und Arbeiter, die 1886 in den USA für den Achtstundentag demonstriert haben, eine Demonstration, die dann blutig niedergeschlagen wurde. Das ist der Grund, weshalb der 1. Mai dann relativ rasch in Europa und in der Schweiz auch begangen wurde als Tag der Arbeit.

Der Konflikt zwischen Arbeiterinnen und Arbeiter auf der einen Seite und dem Arbeitgeber oder der bürgerlichen Schweiz auf der anderen Seite war einer der grossen Konflikte, vor allem Ende des 19. Jahrhunderts und Anfang des 20. Jahrhundert. Die Arbeiterinnen- und Arbeitbewegung hat sich eingesetzt für zum Beispiel das Proporzwahlrecht, die Einführung des Frauenstimmrechts, eine Alters- und Invalidenversicherung oder die 48-Stundenwoche. Der Kulminationspunkt in diesem Konflikt war wohl der Landesstreik, der auch in Basel zu Toten geführt hat auf Seite der Arbeitnehmer:innen.

Die Antwort der Schweiz war der soziale Frieden, man hat Reformen und Änderung vorgenommen, das Proporzwahlrecht wurde eingeführt in unserem Land, die AHV und IV wurden gegründet, sas Arbeitsgesetz entstand. Es gab auch eine Integration der Arbeiter:innen-Bewegung in den Bundesrat auf der anderen Seite auch die Anerkennung der Schweizer Armee als Notwendigkeit auf Seiten der Linken, und es entstand die Friedenspflicht, die eigentlich eine wichtige Grundlage ist für unser Zusammenleben in der Schweiz und in Basel-Stadt. Auch der 1. Mai steht dafür symbolisch, für diesen sozialen Frieden, der in der Schweiz und in Basel herrscht. Dieser Tag ist wichtig für die demokratische Linke, für den sozialen Frieden und auch für die gesamte Bevölkerung, die dann frei hat, auch wenn sie im 1. Mai nicht diese Tradition sieht.

In Basel wird der 1. Mai seit 1890 begangen. Das ist eine lange Zeit, er wurde dann 1932 zum gesetzlichen Feiertag und wie Oliver Thommen gesagt hat, in unserem Umland, in anderen Kantonen ist es ein Feiertag, so in Basel-Landschaft, im Kanton Jura, aber auch im Kanton Zürich oder Neuenburg. Es ist ein kantonaler Ruhetag auch in Schaffhausen, Thurgau und Tessin, und im Dreiland wird der 1. Mai auch begangen. Der Regierungsrat verurteilt jegliche Sachbeschädigung und Gewalt, die im Rahmen und im Zusammenhang mit dem 1. Mai stattfinden. Er erachtet es aber als falsch, aus diesem Grunde den 1. Mai abzuschaffen als gesetzlicher Feiertag, dies, weil es eine wichtige Tradition ist. Es wäre auch ein Kuschen vor den Chaoten und auch das Ziel, dass die Mai-Feiern und die Demos nicht mehr stattfinden, würde damit ja nicht erreicht, weil diese würden auch stattfinden, wenn es kein gesetzlicher Feiertag mehr wäre in Basel-Stadt.

Der Regierungsrat bittet Sie also, den 1. Mai als wichtige Tradition, auch als wichtiges Zeichen für den sozialen Frieden in Basel-Stadt und in der Schweiz beizubehalten und ihm entsprechend diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte mich an Regierungsrat Kaspar Sutter anschliessen. Sie haben uns eine Geschichtsstunde geben, wie der 1. Mai entstanden ist. Er hat ein paar Sachen erzählt, die für mich neu waren. Für mich ist der 1. Mai auch wichtig, für mich geht der 1. Mai zurück auf Karl Marx. Meine Mutter kommt von Karl-Marx-Stadt, das heisst heute Chemnitz. Darum habe ich viel Verständnis für den 1. Mai. Als Kind bin ich in Karl-Marx-Stadt vor dem Karl-Marx-Kopf gestanden. Der ist 20 Meter hoch und steht heute noch dort als Denkmal. Ich habe gelernt in der DDR, dass der 1. Mai geschaffen worden ist wegen der Unterdrückung durch Grosskapitalisten. Und darum ist der 1. Mai für mich eigentlich auch immer wichtig gewesen.

Gewisse Politiker haben ein Kurzzeitgedächtnis. Ich möchte noch einmal an das Protokoll appellieren. Ich habe genau zugehört, was der Vorredner Pascal Pfister gesagt hat. Er hat einen kleinen Fehler gemacht. Er hat gesagt, am 1. Mai 2023 sei viel Polizei gewesen, aber er hat vergessen, den 1. Mai 2022 zu erwähnen. Da wurden viele Schaufensterscheiben eingeschlagen.

Die Polizei hat schon jetzt Angst und zittert wegen dem 1. Mai 2024. Und es ist nicht schön, wenn dann alles zusammengeschlagen wird in einer Stadt und es passiert nicht viel. Das macht natürlich die Leute verrückt. Ich habe Verständnis für den 1. Mai, weil es für die Arbeiter ist, weil ich so erzogen worden bin und darum stimme ich jetzt einmal mit links.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht nun an den Motionär Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Dass rot-grün an ihrem Feiertag festhalten will, ist jetzt nicht etwas, was mich sonderlich überrascht. Ich bedauere jedoch, dass niemand von den anderen Fraktionen den Mut hat, hier zumindest einer Erstüberweisung zuzustimmen. Fakt ist doch, meine Damen und Herren, über 90 Prozent oder vielleicht sogar über 95 Prozent der Menschen gehen am 1. Mai nicht auf die Strasse, um gegen den Kapitalismus zu demonstrieren, sondern sie geniessen einfach nur ihren freien Tag, wie sie das an jedem anderen Tag auch machen würden. Auf der Strasse demonstriert eine Minderheit, eine linke politische Elite, welche Klassenkampf betreibt und somit auf ihre Anliegen aufmerksam machen will. Es sind meistens Anliegen, die insbesondere auf Bundesebene hochaus scheitern, wenn ich nur an die 1 zu 12 Debatte, die 99 Prozent Initiative, AHV plus, Abschaffung der Wehrpflicht, Einheitskasse, Erbschaftssteuer usw. denke. genau das sind die Themen, welche sie am 1. Mai auf die Strassen bringen und dort Aufmerksamkeit haben wollen.

Es ist völlig legitim, diese Aufmerksamkeit zu haben. Sie dürfen demonstrieren. Sie dürften auch bei einer Abschaffung des kantonalen Feiertages am 1. Mai demonstrieren, aber man muss sich doch die Frage stellen, inwiefern es dafür einen kantonalen Feiertag braucht. Und innerhalb dieser kleinen Minderheit gibt es noch eine kleinere Minderheit, nämlich die linksextreme Szene, welche am 1. Mai jedes Jahr ihre Kommunisten-Fasnacht begeht und in der Stadt Sachbeschädigung betreibt. Nein, Pascal Pfister, es sind keine Einzelfälle, wir haben jedes Jahr Sachbeschädigungen am 1. Mai, ausser vielleicht im letzten Jahr, als die Linksextremen von Polizisten eingekesselt wurden. Ja, das war die Ausnahme, da gebe ich Ihnen recht.

Wenn wir mehr Polizisten im Einsatz haben, welche die linken Chaoten stoppen müssen, als effektiv Menschen auf der Strasse für diese Anliegen demonstrieren, muss man sich schon fragen, ob dieser kantonale Feiertag noch berechtigt ist. Wir sprechen vom Tag der Arbeit und hart arbeitende Polizisten müssen hier arbeiten und diese Chaoten an Sachbeschädigungen hindern. Das ist einfach nicht der Sinn eines kantonalen Feiertags für alle statt für wenige, sondern es ist umgekehrt, es ist für wenige statt für alle.

Oliver Thommen hat ein paar interessante Punkte aufgezählt, er hat gefragt, warum ich ausgerechnet einen anderen Tag favorisiere. Ich habe gerade ausgeführt, dass dieser Tag nicht mehr unbedingt eine grosse Bedeutung in der Gesellschaft hat, vielleicht andere Feiertage auch nicht, aber hier geht es halt auch darum, dass wenn wir derart viele Feiertage im Frühling haben, dass wir das vielleicht auch verteilen können, dass vielleicht auch ein kantonaler Feiertag im Herbst, im November oder im September stattfinden kann und wir hier diesen 1. Mai streichen können. Hinsichtlich Pfingsten und Auffahrt gebe ich ihm sogar noch recht, diese sind gesellschaftlich auch nicht unbedingt tief verankert, zumindest die Bedeutung nicht, aber sehr viele Leute geniessen das Auffahrtswochenende und das Pfingstwochenende. Und der 1. Mai ist nicht zwingend an einem Wochenende, sondern es ist einfach einen Tag, der immer stattfinden kann und dementsprechend ist hier diese lokale Verankerung weniger stark als bei den anderen kantonalen Feiertagen.

Ich bitte Sie deshalb, diese Motion für eine erste Überweisung zu überweisen und bedanke mich.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt Zwischenfragen von Pascal Pfister, Johannes Sieber und Oliver Thommen. Werden sie angenommen? Sie werden angenommen. Dann hat zuerst Pascal Pfister das Wort.

Pascal Pfister (SP): Besteht Ihrer Meinung nach die linke Elite in Basel aus 4’000 bis 5'000 Personen?

Pascal Messerli (SVP): Basel-Stadt hat eine Bevölkerung von über 200’000. es ist also immer noch eine klare Minderheit.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort hat Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Mich hätte interessiert, was es denn mit fehlendem Mut zu tun hat, wenn man eine Idee, die man nicht gut findet, nicht unterstützt.

Pascal Messerli (SVP): Die Beweggründe kenne ich ja nicht, weil unter anderem auch Ihre Fraktion kein Votum gehalten hat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Oliver Thommen hat seine Zwischenfrage zurückgezogen. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

11 Ja, 80 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002840, 07.02.24 16:52:04]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion nicht überwiesen mit 80 Nein-Stimmen gegen 11 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

19. Motion 3 Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Gleichbehandlung der nachobligatorischen Schulzeit in Sachen Familienurlaub

[07.02.24 16:52:16, 23.5643.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Als erste Einzelsprecherin hat sich Brigitte Gysin eingetragen.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Die Schülerinnen und Schüler der nachobligatorischen Schulzeit haben 70 Ferientage im Jahr. Mit dieser Motion hätten Sie neu das Anrecht auf zwei weitere Ferientage. Wir sprechen hier in diesem Haus regelmässig über das Problem der hohen Gymnasialquote, dass man doch die Berufslehre unbedingt attraktiver gestalten müsste, damit hier ein Ausgleich geschieht. Und wir überweisen dann möglicherweise eine Motion, die gerade dem entgegenwirkt.

Wenn ein junger Mensch überlegt, welchen Weg er gehen, ob er schon eine Berufslehre in Angriff nehmen oder in der Schule bleiben soll, dann ist es vielleicht doch ein Faktor zu wissen, dass er in der Schule 70 Ferientage und noch zwei zusätzliche dank dem Parlament hat und beim anderen Weg hat er 25, falls er sich in der Jugendarbeit engagiert 30 Ferientage. Ja, die 70 Ferientage können die jungen Menschen nicht frei wählen, wobei, das ist ja in der Lehre auch ein stückweit so, wenn sie zum Beispiel Berufsschulunterricht haben, können sie auch nicht einfach so zusätzlich freinehmen.

Da muss ja etwas anderes in der Waagschale sein, warum man jetzt trotzdem dem zustimmen sollte. Wenn man den Motionstext liest, könnte man denken, dass an den nachobligatorischen Schulen keine Urlaube gewährt werden. Wenn aber ein Schüler oder eine Schülerin zum Beispiel spezielle sportliche Veranstaltungen hat, vielleicht sogar etwas wie Finale einer Schweizermeisterschaft, dann wird in der Regel so Urlaub gewährt, sofern er nicht gerade ausgerechnet auf einen Tag mit wichtigen Prüfungen fällt und der Schüler oder die Schülerin vielleicht sowieso schon gefährdet ist, das Schuljahr zu schaffen. Wenn ein besonderes Familienereignis ansteht, die Cousine in Indien heiratet und man einen Tag früher abreisen muss, um diese Hochzeit nicht zu verpassen, dann wird der Urlaub in der Regel gewährt. Was man sich vielleicht fragen kann ist, ob es tatsächlich für die Familie unabdingbar ist, dass man einen Tag früher gehen muss, um sich den Flug dorthin leisten zu können. Nach meiner Kenntnis gibt es ja kein Pflichtprogramm der fairen Destinationen, unter denen man wählen kann und nur dort einen gewinnbringenden, schönen Familienurlaub verbringen kann und dann gezwungen ist, irgendwohin zu fliegen, wo der Flug zu teuer ist, wenn man am Samstag fliegt.

Mit anderen Worten, ich glaube jetzt nicht, dass man unter dem Label Familienförderung dieser Motion zustimmen muss. Mir scheint es wichtiger, sich vor Augen zu halten, dass wir ja tatsächlich wollen, dass die Berufslehre ein bisschen mehr an Ansehen gewinnt und dass wir nicht noch einmal einen Stein mehr in den Weg legen sollten, indem wir die Schullaufbahn noch weiter in ihrer Attraktivität steigern, was das Thema Ferien anbelangt. Zudem lebt der Unterricht in der Schule vom gemeinsamen Lernen. Es hilft nicht, wenn dann einfach immer mal wieder Leute zusätzlich fehlen. Es fehlen schon genügend aus Krankheits- und anderen Gründen, da müssen wir nicht noch gesetzlich das Recht zu weiteren Ferientagen geben. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GAB): Ich darf heute für das GAB und für die SP sprechen und ich bitte Sie, diese Motion sehr wohl zu überweisen. Ich habe die Worte meiner Vorrednerin wohl gehört, ich hoffe aber sehr, dass wir, wenn es um Lehrlinge und die Attraktivität Lehrstellen geht in Zukunft, bessere Ideen haben als einfach zwei zusätzliche Ferientage zu gewähren. Das reicht wahrscheinlich bei weitem nicht. Und ich sehe es auch nicht als Argument gegen diese Motion und den nachobligatorischen Schülern und Schülerinnen das zu verwehren.

Die Bewilligung von zwei zusätzlichen frei wählbaren Urlaubstagen entspricht einer sehr moderaten Regelung, die für Familien mit mehreren Kindern mehrere Erleichterungen bringt. So können Sie beispielsweise den Hauptreisetagen ausweichen, stehen weniger lang in Staus und tragen selbst auch weniger dazu bei. Sie können von billigeren Zugtarifen profitieren oder gemeinsam Sportveranstaltungen eines Kindes besuchen und damit gemeinsame Erfolg feiern oder sich bei Niederlagen gegenseitig beistehen.

Die heutige Regelung weist demgegenüber eine deutliche Ungleichbehandlung von Familien mit einem Kind gegenüber Familien mit mehreren Kindern auf. Während Familien mit einem Kind jederzeit von der heutigen Urlaubsregelung profitieren können, können dies Familien mit zwei oder mehreren Kindern häufig nicht, wenn sie Kinder in verschiedenen Schulstufen haben. Diese Regelung mag für die Propagierung und Förderung von Einkindfamilien sinnvoll erscheinen, ist aber für alle anderen nur diskriminierend und trifft genau diejenigen Familien, die eigentlich sowieso schon einer höheren Belastung sowohl in zeitlicher als auch in finanzieller Hinsicht ausgesetzt sind, aber auf der anderen Seite einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft leisten. Mit der Überweisung dieser Motion können Sie dieser diskriminierenden Ungleichbehandlung von Familien ein Ende setzen und deshalb empfehlen wir, dies heute zu tun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Besten Dank. Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny, sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Vielleicht irre ich mich, aber ich dachte immer, Linke und Grüne würden exkommuniziert, wenn sie einen Vorstoss unterstützen, in dem das Fliegen positiv konnotiert ist.

Béla Bartha (GAB): Sie haben, glaube ich, nicht ganz richtig zugehört. Ich habe das Beispiel vom Zug erwähnt und nicht vom Fliegen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Persönlich habe ich den Familienurlaub in den letzten neun Jahren Schulzeit meines Sohnes sehr schätzen gelernt. Ich gehe also mit Lorenz Amiet einig, es ist eine gute Sache. Aber mit der nachobligatorischen Schulzeit sehe hier im Gegensatz zum Titel der Motion in erster Linie eine Ungleichbehandlung zwischen denjenigen, die ein Gymnasium oder eine Mittelschule besuchen und denjenigen, die eine Lehre absolvieren. Brigitte Gysin hat es bereits anschaulich erklärt. 14 Ferienwochen sind es für Gymnasiums- und Mittelschüler im Vergleich zu den Lernenden, für die es fünf Ferienwochen pro Jahr sind, und wie Sie ebenfalls erwähnt hat, vielleicht noch für die ausserschulische Jugendarbeit fünf Tage dazu.

Und dann sollen die Schülerinnen und Schüler auch noch zwei Tage zusätzlichen Familienurlaub pro Jahr erhalten? Geschätzte Grossratskolleginnen und -kollegen, das ist so ziemlich das Gegenteil von dem, was sie hier drin immer wieder betonen, nämlich dass wir die Attraktivität der Lehre gegenüber der Maturität und weiterführenden Schulen stärken wollen. Und genau das ist mir persönlich sehr wichtig, die Stärkung der Lehre. Daher bitte ich Sie, diese Ungleichbehandlung von Gymnasium- und Mittelschülern gegenüber Lernenden nicht noch zu verstärken und die Motion abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Albietz.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Vielleicht waren Sie nach dem Votum von Brigitte Gysin etwas irritiert, weil die Kreuztabelle ja darüber informiert, dass wir als Fraktion zu diesem Geschäft positiv eingestellt sind. Aber es ist tatsächlich so bei uns, dass wir keinen Fraktionszwang kennen und die Meinungsfreiheit hochhalten. Darum darf man durchaus anderer Meinung sein.

Die deutliche Mehrheit der Fraktion findet, dass diese Forderung berechtigt ist und dass diese Unterscheidung zwischen der obligatorischen Schulzeit und den weiterführenden Schulen nicht gerechtfertigt ist und dass es hier eine Korrektur braucht, die auch angemessen ist. Brigitte Gysin hat vorgerechnet, wie viele Ferientage solche Schüler haben. Es sind 70 und es sind zwei mehr, die dann irgendwie noch flexibel zur Verfügung stehen sollen. Schüler und Schülerinnen fehlen aus anderen Gründen auch, wir denken, dass um die Ferien herum diese Tage durchaus verkraftbar sind und sagen auch als familienfreundliche Fraktion ja zu diesem Vorstoss.

Es geht wirklich um die Familie und Sie sind vielleicht verwundert, dass unsere Kinder bis weit nach dem 16. Altersjahr mit uns in die Ferien gereist sind und reisen. Ws wäre schade, wenn das wegen einer solchen Regelung nicht mehr möglich wäre. In diesem Sinne danke ich für die Zustimmung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nun hat das Wort Regierungsrat Conradin Cramer.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Ich versuche natürlich das Schlusswort vor dem Schlusswort des Motionärs zu halten und habe genau noch richtig gedrückt. Vielen Dank die Brigitte Gysin und Brigitte Kühne, die sehr präzise ausgeführt haben, warum diese Motion eine Benachteiligung der Berufsbildung mit sich bringt. Es kann nicht sein, dass wir immer von der Stärkung der Berufsbildung reden und dann unseren Mittelschülerinnen und Mittelschülern, also den ca. 16- bis 19-Jährigen, die schon 14 Wochenferien haben noch, zusätzlich Jokertage gegeben. Ich glaube, in diesem Alter ist die Selbstverantwortung gross genug, dass man auch mit der Familie zusammen in diesen 14 Wochen, die man freihat, den Urlaub die Ferien gut planen kann.

Wir sind ja nicht irgendwie hartherzig gegenüber den Schülerinnen und Schülern, sondern selbstverständlich bei ausserordentlichen Ereignissen gibt es Möglichkeiten, zusätzlich Urlaubstage zu bekommen. Es gibt eine Verordnung dazu, die Absenzen- und Disziplinarverordnung, da werden auch die Ereignisse teilweise explizit genannt. Das sind aussergewöhnliche Familienereignisse, also Hochzeiten, runde Geburtstage, auch Abdankungen innerhalb der Familie, immer «insbesondere» genannt, und entsprechend gibt es praxisgemäss auch noch weitere Gründe, das können zum Beispiel die Mitwirkung an Sportveranstaltungen, ein Sportwettkampf oder ein Theaterengagement sein.

Die Praxis hat sich auch noch einmal nach einer kurzen Rücksprache mit den Schulleitungen gut bewährt. Es ist nicht so, dass die Eltern und die Schülerinnen und Schüler da ständig anrennen und begründete Gesuche nicht gewährt werden. Was nicht gewährt wird, das dürfen wir hier auch aussprechen, wenn Leute einfach sagen, es wäre schön, schon am Donnerstag in die Ferien zu reisen, wenn halt am Donnerstag und am Freitag noch Schule ist. Aber ja das gehört irgendwie zum Leben. Natürlich sind wir im nachobligatorischen Bereich und ist es sozusagen freiwillig, ins Gymnasium oder in die FMS zu gehen, aber auch dort gelten halt gewisse Regeln. Und die Schulen sollen ja, wie es die Berufslehre auch tut, auch auf das Leben danach vorbereiten.

Wie ausgeführt von Brigitte Gysin und Brigitte Kühne, in der Berufslehre ist es halt anders und auch ein sehr lehrvertragsfreundlicher Arbeitgeber wird es nicht schaffen, seinen Lernenden 14 Wochenferien zu gewähren, das das geht einfach nicht. Wir reden ja hier über eine Erhöhung der Ferienzahl von vielleicht fünf auf sieben Wochen, was einzelne Arbeitgeber schon machen, aber die 14 Wochen, die die Mittelschülerinnen und Mittelschüler haben und die die Mittelschule unter anderem so attraktiv macht für viele, werden in der Berufswelt nicht möglich sein. Da müssen wir uns keine Illusionen machen. Umso mehr ist es nicht angebracht, jetzt noch zusätzliche Erleichterungen, zusätzliche Zückerchen zu schaffen, die nicht notwendig sind für die Mittelschülerinnen und Mittelschüler.

Aus diesem Grund bitte ich Sie namens des Regierungsrats, die Motion abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nun hat der Motionär Lorenz Amiet das Wort.

Lorenz Amiet (SVP): Vielen Dank für die gute und spannende Debatte. Viele Argumente, die für diese Motion sprechen, haben Sie gehört. Ich will mich deshalb vor allem um jene Argumente kümmern, die gegen die Motion geäussert wurden. Es ist eine Motion, die etwas verlangt, das beispielsweise im Kanton Aargau seit Jahrzehnten Praxis ist, im Kanton Zürich ebenfalls vor ein paar Jahren eingeführt wurde. Ich habe die anderen Kantone nicht alle angeschaut, aber ich bin sicher, es sind nicht nur diese zwei Kantone.

Worum geht es hier? Es geht in erster Linie einmal um eine Forderung, Bürokratie abzubauen. Und deshalb habe ich mir schon ein bisschen die Augen gerieben, dass ausgerechnet die Bürokratieabbauparteien hier gegen diese Motion votieren. Natürlich kann man auch heute Urlaube beantragen und es ist richtig, man bekommt die Urlaube in aller Regel auch. Aber man muss Formulare ausfüllen, man muss Briefe schreiben, man muss die Lehrkräfte orientieren und so weiter und so fort, für etwas, was vollständig unnötig wäre, wo man niederschwellig, bürokratielos, einfach eine Lösung hätte. Und nein, es geht nicht um zwei zusätzliche Ferientage. Die Schule geht weiter an diesen zwei Tagen und die Schülerinnen und Schüler, die den Unterricht verpassen, weil sie etwas anderes vorhaben, müssen den Stoff nachholen. Und den holen Sie am Gymnasium wahrscheinlich am Wochenende nach oder in den Ferien. Es geht nicht darum, hier einfach die Ferien zu verlängern.

Weshalb diese Forderung? Wenn man Familienvater ist und Kinder in verschiedenen Schulen hat, das heisst ein Teil der Kinder ist in der obligatorischen Volksschule, ein Teil der Kinder ist in der nachobligatorischen Schule, dann hat man in der Tat das Problem, dass man mit verschiedenen Regelungen arbeiten muss und dass man zwar einen Teil der Kinder für einen Anlass ganz einfach aus der Schule bringt, für einen anderen Teil der Kinder nicht. Das ist unnötig aus meiner Sicht. Es wurde das Argument genannt, dass man ja nicht zwingend nach dem Flugpreis die Ferien aussuchen muss. Da gebe ich Recht, nicht unbedingt aus dem Badeferienkatalog. Aber all jene, die Verwandte im Ausland haben, wählen die Destination wahrscheinlich nicht nach dem Katalog, sondern nach der Ortschaft, wo die Verwandtschaft lebt, und da kann es sehr wohl sein, dass ich am Freitag zum halben Preis fliege als am Samstag. Wenn jemand keine Kinder hat, ist das nicht so schlimm, wenn jemand ein Kind hat, ist es noch erträglich, aber wenn jemand drei, vier oder sogar fünf Kinder hat, dann geht das eben substanziell ins Geld. Und wir haben vorhin von Regierungsrat Conradin Cramer gehört, dass gerade dies kein Grund ist, um heute Urlaub zu beantragen.

Schliesslich noch ein paar Worte zum Argument, dass es darum geht, mit der Ablehnung dieser Motion die Attraktivität der Lehre nicht zu schädigen. Wenn wir tatsächlich mit diesem Argument die Lehre stärken müssen, dann haben wir ein gröberes Problem, meine Damen und Herren. Erstens einmal hat die Lehre auch ihre substanziellen Vorteile nicht nur im Bildungs-, sondern im rein administrativen Bereich, sie bekommen immerhin Lohn. Sie haben einen Arbeitsvertrag, der Ihnen Freitage zulässt beispielsweise für Prüfungen (z. B. Fahrprüfung), Freitage, wenn Verwandten in direkter Linie sterben und vieles anderes mehr. Der Umzugstag ist noch ein gutes Beispiel. Wenn eine Familie umzieht, müssen Sie heute als

Arbeitnehmerin, Arbeitnehmer, also als Lehrling, beweisen, dass Sie eine neue Adresse haben und damit ist die Sache erledigt. An der Schule müssen Sie Briefe schreiben und Formulare ausfüllen.

Wenn wir tatsächlich das Gefühl haben, mit solchen Massnahmen die Leute dazu bringen zu müssen, nicht ans Gymnasium zu gehen, sondern eine Lehre zu machen. Ich glaube, dann haben wir ein falsches Verständnis davon, was es heisst die Berufsbildung zu stärken. Ich bin sehr dafür, dass wir die Berufsbildung stärken. Ich bilde selber Lehrlinge aus, die meisten Leute in meiner Firma haben eine Lehre gemacht, aber wir müssen schauen, dass wir den Leuten erklären, wo die Vorteile der Lehrer sind nicht während der Ausbildung, sondern nachher im Berufsleben. Besten Dank dafür, dass sie diese Motion unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Brigitte Gysin. Sie wird angenommen.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Wenn man Verwandte irgendwo in Übersee hat, gibt es dann nur den günstigeren Donnerstagflug vor dem Ferienbeginn? Gäbe es nicht bei sechs Wochen Sommerferien auch einen Donnerstag oder zwei innerhalb der sechs Wochen, an dem es auch günstiger wäre?

Lorenz Amiet (SVP): Es könnte ja sein, dass Sie die Verwandtschaft zum Beispiel an Weihnachten und Neujahr besuchen wollen und dann mindestens gibt es in der Tat nach Ferienbeginn keine günstigen Flüge.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung der Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 21 Nein, 10 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002842, 07.02.24 17:12:20]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 59 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 10 Enthaltungen.

20. Motion 4 Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend Stromsparbonus für Betriebe gerecht verteilen

[07.02.24 17:12:34, 23.5645.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Gibt es Wortmeldungen? Ich habe keine eingetragen.

Es wurde kein Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

21. Motion 5 Daniel Albietz und Konsorten betreffend faires Inventarisierungsverfahren

[07.02.24 17:13:04, 23.5649.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Das wird bestritten von Lea Wirz.

Lea Wirz (GAB): Die Inventarisierung von schützenswerten Bauten dient grundsätzlich dem Erhalt von kulturell, historisch, künstlerischen oder städtebaulich relevanten Gebäuden und hat einen Informationscharakter. Mit einer Inventarisierung wird in erster Linie eine Erhaltenswürdigkeit festgestellt, nicht mehr und nicht weniger. Diese wird im Rahmen von tatsächlichen Bauverfahren oder auf Anforderung der Eigentümer:innen vertieft geprüft und diesen stehen dann in diesem Verfahren die üblichen Rechtsmittel zur Verfügung, wenn sie mit einer allfälligen Unterschutzstellung nicht einverstanden sein sollten.

Eine grössere Zurückhaltung bei der Inventarisierung, wie sie die Motion fordert, könnte grundsätzlich zu einem Verlust wertvoller historischer oder städtebaulicher Bausubstanz führen. Es ist nicht sicher, dass ohne Inventarisierung auf geplante Veränderungen an bauhistorisch bedeutsamen Gebäuden angemessen reagiert werden könnte, um eben den Erhalt dieser Bauten langfristig zu gewährleisten. Eine umfassende Anhörung aller Betroffenen im Rahmen des Inventarisierungsverfahrens würde zudem zu einem erheblich zeitlichen und administrativen Aufwand führen, was die Effizienz der Verfahren erheblich beeinträchtigen würde, wenn nicht sogar zum Erliegen bringen würde. Die wertmindernde Wirkung, welche der Motionär anführt, ist vielleicht auch gar nicht so falsch, bedeutet es doch insbesondere, dass ein allfälliger Abriss und Neubau nicht mehr ganz so einfach möglich ist und dies allenfalls schädliche Spekulationen mindern kann.

Zum Schluss möchte ich anführen, dass wir den Umgang mit grauer Energie ernstnehmen müssen, wenn wir unsere dringend notwendigen Klimaziele erreichen wollen. Wir brauchen dafür einen sorgfältigen Umgang mit vorhandener Bausubstanz. Der Denkmalschutz kann hier einen kleinen Teil beitragen. In diesem Sinne bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Salome Bessenich.

Salome Bessenich (SP): Die Motion Albietz fordert ein faires Inventarisierungsverfahren. Das liest sich auf den ersten Blick sympathisch. Wer ist schon gegen Fairness? Gerade die SP setzt sich ja auch konsequent für mehr Mitwirkung und Teilhabe ein, auch da, was soll man dagegen haben? Was die Motion aber tatsächlich fordert, steht in der untersten Zeile, dass es einen rechtsstaatlichen Einbezug der Grundeigentümerschaften bei einer Inventarisierung braucht. Das ist aus unserer Sicht zutiefst problematisch in seiner Auswirkung, und zwar sowohl für die Denkmalpflege wie auch für die Hauseigentümerschaften.

Lassen Sie mich kurz ausführen, wie das Inventar der schützenswerten Bauten funktioniert. Das Inventar, wir haben es schon von meiner Kollegin Lea Wirz gehört, ist ein Fachinventar ohne rechtlich verbindlichen Charakter. Es ist eine Triage aller Gebäude in Basel-Stadt im Sinne einer oberflächlichen Erstbeurteilung, welche die Frage beantwortet, ob die Denkmalpflege im Falle eines Baugesuchs die Schutzwürdigkeit eines Gebäudes überhaupt prüfen soll. Eine Inventarisierung ist also keine Unterschutzstellung, sondern eben eine Vorsondierung, und zwar auch eine effiziente Vorsondierung. Das macht Sinn. Wenn dann nämlich ein Haus, das im Inventar ist, beispielsweise abgerissen werden soll, dann kommt dieses Baugesuch zur Denkmalpflege. Aber eben nur, wenn es im Inventar ist. Und erst dann wird vertieft geprüft, ob das Gebäude wirklich schützenswert ist oder nicht, dann wird geprüft, ob das Gebäude erhaltensfähig ist oder nicht und falls nicht, wird es auch aus dem Inventar wieder entlassen. Das gibt es immer wieder, auch sehr prominente Fälle. Meine erste Interpellation hat sich genau um so einen Fall gedreht.

Also erst wenn ein konkretes Bauvorhaben vorliegt, wird mit viel Aufwand sorgfältig alles angeschaut. Und diese Sorgfalt braucht es auch, denn eine Unterschutzstellung stellt tatsächlich einen Eingriff ins Eigentumsrecht dar. Da braucht es eine gesetzliche Grundlage. Sie muss verhältnismässig sein. Dann, wenn es eben konkret geprüft wird, hat auch die Eigentümerschaft alle Möglichkeiten des rechtsstaatlichen Einbezugs. Dann hat sie insbesondere die Möglichkeit, mit einem Rekurs gegen den Entscheid der Behörden vorzugehen, bis zu den obersten Gerichten. Die Rechte der Grundeigentümer sind und bleiben also auch heute schon gewahrt.

Dies alles nun vorzuziehen auf die Inventarisierung, macht überhaupt keinen Sinn. Das verkompliziert den ganzen Prozess ungemein und es verhindert einen effizienten Ablauf. Ein rechtlich verbindlicher Einbezug wäre eine Vorwegnahme des Unterschutzstellungsverfahrens und in diesem Umfang für die Behörden kaum zu bewältigen. Es würde auch dazu führen, dass umso mehr Baugesuche, die eben nicht Inventarobjekte betreffen, durch die Behörden, also durch die Denkmalpflege,

geprüft werden müssen. Denn das Inventar hat ja auch den Effekt, dass alle, die nicht im Inventar sind, eigentlich ohne den Einbezug der Denkmalpflege ein Bauvorhaben umsetzen können. Und diese Effizienz verlieren wir eben, wenn das Inventar nicht mehr funktionsfähig ist und das wäre es unter diesen Voraussetzungen.

Es würde auch dazu führen, dass die Eigentümer:innen zu einem willkürlichen Zeitpunkt klären müssen, wie sie ihre Häuser weiterentwickeln möchten. Dabei macht es doch einen erheblichen Unterschied für die Prüfung, auch in der Beurteilung der Denkmalpflege, ob man einfach ein Bad ersetzen will oder ein Haus abreissen will. Die Denkmalpflege setzt den Schutzumfang heute auch differenziert fest, je nachdem eben wie schützenswert und wie erhaltensfähig ein Gebäude ist. Das kann man nicht prophylaktisch und ohne konkretes Vorhaben sinnvoll tun.

Es geht auch um die Effizienz und ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir doch genau diese Effizienz im Wochentakt von Regierungsrätin Esther Keller fordern. Gerade im BVD und im Bewilligungsverfahren wünschen wir uns das alle, und da erstaunt es mich schon, dass jetzt von bürgerlicher Seite ein Vorstoss kommt, der genau das verkomplizieren und verunmöglichen will. Es kommt schon auch der Verdacht auf, dass die Intention hinter dem Vorstoss eben ist, das Ganze so zu verkomplizieren, dass letztlich die Denkmalpflege und der Denkmalschutz geschwächt werden.

Das kommt für uns nicht in Frage. Die SP setzt sich für den Bestand in all seinen Dimensionen ein, sozial, ökologisch und eben auch baukulturell. Darum danke ich Ihnen, wenn Sie die Motion nicht überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Thomas Widmer-Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Aufgrund des Denkmalschutzgesetzes wird ja ein Inventar mit schützenswerten Bauten erstellt und dabei ist §24a Folgendes festgehalten: Die betroffenen Eigentümerschaften sind über die Aufnahme ins Inventar und jede Änderung zu informieren.

Eine blosse Information der Eigentümerschaften ist für mich hier nicht angemessen. Wir haben es gehört, es gibt die Frage der Effizienz, aber es gibt auch ein Abwägen, was wichtiger ist, und ich denke, die Rechte der Eigentümer spielen für mich eine grössere Rolle. Natürlich braucht es den Denkmalschutz, aber die Frage ist, ob es hier angemessen ist oder ob es nicht eine Anpassung der rechtlichen Situation braucht.

Denn der Eintrag ins Geoinformationssystem hat einschneidende Konsequenzen. Die bauliche Erneuerung und Massnahmen zur energetischen Sanierung werden eingeschränkt. Die Liegenschaft verliert an Wert, das ist ein grösserer Einschnitt. Da sollen die Eigentümer schaffen einfach bloss informiert werden? Nein. Das Verfahren bei der Inventarisierung muss dringend angepasst werden. Die betroffenen Grundeigentümer und Grundeigentümerinnen dürfen nicht einfach nur informiert werden, sie müssen einbezogen werden.

In diesem Sinne bitte ich Sie, die Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Wie einige von Ihnen wissen, habe ich bei diesem Thema wie zwei Hüte an. Ich vertrete die LDP-Fraktion, bin aber gleichzeitig auch Co-Präsident der freiwilligen Basler Denkmalpflege. Das ist keine einfache Ausgangslage, um über ein solches Thema zu diskutieren und eine Meinung zu haben, die, wie Sie an der Kreuztabelle sehen, für eine Überweisung spricht.

Der Punkt, dass Eigentümer:innen von Häusern spärlich informiert werden, nicht einbezogen werden, wurde erkannt bei der kantonalen Basler Denkmalpflege. Das Verfahren, wie inventarisiert wird, wurde überarbeitet, es gibt mittlerweile einen partizipativen Ansatz. Das wurde in den letzten zwei Jahren so gehandhabt, dass in den Quartieren die Personen, die dort wohnen, aber auch Eigentümerinnen und Eigentümer, Interessensverbände, Mitglieder der Bau- und Raumplanungskommission usw. einbezogen wurden, um auch die Qualität dieser Inventarisierungen sicherzustellen.

Wieso ist die LDP für eine Überweisung dieser Motion? Es geht in erster Linie darum, dieses Verfahren einmal aufzuzeigen. Wir haben jetzt sehr viele Ausführungen gehört. Salome Bessenich hat das sehr gut erklärt also, dieses Verfahren ist sehr strukturiert im Kanton Basel-Stadt und mittlerweile eben auch viel besser aufgegleist, indem eine Information tatsächlich stattfindet. Dennoch ist es jetzt wichtig, auch diese Mitwirkung in einer Form zu verschriftlichen und aufzuzeigen, wie diese umgesetzt werden kann.

Gleichzeitig ist es mir wichtig zu betonen, dass eine Inventarisierung eben keine Unterschutzstellung ist und man muss schon sehen, wenn die Inventarisierungen nicht mehr gemacht werden würden, sozusagen ein Fuss in die Tür gesetzt wird, dann hat man eigentlich eine komplette Rechtsunsicherheit als Eigentümerin und Eigentümer. Denn dann mache ich einen

Baubegehren und ahne nichts Schlimmes, und dann kommt die kantonale Denkmalpflege auf dem Fahrrad vorbei und sagt, dieses Haus hier ist spannend, das müssen wir abklären. Und als Eigentümer verliert man extrem viel Zeit. Es kommt zu einer Abklärung, Gutachten werden erstellt und am Schluss wird es unter Denkmalschutz gestellt, contre coeur, dann kann man sich wehren und Rechtsmittel ergreifen. Am Schluss geht das zwei Jahre, man kann nicht bauen. Das verhindert man wiederum mit einer rechtzeitigen Information über das Inventar.

Darum, es ist ein gutes Anliegen, die Denkmalpflege und den Kanton quasi zu beauftragen, hier aufzuzeigen, wie das Verfahren abläuft, wie man das verbessern könnte. Aber man sollte auch beherzigen, dass der Prozess eben zweigeteilt ist zwischen Inventarisierungs- und Unterschutzstellungsverfahren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Stefan Wittlin. Sie wird angenommen.

Stefan Wittlin (SP): Sie haben gesagt, dass die Partizipation bereits stattfindet seit rund zwei Jahren und dass es Ihnen jetzt darum gehe, dass dieses Verfahren einmal aufgezeigt würde. Ist die Motion dafür das richtige Mittel?

Michael Hug (LDP): Ja, die Motion liegt jetzt auf dem Tisch. Es ist offenbar auch ein Bedürfnis vieler Mitglieder auch unserer Partei, dass diese Mitwirkung besser wird und die Motion ist im Moment das beste Instrument.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Andreas Zappalà.

Andreas Zappalà (FDP): Ich möchte an dieser Stelle klarstellen, dass es hier nicht um Denkmalschutz Ja oder Nein oder um das Inventar Ja oder Nein geht, sondern es geht um die Frage eines rechtsstaatlichen Prinzips. Hat der Staat die Möglichkeit, etwas zu verfügen, ohne dass der Betroffene die Möglichkeit hat, dagegen etwas einzuwenden?

Es ist richtig, dass es früher einfach so war, dass man plötzlich ein Schreiben bekommen hat und erfahren hat, dass die Liegenschaft plötzlich im inter eingetragen ist. Jetzt gibt es ein Verfahren, bei dem auch wir vom Hauseigentümerverband eingeladen sind, uns dort einzubringen. Aber am Schluss entscheidet die zuständige Amtsstelle und es wird dann verfügt, dass man ins Inventar kommt. Die jetzige Regelung ist, dass eine Liegenschaft eher ins Inventar kommt als nicht, weil man eben sagt, dass es ja die Möglichkeit gibt, dass man das Verfahren dann durchzieht, wenn man ein Vorhaben hat. Und beim Vorhaben geht es nicht um Abbrüche oder um Gesamtsanierungen, da geht es auch schon darum, Fenster auszuwechseln oder Sonnenkollektoren auf dem Dach zu installieren. Auch dann findet die Diskussion statt, ob die Liegenschaft in das Denkmalverzeichnis eingetragen werden muss oder ob sie entlassen werden kann.

Und es macht meines Erachtens keinen Sinn, dass man einfach Liegenschaften inventarisiert, weil man vielleicht unsicher ist, ob diese Denkmalwürdigkeit besteht oder nicht, nur damit man sie dann wieder aus dem Inventar entlassen kann. Ich denke, da macht es Sinn, dass der Eigentümer zumindest eine Möglichkeit hat, schon im Zeitpunkt der Inventarisierung eine Einsprache zu machen. Wenn er es nicht macht, dann ist es seine Sache und ich glaube nicht, dass es eine Flut an Einsprachen geben wird, wenn er im Moment noch kein konkretes Projekt hat und die Frage, ob das Gebäude denkmalwürdig ist oder nicht, erst später behandelt wissen will.

Kein Thema ist der Wert der Liegenschaft, ich persönlich bin nicht der Meinung, dass der Wert der Liegenschaft sinkt, wenn man im Inventar ist oder wenn man dem Denkmalschutz untersteht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Salome Bessenich und Michael Hug. Sie werden beide angenommen.

Salome Bessenich (SP): Sie sagen, dass heute Gebäude eher ins Inventar kommen als nicht. Ist Ihnen bewusst, dass aktuell nur rund 13,5 Prozent der Gebäude im Kanton Basel-Stadt im Inventar sind?

Andreas Zappalà (FDP): Es kommt halt immer darauf an, was man als denkmalwürdig bezeichnet. Aber jetzt ist man daran, schon die Baujahre zwischen 1960 und 1970 zu beurteilen. Da stellt sich für mich die Frage, ob das wirklich denkmalwürdige Liegenschaften sind, die man jetzt schon im Inventar haben muss oder ob es nicht einfach darum geht, dass man das auch später dann noch entscheiden kann.

Michael Hug (LDP): Wie stellen Sie sich den das vor? Wenn ein Eigentümer nicht einverstanden ist mit der Inventarisierung, kommt es ja dennoch direkt zum Verfahren, es wird ein Gutachten erstellt und man nimmt den Unterschutzstellungsprozess einfach vorweg. Das kann ja nicht unbedingt im Interesse des Eigentümers sein.

Andreas Zappalà (FDP): Das ist halt die Folge, dass man jetzt Rekurs machen und das Verfahren führen muss, wenn die Behörde entscheidet, die Liegenschaft ins Inventar aufzunehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich finde es richtig und wichtig, dass man dieses Verfahren anschaut und durchleuchtet. Ich habe den Eindruck, dass wir in Basel an sich sowieso tendenziell sehr viele Denkmäler, Schutzbedürfnisse entwickeln und dass möglicherweise auch viel zu viel geschützt wird. Für mich ist wichtig, dass wir nicht Denkmalthemen verwischen und verwechseln mit den Themen der Erreichung der Klimaziele. Sonst haben wir plötzlich hier Opposition in Gebieten, die bis jetzt eigentlich unbestritten waren. Aber dieses Thema darf man nicht vermischen und vermengen. Wenn man Denkmäler schützen will, dann ist es etwas anderes, als wenn man Klimaziele erreichen will.

Warum muss man aber das Verfahren anschauen: Es ist tatsächlich störend, dass man belastende Verfügungen erhält, bei denen man nicht mitwirken kann. Wie diese ausgestaltet werden sollen und was die Rechtsfolgen sein sollen, will diese Motion prüfen. Salome Bessenich hat das Verfahren gut dargestellt, mir ist aber ein persönlicher Fall bekannt, der sich gerade vor Kurzem abgespielt hat und der zeigt, dass es nicht ganz richtig ist. Wenn eine Bauherrschaft ein Baugesuch einreicht und eher überraschend zur Kenntnis nehmen muss, dass die Liegenschaft inventarisiert ist. Wenn dann die Denkmalpflege zum Schluss kommt, dass dem Baubegehren stattgegeben werden kann und die Liegenschaft nicht schutzwürdig ist, bleibt sie trotzdem im Inventar. Es ist also nicht so, dass man nach der Prüfung einen Anspruch geltend machen kann, aus dem Inventar zu kommen. Das kann ja nicht sein. Deshalb glaube ich, ist es richtig, wenn man das Verfahren unbefangen anschaut, um dann zu sehen, was zu tun ist. Ich bitte also um Erstüberweisung dieser Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat der Motionär das Wort.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Zunächst danke ich der Regierung, dass sie bereit ist, die Motion entgegenzunehmen. Ich danke auch den Fraktionen, die den Vorstoss unterstützen und hier auch sehr substantiell begründet haben, weshalb. Etwas überrascht bin ich über den Widerstand der linksgrünen Fraktionen, insbesondere der versammelten Sozialdemokratie, überrascht vor allem, weil der Vorstoss von drei Mitgliedern dieser Fraktion mitunterzeichnet wurde und ich daher keine Anhaltspunkte dafür hatte, dass sich die übrige Fraktion gegen eine rechtsstaatliche Verbesserung des Inventarisierungsverfahrens stellen wird.

Und genau darum geht es bei dieser Motion, um eine Verbesserung des Rechts- und Eigentumsschutzes bei der Inventarisierung von Gebäuden in diesem Kanton. Ich verzichte darauf, hier noch einmal die Argumente darzulegen, Sie können sie in der Motion nachlesen und haben vorhin auch noch ergänzend gehört, warum die Motion unterstützungswürdig ist.

Substanzielle Einwände gegen diese Argumente habe ich heute nicht vernommen. Es wurde zwar gesagt, das Inventar habe reinen Informationscharakter. Ich sage nein, es ist eben nicht nur eine Information, sondern es ist ein erheblicher Eingriff ins Eigentumsrecht mit erheblichen Auswirkungen, monetär, baulich, energetisch, es hat Auswirkungen auf jedes Baugesuch, wobei Sie sich vielleicht nicht einmal mehr erinnern, dass ihr Gebäude in so einer Liste ist.

Dann wurde gesagt, es habe keinen rechtlich verbindenden Charakter. Aber eben, es hat erhebliche Auswirkungen und zwar in der Öffentlichkeit. Ich hätte nichts gegen ein internes Inventar einzuwenden, aber es ist nun einmal öffentlich, diese Gebäude werden eingezeichnet und jeder, der das interessiert, kann das nachschauen im Geoinformationssystem des Kantons, auch jeder Kaufinteressent kann das nachschauen und das hat erhebliche Auswirkungen. Weil es eben ein öffentliches Inventar ist, braucht es auch einen minimalen rechtsstaatlichen Schutz.

Es wurde gesagt, dieser rechtsstaatliche Einbezug sei problematisch. Ich bitte, noch einmal nachzulesen, was genau verlangt wird mit der Motion. Ich verlange ja keine vollständige Rechtsmittelbelehrung mit Gang ans Bundesgericht, sondern es wird verlangt eine Anpassung des Verfahrens im Sinne eines rechtsstaatlichen Einbezugs. Und das kann auf verschiedene Arten geschehen. Heute sieht es einfach nicht. Heute ist es ein B-Post-Brief, der verschickt wird, und man hat keine Ahnung, was das vielleicht bedeutet und was man dagegen tun kann.

Es wurde auch ein Effizienzverlust beklagt durch dieses Verfahren. Einerseits kann man das bei allen Rechtsmittelverfahren beklagen. Wir haben ein Staatswesen, das sich auszeichnet dadurch, dass man eben Rechtsmittel ergreifen kann, wenn man in persönlichen Rechten betroffen ist. Und das fehlt hier. Die Beurteilung der Schutzwürdigkeit wird einfach vorgezogen. Es es geht darum, dass nicht Inventarisierung im Zweifel und auf Vorrat geschieht. Wenn ich heute höre, es seien ja nur 13,5 Prozent aller Gebäude im Kanton im Inventar, dann muss ich sagen, das ist nicht «nur», das ist ein erheblicher Anteil, und ich vermute, dass eben auf Vorrat inventarisiert wird, auf Sicherheit, und das erachte ich als übertrieben.

Das Inventar beurteilt die Schutzwürdigkeit, darauf hat auch Bruno Lötscher hingewiesen, und hat nicht zum Zweck, generell Abbrüche zu erschweren. Dafür haben wir andere Instrumente. Beim Inventar geht es wirklich darum, ob ein Gebäude schützenswert ist oder nicht. Darum ist es angezeigt, hier den Schutz zu verstärken. Natürlich mich, Michael Hug hat es dargelegt, es gibt heute schon diesen freiwilligen Einbezug durch die Denkmalpflege, weil sie gemerkt hat, dass es vielleicht gut wäre, wenn aktiver darüber informiert und vorher die Meinung abgeholt würde, aber es ist eben nur freiwillig. Darum glaube ich, dass es gut wäre, wenn wir mindestens ins Gesetz schreiben würden, wie dieser Schutz aussieht.

Es ist eine Motion mit Erstüberweisung, das heisst, die Regierung kann sich darüber äussern, welche Art von Einbezug und von Schutz sie sich hier vorstellt. Das muss wie gesagt kein ausgewachsenes Rechtsmittelverfahren sein, aber es geht darum, mindestens eine niederschwellige Mitwirkung vorzusehen für betroffene Grundeigentümerschaften. Es geht um besseren Rechtsschutz bei faktischen Eigentumsbeschränkungen. Wer dagegen ist, stellt den Schutz von Eigentum und auch Grundeigentum als Grundelemente unserer Wirtschaftsordnung eigentlich grundsätzlich in Frage, womit der Widerstand von linksgrün einer gewissen Selbstoffenbarung gleichkommt. Uns geht es darum, Dinge zu schützen, ohne Hidden Agenda. Ich danke Ihnen für die Überweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung der Motion wurde bestritten von Lea Wirz. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung der Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 41 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002845, 07.02.24 17:40:57]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für eine Überweisung der Motion entschieden mit 49 Ja-Stimmen gegen 41 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

22. Motion 6 Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend PACS und Verantwortungsgemeinschaft für Basel-Stadt

[07.02.24 17:41:12, 23.5650.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Ich bitte Sie, sich als Einzelsprechende zu registrieren. Erster Einzelsprecher ist Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich bitte Sie als Einzelsprecher, aber durchaus auch im Namen meiner Fraktion, diese Motion nicht zu überweisen. Es geht uns in erster Linie darum, dass voraussichtlich Arbeit für den Papierkorb gemacht würde, wenn wir in Basel jetzt zu diesem Thema die Verwaltung aktivieren, tätig zu werden. Das Pacte civil de solidarité ist eine interessante Sache, die in Frankreich, wenn ich es richtig sehe, zum ersten Mal so entwickelt wurde und 1999 eingeführt wurde, zur Möglichkeit von gleichgeschlechtlichen Paaren, sich einen erhöhten Schutz zu geben, weil eine

gemeinsame Ehe nicht möglich war in Frankreich. Das ist dort erst seit 2013 möglich. In der Schweiz ist das möglich, ursprünglich mit der eingetragenen Partnerschaft schon 2007 und jetzt auch mit der Ehe für alle. Also, die Notwendigkeit, weshalb man effektiv etwas machen musste, die ist in der Schweiz weniger gross als es damals in Frankreich war. Es gibt es auch in Genf und in Neuenburg, wenn ich es richtig gesehen habe.

Aber vor allem und entscheidend scheint mir, dass auf Bundesebene eine entsprechende Vorlage in Ausarbeitung ist. Es gibt die parlamentarische Initiative von Ständerat Andrea Caroni aus Appenzell Ausserrhoden. Dies ist schon behandelt worden in der Rechtskommission des Ständerats, auch in der Rechtskommission des Nationalrats, und beide Rechtskommissionen haben zunächst einmal ihre Zustimmung gegeben, dass man das Geschäft weiterverfolgt. Jetzt ist es in der Ständeratskommission.

Wenn wir im Kanton hier tätig würden, hätte das doch weitgehende Folgen– man müsste ein Register schaffen, dort würde, könnte man sich eintragen lassen, man verpflichtet sich positiv einer Partnerin, einem Partner beizustehen, solange man zusammen ist. Vielleicht will man zusätzliche Rechte erwirken, das könnte der Kanton wohl. Er könnte erbrechtliche oder steuerrechtliche Vorteile gewähren. Aber wenn wir daran sind, eine Vorlage auf Bundesebene auszuarbeiten, macht es keinen Sinn, hier in diesem Bereich vorzupreschen und eine Ehe Light oder ein Konkubinat plus einzuführen im Kanton Basel-Stadt. Selbst wenn man gewisse Probleme für Leute sieht, die zusammenleben ohne diese Anerkennung eines Ausweises, wie die Ehe beispielsweise oder ein privatrechtlicher Vertrag, wie etwa Mitwirken bei Behörden, bei Gängen ins Spital, dann haben wir Instrumente, die helfen. Also die Notwendigkeit, schnell vorzupreschen, ist nicht nötig. Wir haben den Vorsorgeauftrag, wir können also in solchen Fällen durchaus auch institutionell unterstützend wirken, privatrechtlich sowieso mit Bevollmächtigungen.

Inhaltlich müssen wir uns im Moment gar nicht damit auseinandersetzen. Es macht keinen Sinn, eine solche Vorlage in Basel für Basel alleine auszuarbeiten, wenn auf Bundesebene die Arbeiten aktuell getan werden aufgrund einer parlamentarischen Initiative eines Ausserhoder Ständerats der FDP. Das hat durchaus Chancen, dass das im Bundesparlament mehrheitsfähig ist. Deshalb ersuche ich Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GAB): Wir haben die Kreuztabelle erfreut zur Kenntnis genommen. Es sieht so aus, als würde unser Parlament heute den Vorstoss von Raphael Fuhrer aus unserer Fraktion überweisen. Wir nehmen damit als Kanton eine doppelte Pionierrolle ein. Mit der Zustimmung zum Pacs nehmen wir eine Pionierrolle in der Deutschschweiz ein, und schweizweit wären wir der erste Kanton, der sich dem Thema der Verantwortungsgemeinschaften annimmt. Das finde ich grandios.

Der Pacs und auch Verantwortungsgemeinschaften sind eine Möglichkeit zur Anerkennung von unverheirateten Paarbeziehungen und unterschiedlichen Lebensgemeinschaften und gelebter Realität. Dieser Akt der Anerkennung erachte ich als sehr wichtig. Es ist ein Akt der Anerkennung nicht nur gegenüber dem Staat, sondern auch gegenüber der Gesellschaft und der Bevölkerung. Für uns als Gesellschaft, aber auch für die Lebensrealität der Menschen, hat dies einen Effekt. Und nicht zuletzt, mein Vorredner hat es bereits gesagt, gibt es national bereits Bemühungen, vor allem zu einem Pacs. Wenn wir diesen Vorstoss jetzt überweisen, verstärkt das auch die nationalen Bemühungen oder auch zukünftige Bestrebungen für Verantwortungsgemeinschaften.

Daher wird meine Fraktion sehr motiviert diese Motion überweisen. Uns ist aber auch bewusst, dass ein Pacs und auch Verantwortungsgemeinschaften einiges nicht regeln können, weil nicht alles umfassend auf kantonaler Ebene überhaupt geregelt werden kann. Der kantonale Einfluss ist begrenzt, aber nicht Null. Und dies zeigen die Kantone Genf und Neuenburg, die bereits einen solchen Pacs haben.

Nun, wie sehen diese Pax dort aus? Sie sind sehr unterschiedlich. Die beiden Kantone in der Romandie haben unterschiedliche Wege gewählt. In Genf hat der Pacs zur Folge, dass die Partnerin oder der Partner eine Zeugenaussage nicht leisten muss, falls es zu einem Gerichtsfall kommt, sondern nur Auskunft geben kann. Weitere direkte Auswirkungen hat der Pacs dort nicht, nicht auf die AHV, nicht auf die Pensionskasse oder auch nicht auf Sozialleistungen, aber, und das finde ich ein sehr wichtiger Punkt, die Kantonsverwaltung muss die Pacs-Paare gleich behandeln im Umgang wie sie auch Eheleute behandeln würde. Und das macht doch im Alltag dieser Paare einen grossen Unterschied. In Neuenburg sieht es leicht anders aus. Dort hat der Pacs einen leichten Einfluss auf das Erbe, es hat einen leichten Einfluss auf den Umgang mit Schenkungen, nicht jedoch auf direkte Steuer.

Wir haben gehört, der Bund mich mache das ja schon, man müsse daher bei uns nichts tun. Ich sehe das anders. Ich fände es sehr erfreulich, wenn der Bund vorwärts macht. Aber auch wenn der Bund vorwärts macht und einen Pacs auf nationaler Ebene bringen würde, müssen wir die kantonalen Dinge, die der Kanton regelt, ohnehin selbst regeln. Daher ist das für mich kein überzeugendes Argument gegen den Pacs.

Es gibt also einen gewissen Handlungsspielraum, und wenn es das bei Paarbeziehungen gibt, wie Neuenburg und Genf zeigen, gibt es das sicher auch bei Verantwortungsgemeinschaften. Warum ist auch zweiteres wichtig? Es gibt viele Formen von Lebensgemeinschaften und damit auch viele Formen von Familie- und Lebensrealitäten. Ich zähle ein paar Beispiele auf: Zwei alleinerziehende Mütter oder Väter, die ihre Kinder gemeinsam grossziehen, beste Freunde, die gemeinsamen altern, drei Personen, die zusammen ein Haus kaufen und sich Freud und Leid des Alltags teilen. Paare, die zusammen mit einer pflegebedürftigen Person, einem Geschwister oder Elternteil, einem Freund oder Freundin leben, erwachsene Menschen, die sich zusammentun, um gemeinsam Kinder grossziehen. Die Liste ist lang, und das ist in unserem Kanton gelebte Realität. In einer immer individualisierteren Gesellschaft ist es wünschenswert, wenn auch wir Menschen Anerkennung schenken, die sich zusammentun und gegenseitig Verantwortung übernehmen. Wenn wir dies tun, dann wertschätzen wir verschiedene Lebensformen, geben solchen Legitimität, wir geben den Auftrag, diese Bereiche zu identifizieren, wo wir tatsächlich noch Handlungsspielraum und Handlugnsbedarf haben, und daher freue ich mich, wenn dieser Vorstoss heute überwiesen wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von André Auderset. Sie wird angenommen.

André Auderset (LDP): Wenn die beiden erwähnten besten Freunde, die gemeinsam alt werden wollen, dies dann in Hochwald oder Rheinfelden machen, fällt plötzlich wieder alles weg, worauf sie vorher aufgebaut haben, weil es eine rein kantonale Regelung ist. Was meinen Sie dazu?

Raffaela Hanauer (GAB): Leider haben wir hier keinen Einfluss auf das Kantonsparlament in Basel-Landschaft, aber einen entsprechenden Vorstoss dort würde ich begrüssen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Christine Keller.

Christine Keller (SP): Nach meiner Vorrednerin kann ich es jetzt kurz machen, denn sie hat doch sehr viel Wesentliches bereits gesagt. Zum Argument bezüglich Bund: Erstens sagt meine Erfahrung, dass die Mühlen leider doch dazu neigen, langsam zu mahlen, eher langsam als schnell. Zweitens, das hat eben meine Vorrednerin erwähnt, sollte das dann kommen, dann wäre unsere Arbeit mitnichten vergebens, ganz im Gegenteil, wir könnten dann auf das, was wir zum Beispiel registermässig beim Pacs schon gemacht haben, Register mässig, zurückgreifen.

Dann ist mir eben auch diese Pionierrolle, diese Vorbildrolle unseres Kantons wichtig. Es wurde gesagt, es geht in diesem Vorstoss eben nicht «nur» die Pacs, sondern auch um die VGM, um die Verantwortungsgemeinschaft. Das ist wirklich etwas, das wir als erste anerkennen würden. Menschen können sich verbindlich zusammenschliessen, um gemeinsam Verantwortung zu übernehmen und ihren Alltag zu teilen, sich gegenseitig zu vertreten, ohne, wie im Gleichstellungsgesetz definiert, romantisch oder erotisch verbunden zu sein, sondern einfach um gemeinsam den Alltag zu meistern. Da geht es auch nicht nur um WG und um Junge, sondern ich darf Ihnen sagen, dass auch viele ältere Menschen, sehr häufig Geschwister und aufgrund der höheren Lebenserwartung dieser Altersklasse häufig Schwestern zusammentun. Es wäre gut, wenn hier auf einfache niederschwellige Weise, ohne eben unzählige Vollmachten und Vertretungen ausfüllen zu müssen, auch eine solche Verantwortungsgemeinschaft anerkannt werden könnte. Wir würden damit wirklich eine Pionierrolle übernehmen und den Bestrebungen auf Bundesebene einen Vorschub leisten. Meine Fraktion würde sich freuen, wenn dieser Vorstoss überwiesen wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Sie haben der Kreuztabelle entnommen, dass die Regierung den Vorstoss nicht überwiesen haben möchte. Es geht dabei nicht um ein inhaltliches Statement für oder gegen Pacs, im Gegenteil, wir sehen den Anwendungsbereich und die Sinnhaftigkeit eines Pacs. Aber wenn ich an die Vorredner anknüpfen darf, Bruno Lötscher hat es gut gesagt, es ist auf Bundesebene hängig und zwar nicht nur in der Theorie, sondern die parlamentarische Initiative wurde überwiesen und fordert, innert zwei Jahren eine Gesetzesvorlage zu formulieren, zwei Jahre gerechnet ab dem Datum der Einreichung, also im Jahr 2025. Wir sind wesentlich langsamer mit unserer Motion, wenn Sie die überweisen. Wir haben laut Motionstext drei Jahre Zeit.

Das andere ist der Handlungsspielraum. Wir sind regierungsrätlich der Meinung, dass die Bundeskompetenz in den meisten Fällen spielt, wir diese Bundesvorlage auch brauchen und der Anwendungsbereich dann rein Kantonal eben doch relativ

klein ist. Es ist wahrscheinlich einfach die Bundeszuständigkeit und die Bundeslösung abzuwarten, um zu schauen, wo wir kantonal noch ausführen müssen. Wir sind der Meinung, dass dies der Pionierrolle wegen gesetzgeberisch nicht sinnvoll ist in einem solchen Bereich. Man kann sehr wohl das Votum anerkennend zur Kenntnis nehmen, auch die Regierung sieht es ähnlich, dass es Anwendungsbeispiele gibt, aber dies ist die falsche Methode, das Geschäft zu initialisieren Deshalb bittet der Regierungsrat, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Ich fand das Votum von Christine Keller sehr gut und möchte mich dem voll und ganz anschliessen. Ich finde, dass wir auf kantonaler Ebene vorwärtsmachen können. Wir haben das mit dem Thema des Konversionstherapieverbots schon gehabt. Da hat man gesagt, das soll man in Bern lösen. In Bern hat man mir gesagt, man soll es kantonal lösen. Also wir können kantonal vorwärtsmachen oder nicht. Ich finde, hier könnten wir vorwärtsmachen, wir sollten das.

Ich möchte aus liberaler Perspektive doch auch meine Verwunderung über die progressive liberale Seite in diesem Rat zum Ausdruck geben. Dass die Konservativen das nicht wollen, kann ich verstehen, aber es ist doch ganz klar so, dass jegliche Solidarität, die im privaten Rahmen irgendwie geregelt ist, doch auch den Staat entlastet, und das könnte doch auch ein Argument sein, jetzt dieser Motion zuzustimmen. Ich würde mich sehr freuen, Sie würden das tun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir beim Motionär angelangt. Raphael Fuhrer hat das Wort.

Raphael Fuhrer (GAB): Ich möchte nur noch kurz ein paar Sätze dazu sagen. Das Argument Bund versus Kanton. Mir war voll bewusst, was auf Bundesebene läuft, und gerade darum habe ich auch diese Motion eingereicht mit der Frist von 18 Monaten, dann fällt das zusammen mit der Umsetzung auf Bundesebene, und dann sind wir als Kanton bereit. Denn diese Themen, die ich in der Motion anspreche, sind eine Verbundaufgabe zwischen Bund und Kantonen. Es sind viele Sachen auf Bundesebene geregelt, es bleibt aber Spielraum offen auf Kantonsebene, und mir wäre sein Anliegen, dass wir jetzt diese Arbeiten aufnehmen, unseren Teil bereits beginnen und bereit wären, wenn es vom Bund kommt. Wenn vom Bund nichts kommen würde oder sich verzögern würde, hätten wir immerhin schon diese Sachen umsetzen können, die in reiner Kantonskompetenz sind. Soviel zum Pacs.

Hinsichtlich des zweiten Teils der Motion, der Verantwortungsgemeinschaft, ist im Moment nichts unterwegs auf Bundesebene. Ich finde es ganz wichtig, dass wir als Kanton mit einer dermassen diversen Gesellschaft, mit vielen unterschiedlichen Lebensentwürfen, eine Lösung anbieten, mit der Menschen ihre Verantwortung gegeneinander absichern können. Denn ich glaube, viele Leute verzichten genau auf diesen Schritt, weil sie sich nicht zurecht finden, was es alles gibt. Wir dürfen nicht vergessen, hier in unseren Reihen haben wir das Glück, viele Juristinnen und Juristen unter uns zu haben, aber für eine Person, die einen ganz anderen Hintergrund hat, ist liegen viele Sachen nicht auf der Hand. Wenn hier Angebote definiert sind, standardisiert sind, wie man Verantwortung zwischen zwei oder mehr Personen teilen und absichern kann, würde das danach vielmehr gemacht. Darum bitte ich Sie, die Motion zu überweisen. Sie besteht aus zwei Teilen. Der erste Teil wäre koordiniert mit dem Bund und mit dem zweiten Teil würden wir Neuland bestreiten. Und das finde ich auch gut.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung der Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 38 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002847, 07.02.24 18:00:09]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für eine Überweisung der Motion entschieden mit 53 Ja-Stimmen gegen 38 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und freue mich, Sie morgen hier wieder zu sehen.

Schluss der 2. Sitzung

18:00 Uhr

Protokoll

der 3. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 202

Donnerstag, den 8. Februar 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Jo Vergeat (GAB), Leonie Bolz (SP), Beda Baumgartner (SP).

Verhandlungsgegenstände:

23. Motion 7 Tobias Christ und Konsorten für eine Generelle Aufgabenüberprüfung mit Entlastungsziel 2
24. Motion 8 Tobias Christ und Konsorten betreffend die Einführung eines Aufgaben- und Finanzplans 7
26. Anzug 1 Eric Weber betreffend Freikarten für Grossräte 11
27. Anzug 2 Sandra Bothe und Konsorten betreffend Stärkung der demokratischen Werte in der Volksschule: Entflechtung des Sammelbereichs «Ethik, Religionen, Gemeinschaft», berufliche Orientierung, Klassenstunde 12
28. Anzug 3 Philip Karger und Konsorten betreffend Bürokratie in der Verwaltung von Basel-Stadt 12
29. Anzug 4 Eric Weber betreffend Grossräte müssen in ihrem Wahlkreis wohnen 14
30. Anzug 5 Fleur Weibel und Konsorten betreffend Wissen schaffen und austauschen: Was ist los im Kleinbasel und was braucht es? 15
31. Anzug 6 Michael Hug und Luca Urgese betreffend Vergabe zur zeitgemässen Betreibung eines Recyclingparks für die gesamte Basler Bevölkerung 23
32. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz bezüglich der Folgekosten des Klimawandels in einem “Weiter-wie-bisher“-Szenario, Schreiben des RR 23
33. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend «Eine koordinierende Stelle in der Verwaltung zuständig für Zusammenfassung, Information und Sensibilisierung aller Aktivitäten im Rahmen des Klimaschutzes», Schreiben des RR 23
34. Anzug Brigitte Kühne und Raffaela Hanauer betreffend «Superblocks» in Basel, Schreiben des RR 24
35. Interpellation Nr. 140 Annina von Falkenstein betreffend Fehlleistungen der Staatskanzlei bei den National- und Ständeratswahlen, Schriftliche Beantwortung 27
36. Interpellation Nr. 149 Beat K. Schaller betreffend einseitige Politpropaganda von staatlich finanzierten Institutionen, Schriftliche Beantwortung 28
37. Interpellation Nr. 157 Lorenz Amiet betreffend Bundesratswahlfeier und ihre Kosten für den Steuerzahler, Schriftliche Beantwortung 29
38. Interpellation Nr. 158 Beat Braun-Gallacchi betreffend Ausrichtung und Organisation der Ständerats- und Bundesratsfeierlichkeiten, Schriftliche Beantwortung 29
39. Anzug Claudia Baumgartner und Konsorten betreffend übermässige Vermehrung von Freigängerkatzen / Tierwohl für Streunerkatzen, Schreiben des RR 29

Beginn der 3. Sitzung

Donnerstag, 8. Februar 2024, 09:00 Uhr

23. Motion 7 Tobias Christ und Konsorten für eine Generelle Aufgabenüberprüfung mit Entlastungsziel

[08.02.24 09:00:30, 23.5657.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und ich habe Ihnen folgende Mitteilung zu machen:

Mit Blick auf die provisorische Geschäftsliste für den März habe ich entschieden, keine Nachtsitzung anzusetzen.

Damit kommen wir zu Traktandum 23.

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Als erste Einzelsprecherin hat sich Patrizia Bernasconi eingetragen.

Patrizia Bernasconi (GAB): Wir möchten auch, dass die Verwaltung effizienter, ohne Doppelspurigkeit arbeitet. Wir möchten auch, dass Ämter und Abteilungen miteinander sprechen und kooperieren. Wir finden aber, dass der Regierungsrat zuerst mit einer Generellen Aufgabenüberprüfung die Situation analysieren soll und erst danach Massnahmen entsprechend ergreift, als vor einer Generellen Aufgabeüberprüfung konkrete Effizienzziele zu definieren. Wir stellen uns die Frage, was heisst hier konkret, auf welcher Grundlage sollen Ziele definiert werden. Das klingt für uns alles sehr willkürlich. Es wäre ehrlicher gewesen, wenn die Motionäre konkrete Ziele genannt hätten, da es hier eigentlich nur um eine Schauübung geht. Das Einzige, was wirklich konkret ist, ist, dass keine Notwendigkeit zum Sparen existiert.

Wir bitten Sie deshalb, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Die Generelle Aufgabenüberprüfung, das wissen Sie vielleicht noch, geht ja auf eine Volksinitiative von bürgerlicher Seite zurück und wurde dort dann im Gesetz entsprechend verankert. Es hat ein Weilchen gedauert, bis dann die erste GAP durchgeführt wurde. Wir mussten da immer wieder insistieren, auch die Finanzkommission musste da mehrmals insistieren. Inzwischen ist das Instrument doch einigermassen etabliert. Wie das der Regierungsrat ausgestaltet, das scheint uns auch sinnvoll, indem er inhaltliche Schwerpunkte setzt, nicht jedes Mal, jede Legislatur die ganze Verwaltung durchspatet, sondern sich da ein bisschen thematische Schwerpunkte setzt, auch das erscheint uns sinnvoll.

Und was ist das Ziel dieser GAP? Das Ziel ist, konkret anzuschauen, wo kann man effizienter werden, wo kann man Doppelspurigkeiten beseitigen, wo gibt es vielleicht auch Aufgaben, die die öffentliche Hand nicht mehr wahrnehmen muss. Und da erscheint es uns doch sinnvoll, dass man das nicht einfach mal so macht und mal schaut, ja, vielleicht gibt es da irgendetwas, sondern dass man ein solches Projekt auch mit konkreten Zielen verbindet.

Wenn man sich den Bericht der letzten GAP anschaut, das Erste, was ich gemacht habe, als ich diesen doch sehr dicken Bericht erhalten habe, ist, ich habe dann die Zahl, das Ergebnis gesucht. Ich habe den Bericht durchgeblättert und gesucht, was hat jetzt der Kanton effektiv an Effizienz gewonnen in Franken und Rappen. Wie viele Franken werden jetzt da effektiv künftig weniger ausgegeben. Und ich persönlich, vielleicht ist es Ihnen anders gegangen, ich habe keine Zahl gefunden und ich finde, wenn man schon den Aufwand betreibt für eine solche Generelle Aufgabenüberprüfung, muss man doch den Anspruch haben, dass am Ende des Prozesses irgendwo ein Betrag steht, wo man sagen kann, ja, so viel sind wir effizienter geworden.

Ich möchte einen Unterschied machen zwischen Sparen und effizienter werden. Es geht nicht um Sparen, es geht darum, eben zu schauen, wo haben wir Doppelspurigkeiten oder Dinge, die man nicht mehr braucht. In der Wirtschaft ist das Common Sense, da schaut man regelmässig, schaffen wir es pro Jahr, ein, zwei, drei Prozent effizienter zu werden, ohne zu sparen, sondern um eben effizienter zu werden. Das ist ein Unterschied.

Bei gewissen ausgelagerten Betrieben ist das eine Selbstverständlichkeit, machen wir das. Ich darf daran erinnern, dass der Regierungsrat den Basler Verkehrsbetrieben ebenfalls ein Effizienzziel vorgibt via Eignerstrategie. Der Regierungsrat selber ist offensichtlich der Meinung, dass das etwas ganz Normales ist und es dünkt mich durchaus wichtig, dass man das eben auch bei der Verwaltung selbst macht und deshalb möchten wir, dass hier in dieser GAP ein konkretes Ziel festgelegt wird, dass man sagt, unser Ziel ist, dass wir das erreichen wollen. Vielleicht, wenn man den ganzen Prozess macht, erreicht man es am Schluss nicht. Es kann ja sein, dass man sagt, ja, wir haben es angeschaut und wir brauchen das trotzdem alles, es muss alles so bleiben, wie es ist, aber dann muss man es begründen. Aber zumindest hat man sich etwas vorgenommen und da sind wir der Meinung, das würde helfen.

Deshalb bitten wir Sie, diese Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich kann mich gleich Luca Urgese anschliessen, er hat das Wesentliche bereits gesagt. Auch wir unterstützen selbstverständlich die Überweisung dieser Motion. Diese Generelle Aufgabenüberprüfung ist ja kein Kind der Regierung und auch kein Kind der linken Parteien in diesem Hause, sondern der bürgerlichen Fraktionen und Parteien. Wir haben dies damals durchgesetzt mit auch einer klaren Erwartungshaltung, dass der Regierungsrat sich einmal pro Legislatur tatsächlich überlegt, wo allenfalls auch Aufgaben abgebaut werden könnten. Hierfür scheint es uns auch notwendig zu sein, dass wir nun nach einigen Jahren, wo wir dieses System kennen, noch einmal etwas nachjustieren, weil wir schon die Auffassung vertreten, dass der Regierungsrat diese Generelle Aufgabenüberprüfung zumindest nicht mit einer sehr grossen Freude macht.

Wir sind nun seit gestern im letzten Amtsjahr dieser Legislatur. Es ist vorgeschrieben, dass diese Generelle Aufgabenüberprüfung einmal pro Legislatur gemacht wird. Der Bericht wird nun dann demnächst einmal kommen müssen, weil ja die Legislatur nicht mehr allzu lange geht. Wir wären beispielsweise auch nicht unglücklich, wenn man dies dann vielleicht etwas früher innerhalb einer Legislatur machen kann, damit dann jeweils auch das Parlament, das in dieser Legislatur gewählt ist, vielleicht auch hier noch eine gewisse Möglichkeit hat, etwas vertiefter zur Kenntnis zu nehmen.

Wir sind auch der Meinung, wie es Luca Urgese schon gesagt hat, dass das Ziel solcher vorgängig definierten Entlastungsziele auch hilft, eine Generelle Aufgabenüberprüfung etwas fundierter durchzuführen, etwas konkreter durchzuführen. Hier macht es aus unserer Sicht durchaus Sinn, dass man dies zu Beginn auch entsprechend vorsieht, damit auch ein gewisser Anreiz besteht, dass der Regierungsrat und seine Einheiten hier die entsprechende Aufgabenüberprüfung vertieft macht.

Das Ziel einer Generellen Aufgabenüberprüfung ist es ja schon, dass man auch schaut, wo braucht es etwas nicht mehr. Und das ist eine nicht ganz einfache Situation und hier mache ich auch dem Regierungsrat und insbesondere der Finanzvorsteherin keinen Vorwurf, wer sagt schon gerne, dass er überflüssig ist. Das macht die Verwaltung genauso ungerne wie jede Abteilung in der Privatwirtschaft. Hier glaube ich, gibt es keinen Unterschied zwischen Verwaltung und Privatwirtschaft, niemand hält sich gerne selber für überflüssig. Aber genau deshalb ist es eben sinnvoll, dass man vorgängig solche Entlastungsziele auch hat, damit man danach vielleicht tatsächlich auch etwas offener festhalten kann, dass etwas nicht mehr notwendig ist.

Bisher haben wir das nicht erlebt. Es wurden in den vergangenen Jahren wenig bis gar keine Aufgaben beim Kanton abgebaut, im Gegenteil, es wurden immer mehr Aufgaben dem Kanton aufgebürdet, teilweise gegen den Willen auch des Regierungsrates. Wenn wir irgendwelche Velo-Fachstellen oder sonstige Dinge einrichten, dann sind das neue Aufgaben, die dann entsprechend die Regierung umsetzen muss. Hier würden wir uns auch wünschen natürlich, wenn die Fraktion des erstunterzeichnenden Motionärs von der GLP dann auch in dieser ganzen Legislaturperiode jeweils etwas stärker auf diese Generelle Aufgabenüberprüfungsmentalität intus hätte und nicht immer ständig mit den anderen linken Fraktionen dem Kanton zusätzliche Aufgaben aufbürden würde. Das wäre auch schon ein Teil vielleicht einer Lösung.

Aber nichtsdestotrotz ist es sicher auch richtig, dass der Kanton, dass die Regierung eine solche Aufgabenüberprüfung mit Entlastungszielen macht. Hier glauben wir, gibt es noch Potenzial und ich würde deshalb auch Tanja Soland wünschen, dass sie diesen Vorstoss sehr ergebnisoffen entgegennimmt und das nicht wie offenbar in der Empfehlung jetzt heute abwehren möchte, weil es eigentlich aus unserer Sicht etwas Selbstverständliches sein sollte, dass man so vorgeht. In der Vergangenheit wurde ja auch schon überprüft, ob der Regierungsrat diese Generelle Aufgabenüberprüfung gut macht. Da wurde nur an einzelner Stelle moniert, konkret von der Finanzkontrolle beim Präsidialdepartement, dass dort dieses GAP etwas ungenügend vorgenommen wurde. Wir würden uns natürlich wünschen, dass auch jetzt schon bei dieser GAP, die jetzt dann kommen wird, das, was die Finanzkontrolle dort moniert hat, vielleicht auch schon seitens des Regierungsrates umgesetzt wird.

Nichtsdestotrotz bitten wir Sie, heute diese Motion erst zu überweisen, damit der Regierungsrat uns dann auch berichten kann, wie man das künftig noch zielgenauer an die Hand nehmen kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Ein wichtiger und für uns sehr relevanter Faktor bei der Generellen Aufgabenüberprüfung ist, dass sie eben zieloffen ist. Die vorliegende Motion möchte das nun ändern und sogenannte Verbesserungen und Effizienzgewinne als Zielsetzung definieren. Was genau das heisst und wer dann definiert, was Verbesserungen sind, das bleibt aber offen. Wenn als ein Schwerpunkt konkrete Entlastungsziele genannt werden sollen, dann sprechen wir hier von Sparmassnahmen und von gar nichts anderem.

Warum soll eine Aufgabenüberprüfung mit Entlastungszielen kombiniert werden und warum denken Sie, das sei für die Arbeit innerhalb der Verwaltung zielführend? Das Hauptziel der Verwaltung ist es nicht zu sparen, sondern für die Bevölkerung nach bestem Wissen und Gewissen das zu leisten, was jeweils erforderlich ist. Eine GAP hat also nicht primär zum Ziel, Geld einzusparen, sondern das Geld so einzusetzen, wie es für die Bevölkerung und für den Kanton am besten ist.

Die vorliegende Motion verlangt eigentlich jetzt genau das falsche, nämlich einen Leistungsabbau, indem am Aufwand gespart wird. Was heisst in Anbetracht dieser Tatsache nun also Effizienz, die hier gefordert wird? Wer entscheidet, was effizient ist und wer entscheidet, was erfolgreich ist? Das ist wirklich gefährlich. Wir dürfen und können auch nicht alles nach gleichen Massstäben messen und dann mit der Sparschablone über sämtliche Bereiche gehen.

Deshalb, bitte lassen Sie die GAP weiterhin eine offene Aufgabenüberprüfung sein. Massnahmen, die daraus resultieren können, dürfen nicht im vornherein per Definition schon als Ziel gesetzt sein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Regierungsrat bittet Sie, die Motion nicht entgegenzunehmen. Der Hauptgrund ist die Vermischung mit der Aufgabenüberprüfung. Wenn Sie eine Aufgabenüberprüfung, wie sie jetzt im Finanzhaushaltsgesetz ist, wollen, dann überprüfen wir wirklich auch, ob wir die Aufgaben effizient erbringen und das heisst, nicht nur die Kosten, sondern können wir wirklich diese Aufgaben und Leistungen, die verlangt werden, erreichen. Das gehört halt dort auch dazu und es geht nicht darum, ob wir bei den Kosten effizient sind. Daher ist diese Vermischung schwierig. Wenn Sie wollen, dass wir ein Entlastungsziel formulieren, dann gebe ich einfach meinen Kollegen raus, jetzt wird ein Prozent gespart. Da brauche ich keinen teuren Bericht und viel Aufwand mit einer Aufgabenüberprüfung. Dann sage ich einfach, ihr bringt mir jetzt, was ihr abbauen und einsparen könnt. Diese Vermischung ist daher sehr schwierig.

Was gar nicht geht ist der Eindruck, wir würden dann berichten bei Ihnen im Punkt 3 über die Erreichung der Entlastungsziele und das ist, glaube ich, die Illusion, die hier manchmal besteht, dass wir einfach zehn bis 20 Millionen einsparen und der Grosse Rat muss dann nichts dazu sagen, das passiert einfach. Und das wird nicht so sein. Es werden Vorlagen und Vorschläge kommen, die Sie dann wieder diskutieren, da könnte es dann sein, dass Sie nicht einverstanden sind und dann sind diese 20 Millionen dann vielleicht wieder bei einer Million. Das ist ja der Punkt. Wir können das nicht allein entscheiden.

Und wenn ich die Budgetpostulate anschaue vom Januar und wenn ich die Diskussion von gestern anschaue, wo Sie auch wieder mehr Staatsbeiträge gegeben haben, wenn ich all diese Diskussionen anschaue, dann glaube ich, dass die Schwierigkeit hier nicht unbedingt hauptsächlich bei uns besteht, dass wir die Sachen, die Aufgaben nicht anschauen. Wir machen das immer bei jedem Geschäft, das zu Ihnen kommt, haben wir eine grosse Diskussion darüber. Und es ist mir auch nicht aufgefallen in den letzten vier Jahren, dass Sie dann diese nochmal gekürzt haben, es ging eher in die andere Richtung.

Daher, wenn Sie mir sagen, ergebnisoffen, Sie sagen hier, was wir genau hineinschreiben sollen ins Gesetz, Sie sind ja auch nicht ergebnisoffen, daher lehnen wir das ab. Die Diskussion darüber können wir gerne führen, auch bei jedem Geschäft. Aber wenn Sie so etwas wollen, dann bitte ich Sie, das nicht zu vermischen, dann setzen Sie am besten ein klares Ziel, das können Sie auch mit einem Vorgezogenen Budgetpostulat, das können Sie bei jedem Geschäft machen. Bei jedem Geschäft, bei jeder neuen Aufgabe haben Sie das in der Hand.

Daher bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): In meiner Zeit, als ich noch in der Exekutive war von Bettingen, habe ich ganz am Anfang gelernt, dass im Prinzip, damit man handeln kann, wenn eine gesetzliche Grundlage notwendig ist, ein Budget dafür notwendig ist und dann kann man handeln. Wenn man jetzt die Aufgabenüberprüfung anschaut, die LDP ist schon länger immer mit diesem Thema gekommen, geht es darum, dass die meisten von Ihnen das sicher schon erlebt haben, es fängt an mit einer initialen Aufgabe. Jedes Mal, wenn es einen Wechsel gibt in der Verantwortung, kommen neue Ideen dazu, ja, das könnte ich auch noch machen, das wäre ja im weitesten Sinne auch im Sinne des Auftrags, und so wächst ein Amt an und hat schlussendlich viele Aufgaben, die sie sich selber erteilt hat, die nicht zum ursprünglichen Auftrag direkt gehören. Von daher ist die Messbarkeit, die dort auch gesucht wird, nicht vielleicht in Pekuniären zu suchen, sondern vielmehr auch in der Nähe zum gesetzlichen Auftrag, dass man dort auch sich hinterfragt, was ist eigentlich meine Aufgabe als Amt, als Dienststelle, was muss ich machen.

Es geht nicht um neue Aufgaben. Die neuen Aufgaben, die sind klar, die werden hier gestellt. Über Sinn und Unsinn dieser Aufgaben lässt sich sicher streiten. Vielmehr geht es darum, bei den Aufgaben bestehende Aufgaben kritisch zu würdigen, kritisch zu überprüfen, zu schauen, machen wir immer noch das, was eigentlich der Souverän oder die Legislative verlangt hat. Und klar, ich habe das auch im Gemeinderat in Bettingen gesehen, es gibt Sachen, die konnten wir selber entscheiden, da konnten wir selber etwas machen und diese Abwägung, dass ich dort nachvollziehen kann, dass eine Aufgabe immer noch dem entspricht, das ist für mich jetzt persönlich der zentrale Punkt der Aufgabenüberprüfung.

Es geht da im Prinzip nicht um Entlastungsziele, die wir haben möchten, sondern es geht darum, festzustellen, jawohl, ich habe dort noch Aufgaben. Im Sinne des Fachkräftemangels wäre ja eigentlich dies das gesetzte Ziel, das wir heute verfolgen müssten, weil dann im Prinzip vielleicht die eine oder andere Aufgabe wegfallen würde und dann durch bestehende Mitarbeitenden erledigt werden könnte. Also von dem her, was Luca Urgese und Joël Thüring gesagt haben, da bin ich voll dabei oder da ist die LDP auch voll dabei.

Es geht eigentlich darum, dass es nicht unbedingt, wie Michela Seggiani gesagt hat, nur um das finanzielle Thema geht, sondern das wirklich ganz kritisch zu hinterfragen, mache ich immer noch das richtige. Und das ist eigentlich das grosse Thema bei der Generellen Aufgabenüberprüfung, diese Fakten festzuhalten und wenn es geht, auch über diese zu berichten, damit man auch sieht, aha, ich habe das richtige geprüft. Weil aktuell habe ich ein bisschen Mühe festzustellen, ob das überhaupt oder wie das genau geprüft worden ist, da fehlen mir schon ein bisschen die Fakten und die Daten.

In diesem Sinne herzlichen Dank fürs Zuhören und wir bitten um Überweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Olivier Battaglia, es gibt eine Zwischenfrage. Nehmen Sie sie an? Er nimmt sie an erfreut.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Olivier Battaglia, aber in der Motion steht, er setzt sich konkrete Entlastungsziele. Das stimmt ja jetzt nicht überein mit Ihrem Wunsch.

Olivier Battaglia (LDP): Es wäre die erste Ableitung von dem Wunsch, das heisst, anhand von den Aufgaben komme ich zu Entlastungen, komme ich zu den Einsparungen, die dort verlangt werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen ausser jene des Motionärs, der damit das Wort hat.

Tobias Christ (GLP): Warum Sie diese Motion überweisen sollten, wurde eigentlich durch meine Vorredner von bürgerlicher Seite schon genügend erklärt und natürlich kann ich auch auf den Motionstext verweisen. Einfach nochmal in ganz kurzen Worten. Es geht darum, diese Generelle Aufgabenüberprüfung, die von niemandem als sinnvolles Instrument hier in Frage gestellt worden ist, zu schärfen, dieser mehr Biss zu verleihen.

Nun zu meinen Vorrednern von linker Seite. Sie haben das eigentlich beide in Verbindung gebracht und gesagt, es geht ja eigentlich hier nicht um Effizienz, weil das sei unbestritten, Effizienzsteigerungen seien gut, sondern es gehe um Sparmassnahmen. Das sei eigentlich unsere Hidden Agenda hier, obwohl hier in der Motion natürlich nicht von Sparmassnahmen die Rede ist. Nun, ich will das auch gar nicht in Abrede stellen. Potenziell geht es durchaus um Sparmassnahmen, das kann schon sein. Aktuell sind wir in einer glücklichen Situation, wo das kein Thema ist. Ob zu Recht oder zu Unrecht ist nochmal eine andere Frage, die ich jetzt hier nicht aufmache. Aber aktuell ist der Spardruck, sage ich mal, nicht besonders gross bis nicht existent, je nachdem, wenn man fragt.

Aber hier geht es darum, konkret eine Institution, die wir haben im weiteren Sinne, diese GAP, diese effizienter zu gestalten, gerade auch im Hinblick auf andere Zeiten. Natürlich wünsche ich uns allen, dass wir diese Zeiten gar nicht erleben, wir jetzt als politische Generation. Aber trotzdem macht es Sinn oder gerade deshalb macht es Sinn, weil wir im Moment in einer guten Situation sind, dass wir jetzt darüber nachdenken, wie können wir unsere Instrumente schärfen in der Finanzpolitik.

Und das bringt mich noch auf die weitere Einordnung. Es kommt noch eine zweite Motion, dann kann ich nochmal etwas dazu sagen, aber hier jetzt, wir als GLP, wir stehen für eine nachhaltige Finanzpolitik, wie unsere Regierung, das sage ich gerne, auch für eine nachhaltige Finanzpolitik steht. Trotzdem denke ich, müssen wir hier einen Zacken zulegen, gerade jetzt in glücklichen Zeiten. Dass das nicht ganz einfach ist auch hier mit dieser Motion, ich meine, alle Bedenken, die unsere Regierungsrätin Tanja Soland geäussert hat, kann ich nachvollziehen. Das ist gerade der Grund, warum wir hier bei dieser Motion jetzt das ziemlich deutlich ausformuliert haben, was wir uns wünschen, weil wir wussten, dass die Regierung sonst vor einer sehr schwierigen Aufgabe stehen würde, die sie nicht gut lösen kann oder vielleicht schon könnte, aber dass damit Schwierigkeiten verbunden sind. Und ob das dann wirklich das zur Folge hat, was wir uns wünschen, das hoffen wir natürlich, aber wir sehen die Schwierigkeiten. Aber trotz dieser deutlichen Ausformulierung gibt es sehr viel Auslegung dann, wie man das konkret macht. In Reglementen oder auch ganz konkret einfach im gelebten Alltag der Verwaltung, wenn man diese GAP dann macht.

Konkret noch einmal zu diesem Sparthema. Das Ziel kann ja auch sein, wir machen keine Einsparungen, wir überprüfen einfach die GAP quasi im aktuellen Sinn, so wie ich das verstanden habe, wie es aktuell gemacht wird. Aktuell müssen keine messbaren finanziellen Entlastungsziele erreicht werden, aber dann ist es wenigstens transparent. Im Moment ist es nicht ganz klar, im Moment haben wir das Problem, dass die einen eigentlich erwarten, dass hier sogar Sparmassnahmen betrieben werden. Vom Sparen sind wir sowieso weit weg, lassen Sie uns ehrlich sein. Ich meine, es geht mehr darum, wie stark sollen die Ausgaben wachsen und im Moment wachsen sie sehr stark und überproportional, das nur als Klammerbemerkung. Also Sparen vergessen wir vielleicht sowieso gerade am besten. Aber im Moment erwarten die einen, dass es hier wirklich um Ausgabendisziplin geht bei dieser GAP, andere erwarten eher einfach mal ein bisschen eine Überprüfung, vielleicht schon Effizienzgewinne, aber mehr so im Sinne von, ich frage mal jeden, was macht er genau, wenn ich das salopp sagen darf, und wenn er es nicht so genau weiss, muss er sich halt was Neues überlegen, was er macht. Und das ist auch gut, ich meine das überhaupt nicht polemisch, das hat auch einen Wert, wie dieses ganze Instrument.

Ich danke Ihnen für die Überweisung der Motion in diesem Sinne und komme ja bald nochmal.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt drei Zwischenfragen. Möchten Sie sie annehmen? Sie werden angenommen. Michela Seggiani zuerst.

Michela Seggiani (SP): Wir haben jetzt eine ganz konkrete Motion vorliegen, stärkstes Instrument für uns. Jetzt sagen Sie, Sie wollen die GAP schärfen und Nachhaltigkeit, aber in der Motion steht ganz explizit, es geht um Entlastungsziele. Warum formulieren Sie eine Motion so, wenn Sie etwas anderes wollen?

Tobias Christ (GLP): Ich will nicht etwas anderes, hier steht nicht, wie gross dieses Entlastungsziel ist. Das war auch eine Kritik von Tanja Soland, auch die verstehe ich, da kann ich Ihnen einfach sagen, es werden weitere Motionen folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eine Zwischenfrage wurde zurückgezogen. Jetzt gibt es noch eine von Georg Mattmüller.

Georg Mattmüller (SP): Abgesehen davon, dass die Ausgaben nicht überproportional steigen, eine Frage zur GAP. Wenn man jetzt bei einer GAP herausfindet, dass man eigentlich etwas mehr Ressourcen braucht, weil man dann sinnvoller die Aufgabe erfüllen kann, wie steht das dann im Zusammenhang mit dem Entlastungsziel?

Tobias Christ (GLP): Das hängt davon ab, wie man auf welcher Ebene das Entlastungsziel definiert. Das lassen wir alles offen in der Motion, aber es kann durchaus sein, dass man gewisse Effizienzgewinne an einem Ort am anderen Ort aufbraucht und trotzdem noch das Ziel erreicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 44 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002856, 08.02.24 09:27:36]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sIch entschieden, die Motion zu überweisen mit 51 Ja-Stimmen gegen 44 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

24. Motion 8 Tobias Christ und Konsorten betreffend die Einführung eines Aufgaben- und Finanzplans

[08.02.24 09:27:44, 23.5658.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Wir eröffnen dazu die Debatte. Es hat sich als erste Einzelsprecherin Anina Ineichen gemeldet.

Anina Ineichen (GAB): Wir haben es hier mit einem Instrument aus dem Sortiment des New Public Managements zu tun. Es kommt aus den 90ern, etwas veraltet, aber dafür gut untersucht. Einige Kantone haben das schon eingeführt und das wurde auch gut untersucht. Das Ziel des Aufgaben- und Finanzplans ist es, die mittelfristige Steuerung des Parlaments zu stärken. Die politischen Schwerpunkte verbindet man diesbezüglich mit Leistungen und Finanzen. Dies erfordert eine gewisse Stringenz, Klarheit und ein Durchhaltevermögen, dabei zu bleiben. Das Problem dabei ist, Politik ist sehr volatil und unsere Entscheidungen leider nicht immer ganz objektiv und rational. Das Resultat davon ist jetzt ein sehr komplexes Instrument und die Wissenschaft, zumindest diese Studien, die ich konsultiert habe, sehen keine Evidenz, dass dieses Instrument wirklich eine Verbesserung bringt.

Das Fazit ist, dass wir hier ein Instrument möchten, das nicht wirklich eine Verbesserung bringt, aber es ist eine Motion und das ist bedauerlich, weil hier müsste es dann eingeführt werden. Es ist unverständlich, dass gleich mit diesem Instrument das gefordert wird und nicht das Fenster geöffnet wurde, um weitere Instrumente vielleicht zuzulassen, welche vielleicht eine Verbesserung bringen würden. Man muss aber auch sagen, dass wir im Moment ein Instrument haben, das eigentlich relativ gut funktioniert. Natürlich ist das Parlament nicht so gut eingebunden in die mittel- und langfristige Finanzplanung, aber mit dem Budget können wir auch steuern und machen das ja auch fleissig.

Das GAB empfiehlt darum, dieses Instrument aus den 90ern da zu lassen und das 90er Revival der Mode zu überlassen und diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Anina Ineichen, möchten Sie die Zwischenfrage von Daniel Seiler annehmen? Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Es geht nicht um die 90er-Jahre, aber wir gehen davon aus, dass wir im 2027 fünf Milliarden Schulden haben gemäss Finanzplan und diese Diskussionen finden eben hier so nicht statt. Finden Sie das nicht problematisch?

Anina Ineichen (GAB): Wie Tanja Soland vorhin ausgeführt hat, hätten wir durchaus Möglichkeiten, uns in die Diskussion einzubringen und machen dies nicht. New Public Management ist effektiv aus den 90ern.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Das Budget, die Budgetierung, die Budgethoheit, das ist die Kernaufgabe eines jeden Parlaments. Das ist wirklich das wichtigste Instrument, das ein Parlament zur Verfügung hat, neben den weiteren Instrumenten, die wir haben. Aber das ist der Kern. Ich habe jetzt doch in diesen neun Jahren schon einige Budgetdebatten mitverfolgt und sie haben gewisse Parallelen. Man versucht dann irgendwo noch kurzfristig zu reagieren und irgendwie noch etwas anzupassen. Wir haben versucht, diese Budgetdebatten auch mitzugestalten auf den verschiedensten Wegen, mit den verschiedensten Instrumenten, aber die Gemeinsamkeit war eigentlich immer, dass es hiess, ja, das kommt jetzt zu kurzfristig, das kommt jetzt zu knapp, der ganze Budgetprozess ist ja eigentlich schon gelaufen, da kann man jetzt nicht mehr allzu viel machen, das macht so keinen Sinn mehr.

Wir haben dann auch einen Anlauf unternommen, da noch ein bisschen längerfristiger auf die Budgetierung einwirken zu können. Sie erinnern sich vielleicht an den Vorstoss, der eine sogenannte Finanzmotion gefordert hat. Das hat dann seine Mühlen gedreht, seine Mühle gedreht, kam, glaube ich, zweimal ins Plenum und am Schluss hat man das dann irgendwo schicklich begraben.

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir als Parlament nicht nur kurzfristig auf das nächste Budget Einfluss nehmen können, sondern dass wir auch auf die mittelfristige Finanzentwicklung des Kantons und der Finanzen des Kantons Einfluss nehmen können. Dafür tragen wir ganz konkret die Verantwortung als Parlament. Wir müssen mittelfristiger, wir müssen langfristiger denken, wenn es um die finanzielle Entwicklung des Kantons geht.

Wir dürfen durchaus auch selbstkritisch mit uns selbst sein. Das Ausgabenwachstum des Kantons ist jetzt nicht eine Schuld des Regierungsrates, sondern dafür tragen wir ganz wesentlich auch eine Mitschuld. Umso wichtiger ist es, dass wir immer wieder uns vor Augen führen, was soll eigentlich die mittel-, langfristige finanzielle Entwicklung unseres Kantons sein. Und das Instrument dafür ist, dass wir halt auch in der Verantwortung stehen, nicht nur für das nächste Budget, sondern auch für das übernächste Budget und für das überübernächste Budget. Und genau das ist Zweck und Wesen des Aufgaben- und Finanzplanes, so wie es von dieser Motion vorgeschlagen ist.

Selbstverständlich ist dieses Instrument auch flexibel. Anina Ineichen hat von volatilen Entwicklungen gesprochen. Selbstverständlich kann man dann in der konkreten Budgetierung, das verschiebt sich ja jeweils zum neuen Jahr, selbstverständlich kann man dort auch berücksichtigen, was ist jetzt passiert, man kann Entwicklungen einfliessen lassen, das ist ja dann nicht in Stein gemeisselt. Aber dass zumindest das Parlament sich Gedanken macht, in welche Richtung sollen sich die Ausgaben unseres Kantons entwickeln, wie fest sollen sie denn wachsen.

Dafür, denke ich, müssen wir eben Verantwortung übernehmen und deshalb ist dieses Instrument der AFP so wichtig. Es ist jetzt auch kein völlig neues Instrument, das noch nie ausprobiert wurde. Zum Beispiel, unser Nachbarkanton macht das seit vielen Jahren in bewährter Manier, andere Kantone haben das auch eingeführt, dort hat es sich auch bewährt und ich glaube, wir tun gut daran, wenn wir unseren zeitlichen Horizont bei der Budgetierung ein bisschen erweitern.

Deshalb bitte ich Sie, diese Motion zu überweisen. Ich nehme die Zwischenfrage an.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir bei der Zwischenfrage von Georg Mattmüller.

Georg Mattmüller (SP): Luca Urgese, Ihnen ist schon klar, dass die Kantone, die einen AFP haben, keine finanzbezogenen Instrumente haben wie Budgetpostulat oder Vorgezogenes Budgetpostulat?

Luca Urgese (FDP): Ja, aber das haben wir auch schon alles ausprobiert in diesem Haus. Es zeigt sich einfach, es funktioniert nicht in der mittel- und langfristigen Finanzplanung von Seiten Parlament.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Ein Aufgaben- und Finanzplan soll jetzt eingeführt werden, aber den Finanzplan zu erstellen soll weiterhin Aufgabe der Regierung sein. Das ist nicht schlüssig. Wir haben bereits eine Finanzplanung, die zur mittelfristigen finanziellen Planung und Steuerung des Finanzhaushalts dient. Die wird jährlich überarbeitet und stellt die Basis für die Budgetvorgaben der Departemente. Die Motion will nun diese Kompetenz der Regierung entziehen. Der Grosse Rat soll, um die Qualität zu steigern, an der regierungsrätlichen Gesamtplanung mitarbeiten. Ich sehe die Arbeit der Regierung und der

Verwaltung in Bezug auf die Finanzplanung und Kontrolle qualitativ als sehr hoch und gut. Es ist ebenfalls gut, die Kompetenz dafür beim Regierungsrat zu lassen.

Die vorher gerade eben diskutierte Motion verlangt eine Aufgabenüberprüfung, die zielorientiert für mehr Effizienz sorgen soll. Wenn nun der Grosse Rat an der Finanzplanung mitarbeitet, wage ich eine Verbesserung oder gar eine Effizienzsteigerung stark zu bezweifeln. Wir führen jährlich eine Budgetdebatte im Parlament. Die Möglichkeiten, die wir hier als Parlamentarier*innen haben, können grossen Einfluss auf die Finanzen haben. Ebenfalls können finanzpolitische Diskussionen auch jetzt schon Qualität aufweisen und relevant sein. Das hängt doch auch von unseren Motionen, Budgetpostulaten und Voten ab, würde ich jetzt mal zu behaupten wagen.

Die Fraktion der SP ist aus diesen Gründen gegen die Überweisung der Motion und möchte nicht, dass der Regierung diese Kompetenz abgesprochen wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zur nächsten Einzelsprecherin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich finde, im Gegensatz zur letzten Motion, die ich etwas widersprüchlich finde, kann man hier darüber diskutieren. Das kann man anschauen und diskutieren und Vergleiche machen mit anderen Kantonen. Der Regierungsrat bittet Sie trotzdem, diese nicht zu überweisen.

Wir haben eigentlich mit dieser Finanzmotion diese ganze Diskussion auch schon geführt und der Grosse Rat hat sie dann abgeschrieben und nicht weiter überwiesen. Zudem geht es hier um einen Bereich, der nicht nur einfach in unserem Kompetenzbereich ist, sondern sogar von der Verfassung. Also wir wären dann am Ende vielleicht sogar bei einer Volksabstimmung. Zudem muss ich Ihnen sagen, befürchte ich einfach, dass wir hier ein Bürokratiemonster machen, aber das können wir Ihnen dann auch noch aufzeigen.

Ich verstehe einfach nicht, warum Sie die Mittel nicht nutzen, die Sie schon haben. Es gibt Planungsanzüge, Vorgezogenes Budgetpostulat, das wird eher selten benutzt. Luca Urgese sagt, es habe nichts genutzt, da muss ich vielleicht einmal nachschauen, was damals wirklich passiert ist. Ich bin nicht so sicher, ob es gerade beim Regierungsrat dann schon nichts genutzt hat oder wie es dann weiterging, das müssen wir vielleicht anschauen. Aber ich glaube, Sie haben Mittel und Möglichkeiten, die Sie nutzen können und sollten, bevor wir hier jetzt bereits wieder etwas Neues einführen und die Kompetenzen des Regierungsrates weiter einschränken.

Daher bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zum Motionär Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Ich kann es dieses Mal sogar noch ein bisschen kürzer machen als das letzte Mal. Ich danke wiederum meinen Vorrednern, insbesondere Luca Urgese, der sehr gut erklärt hat, warum diese Motion sinnvoll ist und überwiesen werden sollte. In meinen Worten auch nochmal ganz kurz gesagt, es geht nicht darum, der Regierung Kompetenzen wegzunehmen. Es geht darum, dass wir als Parlament, als Legislative am richtigen Ort auf die Finanzplanung einwirken können und wir glauben wirklich, da tut es Not, dass das weiter vorausschauend passiert, dass früher im Prozess unsere Einflussnahme passiert. Ich sage nichts dazu, inwiefern die aktuellen Instrumente gut sind, ob sie sich bewährt haben oder wenn nicht, warum sie sich nicht bewährt haben, usw., dazu bin ich noch zu wenig genau in dieser Thematik drin. Da kann ich vielleicht in ein paar Jahren hoffentlich mehr dazu sagen, wenn ich wiedergewählt werde ins Parlament. Aber ich bin absolut überzeugt davon, dass es richtig ist, dass man davon weggeht, auf ein Budget, das relativ kurzfristig ist und auch sein muss, einzuwirken als Parlament, sondern das früher passieren muss.

Diese Motion ist im Gegensatz zu der vorherigen Motion viel offener formuliert. Regierungsrätin Tanja Soland hat ja auch gesagt, dass sie da durchaus sieht, dass man das diskutieren kann, anschauen kann. Es klang jetzt aber nicht sehr wohlwollend von ihr. Ich wünsche mir wirklich, dass wenn wir diese Motion überweisen, dass sie das wirklich offen anschaut und auch wirklich anschaut im Hinblick darauf, dass wir das wirklich als Parlament durchziehen und auch so wollen und dann überlegen, wie das funktionieren kann, ohne dass man wirklich Kompetenzen der Regierung wegnimmt. Es bleibt die Hauptkompetenz der Regierung, diesen Aufgaben- und Finanzplan zu machen. Es geht darum, dass das Parlament das richtig und rechtzeitig absegnet. Das zweite ist dann auch, wie kann das passieren, ohne dass es ineffizient ist, zusätzlichen Aufwand bedeutet. Im Idealfall haben wir am Schluss nicht mehr Debatten und die Verwaltung hat nicht mehr Arbeit, sondern sie passiert einfach ein bisschen anders und effizienter.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Michela Seggiani an? Sie wird angenommen.

Michela Seggiani (SP): Jetzt relativieren Sie wieder sehr stark und Sie wünschen sich, dass das überprüft wird. Warum haben Sie nicht einen Anzug verfasst?

Tobias Christ (GLP): Weil wir in der Grundform sehr deutlich und klar sind und von der wollen wir auch nicht abweichen. Wir wollen wirklich, dass es hier nicht einfach diskutiert wird, ein weiterer Bericht kommt, wo uns erklärt wird, dass es schon gut ist und wir nutzen die bestehenden Instrumente falsch. Das brauchen wir nicht. Wir sind überzeugt, es braucht hier einen Wechsel.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt weitere Zwischenfragen. Nehmen Sie die ebenfalls an? Sie werden angenommen. Zuerst Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Regierungsrätin Tanja Soland hat hier von einem Bürokratiemonster gewarnt, zu dem sich das entwickeln könnte. Mir ist nicht ganz klar geworden, was bezwecken Sie, auf was für Parameter wollen Sie überhaupt Einfluss nehmen mit diesem Instrument? Ich habe es wirklich nicht ganz verstanden aufgrund Ihrer Ausführung.

Tobias Christ (GLP): Danke, dass diese Frage auch noch kommt. Auch hier noch implizit, wenn die Verbindung hergestellt wird vom Bürokratiemonster zum Sparmonster, also erstens noch einmal, wir wollen keine Bürokratiemonster, klar. Zweitens kann es durchaus sein, dass es dann irgendwann einmal in Zukunft darum geht, dass man zum Beispiel wirklich auf das Aufgabenwachstum ganz direkt Einfluss nehmen will und das kann man mit so einer Aufgaben- und Finanzplanung viel adäquater machen als mit den aktuellen Instrumenten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die dritte Zwischenfrage von Georg Mattmüller.

Georg Mattmüller (SP): Tobias Christ, machen Sie sich keine Sorgen, dass wir uns in etwas zu viel Mikromanagement verlieren könnten, wenn wir auf vier Finanzplanjahre zugreifen von Seiten Parlament?

Tobias Christ (GLP): Nein, diese Gefahr sehe ich jetzt eigentlich nicht. Für mich ist es, eine Teilgefahr wird subsumiert durch das drohende Bürokratiemonster. Das wollen wir nicht und das werden wir auch vermeiden. Da mache ich mir keine Sorgen, da wird Tanja Soland einen guten Vorschlag uns präsentieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst keine Überweisung

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 45 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002858, 08.02.24 09:44:30]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben entschieden, die Motion zu überweisen mit 50 Ja-Stimmen gegen 45 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

26. Anzug 1 Eric Weber betreffend Freikarten für Grossräte

[08.02.24 09:44:46, 23.5615.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Anzugssteller hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich mache diesen Anzug für Sie, nicht für mich, da es mich ab 2025 nicht mehr betrifft. Ich mache das quasi als Abschiedsgeschenk. Ich bin von vielen Grossräten gefragt worden hier im Parlament, Eric, was machst du? Ich habe gesagt, ich habe einen 5-Jahresvertrag für die AfD und Familie Le Pen in Brüssel. Die Fotos auch auf meiner Homepage zum Anschauen. Ich weiss, von was ich spreche. Ich sehe die Eleganz in anderen Parlamenten. Dort wird alles für die Damen und Herren Abgeordnete gemacht. Es ist so, ich sehe die Einladungen, die für andere Abgeordnete oder selbst für die Mitarbeiter sind. Aber bei uns in Basel wird nichts gemacht.

Was stelle ich mir konkret bei diesem Anzug vor, dass Ausflüge und Besichtigungen für uns Grossräte organisiert werden. So könnte man zum Beispiel ein Schreiben bekommen: Werte Grossräte, am 24. Juni können wir auf den Roche-Turm, am 26. Juni fahren wir mit dem Schiff drei Stunden durch Basel. Aber all das gibt es nicht in Basel. Solche Sachen, solche Briefe vermisse ich. Und dann bekommt man eine Einladung zum Drummeli für zwei Plätze, dann heisst es, man muss sich per E-Mail anmelden, dann habe ich denen zurückgeschrieben, ich möchte ein Ticket bitte in meinem Postfach. Nein, Sie müssen es am Schalter abholen. Das sind einfach solche Sachen, die unüblich sind, die kompliziert sind und dann habe ich das Ticket an Familienmitglieder weitergegeben, habe denen eine Vollmacht geschrieben mit Anwalt, damit sie auch das Ticket bekommen, aber das Ticket haben sie unkompliziert bekommen.

Die älteren Grossräte wissen es, wir haben Freikarten bekommen für «Wetten, dass..?« mit Thomas Gottschalk in Basel. Wir haben Freikarten bekommen für Holiday on Ice, die weltberühmte Ice-Show mit Katarina Witt, DDR-Olympiasiegerin in Basel. Wir haben zehn Freikarten pro Jahr bekommen für das Theater Basel. Wir hatten TV-Shows mit Kulenkampff «Einer wird gewinnen», aber was ist heute? In meinem Anzug schreibe ich, tote Hose. Im Anzug steht das Wort tote Hose und das finde ich traurig. Für das muss man nicht Grossrat sein und sich beschimpfen lassen, dass man dann nicht einmal in den Genuss kommt von Freikarten, wie wir das früher in Hülle und Fülle bekommen haben und jetzt tote Hosen. Das finde ich nicht okay und ich sehe ja, wie andere Politiker eingeladen werden. Aber wir Grossräte, nur wir Grossräte haben eine stiefmütterliche Behandlung, was das kulturelle, gesellschaftliche Leben anbelangt.

Es ist die Aufgabe des Ratsbüros, uns Grossräte mit Freikarten zu versorgen. Ich brauche keine Freikarte, weil ich einen Presseausweis habe, komme ich eh überall rein. Ich rede nicht für mich, ich rede einfach im Vergleich mit anderen Parlamenten. Ich stelle fest als langjähriger Grossrat, wir sind weit unter dem Niveau von anderen Parlamenten. Und das kann auch nicht sein, dass ich als Grossrat dann immer Anfragen stellen muss, dürfen wir dorthin, dürfen wir dorthin, dürfen wir dorthin. Wir hatten das UEFA Cup Finale im Joggeli 2015. Da musste ich auch 20 Briefe schreiben an die UEFA nach Lausanne, dass wir Karten bekommen. Dann ist eine Ablehnung gekommen und das finde ich dann schade, wenn man Grossrat ist von Basel und nicht an das UEFA Cup Endspiel ins Joggeli darf.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 71 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002860, 08.02.24 09:50:41]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Überweisung des Anzugs abgelehnt mit 71 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme bei keiner Enthaltung.

27. Anzug 2 Sandra Bothe und Konsorten betreffend Stärkung der demokratischen Werte in der Volksschule: Entflechtung des Sammelbereichs «Ethik, Religionen, Gemeinschaft», berufliche Orientierung, Klassenstunde

[08.02.24 09:50:50, 23.5628.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wird dies bestritten?

Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

28. Anzug 3 Philip Karger und Konsorten betreffend Bürokratie in der Verwaltung von Basel-Stadt

[08.02.24 09:51:24, 23.5629.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Wir eröffnen dazu die Debatte. Es hat sich als erster Einzelsprecher Stefan Wittlin gemeldet.

Stefan Wittlin (SP): Ich spreche mangels Alternative als Einzelsprecher, ich darf aber sowohl die Haltung der SP wie auch des GAB vertreten. Wir verstehen und unterstützen das Grundanliegen dieses Anzugs. Nicht ohne Grund haben mehrere Mitglieder der SP-Fraktion den Anzug mitunterzeichnet. Auch ich weiss sowohl aus eigener Erfahrung wie auch vom Hörensagen, dass die Abläufe bei den kantonalen Behörden nicht überall und immer reibungslos funktionieren. Viele meiner Erfahrungen waren aber positiv.

Wir wollen den Anzug nicht überweisen, weil das Anliegen nur sehr vage beschrieben und dadurch auch für jene, die die Forderungen umsetzen müssen, nur schwer fassbar bleibt. Sie sprechen von bürokratischen Wegen, die vereinfacht werden sollen. Es bleibt aber unklar, was damit genau gemeint ist. Konkret wirkt der Anzug einzig bei einem Thema, bei den Baubewilligungen. Hier sind die politischen Aufträge aber längst erfolgt und es braucht unseres Erachtens keine weiteren Vorstösse. Ich verweise auf die Motion der BRK betreffend Vereinfachung des Bewilligungswesens, die ist schon älter, von 2018, die mittlerweile wieder bei der Kommission liegt und ich kann Ihnen sagen, es wird von verschiedenen Seiten an Lösungen für dieses Problem gearbeitet, aber es ist vielschichtig und es ist komplex.

Deutlich weiter sind wir bei der Digitalisierung des Bewilligungsverfahrens im BVD. Im Oktober 2021 haben wir hier im Grossen Rat gut zwei Millionen Franken für dieses Anliegen gesprochen. Und seit der Beantwortung der Interpellation von Lydia Isler-Christ betreffend dringender Revision des Baubewilligungsverfahrens im Mai 2023 wissen wir auch, dass, ich zitiere: der Projektabschluss per April 2024 terminiert ist. Zitat Ende. Wir warten also gespannt auf dieses Ergebnis.

Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse und des »Chrüzlistichs» darf davon ausgegangen werden, dass der Anzug trotz unserer Bedenken überwiesen wird. Vielleicht kann der Anzugssteller in seinem Schlusswort noch etwas näher darauf eingehen, welche konkreten Verbesserungen er sich wünscht. Ich erhoffe mir, dass dadurch der bürokratische Aufwand für die Beantwortung des Anzugs etwas reduziert wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Roger Stalder.

Roger Stalder (SVP): Als klare KMU positionierte Partei stimmen wir dem Anzug natürlich zu. Es ist wichtig, dass KMU, die bereits wegziehen wegen dieser immensen Bürokratie, das nicht noch mehr leisten müssen und es ist auch richtig, dass man eine digitale Unterschrift leisten kann, um schnell eine Bewilligung zu bekommen. Wir sind jetzt schon sehr erstaunt, zwei Parteien, die in die Basler Regierung wollen mit Unternehmern, lehnen das ab. Darum kann ich nur sagen, wählen Sie bürgerlich am 3. März.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Stefan Wittlin. Sie wird nicht angenommen. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit hat der Anzugssteller Philip Karger das Wort.

Philip Karger (LDP): Wenn für mich ein Behördenkontakt ansteht, habe ich immer etwas gemischte Gefühle. Ich frage mich dann, finde ich auf Anhieb die richtige E-Mailadresse oder Telefonnummer. Wenn ich sie finde, frage ich mich, ist der Kontakt richtig und/oder wie oft werde ich innerhalb einer Behörde wohl weiterverbunden und muss mein Anliegen entsprechend wiederholen. Eine weitere Frage, die ich mir stelle, wäre es nicht besser, mein Anliegen einfach per Brief zu formulieren, wenn mir am Ende eines Gesprächs mit dem Amt gesagt wird, ich soll es schriftlich und persönlich unterschrieben schicken. Ich frage dann immer, ob es auch per PDF und zertifizierter Signatur geht, damit habe ich aber wenig Erfolg. Für das Einsenden grosser Dokumente besteht ein eigens eingerichteter Kanal beim Kanton, an dessen Benutzerfreundlichkeit man sich jedoch erst gewöhnen muss, denn sobald mehrere Dateien eingeschickt werden sollen, funktioniert das nicht mehr. Es kann immer nur ein Dokument eingereicht werden. Deshalb wurde mir empfohlen, eine der üblichen Transfermethoden zu verwenden. Es gibt also noch sehr viel Spielraum für eine Vereinfachung der bürokratischen Verfahren.

Vielen Mitgliedern von pro-KMU.net geht es wie mir, wenn sie an den Umgang mit Behörden denken. Die Regulierungen haben in den letzten Jahren zugenommen und die damit verbundene Bürokratie belastet gerade die KMU immer mehr. Statt sich auf das Kerngeschäft zu konzentrieren, müssen zum Beispiel Genehmigungen umständlich eingeholt werden und trotz des technischen Fortschritts ist es immer noch viel zu oft notwendig, persönlich beim Amt zu erscheinen oder einen Antrag schriftlich einzureichen. Dies verursacht zusätzliche Kosten für die Unternehmen und damit auch für ihre Kunden. KMU nutzen automatische und digitale Wege, um mit Kunden und Partnern in Kontakt zu treten. Das wünschen sie sich auch für den Kontakt mit Behörden.

Vereinfachte und automatisierte Prozesse würden auch die Mitarbeitenden des Kantons entlasten. Damit könnte der permanenten Überlastung der Kantonsangestellten entgegengewirkt werden. Die erwähnte Analyse bei der KMU soll helfen, die Abläufe zu durchleuchten und deren Vereinfachung kundennahe zu gestalten.

Ich bitte Sie also, diesen Anzug zu überweisen, damit die Regierung dazu berichten kann. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Lukas Engelberger an? Sie wird abgelehnt. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 36 Nein, 5 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002863, 08.02.24 09:59:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich entschieden, den Anzug zu überweisen mit 50 Ja-Stimmen gegen 36 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen.

29. Anzug 4 Eric Weber betreffend Grossräte müssen in ihrem Wahlkreis wohnen

[08.02.24 09:59:22, 23.5630.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Der Anzugssteller hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich kann Ihnen versprechen, das ist mein zweitletzter Anzug in dieser Legislatur. Es kommt dann nur noch der Anzug über hochgewichtige Menschen und mit diesem Anzug höre ich dann auf. Das ist dann die Krönung.

Aber jetzt zu meinem zweitletzten Anzug in meiner Legislaturperiode. Ich möchte Ihnen sagen, ich habe den Anzug wie auch meinen allerletzten Anzug mit sehr viel Herzblut geschrieben. Sie sehen es, auf Seite 27 ganz unten ist meine Begründung, natürlich in Kurzform. Für mich als Grossrat ist das Wählertäuschung, was wir hier haben. Ich habe solche Zeitungen gelesen, dann fand ich, das Thema könnte ich noch bringen. Sie selber sagen ja, wir wollen immer transparent und offen sein und ich finde, als Grossrat muss auch auf dem Wahlzettel stehen, ob man in Riehen oder im Kleinbasel wohnt. Wenn nämlich auf dem Wahlzettel steht bei einem Grossrat, der in Kleinbasel kandidiert, aber in Riehen wohnt, das schadet dann und es würde diesen Grossräten nützen, die im Wahlkreis wohnen.

Riehen ist im Parlament übervertreten mit Grossräten, das ist so. Es sind viele Grossräte in Kleinbasel, die dort kandidiert haben, aber in Riehen wohnen. Warum ist das so, weil halt in Riehen viele Leute mit viel Geld wohnen. Ich sehe aber die Sache problematisch. Wer setzt sich für das Kleinbasel ein und darum habe ich den Anzug gemacht und sage, es heisst immer, der Grosse Rat soll unsere Gesellschaft und alle Bürger abbilden und vertreten. Schaut man genauer hin, so kann man sehen, dass viele Kleinbasler Grossräte sind, aber in Riehen wohnen. Gemeint sind Grossräte, die in Kleinbasel auf einer Liste kandidieren, aber zum Beispiel in Riehen wohnen oder gar auf dem Bruderholz, was noch weiter weg ist vom Kleinbasel. Darum finde ich, kann der Regierungsrat einmal prüfen, wie erreicht werden kann, dass nur noch Grossräte kandidieren, die in ihrem Wahlkreis leben. Dann hätten wir gerade hier 40 Grossräte weniger oder die Grossräte müssen warten, bis ein Listenplatz im Grossen Rat frei ist. Ich finde, die Sache ist berechtigt.

Es gibt dann diese Grossräte, die lokal bekannt sind. Wie André Auderset in Kleinbasel sehr bekannt ist, gibt das dann natürlich auch einen Bonus, wo der Wähler sagt, okay, der ist in diesem Quartier, den sehe ich dort und der vertritt meine Interessen zu den Kanaldeckeln und zu dieser Strassenbaumassnahme zum Beispiel. Jetzt, wo ich wohne, in der Bäumlihofstrasse wird alles umgebaut und man hat einen besseren Bezug dazu, wenn man im Wahlkreis ist und wenn man im Wahlkreis, wo man gewählt ist, auch tagtäglich die Baumassnahmen sieht oder andere Sachen. Darum habe ich diesen Anzug gemacht. Ich schliesse jetzt, auch wenn ich weiss, dass ich mit diesem Anzug keine Chance habe. Es ist mein zweitletzter Anzug, der letzte Anzug von mir kommt dann im März zum Thema hochgewichtige Menschen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 77 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002865, 08.02.24 10:04:54]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben entschieden, den Anzug nicht zu überweisen mit 77 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme bei keiner Enthaltung.

30. Anzug 5 Fleur Weibel und Konsorten betreffend Wissen schaffen und austauschen: Was ist los im Kleinbasel und was braucht es?

[08.02.24 10:04:59, 23.5651.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich kann Fleur Weibel die Antwort geben, was ist los in Kleinbasel und was braucht es. Es hat zu viele Illegale, die dort unbeschäftigt den ganzen Tag rund um die Dreirosenanlagen und anderen Stellen ihr Unwesen treiben und es hat wahrscheinlich zu wenig Polizei. Was braucht es, es braucht mehr Polizei. Das ist die Antwort auf Ihre Fragen. Sie brauchen deshalb keine Studie bei der Fachhochschule oder bei der Universität dazu in Auftrag zu geben, das ist schlicht und ergreifend unnötig. Ich verstehe natürlich Fleur Weibel vom Grundsatz her schon, sie möchte es von einer wissenschaftlichen Seite her anschauen, das ist nicht per se etwas, was ich schlecht finde. Nur ist es in diesem ganz konkreten, spezifischen Fall schlicht und ergreifend nicht notwendig, weil die Faktenlage bereits sehr klar ist.

Der Regierungsrat hat beispielsweise auch schon vor einigen Monaten auf eine Anfrage von SP-Grossrat Mahir Kabakci ausgeführt, was ein grosser Anteil des Problems ist, nämlich eben, dass wir eine zu starke illegale Migration haben, dass wir zu viele unbegleitete minderjährige, diese UMAs haben, die dort den ganzen Tag unbeschäftigt sich aufhalten. Dass wir ein Problem mit dem Drogenhandel haben, das ist bekannt und muss deshalb auch nicht tiefergehend untersucht werden.

Wir sind eigentlich bereits einen Schritt weiter. Wir müssen kein Wissen mehr schaffen und uns austauschen. Wir müssen jetzt Massnahmen implementieren und diese Massnahmen konnten Sie alle hier in diesem hohen Hause schon mehrfach mit uns gemeinsam an den Regierungsrat adressieren. Sie hätten alle unsere Vorstösse unterstützen können, die hätten das Problem mit der Sicherheit in Kleinbasel weitgehend gelöst. Bessere Beleuchtungen auf diesen Wegen, Videoüberwachung verlängern auf der Dreirosenanlage, das hat dann der Regierungsrat selber verlängert, mehr Polizeipräsenz in den Quartieren, eine verstärkte Absicherung und Kontrolle unserer Grenzen und eine möglichst rasche Rückführung von illegalen Migranten in die Heimatländer und eine starke Bekämpfung des Drogenhandels über verschiedene Massnahmen. Das ist das, was es braucht, hierfür sind alle entsprechenden Mittel bereits vorhanden und können auch ausgeschöpft werden.

Das ist zu dieser Forderung der Studie, da möchte Fleur Weibel ja auch noch regelmässig Informationsaustausch-Gefässe mit den zuständigen kantonalen Stellen. Da wehren wir uns nicht dagegen, das ist aber auch heute schon möglich, dafür braucht es den Anzug nicht. Wenn das auch aus der Quartierbevölkerung gewünscht ist, dann soll das selbstverständlich auch gemacht werden. Dafür gibt es ja auch das Community Policing, welches hier in diesem Bereich aktiv sein kann. Hier glauben wir, braucht es nicht den Anzug dazu.

Und der letzte Punkt ist, sie wünscht sich, Fleur Weibel, dass es eine Anlaufstelle oder zuständige Stellen gibt, die bezeichnet werden, wenn es zu problematischen Vorfällen oder Gewaltdelikten kommt. Ja, auch hier ist es die Polizei, die dafür zuständig ist, wenn es zu Gewaltdelikten kommt. Da brauchen Sie keine andere Stelle, diese Stelle gibt es bereits, das Telefon 117 oder jeder Polizeiposten, der in Ihrer Nähe liegt. Und andere problematische Vorfälle sind ja ebenfalls im Zusammenhang mit dann vielleicht auch Vergehen gegen das Strafgesetzbuch entsprechend zu ahnden, auch hier ist die Polizei zuständig. Das ist deshalb aus unserer Sicht ebenfalls nicht notwendig.

Deshalb bitten wir Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen. Wie gesagt, wir wünschen uns auch, dass es einen Austausch gibt, da sind wir uns einig. Fleur Weibel war ja offenbar auch an diesem Drogenstammtisch in Kleinbasel, wenn ich das in den Medien richtig verfolgt habe. Das erachten wir als richtig, dass es diesen Austausch gibt. Nur muss es dann auch einmal möglich sein, dass wenn wir diese Austausch-Gremien oder Gefässe haben, dass es dann auch zur Repression kommt und hier ist ja leider Ihre Partei zusammen mit ihrer Allianz-Partnerin, der SP, meistens nicht so sehr dabei, wenn es um Repression geht.

Und da sind wir wieder bei diesem alten Spiel, Prävention funktioniert eben auch nur dann, wenn es irgendwann einmal eine Ahndung gibt über die Repression. Hier glauben wir, müssen wir nachbessern und wir müssen vor allem schauen, dass die Polizei in Kleinbasel stark präsent ist, um den Menschen, die dort wohnen, dieses Unsicherheitsgefühl wegzunehmen. Dazu hilft es, mehr Polizei zu haben und dabei unterstützen wir selbstverständlich die Regierung sehr gerne, alles andere, glauben wir, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr notwendig.

Wir bitten Sie deshalb, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (GAB): Das Sicherheitsgefühl in Kleinbasel hat abgenommen. Ich selbst wohne im Kleinbasel zwischen Dreirosenmatte und dem Matthäusplatz. Ich kenne die Situation und spüre die Stimmung im Quartier. Es ist wichtig, dass wir vom Grossen Rat ein klares Signal an die Bevölkerung setzen: Wir hören euch, wir nehmen eure Anliegen ernst. Es liegt aber an uns, mit Sorgfalt und Bedacht zu handeln und genau diesen Ansatz verfolgt der vorliegende Anzug, der eine wissenschaftlich begleitete Analyse der sozialen Problemlagen im Kleinbasel sowie regelmässig Informations- und Austauschformate fordert. Und Joël Thüring, der Regierungsrat ist kein wissenschaftliches Gremium und kann deshalb auch keine wissenschaftliche Einschätzung für diese Situation geben.

Die vorgeschlagenen Massnahmen zielen darauf ab, langfristige und nachhaltige Lösungen für die sozialen Probleme im Kleinbasel zu entwickeln. Sie sollen dazu beitragen, die grundlegende Ursachen der Probleme zu verstehen und effektive Strategien zur Bewältigung zu entwickeln. Diese Art von Herangehensweise erfordert Zeit, Ressourcen und die Zusammenarbeit verschiedener Akteure, einschliesslich der Wissenschaft, Verwaltung, zivilgesellschaftlicher Organisationen und der Quartierbevölkerung selbst. Das schliesst nicht aus, dass sofortige Massnahmen notwendig sein können, um akute Probleme anzugehen und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu verbessern. Diese könnten beispielsweise verstärkte soziale Arbeit vor Ort, verlängerte Öffnungszeiten der Kontakt- und Anlaufstellen oder kurzfristige Massnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur umfassen.

Der entscheidende Punkt ist, dass kurzfristige Massnahmen nicht im Widerspruch zu langfristigen Lösungsansätzen stehen sollten. Sie können als Teil eines umfassenden Ansatzes dienen, um akute Probleme anzugehen, während gleichzeitig langfristige Strategien entwickelt werden, um die zugrundeliegenden Ursachen anzugehen und Veränderungen herbeizuführen. Ich verstehe nicht so recht, was dagegensprechen sollte. Wer die Situation eben nicht nur mit verstärkter Repression begegnen möchte, sondern an langfristigen Lösungen für die sozialen Probleme interessiert ist, bitte ich, diesen Anzug zu unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Es ist ja erfreulich, dass das Thema jetzt auch auf der linken Seite angekommen ist. Noch im 2019, also vor fünf Jahren, wurden wir mit unseren Bedenken bezüglich dieser Situation in diesem Perimeter ausgelacht. Das linkslastige Stadtteilsekretariat machte Veranstaltung mit dem Titel «Polizei im Visier». Es ging primär darum, dass die Polizei sich rechtfertigen muss bezüglich Racial Profiling. Jetzt sind Sie ein bisschen weitergekommen, das ist erfreulich, dass Sie das Thema jetzt auch aufgenommen haben, aber dass Sie jetzt mit Studien das Thema angehen wollen, das kann wirklich nicht der rechte Weg sein.

Wir haben aufgezeigt, wo die Massnahmen anzusetzen sind. Ich glaube, eine erste Massnahme wäre, dass Sie der Polizei den Rücken stärken, dass sie da die Präsenz auch markieren kann und dass wir nicht noch Diskussionen führen müssen wie Anfang Jahr, wo die Polizei verantwortlich dafür war, weil sie auf einer Strasse gefahren ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist André Auderset.

André Auderset (LDP): Nachdem ich ja vorher so gelobt worden bin, muss ich mich als Kleinbasler fast hier äussern, mache es aber auch sehr gerne. Die Herren Thüring und Seiler haben eigentlich schon alles Wichtige erzählt, was die Notwendigkeit dieses Anzugs, relativ absolut fehlende Notwendigkeit dieses Anzugs betrifft. Wir haben im Kleinbasel zurzeit ein echtes, schwieriges Problem, vor allem haben wir ein aktuelles Problem. Wie bereits gesagt wurde, wir brauchen Massnahmen und wir brauchen diese Massnahmen jetzt. Wenn wir einen Anzug hier beschliessen oder die Überweisung eines Anzugs, was passiert dann, der geht an die Verwaltung, da liegt er mal zwei Jahre gut ab und dann wird er beantwortet. In diesen zwei Jahren kommt man nicht zu einer Lösung, man hat also eine Verdienstquelle für Soziologen geschaffen. Wir brauchen keine Studie, wir brauchen keine Anlaufstelle. Die Leute wollen, Herr Goepfert, auch nicht gehört werden von uns, sie wollen Taten sehen und diese Taten braucht es jetzt und nicht in zwei Jahren. Deswegen ist dieser Anzug so nötig wie ein Knopf und gehört abgelegt im Rundordner.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Mahir Kabakci an? Sie wird angenommen.

Mahir Kabakci (SP): André Auderset, sind Sie nicht der Überzeugung, dass beides parallel laufen kann?

André Auderset (LDP): Nein, die Zeitachse ist anders. Sie sind auch schon eine Zeit lang im Rat. Sie kennen es, wie lange es geht, bis ein Anzug nur mal hier wieder zu uns zurückfindet und dann ist immer noch nichts passiert. Wir brauchen jetzt, heute, morgen, übermorgen konkrete Massnahmen und nicht irgendwann eine Studie der Uni.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Melanie Nussbaumer.

Melanie Nussbaumer (SP): Vorneweg zur Transparenz. Ich stehe hier in Vertretung von Beda Baumgartner, der leider zu Hause krank ist, gute Besserung an dieser Stelle. Ich war auch involviert bei diesem Anzug und ich muss Ihnen sagen, als ich den Erstentwurf bekam von Fleur Weibel, war ich auch kritisch. Ich dachte auch, das braucht es doch jetzt nicht, das geht viel zu lange, das ist doch nicht nötig, usw., es braucht jetzt Massnahmen, wie wir schon gehört haben.

Ich konnte jetzt auch ein halbes Jahr oder paar Monate weiter beobachten, wie sich die Geschichte weitergedreht hat, wie sich die öffentliche Debatte entwickelt hat und auch heute wieder, wie hier darüber diskutiert wird. Und das alles hat mir gezeigt, doch, es braucht unbedingt eine Versachlichung. Weil weder der Regierungsrat hat das geschafft noch wir hier im Parlament, das haben wir jetzt auch wieder beobachtet können, schaffen eine Versachlichung. Und zwar wird sehr oft vereinfachend alles zusammen gemischt, es wird polemisch darüber gesprochen und obwohl es tatsächlich Probleme gibt, wird das vereinfacht dargestellt und einfache Lösungen auch versprochen. Das wiederum finde ich wirklich ein Hohn gegenüber der Bevölkerung, weil es gibt keine einfachen Lösungen in diesem Zusammenhang. Zum Beispiel wird vermischt, das haben wir vorher auch wieder gehört, UMAs seien illegal hier. Das stimmt natürlich nicht, die haben einen Aufenthaltsstatus und sowieso, kein Mensch ist illegal, um auch das hier wieder mal gesagt zu haben.

Diesen Vorwurf, dass die SP die Polizei nicht unterstützt, lasse ich hier auch nicht einfach so stehen. Wir haben in allen Vorstössen, die um die Polizei gingen, das immer unterstützt. Wir wissen auch, dass es dort einen Fachkräftemangel gibt und dass es nicht lustig ist, im Moment in diesem Stress dort zu arbeiten. Aber es ist auch klar, und das hoffe ich, dass auch Sie das mal hier drinnen akzeptieren, dass Repression nicht die einzige Lösung ist respektive nicht die einzige Massnahme, die etwas bringen kann. Es muss eben vielschichtig geantwortet werden auf diese vielschichtige Fragestellung oder diese vielschichtige Problemlage, die im Moment aufzufinden ist im Kleinbasel.

In diesem Sinne ist es wirklich so, dass man sowohl jetzt Massnahmen einführen kann, die hoffentlich eine beruhigende Wirkung haben werden, aber man kann auch längerfristig schauen, was ist da los, was sind wirklich die tiefergehenden Ursachen. Das geht nebeneinander, auch wenn Sie das nicht wahrhaben wollen, was sind die tiefergehenden Ursachen und ich kann auch hier eine genauso einfache Antwort geben, wie Sie, Joël Thüring, es geht um soziale Ungleichheiten. Bekämpfen wir also zusammen soziale Ungleichheiten, dann würden wir auch nicht so viele soziale Probleme haben. Aber mir ist bewusst, dass es nicht so einfach ist, aber dass das natürlich eine Antwort ist von verschiedenen.

Und deshalb hier wirklich das Votum, unterstützen Sie bitte diesen Anzug. Es geht um eine Versachlichung, es geht darum, die tiefergehenden Ursachen zu analysieren und breite Massnahmen abzustützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Melanie Nussbaumer, nehmen Sie die Zwischenfragen von David Jenny und Pascal Messerli an? Sie werden angenommen.

David Jenny (FDP): Melanie Nussbaumer, wenn bei Ihnen in der Wohnung eine einbrechende Person steht und Ihnen erklärt, kein Mensch ist illegal, was erwidern Sie dann?

Melanie Nussbaumer (SP): Das ist relativ einfach zu beantworten. Die Handlung dieses Menschen war illegal, aber der Mensch selber ist auf keinen Fall illegal.

Pascal Messerli (SVP): Melanie Nussbaumer, Sie haben gesagt, kein Mensch ist illegal. Heisst das, Sie anerkennen auch die Entscheide des Gerichtes nicht bezüglich negativen Asylentscheiden?

Melanie Nussbaumer (SP): Natürlich anerkenne ich die Gerichtsentscheide, aber auch das weist nicht darauf hin, dass die Menschen per se illegal sind.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich komme aus dem Staunen nicht heraus und ich muss wirklich schmunzeln, der Anzug könnte von meinem Flugplatz sein. Dieser Anzug, ich habe jetzt meine Flugblätter herausgesucht, in diesem Anzug, der nicht von mir ist, steht wortwörtlich aus meinem Flugblatt übernommen: Spezifisch geht es dabei um die Häufung von Gewaltdelikten und Kriminalität auf der Dreirosenmatte und um den Drogenhandel und Konsum in Kleinbasel. Das ist von meinem Flugblatt. Und dann, wer hat es unterschrieben, Fleur Weibel, Grüne Partei. Ich muss das jetzt einmal ein bisschen einordnen. Ich bin gegen diesen Anzug, weil das nicht ihr Thema ist. Ich bin eine Ein-Thema-Partei, Fleur Weibel, und das ist mein Thema gewesen. Sie dürfen das Thema jetzt nicht besetzen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, das tut nichts zur Sache. Bitte sprechen Sie zum Anzug. Es dürfen alle hier Themen bearbeiten mit Anzügen.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte auf meinen Vorredner zu sprechen kommen, André Auderset, der zweitberühmteste Grossrat in Kleinbasel, und André Auderset - nein, ich habe den Namen verwechselt, Entschuldigung, Daniel Seiler. Daniel Seiler hat richtig gesagt, wir wurden ausgelacht. Auch ich wurde ausgelacht und jetzt kommen die Grünen und verlangen eine Studie. Ich muss einfach sagen, der Anzug ist sinnlos, weil beim Punkt 2 steht ja, man will da ein Büro für einen Austausch haben und noch einmal Bürokratie schaffen. Es gibt in Kleinbasel das Stadtteilsekretariat Kleinbasel, die kümmern sich um solche Sachen und die sprechen auch mit mir und geben mir die Broschüre vom Grossen Rat, die ich wünsche. Also man kann jetzt nicht ganz sagen, das Stadtteilsekretariat Kleinbasel sei links, sie sind auch anständig zu mir.

Punkt 3 dieses Anzugs ist auch sinnlos. Da wird gefragt nach Ansprechpersonen für Vorfälle und Gewaltdelikte. Wenn Sie solche Vorfälle haben, wo Sie nicht einverstanden sind und Gewaltdelikte, dann müssen Sie als Ansprechpartner zur Polizei gehen. Aber da kann man nicht nochmal eine Sonderstelle für Ansprechpartner machen. Für Gewaltdelikte ist die Polizei zuständig und wenn Sie das ja so wollen, Fleur Weibel, dann müssen Sie halt mehr Gelder für die Polizei geben, damit die mehr Leute haben, die sie dort zu Gewaltdelikten und Drogen hinschicken können. Aber wenn Sie zur Polizei gehen in Kleinbasel, heisst es ja immer ja, wir haben zu wenig Leute, wir können nicht, wir müssen Prioritäten setzen. Also das Pferd wird da wieder einmal falsch aufgezäumt.

Ich werde gegen diesen Anzug stimmen, weil Daniel Seiler hat das beste Votum gehalten, jetzt wird man ausgelacht und jetzt kommen die anderen. Und wie gesagt, der Text ist von meinem Flugblatt und die Flugblätter habe ich hier, wo das alles drinsteht. Jetzt bin ich gespannt, ich habe keinen »Chrüzlistich», darum bin ich jetzt wirklich gespannt, aber ich hoffe, dass es eine spannende Abstimmung gibt, wo die GLP wieder das Zünglein an der Waage ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich nutze die Gelegenheit für eine Mitteilung. Wir haben Besuch auf der Zuschauertribüne. Ich begrüsse die 9. Klasse der Sekundarschule Wasgenring mit ihrer Lehrperson. Schön sind Sie hier. Ich wünsche Ihnen einen spannenden Vormittag im Grossen Rat.

Wir fahren fort mit der Beratung von Anzug 5. Als nächster Einzelsprecher hat sich Christoph Hochuli eingetragen.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Ich bin der Meinung, es sollen alle Mittel ausgeschöpft werden, um die Probleme in Kleinbasel anzugehen. Dabei soll auch ein wissenschaftlicher Ansatz dienen, wie dies der vorliegende Anzug fordert. Damit sollen nachhaltige längerfristige Lösungen gefunden werden. Selbstverständlich müssen gleichzeitig auch möglichst bald Massnahmen umgesetzt werden. Drogensüchtige sollen unterstützt werden, um aus ihrer Sucht herauszukommen, und natürlich müssen gleichzeitig der Drogenhandel und auch Gewaltdelikte in Kleinbasel effektiv und konsequent bekämpft werden. Es braucht also der wissenschaftliche Ansatz mit einer Analyse und auch Sofortmassnahmen.

Ich bitte Sie, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Christoph Hochuli, nehmen Sie die Zwischenfragen von Joël Thüring und David Jenny an? Sie werden angenommen.

Joël Thüring (SVP): Christoph Hochuli, Sie sind ja Staatsangestellter. Haben Sie nicht das Gefühl, dass der Staat, den sie ja prominent auch auf der Strasse vertreten, nicht bereits heute alles unternimmt, um das Wissen zu erreichen oder zu erlangen, um möglichst zielgerichtet Massnahmen in Kleinbasel dann auch zu implementieren?

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Ich denke, wir haben nie ausgelernt. Es gibt immer wieder durch Analysen gute Erkenntnisse, die man dann umsetzen kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: David Jenny bitte.

David Jenny (FDP): Christoph Hochuli, können Sie persönlich garantieren, dass diese Studie nicht durch ein Institut durchgeführt wird, das hauptsächlich von der postkolonialen Theorie lebt?

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Ich bin überzeugt, dass der Regierungsrat das gut umsetzen wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Sie wird abgelehnt. Damit kommen wir zum nächsten Einzelsprecher Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Es ist das Kleinbasel, das ist klar, was ist los im Kleinbasel. Allein die Frage nach so vielen Jahren, wo ich in Kleinbasel bin, ist schon ein bisschen speziell, dass jetzt das plötzlich hier drin ein Thema wird. Das hätte schon längstens ein Riesenthema sein sollen und warum jetzt plötzlich hier Links-Grün und weiss nicht was auch noch auf diesen Zug aufspringen will, ist natürlich für uns Bürgerliche fast ein bisschen unerklärlich. Es freut uns natürlich umso mehr, dass Sie jetzt hier auch alle wirklich begriffen haben, dass wir dort unbedingt etwas machen müssen.

Jetzt, was kann man machen? Es wurde vieles aufgezählt von all jenen, die eher meine Meinung vertreten, und die anderen haben auch schon etwas sagen dürfen. Sie sind dann mehr für die Lösung einer Studie. Natürlich kann man eine Studie immer noch auch noch laufen lassen. Natürlich können auch neue Erkenntnisse nochmals auftauchen, aber ich glaube, jeder, der an einem Stammtisch gesessen ist jemals in den letzten zehn Jahren in Kleinbasel, weiss ganz genau, was der Grund ist, und ich glaube, das müssen wir auch nicht diskutieren. Man kann es natürlich nicht mehr im öffentlichen Raum richtig benamsen, aber am Stammtisch, dort hört man es. Und wenn wir dort mal hinhören würden, was unsere Wähler uns auch erzählen, und zwar gehören dort Polizisten dazu, Anwohner, die in die Beiz gehen, Einkaufen gehen, spielt gar keine Rolle, wen man fragt, es handelt sich am Schluss immer wieder um das gleiche, der Kreis zieht sich zusammen.

Und ja, es wurde alles aufgezählt, wir haben viele Möglichkeiten, die Polizei kann viel mehr vor Ort sein und das sind nicht zwingend immer nur Repressionen. Aber wenn man da nicht auch mit einer gewissen Dynamik auftritt, dann macht das einfach vielen Menschen in Kleinbasel, die dort von morgens bis abends und auch nachts sind, einfach wenig Eindruck. Ich habe schon so viel mit Polizisten gesprochen, sie haben gesagt, wir können ihnen sagen, bitte gehen Sie dort hin, machen Sie dies, die gehen von dort nach dort, sie gehen ins Gefängnis und zwei Minuten später sind sie wieder auf der Strasse und stehen dann wieder dort.

Sie merken, das regt mich ein bisschen auf. Sonst bin ich eigentlich ein bisschen cooler, aber bei diesem Thema geht es mir wirklich ein bisschen auf den Nerv. Weil wenn man abends nach Hause geht, ich könnte noch so viel erzählen darüber, wenn man abends nach Hause geht und die Leute sich nicht mehr sicher fühlen, Männchen und Weibchen sich nicht mehr sicher fühlen in unserer Stadt, in einem solchen grossen Stadtteil, das ist einfach nicht in Ordnung. Und diese Studie, ja, das ist super, wenn die irgendwann einmal kommt, aber so lange möchte ich nicht mehr warten. Ich kann nicht gegen eine Studie sein zusätzlich, aber helfen Sie einmal mit, wenn es um kurzfristige Lösungen geht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt Zwischenfragen von Tim Cuénod, Melanie Nussbaumer und Eric Weber. Sie werden angenommen.

Tim Cuénod (SP): Sie tun so, als ob man auf der Linken in diesem Parlament gewisse Probleme noch nie angesprochen, nie entdeckt hat, noch nie einen Vorstoss gemacht hat und jede Polizeimassnahme abgelehnt hat. Sind Ihnen die Vorstösse von meinen Kolleginnen oder Kollegen, wie der von Michela Seggiani, Mahir Kabakci und anderen, vollends entgangen? Haben Sie nicht festgestellt, dass wir auch, wenn es um Mittel für die Polizei geht, aber auch, dass man genügend Personal hat, das uns auch immer wichtig gewesen ist?

Alex Ebi (LDP): Das war eine wahnsinnig lange Frage und ich weiss gar nicht mehr genau, wie sie angefangen hat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage bitte.

Melanie Nussbaumer (SP): Ich nehme an, Sie haben den Anzug auch wirklich gelesen und haben gesehen, dass der zweite Punkt genau diesen Austausch fordert, den Sie ja so super finden?

Alex Ebi (LDP): Hören Sie Melanie Nussbaumer, da können Sie nichts dafür, aber jetzt wurde ich abgelenkt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage bitte.

Eric Weber (Fraktionslos): Alex Ebi, wissen Sie, dass Sie mir aus meinem Herzen gesprochen haben?

Alex Ebi (LDP): Nein, das habe ich nicht gewusst.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Dann stellt Melanie Nussbaumer ihre Frage. Ich bitte um Konzentration und um kurze Antworten und Fragen.

Melanie Nussbaumer (SP): Sie haben ja sicher den Anzug gelesen und darin haben Sie gesehen, dass der zweite Punkt fordert, dass man eben mehr Austausch machen soll mit der Bevölkerung vor Ort, wie Sie das ja auch schon sehr gut machen an all Ihren Stammtischabenden.

Alex Ebi (LDP): Klar habe ich das gelesen und ich freue mich natürlich total, so sehr, dass ich jetzt auf Hochdeutsch antworte.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein zweites Votum hat sich Eric Weber eingetragen.

Eric Weber (Fraktionslos): Entschuldigung, dass ich noch einmal spreche, ich spreche nachher nicht mehr, aber ich muss zu diesem Thema sprechen als Ein-Thema-Partei und weil mir auch nicht mehr so viel Zeit bleibt im Grossen Rat. Ich möchte auf meine Vorredner noch zu sprechen kommen, im zweiten Votum beim Polizisten Christoph Hochuli. Sie haben gesagt, der Drogenhandel muss bekämpft werden. Das ist richtig, das ist ein grosses Problem. Man riecht es auch in der Nase, wenn man an der Kleinbasler Riviera vorbeigeht, fühlt man sich wie in Amsterdam. Schade, Christoph Hochuli, dass meine Zwischenfrage abgelehnt wurde. Ich stelle einfach fest als Grossrat, der täglich mit der Polizei spricht, die Polizei sagt immer, wir haben zu wenig Personal, und ich spreche auch mit dem Bürger und der Bürger sagt mir, die Polizei hat Angst, in gewisse Problemviertel hineinzugehen, weil dann die Polizei geschlagen wird. Wir hatten diesen Fall beim Hirscheneck.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, bitte sprechen Sie zum Thema.

Eric Weber (Fraktionslos): Es nützt uns keine Polizei, wenn die Polizei nicht in die Problemviertel hineingeht.

Ich komme zum Vorredner Alex Ebi. Wir sind Nachbarn und Alex Ebi hat richtig gesagt, das Thema hätte schon längst da sein müssen. Aber ich darf mir auf die Fahne schreiben, wir von unserer Partei Nationale Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat waren die ersten hier im Parlament ab 1968, die das Thema angesprochen haben. Sie sind auch gekommen, Alex Ebi, aber Sie sind 40 Jahre nach uns gekommen. Das Original steht hier und ich darf sagen, wir hatten 15 Grossräte von meiner Partei. Alex Ebi hat gesagt, er sei jetzt ein bisschen verwundert, dass die Grünen das Thema jetzt auch bringen. Und als Ein-Thema-Partei muss ich das natürlich auch feststellen, aber das ist mein Thema und man wird ja als Ein-Thema-Partei belächelt, aber das bin ich.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erteilt Eric Weber den ersten Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Alex Ebi hat richtig gesagt, was am Stammtisch gesprochen wird, was der Wähler erzählt, das ist teilweise spannend und das muss ich einfach unterstreichen. Alex Ebi hat gesagt, der Kreis zieht sich zusammen und da muss ich ihm einfach recht geben.

Man muss einfach den Finger teilweise auch als Politiker in die Wunde legen. Wenn man den Finger nicht in die Wunde legt, passiert nichts. Und das ist jetzt genau so ein Thema, wo ich sagen muss als Kleinbasler Grossrat, ist es wichtig, dass wir das besprochen haben. Ich freue mich auch, dass wir die vielen Zwischenfragen hatten. Ich freue mich auch, dass wir gerade jetzt die vielen Zuschauer haben.

Ich habe ja schon gesagt, dass Alex Ebi mir aus dem Herzen gesprochen hat, und eine Studie braucht es nicht, das möchte ich auch noch einmal sagen, da gebe ich ihm auch recht. Wir können nicht warten, es ist eh schon zu spät und wenn man mich jetzt fragt, ehrliche Antwort; Grossrat Eric Weber, kann man das Kleinbasel noch retten, dann muss ich sagen, das Kleinbasel ist verloren und dann nützt diese Studie nichts. Die Sache ist gekippt bei der Schwarzenbach-Abstimmung am 6. Juni 1970.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, bitte verlassen Sie das Rednerpult. Es sind keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Damit hat die Anzugsstellerin Fleur Weibel das Wort.

Fleur Weibel (GAB): Man kann es nicht anders sagen, dass Kleinbasel, das bewegt ganz offensichtlich. Wir haben jetzt lange diskutiert, ich habe versucht, mir einen Überblick zu verschaffen über die Debatte, die wir hier geführt haben, und ich wundere mich ehrlich gesagt ein bisschen, dass Sie sich wundern, dass von den Grünen ein Vorstoss kommt zum Kleinbasel. Haben Sie nicht das Gefühl, dass es den Grünen ein Anliegen ist, das die Lebensqualität in Kleinbasel gut ist? Selbstverständlich, wir wohnen ja schliesslich da. Das ist auch der Punkt, es haben jetzt viele Leute gesprochen, die in Kleinbasel wohnen, und das zeigt, es liegt uns am Herzen, wie die Situation in Kleinbasel ist und in letzter Zeit hat das Kleinbasel vor allem sehr negative Schlagzeilen gemacht.

Man kann dann die ganze Sache à la SVP runterbrechen und kann sagen, es sind zu viele illegal eingewanderte Menschen in Kleinbasel, es hat zu wenig Polizei, es braucht mehr Sicherheitsmassnahmen. Es geht uns nicht darum, uns gegen Sicherheitsmassnahmen zu wehren. Es geht uns auch nicht darum, uns gegen sofortige Massnahmen zu wehren. Der Anzug, der hat auch sofortige Massnahmen drin und es liegt an der Regierung, die sofort aufzugreifen und diesen Austausch, der jetzt auch schon losgetreten wurde, weiterzuführen. Weil der entscheidende Punkt ist, und ich glaube, den zentralen Satz heute hat Christoph Hochuli gesagt, der selber Polizist ist, der zentrale Satz ist, wir haben komplexe Probleme, da gebe ich André Auderset recht, sie sind schwierig, es gibt Probleme in Kleinbasel und wenn es solche komplexen Probleme gibt, dann müssen alle Mittel ausgeschöpft werden, um dieses Problem anzugehen. Wenn wir einfach alle wie die SVP denken würden, dann könnten wir ja alle nach Hause gehen und einfach sagen, wir fahren noch mehr Polizei ins Kleinbasel und dann ist die Sache geregelt. Ich weiss nicht genau, wie Sie sich das vorstellen, Joël Thüring.

Der entscheidende Punkt an Sicherheitsmassnahmen, und jetzt komme ich zum eigentlichen Anliegen dieses Vorstosses, der Punkt an Sicherheitsmassnahmen ist, dass Sicherheitsmassnahmen immer einen paradoxen Effekt haben. Sie geben einerseits mehr Sicherheit und auf der anderen Seite vermitteln sie auch, dass es eine Bedrohung gibt. Und für die Menschen, die tagtäglich in diesem Quartier leben, stellt sich die Frage, was heisst es für mich, wenn es zu einer Häufung von Gewalt kommt, wenn es zu einer Häufung von Kriminalität kommt, wenn es soziale Konflikte gibt. Was heisst das für mich, wenn ich da in diesem Kleinbasel wohne. Ich selber bin seit 20 Jahren neben der Dreirosenmatte, neben diesem Schulhaus, von dem es jetzt heisst, dass es neu überwacht werden soll. Was haben Sie das Gefühl, was das mit den Eltern und den Kindern macht, wenn es heisst, es wird neu ein Schulhaus überwacht und es ist noch nicht klar, was eigentlich vorgefallen ist? Es ist nicht klar, was die Situation auf der Dreirosenmatte ist, wieso kommt es zu dieser Häufung von Gewalt?

Natürlich kann man dann sagen, ja, es hat viele Ausländer in Kleinbasel, aber diese Antwort ist keine Lösung der Probleme. Die Problemlage ist viel, viel komplexer, das hat Melanie Nussbaumer auch ausgeführt, und deshalb brauchen wir alle Expertise, die wir haben, und wir haben viel Expertise in Kleinbasel. Es gibt ganz viele zivilgesellschaftliche Organisationen, die seit Jahren in Kleinbasel tätig sind, in der Sozialarbeit, in der Jugendarbeit, bei der Polizei, in der Drogensuchtberatung, ganz viel Expertise. Und um was es in diesem Anzug geht, ist, diese ganze Expertise zu nehmen und eine Auslegeordnung zu machen und sich zu überlegen, wie verbessern wir die Lebensqualität in Kleinbasel. Und das können nicht nur Sicherheitsmassnahmen sein. Sie können die SVP wählen, wenn Sie nur Sicherheitsmassnahmen möchten, aber wenn Sie auch noch eine gründlichere Betrachtung der Situation möchten, dann wählen Sie nicht die SVP.

Der entscheidende Punkt ist, dass es darum geht, auch die Bevölkerung mitzunehmen. Wir haben Sicherheitsmassnahmen, wir wehren uns nicht gegen diese Sicherheitsmassnahmen, sie sind zum Teil auch nötig, aber was wir verlangen, ist eine ganz gründliche Auslegeordnung, auf welche konkreten Ereignisse wird mit diesen Massnahmen reagiert und was braucht es zusätzlich, um mit der Situation umzugehen und wie kann vor allem auch die Bevölkerung da in einem regelmässigen Austausch mitgenommen werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Joël Thüring, Pascal Messerli, Eric Weber und André Auderset möchten Ihnen Zwischenfragen stellen. Die Zwischenfragen von Joël Thüring, Pascal Messerli und André Auderset werden angenommen. Zuerst Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Fleur Weibel, Sie haben nicht nur schlechtes gesagt, möchte ich festhalten, aber jetzt möchte ich trotzdem wissen, wenn diese Studie zum Schluss kommen würde, dass es als Lösung für die Probleme mehr Polizei, mehr Repression und beispielsweise auch ein härteres Vorgehen bei der Ausweisung illegaler Migranten braucht, um die Sicherheit in Kleinbasel wieder herzustellen, würden Sie dann das unterstützen?

Fleur Weibel (GAB): Es wäre dann noch die Frage, wie man diese schnelleren Ausweisungen tatsächlich umsetzen würde, aber dann hätte man eine Grundlage, auf der man Entscheidungen treffen könnte.

Pascal Messerli (SVP): Fleur Weibel, es freut mich ja, dass Sie sich in der Hälfte Ihres Votums mit der SVP beschäftigen, aber wenn Sie sagen, Sie wehren sich nicht gegen Sicherheitsmassnahmen, warum lehnen Sie dann moderate Vorschläge wie mehr Licht oder mobile Polizeiposten ab?

Fleur Weibel (GAB): Wir haben diese Massnahmen diskutiert und sind zum Schluss gekommen, dass sie das Problem nicht lösen.

André Auderset (LDP): Fleur Weibel, ich möchte das Problem etwas herunterbrechen, das Ihnen von der Parteiherkunft vielleicht auch noch etwas mehr am Herzen liegt. Wenn Sie in einer Tempo 30-Zone dauernd grosse Verstösse haben, möchten Sie dann ein Tempo-Messgerät oder möchte Sie eine Studie der Uni?

Fleur Weibel (GAB): Ich habe den Zusammenhang dieser Frage nicht verstanden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 33 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002867, 08.02.24 10:48:33]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 62 Ja-Stimmen bei 33 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung.

31. Anzug 6 Michael Hug und Luca Urgese betreffend Vergabe zur zeitgemässen Betreibung eines Recyclingparks für die gesamte Basler Bevölkerung

[08.02.24 10:48:40, 23.5659.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst:

stillschweigend den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

32. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz bezüglich der Folgekosten des Klimawandels in einem “Weiter-wie-bisher“-Szenario, Schreiben des RR

[08.02.24 10:49:11, 21.5749.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Da hat sich Jo Vergeat eingetragen.

Jo Vergeat (GAB): Bevor wir diesen Anzug abschreiben, möchte ich einen Satz aus dem Bericht zitieren: «Die zukünftigen Klimakosten des Nichthandelns (z. B. stärkere Hitzebelastung, mehr Extremwetterereignisse, Biodiversitätsverlust etc.) sind erheblich höher als die Kosten eines entschlossenen Klimaschutzes.» Ich möchte uns darum alle hier drin daran erinnern, dass wir bei den nächsten Debatten über Kosten für den Klimaschutz diesen Satz bedenken und so entscheiden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Besten Dank. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Der Regierungsrat verzichtet auch in der zweiten Runde.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt als die beantragte Abschreibung.

Der Grosse Rat beschliesst:

den Anzug abzuschreiben.

33. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend «Eine koordinierende Stelle in der Verwaltung zuständig für Zusammenfassung, Information und Sensibilisierung aller Aktivitäten im Rahmen des Klimaschutzes», Schreiben des RR

[08.02.24 10:50:44, 21.5750.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum.

Der Grosse Rat beschliesst:

stillschweigend den Anzug abzuschreiben.

34. Anzug Brigitte Kühne und Raffaela Hanauer betreffend «Superblocks» in Basel, Schreiben des RR

[08.02.24 10:51:19, 22.5420.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Hier hat sich Brigitte Kühne für die GLP eingetragen.

Brigitte Kühne (GLP): Wir Grünliberalen danken der Regierung für die Anzugsantwort und freuen uns sehr über die anstehenden Superblock Tests im 2024 und 2025 im St. Johann und im Matthäusquartier, auch wenn diese noch zustande kommen respektive die Möglichkeit zur Einsprache noch überstehen müssen.

Jedoch beantragen wir Ihnen, Stehenlassen des Anzugs, denn er ist nicht erfüllt. Das Wettsteinquartier respektive der Verein Wettstein 21 haben mit ihrer Petition «Charta für ein zukunftsfähiges Wettsteinquartier» die ganze Debatte um Superblocks in Basel angestossen und in einem aufwändigen partizipativen Prozess erarbeitet. In unserem Anzug haben Raffaela Hanauer und ich explizit ein Superblock Test im Wettsteinquartier gefordert. Es ist uns deshalb wichtig, gerade eben auch diese engagierten Menschen im Wettsteinquartier einzubeziehen in die Superblock Tests.

Herzlichen Dank deshalb für das Stehenlassen des Anzuges.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage von Daniel Seiler annehmen? Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Sind Sie sich bewusst, dass diese Superblocks im Wettsteinquartier sehr umstritten sind, da es unterschiedliche Organisationen gibt, die genau das Gegenteil vorbringen, dass man darauf verzichtet?

Brigitte Kühne (GLP): Dessen bin ich mir sehr wohl bewusst und wir haben hier einen Anzug, der überwiesen wurde, der explizit das fordert und das ist ein demokratischer Entscheid.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GAB): Ich spreche in meinem Votum auch zugleich für die SP. Wir sind sehr erfreut, dass diese Pilotprojekte nun aufgegleist wurden. Das gibt dem Anliegen der Superblocks Aufwind und auch in vielen weiteren Quartieren werden nun Stimmen laut, dass diese sich auch solche Superblocks wünschen.

Wir beantragen dennoch, stehen zu lassen, unter anderem aus Gründen, die Brigitte Kühne schon erwähnt hat, aber auch aus weiteren Gründen. Es sind diesen drei. Als erstes ist es sehr schade, dass das Wettstein nicht dann kommt bei den Pilotprojekten. Aus dem Wettstein kam grosses Engagement für einen Superblock, wir haben es explizit genannt, und nun kommt dort nichts. Das ist sehr bedauerlich und auch sehr frustrierend für die dort sich engagierende Bevölkerung.

Der zweite Grund, warum wir stehen lassen möchten, ist das Rahmenkonzept. Wir sind sehr gespannt auf das Rahmenkonzept, wenn es dann kommt, jedoch liegt dieses Rahmenkonzept zurzeit noch nicht vor. Im Vorstoss haben wir gefordert, dass eine langfristige Konzeption ebenfalls gemacht wird, inklusive Finanzbedarf, Einbezug der Quartierbevölkerung und einen Zeithorizont. Das wurde noch nicht erfüllt und daher ist es durchaus sinnvoll, diesen Anzug noch stehen zu lassen.

Und der dritte Punkt, zusätzlich wurde im Schreiben auch explizit gesagt, dass diese Pilotprojekte noch keine konkreten Klimaanpassungsmassnahmen vorsehen werden. Also es wird keine Baumpflanzungen in einem ersten Schritt geben, etc. und daher ist auch diese Forderung des Anzugs noch nicht erfüllt. Entsprechend würden wir Sie bitten, hier auch mit uns zu stimmen und stehen zu lassen.

Zwei weitere Aspekte möchte ich jedoch gerne noch darüber hinaus ansprechen. Wir finden es ein spannender Ansatz, dass zwei Büros beauftragt werden. Wir denken, dass man so sehr viel auch lernen kann und finden das grundsätzlich gut. Bei den Zielformulierungen wurden wir jedoch stutzig, die im Schreiben erwähnt wurden. Ich zitiere kurz aus dem Schreiben der Regierung wie folgt: Der Kanton prüft, wie Superblocks in Basel umgesetzt werden können. Dabei interessiert insbesondere

erstens: Wie die Bevölkerung die verkehrliche Situation (Durchfahrtsbeschränkung, Parkplatzaufhebung) annimmt. Und dann der zweite Punkt: Welche und wieviel Gestaltung es braucht, damit Bespielung gelingt bzw. sich die Quartierbewohnenden den zusätzlichen öffentlichen Strassenraum aneignen. Ende des Zitats.

Der zweite Punkt, herauszufinden, was es braucht, damit sich die Bevölkerung den Raum aneignet, das finden wir sehr gut. Der erste Punkt, nämlich herauszufinden, wie die Bevölkerung die Durchfahrtsbeschränkung und die Parkplatzaufhebung annimmt, finden wir eine zu kurz greifende Fragestellung. Warum. Es wird davon ausgegangen in dieser Zielsetzung, dass die Bevölkerung hauptsächlich von der Durchfahrtsbeschränkung und von Parkplatzaufhebungen betroffen ist.

Hier erinnere ich Sie gerne daran, dass rund die Hälfte der Haushalte im Kanton kein eigenes Auto besitzen und primär mit dem öffentlichen Verkehr, zu Fuss oder auf dem Velo unterwegs sind. In besonders dichten Quartieren wie dem St. Johann oder dem Matthäus, wo jetzt Pilotprojekte gemacht werden, gibt es noch viel mehr autofreie Haushalte. Uns interessiert daher nicht nur, wie die Bevölkerungsteile mit Auto die Massnahmen aufnehmen, wie sie die Durchfahrtsbeschränkungen und Parkplatzaufhebungen aufnehmen, sondern uns interessiert auch, wie die heute vom rollenden und stehenden Autoverkehr betroffene Bevölkerung, die heute schon autofrei lebt, die Verbesserung der Verkehrssicherheit für Fuss und Velo aufnimmt, wie sie die Reduktion des Verkehrslärms aufnimmt und wie sie den zusätzlich gewonnenen öffentlichen Raum, den sie sich aneignen können, aufnimmt.

Und wenn das Controlling dieser Pilotprojekte nur auf die negativen Aspekte fokussieren wird, die nur einen Teil der Bevölkerung, nämlich diejenigen mit Autobesitz, betreffen, dann wird wohl das Fazit auch entsprechend ausfallen. Daher fänden wir es toll, wenn diese Zielformulierung noch entsprechend ausgeweitet werden könnte und nicht nur auf diejenigen Bevölkerungsteile fokussiert, die ein eigenes Auto haben.

Damit habe ich geendet, bedanke mich für die Aufmerksamkeit und freue mich, wenn wir diesen Anzug nun stehen lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Pascal Messerli für die SVP.

Pascal Messerli (SVP): Ich möchte das nicht gross in die Länge ziehen. Ich denke, der Regierungsrat hat ausgeführt, dass er gewisse Projekte lancieren möchte. Dementsprechend kann man auch den Anzug jetzt abschreiben. Ich möchte vielleicht nur noch ein Wort an die Anzugsstellerin Brigitte Kühne verlieren. Sie haben gestern einen Anzug von Ratskollege Joël Thüring nicht überweisen wollen, weil man ja bei dem Bau- und Verkehrsdepartement einen Anruf machen kann. Ich denke, es ist ja auch Ihre Departementsvorsteherin, welche bei diesem Anzug ja im Hauptlead sein wird, da denken wir auch, dass sie einen Anruf erreichen würde und man diesen Anzug nicht unbedingt stehen lassen muss.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Daniel Seiler gemeldet.

Daniel Seiler (FDP): Ich denke, ich kann im Namen der ganzen FDP sprechen. Sie reden viel über Partizipation hier, über Einbezug der Bevölkerung, was wichtig ist für die Bevölkerung, da möchte ich doch einfach nochmal in Erinnerung rufen, die Bevölkerung, die Stimmbevölkerung hat im letzten November die Stadtklima-Initiativen beide deutlich abgelehnt. Ein grosser Teil davon waren eben auch solche Superblocks.

Dann möchte ich nochmal kurz auf diesen Verein Wettstein 21 eingehen, der hier so gelobt wird. Der Verein, der mit staatlich finanzierten Workshops antritt, der Verein, der partizipativ im Quartier vorgehen will und Workshop einlädt dazu, in denen es heisst, «Wettstein autofrei» als Arbeitsgrundlage. Und dann wundert man sich am Schluss, wenn eine Charta rauskommt, die eben genau ein autofreies Quartier fordert. Ich denke, es ist klar, worum es da geht.

Dann komme ich nochmals auf die immer wieder wiederholte Art und Weise der Diskriminierung, dass wir in dieser Stadt immer weniger Leute haben, die ein Auto haben. Was hier aber leider vergessen ist, dass viele Leute auch Besucher empfangen. Das gibt es tatsächlich. Es gibt Leute, die ihre Familie, die zu ihnen kommen wollen und sie besuchen, die kommen zum Teil wirklich auch mit dem Auto. Es gibt sehr viele Leute, die in dieser Stadt auch darauf angewiesen sind, dass sie zur Arbeit mit dem Auto fahren. Wir haben im Wettsteinquartier einen sehr hohen Druck bezüglich zu wenig Parkplätze. Sie kämpfen auch gegen diese Quartierparkings und so.

Von dem her, hören Sie doch bitte auf, dauernd immer zu sagen, es sind weniger, die Autos fahren. Wir bekämpfen auch nicht die Minderheiten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage von Tobias Christ annehmen? Sie wird angenommen.

Tobias Christ (GLP): Daniel Seiler, Sie haben die abgelehnten Stadtklimainitiativen erwähnt. Können Sie sich vorstellen, dass diese von vielen Leuten auch deshalb abgelehnt wurden, weil ihnen verschiedene Kreise, die Regierung, aber auch der Gewerbeverband in seiner Kampagne genau solche Massnahmen, wie zum Beispiel namentlich insbesondere diese Superblocks in Aussicht gestellt haben?

Daniel Seiler (FDP): Nein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Raffaela Hanauer hat sich noch als Einzelsprecherin gemeldet.

Raffaela Hanauer (GAB): Ich möchte ganz kurz auf das soeben gesagte eingehen und die Abstimmungsgegner*innen der Stadtklima-Initiativen auf ihre Versprechen berufen und auch berichtigen, was vorhin soeben gesagt wurde. Ich würde Sie wirklich bitten, sich an Ihre Versprechen im Abstimmungskampf zu halten. Im Abstimmungskampf wurde mehrfach gesagt, es sei doch schon alles aufgegleist, diese Initiativen seien unnötig. Jetzt stimmen wir über genau eines dieser Projekte ab, die eben schon aufgegleist sind. Daher finde ich das Argument mit den Stadtklima-Initiativen höchst schwach und wirklich auch nicht würdig, wenn man solche Versprechen im Abstimmungskampf macht.

Dann der zweite Punkt, was im Abstimmungskampf auch immer wieder gesagt wurde, sind die Klimaziele, wir hätten ja die Klimaziele. Entsprechend, wenn wir die Klimaziele wirklich ernst nehmen, dann müssen wir auch im Verkehrsbereich wirklich vorwärtsmachen und eben eine schon bereits aufgegleiste Massnahme wirklich voranbringen.

Dann ein dritter Punkt, weshalb man gesagt hat, die Stadtklima-Initiativen seien nicht allzu gut, sind die Baustellen. Jetzt sind die Superblocks eine dieser Massnahmen, die am allerwenigsten Baustellen verursachen, weil sie ohne bauliche Massnahmen sehr effizient und schnell umgesetzt werden können. Also bitte ich Sie, die Stadtklima-Initiativen wurden nicht abgelehnt, weil die Bevölkerung gegen Superblocks ist. Das kann man so einfach nicht deuten und Abstimmungsversprechen im Abstimmungskampf sollte man halten.

Dann noch ein letzter Punkt zu den Besuchenden, die auch mit dem Auto in die Stadt kommen wollen. Ich weise darauf hin, dass wir ein sehr gutes Netz im öffentlichen Verkehr haben, dass wir auch mit Fahrrädern in die Stadt fahren können, gerade wenn man aus dem Agglomerationsraum kommt, und daher würde ich sagen, ist das für mich kein valables Argument.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Raffaela Hanauer, möchten Sie die Zwischenfrage von Daniel Seiler annehmen? Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Nur ganz kurz. Wollen Sie Besuchenden verbieten, mit dem Auto in die Stadt zu kommen? Es hört sich so an.

Raffaela Hanauer (GAB): Ich denke, wir sollten mit Dosieranlagen das tatsächlich tun. Da haben wir auch bereits demokratisch entschiedene Vorstösse, die auf dem Weg sind und ja, wir müssen, wie die Regierung sagt, um die Klimaziele zu erreichen, den Autoverkehr um einen Drittel reduzieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: In der zweiten Runde wünscht Regierungspräsident ad interim Lukas Engelberger das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Wir haben Ihnen in unserem kurzen Bericht ja dargelegt, dass der Regierungsrat das Konzept der Superblocks interessant findet und wir deshalb in den nächsten zwei Jahren auch entsprechende Pilotprojekte umsetzen und testen wollen in den Quartieren Matthäus und St. Johann. Das wird uns ermöglichen, Erfahrungen zu sammeln und die werden wir auch der Öffentlichkeit wieder zur Verfügung stellen. Das ist jetzt eher eine formale Frage, ob Sie darüber noch einmal in Form einer zweiten Anzugsbeantwortung einen Bericht bestellen wollen, dann liefern wir den selbstverständlich, oder ob wir das der weiteren öffentlichen Diskussion überlassen, die ohnehin stattfinden wird über das Modell dieser Superblocks.

Es ist in der Diskussion namentlich von Brigitte Kühne prominent das Wettsteinquartier eingebracht worden. Das haben wir begründet, weshalb wir dort vorerst von einem Superblock Test absehen wollen. Wir sind der Auffassung, dass dieses Quartier nicht in vergleichbarem Umfang wie die beiden anderen, wo die Superblock Experimente jetzt beginnen, von diesen

Belastungen betroffen ist. Es gibt dort insbesondere die Rheinpromenade als sehr nahegelegene Erholungszone, deshalb haben wir den Problemdruck als etwas geringer im Wettstein eingeschätzt.

Mir ist schon wichtig zu sagen, es ist nicht möglich, rechtlich durch Anzugsüberweisung irgendwo einen Superblock zu befehlen. Anzug ist prüfen und berichten und die Frage lautet, ob und wie man ein Superblog Test bewerkstelligen könnte im Wettsteinquartier. Das haben wir geprüft und wir haben berichtet und wir sehen davon ab. Damit ist der Anzug erfüllt. Sie können nicht mit einem Anzug Superblocks erzwingen, so funktioniert es nicht und dafür bitte ich um Verständnis.

Und dann möchte ich noch sagen zu dem Votum von Raffaela Hanauer, ich glaube, Sie haben uns eine etwas zu einseitige oder eine eindeutig zu einseitige Zielsetzung unterstellt. Sie haben aus Seite 5 unseres kurzen Berichts zitiert, wo wir schreiben, ich lese das noch einmal vor: Der Kanton prüft, wie Superblocks in Basel umgesetzt werden können. Dabei interessiert insbesondere: Wie die Bevölkerung die verkehrliche Situation (Durchfahrtsbeschränkung, Parkplatzaufhebung) annimmt. Und: Welche und wieviel Gestaltung es braucht, damit Bespielung gelingt bzw. sich die Quartierbewohnenden den zusätzlichen öffentlichen Strassenraum aneignen.

Also wir fragen, wie die Bevölkerung die verkehrliche Situation annimmt und ich kann dieser Fragestellung einfach nichts Tendenziöses entnehmen und schon gar nicht irgendwie einen negativ Twist oder so. Wir fragen das ganz offen und es ist selbstverständlich so, dass gewisse Personen, Einwohnerinnen und Einwohner das positiv finden werden, wenn keine Autos mehr vorbeifahren, und andere diese Möglichkeit eben vermissen werden und das wird man irgendwie ins Verhältnis zueinander setzen müssen. Das ist dann Teil der Analyse.

In diesem Sinne meinen wir, Sie können den Anzug jetzt abschreiben und die weitere Diskussion wird sich dann entlang dieser Pilotprojekte in den beiden Quartieren wahrscheinlich ergeben oder Sie entscheiden halt anders. Dann unterziehen wir uns dem, aber wir finden das grundsätzlich nicht mehr nötig, noch eine zweite Anzugsbeantwortung hier mit Stehenlassen zu erzwingen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst abschreiben, NEIN heisst stehen lassen

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 52 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002872, 08.02.24 11:10:29]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 52 Nein-Stimmen bei 42 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

35. Interpellation Nr. 140 Annina von Falkenstein betreffend Fehlleistungen der Staatskanzlei bei den National- und Ständeratswahlen, Schriftliche Beantwortung

[08.02.24 11:10:40, 23.5558.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Annina von Falkenstein (LDP): Die Antwort auf meine Interpellation vom November 2023 habe ich zur Kenntnis genommen. Dabei sind mir folgende Punkte besonders aufgefallen. Es wurden nicht alle Fragen beantwortet. Interpellationen dienen dem Zweck, Fragen der Grossratsmitglieder korrekt und vollständig zu beantworten. Wenn dies nicht machbar ist, wäre eine

Erklärung für das Ausbleiben einiger Antworten wünschenswert. So auch rund um die Fragen, die ich zu den Pannen bei den Wahlen im Oktober 2023 gestellt habe. Bei einigen Antworten bei den Fragen, die beantwortet wurden, wurde enorm minimalistisch ausgeführt. Ich hätte die Fragen wohl inquisitorischer formulieren müssen. Ich erachte es aber einer guten Zusammenarbeit zwischen dem Regierungsrat und dem Parlament würdig, wenn in dieser Form des Informationsaustauschs etwas offener und direkter kommuniziert werden könnte.

Der korrekte Ablauf ist im Interesse der Gesamtbevölkerung und entsprechende Offenheit und Transparenz rund um die Pannen, die bei den Wahlen erfolgt sind, wäre sehr wünschenswert. Sie würden auch durch die Offenheit und die Transparenz der weiteren Vertrauensbildung dienen. Der Staatskanzlei sind bei den Wahlen im Oktober 2023 ganz offenbar Fehler unterlaufen. Diese werden allerdings mit verklausulierten Formulierungen und einer grundsätzlich sehr defensiven Antworthaltung abgetan. So wird zum Beispiel auf eine bis dato unbekannte Ausgangslage im E-Voting hingewiesen, die für die Leserschaft der Interpellationsbeantwortung nicht weiter ausgeführt wird. Die ausgebliebene Kommunikation der letzten zeitlichen Verschiebung der Resultatbekanntgabe auf Twitter und der Kantonswebseite, wird mit einer cleveren Formulierung schöngeschrieben. Auf die Ursachen eingegangen wird bei beiden Beispielen nicht.

Ich hoffe, dass die Fehler rund um die Wahlen sowie die defensive Haltung der Staatskanzlei, die in dieser Interpellationsantwort demonstriert wird, im genannten Debriefing zwischen dem Regierungsrat und der Staatskanzlei detailliert geprüft werden. Wo Menschen arbeiten, passieren Fehler, das ist mir klar. Der Korrekturprozess eines Fehlers kann aber erst dann eingeleitet werden, wenn Fehler eingesehen und analysiert werden. Beide Schritte vermisse ich in weitesten Teilen der vorliegenden Antwort.

Das öffentliche Vertrauen in die Durchführung von Wahlen und Abstimmung und deren korrekte Auszählung sind ein hohes Gut, das von allen involvierten Parteien gepflegt werden muss. Dies ist durch die vorliegende Interpellationsantwort meiner Meinung nach leider nicht der Fall. Aus all den genannten Gründen bin ich mit der Beantwortung der Interpellation nicht zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

36. Interpellation Nr. 149 Beat K. Schaller betreffend einseitige Politpropaganda von staatlich finanzierten Institutionen, Schriftliche Beantwortung

[08.02.24 11:13:59, 23.5604.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant steht bereit, um zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Beat K. Schaller (SVP): Ich danke Ihnen für die Antwort auf meine Interpellation, welche mich aber nicht überzeugt. Es handelte sich bei diesem besagten Treffen im Quartierzentrum Iselin nicht um einen Informationsanlass zu den Stadtklima-Initiativen, sondern um eine einseitige Plattform für die Befürworter. Das sei Ihnen auch unbehalten, natürlich, demokratiepolitisch ist da überhaupt kein Problem damit, denn es gilt ja auch die Meinungsfreiheit. Diese Freiheit hat aber ihre Grenzen dort, wo sie von mit staatlichen Geldern finanzierten Institutionen zur Indoktrination der Öffentlichkeit missbraucht wird. Wären am besagten Anlass auch Gegner der Initiativen eigeladen gewesen, dann wäre der Vorwurf der politischen einseitigen Meinungsmache dahingefallen.

Die Organisatoren im Quartierzentrum outen sich in der Einladung, indem sie schreiben, und ich zitiere hier jetzt aus der Webpage des Quartierzentrums: Wir hören einen Input von Tonja Zürcher vom Initiativkomitee und sehen einen Film von einem Landschaftsarchitekturbüro. Dieses explizite «wir» beim Hören und das explizite «wir» beim Sehen zeigt ganz klar und deutlich, dass sich die Organisatoren mit den Initiativen identifizieren und via euphemistisch genannten Informationsanlass ihre politische Meinung transportieren wollen.

Noch einmal, da ist demokratiepolitisch nichts dagegen einzuwenden. Schwierig und stossend ist es, wenn dies auf Kosten des Steuerzahlers geschieht. Das bestätigt ja auch der Regierungsrat. Er schreibt in seiner Antwort: «Aus Sicht des Regierungsrates sollte jedoch klar deklariert werden, wer die veranstaltende Organisation und demnach auch wer für den Inhalt der Veranstaltung verantwortlich ist. Der Newsletter-Text des Quartierzentrums Iselin war diesbezüglich missverständlich formuliert, sodass davon auszugehen war, dass das Quartierzentrum Iselin selber Veranstalter des Anlasses war». Nein, das war nicht missverständlich formuliert, das war sehr klar und deutlich formuliert, nicht irgendeine unklare Kommunikation. Das war ein klares Bekenntnis zur Absicht, die Öffentlichkeit einseitig zu beeinflussen.

Ich bin mit der Antwort nicht einverstanden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

37. Interpellation Nr. 157 Lorenz Amiet betreffend Bundesratswahlfeier und ihre Kosten für den Steuerzahler, Schriftliche Beantwortung

[08.02.24 11:18:06, 23.5625.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant steht bereit, um zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Lorenz Amiet (SVP): Ich versuche mich gleich kurz zu fassen, wie die Regierung in der Beantwortung meiner fünf Fragen. Sie hat neun Sätze gebraucht dafür. Und verstehen Sie mich nicht falsch, neun Sätze reichen für die Beantwortung meiner Interpellation. Umso mehr bin ich nach wie vor erstaunt darüber, dass man das nicht auch mündlich erledigen konnte.

Mit den Fragen 1 bis 4 bin ich zufrieden hinsichtlich der Beantwortung, bei der Frage 5, da ging es um die Zukunft, um die Lehren, die man für die Zukunft ziehen könnte, hingegen nicht. Wenn ich die Antwort lese, dann kommt mir Altbundesrat Maurer in den Sinn; keine Lust.

Entsprechend in der Summe ergibt sich daraus ein teilweise befriedigt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

38. Interpellation Nr. 158 Beat Braun-Gallacchi betreffend Ausrichtung und Organisation der Ständerats- und Bundesratsfeierlichkeiten, Schriftliche Beantwortung

[08.02.24 11:19:19, 23.5653.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu begründen, ob er zufrieden ist.

Beat Braun-Gallacchi (FDP): Ich bin mit der Antwort zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

39. Anzug Claudia Baumgartner und Konsorten betreffend übermässige Vermehrung von Freigängerkatzen / Tierwohl für Streunerkatzen, Schreiben des RR

[08.02.24 11:20:00, 21.5630.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrat Lukas Engelberger hat das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Es ist unbestritten, dass das Kastrieren und Chippen von Katzen, die den Freigang geniessen, nicht nur aufgrund der Reproduktionskontrolle ratsam ist, sondern für die Tierhalterinnen und Tierhalter auch andere Vorteile mit sich bringt. Dies ist der überwiegenden Mehrheit der Katzenhalterinnen und -haltern auch bewusst. Hierzu verweist der Regierungsrat auch auf die zahlreich vorhandenen Informationskampagnen von Bund und Tierschutzorganisationen zum Thema. Ein Blick in die zentrale Tierdatenbank Anis zeigt, dass bereits jetzt über 75 Prozent der Hauskatzen im Kanton Basel-Stadt gechippt und registriert sind. Katzenhalterinnen und Katzenhalter, die ihre Tiere nicht kastrieren oder chippen lassen, sind aber nicht alle zwangsläufig verantwortungslos. So gilt zu bedenken, dass in einer Stadt auch viele Wohnungskatzen leben, die keinen direkten Zugang zur freien Natur geniessen und dadurch auch keine unmittelbare Notwendigkeit für eine Kastration oder für das Chippen gegeben ist.

Für den Regierungsrat stellt sich damit die Frage nach der Notwendigkeit und Verhältnismässigkeit einer gesetzlichen Regulierung, die letztlich wohl primär verwilderte und herrenlose Hauskatzen tangieren dürfte. Eine gesetzliche Regelung und Pflicht ginge zudem mit entsprechenden Kontrollmassnahmen bei den Katzenhaltenden einher, was mit einem erheblichen administrativen Zusatzaufwand verbunden wäre. Wir weisen darauf hin, dass sowohl der Bund als auch andere Kantone, wie etwa Zürich oder Bern, die Einführung einer Kastrationspflicht für Katzen unter anderem deshalb abgelehnt haben, weil eine entsprechende Regulierung unverhältnismässig sei, da sie die Situation der streunenden Katzen nicht unbedingt verbessere, dafür aber zu einem erheblichen administrativen Kontrollaufwand führen würde. Diese Beurteilung von Bund und anderen Kantonen zeigen auf, dass die Frage der Eignung und damit auch die Verhältnismässigkeit einer flächendeckenden Kastrationspflicht für Katzen schweizweit kontrovers beurteilt wird.

Der Regierungsrat ist insgesamt der Meinung, dass eine Kastrations- und Chip-Pflicht durchaus gewisse Vorteile bringen könnte. Aber mit Blick auf den Umstand, dass bereits jetzt 75 Prozent der Katzen eben gechippt sind, stellt sich für uns die Frage der Verhältnismässigkeit angesichts des grossen Kontrollaufwands. Im Übrigen geben wir zu bedenken, dass die Tierschutzgesetzgebung in der Kompetenz des Bundes liegt. Eigentlich müsste also Kastrations- und Chip-Pflicht auf Bundesebene geregelt werden und eine materielle Regelung auf kantonaler Ebene wäre deshalb aus Sicht des Regierungsrats nicht angezeigt.

Deshalb bitten wir, unseren Bericht zur Kenntnis zu nehmen und den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Hier hat sich Daniel Albietz für die Mitte/EVP eingetragen.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Vielleicht überrascht es Sie, dass ich mich zu Wort melde bei diesem Thema, aber zum einen mag ich Katzen, zum anderen meldet sich bei mir ein Reflex, wenn ein Problem mit neuen Vorschriften, mehr Bürokratie und neuen Pflichten gelöst werden soll, ohne dass es am Ende wirklich gelöst ist. Im Einklang mit meiner Fraktion unterstütze ich den Antrag der Regierung, den Anzug abzuschreiben. Wir haben es, wie angedeutet, einmal mehr mit einem Vorstoss zu tun, dem die Illusion zugrunde liegt, einem Problem mit mehr Vorschriften und Regulatorien beizukommen und damit die persönliche Freiheit unnötig zu beschneiden. Mit diesem Vorstoss wird gewissermassen mit Kanonen auf Katzen geschossen. Das kann man machen, aber wohl nicht mit durchschlagendem Erfolg.

In der Anzugsbeantwortung ist nachzulesen, dass bereits ein grosser Teil der Katzenhalter in unserem Kanton Verantwortung zeigt. Über 75 Prozent haben ihre Katzen freiwillig chippen lassen, was deutlich zeigt, dass viele sich der Problematik bewusst sind und verantwortungsvoll handeln. Auch ist ein Grossteil der Katzen kastriert beziehungsweise sterilisiert. Dass eine Überpopulation an Streunerkatzen ein Problem darstellen kann, wird nicht bestritten. Aber warum sollte man dennoch keine Kastrations- und Chip-Pflicht einführen? Die Antwort ist einfach, die Tierärzte und Tierärztinnen, wohl unbestrittene Experten in dieser Frage, empfehlen zwar die Kastration, aber auf freiwilliger Basis. Sie warnen vor den Problemen, die eine gesetzliche Pflicht mit sich bringen würde. Dazu gehören unter anderem der Stress für die Tiere beim Einfangen und der erhöhte Verwaltungsaufwand, der letztlich uns allen zur Last fallen würde.

Interessanterweise kommt dieser Vorstoss von der Grünliberalen Fraktion, was durchaus zu hinterfragen ist, denn das Anliegen ist meines Erachtens weder grün noch liberal. Seit wann steht Grün für eine zwanghafte Kontrolle der Natur und nicht für Naturnähe. Sterilisations- und Chip-Zwang, das klingt für mich alles andere als natürlich. Es scheint fast, als müsste der natürliche Lauf der Dinge in dieser Frage den eigenen Vorstellungen angepasst werden. Und weshalb ist das Anliegen nicht liberal? Liberalismus bedeutet, auf die Mündigkeit und Eigenverantwortung der Bevölkerung zu setzen, nicht auf ein Dickicht aus Ver- und Geboten. Der Anzug wie auch die Absicht, ihn entgegen dem Antrag der Regierung stehen zu lassen, widerspricht dem Grundsatz der persönlichen Freiheit. Es ist leicht widersprüchlich, im Parteiprogramm Freiheit und Eigenverantwortung zu predigen und hier nach Regulierung und Technokratie zu rufen. Warum sprechen wir der Bevölkerung das Verantwortungsbewusstsein ab und bevormunden sie mit unnötigen Gesetzen?

Lassen Sie mich bei diesem Punkt einen persönlichen Aspekt hinzufügen. Ich habe dazu zwei Bilder mitgebracht im Wissen, dass Katzenfotos und Videos überall in der Welt gut ankommen. Auf den Bildern sind zwei unserer vier Jungkatzen zu sehen, die wir vor rund zwei Jahren aufgezogen haben. Auf dem ersten Bild ist Charly und auf dem zweiten Bild, ich bitte um Einblendung, ist Chili zu sehen. Sie sehen, wir hatten selbst eine Katze mit vier Jungen zu Hause. Das Aufziehen junger Katzen ist eine wunderbare lehrreiche Erfahrung, nicht nur für Kinder. Eine Kastrationspflicht würde eine solche Erfahrung in die Illegalität verbannen. Wir hätten etwas Verbotenes getan, das heisst entweder wäre uns und unseren Kindern, falls es damals eine solche Pflicht gegeben hätte, eine wertvolle Erfahrung vorenthalten geblieben oder aber wir hätten uns über die Vorschrift hinwegsetzen müssen, was ich problematisch finde. Der Anzug und sein Anliegen sind in dieser Hinsicht eben unnötig bevormundend. Zumindest eine Ausnahmeregelung müsste im Falle, dass der Anzug stehen gelassen wird, vorgesehen werden, damit verantwortungsvolle Katzenhalterinnen und -halter ihren Kindern eine solche Erfahrung ermöglichen können, falls sie es denn wünschen.

Schliesslich macht eine baselstädtische Insellösung keinen Sinn. Basel ist umgeben von direkt an die Stadt gebauten Agglomerationsgemeinden des Kantons Basel-Landschaft, in dem eine entsprechende Regelung fehlt, meines Erachtens völlig zu Recht. Hinzu kommt, wie in der Anzugsbeantwortung dargelegt, die exponierte Grenzlage zu zwei Kantonen und zwei grossen europäischen Nationen. Wir sollten uns nicht die Illusion machen, dass wir das Problem der Streunerkatzen im kleinflächigsten Kanton der Schweiz mit solchen Massnahmen lösen. Das war auch das wichtigste Argument in der Beantwortung. Eine Zuwanderung von verwilderten Katzen ist jederzeit möglich. Damit ist das Problem mit den vorgeschlagenen Vorschriften nicht lösbar. Ein weiterer Grund, auf eine entsprechende gesetzliche Regelung zu verzichten. Vielleicht müsste man die Katzen ausblenden, sie lenken nämlich ab.

Und das letzte Argument, ganz allgemein ist es aus meiner Sicht ein Unding, Anzüge stehen zu lassen, um ein Anliegen durchzusetzen. Wir hatten vorher das gleiche Beispiel bei den Superblocks. Ein Anzug, auch dieser, hat eine Auskunft der Regierung zum Ziel, die sind nun erteilt, diese Auskünfte. Der Anzug müsste abgeschrieben werden und es wäre an der Anzugsstellerin oder einem anderen Parlamentsmitglied, nun eine Motion einzureichen, falls eine gesetzliche Regelung getroffen werden soll und diese zur Diskussion zu stellen. Dann würde auch die rechtliche Zulässigkeit des Anliegens verbindlich geprüft. Insbesondere ist es meines Erachtens in vielen Fällen und auch hier nicht angebracht, umfassend beantwortete Anzüge stehen zu lassen.

Lassen Sie mich zusammenfassen. Eine Basler Insellösung wäre unverhältnismässig, hätte angesichts der Kleinräumigkeit unseres Grenzkantons lediglich eine beschränkte Wirkung auf die Streunerpopulation und rechtfertigt keine derart einschränkenden und mutmasslich auch bundesrechtswidrigen Vorschriften und illegal möchte ich nicht sein, wenn meine Kinder und wir zusammen kleine Katzen aufziehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Daniel Albietz, es gibt eine Zwischenfrage von Johannes Sieber. Sie wird angenommen.

Johannes Sieber (GLP): Welche Erfahrung würde Ihren Kindern genommen, wenn jetzt dieses Reglement kommen würde? Das habe ich nicht verstanden.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Das erkläre ich gerne nochmal. Wir hatten eine Jungkatze, die nicht kastriert oder sterilisiert war. Wir hätten sie mit diesem Gesetz sterilisieren müssen und sie hätte keine Jungen haben können. Das ist das Problem.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die nächste Sprecherin ist Christine Keller als Fraktionssprecherin der SP.

Christine Keller (SP): Ich habe nicht nur einen Hund, ich habe auch Katzen und ich liebe Katzen sehr. Und nein, Daniel Albietz, es wäre ja nicht so, dass das illegal wäre, die Schwängerung Ihrer Katze, weil der Vorstoss sich nur auf Freigänger bezieht. Sofern Sie eine Wohnungskatze haben und diese weiter züchten wollen, wäre Ihnen das weiterhin erlaubt. Und dann vielleicht noch etwas, was Sie am Schluss gesagt haben, der Anzug, da möchte ich schon daran festhalten, dass der Anzug nicht einfach eine Frage stellt, sondern eine Forderung in den Raum stellt und wenn einem die Begründung, warum diese Forderung nach Prüfung nicht erfüllt werden soll, wenn einem diese nicht einleuchtet und man damit nicht zufrieden ist, dann haben wir das Recht, diesen Vorstoss eben ein zweites Mal stehen zu lassen oder ein erstes Mal in diesem Fall.

Nun aber zu den Katzen. Ich bin wirklich auch nicht nur Hunde-, sondern Katzen- und überhaupt Tierfreundin. Ich hatte im Ausland schon die Gelegenheit, auf meiner Lieblingsinsel Kreta, die auch per Schiff und Zug zu erreichen ist, Katzen rettet zu dürfen mit Hilfe von lokalen Tierschutzorganisationen. Die betreffende Katze lebt nun, so hoffe ich, glücklich in Hamburg, nachdem wir sie eingefangen haben. Aber die Hauptarbeit jeglicher Tierschutzorganisation im Ausland wie im Inland ist

immer die Kastration dieser insbesondere streunenden Katzen. Das ist zentral natürlich. Eine wirksamere Massnahme, um das Streunerelend zu dämmen, als die Kastration gibt es nicht. Und dabei geht es nicht nur um die Kätzinnen, die da wild leben, diese zu kastrieren, sondern es geht eben auch darum, wildlaufende Kater, die dann diese Kätzinnen wieder schwängern, zu kastrieren.

Es gibt auch in Basel wirklich Katzenleid. Es gibt in der Schweiz Katzenleid. Ich dachte auch lange, das sei eher ein Problem der südlichen Länder, das stimmt nicht. Und wie man da die Verhältnismässigkeit anzweifeln kann, wenn es wirklich die wirksamste Massnahme ist, um dieses Katzenleid zu bekämpfen, das verstehe ich nicht. Und der Bund sagt immerhin auch, zumutbare Massnahmen seien zu ergreifen und uns scheint dies wirklich zumutbar, als dass diese freilaufende, immer freilaufende, wer zu Hause zwei Zuchtkatzen halten will, darf das, aber freilaufende Katzen und Kater insbesondere eben nicht zur Weitervermehrung beitragen sollen.

Eingriff in die persönlichen Rechte, zusätzliche Pflicht, ja, das haben wir Hundehaltenden ja auch oder es wird auf uns zukommen jetzt mit dem neuen Kurs, den ich persönlich ausdrücklich befürworte. Ich finde das eben aus tierschützerischer Sicht wertvoll. Auch da geht man über den Bund hinaus und das ist auch richtig so. Auch die Katzenhalter sollen Verantwortung übernehmen und dass es 75 Prozent von ihnen tun, ist ja erfreulich, was die Bechippung anbelangt, wenn das stimmt, aber das heisst, dass immer noch 25 Prozent der Katzen eben auch nicht gechippt sind. Und eine Vorschrift in diesem Sinne würde sicher keine unverhältnismässige Massnahme darstellen.

Im Interesse wirklich grosses Tierleid zu vermeiden, unterstützen wir sehr den Anzug von Claudia Baumgartner und bitten, den stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage von David Jenny annehmen? Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Wenn Mani Matter in Basel nach Ihren und Frau Baumgartners Vorstellungen leben würde, dürfte er dann noch formulieren im Ferdinand, und ich bin nicht Berner, Frau Mathys: «So het är ou am gröschtä Nachwuchs s'läbä gschänkt, das duät eym albä tröschtä wo as sis schtärbä dänkt». Können Sie das bitte spontan umdichten auf die Stadt Ihrer Vorstellung?

Christine Keller (SP): Also ich sage nur: «Geng d'liäbi het ne tribä nie z'Müs u Vögel fa, är isch mis Vorbild blibä de Chatzä ma». Aber zu Mani Matters Zeiten war wahrscheinlich das Streunerelend noch nicht so ausgeprägt wie heute. Sein Ferdinand hat daher wohl nicht so zum Tierelend beigetragen, wie es heute viele freilaufende Kater tun. Also eine Umdichtung, da bin ich jetzt spontan überfordert, aber heute Abend bring ich es.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum nächsten Franktionssprecher. Das ist Béla Bartha für das GAB.

Béla Bartha (GAB): Mein Votum hier wird wohl nicht ganz vielleicht im Sinne sein von Claudia Baumgartner und auch von Christine Keller, aber trotzdem geht es in die gleiche Richtung oder hat den gleichen Zweck. Wir vom GAB wollen auch beliebt machen, dass man diesen Anzug noch stehen lässt.

Bevor wir uns also hier vollends in die Bilder von süssen Katzen verlieben, möchte ich doch einige Zahlen vorweg hier bringen. In der Schweiz schätzt man, dass etwa 1,7 Millionen Katzen leben und davon sind 1,4 Millionen Freigänger, also solche Katzen, die einfach in der Natur sich bewegen jeden Tag, Türe auf, Katzen raus, Türe zu. In Basel, so habe ich die Zahlen bekommen von Frau Baumgartner, sind es etwa geschätzt zehntausend Katzen, die wir auf dem Kantonsgebiet in der Freiheit laufen lassen.

Ich bin Ökologe und Biodiversitätsfreund und wenn ich das jetzt hier so höre, dann muss ich sagen, ups, das ist aus ökologischer und Biodiversitätssicht eine kleine Katastrophe. Man schätzt ja etwa, dass diese 1,7 oder 1,4 Millionen Katzen so in etwa 30 Millionen Vögel pro Jahr wegputzen und auf dem Raum von Basel wären das dann doch etwa über 30’000 getötete Vögel jedes Jahr. Ganz zu schweigen von dem, was dann an Blindschleichen und Eidechsen von diesen süssen Rackern das Zeitliche segnen müssen.

Und noch eine kleine Zahl, die vielleicht überrascht. Wenn wir uns jetzt hier in der freien Wildbahn bewegen würden und zum Beispiel die europäische Wildkatze hier suchen würden auf dem Gebiet von Basel-Stadt, dann würden wir bestenfalls vier bis sechs solche Wildkatzen finden, die ihr Jagdrevier auf diesen 3’600 Hektaren ausdehnen. Also alles Zahlen, die mich eher dazu bringen, einige Sympathie für diesen Vorstoss oder diesen Anzug von Frau Baumgartner, aber vielleicht aus anderer Sicht, entgegenzubringen.

Aber bevor ich da völlig bei allen Katzenliebhaber*innen total untendurch bin, möchte ich doch ganz klar sagen, dass ich auch anerkenne, dass Katzen natürlich emotional für viele Menschen einen ganz wichtigen Faktor bieten und schlussendlich die Römer, die Katzen auch in Europa eingeführt haben, weil sie sich erhofft haben, der Mäuse- und Rattenplage Herr zu werden, und deshalb haben die Katzen sicher ihren Platz in der Stadt verdient.

Und dennoch, wenn man sich diese vorher von mir erwähnten Zahlen vergegenwärtigt, da muss ich sagen, finde ich es dann doch schon ein bisschen stossend, wenn die Regierung zu dem überhaupt keine Reaktion zeigen will, also eigentlich sagt, ja, wir tun doch am liebsten gar nichts und versuchen auch gar nicht erst, den Leuten wirklich ihrer Verantwortung bewusst zu machen, dass sie wirklich auf ihre Katzen Sorge geben und auch vielleicht einmal die Katzen zu einem gewissen Zeitpunkt im Jahr, wenn nämlich die Vögel, die Jungvögel ausfliegen, vielleicht doch mal zu Hause festzuhalten. Das ist alles freiwillig und wird nicht kontrolliert, aber schon das würde eine grosse Wirkung haben. Deshalb finde ich es sehr, sehr wichtig, dass die Regierung sehr wohl etwas unternimmt und die Bevölkerung, die Katzenhalter*innen immer wieder darauf aufmerksam macht, dass ihre Katzen nichts anderes sind als ziemlich sehr effiziente Räuber, die auch wirklich einen Schaden der Umwelt zufügen können.

Also für mich geht diese Antwort der Regierung, lieber nichts tun, weil es auch noch Bundessache ist, das verstehe ich auch nicht ganz, weil sehr viele biodiversität-schützerischen Massnahmen nicht von Bundes-, sondern dann auf Gemeindeebene und auf lokaler Ebene durchgeführt werden sollen und hier sehr wohl die Möglichkeit besteht, auch auf kantonaler Ebene etwas zu machen. Und nicht zuletzt ist das sicher ein gutes Werkzeug oder ein gutes Resultat für die Katzenbesitzer*innen selbst, nämlich wenn diese Bedrohung der Vielfalt der Biodiversität durch die Katzen sich nicht verbessert, gibt es vielleicht sogar eher Verschärfungen in Zukunft für das frei laufen lassen von eben solchen Katzen.

All das bringt das GAB dazu zu sagen, man kann hier sicher mehr tun und würde Sie bitten, diesen Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Claudia Baumgartner für die GLP.

Claudia Baumgartner (GLP): Danke für die spannende Debatte bis jetzt. Ich möchte nicht nochmal alles wiederholen, ich bin schon mal froh, dass eigentlich sich alle einig sind, dass wir ein Problem haben und dass Kastration das Problem wirklich versucht einzudämmen. Es kam jetzt mehrmals, wieso machte man nicht eine Motion. Das war damals mein erster Vorstoss, als ich ganz neu im Grossen Rat war, ich habe mich da nicht getraut, schon mit einer Motion reinzuhauen. Aber ich denke schon, der Anzug hat gewisse Forderungen gestellt und von daher finde ich, kann man ihn auch stehen lassen, wenn man der Meinung ist, dass er noch nicht erfüllt wurde.

Worum geht es hier. Es geht hier für einmal nicht um unsere herzigen Büsis. Ich bin auch eine Katzenliebhaberin, ich habe zu Hause gechippte, kastrierte Kater. Ich kenne die Problematik, ich finde es toll mit jungen Büsis natürlich, es geht hier wirklich um Freigänger. Es geht nicht um das Wohl primär der Freigänger, ich nehme an, alle Katzenhaltenden haben Verantwortungsgefühl für ihre Katzen und versuchen das Beste zu erreichen, sondern es geht eben um diese Streunerpopulationen. Das sind Katzen, die nicht gehalten werden, die irgendwo in Industriearealen, Freizeitgärten, ich habe da durchaus Feldforschung betrieben im 2021, um diesen Anzug da vorzubereiten. Ich habe mich mit Tierschutzorganisationen ausgetauscht und es ist wirklich so, dass diese Streuner, das ist kein Katzenparadies, die sterben vor sich hin, die haben Revierkämpfe, die sind krank, die werden wirklich im Moment von Tierschutzorganisationen, also von Organisationen, die privat finanziert werden, Spenden erhalten, die machen diese grosse Arbeit, dieses Fass ohne Boden versuchen sie irgendwie zu schliessen und es geht einfach nicht, ohne dass wir die Privathaltenden hier auch zu ihrer Verantwortung ziehen. Also es geht eigentlich darum, dass wir die Streunerpopulationen nur eindämmen können, wenn gleichzeitig Privathaltende von Freigängerkatzen uns unterstützen, indem ihre Tiere kastriert werden.

Von daher vielleicht nochmals, was will der Anzug oder wieso finde ich, dass die Regierung hier einen falschen Fokus setzt auf den Aufwand des Kantons. Es geht hier eigentlich um das Verursacherprinzip von Privathaltenden von Freigängerkatzen. Wir haben eine nationale Tierschutzgesetzgebung, die sagt, dass Tierhaltende alle zumutbaren Massnahmen treffen müssen, um übermässige Vermehrung der Tiere zu verhindern. Und wir haben auch Bestimmungen auf nationaler Ebene, die sagen, dass die Kantone für den Vollzug natürlich verantwortlich sind. Das ist ja ein System, das wir politisch gut kennen, dass die Umsetzung bei den Kantonen liegt und sie dazu verpflichtet sind und allenfalls sogar noch selber Bestimmungen erlassen können. Es geht eigentlich nur darum, dass der Kanton jetzt etwas erlässt, um dieses Tierwohl, dass wir als öffentliches Gut, das wir da haben, im Interesse des öffentlichen Guts jetzt etwas zu erlassen.

Also was fordert der Anzug. Er wollte prüfen und berichten und falls es effektiv ist, was ja auch der Regierungsrat bejaht hat, um dieses Problem zu lösen, dass wir eine Kastrationspflicht für Freigängerkatzen einführen. Empfehlung, natürlich macht es Sinn, wenn wir auch noch eine Chip-Pflicht nehmen, aber das nützt ja jetzt nichts, um irgendwie etwas einzudämmen, aber sehr wohl, wenn es darum geht, was machen wir mit Katzen, die wir auffinden, die nicht gechippt sind, wo wir nicht wissen, wem sie gehören. Das ist ein mühsamer Aufwand, weil da muss man zwei Monate lang abwarten, bis man allenfalls einen Besitzer findet, bevor man in Tierheimen dann diese Tiere weitervermitteln kann. Und das macht das Ganze eigentlich teuer,

nebst den Tierarztkosten natürlich, aber das sind alles Kosten, die im Moment von privaten Organisationen gespendet werden. Und eigentlich ist das doch etwas, das dorthin gehört, wo es verursacht oder mitverursacht wird und das sind natürlich die Privathaltenden.

Vielleicht jetzt auch noch zur Kastrationspflicht, wie kann man das umsetzen. Ich fordere nicht, dass der Kanton oder irgendwie Tierarztpraxen hier eine Kontrollpflicht haben bei dieser Kastrationspflicht, sondern man kann es doch einfach machen, indem man sagt, okay, die Leute, die überhaupt zum Tierarzt gehen mit ihren Büsis, das sind ja vielleicht auch nicht immer alle, die werden darauf hingewiesen vom Tierarzt, Sie, wenn Sie Ihre Katze frei halten möchten, dann müssen Sie sie kastrieren. Punkt. Aus. Der Tierbesitzer wird das quittieren müssen und damit ist alles erledigt. Weder der Kanton noch die Tierarztpraxen müssen sich da irgendwie weiter damit dann beschäftigen. Und man kann natürlich auch sagen, wir machen hier eine Busse und da muss man nicht kontrollieren, das ist wie im Strassenverkehrsrecht. Wir machen da auch nicht bei jedem Rotlicht, wo jemand darüberfährt, irgendwie ein grosses Zeug, wenn wir es nicht kontrollieren können. Trotzdem helfen solche Massnahmen natürlich.

Vielleicht jetzt noch zu dieser Chip-Pflicht und zu diesen Zahlen, die da operiert werden auch vom Regierungsrat. In seiner Antwort sagt er, es gibt etwa 30’000 Katzen in baselstädtischen Haushalten. Einen Abschnitt später spricht er dann realistischerweise plötzlich nur noch von rund 12’000 Katzen. Ich denke, das ist ja schon mathematisch nicht möglich, das wären ja zwei Fünftel Katzen pro Haushalt. Und wenn man dann realistischerweise zudem eher davon ausgeht, dass in einem Haushalt zwei Katzen sind, dann sind es vielleicht sogar schon 60’000 gehaltene Katzen und dann sind diese 9’000 registrierten Katzen in dieser Datenbank Anis eben nicht 75 Prozent der gehaltenen Katzen. Es gibt dann auch noch Karteileichen, die da drin herumschwimmen, und viele Zucht- und Rassekatzen, die primär registriert sind. Wenn wir also die Rechnung realistischerweise fortführen, sind wir dann etwa bei 10 bis 15 Prozent der registrierten Stubentiger. Und nochmals, registriert heisst bei weitem nicht kastriert und darum geht es ja natürlich eigentlich.

Von daher verstehe ich nicht ganz, das sind alles Geschichten, die man vor zwei Jahren, als dieser Anzug überwiesen wurde, ja schon kannte. Es gibt keine neuen Ereignisse dazu und ich finde, man hätte zum Beispiel die Zeit jetzt auch mal nutzen können und irgendwie bei der Gesundheitsdirektorenkonferenz mal das Thema aufbringen können, weil es wirklich ein Anliegen ist, das 150 Tierschutzorganisation in der Schweiz unterstützen. Wir haben es gehört, es ist ein weltweites Problem und wir können doch jetzt nicht einfach immer von Verhältnismässigkeit sprechen, die den Kanton hier überhaupt nicht trifft, so wie ich es eigentlich formuliert und gewollt habe, sondern es geht darum, dass wir private Leute in unsere Pflicht nehmen. Es ist wie überall, wo wir uns als Menschen bewegen, wir breiten uns aus, es wird überall plötzlich ein bisschen viel und dann muss man doch irgendwo schauen, wie kann man jetzt eine Regulierung, eine faire Regulierung treffen. Und vielleicht dazu noch ein Sprichwort unbekannter Herkunft: Ein einzelnes Tier zu retten verändert nicht die Welt, aber die ganze Welt verändert sich für dieses eine Tier.

Also bitte helfen Sie mir hier, dass wir das nochmals miteinander anschauen und ich denke wirklich, dass es hier auch rechtlich darum geht, dass die nationale Gesetzgebung, Bundeskompetenz jetzt vom Kanton einfach umgesetzt wird. Von daher danke ich Ihnen vielmals fürs Stehenlassen dieses Anzugs.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Daniel Seiler gemeldet.

Daniel Seiler (FDP): Ich weiss nicht, ob ich mir mit dem einen Gefallen mache. Unser Hund, der Jack, selig, die einen oder anderen, die ihn kennen, wir haben darauf verzichtet, ihn zu kastrieren. Schlussendlich auch auf Anleitung des Hausarztes, weil die Lebendigkeit schlussendlich von diesem Tier eingeschränkt worden wäre. Das heisst, ich weiss, Sie lachen jetzt alle und ich bin ja kein Wissenschaftler, aber wir haben jetzt alle nur von den Tieren gesprochen und ich glaube, es geht ja schlussendlich auch ein bisschen darum, dass sich die Tiere am Schluss wohl fühlen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Ich möchte auch noch etwas sagen. Erstens zu David Jenny, ob er gewusst hat, dass der Ferdinand von Mani Matter am Ende seines Lebens mit einem Nachttopf erschlagen wurde und ob vielleicht der Gang zum Tierarzt nicht die bessere Option gewesen wäre.

Das einerseits und dann, was ich aber ernsthaft meine, ist, es wurde jetzt mehrfach gesagt, schon beim Geschäft davor, dass man doch jetzt das abschreiben und eine Motion einreichen soll und mich stört das ein bisschen. Ich finde eigentlich, dass man doch einen Anzug ein zweites Mal stehen lassen kann. Da ist eine Forderung drin und der Regierungsrat kann die Forderung aufnehmen und ich finde es nicht sinnvoll, wenn man das jetzt abschreibt und mit einer Motion nachdoppelt. Das mag juristisch vielleicht Sinn machen oder richtig sein, aber ich finde es trotzdem falsch. Das wollte ich noch bemerken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Möchte der Regierungsrat in der zweiten Runde das Wort? Er verzichtet. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst abschreiben, NEIN heisst stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

16 Ja, 72 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002878, 08.02.24 11:53:34]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 72 Nein-Stimmen gegen 16 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Schluss der 3. Sitzung

11:53 Uhr

Protokoll

der 4. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Donnerstag, den 8. Februar 2024, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Patrick Fischer (SVP), Leonie Bolz (SP), Beda Baumgartner (SP).

Verhandlungsgegenstände:

40. Motion Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Selbstbestimmtes Leben zu Hause – in Zukunft mit zeitgemässen und bedarfsgerechten Leistungen!, Stellungnahme des RR 3
41. Motion der Gesundheits- und Sozialkommission betreffend Kenntnisgabe der Eignerstrategien der öffentlich-rechtlichen Spitäler an den Grossen Rat, Stellungnahme des RR 6
42. Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend postpartale Depression, Schreiben des RR 7
43. Motion Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Bewilligung von Grossinvestitionen der öffentlichen Spitäler durch den Grossen Rat, Stellungnahme des RR 7
44. Interpellation Nr. 137 Christian C. Moesch betreffend Darlehen des Kantons sowie Gesamtfinanzierung zur baulichen Entwicklung des Universitätsspitals Basel (Campus Gesundheit), Schriftliche Beantwortung 13
45. Interpellation Nr. 153 Eric Weber betreffend warum hat unser Kanton die Studie der Lebenserwartung (in der Basel auf Platz 1 in ganz Europa liegt) verschlafen?, Schriftliche Beantwortung 13
46. Interpellation Nr. 160 Christine Keller betreffend traurige Todesfälle im Zoo Basel im Jahr 2023, Schriftliche Beantwortung 14
47. Anzug Michael Hug und Tobias Christ betreffend freiwillige Abgabe auf Flugtickets und CO2-Reduktionen am EAP fördern, Schreiben des RR 15
48. Motion Aeneas Wanner und Konsorten betreffend Anpassung der Zielsetzungen des Energiegesetzes an das Pariser Klimaabkommen, Bericht des RR 15
48.1. Motion Danielle Kaufmann und Konsorten betreffend Basel pro Klima: Pariser Klimaabkommen einhalten, Bericht des RR 16
49. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend digitalisierte und unbediente Einkaufsläden möglich machen, Stellungnahme des RR 16
50. Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Neukonzipierung IWB-Dach Binningerstrasse neben Pruntrutermatte, Schreiben des RR 17
51. Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten für eine mehrstufigen Trinkwasseraufbereitungsanlage nach dem Vorbild der Gemeinde Muttenz für das gesamte Basler Trinkwasser, Schreiben des RR 17
52. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Senkung des Energieverbrauchs durch intelligente Heizsysteme, Schreiben des RR 20
53. Interpellation Nr. 139 Andrea Strahm betreffend Erschliessung von Grossbasel mit Fernwärme bis zur Kantons- resp. Landesgrenze, Schriftliche Beantwortung 20
54. Interpellation Nr. 151 Fina Girard betreffend Unterbringung von Jugendlichen im Gefängnis durch die KESB, Schriftliche Beantwortung 21
55. Anzug der Gesundheits- und Sozialkommission betreffend Schaffung von «Sozialen Anstellungen» innerhalb der kantonalen Verwaltung und kantonsnahen Betrieben bei erfolgreicher Integration, Schreiben des RR, Schreiben des RR 22
56. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend neues Steuerrechnungsmodell, statt Steuerinkasso auf die Unternehmen abwälzen, Stellungnahme des RR 22

57. Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend Zwischennutzung Musical Theater ab 2025 jetzt in Angriff nehmen, Stellungnahme des RR 25
58. Anzug Remo Gallacchi und Konsorten betreffend ein System und eine Plattform für den ganzen Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR 25
59. Anzug Oliver Thommen und Konsorten betreffend ein digitales Forum für Basel, Schreiben des RR 25
60. Motion Christian von Wartburg und Johannes Sieber betreffend Erlass eines Whistleblowing Gesetzes, Stellungnahme des RR 27
61. Anzug der Wirtschafts- und Abgabekommission betreffend Analyse zu den aktuellen Steuerabzügen im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR 30
62. Interpellation Nr. 166 Christoph Hochuli betreffend Zweifel an der Gemeinnützigkeit der Syngenta-Stiftung, Schriftliche Beantwortung 31
63. Anzug Brigitte Gysin und Konsorten betreffend Prävention Verkehrssicherheit für Velofahrer:innen, Schreiben des RR 32
64. Anzug Christian von Wartburg und Konsorten betreffend Verbesserung der Veloverkehrssicherheit, Schreiben des RR 32
65. Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend kein Einsatz von biometrischen Erkennungssystemen in Basel-Stadt, Schreiben des RR 34
66. Motion Beda Baumgartner und Konsorten betreffend fairen Wettbewerb beim gewerblichen Personentransport, Stellungnahme des RR 36
67. Interpellation Nr. 159 Eric Weber betreffend Notruf, Schriftliche Beantwortung 39

Beginn der 4. Sitzung

Donnerstag, 8. Februar 2024, 15:00 Uhr

40. Motion Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Selbstbestimmtes Leben zu Hause – in Zukunft mit zeitgemässen und bedarfsgerechten Leistungen!, Stellungnahme des RR

[08.02.24 15:00:35, 23.5346.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Regierungsrat Lukas Engelberger hat das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Die Motion spricht einen zweifellos sehr wichtigen Themenkreis an. Es geht um die integrierte Versorgung und um eine kohärente Finanzierung der integrierten Versorgung. Der Regierungsrat teilt die Ansicht der Motionärinnen und Motionäre, dass stets eine menschenzentrierte und gleichzeitig kosteneffiziente Versorgung anzustreben ist.

Eine umfassende Regelung der Pflege- und Betreuungsfinanzierung auf kantonaler Stufe ist indessen ein sehr komplexes Vorhaben und wäre mit sehr hohen zusätzlichen Kosten dann möglicherweise auch verbunden. Zudem bräuchte eine solche kantonale Finanzierungslösung auch eine gewisse Verankerung in der nationalen Gesetzgebung. Der Bund ist derzeit daran, das entsprechende Bundesgesetz zu überarbeiten, es geht um die ELG-Revision, so dass in Zukunft gewisse Betreuungsleistungen möglicherweise finanziert werden. Dies wäre ein grosser Schritt. Der Regierungsrat hat sich im Rahmen der Vernehmlassung des Bundes zur ELG-Revision geäussert dazu und sieht die geplanten Anpassungen mit gewissen Vorbehalten grundsätzlich positiv. Die Schlüsse, die der Bund aus der Vernehmlassung zieht, könnten auch für uns dann wegweisend sein.

Wie Sie wissen, verfolgt der Regierungsrat für den Kanton Basel-Stadt bei der Betreuungsfinanzierung schon lange das Prinzip der gezielten Unterstützung. Wenn wir sehen, dass es Versorgungslücken gibt, werden entsprechende Angebote geschaffen und auch Leistungsansprüche definiert. Die vorhandene Gesetzgebung reicht dafür aus. Ich verweise beispielsweise auf § 9 des Gesundheitsgesetzes und auf § 3 des Staatsbeitragsgesetzes. Der Kanton unterstützt und finanziert so bereits heute viele Betreuungsleistungen.

Kurz zusammengefasst möchte ich zwei Punkte festhalten. Erstens, der Kanton Basel-Stadt tut mit Blick auf die in der Motion genannten Versorgungsziele schon vieles, viel mehr als andere Kantone. Das schweizerische Gesundheitsobservatorium (Obsan) hat im Jahr 2022 in einem Bericht zur Langzeitpflege denn auch festgehalten, dass der Kanton Basel-Stadt von den Deutschschweizer Kantonen derjenige ist, der ambulant vor stationär bisher am weitestgehenden umgesetzt hat.

Zweitens, bezüglich der Finanzierung von Betreuungsleistungen tut sich etwas auf Bundesebene. Der Regierungsrat sieht das grundsätzlich positiv und erwartet die Ergebnisse der Vernehmlassung zur ELG-Revision mit Interesse. Diese sollten im Verlauf des Jahres vorliegen und können dann durchaus auch sehr namhafte Auswirkungen auf die Kantone haben. Diese möchten wir indessen nicht vorgreifen.

Aufgrund meiner Ausführungen bitte ich Sie, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen und die Motion Georg Mattmüller und Konsorten betreffend «Selbstbestimmtes Leben zu Hause» als Anzug zu überweisen. Somit kann der Regierungsrat Ihnen wieder berichten, wenn klar ist, wie die ELG-Reform auf Bundesebene aussehen wird und welche Auswirkungen sie hat. Denn davon ist stark abhängig, ob und inwiefern dann gesetzgeberischer Handlungsbedarf auf kantonaler Ebene bestehen wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Als erster hat sich Thomas Widmer-Huber für die Fraktion Mitte/EVP eingetragen.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Die vorliegende Motion habe ich unterzeichnet, weil mir die Stossrichtung wichtig ist. Das selbstbestimmte Leben zu Hause ist auch für uns von der Fraktion Mitte/EVP ein grosses Anliegen. Gerade auch, wie in der Motion erwähnt, bei Alter und Behinderung wie auch bei Unfall und Krankheit, da stellen sich Herausforderungen und wo es natürlich wichtig ist, Lösungen zu finden oder entsprechende Leistungen auch von staatlicher Seite anzubieten.

Der Regierungsrat hat eine Auslegeordnung gemacht und beschrieben, welche Angebote es in unserem Kanton bereits gibt, welche Leistungen bei Bedarf beansprucht werden können. Der Regierungsrat schreibt dann, dass sich auch auf nationaler Ebene mehrere Vorstösse mit der Thematik auseinandersetzen, wir haben es jetzt gerade auch vorher von Regierungsrat Lukas Engelberger nochmals gehört, und er hält fest, dass die gesetzlichen Regelungen der Betreuung auf Bundesebene grosse Auswirkungen auf die kantonale Politik haben können. Das liegt auf der Hand. Und wenn entschieden ist, wie die gesetzlichen Regelungen auf nationaler Ebene aussehen, macht es für uns Sinn zu analysieren, wo es in unserem Kanton eben noch Ergänzungsbedarf gibt. Und da bin ich gerne bereit zu überlegen und zu diskutieren, welche ergänzenden Angebote es in Basel-Stadt noch braucht.

Deshalb unterstützen wir von der Mitte/EVP den Vorschlag, den Vorstoss dem Regierungsrat als Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP hat das Wort Georg Mattmüller.

Georg Mattmüller (SP): Mit der Motion «Selbstbestimmtes Leben zu Hause» soll das Problem adressiert werden, dass in absehbarer Zukunft je länger je mehr Menschen im Alter, aber auch schon früher aufgrund von Einschränkungen und Behinderungen zu Hause auf Unterstützung, Hilfe, Betreuung, Pflege usw. angewiesen sind. Dieser Umstand entsteht einerseits durch mehr Selbstbestimmung von behinderten und betagten Menschen, so dass diese nicht in einer Institution betreut beziehungsweise gepflegt werden müssen. Andererseits ist dem Prinzip ambulant vor stationär auch aufgrund der demografischen Entwicklung zu folgen.

Gemäss einer Studie der Fachhochschule Nordwestschweiz sind in den kommenden zwei Jahrzehnten schweizweit rund 700 neue Alters- und Pflegeheime notwendig. Gemessen am Bevölkerungsanteil des Kantons bedeutet dies auch für Basel-Stadt ein Mehrbedarf von gut 20 Institutionen. Da nach der Bedarfsspitze aufgrund der Boomer-Generation ein Teil dieser Institutionen vermutlich bereits wieder nicht gebraucht werden, ist es fraglich, wie stark der Kanton in stationäre Einrichtungen investieren soll. Ebenso ist fraglich, ob für die zusätzlich stationären Einrichtungen überhaupt Pflegepersonal zur Verfügung stehen wird.

Das System der Grundversorgung des Kantons baut auf stationäre Spitalversorgung auf und knüpft Pflege- und Betreuungsleistungen in stationären Einrichtungen an. In dieser Logik werden ambulante Leistungen als spitalexterne Leistungen bezeichnet. Diese Bezeichnung zeigt auf, dass Pflege- und Betreuungsleistung vom stationären Spitalkontext her gedacht und auch gesetzlich geregelt sind.

Um den Anforderungen der nächsten Jahrzehnte gerecht zu werden, ist die ambulante Pflege und Betreuung sowie der Bereich der ambulanten Assistenzleistungen im Sinne einer integrierten Versorgung konzeptuell anzugehen. Dabei geht es etwa um Leistungen der allgemeinen Spitex im Bereich der Hauswirtschaft/Grundpflege sowie fachspezifische Spitex-Leistungen, aber auch um Care-Arbeit von Angehörigen, Leistungen im Rahmen der Nachbarschaftshilfe oder um aufsuchende Leistungen in der spitalexternen Nachversorgung oder aber aufsuchende Beratung. Hinzu kommen klassische Assistenzleistungen zur Lebensgestaltung von Menschen mit Behinderung.

Die Leistungserbringenden wie deren Organisationen müssen im Rahmen einer integrierten Versorgungsplanung koordiniert unterbracht werden. Die Regierung ist in der Motionsbeantwortung der Meinung, dass es dafür keine eigenständige Rechtsgrundlage braucht. Wird integrierte Versorgung aber konzeptuell verstanden und geplant, ist es wichtig, dass diese auch neuen Leistungen, wie etwa betreuende Leistung, eben nicht durch das Gesundheitsgesetz abgebildet werden müssen und daher eine eigenständige rechtliche Grundlage brauchen. Es ist davon auszugehen, dass wenn der Bund die Betreuungsfrage regelt im ELG, wie es schon angesprochen wurde durch Regierungsrat Lukas Engelberger, dass die jetzigen gesetzlichen Rechtsgrundlagen des Gesundheitsgesetzes nicht ausreichend werden. Entscheidend ist aber in jedem Fall, dass eine konzeptuelle Planung im Sinne einer integrierten Versorgung durch ambulante Leistungen erfolgt.

Dies ist Zweck und Auftrag dieser Motion, verhindern wir im Sinne des Steuerfrankens unnötige Pflegeheime und stärken den ambulanten Bereich. Ich bitte Sie daher im Namen der Fraktion der SP, die Motion als Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion GAB hat das Wort Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Wie die SP wird auch das GAB an der Weiterbehandlung als Motion festhalten. Georg Mattmüller hat die wesentlichen Fragen, aber auch Gründen und den Bedarf bereits dargelegt. Der Regierungsrat hat in seiner

Beantwortung der Motion auch detailliert dargestellt, was alles in den verschiedenen Bereichen in der Altersarbeit und der Alterspolitik bereits umgesetzt wird und was auch weiter geplant ist und welche Vorstösse zu dieser Thematik alle eingereicht wurden beziehungsweise noch in Behandlung sind. Es kann dabei durchaus den Eindruck entstehen, dass eine Überweisung als Anzug ausreichend ist.

Nur bei den bisherigen Antworten, auch zu allen vorherigen Vorstössen in diesen Bereichen, kommen immer wieder zwei übergeordnete Antworten der Regierung zum Ausdruck. Nämlich erstens, die Begriffsklärung im Bereich Betreuung im Alter oder bei Menschen mit einer Behinderung ist weiterhin diffus beziehungsweise nicht klar geregelt, also was gehört dazu, was nicht, was versteht man darunter, was wird wie abgegolten, und zweitens, es wird auf die Regelungen auf Bundesebene verwiesen, welche in Bearbeitung sind. Nun haben wir gehört, da sollte jetzt etwas gehen. Da hoffen wir, dass das vielleicht in diesem Jahr tatsächlich dann vielleicht auch passiert, aber Basel hat immer mal wieder auch eine Gesetzesvorlage vor dem Bund etabliert. Das heisst, das muss kein Grund sein, ich denke, da kann man auch schon Vorarbeit leisten.

Die Motion verlangt eine Gesetzesvorlage für die integrierte Versorgung, welche die Leistung der Pflegebetreuung und Assistenz zu Hause im Sinne der kantonalen Versorgungsstrategie regelt. Das GAB ist davon überzeugt, dass eine gesetzliche kantonale Vorlage zur integrierten Versorgung Orientierung geben kann und soll, um die seit Jahren bestehenden Unklarheiten in unserer Stadt zu regeln. Es braucht eine Erklärung, was gehört dazu und was ist ausserhalb. Dies würde meiner Meinung nach in Zukunft auch dazu führen, dass die Vielzahl und zum Teil doch sehr ähnliche, auch parlamentarischen Vorstösse abnehmen würden.

Das GAB empfiehlt deshalb die Weiterbehandlung als Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion GLP geht das Wort an Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Die Gründe, warum die Stossrichtung von dieser Motion grundsätzlich unterstützenswert ist, muss ich nicht weiter ausführen und wurde auch von keinem Sprecher bis jetzt in Zweifel gezogen. Deshalb stehen wir als GLP auch ganz klar hinter dieser Stossrichtung. Wir machen Ihnen aber auch beliebt, die Motion als Anzug zu überweisen.

Zuerst noch an die vielleicht, die trotzdem skeptisch sind, obwohl ich jetzt keine skeptischen Stimmen gehört habe bezüglich der grundlegenden Stossrichtung, das Ganze noch aus pointiert liberaler Sicht beleuchtet, wir haben wirklich ganz konkret das Problem, das Georg Mattmüller schon erwähnt hat, dass wir eine Bedarfsspitze haben werden, also grundsätzlich steigenden Bedarf und insbesondere eine Spitze wegen der sogenannten Boomer-Generation. Werden wir in diesem Bereich nicht aktiv werden, und der richtige und logische Weg, der sich anbietet, ist eben die ambulante Betreuung zu stärken und zu fördern, dann haben wir ein viel grösseres Problem, sage ich mal, finanzpolitisch gesehen. Das ist unbestritten und deshalb ist es wirklich wichtig, dass wir da alle am gleichen Strick ziehen.

Nun aber, wie ich jetzt die politische Wetterlage hier in Basel einschätze und wie ich die Regierung verstanden habe und auch wie ich ihr Handeln sehe, auch im Rahmen der Geschäfte der GSK, usw., bin ich der Ansicht, dass wir das jetzt schon tun und das ist auch gut so. Wir sind alle einig, dass das der richtige Weg ist und werden das auch weiterhin machen. Deshalb geht es eigentlich nur noch um die formale Frage, was ist jetzt hier besser, Weiterbehandlung als Motion oder als Anzug. Da vertrauen wir als GLP voll und ganz der Regierung und folgen der Empfehlung der Regierung, deshalb Anzug.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion LDP hat sich Raoul Furlano gemeldet.

Raoul I. Furlano (LDP): Nur eine kurze Klärung. Ich bin Mitunterzeichner dieser Motion, die inhaltlich für mich tipptopp ist und weiterhin unbedingt und wichtig und inhaltlich absolut stimmt und für mich auch stimmig ist. Wir haben das in der Fraktion diskutiert und nachdem, was wir jetzt vom Regierungsrat gehört haben, muss ich sagen, haben wir als liberale Partei auch die Meinung, dass das jetzt im Verlauf des Jahres kommt. Seien Sie bitte nicht überrascht, wenn wir im ersten «Chrüzli», das ja schon lange drin ist, auch eine Motion hatten, wir haben jetzt aber zum Anzug gewechselt. Wir vertrauen, aber wir hoffen natürlich ganz schwer, dass das wirklich stimmt, Herr Regierungsrat. Wir würden gerne auf dem Laufenden gehalten werden. Die LDP plädiert für den Anzug.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es haben sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben Regierungsrat Lukas Engelberger hat in der zweiten Runde das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Georg Mattmüller hat mich etwas provoziert, als er sagte, wir würden die ambulanten Pflege- und Betreuungsformate auch heute noch vom Spital her denken, deshalb würden die auch Spitex heissen. Also als Herleitung taugt das, aber es ist heute nicht mehr so. Wir verfolgen heute den Grundsatz ambulant vor stationär, entsprechend kann selbstverständlich auch jemand jetzt diese Spitex, so heissen sie, das mag unglücklich sein, Spitex-Leistungen in Anspruch nehmen ohne vorherigen Spitalaufenthalt oder ohne nachweisen zu müssen, dass man ansonsten in ein Spital müsste. Wir sehen das eigentlich eher umgekehrt, dass wir so nach einem subsidiären Modell eben zuerst die ambulanten Angebote genutzt haben wollen, bevor dann die stationären irgendwann einmal in der Gesamtabwägung dann möglicherweise doch mehr Sinn machen. Dem sind wir heute schon verpflichtet.

Es wird auch Bewegung geben noch zusätzlich durch diese einheitliche Finanzierung, die im Parlament verabschiedet wurde und dieses Jahr möglicherweise dann auch in einer Referendumsabstimmung zu bestätigen sein wird. Ich denke, das ist eine realistische Perspektive inzwischen, dass dieses AVOS-Modell kommt, das längerfristig dann auch die Pflegeleistungen miterfassen wird und das wird dann auch die Integration der Behandlungskette nach einem kohärenteren Modell wieder unterstützen. Ich glaube, das spricht eher dafür, jetzt der Bundesebene noch die notwendige Zeit zu geben für die nötigen gesetzlichen Klärungen, die uns dann ermöglichen werden, bedarfsgerecht auf kantonaler Ebene auch nachzuziehen oder zu ergänzen, wenn wir dafür dann noch effektiv Raum sehen.

Deshalb bin ich dankbar, wenn Sie beim Anzug bleiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehnadlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung (Stichentscheid des Präsidenten)

47 Ja, 48 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002881, 08.02.24 15:19:49]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend Überweisung als Motion

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 48 Nein-Stimmen gegen 47 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

41. Motion der Gesundheits- und Sozialkommission betreffend Kenntnisgabe der Eignerstrategien der öffentlich-rechtlichen Spitäler an den Grossen Rat, Stellungnahme des RR

[08.02.24 15:20:26, 23.5324.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Motion zu überweisen.

Wünscht der Regierungsrat das Wort? Er verzichtet. Damit kommen wir zu den Fraktions- und Einzelvoten. Hier hat sich Oliver Bolliger für ein Einzelvotum gemeldet.

Oliver Bolliger (GAB): Nur ganz kurz. Im Namen der GSK bedanke ich mich beim Regierungsrat für die Entgegennahme unserer Kommissionsmotion und wir sind dankbar, dass wir in Zukunft die Eignerstrategien zur Kenntnisnahme vorgelegt bekommen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. In der zweiten Runde wünscht der Regierungsrat das Wort? Er verzichtet.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion stillschweigend dem Regierungsrat zu überweisen.

42. Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend postpartale Depression, Schreiben des RR

[08.02.24 15:21:51, 21.5706.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Ich nehme an, der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es gibt keine Wortmeldungen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

43. Motion Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Bewilligung von Grossinvestitionen der öffentlichen Spitäler durch den Grossen Rat, Stellungnahme des RR

[08.02.24 15:22:17, 23.5297.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres. Wir eröffnen hierzu die Debatte. Das Wort geht zuerst an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Mit der Motion betreffend die Bewilligung von Grossinvestitionen der öffentlichen Spitäler durch den Grossen Rat fordern die Motionärinnen und Motionäre den Regierungsrat auf, innert eines Jahres die gesetzliche Grundlage zu schaffen, dass Investitionen der öffentlichen Spitäler von über 100 Millionen Franken einer Zustimmung des Grossen Rats bedürfen. Dabei wird primär Bezug auf die Investitionen für die Ersatzneubauten des Universitätsspitals Basel genommen. Die Erneuerung der baulichen Infrastruktur des USB ist aus Sicht des Regierungsrats von grösster Bedeutung und Wichtigkeit für die Gesundheitsversorgung sowie für die universitäre Medizin in der Region in den nächsten Jahrzehnten und muss deshalb als Notwendigkeit bezeichnet werden.

Mit dem Ratschlag «Bauinvestitionen Universitätsspital-Gewährung eines Darlehens zur Mitfinanzierung» vom September 2023 haben wir dem Grossen Rat jetzt ein Geschäft unterbreitet, mit welchem der Grosse Rat einbezogen ist und direkt Entscheidungsbefugnisse erhält im Zusammenhang der baulichen Erneuerung am Unispital. Ich möchte hier noch festhalten, das Unispital plant bei seinem Neubauvorhaben eine Erneuerung seiner Infrastruktur und eine Weiterentwicklung seiner Infrastruktur in die Zukunft hinein, aber nicht einen Wachstumssprung jetzt an Kapazitäten oder so, sondern eine organische proportionale Weiterentwicklung für die Zukunft.

Betreffend gemeinsame Spitalplanung der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft ist es mir ein Anliegen noch einmal zu betonen, die Spitalplanung und die daraus resultierende Erstellung einer Spitalliste ist im KVG als kantonale Aufgabe festgelegt. Auf den kantonalen Spitallisten, die wir eben gemeinsam erarbeiten, Basel-Stadt und Basel-Landschaft, werden jene Spitäler aufgeführt, die über einen Leistungsauftrag des Kantons verfügen, das sind dann die sogenannten Listenspitäler, und innerhalb dieser Leistungsaufträge können und müssen sich die Spitäler dann organisieren, um ihre Aufträge zu erfüllen. Dazu gehört eine Unternehmensentwicklung, dazu gehört auch die Entwicklung der Infrastruktur und die notwendigen Investitionen dafür.

Im Ratschlag zum Gesetz über die öffentlichen Spitäler wurde 2010 explizit festgehalten, dass die öffentlichen Spitäler unter den Rahmenbedingungen der 2012 eingeführten Spitalfinanzierung einen entsprechenden Handlungs- und Entscheidungsspielraum benötigen, um die zukünftigen Herausforderungen bewältigen und sich auch im Wettbewerb mit anderen Spitälern behaupten zu können. Dazu gehört die Kompetenz, über Investitionen selber entscheiden zu können. Diese Autonomie, die unternehmerische Selbstverantwortung der Spitäler möchte der Regierungsrat auch in Zukunft bewahren und weiterentwickeln. Sie hat bisher in vielerlei Hinsicht den Spitälern eine erfolgreiche Entwicklung ermöglicht.

Der Regierungsrat ist aber bereit, auch eine mögliche Kompetenzverschiebung zu prüfen. Wir sind bereits die möglichen Auswirkungen jetzt zu eines Genehmigungsvorbehalts bei Grossinvestitionen der öffentlichen Spitäler zu untersuchen. Das hat dann Konsequenzen für die strategische und betriebliche Handlungsfähigkeit der Spitäler und es hat natürlich auch Konsequenzen für die Governance insgesamt, wie wir im Kanton Basel-Stadt mit unseren öffentlich-rechtlichen Spitälern umgehen. Sie wissen, dass es derzeit für die grossen Investitionen, die eben für das einzelne Spital bedeutsam sind, eine Konsultationspflicht gibt. Es wird dann der Regierungsrat begrüsst und wir führen Diskussionen über diese Projekte mit dem Verwaltungsrat und den Spitaldirektionen und der Regierungsrat gibt dann auch seine Einschätzung und die wird natürlich auch sehr ernst genommen, weil wir ja zugleich das Wahlgremium der Verwaltungsräte sind.

Wenn jetzt eine neue Genehmigungsregelung, ein neuer Vorbehalt für das Kantonsparlament eingeführt werden soll, dann stellt das natürlich die Governance auf den Kopf. Das kann man einmal darstellen, man muss dann versuchen, die verschiedenen Genehmigungsstufen sauber zu definieren und voneinander abzugrenzen. Das ist nicht per se ausgeschlossen, da ein Modell zu finden, wo der Grosse Rat eine finale Genehmigungskompetenz erhält, aber es ist alles andere als banal und es ist unseres Erachtens nicht getan mit einer Ein-Zahlen-Schwelle und einer Vorgabe, das innerhalb von einem Jahr Ihnen schon vorzulegen. Dafür bitte ich Sie um Verständnis. Ich glaube, das Thema ist wirklich zu bedeutsam und dann eben auch zu komplex. Die einzelnen Spitäler sind auch zu unterschiedlich, als dass man jetzt so mit einer schnellen Lösung 100 Millionen Genehmigungsvorbehalt bei allen die Themen zufriedenstellend lösen könnte.

Deshalb möchten wir mehr Flexibilität, wenn wir Ihnen über Modelle berichten, in welche Richtungen eine Anpassung gehen könnte. Wir werden ohnehin ja Ihnen jetzt eine Revisionsvorlage zum Gesetz über die öffentlichen Spitäler vorlegen müssen. Sie haben uns damit beauftragt zwei Traktanden vorher, das werden wir also machen und in diesem Zusammenhang könnten wir auch Überlegungen anstellen über mögliche Anpassungen bei der Governance bezüglich Investitionen. Aber diese 100 Millionen Genehmigungsvorgabe, die möchten wir so nicht als verbindlichen Auftrag entgegennehmen. Deshalb wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns das Geschäft als Anzug weiterhin überweisen würden und nicht als Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Als erster hat sich für die SP Stefan Wittlin eingetragen.

Stefan Wittlin (SP): Ich danke dem Regierungsrat für die Stellungnahme und Ihnen, Regierungsrat Lukas Engelberger, für die einleitenden Worte der heutigen Debatte. Erfreulich ist, dass die Motion als rechtlich zulässig eingestuft wurde und wir schätzen auch die Bereitschaft des Regierungsrats, sich auf die Fragestellung einzulassen.

Wir haben die Motion eingereicht mit der Forderung einer Änderung des Gesetzes über die öffentlichen Spitäler. Wir sind nach wie vor überzeugt, dass es diese Bewilligungspflicht für die grossen Investitionen braucht und halten an der Forderung fest. Im Namen der SP-Fraktion beantrage ich daher die Überweisung als Motion.

Seitdem der Vorstoss eingereicht wurde, hat sich einiges getan. Der Ratschlag für das Darlehen für die Neubauten des Universitätsspitals bestätigt, dass die öffentlichen Spitäler auf öffentliche Mittel angewiesen sind. Der Ratschlag ist also durchaus im Sinn der Motion und wir begrüssen, dass die Finanzierung der Neubauten nun nicht mehr anhand des Bebauungsplans diskutiert werden muss. Wenig Verständnis hingegen bringe ich für die Angriffe der Privatspitäler auf, die nun die Rechtmässigkeit des Darlehens in Frage stellen. Aber hier kann die Motion allenfalls zu einer Klärung beitragen. Die Motion ist aber breiter gefasst, weiter gefasst und es geht nicht nur um das Universitätsspital. Von den Universitären Psychiatrischen Kliniken beispielsweise wissen wir, dass ein grösserer Neubau geplant ist. Wir erwarten, dass die Politik hier frühzeitig einbezogen wird.

Ich möchte betonen, dass das Ziel der Motion ist, die öffentlichen Spitäler langfristig zu stärken. Die Bewilligungspflicht ist als präventive Massnahme zu verstehen. Entscheide über die Finanzierung der Grossprojekte sollen demokratisch erfolgen, und zwar zu einem Zeitpunkt, wo ein Handeln noch möglich ist. Wir alle wissen, dass der Grosse Rat bei der Wertberichtigung des Felix Platter-Spitals vor vollendete Tatsachen gestellt wurde.

Nun zurück zur Stellungnahme des Regierungsrats. Einer der Gründe für den Antrag des Regierungsrats, den Vorstoss als Anzug zu überweisen, ist die Frist von einem Jahr, die er für die Erfüllung als zu kurz einschätzt. Wir haben das gehört in den Ausführungen von Regierungsrat Lukas Engelberger. Wir sind bereit, hier entgegenzukommen und diese Frist anzupassen. Wir beantragen folglich, die Motion als Motion an den Regierungsrat zur Erfüllung innert zwei Jahren zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für das GAB ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Auch das GAB beantragt Ihnen, diese Motion als Motion weiter zu behandeln, und zwar unabhängig auch von der aktuellen Debatte rund um den USB Campus. Stefan Wittlin hat die Gründe bereits deutlich ausgeführt und deshalb halte ich mich kurz.

Die aktuelle Debatte in der Regierung, in den Parlamenten und bei den Spitälern, seien diese nun öffentlich-rechtlich oder privat, rund um die Finanzierung der Spitalbauten und um unsere Gesundheitsversorgung in den beiden Basler Kantonen zeigen es aktuell in aller Deutlichkeit auf, dass eine gesetzliche Grundlage notwendig ist und auch von Vorteil wäre. Auch wenn es so ausgelegt werden kann, dass es rein in der Verantwortung der ausgelagerten Spitäler und der Eignerkantone liegt, welche Bauvorhaben geplant werden sollen und wie diese zu finanzieren sind, zeigt es, dass zusätzliche politische Legitimation auch für den Regierungsrat und für die Spitäler von grossem Nutzen sein können.

Dass es zu einer mangelnden Flexibilität bei den Spitälern führen könnte und der politische Diskurs, welcher Grossbauvorhaben zeitlich verzögert, sehe ich nicht wirklich angezeigt. Denn wir sehen aktuell, dass bei grossen Finanzierungsvorhaben von öffentlich-rechtlichen ausgelagerten Betrieben sowieso alle bewegt werden und wir politische Sicherheiten hier schaffen müssen. Der Vorteil eines parlamentarischen Beschlusses ist die politische Legitimation der Vorhaben und auch deren Finanzierung und genau dieser Aspekt ist bei grossen Bau- und Finanzierungsvorhaben der ausgelagerten öffentlich-rechtlichen Spitäler von grosser Relevanz.

Das GAB ist überzeugt, dass der Regierungsrat in der Ausarbeitung der gesetzlichen Grundlage die spezifischen und auch angesprochenen Aspekte bei öffentlich-rechtlichen Spitälern mitberücksichtigen wird und wenn es mehr Zeit braucht dafür wie jetzt die geforderten zwei Jahre, soll dies aus meiner Sicht auch kein Grund sein, den Vorstoss nun in einer abgeschwächten Form eines Anzugs abzuwandeln, sondern einfach die Zeit zu verlängern auf die beantragten zwei Jahre von Stefan Wittlin. Besten Dank für die Überweisung des Vorstosses als Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Die FDP kann teilweise die Motivation für die Motion nachvollziehen. Auch die FDP ist besorgt um die Zukunft der gesamten Gesundheitsregion und die Diskussion um die bis zu drei Milliarden Investitionen im Campus Gesundheit in den nächsten 15 Jahren. Aber die Motion greift, wie der Regierungsrat auch schon angedeutet hat, stark in die Kompetenz der Spitäler und Kliniken ein, in die Kompetenz, die wir ihnen erst vor rund zehn Jahren gewährt haben.

Heute sind das USB und die anderen Spitäler und Kliniken selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten mit eigener Rechtspersönlichkeit. an Führungsstruktur. Sie planen also Finanzen und Investitionen selbstständig. Wenn wir uns die letzten zehn Jahre anschauen, dann hat die Führung dieser Häuser und vor allem auch das USB sicher keinen schlechten Job gemacht. Die Motion ist also auch ein Misstrauensvotum. Der regionale Wettbewerb der Spitäler hat sicher gewisse Kinderkrankheiten. Ich weiss, Sie hören nicht so gerne das Wort Wettbewerb, aber ich glaube, der Wettbewerb hat sich bewährt und ich zweifle stark an, dass ein in der Verwaltung integriertes Spital oder ein Spital Campus heute kostenmässig besser dastehen würde.

Die FDP sieht also die Notwendigkeit nicht, die Kompetenz der Spitäler anzupassen. Was wir aber machen müssen, sind die noch offenen Fragen bezüglich regionaler Bedarfs- und Kapazitätsplanung sowie die Finanzierung der drei Milliarden zusammen anzuschauen. Diese Fragen sind wichtig und zentral und wir sollten uns darauf fokussieren und nicht damit anfangen, die Spitäler und Kliniken wieder an die kurze Leine zu nehmen.

Ich bitte Sie daher, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die GLP ist Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Wir von der GLP sehen das ähnlich wie mein Vorsprecher Daniel Seiler von der FDP. Wir verstehen auch das Anliegen dieser Motion. In diesem ganzen Kontext könnte man auch sagen, die «too big to fail»-Problematik, die wir haben mit unseren Spitälern, namentlich mit dem Unispital, und es da gut und wünschenswert wäre, wenn man bei grossen Bauvorhaben insbesondere oder anderen Grossinvestitionen eine gute und solide demokratische Legimitation herstellen kann, damit dann die Projekte eben gut durchlaufen. Das ist ohne Zweifel wünschenswert.

Aber auch wir haben unsere Zweifel, ob die Forderung hier in der Motion wirklich der richtige Weg ist oder wie stark das zu diesem Ziel beitragen wird und wollen deshalb unbedingt der Regierung die Möglichkeit geben, hier flexibel auf dieses Anliegen einzugehen, also mit einer Motion. Deshalb bitten wir Sie, das auch als Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SVP hat das Wort Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bin hier mit meiner Fraktion auf Seiten der SP und des Grün-Alternativen Bündnisses. Ich bitte Sie, diese Motion als Motion weiter zu behandeln. Ich glaube, im Kern trifft Stefan Wittlin mit seinem Motionstext ein Anliegen, das auch in unserer Fraktion sicher sehr viel Zustimmung findet und wir glauben auch, die Unterschiede zwischen dem, was jetzt Regierungsrat Lukas Engelberger auch in seinem Votum gesagt hat und dem, was Stefan Wittlin in seiner Begründung gesagt hat, wenn er es als Motion weiterbehandeln möchte, diese Argumentation ist nicht so weit auseinander. Lukas Engelberger hat recht, das ist wahrscheinlich, wenn man es als Motion weiterbehandelt, nicht etwas Banales, was hier gefordert wird und deshalb ist es auch sehr sinnvoll, dass Stefan Wittlin beantragt hat, dieses Geschäft mit einer neuen Frist zu versehen, mit diesen zwei statt einem Jahr. Das gibt dem Regierungsrat aus unserer Sicht genügend Zeit, sich dazu Gedanken zu machen.

Wir stehen dazu, dass die Spitäler selbstständige Betriebe sind. Daniel Seiler, dass sie ausgelagert worden sind, da waren wir ja gemeinsam auf derselben Seite, aber hier geht es natürlich schon um substanzielle Beiträge auch, die letztlich von der öffentlichen Hand zu tragen sind. Das ist ja bei Ihrer Vorstellung von einem liberalen Staat gar keine Institution des Kantons, sondern ein privates Spital. Sie würden wahrscheinlich eher diesen Weg gehen, dass der Kanton gar keine Spitäler besitzt. Dann bin ich sehr einverstanden mit Ihnen, dann ist es selbstverständlich auch keine Diskussion hier in diesem Saale. Aber solange wir eine Konstruktion haben, wo der Kanton der Eigner solcher Spitäler ist, ist es aus unserer Sicht sehr sinnvoll, dass es eine zusätzliche demokratische Legitimation gibt.

Das ist mit diesem Vorschlag von Stefan Wittlin bei Grossinvestitionen in erster Linie der Grosse Rat und in zweiter Linie, ja, das ist allenfalls ein zusätzliches Risiko, gibt aber allenfalls auch die Gelegenheit, Geschäfte möglichst von Beginn weg schon sehr mehrheitsfähig zu präsentieren, dass es eben auch zu einer Volksabstimmung kommen könnte, dass ein Referendum möglich ist. Aber ich würde mich vor einem solchen Referendum gar nicht fürchten, dann haben Sie die absolute direktdemokratische Legitimation für eine solche Grossinvestition und gerade in einem Bereich, der ja uns alle betrifft. Die öffentlichen Spitäler sind jetzt kein Investment-Vehikel einer privaten Gesellschaft, sondern das ist unser Eigentum, da geht es um unsere Gesundheit, da glaube ich, ist es tatsächlich sinnvoll, wenn wir diesen Loop zumindest über den Grossen Rat einbauen bei Grossinvestitionen und damit allenfalls auch die Möglichkeit geben, im unwahrscheinlichen Fall sogar auch hier ein Referendum ergreifen zu können. Ich würde da mich nicht davor fürchten, sondern würde wirklich dem Regierungsrat jetzt die Möglichkeit geben, das noch einmal auch so anzuschauen.

Ich persönlich verstehe die Argumentation, weshalb man es als Anzug haben möchte, nicht ganz so sehr, weil das Anliegen ist relativ eindeutig adressiert. Der Regierungsrat hätte nun, wenn es als Motion weiterbehandelt wird, diese zwei Jahre Zeit dazu. Er wird dazu dann auch einen Ratschlag an uns adressieren müssen, wo wir dann noch einmal darüber diskutieren können, wie wir das genau dann auch formuliert haben möchten, dann ist vielleicht diese Idee von 100 Millionen nicht mehr so sakrosankt. Zumindest kann ich für meine Fraktion sagen, dass wir da weitgehend ergebnisoffen sind, wenn es dann um die Höhe vielleicht auch geht.

Aber das ist dann eine Ausgestaltungsfrage, wenn wir diese Motion in Form eines Ratschlages hier wieder in diesem hohen Hause zu diskutieren und zu beraten haben. Aber ich glaube aus der direktdemokratischen Legitimation heraus macht dies Sinn und es ist auch kein Misstrauensvotum, ich glaube, Daniel Seiler hat das gesagt, korrigieren Sie mich, wenn ich falsch liege, es ist kein Misstrauensvotum gegenüber der Spitalleitung, sondern es ist lediglich ein Zeichen, das die Bevölkerung des Kantons in diesem sehr wichtigen Bereich der öffentlichen Spitäler auch etwas mitzubestimmen hat.

Wir bitten Sie deshalb, diese Motion mit der nun von Stefan Wittlin beantragten Zweijahresfrist so dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Joël Thüring, nehmen Sie die Zwischenfrage von David Jenny an? Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Wenn wir Ihre Argumentation ernst nehmen, müssen wir dann auch eine entsprechende Schwelle bei der BKB einführen?

Joël Thüring (SVP): Da habe ich dann fast wieder eine libertäre Ansicht. Der Staat muss keine Banken betreiben, aber ein öffentliches Spital gehört schon zum Grundauftrag eines Kantons. Ja, wir können diese Bank dann auch abgeben, da würde ich einen Vorstoss von Ihnen auch entsprechend unterzeichnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion LDP geht das Wort an Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Die LDP ist inhaltlich wieder dabei, ist aber hier auch für eine Überweisung als Anzug und nicht als Motion. Die Gründe dafür sind zwei, drei. Das eine ist das sehr sportliche Ziel von zwei Jahren, vorher war es ein Jahr. So haben wir es eigentlich auch diskutiert und haben jetzt erfahren zwei Jahre, fair enough. Aber ich denke, dass es wirklich eine intelligente, gute Lösung gibt im Sinne von unserer Gesundheitsregion, die Sie als Motionär ja auch in dieser Motion erwähnen, dass die regionale Spitalplanung, die wir unbedingt vorantreiben wollen und hoffentlich auch jetzt von beiden Kantonen vorangetrieben wird, das hoffen wir schwer. Das ist das eine. Und solche Schnellschüsse, wenn es dann ins Gesetzliche hineingeht, kommen, wie wir wissen, selten gut. Ich bin nicht Anwalt und Jurist schon gar nicht, aber es kommt selten gut meiner Meinung nach, auch als Laie, wenn ich das hier sagen darf.

Anpassungen in der Governance, die Sie als Motionär, Stefan Wittlin, drin haben und alle Motionär*innen, die mitunterschrieben haben, das sehe ich auch so, das sieht die LDP vielleicht auch so, da kann man durchaus diskutieren, das kann durchaus auch sinnvoll sein. Und ich sehe es jetzt nicht als Misstrauensvotum, wie Daniel Seiler, im Gegenteil, ich sehe das sogar als eine Möglichkeit für Akzeptanz gegenüber den Steuerzahlenden, die ja auch Joël Thüring, glaube ich, in seinem Votum genannt hat. Also von dem her, ja nicht Misstrauensvotum, sie machen eine gute Arbeit, das sehen wir ja. Wir sind wirklich sehr, sehr privilegiert in unserer Region, was die Gesundheit anbelangt. Wir klagen immer auf sehr, sehr hohem Niveau. Wir leisten uns das auch und wir wissen auch, dass sehr viele Leute sich das bald auch nicht mehr leisten können. Das ist eines der viel grösseren Probleme, die wir auch angehen müssen. Aber wenn wir weiterhin eine gute Qualität haben wollen, sind diese Investitionen richtig.

Und das dritte Argument, das wir in unserer Fraktionssitzung diskutiert haben, ist, die Schwelle von 100 Millionen fand ich ungeschickt, ganz ehrlich gesagt, in dieser Motion. Es sind, wie der Regierungsrat ja auch gesagt hat, sehr verschiedene Spitäler betroffen. Unter anderem ist auch ein bikantonales Spital wie das UKBB betroffen und da haben 100 Millionen einen ganz anderen Stellenwert als 100 Millionen im Unispital. Ich verstehe, dass jetzt alles aus dem herausgekommen ist mit dieser unglücklichen, nennen wir es jetzt mal sanft so, mit dieser Geschichte mit dem Felix Platter und dann hat man jetzt angefangen zu reagieren.

Bei solchen Sachen sage ich immer, gut die Ruhe bewahren, Gelassenheit bewahren, gut überlegen, keine Schnellschüsse machen und darum ist die LDP für einen Anzug.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nun kommt ein Jurist zu Wort, es ist Bruno Lötscher für die Mitte/EVP.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich habe diese Motion mitunterschrieben und bin jetzt aber trotzdem dafür, dass wir es als Anzug überweisen. Meine Fraktion ist klar der Meinung, es sollte nicht als Motion überwiesen werden und bei der Frage Anzug ist die Fraktion offen.

Warum habe ich diese Motion unterschrieben. Aus juristischer Sicht hat Stefan Wittlin ein ausserordentlich wichtiges Thema aufgegriffen. Wir haben in den letzten Jahrzehnten relativ viele Auslagerungen und Ausgliederungen aus der öffentlichen Verwaltung gehabt. Das war in der Regel sehr erfolgreich und hat uns sehr viel gebracht, aber es zeigt auch Probleme auf, und zwar vor allem bei Grossinvestitionen. Wo ist die Verantwortung und die Oberaufsicht bei Grossinvestitionen, dort, wo am Schluss, es ist schon gesagt worden, doch die öffentliche Hand dann verantwortlich sein muss, wo dann doch letztlich der Grosse Rat oder die Regierung einstehen muss für Investitionen, die sie partiell mitträgt, mitbewilligt, partiell über den Verwaltungsrat, wo ein Mitspracherecht selbstverständlich besteht. Aber der Verwaltungsrat des Spitals ist in diesem Sinne ja nicht in der Lage, dieses Spital zu finanzieren mit dem Geld, das da vorhanden ist. Das wäre eine Illusion zu glauben, dass da zwei Milliarden vorhanden sind, die man brauchen kann. Wenn das nicht funktioniert, werden wir hier drinnen dafür geradestehen müssen.

Diese Problematik hat Stefan Wittlin aufgezeigt, aber die 100 Millionen sind natürlich falsch. Das kann in einer Motion nicht so stehen und wenn man die Motion als Instrument dafür im Ernst nimmt, dann kann man nicht sagen, das ist uns ja egal, wir sind dann offen, es steht ja 100 Millionen jetzt hier drin. Und das ist für das Universitätsspital sicher die falsche Grössenordnung, da stimmt die Flughöhe nicht. Da müssen wir dem Spital viel mehr Freiheit lassen, wir wollen ja nicht die alte Situation wieder heranbeschwören. Das Spital macht eine sehr gute Arbeit. Das Problem, das Stefan Wittlin aufgezeigt hat, ist in der ganzen Schweiz diskutiert. Es ist eines der grossen Probleme im öffentlichen Recht zurzeit, wie wird Oberaufsicht wahrgenommen bei den Auslagerungen bei solchen gigantischen Grossinvestitionen. Dieses Problem stellt sich

nicht nur in Basel, aber für das Spital jetzt, für die Motion mit den 100 Millionen, das trifft den Kern nur noch am Rande, weil es engt dann doch zu fest ein. Deshalb ist aus meiner Sicht das Thema weiterzuverfolgen, aber in Form des Anzugs und nicht der Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht in der zweiten Runde das Wort an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich möchte Ihnen zunächst danken für die differenzierte Diskussion, die auch viel Wertschätzung jetzt gezeigt hat für die Arbeit in den Spitälern und in der, wenn ich das etwas gewichte nach den Voten, doch auch ein gewisses Vertrauen in die Spitalleitungen zum Ausdruck gebracht wurde. Dafür bin ich Ihnen dankbar.

Dass die Oberaufsicht über die öffentlich-rechtlichen Anstalten, die bei uns sehr grosse Unternehmungen sind, politisch und rechtlich sehr anspruchsvoll ist, wenn es um die grossen Investitionen geht, ich glaube, da haben wir einen Konsens und wir sind auch bereit, uns der Frage zu stellen, wie man mit den Risiken, die sich daraus ergeben können, am besten umgeht. Und ich möchte wiederholen, dass wir beim Anzug unsere Präferenz hätten, da sind wir bereit, Ihnen zu liefern, also prüfen und berichten innerhalb von zwei Jahren.

Für den verbindlicheren Auftrag jetzt als Motion muss ich Ihnen sagen, auch nach der Diskussion oder gerade nach der Diskussion gibt es mir etwas zu viele Unklarheiten. Das beginnt bei der Frage, welche Spitäler überhaupt gemeint sind. Raoul Furlano hat das UKBB erwähnt, Stefan Wittlin hat den Kopf geschüttelt. Ich lese im Text keine Antwort zur Klärung. Ich würde vermuten, wir nehmen dann als Basis; es gelten die Spitäler gemäss ÖSpG Basel-Stadt, weil wir sind das baselstädtische Parlament. Stefan Wittlin nickt, ich nehme mit, das wäre dann so gemeint. Aber es ist ein Beispiel für halt doch etwas wenig Klarheit in der Vorgabe für einen gesetzgeberischen Auftrag, wie eben die Motion das ja ist.

Eine andere Unklarheit liegt in der Frist. Ein Jahr war offenbar einsehbar zu kurz und mir ist jetzt nicht klar, ob verbindlich diese Frist einfach so auf zwei Jahre verlängert werden kann. Ich würde das jetzt so verstehen, wenn Sie entgegen unserem Antrag auf Motion votieren würden, würde ich also in zwei Jahren berichten. Aber inwiefern das jetzt wirklich als Frist dann rechtlich korrekt ist, ist mir nicht so ganz klar. Und ich muss Sie schon halt daran erinnern, es steht jetzt 100 Millionen und das ist dann unser Hauptauftrag, Ihnen das vorzulegen und daran werden wir uns halten. Ich höre, dass es da eine gewisse Flexibilität gibt, aber niemand sagt mir, ob es die in einem oder in zwei Jahren in diesem oder in einem nächsten Parlament immer noch geben wird.

Insofern ist mir nicht wohl, wenn wir das so als verbindlichen Auftrag mitnehmen müssten und wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie uns die Aufgabe im Format Anzug auftragen würden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Eventualabstimmung.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 53 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002886, 08.02.24 15:53:33]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion mit einer Frist von zwei Jahren

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 53 Nein-Stimmen gegen 41 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

Daniel Seiler beantragt Nichtüberweisung. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 36 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002888, 08.02.24 15:54:19]*

Der Grosse Rat beschliesst

Überweisung als Motion mit einer Frist von zwei Jahren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Motion entschieden mit 57 Ja-Stimmen gegen 36 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

44. Interpellation Nr. 137 Christian C. Moesch betreffend Darlehen des Kantons sowie Gesamtfinanzierung zur baulichen Entwicklung des Universitätsspitals Basel (Campus Gesundheit), Schriftliche Beantwortung

[08.02.24 15:54:26, 23.5555.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Christian C. Moesch (FDP): Es ist schon eine Weile her, seit ich die Interpellation gemacht habe. Es geht das Gerücht um, das sei eine der längsten, die es je gegeben hat. Es hat sicher auch gewisse Gründe gegeben. Mittlerweile ist es so, es ist schon einige Zeit vergangen und ich habe in meiner Funktion als Mitglied der GSK auch weitergehende Informationen bekommen zu diesem Geschäft, das die Regierung an uns gerichtet hat für das Darlehen. Insofern sind die Fragen mittlerweile einerseits durch die Interpellation beantwortet und auch noch weitere Sachen, die ich gerne wissen wollte, wurden beantwortet. Somit bin ich befriedigt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

45. Interpellation Nr. 153 Eric Weber betreffend warum hat unser Kanton die Studie der Lebenserwartung (in der Basel auf Platz 1 in ganz Europa liegt) verschlafen?, Schriftliche Beantwortung

[08.02.24 15:55:58, 23.5613.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Eric Weber (Fraktionslos): Ganz kurz. Es geht um die ältesten Menschen Europas und diese leben in Basel, sagt die Statistik aus Deutschland. Meine Mami wird 89, mein Papi ist 93, beide schimpfen seit 60 Jahren über Ausländer, obwohl sie selber Ausländer sind. Zu dieser Interpellation muss ich sagen, der älteste Altgrossrat bei den Männern ist mein Vater und zur Antwort der Regierung sage ich, Basel hat Platz 1 der Lebenserwartung in ganz Europa. Da habe ich gestaunt, als ich das in Zeitungen im Ausland gelesen habe. Die Basler Regierung hat es aber verschlafen, darüber gross zu berichten. Darum bin ich mit der Antwort der Regierung nicht zufrieden. Die Regierung von Basel hat Zeitungen und Zeitschriften, viele Fachdepartemente, aber die haben nichts darüber gebracht, dass die ältesten Menschen von Europa in unserem schönen

Basel leben. Die Regierung hat nichts dazu berichtet. Das finde ich schade und darum bin ich mit der Antwort nicht zufrieden, weil die Regierung meine Fragen gar nicht beantwortet hat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

46. Interpellation Nr. 160 Christine Keller betreffend traurige Todesfälle im Zoo Basel im Jahr 2023, Schriftliche Beantwortung

[08.02.24 15:57:58]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Christine Keller (SP): Da gäbe es mehr zu sagen, als ich in fünf Minuten sagen kann. Ich gehe die Antworten der Reihe nach durch.

Zuerst die erste Antwort, zu der ich etwas sagen möchte, ist die auf Frage 2, wonach die Haltung der Orange-Utans, und das bezieht sich sicher auch auf die Kontrolle bei den Elefanten, vorbildlich sowie nach modernsten Standards konzipiert und errichtet wurde. Da möchte ich doch darauf hinweisen, dass zum Beispiel, nur um ein Beispiel zu nennen, es sich zwar bei den gesetzlichen Anforderungen an die Haltung der Gehege um Mindestanforderungen handelt, dass aber zum Beispiel die EAZA, die europäische Richtlinie für Elefanten, eine Mindestgruppe von vier Elefantendamen vorsieht. In Basel sind es zum Beispiel nur zwei.

Dann ist es ja schön, dass man in einem engen Austausch mit dem Zoo steht. Es wäre interessant zu wissen, was dann dort auch besprochen wird, ob man das vielleicht dann auch mal erfährt und vor allem, ob man auch mit Aussenstehenden vom Zoo, unabhängigen Experten spricht. Ich hatte Kontakt mit dem bekannten Experten Keith Lindsey, ein langjähriger Experte, der seit 30 Jahren mit afrikanischen Elefanten arbeitet. Er hat zum Beispiel von Anfang an, und das gibt ihm doch eine gewisse Glaubwürdigkeit im Moment, als diese Schwangerschaft der Elefantenkuh Heri bekannt wurde, gesagt, dass er hier grösste Probleme sieht. Zum einen, weil die Elefantin mindestens für ein Tier in Gefangenschaft schon ein grösseres Alter hatte, und zum anderen, weil sie bereits 2004 eine Totgeburt erlitten hatte. Leider haben sich diese Befürchtungen, dass das nicht gut gehen könnte, dann auch erfüllt. Im Moment sieht es immerhin so aus, als hätte die Elefantenkuh überlebt, sie hat aber immer noch dieses tote Kind im Bauch. Damit ist auch nicht geklärt, ob und was die Ursache des Absterbens der Frucht im Mutterleib der Elefantin war. Nach Meinung von Doktor Lindsey ist es zwar nicht nachgewiesen, aber keineswegs ausgeschlossen, dass ein Zusammenhang mit der Tuberkulose des Vatertieres besteht. Darüber tappen wir im Dunkeln.

Schliesslich, und diese Aussage hat Professor Lindsey als absurd dargestellt, steht hier: Für das Tierwohl einer Wildtiergruppe ist das Sexualverhalten und die Fortpflanzung eine grosse Bereicherung des täglichen Lebens im Gehege und somit für eine Zoohaltung immer wünschenswert. Dies ist sicher dann nicht der Fall, wenn eine Paarung das Leben des Muttertiers in Gefahr bringt und seit 30 Jahren nicht mehr zum Erfolg geführt hat. Wie man da auch sagen kann, dass eine Nachzucht einen erfolgreichen Impakt auf die Erhaltung der Art haben kann, wenn seit 30 Jahren kein Elefant hier in Basel mehr das Leben erblickt hat, ein afrikanischer Elefant, und schon vorher in all den Jahren nur einer, das wundert uns schon.

Wir wissen, dass die Subventionsverhandlungen laufen. Es ist hier gesagt worden, dass man keine Auflage machen möchte. Aber zumindest würden wir gerne wissen, wie stellt sich der Zoo die Zukunft vor, will er an diesen Züchtungen, diesen erfolglosen Züchtungen, die das Leben des Muttertieres hier in Gefahr gebracht haben, festhalten. Wie sieht er die Zukunft seiner Elefantenpopulation in zehn, 20, 30 Jahren, desgleichen bei den Orange-Utans. Diese Zukunftsperspektiven würden wir uns wünschen, wenn wir hier über die Subvention zu entscheiden haben und wir würden uns wünschen, dass die Aufsichtsbehörde, also das Veterinäramt nicht nur mit den Beaufsichtigenden selbst spricht, sondern vielleicht auch einmal unabhängige Experten wie zum Beispiel Professor Doktor Keith Lindsey oder andere beizieht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

47. Anzug Michael Hug und Tobias Christ betreffend freiwillige Abgabe auf Flugtickets und CO2-Reduktionen am EAP fördern, Schreiben des RR

[08.02.24 16:03:53, 21.5529.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Wünscht der Regierungsrat dazu das Wort? Er verzichtet. Es sind keine weiteren Wortmeldungen eingetragen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

48. Motion Aeneas Wanner und Konsorten betreffend Anpassung der Zielsetzungen des Energiegesetzes an das Pariser Klimaabkommen, Bericht des RR

[08.02.24 16:04:22, 19.5094.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motionen als erledigt abzuschreiben.

Möchte der Regierungsrat das Wort? Er verzichtet. Damit kommen wir zu den Fraktionsvoten. Das Wort geht an Tonja Zürcher vom GAB.

Tonja Zürcher (GAB): Seit der Überweisung dieser Motionen ist einiges passiert. Erledigt sind sie deswegen oder vor allem jene von Aeneas Wanner noch nicht. Die wichtigste Neuerung ist die deutliche Annahme der Basler Bevölkerung der Klimagerechtigkeit bis 2037. Wir sind der Regierung deshalb auch froh, dass hier bereits eine erste Strategie veröffentlicht wurde für Scope 1 und 2, auch wenn sie materiell nicht ausreicht, um dieses Ziel zu erreichen. Sie ist viel zu zaghaft und zu einseitig auf teure CO_2 -Abscheidung und Speicherung ausgerichtet anstatt auf eine rasche Einsparung der CO_2 Emissionen. Wir vom GAB sind deshalb überzeugt, dass der Grosse Rat hier mit dieser Motion oder mit anderen Motionen, die wir dann vielleicht noch einreichen werden, die Zügel in der Hand behalten muss und eine aktive Rolle bei der Umsetzung von Netto-Null und der Klimagerechtigkeit übernehmen muss.

Der Hauptgrund, weshalb wir jetzt hier beantragen, die Motion Aeneas Wanner stehen zu lassen, ist aber viel einfacher. Die Motion fordert nicht eine unverbindliche Strategie oder Absichtserklärungen, sondern eine Anpassung der Gesetze, und zwar nicht nur des Energiegesetzes, sondern aller relevanten Gesetze zur Umsetzung von Netto-Null. Dazu gehört beispielsweise das Umweltgesetz oder auch das Bau- und Planungsgesetz. Solange diese nicht vorgelegt sind, ist die Motion schlicht und einfach nicht erledigt und nicht erfüllt.

Klar, man kann jetzt darauf vertrauen, dass die Regierung das in ihrem leicht gemächlichen Tempo dann schon irgendwann noch mal anpackt, aber unser Glaube und unsere Geduld sind nun langsam endgültig vorbei. Wir erwarten, dass der Regierungsrat die Ratschläge zur Anpassung der zentralen Gesetze an die beschlossene Klimastrategie und vor allem an die Verfassung mit der Klimagerechtigkeit bis 2037 noch dieses Jahr bringt. Das muss er so oder so machen, ob wir diese Motion hier jetzt stehen lassen, aber ich denke, es wäre ein klares Zeichen, wenn wir sagen, wir lassen diese Motion hier stehen. Ich weiss, es wird nicht so kommen, der «Chrüzlistich» ist klar, aber vielleicht rutscht bei der einen oder dem anderen doch noch der Finger vom Abschreiben zum Stehenlassen. Ich würde mich jedenfalls freuen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort in der zweiten Runde an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Ich bin ziemlich erstaunt, die Motion verlangt, dass wir die Gesetzgebung so anpassen, dass wir Netto-Null bis 2050 erreichen müssen. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass er diese Motion nicht erfüllen will, weil in der Zwischenzeit 2037 für das Volk gesetzt wurde. Also ich glaube, eine Motion jetzt stehen zu lassen, die ein Ziel definiert, das viel unambitioniert ist als das, was in der Verfassung steht, das ist irgendwie obsolet. Ich kann, ehrlich gesagt, diese Argumentation nicht nachvollziehen. Die Motion verlangt Netto-Null bis 2050, die Verfassung verlangt Netto-Null bis 2037. Für uns ist klar, die Verfassung geht vor, sie setzt auch das Ziel und sie ist die verbindliche Leitplanke für das staatliche Handeln in den kommenden Jahren.

Deshalb möchte ich Sie bitten, diese Motion abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Tonja Zürcher an? Sie wird angenommen.

Tonja Zürcher (GAB): Klar muss dort 2037 stehen, aber haben Sie auch gelesen, dass in der Motion das Ziel oder die Grenze von 1,5 Grad Klimaerhitzung steht, was bedeutet, dass man deutlich schneller sogar als 2037 das erreichen müsste?

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Eine Motion ist verbindlich in seiner Ganzheit und wenn dort 2050 steht, dann ist das das Ziel der Motion und dieses Ziel ist obsolet mit der Klimagerechtigkeits-Abstimmung des Basler Stimmvolkes.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst abschreiben, NEIN heisst stehen lassen

Ergebnis der Abstimmung

75 Ja, 16 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002894, 08.02.24 16:09:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion abgeschrieben mit 75 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

48.1. Motion Danielle Kaufmann und Konsorten betreffend Basel pro Klima: Pariser Klimaabkommen einhalten, Bericht des RR

[08.02.24 16:10:00, 19.5145.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es sind keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein Antrag gestellt**.**

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion abzuschreiben. Das Geschäft ist erledigt.

49. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend digitalisierte und unbediente Einkaufsläden möglich machen, Stellungnahme des RR

[08.02.24 16:10:11, 23.5245.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres. Möchte der Regierungsrat dazu das Wort ergreifen? Kaspar Sutter hat das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Das Ziel des Ruhetags- und Ladenschlussgesetzes ist primär der Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das war der Leitgedanke. Das ist auch das Ziel, dem wir als Regierungsrat uns selbstverständlich verpflichtet fühlen. Ab und zu ist der gesellschaftliche und technologische Wandel sehr schnell und die Regulierung kommt nicht nach. In der Verordnung ist ein Laden als Laden definiert und macht keine Unterscheidung, ob dieser bedient ist oder nicht bedient. Als das Problem auftauchte, dass es unbediente Läden gibt und das gemäss unserer Verordnung nicht bewilligt war, dass das die ganze Zeit offen hat, da war für uns von Seite des Regierungsrates und des Departements klar, dass wir diese Verordnung anpassen. Diese Verordnung wurde schon lange eigentlich zum Zeitpunkt, als das Problem erkannt wurde, in Auftrag gegeben und die Verordnung wurde in der Zwischenzeit angepasst. Wir definieren jetzt, wir nehmen die Läden, die nicht bedient sind, aus von dieser Regelung, das heisst, sie können in Zukunft länger und durchgehend offen haben.

Mit dieser Anpassung der Verordnung erfüllen wir auch das Anliegen der Motion und deshalb beantragt Ihnen jetzt der Regierungsrat, dass man das nicht mehr überweisen muss, sondern dass sie bereits erfüllt ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion abzulehnen. Das Geschäft ist erledigt.

50. Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Neukonzipierung IWB-Dach Binningerstrasse neben Pruntrutermatte, Schreiben des RR

[08.02.24 16:12:18, 21.5702.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

51. Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten für eine mehrstufigen Trinkwasseraufbereitungsanlage nach dem Vorbild der Gemeinde Muttenz für das gesamte Basler Trinkwasser, Schreiben des RR

[08.02.24 16:12:46, 21.5027.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrat Kaspar Sutter hat das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Es ist klar und selbstverständlich, eine sichere, umweltgerechte und wirtschaftliche Versorgung des Kantons mit Trinkwasser hat höchste Priorität. Die Aufgabe, dieses Trinkwasser in dieser Qualität zu liefern, ist mit dem IWB-Gesetz ganz klar der IWB zugeordnet und sie liefert auch Wasser in dieser Qualität. Um das sicherzustellen, wird sie auch unabhängig kontrolliert durch das kantonale Labor, das auch überprüft, ob die Anforderungen an das Trinkwasser der Lebensmittelgesetzgebung auch erfüllt sind, und sie sind erfüllt. Das Trinkwasser herzustellen ist eine anspruchsvolle Aufgabe in der Agglomeration und die IWB erfüllt diese seit Jahrzehnten ohne Beanstandung.

Gleichzeitig steigen auch die Ansprüche an das Trinkwasser und in diesem Kontext ist dieser Anzug zu verstehen. Deshalb bin ich auch dankbar, dass dieser Anzug damals überwiesen wurde und es die Möglichkeit gab, auch darzulegen, was alles

geschieht, was überprüft wird, was gemacht wird und wie die Ideen sind. Die IWB ist dazu in ständigen fachlichen Austausch mit den Institutionen über die Qualität. Sie hat auch verschiedene Aufbereitungsverfahren und Weiterentwicklungen getestet und eine gemeinsame Studie mit der Gemeinde Muttenz initiiert und durchgeführt. Die Ergebnisse der Studie, Sie finden diese Antworten auch in der Anzugsbeantwortung, zeigt, dass das Trinkwasser heute die gesetzlichen Anordnungen alle übertreffen.

Die aufwendige Anlage in Muttenz eliminiert einzelne Spurenstoffe noch besser als die ebenfalls mehrstufige Anlage der IWB. Das liegt hauptsächlich an der Aufbereitung mit Pulveraktivkohle. Die Oxidationsstufe transformiert gewisse Substanzen, Abbauprodukte, die dann nachgelagert wieder entfernt werden müssen. Dies verschlechtert dann die Umweltbilanz dieses Verfahrens. Die IWB untersucht neben der Reinigungswirkung auch die Umweltauswirkung und auch der Energieverbrauch der zusätzlichen Reinigungsstufen. Die Erkenntnisse aus der Studie und ergänzenden Pilotversuche der IWB zeigen, dass die Aufbereitung mit Pulveraktivkohle und Membrantechnologie eine gute Umweltbilanz aufweisen und die Trinkwasserqualität nochmals verbessern. Die IWB wird darum solche Aufbereitungsverfahren im kommenden Jahr praktisch erproben und wenn sinnvoll und angemessen, auch wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll ist, diese auch umsetzen. Ich möchte an dieser Stelle aber schon auch sagen, dass auch eine Erhöhung der Aufbereitungsanlage dazu führen wird, dass das Trinkwasser dann auch teurer wird bei uns im Kanton.

Die Schlussfolgerung, die IWB ist gesetzlich verpflichtet, sicheres Trinkwasser bereitzustellen. Ich glaube, auch in den Verantwortlichkeitsfragen ist es sinnvoll, diese Verantwortlichkeit bei den IWB zu platzieren und nicht beim Regierungsrat oder beim Parlament, weil, seien wir ehrlich, wir sind auch nicht die Experten in der Aufbereitung von Trinkwasser. Es gehört also zu den Aufgaben der IWB, das Trinkwasser in einer einwandfreien Qualität herzustellen und uns ins Haus zu liefern. Die IWB nimmt diesen Auftrag sehr ernst, ist sich dessen bewusst und arbeitet stetig an Verbesserungspotenzialen. Ein einfaches Kopieren des in Muttenz eingesetzten Verfahrens entspricht nicht dem gesetzlichen Auftrag.

Nach dieser Berichterstattung und auch der klaren Zuweisung der Verantwortlichkeiten bittet Sie der Regierungsrat, diesen Anzug heute abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Da hat sich für die SP Jean-Luc Perret eingetragen.

Jean-Luc Perret (SP): Die Fraktion der SP bittet Sie, diesen Anzug stehen zu lassen. Ich möchte das gerne begründen, einerseits um vielleicht auch Regierungsrat Kaspar Sutter ein bisschen zu beruhigen und andererseits sehe ich, dass noch nicht alle sich entschieden haben und vielleicht hilft das ja etwas.

Auch wir sind der Meinung, dass das Trinkwasser der IWB sehr gut ist und die Laborwerte einwandfrei. Die Methode der Trinkwasseraufbereitung ist jedoch nicht mehr State of the Art, wie man so sagt. Das Rheinwasser wird seit Jahren auf demselben Weg gefiltert, in der Langen Erle versickert und aufbereitet. Auch seit dieser Vorstoss das erste Mal überwiesen wurde, hat sich daran nichts geändert.

Heute gibt es jedoch bessere Reinigungstechniken, die mehr Spurenstoffe herausfiltern können. Eine hochmoderne Anlage steht zum Beispiel in Muttenz. Diese Anlage schneidet in Auswertungen und in der Einschätzung von Expertinnen und Experten ausgezeichnet ab. Die IWB legen nun im, diese Meinung teile ich auch, sehr ausführlichen und sorgfältig verfassten Bericht dar, dass derzeit auch bei ihnen mehrere Projekte für zusätzliche Reinigungsstufen laufen. Kaspar Sutter hat das vorhin erwähnt. Der Handlungsbedarf ist also bekannt. Man hat sich aber noch nicht für ein Verfahren entschieden und es ist auch noch nichts Konkretes passiert.

Die Erwartung beim Stehenlassen wäre dann auch, dass die IWB eine konkrete Strategie vorlegen, wie es nun weitergeht. Dabei steht überhaupt nicht im Vordergrund, eine identische Anlage wie in Muttenz zu bauen. Es mag sogar gute Gründe geben, die dagegensprechen. Es soll auch kein Misstrauensvotum sein oder gar alarmistisch klingen. Es braucht einfach in nächster Zeit eine Modernisierung der Trinkwasseraufbereitung. So ein stehen gelassener Anzug unterstützt diese Anstrengungen und er bietet den IWB nebenbei die gute und wichtige Gelegenheit, dem Parlament, also uns, in zwei Jahren wieder darüber zu berichten.

Aus diesen Gründen bitten wir Sie, den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion GAB geht das Wort an Harald Friedl.

Harald Friedl (GAB): Ich möchte Jean-Luc Perret danken. Er hat schon vieles vorweggenommen, dass ich auch sagen wollte. Ich danke aber auch dem Regierungsrat für die ausführliche Beantwortung dieses Anzugs. Ich sehe, da wurde mit

grosser Sorgfalt gearbeitet und es war sehr erhellend auch für mich. Ich bin auch erfreut zu lesen, dass die IWB und die Hardwasser AG die Trinkwasseraufbereitung sehr, sehr ernst nehmen.

Wie der Regierungsrat schreibt, ist auch die Erkenntnis gewachsen, und das hat Kaspar Sutter vorher auch schon bestätigt, dass die Bemühungen zur Verbesserung der Trinkwasserqualität intensiviert werden müssen. Das kann man auch so nachlesen in Kapitel 2.1.3. Für mich waren die Ausführungen zu den bisherigen Versuchen, die bei IWB gelaufen sind, sehr interessant. Ich habe das wirklich mit grosser Spannung gelesen, ich verfolge die Thematik des Trinkwassers und der Spurenanalytik schon sehr lange. Ich bin da auch einig mit dem Bericht oder mit der Beantwortung des Anzugs, dass es sinnvoller ist, die zusätzliche Aufbereitung des Trinkwassers nach der Infiltration, also nach der Versickerung des Rohwassers in der Langen Erle und im Hardwald einzuführen.

Wir können aber trotzdem nicht ganz den Schlussfolgerungen folgen, dass es nicht zielführend sei, die Trinkwasseraufbereitung in Muttenz näher oder gänzlich zu verfolgen. Denn es gab jetzt eine umfangreiche Untersuchung, da war die IWB involviert, die Gemeinde Muttenz und auch die FHNW, und diese Untersuchung zeigt ganz klar, dass die Reinigungsleistung der Aufbereitung in Muttenz deutlich besser ist als diejenige, die wir jetzt kennen bei IWB und Hardwasser AG. Darum verstehen wir auch nicht, ich meine, die Einführung dieser zusätzlichen Trinkwasseraufbereitung in der Anlage in Muttenz, die war auch begleitet durch jahrelange Untersuchungen und Vorstudien, da wurde schon viel Knowhow und Wissen generiert, das hätte man auch von IWB und Hardwasser eigentlich erwarten können, dass sie das näher verfolgen und das eventuell zusammen mit Muttenz dann auch untersuchen.

Wir unterstützen es sehr, dass die IWB weitere Untersuchungen durchführen will und am Thema dranbleibt und ich denke auch, wie Jean-Luc Perret es ausgeführt hat, es wäre interessant, in zwei Jahren dann zu erfahren, welche neuen Erkenntnisse die IWB und die Hardwasser AG daraus gewonnen haben und wir würden uns das gerne dann in einem zusätzlichen Bericht noch zur Kenntnis bringen lassen.

Darum wird auch das GAB hier für Stehenlassen votieren und ich danke Ihnen, wenn Sie uns dabei unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Felix Wehrli für die SVP.

Felix Wehrli (SVP): Die Zuständigkeit bei dieser Forderung liegt ja operativ klar bei der IWB. Diese prüft ja auch laufend, ob ihre Anlagen zur Aufbereitung der Trinkwasserqualität den neuesten Anforderungen entsprechen. Genau das ist in ihrem ureigenen Interesse und sie ist auf dem aktuellsten Stand der Technik, was die regelmässigen Kontrollen des Kantonslabors bereits mehrfach bestätigt haben. Wie bereits gesagt, befasst sich die IWB intensiv mit Verbesserungen auch in der Trinkwasseraufbereitung, diese im Übrigen in Zusammenarbeit mit der Hardwasser AG. Müsste nun die IWB eine Wasseraufbereitung nach dem Vorbild von Muttenz machen, so wie Sie das fordern, ich weiss nicht, ob die Qualität des Trinkwassers nicht darunter leiden würde, weil eben die Gegebenheiten nicht dieselben sind.

Wem also sauberes Trinkwasser für unsere Bevölkerung wichtig ist und auch die Verantwortung dafür übernimmt, darf diesen Anzug eigentlich nicht überweisen, weil er zu schlechter Qualität führen könnte. Haben Sie also Vertrauen in die IWB, der zehnseitige Bericht der Regierung zeigt deren Kompetenzen deutlich auf.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit frage ich den Regierungsrat, ob er in der zweiten Runde das Wort wünscht? Er verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst abschreiben, NEIN heisst stehen lassen

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 48 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002905, 08.02.24 16:24:46]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 48 Nein-Stimmen gegen 45 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

52. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Senkung des Energieverbrauchs durch intelligente Heizsysteme, Schreiben des RR

[08.02.24 16:24:58, 21.5751.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Wünscht der Regierungsrat das Wort? Er verzichtet. Damit kommen wir zu den Fraktionsvoten. Hier hat sich Jo Vergeat für das GAB angemeldet.

Jo Vergeat (GAB): Auch wenn man auf dem «Chrüzlistich» sieht, dass wir wenig Chancen haben, beantragen das GAB und die SP, für welche ich hier mitspreche, dass wir den Anzug stehen lassen. Wir sehen und begrüssen die Bemühungen, die in diesem Themenbereich jetzt schon angestellt wurden und dennoch ist uns diese Antwort zum Beispiel im Bereich der Beratung und Sensibilisierung zu oberflächlich. Gerade in der Spezialkommission Klimaschutz wurden diese Energieberatungen von der Verwaltung selbst immer wieder kritisiert, es sei sehr schwierig, die Menschen zu erreichen, dort wirklich effektive Ziele und Anpassungen umsetzen zu können und mit diesen Energieberatungen etwas zu erreichen.

Wir hätten uns gewünscht, dass man da ein bisschen mehr ausführt, wenn man schon so viel jetzt in diesem Themenbereich gemacht hat mit der Energiemangellage. Und weiter ist es uns ein Anliegen, dass diese systematische Analyse, die in Aussicht gestellt wird, um bei den kantonseigenen Immobilien solche intelligenten Heizsysteme umzusetzen und anzuwenden, auch ein bisschen stärker dargestellt wird und dann in zwei Jahren hoffentlich diese Resultate aus der Analyse und auch erste Erkenntnisse dargelegt werden könnten.

Und weil uns das alles in dieser Anzugsbeantwortung gefehlt hat, würden wir gerne stehen lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. In der zweiten Runde verzichtet der Regierungsrat auf ein Votum. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst abschreiben, NEIN heisst stehen lassen

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 43 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002907, 08.02.24 16:27:49]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 49 Ja-Stimmen gegen 43 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

53. Interpellation Nr. 139 Andrea Strahm betreffend Erschliessung von Grossbasel mit Fernwärme bis zur Kantons- resp. Landesgrenze, Schriftliche Beantwortung

[08.02.24 16:27:57, 23.5557.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Die vorliegende Interpellation betrifft diejenigen Gebiete auf Stadtboden, die nicht mit Fernwärme versorgt werden sollen. Dass das Gas bis 2037 abgestellt werden soll, ist unbestritten. Die Frage aber, wie sich denn die Stadtbewohner, die bislang mit Gas heizen ohne Gas behelfen sollen, ist nicht geklärt. An einem Podium mit dem Vorsteher des WSU beabsichtigten wir, die betroffenen Anwohner zu informieren. Dies gelang leider nicht. Vielmehr zeigte sich, dass sich vor allem bei den Reihenhäuschen im Neubad, wie Sie sie wohl alle kennen, mannigfaltige Probleme ergeben. Aber auch andere Gebiete der Stadt sind betroffen. Es kamen über 100 Leute an den Anlass, die Stimmung war gereizt.

Die Regierung bietet zwar eine Beratung an, doch die erschöpft sich in Informationen, die die Bewohner ohnehin schon kennen. Sie verweist auf individuelle Lösungen. Man kann die Beratung in einem Satz zusammenfassen; man solle sich an eine der Firmen für Wärmepumpen und Co wenden, die wüssten dann schon Bescheid. Im Zusammenhang mit diesen Ersatzlösungen wie Solardächern, Erdsonden und Wärmepumpen und dergleichen ergeben sich jedoch unzählige Fragen. Die Installationen sind Stromfresser, sie haben eine beschränkte Lebensdauer, im Sommer geben sie mit den laufenden Motoren auch an die Aussenwelt Wärme ab. Sie benötigen Platz im Garten, sie lärmen und wie nachhaltig und ökologisch es ist, alle paar Meter eine Erdsonde in die Tiefe zu hämmern und dort Wärme abzuziehen, ist völlig unklar.

Einzelne der Fragen der Interpellation hat die Regierung gar nicht beantwortet, etwa diejenige, ob durch die jahrzehntelange Lieferung von Heizenergie den Gasbezügern nicht wohl erworbene Rechte auf eine zur Verfügungstellung von Heizenergie entstanden sind. Bleiben wir aber bei der wichtigsten Frage, weshalb können wir denn nicht überall Fernwärme einziehen. Wir kennen die Antwort, dies rentiere nicht. Unserer naiven Vorstellung nach müsste man, wenn man argumentiert, etwas rentiere nicht, Berechnungen angestellt haben. Wir wollten deshalb von der Regierung wissen, was die Erschliessung des ganzen Stadtgebietes respektive bestimmter Areale mit Fernwärme denn kosten würde und ob es sich aus ökologischer Sicht nicht doch lohnen würde, diese Investitionen zu tätigen. Die Antwort; die Regierung weiss nicht, was es kosten würde, ihr liegen, wie sie schreibt, keine konkreten Zahlen vor.

Es ist verblüffend. Wenn der Grosse Rat diesen Gasausstieg will, dann müssen auch die Berechnungen aller Alternativen vorliegen. Es muss diskutiert werden dürfen, ob eine generelle zur Verfügungstellung von Fernwärme nicht die beste Variante wäre, weil dann die jeweils umweltverträglichste Energie gewählt werden kann, etwa auch Wasserstoff. Es muss überlegt werden dürfen, ob der Kanton dazu nicht Gelder sprechen möchte. Es muss hingeschaut werden auf diese Strassen, wie etwa die Realpstrasse, wo alle paar Meter tiefe Sonden ins Erdreich führen und Wärme absaugen. Es muss überlegt werden, was mit all den Installationen in zehn Jahren ist, in 20 Jahren, wenn Reparaturen anstehen, sie ersetzt werden müssen. Auch der Aspekt einer Strommangellage muss Eingang in die Diskussionen finden. Was geschieht dann mit all den Wärmepumpen, usw., etwa bei stundenweiser Unterbrechung der Stromversorgung wie im letzten Winter diskutiert.

Die Frage also, warum es nicht rentiere, überall Fernwärme einzuziehen, blieb unbeantwortet, ebenso die Gründe dieser Aussage. Mir bleibt mit Johann Wolfgang von Goethe festzuhalten: Da steh' ich nun, ich armer Tor, und bin so klug als wie zuvor! Und leider nicht zufrieden. Das ist nicht von Goethe.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

54. Interpellation Nr. 151 Fina Girard betreffend Unterbringung von Jugendlichen im Gefängnis durch die KESB, Schriftliche Beantwortung

[08.02.24 16:32:50, 23.5609.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Fina Girard (GAB): Es ist schon eine Weile her, dass durch SRF Investigativ bekannt wurde, dass die KESB Minderjährige in Gefängnissen unterbringt, weil sie scheinbar nirgendwo anders untergebracht werden können. Nun bestätigte also auch der Regierungsrat in der Beantwortung meiner Interpellation, dass solche Fälle auch im Waaghof in Basel vorkommen. Diese

Fälle seien selten, sie geschehen nur in Notfällen und auch die Aufenthaltsdauer sei jeweils nur kurz. Das erleichtert mich. In Basel müssen also keine Jugendlichen monatelang ohne Straftat und Gerichtsverfahren im Gefängnis ausharren, wie das in Thun der Fall war.

Dennoch verurteile ich dieses Vorgehen der KESB nach wie vor. Unterdessen haben Kinder- und Jugendrechtsorganisationen wie Pro Juventute und der Dachverband offene Kinder- und Jugendarbeit einen offenen Brief verfasst. Auch sie bestätigen, mit dieser Praxis werden Menschen- und Kinderrechte verletzt. Der Artikel 39 der Kinderrechtskonvention verlangt, dass der Staat dafür sorgen muss, psychisch belastete Kinder und Jugendliche bestmöglich zu unterstützen, und zwar in einer Umgebung, die, ich zitiere: der Gesundheit, der Selbstachtung und der Würde des Kindes förderlich ist.

Eine Unterbringung im Jugend-Untersuchungsgefängnis kann beim besten Willen nicht als eine solche Umgebung beschrieben werden. Diese Jugendlichen verdienen die Chance, in einer fürsorglichen Umgebung gefördert zu werden und so das Rüstzeug für einen einfacheren Start ins Erwachsenenleben zu erarbeiten. Ich bin daher auch nach der Beantwortung meiner Interpellation überzeugt, dass eine solche Unterbringung auch in Notfällen und auch bei Engpässen nicht akzeptiert werden darf. Ich erwarte daher weiterhin, dass die Regierung nach einer alternativen Lösung sucht, wie diese Jugendlichen untergebracht und betreut werden können, und zwar auch und besonders bei den Jugendlichen, die sich selbst und andere gefährden. Eine Unterbringung im Gefängnis darf keine Lösung bleiben. Ich bin daher mit der Beantwortung der Interpellation teilweise zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

55. Anzug der Gesundheits- und Sozialkommission betreffend Schaffung von «Sozialen Anstellungen» innerhalb der kantonalen Verwaltung und kantonsnahen Betrieben bei erfolgreicher Integration, Schreiben des RR, Schreiben des RR

[08.02.24 16:35:27, 20.5268.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Wünscht der Regierungsrat das Wort? Er verzichtet. Es sind keine Wortmeldungen mehr eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

56. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend neues Steuerrechnungsmodell, statt Steuerinkasso auf die Unternehmen abwälzen, Stellungnahme des RR

[08.02.24 16:36:05, 23.5348.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Wünschen Sie das Wort, Tanja Soland? Sie verzichtet. Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Zuerst zu Heidi Mück von der Fraktion GAB.

Heidi Mück (GAB): Mein erster Impuls war, ja okay, das ist gut, die Regierung ist daran, ein Projekt auszuarbeiten und die Anliegen der Motion können ja als Anzug da gegebenenfalls einfliessen. Aber wir haben die Initiative der SP, die heisst, keine Steuerschulden dank Direktabzug. Diese wurde eingereicht und ist ja auch offiziell zustande gekommen und wir harren auf eine allfällige Volksabstimmung. Ich denke, die wird gute Chancen haben.

Ich kann diese vorliegende Motion nicht von der Initiative trennen, denn sie ist ja auch wie eine Art Gegenvorschlag formuliert oder Gegenvorschlag gedacht und nach Ansicht des GAB verfolgt die Initiative den richtigen Weg. Wir geben der Idee des Direktabzugs klar den Vorzug gegenüber der Idee der provisorischen Rechnungsstellung durch den Kanton. Deshalb möchten wir auch keine entsprechenden Signale setzen und die Motion eigentlich gar nicht überweisen, auch nicht als Anzug.

Einfach noch eine vielleicht etwas launischen Nebenbemerkung. Wir haben heute Morgen viel über Generelle Aufgabenüberprüfung diskutiert, über Effizienz, über Bürokratie, es war sogar die Rede von Leistungen des Staates, die überflüssig sind. Das war alles ziemlich vage, aber es wurde auch klar, was für eine Art Staat sich die Bürgerlichen wünschen. Nett gesagt, einen schlanken Staat oder etwas weniger nett gesagt, einen Nachtwächterstaat. Aber jetzt wird quasi die Initiative für einen Direktabzug der Steuern mit der umgekehrten Argumentation bekämpft, nämlich der Kanton soll da weitere Leistungen übernehmen und diese Argumentation geht für mich irgendwie nicht auf.

Ich bitte Sie, die Motion gar nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP geht das Wort an Georg Mattmüller.

Georg Mattmüller (SP): Die vorliegende Motion ist ein neues Steuerrechnungsmodell und soll eine Alternative zur eingereichten Initiative für ein Lohnabzugsverfahren einführen. Der Vorstoss fordert die periodische Versendung von Rechnungen über einen Teilbetrag der Steuern an die Steuerpflichtigen. Der Vorstoss moniert, dass die Selbstverantwortung der Steuerpflichtigen bestehen bleiben muss und dass das Steuerinkasso nicht wie beim Lohnabzugsverfahren beim Staat verbleibt.

Die Motionäre anerkennen selbst, dass ein unwesentlicher grosser Teil der Bevölkerung Probleme mit der Bezahlung der Steuerforderung hat, sei es aus finanzieller Not, aus falscher Priorisierung von Ausgaben oder aber auch aus Nachlässigkeit. Sie sehen den Steuerpflichtigen mittels eines Dauerauftrages bei der Bank in der Pflicht. Die Realität ist aber eine andere. Viele Steuerpflichtige richten eben keinen Dauerauftrag ein für die regelmässige Teilzahlung und damit die Steuerforderung. Damit ist die Steuerforderung im Ergebnis offen und es bleiben Steuerschulden.

Nun geht es aber auch nicht um das Lohnabzugsverfahren, sondern um das vorgeschlagene Steuerrechnungsmodell. Zum Steuerrechnungsmodell führt die Regierung in der Motionsbeantwortung aus, dass dieses weitestgehend bereits in Ausarbeitung befindenden provisorischen Rechnung der Steuerbehörde entspricht. Aus diesem Grund ist eine Überweisung noch nicht mal als Anzug notwendig, da im Sinne des vorgeschlagenen Steuerrechnungsmodells mit der provisorischen Rechnung bereits eine Umsetzung vorgesehen ist.

Ich bitte Sie daher, kein Wasser in den Rhein zu tragen und den Vorstoss nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion FDP ergreift Luca Urgese das Wort.

Luca Urgese (FDP): Ich darf für die GLP, für die LDP und für die SVP sprechen. Was ist das Ziel dieses Vorstosses. Das Ziel ist, die Zahl der Steuerschuldnerinnen und Steuerschuldner zu senken. Wie erreichen wir das? Wir sind überzeugt, dass man die Menschen bei der Erfüllung ihrer Steuerpflicht stärker unterstützen kann. Allerdings nicht in Form eines Lohnabzuges, wir halten das nach wie vor entschieden für den falschen Weg. Ich muss jetzt hier nicht nochmals alle Argumente aufzählen, sie sind einerseits im Vorstoss aufgezählt und wir haben sie hier drin auch schon verschiedentlich diskutiert.

Eines möchte ich doch festhalten, liebe Heidi Mück, wenn wir hier von Effizienz und von Bürokratie sprechen. Erstens, das Inkasso der Steuern ist selbstverständlich Kernauftrag des Staates und es kann ja nicht sein, dass man die Bürokratie, die damit verbunden ist, einfach an die privaten Arbeitgeber abdelegiert. Weil die Bürokratie ist dann nicht weg, sondern man hat sie dann einfach elegant an den Privaten abdelegiert. Dort findet dann die Belastung aber weiterhin statt beziehungsweise sie wäre mit der Lösung, wie sie die Initiative vorschlägt, nochmal massiv höher und mit erheblichen Risiken verbunden. Wir haben deshalb eine andere Lösung vorgeschlagen, nämlich wir möchten die Steuerpflichtigen unterstützen, ihre Eigenverantwortung besser wahrnehmen zu können.

Wir nehmen dabei erfreut zur Kenntnis, dass der Regierungsrat bereits ein Projekt am Laufen hat, dieses Projekt mit der provisorischen Steuerrechnung, und dass er bereit ist, die Gedanken, die der Vorstoss in sich trägt, in diese Arbeiten miteinfliessen zu lassen. Das ist positiv, das unterstützen wir, ich möchte aber doch festhalten, wir wären nicht zufrieden, wenn der Regierungsrat einfach mit einer Vorlage kommt, dass eine einmalige provisorische Steuerrechnung künftig möglich sein soll und das wäre es dann gewesen. Die Motion oder vielleicht dann später der Anzug schlägt explizit vor, dass beispielsweise eine monatliche oder vielleicht auch eine quartalsweise Rechnung möglich sein soll. Hier wünschen wir uns, dass auch eine gewisse Flexibilität bei der Periodizität dann entsprechend besteht.

Plus haben wir explizit festgehalten, dass auch die Möglichkeiten der Digitalisierung geprüft werden sollen, indem man das ausschöpfen kann, davon habe ich jetzt in der Stellungnahme des Regierungsrates nicht so viel gelesen. Da möchte ich auch nochmals unterstreichen, es gibt inzwischen verschiedene Möglichkeiten, wie man Zahlungspflichtige unterstützen kann bei der Erfüllung ihrer Zahlungspflichten. Sei das E-Bill, sei das Lastschriftverfahren, also es gibt inzwischen eine Vielfalt von Möglichkeiten, so dass jede und jeder selber entscheiden kann, was für ihn oder sie der beste entsprechende Weg ist.

Weil bereits ein Projekt am Laufen ist, leuchtet es uns ein, dass der Vorstoss nicht zwingend als Motion überwiesen werden muss, sondern dass das auch in Form eines Anzugs erfüllt werden kann. Das können wir unterstützen, bitten aber den Regierungsrat, die Ausführungen, die ich soeben getätigt habe, bei den Arbeiten entsprechend mit zu berücksichtigen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Möchte Regierungsrätin Tanja Soland das Wort? Sie hat es.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich möchte nur noch darauf hinweisen, dass ich vor allem eines nicht möchte und das ist diese Anliegen zu verknüpfen. Weil ich finde, auch wenn die Initiative der SP dann mal zur Abstimmung kommt und angenommen wird, nehmen wir an, und das Verfahren so eingeführt würde, sehe ich nicht ein, warum die Steuerpflichtigen auf die provisorische Rechnung verzichten sollen. Ich finde es ein Bedürfnis, das fast überall in der Schweiz bereits eingeführt ist und ich würde das wirklich gerne auch bei uns einführen, weil das wäre wirklich eine grosse Erleichterung für alle Steuerpflichtigen. Ob es damit die Steuerschulden verringert, das kann ich nicht sagen, aber es ist auf jeden Fall sehr kundenfreundlich. Das wäre mir wichtig.

Anscheinend haben wir ein paar Anliegen übersehen, wie Luca Urgese sagt. Das liegt vielleicht auch an den vielen Motionen, die bereits über den Tisch gehen, aber wir werden auf jeden Fall prüfen und alles, was kundenfreundlich ist, was unseren Steuerpflichtigen entgegenkommt, möchten wir gerne anbieten. Daher bin ich froh, wenn Sie das Geschäft als Anzug überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es wurde kein Antrag auf Weiterbehandlung als Motion gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, Weiterbehandlung als Anzug

Heidi Mück beantragt Nichtüberweisung des Anzugs. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 45 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002912, 08.02.24 16:46:46]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben entschieden, das Geschäft als Anzug zu überweisen mit 48 Ja-Stimmen gegen 45 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung.

57. Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend Zwischennutzung Musical Theater ab 2025 jetzt in Angriff nehmen, Stellungnahme des RR

[08.02.24 16:46:55, 23.5333.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Wünscht Regierungsrätin Tanja Soland das Wort? Sie verzichtet. Es sind keine Fraktionsvoten eingetragen. Als Einzelsprecher hat sich Johannes Sieber gemeldet.

Johannes Sieber (GLP): Anders als im «Chrüzlistich» aufgeführt, werden wir nicht beantragen, dieses Geschäft als Motion zu überweisen. Es wäre zugegebenermassen etwas eine Zwängerei, weil das Hauptproblem wurde ja gelöst, nämlich dass das Musical Theater über die vorgesehene Betriebsdauer hinaus weiter programmiert werden kann. Das ist erfüllt und ich möchte auch den Regierungsrat loben für diese pragmatische Lösung, die er da gefunden hat. Obwohl halt schon eine Ausschreibung einer Zwischennutzung dann noch die Chance mitgebracht hätte, dass man die Nachfrage etwas prüfen hätte können, ob sich potenzielle Betreiber*innen auch melden würden, das zu tun. Darauf müssen wir jetzt verzichten.

Ich möchte aber doch noch zu Protokoll geben, dass mir eine gewisse Ungereimtheit aufgefallen ist, nämlich hat doch Tanja Soland hier in diesem hohen Hause erklärt, dass dieser Betrieb dieses Musical Theaters, also nicht nur die Sanierung, sondern auch dieser Betrieb ohne Drittmittel nicht möglich sein wird und deswegen auf Subventionen angewiesen sein wird. Und jetzt hat doch diese private Betriebsgesellschaft diesen Vertrag ziemlich zackig verlängert und das ohne Drittmittel. Also muss doch davon ausgegangen werden, dass dieser Betrieb eben doch ohne Drittmittel möglich ist und da sehe ich eine gewisse Diskrepanz. Darauf wollte ich hinweisen, finde mich aber damit ab, wenn dieser Vorstoss jetzt abgeschrieben wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wünscht Regierungsrätin Tanja Soland das Wort? Sie verzichtet.

Ich muss mich noch korrigieren. Ich glaube, ich habe falsch gesagt, dass die Motion als rechtlich zulässig beurteilt wurde. Sie wurde als rechtlich unzulässig beurteilt.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion abzulehnen. Das Geschäft ist erledigt.

58. Anzug Remo Gallacchi und Konsorten betreffend ein System und eine Plattform für den ganzen Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR

[08.02.24 16:49:40, 19.5400.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug als erledigt abzuschreiben.

59. Anzug Oliver Thommen und Konsorten betreffend ein digitales Forum für Basel, Schreiben des RR

[08.02.24 16:50:17, 21.5533.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum. Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Da hat sich Oliver Thommen für das GAB eingetragen.

Oliver Thommen (GAB): Das GAB bittet Sie, diesen Anzug stehen zu lassen und das aus folgenden Gründen. Sie haben vielleicht die Beantwortung gelesen und wir sind mehr oder weniger unzufrieden damit, wie dieser Anzug beantwortet worden ist. Man kann ja vielleicht einen Anzug nicht gut finden, aber dass man sich wenigstens darum kümmert und diesen sachgetreu beantwortet, das hätte ich schon erwartet, weil sonst muss ich nicht einen Anzug schreiben, sondern kann eine schriftliche Anfrage machen. Und dass der Regierungsrat nicht mal die zweite Forderung, nämlich eine Übersicht, welche Applikationen er als Kanton verwendet, gemacht hat, das finde ich schon ein bisschen deplorabel und würde Sie deshalb bitten, dem Regierungsrat nochmals eine Chance zu geben, zum Beispiel eine solche Übersicht zu erstellen.

Und auch ganz grundsätzlich, die Forderung der Motion, der Text ist ja relativ lang und umfangreich und bietet ein bisschen eine Auswahl an, was alles möglich ist, und Sie werden sagen, ja, das kann man ja gar nicht alles umsetzen, aber andere Gemeinwesen haben das längst umgesetzt. Aesch-bigott hat das schon lange. Es ist natürlich nicht ein Kanton wie Basel-Stadt, sondern eine Gemeinde mit vielleicht 10’000 bis 20’000 Einwohnenden, aber dort gibt es solche Plattformen zur Kommunikation und diese werden rege genutzt. Und warum man das in Basel nicht prüfen will mit einem Hinweis auf die vermeintliche Digitalstrategie, das erschliesst sich uns letztendlich nicht.

Darum bitte ich Sie, bitte nochmals stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wünscht Regierungsrätin Tanja Soland das Wort? Sie wünscht es und hat es.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Es tut mir leid, wenn Sie den Eindruck haben, wir hätten nicht mal Ihre Fragen beantworten wollen. Vielleicht konnten wir sie auch nicht. Es ist nicht ganz so einfach, was Sie wollten. Ich glaube, Sie sind in der GPK, wir können das auch gerne einmal dort länger besprechen. Wir sind im Moment ja dabei, wie Sie wissen, beim Aufbau der Digitalisierungsstelle mit dem DigiLab. Wir haben noch ein Projekt bei der IT in Überprüfung. Wir sind bei gewissen Dingen etwas unter Wasser, gebe ich zu. Wir versuchen auch zu priorisieren, daher ist das wahrscheinlich eher diesen ganzen Umstellungen und allem geschuldet. Und es ist nicht so einfach, weil wir nicht genau wissen, wer, was, wo macht im Kanton. Das ist alles im Moment nicht zentral, das ist alles dezentral. Da sind wir am Überprüfen, daher kommt das, dass die Antwort vielleicht in dem Sinne etwas unbefriedigend ist.

Und wenn Sie finden, wir könnten doch eine Plattform machen, die wäre sicher toll, das glaube ich Ihnen, aber ich habe, muss ich sagen, jetzt mal gesagt, wir müssen auch irgendwann priorisieren, weil wir brauchen das E-Konto, das hat jetzt mal erste Priorität. Wir müssen diese Überprüfungen machen, die Digitalisierungsstelle aufbauen und dann kann man sicher später auch alles andere nochmal anschauen. Also es ist eher auch ein Ausdruck der aktuellen Lage.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Frau Regierungsrätin, Sie dürfen entscheiden, ob Sie eine Zwischenfrage annehmen von Oliver Thommen. Sie wird angenommen.

Oliver Thommen (GAB): Ich habe bis jetzt nur Argumente gehört, warum Sie den Anzug nochmals stehen lassen sollten, wenn Sie doch etwas mehr Zeit brauchen für die Beantwortung.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wissen Sie, dieses Stehenlassen, da füllen Sie Berge damit. Sie erreichen mehr, wenn Sie dann später noch einmal nachfragen. Stehenlassen heisst, jetzt schon wieder in zwei Jahren. Wir können das später einmal anschauen, aber die Berge füllen sich mit Vorstössen und stehen gelassenen Vorstössen. Ja, ich gebe zu, so wie Sie gerne Vorstösse einreichen und Sie dürfen so viele, wie Sie wollen, so gerne sind wir auch froh, wenn wir mal einen weniger auf unsere Ablage haben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst abschreiben. NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

71 Ja, 20 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002916, 08.02.24 16:56:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 71 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

60. Motion Christian von Wartburg und Johannes Sieber betreffend Erlass eines Whistleblowing Gesetzes, Stellungnahme des RR

[08.02.24 16:56:21, 23.5271.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert zwei Jahren. Wünscht die Regierungsrätin das Wort? Sie verzichtet. Damit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Hier hat sich Hanna Bay für die SP eingetragen.

Hanna Bay (SP): Ich habe das vorliegende Traktandum respektive die fraktionsinterne Verantwortlichkeit sozusagen mit der Sitznummer 33 von Motionär Christian von Wartburg geerbt. Und das freut mich, denn gleich wie er erachte ich das Thema Whistleblowing nicht nur als eine Nebensächlichkeit, sondern als wichtiger Bestandteil, um das Funktionieren des und das Vertrauen in die Organe des Service Public zu gewährleisten. Dort genau hinzuschauen, wo es allenfalls falsch läuft, ist nicht nur ein Nice to have, sondern ein wichtiger Teil der staatlichen Rechenschaft. Dabei habe ich dem Antwortschreiben der Regierung mit Freude entnommen, dass diese die Auffassung teilt, das Whistleblowing ein wichtiges Handlungsfeld in der Korruptionsbekämpfung darstellt. Ebenso erfreulich ist es, dass eine elektronische Plattform für anonyme Meldungen offensichtlich noch dieses Jahr erfolgen soll.

Dennoch halte ich im Rahmen der SP-Fraktion an der Überweisung als Motion fest. Dabei geht es nicht darum, die sämtlichen bisherigen Bemühungen schlechtzureden, sondern vielmehr darum, bei einzelnen wichtigen Punkten zeitnah konkrete Verbesserungen zu erreichen. Ich möchte die einzelnen Punkte im Folgenden kurz durchgehen.

Erstens, das Verfahren soll klar geregelt werden. So muss klar sein, was mit einer Meldung geschieht, wie eine solche beantwortet wird und was deren Folgen sind.

Zweitens, und das ist meines Erachtens zentral, soll nicht nur eine vertrauliche Meldung möglich sein, sondern die Identität der Whistleblower soll auch während dem gesamten Verfahren geschützt werden, wenn dies gewünscht und auch notwendig ist. Dies ist in der bestehenden Verordnung nur ungenügend geregelt. Die Anonymität ist einzig beim Case Management geregelt, nicht aber beim eigentlichen Whistleblowing-Verfahren.

Drittens, und auch das ist wichtig, soll die Regelung nicht nur in einer vom Regierungsrat grundsätzlich jederzeit abänderbaren Verordnung sein, sondern in einem demokratisch legitimierten Gesetz im formellen Sinne.

Viertens ist die Frage, ob man die öffentlich-rechtlichen Anstalten, namentlich die Spitäler, in den Anwendungsbereich miteinschliesst. Schlussendlich eine politische Frage, wollen wir als Eigner sicherstellen, dass auch dort Missstände gemeldet werden können. Es geht schliesslich auch dort um Steuergelder oder wollen wir unter dem Deckmantel der Autonomie darauf verzichten. Ich bin für ersteres und damit bin ich auch nicht ganz alleine. Die Mehrheit der bestehenden Meldestellen in der Schweiz fassen ihren Aufgabenbereich weit. Dies ist der Studie der Fachhochschule Graubünden zu entnehmen, auf welche sich auch die Regierung beruft.

Und schliesslich noch die Frage, wo diese Meldestelle angegliedert sein soll. Hier ist der Regierung zwar recht zu geben, dass eine Angliederung an die Ombudsstelle nicht unüblich ist. Die gleiche Studie der FH Graubünden zeigt aber auch, dass es noch üblicher ist, die Meldestelle bei der Finanzkontrolle anzugliedern und das ergibt auch Sinn. Sso geht es bei Whistleblowing-Vorfällen oft, wenn auch nicht immer, um finanzielle Angelegenheiten. Anderseits spricht auch ein Blick in die jeweiligen gesetzlichen Grundlagen für eine Angliederung bei der Finanzkontrolle. So hat diese den unmissverständlichen Auftrag, das staatliche Handeln zu prüfen. Die Ombudsstelle demgegenüber hat den primären Gesetzesauftrag bei Streitigkeiten zu vermitteln und zu helfen. Bei Whistleblowing-Fällen geht es aber nicht um das Vermitteln, sondern es geht um die genaue und ernsthafte Überprüfung der Angelegenheit.

Nun, wieso drängt sich jetzt eine gesetzliche Regelung auf? Ich denke, der Handlungsbedarf ist klar, ein weiteres Zuwarten erscheint schlicht nicht notwendig. Die SP begrüsst es zwar explizit, dass der Regierungsrat die Korruptionsthematik breiter anschauen und prüfen will. Ein Whistleblowing-Gesetz, welches diesen Namen auch verdient, steht aber dem nicht im Weg und wäre ein wichtiger Pflock.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, nicht der Regierung zu folgen, sondern die Motion weiterhin als solche zu behandeln und zum zweiten Mal zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion GAB spricht Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Grundsätzlich kann unsere Fraktion den Ausführungen des Regierungsrats folgen. Insbesondere die Problematik mit nicht direkt in der Verwaltung angesiedeltem Personal, wie da zu verfahren ist, ist sicher ein schwieriger Fall, und auch andere Fragen, die bereits Hanna Bay tangiert hat, sind sicher schwierig. Der Regierungsrat hat dort sicher gute Argumente, warum es als Anzug zu überweisen ist und unsere Fraktion hat ja auch Anzug im «Chrüzlistich».

Ich muss Ihnen allerdings sagen, wenn ich jetzt das vorherige Traktandum gehört habe, dann habe ich das Gefühl, wenn wir das als Anzug überweisen, dann verschwindet es in einer Schublade. Von dem her werde ich persönlich als Motion stimmen entgegen der Fraktionsmeinung und bitte Sie, das auch zu tun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die GLP geht das Wort an Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Erst mal herzlichen Dank an Hanna Bay für dieses Supervotum, das eigentlich sachlich alles gesagt hat, was zu sagen ist. Ich weiss gar nicht, ob ich noch etwas sagen soll, aber ich sage trotzdem was.

Auch die Fraktion der GLP beantragt das Überweisen als Motion. Das Anliegen dieser Motion ist der Erlass eines Gesetzes zum Schutz von Whistleblowing. Wir erachten, wie der Regierungsrat in seiner Beantwortung richtig erkannt hat, den aktuellen Schutz als ungenügend. Der Regierungsrat versucht in seiner Beantwortung aufzuzeigen, dass er sich mit der Thematik eingehend befasst und sie auch für wichtig erachtet. So habe er ein hohes Interesse an der Thematik und er will eine neue gesetzliche Regelung im Rahmen seiner aktuellen Bemühungen prüfen. Leider verpasst es der Regierungsrat, sich zu einer Verstärkung des Schutzes von Whistleblowing zu bekennen. Mit keinem Wort signalisiert er in seiner Beantwortung, dass dafür Handlungsbedarf besteht oder er bekräftigt auch nicht die Notwendigkeit, alles für den Schutz von Whistleblower*innen zu tun. Es macht vielmehr den Eindruck, als ob er einen Ausbau dieses Schutzes eher für unnötig erachtet. Das bedauere ich.

Mit Blick auf die Diskussion von heute Vormittag, und da schliesse ich mich Oliver Thommen an, müssen wir leider davon ausgehen, dass bei einer Überweisung als Anzug, so wie das der Regierungsrat beantragt, dieser Schutz auch nicht verstärkt werden wird. Wir werden dann vermutlich in zwei Jahren berichtet bekommen, Sie können uns mit einem Anzug nicht zum Erlass eines Gesetzes verpflichten, was dann leider auch richtig wäre. Lange Rede, kurzer Sinn, falls Sie in Whistleblowing einen Weg gegen Korruption und für das Aufdecken von Missständen sehen, dann müssen Sie dafür sorgen, dass Whistleblower*innen ausreichend geschützt sind. Das tun wir nur, wenn Sie diese Motion in einem zweiten Schritt als Motion überweisen. Ich hoffe, das tun Sie mit mir.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Johannes Sieber, nehmen Sie die Zwischenfrage von Pascal Messerli an? Sie wird angenommen.

Pascal Messerli (SVP): Johannes Sieber, Sie haben heute einer Motion zugestimmt für eine Generelle Aufgabenüberprüfung, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Ist es nicht widersprüchlich, wenn Sie jetzt eine zusätzliche Meldestelle neben der Ombudsstelle fordern? Ist das nicht auch eine Doppelspurigkeit?

Johannes Sieber (GLP): Ich denke, das hat Hanna Bay sehr gut ausgeführt, wo der Unterschied liegt und nein, ich denke nicht, dass es eine Doppelspurigkeit ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion FDP geht das Wort an David Jenny.

David Jenny (FDP): Zur Effizienzsteigerung kann nach Ansicht der FDP-Fraktion vollständig auf die Überweisung dieses Geschäftes verzichtet werden. Wenn Sie als Motion überweisen, dann belohnen Sie wirklich eine der schludrigsten Motionen, die ich gesehen haben. Ich meine, da wird so getan, als gibt es da ein Gesetz, das muss man dann nur noch abschreiben und dann ist alles getan. Da wurde einfach mit irgendwie Google Translate etwas von unseren Genfer Kollegen übersetzt. Zum Beispiel heisst es in Artikel 2: Das vorliegende Gesetz gilt für Angehörige. In der Genfer Version heisst es aber Personal. Das macht einen ziemlich grossen Unterschied zum Beispiel des Grossen Rates. Wenn Personal gesagt wird, dann ist an den Parlamentsdienst gedacht. Angehörige, auch wir sind Angehörige, wir sind aber nicht Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerinnen, das haben wir auch schon festgestellt, das passt einfach nicht auf uns.

Dann Gross- und Kleinschreibung gibt es sowieso nicht in dieser Übersetzung. Dann heisst es zum Beispiel in Artikel 3: auf der Grundlage eines begründeten Verdachts seiner Hierarchie, tönt ja gut, aber wahrscheinlich auch nicht so, wie wir Gesetze verfassen. Dann ist auch noch toll, die Regierung legt das Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes innerhalb eines Jahres nach seiner Verabschiedung fest. Das heisst, innerhalb eines Jahres kann die Regierung sagen, das Gesetz tritt in 100 Jahren in Kraft. Wollen Sie dies? Also wirklich, da wurde also nicht sehr viel Aufwand betrieben in dieser Übersetzung und das soll Grundlage eines guten Gesetzes sein? Na dann Prost heute Abend.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: David Jenny, es gibt eine Zwischenfrage von Johannes Sieber. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Johannes Sieber (GLP): David Jenny, ist Ihnen aufgefallen, dass dieser Gesetzesentwurf, der von meinem Ghostwriter war, ein Entwurf ist und nicht in Motionssinne verbindlich, sondern ein Vorschlag, wie das gemacht werden könnte?

David Jenny (FDP): Die Unsorgfalt dieses Entwurfes lässt schlimmes befürchten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit geht das Wort an die Sprecherin des Regierungsrates. Sie verzichtet.

Hanna Bay beantragt Überweisung als Motion. Wir machen eine Eventualabstimmung.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

40 Ja, 51 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002918, 08.02.24 17:09:25]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben entschieden, das Geschäft als Motion weiterzubehandeln mit 51 Nein-Stimmen gegen 40 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung.

David Jenny beantragt Nichtüberweisung. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst keine Überweisung.

Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 34 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002920, 08.02.24 17:10:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion dem Regierungsrat zur Erfüllung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben das Geschäft als Motion überwiesen mit 57 Ja-Stimmen gegen 34 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

61. Anzug der Wirtschafts- und Abgabekommission betreffend Analyse zu den aktuellen Steuerabzügen im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR

[08.02.24 17:10:21, 21.5708.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug das erledigt abzuschreiben.

Wünscht Regierungsrätin Tanja Soland das Wort? Sie verzichtet. Wir kommen damit zu den Einzelsprechenden, weil es keine Fraktionssprechenden gibt. Das Wort geht an Andrea Knellwolf.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Ich bin hier als Einzelsprecherin gemeldet, aber ich spreche natürlich im Auftrag der grossen Mehrheit innerhalb der WAK, welche sich dafür ausgesprochen hat an unserer letzten Sitzung diesen Montag, hier auf Stehenlassen zu plädieren und ich habe auch gesehen und wir freuen uns, dass die meisten Fraktionen diesem Stehenlassen-Antrag auch zustimmen werden.

Warum stehe ich jetzt trotzdem hier. Dieser Anzug wurde bei der Erstüberweisung stillschweigend überwiesen. Darum gab es keine Gelegenheit oder wir haben nicht reagiert und sind ans Mikrofon gegangen und haben erläutert, worum es der WAK genau ging in diesem Anzug. Das ist vielleicht ein bisschen ein Grund dafür, dass wir nun, als wir die Antwort gesehen haben, fanden, ja, das ist jetzt aber nicht das, was wir uns erhofft hatten, womit wir in der WAK nun weiterarbeiten könnten.

Die Regierung hat alles brav beantwortet, ich würde mal so sagen, und kommt für sich zum Schluss, dass quasi alles, so wie es läuft, gut ist. Sie sagt dann auch an mehreren Stellen, der Regierungsrat erachtet die Wirkungseffizienz als gegeben, legt dann aber nicht dar, inwiefern sie das so betrachtet, auf welchen Analysen dieses Fazit dann beruht. Und das war halt im Anzug schon auch die Frage, inwiefern, war die Frage und da fehlt uns jetzt einfach ein bisschen der Background für diese Feststellungen in der Anzugsbeantwortung. Wir in der WAK würden gerne mit den Antworten weiterarbeiten können, in unserer Kommission besprechen, läuft das in die richtige Richtung, müsste man irgendwo Justierungen ins Auge fassen und dafür sind jetzt auch diese Antworten keine genügende Grundlage.

Wir können uns auch vorstellen, dass wir das mit den zuständigen Personen vom Finanzdepartement zum Beispiel auch einmal in einer Sitzung besprechen, damit man da gemeinsam auch schauen kann, in welche Richtung sollen jetzt dann diese Analysen gehen, braucht es vielleicht sogar einen Studienauftrag, damit wir da Bescheid wissen. Wir wissen, das dauert jetzt wieder, das ist auch kein Problem, im Gegenteil, wir sehen darin sogar einen Vorteil, denn dann kann nämlich das letzte Steuerpaket auch gleich noch mit in diese Analyse einbezogen werden. Weil dann sind da schon wieder ein paar Jahre Erfahrungen damit auf dem Tisch und man kann das gleich in einem Aufwasch machen.

Ich beantrage Ihnen Stehenlassen. Ich bedanke mich bei Ihnen und hoffe, das kommt jetzt gut.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Tanja Soland wünscht in der zweiten Runde für den Regierungsrat das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ja, es ist so, wie Sie das angetönt haben. Wir haben das gemacht, was wir in eigener Regie konnten. Wir haben geschaut, können wir mehr machen, das ist schwierig. Teilweise ist das auch Bundesrecht, wir sind teilweise auch eingeschränkt und wenn wir mehr machen wollen, wenn Sie Zahlen, Analysen, dann wird das eine Budgetfrage sein. Das werden wir extern geben müssen, das ist eine grössere Sache, wenn man das möchte, da müssen wir wohl eine Studie in Auftrag geben. Das ist jetzt einfach mal, um zu wissen, was wir so bereinigen konnten. Von dem her, wenn Sie den Eindruck haben, dass Sie da mehr brauchen, dann verstehe ich Sie auch so, dass wir das dann so entsprechend beantragen würden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst abschreiben, NEIN heisst stehen lassen

Ergebnis der Abstimmung

10 Ja, 78 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002922, 08.02.24 17:15:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 78 Nein-Stimmen gegen 10 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

62. Interpellation Nr. 166 Christoph Hochuli betreffend Zweifel an der Gemeinnützigkeit der Syngenta-Stiftung, Schriftliche Beantwortung

[08.02.24 17:16:00, 24.5011.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Syngenta verkauft seit Jahren hochgiftige Pestizide in Entwicklungsländern. Die Pestizide sind so giftig, dass die Personen, welche sie auf Agrarflächen versprühen, zwingend eine Schutzausrüstung tragen müssen. Viele dieser Personen können sich eine Schutzausrüstung aber nicht leisten. Gemäss einer Recherche der Sonntagszeitung eröffnete die Syngenta Stiftung in vielen Entwicklungsländern sogenannte «Farmers Hubs». Dort werden im Rahmen von Trainings Bauern und Bäuerinnen auch mit Produkten von Syngenta vertraut gemacht. Zudem würden Betreibende der Farmers Hubs das Syngenta-Logo auf ihre Kleidung tragen und an den Wänden der Räume würden Werbeplakate von Syngenta-Produkten hängen. In den zugehörigen Shops werden die Syngenta-Pestizide sogar verkauft. Eine Stiftung dürfte jedoch nicht Marketingzweck für eine Firma sein, denn sie ist laut Steuerverwaltung Basel-Stadt steuerbefreit. Bedingung für die Steuerbefreiung ist, dass die Stiftung im Allgemeininteresse und uneigennützig handelt.

In meiner Interpellation forderte ich den Regierungsrat auf, die Gemeinnützigkeit und Steuerbefreiung der Syngenta Stiftung zu überprüfen. Weiter stellte ich dem Regierungsrat Fragen zu Vereinbarkeit und Gemeinnützigkeit und dem Allgemeininteresse der Stiftung. Nun, die Regierungsantwort ist sehr diplomatisch und zurückhaltend formuliert. Leider versteckt sich der Regierungsrat hinter dem Steuergeheimnis und schreibt nichts davon, dass die Steuerverwaltung die Syngenta Stiftung in Zukunft genauer prüfen will. Doch genau dies hätte ich erwartet. Der Regierungsrat schreibt immerhin klar, dass bei einer Stiftung keine wirtschaftlichen Interessen verbunden sein dürfen. Genau dies ist aber einer der Kritikpunkte meiner Interpellation, weil die Farmer Hubs, die zur Syngenta Stiftung gehören, Pestizide von Syngenta bewerben und verkaufen. Das bedeutet, dass die Syngenta Stiftung nicht gemeinnützig ist und deshalb auch nicht steuerbefreit sein dürfte.

Meine Frage, ob der Regierungsrat die Ansicht teilt, dass die Syngenta Stiftung die agrarökologischen Prinzipien der UNO-Welternährungsorganisation FAO missachtet, beantwortet der Regierungsrat wohl absichtlich nicht. Es schreibt lediglich, dass er diese Prinzipien befürworte. Meiner Meinung nach sollte die Gesundheit von Bäuerinnen und Bauern im Rahmen der Agrarökologie einerseits durch die Förderung alternativer Pflanzenschutzmittel und andererseits auch durch die Förderung von ökologischer Diversität und biologischem Anbau auf dem Feld unterstützt werden. Dies wiederum stärkt die Resilienz gegenüber Schädlingen und senkt die Abhängigkeit von Pestiziden.

Entsprechend bin ich mit der Interpellationsantwort nicht zufrieden. Nichtsdestotrotz gebe ich die Hoffnung nicht auf und habe die Erwartung, dass die Steuerverwaltung und die Stiftungsaufsicht meine Interpellation zum Anlass nehmen, die Syngenta Stiftung bald genauer unter die die Lupe zu nehmen und die von mir kritisierten Punkte richtig zu untersuchen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

63. Anzug Brigitte Gysin und Konsorten betreffend Prävention Verkehrssicherheit für Velofahrer:innen, Schreiben des RR

[08.02.24 17:20:07, 21.5429.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Wünscht der Regierungsrat das Wort? Regierungsrätin Stephanie Eymann verzichtet. Es sind keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

64. Anzug Christian von Wartburg und Konsorten betreffend Verbesserung der Veloverkehrssicherheit, Schreiben des RR

[08.02.24 17:20:41, 21.5431.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum. Für die Fraktion GLP geht das Wort an Lukas Bollack.

Lukas Bollack (GLP): Basel ist Velostadt. 20 Prozent der Wege werden mit dem Velo zurückgelegt. Damit ist es das beliebteste Verkehrsmittel in unserem Kanton. Aber Basel fällt zurück. In der Rangliste des Prix Vélo, bei dem die Nutzerinnen und Nutzer der Velo-Infrastruktur diese selbst bewerten können, ist Basel unter den Schweizer Grossstädten vom Spitzenplatz 2006 mittlerweile ins Mittelfeld abgerutscht. Basel ist in dieser Zeit nicht schlechter geworden, aber andere Städte haben sich offenbar mehr angestrengt. Wir Grünliberalen sind der Meinung, Basel darf sich nicht auf den Lorbeeren der Vergangenheit ausruhen, sondern muss neue Ideen bringen, wie sie wieder zur velofreundlichsten Stadt der Schweiz

werden kann. Nur so können wir die in der Mobilitätsstrategie und in der Klimastrategie gesetzten Ziele im Verkehrsbereich erreichen.

Die Antwort der Regierung ist uns in diesem Kontext zu wenig ambitioniert. So schreibt die Regierung beispielsweise, die bekannten Unfallschwerpunkte wiesen keine Auffälligkeiten betreffend Infrastruktur auf, weshalb sich daraus keine Massnahmen ableiten liessen. Dabei zeigt ein Blick auf die Unfallkarte, dass diese vor allem im Bereich von Kreuzungen auftreten, und zwar umso häufiger, je mehr Konfliktpunkte mit anderen Verkehrsteilnehmenden es gibt. Aus der Forschung weiss man, dass sich solche Unfälle mit sicherer Velo-Infrastruktur im Kreuzungsbereich verhindern liessen. Leider endet die Velo-Infrastruktur in unserem Kanton immer noch meistens an der Kreuzung.

Entgegen der Antwort der Regierung sehen wir Grünliberalen zudem durchaus ein Bedarf für eine Velo-Taskforce, die ausserhalb der bestehenden Strukturen einen frischen Blick auf die gebaute und geplante Velo-Infrastruktur werfen und sich für die Verbesserung der Sicherheit einsetzen kann. Diese Funktion könnte zum Beispiel die geplante Velo-Fachstelle übernehmen.

Deshalb werden wir Grünliberalen für das Stehenlassen des Anzugs stimmen und bitten Sie darum, es uns gleich zu tun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Melanie Eberhard.

Melanie Eberhard (SP): Auch im Namen der SP-Fraktion möchte ich Sie dazu aufrufen, diesen Anzug stehen zu lassen. Wir haben dies in der Fraktion besprochen, hätten eigentlich auch gerne den vorherigen Anzug zur Förderung der Prävention stehen gelassen, haben dann aber darauf verzichtet, sehen aber durchaus, dass es noch grosses Potenzial gibt in der Verkehrssicherheit. Mein Vorredner hat schon sehr schön ausgeführt, dass das Potenzial da noch vorhanden ist, dass wir auch zurückfallen, gerade wenn es darum geht, wie die Sicherheit der velofahrenden Verkehrsteilnehmer*innen wahrgenommen wird.

In diesem Sinne möchten wir sehr gerne diesen Anzug weiter stehen lassen, um die Sicherheit der Verkehrsteilnehmenden weiter zu stärken, weil wir haben da noch sehr, sehr viele Möglichkeiten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion GAB geht das Wort an Jérôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GAB): Auch das Grün-Alternative Bündnis ist nicht zufrieden mit der Beantwortung des Anzuges und folgt der GLP beim Antrag auf Stehenlassen. Es ist leider so, dass wir im Kanton Basel-Stadt immer noch nicht wahnsinnig weit sind, was die Sicherheit der Velofahrer*innen anbelangt und wenn wir unsere Klimaziele erreichen wollen, dann müssen wir schauen, dass das Velofahren möglichst sicher wird für alle, so dass auch Kinder im jungen Alter schon mit Sicherheit und sicher unterwegs sein können, so dass sie sich an das umweltfreundliche Gefährt früh möglichst gewöhnen können.

Insofern ist es gerechtfertigt, wenn man hier noch einmal über den Anzug geht und ihn stehen lässt. Ich habe auch mit Christian von Wartburg noch telefoniert, er möchte auch Stehenlassen, damit er weiterhin hier im Grossratssaal präsent ist. Also erfüllen wir ihm doch diesen Wunsch.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. In der zweiten Runde ergreift Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Nur sehr kurz, ich denke, wir haben in der Beantwortung sehr wohl aufgezeigt, was wir im täglichen Wirken alles tun für die Verkehrssicherheit und für die Veloverkehrssicherheit. Ich möchte das nur einfach betonen. Es kommt jetzt etwas daher nach den Voten, als würden wir das gar nicht ernst nehmen. Wir analysieren jeden Unfall, wir schauen, wo können wir schnell Verbesserung hinbekommen. Wo wir halt an Grenzen stossen, ist in der Bautätigkeit. Das ist ein Zusammenspiel, dass wir mit dem BVD auch haben, und da stellt sich mir schon auch die Frage, wird man dann augenblicklich schneller, wenn wir jetzt eine weitere Taskforce haben. Die Stadt ist gebaut, wie Sie gebaut ist. Ich denke, wir arbeiten alle mit Hochdruck daran, dass wir besser werden, aber es ist nicht immer gleich im Handumdrehen erledigt.

Was wir sicher jetzt auch gemacht haben und gute Erfolge erzielt haben, ist diese Plattform, wo man Gefahrenstellen auch melden kann. Das wird rege genutzt und da wird wirklich im täglichen Abarbeiten dieser Gefahrenstellen auch einiges an Bewegung reinkommen. Aber ich denke, man muss das schon auch anerkennen, dass wir doch zwei Departemente haben, die sich mit dieser Thematik sehr wohl beschäftigen. Das ist mir nur etwas zu kurz gekommen. Meine Welt wird nicht

untergehen, wenn Sie das stehen lassen, wir werden weiterhin daran arbeiten und alles geben, aber ich wage zu bezweifeln, dass eine Taskforce hier wirklich Mehrwert bringt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst abschreiben, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

36 Ja, 56 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002926, 08.02.24 17:28:16]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 56 Nein-Stimmen gegen 36 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

65. Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend kein Einsatz von biometrischen Erkennungssystemen in Basel-Stadt, Schreiben des RR

[08.02.24 17:28:24, 22.5022.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrätin Stephanie Eymann verzichtet in der ersten Runde auf ein Votum. Wir kommen damit zu den Fraktions- und Einzelsprechenden. Da hat sich Nicola Goepfert als Einzelsprecher eingetragen.

Nicola Goepfert (GAB): Ich beantrage Ihnen, den Anzug stehen zu lassen. Beginnen wir mit den positiven Aspekten aus dem Bericht der Regierung. Er anerkennt, dass mit der Generierung von grossen Datenmengen durch staatliche Behörden Fragen nach Datenschutz, Zugriff und Verwendung an gesellschaftlicher Bedeutung gewinnen. Zudem steht der Regierungsrat der Gesichtserkennung in Echtzeit kritisch gegenüber. Aber die Regierung bleibt selbst beim Abgleich von Gesichtsdaten in Echtzeit vage und schliesst ein Interesse an dessen Einsatz nicht grundsätzlich aus.

Neue Systeme, welche grosse Datenmengen bearbeiten und in die Grundrechte von Menschen eingreifen, sind ein umfangreiches und komplexes Thema. Das wissen mindestens die Mitglieder der JDSK. Dort haben wir uns mit Algorithmus basierten Systemen auseinandergesetzt und als Kommission einen Anzug betreffend Transparenz über den Einsatz von solchen Systemen in der Verwaltung eingereicht und es geht in eine vergleichbare Richtung.

Trotzdem handelt der Regierungsrat den Einsatz von biometrischen Erkennungssystemen in Basel-Stadt auf weniger als zwei Seiten ab. Entsprechend ungenau bleibt er auch. Der Bericht konstruiert eine Unterscheidung zwischen der Datenauswertung in Echtzeit und dieser im Nachgang. Diese Unterscheidung führt dazu, dass die nachträgliche Gesichtserkennung tendenziell legitimiert wird und im Gegensatz zur Echtzeiterkennung als unproblematisch angesehen wird. Die juristische Begründung fällt kurz und ungenau aus. Die Unterscheidung zwischen Echtzeit und nachträglicher biometrischer Identifikation ist aber weitgehend eine technische Unterscheidung. Hinsichtlich der Grundrechte sind die Unterschiede zwischen biometrischer Identifizierung in Echtzeit oder nachträglich gering. Selbst das Fedpol hat anerkannt, dass das, was bei ihnen als Gesichtsabgleich bezeichnet wird, auch eigentlich eine Form von Gesichtserkennung ist.

Wir brauchen eine genauere Einschätzung, eine bessere Auslegeordnung, um die Thematik mit der Ernsthaftigkeit zu behandeln, die sie erfordert. Deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP geht das Wort an Salome Bessenich.

Salome Bessenich (SP): Auch ich spreche heute für Beda Baumgartner, dem ich bei dieser Gelegenheit noch einmal gute Besserung wünsche.

Inhaltlich kann ich mich vollumfänglich meinem Vorredner Nicola Goepfert anschliessen. Der Anzug fordert, wir sehen es im Titel, dass im Kanton keine biometrischen Erkennungssysteme eingesetzt werden. Die Antwort des Regierungsrats stimmt uns grundsätzlich optimistisch. Er teilt die Auffassung, dass ein Abgleich von Gesichtsdaten in Echtzeit aus Gründen des Daten- und Persönlichkeitsschutzes problematisch ist und ein Einsatz solcher Technologien heute auch rechtswidrig wäre, da eine gesetzliche Grundlage dafür fehlt. So weit, so gut.

Aber diese Unterscheidung, die auch Nicola Goepfert kritisiert hat, zwischen der Gesichtserkennung in Echtzeit und einem nachträglichen reinen Gesichtsabgleich mit einem Einzelbild, diese erachten wir für problematisch. Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass es sich beim nachträglichen Gesichtsabgleich nicht um eine Gesichtserkennung handelt, da diese eine Echtzeitverarbeitung voraussetze. Dieser Unterschied sehen wir aus drei Gründen für problematisch. Den ersten haben wir schon von Nicola Goepfert gehört. Der Unterschied ist primär technischer oder verfahrenstechnischer Art. Hinsichtlich der tangierten Grundrechte gibt es aber keinen Unterschied wie auch im Hinblick auf die häufigere Diskriminierung dieser Technologien, beispielsweise von Frauen oder von Menschen mit dunkler Hautfarbe.

Zweitens ist der Regierungsrat der Auffassung, dass wir via Strafprozessordnung über die notwendige rechtliche Grundlage für einen nachträglichen Gesichtsabgleich verfügen. Dies ist aber wissenschaftlich umstritten. So ist etwa die St. Galler-Strafrechtsprofessorin Simmler klar der Meinung, dass jede Bearbeitung von besonders schützenswerten Personendaten einer formell gesetzlichen Grundlage bedarf. Dies gelte auch für die automatisierte Gesichtserkennung und ich zitiere aus einer Studie von ihr: «Diese ist weder in der Strafprozessordnung noch andernorts in der erforderlichen Bestimmtheit geregelt. Die Rechtmässigkeit des Einsatzes einer automatisierten Gesichtserkennung im Strafverfahren ist deshalb zu verneinen.» Ende Zitat.

Der dritte Kritikpunkt betrifft auch wieder diese Argumentation hinsichtlich dieser Unterscheidung. Hier haben wir das Gefühl, dass sich die Regierung sehr stark auf die Kommunikation des Fedpol stützt, welches plant, ab 2026 das automatisierte Fingerabdruck-Identifikationssystem (AFIS) um ein Modul für den nachträglichen Gesichtsabgleich zu ergänzen. Interessant daran ist aber, was bereits Nicola Goepfert angetönt hat, dass das Fedpol inzwischen seine Kommunikation betreffend dieser Unterscheidung von Echtzeit und nachträglich korrigieren musste und inzwischen auf seiner Webseite festhält, dass auch bei einem Gesichtsabgleich, wie er durch AFIS 2026 ermöglicht werden soll, eine Technologie der Gesichtserkennung zum Einsatz kommt. Das Fedpol musste zudem einräumen, ich zitiere abermals: «Anders als in der ursprünglichen Medienmitteilung festgehalten, sind Systeme zur anlasslosen Überwachung mittels Gesichtserkennung auf Bundesebene nicht explizit gesetzlich verboten.»

Genau darum ist es unserer Ansicht nach auch notwendig, diesen Einsatz von biometrischen Erkennungssystemen zur Gesichtserkennung gesetzlich zu regeln und einzuschränken. Dass einfach eine Grundlage fehlt, das ist für uns nicht Sicherheit genug, dass solche Systeme heute und in Zukunft nicht zum Einsatz kommen. Wir sind zudem klar der Meinung, dass wir hier auch nicht auf nationale oder gar europäische Rechtsetzung warten, sondern eben diesen Grundsatz schon heute im Rahmen unserer Wirkungsmöglichkeiten, und diese sind nun mal kantonal, regeln sollten.

Die SP will darum auch den Anzug nochmal stehen lassen und ich würde mich freuen, wenn Sie uns folgen, damit diese Forderung des Anzugs und diese noch offenen Fragen, die ich eben ausgeführt habe, seitens Regierung geklärt werden können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit ginge das Wort an die zuständige Regierungsrätin. Sie verzichtet.

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Nicola Goepfert und Salome Bessenich beantragen, ihn stehen zu lassen. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst abschreiben, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 46 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002928, 08.02.24 17:36:47]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 49 Ja-Stimmen gegen 46 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

66. Motion Beda Baumgartner und Konsorten betreffend fairen Wettbewerb beim gewerblichen Personentransport, Stellungnahme des RR

[08.02.24 17:36:56, 23.5263.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Wünscht die Regierungsrätin das Wort? Sie verzichtet. Damit kommen wir zu den Fraktionsvoten. Hier hat sich Nicola Goepfert eingetragen.

Nicola Goepfert (GAB): Ich beantrage Ihnen, die Motion als Motion zu überweisen. Uber wird nicht müde zu behaupten, dass seine Fahrer*innen nicht vom amerikanischen Taxi-Dienst angestellt sind, sondern selbstständig seien. Doch seit Jahren verliert Uber mit dieser Argumentation immer wieder vor Gericht. Das Bundesgericht hat in einem erneuten Urteil zur Thematik klar festgehalten, Uber-Fahrer und -Fahrerinnen sind nicht selbstständig erwerbend. Die Kantone müssen nun endlich ihre Verantwortung gegenüber den Fahrer*innen wahrnehmen. Die kantonalen Arbeitsämter müssen einerseits die Einhaltung des Arbeitsgesetzes durch Uber durchsetzen und andererseits sicherstellen, dass Uber die Sozialversicherungsbeiträge seiner Angestellten korrekt abrechnet. Die Behörden müssen das illegale Uber-Modell stoppen und dafür sorgen, dass alle Angestellten anständig entlöhnt und versichert werden. Arbeitnehmende müssen gegen diese neue Form von Ausbeutung besser geschützt werden. Ein Problem, das die Motion anspricht, ist auch die mögliche Nichteinhaltung der Arbeits- und Ruhezeitverordnung. Ein Problem dabei ist, wie die Regierung in ihrer Stellungnahme selbst schreibt, ich zitiere: «Das Amt für Wirtschaft und Arbeit führt gemeinsam mit der Kantonspolizei Kontrollen durch. Da Uber-Fahrende von aussen als solche nicht erkennbar sind, sind diese Kontrollen erschwert.»

Wer jetzt denkt, gut, die Motion hat mit ihrer Forderung nach Kennzeichnung das Problem korrekt erkannt, die Regierung pflichtet ihm bei und möchte es nun umsetzen, der irrt, denn bereits im darauffolgenden Satz schreibt die Regierung: Die mit der Motion geforderte Kennzeichnungspflicht für Uber-Fahrende könnte zwar als zusätzliches gesetzliches Erfordernis aufgenommen werden, ob damit effektive Kontrollen ermöglicht werden, ist aber fraglich. Und diese Aussage lässt sie dann einfach so im Raum stehen, ohne weiter darauf einzugehen. Im Rest der Stellungnahme wird nur noch darauf eingegangen, ob mit dieser Motion allenfalls die Privilegien der Taxis in Gefahr seien, obwohl das weder die Absicht noch überhaupt Bestandteil dieser Motion ist. Es braucht griffige und konkrete Massnahmen. Der Regierungsrat bleibt in der Antwort jedoch ergebnisoffen und vage, was wenig zu hoffen lässt. Die Arbeitsrechte müssen umgesetzt werden und die Verantwortung dafür liegt beim Regierungsrat.

Deshalb danke ich Ihnen, wenn Sie diese Motion als Motion überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SVP geht das Wort an Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bitte Sie, diese Motion heute zu erledigen und sie auch nicht als Anzug zu überweisen. Der Regierungsrat geht in seiner Antwort auf die Motion Beda Baumgartner sehr deutlich auf die Problematik ein. Und ehrlicherweise muss ich auch sagen, die sozialversicherungstechnische Frage, Nicola Goepfert, lässt sich ja nun nicht mit einer Kennzeichnung lösen. Diese Kontrolltätigkeiten sind, wenn Sie es sich in der Praxis das einmal vergegenwärtigen, ja nicht einfacher oder auch schwieriger, wenn es eine Kennzeichnungspflicht gibt, denn damit ist das Problem, sofern es da überhaupt ein Problem gibt, ja nicht gelöst. In der Zwischenzeit sind wir ja auch in der Situation, und da verstehe ich auch dieses Bashing gegen Uber dann teilweise nicht, dass sehr viele Taxifahrer auch in Basel-Stadt nebenbei sich noch als Uber anbieten. Also wir haben heute bereits eine Vermischung von «normalen» Taxis, wie wir das kennen, also die da auch als Taxi entsprechend angemeldet sind, die heute auch als Uber unterwegs sind.

Und wenn Sie nun, ich komme zuerst jetzt auf das Argument, weshalb die Motion falsch wäre, wenn Sie nun wie Beda Baumgartner wahrscheinlich dann in Form von Pascal Pfister und jetzt Nicola Goepfert verlangen, dass Uber gleichgestellt wird mit Taxis, und das ist die Forderung Ihrer Motion, doch Nicola Goepfert, lesen Sie es, er soll zudem weitere Massnahmen prüfen, um gleich lange Spiesse beim gewerblichen Personentransport herzustellen, gleich lange Spiesse. Das bedeutet, der Uber-Fahrer hat den gleich langen Spiess wie der Taxifahrer, dann darf der Uber-Fahrer aber auch von den Privilegien des Taxis profitieren. Er darf zum Beispiel hier vor das Rathaus fahren und er darf selbstverständlich auch die Taxistandplätze benutzen. Das darf er in der heutigen Gesetzgebung nicht und das schreibt der Regierungsrat in seiner Antwort auf Ihre Motion sehr deutlich, dass dies die Konsequenz wäre. Also Sie können hier in dieser Frage die Tür öffnen, dann haben Sie aber tatsächlich die Situation, dass eben auch ein Uber-Anbieter oder auch ein anderer, es könnte auch ein neuer Anbieter auf den Markt kommen, hier die gleichen Privilegien bekommt wie ein Taxifahrer. Das kann man wollen, aber ich glaube nicht, dass dies in Ihrem Sinne wäre und deshalb wäre es aus meiner Sicht falsch, wenn Sie auf diese Motion gehen.

Dann wenn wir beim Anzug sind. Da wird ja vom Regierungsrat in seiner Antwort relativ deutlich ausgeführt, dass er ja anerkennt, dass es eben diese sozialversicherungsrechtliche Problematik gibt. Hier bleibe ich dabei, in der Praxis ist dies schwierig zu kontrollieren. Ich frage mich dann auch, wer das machen soll, die Polizei, also ich finde ehrlicherweise, Stephanie Eymann kann mich korrigieren, aber die Kantonspolizei sollte im öffentlichen Raum andere Dinge prioritärer behandeln, wie da noch kontrollieren, wie ein Auto in der Gegend herumfährt und ob es sich dabei um ein Uber handelt. Das ist dann in der Praxis wirklich auch noch schwierig, weil diese Fahrzeuge bewegen sich ja relativ rasch von A nach B und wie soll denn die Polizei diese Fahrzeuge anhalten. Soll es Schwerpunktkontrollen geben nur unter dem Aspekt, handelt sich dabei um ein Uber oder nicht, wenn zufälligerweise hinten jemand sitzt oder vorne jemand sitzt, das dünkt mich auch wahnsinnig unpraktisch. Das mag vielleicht etwas enttäuschend sein für all jene, die finden, dieser sozialversicherungsrechtliche Status muss permanent und regelmässig überprüft werden, aber leider ist das so. In der Praxis sind viele Dinge, die die Polizei dann kontrollieren müsste, eben sehr schwer zu kontrollieren und hier scheint es uns ganz besonders schwer kontrollierbar zu sein.

Und dann sind wir bei all dem, was der Regierungsrat sonst noch festhält. Das sagt er in seiner Antwort auch, zum Beispiel, dass er einen Runden Tisch oder wie man dem auch immer sagen möchte, eingeführt hat, wo er ja auch mit diesem neugegründeten Verein von Taxifahrern und mehreren Taxi-Genossenschaften bereits im Gespräch ist. Wir finden diesen Weg ausreichend, aber dafür, nur um uns dann mal irgendwann darüber zu berichten und das ist ja letztlich die Konklusion in der Antwort des Regierungsrates auf den Vorstoss, dafür müssen wir diese Motion hier nicht als Anzug an den Regierungsrat überweisen. Dafür reicht es auch, wenn man dann irgendwann einmal in einem Jahr oder zwei Interpellationen einreicht, dann kann der Regierungsrat, wenn er denn möchte, hierzu Stellung nehmen.

Wir sind deshalb der Meinung, es ist nicht falsch, wenn wir heute diese Motion abschreiben und sie eben auch nicht als Motion weiterbehandeln. Das ist kein Statement für Uber, das ist auch kein Statement dagegen, dass man nicht den sozialversicherungsrechtlichen Aspekt oder die sozialversicherungsrechtliche Bindung kontrollieren soll. Da geht es uns darum, dass das in der Praxis einfach unmöglich scheint und wird tatsächlich, wenn wir diese Motion als Motion weiterlaufen lassen würden, sogar Uber bis zu einem gewissen Grad den roten Teppich ausrollen, und wenn Sie mit Taxifahrerinnen und Taxifahrern sprechen, dann ist ein grosses Problem ja in der Zwischenzeit nicht nur Uber, sondern eben auch, dass viele kantonsfremde Taxis auf diesem Gebiet hier aktiv sind. Das sehen Sie in der Zwischenzeit auch des Öfteren, dass Sie Taxis haben mit einem Kennzeichen ausserhalb des Kantons Basel-Stadt, teilweise sogar auch ausserhalb der Schweiz. Deshalb glaube ich nicht, dass wir hier nun quasi es dann noch ermöglichen sollten, dass Uber-Fahrer hier auf den Taxistandplätzen um Kunden werben können, völlig unabhängig, ob nun das Angebot von Uber gut oder schlecht ist, ich glaube, das ist auch gar nicht das Thema.

Deshalb bitte ich Sie heute im Namen meiner Fraktion, diese Motion als erledigt abzuschreiben. Wir ermutigen aber trotzdem selbstverständlich den Regierungsrat, weiter an diesen Runden Tisch, an diesen Gesprächen festzuhalten und überall dort, wo es möglich ist, auch sozialversicherungsrechtliche Verstösse zu ahnden. Diese gibt es aber nicht nur im Transport, im Personentransportbereich, diese gibt es wahrscheinlich auch in ganz vielen Betrieben, beispielsweise in der Gastronomie und andernorts im Kanton Basel-Stadt, wo wir auch wahrscheinlich bei Schwarzarbeitskontrollen Dinge feststellen würden, die weitaus schlimmer und auch wahrscheinlich sogar für die Betroffenen, die da unter vielleicht schwierigen Bedingungen arbeiten müssen, gravierender sind wie für die wenigen Uber-Fahrer, die wir letztlich in diesem Kanton haben. Dieser Markt der Uber-Fahrer hat sich im Vergleich zu vielleicht vor fünf, sechs Jahren in der Zwischenzeit deutlich bereinigt.

Wir glauben nicht, dass es hier deshalb notwendig ist, an dieser Motion festzuhalten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP geht das Wort an Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Zuerst möchte ich festhalten, dass diese Motion als rechtlich gültig angesehen wird und es deshalb sehr sinnvoll ist, die Motion als Motion zu überweisen. Dazu möchte ich Sie einladen.

Es geht hier um eine Kennzeichnungspflicht. Joël Thüring, leider haben Sie sehr viele widersprüchliche Dinge jetzt relativ ausführlich dargelegt. Wir haben versucht, vor Jahren Uber dem Taxigesetz zu unterstellen, weil wir das damals richtig gefunden hätten. Leider haben Sie das in diesem Haus sehr knapp abgelehnt. Das habe ich schon damals nicht verstanden, aber wir sind jetzt nicht mit einer Neuauflage dieser Geschichte gekommen, sondern es geht jetzt hier allein um die Kennzeichnungspflicht. Damit ist auch klar, dass die Privilegien, die das Taxigesetz den Taxis geben würde, in keinster Weise auf Uber übertragen würden. Also dieser Punkt ist schon mal falsch.

Jetzt hat der Regierungsrat zuerst gesagt, Uber zu kontrollieren, sei sehr schwierig, weil Uber nicht zu erkennen sei. Dann haben wir gesagt, okay, machen wir die Kennzeichnungspflicht, weil es eben in der Praxis dann einfacher zu kontrollieren ist, weil man ein Uber dann sofort erkennt. Und in einem Punkt muss ich Joël Thüring recht geben, die sozialversicherungsrechtlichen Fragen, die klären wir nicht auf dieser Ebene. Übrigens im Gastgewerbe gibt es ein GAV, der wird kontrolliert und wenn dort Verstösse festgestellt werden, dann werden Sanktionen ausgesprochen, da gibt es eben sozialpartnerschaftliche Überwachung. Das gibt es leider im Personentransport nicht, es wäre schön, hätten wir das. Jetzt bei Uber wird diese Frage auch geklärt. Uber hat sich immer entzogen und hat sich immer auf den Standpunkt gestellt, dass sie keine Arbeitgeber sind. Die Gerichte haben das jetzt endlich festgestellt und hier haben wir sicher ein Vollzugsproblem auf der Seite der Arbeitsmarktbehörden, die sind dazu zuständig und sollen das machen.

Jetzt was macht die Polizei, wie kontrolliert sie die Taxis. Sie kontrolliert die Taxis ja heute auch schon logischerweise. Da kann man auch mit Taxi-Fahren sprechen, die finden das natürlich unangenehm, aber aus Sicht der Bevölkerung ist das natürlich wichtig, weil es geht dort um die Arbeitszeit- und Ruheverordnung zum Beispiel auch, da geht es um die Sicherheit, wie lange zum Beispiel fährt jemand und deshalb denke ich, ist diese Aufgabe wichtig. Das ist eine polizeiliche Aufgabe, wir erleichtern der Polizei die Arbeit, indem wir die Ubers kennzeichnen. Das ist eigentlich die ganze Geschichte. Das ist jetzt nicht eine Riesensache, aber ich glaube, dass es sinnvoll ist sowohl für die Fahrgästesicherheit, für die Verkehrssicherheit, auch für die allgemeine Gleichbehandlung.

Jetzt finde ich eigentlich schon, dass man das wirklich untersuchen sollte, dass man der Polizei die Möglichkeit geben sollte, die Arbeit einfacher zu gestalten und ich bitte Sie, als Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Pascal Pfister, nehmen Sie die Zwischenfrage von Joël Thüring an? Sie wird angenommen.

Joël Thüring (SVP): Pascal Pfister, Sie haben jetzt gesagt, es geht in dieser Motion nur um die Kennzeichnungspflicht. Ist Ihnen denn der zweite Satz des Motionstextes bekannt? Er soll zudem weitere Massnahmen prüfen, um gleich lange Spiesse beim gewerblichen Personentransport herzustellen. Gehen Sie jetzt mit mir einig, dass es eben nicht nur in dieser Motion um die Kennzeichnungspflicht geht?

Pascal Pfister (SP): Es geht in erster Linie, was den bindenden Charakter der Motion angeht, um die Kennzeichnungspflicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. In der zweiten Runde verzichtet die Regierungsrätin auf ein Votum.

Nicola Goepfert beantragt Überweisung als Motion. Damit kommen wir zu einer Eventualabstimmung.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

39 Ja, 54 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002930, 08.02.24 17:52:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für eine Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 54 Nein-Stimmen gegen 39 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

Joël Thüring beantragt Nichtüberweisung. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst keine Überweisung

Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 35 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002932, 08.02.24 17:52:58]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird als Motion weiterbehandelt mit 57 Ja-Stimmen gegen 35 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

67. Interpellation Nr. 159 Eric Weber betreffend Notruf, Schriftliche Beantwortung

[08.02.24 17:53:07, 23.5654.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Eric Weber (Fraktionslos): Es ist Zufall, dass heute in 20 Minuten diese Geschichte drinsteht, was da passiert und was ich in meiner Interpellation auch erwähnt habe. Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden und möchte das begründen. Ich habe gefragt: Wie viele Polizisten stellten in den letzten Jahren Anzeigen wegen Missbrauch Notruf? Ich war in Festanstellung bei der grössten Tageszeitung Europas, bei Bild. Ich weiss, was ein Text bedeutet. Die Regierung hat nicht auf diese Frage geantwortet, ich werde diese Interpellation neu einreichen. Ich möchte wissen, wie viele Anzeigen gestellt wurden wegen Missbrauch des Notrufs. Die Regierung sagt nur: Die eidgenössische Strafgesetzgebung gilt auch für Personen, die Notrufe absetzen. Ich bin als Mensch und Grossrat von dieser Antwort nicht befriedigt, die Regierung kann die Fragen nicht lesen, die hier sind. Ich habe gewusst, dass die Antworten der Regierung so sein werden, weil es wahrscheinlich nur eine Anzeige wegen Missbrauch des Notrufs gibt und diese Anzeige ist gegen Grossrat Eric Weber.

Noch zwei wichtige Punkte, lesen Sie 20 Minuten von heute, dort steht gross drin, wie Palästinenser-Demonstranten Food-Trucks auf dem Marktplatz bedroht haben. Und wenn diese Leute vor dem Rathaus stehen, habe ich das Recht, den Notruf anzurufen. Und dann darf man nicht sagen, es ist Missbrauch des Notrufs. Ich habe dem Mann von der Staatsanwaltschaft gesagt, ich werde stundenlang zu diesem Fall sprechen an höchster Stelle, im Parlament und das mache ich.

Ich habe damit geschlossen, aber ich wollte das noch erwähnen und Sie können selber lesen, dass meine Frage als Grossrat nicht beantwortet wurde und ich frage mich, was für hochbezahlte Stellen Sie dann bei der Regierung haben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der 4. Sitzung

17:56 Uhr

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 07. Februar 2024 09:08:12
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ent
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**Mitte**
Ja	42	11	6	8	6	3	4	4	0	0	-1
Nein	47	13	10	7	4	6	4	3	0	0	-1
Ent	2	1	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Abgestimmt	91	25	16	15	10	9	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	7	3	2	0	1	1	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	93	26	16	15	10	9	8	7	1	1	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 07. Februar 2024 09:20:08
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Ent	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**Mitte**
Ja	37	0	1	14	10	8	0	3	1	0	-1
Nein	50	26	12	0	0	2	7	3	0	0	-1
Ent	5	0	3	1	0	0	0	1	0	0	-1
Abgestimmt	92	26	16	15	10	10	7	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1	-
Nicht anwesend	6	3	2	0	1	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	94	26	16	15	10	10	8	7	1	1	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
23.5601

Abstimmungsdatum 07. Februar 2024 09:22:06
Geschäft Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge Jo Vergeat, GAB)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**Mitte**
Ja	88	24	16	14	10	10	8	6	0	0	-1
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	89	24	16	14	10	10	8	6	1	0	-
Nicht abgestimmt	5	2	0	1	0	0	0	1	0	1	-
Nicht anwesend	6	3	2	0	1	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	94	26	16	15	10	10	8	7	1	1	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
23.5601

Abstimmungsdatum 07. Februar 2024 09:23:20
Geschäft Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge Jo Vergeat, GAB)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**Mitte**
Ja	87	25	14	13	10	10	8	7	0	0	-1
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	89	25	15	13	10	10	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	5	1	1	2	0	0	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	6	3	2	0	1	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	94	26	16	15	10	10	8	7	1	1	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
24.5017

Abstimmungsdatum 07. Februar 2024 09:24:28
Geschäft Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge David Wüest-Rudin, GLP)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ent	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ent	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**Mitte**
Ja	87	26	14	13	10	10	7	7	0	0	-1
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Ent	2	0	1	0	0	0	1	0	0	0	-1
Abgestimmt	90	26	15	13	10	10	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	4	0	1	2	0	0	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	6	3	2	0	1	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	94	26	16	15	10	10	8	7	1	1	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
23.5632

Abstimmungsdatum 07. Februar 2024 09:25:40
Geschäft Wahl eines Mitglieds der Petitionskommission (Nachfolge Anouk Feurer, GAB)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ent
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**Mitte**
Ja	89	26	15	14	9	10	8	7	0	0	-1
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	91	26	16	14	9	10	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	1	0	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	6	3	2	0	1	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	94	26	16	15	10	10	8	7	1	1	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
24.5016

Abstimmungsdatum 07. Februar 2024 09:26:46
Geschäft Wahl eines Mitglieds der Bildungs- und Kulturkommission (Nachfolge Claudio Miozzari, SP)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Seggiani Michela (SP)	Ent
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**Mitte**
Ja	90	25	16	14	10	10	8	7	0	0	-1
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	92	26	16	14	10	10	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	6	3	2	0	1	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	94	26	16	15	10	10	8	7	1	1	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
24.5045

Abstimmungsdatum 07. Februar 2024 09:28:09
Geschäft Wahl eines Mitglieds des Oberrheinrates (Nachfolge Christian von Wartburg, SP)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ent	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**Mitte**
Ja	88	25	15	14	9	10	8	7	0	0	-1
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Ent	2	1	0	0	1	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	91	26	15	14	10	10	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	3	0	1	1	0	0	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	6	3	2	0	1	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	94	26	16	15	10	10	8	7	1	1	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 74**
24.5046

Abstimmungsdatum 07. Februar 2024 09:29:18
Geschäft Wahl eines Mitglieds der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Nachfolge Tobias Christ, GLP)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ent
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**Mitte**
Ja	89	26	16	13	10	10	7	7	0	0	-1
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Ent	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	-1
Abgestimmt	91	26	16	13	10	10	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	3	0	0	2	0	0	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	6	3	2	0	1	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	94	26	16	15	10	10	8	7	1	1	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
23.1343

Abstimmungsdatum 07. Februar 2024 10:04:28
Geschäft Bewilligungen von Staatsbeiträgen an die Beyeler Museum AG für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**Mitte**
Ja	85	23	14	14	9	10	8	7	0	0	-1
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	87	23	15	14	9	10	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	6	2	1	1	1	0	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	7	4	2	0	1	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	93	25	16	15	10	10	8	7	1	1	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
23.1343

Abstimmungsdatum 07. Februar 2024 10:05:15
Geschäft Bewilligungen von Staatsbeiträgen an die Beyeler Museum AG für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**Mitte**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Nein	90	26	15	15	9	10	8	7	0	0	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	91	26	15	15	9	10	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	1	0	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	6	3	2	0	1	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	94	26	16	15	10	10	8	7	1	1	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
23.1343

Abstimmungsdatum 07. Februar 2024 10:06:07
Geschäft Bewilligungen von Staatsbeiträgen an die Beyeler Museum AG für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**Mitte**
Ja	88	26	14	15	9	9	8	7	0	0	-1
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	90	26	15	15	9	9	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	4	0	1	0	1	1	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	6	3	2	0	1	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	94	26	16	15	10	10	8	7	1	1	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
23.1343

Abstimmungsdatum 07. Februar 2024 10:07:36
Geschäft Bewilligungen von Staatsbeiträgen an die Beyeler Museum AG für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**Mitte**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Nein	88	25	14	15	9	10	8	7	0	0	-1
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	90	25	15	15	9	10	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	4	1	1	0	1	0	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	6	3	2	0	1	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	94	26	16	15	10	10	8	7	1	1	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
23.1343

Abstimmungsdatum 07. Februar 2024 10:08:22
Geschäft Bewilligungen von Staatsbeiträgen an die Beyeler Museum AG für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**Mitte**
Ja	89	26	14	15	9	10	8	7	0	0	-1
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	91	26	15	15	9	10	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	1	0	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	6	3	2	0	1	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	94	26	16	15	10	10	8	7	1	1	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
23.1342

Abstimmungsdatum 07. Februar 2024 10:50:28
Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Verein LiteraturBasel für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**Mitte**
Ja	72	25	16	13	1	7	8	2	0	0	-1
Nein	18	0	0	2	9	2	0	4	1	0	-1
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	-1
Abgestimmt	91	25	16	15	10	9	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	1	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	6	3	2	0	1	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	94	26	16	15	10	10	8	7	1	1	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
23.1342

Abstimmungsdatum 07. Februar 2024 10:51:23
Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Verein LiteraturBasel für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ent
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ent
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**Mitte**
Ja	66	26	15	12	1	5	7	0	0	0	-1
Nein	21	0	0	3	9	2	1	6	0	0	-1
Ent	5	0	1	0	0	2	0	1	1	0	-1
Abgestimmt	92	26	16	15	10	9	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	6	3	2	0	1	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	94	26	16	15	10	10	8	7	1	1	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
23.1342

Abstimmungsdatum 07. Februar 2024 10:52:10
Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Verein LiteraturBasel für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ent	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ent
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**Mitte**
Ja	78	26	16	15	1	7	8	5	0	0	-1
Nein	10	0	0	0	9	0	0	0	1	0	-1
Ent	4	0	0	0	0	2	0	2	0	0	-1
Abgestimmt	92	26	16	15	10	9	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	6	3	2	0	1	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	94	26	16	15	10	10	8	7	1	1	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
23.0717

Abstimmungsdatum 07. Februar 2024 11:05:42

Geschäft Förderung zeitgenössische Musik; Staatsbeiträge an das Musikbüro Basel für die Jahre 2024 bis 2026; Rahmenausgabenbewilligung Fachausschuss Musik BS/BL für die Jahre 2024 bis 2026/2029 im Präsidialdepartement, Abteilung Kultur, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**Mitte**
Ja	86	24	16	14	10	8	8	6	0	0	-1
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	87	24	16	14	10	8	8	6	1	0	-
Nicht abgestimmt	6	2	0	1	0	1	0	1	0	1	-
Nicht anwesend	7	3	2	0	1	1	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	93	26	16	15	10	9	8	7	1	1	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
23.0717

Abstimmungsdatum 07. Februar 2024 11:06:31

Geschäft Förderung zeitgenössische Musik; Staatsbeiträge an das Musikbüro Basel für die Jahre 2024 bis 2026; Rahmenausgabenbewilligung Fachausschuss Musik BS/BL für die Jahre 2024 bis 2026/2029 im Präsidialdepartement, Abteilung Kultur, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**Mitte**
Ja	82	24	16	14	6	8	8	6	0	0	-1
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	83	24	16	14	6	8	8	6	1	0	-
Nicht abgestimmt	10	2	0	1	4	1	0	1	0	1	-
Nicht anwesend	7	3	2	0	1	1	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	93	26	16	15	10	9	8	7	1	1	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
23.0728

Abstimmungsdatum 07. Februar 2024 11:21:52

Geschäft Staatsbeitrag für die Koordinationsstelle Freiwillige für Flüchtlinge (KOFFF) für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**Mitte**
Ja	89	26	16	14	10	8	8	7	0	0	-1
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	90	26	16	14	10	8	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	1	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	7	3	2	0	1	1	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	93	26	16	15	10	9	8	7	1	1	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
23.0728

Abstimmungsdatum 07. Februar 2024 11:22:33

Geschäft Staatsbeitrag für die Koordinationsstelle Freiwillige für Flüchtlinge (KOFFF) für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Nicht abgestimmt
Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sieber Johannes (GLP)	Nein
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Bartha Béla (GAB)	Nicht abgestimmt
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**Mitte**
Ja	2	0	0	0	2	0	0	0	0	0	-1
Nein	73	21	14	9	8	8	6	6	1	0	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	75	21	14	9	10	8	6	6	1	0	-
Nicht abgestimmt	18	5	2	6	0	1	2	1	0	1	-
Nicht anwesend	7	3	2	0	1	1	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	93	26	16	15	10	9	8	7	1	1	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
23.0728

Abstimmungsdatum 07. Februar 2024 11:23:12

Geschäft Staatsbeitrag für die Koordinationsstelle Freiwillige für Flüchtlinge (KOFFF) für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**Mitte**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Nein	89	26	16	14	10	8	8	7	0	0	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	90	26	16	14	10	8	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	1	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	7	3	2	0	1	1	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	93	26	16	15	10	9	8	7	1	1	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
23.0728

Abstimmungsdatum 07. Februar 2024 11:23:56

Geschäft Staatsbeitrag für die Koordinationsstelle Freiwillige für Flüchtlinge (KOFFF) für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**Mitte**
Ja	87	25	16	14	10	8	8	6	0	0	-1
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	88	25	16	14	10	8	8	6	1	0	-
Nicht abgestimmt	5	1	0	1	0	1	0	1	0	1	-
Nicht anwesend	7	3	2	0	1	1	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	93	26	16	15	10	9	8	7	1	1	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 12**
23.0958

Abstimmungsdatum 07. Februar 2024 11:37:54

Geschäft Staatsbeitrag für die Initiative «CLINNOVA – Innovation in Healthcare» für die Jahre 2024 bis 2026», Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**Mitte**
Ja	90	26	16	15	10	8	8	7	0	0	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	90	26	16	15	10	8	8	7	0	0	-
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	8	3	2	0	1	1	0	0	1	0	-
Stimmberechtigt	92	26	16	15	10	9	8	7	0	1	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
23.0507

Abstimmungsdatum 07. Februar 2024 11:50:50

Geschäft Ausgabenbewilligung für die Projektierung und Realisation zur Erweiterung der Beachhalle Im Wasenboden 6, 4056 Basel, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**Mitte**
Ja	87	26	15	14	10	7	8	7	0	0	-1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	87	26	15	14	10	7	8	7	0	0	-
Nicht abgestimmt	5	0	1	1	0	2	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	8	3	2	0	1	1	0	0	1	0	-
Stimmberechtigt	92	26	16	15	10	9	8	7	0	1	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 16**
23.5642

Abstimmungsdatum 07. Februar 2024 16:30:11

Geschäft Antrag Claudia Baumgartner und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Massnahmen zur Aufwertung der beiden ehemaligen Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft (Volles Ständerecht)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ent	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ent	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ent
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ent
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ent	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ent	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ent		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**Mitte**
Ja	53	25	7	1	0	9	8	3	0	0	-1
Nein	32	0	2	14	10	1	0	4	1	0	-1
Ent	10	0	9	0	1	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	95	25	18	15	11	10	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	4	4	0	0	0	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	96	25	18	15	11	10	8	7	1	1	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 18**
23.5621

Abstimmungsdatum 07. Februar 2024 16:51:41

Geschäft Motion 2 Pascal Messerli betreffend den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag streichen und durch einen anderen Tag ersetzen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**Mitte**
Ja	11	0	0	0	11	0	0	0	0	0	-1
Nein	80	24	18	12	0	10	8	7	1	0	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	91	24	18	12	11	10	8	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	4	0	0	3	0	0	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	5	5	0	0	0	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	95	24	18	15	11	10	8	7	1	1	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 19**
23.5643

Abstimmungsdatum 07. Februar 2024 17:11:57

Geschäft Motion 3 Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Gleichbehandlung der nachobligatorischen Schulzeit in Sachen Familienurlaub

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Ent	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ent
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ent
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ent	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ent	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**Mitte**
Ja	59	22	13	2	11	7	4	0	0	0	-1
Nein	21	1	1	9	0	3	1	6	0	0	-1
Ent	10	0	4	2	0	0	2	1	1	0	-1
Abgestimmt	90	23	18	13	11	10	7	7	1	0	-
Nicht abgestimmt	6	2	0	2	0	0	1	0	0	1	-
Nicht anwesend	4	4	0	0	0	0	0	0	0	0	-
Stimmberechtigt	96	25	18	15	11	10	8	7	1	1	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 21**
23.5649

Abstimmungsdatum 07. Februar 2024 17:40:34
Geschäft Motion 5 Daniel Albietz und Konsorten betreffend faires Inventarisierungsverfahren

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ent	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ent	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Ent	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**Mitte**
Ja	49	0	0	14	11	10	8	6	0	0	-1
Nein	41	22	18	0	0	0	0	0	1	0	-1
Ent	4	3	0	1	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	94	25	18	15	11	10	8	6	1	0	-
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	-
Nicht anwesend	5	4	0	0	0	0	0	1	0	0	-
Stimmberechtigt	95	25	18	15	11	10	8	6	1	1	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
23.5650

Abstimmungsdatum 07. Februar 2024 17:59:47
Geschäft Motion 6 Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend PACS und Verantwortungsgemeinschaft für Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**	**Mitte**
Ja	53	25	18	0	0	3	7	0	0	0	-1
Nein	38	0	0	15	10	7	0	6	0	0	-1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1
Abgestimmt	91	25	18	15	10	10	7	6	0	0	-
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1	-
Nicht anwesend	7	4	0	0	1	0	0	1	1	0	-
Stimmberechtigt	93	25	18	15	10	10	8	6	0	1	-

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 07. Februar 2024 20:23:15
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Nicht anwesend
Gander Thomas (SP)	Nicht anwesend	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht anwesend
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nicht anwesend	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht anwesend	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nicht anwesend	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GAB)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nicht anwesend	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht anwesend	Zappalà Andreas (FDP)	Nicht anwesend
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nicht anwesend	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend		
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Nicht anwesend	99	30	17	15	11	10	8	7	1	0
Stimmberechtigt	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 23**
23.5657

Abstimmungsdatum 08. Februar 2024 08:50:05
Geschäft Motion 7 Tobias Christ und Konsorten für eine Generelle Aufgabenüberprüfung mit Entlastungsziel

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt
Gander Thomas (SP)	Nicht abgestimmt	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nicht anwesend	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GAB)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht anwesend	Zappalà Andreas (FDP)	Nicht anwesend
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nicht anwesend	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt		
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Nicht abgestimmt	25	3	8	3	5	1	3	1	0	1
Nicht anwesend	74	27	9	12	6	8	5	6	1	0
Stimmberechtigt	26	3	9	3	5	1	3	1	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 23**
23.5657

Abstimmungsdatum 08. Februar 2024 09:27:13
Geschäft Motion 7 Tobias Christ und Konsorten für eine Generelle Aufgabenüberprüfung mit Entlastungsziel

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	51	0	0	15	11	10	8	7	0	0
Nein	44	27	17	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	96	27	17	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	27	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 24**
23.5658

Abstimmungsdatum 08. Februar 2024 09:44:08
Geschäft Motion 8 Tobias Christ und Konsorten betreffend die Einführung eines Aufgaben- und Finanzplans

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	50	0	0	15	10	10	8	7	0	0
Nein	45	27	17	0	1	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	96	27	17	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	27	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 26**
23.5615

Abstimmungsdatum 08. Februar 2024 09:50:19
Geschäft Anzug 1 Eric Weber betreffend Freikarten für Grossräte

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nicht abgestimmt	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	71	19	12	14	10	6	6	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	72	19	12	14	10	6	6	4	1	0
Nicht abgestimmt	24	7	5	1	1	4	2	3	0	1
Nicht anwesend	4	3	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	26	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 28**
23.5629

Abstimmungsdatum 08. Februar 2024 09:58:48
Geschäft Anzug 3 Philip Karger und Konsorten betreffend Bürokratie in der Verwaltung von Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GAB)	Ent	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Ent	Kabakci Mahir (SP)	Ent
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ent
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	50	0	0	14	11	10	8	7	0	0
Nein	36	20	15	0	0	0	0	0	1	0
Ent	5	3	2	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	23	17	14	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	7	4	1	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	27	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 29**
23.5630

Abstimmungsdatum 08. Februar 2024 10:04:31
Geschäft Anzug 4 Eric Weber betreffend Grossräte müssen in ihrem Wahlkreis wohnen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nicht abgestimmt
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	77	21	11	15	11	7	6	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	78	21	11	15	11	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	20	6	7	0	0	3	2	1	0	1
Nicht anwesend	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	27	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 30**
23.5651

Abstimmungsdatum 08. Februar 2024 10:48:10

Geschäft Anzug 5 Fleur Weibel und Konsorten betreffend Wissen schaffen und austauschen: Was ist los im Kleinbasel und was braucht es?

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	62	27	17	0	0	8	8	2	0	0
Nein	33	0	0	15	11	1	0	5	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	27	17	15	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	27	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 34**
22.5420

Abstimmungsdatum 08. Februar 2024 11:10:07
Geschäft Anzug Brigitte Kühne und Raffaela Hanauer betreffend «Superblocks» in Basel, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	42	0	0	15	11	9	0	7	0	0
Nein	52	27	18	0	0	0	7	0	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	1	0	1	0
Abgestimmt	96	27	18	15	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	27	18	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 39**
21.5630

Abstimmungsdatum 08. Februar 2024 11:53:12

Geschäft Anzug Claudia Baumgartner und Konsorten betreffend übermässige Vermehrung von Freigängerkatzen / Tierwohl für Streunerkatzen, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	16	0	0	2	2	5	0	6	1	0
Nein	72	25	17	10	8	3	8	1	0	0
Ent	2	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	25	17	14	10	8	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	6	2	1	1	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	27	18	15	10	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 40**
23.5346

Abstimmungsdatum 08. Februar 2024 15:19:09

Geschäft Motion Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Selbstbestimmtes Leben zu Hause – in Zukunft mit zeitgemässen und bedarfsgerechten Leistungen!, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	47	0	0	14	10	9	7	7	0	0
Nein	48	27	18	0	0	1	1	0	0	1
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	96	27	18	14	10	10	8	7	1	1
Nicht abgestimmt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht anwesend	4	2	0	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	27	18	14	10	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 43**
23.5297

Abstimmungsdatum 08. Februar 2024 15:53:11

Geschäft Motion Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Bewilligung von Grossinvestitionen der öffentlichen Spitäler durch den Grossen Rat, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	41	0	0	15	1	10	8	7	0	0
Nein	53	27	18	0	8	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	95	27	18	15	9	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	27	18	15	10	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 43**
23.5297

Abstimmungsdatum 08. Februar 2024 15:53:57

Geschäft Motion Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Bewilligung von Grossinvestitionen der öffentlichen Spitäler durch den Grossen Rat, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ent
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	57	27	18	0	10	0	2	0	0	0
Nein	36	0	0	15	0	10	4	7	0	0
Ent	3	0	0	0	0	0	2	0	1	0
Abgestimmt	96	27	18	15	10	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	27	18	15	10	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 48**
19.5094

Abstimmungsdatum 08. Februar 2024 16:09:29

Geschäft Motion Aeneas Wanner und Konsorten betreffend Anpassung der Zielsetzungen des Energiegesetzes an das Pariser Klimaabkommen, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	75	27	0	14	9	10	8	7	0	0
Nein	16	0	16	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	92	27	16	14	9	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	2	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	27	18	15	9	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 51**
21.5027

Abstimmungsdatum 08. Februar 2024 16:24:23

Geschäft Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten für eine mehrstufigen Trinkwasseraufbereitungsanlage nach dem Vorbild der Gemeinde Muttenz für das gesamte Basler Trinkwasser, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ent
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	45	1	0	15	9	9	3	7	1	0
Nein	48	26	18	0	0	1	3	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	94	27	18	15	9	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	27	18	15	9	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 52**
21.5751

Abstimmungsdatum 08. Februar 2024 16:27:26

Geschäft Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Senkung des Energieverbrauchs durch intelligente Heizsysteme, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	49	0	0	15	9	10	8	7	0	0
Nein	43	26	17	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	26	17	15	9	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	27	18	15	9	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 56**
23.5348

Abstimmungsdatum 08. Februar 2024 16:46:23

Geschäft Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend neues Steuerrechnungsmodell, statt Steuerinkasso auf die Unternehmen abwälzen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	48	0	0	15	9	10	8	6	0	0
Nein	45	27	18	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	27	18	15	9	10	8	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	0	0	1	1	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	27	18	15	9	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 59**
21.5533

Abstimmungsdatum 08. Februar 2024 16:55:50
Geschäft Anzug Oliver Thommen und Konsorten betreffend ein digitales Forum für Basel, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	71	26	0	15	10	9	7	4	0	0
Nein	20	0	18	0	0	0	0	2	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	92	26	18	15	10	9	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	0	0	1	1	1	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	26	18	15	10	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 60**
23.5271

Abstimmungsdatum 08. Februar 2024 17:09:02

Geschäft Motion Christian von Wartburg und Johannes Sieber betreffend Erlass eines Whistleblowing Gesetzes, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	40	0	1	14	10	9	0	6	0	0
Nein	51	26	16	0	0	1	8	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	26	17	14	10	10	8	6	0	0
Nicht abgestimmt	5	0	1	1	0	0	0	1	1	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	26	18	15	10	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 60**
23.5271

Abstimmungsdatum 08. Februar 2024 17:09:50

Geschäft Motion Christian von Wartburg und Johannes Sieber betreffend Erlass eines Whistleblowing Gesetzes, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	57	26	17	0	0	6	8	0	0	0
Nein	34	0	0	14	9	4	0	6	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	26	17	14	9	10	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	0	1	1	1	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	26	18	15	10	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 61**
21.5708

Abstimmungsdatum 08. Februar 2024 17:15:29

Geschäft Anzug der Wirtschafts- und Abgabekommission betreffend Analyse zu den aktuellen Steuerabzügen im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ent	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ent
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	10	4	3	2	1	0	0	0	0	0
Nein	78	18	14	12	9	10	8	7	0	0
Ent	4	2	1	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	92	24	18	14	10	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	3	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	27	18	15	10	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 64**
21.5431

Abstimmungsdatum 08. Februar 2024 17:27:54

Geschäft Anzug Christian von Wartburg und Konsorten betreffend Verbesserung der Veloverkehrssicherheit, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	36	0	0	14	10	5	0	7	0	0
Nein	56	26	18	0	0	4	8	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	26	18	14	10	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	1	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	27	18	15	10	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 65**
22.5022

Abstimmungsdatum 08. Februar 2024 17:36:25

Geschäft Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend kein Einsatz von biometrischen Erkennungssystemen in Basel-Stadt, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	49	0	0	14	10	10	7	7	1	0
Nein	46	27	18	0	0	0	1	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	27	18	14	10	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	27	18	15	10	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 66**
23.5263

Abstimmungsdatum 08. Februar 2024 17:51:51

Geschäft Motion Beda Baumgartner und Konsorten betreffend fairen Wettbewerb beim gewerblichen Personentransport, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	39	0	0	13	9	10	0	7	0	0
Nein	54	27	18	1	1	0	7	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	27	18	14	10	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	27	18	15	10	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 66**
23.5263

Abstimmungsdatum 08. Februar 2024 17:52:36

Geschäft Motion Beda Baumgartner und Konsorten betreffend fairen Wettbewerb beim gewerblichen Personentransport, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	57	27	18	0	1	4	7	0	0	0
Nein	35	0	0	14	9	5	0	7	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	27	18	14	10	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	1	0	1	1	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	27	18	15	10	10	8	7	1	1

Anhang B

Neue Ratschläge, Berichte und Vorstösse für die Februar-Sitzung

	Tagesordnung	Komm.	Dep.	Dokument
1.	Staatsbeitrag für die Koordinationsstelle Freiwillige für Flüchtlinge (KOFFF) für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der GSK	GSK	WSU	23.0728.02
2.	Staatsbeitrag für die Initiative «CLINNOVA - Innovation in Healthcare» für die Jahre 2024 bis 2026», Bericht der GSK	GSK	GD	23.0958.02
3.	Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Verein LiteraturBasel für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der BKK	BKK	PD	23.1342.02
4.	Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Beyeler Museum AG für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der BKK	BKK	PD	23.1343.02
5.	Motion Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Bewilligung von Grossinvestitionen der öffentlichen Spitäler durch den Grossen Rat, Stellungnahme des RR		GD	23.5297.02
6.	Motion Beda Baumgartner und Konsorten betreffend fairen Wettbewerb beim gewerblichen Personentransport, Stellungnahme des RR		JSD	23.5263.02
7.	Anzug Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend bessere Durchmischung der Schulklassen für mehr Chancengerechtigkeit, Schreiben des RR		ED	21.5425.02
8.	Anpassungen und weitere Entwicklungen im Bau- und Gastgewerbeinspektorat sowie Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend kundenfreundliche Öffnungszeiten beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat, Bericht des RR		BVD	23.1773.01 19.5512.07
9.	Anzug Lydia Isler-Christ und Konsorten betreffend «temporäre Genussorte» in der Freien Strasse, Schreiben des RR		BVD	21.5813.02
10.	Anzug Karin Sartorius und Konsorten betreffend Veloverbindung Friedrich-Miescher-Strasse – Burgfelderstrasse, Schreiben des RR		BVD	21.5769.02
11.	Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend «Eine koordinierende Stelle in der Verwaltung zuständig für Zusammenfassung, Information und Sensibilisierung aller Aktivitäten im Rahmen des Klimaschutzes», Schreiben des RR		PD	21.5750.02
12.	Anzug Brigitte Kühne und Raffaela Hanauer betreffend «Superblocks» in Basel, Schreiben des RR		PD	22.5420.02
13.	Motion Christian von Wartburg und Johannes Sieber betreffend Erlass eines Whistleblowing Gesetzes, Stellungnahme des RR		FD	23.5271.02
14.	Anzug der Wirtschafts- und Abgabekommission betreffend Analyse zu den aktuellen Steuerabzügen im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR		FD	21.5708.02
	Überweisung an Kommissionen			
15.	Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss nüün, Stiftung IdéeSport, Verein Trendsport Basel, Verein Basler Kindertheater und Verein Junge Kultur Basel, Ratschlag des RR	BKK	ED	23.0823.01
16.	Lehrstellensituation und die Situation im Bereich der Beruflichen Nachholbildung im Kanton Basel-Stadt 2022, Bericht des RR	BKK	ED	23.1834.01-
17.	Teilrevision des Gesetzes betreffend Einführung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs sowie Bericht zur Motion David Jenny und Konsorten betreffend Anpassung des Gesetzes betreffend Einführung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (EG SchKG) an das Gerichtsorganisationsgesetz (GOG), Ratschlag des RR	JSSK	JSD	23.1779.01 22.5161.03

18.	Teilrevision des Bürgerrechtsgesetzes (BürG, SG 121.100) sowie Motion Mahir Kabakci und Konsorten betreffend Streichung der Einbürgerungsgebühren für Personen unter 25 Jahren, Ratschlag des RR	JSSK	JSD	23.1497.01 22.5217.03
19.	Petition P475 "Grüne Boulevards und grüne Plätze fürs St. Johann - für saubere Luft, Sicherheit und Lebensqualität"	PetKo		24.5025.01

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

20.	Kantonale Volksinitiative "Hafen für alle - Freiräume statt Luxusprojekte!", Bericht des Ratsbüros	Ratsbüro		21.1523.05
21.	BaselArea: Ausrichtung von Betriebsbeiträgen für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der WAK	WAK	WSU	23.1308.02
22.	Petition P467 "Einführung eines obligatorischen Workshops zum Thema Umwelt und Nachhaltigkeit an den Sekundarschulen der Stadt Basel", Bericht der PetKo	PetKo		23.5509.02
23.	Petition P468 "Einführung von umfassender Aufklärung und Prävention gegen Allgemeine und sexuelle Belästigung in schulischen Bildungsprogrammen", Bericht der PetKo	PetKo		23.5510.02
24.	Anpassung des Schulgesetzes vom 4. April 1929 zur Umsetzung der Motion Claudio Miozzari und Konsorten betreffend «gesetzliche Regelungen für die Tagesstruktur und Ferienangebote», Motion Sandra Bothe und Konsorten betreffend «keine Ausgrenzung von Kindern in den Tagesferien auf Grund der Schulwahl», Motion Brigitte Gysin und Konsorten betreffend «gesetzlich verankerte Vertretung der Tagesstrukturen in den Schulräten» sowie Anzug Kaspar Sutter und Konsorten betreffend «familiengerechte Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen» und Anzug Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend «Einführung Tagesschulen», Bericht der BKK	BKK	ED	23.1307.02 21.5508.04 22.5081.04 22.5397.04 17.5195.06 18.5390.05
25.	Förderung zeitgenössische Musik; Staatsbeiträge an das Musikbüro Basel für die Jahre 2024 bis 2026; Rahmenausgabenbewilligung Fachausschuss Musik BS/BL für die Jahre 2024 bis 2026/2029 im Präsidialdepartement, Abteilung Kultur, Ratschlag des RR	BKK	PD	23.0717.01
26.	Soziales Wohnen Basel-Stadt zum Pilotprojekt Koordinationsstelle prekäre Wohnverhältnisse, Pilotprojekt Housing First, Anzug Georg Mattmüller und Konsorten betreffend soziale Wohnberatung/Wohnhilfe, Anzug Jürg Meyer und Konsorten betreffend Bereitstellung von Wohnungen für Menschen mit besonderen Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt, Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend ein Stadthotel gegen die Obdachlosigkeit, Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Überprüfung und Erweiterung der Angebote für Obdachlose in der Stadt unabhängig von Anmeldekanton und Aufenthaltsstatus, Bericht der GSK	GSK	WSU	23.0672.02 16.5270.05 16.5272.05 21.5422.04 21.5513.03
27.	Motionen:			
	1. Franz-Xaver Leohnhardt für einen Neuanfang beim Areal Horburg			24.5018.01
	2. Michael Hug und Konsorten betreffend mehr Transparenz bei projektbezogenen Beschäftigungsverhältnissen im Kanton Basel-Stadt			24.5021.01
	3. Joël Thüring betreffend bequem durch die Innenstadt mit einem Tramersatz – damit betagte und mobilitätseingeschränkte Personen und das Gewerbe nicht vergessen gehen			24.5031.01
28.	Anzüge:			
	1. Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Wiederaufnahme regelmässiger Wochenendfahrgelegenheiten des Rufbus auf dem Friedhof Hörnli			24.5022.01
	2. Eric Weber betreffend Hochgewichtige Menschen beim Kanton Basel-Stadt fördern			24.5027.01
	3. Salome Bessenich und Konsorten betreffend Nutzung des Horburg-Parkings als Quartierparking			24.5032.01

	4. Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Kultur für alle - Swisslos-Fonds Unterstützung auch bei kulturellen Veranstaltungen mit Kollekte			24.5040.01

Kenntnisnahme

29.	Rücktritt von Michela Seggiani als Mitglied der Regiokommission sowie des Districtsrates per 29. Februar 2024			24.5014.01
30.	Rücktritt von Claudio Miozzari als Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission per 6. Februar 2024			24.5016.01
31.	Rücktritt von Jo Vergeat als Mitglied der Finanzkommission per 6. Februar 2024			23.5601.01
32.	Anzug Sebastian Kölliker und Konsorten betreffend eine durchgehende Fussgängerverbindung am Kleinbasler Rheinbord (stehen lassen), Schreiben des RR		BVD	17.5312.04
33.	Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Prüfung einer Aufhebung von Tram- und Bushaltestellen zur Attraktivitätssteigerung eines schnelleren Tram- und Busnetzes in Basel-Stadt (stehen lassen), Schreiben des RR		BVD	19.5429.03
34.	Anzug Johannes Sieber und Konsorten betreffend Einrichtung eines runden Tischs für LGBTI-Anliegen (stehen lassen), Schreiben des RR		PD	22.5023.02
35.	Anzug Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Offenlegung der Finanzierung von Parteien und Wahl- und Abstimmungskomitees (stehen lassen), Schreiben des RR		PD	21.5320.03
36.	Anzug Alexandra Dill und Konsorten betreffend Schutz der persönlichen Integrität im Grossen Rat (stehen lassen), Schreiben des Ratsbüros	Ratsbüro		21.5707.02
37.	Schriftliche Anfrage Christian C. Moesch betreffend Demenzstrategie des Kantons, Schreiben des RR		GD	23.5508.02
38.	Schriftliche Anfrage Joël Thüring betreffend «Stadtbelebungs-Fonds - wer bekommt was und wie oft?», Schreiben des RR		PD	23.5436.02
39.	Schriftliche Anfrage Annina von Falkenstein betreffend Freie Musikschule Basel, Schreiben des RR		PD	23.5503.02
40.	Schriftliche Anfrage Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Einrichten eines institutionalisierten Hotspot-Managements, Schreiben des RR		GD	23.5525.02
41.	Schriftliche Anfrage Brigitte Gysin betreffend Massnahmen zum Schutz vor gesundheitlichen Hitzefolgen, Schreiben des RR		GD	23.5500.02
42.	Schriftliche Anfrage Christian C. Moesch betreffend «Kantonale Unterstützung spitalambulanter Leistungen für Patienten mit psychischen Belastungen», Schreiben des RR		GD	23.5502.02
43.	Schriftliche Anfrage Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Wohnschutzkommission - realistische Voraussetzungen zur Verhinderung eines Sanierungsstillstandes, Schreiben des RR		PD	23.5413.02
44.	Schriftliche Anfrage Fina Girard betreffend reproduktive Gesundheit und perinatale Versorgung von asylsuchenden Frauen, Schreiben des RR		WSU	23.5529.02
45.	Schriftliche Anfrage Joël Thüring betreffend "mit Steuergeldern alimentierte Genderwahnsinn-Veranstaltungen an der Fachhochschule Nordwestschweiz", Schreiben des RR		ED	23.5552.02
46.	Schriftliche Anfrage Brigitte Gysin betreffend Verbesserung der Sicherheit an der Allmendstrasse, Schreiben des RR		BVD	23.5551.02
47.	Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend «künstliche Intelligenz» im Kunstschaffen und der Kulturförderung, Schreiben des RR		PD	23.5524.02
48.	Schriftliche Anfrage Jean-Luc Perret zur Nachhaltigkeit von Erdwärmesonden, Schreiben des RR		WSU	23.5537.02
49.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Gäste-Liste zur Ständerats-Präsidenten Feier in Basel, Schreiben des RR		PD	23.5538.02

Protokoll

der 5. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 6. März 2024, um 09:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Alexandra Dill (SP), Lea Wirz (GAB), Christine Keller (SP), Mahir Kabakci (SP), Daniel Seiler (FDP).

Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung 2
2. Entgegennahme der neuen Geschäfte 2
4. Wahl eines Mitglieds der IPK FHNW (Nachfolge Tim Cuénod, FKom) 2
5. Wahl eines Mitglieds der IGPK Universität (Nachfolge Jo Vergeat, FKom) 3
13. Anpassung des Schulgesetzes vom 4. April 1929, Bericht der BKK 4
13.1. Motion Claudio Miozzari und Konsorten betreffend gesetzliche Regelungen für die Tagesstruktur und Ferienangebote, Bericht der BKK 11
13.2. Motion Sandra Bothe und Konsorten betreffend "Keine Ausgrenzung von Kindern in den Tagesferien auf Grund der Schulwahl", Bericht der BKK 11
13.3. Motion Brigitte Gysin und Konsorten betreffend Vertretung der Tagesstrukturen in den Schulräten, Bericht der BKK 11
13.5. Anzug Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Einführung Tagesschulen, Bericht der BKK 11
13.4. Anzug Kaspar Sutter und Konsorten betreffend familiengerechte Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen, Bericht der BKK 12
6. Kantonale Volksinitiative "Hafen für alle - Freiräume statt Luxusprojekte!", Bericht des Ratsbüros 12
7. Kantonale Volksinitative "Basel baut Zukunft" - Fristverlängerung, Bericht der BRK 13
8. Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut" -Fristverlängerung, Bericht des RR 13
9. Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug"- rechtlichen Zulässigkeit und weiteres Vorgehen, Bericht des RR 14
10. Soziales Wohnen Basel-Stadt, Bericht der GSK 15
10.3. Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend einem Stadthotel gegen die Obdachlosigkeit (Umsetzung von Recht auf Wohnen), Bericht der GSK 23
10.1. Anzug Georg Mattmüller und Konsorten betreffend soziale Wohnberatung/Wohnhilfe, Bericht der GSK 24
10.2. Anzug Jürg Meyer und Konsorten betreffend Bereitstellung von Wohnungen für Menschen mit besonderen Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt, Bericht der GSK 24
10.4. Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Überprüfung und Erweiterung der Angebote für Obdachlose in der Stadt unabhängig von Anmeldekanton und Aufenthaltsstatus, Bericht der GSK 24
11. BaselArea: Ausrichtung von Betriebsbeiträgen für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der WAK 26
12. Erneuerung des Staatsbeitrags an Basel Tourismus für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der WAK 31

Beginn der 5. Sitzung

Mittwoch, 6. März 2024, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[06.03.24 09:00:39]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

IPK Nordwestschweiz: Der Arbeitsausschuss der Interparlamentarischen Konferenz der Nordwestschweiz (IPK), hat den Rechenschaftsbericht 2023 verabschiedet. Er ist auf der Website der IPK einsehbar und es liegen einige Exemplare auf dem Tisch des Hauses. Das Gremium hat zudem beschlossen, an der Herbsttagung vom 25. Oktober das Thema Digitalisierung der Volksschule zu behandeln.

Frühjahrstagung der ILK, Internationale Legislativkonferenz: Am 24. Mai findet hier in diesem Saal die Frühjahrstagung der ILK zum Thema Mobilitätswenderolle der Kantone statt. Sprechen werden unter anderen auch unsere Regierungsrätin Esther Keller. Es liegen einige Anmeldeformulare auf dem Tisch des Hauses und falls sie Fragen zum Anlass haben, gibt Ihnen Joel Thüring als Delegierter des Ratsbüros für die ILK gerne Auskunft.

Neue Interpellationen: Es sind 12 neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen Nummer 15, 17, 19, 21 und 23 werden mündlich beantwortet.

Kaffeespende: Statthalter Balz Herter feierte vor kurzem einen runden Geburtstag, seinen 40. Aus diesem freudigen Anlass spendiert er uns heute den Kaffee. Im Namen des Grossen Rates gratuliere ich Balz herzlich. Danke für die grosszügige Geste.

Wir kommen damit zur Tagesordnung:

Antrag auf Terminierung: Das Büro beantragt Ihnen, das Traktandum 13 Anpassung des Schulgesetzes heute als erstes Sachgeschäft nach den Wahlen zu behandeln. Der Grund ist, dass der zuständige Regierungsrat Conradin Cramer am zweiten Sitzungstag nicht anwesend sein wird. Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit der Terminierung dieses Geschäftes so einverstanden sind.

Antrag auf Absetzung Traktandum 3: Die Fraktion SP beantragt Traktandum 3 abzusetzen und erst wieder im Mai zu traktandieren. Der Sitz der SP in der Regiokommission wird damit bis Mai unbesetzt bleiben. Den fehlenden Wortmeldungen entnehme ich, dass Sie mit der Absetzung von Traktandum 3 einverstanden sind.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Sie haben die Tagesordnung damit stillschweigend genehmigt.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[06.03.24 09:04:04]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor. Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit der vom Büro vorgeschlagenen Zuweisung dieser Geschäfte einverstanden sind. Sie haben so beschlossen.

4. Wahl eines Mitglieds der IPK FHNW (Nachfolge Tim Cuénod, FKom)

[06.03.24 09:04:30]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden 4 bis 5 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen als Sitze zu vergeben sind. Die Abstimmungen werden natürlich trotzdem einzeln durchgeführt.

Für offene Wahlen braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehrs, also doppelt so viele Ja- wie Nein-Stimmen.

Wir kommen zur Abstimmung über die offene Wahl.

2/3-Abstimmmung

JA heisst offene Wahlen bei den Traktanden 4 bis 5, NEIN heisst geheime Wahlen

Ergebnis der Abstimmung

83 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002963, 06.03.24 09:05:41]*

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahlen bei den Traktanden 4 und 5

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die offenen Wahlen bestätigt mit 83 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

Für die Wahl als Mitglied der IPK Fachhochschule Nordwestschweiz von der Finanzkommission vorgeschlagen wurde Jessica Brandenburger Wählbar sind die Mitglieder der Finanzkommission. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen damit zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Jessica Brandenburger wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002965, 06.03.24 09:06:45]*

Der Grosse Rat wählt

Jessica Brandenburger als Mitglied der IPK FHNW.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Wahl bestätigt mit 88 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei keinen Enthaltungen.

Ich gratuliere Jessica-Brandenburger zur Wahl als Mitglied der IPK FHNW und wünsche ihr Freude und Erfolg im neuen Amt.

5. Wahl eines Mitglieds der IGPK Universität (Nachfolge Jo Vergeat, FKom)

[06.03.24 09:07:03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Wahl als Mitglied der IGPK Universität der Finanzkommission vorgeschlagen wurde Anouk Feurer. Wählbar sind Mitglieder der Finanzkommission. Es sind auch hier keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen damit zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Anouk Feurer wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002967, 06.03.24 09:07:59]*

Der Grosse Rat wählt

Anouk Feurer als Mitglied der IGPK Universität.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Wahl bestätigt mit 91 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei keinen Enthaltungen.

Ich gratuliere Anouk Feurer herzlich zur Wahl als Mitglied der IGPK-Universität und wünsche ihr Freude und Erfolg im neuen Amt.

13. Anpassung des Schulgesetzes vom 4. April 1929, Bericht der BKK

[06.03.24 09:08:25, 23.1307.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Bericht der BKK. Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an die Präsidentin der BKK Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Mit diesem Ratschlag werden Änderungen des Schulgesetzes in Bezug auf die Tagesstrukturen, Ferienangebote und den Schulrat beschlossen. Alle Änderungen werden aufgrund politischer Vorstösse vorgenommen.

Die Motion Miozzari verlangt eine gesetzliche Verankerung der Tagesstrukturen und der Ferienangebote. Lange hat die BKK darüber diskutiert, ob die gesetzliche Verankerung der Tagesstrukturen und der Tagesferien im Schulgesetz am richtigen Ort ist oder ob es nicht sinnvoller wäre, ein eigenes Tagesstrukturgesetz zu erarbeiten. Ein Teil der Kommissionsmitglieder ist der Ansicht, dass die Regelung im Schulgesetz eine zu grosse Nähe zur Schule signalisiere, so könne man ja gleich Tagesschulen führen. Zudem wird befürchtet, dass Kinder, die nicht in die Tagesstrukturen gehen, schulisch einen Nachteil hätten.

Andere Kommissionsmitglieder wiederum sind der Ansicht, dass es richtig ist, die Regelungen im Schulgesetz zu verankern, da es um das Kind geht und man nicht unterscheiden soll, ob nun ein Aspekt den Schulteil oder den Betreuungsteil betrifft. Zudem ist es symbolisch wichtig, dass vor allem die Tagesstrukturen eng mit der Schule verbunden sind, da auch die Zusammenarbeit und die Bedeutung innerhalb des Schulbetriebs eng verbunden sein muss.Die Tagesstrukturen sollen ein vollwertiger Teil der Schule sein.

Ebenfalls intensiv hat die BKK diskutiert, ob im Gesetz festgehalten werden soll, dass Kinder aus Privatschulen, die keine eigene Tagesstruktur führen, in die schulexternen Tagesstrukturen gehen können. Eine Kommissionsminderheit möchte, dass alle Kinder im Kanton eine Tagesstruktur besuchen können, wie es in der Verfassung steht. Es soll nicht zu stossenden Situationen kommen, wenn Geschwister aufgrund unterschiedlicher schulischer Bedürfnisse nicht am selben Ort subventioniert betreut werden können. Zudem führe es zu einer Ungleichbehandlung von Anbietern, da Kitas mit Betreuungsbeiträgen Kindern aus Privatschulen zur Verfügung stünden, schulexterne Tagesstrukturen aber nicht.

Eine Mehrheit der Kommission ist aber der Ansicht, dass die Öffnung des bestehenden Systems dazu führen könnte, dass Privatschulen ihre Betreuungsangebote schliessen würden und ihre Schülerinnen und Schüler dann die schulexternen Tagesstrukturen besuchen müssten, was den Druck auf diese Tagesstrukturen enorm erhöhen würde. Zudem seien gemäss Einschätzung des ED potenziell nur ganz wenige Schülerinnen und Schüler betroffen, da die meisten Privatschulen eben auch Tagesstrukturen anbieten würden.

Ein Antrag, der diese subventionierte Nutzung der schulexternen Tagesstrukturen durch Schülerinnen und Schüler aus Privatschulen ermöglichen wollte, wurde mit 8 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Durch die Motion Miozzari werden keine Neuerungen eingeführt. Es geht lediglich darum, dass gewisse Aspekte von der Verordnungs- auf die Gesetzesstufe gehoben werden.

Einmal mehr hat sich die Kommission an der Tatsache gestossen, dass es sogar innerhalb der Tagesstrukturen verschiedene Modelle gibt, schuleigene Angebote, die von der Schule oder von Privaten geführt werden und schulexterne Angebote, die von Privaten geführt werden. Es gibt unterschiedliche Bedingungen, zum Teil unterschiedliche Löhne für die gleiche Arbeit, und auch die Kosten für einen Tagesstrukturplatz unterscheidet sich deutlich je nachdem, ob er schuleigen oder schulextern ist. Wie bei den Kitas und den Spielgruppen empfiehlt die BKK auch bei diesem Ratschlag zu den Tagesstrukturen, dass eine Harmonisierung der Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche angezeigt ist. Der BKK ist bewusst, dass all diese Angebote schrittweise entstanden und gewachsen und darum so unterschiedlich sind. Ein Gesamtblick auf das System ist nun aber vonnöten und sollte angegangen werden.

Die Motion Bothe verlangt, dass allen Kindern im Kanton, ob sie nun eine Privatschule oder die Volksschule besuchen, der Zugang zu den Tagesferien zu gleichen Bedingungen gewährt wird. Diese Forderung wird mit dem neuen § 77c umgesetzt. Die Motion Gysin möchte eine gesetzlich vorgeschriebene Vertretung der Tagesstrukturen in den Schulräten einführen. Auch dieses Anliegen wird mit der vorgeschlagenen Änderung von § 79b umgesetzt. Bei den beiden Anzügen, die mit diesem Ratschlag behandelt werden, folgt die BKK den Anträgen des Regierungsrats. Beim Anzug Sutter haben wir zwar diskutiert, ob der Anzug abgeschrieben werden kann. Da die Nachfrage nach Tagesferien aber stetig steigt und das Angebot weiter ausgebaut werden muss und da eine Motion zu den Tagesferien mit weiterreichenden Forderungen überwiesen wurde und beim Regierungsrat zur Behandlung liegt, macht es Sinn, den Anzug Sutter erst bei der Behandlung der Motion abzuschreiben.

Die BKK beantragt mit 11 zu 1 Stimme bei 1 Enthaltung, das Schulgesetz, wie es der Regierungsrat vorschlägt, zu ändern.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Conradin Cramer.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Zunächst danke ich Ihnen, dass wir das Geschäft heute terminieren können. Am nächsten Grossratsmittwoch findet ja die Gesamtkonferenz der Kantonalen Schulkonferenz, die sogenannte GeKo oder ehemals Synode, statt und ich bin froh, dass ich da nicht in die unangenehme Lage komme, zwischen GeKo und Grossem Rat entscheiden zu müssen und wir das heute abschliessen können.

Die Präsidentin der BKK hat bereits geschildert, was wir umsetzen wollen. Hauptgegenstand der heutigen Beratung ist die Verankerung der Regelungen über die Tagesstrukturen neu im Schulgesetz. Damit verschieben wir sozusagen die Regelungsebenen. Heute ist vieles in Weisungen und der Verordnung. Wir nehmen jetzt vieles aus der Verordnung ins Gesetz und Dinge aus den Weisungen dann in die Verordnung. Das ist absolut angemessen, demokratiepolitisch aber auch, um der Bedeutung der Tagesstrukturen besser gerecht zu werden. Demokratiepolitisch deshalb, weil dann eben für die Grundzüge der Tagesstrukturen das Parlament mitzureden hat und für die detaillierteren Ausführungen der Regierungsrat über seine Verordnungskompetenz. Wie Sie wissen, ist aber in Bildungsfragen der Regierungsrat nicht frei, sondern er kann nur auf Antrag des Erziehungsrats, den Sie wählen, Verordnungsänderungen erlassen. Insofern haben wir dann wirklich demokratiepolitisch eine sehr gute Abdeckung auch des Tagesstrukturwesens.

Die Präsidentin der BKK hat es schon gesagt, materiell ändern wir nichts. Wir werden auch integral diese neuen Bestimmungen im Schulgesetz in das neue Volksschulgesetz überführen, das in Arbeit ist. Sie wissen, wir haben eine grosse Bildungsgesetzgebungsrevision in Arbeit und wenn Sie auf dem Bildschirm schauen, dann sehen Sie das Datum des Inkrafttretens des Schulgesetzes oder des Beschlusses des Schulgesetzes, den 4. April 1929. So sieht es das Gesetz etwa auch aus, weil die Schule natürlich heute ganz anders ist als 1929, entsprechend ist das Gesetz ein Flickenteppich. Ich bin zuversichtlich, dass das Gesetz den Hundertjährigen so nicht mehr feiern wird, sondern dass wir vorher im Grossen Rat mit einem Volksschulgesetz, einem Gesetz für die weiterführenden Schulen, einem den Lehrpersonen nahen Gesetz, diese sehr verzettelte Bildungsgesetzgebung besser bündeln können. Auch das wird ein wichtiger Schritt sein für die demokratiepolitische Abstützung unseres Bildungswesens. Zurzeit ist alles sehr verstreut und auch die Ebenen stimmen nicht überall ganz. Es sind Dinge in der Verordnung, die eigentlich ins Gesetz gehören und auch umgekehrt Dinge im Gesetz, die nicht gesetzeswürdig sind.

Wir haben nun diese Arbeit auf uns des Grossen Rates für die Tagesstrukturen vorgesehen. Das ist sicher auch ein gutes Symbol. Vieles hier ist ja auch Symbolik, um die Bedeutung der Tagesstrukturen zu unterstreichen. Zu den beiden weiteren Motionen, die wir heute zur Umsetzung beantragen, der Motion von Sandra Bothe betreffend Zugang aller Kinder in Basel-Stadt zu den Tagesferienangeboten hat die Präsidentin der BKK auch schon alles gesagt. Ebenso klar ist die Umsetzung der Motion von Brigitte Gysin, dass auch die Tagesstrukturen vertreten sein sollen in den Schulräten.

Ich bitte Sie deshalb, den Anträgen der BKK vollumfänglich zu folgen und danke für die effiziente und gute Vorbereitung in der Kommission.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Für die SP ist Fraktionssprecherin ist Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Die SP-Fraktion freut sich, dass das Schulgesetz aus dem Jahr 1929 aufgrund von drei Motionen angepasst wird. Auch wir halten die vorgeschlagenen Umsetzungen der Motionen Miozzari, Gysin und Bothe grundsätzlich für gut. Vor allem die Regelung verschiedener Aspekte auf Gesetzesebene, die bis anhin auf Verordnungsebene geregelt wurden, begrüssen wir sehr.

Mit der Anpassung des Schulgesetzes sind nun Tagesstrukturen verankert und gleichzeitig kann die Qualität des Angebots hoch gehalten werden. Für die SP-Fraktion ist es zudem wichtig, dass nun Tagesstrukturen und Tagesangebote eng miteinander verzahnt sind, was mit dieser Vorlage gelungen ist. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass bei den Tagesangeboten und Tagesferien im Sinne des Kindeswohls weitergemacht werden muss.

Die SP-Fraktion folgt den Empfehlungen des Regierungsrats, den Anzug Kaspar Sutter und Konsorten betreffend familiengerechte Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen stehen zu lassen sowie den Anzug Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Einführung Tagesschulen als erledig abzuschreiben. In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen der SP-Fraktion, den nachfolgenden Ratschlag zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion GLP geht das Wort ans Sandra Bothe.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Schuleigene und schulexterne Tagesstrukturen Fernbetreuung aber auch Kindertagesstätten sind zentrale Bauteile der familienergänzenden Kinderbetreuung in Basel-Stadt. Immer mehr Eltern vereinen Beruf und Familie, ein Blick auf den Zahlenspiegel 2022/23 verdeutlicht die Folge. 3’800 Tagesstrukturplätze wurden von 5’282 Schulkindern belegt, zusätzlich zu den 4’334 Kindern, die Kindertagesstätten besuchen. Die 10’000 familienergänzend betreuten Kinder und zusätzlich rund 1’000 Schüler und Schülerinnen, die das Mittagstischangebot der Sekundarstufe nutzen, unterstreichen die Bedeutung dieser umfassenden gesetzlichen Verankerung, die wir heute beschliessen wollen. Die Anzahl Kinder in der Fernbetreuung ist im aktuellen Zahlenspiegel nicht aufgeführt. Ich nutze darum die Gelegenheit anzuregen, dass der Regierungsrat diese bei zukünftigen Berichten ebenfalls abbildet. Sicher ist, dass ein beträchtlicher Anteil der Kinder ihre Freizeit in diesen Angeboten verbringt.

Liest man die Berichte der Regierung zu verschiedenen parlamentarischen Vorstössen betreffend Tagesbetreuung und eben auch der Tagesstruktur, so fällt doch auf, dass die Begriffe Tagesschule, familienergänzend, schulergänzend, unterrichtsergänzend, schuleigen, schulextern in Verbindung mit dem Angebot verwendet werden. Eltern müssen sich durch einen Dschungel an Kinderbetreuungsangeboten navigieren und es führt dazu, dass unterschiedliche Vorgaben für Eltern und Betreuungsanbieter gelten.

Wir Grünliberalen begrüssen deshalb ausdrücklich, dass der Regierungsrat eine Vereinheitlichung der Systeme aus Sicht der Eltern und der Tarife anstrebt. Darüber hinaus haben wir uns aber gefragt, ob die gesetzlichen Vorgaben, wie sie in anderen Kantonen mit optionalen Tagesstrukturen existieren, nicht auch in Basel im Bereich Soziales und Sicherheit verankert werden sollten, diese angegliedert an das Tagesbetreuungsgesetz. Die Regierung führt in ihrem Ratschlag aus, dass sie die Tagesstrukturen im Schulgesetz verordnen will, da ein enger sachlicher Zusammenhang mit dem Unterricht in der Volksschule bestehen würde. Wenn aber die Kantonsverfassung Eltern die staatliche oder private familienergänzende Tagesbetreuungsmöglichkeit garantiert, warum sollen dann im Schulgesetz die Tagesstrukturen als unterrichtsergänzendes Angebot verortet werden? Die Diskussion um die Begrifflichkeit mag als Wortklauberei und gesetzlich irrelevant erscheinen, doch die Platzierung von unterrichtsergänzenden Tagesstrukturen im Schulgesetz bei freiwilliger Teilnahme birgt das Risiko für die Chancengerechtigkeit der Schüler und Schülerinnen. Und ungeachtet des grossen Bestrebens der Volksschulleitung und des Schulpersonals, dass Bildung und Betreuung zu einer Schulgemeinschaft verschmelzen, führt die aktuelle Situation doch zu einem Nebeneinander und ist weder Fisch noch Vogel.

Die GLP betrachtet diese Entwicklung zu schuleigenen Tagesstrukturen kritisch, insbesondere in Bezug auf das stetige Wachstum mit bis zu 300 Betreuungsplätzen und die dadurch entstehende ständige Veränderung der Gruppenzusammensetzung, sowie im Hinblick auf den steigenden Bedarf an Schulraum. Heute bleiben Schulräume ungenutzt, wenn die Kinder in der Tagesstruktur sind und die Tagesstrukturen stehen leer, wenn die Kinder in der Schule sind. Die Grünliberalen hadern zwar mit dem Begriff Tagesstrukturen im Schulgesetz, sehen die Chance aber bei der Weiterentwicklung der positiven Aspekte im Stile der Tagesschule und stimmen deshalb der Verankerung zu.

Die Festlegung fester Betreuungszeiten hätte günstige Auswirkungen auf die Chancengerechtigkeit, auf stabilere und kleinere Gruppen, auch im Klassenverband, und damit auf die Raum- und Personalplanung. In der Konsequenz würde es eine effizientere Ressourceneinteilung ermöglichen und damit Kosten senken.

Einige unserer Bedenken bleiben aber bestehen hinsichtlich der gesetzlichen Verankerung, insbesondere im Hinblick auf die Gleichbehandlung von Eltern und Kindern in Basel-Stadt in schulexternen Tagesstrukturen gegenüber den Kindertagesstätten. Finanziert werden heute beide familienergänzenden Angebote einerseits durch Elternbeiträge und andererseits durch kantonale Subventionen. Kinder, die am Morgen eine private Bildungsinstitution besuchen, haben Zugang zu familien- und schulergänzenden Kitas mit subventionierten Betreuungsbeiträgen, jedoch haben dieselben Kinder keinen Zugang zu familien- und schulergänzenden schulexternen Tagesstrukturen mit subventionierten Beiträgen. Dies kann dazu führen, dass Familien mit mehreren Kindern, die einerseits die öffentliche Schule besuchen und andererseits ein Angebot einer privaten Schule nicht am selben Ort zu denselben Bedingungen betreut werden können. Die GLP empfindet diesen Umstand als sehr problematisch und es ist besonders bedauerlich, weil es sich um eine Missachtung der Bedürfnisse der Familien und Kinder handelt und keine zusätzlichen Kosten verursachen würde. Es geht lediglich um eine Frage der Einteilung der Kinder in die vorhandenen familien- und schulergänzenden kantonalen Angebote.

Die im BKK-Bericht vorgeschlagene Ausnahmeregelung hätte privaten schulexternen Tagesstrukturanbietern erlaubt, in begründeten Einzelfällen bei der Fachstelle Tagesstrukturen anzuklopfen. Die Ausnahmeregelung hätte nicht die Finanzierung der schuleigenen Tagesbetreuung an privaten Bildungsinstitutionen ermöglicht. Selbst wenn Privatschulen die Option in Betracht gezogen hätten, ihre Betreuungsleistung auszulagern und durch schulexterne Anbieter zu ersetzen, wäre es alleine in der Hand des Erziehungsdepartements gelegen, eine derartige Leistungsvereinbarung überhaupt abzuschliessen. Eine unkomplizierte Anpassung hätte also eine bedürfnisgerechte Betreuungssituation für Geschwister schaffen können, nicht mehr und nicht weniger wäre passiert.

Ich bin weiterhin von der Forderung überzeugt, doch anstatt einen neuen Antrag zu stellen, gebe ich zu, dass meine Unterstützungsanfrage für manche Parlamentsmitglieder zu kurzfristig war. Ich möchte mich denn auch herzlich bei denjenigen bedanken, die das Anliegen mitgetragen hätten und behalte mir vor, die Forderung zu einem anderen Zeitpunkt einzubringen.

Die GLP freut sich dafür besonders, dass die Ungleichbehandlung der Betreuungssituation für Eltern von Kindern in Privatschulen während den Schulferien aufgehoben wird. Damit wird die bis zum Januar 2022 geltende Handhabung, nämlich gleiche Buchungsbedingungen für alle Kinder, wieder eingeführt. Wir unterstützen diese Gesetzesanpassung selbstverständlich. Sie garantiert allen Erziehungsberechtigten im Kanton Basel-Stadt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf während den Schulferien. Diese Massnahme ist auch für die kulturelle und ausserschulische soziale Integration und Durchmischung der Kinder von Bedeutung, vor allem aber erlaubt sie es ihnen, gemeinsam mit ihren Freunden ihre Freizeit zu verbringen.

Ich weiss, das war ein langes Votum, es war für mich ein wichtiges Votum und ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort wieder an entweder den Regierungsrat oder die Kommissionssprecherin. Sie verzichten beiden.

Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 12 des Berichts)

Titel und Ingress

I. Schulgesetz

§ 73

Unterrichtszeit der Volksschule (Überschrift geändert)

Abs. 1 (geändert)

Abs. 2 (aufgehoben)

Abs. 3 (aufgehoben)

Abs. 4 (aufgehoben)

§ 74

Abs. 2, lit j (geändert)

§ 75

Abs. 5 (aufgehoben)

Titel nach § 77a (neu)

II bis Tagesstrukturen und Ferienangebote

§ 77b (neu)

Abs. 1 bis 3

§ 77c (neu)

Abs. 1 bis 2

§ 77d (neu)

Abs. 1, lit a bis e

§ 77e (neu)

Abs. 1 bis 3

§ 77f (neu)

Abs. 1

Abs. 2 lit. a bis d

Abs. 3

§ 77g (neu)

Abs. 1

§ 77h (neu)

Abs. 1 bis 2

§ 77i (neu)

Abs. 1

§ 77j (neu)

Abs. 1 bis 3

§ 79b

Abs. 1 lit c (geändert)

Römisch II Änderung anderer Erlasse

Römisch III Aufhebung anderer Erlasse

Römisch IV Schlussbestimmung

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002970, 06.03.24 09:31:18]*

Der Grosse Rat beschliesst

I.

Das Schulgesetz vom 4. April 1929 [1]) (Stand 1. Januar 2021) wird wie folgt geändert:

§ 73 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (aufgehoben), Abs. 3 (aufgehoben), Abs. 4 (aufgehoben)

Unterrichtszeit der Volksschule (Überschrift geändert)

1 Der Unterricht in der Volksschule erfolgt am Vormittag im Rahmen von Blockzeiten.

2 Aufgehoben.

3 Aufgehoben.

4 Aufgehoben.

§ 74 Abs. 2

2 Er erlässt insbesondere Bestimmungen über

j) (geändert) die Tagesstrukturen und Ferienangebote (§§ 77b-j)

§ 75 Abs. 5 (aufgehoben)

5 Aufgehoben.

Titel nach § 77a (neu)

IIbis. Tagesstrukturen und Ferienangebote

§ 77b (neu)

Tagesstrukturen

1 Kanton und Gemeinden stellen für die Schülerinnen und Schüler der Volksschulen bedarfsgerechte, nach pädagogischen Grundsätzen geführte, den Unterricht ergänzende schuleigene und schulexterne Tagesstrukturen bereit.

2 Bei der Ausgestaltung der Angebote sind die Bedürfnisse der Kinder und Erziehungsberechtigten zu berücksichtigen.

3 Die Angebote umfassen auf der Primarstufe vor und nach dem Unterricht Betreuung und an den Sekundarschulen nach dem Unterricht einen beaufsichtigten Aufenthalt und Aktivitäten.

§ 77c (neu)

Ferienangebote

1 Kanton und Gemeinden stellen für alle Schülerinnen und Schüler mit Aufenthalt im Kanton, die eine Schule der Primarstufe besuchen, bedarfsgerechte Ferienangebote bereit.

2 Die Angebote umfassen Betreuung und Aktivitäten während mindestens zwölf Schulferienwochen.

§ 77d (neu)

Anforderungen

1 Die Angebote erfüllen folgende Anforderungen:

a) sie basieren auf einem vom zuständigen Departement oder der zuständigen Stelle der Gemeinden genehmigten betrieblichen und pädagogischen Konzept;

b) sie verfügen über Leitungs- und Betreuungspersonal mit der ihrer Funktion entsprechenden fachlichen und persönlichen Eignung;

c) sie bieten eine ausgewogene und gesunde Verpflegung an;

d) der Betreuungsschlüssel und die Räumlichkeiten entsprechen den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler;

e) sie werden konfessionell und politisch neutral geführt.

§ 77e (neu)

Verantwortung

1 Die Verantwortung für die schuleigenen Tagesstrukturen obliegt der jeweiligen Schulleitung.

2 Die Verantwortung für die vom Kanton und den Gemeinden bereitgestellten schulexternen Tagesstrukturen und Ferienangebote obliegt der zuständigen Stelle des zuständigen Departements beziehungsweise der zuständigen Stelle der Gemeinden.

3 Die Gesamtverantwortung für die Tagesstrukturen und Ferienangebote trägt das zuständige Departement.

§ 77f (neu)

Private Anbieterinnen und Anbieter

1 Die für die Angebote zuständigen Stellen können private Anbieterinnen und Anbieter mittels Leistungsvereinbarung mit der Führung von Tagesstrukturen und der Durchführung von Ferienangeboten beauftragen.

2 Die Leistungsvereinbarung regelt insbesondere:

a) die Organisation und den Betrieb des Angebots;

b) die Art, den Umfang und die Qualität der zu erbringenden Leistungen sowie deren Abgeltung;

c) das Rechnungswesen und Controlling;

d) die Verantwortlichkeiten, insbesondere die Aufsicht durch das zuständige Departement oder die zuständige Stelle der Gemeinden.

3 Der Kanton oder die Gemeinden können beauftragten privaten Anbieterinnen und Anbietern Investitionsbeiträge gewähren.

§ 77g (neu)

Qualitätssicherung und Weiterentwicklung

1 Die für die Angebote zuständigen Stellen gewährleisten die Qualität der Angebote und sorgen für deren Weiterentwicklung.

§ 77h (neu)

Zusammenarbeit

1 Die Schul- und Tagesstrukturleitungen, die Lehr-, Fach- und Betreuungspersonen sowie die Betreuungspersonen und Erziehungsberechtigten arbeiten zusammen.

2 Sie informieren sich gegenseitig über Belange, die für die Betreuung und Förderung der Schülerinnen und Schüler relevant sind.

§ 77i (neu)

Datenbearbeitung

1 Die für die Angebote zuständigen und mit deren Durchführung beauftragten Stellen können zur Erfüllung ihrer Aufgaben Personendaten und besondere Personendaten von Schülerinnen und Schülern bearbeiten und untereinander austauschen.

§ 77j (neu)

Kostenbeteiligung

1 Die Erziehungsberechtigten beteiligen sich entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit an den Kosten des von ihrem Kind besuchten Angebots.

2 In Härtefällen kann auf eine Beitragserhebung verzichtet werden.

3 Der Regierungsrat legt die Berechnungsmodalitäten und die Höhe der Beiträge fest. Die Gemeinden können von der Höhe abweichende Beiträge festlegen.

§ 79b Abs. 1 (geändert)

1 Der Schulrat besteht grundsätzlich aus sieben Mitgliedern und einer Präsidentin oder einem Präsidenten. Er setzt sich wie folgt zusammen:

c) (geändert) drei schulinterne Mitglieder: eine Vertretung der Schulleitung, eine von der Schulkonferenz gewählte Vertretung der Lehr- und Fachpersonen und eine Vertretung der schuleigenen Tagesstruktur.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und tritt auf Beginn des Schuljahres 2024/25 am 12. August 2024 in Kraft. Sollte aufgrund eines allfällig erhobenen Referendums der Zeitpunkt des Inkrafttretens nicht eingehalten werden können, bestimmt im Falle der Annahme der Vorlage der Regierungsrat den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Grossratsbeschluss angenommen mit 92 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

Mit dem Eintreten auf dieses Geschäft sind die Motionen Claudio Miozzari und Konsorten betreffend gesetzliche Regelungen für die Tagesstruktur- und Ferienangebote, Sandra Bothe und Konsorten betreffend Keine Ausgrenzung von Kindern in den Tagesferien aufgrund der Schulwahl und Brigitte Gysin und Konsorten betreffend gesetzlich verankerte Vertretung der Tagesstrukturen in Schulräten gemäss § 43 Abs. 5 der GO als erledigt abgeschrieben.

Die BKK beantragt auch den Anzug Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Einführung Tagesschulen als erledigt abzuschreiben. Zudem beantragt die Kommission, den Antrag Kaspar Sutter und Konsorten betreffend familiengerechte Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen stehen zu lassen.

Die Kommissionspräsident sowie der zuständige Regierungsrat verzichten auf ein Votum.

Ich habe keine Wortmeldungen vorliegen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

13.1. Motion Claudio Miozzari und Konsorten betreffend gesetzliche Regelungen für die Tagesstruktur und Ferienangebote, Bericht der BKK

[06.03.24 09:31:35, 21.5508.04]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion abzuschreiben

13.2. Motion Sandra Bothe und Konsorten betreffend "Keine Ausgrenzung von Kindern in den Tagesferien auf Grund der Schulwahl", Bericht der BKK

[06.03.24 09:31:37, 22.5081.04]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion abzuschreiben

13.3. Motion Brigitte Gysin und Konsorten betreffend Vertretung der Tagesstrukturen in den Schulräten, Bericht der BKK

[06.03.24 09:31:40, 22.5397.04]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion abzuschreiben

13.5. Anzug Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Einführung Tagesschulen, Bericht der BKK

[06.03.24 09:32:05, 18.5390.05]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben

13.4. Anzug Kaspar Sutter und Konsorten betreffend familiengerechte Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen, Bericht der BKK

[06.03.24 09:32:12, 17.5195.06]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

6. Kantonale Volksinitiative "Hafen für alle - Freiräume statt Luxusprojekte!", Bericht des Ratsbüros

[06.03.24 09:32:48, 21.1523.05]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Ratsbüro beantragt dem Grossen Rat zu entscheiden, ob der unformulierte Gegenvorschlag an den Regierungsrat oder an eine Grossratskommission überwiesen wird. Im Falle der Überweisung an eine Grossratskommission muss diese bezeichnet werden. Der Regierungsrat beantragt mit einem Schreiben, ihm das Geschäft zu überweisen.

Für das Ratsbüro verzichtet Jo Vergeat auf ein Votum. Tegierungsrätin Esther Keller verzichtet ebenso. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Eintreten ist obligatorisch. Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen damit bereits zur Abstimmung.

Abstimmung

Wer das Geschäft dem Regierungsrat überweisen will, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002978, 06.03.24 09:34:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

Überweisung an den Regierungsrat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben das Geschäft dem Regierungsrat überwiesen mit 90 Ja-Stimmen ohne Gegenstimme bei einer Enthaltung.

7. Kantonale Volksinitative "Basel baut Zukunft" - Fristverlängerung, Bericht der BRK

[06.03.24 09:34:27, 20.1006.05]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung bis zum 24. November 2024 zu verlängern. Für die Kommission geht das Wort an deren Präsidenten Michael Hut.

Michael Hug (LDP): Ich mache es ganz kurz. Sie haben unseren kurzen Bericht erhalten. Die BRK lotet derzeit auch nach Anhörung des Initiativkomitees und anderen Interessensvertretern einen abgeänderten Gegenvorschlag aus und wir bitten noch um etwas Zeit, weil auch das Verfassen des Berichts noch etwas dauern wird. Dies würde terminlich auch nicht für die Junisitzung passen und deshalb bitten wir Sie um Fristverlängerung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Die Vertreterinnen und Vertreter des Regierungsrates verzichten ebenfalls. Eintreten ist obligatorisch. Rückweisung wurde nicht beantragt.

Grossratsbeschluss (Seite 2 des Berichts)

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikationsklausel

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss unter Verzicht auf eine zweite Lesung zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 2 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002980, 06.03.24 09:36:23]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung zur kantonalen Volksinitiative «Basel baut Zukunft» wird bis zum 24. November 2024 verlängert.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 85 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

8. Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut" -Fristverlängerung, Bericht des RR

[06.03.24 09:36:35, 21.1247.04]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung bis zum 7. März 2025 zu verlängern. Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Die Lage hier ist sehr ähnlich wie beim Geschäft vorher. Wir sind an der Erarbeitung eines Gegenvorschlags durch den Regierungsrat und Sie haben sicher auch gesehen, dass es eine Vernehmlassung dazu gab. Diese Arbeiten sind noch im Gang und wir müssen Sie bitten, uns dafür die jetzt nach notwendige Zeit einzuräumen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Eintreten ist obligatorisch. Rückweisung wurde nicht beantragt.

Grossratsbeschluss (Seite 4 des Berichts)

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikationsklausel (wird ergänzt)

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss unter Verzicht auf eine zweite Lesung zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002982, 06.03.24 09:38:22]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung zur Volksinitiative «1% gegen globale Armut» wird bis zum 7. März 2025 verlängert.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 87 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

9. Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug"- rechtlichen Zulässigkeit und weiteres Vorgehen, Bericht des RR

[06.03.24 09:38:35, 23.1670.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Initiative als rechtlich zulässig zu erklären. Zudem beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen. Das Wort geht an, den Vertreter oder die Vertreterin des Regierungsrats,. Sie verzichten. Die Fraktionen scheinen ebenfalls zu verzichten und auch Einzelvoten liegen keine vor.

Eintreten ist obligatorisch. Wir kommen zur Abstimmung.

Grossratsbeschluss (Seite 9 des Berichts).

Abstimmung

Wer dem Beschluss zustimmt, stimmt JA, wer dem Beschluss nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002984, 06.03.24 09:40:03]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die mit 3’184 Unterschriften zustande gekommene formulierte kantonale Volksinitiative «Keine Steuerschulden dank Direktabzug» wird für rechtlich zulässig erklärt.

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert zehn Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet, ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 87 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen, wie Sie schon gehört haben. Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Initiative stillschweigend dem Regierungsrat zur Berichterstattung innerhalb von 6 Monaten zu überweisen.

10. Soziales Wohnen Basel-Stadt, Bericht der GSK

[06.03.24 09:40:50]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für die Kommission hat das Wort deren Präsident Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Aufgrund der Bedeutung des Themas für das soziale Basel werde ich ein wenig ausholen und detaillierter berichten, und entschuldigen Sie meine vielleicht ein wenig persönlichere Note bei meinem Votum, wie Sie wissen, liegt mir dieses Thema sehr am Herzen.

Seit dem 10. Juni 2018 ist das Recht auf Wohnen in der Basler Verfassung verankert. Der Kanton anerkennt dieses Rechts und trifft die zu seiner Sicherung notwendigen Massnahmen. Diese Verfassungsänderung wurde durch die vom Stimmvolk angenommene Initiative Recht auf Wohnen eingeleitet. Der Anstoss zu dieser Initiative kam von einem Netzwerk aus sozialen Organisationen, die täglich mit Menschen arbeiten, welche von Wohnungs- und Obdachlosigkeit betroffen sind. Zwei Jahre später, im Jahr 2020, wurden vom Regierungsrat erste Massnahmen getroffen. Dazu gehörte eine öffentlich-rechtliche Wohnbaustiftung, die bezahlbaren Wohnraum erwirbt und erstellt sowie ein Fonds für Anteilscheine, damit der Zugang zu Genossenschaften nicht mehr an der finanziellen Hürde scheitert. Zudem hat der Kanton Basel-Stadt sich dazu verpflichtet, selber beim preisgünstigen Wohnungsbaum tätig zu werden und in den kommenden Jahren 1'000 neue Wohnungen zur Kostenmiete zu bauen.

Diese Massnahmen sind alle sehr wichtig, hatten aber bisher kaum einen kurzfristigen Effekt für die von der Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen. Die Covidpandemie hat den Druck für die Betroffenen zusätzlich erhöht, und so war die Situation nach drei Jahren, seit Einführung des Rechts auf Wohnen, weiterhin unbefriedigend. Dies führte dazu, dass im Jahr 2021 weitere Vorstösse aus dem Parlament zum Thema und zur Förderung von eher kurzfristigen Massnahmen dem Regierungsrat überwiesen wurden. Übrigens ist das Menschenrecht auf Wohnen auch Bestandteil des Rechts auf einen angemessenen Lebensstandard gemäss Artikel 11 des UNO-Sozialpaktes, welcher von der Schweiz 1992 unterzeichnet wurde. Wir stehen also hier in der Pflicht, dieses Recht zu garantieren und entsprechende Massnahmen zu ergreifen.

Der Regierungsrat beantragt für die Jahre 2024 bis 2027 einen Gesamtbetrag von 4’459’000 Franken für verschiedene Massnahmen des sozialen Wohnens im Kanton Basel-Stadt. Insbesondere im unteren Preissegment besteht ein Druck auf dem Wohnraum. Die Konkurrenz um solche Wohnungen ist hoch und Menschen, welche von weiteren persönlichen Schwierigkeiten betroffen sind, haben kaum Chancen auf dem Wohnungsmarkt. Kommt erschwerend hinzu, dass unter den sozialen Einrichtungen ein grosser Bedarf besteht und sich alle auf dem gleichen Markt bewegen. Der Kanton steht also in der Pflicht, längerfristig bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und auch objektbezogene Förderung von preisgünstigem Wohnraum anzubieten. Soziales Wohnen fokussiert aber nicht nur auf die finanzielle Situation, sondern auch auf die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit grossen Zugangsschwierigkeiten. Die Massnahmen sollen besonders

benachteiligte Personen unterstützen, die aufgrund prekärer Lebenssituationen oder eingeschränkter beziehungsweise fehlender Wohnkompetenz keinen Zugang zum bestehenden Wohnungsmarkt haben.

Im 2019 startete das WSU drei Pilotprojekte mit Fokus soziales Wohnen, einerseits die Koordinationsstellen prekärer Wohnverhältnisse bei der Sozialhilfe und die Housing First bei der Heilsarmee sowie die zentrale Anlaufstelle Wohnen beim Gesundheitsdepartement, die unterdessen wieder aufgehoben wurde. Nach der Auswertung der Pilotprojekte beschloss der Regierungsrat, die unterschiedlichen Angebote und Projekte besser aufeinander abzustimmen und diese langfristig und nachhaltig abzustimmen. Hierfür wurde ein Gesamtkonzept soziales Wohnen erarbeitet und in vier Bereichen wurden Überschneidungen und Lücken entdeckt und Handlungsbedarf festgestellt. Aus dieser Erkenntnis wurden folgende vier Massnahmen definiert, über die wir nun mittels Ratschlag Soziales Wohnen abstimmen: Einerseits die Neuschaffung einer kantonalen Kompetenzstelle Wohnen für Betroffene und Vermieter:innen, die bisherige Koordinationsstellen Prekäre Wohnverhältnisse wird dabei integriert. Zweitens die Finanzierung von unterstützenden Massnahmen. Es handelt sich dabei um Mietzinsgarantien, Übernahmen von Doppelmietzinsen, ambulante Wohnbegleitung und das Angebot soziale Hauswirtschaft, Massnahmen, die jetzt schon im Bestehen, ein Ausbau von Houseing First in einzelnen Mietwohnungen und als auch ein neues Angebot Housing First Plus in einer Liegenschaft mit Studios für Personen mit minimaler Wohnkompetenz ohne enge Begleitung. Der Kanton geht davon aus, dass bei Realisierung aller beabsichtigten Massnahmen auf bisherige Ausgaben für eine Notschlafstelle verzichtet werden kann. Insgesamt wird mit einer Verschlechterung des jährlichen Budgets um rund 545’000 Franken gerechnet.

Die Kommission hat sich intensiv mit dem Ratschlag auseinandergesetzt und hat Hearings einberufen, um neben der strukturellen auch auf der praktischen Ebene Informationen zu erhalten. So wurden Immobilien Basel.Stadt und die Behindertenhilfe von Seiten der Verwaltung und die Heilsarmee und der Schwarze Peter von Seiten der sozialen Organisationen eingeladen. Die Kommission legte ihren Fokus in den Hearings vor allem auf die vier zur Finanzierung vorgeschlagenen Massnahmen, stellte aber auch grundsätzliche Fragen zu Rolle, Aufgaben und Auftrag der Verwaltung.

Das Finanzdepartement betonte, dass das soziale Wohnen nicht zum Aufgabenbereich von Immobilien Basel-Stadt gehört, welche mit dem Finanzvermögen arbeiten und somit eine moderate Rendite erzielen muss. Die IBS stellt der Sozialhilfe Notwohnungen zur Verfügung sowie im Asyl und Flüchtlingsbereich, um diese danach dann aber wieder normal auf dem Markt vermieten zu können. Die IBS hat kein Interesse an Wohnungen im Verwaltungsvermögen mit sozialer Zweckbestimmung. Der Kanton geht davon aus, dass Housing First und andere Anbieter von ambulanter Wohnbegleitung nicht die Aufgabe haben, staatliche Wohnungen zu akquirieren, sondern mehrheitlich auf dem bestehenden Wohnungsmarkt. Zudem ist der Anteil von IBS mit nur 2,5 Prozent Wohnungen am Markt viel zu klein, um diesen zu steuern.

Die Behindertenhilfe hat ihren Fokus auf stationären und ambulanten Wohnleistungen für Menschen mit einer IV-Rente. Die Zielgruppe der Behindertenhilfe sei mit Ausnahme von Sucht erkrankten Menschen in der Regel sozial besser integriert und besser erreichbar. Offen bleibt die Zuständigkeit und Abläufe zwischen Behindertenhilfe und Sozialhilfe, vor allem auch weil die Betroffenen sich zwischen den zuständigen Sozialversicherungssystemen bewegen. Die Behinderten¡hilfe hat die Erwartung, dass die neugeschaffene Kompetenzstelle auch regulierend und vermittelnd wirken kann.

Die Heilsarmee setzt seit ein paar Jahren das Angebot Housing First um. Sie sucht Wohnungen, vermietet diese weiter und unterstützt die Zielgruppe ohne die Bedingung an einer engeren Begleitung. Die Heilsarmee beurteilt den Ratschlag positiv und die betroffenen Massnahmen als wertvoll. Aus Sicht der Heilsarmee ist das grösste Problem die Anzahl verfügbarer Wohnungen am Markt. Die Heilsarmee wünscht sich ein stärkeres Engagement der Immobilien in Basel-Stadt. Die Konkurrenzsituation besteht dann zwar weiterhin, aber sie erhofft sich von der neuen Kompetenzstelle Wohnen eine Beruhigung und bessere Koordination.

Abschliessend zum Verein Gassenarbeit Schwarzer Peter und sowie dem Netzwerk Wohnungsnot. Beide begrüssen alle getroffenen Massnahmen, insbesondere Housing First Plus wird als die kurzfristig wirksamste Massnahmen angesehen. Aber auch der Schwarze Peter bemängelt die fehlende Rolle von Immobilien Basel-Stadt bei der Vermittlung und Unterstützung. Denn mit Ausnahme von Housing First Plus wird weiterhin auf den privaten Wohnungsmarkt verwiesen.

Zur Kommissionsberatung: Grundsätzlich begrüsst die GSK die geplanten vier Massnahmen und findet diese für die Erreichung der Zielsetzung zum sozialen Wohnen in unserem Kanton sehr förderlich. Es gab aber auch kritische Voten hinsichtlich der Umsetzung und das Rollenverständnis. Die GSK verzichtet aber auf Änderungsanträge, jedoch werde ich bei den einzelnen Massnahmen die Wünsche und Erwartungen der GSK, auch was die Rolle von Immobilien Basel-Stadt betrifft, zum Ausdruck bringen.

Zur ersten Massnahme Kompetenzstelle soziales Wohnen: Die kantonale Stelle bietet einerseits für besonders benachteiligte Personen niederschwellige und konkrete Hilfestellung, die Triagierung zu Partnerorganisationen und Vermittlung von Wohnraum sowie die Unterstützung für Vermieterinnen und Vermieter in ihren Fragen. Andererseits übernimmt sie Koordinationsleistungen im Bereich soziales Wohnen und fördert die interinstitutionelle Zusammenarbeit. Für den Betrieb der Kompetenzstelle werden jährlich 344’000 Franken zur Verfügung gestellt. Dies sind 176’600 Franken mehr als für die bisherige Koordinationsstellen. Die Kommission stellt fest, dass die Spannweite der Aufgaben und Zuständigkeiten der Kompetenzstelle sehr gross ist. Die GSK wünscht keine weitere Anlaufstelle ohne Kompetenzen, also keine Wiederholung

von AVO oder eine weitere Behördenstelle. Die Kompetenzstelle soll klare Schnittstellen definieren und die Zusammenarbeit im System aktiv fördern und bereits bestehende Angebote nicht konkurrenzieren.

Zu den unterstützenden Massnahmen: Die Fortsetzung der Finanzierung der unterstützenden Massnahmen wird von der GSK sehr begrüsst. Ob die Höhe der Finanzierung ausreichend sein wird, muss sich in den kommenden Jahren zeigen und bei Bedarf allenfalls angepasst werden. Die Kommission hat sich intensiver mit den Doppelmietzinsen auseinandergesetzt und es konnte glaubhaft dargestellt werden, dass der Ausbau in diesem Bereich sinnvoll ist und einem Bedarf entspricht. Die GSK wünscht sich aber einen Bericht hinsichtlich der Beanspruchung der Doppelmieten und ob die vorhandenen Mittel für die Zukunft auch dann Ausreichen. Für die Finanzierung der verschiedenen unterstützenden Massnahmen werden jährlich 255’000 Franken eingesetzt.

Zu Housing First. Auch der Ausbau des Angebots von Housing First wird von der GSK unterstützt. Das Angebot ist während dem Pilotprojekt zur Zufriedenheit des Kantons gut angelaufen und soll nun definitiv etabliert und leicht ausgebaut werden. Der limitierende Faktor bleibt aber der Wohnungsmarkt, der nur ungenügend bezahlbare Wohnungen zur Verfügung stellt. Die Kommission hat die Darstellung der beiden involvierten Departemente sowie von Immobilien Basel-Stadt betreffend Rollen, Aufgaben und Kompetenzen dargelegt bekommen und zur Kenntnis genommen. Die Kommission wünscht sich für die Zukunft aber ein deutlich höheres Engagement der staatlichen Stellen und abgestimmte sowie zielführende Verwaltungsabläufe. IBS soll in Zukunft vermehrt eine aktive Rolle im sozialen Wohnen einnehmen und ihren Einfluss ausbauen. Zudem ist für die Kommission nicht ganz nachvollziehbar, weshalb bei einer Ausgabenbewilligung im Rahmen einer Finanzhilfe von jährlich 190’000 Franken für die Fortführung eines bestehenden Angebots Richtlinien des Beschaffungswesens zwingend zum Tragen kommen müssen und die Heilsarmee sich nochmals für den Auftrag bewerben muss. Für das erweiterte Angebot Housing First werden insgesamt 67’000 Franken für die kommenden vier Jahre zur Verfügung gestellt. Dies bedeutet eine jährliche Erhöhung um 95’000 Franken zum bisherigen Betrag.

Und nun abschliessend zum Housing First Plus, dem grössten Angebot: Die Kommission begrüsst Housing First Plus zwecks Umsetzung der Motion für ein Stadthotel gegen die Obdachlosigkeit sehr. Die GSK ist überzeugt, dass dieses niederschwellige und wichtige Angebot entscheidend zu einer Entschärfung beitragen kann. Die Kommission hofft, dass der Kanton bald die entsprechende Liegenschaft finden wird, damit mit dem Angebot begonnen werden kann. Durch Housing First Plus ist mit einer Entlastung bei den Notschlafstellen zu erwarten, eine Notschlafstelle wird es aber auch weiterhin geben müssen und auch für obdachlose Frauen muss in Zukunft weiterhin eine auf ihre Bedürfnisse abgestimmte und sinnvolle Lösung gefunden werden. Die Kommission wünscht sich, dass der Übergang zwischen Eröffnung der Housing First Plus und der geplanten Schliessung der Frauennotschlafstelle nicht zu einer Angebotslücke führt. Es braucht einen Puffer für die Übergangszeit, damit für die betroffenen Frauen weiterhin ein sinnvolles Angebot besteht. Das neue Angebot Housing First Plus ist mit Abstand der finanziell grösste Posten, für die Durchführung des Angebots für muss für die Jahre 2024 bis 2027 eine Ausgabenbewilligung von rund drei Millionen Franken gesprochen werden, wobei mittelfristig, wie bereits erwähnt, zu Einsparungen bei den Notschlafstellen kommen wird. Der Kanton rechnet nach Schliessung der Notschlafstelle dann mit zusätzlichen Kosten von rund 20’000 Franken im Jahr.

Im Namen der GSK danke ich der Regierung für den ausführlichen und umfassenden Ratschlag und die Beantwortung der von der Kommission eingebrachten Fragen. Ebenfalls danke ich im Namen der GSK den beiden Notschlafstellen sowie den sozialen Einrichtungen dieser Stadt, welche in der Obdachlosenhilfe tätig sind. Sie leisten täglich eine sehr wertvolle Arbeit und dies oftmals abseits vom Scheinwerferlicht. Zudem danke ich den Mitgliedern der GSK für ihr grosses Interesse an der Thematik und für eine kritische Auseinandersetzung.

Die GSK beantragt dem Grossen Rat einstimmig, der Beschlusslagebeschlussvorlage betreffend sozialen Wohnen Basel-Stadt zuzustimmen und die beiden Anzüge aus dem Jahr 2016 von Georg Mattmüller und Jürg Meyer sowie die Motion Bolliger betreffend Stadthotel gegen die Obdachlosigkeit abzuschreiben. Den Anzug Tonja Zürcher betreffend Überprüfung und Erweiterung der Angebote für Obdachlose in der Stadt unabhängig von Anmeldekanton und Aufenthaltsstatus möchte eine Mehrheit der GSK mit 6 zu 5 Stimmen stehenlassen, dies deswegen, weil die geplanten Massnahmen dem Anzug nicht ganz gerecht werden und nicht integriert behandelt wurden und die Situation diesen Winter bei den Notschlafstellen zeigte, dass hier vielleicht noch nachgebessert werden müsste. Ich bedanke mich bei Ihnen für die Zustimmung zum Ratschlag und zum Gesamtbetrag von 4’459’000 Franken für die Massnahmen des sozialen Wohnens im Kanton Basel-Stadt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Wohnen ist ein essenzielles Grundbedürfnis für die Menschen allgemein und insbesondere auch bei uns in der Stadt. Eine gesicherte Wohnsituation ist die Grundlage für die Teilnahme am sozialen Leben, für Gesundheit, für Sicherheit und Stabilität. Das Wohnen ist eine Grundbedingung für weitere Schritte im Leben wie Arbeitssuche oder Ausbildung, und Wohnprobleme und Armut sind eng miteinander verknüpft. Deshalb haben wir auch grundlegend den Bereich des sozialen Wohnens angeschaut. Das Wohnen ist eine anspruchsvolle Sache hier bei uns im Kanton Basel-Stadt. Die Leerwohnungsziffer ist tief, die Mieten sind gestiegen, das verstärkt auch durch den

Referenzzinssatzanstieg im vergangenen Jahr. Das führt zu einer grossen Herausforderung, insbesondere für Menschen mit tiefen Einkommen und Menschen, die noch andere Herausforderung mit sich tragen.

Entsprechend hat der Regierungsrat im letzten Jahr dem Wohnungsbereich für tiefe Einkommen eine hohe Gewichtigkeit zugewiesen. Für sie ist die Verfügbarkeit für Wohnraum entscheidend. Wir haben entsprechend bei den Familienmietzinsbeiträgen die Pauschalen für die Nebenkosten erhöht. Wir haben in der Sozialhilfe die Referenzmietwerte erhöht, weil uns bewusst ist, dass die bisherigen Referenzhöhen für Mieten nicht ausgereicht haben. Entsprechend war eine Erhöhung notwendig. Das bedeutet, dass die Sozialhilfebeziehenden jetzt einen grösseren Handlungsspielraum haben, um eine Wohnung zu finden. Wir möchten auch die Mietzinsbeiträge gerne erweitern von Familien auf 1-und 2-Personenhaushalte. Wir haben diese Vorlage im letzten Jahr in die Vernehmlassung geschickt, um auch dort einen weiteren Beitrag zu leisten.

Beim Ratschlag, den wir heute diskutieren, geht es um eine spezifische Gruppe. Eine Bedingung ist, dass die Menschen ein tiefes Einkommen haben, aber die zweite Bedingung ist auch, dass sie mit einer zweiten Herausforderung konfrontiert ist, sei es, dass sie eine psychische Erkrankung haben, dass sie über eine geringe Wohnkompetenz verfügen oder eine Suchterkrankung haben. Die Menschen, die also eine zweite solche Bedingungen erfüllen, sind die Zielgruppe, mit dem sich dieser Ratschlag heute beschäftigt.

Wir haben das grundsätzlich angeschaut und analysiert, welches die Angebote sind, welches die Herausforderungen, welches die Lücken in diesem Angebot, um dem Anspruch von Recht auf Wohnen gerecht zu werden. Wir haben das Projekt Housing First, der GSK-Präsident hat es bereits erwähnt, pilotiert in den letzten Jahren. Es ist ein erfolgreiches Projekt und deshalb möchte der Regierungsrat dieses Projekt verstetigen und auch erweitern. Wir möchten aber auch ein zusätzliches Angebot, das Housing First Plus, das niederschwellig Angebote schafft. Wir erhoffen uns damit auch eine Entlastung der Notschlafstelle, denn wir haben Menschen, die regelmässig an diesem Ort sind und wir möchten nicht, dass Menschen regelmässig in der Notschlafstelle sind, denn wir sind überzeugt, dass es sicherer und besser ist, wenn diese Menschen einen stetigen Ort haben, wo sie wohnen können und nicht jeden Tag morgens um 8 Uhr den Ort wieder verlassen müssen. Da ist Housing First Plus sicher das bessere Angebot.

Das bedeutet höchstwahrscheinlich auch, dass wir weniger Plätze bei den Notschlafstellen brauchen und wie wir dann, wenn das Angebot von Housing First Plus implementiert ist, auch die Anzahl Plätze in der Notschlafstelle reduzieren können. Das kommt aber erst, wenn das neue Angebot sich etabliert hat. Wir beabsichtigen viele finanzielle Massnahmen, auch diese wurden bereits erwähnt, für die Übernahme von Mietzinsdepots, bei den Übernahmen von Doppelvermietungen oder auch die Weiterführung von Portinaio innerhalb der Sozialhilfe. In der Sozialhilfe schaffen wir eine Kompetenzstelle Wohnen, wo die ganze Kompetenz in diesem Bereich der Sozialhilfe gebündelt wird.

Das Ganze kostet 4,5 Millionen Franken. Wir gehen davon aus, dass wir einen grossen Teil dieser Kosten wieder reduzieren können, wenn wir dann auch die Notschlafstelle reduzieren können. Es ist ein wichtiger Ratschlag im Hinblick auf das Verfassungsrecht von Recht auf Wohnen. Dem kommen wir einen deutlichen Schritt näher mit diesen Massnahmen, wenn Sie denen heute zustimmen und der Regierungsrat bittet Sie, das zu tun.

Ich möchte an dieser Stelle der GSK danken für die sorgfältige Auseinandersetzung mit diesem Ratschlag, mit den kritischen Fragen und den Anregungen. Ich möchte den Organisationen danken, die im Bereich des Wohnens im sozialen Basel aktiv sind und ich möchte auch den Mitarbeitenden in der Sozialhilfe und in weiteren kantonalen Stellen danken für die Arbeit, die sie leisten für Menschen mit tiefen Einkommen und die Schwierigkeit haben auf unserem Wohnungsmarkt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Da hat sich Melanie Nussbaumer für die SP gemeldet.

Melanie Nussbaumer (SP): Obdachlosigkeit ist eine gravierende Form von Armut, die zu sozialer Vereinsamung, körperlichem Elend und gesellschaftlichem Ausschluss führt. Dass wir heute mit der Zustimmung zu diesem Ratschlag einen grossen Schritt vorwärtskommen in der Bekämpfung von Obdachlosigkeit, freut die SP-Fraktion sehr. Wir kommen damit nicht nur in der Bekämpfung von Obdachlosigkeit vorwärts, sondern wir kommen auch dem in der Verfassung verankerten Ziel des Rechts auf Wohnen ein grosses Stück näher. Denn leider gibt es auch im Kanton Basel-Stadt viele Menschen, die nicht ohne Unterstützung eine Wohnung auf dem freien Wohnungsmarkt finden, insbesondere nicht, wenn sie obdachlos sind oder waren oder kurz vor einer Obdachlosigkeit stehen, also sonstige Bedingungen auch prekär sind.

Die steigenden Mietpreise in den letzten Jahren haben natürlich die Situation noch verschärft. So sind beim Schwarzen Peter aktuell circa 300 Personen gemeldet, die keine Wohnung haben. Das Recht auf Wohnen, das nicht nur in unserer Fassung steht, sondern eigentlich einem Menschenrecht entspricht, wurde also bisher noch nicht umgesetzt. Dieser Ratschlag nun leistet aber einen grossen Beitrag zur Umsetzung und zwar für eine besonders benachteiligte Zielgruppe, weil sie eben Mehrfachproblematiken mitbringen. Wenn der eine oder andere «Grüselvermieter» seine schlecht erhaltenen Wohnungen deswegen nicht mehr wegbekommt, dann ist das ein sehr sehr positiver Nebeneffekt, den wir sehr begrüssen.

Der Ratschlag basiert auf zwei Pfeilern: Auf der einen Seite soll das Wohnangebot wirklich auch ausgeweitet werden mit einem ausgeweiteten Housing First sowie einem Housing First Plus, und auf der anderen Seite soll eine Stelle diese Angebote koordinieren und mit Massnahmen wie Doppelmietzinszahlungen und Wohnbegleitungen unterstützen. Diese Pfeiler machen Sinn und antworten auch auf das Bedürfnis, dass die Angebote besser koordiniert werden sollen und weniger Konkurrenzkampf auch zwischen den sozialen Anbietenden besteht.

Lassen Sie mich trotzdem noch drei kritische Hinweise geben: Erstens, wir haben schon gehört, die Rolle der Immobilien Basel-Stadt IBS ist aktuell nicht befriedigend im Zusammenhang mit einem Wohnungsangebot im Tiefpreissegment für sozial benachteiligte Personen. Deshalb wünscht sich nicht nur die SP-Fraktion, sondern die ganze GSK, dass die IBS mehr als bisher im Bereich des sozialen Wohnens aktiv ist. Hier muss meiner Meinung nach unbedingt politisch nachgebessert werden und diese passive Haltung, dass man als IBS nicht dafür da sei, soziale Probleme zu lösen, muss überdacht werden.

Der zweite Kritikpunkt: Die neu zu schaffende Kompetenzstelle ist sicher wertvoll in verschiedenen Belangen. Diese Koordination ist extrem wichtig. Die Zielgruppe, um die es hier geht, weist sich aber auch dadurch aus, dass sie wahrscheinlich eher Mühe hat, mit Behörden in Kontakt zu stehen, Termine wahrzunehmen, von der einen Stelle zur nächsten zu gehen und so weiter. Das heisst, es muss zwingend darauf geachtet werden, dass die Stelle nicht einer weiteren Hürde für diese Person entspricht, weil man eben bei dieser Stelle dann auch noch vorbei muss, sondern eine Unterstützung und Ergänzung zum bestehenden Angebot wird. Meistens sind diese Leute sowieso schon irgendwo bekannt, sei dies zum Beispiel beim Schwarzen Peter oder bei den Sozialdiensten der UPK oder bei anderen. Die dort geleistete Beziehungsarbeit sollte unbedingt als Ressource gebraucht und verwendet werden.

Drittens wollen wir auch noch erwähnen, dass das Recht auf Wohnen eigentlich für alle gilt in Basel. Mit diesem Ratschlag werden mehr Personen auch «Rough Sleepers» wieder ein Dach über dem Kopf haben, aber noch na noch lange nicht alle 300 Personen, die beim schwarzen Peter zum Beispiel gemeldet sind. Es gibt also noch zu tun.

Zudem stimmt die SP-Fraktion dem Antrag der GSK zu, den Anzug von Tonja Zürcher stehen zu lassen, denn dieser Anzug will die Situation auch für obdachlose Menschen verbessern, die eben gerade nicht in Basel gemeldet sind. Hierzu gibt es leider im Ratschlag keine wirklichen Verbesserungsvorschläge und deshalb muss der Regierungsrat logischerweise nochmals über die Bücher. Es ist uns bewusst, dass es rechtliche und finanzielle Unterschiede gibt und dass man diese Personen vielleicht nicht ganz genau gleich behandeln kann wie diejenigen, die hier angemeldet sind. Und trotzdem bitten wir Sie, diesen Vorstoss stehen zu lassen und den Regierungsrat nochmals nachdenken zu lassen, wo es Verbesserungspotenzial gibt. Andere Kantone und Städte machen das nämlich auch. Basel kann das auch. Wie im Anzug schon vorgeschlagen, braucht es wahrscheinlich eine Zusammenarbeit mit privaten Dienstleistern, zum Beispiel mit kirchlichen Angeboten.

Und an dieser Stelle will ich mich auch bei all diesen privaten engagierten Organisationen und auch den staatlichen Stellen bedanken, denn sie kümmern sich um diese Menschen am Rande unserer Gesellschaft und das ist wichtige und wertvolle Arbeit für diese Menschen, aber auch für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Auch ein grosses Dankeschön an alle Beteiligten im zuständigen Departement für diesen wertvollen Ratschlag und an die GSK-Mitglieder für die konstruktiven Diskussionen dazu. Und den zukünftigen Bewohnenden von Housing First und Housing First Plus wünsche ich alles Gute und hoffe wirklich, dass es für sie zu einer Verbesserung der Wohnsituation kommt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Die Fraktion GAB stimmt allen Anträgen der GSK zum sozialen Wohnen zu, auch denjenigen zu Abschreiben und Stehenlassen.

Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis, als solches ist es in der Bundesverfassung als soziales Ziel verankert. Seit 2018 haben wir auch auf kantonaler Ebene das Recht auf Wohnen in der Verfassung verankert. Der Regierungsrat hat aufgrund der neuen Verfassungsbestimmung bereits einige Massnahmen ergriffen. Wir begrüssen, dass nun weitere Massnahmen ergriffen werden zugunsten von Personen, die wegen einer schwierigen Lebenslage, sei es aus geringeren ökonomischen Ressourcen und prekären Lebenssituationen auf dem so genannten freien Wohnungsmarkt nicht bestehen. Damit soll eine konkrete Unterstützung angeboten werden.

Bei diesem GSK-Bericht spüren wir einen kritischen Unterton. Wir haben Oliver Bolliger, den Präsidenten der GSK, gehört. Diese Kritik teilen wir voll und ganz. Ich möchte fünf Punkte hervorheben.

Erstens die Kompetenz stelle: Diese soll für besonders benachteiligte Personen niederschwellige und konkrete Hilfestellung aufgrund der persönlichen Situation anbieten. Sie soll auch für das Reagieren und Vermitteln von Wohnraum sorgen, Vermieterinnen und Vermieter unterstützen, im Bereich soziales Wohnen koordinierend wirken. Wir teilen die Bemerkung und die Forderung der GSK, wenn im Bericht steht, dass die Kompetenzstelle eine klare Schnittstelle zur Zusammenarbeit

und Koordination zu den anderen Projekten sein muss und klar ihr Netzwerk ausnutzen muss. Klient:innen dürfen nicht durch den ganzen sozialen Kompass, wie es früher hiess, weiter verwiesen werden.

Zweitens: Die Kompetenzstelle ist es wichtig, damit der Kampf auf dem Wohnungsmarkt um leistbaren Wohnraum nicht auf dem Buckel der besonders Betroffenen ausgetragen wird. Auch wenn sich alle Organisationen und Institutionen gegenseitig unterstützen, müssen alle um den gleichen leistbaren Wohnraum auf dem so genannten freien Wohnungsmarkt kämpfen. Dieser ist knapp und das führt dazu – als Beispiel nehme ich die im Bericht erwähnte Heilsarmee –, dass sie an die IBS gelangen mit der Bitte, sechs Wohnungen für das Housing First zur Verfügung zu stellen. Und da kommen wir auf die problematische Rolle der IBS. Ja, das Finanzdepartement hört nie auf zu betonen, dass die IBS mit dem Finanzvermögen arbeitet und dieses ist an gesetzliche Vorgaben gebunden, wie die Erwirtschaftung einer zumindest moderaten Rendite, was auch immer moderat heisst. Im Verwaltungsvermögen befinden sich Liegenschaften, die keinem Renditedruck unterstellt sind. Diese Gebäude werden vom Kanton benötigt, um seine öffentlichen Aufgaben zu erfüllen, also Schulen, Museen und Gebäude der Kantonsverwaltung. Liegenschaften, die der Sozialhilfe vermietet werden, befinden sich aber im Finanzvermögen, obwohl die Sozialhilfe beziehungsweise der Staat mit der Existenzsicherung ebenfalls eine öffentliche Aufgabe zu erfüllen hat. Die Begründung lautet, es sei einfacher, falls einmal die Liegenschaften nicht mehr von der Sozialhilfe benützt werden, diese wieder mit höheren Renditen zu vermieten. Dies ist aber eine rein politische strategische Entscheidung des Regierungsrates und ist vom Gesetz her nicht zwingend. Eigentlich sollten wir Grossrätinnen und Grossräte uns selbst an der Nase nehmen, wenn wir Liegenschaften, die eine öffentliche Aufgabe wie die Sozialhilfe übernehmen und auch dem sozialen Wohnen dienen könnten, vom Verwaltungsvermögen in das Finanzvermögen entwidmen, so wie wir das vor Kurzem im Fall der Liegenschaft beim Depot Wiesenplatz gemacht haben.

Auch problematisch und stossend finden wir, dass für den Regierungsrat in den kantonseigenen Liegenschaften kein Platz für Personen mit geringer Wohnkompetenz zur Verfügung steht. Dafür verweist er auf den so genannten freien Markt. Wie sollen dann private Eigentümer:innen auf eine solche Aussage reagieren? Wäre ich eine Vermieterin in Besitz von nur einer oder zwei Liegenschaften, würde ich mich ernsthaft fragen, wieso gerade ich diese Aufgaben übernehmen muss. Für uns ist es zwingend, dass der Regierungsrat hier seine Haltung ändert. Der Staat soll auch, wie es auch von Privaten erwartet wird, Wohnungen für das soziale Wohnung zur Verfügung stellen.

Drittens die Ausschreibungen: Wir erachten für das gute Gelingen des sozialen Wohnens ebenfalls als problematisch, wenn ein Auftrag dieser Art in so einem sensiblen Bereich immer neu ausgeschrieben werden muss. Eine wichtige Leistung einer Organisation besteht darin, Vertrauen aufzubauen, Vertrauen zu den Kund:innen, Vertrauen zu den Vermieter:innen. Nur so kann ein solches Angebot wie Housing First aufgebaut werden. Ändert sich die Leistungsträgerin, kommt es zu Unbeständigkeiten. Damit fällt das Vertrauen zusammen. Darunter leiden eben gerade die Betroffenen. Und die Suche nach bereitwilligen Vermieter:innen würde von Neuem beginnen müssen. Das ist nicht unser Ziel. Letztlich stellt sich für uns die Frage, wieso dieser Auftrag extern vergeben werden muss.

Viertens die Frauennotschlafstelle: Der Regierungsrat ist gefordert, keine Lücke zu schaffen zwischen dem Abbau beziehungsweise der Schliessung der Notschlafsstelle für Frauen und der Eröffnung der Housing First Plus.

Fünftens: Reichen die vorgeschlagenen finanziellen Mittel aus? Wie viele Betroffene erreichen wir? An dieser Stelle möchte ich auch die Fragen der Petitionskommission im Zusammenhang mit der Umnutzung von Büroräumlichkeit in Wohnraum an den Regierungsräten verweisen. Darüber werden wir später eventuell noch sprechen. In der Tat wissen wir nicht, wie viele Betroffene mit diesen sozialen Wohnmassnahmen erreicht werden sollen. Der Schwarzer Peter führt immer noch 300 Namen auf seiner Liste.

Ob das seit 2018 in unserer Verfassung garantierte Recht auf Wohnen ergebnisreich umgesetzt wird, wird sich noch zeigen. Für uns hat die Arbeit erst begonnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die Mitte/EVP ist Pasqualine Gallacchi.

Pasqualine Gallacchi (Mitte-EVP): Gerne nehmen wir als Fraktion die Mitte/EVP-Stellung zum Ratschlag Soziales Wohnen Basel-Stadt. Die Kommission hat den Ratschlag, wie wir gehört haben, fundiert in sechs Sitzungen beraten und für gut befunden. Die Anliegen der Vorstösse Mattmüller, Meyer, Bolliger und Zürcher sind im Ratschlag gut abgebildet und berücksichtigt. Weshalb die Ratslinke nun den Anzug Zürcher stehenlassen will, ist für uns nicht ersichtlich. In der Kommission war die Abstimmung darüber sehr knapp entschieden mit 5 zu 6 Stimmen.

Der Anzug möchte Personen ohne Wohnsitz in Basel-Stadt gegenüber anderen Personen mit Bedarf an Nothilfe bevorteilen. Wir sehen diesen Mehrbedarf nicht ein, im Gegenteil, der Regierungsrat hat den Anzug Zürcher wie die anderen Vorstösse sehr sorgfältig und detailliert beantwortet und aufgezeigt, dass es eine Erweiterung des sozialen Angebots für Personen mit Nothilfebedarf ohne Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt nicht braucht.

Ich wiederhole, dass es keinen ersichtlichen Grund für Stehenlassen des Anzugs Zürcher gibt und bitte Sie, dem Ratschlag zuzustimmen und den Anzug Zürcher abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Tonja Zürcher möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Sie wird angenommen.

Tonja Zürcher (GAB): Sie haben von einer Bevorzugung gesprochen. Weshalb ist es eine Bevorzugung, wenn Menschen ein Dach über dem Kopf haben, wenn Sie nicht im Freien frieren müssen, was übrigens für Menschen mit Anmeldung in Basel-Stadt gilt und also keine Bevorzugung wäre?

Pasqualine Gallacchi (Mitte-EVP): Für Menschen, die ohne Wohnsitz in Basel-Sadt Nothilfe beantragen, gibt es Angebote. Das ist im Ratschlag sehr gut begründet und auch aufgezeigt. Weshalb es eine Erweiterung für genau diese Menschen braucht, ist für uns nicht ersichtlich.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Ich kann für die SVP, für die FDP und für die LDP sprechen und mache es relativ kurz. Das hat nichts mit Respektlosigkeit, sondern ganz im Gegenteil mit einem Riesenrespekt vor dem Ratschlag zu tun, der, glaube ich, ein richtiger Fortschritt im sozialen Wohnen ist, hinter dem wir voll und ganz stehen. Das ist wichtig und ich bedanke mich bei allen, die im Departement und in der GSK dafür gearbeitet haben. Es ist wirklich eine gute Sache. Betreffend abschreiben oder stehenlassen des Anzugs Tonja Zürcher kämpfen wir nicht mit Herzblut. Man kann durchaus noch einmal daran arbeiten lassen, aber für uns ist das eigentlich erledigt. Denn im Ratschlag steht ja ganz klar, wie man eine wirklich gute Versorgung erreichen kann mit diesen 12 Franken, die man zu Gute hat, zusätzlich zu medizinischer Versorgung usw.

Die Obdachlosen, von denen Melanie Nussbaumer korrekterweise geredet hat, müssen sicherlich nicht auf der Strasse sein. Nur, wir wissen und auch Oliver Bolliger als Präsident hat das auch immer wieder erzählt, dass das zum Teil Menschen sind, die leider einfach durch alle Maschen fallen, obwohl die Maschen sehr, sehr dicht sind. Es gibt einfach auch eine Resistenz dieser Menschen, die halt einfach auch sehr krank sind. Ich glaube, dafür haben wir gegenüber allen anderen Kantonen in der Schweiz ein so gutes Auffangnetz, das für mich absolut genügend ist.

Damit danke ich noch einmal ganz herzlich im Namen von uns allen für den Ratschlag. Die LDP, SVP und FDP sind für Abschreiben von allen anderen Anzügen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die GLP hat das Wort Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Wir von der GLP schliessen uns dem an. Ich will es auch kurz machen. Selbstverständlich stehen wir hinter dem Verfassungsanspruch auf Wohnen und sehen es auch als positiv an, was die Regierung hier jetzt vorschlägt und das hoffentlich eine Lücke zu schliessen oder ein Problem anzugehen vermag. Dies aus unserer Sicht durchaus auf die richtige Art und Weise, nämlich subsidiär und gezielt an der Stelle, wo es eben eine Lücke gibt, wo es einerseits Marktversagen gibt – das Stichwort «Grüselvermieter» oder «Grüselwohnungen» ist schon genannt worden –, und wo es andererseits auch zwischen gemeinnützigen privaten und staatlichen Anbietern Abstimmungsbedarf und Koordinationsbedarf gibt. Dass da der Staat eine Rolle hat und die auch wahrnehmen soll ist grundsätzlich aus unserer Sicht richtig. So können wir auch hier der Schaffung von neuen Stellen, und darum darum geht es letztendlich, zustimmen.

Was wir nicht ganz so stehenlassen wollen, ist die kritische Diskussion bezüglich der Rolle von Immobilien Basel-Stadt. Natürlich hat diese Diskussion in der Kommission stattgefunden, und ich kann selbstverständlich dahinter stehen, wie es im Kommissionsbericht steht. Man darf sich wünschen und soll sich wünschen, dass IBS die Verantwortung in dem Bereich auch wahrnimmt., aber wichtig ist dir mir der Aspekt, dass man das auch von privaten Anbietern erwarten kann und erwarten soll. Wir möchten diese hiermit gerne noch einmal auch an ihre soziale Verantwortung erinnern.

Es ist auch nicht verboten zu sagen, dass man die Rolle, die die IBS in diesem Bereich hat, noch einmal überdenken kann. Wir verschliessen uns daher nicht einer Diskussion. Ich kann noch nicht sagen, wie die GLP dann dazu stehen würde, wenn man tiefgreifende Änderungen beschliessen oder vorschlagen würde, aber ich gehe mal davon aus, dass wir da sehr kritisch wären. Wir verstehen durchaus, dass IBS im Moment sagt, dass ihnen im Moment die Hände gebunden sind, mehr zu machen. Das ist im Moment die Situation. Also wir wollen das durchaus nicht ganz so stehenlassen, durchaus auch sagen,

dass mein Verständnis eher war, dass sie durchaus ihrer Verantwortung jetzt im Rahmen ihrer Möglichkeiten schon nachkommen.

Den zweiten Punkt habe ich vorhin schon angedeutet. Wir sehen zwar durchaus auch den Bedarf für so eine Kompetenzstelle, wie sie geschaffen werden soll, aber wir haben etwas Bedenken, ob das wirklich gut funktionieren wird, weil es nicht ganz einfach ist. Deshalb wurde auch zu Recht viel darüber diskutiert, dass noch einmal genau geschaut wird, wie das funktionieren soll, welche Kompetenzen es eben braucht, damit das dann wirklich die nötige und erhoffte Wirkung entfalten kann.

Um das nicht so negativ stehen zu lassen, wünsche ich den Menschen, die diese Kompetenzstelle dann ausfüllen werden, viel Kraft und gutes Gelingen in diesem schwierigen Amt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Fraktionen haben gesprochen, Einzelvoten liegen keine vor. Damit geht das Wort noch einmal an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Ich möchte gerne auf zwei Punkte eingehen, erstens auf die Rolle der IBS und zweitens auf das Submissionsrecht. Das grundsätzliche Problem ist die Frage der Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum in unserer Stadt und in unserem Kanton. Das ist eigentlich die Frage, die sich hier stellt. Die Fokussierung auf die IBS bringt eigentlich das zum Ausdruck. Die IBS hat bezahlbaren Wohnraum und den stellt sie auch in in guter Zahl der Sozialhilfe zur Verfügung. Sie gibt uns Notwohnungen, die wir in Notsituationen den Betroffenen geben können. Sie gibt uns auch viele Wohnungen im Bereich des Asyls, wo die Unterbringung zurzeit eine sehr grosse Herausforderung ist, und sie gibt uns ja auch Wohnung für die Sozialhilfe. Die IBS ist aber gebunden im Finanzvermögen. Deshalb darf da keine Subventionierung stattfinden, denn das wäre ja nichts anderes als eine Umgehung des Grossen Rates. Deshalb muss sie sicherstellen, nur diese Wohnung aus ihrem Portfolio zur Verfügung zu stellen, die auch wirklich zu den Ansätzen, die die Sozialhilfe zahlen kann, angeboten werden können. Jede Wohnung, die sie so der Sozialhilfe zur Verfügung stellt, ist dann auf dem freien Wohnungsmarkt weg. Wir haben durch dieses auch Umwidmen nicht mehr bezahlbaren Wohnraum, sondern er wird einfach anders anders verwendet.

Es wurde die Idee äussert, das ins Verwaltungsvermögen zu überführen. Ich muss sagen, das kann man prüfen, aber ehrlich gesagt finde ich es auch schwierig. Das heisst, dass dann ganze Gebäude für Sozialhilfe Beziehende zur Verfügung stehen. Dann weiss jeder und jede, wer dort wohnt,. Was ist, wenn jemand nicht mehr auf Sozialhilfe angewiesen ist? Dann muss diese Person eigentlich konsequenterweise aus dieser Wohnung ausziehen. Alle diese Herausforderungen haben wir beim heutigen Modell nicht, wo eben diese Wohnung, die diese Menschen nutzen können, aus dem Finanzvermögen kommen und einfach Teil sind des normalen Portfolios im Finanzvermögen. Deshalb bin ich nicht überzeugt, dass eine Umwidmung von solchen Wohnungen in diesem Bereich in das Verwaltungsvermögen wirklich ein guter Weg ist. Die IBS leistet einen wichtigen Beitrag und wir alle sind gefordert, im Kanton dafür zu sorgen, dass wir weiterhin genügend bezahlbaren Wohnraum haben, sei es bei der IBS, die auch mit dem Programm 1000+ viel macht, aber auch bei den privaten Besitzerinnen und Besitzern.

Der zweite Punkt ist die Vergabe im Housing First. Es ist ein Leistungseinkauf und da unterliegen wir dem von Ihnen verabschiedeten Submissionsrecht. Wir halten uns also an die gesetzlichen Vorgaben und Regeln, die auch das Parlament uns gibt und deshalb ist dieses Ausschreiben notwendig, aber ist ja auch ja ein Teil des Prozesses, der dazu führt, dass wir dieses Recht einhalten und dass sich auch weitere melden könnten. Eine Alternative dazu wäre das Insourcing, dass wir das also in Zukunft mit Kantonsangestellten und nicht mehr mit einem externen Anbieter machen würden. Das wird immer wieder geprüft, ob das sinnvoll ist oder nicht. Es war sicher nicht sinnvoll zur Zeit der Pilotierung. Wenn sich das verstetigt, kann man das auch wieder prüfen. Das wird aber jetzt in der nächsten Leistungsperiode nicht so gemacht.

Grundsätzlich ist die Frage, was der Staat mit kantonalen und städtischen Angestellten macht und was machen Private. Wir haben wirklich ein breites Spektrum an sehr aktiven Organisationen aus dem privaten Bereich, NGO, karitative Organisation und Stiftungen, die sehr wichtige und sehr gute Angebote für das soziale Basel leistend. Das hat eine lange Tradition, eine hohe Professionalität und auch eine grosse Vielfalt. An diesem Grundsatz möchten wir als Regierungsrat zurzeit nichts ändern und deshalb finde ich es durchaus auch gut, dass dieses Housing First und Housing First Plus durch Dritte und eben nicht durch den Staat selber betrieben, sondern nur finanziert und begleitet wird.

Ich möchte mich herzlich bedanken für diese Diskussion und Ihre Anregungen und bitte Sie noch einmal im Namen des Regierungsrats, diesen Ratschlag so zu verabschieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Gür die Kommission hat noch einmal das Wort deren Präsident Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Nur kurz, ich bedanke mich für die wertvolle Debatte. Vielleicht noch eine kleine Ergänzung zur Frage, ob der Anzug Zürcher stehen gelassen werden soll oder nicht. Es war sehr eine knappe Entscheidung in der Kommission. Für die Mehrheit stellt sich vor allem einfach die Frage, ob der Regierungsrat Einzelfälle, die eventuell nicht vom Netz aufgefangen werden, noch einmal prüfen sollte.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschluss (Seite 12 des Berichts)

Titel und Ingress, einziger Absatz

Alinea 1: Jährlicher Beitragskompetenzstelle Wohnen

Alinea 2: Mietzinsgarantien

Alinea 3: Ausgabenbewilligung Angebot Housing First

Alinea 4: Ausgabenbewilligung Angebot Housing First Plus

Publikations und Referendumsklausel.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002987, 06.03.24 10:28:53]*

Der Grosse Rat beschliesst

Es wird ein Gesamtbetrag von Fr. 4'459'000 für Massnahmen des Sozialen Wohnens im Kanton Basel-Stadt bewilligt. Diese Ausgabe teilt sich wie folgt auf:

- Fr. 344'000 jährlich für den Betrieb einer Kompetenzstelle Soziales Wohnen;

- Fr. 255'000 jährlich für die Finanzierung von unterstützenden Massnahmen in Form Mietzinsgarantien, Übernahme Doppelmietzinsen, Ambulante Wohnbegleitung und der Übernahme des Pilotprojektes «Portinaio» in den Regelbetrieb;

- Fr. 760’000 für eine Ausgabenbewilligung in den Jahren 2024 bis 2027 (jährlich Fr. 190'000) zur Durchführung des Angebots Housing First;

- Fr. 3'040'000 für eine Ausgabenbewilligung in den Jahren 2024 bis 2027 (jährlich Fr. 760'000 sowie Fr. 60'000 einmalig) zur Durchführung des Angebots Housing First Plus.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss ist angenommen mit 89 Ja-Stimmen ohne Nein-Stimme und einer Enthaltung.

10.3. Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend einem Stadthotel gegen die Obdachlosigkeit (Umsetzung von Recht auf Wohnen), Bericht der GSK

[06.03.24 10:29:05, 21.5422.04]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion abzuschreiben

10.1. Anzug Georg Mattmüller und Konsorten betreffend soziale Wohnberatung/Wohnhilfe, Bericht der GSK

[06.03.24 10:29:21, 16.5270.05]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

10.2. Anzug Jürg Meyer und Konsorten betreffend Bereitstellung von Wohnungen für Menschen mit besonderen Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt, Bericht der GSK

[06.03.24 10:29:27, 16.5272.05]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

10.4. Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Überprüfung und Erweiterung der Angebote für Obdachlose in der Stadt unabhängig von Anmeldekanton und Aufenthaltsstatus, Bericht der GSK

[06.03.24 10:29:40, 21.5513.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die GSK beantragt, den Anzug stehen zu lassen. Der Regierungsrat hingegen beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Kommissionspräsident verzichtet auf ein Votum zu diesen Anträgen. Für den Regierungsrat geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Die Bundesverfassung manifestiert ein Recht auf Hilfe in Notlagen. Diese ist gewährleistet hier bei uns im Kanton Basel-Stadt. Wenn jemand keine Wohnung hat in einer Notsituation im Winter, bekommt er oder sie eine Unterkunft in der Notschlafstelle., dies für eine Nacht und am Wochenende für das ganze Wochenende. Danach wird dieser Person geholfen, in die Gebietskörperschaft zu kommen, die verantwortliche für die soziale Unterstützung der Person ist. Dieses Recht in Notlagen ist gewährleistet und ich möchte hier nochmals erwähnen, dass wir in der Region der einzige Kanton sind, der ein solches Angebot im Bereich Wohnen hat, die anderen Kantone bieten dies nicht an.

Das ist der erste Punkt, der ist erfüllt. Dann gibt es weitere Forderungen im Anzug Zürcher. Einer ist es ein niederschwelliges mehrsprachiges Beratungsangebot für Armutsreisende. Das ist sichergestellt. Es gibt Beratungsangebote speziell für Wanderarbeiter:innen hier bei uns im Kanton zum Beispiel bei der Sozialberatung Caritas, bei der Sozialberatung der evangelisch-reformierten Kirche, bei der Sozialberatung der römisch-katholischen Kirche. Es gibt auch mehrere Institutionen, die sich speziell engagieren für Frauen im Sexgewerbe, zum Beispiel die Beratungsstelle Aliena, die Frauenoase, die Seelsorge im Tabubereich und die Unterstützung für Menschen in der Prostitution der Heilsarmee Basel.

Es bestehen weitere allgemeine Hilf- von Beratungsangeboten, in denen auch Wanderarbeiterinnen willkommen sind, zum Beispiel der Treffpunkt Kleinbasel, der Treffpunkt Gundeli, das Internetcafé Planet 13, das Café Elin und in beschränktem Mass auch die Gassenküche. Viele dieser Institutionen werden auch finanziell unterstützt durch den Kanton. Alle diese Angebote sind sehr bewusst auch sehr niederschwellig. Es braucht keine Anmeldung, es braucht keine Registrierung, sie sind mehrsprachig geführt und es stehen an gewissen Orten auch Personen für Übersetzungen zur Verfügung. Auch dieser Punkt ist somit abgedeckt und erfüllt. Das Koordinieren dieses Angebots von nichtstaatlichen Organisationen wird auch gestärkt mit der Kompetenzstellen Soziales Wohnen, das in diesem Ratschlag vorgestellt ist.

Was übrig bleibt - und ich glaube da liegt jetzt der politische Entscheid – ist die Frage, ob es soziales Wohnen auch für Menschen braucht, die den Wohnsitz nicht in Basel haben. Also ob Sie ein solches Angebot für Menschen wollen, die in einem anderen Kanton wohnen oder die nicht über einen gültigen Aufenthaltsstatus hier bei uns in der Schweiz verfügen. Das ist die Frage, die sich stellt. Die Haltung des Regierungsrats ist hier klar. Wir haben für Menschen, die den Wohnort in einem anderen Kanton haben, das nationale Gesetz, das Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger. Da ist klar geregelt, wer zuständig ist. Und selbstverständlich gilt für alle die Menschen mit Wohnsitz in der Schweiz, für die Basel-Stadt zuständig ist, dieses Angebot der Sozialhilfe Soziales Wohnen, aber nicht für die Menschen, für die ein anderer Kanton zuständig ist. Wir denken nicht, dass es sinnvoll ist, hier die anderen Kantone aus ihrer sozialen Verantwortung herauszunehmen. Deshalb plant der Regierungsrat nicht, hier ein langfristiges Angebot oder Sozialhilfe zu leisten für Menschen mit Wohnsitz in einem anderen Kanton. Und die anderen Menschen, über die wir sprechen, sind Menschen, die über keinen gültigen Aufenthaltsstatus in der Schweiz verfügen. Hier sind wir der Meinung, dass Nothilfe selbstverständlich richtig und nötig und notwendig ist und auch geleistet wird, aber ein mittel- und langfristiges Angebot im Bereich Wohnen nicht durch Basel-Stadt angeboten werden soll.

Das ist die Frage, die sich hier stellt und aus diesen Gründen möchte ich Sie im Namen des Regierungsrats bitten, diesen Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Melanie Nussbaumer. Sie wird angenommen.

Melanie Nussbaumer (SP): Der Anzug verlangt eine Verbesserung der Lage von Obdachlosen, die nicht in Basel-Stadt gemeldet sind. Inwiefern gab es jetzt in der Beantwortung durch diesen Ratschlag eine Verbesserung für diese Zielgruppe?

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: DAs haben wir geprüft und berichtet. Wie vorhin dargelegt, sind wir der Meinung, dass hier klar geregelt ist, wer zuständig ist. Wo wir zuständig sind, wird dieses Angebot jetzt deutlich verbessert mit diesem Ratschlag, aber nicht dort, wo ein anderer Kanton zuständig ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor und der Kommissionspräsident verzichtet auf ein Votum. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst gemäss Antrag GSK stehen lassen, NEIN heisst gemäss Antrag Regierungsrat abschreiben

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 45 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002992, 06.03.24 10:36:06]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 45 Nein-Stimmen gegen 42 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

11. BaselArea: Ausrichtung von Betriebsbeiträgen für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der WAK

[06.03.24 10:36:21, 23.1308.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat die Kommissionspräsidentin Andrea Knellwolf.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Ich komme zur Ausgangslage: Der Verein BaselArea ist für die regionale Innovationsförderung und Standortpromotion der Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Jura zuständig. Finanziert wird der Verein BaselArea durch die drei Kantone und im Bereich Innovationsförderung auch durch den Bund. Die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft beteiligten sich in der Leistungsperiode 2020 bis 2023 mit einer jährlichen Finanzhilfe von 968’000 Franken an den Kosten. Der Kanton Jura unterstützte den Verein während der vergangenen Leistungsperiode mit jährlich 711’000 Franken. Durch diese Gelder finanzierten die drei Kantone die Erfüllung des Grundauftrags von BaselArea, also die Innovationsförderung und die Standortpromotion. Spezielle Programme erhalten weitere finanzielle Unterstützung aus dem Standortförderungsfonds. Sie erinnern sich an einen entsprechenden Ratschlag, den wir hier vor Kurzem behandelt haben.

Mit dem neuen Gesuch für die Weiterführung der staatlichen Finanzhilfen beantragt der Verein BaselArea eine Erhöhung der Staatsbeiträge. Die zusätzlichen Mittel sollen in erster Linie für den Ausbau der Aktivitäten in den USA eingesetzt werden. Das Ziel ist die bessere Durchdringung der Greater Boston Area und der San Francisco Bay Area, die beide ein hohes ausländisches Investitionspotenzial aufweisen. Für diesen Ausbau beantragt der Verein dem Kanton Basel-Stadt zusätzliche Mittel in der Höhe von 158’000 Franken pro Jahr. Ausserdem beantragt der Verein einen Teuerungsausgleich. Da die beteiligten Kantone unterschiedliche rechtliche Grundlagen für die Teuerungsausgleiche kennen, wurde für BaselArea eine Individuallösung erarbeitet. Dazu komme ich dann noch. Der Regierungsrat unterstützt einen Teuerungsausgleich im Umfang von 92’000 Franken pro Jahr.

Insgesamt beantragt der Verein BaselArea somit den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft eine Erhöhung des Staatsbeitrags pro Jahr um 250’000 Franken, also von 968’000 auf 1,218 Millionen Franken pro Jahr. Im Kanton Jura wird eine Erhöhung des jährlichen Beitrags von 711’000 auf 808’000 Franken beantragt. Der Regierungsrat hat dem Erhöhungsantrag des Vereins weitgehend entsprochen, jedoch bewilligt der Regierungsrat die Aufstockung der Mittel erst ab 2025. Da sich die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft an der Finanzierung des Vereins paritätisch beteiligen, sieht der Regierungsrat vor, die Erhöhung nur dann umzusetzen, wenn auch der Kanton Basel-Landschaft die Erhöhung Erhöhung bewilligt. Da unser Nachbarkanton jedoch noch nicht über die Erhöhung der Mittel beschlossen hat wurde dementsprechend ein Vorbehalt in den Beschluss aufgenommen.

Zur Kommissionsberatung: Der Grosse Rat hat den Ratschlag am 6. Dezember unserer Kommission überwiesen. Die WAK hat das Geschäft an zwei Sitzungen behandelt. In Bezug auf den Teuerungsausgleich hat die WAK beim Finanzdepartement weitere schriftliche Informationen eingefordert und bedankt sich an dieser Stelle.

Die Erwägungen der Kommission: Die WAK ist aufgrund der Unterlagen, der Ausführungen und Hearings während der Kommissionsberatung und der sichtbaren Erfolge überzeugt, dass BaselArea sehr gute Arbeit für den Standort Basel leistet. An dieser Stelle herzlichen Dank allen Beteiligten beim WSU und bei BaselArea für die Materialien und Auskünfte und insgesamt die wertvolle Arbeit. Die Kommission hat sich ausführlich über den geplanten Ausbau in den USA und die konkreten Vorgehensschritte informieren lassen. Der Ausbau der Tätigkeit des Vereins in den USA ist strategisch ein sinnvoller und wichtiger Schritt, um die Anzahl Ansiedlungen aus den USA zu stabilisieren respektive zu erhöhen. Die Ausführungen waren überzeugend und der Antrag des Regierungsrats unbestritten.

Jetzt komme ich im zum Teuerungsausgleich. Das Vorgehen in Bezug auf den Teuerungsausgleich wurde in der Kommission vertieft diskutiert. Vom Finanzdepartement wurde die Kommission auf Rückfrage informiert, dass beim Teuerungsausgleich zwischen der Anpassung des Staatsbeitrags während eines laufenden Vertrages, also eine Indexierung, und der Berücksichtigung der Teuerung bei Neuverhandlungen des Staatsbeitrags, in der Regel also alle vier Jahre, zu unterscheiden ist. Der Teuerungsausgleich eines laufenden Staatsbeitrags ist grundsätzlich in § 12 des Staatsbeitragsgesetzes geregelt. Bei Finanzhilfen wird ein Teuerungsausgleich gewährt, wenn die Personalkosten mindestens 70 Prozent der gesamten Betriebskosten ausmachen. Der Staatsbeitrag an den Verein ist zum einen nicht indexiert, weil es sich in Bezug auf den Kanton Basel-Landschaft um eine partnerschaftliche Finanzierung handle, für welche oft Individualregelungen gefunden werden müssten, weil die gesetzlichen Grundlagen im Partnerkanton anders ausgestaltet sind. Zum anderen sei eine Indexierung der Finanzhilfe schwierig, weil nicht für jedes Jahr klar ermittelt werden könne, ob die Schwelle von 70 Prozent Personalkosten an den gesamten Betriebskosten erreicht werde. Nicht klar geregelt sei insbesondere, ob Personal im Ausland, welches auf Mandatsbasis angestellt sei, auch an die Personalkosten angerechnet werden könne. Ausschlaggebend für den Teuerungsausgleich bei BaselArea ist nun also das Verhandlungsresultat während

der Neuverhandlung des Staatsbeitrags. Grundlage für den nun berücksichtigten Teuerungsausgleich waren die Preissteigerungen seit 2020 sowie eine Annahme zur Preissteigerung in den kommenden Jahren der Leistungsperiode. In der Kommission war der Teuerungsausgleich unbestritten. Eine Anpassung des Lohnniveaus im Hinblick auf die Konkurrenzfähigkeit von BaselArea als Arbeitgeberin in einem internationalen Umfeld wurde als wichtig und gerechtfertigt erachtet.

Der Verein BaselArea wird von den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft zwar partnerschaftlich finanziert, da aber auch Beiträge des Bundes und des Kantons Jura an den Verein fliessen, handelt es sich nicht um ein echtes partnerschaftliches Geschäft, weshalb der Ablauf bei Erhöhungsanträgen nicht genau geregelt ist. Die beantragte Beitragserhöhung soll nur dann ausbezahlt werden, wenn auch der Kanton Basel-Landschaft seinen Beitrag entsprechend erhöht. Die von der Regierung vorgeschlagene Formulierung wurde in der WAK als nicht klar genug erachtet und entsprechend geschärft. Mit der neuen Formulierung, die Sie nun vorliegen haben, ist gesichert, dass die beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft den Verein BaselArea weiterhin partnerschaftlich finanzieren.

Noch eine Bemerkung zum zeitlichen Ablauf: Der Ratschlag des Regierungsrats wurde dem Grossen Rat erst am 25. Oktober 2023 überwiesen. Die Überweisung an die WAK erfolgte am 6. Dezember 2023. Durch die späte Überweisung des Geschäfts an den Grossen Rat war es aufgrund der Abläufe und Fristen sind nicht möglich, rechtzeitig vor Ende Jahr den Beschluss des Grossen Rates zu erwirken. Die Kommission stellt generell fest, dass mehrere Geschäfte mit Verspätung dem Grossen Rat überwiesen werden. Die WAK fordert den Regierungsrat auf, die Geschäfte rechtzeitig dem Grossen Rat zu überweisen, damit eine fristgerechte Behandlung der Geschäfte in den Kommissionen und im Grossen Rat noch während der laufenden Beitragsperiode ermöglicht wird.

Die WAK hat diesen Bericht am 15. Januar 2024 einstimmig bei einer Enthaltung verabschiedet und beantragt Ihnen, dem Grossratsbeschluss, wie er im Kommissionsbericht nun formuliert ist, zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Verein BaselArea trägt die Verantwortung für die regionale Förderung von Innovation und Standortpromotion in den Kantonen Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Jura. Wir machen das nicht selber als Kanton, sondern das macht BaselArea auch hier als Leistungserbringer und wir tun das gemeinsam mit unseren Nachbarkantonen Basel-Landschaft und Jura. Das macht sehr viel Sinn. Auf einer Global Scale ist die Region eine Region und Basel-Stadt zu klein. Wir ergänzen uns auch in unserem Angebot an die Firmen, die kommen, an Flächen an an Stärken und Schwächen und in diesem Sinne ist das eine sehr fruchtbare und sehr gute Zusammenarbeit der drei Kantone in diesem Bereich. Wir treten geeint auf und für die Promotion des Wirtschaftsstandortes der Region Basel.

Mit dem neuen Gesuch für die Weiterführung der staatlichen Finanzhilfe für die Jahre 2024 bis 2027 beantragt der Verein BaselArea eine Erhöhung der Staatsbeiträge. Diese sind massvoll und die zusätzlichen Mittel sollen erstens eingesetzt werden für einen Ausbau der Aktivitäten in den USA und ausserdem wird ein Teuerungsausgleich beantragt. Dies ist dadurch gerechtfertigt, weil der Betrag an BaselArea nicht indexiert ist, wie das viele andere Staatsbeiträge sind, das wegen den nicht erreichten 70 Prozent und auch weil wir drei Kantone sind und daher die gleiche Indexierung herrschen müsste. Deshalb wird alle vier Jahre quasi der Teuerungsausgleich in globo vorgenommen und nicht indexiert, wie das in anderen Staatsbeiträgen der Fall ist. Aus diesem Grunde anerkennt auch der Regierungsrat die Notwendigkeit der Teuerungsanpassung, dies insbesondere auch, da die Aktivitäten von BaselArea ja auch ausserhalb der Schweiz stattfinden und zum Teil in Zielmärkten, die eine deutlich höhere Teuerung ausgewiesen haben in den letzten Jahren als die Schweiz. Daher ist dieser Teuerungsausgleich gerechtfertigt und soll nicht ab diesem Jahr, sondern ab dem kommenden Jahr 2025 erfolgen.

Der Regierungsrat unterstützt auch die Absicht, den Zielmarkt USA besser zu bearbeiten. Da sind andere Schweizer Standorte, die ja in einer gewissen Konkurrenz zu uns stehen, auch deutlich aktiver. Wir sind der Meinung, dass es Sinn macht, da stärker aktiv zu sein und unterstützen deshalb und beantragen Ihnen deshalb, auch diese Erhöhung zu gewähren.

Die WAK hat den Bericht ausführlich behandelt und auch noch eine wichtige Ergänzung angebracht, die der Regierungsrat so verdankt und auch unterstützt. Bei diesen bi- und trikantonalen Staatsbeiträgen ist ja immer die Bedingung, dass auch der Kanton Basel-Landschaft entsprechend seine Unterstützung zusagt und unser Beitrag nur in der Höhe stattfinden wird, wie Basel-Landschaft sie spricht. Wenn also Basel-Landschaft der Erhöhung für den Zielmarkt USA nicht zustimmen würde, dann würden wir diese Gelder auch nicht sprechen, aber der Rest der Verpflichtung oder der Zusage würde bestehen bleiben. Ich glaube, das ist im allgemeinen Interessen, war auch so beabsichtigt für uns, aber ich danke der WAK für diese Präzisierung in diesem Geschäft.

Ich möchte an dieser Stelle BaselArea für ihre gute und in den letzten Jahren auch sehr erfolgreiche Arbeit für unseren Standort danken. Und ich möchte der WAK danken für die kritische, gute und konstruktive Auseinandersetzung mit diesem Staatsbeitrag und bitte Sie im Namen des Regierungsrates, diesen Staatsbeitrag so zu bewilligen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Fina Girard hat sich für das GAB gemeldet.

Fina Girard (GAB): Vielleicht wundern Sie sich gerade, weil sich sonst niemand von den Fraktionssprechenden gemeldet hat und auch im Bericht von Einstimmigkeit gesprochen wurde. Leider konnte ich an der entsprechenden Sitzung nicht teilnehmen, die Mitglieder der WAK kennen, aber meine Kritik bereits. Wie Sie der Kreuztabelle auch entnehmen konnten, hat dieser Bericht in der Fraktion GAB für Diskussionen gesorgt, weshalb wir in diesem Geschäft unterschiedlich abstimmen werden.

In diesem Votum werde ich nun versuchen, die kritischen Punkte darzulegen, die einen Teil der Fraktion dazu bewogen hat, den Staatsbeitrag für BaselArea abzulehnen oder sich zu enthalten. Als Stadt Basel verdanken wir unsere gut gefüllte Staatskasse und unseren Wohlstand zu grossen Stücken der hier ansässigen Pharmabranche. Die Geschichte der Stadt Basel und der Pharmaindustrie sind eng miteinander verwoben. Das verrät nicht zuletzt der Blick aus dem Fenster auf unsere Skyline. Auch wir vom GAB anerkennen unser Privileg als wirtschaftlich starke Region. BaselArea hat in der Vergangenheit durch sein Engagement zum wirtschaftlichen Wohlergehen unserer Stadt beigetragen und zahlreiche Unternehmen hier angesiedelt, welche Arbeitsplätze und Innovationen schaffen. Dieses Engagement soll auch in Zukunft erfolgreich weitergeführt werden können. Daher findet die Verlängerung der Staatsbeitrag an BaselArea auch in unserer Fraktion Unterstützung.

Nun aber zu den Punkten unserer Kritik. Neben der Sorge um vor allem ein Klumpenrisiko, wenn wir in unserer Wirtschaftspolitik weiter hauptsächlich auf das Pferd Life Sciences setzen, kritisieren wir auch, dass die Erhöhung des Staatsbeitrags in erster Linie dem Ausbau der Tätigkeiten in den USA zugutekommen wird. Dass gerade in zwei grossen Konkurrenzregionen in den Staaten Unternehmen abgeworben werden sollen, befeuert den internationalen Standort- und Steuerwettbewerb weiter. Bisherige Ansiedelungen aus dem näheren Ausland haben gezeigt, dass diese genauso erfolgreich sein können. Die Notwendigkeit dieser Expansion in die USA, welche wieder vor allem auf die Life Sciences setzt, erschliesst sich uns nicht abschliessend. Als Grünalternatives Bündnis hätten wir uns vom Regierungsrat den Mut gewünscht, Standortpolitik neu zu denken. Als Region mit hoher Wirtschaftsleistung tragen wir die Verantwortung, unsere Rolle in der globalen Verteilung von Reichtum zu reflektieren und neue Kriterien des guten Lebens und des Wohlstands zu ermitteln, Kriterien der globalen Verantwortung, Kriterien der Lebensqualität für die Menschen, die in dieser Stadt leben, Kriterien der Nachhaltigkeit und der Erschliessung unserer Ressourcenkreisläufe, statt die des ständigen Wachstums und der Gewinnakkumulation.

Denn es gibt kein endloses Wachstum auf diesem einen kleinen Planeten mit endlichen Ressourcen. Die Basler Bevölkerung hat deutlich gemacht, dass sie einen nachhaltigen und einen klimaneutralen Kanton Basel-Stadt will. Und das betrifft eben nicht nur, ob und wie und wo in unserer Stadt Pflanzenkübel aufgestellt werden, sondern in erster Linie, wie wir wirtschaften und welche Gewerbe und Unternehmen wir fördern möchten. Als Grünalternatives Bündnis vermissen wir in diesem Vorschlag die Konsequenz, unser Bekenntnis für ein klimaneutrales Basel bis 2037 auch auf die internationale Bühne hieven zu wollen. Was diesem Vorschlag fehlt, ist eine klare Ausrichtung unserer Standortförderung auf Unternehmen, welche Nachhaltigkeit und globale soziale Verantwortung gross schreiben, und zwar nicht nur in ihrem Firmenquartier auf Basler Boden, sondern genauso in ihrem internationalen Wirken.

Mit dieser vielleicht etwas weit gegriffenen Argumentation im Hinterkopf und mit der Überzeugung, dass eine andere Welt möglich sein muss, die nicht nur von einer Wachstumsmaxime diktiert wird, werden einige Mitglieder der Fraktion GAB das vorliegende Geschäft ablehnen oder sich enthalten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Lorenz Amiet an? Sie wird angenommen.

Lorenz Amiet (SVP): Entspricht des nicht gerade Ihrem grün-alternativen Weltbild, dass man die Wirtschaft dort abwerben soll, wo Reichtum herrscht anstatt Wirtschaft aus Schwellenländern oder ärmeren Ländern hierher zu holen?

Fina Girard (GAB): Uns geht es nicht darum, Unternehmen abwerben zu wollen aus Entwicklungsländern, sondern es geht darum, sich auf die lokale Wirtschaft zu fokussieren, hier Innovationsförderung zu betreiben und nicht Steuersubstrat anderer Staaten abzuziehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen aus den Fraktionen vor. Damit geht das Wort an Oliver Bolliger als Einzelsprecher.

Oliver Bolliger (GAB): Unsere Fraktionssprecherin Fina Girard hat bereits ein hervorragendes Votum gehalten und wer ihr wirklich zugehört hat, müsste sich meiner Meinung nach schon wirklich die Frage stellen, weshalb wir nun die Betriebsbeiträge für BaselArea ab 2025 um eine Viertelmillion erhöhen sollten. Ein Teil des GAB, namentlich namentlich wir von Basta, werden dieser Erhöhung nicht zustimmen, nicht weil wir etwas gegen BaselArea und ihren Auftrag hätten, sondern gegen die Erhöhung dieses Beitrags. Am 17. Januar dieses Jahres stand ich bereits hier vorne und habe unsere Kritik zum Ausbau des Innovations-Förderprogramm und die Vergabe von 42,5 Millionen Franken für den Standortförderungsfonds zum Besten gegeben, natürlich leider ohne Erfolg.

Ich habe den Eindruck, dass eine finanzielle Ausgabe die nächste jagt, alles unter dem Prinzip des Anfeuerns des Wirtschaftswachstums und der internationalen Standortkonkurrenz sowie der Ermöglichung von Steueroptimierungen. Ich frage mich, ob dies nun alle zwei Monate so weitergeht und ich jeweils mein Votum leicht angepasst im Copy Paste-Modus halten kann. Es ist schon klar, auch mir, der Reichtum unserer Stadt hängt mit der Geschichte der Pharma- und der Life Science-Branche sowie dem idealen Standort mitten in Europa zusammen, und wir profitieren alle davon. Aber politische Verantwortung hört aus unserer Sicht nicht an den Kantonsgrenzen auf. Wir sollten in der jetzigen Zeit nicht nur auf uns und auf unsere Staatskasse schauen, sondern unsere Standortförderung in Zukunft unter zwei Prämissen laufen lassen. Erstens, wie ökologisch nachhaltig sind unsere Massnahmen und zweitens, welchen Beitrag für eine soziale gerechte Welt wird damit gefördert? Werden diese zwei Bedingungen nicht erfüllt, sollten wir mit dem Geld etwas anderes fördern. Basel-Stadt kann und soll es sich leisten, in Anbetracht der aktuellen Weltlage, eine andere Wirtschaftsförderung einzuleiten. Mit einer Fokussierung auf die Life Science-Branche in zwei Regionen der USA und mit dem Ziel, Firmen abzuwerben, werden diese beiden uns wichtigen Punkte wieder einmal nicht erfüllt.

Zudem finde ich es ehrlich gesagt auch ein wenig risikobehaftet, den Standort USA ins Visier zu nehmen, bevor nicht klar ist, wer ab 2025 der Präsident dieses Landes sein wird. Je nach Ausgang dieser Wahlen hat dies konkrete Auswirkungen auf die internationale Zusammenarbeit und ein solches Engagement müsste dann vielleicht ohnehin nochmals geprüft werden.

Und zu dann muss ich noch eine Replik auf Lorenz Amiets Zwischenfrage geben. Grundsätzlich besteht nämlich auch als wirtschaftsökonomischer Perspektive einer Kritik auf die Standortförderung. Die Standortförderung in Ländern mit geringerem Bruttoinlandprodukt wäre viel vorteilhafter und hätte einen besseren Effekt als bei uns. Die meisten Standortfördermassnahmen in reichen Ländern führen bestenfalls zu einem höheren Gesamteinkommen bei entsprechend höherer Einwohnerzahl, also zu keiner Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens, dafür aber zu einer höheren Belastung der knappen Ressourcen, Umwelt, Boden und Infrastruktur. Das habe nicht ich erfunden, sondern Professor Eichenberger von der Uni Fribourg.

Aber unabhängig davon haben wir nicht grosse Lust, auch die Wirtschaftsförderungsausgaben kritiklos einfach abzunicken. Auch wenn es für uns klar ist, dass wir mit unserer Ablehnung die Überweisung des Ratschlags nicht verhindern werden, werden wir auch in Zukunft die Wirtschafts- und Standortförderung kritisch unter die Lupe nehmen und weiterhin regelmässig hier vorne stehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Da diese Vorlage weitgehend unbestritten ist gemäss Kreuztabelle wollte ich eigentlich nichts sagen, entsprechend auch kein Fraktionsvotum halten. Nach den zwei doch sehr kritischen Voten denke ich trotzdem, dass man hier für BaselArea und auch für den Wirtschaftsstandort Basel-Stadt kurz noch eine Lanze brechen muss.

Sowohl Fina Girard wie auch Oliver Bolliger haben das Glück betont, das wir hier haben mit unserer sehr starken globalen Wirtschaft, insbesondere der Pharmabranche. Unser Wohlstand, unser stark ausgebauter Sozialstaat in diesem Kanton verdanken wir dieser Branche, verdanken wir diesen erfolgreichen Unternehmen. Beiden Firmen geht es relativ bis sehr gut im Moment. Wir haben Glück und wir dürften weiterhin Glück haben.

Aber dieses Glück ist nicht auf Ewigkeit gepachtet. Wir können heute nicht mit Sicherheit sagen, ob auch im 2030 beide diese Weltkonzerne nach wie vor ihren Sitz und Steuersitz in Basel haben und weiterhin unseren Wohlstand und unseren Sozialstaat finanzieren werden. Aus diesem Grund ist es enorm wichtig, dass wir heute schon in die längerfristige Zukunft investieren und genau dafür ist BaselArea da. Ja, das bedeutet, dass man Firmen hierher locken muss. Und wenn man Firmen aus den USA hierher lockt, dann schmerzt das die USA nur sehr bedingt. Die wirtschaftliche Kraft der USA wird auch nicht darunter leiden, ob der eine oder der andere Präsident wird im nächsten Herbst. Die Wirtschaft ist weitgehend unabhängig von der politischen Ausrichtung der Regierung in den USA, das haben Zahlen eindeutig belegt.

Man muss die Firmen dort holen, wo sie sind. Man muss den Dollar dort abholen, wo er ist, und das ist nun mal in den USA, und in diesem Sinn ist die Fokussierung auf den Markt USA zielführend, sinnvoll und für uns alle und insbesondere auch für

die Empfänger von Sozialleistungen, die irgendwie finanziert werden müssen, von grossem Interesse. Deshalb ein herzliches Dankeschön an BaselArea und BaselArea hat unsere alle Unterstützung verdient.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Adrian Iselin.

Adrian Iselin (LDP): Ich möchte gerne dieselbe Lanze brechen wie Lorenz Amiet. Fina Girard, Sie haben erwähnt, wie glücklich wir sein dürfen über die Pharmaindustrie. Wir müssen einfach anerkennen, dass ein Grossteil des Umsatz des einen Unternehmens aus den USA kommt. Von da kommt auch sehr viel Innovation. Andrea Knellwolf hat über die Bay Area gesprochen, direkt hinter der Bay Area liegt das Silicon Valley, Google ist dort ansässig, sehr viel Artificial Intelligence-Lösungen kommen von dort, viele grosse Medtech- und Pharmabiotechunternehmen sind da. Die Innovation läuft global, und wir müssen sicherstellen, dass wir in der Bay Area und im Silicon Valley weiterhin vertreten sind und deshalb unterstütze ich diesen Antrag sehr.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegt keine weiteren Wortmeldungen vor. Regierungsrat Kaspar Sutter hat noch einmal das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Ich möchte mich noch einmal zu Wort melden, weil auch spannende Inputs und grundsätzliche Fragestellungen hier in der Debatte geäussert wurden. Die Life Sciences ist unsere Basler Industrie, das sind Firmen, die hier entstanden sind, die unseren Reichtum stark mitprägen, die auch unsere Innovationskraft ausmachen. Auch diese Branchen notabene entstanden, weil wir zu früheren Zeiten offen waren für ausländische Arbeitskräfte und viel dieser Innovationen hier dank Migration überhaupt nach Basel gekommen sind. Ich glaube, dieser offenen Geist für innovative Kräfte auch von ausserhalb unseres Kantons oder der Schweiz sollten wir behalten. Es ist die Grundlage, dass wir die Innovationskraft und unseren Wohlstand auch in Zukunft behalten können.

Der Regierungsrat ist sehr froh und fördert auch die Verbreitung dieses Life Science-Sektors. Das Klumpenrisiko verringern wir auch, indem dieser Sektor breiter wird. Und BaselArea hat hier in der Vergangenheit einen sehr wichtigen Beitrag geleistet, dass eben gerade dieser Sektor sich verbreitert hat, neue Firmen aus diesem Bereich hierher kamen und deshalb heute dieser Standort nicht nur die zwei Grossen hat, sondern ganz viele Unternehmen, auch Startups und Biotechfirmen aus diesem Sektor, hier sind. Das ist ein ganz wichtiger Beitrag, um unsere Risikofähigkeit zu stärken und auch unsere Innovationskraft.

Und das ist einer der sehr wichtigen Beiträge, die BaselAera weiterhin tun soll, diesen Sektor zu verbreiten. Das ist auch für die Arbeitskräfte gut, wenn sie nicht nur zwei Anbieterinnen und Anbieter haben, sondern mehrere. Es ist auch gut für die Innovationskraft, wenn dieser Life Science-Bereich auf mehreren Beinen, also auf zwei ganz grossen Staaten aber ganz vielen anderen Beinen steht. Das hilft uns, das hilft den Angestellten, das hilft der Innovationskraft und dieser Weg ist richtig.

Der Standortwettbewerb existiert. Er existiert, er ist einfach eine Tatsache. Solange Menschen und Firmen und Kapital sich frei bewegen können, existiert dieser Standortwettbewerb, und das kann man beklagen oder gut finden, aber er existiert. Und ich fühle mich als Wirtschaftsdirektor schon verantwortlich, dass wir da nicht einfach zuschauen, sondern auch dafür schauen, dass wir diese Wettbewerbsfähigkeit behalten, weil sie zwingend ist für unsere Arbeitsplätze und für unsere Innovationskraft.

Und die USA ist in diesem Standortwettbewerb zurzeit sehr aktiv. Deshalb sehe ich auch nicht, wo das Problem sein soll, wenn wir in dem Markt USA aktiv sind. Ich würde die Kritik verstehen, wenn wir unsere Promotion in Schwellenländern und anderen Ländern ausbauen würden, aber ich sehe diese Argumentation nicht im Bereich der USS. Deshalb finde ich diesen Ausbau im Bereich der USA richtig, gerade in dieser Situation, in der sich die USA protektionistischer verhält und auch viele Firmen in die USA holen will.

Und wir kommen noch zum Klimaabdruck. Ich glaube, in vier Jahren werden wir dann die Klimafolgenabschätzung darlegen müssen bei einem nächsten Erneuerungsratschlag und da stellt sich die Frage, was es für das Klima heisst, wenn sich eine Firma heute sich nicht in Basel, sondern in den USA oder sonst irgendwo ansiedelt. Ich bin der festen Überzeugung, dass es nicht schlechter ist für das Klima, wenn diese Firma hier bei uns ist, einem Standort, der 2037 klimaneutral ist. Ich glaube nicht, dass das schlechter ist für das Klima, als wenn diese Firma an einem anderen Ort ihre Arbeitsplätze und Innovationskraft ausbaut. Daher glaube ich aus Klimasicht nicht, dass wir schlechter fahren, wenn wir uns darum bemühen, dass solche Firmen auch hier Arbeitsplätze generieren.

Aus diesem Grund möchte ich Ihnen noch einmal beantragen, diesen Ratschlag und diesen Betrag zu bewilligen und auch die Erhöhung in den USA zu unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Kommissionspräsidentin verzichtet auf ein zweites Votum. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 5 des Berichts)

Titel und Ingress

Ziffer 1 Gewährung Ausgaben

Ziffer 2 Vorbehalt Zustimmung Basel-Landschaft

Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

84 Ja, 6 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002994, 06.03.24 11:07:12]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für den Verein BaselArea werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben in Höhe von Fr. 4'622’000 gewährt (2024: Fr. 968'000, 2025: Fr. 1'218’000, 2026: Fr. 1'218’000, 2027: Fr. 1'218’000).

2. Dieser Beschluss gilt unter dem Vorbehalt, dass der Kanton Basel-Landschaft über die gesamte Periode 2024 bis 2027 einen gleich hohen Gesamtbeitrag wie Basel-Stadt gewährt. Gewährt der Kanton Basel-Landschaft für die Jahre 2024 bis 2027 gesamthaft einen tieferen Beitrag, ist jener massgebend für den Beitrag des Kantons Basel-Stadt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 84 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

12. Erneuerung des Staatsbeitrags an Basel Tourismus für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der WAK

[06.03.24 11:07:25, 23.0940.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an die Kommissionspräsidentin Andrea Knellwolf.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Gemäss Standortförderungsgesetz sorgt der Regierungsrat dafür, dass die Bekanntheit Basels gesteigert, das Image positiv beeinflusst sowie die Stärken Basels kommuniziert werden. Diese Aufgaben erfüllt der Verein Basel Tourismus im Auftrag der Regierung bereits seit Jahren mit Erfolg. Der Tourismus hat sich in den Jahren seit 2003 in Basel überdurchschnittlich gut entwickelt. 2019 erreichte diese Entwicklung mit 1,42 Millionen Logiernächten einen Höhepunkt. Bis zu diesem Zeitpunkt hat Basel Tourismus einen jährlichen Staatsbeitrag von 1.9 Millionen Franken erhalten. Sowohl für die Staatsbeitragsperiode von 2014 bis 2017 als auch von 2018 bis 2021 stellte dieser Betrag die Basis für den Staatsbeitrag dar. Der Verein Basel Tourismus kam bis zur Covid-19-Pandemie mit diesem gleichbleibenden Staatsbeitrag gut zurecht, weil sich Basel Tourismus auch durch die Gasttaxeneinnahmen finanziert. Mit den steigenden Übernachtungszahlen stiegen entsprechend auch diese Einnahmen.

Als aber aufgrund der Pandemie im Frühjahr 2020 Reisebeschränkungen in Kraft traten, kam der Tourismusbereich fast völlig zum Erliegen und die Einnahmen aus der Gasttaxe brachen weg. Auch die Einnahmen für Leistungen wie Führungen oder Ausflüge und die Erlöse von Waren und Dienstleistungen der Tourist Information entfielen.Die Covid-19-Pandemie hatte

aber nicht nur auf der Ertragsseite zu Veränderungen geführt, sondern auch beim Aufwand kam es zu Anpassungen. Der Betriebsaufwand und die Kosten für Material und Dienstleistungen sanken. Die Tourist Information am Bahnhof SBB wurde geschlossen und Einsparungen bei den Personalkosten wurden durch eine Reduktion der Anzahl Mitarbeitenden, Pensenanpassungen und Kurzarbeit realisiert. Basel Tourismus hat also mit Einsparungen und Fondsauflösungen grosse eigene Anstrengungen unternommen, um ein ausgeglichenes Betriebsergebnis zu erzielen.

Zusätzlich hat der Grosse Rat auf Antrag des Regierungsrats ausserordentliche Betriebsbeiträge für die Jahre 2020 und 2021 in Höhe von insgesamt 1,4 Millionen Franken bewilligt. Diese Beiträge dienten in erster Linie als Kompensation für die Covid-19 bedingten Ausfälle der Gasttaxe. Aufgrund der Covid-19-Pandemie wurde zudem im Jahr 2020 ein zusätzlicher Förderbetrag über 300’000 Franken für eine Marketingaktion gesprochen. An diesem Ansatz zielt der Regierungsrat fest, als er dem Grossen Rat im Oktober 2021 beantragte, den ordentlichen Staatsbeitrag von jährlich 1,9 Millionen Franken für Basel Tourismus für die Jahre 2022 und 2023 um einen ausserordentlichen Beitrag für das Jahr 2022 von 1,2 Millionen Franken und für das Jahr 2023 von 700’000 Franken zu ergänzen.

Diese ausserordentlichen Beiträge waren gemäss Ausführungen im Ratschlag wiederum als Kompensation der ausgefallenen Gasttaxenerträge gedacht. Der Regierungsrat schlug aufgrund der grossen Unsicherheit hinsichtlich der Erholung des Tourismus und der Logiernächte vor, die Staatsbeitragsperiode auf zwei Jahre zu verkürzen. Der ursprüngliche Antrag von Basel Tourismus an den Regierungsrat sah damals eine vierjährige Staatsbeitragsperiode vor und beinhaltete einen Antrag auf eine höhere Kompensationszahlung pro Jahr. Jedoch sah Basel Tourismus ebenfalls vor, die jährliche Finanzhilfe an die Entwicklung der Gasttaxeneinnahmen zu koppeln. Damals haben sich Vorstand und Direktion von Basel Tourismus trotz des Wunsches nach einem noch höheren Zuschlag bereit erklärt, einem Staatsbeitragsverhältnis über die Höhe von 3,1 Millionen Franken im Jahr 2022 und 2,6 Millionen Franken im Jahr 2023 zuzustimmen.

Ich komme nun zur Entwicklung in den Jahren 2022 und 2023. Im Vergleich zu den Annahmen, die dem Staatsbeitrag 2022/23 zugrunde liegen, hat sich der Tourismusbereich deutlich schneller erholt. Die Anzahl Logiernächte lag bereits 2022 wieder bei rund 1,3 Millionen, was rund 91,4 % des touristischen Rekord-Jahrs 2019 entspricht. Für das Jahr 2023 hatte sich im Dezember 2023 abgezeichnet, dass das Niveau 2019 bereits wieder erreicht wird. Der Regierungsrat geht in seiner Prognose davon aus, dass sich der Freizeittourismus auch rund um Grossanlässe weiterhin positiv entwickeln wird und die touristische Nachfrage in den kommenden Jahren weiter anziehen wird. Der Regierungsrat würdigt im Ratschlag den grossen Beitrag, den Basel Tourismus zur positiven Entwicklung des Freizeittourismus im Kanton geleistet hat. Aufgrund des deutlich geringeren Rückgangs der Logiernächte und der Gasttaxenerträge betrugen die Einbussen in diesem Bereich im Jahr 2022 lediglich rund 350’000 Franken und gemäss dem hier zugrundeliegenden Kenntnisstand Ende 2023 lagen die Gasttaxeneinnahmen letztes Jahr wieder etwa auf dem Vor-Pandemie-Niveau. Mit den ausserordentlichen Staatsbeiträgen von 1,9 Milliarden Franken für die Jahre 2022 und 2023 wurde der Ertragsausfall weit mehr als kompensiert. Aus dieser Optik wurden faktisch 1,55 Millionen Franken zu viel an Basel Tourismus bezahlt.

Basel Tourismus hat die zusätzlichen Staatsbeiträge für die Nachfrageförderung eingesetzt und zusätzliche Reserven im Umfang von 765’000 Franken gebildet. Die Fondsreserven betrugen Ende 2023 noch 1,7 Millionen Franken. Im Bereich der Nachfrageförderung konnte Basel Tourismus 2022 rund 600’000 Franken aus den zusätzlichen Staatsbeiträgen für die Imagekampagne «Swiss but different» einsetzen und 2023 rund 450’000 Franken. Ein Teil der Zusatzbeiträge floss in die Produktentwicklung, in die Digitalisierung und in neue Marketingkampagnen.

Zum aktuellen Antrag von Basel Tourismus: Der Antrag für die neue Staatsbeitragsperiode sieht die Rückkehr in den üblichen vierjährigen Zyklus vor. Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen im Tourismus, der Teuerung und der grossen Herausforderungen in den Bereichen Nachhaltigkeit und Digitalisierung beantragte Basel Tourismus eine Erhöhung der Mittel um jährlich 400’000 Franken. Basel Tourismus argumentiert so viel mehr zu benötigen pro Jahr, um den Leistungsauftrag umzusetzen. Höhere Kosten fallen nach Angaben von Basel Tourismus vor allem aufgrund folgender Faktoren an: Teuerung und steigende Lohnkosten, Bewirtschaftung des elektronischen Logiernächtemanagements, Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele in der Tourismusbranche, Verbesserung der Willkommenskultur bei Grossanlässen, zum Beispiel der Art Basel.

Der Regierungsrat ist sich im klaren, dass Basel Tourismus die zentrale Organisation zur Förderung des Tourismus im Kanton darstellt und die Vermarktung von Basel als Reiseziel weiterhin zentral bleibt. Arbeitet Basel Tourismus erfolgreich, so wirkt sich dies positiv aus auf die Beschäftigungs- und Einkommenseffekte in der Basler Tourismuswirtschaft. Daher liegt es im Interesse des Kantons, die Tourismusförderung zu stabilisieren. Dennoch sieht der Regierungsrat keine Notwendigkeit, den Staatsbeitrag für Basel Tourismus in der Leistungsperiode 2024 bis 2027 wesentlich zu erhöhen. Der Antrag des Regierungsrats sieht für die Jahre 2024 und 2025 weiterhin einen Beitrag in Höhe von 1,9 Millionen Franken vor. Für die Jahre 2026 und 2027 ist eine Erhöhung um 50’000 Franken pro Jahr als Abgeltung für die Administration des elektronischen Logiernächtemanagements, kurz ELM, vorgesehen, also ein Staatsbeitrag von 1,95 Millionen Franken pro Jahr.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Für die gesamte Leistungsperiode beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat folglich 7,7 Millionen Franken. Der Regierungsrat anerkennt zwar den Anpassungsbedarf aufgrund der Teuerung sowie den

Leistungsausbau in den Bereichen Nachhaltigkeit und Willkommenskultur um 150’000 Franken pro Jahr, allerdings stellt er sich ja auf den Standpunkt, dass diese Mehrkosten in der Staatsbeitragsperiode 2024 bis 2027 mit den Reserven aufgrund der zu hohen Staatsbeiträge in den Jahren 2022 und 2023 an Basel Tourismus finanziert werden können. Einzig ab 2026 unterstützt der Regierungsrat die Erhöhung eben für die Abgeltung des ELM. Gemäss Ratschlag sollen die geplanten Aufgaben von Basel Tourismus selbst durch den Abbau der Reserven von jährlich 200’000 Franken finanziert werden können. Die neue Absprungbasis für die Leistungsvereinbarung ab 2028 läge somit um 200’000 Franken höher. So sollen die Reserven bis Ende 2027 auf ein angemessenes Niveau von rund 1,1 Millionen Franken gebracht werden. 1,1 Millionen Franken entsprechen ungefähr der Lohnsumme für ein Quartal. Dieser Betrag wird vom Regierungsrat als angemessene Reserve für Basel Tourismus erachtet. Es gäbe noch mehr dazu zu sagen, aber ich verweise Sie für weitere Details auf den Ratschlag und auf den Bericht der Kommission.

Der Grosse Rat hat den Ratschlag am 6. Dezember letzten Jahres der Kommission überwiesen. Die WAK hat das Geschäft an vier Sitzungen behandelt und sich vom Regierungsrat, repräsentiert durch Regierungsrat Kaspar Sutter, Vorsteher des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt und Samuel Hess über das Geschäft informieren lassen. Zudem hat die WAK Basel Tourismus für ein Hearing eingeladen. Carlo Conti, Präsident von Basel Tourismus und Letizia Elia, CEO von Basel Tourismus, haben ihren Standpunkt vor der Kommission vertreten und standen für Fragen zur Verfügung. Dabei führten sie aus, dass die Zusammenarbeit zwischen Basel Tourismus und dem Kanton gut und etabliert sei. Bei den Verhandlungen zur Erneuerung des Staatsbeitrags sei es dennoch zum ersten Mal zu einer Differenz gekommen. Basel Tourismus erhalte seit 20 Jahren den gleich hohen Staatsbeitrag. Dieser Beitrag sei nicht mehr ausreichend. Aufgrund der Teuerung sowie der veränderten Rahmenbedingungen im Tourismus beantragte Basel Tourismus eine Erhöhung des jährlichen Staatsbeitrags um 400’000 Franken pro Jahr. Dies sei notwendig, um die Destination Basel gegenüber Konkurrenzdestinationen zu positionieren und den eingebrochenen individuellen Geschäfts- und Messeterrorismus zu kompensieren. Nach der Prüfung des Antrags habe der Regierungsrat beschlossen, den Erhöhungsantrag nicht zu unterstützen. Daraufhin habe Basel Tourismus einen Kompromissvorschlag erarbeitet, in welchem Basel Tourismus dem Regierungsrat seine Bereitschaft erklärte, die Hälfte der geforderten Beitragserhöhung für die Vertragsperiode 2024 bis 2027 zu fordern und den Rest, also 200’000 Franken, aus den eigenen Reserven zu finanzieren.

Der Regierungsrat wollte aber auch auf den Kompromissvorschlag nicht eintreten. Auch hier verweise ich Sie wieder auf die Details im WAK-Bericht. Es gibt dort noch sehr viele Hinweise auf die strategischen und betriebswirtschaftlichen Überlegungen, die bei Basel Tourismus angestellt worden sind. An dieser Stelle möchte ich auch einmal unserer Kommissionssekretärin danken. Es war bei diesem Geschäft besonders aufwendig, die umfassenden mündlichen und schriftlichen Äusserungen zu erfassen und in eine für Dritte nachvoll beziehbare Form zu bringen.

Die Erwägungen der Kommission: Die Ausgangslage für die Kommissionsberatung war, dass sich der Regierungsrat und Basel Tourismus in den Verhandlungen über den Staatsbeitrag nicht einig wurden. Der Regierungsrat hat sowohl den ursprünglichen Antrag sowie auch den Kompromissvorschlag von Basel Tourismus abgelehnt. Zwar erwartet der Regierungsrat einen Leistungsausbau in den Bereichen Nachhaltigkeit und Willkommenskultur, auch anerkennt er einen Anpassungsbedarf aufgrund der Teuerung. Der Regierungsrat stellt sich aber auf den Standpunkt, dass Basel Tourismus die dafür anfallenden Mehrkosten aufgrund der zu hohen Stabsbeiträge in den Jahren 2022 und 2023 aus den eigenen Reserven bezahlen soll. Lediglich für die Abgeltung des ELM sieht der Regierungsrat ab 2026 eine Erhöhung im Umfang von 50’000 Franken vor. Auch hier wieder weitere Details im Kommissionsbericht.

Das Fazit der WAK bei dieser Ausgangslage: Die Kommission konnte sich sowohl bei der Anhörung als auch aus den Unterlagen davon überzeugen, dass Basel Tourismus hervorragende Arbeit leistet .An dieser Stelle herzlichen Dank allen Mitarbeitenden und der CEO Letizia Elia. Während der Pandemie hat Basel Tourismus viel selbst dazu beigetragen, dass die Ertragsausfälle aufgefangen werden konnten. Basel Tourismus hat sich in der Krise vorausschauend verhalten und neue Aktivitäten und Schwerpunkte aufgebaut und dafür auf eigene Reserven zugegriffen. Dass sich der Tourismus in Basel überraschend schnell und gut erholt hat, ist zu einem Teil zweifelsohne auch der guten und innovativen Arbeit von Basel Tourismus selber zu verdanken. Basel Tourismus hat die Leistungen ausgebaut und ist mit einem mutigen Antrag in die Verhandlungen über die Staatsbeiträge mit der Regierung gestiegen. Basel Tourismus rechnet aufgrund der intensivierten Positionierung von Basel im Bereich Freizeit- und Kongresstourismus und den verstärkten Aktivitäten im Nachhaltigkeitsbereich, im Bereich der Willkommenskultur und der Digitalisierung mit einem jährlichen Mehrbedarf von 400’000 Franken, was einer Erhöhung von rund 20% entspricht.

Im Sinne eines sorgfältigen Umgangs mit den Steuergeldern ist die Kommission der Ansicht, dass der Regierungsrat richtig handelt, wenn er ein Erhöhungsgesuch in diesem Umfang sorgfältig prüft. Wie im Ratschlag ausgeführt wurde, anerkennt der Regierungsrat, dass durch den Leistungsausfall Mehrkosten von 200’000 Franken pro Jahr entstehen. Die Kommission sieht die Hauptursache für die Differenzen darin, dass der Regierungsrat entschieden hat, die ausserordentlichen Staatsbeiträge der Jahre 2022 und 2023 an die kommende Leistungsperiode anzurechnen. Ausser der Abgeltung für die Administration des ELM im Umfang von 50’000 Franken ab 2026 sieht der Regierungsrat deswegen keine Erhöhung des Staatsbeitrags vor.

Aus Sicht der Kommission fand ein ungenügender Austausch zwischen dem Regierungsrat und Basel Tourismus im Hinblick auf die Verwendung der ausserordentlichen Staatsbeiträge statt. Einerseits waren die zusätzlichen Beiträge als

Kompensation der Ertragsausfälle bei der Gasttaxe vorgesehen, andererseits gab es keine Rückzahlungsabmachung für den Fall, dass die Ertragsausfälle tiefer als erwartet ausfallen. Mit einer so raschen Erholung wurde nicht gerechnet. Hinzu kommt, dass Basel Tourismus seine Leistungen im Nachhaltigkeitsbereich oder bei der Willkommenskultur ausgebaut hat. Über diese zusätzlichen Leistungen war der Regierungsrat informiert. Ob er auch darüber informiert war, dass diese Aktivitäten aus der Reserve bezahlt wurden, lagen der Kommission allerdings widersprüchliche Angaben vor. Der Bescheid des Regierungsrats im August 2023, dass die ausserordentlichen Staatsbeiträge an die Leistungsperiode 2024 angerechnet werden, kam für Basel Tourismus aber offenbar unerwartet.

Die Kommission ist sich einig darüber, dass Basel Tourismus die neu aufgebauten Leistungen aufrechterhalten soll. Der Leistungsausbau in allen erwähnten Bereichen wird von der Kommission begrüsst. Ein Teil der Kommission hält die Ausführungen von Basel Tourismus in Bezug auf die Mehrkosten für plausibel und unterstützt den Kommissionsvorschlag, wie er von Basel Tourismus vorgelegt wurde, also Anerkennung der Mehrkosten um 400’000 pro Jahr, aber hälftige Finanzierung durch den Kanton aus den Reserven von Basel Tourismus bis Ende der Leistungsperiode. Dieser Teil der Kommission stört sich in Bezug auf die Position des Regierungsrats daran, dass nur der Zeitraum 2022 bis 2023 Beam beachtet wurde. Würde man die Ausfälle bei den Gasttaxeneinnahmen seit Beginn der Pandemie berücksichtigen, so hätte der Kanton keine zu hohen Staatsbeiträge gesprochen. Die Ausfälle bei den Gasttaxen betrugen 5,5 Millionen Franken, während der Kanton über diesen Zeitraum mit ausserordentlichen Staatsbeiträgen in der Höhe von lediglich 3,3 Millionen Franken plus 300’000 Franken für eine Marketingaktion unterstützt hat. Zusätzlich hat Basel Tourismus auch Zugang zur staatlichen Kurzarbeit wie alle betroffenen Betriebe während der Covid-19-Pandemie.

Die Mehrheit der Kommission schliesst sich allerdings dem regierungrätlich Ansatz an, wonach die ausserordentlichen Staatsbeiträge, die explizit als Kompensation für die Gasttaxen vorgesehen waren, an die Leistungsperioden 2024 bis 2027 angerechnet werden sollen. Wie die Ausführungen von Basel Tourismus aber deutlich gemacht haben, sinken die Reserven bei dieser Herangehensweise deutlich unter das geforderte Niveau. Dies ist insofern besonders störend, als dass die Höhe der Reserve vom Regierungsrat als betrieblich sinnvoll erachtet wird.

Vor diesem Hintergrund hat die Kommission an einem Kompromissvorschlag gearbeitet. Dieser sieht wie folgt aus: Die Entwicklung und Reserven von Basel Tourismus macht der Kommission sorgen und das Ziel der Kompromissvorschlags war, diese Reserveentwicklung abzusichern. Die WAK anerkennt grossmehrheitlich, dass die ausserordentlichen Staatsbeiträge der vergangenen zwei Jahre an die Staatsbeitragsperiode 2024 bis 2027 anzurechnen sind. Die Kommission ist aber zum Schluss gekommen, dass die zusätzlichen Leistungen von Basel Tourismus für die Administration des ELM bereits ab 2024 abgegolten werden sollen. Basel Tourismus hat die Administration des ELM seit dessen Einführung im Oktober 2021 übernommen und bisher unentgeltlich geleistet. Die Absicht des Regierungsrats, diese Leistung erst ab 2026 abzugelten, war für die Kommission nicht nachvollziehbar. Da diese Leistung schon seit zweieinhalb Jahren erbracht wird und darüber ein Vertrag zwischen Basel Tourismus und dem Regierungsrat besteht, beantragt die WAK im Rahmen des Kompromissvorschlags, die Abgeltung diese Leistung ab 2024 für die gesamte Leistungsperiode.

Der Kompromissvorschlag der WAK enthält eine zweite Abweichung zum regierungsrätlichen Antrag. Um zu verhindern, dass die Reserven von Basel Tourismus weit unter dem geforderten Niveau von 1 Million Franken zu liegen kommen, beantragt die WAK die Erhöhung im vierten Jahr des Staatsbeitrags um 200’000 Franken. Diese Erhöhung ist dazu gedacht, die Reserven von Basel Tourismus zu stärken. Von einer expliziten Zweckbindung sieht die Kommission ab. Dennoch erwartet die Kommission, dass Basel Tourismus bei Genehmigung des Kompromissvorschlags der WAK durch den Grossen Rat die Stelle im Bereich Nachhaltigkeit weiterführen wird.

In Zahlen sieht der Kompromissverschlag der Mehrheit WAK also wie folgt aus: Für die Jahre 2024, 2025 und 2026 je 1,95 Millionen Franken, für das Jahr 2027 2,15 Millionen Franken. Im Vergleich zum Antrag des Regierungsrats hat der Kompromissvorschlag der WAK eine Erhöhung des Staatsbeitrags für die Leistungsperiode 2024 bis 2027 von 300’000 Franken zur Folge.

Die Wirtschafts- und Abgabekommission empfiehlt Ihnen einstimmig, dem vorliegenden Grossratsbeschluss zuzustimmen und ich bedanke mich für Ihre Geduld.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse eine Schulklasse auf der Tribüne. Es ist das 10. Schuljahr aus dem Schulhaus Clara mit Lehrerin Sabi Sandschak. Schön, dass ihr hier seid. Wir freuen uns über den Besuch und über euer Interesse und hoffen, ihr habt spannende Einblicke in unsere Tätigkeit.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir beraten die Staatsbeiträge an Basel Tourismus. Nach der Kommissionssprecherin geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Tourismus ist wichtig für unseren Kanton. Es steht uns als weltoffene Stadt und weltoffener Kanton gut an, eine starke Tourismusbranche hier bei uns zu haben. Die Tourismus der Tourismus ist auch eine wichtige Infrastruktur für uns, für unsere Firmen, die darauf angewiesen sind, dass sie für ihre internationalen Mitarbeiter oder auch für Kundinnen und Kunden eine Übernachtungsmöglichkeit finden. Es ist wichtig für uns als Messe- und Kongressstandort, dass diese hier stattfinden können und die Besuchenden einen Übernachtungsplatz haben und einen Ort, wo sie Essen können und einkaufen können. Sie leisten auch einen Beitrag für die Infrastruktur, die auch für unsere Bevölkerung wichtig ist, das Beizengebot oder im Bereich des Detailhandels etwa, aber auch das Transportgewerbe, zum Beispiel die Taxis, sind darauf angewiesen, dass Touristinnen und Touristen hier zu uns nach Basel kommen.

Die Branche leistet auch einen wichtigen Beitrag im Bereich der Arbeitsplätze, insbesondere auch für Arbeitsplätze für Menschen mit einem kleineren Bildungsrucksack. Der Tourismus ist auch geprägt durch viele positive Externalitäten und deshalb ist auch eine staatliche Unterstützung sehr gut, auch aus neoklassischer ökonomischer Sicht begründbar.

Wo steht der Tourismus in Baselstadt heute? Der Tourismus hat eine sehr schwierige Zeit in den vergangenen Jahren aufgrund von Covid. Davor ging es ihm eigentlich sehr gut. 2019 war mit Abstand ein sehr tolles Jahr mit einem Rekord an Übernachtungszahlen. Und dann kam die Covidkrise. Die Branche hat dies gut gemeisselt, sie wurde dabei auch stark unterstützt durch Bund und Kanton. Ich erinnere an die Härtefallgelder in dreistelliger Millionenhöhe, an die Kurzarbeitsgelder, auch an die Bürgschaften und auch an die Sonderzahlungen, die wir geleistet haben an Basel Tourismus in dieser Zeit.

Der Tourismus hat sich nach dieser Covidkrise deutlich besser und rascher erholt, als wir das vorausgeahnt hätten vor zwei Jahren. Wir hatten im vergangenen Jahr, im 2023, 4% mehr Übernachtungen als im Rekordjahr 2019. Das sind sehr positiven Zahl. In der gleichen Zeit ist das Bettenangebot gestiegen, was dazu führt, dass wir trotz höherer Übernachtungszahlen eine tiefere Auslastung haben pro Bett und wir haben auch leicht tiefere Preise pro Übernachtung pro Bett, was eine Herausforderung für die Branche ist.

Ich habe deutlich mehr Schweizer Gäste als im 2019. Wir haben auch mehr Gäste aus Europa und wir haben aber weniger Gäste aus Übersee. Der Geschäftstourismus ist zurückgegangen, der Freizeittourismus gewinnt an Stärke und ist wichtiger für die Auslastung der Betten. Die Anzahl Betten misst sich an den Grossevents wie der Art Basel oder Kongresse, wo wir eher zu wenig Betten haben, und wir haben dann in anderen Perioden ohne Grossanlässe eher zu viele Betten, die dann entsprechend gefüllt werden sollten.

Der Kanton und der Regierungsrat betreiben deshalb eine Tourismusförderung und setzen Steuergelder ein, um den Tourismus zu unterstützen und zu fördern. Gerade gestern haben wir die neue Kongressförderung kommuniziert. Den Rahmen dazu haben Sie gesetzt mit dem Ratschlag zur Innovationsförderung. Da findet quasi eine Verdoppelung statt von 500’000 auf 960’000 Franken pro Jahr, die wir einsetzen für die Förderung der Kongresse. Es hilft dann auch den Hotels und den Beizen, wenn diese Kongresse hier stattfinden und die Teilnehmenden ein Bett brauchen oder essen möchten.

Auch unsere Unterstützung für die MCH, unsere Kapitalerhöhung, ist eine Unterstützung für die Tourismusbranche. Es gibt auch die Gasttaxe. Ich glaube, die sollte man auch erwähnen, weil auch diese ist eine wichtige Ertragsquelle von Basel Tourismus und wenn man sagt, der Betrag ist in den vergangenen Jahren gleich geblieben, dann stimmt das für den Staatsbeitrag, aber das stimmt natürlich deutlich nicht für ihr die Gasttaxe, weil die in den vergangenen Jahren natürlich deutlich angewachsen ist und natürlich das auch mehr Möglichkeiten von Basel Tourismus ermöglicht hat. Wenn es mehr Übernachtung gibt, dann steigt auch weiterhin diese Gasttaxe. Das sind 4 Franken pro Übernachtung, die der Gast zahlt und die dann verwendet werden können.

Die Tourismusförderung, das Marketing, die Werbung von unserem Tourismusstandort, das machen wir nicht selbst, sondern das macht Basel Tourismus und das machen sie sehr gut. Deshalb unterstützen wir sie auch und haben wir eine Leistungsvereinbarung mit Basel Tourismus, damit sie diese Arbeit machen können. Neben den Eigenerträgen, neben den Gasttaxenerträgen, ist der staatliche Beitrag beim Staatsbeitrag ein wichtiger Pfeiler für ihre gute Arbeit. Sie haben ihre Arbeit sehr gut gemacht in der letzten Leistungsperiode während Covid. Da gibt es aus Sicht des Regierungsrats nichts zu kritisieren, sondern zu danken. Gemeinsam haben wir die Willkommenskultur klar gestärkt, weil der Regierung auch klar ist, dass wir eine gute Willkommenskultur brauchen, insbesondere wenn wir auch weiterhin Messestandort und Kongressstandort sein möchten. Da braucht es uns alle und da hat Basel Tourismus unter ihrer Direktorin Letizia Elia einen sehr wichtigen Beitrag und eine wichtige Arbeit geleistet im letzten Jahr, die wir in diesem Jahr weiterführen möchten.

Es ist allen, auch Basel Tourismus, klar, dass der Punkt der Nachhaltigkeit stärker gewichtet werden muss. Es gibt viele Grossveranstalter, die das einfach auch einfordern von den Standorten, und es ist richtig und wichtig, dass hier stärkere Anstrengung unternommen werden. Das möchte Basel Tourismus, das möchten wir als Regierung und da sind wir gemeinsam unterwegs. Der Regierungsrat anerkennt deshalb eine Erhöhung des Staatsbeitrages um 10 %. Das heisst, neben diesen 1,9 Millionen Franken sehen wir einen Mehrbedarf von 200’000 Franken, der gerechtfertigt ist, aufgeteilt in 50’000 Franken, also einen Viertel, für die Willkommenskultur, ein Viertel für die Nachhaltigkeit, ein Viertel für das gemeinsame tolle Projekt des elektronischen Logiermanagements und ein Viertel für die Teuerung, die auch stattgefunden

hat. Ich glaube, da gibt es auch eine grosse Übereinstimmung mit der WAK. Auch hoffe ich, dass die Gasttaxe weiter so hoch bleibt oder noch weiter ansteigt, was weitere Sachen ermöglichen wird.

Wie sollen diese 800’000 Franken finanziert werden? Wir erachten diese Summe als richtig, doch hier scheiden sich die Perspektiven, Interpretationen und Ansprüche. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass von diesen 800’000 Franken 100’000 Franken in den Jahren 2026 und 2027 durch den Kanton finanziert werden sollen und 700’000 Franken aber aus der Reserve genommen werden können. Das ist die Differenz zur WAK, die nur 400’000 Franken aus dieser Reserve aufnehmen möchte.

Wieso kommt der Regierungsrat zu diesem Schluss? Wir sind in der letzten Leistungsperiode für die Jahre 2022 und 2023 davon ausgegangen, dass die Gastzahlen deutlich tiefer sein werden. Das ist zum Glück nicht eingetroffen. Wir haben einen fixen Betrag berechnet bei einer Auslastung, die 45% tiefer ist im 2022. Da war der Zusatzbetrag bei 1,2 Millionen Franken, im 2023 bei 700’000 Franken. Jetzt sehen wir, dass wir sogar höhere Gastzahlen haben als im 2019. Also hätte man keinen Sonderbeitrag sprechen müssen. Wir haben das gemacht, das hat dazu geführt, dass Basel Tourismus mehr Möglichkeiten hatte, das Geld zu verwenden, und es hat auch dazu geführt, dass sie Reserven anhäufen konnten. Wenn man jetzt mit den Gasttaxenzahlen vergleicht, wurden 1,6 Millionen Franken zu viel bezahlt. Der Regierungsrat sagt nun lediglich, dass von diesen 1,6 Millionen 700’000 Franken, also weniger als 50%, verwendet werden sollen für eben diesen Mehrbedarf, den wir für die kommenden vier Jahre sehen, und die restlichen 900’000 Franken sollen bei Basel Tourismus bleiben. Es ist also nicht so, dass wir alles abschöpfen möchten, aber von diesen 1,6 Millionen Franken sollen doch 700’000 Franken verwendet werden für die wichtigen Sachen, die ich vorhin erwähnt habe.

Wir finden es wirklich vertretbar, dass von diesen 1,6 Millionen Franken 700’000 Franken jetzt weiterverwendet werden für diese gemeinsamen Anliegen. Das ist die Differenz zur WAK, die eben nur 400’000 Franken dafür verwenden und 1,2 Millionen bei Basel Tourismus belassen möchte. Es ist keine Einigung zustande gekommen, aber die Zusammenarbeit mit Basel Tourismus ist sehr gut, obwohl wir auch unterschiedliche Interessen vertreten. Basel Tourismus setzt sich natürlich vehement für die Interessen der Tourismusbranche ein, und wir als Regierungsrat setzen uns auch für die Tourismusbranche ein, aber gewichten auch noch die Interessen der Steuerzahlenden als ein wichtiger Punkt. Deshalb kommen wir zu unterschiedlichen Schlüssen. Sie haben jetzt die Möglichkeit, aus diesen unterschiedlichen Positionen diejenige auszuwählen, die Sie als richtig erachten.

Insgesamt beantragt der Regierungsrat Ihnen 7,7 Millionen Franken für die kommenden vier Jahre. Ich möchte an dieser Stelle danken, insbesondere Basel Tourismus und ihrer Direktorin und den Mitarbeitern für die wichtige Arbeit, die sie leisten für unsere Tourismusdestination. Ich möchte der WAK und ihrer Präsidentin danken für die Diskussion und die Auseinandersetzung. Es war nicht ganz so einfach bei diesem Ratschlag, aber ich denke, es ist jetzt gut, wenn wir nun einen Beschluss haben und wissen, was gilt. Und ich danke auch den Mitarbeitenden in meinem Departement, die dieses Dossier betreuen.

Deshalb beantrage ich im Namen des Regierungsrates, in leichter Abweichung zur WAK aber gemäss unserem ursprünglichen Antrag 7,7 Millionen Franken für Basel Tourismus in den nächsten vier Jahren zu bewilligen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich wollte die Kommissionssprecherin und den Regierungsrat nicht unterbrechen, aber es ist mir eindeutig zu unruhig im Saal. Ich bitte Sie, Gespräche draussen zu führen. Wir kommen zu den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern. Hier hat sich als erster Beda Baumgartner für die SP gemeldet.

Beda Baumgartner (SP): Als Vertreter der SP Basel-Stadt möchte ich zuerst einmal einfach auch die wichtige und sehr gute Arbeit von Basel Tourismus während der Pandemie würdigen. Insbesondere die proaktive Reaktion und die Innovationsbereitschaft, die geleistet wurden, verdienen Anerkennung, auch das Personal hat, wie viele Betriebe, einen entscheidenden Beitrag zur Bewältigung dieser Krise geleistet, das vielleicht auch in Richtung Tribüne, wo die Direktorin von Basel Tourismus sitzt.

Der Bericht der WAG verdeutlicht die Herausforderung, denen der Basler Tourismus in den kommenden Jahren gegenüberstehen wird. Besonders hervorzuheben ist dabei der Wandel im Gästemix, der eine Neuausrichtung der Strategie erfordert. Während der Geschäftstourismus, wie wir gehört haben, rückläufig ist, gewinnt der Freizeit- und Kongresstourismus an Bedeutung. Es liegt in unserer Verantwortung sicherzustellen, dass dieser Wandel erfolgreich bewältigt wird, aber, und das ist mir auch wichtig als Vertreter der SP-Fraktion festzuhalten, die Nachhaltigkeit dabei nicht aus den voller Augen verloren geht.

In Bezug auf die Nachhaltigkeit des Tourismus betonen wir, dass es nicht nur darum geht, mehr Touristinnen und Touristen anzulocken, sondern auch darum, welche Art von Tourismus wir fördern wollen. Wir sind uns in der SP-Fraktion einig, dass ein nachhaltiger Tourismus im Einklang mit den Klimazielen des Kantons stehen muss. Das bedeutet unter anderem auch, dass wir uns bewusst sein müssen, welche Auswirkungen eine verstärkte Anreise per Flugzeug haben kann und wie wir Alternativen fördern können. Wir erkennen auch an, dass die Herausforderungen, mit denen die Tourismusdestination Basel

konfrontiert ist, nicht allein durch statische Interventionen gelöst werden können. Sie können das gerne noch einmal festhalten, das sage ich Ihnen gerne als Vertreter der SP-Fraktion: Die Überkapazitäten, die es teilweise gibt, und die Marktschwierigkeiten von Hotels erfordern eine Zusammenarbeit in der Branche und innovative Lösungsansätze, aber es ist auch nicht unsere Ansicht, dass dies mit einem alleinigen Erhöhen von Beiträgen an Basel Tourismus gelöst werden kann.

Wir sind weiter der Ansicht, dass Basel Tourismus auf die eigenen Reserven bis zu einem gewissen Grad zurückgreifen sollte, um die Mehrkosten für eine neue und wichtige Ausrichtung zu stemmen, und gleichzeitig unterstützen wir die Forderung nach einer angemessenen finanziellen, zusätzlichen Beteiligung des Kantons, insbesondere für die Förderung der Nachhaltigkeit. In Anbetracht dieser Punkte und der Vielschichtigkeit der Herausforderung schlagen wir darum vor, dass die Staatsbeiträge nicht übermässig, aber im letzten Jahr der Staatsbeitragsperiode erhöht werden sollte, wie es der WAK-Kompromiss vorsieht. Wir folgen dem Kompromiss der WAK, weil wir uns sehr intensiv mit diesen verschiedenen Vorstellungen und Verhandlungen auseinandergesetzt haben. Uns ist es wichtig, dass die Gelder, welche der Kanton für die Bewältigung der Coronapandemie, beziehungsweise den Ausfall der Gasttaxe zur Verfügung gestellt hat, auch als faktisch zusätzlich zur Verfügung stehende Mittel zu betrachten sind. Die Erhöhung der Erstattung des Logiermanagements ab 2024 sehen wir aber als sehr zielführend an, weil Basel Tourismus diese Arbeit ja bereits schon leistet, und uns nicht wirklich nachvollziehbar war, warum das erst ab 2026 bezahlt werden soll.

Die Erhöhung am Ende ist aus unserer Sicht vor allem zielführend, weil damit das Reserve-Ziel, das vom Kanton nicht vorgegeben, aber empfohlen wird, so erreicht von Basel Tourismus werden kann. Wir finden es kohärent, wenn Basel Tourismus die Reserven nachher auf dem Level hat, welches der Kanton auch als empfehlenswert ansieht.

Wie wünschen uns weiterhin, dass diese gute Arbeit vorgesetzt wird. Wir wünschen uns aber auch, dass dem Fokus der Nachhaltigkeit noch eine grössere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Es ist für uns von entscheidender Bedeutung, dass Basel Tourismus seine Leistungen aufrechterhält und seine Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung verstärkt. Insgesamt möchte ich auch noch festhalten als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion, dass neben der Frage der Nachhaltigkeit oder der Frage, wie viele Touristinnen und Touristen nach Basel kommen, es auch konkret um eine Branche geht, die niederschwellige Arbeitsplätze zur Verfügung stellt in diesem Kanton. Wir führen immer wieder Diskussionen darüber, inwiefern unser Kanton diversifiziert ist in der Wirtschaftsbranche, inwiefern wir auch Arbeitsplätze in verschiedenen Branchen zur Verfügung haben, und ich glaube, die Tourismusbranche ist in diesem Kontext eine sehr wichtige, und auch aus sozialdemokratischer Perspektive ist es uns wichtig, diese niederschwelligen Arbeitsplätze erhalten zu können, sie gut zu bezahlen und dafür ist Basel Tourismus ein wichtiger Puzzleteil.

Ich bitte Sie darum im Namen der SP-Fraktion, dem Bericht der WAK zuzustimmen und ihn so zu überweisen, wie ihn die WAK formuliert hat und nicht im Sinne des Regierungsrates.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Kennen Sie den Moment, in dem sie vielleicht zum hundertsten, wenn ich tausendsten Mal über die Mittlere Brücke spazieren und dann beim Käppelijoch trotzdem anhalten müssen, um wieder einmal ein Foto der schönen Basler Skyline zu machen, weil der Rhein einfach heute besonders schön glitzert? Und geniessen Sie es auch, dass man die meisten Distanzen in unserer Stadt in nicht viel mehr als 20 Minuten zu Fuss zurücklegen kann? Und haben Sie sich schon überlegt, dass unsere Brücken nicht nur unsere Stadtteile verbinden, sondern auch unser reichhaltiges Kulturangebot in unmittelbarer Nähe diverser Klein- und Grossanlässe rücken und so Pflicht und Genuss verbinden?

All diese Beispiele sind nicht nur für uns in Basel wohnhafte Personen ausschlaggebend für die gute Lebensqualität. Nein, sie sind auch ein gutes Argument, als auswärtige Person Basel zu besuchen oder bei einem geschäftlichen Besuch ein bisschen Freizeit in Basel anzuhängen. Genau dieses Ziel verfolgt Basel Tourismus und das schon sehr kurz nach der Pandemie wieder mit grossem Erfolg, wie wir dem Votum der Kommissionspräsidentin entnehmen konnten. Zeitgleich mit dem Abklingen der Pandemie hat Basel Tourismus eine neue Direktorin erhalten. Auch das hat Basel Tourismus nach einer schwierigen Zeit für diese Branche und alle zugehörigen Industrien ein gewisses Momentum und frischen Schwung verliehen. Mit der Kampagne «I'm part of it» konnte rund um die vergangene Art Basel auch die Willkommenskultur verstärkt und bewusst gelebt werden. Diese wurde rasch und agil konzipiert und umgesetzt, ein Vorgehen, das so nicht selbstverständlich aber sehr begrüssenswert ist.

Basel Tourismus Möglichkeiten, so dynamisch und bei Bedarf kurzfristig handeln zu können, kommt Basel-Stadt in vielerlei Hinsicht sehr zugute. Basel Tourismus bearbeitet nach der Veränderung im Messemarkt ganz gezielt neue Gästesegmente. Die Ausrichtung auf diese Segmente braucht frische Aufmerksamkeit und zumindest in der Phase der Neuausrichtung auch ausreichende und flexibel einsetzbare Mittel. Dann auch technische und nachhaltige Bestreben werden verfolgt. Diese stehen im Einklang mit den regierungsrätlichen Legislaturzielen und auch mit unserer klimapolitischen Ausrichtung. Beide Bestreben benötigen ausreichende finanzielle Mittel.

Die LDP-Vertretung in der WAK war irritiert über die im vorliegenden Bericht genannten Missverständnisse zwischen WSU und Basel Tourismus rund um die Auswirkung der zuletzt gesprochenen Gelder auf die Finanzreserven. Grund war der Ersatz der Pandemie bedingt stark reduzierten Gasttaxeneinnahmen. Die Berechnungsart und entsprechende argumentative Ableitungen der beiden Parteien wichen trotz Verhandlungsgesprächen immer noch ab. Beim Sprechen der Gelder war kein Szenario für die rasche Erholung des Tourismus vorgesehen. Beides wirkt trotz der durch den Regierungsrat genannten Zufriedenheit mit der Arbeit von Basel Tourismus verwunderlich und auch nicht ganz nachvollziehbar.

Zum Votum von Kaspar Sutter: Auch der LDP ist der vernünftige und sorgfältige Umgang mit Steuergeldern sehr wichtig. Allerdings ist uns aber auch wichtig, dass durch einen Vorschlag des Regierungsrats nicht dessen eigene Empfehlung an die Reservenhöhe untergraben wird. Die WAK hat die Entwicklung genau dieser Finanzreserven über die Staatsbeitragsperiode genau analysiert und einen sehr sinnvollen Kompromiss erarbeitet. Diesen unterstützen wir Liberaldemokratinnen und -demokraten sehr. Somit müssen die Reserven von Basel Tourismus bis dahin angezapft werden, dass sie unter das vom Kanton gewünschte Niveau fallen würden. Ein Kompromiss, der sich auf die Anforderungen des Kantons stützt und den aktuellen Finanzstand sowie die bestehenden Aktivitätskosten von Basel Tourismus mit einbezieht. Ebenso sehen wir es auch als sinnvoll, dass der Beitrag zum ELM bereits per dieses Jahr gesprochen wird, damit der Ausbau in Richtung Logiernächteprognose zeitig vorangetrieben werden kann. Auch dies ist Teil des Kompromissvorschlags der WAK.

Dennoch ist es uns von der LDP wichtig, dass Basel Tourismus gerade im Bereich Nachhaltigkeit weiterhin sehr sorgfältig abwägt, welche Aufgaben bereits durch Branchenverbände und kantonale Anlaufstellen wahrgenommen werden, um Doppelspurigkeiten und Ineffizienzen zu vermeiden. Basel Tourismus soll dort Partner zusammenführen und Zusammenarbeiten ermöglichen, wo dies im Tourismusumfeld schwierig oder träge vorangeht. Dass die WAK im Kompromissvorschlag auch rund um die Nachhaltigkeit auf eine Zweckbindung der Mittel verzichtet, begrüssen wir von der LDP sehr, einerseits weil dies unserer liberalen Gesinnung entspricht und andererseits, da so die eingangs genannte Agilität weiterhin maximal ermöglicht wird. Wir sehen das als Erfolgsfaktor für eine dynamische Unternehmung wie Basel Tourismus eine ist. Die Institution erfüllt einen breit gefächerten Auftrag des Kantons, der ebenso vielseitige und flexible Handlungsmöglichkeiten erfordert, die eine eng gefasste Zweckbindung verhindern würde.

Aus den genannten Gründen bitten wir Sie, dem Kompromissvorschlag der WAK zu folgen und den Antrag des Regierungsrats, am Ratschlag festzuhalten, abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für das GAB ist Jérôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GAB): Meine Vorredner und Vorrednerinnen haben es bereits gesagt. Ich glaube, es ist unbestritten, dass Basel Tourismus eine sehr gute Arbeit geleistet hat, vor allem auch die Herausforderungen, die während der Pandemie und nach der Pandemie auf sie zugekommen sind, sehr sehr gut gemeistert hat, auch proaktiv unternehmerisch gehandelt hat und die nötigen Schritte eingeleitet hat, um Basel Tourismus mittel- bis langfristig auf gute Beine zu stellen.

In der Kommissionsberatung zu diesem Geschäftes wurde dann schnell klar, dass es gewisse Missverständnisse gegeben hat über die Auffassung, wie mit den zusätzlichen Beiträgen, die während der Pandemie gesprochen worden sind, umgegangen werden sollte. Die Beträge sind von Basel Tourismus zu Recht eingesetzt worden, um die Herausforderungen während der Pandemie bewältigen, zu können, aber auch um vorauszudenken. Ich habe ein gewisses Verständnis dafür, dass man bei Basel Tourismus davon ausgegangen ist, dass die Beiträge auch unabhängig von irgendwelchen Einschränkungen, die da gemacht worden sind und eben in der Vereinbarung nicht gestanden sind, verbucht worden sind. Da gab es einige Herausforderungen respektive unterschiedliche Auffassungen, wie hoch diese Reserven sein müssen, die man bilden sollte, und so ist es zu einem Missverständnis gekommen, zu einer schlechten Ausgangslage bei der Verhandlung der weiteren Staatsbeiträge. Wir wünschten uns vom GAB, dass die die Kommunikation zwischen Basel Tourismus und Regierungsrat vielleicht ein bisschen besser gelaufen wäre oder konkreter abgemacht worden wäre, wofür die zusätzlichen Beiträge während der Pandemie eingesetzt werden dürfen und wofür nicht.

Wir haben den Kompromiss der WAK unterstützt, vor allem auch weil wir es wichtig finden, dass die zusätzliche Vollzeitstelle im Bereich nachhaltige Entwicklung weiterhin finanziert werden kann. Es sind keine Bedingungen daran geknüpft worden im Bereich Nachhaltigkeit, aber wir wollen noch einmal mit Nachdruck Basel Tourismus nahelegen, dass das zusätzliche Geld auch oder hauptsächlich dieser nachhaltigen Entwicklung gewidmet wird und dort eingesetzt wird. Wir haben in der Kommissionsberatung auch darauf hingewiesen, dass wir es fragwürdig finden, wenn wir für einen Weihnachtsmarkt Charterflüge von ganz Europa hierher setzen, sondern dass man eher schauen sollte, dass die Gäste mit dem ÖV anreisen oder dass der mit vernünftigen Anreisewegen verbundene Markt in der Schweiz mehr bearbeitet wird. Überhaupt sollten die Bemühungen im Bereich Nachhaltigkeit mehr Gewicht finden.

Zusätzlich finden wir es auch vernünftig, dass das elektronische Logiernächtemeldesystem, das Basel Tourismus jetzt schon aus eigenen Mitteln finanziert, früher mitfinanziert wird. Entsprechend stehen wir auch dahinter, dass die Gelder früher ausbezahlt werden.

Alles in allem steht das grünalternative Bündnis hinter dem Kompromiss der WAK und bittet Sie, diesem zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Wir sind uns alle einig, Basel Tourismus funktioniert bestens. Es ist vermutlich eine der bestgeführten und erfolgreichsten privaten Organisationen mit öffentlichem Leistungsauftrag. Neudeutsch, the Bank for the Back funktioniert. Die Wirkung des eingesetzten Geldes ist hervorragend. Seit vielen Jahren hat diese Institution nun keine Erhöhung der Staatsbeiträge erfahren und das darf man nicht mit der Gasttaxe vertauschen. Ja, die Gasttaxe hat selbstverständlich linear mit den Logiernächten zugenommen, aber die Gasttaxe ist zweckgebunden. Mit dem Geld der Gasttaxe machen wir den Aufenthalt für die, die schon hier sind, besser und angenehmer, mit dem übrigen Budget und den Staatsbeiträgen holen wir die Leute erst hierher. Gleichzeitig haben die Logiernächte in all den Jahren, und damit die Wertschöpfung, die Beschäftigung insbesondere auch bei niederschwelligen Berufen und nicht zuletzt auch die Steuereinnahmen für unseren Kanton stetig zugenommen. Trotz dem erwähnten Strukturwandel (Thema Geschäftsreisen) konnte sich die Branche nach den Covid-Jahren erstaunlich schnell erholen und dies ist nicht zuletzt eben gerade Basel Tourismus zu verdanken.

Sie haben es gehört, aufgrund von Teuerung, Fokusänderung (Thema Nachhaltigkeit), Zusatzaufgaben (Thema Logiernächtemanagement) hat die Organisation den Antrag gestellt, insgesamt über vier Jahre 1,6 Millionen Franken mehr zu bekommen. Das wurde später daran reduziert auf 800’000 Franken. Die Regierung hat 100’000 geboten und die Wachs schlägt Ihnen nun 400’000 vor. Wir betrachten das von der SVP als das absolute Minimum.

Ein paar Worte zur Finanzlogik der Regierung betreffend der bereits getätigten Leistungen des Staates: Diese Finanzakrobatik können wir weder mathematisch noch materiell nachvollziehen. Ganz einfach formuliert bestraft man hier einen Verein dafür, dass er in den letzten Jahren vorsichtig war, und man bestraft ihn für seinen Erfolg. Gleichzeitig hat Regierungsrat Kaspar Sutter die zweckgebundenen Mittel der Gasttaxe beziehungsweise der Ersatzzahlung für die Gasttaxe vermischt mit den frei verfügbaren Mitteln fürs Marketing. Unter Berücksichtigung der von Basel Tourismus wie selbstverständlich auf eigene Kosten getätigten Leistungen zur Willkommenskultur im Rahmen der letztjährigen Art Basel im Umfang von 250’000 Franken ist der Vorschlag der WAK wirklich das absolute Minimum. Wir haben in der letzten Debatte gleich vorhin zur Bedeutung des Standortwettbewerbs geredet, insbesondere für unsere Wirtschaft und damit für unseren Wohlstand. Der Kongressstandort Basel ist dabei von nicht zu unterschätzender Bedeutung und wir haben es gehört, die Hotelkapazität ist für den Erfolg des Kongressstandortes wesentlich. Und gerade da sind wir davon abhängig, dass die Hotels auch dann gefüllt werden, wenn keine Kongresse hier sind und wer ist es dafür zuständig? Basel Tourismus.

Die Willkommenskultur hat einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass die Art Basel am Standort Basel stabilisiert werden konnte. Davon profitieren nicht nur unser Gewerbe, insbesondere unser Gastgewerbe und die Tourismusbranche, sondern es profitiert ganz zentral die MCH Group mit dem Hauptaktionär Kanton Basel-Sadt.

Aufgrund dieser Argumente und der Leistungen, die Basel Tourismus als zentrale Funktion für unseren Kanton gebracht hat, betrachten wir den Antrag der Regierung schlicht als knausrig und den WAK-Antrag als das absolute Minimum. In diesem Sinne stimmt die SVP diesem Antrag zu und dankt Ihnen, wenn Sie das auch so tun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegt ein Ordnungsantrag vor von Eric Weber, der beantragt, dass wir dieses Geschäft fertig beraten. Ich schlage Ihnen vor, dass wir hier abbrechen und um 15 Uhr mit der Beratung dieses Geschäfts fortfahren. Ja heisst Zustimmung zum Ordnungsantrag Weber und Fortführung der Sitzung, Nein heisst Abbruch der Sitzung. Die Abstimmung startet jetzt.

Abstimmung

Ordnungsantrag

JA heisst Traktandum fertig beraten, NEIN heisst Sitzung abbrechen.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 72 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0002996, 06.03.24 12:02:05]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Sitzung zu unterbrechen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich entschieden abzubrechen und um 15 Uhr fortzufahren. Ich habe mir die eingetragenen Voten notiert und wünsche Ihnen einen schönen Mittag.

Schluss der 5. Sitzung

12:02 Uhr

Protokoll

der 6. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 6. März 2024, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Alexandra Dill (SP), Lea Wirz (GAB), Christine Keller (SP), Daniel Seiler (SP).

Verhandlungsgegenstände:

12. Erneuerung des Staatsbeitrags an Basel Tourismus für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der WAK 2
17. Neue Interpellationen 5
17.1. Interpellation Nr. 15 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Aufhebung des Jahreskartenverbunds für das unterirdische Immobilien Basel-Stadt/SBB Veloparking 5
17.2. Interpellation Nr. 16 Fleur Weibel betreffend Ankündigung von Sicherheitspersonal an zwei Kleinbasler Schulen 6
17.3. Interpellation Nr. 17 Raoul I. Furlano betreffend Auftragserteilung des BVD an eine Agentur für die Kommunikation über die Planung des «Tramnetz 2030» 7
17.4. Interpellation Nr. 18 David Jenny betreffend steuerliche Attraktivität des Stiftungsstandort Basel-Stadt: Wie wird auf die Zürcher Konkurrenz reagiert? 8
17.5. Interpellation Nr. 19 Michela Seggiani betreffend Rheinuferweg auf Grossbasler Seite 8
17.6. Interpellation Nr. 20 Eric Weber betreffend Zunahme der Notrufe 9
17.7. Interpellation Nr. 21 Adrian Iselin betreffend «Fasnachts Drämmli» 9
17.8. Interpellation Nr. 22 René Brigger betreffend fehlende Publikumsnutzung im Claraturm 10
17.9. Interpellation Nr. 23 Joël Thüring betreffend ein schockierender antisemitischer Vorfall bei der Basler Synagoge 10
17.10. Interpellation Nr. 24 Béla Bartha betreffend Budget betreffend Budget für Lehrmittel an den Schulen Basel-Stadt 12
17.12. Interpellation Nr. 25 Michael Hug betreffend ist der Regierungsrat nicht interessiert an der Erhöhung der Stromproduktion in Basel? 13
17.12. Interpellation Nr. 26 Anina Ineichen betreffend Velounfälle am Burgfelderplatz – Folgen und Learnings .. 13
14. Petition P467 "Einführung eines obligatorischen Workshops zum Thema Umwelt und Nachhaltigkeit an den Sekundarschulen der Stadt Basel", Bericht der PetKo 13
15. Petition P468 "Einführung von umfassender Aufklärung und Prävention gegen Allgemeine und sexuelle Belästigung in schulischen Bildungsprogrammen", Bericht der PetKo 17
16. Petition P470 "Umnutzung leere Bürogebäude zu Wohnraum", Bericht der PetKo 19
18. Motion 1 Franz-Xaver Leohnhardt für einen Neuanfang beim Areal Horburg 22
19. Motion 2 Michael Hug und Konsorten betreffend mehr Transparenz bei projektbezogenen Beschäftigungsverhältnissen im Kanton Basel-Stadt 27
20. Motion 3 Joël Thüring betreffend bequem durch die Innenstadt mit einem Tramersatz – damit betagte und mobilitätseingeschränkte Personen und das Gewerbe nicht vergessen gehen 30
21. Anzug 1 Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Wiederaufnahme regelmässiger Wochenendfahrgelegenheiten des Rufbus auf dem Friedhof Hörnli 32
22. Anzug 2 Eric Weber betreffend Hochgewichtige Menschen beim Kanton Basel-Stadt fördern 33

Beginn der 6. Sitzung

Mittwoch, 6. März 2024, 15:00 Uhr

12. Erneuerung des Staatsbeitrags an Basel Tourismus für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der WAK

[06.03.24 15:00:13, 23.0940.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung und habe Ihnen vorerst eine Mitteilung zu machen. Es geht um die Basler Geschichtstage. Das Rathaus ist Teil der Basler Geschichtstage, die nächste Woche stattfinden, im Programm finden Sie auch Führungen im Rathaus mit Eva Gschwind, André Salvisberg oder Jo Vergeat und Sie finden auch ein Programm auf Ihrem Platz.

Wir setzen die Beratung zu Traktandum 12 fort ‚Erneuerung des Staatsbeitrags an Basel Tourismus. Wir sind bei den Fraktionsvoten stehengeblieben. Nächster Fraktionssprecher ist Niggi Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Es wurde am Vormittag schon viel zu den Inhalten von Ratschlag und Bericht berichtet. Mein Votum ist eine kurze Zusammenfassung dessen, was vielleicht noch übrig bleibt. Es wurde berichtet über die verschiedenen Tätigkeiten von Basel Tourismus, über die gute Arbeit usw. Ich denke, Basel hatte allgemein aber besonders touristisch in den vergangenen Jahren mit zahlreichen Herausforderungen zu tun, der Wegfall von bedeutenden Messen aber auch die Pandemie hatte Folgen für die Besucherzahlen. Umso erfreulicher ist, dass sich nach einer zweijährigen kritischen Phase die Besucherzahlen derart erholt haben, dass sie sich beinahe wieder auf dem Niveau vor der Pandemie bewegen. Dies ist im touristischen Bereich hauptsächlich der engagierten Arbeit von Basel Tourismus zu verdanken. Es ist eine Freude zu sehen, dass sich auswärtige Gäste für unsere Stadt, deren Leben und Sehenswürdigkeiten interessieren. Gerade auch wir beim Zutritt zum Rathaus treffen ja immer wieder begeisterte Besucher an, und ich habe das Gefühl, es werden immer mehr, die Selfies und Filme machen und Basel in die Welt tragen.

Es ist richtig, dass der Kanton Basel Tourismus für die Sicherstellung ihrer Arbeit finanziell unterstützt, dies insbesondere auch, da die Arbeit von Basel Tourismus aus den Leistungsdaten, in den Berichten ist das ersichtlich, eine wichtige und sinnvolle und volkswirtschaftlich nicht unrelevante Auswirkungen auf unsere Stadt, insbesondere für das Gewerbe und die Einwohner:innen, aber auch für die Region hat. Auch in Bezug auf den Klimaschutz ist Basel Tourismus präsent und will mit der Nachhaltigkeitsstrategie bis 2030 erreichen, dass der Tourismus in Basel und seiner Umgebung einen maximal positiven Einfluss auf die lokale und globale nachhaltige Entwicklung hat.

Basel Tourismus beantragt rund 300’000 Franken mehr als vom Regierungsrat vorgeschlagen, dies hauptsächlich aus dem Grund, die unternehmerisch dringend notwendigen Reserven nicht auf ein risikoreiches Niveau abzubauen. Die Antragstellenden haben zu ihrem ursprünglichen Antrag, welcher höher gewesen wäre, während des Verhandlungsprozesses einem Kompromissvorschlag zugestimmt.

Gemäss WAK-Bericht soll eine Erhöhung bereits ab 2024 für das elektronische Logiernächtemanagement gewährt werden und bereits, entgegen dem Ratschlag, auf 2027 soll der Beitrag aufgrund der vorgelegten Finanzplanung so erhöht werden, dass die Reserven nicht angetastet werden müssen. Dies ist plausibel und macht durchaus Sinn. Aus diesem Grund und damit Basel Tourismus weiterhin innovativ und engagiert sichtbar und sehr gute Arbeit leisten kann, bitte ich Sie, den Bericht der WAK zu genehmigen und deren Antrag zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich betreibe als Grossrat Spasspolitik und habe Spass daran. Es geht um Basel Tourismus. Es geht um Basel. Basel heisst auf Deutsch übersetzt Schweinesuhle. Ich habe das den Briefkastenonkel von der Basler Zeitung, Herrn Forster, gefragt und zwar 1981, als ich Gymnasiast war. Darum hätten wir mehr Touristen, wenn wir den Namen ändern würden. Das wäre auch besser für Basel Tourismus.

Sie erinnern sich an meinen legitimen Anzug, den ich gestellt habe. Ich habe beantragt, Basel umtaufen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, bitte sprechen Sie zu Basel Tourismus.

Eric Weber (Fraktionslos): Genau, aber ich würde sagen, wenn Basel umgetauft würde in Eric Weber-Stadt, hätten wir mehr Touristen.

Ich bin der einzige Gegenkandidat vom Conradin Cramer, und wenn ich Präsident bin, werde ich für Basel Tourismus viel machen. Ich habe alles gehört, was meine Vorredner gesagt haben, darum darf ich auch zum Thema Basel Tourismus reden. Als Journalist habe ich 2011 eine Einladung bekommen von Basel Tourismus. Ich habe von Basel Tourismus Essensgutscheine bekommen, ich habe Hotelübernachtung bekommen in Baselland, und darum sage ich auch vielen Dank an Basel Tourismus für die Einladung an mich als Journalist für Zeitungen aus Deutschland. Ich möchte mich auch bei Basel Tourismus bedanken, Basel Tourismus versendet seit 30 Jahren auf meinen Wunsch hin Geschenkpakete über Basel, mit schönen Heften über Basel, Stadtplänen, Broschüren, und Basel Tourismus versendet das weltweit, auch nach Russland, auch nach Brasilien, auch wenn das Porto 20 Franken kostet. Das finde ich eine tolle Leistung von Basel Tourismus.

Schweiz Tourismus verschickt nichts mehr per Post, weil es einfach zu teuer ist. Und da habe ich mich beschwert. Es sei alles online, aber ältere Leute wollen nicht online gehen, und darum danke ich Basel Tourismus, dass Basel Tourismus weltweit gratis Prospekte verschickt auf Deutsch, Ukrainisch, Russisch, Französisch, Italienisch und Spanisch, die Broschüre mit schönen Bildern über Basel. Ich bitte, die Bilder von Basel Tourismus einzublenden. Diese schönen Basel Tourismus-Karten kann man kaufen, aber das Problem ist, die wunderschönen Motive, die Sie hier sehen, sind in den Basel-Prospekten von Basel Tourismus nicht vorhanden, die schönen Motive vom Münster, mit dem Rhein, Möwen am Kleinbasler Ufer, kann man in den Broschüren von Basel Tourismus nicht sehen, und das finde ich schade.

Ich habe Basel Tourismus gelobt, aber ich muss natürlich auch als Grossrat die schlechten Sachen sagen. Wenn man beim Bahnhof SBB ankommt, muss man sagen, ist es traurig, was man dort sieht. In Russland und in anderen Ländern, etwa den Emiraten, wird alles weggeräumt, das nicht arbeitet. Und ich bin traurig als Grossrat darüber, was man sieht, wenn man als Tourist hier in Basel SBB ankommt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, bitte sprechen Sie zur Sache. Ich muss Sie verwarnen, solche Aussagen gehen zu weit.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber die Basler Zeitung thematisiert täglich, was vor dem Bahnhof ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ihre Redezeit ist um. Nächster Einzelsprecher ist Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Herzlichen Dank für diese sehr wohlwollenden Voten am späten Vormittag. Das hat mir gut getan. Unsere Branche hat es nötig. Für uns Hoteliers, und ich bin einer davon, ist die Situation nicht so rosig, wie es scheint. Natürlich sind die Übernachtungszahlen in Basel wieder über dem Niveau von 2019, aber wir haben gleichzeitig viel mehr Hotelbetten und unsere Auslastung ist im Moment sehr schlecht. Wenn sie sehr schlecht sind, sind die Preise tief. Wir kämpfen und wir kämpfen auch um die Arbeitsplätze. Beda Baumgartner hat natürlich recht, wir bieten sehr viel von den niederschwelligen Einstiegsmöglichkeiten in der Stadt an.

Ich danke auch explizit Lorenz Amiet für das Votum. Er hat gesagt, es sei das Minimum. Er hätte mehr erwartet von der Regierung, aber wir sind mit diesem Minimum jetzt zufrieden und danken der WAK, dass sie hier einen Kompromiss geschmiedet hat.

Ich möchte einfach noch auf etwas hinweisen. Wenn es unserer Branche gut geht, wenn die Touristen in der Stadt sind, geht es noch viele anderen Branchen sehr gut. Ich habe um die Weihnachtszeit mit einer Verkäuferin von einem Schuhladen in der Gerbergasse gesprochen und sie hat gesagt, sie hätte noch nie so viele spontane Einkäufe gab wie dieses Jahr. Das ist eine Folge von unserem tollen Weihnachtsmarkt, der europaweit Ausstrahlungskraft hat. Also auch die Detailhändler in der Innerstadt, die Gastronomie profitieren, wenn wir eine attraktive Destination.

Und ich kann Ihnen sagen, Tourismus ist auch eine Wirkung von aussen und hier erwarte ich oder würde ich mir wünschen, dass wir als Parlamentarier und wir als Bevölkerung guter Gastgeber sein werden, auch wenn die Art wieder zu uns kommt. Hier haben wir Potenzial, noch besser zu werden. Bei uns ist das Beruf. Wir machen es mit Herzblut und wir laden Sie ein, auch Gastgeber zu sein für unsere tolle Stadt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein zweites Votum hat sich Eric Weber eingetragen.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin wahrscheinlich der einzige Grossrat, der schon ein paar Mal im Hotel meines Vorredners übernachtet hat, im Hotel Kraft.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Was haben Sie zum aktuellen Geschäft zu sagen?

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin seit 40 Jahre Grossrat. Ich möchte auf meinen Vorredner Bezug nehmen. Mein Vorredner hat sich beschwert, sachlich und elegant. Wir müssen genau zuhören. Mein Vorredner hat sich beschwert über die schlechte Auslastung der Hotels in Basel. Das muss ich noch einmal festhalten.Ich weiss jetzt nicht, ob er sein Hotel genannt hat oder andere, aber der Vorredner hat gesagt, die Auslastung in den Hotels in Basel sei schlecht.Warum ist die Auslastung schlecht? Weil die Preise zu hoch sind. Die Leute gehen nach Lörrach, nach Haltingen, Weil am Rhein. Sie gehen nach Saint Louis oder nach Colmar, weil es dort nicht so teuer ist. Wenn man dann halt so hohe Preise hat, dann tut es halt den Touristen einfach weh und man weicht aus bis an den Bodensee.

Und weil die Preise so teuer sind, ist die Auslastung schlecht und verlagert sich nach Frankreich und nach Deutschland und in den Kanton Baselland, wo es nicht so teuer ist. Selbst ich habe von Basel Tourismus das Hotel in Muttenz bekommen, weil Basel scheinbar zu teuer ist. Und dann habe ich natürlich auch gestaunt, dass ich als Journalist aus Deutschland eingeladen bin von Basel Tourismus und im Hotel in Muttenz bin. Und das muss man einfach einmal ganz klar festhalten. In der Basler Zeitung steht seit 30 Jahren, dass die Preise während den Messen zu teuer sind und dass das die Leute verärgert.

Ich bin halt in der Stadt unterwegs. Sie wissen, seit gestern ist das Hotel Merian wieder offen. Ich bin erschrocken, keine Persönlichkeit, kein Herz ist in diesem Hotel. Es gibt ein Self-Check-in, das keiner versteht, und dann kommen die Leute natürlich auch nicht. Ein Gast möchte an der Rezeption reden, möchte sagen, dass er eine lange Anreise gehabt habe.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 13 des Berichts)

Titel und Ingress, einziger Absatz.

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt Ausgaben von 7,7 Millionen statt 8 Millionen. Ich eröffne hierzu die Debatte. Zuerst geht das Wort an den Antragsteller. Er verzichtet. Die Kommissionssprecherin verzichtet ebenfalls. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

0 Ja, 88 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003000, 06.03.24 15:17:49]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Änderungsantrag abgelehnt mit 88 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter.

Publikations und Referendumsklausel

Wir kommen bereits zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003002, 06.03.24 15:18:35]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für Basel Tourismus werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 8'000'000 (2024: Fr. 1'950'000, 2025: Fr. 1'950'000, 2026: Fr. 1'950'000, 2027: Fr. 2'150'000) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 90 Ja-Stimmen, keiner Gegenstimme und keiner Enthaltung.

17. Neue Interpellationen

[06.03.24 15:18:59]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Das ist nicht der Fall. Damit hat Regierungsrätin Tanja Soland das Wort.

17.1. Interpellation Nr. 15 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Aufhebung des Jahreskartenverbunds für das unterirdische Immobilien Basel-Stadt/SBB Veloparking

[06.03.24 15:19:25, 24.5057.01]

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Zu den Fragen 1,2 und 3: Die Kurzparktickets und Monatsparkkarten sind bereits nur für ein Park-Abteil gültig. Auf Vorschlag von SBB Immobilien wurde nun auch der Verbund der Jahresparkkarten aufgelöst, einerseits weil die Einnahmen bisher nicht eindeutig zugeordnet werden konnten, andererseits war es mit der Verbundlösung nicht möglich, die Anzahl der Jahresparkkarten pro Parkabteil zu beschränken. Da die Jahreskarten so günstig sind, verkaufen sowohl der Kanton als auch SBB Immobilien nur eine begrenzte Menge davon, damit es jeweils genügend freie Stellplätzen für Kurzparkende gibt. Da die Kundinnen und Kunden mit den Jahresparkkarten aber auch im jeweils anderen Parkabteil parken konnten, waren die geparkten Velos häufig nicht ausgeglichen verteilt. Eines der Parkabteile war stark überfüllt, während es im anderen noch viele freie Plätze gab.

Hinzu kommt, dass die Kundinnen und Kunden in der Regel immer im selben Parkabteil parken und dieses nicht täglich wechseln. Deshalb wurde der Jahreskartenverbund kaum genutzt. Im Anschluss an die Auflösung gab es vereinzelt Rückmeldungen von Kundinnen und Kunden, welche das Parkabteil wechseln wollten. Mit allen Betroffenen wurde eine Lösung gefunden und Sie bekamen auf Wunsch umgehend eine Parkkarte für das jeweils andere Parkabteil. Aus all diesen Gründen wird eine Wiederaufnahme des Jahreskartenverbunds nicht als notwendige erachtet.

Zu Frage 4: Es handelt sich um einen bedauerlichen Fehler. Das Schreiben hätte so nicht aufgehängt werden dürfen. Zukünftig werden die Kommunikationsmittel vor ihrer Veröffentlichung enger von der zuständigen Stelle überprüft.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich bin selbstverständlich nicht glücklich über die Beantwortung dieser Interpellation. Es ist möglich, dass es für die Verwaltung einfacher ist, wenn man diese beiden praktisch nebeneinanderliegenden Veloparkings unten am Bahnhof getrennt führt. Ich benutze sie relativ oft, für mich ist als Kunde aber ist das eine klare Verschlechterung des bisherigen Zustandes und ich sehe nicht ein, weshalb man hier nicht kundenfreundlicher ist, nur damit es möglicherweise für den Betrieb einfacher ist. Dass das eine etwas besser gefüllt ist als das andere hat wohl auch mit der Bedienerfreundlichkeit zu tun. Das eine ist halt einfach viel einfacher zu handhaben als das andere. Also geht man wenn immer möglich in das eine, wenn da freie Plätze sind. Aber insgesamt hat das bestens funktioniert und es ist kein Grund ersichtlich, weshalb man das ändern sollte und weshalb man das nicht in Zukunft wieder zusammenführen soll.

Offenbar hatte das auch einen Zusammenhang mit dem Wechsel der Betreibergesellschaft. Das ist eher zufällig gleichzeitig geschehen, aber da werden offenbar schlechtere Bedingungen für die Mitarbeitenden gemacht. Das ist zufälliges zeitliches Zusammentreffen, aber es scheint, dass hier etwas sehr hemdsärmelig und rasch gemacht worden ist. Auf dem Bild sehen Sie, wie das den Kundinnen und Kunden kommuniziert wurde. Ich bin mit dem Velo dorthin gefahren und das war dann der Aushang. Das kann doch so nicht gehen.

Ich bin unglücklich darüber, wie das gemacht worden ist, und würde es sehr begrüssen, wenn das wieder zusammengeführt würde. Ich bin aber froh zu hören, dass das Departement die Kommunikation selber an die Hand nimmt künftig und dass man das nicht so hemdsärmelig macht.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist somit erledigt.

17.2. Interpellation Nr. 16 Fleur Weibel betreffend Ankündigung von Sicherheitspersonal an zwei Kleinbasler Schulen

[06.03.24 15:25:04, 24.5071.01]

Fleur Weibel (GAB): Ich möchte kurz begründen, warum ich die Interpellation zur Ankündigung von Sicherheitspersonal an zwei Kleinbasler Schulen eingereicht habe. Ende Januar hat Sicherheitsdirektorin Stephanie Eymann neben anderen Massnahmen zur Drogenproblematik im Kleinbasel auch verkündet, dass neu zwei Schulen im Kleinbasel von Sicherheitspersonal bewacht werden sollen, dies als Reaktion darauf, dass Schüler:innen teilweise auf Schultoiletten von Dealern angesprochen wurden und dass es ausserdem auch zu Fällen von sexueller Belästigung gekommen ist, was natürlich sehr besorgniserregende Darstellungen sind, die auch zu einem grossen Medienecho geführt haben.

Was aus meiner Sicht fehlt, um diese Massnahme einordnen zu können, ist eine sachliche und faktenbasierte Darlegung der effektiven Vorfälle, auf deren Grundlage diese aussergewöhnliche Sicherheitsmassnahme beschlossen worden. Eine Interpellation, die im letzten Monat von Beda Baumgartner eingereicht wurde, wurde nicht wirklich beantwortet und ich reiche jetzt deshalb diese Interpellation nach, um noch einmal ein bisschen Transparenz in die Sache bekommen zu können, um besser abschätzen zu können, ob diese Massnahme der Bewachung von zwei öffentlichen Schulhäusern gerechtfertigt ist.

Der Hintergrund ist auch, dass ich aus dem Umfeld der Schulen einerseits gehört habe, dass sich Lehrpersonen zum Teil nicht bewusst sind, um was für eine Situation es sich handelt und ich andererseits auch Kritik vernommen habe auch von Seiten von betroffenen Elternräten, die diese Massnahme der Bewachung der Schulen als nicht unbedingt geeignet angesehen haben, weil es gleichzeitig ja auch das Unsicherheitsgefühl stärken kann.

Meine Fragen sind deshalb einerseits, was die konkrete Faktenlage ist, auf der diese Massnahme beschlossen wurde. Gerade bezüglich der Vorfälle von sexueller Belästigung würde es mich interessieren, ob es zu Anzeigen gekommen ist, wer diese Fälle gemeldet hat, von wie vielen Fällen wir sprechen, das gleiche auch bezüglich dem Dealen auf den Schultoiletten, auch da würde mich interessieren, ob Anzeigen eingereicht wurden, um was für Drogen es sich handelt, wie häufig diese Fälle vorgekommen sind, ob beide Schulhäuser gleich betroffen sind, ob es auch andere Schulhäuser gibt, in denen solche Vorfälle geschehen sind.

Dann würde mich vor allem auch interessieren, was das Erziehungsdepartement zur Bewachung der öffentlichen Schulen sagt, inwiefern das Erziehungsdepartement auch beteiligt war. Und schlussendlich nimmt es mich auch wunder, ob bereits bekannt ist, ab wann, in welchem Umfang, durch wen und für wie lange die beiden Schulhäuser bewacht werden sollen. Mich würde auch interessieren, was das Ziel der Massnahme letztlich ist und wann das Ziel erreicht ist, so dass dann auch mit der Bewachung wieder aufgehört werden kann. Ich bin sehr gespannt auf die Antwort der Regierung auf meine Interpellation.

17.3. Interpellation Nr. 17 Raoul I. Furlano betreffend Auftragserteilung des BVD an eine Agentur für die Kommunikation über die Planung des «Tramnetz 2030»

[06.03.24 15:29:00, 24.5072.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Das Informationsgesetz verpflichtet die kantonale Verwaltung, die Öffentlichkeit über Angelegenheiten von allgemeinem Interesse zu informieren. Die Tramnetzentwicklung betrifft und interessiert die Bevölkerung in hohem Masse. Es geht bei dem Auftrag darum, der Öffentlichkeit alle Informationen in gut verständlicher Form zur Verfügung zu stellen und mit ihr im Dialog zu sein. So ist ein Meinungsbildungsprozess möglich.

Zu Fragen 2 und 3: Bei der Tramnetzentwicklung handelt es sich um einen Auftrag des Grossen Rats. Mit dem Grossratsbeschluss zum Gegenvorschlag zur Traminitiative wurde der Kanton mit der Tamnetzentwicklung beauftragt. Dazu hat der Grosse Rat einen Rahmenkredit von 350 Millionen Franken gesprochen. 2021 hat der Kanton gemeinsam mit Basel-Landschaft sowie mit BVB und BLT, den beiden Transportunternehmen, die Öffentlichkeit über das Tramnetz 2030 informiert. Mit dem genannten Auftrag werden die Kommunikationsaktivitäten weitergeführt. Mit der Verabschiedung des neuen Partizipationsgesetzes kommt zudem dem Einbezug der Bevölkerung eine noch höhere Bedeutung zu. Der Kanton setzt diesen Auftrag des Parlaments um.

Zu Frage 4: Das vorgesehene Budget von rund 225’000 Franken erstreckt sich insgesamt über vier Jahre. Das sind pro Jahr nur rund 56’000 Franken. Angesichts der hohen strategischen Relevanz des ÖV-Ausbaus für den Klimaschutz und für den Modalsplit ist dies angemessen.

Zu Frage 5: Angesichts der Vielzahl laufender und bevorstehender Projekte ist das BVD insbesondere bei der Kommunikation grösserer Infrastrukturvorhaben auf externe Unterstützung angewiesen.

Zu Frage 6: Das Budget für Kommunikationsmassnahmen wird jeweils im Rahmen eines Projektbudgets eingeplant. Es gibt dafür keine separaten Budgets.

Balz Herter (Mitte-EVP): Besten Dank. Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Raoul I. Furlano (LDP): Ich bin teilweise zufrieden mit dieser Antwort. Sie sagen, was Sache ist, völlig offen und ehrlich, und das ist gut so. Aber der Kern dieser Frage ist für mich und für die LDP, insbesondere weil wir das auch in der LDP diskutiert haben, dass wir gemerkt haben, das gewisse Departemente gewisse Aufgaben, zu denen sie durchaus Fachwissen hätten, extern vergeben. Und das verstehen wir einfach nicht und das wollen wir auch nicht verstehen. Sie Erklärung ist sehr, sehr dünn. Wenn wir überall so denken, dann haben wir ein Giesskannenprinzip, das wir nicht so toll finden. Ihre Antworten sind offen, ehrlich und in Ordnung, aber was dahinter steckt, ist nicht in Ordnung, und deshalb bin ich nur teilweise zufrieden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

David Jenny (FDP): Ich bin froh, dass diese Interpellation schriftlich beantwortet wird, das heisst, sie wird ernst genommen, und ich hoffe, dass ich in einem Monat sagen kann, dass ich mit der Antwort zufrieden bin. Wir haben heute Morgen über die Konkurrenz unter Standorten geredet im Zusammenhang mit BaselArea, und die meisten von uns haben erkannt, dass wir uns dieser Realität stellen müssen.

Es gibt aber auch eine Konkurrenz bei den Standorten für Stiftungen. Wir sagen immer, wir seien die Stiftungshauptstadt, wir ruhen uns ein bisschen auf den Lorbeeren aus. Vor ein paar Jahren hat Genf auch eine relativ grosse Initiative unternommen, um eben aufzuholen in diesem Bereich. Und nun, näher bei uns, hat Zürich zugeschlagen und dort, wo es wirklich einschlägt, nämlich bei der steuerlichen Behandlung. In einigen Punkten sieht so aus, als ob wir doch entscheidend

zurückfallen. Ich nenne zum Beispiel die Behandlung der Fördertätigkeit im Ausland, nämlich wie das steuerlich beurteilt wird, wenn es um die Gemeinnützigkeit geht. Solche Stiftungen sind vor allem oft Stiftungen, die relativ gross sind, die auch Personal beschäftigen. Es gibt auch diese Studie der PWC von 2019 und der Swiss-Foundations, in der auch gesagt wird, dass steuerbefreite Stiftung sehr schnell ein lohnendes Geschäft für die Gesellschaft sind, indem sie weitaus mehr Mittel ausschütten, als der Staat oder die Besteuerung erzielen könnte.

Ich hoffe, dass dann aus der Antwort der Regierung hervorgehen wird, dass sie bereit ist, um unsere Konkurrenzfähigkeit bezüglich Stiftungen zu kämpfen. Das meiste, was hier angeregt wird um Zürich zu folgen, braucht keine Gesetzesänderungen. Da muss nur die Praxis der Steuerverwaltung entsprechend angepasst werden. In diesem Sinne freue ich mich schon jetzt auf eine konstruktive Antwort unserer Regierung, die uns helfen wird, unseren Platz an der Sonne unter den Stiftungsstandorten aufrechtzuerhalten.

17.4. Interpellation Nr. 18 David Jenny betreffend steuerliche Attraktivität des Stiftungsstandort Basel-Stadt: Wie wird auf die Zürcher Konkurrenz reagiert?

[, 24.5074.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet.

17.5. Interpellation Nr. 19 Michela Seggiani betreffend Rheinuferweg auf Grossbasler Seite

[06.03.24 15:36:32, 24.5075.01]

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1: Die temporäre Baupiste ist auf eine Dauer von zwei bis drei Jahren und die Nutzung durch Baumaschinen ausgelegt. Sie erfüllt die gesetzlichen Erfordernisse an einen öffentlichen Weg nicht, wie beispielsweise im Bereich Behindertengleichstellung und Gewässerschutz. Bei Hochwasser besteht das Risiko, dass die Baupiste weggespült wird. Auch für die Schifffahrt stellt die Baupiste ein Risiko dar, das nur temporär geduldet wird.

Zu Frage 2: Die Baupiste müsste vollständig zurückgebaut und es müsste ein neues Projekt ausgearbeitet werden. Die Voraussetzungen für eine Bewilligung eines Rheinuferwegs könnte erst anhand eines konkreten Projekts geklärt werden.

Zu Frage 3: Weil das Appellationsgericht im Jahr 2001 das öffentliche Interesse an einem Rheinuferweg als geringer einschätzte als dasjenige an der Erhaltung der heutigen Situation, befragte man in einer Volksabstimmung die Bevölkerung. Eine Annahme der Initiative hätte der Regierungsrat als Bestätigung eines öffentlichen Interesses gewertet. Das Basler Stimmvolk lehnte das Projekt jedoch im Mai 2014 ab. Seit diesem Volksentscheid liegt kein neuer politischer Auftrag vor. Entsprechend plant der Regierungsrat keinen Rheinuferweg an dieser Stelle. Die Rahmenbedingungen für ein solches Projekt haben sich zudem in den letzten Jahren erschwert. Heute befindet sich das Gebiet sowohl im Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz, genannt ISOS, als auch im kantonalen Inventar der schützenswerten Naturobjekte.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Michela Seggiani (SP): Vielen Dank für die sehr rasche Bearbeitung und auch für die Beantwortung meiner Interpellation. Offensichtlich ist es doch ein grosses Anliegen der Basler Bevölkerung, den Rheinuferweg auch auf der Grossbaslerseite weiterzudenken, wie auch diverse Medienberichte zum Vorstoss beweisen. Es ist auch ein sehr emotionales Thema, wie ich an den zahlreichen sehr positiven, aber zum Teil auch wirklich negativen Reaktionen gespürt habe.

Natürlich ist es wirklich sehr schade, dass man die jetzige Kiespiste nicht stehenlassen kann. Als Spaziergängerin aber auch als Politikerin bedaure ich das sehr, auch, dass die Bestimmungen, die ich ja verstehe, dagegensprechen. Als Nichtexpertin muss ich das einfach akzeptieren, aber wirklich verstehen kann ich das dann trotzdem nicht.

Was ich auch nicht verstehe ist, warum man die Uferböschung dann im Zuge der Bauarbeiten nicht gleich so bearbeitet oder aufbereitet hat, dass sie nachhaltig auch für die Bevölkerung verwendet werden kann im Anschluss. Es wäre eben genau

nicht meine Idee gewesen, wieder einen ganz neuen politischen Auftrag zu generieren, um vielleicht einmal einen Rheinuferweg an dieser Stelle zu haben. Meine Idee war, ganz pragmatisch vorzugehen und ich gebe es zu, eher im Sinne der Baslerinnen und Basler als im Sinne zum Beispiel des Denkmalschutzes, die Lebensqualität in der Stadt mit einem Rheinuferweg zu steigern. Ich werde jetzt auch schauen, wie und ob es Sinn macht, das Thema weiterzutragen.

Ich bin teilweise zufrieden mit der Antwort, denn «geht nicht» geht oft genau so lange nicht, bis es eben dann trotzdem geht.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

17.6. Interpellation Nr. 20 Eric Weber betreffend Zunahme der Notrufe

[06.03.24 15:41:25, 24.5077.01]

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe Fragen gestellt im Februar. Meine Fragen wurden einfach nicht beantwortet. Das geht nicht. Jedes Kind lernt, dass das Parlament da ist, um die Regierung zu kontrollieren, aber wir Grossräte bekommen oftmals keine Antworten von der Regierung. Ich habe diese Interpellation im Februar eingereicht, die Fragen sind nicht beantwortet worden. Wenn das so weitergeht, gibt es auch beim Polizeiministerium einen Wechsel, wie damals bei Baschi Dürr.

Mitte Februar kam es gross in den Medien, dass die Notrufen stark zunehmen. Ich gab aber meine Interpellation schon im Januar ab. Meine Fragen wurden nicht beantwortet. Ich wollte wissen, wie oft die Polizei Anzeige erstellt hat wegen Missbrauch des Notrufes. Ich kann Ihnen die Antwort geben, weil Regierungsrätin Stephanie Eymann nicht fähig ist. Ich weiss die Antwort: Die Polizei hat in den letzten 10 Jahren zwei Mal Anzeige erstellt wegen Missbrauch des Notrufes, und das gegen wen? Gegen Grossrat Eric Weber, gegen den Präsidenten der Liste Ausländer stopp.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, ich erteile Ihnen einen ersten Ordnungsruf, das ist zu persönliche Kritik, sprechen Sie zur Sache.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen?Er verzichtet. Damit hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

17.7. Interpellation Nr. 21 Adrian Iselin betreffend «Fasnachts Drämmli»

[06.03.24 15:46:05, 24.5082.01]

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten die Interpellation wie folgt.

Zu Fragen 1 und 2: Ein allfälliges Fasnachts-Trämli müsste mit der Stiftung BVB Oldtimer, die künftig für alle Extrafahrten mit Oldtimern zuständig ist, abgesprochen werden. Die wichtigste Frage ist dabei die Finanzierung. Wichtig ist, dass eben die Kompetenz zur Lancierung eines solchen Projekts bei der BVB liegt. Das Weihnachtstram ist dank der finanziellen Unterstützung von Stadtkonzept Basel möglich. Angesichts der zusätzlichen Fahrerdienststunden sowie Zusatzkosten für die Bereitstellung des Trams müsste auch bei einem allfälligen Fasnachts-Tram eine finanzielle Unterstützerin gefunden werden.

Zu Frage 3: Wenn jemand bereit ist, sich finanziell und auch darüber hinaus zu engagieren, wäre es möglich, das Fasnachts-Tram bereits im Jahr 2025 umzusetzen.

*Balz Herter (Mitte-EVP): D*er Interpellation hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Adrian Iselin (LDP): Ich bin mit der Antwort sehr zufrieden. Die Idee ist entstanden bei ein paar Jungen, die auf mich zugekommen sind und gefunden haben, das Weihnachtstram sei eigentlich eine tolle Sache. Sie haben dann Ideen gesponnen und wünschen, dass man das Tram auch vor der Fasnacht losschicken könnte, vielleicht irgendwie ein paar

Fasnachts-Bücher darin ausstellt, ein paar alte Schnitzelbänke laufen lässt oder irgendwelche Märchen erzählt. Ich selber bin in einem Stammverein und fand das auch eine gute Idee. Mir ist auch klar, dass es jemand bräuchte, der das finanziert. Ich habe das eigentlich mehr als Denkanstoss gemacht, aber sicher nicht als Jux. Ich bin mit der Antwort sehr zufrieden.

17.8. Interpellation Nr. 22 René Brigger betreffend fehlende Publikumsnutzung im Claraturm

[06.03.24 15:48:06, 24.5083.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort sehr zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Die nächste Interpellation wird der Regierungsrat schriftlich beantworten. Der Interpellant will begründen.

René Brigger (SP): Normalerweise begründe ich eine Interpellation bei schriftlicher Beantwortung nicht, aber ich möchte doch vielleicht auf dieses Problem noch aufmerksam machen. Wir haben in der BRK vor ca. 10 Jahren den Bebauungsplan Clara-Turm verabschiedet. Die BRK hat dieses Geschäft mehrheitsfähig gemacht und wir haben für das Kleinbasel und für den schon damals tot wirkenden Platz vor der Mustermesse beschlossen, dass als Auflage das oberste Geschoss zur Publikumsnutzung geöffnet werden sollte.

Ich war damals Sprecher der BRK. Es gab ein Referendum. Das Referendum wurde relativ knapp abgelehnt mit circa 51 Prozent und ich bin überzeugt, wenn dieses Zückerchen vor allem auch für das Kleinbasel nicht im Bebauungsplan gewesen wäre, dann wäre dieser Bebauungsplan abgewiesen worden. Jetzt steht dieser Turm seit zwei Jahren, die Wohnungen unten sind alle vermietet, das ist erfreulich. Aber wir können in der Kleinbasler Zeitung lesen, dass das Obergeschoss im Zustand des Rohbau 1 steht. Die UB sagt ja, wir finden niemanden, der da investiert, den Endausbau macht und uns eine Genehmigung gibt, Mietzins zahlt.

Das mag alles sein. Gerade in der Gastronomie ist es nicht einfach, einen guten Mieter und einen guten Partner zu finden. Nach zwei Jahren sollte man langsam zum Ziel kommen. Entscheidend ist aber, dass ich eine schriftliche Anfrage gemacht habe und die Regierung sagt, man könne die UBS gar nicht zwingend, die Publikumsnutzung einzurichten, das wäre Eigentums- und Wirtschaftsfreiheit. Aber das ist doch Humbug. Wir machen einen verpflichtenden Bebauungsplan, das ist kein Plan à la carte. Wenn man den Bebauungsplan wirklich ausführt, müssen alle Punkte umgesetzt werden, nicht unbedingt von heute auf morgen, aber es ist genau gleich wie bei anderen Auflagen hinsichtlich Grünflächen, Parkplätzen, Erschliessung. Da kann der Investor nicht sagen, ja gut, wir haben es gebaut, aber wir haben das vergessen oder es ist halt schwierig.

Das ist der Punkt. Die Regierung oder das Planungsamt muss darauf einwirken, dass hier eine Publikumsnutzung stattfindet- das ist ein offener Begriff, es kann Gastronomie sein oder etwas anderes. Aber wenn es kaum Bewerber gibt oder nur Bewerber, die wenig Mietzins bezahlen, dann ist das halt der Marktzins. Wenn die Nachfrage klein ist, ist der Mietzins auch klein ist, und entsprechend muss auch dieser Punkt des Bebauungsplanes erfüllt werden. Da bin ich als Bau- und Planungsrechtler relativ sauer. Und ich finde es doch seltsam, dass die Frage so beantwortet wird. Ich nehme an, es kommt eine Revision oder vielleicht eine detailliertere und präzisere Antwort. Da bin ich sehr gespannt.

17.9. Interpellation Nr. 23 Joël Thüring betreffend ein schockierender antisemitischer Vorfall bei der Basler Synagoge

[06.03.24 15:51:52, 24.5084.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Damit hat Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrats wie folgt.

Einleitende Bemerkungen: Der Regierungsrat stellt unmissverständlich klar, das er den inakzeptablen Übergriff auf die Synagoge vom 25. Februar 2024 in aller Form verurteilt. Einleitend erlaubt er sich auch festzuhalten, dass sich die Schweizer

Strafverfolgungsbehörden aufgrund des Amts- und Untersuchungsgeheimnisses sowie der weiteren Vorgaben der Strafprozessordnung, aber auch mit Blick auf die Persönlichkeitsrechte mutmasslich beteiligter, auch Anzeige stellender Personen oder Institutionen, öffentlich in aller Regel nicht zu laufenden Straf- und Jugendstrafverfahren äussern dürfen. Der Gesetzgeber umschreibt die Möglichkeiten der Öffentlichkeitsorientierung für Strafbehörden in Artikel 74 der Schweizerischen Strafprozessordnung relativ detailliert und eher restriktiv. Namentlich die kriminalpolizeiliche aktive Medienarbeit fokussiert sich auf die Mitwirkung der Bevölkerung bei der Aufklärung von Straftaten oder bei der Fahndung nach Verdächtigen, wobei sich diese Zeugenaufrufe meistens auf schwere Straftaten im öffentlichen Raum mit unbekannter Täterschaft beziehen. Bei jährlich rund 25’000 Anzeigen wegen mutmasslicher Verstösse gegen das Strafgesetzbuch müssen auch die Basler Strafverfolgungsbehörden in der Öffentlichkeitsorientierung nach vorab ermittlungstaktisch gebotenen Kriterien selektionieren. Beim nachgefragten Thema sehen die Strafverfolgungsbehörden aufgrund der weltpolitischen Lage, den jüngsten tagesaktuellen Vorkommnissen in Zürich und des politischen Vorstosses ein Informationsinteresse der Öffentlichkeit gegeben, weshalb gestützt auf Art. 74 Abs. 1 lit d. der Strafprozessordnung ausführlicher als üblich über die laufenden Verfahren und deren Hintergründe orientiert werden kann.

Zu Frage 1: Die beiden Tatverdächtigen sind identifiziert. Es handelt sich um eine Person aus Algerien, die gemäss aktuellem Altersgutachten neu als volljährig zu behandeln ist. Der zweite Tatsverdächtige ist ein Jugendlicher aus Marokko. Aufgrund der bisherigen Ermittlungen ist von folgendem Sachverhalt auszugehen: Die erwachsene Person ist bei der Synagoge über den Zaun geklettert und hat eine im Vorhof an einem Eingangstor angebrachte Israel-Flagge entfernt und mitgenommen. Ausserdem wischte sie vor dem Verlassen des Geländes über den Gedenktisch, der anlässlich des Überfalls vom 7. Oktober 2023 der Hamas in Israel im Vorhof aufgestellt worden war und brachte die darauf abgestellten Gegenstände zu Fall. Unweit der Synagoge sengten die beiden die Israel-Flagge an und warfen Sie an der Leimenstrasse unter einen Baum.

Zu Frage 2. Das Asylverfahren des tatverdächtigen Erwachsenen ist abgeschrieben worden, jenes des tatverdächtigen Jugendlichen noch aktiv.

Zu Frage 3: Der erwachsene Tatverdächtige befand sich aus anderem Grund kurz in Untersuchungshaft, verfügt wurde dies durch den Kanton Basel-Landschaft.

Zu Frage 4: Die beiden Personen waren vor dem aktuellen Altersgutachten als Jugendliche im Asylzentrum in Aesch untergebracht. Es bestand keine Fernhaltemassnahme bezüglich Basel.

Zu Frage 5: Im Jugendstrafverfahren wird kein Landesverweis verfügt. Im Verfahren gegen den Erwachsenen wird bei Abschluss eines Verfahrens über einen Landesverweis entschieden.

Zu Frage 6: Nach aktuellem Wissensstand kam es in den vergangenen Wochen in Basel-Stadt nicht zu weiteren gravierenden antisemitischen Vorfällen.

Zu Frage 7: Antisemitismus manifestiert sich in feindseligen Überzeugungen, Vorurteilen oder Stereotypen, die sich deutlich oder diffus in der Kultur, der Gesellschaft oder in Einzelhandlungen zeigen und die darauf zielen, jüdische Personen und Institutionen zu beleidigen, herabzusetzen, auszugrenzen, zu benachteiligen oder auch als grundsätzlich anders zu betrachten. Leider ist der Antisemitismus immer noch ein gesamtgesellschaftliches Problem, das viele betrifft. Die Bekämpfung von Antisemitismus als Teilgruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist dem Regierungsrat ein wichtiges Anliegen. Der Kanton Basel-Stadt setzt sich bei der Bekämpfung von Antisemitismus auf Prävention und Erinnerung. Im Bereich Prävention wird etwa das Projekt Likrat des schweizerischen-israelitischen Gemeindebundes für die Basler Volksschulen zugänglich gemacht. Mit der Aktionswoche gegen Rassismus, die rund um den internationalen Tag gegen Rassismus vom 18. bis zum 24. März 2024 stattfinden, setzt der Regierungsrat ausserdem ein Zeichen gegen jegliche Form von Herabsetzung aufgrund von Hautfarbe, Herkunft, Sprache und/oder religiöser Zugehörigkeit. Gemeinsam mit rund 20 zivilgesellschaftlichen Organisationen wird der Blick auf unterschiedliche Formen von Rassismus, verschiedene Lebensbereiche und betroffene Personengruppen gerichtet. Im Rahmen der Aktionswoche lanciert der Runde Tisch der Religionen beider Basel in Zusammenarbeit mit der israelitischen Gemeinde Basel und der Basler Muslimkommission auch ein Video-Projekt gegen Juden- und Muslimfeindlichkeit, das sich direkt an Jugendliche richtet. Dem Vergessen und Verdrängen soll durch stetige Erinnerung entgegengewirkt werden. So unterstützt der Regierungsrat etwa eine Initiative aus den jüdischen Communities, mit der an das Basler Pogrom gegen Jüdinnen und Juden von 1349 erinnert wird. Die Erinnerungsfeier fand am 16. Januar 2024 im Grossratssaal statt. Bereits an die Hand genommen wurde die Planung und Umsetzung einer Erinnerungsinstallation. Schliesslich sind mehrere politische Anzüge in unterschiedlichen Departementen in Bearbeitung, die das Thema Antisemitismus unter verschiedenen Blickwinkeln behandeln. Der Regierungsrat wird zu gegebener Zeit berichten.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Joël Thüring (SVP): Ich danke für die doch sehr ausführliche Beantwortung meiner Interpellation und auch für die Bestätigung des Vorfalls. Sie haben heute bestätigt, dass es sich bei den Tätern um zwei Asylmigranten gehandelt hat und Sie haben auch bestätigt, dass einer der beiden Asylmigranten offenbar auch hinsichtlich des Alters gelogen hat und aufgrund des Altersgutachten nun nicht mehr als unbegleiteter minderjähriger gelten kann, sondern als «normaler Erwachsener».

Diese Tat ist tatsächlich sehr aufwühlend. Sie hat auch die Vertreter und Vertreterinnenn der jüdischen Gemeinde, die natürlich bei der Synagoge jeden Tag ein und ausgehen sehr stark beschäftigt und auch sehr schockiert, und ich habe aufgrund meines Vorstosses diverse Rückmeldungen bekommen, dass man sehr dankbar ist, dass diese Ereignisse thematisiert werden, weil sie eben aufzeigen, welce Bedrohungssituationen und Bedrohungslagen derzeit für jüdische Mitmenschen, auch in der Schweiz, leider bestehen.

In diesem Zusammenhang ist mir immer wieder auch ein Satz einer Holocaustüberlebenden in den Sinn gekommen, die vor einigen Wochen im deutschen Bundestag an einer Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus gesprochen hat. Diese Frau hat in einer bewegenden Rede gesagt, dass die Shoah nicht mit Auschwitz begonnen hat, sondern sie begann mit Worten, sie begann mit dem Schweigen und dem Wegschauen der Gesellschaft. Deshalb muss es uns auch aufrütteln, wenn sich die antisemitischen Ereignisse auch in Basel-Stadt häufen. Was mit antisemitischen Veranstaltungen der in Deutschland verbotenen Terror-Gruppierung Samidoun im Basler Gewerkschaftshaus begann, setzte sich fort mit vielen Demonstrationen in Basel, an welcher »From the River to the Sea, Palestine will be free» skandiert wurde, setzte sich leider auch fort mit einer widerlichen Spuckattacke auf den Rabbiner unserer israelitischen Gemeinde in Basel, setzte sich fort mit vielen antisemitischen Vorfällen auf Pausenhöfen, in Schulklassen, wie uns auch das Erziehungsdepartement bereits berichtet hat, und setzt sich nun leider fort mit dem Entreissen und Verbrennen der israelischen Flagge hier in Basel und leider auch nach meiner Interpellation mit einem schrecklichen Terrorangriff eines 15-jährigen eingebürgerten Tunesiers, welcher sich in einem Video zum IS bekannte und einen jüdischen Mitmenschen abgestochen hat und, man muss es vermuten, umbringen wollte.

Alle diese Ereignisse schreien nach raschem Handeln und ich erwarte deshalb vom Regierungsrat, dass er nicht nur wie heute sehr ausführlich und detailliert Auskunft darüber gibt, welche Ereignisse es im Zusammenhang mit jüdischen Mitmenschen gibt, sondern dass auch ganz konkret gehandelt wird. Hier vertraue ich der Regierung, dass diese Forderungen und Planungen, wie sie Regierungsrätin Stephanie Eymann erwähnt hat, bezüglich eines Massnahmenpakets gegen Antisemitismus, vorangetrieben werden.

Es beruhigt mich auch, dass der Regierungsrat gestern zusätzliche Mittel gesprochen hat für das jüdische Museum, für die Sicherheit. Das sind wichtige Signale, die auch gehört werden. Ich kann Ihnen versichern, dass das, was wir hier im Grossen Rat besprechen, unsere jüdischen Mitmenschen mitbekommen. Ich habe gerade gestern mit der israelischen Botschafterin telefoniert, die sich bei mir bedankt hat. Das wird wahrgenommen. Es wird aber eben auch berichtet, dass die Unsicherheit in der jüdischen Gemeinde immer grösser wird, weil man spürt, dass dieser latente Antisemitismus stark zugenommen hat seit dem Angriff auf Israel am 7. Oktober. Hier sind wir als Gesellschaft gefordert und hier zeigt sich eben auch, dass wir weiterhin grosse Probleme haben und deshalb gehandelt werden muss.

Es ist auch klar aus meiner Sicht, und das bestätigen in der Zwischenzeit auch Integrations- und Rassismusexperten, die mir politisch nicht sehr nahe stehen, dass wir dieses Problem allein mit Prävention nicht lösen werden können. Wir müssen dieses Problem eben auch mit Repression lösen und auch anerkennen, dass ein Teil dieses Antisemitismus leider auch importiert wurde. Das bestätigen diese Vorfälle in Zürich und Basel sehr deutlich und ich hoffe sehr, dass dieser Asylmigrant aus Algerien nun rasch möglichst verurteilt und dann auch ausgeschafft wird. Er ist ja, wie Regierungsrätin Stephanie Eymann heute quasi als Primeur verkündigt hat, illegal in der Schweiz. Er hat sich auch diesem Verfahren wahrscheinlich entzogen, ansonsten wäre das Asylverfahren auch nicht abgeschrieben worden. Das heisst, er ist illegal hier, er hat beim Alter gelogen und da ist es deshalb auch wichtig, dass wir in der Repression so weit gehen, dass wir sagen, wir wollen keine Menschen in unserem Land haben, die sich antisemitisch verhalten, und diejenigen, die keinen Schweizerpass haben, gehören, wenn sie antisemitische Taten begehen – und dazu gehört aus meiner Sicht sicher das Verbrennen einer Flagge und im ganz krasseren Bereich das, was in Zürich passiert ist –, Menschen umgehend aus unserem Land ausgewiesen. Nie wieder ist jetzt, das muss gelten in allen Lebensbereichen. Ich bin mit der Beantwortung der Interpellation zufrieden.

17.10. Interpellation Nr. 24 Béla Bartha betreffend Budget betreffend Budget für Lehrmittel an den Schulen Basel-Stadt

[06.03.24 16:03:49, 01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Beantwortung zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

17.11. Interpellation Nr. 25 Michael Hug betreffend ist der Regierungsrat nicht interessiert an der Erhöhung der Stromproduktion in Basel?

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet.

17.12. Interpellation Nr. 26 Anina Ineichen betreffend Velounfälle am Burgfelderplatz – Folgen und Learnings

[, 24.5093.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet.

14. Petition P467 "Einführung eines obligatorischen Workshops zum Thema Umwelt und Nachhaltigkeit an den Sekundarschulen der Stadt Basel", Bericht der PetKo

[06.03.24 16:04:56, 23.5509.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen. Das Wort geht an den Kommissionspräsidenten Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich Ihnen heute zu insgesamt drei Petitionen, welche die Kommission in den vergangenen zwei Monaten behandelt und verabschiedet hat. Bei den ersten beiden Petitionen handelt es sich um Vorstösse, welche der junge Rat ausgearbeitet und eingereicht hat. Diese sind zwar anlässlich der Kommissionssitzung gemeinsam vorgestellt und beraten worden, ich werde jedoch selbstverständlich separat dazu berichten

Petition 467 Einführung eines obligatorischen Workshops zum Thema Umwelt und Nachhaltigkeit an den Sekundarschulen der Stadt Basel. Zum Anliegen der Pendentschaft: Um die schlimmsten der mit dem Klimawandel verbundenen Szenarien zu verhindern, sei es wichtig, dass die Menschen ihr Alltagsverhalten überprüfen und anpassen. Vielen jungen Menschen sei die Problematik zwar bekannt, nicht aber bewusst, dass sie selbst einen Beitrag zur Verbesserung der Situation leisten können. Wichtig sei zum einen, dass den Leuten bewusst ist, was sie mit ihrem Verhalten auslösen und bewirken, zum anderen, mit welchen Verhaltensänderungen sie einen Beitrag zur Verbesserung leisten können. Der geeignetege Ort zur Wissensvermittlung ist aus Sicht der Petentschaft die Schule, gegen Ende der obligatorischen Schulzeit. Konkret schlägt die Petentschaft einen aus einem theoretischen und einem praktischen Teil bestehenden zweitägigen obligatorischen Workshop für alle Sekundarschülerinnen und -schüler vor. Das fehlende Obligatorium für den Bildungsinhalt Umwelt und Klima stuft die Petentschaft als Mangel am heutigen System ein. Sie stellt fest, dass nach der obligatorischen Schulzeit den wenigsten Basler Schülerinnen und Schülern bekannt ist, wie der Klimawandel funktioniert und was sie dagegen unternehmen können. Dies muss sich aus ihrer Sicht zwingend ändern, was mit einer Bündelung der theoretischen und praktischen Wissensvermittlung in einem Workshop möglich wäre.

Zur Haltung des Erziehungsdepartementes: Der Vertreter des Erziehungsdepartementes erklärte, dass er auf dem Gebiet der Umweltbildung bereits zahlreiche Präventionsprogramme wie Abfall sammeln und Pflanzen pflegen und ernten gibt, die von den Schulen zusätzlich in den Unterricht aufgenommen werden können. Würde ein Workshop als zusätzliches Element in den Lehrplan aufgenommen, ginge dafür aufgewendete Unterrichtszeit zu Lasten anderer Themen. Den von der Petition geforderte Einbezug von Expertinnen und Experten bedinge finanzielle und personelle Ressourcen, die heute für eine flächendeckende Abdeckung nicht vorhanden seien. Die Einführung eines obligatorischen Workshops für ein spezifisches Thema dürfte zudem mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit dazu führen, dass dasselbe für weitere ebenfalls wichtige Themen gefordert wird. Unabhängig von der vorliegenden Petition hat der Vertreter des Erziehungsdepartements festgehalten, dass immer mehr Themen, bei denen eine gesellschaftliche Veränderung stattfindet, in die Schulen getragen werden. Das von der Petition angesprochene Thema sei wichtig und deshalb auch Bestandteil des Lehrplans. Um es

nachhaltig in den Köpfen der Schülerinnen und Schüler zu verankern, sei ein einmaliger Workshop aber auch kaum das geeignete Mittel.

Zur Erwägung der Petitionskommission: Die Petitionskommission stuft die von der Petentschaft angeregte Schulung im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit angesichts der gesellschaftlichen Bedeutung des Themas als wichtig ein. Den entsprechenden Unterrichtsinhalten eine höhere Verbindlichkeit zu geben, findet deshalb ihre Unterstützung. Es darf nicht von den Präferenzen und Schwerpunkten der Lehrpersonen abhängen, in welchem Umfang die Schülerinnen und Schüler sich mit diesem Thema auseinandersetzen. Ob ein zweitägiger Workshop mit externen Expertinnen und Experten das richtige Format ist, kann und will die Petitionskommission aber nicht beurteilen. Wichtig scheint ihr aber, dass das Thema in geeigneter Form zu einem obligatorischen Bestandteil des Lehrplans wird und nicht nur in einzelnen Fächern quasi nebenbei angesprochen wird. Ziel muss eine gewisse Standardisierung sein, also eine möglichst einheitliche Form und ein möglichst einheitlicher Inhalt. Bei der Auseinandersetzung mit dem Thema sollten zudem die Selbstreflexion und das eigene Verhalten im Vordergrund stehen. Festhalten möchte die Petitionskommission an dieser Stelle, dass für die Empfindlichkeit von Themen wie dem vorliegenden und auch das soziale und kulturelle Umfeld der Schülerinnen und Schüler eine Rolle spielt. Ist dieses dafür nicht sensibilisiert, verschlechtert sich diese Ausgangslage.

Zum Antrag der Kommission: Die Petitionskommission beantragt dem Grossen Rat mit 12 zu 1 Stimmen, die Petition an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Als erster hat sich Beat K Schaller für die SVP eingetragen.

Beat K. Schaller (SVP): Der Vertreter des Erziehungsdepartements hat es ja schon klar gesagt und auch der Präsident hat es erwähnt. Die angesprochenen Themen sind bereits im Lehrplan 21 verankert, wohlgemerkt ein Lehrplan, der schon heute überlastet ist. Das Bewusstsein für Umweltfragen zu schärfen – als ob das nicht schon geschähe. Wenn unsere Kinder und Jugendlichen mit etwas zugetrommelt werden, dann ist es das Klima und die Umwelt. Diese Themen sind zu komplex, als dass wir den Schülern vorgaukeln dürften, innerhalb von ein paar wenigen Schulstunden zu erklären, was da passiert. Ja sogar die Expertenwissen nicht, was passiert. Ich zitiere den Weltklimarat, der vor über 20 Jahren sagte: Das Klima ist ein so komplexes System, dass es nicht langfristig vorhergesagt werden kann.

Die Mehrheit der PetKom unterstellt, dass die Themen, die hier angesprochen sind, in der Sek 1 nicht genügend beackert würden. Empirische Grundlagen für diese Aussagen sucht man vergebens. Im Gegenteil, die Petitionäre outen sich ja selbst. Es sollen sogenannte Expert*innen und Aktivist*innen Vorträge halten. Das angebliche Wissen, das da vermittelt wird, können wir heute schon vorhersagen. Es ist das böse CO_2 , die nach böseren Autofahrer und im übrigen sind wir Menschen sowieso ganz böse.

Die Umwelt- und Klimasysteme sind sehr komplexe Themen. Ich hoffe, daran zweifelt hier niemand. Es ist unseriös zu behaupten, ich sage es noch einmal, dies lasse sich in ein paar Schulstunden vermitteln. Wir sehen es schon seit langem, die Gesellschaft wird in diesem Bereich sensibilisiert durch Angstmacherei und Schuldzuweisungen. Und das ist das letzte, was wir brauchen in unseren Klassenzimmern. Wir haben schon genügend Jugendliche, die in der Psychiatrie landen .Aber natürlich wird an der Forderung der Petition festgehalten, denn welch bessere Gelegenheit haben Aktivisten, um junge Menschen zu gängeln, Menschen, denen das kritische Hinterfragen noch nicht so gegeben ist.

Ich kann es nur betonen, die Stundentafel ist beschränkt. Es steht nur eine begrenzte Anzahl Schulstunden zur Verfügung. Welches Fach oder welche Fächer für diese zwei Tage geopfert werden sollen, darüber schweigen sich die Petitionäre und die Mehrheit der PetKom vornehmen aus. Im Gegenteil, sie schreiben ja im Bericht, es soll etwas geopfert werden, aber was, das erfahren wir nicht. Wir in der SVP unterstützen es, wenn Klima-, Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen Teil des obligatorischen Schulfach sind. Und das ist bereits heute der Fall, es gilt in diesem Fall, mit den Lehrern die bestehenden Instrumente umzusetzen.

Zum Fazit dieser Petition: Wenn sie eingeführt wird wie geplant, können unsere Schüler nach der Sek 1 immer noch nicht richtig lesen, schreiben und rechnen, aber im Abfallsammeln sind sie Weltmeister. Wir müssen uns wirklich fragen, ob wir die richtigen Prioritäten setzen. Was nützt es, einen Schulabschluss in «Abfallologie» zu haben, wenn man nicht einmal zusammenrechnen kann, wie viel man gesammelt hat. Vielleicht machen das dann andere, welche nicht einen Schulabschluss im Abfallsammeln haben, sondern welche Natur- oder Ingenieurwissenschaften studiert haben. Wenn wir Menschen mit den natürlichen und auch menschengemachten Änderungen dieser Welt umgehen wollen, dann müssen wir uns auf solche Themen, Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften, konzentrieren. Das sind die richtigen Prioritäten.

Aufgabe unserer Schulen ist es, den Schülern die Freude am Lernen zu vermitteln und um Wissen zu erlernen, welches sie später im Beruf zum Nutzen unserer Gesellschaft und unserer Welt einsetzen. Abfallsammeln und Bäume pflanzen können, das sind ganz ganz winzige Randerscheinungen, mit solchen isolierten Vorgaben werden wir kaum irgendetwas Messbares erreichen. Das Instrument einer Petition ist ein mächtiges demokratisches Instrument, dazu stehen wir. Das darf aber nicht

dazu missbraucht werden, ideologische Themen und Anliegen durchzusetzen und das sehen wir in der SVP im vorliegenden Fall deutlich gegeben. Deshalb bitte ich Sie namens meiner Fraktion, die Petition als erledigt zu erklären.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Zwischenfrage von Oliver Thommen wird angenommen.

Oliver Thommen (GAB): Sie haben kurz zusammengefasst gesagt, das Klima, seine Funktionen und der Klimawandel seien ein so komplexes System, das noch nicht verstanden würde und das man deshalb auch nicht einfach so den Schülern vorwerfen solle. Das Gehirn ist auch noch nicht zur Gänze erforscht und viele seiner Funktionen kennen wir auch noch nicht. Sollten wir dann die Anatomie auch aus den Lehrplänen streichen, weil sie zu komplex ist?

Beat K. Schaller (SVP): Ganz im Gegenteil, dann würden sie ja nicht einmal lernen, wie man Bäume pflanzt und Abfall sammelt. Also nein, die Schulstunden sind beschränkt. Wir dürfen sie nicht missbrauchen für Plattformen von Aktivisten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen damit zum Fraktionssprecher für das GAB Harald Friedl.

Harald Friedl (GAB): Ich darf hier bei diesem Geschäft auch gleichzeitig für die Fraktion der SP sprechen. Ich mache jetzt bewusst keinen Bezug auf meinen Vorredner, das würde ausufern, und ich werde mich an mein Votum halten, dass ich vorbereitet habe.

Umweltschutz mit all seinen Facetten ist ein aktuelles und dringliches Thema bei unseren Jugendlichen. Das zeigen zum Beispiel die Bewegungen wie Strike for Future oder jetzt eben auch diese Petition, die ihren Ursprung beim jungen Rat hat. Auch wenn man mit den Jugendlichen spricht, wird man immer wieder darauf hingewiesen oder man erfährt von Ihnen, dass sie ihre Zukunft bedroht sehen angesichts des Raubbaus, den wir betreiben an unseren Ökosystemen auf unserem Planeten. Die Jugendlichen wünschen sich also, verständlicherweise in meinen Augen, mehr Verständnis und Sensibilisierung in diesem komplexen Thema der Zusammenhänge, die alle zusammengefasst werden mit dem Umweltschutz. Es geht nicht nur um das Klima, die Zusammenhänge des Klimawandels oder der Klimaerwärmung sind sehr komplex. Es geht ja auch nicht darum, dass man jedes letzte Komma versteht, sondern es geht darum, dass man versteht, was passiert und was man dagegen unternehmen kann.

Wir erachten die Vorschläge der Petitionäre und Petitionärinnen als sehr sinnvoll, das Thema Umwelt in Form eines Blocks in der Sekundarschule zu vermitteln. Denn komplexe Zusammenhänge können in Blöcken besser erarbeitet und erfasst werden, als wenn es nur Inhalte von Zeit zu Zeit sind am Rande einer Unterrichtsstunde. Mit den vorgeschlagenen Workshops kann das Thema eben intensiv, konzentriert diskutiert werden und es können auch Lösungsvorschläge erarbeitet werden.

Die Petent:innen konnten uns an der Kommissionssitzung in einer bewundernswerten Ernsthaftigkeit darlegen, was sie denn eigentlich wollen. Sie verdienen daher in meinen Augen wirklich unsere Unterstützung, was sich dann auch in einer fast vollständigen Zustimmung innerhalb der Kommission zeigte. Erstaunt war ich eher auf der anderen Seite bezüglich der eher reservierten Aufnahme der Petition durch den Vertreter des Erziehungsdepartements, der bei der Anhörung in der PetKom anwesend war. Es besteht nur eine geringe Bereitschaft im ED, sich vertieft mit dieser Forderung der Petition auseinanderzusetzen. Es würde mit den wohl bekannten Argumenten operiert, dass es unter anderem bereits im Lehrplan 21 integriert sei. Wir sind aber der Meinung, dass sich da wirklich einiges optimieren lässt und dazu ist ja auch diese Petition da, dass es nämlich einen Denkanstoss gibt im ED.

Wir wollen mit der Überweisung der vorliegenden Petition zur abschliessenden Behandlung dem Regierungsrat hiermit auch einen Auftrag mitgeben, dass er sich dem Vorschlag wirklich annimmt und ein Konzept erarbeitet, wie ein solcher Workshop oder eine ähnliche Form einer Unterrichtseinheit, die vielleicht über 1 bis 2 Tage geht, wirklich annimmt und ein solches Konzept ausarbeitet.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die Mitte / EVP ist die Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): In der Kreuztabelle sehen Sie, dass auch die Fraktion die Mitte / EVP ein E eingetragen hat. Ich möchte das kurz begründen. Wir sind natürlich der Meinung, dass es selbstverständlich sein sollte, dass Schülerinnen und Schüler auf allen Schulstufen und auch auf Sekundarstufe auf verschiedene Weise mit den Themen der Nachhaltigkeit

konfrontiert werden und dass sie die Gelegenheit haben, eine möglichst vielseitige fundierte Sichtweise auf die Probleme und Lösungsansätze zu erhalten.

Wir glauben aber, dass das Thema Nachhaltigkeit auch auf nachhaltige Art und Weise vermittelt werden muss und wir teilen hier die Einschätzungen des ED, dass dies besser geschehen kann, wenn das in verschiedenen Fächern und immer wieder zum Thema wird als einmalig in einem zweitägigen Workshop. Im Deutschunterricht, beim Debattieren zum Beispiel oder beim Lesen und Verstehen von Sachtexten, die ja möglichst aktuelle Themen aufnehmen, in RZG, wenn zum Beispiel in einer geschichtlichen Betrachtung über die Industrialisierung das Thema der Umweltbelastung zum Vorschein kommt, im gleichen Fach, wenn dann Aktualitätsbezüge geschaffen werden, im Fach Natur und Technik, wenn dann eher die naturwissenschaftlichen Aspekte behandelt werden können. Und wenn dann die Schule auch passend zum einen Schulstandort oder zu dem was gerade sonst in der Schule läuft, das Thema auch nochmal auf das Tapet bringen kann, vielleicht im Wasgenring in der Nähe des Bachgrabens, wenn es um Bachreinigung geht. Ein anderes Schulhaus mach ein Schulhausfest und redet vielleicht darüber, wie man mit Recycling umgehen will, wie man die Abfallbewirtschaftung macht, wie man Food Waste verhindert. Im Hauswirtschaftsunterricht übrigens kann das auch ein Thema sein, auch zusammen mit Fragen, mit welchen Nahrungsmitteln man kocht und so weiter und so fort.

Das heisst, der Schulalltag in den verschiedenen Fächern bietet sehr viele Gelegenheiten, diese Thematik einzubringen. Jetzt kann man auch misstrauisch sein und sagen, die Lehrpersonen werden das alle nicht tun. Ein bisschen Vertrauen darin, dass die Lehrpersonen eigentlich gerne Themen aufnehmen, die gerade so aktuell sind, weil das eigentlich Themen sind, bei denen man eher auch das Interesse wecken kann, als wenn man bei der Industrialisierung zum Beispiel Aspekte aufgreift, die keinen Bezug zur Gegenwart der Schülerinnen und Schüler und zu aktuellen Themen haben. Dieses Vertrauen dürfen wir wohl haben, dass das geschieht

Und deshalb ist die Fraktion die Mitte/EVP der Meinung, dass wir hier nicht nochmals diesen Ball dem ED zuspielen müssen, damit sie dann in ähnlicher Weise begründen, warum sie jetzt vielleicht nicht einen solchen zweitägigen Workshop oder ein ähnlich verbindliches Gefäss zur Vorschrift für alle Sekundarschulen machen wollen.

Dazu kommen die auch genannten ganz praktischen Gründe: Wie können die Ressourcen für einen Workshop oder für ein anderes verbindliches Gefäss geschaffen werden? Was fällt weg, wenn man bestimmte verbindliche Gefässe fordert? Darum sind wir der Meinung, dass es eingebunden werden sollte in das, was sowieso geschieht und wir vertrauen den Lehrpersonen, dass sie das dann nicht einfach weglassen. Ich bitte Sie also darum, unserem Antrag zu folgen und die Petition als erledigt zu erklären.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat der Kommissionspräsident noch einmal das Wort. Er verzichtet ebenfalls. Beat K Schaller beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst an RR zur abschliessenden Behandlung gemäss Antrag PetKo, NEIN heisst Erledigt

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 27 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003019, 06.03.24 16:26:21]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 63 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung dafür entschieden, die Petition zur abschliessenden Behandlung gemäss PetKo an den Regierungsrat zu überweisen.

15. Petition P468 "Einführung von umfassender Aufklärung und Prävention gegen Allgemeine und sexuelle Belästigung in schulischen Bildungsprogrammen", Bericht der PetKo

[06.03.24 16:27:00, 23.5510.02]

Christian C. Moesch (FDP): Zum Anliegen dieser Petition beziehungsweise der Petentschaft: Die Vertreterin der Patentschaft hat mit Bezug auf den ausführlichen Petitionstext auf die Wichtigkeit und Bedeutung einer verstärkten Prävention und besseren Aufklärung über allgemeine und sexuelle Belästigung hingewiesen. Ich als geeignet stuft die Petentschaft dafür die zweite Klasse der Sekundarschule ein. Die Schülerinnen und Schüler sollen sich den Konsequenzen von Belästigungen bewusst werden und den richtigen Umgang mit dem Thema sowohl theoretisch als auch praktisch lernen. In einem solchen Rahmen wäre es für Schülerinnen und Schüler einfacher, über ihre Erfahrungen und Erlebnisse zu sprechen. An der Sekundarschule gäbe es nur freiwillige Angebote, die wiederum nur einen Teil der Schülerinnen und Schüler erhielten.

Zur Haltung des Erziehungsdepartements: Gemäss dem Vertreter des Erziehungsdepartements ist die sexuelle Aufklärungs Bestandteil des Lehrplans 21 im Fach Natur Mensch Gesellschaft. In der dritten Primarklasse findet das obligatorische Programm «Mein Körper gehört mir» statt. Alle Lehrpersonen sind verpflichtet, einen Sensibilisierungsanlass zum Thema Prävention vor sexueller Gewalt an Kindern zu besuchen. Für ältere Schülerinnen und Schüler gibt es weitere, allerdings nicht obligatorische Programme. Diese können von den Schulen gebucht und extern eingekauft werden.

Im April 2023 hat zudem der Grosse Rat dem Regierungsrat die Motion Karin Sartorius und Konsorten betreffend «Sexualisierte Gewaltprävention soll bereits in der Schule beginnen» überwiesen. Diese verlangt eine Stärkung der Präventionsmassnahmen betreffend sexualisierte und öffentliche Gewalt an den Schulen, dies mit dem Ziel, dass alle Schülerinnen und Schüler über die gesamte Schullaufbahn hinweg an altersgerecht gestalteten Präventionsprogrammen teilnehmen können. Der Regierungsrat ist also bereit, das Thema Sexualität und körperliche Integrität weiterzuverfolgen. Er kann sich vorstellen, weitere obligatorische und/oder freiwillige Angebote zu schaffen. Orientiert worden ist die Petitionskommission weiter darüber, dass verwaltungsintern eine Bündelung aller Programme im Präventionsbereich im Gange ist. Damit sollen die künftigen Prioritäten und allenfalls zusätzlich obligatorisch zu vermittelnde Inhalte definiert werden. Dass die Lehrpersonen mitentscheiden können, welche Schwerpunkte gesetzt werden, ist aus Sicht des Erziehungsdepartements richtig.

Zu den Erwägungen der Petitionskommission: Die Petitionskommission stuft das Anliegen der Petentschaft, an der Sekundarschule ein obligatorisches Aufklärungs- und Präventionsprogramm gegen allgemeine und sexuelle Belästigung einzuführen, als grundsätzlich berechtigt ein. Dasd Handlungsbedarf besteht, zeigt auch die vom Grossen Rat mit deutlichem Mehr überwiesene Motion von Karin Sartorius und Konsorten. Da der Regierungsrat also bereits einen entsprechenden Auftrag hat, beantragt die Petitionskommission dem Grossen Rat, die Petition dem Regierungsrat zur abschliessend Behandlung zu überweisen. Dass die einzelnen Schulen und Lehrpersonen bei der Gestaltung des Unterrichts aufgrund der Heterogenität eine gewisse Autonomie haben sollen, stellt die Petitionskommission nicht in Frage. Dass kein flächendeckendes Angebot zur Prävention vor sexualisierter Gewalt existiert, stuft sie jedoch als unbefriedigend ein. Sie unterstützt deshalb die in der Petition aufgestellten Forderungen und erwartet, dass es nach der laufenden Überprüfung aller Präventionsprogramme in diesem Bereich mehr obligatorische Angebote gibt. Ob die jungen Menschen über die mit allgemeinen und sexuellen Belästigungen verbundenen Folgen aufgeklärt werden, darf nicht dem Zufall oder dem Willen von einzelnen Lehrpersonen überlassen werden. Angezeigt sein dürfte zudem der Einbezug von externen Spezialistinnen und Spezialisten, da zum einen nicht alle Lehrpersonen gleich befähigt sein dürften, diese Inhalte zu vermitteln, zum anderen ein gewisser Standard und eine gewisse Qualität sichergestellt sein sollte.

Dass die Schulen tendenziell immer mehr erzieherische, eigentlich den Eltern obliegende Aufgaben übernehmen müssen, stuft die Positionskommission als gesellschaftliche Tatsache ein. Eine Voraussetzung für den nachhaltigen Erfolg von Programmen wie etwa eines zur Prävention vor sexueller Belästigung ist deshalb auch die Sensibilisierung für die Problematik im sozialen und kulturellen Umfeld der Schülerinnen und Schüler.

Zum Antrag: Wie bereits erwähnt, beantragt die Petitionskommission dem Grossen Rat einstimmig, die Petition an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Gianna Hablützel-Bürki hat sich für die SVP eingetragen.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Am 19. April 2023 hat der Grosse Rat dem Antrag bezüglich sexualisiert Gewalt zugestimmt und der Vorstoss wurde überwiesen. Es scheint jedoch wenig plausibel, warum nun eine zusätzliche Petition mit ähnlicher

Zielsetzung überwiesen werden sollte. Die Forderung nach einer Petition zur Integration, umfassender Aufklärung und Prävention gegen allgemeine sowie sexuelle Belästigung im Schulischen Bildungsprogramm für ältere Schülerinnen und Schüler wirkt wenig sinnvoll. Die bereits vorhandenen Massnahmen und vielfältigen Angebote auch des Ressorts Prävention gegen Gewalt bieten bereits umfassende Unterstützung für alle Altersgruppen.

Das Erziehungsdepartement weist daraufhin, dass bereits Programme zur sexuellen Aufklärung im Lehrplan verankert sind, beginnend im Kindergarten und bis zur Sekundarschule. Das Programm und die obligatorische Sensibilisierung der Lehrpersonen bieten bereits eine umfassende Basis für die Auseinandersetzung mit dem Thema.

Die Petitionskommission betont die Autonomie der Schulen und Lehrpersonen bei der Gestaltung des Unterrichts. Eine zwangsweise Einführung eines weiteren verpflichtenden Programms würde also die Flexibilität und individuelle Anpassungsfähigkeit an die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler einschränken. Zudem würde die Umsetzung neuer obligatorischer Programme zusätzliche finanzielle Mittel und Ressourcen erfordern. Für Weiterbildungen zum Thema, wie zum Umgang mit den problematischen Verhaltensweisen Gewalt, Radikalisierung und strafrechtlichen Aspekten, kann man sich direkt an das Ressort Prävention Gegengewalt wenden. Bei Bedarf zieht das Ressort auch andere Dienststellen hinzu und betont die Zusammenarbeit mit relevanten Akteuren wie Schulsozialarbeit, schulpsychologischem Dienst, Kinder- und Jugenddienst sowie Familien- und Erziehungsberatung. Die bestehende Struktur ist somit darauf ausgerichtet, einen ganzheitlichen Ansatz zur Prävention von Gewalt und problematischen Verhaltensweisen in schulischen Kontexten zu gewährleisten.

Der Regierungsrat hat also bereits Massnahmen in Bezug auf die Prävention gegen sexualisierte Belästigung und allgemeine Gewalt an den Schulen eingeleitet. Die Tatsache, dass Schulen zunehmend erzieherische Aufgaben übernehmen müssen, die eigentlich den Eltern obliegen, ist sehr bedauerlich. Es muss einmal mehr betont werden. Kindererziehung ist nicht Aufgabe des Staates.

Aus den genannten Gründen spricht sich die SVP-Fraktion gegen die Überweisung dieser Petition aus.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Wir haben schon wieder eine Bildungspetition vor uns und das zeigt auch ein wenig, wo offenbar die Probleme in diesem Kanton liegen. Neben Verkehr ist die Bildung, gefühlt, jedes zweite oder dritte Mal Thema im Grossen Rat. Und die Antwort aus dem Erziehungsdepartement ist, etwas abstrahiert, immer die gleiche: Ja, das ED findet das Thema auch ganz wichtig, ja, es gibt ganz viele Programme und Projekte und es steht sowieso alles schon im Lehrplan 21. Aber was dann durchgeführt wird in den Schulklassen, das ist abhängig von der Lehrperson. Wenn Sie Glück haben und eine Lehrpersonen haben, die entweder super motiviert ist oder das Thema äusserst wichtig finden, dann wird das Thema behandelt, und sonst halt leider nicht. Und leider hat das ED keinen Einfluss darauf, was in den Schulklassen dann wirklich behandelt wird, ausser es geht um ein obligatorisches Angebot. In diesem Zusammenhang ist diese Petition vielleicht ein bisschen anders als alle anderen, hier gibt es ein obligatorisches Angebot, ja, es gibt ein obligatorisches Aufklärungsangebot in der Primarschule.

Ich bin sehr froh, dass es dieses gibt, aber Sie wissen alle, dass Aufklärungsarbeit schon auch altersgerecht stattfinden soll, das heisst, Sie können in der Primarschule nicht alles durchnehmen, was die Kinder und Jugendlichen bis Ende ihrer Schullebens alles gelernt haben sollten. Das heisst, es braucht unbedingt auch in den weiterführenden Schulen Angebote. Und dass diese freiwilligen Angebote, diese Programme, die grundsätzlich zur Verfügung stehen, nicht reichen beziehungsweise nicht oft genug abgeholt werden, hat die Petentschaft sehr klar ausgeführt. Es geht hier eben nicht «nur» um die Prävention vor sexualisierter Gewalt, das alleine würde ja reichen, um eine Petition zu machen, es geht auch um die Aufklärung. Und das betrifft eben die bereits überwiesene Motion nicht.

Deshalb ist es aus unserer Sicht sehr wichtig, dass wir als Ergänzung zur Motion Sartorius, die wir hier überwiesen haben, diese Petition hinzufügen. Die Petitionskommission beantragt die abschliessende Bearbeitung durch den Regierungsrat zusammen mit der Motion. Es geht also jetzt nicht darum, weitere parallele Prozesse zu schaffen sondern darum, dass die Bearbeitung der Motion Sartorius mit dieser Petition ergänzt wird.

Und vielleicht noch etwas Grundsätzlicheres: Wir haben jetzt ja gerade zwei solche Petitionen hintereinander behandelt, und bei der letzten gesagt wurde, es sei halt schwierig, weil es sonst schon so viele Sachen gibt und man müsse dann halt schauen, ob da nicht andere inhaltliche Angebote oder Lerninhalte wegfallen. Vielleicht braucht es schon einmal eine Überprüfung, nicht gerade das Stundentafel, aber welche Prioritäten innerhalb der Fächer gesetzt werden. Ich erwarte vom Erziehungsdepartement schon, dass man etwas genauer hinschaut. Ich möchte an eine an eine Petition erinnern, in der es darum ging, wie die Fragen von Diskriminierung in der Schule behandelt werden. Da hiess es, im Fach Ethik, Gesellschaft und so weiter würde nur Religion unterrichtet werden. Es ist nicht schlimm, dass das auch darin vorkommt. Aber wenn das Erziehungsdepartement keinen Einfluss hat darauf, was in den einzelnen Fächern dann auch behandelt wird und welche

zwingenden Inhalte durchgesetzt werden, dann frage ich mich schon, weshalb so viele Menschen in diesem Departement arbeiten.

Aber zurück zu dieser Petition: Bitte überweisen Sie diese dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP hat das Wort Nicole Amacher.

Nicole Amacher (SP): Auch wir von der SP unterstützen das sehr wichtige Anliegen der jungen Petentschaft. Wir sind dafür, die Aufklärung und die Präventionsprogramme gegen allgemeine und sexuelle Belästigungen im schulischen Bildungssystemen noch verbindlicher zu implementieren. Sie haben es schon gehört, die sexuelle Aufklärung ist bereits Bestandteil des Lehrplans 21 und liegt in den verschiedenen Stufen in der Verantwortung der Lehrperson. Wann und wie das Thema aufgenommen wird, ist nebst den vielen Aufgaben und Ansprüchen an Lehrpersonen eine weitere grosse Verantwortung, insbesondere beim Thema der sexualisiertenGewalt. Für ältere Schülerinnen und Schüler existiert zwar ein nicht obligatorisches Programm, das nennt sich Herzsprung, Freundschaft, Liebe, Sexualität ohne Gewalt, das von den Lehrpersonen gebucht werden kann. Wir waren jedoch sehr erstaunt zu hören vom ED, dass die finanziellen Mittel beim ED und somit bei den einzelnen Schulen nicht ausreichend eingeplant sind, so dass dieses Programm überhaupt standardmässig gebucht werden könnte, wenn dies gewollt würde.

Das darf nicht sein und da erwarten wir, dass die dafür nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Deshalb sind wir für die Überweisung zur abschliessenden Stellungnahme der Regierung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Gianna Hablützel-Bürki beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Wir stimmen deshalb darüber ab.

Abstimmung

JA heisst an RR zur abschliessenden Behandlung gemäss Antrag PetKo, NEIN heisst Erledigt

Ergebnis der Abstimmung

70 Ja, 17 Nein, 6 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003022, 06.03.24 16:41:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petition geht an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung. Sie haben dies mit 70 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen 6 Enthaltungen entschieden.

16. Petition P470 "Umnutzung leere Bürogebäude zu Wohnraum", Bericht der PetKo

[06.03.24 16:41:25, 23.5549.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert 6 Monaten zu überweisen. Das Wort hat der Kommissionspräsident Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich zur Petition 470 Umnutzung leere Bürogebäude zu Wohnraum.

Zum Anliegen der Petentschaft: Vertreter der Petition sind der Ansicht, dass die 2018 vom Basler Stimmvolk angenommene Volksinitiative Recht auf Wohnen bisher nicht ausreichend umgesetzt wurde. Die Zahl der in Basel-Stadt als obdachlos gemeldete Personen ist seit Einführung der Initiative lediglich um 20 Prozent zurückgegangen und liegt weithin bei rund 320 Personen. In Basel besteht ein erheblicher Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Die Petentschaft anerkennt, dass es in einer

dicht bebauten Stadt wie Basel nicht einfach ist, neuen und vor allem bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Sie sieht deshalb Potenzial in der Umwandlung von Bürogebäuden in Wohnungen. Zukünftig ist gemäss der Patent-Schaft nicht damit zu rechnen, dass leerstehende Büroflächen wieder ihrer ursprünglichen Nutzung zugeführt werden. Vielmehr wird die Zahl der leerstehenden Büroflächen noch weiter zunehmen. Sie fordert den Staat einerseits dazu auf, geeignete eigene Immobilien umzuwidmen und andererseits Anreize für Einzelpersonen zu schaffen, ungenutzte Bürogebäude in Wohnraum umzuwandeln. Dafür spricht, dass mehr Wohnraum benötigt wird und ein Überangebot an Büroflächen besteht Die Petitionsvertreter erwähnten insbesondere auch junge Menschen, die sich im Übergang zwischen Schule und Beruf befinden und auf Sozialhilfe angewiesen sind. Diese könnten von der Umwandlung von Bürogebäuden in Wohnräume besonders profitieren. Insgesamt stellt die Petentschaft fest, dass ein akuter Mangel an bezahlbarem Wohnraum besteht für Menschen mit einerseits sehr begrenzten finanziellen Mittel, aber auch limitierten Wohnkompetenzen. Auf Fragen der Kommission erklärten die Vertreter der Petition, dass Personen ohne festen Wohnsitz überwiegend auf eigene Faust nach Wohnungen suchten. Für obdachlose Menschen ist es wichtig, ein Dach über dem Kopf, ein eigenes Bett, ein eigenes Bad und Kochmöglichkeit zu haben.

Die Haltung des Präsidialdepartements: Die Vertreterin des Präsidialdepartements hat zum einen dargelegt, wie die Umnutzung von Bürogebäuden in Wohnraum von der Kantons- und Stadtentwicklung grundsätzlich beurteilt wird, zum anderen, welche Massnahmen der Kanton zugunsten wirtschaftlich schwächerer Menschen auf dem Wohnungsmarkt ergriffen und geplant hat. Wir haben heute auch dazu bereits einiges gehört. Der Büroleerstand hat sich im Kanton Basel-Stadt in den letzten Jahren erhöht. Dieser stieg durch den Zusammenzug der Büroarbeitsplätze der Roche auf der eigenem Areal auf über 5 Prozent an. Bei Wirtschaftsflächen wird der Leerstand in dieser Grössenordnung allerdings als gesund eingestuft. Die Nachfrage nach Büroflächen sinkt aber durch Flächenoptimierung und das vermehrte Homeoffice. Dem steht jedoch wiederum das Beschäftigungswachstum entgegen, denn bis 2035 soll es im Kanton Basel-Stadt 220’000 Arbeitsplätze geben.

Der Kanton ist gemäss der Vertreterin des Präsidialdepartements im Jahr 2014, basierend auf einer Potenzialstudie, davon ausgegangen, dass infolge der erwähnten Absichten der Roche bis 2021 durch Umnutzung von Büros 400 bis 600 zusätzliche Wohnungen entstehen könnten. Rückblickend lässt sich feststellen, dass innerhalb von acht Jahren 450 Wohnungen entstanden sind, allerdings kaum preisgünstige. Aufgrund der unterschiedlichen Struktur von Büro- und Wohnhäusern sind Nutzungsänderungen mit hohen Umbaukosten verbunden. Sie liegen im Schnitt etwa bei 80 Prozent der Kosten von Neubauten. Wirtschaftlicher als bei reinen Bürogebäuden dürften die Umnutzung bei zum Wohnen gebauten, später aber in Büros oder zum Beispiel Arztpraxen umfunktionierte Gebäude sein. Solche wieder in ihren ursprünglichen Zweck zurückzuführen ist einfacher, da die Grundstruktur auf das Wohnen ausgerichtet ist. Die meisten privaten Eigentümerinnen und Eigentümer von Büroliegenschaften gehen zudem grösstenteils davon aus, dass leerstehende Räumlichkeiten früher oder später wieder vermietet werden können. Die Zahl der Umnutzung ist deshalb eher gering.

Zur Umsetzung des Verfassungsauftrages, dem Ausbau des Angebotes an Preis zu günstige Wohnungen hat der Regierungsrat verschiedene Massnahmen ergriffen. Seit 2014 existiert die Objekthilfe bei Genossenschaftswohnungen. Mit der Abgabe von Baurechten an Genossenschaften mit einer breiten Mieterschaft werden diese Bemühungen weiter verstärkt. Die Immobilien Basel-Stadt hat das ebenfalls das auf eine breite Mieterschaft ausgerichtete Wohnbauprogramm 1000 Plus lanciert. Zudem ist die Einrichtung einer öffentlich-rechtlichen Stiftung für preisgünstigen Wohnraum vom Grossen Rat beschlossen worden. Sie soll mit dem Kauf von Wohnungen in Bestandesbauten zum Erhalt von günstigem Wohnraum beitragen. Schliesslich verfügt der Kanton über eine gewisse Zahl an Notwohnungen. Das Pilotprojekt Housing First für wohnungs- und obdachlose Menschen mit geringen Wohnkompetenzen soll weitergeführt und ausgebaut werden. Wir haben heute, wie Sie ja wissen, darüber abgestimmt.

Zudem soll der Anteil der preisgünstigen Wohnung von 13,5 Prozent im Jahr 2018 auf 25 Prozent im Jahr 2050 steigen. Als für den Kanton kaum möglich bezeichnet hat es die Vertreterin des Präsidialdepartementes, leerstehende Wohnhäuser zu kaufen und die Wohnungen an besonders benachteiligte Menschen zu vermieten. Auch die von der Stiftung für preisgünstigen Wohnraum erworbene Gebäude sind in der Regel bewohnt. Eine Herausforderung ist es auch, einzelne Wohnungen für das Housing First zu finden. Im Rahmen von Housing First Plus ist es ja die Absicht des Regierungsrates, eine Immobilie zu kaufen, die ausschliesslich für die Betreuung wirtschaftlich benachteiligter Menschen mit unzureichender Wohnkompetenz zur Verfügung steht.

Zu den Erwägungen der Petitionskommission: Die Petitionskommission geht mit der Petentschaft einig darin, dass es in Basel mehr bezahlbaren und zugänglichen Wohnraum für wenig begüterte Menschen braucht. Dass in Basel über 300 Menschen als wohnungslos gemeldet sind, stuft sie allerdings als Alarmzeichen ein. Ein Fragezeichen setzt die Kommission hinter den von der Pendentschaft ins Spiel gebrachten Lösungsvorschlag, ist doch mit der Umwandlung von Büros in Wohngebäude noch kein günstiger Wohnraum geschaffen. In der Tendenz dürfte die Umnutzung von grossen Büroflächen in, wie von der Pendentschaft gefordert, kleine Wohneinheiten, sogar überproportional aufwendig und teuer sein, braucht es doch für jede einzelne Wohnung eine Grundinfrastruktur wie etwa Nasszelle oder Küche.

Mit Blick auf die Zielgruppe der Petition hinaus kann sich die Petitionskommission durchaus vorstellen, dass die Umnutzung von Büroräumlichkeiten zur Minderung der Wohnungsknappheit beitragen kann. Dass sich aufgrund der Umbaukosten nicht

jedes Bürogebäude dafür eignet, kann sie nachvollziehen. Die Umwandlung von Büro- in den Wohnraum sollte aber nicht auf das Ziel der Schaffung von günstigem Wohnraum reduziert und die Idee deshalb weiterverfolgt werden. Je mehr Wohnraum zur Verfügung steht, desto einfacher wäre es auch für Leute mit kleinem Budget, eine Wohnung zu finden.

Zum Antrag der Petitionskommision: Da am Hearing einige Fragen offen geblieben sind, beantragt die Petitionskommission einstimmig dem Grossen Rat, die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 6 Monaten zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Als erster hat sich Andreas Zappalà für die FDP eingetragen.

Andreas Zappalà (FDP): Wenn ich die Kreuztabelle anschaue, dann hätte ich vermutlich auch sitzen bleiben können, aber der Antrag der Petitionskommission hat uns in der Fraktion schon ein bisschen geärgert. Vor allem geht es heute wieder darum, dass man eine Petition hat. Die Petition wurde eigentlich sehr gut von der Petitionskommission bearbeitet, die einzelnen Fragen wurden geklärt, und dann stellt man am Schluss über diese Petition hinausgehende Zusatzfragen an den Regierungsrat. Offenbar wurden diese Fragen im Hearing nicht geklärt. Wenn das so ist, dann hätte man ja auch noch nachfragen können und dann diese Beantwortung in den Kommissionsbericht einbauen können.

Aber ungeachtet dessen wurde ein Teil dieser Fragen heute morgen schon beantwortet, als wir das Traktandum 10 behandelt haben. Mindestens zwei dieser Fragen wurden nämlich dort schon thematisiert. Und dann gibt es ja auch noch den Anzug Adrian Iselin, den wir vor ein paar Wochen überwiesen haben. Auch dort geht es um die Frage, inwiefern Büroräume zu Wohnräumen umfunktioniert werden können. Also auch dort wird der Regierungsrat berichten, wie das möglich ist und was seine Meinung dazu ist.

Aus diesem Grund macht es gar keinen Sinn, dass man den Regierungsrat nochmals mit Fragen bombardiert oder die Verwaltung mit Fragen bearbeiten will. Die sollen sich auf die Fragen konzentrieren, die tatsächlich im Raum stehen und nicht auf Fragen, die noch durch eine zusätzliche dritte Kommission gestellt werden.

Im übrigen hat die Kommission, wie bereits gesagt und das hat der Kommissionspräsident jetzt auch sehr klar erläutert, Stellung genommen zur Problematik der Umnutzung von Geschäftsliegenschaften oder Geschäftsräumen zu Wohnraum. Für mich ist das Anliegen, dass man eine Umnutzung von Geschäftsräumlichkeiten zu Wohnräumen, die dann auch noch preisgünstig sein müssen, ein Widerspruch, denn das ist fast nicht möglich. Man kann durch Umnutzung mehr Wohnraum schaffen, aber man kann nicht umnutzen und so viel mehr preisgünstigen Wohnräumen schaffen dass es wirklich auch etwas bringt.

Aus diesem Grund bitte ich Sie im Namen der Fraktion FDP, die Petition als erledigt zu erklären.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die Fraktion SP ist Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Ich spreche auch für die Fraktion des GAB. Ich möchte Ihnen gemeinsam mit der Mehrheit der Petitionskommission empfehlen, diese Petition an den Regierungsrat zur Beantwortung der Fragen zu überweisen. In diesem Kanton haben wir es momentan mit einem Kapitalstreik zu tun, das Kapital streikt und weigert sich, im Wohnbereich das zu tun, was es angeblich sonst immer machen will, nämlich adäquaten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. In diesem Kontext muss alles wieder auf den Tisch, auch etwas, das wir in in diesem Kontext in diesem Rat auch schon diskutiert haben, zum Beispiel das Vorkaufsrecht des Kantons. Es ist darum umso wichtiger und zentral, dass wir uns diesen Fragen jetzt noch einmal annehmen. Ich glaube auch, dass die Petition anders als andere Vorstösse, die wir zu diesem Thema schon behandelt haben, sehr konkret ist, und sie kommt auch von derjenigen Petentschaft, die 2018 eine Volksinitiative in diesem Kanton erfolgreich bestritten hat und das Recht auf Wohnen in der Verfassung verankert hat.

In diesem Sinne finde ich es sehr gut, wenn wir in diesen Zeiten des Kapitalstreiks im Wohnbereich auch den Regierungsrat bitten, diese Fragen zu beantworten. Ich bitte Sie im Namen der SP und der GAB-Fraktion, die Petition zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert 6 Monaten zu überweisen. Andreas Zappalà hat den Antrag gestellt, sie als erledigt zu erklären. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Erledigt , NEIN heisst an RR zur Stellungnahme gemäss Antrag PetKo

Ergebnis der Abstimmung

20 Ja, 68 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003024, 06.03.24 16:54:49]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben mit 68 Nein-Stimmen gegen 20 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung entschieden, die Petition zur Stellungnahme an den Regierungsrat zu überweisen.

18. Motion 1 Franz-Xaver Leohnhardt für einen Neuanfang beim Areal Horburg

[06.03.24 16:55:07, 24.5018.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Die erste Wortmeldung als Einzelsprecher geht an Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Heute geht es in die nächste Runde für das Horburg-Areal. Wir diskutieren die erste Überweisung einer Motion, die einen echten Neuanfang ermöglichen könnte. Ich denke, alle hier drin in diesem Saal und vor allem auch die Quartierbewohner:innen vor Ort haben den Scherbenhaufen und die Ohnmacht noch bestens in Erinnerung, welcher die Regierung, die CS aka UBS unter fleissiger Mithilfe der HKBB angerichtet haben. Der Motionär Franz-Xaver Leonhardt verbindet nun mit diesem Vorstoss geschickt eine grundsätzliche Position mit diesem konkreten Scherbenhaufen aus unserer aktuellen Stadtentwicklung. Es ist ein politisches Angebot, den gordischen Knoten zu zerschlagen und einen echten Neuanfang an diesem Ort zu wagen. Nachdem die Hochhausträume zerbrochen sind, ist das genau der richtige Vorstoss zur richtigen Zeit.

Zum Grundsätzlichen: Diese Motion erinnert an die heute leider verschüttete Idee einer liberalen Bodenpolitik. Diese wurde von einem prominenten Basler, Hans Bernoulli, geprägt. Sein Buch» Die Stadt und ihr Boden» gilt heute noch als das Standardwerk. Darin sind folgende Grundsätze beschrieben: Erstens, die Gemeinde verkauft kein Land. Zweitens, die Gemeinde erwirbt in privatem Eigentum stehendes Land nach Möglichkeit. Drittens, die Gemeinde lässt ihr Land durch Private Nutzen, indem sie ihnen ein Baurecht einräumt an diesem Land. Geradezu aktuell klingt eine weitere Passage in diesem Buch: Die Stadtbaukunst von heute ist ohnmächtig. Es ist klar, dass Kunst und Wissenschaft von der Stadt mit einer wirkungsvoll vollen Bodenpolitik Hand in Hand gehen müssen, wenn sie zur Verwirklichung kommen wollen. Das klingt in unseren Ohren aktueller denn je. Gestern Hans Bernoulli, heute Franz-Xaver Leonhardt, das ist bürgerliche Politik.

Zum Konkreten: Was waren eigentlich die Hauptargumente des Widerstands? Versuchen wir uns zu erinnern, und man kann es heute in der Mittagsausgabe der Baz, auch nochmals nachlesen, die Eigentümerin hat mehrfach und über verschiedene Kanäle immer wieder angekündigt, dass sie ohne rechtsgültigen Bebauungsplan erwägt, das Areal Horburg zu verkaufen und nicht mehr baulich weiterzuentwickeln. Diese Drohung kennen wir auch aus anderen Debatten und ich nenne es genau wie mein Vorredner Beda Baumgartner Kapitalstreik. Kapitalstreik ist die Praxis von Unternehmen, Neuinvestitionen in eine Volkswirtschaft zurückzuhalten, bis eine für sie günstigere Politik Einzug findet. Mir kommen diese Beweggründe bekannt vor. Bei unserer Megabank UBS kommen vermutlich noch interne Gründen dazu, die muss ich gar nicht weiter ausführen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, und vor allem diejenigen der Parteien, die sich einer liberalen Grundhaltung verschrieben haben, Sie müssen wirklich keine Angst haben. Ihr Kollege Franz-Xaver Leonhardt hat sich bei diesem Vorstoss ganz bestimmt keine roten Handschuhe angezogen. Diese Motion zeugt lediglich von einem hervorragenden bürgerlichen Polithandwerk. Das muss ich neidlos eingestehen. Einen solch weitsichtigen Vorstoss unterstützt die SP sehr gerne, und ich hoffe, hier folgt die bürgerliche Zusammenarbeit.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Andreas Zappalà.

Andreas Zappalà (FDP): Meiner Art entsprechend werde ich eher sachlich argumentieren und nicht so theatralisch. Ebenso bin ich mir nicht sicher, ob es wirklich ein Lob ist, wenn ein Bürgerlicher mit seinem Vorstoss so gelobt wird von einem Linken im Parlament. Ich bin zwar Einzelsprecher hier, ich weiss aber, dass mein Votum unterstützt wird von der FDP-Fraktion und auch von der GLP-Fraktion.

Ich glaube, es ist darin klar, dass auf bürgerlicher Seite Anliegen, die den Kauf von Boden durch den Kanton oder die Einwohnergemeinde zum Inhalt haben, nicht sehr gut ankommen. Hier haben wir grundsätzliche Differenzen zu unseren Kolleginnen und Kollegen aus der SP oder dem Linksgrünen Bündnis.

Ob diese Motion zum richtigen Zeitpunkt kommt, mag ich zu bezweifeln. Was wir im Moment haben, ist ein Bebauungsplan, den wir hier diskutiert haben und den wir dann zurückgewiesen haben an den Regierungsrat. Im Moment gibt es also keine rechtlichen Grundlagen, dass hier sich an diesem Grundstück irgend etwas ändert. Die Motion will nun, dass der Regierungsrat Kaufvertragsverhandlungen aufnimmt, und zwar innerhalb eines Jahres. Diese Verkaufsvertragsverhandlungen müssen dann auch zu einem positiven Ergebnis führen. Wenn man dann gekauft hat, dann muss man einen Bauträger bestimmen und dieser Bauträger muss dann neu planen. Die Rückweisung an den Regierungsrat hat genau das zum Inhalt, nämlich dass der Regierungsrat mal schauen soll, was man neu planen kann und welche Möglichkeiten es gibt in Zusammenarbeit mit dem Quartier und mit der heutigen Eigentümerschaft.

Wenn nun der Regierungsart sagt, er sei vom Parlament verpflichtet worden, Vertragsverhandlungen aufzunehmen, dann ist das ein Signal an die Gegenseite, zu sagen, ja, wenn die kaufen müssen, dann bestimmen wir den Kaufpreis. Und dieser Kaufpreis ist dann nicht ein Kaufpreis, den man jetzt einfach so zahlt, sondern das ist dann eher ein Kaufpreis, der höher liegt. Was handelt man sich mit dem Kauf der Liegenschaft ein? Nichts anderes, als was die Eigentümerschaft heute hat, nämlich eine unklare Rechtslage, Probleme im Bebauen dieses Grundstückes. Und da stellt sich mir schon die Frage, wollen wir jetzt Geld aufwenden, damit wir dann ein Grundstück haben, über dessen Bebauung im Quartier gestritten wird? Wollen wir nicht lieber Leitplanken setzen der heutigen Eigentümerschaft und sagen, das ist bebaubar, das ist nicht bebaubar, hier setzt das Quartier Grenzen. Ich bin der Meinung, dass dieser Weg der richtige ist, und dass die Rückweisung an die Regierung, die wir beschlossen haben, der richtige Weg war. Die Regierung soll jetzt schauen, zusammen mit dem Quartier und der Eigentümerschaft, was möglich ist, und dementsprechend vorgehen. Aus diesem Grund bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Ich muss zugeben, als ich zuerst von diesem Vorstoss gelesen habe, damals noch in der Zeitung, nicht die Motion selber, musste ich ein bisschen den Kopf schütteln und schmunzeln. Das ist wieder mal Franz-Xaver Leonharst mit einem ungewöhnlichen Vorgehen, mit einer fixfertigen Visualisierung. Das kann man so machen, okay. Als ich dann den Vorstoss selber auch noch gelesen habe, musste ich sagen, dass es sinnvoll ist, so vorzugehen. Ivo Balmer hat es bereits sehr deutlich ausgeführt und auch mit vielmehr Hintergrundwissen als ich das hier machen kann, auch mit viel mehr Rhetorik. Aber es ist klar, wir haben eine verfahrene Situation. Und mit dem, was die CS damals noch zusammen mit der Regierung gemacht hat, haben sie sich verrannt. Dieses Projekt war nicht bewilligungsfähig, hatte nie eine Chance auf eine Mehrheit bekommen. Wir haben es zurückgewiesen mit der Idee, dass ein Neuanfang gemacht werden kann.

Einen kreativen Neuanfang braucht es jetzt, und ich denke, dieser Vorstoss ermöglicht das und ermöglicht eben auch, dass nicht die Interessen eines privaten Investors ganz hochgestellt werden, sondern dass man wirklich schauen kann, was die Bevölkerung möchte und was Sinn für den ganzen Kanton macht. Und das ist eben einfacher, wenn das Land auch dem Kanton gehört. Und gerade weil es eben auch sehr unsicher ist, wem dieses Land, dieses Areal, diese Überbauung irgendwann gehören wird – die UBS hat ja angetönt, dass sie das Land vielleicht verkaufen möchte –, macht das Sinn, dass der Kanton das Land selber kauft. Vielleicht ist es ja auch nur eine leere Drohung, der Verkauf durch die UBS. Das könnte schon auch sein, denn wir wissen, diese Überbauung ist rentabel, da braucht es keine Weiterentwicklung. Es braucht kein Hochhaus, damit das funktioniert und es ist eine sehr attraktive Überbauung. Da möchten die Menschen sehr gerne wohnen, es hat für das Quartier ist sehr viel Grün. Es hat viel Charme und bietet gutes Zusammenleben zwischen den verschiedenen Blocks.

Wenn man schon davon redet, dass man Angst hat, was sich der Kanton hier einhandelt, muss man entgegnen, dass wir schon ab und zu ein Risiko eingehen, wenn der Kanton etwas kauft, ich denke ans Rosental, aber bei dieser Überbauung besteht nun wirklich kein grosses Risiko. Man weiss, was man bekommt und man kann schlussendlich auch ein bisschen mit sich selber das Ganze weiterentwickeln. Und wir als Grosser Rat und die Bevölkerung haben endlich die Möglichkeit, auch wirklich mitzureden und zu schauen, dass es eine sinnvolle Entwicklung gibt. Ich bitte Sie, der Motion zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ob Sie nun mein Votum zu baufreundlich oder -unfreundlich, zu wenig bürgerlich oder zu stark links oder umgekehrt finden, ist mir offen gesagt egal. Es geht mir um die Sache. Ich bin immer wieder begeistert von der Rhetorik von Ivo Balmer, auch wenn ich meistens seine Meinung nicht vertrete.

Aber es stimmt natürlich, dass wir im Dezember diesen Ratschlag zurückgewiesen haben, weil er einfach nicht mehrheitsfähig war. Das heisst nicht generell, dass wir gegen Bauen in diesem Kanton sind, das heisst auch nicht generell, dass wir jetzt als Kanton grossflächig Areale kaufen sollten. Es heisst schlicht und einfach, dass die Quartierbevölkerung diesen Ratschlag nicht wollte. Der Widerstand war riesig. Ich habe vor und nach dieser Debatte viele Nachrichten kommen aus der Quartierbevölkerung. Als wir von der SVP damit argumentierten, wurden wir medial etwas belächelt, dass das jetzt unser Hauptargument ist, diesen Ratschlag zurückzuweisen. Selbstverständlich kann man dieses Argument belächeln, wenn man keine Ahnung von Politik hat, aber selbstverständlich macht man natürlich auch Politik für die Menschen. Und dieses Hochhaus war halt einfach nicht mehrheitsfähig.

Zur Motion: Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass diese Motion der falsche Weg ist. Wir haben diesen Ratschlag an den Regierungsrat zurückgewiesen, damit der Regierungsrat verschiedene Varianten prüfen kann. Wir sagen nicht, dass dieser Kauf gar keine Option ist, aber wir sagen auch nicht, dass es die einzige Option ist. Wenn man aber den Motionstext etwas genauer liest, dann sieht man, dass Verhandlungen mit dem Eigentümer aufgenommen werden sollen und möglichst auch der Vertrag abgeschlossen werden soll. Das ist schon sehr, sehr absolut. Da sind wir eher der Meinung, dass der Regierungsrat jetzt verschiedene Möglichkeiten prüfen soll, wie man hier weiter vorgeht.

Aus Sicht der SVP-Fraktion kann ich Ihnen auch ehrlich sagen, es ist auch eine Option für uns, dass dort jetzt nicht zwingend viel neuer Wohnraum entstehen muss. Wenn Sie immer sagen, dass hier im dichtbesiedelten Gebiet im ganzen Kanton, im Kleinbasel zwingend neue Wohnungen entstehen müssen, weil es nicht anders geht und weil die Nachfrage zu hoch ist, dann rate ich Ihnen dringend, sich mit der Nachhaltigkeitsinitiative der SVP Schweiz auseinanderzusetzen. Wenn Sie immer das Narrativ vertreten, dass eine 10-Millionen-Schweiz kein Problem ist und hier bei ein paar Dutzend neuer Wohnungen der Widerstand in der Quartierbevölkerung derart gross ist, dass ein derartiges Projekt scheitert, dann haben wir hier doch mehr Probleme, als Sie hier teilweise alle denken. Dementsprechend sind wir nicht in der Verantwortung zu sagen, dass wir überall neuen Wohnraum schaffen müssen, während der Widerstand in der Quartierbevölkerung gross ist. Wir müssen dort neuen Wohnraum schaffen, wo es auch akzeptiert ist, in der breiten Bevölkerung. Das war bei diesem Projekt nicht der Fall. Deshalb haben wir es abgelehnt. Jetzt ist der Regierungsrat am Ball und dafür benötigt es keine neue Motion, die dem Regierungsrat direkt vorgibt, welche Option die richtige ist.

Dementsprechend bitte ich Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich beginne relativ trocken. Ich habe mal in unserer Geschäftsordnung geschaut, § 42 Abs. 3, darin wird gesagt, dass unzulässig eine Motion sei, die auf den verfassungsrechtlichen Zuständigkeitsbereich des Regierungsrates, auf einen Einzelfallentscheid usw. einwirken will. Ich nehme an, die Regierung wird, falls diese Motion überwiesen wird, zu Recht prüfen, ob sie überhaupt zulässig ist. Das interessiert natürlich die Vertreter der Bodenverstaatlichungsideologie, zu denen neuerdings auch die Mitte zählt, und ihr definierter Präsident nicht.

Aber wie soll die Regierung das jetzt umsetzen? Da nimmt sie ja ein bisschen Geld in die Hand, das wahrscheinlich das Kompetenzkonto übersteigt. Wo ist da irgendwo ein finanzrechtlicher Beschuss dafür? Sie sagen, das Finanzvermögen, aber das Finanzvermögen sollte eben nach Prinzipien angelegt werden, die nicht politisch vorgegeben werden durch einen Einzelbefehl, um das ein bisschen zu verdeutlichen. Andreas Zappalà hat schon darauf hingewiesen, wenn Sie jetzt dem Regierungsrat Carte blanche geben, der UBS das Areal abzukaufen, dann höre ich jetzt schon die Champagnerkorken, nicht nur das Alarmtelefon von Raoul Furlano. Das Finanzvermögen über einen politischen Auftrag zu plündern, koste es was es wolle – über so viel Naivität der Mitte staune ist wirklich.

Wir können die Regierung in ihrer Weisheit überlassen, vielleicht ist der Kauf dieses Areals eine gute Idee. Dann soll sie das selber machen und ohne preistreibenden Auftrag durch die Mitte, die wie Honig das Lob der Linke einsaugt. Ich bin wirklich erstaunt. Wenn die Mitte nach links abdriftet, ist eine Mehrheit nicht möglich, aber ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen. Da wird gegen das Prinzip in unserer Verfassung verstossen. Es wird sehr unklug gehandelt und das alles noch begründet mit einer Verstaatlichungsideologie. Es ist ein wichtiges Thema. Vielleicht will die Regierung das aus eigenem Entscheid im Finanzvermögen kaufen, sofern es sich um einen angemessenen Preis handelt. Da lobe ich dann vielleicht, aber das über eine Motion anzustossen, ist unverantwortlich.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Ich begrüsse grundsätzlich das Anliegen von Franz-Xaver Leonhardt in einem Punkt, nämlich dass er die Entwicklung des Areals vorantreiben will und mehr Wohnraum entstehen lassen will. Die Fraktion kann jedoch die Motion nicht unterstützen. Die Motion suggeriert, dass sich etwas ändere bezüglich der Qualität des Projektes, wenn der Staat den Boden kauft. Die CS-Anlagestiftung hat über die letzten 10 Jahre alle Optionen geprüft, Wettbewerbe gemacht und ist zum Schluss gekommen auch durch die Beratung der Verwaltung, dass das Projekt, das keine Akzeptanz gefunden hat, die bestmögliche Verdichtungsform ist auf diesem Perimeter.

Es liegen also nicht andere Optionen vor, die grundsätzlich besser wären. Wir haben hier ein Gebiet, auf dem Liegenschaften stehen, die unter Denkmalschutz gehören, und das erschwert die Entwicklung in einer extremen Weise, genau so wie der darunter liegende Strassentunnel. Diese wichtigen Punkte muss man auch noch ins Feld führen, um die Optionen genau zu sehen. Was ändert sich, wenn der Kanton den Boden kauft? Ich gehe nicht davon aus, dass er einfach die Gebäude im Baurecht abgeben kann und jemand einen adäquaten Preis dafür bezahlt, denn wenn das der Fall ist, dann kann ja die CS-Anlagestiftung das auch selbst machen.

Es ist ein interessantes Thema, das hier angesprochen wird und David Jenny hat es auch schon bereits erwähnt. Hier fordert der Motionär, dass Steuergelder, die im vom Finanzvermögen liegen, verwendet werden, um einfach ein Projekt zu kaufen, das mit Anforderungen, die wir selbst definiert haben, so belastet sind, dass es der Eigentümer nicht als rentabel auffasst und darum, wir haben es heute in der Zeitung gelesen, allenfalls verkaufen will. Die Steuergelder im Finanzvermögen müssen auch eine angemessene Rendite abwerfen können. Ansonsten müsste man das Areal ins Verwaltungsvermögen kaufen, und dafür sind auch wir im Grossen Rat zuständig. Das wäre dann immerhin eine gerechte Behandlung dieses Geschäfts.

Ich weiss nicht, welches Signal wir aussenden, wenn wir sagen, wir kaufen alle Projekte oder Immobilien, die nicht mehr rentabel sind oder die Schwierigkeiten haben. Sie haben es alle gelesen, der Kanton hat das Clara-Areal gekauft, die Gartenstrasse gekauft, und die LDP ist kritisch diesen Käufen gegenüber. Wir wollen kein Signal aussenden an die ganze Stadt im Sinne: «Habt ihr ein Problem mit eurer Liegenschaft, verkauft sie uns und geht nach Basel-Landschaft oder Solothurn.» Dies darf nicht das Signal sein.

Ich glaube auch, Hans Bernoulli hätte in der heutigen Zeiten anders darüber geschrieben, wenn die Auflagen so hoch wären, dass der Steuerzahler eigentlich den Scherbenhaufen bezahlen muss und der Private dann einfach verkauft. Das ist auch ein Grund, wieso wir diese Motion nicht unterstützen können. Die Diskussion aber, wer der Bodeneigentümer sein soll in einem dicht besiedelten Gebiet wie der Kanton Basel-Stadt, müssen und werden wir führen, und da bieten wir auch Hand daz. Aber nicht in der Form dieser Motion. Und darum bedanke ich mich dafür, wenn Sie die Motion nicht überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Ivo Balmer an? Sie wird angenommen.

Ivo Balmer (SP): Mich interessiert nur, inwiefern Sie das Gefühl haben, dass der Architekt Hans Bernoulli heute die Bodenspekulation nicht mehr als Problem für die Planung sehen würde, er, dessen Hauptproblem die Bodenspekulation und die Planung war.

Michael Hug (LDP): Damals waren die Rahmenbedingungen wohl anders. Man hatte nicht so ein enges Korsett an Anforderungen, die man erfüllen musste, und vielleicht gab es auch keine Baukommission, die zum Teil Vorschriften machte, dass ein Bau gar nicht mehr möglich war. Und die gleichen Anforderungen muss auch der Kanton als Eigentümer erfüllen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich glaube, es wurden alle Argumente auf den Tisch gelegt. Daher kann ich nur noch eines vorbringen, das mir aber als wichtiges Argument erscheint. Es spielt keine Rolle, ob man jetzt will, dass der Kanton mehr Boden kauft oder nicht. Da haben wir einen grossen Graben. Aber wenn Sie diese Motion überweisen, erreichen Sie nur eines, und das ist ein Hochtreiben des Preises.

Daher wäre ich Ihnen sehr dankbar, Sie würden sie nicht überweisen. Ich finde, es sind Themen, die man auch mal in einer Kommission ansprechen könnte. Man kann uns auch einladen, das ist kein Problem. Man kann darüber diskutieren. Aber die Überweisung dieses Vorstosses halte ich für unsere Staatsfinanzen nicht für sinnvoll.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zum Motionär Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Ich danke schon vorweg für diese wirklich interessante Diskussion. Für mich ist es wie der Gang nach Canossa. Ich habe das extra als Einzelmotionär unterschrieben, als einfaches Parteimitglied der Mitte, das scheinbar seine Verantwortung nicht übernimm. Einige sagen, ich sei in der falschen Partei. Nein, ich bin in der richtigen Partei, und am Montag können unsere Mitglieder wählen, ob sie ein Co- Präsidium möchten. Sie sind ganz frei. Nachher werde ich solche Einzelgänge nicht mehr machen, ich habe dann einen anderen Hut auf.

Sie kennen den Canossagang. Der deutsche Kaiser hatte Krach mit dem Papst. Der Papst hat ihn exkommuniziert, er war dann drei Tage vor der Burg und sie haben sich wieder vertragen. Ich hoffe, wir vertragen uns dann heute Abend auch noch.

Was will ich erreichen? Sie haben den Scherbenhaufen erwähnt, wie dieser zustande gekommen ist, wissen wir alle. Ich hatte die Idee, diese Motion einzureichen. Es ist mir wichtig, es ist eine Idee von mir, jetzt halt als Motion. wie dieser gordische Knoten gelöst werden kann. Ich bin doch etwas erstaunt. Ich bin kein Jurist und kann nicht sagen, ob die Motion zulässig ist oder nicht, ich habe mir das auch nicht überlegt. Ich bin nicht so gewandt wie David Jenny. Aber das einzige Argument dreht sich um den Preis. Schauen wir doch den Preis mal an. Es geht hier um eine Fläche von 15’000 m2. Man bezahlt ungefähr 3’500 Franken, was leider schon sehr viel ist. Das ergibt eine Totalsumme von 52 Millionen Franken. Jetzt sagt Regierungsrätin Tanja Soland, ich würde den Preis hochtreiben. Ja das stimmt. Nehmen wir an, es seien 20 Prozent zu viel. Dies wird ja bewertet und ich bin ja nicht so dumm zu schreiben, dass das Areal zu jedem Preis gekauft werden müsse. Das ist eine Unterstellung. Ich fordere Kaufverhandlungen, ber nicht, dass das Areal zu jedem Preis zu kaufen sei. Bitte lesen Sie die Motion richtig. Jetzt nehmen wir an, dass die Regierung wegen meiner Motion 20 Prozent zu viel bezahlt. Dann sind das zehn Millionen. Die UBS muss ja noch Steuern bezahlen über den Mehrwert, und da können wir noch 20 oder 30 Prozent Prozent abziehen. Der eventuelle Mehrpreis, den ich allenfalls durch meine Motion verursache, beträgt dann noch acht Millionen. Was machen wir mit acht Millionen? Wir können einen halben Kilometer neue Tramschienen bauen. Das kostet sicher mehr. Wenn wir dieses Land haben, haben wir auch einen Baurechtszins. Nehmen wir an, dieser beträgt 2 Prozent. Das sind jedes Jahr Zinsen von einer Million. In 100 Jahren haben wir einen Ertrag von 100 Millionen. Es ist gut angelegtes Geld. Ich würde es machen.

Mein Verband, der Gewerbeverband, hat mich ja auch angegriffen. Ein Problem ist, dass die Regierung einen Schutzvertrag für Unterschutzstellung dieser Gebäude gemacht hat. Das ist ein Problem, weil die Verdichtung durch diesen Schutzvertrag nicht gemacht werden sollte. Jetzt bitte ich, das Bild einzublenden. Das ist eine Möglichkeit. Wenn wir wieder anfangen und die Unterschutzstellung nur von unten und oben, mit einer Leichtbauweise von Holz Wohnraum auf dem Bestand schaffen, wäre das eine Lösung.

Ich bitte Sie also, seien Sie mutig. Die Erstüberweisung ist noch nicht schlimm. Man könnte sie wieder zurückweisen. Ich bitte Sie, geben Sie sich einen Ruck. Ich bleibe bei der Mitte und danke vielmals für die Diskussion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfragen von David Jenny und Beat K Schaller an? Sie werden angenommen.

David Jenny (FDP): Ich habe die Anspielung auf den Reuegang nach Canossa als Rückzug der Motion verstanden. Liege ich völlig falsch?

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Sie liegen vollkommen falsch, das ist parteiintern.

Beat K. Schaller (SVP): Sie haben eine interessante Aussage gemacht. Der Kanton soll Kaufsverhandlungen führen, aber nachher dann doch nicht kaufen. Das verstehe ich nicht.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Nein, Sie verstehen das schon. Ich habe gesagt, die Regierung soll verhandeln, aber nicht zu jedem Preis kaufen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisung der Motion.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 45 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003027, 06.03.24 17:28:44]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Abstimmung zu wiederholen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gab ein nicht funktionierendes Gerät. Wir wiederholen die Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung (Stichentscheid des Präsidenten)

46 Ja, 45 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003029, 06.03.24 17:30:01]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 46 Ja-Stimmen bei 45 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

19. Motion 2 Michael Hug und Konsorten betreffend mehr Transparenz bei projektbezogenen Beschäftigungsverhältnissen im Kanton Basel-Stadt

[06.03.24 17:30:17, 24.5021.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir kommen zu den Einzelsprechenden Michela Seggiani hat sich zuerst eingetragen.

Michela Seggiani (SP): Diese Motion evoziert, dass das Vorgehen bei Stellen, die projektbezogen sind, nicht transparent sei. Es wäre interessant gewesen, in einer schriftlichen Anfrage die Frage zu stellen, was mit den Stellen und den Stellenbesetzungen passiert, wenn das entsprechende Projekt abgeschlossen ist. Im Text der Motion wird vermutet, dass die Vollzeitstellen behalten und die Personen verschoben werden.

Wenn dem so ist, nehme ich an, dass jeweils in der Abteilung entsprechend und genau budgetiert werden muss. Die Verwaltung, wir wissen es, ist ja auch verpflichtet nach dem Öffentlichkeitsprinzip, da transparent zu agieren und auch entsprechend zu arbeiten. Die Motion fordert auf, rechtliche Grundlagen anzupassen. Meiner Meinung nach ist es aber ja noch gar nicht sicher, ob es das braucht, weil es zuerst erfragt wird. Genau für solche Fragen ist, ich wiederhole mich, eine schriftliche Anfrage ideal. Oder man kann ja auch einmal informell telefonisch oder per E-Mail nachfragen. Mit einer Motion dann gleich so mit der Tür ins Haus zu fallen erachten wir von der SP-Fraktion nicht als zielführend und deshalb sind wir auch gegen die Überweisung dieser Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GAB): Im Namen des GAB bitte ich Sie, diese Motion nicht zu überweisen. Eine Motion scheint uns das falsche respektive zu starke Mittel zu sein. Meine Vorrednerin hat das ja auch schon ausgeführt. Es wäre zuerst zu prüfen, ob die in der Motion dargelegten Behauptungen auch wirklich eintreffen. Entsprechend wäre die Fraktion bei einem milderen Mittel wie einer Anfrage oder vielleicht sogar einem Anzug vermutlich offener gewesen.

Persönlich stellt sich für mich noch die Frage, ob das Parlament oder zumindest die beiden Aufsichtskommissionen mit den Berichten zur Jahresrechnung und zum Budget nicht bereits genügend Möglichkeiten zur Hand haben, die Situation beim Personal zu analysieren und in der Budgetdebatte entsprechende Konsequenzen zu ziehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Regierungsrat möchte die Motion nicht entgegennehmen. Das liegt aber nicht am Thema inhaltlich, sondern eigentlich mehr aus formalen Gründen. Es sind sehr operative Fragen, die wir gerne mit Ihnen diskutieren können, vor allem auch mit der Finanzkommission würde das Sinn machen. Sie werden, wenn Sie die Motion überweisen, sehen, dass es nicht so einfach ist, eine Stellungnahme zu machen. Es ist wohl eher eine Frage des Aushandelns. Was sollen wir darstellen im Budgetbericht oder Jahresbericht? Das besprechen wir jeweils mit der Finanzkommission und das macht auch Sinn. Die Motion ist nicht das ganz geeignete Mittel. Daher bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen. Aber selbstverständlich würden wir die Themen auch gerne mit der Finanzkommission aufnehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Albietz.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Gerne gebe ich Ihnen bekannt, dass die Motion von Michael Hug durch die Fraktion der Mitte/EVP unterstützt wird. Natürlich bedauern wir, dass solche Vorstösse überhaupt nötig sind. Wir wünschen uns in diesen Fragen eigentlich mehr Selbstregulierung und Augenmass in der Verwaltung. Aber das stetige Verwaltungswachstum ist vermeintlich ein Naturgesetz, ein Dogma oder ein Axiom, und für Menschen, die dieses ungebremste Wachstum nicht gutheissen, stellt sich die Frage, wie es wirksam eingedämmt werden kann.

Kurz nach dem zweiten Weltkrieg formulierte der britische Historiker Cyrill Parkinson ein Gesetz zum Wachstum der Bürokratie. In der Kurzfassung lautet es wie folgt: Erstens, die Arbeit dehnt sich genau in dem Mass aus, wie Zeit für ihre Erledigung zur Verfügung steht und nicht in dem Mass, wie komplex sie tatsächlich ist. Zweitens, Staatsangestellte wünschen grundsätzlich die Zahl ihrer Untergebenen, nicht aber die Zahl ihrer Rivalen zu vergrössern. Drittens, Staatsangestellte schaffen sich gegenseitig Arbeit. Fazit: Die Bürokratie bläst sich eigendynamisch auf, wenn diese Eigendynamik nicht konsequent zurückgebunden wird.

Auch in Basel-Stadt wächst die Verwaltung bekanntlich unaufhörlich. Die Gegenüberstellung von Bevölkerungs- und Personalentwicklung macht deutlich, dass das Personalwachstum im Verhältnis zur Anzahl Kantonsbewohnerinnen und -bewohner seit Jahren überproportional ist. Die Verwaltung wächst demnach trotz Skaleneffekten deutlich schneller als die Bevölkerung in unserem Kanton. Ein Teil des Problems Problems ist, dass die Verwaltung nicht rentieren muss. Umso mehr wäre die Eindämmung des stetigen Personal- und Ressourcenwachstums eine strategische Aufgabe der Regierung und eine Führungsaufgabe in der Verwaltung.

Damit es klar ist: Die Motion verlangt im Grunde nur die Eindämmung des Wachstums, nicht die allenfalls auch mögliche Verkleinerung und Restrukturierung von Verwaltungseinheiten. Dafür gäbe es verschiedene Ansatzpunkte: Digitalisierung, gesteigerte Effizienz, Stärkung der verwaltungsinternen Mobilität, Outsourcing von Aufgaben sowie internes Wirkungscontrolling. Also man könnte durchaus auch in die andere Richtung gehen. Zwar wäre es, wie gesagt eine Führungsaufgabe, den Personalbestand mit den genannten und weiteren Massnahmen unter Kontrolle zu halten. Wenn diese jedoch nicht oder nur ungenügend wahrgenommen wird, muss offenbar das Parlament mit solchen Vorstössen Abhilfe schaffen. Entsprechend bitten wir Sie, die Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage vor von Michela Seggiani. Sie wird angenommen.

Michela Seggiani (SP): Diese Motion sagt nicht explizit, dass sie dieses sogenannte ungebremste Wachstum stoppen möchte. Warum steht es denn nicht drin, wenn Sie das erreichen wollen?

Daniel Albietz (Mitte-EVP): So wie ich die Motion verstanden habe, will sie primär Transparenz schaffen, um dann eben je nachdem weitere Massnahmen zu ergreifen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen damit zum Motionär Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Ich habe das Instrument der Motion gewählt, weil es für mich ein sehr dringliches Problem ist. Sie wurde eingereicht, nachdem die Budgetdebatte geführt wurde, und ich habe auch gesehen, dass diese Diskussion virulent auch in anderen Kantonen geführt wird. Die Motion zielt nicht nur auf eine Gesetzesänderung ab. Eine Motion kann auch den Regierungsrat auffordern, eine Massnahme zu ergreifen. Wie Sie sehen, gibt es in meinem Vorstoss keine direkte Anweisung, ein Gesetz zu ändern. Darum ist meines Erachtens die Motion durchaus ein gutes und richtiges Instrument, indem jetzt auch drei Monate Zeit gegeben wird, einen ersten Bericht zu geben. Aus diesem Grund kann ich auch nicht verstehen, dass die Fraktion der SP dagegen ist mit dem Vorwand, dass die Motion das falsche Mittel sei, aber keine inhaltliche Stellung dazu bezieht.

Die Zahlen sprechen für sich. Während die Bevölkerung zwischen 2011 und 2021 nur um 5 Prozent gewachsen ist, hat das Staatspersonal im Kanton Basel-Stadt um ganze 16 Prozent zugenommen. Diese Diskrepanz ist alarmierend und erfordert Massnahmen. Marco Portmann, Ökonom am Luzerner Institut für Wirtschaftspolitik, meinte zur basellandschaftlichen Zeitung, Basel schwinge schweizweit oben aus, was das Wachstum von Vollzeitstellen in den letzten 10 Jahren angeht. Die Auswirkungen des übermässigen Staatswachstums reichen weit über die Verwaltung hinaus und haben direkte Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Der öffentlichen Sektor bietet im Durchschnitt höhere Löhne als der private Sektor, was zu einem anerkannten Fachkräftemangel in kleinen und mittleren Unternehmen führt. Dies, meine Damen und Herren, verzerrt den Wettbewerb und beeinträchtigt die Wirtschaft insgesamt.

Die Motion zielt darauf ab, die Schaffung befristeter Stellen für projektbasierte Aufgaben zu regulieren, um sicherzustellen, dass diese Positionen nicht dauerhaft in der Verwaltung verbleiben. Zugegeben ist das Parlament nicht unschuldig an dieser Entwicklung, aufgrund vieler Vorstösse, welche arbeitsaufwändig generieren. Beispiele sind der Ausbau der Fernwärme, Informatikprojekte oder auch die Überbauung der Transformationsareale. Sind die Projekte beendet, ist man geneigt, die entsprechenden Personen für andere Aufgaben zu verwenden. Kommen wiederum neue Vorstösse, werden wiederum Headcounts beantragt. Dies fördert das Stellenwachstum. Ich habe mir das nicht aus den Fingern gesogen, wie suggeriert wird. Ich habe natürlich Gespräche geführt im Vorfeld, ich habe auch das vertieft und es gibt natürlich eine Neigung, im Kanton Basel-Stadt wird tendenziell oder grundsätzlich nicht temporär angestellt und dann muss man auch schauen, was man mit den angestellten Personen wiederum macht. Es gibt natürlich durch diese Vorstösse immer ein Argument, wiederum Personen einzustellen, was auch komplett nachvollziehbar ist aus einer Perspektive der Verwaltung. Mehr Mitarbeitende sind natürlich immer gern gesehen als Unterstützung.

Die Motion möchte hier ansetzen und die Behörden dazu verpflichten, alle projektbezogenen Stellen im Jahresbericht transparent auszuführen. Gegen Transparenz, nehme ich an, hat niemand etwas in diesem Parlament. Es soll auch eine Rechtfertigungsobliegenheit geben, ob die Stelle noch benötigt wird beziehungsweise ob das Projekt noch andauert. Das ist in der Privatwirtschaft ebenfalls der Fall. Dauert ein Projekt länger, kann der Grosse Rat im Rahmen des Budgetprozesses eine Verlängerung der befristeten Stelle beantragen. Es sollen nach Möglichkeiten von Anfang an Temporärstellen geschafft werden. Dies ist auf Bundesebene teils auch so vorgesehen.

Wir müssen sicherstellen, dass die Verwendung von Steuergeldern transparent und verantwortungsbewusst ist, insbesondere bei befristeten Projekten wie Infrastruktur- und Informatikprojekten. Es ist an der Zeit, dass wir gemeinsam eine nachhaltige Lösung finden, die die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt und sicherstellt, dass der Staat effektiv und effizient arbeitet, was ich natürlich hier nicht in Frage stellen möchte.

Aus diesem Grunde bitte ich Sie, diese die Motion zu überweisen. Machen wir heute den ersten Schritt für eine Verbesserung der Situation.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Oliver Thommen an. Sie wird angenommen.

Oliver Thommen (GAB): Sie haben gesagt, es sei ein dringendes Problem. Sie haben in der Motion keine Frist gesetzt, das heisst nach § 43 Abs. 3 geht es vier Jahre, bis der Regierungsrat das umsetzen muss. Möchten Sie nicht doch lieber einen Anzug einreichen?

Michael Hug (LDP): Ich will eine Massnahme und nicht ein Prüfen und Berichten erwirken. Und zum ersten Punkt: Ich habe bewusst keine Frist gesetzt, weil es immer heisst, in dieser Frist sei es nicht möglich, dies umzusetzen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisung der Motion.

Bis alle anwesend sind, kann ich Ihnen noch etwas anderes sagen. Es ist so, dass die Prognose der Geschäfte und der Dauer besagt, dass wir nächste Woche noch genau bis am Mittag ungefähr beschäftigt sind. Ich gehe davon aus, dass wir in einer Woche nur eine halbtägige Sitzung haben werden. Das ist noch nicht ein definitiver Entscheid, weil wir ja bei einem Traktandum dann ja auch plötzlich ganz lange diskutieren können. Aber wenn wir so unterwegs sind wie bisher, wird es nächste Woche nur eine halbtägige Sitzung geben.

Jetzt kommen wir also zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 44 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003031, 06.03.24 17:45:40]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wurde überwiesen mit 49 Ja-Stimmen gegen 44 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

20. Motion 3 Joël Thüring betreffend bequem durch die Innenstadt mit einem Tramersatz – damit betagte und mobilitätseingeschränkte Personen und das Gewerbe nicht vergessen gehen

[06.03.24 17:45:54, 24.5031.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Als erste Sprecherin hat sich Raffaela Hanauer eingetragen.

Raffaela Hanauer (GAB): Meine Fraktion und ich haben wenig Verständnis für diese Motion. Auch uns ist natürlich wichtig, dass alle Menschen barrierefrei in die Innenstadt kommen können, und dies möglichst immer. Und auch uns ist wichtig, dass die Geschäfte in der Innenstadt möglichst wenig betroffen sind und von den Gleissanierungen, die notwendig sind, tangiert werden. Aber das ist nicht die erste Baustelle in der Innenstadt, wo Trams nicht fahren können. Gleissanierungen sind wichtig, damit die Trams sicher durch die Stadt kommen. Üblicherweise sorgt die BVB im Rahmen ihrer Möglichkeiten für einen Ersatzverkehr, auch bei der Linie 3 ist bereits ein Ersatzverkehr mit Bussen angekündigt. Wir hätten uns gewünscht, dass Joël Thüring diese Abklärungen fundiert trifft, die parlamentarische Arbeit ernst nimmt, zuerst einmal eine schriftliche Anfrage macht oder den Hörer in die Hand nimmt und bei den Zuständigen nachfragt, was dann die Ersatzverkehrspläne sind. Er hat das nicht getan. Wir finden, mit einer Motion direkt so einzufahren unverständlich und bitten Sie daher, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Georg Mattmüller.

Georg Mattmüller (SP): Ich kann Raffaela Hanauer eigentlich nur zustimmen. Eine Interpellation hätte es auch getan, dann hätte man die Informationen erhalten. Nach meinen Abklärungen wird es eine Ersatzlösung geben, daher können wir uns diese Motion sparen. Ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, diese nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Sie haben es gesehen, die Regierung möchte die Motion nicht entgegennehmen. Das ist auch vor allem dem geschuldet, dass auch wir die Motion nicht als geeignetes Mittel sehen, einerseits aufgrund der Frist, auch wenn sie dringlich überwiesen worden wäre im Februar, die Baustelle ist, wie Sie vielleicht wissen, bereits im April und eine Erstüberweisung ist noch kein Auftrag zur Erfüllung, sondern einfach mal zur Berichterstattung. Also schon vom zeitlichen her scheint uns die Motion nicht geeignet. Und dann ist es doch ein sehr operatives Thema, etwas sehr Konkretes. Ich kann nur anbieten, Sie dürfen mir jederzeit eine E-Mail schreiben, mich etwas fragen, selbstverständlich auch eine Interpellation einreichen, und dann werde ich solche Dinge auch gerne abklären.

Hier ist es sogar die BVB, die zuständig ist. Und ich kann Ihnen sagen, dass doch einige Leute auf uns, auf den Kanton, aber auch auf die BVB zugegangen sind mit der Frage, ob sich da nicht noch was machen lässt. Ich kann Ihnen so viel schon sagen, das es sehr gut aussieht, obwohl es nicht ganz einfach ist, weil eben nicht nur die Tramgleise gesperrt sind, sondern auch die Strasse neu gemacht wird. Die Strasse ist gar nicht frei, um sich zu bewegen mit Fahrzeugen. Deshalb gibt es auch keinen standardmässigen Ersatzbus, wie wir das sonst manchmal machen, wenn Tram-Trassees gesperrt sind. Aber es zeichnet sich eine Lösung ab, die die BVB voraussichtlich auch bald kommunizieren kann, weil der Steinenberg respektive dieser Perimeter natürlich sehr sehr intensiv genutzt wird.

Insofern darf ich Sie nochmals bitten, diese Motion nicht zu überweisen. Denn was passiert sonst? Wir würden Ihnen einfach in drei Monaten berichten, was passiert oder nicht passiert ist. Das scheint mir das falsche Mittel zu sein. Wir sind schon daran, das kann ich Ihnen versichern.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Raoul Furlano an? Sie wird angenommen.

Raoul I. Furlano (LDP): Falls durch eine externe Kommunikationsfirma, wird das kommuniziert?

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Das können wir zum Glück mit eigenen Ressourcen, respektive die BVB kann das mit eigenen Ressourcen kommunizieren. Normalerweise machen wir das relativ zeitnah zu den eigentlichen Bauarbeiten, damit die Leute auch wissen, wann die Bauarbeiten stattfinden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit kommen wir zum Motionär, der damit auch selber sagen kann, mit wem er telefoniert hat und mit wem nicht.

Joël Thüring (SVP): Ich bin Raffaela Hanauer sehr dankbar, dass sie mir als ehemaligem Grossratspräsident die parlamentarischen Instrumente erklärt. Ich kenne sie natürlich selbstverständlich nicht. Vielen Dank für die Belehrung. Auch generell finde ich es immer schön, wenn man so belehrende Voten hält, wenn man selber bei Vorstössen vielleicht manchmal sich auch zwei Mal überlegen könnte, ob es einen solchen Vorstoss braucht. Wenn ich auf der Liste der letzten Monate schaue, was alles mit einem Telefonat hätte erledigt werden können, was hier die Ratslinke eingebracht hat, dann wäre die Swisscom wahrscheinlich wegen der Überlastung der Linie zusammengebrochen. Ich finde es immer sehr speziell, wenn man der einen Seite vorwirft, dass man etwas telefonisch hätte klären können, aber bei beim eigenen Anliegen ist dann das Telefon, das wahrscheinlich auch noch eher abgenommen werden würde, weil man der Regierungsmehrheit angehört, offenbar weiter weg.

Ich möchte damit nicht unterstellen, dass Regierungsrätin Esther Keller meinen Anruf nicht entgegengenommen hätte, aber jetzt möchte ich einfach schon dieses Narrativ, dass man ja schon etwas machen wollte, noch ein wenig korrigieren. Das ist einfach nicht klar. Es gab eine Pressekonferenz, das weiss Regierungsrätin Esther Keller sehr gut, an dem diese Projekte der Bauarbeiten in der Innenstadt vorgestellt worden sind, und da war genau diese Tramsperrung, die für viele Menschen und auch für das Gewerbe in der Innenstadt nicht einfach so toll ist, sehr wohl ein Thema. Auf die entsprechende Nachfrage auch eines Journalisten von Telebasel hat der zuständige Leiter der Abteilung in der BVB gesagt, es werde wird nicht möglich sein, einen Tramersatz anzubieten. Jetzt also so zu tun, als wäre das doch schon von Anfang an angedacht gewesen und mein Vorstoss hätte auch überhaupt keinen Einfluss darauf gehabt, dürfen Sie sich gerne erzählen, ich glaube nicht daran.

Selbstverständlich war es richtig, dass dieser Vorstoss auch eingereicht wurde, und es ist ja auch bis heute nichts kommuniziert. Raoul Furlano hat auf seine Zwischenfrage auch keine Antwort darauf bekommen. Also normalerweise werden doch solche Dinge selbstverständlich bei der Ankündigung einer Sperrung zum ersten Mal auch publik gemacht und wenn es dann zur Sperrung kommt, ein zweites Mal, damit es die Menschen, die davon betroffen sind, nicht vergessen.

Deshalb ist es tatsächlich so, und da bin ich sogar ein Stück weit bei Raffaela Hanauer, für diesen ganz konkreten Fall ist es nicht ganz einfach, das richtige Instrument zu finden. Das liegt ein bisschen in der Natur der Sache dieses hohen Hauses, dass das nicht immer ganz so einfach ist. Der Anzug wäre auch nicht geeigneter gewesen und nein, Georg Mattmüller, ich glaube auch die Interpellation wäre dafür nicht das geeignete Instrument gewesen, und deshalb braucht es manchmal eben trotzdem eine Motion, die auch auf eine Massnahme hinwirkt, die wir hier im Grossen Rat auch einverlangen können. Das ist selbstverständlich, so lesen Sie den Praxiskommentar unseres Altparlamentsdienstleiters Thomas Dähler, der wird Ihnen erläutern, was eine Motion nach neuem System alles kann, und sie kann eben auch das. Deshalb bitte ich Sie, diese Motion dem Regierungsrat zu überweisen, dass er wirklich auch von uns noch einmal das Signal bekommt, dass wir einen Tramersatz wollen. Und es ist eben auch ein Signal für die Zukunft. Ich glaube schon, und da bin ich erneut bei Raffaela Hanauer, dass das gemacht werden muss, auch weil wir diese Tramgleise regelmässig erneuern müssen und weil das auch selbstverständlich ist, auf dieser sehr volatilen Achse zwischen Aeschenplatz, Bankverein, Schifflände bis vielleicht zum Claraplatz. Wir können eben nicht einfach sagen, dann fährt halt einfach nichts. Das geht einfach nicht, wenn wir wollen, dass die Menschen auf den öffentlichen Verkehr umsteigen. Das ist ja Raffaela Hanauer ein ganz besonders wichtiges Anliegen, um dem Klimaschutz gerecht zu werden. Dann ist es sehr wichtig, dass wir bei jedem dieser Bauprojekte schauen, dass es einen entsprechenden Tramersatz gibt, und damit ist diese Motion auch ein Signal für die Zukunft, auch an die BVB. Dann braucht es weder Motionen noch Telefonate.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

31 Ja, 58 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003033, 06.03.24 17:56:22]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wurde nicht überwiesen mit 58 Nein-Stimmen gegen 31 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

21. Anzug 1 Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Wiederaufnahme regelmässiger Wochenendfahrgelegenheiten des Rufbus auf dem Friedhof Hörnli

[06.03.24 17:56:37, 24.5022.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf den Anzug eingetreten und haben ihn dem Regierungsrat stillschweigend überwiesen.

22. Anzug 2 Eric Weber betreffend Hochgewichtige Menschen beim Kanton Basel-Stadt fördern

[06.03.24 17:57:00, 23.5027.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Das Wort geht an den Anzugstellenden.

Eric Weber (Fraktionslos): Es ist mein letzter Anzug, daher möchte ich als Grossrat die Wichtigkeit dieses Anzuges unterstreichen. Sie alle wissen, mein Lieblingspolitiker ist Joël Thüring und ich arbeite jetzt für den neuen thüringischen Ministerpräsidenten in Thüringen. Das ist Zufall das Wort Thüringen. Ich bin ein Virtuose der Wortakrobatik. Ich esse gerne und daher dieser Anzug.

Der Präsident hat mich darauf angesprochen, dass ich keine Namen nennen darf, und ich werde darum auch keine Namen nennen. Ich habe eine Frage, Herr Präsident. Kann ich jetzt den Anzug zurückziehen? Denn ich werde massiv angegriffen wegen Menschen, denen ich habe helfen wollen, die hoch gewichtig sind? Kann ich den Anzug noch zurückziehen oder geht das nicht mehr?

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie dürfen ihn zurückziehen und das Rednerpult verlassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wurde zurückgezogen.

Der Anzug ist erledigt.

Schluss der 6. Sitzung

17:59 Uhr

Protokoll

der 7. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 13. März 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Jérôme Thiriet (GAB), David Jenny (FDP), Bruno Lötscher (die Mitte/EVP), Alexandra Dill (SP), Brigitte Gysin (GLP), Anouk Feurer (GAB).

Verhandlungsgegenstände:

23. Anzug 3 Salome Bessenich und Konsorten betreffend Nutzung des Horburg-Parkings als Quartierparking 2
24. Anzug 4 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Kultur für alle - Swisslos-Fonds Unterstützung auch bei kulturellen Veranstaltungen mit Kollekte ... 3
25. Anzug Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend bessere Durchmischung der Schulklassen für mehr Chancengerechtigkeit, Schreiben des RR ... 3
26. Anzug Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend Evaluation und Beruhigung der integrativen Schule, Schreiben des RR ... 6
27. Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend mehr männliche Betreuungs- und Lehrpersonen in Basler Kitas, Tagesstrukturen, Kindergärten und Primarschulen, Schreiben des RR ... 8
28. Anzug Michelle Lachenmeier und Konsorten betreffend Pavillon für die Bildungslandschaft Bläsiversum, Schreiben des RR ... 9
29. Interpellation Nr. 164 Tonja Zürcher betreffend Wissenschaftsfreiheit in Gefahr, Schriftliche Beantwortung ... 9
30. Interpellation Nr. 14 Sasha Mazzotti betreffend Klassenzahlen auf dem Campus Bäumlihof, Drei Linden, Hirzbrunnen, Schriftliche Beantwortung ... 10
31. Bericht zu den Anpassungen und weiteren Entwicklungen im Bau und Gastgewerbeinspektorat, Bericht des RR ... 11
31.1. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend kundenfreundliche Öffnungszeiten beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat, Bericht des RR ... 16
32. Anzug Karin Sartorius und Konsorten betreffend Veloverbindung Friedrich-Miescher-Strasse - Burgfelderstrasse, Schreiben des RR ... 17
33. Anzug Lydia Isler-Christ und Konsorten betreffend «temporäre Genussorte» in der Freien Strasse, Schreiben des RR ... 19
34. Motion Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Velopasserelle vom Gundeli über die Bahngeleise zum Elsässertor, Stellungnahme des RR ... 21
35. Interpellation Nr. 162 Daniel Albietz betreffend Ausbauschritt Entwicklungsprogramm Nationalstrassennetz, Schriftliche Beantwortung ... 22
36. Interpellation Nr. 4 Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend alarmierenden Situation im Betrieb des Kasernen-Hauptbaus, Schriftliche Beantwortung ... 22
37. Interpellation Nr. 12 Heidi Mück betreffend Museumsnacht für alle, Schriftliche Beantwortung ... 23
38. Interpellation Nr. 13 Fina Girard betreffend Kindertankstelle Dreirosenmatte, Schriftliche Beantwortung ... 23
39. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend automatisch ausgefüllte Steuererklärung, Stellungnahme des RR ... 24
40. Interpellation Nr. 11 Tonja Zürcher betreffend Flughafenausbau verhindert Klimagerechtigkeit, Schriftliche Beantwortung ... 27
41. Interpellation Nr. 3 Eric Weber betreffend Sicherheit bei Parlaments-Sitzungen, Schriftliche Beantwortung ... 27

Beginn der 7. Sitzung

Mittwoch, 13. März 2024, 09:00 Uhr

23. Anzug 3 Salome Bessenich und Konsorten betreffend Nutzung des Horburg-Parkings als Quartierparking

[13.03.24 09:00:15, 24.5032.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen folgende Mitteilungen zu machen:

Rücktritt Thomas Gander

Thomas Gander hat auf den 30. April seinen Rücktritt aus dem Grossen Rat erklärt. Wir werden ihn an seiner letzten Sitzung vom 17. April gebührend verabschieden.

Weiterbildungsworkshop der ILK

Am 19. April findet ein Weiterbildungsworkshop der ILK zum Thema «Parlamentarische Aufsicht von kantonalen Energieversorgungsunternehmen» in Zürich statt. Es liegen einige Anmeldeformulare auf dem Tisch des Hauses und falls Sie Fragen zum Anlass haben, gibt Ihnen Joël Thüring, unser Delegierter bei der ILK, gerne Auskunft.

Besuch auf der Tribüne

Ich begrüsse ganz herzlich eine 1. Klasse des Gymnasiums Oberwil mit Lehrer Tobias Senn. Die Klasse besucht uns im Rahmen der Basler Geschichtstage und hat vorhin eine Rathaus-Führung zu Hitzköpfe, Fackeln, kalte Füsse mitgemacht. Schön, dass ihr hier seid. Wir freuen uns über euren Besuch und wünschen euch spannende Einblicke.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Er wird bestritten von Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Ich ersuche Sie, den Anzug nicht zu überweisen. Natürlich kann das Parkhaus vermutlich aufgrund der Inventarisierung nicht abgebrochen werden und man muss sich fragen, was man damit macht. Es macht aus Gründen der grauen Energie vermutlich auch keinen Sinn, es abzureissen. Sicher wären auch andere Nutzungen im Parkhaus möglich oder zusätzliche neben dem Parkieren. Sollte aber einer Umnutzung als Quartierparking zugestimmt werden, dann wären im Umkreis von 500 Metern 60 Prozent der Parkplätze aufzuheben, welche im Parkhaus für das Quartierparking entstehen würden und das in einem Quartier, in welchem bereits heute ein sehr grosser Parkierungsdruck besteht. Ich denke dabei vor allem an die dortigen Familien, Frauen, Kinder, ältere Menschen, die gerade in diesem Quartier nicht einen langen Heimweg in der Nacht möchten. Ich könnte mir vorstellen, dass die Zahlen von Gewaltdelikten, aber auf Sexualdelikten dann einfach wieder in die Höhe gehen würden.

Ich kann einer Streichung von öffentlichen Parkplätzen in diesem Quartier nicht zustimmen und bin aus diesem Grund gegen die Überweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit hat die Anzugsstellerin Salome Bessenich das Wort.

Salome Bessenich (SP): Ich kann mich kurz halten. Ich freue mich sehr über die breite Unterstützung für diesen Vorstoss. Es geht, wie gesagt, darum, diese Infrastruktur des Horburg-Parkings, das schon heute offensichtlich unternutzt ist und gleichzeitig langfristig stehen bleiben wird, dass man diese besser nutzt. Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch festhalten, dass ich persönlich auch einer anderen sinnvollen Nutzung nichts entgegenzusetzen habe. Ich beziehe mich da auf die mediale Berichterstattung zu den Projekten von FHNW-Studierenden, die das Parkhaus zu einem Schulhaus umnutzen wollten. Dies stiess insbesondere bei den Quartierorganisationen auch auf Anklang.

Zur Frage der SVP. Wenn Sie den Vorstoss lesen, dann merken Sie, dass zu diesem Thema im Vorstoss nichts festgehalten wird und selbst bei einer Kompensation wären ja immer noch 40 Prozent mehr Parkplätze im Quartier vorhanden als jetzt. Aber wie gesagt, dazu steht nichts im Vorstoss. Es geht eben um diese Infrastruktur, die bereits da ist und die im Sinne des Quartiers aktiviert werden soll und dass die Regierung bei einer Überweisung des Anzugs dies gesamthaft prüfen und dazu berichten soll.

Ich freue mich, wenn Sie dies ermöglichen und danke für die Unterstützung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung des Anzugs, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 7 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003048, 13.03.24 09:06:06]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 79 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

24. Anzug 4 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Kultur für alle - Swisslos-Fonds Unterstützung auch bei kulturellen Veranstaltungen mit Kollekte

[13.03.24 09:06:12, 24.5040.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

25. Anzug Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend bessere Durchmischung der Schulklassen für mehr Chancengerechtigkeit, Schreiben des RR

[13.03.24 09:06:45, 21.5425.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrätin Esther Keller verzichtet in Vertretung des Erziehungsdirektors Conradin Cramer auf ein Votum. Wir kommen zu den Fraktionssprechenden und da hat sich Jessica Brandenburger eingetragen.

Jessica Brandenburger (SP): Das GAB und die SP möchten, dass der Anzug stehen bleibt. Es macht uns ein wenig den Anschein, dass die Verantwortung für die Durchmischung auf die einzelnen dezentralen Schulleitungen abgeschoben wird. Dabei sollte auch diese Frage über die Schulkreise hinaus genau gedacht werden. Mit der Beantwortung der Fragestellung

sind wir auch nicht ganz zufrieden. Es wird beispielsweise nicht erklärt, wieso der Regierungsrat findet, dass das Computerprogramm des Zentrums für Demokratie in Aarau zum aktuellen Zeitpunkt keinen Mehrwert bringt. Was genau sind die Gründe, wieso Sie finden, dass es keinen Mehrwert bringt? Warum sind Sie auf diese Entscheidung gekommen? Das steht halt nicht im Bericht und ich finde, wenn man so etwas ablehnt, dann muss man doch das auch begründen.

Dann überzeugt mich auch die Möglichkeit nicht, dass mit einer neuen Zusammensetzung der Klassen nach der 3. Primar ungute Konstellationen oder Dynamiken, das ist aus dem Bericht, das sind nicht meine Worte, dass dem entgegengewirkt werden kann. Das heisst, man lässt die Schulkinder drei Jahre lang zusammen in einer Klasse, wo zum Beispiel eine Stigmatisierung beginnen kann, und dann, wenn die Motivation gesunken ist nach drei Jahren, das ist eine sehr lange Zeit für Kinder und die Verhaltensweisen, die daraus resultieren, die sind dann schon erprobt, dann gibt es eine neue Zusammensetzung und dann muss man wieder lernen, in einem neuen Umfeld zu lernen. Das macht für mich keinen Sinn so.

Wir bitten den Regierungsrat deshalb, sich der Thematik nochmals anzunehmen und plädieren darum für Stehenlassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Zwischenfrage wird abgelehnt. Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Ich ersuche Sie, den Anzug abzuschreiben. Der Regierungsrat nimmt, finde ich, sehr ausführlich Stellung zu diesem Anzug. Er hat das computergestützte Hilfstool des Zentrums für Demokratie Aarau geprüft und sieht derzeit keinen Nutzen für die Volksschule.

Die Volksschulen wenden bereits verschiedene Massnahmen an, um sicherzustellen, dass Ungleichheiten in der Bildungslaufbahn der Kinder nicht verstärkt werden. Dazu gehört unter anderem die gezielte Durchmischung der Klassen bei ihrer Zusammensetzung, also das passiert auch nach der 3. Primarstufe, das nehmen ja die Schulleitungen vor, die die Kinder auch kennen. Dabei wird darauf geachtet, dass sowohl die soziale Herkunft als auch die Geschlechterverteilung ausgeglichen berücksichtigt werden. Auch wird darauf geachtet, dass keine homogenen Sprachgruppen entstehen. Dabei spielt die Erstsprache eine wichtige Rolle. Kinder mit einer anderen Erstsprache als Deutsch werden gleichmässig auf die Klassen verteilt.

Eine weitere Massnahme ist die frühe Vermittlung der deutschen Sprache. In den Spielgruppen und Kitas ist die frühe Deutschförderung für Kinder ohne oder mit geringen Deutschkenntnissen obligatorisch. Diese Frühförderung soll ja weiter ausgebaut werden, das haben wir hier im Grossen Rat im Dezember beschlossen. Die frühe Förderung ist ein wichtiger Beitrag für die schulische Integration sowohl sprachlich wie auch sozial.

Eine entscheidende Rolle für das Herstellen von Chancengleichheit spielt die Arbeit der Lehrpersonen. Sie sind es, die die Potenziale der Kinder entdecken und fördern, auch wenn die Kinder aus sozial benachteiligten Verhältnissen stammen oder einen Migrationshintergrund haben. Damit leisten die Lehrpersonen einen ersten Beitrag zu mehr Chancengleichheit. Auch die FHNW bietet zu diesem Thema verschiedene Weiterbildungsangebote an. Neben dieser Förderung bietet die Volksschule auf allen Stufen individuelle Massnahmen, um die Schülerinnen und Schüler wirkungsvoll zu unterstützen.

Aufgrund dessen sind wir der Meinung, dass in der Volksschule viel für mehr Chancengerechtigkeit unternommen wird und das genannte Hilfstool eher Unruhe bringt. Wir betrachten den Anzug als erfüllt. Die LDP-Fraktion beantragt Ihnen, den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SVP ist Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Die SVP-Fraktion wird den Anzug von Edibe Gölgeli abschreiben. Wir waren bereits gegen eine Erstüberweisung des Anzuges. Die Forderung, quartierübergreifende Schulzuweisungen zu machen, widerspricht dem Grundgedanken, dass die Schülerinnen und Schüler in das nächstmögliche Schulhaus zugewiesen werden sollen, damit kurze Schulwege garantiert sind. Auch sollten ja die Schulkinder mit ihnen bereits bekannten Kinder zusammen in die Schule gehen können, dies, um den Schuleinstieg zu vereinfachen. Dazu kommen die Einteilungen zu den Tagesstrukturen. Auch hier müssen die Wege, die zurückgelegt werden müssen, kurz gehalten werden. Auch ist ein vertiefter Austausch zwischen Tagesstrukturen und Schulen Pflicht. Dies würde durch eine Durchmischung torpediert. Die Tagesstrukturen müssten sich ansonsten mit zu vielen verschiedenen Players austauschen, was wiederum viel Zeit in Anspruch nehmen würde.

Was uns jedoch sehr irritiert hat, ist die Aussage, auf die nicht weiter eingegangen wurde, des Erziehungsdepartementes, dass Lehrpersonen eine stereotypische Erwartungshaltung gewisser Schülergruppen gegenüber haben. Dies ist doch sehr erschreckend und das ED sollte in dem Fall dringend ihr Augenmerk darauf richten, dass Lehrpersonen solche Einstellungen abzulegen haben und solche Haltungen nicht geduldet werden können. Negative Erwartungshaltungen gegenüber

Schülerinnen und Schülern haben Einfluss auf deren Motivation und in der Konsequenz wieder auf ihre Lern- und Leistungs- und Bildungsqualität.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Es herrscht sicher Konsens darüber, dass jedes Kind das Recht auf ausgezeichnete Bildung hat und darauf sein Potenzial zu entfalten. Die Frage also, die sich die GLP stellte, ist, ob sich die Bildungslaufbahn eines Kindes auf den Herkunftseffekt konzentrieren sollte. Dabei wird nämlich übersehen, das wurde jetzt bereits beschrieben, dass die Schule selbst, der Unterricht und die Lehr- und Fachkräfte einen erheblichen kompensatorischen Einfluss auf die Schulleistungen der Kinder haben. Die Forschung unterstreicht zudem die Notwendigkeit, stereotype Erwartungen und ihre Effekte kritisch zu betrachten.

Die Grünliberalen sind zum Schluss gekommen, der Empfehlung der Regierung zu folgen und den Vorstoss abzuschreiben. Die Lösung liegt für uns nicht im Einsatz von Technologie, die die Herkunftseffekte in den Mittelpunkt rücken und nichts zur Minderung der Bildungsungleichheit beiträgt. Für uns liegt der Schlüssel in der Praxis und der pädagogischen Grundhaltung. Denn wenn wir den Zusammenhang zwischen Herkunft und Bildungserfolg überbetonen, verstärken wir ihn ungewollt und erreichen genau das Gegenteil. Statt Herkunft zu überwinden, lassen wir zu, dass sie die Bildungskarriere der Kinder bestimmt, anstatt ihre individuellen Leistungen in den Vordergrund zu stellen. Dabei sollte jedes Kind unabhängig von seiner Herkunft als Schüler oder Schülerin betrachtet werden, mit seinen Fähigkeiten, seinen Möglichkeiten und seinem individuellen Potenzial und es sollte die Unterstützung erhalten, die es benötigt.

Ein weiterer nicht unwichtiger Aspekt ist die Tatsache, dass Eltern schulpflichtiger Kinder sich bemühen, bestimmten Quartiere zu entfliehen, sobald es die sozioökonomische Möglichkeit zulassen. Der Einsatz eines Computer-Tools würde diese Bemühungen teilweise unterwandern, was zu einer Zunahme von Rekursen bei der Volksschulleitung führen wird. Dieser Effekt konnte schon einmal beobachtet werden, als Einzugsgebiete verändert wurden. Der langfristige Fokus sollte auch dringend bei der Stadtentwicklung liegen. Sie soll die soziale Durchmischung mit einer gezielten Wohnbaupolitik direkt in den Quartieren zum Ziel haben.

Die GLP ist der Ansicht, dass der Schlüssel zur Überwindung der Bildungsungleichheit in einer ganzheitlichen Betrachtung liegt, die über die Einführung neuer Computer-Tools hinausgeht. Chancengleichheit schaffen wir, indem wir die Grundursachen der Ungleichheit angehen, das heisst, dass wir gemeinsam dafür sorgen müssen, dass jedes Kind die Möglichkeit erhält, sich gemäss seinem Potenzial zu entwickeln, unabhängig von seiner Herkunft.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber. Ich möchte an dieser Stelle zuhanden des Protokolls festhalten, dass ich Eric Weber heute Morgen in einem Gespräch einen zweiten Ordnungsruf erteilt habe für beleidigendes Verhalten während der letzten Sitzung.

Eric Weber (Fraktionslos): Als Grossrat und Präsident der Liste Ausländerstopp bin ich eine Ein-Thema-Partei und als Ein-Thema-Partei muss ich natürlich noch zu diesem Thema Durchmischung sprechen. Auch schon das Wort Durchmischung, ich will jetzt nicht sagen, von wo das herkommt. Ich darf auch keinen Ordnungsruf mehr bekommen, darum fasse ich mich auch ganz kurz und knapp und lasse viele Sachen weg, die ich gerne gesagt hätte.

In freier Rede, wie immer gekonnt und mit guter Laune, möchte ich zu meinen Vorrednern Stellung nehmen. Die erste Sprecherin, Jessica Brandenburger, hat gesagt, sie ist nicht zufrieden, was da die Regierung sagt. Jessica Brandenburger, ich sage Ihnen, ich bin zufrieden, was die Regierung sagt und ich bin glücklich als Grossrat und zufrieden mit der Regierung. Ich möchte Ihnen nur zur Erinnerung geben, ich lese seit 50 Jahren die Basler Zeitung und was die Basler Zeitung zu diesem Anzug geschrieben hat. Ich zitiere aus der Basler Zeitung: Selbst SP-Leute und Grüne ziehen von Kleinbasel nach Baselland. Das sind Tatsachen, weil sie wollen, dass die Schüler, woanders in die Schule gehen. Jessica Brandenburger hat von Stigmatisierung gesprochen. Das stimmt nicht, ich stelle das in Absprache.

Und jetzt wird es spannend. Ich habe zugehört, was die GLP gesagt hat. Die GLP ist für Abschreiben des Anzuges. Und weil die GLP jetzt mit den Bürgerlichen stimmt, bin ich das Zünglein an der Waage und ich möchte, dass es einen Stichentscheid gibt. Darum stimme ich heute ausnahmsweise mit der SP und den Grünen, weil ich das Zünglein an der Waage sein möchte.

Jenny Schweizer aus Riehen hat richtig gesagt, für unsere kleinen Kinder ist der kurze Schulweg wichtig. Das ist richtig. Ich bin auch zu Fuss in die Primarschule gegangen und es ist wichtig, dass man kurze Schulwege hat. Man kann nicht ein Kind vom Kleinbasel ins Grossbasel schicken. Dann muss es über eine Brücke und hat vielleicht Angst auf dieser Brücke, dass es in den Rhein fällt. Darum muss man kurze Schulwege haben und nicht lange. Das ist wichtig. Wenn man selbst mehrere

Kinder hat wie ich, dann weiss man, dass man die Kinder in der 1. Klasse in die Schule begleiten muss, weil sie einfach Angst haben.

Sandra Bothe-Wenk, ich bin Ihnen dankbar, dass die GLP mit den Bürgerlichen stimmt, aber Sandra Bothe-Wenk, Sie haben auch das Wort Bildungslaufbahn gesagt. Ich habe mich zum Thema Bildungslaufbahn kundig gemacht, da ist es leider so, dass die Eltern gebildet sind und ein bisschen Geld haben und die Kinder eher auf dem Gymnasium sind. Das ist statistisch bewiesen und es ist auch statistisch bewiesen, dass ausländische Kinder halt nicht so oft auf dem Gymnasium sind, weil die Eltern vielleicht nicht so viel Geld haben. Aber es gibt natürlich auch Ausnahmen. Es gibt auch ausländische Kinder, die auf das Gymnasium gehen können, auch wenn die Eltern arm sind. Aber das entspricht nicht der Statistik. Und ich bin Ihnen, Sandra Bothe-Wenk, dankbar, dass Sie das gesagt haben, dass gewisse Leute das Quartier verlassen, wenn sie das Geld haben. Aber ich verlasse mein Quartier nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich darf, wie gesagt, kurz für Conradin Cramer sprechen, der an der Gesamtkonferenz der Schulkonferenz heute ist und mich gebeten hat, je nachdem nochmals kurz etwas aufzugreifen. Ich möchte jetzt nicht auf die ganzen Massnahmen auch nochmals hinweisen, Catherine Alioth hat diese oder einige davon genannt. Ich glaube, wichtig ist mir einfach nochmals zu sagen, es geht nicht nur darum, die Schülerinnen und Schüler innerhalb der Schulen zu verteilen, sondern in einem ersten Schritt geschieht die Zuteilung über die Volksschulleitung, welche die Schülerinnen und Schüler auf die Standorte zuteilt, und da spielen eben sprachliche und soziale Herkunft eine Rolle. Und dann erst in einem zweiten Schritt erfolgt die Zuteilung durch die Schulleitungen auf die Klassen und auch da wird darauf geachtet, dass es eben ausgewogene und durchmischte Klassen sind. Damit denken wir, dass die hohe Durchmischung gewährleistet ist und das Tool eben keinen Mehrwert bringt.

Deshalb bittet Sie der Regierungsrat, diesen Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 45 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003051, 13.03.24 09:23:53]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben. Der Anzug ist erledigt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 47 Ja-Stimmen gegen 45 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

26. Anzug Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend Evaluation und Beruhigung der integrativen Schule, Schreiben des RR

[13.03.24 09:24:04, 17.5077.05]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein erstes Votum. Damit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Für das GAB hat sich Béla Bartha eingetragen.

Béla Bartha (GAB): Wie Sie wissen, stehen wir beim Thema der Weiterentwicklung und Förderung der integrativen Schule mitten in der Diskussion und diese ist ja mitnichten abgeschlossen und der Grosse Rat hat dazu auch noch keine Entscheidungen getroffen. Mit der Empfehlung, den Anzug abzuschreiben, suggeriert die Regierung in ihrer Antwort auf diesen Anzug, dass der Grosse Rat die von der Regierung vorgeschlagenen Massnahmen schon akzeptiert und abgesegnet hat. Hier befinden wir uns aber nach wie vor in einem Findungsprozess.

Aber ich möchte auf einen anderen Punkt zu sprechen kommen. Im Anzug wird eigentlich gefordert, dass die bisherigen Massnahmen in der integrativen Schule evaluiert werden, das heisst, die Grundlagen dazu erarbeitet werden, um danach entsprechende Massnahmen zu treffen. In der darauffolgenden Antwort der Regierung werden dann aber nur die Massnahmen, die getroffen werden sollen, aufgezählt. Aber wir tappen weiterhin im Dunkeln aufgrund von welchen Grundlagen und ich spreche hier wirklich von begleitenden statistischen Zahlen, die dann erläutert werden, und als Entscheidungsbasis für die zu treffenden Massnahmen dienen. Haben wir nun mehr Schüler*innen im Übergang von einer Stufe in die andere, die das besser schaffen, oder haben wir weniger Lehrer*innen, die in einem Burnout landen? Vergebens sucht man nach bestimmenden quantifizierbaren Erfolgsfaktoren in den Antworten. Natürlich ist es schliesslich immer ein Mix aus qualitativen und quantitativen Aussagen, aber diese Form der Analyse benötigen wir als Entscheidungsgrundlage in den für uns erarbeiteten Vorlagen und diese sollten wir uns nicht irgendwo zusammensuchen müssen, da ich sehr wohl davon ausgehe, dass einige dieser Zahlen sehr wohl vorhanden sind.

Die Anzugsstellerin bezieht sich auf die Evaluation von 2014. Ich habe mir diese noch einmal angeschaut. Gegen Schluss des Dokuments steht unter dem Kapitel Fazit und Entwicklungshinweise folgender Entwicklungshinweis an das ED. Ich zitiere: «Das ED sollte die eingeschlagene Richtung konsequent weiterverfolgen. Weder an der Grundkonfiguration der integrativen Schulung noch an den Ressourcen sollte etwas ändern.» Das tönt nach zehn Jahre später fast wie ein Hohn und riecht etwas nach Studienresultat auf Bestellung. Denn auch wenn wir sicher an dem Grundsatz der integrativen Schule festhalten wollen, so stehen wir genau in diesen beiden Punkten der Grundkonfiguration und der zur Verfügung stehenden Ressourcen wohl heute an einem etwas anderen Punkt. Kurzum, Evaluation benötigt es und diese werden uns auch im Ratschlag, der uns vorliegt, versprochen, aber diese sind leider noch kein Garant dafür, dass aus den Informationen, die meist in qualitativer Form vorliegen, die richtigen Schlüsse gezogen werden.

Als Fazit kann ich sagen, dass ich beim heutigen offiziellen Wissens- und Entwicklungsstand die Forderung nach einer Studie zu den Erfolgen und Misserfolg der bisherigen integrativen Schule in Basel-Stadt genau gleich wieder stellen würde. Deshalb die Bitte um Stehenlassen des Anzugs.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Danke Béla Bartha für Ihre Worte, wir kommen zu einer anderen Schlussfolgerung. Ich möchte hier auf eine kleine Zeitreise eingehen. An einem meiner ersten Grossratssitzung als frisch gewählte Parlamentarierin wurde dieser Anzug damals 2017 überwiesen. Er machte damals Sinn und tut es auch heute noch. Ich muss das allerdings etwas relativieren. Jetzt, nebst den Massnahmen zur integrativen Schule, die wir gerade in der BKK diskutieren, macht es natürlich keinen Sinn mehr.

Im Bericht 2018, in dem gleichzeitig mehrere Vorstösse zur integrativen Schule behandelt wurden, wird eine Befragung der KSBS zitiert. Aus den Rückmeldungen von 372 Lehrpersonen und Fachpersonen sowie zehn Schulleitungen zieht die KSBS folgendes Fazit: «Eine sehr grosse Mehrheit spricht sich für eine Wiedereinführung der EK aus. Diese wird als grösste Chance zur Entlastung der Schuleingangsstufe wahrgenommen. Ebenfalls als Verbesserung wird ein vermehrtes Team-Teaching, Lerngruppengrössen in der Primarschule von maximal 20 Kinder und weniger Bezugspersonen pro Klasse sowie genügend Raum gesehen.» Das war 2018, also vor sechs Jahren. Es folgten noch andere Motionen, die auch nicht umgesetzt wurden. Das ED schrieb aber selber, am wirkungsvollsten wäre aus Sicht des Erziehungsdepartements eine vermehrte Doppelbesetzung der Lehrpersonen in der 1. Klasse der Primarschule. Es geht noch weiter.

Und den Bericht nochmals zu lesen, gerade jetzt während unserer derzeitigen Beratung in der BKK zu den Massnahmen zur integrativen Schule, ist gar nicht so uninteressant. Aber warum diskutieren wir denn eigentlich jetzt diese Massnahmen in der Kommission? Weil es eine Initiative zu den Förderklassen gibt und warum gibt es diese Initiative? Eine Hypothese. Eine Evaluation zur integrativen Schule war 2016 mit dem Resultat, dass es mehr Instrumente und Massnahmen für lernschwache und verhaltensauffällige Kinder braucht. Es gab 2018 eine Petition vom VPOD, auch ein Hilferuf, der hiess: Gute Arbeitsbedingungen für gute Bildung. Reagiert wurde, um es wohlwollend auszudrücken zögerlich. Durch die Zweitüberweisung der Motion Wenk damals zur Einführung der EK vom Grossrat 2019 wurde eine weitere Massnahme aufgegleist, mit wenig Wirkung trotz der Empfehlung des KSBS und FSS. Es musste noch eine weitere Motion von Andreas Zappalà zum selben Thema geben.

2017 forderte Annemarie Pfeiffer vorausschauend und nicht, um irgendjemandem zu Leide zu leben, eine Evaluation. Ich zitiere: «Der Regierungsrat soll mit einer zweiten Studie insbesondere aufzeigen, welche Erfolge oder Misserfolge die integrative Schule in Bezug auf die Förderung von schwachen Schülern oder auch bei hochbegabten vorweisen. Auch soll sie untersuchen, wie der Schulerfolg der ganz «normalen» Kinder verläuft. Weiter soll festgestellt werden, welche Folgen der erhöhte Stress auf das Wohlergehen der Lehrpersonen hat. Darauf aufbauend soll er dem Grossen Rat berichten, wie er die integrative Schule weiter verbessern will, natürlich zum Wohle der Kinder.» Das war 2017. Im Januar 2022 habe ich mich für Stehenlassen eingesetzt, da der Anzug mitnichten als erledigt betrachtet werden konnte.

Es braucht einiges, um das Gelingen der integrativen Schule zu gewährleisten. Das ED hat bis jetzt die Lehrpersonen und ihre Sozialpartner wenig miteinbezogen oder beachtet oder warum denken Sie, dass die FSS beschlossen hat, dass die Förderklassen-Initiative zu unterstützen ist? Mein erneut kritisches Votum heute ist ein Appell an Conradin Cramer, an das ED, die Sache nicht ernst zu nehmen, ernst zu nehmen und nicht alles auszusitzen Ups, die letzten beiden Abschnitte waren von meinem Votum 2022. Hätten Sie es bemerkt? Kaum. Es hat sich tatsächlich wenig getan in der integrativen Schule und das liegt einzig daran, dass es eine Initiative gibt und geben musste, damit sich endlich etwas bewegt. Die Motion Roth zum Beispiel müsste seit einem Jahr umgesetzt werden.

Am Gegenvorschlag ist einiges gutes dran. Trotzdem, zum Gelingen der integrativen Schule braucht es mehr als Pflaster und Verbandszeug, auch die oberflächige Röntgenaufnahme zeigen nur, wo etwas kaputt ist. Es braucht eine genaue Analyse der vielschichtigen komplexen Problematik, eine richtige Evaluation also. Aber das ED hatte da kein Interesse scheinbar, was ich sehr bedauere. Denn erstens hätten wir schon länger Massnahmen, die greifen könnten, und zweitens könnte eine funktionierende integrative Schule auch dazu führen, dass der Beruf der Lehrpersonen an Attraktivität gewinnen würde und wir müssten nicht händeringend nach Personal suchen.

Wie Sie sehen, lassen wir von der SP den Anzug aber nicht stehen. Vor zwei Jahren hatte ich hier vorne noch gesagt, ich bitte Sie, ihn stehen zu lassen, damit das ED die Möglichkeit hat, die kritischen Punkte, die wir heute im Saal erwähnen, in den Bericht einfliessen können. Zählt irgendetwas, was wir hier drin monieren, kritisieren oder anregen, liebe Verwaltung? Offensichtlich nicht. In der BKK haben wir zu tun, um das Beste aus dem Gegenvorschlag herauszuholen. Daher schlage ich und die SP vor, dass wir und das ED dort unsere Energie einsetzen und ihn zwar ungern abschreiben. Erledigt ist dieser Anzug noch lange nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet in der zweiten Runde auf ein Votum. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben des Anzugs gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

75 Ja, 15 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003053, 13.03.24 09:35:19]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben. Der Anzug ist erledigt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 75 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

27. Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend mehr männliche Betreuungs- und Lehrpersonen in Basler Kitas, Tagesstrukturen, Kindergärten und Primarschulen, Schreiben des RR

[13.03.24 09:35:27, 19.5424.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug als erledigt abzuschreiben.

28. Anzug Michelle Lachenmeier und Konsorten betreffend Pavillon für die Bildungslandschaft Bläsiversum, Schreiben des RR

[13.03.24 09:35:56, 19.5228.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

29. Interpellation Nr. 164 Tonja Zürcher betreffend Wissenschaftsfreiheit in Gefahr, Schriftliche Beantwortung

[13.03.24 09:36:22, 24.5009.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Tonja Zürcher (GAB): Ich möchte mich zuerst bedanken für die Antworten, die ich doch jetzt schon vor einer Weile bekommen habe, und auch für die Bestätigung der Wichtigkeit der Wissenschaftsfreiheit. Problematisch ist jedoch, dass in den Antworten betont wird, es gäbe eine scharfe Abgrenzung zwischen der Wissenschaftsfreiheit und dem, was der Regierungsrat als öffentliche Debatte bezeichnet, aber eigentlich politische und mediale Angriffe auf universitäre Fachbereiche sind.

Ich glaube, das ist juristisch richtig, dass es diese Abgrenzung gibt, in der Praxis sieht es leider ganz anders aus und das haben wir in den letzten Monaten mehrfach erleben dürfen. Wenn aufgrund des politisch medialen Drucks Gelder für eine Forschungseinrichtung wie swisspeace gestrichen werden, universitäre Institute umstrukturiert oder ganz geschlossen werden, dann ist die Wissenschaftsfreiheit direkt betroffen. Fachrichtungen, die sich kritisch mit aktuellen Machtverhältnissen auseinandersetzen, sind besonders gefährdet, unter Druck gesetzt zu werden, wenn ihre Forschung nicht dem politischen Mainstream entspricht. Umso wichtiger ist es oder wäre es, dass sich die Universitätsleitung und der Regierungsrat sich zu ihnen bekennt und ihnen Rückendeckung gibt.

In erster Linie ist da die Universitätsleitung gefordert, die sich nicht nur für wirtschaftlich lukrative, sondern auch für gesellschaftskritische Forschung und Lehre einsetzen soll. Dabei hat sie aber bei der aktuellen Kampagne gegen Urban Studies klar versagt. Das lässt sich leider nicht schönreden, wenn die Rektorin eine Behauptung eines Kampagnen-Journalisten unterstützt und damit die Angriffe auf einen Fachbereich der Universität Basel nährt, anstatt sich mit wissenschaftlichen Theorien und Methoden auseinanderzusetzen und für die Autonomie der Wissenschaft einzustehen.

Gefragt ist aber in zweiter Linie auch die Politik und hier auch klar der Regierungsrat unseres Kantons. Die Universität ist von den Kantonen finanziert, also abhängig von der Politik und damit auch von der sogenannten öffentlichen Debatte, man könnte es leider auch Hetze nennen. Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, dass aufgrund dieser politisch medialen Kampagne Gelder gekürzt werden, wie wir spätestens seit, wie gesagt, swisspeace und Baselland wissen.

Ich zitiere: «Sehr wahrscheinlich gehen wir jetzt in Basel wieder einmal durch eine Phase, indem wir die Wissenschaftsfreiheit verteidigen müssen. Diese gibt es nicht einfach so, die müssen wir uns immer wieder erarbeiten.» Das sagte der Historiker Giorgio Miescher vor einiger Zeit gegenüber Bajour. Es ist ein Armutszeugnis für die Universitätsleitung und für unseren Regierungsrat, dass diese Aufgabe den Studierenden überlassen wird.

Ich bin deshalb nicht befriedigt mit der Antwort und erwarte vom Regierungsrat mehr Mut, sich für die wissenschaftliche Freiheit und gegen wissenschaftsfeindliche Kampagnen einzusetzen. Und vielleicht, weil jetzt der zuständige Regierungsrat nicht anwesend ist, können Sie das ihm gerne ausrichten oder vielleicht Ihrem zukünftigen Kollegen, der sich damit auseinandersetzen muss.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

30. Interpellation Nr. 14 Sasha Mazzotti betreffend Klassenzahlen auf dem Campus Bäumlihof, Drei Linden, Hirzbrunnen, Schriftliche Beantwortung

[13.03.24 09:40:18, 24.5053.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Sasha Mazzotti (SP): Ich bin natürlich nicht zufrieden. Motion Alex Ebi. Ihm wurde vorgeworfen, dass er lügt, weil er Zahlen reingebracht hat über Klassen, Klassen, die fehlen bei der Berechnung der Dreifachturnhalle, die notwendig ist. Ich habe es aufgegriffen, Conradin Cramer hat gesagt, wir würden Gerüchte in die Welt setzen. Das wollte ich nicht auf mir ruhen lassen, darum habe ich eine ganz einfache Interpellation gemacht, wo eigentlich das ED nur noch Zahlen einfügen musste. Eine kleine Hilfe, eine mathematische Hilfe, damit das Ausrechnen besser geht. Das ED musste mir recht geben, ja, sie haben tatsächlich ein ganzes Schulhaus vergessen.

Jetzt haben hier drin 80 Leute, 80 von Ihnen haben die Motion ein zweites Mal überwiesen, weil Sie die Notwendigkeit dieser Dreifachturnhalle sehen. In der Zwischenzeit habe ich erfahren, dass das egal ist, was wir hier drinnen sagen, weil, wir hatten es ja auch davon, die Motion rechtlich nicht zulässig ist und die Regierung weitermacht wie bisher. Ich hatte auch Gespräche, es geht um die graue Energie, usw. Ich möchte hier nicht an Sie appellieren, sondern vor allem an die Regierung. Die Zahlen stimmen nicht in der Beantwortung einer Motion. Motionen sind Gesetzesentwürfe oder Massnahmen und trotzdem sollen wir Vertrauen haben in die Regierung, in das Departement, die sowas Grobes, also sehr grobfahrlässig heisst das, glaube ich, und da habe ich doch einfach auch kein Vertrauen in die ganze Schulraumplanung und da bitte ich die Regierung, nochmals über die Bücher zu gehen.

Ich kann gerne dann Hand bieten, wenn im BVD, wenn Sie die Diskussion wieder mit dieser grauen Energie haben. Es geht hier um die Zukunft und Sie nutzen dieses Argument, ja, jetzt wollen ja alle, dass wir weniger, dass wir für die Klimaziele, da können wir jetzt das nicht bauen. Was soll das? Ich verstehe es nicht und ich bitte wirklich alle sechs im Moment und bald sieben Regierungsräte, wenn so ein grober Fehler passiert, dann gehen Sie nochmal über die Bücher, überlegen Sie, egal, ob es rechtlich zulässig ist oder nicht, Sie haben es in der Hand zu sagen, okay, wir haben uns geirrt, wir gehen einen Schritt zurück. Es dauert dann zwar länger, dafür haben wir für den freiwilligen Schulsport, die Tagesstrukturen und die Vereine nebst den Schulen genügend Sporthallen. Weil das ist nicht nur Alex Ebi, der das feststellt, es ist die ganze Strategie zu den Sporthallen, usw. Es ist schon lange bekannt, die Schulleitungen haben vor zwei Jahren gesagt, es wird nicht reichen, es wurde ignoriert.

Ja, so schimpfe ich, wenn ich nicht wirklich ein Blatt Papier vor mir habe mit einem Satz drauf. Esther Keller, Sie sind als einzige jetzt hier. Wir können gerne mal noch von Auge zu Auge besprechen und ich bitte Sie, das reinzutragen zu Ihren Kolleg*innen, so geht es nicht. Ich habe kein Vertrauen mehr, wenn Sie solch grobe Fehler machen, also nicht Sie, sondern das ED.

Ich bin sehr, sehr unzufrieden. Also die Beantwortung war super, ich hatte recht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

31. Bericht zu den Anpassungen und weiteren Entwicklungen im Bau und Gastgewerbeinspektorat, Bericht des RR

[13.03.24 09:44:49, 23.1773.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben.

Zuerst geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Sie haben im vergangenen Sommer die Motion Thüring uns zur Erfüllung überwiesen und wir haben das zum Anlass für eine längere Berichterstattung genommen. Sie haben das gesehen. Sie wissen, dass wir einen Personalengpass, eine Krise im 2022 hatten. Dadurch haben sich Gesuche aufgestaut, es haben sich Pendenzen angesammelt und wir mussten dann sehr rasch reagieren. Wir haben das Team stabilisiert, wir konnten auch die Pendenzen mittlerweile weitgehend abarbeiten, wir konnten die Vakanzen wieder besetzen mit Personen und wir sind da wirklich auf gutem Weg. Nichtsdestotrotz, wir müssen dranbleiben, das ist uns absolut klar.

Die Motion forderte längere Öffnungszeiten und das haben wir sehr rasch dann auch realisiert. Die Teams sind jetzt zu Bürozeiten erreichbar, die Öffnungszeiten wurden deutlich verlängert. Wir sind daran, wie in der Motion darum gebeten, die digitale Beratungsvereinbarung auszuweiten. Wir haben das bereits beim Gastgewerbebereich getestet und werden das weiter ausrollen. Mittlerweile ist auch der Online-Erfassungsassistenz online. Da muss man sich darunter vorstellen, dass jemand, der ein Gesuch machen möchte, sei es Umbau oder Neubau oder etwas ganz Einfaches wie ein Reklamebegehren, der wird durch einen Assistenten durch diesen Prozess geführt, stösst da auf die nötigen Merkblätter, findet nur die Informationen, die es für dieses Gesuch auch tatsächlich braucht und das ist eine grosse Hilfe. Das wird uns auch helfen, einerseits die Qualität zu erhöhen der Gesuche und andererseits die Vollständigkeit. Weil ich glaube, das ist ein Punkt, der auch immer wieder thematisiert wird, dass es ärgerlich ist, wenn man nach einigen Wochen das ganze Dossier zurückgeschickt bekommt, weil irgendeine Angabe fehlt und der Online-Erfassungsassistent stellt sicher, dass man eben die nötigen Formulare auch tatsächlich einreicht. All das, glaube ich, wird wirklich dazu beitragen, dass die Zufriedenheit auch der Kundinnen und Kunden steigt mit dem Bau- und Gastgewerbeinspektorat. Wir bleiben dran.

Wir haben auch weitere Schritte angestossen, einerseits die Gründung des Runden Tisches, wo wir ja direkt auch mitbeteiligt im Austausch sind, wie wir die Prozesse verbessern können, wie wir auch schauen können, wo wir einige gesetzliche Anpassungen planen können. Aber auch das vollständige digitale Dossier ist am Tun, also dass es irgendwann dann mal gar kein Papier mehr braucht, und auch der politische Auftrag, dass man wirklich die Beratungstätigkeit wahrnimmt und die Spielräume nutzt. Mir ist sehr bewusst, dass wir da nach wie vor auf einem Weg sind, die neuen Leute müssen jetzt auch Zeit haben, sich einzuarbeiten.

Der Regierungsrat bittet Sie, die Motion abzuschreiben, weil die eigentlichen Anliegen, hier die Öffnungszeiten, erfüllt sind.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Für die LDP hat sich Michael Hug gemeldet.

Michael Hug (LDP): Das Bau- und Gastgewerbeinspektorat führt alle Baubewilligungsverfahren durch und ist die zentrale Koordinationsstelle. Bauen in Basel ist bekanntermassen heutzutage sehr kompliziert und dies nicht nur wegen den Wohnschutzbestimmungen. Wenige Bewilligungen, wir haben es in den Berichten letztes Jahr gelesen, werden in der gesetzlich vorgeschriebenen Frist von drei Monaten erfüllt oder gegeben.

Die LDP nimmt darum gerne zur Kenntnis, was in diesem Bericht steht, und dies liegt an verschiedenen Gründen. Grundsätzlich liegen viele Vorstösse vor, die auch eine Verbesserung der Umstände hier fordern und die zeigen auch, dass ein unbedingter Handlungsbedarf besteht. Vorhin angesprochen von Departementsvorsteherin Esther Keller, der Runde Tisch einfacher umbauen, dies soll eine Verbesserung bringen, gesetzliche Massnahmen oder Änderungsmassnahmen liegen im Raum, das finden wir grundsätzlich begrüssenswert. Wir finden es auch gut, dass die Praxis hier einbezogen wird, es ist einfach so, dass die Zeit extrem drängt.

Ich will nochmal zu Protokoll geben, dass die Bau- und Raumplanungskommission bereits im Jahr 2018 eine Motion eingereicht hat für eine Vereinfachung des Baubewilligungsverfahrens und seit dem Jahr 2018 ist man auch nicht weitergekommen, auch wenn bereits konkrete Verbesserungen gefordert wurden. Und meine Angst oder die Angst der Fraktion ist auch, dass man hier in diesem Bericht viel Gutes liest, aber die konkreten Umsetzungsmassnahmen dann wieder Ewigkeiten in Anspruch nehmen.

Die Aufhebung der Gebietszuständigkeit. Es ist sehr nachvollziehbar, wieso man das macht, man will eine Verbesserung, dass man eine dauernde Erreichbarkeit hat. Wenn jemand in den Ferien ist, der zuständig ist, dann kann das

Baubewilligungsbegehren weiter betreut werden. Aber ich habe auch kritische Stimmen gehört von Architektinnen und Architekten, die gehen dann dort zu der Behörde und sagen, ich habe in Riehen dieses Projekt und dann ist immer eine andere Person zuständig an diesem Tag und sagt, ich weiss jetzt nicht genau, ich muss mich noch kurz schlau machen, und dann ist der Effekt, den man sich verspricht, irgendwie auch wieder verpufft. Also hier muss man ein Augenmerk darauf halten, wie sich diese neue Praxis entwickelt, dass es sich nicht zum negativen wendet.

Ein weiterer Punkt, der wurde schon angesprochen, ist die Digitalisierung. Natürlich ist die gut und wichtig, wir sind aber im Vergleich zu vielen anderen Kantonen hier total im Rückstand. Wir haben immer noch Medienbrüche, eine komplette Digitalisierung ist noch nicht vorhanden und es ist auch so, dass wie in der Timeline, die versprochen wurde, hier hinterherhinken, als wir dieses Geschäft hier überwiesen haben.

Ein sehr wichtiger Punkt, der jetzt noch nicht genannt wurde, ist der Punkt 2.7, dass man in Zukunft auch Möglichkeiten schaffen will, sogenannte Ausnahmeanträge zu schaffen oder dass man das Ermessen, sage ich jetzt, mehr nutzen kann. Hier verstehe ich noch nicht, wie man das genau machen will, weil auf der anderen Seite wird auch vorausgesetzt, dass es keine öffentlichen Interessen, keine Gesetze tangiert, die bestehen. Da wird ja ein ganz kleiner Raum dann für ein Ermessen effektiv vorhanden sein und darum ist dies ein entscheidender Punkt aus der Perspektive der LDP, dass man hier genau hinschauen will und auch erwartet, dass man noch näher erläutert, wie ein solches Ermessen dann aussehen kann.

Alles in allem begrüssen wir den Bericht, nehmen ihn zur Kenntnis und möchten aber an dieser Stelle auch gleich mitteilen, dass wir die Motion von Joël Thüring stehen lassen wollen, bis alle genannten Massnahmen auch konkret umgesetzt wurden. Insbesondere die digitale Umsetzung des Baubewilligungsverfahrens soll komplett medienbruchfrei umgesetzt werden und auch die Massnahmen, die jetzt in Aussicht gestellt wurden, die müssen zuerst greifen, umgesetzt werden und erst, wenn das dann wirklich abgeschlossen ist, sind wir auch bereit, diese Motion dann abzusetzen. Aber wie wollen sie heute stehen lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die Mitte/EVP ist Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Ich bin ganz froh, ich habe zehn Minuten als Fraktionssprecher und auch wir haben entgegen der Kreuztabelle unsere Meinung geändert. Wir sind auch für Stehenlassen und ich möchte das kurz begründen.

Bauen ist ganz wichtig und bringt unseren Kanton voraus und wir sind der Meinung von der Fraktion EVP/Mitte, wir haben hier ein Problem und mit dem Bericht ist dieses Problem noch nicht angesprochen. Im Bericht steht, Krise, viele politische Vorstösse und das zeigt eigentlich, dass in dieser Amtsstelle etwas nicht funktioniert. Ich als Unternehmer, der verantwortlich ist, weiss, wie man ein Gastro-/Hotelbetrieb führt und ich weiss, es geht gut, wenn es gut geführt ist, und das wird von den Menschen gemacht, die die Verantwortung tragen, nämlich die Amtsleitung. In diesem Fall haben wir, es steht auch im Bericht, 30 Mitarbeitende, ich denke, das ist eine überschaubare Grösse. Wir haben hier eine Amtsleitung, ich denke, normalerweise kennt man das nicht, wie die anderen Amtsleiter von anderen in diesem Departement, die man kennt, es sind zwei Jurist*innen und das Problem bei den Jurist*innen, sie möchten es immer gesetzeskonform umsetzen.

Bauen ist keine genaue Wissenschaft, Bauen ist meistens ein dynamischer Prozess. Man plant, man errechnet die Kosten, man baut um und es kommen neue Sachen. Und in dieser Phase erwarten wir, dass dieses Departement mehr Dienstleisterin ist anstatt Kontrollorgan. Es steht nicht im Betrieb von der Leitung und ich glaube, hier ist ein wirklich grosses Problem. Ich zitiere schnell aus dem Bericht und hier steht bei 2.3.2 Betriebliche Situation: «Die strategische Ausrichtung des Amtes verdient gerade auch in Zeiten von starken personellen Veränderungen eine hohe Aufmerksamkeit. Das Bau- und Gastgewerbeinspektorat arbeitet hierfür mit einer Strategielandkarte.» Ich lese Strategielandkarte und wenn ich das lese, weiss ich, dass dieses Amt, ich habe nicht nachgefragt, von einer Beratungsfirma begleitet wird, nämlich die Beratungsfirma, die mit Strategielandkarten arbeitet.

Wenn man eine Strategielandkarte hat, die strategische Ausrichtungen macht, das ist gut, aber man muss sie auch umsetzen und die Umsetzung der Strategie liegt in der Verantwortung der Regierungsrätin mit dem Amtsleiter. Ich möchte hier auch die ganze Regierung in die Verantwortung nehmen. Amtsleiterinnen und Amtsleiter werden vom gesamten Regierungsrat gewählt. Das Wählen ist das eine, aber es ist auch das Kontrollieren, ob sie eine gute Arbeit machen. Und wenn sie keine gute Arbeit machen, und ich finde, in diesem Fall wird keine gute Arbeit gemacht, weil ich eine von diesen Amtsleiterinnen als Beizer schon Jahrzehnte, ich bin jetzt über zwei Jahrzehnte in der Rheingasse, persönlich kenne wegen den Problemen und es ist immer noch die gleiche Person, die das macht, und ich hatte damals schon genau diese juristischen Verschiedenheiten, also bitte Frau Regierungsrätin, gehen Sie hierhin, schauen Sie es gut an, es liegt an der Führung und nicht an den Leuten, die unter der Führung sind.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Es ist die Zeit gekommen, die Motion über kundenfreundliche Öffnungszeiten beim BGI abzuschreiben, und zwar nicht, weil wir die Motion als erfüllt erachten, sie ist es nicht, sondern weil die Weigerung des Regierungsrates, die Motion als rechtlich zulässig zu erklären, leider nicht zu ändern ist. Die Frage, wann eine Motion rechtlich unzulässig ist, werden wir leider nicht mit dem Stehenlassen dieser Motion klären. Sie nochmals stehen zu lassen, was meine Fraktion bis jetzt gemacht hat, würde ausserdem nichts an der Haltung des Regierungsrates ändern.

Ich möchte noch ein paar wichtige Bemerkungen zum Bericht, zu den Anpassungen und weiteren Entwicklungen im Bau- und Gastgewerbeinspektorat bringen. Dort, wo es zu Gesetzesänderungen und Anpassungen kommen wird, werden wir uns, wenn es so weit ist, hier im Grossen Rat äussern können. Es gibt aber Bereiche, zum Beispiel die schon erwähnte Praxis des BGI, in denen wir im Parlament uns nicht äussern werden können.

Das BGI wird gemäss Bericht neu aktiv auf die Möglichkeit hinweisen, Ausnahmebewilligungen zu beantragen. Dazu äussern wir unsere Kritik. Es wird seitens des Regierungsrates beteuert, die Ausnahme soll nicht zur Regel werden. Im gleichen Atemzug wird aber das Ziel genannt, die Ausnahmequote solle gesteigert werden, auch wenn damit das Risiko erhöht werde, so im Bericht, im Rekurs-Fall von einer nächst höheren Instanz korrigiert zu werden. Das BGI beziehungsweise der Regierungsrat gibt also zu, rechtswidrig handeln zu wollen und nimmt einfach so in Kauf, dass allfällige rekurrierende Personen für eine höhere Instanz mit Gerichts- und Anwaltskosten zu rechnen haben, weil das BGI die Ausnahmen bewilligen wird und hiermit jeden Rekurs ablehnen würde. Ich rede hier nicht nur von Rekursen von Mieter*innen, sondern auch von Nachbarn von ausnahmsweise bewilligten Projekten, also Hauseigentümer*innen oder sonst Organisationen, die im Umweltbereich tätig sind, die, um ihr legitimes Recht zu erkämpfen, tief in die Tasche greifen müssen.

Diese neue Praxis stösst gegen die Grundprinzipien der Rechtsstaatlichkeit und ist völlig willkürlich. Wir können diese Praxis hier heute aber nicht formell ablehnen, wir können sie lediglich zur Kenntnis nehmen, was wir hier nicht wohlwollend machen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Es wurde bereits sehr vieles richtig und Gutes gesagt von meinen beiden bürgerlichen Vorrednern Franz-Xaver Leonhardt und Michael Hug, deshalb kann ich mich sehr kurzfassen. Sie haben insbesondere auch im Votum von Franz-Xaver Leonhardt gehört, wo wahrscheinlich ein Grund oder ein Hauptproblem liegt in diesem Amt. Es ist immer so, dieses Sprichwort gilt wahrscheinlich auch für das Bau- und Gastgewerbeinspektorat, der Fisch stinkt vom Kopf und hier glaube ich schon, muss man ernst nehmen, was auch Leute berichten, die ja regelmässig mit diesem Bau- und Gastgewerbeinspektorat in Kontakt sind, seien es zum Beispiel Beizer, die ein Anliegen haben, seien es aber auch Architekten, die mit diesem Amt zu tun haben, und da hört man halt einfach schon immer noch und immer wieder nicht nur sehr erfreuliches. Es ist halt bei diesem Amt, das sehr viele Kundenkontakte hat, wichtig, dass man hier auch mit einem gewissen Pragmatismus vorgehen kann und das scheint uns bei der aktuellen Situation mit der Führung dieses Amtes tatsächlich so teilweise nicht gegeben zu sein. Ich selber kann da auch nur berichten von dem, was man mir zuträgt. Ich habe das Pech oder das Glück, wie man es auch immer nennen will, dass ich nicht sehr oft direkt als Kunde mit diesem BGI zu tun habe, aber das, was ich höre, hat sich in den letzten Jahren nun wirklich nicht verbessert.

Es werden nun in diesem Bericht des Regierungsrates ja diverse Anpassungen auch mitgeteilt, die vollzogen worden sind. Ich kann nicht abschliessend beurteilen, ob jede einzelne dieser Anpassungen auch tatsächlich erfolgreich war. Ich höre, dass es nicht nur einfacher geworden ist, dass beispielsweise auch die Öffnung der Zuständigkeiten, dass jetzt quasi die Bauinspektoren nicht mehr nach Ressort oder nach Rayon zuständig sind, dann jeweils auch nicht nur positiv ankommt, dass man da dann trotzdem auch des Öfteren noch mit unterschiedlichen Ansprechpartnern zu tun hat. Hier wird zwar im Bericht erwähnt, dass dies nicht der Fall sei, wenn man mal eine Verantwortung habe, dann habe man diese das ganze Verfahren hindurch, da höre ich auch wiederum anderes. Also es scheint hier schon immer noch einen gewissen Gap zwischen dem zu geben, was uns der Regierungsrat in seinem Bericht mitteilt und wie es dann in der Praxis tatsächlich auch geschieht.

Hier sind wir als SVP-Fraktion der Meinung, muss weiter genau hingeschaut werden und diese Entwicklungen auch weiter überwacht werden und der Regierungsrat sollte aus unserer Sicht deshalb auch hier weiter an diesem Anliegen dranbleiben. Regierungsrätin Esther Keller als zuständige Departementsvorsteherin muss diese Entwicklungen auch weiter beobachten, muss allenfalls auch eingreifen, um eben diese Anregungen, aber auch diese Kritik weiter ernst zu nehmen, die wir, und Franz-Xaver Leonhardt hat diese ja heute sehr pointiert geäussert, von verschiedenen Seiten auch weiterhin regelmässig hören, sei es eben von Beizern, sei es von Architekten, sei es von Juristen, die selber dann mit diesem Amt zu tun haben. Das kann man nicht so vom Tisch wischen. Ich glaube, deshalb muss da auch weiter einen Fokus darauf gelegt werden, dass diese Probleme, die dort weiterhin herrschen aus unserer Sicht, auch behoben werden.

Und meine Motion, die Motion Thüring, die ja nun der Regierungsrat zum Abschreiben beantragt, ist hier auch ein Stück weit eine Möglichkeit, dass wir hier als Grosser Rat weiter darauf schauen. Einerseits, weil die Motion tatsächlich, das hat Patrizia Bernasconi, die dann aber zu einem anderen Schluss als der Antrag kommt, gut festgehalten, noch nicht vollständig erfüllt ist. Der Regierungsrat schreibt das ja auch selber, dass sie nicht vollständig erfüllt ist, obwohl dies der Wille des Parlamentes

ist und mehrfach ausgedrückt worden ist. Mit dieser Motion, wenn wir sie heute stehen lassen, das ist auch der Antrag meiner Fraktion, haben wir die Gelegenheit, dass der Regierungsrat hierzu auch noch einmal berichten muss und auch dann die Gelegenheit hat, zu den anderen Massnahmen uns als Parlament nochmals zu berichten, weil ja viele dieser Massnahmen nun vom Regierungsrat auch erst in Aussicht gestellt worden sind. Es wird, Michael Hug hat das ja auch erwähnt, darauf hingewiesen, dass das im Laufe der kommenden Jahre in Umsetzung ist, 2024, 2025, und deshalb scheint es eben sinnvoll zu sein, wenn wir auch mit dem Stehenlassen meiner Motion noch einmal darauf hinwirken, dass der Regierungsrat zu einem späteren Zeitpunkt uns berichten muss.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist René Brigger.

René Brigger (SP): Vorab, es wurde von allen vier Vorredner*innen sehr viel Richtiges gesagt, da kann ich mich anschliessen. Die SP-Fraktion hat das kurz diskutiert. Die SP-Fraktion stellt hier den Antrag, dass die Motion, weil erfüllt, die Öffnungszeiten sind so angepasst worden, abgeschrieben wird und wir nehmen diesen Zwischenbericht zur Kenntnis.

Jetzt aber möchte ich als Praktiker da noch einige Sachen anfügen. Es wurde einiges gesagt, auch von Franz-Xaver Leonhardt, das Bau- und Gastgewerbeinspektorat läuft, vorsichtig gesagt, höchstens suboptimal. Es wurde gesagt und im Bericht steht, dass die meisten Gesuche die Dreimonatsfrist einhalten. Früher waren es 80, 90 Prozent, heute sind es weniger. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Regierungsrätin Esther Keller, wie wird diese Dreimonatsfrist, die gesetzlich verbindlich ist, berechnet? Wenn einer ein Baugesuch einreicht, früher kam die Publikation nach der sogenannten Vorprüfung nach ein, zwei Wochen und die Frist wird erst nach Publikation gezählt. Heute, auch ein mittelschweres Baubegehren wird ein bis zwei Monate geprüft. Schon in diesen ein bis zwei Monaten werden schon die Mitberichte eingeholt, etc., aber da läuft keine Frist, erst bei der Publikation, die ein bis zwei Monate später stattfindet. Dann kommen bei mittelprächtigen Baugesuchen regelmässig sogenannte Zwischenberichte, also Rückfragen von den Architekten, usw. Wie ist das, reichen Sie ein Stockwerkeigentümerreglement ein und das und jenes und da fehlt noch was. Die kommen nicht konzentriert einmal, pro Gesuch kommen drei bis vier Zwischenberichte. In dieser Frist dieser Zwischenberichte läuft die Frist auch nicht. Wenn Sie drei bis vier Zwischenberichte machen und die Zwischenberichte sofort beantwortet werden, haben Sie eine Dauer bis zur Baubewilligung ab Baueingabe von problemlos sechs Monaten. Wenn man in sechs Monaten eine Baubewilligung hat, dann ist man gut bedient. Die Zählweise, die ist gefaked, das Gesetz macht diese Rechnung nicht. Ich bin der Ansicht, die drei Monate werden klar unter 50 Prozent erfüllt.

Es sind diverse Probleme, die Aufhebung der Rayonszuständigkeit. Ich kann das so sagen, das finde ich nicht optimal. Man wusste, in Kleinhüningen oder Rosental, usw. konnte man Herr oder Frau X ansprechen, die haben Erfahrungen, die müssen sich nicht voll einarbeiten. Man kann bei Abwesenheit eine Stellvertreterregelung machen. Und ich muss sagen, auch die Bau- und Raumplanungskommission, das hat Michael Hug gut gesagt, wir haben ja das Problem schon im Jahre 2018 erkannt und eine Kommissionsmotion eingereicht. Diese Kommissionsmotion, die ist noch nicht behandelt, die wurde zweimal an den Regierungsrat überwiesen und schlussendlich ging das an die Bau- und Raumplanungskommission zurück. Also ich will da nicht das Kommissionsgeheimnis verletzen, aber wir haben das dann bearbeitet, eine Subkommission eingesetzt, etc., wir haben zwei, drei Vorschläge gemacht, die stossen vollkommen ins Leere. Man will das nicht, die Regierung oder die Amtsleitung fühlt sich pikiert und sagt, das ist nicht unsere Sache, aber das ist ein politisch wichtiges Problem. Auch die Strategielandkarte, etc., das ist alles gut und recht, aber es funktioniert nicht. Man kann das wohl abschreiben, aber die Probleme bleiben.

Ich habe Altregierungsrat und Vorsteher des BVD Hans-Peter Wessels auf ein paar Punkte angesprochen und gesagt, Sie, kann man da nicht, und wissen Sie, was er mir geantwortet hat, macht einfach. Und das ist doch die Folge dieser langen, dieser absolut übergesetzestreuen Anwendung mit allen Formalien. Die Folge ist, dass man einfach macht und das kann und soll nicht sein. Wir brauchen eine Rechtssicherheit, wir brauchen ein kundenorientiertes Bauinspektorat und wir brauchen auch ein starkes Beininspektorat. Das ist auch der Inhalt der Motion der BRK. Das Bauinspektorat sollte die Oberbaubehörde, die Leitbehörde sein, die auch allenfalls die Mitberichte der Fachstellen koordiniert und allenfalls auch übersteuert und sagt, okay, wir nehmen zur Kenntnis. Die Verkehrsabteilung sagt, da ist ein Problem und die Stadtbildkommission sagt das, die Denkmalpflege sagt das, ich weiss auch nicht, und da muss man irgendwie einen Entscheid treffen und das wird nicht gemacht. Das ist eine Kombination von Angst, aber wieso, man kann doch mal entscheiden und dann gibt es halt einen Rekurs, dann soll die Baurekurskommission entscheiden.

Da ist irgendwie in der Führung dieses zentralen Amtes in unserem Kanton der Wurm drin. Ich bin da zum Teil ratlos, wenn die Leute zu mir kommen. Heute ist es in der BaZ, ein Pizzaofen in einem bestehenden Restaurant, die brauchen Dreivierteljahre. Die hätten lieber den Pizzaofen geheim gebaut und wenn niemand das gemerkt hätte, dann wäre die neue Pizzeria beim Klingeli schon seit letztem Sommer offen. Leider haben sie sich dem unterstellt und das Resultat ist, sie können in zwei, drei Tagen eröffnen. Sie zahlen jetzt Miete, etc., aber ich verstehe das auch nicht, eine Portion gesunder Menschenverstand und die Dienstleistungsorientierung, die fehlt.

Wir können das abschreiben, wir haben noch die Motion der BRK, da müssen wir drangehen. Wir sind leider relativ belastet oder überlastet mit anderen wichtigen Geschäften, aber das muss man schon grundsätzlich angehen. Und vielleicht auch die Digitalisierung, das ist ein Thema, gut, ob das viel bewirkt, der Entscheid treffen immer noch die Personen, die Bauinspektorinnen und Bauinspektoren, und da fehlt auch - gut, man hat neue Person, das ist gut und recht, aber ich vermisse vielleicht die alten Bauinspektoren, die die Übersicht hatten. Man kann viele neue Leute einstellen, aber wenn die sich immer rückversichern müssen bei der Teamleitung, dann geht das länger und besser wird es nicht. Von daher muss ich, also weniger von der SP, ich bin ja sehr gouvernemental, aber als Praktiker sagen, da muss was gehen, Esther Keller, und nicht nur schöne Berichte. Aber wir bleiben dran.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort in der zweiten Runde an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Geschätzte Grossrätinnen und Grossräte, die jetzt auch votiert haben. Ich nehme Ihr Unbehagen sehr ernst, wir müssen aber schon sehen, es ist einiges gegangen. Nicht alles in diesem Bericht sind Ankündigungen, sondern es wurden konkrete Massnahmen getätigt. Es wurde sehr lange gefordert, die Öffnungszeiten zu verlängern, wir haben es jetzt gemacht. Das Online-Erfassungstool ist jetzt online, also es hat sich wirklich einiges getan. Die Vakanzen konnten besetzt werden, das ist angesichts des Fachkräftemangels nicht selbstverständlich. Wir haben Leute gefunden und diese neuen Leute sind jetzt unterwegs. Es ist so, wenn Leute pensioniert werden, wenn Leute kündigen und eine neue Stelle in Anspruch nehmen, dann geht Wissen weg, dann geht Erfahrung weg und das schlägt in einem Moment auf die Erfüllungsquote. Das ist so, aber ich bitte Sie, geben Sie den neuen auch die Chance anzukommen, sich einzuarbeiten und diese Erfahrungen auch zu gewinnen.

Ich darf auch nochmals auf die Relation hinweisen. Wir haben jährlich 1’500 Baubegehren. Ja, es wird immer Fälle geben, in denen Kunden nicht zufrieden sind, aber viele Baubegehren laufen gut. Die Bauinspektorinnen und Bauinspektoren, die beraten, und ich darf Sie bitten, wenn Sie Fälle hören von Architekten, von Bauherren, die Sie auf Prozesse hinweisen, die nicht stimmen oder auf Bestimmungen, wir haben eine Fallsammlung gestartet und die Fallsammlung hat zum Ziel, genau die Punkte zu finden, wo es schwierig ist. Ich bitte Sie, teilen Sie diesen Link, der ist öffentlich, die Bauherrinnen/Bauherren, die Architekten können sich melden und das ganz konkret melden und dann schauen wir das an.

Ich kann nämlich so viel berichten, ich bin mit vielen Baudirektoren aus der ganzen Schweiz in Kontakt und Sie müssen auch gar nicht so weit suchen, Sie können auch das kurz googeln, es kämpfen alle Kantone, alle Städte damit, dass Bauen komplexer wird. Wir haben jährlich neue Regulierungen im Gesetz, das erhöht die Komplexität und das erhöht auch die Schwierigkeit zu bauen. Auch da, wie gesagt, setzen wir an, wir schauen, wo wir Dinge ändern können, aber es ist nicht so einfach und deshalb war ich ganz froh auch um das Votum von Grossrätin Patrizia Bernasconi, wenn es zum Thema Ausnahmen kommt. Es ist eine Möglichkeit, aber wir müssen bei Ausnahmen immer schauen, dass sie juristisch verheben, wie wir so schön sagen. Das nützt Ihnen nichts als Bauherr, wenn Ihnen eine Ausnahme gegeben wird, die nachher vor Gericht gekippt wird. Das heisst, auch deshalb ist dieser juristische Blick auf die Dossiers auch sehr wichtig, weil die Beständigkeit, dass das auch hält vor Gericht, ist extrem wichtig für die Planungssicherheit. Wir werden Ausnahmen gezielt einsetzen, aber sicher nicht willkürlich, weil da, und da hatte Patrizia Bernasconi in ihrem Votum natürlich recht, das wäre nicht rechtens. Also Spielraum nutzen, Ausnahmen da, wo es rechtlich möglich ist, und gut beraten, aber ein Allzweckmittel ist das auch nicht.

Dann vielleicht noch zur Aufhebung der Gebietszuständigkeit. Die Idee war da, das war bisher wirklich in, ich sage jetzt mal, relativ starre Zonen aufgeteilt. Das Problem war, wenn ein Gebiet ganz viele Baugesuche hatte, dass dann dieses Gebiet überlastet war, während ein anderes Gebiet vielleicht noch Kapazität gehabt hätte. Wir haben deshalb diese Zonen aufgehoben. Wir beobachten das jetzt. Wir haben auch kritische Stimmen gehört dazu, wir beobachten das. Was wir sehen, ist, dass man heute schneller zugewiesen wird. Also tatsächlich hat sich der Arbeitsfluss verbessert, die Dossiers sind gleichmässiger verteilt. Und ganz wichtig festzuhalten, ab dem Moment, wo Sie ein Projekt eingeben, werden Sie von derselben Person betreut. Es ist nicht so, dass Sie mit einem Projekt zuerst bei Bauinspektor A und dann bei Bauinspektorin B, das wäre nicht effizient, also ab dem Moment, wo Sie ein Projekt eingeben, bleibt das bei derselben Person. Aber auch das sind wir bereit zu überprüfen, wenn wir dann gesehen haben, wie sich das niederschlägt.

Ich höre, dass Sie auch weiter möchten, dass wir berichten. Wie gesagt, der Regierungsrat ist der Meinung, dass die eigentliche Motion, die Öffnungszeiten hier erledigt ist. Sie haben andere Mittel und Möglichkeiten, um sich auch berichten zu lassen. Es gibt laufende Vorstösse, ich höre aber auch, dass einige der Fraktionen wünschen, dass hier wieder berichtet wird. Das mache ich sehr gerne, denn ich verspreche Ihnen, ich bleibe an diesem Thema dran. Ich denke, dass wir wirklich im Bereich Bauen, wie alle anderen Städte und Kantone in der Schweiz, Handlungsbedarf haben und auch Dinge wieder zu vereinfachen und wir werden natürlich, egal in welche Form, auch wieder darüber berichten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Esther Keller, nehmen Sie die Zwischenfragen von Annina von Falkenstein und Tim Cuénod an? Sie werden angenommen.

Annina von Falkenstein (LDP): Regierungsrätin Esther Keller, Sie bitten uns, den Link zur Fallsammlung zu promoten in den Kreisen, die betroffen sind. Wie macht denn das BVD das selbst? Muss man den Link finden oder wird man in den betroffenen Kreisen aktiv darauf hingewiesen, dass diese Möglichkeit besteht?

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ja, diesen Link habe ich einerseits auch selber geteilt und wir haben über die entsprechenden Fachverbände geteilt. Das ist auffindbar im Internet, sonst gerne melden.

Tim Cuénod (SP): Esther Keller, mich hätte Ihre Einschätzung zum Rückgang der Bearbeitungsdauer interessiert. Ist sie nicht in erster Linie auch auf den Rückgang der Baugesuche zurückzuführen? Wie nachhaltig ist das, was jetzt erfreulich dort erzielt werden konnte?

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich habe nicht von der Erfüllungsquote gesprochen, sondern vom Abbau der Pendenzen. Wir konnten die Pendenzen aus den letzten Jahren erfreulicherweise praktisch abarbeiten und erwarten bis Ende März da vollständig durch zu sein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Raoul Furlano möchte Ihnen noch eine Frage stellen. Sie wird angenommen.

Raoul I. Furlano (LDP): Regierungsrätin Esther Keller, das neue Tool, wo Sie sammeln, wie lange dauert das, bis man eine Antwort bekommt und bekommen alle eine Antwort?

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Der Vorteil des Tools ist, dass Sie sofort eine Fehlermeldung kriegen, wenn Sie ein Formular vergessen oder etwas nicht erfüllen und das erhöht eben die Qualität und die Vollständigkeit der Gesuche. Und ja, selbstverständlich wird das dann bearbeitet.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

Kenntnisnahme.

31.1. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend kundenfreundliche Öffnungszeiten beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat, Bericht des RR

[13.03.24 10:20:55, 19.5512.07]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung über die Motion Joël Thüring und Konsorten.

Abstimmung

JA heisst erledigt gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Michael Hug

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 37 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003060, 13.03.24 10:21:33]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion als erledigt abzuschreiben. Die Motion ist erledigt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion abgeschrieben mit 52 Ja-Stimmen gegen 37 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen. Die Motion ist erledigt.

32. Anzug Karin Sartorius und Konsorten betreffend Veloverbindung Friedrich-Miescher-Strasse - Burgfelderstrasse, Schreiben des RR

[13.03.24 10:21:44, 21.5769.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein erstes Votum. Damit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Für die SP hat sich Jean-Luc Perret gemeldet.

Jean-Luc Perret (SP): Ich rede für die Fraktion der Mitte/EVP und für meine eigene Fraktion, die der SP. Bei diesem Anzug ging oder geht es einmal mehr darum, eine Veloverbindung im Basisroutennetz zu schliessen. Es scheint mir leider ein bisschen sinnbildlich. Auf einer übergeordneten Ebene mittelfristig redet man immer davon, die Situation für alle Verkehrsteilnehmenden zu verbessern. Das lesen wir auch im Fazit dieser Anzugsbeantwortung. Wenn es dann aber an die konkrete Umsetzung geht, dann klappt es in vielen Fällen aus irgendwelchen Gründen doch nicht. So kommen wir nicht vorwärts und die Situation bleibt für die Velofahrenden unbefriedigend und so motivieren wir natürlich auch keine potenziellen Velofahrerinnen und Velofahrer, auf das umweltfreundliche Verkehrsmittel umzusatteln.

Die angesprochene Verbindung befindet sich heute noch am Stadtrand zwischen dem Bürgerspital-Areal mit dem Rehab und der Burgfelderstrasse mit direkter Weiterfahrt in Richtung Bachgraben. Sie sehen das hinten. Es ist schon jetzt klar, dass in diesen Gebieten in Zukunft jede Menge Wohn- und Arbeitsfläche erschlossen wird. Entsprechend werden sich auch viele Menschen darin bewegen. Unsere Aufgabe ist es, die Verkehrsbeziehungen rechtzeitig bereitzustellen. Sie sehen auf der Karte einen Ausschnitt des Teilrichtplans. Die Stelle, wo die Veloverbindung hin sollte, ist pink eingekreist. Aktuell befindet sich weder an der Stelle der rot durchgezogenen noch an der rot gestrichelten Linie ein Veloweg. Man muss also in jedem Fall einen Umweg fahren. Die roten Linien wären das, was der Anzug wünscht.

In der Beantwortung werden Varianten für die Velofahrenden dargelegt, die aber aus unserer Sicht allesamt nicht befriedigen. Beispielsweise eine Fahrt von über einem Kilometer quer zur eigentlichen Fahrtrichtung durchs Freizeitgartenareal. Diese Verbindung ist braun eingezeichnet und ebenfalls mit einem pinken Pfeil markiert. Nur am Rande erwähnt wird die Möglichkeit einer Velorampe und sogleich als unverhältnismässig aufwendig wieder abgetan. Wir sind der Meinung, diese Rampe müsste noch ernsthafter geprüft werden, auch wenn der Aufwand dafür etwas grösser sein sollte. Das ist die orange Linie, die so halb in den Kreis hineinragt. Vor Ort sehen wir eine überwachsene Böschung. Ein Augenschein vor Ort erweckt den Eindruck, das müsste möglich sein, ohne Freizeitgärten im grossen Stil aufzuheben.

Deshalb bitte ich Sie im Namen der Mitte/EVP und der SP, den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die Fraktion GAB ist Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GAB): Auch wir von der GAB-Fraktion möchten diesen Vorstoss gerne stehen lassen. Ich möchte gerne auf zwei Aspekte eingehen in meinem Votum. Einerseits, wie Jean-Luc Perret schon gesagt hat, zeigt dieser Vorstoss ein Problem auf, dass wir in der Veloweg-Planung haben. Der Vorstoss betrifft eine Route, die im Teilrichtplan eingezeichnet ist und es zeigt, dass diese Vorstösse kommen, weil der Teilrichtplan nicht genügend ernst genommen wird. Und andererseits möchte ich auch auf das Veloweggesetz eingehen, wo ich denke, dass hier dieser Vorstoss auch wieder einiges an Klärungsbedarf aufzeigt.

Zuerst zum Veloweggesetz. Seit dem 1. Januar des letzten Jahres ist das nationale Veloweggesetz in Kraft und gemäss dem Veloweggesetz gibt es Planungsgrundsätze. Die Velonetz-Routen, die die Kantone planen und bis in 19 Jahren umsetzen müssen, die müssen direkt und attraktiv sein. Ich zitiere hier den Artikel 6 des Veloweggesetzes zu Planungsgrundsätzen,

dort steht, dass die Netze eine angemessene Dichte und die Velowege eine direkte Streckenführung aufweisen müssen. Wir haben vorhin die Karte gesehen, auch mit der Umleitung, die im Zickzack eine ziemlich längere Strecke bedeutet für die Velofahrenden. Die Planungsgrundsätze des nationalen Veloweggesetzes sind mit der Alternativroute, die von der Regierung vorgeschlagen wurde, nicht umgesetzt.

Ich zitiere gerne noch einen weiteren Artikel aus dem nationalen Veloweggesetz, nämlich den Artikel zur Ersatzpflicht. Wir haben gehört, dass die Verbindung, die hier gefordert wird, eigentlich schon als Netzlücke im Teilrichtplan aufgeführt ist. In Artikel 9 des Veloweggesetzes steht: Müssen in Plänen festgelegte Velowege oder Teile davon aufgehoben werden, so sorgen die zuständigen Behörden für angemessenen Ersatz durch vorhandene oder neu zu schaffende Wege. In der Botschaft des Bundesrates geht der Bundesrat auch darauf ein und klärt, dass diese Ersatzpflicht nicht nur für bereits umgesetzte Wege gilt, sondern auch für Wege, die erst geplant werden, aber in einem Richtplan vorhanden sind. Man kann die gestrichelte Linie auf der Karte daher, auch wenn sie noch nicht gebaut ist, nicht einfach ausradieren und wenn sie ersetzt wird, dann muss es ein angemessener Ersatz sein, der auch den Planungsgrundsätzen entspricht, entsprechend auch eine direkte Streckenführung aufweist.

Nun zum Teilrichtplan Velo. Die Umsetzung des Teilrichtplans Velo muss in meinen Augen mit mehr Engagement angegangen und ernster genommen werden. Das ist der x-ste Vorstoss, der in diesem Parlament eingereicht wurde und jeweils oftmals stehen gelassen wurde, der eine Verbindung des Teilrichtplans betrifft, die nicht umgesetzt wurde. Ich frage mich da ernsthaft, warum müssen wir in diesem Parlament Vorstösse einreichen, damit ein behördenverbindlicher Richtplan umgesetzt wird und warum lautet die Antwort dann danach, dass man eine Route, die eigentlich festgelegt wurde, auflösen möchte. Nun, in diesen zwei Punkten wünsche ich mir Klärung.

Ich hoffe, dass wir in der Velopolitik deutlich vorankommen. Soeben hat der Regierungsrat per Medienmitteilung den Gegenvorschlag zu der Sichere Velorouten-Initiative verschickt und da hoffe ich mir durchaus, dass wir dadurch schneller vorankommen mit durchgehenden Velowegen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Beim Versuch, dieses Votum an die SVP oder die FDP abzugeben, habe ich von beiden Parteien das Votum übernehmen dürfen. Deshalb darf ich jetzt für alle drei Parteien hier sprechen.

Das Anliegen ist politisch hängig, was der Regierungsrat im vorliegenden Traktandum erklärt, und es soll einfach etwas globaler behandelt werden mit der Gesamtprüfung der Verbindungen im Bachgraben-Gebiet für alle Verkehrsteilnehmenden und mit dem ZUBA, dem Zubringer Bachgraben. Dies begrüssen wir auch sehr, da dieses Quartier starke Verkehrsverstopfungen hat, entsprechend sollte das eben global geprüft werden und nicht partiell, wie in diesem Vorstoss jetzt betont wird. Das Vorhaben hier wäre relativ teuer mit der Rampe, die der Regierungsrat aufnimmt, und gleichzeitig wären einige Freizeitgärten betroffen, was uns auch nicht optimal dient und wie schon vorher erwähnt, es ist nicht im Grundkonzept zu Ende gedacht und es bezieht nicht alle Anspruchsgruppen, die in dieser Region unterwegs sind, mit ein.

Die genannte Alternative durch das Freizeitgartenareal Milchsuppe inklusive Beleuchtung, die hier auch schon mehrfach gefordert werden musste, dünkt uns als Lösung, bis dieser mittelfristige Plan umgesetzt werden kann, genügend und entsprechend denken wir, dass hier das Abschreiben der korrekte Weg wäre. Ich bitte Sie deshalb für die SVP und die FDP, diesen Vorstoss abzuschreiben und dann später, wenn wir das Gesamtkonzept prüfen, erneut kritisch zu hinterfragen, ob so die Ansprüche des Teilrichtplans Velo, aber eben auch die der Wander- und Fusswege erfüllt sind, damit dort ein Konzept entstehen kann, das allen Anspruchsgruppen zugutekommt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Fraktions- oder Einzelvoten vor. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich glaube, Sie wissen wirklich, dass dem Regierungsrat und mir persönlich auch Velo-Anliegen wirklich sehr wichtig sind. Dennoch, wir haben nicht unbeschränkt Ressourcen. Die Leute, die wir haben, auch in der Planung und der Umsetzung von Projekten, die müssen wir an den besten Orten einsetzen und der Regierungsrat ist der Meinung, dass hier ist nicht der beste Ort. Wenn Sie die Situation vor Ort kennen, wissen Sie, dass es dort doch einen erheblichen Höhenunterschied gibt, es bräuchte also doch ein ziemliches Bauwerk, das man diese direkte Verbindung herstellen kann. Das wiederum würde unserer Annahme nach auf Kosten von einigen Freizeitgärten gehen und wir sehen hier wirklich den unmittelbaren Bedarf nicht.

Es gibt eine Verbindung, diese wird ausgebaut, verbessert, länger geöffnet, direkt und ohne Autoverkehr durch das Milchsuppen-Areal, das Freizeitgartenareal da, das hat die BRK entschieden und das machen wir so. Ich glaube, so gibt es

da wirklich eine gute Verbindung und es ist kein grösserer Umweg, den man dort als velofahrende Person wahrnehmen muss. Auch sollten wir doch wieder umsichtig sein mit Ressourcen, unnötige Bauwerke vermeiden. Wie gesagt, es wäre ein ziemliches Bauwerk an dieser Stelle, diesen Höhenunterschied zu überwinden und ich darf Sie deshalb bitten, sich auch zu gedulden. Wir möchten auch die Verkehrserschliessung des gesamten Gebiets anschauen, wie im Bericht ausgeführt.

Deshalb darf ich Sie bitten, jetzt diesen Anzug, der ganz konkret diese Verbindung dort über die Freizeitgärten hindurch fordert, dass Sie diesen abschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage vor. Sie wird angenommen.

Raffaela Hanauer (GAB): Ich habe mich gefragt, wenn man einen Teilrichtplan festlegt und dort auch Netzlücken plant zu schliessen und diese auch im Richtplan verankert, warum schafft die Regierung es nicht, die notwendigen Personalressourcen bei der Verabschiedung dieses Richtplans zur Verfügung zu stellen und warum müssen wir dann jetzt aufgrund der Personalressourcen sagen, dass wir das nicht können?

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Dann hätte ich mich missverständlich ausgedrückt. Der Hauptgrund sind nicht die Personalressourcen, sondern dass es wirklich ein grösseres Bauwerk wäre mit grösseren Eingriffen, dass ich deshalb die Ressourcen lieber in andere, besser umsetzbare, sinnvolle Projekte einsetzen möchte.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

36 Ja, 51 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003063, 13.03.24 10:34:31]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 51 Nein-Stimmen gegen 36 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

33. Anzug Lydia Isler-Christ und Konsorten betreffend «temporäre Genussorte» in der Freien Strasse, Schreiben des RR

[13.03.24 10:34:40, 21.5813.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Damit geht das Wort an die erste Sprecherin Lydia Isler-Christ.

Lydia Isler-Christ (LDP): Wenn man den «Chrüzlistich» anschaut, ist der Fall klar. Ich komme mir hier ein bisschen vor wie die einsame Ruferin in der Steinwüste der Freien Strasse. Ich habe den Vorstoss mit Franz-Xaver Leonhardt zusammen geschrieben, der ja vom Fach ist, was die Gastro betrifft, und das Ziel war eine Belebung der Freien Strasse. Das hätte die Freie Strasse dringend nötig. Ein paar Bäume in Blumentöpfe bringen da auch nicht wahnsinnig viel, vielleicht ein bisschen

Schatten, aber mobile Gastroangebote, dort gäbe es auch Schatten. Es wäre also wesentlich gemütlicher, dort unter einem Sonnenschirm zu sitzen mit etwas Feinem in der Hand.

Ich hätte mir darum von der Regierung ein aktives Vorgehen gewünscht mit wirklich einfacheren Bewilligungen, attraktiven Bedingungen, was erwähnt wird, ist einfach nur der Status quo, was ich wirklich bedauere. Die Fraktion der LDP ist darum für Stehenlassen, auch wenn ich weiss, wenn ich den «Chrüzlistich» anschaue, dass es ziemlich chancenlos ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Ja, wie schnell gehen zwei Jahre ins Land. Als wir den Anzug zusammen geschrieben haben, war Covid noch ganz in unseren Knochen und wir hatten Saison mit Lockdown. Das ist erst vier Jahre her, am 13. März wurde es verkündet, es war Freitag um 16 Uhr, der Bundesrat hat das verkündet, ich werde das nie vergessen.

Die Freien Strasse, ich glaube, ich bin auch wie Lydia Isler-Christ nicht happy mit der Beantwortung. Es hat zwar keinen Sinn, den Anzug stehen zu lassen, sondern wir können ihn abschreiben, aber abschreiben können wir das Problem nicht. Die Freien Strasse ist unsere Haupteinkaufsstrasse. Nicht nur einkaufen ist in dieser Stadt gefragt, für uns auch mal sonntags, das ist ein anderes Thema, das können wir dann noch mit der SP mal besprechen, wie das ist. Wir in der Gastronomie arbeiten schon Jahrzehnte auch sonntags.

Die Gastronomie ist ein ganz wichtiger Punkt für eine lebendige Innenstadt und die Freien Strasse nach Ladenschluss ist einfach tote Hose und tote Hose ist einfach nicht gut für eine Innenstadt. Ich möchte Sie daran erinnern oder einfach aufzeigen, in fünf Jahren ist die Hauptpost umgebaut, ein wunderbarer Bau von Herzog & de Meuron. Das wird wieder ein Magnet in dieser Innenstadt, keine grüne Wand, sondern wirklich eine Flaniermeile dort. Es ist wunderbar und ich bin auch überzeugt, wir haben es gestern, glaube ich, gelesen, der Globus wird fertig gebaut und das wird wieder ein tolles Warenhaus. Also über den Marktplatz ein zweiter grosser Anziehungspunkt und dazwischen bräuchte es einfach mehr Gastronomie, das ist ganz wichtig.

Wir haben hier an dieser Strasse ein grundsätzliches Problem, das sind die Quadratmeterpreise dort. Ein Apple-Shop, der verkauft etwas, mit dem man mit wenig Aufwand eine Riesenrendite hat. In der Gastronomie ist es umgekehrt, wir haben Riesenaufwand mit wenig Rendite und wir können uns diese Quadratmeterpreise einfach nicht leisten. Ich appelliere an gewisse Eigentümer, in der Freien Strasse gibt es diese noch, Privateigentümer, mit 20 m2 kann man schon ein super Gastrokonzept machen. Geben Sie etwas Quadratmeter in Ihren Häusern frei für eine Zwischennutzung oder Sie können dann mit dem Gastgewerbeinspektorat Formalitäten machen. Ich bin dann gespannt, wie dann das wird. Also die Freien Strasse braucht Gastronomie, schauen Sie für gute Quadratmeterpreise, es braucht wenig Fläche und dann haben wir in fünf Jahren eine Bahnhofstrasse, die in Basel Freien Strasse heisst.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet ebenfalls. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

68 Ja, 20 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003065, 13.03.24 10:41:02]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für Abschreiben entschieden mit 68 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

34. Motion Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Velopasserelle vom Gundeli über die Bahngeleise zum Elsässertor, Stellungnahme des RR

[13.03.24 10:41:13, 23.5452.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese zu überweisen.

Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein erstes Votum. Damit kommen wir zu den Fraktionsvoten und das Wort geht für die SVP an Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion hat diese Motion bei der Erstüberweisung unterstützt, auch ich habe die Motion damals unterschrieben. Es macht ja auch Sinn, wenn wir gewisse Ideen prüfen und insbesondere auch die Entflechtung von Verkehr, dass es kein Ausspielen gibt zwischen Veloverkehr und mobilisierten Individualverkehr, macht ja grundsätzlich auch Sinn. Deshalb haben wir beispielsweise die Brücke zwischen Wolfsacker zum Schulhaus Walkeweg auch mitgetragen und werden dies auch weiterhin unterstützen.

Wenn wir jetzt aber die Antwort des Regierungsrates nach der Erstüberweisung sehen, klingt das ja schon sehr negativ. Eine derartige Brücke wäre nur mit sehr viel Aufwand und wahrscheinlich mit unverhältnismässigen Kosten realisierbar und hier sind wir der Meinung, dass es nicht hier eine Machbarkeitsstudie benötigt, welche auch teuer ist, um dann uns zu sagen in einem zweiten Schritt, dass es zu teuer ist oder nur mit einem unverhältnismässigen finanziellen Aufwand. Da sind wir der Meinung, kann man auch darauf verzichten, wenn hier gleich auch die Experten in der Verwaltung von Anfang an sagen, dass das hier eher schwierig wird und der Mehrwert wäre ja dann auch nicht so gross, weil es dann nicht so ist, dass dann keine Brücke in dieser Region mehr existiert. Dementsprechend wäre das halt einfach ein zu hoher Aufwand mit sehr wenig Ertrag und hier eine Machbarkeitsstudie, die auch teuer ist, ins Leben zu rufen, würde es nicht bringen.

Dementsprechend bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion Mitte/EVP geht das Wort an Christoph Hochuli.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Da die SBB eine provisorische Fussgängerpassarelle von der Meret Oppenheim-Strasse über die Bahngeleise zum Elsässertor baut, könnte parallel zu dieser Passarelle eine ebenfalls provisorische Velobrücke errichtet werden. Diese Idee ist nicht neu und wurde durch das BVD bereits einmal geprüft, aber leider verworfen.

Nun wollten wir mit der vorliegenden Motion erreichen, dass eine Machbarkeitsstudie erstellt wird, welche als Grundlage für die abschliessende Beurteilung dienen soll, ob der Bau einer provisorischen Velo-Passarelle umsetzbar ist. Denn sinnvoll wäre eine provisorische Velobrücke über die Bahngeleise auf jeden Fall, weil während dem Neubau der Margarethenbrücke sowie dem im gleichen Zeitraum laufenden Bau des Projekts Nauentor auch auf der Peter Merian-Brücke mit erheblichen Verkehrseinschränkungen für den Langsamverkehr zu rechnen ist. Die gewünschte provisorische Velo-Querung soll deshalb so lange bestehen bleiben, bis auf der Peter Merian-Brücke und der neuen Margarethenbrücke wieder genügend Kapazitäten für den Veloverkehr bestehen.

Es hat uns gefreut, dass der Regierungsrat die Motion als Motion überwiesen haben möchte. Dies kommt ja nicht allzu oft vor. Der Regierungsrat schlägt in seiner Stellungnahme vor, dass er zuerst eine Prüfung der technischen Machbarkeit und der Verhältnismässigkeit des Aufwands und der Kosten mit externen Fachleuten durchführen will. Erst dann soll allenfalls eine Machbarkeitsstudie durchgeführt werden. Wir können uns mit diesem Vorgehen einverstanden erklären, auch wenn uns eine direkte Durchführung der Machbarkeitsstudie lieber gewesen wäre. Wir bitten aber den Regierungsrat respektive das BVD baldmöglichst mit diesen Prüfungen zu starten, denn die Zeit drängt wirklich.

Nun bitte ich Sie im Namen der Mitte/EVP-Fraktion, diese Motion nochmals als Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum auch in der zweiten Runde. Pascal Messerli hat einen Antrag auf Nichtüberweisung der Motion gestellt. Ein Antrag auf Umwandlung in Anzug wurde nicht gestellt. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

76 Ja, 13 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003067, 13.03.24 10:46:44]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 76 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

35. Interpellation Nr. 162 Daniel Albietz betreffend Ausbauschritt Entwicklungsprogramm Nationalstrassennetz, Schriftliche Beantwortung

[13.03.24 10:46:51, 24.5007.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Mein Dank geht zunächst an die Regierung für die informative Antwort und das klare Bekenntnis zum Rheintunnel. Es ist ein Jahrhundertprojekt, wird aber die Stadt von viel Lärm und Schmutz befreien. Die Ip-Beantwortung enthält auch sehr instruktive Ausführungen zur Osttangente, die ich besonders von Verfechter*innen und Befürwortern eines Rückbaus ans Herz lege.

Wie die Regierung plausibel darlegt, wäre ein Rückbau der Osttangente ein klassisches Eigentor, denn ein solcher Rückbau ist nicht nur kostspielig, unnötig und vernichtet erhebliche Sachwerte. Wer nicht erkennt, dass der Rückbau zu einer Verlagerung des innerstädtischen Verkehrs in die Quartiere führen würde, der will das wahrscheinlich nicht sehen und hat verkehrspolitisch möglicherweise einen blinden Fleck. Nach dem Bau des Rheintunnels werden Fahrten mit Anfang oder Ziel im Kantonsgebiet wieder über die Osttangente stattfinden, über das Stadt- oder Ortsstrassennetz abgewickelt und damit werden die Wohnquartiere vom Verkehr entlastet.

Zusammenfassend, mit der materiellen Interpellationsantwort bin ich bis und mit Frage 4 sehr zufrieden. Nicht ganz glücklich bin ich mit Antwort 5. Hier hätte ich mir jetzt schon eine klarere Positionierung der Regierung für den Abstimmungskampf gewünscht, und zwar bereits jetzt. Ich hoffe, dass der Regierungsrat diesen Schritt zu gegebener Zeit noch nachholt und erkläre mich mit der Beantwortung teilweise zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

36. Interpellation Nr. 4 Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend alarmierenden Situation im Betrieb des Kasernen-Hauptbaus, Schriftliche Beantwortung

[13.03.24 10:48:52, 24.5036.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin steht bereit, um zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Ich bin zufrieden mit der Antwort, aber nicht mit der Situation. Ich bedanke mich für die Ausführungen in der Interpellationsantwort. Diese sind jedoch zum Teil derart vage im Sinne von, was machen Sie gegen die Situation, es werden Lösungen geprüft. Also ich meine, es zeigt einfach, wie schwierig die Situation ist, wie komplex auch das Konstrukt zur Bewirtschaftung dieser riesigen Anlage aufgestellt ist, wie gravierend das Fehlen einer Gastronomie im Hauptbau sich auswirkt, wie erschwerend hinzukommt, dass die Drogendealerszene, usw. sich im Kleinbasel verschiebt aufgrund verschiedener polizeilicher Massnahmen. Es ist ein, freundlich gesagt, «Chrüsimüsi», das sich nicht so ohne weiteres in Luft und Wohlgefallen auflösen wird.

Die Interpellation hat jetzt einige Anhaltspunkte geliefert, um weiter daran arbeiten zu können. Auch wir als Grossrätinnen und Grossräte können anhand der Antworten oder der Antwortlücken ungefähr abschätzen, in welche Richtung wir da weiter hinschauen müssen und den Druck aufrechterhalten müssen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

37. Interpellation Nr. 12 Heidi Mück betreffend Museumsnacht für alle, Schriftliche Beantwortung

[13.03.24 10:50:49, 24.5051.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Heidi Mück (GAB): Ich bin sehr zufrieden mit der Antwort und ich bedanke mich. Es ist nicht nur eine schriftliche Antwort eingetroffen, sondern es ist auch eine konkrete Aktion daraus resultiert, nämlich dass Begleitpersonen von Menschen mit Behinderungen, die auf Hilfe angewiesen sind, ab dem kommenden Jahr auch freien Eintritt in die Museumsnacht haben. Das war ja ein Ausreisser gegenüber dem Usus, den wir haben bei den staatlichen Museen, dort ist das schon lange der Fall, dass Begleitpersonen von Menschen mit Behinderungen gratis Eintritt haben und die Museumsnacht, die hatte das nicht. Ich selbst habe das nicht bemerkt und ich denke, das ist ein gutes Beispiel dafür, dass wir einfach solche Stolpersteine, solche Hindernisse selbst nicht bemerken und nur darauf kommen, wenn uns Betroffene darauf hinweisen. Ich denke, wir müssen hier weiterhin wach bleiben. Das ist jetzt eine kleine Massnahme, aber von den Rückmeldungen, die ich erhalten habe, hat das grosse Freude ausgelöst und deshalb bedanke ich mich ganz herzlich dafür.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

38. Interpellation Nr. 13 Fina Girard betreffend Kindertankstelle Dreirosenmatte, Schriftliche Beantwortung

[13.03.24 10:52:28, 24.5052.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Fina Girard (GAB): In meiner Interpellation habe ich den Regierungsrat gefragt, ob die Errichtung einer Kindertankstelle auf der Dreirosenmatte möglich wäre. Das nicht nur, weil ich Kindertankstellen eine gute und wichtige Sache finde, sondern auch weil in der Quartierbevölkerung ein grosses Bedürfnis besteht, die Dreirosenanlage nicht nur mit Videoüberwachung und Rangerdiensten zu sichern, sondern aktiv zu beleben und Orte der Begegnung zu schaffen, damit eben keine No-Go-Areas entstehen, sondern lebendige Treffpunkte für alle.

Der Regierungsrat hat die Idee der Kindertankstelle verworfen mit der Begründung, es bestünden bereits entsprechende ähnliche Angebote. Ja, bei der Dreirosenmatte gibt es die Freizeithalle, den Jugendtreff und das RiiBistro, alles erfolgreiche und tolle Angebote, die aber eher zu stark ausgelastet sind, als dass sie auf weitere Aufgaben warten würden. Denn eine Kindertankstelle wäre ein Angebot draussen auf der Matte, nicht nebendran und nicht innen drin. Es wäre ein Angebot mit der Zielgruppe Kinder im Vorschul- und Primarschulalter, denn die bestehenden Angebote verlangen entweder nach einer erwachsenen Begleitperson oder sind ganz auf Jugendliche ausgerichtet. Die Idee der Kindertankstelle kommt auch nicht von irgendwo her, sondern sie stammt von der Anwohnerschaft, von betroffenen Familien. Sie kennen die Angebote und Bedürfnisse rund um die Dreirosenmatte und hier liegt ganz klar das Bedürfnis vor, nicht nur auf repressive Sicherheitsmassnahmen zu setzen, sondern die Dreirosenmatte zurückzuholen für alle, damit sie wieder zu dem unbeschwerten Spiel- und Erholungsort werden kann, den sie eigentlich schon immer hätte sein sollen.

Der Regierungsrat schreibt nun, er wolle in Kürze auf Grundlage einer Auslegeordnung weitere Massnahmen beschliessen und ich erwarte, dass hier nicht nur weitere Sicherheitsmassnahmen getroffen werden, sondern in erster Linie die Bedürfnisse im Quartier abgeholt werden und Orte der Begegnung und der Belebung geschaffen werden. In diesem Sinne bin ich gespannt auf die Vorschläge der Regierung und hoffe sehr, dass die Bedürfnisse der Schulkinder rund um die Dreirosenanlage und ihrer Familien dabei mitgedacht und priorisiert werden. Ich bin daher mit der Beantwortung meiner Interpellation nicht zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

39. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend automatisch ausgefüllte Steuererklärung, Stellungnahme des RR

[13.03.24 10:55:13, 23.5477.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich möchte Ihnen nochmal beliebt machen, uns das Geschäft als Anzug zu überweisen. Wenn Sie es als Motion überweisen, dann verlangen Sie von uns, dass wir die Vorlage so bringen, wie Sie sie möchten. Das heisst, alle Schnittstellen, die es gibt im Kanton, alle Daten müssen dann digital eingepflegt werden in die Steuererklärung. Das bedeutet, man kann da nicht mehr wählen, wir haben auch nicht mehr die Freiheit anzuschauen, macht es wirklich überall Sinn, weil wenn die Steuerverwaltung das kann, dann wird man wohl auch die heutig bestehenden Hürden abbauen müssen für andere Behörden. Es kann sein, dass es nicht überall Sinn macht, es kann auch sein, dass es dazu führt, dass wir von der Papierversion absehen müssen, dass wir dann irgendwann wirklich nur noch die digitale Version anbieten können. Ob das sinnvoll ist, mag ich jetzt heute noch bezweifeln und es besteht die Gefahr für die Steuerpflichtigen, dass sie nicht mehr die Kontrolle darüber haben. Ob dann die Steuerpflichtigen noch genau kontrollieren, ob das jetzt so korrekt ist, ob das jetzt richtig ist, das können wir dann nicht überprüfen. Es wird dann automatisiert geschehen und könnte auch zu einem gewissen Unverständnis führen.

Das, finde ich, sind Gründe, wo wir einfach froh wären, ein wenig mehr Freiheit zu haben. Das Anliegen kann ich wirklich sehr gut verstehen. Ich persönlich würde es auch sehr begrüssen, wenn das möglich wäre, wenn wir dort vorwärtsmachen, das wollen wir auch, aber es gibt gewisse Punkte, die ich auch als heikel erachte. Und da wären wir froh gewesen, ein Anzug, wir hätten das dann aber genauso pflichtbewusst gemacht, einfach mit etwas mehr Freiheit.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher für die FDP ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Ich darf auch im Namen der SVP zu Ihnen sprechen. Was ist das Ziel dieser Motion? Das Ziel der Motion ist eine Erleichterung für die Steuerpflichtigen. Der Kanton verfügt über eine Vielzahl von Daten, die er über uns hat, die er auch benötigt für seine tägliche Arbeit, das ist auch völlig richtig so. Da gibt es ganz verschiedene Beispiele. Er weiss, wie viele Kinder, dass wir haben, in welchem Alter, dass wir sind, von manchen weiss er aufgrund der eingeschickten

Lohnausweise, was wir verdienen, was die Liegenschaftswerte sind, wenn man eine Liegenschaft hat, usw. Alles Daten, die schon da sind, und alles Daten, die helfen können, die Steuererklärung einfacher auszufüllen.

Der Regierungsrat in seiner schriftlichen Antwort nennt im Wesentlichen drei Gründe, wieso dass das jetzt in dieser Form nicht möglich ist. Erstens sagt der Regierungsrat, man müsse die bundesrechtliche Zulässigkeit vertieft abklären. Man kann einen kurzen Blick in das DBG und in das StHG werfen, ich habe so spontan nichts gefunden, was dem entgegenstehen würde, weil selbstverständlich jeder Steuerpflichtiger, jede Steuerpflichtige immer noch persönlich bestätigen muss, dass die Daten, die da angegeben worden sind, die Daten, die vielleicht auch automatisch eingetragen worden sind, dass diese korrekt sind, mit der Wahrheit übereinstimmen. Also diesen Akt der Bestätigung, den braucht es selbstverständlich auch bei einer automatisierten Steuererklärung nach wie vor, also ist mir überhaupt nicht klar, weshalb das Bundesrecht dem entgegenstehen sollte. Ich meine, es gibt ja auch schon in der heutigen Steuererklärung Beispiele dafür. Je nachdem, was Sie ausfüllen, wenn Sie das ganze digital ausfüllen, werden ja Abzüge schon heute teilweise automatisiert gemacht oder es finden automatisierte Berechnungen statt und Sie müssen dann am Schluss sagen, ja, das ist richtig so, das möchte ich gerne so der Steuerverwaltung übermitteln.

Der zweite Punkt ist die Frage des Datenschutzes und dass es heute hierfür keine genügend gesetzlichen Grundlagen gäbe und dass das deshalb eher schwierig sei. Geschätzte Kollegen und Kolleginnen, genau das ist ja der Auslöser dieser Motion, dass es heute eben nicht möglich ist, weil es heute nicht im Einklang wäre mit der datenschutzrechtlichen Gesetzgebung und die Motion fordert ja gerade, dass man die Gesetzgebung so anpasst, dass das dann künftig möglich sein soll. Es erschliesst sich mir irgendwie nicht ganz, wieso dass das jetzt ein Grund gegen die Motion sein sollte. Das könnte man ja gegen jede Gesetzesänderung vorbringen, dass es ein Gesetz gibt, das dem widerspricht, und dann lassen wir die Gesetze einfach so, wie sie heute sind.

Und dann noch die Frage der der lückenhaften Daten. Ja, der Kanton verfügt heute nicht über alle Daten von uns und das ist ja auch gut so, dass der Kanton dann doch nicht ganz alles über uns weiss. Aber das kann doch kein Argument dagegen sein, diese automatisierte Steuererklärung einzufüllen. Man kann doch mit den Daten, die man bereits hat, arbeiten, die, soweit verfügbar, entsprechend einfügen und die, die man nicht hat, die muss dann halt die steuerpflichtige Person nach wie vor händisch eintragen. Ob das jetzt auf Papier oder ob das auf Computer ist, das ist doch wirklich kein Problem. Und es ist übrigens auch im Einklang mit der Digitalstrategie des Kantons. Die Strategie, die besagt, man muss nicht die perfekte Lösung dann haben am Schluss. Sie nennen das Fast Prototyping, man kann mit den Daten arbeiten, die man schon hat, und dann schauen, ob man das dann laufend erweitern kann. Wenn man zuerst wartet, bis der Kanton über alle Daten von uns verfügt, die er für die Steuererklärung benötigt, dann kommt die automatisierte Steuererklärung nie.

Und jetzt hat Regierungsrätin Tanja Soland hier noch drei neue Argumente vorgebracht vorher in ihrem Votum. Das erste neue Argument, ja, andere Behörden wollen dann Daten auch haben, wenn die Steuerverwaltung diese haben will. Ich meine, wir haben jetzt die Idee, die gesetzlichen Grundlagen mit dieser Motion zu schaffen und wenn andere Behörden dann plötzlich auch einen solchen Datenhunger bekommen sollten, dann werden wir in diesem Rahmen, im Rahmen einer Gesetzgebung darüber diskutieren müssen, ob wir das so wollen. Das hat aber mit unserem Vorstoss nichts zu tun, da werden wir jederzeit die Freiheit haben, dies zu entscheiden, ob wir das der entsprechenden Behörde so gewähren wollen oder nicht, erstens.

Dann erschliesst sich mir nicht, das war das zweite Argument, wieso dass man deswegen die Papierversion abschaffen müsste. Es ist ein Angebot an die Steuerpflichtigen. Wir bieten an, wir nutzen die Möglichkeiten der Digitalisierung, wir ermöglichen, wir bieten an, dass das künftig vorausgefüllt ist mit den Daten, die wir haben. Das ist ein Angebot, das kann man nutzen oder man nutzt es halt eben nicht und greift weiterhin auf das Papierformular zurück. Ich bin der Meinung, es wäre dann so attraktiv, dass relativ viele sich für die Onlineversion entscheiden würden, aber es spricht nichts dagegen, weiterhin eine Papierversion anzubieten.

Das dritte Argument, die Kontrolle durch die Steuerpflichtigen. Ja, es obliegt halt der Verantwortung jeder einzelnen steuerpflichtigen Person am Schluss zu schauen, ist das so korrekt, wie es jetzt ausgefüllt wurde, ob automatisiert oder manuell, das zu bestätigen und dann der Steuerverwaltung zu übermitteln. Und wenn jetzt eine steuerpflichtige Person findet, interessiert mich alles nicht, ich klicke einfach blind auf okay und schicke das dann so an die Steuerverwaltung, dann ist das halt die Verantwortung der entsprechenden Person auch mit den entsprechenden Konsequenzen, die das haben kann, wenn die entsprechenden Angaben falsch wären. Also wir werden nie die Steuerpflichten ganz von ihrer Verantwortung als steuerpflichtige Bürgerinnen und Bürger befreien können, aber das kann kein Argument gegen diese Motion sein.

Ich bin überzeugt, die Digitalisierung der Steuererklärung wäre wirklich ein grosser Schritt im Dienste der Bevölkerung und würde vieles auch erleichtern. Wir wissen alle, wie schwer wir uns teilweise tun, die Steuererklärung auszufüllen, wie viele von uns das auch ausschieben. Reminder, bis Ende Monat hat man noch Zeit, die Steuererklärung auszufüllen. Ich weiss nicht, wie viele von Ihnen zu denen gehören, die das noch vor sich hinschieben. Da gibt es solche, die machen das schnell, solche, die verlängern auch noch ein paar Mal, aber das wäre, da bin ich fest davon überzeugt, ein Weg, um der Bevölkerung in unserem Kanton das Leben einfacher zu machen.

Ich bitte Sie, an der Motion festzuhalten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Die SP-Fraktion stellt sich nicht gegen den Inhalt und die Intention dieser Motion. Im Gegenteil, wir unterstützen den Vorstoss, dass eine vorausgefüllte respektive automatisch ausgefüllte Steuererklärung möglich sein sollte. Es hat mich persönlich auch gefreut, dass in der Stellungnahme steht, dass die automatisch ausgefüllte Steuererklärung ein Pilotprojekt innerhalb der Datenstrategie sein könnte. Das hat tatsächlich etwas visionäres und es freut, wenn die Verwaltung mitziehen will.

Weil aber, wie die Regierung ja in der Antwort oder im Text festhält, die Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes gar nicht realisierbar ist, unterstützen wir den Vorschlag als Anzug zu überweisen. Gemäss «Chrüzlistich» wird der Vorstoss aber sowieso als Motion überwiesen und deshalb möchte ich hier einfach festhalten, ich oder wir hoffen, dass die Einhaltung des Datenschutzes auch weiterhin, also bei der Umsetzung auf jeden Fall gewährleistet werden kann oder dass eine entsprechend synonyme Lösung gefunden wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen aus den Fraktionen vor. Damit kommen wir zu den Einzelsprechenden und hier hat sich Eric Weber gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Wir reden zum Thema Steuern. Wenn Sie die Zeitungen verfolgen, dann wissen Sie, dass sehr viele Leute mit den Steuern unzufrieden sind. Wir hatten den Fall mit der Steuerverwaltung Basel, wo Pulver anonym in den Briefkasten eingeworfen wurde. Die Probleme, die wir hier diskutieren, liegen tiefer. Es geht gar nicht um die automatisch ausgefüllte Steuererklärung, es geht allgemein um Probleme bei den Steuern. Sie haben im November mitbekommen, und das geht in diese Sache hier hinein, die Steuerverwaltung hatte ein Computerproblem, 50’000 Steuerzahler haben keine Unterlagen bekommen. Man muss schon sagen, wenn man in der Basler Zeitung und in 20 Minuten liest, dass 50’000 Steuerzahler, das wären 500-mal so viele Grossräte, wie wir haben, die Unterlagen nicht bekommen, finde ich das schon bedenklich. Dann soll die Steuerverwaltung erstmal die Computerprobleme richtig lösen.

Ich muss natürlich sagen, denken Sie einmal an die alten Leute über 70, über 80, die haben kein Handy, die können nicht am Handy die Steuererklärung machen, die haben auch keine Computer. Hier werden mit dem elektronischen Online die alten Leute einfach vergessen und darum muss ich sagen, ich möchte auch weiterhin das Papierformat der Steuern bekommen.

Ich werde zu diesem Thema eine schriftliche Anfrage stellen und da werde ich mal fragen, liebe Steuerverwaltung, ihr sagt ja immer, wir sollen dann und dann die Steuern abgeben, aber im umgekehrten Sinn kriegen wir keine Antwort von der Steuerverwaltung. Nehmen wir mal mein Beispiel. Ich habe ein Einkommen als Grossrat, ich habe das im Sommer 2023 angegeben. Ich warte heute noch Ostern 2024 auf die Veranlagung der Steuer. Da kommt einfach nichts. Ich habe schon dreimal geschrieben, Briefe eingeworfen und will wissen, wann bekomme ich endlich Antwort der Steuer.

Luca Urgese hat gesagt, Datenschutz genau, Datenschutz ist ganz wichtig. Stellen Sie sich einmal vor, wenn nur noch alles elektronisch geht bei der Steuerverwaltung und ein Hacker, und wir haben viele Hacker und die kommen von verschiedenen Ländern, stellen Sie sich einmal vor, ein Hacker dringt da bei der Steuerverwaltung ein und dann hat er die ganzen Steuerdaten von allen und dann wird das publiziert. Die freuen sich und publizieren das gerne und da ist eine grosse Gefahr, wenn die Steuerverwaltung selbst nicht einmal richtige Steuerbescheide verschicken kann und Computerprobleme hat. Ich habe das jeden Tag gelesen über Wochen hinweg und viele Leute hat das getroffen, die in Basel-Stadt wohnen. Das ist für mich ein Problem und dann muss ich sagen, ist der Datenschutz nicht gewährleistet, wenn die Steuerverwaltung zuerst einmal vor der eigenen Haustüre wischen muss.

Es fehlt auch klar die Fristverlängerung, die gibt es nicht mehr. Das sind solche Sachen, dann soll doch einmal die Steuerverwaltung sagen, wir geben diesen alten Leuten eine Schulung, dann bieten Sie doch eine Schulung an.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet auf ein Votum. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

34 Ja, 56 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003073, 13.03.24 11:12:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 56 Nein-Stimmen gegenüber 34 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung. Da es keinen anderen Antrag gibt, ist die Motion damit als Motion überwiesen.

40. Interpellation Nr. 11 Tonja Zürcher betreffend Flughafenausbau verhindert Klimagerechtigkeit, Schriftliche Beantwortung

[13.03.24 11:12:28, 24.5050.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Tonja Zürcher (GAB): Zu den Antworten. Ich bin positiv überrascht, dass der Regierungsrat in den Antworten klar festhält, dass eine Reduktion des Flugverkehrs notwendig ist und dass sich die durch den Regierungsrat gewählten Mitglieder im Flughafen-Verwaltungsrat für diese Zielsetzung einsetzen. Das ist sehr positiv und würde eine grundlegende Änderung bedeuten. Leider lassen die weiteren Antworten in dieser Interpellationsbeantwortung ein bisschen daran zweifeln, allen voran die sehr beschönigende Zahl zu den CO_2 -Emissionen vom Flughafen. Interessant, ich habe danach gefragt, für welche CO_2 - oder Klimaemissionen der Flughafen verantwortlich ist und die Antwort, die genannte Zahl ist die CO_2 - Emission auf dem Areal des Flughafens. Also es ist natürlich nicht die Antwort auf die Frage, der Flugverkehr verursacht ja nicht nur am Flughafen selber Emissionen, ich glaube, es ist allen klar, sondern vor allem in der Luft nachher. Die Antwort, 87’000 Tonnen seien es, in der Realität sind es wohl eher ein bis zwei Millionen Tonnen, die der Flughafen verursacht. Das ist eine Schätzung anhand der Passagierzahlen und myclimate. Ich wäre sehr froh, es gäbe hier genauere Zahlen und genau das wollte ich vom Regierungsrat wissen.

Der Flughafen verfolgt entgegen dem, was der Regierungsrat sagt und sich anscheinend unsere Verwaltungsratsmitglieder dafür einsetzen, eine klare Wachstumsstrategie. Es sollen mehr Passagier*innen starten, es werden neue Destinationen aufgenommen, auch solche, die immer weiter weg sind, und der Terminal wird ausgebaut, damit auch die Kapazitätsengpässe während der Spitzenzeiten nicht mehr vorhanden sind, was wiederum ein weiteres Wachstum ermöglicht.

Kurz zusammengefasst, in der Theorie super, in der Praxis mangelhaft, im Fazit gibt das ein teilweise befriedigt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

41. Interpellation Nr. 3 Eric Weber betreffend Sicherheit bei Parlaments-Sitzungen, Schriftliche Beantwortung

[13.03.24 11:15:21, 24.5026.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich meine es wirklich ehrlich, lesen Sie das durch. Ich habe jetzt das letzte Wort und ich finde es gar nicht lustig. Ich bin mit der Antwort der Regierung nicht zufrieden. Ich staune jeden Tag, was ich hier lese zur Sicherheit im Parlament und im Rathaus und ich möchte an Ihr Gewissen appellieren. Meine Fragen wurden nicht beantwortet. Die Regierung sagt ein Satz: Es besteht kein Grund zur Sorge. Aber doch, es besteht Grund zur Sorge, es stand ja in der Basler Zeitung und in der Basellandschaftlichen Zeitung, ein Terroranschlag ist möglich im Rathaus und die Redner hier von der Regierung haben wortwörtlich gesagt: Die Redner im Rathaus sagten, dass man nach der Veranstaltung im Rathaus schnell nach Hause soll und nicht im Rathaushof oder vor dem Rathaus stehen bleiben soll. Es könnte ein Terroranschlag passieren.

Ich war zufälligerweise an diesem Tag hier, ich war an dieser Diskussion zum Thema Religionen nicht anwesend, aber ich habe zehn Männer mit Maschinenpistolen vor dem Parlament gesehen und ich bin erschrocken. Darum habe ich der Regierung gesagt: Es fällt auf, wenn es um eine Veranstaltung der Regierung geht, dann ist immer sehr, sehr viel Sicherheitspersonal vorhanden. Handelt es sich aber um «normale» Parlamentssitzungen, dann ist keine Polizei vor Ort. Obwohl seit Anfang November 2023 vor jeder Parlamentssitzung am Morgen, am Nachmittag und am Abend Demonstranten ständig vor dem Rathaus stehen.

Und das sind natürlich Sachen, die zu denken geben. Es geht um Sie, es geht hier nicht nur um mich, aber ich finde, das ist einfach zu wenig.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

Damit sind wir am Ende der Traktandenliste angelangt und ich beende die Sitzung. Ich danke Ihnen für die speditive Arbeit.

Schluss der 7. Sitzung

11:18 Uhr

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
24.5078

Abstimmungsdatum 06. März 2024 09:05:18
Geschäft Wahl eines Mitglieds der IPK FHNW (Nachfolge Tim Cuénod, FKom)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	83	25	14	14	11	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	84	25	14	14	11	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	0	1	1	0	0	1
Nicht anwesend	12	3	4	1	0	2	1	1	0	0
Stimmberechtigt	88	26	14	14	11	8	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
24.5078

Abstimmungsdatum 06. März 2024 09:06:22
Geschäft Wahl eines Mitglieds der IPK FHNW (Nachfolge Tim Cuénod, FKom)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	88	26	16	14	11	9	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	26	16	14	11	9	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	9	3	2	1	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	91	26	16	14	11	9	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
24.5079

Abstimmungsdatum 06. März 2024 09:07:36
Geschäft Wahl eines Mitglieds der IGPK Universität (Nachfolge Jo Vergeat, FKom)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	26	16	14	11	10	8	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	26	16	14	11	10	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	2	1	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	93	26	16	14	11	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
23.1307

Abstimmungsdatum 06. März 2024 09:30:57
Geschäft Anpassung des Schulgesetzes vom 4. April 1929, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	26	17	15	11	9	8	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	26	17	15	11	9	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	1	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	26	17	15	11	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
21.1523

Abstimmungsdatum 06. März 2024 09:33:50
Geschäft Kantonale Volksinitiative "Hafen für alle - Freiräume statt Luxusprojekte!", Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	90	24	17	14	11	10	8	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	91	24	17	14	11	10	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	2	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	1	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	26	17	15	11	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
20.1006

Abstimmungsdatum 06. März 2024 09:36:01
Geschäft Kantonale Volksinitative "Basel baut Zukunft" - Fristverlängerung, Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nicht abgestimmt	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	85	20	17	14	11	10	8	5	0	0
Nein	2	1	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	21	17	14	11	10	8	5	1	0
Nicht abgestimmt	8	5	0	1	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	5	3	1	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	26	17	15	11	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
21.1247

Abstimmungsdatum 06. März 2024 09:38:01
Geschäft Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut" -Fristverlängerung, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	87	24	16	14	10	10	8	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	24	16	14	10	10	8	5	1	0
Nicht abgestimmt	7	2	1	1	1	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	5	3	1	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	26	17	15	11	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
23.1670

Abstimmungsdatum 06. März 2024 09:39:42

Geschäft Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug"- rechtlichen Zulässigkeit und weiteres Vorgehen, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	87	25	16	13	10	10	8	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	25	16	13	10	10	8	5	1	0
Nicht abgestimmt	7	1	1	2	1	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	5	3	1	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	26	17	15	11	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
23.0672

Abstimmungsdatum 06. März 2024 10:28:31
Geschäft Soziales Wohnen Basel-Stadt, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ent	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	89	24	17	14	11	9	8	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	25	17	14	11	9	8	6	0	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	1	0	1	0	0	1	1
Nicht anwesend	6	4	1	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	94	25	17	15	11	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10.4**
21.5513

Abstimmungsdatum 06. März 2024 10:35:44

Geschäft Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Überprüfung und Erweiterung der Angebote für Obdachlose in der Stadt unabhängig von Anmeldekanton und Aufenthaltsstatus, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ent
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ent
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	42	26	16	0	0	0	0	0	0	0
Nein	45	0	0	14	11	9	5	6	0	0
Ent	3	0	0	0	0	0	3	0	0	0
Abgestimmt	90	26	16	14	11	9	8	6	0	0
Nicht abgestimmt	5	0	1	1	0	1	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	3	1	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	26	17	15	11	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
23.1308

Abstimmungsdatum 06. März 2024 11:06:50
Geschäft BaselArea: Ausrichtung von Betriebsbeiträgen für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ent	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ent	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	84	26	8	15	11	10	8	6	0	0
Nein	6	0	6	0	0	0	0	0	0	0
Ent	3	0	3	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	26	17	15	11	10	8	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	3	1	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	26	17	15	11	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 12**
23.0940

Abstimmungsdatum 06. März 2024 12:01:43
Geschäft Erneuerung des Staatsbeitrags an Basel Tourismus für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nicht abgestimmt	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ent	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Zappalà Andreas (FDP)	Ent
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	72	22	14	13	6	8	6	3	0	0
Ent	4	1	0	0	1	1	0	1	0	0
Abgestimmt	77	23	14	13	7	9	6	4	1	0
Nicht abgestimmt	8	2	3	0	1	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	15	4	1	2	3	1	1	3	0	0
Stimmberechtigt	85	25	17	13	8	9	7	4	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 12**
23.0940

Abstimmungsdatum 06. März 2024 15:17:27
Geschäft Erneuerung des Staatsbeitrags an Basel Tourismus für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	88	24	16	14	10	10	8	6	0	0
Ent	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	24	16	14	11	10	8	6	0	0
Nicht abgestimmt	7	3	1	1	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	4	2	1	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	27	17	15	11	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 12**
23.0940

Abstimmungsdatum 06. März 2024 15:18:14
Geschäft Erneuerung des Staatsbeitrags an Basel Tourismus für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	90	27	16	13	11	9	8	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	27	16	13	11	9	8	6	0	0
Nicht abgestimmt	6	0	1	2	0	1	0	0	1	1
Nicht anwesend	4	2	1	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	27	17	15	11	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 14**
23.5509

Abstimmungsdatum 06. März 2024 16:25:59

Geschäft Petition P467 "Einführung eines obligatorischen Workshops zum Thema Umwelt und Nachhaltigkeit an den Sekundarschulen der Stadt Basel", Bericht der PetKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	63	27	16	7	0	2	7	4	0	0
Nein	27	0	0	8	11	6	0	2	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	91	27	16	15	11	9	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	4	0	1	0	0	1	1	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	1	0	0	0	0	1	1	0
Stimmberechtigt	95	27	17	15	11	10	8	6	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 15**
23.5510

Abstimmungsdatum 06. März 2024 16:40:48

Geschäft Petition P468 "Einführung von umfassender Aufklärung und Prävention gegen Allgemeine und sexuelle Belästigung in schulischen Bildungsprogrammen", Bericht der PetKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ent
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ent
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	70	26	17	10	0	4	8	5	0	0
Nein	17	0	0	3	11	2	0	1	0	0
Ent	6	0	0	2	0	4	0	0	0	0
Abgestimmt	93	26	17	15	11	10	8	6	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	1	0	0	0	0	1	1	0
Stimmberechtigt	94	26	17	15	11	10	8	6	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 16**
23.5549

Abstimmungsdatum 06. März 2024 16:54:27
Geschäft Petition P470 "Umnutzung leere Bürogebäude zu Wohnraum", Bericht der PetKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	20	0	0	8	8	0	0	4	0	0
Nein	68	26	15	6	3	9	7	2	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	26	15	14	11	9	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	5	0	2	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	1	0	0	1	0	1	1	0
Stimmberechtigt	93	26	17	15	11	9	8	6	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 18**
24.5018

Abstimmungsdatum 06. März 2024 17:28:23
Geschäft Motion 1 Franz-Xaver Leohnhardt für einen Neuanfang beim Areal Horburg

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	43	26	17	0	0	0	0	0	0	0
Nein	45	0	0	15	11	6	8	5	0	0
Ent	3	0	0	0	0	2	0	0	1	0
Abgestimmt	91	26	17	15	11	8	8	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	0	1	0	1
Nicht anwesend	6	3	1	0	0	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	94	26	17	15	11	9	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 18**
24.5018

Abstimmungsdatum 06. März 2024 17:29:21
Geschäft Motion 1 Franz-Xaver Leohnhardt für einen Neuanfang beim Areal Horburg

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	46	26	17	0	0	1	0	0	1	1
Nein	45	0	0	15	11	6	8	5	0	0
Ent	2	0	0	0	0	2	0	0	0	0
Abgestimmt	93	26	17	15	11	9	8	5	1	1
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Nicht anwesend	6	3	1	0	0	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	94	26	17	15	11	9	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 19**
24.5021

Abstimmungsdatum 06. März 2024 17:45:18

Geschäft Motion 2 Michael Hug und Konsorten betreffend mehr Transparenz bei projektbezogenen Beschäftigungsverhältnissen im Kanton Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	49	0	0	15	11	9	8	6	0	0
Nein	44	27	17	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	27	17	15	11	9	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	1	0	0	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	27	17	15	11	9	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 20**
24.5031

Abstimmungsdatum 06. März 2024 17:56:00

Geschäft Motion 3 Joël Thüring betreffend bequem durch die Innenstadt mit einem Tramersatz – damit betagte und mobilitätseingeschränkte Personen und das Gewerbe nicht vergessen gehen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	31	0	0	15	11	5	0	0	0	0
Nein	58	27	16	0	0	3	6	6	0	0
Ent	4	0	1	0	0	1	1	0	1	0
Abgestimmt	93	27	17	15	11	9	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	2	1	0	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	94	27	17	15	11	9	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 23**
24.5032

Abstimmungsdatum 13. März 2024 07:49:43
Geschäft Anzug 3 Salome Bessenich und Konsorten betreffend Nutzung des Horburg-Parkings als Quartierparking

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Nicht anwesend
Gander Thomas (SP)	Nicht anwesend	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht anwesend
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nicht anwesend	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht anwesend	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nicht anwesend	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GAB)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nicht anwesend	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht anwesend	Zappalà Andreas (FDP)	Nicht anwesend
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nicht anwesend	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend		
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	2	1	0	1	0	0	0	0	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	2	1	0	1	0	0	0	0	0	0
Nicht abgestimmt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht anwesend	98	29	18	14	11	10	8	7	1	0
Stimmberechtigt	2	1	0	1	0	0	0	0	0	0

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 23**
24.5032

Abstimmungsdatum 13. März 2024 09:05:44
Geschäft Anzug 3 Salome Bessenich und Konsorten betreffend Nutzung des Horburg-Parkings als Quartierparking

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	79	27	14	14	5	6	8	5	0	0
Nein	7	0	0	0	6	0	0	1	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	87	27	14	14	11	6	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	12	2	4	1	0	4	0	1	0	0
Stimmberechtigt	88	27	14	14	11	6	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 25**
21.5425

Abstimmungsdatum 13. März 2024 09:23:32

Geschäft Anzug Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend bessere Durchmischung der Schulklassen für mehr Chancengerechtigkeit, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	47	0	0	14	11	8	8	6	0	0
Nein	45	28	16	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	28	16	14	11	8	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	1	2	0	0	2	0	1	0	0
Stimmberechtigt	94	28	16	15	11	8	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 26**
17.5077

Abstimmungsdatum 13. März 2024 09:34:57

Geschäft Anzug Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend Evaluation und Beruhigung der integrativen Schule, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	75	27	1	14	11	8	8	6	0	0
Nein	15	0	15	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	91	27	16	14	11	8	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	1	2	0	0	2	0	1	0	0
Stimmberechtigt	94	28	16	15	11	8	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 31.1**
19.5512

Abstimmungsdatum 13. März 2024 10:21:11

Geschäft Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend kundenfreundliche Öffnungszeiten beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ent
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	52	26	15	0	0	0	8	3	0	0
Nein	37	0	0	15	11	8	0	3	0	0
Ent	2	0	1	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	91	26	16	15	11	8	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	2	0	0	2	0	1	0	0
Stimmberechtigt	93	27	16	15	11	8	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 32**
21.5769

Abstimmungsdatum 13. März 2024 10:34:10

Geschäft Anzug Karin Sartorius und Konsorten betreffend Veloverbindung Friedrich-Miescher-Strasse - Burgfelderstrasse, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ent
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	36	0	0	14	11	3	2	6	0	0
Nein	51	27	16	0	0	5	3	0	0	0
Ent	4	0	0	0	0	0	3	0	1	0
Abgestimmt	91	27	16	14	11	8	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	2	0	0	2	0	1	0	0
Stimmberechtigt	93	27	16	15	11	8	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 33**
21.5813

Abstimmungsdatum 13. März 2024 10:40:41

Geschäft Anzug Lydia Isler-Christ und Konsorten betreffend «temporäre Genussorte» in der Freien Strasse, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ent	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	68	27	15	0	6	6	8	6	0	0
Nein	20	0	0	14	5	1	0	0	0	0
Ent	3	0	1	0	0	1	0	0	1	0
Abgestimmt	91	27	16	14	11	8	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	2	0	0	2	0	1	0	0
Stimmberechtigt	93	27	16	15	11	8	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 34**
23.5452

Abstimmungsdatum 13. März 2024 10:46:22

Geschäft Motion Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Velopasserelle vom Gundeli über die Bahngeleise zum Elsässertor, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	76	27	16	13	0	8	8	4	0	0
Nein	13	0	0	0	11	0	0	1	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	27	16	13	11	8	8	5	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	2	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	7	2	2	0	0	2	0	1	0	0
Stimmberechtigt	93	27	16	15	11	8	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 39**
23.5477

Abstimmungsdatum 13. März 2024 11:11:48

Geschäft Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend automatisch ausgefüllte Steuererklärung, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ent
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	34	26	5	1	0	2	0	0	0	0
Nein	56	0	11	13	11	6	8	6	1	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	27	16	14	11	8	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	2	2	1	0	2	0	1	0	0
Stimmberechtigt	92	27	16	14	11	8	8	6	1	1

Anhang B

Neue Ratschläge, Berichte und Vorstösse für die März-Sitzung

	Tagesordnung	Komm.	Dep.	Dokument
1.	Petition P470 "Umnutzung leere Bürogebäude zu Wohnraum", Bericht der PetKo	PetKo		23.5549.02
2.	Kantonale Volksinitiative "Basel baut Zukunft" – Fristverlängerung, Bericht der BRK	BRK		20.1006.05
3.	Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut" – Fristverlängerung, Bericht des RR		PD	21.1247.04
4.	Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug", Bericht des RR zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Vorgehen		FD	23.1670.01
5.	Erneuerung des Staatsbeitrags an Basel Tourismus für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der WAK	WAK	WSU	23.0940.02
6.	Motion Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Velopasserelle vom Gundeli über die Bahngeleise zum Elsässertor, Stellungnahme des RR		BVD	23.5452.02
7.	Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend automatisch ausgefüllte Steuererklärung, Stellungnahme des RR		FD	23.5477.02
8.	Anzug Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend Evaluation und Beruhigung der integrativen Schule, Schreiben des RR		ED	17.5077.05
9.	Anzug Michelle Lachenmeier und Konsorten betreffend Pavillon für die Bildungslandschaft Bläsiversum, Schreiben des RR		ED	19.5228.03
10.	Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend mehr männliche Betreuungs- und Lehrpersonen in Basler Kitas, Tagesstrukturen, Kindergärten und Primarschulen, Schreiben des RR		ED	19.5424.03
	Überweisung an Kommissionen			
11.	"Mobile Gefahrstoffübungsanlage auf Wechselladeabrollbehälter", Ausgabenbericht des RR	JSSK	JSD	24.0076.01
12.	Projekt «Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen gegenüber Erwachsenen und Jugendlichen im Kanton Basel-Stadt», Ausgabenbericht des RR	JSSK	PD	23.0331.01
13.	Ausgabenbewilligung für die Projektierung und Realisierung für den Vollausbau des Restaurant Kaserne Kasernenhof 6, 4058 Basel, Ratschlag des RR	BRK	FD	21.1360.01
14.	Finanzielle Beteiligung des Kantons Basel-Stadt am Aufbau einer MaaS (Mobility as a Service)-Plattform sowie Bericht zum Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend eine gemeinsame Schnittstelle für alle umweltfreundlichen Fortbewegungsarten und Verkehrsangebote, Ratschlag des RR	UVEK	BVD	23.1726.01 20.5060.03
15.	Ausgabenbewilligung zur Neugestaltung des Grün- und Freiraums Lysbüchelplatz – VoltaNord, Ratschlag des RR	UVEK	BVD	24.0087.01
16.	Ausgabenbewilligung für die Verlängerung der Leistungsvereinbarung mit der Basler Personenschifffahrt AG (BPG) für die Jahre 2024 bis 2028, Ratschlag des RR	WAK	WSU	24.0147.01
17.	Teilrevision des Gesundheitsgesetzes (GesG); Umsetzung des Bundesgesetzes über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege, Ratschlag des RR	GSK	GD	23.0943.01
	An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung			
18.	Anzug Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Verstetigung der angepassten Erhöhung des Freibetrags bei der Sozialhilfe zwecks Armutsprävention, Schreiben des RR		WSU	23.5267.02

19.	Motionen:		
	1. Joël Thüring und Konsorten betreffend Bezahlkarte für Asylbewerber		24.5054.01
	2. Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Rückvergütungen von kantonalen Überschüssen an die steuerzahlenden Privatpersonen		24.5056.01
20.	Anzüge:		
	1. Pascal Pfister und Konsorten betreffend ambulant begleitete Arbeit für Personen mit behinderungsbedingten Einschränkungen (Supported Employment)		24.5055.01
	2. Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend Massnahmen zur Unterstützung von Long Covid Erkrankten		24.5060.01
	3. Amina Trevisan und Konsorten betreffend Verbesserung der Zugänglichkeit von öffentlichen automatisierten externen Defibrillatoren (AED) im Aussenbereich öffentlicher Verwaltungsgebäude		24.5062.01
	4. Amina Trevisan und Konsorten betreffend Palliativ Care und Migration bzw. diversitätssensitive Palliative Care		24.5061.01
	5. Christine Keller und Konsorten betreffend Lehrstuhl für Palliative Care an der Medizinischen Fakultät der Universität Basel		24.5065.01
	6. Christine Keller und Konsorten betreffend Zertifizierung von Alters- und Pflegeheimen in "Qualität in Palliative Care"		24.5066.01
	7. Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Finanzierung von spezialisierter Palliativ-Pflege in kantonalen Pflegeheimen		24.5067.01
	8. Lukas Bollack und Konsorten betreffend Rheintunnel und flankierende Massnahmen zur Entlastung der Quartiere		24.5068.01
	9. Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Wahlen: Systematische Diskriminierung der Frauen durch die Beschränkung der Anzahl Zeichen für die «Angaben zur Person»		24.5076.01
21.	Antrag Fina Girard und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend eine gesicherte Teilnahme der Schweiz an Erasmus+		24.5063.01

<u>Kenntnisnahme</u>

22.	Rücktritt von Thomas Gander als Mitglied des Grossen Rates per 30. April 2024		24.5070.01
23.	Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend einer unabhängigen Beschwerdestelle, Schreiben des RR (stehen lassen)	JSD	20.5265.03
24.	Anzug Salome Bessenich und Konsorten betreffend Stärkung der Plakatsammlung Basel, Schreiben des RR (stehen lassen)	ED	22.5021.02
25.	Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Praxisbezug im Lehrkörper der FHNW, Schreiben des RR (stehen lassen)	ED	21.5318.03
26.	Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Veloführung Birsköpfli – Lehenmatt, Schreiben des RR (stehen lassen)	BVD	21.5832.02
27.	Anzug Tobias Christ und Konsorten betreffend Kunstmuseum-Parking nicht konkurrenzieren, Schreiben des RR (stehen lassen)	BVD	21.5834.02
28.	Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend die Pressefreiheit in Basel-Stadt, Schreiben des RR	JSD	23.5550.02
29.	Schriftliche Anfrage Christoph Hochuli betreffend Installation von Notfalltreffpunkten im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR	JSD	23.5536.02
30.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend wie teuer kam der Polizei-Einsatz vom 21. Oktober 2023, Schreiben des RR	JSD	23.5598.02
31.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Ungebührliches Verhalten im Wahlzentrum Mustermesse Basel, Schreiben des RR	STK	23.5599.02
32.	Schriftliche Anfrage Michela Seggiani betreffend Eislaufflächen ohne Eis, Schreiben des RR	ED	23.5567.02

33.	Schriftliche Anfrage Franziska Roth betreffend Anlegestelle für Kulturschiffe, Schreiben des RR	WSU	23.5579.02
34.	Schriftliche Anfrage Christine Keller betreffend Flugvorführungen in Basel, Schreiben des RR	JSD	23.5594.02
35.	Schriftliche Anfrage Franz-Xaver Leonhardt betreffend rascher Sanierung und Erhöhung der Verkehrssicherheit der Kreuzung Münchensteinerbrücke Süd, Schreiben des RR	BVD	23.5611.02
36.	Schriftliche Anfrage René Brigger in Sachen Publikumsnutzungen im obersten Vollgeschoss des Hochhauses Claraturm , Schreiben des RR	BVD	23.5595.02
37.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Fotos mit Picasso Bildern im Kunstmuseum Basel, Schreiben des RR	PD	23.5614.02
38.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Panne im Wahlbüro, Schreiben des RR	STK	23.5596.02
39.	Schriftliche Anfrage Claudia Baumgartner betreffend Förderung von Trendsportarten wie «Padel», Schreiben des RR	ED	23.5612.02
40.	Schriftliche Anfrage Philip Karger betreffend «KMU-Strategie» im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR	WSU	23.5593.02

Protokoll

der 8. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 10. April 2024, um 9:01 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	**-**

Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung 2
2. Entgegennahme der neuen Geschäfte 4
3. Bericht und Wahlvorschlag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl einer Datenschutzbeauftragten des Kantons Basel-Stadt 4
4. Teilrevision des Gesetzes betreffend die Organisation der Gerichte und der Staatsanwaltschaft (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG) zwecks Schaffung eines zusätzlichen Präsidiums am Strafgericht, Bericht der JSSK 6
5. Teilrevision des Gesetzes betreffend Einführung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs, Ratschlag des RR 16
5.1. Motion David Jenny und Konsorten betreffend Anpassung des Gesetzes betreffend Einführung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (EG SchKG) an das Gerichtsorganisationsgesetz (GOG), Ratschlag des RR 17
6. Teilrevision des Gesundheitsgesetzes vom 21. September 2011 (GesG) betreffend Zulassung von Leistungserbringern zur Tätigkeit zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP), Bericht der GSK 18
7. Neunter Bericht über die Leistungs-, Kosten- und Prämienentwicklung sowie die Massnahmen zur Dämpfung der Höhe der Gesundheitskosten gemäss § 67 Abs. 2 des Gesundheitsgesetzes, Bericht der GSK 21
8. Stadtklimakonzept: Massnahmenprogramm für Fokusgebiete (Handlungsfeld 1), Verwaltungsinterne Zuständigkeiten (Handlungsfeld 7) und Anreizsysteme (Handlungsfeld 9), Bericht der UVEK 25

Beginn der 8. Sitzung

Mittwoch, 10. April 2024, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[10.04.24 09:00:28]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Grossrätinnen und Grossräte, liebe Regierungsrätin, ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Neuer Regierungspräsident

Ich gratuliere Conradin Cramer ganz herzlich zur Wahl als Regierungspräsident und freue mich, wenn er ab Mai hier Platz nehmen wird.

[Applaus]

Neuer Regierungsrat

Ebenso gratuliere ich Mustafa Atici herzlich zur Wahl in den Regierungsrat und freue mich ebenfalls, ihn ab Mai hier wieder begrüssen zu dürfen.

[Applaus]

Kaffee heute Morgen

Stefan Wittlin hat einen runden Geburtstag gefeiert und lädt uns aus diesem Anlass heute Morgen zum Kaffee ein. Herzlichen Dank.

[Applaus]

Neue Interpellationen

Es sind 19 neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen-Nr. 27, 28, 29, 30, 31, 32, 35, 36, 39 und 41 werden mündlich beantwortet heute Nachmittag.

Antworten der eidgenössischen Räte auf zwei Standesinitiativen aus unseren Reihen

Die eidgenössischen Räte haben zwei Standesinitiativen beraten. Es handelt sich einerseits um die Standesinitiative «Baldige Einführung und Umsetzung der Individualbesteuerung» und anderseits um die Standesinitiative «Verbot von Konversionstherapien in der Schweiz». Sie finden die Berichte auf unserer Webseite unter den Geschäften oder beim Ratssekretariat, das je ein Exemplar zur Einsicht bereit hat.

Wir kommen damit zur Tagesordnung.

Antrag auf dringliche Traktandierung. Die BRK und der Regierungsrat beantragen, die Traktanden 9 und 10 als dringlich zu traktandieren. Dafür ist ein Zweidrittelmehr notwendig. Möchte die BRK oder der Regierungsrat begründen? Sie verzichten. Wir kommen damit bereits zur Abstimmung.

2/3-Abstimmmung

JA heisst dringliche Traktandierung, NEIN heisst keine dringliche Traktandierung.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003100, 10.04.24 09:04:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

die dringliche Traktandierung der Traktanden 9 und 10

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben der dringlichen Traktandierung zugestimmt mit 89 Ja-Stimmen bei keiner Nein-Stimme und einer Enthaltung.

Antrag auf dringliche Interpellation. Es wurde ein Antrag auf eine dringliche Interpellation von Jo Vergeat eingereicht. Dieser Antrag muss gemäss Ausführungsbestimmungen bis mindestens 30 Minuten vor Sitzungsbeginn eingereicht werden, was der Fall war. Die dringliche Interpellation wurde Ihnen verteilt. Auch hier ist ein Zweidrittelmehr für eine Traktandierung notwendig. Eine Diskussion findet gemäss Ausführungsbestimmungen nicht statt. Wir kommen auch hier zur Abstimmung.

2/3-Abstimmmung

Traktandierung dringliche Interpellation (2/3 Mehr)

JA heisst Traktandierung, NEIN heisst keine Traktandierung.

Ergebnis der Abstimmung

18 Ja, 69 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003102, 10.04.24 09:05:34]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Traktandierung

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben eine dringliche Traktandierung der Interpellation abgelehnt mit 18 Ja-Stimmen bei 69 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen.

Es liegt zur Tagesordnung noch eine Wortmeldung von Eric Weber vor. Er hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin für die Verschiebung der Wahl des neuen Datenschutzbeauftragten auf Juni. Es hat ein schlechtes Geschmäckle, oder wie man das nennt, wenn wir jemanden aus dem Grossen Rat für dieses Amt nominieren. Die Findungskommission soll uns einen anderen Kandidaten vorschlagen. Ich begründe: Wir Politiker sind in der Skala der unbeliebtesten Berufe ganz oben, unser Ansehen ist in der Bevölkerung nicht gut genau wegen solchen Wahlen. Ich sage es Ihnen, es ist die Wahrheit. Wir Politiker haben in der Bevölkerung keinen guten Ruf, wir belegen mit unserer Arbeit den letzten Platz und genau darum möchte ich das mit diesem Antrag verhindern. Sicherlich ist die SP die grösste Partei, aber die zweitgrösste Partei ist dann schon meine SVP. Ich meine es nur gut, es kommt nicht gut an, wenn eine Grossrätin von der SP in dieses Amt gewählt wird.

Zum Abschluss meiner Rede, bitte erinnern Sie sich, als Beat Jans Regierungspräsident wurde und gleich zwei SP-Grossräte in sein Departement nahm als hohe Generalsekretäre, da kochte es in der Basler Zeitung über. Und genau die gleiche Situation haben wir jetzt. Ich bitte Sie, denken Sie nach, gehen Sie tief in sich hinein und überlegen Sie genau, was für Entscheidungen wir als Gesamtparlament fällen.

Ich beantrage die Verlegung der Wahl auf den Monat Juni und ich beantrage, dass uns jemand anders als Kandidat vorgeschlagen wird. Ich jedenfalls werde den vorgeschlagenen Kandidaten nicht in dieses hohe Amt wählen und das ist mein Recht als Grossrat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, es ist so, dass das Prozedere der Wahl vorsieht, dass wenn Sie andere Kandidaturen wünschen, Sie das bis letzten Freitag hätten anwenden müssen. Eine Verschiebung auf Juni ändert nichts daran, dass nur eine Person aktuell wählbar ist. Sie müssten Rückweisung bei Traktandum 3 beantragen, wenn Sie das möchten. Wir können auch hier über Verschiebung auf Juni abstimmen, das ändert aber überhaupt nichts an der Ausgangslage, weshalb ich Sie einlade, den Antrag zurückzuziehen und bei Traktandum 3 Rückweisung zu beantragen. Der Antrag wurde zurückgezogen.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Sie haben die Tagesordnung genehmigt. Geschäft 1 ist erledigt.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[10.04.24 09:09:07]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen zur Entgegennahme der neuen Geschäfte und zu den Zuweisungen an die Kommissionen vor.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Zuweisungen der neuen Geschäfte zu genehmigen.

3. Bericht und Wahlvorschlag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl einer Datenschutzbeauftragten des Kantons Basel-Stadt

[10.04.24 09:09:32, 23.5410.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Wahlvorbereitungskommission beantragt, Danielle Kaufmann als Datenschutzbeauftragte für die Amtsdauer vom 1.08.24 bis 31.07.30 zu wählen.

Eine inhaltliche Diskussion über kandidierende oder vorgeschlagene Personen findet gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung nicht statt. Innerhalb der gesetzlichen Frist von vier Wochen sind keine weiteren Wahlvorschläge eingegangen. Wir kommen damit zum Kommissionssprecher André Auderset.

André Auderset (LDP): Eine Wahlkommission, die sieht sich immer mit einer besonders delikaten Ausgangslage konfrontiert, wenn sie über die Wahleignung einer Person befinden muss, die den Mitgliedern bestens bekannt ist. Zu befürchtende Kritikpunkte sind da fast schon programmiert. Entweder man lehnt eine solche Person ab, dann könnte Kritik laut werden, da seien frühere Rechnungen beglichen worden, persönliche Unverträglichkeiten hätten unzulässigerweise eine Rolle gespielt, etc. Schlägt die Kommission eine solche Partei natürlich dann vor, dann kommt so sicher wie das Amen in der Kirche der Vorwurf, «Sauhäfeli, Saudeckeli», man habe eine frühere Kollegin, einen früheren Kollegen in eine gute Position hieven wollen. Kurz, wie man es macht, ist es falsch, richtig kann man es kaum machen und im Kleinbasel mit überschaubarem politischem Personal ist eine solche Konstellation doch recht häufig. Wir sind also als Wahlvorbereitungskommission gut beraten, gerade in solchen Fällen den Wahlvorschlag gut zu reflektieren und auch bereits im Vorfeld zu überlegen, wie wir das Ganze dann nach aussen begründen können.

Das Ihnen hier vorliegende Geschäft ist eine solche Konstellation, praktisch jede und jeder hier drin in diesem hohen Hause, um meinen Kollegen zu zitieren, kennt die Kandidatin oder hat zumindest von ihr gehört, im Guten oder halt im nicht so Guten. Deshalb, das können Sie uns glauben, haben wir uns gerade hier noch ein paar zusätzliche Gedanken gemacht, noch etwas besser geschaut, als wir es ohnehin schon immer tun. Ich bin als Präsident dieser Kommission sehr glücklich, dass der Entscheid nicht knapp, sondern fast einstimmig fiel und ich kann auch heute noch mit Überzeugung sagen, dass ich voll und ganz hinter diesem Entscheid stehe, hinter diesem Vorschlag stehe. Sie finden die Gründe, warum wir zu diesem Vorschlag kommen im dritten Kapitel des Berichts umfassend dargestellt, so dass ich dies weder wiederholen muss noch will. Wir sind überzeugt und die Kandidatin hat uns überzeugt, dass sie die neue Aufgabe erfüllen kann und wird und dass sie aus dem Feld der Bewerbungen, der guten Bewerbungen im Übrigen, die uns vorlagen, die Beste ist.

Weil ich doch von verschiedener Seite angegangen worden bin, erlaube ich mir zum Schluss eine persönliche Bemerkung. Genau so, wie es hier bei solchen Wahlen kein «Sauhäfeli, Saudeckeli» geben darf, kann es aber auch nicht sein, dass wir jemanden nicht berücksichtigen, weil man sie kennt und dass jemand, der sich in seiner Vergangenheit sehr pointiert und vielleicht auch sehr provokant politisch engagiert hat, darf ihr oder ihm später nicht zum Nachteil gereichen. Sonst dürfen wir uns nicht wundern, denn wir hier drinnen gar niemanden mehr haben, der sich wirklich pointiert engagieren will.

Und zu guter Letzt verweise ich auf den letzten Absatz unseres Berichts unter Punkt 3.1. Es gibt geschriebene und ungeschriebene Unvereinbarkeitsregeln bei einer Position, wie die hier zur Debatte stehenden, nämlich der Datenschutzbeauftragten. Die Kandidatin hat uns in der Kommission glaubhaft versichert, dass sie diese Regeln peinlich genau einhalten will, darauf wird sie auch zu behaften sein.

Dann darf ich Ihnen mit bestem Gewissen empfehlen, unserem Vorschlag Folge zu leisten und Frau Danielle Kaufmann als kantonale Datenschutzbeauftragte zu wählen. Ich danke Ihnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Meldungen für Fraktionsvoten vor. Eric Weber hat sich nochmals für ein Einzelvotum eingetragen. Eric Weber, wir haben Ihren Antrag schon zur Kenntnis genommen.

Eric Weber (Fraktionslos): Herr Präsident, ich habe das sehr nett von Ihnen gefunden, dass Sie mich aufgeklärt haben, was Fakt ist. Ich habe das nicht gewusst, vielen Dank, darum habe ich meinen Antrag zurückgenommen und Sie haben richtig gesagt, ich kann eine Rückweisung beantragen und das möchte ich auch machen.

Ich möchte, weil Sie mich angesprochen haben, auf die Rede des bekannten Kleinbasler Grossrats André Auderset eingehen. Ich kenne seine Rede nicht, ich habe sie jetzt zum ersten Mal gehört, ich habe einfach mitgeschrieben und ich weiss, inhaltlich findet keine Diskussion statt. Aber André Auderset hat gesagt, wie man es macht, es ist falsch. Er hat gesagt, man kann eine Person ablehnen, dann hat er gesagt, der Vorwurf wegen Kollegen. Es ist natürlich schon ein bisschen heikel, wenn man eine ehemalige Grossrätin in das Amt wählt. Ich habe es kurz überflogen, es sind, glaube ich, 20 Kandidaten gewesen und von 20 Kandidaten ist nur eine Person ein ehemaliger Grossrat und 19 andere sind Juristen. Dann muss ich einfach sagen, finde ich es als Grossrat Eric Weber schade, dass man dann nicht sagt, wir wollen kein Geschmäckle, wir wissen, wo die Gefahren sind. Wir wollen nicht jemanden aus dem Grossen Rat, wir wollen eine neutrale Person und man hatte genügende Kandidaten. Eigentlich müsste man eine Ämtersperre einführen und sagen, wenn jemand Grossrat gewesen ist oder Grossrat ist, darf er nicht in das Amt gewählt werden.

André Auderset hat wortwörtlich gesagt, er ist angegangen worden. Ich weiss nicht von wem, ich war es aber nicht, auch nicht anonym. Ich habe nichts gesagt zu dieser Wahl, aber Sie sehen, selbst André Auderset ist schon angegangen worden wegen dieser Wahl und ich bin gespannt, was die Medien zu dieser Wahl bringen, ob dann die Medien auch einmal schreiben, aha, wir weisen uns Stellen gegenseitig selber zu. André Auderset hat auch das Wort Nachteil gesagt. Ich finde das auch ein Nachteil. Die anderen Leute, die nicht Grossräte waren, haben nach meiner Meinung bei dieser Wahl keine Chance. Ich habe als Grossrat immer gesagt, leider trifft das nicht auf mich zu, das Parlament ist ein Durchlauferhitzer für Nationalrat, Ständerat, Regierungsrat, Staatspräsident. Sie haben eine Chance von 20 Prozent, dass Sie Bundesrat, Nationalrat, Ständerat, Regierungsrat werden, Ihre Chance ist gross, aber dass man jetzt unser Parlament noch dazu nimmt, um hochbezahlte Staatsstellen abzugeben, finde ich nicht okay und darum ist das meine letzte Rede, ausser zur Interpellation und ich bin stolz und glücklich, dass ich das gesagt habe, weil das Thema mich jetzt wochenlang geärgert hat.

Zum Schluss möchte ich einfach noch sagen, André Auderset hat richtig gesagt, es gibt geschriebene und ungeschriebene Gesetze. Aber wenn wir dann hier zwischen den Zeilen jemanden nehmen, finde ich das nicht gut und er hat auch gesagt, der Kandidat, die Altgrossrätin würde glaubhaft versichern, dass sie den Job neutral macht, aber sicherlich versichert jeder glaubhaft etwas, wenn er einen super Job bekommt. Das finde ich nicht okay und darum habe ich mir überlegt, die Rede zu halten und ich danke, dass ich die Rede habe halten dürfen, aber ich bitte das einfach mal zu überlegen, dass man sieht, wie die Stellen vergeben werden. Ich finde, es soll so bleiben wie bisher.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch. Rückweisung wurde beantragt von Eric Weber. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Abstimmung über die Rückweisung

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 92 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003106, 10.04.24 09:19:47]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Rückweisung abgelehnt mit einer Ja-Stimme gegen 92 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

Gemäss § 31 Abs. 1 der GO findet die Wahl geheim statt. Wenn nicht mehr Kandidatinnen und Kandidaten vorgeschlagen sind, als gewählt werden können, kann der Grosse Rat mit zwei Dritteln der Stimmen offene Wahl beschliessen. Ich beantrage Ihnen entsprechend offene Wahl. Wir kommen zur Abstimmung.

2/3-Abstimmmung

Abstimmung über offene Wahl (Zweidrittelmehr)

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl

Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 34 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003108, 10.04.24 09:20:47]*

Der Grosse Rat beschliesst

geheime Wahl

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die offene Wahl abgelehnt. Damit kommen wir zur geheimen Wahl.

Als Wahlbüro schlage ich folgende Personen vor: Leitung Pascal Messerli, Sektionen 1 und 4 Christian C. Moesch, Sektor 2 Béla Bartha, Sektor 3 Claudia Baumgartner, Sektor 4 Nicole Kuster. Sind Sie damit einverstanden?

Ich bitte das Wahlbüro, die Wahlzettel auszuteilen. Die Wahlzettel werden nur an Ihrem offiziellen Sitzplatz ausgegeben. Bitte nehmen Sie jetzt Ihre offiziellen Sitzplätze ein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir sind bei der Wahl einer Datenschutzbeauftragten. Geheime Wahl. Total ausgeteilte Wahlzettel 99, total eingegangene Wahlzettel 99, ungültig 2, gültige Wahlzettel 97, absolutes Mehr 44. Gewählt ist Danielle Kaufmann mit 57 Stimmen.

[Applaus]

Ich bitte Danielle Kaufmann nach unten zu kommen. Es ist Usus, unserem Kleeblatt-Dienststellenleitenden im Saal zu gratulieren.

4. Teilrevision des Gesetzes betreffend die Organisation der Gerichte und der Staatsanwaltschaft (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG) zwecks Schaffung eines zusätzlichen Präsidiums am Strafgericht, Bericht der JSSK

[10.04.24 09:42:13, 23.1304.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Ratsbüro hat gemäss § 27a Abs. 2 GO beschlossen, den Präsidenten des Gerichtsrats, Stephan Wullschleger, zur Behandlung dieses Geschäfts beizuziehen, den ich hiermit herzlich begrüsse. Das Wort geht an die Präsidentin der JSSK, Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Wir haben in der JSSK das vorliegende Geschäft ausführlich diskutiert und ich freue mich, dem Grossen Rat im Namen der JSSK jetzt eine sorgfältig austarierte politische Lösung vorzulegen, welche zwei Probleme am Strafgericht löst. Erstens gibt es aktuell eine Überlastung des Strafgerichts und die beantragte Erhöhung der personellen Ressourcen soll dem gerecht werden. Zweitens gibt es am Strafgericht aktuell deutlich zu wenig Teilzeitstellen. Deswegen beantrage ich

Ihnen im Namen der JSSK, zwei Teilzeitpräsidien mit Total 130 Stellenprozent zu schaffen und ich bitte Sie dann auch, den Antrag der Regierung, die ein VollzeitpräsidiumPräsidium möchte, abzulehnen. Mit der austarierten Lösung der JSSK können wir als Kanton einen wichtigen Schritt zur Förderung der Vereinbarkeit Beruf und Familie auf der Ebene der Gerichtspräsidien im Strafgericht machen.

Wir befassten uns an insgesamt vier Sitzungen mit der Vorlage und haben uns durch eine Vertretung des Gerichtsrates sowie des Strafgerichts die Vorlage erläutern lassen. Das JSD war an einer Sitzung durch eine Mitarbeiterin des Rechtsdienstes vertreten. An dieser Stelle bedanke ich mich für die gute Zusammenarbeit bei allen Beteiligten. In der Abschlussphase der Beratung haben wir dann zu den von uns beantragten Änderungen im Ratschlag noch schriftliche Stellungnahmen von Regierung und den Gerichten eingeholt. Die Regierung hält ja an ihrem ursprünglichen Antrag fest, der Gerichtsrat hat seine Haltung geändert und unterstützt unseren Antrag. Die Departementsvorsteherin des JSD respektive der Vorsitzende des Gerichtsrats werden das nachher sicher selber ausführlich erläutern.

Auslöser für das Geschäft ist ein Antrag des Gerichtsrats zu Händen der Regierung zur Errichtung eines zusätzlichen Strafgerichtspräsidiums. Abgesehen von personalbezogenen Angelegenheiten wie beispielsweise Zuwahlen, sondern Themen, die die allgemeine Organisation der Gerichte betreffen, stellen nicht die Gerichte selber Antrag, sondern es ist die Regierung, die den Antrag an den Grossen Rat stellt.

Das Strafgericht verfügt aktuell nach § 75 GOG über zehn Präsidien, die insgesamt über 885 Stellenprozente verfügen. Die Arbeitslast dieser Präsidien hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Die Regierung hat dies im Ratschlag respektive der Gerichtsrat dann auch in der Kommissionsberatung vor allem an zwei Faktoren festgemacht. Erstens gibt es einen zunehmenden Aufwand für die Bearbeitung eines Falles aufgrund der komplexeren Formvorschriften der Strafprozessordnung und nicht zuletzt den gestiegenen Ansprüchen des Bundesgerichtes an Begründungen von Urteilen. Zweitens gibt es eine Zunahme von umfangreichen Fällen. Die Fallzahlen bewegen sich über Jahre hinweg zwar immer im selben Rahmen, aber der Aufwand zur Bearbeitung eines Falles hat eben deutlich zugenommen. Nebst bereits erfolgten Optimierungen der Arbeitsabläufe im Betrieb sieht der Gerichtsrat nur sehr beschränkte Möglichkeiten für Rationalisierungen auf der Ebene von Verhandlungen und Instruktionen. Sie können die ausführliche Darstellung des Bedarfs auch dem Ratschlag und Kommissionsbericht entnehmen respektive wahrscheinlich wird das ja noch Bestandteil der Voten sein.

Hier möchte ich aber noch zwei grundlegende Bemerkungen aus Sicht der Kommission machen. Erstens hat der Gerichtsrat in der Kommissionsberatung die komplexeren Formvorschriften der Strafprozessordnungen vor allem als Problem dargestellt, welches die Arbeit der Gerichte verkomplizieren. Die komplexeren Formvorschriften der Strafprozessordnungen sind aber nicht ein Problem, sondern sie stärken die Rechte der Betroffenen und es ist aus Sicht der Kommission problematisch, wenn Vertretende der Gerichte das anders sehen.

Zweitens bleibt aus Sicht der Kommission die Quantifizierung des Bedarfs durch den Gerichtsrat und letztlich auch durch die Regierung mager bis ungenügend. Die grundsätzliche Notwendigkeit der Erhöhung der personellen Ressourcen bei den Präsidien am Strafgericht zur Gewährleistung der gesetzeskonformen Gerichtsbetriebs war in der Kommission letztlich unbestritten. Dennoch stellten wir viele kritische Fragen und es störte auch, dass klare Indikatoren fehlen. Wir haben letztlich wenig Anhaltspunkte, um die zugenommene Arbeitslast genau zu quantifizieren und mit den vorliegenden qualitativen, sehr stichhaltigen, aber qualitativen Begründungen können wir jetzt nicht exakt sagen, ob es eine 80-Prozentstelle braucht, 100 Prozent oder 130 Prozent. Der Gerichtsrat hatte ja auch in seiner Stellungnahme zum Erhöhungsantrag der JSSK nochmals gesagt, dass es eben nur mit einer gewissen Unschärfe beurteilt werden kann, welches exakte Pensum notwendig ist. Eine verlässlichere Quantifizierung wäre für allfällige zukünftige Ratschläge wichtig.

Die in der JSSK geführte Grundsatzdiskussion betraf dann weniger den zwar mager quantifizierten, aber dennoch unbestrittenen Bedarf, sondern die Frage, ob hier eine Vollzeitstelle oder mehrere Teilzeitstellen geschaffen werden sollen. Aktuell gibt es beim Strafgerichtspräsidium sieben Präsidien, die Vollzeit sind, und dann zwei mit 50-Prozent-Pensen und eines mit einem 85-Prozent-Pensum. Im Verlaufe der Beratung kristallisierte sich die Haltung in der Kommission heraus, dass dieser Mix aus Teilzeit- und Vollzeitstellen den heutigen Ansprüchen nicht mehr genügt. Wenn wir heute eine neue Vollzeitstelle schaffen würden, wie die Regierung das beantragt, dann würden wir vielmehr die schlechten Voraussetzungen schaffen, dass sich nicht die kompetentesten Personen für die Stellen bewerben, sondern nur jene, für die ein Arbeitspensum von in Realität schnell mal 120 oder 130 Stellenprozenten in ihrem Lebensentwurf möglich ist. Wir wissen, dass Vollzeitstellen nur noch für einen zunehmend abnehmenden Teil der neuen Generation von Juristinnen und Juristen attraktiv sind.

Es ist nicht immer einfach, Teilzeitpensen bei Top-Positionen umzusetzen. In der Beratung hat sich aber herauskristallisiert, dass die Gerichtspräsidien hierzu eigentlich gerade prädestiniert sind. Ein Teilzeitpräsidium bei einem Gericht bedeutet nicht, dass diese Personen im Sinne einer Co-Leitung Fälle gemeinsam mit einem anderen Präsidium bearbeiten. Präsidien sind vielmehr immer alleine für einen Fall zuständig, eine Person im Teilzeitpensum übernimmt dann entsprechend eine höhere oder eben tiefere Anzahl Fälle. Das heisst, es entsteht kein erhöhter Koordinationsbedarf durch die Schaffung von Teilzeitstellen, wie das in Fällen des Jobsharings zum Beispiel der Fall ist.

Wichtig für die Kommission war letztlich dann auch, sich vor die Augen zu führen, dass der Grosse Rat die Gerichte respektive deren Wahl und Anstellungsbehörden mit der Totalrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes von 2015 dazu verpflichtet hat, Teilzeitbeschäftigung zu fördern. Es ist auch wichtig, sich die politische Rolle des Parlamentes für die Steuerung der Pensen bewusst zu machen. Gemäss geltendem Konzept des Gerichtsorganisationsgesetzes werden die Präsidiumsstellen nämlich nicht nur in ihrer Anzahl, sondern auch mit ihren genauen Pensen eben im § 75 GOG festgeschrieben. Es ist also der Grosse Rat, der diese relevanten Stellen definiert, die ja dann vom Volk gewählt werden. Wenn also auf der Ebene Gerichtspräsidien Teilzeit gefördert werden sollen, dann ist es insbesondere an uns, dies auch zu tun und was die JSSK Ihnen heute beantragt.

Wir haben letztlich verschiedene Varianten diskutiert. Ein Antrag auf die Schaffung von einem 80-Prozent-Pensum wurde dann rasch verworfen, da die generelle Überlastungssituation für die JSSK politisch unbestritten war. Aufgrund der Anforderungen Teilzeitstellen den Gerichten jetzt weniger Pensum als ihren Antrag zu sprechen, war für die Kommission keine Option. Die Schaffung von zwei 50-Prozentstellen wurde von der Kommission ebenfalls als kein gangbarer Weg erachtet wegen des betrieblichen Argumentes, dass 50-Prozent-Pensen keine oder vor allem weniger umfangreiche Fälle übernehmen können. Der Gerichtsrat hat das in der Kommissionsberatung gut ausgeführt, nämlich dass Teilzeitpräsidien mit dem tiefsten gesetzlich erlaubten Pensum von 50 Prozent eben den Nachteil haben, dass sie umfangreiche Fälle nur selten übernehmen können. Zwar kann eine grosse Verhandlung problemlos Teilzeit im Sinne von an vieren statt an fünf Tagen pro Woche stattfinden, alles andere würde aber zu einer deutlichen Verlangsamung führen. Bei umfangreichen Fällen können dann auch die nötigen Überstunden für die Vorbereitung und sich über Wochen erstreckenden Verhandlungen bei einem 50-Prozent-Pensum nur noch schwer kompensieren.

Bei Teilzeitpensen mit einem höheren Pensum von zum Beispiel 70 Prozent stellt sich diese Problematik hingegen nicht mehr und das ist denn eben auch der Grund, wieso die Schaffung von zwei 50-Prozentstellen anstatt ein 100-Prozent-Pensum von der Kommission rasch verworfen worden ist. Vielmehr wurden dann Anträge noch zu einer deutlichen Erhöhung gestellt bis zur Schaffung von 150-Stellenprozent oder 180-Stellenprozent. Diese wurden dann doch wieder in der Kommission rasch verworfen, geht es doch um die Bewilligung von hochrangigen und teuren Stellen, die nicht einfach auf Vorrat geschaffen werden sollen. Die hier vorliegende Variante mit einem 80-Prozent-Pensum und einem 50-Prozent-Pensum ist letztlich eine sorgfältig austarierte Lösung, der das Anliegen der Schaffung von Teilzeitstellen mit dem Anliegen der Schaffung von genügenden Stellenprozenten zusammenbringt.

Mit der Schaffung von zwei Teilzeitstellen wird das gesamte Strafgericht übrigens von einer deutlichen Flexibilisierung der Pensen profitieren können. Aufgrund des § 38 GOG dürfen bestehende Präsidien den zwei neuen Teilzeitpräsidien Stellenprozente abgeben, wenn alle Beteiligten dies wollen. Es könnten also theoretisch durch die Schaffung dieser zwei Stellen noch ein bis zwei weitere Teilzeitstellen in der Praxis bei den Gerichtspräsidien entstehen.

Zusammenfassend sind wir seitens der JSSK der Überzeugung, hier dem Grossen Rat eine sorgfältig austarierte, massvolle und sinnvolle Lösung vorzulegen, die die betrieblichen Bedürfnisse, das Anliegen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie vereint und auch die Kommission selber so gut überzeugt hat, dass wir am Schluss mit einem Stimmverhältnis von 10 Stimmen bei einer Enthaltung dies so gutgeheissen haben.

Den Antrag der Regierung bitte ich Sie dann abzulehnen. Erstens ist das Argument der Regierung, der Bedarf sei ungewiss und ungenügend nachgewiesen, wenig stichhaltig, weil eben sowieso wir hier vor allem qualitative Begründungen haben und mit denen wir sowohl eine 80-Prozentstelle, eine 100-Prozentstelle oder eben 130 Stellenprozente rechtfertigen können. Zweitens vernachlässigt die Regierung mit ihrem Antrag die Forderung der Teilzeitarbeit vollständig und wir würden dadurch eine unzeitgemässe und unattraktive Stelle schaffen.

In diesem Sinne beantrage ich Ihnen, dem Grossratsbeschluss der JSSK zuzustimmen und den Änderungsantrag der Regierung dann abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Erlauben Sie mir auch, ein paar Worte zu diesem Ratschlag zu äussern. Es ist so, dass das geäusserte Begehren oder der Antrag der Regierung, das ist formell korrekt, dass wir an unserem Antrag festhalten. Es ist allerdings etwas eine andere Ausgangslage als bei sonstigen Anträgen der Regierung. Wir sind hier eigentlich nur Durchlauferhitzer für die Gerichte, also die Eingabestelle für die Gerichte. Wir haben diese Stellenprozente nicht selber berechnet, wir sind nicht selber als Regierung auf diese 100 Prozent gekommen, sondern wir haben uns ganz stark auf die Auslegung und den Bedarf des Strafgerichts und des Gerichtsrats gestützt und haben das auch nachvollziehen können, weshalb wir eine 100-Prozentstelle, wieso das notwendig sein wird.

Wir bezweifeln, indem wir an unserem Antrag festhalten, in keiner Weise, dass der Mehraufwand wirklich gegeben ist für die Gerichte, eben auch gestützt auf die Komplexität der Strafverfahren, gestützt auf die Strafprozessordnung, die revidiert wurde, das ist nicht der inhaltliche Approach. Aber es ist schon so, wenn man dann eine Stelle so beantragt und das in der

laufenden Kommissionsarbeit dann irgendwie noch aufteilt, wir haben jetzt auch gehört von der Präsidentin der JSSK, man ist nicht so sicher, 80 plus 50, es könnten auch andere Verteilungen sein, dann ist der Regierung das zu wenig konkretisiert. Auch in den finanziellen Auswirkungen, also was bedeutet das, die beiden Gehälter dann, ist der Raumbedarf nachgewiesen, wie ist es denn, wenn die JSSK auch festgestellt hat, 100-Prozentstellen seien nicht mehr so attraktiv, man arbeitet an 120 Prozent, wie macht man das mit der Teilzeit, also ist es dann gewährleistet?

Für uns fehlen diese Grundlagen in der laufenden Debatte und deshalb halten wir in diesem Sinne an unserem ursprünglichen Antrag des Gerichtsrats fest und bitten Sie, diesem zu folgen respektive den Antrag der JSSK abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an den Präsidenten des Gerichtsrates Stephan Wullschleger.

Stephan Wullschleger: Ich bin sehr froh, dass die zunehmende Belastung der Strafjustiz und der sich daraus ergebende Mehrbedarf, der Bedarf nach einer Erweiterung des Strafgerichtspräsidiums rundum anerkannt werden. Dafür bin ich dankbar. Die Frage stellt sich nun, wie diesem Mehrbedarf entsprochen werden soll und da steht der Antrag des Regierungsrats, der ja auf unseren Antrag zurückgeht, demjenigen der Kommission entgegen und ich beantrage respektive ich bitte Sie, dem Antrag der Kommission zu folgen.

Es ist richtig, wir haben ursprünglich, wie das ausgeführt worden ist, dem Regierungsrat beantragt, am Strafgericht eine 100-Prozentstelle zu schaffen. Der Antrag des Gerichtsrats geht auf den entsprechenden Wunsch des Strafgerichts zurück. Wichtig war für das Strafgericht, dass eine neue Präsidiumsstelle geschaffen wird, die es auch erlaubt, mit einem hohen Pensum auch grosse Fälle, mehrtägige Fälle zu bewältigen. Das ist bei 50-Prozentstellen nicht vollumfänglich gewährleistet. Aber auch im Strafgericht wie auch im Gerichtsrat wurde die Frage intensiv diskutiert, ob es nicht sinnvoller ist, in der heutigen Situation Teilzeitpräsidien zu schaffen. Es ist auch aus unserer Wahrnehmung so, dass gute bis sehr gute Kandidierende sich eher oder nur auf Teilzeitstellen bewerben und von dem her ist ein guter Mix aus Teilzeit- und Vollzeitstellen auch für die Gerichte sehr wichtig.

Warum aber haben wir gleichwohl nur 100 Prozent beantragt? Da hat wohl die Schere in unserem Kopf gespielt. Wir haben uns ganz einfach nicht gescheut, mehr als eine weitere Stelle zu beantragen. Das heisst aber nicht, dass im Interesse einer effektiven und effizienten Strafjustiz kein Bedarf für eine weitere Erweiterung des Strafgerichts um mehr als 100 Prozent besteht. Auch der Regierungsrat hat ja in seinem Ratschlag explizit ausgeführt, um den Gerichtsbetrieb auf Dauer gesetzeskonform aufrechtzuerhalten, erscheint eine Aufstockung der Präsidiumsstellen um mindestens ein Präsidium mit einem Pensum von 100 Prozent notwendig. Also bereits in diesem Antrag, in dieser Begründung schwingt ja mit, dass es eben ein Minimalantrag darstellt.

Wir sind deshalb sehr glücklich mit dem Antrag der Kommission, weil sie eben die beiden Anliegen, die im Raum stehen, einerseits das Anliegen des Strafgerichts, dass eben auch grosse Fälle vom neuen Präsidium bewältigt werden können, und andererseits das Interesse, dass eben möglichst viele fähige Juristinnen und Juristen am Strafgericht eine ihren Bedürfnissen entsprechende Präsidiumsstelle antreten können, dass man mit diesem Antrag diesen beiden Interessen entspricht. Eine 80-Prozentstelle kann sicher grosse Fälle bewältigen und eine zusätzliche 50-Prozentstelle bietet auch die Gelegenheit, für 100-Prozent-Präsidien allenfalls Prozente abzugeben, so dass auch diese Stelle möglicherweise dann grosse Verfahren bewältigen kann. Das war ja in der Vergangenheit ein Problem. Wir haben ja deshalb auch schon einen Zuwahlantrag Ihnen stellen müssen, da eben durchaus ein Interesse besteht von Präsidiumsmitgliedern mit einer Vollzeitstelle, zu ihrer Entlastung da Stellenprozente abzugeben.

Aus all diesen Gründen beantrage ich Ihnen oder respektive wünsche ich mir von Ihnen, dass Sie dem Antrag der Kommission folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten und da geht für die FDP das Wort an David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich komme antragsmässig zum gleichen Schluss wie die sehr geschätzte Präsidentin der JSSK und die gesamte JSSK und ich nehme an, meine Fraktion sollte mir folgen, sie muss es nicht, aber ich habe doch ein paar andere Überlegungen, die mich zu diesem Schluss geführt haben. Ich glaube, ein Teil der Ausgangslage, ich glaube, die Gesamtarbeitslast des Strafgerichtes und eben auch die prognostizierte Steigerung der Arbeitslast durch den auch notwendigen Ausbau der Staatsanwaltschaft, das ist gegeben und ich glaube, das kann eine Aufstockung um 130 Prozent sehr gut verantwortbar machen, damit wir nicht irgendwo in einem Jahr doch wieder nachbessern müssen.

Sinn des Gerichtsorganisationsgesetzes ist aber nicht per se die Schaffung und Förderung von Teilzeitstellen, sondern im Vordergrund steht wirklich, dass wir eine Gerichtsorganisation haben, die rechtsstaatlich effizient, fair und eben auch in der notwendigen Geschwindigkeit die anspruchsvollen Geschäfte nicht nur abarbeiten, sondern eben auch gut bewältigen kann

in hoher Qualität. Eine Beurteilung, ob jetzt alle Formalien der Strafprozessordnung wirklich so sinnvoll sind oder nicht, will ich jetzt hier nicht vornehmen. Ganz so eindeutig, dass die alle so toll sind, wie die Präsidentin jetzt gefunden hat, finde ich jetzt auch nicht, aber ich bin ja bekanntlich kein Strafrichter.

Teilzeitstellen sind kein Selbstzweck und ich meine, überbordende 50-Prozentstellen schaffen Probleme, das hat auch der Präsident des Gerichtsrates gesagt, in der Einsatzfähigkeit. Dann glaube ich eben auch, dass teilweise bei 50-Prozentstellen das Bedürfnis kommt, noch einer weiteren Beschäftigung nachzugehen. Das schafft immer wieder dann Probleme mit Interessenskonflikten, etc., also von daher eine generelle Lobeshymne auf 50-Prozentstellen anstimmen, und Sie können froh sein, dass ich nicht singe, ich kann es nicht, würde ich jetzt nicht tun. Ich glaube aber, wir haben dieses Element der Flexibilität und es ist auch denkbar, dass dann plötzlich aus einer 50-Prozentstelle eine 60- oder eine 70-Prozentstelle wird oder eine 100-Prozentstelle mutiert zu einer 80-Prozentstelle. Das ist ein gutes Instrument, setzt natürlich immer voraus, dass alle Beteiligten einverstanden sind, das auch da nicht zu grosser Druck ausgeübt wird.

Was wäre passiert, wenn wir jetzt da an den 100 Prozent festgehalten hätten gemäss Antrag der Briefträgerin Stephanie Eymann? Dann wäre die Gefahr sehr gross gewesen, dass die Mehrheit der Kommission sich für zwei 50-Prozentstellen entschieden hätte und das wäre wirklich nicht gut gewesen. Es geht ja vor allem auch darum, dass hier die grossen Verfahren bewältigt und gut bewältigt werden können. Darum, dass sie sicher einmal eine 80-Prozentstelle haben, ist gut, die 50-Prozentstelle kann durch Verschiebungen aufgestockt werden und daher ist es, glaube ich, gesamthaft ein guter Kompromiss, dem man hier zustimmen kann. Aber ich sage jetzt mal, das ist jetzt kein Freipass, möglichst jede 100-Prozent-Präsidiumsstelle auf zwei 50-Prozent-Pensen aufzuteilen. Das würde uns, auch wenn wir, was ich zu gebe, die Problematik des Jobsharings oder Co-Sharing hier nicht hätten, nicht in ein gutes Fahrwasser für unsere Justiz führen. Ich glaube, diese Teilzeitstellen sind eine Beimischung, eine wertvolle Beimischung, die erlauben, gewisse Personen zu rekrutieren für unsere Justiz, aber die sind dosiert einzusetzen.

In diesem Sinne bitte Sie, dem Antrag der JSSK zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP geht das Wort an Edibe Gölgeli.

Edibe Gölgeli (SP): Im Namen der Fraktionen SP und GLP möchten wir auch der Empfehlung der JSSK-Kommission folgen und den Antrag der Regierung ablehnen.

Wie Sie aus dem Ratschlag entnehmen können, ist der Antrag zur Schaffung eines zusätzlichen Präsidiums am Strafgericht, den der Gerichtsrat der Regierung bereits im März 2023 gestellt hat, kein singulärer Zustand, der nur Basel-Stadt betrifft. Es handelt sich vielmehr um eine schweizweite Entwicklung, dass die Strafjustiz, sowohl Staatsanwaltschaft als auch die Gerichte, immer stärker belastet wird. Das ist ein Problem, weil die Strafjustiz schnell handeln sollte, um effektiv zu sein. Lange Gerichtsverfahren belasten sowohl die Angeklagten als auch die Opfer von Straftaten stark.

Die Präsidentin der JSSK hat schon über die Details zu der kommenden Mehrbelastung und der Komplexität der Fälle gesprochen und auch über die Gründe für die Aufstockung der Staatsanwaltschaft. Ich möchte noch kurz etwas zu den Teilzeitstellen sagen. Um vorab wegzunehmen, möchte ich darauf hinweisen, dass das GOG im § 38 Abs. 1 heute schon gewisse Flexibilität bei den Teilzeitpräsidien ermöglicht. Aber das System ist nach wie vor noch etwas starr, es braucht einen guten Mix. Derzeitig sind sieben Mal 100 Prozent-, zwei Mal 50 Prozent- und einmal 85 Prozent-Pensen in den Präsidien besetzt und die Präsidien werden natürlich auch stark in traditionellen Geschlechterrollen besetzt. In Zukunft sollen beim Strafgericht anstelle einer Vollzeitstelle zwei Präsidiumsstellen besetzt werden, eine mit 80 und eine mit 50, um den aktuellen Zeitgeist von Teilzeitstellen gerecht zu werden und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern.

Wir wissen, dass die Akzeptanz von Vollzeitstellen langfristig immer mehr abnimmt und damit auch die Rekrutierung kompetenter Leute schwieriger wird. Nur wenige Lebensmodelle ermöglichen es, 120 Prozent oder sogar 130 Prozent zu arbeiten, was bei einem Vollzeitpräsidium jedoch häufig der Fall ist. Durch eine flexible Gestaltung wie die Schaffung eines 80-prozentigen Pensums sowie eines zusätzlichen 50-Prozent-Pensum würden verschiedenen Biografien die Möglichkeit eröffnet, sich für ein Strafgerichtspräsidium zur Verfügung zu stellen. Dabei kann es auch um andere Vereinbarkeitsanliegen abgesehen von Familien gehen.

Teilzeitstellen erhöhen die Flexibilität bei der Gestaltung der Arbeitszeiten der Präsidiumsmitglieder. Dadurch können sowohl persönlichen Bedürfnisse und Belastungen als auch betriebliche Anforderungen wie beispielsweise krankheitsbedingte Ausfälle besser berücksichtigt werden. Ein Präsidiumsmitglied mit einem Pensum von 50 Prozent kann im Einvernehmen mit den anderen Mitgliedern und mit Zustimmung des Gerichtes deren Aufgaben übernehmen. Selbst mit einem Pensum von 80 Prozent ist es immer noch möglich, grosse und umfangreiche Fälle zu bearbeiten. Es wurde auch schon erwähnt, dass die Gerichte prädestiniert sind für Teilzeitarbeiten, also es ist auch möglich, es ist nicht wie bei Topsharings, grössere Fälle je bei diesen Pensen zu übernehmen, ohne einen zusätzlichen Koordinationsaufwand.

Und zum Schluss, die ablehnende Haltung des Regierungsrates war absehbar. Jedoch bestätigen natürlich die Gerichte in ihrer Stellungnahme die Überlegungen der JSSK und entkräftigen bereits die Bedenken, die seitens Regierungsrats bezüglich des Raumbedarfs und Arbeitsplätze geäussert wurden.

Ich bitte Sie somit, dem Antrag der JSSK zu folgen und die beiden Pensen von 80 und 50 Stellenprozent dem Ratschlag zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an den Fraktionssprecher der LDP Lukas Faesch.

Lukas Faesch (LDP): Ich darf für die LDP- und SVP-Fraktion sprechen. Für beide Fraktionen ist die Notwendigkeit der Erhöhung des Präsidien-Etas am Strafgericht absolut nachgewiesen und auch notwendig. Wir folgen aber der Auffassung des Regierungsrates, was den Umfang der Erhöhung und die prozentuelle Stellenaufteilung betrifft und dies aus folgenden Gründen:

Einfach eine Vorbemerkung noch, der durchschnittliche Fall am Strafgericht, und ich weiss, wovon ich spreche, beinhaltet in der Regel 2'000 bis 3'000 Seiten, die man lesen muss. Das ist ein durchschnittlicher Fall. Für die Hauptverhandlung hat man dann einen halben Tag bis einen ganzen Tag und wenn Edibe Gölgeli von grossen Fällen spricht, dann spreche ich von 60 Bundesordnern und dass man das in Teilzeit kaum bewältigen kann, das brauche ich nicht näher auszuführen.

Das Strafgericht selbst verlangte ursprünglich ein zusätzliches Präsidium von 100 Prozent. Obwohl ja eigentlich nur das Gericht seinen Bedarf richtig abschätzen kann, will nun die JSSK diesen Etat aufstocken auf 130 Prozent. Der Grosse Rat soll also mehr geben, als verlangt wurde. Und mit der Begründung des Gerichtsratspräsidenten, dass er eine Schere im Kopf habe, damit habe ich etwas Mühe. Ich hoffe, dass in den Gerichtsverhandlungen keine Scheren im Kopf der Gerichtspräsidenten sind. Das Strafgericht hat das im Nachhinein begrüsst, ich meine, das ist ja logisch, wenn man mehr bekommt, als man verlangt und wer sagt dann nein, wenn er zwei Glace bekommt, aber nur eine zugute hat. Welch merkwürdiger Vorgang, also quasi 30 Prozent auf Vorrat aufzustocken und was für ein Zeichen und was für eine Signalwirkung ist das für die Zukunft für alle Personalerhöhungsdebatten hier in diesem Saale? Eine miserable, so geht das nicht.

Ein zweiter Grund, warum wir den Antrag des Regierungsrates unterstützen, Teilzeitpensen sind am Strafgericht im Unterschied vielleicht zum Zivilgericht nur sehr beschränkt sinnvoll. Ich habe auf die Arbeitslast schon hingewiesen vorher und nicht zufällig sind von den heutigen zehn Strafgerichtspräsidien sieben hundertprozentige Stellen. Gerichtspräsidien müssen komplexe grosse Fälle unter Zeitdruck behandeln. Oft geht es bei den grossen Fällen auch um Haftfälle und die ertragen keinerlei Verzögerung. Haftüberschiessungen sind sehr teuer, ich glaube, die Kosten heute 200 Franken pro Tag und es ist auch menschlich nicht zumutbar, Leute länger als unbedingt nötig in Untersuchungshaft zu halten. Und wie die Stawa angekündigt hat, wird dort auch nochmals aufgestockt, um den bestehenden Pendenzenberg bei der Staatsanwaltschaft abzubauen. Es kommen also grosse komplexe Fälle auf das Strafgericht zu und die Präsidien müssen dafür kurzfristig für alle Beteiligten ansprechbar sein. Die Beteiligten sind Anwälte, Opfer, Experten, Staatsanwaltschaft, Vollzug, usw. und dies ist bei Teilzeitarbeit nur bedingt gewährleistet. Es gilt also die individuelle Lebensgestaltung und die Bedürfnisse der Strafjustiz gegeneinander abzuwägen und da hat die Strafjustiz die Nase vorne.

Ein dritter Punkt ist, es gibt keine Gewähr, dass das von der JSSK beantragte 80-Prozent-Präsidium wirklich für grosse Fälle bereit ist und bleibt, da die Teilzeitpräsidien, wie wir gehört haben, untereinander Stellenprozente abtauschen können. Der Grosse Rat kann also nicht beeinflussen, dass allenfalls aus dieser 80-Prozentstelle letztlich wieder eine 60-Prozentstelle wird.

Und ein anderer Punkt ist, und den finde ich sehr wichtig, es ist aus früheren Erhebungen bekannt, dass am Strafgericht durchschnittlich 20 Prozent einer Vollzeitstelle von Gerichtsschreibern und Präsidien für allgemeine Arbeiten, Ausbildung, Weiterbildung, Studium von Fachartikeln und Urteilen, administrative und organisatorische Aufgaben wie Koordinationsaufgaben aufgewendet werden müssen. Und je geringer die Teilzeit ist, desto grösser wird das Missverhältnis zur effektiv geleisteten Fallbearbeitung.

Die LDP und SVP unterstützen deshalb den Antrag des Regierungsrates nach Erhöhung um eine 100 Prozentstelle.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Mitte/EVP geht das Wort an Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Es ist ein interessantes Geschäft und ich kann eigentlich praktisch alles, was mein Vorredner Lukas Faesch gesagt hat, unterstreichen und trotzdem komme ich zu einem anderen Resultat. Das primäre Bedürfnis, wenn wir eine der wichtigsten Stellen im Kanton neu schaffen, kann selbstverständlich nicht sein, die individuellen Bedürfnisse eines allfälligen Kandidaten, einer Kandidatin zu erfüllen, sondern zu schauen, was sind die Bedürfnisse des

Betriebs und die müssen wir in erster Linie erfüllen. Und die Bedürfnisse des Betriebs Strafgericht sind tatsächlich etwas spezieller, sie sind so, dass auf keinen Fall möglich ist, dort alle Stellen als Präsidium mit 50 Prozent zu besetzen. Das können Ihnen alle Fachleute bestätigen.

Der Antrag des Strafgerichts auf eine 100-Prozentstelle ist sehr nachvollziehbar, denn die Überlastung ist notorisch ausgewiesen. Die ist übrigens ein schweizweites Phänomen, das ist also kein baslerisches Phänomen. Überall lesen Sie, die Strafjustiz ist völlig am Anschlag, es geht nicht mehr. Die Hauptschuld ist wahrscheinlich die eidgenössische Strafprozessordnung, die wir vom Kanton her gar nicht beeinflussen können. Dazu kommt aber die Komplexität der Fälle, die immer mehr zunimmt und grösser wird. Das kennen Sie. Und wir haben auch gehört in diesem hohen Hause von drei krankheitsbedingten längeren Ausfällen von Strafgerichtspräsidien in der letzten Zeit. Also das Problem ist virulent, es braucht dort zusätzliche Kapazitäten.

Der Antrag auf 100 Prozent ist naheliegend, es ist das Wort Schere im Kopf genannt worden, weil selbstverständlich ein vorsichtiger Antrag formuliert wird und dann ist es zum politischen Prozess gekommen. Der politische Prozess in der JSSK hat dazu geführt, dass das Bedürfnis, Teilzeitstellen zu schaffen, mit in den Fokus genommen wurde der Überlegungen. Kann es sein, dass wir, wenn wir solche wichtigen Stellen im Kanton schaffen, ausschliesslich 100-Prozentstellen anbieten oder sollte das nicht auch möglich sein, die Teilzeittauglichkeit zu prüfen. Zwei Mal 50 wäre unmöglich in diesem Fall. Der Bedarf nach über 100 ist offensichtlich gegeben, auch wenn er nicht statistisch genau nachvollziehbar ist, aber das ist erkennbar. Also ist der politische Prozess gewesen zu sagen, wir schlagen eigentlich zwei Fliegen auf einen Schlag. Einerseits stellen wir die nötigen Ressourcen zur Verfügung, nicht zu knapp, sondern in einem Umfang, der sowieso gebraucht wird, und wir schaffen aber genügend grosse Pensen, damit die Arbeit auch erledigt werden kann in einem vernünftigen Zeitraum und 80 Prozent ist ein genügend grosses Pensum, es würde aber nicht reichen, wenn wir nur 80 Prozent geben.

Ich habe mich mit den Strafgerichtspräsidien unterhalten. Das vorgeschlagene Modell mit 80 und 50 stösst auf absolute Gegenliebe. Das ist das, was eigentlich diese Flexibilität, die das Strafgericht braucht, durchaus bringt. Es würde uns im Moment also nichts bringen zu sagen, nein, wir bleiben mit diesen einmal 100, denn dann haben wir wohl die Problematik, dass wir eine Mehrheit schaffen, und das denke ich, ist politisch nachvollziehbar, die dann sagt, gut, dann schaffen wir zwei Mal 50 Prozent, denn Teilzeit ist tatsächlich im Trend.

Ich sage aber nochmals, Teilzeit ist nicht das einzige, in erster Linie sind die betrieblichen Überlegungen massgebend. Die betrieblichen Überlegungen verlangen nach mehr, die betrieblichen Überlegungen verlangen aber auch nach mehr als 100 Prozent. Deshalb ist der von der JSSK vorgeschlagene Kompromiss, dass man sagt, wir gehen gerade etwas höher, wir bringen 80 Prozent mit einem relativ grossen Pensum und dann die 50 Prozent, die auch eine Teilzeitstelle für jemanden, der beispielsweise noch an der Universität tätig ist oder sonst etwas, es spielt keine Rolle, was das dann ist, diese Möglichkeit schaffen wird.

Deshalb meine ich, es ist eigentlich eine glückliche Lösung, eine Lösung, die dem Strafgericht zugutekommt und die Fraktion der Mitte und EVP empfiehlt Ihnen deshalb die Gutheissung dieses Antrags.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion GAB geht das Wort an Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GAB): Im Prinzip kann ich eigentlich nicht mehr viel anfügen an die Debatte, die wir jetzt hatten, und Bruno Lötscher hat sie eigentlich in der Synthese, die dann die JSSK gemacht hat aus dem vorliegenden Geschäft, sehr gut aufgezeigt. Was ich aber trotzdem noch mal betonen möchte, ist, dass mich die Haltung der Regierung doch etwas erstaunt. Wir haben bereits in der Kommission, als wir unseren Vorschlag ausgearbeitet haben, den den Gerichten und der Regierung vorgelegt und bereits da kam eine ablehnende Haltung der Regierung zu unserem Antrag zum Ausdruck. Schon da waren wir erstaunt, weil aus unserer Sicht auch aufgrund der Auseinandersetzung mit der Materie eben unmissverständlich klar war, dass die Aufstockung am Strafgericht notwendig ist und dass sie wahrscheinlich auch nicht reichen wird mit diesen 100 Prozent.

Wir wissen, dass die Stellen bei der Staatsanwaltschaft erhöht werden, die Fälle werden immer wie komplexer, der Bedarf an zusätzlichen Stellenprozenten war also unbestritten und es war auch klar, dass die 100 Prozent wahrscheinlich ein Minimum sind, das gefordert wird, auch mit Blick auf die nächsten Jahre. Deshalb auch ein Kommentar vielleicht kurz an meinen Vorredner David Jenny, ich glaube nicht, dass die Kommissionsmehrheit sich für eine 50/50-Lösung ausgesprochen hätte, wenn diese Lösung der JSSK sich durchgesetzt hätte, weil völlig klar ist, dass die Spezifik des Strafgerichts alleine durch 50/50-Stellen nicht zu lösen ist. Das war total klar in der Diskussion und deshalb auch dieser austarierte Vorschlag, sowohl eine hochprozentige Stelle zu schaffen und zusätzlich eine 50-Prozent-Teilzeitstelle zu schaffen, im Wissen darum, dass das Gericht auf diese Flexibilität angewiesen ist. Wir haben das gesehen mit den Krankheitsfällen, wenn alles 100-Prozentstellen sind, dann kann niemand mehr krankheitsbedingte Ausfälle auffangen.

Auf all das hat die JSSK reagiert und ich komme jetzt zurück, weshalb ich doch ein bisschen erstaunt bin über die Regierung, dass sie jetzt nochmals den Änderungsantrag stellt, an dem 100-Prozent-Präsidium festzuhalten und das mit der Begründung, es sei nicht im Bericht genug nachgewiesen, was der Bedarf ist. Wir haben die Diskussion jetzt gehört, es ist eigentlich klar, was der Bedarf ist, und ich erlaube mir die Bemerkung an die Regierung, dass ich mich doch etwas wundere über die fehlende Bereitschaft, sich auf die Arbeit des Parlaments und der Kommission einzulassen. Wir haben diese Vorberatungen geführt und ich hätte mir ein bisschen mehr Reaktion und sich einlassen auf die Argumente der Kommission gewünscht.

Ich gehe jetzt nicht nochmal auf die ganzen Vorteile ein, die die Version oder die Schaffung eines 80-Prozent-Präsidiums und eines 50-Prozent-Präsidiums haben. Wie gesagt, es deckt eigentlich alle Bedürfnisse ab, es schafft Flexibilität, es ist vorausschauend, es reagiert darauf, dass die Arbeitslast in Zukunft zunehmen wird. Es ist zeitgemäss, weil es auch die Vereinbarkeitsfrage adressiert und auch Personen, die sehr geeignet sind, die aber ein 100-Prozent-Präsidium aufgrund ihrer familiären Situation oder einer anderen Situation nicht übernehmen können, aber sehr geeignete Präsidiums-Anwärter*innen wären, dem kommt es auch entgegen.

Und was, glaube ich, der allerwichtigste Punkt ist, und das hat Bruno Lötscher auch gesagt und das wurde vorhin auch vom Vorsitzenden des Gerichtsrats gesagt, der Vorschlag der JSSK wird vom Gericht, vom Strafgericht und vom Gerichtsrat begrüsst und ich glaube, das ist der zentrale Punkt, dass wir dem jetzt Folge leisten, so wie das JSSK vorgeschlagen hat, und dem Gericht diese 130-prozentige Stellenaufstockung in Form von 50 und 80 Prozent gewähren.

Im Namen der Fraktion Grün-Alternatives Bündnis bitte ich Sie deshalb, der JSSK und diesem austarierten Vorschlag zu folgen und den Änderungsantrag der Regierung abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Fraktionsvoten, aber ein Einzelvotum von Thomas Widmer-Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Die Stärkung des Strafgerichts braucht unsere Unterstützung, da sind wir uns einig. Die Präsidien sind überlastet, es braucht dringend mehr personelle Ressourcen, um die vielen hängigen Fälle zu bewältigen. Regierung und Gerichte beantragten ein zusätzliches Präsidium mit einem Pensum von 100 Prozent und aus der Diskussion in der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission ergab sich die Kombination von 80 und 50 Stellenprozenten.

Ich war zuerst klar dagegen, weil der Regierungsrat 100 Prozent beantragt hat und weil die Frage im Raum stand, ob mit kleineren Pensen grosse und entsprechend arbeitsaufwendige Fälle in nützlicher Frist wirklich bearbeitet werden können. Laut Gerichtsorganisationsgesetz soll Teilzeitbeschäftigung zwar gefördert werden, aber wie, ist das dann Ermessenssache? Es gibt ja bereits zwei Präsidien mit je einem Pensum von 50 Stellenprozenten sowie ein Präsidium von 85 Stellenprozenten. Als Mitglieder des Grossen Rates sollten wir es mit politischen Vorgaben nicht übertreiben, der aktuelle Bedarf mit einem 100-Prozent-Pensum ist höher zu gewichten.

Das war meine Überzeugung. Als sich aber Gerichtsrat und das Strafgericht für das 80/50-Modell aussprachen, habe ich meine Meinung geändert. Die Begründung hat mich überzeugt, auch mit einem 80-Prozent-Präsidium können aufwendige Verfahren in angemessener Zeit bewältigt werden und die weiteren 50 Stellenprozente ermöglichen Flexibilität bei der Gestaltung der Pensen der Präsidiumsmitglieder.

In diesem Sinne empfehle ich, der Anpassung des Gesetzes zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur zweiten Runde. Zuerst beim Präsidenten des Gerichtsrates, wenn er das Wort wünscht, hat er es.

Stephan Wullschleger: Der Sprecher der Liberalen und SVP-Fraktion hat in Frage gestellt, ob mit dieser Lösung grosse Fälle bewältigt werden können. Wir haben Erfahrung mit dem 85-Prozent-Präsidium am Strafgericht und dieses ist sehr wohl in der Lage, grosse und sehr grosse Fälle zu erledigen, wie das in der Vergangenheit unter Beweis gestellt worden ist. Weiter wurde argumentiert, wir hätten keine Gewähr dafür, dass nicht von diesem 80-Prozent-Präsidium dann wieder Prozente abgegeben würden an das neugeschaffene 50-Prozent-Präsidium. Diese Gewähr haben wir, weil nach § 38 GOG ist eine Verschiebung von Pensen nur dann möglich, wenn sich nicht nur die beiden betroffenen Präsidiumsmitglieder einigen, sondern auch die Präsidienkonferenz dem zustimmt. Und wenn die Präsidienkonferenz erkennt, dass mit einer Verschiebung von Pensen die Geschäftslast des Gerichts nicht mehr bewältigt werden kann, dann stimmt sie diesem Antrag nicht zu. Mit anderen Worten, diese Gefahr besteht nicht.

Schliesslich bin ich etwas enttäuscht, wenn unsere Schere im Kopf auf Unverständnis stösst. Selbstverständlich, Lukas Faesch, bei der Justizarbeit arbeiten wir ohne Scheren, da erfüllen wir unsere Aufgabe vollumfänglich. Wenn es aber darum

geht, Kosten zu verursachen, wenn es darum geht, Steuergelder für unsere Bedürfnisse zu beantragen, da haben wir eine Schere und ich hätte mir eigentlich erwartet, dass gerade von diesen beiden Fraktionen ein gewisses Verständnis für diese Schere geäussert wird.

Deshalb beantragen wir nicht Glaces und wollen nicht zwei Glaces, wenn wir auch mit einer satt werden, sondern haben aus den genannten Gründen uns eben diesem Antrag angeschlossen, weil er sehr begründet ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht nochmals für den Regierungsrat an Stephanie Eymann. Sie verzichtet. Dafür wird Barbara Heer, die Präsidentin der Kommission, nicht verzichten.

Barbara Heer (SP): Ich bedanke mich für die angeregte Debatte und möchte mich auch noch bei den Kommissionsmitgliedern der JSSK für die immer sehr gute Zusammenarbeit bedanken.

Ich gehe jetzt doch noch kurz auf formale Punkte des Votums der Regierung ein betreff der Gehälter. Bereits im Budget 2024 ist für die zweite Jahreshälfte genügend Budget eingestellt für ein 100-Prozent-Pensum, von dem her kann das im jetzigen Budget, falls diese Stellen noch in diesem Jahr angetreten werden, problemlos abgewickelt werden. Wir bewilligen heute ja hier auch kein Budget, sondern wir entscheiden über eine Anpassung des Gesetzes und der ganze Budgetprozess folgt dann ja nachher und die Gelder sind ja sowieso eigentlich mehr oder weniger fix vorgegeben hier. Die formelle Frage des Raumbedarfs wurde auch durch den Gerichtsrat bereits geklärt, also die nötigen Arbeitsplätze existieren.

Dann zur Frage wegen den Überstunden. Das haben wir in der Kommission natürlich immer wieder diskutiert, dass bei den Vollzeitpräsidien Überstunden üblich sind und bei den Teilzeitpräsidien sind sie es auch, das ist ein Stück weit auch einfach mit den wirklich guten Löhnen auf diesen Positionen abgegolten. Also hier muss und darf erwartet werden, dass Flexibilität auch mal kurzfristige Verfügbarkeit und auch Übernahme von Überstunden leistbar ist. Das gilt sowohl für die Vollzeit- wie auch für die Teilzeitpräsidien und das muss man dann auch in der Praxis anschauen.

Dann ist einfach nochmals deutlich geworden, auch mit den Voten der Regierung und dann der LDP- und SVP-Voten von Lukas Faesch, dass es einfach ein Stück weit Usus ist, bei neuen Stellen immer in 100-Prozent-Pensen zu denken und man hat dann so im Kopf, dass nur genau diese Pensen diese Anforderungen erfüllen können. Wir haben in der JSSK ausführlich das auch angeschaut, dass eben auch 80-Prozent-Pensen die betrieblichen Bedürfnisse hervorragend erfüllen. Ob das jetzt ein Präzedenzfall hier ist oder nicht, werden Sie im Grossen Rat ja dann nachher entscheiden. Falls es ein Präzedenzfall wird, könnte es ja auch sein, dass einfach die beantragenden Stellen in Zukunft 80-Prozent-Pensen betragen als einfach immer nur 100-Prozent-Pensen.

Generell möchte ich zum Abschluss diesen Appell hier noch machen, sowohl die Gerichte und auch die Regierung sind vom Grossen Rat verschiedentlich zur Schaffung von Teilzeitbeschäftigung verpflichtet worden. Das Gerichtsorganisationsgesetz verpflichtet die Wahlgremien und Anstellungsbehörden der Gerichte dazu. Der Regierungsrat ist auch in seinem Zuständigkeitsbereich der Verwaltung per Personalgesetz verpflichtet, Teilzeitstellen zu fördern auf allen hierarchischen Stufen und deswegen erstaunt es doch, dass die Regierung in ihrer Argumentationsweise auf dieses doch sehr gewichtige Anliegen in keiner Weise eingegangen ist. Diese Verpflichtung gilt es nämlich für uns alle vorbildhaft wahrzunehmen.

In dem Sinne bitte ich Sie jetzt nochmals, dem Grossratsbeschluss entsprechend JSSK zu folgen und den Antrag der Regierung abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 12 des Berichts)

Titel und Ingress

Römisch I Gesetz betreffend Organisation der Gerichte und der Staatsanwaltschaft

§ 75

Abs. 1 (geändert)

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt die Fassung gemäss Ratschlag. Der Antrag wurde Ihnen verteilt.

Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Ja heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, Nein heisst Zustimmung zum Antrag der JSSK

Ergebnis der Abstimmung

25 Ja, 71 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003111, 10.04.24 10:35:20]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Mehrheit spricht sich für die Version JSSK aus mit 71 Nein-Stimmen gegen 75 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter.

Römisch II Änderung anderer Erlasse

Römisch III Aufhebung anderer Erlasse

Römisch IV Schlussbestimmung

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003113, 10.04.24 10:36:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Das Gesetz betreffend die Organisation der Gerichte und der Staatsanwaltschaft (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG) vom 3. Juni 2015 [1]) (Stand 1. Januar 2021) wird wie folgt geändert:

§ 75 Abs. 1 (geändert)

1 Das Strafgericht besteht aus sieben Präsidentinnen oder Präsidenten mit je einem Pensum von 100 Stellenprozent, drei Präsidentinnen oder Präsidenten mit je einem Pensum von 50 Stellenprozent, einer Präsidentin oder einem Präsidenten mit einem Pensum von 85 Stellenprozent und einer Präsidentin oder einem Präsidenten mit einem Pensum von 80 Stellenprozent sowie aus mindestens 30 Richterinnen und Richtern.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und tritt am fünften Tag nach der Publikation des unbenutzten Ablaufs der Referendumsfrist oder im Falle der Volksabstimmung am fünften Tag nach der Publikation der Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wurde einstimmig angenommen mit 95 Ja-Stimmen.

5. Teilrevision des Gesetzes betreffend Einführung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs, Ratschlag des RR

[10.04.24 10:36:18, 23.1779.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Für die Kommission spricht der Vizepräsident David Jenny.

David Jenny (FDP): Die JSSK empfiehlt Ihnen einstimmig, in diesem Geschäft dem Regierungsrat zu folgen und den vorgeschlagenen Änderungen am Gesetz betreffend Einführung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs zuzustimmen. Die Kommission hat den Ratschlag an ihrer Sitzung vom 13. März 2024 beraten. Für die Verwaltung anwesend war Regierungsrätin Stephanie Eymann und Corinna Kaupp Somm vom Zentralen Rechtsdienst.

Vorgeschlagen werden in der Vorlage zwei Änderungen im EG SchKG, die thematisch nicht miteinander verbunden sind. Zuerst geht es darum, § 11 EG SchKG aufzuheben. Diese Bestimmung erklärt für das Nachlassverfahren das Dreiergericht zuständig, für die einvernehmliche private Schuldenbereinigung den Einzelrichter. So ist es dort noch geschrieben. Die Aufhebung dieser Bestimmung erfolgte aus welchen Gründen auch immer nicht im Rahmen der Totalrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes. Dort wird im § 71 Abs. 1 lit. b das Einzelgericht generell für alle summarischen Verfahren unabhängig vom Streitwert zuständig erklärt. Zu diesen Verfahren zählen auch die beiden bis jetzt im § 11 Abs. 2 EG SchKG geregelten. Gründe dafür, warum ein Dreiergericht für das Nachlassverfahren gemäss den Artikeln 293 fortfolgend des SchKG zuständig sein soll, bestehen nicht. Für die einvernehmliche private Schuldenbereinigung bleibt die Situation nach Streichung des fraglichen Paragrafen unverändert.

§ 3 EG SchKG ist ein historisches Relikt. Die Vorstellung, dass die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte von Riehen und Bettingen als Gehilfen des Betreibungs- und Konkursamtes verwendet werden, ist aus der Zeit gefallen. Somit erstaunt auch nicht, dass auch die betroffenen Gemeinden mit der Aufhebung dieser Bestimmung einverstanden sind.

Falls Sie dem Antrag der Regierung und der JSSK folgen, wird meine Motion, die Anlass für diese Lichtung oder Rodung im kantonalen Paragrafenwald war, und ich weise darauf hin, wir müssen bei einer solchen Rodung die Baumschutzkommission nicht einschalten, vollumfänglich erfüllt werden. Dafür danke ich Ihnen. Besonders dankbar werden Ihnen die Kollegen aus dem Gemeinderat Riehen sein. Künftig müssen sie nicht mehr befürchten, ihre lokale Popularität durch Dienste als Gehilfen des Betreibungs- und Konkursamtes riskieren zu müssen. So betroffen von diesem Geschäft, dass sie in den Ausstand treten müssten, sind sie aber nach meiner Einschätzung auch nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Regierungsrätin Stephanie Eymann verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine Fraktionsvoten, auch keine Einzelvoten auf der Liste. In der zweiten Runde wünscht David Jenny das Wort.

David Jenny (FDP): Ich bin doch schwer enttäuscht, dass diese Motion zweimal wortlos überwiesen wurde und auch jetzt niemand dazu spricht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 7 des Ratschlags) :

Titel und Ingress

Römisch I Gesetz betreffend Einführung Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs

§ 3 (aufgehoben)

§ 11 (aufgehoben)

§ 45a (neu)

Abs. 1

Römisch II Änderung anderer Erlasse

Römisch III Aufhebung anderer Erlasse

Römisch IV Schlussbestimmung

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003115, 10.04.24 10:42:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Das Gesetz betreffend Einführung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs vom 22. Juni 1891 [1]) (Stand 1. Juli 2016) wird wie folgt geändert:

§ 3

Aufgehoben.

§ 11

Aufgehoben.

§ 45a (neu)

1 Nach Inkrafttreten der Aufhebung von § 11 werden hängige Nachlassverfahren, einschliesslich Begehren betreffend einvernehmliche private Schuldenbereinigung, nach neuem Recht weitergeführt.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und tritt am fünften Tag nach der Publikation des unbenutzten Ablaufs der Referendumsfrist oder im Falle der Volksabstimmung am fünften Tag nach der Publikation der Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft.

5.1. Motion David Jenny und Konsorten betreffend Anpassung des Gesetzes betreffend Einführung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (EG SchKG) an das Gerichtsorganisationsgesetz (GOG), Ratschlag des RR

[10.04.24 10:42:10, 23.1779.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Mit dem Eintreten auf das Geschäft haben Sie die Motion David Jenny und Konsorten betreffend Anpassung des Gesetzes betreffend Einführung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs an das Gerichtsorganisationsgesetz gemäss § 43 Abs. 5 der Geschäftsordnung als erledigt abgeschrieben.

6. Teilrevision des Gesundheitsgesetzes vom 21. September 2011 (GesG) betreffend Zulassung von Leistungserbringern zur Tätigkeit zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP), Bericht der GSK

[10.04.24 10:42:30, 23.0859.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Das Wort hat der Kommissionspräsident Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Diesen vorliegenden Ratschlag verdanken wir unter anderem einer Klage eines Spitals im Kanton Basel-Landschaft. Die Klage wurde anfangs 2023 stattgegeben und der Kanton Basel-Landschaft musste somit zuerst die Zulassung auf Gesetzesstufe regeln, bevor Regulierungen zum Tragen kommen können. Da im Kanton Basel-Stadt keine Klage eingereicht wurde, besteht die Regulierung bei uns weiterhin auf der Verordnungsstufe. Die unterschiedliche Ausgangslage in der gemeinsamen Gesundheitsregion ist nicht wirklich sinnvoll, weshalb auch im Kanton Basel-Stadt eine entsprechende Anpassung im Gesundheitsgesetz nun vorgesehen ist.

Mit dieser Teilrevision des Gesundheitsgesetzes soll eine formell gesetzliche Grundlage zur Krankenversicherungsgesetzgebung betreffend Zulassung fest verankert werden. Hintergrund von Zulassungsregulierungen sind die von Jahr zu Jahr steigenden Gesundheitskosten. Insbesondere der ambulante und spitalambulante Sektor sind in den letzten Jahren überproportional angestiegen. Auf der einen Seite ist dies nachvollziehbar und auch gewollt, Stichwort ambulant vor stationär, jedoch eben nicht auf allen Gebieten. Deshalb bestehen schon seit über 20 Jahren befristete Regelungen, um die Kostenentwicklung im ambulanten Bereich abzubremsen. Schliesslich wurde dies im Jahr 2021 in definitive Bundesregelungen zwecks Zulassung von Leistungserbringern bei der obligatorischen Krankenpflegeversicherung in Kraft gesetzt und seit mehr als zwei Jahren sind die Kantone für die Zulassung aller Leistungserbringer zuständig. Dazu gehören Ärzte und Ärztinnen, Apotheker*innen, Physiotherapeuten sowie die Labore. Die Kantone legen daher in einem oder mehreren medizinischen Fachgebieten oder Regionen die Anzahl Ärzte und Ärztinnen fest, die ambulant zu Lasten der OKP Leistungen erbringen dürfen.

Die beiden Basler Kantone haben gestützt auf den Staatsvertrag zur gemeinsamen Gesundheitsregion möglichst gleichlautende Verordnungen umgesetzt. Aktuell besteht in Basel-Stadt auf acht medizinischen Fachgebieten eine Obergrenze bei der Zulassung. Wie erwähnt, ist seit dem Urteil vom Januar 2023 die basellandschaftliche Verordnung aufgehoben. Das Urteil hat auf den Kanton Basel-Stadt keine bindende Wirkung, aber es ist sinnvoll, in beiden Kantonen gleich vorzugehen und deswegen liegt nun diese Anpassung des Gesundheitsgesetzes vor, die mit der Landratsvorlage inhaltlich übereinstimmt. Obwohl es sich formal nicht um ein partnerschaftliches Geschäft handelt, laufen in beiden Kantonen parallele Gesetzesarbeiten. Der Landrat wird morgen an seiner Sitzung über die Gesetzesvorlage beraten.

Die GSK hat den Ratschlag an zwei Sitzungen behandelt. Neben dem Vorsteher des Gesundheitsdepartements haben der Kantonsarzt sowie der Leiter Bewilligungen und Support teilgenommen.

Die Zulassungsbeschränkung auf der Gesetzesstufe statt auf der Verordnungsstufe basiert auf folgenden Voraussetzungen: Der rechtliche kantonale Spielraum ist aufgrund der sehr detaillierten Bundesvorgaben eh schon sehr eng, deshalb beschränken sich die kantonalen Bestimmungen im Gesundheitsgesetz auf die nötigen Grundsätze. Einzelheiten zur Zulassung werden auf Verordnungsstufe delegiert. Die Regelung soll gewährleisten, dass rasch und flexibel auf veränderte Versorgungslagen und Kostenentwicklungen reagiert werden kann. Wie bis anhin sind die detaillierten Vollzugsbestimmungen in der Zulassungsverordnung geregelt. Im Gesundheitsgesetz werden also mittels zwei neuen Paragrafen die Zulassung und die Beschränkung gesetzlich geregelt. § 49a regelt die Grundsätze über Zuständigkeit und Verfahren für die Erteilung von Zulassungen und § 49b Regelung zur Beschränkung von Ärztinnen und Ärzten, die im ambulanten Bereich Leistungen erbringen.

Für die GSK ist dies nachvollziehbar. Sie hat sich zu drei Themen zusätzlich detaillierter informieren lassen und sich mit möglichen negativen Effekten auseinandergesetzt. Der erste Punkt ging vor allem über die Auswirkung der Regulierung auf spitalambulante Angebote, insbesondere eine nicht gewünschte Verschiebung von ambulant zu spitalambulant. Das GD erwartet nicht, dass es zu einer solchen Verschiebung kommen wird, da der stationäre Bereich über die Spitallisten gesteuert wird und spezifische Leistungen zwingend ambulant erbracht werden müssen. Vor allem sind die Zulassungen an das Spital gebunden und können bei Austritt eines Arztes, einer Ärztin aus dem Spital nicht persönlich mitgenommen werden.

Ein anderer Punkt war über die Erneuerung der Regulierungen. Die aktuellen Regulierungen sind zeitlich befristet. Ab 1. Juli 2025 werden neue bundesrechtliche Vorgaben mit Referenzwerten wirksam, dies wird zu Anpassungen je nach Versorgungsregion führen. Die jetzige Regulierung soll deswegen nichts wegnehmen, aber Wirkung entfalten, wo sich Angebote nicht entwickeln oder sogar eine Unterversorgung besteht. Insbesondere die Unterstützung von Hausarztpraxen

steht dabei im Fokus. Mit Massnahmen soll eine Förderung geschehen. Die Angebote werden mittels Vollzeitäquivalenten gezählt, dies ermöglicht auch ein Splitting auf mehrere Personen.

Und drittens über mögliche negative Auswirkungen der Regulierungen. Diese sind aber nicht zu erwarten, bis jetzt ist es nirgends in den regulierten Bereichen zur Unterversorgung gekommen. Zudem können in begründenden Fällen Ausnahmen erteilt werden. Wichtig ist, dass Grundversorgungsangebote nicht von den Regulierungen betroffen sind. In den aktuell regulierten Bereichen bestehen teilweise Wartelisten für die Zulassung. Die Übernahme von bestehenden Praxen wird natürlich bevorzugt, ohne jedoch die Leistungserbringer zu einer Praxisübernahme gegen ihren Willen zu zwingen.

Die GSK beantragt daher einstimmig, der Beschlussvorlage betreffend Teilrevision des Gesundheitsgesetzes; Zulassung von Leistungserbringern zur Tätigkeit zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung zuzustimmen und bittet Sie, dies ebenfalls zu tun.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Der Kommissionspräsident hat mein Manuskript bereits abgearbeitet und ich kann deshalb mich sehr kurzfassen und Ihnen ein paar vielleicht ergänzende Hinweise machen.

Ich möchte Ihnen in Erinnerung rufen, dass der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt sich stets für dieses Modell der Zulassungssteuerung ausgesprochen hat. Das hat ja eine wechselvolle Geschichte hinter sich und wir haben immer die Position vertreten, dass der Kanton auch im ambulanten Bereich, wo also die Spitallisten namentlich nicht gelten und es keine vergleichbare Planung gibt, dass wir auch dort gewisse Steuerungskompetenzen haben möchten. Die haben wir jetzt und wir haben Sie ausschliesslich im Moment der Zulassung von neuen Leistungserbringern. Ich glaube, das ist bedeutsam.

Es bedeutet in erster Linie, dass diejenigen, die bereits tätig sind, also Ärztinnen und Ärzte, die bereits am Arbeiten sind in ihrer Praxis oder an ihrer Stelle, dass sie davon nicht betroffen sind. Es geht darum, wenn jemand ein neues Angebot schaffen möchte, neu zugelassen werden möchte, dann greift diese Steuerung und das meinen wir, ist richtig so, weil wir eben so doch eine gewisse Beeinflussungsmöglichkeit bekommen, insbesondere dort, wo wir das Gefühl haben, das Angebot sei bereits mehr als ausreichend, sondern wo wir eben diese Fragestellung von möglicher Überversorgung haben.

Sie werden auch gesehen haben, dass der Regierungsrat in seiner Verordnung lediglich einige Spezialdisziplinen jetzt dieser härteren Steuerung unterwirft und wir haben auch inskünftig nicht vor, die Grundversorgung so zu limitieren. Wir sind nicht der Auffassung, dass wir dort ein Überangebot haben, wir wollen im Gegenteil eher versuchen, jüngere Ärztinnen und Ärzte und neue Angebote im Bereich der Grundversorgung zu motivieren und etwas weniger im Bereich der Spezialversorgung, wo das Angebot schon sehr gross ist.

Dieser Linie wollen wir treu bleiben und wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie die explizite gesetzliche Grundlage dafür im Gesundheitsgesetz heute schaffen. Ich möchte der Kommission danken für die gute Zusammenarbeit und noch einmal dem Präsidenten für seine Ausführungen. Er hat die Vorgeschichte auch aus unserer Sicht sehr vollständig hier dargestellt.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen damit zum ersten Fraktionssprecher Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Ich sehe mich in der seltenen Situation, dass wir als Grünliberale hier doch noch etwas zu einem Geschäft sprechen, wo eigentlich alles unbestritten ist. Aber gerade deshalb denke ich, ist es hier angezeigt, weil einige Dinge doch erwähnt werden sollten in diesem Zusammenhang, die vollkommen zu Recht jetzt durch den Kommissionspräsidenten nicht angesprochen worden sind und durch den Regierungsrat, die aber trotzdem uns als Grünliberale Unbehagen bereiten.

Wir sind nicht einfach bedingungslos glücklich mit dieser Regelung, wie sie hier gemacht wird. Das betrifft jetzt nicht die Umsetzung hier im Kanton, deshalb will ich mich auch kurzhalten. Es geht mehr um den grundlegenden Mechanismus dieser Zulassungsbeschränkung, da diese auch Probleme mit sich bringt und mit sich bringen wird. Das ist unsere Befürchtung.

Namentlich erwähnen will ich noch die Problematik des Mechanismus. Eben grundsätzlich eine Warteliste, das haben Sie gehört, und wenn jemand eine Praxis übernehmen will, kann er diese Warteliste überspringen. Das ist vom Mechanismus her sicher auch richtig und wollen wir gar nicht anzweifeln, die Problematik hier ist aber wirklich, dass es dazu führen kann, und das sieht man auch in der Praxis, dass teilweise quasi die Zulassung, einfach gesagt, gehandelt wird, dass also jemand für die Zulassung mitbezahlt, wenn er eine Praxis übernimmt. Es sollte natürlich nicht so sein, aber es ist auch nicht ganz einfach, dagegen etwas zu unternehmen. Das wollte ich einfach noch einmal hervorheben und wir bitten auch die Regierung, da kritisch hinzuschauen und wenn es nötig wird, auch zu überlegen, wie man dagegen, ein allfälliges Unwesen in diesem Bereich, Massnahmen ergreifen könnte und müsste.

Zweitens will ich noch erwähnen jetzt im Hinblick auf die Bundesgesetzgebung, die wir grundsätzlich kritisch sehen als Grünliberale, aber nicht in dem Sinne ablehnen oder abgelehnt haben, in Zukunft wird sich da wieder etwas ändern mit der einheitlichen Finanzierung ambulant und stationär, da wird wieder Bewegung in diesen Bereich kommen. Der Kanton wird mehr Möglichkeiten bekommen, auch zur Steuerung im ambulanten Bereich, oder mindestens ist das auch unsere Hoffnung, und in dem Bereich denke ich, sollte es dann auch möglich sein, dieses sehr einfache System der Zulassungsbegrenzung, das im Moment ein adäquates Mittel ist, aber das in Zukunft zu verbessern und mehr in Richtung auch von Leistungsaufträgen zu gehen, wirklich Qualitätssicherung, eine Zulassung sollte vor allem dann auch an Qualität gebunden sein, an Qualitätsziele und das ist unsere Hoffnung, dass es in diese Richtung geht und wir sind zuversichtlich, der Regierungsrat will auch in diese Richtung handeln.

Das wollte ich an dieser Stelle noch einmal erwähnen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es haben sich keine weiteren Sprechenden eingetragen. Damit hat Lukas Engelberger das Wort. Er verzichtet. Der Kommissionspräsident wünscht das Wort.

Oliver Bolliger (GAB): Nur kurz, ich danke Tobias Christ für die Erwähnung dieses… Ich bin aber überzeugt, dass das Departement diesen Punkt aufnehmen wird und bei solchen Dingen sicher auch kritisch das genau anschaut.

Balz Herter (Mitte-EVP): Eintreten ist nicht bestritten. Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen damit zur

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 7 des Berichts).

Titel und Ingress

Römisch I Gesundheitsgesetz

Titel nach § 49 (neu)

§ 49a (neu)

Abs. 1

Abs. 2

Abs. 3

Abs. 4

Abs. 5

§ 49b (neu)

Abs. 1

Abs. 2

Abs. 3

Römisch II Änderung anderer Erlasse

Römisch III Aufhebung anderer Erlasse

Römisch IV Schlussbestimmung

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

96 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003118, 10.04.24 10:56:40]*

Der Grosse Rat beschliesst

I.

Das Gesundheitsgesetz (GesG) vom 21. September 2011 [1]) (Stand 1. März 2023) wird wie folgt geändert:

Titel nach § 49 (neu)

VIbis. Zulassung von Leistungserbringern zur Tätigkeit zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung

§ 49a (neu)

Zulassung

1 Wer als Leistungserbringerin oder Leistungserbringer im ambulanten Bereich zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung tätig sein will, bedarf einer Zulassung des zuständigen Departements und untersteht dessen Aufsicht.

2 Die Voraussetzungen für die Erteilung der Zulassung richten sich nach dem Bundesrecht.

3 Die Zulassung kann mit Einschränkungen fachlicher, zeitlicher und räumlicher Art oder mit Auflagen oder Bedingungen verbunden werden, soweit dies für die Sicherung einer qualitativ hochstehenden, wirtschaftlichen und zweckmässigen Leistungserbringung erforderlich ist.

4 Ungenutzte Zulassungen verfallen nach zwölf Monaten. Das zuständige Departement entscheidet in begründeten Einzelfällen über Ausnahmen.

5 Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten des Zulassungsverfahrens sowie die Meldepflichten der Inhaberinnen und Inhaber einer Zulassung. Er kann besondere Bestimmungen für Praxisübernahmen erlassen.

§ 49b (neu)

Beschränkung der Anzahl Ärztinnen und Ärzte, die im ambulanten Bereich Leistungen zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung erbringen

1 Der Regierungsrat legt in einem oder mehreren medizinischen Fachgebieten oder in bestimmten Regionen Höchstzahlen für Ärztinnen und Ärzte fest, die im ambulanten Bereich zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung Leistungen erbringen.

2 Er kann die Möglichkeit vorsehen, dass das zuständige Departement in Einzelfällen aufgrund der Versorgungssituation in einem Fachgebiet oder einer Region von den Höchstzahlen abweichen kann.

3 Er kann einen sofortigen Zulassungsstopp in einem bestimmten Fachgebiet anordnen, sofern die Voraussetzungen gemäss Art. 55a Abs. 6 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) vom 18. März 1994 erfüllt sind.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 96 Stimmen zugestimmt.

7. Neunter Bericht über die Leistungs-, Kosten- und Prämienentwicklung sowie die Massnahmen zur Dämpfung der Höhe der Gesundheitskosten gemäss § 67 Abs. 2 des Gesundheitsgesetzes, Bericht der GSK

[10.04.24 10:56:49, 23.1505.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Das Wort hat deren Präsident Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Wie jedes Jahr im Frühjahr stellt die GSK den Bericht über die Gesundheitskosten gemäss § 67 im Grossen Rat vor und bittet Sie, gemeinsam mit dem Regierungsrat den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Der Bericht erscheint nun zum neunten Mal und fokussiert weitgehend auf das Jahr 2022. Wie gewohnt liegen die Daten des Vorjahres erst gegen Ende des nun bereits vergangenen Jahres vor. Dies lässt sich nicht ändern, dafür können jeweils die im Herbst kommunizierten Prämien für das nun aktuelle Jahr in die Berichterstattung aufgenommen werden. Aufgrund der Beratung aus dem Jahr 2021 hat sich die GSK eine vertiefte Analyse der Arzneimittelkosten gewünscht, welche im Rahmen des neunten Berichts abgebildet wurde. Ich werde diesen Punkt später vertiefen.

Die jährliche Berichterstattung über die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen liefert auch weiterhin eine wichtige Diskussionsgrundlage und eine sehr gute Übersicht hinsichtlich der Entwicklung. Mit der Berichterstattung wird aber auch deutlich, dass betroffene Massnahmen im Gesundheitswesen über das Ganze gesehen nur bedingt Wirkung erzeugen können. Das ganze System ist hochkomplex und von einer Vielzahl von Faktoren abhängig. Da braucht es schon grössere Reformen. Ohne Massnahmen von staatlichen Regulierungen würden die Kosten aber mit Bestimmtheit noch viel mehr aus dem Ruder laufen.

Ich danke dem Gesundheitsdepartement im Namen der GSK für die detaillierte Zusammenstellung und für die erstellte Vertiefungsanalyse zu den Medikamentenkosten. Die GSK hat das Geschäft wie gewohnt an zwei Sitzungen in Anwesenheit des Departementsvorstehers sowie dem Leiter Abteilung Finanzen und Dienste Gesundheitsversorgung beraten. Der Bericht beschreibt die Kosten für die Abgeltung der Pflichtleistungen der OKP und fokussiert, wie gesagt, auf das Jahr 2022 sowie auf politische Massnahmen bis zum ersten halben Jahr 2023. Ich werde mich bei der Vorstellung auf die Schwerpunkte beschränken, für die detaillierten Ausführungen verweise ich auf den Bericht des Regierungsrats.

Zu den Fakten oder Hintergründen, auch zur Erinnerung, das Jahr 2022 war einerseits von der Überwindung der dreijährigen Covid-19-Pandemie noch geprägt und andererseits haben sich die allgemeine Teuerung und der Fachkräftemangel deutlich bemerkbar gemacht. Im Winter stand zudem noch das Risiko einer Strommangellage im Raum, die dann zum Glück nicht wie erwartet eingetroffen ist. Das Bundesparlament setzte seine Diskussion über Massnahmen zur Kostendämpfung fort, ohne meines Erachtens jedoch wirklich vom Fleck zu kommen. Auch bei der Verbreitung des elektronischen Patientendossiers trat man zu dieser Zeit immer noch ein bisschen schwerfällig auf der Stelle.

Das durchschnittliche Wachstum in Basel-Stadt über die letzten zehn Jahre beträgt 1,7 Prozent und liegt unter dem schweizerischen Durchschnitt von 2,4 Prozent. Das Wachstum bewegt sich somit im Rahmen des BIP. Das pro-Kopf-Wachstum im Jahr 2022 betrug in Basel-Stadt 0,9 Prozent gegenüber 2,7 im schweizerischen Durchschnitt. Auch hier liegen wir unter dem schweizerischen Durchschnitt. In einzelnen Bereichen kam es sogar zu einer Senkung der Kosten, so zum Beispiel bei Spital stationär und bei den Spitex-Kosten, dort aber liegt der Grund vor allem im pandemiebedingten überproportionalen Anstieg im Jahr zuvor.

Bei der Berichterstattung des BAG wurde eine Differenz zu den baselstädtischen Spitälern wahrgenommen. Dies resultiert aus unterschiedlichen Herangehensweisen. Die Spitäler liefern ihre Daten auf Basis des Behandlungsjahres, die Krankenversicherer auf der Basis des Abrechnungsjahres. Die Krankenkassen haben eine grössere Anzahl an Abrechnungen in diesem Jahr, also von 2022 ins 2023 verschoben. Dies ist aus der Sicht der GSK nicht sehr ideal und könnte auch die Rechnungen verschieben. Der grösste Anstieg der Kosten pro Versicherten liegt im spitalambulanten Bereich. Dieser Fakt zeigt sich schweizweit und ist auch ein Ausdruck von ambulant vor stationär, wobei die Veränderungen bei den ambulanten Ärzten und Ärztinnen in Basel-Stadt minimal war.

Ebenfalls weiter angestiegen sind die Medikamentenkosten, und zwar um 2,4 Prozent. Also deutlich tiefer als im Jahr zuvor ausgewiesen wurde, damals 9 Prozent. Dies, hat man dann festgestellt, beruht auf einem Fehler im 2021, da der Anstieg zu hoch ausgewiesen wurde. Trotzdem macht es aus unserer Sicht Sinn, die Medikamentenkosten genauer zu analysieren, wenn schon eine bessere Kommunikation zur Generikapflicht bei bestimmten Medikamentengruppe könnten einiges bewirken, da die Kostenfolge für Patient*innen und Umständen erheblich sein können.

Und jährlich grüsst auch das Prämientier. Die mittlere Prämie ist auch für 2024 schweizweit stark angestiegen. Das Prämienwachstum in Basel-Stadt ist mit 6,5 gegenüber 8,7 Prozent im schweizerischen Durchschnitt zwar erneut am tiefsten, aber deutlich höher als in den zwei Jahren zuvor. Dies führte dazu, dass nun neu der Kanton Genf die höchsten Krankenkassenprämien hat und Basel-Stadt die rote Laterne somit abgeben konnte. Dies verändert aber nicht die Tatsache, dass die Prämienbelastung der Einwohner*innen des Kantons Basel-Stadt weiterhin sehr hoch ist und dies trotz der löblichen Tatsache, dass wir die Prämienverbilligung grosszügiger als andere Kantone weitergeben.

Aus gesundheitspolitischen Massnahmen hat das Gesundheitsdepartement der GSK folgende Punkte vorgestellt, die im 2022 wichtig sind: Einerseits der Versorgungsplanungsbericht Psychiatrie und Leistungsaufträge, die per diesem Jahr in

Kraft getreten sind. Der Versorgungsplanungsbericht Rehabilitation und Erteilung der Leistungsaufträge gegen Ende Jahr. Ausbildungsoffensive mit dem Verfassungsartikel zur Umsetzung der Pflegeinitiative und der Teilrevision des GesG für die Ausbildung. Das Geschäft kommt bald in den Grossen Rat. Auch noch wichtig war die ambulante Zulassungssteuerung, die wir gerade vorher gutgeheissen haben.

Für die GSK sind zudem weitere zwei Punkte zentral. Der Mangel an Fachkräften bleibt eine der grössten Herausforderungen. Der Verbleib von gut ausgebildetem Personal in der medizinischen Einrichtung ist in Zukunft zentral und diese Kosten werden nur bedingt mit Tariferhöhung aufgefangen werden können. Die Weiterentwicklung und Festigung der gemeinsamen Gesundheitsregion für eine optimale medizinische Grundversorgung der Bevölkerung in der Region ist auch für die GSK weiterhin eine grosse Wichtigkeit.

Nun noch zum Hauptschwerpunkt der Kommissionsberatung, die Vertiefungsanalyse zu den Arzneimittelkosten. Die Analyse hat drei Aspekte beleuchtet. Der erste ist das Abgeltungssystem der Apotheken. Die leistungsorientierte Abgeltung der Apotheken gibt es seit 20 Jahren und hat zum Ziel, die Medikamentenpreise für die Kosten für die Abgabe zu entkoppeln. Es soll also ein Anreiz bestehen für die Abgabe von Generika, ohne die eigenen Kosten der Apotheken zu beeinträchtigen. Es soll sich also lohnen, kostengünstige Generika abzugeben, diese Anzahl soll gestärkt werden. Diese Praxis ist für die Kostensenkung der Arzneimittelkosten und für die Apotheken sehr wichtig. Hier besteht aber die Herausforderung, dass auch in Zukunft genügend und auch neue Generika produziert werden und auf den Markt kommen, um die Versorgung sicherzustellen.

Zweitens, der Vergleich der Arzneimittelkosten Basel und Schweiz im Durchschnitt. Das Wachstum der Arzneimittelkosten war in Basel-Stadt während den letzten fünf Jahren zwar unterdurchschnittlich, aber in absoluten Zahlen schweizweit sind diese immer noch am höchsten. Da wir in Basel-Stadt keine Selbstdispensation haben, wie zum Beispiel im Kanton Baselland, ist das aus unserer Sicht sicher ein Segen. Wir sehen die Auswirkung im Nachbarkanton, dort war der Anstieg fast doppelt so hoch wie im Kanton Basel-Stadt.

Und drittens haben wir noch die Verschreibungspraxis geprüft, also nicht wir, der Regierungsrat und das Departement anhand der sechs häufigsten Medikamentengruppen. Das war eine sehr spannende Analyse. Die vertiefte Analyse hat ergeben, dass weniger die Medikamentenpreise einen starken Einfluss auf die Gesamtkosten haben, sondern die verschriebene Menge. Das heisst, in Basel wird mehr konsumiert beziehungsweise grössere Mengen verschrieben. In allen sechs häufigsten Medikamentengruppen liegen die Kosten in Basel-Stadt über dem schweizerischen Durchschnitt und dies vor allem bei der Menge. Die Analyse hat gezeigt, umso unspezifischer sich eine Krankheit darstellt, desto grösser die Abweichung. Dies äussert sich vor allem bei der Verschreibung von Schmerzmittelmedikamenten und von Antidepressiva, wo die Abweichung zum schweizerischen Mittel sehr hoch ist und fast 40 Prozent ausmacht. Hier muss genauer die Verschreibungspraxis angeschaut werden und Massnahmen ergriffen werden. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass das Einsparungspotential durch Generika bei rund 5 Prozent der Kosten liegen, dies sind immerhin rund 4 Millionen Franken.

Ich bedanke mich nochmals im Namen der GSK beim Gesundheitsdepartement und seinem Vorsteher für diesen spannenden Einblick im Rahmen der Berichterstattung zu den Gesundheitskosten. Die GSK beantragt einstimmig dem Grossen Rat, den vorliegenden Bericht zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Damit geht das Wort an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Auch dieses Jahr bietet die Berichterstattung gemäss § 67 Abs. 2 des Gesundheitsgesetzes wieder Gelegenheit für eine Standortbestimmung hinsichtlich der Gesundheitskosten und der Gesundheitsversorgung auch in unserem Kanton. Es ist gesagt worden, die Datenbasis für den vorliegenden Bericht ist das Jahr 2022, der Kommissionspräsident hat das ausgeführt. Das ist natürlich nicht gestern, sondern vorgestern und deshalb haben wir uns auch erlaubt, im schriftlichen Bericht schon eine etwas breitere Betrachtungsweise einzunehmen und den aktuellen Kontext miteinzubeziehen.

Da sehen wir, das wissen Sie natürlich, dass im letzten Herbst uns ein überdurchschnittlicher Sprung bei den Krankenversicherungsprämien angekündigt wurde. Wir haben für Basel-Stadt einen Wert bei der mittleren Prämie von plus 6,5 Prozent. Das ist im schweizweiten Vergleich zwar moderat oder der tiefste Wert der Kantone, aber für uns der höchste Zuwachs in den vergangenen zehn Jahren und das ist insofern natürlich auch eine grosse Enttäuschung. Über die letzten beiden Jahre sind die mittleren Prämien damit gesamthaft um rund zehn Prozent gestiegen, während sie in den drei Jahren zuvor nicht gestiegen sind, sondern stabil oder gar rückläufig waren.

Die effektiv bezahlten Prämien in Basel-Stadt sind seit 2018 durchschnittlich um 1,3 Prozent pro Jahr gestiegen. Das bezieht sich auf die mittleren Prämien, bei der sogenannten Standardprämie, also berechnet für Erwachsene mit einer Franchise von 300 Franken mit Unfallzusatz. Bei dieser Standardprämie lag das Durchschnittswachstum bei 2 Prozent, also etwas höher als in der mittleren Prämie. Die Krankenkassen sprechen in diesem Zusammenhang von einer Prämienerosion. Das

bedeutet, dass mehr Versicherte Modelle wählen mit höheren Franchisen oder Wahleinschränkungen und dafür eine vergleichsweise tiefere Prämie dann bekommen. Das äussert sich in diesem Effekt, dass die mittlere Prämie weniger stark gewachsen ist als die Standardprämie.

Obwohl die durchschnittlichen Wachstumsquoten, wie gezeigt, im schweizweiten Vergleich eher moderat sind, lagen Netto-Prämien im Kanton Basel-Stadt seit 2013 mit einer Ausnahme in jedem Jahr über den effektiven Kosten der Krankenversicherer. Dies bedeutet, dass die Basler Versicherten über die letzten zehn Jahre bei den Versicherern einen Reserveüberschuss von rund 100 Millionen Franken einbezahlt haben. Leider ist nicht sichergestellt, dass dieser Überschuss dann auch nur den Basler Versicherten zugutekommt. Vielmehr werden damit systembedingt auch die Defizite in anderen Regionen gedeckt. Gesamtschweizerisch sind die Reserven im letzten Jahr dann um rund 3,5 Milliarden Franken zurückgegangen, nachdem sie eben zuvor unter anderem auch aus Basel-Stadt über Jahre aufgebaut wurden. Diese Tatsache ist ärgerlich und für den Kanton Basel-Stadt eigentlich inakzeptabel. Der Regierungsrat, das Gesundheitsdepartement und auch unsere politischen Vertreterinnen und Vertreter im Bundesparlament haben dies schon mehrfach beim Bund moniert. Das BAG beruft sich bei der Prämiengenehmigung allerdings auf die rechtliche Vorgabe, dass die kantonalen Prämien in jedem Jahr kostendeckend sein müssen, unabhängig davon, ob in den Vorjahren aufgrund zu hoher Kostenprognosen Überschüsse erzielt wurden oder nicht.

Zum Zeitpunkt der Prämiengenehmigung im September des letzten Jahres wurde erwartet, dass der prognostizierte Kostensprung im Jahr 2023 auch im Kanton Basel-Stadt zu einer Unterdeckung der Leistungen der OKP führen würde. Die aktuellen Jahresergebnisse zeigen nun für das Jahr 2023 zwar ein erhöhtes Kostenwachstum von 3,8 Prozent bei den Bruttoleistungen pro Versicherten, das aber wiederum deutlich unter den früheren Prognosen liegt und in etwa mit der Prämienerhöhung für 2023 übereinstimmt. Damit wären die Prämien im Kanton Basel-Stadt entgegen den Prognosen der Versicherer auch im vergangenen Jahr voraussichtlich kostendeckend gewesen. Diese Zahlen sind noch nicht in dem Ihnen vorliegenden Bericht des Regierungsrats enthalten, denn aufgrund der relativ späten Verfügbarkeit der definitiven Daten hinkt die Berichterstattung der Aktualität halt immer etwas hinterher. Deshalb betone ich diesen Punkt bei dieser Gelegenheit hier heute.

Jetzt vielleicht noch ein paar Worte doch konkreter zum Bericht. Er bildet die Kostenentwicklung im Jahr 2022 ab. Diese weist für dieses Jahr, eben 2022, bei den Bruttoleistungen pro Kopf ein Kostenwachstum von knapp 1 Prozent aus. Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre seit 2013 waren das insgesamt 1,7 Prozent pro Jahr, also eben im Durchschnitt gerechnet. Damit liegt der Kanton Basel-Stadt, sowohl was das Wachstum im Berichtsjahr anbelangt wie auch über die vorangehenden zehn Jahre betrachtet, deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt von 2,4 Prozent. Ich betone das, weil in den Medien Jahr für Jahr von einer Kostenexplosion im Gesundheitswesen die Rede ist. Ich weiss nicht, was Sie sich unter einer Explosion vorstellen, also ich mir nicht ein Wachstum um 1 Prozent. Deshalb sollten wir vielleicht einen etwas nüchterneren Blick auf diese Thematik werfen.

Ich möchte aber nicht falsch verstanden werden, ausdrücklich will ich nicht sagen, dass die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen und insbesondere bei den Krankenkassen kein Problem wäre, im Gegenteil. Die Versicherten in Basel-Stadt haben immer noch sehr hohe Prämienlasten und sie haben auch einen im schweizweiten Vergleich sehr hohen pro-Kopf-Leistungskonsum und das ist durchaus als eine weiterhin sehr schwierige und sehr wichtige politische Herausforderung zu sehen. Ich möchte aber sagen, dass sich unsere Anstrengungen der letzten Jahre offensichtlich doch ein bisschen gelohnt haben, dass wir also nicht schutzlos irgendwelchen Kostensprüngen ausgeliefert wären.

Der vorliegende Bericht zeigt auf, wie wir mit den Massnahmen zur Kostendämpfung auch im letzten Jahr vorangekommen sind oder eben im vorletzten. Die Spitalplanung in der gemeinsamen Gesundheitsregion im Bereich der Psychiatrie wurde erneuert und setzt noch vermehrt auf intermediäre Angebote als Ergänzung zur stationären Versorgung. Auch die neue Rehabilitationsplanung ist in Vorbereitung und soll per Anfang des nächsten Jahres dann wiederum gemeinsam mit dem Kanton Basel-Landschaft in Kraft treten. Unsere Regelung zum Thema ambulant vor stationär war Gegenstand des letzten Traktandums und wir wollen auch eine Stärkung der präventiven Angebote weiterhin verfolgen.

Die Arzneimittelthematik ist separat und sehr ausführlich auch vom Kommissionspräsidenten beschrieben worden. Ich kann mich dem anschliessen und möchte im Übrigen den Dank des GSK-Präsidenten erwidern und den Kommissionsmitgliedern für die gute und angenehme Zusammenarbeit ebenfalls danken.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es haben sich keine Sprechenden eingetragen. Der Regierungsrat verzichtet auf ein zweites Votum und der Kommissionspräsident ebenfalls. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 9 des Berichts)

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003121, 10.04.24 11:16:06]*

Der Grosse Rat beschliesst

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis vom neunten Bericht über die Leistungs-, Kosten- und Prämienentwicklung sowie den Massnahmen zur Dämpfung der Höhe der Gesundheitskosten gemäss § 67 Abs. 2 des Gesundheitsgesetzes.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 94 Stimmen und keiner Gegenstimme zugestimmt.

8. Stadtklimakonzept: Massnahmenprogramm für Fokusgebiete (Handlungsfeld 1), Verwaltungsinterne Zuständigkeiten (Handlungsfeld 7) und Anreizsysteme (Handlungsfeld 9), Bericht der UVEK

[10.04.24 11:16:15, 23.0813.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Das Wort geht an deren Präsidenten Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Das Stadtklimakonzept ist ein behördenverbindliches Planungsinstrument und sieht kurz-, mittel- und langfristige Massnahmen vor. Diese Massnahmen können eher auf der konzeptuellen Seite sein, es sind dann aber auch ganz konkrete Sachen und ein Teil von heute ist ein sehr konkreter Teil, über den wir sicher noch diskutieren werden.

Das Geschäft heute besteht aus drei Teilen, die im Stadtklimakonzept verankert sind. Im Handlungsfeld 1 geht es heute um Sofortmassnahmen in den Fokusgebieten, da werde ich noch vertieft aus der Kommissionsarbeit dazu berichten. Der Vollständigkeitshalber möchte ich aber auch noch kurz etwas zum Handlungsfeld 7 sagen, Verwaltungsinterne Zuständigkeiten, Prozesse und Ressourcen. Wir haben uns als UVEK auch mit dem auseinandergesetzt und unsere Haltung in unserem Bericht im Kapitel 2.3 dargelegt. Wir haben festgestellt, das Thema ist relevant, das Stadtklimakonzept sehe hier auch noch mehr vor, wollten aber in diesem Geschäft nun den Fokus wirklich auf das Handlungsfeld 1 legen und haben dort verzichtet, noch weitergehende Forderungen zu stellen. Das Handlungsfeld 9, Beratung, Sensibilisierung und Anreizsysteme, auch da finden Sie die Ausführungen von uns in unserem Bericht im Kapitel 2.4. Bevor ich nun in das Handlungsfeld 1 einsteige, möchte ich mich bedanken beim Bau- und Verkehrsdepartement für die gute Begleitung der Kommissionsarbeit.

Zu den Sofortmassnahmen. Es geht hier um punktuelle, kurzfristige und teilweise auch vorübergehende, bis «echte» Massnahmen folgen, um Dinge, die diese Kriterien erfüllen. Und ich denke, bevor ich nun in die Details eingehe, möchte ich den aus meiner Sicht zentralen Satz unseres Berichts bringen im Fazit und der lautet: Die hier zu beschliessenden, kurzfristig realisierbaren Massnahmen ersetzen nicht längerfristige grüne und blaue Lösungen, also Begrünung, die Arbeit auch mit Gewässern, sondern haben einen unmittelbaren positiven Effekt auf die Bevölkerung. Und darum geht es heute. Es geht darum, was können wir jetzt relativ schnell umsetzen, um etwas gegen diese Erhitzung, die wir im Sommer immer mehr

haben werden, entgegenzusetzen und es wird nicht darum gehen, die langfristigen und dann vielleicht eben auch permanent definitiven Massnahmen heute irgendwie vorwegzunehmen oder damit zu beeinflussen.

Wenn man das Gesamtbild anschaut, und auch das haben wir in unserem Bericht in Kapitel 3 ausgewiesen, sieht man, dass auf allen Ebenen bereits etwas läuft. Es gibt einfach Dinge, die schneller beschlussreif sind als andere und eines davon sind diese 8,9 Millionen Franken für temporäre Elemente, die an Orten, die besonders von der Klimaerhitzung betroffen sind, in Basel aufgestellt werden sollen. Besonders von der Hitze betroffen sind die Orte, wo sich die Hitze staut, wo Begrünung fehlt und auch Entsiegelung heute nicht vorhanden ist und keine Beschattung stattfindet. Die Elemente bestehen aus Baumtöpfen, grüne Inseln, Sonnenschirme und aus den Sprühnebelverdunstern. Insgesamt sind das etwa 300 Elemente. Der Regierungsrat sieht an ca. 80 Standorten die Platzierung dieser Elemente vor und eine Rotation von etwa drei Jahren für einen Grossteil der Elemente. Das Geld, das wir sprechen würden, ist für die Anschaffung und den Unterhalt gedacht. In der Kommissionsberatung haben wir gesagt, wir würden gerne auf diese Rotation, die angedacht ist, verzichten. Dazu aber später.

Vielleicht grundsätzlich noch, wie wir das einordnen. Wir haben uns die Frage gestellt, was passiert, wenn man diese knapp 10 Millionen Franken gerade direkt in die «richtige» Begrünung, usw. führen würde, würde das etwas bringen. Weil aus Sicht der UVEK ist klar, die Fokusgebiete, die brauchen dringend Kühlung, die stadtklimatischen Massnahmen müssen kommen und diese Massnahmen müssen auch eine gewisse Wirkung haben, damit tatsächlich dann auch eine Kühlung feststellbar ist. Die UVEK behaftet auch die Aussagen des Regierungsrates, dass diese Ziele bestehen und dass auch die nötigen Massnahmen unternommen werden parallel dazu, um umfassende und permanente Massnahmen und Resultate dann auch zu erhalten in diesen Fokusgebieten.

Die mobilen Elemente haben aber aus Sicht der UVEK einen Zeitvorsprung, es wäre auf den Sommer 2025 bereits einen Teil davon verfügbar. Die mobilen Elemente beschleunigen eben nicht und verlangsamen aber auch nicht die definitiven Massnahmen. Es ist also eine unabhängige Sache und gewisse Orte werden auch in Zukunft ungünstige Ausgangssituationen bieten, um Begrünungsmassnahmen umzusetzen, zum Beispiel wenn an diesem Ort der Untergrund unterbaut ist. Schliesslich haben diese Massnahmen auch eine sensibilisierende Wirkung auf Private und es ist aus Sicht der UVEK klar, dass auch die Privaten sich mit diesem Thema auseinandersetzen müssen und einen Beitrag leisten sollen.

Wie vorher angekündigt, in unseren Augen ist die Rotation nicht sinnvoll. Wir würden gerne auf die Rotation verzichten. Wir denken, es wird schwer vermittelbar sein, wenn man diese mobilen Elemente drei Jahre an einem Ort platziert und sie dann wieder wegnimmt und noch keine gute Anschlusslösung im Sinne von tatsächlich Bäume, Entsiegelung, usw. da ist. Vor allem müsste man dann kommunizieren, warum das nun so ist, und nicht über die eigentliche Massnahme könnte man dann kommunizieren. Es wird wahrscheinlich auch so sein, dass ein gewisser Teil des logistischen Aufwandes so eingespart werden kann, das war aber ein untergeordnetes Argument.

Was heisst das, wenn man auf die Rotation verzichtet. Wir sind der Ansicht, das Kostendach soll gleichbleiben, damit wird es etwas weniger Standorte geben, dafür können die Standorte, die ausgewählt werden, über eine längere Dauer, im Idealfall zehn Jahre, von solchen Elementen profitieren. Die Auswahl der Standorte wird nach dem Grad der Hitzebelastung und dem Nutzenpotenzial ausgesucht. Wir finden, es ist wichtig, bei dieser räumlichen Analyse darauf zu achten, dass weiter in die Auswahlkriterien einfliesst, was wird an diesem Standort dann mittelfristig möglich sein an definitiven Lösungen, damit wirklich diese Anschlusslösungen dann kommen und natürlich diese Orte, wo jetzt schon klar ist, dass definitive Lösungen sehr schwierig bis unmöglich sein werden, dass auch dort dann diese Elemente eventuell, wenn sie sich bewähren, auch verstetigt werden können.

Ein Element, der Sonnenschirm, hat in der Kommission am meisten zu reden gegeben. Der Preis gemäss Ratschlag ist hier plus-minus 10’000 Franken pro Stück im Durchschnitt. Was vielleicht wichtig ist in diesem Zusammenhang, was wir abgeklärt haben, dieses Modell an Sonnenschirm ist viel robuster als die, die wir jetzt zum Beispiel kaufen würden, wenn wir uns einen Sonnenschirm zulegen würden. Etwa die Hälfte wird eine Funksteuerung bekommen, damit sie auch ohne Betreuung geschlossen werden können, falls zum Beispiel ein Gewitter kommt, und die Mehrheit der Sonnenschirme wird ein Sockel haben, auf dem man auch sitzen kann. Das heisst, es ist eine Kombination aus Sonnenschirm und Sitzgelegenheit.

Insgesamt ist die UVEK zum Schluss gekommen, dass sämtliche Elemente ihren Zweck erfüllen werden, dass man dieses Geld nun sprechen soll, weil es diesen zeitlichen Vorsprung gibt, weil wir damit die definitiven Massnahmen nicht weder behindern, aber auch nicht beschleunigen und haben am Schluss mit 10 zu einer Stimme bei 2 Enthaltungen beschlossen, dem Grossratsbeschluss zuzustimmen, im Wissen darum, dass eben auch möglichst schnell tatsächliche, dann definitive Massnahmen kommen müssen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Zunächst vielen Dank dem Kommissionspräsidenten für die Ausführungen und auch der Kommission für die Arbeit und die detaillierte Auseinandersetzung. Lassen Sie mich etwas vorausschicken. Es ist rund drei

Jahre her, wo wir den eigentlichen Masterplan für die Begrünung, das Beschatten und Bewässern verabschiedet haben, und zwar behördenverbindlich. Das ist dieser Masterplan, hier dieses dicke Buch, das Stadtklimakonzept, und das ist seither für alle planenden Instanzen im Kanton verbindlich. Alle Mitarbeitenden des Kantons müssen sich daran halten. Dieses Stadtklimakonzept, das umfasst neun Handlungsfelder. Das sind Handlungsfelder wie beispielsweise die Begrünung von Plätzen und Strassen, aber auch, wie man Arealentwicklungen begrünen kann, wie man kantonale Pilotprojekte erschaffen kann und natürlich auch Partnerschaften mit Grundeigentümern.

Es ist mir wichtig, das vorauszuschicken, denn es geht heute und hier nicht um eine Grundsatzfrage, ob Bäume in Töpfen besser sind oder Bäume im Boden, Bäume im Boden sind immer besser. Mobile Begrünung ist nicht unsere einzige Antwort natürlich auf die Klimaerhitzung. Sie sind eben ein Baustein von einem grossen Massnahmenpaket. Raphael Fuhrer, der Kommissionspräsident, hat es vorhin gut gesagt, wo immer möglich im Boden und dann gibt es eben Orte, wo Pflanzungen im Boden schwierig sind. Beispielsweise weil die Strassen sehr eng sind, dann die Anlieferung fürs Gewerbe nicht mehr funktionieren würde oder weil regelmässig Anlässe stattfinden, wie beispielsweise in der Freien Strasse, oder weil der Boden bebaut ist, und dort sind so mobile Elemente eben eine sinnvolle Ergänzung. Das heisst, heute stellen wir uns wirklich nicht die Grundsatzfrage, sondern es ist eine Ergänzung. Das sind die Sonnenschirme, die Sprühnebel, die mobilen Elemente.

Vielleicht noch um Ihnen aufzuzeigen, dass wir auch in aktuellen Bauprojekten sehr wohl Baumpflanzungen vornehmen und Begrünung, ich erinnere da ans Wettsteinquartier, wo wir über 110 Bäume pflanzen können oder an der Freiburgerstrasse, wo wir 22 zusätzliche Bäume pflanzen können oder jetzt gerade, und das war wirklich eine hohe Leistung auch im Departement, wo wir bei der Fernwärmebaustelle bei der Paulusgasse-Therwilerstrasse sehr kurzfristig noch dafür sorgen konnten, dass 28 zusätzliche Bäume gepflanzt werden. Wir prüfen bei jeder Baustelle, was möglich ist, aber es ist eben nicht immer etwas möglich.

Und wenn Sie jetzt daran zweifeln, ob das ganze gut aussieht mit Blick auf die vielzitierte Dreirosenbrücke, das ist nicht der Standard, das ist nicht das, was wir wollen. Vielleicht schauen Sie besser heute über Mittag dann in die Freien Strasse, in den oberen Teil oder beim Bankverein hin. Dort ist etwa die Grössenordnung, wie wir uns diese Pflanztöpfe vorstellen und wie man sie auch aus anderen Städten kennt. Das sind grosszügige Gefässe, die wirklich Pflanzen, kleinere Bäume enthalten, die auch Schatten spenden, wenn sie gewachsen sind. Und die Menschen, die nutzen sie schon, ich denke, es trägt wirklich auch dazu bei, die Attraktivität an diesen Orten zu steigern. Also das ist die Grössenordnung, die Sie sich vorstellen müssen, auch wir lernen dazu beim Bau- und Verkehrsdepartement.

In diesem Ratschlag ist zudem noch etwas anderes enthalten, das mir persönlich sehr wichtig ist und das ich unbedingt vorantreiben möchte. Ein Element ist natürlich der öffentliche Raum, aber es ist nicht das einzige Element. Wir haben viele private Grundeigentümer, wir haben Unternehmen, die gerne vorwärts machen möchten mit Begrünung und denen möchten wir die Werkzeuge oder Unterstützung in die Hand geben. Das heisst, ein Teil dieses Ratschlags umfasst eben auch Anreizsysteme und Förderprogramme. Ich denke, dass insbesondere bei der Fassadenbegrünung noch ein grosses Potenzial besteht. Sie wissen, dass Basel-Stadt eine Vorreiterin ist, was Dachbegrünung anbelangt, auch aus einer Mischung aus Unterstützung und Regulierung und mit einem guten Anreizsystem bin ich überzeugt, dass wir mit Fassadenbegrünung noch viel bewirken können, gerade in Strassen, die eng sind und beispielsweise aufgrund der Bodenbeschaffenheit keine Bäume zulassen.

Deshalb meine Bitte oder auch die Bitte des gesamten Regierungsrats, der Regierungsrat hat die Dringlichkeit der Anpassung an die zunehmende Hitze erkannt und das hier ist ein Baustein, den wir Ihnen präsentieren. Wir legen Ihnen dieses Massnahmenpaket für Sofortmassnahmen vor und Ihre Unterstützung würde uns auf diesem Weg stärken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen damit zu den Fraktionen und da hat sich Tonja Zürcher für das GAB gemeldet.

Tonja Zürcher (GAB): Bald kommt er wieder, der Sommer und seine Hitze. Letztes Wochenende hatten wir schon einen ersten Vorgeschmack und das anfangs April. Je nach Wohnort sind das leider düstere Aussichten. Basel gehört zu den Schlusslichtern, was die Klimaanpassung angeht. Seit zehn Jahren, oder bei einigen Leuten auch schon viel länger, reden wir darüber, was wir gegen diese Hitze am besten tun können und die Antworten sind klar. Begrünen auch im kleinsten wirkt, entsiegeln, durchlüften.

Aber heute diskutieren wir über Topfpflanzen und Sonnenschirme. Das zeigt doch schon direkt auf, wie falsch die Stadtklimamassnahmen und vor allem ihre Priorisierung aufgezogen sind. Wir alle wissen, dass weder Topfpflanzen noch Sonnenschirme noch Sprühnebel effektiv vor der Sommerhitze schützen. Sprühnebel und diese Mini-Pergolas, die bringen vielleicht, wenn man direkt darunter oder im Nebel steht, ein bisschen kurzfristige minimale Kühlung für ein paar Sekunden, auf die Strasse oder den Platz aussenrum haben sie keinen Einfluss. Sonnenschirme bringen Schatten, aber kaum Kühlung, da sich der Sonnenschirm selber erwärmt und diese Wärme auch im Schattenbereich abstrahlt. Und Topfbäumchen, auch wenn sie jetzt ein bisschen grösser daherkommen als auf der Dreirosenbrücke, sind hübsch anzuschauen, aber sie bringen

weder einen relevanten Schatten noch Kühlung. Das gibt ja sogar der oberste Stadtgärtner zu. Und zur Schwammstadt, die jetzt gar nicht erwähnt wurde, bringt es natürlich überhaupt nichts. Die Strassen unter den Töpfen, unter den Sonnenschirmen bleiben so zugeteert, wie sie heute sind.

Warum reden wir also heute über das, anstatt über wirksame Massnahmen wie Entsiegelungen, Mikrobegrünungen, Sträucher, Bäume, Rasenflächen, usw. zu reden? Weil die Erhaltungsplanung mit dem sogenannten Geschäftsmodell Infrastruktur die Bibel des Baudepartements ist. Wir haben mit dem Stadtklimakonzept eine supertolle Analyse, wo dringend etwas zum Schutz vor Hitze gemacht werden muss. Die Hitze-Hotspots sind klar, sie liegen im St. Johann, im Iselin, im Gundeli, im Matthäus, im Klybeck, in der Innenstadt und auch in allen anderen Quartieren und auch in den Aussengemeinden gibt es einzelne Orte. Begrünt und entsiegelt wird aber nicht da. Das Baudepartement weigert sich nämlich bis jetzt, Begrünungen und Entsiegelung da prioritär umzusetzen, wo sie am dringendsten nötig sind. Sie werden nur da geprüft, wo wegen kaputten Leitungen oder weil der Teerbelag am Lebensende ist, ohnehin eine Sanierung ansteht. Ob dann aber auch wirklich etwas gemacht wird, steht in den Sternen, das haben wir ja jetzt bei einigen Projekten aktuell sehr gut gesehen.

Also einfach nochmal klar gesagt, Stadtklimamassnahmen, so wie es heute läuft und so wie es auch angekündigt ist vom Baudepartement für die Zukunft, basieren nicht auf dem Stadtklimakonzept. Jedenfalls nicht, solange es die bestehenden öffentlichen Räume angeht, ja, die Arealentwicklungen sind etwas anderes, sondern auf Basis der Erhaltungsplanung und das ist einfach nicht nachvollziehbar.

Aufgrund dieser komischen Aufgleisung stehen beispielsweise bei diesem sogenannten Schneeablageplatz, ich weiss nicht, ob da noch oft Schnee liegen wird, oberhalb der Dreirosenbrücke in Kleinbasel wahrscheinlich noch eine Weile lang die Bäume im Topf, bis sie dann endlich eingepflanzt werden können. Ich muss zugeben, ich habe mich sehr gefreut, als ich die zum ersten Mal gesehen habe, das war jetzt, glaube ich, vor etwa gut drei Jahren und ich dachte, die sind da jetzt ein, zwei Jahre vielleicht, so lange geht es, bis ein Bauprojekt ausgearbeitet ist, bis die ganzen Einsprachefristen abgelaufen sind und wir das umsetzen können. Seither warten wir und wir warten und wir warten vielleicht auch noch länger. Und so wird es auch allen Anwohner*innen von Strassen gehen, die erst kürzlich umgebaut oder saniert wurden, die können noch Jahrzehnte warten, weil die normale Frist bzw. der Erhaltungsplan, das sind mehrere Jahrzehnte, wenn nicht zufällig eine Leitung vorne kaputt geht, kann es problemlos 50 Jahre gehen. Das heisst, sie wohnen mitten in einem Hitze-Hotspot, auf der Strasse nebendran, auf dem Trottoir nebendran hätte es super Platz, um etwas zu machen und es passiert einfach nichts, weil man wartet, bis dann diese Erhaltungsplanung irgendwann wieder mal drankommt.

Nicht wenige Leute raunen deshalb, sie würden sich bald einen Presslufthammer zutun und damit dafür sorgen, dass diese Sanierung schneller kommen muss. Natürlich ist das immer nur im Scherz gemeint, aber der Ärger und zunehmend auch die Wut darüber, dass eben nichts passiert, der ist ernst, und zwar in der gesamten Bevölkerung. Niemand kann verstehen, dass wir die klare Zunahme an extremen Hitzetagen nicht zum Anlass nehmen können, endlich proaktiv zu begrünen. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch. Ich habe nichts gegen Topfpflanzen, auf meinem Balkon stehen auch welche, aber ich bilde mir nicht ein, damit etwas für das Stadtklima zu tun.

Wenn über diesem Ratschlag hier der Titel Stadtverschönerung mit Topfpflanzen oder so was stehen würde und man das nicht im Zusammenhang mit den Stadtklimamassnahmen stellen würde, dann wäre die Beurteilung vielleicht anders. Aber hier wird uns vorgegaukelt, es würde etwas gegen die belastende und gesundheitsgefährdende Sommerhitze unternommen. Man will uns mit wirkungslosen mobilen Elementen abspeisen und die Bevölkerung weiterhin auf echte Begrünung und Entsiegelung warten lassen. Gerade die Menschen in den genannten Hotspots, im St. Johann, Iselin, Gundeli, Matthäus, Klybeck und der Innenstadt verstehen das nicht und fühlen sich zu recht im Stich gelassen.

Die UVEK hat in ihrer Beratung mit dem Verzicht auf die Rotation versucht zu verbessern, was noch möglich war, die Probleme liegen aber wie aufgeführt viel tiefer. Für uns vom Grün-Alternativen Bündnis ist klar, wir müssen etwas gegen die Hitze tun, und zwar schnell. Wir engagieren uns schon lange, aber die Priorisierung, die Umsetzung der Massnahmen, wie sie jetzt in diesem Ratschlag vorliegen, machen einfach keinen Sinn. Das können wir nicht akzeptieren, es braucht richtige Sofortmassnahmen, nicht Pseudo-Massnahmen.

Dieser Ratschlag ist eine neun Millionen Franken teure Beruhigungspille, die wir so nicht schlucken wollen. Wir beantragen deshalb, den Ratschlag an die Regierung zurückzuweisen mit einem Auftrag auf echte Sofortmassnahmen in den Fokusgebieten. Durchforsten Sie bitte diese Hitze-Hotspots, entsiegeln Sie, begrünen Sie Teerflächen, wo Sie sie finden. Es gibt Flächen, die sind einfach nur so da, die braucht es nicht. Beispielsweise beim St. Johanns-Platz hat es ganz viele Teerflächen, die man problemlos anpacken würde, wo es niemandem weh tun würde, da ein paar Sträucher, vielleicht sogar Bäume zu pflanzen. Schauen Sie, wo es Verkehrsinseln hat, die entsiegelt werden können, suchen Sie nach überbreiten Trottoirs, wo es Platz hat für ein paar Sträucher, vielleicht ein paar Bäume, für ein Streifen Wiese. Entfugen Sie die Seitenstreifen von Kopfsteinpflaster in der Innenstadt. Tun Sie etwas, das wirklich etwas bringt.

Noch kurz wegen dem Änderungsantrag, wegen den Sonnenschirmen. Man kann darüber diskutieren, ob man jetzt am einen oder anderen Ort etwas wegnehmen will oder nicht. Aus unserer Sicht ist das nicht die Frage, sondern es braucht wirklich Massnahmen, die etwas bringen und die Sonnenschirme sind aus unserer Sicht noch die wenigsten umstrittenen Punkte im

ganzen Teil, weil sie bringt zwar auch nichts fürs Stadtklima, aber wenigstens etwas gegen Hauptkrebs. Also von dem her verstehen wir diesen Änderungsantrag hier auch nicht unbedingt. Aber wer will, kann dem schon zustimmen. Aber ich bitte Sie alle, dafür zu sorgen, dass endlich echte Stadtklimamassnahmen umgesetzt werden statt Pseudo-Lösungen, mit denen wir uns einfach nur lächerlich machen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Tonja Zürcher, nehmen Sie die Zwischenfrage von Johannes Sieber an? Sie wird angenommen.

Johannes Sieber (GLP): Danke für die Annahme der Zwischenfrage, ich habe eigentlich zwei. Die erste ist, haben Sie denn auf Ihrem Balkon auch einen Sonnenschirm und schützt dieser vor Sonne oder nicht? Und die zweite ist, wenn Sie das zurückweisen jetzt, geht es dann schneller oder geht es weniger schnell?

Tonja Zürcher (GAB): Frage eins, ich habe einen Sonnenschirm, der schützt vor Sonne, aber nicht vor Hitze. Ich kann bei einer Sommerhitze nicht draussen sein, weil es einfach zu heiss ist trotz Sonnenschirm. Und geht das schneller oder nicht, das hängt an Ihrer Regierungsrätin.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SVP geht das Wort an Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Auch die SVP-Fraktion bittet Sie, dieses Geschäft an den Regierungsrat zurückzuweisen. Wir haben insgesamt zur Kenntnis genommen, dass in vielen verschiedenen Bereichen Massnahmen ergriffen werden, dass Entsiegelungsprojekte geplant sind und dass man sich auch für mehr Grünflächen stark machen möchte in diesem Kanton. Die SVP wehrt sich selbstverständlich nicht gegen neue Grünflächen, das haben wir auch immer gesagt. Dort, wo es Sinn macht, neue Grünflächen und neue Bäume zu pflanzen, dort sind wir selbstverständlich dabei. Wir sind aber dann schon auch der Meinung, dass wenn man das Gesamtbild anschaut, wenn man eine grüne Stadt will, dann gehört auch dazu, die bestehenden Grünflächen und die bestehenden Bäume zu erhalten und hier spüre ich weder im BVD noch in der Mehrheit des Parlamentes wirklich Wille, die aktuellen Grünflächen und Bäume zu erhalten. Bei der Stadtrandentwicklung sind Sie dafür, dass Grünflächen überbaut werden, bei der Hebelschanze sind Sie dafür, dass Grünflächen überbaut werden, wenn Freizeitgartenareale abgeschafft werden, stört das im BVD auch niemand, im Gegenteil, und wenn ich an die Axtschwingerei in der Margarethenstrasse denke, dort bin ich dann auch nicht ganz sicher, ob das BVD die richtigen Prioritäten und die richtigen Abwägungen gesetzt hat. Also wenn Sie doch für eine grüne Stadt mit sehr vielen Grünflächen und Bäume sind, dann schauen Sie doch auch auf den aktuellen Bestand und schaffen Sie nicht nur dort überall Grünflächen, wo Sie vielleicht auch noch den einen oder anderen Parkplatz abschaffen können. Das ist dann einfach nicht klimapolitisch sehr konsequent.

Grundsätzlich, jetzt komme ich vielleicht noch zu den einzelnen Massnahmen, finanzpolitisch müssen wir uns ja wirklich fragen, ob diese 9 Millionen, welche wir heute für dieses Stadtklimakonzept investieren, nötig sind, ob wir das wirklich investieren möchten für den derart geringen Ertrag, den diese Baumtopfpflanzungen und Sonnenschirme mit sich bringen. Und wenn man jetzt auf die einzelnen Punkte eingeht, das ist durchaus nicht alles schlecht in diesem Ratschlag, diese neuen Nebelspritzer oder Sommerspritzer, wie man sie auch immer nennt, für 170’000 Franken, ja, das nehmen wir gerne. Ich habe mich in einer schriftlichen Anfrage auch für diese eingesetzt, weil ich diese auch in Wien gesehen habe und gesehen habe, dass es der Bevölkerung einen Mehrwert bietet, kostet ja auch nur 170’000 Franken. Auch diese 15 grünen Inseln für 430 Franken sind aus Sicht der SVP-Fraktionen noch in Ordnung. Wenn wir diese beiden Posten zusammenrechnen, dann haben wir 600’000 Franken, was in einem absoluten gesunden Kosten-Nutzen-Verhältnis wäre.

Jetzt kommen wir aber zu den grossen Kostentreibern, 2,4 Millionen für 96 Baumtöpfe. Medial war das ja der grösste Punkt, das wurde auch thematisiert und hier kann man sich ja wirklich fragen, brauchen wir 96 Baumtöpfe für 2,4 Millionen. Die Tatsache, dass sie bei der Dreirosenbrücke aufgestellt werden, zeigt, dass wir zu viele davon haben und diese sicherlich nicht benötigen. In der Freien Strasse, dort kann ich damit leben, das sieht optisch ja relativ gut aus. Die andere Frage, ob man sich dann bei 36 Grad im Sommer unter einen derartigen Baumtopf setzt, das erübrigt sich, ich denke, das möchte dann trotzdem niemand und man meidet dann die Freien Strassen halt bei einer derartigen Hitze trotzdem. Also auch hier kann man sich beim Mehrwert schon fragen, inwiefern der vorhanden ist, aber wenn man dann vielleicht zehn oder 20 Baumtöpfe kaufen würde, dann wäre das ja noch halbwegs akzeptabel, 96 sind sicherlich zu viel.

Und jetzt kommen wir zu diesen Sonnenschirmen im Ratschlag auf Seite 14. Und hier muss ich Ihnen wirklich sagen, das ist eine finanzpolitische Unverschämtheit. 3,1 Millionen für 195 Sonnenschirme, 10’000 pro Stück, 15’000 pro Stück, wenn man noch diese Wartungen miteinberechnet. Und hier frage ich mich wirklich, bin ich eigentlich im falschen Film, haben wir zu viel Geld, leben wir in einer Wohlstandsverwahrlosung, dürfen wir noch überhaupt darüber diskutieren, was ist Staatsaufgabe, was ist nicht Staatsaufgabe? Staatliche Sonnenschirme sind jetzt nun wirklich keine Staatsaufgabe. Und vor allem wenn wir

ein Stadtklimakonzept haben, welches 9 Millionen kosten soll und ein Drittel für diese Sonnenschirme draufgeht, da frage ich mich wirklich, hier hat man nun wirklich nicht die richtigen Prioritäten gesetzt. Und wenn man dann auch aus dem Bericht der UVEK entnehmen kann, dass das eine Prävention ist zur Bekämpfung von Krebs, irgendwo etwas Eigenverantwortung bei den Menschen ist nicht zu viel verlangt. Ich denke, das Hauptmittel gegen Krebs ist, sich im Sommer einzucremen, ich kann, glaube ich, hier als hellhäutige Persönlichkeit gut davon reden. Ich denke, einen Sonnenbrand hole ich mir nicht, weil ich zu wenig Schattenplätze in einem Park oder auf einem Spielplatz finde, sondern wenn ich von A nach B laufe, dann werde ich schon sehr schnell rot. Also hier diese Sonnenschirme jetzt als Punkt zur Bekämpfung von Hauptkrebs zu instrumentalisieren und dafür 3,1 Millionen rechtfertigen zu wollen, das widerstrebt uns dann schon grundsätzlich. Und auch hier muss man sich die Frage stellen, ich glaube, Tonja Zürcher hat es auch angetönt, selbst wenn jetzt diese 195 Schirme in der Stadt stehen, bin ich mir jetzt nicht sicher, ob man jetzt unbedingt dort bei 36 Grad darunter verweilen möchte. Ich würde mir dann trotzdem lieber einen grösseren Schattenplatz unter einem Baum oder am Rhein suchen anstatt unter einem derartigen Sonnenschirm.

Dementsprechend Aufwand/Ertrag stellen wir von der SVP-Fraktion hier sehr stark in Frage, insbesondere bezüglich diesen Sonnenschirmen, welche relativ viel Geld auch kosten und dementsprechend bitten wir Sie, diesen Ratschlag an den Regierungsrat zurückzuweisen, damit wir hier bezüglich den Baumtopfpflanzen und den Sonnenschirmen auch Änderungen vollziehen können.

Ich habe mich dann kurz gefreut, aber leider nur kurz, als ich den Antrag von Annina von Falkenstein gelesen haben. Sie möchte ja vorerst nur 65 Sonnenschirme oder das Geld für 65 Sonnenschirme sprechen. Da stimmen wir grundsätzlich zu, weil es immer noch besser ist als 195, aber in ihrem Ziel, welches sie in diesem Antrag formuliert, dass schlussendlich trotzdem 195 Sonnenschirme über zwei Jahre dann gesprochen werden sollen nach einem Pilotprojekt, das ist dann auch nicht die Lösung. Ich denke, die UVEK hat sich damit befasst und die Meinungen sind auch gemacht, ob man das jetzt dann noch ändern kann, das stellen wir dann halt auch in Frage. Aber wir stimmen grosszügig diesem Antrag selbstverständlich zu, weil es immer noch besser ist als diese totale Geldverschwendung von 195 Sonnenschirmen.

Dementsprechend bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, diesen Ratschlag zurückzuweisen, falls Rückweisung scheitert, dem Abänderungsantrag der LDP zuzustimmen und bei der Schlussabstimmung den Ratschlag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Mitte/EVP hat das Wort Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Wir haben wieder einmal eine Situation, wo ganz links und ganz rechts mit unterschiedlicher Meinung ein Sachgeschäft bodigen möchten. Wir kennen das, wir hatten das bei den Abfallcontainern und bei dem FGG dieser Schrebergärten, wir kennen das alle. Aber wir haben hier einen Massnahmenplan und ich finde, es ist die Aufgabe der Regierung. Wir haben ihnen Aufträge gegeben und die Regierung ist verantwortlich für die Umsetzung unserer Aufgaben und ein Massnahmenplan ist eigentlich ganz klar Aufgabe der Regierung.

Wir haben das ganz sorgfältig und mit einigem Zeitaufwand und Diskussionen in der UVEK diskutiert. Wir haben auch über die Sonnenschirme diskutiert und ich persönlich war auch kritisch. Ich habe verschiedene Anträge gestellt und darum ist die Meinung der EVP/Mitte-Fraktion, diesem Geschäft zuzustimmen, aber auch dem Änderungsantrag von Annina von Falkenstein von der LDP zuzustimmen. Weil, und Regierungsrätin Esther Keller hat es selber gesagt beim Einleitungsvotum, auch wir lernen dazu und darum finde ich es gut, dass wir mal ein Drittel der Sonnenschirme ausprobieren. Ich habe mich überzeugen lassen in der UVEK, dass das eine sinnvolle Massnahme ist. Ich bin kritisch, aber ich lasse mich gerne von der Umsetzung überzeugen und dann bin ich auch gerne bereit, noch die zwei anderen Drittel zu sprechen.

Ich bitte hier den Grossen Rat, diesem Geschäft zuzustimmen und dem Abänderungsantrag ebenso.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die GLP hat Brigitte Kühne das Wort.

Brigitte Kühne (GLP): Bei diesem Ratschlag geht es um die Klimaadaption, also um eine Reaktion auf die zunehmende Sonnenbelastung und Hitze, die durch die Klimaerhitzung verursacht wird. Wir Grünliberalen begrüssen diese sofort wirksamen, mobilen, temporären Massnahmen zur Kühlung, Beschattung und Begrünung, denn sie schützen die Bevölkerung vor den gesundheitsgefährdenden Folgen der Klimaerhitzung. Natürlich wollen auch wir, wo immer möglich, anstatt temporäre Massnahmen gleich permanente Massnahmen, zum Beispiel Baumpflanzungen, so wie dies einige fordern. Dies ist jedoch in einer dichten und belebten Stadt wie Basel schlichtweg nicht überall möglich. Und Raphael Fuhrer hat das als Kommissionspräsident erwähnt, ein Verzicht auf diese temporären Massnahmen beschleunigen den Prozess von permanenten Umgestaltungsmassnahmen nicht.

Die beiden Massnahmen laufen unabhängig voneinander. Die mobilen Massnahmen sind nur ein Mosaikstein im ganzheitlichen Stadtklimakonzept. Sie abzulehnen führt nicht zu mehr, sondern zu weniger Grün in der Stadt. Man sieht eben, wie bereits erwähnt, am Beispiel der ganz frischen Begrünung in der Freien Strasse und beim Bankverein, dass die Bevölkerung diese mobilen Sitzgelegenheiten und Grünelemente schätzt. Diese Sitzgelegenheiten im Schatten kommen übrigens auch Menschen zugute, die sich einen Besuch im Restaurant nicht regelmässig leisten können. Auch sie haben einen Anspruch auf Schutz vor Sonne.

Und apropos mobile Grossgehölze und frische Daten. Die wissenschaftliche Auswertung der ZHAW, Forschungsgruppe Stadtökologie, der mobilen Begrünung auf dem Messeplatz in Basel vom August 2023 hat ergeben, die Schattenwirkung und Kühlung ist mittels einer Drohnen-Wärmebildkamera deutlich erkennbar. Und zweitens, mobile Grossgehölze erzeugen Temperaturunterschiede von bis zu 18 Grad. Das Fazit, auch mobile Grossgehölze haben einen starken Kühlungseffekt. Daher, jedes Grün zählt.

Das eine tun und das andere nicht lassen. Jetzt grünes Licht für temporäre Massnahmen geben und gleichzeitig dauerhafte stadtklimatische Verbesserungen notabene mit einem anderen Zeithorizont über die weiteren Handlungsfelder des Stadtklimakonzeptes umsetzen. Wir freuen uns, dass der Regierungsrat vorwärts macht und auch für Private Anreize gesetzt werden sollen mit den in Kürze vorgestellten Förderprogramme.

Betreffend die Standorte der mobilen temporären Massnahmen. Klar fragt sich nun die Bevölkerung, warum gerade an diesem oder an jenem Ort keine Sonnenschirme oder temporäre Begrünung aufgestellt werden wird. Ziel ist ja eine möglichst faire Verteilung und Sichtbarkeit sowohl in der Innenstadt als auch in den Aussenquartieren. Ausgewählt wurden deshalb in erster Linie die im Stadtklimakonzept definierten Fokusgebiete sowie solche mit hoher Besucherfrequenz. Ausserdem, wir haben es gehört und wir wissen es alle, gibt es Orte, die unterbaut sind, unter denen sehr viele Leitungen liegen und es daher gar nicht möglich ist, erdgebundene Begrünung zu realisieren.

Eine Abkehr von der Rotation der mobilen Elemente begrüssen wir, da dies aus unserer Sicht mehr Verwirrung gestiftet hätte, als dass eine solche Rotation verstanden worden wäre. Und zu guter Letzt, persönlich freut mich insbesondere, dass einmal mehr unser äusserst wertvoller Mehrwertabgabefonds bei diesem Ratschlag zu einem grossen Teil zum Tragen kommt. Das haben wir anderen Städten in der Schweiz definitiv voraus.

Wir bitten Sie deshalb, diesen Bericht der UVEK zum Ratschlag Massnahmenprogramm Stadtklimakonzept zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die FDP hat das Wort Beat Braun.

Beat Braun-Gallacchi (FDP): Ich spreche auch noch für die LDP. Wir unterstützen das Massnahmenprogramm dieses Stadtklimakonzepts. Die Herausforderungen des Klimawandels an ein urbanes Umfeld, die nehmen zu und wir haben jetzt hier eine Reihe von innovativen und praktischen Massnahmen für unseren öffentlichen Raum. Ich gehe da nicht mehr weiter darauf ein, wir haben das jetzt schon etwa drei Mal gehört.

Wir unterstützen aber auch den Antrag der LDP, dass die Sonnenschirme schrittweise eingeführt werden. Wir denken, dass so die Praktikabilität, die Effektivität, die Akzeptanz, etc. geprüft werden kann und wenn man dann wirklich sieht, dass das zu teuer ist und einfach die Preis-Leistung nicht stimmt, dann kann man dort eingreifen und man hat nicht alles aufs Mal abgegeben. Darum sind wir für den Vorschlag und für den Änderungsvorschlag.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Mit Blick auf die Uhr unterbreche ich an dieser Stelle die Sitzung. Wir werden um 15 Uhr dieses Geschäft zuerst fertig beraten. Bis dann wünsche ich Ihnen einen schönen Mittag.

Schluss der 8. Sitzung

11:56 Uhr

Protokoll

der 9. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 10. April 2024, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	**-**

Verhandlungsgegenstände:

8. Stadtklimakonzept: Massnahmenprogramm für Fokusgebiete (Handlungsfeld 1), Verwaltungsinterne Zuständigkeiten (Handlungsfeld 7) und Anreizsysteme (Handlungsfeld 9), Bericht der UVEK 2
14. Neue Interpellationen 8
14.1. Interpellation Nr. 27 Johannes Sieber betreffend Einschätzungen der Regierung zur Wirtschaftlichkeit und zum Sanierungsbedarf des Musical Theaters 8
14.2. Interpellation Nr. 28 Roger Stalder betreffend HSK-Kurse: Heimatkunde oder Hetze? 10
14.3. Interpellation Nr. 29 Joël Thüring betreffend Asylunterkunft Heuwaage-Hochhaus 11
14.4. Interpellation Nr. 30 Michela Seggiani betreffend 75 Jahre Europarat und 30 Jahre Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) 13
14.5. Interpellation Nr. 31 Michael Hug betreffend wann werden die Arbeitsbedingungen bei der Polizei und bei anderen Kantonsangestellten im Schichtbetrieb endlich verbessert? 14
14.6. Interpellation Nr. 32 Pascal Messerli betreffend gilt die Antirassismus-Strafnorm auch an Demonstrationen für die Hamas-Terroristen? 16
14.9. Interpellation Nr. 35 Annina von Falkenstein betreffend dringender Handlungsbedarf wegen der unsicheren Finanzierungslage der Universität Basel 18
14.10. Interpellation Nr. 36 Tim Cuénod betreffend der Liegenschaft des ehemaligen Restaurants "La Torre“ beim Wasserturm 19
14.11. Interpellation Nr. 37 Lukas Faesch betreffend das Aechzen über das Krächzen 20
14.12. Interpellation Nr. 38 Daniela Stumpf-Rutschmann betreffend Kosten des S-Status für den Kanton 20
14.13. Interpellation Nr. 39 Brigitte Gysin betreffend Luftbelastung in Basel-Stadt 21
14.14. Interpellation Nr. 40 Andrea Strahm betreffend Auswirkungen der BVG-Reform auf die Versicherten der Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS) 22
14.15. Interpellation Nr. 41 Gianna Hablützel-Bürki betreffend Asylchaos stoppen - Einführung von Grenzkontrollen bei Bundesrat Jans einverlangen 22
14.16. Interpellation Nr. 42 Eric Weber betreffend Vorfall bei der Basler Polizei 23
14.17. Interpellation Nr. 43 Hanna Bay betreffend Aussagekraft und Interpretation der Polizeilichen Kriminalstatistik 2023 24
14.18. Interpellation Nr. 44 Nicola Goepfert betreffend neuem Gutachten zur Aufsichtsstruktur der Christoph Merian Stiftung 24
14.19. Interpellation Nr. 45 Oliver Thommen betreffend wann klappt’s mit der Schulkommunikation? 25
9. Ausgabenbewilligung für die Erweiterung und Sanierung der Primarschule Christoph Merian, Bericht der BRK und Mitbericht der BKK 25
10. Ausgabenbewilligung für den Bau der Neubauten Primarschule Walkeweg sowie Übertragung der Schulhausparzelle vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen (Widmung), Bericht der BRK 28

Beginn der 9. Sitzung

Mittwoch, 10. April 2024, 15:00 Uhr

8. Stadtklimakonzept: Massnahmenprogramm für Fokusgebiete (Handlungsfeld 1), Verwaltungsinterne Zuständigkeiten (Handlungsfeld 7) und Anreizsysteme (Handlungsfeld 9), Bericht der UVEK

[10.04.24 15:00:31, 23.0813.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir fahren fort mit unserer Sitzung. Wir sind stehengeblieben bei Traktandum 8 Stadtklimakonzept. Wir sind beim vorerst letzten Fraktionssprecher angelangt. Daniel Sägesser hat das Wort für die SP.

Daniel Sägesser (SP): Die Vorlage wurde von meinen Vorredner:innen hinlänglich erläutert, weshalb ich nicht mehr im Detail darauf eingehe. Gerne darf ich Ihnen aber berichten, dass die SP-Fraktion sich der UVEK anschliesst und sich insbesondere auch hinter die von der UVEK eingebrachten Verbesserungen stellt. Besonders unterstreichen möchte ich den Wegfall der Rotation der mobilen Massnahmen. Ich möchte auch festhalten, dass wird die mobilen Massnahmen wie Baumtöpfe und Sonnenschirme eine gute Lösung finden dort, wo wirklich aus baulichen Gründen nicht oder noch nicht echte Bäume gepflanzt werden können. Ist eine echte Baumpflanzung möglich, ist eine solche möglichst rasch umzusetzen.

Noch ein paar Worte zur SVP, die sich hier am heftigsten gegen diese Massnahmen wehrt. Ihre nationale Partei hat seit Kurzem einen neuen Präsidenten. Dieser redet über den Klimawandel haarsträubend leichtfertig und vor allem faktenwidrig. Er findet den Klimawandel ja sogar noch gut und meinte in einem Nebensatz, der Mensch müsse sich halt dem Klimawandel anpassen. Bei der Nonchalance, in der er das sagt, bezweifle ich schwer, dass ihm die Konsequenzen diese dieser Aussage auch nur ansatzweise bewusst sind. Aber nach Ihrem heutigen Votum, Pascal Messerli, habe ich die leise Hoffnung, dass es Ihnen aber nun langsam dämmert. Die Klimaanpassung ist um ein Vielfaches teurer als Klimaschutz, oder um es in Ihren Worten zu sagen, Pascal Messerli, ungenügender Klimaschutz und «ist eine finanzpolitische Unverschämtheit». Vielleicht wollen Sie ja von dieser Erkenntnis aus Basel bei Gelegenheit Ihrem neuen Präsidenten berichten.

Und damit wir uns nicht missverstehen: die SP-Fraktion anerkennt, dass die Massnahmen zur Anpassung an die Klimaerhitzung, auch die hier vorgeschlagenen, nicht günstig sind. Wir warnen ja seit Jahrzehnten genau davor. Aber wir sind uns unserer Bevölkerung schuldig, die jedes Jahr mehr und mehr unter der Hitze leiten, sie vor dieser Hitze zu schützen. Dies unterstreicht eben auch der Entscheid des Gerichtshofes für Menschenrechte von gestern.

Für die SP ist es wichtig, dass wir rasch mehr schattige Plätze schaffen, die für alle offen sind und wo keine Konsumpflicht herrscht. In dem Zusammenhang möchte ich auch Pascal Messerli widersprechen, der behauptet, dass Sonnenschirme nicht gegen Hitze schützen. Sie haben zwar tatsächlich nur wenig Einfluss auf die Lufttemperatur, aber sie schirmen den beschatteten Bereich von direkter Sonneneinstrahlung ab. Sind sie dann auch noch in hellen Farben ausgeführt, reflektieren sie zusätzlich das energiegeladene Sonnenlicht nach oben ab. Die dadurch beschatteten Gegenstände wie Sitzgelegenheiten, der Boden, insbesondere Asphalt, aber auch heben wir Menschen, die wir zu über 50 Prozent aus Wasser bestehen, werden dadurch deutlich weniger erhitzt. Dieser Effekt ist übrigens auch der Grund, weshalb viele Menschen im Hochsommer lieber im Schatten als an der prallen Sonne sitzen.

Noch kurz zum Votum von Tonja Zürcher für das GAB: Die SP-Fraktion hält es nicht für sinnvoll, dringend nötige Sofortmassnahmen gegen langfristige Massnahmen auszuspielen. UVEK-Präsident Raphael Fuhrer hat das richtig festgestellt. Damit beschleunigen Sie eben nicht die permanenten Massnahmen.

Und dann noch zu den Änderungsanträgen der LDP: Die SP-Fraktion lehnt diese ab. Sie hält sie nicht für notwendig, sondern befürchtet dadurch auch eine Verzögerung in der Umsetzung. Ganz generell möchte ich noch darauf hinweisen, dass wir in der UVEK dieses Geschäft über dreieinhalb Monate in insgesamt vier Sitzungen beraten haben. Ich möchten Sie ermutigen, Annina von Falkenstein, inskünftig solche Inputs auf diesem Wege bereits in der Kommissionsberatung einfliessen zu lassen, wo ja die LDP-Fraktion auch vertreten ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich nehme an, Sie nehmen die Zwischenfrage von Pascal Messerli an. Sie wird angenommen.

Pascal Messerli (SVP): Ist Ihnen bewusst, dass das BVD jahrzehntelangen in SP-Hand war und es Ihre Partei eigentlich versäumt hat, für genügend Grünflächen in diesem Kanton zu sorgen?

Daniel Sägesser (SP): Ja, es ist mir bewusst, dass das BVD lange in unserer Hand war. Ich darf aber auch feststellen, dass man nicht einfach durchregieren kann, wenn die Mehrheiten im Parlament fehlen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur nächsten Einzelsprecherin Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GAB): Ich werde dem Rückkommensantrag meiner Fraktion nicht zustimmen und die Massnahmen annehmen, und ich möchte Ihnen gerne diese Haltung kurz begründen. Ich hatte von Beginn an Mühe mit diesem Ratschlag, so wie er in die Kommission kam. Auch ich finde die Priorisierung dieser Massnahmen gegenüber dauerhaften Baumpflanzungen und Begrünungs- und Entsiegelungsmassnahmen ist falsch. Wir sollten als allererstes schauen, wo wir Bäume pflanzen können, wo wir begrünen können, und erst dann, wenn wir wissen, wo das nicht geschehen kann oder nicht in absehbarer Zeit geschieht, sollen wir solche temporären Massnahmen andenken.

Ich hatte umso mehr Mühe mit diesem Ratschlag, als wir in der Kommission herausfanden, und das entnehmen Sie auch den Kommissionsbericht, dass die möglichen Baumstandorte gar nicht überprüft wurden, bevor man diese temporären Massnahmen aufgegleist hat und auch die Standorte definiert hat. Das hat mich sehr besorgt, denn so sah der Regierungsrat vor Sonnenschirme und Topfpflanzen an Orten, wo eventuell auch einfach Bäume gepflanzt werden können, zu positionieren. Zudem sah der Regierungsrat vor, diese Massnahmen alle drei Jahre der Bevölkerung wieder wegzunehmen und an neuen Orten zu positionieren.

Ich habe dann in der Kommission den Antrag gestellt, auf diese Rotation zu verzichten, und ich bin sehr froh, dass die Kommission meinem Antrag gefolgt ist und nun auf dies verzichtet. Nun sollen diese temporären Massnahmen möglichst nur an Orten getroffen werden, wo Baumpflanzungen nicht möglich sind, Entsiegelungs- und Begrünungsmassnahmen ebenfalls nicht möglich sind oder wo in den nächsten zehn Jahren bereits grüne Massnahmen geplant sind und auch kommen werden, so dass die temporären Massnahmen dann auch von echten Begrünungsmassnahmen abgelöst werden können.

Von der Rückweisung habe ich deswegen in der Kommission abgesehen. Ich habe im Verlaufe der Beratung auch immer mehr gemerkt, dass eine Rückweisung nichts bringen wird. Das Stadtklimakonzept sieht leider keine dauerhaften Massnahmen vor, die ausserhalb der Erhaltungsplanung geschehen. Allenfalls kommen dauerhafte Massnahmen, bevor der entsprechende öffentliche Raum umgestaltet wird, sofern die Fernwärme dort ausgelegt werden muss, wobei auch es nach wie vor unbekannt ist, wo das überall geschehen kann. Wir warten noch immer auf die Beantwortung der UVEK-Motion diesbezüglich.

Ich finde es sehr schön, dass in diesem Rat eigentlich ein Konsens besteht, dass wir mehr Bäume möchten, dass wir so früh als möglich Bäume möchten, dass wir dort wo möglich auch Bäume möchten, und deswegen habe ich mich dazu entschieden, diesen Ansatz weiterzuverfolgen, weil er nicht von alleine kommen wird – ich denke, das haben wir alle unterdessen bemerkt. Ich bin daher in diesen Stunden daran, mit einer breiten Allianz einen entsprechenden Vorstoss auszuarbeiten und einzureichen. Ich denke, das ist ein konstruktiver Weg, der diese Massnahmen, die wir heute beschliessen werden, ergänzt. Je früher wir Bäume pflanzen, desto früher sind sie auch gross und haben eine Kühlwirkung, und daher sollten Sie auch priorisiert werden. Ich lade Sie alle ein, diesen Vorstoss zu unterschreiben. Natürlich finde ich aber auch, dass dort, wo es nicht möglich ist, Sonnenschirme eine sinnvolle Lösung sind und auch weitere Massnahmen sinnvoll sein können. Daher werde ich dem Grossratsbeschluss zustimmen und diesen annehmen. Die Änderungsanträge der LDP lehne ich ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Es gibt, wie man nach den vielen Worten feststellt, einige Argumente dafür und einige dagegen. Es ist grundsätzlich mal schwierig in einer Stadt, die schon gebaut ist, mit all ihren Leitungen im Untergrund oder Oberleitungen, eine klimatische Verbesserung mit Pflanzen von Bäumen zu erreichen. Ich glaube, das muss sich nicht weiter erklären. Es wird leider an vielen Orten nie möglich sein. Und wenn man für die Bevölkerung in der Stadt etwas machen will, sind die vorgeschlagenen Massnahmen durchaus eine Möglichkeit.

Die Stadt muss solche Massnahmen nun halt mal auf einer grossen Flasche umsetzen, was sich leider auch auf die Kostenschläge. Auch ein Baum hätte seine Kosten, wobei ich da keinen Vergleich machen will. Ob man jetzt klein anfängt oder etwas grösser, liegt schlussendlich in Ihrem Entscheid.

Aus einem gewerblichen Blickwinkel ist eine lebendige Stadt mit einer guten Aufenthaltsqualität in den Aussenräumen wichtig. Wenn sich vor lauter Hitze kein Mensch mehr die Stadt wagt, hat auch das Gewerbe verloren. Die Kundschaft bleibt aus und das schon schwierige Umfeld wird so in den schönsten Monaten des Jahres noch schwieriger.

Denken Sie bei ihren Entscheiden auch an das Gewerbe, an eine Vielseitigkeit, die eine Stadt wie Basel lebenswert machen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein Einzelvotum gemeldet hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Begrünen, Beschatten, Bewässern – so haben wir es seit drei Jahren im Programm in Basel. Ich habe ein Gespräch geführt mit Regierungsrätin Esther Keller und habe sie gefragt, in welcher Reihenfolge es richtig sei: Begrünen, Beschatten, Bewässern oder Bewässern, Beschatten, Begrünen oder Beschatten, Begrünen, Bewässern. Sie hat mir die Reihenfolge dann genannt, aber ich habe sie vergessen, und ich wäre ihr dankbar, wenn sie die Reihenfolge noch einmal nennen könnte. Ich finde diesen Spruch sehr gut und gratuliere Ihnen zu dieser tollen Rhetorik.

Ich bin heute Morgen um 10 Uhr extra nach Hause gegangen, um mein grünes T-Shirt anzuziehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, sprechen Sie bitte zur Sache.

Eric Weber (Fraktionslos): Wir rede über eine grüne Sache, darum darf ich sagen, dass ich mich Grün angezogen habe, passend zur Debatte. Politik bedeutet schon: Verkürzte Sätze, einfache Erklärungen, zur Sache rede ich.

Wir reden über grüne Sachen und ich bin stolz, dass ich der einzige überlebende Grossrat bin von der ersten grünen Partei in der Schweiz und das ist bewiesen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, dies ist eine Verwarnung, bitte sprechen Sie zur aktuellen Vorlage.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber ich darf doch über die Erfahrung reden, dass wir gegen die Betonisierung in den Bergtälern waren, und wir waren die erste grüne Partei. Ich habe diese Debatte heute Morgen über Livestream von zu Hause aus verfolgt und ich stelle fest, dass keiner der Grossräte auf diesen Fehler aufmerksam geworden ist. Es gibt einen Fehler in dieser Sache. Ich habe es einmal kurz überflogen vor vielleicht zwei oder drei Wochen, und dann habe ich in der Zeitung noch einen Artikel gelesen. Es geht um Begrünung und Beschattung vor dem Badischen Bahnhof. Das steht in dieser Vorlage. Der Badische Bahnhof ist aber Deutschland, und vor dem Bahnhof ist auch deutsches Gebiet. Deutsche putzen vor dem Bahnhof sauber. Das habe ich beobachtet. Und wenn man nun Sonnenschirme aufstellen will vor dem Badischen Bahnhof, müsste das mit der Deutschen Bahn abgesprochen werden.

Darum habe ich eine Frage an Regierungsrätin Esther Keller: Ist das mit der Deutschen Bahn besprochen? Ich habe im Livestream gesehen heute Morgen, dass Pascal Messerli als einziger gesagt hat, dass er es wahnsinnig findet, dass ein Sonnenschirm 100’000 Franken kostet. Vielleicht habe ich den Betrag falsch gehört. Aber so ein Schirm ist sehr teuer und als Grossrat und Steuerzahler muss ich sagen, dass das zu teuer ist. Sie müssen sich mal vorstellen, was man mit 100’000 Franken alles machen kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, Sie verbreiten Unwahrheiten. Ich erteile Ihnen einen ersten Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Gut, aber ich habe ja gesagt, ich wisse nicht, wie teuer so ein solchen Schirm ist, weil der Livestream unterbrochen gewesen ist. Ich weiss der Betrag nicht, aber ich weiss, dass der Betrag zu hoch ist. Und ich darf sagen, dass die Beträge zu hoch sind. Und ich habe grosse Angst, dass da gewisse Leute wieder Geld verdienen. Ich würde gerne noch weitere Sachen sagen, aber dann heisst es wieder Ordnungsruf. Aber einen Satz möchte ich noch sagen zum Schluss. Ich habe in der Basler Zeitung gelesen, ich nenne jetzt keine Namen, aber Sie haben es gelesen, dass…

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung an den Regierungsrat wurde beantragt von Tonja Zürcher und Pascal Messerli. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Rückweisung an den Regierungsrat

Wer den Bericht zurückweisen will, stimmt JA, wer nicht zurückweisen will stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

29 Ja, 66 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003124, 10.04.24 15:18:33]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich gegen eine Rückweisung ausgesprochen mit 66 Nein-Stimmen gegen 29 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung. Wir kommen zur Detailberatung

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 10 des Berichts)

Titel und Ingress

Einziger Absatz mit Gesamtbetrag

Hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion LDP vor. Sie beantragen, den Absatz zu ergänzen. Der Text liegt Ihnen vor.

Ich eröffne hierzu die Debatte, möchte die Antragstellerin das Wort? Sie hat es.

Annina von Falkenstein (LDP): Die Zustimmung zum zugrundeliegenden Geschäft wurde Ihnen für die LDP-Fraktion bereits in einem Fraktionsvotum von Beat Braun für die FDP und die LDP wie auch in einem Einzelvotum von Daniel Hettich vorgetragen, und diese möchte ich hiermit nochmals unterstreichen. Uns ist einfach wichtig, dass wir hier pragmatisch vorgehen und nicht viel Geld für wichtige Schutzmassnahmen ausgeben, die schlussendlich vielleicht den Zweck verfehlen, weil nämlich die Sonnenschirme allenfalls in der Handhabung nicht so einfach und praktisch und sicher sind, wie dies wünschenswert wäre. Und kaputte Sonnenschirme oder solche, die sich in Reparatur befinden, schützen eben auch nicht vor Hautkrebs, um noch auf das GAB-Votum Bezug zu nehmen.

Wir finden die Schutzmassnahmen wichtig. Wir wollen sie auch, aber durch eine Staffelung des Kaufs der Sonnenschirme sollen zuerst Erfahrungsberichte gemacht werden, die dann bei Gutdünken durch das BVD und durch die UVEK zum Kauf der weiteren zwei Drittel der 195 Sonnenschirme führen soll. Dies im Sinne einer finanziell effizienten Schutzmassnahme, die trotzdem rasch umgesetzt werden kann, aber eben dann ganz sicher eine Investition ist, die auch zielführend sein wird. Deshalb bitte ich Sie um die Zustimmung zum vorliegenden Änderungsantrag.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich muss mich an dieser Stelle entschuldigen. Ich war ein bisschen zu schnell. Wir haben die zweite Runde verpasst mit Regierungsrätin und Kommissionssprecher. Sie haben jetzt aber im Rahmen der Debatte über den Antrag Gelegenheit und natürlich die Erlaubnis, auch nochmals auf die Debatte von vorhin Bezug zu nehmen. Wir kommen zum Kommissionspräsidenten Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Zuerst noch zur Debatte von vorhin. Da standen ja verschiedene Vorwürfe im Raum, zum Beispiel, dass die Priorisierung die falsche sei, wenn man jetzt mit diesen Elementen beginne statt mit den echten Massnahmen. In der UVEK haben wir das lange und ausführlich diskutiert. Wir brauchen aus Sicht der UVEK beides. Die Massnahmen, die jetzt anstehen, sind aus unserer Sicht auch dafür geeignet, die Sensibilisierung zu erhöhen.

Ein zweiter Vorwurf war die Kosten, die nicht in einem guten Verhältnis zum Nutzen stehen. Auch dazu macht die UVEK eine Aussage in ihrem Bericht. Es scheint mir schon wichtig zu sagen, dass die Klimaanpassung kosten wird. Guter Klimaschutz bedeutet dann auch weniger Ausgaben für die Anpassung. Und eine richtige Begrünung hält natürlich länger und bringt auch vielmehr. Die Alternative ist aber nicht, einfach gar nichts zu haben, denn das ist ein Zustand, der nicht zumutbar ist für viele Leute, zumal es ja auch so ist, dass in der Stadt die Hitzebelastung sehr ungleich verteilt ist und nicht alle Leute immer die Möglichkeit haben, direkt auszuweichen, so wie das auch behauptet wurde.

Zum Antrag von Annina von Falkenstein. Er wurde in der UVEK nicht gestellt. Ich kann darum nichts zu diesem konkreten Antrag sagen. Wir haben aber erfahren in der UVEK, dass die ganzen Elemente sowieso in zwei Etappen bestellt werden

sollen, also auf den Sommer 2025 und danach eine zweite Etappe. Wir haben uns auch versichert, dass die bisherigen Erfahrungen mit diesen Sonnenschirmen positiv sind. Es hängt aber auch davon ab, an welchem Standort diese dann stehen. Bisher waren sie vor allem in den Parks. Wir haben es in der UVEK damit bewenden lassen, diese Abklärungen zu machen und keinen Antrag dazu gestellt. Ich kann Ihnen darum nicht sagen, ob die UVEK nun diesen Antrag empfiehlt oder nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Auch ich kann mich kurz halten. Ich freue mich über die grosse Unterstützung von den doch meisten Fraktionen und von Seiten der SVP zumindest über die positive Rückmeldung zu den Sprühnebeln und den Grüninseln.

Noch ganz kurz zum Votum von Tonja Zürcher: Da ist mir schon nicht ganz klar, weshalb man die Sonnenschirme als wirkungslos bezeichnen kann. Der Sonnenschirm tut das, was er kann, er schützt vor Sonne und das soll er auch tun. Gerade wenn wir an die doch steigende Anzahl der Hautkrebserkrankungen denken, ist das doch ein wichtiges Argument und wir müssen dafür sorgen, dass sich die Menschen an heissen Sommertagen irgendwo auch im Schatten ausruhen können.

Auch nochmals zur Thematik fixe Pflanzungen gegenüber mobile: Ich habe Ihnen beim Eingangsvotum Beispiele genannt, wo wir jetzt schon Bäume pflanzen, zum Teil auch, obwohl die Bauprojekte schon fortgeschritten waren, beispielsweise eben bei der Therwilerstrasse. Es geht wirklich einiges, die Prioritäten sind klar, aber darum geht es hier nicht. In Einzelfällen übrigens begrünen wir auch ausserhalb des Erhaltungsbedarfs, beispielsweise beim Rheinuferweg bei der französischen Grenze oder auch bei der Erlenmatt. Wenn wir uns aber überlegen, wie viele Baustellen über die nächsten 15 Jahre auf uns zukommen mit dem Fernwärmeausbau, dann tun wir gut daran, uns wirklich auf diese Baustellen zu fokussieren, diese Gelegenheiten zu nutzen, denn da bieten sich wirklich Chancen über die nächsten Jahre. Wir möchten wirklich auch, dass die Baustellenbelastung für die Stadt, übrigens auch im Sinne des ÖV, nicht übermässig wird.

Eric Weber, ich kann Sie beruhigen, wir sie mit der Deutschen Bahn in gutem Austausch. Wir werden da nichts hinstellen, was die deutschen Kolleginnen und Kollegen nicht möchten.

dann auch noch kurz zum Änderungsantrag der Liberalen. Wir konnten den natürlich aufgrund der Kurzfristigkeit in der Regierung nicht diskutieren, aber vielleicht einfach eine operative Rückmeldung: Ein solches zweistufiges Vorgehen, glaube ich, ist operativ kein Problem. Viel mehr kann ich dazu nicht sagen, weil wir das eben nicht besprechen konnten, aber so viel vielleicht aus operativer Sicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfragen von Joël Thüring. Sie wird angenommen.

Joël Thüring (SVP): Es geht bei meiner Zwischenfrage um den Änderungsantrag von Annina von Falkenstein, der ja unter anderem auch sagt, dass es zuVandalakten kommen können und dass man die Sonnenschirme dann auch regelmässig ersetzen muss. Können Sie mir noch einmal erklären, weshalb diese Sonnenschirme eine gute Idee sind in dieser grossen Menge, wenn wir doch wissen, dass Dinge im öffentlichen Raum sehr oft zerstört werden und nur eine sehr kurze Lebenshaltungsdauer haben.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir haben bisher mit den Sonnenschirmen wirklich gute Erfahrungen gemacht. Ich muss dazu einwenden, dass das auf Spielplätzen ist, und das ist sicher eine andere Ausgangslage. Aber ich denke und ich bin wirklich zuversichtlich, dass die Menschen das auch schätzen und entsprechend weniger Vandalenakte stattfinden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir sind mitten in der Debatte über den Änderungsantrag der Fraktion der LDP, den Annina von Falkenstein begründet hat. Es liegen allerdings keine Wortmeldungen aus den Fraktionen oder Einzelwortmeldungen vor. Doch, André Auderset hat sich gemeldet.

André Auderset (LDP): Ich muss doch noch meiner Pflicht als Vertreter der Rheinschifffahrt nachkommen, weil soeben die Vandalenakte erwähnt wurden. Es pflegen ja immer diverse Artikel in den Rhein zu fliegen. Dort liegen dann schon Elektrovelos und Abfallkübel und alles mögliche, und ich befürchte wirklich, dass die Schirme dann auch noch dazu gehören. Das Ganze behindert alle, die den Rhein nutzen wollen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Regierungsrätin Esther Keller verzichtet in der zweiten Runde auf das Wort, auch der Kommissionspräsident der UVEK Raphael Fuhrer verzichtet. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Änderungsantrag.

Abstimmung

Änderungsantrag der LDP

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 47 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003126, 10.04.24 15:28:19]*

Der Grosse Rat beschliesst

Zustimmung zum Änderungsantrag.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Änderungsantrag zugestimmt mit 48 Ja-Stimmen gegen 47 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung. Wir führen die Detailberatung weiter.

A Projektierung und Umsetzung

2 Jährlich wiederkehrende Folgekosten Stadtgärtnerei

3 Jährlich wiederkehrende Folgekosten Tiefbauamt

4 Entwicklungsbeitrag

5 Sachkosten für die Logistik

6 Sachkosten für den Aufbau Controlling

7 Sachkosten für Kommunikation

8 Sachkosten Erarbeitungsanreizsysteme für Klimaanpassung

Publikations- und Referendumsklausel.

Damit sind wir bei der Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem bereinigten Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

78 Ja, 15 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003128, 10.04.24 15:29:45]*

Der Grosse Rat beschliesst

Es wird ein Gesamtbetrag von Fr. 9’353’000 für die Umsetzung von Klimaanpassungs- und Hitzeschutzmassnahmen gemäss dem Stadtklimakonzept des Kantons Basel-Stadt bewilligt. Diese Ausgabe teilt sich wie folgt auf:

- Fr. 5'632’203 für die Projektierung und die Umsetzung des Massnahmenprogramms ohne Rotation in den Fokusgebieten für die Jahre 2025 bis 2034 (inkl. Bauleitung und Sachkosten für ein Beteiligungskonzept), wobei für die Jahre 2025 und 2026 mit 65 Sonnenschirmen deren Handhabung und Selbst- wie auch Fremdschadenpotenzial getestet werden soll und erst bei einem positiven Fazit durch das BVD und die UVEK die weiteren 130 Exemplare unter Berücksichtigung allfälliger Konzeptoptimierungen angeschafft werden sollen, zu Lasten des Investitionsbereichs Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur, Mehrwertabgabefonds (Bau- und Verkehrsdepartement, Generalsekretariat). Der volle Betrag wird unter Vorbehalt, dass sowohl das BVD als auch die UVEK die beiden Jahre des Pilottests der Sonnenschirme als erfolgreich werten, gesprochen.

- Fr. 1'919’700 insgesamt als jährlich wiederkehrende Folgekosten für die Jahre 2025 bis 2034 für den Unterhalt des mobilen Mobiliars zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Stadtgärtnerei

- Fr. 904'800 insgesamt als jährlich wiederkehrende Folgekosten für die Jahre 2025 bis 2034 für den Unterhalt des mobilen Mobiliars zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Tiefbauamt

- Fr. 26'150 als Entwicklungsbeitrag für die ersten fünf Jahre nach Platzierung des mobilen Mobiliars (Baumtöpfe, Grüne Inseln) zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Mehrwertabgabefonds (Bau- und Verkehrsdepartement, Generalsekretariat)

- Fr. 460'000 für Sachkosten für die Logistik beim mobilen Mobiliar für die Jahre 2025 bis 2034 zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Mehrwertabgabefonds (Bau- und Verkehrsdepartement, Generalsekretariat)

- Fr. 110'000 für Sachkosten für den Aufbau eines Controllings & Monitoring ab 2025 zu Lasten der Planungspauschale des Bau- und Verkehrsdepartements (Bau- und Verkehrsdepartement, Generalsekretariat)

- Fr. 250'000 für Sachkosten für die Kommunikation der Klimaanpassungsmassnahmen für die Jahre 2025 bis 2029 zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Mehrwertabgabefonds (Bau- und Verkehrsdepartement, Generalsekretariat)

- Fr. 50'000 für Sachkosten für die Erarbeitung von Anreizsystemen zur Klimaanpassung für die Jahre 2025 bis 2026 zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Mehrwertabgabefonds (Bau- und Verkehrsdepartement, Generalsekretariat)

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 78 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen. Wir kommen zu den Interpellationen.

14. Neue Interpellationen

[10.04.24 15:30:07]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich Beant.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Antworten möchte der Interpellant begründen.

14.1. Interpellation Nr. 27 Johannes Sieber betreffend Einschätzungen der Regierung zur Wirtschaftlichkeit und zum Sanierungsbedarf des Musical Theaters

[10.04.24 15:30:15, 24.5102.01]

Johannes Sieber (GLP): Ich möchte kurz begründen, warum ich diese Interpellation eingereicht habe, denn wir hätten sie uns sparen können, ich mir und ich Ihnen, wenn der Regierungsrat am 7. März bei seiner Präsentation des Planungskredits zu seinem Wunschmusicalbad sein Versprechen eingelöst hätte und gewisse Fragen in Bezug auf die Wirtschaftlichkeit aber auch in Bezug auf andere Fragen, die das Musicaltheater betreffen, beantwortet hätte. Das hat er leider nicht getan. Er hätte es tun sollen, weil er doch mit einer Medienkonferenz an die Öffentlichkeit gegangen ist mit drei Regierungsrät:innen, auch die Leiterin der Abteilung Kultur hat er mitgenommen, um seine Pläne zu bekräftigen. Er hätte doch da auch die versprochenen Antworten liefern können. Das hat er nicht getan, deshalb die Interpellation. Ich freue mich auf die Antworten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht damit an Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: **Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.**

Zu Fragen 1 und 2: Das Musical Theater ist als Haus im Haus gebaut. Das Gebäude wurde 1959 als Messehalle erstellt und 1970 erstmals saniert. Beim Einbau des Musical Theaters vor knapp 30 Jahren wurde die Gebäudehülle der früheren Messehalle nicht saniert. Sowohl die Gebäudehülle der alten Messehalle wie auch das eingebaute Theater selber sind nach knapp 65 respektive 30 Jahren in Teilen sanierungsbedürftig. Die technische Ausstattung des Gebäudes entspricht nicht mehr durchgehend den aktuellen Normen. In baulicher, struktureller oder technischer Hinsicht bestehen diverse Mängel, die für einen weiteren Betrieb als Musical Theater behoben werden müssen.

Die Kosten wurden im Rahmen einer Sanierungsstudie mit Grobkostenschätzung ermittelt. Federführend in der Erarbeitung der Studie war ein externer Kostenplaner unter Einbezug von zahlreichen externen Spezialisten. Die Grobkostenschätzung für die kurzfristigen Sanierungsmassnahmen beträgt 26 Mio. Franken und weist eine Ungenauigkeit von plus minus 25 Prozent auf. Dies ergibt eine Kostenspanne von 20 bis 32 Mio. Franken. Die Studie wird mit der Beantwortung dieser Interpellation publiziert.

Die kurzfristigen Sanierungsmassnahmen ermöglichen einen Weiterbetrieb des Musical Theaters für mindestens zehn Jahre. Für die langfristige Weiternutzung als Musical Theater wären zu einem späteren Zeitpunkt weitere Sanierungsmassnahmen nötig, zum Beispiel bei der Gebäudehülle und der Tragkonstruktion. Für die Kostenschätzung einer solchen langfristigen Gesamtsanierung wurde mit Kosten von 500 bis 750 Franken pro Kubikmeter gerechnet. Das entspricht den Erfahrungswerten der Sanierung des Theater Basel. Somit ist mit zusätzlichen Kosten für die Gesamtsanierung in der Höhe von 38 bis 57 Mio. Franken zu rechnen.

Zu Fragen 3 und 4: Das Musical Theater war bis 2020 im Besitz der MCH Group und wurde danach vom Kanton zurückgekauft. Die Parzelle des Musical Theaters befindet sich im Finanzvermögen des Kantons Basel-Stadt. Über die Verträge mit privaten Unternehmen darf der Kanton nicht öffentlich kommunizieren. Es geht um ein privates Unternehmen und somit den Schutz von vertraulichen Informationen vor Konkurrenten.

Für Musical Theater gibt es keinen Markt, so dass wir nicht wie bei einer Wohnung einfach eine Marktmiete errechnen können. Deshalb hat der Regierungsrat im Ratschlag die Kosten für den Kanton aufgeführt. Diese betragen 0.9 bis 1.4 Mio. Franken pro Jahr. In diesen Kosten wären Rückstellungen für Investitionen oder deren Verzinsung beziehungsweise Amortisation enthalten. Diese Zahlen entsprechen einem Kostendeckungsansatz. Das bedeutet, es handelt sich um die Summe der laufenden Betriebskosten plus eine jährliche Rückstellung für die Investitionen in der Höhe von 1.5-2.5% der heutigen Gebäudeversicherungssumme. Diese Kostenangaben von 0.9 bis 1.4 Mio. Franken pro Jahr gehen davon aus, dass das Land kostenlos zur Verfügung gestellt wird und das Gebäude abgeschrieben ist.

Die 0.9 bis 1.4 Mio. Franken entsprechen den minimal nötigen Einnahmen, um die Kosten des Kantons zu decken. In dieser Höhe hätte sich der Mietzins bewegen müssen, damit nun die kurzfristigen Sanierungsmassnahmen gedeckt werden könnten. Da dies in der Vergangenheit nicht der Fall war und das Musical Theater erst seit 2020 im Besitz des Kantons ist, konnten keine Rückstellungen für die kurzfristigen Sanierungsmassnahmen in der Höhe von 20 bis 32 Mio. Franken gebildet werden.

Wenn man die kurzfristigen Sanierungsmassnahmen in die Kostenberechnung einbezieht, entspräche dies einem jährlichen Mietzins von 1.5 bis 2.3 Mio. Franken. Dieser beinhaltet eine minimale Verzinsung des investierten Kapitals. Ansonsten müssten die Kosten für die kurzfristige Sanierung vom Staat oder Dritten übernommen werden.

Falls der Standort weiter als Musical Theater genutzt wird, müsste der Betrieb neu ausgeschrieben werden. Aus submissionsrechtlichen Gründen kann der Regierungsrat nicht vorgängig Verhandlungen oder detailliertere Abklärungen mit einzelnen potenziellen Musical-Betreibern tätigen. Diese hätten bei der Ausschreibung einen Wettbewerbsvorteil, was rechtlich nicht zulässig ist. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen hält der Regierungsrat die Chancen für gering, dass ein Betreiber einen deutlich höheren Mietpreis für den Betrieb des Musical Theaters zahlen kann.

Zu Frage 5: Der Regierungsrat stützt sich bei seiner Beurteilung auf den gescheiterten Versuch, Basel als Musical-Stadt zu etablieren und auf die Erfahrungen der letzten 25 Betriebsjahre. Mitte 1995er Jahre hat die MCH Group zusammen mit einer externen Betriebsgesellschaft versucht, Basel als Musical-Destination zu etablieren. Der Kanton hat dieses Projekt mit einem Beitrag von 10 Mio. Franken an die Baukosten unterstützt. Die Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Die Betreibergesellschaft ging Konkurs und das Musical Theater stand zwei Jahre leer. Ein lokaler Betreiber wurde nicht gefunden und das Musical Theater wurde an die jetzige Betreibergesellschaft in Zürich vermietet.

Das Einzugsgebiet des Musical Theaters Basel ist zu klein, im Vergleich zu Häusern in Zürich oder Stuttgart. Die Auslastung des Musical Theaters lag auch vor Corona weit unter dem europäischen Durchschnitt. Gemäss den Zahlen, die in den Geschäftsberichten der MCH Group publiziert wurden, war das Musical Theater in den Jahren 2010 und 2014 nur an 22 bis 35 Prozent der Tage pro Jahr belegt. Eine Ausnahme bildete das Jahr 2015 mit der Produktion «Lion King». Ab 2016 bis zur Corona-Pandemie sorgte das aufgrund des Umbaus geschlossene Stadtcasino für eine etwas bessere Auslastung des

Musical Theaters. Nach Corona ging die Belegung auch gegenüber dem Zeitraum von 2010-2014 erneut zurück. Für die Kommunikation der exakten Zahlen ist aber die Betreiberin zuständig.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist,

Johannes Sieber (GLP): Besten Dank für die Antworten. Ich bin sehr froh, dass Sie diese geliefert haben und auch in Aussicht gestellt haben, dass Sie die Studie, die Sie zitieren und auch die sich die Zahlen stützen, auch noch publizieren werden. Dann können wir diese vertieft prüfen.

Ich möchte gerne auf Ihr Narrativ eingehen, das Musicaltheater sei nicht wirtschaftlich. Sie haben gesagt, das stütze sich auf die Erfahrung mit der aktuellen Betriebsgesellschaft und es stützt sich auf den Mietvertrag vermutlich und die Zahlen, die Sie kennen. Ich möchte einfach zu Bedenken geben, dass der aktuelle Betreiber auch das Theater 11 in Zürich betreibt und vielleicht auch gar nicht so wahnsinnig interessiert daran sein könnte, dass Basel ein florierender Musical-Standort werden könnte. Ich möchte ihm das nicht unterstellen, aber Sie haben bis heute noch nicht versucht, einen anderen Betreiber an Land zu ziehen. Ich habe Ihnen in der Motion zur Zwischennutzung empfohlen, eine Ausschreibung zu machen. Das haben Sie nicht wahrgenommen. Wenn Sie diese Ausschreibung gemacht hätten und sich niemand gemeldet hätte, dann hätten wir ja quasi den Tatbeweis gehabt, dass das niemand machen wird. Das haben Sie nicht gemacht. Es ist nach wie vor eine Behauptung, dass das nicht funktioniert und das stört mich, denn wenn wir diesem Theater den Stecker ziehen und in das Geschichtsbuch schreiben, das hat nicht rentiert, das hat nicht funktioniert, dann wird das eine Geschichtsschreibung sein, die so nicht stimmt für mich. Das möchte ich hier zu Protokoll geben, danke. Ich bin teilweise zufrieden mit der Antwort, wir werden das bestimmt noch besprechen anhand der Studie und wenn dies nicht zufriedenstellend ist, müsste ich Sie halt wieder mit einer neuen Interpellation ärgern.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

14.2. Interpellation Nr. 28 Roger Stalder betreffend HSK-Kurse: Heimatkunde oder Hetze?

[10.04.24 15:41:40, 24.5109.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen, damit geht das Wort an Regierungsrat Conradin Cramer.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Gerne beantworte ich namens des Regierungsrats diese Interpellation wie folgt.

Private Trägerschaften, die schulische Einrichtungen nutzen und von den Schulen zur Erteilung von Unterricht in heimatlicher Sprache und Kultur, abgekürzt HSK, vermittelt werden möchten, benötigen eine Bewilligung des Erziehungsdepartements. Die Voraussetzungen für die Bewilligung sind in § 134b des Schulgesetzes geregelt. Unter anderem ist festgehalten, dass der Unterricht politisch und konfessionell neutral gestaltet wird. Eine weitere Voraussetzung ist, dass sich die Trägerschaft analog zur Privatschulbewilligung zu den Grundrechten bekennt.

Zu Frage 1: Alle HSK-Kurse sind auf dem Basler Bildungsserver aufgeführt. Im aktuellen Schuljahr wird HSK-Unterricht in 36 Sprachen von insgesamt 44 Trägerschaften angeboten.

Zu Frage 2: HSK-Kurse können von Trägerschaften, die nicht gewinnorientiert sind, zu denken ist etwa an Elternvereine, Botschaften oder Konsulate, angeboten werden. Die Trägerschaft muss eine Koordinationsperson mit der organisatorischen, fachlichen und personellen Leitung des Angebots beauftragen. Die Trägerschaften und Koordinatorinnen und Koordinatoren sind bekannt und werden alle auf dem Basler Bildungsserver aufgeführt. Die Finanzierung des HSK-Unterrichts ist Sache der Trägerschaften. Die Vereine finanzieren sich vorwiegend über Mitglieder- und Elternbeiträge. Einzelne HSK-Angebote werden zusätzlich von den Botschaften oder den zuständigen Bildungsministerien finanziell unterstützt. Die Trägerschaften müssen ihre Finanzierung grundsätzlich nicht offenlegen. Ob sie weitere finanzielle Mittel erhalten, ist deshalb nicht bekannt.

Zu Fragen 3 und 4: Wie erläutert sind die Finanzierung und Organisation des HSK-Unterrichts grundsätzlich Sache der Trägerschaften. Der Regierungsrat hat keine Kenntnis von HSK angeboten, die von Organisationen oder staatlichen Organen finanziell unterstützt werden, deren Ausrichtung und Ziele nicht mit den Vorgaben für HSK-Unterricht vereinbar

sind. Sollten die Voraussetzungen für eine Bewilligung nicht mehr gegeben sein, kann das Erziehungsdepartement die Bewilligung mit sofortiger Wirkung entziehen.

Es hat im Herbst 2022 von diesem Recht Gebrauch gemacht, nachdem es zur Auffassung gelangt war, dass der Verein Russkij Basel keine Gewähr mehr für einen politisch neutralen Unterricht bieten kann. Dieser Fall hat gezeigt, dass dem Erziehungsdepartement bei der Bewilligung von HSK-Unterricht gegenüber privaten Trägerschaften ein weiter Ermessens- und Beurteilungsspielraum zusteht.

Zu Frage 5: Es kann trotz aller Vorkehrungen nicht ausgeschlossen werden, dass eine HSK-Lehrperson die Verpflichtung, den Unterricht politisch neutral zu führen, verletzt. Der Regierungsrat ist jedoch überzeugt, dass das Bewilligungsverfahren und die Kontrollen zur Einhaltung der Vorgaben haben, ausreichend sind, um nötigenfalls auf Verstösse reagieren zu können. Botschaften und private Trägerschaften könnten grundsätzlich auch ohne Bewilligung des Kantons Sprachkurse anbieten. Allerdings könnten sie dann keine schulischen Einrichtungen nutzen. Der Kanton Basel-Stadt hat ein grosses Interesse daran, dass die Sprach- und Kulturangebote für Schülerinnen und Schüler im Rahmen der HSK-Strukturen stattfinden.

Zu Fragen 6 und 7: Das Appellationsgericht des Kantons Baselstadt hat den Rekurs des Vereins Russkij Basel gegen den Entzug der Bewilligung abgewiesen und dabei klargestellt, dass die Behörden überprüfen dürfen, ob im HSK-Unterricht völkerrechtswidrige Ideologien vermittelt werden. Eine lückenlose Kontrolle ist nicht möglich. Das für den HSK-Unterricht zuständige Erziehungsdepartement prüft die Angebote aus neutraler Warte hinsichtlich der Einhaltung der kantonalen Vorgaben gemäss dem Schulgesetz. Dazu gehört, wie bereits gesagt, die Verpflichtung, den Unterricht politisch und konfessionell neutral zu gestalten und die Voraussetzung, dass sich die Trägerschaft zu den demokratischen Grundwerten bekennt. Die im Erziehungsdepartement zuständige Fachperson steht in ständigem Austausch mit den Koordinatorinnen und Koordinatoren und besucht regelmässig den HSK-Unterricht.

Zu Frage 8: Der Regierungsrat ist überzeugt, dass es im Interesse des Kantons ist, dass die Kurse zu Sprache und Kultur in den bestehenden HSK-Strukturen an den Schulen stattfinden. Das Bewilligungsverfahren und die wenn auch nur punktuelle Aufsicht und Kontrolle haben sich bewährt. Der Regierungsrat sieht keinen Anlass, das HSK-Konzept grundsätzlich zu überprüfen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun die Gelegenheit bekannt zu geben, ob er mit den Antworten zufrieden ist.

Roger Stalder (SVP): Ich bedanke mich für die Beantwortung meiner Interpellation. Es sind sicher noch einige Fragen offen und wenn Gelder aus den arabischen Länder kommen, dann ist das sicher zu wenig kontrolliert. Wenn die Konflikte endlich mal alle gelöst werden sollen, ist es wichtig, dass dieser Unterricht nicht einseitig ist. Wenn man nicht weiss, wo das Geld herkommt, muss man genau hinschauen, denn das Geld befiehlt. Wenn wir wollen, dass es Frieden gibt, dann müssen wir in den Schulen anfangen. Es kann nicht sein, dass wir Schüler haben, die sich gegenseitig – und hat ja solche Vorfälle gegeben. Wenn wir Frieden wollen, muss man bei den Schülern arbeiten, dass nicht nach jedem Wort, das einer aus einem anderen Land sagt, gerade ein terroristischer Anschlag wird. Dort müssen wir ansetzen und darum bin ich nur teilweise zufrieden mit der Beantwortung meiner Interpellation.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledig.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die nächste Interpellation mündlich beantworten. Weil der Interpellant auf Begründen, hat der Regierungsrat Kaspar Sutter das Wort.

14.3. Interpellation Nr. 29 Joël Thüring betreffend Asylunterkunft Heuwaage-Hochhaus

[10.04.24 15:48:20, 24.5116.01]

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1: Der Kanton hat die erneute Inbetriebnahme des Hochhauses an der Heuwaage am 14. März 2024 mittels Medienanfrage öffentlich kommuniziert. Es war nicht vorgesehen, hierzu speziell zu informieren. Dafür gibt es verschiedene

Gründe. Wir kommunizieren regelmässig und zuverlässig, wenn neue Asylstrukturen für längere Zeit eröffnet werden sollen. Beim Hochhaus geht es um eine unerwartete, aber auch sehr hilfreiche Weiterführung eines bewährten und für die Nachbarschaft vertrauten Betriebs. Die Liegenschaft wurde vom April 2022 bis Ende Januar 2023 bereits als Durchgangszentrum für Geflüchtete genutzt. Zu Beginn wohnten dort vor allem Schutzsuchende aus der Ukraine, ab Herbst dann auch Geflüchtete aus anderen Herkunftsstaaten. Der Betrieb verlief ruhig, Betreuungs- und Sicherheitspersonal waren rund um die Uhr vor Ort, Beschwerden aus der Nachbarschaft sind dem Regierungsrat keine bekannt.

Wie in den letzten Monaten mehrfach kommuniziert, ist die Unterbringungslage im Asylbereich auch in Basel-Stadt angespannt. Die Sozialhilfe bewirtschaftet über 1’500 Unterbringungsplätze an mehr als 100 Standorten, die aufs gesamte Kantonsgebiet verteilt sind. In den Erstaufnahmezentren, zu denen das Durchgangszentrum im Hochhaus an der Heuwaage gehört, wechselt die Belegung laufend. Seit letztem Herbst gibt es zu wenig Reserveplätze, so dass die zugewiesenen Geflüchteten nicht wie gewünscht nach Nationalitäten gegliedert auf die Liegenschaften verteilt werden können. Es ist definitiv ein Glücksfall, dass das Hochhaus nochmals für ein paar Monate der Sozialhilfe zur Verfügung gestellt wird. Die ersten Bewohnerinnen und Bewohner werden nach Ostern einziehen Ende Januar 2025 wird der Betrieb dann voraussichtlich wieder eingestellt.

Zu Frage 2. Aktuell kommen die grössten Flüchtlingsgruppen aus der Ukraine, der Türkei und aus Afghanistan. Im Hochhaus an der Heuwaage werden nebst Staatsangehöriger dieser Länder auch Personen aus Syrien oder aus afrikanischen Staaten wohnen, je nachdem, wer vom Bund an den Kanton Basel-Stadt zugewiesen wird. Es werden Familien, Frauen, Kinder und alleinreisende Männer sein, die dort ein Dach über dem Kopf bekommen.

Unbegleitete minderjährige Asylsuchende wohnen in spezifisch betreuten Wohngruppen, nicht an der Heuwaage. Ebenfalls werden abgewiesene Asylsuchende aus Maghrebstaaten nicht an der Heuwaage untergebracht. Sie werden mit Nothilfe unterstützt und übernachten meist in der Notschlafstelle.

Zu Frage 3: Die seit zwei Jahren anhaltend hohen Asylgesuchszahlen und Anträge auf Schutzstatus S haben die Aufnahme- und Unterbringungskapazitäten in Basel-Stadt erschöpft. Für alleinreisende Männer musste letzten November die unterirdische Anlage in den Grün 80 in Betrieb genommen werden. Der Aufenthalt dort ist nach Möglichkeit auf drei Monate befristet, vorausgesetzt über Tag sind ausreichend Wohnplätze vorhanden. Immer mehr Geflüchtete sind langfristig auf Wohnungen in Asylliegenschaften angewiesen.

Zu Frage 4: Die Sozialhilfe bezahlt für das gesamte Gebäude einen symbolischen Preis von 10’000 Franken pro Monat und übernimmt die anfallenden Nebenkosten. Vorgesehen ist eine Belegung mit 120 Personen. .Sach- und Personalaufwand für die Unterbringung und Betreuung von zugewiesenen Flüchtlingen fallen unabhängig vom Unterbringungsstandort an und sind in dem Sinn keine zusätzlichen Kosten. Der Bund beteiligt sich an den Kosten über die Globalpauschalzahlungen an die Kantone.

Zu Frage 5: Angesichts der Bundesprognosen, die auch für 2024 von hohen Asylgesuchszahlen ausgehen, wird es zusätzliche Unterbringungsplätze brauchen. Die Planung dazu ist im Gang, über konkrete künftige Standorte kann keine Auflistung gemacht werden, weil die Planung sehr rollend ist.

Zu Frage 6: Für Grenzkontrollen und für die Einhaltung der Dublin Vereinbarung ist der Bund zuständig. Das Schengen und Dublin-Abkommen ist für die Sicherheit der Schweiz und den Wirtschafts- und Lebensraum von Basel von grosser Bedeutung.

Zu Frage 7: Der Regierungsrat anerkennt, dass es Vorbehalte gibt. Die Erfahrungswerte zeigen aber, dass bei kantonalen Asylliegenschaften ein geordneter und ruhiger Betrieb möglich ist.

Zu Frage 8: Im Hochhaus an den Heuwagen ist rund um die Uhr Personal präsent. Allenfalls können bei der Polizei zusätzliche Patrouillen angefragt werden. Wie bereits ausgeführt, wurde das Hochhaus an der Heuwaage bereits im vergangenen Jahr von Menschen aus der Ukraine und anderen Herkunftsländern genutzt, ohne dass dies zu Beschwerden geführt hat. Sollten sich die Sicherheitsverhältnisse verschlechtern, wird der Regierungsrat Massnahmen prüfen.

Zu Frage 9: Bei Fragen oder Problemen kann jederzeit die Zentrumsleitung vor Ort oder die Sozialhilfe kontaktiert werden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Joël Thüring (SVP): Ich danke Regierungsrat Kaspar Sutter für die Beantwortung meiner Interpellation. Er hat zugegeben, dass das Asylchaos, welches in der Schweiz herrscht, Folgen hat für das System in unserem Kanton. Die Asylunterkünfte sind überlastet. Deshalb muss der Kanton wegen dieser gescheiterten Asylpolitik von Bundesrat Beat Jans und seiner Vorgängerin Elisabeth Baume-Schneider, den Parteikollegen von Kaspar Sutter, neue Unterkünfte erstellen. Es ist schon sehr erstaunliche, Regierungsrat Kaspar Sutter, wenn Sie sagen, sie müssten über diese Unterkunft nicht informieren, weil es sie schon gegeben hat. Diese Unterkunft war geschlossen und es war ursprünglich nur kommuniziert worden, dass diese

Unterkunft für die ukrainischen Flüchtlinge geöffnet werden soll. Und wir wissen ja auch alle, dass diese Flüchtlinge, die über den Schutzstatus S damals in die Schweiz gekommen sind, vor allem Frauen sind und junge Kinder und sicherlich nicht die Personengruppierungen, die auch in der Bevölkerung für gewisse Unsicherheiten sorgen, die das Sicherheitsbefinden der Bevölkerung eben sehr stark tangieren. Deshalb scheint es mir etwas fragwürdig zu sein, wenn der Regierungsrat über eine Asylunterkunft in einem Quartier nicht öffentlich informiert. Man hat dann ein wenig den Eindruck, dass der Regierungsrat verheimlichen will, dass eben auch in Basel-Stadt das Asylchaos zu grossen Problemen führt.

Deshalb ist es auch wichtig, dass die Bevölkerung weiss, welche Asylmigranten untergebracht werden. Wir haben es jetzt gehört, es sind einerseits weiterhin Asylmigranten aus der Ukraine vorgesehen, also Personen mit dem Schutzstatus S, aber eben auch Asylbewerber aus Afghanistan, aus Syrien und aus afrikanischen Staaten. Und wenn wir beispielsweise sehen, dass bei den Verstössen gegen das Ausländer- und Integrationsgesetz gemäss neuster polizeilicher Kriminalstatistik gut 40 Prozent der Delikte von Afghanen und Syrern begangen werden, und wenn wir gleichzeitig sehen, dass bei allen Straftaten eben auch der Anteil von Afghanen und Syrern gleich nach denjenigen von Personen aus Maghreb-Staaten überdurchschnittlich hoch ist, dann ist es selbstverständlich auch so, dass die Bevölkerung, die rund um diese Heuwaage lebt, arbeitet oder geschäftet, ein besonderes Interesse hat, darüber informiert zu werden, wer dort einzieht.

Wenn Sie beispielsweise mit Geschäftstreibenden in der Steinenvorstadt sprechen, die dort auch Gastronomiebetriebe führen, dann sind die allesamt nicht erfreut, dass nun diese Asylunterkunft noch einmal aufgeht. Und sie sind insbesondere auch nicht erfreut, wenn nun dieser Mix an Asylbewerbern eben deutlich anders wird als bei der Erstnutzung.

Deshalb bin ich zwar zufrieden, dass Regierungsrat Kaspar Sutter heute die Fragen hierzu beantwortet hat. Ich bin aber nicht zufrieden, dass man nicht proaktiv die Öffentlichkeit über diese Asylunterkunft informiert hat und ich bin auch nicht zufrieden, dass der Regierungsrat meine Frage zur Einführung der Grenzkontrollen nicht beantwortet, denn wir haben in den letzten Wochen und Monaten eines feststellen können: Ein geeignetes Mittel für Sicherheit, aber auch zum Schutz vor illegaler Migration sind Grenzkontrollen. Deshalb macht es die deutsche Bundesregierung an den Schweizer Grenzen. Deshalb sind bei uns auch die Verstösse im Ausländer- und Integrationsgesetz im 2023 um 85 Prozent angestiegen. Das sage nicht ich, dass auch der erste Staatsanwalt dieses Kantons. Weil diese Grenzkontrollen eben so effektiv sind, sind die Zahlen in Deutschland, was die Anträge auf Asyl anbelangt, markant im 2023 zurückgegangen, währenddem sie bei uns auf Höchstwert sind und auf dieses Jahr hin wahrscheinlich gemäss Aussagen des Staatssekretariats für Migration vielleicht wieder 30’000 oder gar 40’000 erreichen würden. Deshalb glaube ich schon, ist der Regierungsrat hier angehalten, möglichst sensibel zu informieren und sich aber eben auch dafür einzusetzen, dass Grenzkontrollen eingeführt werden, dass das Asylchaos gestoppt wird, damit es solche Asylunterkünfte in Gebieten auf dem Kantonsgebiet in Wohnquartieren eben nicht mehr benötigt. Ich bin aber zuversichtlich. Regierungsrat Kaspar Sutter hat versprochen, dass Anwohner sich melden dürfen, dass auf die Sicherheit geschaut wird, dass, wenn es zu Problemen kommt, rasch reagiert wird. Aber ich bitte Sie, das dann nicht über die Kantonspolizei zu machen. Die ist nun wirklich aufgrund der Situation in diesem Kanton in Bezug auf die Sicherheit schon genügend belastet. Hier müssten dann andere Wege und Lösungen gefunden werden.

Ich bin also mit der Beantwortung nur teilweise zufrieden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist teilweise zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist somit erledigt.

14.4. Interpellation Nr. 30 Michela Seggiani betreffend 75 Jahre Europarat und 30 Jahre Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)

[10.04.24 15:58:46, 24.5117.01]

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich darf Ihnen diese Interpellation wie folgt beantworten.

Einleitend mit ein paar grundsätzlichen Bemerkungen: Der Europarat wurde am 5. Mai 1949 gegründet, deshalb finden am kommenden 5. Mai Feierlichkeiten zu seinem 75-jährigen Bestehen statt. Die Schweiz ist dem Europarat am 6. Mai 1963 beigetreten. Entsprechende Feiern könnten in der Schweiz also auch am 6. Mai stattfinden. Auch die Europäische Union feiert einen Europatag, und zwar jeweils am 9. Mai. Dieses Datum markiert seit 1950 den Jahrestag der Schumann-Erklärung, in welcher Robert Schumann seine Idee für eine neue Form der politischen Zusammenarbeit in Europa vorstellt. Als Mitglied des Europarates ist es für die Schweiz naheliegender, den Europatag am 5. Mai zu begehen. Der Regierungsrat möchte aus diesem Anlass auch dieses Jahr sein Bekenntnis zur europäischen Integration erneuern.

Zu Frage 1: Der Regierungsrat hat in der Vergangenheit die Europatage des Europarates wiederholt zum Anlass genommen, um an die immer engere Verflechtung unseres Kantons mit Europa zu erinnern. Am 5. Mai 2003 anlässlich des 40 Jahr-

Jubiläums des Beitritts der Schweiz zum Europarat fand dazu ein grösserer Anlass statt, an welchem auch die damalige Vorsteherin des EDA, Bundesrätin Micheline Calmy-Rey teilnahm und eine Rede hielt. In den letzten Jahren hat der Regierungsrat auf grössere Feiern verzichtet. Nichtsdestotrotz hat er im Rahmen der sogenannten kleinen Aussenpolitik die Beziehungspflege zu unseren Nachbarn in der unmittelbaren Nachbarschaft von Deutschland und Frankreich intensiviert, sich noch stärker in den Gremien der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit engagiert und dabei jeweils zum Ausdruck gebracht, dass Basel-Stadt sich zur europäischen Integration bekennt und sich selber als Tor der Schweiz zu Europa versteht.

Zu Frage 2: Der Regierungsrat wird zum Schweizer Europatag eine Medienmitteilung publizieren, um die Verdienste des Europarats und des Kongresses der Grenzregionen Europas für die Schweiz und unsere Region zu würdigen. Bei dieser Gelegenheit wird er auch eine Verbindung zum aktuellen Engagement des Kantons bei den Verhandlungen für zukünftige Beziehungen zwischen der Schweiz und der europäischen Union herstellen. Es wird zudem wie bis anhin am 5. und am 6. Mai das Rathaus mit der Europafahne beflaggt.

Zu Frage 3: Der Regierungsrat wird mit Blick auf die Folgejahre mögliche weitere Aktivitäten für den 5. Mai prüfen. Damit soll der Europatag des Europarats nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass wir uns hier in der Region als Europäerinnen und Europäer des Alltags verstehen, in den kommenden Jahren wieder mehr Beachtung erfahren. Des weiteren wird der Kanton Basel-Stadt gemeinsam mit den anderen Nordwestschweizer Kantonen und der Regio Basiliensis prüfen, inwiefern das im vergangenen Jahr unter der Federführung der Regio Basiliensis durchgeführte Treffen der Schweizer Grenzkantone mit ihren ausländischen Partnern in Grenznähe als institutionalisiertes Format weitergeführt werden und eventuell einen Beitrag zu einem Schweizer Europatag leisten könnte.

Zu Frage 4: Für allfällige weitere Massnahmen, unter Berücksichtigung natürlich der Meinung der aktuellen Nordwestschweizer Vertreterinnen und Vertretern bei der KGRE, wird sich der Regierungsvizepräsident am 29. April mit seinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausschuss der Nordwestschweizer Regierungskonferenz absprechen und dort allenfalls auch ein gemeinsames Gratulationsschreiben an die KGRE vorschlagen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antworten zufrieden ist.

Michela Seggiani (SP): Ob die Feierlichkeiten am 5. Mai, also am Grundungstag des Europarates, oder am 6. Mai zum Tag, an dem die Schweiz beigetreten ist, oder am Europatag am 9. Mai stattfinden, ist mir nicht so wichtig als dass das überhaupt wahrgenommen wird und Feierlichkeiten in Zukunft stattfinden können. Auch der 5. Juni, der auch eine Möglichkeit ist, wäre in Ordnung.

Schade finde ich aber, wenn darauf verzichtet wird. Ausschliesslich eine Medienmitteilung zu verfassen, ist eine verpasste Chance. Dass die Europaflagge am 5. und 6. Mai am Rathaus hängen wird, finde ich sehr erfreulich, und auch dass das Treffen der Schweizer Grenzkantone aufgenommen wird. Ich habe heute dazu einen Anzug eingereicht, vielleicht habe ich da offene Türen eingerannt. Das ist toll, wenn ein Anzug am selben Tag selbst überholt wird.

Zu den Feierlichkeiten: Es geht mir hierbei nicht darum, eine Party feiern zu können, sondern vor allem darum, dass wir Beziehungen pflegen können, auch über die Grenzen hinaus, dass wir Kontakte knüpfen können, dass wir unseren Standort stärken und Basel als ernsthaften Player in sozialen wie wirtschaftlichen und ökologischen Punkten präsentieren und exponieren können. Wir müssen uns im Spiel halten.

Es freut mich zu hören, dass die Regierung prüft, was möglich sein wird, ebenfalls dass geplant ist, eventuell ein Gratulationsschreiben an das Präsidium der KGRE zu verfassen. Ich danke, dass Sie solche Ideen in Zukunft wieder in Betracht ziehen. Ich möchte mich auch bedanken für die prompte Beantwortung dieser Interpellationen. In diesem Sinne kann ich sagen, dass ich mit der Antwort zufrieden bin.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist somit erledigt.

14.5. Interpellation Nr. 31 Michael Hug betreffend wann werden die Arbeitsbedingungen bei der Polizei und bei anderen Kantonsangestellten im Schichtbetrieb endlich verbessert?

[10.04.24 16:06:39, 24.5118.01]

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1: Der Regierungsrat ist sich der angespannten Situation bei der Polizei bewusst. Entsprechend hat er im März 2023 für Korpsangehörige der Polizei bis Lohnklasse 16 eine auf drei Jahre befristete Arbeitsmarktzulage von monatlich 400 beziehungsweise 250 Franken beschlossen. Basis für die Bezifferung der Arbeitsmarktzulage war ein spezifischer Lohnvergleich vom Januar 2023, welcher in Zusammenarbeit mit HRBS und unter Beteiligung des HR JSD durch die Firma Perinnova Compensation GmbH erstellt worden ist. Perinnova ist auf den Vergleich von Verwaltungslöhnen spezialisiert. Der Lohnvergleich basierte auf den Lohndaten der Kantone Aargau, Bern, Basel-Landschaft, Solothurn und Zürich sowie der Städte Bern und Zürich. Aus diesem Lohnvergleich ergab sich, dass die Löhne bei den tiefer eingereihten Polizeifunktionen, und dort insbesondere bei den jüngeren Mitarbeitenden, vergleichsweise tief waren, während bei den höher eingereihten Polizeifunktionen die Löhne konkurrenzfähig waren. Daraus resultierte die abgestufte Ausrichtung der Arbeitsmarktzulage.

In der Folge bestätigten der jährlich stattfindende allgemeine Lohnvergleich von Perinnova, welche auf den per April 2023 erhobenen Zahlen aus 25 Kantonen und 16 Städten beruhte und im Herbst 2023 verfügbar war, dass die Polizeilöhne in Basel-Stadt zusammen mit den Arbeitsmarktzulagen im Vergleich gut ausfallen und auf einer konkurrenzfähigen Höhe liegen. Zudem ergab sich aus einem durch die Firma Perinnova im April 2023 erstellten Vergleich der Lohnnebenleistungen, dass die Zulagen im Schichtdienst im Vergleich mit den sechs öffentlichen Verwaltungen Basel-Landschaft Aargau, Solothurn, Zürich sowie den Städte Zürich und Bern konkurrenzfähig sind. Im 2024 findet wiederum ein allgemeiner Lohnvergleich statt, welcher diesen Herbst verfügbar sein wird.

Ergänzend dazu ist die Vornahme eines weiteren, spezifischen Lohnvergleichs vorgesehen, um die Lage von Basel-Stadt im Vergleich zu anderen Polizeikorps zu überprüfen. Hier befindet sich die HRBS aktuell mit dem HR der Kapo im Austausch. Der Regierungsrat geht mit dem Interpellanten einig, dass ein aussagekräftiger Lohnvergleich einerseits die Nachbarkantone Basel-Landschaft, Aargau und Solothurn andererseits auch städtische Korps wie Zürich, Bern und Genf umfassen muss. Dieser Lohnvergleich sollte bis spätestens Herbst 2024 vorliegen.

Die Rekrutierung und Bindung von Fachkräften ist grundsätzlich schwieriger geworden. Der Kanton Basel-Stadt ist heute ein guter Arbeitgeber. Um auch zukünftig attraktiv zu bleiben, hat der Regierungsrat im Frühjahr 2023 eine regierungsrätliche Delegation Personal beauftragt, sich mit der Thematik vertieft und gesamtstrategisch zu befassen. Erste Massnahmen, wie beispielsweise die Aufhebung der Obergrenze von zehn Tagen pro Jahr für die Betreuung kranker Kinder, eine befristete Überstundenregelung für Schichtdienstleistende der Sanität oder die Anpassung der anrechenbaren Arbeitszeit für den Besuch von obligatorischen Weiterbildungen hat der Regierungsrat bereits beschlossen. Anfang dieses Jahres hat der Regierungsrat zudem das Projekt «Arbeitgeberattraktivität steigern» verabschiedet. Das Projekt umfasst fünf Themenfelder, die innerhalb von fünf Jahren und im Rahmen eines iterativen und partizipativen Prozesses bearbeitet werden sollen. Dazu gehören unter anderem Arbeitsbedingungen oder Lohnregelungen. Parallel dazu sind sogenannte Quick Wins vorgesehen, die innerhalb von rund zweieinhalb Jahren umgesetzt werden sollen. Zu diesen Quick Wins gehören beispielsweise die vom Interpellanten aufgeführte Umkleidezeit oder Fringe Benefits.

Zu frage 2: Wie bereits zur Frage 1 ausgeführt, sind für das Jahr 2024 ein weiterer spezifischer Lohnvergleich und ein jährlicher allgemeiner Lohnvergleich initiiert. Diese beiden Lohnvergleiche werden bis spätestens Herbst 2024 vorliegen. Sie werden in das Projekt «Arbeitgeberattraktivität steigern» einfliessen. Der Regierungsrat steht einer Veröffentlichung der Ergebnisse positiv gegenüber. Abklärungen betreffend Datenfreigabe mit den beauftragten Unternehmen sind bereits im Gange.

Zu Frage 3: Die Kosten für die seit März 2023 ausgerichteten Arbeitsmarktzulage betragen rund 3,4 Millionen Franken pro Jahr. Da weder eine Anhebung der Löhne noch deren Umfang oder Form derzeit feststehen kann, auch kein Betrag beziffert werden.

Zu Frage 4: Die Löhne aller Mitarbeitenden sind im Lohngesetz festgeschrieben. Soll davon abgewichen werden, muss dies im Rahmen der Vorgaben des Lohngesetzes erfolgen, welches hierfür insbesondere die Möglichkeit der Arbeitsmarktzulage vorsieht. Davon hat der Regierungsrat bereits per 1. März 2023 Gebrauch gemacht. Eine vertiefte Prüfung allfälliger weiterer Anpassungen ist im Rahmen des Projekts «Arbeitgeberattraktivität steigern» vorgesehen. Die Abklärung der Arbeitsmarktzulagen wird selbstverständlich rechtzeitig erfolgen.

Zu Frage 5: Aktuell fehlt im kantonalen Personalrecht eine formell rechtliche Grundlage für die Ausrichtung von Fringe Benefits. Die zeitnahe Schaffung der gesetzlichen Grundlage ist, wie bereits erwähnt, im Rahmen eines Quick Wins vorgesehen.

Zu Frage 6: Im Rahmen der Beantwortung der schriftlichen Anfrage Brigitte Gysin betreffend «Gilt Umkleidezeit als Arbeitszeit» hat der Regierungsrat die Prüfung von einheitlichen Vorgaben betreffend Umkleidezeit in Aussicht gestellt. Massnahmen sollen bis zu den Sommerferien eingeleitet werden. Für die Reinigung der Dienstleitung sind die Mitarbeitenden selbst verantwortlich. Für ergänzende Regelungen sind die Departemente zuständig.

Zu Frage 7: Für Fragen betreffend das überdepartementale Personalmanagement ist das Finanzdepartement beziehungsweise HRBS zuständig. Selbstverständlich gibt es hierzu viele Bereiche, die in enger Zusammenarbeit mit den

Departementen erarbeitet werden. Für Geschäfte, die ausschliesslich departementsspezifischen Charakter haben, wie beispielsweise ergänzende Regelungen im Bereich Reinigung der Arbeitskleidung, sind die Departemente zuständig. Bezüglich dem Projekt «Arbeitgeberattraktivität steigern» hat das Finanzdepartement die Federführung. Die strategische Begleitung erfolgt durch die regierungsrätliche Delegation Personal. Die enge Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Departementen wird durch deren Einsitz in der Projektgruppe sichergestellt.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Michael Hug (LDP): Ich muss gestehen, dass ich von der pragmatischen Art von Regierungsrätin Tanja Soland bei politischen Sachthemen stets angetan war. Umso weniger verstehe ich nun, weshalb bei diesem Thema so, entschuldigen Sie die Wortwahl, «herumgeeiert» wird. Ich habe den Eindruck, man versteckt sich hinter laufenden Prozessen, hinter Evaluationen und Gesetzen, aber spricht nicht an, was wirklich gefordert ist. Es laufen derzeit schon einige Vorstösse, die genau sagen, man wolle eine Lohnerhöhung, man wolle die Verbesserung von Fringe Benefits, und hier sprich man dann davon, dass man daran sei, aber dass zuerst dies und das noch abgeklärt werden müsse. Aber das Problem ist hier und jetzt akut.

Es gibt gute Neuigkeiten aus der Beantwortung der Interpellation, das muss ich zugeben. Man spricht von Quick Wins, die man umsetzen möchte. Das finde ich sehr begrüssenswert. Dann soll ein Lohnvergleich endlich publiziert werden. Weiter wird von einer Bereitschaft gesprochen, etwas ändern zu wollen, und das ist eine Grundlage, die essentiell ist, dass das Thema sich hier verbessert.

Aber es geht viel zu lange. Es passiert und passiert einfach nichts. Seit 2022 ist dieses Problem bekannt. Der Unterbestand bei der Polizei ist mittlerweile bei 100 Stellen angelangt. Die Menschen, die Bevölkerung, und man liest es viel in den Medien, die machen sich Sorgen. Kriminelle wissen auch, dass man für einfache Diebstähle oder so nicht einfach ausrücken kann, weil man einen Unterbestand hat. Und wenn man diese präventive Wirkung nicht mehr hat, dass die Sicherheit an jedem Ecken vorhanden ist es, dann wird man dazu eingeladen, auch Diebestähle durchzuführen. Und das ist eine ganz schwierige Ausgangslage.

Weiter wurde von der Arbeitsmarktzulage gesprochen, die genehmigt wurde und die erhöht worden ist im Jahr 2023. Das ist ja gut und recht, nur ist sie auf drei Jahre limitiert. Gleichzeitig wird auch davon gesprochen, dass mit dieser Arbeitsmarktzulage das Lohnniveau von anderen Kantonen quasi ausgeglichen wird, dass man attraktiv und vergleichbar ist. Ich habe da eine ganz andere Information von verschiedensten Personen, die auch als Polizisten arbeiten, aber auch in anderen Bereichen, und ich kann es aber nicht beurteilen, denn der Lohnvergleich wurde ja nie vorgelegt, der wurde nie publiziert. Ich habe das schon angefragt im 2022 und 2023, und jetzt spricht man davon, dass die Regierung positiv gegenübersteht, die Ergebnisse im Herbst vielleicht zu publizieren. Aber welche Ergebnisse sind das dann? Ist das dann der Lohnvergleich oder sind es die Ergebnisse dieser Arbeitskommission des Regierungsrats? Hier habe ich grosse Fragezeichen, ob dann wirklich einmal eine Antwort vorliegt, die diese Lohnvergleichung darlegt und ein Vergleich, der Rückschlüsse zulässt, wirklich vorliegt.

Dann gibt es Vorstösse, die ganz klar fordern, dass mehr Geld für die Sicherheit in die Hand genommen und für die Polizei eingesetzt werden soll. Der Auftrag ist hier ganz klar. Es wurde soeben auch eine Motion eingereicht von der SVP, die ich mitunterschreiten konnte, die eine klare Lohnerhöhung fordert. Es geht um eine Kernfunktion des staatlichen Handelns, die Sicherheit, und es geht um Wertschätzung gegenüber den Polizisten und Polizistinnen und anderen Personen, die die Sicherheit in diesem Kanton gewährleisten. Ich bin also mit der Beantwortung der Interpellation nicht zufrieden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist somit erledigt.

14.6. Interpellation Nr. 32 Pascal Messerli betreffend gilt die Antirassismus-Strafnorm auch an Demonstrationen für die Hamas-Terroristen?

[10.04.24 16:20:57, 24.5119.01]

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Einleitende Bemerkungen: Antisemitismus manifestiert sich in feindseligen Überzeugungen, Vorurteilen oder Stereotypen, die sich deutlich oder die Fuss in der Kultur, der Gesellschaft oder in Einzelhandlungen zeigen und die darauf zielen,

jüdische Personen und Institutionen zu beleidigen, herabzusetzen, auszugrenzen, zu benachteiligen oder auch als grundsätzlich anders zu betrachten. Leider ist der Antisemitismus immer noch ein gesamtgesellschaftliches Problem, das viele betrifft. Die Bekämpfung von Antisemitismus als teilgruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist dem Regierungsrat deshalb ein wichtiges Anliegen. Umso mehr ist er betroffen, dass an Demonstrationen im Zusammenhang mit der Gewalteskalation im Nahen Osten immer wieder antisemitische Parolen skandiert werden.

Zu Fragen 1 und 2: Im nachgefragten Kontext ist bis dato eine Anzeige wegen Diskriminierung und Aufruf zu Hass, Artikel 261bis Strafgesetzbuch, bei der Staatsanwaltschaft Baselstadt eingegangen

Zu Frage 3: Die Staatsanwaltschaft nimmt alle Anzeigen ernst und leitet bei Verdacht konsequent Strafverfahren ein. Sie verfolgt Straftaten unabhängig vom politischen, weltanschaulichen oder gesellschaftlichen Hintergrund einer beschuldigten Person und immer auf den konkreten Einzelfall bezogen. In ihrer Strafverfolgungstätigkeit orientiert sich die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt streng an den einschlägigen gesetzlichen Regelwerken, namentlich dem Strafgesetzbuch, der Strafprozessordnung und der Rechtsprechung. Aufgrund der vorgenannten Anzeige hat die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt vertieft und umfassend die Frage geprüft, ob die Parolen «Stoppt Genozid in Gaza» und «From the River to the Sea, Palestine will be free» einen oder mehrere Straftatbestände erfüllt. Konkret ging es um den Tatbestand der Diskriminierung und Aufruf zu Hass in Artikel 261bis StGB, und jenem der öffentlichen Aufforderung zu Verbrechen oder zu Gewalttätigkeit in Artikel 259 StGB. Sie ist in diesem konkreten Fall zum Schluss gekommen, dass die beiden Parolen inhaltlich die Straftatbestände nicht erfüllen und demnach nicht strafbar sind. Die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt hat das Verfahren deshalb mit einer zwischenzeitlich rechtskräftigen Nichtanhandnahmeverfügung abgeschlossen. Auch in den anderen Kantonen kamen sowohl die Staatsanwaltschaften als auch namhafte Strafrechtsexperten zum Schluss, dass die Parole «From the River to the Sea» den Straftatbestand von Artikel 261bis Strafgesetzbuch nicht erfüllt.

Zu Frage 4: Artikel 261bis StGB schützt die Menschenwürde und umfasst im Wortlaut Personen oder Gruppen von Personen, welche aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer Rasse, Ethnie oder Religion oder aufgrund der sexuellen Orientierung diskriminiert werden. Diese Aufzählung ist abschliessend. Politische, geografische und nationale Gruppen werden nicht geschützt. Der Tatbestand von Artikel 259 StGB sodann verlangt einen auf Beeinflussung anderer Menschen gerichteten eindringlichen kommunikativen Akt, wobei die Aufforderung eindeutig auf die Begehung der im Gesetzestext genannten Delikte gerichtet sein muss. Nicht jede diskriminierende Äusserung oder Handlung ist demnach strafbar. Es ist nicht die Aufgabe des Strafrechts, Menschen zu sagen, was moralisch richtig oder falsch ist. Vielmehr besteht der Zweck des Strafrechts darin, Verhalten zu sanktionieren, welches das friedliche Zusammenleben in einer Gemeinschaft auf Dauer gefährdet. Der Regierungsrat erkennt zurzeit zwar noch keinen Revisionsbedarf der Strafgesetzgebung, er beobachtet die weitere Entwicklung aber aufmerksam. Wie bereits vor einem Monat bei der Interpellation Nummer 23 betreffend «Ein schockierender antisemitischer Vorfall bei der Basler Synagoge» dargelegt, setzt er bei der Bekämpfung von Antisemitismus neben Repression in erster Linie auf Prävention und Erinnerung.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Pascal Messerli (SVP): Ich nehme zur Kenntnis, dass der Slogan «From the River to the Sea, Palestine will be free» aktuell in mehreren Kantonen nicht als strafbar angesehen wird. Ob diese Linie der Staatsanwaltschaft die richtige ist oder ob wir tatsächlich eine Lücke im Strafgesetzbuch haben, könnten eines Tages vielleicht auch Gerichte beurteilen, wenn dann eine Anhandnahmeverfügung vielleicht weitergezogen wird. Das ist in diesem Fall nicht passiert. Fakt ist aber, dass wir eine sehr unbefriedigende Situation haben. Wir haben antisemitische Vorfälle, wir haben eine Rassismusstrafnorm, und Antisemitismus ist nicht in jedem Fall strafbar. Das heisst, man muss sich vielleicht wirklich auch auf Bundesebene dafür einsetzen, dass wir diese Antirassismusstrafnorm konkretisieren können. Wir haben sie ja vor ein paar Jahren erweitert, auch die sexuelle Orientierung, ohne dann diesen Gummiparagraphen überhaupt in Frage zu stellen. Das war aus meiner Sicht von Anfang an ein Fehler. Hier kann man aber dem Kanton nicht viel vorwerfen.

Woran ich aber trotzdem appelliere, auch wenn vielleicht der Slogan jetzt nicht strafbar ist: Antisemitismus eskaliert momentan auf den Strassen, man sieht es in Deutschland, man sieht es aber auch in den Berichten, im aktuellen Antisemitismusbericht, in dem man sagt, dass die Fälle ganz klar zugenommen haben, und auch wenn jetzt dieser Slogan vielleicht nicht strafbar ist, kann es immer mal wieder vorkommen, gerade an derartigen Demonstration, das vielleicht einmal eine antisemitischen oder mehrere antisemitische Äusserungen dann doch strafbar sind. Da appelliere ich an die Sicherheitsbehörde, dass man hier eine Nulltoleranz an den Tag legt und auch von Amtes wegen eingreift, wenn dann wirklich auch offensichtlich Straftaten in diesem Bereich vorgefallen sind.

Ich bin mit der Beantwortung zufrieden, weil ich hier auf kantonaler Ebene nicht mehr die Kompetenzen sehen, bin aber mit der Gesamtsituation natürlich weniger zufrieden und werden an diesem Thema selbstverständlich dranbleiben.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Interpellation Nr. 33 Adrian Iselin betreffend zusätzliche Tramverbindungen durch den Claragraben. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant ist nicht anwesend und kann daher nicht begründen.

Interpellation Nr. 34 Raoul Furlano betreffend zusätzliche Tramverbindungen durch den Petersgraben. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet.

Wir kommen zur Interpellation Nr. 35 Annina von Falkenstein betreffend dringender Handlungsbedarf wegen der unsicheren Finanzierungslage der Universität Basel. Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungsrat Conradin Cramer.

14.9. Interpellation Nr. 35 Annina von Falkenstein betreffend dringender Handlungsbedarf wegen der unsicheren Finanzierungslage der Universität Basel

[10.04.24 16:29:01, 24.5123.01]

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Gerne beantworte ich diese Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt.

Zu Frage 1: Es ist verständlich und zu erwarten, dass die Ankündigung eines Defizits im Umfang von 94 Millionen Franken im Partnerkantons Basel-Landschaft politische Reaktionen hervorruft. Eine Gefahr für die künftige Finanzierung der Universität Basel sieht der Regierungsrat darin nicht.

Zu Frage 2: Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt steht in regelmässigem Austausch mit dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft. Er hat bereits vor der Veröffentlichung der Jahresrechnung von Baselland entsprechende Gespräche aufgenommen. Die Gespräche werden auf unterschiedlichen Ebenen geführt. Im Unterschied zur Situation vor acht Jahren sind mittlerweile eine Gremienstruktur und Verhandlungsprozesse etabliert, die eine transparente, vertrauensvolle und vorausschauende Diskussion unter den beiden Trägerkantonen und zwischen den Trägern und der Universität ermöglichen. Für eine konstruktive Lösung der anstehenden Fragen zählt der Regierungsrat auf die Tragfähigkeit dieser Strukturen.

Zu Frage 3: Die beiden Trägerkantone und die Universität konnten sich im vergangenen Jahr einvernehmlich über eine Regelung zur Verwendung und Äufnung des Eigenkapitals der Universität einigen. Die Verwendung von Reserven zur Erreichung eines ausgeglichenen Jahresergebnisses ist Bestandteil dieser Regelung. Es ist im Sinne der Universität und Ausdruck ihrer Autonomie, dass sie Eigenkapital aufbauen und bis zu einer in der Eigenkapitalregelung vereinbarten Untergrenze auch verwenden kann. Die Planungssicherheit ist durch die kontrollierte Auflösung von Eigenkapital also nicht beeinträchtigt.

Zu Frage 4: Dem Regierungsrat sind Gehalt und Bedeutung des revidierten Universitätsvertrags und die daraus resultierenden Verpflichtungen für beide Kantone bewusst. Er wird in den anstehenden Verhandlungen zum Leistungsauftrag 2026 bis 2029 alles daran setzen, dass Sinn und Zweck des Vertrags befolgt werden. Oberstes Ziel dieser Bemühungen ist eine zukunftsfähige Finanzierung der Universität. Die beiden Regierungen werden gemeinsam nach Lösungen suchen, die für die Universität und für beide Kantone tragbar sind.

Zu Frage 5: der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft weiss um die Bedeutung der Universität Basel für unsere gemeinsame Wissens- und Wirtschaftsregion. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt ist deshalb überzeugt, dass die Exekutive unseres Partnerkantons Gewicht und die Geltung dieser gemeinsamen Institution politisch zu vermitteln und zu verteidigen versteht.

Zu Frage 6: Der Regierungsrat kennt den künftigen hohen Finanzbedarf der Universität. Diesen Mai wird die Universität den Trägerkantonen ihren Antrag unterbreiten. Dann wird noch klarer, welcher Entwicklungsbedarf die Universität für die kommende Leistungsauftragsperiode anmeldet. Ende Jahr wird die bikantonale Geschäftsprüfungskommission zum Antrag der Universität und zum Verhandlungsmandat der Regierungen informiert. So viel lässt sich jetzt schon sagen, ein Leistungsabbau mit negativen Folgen für Lehre und Forschung kommt für den Regierungsrat Basel-Stadt nicht in Frage.

Zu Frage 7: Der Regierungsrat kennt selbstverständlich die Risiken, die durch einen Abbau der Tätigkeitsfelder der Universität Basel für die Stärke des Wirtschaftsstandorts einträten. Aus diesem Grund wird er sein Bestmögliches tun, um über einen konstruktiven und zukunftsgerichteten Dialog mit dem Partnerkanton Abbau zu verhindern und Entwicklung zu ermöglichen.

Zu Frage 8: Es ist richtig, dass die inhaltliche und infrastrukturelle Weiterentwicklung der Universität einen hohen Finanzbedarf generiert. Falsch ist, dass die Universität Stand heute unterfinanziert ist. Verunsicherungen wirkt man am besten durch eine tatsachengetreue Wiedergabe von Sachlagen entgegen. Was die anstehenden Verhandlungen anbelangt,

so sind sie mit Respekt vor den Anliegen und den Möglichkeiten aller involvierten Parteien zu führen. Eine solche Haltung wiederum generiert Vertrauen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Annina von Falkenstein (LDP): Ich bin mit der Beantwortung meiner Interpellation teilweise zufrieden. Ich freue mich zwar, dass hier Zuversicht geäussert wird und dass der Regierungsrat auch keine Gefahr in der aktuellen unklaren Finanzierungssituation sieht. Ich hoffe einfach sehr, dass diese Zuversicht wirklich auch begründet ist. Wenn man sich in Kreisen der Universität umhört, dann ist dort nicht so viel Positives verzeichnet worden über die Reserveentnahme für die Deckung des strukturellen Defizits, wohingegen Basel-Landschaft schon am Schreien ist, ohne dass deren Defizit strukturell ist. Das finde ich relativ bedenklich, freue mich aber, dass der Regierungsrat sich sehr klar gegen einen Leistungsabbau bekennt und hoffe sehr, dass in den Verhandlungen an dieser Haltung auch zu jeder Zeit festgehalten wird. Denn eine Volluni in Basel-Stadt ist nicht nur für Basel-Stadt, sondern eben auch für Basel-Landschaft und über die Region hinaus von sehr grossem Wert. Dieser Wert schlägt sich dann auch im Wohlergehen unserer Wirtschaft, auch in der Region, nieder und das finde ich extrem wichtig, dass das eben auch weiterhin geschützt wird und finanziell von allen, die profitieren, mitfinanziert wird.

Entsprechend hoffe ich eben sehr, dass die Zuversicht begründet ist, dass die Verhandlungshaltung klar und stark bleibt von unserem Kanton, damit wir eine Volluni, die partnerschaftlich finanziert wird, halten können und auch weiterhin so stolz auf deren Früchte, die sie trägt, sein dürfen. Daher bin ich, wie eingangs gesagt, teilweise zufrieden und hoffe sehr, dass wir einer weiterhin partnerschaftlich und ausreichend finanzierten Volluni entgegen schauen dürfen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Interpellation Nummer 36 Tim Cuénod betreffend die Liegenschaft des ehemaligen Restaurants La Torre beim Wasserturm. Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit hat Regierungsrätin Tanja Soland das Wort.

14.10. Interpellation Nr. 36 Tim Cuénod betreffend der Liegenschaft des ehemaligen Restaurants "La Torre“ beim Wasserturm

[10.04.24 16:35:41, 24.5124.01]

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1: Für den Regierungsrat steht der Erhalt der Liegenschaft und die langfristige Sicherung der denkmalgeschützten Bausubstanz im Vordergrund. Die Parzelle befindet sich in der Zone 2A, entsprechend ist eine private Wohnnutzung zonenrechtlich möglich. Der Regierungsrat kann sich eine öffentlichkeitswirksame Nutzung der Liegenschaft und einen Mehrwert für das Quartier und die Spaziergängerinnen und Spaziergänger vorstellen. Das bedingt aber, dass eine Trägerschaft gewillt ist, das Gebäude zu erwerben, zu investieren und auch entsprechend zu betreiben.

Zu Fragen 2 und 3: Der Regierungsrat weiss bislang nichts über entsprechende Bestrebungen.

Zu Frage 4: Der Regierungsrat hat Kenntnis von den Verkaufsbestrebungen der Eigentümerschaft. Im jetzigen Zeitpunkt kann der Regierungsrat nicht mehr dazu sagen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Tim Cuénod (SP): Ich kann zwar verstehen, dass der Regierungsrat mit seiner Antwort in Bezug auf mögliche Kaufabsichten und deren Preiswirkungsaussagen, die getätigt werden, hier ein bisschen zurückhaltend ist. Dennoch erhoffe ich mir, dass man es so sieht, dass es natürlich einen öffentlichen Wert hätte und ein öffentliches Interesse daran, dass dieses Gebäude genutzt wird. Es ist wirklich eine traurige Geschichte an einer wunderbaren Lage, in einem Gebäude, das eines der ältesten ist auf dem Bruderholz. Ich möchte auch den Dank an den Regierungsrat bekräftigen, dass er sich dafür eingesetzt hat, dass dieses Gebäude erhalten werden kann.

Trotzdem kann ich mich mit der Antwort nicht zufrieden geben insofern, dass der öffentliche Nutzen und das öffentliche Interesse an einem Nutzen noch zu wenig anerkannt wird. Aber vielleicht folgen ja noch Taten. Ich denke, es gibt ja bei Immobilienkäufen auch die Frage, ob es einen öffentlichen Nutzen gibt, der über ein Gebäude hinausreicht. Und bei öffentlichen Handlungen gibt es auch in den wirtschaftswissenschaftlichen Theorien in den letzten Jahren verstärkt den Public Value Ansatz, das heisst, dass man sich auch wirklich überlegt, gibt es einen öffentlichen Nutzen für zwischenmenschliche Beziehungen, der über das hinaus geht, was mit einem Gebäude verbunden ist. Ich finde es wichtig, mit unserer Politik hier im Rat die ganze Stadt im Blick zu haben. Ich rede auch mit Leuten auf dem Bruderholz, auch wenn ich dort nicht zu Hause bin, Leute, die kleinere oder mittlere Einkommen haben, die es dort auch gibt, zum Teil auch mit Leuten, die also sehr viel Möglichkeiten haben finanziell, aber ich finde es wichtig, dass wir mit unserer Politik hier versuchen, unabhängig wo wir stehen, die ganze Stadt im Blick zu haben. Es gibt wenige öffentliche Investitionen, die in diesem Quartier getätigt werden, denn das meiste ist ja Privatbesitz. Für viele Menschen im Quartier, aber auch für Spaziergängerinnen und Spaziergänger aus dem Gundeli und anderen Teilen der Stadt und Region, könnte es sehr toll sein, wenn es in diesem Quartier eine öffentliche Nutzung gibt. Es gibt da wirklich ein brachliegendes Potenzial. Ich wurde auch angegangen von Menschen auf dem Bruderholz, die mir gesagt haben, eigentlich könnte man in der Umgebung der Batterie kulturell etwas machen. Es gibt da auf Baselbieter Seite auch ein langjährig leerstehendes Gebäude. Es ist jammerschade, dass man aus diesem wunderbaren Ort nicht mehr macht.

Ich verstehe, dass man hier nicht expliziter werden kann, aber ich bitte, dass man das wirklich ernsthaft prüft. Ich überlege mir umgekehrt, ob vielleicht eine Zonenänderung sinnvoller wäre, weil eine Woznnutzung an der Lage scheint mir nun wirklich nicht adäquat. Und ich denke, der öffentliche Nutzen für das ganze Quartier könnte sehr sehr gross sein, wenn man dort etwas macht. Deswegen überlege ich mir, ob man da allenfalls vorgehen könnte und ich bitte auch den Regierungsrat, sich mit der Gemeinde Bottmingen Gedanken zu machen, wie man die ganze Umgebung Wasserturm/Batterie ein bisschen für die Öffentlichkeit etwas attraktiver machen könnte. Nicht, dass sie nicht heute schon wunderschön ist, aber attraktiver im Sinne von für die Öffentlichkeit etwas machen.

Jemand auf dem Bruderholz hat mir etwas Interessantes gesagt. Für Leute wie ihn spiele das nicht so eine Rolle, ob man jetzt noch ein bisschen mehr Geld hat wegen Steuersenkungen, hingegen ob in seinem Quartier etwas laufe, ob es etwas für Kinder gäbe, ob es tolle Nutzungen und Möglichkeiten gäbe, wo man auch Leute treffen könne, das wäre ihm wichtig. Ein Experte hat mir gesagt, dass es toll wäre, mehr Leute kennenlernen zu können. Also ich glaube, das hätte einen Nutzen, der es rechtfertigen würde, vielleicht auch einen Preis zu zahlen, der ein bisschen über dem Marktpreis liegt.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

14.11. Interpellation Nr. 37 Lukas Faesch betreffend das Aechzen über das Krächzen

[10.04.24 16:42:20, 24.5127.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Interpellation Nr. 37 Lukas Faesch betreffend das Ächzen und das Krächzen. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte aktuell nicht begründen.

14.12. Interpellation Nr. 38 Daniela Stumpf-Rutschmann betreffend Kosten des S-Status für den Kanton

[10.04.24 16:42:36, 24.5128.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Interpellation Nr. 38 Daniela Stumpf Rutschmann betreffend Kosten des S-Status für den Kanton. Der Regierungsrat wird auch diese Interpellation schriftlich beantworten und die Interpellantin möchte nicht begründen.

14.13. Interpellation Nr. 39 Brigitte Gysin betreffend Luftbelastung in Basel-Stadt

[10.04.24 16:42:53, 24.5129.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Interpellation Nummer 39 Brigitte Gisin betreffend Luftbelastung in Basel-Stadt. Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin möchte nicht begründen.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt.

Die Luftreinhaltung ist für den Regierungsrat von grosser Bedeutung. Eine Luftqualität, die den Umweltschutzzielen, entspricht, schützt unsere Gesundheit und bewahrt vor Spätfolgen. Über die Luftqualität im Kanton Baselstadt wird aktuell informiert. Es sind stündliche Messwerte einsehbar. In Zeitabständen von sechs bis acht Jahren berät der Regierungsrat im Rahmen des Luftreinhalteplans über die langjährige Entwicklung, Umsetzung von Massnahmen und den aktuellen Handlungsbedarf. Von 1990 bis 2016 beschloss der Regierungsrat fünf Massnahmenpläne. Im laufenden Jahr soll ein aktueller Luftreinhalteplan beider Basel, der LRP 2024 beschlossen und dem Grossen Rat zur Kenntnis vorgelegt werden. Der nächste LRP 2024 kommt also, aber erst zu einem späteren Zeitpunkt, deshalb kann der Regierungsrat heute noch nicht zu allen Fragen der Interpellation eine detaillierte Antwort geben.

Zu Frage 1: Die Luftschadstoffbelastung hat in den letzten Jahrzehnten deutlich abgenommen, dies dank des technischen Fortschritts und des konsequenten Vollzugs der Vorschriften. Aber trotz der erzielten Fortschritte werden die Grenzwerte für Stickstoffdioxid NO2 Feinstaub PM2,5 und Ozon noch überschritten. Die Belastung mit NO2 und PM2,5 ist überwiegend entlang der Verkehrsachsen und in der Stadt hoch. Die Ozongrenzwerte werden vor allem an heissen Sommertagen überschritten.

Seit dem heute gültigen Luftreinhalteplan LRP, 2016 haben wir im Kanton Basel-Stadt einiges an Massnahmen umgesetzt, hier die wichtigsten: Die Massnahmen bei den grösseren Holzfeuerungen wurden in die eidgenössische Gesetzgebung übernommen. Sie werden im Regelvollzug umgesetzt. Für Notstromaggregate wurde die kantonale Gesetzgebung mit Partikelfilterpflicht und Ablaufreinigung bei Stickoxiden und Kohlenmonoxid angepasst. Zur Verringerung der Wärmebelastung und Verbesserung der Durchlüftung im Siedlungsgebiet wurde eine Klimaanalysekarte erarbeitet. Auf dieser Grundlage wurde das Stadtklimakonzept Basel-Stadt erstellt, das sukzessive umgesetzt wird.

Im Bereich Verkehr wurde Tempo 30 in der Feldbergstrasse eingeführt. Im Verkehrsbereich hat der Kanton Basel-Stadt die Weichen für eine umweltfreundliche Mobilität gestellt. Zur Steigerung der Elektromobilität wird der Ausbau der Ladeinfrastruktur beschleunigt, auch dank des Entscheid des Grossen Rates. Bis Ende 2022 sollen 170 Quartierladestationen und 30 Schnellladestationen installiert werden. Und mit einem neu eingerichteten Fonds sollen die Kosten der Grundinstallation von Ladeinfrastrukturen auch bei Privaten unterstützt werden. Hier hat der Grosse Rat seine Zustimmung ebenfalls erteilt. Zudem wird die Verlagerung hin zum öffentlichen Verkehr, zum Fuss- und Veloverkehr weiterverfolgt.

Zu Frage 2: Die bisherigen und die neuen Massnahmen eines Luftreinhalteplans sind darauf ausgerichtet, dass dank ihnen die geltenden Grenzwerte eingehalten werden können. Dabei geht es um die Grenzwerte, welche für die Schweiz Geltung haben. Davon allenfalls abweichende tiefere Grenzwerte festzulegen, macht für einen einzelnen Kanton wenig Sinn, zumal wenn er flächenmässig so klein ist wie der Kanton Basel-Stadt. Ob für die Massnahmen, die der Regierungsrat im Zusammenhang mit dem Luftreinhalteplan LRP 2024 ergreift, kantonale Gesetze und Verordnungen angepasst werden müssen, wird mit Verabschiedung des Luftreinhalteplans entschieden.

Zu Frage 3: Die beiden Basler Kantone können in ihrem kantonalen Zuständigkeitsbereich grundsätzlich eigenständige Beschlüsse fassen. Hinsichtlich der Umsetzung, zum Beispiel bei Industrie und Gewerbe, sind gleichlautende bikantonale Massnahmen natürlich von Vorteil und werden nach Möglichkeit auch so beantragt und beschlossen.

Zu Frage 4: Die von der Interpellantin gewünschten Angaben lassen sich nicht machen. Der neue Luftreinhalteplan LRP 2024 wird, wie auch die bisherigen Luftreinhaltepläne, auf die Auswirkung der Luftbelastung auf die Gesundheit eingehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun das Wort, um zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Ich bin mit dieser Beantwortung teilweise zufrieden. Zufrieden bin ich oder positiv finde ich, dass die Regierung die Bedeutung der Luftqualität klar anerkennt, das hat mich jetzt nicht total überrascht, aber es ist doch gut, das jedes Mal auch wieder neu zu betonen. Wir wissen, dass Basel-Stadt in den städtischen und verkehrsintensiven Gebiete

die aktuell geltenden Grenzwerte nicht einhalten oder dank der Entwicklung, die ja hier läuft, hoffentlich noch nicht einhalten kann.

Die WHO-Grenzwerte, die seit 2021 von der WHO empfohlen werden, basieren auf Studien, die deutlich machen, welchen Unterschied es gerade im gesundheitlichen Bereich machen würde, wenn man hier eine Verschärfung vornimmt. Wenn man dann das Bild anschaut, das sich ergibt, wenn man die Schweiz anschaut und die Grenzwerte, die aktuell gelten, darüberlegt oder die WHO-Grenzwerte, dann macht das deutlich, dass es sicher gut ist, in diesem Bereich gerne auch ambitioniertere Ziele zu verfolgen, nicht zuletzt weil ja die gesundheitlichen Kosten folgen auch Kostenfolgen haben, zum Beispiel durch Erwerbsausfall aus Gesundheitsgründen. Positiv ist darum sicher, dass wir kantonal in verschiedenen strategischen Gebieten wie Mobilität oder Stadtklima Massnahmen verfolgen und auch viele Massnahmen schon ergriffen sind, die der Luftqualität dienen.

Andere Antworten sind noch recht vage. Es ist vor dem Hintergrund des angekündigten neuen Luftreinhalteplans für 2024 natürlich auch verständlich, dass das noch etwas vage ist, und vielleicht, wenn der dann erscheint, werde ich rückblickend total zufrieden sein mit allen Antworten. Da aber zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht klar ist, was dann genau in diesem neuen Luftreinhalteplan alles stehen wird, wie differenziert Fragen, die ich gestellt habe, dort noch berücksichtigt werden, bin ich darum im Moment einfach teilweise zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist teilweise zufrieden mit den Antworten. Die Interpellation ist erledigt.

14.14. Interpellation Nr. 40 Andrea Strahm betreffend Auswirkungen der BVG-Reform auf die Versicherten der Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS)

[10.04.24 16:49:40, 24.5130.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Interpellation Nr. 40 Andrea Strahm betreffend Auswirkungen der BVG-Reform auf die Versicherten der Pensionskasse Basel-Stadt. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet aktuell auf eine Begründung.

14.15. Interpellation Nr. 41 Gianna Hablützel-Bürki betreffend Asylchaos stoppen - Einführung von Grenzkontrollen bei Bundesrat Jans einverlangen

[10.04.24 16:49:59, 24.5133.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Interpellation Nr. 41 Gianna Hablützel-Bürki betreffend Asylchaos stoppen, Einführung von Grenzkontrollen bei Bundesrat Jans verlangen. Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Zu Frage 1: Nein. Mit dem Beitritt der Schweiz zum Schengenraum wurden die verdachtsunabhängigen Kontrollen an den Binnengrenzen abgeschafft. Sämtliche Schengen-Mitgliedstaaten sind jedoch im Gegenzug dazu verpflichtet, die erwähnten Schengen-Ausgleichsmassnahmen durchzuführen. Diese beinhalten unter anderen Kontrollen im Landesinnern. Diese Kontrollen werden im Kanton Basel-Stadt durch die Kantonspolizei Basel-Stadt und die Mitarbeitenden des Schweizer Grenzwachkorps durchgeführt.

Die Wiedereinführung der Grenzkontrollen hätten ausserdem grosse Auswirkungen auf den Handels- und den Grenzverkehr. Der Grenzübertritt wäre für über zwei Millionen Menschen, die täglich unsere Grenzen überqueren, deutlich verlangsamt. Das hätte auch für die Wirtschaft Kosten zur Folge, da namentlich die Arbeitnehmenden aus dem grenznahen Ausland aufgrund der Wartezeiten an der Grenze verspätet zur Arbeit erscheinen und auch die Lieferzeiten für importierte Waren verlängert würden. Gerade für die wirtschaftliche Entwicklung der Region Basel und das Funktionieren der städtischen

Gewerbe- und Infrastrukturbetriebe ist eine Teilhabe der Schweiz am Schengenabkommen ohne systematische Grenzkontrollen schlicht unverzichtbar, zumal sich weder illegale Einreisen noch Kriminaltourismus durch Grenzkontrollen gänzlich verhindern lassen.

Zu Frage 2: Im Falle einer schwerwiegenden Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder inneren Sicherheit können die Schengen-Staaten gemäss Artikel 25 des Schengener Grenzkodex zwar ausnahmsweise und für einen begrenzten Zeitraum von höchstens 30 Tagen oder für die vorhersehbare Dauer der schwerwiegenden Bedrohung Binnengrenzkontrollen an bestimmten Grenzübergängen oder Abschnitten wieder einführen. Ob diese Voraussetzungen für die Einführung von Binnengrenzkontrollen heute gegeben sind, ist zweifelhaft. Zwar sind besonders im unteren Kleinbasel aussergewöhnlich häufig junge Männer aus dem Maghreb polizeilich auffällig. Diese sind aber vor allem im Bundesasylzentrum oder in Asylunterkünften in der Region wohnhaft, weshalb verstärkte Grenzkontrollen kaum helfen würden.

Zu den Fragen 3 und 4: Die Zahlen zu den verhinderten illegalen Einreisen sind grundsätzlich mit Vorsicht zu geniessen. Dass einer Person aufgrund einer Kontrolle der Grenzübertritt verwehrt wird, bedeutet nicht, dass diese Person nicht zu einem späteren Zeitpunkt trotzdem illegal einreisst. Die Zulässigkeit und Wirkung der systematischen Grenzkontrollen sind denn auch umstritten. Zudem bliebe die Schweiz auch bei einer Wiedereinführung der Binnengrenzkontrollen weiterhin zur Durchführung eines Asylverfahrens verpflichtet, wenn die gesuchstellende Person nicht in einen anderen Dublin Staat überstellt werden kann. Unabhängig davon sollen die temporären Grenzkontrollen während der Fussballeuropameisterschaft in Deutschland nicht in erster Linie die illegale Migration, sondern vor allem die Einreise von möglichen Gewalttäterinnen und Gewalttätern verhindern.

Zu Frage 5: Wie bereits einleitend ausgeführt, lehnt der Regierungsrat die Wiederaufnahme von Grenzkontrollen ab. Weil die irreguläre Migration nur durch die internationale Zusammenarbeit wirksam bekämpft werden kann, unterstützt er vielmehr gemeinsame migrationspolitische Initiativen auf europäischer Ebene. Sowohl gegen illegale Einreisen als auch gegen Kriminaltourismus werden anstelle der früheren statischen Kontrollen an den Binnengrenzen weiterhin gezielte Kontrollen im Landesinnern vorgenommen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit dieser Antwort zufrieden ist.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die kürzlich veröffentlichte basel-städtische Kriminalstatistik 2023 hat es in sich. Verstösse gegen das Ausländer- und Integrationsgesetz. Hierbei handelt es sich vor allem um illegale Einreisen und Kriminaltourismus, die um 85 Prozent zugenommen haben. Die Zunahme überrascht nicht, denn gemäss Staatsanwaltschaft Basel-Stadt stehen diese hohen Zahlen in direktem Zusammenhang mit den wieder eingeführten Grenzkontrollen Deutschlands. Illegale Asylmigranten werden von der deutschen Bundespolizei aufgegriffen und in Basel den Schweizer Behörden übergeben, weshalb die Zahlen so hoch sind.

Die Zahlen sind beängstigend. Lässt man bei den Verstössen die ständige ausländische Wohnbevölkerung weg und rechnet die Zahlen der Kriminalstatistik für Asylbewerber und diejenigen zusammen, welche unter anderem einen ablehnenden Asylentscheid haben und sich hier illegal aufhalten, sieht man, dass eine Vielzahl der Delinquenten aus Maghreb-Staaten, Afghanistan, Syrien und der Türkei stammen. Afghanistan sind es 32 Prozent, Maghreb-Staaten 18 Prozent, Syrien, 10 Prozent und die Türkei 8 Prozent. Dabei ist bekannt, dass Asylmigranten aus dem Maghreb gemäss Staatssekretariat für Migration eine Aufnahmequote von unter 2 Prozent haben und Afghanen, Syrer und Türken reisen normalerweise über einen sicheren Drittstaat ein und sind gar nicht berechtigt, hier einen Asylantrag zu stellen. Die Zahlen zeigen also auf, dass die Grenzkontrollen Deutschlands wirken, weshalb sie während der EM 2024 sogar noch ausgeweitet werden. Ich bin sehr erstaunt, dass Bundesrat Beat Jans die Wirkung von Grenzkontrollen weiterhin negiert.

Die Antwort des Regierungsrats enttäuscht mich deshalb sehr. Es kann doch nicht sein, dass wir unsere Grenzen weiterhin nicht schützen und so nicht wissen, wer in unser Land kommt und damit das Asylchaos noch verschlimmert wird. Das ist inakzeptabel. Es ist deshalb gut, dass meine Partei, die SVP, bald eine Grenzschutzinitiative lancieren wird, damit unser Kanton und unser Land endlich wieder sicher wird. Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

14.16. Interpellation Nr. 42 Eric Weber betreffend Vorfall bei der Basler Polizei

[10.04.24 16:56:45, 24.5134.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Interpellation Nr. 42 Eric Weber betreffend Vorfall bei der Basler Polizei. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Eric Weber: Ich möchte zu diesem Skandal reden, den ich aufdecke. Was hier passiert ist, hätte in Deutschland sofort zum Rücktritt der Polizeiministerin geführt. Es gibt einen Rassismusvorfall. Die Basler Polizeivorsteherin zeigte sich an der Fasnacht 2023 mit einem Wagen, auf dem Wagen stand «Besch e Schwoob und hesch e Waffe, chasch zu uns cho schaffe.» Ich bin viele Jahre in Basel und weiss, was Rassismus bedeutet. Ich kriege selber auf TikTok Schreiben in denen es heisst, geh zurück ins Schwabenland. Aber auch wenn ich aus der DDR komme, weiss ich was Rassismus ist. Und von einer Polizeiministerin erwarte ich Anstand und Respekt. Wenn ich Minister in Basel wäre, würde ich mich nie so fotografieren lassen. Als Minister hat man eine Pressestelle und dann lässt man sich nicht so fotografieren.

Ich lege mit dieser Interpellation den Finger in die Wunde. Ich frage, wo der Wagen überall eingesetzt worden ist, ob er auch am Cortège war. Und auf dem Wagen stand …

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie müssen sich nicht mehr wiederholen.

Eric Weber: In der Zeitung heisst es dauernd, dass es an der Fasnacht keine rassistischen Aussagen mehr geben dürfe. Viele sagen, dann könne man die Fasnacht abschaffen, was ich auch finde. Es ist ein starkes Stück, dass sich die Polizei das leisten kann. Macht ein einzelner Bürger das, wird er durch die Justizhölle gejagt. Man muss alle Menschen gleich behandeln. Hier dürfen gewisse Leute alles sagen und machen, während andere gar nichts dürfen. Ich wäre als Minister zurückgetreten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur nächsten Interpellation.

14.17. Interpellation Nr. 43 Hanna Bay betreffend Aussagekraft und Interpretation der Polizeilichen Kriminalstatistik 2023

[10.04.24 17:02:09, 24.5135.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Interpellation Nr. 43 Hanna Bay betreffend Aussagekraft und Interpretation der polizeilichen Kriminalstatistik 2023. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung.

14.18. Interpellation Nr. 44 Nicola Goepfert betreffend neuem Gutachten zur Aufsichtsstruktur der Christoph Merian Stiftung

[10.04.24 17:02:23, 24.5136.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Interpellation Nummer 44 Nicolas Goepfert betreffend neuem Gutachten zur Aufsichtsstruktur der Christoph Merian Stiftung. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung.

14.19. Interpellation Nr. 45 Oliver Thommen betreffend wann klappt's mit der Schulkommunikation?

[10.04.24 17:02:39, 24.5137.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Interpellation Nr. 45 Oliver Thommen betreffend Wann klappt es mit der Schulkommunikation. Der Regierungsrat wird auch diese Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Damit haben wir die Interpellationen erledigt und kommen zu Traktandum 9.

9. Ausgabenbewilligung für die Erweiterung und Sanierung der Primarschule Christoph Merian, Bericht der BRK und Mitbericht der BKK

[10.04.24 17:03:02, 23.0450.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Der Ratschlag sieht die Bewilligung eines Gesamtbetrags von rund 29 Millionen Franken vor, um eine dringend benötigte Erweiterung und Sanierung der Primarschule Christoph Merian umzusetzen. Das Ensemble am Schulstandort Gellert wurde in vier Etappen in der Zeit von 1951 bis 1959 erbaut und ein paar Jahre später um die Pavillonsanlage des Kindergartens sowie das Gebäude Gellert 2 ergänzt. Das Christoph Merian Schulhaus wurde von 1962 bis 1963 erstellt und setzt sich gestalterisch bereits deutlich von der älteren Anlage Gellert-Schule ab. Es besteht im Haupttrakt aus drei Geschossen und wurde im ehemals eingeschossigen Anbau zu einem späteren Zeitpunkt um weitere zwei Geschosse aufgestockt. Um den gewachsenen Raumbedarf zu decken, wurde die Anlage bereits 1998 mit einem temporären Schulbau ergänzt. Trotz gutem Unterhalt sind alle Gebäude sanierungsbedürftig und müssen zudem den heutigen technischen und gesetzlichen Vorgaben angepasst werden, um auch in Zukunft einen zeitgemässen Unterricht zu ermöglichen.

Anders als ursprünglich geplant, konnten nicht alle Gebäude gleichzeitig saniert werden. Das Provisorium auf der Luftmatt bietet da zunächst ausreichend Kapazitäten. Es wurde in der Folge ein etabliertes Vorgehen umgesetzt. Die denkmalgerechte Sanierung des Gellert-Schulhauses wird voraussichtlich in diesem Jahr abgeschlossen sein, während dieser Ratschlag nun die Erweiterung und Sanierung der Primarschule Christoph Merian zum Inhalt hat. Das Schulhaus soll nun durch einen definitiven Erweiterungsbau ersetzt werden, da das Provisorium sein Lebensende erreicht hat. Ausserdem zeigen die Prognosen der Schülerinnen- und Schülerzahlen, dass der Raumbedarf langfristig bestehen bleiben wird.

Der Grosse Rat hat den Ratschlag der BRK und der mitberichtenden BKK überwiesen. Während sich die BRK baulichen Aspekten widmete, hat die BKK sich vornehmlich mit pädagogischen Belangen auseinandergesetzt. Die BRK begrüsst den längst überfälligen Ersatz des Provisoriums aus dem Jahr 1998 durch einen Neubau. Auf den Umstand, dass die Beschulung in Provisorien an vielen Schulstandorten zu einem Dauerzustand geworden ist und kantonsweit Handlungsbedarf besteht, hat die BRK unlängst in einer gemeinsamen Motion mit der BKK hingewiesen. In der Kommissionsberatung wurde die Machbarkeit einer Schwimmhalle, die Schaffung von ausreichendem Grünraum, die Belüftungs- und Kühlungssituation sowie die Flexibilität bei der Planung für langfristige Nutzungsmöglichkeiten angesprochen. Diese Fragen konnten geklärt werden. Die Dokumentation der mitberichtenden BKK wurde der BRK bei der Beratung des Ratschlags dankenswerterweise zur Verfügung gestellt. Die BRK stellte fest, dass die beiden Kommissionen unterschiedlich von der Verwaltung informiert wurden. So wies die Präsentation für die BKK einen deutlich höheren Detaillierungsgrad der baulichen Aspekte des Projekts auf, was die BRK erstaunt zur Kenntnis nahm.

Seit Planungsbeginn im Jahr 2018 konnte das Bauprojekt in den Bereichen Nachhaltigkeit und Klimabilanz den heutigen Anforderungen angepasst werden. Dies wurde von der Kommission als sehr positiv bewertet. Insbesondere die geplanten Massnahmen zur Reduzierung des Betonanteils zugunsten von Holzbauelementen und die Installation von Photovoltaikanlagen werden begrüsst. Insgesamt unterstützt die BRK-einstimmig den vorliegenden Ratschlag und empfiehlt dessen Annahme durch den Grossen Rat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die mitberichtende BKK hat das Wort deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Der Präsident der BRK hat es bereits gesagt, die BKK hat sich bei beiden Schulbauratschlägen auf die pädagogischen Aspekte fokussiert, sowohl bei der Erweiterung und Sanierung der Primarschule Christoph Merian wie auch beim Neubau der Primarschule Walkeweg hat die BKK-Fragen nach zusätzlichem Raum für die integrative Schule gestellt. Zwar werden die Forderungen nach zusätzlichen Räumen für Lerninseln, Fördergruppen oder Förderklassen erst jetzt mit dem Gegenvorschlag Massnahmen für Verbesserung der integrativen Volksschule Basel-Stadt gestellt. Dass die integrative Schule für eine gute Umsetzung ihres Auftrags aber an der knappen Raumsituation leidet, ist schon länger bekannt. Forderungen nach angepassten Räumlichkeiten wurden mehrfach, beispielsweise von der KSBS, aber auch in politischen Vorstössen gestellt.

In diesem Zusammenhang hätte es die BKK begrüsst, wenn bei der Planung beider Schulbauten expliziter auf die knappe Raumsituation eingegangen worden wäre. So erwartet die BKK, dass bei der Realisierung des Sanierungsprojekts und des Neubaus die wesentlichen Anliegen des Gegenvorschlags baulich berücksichtigt werden können.

Die Raumbedingungen und die Atmosphäre eines Schulhauses haben einen grossen Einfluss auf das Lernen. Darum hat die BKK auch Fragen zur Lüftung, der Raumakustik, der Lichtqualität und der Farbgebung der Räumlichkeiten gestellt. Auch bei diesen Aspekten ist der BKK wichtig zu betonen, dass die Bedürfnisse der zu beschulenden Kindern, und hier meint die BKK explizit auch die Kinder mit speziellen Bedürfnissen, die integriert werden, dass diese Bedürfnisse im Vordergrund sein müssten und weniger die Bedürfnisse der Architekten und Planerinnen oder auch die Vorgaben in Bezug auf die Klimaziele wie Energieverbrauch, graue Energie oder Flächennutzung. Gerade dieser letzte Aspekt wird uns wohl in Zukunft noch stark beschäftigen. Die BKK erwartet, dass bei künftigen Schulbauten bereits in der ganz frühen Planung die Bedürfnisse der integrativen Schule in der Abwägung aller Vorgaben stärker berücksichtigt werden müssen und dass das ED als Nutzer eine prägendere Rolle spielen muss.

Dass das Christoph Merian Schulhaus mit dem Gellert Schulhaus zusammengelegt und als ein Standort geführt wird, erachtet ein Teil der BKK als problematisch. Zwar lassen sich so Synergien schaffen, durch die Grösse fällt aber auch eine gewisse persönliche Nähe weg und die soziale Kontrolle nimmt ab. Diesen Aspekt gilt es sicher beim Betrieb im Auge zu haben. Dem eigentlichen Bauvorhaben kann die BKK mit 11 Stimmen bei einer Enthaltung zustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat haben das Wort Regierungsrätin Esther Keller und Regierungsrat Conradin Cramer.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Zunächst einmal möchte ich sehr herzlich danken, dass Sie dem zugestimmt haben, den Ratschlag jetzt auch dringlich zu traktandieren. Sie wissen bei uns ist entscheidend, dass wir das natürlich vor dem neuen Schuljahr realisieren können und der Zeitplan wäre sonst gefährdet gewesen.

Wir haben es eben gehört, ich möchte jetzt nicht alles wiederholen, der Schulbau ist dringend, einerseits die Sanierung, aber natürlich auch der Neubau. In den alten Räumlichkeiten waren die Gegebenheiten einfach nicht mehr genügend. Zu den pädagogischen Aspekten wie Conradin Cramer später sprechen. Ich möchte einfach nochmal sagen, dass ich sehr froh bin, dass wir mit diesem Bau doch wieder einen Meilenstein erreichen können im nachhaltigen Bauen mit der Installation von Photovoltaikanlagen, aber auch mit dem sogenannten Low Tech-Ansatz also dass man beispielsweise die Nachtauskühlung manuell macht und nicht hoch technisiert. Wir werden auch hier wieder dem Stadtklimakonzept Rechnung tragen, indem wir entsiegeln und Bäume pflanzen und so auch die Hitzebelastung auf dem Schulplatz reduzieren. Ich denke, es sind doch einige Faktoren, die wirklich einerseits im Sinne der Nachhaltigkeit, aber auch im Sinne des Hitzeschutzes zur Anwendung kommen.

Deshalb freue ich mich sehr über das Projekt und der Regierungsrat würde sich über ihre Unterstützung sehr freuen.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Auch meinerseits danke, dass wir diese beiden Geschäfte dringlich behandeln können. Wie Regierungsrätin Esther Keller ausgeführt hat, sind wir gebunden an Schulanfangszeiten, und gewisse Sanierungsschritte müssen deshalb gut zeitlich abgestimmt sein. Es kommt also auf jeden Monat an. Hier ist es konkret so, dass es eben auf einen Monat ankommt. Deshalb war auch die Bitte um dringliche Traktandierung so begründet.

Ich möchte kurz auf ein paar Befürchtungen seitens der Bildungs- und Kulturkommission eingehen. Leider konnte ich nicht dabei sein in den Beratungen in der BKK aufgrund von Missverständnissen, die sicher auch auf Verwaltungsseite liegen. Und leider gab es auch keine Möglichkeit, zum Bericht Stellung zu nehmen. Deshalb sind wir da jetzt in der Grossratsdebatte in einem gewissen Detaillierungsgrad, aber es ist mir wichtig für das Protokoll, gewisse Präzisierungen im Mitbericht der BKK auch richtig zu stellen. Zunächst die Vorbehalte, dass in der Planung gewisse neuere Entwicklungen in der integrativen Schule noch nicht berücksichtigt sind, konkret der Gegenvorschlag des Regierungsrats oder gar die Volksinitiative, die zurzeit hängig ist. Das ist tatsächlich so, wir können ja nicht schon nichts Beschlossenes in die Planung vollständig

einbeziehen. Ich kann da schon auch beruhigen, unsere Schulhäuser, gerade auch die älteren, wozu auch das Christoph Merian gehört, haben sich in der Vergangenheit als äusserst flexibel erwiesen, auch bezüglich neuen pädagogischen Inhalten. Die Schulhäuser haben diese Flexibilität und das Nutzerdepartement, also das Erziehungsdepartement, ist natürlich auch jetzt bereits daran, räumliche Auswirkungen von Veränderungen an der integrativen Schule in die künftige Planung einfliessen zu lassen.

Eine Befürchtung der BKK war auch, dass es zu fehlender persönlicher Nähe, zu Anonymisierung und gar Entfremdung kommen kann, wenn man diese beiden Schulhäuser organisatorisch zusammenlegt. Dazu ist einfach festzuhalten, dass die Schülerinnen und Schüler immer noch in den gleichen beiden Schulhäusern unterrichtet werden wie vor der Sanierung, also dezentral und selbstverständlich mit den gleichen Betreuungsverhältnissen, es sind ja immer noch die gleiche Anzahl Lehr- und Fachpersonen in der Zuständigkeit. Ich kann mir nicht ganz vorstellen, dass es hier einen Anonymisierung geben könnte durch diese Sanierung.

Und schliesslich die Befürchtung bezüglich Öffentlichkeit und Pausenareale. Hier ist ja lediglich geplant, dass der neue grosszügige Spielplatz zwischen den beiden Schulhäusern auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll, dies ausschliesslich ausserhalb der Unterrichtszeiten, konkret also an Wochenenden und während der Schulferien. Eine weitergehende Öffnung ist gar nicht geplant. Insofern glaube ich, dass entsprechende Begründungen, wie sie im Bericht der BKK geschildert sind, nicht begründet sind und ich freue mich im Gegenteil, dass wir hier nicht nur für die Schule etwas tun können, sondern auch zusätzlich für das Quartier.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Regierungsrätin Esther Keller und Regierungsrat Conradin Cramer verzichten auf das Wort, Franziska Roth und Michael Hug ebenfalls. Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 6 des Berichts)

Titel und Ingress

Einziger Absatz mit Gesamtbetrag

Alinea 1 Erweiterung und Sanierung

Alinea 2 Baumassnahmen für Schulharmonisierung

Alinea 3 Ausstattung und Betriebseinrichtungen

Alinea 4 Umzüge

Alinea 5 Instandhaltung

Alinea 6 Betrieb der Erweiterung

Publikations- und Referendumsklausel

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003153, 10.04.24 17:17:00]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Erweiterung und Sanierung der Primarschule Christoph Merian werden Ausgaben in der Höhe von total Fr. 29'195’415 bewilligt. Diese Ausgaben setzen sich wie folgt zusammen:

- Fr. 26’449’680 für die Erweiterung und Sanierung der Primarschule Christoph Merian zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 4 «Hochbauten im Verwaltungsvermögen, Teil Bildung» (Preisbasis: Baupreisindex Nordwestschweiz / Hoch-bau, Index 112.5 (Basis Oktober 2020=100), Stand Oktober 2022;

- Fr. 505’735 für die Baumassnahmen für die Schulharmonisierung zu Lasten der Rahmenausgabebewilligung HarmoS Bau;

- Fr. 1’710’000 für die Ausstattung und die Betriebseinrichtungen der Erweiterung zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 6 «Bildung»;

- Fr. 240’000 für Umzüge als einmalige Ausgabe zu Lasten der Erfolgsrechnung des Erziehungsdepartements;

- Fr. 130’000 für die Instandhaltung der Erweiterung als wiederkehrende Ausgabe zu Lasten der Erfolgsrechnung des Finanzdepartements, Immobilien Basel-Stadt, Unterhaltspauschale Verwaltungsvermögen ab 2026;

- Fr. 160’000 für den Betrieb der Erweiterung als wiederkehrende Ausgabe zu Lasten der Erfolgsrechnung des Erziehungsdepartements ab 2026.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Mit 90 Ja-Stimmen wurde dem Grossratsbeschluss einstimmig zugestimmt.

10. Ausgabenbewilligung für den Bau der Neubauten Primarschule Walkeweg sowie Übertragung der Schulhausparzelle vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen (Widmung), Bericht der BRK

[10.04.24 17:17:13, 23.1067.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Die mitberichtende BKK beantragt Rückweisung der Vorlage an den Regierungsrat.

Ich übergebe das Wort dem Präsidenten der BRK Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat beantragt, den Gesamtbetrag von rund 56 Millionen Franken für den Neubau der Primarschule Walkeweg sowie die Übertragung der Schulhausparzelle vom Finanz- und Verwaltungsvermögen zu bewilligen. Um die für das Entwicklungsgebiet Walkeweg wichtigen Primarschulhausneubauten zu projektieren, hat der Grosse Rat im Juni 2020 die Mittel für die Projektierung einer innovativ nachhaltigen Primarschule mit zwölf Klassen, zwei Doppelkindergärten und einem Tagesstrukturangebot bewilligt. Zu diesem Zeitpunkt war der Bedarf für zwölf Klassen nachgewiesen. Das neue Schulhaus soll wegweisende Antworten auf die aktuellen Fragen der Nachhaltigkeit in möglichst vielen Bereichen liefern.

Im Verlauf der weiteren Projektierung wurde klar, dass der Bedarf an Schulraum höher sein wird. Die umliegenden Quartierplanungen des Wolfareals beim Dreispitz und beim benachbarten Walkeweg liessen einen Bedarf von 18 Klassen prognostizieren, weshalb die Schule anders dimensioniert wurde. Durch den Ausbau von bisher zwölf auf neu 18 Primarschulklassen erhöht sich die gebaute Geschossfläche. Neu wird ein Doppelkindergarten nicht mehr im Schulhaus, sondern in der angrenzenden alten BVB-Liegenschaft an der Münchensteinerstrasse eingebaut.

Neben dem grösser gewordenen Raumprogramm ist auch die aktuelle Baupreis Entwicklung und der umfangreichere Planungsaufwand im Bereich Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft für den Bedarf an zusätzlichen Mitteln verantwortlich. Deswegen ist gegenüber der bisherigen Annahme aus dem Jahr 2019 von rund 35 Millionen Franken aktuell von einer Gesamtinvestition von den genannten rund 59 Millionen Franken auszugehen.

Die Mitglieder der Kommission begrüssen grundsätzlich die Entwicklungen auf dem Areal Walkeweg. Es sollen dort im Rahmen des kantonalen Wohnbauprogramms 1000 Plus und durch Baurechtsvergaben preisgünstige Wohnungen, Naturflächen und, was vorliegend zu behandeln ist, eine Primarschule mit Kindergarten errichtet werden. Der Bedarf eines Schulhauses an dieser Stelle war folglich unbestritten. Die Kommission wollte darum das Geschäft rasch an die Hand nehmen, da Verspätungen im Schulhausbau die ganze Entwicklung des Areals verzögert. Erstaunt war die Kommission darüber, dass von Seiten der Regierung nicht kommuniziert wurde, wie dringlich das Geschäft ist. Dies wurde uns von externen zugetragen.

Die mitberichtende Bildungs- und Kulturkommission BKK liess sich den Ratschlag im Beisein einer Delegation der BRK von der Verwaltung vorstellen. In der Folge haben die beiden Kommissionen den Ratschlag getrennt weiterberaten. Während sich die BRK baulichen Aspekten widmete, hat sich die BKK vornehmlich mit pädagogischen Belangen auseinandergesetz. Die BKK liess uns ihren Bericht zukommen, in welchen sie mit einer knappen Mehrheit eine Rückweisung des Geschäfts forderte. Die BRK nahm die im Bericht festgestellten Einwände gegen das Projekt sehr ernst. Die Kommission wollte deshalb eine bessere Informationsgrundlage schaffen und konfrontierte die Verwaltung mit den entsprechenden Vorbehalten der BKK. Dazu kamen Fragen der BRK. In den Diskussionen wurden Fragen zur Anpassung des Schulhauskonzepts an zukünftige Bedürfnisse, zur Platzierung der Kindergärten und zu den Kosten des Projekts sowie zur Erfahrung des

Architekturteams aufgeworfen. Es gab auch Bedenken wegen der Nähe des Schulhauses zur Kontakt und Anlaufstelle Dreispitz.

Mit der Beantwortung war die Kommission nur teilweise zufrieden, jedoch versteht sie die generelle Richtung und Zustimmung der Antworten. Aufgrund des Zeitdrucks für die Umsetzung und des Mangels an baulichen und raumplanerischen Bedenken seitens der Kommission wurde beschlossen, die Frage ist weiter zu vertiefen. Dennoch behält sich die Kommission vor, grundlegende Aspekte des Raumkonzepts für Schulbauten zu einem späteren Zeitpunkt mit der Verwaltung zu diskutieren. Die Kommission ist sich einig, dass der Kanton nicht von kurzfristigen Forderungen, wie der Förderklasseninitiative, bei der Umsetzung seines Raumprogramms beeinflusst werden sollte. Zum Zeitpunkt der Projektentwicklung war die Initiative nicht bekannt und es ist unklar, ob und wie sie umgesetzt werden muss.

Die Kommission betont die zentrale Bedeutung des Schulhauses für die gesamte Arealentwicklung und argumentiert, dass die Flexibilität der Nutzung von Neubauten immer gewährleistet sein sollte, um auf aktuelle pädagogische Bedürfnisse reagieren zu können. Die Kommission fordert eine klare räumliche Trennung der Schul- und Kindergarten Wege vom Zugang zum K+A Dreispitz und vertraut darauf, dass die Verwaltung und der Regierungsrat diese Problematik erkennen und lösen werden. Die Motion von Nicole Kuster, welche vom Parlament überwiesen wurde, bietet hier den nötigen Hebel.

Die BRK unterstützt den Ratschlag Primarschule Walkeweg und lehnt den Antrag auf Rückweisung der BKK ab. Abschliessend begrüsst die Kommission das Neubauprojekt und betrachtet es als wegweisenden Beitrag für zukunftsorientiertes Bauen, da es ökologisch verträglich, recycelbar, Ressourcen schonend und emissionsarm ist. Die BRK beantragt deshalb dem Grossen Rat mit 10 Stimmen bei einer Enthaltung, den Grossratsbeschluss zu genehmigen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an Franziska Roth für die BKK.

Franziska Roth (SP): Ich verweise auf mein vorher gehaltenes Votum zum Ratschlag Erweiterung und Sanierung Primarschule Christoph Merian. Auch beim Neubau Primarschule Walkeweg hat die BKK die gleichen Themen mit den gleichen Argumenten diskutiert. Zusätzlich hat die BKK die Frage nach der Planung einer Schulküche gestellt. Auch wenn gemäss Auskunft am Hearing anscheinend eine Küche zwar wünschenswert sei, aber keinem Standard entsprechen würde, ist die BKK der Ansicht, dass eine Küche pädagogisch sehr nützlich ist und in jedes Schulhaus gehört. Ein Blick in das Dokument Raumstandards Primarschule des ED zeigt, dass dort Küchen aufgeführt sind und entsprechend dazugehören. Allerdings können sie überall platziert sein und so ist eine Küche, die in der Aula in einem zusätzlichen Gebäude steht für die Klassen schwieriger nutzbar, als wenn die Küche im Schulhaus selber platziert wäre. Das ist beim Neubau Walkeweg der Fall.

Ein weiteres Thema, das die BKK beim Neubau Walkeweg stark beschäftigt hat, ist die Nähe des neuen Schulhauses zur Kontakt und Anlaufstelle Dreispitz. An dieser Stelle danke ich der BRK ganz herzlich, dass sie die Fragen und Bedenken der BKK in ihrer Diskussion nochmals aufgenommen und nachgefragt hat. Tatsächlich haben sich Teile der BKK-Serie irritiert gezeigt, dass der Neubau des Schulhauses so nahe bei der Kontakt und Anlaufstelle Dreispitz zu stehen kommt und dass der zusätzliche Kindergarten, über den wir in einem weiteren Ratschlag diskutieren können, noch näher an der K+A sein wird. Noch irritierter war für die gesamte BKK, dass am Hearing mit der Verwaltung auf die Frage nach der Nähe von K+A und Schulhausneubau gar nicht eingegangen werden konnte, da die Hearingsgäste keine Informationen dazu hatten. Aus dieser Irritation heraus ist dann die Motion Kuster und Konsorten entstanden und wir haben hier drin bereits intensiv über das Thema diskutiert. Ich mache das jetzt nicht mehr, zumal auch im Bericht der BRK Antworten stehen

Weil ein Teil der BKK-Mitglieder der Ansicht ist, dass dass, dass der Problematik rund um die Nähe des Schulhausneubaus und der Kontakt und Anlaufstelle zu wenig Beachtung geschenkt worden ist und weil auch der erhöhte Raumbedarf, der die integrative Schule ausweist, nicht genügend berücksichtigt worden ist, soll der Ratschlag zurückgewiesen werden. Die beiden erwähnten Punkte sollen nochmals bearbeitet und ein verbesserter Ratschlag soll zusammen mit dem Ratschlag zum Bau des zusätzlich geplanten Kindergartens vorgelegt werden. Ein anderer Teil der Kommission allerdings ist der Ansicht, dass es für das Funktionieren des neuen Quartiers entscheidend ist, dass das Schulhaus ohne Verzögerung gebaut werden kann. Zudem würde durch eine Rückweisung die schwierige Situation rund um den knappen Schulraum noch verschärft.

Entsprechend stellt die BKK mit 6 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen den Antrag auf Rückweisung des Ratschlags an den Regierungsrat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch zu diesem Schulhaus sprechen für den Regierungsrat Esther Keller und Conradin Cramer.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Zunächst einmal freue ich mich sehr über die positive Würdigung der Nachhaltigkeit oder des Konzepts der Nachhaltigkeit dieser Schule durch die BRK. Ich glaube tatsächlich, das ist hier noch mal eine neue Dimension, die wir angehen können, was die den Vorbildcharakter auch angeht, was die Klimaschutzbestrebungen angeht, beispielsweise mit den nachwachsenden Materialien oder den nachhaltigen Rohstoffen wie Holz und Lehm, mit denen wir bauen möchten, mit dem Recyclingbeton, aber auch die Wiederverwendung von Bauteilen, sogenannte Re-Use. Ich denke, dass das auch die Kinder inspirieren kann, in einer solchen Umgebung zu lernen, auch mehr zu erfahren darüber, weshalb man so baut und ich freue mich deshalb sehr, dass wir eine Schule so bauen dürfen und können, mit Ihrer Unterstützung. Bezüglich Energieversorgung werden wir wie erwähnt mit Erdsonden arbeiten, mit Photovoltaik. Das wird wirklich ein Klima technisch sehr, sehr gutes Projekt.

Ich bitte Sie auch, den Ratschlag nicht zurückzuweisen. Wir haben es gehört, das ist ein grosses Entwicklungsgebiet, da geschieht schon sehr viel. Es werden Wohnungen gebaut für insgesamt rund 650 Menschen, die dort wohnen werden. Wir haben dort doch einen grossen Druck, diese Schule auch zu erstellen. Es braucht diesen Schulraum und ich denke, dass wir die offenen Fragen, die gestellt wurden, mitnehmen können, mitnehmen müssen, gerade zur Kontakt- und Anlaufstelle gibt es eine Motion, die der Regierungsrat auch beantworten wird. Auch hier wird Conradin Cramer zu den pädagogischen Aspekten sprechen, wie das auch im 3-Rollenmodell üblich ist und ich darf gerade an ihn übergeben.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Es war doch etwas irritierend, dass die Bildungs- und Kulturkommission bei einem so dringend benötigten wichtigen Schulhausbau Rückweisung beantragt. Offenbar wurden Fragen nicht befriedigend beantwortet seitens der Vertreter der beiden Departemente in der Kommission. Ich bedaure das ausserordentlich und ich hätte mir gewünscht, ich wäre selbst dabei gewesen bei der Debatte. Künftig empfehle ich immer den Vorstehenden auch einzuladen, welches Departement es auch immer betrifft, das hilft ab und zu. Wenn man spürt, was die Kommission wissen will, ist die politische Sensibilität selbstverständlich gross. Wir wollen dieses Geschäft schnell durchbringen. Das ist wichtig für die Schule und insofern ist das nicht optimal gelaufen. Soweit ich es zu verantworten haben, bitte ich um Entschuldigung, dass Fragen unbeantwortet blieben.

Nun möchte ich nochmals kurz eingehen auf die Gründe, die die BKK ja zu ihrem Rückweisungsantrag veranlasst haben. Das ist einerseits die nicht klar gewordene genügende Rücksichtnahme auf Anliegen der integrativen Schule beim Raumkonzept und klarerweise sind die Schulräume nach den aktuellen Raumstandards geplant, haben Reformen, die jetzt anstehen und zur Diskussion stehen, noch nicht berücksichtigen können. Aber, und das ist ein grosses Aber, es wurde bei der Planung ein grosser Wert auf die gelingende Umsetzung einer integrativen Volksschule gelegt. Dazu gehört, dass man die Unterrichtsräume eben so geplant hat, dass man sie unabhängig von konkreten pädagogischen Konzepten auch noch anpassen kann. Die Nutzungsflexibilität im ganzen Gebäude ist sehr hoch. Es gibt grosse Gruppenräume, es gibt kleinere Gruppenräume für verschiedene Nutzungen. Es wurde Wert auf eine gute pädagogische Gangnutzung gelegt. Auch die Unterteilung in drei einzelne Häuser kann der integrativen Schule Rechnung tragen, so dass eben nicht alles in einem Gebäude stattfinden muss. Die Klassentrakte lassen eine intensive Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Klassenteams zu. Das wiederum ist für die Binnendifferenzierung und für die Förderung sehr unterstützend.

Dass so geplant wurde, hängt auch damit zusammen, dass eine Forderung der BKK von Anfang an erfüllt war, nämlich der Einbezug pädagogischer Vertreterinnen und Vertreter in der Projektorganisation. Das ist entscheidend, dass das so gelebt wird und wurde auch so gelebt. Auch bereits in der ersten Phase wurden die Fachleute von Raum und Anlagen bei uns im Departement von erfahrenen Schulleitungen unterstützt. Wir haben eine Vertretung der KSBS mit einbezogen und, auch das darf ich sagen als Vertreter des Nutzerdepartements, das Architektenteam hat ausgezeichnet auf die pädagogischen Hinweise reagiert, diese wo immer möglich aufgenommen und auch Umsetzungswillen signalisiert. Also es ist nicht so, dass hier jemand eine Schule für ein Architekturmagazin bauen will, wie man teilweise herauslesen kann aus dem BKK-Bericht, im Gegenteil, das Erziehungsdepartement erlebt in Zusammenarbeit mit den Baufachleuten, mit den Architektinnen und Architekten als sehr positiv.

Dann noch ein Wort zur Farbgebung. Da wurden Ihnen offenbar Bilder aus einer früheren Planungsphase gezeigt. Selbstverständlich werden Farben so gewählt, dass sie nicht Kinder irritieren. Das ist Teil des weiteren Planungsprozesses, des konkreten Planungsprozesses, und das wird selbstverständlich mit dem Nutzerausschuss, in dem eben Pädagoginnen und Pädagogen wiederum vertreten sind, dann abgestimmt.

Und schliesslich noch die Schulküche oder die Kochplätze. Es ist so, dass Kochunterricht nicht im Lehrplan der Primarschule vorgesehen ist und deshalb gibt es auch keine Schulküchen. Ich weiss, dass es ein grosses Anliegen ist von vielen, dass in Schulen mehr gekocht wird. Wir haben hier auch schon detailliert darlegen können oder darlegen müssen, was für Schwierigkeiten das mit sich bringt bei der Lebensmittelhygiene und bei anderen Anforderungen. Im Moment ist es so, dass in der Primarschule das nicht im Lehrplan steht. Entsprechend wurde es jetzt hier auch nicht berücksichtigen.

Schliesslich einfach eine Bemerkung: Eine Rückweisung wäre wirklich verheerend für die Schule, für die anderen Schulen, auch für die Familien im Gundeli. Das Projekt ist jetzt schon eher im Verzug und es ist wichtig, dass wir weitermachen können. Dass Kindergärten ausserhalb des Schulhauses sind, auch das ist üblich. Wir haben keine einzige Primarschule, wo

alle Kindergartenräumlichkeiten im Schulhaus sind und selbstverständlich muss auf die Umgebung Rücksicht genommen werden. Wir haben ja hier auch den klaren Auftrag seitens des Regierungsrat, für das K+A eine andere Lösung zu finden beziehungsweise eine Lösung zu finden, die in Einklang steht mit den Bedürfnissen an die Kindergarten- und Schulnutzung.

Ich bitte Sie deshalb, jetzt diesem Ratschlag so zuzustimmen, also dem dem Antrag der Bau- und Raumplanungskommission zu folgen und ihn nicht zurückzuweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher für die SP ist Stefan Wittlin.

Stefan Wittlin (SP): Während wir bei der Erweiterung des Christoph Merian Schulhauses,wie soeben beschlossen, vielleicht eher konventionell unterwegs sind, beschreiten wir am Walkeweg neue Wege. Das Bau- und Verkehrsdepartement hat uns nach dem Grossratsbeschluss über die Projektierung im Jahr 2020 überrascht mit einem neuartigen Planungsverfahren. Mit einem offenen Ideenwettbewerb wurden in einem ersten Schritt sechs Teams evaluiert, die sich mit ihrem Projektvorschlag im Bereich nachhaltiges Bauen auf innovative Art und Weise engagierten. Von diesen sechs Teams wurde dann im Rahmen eines Studienauftrags verlangt, ein Schulhaus zu planen, das ein wegweisendes Beispiel für Antworten auf die aktuellen Fragen der Nachhaltigkeit geben soll. Der Fokus lag neben relevanten Themen wie CO_2 -Emissionen insbesondere auf klimagerechtem Bauen und Kreislaufwirtschaft sowie auch sozialer Nachhaltigkeit. Nun bauen wir ein Schulhaus, das neue Massstäbe setzt und darauf freuen wir uns.

Wir sind froh, dass am Walkeweg ein Schulhaus für 18 Klassen gebaut wird. Ursprünglich, wir haben es gehört, waren zwölf Klassen vorgesehen und wir hätten riskiert, dass das Schulhaus schon nach wenigen Jahren zu klein geworden wäre. Bei der Genehmigung des Projektierungskredits haben wir hier im Grossen Rat erreicht, dass eine Erhöhung auf 18 Klassen überhaupt geprüft wurde. Im Architekturstudienauftrag war die Vorgabe dann ein Schulhaus für zwölf Klassen, dass auf 18 Klassen erweiterbar ist. Das wiederum ist eine sehr anspruchsvolle Aufgabe, insbesondere unter Berücksichtigung der sowieso schon hohen Anforderungen bezüglich Nachhaltigkeit. Nun bauen wir aber nicht ein erweiterbares Schulhaus, sondern von Beginn an 18 Klassenzimmer, was das Projekt wiederum etwas vereinfacht. Das ist sehr erfreulich, aber in den Entwicklungsgebieten, im direkten Umfeld, also am Walkeweg selber, aber vor allem im Dreispitzareal und auch im Areal Wolf gegenüber des Gleisfeldes, werden womöglich eines Tages noch mehr Kinder leben als wir heute annehmen und die Option einer späteren Erweiterung des Schulhauses ist nicht mehr vorgesehen. Es bleibt uns also nichts anderes übrig, als zu hoffen, dass die Kapazität des Primarschulhauses langfristig ausreicht.

Die BKK hat mit ihrem Mitbericht mehrere Kritikpunkte eingebracht, die in der Folge auch in der Beratung der BRK vertieft geprüft wurden, darunter auch pädagogische Aspekte beim Schulhausbau. Die BKK schreibt, es sei elementar, dass bei der Konzeption und Umsetzung von Schulhausbauten nicht nur bauliche Aspekte berücksichtigt würden und sie fordert, dass pädagogische Fachpersonen mehr Einfluss auf die Planung nehmen müssten. Wir anerkennen die Bedeutung der Berücksichtigung dieser Fachmeinungen, sind aber der Meinung, dass dies mit dem angewendeten 3-Rollenmodell und mit dem Einsitz von Nutzervertretenden in der Baukommission grundsätzlich gewährleistet ist. Es ist deren Aufgabe, die pädagogischen Aspekte und Interessen einzubringen und es scheint uns wichtig, dass diese Vertretungen aktiv eingebunden und deren Beiträge ernstgenommen werden.

Ein Kritikpunkt, der immer wieder aufkommt, betrifft die generell bei Schulhausneubauten angewendeten Raumstandards. Eine zeitgemässe Schule ist nur mit angemessenen Räumlichkeiten möglich. Der Dachverband der Lehrerinnen und Lehrer Schweiz empfiehlt grössere Räumen, als die Raumstandards des Kantons Baselstadt vorgeben. Gleichzeitig verlangt ein nachhaltiger Neubau, wie jetzt angestrebt, reduzierte Raumgrössen, da hier der Grössehebel steht für eine Reduktion der aufzuwendenden Energie, für Erstellung und Betrieb. Wir sind also mit einem klassischen Zielkonflikt konfrontiert. Diesen gilt es zu benennen und ernst zu nehmen, und die pädagogischen Aspekte dürfen nicht aufgrund von übergeordneten Klimazielen vernachlässigt werden. Die Bauweise dieses Neubaus ist aber auf Flexibilität in der Nutzung ausgelegt, weshalb wir keinen Bedarf sehen, die Raumgrössen des vorliegenden Projekts nochmals grundsätzlich in Frage zu stellen. Jedoch scheint es uns wichtig, die Raumstandards für Schulhausneubauten weiterhin kritisch zu beobachten und bei Bedarf zu justieren.

Die BKK hat auch Kritik am Standort und an der Erschliessung geäussert aufgrund der Nähe zur Kontakt- und Anlaufstelle Dreispitz. Wir haben den Eindruck, dass es angemessen gewesen wäre, diesem Umstand bereits im Ratschlag Beachtung zu schenken. Spätestens mit der Überweisung der Motion von Nicole Kuster und Konsorten wurde aber allen Beteiligten bewusst, dass darauf ein Augenmerk zu legen ist. Aus den Ausführungen des Bau- und Verkehrsdepartements im Rahmen der Kommissionsberatung geht eindeutig hervor, dass begleitende Massnahmen vorgesehen sind und längerfristig auch ein Standortwechsel für die K+A angestrebt wird. Für uns steht im Vordergrund, dass diese Umstände auf keinen Fall dazu führen dürfen, den Standort für das neue Schulhaus in Frage zu stellen.

Wir möchten Sie abschliessend deshalb auch bitten, die Ausgaben für den Bau der Neubauten Primarschule, Walkeweg zu bewilligen und den beiden Grossratsbeschlüssen zuzustimmen. Den Rückweisungsantrag lehnen wir ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SVP geht das Wort an Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP stellt den Antrag, dass wir diesen Ratschlag zurückweisen. Die BKK hat sich ja ziemlich fundiert geäussert und auch eine entsprechende Meinung gebildet, insbesondere bezüglich der Kontakt- und Anlaufstelle Dreispitz kann sich die SVP anschliessen und beantragt dementsprechend diese Rückweisung. Es gibt diesbezüglich auch die Motion von Nicole Kuster und wir sind dann halt schon der Meinung, solange wir bei dieser Motion keine Lösung auf dem Tisch haben, wollen wir nicht diesem Projekt zustimmen. Die Gefahr besteht natürlich schon, dass wir heute zustimmen, nicht zurückweisen, die Motion dann bei einer Zweitüberweisung scheitern könnte und in einen Anzug abgeschwächt wird und das Anliegen von Frau Kuster dementsprechend auch versandet. Wir sind der Meinung, dass wir hier unbedingt auch die Kinder schützen müssen, dass es hier klare Massnahmen benötigt, damit es hier nicht zum Konfliktpotenzial kommt. Und da hat ja auch die Motionärin ganz klar auf diesen Standortwechsel gepocht.

Wenn ich jetzt aber die Antwort des Gesundheitsdepartements lese in den Fragen der BRK hat, dann sehe hier nicht ein klares Bekenntnis, wann diese K+A Dreispitz geschlossen wird. Im Gegenteil, es wird sogar nach davon gesprochen, dass es mehr Konsumenten hat, dass das Angebot zu gering ist und es eigentlich mehr Angebote braucht für Konsumenten. Es gibt ja auch entsprechende Vorstösse, die verlangen, dass die Öffnungszeiten verlängert werden, dass das Angebot auch für Menschen, welche nicht hier in Basel wohnen, angeboten wird. Und hier habe ich dann eher das Gefühl, dass es in Zukunft mehr Konsumenten gibt und dass es eine Sogwirkung gibt und noch grösseren Probleme stattfinden werden, als wir es jetzt aktuell haben.

Hier benötigt es vielleicht gute Lösungen, die zusammen mit dem Ratschlag und zusammen mit dem geplanten Kindergarten präsentiert werden und nicht einfach ein Versprechen, dass man vielleicht ein Konzept oder eine Arbeitsgruppe ins Leben ruft und das dann schon gut kommt, und dann gibt es eine weitere Sorgwirkung und man findet vielleicht keinen anderen Standort und dann bleibt trotzdem alles beim Alten. Das ist für uns von der SVP-Fraktion alles viel zu wenig verbindlich und dementsprechend fordern wir hier auch diese Rückweisung, damit sämtliche Ratschläge, Walkenweg Schulhaus, Kindergarten und auch die entsprechenden Lösungen bezüglich der Anlaufstellen präsentiert werden können.

Eine Rückweisung bedeutet nicht automatisch zurück auf Feld 1. Es gibt ja sehr viele Punkte, die offensichtlich auch geklärt werden konnten. Diese müssen wir auch nicht weiter diskutieren. Es braucht nicht einmal eine weitere Kommissionsberatung. Wenn das Konzept vom Regierungsrat auch wirklich überzeugend ist, dass man hier wieder eine gute Lösung gefunden hat, dann kann man es auch direkt in den Grossen Rat bringen und dringlich traktandieren. Aber vorerst ist das uns zu unverbindlich. Wir wollen hier weiter abwarten, bis wir eine sinnvolle Lösung haben, wie sie auch die Motion Kuster fordert, und dementsprechend bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, dieses Geschäft zurückzuweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Lea Wirz.

Lea Wirz (GAB): Die Schaffung eines Schulhauses angesichts der geplanten Entwicklung des Walkeweg-Areals ist unumgänglich. Die geplante Primarschule ist ein essenzieller Bestandteil der städtebaulichen Entwicklung und ein notwendiger Schritt, um den Bedarf an Schulraum für die zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner zu decken. Für das GAB ist deshalb auch klar, obwohl wir auch einige kritische Punkte anzumerken haben, dass wir dem Geschäft zustimmen.

Die Kritik betrifft insbesondere pädagogische Aspekte, wie wir vorhin auch bereits angetönt bekommen haben. Wir haben auch schon gehört, dass das Projekt unter einem grossen Zeitdruck steht. Die Notwendigkeit, dass Teile des Areals bereits ab 2025 nutzbar sein sollten, erfordern einen straffen Zeitplan und eine effiziente Umsetzung. Daher wurde wohl auch teilweise auf eine vertiefte Diskussion des Projekts verzichtet, auch wenn diese wünschenswert gewesen wäre. Für die Zukunft würden auch wir vom GAB uns wünschen, wenn bei der Projektplanung seitens Regierung und Verwaltung genügend Zeit für die politische Beratung eingeplant wird.

Auch bedauern wir, dass bei der Planung des Schulhauses keine Schwimmanlagen mit konzipiert wurden. Fehlende Sport- und Schwimmanlagen sind in Basel ein Dauerbrenner. Beim Neubau hätte sich unserer Meinung nach besonders angeboten, weitere Möglichkeiten für Schwimmunterricht und Vereinssport zu schaffen. Auch wir sind froh, dass die Kapazitäten des Schulraums bereits im Rahmen der Projektierung von zwölf auf 18 Klassen erhöht wurde. Jedoch bleibt auch für uns unklar, ob diese Kapazitäten in Zukunft ausreichend sein werden. Die Vergangenheit zeigt, dass Klassenräume jeweils eher zu knapp geplant wurden. Auch am Walkeweg wurde der geplante Doppelkindergarten wieder aus dem Schulhaus ausgeklammert aufgrund der Schulraumerhöhung.

Trotz dieser Bedenken möchten wir betonen, dass wir die Errichtung der Primarschule am Walkeweg unterstützen, denn baulich überzeugt uns das Projekt. Es strebt nachhaltige Lösungen in den Bereichen CO_2 -Reduktion, klimaangepasstes Bauen und Kreislaufwirtschaft an. Es wird auf eine klimafreundliche Materialisierung und maximale Energieautarkie geachtet.

Die Verwendung von nachhaltigen Rohstoffen wie Holz und Lehm sowie eine Erdsondenwärmepumpe sind zentrale Elemente des nachhaltigen Schulhauses. Das Schulhaus zielt darauf ab, die Anforderungen einer 2000 Watt-Gesellschaft im Gebäudebereich zu unterschreiten. Ebenfalls werden die Schwammstadt-Prinzipien bei der Planung eingehalten sowie die Biodiversität mitgedacht. In diesem Sinne werden wir den Rückweisungsantrag nicht unterstützen und stimmen zu.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die FDP spricht Andreas Zappalà.

Andreas Zappalà (FDP): Ich kann ihn auch namens der FDP-Fraktion mitteilen, dass wir dem Geschäft zustimmen werden und gegen den Rückweisungsantrag stimmen werden.

Wir haben es bereits gehört, der zeitliche Aspekt für den Bau dieses Schulhauses ist ein wenig angespannt, das heisst wir sind jetzt schon spät, wenn man hier jetzt noch zurückweist, auch wenn es nicht unbedingt dann nochmals neu beraten werden muss, gibt dann doch eine Zeitverzögerung, die wir uns, so sehen wir es von der FDP-Fraktion aus, nicht leisten können, wenn man bedenkt, was am Walkeweg alles für Bauten entstehen sollen und wenn man sich auch bewusst ist, wie der Schulhausstand generell im Kanton sich präsentiert. Also wir sind der Meinung, dass jetzt vorwärts gemacht werden muss und dass wir hier ein Projekt haben – die Vorrednerin hat es bereits gesagt – das Unterstützung verdient.

Trotz dieser Meinung haben wir in der Fraktion aber auch diese Einwendungen, die von der PKK gekommen sind, vor allem im Zusammenhang mit der Kontakt- und Anlaufstelle diskutiert. Hier haben wir diese Einwendungen berücksichtigt, aber wir sind der Meinung, dass der Aspekt, dass das Schulhaus jetzt dringend bebaut werden muss, auch aus Sicht der Kinderinteressen, mehr gewichtet werden muss als dieser Einwand.

Ein zweiter Aspekt, den wir diskutiert haben, ist die Neuplanung der Grösse des Schulhauses. Wir haben es gehört, man hat zuerst mit zwölf Klassen geplant, hat dort Kosten von 35 Millionen Franken vorgesehen, heute plant man mit 18 Klassen. Hinzu kommt, dass der Doppelkindergarten, der bis jetzt eigentlich in diesem neuen Schulhaus Platz finden sollte, nun nicht mehr Platz hat und ausserhalb untergebracht wird. Wir haben von Regierungsrat Conradin Cramer gehört, dass das nicht eine Ausnahme ist, sondern dass es eher üblich ist. Dieser Neubau oder diese Erhöhung der Klassenzahlen führt dazu, dass auch das Raumprogramm angepasst werden musste, dass man jetzt von Kosten von 59 Millionen Franken redet und dass dies nicht nur eine Erhöhung der Kosten generell bewirkt, sondern auch eine Erhöhung des m2- Preises, wenn man das umlegt auf die Raumbestand, bedeutet. Hinzu kommt, und das ist geht aus dem Ratschlag eben nicht so hervor, dass die Sanierung des BVB-Gebäudes für diesen Doppelkindergarten in diesen Kosten noch nicht eingeplant wird. Dort wird es ein zweites Projekt geben mit zusätzlichen Kosten.

Diese Neuorientierung wird also massiv teurer als man das ursprünglich geplant hat und wir hoffen wirklich, dass es am Schluss dann wirklich ein Vorzeigebau werden wird, der diesen neuen Standard, den man dann für zukünftige Schulhausbauten auch anwenden will, berücksichtigt. Aus diesem Grund empfehlen wir Ihnen die Annahme, wie es die BRK vorgeschlagen und beantragt hat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Nicole Kuster für die LDP.

Nicole Kuster-Simon (LDP): Ja, ich war irritiert, dass sich die zuständigen Departemente nur wenige Gedanken um ein mögliches Konfliktpotenzial beim Schulhaus und Kindergartenneubau neben der K+A gemacht haben. Damit die Gesamtsituation sorgfältig und schnell angeschaut wird, haben wir das parlamentarische Mittel eine Motion ergriffen. Die ersten Antworten daraus stimmen zuversichtlich, dass man allen betroffenen Personengruppen gerecht wird. Die Probleme sind erkannt und es werden gute Lösungen für alle gesucht.

In Basel herrscht bekanntermassen aber auch kein Überfluss an Schulraum. Es besteht ein grosses Bedürfnis an Schulraumneubauten, weshalb die LDP das Bauvorhaben nicht durch eine Rückweisung verzögern will. Entsprechend beantrage ich Ihnen namens der LDP, dem vorliegenden Geschäft zuzustimmen und dieses nicht zurückzuweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben keine weiteren Wortmeldungen und kommen damit wieder zur Sprecherin und zum Sprecher des Regierungsrates: Sie verzichten. Die Sprecherin der BKK Franziska Roth hat das Wort.

Franziska Roth (SP): Nur ganz kurz. Regierungsrat Conradin Cramer hat geäussert, dass er als Departementsvorsteher nicht an das Hering in der BKK eingeladen worden ist. Ich möchte darauf erwidern, dass das BVD das federführende Departement

ist und die BKK die Einladung an das BVD gerichtet hat, und üblicherweise überlässt es die BKK dann dem federführenden Departement, wen es ans Hearing schickt. Darum ist der Einwand nicht ganz berechtigt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die BRK hätte das Wort Michael Hug, er verzichtet, womit wir zu noch schätzungsweise drei Abstimmungen kommen. Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung wurde hingegen beantragt von der BKK und von Pascal Messerli, und zwar Rückweisung an den Regierungsrat. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Wer den Bericht zurückweisen will, stimmt JA, Wer nicht zurückweisen will stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

11 Ja, 80 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003155, 10.04.24 17:53:56]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben entschieden nicht zurückzuweisen mit 80 Nein-Stimmen gegen 11 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1 (Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress

Einziger Absatz mit Gesamtbetrag

Alinea 1 Neubauten

Alinea 2 Ausstattung

Alinea 3 Instandhaltung

Alinea 4 Betrieb der Neubauten

Alinea 5 Betrieb und Unterhalt

Publikations- und Referendumsklausel

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

81 Ja, 11 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003157, 10.04.24 17:54:57]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Neubauten Primarschule Walkeweg werden Ausgaben in der Höhe von total Fr. 56'204’000 bewilligt. Diese Ausgaben setzen sich wie folgt zusammen:

- Fr. 51'058’000 für die Neubauten der Primarschule Walkeweg zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 4 «Hochbauten im Verwaltungsvermögen, Teil Bildung» (Preisbasis: Baupreisindex Nordwestschweiz / Hochbau, Index 112.5 (Basis Oktober 2020=100), Stand Oktober 2022;

- Fr. 4'536’000 für die Ausstattung und die Betriebseinrichtungen der Neubauten zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 6 «Bildung»;

- Fr. 235’000 für die Instandhaltung der Neubauten inkl. Grünpflege der intensiv begrünten Dachflächen als wiederkehrende Ausgabe zu Lasten der Erfolgsrechnung des Finanzdepartements, Immobilien Basel-Stadt, Unterhaltspauschale Verwaltungsvermögen ab 2027;

- Fr. 360’000 für den Betrieb der Neubauten als wiederkehrende Ausgaben zu Lasten der Erfolgsrechnung des Erziehungsdepartements ab 2027;

- Fr. 15’000 für den Betrieb und Unterhalt der Umgebungsflächen und der Fassadenbegrünungen als wiederkehrende Ausgaben zu Lasten der Erfolgsrechnung der Stadtgärtnerei ab 2027.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen 81 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen vor , damit wurde dem Grossratsbeschluss 1 zugestimmt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 2

(Seite 8 des Berichts)

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

80 Ja, 11 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003159, 10.04.24 17:55:47]*

Der Grosse Rat beschliesst

Eine Teilfläche von 4'562 m2 der Parzelle Nr. 1469, Sektion 5, Münchensteinerstrasse 103 ist vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen zu übertragen (Widmung). (Inkraftsetzung per 1. Juli 2024).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 80 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Vielen Dank für die heutige Sitzung. Wir sehen uns in einer Woche wieder.

Schluss der 9. Sitzung

17:55 Uhr

Protokoll

der 10. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 17. April 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Patrick Fischer (SVP); Daniela Stumpf-Rutschmann (SVP)*

Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung 2
11. Umsetzung eines neuen Angebots zur freiwilligen Begleitung und Befähigung - Ausgabenbewilligung für die Jahre 2024 bis 2028, Bericht der GSK 4
12. Petition P471 "Ausbau und Erweiterung der Workout-Anlage im Dreirosenpark Basel", Bericht der PetKo 7
13. Petition P473 "Für ein Ackermätteli ohne Schulprovisorium" 8
15. Antrag Fina Girard und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend eine gesicherte Teilnahme der Schweiz an Erasmus+ 9
16. Motion 1 Joël Thüring und Konsorten betreffend Bezahlkarte für Asylbewerber 9
17. Motion 2 Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Rückvergütungen von kantonalen Überschüssen an die steuerzahlenden Privatpersonen 16
18. Anzug 1 Pascal Pfister und Konsorten betreffend ambulant begleitete Arbeit für Personen mit behinderungsbedingten Einschränkungen (Supported Employment) 18
19. Anzug 2 Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend Massnahmen zur Unterstützung von Long Covid Erkrankten 20
20. Anzug 3 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Verbesserung der Zugänglichkeit von öffentlichen automatisierten externen Defibrillatoren (AED) im Aussenbereich öffentlicher Verwaltungsgebäude 23
21. Anzug 4 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Palliativ Care und Migration bzw. diversitätssensitive Palliative Care 24
22. Anzug 5 Christine Keller und Konsorten betreffend Lehrstuhl für Palliative Care an der Medizinischen Fakultät der Universität Basel 26
23. Anzug 6 Christine Keller und Konsorten betreffend Zertifizierung von Alters- und Pflegeheimen in „Qualität in Palliative Care“ 28
24. Anzug 7 Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Finanzierung von spezialisierter Palliativ-Pflege in kantonalen Pflegeheimen 29
25. Anzug 8 Lukas Bollack und Konsorten betreffend Rheintunnel und flankierende Massnahmen zur Entlastung der Quartiere 29

Beginn der 10. Sitzung

Mittwoch, 17. April 2024, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[17.04.24 09:00:36]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen.

Letzte Sitzung von Thomas Gander: Heute ist die letzte Sitzung von Thomas, er ist seit dem 1. Februar 2013 Mitglied im Grossen Rat. In seiner ersten Legislatur war Thomas Gander Mitglied der GPK. Seit 2017 ist er Mitglied der Finanzkommission und der JSSK. Zusätzlich war er von 2019 bis 2021 Mitglied der Spezialkommission Klima. Wir verlieren mit dem ehemaligen Fraktionspräsidenten der SP einen aktiven und engagierten Politiker und wünschen ihm für die private wie auch für die politische Zukunft alles Gute.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nach diesem langen Applaus kriegt Thomas Gander vielleicht auch noch einen kurzen Applaus beim nächsten Thema, Kaffeespende heute morgen: Aus gegebenem Anlass spendiert Thomas Gander heute morgen den Kaffee. Im Namen des Grossen Rates danke ich ihm für diese grosszügige Geste.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zu unseren Geschäften und wir fahren fort mit Traktandum 11.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Erlauben Sie von meiner Seite eine kurze Einleitung in das Thema. Beistandschaften sind verbreitete Massnahmen im Erwachsenenschutzrecht und haben den Schutz einer bedürftigen Person zum Ziel. Es bestehen vier verschiedene Arten, die Begleitbeistandschaft ist diejenige Massnahme, die am wenigsten die Selbstbestimmung begrenzt und die Handlungsfähigkeit der Person wird damit nicht eingeschränkt. Diese muss jeweils auf Antrag der KESB verfügt werden. Anders die freiwilligen Einkommensverwaltungen, diese sind bei einigen sozialen Organisationen seit Jahrzehnten ein Bestandteil ihres Angebots und sind, wie der Name schon sagt, freiwillig.

Beide, Einkommensverwaltungen und Beistandschaften, sind zeitintensiv, benötigen ein spezifisches Fachwissen und ohne Beziehungsarbeit sind diese nicht zielführend umzusetzen. Aufgrund der hohen zeitlichen Beanspruchung und Komplexität der Aufgabe, insbesondere eben auch auf der Beziehungsebene, haben sich in den vergangenen Jahren einige medizinisch-psychiatrische, aber auch soziale Organisationen von diesem aus unserer Sicht sehr wichtigen Angebot verabschiedet. Dies ist mit ein Grund für die Zunahme bei den Anmeldungen zu Begleitbeistandschaften bei ABES. Eine freiwillige Begleitung und Befähigung, wie im Ratschlag skizziert, ist im Vergleich zu einer Beistandschaft weniger einschränkend. Je nach Bedürftigkeit der betroffenen Person sind aber Beistandschaften die sinnvollere Variante, um den Schutz der Person sicherzustellen. Es geht bei beiden Massnahmen darum, jemandem, der Unterstützung im Alltag benötigt, mit einem fachlichen Beziehungsangebot beizustehen. Dies geht aus meiner Sicht in der ganzen Diskussion über Subsidiarität, neues Erwachsenenschutzrecht, Behindertenrechtskonvention, offene Psychiatrie und so weiter teilweise vergessen.

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, für die Schaffung eines Angebots für freiwillige Begleitung und Befähigung eine neue Rahmenausgabenbewilligung für die kommenden fünf Jahre in der Höhe von insgesamt 2’086’057 Franken. Das Angebot soll von einer privaten Stelle erbracht werden und nicht von der Verwaltung. Deswegen wird dieses Angebot ausgeschrieben. Der Legislaturplan 2021 bis 2025 der Regierung verfolgt das Ziel, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. In Zeiten, wo die soziale Ungleichheit zunimmt und die gesellschaftliche Solidarität bröckelt, ist dies ein sehr wichtiges Ziel. Der Regierungsrat hat deshalb freiwillige Begleitung als neue Massnahme aufgenommen mit dem Ziel, ältere oder Behinderte Personen mit einer freiwilligen Begleitung und Rentenverwaltung zu unterstützen, anstatt mit einer formalen Beinstandschaft. Aus Sicht der Regierung ist es ein Ziel, so wenig staatliche Beistandschaften wie möglich zu haben, da

diese zu Stigmatisierungen führen, langjährige Abhängigkeiten begründen und im Widerspruch zu den Leitzielen des revidierten Erwachsenenschutzgesetzes und der Behindertenrechtskonvention stehen.

Die Beistandschaften nehmen jedoch jedes Jahr um 2 bis 5 Prozent zu und die Anzahl Fälle beim ABES sind stetig angewachsen. Oft handelt es sich dabei um langjährige Begleitungen und Beistandschaften, die kaum mehr ablesbar sind. Aber auch immer mehr junge Erwachsene, Care-Leaves, ehemalige unbegleitete Minderjährige, Migrant:innen und weitere sind auf eine solche Unterstützung angewiesen. Trotz dem grossen ausdifferenzierten freiwilligen Angebot in Basel-Stadt gibt es ein Versorgungsdefizit bei der administrativ finanziellen Befähigung, bei der Begleitung mit Einkommensverwaltungen, beim Casemanagement und der aufsuchenden Hilfe. Aufgrund dieses Defizits wurde der vorliegende Ratschlag ausgearbeitet. Dieses Angebot soll von einer externen Stelle umgesetzt werden. Die Zuweisung erfolgt aber ausschliesslich durch die KESB, analog einen Begleitbeinstandschaft. Die neue Stelle übernimmt dann das Casemanagement inklusive dem aufsuchen der Betroffenen an ihrem Wohnort.

Der eine Fokus liegt also auf der Befähigung und somit der Verhinderung von Beistandschaften sowie der Ablösung nach einem Jahr. Der andere Fokus liegt in finanziellen und administrativen Angelegenheiten sowie der Möglichkeit einer Einkommensverwaltung. Die externe Stelle, welche das Angebot übernimmt, wird in den ersten zwei Betriebsjahren evaluiert. Es handelt sich dabei um ein Pilotprojekt, welches erst ab 2026 voll zum Tragen kommen wird. Der Regierungsrat rechnet damit, dass es mit dem Projekt gar zu einsparen kommen könnte, da mit der Zeit Beistandschaften verhindert werden.

Die GSK hat sich intensiv und durchaus kritisch mit dem Ratschlag auseinandergesetzt und diesen an zwei Sitzungen abschliessend behandelt. An der Beratung haben der Vorsteher des WSU und der Präsident der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde teilgenommen. Im Namen der GSK danke ich dem Departement und dessen Vorsteher für die Berichterstattung und für die Beantwortung der Fragen aus der Kommission.

Die GSK stimmt mit dem Regierungsrat überein, dass der Bedarf für die freiwillige Begleitung und Bewegung offensichtlich ist und somit Verbeiständigungen verhindert werden können. Dies bedingt, dass die Personen intensiv begleitet und befähigt werden. Aus diesem Grund steht die GSK hinter dieser neuen Massnahme. Die GSK hat aber auch ihre Kritik zum Ausdruck gebracht. Sie ist mit der Analyse des Departements nicht ganz einverstanden. Aus Sicht der Kommission leisten diejenigen sozialen Organisationen, die schon jetzt freiwillige Einkommensverwaltungen anbieten, bereits jetzt einen grossen Beitrag zur Entlastung von KESB und ABES. Die personellen Ressourcen sind aber zu knapp und reichen nicht aus, ihr Angebot auszuweiten. Die Kommission war erstaunt, auch ein bisschen besorgt, dass die Anzahl von jungen Erwachsenen mit einer Beistandschaft in den letzten Jahren so stark angestiegen ist. Es wäre spannend, über die Hintergründe noch mehr zu erfahren.

In der Kommissionsberatung fokussiert die GSK auf vier Fragestellungen, die auch kritisch in die Kommissionsberatung eingebracht wurden. Die erste Frage betrifft, ob das einjährige Casemanagement mit administrativem Massnahmenansatz in der Lage ist, die sehr diverse Zielgruppe fachlich und mit Qualität zu erreichen. Die GSK wünscht sich, dass trotz zentralistischem Ansatz das Fachwissen und die Beziehungsarbeit der zielgruppenorientierten Fachstellen im Kanton abgeholt werden. Aus Sicht des Departements sei auch ein Konsortium verschiedener Anbieter denkbar, aber das eine Casemanagement zur Förderung der Selbstständigkeit ist vorgegeben. Die Rückmeldungen auf die Ausschreibung werden gemäss dem Regierungsrat aber konkret in die Ausgestaltung mit einfliessen.

Eine zweite Frage betrifft die zeitliche Begrenzung auf ein Jahr. Die GSK ist skeptisch, dass die vorgesehene Begrenzung der Begleitung auf ein Jahr ausreichen wird. Je nach Verlauf der Begleitung und mögliche persönliche Krisen kann dies zu kurz sein, insbesondere auch wenn es sich um junge Erwachsene handelt. Das Departement ist aber überzeugt, dass der Aufwand von 100 Stunden pro Begleitung eine genügend hohe Intensität herstellt und damit eine ausreichende Beziehung aufgebaut werden kann. Nach einem Jahr kann dann festgestellt werden, ob es trotzdem zu einer Vorbeiständigung komme oder weitere Massnahmen notwendig werden oder sogar eine Selbstständigkeit erreicht wird. Grundsätzlich seien Verlängerungen auch nicht vollständig ausgeschlossen.

Drittens die Frage, warum nicht anstelle einer neuen zentralisierten Stelle die bestehenden Strukturen zu stärken sind. Für die GSK war das nicht ganz nachvollziehbar, weshalb die spezialisierten Organisationen, die schon jetzt ein solches freiwilliges Angebote anbieten, nicht gestärkt werden können. Es liegt hier ja vor allem eine Frage der Ressourcen vor. Ein solcher auf die Zielgruppen ausgerichteter Ansatz hätte sich die Kommission auch gut vorstellen können, um das spezifische Fachwissen besser zur Wirkung zu bringen. Gemäss dem Departement handelt es sich aber um andere Menschen, die eben schon durch das soziale Netz gefallen sind und nicht von den bestehenden Organisationen aufgefangen wurden. Es ist aus Sicht des Departements keine Konkurrenzierung, sondern gar eine Unterstützung für die bestehenden Organisationen. Die GSK anerkennt, dass sich der Regierungsrat für dieses Vorgehen entschieden hat, weist aber im Bericht bewusst auf die alternative Herangehensweise hin, um bei der Evaluation, und falls es ungenügende Resultate gäbe, diesen Aspekt wieder auch mitaufzunehmen.

Viertens und abschliessend die Frage, warum die Stelle extern vergeben und nicht verwaltungsintern angeboten wird Aus Sicht der GSK wäre beides möglich und das Angebot hätte auch in die ABES und KJD eingegliedert werden können. Für das

Departement sei es jedoch wichtig, sich hier zurückzuhalten und dass ein Pilotprojekt in einer externen Struktur besser angesiedelt ist. Falls es nicht den gewünschten Erfolg ausweisen kann, sei es dann auch einfacher zu beenden.

Die Kommission wünscht, dass die im Bericht bemerkten Überlegungen in der Konkretisierung und Umsetzung der Vorlage miteinfliessen und berücksichtigt werden können. Trotz der geäusserten Vorbehalten und auch kritischen Betrachtung unterstützt die GSK einstimmig die Beschlussvorlage zur Umsetzung des neuen Angebots und spielt sich für die Ausgabenbewilligung zur Finanzierung einer neuen Stelle für den Jahre 2024 bis 2028 aus. Die Beiträge steigen gestaffelt an und betragen in den letzten beiden Jahren jährlich 550’000 Franken. Besten Dank für die Zustimmung zum Ratschlag zur Umsetzung eines neuen Angebots zur freiwilligen Begleitung und Befähigung und für die Bewilligung des Gesamtbetrags von 2’086’057 Franken.

11. Umsetzung eines neuen Angebots zur freiwilligen Begleitung und Befähigung - Ausgabenbewilligung für die Jahre 2024 bis 2028, Bericht der GSK

[17.04.24 09:12:03, 23.1351.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Beistandschaften sind da, um das Wohl und den Schutz von hilfsbedürftigen Menschen und Personen sicherzustellen, Menschen, die ihren Alltag nicht mehr alleine meistern können. Eine Beistandschaft kommt dabei immer als letzte Massnahme. Es gilt das Subsidiaritätsprinzip. Wir sind durch das Erwachsenenschutzrecht verpflichtet, alle anderen Massnahmen, die niederschwelliger sind, zu prüfen und auch zu machen, wenn eine Beistandschaft dadurch nicht mehr notwendig wird. Die umfassende Beistandschaft gibt es quasi nicht mehr, heute erfolgen die Beistandschaften spezifisch für die Bereiche, wo die Unterstützung eben notwendig ist.

Was wir auch mit Sorge beobachten sind die steigenden Zahlen, die wir bei den Beistandschaften haben. Wir sprechen von einem jährlichen Wachstum von 2,5 Prozent. Ein Teil davon ist demografisch bedingt, das heisst, die Leute werden auch älter. Das ist der Teil, der nicht so besorgniserregend ist, sondern einfach die demografische Entwicklung nachvollzieht. Dass wir aber mehr Menschen sehen, die nicht fähig sind, ihren Alltag zu meistern, bereitet uns Sorgen, insbesondere auch die steigende Anzahl von jungen Erwachsenen, die auf eine Beistandschaft angewiesen sind.

Wir brauchen deshalb im Bereich der KESB und der Beistandschaften auch mehr Ressourcen. Deshalb haben wir auch die externe Studie in Auftrag gegeben und mit dem Budget 2024 haben Sie uns bereits eine massgebliche Anzahl von Stellen bewilligt, um auch diese steigenden Fallzahlen, die steigende Komplexität der Fälle besser meistern zu können. Daneben gibt es aber auch Optimierungsmassnahmen, in denen wir uns stärker auch auf die jungen Erwachsenen fokussieren, dort mehr Ressourcen zur Verfügung stellen, dass wir einen Intake organisieren, dass der Einstieg in die Beistandschaft auch gut gelingt. Die ABES ist dran, diese Optimierung, die auch die ECOPLAN-Studie gezeigt hat, zu vollziehen.

Bei diesem Projekt ist das Ziel, die Zahl der neuen Beistandschaften zu reduzieren. Das ist das klare Ziel, das sich der Regierungsrat auch im Legislaturplan gesetzt hat. Wir werden deshalb nicht steigende Fallzahlen haben, aber wir versuchen, diesen Anstieg zu dämpfen. Und hier setzt das Projekt ein – Hilfe zur Selbsthilfe, den Menschen zu helfen, diese Herausforderung des Alltags im finanziellen und auch sonstigen administrativen Bereich selber zu meistern, so dass dann auf die Beistandschaft verzichtet werden kann. Das ist das klare Ziel, das wir auch messen werden und schauen werden, ob das gelingt oder nicht. Jemanden, für den man heute eine Beistandschaft sprechen würde, wird man neu einer freiwilligen Begleitung zuweisen und dann schauen, ob eine Beistandschaft notwendigt wird oder oder ob auf eine Beistandschaft verzichtet werden kann, was wir hoffen. Das ist in erster Linie gut für die betroffenen Menschen, wenn sie keine Beistandschaft benötigen, sondern selber die Unterstützung bekommen und selber an diesen Punkt kommen, wo sie den Alltag meistern können. Das ist dann aber auch gut für den Kanton und die Stadt und die Gemeinden, weil wir dann weniger Beistandschaften haben und entsprechend auch die Ressourcen für die anderen Beistandschaften verwenden können.

Die Idee, wie sie im Antrag des Regierungsrates skizziert wurde, wurde erarbeitet durch die Leitung der KESB, gemeinsam mit den anderen Organisationen innerhalb der Verwaltung, die mit diesen Zielgruppen zu tun haben. Es wurde nicht mit externen möglichen Anbietern gemeinsam erarbeitet, dies auch aus submissionsrechtlicher Sicht, weil wir uns auch erhoffen und eine gute Möglichkeit darin sehen, dass die bestehenden Organisationen sich auf die Ausschreibung auch melden und ein Angebot einreichen. Die Zielgruppe der freiwilligen Begleitung sind junge psychisch angeschlagene Errwachsene ohne Berufsabschluss und ohne Perspektiven. Das sind unbegleitete minderjährige Asylbewerbende, das sind Care-Leaver, das sind aber auch erwachsene Menschen, die an dem Punkt sind, wo eine Beistandschaft geprüft wird und wo man schaut, ob diese freiwillige Begleitung eine niederschwelligere Massnahme ist. Das sind die Zielgruppen, Menschen, die an diesem

Punkt angelangt sind, wo sie zur KESB kommen, für die das bestehende Netz quasi nicht gereicht hat oder durch das sie gefallen sind, also an dem Punkt, wo die anderen und die guten vielfältigen Angebote, die es gibt in unserem Kanton, eben nicht dazu geführt haben, dass eine Beistandschaft nicht notwendig wäre.

Es ist ein neues Angebot. Ich glaube, das ist wichtig zu sehen, auch von meiner Seite und von Ihrer Seite als Parlament. Wir sind nach meinem Wissen der erste Kanton, die erste Stadt, die ein solches Angebot so spezifisch macht. Wir werden das auch evaluieren, auch wissenschaftlich extern. Es ist zeitlich begrenzt auf die Jahre, die wir Ihnen beantragen, und wir werden da auch höchstwahrscheinlich Optimierungspotential sehen, Fehler, die wir machen, Sachen, die man besser machen kann. Das wird dann die Evaluation zeigen und dann werden wir im schlimmsten Fall, wenn es nichts bringt, das Programm auch wieder beenden, oder wenn wir sehen, da kann man es besser machen, da gibt es Optimierungsbedarf, werden wir das entsprechend optimieren. Also, es ist etwas Neues. Wir denken, es ist richtig designt, aber wir wissen auch, dass es sicher noch besser gemacht werden kann und deshalb auch die Evaluation.

Die Zuweisung geht über die KESB. Es geht also um Menschen, die zur KESB kommen, wo grundsätzlich eine Beistandschaft geprüft wird. Es gibt wird auch Fälle geben, für die sich die freiwillige Begleitung nicht eignet, für die eine Beistandsschaft direkt gesprochen wird. Und dann gibt es auch diese Gruppe von Menschen, bei denen die KESB dann zum Schluss kommt, dass man diese freiwillige Begleitung zuerst noch machen möchte. Diese externe Stelle kümmert sich dann um diese Person, begleitet sie, befähigt sie im Bereich der administrativen und finanziellen Angelegenheiten, auch in der temporären Einkommensverwaltung und in der aufsuchenden Hilfe.

Wir haben diese freiwillige Begleitung grundsätzlich in diesem Pilot auf ein Jahr begrenzt, dann wird man schauen, ob auf die Beistandschaft verzichtet werden kann oder nicht. Es ist durch diesen Ratschlag aber auch die Möglichkeit gegeben, dass in gewissen Fällen eine Verlängerung dieses einen Jahres möglich ist. Wir möchten aber nicht eine dauernde Begleitung. Es ist vielmehr eine zeitlich begrenzte Unterstützung, um dann den Entscheid der Beistandschaft besser fällen zu können.

Es gibt zwei Gründe, die dazu geführt haben, dass wir dies extern erbringen wollen und nicht intern in der Verwaltung. Der eine Grund ist, dass es eben ein Pilot ist, dass er zeitlich begrenzt ist und das einfacher ist mit einer externen Stelle, als wenn wir staatliche öffentlich-rechtliche Anstellungen vornehmen. Der andere Punkt, und ich glaube, der ist entscheidender, ist folgender. Unsere Tradition und die Art, wie unser Sozialsystem aufgebaut ist, beruht sehr stark auch auf privaten Organisationen, Stiftungen, Vereinen, Sozialunternehmen, die im Bereich der sozialen Unterstützung tätig sind. Da gibt es ganz viele und die machen ganz gute Arbeit. Daher ist es in unserer humanitären Tradition und sozialen Tradition der Stadt Basel so, dass diese Aufgaben, die in anderen Städten viel stärker durch den Staat oder die Stadt wahrgenommen werden, hier bei uns durch viele wichtige Organisationen wahrgenommen werden. Das ist der der zweite und entscheidende Grund, dass wir an dieser Grundstruktur festhalten wollen und nicht beabsichtigen, alle die Unterstützungsmassnahmen, die es gibt im Kanton, staatlich zu erbringen.

Es wurde, wie der Präsident der GSK erwähnt hat, diskutiert, ob nicht ein Staatsbeitrag das bessere Mittel gewesen wäre, spezifisch zu schauen, welche Organisationen das tun können. Wir machen bewusst eine Ausschreibung, das führt auch zu einem Ideenwettbewerb. Die verschiedenen möglichen Anbieterinnen und Anbieter können sich melden, können ihre Konzepte eingehen, können sich auch zusammentun, wenn sie der Meinung sind, dass drei Organisationen mit unterschiedlichen Zielgruppenkompetenzen das besser und im Interesse der Betroffenen besser erbringen können. Ich bin auch sehr gespannt auf diese Ideen, die aus dem sozialen Basel kommen werden, um zu schauen, wo das Angebot ist, das unserer Zielsetzung der Verhinderung einer Beistandschaft im Interesse der Menschen am besten gedient ist. Diese Möglichkeit besteht also und es wird sich dann zeigen, welche Angebote kommen und welche Art und Weise der Erbringung dieser Leistung dann den Zuschlag bekommt.

Das Ziel ist ganz klar fokussiert, nämlich weniger neue Beistandschaften zu erreichen. Wir werden das in der Evaluation dann entsprechend auch ausweisen. Aber jetzt für diese Zeit von heute bis 2028 möchte ich Sie bitten, diesen 2 Millionen Franken zuzustimmen, uns als Kanton, als Verwaltung und als Regierungsrat die Möglichkeit zu geben, dieses Projekt und diese zusätzliche soziale Leistung zu realisieren. Ich möchte an dieser Stelle der GSK-danken für die gute und auch kritische Diskussion. Danken möchte ich auch der KESB und allen Mitarbeiterinnen Mitarbeitern, die an dieser Projektidee bis jetzt gearbeitet haben.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Eingetragen hat sich Melanie Nussbaumer von der SP.

Melanie Nussbaumer (SP): Gerne spreche ich kurz im Namen des GAB und der SP-Fraktion zu diesem Ratschlag, auch wenn alle Fraktionen dafür sind gemäss Kreuztabelle. Dass wir uns hier alle einig sind und dieses neue Pilotprojekt unterstützen, ist sehr erfreulich, denn nicht alle sozialen Massnahmen in diesem Kanton werden so breit unterstützt. Anscheinend sind wir uns einig, dass es sehr sinnvoll sein kann, gewisse Personen mit weniger Chancen im Leben eine Zeit lang eng zu begleiten, damit sie danach selbstständig und selbstbestimmt leben können. Denn nicht alle lernen von ihren

Eltern, wie man Gesundheitskosten bei der Krankenkasse abrechnet, wie man eine Steuererklärung ausfüllt, ein Budget erstellt und Ausgaben kontrolliert. Wenn wir also hier Hilfestellung leisten können mit diesem Projekt, dann ist das auf jeden Fall eine sinnvolle Sache, die auch viele Folgeprobleme hoffentlich verhindert.

Ich vermute, wir stimmen aber auch alle diesem Ratschlag zu, weil es dank diesem Projekt auch insgesamt zu Kosteneinsparungen kommen sollte. Kosteneinsparungen sind ja auch etwas Gutes, dagegen hat niemand etwas, auch ich nicht als Linke. Bei diesem Projekt stehen aber vulnerable Personen im Fokus und deshalb ist es auch unsere Pflicht, genau hinzuschauen, inwiefern hier Kosten gespart werden, was genau gemacht wird und natürlich dann auch, ob es funktioniert. Deshalb spreche ich auch hier.

Führt dieses Projekt dann wirklich zu einer Win-Win-Situation für die Zielgruppe und den Staat oder gibt es am Schluss dann doch Leidtragende? Da es ein Pilotprojekt ist, wie Regierungsrat Kaspar Sutter klar deklariert hat, können wir das im Vorhinein auch nicht wirklich sagen. Der Regierungsrat hat eine Art einer Umsetzung vorgeschlagen, die es nun zu testen gilt. Trotzdem war es uns in der GSK wichtig, unsere Bedenken zur geplanten Umsetzung dem Regierungsrat mit auf den Weg zu geben. Im Bericht können Sie die wichtigsten Fragestellungen Kragezeichen, Kritikpunkte der Kommission nachlesen, Oliver Bolliger hat sie vorher als Kommissionspräsident auch sehr gut zusammengefasst. Ich wiederhole hier also nicht alles und möchte nur zwei Punkte, die mir persönlich wichtig sind, hervorheben.

Erstens fragten wir uns in der Kommission zum Beispiel, ob dieses Fitmachen der Zielgruppe innerhalb eines Jahres wirklich realistisch ist. Ich mache das gerne an einem Beispiel fest. Reicht es, wenn man einmalig zusammen die Steuererklärung ausfüllt, um es im nächsten Jahr alleine zu schaffen, wenn man das noch nie gemacht hat? Wer hilft denn der Person im zweiten oder dritten Jahr? Was ist, wenn innerhalb dieses Jahres etwas passiert, die Person zum Beispiel krank ist oder eine Krise hat und deshalb nicht mehr eng begleitet werden kann? Wir haben unsere Zweifel, dass ein Jahr wirklich reicht. Diese Timeline könnte sogar für die Betroffenen mehr Druck schaffen, anstatt dass sie wirklich unterstützend wirkt. Aber wie gesagt, das gilt es zu testen

Das zweite Fragezeichen wurde auch schon erwähnt und liegt bei der Organisation des Projekts mit einer neu zu schaffenden externen Stelle. Wie gesagt, der Regierungsrat hat eine gute Analyse gemacht von allen Fachstellen intern in der Verwaltung, aber er hat überhaupt nicht geschaut, was es schon gibt extern und wo man ansetzen könnte. Aus Sicht der Verwaltung macht es auch durchaus Sinn, dass eine einzige neue Stelle beauftragt wird, die diese Fälle übernimmt. Das ist am einfachsten. Man hat dann nur eine Schnittstelle und damit am wenigsten Aufwand. Ob das fachlich wirklich auch für das Projekt Sinn macht, ist dann wieder eine andere Frage. In Basel gibt es ja zum Glück schon viele sehr gute soziale Organisationen, die auch Sozialberatungen und Finanzverwaltungen anbieten, differenziert aber nach Thema und Zielgruppe. Eine Sozialarbeiterin zum Beispiel bei der Jugendberatung hat zum Beispiel vollkommen andere Know-How, Kompetenzen, andere Erfahrungen, wenn sie Jugendliche bereit als eine Sozialarbeiten bei Pro Infirmis, wenn sie Menschen mit Behinderung berät. Warum der Regierungsrat diese bereits vorhandenen Stellen, diese spezifischen Expertisen nicht einfach besser finanziell ausstattet, um dann eben die einzelnen Personen besser zu unterstützen und zu begleiten, ist unserer Meinung nach noch immer nicht schlüssig beantwortet worden. Aber auch wie bereits erwähnt, es ist ein Pilotprojekt. Mit unserer richtigen und wichtigen Überweisung eben wir heute den Weg um herauszufinden, ob das wirklich so Sinn macht, ob die Umsetzung wie geplant funktioniert. Und natürlich ist das wünschenswert, weil es hoffentlich diesen Personen aus der Zielgruppe den zukünftigen Lebensweg vereinfacht.

Trotzdem will ich noch etwas Kleines anfügen, denn mir ist es wichtig zu betonen, auch wenn es am Schluss dann nicht alle Personen in diesem Projekt schaffen, innerhalb eines Jahres selbstständig zu werden und diese Personen dann trotzdem verbeiständet werden, dann ist nichts Schlimmes dran. Ich zitiere von Pro Infirmis: «Eine Beistandschaft dient dazu, das Wohl und den Schutz einer hilfsbedürftigen Person sicherzustellen.» Das ist also eine gute Sache und muss nicht um jeden Preis verhindert werden.

Wir haben in Basel eine sehr gut arbeitende KESB, wir haben viele Berufsbeistände und -beiständinnen, die jeden Tag vulnerable Personen begleiten und das Wohl und den Schutz dieser Personen sicherstellen. Mir ist bekannt, dass die Falllast gestiegen ist und momentan sehr hoch ist. Wenn also nun dieses Pilotprojekt nicht wie gewünscht funktioniert, stocken wir doch einfach nochmals die Stellen im ABES auf, auch das wäre eine gute Lösung, aber natürlich würde es nicht zu Kosteneinsparungen führen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es haben sich keine weiteren Sprechenden eingetragen. Der Regierungsrat und der Kommissionspräsident verzichten, Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses

(Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress

Einziger Absatz mit Gesamtbetrag

Alinea 1 Betrag für 2024

Alinea 2 Betrag für 2025

Alinea 3 Betrag für 2026

Alinea 4 Beträge für 2027 und 2028

Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen somit zur Schlussabstimmung. Wer den Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt ja wer nicht zustimmt stimmt nein.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003263, 17.04.24 09:30:17]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Finanzierung der neuen Stelle für freiwillige Begleitung und Befähigung zur Umsetzung des Legislaturplans 2021-2025 des Regierungsrates, Massnahme 11 «Freiwillige Begleitungen», werden für die Jahre 2024 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 2'086’750 bewilligt.

Dieser Betrag setzt sich wie folgt zusammen:

- Für das Jahr 2024 Fr. 135’000

- Für das Jahr 2025 Fr. 313'750

- Für das Jahr 2026 Fr. 538'000

- Für die Jahre 2027 und 2028 jährlich Fr. 550'000.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 95 Ja-Stimmen bei keiner Gegenstimme und keiner Enthaltung zugestimmt.

12. Petition P471 "Ausbau und Erweiterung der Workout-Anlage im Dreirosenpark Basel", Bericht der PetKo

[17.04.24 09:30:48, 23.5553.02]

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich Ihnen zur Petition P471 Ausbau und Erweiterung der Workout-Anlage im Dreirosenpark Basel wie folgt:

Zum Anliegen der Petentschaft: Die Vertreter der Petentschaft haben anlässlich des Hearings das in der Petition formulierte Anliegen begründet, wieso die Street-Workout-Anlage auf der Dreirosenanlage attraktiver gemacht und erweitert werden soll. Die Anlage auf der Dreirosenanlage wird gemäss den Vertretern der Petentschaft von einer grossen Zahl an Menschen regelmässig und intensiv genutzt. Es gebe Personen, die bei jedem Beton und in allen Jahreszeiten auf der Anlage trainieren. Eine Erweiterung der Street-Workout-Anlage auf der Dreirosenanlage mit zusätzlichen Elementen wäre gemäss

Petentschaft aufgrund der Beliebtheit und des hohen Nutzens gerechtfertigt und die dafür benötigte Fläche vorhanden. Als Vorbild könnte die Street-Workout-Anlage auch auf dem Birsköpfli dienen.

Da die Anlage auf der Dreirosenanlage auch nach Feierabend oder am frühen Morgen genutzt wird, wünscht sich die Petentschaft eine bessere Beleuchtung. Die Vertreter der Petentschaft haben der Petitionskommission mehrere Vorschläge für mögliche Beleuchtungsstandorte und Beleuchtungstypen vorgelegt. Die Beleuchtung solle so dimensioniert werden, dass nur die Street-Workout-Anlage, nicht aber deren Umgebung ausgeleuchtet wird. Ein Dach über dem Kopf wäre für die Trainierenden zwar bei schlechtem Wetter wünschenswert, es sei allerdings davon auszugehen, dass dies auch von anderen sich auf der Dreirosenanlage aufhaltenden Leuten als Witterungsschutz genutzt würde. Die Vergrösserung sowie eine Beleuchtung der Street-Workout-Anlage könnte aus Sicht der Petentschaft zu einer Aufwertung der Dreirosenanlage beitragen. Insbesondere nach Sonnenuntergang trauten sich viele Trainingswillige nicht mehr, die Anlage dort zu benutzen. Eine Beleuchtung könnte diesen Ängsten begegnen. Sie dürfte eine abschreckende Wirkung auf Drogen oder Alkohol konsumierende Person haben.

Stellungnahme seitens der Verwaltung: Der Leiter Grünplanung der Stadtgärtnerei hat die mit der im Wesentlichen Teil der Dreirosenanlage liegenden Workout-Anlage gemachte Erfahrung als sehr gut bezeichnet. Die trainierenden Leute trügen überdies zu einer gewissen sozialen Kontrolle und damit zu mehr Sicherheit auf der Dreirosenanlage bei. Der Vertreter der Stadtgärtnerei hat sodann am Hearing bereits eine konkrete Fläche bezeichnet, die für eine Vergrösserung der Street-Workout-Anlage in Frage käme. Sowohl für die Erweiterung als auch für die Beleuchtung der Anlage könne sicher eine gute Lösung gefunden werden. Auf Ablehnung stösst bei der Stadtgärtnerei die Überdachung der Anlage. Zudem wäre, wie von der Petentschaft vermutet, davon auszugehen, dass sich Leute unter das Dach setzen, die man dort lieber nicht haben möchte. Der Vertreter der Stadtgärtnerei hat allerdings festgehalten, dass bisher weder ein konkretes Projekt noch ein Finanzierungsbeschluss für die Erweiterung und Beleuchtung dieser Anlage vorliegt. Er signalisiert aber die Bereitschaft der Verwaltung, im Falle einer Überweisung der Petition an den Regierungsrat ein Projekt zu starten. Im Optimalfall dürfte es zwischen Aufnahme der Planung und Abschluss der Umsetzung etwa ein Jahr dauern. Aufgrund des Zeithorizonts der Nutzung und da die Elemente einer Street-Workout-Anlage problemlos gezügelt werden können, liesse sich eine Erweiterung sicherlich rechtfertigen. Die Erweiterung der Street-Workout-Anlage müsse zwar projektiert werden, liesse sich aber relativ unkompliziert, zum Beispiel über den Mehrwertabgabefonds, finanzieren.

Erwägungen der Petitionskommission: Die Petitionskommission stuft den Vorschlag der Petentschaft als sinnvoll und berechtigt ein. Sie unterstützt sowohl die Erweiterung als auch die Beleuchtung der Street-Workout-Anlage und freut sich über die Bereitschaft der Stadtgärtnerei, dieses Anliegen aufzunehmen Weiter stellt sie fest, dass eine Überdachung sowohl von der Verwaltung als auch von der Petentschaft als eher nicht opportun eingestuft wird. Die Erweiterung und Beleuchtung der Street-Workout-Anlage wäre zum einen im Interesse der Nutzenden und könnte zum anderen ein zumindest kleiner Beitrag zur generellen Verbesserung der Situation sein. Je mehr Leute sich auf der Dreirosenanlage aufhalten, desto besser ist die soziale Kontrolle, und je besser die Auslichtung, desto unattraktiver der Aufenthalt für «nicht erwünschte Personen». Allerdings wäre es vermessen zu glauben, der Drogen- und Kriminalitätshotspot liesse sich damit zum Verschwinden bringen. Die Dreirosenanlage wird von der Bevölkerung schon heute intensiv genutzt. Die Kommission ist der Ansicht, den Anliegen der Petition sei abgesehen von der Überdachung der Street-Workout-Anlage zu entsprechen und bitte den Regierungsrat, diese möglichst rasch umzusetzen. Allenfalls lässt sich die Beleuchtungssituation auch bereits im Zuge der vom Justiz- und Sicherheitsdepartement angekündigten Sofortmassnahmen und damit zeitlich vor der Erweiterung der Workout-Anlage verbessern.

Ich komme zum Antrag: Die Petitionskommission beantragt dem Grossen Rat mit 9 zu 0 Stimmen, also einstimmig, die Petitionsausbau und Erweiterung der Workout-Anlage im Dreirosenpark an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es haben sich keine Sprechenden eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Sie haben die Petition stillschweigend an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung überwiesen.

13. Petition P473 "Für ein Ackermätteli ohne Schulprovisorium"

[17.04.24 09:36:56, 01]

Christian C. Moesch (FDP): Ich will es relativ kurz halten. Der Petentschaft ging es in ihrem Anliegen in der Petition darum, dass während der anstehenden Gesamtsanierung des Primarschulhaus Kleinhüningen das Provisorium nicht auf dem

Ackermätteli, das ist eine Grünfläche vor dem Primarschulhaus Kleinhüningen, zu stehen kommt, sondern dafür ein alternativer Standort gesucht wird. Offensichtlich ist das sogenannte Ackermätteli ein sehr beliebter Treffpunkt in Kleinhüningen und wird sowohl von Schülern, Kindern aber auch von Familien genutzt, das heisst während der Umbauzeit würde dann dieses komplett oder praktisch komplett überbaut mit dem Schulprovisorium und wäre nicht mehr nutzbar.

Anlässlich der Sitzung vom 15. Januar 2024 der Petitionskommission, an der wir natürlich die Petentschaft und auch die Verwaltung eingeladen haben, wurde seitens der Verwaltung bereits signalisiert, dass Alternativen gesucht würden. Man hat da bereits auch in Aussicht stellen können, dass zwei Standorte bestehen, allerdings noch nichts unterschriftsreif war. Aus diesem Grund hat dann damals die Petitionskommission entschieden, das Gastgeschäft zu vertagen, bis seitens der Verwaltung dieser Entscheid gefallen ist. Das war dann mit Medienmitteilung vom Erziehungsdepartement am 6. Februar 2024 der Fall. Man hat effektiv eine neue Parzelle für das Schulprovisorium finden können in der Nähe des Schulhauses. Das ist eine Parzelle, die der Swisslife gehört, zwischen Altenrhein- und Klybeckstrasse.

Seitens der Petitionskommission ist das natürlich erfreulich, dass hier eine Alternative gefunden werden konnte. Aus diesem Grund haben wir im Anschluss dann entschieden, diese Petition als erledigt abzuschreiben.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Da hat sich gemeldet Tonja Zürcher vom GAB.

Tonja Zürcher (GAB): Ich darf meinen Dank auch gleich von Seiten der SP aussprechen. Also herzlichen Dank dafür, dass hier eine gute Lösung gefunden wurde im dritten Anlauf. Nachdem das Schulprovisorium zuerst am Hafen landen und sollte, dann auf dem Ackermätteli, hat man jetzt wirklich eine gute Lösung gefunden. Also herzlichen Dank an alle in der Verwaltung, die das geschafft haben und am Schluss doch auch innert kurzer Zeit.

Aber unser grosser Dank geht auch an die sehr engagierte Quartierbevölkerung, die das hier möglich gemacht hat. Ohne das schnelle Zusammenkommen, ohne diese Petition und ohne den politischen Druck wäre es wahrscheinlich nicht passiert und deshalb hier auch mein Wunsch an die Zukunft: Es wäre schön, wenn das in Zukunft nicht nötig wäre, nicht weil wir nicht gerne Petitionen sammeln, aber wir können das auch gerne für etwas anderes machen. Es wäre schön, wenn diese Schulraumprovisorien in Zukunft immer an Standorten gesucht werden, wo keine Grünflächen oder keine sonst fürs Quartier wichtigen Flächen verlorengehen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir haben keine weiteren Einzelsprechenden eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition stillschweigend als erledigt zu erklären.

15. Antrag Fina Girard und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend eine gesicherte Teilnahme der Schweiz an Erasmus+

[17.04.24 09:40:45, 24.5063.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Sie haben die Standesinitiative dem Regierungsrat stillschweigend zur Stellungnahme innert 3 Monaten überwiesen.

16. Motion 1 Joël Thüring und Konsorten betreffend Bezahlkarte für Asylbewerber

[17.04.24 09:41:13, 24.5054.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir haben einen ersten Einzelsprecher, das ist Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Die Asylsituation ist angespannt in unserem Lande. Viele Menschen sind auf der Flucht, weil in ihren Heimatregionen Krieg oder Unterdrückung oder totalitäre Regimes herrschen. Andere Menschen sind auf der Flucht, weil die Wirtschaftssituation schlecht ist und so auch versuchen, in ein Land zu kommen, wo die Wirtschaftssituation besser ist. Das ist eine anspruchsvolle Situation für den Bund und auch für uns als Kanton. Hier liegt jetzt ein Vorschlag von Joël Thüring vor, der will, dass wir eine Bezahlkarte einführen, nicht prüfen, sondern einführen im Bereich für asylsuchende Menschen.

Ich glaube, es ist wichtig, zu schauen, wer für was zuständig ist und von welchen Beträgen und welchen Situationen wir sprechen. Deutschland macht das vor allem für Menschen im Asylverfahren. Bei uns in der Schweiz ist für Asylverfahren der Bund zuständig und für die Betreuung und die Finanzierung der Menschen in dieser Phase des Asylgesuches. Da ist die Bezahlkarte quasi eingeführt, weil die Menschen im Asylverfahren, die in einem unserer Asylzentren sind und dort sein müssen, bekommen Unterkunft, Essen und Gesundheit quasi durch den Bund, also durch den Bund, bezahlt, sie bekommen nicht das Geld und bezahlen dann die Leistung selber. Das ist quasi die Naturalleistung. Es ist eine Bezahlkarte. Was bleibt zur freien Verfügung der Menschen? Das sind vier Franken pro Tag. Wir reden von vier Franken pro Tag, das sind etwa zehn Zigaretten, die man kauft. Das ist der Betrag, von dem wir sprechen, der zur Verfügung dieser Menschen steht. Ich glaube nicht, dass eine Bezahlkarte, welche einen hohen Aufwand und eine hohe Bürokratie mit sich bringen würde und die Kosten des Asylwesens auch erhöhen würde, hier irgendeine Wirkung hätte auf das Verhalten, ob jemand hier in der Schweiz ein Asylgesuch stellt oder nicht.

Wir haben eine andere Gruppe von Menschen, das sind die Asylsuchenden, deren Asylgesuch abgelehnt wurde, also zum Beispiel die Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen kommen und einen Asylgesuch gestellt haben. Sie kriegen einen negativen Entscheid, sie müssen das Land verlassen. Diese Rückführung ist aber bei einigen nicht möglich, weil die Herkunftsländer sie nicht zurücknehmen, die notwendigen Papiere nicht ausstellen oder was auch immer der Zustand ist. Das heisst, diese Menschen bleiben hier trotz negativem Entscheid und weil die Rückführung nicht vollzogen werden kann. Die Menschen erhalten Nothilfe, wofür der Kanton verantwortlich ist. Wir sprechen von etwa 84 Menschen im Kanton Basel-Stadt und wir sprechen von zwölf Franken pro Tag. Das macht dann insgesamt eine Summe von 360’000 Franken, die wir so ausbezahlen, meistens bar an diese Menschen, wo dann auch der Kontakt stattfindet zu den Behörden. Also Sie sehen, wir sprechen von einer Gruppe, die erstens klein ist und die auch sehr wenig Geld bekommt.

Und dann gibt es die Menschen, die eine vorläufige Aufnahme halten, bei denen es also Gründe gibt, dass sie nicht zurückgeführt werden können, weil zum Beispiel Krieg herrscht in ihrem Land oder weil ein Taliban-Regime an der Macht ist oder was auch immer die Gründe sind. Diese Menschen bekommen eine vorläufige Aufnahme oder einen positiven Asylentscheid, und die werden dann dem Kanton zugeführt und das ist die grosse Anzahl von Menschen, für die wir als Kanton zuständig sind. Da möchten wir als Regierungsrat keine Bezahlkarte, weil wir möchten, dass diese Menschen die Sprache lernen, wir möchten, dass sie hier sind, wir möchten, dass sie möglichst rasch auch einen Arbeitsplatz finden und selber Geld verdienen, und das ist dann das Ziel und nicht die Abschreckung oder sonst irgendwas. Das Ziel ist, dass diese Menschen die Sprache lernen und eine Arbeit finden und so dann nicht mehr auf das Geld vom Staat angewiesen sind, sondern das Geld selber verdienen können.

Das sind die drei Gruppen. Mir ist nicht ganz klar, welche Gruppen die Motion betrifft, aber der einzige Bereich, wo es vielleicht prüfenswert wäre, wäre bei diesen 84 Menschen, die Nothilfe beziehen bei uns im Kanton. Wir sind der Meinung, dass das ein riesiger Aufwand wäre, für 84 Menschen als Kanton dieses Bezahlkartensystem einzuführen. Wir brauchen dazu die Finanzinstitute, die ja dann das zur Verfügung stellen, und dann noch einschränken, dass es nur hier in der Schweiz nutzbar ist und sonst nicht. Die Abschreckung ist nicht da. Und wenn wir das einführen würden, wären die einzigen Möglichkeiten, wie diese Menschen dann noch zu Bargeld kommen, die Schwarzarbeit oder kriminelle Handlungen. Und ich glaube nicht, dass das irgendeine Bewegung ist, die wir möchten. Daher beantragt der Regierungsrat Ihnen, diese Motion heute abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Nicolas Goepfert.

Nicola Goepfert (GAB): Glücklicherweise wird der Entscheid zu dieser Motion relativ deutlich ausfallen und trotzdem scheinen doch auch Teile der LDP und der Mitte/EVP-Fraktion von Thürings Motion verführt worden zu sein. Sie verspricht vordergründig ja auch sehr vieles von Integration, Transparenz und Sicherheit, ja sogar von einer menschlichen Perspektive ist die Rede.

All das sind leere Versprechungen, denn dieser Vorstoss führt nicht zu einer verbesserten Sicherheit, sondern fördert neue Systeme von Missbrauch und Ausbeutung. Durch diese Bezahlkarte können Asylsuchende, die trotzdem nicht auf Bargeld

verzichten wollen oder können, Opfer von Ausbeutung werden, weil sie in eine neue Abhängigkeit gedrängt werden. Die Motion führt auch nicht zu einer verbesserten Integration, sondern verstärkt die Ausgrenzung und Diskriminierung von den betroffenen Personen. Durch die Verwendung der Bezahlkarte sind sie in jedem Moment des Konsums in ihrem Aufenthaltsstatus erkenntlich. Die Karte führt also dazu, dass soziale Vorurteile und Stigmatisierung verstärkt werden können, weil asylsuchende Personen als separate Gruppe gekennzeichnet werden.

Zudem grenzt eine Bezahlkarte auch sozial aus von Events wie Strassenfesten, Flohmärkten und allen gemeinschaftlichen Anlässen, bei denen nur mit Bargeld bezahlt werden kann. Und ja, die gibt es noch. Die Bezahlkarte bringt auch keine Transparenz, sondern wäre eine neue Überwachungsmassnahme, mit welcher der Staat tief in die Privatsphäre der betroffenen Person eindringt. Denn damit können die Behörden die Ausgaben der asylsuchenden Person überwachen, und dies ist hinsichtlich des Datenschutzes höchst bedenklich. Mit einem solchen System würden Menschen, die bei uns Schutz suchen, kontrolliert und bevormundet. Über das wenige Geld – Regierungsrat Kaspar Sutter hat es ausgeführt –, das die asylsuchenden Personen erhalten, sollen sie frei entscheiden können, ohne dass ihnen die Behörden über die Schulter schauen, ob sie jetzt drei Unterhosen oder zwei Chips-Packungen kaufen.

Und falls ich mit diesen Argumenten noch nicht alle Fraktionsmitglieder der LDP überzeugen konnte, es gibt ein Totschlagargument, bei dem wirklich niemand aus der LDP dieser Motion mit gutem Gewissen zustimmen kann. Stellen Sie sich mal diesen bürokratischen Aufwand für ungefähr 84 Personen vor, es müsste ein komplett neues System entwickelt werden, dafür müssten womöglich sogar neue Stellen geschaffen werden, nur um ein Bezahlkartensystem zu entwickeln, das fast gleich ist wie eine Bankkarte, aber eben doch nicht ganz, weil die Überwachung möglich sein soll und die Einschränkung aber Bargeldbezug hingegen nicht.

Dieser Vorstoss kommt von der SVP, das ist keine bürgerliche Partei und schon gar keine Partei der Mitte. Sie politisiert rechts, und so haben auch ausschliesslich Mitglieder der SVP-Fraktion diesen Vorstoss unterschrieben. Die SVP möchte mit diesem Vorstoss keine menschliche Perspektive in die Debatte einbringen. Es geht ja nicht um Integration, das Wohl der Menschen oder um die Sicherheit. Das einzige Ziel, welches mit diesem Vorstoss verfolgt wird, ist die weitere Einschränkung der Freiheit und der Autonomie von geflüchteten Menschen in Basel. Und das in der Schweiz, in der bereits heute ein äusserst repressives Asylregime herrscht.

Ich bitte Sie daher, die vorliegende Motion abzulehnen und tatsächlich die menschliche Perspektive in dieser Frage in den Vordergrund zu stellen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Hanna Bay.

Hanna Bay (SP): Ich halte mich kurz, denn ich bin der Ansicht, dass wir uns hier in diesem Parlament mit den realen Problemen in diesem Kanton beschäftigen sollten, was diese Motion thematisiert, ist ein Nicht-Problem. Die SVP will uns allen Ernstes weismachen, dass Menschen, die ihre Heimat verlassen, in der verzweifelten Hoffnung auf eine sichere Zukunft, das Geld, welches sie hier erhalten zur Sicherung ihrer puren Existenz, in grossem Stil und mit erheblichen Summen zurück in die Heimatländer schicken oder gar an Schlepperbanden senden würden. Gibt es für diese Unterstellung irgendwelche Beweise oder Indizien? Fehlanzeige.

Eine asylsuchende Person erhält in unserem Kanton täglich 19 Franken, einen Grossteil davon in Sachleistung. Eine abgewiesene asylsuchende Person erhält gerade nochmals 12 Franken pro Tag. Regierungsrat Kaspar Sutter hat das ausgeführt. Aus diesen wenigen Franken und Rappen müssen die betroffenen Personen Verpflegung, Bekleidung, Körperpflege, Haushalt, Kommunikation und Transport bezahlen. Glauben Sie nun wirklich, dass nach Deckung all dieser Kosten überhaupt noch was übrig bleibt, um in die Herkunftsländer zu schicken? Wenn Sie ehrlich sind, dann kennen Sie die Antwort. Nein, die SVP will ein Problem schaffen, wo keines ist, aber sie schafft damit echte Folgeprobleme.

Vor allem werden in diesem Vorstoss alle Schutzsuchenden unter Generalverdacht gestellt. Ausgerechnet Geflüchteten, die schon heute mit Stigmatisierung und Diskriminierung zu kämpfen haben, die schon heute mit Vorurteilen und Vorverurteilungen zu kämpfen haben, werden pauschal vermeintliche Machenschaften mit illegalen Schlepperbanden unterstellt. Das fördert Hass und Hetze, die Menschen mit ausländischer Herkunft bereits heute erleben, vom bürokratischen Aufwand für die Verwaltung will ich erst gar nicht sprechen.

Und wenn es Ihnen wirklich darum geht, etwas für die Integration der Schutzsuchenden zu machen, wie wäre es denn, wenn Sie ihre Parteikolleginnen- und kollegen in Bundesbern anrufen, damit sich diese endlich dafür einsetzen, dass das unsägliche Arbeitsverbot endlich aufgehoben wird. Wie wäre es, wenn Sie endlich mitmachen, um diesen Menschen eine echte wirtschaftliche Perspektive zu bieten? Eine Bezahlkarte nützt sie rein gar nichts. Und wenn Sie etwas gegen die Schlepperbanden machen möchten, wie wäre es, wenn Sie endlich Hand bieten würden für legale Fluchtwege nach Europa? Denn in diesem Zusammenhang gibt es schon wieder einmal etwas unmissverständlich festzuhalten, nämlich wer Opfer und wer Täter ist. Opfer sind die Menschen, die gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen, die ihr Leben riskieren für ein Leben in Sicherheit fern von Krieg, Hunger und Elend. Täterin ist ein Europa, und dazu zähle ich auch die Schweiz, das nichts

anderes macht als die Grenzen weiter zu verschliessen, das Deals eingeht mit einem Unrechtsregime in Libyen, um Menschen von der Ankunft in Europa abzuhalten. Schuld ist ein Europa, das die Grenzen verschliesst, eine Schweiz, die das Botschaftsasyasyl abschafft. Opfer sind jene Menschen, die aus purer Verzweiflung und aufgrund fehlender Alternativen auf die illegalen Machenschaften zurückgreifen müssen.

Liebe SVP, liebe Teile der LDP und der Mitte, wenn Sie hier reale Verbesserungen erreichen wollen, können Sie auf mich zählen, aber ich befürchte, darum geht es euch nicht, denn mit der vorliegenden Motion wird ein Problem kreiert, für welches es keine Evidenz gibt und lediglich der Stimmungsmache gegen eine bestimmte Bevölkerungsgruppe dient. Ich bitte Sie daher im Namen der SP-Fraktion, diese Motion abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen, von Pascal Messerli und Lorenz Amiet. Die Zwischenfragen werden angenommen. Zuerst hat das Wort Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Sie haben jetzt von Tätern und Opfern gesprochen. Wie beurteilen Sie denn die Täter-/Opferrolle in der hohen Kriminalstatistik im Asylwesen?

Hanna Bay (SP): Ich habe die Frage nicht ganz verstanden. In der Kriminalstatistik wird es ausgewiesen und ich bin immer noch der Ansicht, dass wir uns in dieser Frage darauf konzentrieren müssen, die echten Kriminalitätsprobleme zu bekämpfen, anstatt auch hier einzelne Bevölkerungsgruppen zu diffamieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Diese Reihe ist an Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Weil Sie die Frage anscheinend nicht ganz verstanden haben, werde ich sie ein bisschen anders formulieren. Bestreiten Sie, dass es unter den von Ihnen als Opfer bezeichneten Personen zu viele Täter gibt, die das System ausnutzen?

Hanna Bay (SP): Wenn ich davon spreche, dass diese Personen Opfer sind, dann geht es mir um die Fluchtwege. Ich glaube, wir müssen auch hier schauen, dass diese Personen eine legale Möglichkeit haben, in die Schweiz zu kommen und hier einen Asylantrag zu stellen, was ein Menschenrecht ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Als Einthemapartei muss ich natürlich hier noch reden und diese Sache einordnen. Ich habe immer Respekt vor der Regierung, aber ich möchte trotzdem noch auf ein paar Punkte reagieren, die Sie gesagt haben. Sie haben gesagt, die Leute haben kein Geld. Ich bin jeden Tag am Claraplatz, hole dort meine Post ab, Drogendealer stehen dort. Die Leute haben noch einen Nebenjob, Drogenhandel. Auch ich werde angesprochen jeden Tag am Claraplatz, aber ich brauche keine Drogen. Sie haben auch gesagt, und das ist statistisch bewiesen, dass die Länder diese Leute nicht mehr zurücknehmen wollen. Die Länder, egal wie sie heissen, wollen ihre eigenen Leute nicht zurücknehmen, die Länder sind froh, wenn die weg sind. Und gestern Abend habe ich in der Zeitung gelesen, dass die Leute ihren Pass in den Mülleimer fallen lassen, dann kann man sie nicht zurückschaffen, weil sie gar keinen Pass mehr haben.

Nicolas Goepfert hat gesagt, dass die SVP sich nicht um das Wohl der Menschen kümmere, und er hat gesagt, die SVP würde das Wohl der Menschen einschränken. Ich würde ich ihm empfehlen als studierter Mensch, einen Blick in die Polizeistatistik zu werfen. Aber selbst in der Polizeistatistik hat die Polizei Angst klar aufzuzeigen, wer der Täter ist. Ich rede von Kuscheljustiz, und ich will keine Drogenkaufen am Claraplatz.

Die Motion gefällt mir sehr gut und ich muss auch Hanna Bay sagen, an den Badischen Bahnhof zu gehen, dann kann sie sehen, wie dort über Western Union Geld in die Heimatländer geschickt wird. Wenn man unterwegs ist in seinem Wahlkreis sieht man, was passiert.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): «Wegschauen ist keine linke Politik» – Zitat Bundesrat Beat Jans. Genau das machen aber hier die rotgrünen Fraktionen. Sie schauen Weg. In der ganzen Legislatur, in der wir ein grosses Asylchaos haben, auch hier im Kanton Basel.Stadt, haben Sie nicht auch nur einen einzigen guten Vorschlag gebracht, um dieses Asylchaos in den Griff zu bekommen. Sie machen das Gegenteil. Sie diffamieren sämtliche gut gemeinten Vorschläge, welche hier Lösungen anstreben, auch diese Motion.

Ich möchte auf das Votum von Regierungsrat Kaspar Sutter reagieren. Er hat ja gesagt, dass es verschiedene Menschen gibt mit unterschiedlichem Status. Dabei haben Sie schon gesagt, dass der Bund dort, wo er auch zuständig ist, mehr Sachleistungen als Geldleistungen spricht. Sie haben gesagt, dass das System eigentlich gut wäre, wenn das der Bund so macht. Auch die bundesgerichtliche Rechtsprechung sagt, dass eigentlich mehr Sachleistungen als Geldleistungen gesprochen werden sollten. Auch hier bewegen wir uns im demokratischen Rahmen. Es hat nichts mit Diskriminierung zu tun und selbstverständlich kann man dies auch für sämtlichen Menschen mit unterschiedlichem Asylstatus umsetzen, wenn Sie heute für die Überweisung der Motion stimmen.

Dann wurde auch noch das Argument vorgebracht, dass wir die Menschen mit dem Status F schnell integrieren wollen, dass sie schnell eine Arbeitsstelle erhalten sollen. Ja, das ist ja gut, aber was spricht denn bei einer Karte dagegen? Wir nehmen ihnen ja nicht irgendwelche Leistungen weg, wir sagen auch nicht, dass sie weniger Geld oder weniger Chancen bekommen sollen. Der Kausalzusammenhang, dass diese Menschen nicht arbeiten können, erschliesst sich mir nicht. Ich möchte hier schon auch noch mal die Definition von diesem Status F hier einbringen: Das heisst vorläufig aufgenommen und nicht langfristig aufgenommen. Die Aufenthaltserlaubnis dieser Menschen wird um ein Jahr verlängert. Diese werden also vorläufig aufgenommen und das Ziel ist, dass die möglichst schnell auch wieder in ihre Länder zurückkehren können und nicht ewig hier bleiben. Dieses Argument erschliesst sich uns auch nicht.

Und hören Sie bitte auf mit diesem Bürokratieargument. Das ist doch nun wirklich lächerlich. Ist es denn weniger bürokratisch, wenn jeder einzelne Einfränkler oder jedes 50 Rappen-Stück verbucht werden muss bei den einzelnen Institutionen. Überall auf der ganzen Welt zahlen die Leute nur noch mit Karte und nicht mehr mit Bargeld, weil es einfacher ist. Und Sie sagen uns, es ist zu bürokratisch, eine Karte einzuführen. Das nimmt Ihnen doch wirklich niemand ab. Sie benutzen das Bürokratieargument, welches nicht existiert, damit Sie hier wieder nicht einer Lösung zustimmen müssen, weil Sie Ihnen vielleicht nicht in den Kram passt. Das ist die Realität, meine Damen und Herren.

Dieser Vorschlag ist gut, er ist im übrigen auch nicht extrem, sonst müssten Sie auch die Ampel-Regierung in Deutschland als rechtsextrem einstufen. Deshalb denken wir, das ist ein guter Vorschlag und man kann ihm in der Erstüberweisung so zustimmen. Dann schauen wir, für welche Personengruppen das auch Sinn macht. Deshalb bitten wir Sie, diese Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Amina Trevisan möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Sie wird angenommen.

Amina Trevisan (SP): Ich würde schon gerne einmal wissen, an welchen objektiven Kriterien Sie ein Asylchaos festmachen. Diese Rhetorik, dieses Narrativ Ihrer Partei von einem Asylchaos, von einem totalen Versagen, führt doch nur zu Ressentiments und schürt Ängste in der Bevölkerung, was zu einer Spaltung der Gesellschaft führt.

Pascal Messerli (SVP): Ich berufe mich dabei auf die Kriminalstatistik, in der wir sehen, dass wir im Asylwesen ein grosses Problem mit Kriminalität haben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein zweites Votum hat das Wort Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Amina Trevisan hat von Ressentiments und Ängsten in der Bevölkerung gesprochen. Ja, die Ängste werden immer grösser. Darum gibt es Ein-Thema-Parteien. Ich möchte Pascal Messerli für das Votum danken. Ich schätze Juristen und Ärzte, hochstudierte Leute.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Reden Sie bitte zum Thema.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich darf sagen, dass mein Vorredner ist ein angesehener Jurist ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sprechen Sie zum Thema, Eric Weber, das ist eine Verwarnung.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte einfach sagen, er kennt sich aus in der Gesetzgebung und er hat hat richtig gesagt, dass andere Parteien alles diffamieren, was die SVP sagt. Damit stimme ich überein und ich fühle mich auch angesprochen. Sine Sätze bestätigen meine Weltsicht.

Er hat Bezug genommen auf den Bundesrat und er hat gesagt, dass wir einen demokratischen Rahmen haben, innerhalb dessen man das machen kann. Er hat auch richtig gesagt, dass Status F vorläufig und nicht für immer ist. Er hat richtig gesagt, dass die Bezahlkarte modern ist. Auch ich benütze immer mehr Karte, damit man nicht dreckige Geldmünzen anfassen muss.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, es reicht, sie haben zu Ihrem Vorredner Stellung genommen, ich bitte Sie, das Votum jetzt zu beenden.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich beende mit einem Schlusssatz: Ich bin einfach meinem Vorredner dankbar und ich hoffe, dass jetzt auch Joël Thüring noch spricht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir beim Motionär Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank für die Debatte. Ich freue mich, dass meine Idee einer Bezahlkarte von der SP, ,von den Grünen und von der FDP unterstützt wird, zumindest in Deutschland ist dies so. Diese linke Regierung, auch der Bundeskanzler Olaf Scholz von der SPD, Mitglieder der grünen Partei und der FDP haben vor wenigen Tagen im deutschen Bundestag entschieden, dass in Deutschland eine Bezahlkarte für Asylbewerber eingeführt werden soll. Weshalb hat das die deutsche Ampelregierung, die wahrscheinlich den allermeisten hier in diesem hohen Hause näher steht als mir, entschieden? Weil die Tests in den Landkreisen, in denen sie schon eingesetzt wurde, gezeigt haben, dass sie funktioniert. Sie funktioniert und weshalb funktioniert sie? Weil sie niemandem etwas wegnimmt.

Dieses falsche Narrativ von Nicolas Goepfert und teilweise auch von Hanna Bay ist hier zu korrigieren. Niemand hat weniger Geld zur Verfügung mit dieser Bezahlkarte. Es ist einfach nicht wahr. Was aber wahr ist – und davor können Sie die Augen nicht verschliessen -, dass diese Bezahlkarte dazu führt, dass die Schlepperkriminalität eingedämmt wird und dass weniger Geld ins Ausland überwiesen werden kann. Das ist ein Fluchtgrund für viele. Sie machen sich dafür auf einen gefährlichen Wegfrau bei, da haben Sie recht, das ist ein gefährlicher Weg und es ist jedem selbstverständlich auch nachzusehen, dass er versucht, nach Europa zu kommen, aber die Antwort von Europa kann nicht sein, dass wir die Türe weit öffnen, sondern dass wir unsere Grenzen schützen und dass wir Anreize reduzieren.

Diese Bezahlkarte ist ein Anreiz. Regierungsrat Kaspar Sutter hat gesagt, dass diese Beträge relativ gering seien. Aber nur ein einziger Franken, den ein Asylbewerber hier bekommt pro Tag, reicht bereits aus, um im Heimatland eine Familie zu unterstützen. Und es ist tatsächlich so, gehen Sie einmal an diese Transferschalter für Zahlungen in in andere Länder. Das wird rege genutzt. Es hat sich in der Zwischenzeit eine regelrechte Industrie gebildet, die davon profitiert, dass Asylbewerber aus Europa Gelder in ihre Heimat schicken können, einerseits um die Familie zu unterstützen, was bis zu einem gewissen Grad vielleicht auch noch nachvollziehbar, ist aber eben andererseits auch, um die hohen Schulden zu begleichen, die sie bei Schleppern haben, die sie illegal nach Europa transportieren wollen. Und deshalb ist diese Bezahlkarte ein gutes System, um zu verhindern, dass Schlepper bezahlt werden und diese illegale Migration gefördert wird.

Diejenigen, die hier einen Asylanspruch haben, haben dadurch nichts weniger. Man hat in Deutschland auch einige Asylbewerber befragt, die bereits mit dieser Bezahlkarte in ihrem Landkreis konfrontiert worden sind, und die haben das alle überhaupt nicht schlecht gefunden, weil es auch praktisch ist, wenn man mit einer Bezahlkarte bezahlen kann. Wir machen letztlich Tag für Tag auch nichts anderes, wir bezahlen mit einer Karte. Und diese Erfahrungen aus den Landkreisen in Deutschland haben auch gezeigt, dass diejenigen, die vielleicht aus anderen Gründen in einem Landkreis oder einem Bundesland Asyl haben, abgereist sind, weil sie dieses System eben nicht gut fanden, weil sie das Geld gar nicht in erster Linie für sich haben wollten, sondern eben, um es diesen Schleppern oder anderen Kreisen zu überweisen.

Deshalb bin ich schon sehr überrascht, dass nun dieser grosse Widerstand gegen diesen Vorstoss kommt. Er ist moderat, weil er niemandem etwas wegnimmt, weil er aber klare Regeln aufstellt. Und das Bürokratieargument ist geradezu lächerlich. Das ist selbstverständlich überhaupt keine Bürokratie, im Gegenteil, mittel- und langfristig wird eine solche Bezahlkarte sogar effizienter und für den Staat, für das Gemeinwesen günstiger.

Wer also etwas für die Schweiz tun möchte, schauen möchte, dass das Asylchaos eingedämmt werden kann, muss für diese Bezahlkarte sein und selbstverständlich, Frau Trevisan, haben wir ein Asylchaos. Schauen Sie sich durch die Überlastung unserer Unterkünfte an. Weshalb gibt es denn jetzt an der Heuwaage ein Asylhochhaus? Weshalb muss dann Deutschland an der Grenze zu Basel, in Lörrach eine Asylunterkunft errichten? Weil in Europa ein Asylchaos herrscht, und deshalb ist es gut, dass wir sämtliche Anreize reduzieren, um illegal in unser Land und nach Europa einzureisen. Ich bitte Sie deshalb, meine Motion entsprechend zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen. Sie werden angenommen. Zuerst hat David Jenny das Wort.

David Jenny (FDP): Gemäss seiner Mitteilung Ihrer Mutterpartei sind die Anliegen der Volksinitiative «Bargeld ist Freiheit» absolut berechtigt. Sehen Sie einen gewissen Widerspruch zu ihrer heutigen Position?

Joël Thüring (SVP): Ich unterstütze diese Initiative nicht und auch die SVP Schweiz ist für diese Bezahlkarte, denn es geht hier um eine Bezahlkarte für Asylbewerber und nicht für alle.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort hat Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Gemäss dem Bundesamt für Statistik hat die Asylstatistik gezeigt, dass seit 2015 die Asylgesuche abgenommen haben und dann aufgrund der weltweiten Kriege im Jahr 2022 zugenommen haben. Woran machen Sie ein Chaos fest?

Joël Thüring (SVP): Sie haben recht, 2015 waren sie hoch, danach gingen sie herunter, 2020 waren sie hoch, 2023 waren sie auf dem Niveau von 2015, nämlich bei 30’000 und für das Jahr 2024 erwartet das Staatssekretariat für Migration 30’000, im schlechtesten Fall sogar 40’000 Asylbewerber. Das ist viel, und erinnern Sie sich bitte an Regierungsrat Kaspar Sutter, der letzte Woche anlässlich meiner Interpellation gesagt hat, dass die Kantone mit der Unterbringung überfordert sind und deshalb neue Unterkünfte einrichten müssen. Das ist, weil wir zu viele Asylsuchende haben und nicht, weil wir weniger haben als vor einigen Jahren. Das ist ein Asylchaos.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst nicht Überweisen

Ergebnis der Abstimmung

21 Ja, 71 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003267, 17.04.24 10:17:33]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wurde nicht überwiesen mit 71 Nein-Stimmen bei 21 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

17. Motion 2 Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Rückvergütungen von kantonalen Überschüssen an die steuerzahlenden Privatpersonen

[17.04.24 10:17:47, 24.5056.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Auf den ersten Blick scheint diese Idee der Rückvergütung von kantonalen Überschüssen an die steuerzahlenden Privatpersonen verlockend. Bei genauerem Hinsehen stellen wir jedoch fest, dass diese Motion das Grundprinzip der Steuern beziehungsweise den Umverteilungscharakter von Steuern völlig missachtet. Denn, so die Motion, die Ausschüttungen an die steuerzahlenden Privatpersonen sollen im Verhältnis zum persönlichen Steueraufkommen erfolgen. Dies lehnen wir ab. Wir hätten diese Motion in einem ersten Schritt unterstützt, wenn die Rückvergütung im Sinne der Umverteilung für alle gleich hoch vorgeschlagen worden wäre. Dies ist aber nicht der Fall. Deshalb lehnen wir die Überweisung dieser Motion ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Wer Zahlen mit acht Nullen lesen kann, dem ist klar, dass Basel-Stadt zu viel Geld einnimmt. Wer den Jahresabschluss 2023 angeschaut hat, der kann diese Aussage beim besten Willen nicht mit gutem Gewissen bestreiten. Wenn ich das richtig verstehe, wurde diese Motion noch vor dem Abschluss 2023 eingereicht. Der Abschluss 2023 bekräftigt die Argumentation dieser Motion in aller Deutlichkeit.

Ebenfalls weitgehend unumstritten dürfte sein, dass die Kaufkraft primär bei den Leuten bleiben soll, insbesondere beim Mittelstand. Der Staat soll den Leuten nicht das Geld aus der Hosentasche ziehen, das er nicht braucht. Die Frage ist jetzt bloss noch, wie wir dieses Missverhältnis korrigieren zwischen dem, was der Staat einnimmt und dem, was der Staat braucht. Und hier bietet diese Motion einen innovativen, einen neuen Ansatz, welcher unbedingt zu prüfen ist. Es mag noch Fragen geben zur Praxis, zur Praktikabilität und so weiter. Wenn wir diese Motion heute überweisen, dann geben wir der Regierung die Gelegenheit, solche Fragen näher anzuschauen. Es freut mich besonders, dass der Regierungsrat bereit ist, diese Idee zu prüfen und diese Motion entgegenzunehmen. Noch mehr freut mich aber, dass ausser dem GAB alle Fraktionen diese Motion unterstützen. Ich interpretiere das so, dass in diesem Grossen Rat die Frage, ob Basel-Stadt als Kanton zu viel Steuern einnimmt, weitgehend mit Ja beantwortet wird. Entsprechend unterstützt die SVP diese Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Niggi Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Die Rechnung des Kantons Basel-Stadt konnte im Jahr 2023 mit einem Überschuss von 434 Millionen Franken abgeschlossen werden. Dies entspricht beinahe dem Zehnfachen des budgetierten Überschuss. In dieser komfortablen Lage lassen sich auch hohe Investitionen direkt vom Kanton finanzieren. Ein beachtlicher Teil des Überschusses würde durch höhere Unternehmenssteuererträge realisiert. Das ist alles in allem sehr erfreulich und stärkt mitunter auch den Standort. Allerdings ist das Geld auch dringend nötig. Der Kanton will investieren und plant dadurch die Verschuldung stark ansteigen zu lassen. Es stehen zudem wichtige Aufgaben an, unter anderem im Klimaschutz.

Die Situation weckt aber auch andere Begehrlichkeiten. Mit dem finanziellen Erfolg muss daher sorgsam umgegangen werden und Ausgaben sind weiterhin so zu planen, dass sie auch bei einem Rückgang der Einnahmen finanziert werden können. Und da ist die Finanzplanung des Kantons zu beachten. Nach wie vor bestehen Schulden, mit den Investitionen werden diese sogar noch aufgebaut, was wiederum hohe Kosten verursacht. Folglich ist die Schuldentilgung in finanziell guten Zeiten ein zentraler Aspekt. Es darf also berechtigterweise die Frage gestellt werden, wie ein solcher Überschuss zu verwenden ist. Es liegt sehr nahe, dass sich Steuerzahlende Fragen, wofür die eingebrachten Mittel verwendet werden und ob die Höhe der Steuern allenfalls reduziert werden kann, und nicht zuletzt stellt sich die Frage, ob die Mittel auch wieder rückvergütet werden können.

An diesem Punkt setzt die vorliegende Motion an und verlangt Ausschüttungen beziehungsweise Rückvergütungen unter klar definierten Vorgaben, insbesondere nur dann, wenn auch der Schuldenabbau gesichert ist. Dies ist grundsätzlich ein sehr sinnvolles Anliegen, da es schwierig zu vertreten ist, dass hohe Überschüsse erreicht werden und dabei die Steuerbelastungen unter anderem beim Mittelstand nach wie vor hoch ist.

Grundsätzlich unterstützt die grünliberale Fraktion die Grundanliegen der Motion und deren Ausgestaltung, welche auch den Abbau der Staatsschulden berücksichtigt. Gestatten Sie mir aber dennoch einige Punkte hervorzuheben, welche aus unserer Sicht elementar wichtig sind und in die Ausarbeitung einer Umsetzung einfliessen sollen.

Wichtig sind die Bruttoschulden, da ihre Höhe das Volumen der jährlichen Ausgaben für Zinsen bestimmt. Unabhängig von den Nettoschulden bewirkt jede Rückzahlung von Schulden eine Entlastung in der Zukunft. Sie bringt also im Umkehrschluss einen Ertrag, der Betrag, der zur Schuldentilgung genutzt wird, vermehrt sich quasi stetig. Die Rückzahlung entlastet damit künftige Generationen. Mit einem hohen Anteil an Schuldenrückzahlung investieren wir den Überschuss langfristig und ermöglichen uns Handlungsspielräume in der Zukunft. Eine Schuldenrückzahlung ist daher grundsätzlich nachhaltiger als eine Rückzahlung an die Steuerzahlenden. Eine Rückzahlung bringt jeweils einen Einmaleffekt für die Steuerzahn, eine Schuldenrückzahlung einer langfristige Entlastung, auch für künftige Generationen. Aufgrund der geplanten grossen Investitionen werden die Verschuldung und damit die Zinszahlungen stark ansteigen. Daher lohnt es sich, Basel-Stadt und die Steuerzahlen besonders mit der Schuldentilgung langfristig zu entlasten.

Ein weiterer Aspekt sind die Unternehmen. Auch mit ihren Steuern werden Überschüsse aufgebaut. Sie profitieren aber nicht von einer Rückzahlung. Es sind lediglich die natürlichen Personen. Mit einer Schuldentilgung profitieren langfristig auch Unternehmen, da mehr finanzpolitischer Spielraum besteht, zu ihren Gunsten Mittel bereitzustellen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Idee der Motion im Sinne einer vertretbaren Rückvergütung unterstützt wird, aber ein höherer Sockelbeitrag für den Abbau der Bruttoschulden notwendig ist und eine Lösung für die juristischen Personen geprüft werden soll. In diesem Sinne überweisen wir die Motion heute sehr gerne, und wenn diese Punkte einfliessen auch ein zweites Mal.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Es stimmt, wir müssen die Frage stellen, wie wir der Bevölkerung in Basel einen Teil der Überschüsse zurückgeben. Die SP schlägt dazu folgendes vor: In der Kinderbetreuung, der Bekämpfung der Armut, höhere Prämienentlastungen, Beschleunigung der Erreichung der Klimaziele usw. In den Steuern zu sparen, sehen wir grundsätzlich als falsch an, weil das immer eine Bumerangwirkung haben kann. Zudem kommen Steuersenkungen fast nie den Menschen, die es eigentlich benötigen, zugute. Beim Staat zu sparen ist nach unsere Grundhaltung ein falscher Ansatz. Diese hier vorgeschlagene, aus finanzpolitischer Sicht risikoarme Steuerrückvergütung ist aber eine Möglichkeit, die Steuerzahlenden am Plus teilhaben zu lassen. Das ist gut.

Aber wir wünschen uns, auch von Armut betroffene Menschen hätten etwas davon. Unser Ansatz ist immer, Menschen zu helfen, die Umwelt zu schützen und nicht Steuern zu sparen. Die Fraktion ist der genannten Punkte wegen in dieser Frage auch gespalten und das Plus in der Kreuztabelle fällt uns wirklich nicht leicht. Wir unterstützen zwar die vorliegende Motion, jedoch mit einem sehr grossen Aber. Es macht Sinn, dass Ausschüttungen an Privatpersonen getätigt werden, wie in der Motion beschrieben, aber nur an Stelle von pauschalen Steuersenkungen. Das ist für uns das ausschlaggebende Argument, warum wir hier Ja sagen, wenn oder damit es dafür keine Steuersenkungen gibt. Wir hätten es dennoch vorgezogen, wenn das Anliegen durch einen Anzug geprüft und berichtet worden wäre. Auch wenn wir die Erstüberweisung jetzt unterstützen, werden wir nach der Stellungnahme der Regierung für die zweite Überweisung für einen Anzug plädieren, so wir dann für eine Überweisung sind. Wir lassen uns das zum jetzigen Zeitpunkt noch offen und möchten wirklich schauen, wie die Regierung dazu formuliert. In diesem Sinne sind wir gespannt auf eine Fortsetzung der Diskussion und bleiben angehalten kritisch.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen ausser jener des Motionärs keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Christian Moesch das Wort.

Christian C. Moesch (FDP): Geben ist seliger denn Nehmen. Diese Redewendung dürften Sie wohl alle kennen und manche haben sie wohl auch schon am bei der einen oder anderen Gelegenheit benutzt. Ich persönlich gebe auch gerne, während es mir oftmals gar unangenehm ist, wenn ich selbst etwas bekommen oder nehmen soll. Ich halte es für ein hohes Gebot, dass wir diesen Grundsatz beherzigen und denjenigen geben, die zu wenig oder je nachdem gar nichts haben. Ich denke und hoffe, ich spreche hier für alle.

Mühe bereitet mir jedoch, wenn diejenigen, welche etwas nehmen, dies gar nicht benötigen oder gar im Gegenteil wenn, durch das Nehmen mehr angehäuft als effektiv gebraucht wird, und dies dann wiederholt und über Jahre oder gar Jahrzehnte hinweg. So geschieht es bei uns in Basel. Natürlich freut man sich im ersten Augenblick, wenn unsere Finanzdirektorin nach den abgeschlossenen Staatsrechnungen einen zwei- oder gar dreistelligen Millionenüberschuss präsentiert. Dies hat sich ja in Basel mittlerweile zu einer erfreulichen Tradition entwickelt, aber eben, dieser Überschuss

kommt ja nicht von irgendwo her, sondern von uns allen. Im vergangenen Jahr haben die privaten Steuerzahlenden, also auch wir alle hier drin, insgesamt 2,16 Milliarden Franken an Steuern bezahlt. Das entspricht zwei Drittel der gesamten Steuereinnahmen des Kantons.

Selbstverständlich tragen auch die Unternehmen einen schönen Teil zu den Fiskaleinnahmen bei. Aber wie wir ebenso wissen, geht es den Unternehmen in Bezug auf die Steuerbelastung in unserem Kanton mittlerweile wesentlich besser als den natürlichen Personen. Bekanntermassen ist die Steuerbelastung bei uns nach wie vor und im schweizweiten Vergleich sehr hoch. Kommt hinzu, dass wir auch bei weiteren Lebenshaltungskosten, ich denke da zum Beispiel an die Krankenkassenprämien, ganz am Ende rangieren, oder wenn wir von der Höhe sprechen eben ganz weit oben. Und in dieser Konstellation kann ich leider niemandem widersprechen, welcher oder welche das Gefühl beschleicht, in Basel sehe man im Nehmen etwas seligeres als im Geben.

Der Kanton hat nun seit 2012 kumuliert Einnahmenüberschüsse von über 3,5 Milliarden Franken erwirtschaftet. Tatsächlich wäre es noch einiges mehr gewesen, wenn wir nicht noch die Pensionskasse des Kantons hätten ausfinanzieren müssen. Es ist es deshalb an der Zeit, dass wir die Steuerzahlenden in irgendeiner Form und signifikant entlasten und an den erfreulichen Ergebnissen teilhaben lassen. Dies können wir mit der vorliegenden Motion nun in Angriff nehmen. Ich bin persönlich sehr positiv überrascht natürlich und höchst erfreut von dem grossmehrheitlichen Zuspruch, welchee dieser Vorstoss nun gefunden hat, einerseits natürlich darüber, dass die Regierung bereit ist, die Motion entgegenzunehmen, andererseits ebenso, dass offensichtlich auf Seiten der Ratslinken teilweise Sympathien für eine Überschussrückvergütung geweckt werden konnten.

Ich erspare Ihnen daher an dieser Stelle, nochmals auf die Argumente für den Vorstoss einzugehen. Dann ich gehe davon aus, dass diese ja bereits vorbereitend in den Fraktionen diskutiert wurden. Basel tickt ja bekanntlich anders und ich denke, es ist ein starkes und innovatives Zeichen, welches der Kanton mit der Umsetzung einer solchen Überschussrückvergütung setzen könnte. Oder um es im Sinne und in der Redewendung etwas abgewandelter Form zu sagen: Zurückgeben ist seliger als Behalten. Ich danke Ihnen herzlich für die Unterstützung und ein Ja zu der Überweisung dieser Motion..

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung der Motion wird bestritten von Patrizia Bernasconi. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst nicht Überweisen

Ergebnis der Abstimmung

71 Ja, 18 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003269, 17.04.24 10:33:23]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag auf eine Standesinitiative dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überweisen mit 71 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

18. Anzug 1 Pascal Pfister und Konsorten betreffend ambulant begleitete Arbeit für Personen mit behinderungsbedingten Einschränkungen (Supported Employment)

[17.04.24 10:33:36, 24.5055.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Der Begriff «ambulant begleitete Arbeit» zeigt bei Google rund ein Dutzend Treffer. Der erste Link zum Kollegen Pacal Pfister, ein weiterer zu unserem Nachbarkanton, wo es darum geht, die Bedarfsplanung für junge Erwachsene oder für Erwachsene mit Behinderung. Dabei geht es primär um die Förderung der Arbeitsmodelle und die Unterstützung.

Die Google-Suche zeigt, dass dies ein Thema ist, das man durchaus diskutieren kann. Ich selber habe in meiner Recherche auch das eine oder andere dazu gelernt. Es ist aber nicht so, dass in diesem Bereich noch nichts gemacht oder unternommen wird. Auch Arbeitgeber sind nicht zuletzt wegen dem Fachkräftemangel daran interessiert, möglichst viele Menschen in den Arbeitsprozess zu integrieren. Schon heute wird in diesem Bereich einiges unternommen. Heute erfolgt vieles aber freiwillig und auf Vereinsebene in unterschiedlichen Organisationen, so zum Beispiel im Verein Work Train, der Menschen beim Wiedereinstieg begleitet, oder über das Label iPunkt, das Unternehmen auszeichnet, die auf Fachkräfte mit Behinderung zählen. Oder der Kanton selber zeichnet Unternehmen mit dem Basler Inklusionspreis aus.

Die FDP befürchtet aber, dass mit staatlichen Eingriffen und gesetzlichen Regelungen, wie hier zumindest teilweise angeregt wird, das Gegenteil vom Angestrebten erreicht wird und am Ende nicht mehr, sondern weniger Personen in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Daher kann die FDP den Anzug nicht unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Roger Stalder.

Roger Stalder (SVP): Auch die SVP ist natürlich nicht dagegen, dass Leute mit Behinderung in den erste Arbeitsmarkt eintreten können. Das unterstützen wir auch. Aber wir haben von Vertretern von Unternehmen ganz klar mitbekommen, dass das funktioniert. Hier läuft nichts falsch, die Unterstützung ist gross, die Ressourcen werden wahrgenommen. Es braucht auch Unterstützung für beide Seiten, für die behinderte Person und für den Arbeitgeber, und darum bitten wir Sie, den Anzug nicht zu überweisen, denn wir sehen mit dem Anzug keinen Mehrwert, auch nicht für den ersten Arbeitsmarkt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Georg Mattmüller.

Georg Mattmüller (SP): Ich spreche auch im Namen des GAB. Ich gebe Daniel Seiler Recht, wir haben schon relativ viele Angebote. Die muss man nicht bei Google suchen, man kann sie auch nachschlagen, zum Beispiel bei der Beantwortung der schriftlichen Anfrage von Jessica Brandenburger. Sie finden da eine relativ gute Übersicht über die bestehenden Angebote, die wir bereits haben.

In unserem Angebotssystem haben wir die klassischen Werkstätten, geschützte Arbeitsplätze. Wir haben auch Arbeitsmodelle wie die integrativen Arbeitsplätze. Die gibt es als interne Ausstattung in den Institutionen, aber auch externe, inklusive der Version mit externen Arbeitsintegrationen im Personalverleihen. Was sie dort aber auch sehen ist, dass es das System Support Employment gibt. Der Kanton pilotiert das bereits. Es ist ein sinnvolles Angebot, es ist auch ein erfolgreiches Angebot, es ist ein zukunftsträchtiges und auch zeitgemässes Angebot, wenn man sich die Auflagen und Aufgaben vor Augen hält. Und in dem Sinne ist es nicht eine Frage von staatlichem Eingriff, sondern es ist eine staatliche Unterstützung, Arbeitgebende, die Menschen mit einer Beeinträchtigung beschäftigen, auch zu unterstützen und damit zu einer nachhaltigen Integration im ersten Arbeitsmarkt beitragen können. Ich bitte Sie daher aus den genannten Gründen, diesen Anzug zu verweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der nächste Einzelsprecher hat sich zurückgezogen. Damit sind wir beim Anzugsteller Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Ich möchte hier nicht noch einmal Holz ins Feuer nachlegen, ich möchte Ihnen einfach berichten, wie es zum Anzug gekommen ist. Da war im Rahmen der Behindertensession, die hier im Grossratssaal zum ersten Mal in Basel stattgefunden hat. Das war sehr eindrücklich, und wenn wieder eine stattfindet und wenn Sie die Gelegenheit haben, würde ich Ihnen ans Herz legen, dort vorbeizugehen. Es war sehr eindrücklich und was ich am meisten mitgenommen habe aus dieser Situation ist, dass die Menschen Forderungen stellen. Sie sind nicht hier als Bittsteller, sondern Sie stellen Forderungen, damit sie hier in der Gesellschaft berücksichtigt werden. Es sind doch viele Menschen hier in der Schweiz, eine Maximalzahl von 1,8 Millionen Menschen mit Behinderung. Das kommt ein bisschen darauf an, wie man das genau rechnet, aber es ist doch ein sehr bedeutender Teil und diese Menschen haben Forderungen an uns. Ich finde es wichtig, dass wir zuhören und diese Forderungen aufnehmen. Das versuchen wir mit diesem Anzug.

Wie gesagt, es gibt schon Ansätze, aber es ist wichtig, dass wir hier jetzt vorwärtsmachen Und noch eine kleine Bemerkung. Wir reden viel über Fachkräftemangel. Es ist mir ein Anliegen. Es gibt verschiedene Bereiche, in denen wir daran arbeiten können, dass wir bestehende Potenziale auch nützen können. Vielen Dank für die grosse Unterstützung, ich glaube, es ist eine gute Sache.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung des Anzugs wurde bestritten von Daniel Seiler und Roger Stalder. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst nicht Überweisen

Ergebnis der Abstimmung

70 Ja, 22 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003271, 17.04.24 10:42:05]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug ist überwiesen mit 70 Ja-Stimmen gegen 72 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

19. Anzug 2 Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend Massnahmen zur Unterstützung von Long Covid Erkrankten

[17.04.24 10:42:21, 24.5060.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Ich danke Jessica Brandenburger, dass sie mir den Anzug im Vornherein schon gezeigt hat. Ich habe ihn dann nicht unterschrieben, ich habe bereits argumentiert, warum. Es ist ein Anzug, es geht um Prüfen und Berichten, und man kann diese Fragen stellen, aber ob ein Anzug das richtige Mittel ist und nicht besser eine Interpellation, darüber kann man streiten. Aber ich nehme wie folgt Stellung und beantwortet die Fragen wie folgt, ohne den Anspruch, die Arbeit von Regierungsrat Lukas Engelberger zu erledigen.

Die Ressourcen im Gesundheitswesen sind begrenzt, und eine umfassende Sensibilisierung für Long Covid erfordert erhebliche Gelder und auch Arbeitskräfte. Die begrenzten Ressourcen sollten stattdessen darauf konzentriert werden, die bereits etablierten Prioritäten im Gesundheitswesen zu unterstützen und zu stärken.

Zur Frage 1b, zur Beschleunigung der Diagnosestellung von Long Covid: Die Diagnose von Long Covid erfordert ebenso komplexe Untersuchungen und kann nicht immer einfach beschleunigt werden, ohne die Genauigkeit dann auch einer Diagnose zu gefährden. Eine übermässige Eile könnte eben auch zu Fehldiagnosen führen und die Patientenversorgung beeinträchtigen.

Zu Frage 2, zukünftige Versorgungslage bei Kompetenzzentren und Spezialsprechstunden: Die Schaffung neuer Kompetenzzentren und Spezialsprechstunden erfordert erhebliche finanzielle Mittel. Es wären effizienter, die bestehenden Strukturen zu stärken und Ressourcen dort einzusetzen, wo sie am dringendsten benötigt werden.

Zu Frage 3, Beteiligung an Studien zu Long Covid: Die Beteiligung an Studien erfordert Zeit, Personal und auch hier erhebliche finanzielle Mittel. Der Fokus sollte auf der effizienten Nutzung der vorhandenen Ressourcen liegen, um eine

optimale Patientenversorgung sicherzustellen. Es gibt genügend Geldgeber für Studien. Das ist meiner Meinung nach nicht Aufgabe der Regierung und solche Studien laufen auch schon.

Zu Frage 4, Projekte zur Verbesserung der Versorgungslage in den Kantonen: Das kann man durchaus fragen. Sie sehen also, das ist die erste von 9 Fragen, die der Regierungsrat dann wirklich beantworten kann.

Zu Frage 5, Einflussnahmen auf Rückfälle im Krankheitsverlauf: Die Beeinflussung von Krankheitsverläufen ist oft komplex und nicht vollständig vorhersehbar. Die Ressourcen sollten darauf ausgerichtet sein, die bestmögliche Unterstützung für alle Patienten zu bieten, anstatt sich auf einzelne Aspekte zu konzentrieren.

Sensibilisierung der Arbeitgeber für einen stufenweisen Wiedereinstieg: Die Entscheidung für einen Wiedereinstieg sollte auf individuellen medizinischen Bewertungen basieren. Es ist nicht praktikabel, generelle Anweisungen für alle Arbeitgeber zu geben, da ja jeder Fall auch sehr unterschiedlich ist.

Dann die temporäre Unterstützungsleistungen für Long Covid: Die Einführung temporärer Unterstützungsleistung kann zu einer unvorhersehbaren finanziellen Belastung führen. Es ist ratsam, die bestehenden Systeme zu nutzen und gegebenenfalls individuelle Unterstützung zu prüfen und die finanzielle Nachhaltigkeit zu gewährleisten.

Die Abbilder der Kosten in TARMED für Long Covid Sprechstunden: Die TARMED-Abrechnung sollte auf realistischen und nachvollziehbaren Kosten basieren. Es ist notwendig, die tatsächlich anfallenden Kosten für Sprechstunden und interprofessionelle Teams genau zu erfassen, um eine angemessene Vergütung zu gewährleisten.

Und schliesslich die ambulanten Massnahmen und Pflegeunterstützung für Long Covid-Patienten. Eine umfassende ambulante Versorgung erfordert auch hier wieder unmässig viele Investitionen und auch hier, die vorhandenen Ressourcen bitte nützen und optimieren, bevor zusätzliche Massnahmen in Betracht gezogen werden.

Deshalb bin ich jetzt nicht für Überweisen, aber ich habe kein Herzblut, und wenn die Regierung dann dasselbe erzählt, dann bin ich froh.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Die Grenzen zwischen schriftlichen Anfragen und Anzügen sind fliessend, da sind wir uns hier alle einig, zumindest mein Vorredner sieht das ähnlich. Ob es dann gleich eine Interpellation sein muss oder eine schriftliche Anfrage, darüber können wir uns beim Kaffee weiter unterhalten.

Nun kann man das im Einzelfall selbstverständlich anders sehen und man kann im Einzelfall tatsächlich der Meinung sein, etwas sollte schriftlich angefragt oder über einen Vorstoss vorgeschlagen werden. Unsere Meinung dazu entnehmen Sie der Kreuztabelle, sie ist dieselbe wie die meines Vorredners, insbesondere wenn man dann noch den Luxus hat, dass ein fachkundiger FSpezialist diese schriftliche Anfrage gleich mündlich beantwortet.

Wenn man jetzt also in diesen Anzug eine politische Forderung hineininterpretieren will, dann jene nach einem neuen Gefäss zur ambulanten rehabilitativen Behandlung von Patienten mit Long Covid. Das ist das einzige, was wir da sehen. Und diesen Bedarf für eine Sonderbehandlung von diesen Patienten sehen wir nicht. Long Covid ist ohne Zweifel schlimm. Viele andere Krankheiten sind auch schlimm, und viele Verletzungen nach Unfällen sind auch schlimm. Und da sehen wir wirklich nicht ein, weshalb man jetzt Patienten mit Long Covid anders, bevorzugt behandeln soll gegenüber anderen Patienten. Wir sehen auch diesen etwas unterschwelligen Vorwurf in diesem Anzug nicht ein, dass Patienten mit Long Covid heute benachteiligt werden gegenüber Patienten mit anderen Krankheiten oder Verletzungen.

Aus diesen Gründen bitten wir Sie, diesen Anzug abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Melanie Eberhard.

Melanie Eberhard (SP): In Anbetracht der beiden Vorredner vielleicht noch einen Hinweis auf eine schriftliche Anfrage. Pascal Pfister hat eine solche letzten Herbst eingereicht zu diesem Thema, er hat Fragen dazu gestellt, wie die Situation aussieht. Der Regierungsrat hat diese Fragen auch beantwortet und dargelegt, dass es durchaus eine ernstzunehmende Situation ist. Es gab im Nachgang dazu auch verschiedene Medienartikel, die festgehalten haben, dass es zum einen sehr grossen Ansturm auf die Angebote gibt, dass es sehr lange Wartezeiten gibt, um Abklärungen treffen zu können und dass es nach wie vor immer noch sehr viele offene Fragen gibt. Ich habe das Gefühl habe, dass wir vielleicht ein bisschen vergessen haben, dass wir vor vier Jahren nicht hier drin sein konnten, dass wir aufgrund dieser Pandemie sehr grosse Einschränkungen hatten. Wir sind alle froh, dass es nicht mehr so ist. Wir möchten vielleicht auch einfach vergessen, wie das damals war und deshalb eben auch nicht genau hinschauen, was heute tatsächlich noch Tatsache für viele Menschen hier in

der Schweiz, aber auch hier in Basel ist, die eben nach wie vor unter dieser damaligen Covid-Erkrankung leiden, die unter Long Covid leiden. In Anbetracht dessen erscheint es mir durchaus angezeigt, dass wir diesen Anzug überweisen. Ein Anzug hat eine längere Frist von zwei Jahren. Das gibt der Regierung die Möglichkeit, diese Sachen zu prüfen, auch in Zukunft zu prüfen, und es gibt uns die Möglichkeit, diesen Leuten auch zu zeigen, dass wir sie nach wie vor nicht vergessen haben, auch wenn wir alle sehr gerne Corona und die Einschränkungen vergessen möchten.

In diesem Sinne bitte ich Sie, an die Menschen zu denken, die nach wie vor unter Long Covid leiden und ich bitte Sie, diesen Anzug heute zu überweisen, damit die Regierung diese Fragen, die Raoul Furlano vorher ganz kurz beantwortet hat, prüfen kann und in zwei Jahren schauen kann, was es noch braucht, damit die Menschen, die unter diesen Erkrankungen leiden, eben eine Perspektive haben und wissen, dass die Angebote, ddie sie dringend benötigen, auch in Zukunft bestehen.

In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen der SP, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Jerôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GAB): Wir vom Grünalternativen Bündnis sind auch der Meinung, dass es den Anzug braucht. Das ist ja eigentlich das übliche Vorgehen. Es gibt einmal eine schriftliche Anfrage, dann stellt sich heraus, dass es effektiv ein Problem gibt und dann kann man mit einem Anzug in den nächste Stufe gehen. Auch herzlichen Dank Raoul Furlano, dass er sich schon einmal bereit erklärt hat, einzelne Punkte einzuschätzen, das ist sicher hilfreich für den Regierungsrat, wenn wir den Anzug nachher überweisen.

Mit dem Lorenz Amiet von der SVP bin ich auch nicht ganz einverstanden. Wenn man die Erfahrungsberichte von diesen Long Covid-Patienten hört, dann ist dort die Situation sehr prekär. Zum Teil gibt es wirklich überhaupt keine Hilfeleistung, und wenn es einige gibt, dann sind die Wartezeiten enorm lang. Die Menschen fühlen sich wirklich vom Gesundheitssystem und schlussendlich auch von der Politik im Stich gelassen. Was wir da jetzt zum Teil gehört haben in den Voten, wird für sie wie wie Hohn klingen, weil sie wirklich verzweifelt sind, weil sie mit ihren Long Covid-Symptonen ihren Lebensalltag nicht mehr bestreiten können und nicht die entsprechende Hilfe erhalten, die sie benötigen.

Insofern ist das Grünalternative Bündnis auch dankbar, wenn Sie diesen Anzug überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Thomas Widmer-Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Diesen Anzug zur Unterstützung von Personen, die sich mit dem Coronavirus angesteckt haben und dann unter starken Erschöpfungsdepressionen leiden, begrüsse ich. Die erwähnten Fragen und Massnahmen sind wichtig. Ich habe die Einwände meines geschätzten Kollegen Raoul Furlano gehört, aber das spricht nicht grundsätzlich gegen eine Überweisung. Der Regierungsrat soll die Möglichkeit erhalten, differenziert Stellung zu nehmen, er soll auch die Möglichkeit erhalten, Stellung zu nehmen, was es bereits gibt, was der Kanton bereits tut, und dann stellt sich die Frage, was es noch braucht für die Weiterentwicklung der Unterstützung dieser Personen.

Personen, die am chronischen Fatigue Syndrom erkrankt sind, brauchen mehr Unterstützung, auch finanziell, wenn es vom Medizinischen her indiziert ist. Im Blick auf die im Anzug erwähnt sind die rehabilitativen Massnahmen braucht es weiterhin Forschung und auch die Verbreitung der Forschungsresultate. Wie ich gehört habe, gibt es zum Beispiel ein Problem bei der graduierten Aktivierungstherapie, die in der Schweiz in Rehazentren weiterhin durchgeführt wird und zum Teil grosse Schäden wie Bettlägrigkeit verursacht. In England etwa ist diese Therapie seit drei Jahren verboten. Die Forschung im Bereich ME/CFS müsste generell ausgebaut werden. Obwohl die Zahl der Betroffenen gross ist und mit einer hohen Dunkelziffer zu rechnen ist, gibt es im Verhältnis zu anderen neurologischen und die immunologischen Krankheiten weniger Spezialisten. Auch aus diesen Gründen empfehle ich Ihnen, den Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Anzugstellerin Jessica Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Danke vielmals für die angeregte Diskussion und die Teilnahme. Ich finde es immer gut, wenn Vorstösse tatsächlich gelesen werden und dann darüber diskutiert wird. In den letzten Wochen konnte man ja einiges über das Thema in den Medien lesen. Es gab ein sehr eindrückliches Porträt von einem ETH-Wissenschaftler in der Baz und ich möchte Ihnen kurz den Teil vorlesen, den ich am berührendsten fand. «Otmar Hilliges läuft Halbmarathon und fährt leidenschaftlich gerne Mountainbike. An diesem verregneten Nachmittag empfängt er uns liegend im abgedunkelten Zimmer. Und weil er nicht einmal das schwache Licht an der Wand erträgt, trägt er eine Augenbinde. Seit fast einem Jahr liegt er

schon hier. Der 44-Jährige ist Informatikprofessor an der ETH und er ist so erschöpft, dass er es kaum mehr aus dem Zimmer schafft.» So beginnt dieser Bericht und über zwei Seiten wird sein Leidensweg erzählt. Es wird auch erzählt, dass sein 16-jähriger Sohn an der gleichen Krankheit erkrankt ist und wie das Familienleben eigentlich nicht mehr möglich ist.

Es sind eindrückliche Zeilen, die zeigen, wie sehr Long Covid-Erkrankte leiden. Herr Hilliges ist nicht alleine mit seiner Leidensgeschichte. Schätzungsweise 300'000 Menschen sind in der Schweiz von Long Covid betroffen und gemäss Studien aus den USA und Grossbritannien entwickeln über 50 Prozent der Long Covid-Betroffenen das dauerhafte chronische Erschöpfungssyndrom. Der Leidensweg ist lang und unklar und die Hilfe ist nur begrenzt. Die Krankheit schränkt die Betroffenen extrem. Ein normaler Alltag ist nicht mehr möglich. Verrückterweise anerkennt die Invalidenversicherung des chronische Erschöpfungssyndrom nicht als körperliche Diagnose, sondern als psychische Krankheit. Aber das ist eine andere Geschichte und nicht in unserem Entscheidungsspielraum.

Covid war hochpolitisch. Wir haben hier drin viel diskutiert, es wurde auf Bundesebene, ja in der ganzen Welt wurde viel darüber gesprochen. Nun ist die Pandemie vorbei und wir alle aufatmen, aber wir dürfen nicht vergessen, dass für einige Leute der Albtraum von Covid noch nicht vorbei ist. Sie leiden bis heute und ich finde es falsch, wenn wir diese Leute einfach links liegen lassen.

Zur inhaltlichen Kritik: Ich konnte sie irgendwie nicht raushören. Ich habe extra einen Platz auf meinem Blatt freigelassen, um die Argumente der Gegner aufzuschreiben, aber eigentlich war es ja keine inhaltliche Kritik. Die Frage ist höchstens, schriftliche Anfrage oder Anzug. Es ist ein Anzug, weil eine schriftliche Anfrage im Normalfall keine Handlung auslöst. Raoul Furlano hat sich sehr viel Mühe gegeben bei der Beantwortung der Fragen, aber es bringt den Patientinnen halt nichts. Mit einem Anzug kann ein Handeln ausgelöst werden, und das möchte ich

Der Vergleich von Lorenz Amiet mit einem Unfall und seine Aussage, dass die Leute auch leiden: Ja das stimmt, aber wenn jemand einen gebrochenen Arm habt, dann gibt es Easy Safe Aways, wie man das behandeln kann. Man weiss etwa, wie das wieder verheilt, aber bei Long Covid ist das anders.

Wir können als Kanton dafür sorgen, dass die erkrankten Menschen die bestmögliche Gesundheitsversorgung erhalten. Wir können dafür sorgen, dass Spezialsprechstunden nicht gestrichen werden müssen, wie das schon in anderen Kantonen der Fall war, und wir können mit der Überweisung dieses Anzuges auch Unterstützung für die Betroffenen zeigen und dass uns ihre Schicksale nicht egal sind. Ich danke Ihnen für ihre Stimme.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung des Anzugs wurde bestritten von Raoul Furlano und Lorenz Amiet. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst nicht Überweisen

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 27 Nein, 5 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003273, 17.04.24 11:00:34]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wurde überwiesen mit 62 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen bei fünf Enthaltungen.

20. Anzug 3 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Verbesserung der Zugänglichkeit von öffentlichen automatisierten externen Defibrillatoren (AED) im Aussenbereich öffentlicher Verwaltungsgebäude

[17.04.24 11:00:47, 24.5062.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen erhalten, es wurde auch kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

21. Anzug 4 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Palliativ Care und Migration bzw. diversitätssensitive Palliative Care

[17.04.24 11:01:20, 24.5061.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Die Überweisung wird bestritten von Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Im Namen meiner Fraktion beantrage ich Ihnen, diesen Anzug nicht an den Regierungsrat zu überweisen. Das Thema der Palliative Care ist selbstverständlich auch für uns sehr wichtig, da sind wir uns einig, insofern ist auch der erste Satz im Vorstoss von Amina Trevisan auch aus unserer Sicht unbestritten, dass der Palliative Care im Gesundheitswesen eine grosse Bedeutung zugesprochen wird und auch zugesprochen werden muss. Wir stören uns ein wenig daran, und deshalb sind wir dann auch zum Entschluss gekommen, diesen Anzug nicht zu überweisen, dass man hier nun den Regierungsrat zusätzlich einerseits mit Fragen, die man vielleicht eher in einer Interpellation hätte stellen sollen, aber andererseits dann auch mit einem etwas undefinierten Anforderungskatalog an den Regierungsrat gelangt und damit ein stückweit dem Regierungsrat unterstellt, dass im Bereich der Palliative Care das zuständige Departement und die entsprechenden Akteure, die im Gesundheitswesen aktiv sind, dieses Thema nicht ausreichend auf dem Schirm haben, einerseits ganz generell nicht und dann ganz spezifisch für Menschen oder Personen mit Migrationshintergrund.

Ich würde das schon bestreiten, einerseits, dass die entsprechenden Akteure sich dieses Themas nicht bewusst sind, auch nicht entsprechend dort handeln, auch nicht entsprechend dort sensibilisieren, ich würde aber auch widersprechen, dass hier der Kanton weitergehende Verantwortung wahrnehmen muss. Ich glaube, der Grundsatz der Palliative Care muss sein, dass hier in erster Linie eine Sensibilisierung über den Hausarzt stattfindet. Das ist letztlich ja der erste Ansprechpartner bei einer Behandlung und dann auch entsprechend mit den Fachärzten, die vielleicht bei der Palliative Care-Situation vorgängig ebenfalls mit den Patienten in Berührung kommen, dass also die Abstimmung zwischen Spezialarzt und Hausarzt erfolgt. Dieser Hausarzt sollte ja in Bezug auf seine Patienten ausreichend sensibilisiert sein, auch in der für die Person entsprechend einfacheren Muttersprache.

Wir glauben, dass die die Aufgabe heute schon klar ist und weitere Massnahmen seitens des Kantons, die dann spezifisch auf eine Anspruchsgruppe ausgerichtet werden, nicht notwendig ist. Ich habe vorher auch noch ganz kurz die verschiedenen Angebote, die auf der Homepage des Gesundheitsdepartements aufgeführt sind, angeschaut. Auch das, was dann noch spezifisch beispielsweise im Universitätsspital oder auch im Universitätskinderspital aufgeführt wird. Ich glaube, das Angebot ist ausreichend bekannt und vorhanden, und dort, wo es allenfalls Lücken gibt, sind vor allem die Hausärztinnen und Hausärzte gefragt, aber auch – und da kommt das Argumente der Selbst- und Eigenverantwortung mit ins Spiel – schon auch das persönliche Umfeld einer Person, denn Palliative Care ist ja bei vielen Menschen dann auch etwas, was man im Angehörigenumfeld mitmacht und durchleben muss, und deshalb glauben wir, dass man dort auch die eAngehörigen entsprechend mit in die Verantwortung nehmen kann und es keine spezifische Sensibilisierung für eine Anspruchsgruppe benötigt.

Insofern ist der Anzug sicherlich vom Inhalt her gut gemeint, wir glauben aber, dass der Kanton hier schon sehr viel unternimmt und dass hier auch vor allem diejenigen in die Verantwortung zu nehmen sind, die im Gesundheitssektor tätig sind, vor allem die Hausärzte, die bei einer solchen schweren Erkrankung zum Patienten sicherlich den direktesten Zugang haben und darüber hinaus braucht es aus unserer Sicht keine ergänzenden Kampagnen oder auch Massnahmen, die dann dort greifen sollten. Wir glauben auch, dass hier allenfalls bei spezifischen Dingen auch der Bund noch eine Verantwortung einnehmen könnte, denn Palliative Care ist ja nun kein kantonsspezifisches Thema und Problem. Deshalb bitten wir Sie, den Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an die Anzugsstellerin Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Da wir ja am Anfang einer ganzen Reihe von Vorstössen zur Palliative Care stehen, möchte ich zuerst ein paar allgemeine Worte sagen, weshalb dieses Thema so wichtig ist und weshalb sämtliche Vorstösse aus meiner Sicht unbedingt überwiesen werden sollten. Zuerst möchte ich Ihnen eine einfache Kurve des Bundesamts für Statistik zeigen. Es ist auf den ersten Blick ersichtlich, weshalb der Pflege am Lebensende mehr Gewicht beigemessen werden sollte. Die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur führt dazu, dass die Anzahl Todesfälle pro Jahr bis ins Jahr 2050 um rund 50 Prozent zunimmt. Das heisst, die Anzahl Todesfälle nimmt von heute 60’000 auf fast 100’000 Menschen zu. Künftig wird also eine grössere Anzahl Menschen mehr Betreuung am Lebensende benötigen. Das hat vor allem damit zu tun, dass die Menschen in der Schweiz immer älter werden und unheilbare chronische Krankheiten im Alltag häufiger auftreten. Aber auch jüngere unheilbar kranke Patientinnen und Patienten benötigen oft über längere Zeit umfassende medizinische und pflegerische Betreuung. Aus gesundheitspolitischer Sicht besteht deshalb Handlungsbedarf. Palliative Care ist eine Antwort auf diese kommende Herausforderung und unter Palliativ Care wird nicht nur die Betreuung verstanden, die ein Mensch in den letzten zwei Wochen seines Lebens führt. Der Begriff ist viel breiter definiert und umfasst alle unheilbaren fortschreitenden und zum Tode führenden Erkrankungen.

Obwohl für alle Menschen den Zugang zur Palliative Care in der Schweiz ermöglicht sein sollte, zeigen Studien auf, dass es Lücken im Zugang zum Palliative Care Angebot und in dessen Nutzung sowie in der Sicherung einer migrationssensitiven Versorgungsqualität und in der Sensibilisierung von Bevölkerung und Anbieterinnen gibt. Es gibt erhebliche Barrieren im Zugang und in der Nutzung der vorhandenen Angeboten, sei es aufgrund von Kommunikationsbarrieren, Mangel an systematisierter Zusammenarbeit mit zum Beispiel religiösen Spezialistinnen, Lücken bei der Etablierung von Support-Strukturen für Angehörige usw.

In der Schweiz scheinen die bestehenden Angebote zur Palliative Care verglichen mit einigen anderen Ländern noch in den Anfängen einer migrationssensitiven Anpassung zu stehen, und das haben diverse Studien eindeutig belegt.. Die Migrationsbevölkerung ist noch kaum informiert, zu oft wird Palliativ Care mit Sterbehilfe verwechselt und die Leistungserbringerinnen bedürfen ebenfalls einer weiteren Sensibilisierung.

Wenn wir es ernst damit meinen, dass wir Ungleichheiten im Sterben beheben wollen, dann braucht es diversitätssensitive Palliative Care, denn die Palliative Care muss für alle Personen im Kanton Basel-Stadt, unabhängig von Alter, Behinderung, Bildung, Herkunft, sozioökonomischem Status, Diagnose und Gesundheitskompetenz zugänglich sein. Ich bedanke mich für Ihre Unterstützung und ich bedanke mich auch bei Parteien, mit denen nicht damit gerechnet habe, dass sie diesen Anzug unterstützen würden, und ich bedanke mich auch bei der Regierung, dass sie meinen Anzug entgegennehmen möchte.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung des Anzugs wurde bestritten von Joël Thüring. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst nicht Überweisen

Ergebnis der Abstimmung

69 Ja, 22 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003277, 17.04.24 11:11:08]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug ist überwiesen mit 69 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

22. Anzug 5 Christine Keller und Konsorten betreffend Lehrstuhl für Palliative Care an der Medizinischen Fakultät der Universität Basel

[17.04.24 11:11:23, 24.5065.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich beantrage Ihnen im Namen meiner Fraktion, diesen Anzug nicht an den Regierungsrat zu überweisen. Das Thema Palliative Care, ist wichtig, da sind wir uns einig. Das Vorstosspaket der SP erscheint uns persönlich in gewissen Teilen etwas überflüssig zu sein. Ich möchte das wertneutral sagen, denn vieles in diesem Bereich ja bereits getan wird und wir auch der Meinung sind, dass das Gesundheitsdepartement beispielsweise hier auch genügend alert ist

Christine Keller fordert mit ihrem Vorstoss einen Lehrstuhl, den es an vielen anderen Universitäten schon gibt. Das ist jetzt eben genau ein das Thema. Wir sind der Meinung, dass es nicht notwendig ist, an jeder Universität in der Schweiz einen spezifischen Lehrstuhl einzurichten, wenn wir das entsprechende Know-How an anderen Universitäten bereits in ausreichender Form haben. Wir glauben schon, dass das universitäre Leben in der Schweiz so ausgerichtet sein kann und aus unserer Sicht auch ausgerichtet sein muss, dass man sich durchaus auch spezialisieren kann. Einen zusätzlichen Lehrstuhl dann zu betreiben, würde ja bedeuten, dass ein anderer Lehrstuhl im Normalfall vielleicht auch wegfallen müsste. Und hier sehen wir keine Notwendigkeit, dass wir zusätzliche Kompetenzen bei uns aufbauen, wenn diese Kompetenzen bereits an einem anderen Ort vorhanden sind. Wir würden uns dann umgekehrt auch freuen, wenn eine andere Universität auf eine Kompetenz verzichtet und wir dadurch auch so ein bisschen einen Kompetenzcluster in der Schweiz haben.

Die Diversität ist ja in ihrem Wesen frei und benötigt auch keinen direkten Vorstoss aus dem Parlament, um sich zu organisieren, auch innerhalb der Fakultäten nicht. Deshalb ist auch der Adressat vielleicht nur halb korrekt, wobei Christine Keller ja schreibt, dass sich der Regierungsrat dann dafür einsetzen soll, dass dieser ein Lehrstuhl in der Universität geschaffen werden soll. Insofern ist die Autonomie zwar noch gewährleistet, aber man möchte natürlich am Schluss des Tages der Universität schon etwas oktroyieren.

Dann wird auch noch die Finanzierung ins Spiel gebracht. Das ist im Moment der heikelste Punkt Sie wissen, dass der Kanton Basel-Landschaft einmal mehr knapp bei Kasse ist und der neue Leistungsauftrag mit der Universität zwischen den beiden Kantonen wird demnächst behandelt werden müssen. Da werden wahrscheinlich aus dem Kanton Basel-Landschaft, wenn man die Wortmeldungen der bürgerlichen Vertreter von der Mitte, der FDP und der SVP anhört, Verteilkämpfe losgehen können. Deshalb glauben wir, wäre es jetzt der falsche Zeitpunkt, wenn wir nun zusätzliche Begehrlichkeiten einverlangen, die wiederum Geld kosten, die irgendwo im Budget der Universität aufgefangen werden müssen, wenn wir jetzt schon wissen, dass die Universität wahrscheinlich auch finanziell vor grossen Herausforderungen in der Zukunft stehen wird, um die laufenden Kosten zu decken, die steigenden Betriebskosten aufgrund der Neubauten, und dann gleichzeitig der Kantons Basel-Landschaft eher nicht bereit ist, mehr Gelder einzusetzen. Deshalb möchten wir hier auch aus diesem Grunde für den Moment keine falschen Signale setzen, insbesondere weil es in diesem Bereich, wie ich es eingangs erwähnt habe, bereits an anderen Universitäten ausreichend Know-How gibt. Dieses Know-How soll selbstverständlich auch von unserer Gesundheitsregion genutzt werden, aber wir glauben in der Kleinräumigkeit unseres Landes sollte dies möglich sein. Wir bitten Sie deshalb, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Georg Mattmüller gemeldet.

Georg Mattmüller (SP): Gemäss Kreuztabelle müsste ich ja eigentlich nichts mehr sagen, jetzt aber muss ich doch noch Joël Thüring darauf hinweisen, dass wir auch an der Universität Basel Ärzte und Ärztinnen ausbilden, und in der Breite, wie die Gesundheitsversorgung belastet ist durch die zunehmende Überalterung oder einfach zunehmend mehr alte Leute durch das Gesundheitsversorgungssystem medizinisch betreut und unterstützt werden müssen, ist es einfach ein Gebot der Stunde, dass man diesen inhaltlichen Schwerpunkt auf die Palliative Care eben auch universitär abbildet. Ich bitte um Überweisung des Anzugs.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit geht das Wort an Anzugsstellerin Christine Keller.

Christine Keller (SP): Die grundsätzliche Wichtigkeit der Palliativ Care wurde betont, dies sicher sehr zu Recht. Wer jemals einen sterbenden oder schwer, unheilbar erkrankten Menschen in seinem Umfeld hatte, kennt diese Arbeit. Sie erstreckt sich ja, wie das auch Amina Trevisan schon gesagt hat, nicht nur auf die pflegerische, sondern eben auch auf die soziale, seelsorgerische, umfassenden Sorge für einen Menschen mit limitierter Lebenserwartung. Ich selbst durfte diese Arbeit kennenlernen, auch bei meinem freiwilligen Engagement. Es ist eine sehr wichtige Arbeit und das wird ja auch von niemandem hier bestritten.

Jetzt zu diesem konkreten Vorstoss. Georg Mattmüller hat es schon gesagt, es geht eben auch um die Ausbildung der Ärztinnen und Ärzte hier in Basel, wo es wirklich sehr wünschbar wäre, dass auch ein eigener Lehrstuhl für diese wichtige Disziplin besteht. Wir haben einen Lehrstuhl für Handchirurgie, aber eben keinen für Palliative Care, womit ich nicht sagen will, dass Handchirurgie nicht auch wichtig ist. Gerade Basel mit seinem Lifescience Cluster, mit dem ganzen Umfeld, ist geradezu prädestiniert, einen solchen Lehrstuhl zu haben. Man findet jetzt, unsere Vorstösse seien insgesamt ein bisschen im Bereich des nicht so Notwendigen. Sie können sicher sein, dass wir mit Fachleuten, die sehr nahe am Thema sind, Kontakt hatten und diese Anzüge sicher nicht aus der Luft gegriffen sind.

Es wurde gesagt, die Idee sei eine Stiftungsprofessur, die haben auch nicht wir erfunden. Das steht schon im Raum. Daran könnten sich natürlich die beiden Kantone beteiligen und ich darf Ihnen die frohe Botschaft verkünden, dass der Landrat ein gleich lautendes Postulat überwiesen hat vor einer Woche, auch von der SP-Fraktion beantragt, was doch immerhin zeigt, dass man da nicht gänzlich abgeneigt ist, sich an einer solchen Finanzierung in diesem wichtigen Falle eben zu betätigen. Ich bitte Sie daher herzlich, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Joël Thüring an? Sie wird angenommen.

Joël Thüring (SVP): Wenn diese Notwendigkeit so gross wäre und die Wichtigkeit, innerhalb der medizinischen Fakultät einen solchen Lehrstuhl zu schaffen, warum hat dann bis heute die Universität das nicht selber gemacht? Diese Möglichkeit wäre ja schon da gewesen seit Jahren.

Christine Keller (SP): Meines Wissens bestehen tatsächlich Ideen und Projekte im Sinne einer Stiftungsprofessur. Ich frage jetzt den Kanton, was er leisten will. Er kann das nicht allein entscheiden, aber er kann bestehende Bemühungen unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung des Anzugs wurde bestritten von Joël Thüring. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst nicht Überweisen

Ergebnis der Abstimmung

73 Ja, 22 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003279, 17.04.24 11:20:58]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anuzug ist mit 73 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung überwiesen.

23. Anzug 6 Christine Keller und Konsorten betreffend Zertifizierung von Alters- und Pflegeheimen in „Qualität in Palliative Care“

[17.04.24 11:21:11, 24.5066.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist auch hier bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Die Überweisung wird bestritten von Beat K Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Wir haben jetzt einiges gehört über das Thema Palliative Care. Ich möchte hier noch einmal ganz klar die Haltung der SVP betonen zu diesem Thema, die Kreuztabelle könnte einen falschen Eindruck hinterlassen. Der Umgang mit dem Tod, liebe und würdevolle Begleitung Sterbender, die medizinische Erleichterung von Schmerzen und Ängsten im allerletzten Lebensabschnitt ist zu recht stärker in die Aufmerksamkeit unserer Gesellschaft gerückt. Das Sterben hat in den letzten Jahrzehnten zum Beispiel mit dem begleiteten Suizid einen neuen Stellenwert innerhalb unserer Gemeinschaft erhalten, wird vom Tabu des Unsäglichen befreiten, und daher begrüssen wir es auch in der SVP, wenn in dieser Hinsicht jetzt die Aufmerksamkeit nicht nachlässt.

Und trotzdem hinterlässt gerade dieser Anzug einen schalen Geschmack, denn er ist nichts anderes als ein Misstrauensbeweis gegenüber all den Institutionen, welche sich schon heute mit dem Thema auseinandersetzen und für welche die Sterbebegleitung bereits heute Teil ihrer Aufgabe ist. Die Anzugsteller bitten den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten, wie sichergestellt werden kann, dass die entsprechenden Institutionen über eine Zertifizierung zur Palliativpflege verfügen. Ich habe hier die Forderungen des Anzugs leicht verkürzt zitiert. Damit wird aber alternativlos suggeriert, dass eine gute Palliativpflege heute nicht genügend gut stattfinde und der Kanton sich zuerst noch einmischen müsse, damit das passiere. Das ist in unseren Augen eine ungeheure Unterstellung, eine Unterstellung, welche den heute tätigen Organisationen und vor allem den darin arbeitenden Menschen in keiner Weise gerecht wird. Zu unterstellen, es müsse eine Zertifizierung gemacht werden, damit diese Leute eine gute und würdevolle Arbeit machen, ist unverständlich. Wer täglich mit Sterbenden und ihren verwandten Angehörigen zu tun hat, dem müssen wir nicht noch Steine in den Weg legen und vor allem ganz sicher nicht noch administrative Steine.

Zudem überschneidet sich der vorliegende Anzug teilweise mit dem Anzug Mattmüller und Konsorten zur Finanzierung von Palliativpflege in kantonalen Pflegeheimen. Wie Sie der Kreuztabelle entnehmen können, unterstützen wir von der SVP den Anzug Mattmüller. Wieso das Thema Palliativpflege jetzt in dieser Grösse die Verwaltung mit vier separaten Anzügen beschäftigen soll, das erschliesst sich uns auch nicht.

Wie ich eingangs ausgeführt habe, lehnen wir von der SVP die Auseinandersetzung mit dem Thema palliativ nicht ab, ganz im Gegenteil. Wir lehnen aber den in diesem Anzug geäusserten Misstrauensbeweis gegenüber den Palliativorganisationen und -arbeitern ganz entschieden ab. Namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie deshalb, den Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat die Anzugsstellerin Christine Keller das Wort.

Christine Keller (SP): Hier geht es zunächst mal nicht um sämtliche Organisationen, die Palliativpflege betreiben. Es geht nicht um die spezialisierte Palliativpflege, die in Basel zum Beispiel gemäss gemeinsamer Spitalliste vom Palliativzentrum Hildegard von der Abteilung im Claraspital und vom Hospiz Im Park erbracht wird, sondern es geht um unsere Alters- und Pflegeheime, die in sehr vielen Fällen, da sehr viele Menschen ihre letzten Tage dort verbringen, auch palliativ gefordert sind.

Nein, Beat Schaller, das war und ist nicht als Misstrauen gedacht. Es ist vielmehr auch eine Bestandesaufnahme in diesem Zertifizierungsprozess, wo geregelt werden kann, wo überall Kompetenzen vorhanden sind. Das kann aufgenommen werden. Es können Regeln erlassen werden, wie man zum Beispiel mit der auch schon angesprochenen Freitodbegleitung umgeht. Duldet man diese, duldet man diese nicht in seinen Räumen, sodass beispielsweise jemand, der einen Platz sucht in einem Heim, darüber Bescheid weiss. Ws geht einfach wie in vielen anderen Bereichen dies schon existiert, um eine allgemein anerkannte Zertifizierung, die ja diesem Heim dann auch als Qualitätsmerkmal m Bewerbungsprozess nützlich sein kann.

Es gibt im Moment einfach erst ein Heim in Basel, das Johanniter Pflegeheim, das dieses Qualifikationsmerkmal erfüllt. Wir sind der Meinung, dass dies für alle gelten sollte, wie in anderen Disziplinen auch bestimmte Qualifikationsmerkmale erhoben werden. Ich war selbst Jahre lang Präsidentin der Sachkommission im Bürgerspital und ich weiss, dass in diesen Pflegeheimen eine gute Arbeit geleistet wird, aber die Palliative Care ist eben auch eine Wissenschaft, in der sich vieles auch wieder verändern kann. Mit einer Zertifizierung wird sichergestellt, dass jeder und jede, der oder die in einem Pflegeheim

seine letzten Tage verbringt, in Bezug auf allgemeine Palliative Care die beste Versorgung hat. Hier gibt es auch keine Überschneidung mit dem Vorstoss von Georg Mattmüller. Dieser bezieht sich nämlich auf den Beizug von externen Personen in spezialisierter Palliativ Care, wo man nicht erwarten kann, dass dies überall in den Pflegeheimen erbracht wird. Herzlichen Dank auch hier für die Überweisung des Anzugs.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung des Anzugs wurde bestritten von Beat K Schaller. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst nicht Überweisen

Ergebnis der Abstimmung

66 Ja, 21 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003281, 17.04.24 11:28:47]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wurde überwiesen mit 66 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

24. Anzug 7 Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Finanzierung von spezialisierter Palliativ-Pflege in kantonalen Pflegeheimen

[17.04.24 11:29:06, 24.5067.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es ist keine Wortmeldung eingetragen worden, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

25. Anzug 8 Lukas Bollack und Konsorten betreffend Rheintunnel und flankierende Massnahmen zur Entlastung der Quartiere

[17.04.24 11:29:23, 24.5068.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Für die LDP und die FDP bedeutet der neue Rheintunnel nicht, dass die Osttangente zurückgebaut werden muss, wie im Anzug eigentlich gefordert. Der Anzug versucht das so quasi in einer Salamitaktik anzuschieben. Die Osttangente bleibt auch nach dem Rheintunnel für Basel ein wichtiger Anschluss an das Nationalstrassennetz, vor allem aus

gewerblicher Sicht. Gerade wenn man die Quartierstrassen entlasten will, braucht es Sammelstrassen, die diese Funktion haben und auch übernehmen können.

Da Basel flächenbedingt wenig grössere Gewerbebetriebe hat und alles über ein gut funktionierendes Verkehrsnetz zugeführt werden muss, kommen wir ohne nicht aus. Die Angst einer Zunahme des Pendlerverkehrs sehen wir daher nicht als gegeben. Um das zu regulieren, gibt es jetzt schon genügend Massnahmen, die das unattraktiv machen, und bis es dann so weit wäre, werden es ja vermutlich noch mehr. Jetzt schon flankierende Massnahmen zu fordern wäre noch verfrüht und eine unnötige Belastung für die Verwaltung. Darum bitten wir Sie, den Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Lisa Mathys an? Sie wird nicht angenommen.Damit kommen wir zum nächsten Einzelsprecher Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Auch die SVP-Fraktion bittet Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen. Es wurde jetzt bei mehreren Anzügen die Frage in den Raum geworfen, ob man nicht einfach auch hätte eine Interpellation einreichen können. Ich denke, das wäre hier auch sicherlich das richtige Mittel gewesen, oder zumindest eine schriftliche Anfrage, dann hätte der Regierungsrat innerhalb von drei Monaten Zeit gehabt, diese Fragen zu beantworten. Ich denke ja auch, die Argumentation des ASTRA und des Regierungsrates bezüglich Rheintunnel liegen eigentlich auf dem Tisch und es gibt ja auch sehr viele Informationsplattformen, wo man sich über diese Themen genügend informieren könnte, da braucht man jetzt nicht noch einen zusätzlichen Anzug.

Ich bin generell sehr erstaunt, wie gerade auf der linken Seite dieses Projekt Rheintunnel derart bekämpft wird. Auf der einen Seite rechtfertigen Sie immer teure Apéros an National- oder Bundesratsfeiern, dafür, dass wir doch lobbyieren müssen in Bern für die regional wichtigen Projekte, und gleichzeitig bekämpfen Sie dann für die Region wichtige Projekte. Das ist unglaubwürdig, Sie müssen sich vielleicht auch einmal entscheiden, ob Sie für die Region wichtige Projekte wollen oder ob Sie die einfach bekämpfen wollen. Da tun Sie wirklich unserer Region gar keinen Gefallen, wenn Sie jedes Mal derart stark gegen den Rheintunnel schiessen. Dementsprechend sollten wir uns vielleicht auch einmal dazu bekennen, dass wir für derart wichtige Projekte auch wirklich sind.

Zu diesem Projekt gehört auch, dass die Osttangente nicht entlastet werden muss, damit wir die Quartiere entlasten können. Wir wollen doch Muttenz, wir wollen Birsfelden als Gemeinden, wir wollen die Breite, wir wollen das Gellert oder das Gundeli entlasten und nicht die Osttangente. Das ist sowieso schon der völlig falsche Ansatz. Wir wollen, dass in den Quartieren mehr Lebensqualität entsteht. Aber dafür ist es doch wichtig, dass sowohl beim neuen Rheintunnel als auch bei der Osttangente möglichst viel Verkehr durchgehen kann und eben nicht durch die Quartiere geht. Dementsprechend zielt ja auch dieser Anzug völlig ins Leere, wenn der Titel heisst «Für flankierende Massnahmen zur Entlastung in den Quartieren». Dementsprechend versprechen Sie Entlastungen in den Quartieren, werden hier aber Autobahnkapazitäten abbauen.

Ich finde es dann auch immer interessant, wenn die Linke immer vorträgt, sie wolle generell weniger Verkehr. Vergessen Sie doch einfach mal das Narrativ, Sie wollen ja alle eine 10-Millionen Schweiz. Haben Sie denn das Gefühl, dass alle, die zuwandern, mit dem Kistenvelo in die Schweiz kommen? Das stimmt doch einfach nicht. Wenn wir nochmal eine Million mehr in diesem Land haben, dann nimmt selbstverständlich auch der Verkehr zu, und wer etwas anderes behauptet, sieht das einfach nicht realistisch.

Wir haben eine Zunahme in der Bevölkerung, wir brauchen verkehrsrelevante Infrastrukturprojekte und diese sollten wir auch einheitlich vertreten als Kanton, als Region, auch beim Bund, wenn wir Erfolge haben wollen. Dementsprechend sind solche Anzüge nicht förderlich für die regionalen Interessen von Basel und von der Region. Dementsprechend bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Tonja Zürcher hat die Gelegenheit, eine Frage zu stellen.

Tonja Zürcher (GAB): Eine Frage zu den Entscheidungen: Sind Sie oder ist Ihre Partei nicht gegen die Aufhebung von Freizeitgärten gelten und gegen die Rodung von Bäumen?

Pascal Messerli (SVP): Selbstverständlich sind wir das, wir müssen nämlich auch dort gute Lösungen finden. Es gibt teilweise nationale Projekte, die dem entgegenstehen, da haben Sie recht. Dementsprechend müssen wir auch gerade in anderen Gebieten schauen, dass wir diese Punkte, Freizeitgärten und Bäume, erhalten können, weil ja auch der Gegenvorschlag zur Initiative bei den Freizeitgärten 80 Prozent der Fläche erhalten haben wollte.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage kommt von Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Ich habe wieder zwei Fragen. Haben Sie den Anzug überhaupt gelesen und zweitens, in welcher Zeile lesen Sie denn, dass der Anzug den Rückbau oder irgendwelche Massnahmen an der Osttangente fordert? Das steht da gar nicht.

Pascal Messerli (SVP): Ich habe den Anzug gelesen und dort steht auch, dass man Szenarien prüfen sollte, wie Kapazitäten auf der Osttangente reduziert werden können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: An dieser Stelle begrüsse ich auf der Tribüne eine Klasse der FMS Basel mit Lehrperson Tanja Ruder. Ihr seid im Rahmen des Wahlfachs Politische Bildung hier und das finden wir super. Herzlich willkommen!

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir setzen die Debatte fort mit Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Politische Bildung ist auch politische Meinungsbildung, und wir sind jetzt hier bei diesem Anzug bei einer politischen Meinungsbildung, denn es geht um ein ganz grosses Infrastrukturprojekt für Basel, für die Entwicklung von Basel mit einem langen Horizont. Ich bin froh, dass der Anzug ein Anzug ist und keine Motion. Ich glaube, am Anfang gabe es die Idee für eine Motion. Darum können wir etwas entspannter dieser Überweisung oder Nichtüberweisung entgegenschauen. Wir von der Fraktion die Mitte/EVP sind für Nichtüberweisen.

Inhaltlich geht es ja darum, ob wir den Rheintunnel bauen und wie wir mit dieser zusätzlichen Kapazität umgehen. Ich glaube, die Meinungsbildung ist auch bei unserer Fraktion hier noch offen. Ich habe jetzt gehört, dass man einfach einen zusätzlichen Tunnel macht und es dann keine Reduktion gibt. Ich glaube, da werden wir noch viel darüber diskutieren. Ich persönlich bin natürlich der Meinung, dass die Anwohnenden vom Mehrverkehr entlassen werden müssen, denn hier ist es doch sehr lärmig. Ich glaube aber auch, dass man nicht einfach die oberirdische Autobahn schliessen müsste. Es gab auch eine Idee, die Wettsteinbrücke vom Autoverkehr zu entlasten und ich möchte wissen, wie man das machen würde, wenn über die Autobahn kein Verkehr mehr führt.

Also hier werden wir sehr viel zu diskutieren haben in den nächsten Jahren. Nichtsdestotrotz, wir finden, diese Fragen hätte man auch mit einer schriftlichen Anfrage vorbringen können. Jetzt stimmen wir über einen Anzug ab. Wir sind dagegen, sind aber entspannt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Daniel Seiler an? Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Ich möchte ein bisschen Aufklärungsarbeit leisten. Das ASTRA geht mit bis zu 17 Prozent Entlastung innerhalb der Stadt durch den Rheintunnel aus. Ist das nicht genügend Entlastung für den Anfang?

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Das ist in mehr als 10 Jahren. Die Stadt vom Autoverkehr zu entlasten wäre für die Innenstadt ein Mehrwert, für die Lebensqualität dort, und wir von der Mitte/EVP sind für hohe Lebensqualität in der Kernstadt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GAB): Ich liebe Gesetze per se und das trifft sich auch gut, denn wir sind die Legislative und wir machen die Gesetze. Daher möchte ich Sie mitnehmen auf einen kurzen Exkurs in unsere Gesetzestexte.

Der Bund möchte mit dem Rheintunnel die Kapazitäten für den Autoverkehr ausbauen. Er will ermöglichen, dass mehr Autos auf dieser Strecke fahren können. Das Umweltschutzgesetz schreibt aber vor, dass die Gesamtverkehrsleistung auf dem kantonalen Strassennetz nicht zunehmen darf. Es dürfen also per Gesetz auf den Kantonsstrassen nicht mehr Autos fahren als heute. Klar, der Rheintunnel ist eine Nationalstrasse. Aber wer Strassen sät, wird Verkehr ernten, und daher werden die

Autos, die über diese Nationalstrasse fahren, bestimmt auch vermehrt auf den Kantonsstrassen sein. Wir wissen ja auch, drei Viertel des Verkehrs heute auf der Osttangente ist hausgemacht. Daher ist Mehrverkehr zu erwarten.

Der Anzug bittet um die Umsetzung dieses Gesetzesartikels, der im Umweltschutzgesetz § 13 steht. Zusätzlich gibt es im Umweltschutzgesetz noch einen weiteren Artikel, der ebenfalls umgesetzt werden muss. Es steht dort: «Wird die Kapazität des Hochleistungsstrassennetzes auf Kantonsgebiet erhöhr, ergreift der Kanton Massnahmen, um das übrige Strassennetz im Gegenzug in gleichem Masse dauerhaft zu entlasten vom Verkehr.» Beide Artikel zusammen ergeben also den Grundsatz, dass es im Kanton nicht Mehrverkehr geben darf. Baut der Bund-Autostrassen aus, wie er das mit dem Rheintunnel macht, muss der Kanton auf dem eigenen Strassennetz im selben Masse rückbauen. Baut der Bund Autostrassen aus, muss der Kanton auch dafür sorgen, dass das nicht generell zu Mehrverkehr führt.

Der Anzug zeigt auch genau diesen Widerspruch auf. Die Regierung muss das Umweltschutzgesetz einhalten. Das Umweltschutzgesetz des Kantons ist klar. Der Bund baut trotzdem massiv aus und zwar so massiv, dass es kaum möglich sein wird, diese Verkehrszunahme kantonal rückgängig zu machen, sobald die Infrastruktur mal gebaut ist. Hinzu kommt nicht nur unser Gesetz, sondern auch die Verfassung. Das Netto Null Ziel gilt für uns alle, das gilt auch für den Verkehr. Die Klimastrategie besagt, dass wir auf Strassen wie der Osttangente oder dem zukünftigen Rheintunnel in Zukunft einen Sechstel weniger Verkehr haben wollen. Das ist unser Ziel.

Wir werden diesen Anzug überweisen, denn wenn er nicht überwiesen wird, ist das ein klares Signal gegen das Umweltschutzgesetz und ein klares Signal dafür, dass es in Ordnung ist, wenn die Regierung die Gesetze nicht einhält. Wir hätten jedoch erwartet, dass der Regierungsrat entlang der eigenen Gesetze und entlang der eigenen Verfassung, namentlich dem Klimaschutzartikel, auch handelt. Demnach müsste der Regierungsrat konsequent den Rheintunnel ablehnen und sich beim Bund dagegen einsetzen, wie die Stadt Bern das bei einem der Ausbauprojekte des Bundes nun macht, sie hat Einsprache gemacht. Leider tut der Regierungsrat dies nicht. Die Gemeinde Birsfelden beispielsweise hat Einsprache gemacht gegen den Rheintunnel, und dass es auch anders geht, zeigt auch die Stadt Zürich. Diese hatte nämlich eine ähnliche Bestimmung im Gesetz, nach der der Verkehr ebenfalls dort nicht zunehmen darf und auch dort hat die Regierung per Einsprache den notwendigen Rückbau eingefordert.

Das Problem, das der Anzug anspricht, ist demnach recht bestürzend, und dass die GLP vom Regierungsrat fordert, das geltende Gesetz einzuhalten, spricht in meinen Augen nicht für das Vertrauen der GLP in die eigene Regierungsrätin. Wenn der Regierungsrat den Rheintunnel nicht stoppt, dann muss es die Bevölkerung tun. Ich blicke daher motiviert auf die Abstimmung, die bald kommen wird, und wir werden im Sinne einer Schadensbegrenzung, falls das Worst Case-Szenario eintritt und dieser Ausbauschritt kommt, diesen Anzug überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Ich muss vorwegschicken, dass ich es wirklich befremdlich finde, wenn die vereinte Bürgerliche sich quasi gegen den Willen eines Rückbaus der Osttangente ausspricht, obwohl eine Motion überwiesen ist, die das genau fordert. Diese Verpflichtung, dieser Auftrag an die Regierung gilt, und ich finde es wirklich schade, wenn Sie sich dagegen so versperren.

Es wurde auch gesagt, dass es um die Entlastung der Anwohnenden in den Quartieren gehe. Auch die Anwohnenden der Osttangente leben in Quartieren und ihnen haben wir seit vielen Jahren zugemutet, dass sie jedes Jahr höhere Lärmbelastungen ertragen müssen, höhere Schadstoffbelastungen auch erdulden müssen und die liegen zum Teil über den Alarmwerten. Das ist nicht einfach eine Spielerei. Wir muten den Bewohnerinnen und Bewohnern in diesen Quartieren echt viel zu seit vielen Jahren und wir schulden es ihnen, dass wenn so ein Tunnel gebaut wird, dass ihre Entlastung entlang der heutigen Osttangente auch wirklich erfolgt.

Eine Stadtreparatur ist nötig, die Osttangente, wie sie gebaut wurde in den Sechzigerjahren, würde heute niemals mehr so gebaut. Wir müssen diesen Fehler korrigieren und wir schulden das der betroffenen Bevölkerung. Natürlich geht es mir ein bisschen ähnlich wie Raffaela Hanauer. Auch ich hätte erwartet, dass die Regierung schon lange klare Kante zeigt und wirklich den Willen darlegt, die hängige Motion umzusetzen, wie es der Wille des Parlaments ist. Schade ist, dass Regierungsrätin Esther Keller heute nicht da ist, aber offenbar ist ihre Fraktion ja ähnlicher Meinung.

Noch zum Lobbyieren auf nationaler Ebene, das Pascal Messerli angesprochen hat. Ich finde es auch sehr wichtig, dass wir lobbyieren auf nationaler Ebene, und zwar für einen entschlossenen ÖV-Ausbau. Denn diese Verkehrsform, diese Mobilitätsform ist sehr viel effizienter als der motorisierte Individualverkehr, und deshalb wird auch die Zukunft der Mobilität darin liegen und wir müssen uns darauf konzentrieren, die Infrastruktur in diesem Bereich bereitzustellen, damit wir wirklich die Mobilitätsleistung erbringen können, die es braucht. Es macht keinen Sinn, die Mobilitätsformen weiter zu fördern für die, die jeden Tag Lust haben, sich in den Stau zu stellen, sondern wir müssen die effiziente Mobilität fördern. Das ist die Aufgabe.

Franz-Xaver Leonhardt hat vom langen zeitlichen Horizont gesprochen. Gerade erst recht ist es der falsche Weg, jetzt auf so ein Projekt allein zu setzen und das Gefühl zu haben, wir müssten die Autobahnkapazität immer noch weiter ausbauen. Das ist nicht zukunftsgerichtete Verkehrspolitik. Wir müssen wirklich dafür sorgen, dass der Verkehr effizient abgewickelt werden kann. Zudem ist es ja auch noch so, dass der Kapazitätsabbau auf der Osttangente nicht per se eine Vollsperrung bedeuten muss, sondern dass man eben da weiterhin auch zum Beispiel eine Spur in jede Richtung haben könnte. Und das ist ja kein Widerspruch in sich.

Daniel Seiler sich, wenn ich das so sagen darf, ein bisschen aufgespielt mit Aufklärungsarbeit hier am Mikrofon. Es gibt auch andere Zahlen. Sie haben die angenommene Entlastung der Quartiere angesprochen, die aus den Quartieren zurück auf die Osttangente gehen würde. Ich wiederhole hier noch einmal, dann setzen wir einfach die Anwohnenden weiterhin der Lärmbelastung aus. Aber es gibt dann auch noch das BFW, das im Mikrozensus im Basisszenario klar festhält, dass ab 2030 der Verkehr nicht weiter zunehmen wird, sondern er wird sich stabilisieren und dann zurückgehen, wenn wir unsere Hausaufgaben eben gut machen, dann wird das sogar schnell vorangehen, indem wir mit dem ÖV sehr viel effizienter Mobilität abwickeln können. Es spricht also nichts dagegen, die Prüfungen vorzunehmen, wie sie die GLP-Fraktion in dieser Motion fordert, und die SP-Fraktion wird der Überweisung deshalb zustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt Zwischenfragen von Pascal Messerli und Johannes Sieber. Sie werden angenommen. Zuerst hat Pascal Messerli das Wort.

Pascal Messerli (SVP): Sie haben gesagt, wir sollen den öffentlichen Verkehr gemeinsam fördern und dort lobbyieren. Gibt es denn Kräfte in diesem Grossen Rat, die zum Beispiel das Herzstück derart stark bekämpfen, wie Sie den Rheintunnel bekämpfen?

Lisa Mathys (SP): Ich würde eben genau dort den Akzent und den Fokus setzen, denn das ist am Ende effiziente Mobilität.

Johannes Sieber (GLP): Raffaela Hanauer hat schon auf Regierungsrätin Esther Keller angespielt, Sie jetzt auch noch. Jetzt wollte ich fragen, ob Sie sich bewusst sind, dass Regierungsrätin Esther Keller für Mehrheiten in der Regierung auch Ihre Vertretungen?

Lisa Mathys (SP): Ich habe ihr und dem ASTRA immer sehr gut zugehört und einfach keinen eindeutigen Willen dazu gehört, dass man wirklich diese Motion umsetzen will. Und schlussendlich ist sie es, die es vertreten muss, deshalb möchte ich ihr heute auch einiges mitgeben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein Einzelvotum hat sich gemeldet Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich möchte die Aufklärungsarbeit noch ein bisschen fortsetzen, widerwillig. Aber wir haben jetzt wirklich vorher noch einmal über diese Entlastung gesprochen und ich habe schon langsam das Gefühl, dass viele Leute dieses Projekt noch gar nicht angeschaut haben. Diese Entlastung kommt eben genau der Stadt zu gut. Heute haben Ausweichverkehr wir durch Stau auf dieser Osttangente in den Quartieren, und da ist die Belastung sehr stark in den Quartieren, eben durch den Ausweichverkehr. Das sind die Zahlen, die das Bundesamt erarbeitet haben, wir sprechen bis zu 17 Prozent Entlastung in den Quartieren, und das ist doch genau das, was Sie wollen. Darum verstehe ich nicht, dass Sie sich so gegen diese Situation stellen.

Es gibt natürlich schon verschiedene Szenarien. Das eine Szenario ist das Wunschszenario, wo man wahrscheinlich mit sehr restriktiven Massnahmen, die sich nie realisieren lassen in der Schweiz eben diese Zahlen nicht erreicht. Wenn man die durchschnittlichen Szenarien anschaut, dann sieht eben das Wachstum sehr sehr ganz anders aus und das ist eigentlich auch die logische Entwicklung, die wir in den letzten Jahren national gehabt haben. Darum, wer wirklich das Quartier entlasten will, der unterstützt das Projekt Rheintunnel und stellt sich nicht dagegen. Das ist eigentlich ganz einfach.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt Zwischenfragen von Lisa Mathys, Andrea Strahm und Tonja Zürcher. Sie werden angenommen.

Lisa Mathys (SP): Ich habe vom Basisszenario gesprochen, nicht von einem Wunschszenario. Das ist ein grosser Unterschied. Meine Frage an Sie: Bestreiten Sie die Belastung der Anwohnenden durch den Verkehr der Osttangente mit überschrittenen Alarmwerten im Lärmbelastungsbereich, aufgrund dessen wir hier sogar Massnahmen gesprochen haben.

Daniel Seiler (FDP): Durch den Rheintunnel kommt eben der Verkehr in den Tunnel, und das ist ja das, was wir alle wollen. Wir wollen die Verlagerung in diesen Tunnel.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort hat Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Ich hätte diese Frage auch Lisa Mathys stellen können, ich stelle sie jetzt aber Ihnen, weil sie in Verkehrsfragen gut informiert sind. Was passiert, wenn im Tunnel ein Unfall geschieht und wir oben zurückgebaut haben? Ist der Verkehr dann wieder in der Stadt oder wie muss man sich das vorstellen?

Daniel Seiler (FDP): Es geht eben auch um Redundanzen. Die Osttangente muss auch saniert werden und wenn wir gar keine Osttangente mehr haben und nur den Rheintunnel und die Sanierungsarbeiten stattfinden, dann fährt der Umverkehr natürlich schlussendlich einfach noch mehr durch die Stadt. Das ist eigentlich relativ logisch.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nun stellt Tonja Zürcher ihre Zwischenfrage.

Tonja Zürcher (GAB): Ist Ihnen bewusst, dass gemäss jahrzehntelanger und internationaler Erfahrung und diversen Studien nach maximal fünf bis zehn Jahren der Autoverkehr, wenn keine Entlastung physisch gemacht wird, wieder genau da ist wie vorher? Das heisst, die Osttangente ist wieder genau gleich voll wie vorher, nach über zehn Jahren Baustelle das gleiche Resultat.

Daniel Seiler (FDP): Ich kenne keine diesbezügliche Studie über die Osttangente.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Tim Cuénod hat das Wort.

Tim Cuénod (SP): Es gibt ja im vorliegenden Vorstosstext um flankierende Massnahmen zur Osttangente. Ist es nicht vollkommen normal, dass die Gebietskörperschaft in einem Bereich, wo eine Strasse ausgebaut wird, sich dafür einsetzt, dass die Lärmbelastung möglichst reduziert wird, sei das durch Untertunnelung oder durch andere Massnahmen?

Daniel Seiler (FDP): Ein Grossteil der Fragen wurde eben genau durch dieses Gutachten vom ASTRA schon beantwortet.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein zweites Votum hat sich Raffaela Hanauer gemeldet.

Raffaela Hanauer (GAB): Ich möchte doch gerne noch einmal auf die Entlastungsmetapher eingehen. Wir müssen uns bewusst sein, der Rheintunnel ist ein Projekt, welches ein Teil ist vom Ausbauschritt des Bundes, sprich der Bund macht mehrere Autobahnausbauprojekte und der Rheintunnel ist eines davon. Wenn wir also von Entlastung sprechen, dann steht dahinter die Annahme, dass der Verkehr zunehmen wird, weil der Bund die Autobahnen ausbaut. Darüber stimmen wir bald ab und damit ist der Rheintunnel ein klares Ausbauprojekt.

Es geht nun also darum, was wir machen, wenn der Bund die Kapazität ausbaut, wenn der Bund-Geld ausgibt, um seine Strassen auszubauen und mehr Autoverkehr zu ermöglichen? Nun müssen wir uns die Frage stellen, was denn die Entlastung ist. Die Entlastung, wie sie auch die Regierung vorschlägt, ist immer eine Entlastung des Verkehrs, den wir in Zukunft erwarten, nachdem die Kapazitäten ausgebaut sind. In meinen Augen ist eine wahre Entlastung, wenn wir den Verkehr nicht mehr weiter ausbauen, wenn wir den Rheintunnel ablehnen, wenn wir die Klimastrategie umsetzen, zu der sich auch die Regierung bekennt und nämlich auf den nationalen Strassen, die den Verkehr auch versuchen zu reduzieren um

einen Sechstel, wie das wirklich auch ein Ziel der Klimastrategie zur Erreichung unserer Netto Null Ziele ist. Und falls das nicht funktioniert, falls trotz allen Widersprüchen in diesem Projekt zu unseren Gesetzen, zu unseren Klimazielen der Rheintunnel dann doch kommt, dann ist ganz klar, dann müssen wir auch zurückbauen und daher sind die Fragen des Anzugs auch richtig und üben den notwendigen Druck aus, den der Regierungsrat offensichtlich braucht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Sie wird angenommen.

Pascal Messerli (SVP): Bestreiten Sie die einfache mathematische Kausalität, dass eine 10 Millionen-Schweiz mehr Verkehr verursacht als eine 9 Millionen-Schweiz.

Raffaela Hanauer (GAB): Verkehr kann man steuern. Wenn wir unsere Mobilität auf umweltfreundliche Verkehrsmittel verlagern und reduzieren, dann bestreite ich das absolut.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Alex Ebi hat sich für ein Votum gemeldet.

Alex Ebi (LDP): Wir reden da über etwas, das ja total interessant ist, wir werden noch 100 Stunden und Wochen diskutieren darüber, was da noch alles kommt. Aber etwas ist doch sonnenklar: Wenn man eine Strasse hat, auf der Autos fahren, und wenn mann dann die erste Strasse aufhebt und eine andere Strasse baut, dann hat man doch keinen Gewinn. Ich verstehe nicht, wie man so lange darüber diskutieren kann. Natürlich, wenn man gar keine Autos will, dann können wir einfach alle Strassen abschaffen und alles absperren. Logischerweise gibt es dann auch keine Autos mehr. Dann müssen wir auch nicht in Zukunft planen, wie viele Autos in Zukunft fahren, nämlich gar keine mehr.

Es wurde schon fast alles gesagt und es ist noch gar nichts gesagt, und ich freue mich auf die grosse Diskussion vor der Abstimmung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Schlusswort in dieser Debatte hat der Anzugsteller Lukas Bollack.

Lukas Bollack (GLP): Die Osttangente ist ein Problem für Basel. Ein grosser Teil des motorisierten Nordsüdverkehrs fährt mitten durch unsere Stadt. Die Anrainerquartiere leiden unter Lärm, Ausweichverkehr und Zerschneidung der Siedlungsstruktur. Wie Lisa Mathys schon gesagt hat, heute würde niemand mehr so eine Stadtautobahn bauen. Die Bevölkerung, die Regierung und der Grosse Rat sind deshalb immer wieder mit Forderungen ans ASTRA getreten von mehr Lärmschutzwänden, über ein niedrigeres Tempolimit bis hin zur Verlegung der Autobahn unter den Boden, leider oftmals erfolglos.

Mit dem Rheintunnel soll der grenzüberschreitende Verkehr von der Osttangente verschwinden. Die Lärmbelastung würde sich dadurch reduzieren, zudem würde der Verkehr durch die Redundanz im Autobahnnetz bei Bauarbeiten oder Unfällen weniger in das städtische Strassennetz ausweichen. Es würde Platz im städtischen Verkehrsraum frei, den wir für mehr Begrünung, Aktivverkehr und ÖV nutzen können. Wir Grünliberale finden, diese Chance sollten wir ergreifen. Wir unterstützen das Projekt Rheintunnel deshalb grundsätzlich.

Gleichzeitig sehen wir aber auch Gefahren bei diesem Projekt. Bis 2037 soll Basel.Stadt Netto Null CO_2 Emissionen erreichen. Im Verkehrsbereich soll dieses Ziel gemäss der Klimastrategie der Regierung zum einen mit der Elektrifizierung, zum anderen mit einer Reduktion des motorisierten Individualverkehrs erreicht werden. Das Umweltschutzgesetz fordert zudem, dass die Gesamtverkehrsleistung des privaten Motorfahrzeugverkehrs ausserhalb der Autobahnen nicht zunehmen darf, dass im Fall eines Ausbaus der Kapazität des Autobahnnetzes im Kanton das untergeordnete Strassennetz im gleichen Mass von Verkehr zu entlasten ist und dass umweltfreundliche Verkehrsmittel wie ÖV und Velo bevorzugt zu behandeln sind. Dies entspricht auch den Grundsätzen der Mobilitätsstrategie der Regierung.

Wir Grünliberale stehen voll hinter diesen Zielen. Mit dem Rheintunnel will das ASTRA jedoch die Kapazität des Autobahnnetzes erhöhen. Wir befürchten, wer Strassen baut, wird Verkehr ernten. Eine vom Durchgangsverkehr befreite Osttangente macht das Pendeln mit dem Auto von und nach Basel attraktiver. Das Versprechen der Entlastung der Quartiere vom Verkehr könnte dadurch ad absurdum geführt werden. Es wird also auf jeden Fall flankierende Massnahmen brauchen. Vieles ist hier denkbar, zum Beispiel bessere ÖV-Verbindungen, eine Reduktion oder Verlagerung von Parkplätzen, Superblocks in den Quartieren, die Förderung des Aktivverkehrs oder der Rückbau oder die Umnutzung eines Teils der Osttangente, zum Beispiel für eine Tramverbindung über den Rhein.

Mit diesem Anzug möchten wir von der Regierung wissen, wie sich der Bau des Rheintunnels auf den motorisierten Individualverkehr in unserem Kanton auswirken wird und mit welchen flankierenden Massnahmen die Regierung die Verkehrs- und Klimaziele des Kantons einzuhalten plant. Bezüglich der auszuhandelnden Lösungen ist der Anzug aber komplett offen. Entgegen der Aussage der Handelskammer und des Gewerbeverbandes bedeutet eine Überweisung dieses Anzuges nicht, dass wir uns auf eine bestimmte Lösung festlegen, zum Beispiel einen Kapazitätsabbau auf der Osttangente. Ich bitte Sie deshalb, für eine Überweisung des Anzugs zu stimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es sind keine Wortmeldungen mehr möglich. Wir kommen zur Abstimmung. Die Überweisung des Anzugs wurde bestritten von Daniel Hettich und weiteren.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst nicht Überweisen .

Ergebnis der Abstimmung

55 Ja, 39 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003285, 17.04.24 12:03:37]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 55 Ja-Stimmen gegen 39 Nein-Stimmen. Ich danke für die Geduld und wünsche Ihnen einen schönen Mittag.

Schluss der 10. Sitzung

12:03 Uhr

Protokoll

der 11. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 17. April 2024, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Patrick Fischer (SVP); Daniela Stumpf-Rutschmann (SVP)*

Verhandlungsgegenstände:

26. Anzug 9 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Wahlen: Systematische Diskriminierung der Frauen durch die Beschränkung der Anzahl Zeichen für die «Angaben zur Person» 3
27. Anzug Daniel Sägesser und Konsorten betreffend bessere Planbarkeit von Nachtsitzungen für eine bessere Vereinbarkeit von Politik und Familie, Bericht des Ratsbüros 7
28. Budgetpostulat 2024 Michael Hug betreffend Präsidialdepartement, 370 Kultur, 36 Transferaufwand (Jüdisches Museum), Bericht des RR 8
29. Budgetpostulat 2024 Oliver Bolliger Präsidialdepartement, 350 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (QuartierJobs), Bericht des RR 9
30. Budgetpostulat 2024 Pascal Pfister Präsidialdepartement, 350 Kantons- und Stadtentwicklung, 31 Sach- und Betriebsaufwand (Freiwilligenprojekte gegen Einsamkeit), Bericht des RR 12
31. Motion Pascal Pfister und Konsorten betreffend Freiwilligen-Projekte gegen Einsamkeit unterstützen, Stellungnahme des RR 15
32. Budgetpostulat 2024 Raphael Fuhrer Bau- und Verkehrsdepartement, 661 Amt für Mobilität, 30 Personalaufwand (Velofachstelle), Bericht des RR 16
33. Budgetpostulat 2024 Christine Keller Bau- und Verkehrsdepartement, 614 Stadtgärtnerei, 31 Sach- und Betriebsaufwand (Hundefreilaufzone "Merkuranlage"), Bericht des RR 18
34. Motion Tobias Christ und Konsorten betreffend ein gesundes Stadtklima, Stellungnahme des RR 20
35. Motion Tobias Christ und Konsorten betreffend eine zukunftsfähige Mobilität, Stellungnahme des RR 24
36. Motion Lisa Mathys und Konsorten betreffend flankierende Massnahmen Autobahnzubringer Allschwil ZUBA, Zwischenbericht des RR 26
37. Anzug Semseddin Yilmaz und Konsorten betreffend einem evt. Ausbau der Einsatztramlinie E11, Schreiben des RR 27
38. Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend 30'-Takt im ÖV-Nachtnetz, Schreiben des RR 27
39. Interpellation Nr. 22 René Brigger betreffend fehlende Publikumsnutzung im Claraturm, Schriftliche Beantwortung 27
40. Motion René Brigger und Konsorten betreffend Anpassung Basler Baurecht an die Solaroffensive, Stellungnahme des RR 28
41. Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend temporäre Erhöhung des Freibetrags bei der Sozialhilfe aufgrund der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie, Stellungnahme des RR 29
42. Anzug Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Verstetigung der angepassten Erhöhung des Freibetrags bei der Sozialhilfe zwecks Armutsprävention, Schreiben des RR 30
43. Anzug Andrea Elisabeth Knellwolf und Konsorten betreffend wirkungsvolle Senkung der Regulierungsfolgekosten, Schreiben des RR 30
44. Interpellation Nr. 25 Michael Hug betreffend ist der Regierungsrat nicht interessiert an der Erhöhung der Stromproduktion in Basel?, Schriftliche Beantwortung 33
45. Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Niederschwelliger Zugang zur Kriseninterventionsstation (KIS), Schreiben des RR 34

46. Anzug Sarah Wyss betreffend die KIS muss im Akut-Spital bleiben - jetzt muss der Kanton handeln, Schreiben des RR 37
47. Anzug Sarah Wyss und Konsorten betreffend Überprüfung der Assistenzstellen in Hausarztpraxen, Schreiben des RR 38
48. Interpellation Nr. 16 Fleur Weibel betreffend Ankündigung von Sicherheitspersonal an zwei Kleinbasler Schulen, Schriftliche Beantwortung 38
49. Interpellation Nr. 20 Eric Weber betreffend Zunahme der Notrufe, Schriftliche Beantwortung 39
50. Interpellation Nr. 26 Anina Ineichen betreffend Velounfälle am Burgfelderplatz – Folgen und Learnings, Schriftliche Beantwortung 39
51. Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend Besteuerung der Einnahmen aus Einspeisevergütungen von Photovoltaik-Kleinanlagen und Netzentgelt, Schreiben des RR 39
52. Interpellation Nr. 18 David Jenny betreffend steuerliche Attraktivität des Stiftungsstandort Basel-Stadt: Wie wird auf die Zürcher Konkurrenz reagiert? Schriftliche Beantwortung 40
53. Interpellation Nr. 24 Béla Bartha betreffend Budget für Lehrmittel an den Schulen Basel-Stadt, Schriftliche Beantwortung 40

Beginn der 11. Sitzung

Mittwoch, 17. April 2024, 15:00 Uhr

26. Anzug 9 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Wahlen: Systematische Diskriminierung der Frauen durch die Beschränkung der Anzahl Zeichen für die «Angaben zur Person»

[17.04.24 15:00:43, 24.5076.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung und habe Ihnen folgende Mitteilung zu machen:

Grossrats-Reise

Am Freitag, 30. August, findet die traditionelle Grossrats-Reise statt. Die ist eintägig, sozusagen ein Ausflug und wird uns ins Baselbiet nach Bubendorf und auf das Schloss Wildenstein führen. Beat Flury wird Ihnen eine Einladung schicken verbunden mit einem Fragebogen mit fast schon schwierigen Fragen zu Programm, Essen, usw. und Sie sind gebeten, dies auszufüllen. Und dann freuen wir uns auf dieses Highlight nach den Sommerferien.

Wir fahren fort mit der Beratung. Traktandum 26.

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die SVP-Fraktion bittet Sie, diesen Anzug von Bruno Lötscher nicht an den Regierungsrat zu überweisen. Es kam mir ein bisschen so vor mit, was tun wir mit einer Lösung, wenn kein Problem besteht. Wir glauben, hier gibt es nun wirklich keinen Grund, irgendwie bei dieser Zeichenanzahl eine spezielle Ausnahme dann zu machen für Frauen. Die Frauen werden ja hier in diesem Vorstoss explizit erwähnt. Bruno Lötscher insinuiert, dass eine systematische Diskriminierung der Frau vorliegt bei der Gestaltung dieser 64 Zeichen auf dem Wahlzettel. Also ich glaube nicht, dass das so ist, Bruno Lötscher, ich werde beispielsweise auch diskriminiert. Ich bin gelernter kaufmännischer Angestellter, wäre ich eine Frau, wäre ich kaufmännische Angestellte. Ich hätte einen Buchstaben weniger als Frau und hätte somit auch mehr Platz für eine andere Bezeichnung auf diesem Wahlzettel. Also zumindest die Bezeichnung systematische Diskriminierung erachte ich angesichts dieser Tatsache für doch etwas gewagt.

Nun hat natürlich Bruno Lötscher krampfhaft andere Beispiele gesucht, um seinen Vorstoss auch substanziell zu begründen und hat dann den Pilot respektive die Pilotin gefunden. Ja, das mag in diesem Falle tatsächlich zutreffen, nur vergisst Bruno Lötscher ja, dass man 64 Zeichen hat und diese ganz frei auswählen kann, wie man sie füllen möchte. Wir müssten vielleicht mehr die Diskussion darüber führen, ob diese 64 Zeichen noch genügend sind, insbesondere seit dem Zeitpunkt, als man begonnen hat, auch noch den akademischen Titel zu diesen 64 Zeichen dazu zu rechnen. Also ein Dr. jur. samt Interpunktion und Leerschlägen kostet in der Zwischenzeit einen Teil dieser 64 Zeichen. Früher war das nicht so. Sie sehen, ich bin schon sehr lange mit diesen Wahlformularen beschäftigt, wie wahrscheinlich auch Oliver Thommen, der nachher noch sprechen wird als Parteisekretär. Also ich glaube, das müsste man dann allenfalls eher sich überlegen, aber dann wieder für alle und dann wieder mit den gleichen Zeichen. Aber jetzt hier extra zu sagen, wenn jemand eine Pilotin ist statt ein Pilot, hat sie dann zwei Buchstaben mehr auf diesen 64 Zeichen zur Verfügung, ich glaube, das ist nicht zielführend, weil man in der Gestaltung ja derart frei ist, dass man auch schauen kann, was man alles darauf nehmen möchte. Und wenn einer dann eine ganz tolle Bezeichnung hat, die er nehmen möchte, die wahnsinnig lang ist, aber sehr wichtig wäre und wenn man sie abgekürzt, nicht versteht, dann ist ihm auch nicht geholfen. Also ich glaube, es wird auf diesen 64 Zeichen nie eine Lösung geben, die allen Ansprüchen abschliessend gerecht werden wird.

Und jetzt komme ich zum Schluss; und dann wage ich aber tatsächlich auch zu bezweifeln, dass diese 64 Zeichen sonderlich relevant sind, Bruno Lötscher. Ich weiss nicht, ob Ihre 64 Zeichen, die Sie benutzt haben, oder es wären vielleicht auch weniger gewesen, so entscheidend waren, um Ihnen dann eine Wahl in den Grossen Rat zu ermöglichen oder ob es auch gegangen wäre ohne diese Zeichen oder auch mit weniger oder mit noch mehr Zeichen zum gleichen Effekt geführt hätten. Insofern glaube ich, dass diese Zeichenanzahl auch nicht sonderlich relevant ist. Man wird, wenn man möchte, glaube ich, auch gewählt ohne 64 Zeichen, auch mit null Zeichen.

Insofern bitten wir Sie, diesen Vorstoss nicht dem Regierungsrat zu überweisen. Er hat, glaube ich, wenn es um die Gestaltung des Wahlzettels anbelangt, gerade auch im Kontext der Regierungsrats- respektive der Regierungspräsidiumswahl im ersten Wahlgang, jetzt auch wieder beim letzten Mal im April andere Probleme, die vielleicht

gelöst werden sollten, um die hohe Anzahl ungültiger Stimmen zu reduzieren. Das ist ein echtes, auch demokratiepolitisches Problem, aber der Pilot, die Pilotin, das, glaube ich, gehört nicht dazu. Deshalb bitte ich Sie, den Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben, acht, neun, zehn, elf, zwölf, dreizehn - eins, zwei, drei, vier, fünf, Entschuldigung, Sie sind nicht in der GAB-Fraktion, ich habe kurz durchgezählt. Die systematische Diskriminierung der Frauen hat dazu geführt, dass das GAB 13 Frauen hat und fünf Männer, 72 Prozent. Das ist besonders bedenklich, wenn man daran denkt, dass das GAB noch zusätzlich etwas diskriminiert war bei den letzten Wahlen. Beim Wahlzettel von 2016 gab es die Regel, dass man jeweils die Partei noch vornedran schreibt. Das musste jede Kandidatin und jeder Kandidat so schreiben, das heisst, das JGB musste fünf Zeichen opfern, die Grünen sieben und BASTA sogar acht. Also Sie sehen, wir sind noch systematischer diskriminiert.

Ich möchte Ihnen jetzt aber sagen, warum Sie den Vorstoss trotzdem überweisen sollen, auch wenn es gewisse vielleicht systematische Fehlüberlegungen geben könnte, das weiss man nicht. Denn wenn Sie jetzt auch diesen Wahlzettel anschauen, und das hat der Vorredner auch gesagt, früher war der Titel exkludiert aus diesen Zusatzbezeichnungen und ich denke, da hat die Staatskanzlei auf die Wahlen 2020 hin etwas eigenmächtig entschieden. Wir haben das eigentlich schon bei der Diskussion um den Versand von Wahlunterlagen gesehen, dass die Staatskanzlei und der Regierungsrat sich auf den Standpunkt stellt, er wolle nicht prüfen müssen oder dafür einstehen müssen, was auf diesen Wahlzetteln geschrieben ist, genauso wie er es bei den Wahlunterlagen auch immer behauptet hat, und deswegen wurden von Seiten der Staatskanzlei die Titel gestrichen, weil man sagte, man kann nicht von jeder Person überprüfen, welcher Titel sie hat.

Ich sage jetzt nicht, dass die Titel so wichtig sind, dass sie wieder oben stehen müssen oder dass die in diesen Zeichen Platz finden müssen, aber ich denke, mit diesem Vorstoss hat der Regierungsrat den Auftrag zu prüfen, wie diese Zusatzbezeichnungen zustande kommen sollen, was könnte dort integriert sein oder was nicht. Man könnte sich auch überlegen, zum Beispiel die Berufsbezeichnung, die man ja sowieso auf dem Wahlvorschlagsformular separat aufschreiben muss, dass diese zum Beispiel genauso wie der Jahrgang, den man dort auch aufschreiben muss und der nicht zu den Zahlen zählt, auch wenn er jetzt nicht mehr wie 2016 oben, sondern unten steht, nicht mehr zu diesen Zusatzbezeichnungen gehört und das könnte der Regierungsrat prüfen, dass das eine gute Lösung wäre.

Da der Anzug jetzt eingereicht ist, denke ich, was man da mitnehmen kann und sollte, wäre wirklich auch zu schauen, die SVP will es aus diesem Grund ablehnen, ich will aus dem gleichen Grund überweisen, nämlich zu schauen, welchen Einfluss haben diese Zusatzbezeichnungen überhaupt, was bringt das überhaupt, diese Zusatzbezeichnung. Vielleicht könnte man auch eine Auswertung machen, hat die Ausnutzungsziffer der Zusatzbezeichnungen eine Relevanz auf die Wahl, das wäre vielleicht interessant zu wissen. Und wenn er dabei schon dran ist zu prüfen, kann zum Beispiel die Berufsbezeichnung oder kann die Frage von Geschlechtsbezeichnung, etc., kann das irgendwie anders gelöst werden, als dass es auf dem jetzigen Wahlzettel der Fall ist, wo man von mir aus gesehen auch nach 2016 etwas eigenmächtig das geändert hat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Nicole Kuster.

Nicole Kuster-Simon (LDP): Als ich den Anzug von Bruno Lötscher zum ersten Mal gelesen habe, musste ich schmunzeln, denn ich erinnerte mich an das kreative Zeichen zählen, Kürzungsversuche und Weglassungen. Nun kann man sagen, in der Kürze liegt die Würze oder weniger ist mehr. Für mich ist bei diesem Anzug die Diskriminierung der Frau dabei weniger vordergründig als die allgemeine Ungleichbehandlung von Berufsbezeichnungen. So hat die Bezeichnung Drogist deutlich weniger Zeichen als der Begriff medizinischer Praxisassistent. Man kann sich mit etwas Kreativität die Begriffe zusammenkürzen, aber vielleicht ist es auch an der Zeit, sich zu überlegen, ob nicht jede und jeder einfach seine Funktion und Titel erwähnen kann, die ihm zustehen. Dies soll nicht ins Unermessliche führen, aber vielleicht könnte eine Beschränkung der Anzahl Funktionen und Titel zielführender sein, als weiterhin Buchstaben, Leerzeichen und Satzzeichen zu zählen.

Ich bin gespannt, ob es praktikablere Lösungen als die Beschränkung auf 64 Zeichen gibt und beantrage Ihnen, den Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe jetzt auch meinen Wahlzettel abgegeben, um ihn einzublenden. Kann man meinen Wahlzettel bitte einblenden? Ich möchte kurz etwas zum Wahlzettel erklären. Ich bin Präsident meiner Partei und habe gewusst, dass mein Wahlzettel nicht eingeblendet wird und das ist nicht in Ordnung, sonst muss ich meinen Wahlzettel vorlesen.

Auf meinem Wahlzettel steht: Weber Eric, 1963, Grossrat, Präsident der Gruppe die Schweiz den Schweizern. Und bei der Partei steht: Volksaktion gegen zu viele Ausländer und Asylanten in unserer Heimat. Und wenn wir von den Leerzeichen sprechen, habe ich gelernt, Sie können den Parteinamen unbegrenzt schreiben. Ich bin der Grossrat mit dem längsten Parteinamen. Bei mir habe ich noch eingegeben: Liste Ausländerstopp.

Ich finde, egal, ob links oder rechts, muss man den Wahlzettel einblenden können, ich habe meinen Wahlzettel halt vorgelesen, weil es nicht ging. Ich stelle fest, dass man in diesem hohen Hause nicht gleichbehandelt wird und darum muss ich mir genau überlegen, was ich hier sage.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir versuchen, alle gleich zu behandeln und Sie müssen, wenn Sie etwas einblenden wollen, sich frühzeitig melden. Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Der Damm der Wortmeldung ist gebrochen, dann wollte ich nicht zurückstehen. Bruno Lötscher schreibt, dies soll bei den kommenden Wahlen nicht mehr vorkommen. Ich glaube, er war ein bisschen zu spät für die kommenden Wahlen. Vielleicht könnte der immer noch amtierender Regierungspräsident Lukas Engelberger das bestätigen, dass wir für die kommenden Wahlen wahrscheinlich nichts ändern, ob wir jetzt überweisen oder nicht überweisen. Oliver Thommen hat viele lustige Studien vorgeschlagen, die eine halbe Abteilung der Universität beschäftigen und Statistiker. Ich glaube, es ist ja vieles einfach. Nicole Kuster hat gesagt, den zustehenden Titel formal verwenden können. Das wäre aber dann eine Art Garantie der Staatskanzlei, dass diese Titel einem wirklich zustehen. Ich glaube, es wird nicht wirklich geprüft. Also ich meine, es ist eine Problematik, dass jetzt jeder Notar, der jetzt irgendwo eine Handelsregister-Anmeldung macht und dann irgendwo beglaubigt, Nicole Kuster sagt, Dr. jur., dann kommt eine telefonische Rückfrage vom Handelsregisterführer, ob dann wirklich die Doktorurkunde vorgelegen hat. So weit sind wir. Ich glaube, da überfordern wir dann die Staatskanzlei, wenn sie wirklich noch abklären muss, ob alle Titel zustehen oder nicht mit einem amtlichen Siegel, damit das nicht in dieses Kontingent von Zeichen fällt. Die Frage, gibt es irgendeine digitale Lösung, irgendwo einen Code und da kann man den scannen und da kommt man auf die Website eines jeden Kandidaten, wo jemand mit 10’000 Zeilen ausführen kann, warum er oder sie gewählt werden kann.

Bruno Lötscher, Sie hören nicht zu. Ich würde sagen, aus grosser Sympathie zu Ihnen werde ich für das Überweisen stimmen einfach im Sinne, dass man irgendwann in vier Jahren oder in zwei Jahren eine Auslegeordnung bekommt von der Regierung, was es da innovativer gibt, vielleicht auch technologisch fortschrittlicher, aber von dieser systematischen Diskriminierung zu sprechen, ich glaube, die ist ein bisschen zu sehr geprägt von den Diskussionen über das Gleichstellungsgesetz. Ich werde im Sinne gespannter Lektüre irgendwann das gerne dann zu Kenntnis nehmen und in diesem Sinne werde ich für Überweisung stimmen, aber nur weil es Bruno Lötscher ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Ich habe diesen Anzug auch unterschrieben. Wir waren dort eineinhalb Jahre lang oder gefühlte zweieinhalb Jahre lang in einer Gender-Diskussion in unserer Kommission und das hat dann dazu geführt, dass wir total sensibilisiert wurden von all diesen Informationen von diesen Leuten, die auch extern in die Kommission gekommen sind und uns erzählt haben, was es da für Themen gibt. Man kann durchaus sagen, das ist tatsächlich nicht ein weltbewegendes Thema, ob wir jetzt da drei Felder mehr oder weniger haben oder Pilotin und Pilot wirklich so viel Platz wegnimmt, dass es eine schlechtere Ausgangslage gibt für die Abstimmung. Man könnte auch sagen, die Männer könnten ein paar Feldchen weniger bekommen, dann müssen wir auch dieses Problem nicht gross IT-mässig aufrollen.

In dem Sinn, wie auch schon David Jenny gesagt hat, Bruno Lötscher ist mit dieser guten Idee gekommen, wir wollten uns anschliessen und jetzt lassen wir uns hier beraten, was da Gescheites herauskommt. Ich hoffe, wir machen nicht mehr allzu lange über das Thema, weil so wichtig ist es auch nicht, und es weitergeht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zu Bruno Lötscher-Steiger mit dem Schlusswort.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Danke für diese wunderbare Diskussion, genau das war der Grund für diesen Vorstoss. Denn ich habe mir natürlich schon auch gedacht, darf man das überhaupt bringen, ist das nicht ein Thema, das etwas zu klein ist. Und man hat mir auch gesagt, spinnst du eigentlich, das ist doch nicht so schlimm und überhaupt, das sehen wir ja.

Wenn man das aber genauer anschaut, Joël Thüring hat das auch gesagt, es ist kein Problem, es ist kein Problem bis jetzt, aber eigentlich ist es ein klassisches Diskriminierungsproblem. Es ist so still und heimlich, niemand will hier die Frauen diskriminieren, aber faktisch geschieht das. Kann man wirklich heute, 50 Jahre nach Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts, noch erwarten, dass eine Frau, wenn sie gefragt wird, was bist du von Beruf, sagt, ich bin Lehrer oder ich bin Arzt oder ich bin Pilot oder ich bin kaufmännischer Angestellter als Frau? Also soll sie wirklich gezwungen sein, das generische Maskulinum zu brauchen, wenn sie gleichbehandelt werden will wie der Mann? Ich finde, das geht eigentlich nicht mehr wirklich.

Ich habe versucht, ein Beispiel zu machen und ich habe das, Eric Weber, schon vor ein paar Wochen geschickt, deshalb kann man das hoffentlich jetzt einblenden. Wenn der Herr Peter Kandidat bisher angeben will, er sei Advokat, Leiter Rechtsdienst, Stiftungsrat, Chorsänger, drei Kinder, hat er seine 64 Zeichen ausgefüllt und das ist doch eigentlich eine schöne Kandidatur, das ist jemand, den man wählen könnte. Wenn seine Frau, Petra Kandidatin, auch bisher genau dasselbe macht, ist sie Advokatin, Leiterin Rechtsdienst, Stiftungsrätin, Chorsängerin, sie hat keine drei Kinder mehr, aber sie hat drei Kinder. Sie hat nun nicht mehr Platz, das den Stimmberechtigten zu sagen. Es könnte ja auch etwas anderes sein als die drei Kinder. Es könnte zum Beispiel Zunft sein, viele wollen sagen, dass sie in einer Zunft sind. Es könnte Pfadi sein, das ist etwas von mir, ich bin ein begeisterter Pfadi gewesen und würde das eigentlich gerne sagen. Vielleicht TCS, ACS, wir haben Mitglieder, die das hier sagen können, hätte noch Platz, oder IG Velo für die andere Seite, das hat Platz, aber nur für den Mann, für die Frau nicht.

Jetzt können wir sagen, das ist doch nichts, das ist doch egal, das ist doch keine Diskriminierung. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das ist klassische Diskriminierung. Wir merken es einfach nicht im Alltag, lassen es geschehen. Es sind vor allem auch Männer, die darüber gelächelt haben selbstverständlich, aber Fakt ist, das ist eine Diskriminierung und ich bin froh, wenn der Regierungsrat das angeht. Jetzt hat man mir natürlich gesagt und das ist auch hier gesagt worden, spielt es überhaupt eine Rolle, was man da schreibt. Ich finde, es spielt eine Rolle, und zwar nicht für mich selber, sondern für die Transparenz, die ich gegenüber den Wählerinnen und Wählern schuldig bin. Die wollen doch wissen, wen sie wählen. Ich gehe nicht davon aus, dass mich alle kennen, im Gegenteil, die wenigsten kennen viele von uns, aber sie können sich vielleicht etwas ausdenken, wenn sie wissen, was der oder die Person macht und diese Transparenz sind wir gerade bei den Beteiligungsrechten doch den Wählerinnen und Wählern schuldig. Ich begreife nicht ganz, weshalb wir überhaupt so lange diskutieren mussten und das auch in Frage stellen mussten, denn im Kern, nehme ich an, will das niemand wirklich, es ist einfach so geschehen.

Ich würde mich freuen, wenn Sie diesen Anzug überweisen und bin gespannt. Vielleicht noch einen Satz, wenn ich das noch sagen darf. Ich will nicht irgendeine Lösung mit Genderstern, der uns aufgezwungen würde. Eine Lösung könnte auch sein, jeder darf fünf oder sechs solche Bezeichnungen angeben und dann wäre auch egal, wie lang und dann könnte er Angestellter oder Angestellte sein. Lieber Joël Thüring, ich habe mich gefreut, dass Sie meinen Anzug gelesen haben, denn das war auch ein Beispiel, das ich aufgeführt habe. Es sind nicht immer nur die Diskriminierungen auf die eine Seite, sondern auch auf die andere Seite.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen von André Auderset und Joël Thüring. Sie werden angenommen. Zuerst André Auderset.

André Auderset (LDP): Bruno Lötscher, ich habe mich ja wirklich ernsthaft beim Lesen, ich habe ihn gelesen, gefragt, ob Sie das tatsächlich ernst meinen. Ich habe jetzt erfahren, ja, möchte mich aber doch noch nach der Qualität der neuen Jass-Künste erkundigen, denn früher war es so, der letzte im grossrätlichen Jassturnier war immer verknurrt, einen möglichst humorvollen oder ziemlich sinnlosen Anzug zu stellen. Liegt es vielleicht daran?

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Humorvoll würde ich ja gerne tun, sinnlos ist der nicht. Ich muss einen Satz ergänzen. Ich war in meinem Leben, bevor ich Gerichtspräsident war, als Generalsekretär des Justizdepartementes auch zuständig für das Gleichstellungsbüro. Das war in den 90er-Jahren. Ich bin schon sehr früh mit diesen Themen konfrontiert worden, wo noch wirklich alle gelächelt haben, wenn man über Gleichstellung geredet hat. Aber man kann sich tatsächlich mit diesem Thema anfreunden und es ist ein wichtiges Thema.

Joël Thüring (SVP): Bruno Lötscher, Sie haben in Ihrem Beispiel die Zunft erwähnt, die nicht mehr drauf ist. Die ist vielen sehr wichtig, haben Sie gesagt. Ist denn ein Mitglied der Zunft zu Hausgenossen systematisch diskriminiert im Vergleich zu einem Mitglied der Zunft zu Safran?

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Das ist just ein Teil der Antwort, wenn Sie vorhin gut zugehört haben. Die Antwort könnte auch sein, man kann fünf oder sechs Angaben machen, unabhängig von den Zeichenzahlen. Das könnte auch die Antwort sein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung des Anzugs wurde bestritten von Joël Thüring. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung des Anzugs, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

76 Ja, 14 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003291, 17.04.24 15:27:38]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird überwiesen mit 76 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

27. Anzug Daniel Sägesser und Konsorten betreffend bessere Planbarkeit von Nachtsitzungen für eine bessere Vereinbarkeit von Politik und Familie, Bericht des Ratsbüros

[17.04.24 15:27:45, 23.5339.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Ratsbüro beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Für das Ratsbüro hat das Wort Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GAB): Die Ausgangslage dieses Anzugs basiert eigentlich in der Realität unseres Milizsystems, indem politische Tätigkeiten oft mit anderen Verantwortlichkeiten wie Beruf, Vereinsleben oder Familie kollidieren und insbesondere die Nachtsitzungen stellen eine grosse Herausforderung dar, da sie die Planung von Betreuungspflichten erschweren, insbesondere durch das Ansetzen der nicht Regelmässigkeit. In den letzten Jahren hat die Anzahl der Nachtsitzungen zugenommen, was teilweise auf einen Anstieg der persönlichen Vorstösse zurückzuführen ist.

Das Ratsbüro hat verschiedene Überlegungen angestellt, um diesem Trend entgegenzuwirken und das Anliegen des Anzugs aufzunehmen. Eine Möglichkeit war die Beschränkung der persönlichen Vorstösse, die wir diskutiert haben, aber das haben wir oder das haben Sie im Rahmen der letzten GO-Revision klar abgelehnt. Eine weitere Idee, die im Ratsbüro zum Thema wurde, ist es, die Anzahl der Nachtsitzungen nur noch jede zweite Session anzusetzen, aber in diesem Vorschlag sehen wir eigentlich keinen Sinn, da die Nachtsitzungen sich immer jährlich entlang des Herbstes beispielsweise stark häufen.

Somit kam diese Idee des zusätzlichen Sitzungstages im September auf, welchem das Ratsbüro mit einer Mehrheit zugestimmt hat. Die andere Idee, nämlich die bestehenden Sitzungszeiten zu verlängern, die würde nicht wirklich dieses Betreuungsproblem lösen, da sie einerseits dann ein Betreuungsproblem auslöst in der Vereinbarkeit von Politik und Beruf, aber auch zusätzlich wieder in den Betreuungspflichten, weil zum Beispiel ein früheres Ansetzen einer Sitzung um 8 Uhr dann auch wieder Probleme bei der familiären Verpflichtung miteingehen würde.

Aufgrund dessen hat das Ratsbüro beschlossen, einen zusätzlichen Sitzungstag im September einzuführen und den vorliegenden Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegt eine Wortmeldung vor von Lea Wirz für das GAB.

Lea Wirz (GAB): Zuerst einmal vielen Dank für diese Auslegeordnung des Ratsbüros und der Analyse der Vorstösse und der Nachtsitzungen der letzten Jahre. Für viele hier drin ist die Vereinbarkeit von politischer Tätigkeit im Milizsystem mit anderen Verantwortlichkeiten wie Beruf und Familie, Bildung und Freizeitleben eine Herausforderung. Die zunehmende Anzahl von Nachtsitzungen belastet insbesondere Ratsmitglieder mit Betreuungspflichten. Je nach Familiensituation braucht eine abendliche Betreuung mehr oder weniger Organisation und kann finanzielle Belastungen mit sich bringen. Dennoch ist es wichtig, dass eine gewisse Flexibilität in der Planung bestehen muss, da die Geschäftslast eben nicht planbar beziehungsweise absehbar ist und auch die Beratungsdauer stark variieren kann im Plenum. Das GAB räumt diesem Punkt Gewicht ein. Zudem wurde ja in diesem Zusammenhang bereits ein zusätzlicher Sitzungstag im Januar eingeführt und dieser stösst in unserer Fraktion nicht nur auf Gegenliebe.

Die Fraktion spricht sich in diesem Sinne gegen einen zusätzlichen Sitzungstag im September aus. Denn auch ein weiterer Sitzungstag ist mit einer zusätzlichen Belastung verbunden, sei dies in Bezug auf Beruf, Ausbildung oder eben familiäre Verpflichtungen. Es wird je nach Betreuungssituation zusätzliche Betreuung tagsüber gebraucht, wer dazu noch arbeitstätig ist, muss dies sonst irgendwann nachholen. Auch das scheint uns in der Fraktion keine optimale Lösung zu sein und die Vereinbarkeit nicht massgeblich zu verbessern.

In diesem Sinne sind wir für Abschreibung des Vorstosses mit dem Appell an das Ratsbüro, auf einen zusätzlichen Sitzungstag im September zu verzichten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Daniel Sägesser.

Daniel Sägesser (SP): Ich spreche zu Ihnen als einer von zehn Familienväter, die diesen Anzug für eine bessere Vereinbarkeit von Politik und Familie vor knapp einem Jahr eingereicht haben. Ich kann mich gerne kurzhalten ganz im Sinne des Anzugs, damit wir alle möglichst bald wieder bei unseren Liebsten sind. Ich bedanke mich beim Ratsbüro recht herzlich für die rasche Bearbeitung des Anzugs und auch für die Gründlichkeit der Abklärungen und Erwägungen, die das Ratsbüro geleistet hat.

Die vom Ratsbüro versprochene Einführung eines dritten Sitzungstages im September ist nicht nur pragmatisch, sondern scheint auch ein geeigneter Ansatz des Anliegens des Anzugs anzugehen. Und hier möchte ich in Differenz mit dem GAB explizit festhalten, dass die SP-Fraktion heute diesen Anzug als erledigt abschreiben wird im Vertrauen darauf, dass der von der Ratsbüro-Mehrheit beschlossene und versprochene zusätzliche Sitzungstag eingeführt wird. Unserer Ansicht nach ist eine zusätzliche Sitzung während dem Tag und nicht am Abend einfacher zu organisieren in Bezug auf Kinderbetreuung, die dann allenfalls notwendig ist, als am Abend.

In dem Sinne darf ich Sie bitten, dem Antrag des Ratsbüros zu folgen und diesen Anzug als erledigt abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es wurde kein Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

28. Budgetpostulat 2024 Michael Hug betreffend Präsidialdepartement, 370 Kultur, 36 Transferaufwand (Jüdisches Museum), Bericht des RR

[17.04.24 15:34:20, 23.5640.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat zu erfüllen und ins Budget 2024 zusätzlich einen Betrag von 85’000 Franken einzustellen.

Das Wort geht an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich höre, dass der Antrag nicht bestritten ist und werde mich deshalb sehr kurzhalten. Ich darf Ihnen ganz pauschal die Bedeutung des Jüdischen Museums in Erinnerung rufen und auch die Bedrohungslage, die sich um die jüdische Gemeinschaft und ihr Museum dramatisch jetzt noch einmal verschärft hat in den vergangenen Wochen und Monaten und ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie unserem Antrag folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es wurde kein Antrag gestellt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses zum Budgetpostulat

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003294, 17.04.24 15:36:36]*

Der Grosse Rat beschliesst

In Entsprechung des Budgetpostulats 2024 Michael Hug werden im Budget 2024 des Präsidialdepartements zusätzlich Fr. 85'000 eingestellt. Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben einstimmig zugestimmt mit 89 Ja-Stimmen.

29. Budgetpostulat 2024 Oliver Bolliger Präsidialdepartement, 350 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (QuartierJobs), Bericht des RR

[17.04.24 15:36:40, 23.5647.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat abzulehnen.

Das Wort geht für den Regierungsrat an Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Während über 20 Jahren hat der Verein NachbarNet nachbarschaftliche Hilfe vermittelt. Ende 2022 hat sich der Verein entschieden, sich nur noch auf sein neues Angebot QuartierJobs zu fokussieren und dementsprechend auch seinen Namen anzupassen. Über QuartierJobs können kleine und einfache Alltagsarbeiten im Quartier vermittelt werden. Der Verein kümmert sich um die administrativen Aspekte der Anstellung, der sogenannten QuartierJoberinnen und QuartierJobber. Er sucht diese Personen auch und vermittelt daneben je nach Anfrage eine geeignete Person für die Dienstleistung.

Es gibt einen Solidaritätsfonds. Über diesen Solidarfonds können die Preise für Dienstleistungen nach Einkommen abgestuft werden, wobei die QuartierJoberinnen und QuartierJobber immer denselben Stundenlohn dann erhalten und der Verein

diese Differenzen dann ausgleicht. Die Mittel in diesem Fonds stammen von Stiftungen, privaten Spenden, Kirchgemeinden und anderen gemeinnützigen Organisationen.

Der Regierungsrat schätzt dieses Angebot und er möchte eine allfällige Unterstützung des neuen Angebots QuartierJobs ab 2025 vertieft prüfen. Das wollen wir aber sorgfältig tun und jetzt nicht für das laufende Budget schon eine Zusatzposition vorsehen. Deshalb möchten wir Sie bitten, das Budgetpostulat abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher ist Oliver Bolliger für das GAB.

Oliver Bolliger (GAB): Zuerst möchte ich mich beim Regierungsrat bedanken, dass er das Vorgezogene Budgetpostulat zur Klärung der zukünftigen Finanzierung von QuartierJobs entgegengenommen hat, also bis 2025. In der Beantwortung zum Budgetpostulat wird erwähnt, Regierungsrat Lukas Engelberger hat es auch gerade erwähnt, dass der Regierungsrat die Finanzierung von QuartierJobs ab dem Jahr 2025 vertieft prüfen möchte. Ich nehme mal an, dass dies eine Art und Weise einer Zustimmung des Angebots bedeutet, auch wenn der Regierungsrat formhalber eine Unterstützung für das laufende Jahr 2024 ablehnt, was ich natürlich sehr schade finde und nicht ganz nachvollziehen kann. Gerade heute Morgen haben wir zwei Millionen zwecks Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts gesprochen, damit das Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz durch mehr Begleitung und Befähigung entlastet werden kann.

Mit dem vorliegenden Budgetpostulat von 40’000 Franken für die QuartierJobs fördern wir ebenfalls sehr direkt und unmittelbar den gesellschaftlichen Zusammenhalt, weil Unterstützung und Hilfe im Alltag niederschwellig in der Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden können. Die betrieblichen Zahlen für das Jahr 2023 von QuartierJobs belegen es klar und deutlich, die Nachfrage und der Bedarf ist vorhanden, das Angebot deshalb auch nachgefragt und sinnvoll. Die Einsätze haben sich im vergangenen Jahr verdreifacht gegenüber 2022.

Es sind nicht nur 40’000 Franken für das Angebot QuartierJobs, es sind auch 40’000 Franken für die quartierbezogene Altersarbeit und gegen die Einsamkeit von Menschen im Alter und von Menschen mit psychischen und sozialen Beeinträchtigungen in unserer Stadt. Eine finanzielle Unterstützung des Angebots QuartierJobs würde auch dem Generationenleitbild der Basler Seniorenkonferenz 55+ entsprechen und müsste schon auch unter der Prämisse ambulant vor stationär eigentlich gefördert werden. Wenn ich mir vorstelle, dass durch die nachbarschaftliche Unterstützung via QuartierJobs auf diverse kleinere Haushalts-, Spitex-Leistungen verzichtet werden könnte und auch die psychosoziale Gesundheit der Anbietenden und der Nutzenden ein wenig gestärkt werden könnten, ist dieser Beitrag einfach und sinnvoll sehr gut investiert.

Wenn das Budgetpostulat für 2024 nicht überwiesen wird, kann es gut sein, dass das Vorgezogene Budgetpostulat dann im nächsten Jahr auch hinfällig sein wird, weil es das Angebot vielleicht dann einfach nicht mehr gibt. QuartierJobs wird trotz mehr Erträgen aus den Leistungen für die Erfolgsrechnung im Jahr 2023 auch ein Defizit ausweisen und auch die Reserven sind aufgrund der fehlenden Finanzierung nun aufgebraucht. Es ist also nicht eine Frage von nice-to-have, sondern eine existenzielle Frage, denn ohne zusätzliche kantonale Finanzierung oder anderweitigen Drittmitteln aus Stiftungen wird QuartierJobs nicht überleben.

Ich würde es sehr begrüssen, wenn Sie dem Regierungsrat dieses Budgetpostulat für QuartierJobs zur Erfüllung überweisen und somit auch die Ausgangslage schaffen, dass der Regierungsrat die Finanzierung ab 2025 vertieft prüfen könnte.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bitte Sie, wie auch der Regierungsrat, dass dieses Budgetpostulat nicht erfüllt wird. Ich muss ehrlicherweise sagen, manchmal habe ich ein wenig das Gefühl, man spricht hier aneinander vorbei. Der Regierungsrat hat es schriftlich und jetzt auch in seinem Votum durch den Regierungsvizepräsidenten ziemlich klar zum Ausdruck gebracht, dass er in Erwägung zieht, dieses Angebot zu unterstützen. Er schreibt das auch explizit, er sei bereit, eine vertiefte Prüfung ab 2025 vorzunehmen und damit ist ja dem eigentlichen Anliegen von Oliver Bolliger ausreichend Rechnung getragen worden.

Nun haben wir von Oliver Bolliger in seinem Votum ein bisschen das Gefühl bekommen, wenn jetzt dieses Budgetpostulat nicht erfüllt wird, dann wird dieses Angebot morgen eingestampft. Ich muss Ihnen einfach sagen, Oliver Bolliger, Sie schreiben das nicht in Ihrem Budgetpostulat, Sie schreiben sogar explizit, sollte es nicht zu einer Finanzierung kommen, dann wird langfristig es ohne ergänzende starke Unterstützung im Sinne der Abgeltungen für das Gemeinwesen nicht gehen. Also Sie schreiben ja es selber, dass für das 2024 gar keinen Handlungsbedarf besteht und für das 2025 hat Ihnen der Regierungsrat in seiner kurzen, aber aus meiner Sicht ausreichend guten Beantwortung, weshalb er es nicht erfüllen möchte, dargelegt, dass er ja sich diese Gedanken macht für den Prozess 2025.

Deshalb, glaube ich, ist es auch nicht notwendig, dass wir hier jetzt über ein Budgetpostulat, auch wenn es sich um einen eher kleinen Betrag handelt, sprechen und ich finde vor allem auch das Vorgehen nicht korrekt. Ich finde, wenn man solche Angebote haben möchte, dann sollte es in erster Linie die Aufgabe des Regierungsrates sein, mit der jeweiligen Institution, und das ist jetzt egal, ob das in der Kantons- und Stadtentwicklung angesiedelt ist oder im Erziehungsdepartement oder wo auch immer, mit dieser Institution entsprechende Verhandlungen zu führen, dann auch entsprechend über einen Leistungsauftrag in diesem Bereich eine Einigung findet und man es uns dann entsprechend präsentiert oder beantragt und nicht einfach so quasi über das Budgetpostulat in mögliche Verhandlungen auch eingreift. Ich glaube, das ist nicht zielführend.

Der Regierungsrat hat selber gesagt, dass er bereit ist dazu, der Verein hat selber entschieden, auf was er sich fokussieren möchte, das bedeutet dann vielleicht auch in einem gewissen Moment des Prozesses, dass die Situation vielleicht nicht schon langfristig gesichert ist, aber zumindest ja kurzfristig trotzdem kein Problem besteht und für alles andere, was eben die Langfristigkeit anbelangt, hat ja der Regierungsrat bereits zugesichert, dass man mit dem Verein, mit der Institution entsprechend für dieses Angebot auch in Gespräche treten würde.

Deshalb glauben wir, ist es nicht notwendig, dass wir heute dieses Budgetpostulat zur Erfüllung überweisen. Wir bitten Sie deshalb, dem Antrag des Regierungsrates zu folgen und das Budgetpostulat nicht zu erfüllen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelsprechenden und da hat sich Melanie Nussbaumer gemeldet.

Melanie Nussbaumer (SP): Bei mir läuten immer die Alarmglocken, wenn Joël Thüring sich aufführt, als wäre er der Sprecher des Regierungsrats. Hier habe ich grosse Fragezeichen. Das Problem der Budgetpostulate ist ja immer ein bisschen das gleiche, erst nachdem das Budget schon verabschiedet wurde, gibt es neue Forderungen. Das ist ein Grundproblem, das können wir jetzt nicht anhand von diesem Budgetpostulat lösen. Sondern was wir tun müssen als Parlamentarier*innen, ist, wir müssen uns auf die Sache konzentrieren und schauen, lohnt sich das, ist es eine gute Sache, ist es sinnvoll investiertes Geld, ja oder nein. Und ich finde, bei diesem Budgetpostulat hier ist es sehr eindeutig, QuartierJobs ist eine gute Sache, das ist eine gute Organisation. Die fördern wirklich den Zusammenhalt in der Gesellschaft, und zwar in den Quartieren vor Ort und zwar nicht nur zwischen verschiedenen Bevölkerungsteilen, sondern auch über die Generationen hinweg, was extrem wichtig ist.

Ich liebe es ja, in der Stadt zu wohnen, ich finde das wahnsinnig schön, weil es zum Teil auch anonym ist, aber das hat halt auch eine Kehrseite. Wir wissen von anderen Vorstössen, aber auch von wissenschaftlichen Studien, dass Einsamkeit in den urbanen Zentren zum Beispiel ein grösseres Problem ist als auf dem Land. QuartierJobs stellt diesem Problem etwas entgegen. Auch wissen wir, dass die Gesundheitskosten immer wie mehr steigen, QuartierJobs würde hier präventiv etwas dem entgegensetzen, wenn wir einfach diesen Austausch, diesen Zusammenhalt in den Quartieren fördern mit diesem Angebot.

Lassen Sie sich nicht auf diese formalen Kritikpunkte von Joël Thüring ein, sondern fragen wir uns wirklich, lohnt es sich, diese Organisation, diese Sache zu unterstützen und ich finde, dort ist unsere Antwort eindeutig, das ist eine gute Sache.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein Einzelvotum hat sich Oliver Bolliger eingetragen.

Oliver Bolliger (GAB): Ich muss nochmal kurz reagieren auf das Votum von Joël Thüring. Weshalb habe ich dieses Budgetpostulat und das Vorgezogene Budgetpostulat eingereicht, weil es ein strukturelles Defizit gibt von QuartierJobs, auch früher schon bei Nachbarschaftshilfe. Auch dort hat es schon mal ein Budgetpostulat gegeben, um dieses strukturelle Defizit und die fehlende Finanzierung zu klären. Mit beiden Postulaten habe ich auch den Auftrag der Regierung gegeben, dass sie in dieser Zeit vertieft prüfen sollten, wie in Zukunft QuartierJobs finanziert werden soll oder, wenn das die Regierung nicht möchte, dann halt auch das Angebot beenden müsste oder rein aus finanziellen Mitteln von einer CMS, GGG, usw. finanziert wird.

Aber es muss endlich geklärt werden, deshalb diese zwei Budgetpostulate, die auch vom Betrag reduzierend sind, weil es das Ziel von QuartierJobs schon auch ist und es auch geschafft hat, wirklich mehr Einnahmen über die Leistungen zu erbringen. Und deshalb ist es irgendwie aus meiner Sicht formhalber schon in Ordnung, diese Budgetpostulate gekoppelt so einzureichen und dem Regierungsrat den entsprechen Klärungsbedarf und Prüfungsbedarf aufzugeben.

Besten Dank für die Überweisung dieses Budgetpostulats.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Lukas Engelberger, wünschen Sie das Wort in der zweiten Runde? Er wünscht es.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich kann nur bekräftigen, dass wir das ernst meinen, so wie wir das schreiben, und das gerne prüfen für das kommende Jahr. Ich finde, insgesamt müssen wir schon vorsichtig sein mit diesen nachträglichen Aufrundungs-Vorstössen. Ich möchte damit gar nicht irgendetwas zur Sache gesagt haben, sondern möchte einfach das zu bedenken geben, dass wir natürlich auch einen Wert sehen in der Budgetdisziplin, in der Planbarkeit des Budgets und es deshalb meines Erachtens schon besondere Gründe braucht, wenn man jetzt im laufenden Jahr noch erhöhen möchte. Deshalb würde ich gerne am Antrag festhalten, das nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Ablehnung gemäss Antrag RR, NEIN heisst Erfüllung

Ergebnis der Abstimmung

34 Ja, 51 Nein, 6 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003297, 17.04.24 15:51:24]*

Der Grosse Rat beschliesst

In Entsprechung des Budgetpostulats 2024 Oliver Bolliger werden im Budget 2024 des Präsidialdepartements zusätzlich Fr. 40'000 eingestellt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für eine Erfüllung des Budgetpostulats entschieden mit 51 Nein-Stimmen gegen 34 Ja-Stimmen bei 6 Enthaltungen.

Damit haben Sie das Budget nachträglich verändert. Entsprechend wird ein Grossratsbeschluss erstellt und im Kantonsblatt publiziert.

30. Budgetpostulat 2024 Pascal Pfister Präsidialdepartement, 350 Kantons- und Stadtentwicklung, 31 Sach- und Betriebsaufwand (Freiwilligenprojekte gegen Einsamkeit), Bericht des RR

[17.04.24 15:51:47, 23.5648.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat abzulehnen.

Das Wort geht an Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Dieses Geschäft liegt ein bisschen ähnlich, sowohl inhaltlich wie auch formal. Der Regierungsrat hat in der Beantwortung des Anzugs von Pascal Pfister betreffend Strategie gegen Einsamkeit auf die bereits existierende grosse Vielfalt von Angeboten und Massnahmen im Kanton Basel-Stadt in Bezug auf Einsamkeit hingewiesen. Zwei Jahre nach dem Anzug wurde eine Motion, auch von Erstunterzeichner Pascal Pfister betreffend Freiwilligen-Projekte gegen Einsamkeit unterstützen, eingereicht. Die Motion verlangt, dass der Regierungsrat innert eines Jahres Pilotprojekte im Bereich der Einsamkeit unterstützen soll. Sie ist dann, glaube ich, auch traktandiert jetzt heute noch.

Wir weisen in der Motionsbeantwortung daraufhin, dass wir die bei der Anzugsbeantwortung erwähnten Massnahmen zuerst umsetzen und ihre Wirkung eruieren möchten, bevor wir weitere Massnahmen ergreifen würden und möchten deshalb Ihnen dann beantragen, die Motion als Anzug zu überweisen. Und dem würden wir jetzt vorgreifen, wenn wir das Budgetpostulat, wie hier gewünscht, überweisen würden. Wir bitten Sie, das nicht zu tun und das abzulehnen. Auch hier nicht, weil wir dagegen sind, sondern weil wir hier einen anderen Weg verfolgen möchten und zuerst vertiefte Abklärungen vornehmen möchten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen damit zu den Fraktionsvoten. Hier hat sich Gianna Hablützel-Bürki für die SVP gemeldet.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Freiwilligenarbeit bedeutet, sich ehrenamtlich und unentgeltlich für einen guten Zweck zu engagieren. Dieses altruistische Engagement spielt eine wichtige Rolle in der Gesellschaft, insbesondere bei der Bewältigung sozialer Probleme wie Einsamkeit. Der Regierungsrat hat bereits argumentiert, dass die Forderung nach Unterstützung von Pilotprojekten nicht als zielführend angesehen wird, solange die Wirkung der vorgeschlagenen Projekte nicht eruiert werden konnte. Eine fundierte Bewertung der Wirksamkeit erfordert eine gründliche Prüfung, um sicherzustellen, dass die bereitgestellten Ressourcen effektiv eingesetzt werden.

Die Fraktion der SVP betont die Notwendigkeit eines evidenzbasierten Ansatzes und fordert, dass die Wirksamkeit der vorgeschlagenen Pilotprojekte sorgfältig geprüft wird, bevor weitere finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Unterstützung effektiv ist und einen positiven Beitrag zur Bewältigung des Problems der Einsamkeit leisten kann.

Aus diesem Grund lehnt die SVP-Fraktion die Erhöhung des Budgets um 150’000 Franken ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion GAB spricht Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Ich spreche einerseits für das Budgetpostulat wie auch für das nachfolgende Geschäft der Motion von Pascal Pfister. Beide sind ja miteinander verbunden und hängen zusammen. Die im Anschluss folgende Motion betreffend Freiwilligen-Projekte gegen Einsamkeit wurde Ende Dezember stillschweigend dem Regierungsrat überwiesen und auch das hier vorliegende Budgetpostulat betreffend Finanzierung von Projekten gegen die Einsamkeit im laufenden Jahr wurde er mit einer deutlichen Zustimmung dem Regierungsrat überwiesen. Damit zeigt sich, dass dieses Thema von allen Fraktionen als gesellschaftliche Problemstellung anerkannt wird und es wird auch deutlich, dass das Parlament ein anderes Tempo als der Regierungsrat anschlagen möchte. Also nicht nur die bisherigen Pilot-Massnahmen prüfen und dann berichten, sondern weitere Schritte einleiten und mit Massnahmen versehen. Damit meine ich nicht, dass im Anschluss nicht auch geprüft und evaluiert werden muss, aber halt mit deutlich mehr und zusätzlichen Massnahmen.

Damit solche Zusätze finanziert werden können, braucht es dieses Budgetpostulat. Die Einsamkeit der Menschen bleibt in der Schweiz und in Basel oftmals unsichtbar und neben Armut ist es einer der grössten mit Scham besetzten Themen. Und auch hier sind viele ältere Menschen davon oder gar von beidem betroffen. Einsamkeit macht krank und belastet somit auch das Gesundheitswesen. Dies passt leider nur zu gut in unserer Zeit. Unsere hochindividualistische, selbstoptimierte und auf Konsum ausgerichtete Gesellschaft gibt es unter anderem nur auf Kosten der Einsamkeit der Menschen, die sozial weniger verankert und vernetzt sind. Wer hat denn noch Zeit für eine Begegnung ohne Outcome-Effekt, wer hat denn überhaupt einen freien Kalender oder einen freien Kopf, um sich auf Begegnungen oder in Freiwilligen-Projekte zu engagieren?

Und weil dies so ist und die jetzige Gesellschaft sich immer weiter weg von gemeinschaftlichen und solidarischen Wertvorstellungen und Verhalten bewegt, braucht es dieses Budgetpostulat und die Überweisung der nachfolgenden Motion weiter. Vielleicht kann so ein wenig gegengesteuert werden. Das Grün-Alternative Bündnis spricht sich deshalb für die Überweisung des Budgetpostulats und beim nächsten Geschäft für die Weiterbehandlung der Motion als Motion aus.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Wir behandeln hier zum wiederholten Mal dieses Thema. Es wurde aber nie viel darüber diskutiert und darum erlaube ich mir, jetzt doch ein paar Worte auch noch zu dieser Geschichte zu sagen, vor allem auch zuerst mal, wie sie entstanden ist. Es wurde gesagt, es gab zuerst einen Anzug, der wurde einstimmig überwiesen, der hatte drei Punkte. Da ging es darum, dass der Kanton sich Wissen aneignet, wie die Einsamkeit in Basel wirkt, was der Bedarf auch ist, das Thema anzugehen, dass er die Player in diesem Bereich vernetzt und drittens, dass er Pilotprojekte einführt. Die ersten zwei

Fragen hat der Regierungsrat relativ zufriedenstellend beantwortet, das letzte überhaupt nicht. Er hat einfach eine Liste gemacht von Dingen, die schon gemacht werden und es ist so, es gibt viele Aktivitäten, die der Kanton unterstützt. Nehmen wir das Beispiel Sportverein. Der Sportverein ist natürlich auch gegen Einsamkeit. Aber es geht hier natürlich um Leute, die eben nicht von diesen Angeboten, die schon existieren, abgeholt werden. Also es gibt hier erwiesenermassen eine Lücke und da bringt diese Liste im Anzug nichts. Und deshalb habe ich mich mit den Leuten, mit denen ich im Austausch war, auch hier im Parlament, dazu entschlossen, hier nochmal eine Schippe nachzulegen und deshalb ist es zu diesem Budgetpostulat und zur Motion gekommen, wo wir jetzt wirklich, wie es auch Oliver Bolliger gesagt hat, Tempo machen wollen.

Dann zur Evaluation. Die zwei Projekte, die ich genannt habe, die machen eine Evaluation extern. Ein Teil der Kosten, die sie eben finanzieren müssen, obwohl es Freiwilligenarbeit ist, ist eben genau die Evaluation. Also die gibt es, die ist auch einsehbar und es wäre ein Leichtes für die Regierung oder die zuständige Behörde dann, die Unterlagen zu sichten und dann zu entscheiden, ob es unterstützungswürdig ist. Das muss natürlich die Behörde noch machen, das kann ich mir fachlich als Parlamentarier nicht leisten, darum ist es auch relativ offen formuliert. Aber diese zwei Projekte, die genannt sind, die sind eben schon so weit, sie sind bereit, die machen etwas, die haben mit wenig Mitteln einen grossen Input. Das habe ich in dieser Debatte auch oft gehört, es geht nicht darum, die Freiwilligen zu bezahlen, sondern das Backoffice und eben auch die Evaluation, damit diese Projekte nachher wirken können.

Ich finde es dann auch interessant, eines der Projekte, da wurde zum Beispiel in einem Brief, den das Gesundheitsdepartement an die über 65-Jährigen geschrieben hat, explizit als Möglichkeit empfohlen, wenn man einsam ist, sich zu melden. Das Problem ist einfach, das Projekt ist im Moment so eigentlich nicht finanziert, die Leute machen alles gratis und ob das langfristig sich halten wird, das ist dann sehr unwahrscheinlich und darum müssen wir eben jetzt handeln. Darum hat die Motion, zu der ich nachher vielleicht nicht mehr sprechen muss, die Frist von einem Jahr. Es geht jetzt darum, etwas umzusetzen und die anderen Massnahmen, die die Regierung versprochen hat, sind auch sehr hilfreich und nützlich, aber ein bisschen mehr Tempo wäre tatsächlich wünschenswert.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir nochmals zum Sprecher des Regierungsrats Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Pascal Pfister hat jetzt schon ziemlich zu seiner Motion gesprochen, die das nächste Traktandum ist. Die hängen auch zusammen, das ist legitim. Ich möchte Ihnen beliebt machen, dass wir uns hier die Zeit nehmen für eine seriöse Abklärung und Ihnen dann die entsprechenden Anträge in den auch dafür vorgesehenen Prozessen stellen.

Eigentlich möchte ich aber folgendes sagen: Ich habe mich provoziert gefühlt von diesem wahnsinnig kulturpessimistischen Lamento in Ihrem Votum, Oliver Bolliger. Es tut mir leid, das so sagen zu müssen. Ich habe nicht dieses Gesellschaftsbild, dass alle da nur ihrer persönlichen Selbstoptimierung und finanziellen Interessen hinterherhechten und sich egoistisch durch den Alltagsdschungel kämpfen ohne irgendwelche Solidarität. Ich glaube, wir sollten als Behörde, als Kanton nicht dieses Selbstbild letztlich unserer Gesellschaft ausstrahlen. Das wollte ich noch gesagt haben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung über das Budgetpostulat Pascal Pfister.

Abstimmung

JA heisst Ablehnung gemäss Antrag RR, NEIN heisst Erfüllung

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 52 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003300, 17.04.24 16:03:53]*

Der Grosse Rat beschliesst

In Entsprechung des Budgetpostulats 2024 Pascal Pfister werden im Budget 2024 des Präsidialdepartements zusätzlich Fr. 150'000 eingestellt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Budgetpostulat wird erfüllt. Es liegen 52 Nein-Stimmen vor bei 37 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen.

Damit haben Sie das Budget nachträglich verändert. Entsprechend wird ein Grossratsbeschluss erstellt und im Kantonsblatt publiziert.

31. Motion Pascal Pfister und Konsorten betreffend Freiwilligen-Projekte gegen Einsamkeit unterstützen, Stellungnahme des RR

[17.04.24 16:04:13, 23.5542.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres.

Das Wort geht an Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Wir haben in der Beantwortung des Anzugs von Pascal Pfister und Konsorten betreffend Strategie gegen Einsamkeit schon auf die grosse Vielfalt von bereits existierenden Angeboten und Massnahmen zur Reduktion der Einsamkeit im Kanton Basel-Stadt hingewiesen. Der Motionär hat das ja auch noch einmal gemacht vorher. Das Statistische Amt hat in der Bevölkerungsbefragung 2023 das Thema auch aufgenommen, dies erlaubt es der kantonalen Verwaltung, die Entwicklung des Einsamkeitsempfindens in der Bevölkerung unseres Kantons regelmässig zu beobachten. Zusätzlich möchte der Regierungsrat in diesem Jahr durch die Schaffung eines Koordinationstreffens, also einer Plattform zum Thema Einsamkeit, die Zusammenarbeit und den vertieften Austausch zwischen den verschiedenen Akteurinnen und Akteuren in diesem Bereich intensivieren.

Mit der vorliegenden Motion wird der Regierungsrat beauftragt, Pilotprojekte im Bereich der Einsamkeit innert einem Jahr zu prüfen und zu unterstützen. Das ist uns jetzt ein bisschen zu direktiv und zielt auch unseres Erachtens zu direkt auf die im Text genannten Projekte. Wir würden lieber zuerst die bisherigen Massnahmen umsetzen und die Wirkungen sorgfältig evaluieren, ohne jetzt diesen doch massiven Zeitdruck mit der Einjahresfrist gewärtigen zu müssen.

Deshalb möchten wir Ihnen gerne anzeigen, dass wir an dem Thema dranbleiben werden, aber das in einem anderen Verfahren tun möchten und deshalb Antrag stellen, die Motion als Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Da hat sich für die SP Pascal Pfister gemeldet.

Pascal Pfister (SP): Nur kurz, ich habe es ja vorher erwähnt. Ich möchte einfach die Motion beantragen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Lukas Engelberger verzichtet auf eine Replik.

Pascal Pfister und beim Traktandum vorher auch Oliver Bolliger haben eine Überweisung als Motion beantragt. Der Regierungsrat beantragt Überweisung als Anzug. Wir kommen zu einer Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

35 Ja, 58 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003303, 17.04.24 16:07:48]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Frist: 1 Jahr

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 58 Nein-Stimmen gegen 35 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

32. Budgetpostulat 2024 Raphael Fuhrer Bau- und Verkehrsdepartement, 661 Amt für Mobilität, 30 Personalaufwand (Velofachstelle), Bericht des RR

[17.04.24 16:08:13, 23.5641.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat teilweise zu erfüllen und ins Budget 2024 zusätzlich einen Betrag von 90’000 Franken einzustellen.

Das Wort geht an Regierungsrat Lukas Engelberger. Er verzichtet. Damit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Da hat sich Raffaela Hanauer gemeldet.

Raffaela Hanauer (GAB): Ich darf in meinem Votum die Haltung der GAB-Fraktion, der SP-Fraktion und der GLP-Fraktion darlegen. Alle drei Fraktionen bitten Sie darum, das Budgetpostulat, so wie es von der Regierung zur Umsetzung vorgeschlagen wird, zu überweisen. Dafür sprechen mehrere Gründe, ich nenne Ihnen vier.

Grund eins: Das nationale Veloweggesetz schreibt uns eine Velofachstelle vor. Alle Kantone sind seit dem 1. Januar 2023 dazu verpflichtet, eine Fachstelle zu bezeichnen fürs Velo. Basel-Stadt gehört zu den drei Kantonen, die meines Wissensstands heute bisher noch keine haben, alle anderen Kantone haben schon eine. Das Veloweggesetz ist nun schon fast eineinhalb Jahre in Kraft und noch immer haben wir die geforderte Fachstelle nicht und das muss sich ganz klar ändern.

Grund zwei: Das nationale Veloweggesetz gibt uns viele Hausaufgaben mit. Irgendwer muss diese vielen Hausaufgaben koordinieren und dafür zuständig sein. Ich nenne Ihnen gerne ein paar Aufgaben, die wir nach dem nationalen Gesetz hier im Kanton angehen müssen. Erstens, wir müssen den Teilrichtplan Velo überarbeiten entlang der neuen Gesetzesbestimmungen des Bundes. Das bedeutet, wir müssen im Richtplan beispielsweise unterscheiden zwischen geplanten Routen oder bereits umgesetzten Routen, das haben wir heute noch nicht. Der Richtplan sollte auch entlang des Velopotenzials überarbeitet werden, wie das die neue Praxis zu diesem Thema vom ASTRA und der Velokonferenz auch so empfiehlt. Wir brauchen neu auch ein separates Alltags- und Velofreizeitnetz, wir haben bisher nur ein Alltagsnetz. Wir müssen auch die Ersatzpflicht für Velowege umsetzen, die das nationale Gesetz neu vorschreibt. Wir müssen unsere Planungen koordinieren mit anderen Behörden, auch das schreibt das nationale Gesetz vor.

Bis Ende 2042, also bis in etwa 18,5 Jahren, müssen wir den gesamten Richtplan umgesetzt haben. Das bedeutet, wir müssen ein durchgehendes, sicheres und attraktives Netz für Alltag und Freizeit gebaut haben, nicht erst geplant, gebaut und dazu braucht es ein Umsetzungsprogramm und es braucht viele Projekte. Wir müssen auch die kantonalen Planungsrichtlinien, Projektierungsrichtlinien für den Veloverkehr überarbeiten, so dass wir kantonale Standards haben. Diese sind wichtig, weil das Veloweggesetz fordert, dass das Velowegnetz im Kanton auch homogen ausgestaltet ist, und das können wir nur erreichen, wenn wir Standards haben. Und es gibt noch mehr Bestimmungen aus dem neuen Gesetz, auf die ich jetzt nicht weiter eingehen kann. An dieser Stelle möchte ich auch darauf hinweisen, dass wir auch die Aufgaben der Velofachstelle festlegen müssen, auch das schreibt das Gesetz vor.

Zum dritten Grund: Die heutigen Personalressourcen reichen beim Velo nicht aus. Das sollte eigentlich klar sein, wenn wir anschauen, wie viele neue Aufgaben wir erfüllen müssen und das sehen nicht nur wir so, sondern auch der Regierungsrat. Im Ratschlag zum Gegenvorschlag zur Initiative für sichere Velorouten Basel-Stadt schreibt er, ich zitiere aus dem Bericht, Seite 14: «Mit dem Bundesgesetz über Velowege ist der Kanton verpflichtet, analog zu der bereits bestehenden Fachstelle Fuss- und Wanderwege eine Fachstelle Velowege zu schaffen. Mit den bestehenden personellen Ressourcen kann diese Aufgabe nicht erfüllt werden. Denn bereits heute führt die Vielzahl von Anliegen und Anfragen aus Öffentlichkeit und Politik sowie die wachsende Menge an Planungen und Projektierungen für Massnahmen im Strassenraum dazu, dass Massnahmen verzögert oder gar nicht umgesetzt werden oder bei der Umsetzung von Projekten Kompromisse bezüglich den sich ändernden Vorgaben und Anforderungen gemacht werden müssen.» Zitat Ende. Das sollte nicht sein, wir müssen hier wirklich schauen, dass wir genügend Personal fürs Velo einstellen können.

Und der vierte Grund, auf den ich eingehen möchte, liegt eigentlich auf der Hand, das sind natürlich die Klimaziele und den Umweltschutz. Wir haben Klimaziele zu erreichen, Netto-Null bis 2037 gilt auch für den Verkehrssektor. Das können wir nur erreichen, wenn wir das Velo fördern und die Veloinfrastruktur ausbauen und damit gewinnen wir auch noch mehr. Velofahren ist leise, es ist ressourcenschonend, gesund, es macht Spass, es gibt keinen Grund, dem Velo in der Verwaltung nicht auch eine angemessene Stimme zu geben.

Abschliessend möchte ich sagen, dass heute schon klar ist, dass diese Stelle nicht ausreichend sein wird. Sie ist ein erster Schritt, aber zu gross sind die Ambitionen des Kantons und zu deutlich die Fristen des Bundes, als dass eine Person alleine die neuen Aufgaben stemmen kann. Eine Überweisung dieses Budgetpostulats ist jedoch ein erster wichtiger Schritt und ich freue mich, dass hoffentlich dieses Budgetpostulat schlussendlich auch überwiesen werden wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum Fraktionssprecher für die SVP Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ich darf für die SVP-, die LDP- und die FDP-Fraktion sprechen. Es ist ja schon interessant, es wird jetzt sowohl vom Antragsteller des Budgetpostulats, vom Regierungsrat wie auch von Raffaela Hanauer behauptet, der Bund schreibt uns vor, dass wir eine neue Velofachstelle gründen müssen. Man kann das jetzt noch 100-mal behaupten, aber es stimmt einfach nicht. Es heisst in diesem neuen Veloweggesetz, dass die Kantone die Fachstellen benennen und wenn Sie die Botschaft lesen auf Seite 26, dort steht explizit, dass die Kantone keine neue Fachstelle schaffen müssen. Also hören Sie auf, hier irgendwelche Unwahrheiten zu verbreiten. Wir müssen hier als Kanton keine neue Fachstelle schaffen, wir müssen sie nur bezeichnen und es würde absolut ausreichen, wenn wir hierzu das Amt für Mobilität dafür bezeichnen würden, wie das übrigens auch der Bund gemacht hat mit dem ASTRA.

Ich würde das Anliegen ja noch verstehen, wenn wir jetzt ein Kanton wären wie der Kanton Aargau, in der die Landstrassen derart dominieren würden und der Veloverkehr gar nicht angesprochen wird in der Politik, aber wir machen ja in der Velopolitik mehr als genug im Kanton Basel-Stadt und dementsprechend sind wir auch der Meinung, dass das Amt für Mobilität auch diese Aufgaben wahrnehmen kann, wie es auch Raffaela Hanauer bezeichnet hat, und wir hier sicherlich nicht im Vergleich zu der Westschweiz im Bereich Velo hinterherhinken.

Dementsprechend sind wir nicht der Meinung, dass es hier eine weitere Fachstelle benötigt, sondern dass die bestehenden Ressourcen dafür ausreichen und dementsprechend bitte ich Sie, dieses Budgetpostulat nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Raffaela Hanauer an? Sie wird angenommen.

Raffaela Hanauer (GAB): Ich gebe Ihnen Recht, ich habe auch von Bezeichnung der Fachstelle gesprochen, aber ist Ihnen auch bewusst, lieber Pascal Messerli, dass das ASTRA ebenfalls aufgrund der neuen vielen Aufgaben neue Stellen geschaffen hat, um diesen Aufgaben gerecht zu werden?

Pascal Messerli (SVP): Ja, wenn das ASTRA zum Entschluss gekommen ist, dass neue Stellen nötig sind, dann ist das so. Wir kommen hier zum Schluss, dass im Kanton Basel-Stadt, wo schon sehr viel für den Veloverkehr gemacht wird, das nicht nötig.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit geht das Wort für den Regierungsrat an Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Es ist tatsächlich so, natürlich könnten wir eine Fachstelle auch einfach bezeichnen. Es ist aber so, und Grossrätin Raffaela Hanauer hat das detailliert ausgeführt, dass wir doch mehrere Herausforderungen haben. Einerseits nimmt das Volumen der Projekte natürlich angesichts des Fernwärmeausbaus wirklich zu, es verändern sich auch die Planungsgrundlagen, das geht relativ rasch. Es verändern sich die Ansprüche auch an Velomassnahmen und es kommt hinzu, dass wir doch häufiger auch mit Einsprachen zu kämpfen haben. Wegen der langen Dauer von Projekten müssen wir dann Projekte auch wieder anpassen, die zum Teil schon vor vielen Jahren geplant wurden und das ist einfach etwas, was sehr ressourcenintensiv ist. Heute tun wir viele dieser Dinge, aber wir möchten nochmals einen Zahn zulegen, auch mit Blick auf die Klimaziele, auch mit Blick auf die Mobilitätsstrategie und die Ziele, die wir dort verfolgen.

Deshalb bittet Sie der Regierungsrat um Überweisung des Budgetpostulats, aber nur um die Hälfte des Betrags, weil, wie Sie sich natürlich vorstellen können, wenn Sie heute den Beschluss fassen, uns diese Finanzierung zu geben, dann braucht es Zeit, bis wir diese Personen auch finden und deshalb reicht vorerst ein Teil dieses Betrags für das Jahr 2024.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Esther Keller, Pascal Messerli möchte Ihnen eine Frage stellen. Sie wird angenommen.

Pascal Messerli (SVP): Frau Regierungsrätin, warum schreibt der Regierungsrat dann im Bericht, dass der Bund diese Fachstelle explizit auch fordert vom Kanton? Das stimmt ja nicht, wenn man sie einfach nur bezeichnen kann.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Die Fachstelle fordert er, er schreibt aber nicht von den zusätzlichen Ressourcen. Wir haben da nochmal explizit gemacht, dass wir dankbar wären um die, Zitat, zusätzlichen Ressourcen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegt ein Grossratsbeschluss vor. Wenn Sie den Erläuterungen der Regierung zustimmen, nehmen Sie diesen an. Wenn Sie diesen ablehnen, dann lehnen Sie damit auch das Budgetpostulat ab.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses zum Budgetpostulat

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 33 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003306, 17.04.24 16:19:52]*

Der Grosse Rat beschliesst

In Entsprechung des Budgetpostulats 2024 Raphael Fuhrer werden im Budget 2024 des Bau- und Verkehrsdepartements zusätzlich Fr. 90'000 eingestellt (Position Bau- und Verkehrsdepartement, 661 Amt für Mobilität, 30 Personalaufwand (Velofachstelle)).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Mit 56 Ja-Stimmen gegen 33 Nein-Stimmen und einer Enthaltung wurde dem Grossratsbeschluss zugestimmt.

33. Budgetpostulat 2024 Christine Keller Bau- und Verkehrsdepartement, 614 Stadtgärtnerei, 31 Sach- und Betriebsaufwand (Hundefreilaufzone "Merkuranlage"), Bericht des RR

[17.04.24 16:20:02, 23.5638.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat abzulehnen.

Das Wort geht an Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich möchte Ihnen kurz ausführen, weshalb hier der Regierungsrat das Budgetpostulat nicht entgegennehmen möchte. Es ist nicht so, dass wir das Anliegen nicht teilen, im Gegenteil, wir sehen auch, dass diese Hundefreilaufzone in ihrem Zustand doch verbesserbar ist. Es ist aber auch, wenn Sie anschauen, die finanziellen Posten, die da ausgeführt sind, zweimal 10’000 Franken, einmal 30’000 Franken und einmal 5’000 Franken, wir denken, das sind doch kleinere Beträge, die wir auch im laufenden Unterhalt unterbringen können und deshalb ist es nicht nötig, dass sie uns hier dieses Budgetpostulat überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Christine Keller hat sich für ein Einzelvotum gemeldet.

Christine Keller (SP): Haben Sie sich schon mal geachtet, dass auf den schönen Bildern oben an Ihnen auch Hunde zu sehen sind? Das Hündlein zu meiner Rechten schaut etwas traurig. Wahrscheinlich ist das kürzlich auf dem Hundepark gewesen und ist nicht so zufrieden damit. Esther Keller hat jetzt netterweise gesagt, man sehe das auch so und die Beträge seien ja klein und deshalb soll man das im ordentlichen Unterhalt unterbringen und das Postulat sei nicht nötig. Nun ja, nicht nur ich, sondern viele andere Nutzende des Hundeparks mit ihren Hunden hatten ja durchaus Kontakt mit der Stadtgärtnerei. Wir machen das ja nicht so out of the blue. Da wurde halt immer homerisch geklagt, man habe halt schon zu wenig Geld und Tatsache ist, seit Jahren stellen wir eigentlich diese, wie Sie sagen, bescheidenen Forderungen und seit Jahren passiert nichts.

Im schriftlichen Bericht kann ich ja lesen, dass man das Rondell selbstverständlich ausbessern will. Das ist aber schon seit Jahren in dem Zustand, dass es sich jedes Mal zur Freude insbesondere der Haltenden von weissen Hunden in ein Schlammbad verwandelt, sobald es regnet, weshalb die Hunde dann nicht mehr weiss sind, wenn sie den Park verlassen. Dieses Rondell ist auch wirklich nicht erst kürzlich in Betrieb und darum wundere ich mich, dass man schreibt, die Lampe, das soll jetzt kommen, aber das sei ja erst seit kurzem nötig. Und wegen den unerwünschten Besuchern, ich weiss nicht, gelegentlich, allerdings nicht allzu oft, hat es im Sommer Leute, die den Park nachts nutzen zu anderen Zwecken als Hundeauslauf, aber diese werden ja durch Licht wohl eher abgeschreckt als angezogen.

Das Hauptanliegen ist aber der Brunnen und da schreibt jetzt die Regierung, man wolle eine Zapfstelle einrichten und das aber nur saisonal. Und da muss ich schon sagen, ich habe im Ratschlag Hafenbahn gelesen, sehr viele Trinkbrunnen sollen an der Langen Erle neu erstellt werden und wir möchten nicht nur eine Zapfstelle, die Hunde haben auch im Winter Durst, wir wollen einen Brunnen, wo die Hunde trinken dürfen im Sommer wie im Winter und haben dafür 30’000. Die Auskunft war von der Stadtgärtnerei, dass das in Zusammenarbeit mit der IWB ebenso viel koste. Diesen bescheidenen Betrag haben wir eingesetzt.

Also bitte vertrösten Sie das arme Hündlein und mich nicht nochmals auf zukünftige Unterhaltsarbeiten, sondern geben Sie der Stadtgärtnerei, die offenbar auch durch Unwetterschäden, Stromschäden wieder unter Druck geraten ist finanziell, geben Sie ihr das Geld, damit das jetzt wirklich im Laufe des Jahres getan werden kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein zweites Votum. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Ablehnung gemäss Antrag RR, NEIN heisst Erfüllung

Ergebnis der Abstimmung

32 Ja, 51 Nein, 5 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003308, 17.04.24 16:25:07]*

Der Grosse Rat beschliesst

In Entsprechung des Budgetpostulats 2024 Christine Keller werden im Budget 2024 des Bau- und Verkehrsdepartements zusätzlich Fr. 55'000 eingestellt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben entschieden, das Budgetpostulat zu erfüllen mit 51 Nein-Stimmen gegen 32 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Damit haben Sie das Budget nachträglich verändert. Entsprechend wird ein Grossratsbeschluss erstellt und im Kantonsblatt publiziert.

34. Motion Tobias Christ und Konsorten betreffend ein gesundes Stadtklima, Stellungnahme des RR

[17.04.24 16:25:28, 23.5544.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Für den Regierungsrat geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Der Regierungsrat beantragt Ihnen, hier die Motion als Anzug zu überweisen. Im Wesentlichen nehmen die Motionen ja die Flächenziele des Gegenvorschlags der Stadtklima-Initiativen auf, aber mit gewissen Abweichungen. Der Regierungsrat hat damals bestätigt, dass die Flächenziele der Gegenvorschläge grundsätzlich erreichbar sind, also ambitioniert, aber erreichbar. Der Regierungsrat hat aber auch immer betont, dass die Flächenziele im Gesetz nicht nötig und je nachdem sogar kontraproduktiv sind. Nicht nötig sind sie, da wir die Weichen gestellt haben. Sie wissen, dass wir vor rund drei Jahren das Stadtklimakonzept verabschiedet haben. Das ist eben mehr als ein Konzept, das ist ein Masterplan. Das Stadtklimakonzept ist per sofort verbindlich geworden für alle planenden Instanzen. Das heisst, dass ab diesem Moment das Grün, die Begrünung, die Baumpflanzungen ein höheres Gewicht in der Planung haben. Dasselbe gilt für die Mobilitätsstrategie, die wir vor einem Jahr verabschiedet haben. Auch da haben wir klare Weichen gestellt zugunsten beispielsweise des ÖVs, des Veloverkehrs oder der zu Fuss Gehenden. Das alles ist verbindlich und da liegen auch Massnahmenpakete dahinter.

Kontraproduktiv können solche Flächenziele sein, weil einer der grössten Hebel, den wir haben, in der Erreichung unserer Klimaziele der Fernwärmeausbau ist. Da liegt ein grosser Hebel zur Reduktion der CO_2 -Belastung in unserem Kanton und es ist wichtig, dass wir dieses Projekt vorantreiben. Das bedeutet, dass wir, wo immer möglich, natürlich prüfen, wo eine Begrünung möglich ist, wo wir Velowege verbessern können, usw., aber eben am konkreten Projekt. Und dafür werden wir auch noch Ressourcen beantragen. Sie wissen, dass die UVEK-Motion, die uns auffordert, die Baustellen einerseits zu koordinieren, aber andererseits auch das Potenzial zu nutzen für Begrünung, für klimafreundlichen Verkehr, dass wir dieses Potenzial nutzen und dafür brauchen wir die nötigen Ressourcen. Sie werden diesen Ratschlag bald vorliegen haben.

Gerne werden wir Ihnen auch berichten zur Umsetzung natürlich dann dieser Ziele und das Parlament hat ja auch weitere Einflussmöglichkeiten und deshalb bitten wir Sie, hier diese Motion als Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion GAB geht das Wort an Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Für die GAB-Fraktion möchte ich beantragen, dieses Geschäft als Motion zu überweisen. Wir haben genau vor einer Woche hier drinnen über einen Teil des Stadtklimakonzepts beraten. Das war eine lebhafte Diskussion über mobile Elemente, die Meinungen waren geteilt, aber einig waren wir uns darin, dass das nur temporäre, vorübergehende Massnahmen im Sinne einer Krücke sind, bis dann permanente und richtige «grüne» Massnahmen umgesetzt werden. Nun haben wir die Chance, das auch verbindlich zu machen mit der Zweitüberweisung dieses Geschäfts als Motion und ich erhoffe mir schon, dass wir das heute auch machen.

Warum per Motion und warum geben wir uns als GAB nicht einfach zufrieden mit dem Stadtklimakonzept und der Behördenverbindlichkeit, wie das Regierungsrätin Esther Keller ausgeführt hat. Es ist ja nicht so, dass es in Sachen Grünraum im öffentlichen Raum nicht schon Konzepte gab, zum Beispiel das Alleen-Konzept, das gibt es seit vielen Jahren. Da drin sind Achsen eingezeichnet, da wurde gebaut und es sind heute keine Alleen da, Beispiel Hardstrasse. Es ist also schön und gut, wenn man solche Konzepte hat, es gibt viele dieser Konzepte. Bei diesem zentralen Punkt der Begrünung,

die so wichtig ist für die Lebensqualität aller Menschen, die in unserem Kanton wohnen in Zukunft, finden wir es angebracht, dass wir das verbindlicher machen.

Wir sind darum dafür, das Geschäft als Motion zweit zu überweisen und möchten beliebt machen, das auch so zu tun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Daniel Sägesser.

Daniel Sägesser (SP): Die SP-Fraktion wird diese Motion wie auch die folgende Motion als solche zweitüberweisen. Die Begründung des Regierungsrates, weshalb er die Motionen nur als Anzug überweisen will, lösen bei uns einige Verwunderung aus. Der Regierungsrat schreibt in seiner Stellungnahme und wiederholt es auch heute, es sei nicht möglich, flächendeckend über die ganze Stadt eine sinnvolle Zielgrösse für einzelne Flächenanteile abzuschätzen. Eine ziemlich wilde Begründung, wenn wir uns die Geschichte dieser Zielgrössen vor Augen führen. Die Zielgrössen, über die wir heute sprechen, wurden ursprünglich vom Regierungsrat in seinem Gegenvorschlag abgeschätzt und für sinnvoll befunden und danach von der bürgerlichen UVEK-Mehrheit, von GLP bis SVP, die Umwidmungsrate pro Jahr sogar nochmals reduziert. Ich verweise an dieser Stelle auf meine Erläuterungen in meinem Votum bei der Erstüberweisung dieser Motionen im letzten Dezember.

Und auch das zweite Argument des Regierungsrates, diese extrem tiefen Zahlen könnten den Ausbau der Fernwärme verzögern, lässt uns ziemlich ratlos zurück. Als der Regierungsrat in seinem Gegenvorschlag zu den Stadtklima-Initiativen sogar noch leicht höhere Umwidmungsraten pro Jahr vorgeschlagen hat als die UVEK-Mehrheit, war nie die Rede davon, dass er damit den Fernwärmeausbau gefährden würde. Im Gegenteil, uns wurde versichert, dass das kompatibel ist.

Im Vergleich zum Anzug sehen wir in der Motion mehr Verbindlichkeit und konkrete Ziele, die wir erreichen möchten. Unserer Parteibasis hat zudem einstimmig die Ja-Parole sogar für die Initiativen gefasst. Unter diesem Gesichtspunkt wäre es jetzt natürlich schwierig zu argumentieren, weshalb wir die Motionsforderungen abschwächen wollen. Aus diesen Gründen wird die SP-Fraktion diese Motionen heute dem Regierungsrat zur Umsetzung überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP spricht Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion bittet Sie, beide Motionen nicht zu überweisen. Stellen Sie sich folgende Geschichte vor: Rot-Grün möchte verkehrspolitisch den Fünfer und das Weggli und reicht dementsprechend zwei Anliegen ein namens Stadtklima-Initiativen. Der Regierungsrat spürt diesen Heisshunger, stellt ein grosses Weggli in Aussicht, ist aber der Meinung, dass der Batzen vielleicht die selbsternannte Klimaloki zum Entgleisen bringen könnte, weil der Ausbau der Fernwärmeenergie damit gefährdet wäre.

In der zuständigen Sachkommission streitet man sich über die Grösse des Wegglis, für Rot-Grün kann das Weggli nicht gross genug sein. Auf der bürgerlichen Seite ist man der Meinung oder stellt man sich die Frage, ob überhaupt ein Weggli nötig ist. Dennoch kommt man dann zum mehrheitlichen Entschluss, dass man einem Gegenvorschlag dann vielleicht doch zustimmt und ein Weggli genehmigt. Rot-Grün trotzt dann in der Debatte herum wie ein kleines Kind und wirft das vorhandene Weggli vom Tisch. In der Abstimmung vor der Bevölkerung fordert sie dann wiederum den Batzen und das Weggli. Die Bevölkerung sagt nein, Sie können nicht den Batzen und das Weggli haben und Rot-Grün steht mit leeren Händen da. Dann kommt die GLP, meint, sie sind dann mit einem oberschlauen Vorstoss oder mit zwei Vorstössen präsent und backen ein neues Weggli, um es Rot-Grün aufzutischen.

Und dann frage ich mich schon, warum sollten wir jetzt hier dem zustimmen und Rot-Grün für die destruktive Politik belohnen. Beide Vorstösse sind hier eine absolute Farce und widersprechen auch dem klaren Volksentscheid. Der Volksentscheid wurde nicht knapp beschlossen, sondern er war ziemlich deutlich. Es war bei der einen Initiative fast 60 Prozent. Dementsprechend ist es jetzt auch nicht so, dass die Bevölkerung unbedingt der Meinung ist, dass mehr Parkplätze abgebaut werden müssen, ich glaube, eher das Gegenteil ist der Fall. Die Bevölkerung hat langsam, aber sicher auch die Nase voll, dass man überall immer und immer wieder Parkplätze abschafft und das Gewerbe und den Mittelstand hier etwas auch ärgert. Man hat das ja auch schon bei der Abstimmung beim Friedhof Hörnli gesehen, dort gab es auch ein ganz klares Nein zum Parkplatzabbau.

Dementsprechend muss man sich ja schon die Frage stellen, inwiefern nehmen wir Volksentscheide ernst, inwiefern nehmen wir die parlamentarische Debatte und den Versuch nach Kompromissen zu schmieden ernst und man kann nicht zuerst hier einfach etwas ablehnen und sagen, man will mehr, mehr und mehr und wenn man dann merkt, man bekommt nicht mehr, dann halt doch wieder auf diesen Gegenvorschlag umschwingen. Das ist aus unserer Sicht eine unglaubwürdige Politik und dementsprechend bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, beide Motionen nicht zu überweisen, auch als Anzug nicht.

Ich glaube, Regierungsrätin Esther Keller hat es auch gesagt, dass sehr viel auch gemacht wird in den nächsten Jahren. Wir haben den Ausbau der Fernwärmeenergie vor uns, es wird ja auch überall geprüft, wo entsiegelt werden kann und wo neue Bäume gepflanzt werden können. Ich glaube, das ist ja auch ein Staatsauftrag, der jetzt auch bemerkt wurde und auch anerkannt wurde und dafür gibt es gewisse Instrumente, aber es benötigt jetzt nicht noch diese zwei Motionen, welche ja schon im Parlament verworfen wurden, mehr oder weniger.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die GLP hat das Wort Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Der Saal ist nicht besonders voll, ich nutze trotzdem die Gelegenheit, hier einige Dinge ins richtige Licht zu rücken. Ich spreche für beide Motionen, wie das meine Vorredner auch schon gemacht haben, aber das nur fürs Protokoll.

Vergessen wir zuerst einmal die ganze Vorgeschichte dieser Motionen und zur Vereinfachung schauen wir uns nur die Forderungen an, die ja auf dem Tisch liegen. Ich komme nachher auch noch zum ganzen Kontext, keine Angst. Was wird hier gefordert? Es geht um diese konkreten Ziele bezüglich Begrünung, damit die Stadt lebenswert bleibt, also quasi als Klimaadaptionsmassnahme, und es geht natürlich auch um die Langsamverkehr-Förderung, insbesondere des Veloverkehrs. Diese Ziele sind nicht überall gleichermassen, aber ich würde mal sagen, man kann pauschal sagen, die Ziele an sich sind ziemlich im breiten politischen Spektrum unbestritten. Dass man jetzt Flächenziele festlegt, ist auch schon eine alte Geschichte, da haben wir schon verschiedentlich dazu geredet, ob jetzt das sinnvoll ist und wie man das machen soll. Auch das ist eigentlich, wie soll ich sagen, vielleicht weniger unumstritten, aber es ist doch auch klar, dass es der Sache dient.

Dazu einfach auch noch ein Aspekt, der vielleicht nicht genannt worden ist. Es geht nicht nur darum, dass man hier quasi der Verwaltung ein konkretes Ziel vorgibt, es geht auch darum, insbesondere wenn sich zeigt, dass das Ziel nicht möglich ist, dass quasi der politische Diskurs darüber geführt wird, also es dann wie ans Tageslicht kommt, Achtung, wir haben hier ein Problem, wir fallen hier ins kollektiven Wunschdenken rein. Wir wollen alle mehr Begrünung, aber es klappt nicht, wir erreichen diese Ziele nicht. Das ist auch ein wichtiger Aspekt. Deshalb, Ziele machen Sinn.

Dann ist die nächste Frage, wie sollen diese Ziele sein. Hier liegt jetzt ein konkreter Vorschlag vor, der ist ziemlich moderat. Der ist schon ziemlich gut diskutiert worden und hat seine Geschichte. Natürlich bin ich auch mit dem Regierungsrat einig, Ziele können auch überfordern, sie können auch kontraproduktiv sein, insbesondere wenn sie zu hochgesteckt sind. Ich glaube aber, ich kann hier auch mal sagen, das dürfte hier nicht der Fall sein. Wir haben hier sehr moderate Ziele, die uns nicht überfordern werden, aber es macht Sinn, dass wir diese Ziele haben.

Jetzt können wir uns wieder die Geschichte in Erinnerung rufen. Ich wollte eigentlich auf Polemiken verzichten und das ein bisschen einfacher machen, aber nach dem Votum für die SVP von Pascal Messerli geht das jetzt leider nicht mehr. Deshalb kann ich doch noch einmal ein bisschen polemisch sagen, wir haben diese Motion jetzt hier, weil wir als Grosser Rat unsere Hausaufgaben nicht gemacht haben damals in der Behandlung dieser Initiativen. Wir hätten einen Gegenvorschlag machen sollen, das wäre definitiv im Sinne der Stimmbevölkerung gewesen, das wäre im Sinne der politischen Meinungsbildung gewesen. Wir wären mit einem Gegenvorschlag an die Urne gegangen, das hat nicht geklappt.

Pascal Messerli hat die Geschichte wunderschön erzählt. In einigen Details stimmt es dann aber nachher nicht mehr. Nämlich sind wir nicht mit einem neuen Vorschlag gekommen und haben ein neues Brötchen gebacken, nein, wir haben von Anfang an als GLP gesagt, dieser sehr moderate Gegenvorschlag, der damals dann nicht zustande gekommen ist, der ist auf jeden Fall sinnvoll und an dem werden wir festhalten, mit dem werden wir die Initiative bekämpfen. Ich wiederhole hier auch noch einmal mein letztes Votum zum Thema. Ich bin der vollen Überzeugung, ohne dieses Argument wäre die Initiative möglicherweise, vielleicht nicht voller Überzeugung, aber die Chancen wären gut gewesen, dass sie dann durchgekommen wäre. So klar wurde sie dann auch nicht abgelehnt. Aber auf jeden Fall war das nicht irgendwie, dass wir jetzt mit einem neuen Trick gekommen sind, sondern so sind wir in den Abstimmungskampf gegangen. Deshalb ganz klar, diese Motion, die hat es gebraucht und die braucht es auch jetzt und es wäre politisch nicht redlich gewesen, das nicht zu machen oder zurückzuziehen oder was auch immer.

Polemiken beiseite, konkret haben wir die Situation, wir hatten diese Abstimmung an der Urne. Jetzt geht es wirklich um die Interpretation davon und deshalb braucht es jetzt konkret diese Motionen. Es ist wirklich wichtig, dass jetzt nicht nachträglich gesagt wird, das Volk hat entschieden, sie will keine Politik in diese Richtung, sie will keine solche Ziele. Das ist nicht der Fall, das hat das Volk nicht gesagt mit diesem nein. Sondern ich bin der vollen Überzeugung, was das Volk mehrheitlich gesagt hat, ist, sie wollen Ziele, aber sie wollen Ziele, hinter denen die Regierung auch stehen kann, die breit abgestützt sind, die sinnvoll sind, die realistisch sind und diese haben wir hier mit dieser Motion. Es geht also wirklich um diese Interpretation.

Jetzt noch zum Detail, warum Motion und nicht Anzug. Ich habe Verständnis dafür, dass die Regierung das als Anzug haben will. Es hat eine gewisse Logik, wir stehen sowieso hinter diesen Zielen, unsere Politik geht in diese Richtung, wir arbeiten so, deshalb braucht es die Motion nicht. Das ist für mich schlüssig, das kann ich nachvollziehen, aber ich glaube, es ist nicht richtig. Ich glaube, hier braucht es doch ganz konkret diese Gesetzesvorlage. Ich habe es vorhin schon ein bisschen

angetönt, eben auch deshalb, damit es wirklich klar ist, wenn das nicht erreicht wird, dass es eine gewisse Verbindlichkeit hat. Das braucht es im Kleinen, wenn es wirklich dann um Zielkonflikte geht, wenn es um Güterabwägungen geht, dass da wirklich auch klar ist, die Gewichtung, die wird damit ein bisschen geändert mit diesen konkreten Zielen, und es braucht es auch im Grossen, wenn grundsätzlich klar wird, wir haben ein Problem, wir kommen da nirgendwo hin, wir kommen nicht vorwärts.

In diesem Kontext muss ich auch noch erwähnen, es sind ganz klar Minimalziele. Meine Hoffnung ist ganz klar, dass mehr möglich ist und da können Sie sagen, ich bin ein Träumer, mag sein, aber ich glaube, wenn wir wirklich umdenken, und das müssen wir und das wollen wir und das wollen wir jetzt mit dieser Motion unterstreichen, dann wird auch mehr möglich sein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich nehme an, ich kann auch im Namen meiner Partei sprechen. Es ist schon lustig, dass wir jetzt hier den Volkswillen interpretieren müssen und so interpretieren. Mit wie vielen Leuten haben Sie denn gesprochen, um das so sicherzustellen, dass das Volk das ganz anders wollte, wie es abgestimmt hat? Fakt ist, auch wenn ich jetzt ein bisschen polemisch werde, Fakt ist, das Volk hat abgelehnt und das wird einfach hier ignoriert. Der Volkswillen wird ignoriert. Heute Morgen haben wir wieder den Volkswillen stark diskutiert, was das Volk alles will, was wir alles in die Verfassung geschrieben haben. Mit dieser Abstimmung im Herbst haben wir das erste Mal konkret über Massnahmen diskutiert und das Volk ist Ihnen nicht gefolgt. Sie können doch jetzt nicht weitermachen.

Esther Keller sagt, flächenmässig einfach erreichbar, Gute-Luft-Initiative, wir reden von 70 Prozent der Fläche von der Initiative, einfach umsetzbar. Ja, das möchten wir dann zuerst Mal sehen. Und was passiert momentan, Allschwilerplatz und die Regierung sagt, da lassen wir ein paar Parkplätze, UVEK sagt, Parkplätze müssen weg, das ist der Volkswille. Welcher Volkswille? Haben wir über das abgestimmt? Ich habe keine solche Abstimmung gesehen. Als es um Netto-Null ging, haben Sie sich verweigert, darüber zu diskutieren mit uns, was die Massnahmen sind. Heute Morgen haben Sie gesagt, Rheintunnel dürfen wir nicht mehr machen wegen Netto-Null, aber als es um die Abstimmung ging, haben sich alle versteckt. Keiner kam nach vorne und sagte, wenn wir Netto-Null annehmen, gibt es keinen Rheintunnel. Das hat niemand gesagt, das hat sich niemand getraut, weil Sie Angst haben, dass das Volk eben nicht so deutlich das Ganze annimmt.

Jetzt noch eine zusätzliche Anmerkung von vorhin. Angst vor Rekursen, die Rekurse kommen, weil die Leute unzufrieden sind, Esther Keller. Superblock, einfach als Information, da gibt es Dutzende Leute aus der Bevölkerung, von den Anwohnern im St. Johann, die jetzt Rekurs eingelegt haben gegen diese Superblocks. Sie wurden ja nicht einmal befragt im Vorfeld, sie sind auf uns zugekommen und haben sich beklagt. Einfach so viel zum Volkswillen und wie man mit dem umgeht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Claudia Baumgartner. Sie wird angenommen.

Claudia Baumgartner (GLP): Daniel Seiler, Sie kommen jetzt nochmals mit diesem Volkswillen. Wie Tobias Christ vorhin gesagt hat, wir haben es verpasst im Grossen Rat, hier einen Gegenvorschlag zu bringen, das Volk konnte gar nicht abstimmen. Sehen Sie das anders? Sie hatten nur null oder 100 Prozent. Also der Volkswille, den kann man so nicht interpretieren.

Daniel Seiler (FDP): Das Volk hatte eine Vorlage, wir haben darüber diskutiert, es war eine heftige Debatte, Ihre Seite hat gesagt, die Initiativen werden locker angenommen, nein, sie wurden abgelehnt. Jetzt müssen wir mit diesen Tatsachen umgehen, meinte ich, man kann das nicht einfach zur Seite schieben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum.

Wir kommen zu den Abstimmungen. Raphael Fuhrer beantragt Überweisung als Motion.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 51 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003311, 17.04.24 16:46:41]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 51 Nein-Stimmen gegen 37 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Pascal Messerli beantragt Nichtüberweisung. Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

54 Ja, 35 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003313, 17.04.24 16:47:27]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Frist: 4 Jahre

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird überwiesen mit 54 Ja-Stimmen gegen 35 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

35. Motion Tobias Christ und Konsorten betreffend eine zukunftsfähige Mobilität, Stellungnahme des RR

[17.04.24 16:47:33, 23.5545.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Viele haben schon zu diesem Geschäft beim vorigen Geschäft gesprochen. Wir machen natürlich trotzdem die Runde. Zuerst hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort. Sie verzichtet. Dann kommen wir zu den Fraktionen, für die LDP spricht Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Auch diese Motion knüpft an die Volksabstimmung zu den Stadtklima-Abstimmungen an, die verworfen wurden. Die Motionäre respektieren den Volkswillen nicht und fordern auf diesem Weg die Umsetzung des Gegenvorschlags. Es erübrigt sich, das weiter zu umschreiben. Die LDP unterstützt diese Motion nicht und hält sich an die Abstimmung. Danke fürs Nichtüberweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB hat das Wort Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Sie haben es vielleicht vor kurzem auch auf Insta oder irgendwo sonst gesehen, in Paris pendeln bereits mehr Menschen mit dem Velo als mit dem Auto und das nachdem innert kürzester Zeit bei der Veloinfrastruktur massiv vorwärtsgemacht wurde. Ich war noch vor wenigen Jahren mal auf einer Velotour durch Paris unterwegs und es war

eine absolute Katastrophe und mit ein paar politischen und entschlossenen Entscheiden konnte das jetzt stark verändert werden. Es geht aber nicht nur um das Velo, auch beim ÖV wird vorwärtsgemacht.

Der Verkehr, und um den geht es jetzt bei dieser Motion hier, macht einen Drittel ungefähr der CO_2 -Emissionen in diesem Kanton aus. Und ja, wenn Sie schon gerne von Volksentscheiden reden, Basel-Stadt, die Bevölkerung hat ganz klar Netto-Null bis 2037 angenommen, eine Mehrheit wäre sogar auch bis 2030 dabei gewesen. Darüber hat die Bevölkerung tatsächlich abgestimmt, über diese Motionen nicht. Wir müssen diesen Drittel CO_2 -Emissionen auf null bekommen. Das liegt mit den bis jetzt aufgegleisten Massnahmen und auch mit der Mobilitätsstrategie der Regierung aber nicht vor. Die Mobilitätsstrategie bringt nur ungefähr eine Reduktion der Emissionen um einen Viertel, also nicht, dass dann nur noch 10 Prozent da sind, sondern ein Viertel des Drittels wird reduziert, also ziemlich wenig, was da wegkommt. Die Klimastrategie möchte, dass der Autoverkehr auf dem Stadt- und Kantonsnetz um einen Drittel reduziert wird. Damit würde doch ein recht beträchtlicher Beitrag geleistet, um Netto-Null zu erreichen, aber auch das reicht nicht aus für Netto-Null. Also ein Drittel weniger ist halt eben auch nicht 100 Prozent weniger.

Und jetzt sagen Sie, okay, die Elektromobilität, die wird eh alles lösen, dann haben wir gar kein Problem mehr, dann können wir rumfahren, wie wir wollen und das Klima hat überhaupt kein Problem mehr. Nun ist es so, dass sogar der Interessensverband der Swiss E-Mobility davon ausgeht, dass bis Basel-Stadt Netto-Null erreichen muss, noch etwa die Hälfte der Fahrzeuge fossil betrieben sind, die unterwegs sind. Wenn Sie die Schweizer Politik etwas verfolgt haben, CO_2 -Gesetz, usw., dann haben Sie wahrscheinlich mitbekommen, dass da nicht wirklich etwas dafür gemacht wird, um diesen Umstieg von Fossil zu Elektro zu beschleunigen.

Auch wenn die E-Autos im Betrieb plus-minus CO_2 -frei sind, zumindest bei uns, wo der Strom mehrheitlich kohle- und gasfrei ist, sind sie es insgesamt nicht. In der Produktion sind sie sehr ressourcenintensiv und gerade die Batterien werden auch oft in Ländern produziert, wo es eben nicht CO_2 -neutralen Strom gibt. Das heisst, es gibt hier eine Verschiebung der CO_2 -Emissionen von bei uns zum Produktionsland, auch eine Reduktion, das ist richtig, aber eben auch eine Verschiebung und das ist auch nicht unbedingt im Sinn der Klimagerechtigkeit. Die Elektrifizierung der Mobilität ist sinnvoll, aber sie alleine löst das Problem eben doch nicht.

Und so ähnlich ist es bei diesen Motionen hier. Sie alleine reichen auch nicht dafür, um Klimagerechtigkeit und Netto-Null zu erreichen, aber sie schreiben wenigstens vor, dass das umgesetzt werden soll, was eigentlich schon lange aufgegleist ist. Die Ziele entsprechen nämlich ungefähr dem, was eh schon dem Status Quo entspricht. Der grosse Unterschied zu einfach weitermachen wie bisher und diese Motion überweisen, ist, dass sie klare und messbare Ziele haben. Diese Regierung will das offenbar nicht, aber ich denke, wir sollten das wollen als Parlament, das Aufträge vergibt, dass wir auch Ziele haben, die wir messen können und die nicht einfach nur nette Worte sind, wo man am Schluss sich darüber streiten kann, ob diese netten Worte erreicht wurden.

Ich danke Ihnen also für die Überweisung als Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Daniel Seiler an? Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Es geht um eine Verständnisfrage. Ich habe das schon ein paar Mal gehört in dieser Klimastrategie, da redet man von einem Drittel Reduktion der Autos. Wissen Sie, wie das demokratisch legitimiert ist?

Tonja Zürcher (GAB): Wie bereits ausgeführt, wir haben einen Klimaparagrafen in unserer Verfassung, Netto-Null 2037, und das kann man nur erreichen, indem man auch etwas macht und diese Strategie ist der Weg dazu, das zu erreichen. Einfach so unter uns, wir wissen alle, dass das alleine nicht reicht und es noch mehr braucht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wie kommen damit wieder zur Sprecherin des Regierungsrats. Sie verzichtet.

Tonja Zürcher beantragt Überweisung als Motion. Wir kommen zur Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

39 Ja, 50 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003315, 17.04.24 16:54:18]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 50 Nein-Stimmen gegen 39 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Daniel Hettich beantragt Nichtüberweisung. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung der Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

54 Ja, 36 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003317, 17.04.24 16:55:00]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Frist: 4 Jahre

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 54 Ja-Stimmen gegen 36 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

36. Motion Lisa Mathys und Konsorten betreffend flankierende Massnahmen Autobahnzubringer Allschwil ZUBA, Zwischenbericht des RR

[17.04.24 16:55:07, 19.5447.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist bis am 30. Juni 2025 zu erstrecken.

Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine Fraktionsvoten eingetragen, aber ein Einzelvotum von Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Ich habe mich für das Einzelvotum entschieden, weil ich sowieso nicht mehr als fünf Minuten brauche und weil ich dachte, ich mache das in meinem Namen. Ich fand es einfach trotzdem wichtig, hier noch einmal kurz den Bogen zu schlagen zur Debatte von heute Morgen betreffend des Rheintunnels. Ich finde, dass die beiden Geschäfte nicht ganz unverwandt sind und ich finde, dass der ZUBA respektive die Erschliessung des Gebiets Bachgraben ein Beispiel dafür sind, wie wir es eben nie mehr und nicht mehr machen sollten.

Im Bereich Bachgraben wurde ein Wirtschaftsgebiet entwickelt, ohne rechtzeitig frühzeitig die Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr, aber auch die übrige Erschliessung zu gewährleisten und gut zu planen. Ich denke, wir können hier drin wahrscheinlich davon ausgehen, dass das vor allem ein Versäumnis im Nachbarkanton war, nichtsdestotrotz sollten wir daraus lernen und unsere Botschaften dafür mitnehmen, wenn wir jetzt wieder etwas neues Grosses planen oder vor uns haben, das geplant wird vom ASTRA und wir dann nicht rechtzeitig schauen, dass wir auch wirklich bereit sind für die nötige Entlastung zu sorgen auf dem Gebiet, das uns dann hier im Kanton betrifft.

Selbstverständlich stimme ich der Fristverlängerung zu. Man kann das ja nicht beschleunigen, wenn dort die Sachen nicht so weit sind, aber ich finde, nichtsdestotrotz soll hier noch einmal erwähnt sein, dass diese Erfüllung dieser Entlastungsmassnahmen ganz wichtig sind in diesem Zusammenhang, weil wir sonst dort wiederum ein Autobahnausbau

haben, aber nicht gleichzeitig auch eine wirkliche Entlastung mit umweltfreundlichem Charakter. Deshalb wollte ich das hier noch zu Protokoll geben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Esther Keller verzichtet. Es wurde kein Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist entsprechend dem Antrag des Regierungsrates bis am 30. Juni 2025 zu erstrecken.

37. Anzug Semseddin Yilmaz und Konsorten betreffend einem evt. Ausbau der Einsatztramlinie E11, Schreiben des RR

[17.04.24 16:57:45, 22.5087.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Sie alle verzichten ebenfalls. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

38. Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend 30'-Takt im ÖV-Nachtnetz, Schreiben des RR

[17.04.24 16:58:12, 22.5039.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Sie alle verzichten ebenfalls. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

39. Interpellation Nr. 22 René Brigger betreffend fehlende Publikumsnutzung im Claraturm, Schriftliche Beantwortung

[17.04.24 16:58:37, 24.5083.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

René Brigger (SP): Die Sache hat einen konkreten Inhalt, aber ist auch generell wichtig. Die Regierung respektive das BVD sagt, dass dieser Punkt des Bebauungsplanes, nämlich die Publikumsnutzung im Dachgeschoss des neuen Claraturms nicht durchgesetzt werden kann, weil keine Nutzungspflicht möglich ist, weil das ein Eingriff in die Eigentums- und Wirtschaftsfreiheit ist und weil keine gesetzliche Grundlage vorhanden ist.

Die Sache hat zwei Elemente. Erstens ein politisches Element, da nur kurz. Der Claraturm, das hat die BRK vor ungefähr zehn Jahren nach längeren Verhandlungen mit der UBS mehrheitsfähig gemacht und ein Element war eben die

Publikumsnutzung, auch zwecks Belebung des Messeplatzes, etc., des Claraturms. Die Investorin, die UBS hat zugestimmt, in der Volksabstimmung wurde das dann ganz knapp 51 zu 49 gutgeheissen. Ich glaube schlichtweg, dass ohne diese Publikumsnutzung die Abstimmung anders durchgekommen wäre.

Wie gesagt, wir haben ein genereller Aspekt auch. Die Frage ist, was können wir als Parlament, als Vertreter der Planungsträgerin des Kantons überhaupt in Bebauungsplänen einfügen. Da haben wir eine lange Tradition. Wir haben diverseste Möglichkeiten und wir machen das seit Jahren oder Jahrzehnten, wo auch eine Nutzungspflicht Teil eines Bebauungsplanes ist. Ich erwähne zum Beispiel, wenn bei einem Neubau, bei einer Planung gesagt wird, wir wollen ein Quartierparkplatz, eine Quartiermöglichkeit zum Parkieren oder wir wollen eine Ruderalfläche auf dem Dach, wenn der Investor dann sagt, ich mache kein Quartierparking, sagt dann das BVD auch, die Nutzungspflicht können wir nicht vorschreiben, das geht nicht? Oder bei einer Ruderalfläche auf dem Dach, wenn der Investor dann sagt nach dem Bau, wir machen da irgendwie einen Aufenthaltsraum, eine Party-Möglichkeit auf dem Dach, hat dann das BVD nicht die Möglichkeit oder die Pflicht, hier einzugreifen und sagen, nein, das ist nicht die Nutzung, wir wollen die Nutzung zum Beispiel als Ruderalfläche?

Da gibt es x andere Beispiele. Hauptbeispiel, wo wir auch im Lindenhof daran sind, was wir in diversen Bebauungsplänen drin haben, ist die öffentliche Nutzung vom Erdgeschoss. Was ist, wenn dieses Erdgeschoss dann privat vermietet wird als Wohnung, etc., sagt dann das BVD auch, tut uns leid, das können wir nicht durchsetzen, obwohl es im Bebauungsplan ist? Und auch die Einwendung Wirtschaftseigentum, Wirtschaftsfreiheit, etc., jede Planung ist zum grössten Teil ein Eingriff in die Eigentumsfreiheit. Wobei die Bebauungspläne sind ja gesamthaft ein Vorteil für den Investor, weil der sogenannte Sondernutzungsplan dem Investor mehr Möglichkeiten gibt als in der normalen Bau- und Zonenordnung, sich auszubreiten und das verdichtet zu benutzen.

Und dann schwingt wahrscheinlich mit, der Entscheid des Verwaltungsgerichtes in Sachen Residenzpflicht Radiostudio Basel. Das wurde zwar geklärt, aber hier, liebe Frau Keller, finde ich schon, Sie schreiben wahrscheinlich das ab, was der Rechtsdienst Ihnen sagt, aber dort hat eben der Investor gesagt, wir sind nicht einverstanden mit diesem Punkt und hat dann Recht gekriegt. Aber die UBS war damit einverstanden, war sogar glücklich darüber, dass wir das mehrheitsfähig gemacht haben mit dieser kleinen Auflage und jetzt kommen Sie und sagen, wir können nichts machen, Eigentumsfreiheit, Nutzungspflicht kann man nicht vorschreiben, etc. Also das geht natürlich nicht.

Immerhin stelle ich fest, dass die UBS daran ist, das zu vermieden, es gibt Interessenten. Sie sagen zwar, sie wollen das nur kostendeckend vermieten, aber auch das ist Quatsch. Dieser Plan muss erfüllt werden, im besten Fall für die UBS ist das kostendeckend oder gibt gar eine Rendite, aber losgelöst von der Kostendeckung muss der Plan eingehalten werden. Das ist die Grundlage einer geordneten Raumplanung, wo eben die Politik mitspielt, und die Raumplanung ist kein Menu à la carte, wo dann der Investor Jahre später sagen kann, diese Auflage machen wir und die anderen nicht. Und die BVD ist da in der Pflicht, das durchzusetzen. Ich bin von daher nicht befriedigt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

40. Motion René Brigger und Konsorten betreffend Anpassung Basler Baurecht an die Solaroffensive, Stellungnahme des RR

[17.04.24 17:04:10, 23.5512.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion recht rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Motion zu überweisen.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion stillschweigend dem Regierungsrat zu überweisen.

41. Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend temporäre Erhöhung des Freibetrags bei der Sozialhilfe aufgrund der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie, Stellungnahme des RR

[17.04.24 17:04:46, 21.5317.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben.

Das Wort geht an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Ich gehe gerne auf die beiden folgenden Geschäfte ein, das heisst Traktandum 41 und 42, da sie sehr eng zusammenhängen.

Die Motion Bolliger ging davon aus, dass in der Covid-19-Pandemie die Situation von Armutsbetroffenen sich verschärft und hat deshalb beantragt, dass in dieser Zeit während einer befristeten Zeit der Vermögensfreibetrag erhöht wird, damit entsprechend die Leute früher zur Sozialhilfe kommen. Das haben wir gemacht. Wir hatten nicht höhere Sozialhilfezahlen in dieser Zeit, sondern sie sind weiter gesunken, auch in den Covid-Jahren. Was wir aber festgestellt haben bei unserer Nichtbezugs-Studie, die wir erstellt haben in der Zwischenzeit und auch die Daten haben für das erste Covid-Jahr, dass es dort einen leichten Anstieg des Nichtbezuges gab. Wir werden diese Studie nächstes Jahr dann aktualisieren und wir gehen davon aus, dass es sich dabei um eine temporäre Erhöhung gehandelt hat des Nichtbezuges aufgrund von Covid, aber ob das so ist, werden wir erst sehen, wenn wir die neuen Daten haben in der nächstjährigen Studie.

Der Anzug im folgenden Traktandum 42 hat dann quasi verlangt, und die Mehrheit von Ihnen hat ihn überwiesen, dass wir diese Erhöhung des Freibetrages verstetigen, also nach den zwei Jahren nicht wieder auf die alten Beträge zurückgehen. Das haben wir jetzt so vollumfänglich umgesetzt, indem wir das nämlich in den Unterstützungsrichtlinien, die verbindlich sind, so festgeschrieben haben, dass der Vermögensfreibetrag zum Beispiel für eine Familie mit zwei Kindern bei 20’000 Franken liegt und bei Einzelpersonen neu bei 8’000 und nicht mehr bei 4’000. Das ist umgesetzt, von dem her haben wir sogar den befristeten Motionsauftrag erfüllt wie auch das Begehren des Anzuges und das werden wir jetzt auch so lassen.

Deshalb beantragt Ihnen der Regierungsrat, diese beiden Geschäften, also die Motion und den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Sprecher hat sich Oliver Bolliger gemeldet.

Oliver Bolliger (GAB): Nur kurz auch für das Protokoll. Hiermit möchte ich mich bei Ihnen allen bedanken für die Erfüllung der Motion zur Erhöhung des Freibetrags bei der Sozialhilfe während der Pandemiezeiten und für die Erfüllung des Anzugs zur Verstetigung dieses Freibetrags auch in der Zukunft.

Diese Anpassung der Unterstützungsrichtlinie in der Sozialhilfe ist aus meiner Sicht und aus Sicht der Armutsprävention ein kleiner, aber doch ein wichtiger Schritt. Ich mag mich noch gut an die Parlamentsdebatte in der Messe Basel erinnern und wie knapp damals die Motion ein zweites Mal durchgekommen ist. Die Regierung wollte damals diese Motion, auch wegen formalen Sachen wie Ungleichbehandlung und weil die Forderung damals ja auch zeitlich befristet gewesen ist, zuerst nicht entgegennehmen, auch weil die Forderung nicht mit den SKOS-Richtlinien kompatibel war. Nun knapp fünf Jahre später freut es mich wirklich sehr, dass sich die Sichtweise zu diesem Thema insgesamt auch ein wenig geändert hat und bei vielen hier im Saal diese Anpassung der Unterstützungsrichtlinie nicht mehr zu grossem Widerstand geführt hat. Ich hoffe, dass diese Anpassung nun auch von der SKOS aufgenommen wird und vielleicht auch in anderen Kantonen eine Erhöhung des Freibetrags ein Thema werden kann.

Besten Dank für Ihre Unterstützung damals und für den sachlichen Blick auf die Sache.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion als erledigt abzuschreiben.

42. Anzug Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Verstetigung der angepassten Erhöhung des Freibetrags bei der Sozialhilfe zwecks Armutsprävention, Schreiben des RR

[17.04.24 17:09:05, 23.5267.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

43. Anzug Andrea Elisabeth Knellwolf und Konsorten betreffend wirkungsvolle Senkung der Regulierungsfolgekosten, Schreiben des RR

[17.04.24 17:09:39, 19.5496.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Das Wort geht an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Eine geringe administrative Belastung unserer Unternehmen ist ein wichtiger Faktor für unsere Standortattraktivität und das langfristige wirtschaftliche Wachstum. Die Minderung dieser Regulierungskosten war und ist ein wichtiges Ziel des Regierungsrates. Deshalb liess er die Regulierungsfolgenabschätzung im Kanton Basel-Stadt auch umfassend evaluieren, eine dieser Forderungen des vorliegenden Anzuges.

Regulierungen sind notwendig für das Funktionieren unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft. Dass man im Strassenverkehr rechts fahren muss, eine Regulierung des Staates, ich glaube, das leuchtet allen Menschen auf den ersten Blick ein, dass eine solche Regulierung doch sehr viel Sinn macht. Aber auch im Wirtschaftsbereich, wenn wir zum Beispiel in ein Restaurant gehen, sind wir doch froh, dass es im Hygiene- und Lebensmittelbereich Regulierungen gibt, die die Restaurantbetriebe einhalten müssen und die auch entsprechend kontrolliert werden.

Gleichzeitig können aber bei der Einhaltung oder bei der Umsetzung von Regulierungen auch Aufwände entstehen. Beispielsweise müssen Verpackungen mit den nötigen Informationen versehen werden oder eben diese Hygienevorschriften müssen eingehalten werden durch die Betriebe. Unsere Aufgabe als Behörde, und ich spreche da sowohl vom Regierungsrat und der Verwaltung als auch vom Grossen Rat, ist es deshalb, ein Gleichgewicht zwischen dem Regulierungsnutzen und den Regulierungskosten zu finden. So können ideale wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen in unserem Kanton auch geschaffen werden. Entsprechend nimmt der Regierungsrat die Anliegen der Anzugsstellenden ernst.

Er liess, wie bereits gesagt, die RFA, die ja eingeführt wurde als Meccano, um die Regulierungskosten besser zu verstehen und möglichst zu verhindern, doch extern evaluieren. Die Wirkung dieses Instruments wurde mittels Umfragen, Interviews und auch eine Dokumentenanalyse eingehend analysiert, auf diesem Ergebnis basierend wurden Verbesserungsmöglichkeiten erarbeitet. Das kantonale Instrument muss immer als Teil des gesamten nationalen und kantonalen Gesetzgebungsprozesses betrachtet werden.

Viele der Regulierungen, die wir haben oder die wir zu vollziehen haben, auch als Behörde, die sind auf Bundesebene gemacht. Unsere Regulierungen, insbesondere im Wirtschaftsbereich, sind im Vergleich zu den Bundesregulierungen an einem sehr kleinen Ort. Bereits in der Beantwortung des Anzugs Stephan Mumenthaler und Konsorten betreffend Regulierungskostenbericht wurde festgestellt, dass insbesondere die Umsetzung des Bundesrechts zu hohen Regulierungsfolgenkosten führt. Deshalb ist diese Thematik auch auf Bundesebene bekannt und wird immer wieder mittels Vorlagen adressiert.

Die durchgeführte Studie zeichnet ein positives Bild. Die RFA im Kanton Basel-Stadt sei gut aufgestellt und konzipiert. Unser Verwaltungspersonal wird für die Bedürfnisse der Wirtschaft sensibilisiert durch diese RFA und bereits früh im Gesetzgebungsprozess werden auch mögliche Alternativen diskutiert. Der Regierungsrat schätzt deshalb auch dieses

Instrument, sieht jedoch aber auch Verbesserungspotenzial, das wir Ihnen hier darlegen. Das sind insbesondere fünf Massnahmen zur Weiterentwicklung, die Sie auch in unserer Antwort finden.

Dabei geht es um die regelmässige Schulung des Verwaltungspersonals zur Etablierung von Standards, es geht um einen stärkeren Einbezug externer Sachverständigung für die Erhöhung der Effektivität und Qualität von Erlassen durch die praxisnahe Erfahrung. Mit den Wirtschaftsverbänden soll deshalb ein Prozess mit Einbezug von externen Praktikerinnen und Praktikern definiert werden im Nachgang zu der heutigen Diskussion hier in diesem Raum. Das findet noch nicht durchgehend statt, aber wir möchten in Zukunft, dass es obligatorisch wird, die RFA-Dokumente, die existieren bei den Geschäften, an den Grossen Rat auch zu übermitteln. Das gibt Ihnen die Möglichkeit zu sehen, was die Überlegungen sind, wo Schwierigkeiten bestehen bei der Regulierung und was für andere Alternativen auch geprüft wird.

Es soll auch im RFA-Fragebogen geprüft werden, ob eine Befristung eines Erlasses möglich ist. Dies ist bei gewissen Erlassen gut möglich und auch sinnvoll. Ich erinnere Sie zum Beispiel an die Förderbeiträge an die Elektromobilität, die der Regierungsrat ganz bewusst bis 2030 terminiert hat und dann ist diese Förderpraxis dann vorbei. Bei anderen Bereichen würde es eher zu mehr Aufwand und zu mehr Bürokratie führen, zum Beispiel einem Gesundheitsgesetz, das generell zu befristen, ich denke, das wäre nicht sehr effizient, das zu tun. Es gibt sicher Bereiche von staatlichem Handeln, dass eine Stetigkeit hat und auch notwendig ist und dort würde es auch wenig Sinn machen, einen solchen Erlass mit einer Sunset-Klausel zu befristen. Das würde einfach bedeuten, dass Sie ganz viele Gesetze zum Beispiel alle vier Jahre wieder diskutieren müssten. Ich glaube, das wäre nicht im Interesse und würde vor allem auch die Regulierungsfolgen für die KMUs nicht reduzieren.

Und dann möchten wir auch bei einzelnen Bereichen eine Ex-post-Analyse durchführen. Im Moment wird das gerade gemacht bei der Wohnschutzgesetzgebung, wo wir ganz bewusst jetzt schauen, wie ist die Regulierung umgesetzt und wo sind da die Schwierigkeiten und gibt es da Verbesserungspotenzial. Das möchten wir in Zukunft selektiv machen und insbesondere dort, wo wir sehen, dass vielleicht eine Regulierung zu unerwarteten Kosten führt, dass das auch in Zukunft möglich ist und man dann auch die Regulierung entsprechend anpassen und überdenken kann.

Alternative Instrumente wurden ebenfalls auf deren Machbarkeit und Umsetzbarkeit im Kanton Basel-Stadt geprüft. Wir möchten aber das Rad nicht komplett neu erfinden, wir haben aber auch dargelegt, wo wir diese Alternativen geprüft haben und nicht umsetzen möchten. Aber die Hauptforderung auch des externen Berichts mit diesen Massnahmen, die wir jetzt umsetzen, werden gemacht und deshalb gehen wir davon aus, dass das Instrument der RFA auch effektiver wird mit dem Ziel, dass wir, wie anfangs gesagt, den Nutzen von Regulierungen erreichen und die Kosten dabei insbesondere für die KMUs möglichst tief halten.

Deshalb möchte der Regierungsrat Sie bitten, diesen Anzug, weil er sehr weitgehend erfüllt wurde, auch heute abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin für die Mitte/EVP ist Andrea Elisabeth Knellwolf.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Regierungsrat Kaspar Sutter, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich finde tatsächlich, die Regierung, die Verwaltung haben hier viel gearbeitet, viel geleistet, haben das auch ernst genommen, haben auch fundierte Analysen, Vergleiche angestellt, das finde ich gut. Ich weiss auch, es ist ein schwieriges Thema, das nicht mit einfachen Lösungen behandelt werden kann. Ich habe nicht den Eindruck, dass das die Regierung machen möchte, dennoch möchte ich Ihnen beantragen im Namen der EVP/Mitte-Fraktion, diesen Anzug noch stehen zu lassen. Es ist noch zu früh, um zu sagen, wir sind hier auf der richtigen Ebene unterwegs in der Verwaltung. Es steht noch aus, die Struktur der vertieften Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Wirtschaftsverbänden, Wirtschaftsspezialistinnen und -spezialisten. Ich glaube, das ist genau ein sehr entscheidendes Element in dieser Analyse und in diesen Verbesserungen der Regulierungsfolgekosten. Ich glaube, ohne dass das jetzt stattgefunden hat und definiert ist, können wir diesen Anzug noch nicht abschreiben.

Ich sehe, dass in gewissen Punkten die Regierung und die Verwaltung auch ein bisschen zurückhaltend sind, wo ich mir mehr Mut gewünscht hätte. Gerade in diesen Sunset-Themen, dass man sagt, doch, warum nicht, wir probieren das jetzt häufiger. Ich freue mich auch darauf, dass wir dann im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens die Rückmeldungen aus der Wirtschaft und aus dem Gewerbe hören, was sind hier die Einschätzungen. Ex-post dort zu analysieren, wo es Probleme gegeben hat, ist zu spät, das bedingt, dass die Gewerbetreibenden, usw. wieder zuerst auf die Barrikade müssen, damit mehr hingeschaut wird, damit nach Lösungen gesucht wird. Sie wissen, gerade im Zusammenhang mit dem aufgeführten Beispiel der Wohnschutzinitiativen, der Wohnraumförderung, wie lange, dass das dann geht. Also eine verstärkte Analyse im Vorfeld und eine transparente Darlegung, wie diese Analyse auch durchgeführt wurde und was die Ergebnisse der Vernehmlassung in diesem Punkt waren, darauf freue ich mich sehr.

Insgesamt unter dem Strich freue ich mich, dass das ernst genommen wird, aber es ist noch zu früh, jetzt diesen Anzug als erledigt abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die FDP spricht Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Dieser Anzug hat einen guten Prozess angestossen. Ich möchte da die Aussage meiner Vorrednerin auch bekräftigen, diese Antwort zum Anzug enthält viele positive Punkte und das wollen wir auch entsprechend würdigen. Insbesondere dass eine umfassende externe Evaluation vorgenommen wurde, dass man da auch den Mut hat, extern zu gehen, sich da kritisch überprüfen zu lassen und dass aus dem jetzt auch ein Massnahmenpaket resultierte mit fünf konkreten Massnahmen, wie der Prozess weiter verbessert werden soll. Insbesondere künftig die systematische Prüfung von Sunset-Klauseln und auch den Einbezug von Sachverständigen, der im Gesetz festgeschrieben ist, der hier jetzt noch anders ausgestaltet werden soll. Und insbesondere auch die Umkehr, also dass es künftig eine Begründungspflicht geben soll, wenn es keine Befristung gibt oder wenn es keinen Einbezug von externen Sachverständigen gibt. Also diese Umkehr, die scheint uns doch auch wichtig. Und dann auch diese Ex-post-Analysen, bei aller berechtigten Kritik, da sie erst im Nachhinein erfolgen, aber das liegt bis zu einem gewissen Grad auch in der Natur der Sache, dass man erst im Nachhinein überprüfen kann, welche Auswirkungen eine gewisse Regulierung gehabt hat, aber dass man das jetzt auch systematisch sich überlegen will, wann machen wir das, das finden wir überaus positiv. Das sind alles Schritte in die richtige Richtung mit Blick darauf, dass die Wirtschaft Regulierungskosten von ungefähr 6,3 Milliarden Franken pro Jahr schweizweit zu tragen hat.

Aber es gibt auch kritischen Punkte und das ist der Grund, wieso wir den Anzug stehen lassen wollen. Wir, und damit meine ich auch die Wirtschaftsverbände oder insbesondere die Wirtschaftsverbände, beurteilen die Regulierungsfolgenabschätzung, wie sie heute ist, nicht so positiv, wie es die Analyse von Ecoplan ergeben hat. Also es scheint hier auch eine gewisse Diskrepanz in der Wahrnehmung zu geben zwischen der Wirtschaft und der Verwaltung. Das haben die Verbände, die auch einbezogen wurden in diese Evaluation, auch so zum Ausdruck gebracht und mir scheint auch mit Blick auf diese Evaluations-Formulare, die wir teilweise angehängt bekommen, in unserer Wahrnehmung scheint dies eher ein notwendiges Übel zu sein. Wir haben jedenfalls bisher nicht erkannt, dass man auf eine beabsichtigte Regulierung explizit verzichtet hat, weil eben die RFA ergeben hat, das wäre vielleicht für die Wirtschaft nicht so gut, sondern mir scheint, man versucht dann eher irgendwo die korrekte Begründung oder eine einigermassen plausible Begründung zu finden, wieso jetzt diese Regulierung dann trotzdem eingeführt werden soll. Das liegt irgendwo auch in der Natur der Sache. Wenn also die Stelle, die die Regulierung einführen und ausarbeiten soll, dann evaluieren soll, ist es das eine gute oder eine schlechte Sache, dass die dann eher zum Schluss kommt, dass es eine gute Sache ist, das liegt ja irgendwo auch auf der Hand. Das ist vielleicht auch der grundsätzliche Konstruktionsfehler der RFA, wie wir sie heute praktizieren.

Und jetzt der Hauptgrund, warum wir diesen Anzug stehen lassen wollen. Der Regierungsrat hat in seiner Stellungnahme ausgeführt, er will einen verbindlichen, klaren Prozess einführen für den Einbezug von externen Sachverständigen und da sollen die Wirtschaftsverbände auch entsprechend einbezogen werden. Das finden wir überaus positiv selbstverständlich. Was die Wirtschaftsverbände aber nicht machen werden, ist einfach eine Vermittlungsstelle zu sein, sozusagen das Telefonbuch für die Verwaltung. Beispielsweise soll eine Regulierung von Heizungen erfolgen, dass man dann zu den Wirtschaftsverbänden geht und dann fragt, ja, könnt ihr uns irgendwo drei Heizungsmonteure angeben, die wir fragen können, ob das eine gute oder schlechte Sache ist, und dann kommt das zurück und dann gibt es einen Stempel, ja, die Wirtschaft wurde einbezogen, die Beteiligung der Wirtschaft ist eine gute Sache. Das können wir selbstverständlich so nicht unterstützen, wenn das so beabsichtigt wäre. Natürlich unterstützen wir den Einbezug von praktischem Wissen aus der Wirtschaft und sind gerne bereit, an einem solchen Prozess mitzuwirken, aber nur mit der nötigen Sorgfalt und der nötigen Breite.

Dazu haben wir dem Regierungsrat auch bereits einen konkreten Vorschlag unterbreitet, wie wir uns das ungefähr vorstellen könnten. Wir sind also sehr bereit, sehr offen für Diskussionen, damit da im ganzen Prozess eine konsolidierte Rückmeldung aus der Wirtschaft im Prozess einer solchen Regulierungsfolgenabschätzung abgegeben werden kann. Und erst wenn jetzt dieser Prozess dann definiert wurde, was noch ansteht, können wir abschliessend beurteilen, ob § 2 des Standortförderungsgesetzes aus unserer Sicht angemessen erfüllt worden ist. Und das ist ja die gesetzliche Grundlage dieses Einbezugs von externen Sachverständigen. Das ist auch der Grund, das war ein Kritikpunkt in früheren Diskussionen, das ist der Grund, wieso es hier einen gesonderten Prozess gibt. Ausgelöst damals durch eine Volksinitiative hat man diese Regulierungsfolgenabschätzung eingeführt, einen gesonderten Prozess, separat zum Vernehmlassungsverfahren eingeführt. Das ist der Grund, wieso dass es das gibt und wieso dass man das auch entsprechend sinnvoll ausgestalten sollte.

Deshalb bitten wir Sie, lassen Sie diesen Anzug stehen, bis dieser Prozess entsprechend definiert werden konnte und dann können wir beurteilen, wurde dieser § 2 vom Standortförderungsgesetz angemessen erfüllt oder nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Ich möchte zu diesem Anzug und zu dem Antrag auf Stehenlassen folgende zwei Dinge mitgeben. Zuerst einmal finde ich, haben wir hier auch im Vergleich zu anderen Anzügen eine relativ ausführliche Stellungnahme des Regierungsrates mit dem Prüfen und dem Berichten von den verschiedenen vorgeschlagenen Modellen und Varianten im Anzug. Und wenn ich jetzt Vorredner Luca Urgese richtig verstanden habe, dann geht es eigentlich mit dem Stehenlassen darum, dass man zu wenig Vertrauen in den Regierungsrat hat, dass er die tatsächliche Umsetzung, die er ankündigt im Anzug in Bezug auf die Zusammenarbeit mit den entsprechenden Stakeholdern, wirklich ausführt. Das überzeugt mich nicht so ganz, weil ich jetzt in der Tendenz dem Regierungsrat Basel-Stadt nicht den Vorwurf machen würde oder in Zweifel ziehen würde, dass er mit den entsprechenden Stakeholdern zu wenig und zu wenig konkret zusammenarbeitet. Wir haben diverse andere Geschäfte kürzlich behandelt in der WAK, aber auch in diesem Rat dann nachher, wo wir das eigentlich sehr gut sehen konnten, dass diese Zusammenarbeit funktioniert. Vielleicht sogar aus linker Perspektive teilweise zu gut oder zu wenig auch unabhängig, aber ich glaube darum, dass dieses Fragezeichen eigentlich nicht so im Raum steht.

Dann noch grundsätzlich vielleicht, ich meine, das ist ja auch mit diesem Anzug aufgeworfen worden, die Regulierungsfolgenabschätzung, die ist ja im Kanton Basel-Stadt relativ weitgehend. Also es ist ja nicht so, dass wir im Kanton Basel-Stadt keine oder zu wenig griffige Regulierungsfolgenabschätzung in Bezug auf dieses Thema haben, sondern wir haben eigentlich eher die Fragezeichen, dass wir andere Aspekte unseres gesellschaftlichen politischen Lebens auch abdecken sollten. Das haben wir ja auch diskutiert mit der Klimafolgenabschätzung zum Beispiel, die jetzt kommen wird, und ich bitte Sie darum schon, auch nochmal diese Diskussion aus dieser Perspektive anzuschauen, ist es vom Kosten-Nutzen-Verhältnis auch, und da frage ich jetzt insbesondere auch die bürgerliche wirtschaftliche Seite in diesem Saal, wirklich sinnvoll und zielführend, diesen Anzug stehen zu lassen.

Was genau wollen Sie mit diesem Stehenlassen und der Beschäftigung der Verwaltung für eine erneute Stellungnahme in zwei Jahren bewirken, ausser dass Sie vielleicht nicht das volle Vertrauen haben, dass das wirklich so umgesetzt wird, wie es jetzt angekündigt wird? Das ist für mich zu wenig stichhaltig, um diesen Anzug stehen zu lassen. Wenn tatsächlich die entsprechenden Akteure und Stakeholder zum Schluss kommen sollten, dass das überhaupt nicht funktioniert, dann werden Sie ja relativ zeitnah und relativ schnell und kritisch nachdoppeln und wahrscheinlich auch Änderungen beantragen.

Darum bitte ich Sie im Namen der SP-Fraktion, den Anzug als erledig abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Sprecher des Regierungsrates verzichtet auf ein zweites Votum. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben des Anzugs gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehen lassen gemäss Antrag Andrea Elisabeth Knellwolf

Ergebnis der Abstimmung

44 Ja, 46 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003326, 17.04.24 17:28:45]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 46 Nein-Stimmen bei 44 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung.

44. Interpellation Nr. 25 Michael Hug betreffend ist der Regierungsrat nicht interessiert an der Erhöhung der Stromproduktion in Basel?, Schriftliche Beantwortung

[17.04.24 17:29:07, 24.5091.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Michael Hug (LDP): Ich bedanke mich bei der Regierung für die Beantwortung meiner Interpellation. Es ist ein Thema, das ich schon einmal politisiert habe und nachgefragt habe. Ich finde es gut und bin dankbar, dass der Regierungsrat hier eingesteht, dass der Energiebedarf zunehmen wird. Der Regierungsrat rechnet mit einer Steigerung des Strombedarfs im Kanton Basel-Stadt. Er sagt dann auch, dass er ein grosses Interesse daran hat, über die Konzessionserneuerung das Kraftwerk Birsfelden weiterhin zu betreiben und was mich freut, dass bei der Ausarbeitung dieser Konzessionserneuerung auch geprüft werden soll, ob es eine Kapazitätserhöhung geben kann. Es steht dann auch, dass eine Rheinaustiefung, die notwendig wäre, natürlicherweise auch mit verschiedenen Verbänden und aufgrund von Interessen genau geprüft werden müsste. Aber dass immerhin hier auch der Wille besteht, dass man das prüft, finde ich schon mal sehr gut.

Ich bin aus diesem Grunde teilweise zufrieden, weil nicht steht, dass man das so machen wird, aber nicht nicht zufrieden, weil die Regierung klar sagt, dass eine Kapazitätserhöhung geplant oder geprüft werde.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

45. Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Niederschwelliger Zugang zur Kriseninterventionsstation (KIS), Schreiben des RR

[17.04.24 17:31:07, 22.5467.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Das Wort geht an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Die Beantwortung der Anzüge von Melanie Nussbaumer und Konsorten und von Sarah Wyss und Konsorten erfolgt gemeinsam in einem einzigen Schreiben an den Grossen Rat, da sich beide Vorstösse im Grundsatz mit der gleichen Thematik befassen, die darin aufgeworfenen Fragestellungen zu einem grossen Teil sich auch überschneiden. Thema ist der Umzug der Kriseninterventionsstation (KIS) vom Standort Universitätsspital Basel (USB) auf den Campus der Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel (UPK). Ich möchte deshalb hier jetzt ein bisschen ausführlicher sprechen und dann nachher im nächsten Traktandum, das ist dann 46, wesentlich kürzer sein.

Ich möchte zunächst unterstreichen, dass die Kriseninterventionsstation (KIS) ein sehr wichtiges Angebot ist in unserer psychiatrischen, auch sozialmedizinischen Versorgungslandschaft. Es ist ein viel genutztes, ein niederschwelliges Angebot zur kurzfristigen Entlastung von Erwachsenen in psychischen Krisensituationen, zum Beispiel bei Ängsten, Depressionen, Schlafstörungen, Suizidgedanken oder ähnlichem. Das ist uns wichtig und das Angebot, das kann ich Ihnen versichern, hat auch bei sämtlichen beteiligten Spitälern und Mitarbeitenden bei ihnen ein sehr hohes Gewicht, auch bei uns im Departement.

Die KIS nimmt eine wichtige Rolle in der psychiatrischen Versorgung der Bevölkerung in der Region ein und das ist auch so, das macht sie auch am neuen Standort. Die UPK, die immer für den Betrieb der KIS verantwortlich waren und sind, haben den Umzug wissenschaftlich begleiten lassen und Daten erhoben, die in der Beantwortung der beiden Anzüge auch aufgeführt sind. Diese Daten zeigen deutlich, dass die KIS auch am neuen Standort auf dem UPK-Campus erfolgreich arbeitet. Die KIS wird von den Patientinnen und Patienten auch weiterhin gut angenommen und kann ihren Behandlungsauftrag durch das Angebot stabilisierender Kurzaufenthalte bei psychischen Krisen unverändert erfüllen. Der Anteil der Patientinnen und Patienten, die sich aus Eigeninitiative an die KIS gewendet haben, ist nach dem Umzug der KIS auf den UPK-Campus stabil geblieben. Für uns ist das ein wichtiger Indikator, es geht ja darum nachzuweisen, dass die Niederschwelligkeit weiterhin gegeben ist.

Der im Vorfeld des Umzugs befürchtete Rückgang von Nutzenden des Angebots aufgrund von vermeintlichen Stigmatisierungsproblemen am neuen Standort ist nicht eingetreten. Vielmehr scheinen sich Patientinnen und Patienten in psychischen Krisensituationen weiterhin vertrauensvoll an die nun auf dem UPK-Campus gelegene KIS zu wenden. Es ist so, dass ein Umzug vorübergehend ein gewisses Destabilisierungsrisiko hat, dass vielleicht auch einzelne Werte in der Zufriedenheitsbeurteilung vorübergehend sinken, das war hier auch vereinzelt zu beobachten, aber insgesamt hat sich das sehr gut stabilisiert und wir können das heute sagen, dass jetzt die Befürchtungen, die zum Teil auch in diesem Saal

geäussert wurden vor dem Umzug, nicht eingetreten sind. Das ist jetzt allerdings nicht ein Grund, einfach den Blick abzuwenden, sondern die Nutzung und die Zufriedenheit der Patientinnen und Patienten am neuen Standort wird durch die UPK auch weiterhin monitorisiert werden, und das kann ich Ihnen zusagen, unabhängig jetzt von den konkreten Entscheiden zu den einzelnen Anzügen wird das weiterhin gemacht werden.

Die UPK arbeiten kontinuierlich an der Einhaltung eines möglichst hohen Behandlungsstandards sowie an der laufenden Optimierung des Angebots an der Kriseninterventionsstation. Zum jetzigen Zeitpunkt zeigen sich die UPK, die Zuweisenden wie auch die Patientinnen und Patienten, mit dem neuen Standort zufrieden und es sind aus Sicht der UPK jetzt unmittelbar keine weiteren Massnahmen angezeigt. Deshalb verzichten die UPK derzeit auch auf die weitere Suche nach einem anderen Standort, was auch nach Auffassung des Regierungsrats korrekt ist.

Ich möchte Sie nun entsprechend bitten, unserem Antrag zu folgen und den Anzug von Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend niederschwelliger Zugang zur KIS sowie dann auch den Anzug Sarah Wyss betreffend die KIS muss im Akutspital bleiben abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Sprecherin gemeldet hat sich Melanie Nussbaumer.

Melanie Nussbaumer (SP): Ich spreche auch gleichzeitig zu diesem wie auch zum nächsten Traktandum, den Anzug von Sarah Wyss, weil ja eben der Regierungsrat beide Vorstösse zusammen beantwortet hat. Auch spreche ich im Namen der SP- und der GAB-Fraktion.

Wir haben vor mehr als einem Jahr im März meine Motion zum niederschwelligen Zugang zur Kriseninterventionsstation zweitüberwiesen, und zwar als Anzug. Erst danach ist die KIS umgezogen, Ende Mai, also vor weniger als einem Jahr hat die Station im Unispital geschlossen. Und jetzt will der Regierungsrat bereits den Anzug abschreiben lassen, obwohl es erst eine sechsmonatige Evaluation gab des neuen Standorts. Das ist viel zu kurz, diese Evaluationszeit, um wirklich viel aussagen zu können. Und das behaupte jetzt nicht einfach ich, sondern das steht wortwörtlich in der Beantwortung des Regierungsrats selbst. Ich zitiere aus der Antwort: «Die Kürze des Beobachtungszeitraums und die vorübergehenden Effekte der Abteilungsschliessung am USB, des Umzugs, der Neueröffnung und der begleitenden baulichen Massnahmen, lassen eine verlässliche Vorhersage weiterer Entwicklungen noch nicht zu.» Zitat Ende.

Deshalb wird, wie der Regierungsrat gesagt hat, die UPK die Entwicklung auch weiterhin beobachten. Wir können also aufgrund dieser sechsmonatigen Evaluationszeit noch kein Fazit ziehen, wie es mit der Niederschwelligkeit auf dem UPK-Campus aussieht. Jetzt ist das schön und gut, wenn die UPK weiterhin das Monitoring fortführt. Das ist super, aber damit wir dann auch die Ergebnisse dieser Evaluation bekommen, damit wir diese Daten zu sehen bekommen, ist es sinnvoll, wenn wir den Anzug stehen lassen. So muss sich der Regierungsrat nämlich automatisch in zwei Jahren nochmals dazu äussern, auch weil bisher ja noch keine verlässliche Aussage dazu gemacht werden kann.

Wichtig ist mir hier auch noch folgendes mitzugeben: Gemäss dieser kurzen Evaluation, die sowieso etwas kritisch ist, hat die Patientenzufriedenheit insgesamt abgenommen am neuen Standort. Ob das nun mit dem Umzug zu tun hat oder andere Gründe hat, ist schwierig zu sagen, aber grundsätzlich ist die Patientenzufriedenheit ein sehr wichtiger Indikator, den wir wirklich weiterhin beobachten müssen und wo ich wirklich auch hoffe für die Patientinnen und Patienten, dass die Zufriedenheit wieder zunimmt. Es ist auch ein besserer Indikator als dieser Indikator, dass die KIS weiterhin voll war. Die Antwort des Regierungsrats hat mich auch in der Grundannahme, dass eine KIS in einem Akutspital angegliedert niederschwelliger wäre, nicht wirklich umgestimmt. Im Grundsatz sind wir also weiterhin dafür, dass die KIS an einem Ambulanzspital angehängt werden soll, weil das eben in unserer Annahme niederschwelliger ist. Das sagen auch weiterhin alle Praktikerinnen und Praktiker, die sich mit psychisch Erkrankten und deren Stigma auskennen.

Bezüglich der Frage des Stigmas finde ich auch die Antwort des Regierungsrats etwas spärlich. Ich zitiere nochmals, Zitat: «Wie die Zahlen belegen, erfolgte die Triagierung für die KIS am Standort USB entstigmatisiert und prozessual campusnah.» Was soll das genau heissen, eine entstigmatisierte Triagierung? Stigmas kann man nicht per Gesetz oder Prozess abschaffen, das wäre ja super, wenn das so wäre. Und nur weil die Belegzahlen weiterhin hoch sind in der KIS, heisst das noch lange nicht, dass das entstigmatisiert ist. Es ist wichtig zu verstehen, dass die Niederschwelligkeit der KIS nicht an deren Auslastung ablesbar ist. Das wäre so, um einen Vergleich herzustellen, wie wenn die Post ihre Poststellen abbauen würde und dann verkündet, dass die Umsatzzahlen aber weiterhin stimmen, die Versorgung also nicht gelitten hätte, weil weiterhin Briefe verschickt werden. Die Frage ist ja, unter welchen Bedingungen und zu welchen Kosten. Es kann also durchaus sein, dass die KIS für manche Patient*innen nicht mehr in Frage kommt auf dem UPK-Campus und trotzdem kann die KIS voll belegt sein. Das schliesse ich nicht aus.

Es braucht also wirklich bessere Argumente, um diese Anzüge bereits jetzt abschreiben zu können und deshalb bitte ich Sie im Namen der SP- und der GAB-Fraktion, beide Anzüge stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Melanie Nussbaumer hat vieles inhaltlich korrekt gesagt, das finde ich auch, andererseits muss man jetzt einfach auch die Facts und die Geschichte nochmal kennen. Und übrigens, Beda Baumgartner, ich kann jetzt den Ball zurückgeben und sagen, haben Sie kein Vertrauen in den Regierungsrat? Darum umso mehr ist es genau das gleiche. Das war ein schlechtes Argument, ich sage das jetzt, aber ich würde das Vertrauen das nächste Mal nicht nehmen, weil ich habe Vertrauen in den Regierungsrat.

Inhaltlich, wenn man sagt, die Facts waren die, dass wir das lange diskutiert haben, ohne jetzt das Kommissionsgeheimnis preiszugeben, usw., aber wir haben viel über die KIS diskutiert auch in der Gesundheitskommission. Und dann haben wir nach valablen guten Varianten gesucht, wo die KIS hinkommen könnte ausser dort in die UPK und man hat damals, und das ist noch nicht so lange her, da gebe ich Ihnen recht, einfach keine andere Möglichkeit gesehen und hat aber, meines Erachtens, weil ich selber ein paar Mal vor Ort gewesen bin, zu schauen auch, ich weiss nicht, wie viele Leute hier drin, die jetzt mitbestimmen, überhaupt einmal gesehen haben, wo die KIS ist, wie die funktioniert, wurden Sie einmal eingeladen, ich schlage vor, gehen Sie einmal in den Campus dort bei der UPK, es hat für mich dort nichts mit Stigmatisierung zu tun, überhaupt nicht, gar nicht.

Und ja, sechs Monate für die Evaluation sind wahrscheinlich kurz, das sagt ja der Regierungsrat selber, wie Sie, Melanie Nussbaumer, auch gesagt haben, im Schreiben, das stimmt, aber der Trend, wenn ich, sagen wir jetzt, eine Praxis habe, auch eine psychiatrische, die ich nicht habe, aber wenn die Patienten nicht kommen, dann ist das ein Zeichen, dass etwas nicht stimmt, wenn sie nicht mehr kommen. Die gehen irgendwo anders hin oder sie sind schlecht betreut oder was auch immer. Die Zahlen zeigen jetzt in den ersten sechs Monaten, dass die nicht abgenommen haben, was hingegen vielleicht die Patientenzufriedenheit ist, an der es vielleicht noch zu arbeiten gibt. Und da vertraue ich jetzt aber auch der öffentlich-rechtlichen Institution, weil das Profis sind, dass sie die Qualität des Auftrages, den sie haben, wirklich auch weiter monitorisieren und das hat ja der Regierungsrat, glaube ich, in seinem Votum ja gesagt, dass das weiter geschieht.

Darum denke ich, wenn wir eine Alternative hätten, wenn wir sagen würden, ja, das kommt jetzt näher an den Campus somatisch, why not, das haben wir ja vielfach diskutiert, es gibt einfach keine andere Möglichkeit. Darum macht es für mich keinen Sinn, jetzt diesen Anzug weiter stehen zu lassen, wegen dem eigentlich. Inhaltlich sind wir ja alle ungefähr nahe beieinander, aber ich mache wirklich Werbung für die UPK und gehen Sie das einmal anschauen, bitte schauen Sie mal, wie das aussieht. Also ich ginge dorthin, wenn ich es nötig hätte.

Darum würde ich sagen, die LDP hat gesagt, wir schreiben beide Anzüge ab, Sarah Wyss wie auch den Anzug von Melanie Nussbaumer.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Raoul Furlano, nehmen Sie die Zwischenfrage an? Sie wird angenommen.

Melanie Nussbaumer (SP): Raoul Furlano, Ihnen ist ja immer wichtig, auch Fachpersonen zuzuhören und wenn Sie jetzt sagen, dass ganz viele Psychotherapeutinnen und -therapeuten, Psycholog*innen sagen, dass Leute, die psychisch erkrankt sind, sich immer noch sehr fest schämen für ihre Erkrankung, das Stigma spüren, aberkennen Sie diesen Fakt? Was ist denn das Problem, das anzuerkennen, dass das Stigma noch existiert? Ohne dass das eine Kritik an die UPK ist.

Raoul I. Furlano (LDP): Nein, Melanie Nussbaumer, dann habe ich Sie falsch verstanden. Das Stigma ist leider immer noch da, aber das hat nichts mit der Lokalität zu tun, so wenig wie es mit einem Gesetz zu tun hat. Das Stigma hat nichts mit der Lokalität zu tun, sonst müsste man sagen, die UPK stigmatisiert ja alle, weil die ja irgendwo am Rande der Stadt ist. Die ist gar nicht am Rande der Stadt, ich hatte vom UKBB mit dem Velo vier Minuten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Melanie Nussbaumer

Ergebnis der Abstimmung

36 Ja, 51 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003330, 17.04.24 17:47:52]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 51 Nein-Stimmen gegen 36 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Ich nutze die Gelegenheit, um Ihnen eine kurze Mitteilung zu machen. Ich wurde heute mehrfach gefragt, ob es eine Nachtsitzung gibt. Wenn Sie auf die Tagesordnung schauen und nirgendwo 20 Uhr steht, dann ist keine Nachtsitzung vorgesehen. Vielleicht steht in Ihrem Kalender immer noch eine Nachtsitzung, aber schauen Sie auf die Tagesordnung.

46. Anzug Sarah Wyss betreffend die KIS muss im Akut-Spital bleiben - jetzt muss der Kanton handeln, Schreiben des RR

[17.04.24 17:48:44, 19.5343.04]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Ich habe mir den Antrag auf Stehenlassen von Melanie Nussbaumer notiert.

Regierungsrat Lukas Engelberger verzichtet. Es liegen keine Wortmeldungen vor. In der zweiten Runde wünscht Regierungsrat Lukas Engelberger das Wort und hat es.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Man kann jetzt den weiteren Geschäftsgang etwas erleichtern. Sie haben ein Geschäft jetzt uns noch einmal aufgetragen zur Berichterstattung, monitorisiert wird ohnehin. Dann könnte man jetzt auch sagen, die Sache nimmt ihren Fortgang und die Abstimmung hier ist nicht mehr materiell relevant. Sie könnten hier Abschreiben im Wissen, dass wir zum Thema unter dem Titel Anzug Melanie Nussbaumer noch einmal berichten werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Bleiben Sie beim Antrag, Melanie Nussbaumer? Sie bleibt beim Antrag. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Melanie Nussbaumer.

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 48 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003336, 17.04.24 17:50:37]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Anzüge bleiben zusammen stehen. Das Resultat ist 48 Nein-Stimmen gegen 37 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

47. Anzug Sarah Wyss und Konsorten betreffend Überprüfung der Assistenzstellen in Hausarztpraxen, Schreiben des RR

[17.04.24 17:50:45, 19.5483.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Wünscht Regierungsrat Lukas Engelberger das Wort? Er verzichtet. Es sind keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

48. Interpellation Nr. 16 Fleur Weibel betreffend Ankündigung von Sicherheitspersonal an zwei Kleinbasler Schulen, Schriftliche Beantwortung

[17.04.24 17:51:18, 24.5071.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Fleur Weibel (GAB): Ich danke der Regierung für die detaillierte Beantwortung meiner Interpellation zur Ankündigung von Regierungsrätin Stephanie Eymann, dass zwei Schulhäuser im Kleinbasel von privatem Sicherheitspersonal bewacht werden sollen. Vorausschicken möchte ich, dass es mir keinesfalls darum ging, die Probleme auf der Dreirosenmatte und im Kleinbasel klein zu reden. Es ist aus meiner Sicht aber zentral, dass wir die Probleme auch nicht grösser machen, als sie sind. Wie nun die Antwort der Regierung zeigt, hat die Kommunikation von Stephanie Eymann am Drogenstammtisch und anschliessend in den Medien aber genau ein solches Grösser machen der Probleme zur Folge.

Wie der Regierungsrat in seiner Antwort aufzeigt, trifft es nicht zu, dass auf Schultoiletten gedealt wird. Auch scheint es sich bei den weiteren erwähnten Vorfällen um vereinzelte Fälle zu handeln, die auch nicht zu Anzeigen geführt haben. Das heisst natürlich nicht, dass nicht auch Einzelfälle, gerade etwa von sexueller Belästigung auf dem Schulweg ein Problem wären. Sie sind ein Problem. Auch dass die Schulkinder durch die Glasscheibe des Pausenhofs Drogendeals und gewalttätige Konflikte auf der Dreirosenanlage beobachten müssen, ist ein Problem. Es ist deshalb gut, wurde die Pausenaufsicht in den Schulen aufgestockt und wird zudem geprüft, wie die Kinder im Umgang mit der angespannten Situation auf der Dreirosenmatte besser unterstützt werden können. Es ist aber auch gut, ist die bereits angekündigte Bewachung der Schulen durch Sicherheitspersonal nun gemäss Regierung lediglich eine Option, falls es zu einer Zuspitzung der Situation kommt, also falls es zu Vorfällen auf dem Schulgelände kommen sollte.

Dies ist bislang entgegen der öffentlichen Kommunikation von Regierungsrätin Stephanie Eymann nicht der Fall und das ist doch ziemlich bemerkenswert. Stephanie Eymann ist als Vorsteherin des Justizdepartements für die Sicherheit in unserem Kanton zuständig. Indem sie aber immer wieder einen dramatisierenden Diskurs wählt, der die Ereignisse auf unzulässige Weise zuspitzt, trägt sie zumindest auf kommunikativer Ebene zu einer Verunsicherung der Bevölkerung bei. Ich bin deshalb nun sehr dankbar um die sorgfältige Kommunikation der Regierung in der Beantwortung meiner Interpellation und wünsche mir diese Sorgfalt in Zukunft auch von unserer Sicherheitsdirektorin.

Mit der Beantwortung der Interpellation bin ich zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

49. Interpellation Nr. 20 Eric Weber betreffend Zunahme der Notrufe, Schriftliche Beantwortung

[17.04.24 17:54:56, 24.5077.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant ist abwesend, hat aber mitgeteilt, dass er mit der Antwort zufrieden ist.

50. Interpellation Nr. 26 Anina Ineichen betreffend Velounfälle am Burgfelderplatz – Folgen und Learnings, Schriftliche Beantwortung

[17.04.24 17:55:12, 24.5093.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Anina Ineichen (GAB): Ich bin teilweise befriedigt. Die Situation dort bleibt offenbar unbefriedigend, aber wir hoffen immer noch, dass eine Lösung kommt. Ich sehe auch, dass es schwierig wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

51. Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend Besteuerung der Einnahmen aus Einspeisevergütungen von Photovoltaik-Kleinanlagen und Netzentgelt, Schreiben des RR

[17.04.24 17:56:01, 22.5038.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Wünscht Regierungsrätin Tanja Soland das Wort? Sie verzichtet. Damit kommen wir zu den Voten und hier hat sich Heidi Mück für ein Votum eingetragen.

Heidi Mück (GAB): Ich erkläre mich zwar einverstanden damit, dass der Anzug abgeschrieben wird, das heisst aber nicht, dass ich damit einverstanden bin, wie die Besteuerung von Einspeisevergütungen von Solar-Kleinanlagen aktuell gehandhabt wird. Und ich bin nicht einverstanden mit dem Bild, das uns vermittelt wird, dass der Kanton hier überhaupt keinen Spielraum hat. Klar, ein völliger Verzicht auf die Besteuerung von Einnahmen aus Einspeisevergütungen liegt nicht drin, das wird aus der Antwort auch klar, aber wenn ich den Schlussbericht zur Besteuerung von Solarstromanlagen des Bundesamts für Energie vom Juni 2023 richtig verstanden habe, dann gibt es durchaus Spielraum für die Kantone und diesen Spielraum, den fände ich toll, wenn wir den nutzen könnten. Es ist doch unbestritten von Vorteil, wenn die PV-Kleinanlagen nicht ausschliesslich Strom für den Eigenbedarf produzieren.

Mir stellen sich in diesem Zusammenhang einfach ein paar Fragen. Ist es denn nicht erwünscht, dass Private mit ihren PV-Kleinanlagen ihren überschüssigen Strom ins Netz einspeisen, soll das nicht belohnt werden? Wie motivieren wir die Inhaber*innen von PV-Kleinanlagen dazu, mit ihrem eigenen Strom haushälterisch umzugehen? Wie motivieren wir Hausbesitzer*innen, bestmöglich leistungsfähig PV-Anlagen zu bauen und ihren überschüssigen Strom ins Netz einzuspeisen und wie schaffen wir möglichst attraktive Bedingungen für Bewohner*innen von Basel-Stadt, die sich überlegen, eine PV-Anlage zu bauen, zu installieren? Diese Fragen werden mich weiter beschäftigen und ich werde gegebenenfalls mit einem neuen Vorstoss kommen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

52. Interpellation Nr. 18 David Jenny betreffend steuerliche Attraktivität des Stiftungsstandort Basel-Stadt: Wie wird auf die Zürcher Konkurrenz reagiert? Schriftliche Beantwortung

[17.04.24 17:58:47, 24.5074.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat eine schriftliche Stellungnahme eingereicht und ist mit der Antwort teilweise zufrieden.

53. Interpellation Nr. 24 Béla Bartha betreffend Budget für Lehrmittel an den Schulen Basel-Stadt, Schriftliche Beantwortung

[17.04.24 17:59:29, 24.5090.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Béla Bartha (GAB): Ich bedanke mich sehr für die ehrliche Antwort, aber dennoch unbefriedigende Beantwortung meiner Interpellation. In Ihrer Antwort bestätigen Sie, dass die Kosten besonders aufgrund gestiegener Lizenzausgaben bei den digitalen Lehrmitteln beachtlich zugenommen haben, um im selben Moment aufzuzeigen, dass Sie die Budgets für die Schulen in diesem Bericht seit 2015 gerade einmal von 217 Franken auf 237 Franken, um also 20 Franken erhöht haben. Das ist doch eher eine magere Ausbeute.

Auf den ersten Blick könnte man meinen, ja, immerhin so viel, aber in meiner Interpellation verweise ich auf den konkreten Fall, dass wir 2023 die Einführung von zwei neuen Fächern, nämlich Medien und Informatik in den Schulen beschlossen haben und hierfür ja eigentlich auch neue oder angepasste Unterrichtsmittel für die Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung gestellt werden sollten, da sie ja zwangsläufig auch zu den Budgeterhöhungen für die Beschaffung von Unterrichtsmaterial hätten führen sollen. So wie es nun in der Antwort steht, hat dieser logische Schritt aber nie stattgefunden. Die Rechtfertigung, die Sie nachliefern, ist auch nicht wirklich nachvollziehbar, so sagen Sie, dass eine Einführung neuer Fächer nicht unbedingt die Bereitstellung neuer Lehrmaterialien nach sich ziehen muss und dann genau dies etwas später aber doch anzukündigen. Schön, dass den Lehrerinnen und Lehrern nun auch die nötigen Lehrmaterialien zur Verfügung stehen, aber die Finanzierung des Ganzen überlassen Sie nach wie vor den Schulen, die bei gleichbleibendem Budget mehr Material für weitere neue Fächer bereitstellen sollen. Damit zieht sich die Regierung und das ED mehr oder eher weniger elegant aus der Verantwortung und provoziert geradezu eine Reaktion des Parlaments bei der nächstbesten Gelegenheit, Bereitstellung eines angepassten Budgets zu fordern.

Wir vernehmen die Worte wohl, aber sie können nicht wirklich befriedigen und rufen nach einer Korrektur.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt und das gilt auch für die Traktandenliste. Ich danke Ihnen und wünsche einen schönen Abend.

Die Sitzung ist beendet.

Schluss der 11. Sitzung

18:02 Uhr

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 10. April 2024 08:22:44
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Nicht anwesend
Gander Thomas (SP)	Nicht anwesend	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht anwesend
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nicht anwesend	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht anwesend	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nicht anwesend	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GAB)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nicht anwesend	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht anwesend	Zappalà Andreas (FDP)	Nicht anwesend
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nicht anwesend	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend		
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht abgestimmt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht anwesend	99	29	18	15	11	10	8	7	1	0
Stimmberechtigt	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 10. April 2024 09:03:49
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht anwesend	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	89	23	18	14	11	10	7	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	90	23	18	14	11	10	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	5	0	1	0	0	1	1	0	0
Stimmberechtigt	92	24	18	14	11	10	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 10. April 2024 09:05:12
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ent
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht anwesend	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ent
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	18	0	18	0	0	0	0	0	0	0
Nein	69	22	0	14	10	9	6	7	1	0
Ent	3	1	0	0	0	1	1	0	0	0
Abgestimmt	90	23	18	14	10	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	3	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	0	1	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	95	26	18	14	11	10	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
23.5410

Abstimmungsdatum 10. April 2024 09:19:25

Geschäft Bericht und Wahlvorschlag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl einer Datenschutzbeauftragten des Kantons Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht anwesend	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	92	27	15	15	11	9	8	7	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	94	27	15	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	3	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	27	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
23.5410

Abstimmungsdatum 10. April 2024 09:20:25

Geschäft Bericht und Wahlvorschlag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl einer Datenschutzbeauftragten des Kantons Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ent
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ent
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	57	27	16	2	0	2	8	2	0	0
Nein	34	0	0	12	11	6	0	4	1	0
Ent	3	0	0	0	0	2	0	1	0	0
Abgestimmt	94	27	16	14	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	1	2	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	28	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
23.1304

Abstimmungsdatum 10. April 2024 10:34:58

Geschäft Teilrevision des Gesetzes betreffend die Organisation der Gerichte und der Staatsanwaltschaft (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG) zwecks Schaffung eines zusätzlichen Präsidiums am Strafgericht, Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ent	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	25	0	0	13	11	0	0	1	0	0
Nein	71	27	18	2	0	10	8	6	0	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	28	18	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	98	28	18	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
23.1304

Abstimmungsdatum 10. April 2024 10:35:49

Geschäft Teilrevision des Gesetzes betreffend die Organisation der Gerichte und der Staatsanwaltschaft (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG) zwecks Schaffung eines zusätzlichen Präsidiums am Strafgericht, Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	95	27	17	15	11	10	8	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	27	17	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	98	28	18	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
23.1779

Abstimmungsdatum 10. April 2024 10:41:48

Geschäft Teilrevision des Gesetzes betreffend Einführung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	23	17	15	11	10	8	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	23	17	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	7	5	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	98	28	18	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
23.0859

Abstimmungsdatum 10. April 2024 10:56:18

Geschäft Teilrevision des Gesundheitsgesetzes vom 21. September 2011 (GesG) betreffend Zulassung von Leistungserbringern zur Tätigkeit zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP), Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	96	28	18	15	10	10	8	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	28	18	15	10	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	98	28	18	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
23.1505

Abstimmungsdatum 10. April 2024 11:15:44

Geschäft Neunter Bericht über die Leistungs-, Kosten- und Prämienentwicklung sowie die Massnahmen zur Dämpfung der Höhe der Gesundheitskosten gemäss § 67 Abs. 2 des Gesundheitsgesetzes, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	94	27	17	15	11	9	8	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	27	17	15	11	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	1	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	98	28	18	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
23.0813

Abstimmungsdatum 10. April 2024 15:18:11

Geschäft Stadtklimakonzept: Massnahmenprogramm für Fokusgebiete (Handlungsfeld 1), Verwaltungsinterne Zuständigkeiten (Handlungsfeld 7) und Anreizsysteme (Handlungsfeld 9), Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	29	0	16	0	11	2	0	0	0	0
Nein	66	28	2	14	0	8	8	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	96	28	18	14	11	10	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	28	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
23.0813

Abstimmungsdatum 10. April 2024 15:27:57

Geschäft Stadtklimakonzept: Massnahmenprogramm für Fokusgebiete (Handlungsfeld 1), Verwaltungsinterne Zuständigkeiten (Handlungsfeld 7) und Anreizsysteme (Handlungsfeld 9), Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	48	0	0	12	11	10	8	7	0	0
Nein	47	28	17	2	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	28	18	14	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	28	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
23.0813

Abstimmungsdatum 10. April 2024 15:29:23

Geschäft Stadtklimakonzept: Massnahmenprogramm für Fokusgebiete (Handlungsfeld 1), Verwaltungsinterne Zuständigkeiten (Handlungsfeld 7) und Anreizsysteme (Handlungsfeld 9), Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ent		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	78	28	12	15	0	8	8	7	0	0
Nein	15	0	5	0	10	0	0	0	0	0
Ent	4	0	1	0	1	2	0	0	0	0
Abgestimmt	97	28	18	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	28	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
23.0450

Abstimmungsdatum 10. April 2024 17:16:38

Geschäft Ausgabenbewilligung für die Erweiterung und Sanierung der Primarschule Christoph Merian, Bericht der BRK und Mitbericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht anwesend	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	90	25	15	14	11	10	8	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	25	15	14	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	5	2	1	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	2	2	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	27	16	14	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
23.1067

Abstimmungsdatum 10. April 2024 17:53:34

Geschäft Ausgabenbewilligung für den Bau der Neubauten Primarschule Walkeweg sowie Übertragung der Schulhausparzelle vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen (Widmung), Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	11	0	0	0	11	0	0	0	0	0
Nein	80	27	14	14	0	10	8	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	27	14	14	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	2	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	2	2	1	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	94	27	16	14	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
23.1067

Abstimmungsdatum 10. April 2024 17:54:34

Geschäft Ausgabenbewilligung für den Bau der Neubauten Primarschule Walkeweg sowie Übertragung der Schulhausparzelle vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen (Widmung), Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	81	27	15	14	0	10	8	7	0	0
Nein	11	0	0	0	11	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	15	14	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	2	2	1	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	94	27	16	14	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
23.1067

Abstimmungsdatum 10. April 2024 17:55:25

Geschäft Ausgabenbewilligung für den Bau der Neubauten Primarschule Walkeweg sowie Übertragung der Schulhausparzelle vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen (Widmung), Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	80	27	15	13	0	10	8	7	0	0
Nein	11	0	0	0	11	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	27	15	13	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	2	2	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	93	27	16	13	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
23.1351

Abstimmungsdatum 17. April 2024 09:29:55

Geschäft Umsetzung eines neuen Angebots zur freiwilligen Begleitung und Befähigung - Ausgabenbewilligung für die Jahre 2024 bis 2028, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	95	29	18	15	8	10	8	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	18	15	8	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	1	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	9	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 16**
24.5054

Abstimmungsdatum 17. April 2024 10:17:12
Geschäft Motion 1 Joël Thüring und Konsorten betreffend Bezahlkarte für Asylbewerber

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bessenich Salome (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sieber Johannes (GLP)	Nein
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	21	0	0	7	9	4	0	0	1	0
Nein	71	28	18	7	0	3	8	7	0	0
Ent	2	0	0	1	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	94	28	18	15	9	8	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	0	2	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	9	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 17**
24.5056

Abstimmungsdatum 17. April 2024 10:33:01

Geschäft Motion 2 Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Rückvergütungen von kantonalen Überschüssen an die steuerzahlenden Privatpersonen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ent
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ent
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ent
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ent	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	71	23	0	15	9	9	8	7	0	0
Nein	18	0	17	0	0	0	0	0	1	0
Ent	4	4	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	27	17	15	9	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	1	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	9	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 18**
24.5055

Abstimmungsdatum 17. April 2024 10:41:43

Geschäft Anzug 1 Pascal Pfister und Konsorten betreffend ambulant begleitete Arbeit für Personen mit behinderungsbedingten Einschränkungen (Supported Employment)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	70	26	18	9	0	9	8	0	0	0
Nein	22	0	0	6	9	0	0	6	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	93	26	18	15	9	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	3	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	9	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 19**
24.5060

Abstimmungsdatum 17. April 2024 11:00:13

Geschäft Anzug 2 Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend Massnahmen zur Unterstützung von Long Covid Erkrankten

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ent	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ent	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ent
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ent
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	62	28	18	0	0	7	8	1	0	0
Nein	27	0	0	14	8	2	0	2	1	0
Ent	5	0	0	1	1	0	0	3	0	0
Abgestimmt	94	28	18	15	9	9	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	0	1	0	1	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	9	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 21**
24.5061

Abstimmungsdatum 17. April 2024 11:10:46

Geschäft Anzug 4 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Palliativ Care und Migration bzw. diversitätssensitive Palliative Care

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ent
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	69	26	18	6	0	7	8	4	0	0
Nein	22	0	0	9	9	2	0	1	1	0
Ent	2	0	0	0	0	0	0	2	0	0
Abgestimmt	93	26	18	15	9	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	3	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	9	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.5065

Abstimmungsdatum 17. April 2024 11:20:36

Geschäft Anzug 5 Christine Keller und Konsorten betreffend Lehrstuhl für Palliative Care an der Medizinischen Fakultät der Universität Basel

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	73	28	18	6	1	9	8	3	0	0
Nein	22	0	0	9	8	0	0	4	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	18	15	9	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	9	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 23**
24.5066

Abstimmungsdatum 17. April 2024 11:28:25

Geschäft Anzug 6 Christine Keller und Konsorten betreffend Zertifizierung von Alters- und Pflegeheimen in „Qualität in Palliative Care“

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Ent
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ent
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	66	27	17	4	0	6	8	4	0	0
Nein	21	0	0	9	9	0	0	2	1	0
Ent	4	0	0	2	0	1	0	1	0	0
Abgestimmt	91	27	17	15	9	7	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	7	2	1	0	0	3	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	9	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 25**
24.5068

Abstimmungsdatum 17. April 2024 12:03:15

Geschäft Anzug 8 Lukas Bollack und Konsorten betreffend Rheintunnel und flankierende Massnahmen zur Entlastung der Quartiere

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	55	27	18	0	0	2	8	0	0	0
Nein	39	0	0	15	9	8	0	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	27	18	15	9	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	2	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	96	28	18	15	9	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 26**
24.5076

Abstimmungsdatum 17. April 2024 15:27:16

Geschäft Anzug 9 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Wahlen: Systematische Diskriminierung der Frauen durch die Beschränkung der Anzahl Zeichen für die «Angaben zur Person»

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ent	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	76	28	18	9	1	9	8	3	0	0
Nein	14	0	0	3	8	0	0	3	0	0
Ent	3	0	0	2	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	93	28	18	14	9	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	0	0	1	1
Nicht anwesend	4	1	0	1	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	28	18	14	9	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 28**
23.5640

Abstimmungsdatum 17. April 2024 15:36:14

Geschäft Budgetpostulat 2024 Michael Hug betreffend Präsidialdepartement, 370 Kultur, 36 Transferaufwand (Jüdisches Museum), Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	89	27	15	13	9	10	8	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	27	15	13	9	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	6	1	2	1	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	1	1	1	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	28	17	14	9	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 29**
23.5647

Abstimmungsdatum 17. April 2024 15:51:02

Geschäft Budgetpostulat 2024 Oliver Bolliger Präsidialdepartement, 350 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (QuartierJobs), Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ent
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bessenich Salome (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sieber Johannes (GLP)	Ent
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	34	0	0	13	7	4	3	7	0	0
Nein	51	26	18	0	2	4	1	0	0	0
Ent	6	0	0	0	0	1	4	0	1	0
Abgestimmt	91	26	18	13	9	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	1	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	1	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	28	18	14	9	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 30**
23.5648

Abstimmungsdatum 17. April 2024 16:03:32

Geschäft Budgetpostulat 2024 Pascal Pfister Präsidialdepartement, 350 Kantons- und Stadtentwicklung, 31 Sach- und Betriebsaufwand (Freiwilligenprojekte gegen Einsamkeit), Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ent
Sieber Johannes (GLP)	Ent
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	37	0	0	11	9	5	4	7	1	0
Nein	52	28	17	2	0	5	0	0	0	0
Ent	3	0	0	0	0	0	3	0	0	0
Abgestimmt	92	28	17	13	9	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	1	1	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	28	17	14	9	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 31**
23.5542

Abstimmungsdatum 17. April 2024 16:07:26

Geschäft Motion Pascal Pfister und Konsorten betreffend Freiwilligen-Projekte gegen Einsamkeit unterstützen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	35	0	0	13	9	6	0	7	0	0
Nein	58	28	17	1	0	4	8	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	17	14	9	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	1	1	1	2	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	94	28	17	14	9	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 32**
23.5641

Abstimmungsdatum 17. April 2024 16:19:31

Geschäft Budgetpostulat 2024 Raphael Fuhrer Bau- und Verkehrsdepartement, 661 Amt für Mobilität, 30 Personalaufwand (Velofachstelle), Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	56	27	17	0	0	5	7	0	0	0
Nein	33	0	0	14	9	3	0	7	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	90	27	17	14	9	8	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	2	1	1	2	1	0	0	1	0
Stimmberechtigt	92	27	17	14	9	9	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 33**
23.5638

Abstimmungsdatum 17. April 2024 16:24:45

Geschäft Budgetpostulat 2024 Christine Keller Bau- und Verkehrsdepartement, 614 Stadtgärtnerei, 31 Sach- und Betriebsaufwand (Hundefreilaufzone "Merkuranlage"), Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ent
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ent
Kühne Brigitte (GLP)	Ent
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bessenich Salome (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Ent
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sieber Johannes (GLP)	Nein
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	32	0	0	10	9	6	1	6	0	0
Nein	51	25	15	4	0	2	4	1	0	0
Ent	5	0	2	0	0	0	3	0	0	0
Abgestimmt	88	25	17	14	9	8	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	4	2	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	2	1	1	2	1	0	0	1	0
Stimmberechtigt	92	27	17	14	9	9	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 34**
23.5544

Abstimmungsdatum 17. April 2024 16:46:19
Geschäft Motion Tobias Christ und Konsorten betreffend ein gesundes Stadtklima, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bessenich Salome (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sieber Johannes (GLP)	Nein
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	37	0	0	12	9	9	0	7	0	0
Nein	51	26	17	0	0	0	8	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	26	17	12	9	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	2	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	2	1	1	2	1	0	0	1	0
Stimmberechtigt	92	27	17	14	9	9	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 34**
23.5544

Abstimmungsdatum 17. April 2024 16:47:06
Geschäft Motion Tobias Christ und Konsorten betreffend ein gesundes Stadtklima, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	54	27	17	0	0	2	8	0	0	0
Nein	35	0	0	13	9	6	0	7	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	90	27	17	13	9	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	2	1	1	2	1	0	0	1	0
Stimmberechtigt	92	27	17	14	9	9	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 35**
23.5545

Abstimmungsdatum 17. April 2024 16:53:56
Geschäft Motion Tobias Christ und Konsorten betreffend eine zukunftsfähige Mobilität, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	39	0	0	14	9	9	0	7	0	0
Nein	50	27	16	0	0	0	7	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	27	16	14	9	9	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	8	2	1	1	2	1	0	0	1	0
Stimmberechtigt	92	27	17	14	9	9	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 35**
23.5545

Abstimmungsdatum 17. April 2024 16:54:39
Geschäft Motion Tobias Christ und Konsorten betreffend eine zukunftsfähige Mobilität, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	54	27	17	0	0	2	8	0	0	0
Nein	36	0	0	14	9	6	0	7	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	91	27	17	14	9	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	2	1	1	2	1	0	0	1	0
Stimmberechtigt	92	27	17	14	9	9	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 43**
19.5496

Abstimmungsdatum 17. April 2024 17:28:23

Geschäft Anzug Andrea Elisabeth Knellwolf und Konsorten betreffend wirkungsvolle Senkung der Regulierungsfolgekosten, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sieber Johannes (GLP)	Nein
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	44	27	17	0	0	0	0	0	0	0
Nein	46	0	0	14	8	9	8	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	27	17	14	8	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	9	2	1	1	3	1	0	0	1	0
Stimmberechtigt	91	27	17	14	8	9	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 45**
22.5467

Abstimmungsdatum 17. April 2024 17:47:29

Geschäft Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Niederschwelliger Zugang zur Kriseninterventionsstation (KIS), Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bessenich Salome (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Sieber Johannes (GLP)	Nein
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	36	0	0	14	7	8	0	7	0	0
Nein	51	27	17	0	1	0	6	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	27	17	14	8	8	6	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	0	2	0	0	1
Nicht anwesend	10	2	1	1	3	2	0	0	1	0
Stimmberechtigt	90	27	17	14	8	8	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 46**
19.5343

Abstimmungsdatum 17. April 2024 17:50:15

Geschäft Anzug Sarah Wyss betreffend die KIS muss im Akut-Spital bleiben - jetzt muss der Kanton handeln, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bessenich Salome (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	37	0	0	14	8	8	0	7	0	0
Nein	48	26	17	0	0	0	5	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	85	26	17	14	8	8	5	7	0	0
Nicht abgestimmt	5	1	0	0	0	0	3	0	0	1
Nicht anwesend	10	2	1	1	3	2	0	0	1	0
Stimmberechtigt	90	27	17	14	8	8	8	7	0	1

Anhang B

Neue Ratschläge, Berichte und Vorstösse für die April-Sitzung

	Tagesordnung	Komm.	Dep.	Dokument
1.	Stadtklimakonzept: Massnahmenprogramm für Fokusgebiete (Handlungsfeld 1), Verwaltungsinterne Zuständigkeiten (Handlungsfeld 7) und Anreizsysteme (Handlungsfeld 9), Bericht der UVEK	UVEK	BVD	23.0813.02
2.	Budgetpostulat 2024 Christine Keller betreffend Bau- und Verkehrsdepartement, 614 Stadtgärtnerei, 31 Sach- und Betriebsaufwand (Hundefreilaufzone "Merkuranlage"), Bericht des RR		BVD	23.5638.02
3.	Budgetpostulat 2024 Raphael Fuhrer betreffend Bau- und Verkehrsdepartement, 661 Amt für Mobilität, 30 Personalaufwand (Velofachstelle), Bericht des RR		BVD	23.5641.02
4.	Budgetpostulat 2024 Michael Hug betreffend Präsidialdepartement, 370 Kultur, 36 Transferaufwand (Jüdisches Museum), Bericht des RR		PD	23.5640.02
5.	Budgetpostulat 2024 Oliver Bolliger betreffend Präsidialdepartement, 350 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (QuartierJobs), Bericht des RR		PD	23.5647.02
6.	Budgetpostulat 2024 Pascal Pfister betreffend Präsidialdepartement, 350 Kantons- und Stadtentwicklung, 31 Sach- und Betriebsaufwand (Freiwilligenprojekte gegen Einsamkeit), Bericht des RR		PD	23.5648.02
7.	Bericht und Wahlvorschlag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl einer Datenschutzbeauftragten des Kantons Basel-Stadt	WVKo		23.5410.02
8.	Petition P471 "Ausbau und Erweiterung der Workout-Anlage im Dreirosenpark Basel", Bericht der PetKo	PetKo		23.5553.02
9.	Petition P473 "Für ein Ackermätteli ohne Schulprovisorium, Bericht der PetKo	PetKo		23.5580.02
10.	Umsetzung eines neuen Angebots zur freiwilligen Begleitung und Befähigung - Ausgabenbewilligung für die Jahre 2024 bis 2028, Bericht der GSK	GSK	WSU	23.1351.02
11.	Teilrevision des Gesundheitsgesetzes vom 21. September 2011 (GesG) betreffend Zulassung von Leistungserbringern zur Tätigkeit zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP), Bericht der GSK	GSK	GD	23.0859.02
12.	Neunter Bericht über die Leistungs-, Kosten- und Prämienentwicklung sowie die Massnahmen zur Dämpfung der Höhe der Gesundheitskosten gemäss § 67 Abs. 2 des Gesundheitsgesetzes, Bericht der GSK	GSK	GD	23.1505.02
13.	Teilrevision des Gesetzes betreffend die Organisation der Gerichte und der Staatsanwaltschaft (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG) zwecks Schaffung eines zusätzlichen Präsidiums am Strafgericht, Bericht der JSSK	JSSK	JSD	23.1304.02
14.	Motion Lisa Mathys und Konsorten betreffend flankierende Massnahmen Autobahnzubringer Allschwil ZUBA, Zwichenbericht des RR		BVD	19.5447.03
15.	Motion Tobias Christ und Konsorten betreffend ein gesundes Stadtklima, Stellungnahme des RR		BVD	23.5544.02
16.	Motion Tobias Christ und Konsorten betreffend eine zukunftsfähige Mobilität, Stellungnahme des RR		BVD	23.5545.02
17.	Anzug Semseddin Yilmaz und Konsorten betreffend einem evt. Ausbau der Einsatztramlinie E11, Schreiben des RR		BVD	22.5087.02
18.	Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend 30'-Takt im ÖV-Nachtnetz, Schreiben des RR		BVD	22.5039.02
19.	Anzug Sarah Wyss betreffend die KIS muss im Akut-Spital bleiben - jetzt muss der Kanton handeln, Schreiben des RR		GD	19.5343.04
20.	Anzug Sarah Wyss und Konsorten betreffend Überprüfung der Assistenzstellen in Hausarztpraxen, Schreiben des RR		GD	19.5483.03

21.	Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Niederschwelliger Zugang zur Kriseninterventionsstation (KIS), Schreiben des RR		GD	22.5467.03
22.	Motion René Brigger und Konsorten betreffend Anpassung Basler Baurecht an die Solaroffensive, Stellungnahme des RR		WSU	23.5512.02
23.	Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend temporäre Erhöhung des Freibetrags bei der Sozialhilfe aufgrund der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie, Stellungnahme des RR		WSU	21.5317.03
24.	Anzug Andrea Elisabeth Knellwolf und Konsorten betreffend wirkungsvolle Senkung der Regulierungsfolgekosten, Schreiben des RR		WSU	19.5496.03
25.	Motion Pascal Pfister und Konsorten betreffend Freiwilligen-Projekte gegen Einsamkeit unterstützen, Stellungnahme des RR		PD	23.5542.02
26.	Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend Besteuerung der Einnahmen aus Einspeisevergütungen von Photovoltaik-Kleinanlagen und Netzentgelt, Schreiben des RR		FD	22.5038.02
27.	Anzug Daniel Sägesser und Konsorten betreffend bessere Planbarkeit von Nachtsitzungen für eine bessere Vereinbarkeit von Politik und Familie, Bericht des Ratsbüros	Ratsbüro		23.5339.02

Überweisung an Kommissionen

28.	Investitionsbeitrag an die Sanierung der Johanneskirche, Ausgabenbericht des RR	BRK	FD	23.1576.01
29.	Projektierung des Neuen Hallenbades am Standort Messeareal, Parzelle 7/2416 (Musical Theater), Ratschlag des RR	BRK	FD	24.0157.01
30.	Kantonale Volksinitiative betreffend «Erhalt des Musical Theater Basel»; Bericht des RR	BRK	FD	23.1354.02
31.	Gestaltungskonzept Innenstadt: Vierter Bericht zur Verwendung der Mittel aus der ersten Rahmenausgabenbewilligung (2015) sowie erster Bericht zur Verwendung der Mittel aus der zweiten Rahmenausgabenbewilligung (2021) Gestaltungskonzept Innenstadt (stabile Räume), Bericht des RR	UVEK	BVD	24.0226.01
32.	Kantonale Volksinitiative "Sicherere Velorouten in Basel-Stadt", Bericht des RR	UVEK	BVD	22.0979.03
33.	Teilrevision des Gesetzes betreffend das Halten von Hunden (Hundegesetz) - Formell-gesetzliche Grundlage für die Pflicht zum Besuch eines Hunde-Erziehungskurses (Sachkundenachweis für Hunde) sowie Anzug Kerstin Wenk und Konsorten betreffend Massnahmen um den Kauf von Hunden aus prekären Verhältnissen zu steuern, Ratschlag des RR	GSK	GD	22.1255.01 20.5390.03
34.	Ausgabenbewilligung für den gemeinsamen Fachausschuss Darstellende Künste der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft für die Jahre 2024 bis 2027, Ratschlag des RR	BKK	PD	24.0179.01

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

35.	Motionen:			
	1. Joël Thüring und Konsorten betreffend ungültige Stimmen vermeiden – Wahlunterlagen anpassen			24.5096.01
	2. Amina Trevisan und Konsorten betreffend Chancengerechtigkeit für migrierte Schülerinnen und Schüler durch langfristige Sicherstellung eines Förderprogramms für leistungsstarke Jugendliche			24.5110.01
36.	Anzüge:			
	1. Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend niederschwelliger Zugang zu allen staatlich mitfinanzierten Museen dank einheitlicher Anerkennung der Museumspässe			24.5098.01
	2. Anzug Jo Vergeat und Konsorten betreffend einer neuen «Usestuelete 2.0» in Basel-Stadt			24.5099.01

	3. Daniel Seiler und Konsorten betreffend Schutz von vulnerablen Menschen bei Hitze			24.5105.01
	4. Andrea Strahm und Konsorten betreffend Orientierungstag obligatorisch für alle			24.5106.01
	5. Ivo Balmer und Konsorten betreffend Wohnen ist kein Gewerbe - gewerbliches «Airbnb» und Business Apartments regulieren			24.5107.01
	6. Oliver Thommen und Konsorten betreffend Einbezug von Menschen mit Behinderung			24.5108.01
37.	Motion Patricia von Falkenstein und Konsorten betreffend Erkenntnisse aus der Corona-Krise und ihrer Bewältigung, Zwischenbericht des RR		GD	20.5175.03
38.	Motion Lorenz Amiet und Konsorten betreffend «Wider die Auswüchse bei Lohngleichheitsanalysen im kantonalen Beschaffungswesen», Stellungnahme des RR		PD	23.5478.02

Kenntnisnahme

39.	Brennpunkt unteres Kleinbasel: Vorschläge der interdepartementalen Arbeitsgruppe zur Finanzierung der Massnahmen - Bewilligung für dringliche Ausgaben, Schreiben der FKom	FKom		23.1176.01
40.	Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2022 des Regierungsrats, Zweite Stellungnahme des Regierungsrates	GPK		23.5305.03
41.	Anzug Karin Sartorius und Konsorten betreffend Velofurt - Pilotversuch in Basel, Schreiben des RR (stehen lassen)		BVD	22.5120.02
42.	Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend bessere und attraktivere Erreichbarkeit der Sportanlagen St. Jakob vom Gundeli/Dreispitz her, Schreiben des RR (stehen lassen)		BVD	22.5086.02
43.	Schriftliche Anfrage Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Anwohnerparking mit Nutzung bestehender öffentlicher und privater Kapazitäten in Basel, Schreiben des RR		BVD	23.5631.02
44.	Anzug Oswald Inglin und Konsorten betreffend Konzessionierung von Miet-E-Fahrzeugen, Schreiben des RR (stehen lassen)		BVD	19.5282.04
45.	Anzug Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend "Betonpiste Dreirosenbrücke", Schreiben des RR (stehen lassen)		BVD	22.5172.02
46.	Anzug Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Sanierung Rheinbord im Perimeter Schaffhauserrheinweg und Oberer Rheinweg, Schreiben des RR (stehen lassen)		BVD	17.5318.05
47.	Schriftliche Anfrage Brigitte Gysin betreffend Begleitung der leiblichen Eltern von Pflegekindern, Schreiben des RR		ED	23.5627.02
48.	Schriftliche Anfrage Amina Trevisan betreffend Ausbau des Dachstockes Primarstufe Insel, Inselstrasse 45, 4057 Basel, Schreiben des RR		ED	23.5626.02
49.	Schriftliche Anfrage Amina Trevisan betreffend Übertrittskriterien von der 6. Klasse (Primarstufe) in einen der drei Sekundar-Züge (Sekundarstufe), Schreiben des RR		ED	23.5582.02
50.	Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend Vermitteln von Kompetenzen im Umgang mit Fake-News. Schreiben des RR		ED	23.5633.02
51.	Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Einführung der Volksanregung, Schreiben des RR (stehen lassen)		PD	19.5517.03
52.	Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend der Kulturbetrieb im Fokus geopolitischer und kultureller Konflikte, Schreiben des RR		PD	23.5634.02
53.	Anzug Martina Bernasconi und Konsorten betreffend Wasserstofftankstellen sowie Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend Chance für eine regionale Leuchtturm-Zusammenarbeit? Batterie- und H2-Brennstoffzellen-Antrieb. Schreiben des RR (stehen lassen)		WSU	19.5290.03 19.5299.03
54.	Schriftliche Anfrage Sasha Mazzotti betreffend den externen sonderpädagogischen Angeboten vor der Umsetzung der «Integrativen Schule» in Basel-Stadt, Schreiben des RR		ED	23.5635.02

55.	Schriftliche Anfrage Amina Trevisan betreffend Zusammensetzung der Schülerschaft in den ehemaligen Kleinklassen vor der Umsetzung der «Integrativen Schule» in Basel-Stadt, Schreiben des RR	ED	23.5652.02
56.	Schriftliche Anfrage Tim Cuénod betreffend des Umsetzungsstandes der Projekte aus den Aggloprogrammen 1-3 sowie zum Bericht zum Stand der Tramnetzentwicklung, Schreiben des RR	BVD	23.5660.02
57.	Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend die Situation obdachloser Jugendlicher in der Region Basel, Schreiben des RR	WSU	23.5661.02
58.	Schriftliche Anfrage Heidi Mück betreffend "Adväntsgass Basel": velofreundlichere Platzierung, Schreiben des RR	JSD	24.5023.02

Protokoll

der 12. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 15. Mai 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Barbara Heer (SP); Raoul I. Furlano (LDP); Gianna Hablützel-Bürki (SVP); Anina Ineichen (GAB); Lukas Bollack (GLP); Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP); Tonja Zürcher (GAB); Lorenz Amiet (SVP).*

Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung 2
2. Entgegennahmen und Zuweisungen 2
3. Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Michela Seggiani, SP) 3
4. Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Thomas Gander, SP) 4
5. Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge Thomas Gander, SP) 4
6. Wahl eines nebenamtlichen Richters am Zivilgericht (Nachfolge für den verstorbenen Ernst Jost, SP), Bericht der WVKo 5
7. Bericht der Finanzkommission und der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rats des Kantons Basel-Stadt zur St. Jakobshalle 6
8. Kantonale Volksinitative "Basel baut Zukunft", Bericht der BRK 21

Beginn der 12. Sitzung

Mittwoch, 15. Mai 2024, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[15.05.24 09:00:24]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sehr geehrte Damen und Herren, Sie hören es, meine Stimme ist nicht in bester Verfassung, aber ich habe einen Statthalter. Ich begrüsse Sie ganz herzlich zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Neue Sitzordnung Regierungsrat

Die Sitzplätze auf der Regierungsbank wurden neu besetzt. Ich begrüsse ganz herzlich Mustafa Atici, unseren neuen Regierungsrat. [Applaus]

Mustafa Atici offeriert heute Morgen zur Feier des Tages den Kaffee.

Balz Herter (Mitte-EVP):

Neue Ratsmitglieder

Ich habe die Freude, ein neues Mitglied in unserem Rat begrüssen zu dürfen. Zaira Esposito übernimmt den Platz des zurückgetretenen Thomas Gander. Ich bitte Zaira Esposito sich kurz zu erheben. [Applaus]

Ich wünsche Zaira Esposito für ihre verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und heisse sie herzlich willkommen im Rat.

Anlass der Kulturgruppe

Am Mittwoch, 15. Mai, findet ein Anlass der Kulturgruppe statt, der erste im 2024. Das Co-Präsidium der Kulturgruppe des Grossen Rates freut sich, Sie zur heutigen Veranstaltung der Kulturgruppe im Museum Kultur und Spiel, dem MUKS, in Riehen einzuladen. Es erwartet Sie eine spannende Führung durch die Dauer- und Sonderausstellung zur Geschichte Riehens und die wundervollen Spielzeugwelten sowie ein Apéro zum Ausgang mit Gelegenheit zu Gesprächen.

Treffpunkt ist 18.40 Uhr im MUKS an der Baslerstrasse in Riehen. Die Tram-Nummer 6 fährt direkt dorthin an die Haltestelle Riehen Dorf.

Sandra Bothe nimmt Ihre Anmeldungen entgegen und steht Ihnen auch für Fragen zur Verfügung.

Neue Interpellationen

Es sind 22 neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen 47, 49, 54, 59, 60, 64 und 65 werden mündlich beantwortet.

Das waren meine Mitteilungen. Wir kommen damit zur

Tagesordnung

Der Grosse Rat beschliesst stillschweigend, die Tagesordnung zu genehmigen.

2. Entgegennahmen und Zuweisungen

[15.05.24 09:05:08]

Balz Herter (Mitte-EVP): Es liegen keine Wortmeldungen zur Entgegennahmen von neuen Geschäften und Zuweisungen an die Kommissionen vor.

Der Grosse Rat beschliesst

die vorgeschlagenen Zuweisungen der neuen Geschäfte gemäss Ratsbüro zu genehmigen.

3. Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Michela Seggiani, SP)

[15.05.24 09:04:00]

Balz Herter (Mitte-EVP): Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden 3 bis 5 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Die Abstimmungen werden einzeln durchgeführt.

Für offene Wahlen braucht es eine Zustimmung eines Zweidrittelmehrs. Wir kommen zur Abstimmung.

2/3-Abstimmmung

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl

Ergebnis der Abstimmung

81 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003393, 15.05.24 09:05:08]*

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahl.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben sich mit 81 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme für offene Wahlen entschieden.

Gemäss § 14 Abs. 1 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommissionen während der ganzen Amtsperiode unverändert. Es sind deshalb nur Wahlvorschläge zulässig, welche auf die Mitglieder der Fraktion der SP lauten. Für die Wahl als Mitglied der Regiokommission wurde von der Fraktion SP vorgeschlagen Zaira Esposito. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen damit zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Zaira Esposito wählen will, stimmt JA. Wer sie nicht wählen will, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003395, 15.05.24 09:06:20]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Wahl von Zaira Esposito als Mitglied der Regiokommission.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben Zaira Esposito mit 86 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung in die Regiokommission gewählt. Ich wünsche ihr viel Erfolg und Freude im neuen Amt.

4. Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Thomas Gander, SP)

[15.05.24 09:06:32]

Balz Herter (Mitte-EVP): Für die Wahl als Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission von der Fraktion SP vorgeschlagen wurde Hanna Bay. Wählbar sind nur Mitglieder der Fraktion SP. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen, deshalb kommen wir direkt zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Hanna Bay wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

84 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003397, 15.05.24 09:07:24]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Wahl von Hanna Bay als Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben Hanna Bay mit 84 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung in die JDSK gewählt. Ich wünsche ihr viel Freude und Erfolg im neuen Amt.

5. Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge Thomas Gander, SP)

[15.05.24 09:07:34]

Balz Herter (Mitte-EVP): Für die Wahl als Mitglied der Finanzkommission von der Fraktion SP vorgeschlagen wurde Ivo Balmer. Wählbar sind Mitglieder der Fraktion SP. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen, weshalb wir auch hier zur offenen Wahl schreiten.

Abstimmung

Wer Ivo Balmer wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003399, 15.05.24 09:08:26]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Wahl von Ivo Balmer als Mitglied der Finanzkommission.

Balz Herter (Mitte-EVP): Ivo Balmer wurde mit 85 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung als neues Mitglied der Finanzkommission gewählt. Ich wünsche ihm viel Freude und Erfolg in der Kommission.

6. Wahl eines nebenamtlichen Richters am Zivilgericht (Nachfolge für den verstorbenen Ernst Jost, SP), Bericht der WVKo

[15.05.24 09:08:40, 24.5112.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Wahlvorbereitungskommission beantragt, Stefan Kunz als Richter am Zivilgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer zu wählen. Eine inhaltliche Diskussion über kandidierende oder vorgeschlagene Personen findet gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung nicht statt.

Ich übergebe das Wort an den Präsidenten der Wahlvorbereitungskommission André Auderset. Er verzichtet. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Eintreten ist obligatorisch.

Gemäss § 31 Abs. 1 GO findet die Wahl geheim statt. Wenn nicht mehr Kandidatinnen oder Kandidaten vorgeschlagen sind, als gewählt werden können, kann der Grosse Rat mit zwei Dritteln der Stimmen offene Wahl beschliessen. Ich beantrage Ihnen auch hier eine offene Wahl. Wir kommen damit zur Abstimmung über die offene Wahl.

2/3-Abstimmmung

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003401, 15.05.24 09:10:21]*

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahl.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben mit 87 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme offene Wahlen beschlossen.

Wir kommen damit zum eigentlichen Wahlgeschäft.

Abstimmung

Wer dem Antrag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl von Stefan Kunz zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

78 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003402, 15.05.24 09:11:03]*

Der Grosse Rat beschliesst

Wiederholung der Abstimmung.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir wiederholen die Abstimmung.

Abstimmung

Wer dem Antrag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl von Stefan Kunz zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

78 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003405, 15.05.24 09:11:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

Stefan Kunz (geb. 1985, whft. in 4052 Basel) als nebenamtlichen Richter am Zivilgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. Dezember 2027 zu wählen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Stefan Kunz wurde mit 78 Ja-Stimmen ohne Nein-Stimmen als neuer Richter an das Zivilgericht gewählt. Ich wünsche ihm viel Freude und Erfolg im neuen Amt. [Applaus]

7. Bericht der Finanzkommission und der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rats des Kantons Basel-Stadt zur St. Jakobshalle

[15.05.24 09:12:20, 24.5103.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Geschäftsprüfungskommission und die Finanzkommission beantragen, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Für die Finanzkommission hat das Wort deren Präsident Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die Finanzkommission berichtet gemeinsam mit der Geschäftsprüfungskommission. Das ist zum ersten Mal der Fall, dass die beiden Oberaufsichtskommissionen einen gemeinsamen Bericht verfasst haben. Sie werden nachher dann auch vielleicht merken, wenn Sie den Voten meines GPK-Kollegen, dem Präsidenten und mir folgen, dass wir aber in der Aufteilung doch sehr deutlich feststellen können, dass der Hauptteil des Berichts von der Geschäftsprüfungskommission stammt, deshalb sitzt mein geschätzter Kollege Tim Cuénod auch auf dem Platz von Ihnen gesehen links, wo normalerweise die federführende Kommission sitzt. Tim Cuénod und ich haben uns aber abgesprochen, wie wir es uns aufteilen. Ich möchte vielleicht kurz zu Beginn darauf hinweisen, dass wir bei dieser gemeinsamen Untersuchung verschiedene Aspekte beleuchtet haben. Die Finanzkommission hat sich insbesondere um die Finanzaspekte gekümmert, hat dort genau hingeschaut, währenddem die GPK alle anderen oberaufsichtsrelevanten Punkte beleuchtet hat.

Grund für diesen Sonderbericht ist die Situation rund um die St. Jakobshalle. Alle die, die die Berichterstattung in den letzten Jahren verfolgt haben sowohl hier im Grossen Rat, aber auch aussen, haben festgestellt, dass es verschiedene Probleme mit der St. Jakobshalle gibt und bereits im Jahr 2020 war die St. Jakobshalle im Fokus einer Untersuchung einer Oberaufsichtskommission. Die GPK hat damals sehr ausführlich in ihrem Jahresbericht 2020 zum Thema Brandschutz berichtet, nachdem kurz zuvor ein Hiphop-Konzert kurzfristig abgesagt werden musste. Die ersten Aufzeichnungen zu Untersuchungen rund um die St. Jakobshalle finden sich in unseren Unterlagen, in Unterlagen von der GPK und Finanzkommission bereits im Jahr 2008. Wir befassen uns also insgesamt schon 16 Jahre mit dieser Halle und die Ursache, dass wir hier nun berichten, ist der Umstand, dass die Situation und die Entwicklung der St. Jakobshalle weiterhin unbefriedigend ist und entsprechend auch immer noch Anlass zu Kritik gibt. Tim Cuénod, der GPK-Präsident, wird nachher in seinen Ausführungen in der Chronologie auf diese Ereignisse sicher entsprechend eingehen.

So fanden dann auch in den letzten Jahren regelmässig Hearings zur St. Jakobshalle in den beiden Kommissionen statt, jeweils separat. Im Laufe des Jahres 2023 entschlossen sich die beiden Kommissionen dann zusammenzuarbeiten und auf einen gemeinsamen Bericht hinzuwirken. Hierfür gab es einerseits einen Austausch zwischen den Präsidenten, damals noch mit Christian von Wartburg und dann im Wechsel mit Tim Cuénod, und in beiden Kommissionen wurden Subkommissionen respektive Arbeitsgruppen gebildet, um dann auch gemeinsam diesen Bericht zu erarbeiten und ihn in gemeinsamen Sitzungen zu beschliessen.

Wir haben insgesamt in diesem Bericht 13 Feststellungen, aus welchen 12 Empfehlungen resultieren. Bei den Empfehlungen wird unterschieden zwischen Empfehlungen zur Prüfung, diese sind einfach umrundet, also so in etwa wie zu prüfen und zu berichten, und Empfehlungen zur Umsetzung, diese sind doppelt umrandet, also umzusetzen. Hier können wir als gängigen Vergleich Sie vielleicht daran erinnern, wie es ist im Grossen Rat mit den persönlichen Vorstössen, mit Anzügen und mit Motionen. Wir haben in diesem Sinne dann unterschieden und wenn Sie die Stellungnahme des Regierungsrates, die uns ja

seit Montagnachmittag vorliegt, gelesen haben, dann stellen Sie fest, dass auch der Regierungsrat diese Unterscheidung bereits erkannt hat. Besten Dank dafür.

Nun vielleicht zu den Geschehnissen aus Sicht der Finanzkommission. Hier geht es ja vor allem darum, dass die Finanzkommission immer dann zum Zuge kommt, wenn ein finanzrechtlicher Status als gebunden beantragt wird seitens des Regierungsrates. Wenn also der Regierungsrat der Meinung ist, dass gemäss Finanzhaushaltsgesetz eine Ausgabe nicht neu ist, dann ist sie der Finanzkommission vorzulegen und nicht mehr dem Grossen Rat, weshalb einige Nachträge, die für die St. Jakobshalle in der Vergangenheit gesprochen worden sind, auch nicht hier im Grossen Rat behandelt wurden, sondern abschliessend von der Finanzkommission beschlossen wurden. Das geht in der Diskussion, auch wenn man mit Medienschaffenden dann diskutiert, manchmal etwas unter, dass dann in solchen Fällen eben nicht mehr der Grosse Rat, sondern die Finanzkommission zu beschliessen hat. Und nur wenn die Finanzkommission entscheidet, dass eine Ausgabe nicht als gebunden bezeichnet werden kann, sondern als neu, dann muss der Regierungsrat darauf, wenn er an dieser Ausgabe festhalten will, dem Grossen Rat hierzu einen Ratschlag unterbreiten. Die entsprechenden Kriterien dazu finden Sie im Finanzhaushaltsgesetz.

Die Finanzkommission, wenn ein solcher Antrag dann aber vorliegt seitens des Regierungsrates, beurteilt den Antrag nicht inhaltlich. Das ist eine wichtige Unterscheidung auch zur Debatte im Grossen Rat. Die Finanzkommission beurteilt dann nur, ob der vom Regierungsrat beantragte finanzrechtliche Status korrekt ist. Deshalb haben wir auch bei der St. Jakobshalle, bei diesen Nachträgen, die gesprochen worden sind, seitens der Finanzkommission in den vergangenen Jahren nicht darüber befunden, ob diese sinnvoll oder nicht sinnvoll sind, ob sie von der Höhe angemessen sind, sondern lediglich, ob der finanzrechtliche Status korrekt war. Im Bericht schlüsseln wir deshalb auf, was in der Finanzkommission seit Beschluss des Grossen Rates im Januar 2015 alles für Nachträge durch die Finanzkommission genehmigt wurden. Insgesamt geht es hier, und das ist doch beachtlich, um Summen von über 23 Millionen Franken.

Begonnen hat es im Jahr 2017. Sie können sich erinnern, der Grosse Rat hat einige Jahre zuvor den Ratschlag zur Sanierung genehmigt und im Jahr 2017 musste ein erstes Mal ein Antrag des Regierungsrates auf eine gebundene Ausgabenerhöhung in Höhe von 2,9 Millionen Franken in der Finanzkommission bewilligt werden. Es ging damals um Schadstoffsanierungen des Bodens und um Akustikelemente. Dieser Nachtrag wurde unter anderem damit begründet, dass der Bodenbelag mit Schwermetallen belastet sei, man musste deshalb den gesamten Hallenboden sanieren und die staubbelasteten Akustikelemente ersetzen.

Im 2018 kam es dann zu einem weiteren doch sehr grossen Nachtrag. Die Finanzkommission bekam dort einen Antrag des Regierungsrates auf eine gebundene Ausgabe in Höhe von 9,94 Millionen Franken. Hierfür wurden unvorhersehbare Umstände und Erfahrungen aus dem laufenden Betrieb geltend gemacht. Gemäss dem damaligen Schreiben des Bau- und Verkehrsdepartements waren dies die Verteuerung von Brandschutznachweisen, der Ausbau der Events, Nachforderungen, aber auch die Behindertenzugänglichkeit, die Akustik und technische Ausrüstung und Installationen sowie Mobiliar. Dazu kamen aber auch Vergabe-Misserfolge und Reklamationen von Veranstaltern. Hierfür gab es dann auch eine sehr umfassende Begründung seitens des Regierungsrates, wobei schon damals in der Finanzkommission Kritik laut wurde, man aber eben dem Status gebunden nicht widersprechen konnte. Immerhin gab der Regierungsrat aber schon damals zu, dass die Grobschätzungen für technische Einrichtungen und für das Mobiliar beispielsweise falsch waren.

Für die Finanzkommission war bei der Beratung dieses Nachtrages insbesondere störend, dass der Regierungsrat respektive das Bau- und Verkehrsdepartement noch im April 2018, also knapp fünf Monate davor, der Finanzkommission gegenüber mitgeteilt hat, dass sowohl terminlich als auch finanziell alles im Lot sei, obschon die Finanzkontrolle bereits anfangs 2018 diesbezügliche Bedenken, ich komme noch darauf, angemeldet hat. Erst Ende Juni dieses Jahres 2018, so das BVD gegenüber der Finanzkommission, habe man dann offenbar festgestellt, dass das zur Verfügung stehende Budget nicht ausreicht. Es ist leider nicht das erste Mal, und ich muss das doch in aller Deutlichkeit sagen, dass uns gegenüber als Finanzkommission bestätigt wird, dass man die Kosten und den Zeitplan im Griff hat und sich kurz darauf herausstellt, dass dies dann eben doch nicht so ist.

Für die Finanzkommission war es schon damals kaum nachvollziehbar, dass notwendige Nachbesserungen erst im Juni 2018 bekannt geworden sind und man uns gegenüber im April davon noch nichts berichtet hat. Man hat sich damals wohl zu sehr auf den Generalplaner verlassen und sich erst zu spät gefragt, ob das Geld ausreicht und erst dann eine Analyse in die Wege geleitet, obschon die Alarmglocken eben schon früher läuteten. Dass bei einem solchen Grossprojekt niemand von der Verwaltungsseite den Überblick über die Kostenentwicklung hat, ist eigentlich aus unserer Sicht unvorstellbar und dass für die Behindertenzugänglichkeit, um nur ein Beispiel zu nennen, im Verlauf des Baus signifikante und logische Nachbesserungen gemacht werden müssen, schien schon damals für die Finanzkommission sehr irritieren, da man beim Umbau einer solchen Halle davon ausgehen kann, dass diese zu Beginn ausreichend behindertengerecht projektiert und gebaut wird.

Schliesslich kam es dann im Mai 2021 zu einem erneuten Antrag der Erhöhung der Ausgabenbewilligung zuhanden der Finanzkommission. Dieses Mal in der Höhe von 8,7 Millionen Franken sowie 2,222 Millionen Franken, welche direkt durch den Regierungsrat bewilligt worden sind über die sogenannt gebundenen Investitionen. Diese erneute Erhöhung der Ausgabenbewilligung war notwendig für unvorhersehbare Mehrkosten, unter anderem noch einmal wegen dem Brandschutz,

wegen Nutzerinteressen, Technik und Infrastruktur und Behebung von Schwächen, die erst im laufenden Betrieb erkannt werden konnten.

Der Finanzkommission wurde auch damals ein sehr detaillierter Bericht zu den Mehrkosten zugestellt. Weil sich aus diesem Antrag diverse Fragen ergaben, wurde beschlossen, ihm zwar einerseits zuzustimmen, weil die Ausgabenerhöhung als gebunden betrachtet werden konnte oder bezeichnet werden konnte, dass man dann eben das Thema aber mit der GPK weiter vertiefen will. Und ungeachtet davon war schon damals, und das hat sich nun auch in diesem Bericht abgebildet, für die Finanzkommission eine klare Erwartungshaltung, dass man künftig bei Anträgen an die Finanzkommission zum finanzrechtlichen Status auch Varianten als Entscheidungsgrundlagen wünscht. Wir wünschen uns einerseits mehr Details in den Anträgen, da ist man uns auch teilweise schon nachgekommen, wir haben dies allerdings im Bericht auch als Empfehlung K nochmals entsprechend festgehalten und wir erwarten, ich spreche da für beide Kommissionen, dass bei künftigen Anträgen an die Finanzkommission Varianten als Entscheidungsgrundlage dann vorgelegt werden.

Das Projekt, welches als ursprünglich mit 105 Millionen Franken veranschlagt und von Ihnen bewilligt wurde, kostet jetzt bereits mit dem durch den im Grossen Rat im Jahr 2022 genehmigten Zusatzratschlag von 7,5 Millionen und den erwähnten knapp 23 Millionen Franken via Finanzkommission bereits 141 Millionen Franken. Also auch dieses Projekt des Kantons Basel-Stadt wurde deutlich teurer, es handelt sich hierbei um eine Steigerung von 34 Prozent.

Nun zum Schluss auch noch ganz kurz zur Finanzkontrolle. Die Finanzkontrolle hat ihn diesem Geschäft ebenfalls regelmässig den beiden Oberaufsichtskommissionen berichtet. Sie war in diesem Geschäft tätigt und hat uns auch entsprechend wertvoll unterstützt und ich möchte hier nun auf einen sehr aufschlussreichen Prüfbericht aus dem Jahr 2022 berichten, welche uns im Januar 2023 dann auch vorgestellt wurde. Die Finanzkontrolle hat damals Nachträge vertieft geprüft und 15 verschiedene Werkvertragsgattungen und alle damals verfügbaren Nachträge, es waren 271 analysiert, und sie musste zum Beispiel feststellen, dass die Unterlagen gegenüber der Finanzkontrolle nicht vollständig vorlagen. Es fehlten im Projektcontrolling Verträge, Nachträge, Rechnungsbelege und die Verbindungen zwischen Nachträgen und Rechnungen waren nur mit erheblichem Aufwand und dem nötigen Fachwissen nachweisbar. So wurde in einer bauseitigen Kontrolle im Oktober 2020 beispielsweise festgestellt, dass die gemeldeten Baukosten etliche Fehler aufweisen, welche korrigiert werden mussten, und hierbei handelt es sich um Korrekturen in der Höhe von doch immerhin über 211’000 Franken.

So wurden beispielsweise aber auch Nachträge ohne konkrete Begründungen genehmigt oder aber auf ein nachvollziehbares und griffiges Projektcontrolling verzichtet. Hätte man darauf nicht verzichtet, hätte man Abweichungen rascher erkennen und handeln können. Erst nach langer Projektdauer wurden erste Projektrisiken explizit benannt, jedoch ohne diese mit Massnahmen zu versehen. Hier liegt doch ein deutliches Versagen der Verantwortlichen vor.

Beim Brandschutz stellt die Finanzkontrolle fest, dass mehrere detaillierte Prüfberichte der basellandschaftlichen Gebäudeversicherung immer wieder mit Hinweisen versehen wurden, was fehlt beziehungsweise wo noch Nachweise fehlen. Die Brandschutzplaner waren aber mit diesen Berichten und Hinweisen offensichtlich teilweise überfordert.

Und schliesslich wurde auch das Kostenmanagement unterschätzt beziehungsweise es existierten ungenügende Kostenreserven und trotz Hinweisen durch die Finanzkontrolle waren keine Massnahmen ersichtlich, sondern im Gegenteil, es wurden Fehler bei anderen gesucht, ohne die Mängel bei der Projektleitung der St. Jakobshalle zu analysieren. Das zeigt, dass die Verantwortlichen des Gremiums ihre Aufsichtspflicht sicher nur ungenügend nachgekommen sind. Immerhin gibt ja auch die Regierung in ihrer jetzt uns zugestellten Stellungnahme zu, dass die Verantwortlichen auf Stufe Departementsleitung in ihrer Aufsicht versagt haben.

Umso unverständlich ist es für uns auch, dass wir in dieser langen Zeit dieses Geschäftes immer noch, wenn wir den heutigen Stand der Dinge betrachten, grosse und gravierende Mängel haben. Wir haben das gerade jetzt auch im Zusammenhang mit dem Sieg der Schweiz am Eurovision Song Contest leider wieder feststellen müssen, dass beispielsweise die Situation mit diesen Hängepunkten an den Decken für die Deckenlast immer noch nicht geklärt ist. Aber auch viele andere Dinge, die für uns als Geschäftsprüfungskommission und Finanzkommission eigentlich logisch sein sollten, sind noch immer nicht behoben. Es ist für uns beispielsweise unverständlich, dass man im Haus keine Pommes frites frittieren kann. In der Halle in Zürich werden 35 Tonnen Pommes frittiert, in Basel ist es kein einziges Pommes frites, das, glauben wir, ist doch ein substanzieller Mangel in der Überlegung auch der Planung. Wenn man dann noch sieht, das andere Dinge wie gefährliche Treppen, fehlende Handläufe und die bereits erwähnte fehlende Behindertenfreundlichkeit erst nach langen zusätzlichen baulichen Massnahmen behoben werden konnten und dies dann auch Teil dieser Nachträge war, dann müssen wir schon feststellen, dass hier Mängel vorhanden waren, die eigentlich nicht hätten vorhanden sein sollen.

Insofern wünschen wir uns seitens der Finanzkommission, dass die von den beiden Oberaufsichtskommissionen nun gemachten Feststellungen und Empfehlungen tatsächlich auch ernst genommen werden, dass der Regierungsrat auch in Bezug auf das Dreirollenmodell wirklich überprüft, was sinnvoll und richtig und besser sein könnte. Wir haben ja nun mit diesen verschiedenen doch eklatanten Preissteigerungen auch zum Beispiel eben beim Biozentrum, aber auch damals beim Departement Biomedizin, wo wir das Darlehen, die Kreditsicherungsgarantie entsprechend erhöhen mussten, ja einige doch unerfreuliche Erkenntnisse schon auch adressieren können.

Wir danken aber dem Regierungsrat, dass er offen ist gegenüber unseren Empfehlungen, zumindest so kann ich diese Stellungnahme interpretieren. Die Finanzkommission hatte noch keine Gelegenheit, die Stellungnahme als Kommission zu behandeln, sie wird das sicher bei nächster Gelegenheit auch machen und das Angebot des Austauschs entsprechend wahrnehmen.

Wir bitten Sie heute, und damit leite ich über an den Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission, unserem Bericht und den Empfehlungen entsprechend zuzustimmen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es liegt eine Zwischenfrage von David Jenny vor. Nehmen Sie diese an? Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Herr Präsident der Finanzkommission, war der Verzicht auf Pommes frites-Herstellung nicht rückblickend positiv zu werten im Sinne der jüngsten Ernährungserziehungspläne unserer Regierung?

Joël Thüring (SVP): Sie sind einer grossen Verschwörung auf der Spur, David Jenny, bleiben Sie dran.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit hat Tim Cuénod das Wort.

Tim Cuénod (SP): Den Dank des Präsidenten der Finanzkommission für die gute Zusammenarbeit kann ich nur erwidern. Besonders auch möchte ich den Mitgliedern beider Kommissionen danken, die an diesem Bericht mitgewirkt haben und den ganzen Prozess begleitet haben. Die Geschäftsprüfungskommission hat sich schon oft mit der St. Jakobshalle auseinandergesetzt. Folgend möchte ich mich auf die Aktivitäten beschränken, die seit dem Ende der Sanierung stattgefunden haben, eine Sanierung, für die bekanntlich nach wie vor keine definitive Baukostenabrechnung vorliegt.

In ihrem Jahresbericht 2019 hat die GPK moniert, dass das Ziel, die St. Jakobshalle als grösste multifunktionale Halle für Sport und Events auf dem Markt zu positionieren, noch in keiner Weise erreicht sei. Das Erziehungsdepartement hat auf die erhöhten Betriebskosten verwiesen, das sei nicht voraussehbar gewesen, die verschiedenen baulichen Mängel, den Wandel des Marktes sowie den fehlenden Brandschutznachweis QSS4, der für eine volle Hallenbenutzung Bedingung sei. Die GPK hat sich damals überrascht gezeigt, dass wichtige Grundlagen für die optimale Marktposition der Halle erst noch erarbeitet werden mussten.

Im Berichtsjahr 2020 hat sich die GPK ausführlich mit dem fehlenden QSS4-Brandschutznachweis auseinandergesetzt. Zu diesem Zweck hat sie Einsicht in die relevanten Unterlagen verlangt und mit den beteiligten Akteuren Gespräche geführt. Eine Eigenheit, die bekanntlich der St. Jakobshalle ist, dass sie sich im Besitz des Kantons Basel-Stadt befindet, aber auf dem Gemeindegebiet von Münchenstein, Baselland, liegt. Deshalb war für die Erstellung der Betriebsbewilligung und die Freigabe des Gebäudes die Baselbieter Gebäudeversicherung zuständig. Die GPK hat sich damals besorgt darüber gezeigt, dass der QSS4-Brandschutznachweis nach wie vor nicht erteilt worden sei zum damaligen Zeitpunkt. In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass sich die Pandemie für die St. Jakobshalle als eigentlicher Glücksfall erwiesen hat, und zwar in dem Sinne, dass ein Reputationsschaden vermieden werden konnte, keine Veranstaltungen wegen des fehlenden Brandschutznachweises oder anderen Mängel abgesagt werden mussten und die Zeit für bauliche Nachbesserungen genutzt werden konnte.

Nachdem sich die GPK im Rahmen ihrer Berichterstattung zum Jahr 2020 insbesondere mit der Problematik des Brandschutzes auseinandergesetzt hatte, hat sie sich im Jahr 2022 für die Betriebsführung der St. Jakobshalle und die Kostensituation im Zusammenhang mit deren Umbau interessiert, gerade auch im Zusammenhang und in Bezug auf den Ratschlag betreffend die Ausgabenbewilligung für die Realisierung zusätzliche Modernisierungsmassnahmen in der St. Jakobshalle vom 29. Juni 2022. Zu diesem Zweck hat sie ein Hearing mit dem Vorsteher und dem Generalsekretär das Erziehungsdepartement durchgeführt sowie mit dem Geschäftsführer der St. Jakobshalle. Mit Besorgnis hat sie dann den Bericht der Finanzkontrolle vom 23. Januar 2023 zur Kenntnis genommen, der ein erschreckendes Bild der Bautätigkeit des Bau- und Verkehrsdepartements im Zusammenhang mit diesem Bauprojekt gezeichnet hat.

Dies hat die GPK zum Anlass genommen, um am 30. März 2023 ein weiteres Hearing zur St. Jakobshalle mit Regierungsrat Conradin Cramer, dem Generalsekretär des Erziehungsdepartements, dem Geschäftsführer der St. Jakobshalle sowie dem Abteilungsleiter Hochbau, dem Projektmanager Kultur und Sport und dem Leiter Verwaltungsvermögen im Finanzdepartement durchzuführen. Im Zentrum standen die Fragen zur Kommunikation zwischen der Bauherrschaft und der Projektleitung sowie zum Kostennachtragsvertrag und Projektmanagement.

Die GPK hat in ihrer Sitzung am 27. April eine Subkommission eingesetzt und Andrea Strahm zu deren Präsidentin gemacht. Die weiteren Mitglieder in der Subkommission waren bis zum 6. September 2023 Erich Bucher und Laurin Hoppler, weiter

Beat Schaller, Alexandra Dill ab 6. September, Oliver Thommen ab gleichem Datum und meine Wenigkeit ab 4. Januar dieses Jahres. Insgesamt hat die Subkommission der GPK sechs Sitzungen abgehalten. Zusätzlich hat sie Abklärungen vorgenommen und verschiedene Unterlagen bei der Verwaltung für ihre Untersuchung eingefordert. Die GPK und die Finanzkommission haben in der Folge beschlossen, diesen gemeinsamen Bericht zu verabschieden. Das ist nun geschehen am 7. März 2024, die Verabschiedung des vorliegenden gemeinsamen Berichtes. So viel zur Chronologie im Vorfeld der Berichterstattung und zu den Tätigkeiten der GPK.

Man kann sagen, dass die grössten Fehler in einer frühen Phase geschehen sind. Bekanntlich hat der Ratschlag über die Ausgabenbewilligung, über die in diesem Haus 2014 und 2015 befunden wurde, man muss sagen, dass die Grundlagen dieses Berichtes, der damals verabschiedet wurde, in mehrerer Beziehung als absolut ungenügend bezeichnet werden müssen. Es gab keine Informationen im Ratschlag über die veränderte Marktlage im Sinne davon, dass es Expansionsbestrebungen vieler anderer Hallen gab, die Kostenschätzung war ungenügend und es fehlt auch jeder Hinweis darauf, dass da eine Unschärfe vorhanden sein könnte. Wir wissen heute vor allem, dass viele wesentliche Dinge nicht vorgesehen waren in dieser Bestellung, dass die Massnahmen, die getroffen wurden, für den Brandschutz ungenügend waren, dass Fluchttreppen und Handläufe fehlten, dass die Deckenlast, die vorgesehen war, ungenügend ist, was sich ja heute auch auswirkt und ein grosses Thema ist, das zwar nachgebessert werden kann, aber es ist jedes Mal mit hohen Kostenfolgen verbunden, dass die Lüftung nicht ersetzt worden ist und, und, und. Also die Liste der Mängel in der Bestellung, die ist auf jeden Fall sehr gross. Und es ist insofern besonders stossend, dass im Gegensatz zum Projektierungskredit von 2011 ein massiver Ausbau vorgesehen worden ist, dies mit der Marktlage begründet worden ist und die dann aber gleichzeitig zu wenig offengelegt wurde. Man hat damals besonders versucht, ganz grosse Events an Land zu ziehen. Wir stellen heute fest, dass die St. Jakobshalle vor allem im Bereich mittelgrosse Events gewisse Erfolge hat, aber nicht die Grossevents oder nur wenige Grossevents, für die dieser Ausbau nun wirklich nützlich ist.

Man muss sagen, dass das Dreirollenmodell, und der Regierungsrat ist daran, das zu überarbeiten, in manchen Beziehungen ungenügend ist. Man muss sich ja fragen, wieso konnte es zu diesen Fehlern überhaupt kommen und das hat schon viel zu tun vielleicht mit mangelnden Projektmanagementkapazitäten, aber auch mit der Zusammensetzung eines Preisgerichtes. Da gab es eindeutig eine Überhand des Baudepartements. Das Finanzdepartement war mit dem Leiter Verwaltungsvermögen vertreten, das Erziehungsdepartement war in gewissen Gremien, aber nicht im Leitungsausschuss, also es gibt dieses Übergewicht des Bau- und Verkehrsdepartements. Wenn man die Protokolle liest, hat man auch den Eindruck, dass schöne Architektur wichtiger war als funktionale Aspekte, aber man kann dem Erziehungsdepartement nicht eine starke Kritik ersparen. Insbesondere hat der Leiter der St. Jakobshalle uns gegenüber mehrfach betont, dass er das sogenannte Architekturbuch, also die Bestellung dessen, wie, was gebaut werden sollte, damals unterschrieben hat, ohne sie gelesen zu haben. Das ist natürlich eine erhebliche Verfehlung auf jeden Fall. Er hat gesagt allerdings, ihm fehlte das Knowhow, ihm fehlte die Unterstützung, da kann man sich auch fragen oder da gibt es wirklich Zweifel und mehr als Zweifel, ob die Aufsicht durch seinen direkten vorsitzenden damaligen Leiter des Erziehungsdepartements genügend war. Wir sagen, sie war klar ungenügend und entsprechend sind hier Fehler passiert. Wir haben im Nachgang zur Fertigstellung unseres Berichtes festgestellt, dass Herr Kast dieses Dokument übrigens nicht selbst unterschrieben hat entgegen seiner Aussage, sondern ein Angestellter von ihm, ein gewisser Herr Reichenstein, war. glaube ich, der Name, und in diesem Sinne, das ändert aber natürlich nichts an der Feststellung, dass hier eine wesentliche Verantwortung nicht wahrgenommen worden ist.

Kurz, in dieser Frühphase sind die grössten Fehler passiert. Man muss aber sagen, dass die Informationspolitik des Regierungsrates auch in jüngerer Zeit sehr ungenügend war. Diese Kommunikation jetzt gegenüber unseren Kolleginnen und Kollegen der Finanzkommission von immer neuen Nachtragskrediten liess den Eindruck erwecken, dass die Wahrheit eben nur sehr scheibchenweise ans Licht kommt, dass keine Gesamtschau vorgenommen wird, dass man immer noch nur das zugibt zum Teil, was man zugeben muss, und dass man immer mehr zunehmend das Gefühl hat, man weiss nicht, woran man endgültig ist. Man kann sich wirklich die Frage stellen angesichts des heutigen Preisschildes, ob sich der Grosse Rat für das Sanierungsprojekt 2014/2015 in der bestehenden Form entschieden hätte oder nicht. Dies ist aber Spekulation und ist nicht Gegenstand unsere Abklärung.

Ich möchte im Wesentlichen aber vor allem eingehen noch auf die Feststellung in unserem Bericht und erlaube mir vielleicht ein paar Worte noch zu verlieren zu den Antworten des Regierungsrates. Wir sind dem Regierungsrat insgesamt sehr dankbar für den Bericht, denken aber dennoch, dass wir nicht alle Feststellungen in der vorliegenden Form wahrscheinlich teilen können. Auch wir haben es nicht ausführlich besprochen, aber ich denke, dass wir hier über sämtliche Parteigrenzen hinweg doch einen recht grossen Konsens haben. Wir haben festgestellt, dass die Verantwortlichen, insbesondere zum Zeitpunkt der Vorlage des Ratschlags im September 2014, zu wenig über das Marktumfeld informiert haben und die Strategie der St. Jakobshalle entsprechend ausgerichtet haben. Und zweitens, die Kommission hat festgestellt, dass zumindest die Projekte in Lausanne und Zürich zwingend hätten mitberücksichtigt werden müssen. Man sagt zwar in der Antwort des Regierungsrats, dass diese Projekte dort nur teilweise vergleichbar waren, die Marktsituation nicht vollständig vergleichbar war, aber man hätte doch die Prognosenungenauigkeiten genauer darlegen müssen. Wir denken, es wäre dringend notwendig gewesen zu informieren über die veränderte Marktlage, wie sie sich 2014 dann präsentiert hat.

Dann die Empfehlung A. Die Kommissionen empfehlen zu prüfen, ob bei einem in einem marktwirtschaftlichen Umfeld operierenden Projekt der Regierungsrat dem Grossen Rat die Businesspläne und Marktanalysen mit dem Ratschlag vorlegt.

Uns ist selbstverständlich klar, dass das nicht öffentlich geschehen kann, dies sollte aber zumindest gegenüber den Kommissionen unter Wahrung der Geheimhaltung geschehen, so dass sie sich zumindest ein Bild machen können, ob sie die Annahmen, die in einem solchen Ratschlag getroffen worden sind, überprüfen können, ob das ansatzweise realistisch ist oder nicht, ob man vielleicht versucht, einzelne Akteure unbedingt zu halten, was ja erfreulicherweise auch gelungen ist, oder ob man wirklich Annahmen trifft, die sich dann als realistisch erweisen. Das muss eine Kommission überprüfen können, bevor sie Gelder in einem erheblichen Umfang spricht.

Empfehlung B. Bei Ratschlägen an den Grossen Rat ist eine Aktualisierung der Entscheidungsgrundlagen festzuhalten, der zu entnehmen ist, ob und wie sich diese Entscheidungsgrundlagen im Vergleich zu früheren Ratschlägen verändert haben. Ich denke, das ist eine Selbstverständlichkeit und hier geht es nicht primär nur um Nachtragskredite, diese Kritik richtet sich wesentlich auch auf die Ausgabenbewilligung 2014 und 2015, wo diese Aktualisierung nicht vorgenommen worden ist.

Wie gesagt, Empfehlung C., bereits bei der Zusammensetzung eines Preisgerichts bei Projekten im Dreirollenmodell muss zwingend eine Vertretung der Nutzerschaft vorgesehen werden. Prioritär müssen der Verwendungszweck und die Tauglichkeit eines Projektes für ebendiesen Zweck beurteilt werden. Der Regierungsrat ist daran, das Dreirollenmodell quasi, wie gesagt, zu überarbeiten. Uns beunruhigt ein wenig oder mich beunruhigt ein wenig, wir haben sie als Gesamtkommission nicht angeschaut, dass man den Eindruck bekommt, also der Regierungsrat räumt zwar ein, bei der Zusammenstellung des Preisgerichts wird darauf geachtet, dass die Vertretung der Nutzer, das Departement und weitere externe Fach- und Preisrichter die Kompetenzen und Erfahrungen mitbringen, um Verwendungszweck und Tauglichkeit dieses Projekts überprüfen zu können.

Das ist schon so, aber auf die Empfehlung D hin, Nutzerbedürfnisse sind höher zu gewichten als die städtebaulichen und architektonischen Kriterien, antwortet der Regierungsrat schon sehr klar, schon heute werden in sämtlichen Bauprojekten im Rahmen des Dreirollenmodells die Nutzerbedürfnisse sehr hoch gewichtet. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass sich Nutzerbedürfnisse und eine hohe Baukultur nicht ausschliessen sollten. Den letzten Satz unterschreibt wohl jeder, aber gerade im vorliegenden Projekt, und über mehr können wir nicht urteilen, ist deutlich, dass die Nutzerbedürfnisse eben nicht sehr hoch gewichtet waren. Wie da die Verantwortlichkeiten liegen zwischen Bau- und Verkehrsdepartement und Erziehungsdepartement, dies ist nicht eine Frage, die wir vollkommen abschliessend beantworten müssen, aber ich denke, es gibt eine Gesamtverantwortung des Regierungsrates in der Zusammensetzung eines Preisgerichtes und es gibt die Verantwortung des Erziehungsdepartements in Bezug auf die Leute, die sie dort delegiert.

Wie gesagt, wir stellen fest, ich kürze ein wenig ab, dass die Leitung der St. Jakobshalle über die Bedürfnisse des Betriebs sowie die Voraussetzung für ein gutes Funktionieren in Zukunft am besten Bescheid wusste und in der Projektleitung eingebunden war. Ob ihre Positionierung und Bauorganisation genügend war, um die Interessen der St. Jakobshalle massgeblich einbringen und durchsetzen zu können, ist fraglich. Die Unterzeichnung des projektrelevanten Dokuments ohne vorgängige Prüfung, das habe ich bereits erwähnt, stellt eine grobe Nachlässigkeit dar und angesichts der direkten Unterstellung des Geschäftsführers der St. Jakobshalle unter dem ED-Vorsteher ab 2012 gibt es hier eine Mitverantwortung des Regierungsrates und eine mangelnde Wahrnehmung der Aufsicht durch den damaligen Regierungsrat. Der Regierungsrat teilt diese Einschätzung und das zeigt ja auch, dass unser Bericht in mancher Beziehung ausgesprochen sorgfältig formuliert war.

Die Kommissionen erwarten, dass sämtliche projektrelevanten Dokumente vor der Unterzeichnung gelesen werden sollten, das ist eine Selbstverständlichkeit, und wir stellen fest, dass trotz aller Nachtragskredite die St. Jakobshalle im Januar 2024 nicht dem Standard einer Event- und Sporthalle in jeder Beziehung entspricht, die also nicht in jeder Beziehung das liefert, was sie bringen sollte und nicht in jeder Beziehung mithalten kann. Natürlich ist die St. Jakobshalle ein Multifunktionshallenkomplex, der sehr unterschiedliche Aufgaben wahrnimmt. Wir stellen auch fest, es gibt jetzt eine Betriebsanalyse, es gibt einen Beirat, wir können zu wenig sagen, wie gut jetzt betriebswirtschaftlich die St. Jakobshalle unterwegs ist. Was wir aber sagen können, ist, dass es in der St. Jakobshalle nach wie vor erhebliche Mängel gibt, sei es bei der Deckenlast, sei es bei der Lüftung und weitere Nachbesserungen wird bedürfen.

Wir sind auch ein wenig überrascht, dass der Regierungsrat nicht unbedingt eine Umfrage bei Veranstaltungen von Kultur- und Sportanlässen und des Breitensports zur Evaluierung noch bestehender Probleme und Bedürfnisse durchführen möchte. Ich denke, das wäre durchaus angebracht. Angesichts dessen, dass doch immer wieder wesentliche Punkte zum Vorschein kommen, wäre hier eine Gesamtschau nicht schädlich und eine Umfrage, um eine entsprechende Evaluation zu machen.

Wie gesagt, zu der Feststellung 8 und Empfehlung G, das Problem der Deckenlast ist nicht behoben und die Kommissionen erwarten, dass das Problem zeitnah gelöst wird. Ob das vor dem European Song Contest nächstes Jahr geschehen kann, das können wir jetzt auch nicht beurteilen. Was klar ist, diese Probleme lassen sich möglicherweise durch kurzfristige Investitionen und zusätzliche Stützmassnahmen beheben, aber es macht die Sache deutlich teurer und angesichts dessen, dass wir heute wissen, dass es einen Wandel gibt im Veranstaltungsmanagement, das heisst, dass insbesondere Veranstaltungsorte immer mehr Geld zahlen müssen, um überhaupt Anlässe zu bekommen, die SRG will ja quasi den European Song Contest fast versteigern, wenn ich das richtig verstanden habe in der Medienberichterstattung, dann stelle ich fest, ist der Preis, den wir in Basel zahlen müssen, wenn wir diesen European Song Contest wollen, doch noch einmal erheblich grösser.

Wie gesagt, wir haben sonst zu den letzten Feststellungen die immer noch nicht vorhandene Baukostenabrechnung. Wir hoffen, dass die wirklich bis Juni 2024 fertiggestellt nun ist. Und zu den weiteren Empfehlungen möchte ich mich jetzt einigermassen kurzhalten, auch angesichts der fortgeschrittenen Zeit und weil die wesentlichen Punkte bis hierhin erwähnt worden sind. Ich danke auf jeden Fall meinen Kommissionskolleginnen und -Kollegen nochmal recht herzlich für die Zusammenarbeit und freue mich sehr auf die Diskussion.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Die Geschichte dieses Projekts, die reicht weit zurück. Ich denke, das sieht man auch an der Chronologie des Berichts, der ja im 2008 ansetzt, zum Teil sogar früher. An dieser Stelle wirklich auch ein grosses Danke an die Kommissionen für ihre Arbeit. Die war auch nicht ganz einfach, weil viele der damaligen Exponenten auf Fachebene, aber natürlich auch auf politischer Ebene heute nicht mehr in diesen Funktionen sind und so wurde diese Spurensuche definitiv nicht einfacher. Einfach hier noch ein grosses Danke auch für die grosse Arbeit.

Dass die Geschichte so weit zurückreicht und viele der Exponenten nicht mehr tätig sind in dieser Funktion, ist auch der Grund, weshalb wir uns in unserem Bericht weniger auf die Vergangenheit konzentriert haben, sondern eben auf die Zukunft. Wir haben uns ganz mit diesen konkreten Forderungen und Empfehlungen der Kommissionen auseinandergesetzt und wollten Ihnen auch zeitnah eine Einschätzung vorlegen. Das haben wir gemacht, indem wir den Bericht vorgestern vorgelegt haben mit dem Blick auf die heutige Debatte.

Die Kernaussage ist relativ schlicht und klar, wir wollen aus der Vergangenheit lernen. Ein Teil der Massnahmen ist bereits umgesetzt. Sie wissen auch, dass wir uns mit dem Thema Bauen auch im Rahmen des Neubaus Biozentrum intensiv auseinandergesetzt haben und ein Teil der Massnahmen steht bevor oder sind noch im Gange. Ich darf einfach exemplarisch ein paar davon nennen, Sie finden mehr davon im Bericht der Regierung.

Was ja immer wieder Thema ist, ist das Dreirollenmodell. Ich glaube, an sich ist das Dreirollenmodell richtig, weil es braucht einen Vertretenden, der die Nutzenden vertritt und sagt, was braucht es eigentlich. Es braucht das Finanzdepartement, das auch sagt, was ist überhaupt finanziell möglich, was wollen wir uns leisten, und natürlich das Bau- und Verkehrsdepartement mit der Expertise zum Thema Bauen. Das System an sich, denke ich, ist richtig, aber wir müssen die Zuständigkeiten und Kompetenzen schärfen, überprüfen, weil wenn es da nicht ganz klar ist, wer, wann, welche Aufgabe hat, dann kann es eben zu Schwierigkeiten kommen. Wir sind aktuell daran, das zu untersuchen, die Federführung dort liegt beim Finanzdepartement.

Dann ist auch klar, Thema Kosten und Terminreserven. Auch das haben wir heute gehört, das müssen wir künftig näher an die Risikoanalyse anlehnen, einfach um noch etwas Luft zu haben, weil Bauen eben immer wieder Unvorhergesehenes bringt. Dann müssen wir ganz unbedingt die Kompetenzen auch der Nutzenden stärken. Es ist nicht in jedem Departement einfach so, dass es Leute gibt, die sich mit dem Thema Bauen auskennen oder die schon einmal eine Eventhalle gebaut haben, also auf der Nutzendenseite der jeweiligen Departemente müssen wir die Menschen befähigen, auch ihre Rolle wahrzunehmen. Auch das möchten wir unbedingt stärker berücksichtigen bei laufenden, aber auch bei künftigen Projekten.

Was bereits erfolgt ist, wir haben unsere Projektmanagementtools überprüfen lassen extern beim Baudepartement und da wurden uns Empfehlungen mitgegeben. Ein Teil davon haben wir schon umgesetzt und bei einem Teil sind wir dran. Also wir lassen uns natürlich auch extern spiegeln, um zu sehen, wo wir uns verbessern können, weil etwas können Sie uns glauben, auch wir möchten alle Projekte in der Zeit und im Budget abschliessen.

Ich spreche heute auch natürlich in Vertretung des Erziehungsdepartements und des Finanzdepartements, die ja im Dreirollenmodell in diesem Projekt beteiligt waren. Einige der Empfehlungen sind ans Erziehungsdepartement gegangen, einige ans BVD und einige ans FD. Ich kann Ihnen aber versichern, dass der gesamte Regierungsrat sich dieser Herausforderung bewusst ist und wir wollen, wie gesagt, uns im Bauern verbessern.

Es ist mir wichtig, hier noch einfach die Relation doch auch zu zeigen. Wir haben im Moment 170 laufende Projekte im Hochbau. Weitaus der grösste Teil dieser Projekte schliesst im Budget und in den Terminen ab, aber jedes einzelne, das es nicht schafft, ist natürlich äusserst ärgerlich und gerade so grosse Projekte wie die St. Jakobhalle oder das Biozentrum haben natürlich auch eine öffentliche Wirkung. Das ist klar und wie gesagt, wir wollen lernen aus diesen. Ein Learning ist, früher auf Sie zuzukommen bei Schwierigkeiten. Wir haben heute gehört, dass es natürlich ärgert, wenn man gar keinen Entscheidungsspielraum mehr hat und das ist etwas, was wir mitnehmen, dass wir früher kommen, Sie früher informieren. Etwas, was wir jetzt auch beim Naturhistorischen Museum/Staatsarchiv machen, indem wir schon jetzt sagen, wir haben dort Herausforderungen und wir kommen mit etwas auf Sie zu, wo Sie auch noch ja oder nein sagen können. Das ist sicher wichtig, dass Sie diesen Entscheidungsspielraum haben.

Kommen wir zurück zur St. Jakobshalle. Die erwartete Auslastung dieses Jahr ist ja erfreulich und wir bewerben uns für die Durchführung des European Song Contest. Wir haben auch mit der sanierten St. Jakobshalle wirklich etwas zu bieten hier in

Basel und parallel dazu werden wir daran arbeiten an diesen Verbesserungsmassnahmen, unter anderem zur Deckenlast. Auch die Baukostenabrechnung, die dürfen Sie Mitte Jahr erwarten. Es ist nicht so, dass wir einfach so langsam rechnen oder irgendwie nicht die Zahlen zusammenzählen können, sondern dass wir zum Teil auch Vergleiche mit Firmen haben. Man hat zum Teil Rechtsstreitigkeiten, alle Rechnungen müssen auch eingetroffen sein, wir müssen da wirklich komplett abschliessen können, bis wir Ihnen eine Schlussrechnung präsentieren können. Wie gesagt, das erwarten wir auf Mitte Jahr.

Und noch ein letzter Gedanke. Wir werden nie aufhören können, in die St. Jakobshalle zu investieren. Jede grössere Institution wie auch das Theater, die Technik hat, die Events beherbergt, die braucht regelmässig Updates, die Anforderungen verändern sich und nicht jede neue Anforderung ist unbedingt ein Versäumnis aus der Gegenwart. Was wir jetzt tun müssen, ist das Sanierungsprojekt St. Jakobshalle abschliessen und dann wieder entscheiden, was investieren wir und da braucht es diesen klaren, sauberen Schnitt. Aber ich darf Ihnen jetzt schon sagen, wir werden nie aufhören können, in die St. Jakobshalle zu investieren, weil wir auch up to date bleiben möchten, um eben auch attraktiv zu sein für Sport und/aber auch andere Events.

Nun bin ich gespannt auf die Debatte. Nochmals vielen Dank für die Arbeit und ich werde mich bei Bedarf nochmals mit einem Votum melden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen somit zu den Fraktionssprechenden. Als erste hat sich eingetragen Andrea Strahm von der Fraktion Mitte/EVP.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Ich möchte nicht nochmal wiederholen, was Sie jetzt schon gehört haben von den beiden Präsidenten und Regierungsrätin Esther Keller. Es war ausgesprochen spannend, das erste Mal zusammen mit der Finanzkommission diesen Bericht zu erstellen, er wurde auch einstimmig verabschiedet. Sie können sich vorstellen, wir waren 26 Leute, es war nicht ganz einfach.

Ich möchte trotz allem, Sie haben das jetzt schon gehört, nochmal auf dieses Dreirollenmodell eingehen und dabei auch wirklich betonen, die jetzige Regierung war in die Startphase nicht involviert und wie es auch Regierungsrätin Esther Keller gesagt hat, die GPK kann das bestätigen, hat das auch festgestellt, beim Naturhistorischen Museum und Staatsarchiv ist die Nutzervertretung vorhanden und ist auch wirklich präsent. Das bedingt aber natürlich auch, dass ein Erziehungsdepartement die Nutzervertretung organisiert und bereitstellt. Man kann die Nutzervertretung nicht einfach jemandem wie dem Leiter der St. Jakobshalle überbinden und gleichzeitig hat er noch alle anderen Jobs wahrzunehmen, die ihm ohnehin schon auferlegt worden sind. Damals waren die Nutzervertreter aber nicht vertreten, das war ganz klar das Preisgericht, ich habe das wirklich im Detail angeschaut, das war ausschliesslich aus Architekten bestückt. Das Hochbauamt war prominent vertreten und entsprechend wurde auch das Preisgericht zusammengesetzt und entsprechend war auch dann der Gewinner ein Architekt und die Nutzerinteressen kamen erst auf unterer Stufe im Projektteam tatsächlich zum Tragen und das war sichtlich zu spät.

Wir sind jetzt zur Ansicht gekommen, wir brauchen eine Standortbestimmung oder wir hätten gerne eine Standortbestimmung, was braucht es denn jetzt noch, wo sind noch Mängel und dann könnte man auch einen Kredit beantragen, um diese Mängel noch zu beheben und wir würden das gut finden. Regierungsrätin Esther Keller hat jetzt gesagt, sie möchten andere Wege wählen, gut, wir hoffen einfach, dass diese St. Jakobshalle bald dem Stand der Technik entspricht und auch wirklich funktionieren kann.

Ich möchte jetzt doch angesichts der Aktualität noch auf die Dachlast eingehen, weil diese Dachlast wurde ja verschiedentlich thematisiert und leider hat auch Herr Dürr von act entertainment in einem Interview gesagt, sie genügen nicht. Es geht also nicht nur um die Pommes frites von Kollege David Jenny, es geht auch um wesentlich einschneidendere Mängel. Aber dazu muss gesagt sein, diese Dachlast kann man natürlich jederzeit aufrüsten und das wurde auch immer wieder gemacht und es gibt auch andere Locations, die aufrüsten müssen, wenn ein Event wie jetzt ebendieser Contest kommt, ob jetzt das Zürich ist oder eine andere Halle. Also die Aufrüstung der Dachlast ist machbar und auch die Pommes frites bei den Swiss Indoors, die werden halt ausserhalb der Halle frittiert, aber das ist aufwendig und macht alles sehr viel teurer.

Damit möchte ich Sie nicht weiter in Anspruch nehmen. Sie haben von den beiden Präsidien ausführliche Informationen erhalten, der Bericht liegt Ihnen vor und falls noch Fragen sind, stehen wir natürlich alle gerne zur Verfügung.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit geht das Wort an Michela Seggiani von der Fraktion SP.

Michela Seggiani (SP): Stellen Sie sich vor, es wäre bereits Sommer 2025 und wir könnten mit Freude und Stolz auf einen gelungenen Eurovision Song Contest zurückblicken, der in der St. Jakobshalle in Basel stattgefunden hat und die extra einberufene Arbeitsgruppe, notabene resultierend aus Feststellung 8 im vorliegenden Bericht, hätte die Problematik

Deckenlast effizient und nachhaltig beheben können. Auch der extra für die Marktpositionierung einberufene Beirat hätte unbürokratisch und zügig Schlüsse gefunden, das ist gemäss Feststellung 7, was zu einer deutlich höheren Auslastung führte, was für uns im Grossen Rat, in den Oberaufsichts- und Sachkommissionen aber von genau so grosser Relevanz wäre, und ich sage das explizit als Wunschzukunftsvision, dass aus den Erkenntnissen aus der unbefriedigenden Sanierung der St. Jakobshalle Schlüsse zugunsten von allen weiteren laufenden und zu planenden grossen Bauprojekten gezogen wurden und vor allem zugunsten der Bevölkerung, welche diese Halle als Sport- und Eventhalle ja bezahlen und nutzen kann und soll.

Zurück in die Gegenwart. Ich freue mich, wenn der Nach-Nachfolger des ED-Vorstehers von 2012 Hand bietet, gemeinsam mit dem BVD den Standard einer Sport- und Eventhalle zu erlangen. Der Ausblick in der Stellungnahme aus dem Bericht stimmt positiv und ich bin froh, dass die Regierung viele Feststellungen mit den Oberaufsichtskommissionen teilt. Deshalb sind wir vorsichtig zuversichtlich. Ich möchte mich auch bei beiden Oberaufsichtskommissionen und der Arbeitsgruppe für ihre sorgfältige Arbeit, aus welcher ja der vorliegende Bericht resultiert, bedanken.

Die SP-Fraktion sieht das Dreirollenmodell, es wurde heute schon ein paarmal erwähnt, immer noch als ein sehr gutes und geeignetes Modell an. Wir gehen hier einig mit der Regierung. Dennoch muss hier die Theorie der Praxis angepasst werden. Der Einbezug der Eigentümerschaft, der Nutzer und Bauherrschaft muss eine saubere Sanierung gewährleisten und nicht dazu dienen, dem jeweils anderen die Schuld für ein Misslingen zu geben. Eine Koordination wäre in jedem Fall hilfreich. Auch wäre es schön, wenn die Überprüfung des Dreirollenmodells noch in dieser Legislatur abgeschlossen werden könnte.

Ich möchte noch auf eine Empfehlung im Bericht, Empfehlung D, besonders hinweisen, nämlich dass die Nutzendenbedürfnisse höher zu gewichten sind als städtebauliche und architektonische Kriterien, auch wenn sie sich im besten Fall nicht gegenseitig ausschliessen. Schauen wir also gemeinsam, dass die unrühmliche Geschichte St. Jakobshalle ein Happyend findet und wir einer positiven Zukunft entgegenblicken können, ob mit dem ESC 2025 oder nicht.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit geht das Wort an Tobias Christ von der Fraktion GLP.

Tobias Christ (GLP): Ich kann mich eigentlich voll und ganz meiner Vorrednerin anschliessen und diese vorsichtige Zuversicht, die die SP-Fraktion geäussert hat, das gilt auch für die GLP. Wir danken den Kommissionen für diesen sorgfältigen Bericht. Wir stellen uns voll und ganz hinter die Feststellungen und Empfehlungen und sind insbesondere auch wie die anderen froh über die positive Aufnahme durch die Regierung.

Was sagen wir als GLP sonst inhaltlich zu diesem Bericht. Natürlich ist es ärgerlich, wenn Bauprojekte nicht so funktionieren, wie sie sollten, wenn das Budget nicht eingehalten werden kann, usw., wenn Fehler passieren, aber da wollen wir nicht noch weiter in die gleiche Kerbe hauen, das ist, denke ich, uns allen klar, sondern wir wollen den Blick auf die Zukunft richten, wie das auch schon Regierungsrätin Esther Keller in ihrem Votum getan hat. Es gilt wirklich die nötigen Lehren jetzt daraus zu ziehen, die Verbesserungen vorzunehmen, einerseits was zukünftige Bauprojekte betrifft, andererseits natürlich auch die St. Jakobshalle so zu verbessern, dass sie wirklich ihren Zweck erfüllen kann.

Das bringt mich noch auf ein weiteres Thema an die Adresse all derjenigen, die sich jetzt im Besserwissen üben und sagen, ja, warum kann die Halle das und das nicht, warum ist das und das nicht möglich, warum ist dieser Fehler passiert. Da wollen wir nochmal betonen, dass wir als GLP voll und ganz hinter diesem Ziel stehen, dass die Halle mehrere Funktionen erfüllen soll. Sie soll Sportanlässen dienen können, soll eine Konzerthalle sein, sie soll Grossanlässen wie Generalversammlungen dienen können, das war von Anfang an das Ziel. Das ist es immer noch und das ist aus unserer Sicht auch sehr wichtig und sehr sinnvoll. Deshalb betonen wir das nochmal so stark, weil es geht auch wirklich darum, dass man so Ressourcen schonen kann. Wenn die St. Jakobshalle alle diese Sachen erfüllt, dann haben wir wirklich einen effizienten Standort, mit dem man sehr viele Bedürfnisse abdecken kann und ich denke, das ist wirklich wichtig und im Interesse von uns allen.

In dem Sinne können wir auch ein Stück weit dieser Argumentation folgen, die auch noch einmal in der Stellungnahme der Regierungen zum Ausdruck gekommen ist, dass wenn man diese vielen Zwecke hat, die man einhalten muss, man kann nicht für jeden dann perfekt sein, das ist einfach nicht möglich. Natürlich soll das nicht die Kritik schmälern und die Feststellungen und Empfehlungen, die im Bericht drin sind, damit hat das nichts zu tun. Das soll man anschauen und machen, aber trotzdem nochmal an die Adresse der Kritiker, die immer alles besser wissen.

Und noch ein letzter Punkt. Zur Aufarbeitung dieser ganzen Geschichte, die ja grundsätzlich aus unserer Sicht jetzt gut gelaufen ist, wollen wir davor warnen, dass man zu sehr die Verantwortung für Fehler bei einzelnen Personen sucht. Natürlich gehört das teilweise dazu, aber man muss sich einfach bewusst sein, es ist nicht so sehr zielführend. Erstens einmal kommt persönliche Kritik, die so in der Öffentlichkeit in der Form geäussert wird, meistens nicht wirklich so gut bei den Leuten an, dass sie dann nachher wirklich die nötigen Schlüsse daraus ziehen, sondern es löst Abwehrreflexe aus. Es ist natürlich auch ein schlechter Stil, aber das wurde auch schon gesagt, insbesondere von Esther Keller. Jetzt sind diese Leute alle nicht mehr im Amt, die für so eine Kritik in Frage kämen. Ich will es ja eben nicht machen, deshalb ist es mindestens jetzt

für den Kanton ganz praktisch gesehen wirklich nicht zielführend und bringt gar nichts, darauf wollen wird in Zukunft verzichten.

Nochmal zusammenfassend, wir sind auch positiv optimistisch. Wir wünschen uns, dass man die nötigen Lehren zieht für zukünftige Bauprojekte und wir wünschen uns eine Verbesserung der St. Jakobshalle, sofern das nötig ist und möglich ist. Und allerletzter Punkt, wir sollten auch ein bisschen stolz sein auf die St. Jakobshalle und auf die gute Arbeit, die trotz allem hier geleistet worden ist mit der Sanierung.

Balz Herter (Mitte-EVP): Tobias Christ, es liegt eine Zwischenfrage von Oliver Thommen vor. Nehmen Sie diese an? Sie wird angenommen.

Oliver Thommen (GAB): Vielen Dank zur Kritik. Ihnen ist schon bekannt, dass der ehemalige ED-Vorsteher heute Regierungspräsident ist und durchaus auch angesprochen werden kann und vielleicht irgendwann auch etwas über die Kritik lernt?

Tobias Christ (GLP): Ja, das ist mir bewusst, aber eben nicht mehr im Amt, in dieser Funktion mindestens.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort geht an Laurin Hoppler vom GAB.

Laurin Hoppler (GAB): Was bisher geschah: In den letzten Folgen unserer hoffentlich nicht unendlichen Serie über die Bauprojekte des Kantons sahen wir eine Reihe von schiefgelaufenen Abenteuern, vom Neubau des AUE über die Sekundarschule Sandgruben bis zum hochkarätigen Biozentrum. Wir erlebten die Höhen und Tiefen bei der Sanierung des Theater Basels, ein Drama, das das Publikum in Atem hielt. Und jetzt in der heutigen Folge steht die St. Jakobshalle im Rampenlicht.

Als Sprecher der GAB-Fraktion möchte ich zu diesem Sonderbericht auch noch ein paar Worte anbringen. Der Bericht zur St. Jakobshalle zeigt deutlich, dass wir es hier wieder einmal nicht nur mit einem einzelnen missglückten Projekt zu tun haben, sondern mit einem systematischen Problem im Bauwesen unseres Kantons. Es ist schon fast ein Déjà-vu, immer wieder stossen wir auf dieselben Probleme, anfängliche Fehlplanung und Fehlbudgetierung. Die wiederkehrenden Muster führen dazu, dass das Vertrauen in den Kanton und die Regierung, wenn es ums Bauen geht, immer mehr Flöten geht. Und das nicht nur in der Politik, sondern auch in der Bevölkerung. Eigentlich das Gegenteil, was man mit diesen Projekten, mit diesen Leuchtturmprojekten erreichen möchte.

Speziell dieser Bericht wirft ein kritisches Licht auf die Aufsicht und Führung beim Bauprojekt der St. Jakobshalle. Viele Mängel wurden festgestellt und es ist einmal mehr klar, dass dieses Modell so nicht wirklich funktioniert. Besonders bedenklich war dabei die Rolle des ED-Vorstehers, der die oberste und direkteste Kontrolle und Übersicht hatte und dennoch entscheidende Aspekte übersehen hat. Dies stellt ein klares Versäumnis dar, dass wir nicht unbeachtet lassen dürfen. Die wiederholten Fehlplanungen und die mangelnde Einbeziehung vergleichbarer Projekte, wie zum Beispiel das Gebäude in Lausanne und Zürich, zeigen, dass von Anfang an grundlegende Fehler gemacht wurden.

Es ist fast ironisch, dass wir immer wieder mit den gleichen Problemen konfrontiert sind. Dokumente werden unterschrieben, ohne dass sie adäquat gelesen oder verstanden werden, grobe Fehltritte, die enorme Summen verschlingen, es ist langsam, aber sicher, das zeigt, dass die Verantwortlichen nicht aus diesen wiederkehrenden Fehlern lernen und nachhaltig strukturelle Veränderungen vornehmen. Diese Empfehlungen der Kommission müssen jetzt endlich auch in die Praxis umgesetzt werden. Ich werde sie an dieser Stelle nicht noch einmal alle aufzählen.

Ich fordere im Namen der Fraktion Grün-Alternatives Bündnis die Regierung auf und alle Beteiligten, die Forderungen und Empfehlungen der beiden Kommissionen ernst zu nehmen und umzusetzen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit geht das Wort an Beat K. Schaller von der Fraktion SVP.

Beat K. Schaller (SVP): Wir haben doch jetzt einiges an Kritik gehört, lassen Sie mich mein Votum beginnen mit einer positiven Bemerkung. Die St. Jakobshalle wurde saniert und sie steht trotzdem noch. Das Projekt ist gekennzeichnet von Schwierigkeiten, Mängeln und Kostenüberschreitungen. Böse Zungen haben mir gesagt, wieso braucht es da überhaupt noch eine Kommission, das ist doch ein ganz normales Basler Bauprojekt. Das können wir nicht per se vollständig als falsch

bezeichnen und trotzdem, Gott sei Dank, haben die beiden Aufsichtskommissionen näher hingeschaut. Es sind rund um die Joggelihalle Vorfälle ans Licht gekommen, Aussagen gemacht worden, welche wir nicht unkommentiert stehenlassen dürfen. Und damit Sie mich hier jetzt nicht falsch verstehen, es ist sehr wichtig, dass das richtig rüberkommt, es geht in diesem Votum nicht um ein Bashing der Verantwortlichen. Was geschehen ist, ist geschehen oder mein Lieblingsmotto, wir können die Vergangenheit nicht ändern, wir können nur ändern, wie wir damit umgehen. Der Bericht der beiden Kommissionen, auch die jetzige Debatte soll dazu dienen, Schwachstellen des Projektes klar und deutlich zu benennen, damit solches in Zukunft nicht mehr geschehen möge. Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.

Lassen Sie mich ein paar Punkte näher beleuchten. Die Regierung schickte am Montag dieser Woche ihre Reaktion auf den Bericht der Kommissionen, also zwei Tage vor der Grossratsdebatte. Sie schreibt einen bemerkenswerten Satz: Es mussten Kriterien wie Kosten und Qualität zwangsläufig dem strikten Terminplan untergeordnet werden. Ja, nur gerade zwei Tage vor einer schwierigen Debatte eine Stellungnahme zu veröffentlichen, ist sehr knapp. Wir in der SVP lassen uns aber nicht davon abhalten, die Qualität nicht hinten anzustellen. Wir begrüssen das Streben des Regierungsrates, die Sanierung so zu etablieren, dass keine Schlüsselevents verloren gingen. Das ist hier auch gelungen und das finden wir gut so. Dass er aber einen Gegensatz konstruiert zwischen Erhalt von Schlüsselevents und Kosten und Qualität, das ist doch eher bedenklich. Die Qualität der Ausführung zu einem Spielball zu machen, sie gegebenenfalls in die hinteren Ränge zu verschieben, das können wir nicht nachvollziehen. Solange einem Veranstalter keine höheren Kosten entstehen oder er mit höheren Kosten einverstanden ist, ist es im wurstegal, wie viel der Kanton ausgibt. Er will eine qualitativ gute Infrastruktur. Dass hier offiziell bestätigt wird, dass die Qualität nicht immer an erster Stelle steht, lässt mich sprachlos. Ja, ich rede jetzt trotzdem weiter.

Zuerst zu den Kosten. Ein lieber Freund von mir, der erst kürzlich leider viel zu früh verstorben ist, war im staatlichen Bauunternehmen auf privatwirtschaftlicher Seite beteiligt und er sagte mir einmal, im Rahmen seiner Ausbildung habe er einen Kurs besucht mit dem Titel «Keine Angst vor Nachtragskrediten». Man kann also den staatlichen Stellen Schätzungen abgeben, von denen man weiss, dass sie ungenau sind, das ist das eine. Dass aber diese staatlichen Stellen diese Zahlen Mal für Mal entgegennehmen und in ihren Ratschlägen dem Grossen Rat unterbreiten, finden wir falsch und das muss endlich korrigiert werden. Es ist genau das, was uns in der SVP so sauer aufstösst. Wir können uns bei Grossprojekten nicht auf die Kostenschätzungen verlassen. Die Frage ist nicht, kommen Nachtragskredite, die Frage ist, wann und wie viel. Und das ist ja auch eine der Empfehlungen des Berichts, Kostenprojektionen sollen realitätsnäher erarbeitet werden, auf Deutsch, bringen Sie doch endlich bitte einmal schon vom Anfang an Zahlen, auf welche einigermassen Verlass ist.

Dann zur Qualität noch einmal. Vor Jahren in einem Management-Seminar haben wir darüber diskutiert, was ist Qualität und kamen zum guten Schluss, ein einprägsamer Satz: Qualität ist liefern, was man versprochen hat. Da hapert es in diesem Projekt gewaltig. Schauen wir doch einmal, wie die beiden Kommissionen die Qualität, das Lieferergebnis beurteilen. In der Tabelle auf Seite 3 finden sich Ausdrücke wie: nicht erfüllt, Ziel verfehlt, beide Ziele verfehlt, Ziel erreicht, aber schädlich für das Projekt, Ziel langfristig in Frage gestellt. Sie können sich selbst ein Bild machen, ob hier von guter Qualität die Rede ist. Wie vorher ich gesagt habe, wichtig ist aber, was lernen wir daraus.

Schauen wir uns noch einmal die Antworten des Regierungsrats zu den Empfehlungen und Forderungen an. Er schreibt zu den Kostenvorhersagen: Neu werden auch die Machbarkeitsstudien standardmässig einem Kostencheck unterzogen. Ja, wow. Voraussagen werden einem Check unterzogen. Ich habe gedacht, das sei selbstverständlich, wenn man Kostenschätzungen abgibt in Millionenhöhe, dass man da noch einmal prüfen lässt, ob diese Schätzungen einigermassen verhalten.

Zu den Feststellungen 1 und 2, dass der Regierungsrat sich zu wenig über das Marktumfeld orientiert habe, schreibt er, das sei beim Ratschlag offenbar zu wenig klar offengelegt worden. Wir begrüssen es, dass er hier den Kommissionen Recht gibt und Besserung gelobt. Die Empfehlung beim Preisgericht, die Nutzerseite verstärkt einzubinden, ja, Sie haben es bereits gehört, da sind widersprüchliche Aussagen im Raum. Wir in den beiden Kommissionen haben klar festgestellt, das ist nicht oder nicht genügend geschehen, der Regierungsrat sagt ja, das sei geschehen, wir werden da am Ball bleiben.

Dann zur Unterzeichnung eines projektrelevanten Dokumentes, dieses Architekturbuch. Das wurde uns gezeigt, das ist also mehrere Zentimeter dick, es ist klar, dass ein Verantwortlicher nicht jedes Detail kennen kann. Er muss aber mit dem Inhalt soweit vertraut sein, dass er die matchentscheidenden Fragen stellen kann. Das ist im vorliegenden Fall anscheinend nicht geschehen. Unseres Erachtens liegt hier ein klarer Systemfehler vor und wir finden es auch richtig, dass in dieser Sache der damalige politische Vorgesetzte des Geschäftsführers nicht ungeschoren davonkommt, sondern mit einer wohlverdienten Kritik bedacht wird. Immerhin, wir begrüssen die positive Reaktion des Regierungsrats zu diesem Kritikpunkt.

Erstaunen löst auch die Antwort aus auf die Empfehlung F, eine Umfrage unter den Veranstaltern durchzuführen. Der Regierungsrat wehrt sich dagegen, er bezweifelt den Nutzen einer solchen Umfrage und schreibt sinngemäss, die Vertretungen der Benutzer würden dann ihre jeweiligen Bedürfnisse bestmöglich erfüllen wollen. Ja, bitte, was wollen Sie denn, wovor hat der Regierungsrat Angst? Natürlich will jemand, der eine Infrastruktur mietet, die bestmögliche Infrastruktur haben und es ist ein gutes Recht, dann auch seine Anforderungen einzubringen. Also wir stehen da voll hinter dieser Forderung, jetzt noch einmal eine Umfrage zu machen und schauen, wo können wir noch den letzten Schliff anbringen.

Ich komme zum Schluss. Die Untersuchungsergebnisse der beiden Kommissionen sind zu umfangreich, um sie einzeln zu kommentieren. Ich lege Ihnen aber sehr ans Herz, legen Sie sich diesen Bericht einmal unters Kopfkissen, lesen Sie ihn in Ruhe durch. Er ist sehr erhellend, sehr aufschlussreich und zeigt klar, wo es bei uns bei Grossbauprojekten noch harzt. Wir erwarten vom Regierungsrat, dass er dem Versprechen, welches er in seiner Stellungnahme abgegeben hat, auch Taten folgen lässt und vor allem, dass diese Taten in Bezug auf Kosteneinhaltung und Termintreue endlich auch sichtbar werden. Er hat ja jetzt Gelegenheit bei den anstehenden Grossbauprojekten, diesen Worten Taten folgen zu lassen.

Ich bitte Sie, den Bericht zu genehmigen und die Empfehlungen zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Ich danke Ihnen dafür.

Balz Herter (Mitte-EVP): Für die LDP hat das Wort Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Wie Esther Keller schön gesagt hat, nach der Sanierung ist vor der Sanierung. Wir haben dort sehr viele Projekte, die am Laufen sind. Wir haben intern in der Verwaltung Fachspezialisten, die sehr hoch qualifiziert sind, wobei da kommt es einem vor, wie wenn die alle Propheten im eigenen Land wären und dass unbedingt alles via extern gelöst werden muss.

Es wurde schon vieles gesagt über das Thema, wie die Bauprojekte abgehandelt werden. Mir stehen die Haare ein bisschen zu Berge, wenn ich schaue, dass wir eine Durchlaufzeit haben von plus zehn Jahren. Dass wir im Prinzip eine formelle Nachweispflicht haben über Belege, man stellt sich das vor, dass man irgendwo auf der Baustelle einen Bauführer hat, es gibt Regieaufträge, etc. und die durchlaufen eine ganze Sequenz von Personen, bis sie beim FD ankommen und zur Zahlung freigegeben werden. Diese ganzen Nachweise, die sollten eigentlich auch einer Archivierungspflicht unterstehen und da frage ich mich wirklich, wo sind diese Unterlagen geblieben, wo sind die Informationen, die belegen, welche Zahlungen wo, wann durchgeführt worden sind und die auch plausibilisiert werden. Das ist für mich irgendwie, wenn ich das privat machen würde, ich würde Probleme bekommen. Das heisst, wenn man jetzt das Ganze anschaut, wir haben dort wirklich in den Untersuchungen festgestellt, dass Sachen zum Teil im Rahmen eines Gesamtauftrags beinhaltet waren, aber dann doch nochmal abgerechnet worden sind. Es ist komplex, es ist kompliziert, kein Zweifel daran, aber umso mehr sollten diese Verfahren sauber geregelt werden.

Tobias Christ hat vom Dreirollenmodell, das wurde jetzt schon öfters erwähnt, gesprochen. Da sind auch die Fragen, wer darf was machen. Ich habe in einem anderen Kanton mitbekommen, dass ein Projekt bei 300 Millionen gestartet ist, bei 600 Millionen weitergegangen ist und dann bei 900 Millionen Ausgaben wurde dann die Notleine gezogen. Diese Begehrlichkeiten, wer darf was, wann, wo bestellen, was macht Sinn, dieses Dreirollenmodell sagt einfach irgendwie. Man kann sehr, sehr vieles verlangen und ich würde sogar so weit gehen, um zu sagen, dass wir ein Vierrollenmodell haben, weil das Vierrollenmodell inkludiert zum Beispiel die Finanzkommission. Wir haben schon heute gehört, dass sehr viel über gebundene Ausgaben gesprochen worden ist. Diese gebundenen Ausgaben, wir haben keine Wahl, wir wissen nicht, wieso das jetzt ist, was sind die Entscheidungen und für alles gibt es eine Varianz. Wir können sagen, wir haben die Sachen angeschaut und wir sind der Meinung, dass das die richtige Wahl ist und dann ist es auch gebunden, aber da hätte man eine Entscheidung. Hier ist es einfach durchnicken, weiter und die Kosten schiessen in die Höhe.

Von daher wäre es eigentlich enorm wichtig, dass wir wirklich die Ordnungsmässigkeit bei allen Projekten ordentlich sauber durchführen, dass wir Nachweise immer verfügbar haben und dass die Durchlaufzeiten von diesen Projekten sauber komprimiert werden, dass man da wirklich auch weiss, es kommt dann schlussendlich zu einem Ende, vor allem unter dem Bewusstsein, dass Leute das Unternehmen verlassen, dass die Informationen dann vielleicht auch mit den Leuten weggehen. Umso wichtiger ist es, dass man eine ganz klar geordnete Infrastruktur hat, wo man dann auf diese Informationen jederzeit zuzugreifen kann. Ich stelle mir das vor, wenn ich jetzt im Prinzip beim Bauführer einen Wechsel habe und der hat keine Informationen, Gnade Gott, das würde dann eine Katastrophe bedeuten.

In diesem Sinne, wir begrüssen es, dass der Regierungsrat die Empfehlungen aufnehmen möchte. Wir hoffen, und wir werden auch noch da sein, um das zu überwachen, dass die auch umgesetzt werden. Aber grundsätzlich, ich denke, das, was jetzt hier im Vordergrund steht, ist die Ordnungsmässigkeit, es ist die Nachvollziehbarkeit, die Transparenz vom Bauvorhaben, auch wenn sie so komplex sind, das sollte immer gewährleistet werden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit kommen wir zu den Einzelsprechenden. Hier hat sich gemeldet Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Wir sprechen zur St. Jakobshalle. Ich bin der St. Jakobshalle als Grossrat sehr dankbar. Ich habe im April die Broschüre bekommen mit diesen Freibilletten und darum möchte ich sagen, ich bin glücklich und dankbar. Ich habe mich dann auch angemeldet für den 21. Oktober, für Swiss Indoors, das ist ein Tag nach der Grossratswahl, zusammen mit meiner Freundin.

Ich habe mich vorbereitet auf die Rede, das ist meine einzige Rede. Es ist ganz wichtig, die Vorredner haben es angesprochen, Eurovision Song Contest. Wir alle leben nur einmal und in unserem Leben wird das die grösste Veranstaltung sein, die wir in unserem Basel erleben. Daher müssen wir jetzt kämpfen, dass Basel der Austragungsort wird und dass jeder Grossrat gleich zehn Freikarten bekommt. Wie können wir dafür sorgen, dass Basel gewinnt? Ich habe dazu wochenlang recherchiert am Beispiel von Wetten, dass. Wetten, dass ging nur noch in die Städte, wo es alles gratis gibt. Ich habe mehrere Reportagen dazu publiziert, Fazit: Wetten, dass ist nur noch in die Städte gegangen, die viel Geld bezahlt haben, das Hotel, Restaurants, Anreise, Vergnügungen und, und, und. Wetten, dass ist auch nicht mehr nach Basel gekommen in die St. Jakobshalle, weil Basel-Stadt nicht mehr so viel bezahlt hat. Wetten, dass ist auch nicht mehr in kleine Städte gegangen, zum Beispiel in Bayern, weil die auch gesagt haben, wir haben das Geld nicht mehr. Daher müssen wir in Basel alles anbieten, was wir nur haben, Hotels kostenfrei, Anreise und Abreise.

Der Name Basel wird in die ganze Welt getragen. Dieser Anlass hat so eine Sprengkraft, die man sich kaum vorstellen kann für unsere St. Jakobshalle. Darum müssen wir alles für die St. Jakobshalle machen. Das ist das beste Beispiel und das ist ein Zufall, dass das gerade jetzt ist und wir darüber reden. Die Zeitungen schreiben, die Fernsehanstalten bringen Sendungen, die Radiosender berichten und, und, und. Diese Werbung für den Namen Basel ist unbezahlbar. Daher müssen wir nun unser letztes Hemd hergeben. Wir müssen Genf und wir müssen auch Zürich, unseren ständigen Erzfeind, ausschalten. Diese Chance kommt nicht mehr. Ich habe gelesen, Bern möchte es nicht, Bern hat begründet, sie wollen das nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, sprechen Sie zur Sache bitte.

Eric Weber (Fraktionslos): Jetzt kommt es aber zum Punkt. Ich weiss schon, wo der Eurovision Song Contest stattfindet. Ich bin Mitarbeiter im Europaparlament bei der Familie Le Pen. Ich komme zum Schlusssatz wegen der St. Jakobshalle. Meine Vorredner haben auch über den Eurovision Song Contest gesprochen. Es wird jetzt verkündet und begründet, wo der Austragungsort ist. Der Austragungsort vom Eurovision Song Contest 2025 ist Zürich, weil dort das Schweizer Fernsehen ist und das ist leider unser Nachteil, was mir weh tut.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Liste der Redner*innen ist erschöpft. Somit kommen wir zu Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich darf mich kurzfassen. Einfach nur vielen Dank für die Debatte, die ich als sehr fair erlebt habe und auch wieder einige Inputs mitgenommen habe. Ich möchte nur noch ganz kurz auf den Vergleich, der häufig kommt, mit der Privatwirtschaft zurückkommen. Sie wissen, ich war lange in der Privatwirtschaft und ich habe dort auch als Nutzerin ein Bauprojekt begleitet und ich kann Ihnen sagen, die Unterschiede zwischen staatlichem Bauen und privatem Bauen sind einfach sehr gross. Schon alleine der ganze demokratische Prozess, den wir hier bestreiten, die lange Beratungszeit, dann allfällige Referenten und, und, und, das zeigt ja auch eben dieses Beispiel hier bei der St. Jakobshalle, dass diese Projekte eine sehr lange Laufzeit haben. Was passiert in der Privatwirtschaft, wenn es eine Änderung gibt, das Management beschliesst das, man setzt das um, das ist dann kein grosses Thema.

Hier ist klar, wenn wir etwas ändern möchten, kommen wir zurück zu Ihnen und deshalb, denke ich, ist es wichtig festzuhalten, es wird bei grösseren Projekten immer wieder Änderungsanträge geben und das ist auch richtig, weil angesichts der langen Laufzeit macht es Sinn, dass man reagiert, wenn es neue Erkenntnisse gibt, wenn es etwas mehr braucht oder nicht mehr braucht, anders braucht. Sie möchten, glaube ich, nicht, dass wir im Dreirollenmodell einfach stur mit unserem Projekt, das irgendwie, ich sage jetzt 2010 beschlossen wurde, bis zum Schluss durchlaufen, egal welche Entwicklungen unterwegs wir antreffen, das möchten Sie nicht. Was aber ganz wichtig ist, und da möchten wir wirklich rechtzeitig zu Ihnen kommen, dass Sie noch Entscheidungsspielraum haben bei Dingen, auf die Sie eben auch Einfluss nehmen können.

Aber ich denke, das ist ganz wichtig festzuhalten, dieser Unterschied auch zur Privatwirtschaft mit den demokratischen Prozessen, mit dem Subventionsrecht beispielsweise, aber eben auch, dass es in gewissen Fällen durchaus Sinn macht, zu Ihnen zu kommen mit Änderungsanträgen, mit Nachtragskrediten, aber Sie sollen den Spielraum haben, dann auch zu entscheiden.

Nochmals vielen Dank für die Debatte und ich glaube, wir bleiben ja auch mit den Kommissionen im Austausch, was diese Empfehlungen noch anbelangt.

Balz Herter (Mitte-EVP): Für die Finanzkommission hat das Wort Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich danke Ihnen herzlich für die angeregte Debatte. Ich habe es zu Beginn meines Votums unterlassen, allen zu danken, Tim Cuénod hat schon allen gedankt. Ich kann diesen Dank nur bestätigen und möchte insbesondere auch denjenigen danken, die in diesem Geschäft sehr intensiv in der Vorarbeit, in der Arbeitsgruppe, aber auch in der Subkommission involviert waren. Ich habe jetzt die Namen nicht aufgezählt, aber die Angesprochenen wissen, dass sie damit gemeint sind.

Vielen Dank auch für die Aufnahme durch die Fraktionssprecher. Es wurde, so zumindest habe ich es interpretiert, aufgenommen, dass man unsere Empfehlungen, die die GPK und Finanzkommission getätigt haben, teilt. Ich finde, Michela Seggiani hat es gut auf den Punkt gebracht, wir erwarten, dass diese St. Jakobshalle dem Standard einer Sport- und Eventhalle entspricht. Das war damals die Voraussetzung für das Ja zu diesem Sanierungsprojekt vor bald zehn Jahren und wir müssen heute feststellen, dass dieser Standard nicht erreicht ist. Und das, glaube ich, gilt es trotzdem in aller Deutlichkeit noch einmal auch zu sagen, auch heute aktuell haben wir diesen Standard nicht erreicht. Deshalb haben wir heute auch in verschiedenen Voten gehört, dass dieser Eurovision Song Contest in Basel, sei es denn vielleicht tatsächlich so, dass wir ihn bekommen würden, auch vielleicht eben schwierig hier durchzuführen ist, weil diese Halle diesen Standards nicht entspricht.

Diese Standards sehen Sie als Nutzer dieser Halle einerseits, wenn Sie dort Veranstaltungen durchführen wollen, dass dieser Standard nicht erfüllt ist, und Sie sehen es aber auch als Besucher dieser Halle, dass dieser Standard nicht erfüllt ist. Dass die Pommes frites nicht in der Halle frittiert werden können, ist vielleicht irrelevant, dass man einen Sternenhimmel eingebaut hat, den man gar nie sehen kann, weil man dafür das Licht ausschalten muss, ist vielleicht auch nicht sonderlich relevant, aber dass Sie beispielsweise sanitäre Einrichtungen vorfinden müssen, die einfach nicht einem Standard entsprechen oder dass man erst nachträglich Handläufe einbauen konnte oder musste auf Treppen, die jetzt nun wirklich für jeder Mann und jede Frau zu steil ist, ich glaube, das ist schon etwas, was man als grundsätzliche Mängel auch bezeichnen kann und das sind auch Dinge, die man nicht unbedingt erst dann erkennen sollte, wenn es schon eben zu spät ist.

Tobias Christ hat erwähnt, dass man es nicht besser wissen soll. Ja, da teile ich diese Einschätzung. Man sollte es aber mindestens gleich gut wissen und hier hat zumindest die Untersuchung der GPK und der Finanzkommission ergeben, dass dies in der Vergangenheit gerade auch im Vergleich mit anderen Hallen eben nicht der Fall waren. Es ist schon tatsächlich so, wie Regierungsrätin Esther Keller gesagt hat, wir berichten immer nur dann oder lesen immer nur dann von Projekten, wenn sie nicht funktionieren und tatsächlich gibt es auch Projekte, die funktionieren, aber es kann nicht wegdiskutiert werden, dass im Kanton Basel-Stadt zumindest bei grösseren Projekten ein deutlicher Mangel besteht. Wir haben es als Finanzkommission im letzten Bericht zum Spiegelhof erwähnen müssen, ein Bauprojekt für die Einsatzzentrale, das deutlich teurer wurde. Wir haben es gesehen beim AUE-Neubau, wir haben es gesehen beim Theater, bei der Kaserne, beim Biozentrum, beim Kunstmuseum, aber auch bei der Kreditsicherungsgarantie für das Departement Biomedizin. Also hier von Einzelfällen zu sprechen, wäre aus meiner Sicht, ich unterstelle Esther Keller nicht, dass sie das getan hat, aber hier von Einzelfällen zu sprechen, wäre aus meiner Sicht doch etwas verfehlt.

Und tatsächlich ist es wahrscheinlich so, dass man gewisse Vergleiche mit der Privatwirtschaft eben nicht anstellen soll. Hier teilen wir sicher die Auffassung oder die Einschätzung von Regierungsrätin Esther Keller, aber ich möchte schon auch daran erinnern, dass auch in der Privatwirtschaft zumindest in Bezug auf die Aufsicht über die Bautätigkeiten und Bauprojekte ein Vergleich mit der Kantonsverwaltung getätigt werden kann und soll und hier muss man festhalten, die Aufsicht war ungenügend. Das wird in diesem Bericht sehr deutlich adressiert und die oberste Verantwortung in der Aufsicht haben die Departementsvorsteherinnen und Departementsvorsteher und hier kann und soll und muss erwartet werden, dass sie ihrer Verantwortung auch gerecht werden und diese Aufsicht auch wahrnehmen. Und hier müssen wir, zumindest wenn wir die Projekte der Vergangenheit uns noch einmal Revue passieren lassen, doch feststellen, dass dies zumindest nicht immer der Fall war. Die Verantwortung allfällig ehemaliger Departementsvorsteherinnen und Departementsvorsteher entlässt die Regierung in ihrer Gesamtheit nicht aus der Verantwortung sicherzustellen, dass die Aufsicht eben im obersten Gremium, also sprich dem Regierungsrat, in solchen Bauprojekten im Dreirollenmodell gewährleistet ist. Insofern sind wir sehr gespannt auch auf die weiteren Diskussionen zum Dreirollenmodell. Es wurde auch erwähnt, sowohl in der Stellungnahme des Regierungsrates als auch in einzelnen Voten, dass es hier ja gewisse Anpassungen gibt. Die Finanzkommission konnte sich auch beispielsweise am Sanierungsprojekt für den alten Bau des Kunstmuseums bereits über Lessons learned berichten lassen. Wir werden das Weiterverfolgen.

Es ist insofern nur halb korrekt, wenn Esther Keller nun sagt, dass wir immer ja oder nein sagen können, zumindest bei den Geschäften, die in der Finanzkommission sind. Wenn es um den finanzrechtlichen Status geht, sagen wir meistens eben ja, weil es uns ja eben, wie ich eingangs erwähnt habe, um den finanzrechtlichen Status geht und nicht über den Sinn und Unsinn des Antrages, weil wir auch wissen, dass wenn wir nein sagen würden zum finanzrechtlichen Status, es auch zu einer Verzögerung des Bauprojektes kommen könnte, das Bauprojekt dadurch teurer wird, es vielleicht sogar zu einem Baustopp kommen würde. Insofern ist die Freiheit der Finanzkommission, inhaltlich dazu etwas zu sagen, sehr gering und damit auch letztlich die Einflussnahme des Parlaments nicht sonderlich gross. Deshalb halte ich diese, Sie können ja oder nein sagen dazu, ein bisschen für eine Scheinmöglichkeit. Das ist keine Kritik an Regierungsrätin Esther Keller, das ist das System, das einfach so ausgelegt ist und ich bitte auch um Verständnis dafür, dass die Finanzkommission deshalb vielleicht wirklich auch inskünftig bei solchen Anträgen diese ergänzenden Varianten aufgezeigt bekommen möchte. Hier sind wir gespannt, was seitens des Regierungsrates uns dann auch noch vorgeschlagen wird.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und dann auch für die Zustimmung zu unserem Bericht.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit geht das Wort an den Präsidenten der GPK Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Vielen Dank allen für die lebendige Debatte. An die Adresse von Esther Kellers zuständigem Departementsvorstand im Bau- und Verkehrsdepartement möchte ich sagen, es stimmt natürlich, dass die meisten Bauprojekte im Zeitplan und im Budget abschliessen, aber es stimmt natürlich auch, dass fast alle grosse und komplexe Bauprojekte nicht im Zeitplan und Budget abschliessen. Die Liste wurde schon angetönt von Joël Thüring, Biozentrum, Departement Biomedizin, Spiegelhof, AUE-Neubau, Kaserne, Naturhistorisches Museum, jetzt wahrscheinlich noch Staatsarchiv. Die Liste der Projekte, wo die Kostensteigerung gegenüber dem ursprünglich erwarteten Betrag über 30 Prozent liegt oder deutlich höher, die ist jetzt schon relativ lang. Und da hat Laurin Hoppler schon nicht ganz unrecht, wenn er von einem systematischen Problem und einer Fehlplanung spricht, auch Kollege Beat Schaller nicht, wenn er sagt, bringen Sie realistische Zahlen. Wir würden uns definitiv wünschen, dass wir mit realistischen Zahlen arbeiten könnten im Grossen Rat.

Es ist auch eine Frage des Vertrauens, eine Frage der demokratischen Legitimation von Bauprojekten und da gibt es ein Problem, das angegangen werden muss. Ich glaube, diese Fähigkeiten beim Kanton, Bauprojektmanagement, Projektkostenmanagement, die müssen gestärkt werden, die sind heute für grosse und komplexe Bauprojekte offenbar nicht genügend, auch wenn einige Massnahmen jetzt getroffen worden sind. Aber wir sehen es jetzt auch bei neuen Projekten, dass doch immer wieder gewisse strukturelle Probleme nach wie vor vorhanden sind.

Fairerweise müssen wir zwei Dinge sagen zum Kanton als Bauherr. Der Kanton kann sich nicht aussuchen, mit wem er zusammenarbeitet im Gegensatz zu vielen Akteuren in der Privatwirtschaft. Entsprechende Wettbewerbsverfahren, Ausschreibungsform, Submissionsgesetzgebung, usw., an die muss er sich auf jeden Fall halten und es ist klar, dass hier alle Kostenüberschreitungen beim Kanton auch transparent werden. Dennoch, wie gesagt, wir halten daran fest, dass die Bauprojektmanagementfähigkeiten gestärkt werden müssen.

Wenn Sie, Regierungsrätin Esther Keller sagen, dass es nie nötig sein wird, nie aufzuhören, in die St. Jakobshalle zu investieren, frei nach dem Kölner-Motto, wenn der Turm fertig ist, dann geht die Welt unter, ungefähr, dann ist das zwar sicher insofern richtig, zumal Nachbesserungen immer nötig sind und es ist auch klar, wesentliche Teile der Bausubstanz sind nicht neu. Was wir aber nicht wollen, denke ich, ist, dass wir immer weitere Nachtragskredite vorgelegt kriegen und man dann immer sagt quasi, ja, das ist noch dieses und jenes, immer weitere Nachtragskredite, die mit den Planungsfehlern 2014/2015, also im Zusammenhang mit diesem Ratschlag in Verbindung stehen. Wir wollen, dass diese Halle Erfolg hat. Ich glaube, das war bei allen in der Kommission sehr spürbar. Dieser Rat wird wohl auch bereit sein, Mittel zu sprechen, das wage ich jetzt sehr persönlich zu sagen, aber es ist nötig auch für das Vertrauen, dass man reinen Tisch macht und dass man etwas davon wegkommt, immer nur scheibchenweise Millionenkredite zu beantragen.

An die Adresse von Tobias Christ möchte ich sagen, es ist richtig, wir müssen vor allem in die Zukunft blicken und die richtigen Schlüsse ziehen aus diesen Bauprojekten und diesen Fehlern, die geschehen sind. Unser Ceterum censeo als GPK ist auch, dass wir uns wünschen vom Regierungsrat, dass seine Kommunikation nicht primär uns gegenüber quasi PR-Übungen gleicht und wir mit Nebelpetarden konfrontiert sind oder anderem, sondern dass man offen Rechenschaft ablegt und transparent mit Mängeln und Gegenmassnahmen umgeht. Wir sind uns vollkommen bewusst, dass die wesentlichen Fehler und die Verantwortung bei diesem Projekt in einer Frühphase geschehen sind im Zusammenhang mit der Planung, aber es wäre sehr erfreulich gewesen und für das Vertrauen sehr hilfreich, wenn man nicht danach vieles erst indirekt erfahren hätte, vieles nur erst stückchenweise ans Licht gekommen ist. Gerade weil heute die Verantwortlichen nicht mehr die gleichen sind im Wesentlichen wie vor einigen Jahren, wäre das doch einfach und nötig gewesen, da schneller und offen hinzustehen.

Wir erwarten, dass die Halle allen notwendigen Standards für eine grosse Sport- und Eventhalle entspricht, das haben wir in diesem Bericht auch geschrieben. Wie gesagt, ich finde, die Fehlerkultur in der Verwaltung hier ist ein wichtiger Punkt. Es geht uns darum, dass man offen damit umgeht. Wir haben nicht eine blutrünstige jakobinische Lust an der Guillotine, sondern wir wollen, dass man hinsteht, wenn Fehler geschehen sind, dass man die ehrlich benennt und dass man dann auch sagt, wie man darauf reagiert hat. Gleichwohl ist es auch unsere Aufgabe, dass Verantwortung benannt werden muss. Das haben wir in diesem Bericht getan und wir haben niemanden persönlich diffamieren wollen in irgendeiner ungerechtfertigten Weise, sondern die Sachlichkeit dieses Berichtes, glaube ich, lässt sich schwer bezweifeln. Michela Seggiani hat es auch richtig betont, in Bezug auf das Dreirollenmodell ist es so, es darf keine organisierte Verantwortungslosigkeit sein, indem jeder und jede die Verantwortung auf den anderen abschiebt, sondern die Verantwortlichkeiten müssen in einer Überarbeitung stärker geklärt werden.

Was den jetzt so stark medialisierten European Song Contest anbelangt, wage ich eine sehr mutige Prognose. Wir könnten ihn trotz vieler Mängel kriegen, es wird einfach sehr teuer und teurer als für andere, weil es eben Mängel gibt bei der

Dachlast und anderem. Wir haben natürlich keine Garantie in keiner Art und Weise und das ist das problematische, dass man halt auch für gewisse Grossevents dann Spezialübungen machen muss, die jedes Mal zu erheblichen Zusatzkosten führen und wo man sich dann wirklich überlegen muss, lohnt sich das wirklich, auch wenn man jetzt sagt, dass man das will. Ich möchte da kein Urteil abgeben, zumal ich wirklich kein Baufachmann bin.

Ein letztes Wort grundsätzlich zur St. Jakobshalle. Sie ist als Multifunktionshalle ein wahres Wunderwesen, aber auch ein sehr merkwürdiges, das sich gleichzeitig in einem nationalen und internationalen Wettbewerb bewegt und gleichzeitig Service Public Leistender ist für ganz viel Breitensport, für viele andere und gleichzeitig quasi ein internationaler Marktplayer und andererseits Teil der öffentlichen Verwaltung. Vielleicht, und das eine sehr persönliche Bemerkung, müsste man sich überlegen, ob man das in Zukunft ein bisschen stärker voneinander trennen sollte, um es ein bisschen nachvollziehbarer zu machen, als es heute ist.

Vielen Dank auf jeden Fall für Ihre Aufmerksamkeit und danke auch für die wohlwollende Kenntnisnahme unseres Berichts.

Balz Herter (Mitte-EVP): Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung nicht beantragt.

Wir kommen somit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 52 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Genehmigung Bericht

2. Erwartungen, zustimmende Kenntnisnahme

Publikationsklausel

Somit kommen wir zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003408, 15.05.24 10:54:41]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Bericht der Finanzkommission und der Geschäftsprüfungskommission zur St. Jakobshalle wird genehmigt.

2. Die Empfehlungen und Erwartungen im Bericht der Finanzkommission und der Geschäftsprüfungskommission werden in zustimmender Weise zur Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 90 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme zugestimmt.

8. Kantonale Volksinitative "Basel baut Zukunft", Bericht der BRK

[15.05.24 10:54:47, 20.1006.06]

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen und die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen.

Zuerst führen wir eine Eintretensdebatte durch und beraten dann den vorgelegten Gegenvorschlag zur Initiative. Danach entscheiden Sie, ob der beratende Gegenvorschlag der Initiative gegenübergestellt werden soll oder die Initiative ohne Gegenvorschlag dem Volk vorgelegt wird. Ebenfalls ist dann ein Beschluss zur Abstimmungsempfehlung zu fassen.

Wir kommen somit zum Kommissionssprecher. Für die BRK hat das Wort deren Präsident Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Die Bau- und Raumplanungskommission hat während elf Sitzungen den regierungsrätlichen Ratschlag zur kantonalen Volksinitiative «Basel baut Zukunft» beraten und unterstützt diesen grundsätzlich, sieht jedoch in einigen wesentlichen Punkten Änderungen vor. Mit den Änderungen soll der Gegenvorschlag eine möglichst breite Akzeptanz finden und zu einem Rückzug der Initiative führen, ohne dass bauliche Entwicklungen auf den Transformationsarealen verunmöglicht werden. Eine rasche Nutzung der grossen Transformationsareale ist für Basel unumgänglich. Neue Arbeitsflächen und Wohnraum sowie Grün- und Freiraum sollen endlich entstehen. Der Kanton hinkt den anderen städtischen Zentren in diesen Entwicklungen hinterher, wie soeben durch eine Studie von Sotomo aufgezeigt wurde. Für eine rasche Entwicklung braucht es klare Spielregeln und Rechtssicherheit für alle Beteiligten. Der Kompromiss der BRK zum Gegenvorschlag der Regierung hilft, diese Rechtssicherheit zu erreichen.

Die 2020 eingereichte kantonale Volksinitiative «Basel baut Zukunft» will im Wesentlichen in der Verfassung verankern, dass mindestens die Hälfte der neu auf Transformationsarealen nutzbaren Bruttogeschossflächen gemeinnützig und in Kostenmiete vermietet werden. Die Zonen und Bebauungspläne sollen unter Mitwirkung der Bevölkerung erarbeitet und das Ziel der CO_2 -Neutralität auf den Arealen soll erreicht werden. In der Kommission wurde der Fokus klar auf die erste Forderung gerichtet. Die anderen beiden wurden durch das neue Partizipationsgesetz und durch vorgesehene Klimaschutzmassnahmen ausreichend berücksichtigt.

Schon die Regierung befürchtete, dass die Forderung eines 50 Prozent-Anteils die Erstellung von neuen Wohnungen behindern würde, da das Weiternutzen von bestehenden Industriearealen für die Investoren attraktiver als die Umwandlung in Wohn- und Mischzonen sein könnte. In den Kommissionsberatungen schloss man sich dieser Haltung an. Dies heisst jedoch nicht, dass einige Kommissionsmitglieder keinen höheren oder tieferen Anteil an Kostenmiete für in Wohnraum transformierte Flächen vorsehen wollten. Vielmehr war es von Anfang an ein klarer Wunsch der Kommission, sich möglichst auf einen Kompromiss zu einigen. Man wollte politische Situationen wie bei den Beratungen des Horburg-Areals oder bei den Abstimmungen zum Wohnschutz unbedingt vermeiden. Dies konnte nur mit einem Konsens innerhalb der Kommission erreicht werden, welcher auch gegen künftige Änderungsanträge Bestand halten kann, was eine schwierige Aufgabe für die Kommission darstellte. Teilweise drohte an einigen Punkten der Kompromiss zu platzen. Nur durch etliche Telefonate mit der Regierung und Verwaltung, Extrasitzungen und den Einsatz einzelner Kommissionsmitglieder, welche sich in der Freizeit zur Differenzenbereinigung in einer Basler Bäckerei trafen, konnte letztlich der nun vorliegende Kompromiss gefunden werden.

Die Kommission entwickelte eine Vielzahl von Formulierungsvarianten und Lösungsansätzen, die in dem Bericht nicht vollständig wiedergegeben werden können. Stattdessen sollten im Folgenden die Aspekte dargestellt werden, auf die sich die Kommission letztlich einigte. Die Kommission betrachtet die Beschlüsse als Gesamtpaket, mit dem sich alle Mitglieder identifizieren können, obwohl nicht alle Beschlüsse einstimmig gefasst wurden. Wichtige Grundlagen für die Beratungen bildeten die eingebrachten Punkte beziehungsweise Eingaben durch das Initiativkomitee sowie durch die Eigentümerinnen und Eigentümer verschiedener Areale wie die Rhystadt AG, die Swiss Life und die Christoph Merian Stiftung, welche teilweise durch die Handelskammer beider Basel vertreten wurden.

Grosser Zankapfel war nicht der Anteil an preisgünstigem Wohnraum, welcher entsprechend dem Regierungsratschlag auf einen Drittel gesetzt wurde, sondern welche Areale grundsätzlich einer Bebauungsplanpflicht unterstellt werden. Dabei waren insbesondere die Grösse des Areals und die aktuelle Nutzung entscheidende Kriterien. Im Einzelnen wurden folgende Punkte durch die Kommission festgelegt, welche den Ratschlag abändern.

Nach Wohnraumfördergesetz hat Vermietung von Wohnraum gemeinnützig zu erfolgen. Die BRK konkretisiert diese Bestimmung und verankert die sogenannte Bauträgerschaftsneutralität im Gesetz. Bauträgerschaftsneutralität bedeutet, dass es nicht entscheidend ist, welche Trägerschafts-Rechtsform dafür Sorge trägt, dass im Kanton mehr preisgünstiger Wohnraum entsteht. Jede Vermieterschaft, die dazu in der Lage ist, preisgünstiger Wohnraum auch im Sinne des Gesetzes anzubieten, wird dazu ausdrücklich eingeladen.

Eine Mehrheit der BRK unterstützt den Mechanismus zur Kontrolle des Netto-Mietzinses über die gesamte Liegenschaft, findet jedoch die zeitliche Beschränkung auf 30 Jahre unverständlich. Sie betrachtet es als problematisch, dass die stichprobenartige Kontrolle nach dieser Zeitspanne enden soll. Daher unterstützt die Kommission einstimmig das Anliegen der Initiatoren, diesen Passus zu streichen.

Kernpunkt des Kompromisses war eine Kombination zweier gesetzlicher Änderungen. Über viele Sitzungen wurden darüber diskutiert, wie man die Grenze von 15'000 m2 aus dem Gegenvorschlag der Regierung umgehen sollte. Für die Initiantin stellte diese Begrenzung der betroffenen Areale eine nicht tolerierbare Untergrenze dar. Es sollten grundsätzlich alle Areale, welche transformiert werden, unter die neue Gesetzgebung fallen. Einige Kommissionsmitglieder hatten grosse Befürchtungen, diese Untergrenze aufzuheben, insbesondere bei kleineren Arealen, wie es auch aus Rentabilitätsüberlegungen als kaum möglich angesehen wurde, einen Drittel Wohnanteil in Kostenmiete zu realisieren.

Diese Einschätzung wurde noch bestärkt durch die Aussagen von Vertretern der Christoph Merian Stiftung, welche sehr schlüssig aufzeigen konnten, dass sie auf dem Areal Dreispitz Mitte etliche Baurechtsnehmerinnen haben und eine Entwicklung unter diesen komplexen Gegebenheiten nicht möglich wäre. Die Kommission versuchte zunächst diesen Umstand gesetzlich abzubilden und gleichzeitig die 15'000 m2 aufzuheben. Ein Teil der Kommission wollte jedoch die explizite Nennung eines Areals im Gesetz verhindern, da dies schon aus gesetzgeberischen Perspektiven nicht elegant wäre. Zudem wollte man Reflexschäden vermeiden, so Bestand die Gefahr, weitere kleine und noch nicht bekannte Areale mit diesen Massnahmen zu belasten. Man suchte eine generell abstrakte Lösung.

Nach längeren Verhandlungen konnte sich die Kommission schliesslich auf den folgenden Weg einigen: Man belässt den Geltungsbereich des Gesetzes auf Areale über 15'000 m2, weitet jedoch die Anzahl der betroffenen Areale aus. So werden neu neben den Bahnarealen und den Industrie- und Gewerbezonen, die transformiert werden, auch die Transformation von überwiegend gewerblich genutzten Arealen in andere Zonen unter das Gesetz gestellt. Dies führt konkret dazu, dass beispielsweise das kantonseigene Areal Rosental neu betroffen wird. Dies fusst auch auf der Überlegung, dass dieses nur aufgrund einer historisch gewachsenen Zoneneinteilung anders behandelt würde. Die Kommission stellt deshalb auf die tatsächliche Nutzung auf dem Areal ab, um Ungleichheiten zu vermeiden.

Weiter schafft die Kommission mit der Anpassung von § 101 des Bau- und Planungsgesetzes nun auch für kleinere Areale eine neue rechtliche Grundlage, die der bereits gängigen Praxis entspricht. Im letzten Jahrzehnt hatte die BRK in den Bebauungsplänen fast immer Anforderungen an preisgünstigen Wohnraum festgelegt. Nun wird dies gesetzlich verankert. Auch bei Arealen, die kleiner als 15'000 m2 sind, kann also künftig ein Anteil an preisgünstigem Wohnraum festgelegt werden. Es kann jedoch auch Fälle geben, bei welchen es aufgrund der fehlenden Rentabilität durch die spezifischen Gegebenheiten nachvollziehbar und vertretbar ist, den Anteil an preisgünstigem Wohnheim zu reduzieren oder gar darauf zu verzichten. Dies ist beispielsweise beim mittleren Teil des Areals Dreispitz der CMS der Fall. In diesem konkreten Fall vertritt die Kommission die Ansicht, dass gänzlich von einem Mindestanteil für preisgünstiges Wohnen abzusehen ist.

Die Kommission teilt die Ansicht des Regierungsrats, dass der gesetzlich vorgeschriebene Wohnraum tatsächlich realisiert werden muss. Sie stimmt jedoch zu, dass es nicht immer möglich ist, die genaue Lage des gemeinnützigen Wohnraums bereits auf der Ebene von Bebauungsplänen festzulegen. Daher unterstützt die BRK das Anliegen von Wirtschaftsvertretern, auf die exakte Benennung der Lage zu verzichten. Die Festlegung der Realisierungsabfolge hält die Kommission jedoch für entscheidend, um den vorgesehenen Anteil gemeinnützigen Wohnraums sicherzustellen.

Bei der Definition, was als gemeinnütziger Wohnraum gilt, ist sich die Kommission einig, dass das Wohnbauprogramm 1000+ als Teil des gemeinnützigen Wohnens oder der Kostenmiete anzusehen ist. Falls die Immobilien Basel-Stadt IBS wider Erwarten das Wohnbauprogramm 1000+ nicht gemäss der Definition des Drittels preisgünstigen Wohnraums umsetzen kann, müsste die Immobilienstrategie entsprechend angepasst werden.

Der ordentliche Mehrwertabgabesatz beträgt 40 Prozent. Bauträger, die gemeinnützig bauen, können eine Reduktion der Mehrwertabgabe erhalten. Die Berechnung berücksichtigt die verminderte Ertragslage gemäss dem Gegenvorschlag. Jedoch führt die aktuelle Praxis zu Problemen, da sie falsche Annahmen über die Ertragslehre gemacht und als willkürlich empfunden wird. Die Kommission beschloss daher knapp, den reduzierten Mehrwertabgabesatz verbindlich auf 20 Prozent zu senken, um die Vorhersehbarkeit und Rechtssicherheit für Eigentümerschaften zu erhöhen und Bauträger bei der Schaffung von gemeinnützigem Wohnraum zu entlasten. Die gesamte Kommission ist sich jedoch einig, dass eine transparente und nachvollziehbare Berechnungsmethode notwendig ist, um den Kanton Basel-Stadt für Investoren attraktiver zu machen.

Bei der Berechnung der Kostenmiete blieb die Kommission nach einer Anhörung der Verwaltung bei den Vorgaben des regierungsrätlichen Gegenvorschlags. Die Kostenmiete berechnet sich anhand der Liegenschaftskosten und der Beschränkungen gemäss dem Wohnraumfördergesetz sowie den damit zusammenhängenden Verordnungen des Bundes. Ein wichtiger Punkt für die Eigentümerschaften stellt die künftige Umsetzung der Bestimmung dar. Es wird der Regierung die Umsetzung folgender Vorschriften übertragen:

Für energietechnische wie auch für ökologische Massnahmen sieht Artikel 6 Abs. 1 der Verordnung des BWO über die Kostenlimiten und Darlehensbeiträge Zuschläge von je maximal 10 Prozent auf die Anlagekostenlimiten vor. Weitere spezielle Massnahmen, welche durch transformationsspezifische Gegebenheiten erforderlich werden, können durch eine Erhöhung der Kostenlimiten für ungünstige Bauverhältnisse nach Abs. 2 der Verordnung durch die Regierung berücksichtigt werden. Dies liegt beispielsweise dann vor, wenn der Boden schräg ist. Denkbar ist auch die Berücksichtigung einer starken Unterbauung, beispielsweise durch ein enormes bestehendes Kanalsystem. Nach Aussage der Regierung möchte diese einer Beurteilung der Praxis des Bundes folgen und keine einschränkende Praxis vorsehen.

Mit den genannten Änderungen beantragt die BRK dem Grossen Rat einstimmig mit 11 Stimmen, den vorliegenden Grossratsbeschluss anzunehmen und den Anzug René Brigger und Konsorten betreffend Definition preisgünstiger Wohnungsbau und Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für Bebauungspläne als erledigt abzuschreiben.

An dieser Stelle möchte ich mich bei meiner Kommission für die Geduld, den grossen Arbeitseinsatz und letztlich die Kompromissbereitschaft bedanken. Ebenfalls bedanke ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung

und insbesondere beim Leiter der Kantons- und Stadtentwicklung, welche für Rückfragen immer zur Verfügung standen. Ohne die grosse Vorarbeit vom ehemaligen Regierungspräsidenten Bundesrat Beat Jans und die Unterstützung von Regierungsrat Lukas Engelberger, welcher aufgrund seiner interimistischer Regierungspräsidentschaft das Dossier übernahm, sowie Regierungsrätin Esther Keller wäre ein Kompromiss schwierig zu finden gewesen. Ich bedanke mich und freue mich nun auf die Diskussion.

Balz Herter (Mitte-EVP): Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Wie wir alle wissen, stehen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten verschiedene wichtige und grosse Arealentwicklungen an. Das Klybeck, der Dreispitz, Areale, die bis anhin ausschliesslich für industrielle und gewerbliche Nutzungen oder für die Bahninfrastruktur zur Verfügung standen, werden nun schrittweise für das Wohnen geöffnet und zu vielfältigen Stadtteilen entwickelt. In diesem Zusammenhang wurde vor rund vier Jahren, 2020, die Verfassungsinitiative «Basel baut Zukunft» eingereicht, lanciert vom Verein Zukunft Klybeck.

Die Initiantinnen und Initianten fordern auf Verfassungsstufe strenge Vorgaben für die erwähnten Arealentwicklungen mittels Bebauungspläne. Die in der Verfassungsinitiative eingereichten Anforderungen sind insbesondere, dass auf Transformationsarealen pro Bauungsplan mindestens 50 Prozent der nutzbaren Bruttogeschossfläche gemeinnützig und dauerhaft in Kostenmiete vermietet oder im Baurecht an eine gemeinnützige Organisation abgegeben werden. Und zweitens, dass die Bebauungspläne unter Mitwirkung der Bevölkerung zu erarbeiten und die Ergebnisse dieser Mitwirkung angemessen zu berücksichtigen sind sowie dass die Areale CO_2 -neutral werden. Wie der Präsident der BRK schon ausgeführt hat, fokussierte die Diskussion vor allem um die Hauptforderung der Initiative, nämlich dem 50-prozentigen Anteil an gemeinnützigem Wohnangebot.

Für den Regierungsrat war und ist klar, dass es aufgrund des Anstiegs der Mietzinsen sowie der tiefen Leerstandsquote notwendig ist, preisgünstigen Wohnraum in Basel zu schaffen. Die Entwicklung und Planung der Transformationsareale stellt für unsere Stadt hierbei eine grosse Chance und gleichzeitig eine Herausforderung dar. Es gilt, eine zukunftsweisende, auch klimagerechte Entwicklung voranzutreiben, die den sozialen Bedürfnissen unserer Bevölkerung entspricht. Um erfolgreich zu sein, müssen dabei die unterschiedlichsten Vorstellungen und Ideen aus der Politik, der Bevölkerung, der Wirtschaft und der Grundeigentümerschaften auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden.

Die Initiative birgt die Gefahr, das Investierende das Interesse an der Umwidmung ihrer Areale verlieren. Es lohnt sich aus Sicht einer Grundeigentümerin nicht, Geld dann zu investieren, wenn damit keine genügende Rendite erwirtschaftet werden kann. Eine genügende Rendite beispielsweise zur Bedienung von Rentenversprechen einer Pensionskasse. Aus diesen Gründen hat der Regierungsrat einen Gegenvorschlag zur Initiative vorgelegt, der sich gegenüber den Forderungen der Initiantinnen und Initianten unterscheidet, und zwar unterscheidet er sich wie folgt:

Der Gegenvorschlag, der betrifft die Gesetzesebene. Er ermöglicht damit eine raschere Umsetzung als die Volksinitiative, die ja lediglich eine Verfassungsrevision beinhaltet. Dann gilt der Gegenvorschlag nicht für alle Transformationsareale, sondern nur für solche mit einer Grundstücksfläche von mehr als 15’000 m2, nur für diese sollen Bebauungspläne zwingend erforderlich sein. Und die Bebauungspläne müssen, sofern Planungsperimeter von über 15’000 m2 betroffen sind, Mindestvorgaben insbesondere betreffend Vermietungskriterien und Klimaschutz enthalten.

Gemäss Gegenvorschlag des Regierungsrats soll nicht die Hälfte, sondern mindestens ein Drittel der Bruttogeschossfläche des Anteils Wohnen dauerhaft gemeinnützig nach dem Kostenmietprinzip vermietet werden. Dabei müssen zusätzlich Anlagekostenlimiten berücksichtigt werden. Durch die Beachtung von Anlagekostenlimiten werden grundsätzlich preisgünstige Anfangsmieten sichergestellt. Die Definition des Kostenmietprinzip in Verbindung mit den Anlagekostenlimiten schafft auch die Möglichkeit, auf die bereits langjährige arbeitende Praxis des Bundes zum Bundesgesetz zur Wohnraumförderung zurückzugreifen. Damit wird für die investierenden Bauträgerschaften die notwendige Klarheit geschaffen, inwiefern gerade auch auf Transformationsarealen im Voraus nicht immer genau zu bestimmende Aufwände wegen ungünstiger Bauverhältnisse bei der späteren Berechnung der gemeinnützigen Mietzinse miteinbezogen werden können. Zudem schafft der Gegenvorschlag die Voraussetzung, dass die Mehrwertabgabe tiefer ausfällt, wenn die Immobilien gemeinnützig in Kostenmiete und unter Beachtung von Anlagekostenlimiten vermietet werden. Dies gilt auf dem ganzen Kantonsgebiet.

Der Gegenvorschlag ist sodann hinsichtlich Klimaschutz ambitionierter als die Initiative, da er zwischen klimaneutralem Betrieb und klimafreundlicher Erstellung von Gebäuden unterscheidet. Weil sich diese Anliegen des Initiativkomitees mit dem Gegenvorschlag zur Klimagerechtigkeitsinitiative bereits in Umsetzung befinden, konnte bei der Ausarbeitung des Gegenvorschlags auf konkrete Massnahmen hier verzichtet werden. Auch was den grösseren Einbezug der Bevölkerung betrifft, den die Initiative ebenfalls fordert, wurde bereits gehandelt. Der Grosse Rat ist diesem Anliegen unlängst durch das im Mai 2023 verabschiedete Gesetz über die Partizipation der Quartierbevölkerung nachgekommen. Auch hier äussert sich also der Gegenvorschlag des Regierungsrats nicht mehr.

Die Vertreterinnen und Vertreter der Initiative taxierten den regierungsrätlichen Gegenvorschlag als aus ihrer Sicht teilweise ungenügend. Es wurde aber auch Kompromissbereitschaft signalisiert und hier kommt nun die Bau- und Raumplanungskommission des Grossen Rates ins Spiel, die, wir haben es geschildert bekommen vom Präsidenten, eine wichtige Rolle gespielt hat, dass wir nun heute über einen hoffentlich und wohl mehrheitsfähigen Gegenvorschlag beraten können.

Die BRK lotete nach Anhörung des Initiativkomitees und der anderen Interessenvertretungen sowie natürlich auch der Vertretung des Regierungsrats in intensiven Diskussionen aus, ob sie sich auf die Formulierung eines angepassten Gegenvorschlags einigen kann. Die BRK hat dabei die Anliegen aller Akteurinnen und Akteure berücksichtigt. Sie versteht die Beschlüsse heute als Gesamtpaket, mit dem sich sämtliche Mitglieder identifizieren können, obschon, wie der Präsident erläutert hat, nicht alle einzelnen Beschlüsse einstimmig gefällt wurden. Auch die BRK teilte die grundsätzliche Sorge des Regierungsrats, bei einer Annahme der Verfassungsinitiative könnte eine Blockade drohen und das obschon ja die Entwicklungsmöglichkeiten auf den Transformationsarealen chancenreich gerade eben für die Anliegen der Initiantinnen und Initianten sind.

Nachfolgend möchte ich namens des Regierungsrats kurz auf die Anpassung des Gegenvorschlags durch die BRK eingehen und erläutern, warum dieser angepasste Gegenvorschlag auch aus Sicht des Regierungsrats zielführend ist, indem er eben eine Blockade der Weiterentwicklung der Transformationsareale vermeidet und gleichzeitig vielen Anliegen der Initiantinnen und Initianten entgegenkommt.

Die Formulierung der BRK in § 101a Abs. 1 des BPG erweitert das regierungsrätliche Konzept der Transformationsareale auch auf Mischzonen, beziehungsweise Areale, die bislang überwiegend gewerblich genutzt wurden, aber schon heute eine Wohnnutzung zulassen. Die ebenfalls festgelegte Mindestgrösse des Areals beschränkt den Anwendungsbereich jedoch wieder auf Areale und Zonen mit einer grösseren Bedeutung für den Kanton. Das erscheint auch aus Sicht des Regierungsrats sinnvoll.

Die Neutralität der Bauträgerschaft wird nun explizit gewährleistet. Das bedeutet, dass es nicht entscheidend ist, welche Trägerschaft im Kanton für mehr preisgünstigen Wohnraum sorgt. Nicht nur grundsätzlich gemeinnützige Bauträgerschaften, wie beispielsweise gemäss Definition Baugenossenschaft, sondern auch gewinnorientierte Bauträgerschaften, die in der Lage sind, können preisgünstigen Wohnraum im Sinn des Gesetzes anbieten. Sie sollen dazu auch ausdrücklich eingeladen sein und so erhöhen wir die Chancen weiter, dass möglichst rasch preisgünstiger Wohnraum auf den Transformationsarealen entsteht.

Die Reduktion des Mehrwertabgabesatzes bei der Schaffung von neuem preisgünstigem Wohnraum von 40 auf 20 Prozent ist das dritte Änderungselement des Gegenvorschlags der BRK. Diese Reduktion erhöht die Rechtssicherheit und bedeutet für den nicht Rendite orientierten Wohnungsbau eine substanzielle Entlastung. Damit schaffen wir zusätzliche Attraktivität für Vermieterschaften, in den preisgünstigen Wohnraum zu investieren.

Viertens muss in den Bebauungsplänen die Lage des geplanten preisgünstigen Wohnraums nicht frühzeitig festgeschrieben werden. Es ist tatsächlich nicht in allen Fällen möglich, bereits auf Stufe Bebauungsplan die Lage des preisgünstig zu vermietenden Wohnraums exakt zu benennen.

Fünftens will die BRK stichprobenartige Kontrollen zur Einhaltung der Vorschriften über das preisgünstige Wohnen ohne zeitliche Limitierung ermöglichen und sechstens ist eine wichtige Ergänzung, dass allgemein in Bebauungsplänen auch Massnahmen zur Erreichung des Zielwerts von mindestens 25 Prozent preisgünstigen Wohnraums bis 2050 erlassen werden können. Das ist ein wichtiger Bestandteil, damit kann der Grosse Rat, wo er es als sinnvoll erachtet, Wohnraum auch in anderen Arealen und Zonen mit einem kleineren Planungsperimeter zwingend als gemeinnützig vorschreiben im Bebauungsplan. Die Praxis dazu, das hat der Präsident der BRK erläutert, gibt es ja bereits und ich glaube, wesentlich hier ist auch, dass eben die Flexibilität erhalten wird, je nach Art des Areals, je nach Art des Bebauungsplans entscheiden zu können.

Es freut mich sehr, dass sich die BRK im Endeffekt einstimmig auf einen Gegenvorschlag zur Initiative einigen konnte. Es freut besonders natürlich auch, dass die Initiantinnen und Initianten bereits signalisiert haben, dass sie, wenn dieser Gegenvorschlag so verabschiedet wird, die Initiative zurückziehen würden. Das ist ein enorm erfreulicher Kompromiss. Die Änderungen der BRK verbessern insgesamt nochmals die Akzeptanz und die Stabilität des Gegenvorschlags und sie werden deshalb auch vom Regierungsrat integral unterstützt.

Auch der Regierungsrat ist zuversichtlich, dass die Verabschiedung des Gegenvorschlags jetzt die Grundlage für eine erfreuliche Weiterentwicklung der Transformationsareale bilden wird und ich möchte abschliessen mit einem grossen Dank an das Milizparlament, an die Milizarbeit vor allem der BRK mit ihrem Präsidenten Michael Hug. Hier wurde wirklich mehr geleistet, als es sonst üblich ist bei Initiativen und Gegenvorschlägen. Es war notwendig, wie gesagt, um die Akzeptanz zu schaffen für diesen Kompromiss und es zeigt, dass unser System eben auch sehr gut funktionieren kann. Es dauert ab und zu ein bisschen länger, aber dafür haben wir am Ende ein Resultat, mit dem alle gut oder mindestens einigermassen gut leben können. Vielen Dank also für diese grosse parlamentarische Arbeit.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Als erstes hat das Wort Christoph Hochuli für die Mitte/EVP.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Freude herrscht. Wir, also die BRK, haben es geschafft, den Gegenvorschlag der Regierung noch zu verbessern, dass nun alle Player und alle Fraktionen mit diesem einverstanden oder sogar zufrieden sind. Aber beginnen wir von vorne. Die 2020 eingereichte Volksinitiative «Basel baut Zukunft» verlangte ja als Hauptforderung, dass auf Transformationsarealen mindestens 50 Prozent der Bruttogeschossfläche gemeinnützig und dauerhaft in Kostenmiete vermietet werden. Der Regierungsrat hat der Initiative einen Gegenvorschlag gegenübergestellt, wonach mindestens ein Drittel gemeinnütziger Wohnraum für Transformationsareale erreicht werden müssen. Dies mit der Beschränkung auf Areale mit einer Fläche von über 15'000 m2.

Uns als Parteien der politischen Mitte ist es auch ein grosses Anliegen, dass in unserem Kanton viel preisgünstiger Wohnraum entstehen kann und dieser auch preisgünstig bleibt. Andererseits ist es uns auch wichtig, dass für die Wirtschaft die Rahmenbedingungen stimmen. Bei einer Pflicht von 50 Prozent preisgünstigem Wohnraum gemäss der Initiative wäre es unsicher gewesen, ob das Klybeckareal überhaupt bebaut worden wäre. Auch die Realisierung des Projekts Dreispitz Nord wäre unsicher gewesen.

Im Ratschlag wurde festgelegt, dass die Dauer der stichprobenartigen Kontrollen zur Einhaltung der Vorschriften über das preisgünstige Wohnen auf 30 Jahre begrenzt sein sollen. Nach meiner und der Meinung der BRK macht diese Befristung wenig Sinn, denn das würde ja faktisch bedeuten, dass nach 30 Jahren die Wohnungen nicht mehr preisgünstig sein müssten respektive dies nicht mehr kontrolliert und eingefordert werden könnte. Deshalb haben wir diese 30 Jahre Begrenzung gelöscht.

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Bauträgerschaftsneutralität. Von der Investorenseite kam der Wunsch, dass nicht nur Genossenschaften oder der Kanton, sondern auch Firmen preisgünstigen Wohnraum anbieten dürfen. Dies macht absolut Sinn und deshalb setzen wir als BRK die Bauträgerschaftsneutralität gesetzlich fest.

Die Beschränkung auf Areale über 15'000 m2 haben wir intensiv diskutiert. Schlussendlich liessen wir sie im Gegenvorschlag drin, denn in kleineren Arealen mit zahlreichen Baurechtsnehmenden wäre die Planung, Koordination und Durchführung mit einem Drittel preisgünstigem Wohnraum sehr schwierig umsetzbar gewesen. In den Bebauungsplänen für diese Areale kann der Grosse Rat und bei Arealen bis 4'000 m2 der Regierungsrat jedoch weiterhin einen bestimmten Anteil preisgünstigen Wohnraum festlegen, wenn dies sinnvoll erscheint.

Die Mitte EVP/Fraktion ist sehr zufrieden mit der Kompromisslösung der BRK, die in guter Zusammenarbeit mit der Regierung, der Verwaltung, dem Initiativkomitee und den Eigentümerschaften entstanden ist. Wir bitten Sie im Namen der Mitte/EVP-Fraktion, dem BRK-Bericht zur Initiative «Basel baut Zukunft» zuzustimmen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Sprecher ist Lukas Faesch für die Fraktion LDP.

Lukas Faesch (LDP): Als erstes möchte die LDP-Fraktion Michael Hug und der BRK danken. Michael Hug ist es gelungen, als Kommissionspräsident in einer schwierigen Gemengelage einen guten Kompromiss herbeizuführen, der hoffentlich zum Rückzug der Initiative führen wird. Die Initiative, das muss deutlich festgehalten werden, ist extrem. Sie muss verhindert werden, denn sie will 50 Prozent der Bruttogeschossflächen in Transformationsarealen, also nicht nur der Wohnflächen, mit einem dauernden Kostenmietdeckel versehen, unabhängig davon, ob es sich um Gewerbe- oder Wohnflächen handelt. Als Alternative fordert die Initiative, dass der Boden durch Verkauf oder durch ein Baurecht an eine gemeinnützige Organisation abgegeben werden muss. Dies kommt faktisch einer massiven Enteignung gleich, was nicht nur kommerzielle Marktteilnehmer, sondern eben auch Pensionskassen, das heisst deren Versicherten, aber auch Stiftungen trifft wie zum Beispiel die CMS, die ihren Zweck mit dem Ertrag ihrer Liegenschaften zuerst finanzieren muss. Kurzum, diese radikalen Forderungen würden jede Transformation von Bahn- respektiv Industriearealen schlichtweg verhindern. Darum ist es wichtig, dass dieser Initiative nicht ein Gegenvorschlag entgegengestellt wird, sondern dass sie diese nun aufgrund des Gegenvorschlages, der ein Kompromiss darstellt, von den Initianten wie versprochen zurückgezogen wird.

Es gibt aber aus Liberaler und meiner Sicht noch einige grundsätzliche Gedanken zu diesem Thema. Es ist schwierig, dass eine kleine Gruppe von Initianten möglichst radikale Forderungen stellt und am Schluss mit einem Gegenvorschlag, der ihnen sehr entgegenkommt, belohnt wird. Vielleicht müsste man, sollte sich dieses Vorgehen wiederholen, wirklich auf die Formulierung eines Gegenvorschlages verzichten und das Volk direkt entscheiden lassen.

Was weder Initiative noch Gegenvorschlag thematisieren, sind die enormen Transformationskosten, die bei einer Umnutzung von Industriearealen anfallen. Diese Transformationskosten betreffen den Umbau beziehungsweise ein Rückbau von

Gebäuden und Geleiseanlagen, sie betreffen Kosten der Altlastenbeseitigung, die gesamten Planungskosten, die Kosten der Regulierungen und staatlichen Vorschriften, der Einnahmeverlust aufgrund des Kostenmietanteils, die Mehrwertabgabe und die Finanzierung der Komplexitäten und Risiken wie Einsprachen, Bauverzögerung, etc. Grundeigentümer und Entwickler müssen diese Kosten tragen und auch finanzieren können. Ansonsten werden sie, dies ist keine Drohung, sondern eine wirtschaftliche Realität, auf Investitionen in den Städte- und Wohnungsbau verzichten. Niemand kann zu übermässigen wirtschaftlichen Risiken gezwungen werden und die Kosten können auch nicht einfach abgeschrieben oder ignoriert werden. Nein, sie werden sich logischerweise auf die Mietpreise der übrigen Wohnungen niederschlagen. Wir haben also auf der einen Seite einen Drittel Wohnungen mit Kostenmiete und zwei Drittel tendenziell teure Wohnungen. Der Schuss geht da irgendwie nach hinten los.

In diesem Zusammenhang muss auch erwähnt werden, dass die derzeitige gesetzliche Regelung der Mehrwertabgabe ein grosses Problem darstellt. Basel hat schweizweit die höchste Mehrwertabgabe, tut sich schwer bei der vorgezogenen Berechnung für Transformationsareale und lehnt auch neutrale Berechnungsmethoden, wie in anderen Kantonen längst üblich, ab. Indem keine Abzüge zum Beispiel für Altlasten und Abbrüche mehr gemacht werden dürfen, macht die Mehrwertabgabe einen sehr grossen Anteil der Transformationskosten aus und dies ohne jede Zusicherung, dass Teile der geleisteten Mehrwertabgabe dereinst je in Areal für Grün- und Freiräume zurückfliessen wird.

Insgesamt bleibt auch der Gegenvorschlag eine bittere Pille, die man, um schlimmeres zu verhindern, schlucken muss. So gibt es zwar die sogenannte Bauträgerneutralität beim Kostenmietanteil und es gibt auch eine Regelung für kleinere Areale bis 15’000 m2. Aber diese Regelung musste teuer erkauft werden mit der gesetzlichen Verankerung, dass der Grosse Rat grundsätzlich bei jedem Bebauungsplan wohnpolitische Forderungen stellen kann, und zwar bis 2050 beziehungsweise bis Basel 25 Prozent preisgünstigen Wohnraum hat. Dazu kommt, dass nicht von maximal, sondern von minimal 25 Prozent günstiger Wohnraum die Rede ist. Die Kann-Formulierung impliziert aber auch, dass künftig nun nicht jeder Bebauungsplan zwingend 25 Prozent preisgünstigen Wohnraum vorgeben muss, sondern dass das situativ zu entscheiden ist. Hier ist einfach zu hoffen, dass der Grosse Rat künftig jeweils weise und pragmatisch entscheidend wird. Gerade bei Arealen mit Mischnutzungen und einen vergleichsweise kleinen Wohnanteil macht ein Drittel Kostenmietregelung einfach keinen Sinn. Hier werden die Investoren ganz einfach auf den Wohnteil verzichten, was nicht im Interesse unseres Kantons sein kann.

Noch ein Wort zu der 15’000 m2-Regelung. Bei der Initiative «Basel baut Zukunft» hatte man immer nur das Klybeckareal mit zwei Investoren im Auge. Im Dreispitz bei der CMS gibt es im baselstädtischen Teil 80 Eigentümer und die kleinteilige zeitlich und räumlich etablierte Entwicklung ist eine Lehre aus der an ihrer Komplexität gescheiterten Masterplanung. Deshalb ist die Regelung, wonach der Drittel Kostenmietwohnanteil bei Bebauungsparametern unter 15’000 m2 nicht zur Anwendung kommt, wichtig und richtig, denn die CMS will das Gewerbe nicht vertreiben, sie will keine Tabula Rasa-Transformation, sie will vielmehr ein bisheriges Gewerbeareal sinnvoll und behutsam verdichten.

Fazit: Die Fraktion LDP stimmt dem Bericht der BRK voll zu, da dieser Kompromiss besser ist als die katastrophale Initiative, aber mit den erwähnten Bedenken in Bezug auf die massiven und langjährigen eingeschränkten Eigentums- und Verfügungsrechte der Grundeigentümer und mit Blick auf die negativen Auswirkungen für die zukünftigen Arealentwicklungen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es liegt eine Zwischenfrage von René Brigger vor. Nehmen Sie sie an? Sie wird abgelehnt.

Besuch auf der Tribüne

Bevor wir zum nächsten Sprecher kommen, möchte ich die Schulklasse des Zentrums für Brückenangebote Niederholz in Riehen mit ihrer Lehrperson Elisa Sidler auf der Besuchertribüne begrüssen. Schön seid ihr hier und befasst euch mit der Basler Politik. [Applaus]

Als nächster Sprecher für die SP hat das Wort Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Ja, heute ist ein historischer Tag für die Basler Wohnpolitik. Aber heute ist vor allem ein guter Tag für die Basler Bevölkerung, für alle Mieterinnen, die schon da sind, und für alle Menschen, die in Zukunft noch nach Basel ziehen möchten. Heute ist ein historischer Tag, an dem neue wohnpolitische Grundsätze endlich in diesem Kanton gesetzlich verankert werden. Heute ist aber auch vor allem das Ende einer beinahe unendlichen politischen Aushandlungsgeschichte. Heute hat es dieser Rat in der Hand, einen weiteren Meilenstein zu setzen. Heute debattiert Basel Zukunft.

Wie so oft in wohnpolitischen Angelegenheiten liegt der Grundstein dafür bei zivilgesellschaftlichen Akteur*innen. Es waren Aktivist*innen um den Verein Zukunft Klybeck, welche sich von Beginn an gefragt oder ungefragt an den öffentlichen Mitwirkungsveranstaltungen zu städtebaulichen Leitbildern des Megaprojekts klybeckplus engagierten. Die Nachwehen der städtebaulichen Ursprungsvision von Rheinhattan steckten damals noch vielen zu tief in den Knochen.

Vor ziemlich genau fünf Jahren, am 22. Mai, der grosse Knall, Novartis verkauft ihre Arealteile im Klybeck an die Central Real Estate Gruppe, heute bekannt unter Rhystadt. Ein paar Wochen später folgt die BASF mit dem Verkauf an die Swiss

Life. Der Kanton hat nicht gekauft. Schnell wurde eine Initiativgruppe, und so klein war die gar nicht, gebildet, vereint in der Sorge, dass hier der Kanton gerade eine riesige Chance verpasst, und sich nun auf anderer Ebene viel stärker bei diesen Entwicklungen der sogenannten Transformationsareale, und da gehören alle dazu, Lukas Faesch, einbringen müssen, damit eine klimagerechte partizipative und vor allem auch bezahlbare Stadtentwicklung in unserem Kanton möglich wird. Das waren die Ursprungsforderungen, 50 Prozent Kostenmiete, klimaneutral und Partizipation.

Im Sommer 2020 wurde dann die Initiative eingereicht nach 280 Sammeltagen während der Pandemie. Winter 2020 erstmal im Grossen Rat, es sah noch gut aus. Jahresanfang 2021, jetzt wurde klar, die Initiative wurde vor das Appellationsgericht gezerrt, ein Jahr Stillstand im politischen Prozess. Dem Initiativkomitee wurde es nicht langweilig, wir wälzten Gerichtseingaben und schärften unsere Argumente mit jeder Replik. Wir recherchierten auch den verrückten Kaufpreis, der dazumal bezahlt wurde. Dann endlich Frühling 2022, ein sonnenklares Urteil und ich bitte Sie, wenn Sie an diesen Enteignungsgedanken immer noch nachhängen, können Sie da mal nachlesen, die Volksinitiative «Basel baut Zukunft» ist in allen Teilen zulässig. Das Gericht erachtet die gestellten Forderungen als geeignete Massnahmen, um die darin angestrebten Ziele zu erreichen. Die Initiative verletze weder die Wirtschaftsfreiheit noch stelle sie unzumutbare Eingriffe in Eigentumsrechte dar.

Jetzt waren Regierungsrat und Verwaltung endlich gefordert, sich mit der Initiative auch auseinanderzusetzen und die Möglichkeiten für einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Es begannen umfassende Auslegeordnungen zwischen den renditeorientierten Grosseigentümer*innen dieser Stadt und den Initiantinnen. Sommer 2023, erster Gegenvorschlag wird präsentiert, aus Sicht des Initiativkomitees bestand aber noch erheblicher Nachholbedarf, damit ein Rückzug der Initiative überhaupt denkbar wäre. Das war nun die Aufgabe der BRK und zumindest die Hälfte, die mit den Anliegen der Initiative sympathisierten, wollten hier mithelfen. An dieser Stelle möchte ich jetzt aber ganz deutlich die Kooperationsbereitschaft der bürgerlichen Kolleg*innen in dieser Kommission hervorheben. Es gelang dieser Kommission, den gordischen Knoten zu zerschlagen und wir können heute einen griffigen Gegenvorschlag präsentieren und darüber debattieren.

Dieser Gegenvorschlag der Bau- und Raumplanungskommission stärkt drei wohnpolitische Pfeiler und einer wurde noch zusätzlich aufgebaut. Preisgünstiger Wohnraum heisst ab heute dauerhafte Kostenmiete. Wir haben diese Definitionen schon unzählige Male in diesem Rat debattiert und heute können wir mit der Verabschiedung dieses griffigen Gegenvorschlags den letzten Schritt gehen, das geklärt wird, preisgünstiger Wohnraum heisst Kostenmiete. Ich denke, vor allem auch mein geschätzter Kollege Georg Mattmüller wird froh sein, dass sein Name mit dieser, sagen wir mal, sehr kreativen Idee einer marktorientierten Preisgünstigkeit, wie das zwischenzeitlich die Regierung versuchte zu definieren, ab heute Makulatur ist.

Was mich besonders freut ist auch, dass nun die renditeorientierten Eigentümer*innen angehalten sind im Sinne der Bauträgerneutralität, Wohnungen in Kostenmiete zu erstellen und dauerhaft zu vermieten. Nehmen Sie es sportlich, auch Sie werden die langfristigen Vorteile der Kostenmiete noch schätzen lernen und es wird Sie zumindest im preisgünstigen Anteil von den nervigen Renditezwängen befreien und Sie können sich auf das Wesentliche, das Wohnen konzentrieren.

Der Automatismus, dass dieser Mindestanteil des Drittels gemeinnütziger Wohnraum ab 15’000 m2 zählen sollte, drohte den Kompromiss mehrfach zum Einsturz zu bringen. Es brauchte hier viel Ausdauer und vor allem den Aufbau von Vertrauen. Das gelang der Kommission. Wir haben nun mit der Verankerung der wohnpolitischen Massnahmen im generellen § 101 des Bau- und Planungsgesetzes diese Möglichkeit geschaffen, dass der Grosse Rat, die Kommission situativ bei den kleineren Arealen, und das ist richtig, wie das auch meine Vorredner*innen gesagt haben, nach unten und nach oben diese Anteile anpassen können, solange das wohnpolitische Ziel 25 Prozent preisgünstiger Wohnraum im ganzen Kanton bis 2050 nicht erreicht ist. Ich denke, mit diesem Grundgerüst haben wir heute die Chance, wichtige wohnpolitische Grundsätze endlich in unserem Kanton zu verankern.

Wir von der SP-Fraktion reichen für diesen Kompromiss die Hand. Wir stellen uns klar hinten diesen Gegenvorschlag, der integral betrachtet wird, keine Änderungen angezeigt sind. Das Initiativkomitee, zu dem ich ja auch selber zähle, hat öffentlich klargemacht, wenn das nicht angerührt wird, dieser Gegenvorschlag, dann wird die Initiative «Basel baut Zukunft» zurückgezogen. Es geht weiter und da sind wir alle gefordert, um diesen Vertrauensaufbau auch nach aussen zu tragen und deshalb bittet Sie die SP-Fraktion, diesem Gegenvorschlag zuzustimmen. Ich stelle auch den Antrag, weil wir inhaltlich uns hinter die Initiative nach wie vor stellen, die Initiative anzunehmen. Die Ausgangslage habe ich geschildert. Durch diesen Rat steht einem Kompromiss nichts im Wege.

Balz Herter (Mitte-EVP): Als nächste Fraktionssprecherin hat sich eingetragen Lea Wirz für das GAB.

Lea Wirz (GAB): Wie Sie bereits mehrfach gehört haben heute hier drin in diesem Saal, wurde in der BRK lange um den nun vorliegenden Gegenvorschlag zur Initiative «Basel baut Zukunft» gerungen. Am Schluss ist es der Kommission aber gelungen, einen Kompromiss zu finden und wir stehen heute hier alle geeint hinter dem vorliegenden Gegenvorschlag. Ich werde an dieser Stelle darauf verzichten, nochmal auf alle Details einzugehen, die bereits mehrfach genannt wurden, und

werde mich auf die Elemente konzentrieren, welche auch die Kernforderungen der Initiative sind und die nun auch im Gegenvorschlag aufgenommen wurden, zumindest teilweise.

Mit dem Gegenvorschlag liegt nun eine wichtige Grundlage für die Entwicklung der grossen Transformationsareale vor, aber auch für die nicht ganz so grossen mehrheitlich gewerblich genutzten Areale, für die ein Anteil Wohnen besteht, wird damit die Grundlage dafür geschaffen. Dies ist nötig, weil Basel neuen Wohnraum benötigt. Besonders wichtig ist aber, dass nicht nur teurer Wohnraum und Luxuswohnungen entstehen, sondern die Erstellung von kostengünstigem Wohnraum gesichert ist.

Mit den Zielvorgaben des Gegenvorschlags, dass für Gewerbe-, Bahn- und Industrieareale, die grösser als 15'000 m2 gross sind und für die neu ein Anteil Wohnen entsteht, Bebauungspläne zu erlassen sind und mindestens ein Drittel der Wohnungen gemeinnützig und dauerhaft in Kostenmiete vermietet werden müssen, wird zwei wichtigen Grundsätzen Rechnung getragen. Das Recht auf Wohnen wird gewürdigt und die demokratische Teilhabe an der Stadtentwicklung wird gestärkt. Für das GAB ist jedoch auch die Forderung der Initiative, nämlich dass die Hälfte des neuen Wohnraums in Kostenmiete vermietet werden soll, tragbar.

Die Initiative ist, wie wir vorhin gehört haben, aus Unmut entstanden über das Vorgehen der Entwicklung der Transformationsareale. Insbesondere wird damit kritisiert, dass der Kanton seinen Einfluss darauf beschränkt und die Entwicklung weitgehend privaten Akteurinnen und Akteuren überlässt. Aus der Initiative wurde insbesondere das Thema des kostengünstigen Wohnraums aufgegriffen, welches nun auch den Kern des Gegenvorschlags bildet.

Die Initiative beinhaltet aber auch zwei weitere Elemente, welche im Gegenvorschlag nicht weiterverfolgt wurden. Ein Element betrifft die mangelhafte Partizipationsmöglichkeit. In der Zwischenzeit ist das neue Partizipationsgesetz in Kraft getreten, welches die Teilhabe stärken und verbessern soll. Es gilt nun zu beobachten, wie sich die Partizipationsmöglichkeiten damit verbessern. Dazu gibt es in unserer Fraktion kritische Stimmen, ob dies damit erreicht werden wird.

Ein weiteres Element der Initiative ist die Erreichung der Klimaneutralität der Areale. In der BRK wurde auf eine weitere Auseinandersetzung mit Verweis auf den von der Stimmbevölkerung angenommenen Gegenvorschlag zur Klimagerechtigkeitsinitiative verzichtet. Zwar soll mit der Klimastrategie bei Bauprojekten künftig auch die graue Energie berücksichtigt werden, dass der Regierungsrat sich für die Festlegung der Grenzwerte bis 2027 Zeit lassen und dann auch keine verbindlichen Grenzen beschliessen, sondern mit einer Lenkungsabgabe arbeiten will, finden wir aber bedenklich. Das GAB wird deshalb die Bearbeitung der Klimastrategie des Regierungsrates kritisch verfolgen und erwartet, dass die Umsetzung zeitnah erfolgt. Wir erwarten, dass die Regierung griffige und verbindliche Massnahmen ergreift und uns hier im Grossen Rat vorlegt, mit welchen die Klimaziele nachhaltig erreicht werden können. Auch bei der Behandlung von Bebauungsplänen wird das GAB weiterhin einfordern, dass die ökologische Nachhaltigkeit gegeben ist, dass klimaschonend gebaut wird und die graue Energie reduziert wird.

Beim Gegenvorschlag handelt es sich eben um einen Kompromiss. Darum wurde lange gerungen und auch wir vom GAB stellen uns einstimmig dahinter, aber wir folgen auch dem Antrag der SP-Fraktion, nämlich dass auch die Initiative unterstützt wird, deren Forderungen für das GAB, anders als für den Sprecher der LDP, nicht extrem sind, sondern durchaus nachvollziehbar.

Balz Herter (Mitte-EVP): Als nächstes hat der Sprecher der GLP das Wort Bülent Pekerman.

Bülent Pekerman (GLP): Vor knapp vier Jahren ist die Initiative «Basel baut Zukunft» zustande gekommen. Seither ist viel Wasser den Rhein hinunter geflossen und wir konnten viel davon in den Medien verfolgen. Von der ersten Beratung des regierungsrätlichen Ratschlags in der BRK bis heute hatte das Geschäft das seltene Vergnügen, von nicht weniger als zwei Regierungspräsidenten und einem Regierungspräsidenten ad Interim begleitet zu werden. Dass sich gleich drei Vorsteher des Präsidialdepartements mit demselben Geschäft auseinandersetzen mussten, ist wahrscheinlich ein Novum in Basel. Offenbar war das Geschäft so anspruchsvoll, dass einer der Vorsteher, dass Basler Polit-Parkett verliess, um in den ruhigeren Gewässern von Bern zu segeln und ein anderer beschloss, nicht als Vorsteher des PD zu kandidieren. Und der Dritte, seit zwei Wochen im neuen Amt, ist nun in der glücklichen Lage, das Ganze zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Diese politische Reise zeigt, dass es manchmal mehr als einen Kapitän braucht, um das Schiff sicher in den Hafen zu steuern. Nun Spass beiseite.

Bevor ich zu den ernsten und wichtigen Aspekten des vorliegenden Geschäfts komme, möchte ich nicht fortfahren, ohne allen Beteiligten zu danken. Mein Dank gilt meinen Kolleginnen und Kollegen in der Bau- und Raumplanungskommission, dem Regierungsrat, der Verwaltung, den Initianten und Initiantinnen sowie den Vertretern der Investoren. Ihre Kompromissbereitschaft und ihr Engagement haben es möglich gemacht, einen breit abgestützten Gegenvorschlag auszuarbeiten, der heute hier zur Diskussion steht.

Dieser Gegenvorschlag wurde in der BRK, das ist auch schon erwähnt worden, nach elf intensiven Sitzungen schliesslich einstimmig verabschiedet und setzt klare und verbindliche Spielregeln für die nachhaltige Entwicklung unseres Kantons. Diese Spielregeln garantieren Planungs- und Rechtssicherheit und sind entscheidend für die Schaffung des dringend benötigten Wohnraums. Der Präsident der BRK hat den ganzen Inhalt des Gegenvorschlags beziehungsweise des BRK-Kompromisses ausführlich präsentiert. Darum möchte ich eine Wiederholung vermeiden und gehe kurz nur auf drei Punkte des Gegenvorschlags ein, die aus grünliberaler Sicht wichtig sind.

Zentraler Punkt des Kompromisses ist die Vorgabe an die Bauträgerschaft, auf Transformationsarealen ab 15’000 m2 mindestens einen Drittel der neu entstehenden Wohnflächen gemeinnützig und dauerhaft in Kostenmiete zu vermieten. Das Entgegenkommen der Initiant*innen in diesem Punkt, also von 50 Prozent auf 33, war auch aus grünliberaler Sicht ein wichtiger Schritt, um weiterhin an einem Kompromiss festzuhalten. Zudem wird mit dem Gegenvorschlag die Bauträgerschaftsneutralität im Gesetz verankert, was wir sehr begrüssen. Die Senkung des Mehrwertsteuerabsatzes für gemeinnützige Wohnbauträger von 40 auf 20 Prozent wird die Wirtschaftlichkeit und damit die Realisierung von gemeinnützigem Wohnbau wesentlich fördern.

Mit diesem Gegenvorschlag haben wir den goldenen Mittelweg gefunden. Wir Grünliberale erwarten, dass die Initiant*innen, das wurde auch schon bereits signalisiert, ihre Initiative zurückziehen. Damit wäre der Weg frei für eine umfassende und ausgewogene Umsetzung der Ziele des Gegenvorschlags. Ich bitte Sie deshalb, diesen durchdachten und ausgewogenen Gegenvorschlag im Interesse aller Baslerinnen und Basler zu unterstützen und dem Antrag der BRK zu folgen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Als nächster Sprecher Pascal Messerli für die SVP.

Pascal Messerli (SVP): Auch die SVP-Fraktion bittet Sie, diesem Kompromiss nun zuzustimmen, damit wir auf allen Seiten Rechtssicherheit schaffen können. Ja, dieses Geschäft wurde sehr heiss gekocht. Es gab Gerichtsentscheide, es gab Diskussionen im Parlament, aber am Ende des Tages ist es dann so, dass die Suppe trotz des flammenden Votums von Ivo Balmer dann doch nicht so heiss gegessen wird und wir hier wirklich einen guten Kompromiss haben, hinter dem wir alle stehen können, nicht nur die Fraktionen, sondern auch das Initiativkomitee, aber auch die Investoren.

Die SVP-Fraktion hat immer gewusst, dass wir uns eines Tages inhaltlich dieser Initiative stellen müssen und uns auch äussern sollten. Wir haben immer auch diese Ungültigkeit abgelehnt, weil es demokratiepolitisch der falsche Weg ist und weil wir rechtlich nicht gesehen haben, dass diese jetzt ungültig sein sollte. Ich erinnere aber auch insbesondere die Fraktion der SP daran, wenn es dann zukünftig andere Initiativen gibt, die Ihnen vielleicht dann inhaltlich weniger gefallen, dass Sie sich dort auch für das demokratiepolitische einsetzen und nicht rechtlich irgendwelche Initiativen für unzulässig erklären, die dann eigentlich vor Gericht zulässig wären.

Wir haben auch zur Kenntnis genommen, dass in den letzten Jahren die Bevölkerung relativ strengen Wohnschutzgesetzgebungen zugestimmt hat. Wir haben aber auch zur Kenntnis genommen, dass ein Stillstand droht, wenn keine Investoren mehr in Basel bauen wollen. Uns wurde von verschiedenen Seiten klar signalisiert, dass wenn die Initiative durchkommen würde, dass dann der eine oder andere Investor sich aus Basel zurückziehen würde und wie hier auf den Transformationsarealen einen Stopp hätten und nichts mehr gehen würde in den nächsten Jahren. Dementsprechend ist es wichtig, dass wir hier einen Mix gefunden haben und auch sehr schnell Rechtssicherheit für die Investoren schaffen konnten und da hat es sich wirklich auch gelohnt, dass die BRK hier genau hingeschaut hat und ich bedanke mich an dieser Stelle ebenfalls für die Zusammenarbeit mit allen BRK-Mitgliedern, das hat wirklich sehr gut gefruchtet.

Die SVP-Fraktion nimmt erfreut auch zur Kenntnis, dass diese 50 Prozent Kostenmiete auf den Transformationsarealen jetzt vom Tisch sind und wir das auf einen Drittel reduzieren konnten. Auch war uns ganz wichtig, diese 15’000 m2-Grenze als wichtige Linie zu erhalten. Dafür haben wir auf bürgerlicher Seite die sachliche Ausweitung der Transformationsareale hingenommen, so dass die Regelungen nun auch für überwiegend gewerblich genutzte Areale gelten. Dies war im Initiativtext auch nicht ganz so genau formuliert.

Lukas Faesch hat noch die Kann-Formulierung in den Bebauungsplänen bei Arealen unter 15’000 angesprochen, da ist die SVP-Fraktion der gleichen Meinung. Es kann dann nicht sein, dass wir dann aber bei sämtlichen Arealen dann in den Bebauungsplan unbedingt ein Drittel Kostenmiete festlegen müssen. Dann kann es dann auch mal sein, dass es auch investorenfreundlicher zu- und hergehen muss und da muss wirklich auch die BRK situativ in jedem Einzelfall anschauen, was sinnvoll ist und was nicht und dort dürfen wir dann auch die Investoren nicht vergraulen. Das ist auch uns sehr wichtig, wir haben hier diese Kann-Formulierung geschaffen, es kann dann etwas entstehen, es kann aber auch mal etwas nicht entstehen. Diese Kann-Formulierung darf auf keinen Fall zu einer Muss-Formulierung verkommen.

Des Weiteren sind wir zufrieden, dass die Bauträgerschaftsneutralität verankert werden konnte, dass der Mehrwertabgabesatz reduziert wird und auch, dass die Lage des preisgünstigen Wohnraums nicht frühzeitig festgeschrieben werden muss. Das sind alles Punkte, mit denen wir sehr gut leben können. Und auch wenn sich das jetzt mehrheitlich aus unserer Sicht positiv anhört, macht die SVP bei diesem Geschäft trotzdem keinen Freudentanz, weil es sind mehr

Regulierungen, die entstehen, und wir sind grundsätzlich gegen regulieren, aber es ist so, dass wir halt jetzt hier diesem Kompromiss zustimmen. Das gehört vielleicht auch zu einem Kompromiss, dass niemand wirklich einen Freudentanz macht. Das ist ja auch ein Teil davon, dass jeder etwas geben musste und dass jeder jetzt schlussendlich dahinterstehen kann.

Dementsprechend bitten wir Sie, diesem Vorschlag zuzustimmen, damit jetzt auch Rechtssicherheit entsteht und damit diese Planungen auf den Arealen auch entstehen können und damit wir für Basel in Zukunft viele Mehrwerte schaffen können.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir unterbrechen hier und führen die Beratung des Geschäftes nach der Mittagspause weiter, bevor wir dann in die Interpellationen starten.

Schluss der 12. Sitzung

11:58 Uhr

Protokoll

der 13. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 15. Mai 2024, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Barbara Heer (SP); Raoul I. Furlano (LDP); Gianna Hablützel-Bürki (SVP); Lukas Bollack (GLP); Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP); Tonja Zürcher (GAB); Lorenz Amiet (SVP).*

Verhandlungsgegenstände:

8. Kantonale Volksinitative "Basel baut Zukunft", Bericht der BRK 2
16.2. Interpellation Nr. 47 Jo Vergeat betreffend was bedeutet das Urteil des EGMR zur Klage der Klima Seniorinnen für Basel-Stadt? 9
16.3. Interpellation Nr. 48 Eric Weber betreffend Peinlichkeit bei der Basler Polizei 11
16.4. Interpellation Nr. 49 Daniel Seiler betreffend Sorge um Arbeitsplätze beim Gewerbe durch das restriktive Wohnschutzgesetz 11
16.5. Interpellation Nr. 50 Felix Wehrli betreffend Entstehung einer grossen Container-Asylbewerberunterkunft im Stettenfeld auf DEU-Seite (Lörrach-Stetten), direkt an der Landesgrenze zu Riehen 12
16.7. Interpellation Nr. 52 Beat K. Schaller betreffend Gendersprache in der Verwaltung und Schulen des Kantons Basel-Stadt 13
16.8. Interpellation Nr. 53 Brigitte Kühne betreffend Quartiers-Abendmärkte 13
16.9. Interpellation Nr. 54 Tonja Zürcher betreffend Benzidinfund im Klybeckareal 13
16.10. Interpellation Nr. 55 Michela Seggiani betreffend musikalische Bildung für alle 15
16.11. Interpellation Nr. 56 Lydia Isler-Christ betreffend Sperrung 14er Tram 15
16.13. Interpellation Nr. 58 Nicole Amacher betreffend Anpassung des betreibungsrechtlichen Existenzminimums 16
16.14. Interpellation Nr. 59 Nicole Kuster betreffend Parkierungsmöglichkeit in der Nähe des Universitäts-Kinderspitals beider Basel 16
16.15. Interpellation Nr. 60 Alex Ebi betreffend Fachwissen im Bau- und Verkehrsdepartement, um auch grössere Neubau- und Sanierungsvorhaben ohne Pannen, Zeitverzögerungen und Kostenüberschreitungen durchzuführen 17
16.17. Interpellation Nr. 62 Laurin Hoppler betreffend Zukunft und Förderung von Jugendkultur in Basel 18
16.19. Interpellation Nr. 64 Pascal Messerli betreffend Vernehmlassung Richtplan: Bewusste Missachtung des Volkswillens durch den Regierungsrat? 19
16.20. Interpellation Nr. 65 Nicola Goepfert betreffend Basler Polizei setzt sich mit Test von Drohnen über den Grossen Rat hinweg 20
16.21. Interpellation Nr. 66 Thomas Widmer-Huber betreffend Verbesserung der Arbeitsintegration von ukrainischen Geflüchteten 21
9. Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss nüün, Stiftung IdéeSport, Verein Trendsport Basel, Verein Basler Kindertheater und Verein Junge Kultur Basel, Bericht der BKK 22
11. Investitionsbeitrag an die Sanierung der Johanneskirche, Ausgabenbericht des RR 37

Beginn der 13. Sitzung

Mittwoch, 15. Mai 2024, 15:00 Uhr

8. Kantonale Volksinitative "Basel baut Zukunft", Bericht der BRK

[15.05.24 15:00:19, 20.1006.06]

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir fahren fort mit der Behandlung von Traktandum 8. Als nächster Fraktionssprecher hat sich eingetragen Andreas Zappalà.

Andreas Zappalà (FDP): Kompromisse – und ein solcher stellt den Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Basel baut Zukunft« dar – haben es ein wenig in sich, weil niemand mit der Lösung so richtig oder ganz zufrieden ist. Man ist aber zufrieden, einen Weg gefunden zu haben, eine strittige Angelegenheit erledigen zu können. So geht es wenigstens mir bei der Nachbetrachtung der Diskussionen in der BRK und der heutigen Grossratsdebatte.

Bei der Kommissionsberatung war es wichtig, eine Lösung zu finden, mit der die Initianten, die Grundeigentümerschaften und die Wirtschaft leben können und die gleichzeitig Investitionen in den Wohnungsbau nicht abwürgen. Ich denke, dass dies der BRK mit diesem Kompromiss gelungen ist. Ob es sich um einen guten Kompromiss mit einer guten Lösung handelt, kann heute allerdings nicht abschliessend beurteilt werden. Die Zukunft wird zeigen müssen, ob das vorliegende Ergebnis mit den entsprechenden Gesetzesänderungen in der Praxis Bestand haben wird und zu einer guten und sinnvollen Bebauung der Areale führen wird.

Auch wenn es heute müssig erscheinen mag und vermutlich auch stark vom Standpunkt der beurteilenden Person abhängig sein dürfte, kommt man nicht darum herum, den Gegenvorschlag im Licht der Initiative zu beurteilen. Kernanliegen der Initiative war, und das haben wir bereits einige Male gehört: «Auf Bahn- Industrie- und Gewerbearealen, die in eine Zone mit Wohnanteil umgezont werden, werden mittels Bebauungsplänen zukunftsweisende Lösungen für das Leben und Arbeiten im Kanton festgesetzt.» Es wird dann definiert, was als zukunftsweisende Lösungen gilt und dabei insbesondere erwähnt, dass 50% des gesamt Bestandes der nutzbaren Bruttogeschossfläche pro Bebauungsplan gemeinnützig, dauerhaft in Kostenmiete vermietet werden. Ebenso wird gefordert, dass dieser Boden durch Verkauf oder im selbstständigen Baurecht den gemeinnützigen Organisationen weitergegeben wird.

Auf die Punkte der Initiative in Bezug auf die Mitwirkung der Bevölkerung der CO_2 -Neutralität gehe nicht, gehe ich nicht weiter ein, nicht weil ich diese Aspekte als untergeordnet anschaue, im Gegenteil, sondern weil diese meines Erachtens auch schon durch die aktuelle Gesetzgebung erfüllt oder erfüllbar sind.

Sollten die Initianten ihre Initiative zurückziehen, was aus Sicht der FDP zwingende Voraussetzung für die Zustimmung zum Gegenvorschlag darstellt, so haben Sie meines Erachtens insbesondere in zwei Punkten wesentliche Konzessionen gemacht: Reduktion ihrer Forderung von 50% gemeinnütziger Wohnungsbau auf einen Drittel sowie das Akzeptieren, dass die vermietende Partei, die nach Kostenmiete gemäss Wohnraumförderungsgesetz vermieten wird, selbst nicht eine Organisation des gemeinnützigen Wohnungsbaus sein muss.

Andererseits ist man insbesondere in einem Punkt den Initianten mit dem Gegenvorschlag sehr entgegengekommen, nämlich dort, wo es um die Definition der von der Gesetzgebung betroffenen Gebiete und der Areale geht. Meines Erachtens ist der Initiativtext eindeutig, betroffen sein sollten nur Areale, die in eine Zone mit Wohnanteil umgezont werden. Dies wird auch untermauert, wenn man die Homepage der Initianten anschaut, wo explizit nur Areale aufgeführt werden, die sich in Transformation befinden, heute also Wohnen nicht möglich ist. In diesem Punkt geht der Gegenvorschlag weiter und weitet die Forderung der Initianten von Transformationsarealen auf andere Zonen aus, die überwiegend gewerblich genutzt werden. Ich behaupte, dass die Initianten bei der Formulierung ihrer Initiative die Entwicklung des Klybeckareals im Auge hatten, worauf auch die explizite Erwähnung dieses Areals bei der Frage, weshalb überhaupt eine Initiative, hindeutet. Diese begehrte Gesetzesanpassung sollte aber auch für weitere Transformationsareale gelten. Hingegen beanspruchen die Initianten keine Gesetzgeltung für andere Zonen. Die Ausweitung erfolgte in der Kommission und ist ein klares und sehr grosses Zugeständnis an die Initianten zu werten. Ich hoffe, das wird so auch anerkannt.

Es gab auch Punkte in der Kommissionsberatung, welche ich persönlich nicht unterstützen würde, die man aber als Parlamentarier in einer Kommissionsberatung, bei der es um die Erarbeitung eines Gegenvorschlags geht, nicht einfach negieren kann. Neben einigen anderen betrifft ein solchenrPunkt die Mietzinsfrage, also wie hoch die Miete auf den durch die Initiative betroffenen Teile eines Real-Areals sein darf. Für mich war auch klar, dass die Intention der Initianten darin Bestand, dass diese Mieten tiefer sein sollten als Mieten, die nach Marktgesichtspunkten festgelegt werden. Ich glaube, dass man mit der aktuellen Lösung, die vom Regierungsrat vorgeschlagen wurde, dieses Anliegen erfüllt hat. Das schwierige an der Kostenmiete ist nämlich die Tatsache, dass diese per se bei der Neubebauung und Neuvermietung nicht zwingend zu

günstigen oder günstigeren Mietzinsen führt. Ihr Vorteil ist, dass sie über die Zeit betrachtet einer anderen Entwicklung unterliegen und somit mittel- und langfristig günstiger Wohnraum entsteht und erhalten bleibt.

Zum Schluss noch eine Klarstellung: Die neue lit. k in § 101 Abs. 2 des kantonalen Bau- und Planungsgesetzes, in welchem 25% preisgünstiger Wohnraum postuliert wird, ist in keiner Weise so zu verstehen, dass jeder Bebauungsplan 25 bis 30 % preisgünstiger Wohnraum enthalten muss. Vielmehr geht es um eine kantonale Ausrichtung, dass nämlich bis 2050 im Kanton 25% des Wohnungsbestandes gemeinnützig sein muss. Und bis zur Erreichung dieses Ziels können in Bebauungsplänen Massnahmen vorgesehen werden, die die Erreichung dieses Ziels unterstützen.

Ganz zum Schluss bleibt es mir, der Regierung und der Verwaltung sowie insbesondere meinen Kolleginnen und Kollegen in der Kommission für die stets faire Diskussion zu danken. Ich bitte Sie, dem Gegenvorschlag ohne Änderung zuzustimmen, dieser der Initiative als Gegenvorschlag gegenüberzustellen und die Initiative selbst zur Ablehnung zu empfehlen. Ich hoffe, dass sich letzteres erübrigt und bitte die Initianten, ihre Initiative auch tatsächlich zurückzuziehen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Als erste Einzelsprecherin hat sich gemeldet Heidi-Mück.

Heidi Mück (GAB): Auch wir von Basta freuen uns, dass es beim bezahlbaren Wohnen in Basel-Stadt einen Schritt vorwärtsgeht. Der Gegenvorschlag zu «Basel baut Zukunft» ist ein wichtiger Grundsatzentscheid. Ab jetzt sollen Arealentwicklungen nicht mehr primär den rendite- und der profitorientierten Investor:innen dienen, sondern wenigstens zum Teil auch der Bevölkerung. Doch halt, die Quote von einem Drittel der Wohnungen, die zur Kostenmiete vermietet werden sollen, ist ja jetzt nicht gerade umwerfend. Sie ist auch nicht revolutionär und sie ist auch nicht radikal. Mit zwei Dritteln der Wohnungen dürfen also noch immer übertriebene Rendite erzielt werden, und wir wissen es ganz genau, dass diese Renditen auf Kosten der Mieterinnen und Mieter realisiert werden. Und wir wissen auch, dass die ständig steigenden Mieten neben den Krankenkassenprämien auf Platz 2 des Sorgenbarometers der Menschen sind. Wohnen ist ein Grundbedürfnis, und in unserem Kanton ist es sogar ein Grundrecht.

Eigentlich sollten wir demzufolge doch 100% Schutz vor überteuerten Mieten beschliessen. Wir bevorzugen daher immer noch die Initiative, welche wenigstens 50%Kostenmiete fordert. Das wäre eine Hälfte für die Bevölkerung und die andere Hälfte für die Rendite. Das ist zwar auch nicht wirklich gerecht, aber zumindest fifty fifty, während beim Gegenvorschlag zwei Drittel Rendite zu einem Drittel bezahlbarem Wohnen für die Bevölkerung stehen.

Wir werden dem Gegenvorschlag natürlich trotzdem zustimmen, da es eben ein Schritt in die richtige Richtung ist. Uns ist aber sehr wichtig, dass im Gegenvorschlag das Wort mindestens steht. Es sind mindestens ein Drittel der Wohnungen dauerhaft gemeinnützig zu vermieten. Der Grosse Rat kann bei jedem Bebauungsplan auch einen grösseren Anteil festlegen und wir werden uns natürlich dafür einsetzen, dass das auch gemacht wird. In Zürich wurde vor knapp zwei Jahren die Neugassinitiative angenommen und damit für die SBB 100% Kostenmiete festgelegt. Eine solche Initiative könnte ja auch in Basel korrigierend wirken, wenn in gewissen Arealen der Anteil bezahlbare Wohnungen zu tief ist.

Wir wollen eigentlich, dass auch bei Arealen unter 15’000 m2 Anteile für Wohnungen in Kostenmiete festgelegt werden. Dass man aus der Lex CMS nun ein allgemeines Schlupfloch für alle Areale unter 15’000 m2 gemacht hat, ist für uns nur schwer zu akzeptieren. Es gibt eigentlich keinen nachvollziehbaren Grund, weshalb der Anteil bezahlbaren Wohnens von der Grundfläche abhängig gemacht werden soll, egal wie dicht und wie hoch gebaut wird. Aber da die Initiant:innen sich nun auf diesen Kompromiss eingelassen haben, werden wir vorläufig auch diese Kröte schlucken.

Zwei wichtige Elemente der Initiative gingen aber verloren, das Klima und die Mitwirkung. Das Klima wurde schon von unserer Fraktionssprecherin erwähnt. Für mich noch schlimmer ist das Manko bei der Mitwirkung. Die Mitwirkungsverfahren laufen zwar immer aufwendiger und professioneller ab, und wir haben ja auch ein neues Partizipationsgesetz. Die Anliegen der Bevölkerung werden aber weiterhin kaum aufgenommen wie das Beispiel Klybeck plus zeigt. Da wird munter weiter an einem maximal verdichteten Quartier geplant, entgegen den klaren Äusserungen der Bevölkerung in zahlreichen Mitwirkungsveranstaltungen. Minimale Grünflächen sollen zwischen die Bauten gequetscht werden, anstatt endlich grosszügige und für alle zugängliche Grünflächen zu planen, wie es das Kleinbasel so dringend braucht.

Und dann der Einfluss der Transformationsareale auf die umliegenden Quartiere. Ich wohne im Klybeck und ich sehe, was täglich vor meiner Haustüre abgeht. Spekulative Hauskäufe, Luxussanierungen und Mieterhöhungen, da können noch so schöne Handelskammerstudien das Gegenteil behaupten. Die Verdrängung passiert real und sie passiert jetzt. Der Gegenvorschlag zu «Basel baut Zukunft» ist es also ein Schritt in die richtige Richtung, aber es braucht nicht nur einen minimalen Anteil an bezahlbarem Wohnraum. Wir bleiben dran und behalten uns deshalb vor, mit weiteren Initiativen oder Referenden dafür zu sorgen, dass bei den Transformationsarealen die Bedürfnisse der Bevölkerung wirklich ernstgenommen werden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Als nächster Einzelsprecher hat sich eingetragen René Brigger.

René Brigger (SP): Ich spreche nur kurz zu Ihnen, weil ich ein Anzugssteller bin. Der Anzug soll abgeschrieben werden. Das ist richtig. Ich kam mir Jahre lang etwas vor wie ein Prediger in der Wüste, ich wollte nämlich diesen preisgünstigen Wohnungsbau richtig definieren und die entsprechende Grundlage im Bau- und Planungsgesetz schaffen. Das ist mit diesem Gegenvorschlag der Fall. Wichtig ist auch, dass wir jetzt eine klare Grösse haben, was Kostenmiete ist. Wir referenzieren uns am Bundesgesetz, nämlich am Wohnraumfördergesetz WFG des Bundes, das viele andere Städte, vor allem auch Zürich und Bern seit Jahren erfolgreich anwenden.

Das war zurückblickend eine lange Geschichte. Ich bin auch Mitinitiant. Seit Start der Initiative bis heute sind praktisch fünf Jahre vergangen. Die Zwischenschritte wurden schon erklärt. Ich finde es aber sehr produktive Arbeit. Ich verweise darauf, was vor drei Jahren passierte beim Wohnschutz. Da haben wir noch zu Coronazeiten in der Messe gut acht Stunden debattiert. Es ging damals um einen Minderheitsantrag der BRK und um einen Mehrheitsantrag. Es waren acht Stunden Debatte, der Minderheitsantrag kam durch, dann kam das Referendum, das erfolgreich war, danach kam die Initiative, die den Mehrheitsantrag aufgenommen hat. Das Gesetz ist schliesslich umgesetzt worden und nun gibt es allseits ein Gejammer. Hier haben wir doch einen anderen Lösungsschritt, was sehr befriedigend ist.

Meines Erachtens ist das sogar eine Win-Win-Win-Situation. Die Initianten und die dahinterr stehenden Kreise und das sind keine kleinen Kreise, das sind einige Grossrätinnen und Grossräte der SP und des Grünen Bündnisses, auch Genossenschaftskreise, diese können gut damit leben. Das ist also ein Win. Die Eigentümerschaften haben auch ein Win, die haben zusammengearbeitet und sind auch zufrieden, sie können da mit arbeiten. Ich stelle fest, wenige Tage nach Publikation dieses Gegenvorschlages hat die CMS endlich nach Jahren den Bebauungsplan aufgelegt. Also das heisst, Sie sind zufrieden, es besteht Planungssicherheit. Wir sind der CMS sehr entgegengekommen. Da wäre meines Erachtens eher ein Dank nötig gewesen. Es ist aber vor allem ein Win für den Kanton, für unsere Bevölkerung, die jetzt in diesen Arealentwicklungen, wo doch unzählige Wohnungen entstehen werden, mindestens einen Drittel preisgünstigen, dauerhaft kostengünstigen Mietzinse hat nach dem Prinzip der Kostenmiete. Auch die Investoren sagen, dass es noch einige Hürden zu übrerschreiten gibt, und die erste Hürde ist heute. Es ist die politisch relevante Hürde, weil eben auch die SP mitgenommen wurde, die Genossenschaften mitgenommen wurden, und die Hürde ist genommen. Es ist ein Markstein in der kantonalen Wohnpolitik, der nicht nur ein paar Jahre hält, sondern Grundlage ist für die weiteren grossen Planungen, die wir machen müssen uns sinnvoll umsetzen müssen. Eine Planung mit 10 bis 15% preisgünstigem Wohnungsbau à la Mattmüller wäre nie mehrheitsfähig gewesen. Das wäre ein Rohrkrepierer gewesen. Daher bin ich überzeugt, dass wir jetzt eine Win-Win-Win-Situation haben. Ich danke allen, die gutwillig und intensiv daran gearbeitet haben. Und die Initiative wird, wie das Ivo Balmer schon gesagt hat, ohne Änderungen zurückgezogen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Liste der Sprechenden ist erschöpft. Somit hat Regierungspräsident Conradin Cramer das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Vielen Dank für diese Debatte. Wir haben jetzt gehört, wie die Wins sehr stark betont wurden, vielleicht von der einen Seite noch ein bisschen mehr als von der anderen, aber jedenfalls haben wir einen Kompromiss, hinter dem alle stehen können und der, wie das jetzt auch der langjährige Vorkämpfer und letzte Votant René Brigger gesagt hat, die Basis legt für weitere Wohnbauten in diesem Kanton, für die grossen Arealentwicklungen, auf die wir dringend angewiesen sind. Dieser Kanton braucht Wohnraum und zwar in allen Facetten. Und wenn wir jetzt mit diesem Kompromiss es erreichen, dass die Investorinnen und Investoren bereit sind zu investieren in die Transformationsareale, dann ist es ein guter Kompromiss, dann ist es ein Gewinn für den ganzen Kanton

Ich möchte Sie nochmals bitten, dem Gegenvorschlag der BRK so unverändert zuzustimmen. Ich möchte Sie auch bitten, die Initiative, deren Rückzug ja schon angekündigt wurde, abzulehnen mit Empfehlung auf Ablehnung zu verabschieden. Es wäre ja sonderbar, jetzt die Initiative gutzuheissen, wenn man hinter dem Kompromiss steht. Ich habe gehört, dass solche Anträge gestellt wurden. Ich glaube, das passt nicht ganz zur Kompromisslaune des Grossen Rates, sondern dann sollte man auch wirklich klar dazustehen. Wir haben jetzt einen gemeinsam, in viel Arbeit von der BRK erarbeiteten Kompromiss, der sozusagen die Initiative auch wirklich ersetzt und den es jetzt geschlossen auch zu verteidigen gilt.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit geht das Wort an den Präsidenten der BRK. Er verzichtet. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 17 des Berichts.

Titel und Ingress

1 Gegenvorschlag. Text der Initiative: Änderungen des Gesetzes über die Wohnraumförderung (Wohnraumfördergesetz WRFRG).

Titel nach § 6 (neu)

§ 6a, Abs. 1 Lit a bis c

§ 6b neu, Abs. 1 bis 4

§ 6c neu, Abs. lit1 a bis c, Abs. 2 bis 4

§ 6d neu, Abs. 1 lit. a bis c, Abs. 2

§ 6 neu, Abs. 1 bis 5

2 Änderung Bau- und Raumplanungsgesetz,Titel nach Titel 3 AIV (neu)

§ 101 Abs. 2 lit ibis

Titel nach § 101 (neu)

§ 101a (neu)

Abs. 1,

Abs. 2 lit. a bis e,

Abs. 3

Titel nach § 121 (neu)

§ 121a neu

Abs. 1 bis 2

3 Aufhebung anderer Erlasse.

4 Schlussbestimmungen

Die Kommission beantragt, der Initiative den Gegenvorschlag gegenüberzustellen.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung über den Gegenvorschlag. Wenn Sie dem Gegenvorschlag in der Schlussabstimmung zustimmen, wird dieser der Initiative so gegenübergestellt. Wenn Sie den Gegenvorschlag ablehnen, kommt die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung.

Wir kommen zur Schlussabstimmung zum Gegenvorschlag.

Abstimmung

JA heisst Gegenvorschlag, NEIN heisst Verzicht auf Gegenvorschlag

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003412, 15.05.24 15:22:53]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Gegenvorschlag

Im Sinne eines Gegenvorschlags zu der von 3'973 im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten eingereichten, vom Grossen Rat in einer Sitzung vom 11. November 2020 an den Regierungsrat überwiesenen Volksinitiative «Basel baut Zukunft» mit folgendem Wortlaut:

«*Gestützt auf § 47 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 und auf das Gesetz betreffend Initiative und Referendum vom 16. Januar 1991 (IRG) reichen die unterzeichnenden, im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten folgende formulierte Initiative ein:*

Die Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23.3.2005 wird wie folgt ergänzt:

§ 34a Transformationsareale

Auf Bahn-, Industrie- und Gewerbearealen, die in eine Zone mit Wohnanteil umgezont werden, werden mittels Bebauungsplänen zukunftsweisende Lösungen für das Leben und Arbeiten im Kanton festgesetzt. Als zukunftsweisend gelten Lösungen, die sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltig sind sowie partizipativ erarbeitet worden sind.

Insbesondere erfüllen sie folgende Anforderungen:

a) Mindestens 50 Prozent des Gesamtbestandes der nutzbaren Bruttogeschossfläche pro Bebauungsplan müssen gemeinnützig im Sinne des Wohnraumförderungsgesetzes (SR 842) dauerhaft in Kostenmiete vermietet werden beziehungsweise muss der Boden durch Verkauf oder im selbständigen und dauernden Baurecht an eine gemeinnützige Organisation gemäss Art. 4 Abs. 2 Wohnraumförderungsgesetz abgegeben werden.

b) Die Zonen- und Bebauungspläne sind gemäss § 55 der Kantonsverfassung des Kantons Basel-Stadt unter Mitwirkung der Bevölkerung erarbeitet worden; die Ergebnisse der Mitwirkung sind in der Planung angemessen berücksichtigt.

c) Die Areale erreichen das Ziel der CO2-Neutralität. Übergangsbestimmungen zu § 34a: Mit Annahme der Initiative sind deren Vorgaben auf Bebauungspläne anzuwenden, die gemäss § 105 Bau- und Planungsgesetz noch nicht beschlossen sind.». wird beschlossen:

Das Gesetz über die Wohnraumförderung (Wohnraumfördergesetz, WRFG) vom 5. Juni 2013 [1]) (Stand 28. Mai 2022) wird wie folgt geändert:

Titel nach § 6 (neu)

Ibis. Dauerhaft gemeinnützig vermieteter Wohnraum auf Transformationsarealen

§ 6a (neu)

Vorgaben zum Wohnraum

1 Der Wohnraum im Sinne von § 101a Abs. 2 lit. a des Bau- und Planungsgesetzes (BPG) vom 17. November 1999 gilt als dauerhaft gemeinnützig vermietet, wenn folgende Anforderungen erfüllt sind:

a) die Vermietung des Wohnraumes erfolgt gemeinnützig gemäss Art. 4 Abs. 3 des Bundesgesetzes über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum (Wohnraumförderungsgesetz, WFG) vom 21. März 2003, wobei die Vermieterin selber keine Organisation des gemeinnützigen Wohnungsbaus sein muss;

b) der Nettomietzins des Wohnraumes wird nach dem Kostenmietprinzip berechnet;

c) die Vermietungskriterien werden eingehalten.

§ 6b (neu)

Kostenmietprinzip

1 Der Nettomietzins wird nach dem Kostenmietprinzip berechnet.

2 Die Kostenmiete berechnet sich anhand der Liegenschaftskosten und der Beschränkungen gemäss dem Wohnraumförderungsgesetz sowie den damit zusammenhängenden Verordnungen des Bundes, sofern der Regierungsrat keine abweichenden Regelungen vorsieht. Wird die Liegenschaft in Form eines vom Regierungsrat genehmigten Musterbaurechtsvertrags abgegeben, wird auf den tatsächlichen Baurechtszins abgestellt.

3 Nicht anrechenbar sind diejenigen Kostenteile, die über den im Zeitpunkt des Baubegehrens geltenden Anlagekostenlimiten inklusive allfälliger Erhöhungen und Zuschläge gemäss der Verordnung des BWO über die Kostenlimiten und Darlehensbeträge für Miet- und Eigentumsobjekte vom 27. Januar 2004 liegen. Diese Kostenteile werden bei der Nettomietzinsberechnung nicht berücksichtigt und können nicht auf die Mieterschaft überwälzt werden.

4 Der Regierungsrat kann die Einzelheiten regeln.

§ 6c (neu)

Nettomietzinsanpassung

1 Der Nettomietzins gemäss § 6b kann angepasst werden:

a) auf Grund von Veränderungen des Referenzzinssatzes für Hypotheken oder des Baurechtszinssatzes;

b) infolge wertvermehrender Investitionen;

c) bei Erhöhungen der Unterhaltskosten, der Verwaltungskosten oder der mit der Sache verbundenen Lasten und öffentlichen Abgaben.

2 Mietzinsherabsetzungen sind zwingend vorzunehmen. Sie müssen spätestens auf den nächstmöglichen Kündigungstermin erfolgen.

3 Die Mitteilung von Mietzinserhöhungen richtet sich nach dem Schweizerischen Obligationenrecht (OR) vom 30. März 1911.

4 Nettomietzinsanpassungen sind dem zuständigen Departement vorhergehend mit den massgebenden Unterlagen zur Bewilligung vorzulegen.

§ 6d (neu)

Vermietungskriterien

1 Die Eigentümerschaft von dauerhaft gemeinnützig vermietetem Wohnraum hat sicherzustellen, dass folgende Vermietungskriterien eingehalten werden:

a) Mieterinnen und Mieter mit geringen Einkommen und Vermögen sind angemessen zu berücksichtigen.

b) Mieterinnen und Mieter müssen während der Mietdauer ihren zivilrechtlichen Wohnsitz an der Adresse des Mietobjekts haben.

c) Der Wohnraum darf bei Mietantritt höchstens ein Zimmer mehr als Bewohnerinnen und Bewohner aufweisen. Es darf nur in begründeten Ausnahmefällen davon abgewichen werden.

2 Der Regierungsrat bestimmt die massgebenden Einkommens- und Vermögensgrenzen der Mieterinnen und Mieter und konkretisiert die Belegungsvorschriften.

§ 6e (neu)

Bewilligung und Kontrolle

1 Die Prüfung der Einhaltung der im jeweiligen Bebauungsplan sowie diesem Gesetz enthaltenen Vorschriften zum Wohnraum erfolgen durch die zuständigen Departemente.

2 Mit der Bewilligung werden die einzuhaltenden Auflagen festgehalten.

3 Die zuständigen Departemente verfügen die erstmalige Höhe des Nettomietzinses der gesamten Liegenschaft. Die Eigentümerschaft gibt per Selbstdeklaration nach Fertigstellung und Vermietung über die Höhe der Nettomietzinsen der einzelnen Wohnungen Auskunft. Bei Abweichungen greifen die zuständigen Departemente mittels Verfügung korrigierend ein.

4 Die Eigentümerschaft ist zur Mitwirkung bei der Kontrolle verpflichtet und hat sämtliche Informationen zum Nachweis der Einhaltung der Vorschriften des Bebauungsplans, der Auflagen der Bewilligung, der Nettomietzinsen und der Vermietungskriterien zur Verfügung zu stellen.

5 Bei einem Verstoss gegen die durch die zuständigen Departemente festgelegten Nettomietzinsvorgaben verfügt das zuständige Departement die einzuhaltenden Nettomietzinsen für jede Wohnung einzeln und kann die Rückzahlung der unrechtmässig zu viel bezahlten Nettomietzinsen an die Mieterschaft inklusive eines Verzugszinses in der Höhe von 5 % anordnen.

II. Änderung anderer Erlasse

Bau- und Planungsgesetz (BPG) vom 17. November 1999 [2]) (Stand 1. August 2022) wird wie folgt geändert:

Titel nach Titel 3.A.IV. (neu)

3.A.IV.1. Allgemeines

§ 101 Abs. 2

2 Bebauungspläne können namentlich festlegen:

j)bis **(neu)** Massnahmen zur Erreichung des Zielwerts von mindestens 25 % preisgünstigem Wohnraum bis 2050;

Titel nach § 101 (neu)

3.A.IV.2. Transformationsareale

§ 101a (neu)

1 Für Bahnareale, Industrie- und Gewerbezonen sowie überwiegend gewerblich genutzte Areale in anderen Zonen, die einen Planungsperimeter von mehr als 15'000 m² umfassen und für die ein Anteil Wohnen festgelegt wird, sind Bebauungspläne zu erlassen.

2 Bebauungspläne gemäss Abs. 1 haben mindestens Folgendes zu enthalten:

a) die Verpflichtung der Eigentümerschaft, mindestens einen Drittel der neu für Wohnen geplanten Bruttogeschossfläche dauerhaft gemeinnützig gemäss den Vorgaben der §§ 6a - 6e des Gesetzes über die Wohnraumförderung (Wohnraumfördergesetz, WRFG) vom 5. Juni 2013 zu vermieten;

b) die Realisierungsabfolge des dauerhaft gemeinnützig zu vermietenden Wohnraumes;

c) die Verpflichtung der Eigentümerschaft, für den dauerhaft gemeinnützig zu vermietenden Wohnraum die Vorgaben zur Nutzfläche des enthaltenen Wohnraums gemäss § 10 Abs. 2 lit. b der Verordnung über die Wohnraumförderung (Wohnraumförderungsverordnung, WRFV) vom 17. Juni 2014 einzuhalten;

d) die Verpflichtung der Eigentümerschaft, das gesamte Areal in städtebaulich und architektonisch guter Qualität zu realisieren;

e) die Verpflichtung der Eigentümerschaft, dass das gesamte Areal im Rahmen der wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten klimafreundlich erstellt wird und im Betrieb das Ziel der Klimaneutralität erreicht.

3 Quartierdienliche Nutzungen sind angemessen zu berücksichtigen.

Titel nach § 121 (neu)

3.5.1.bbis Mehrwertabgabe bei dauerhaft gemeinnütziger Vermietung

§ 121a (neu)

1 Wird Wohnraum gemäss den Vorgaben der §§ 6a - 6e WRFG dauerhaft gemeinnützig vermietet und ist dies mit einer Vereinbarung zwischen der Grundeigentümerschaft und dem Kanton verbindlich gesichert, wird der Mehrwertabgabesatz auf dem entsprechenden Anteil auf 20 % reduziert.

2 Entfällt die dauerhaft gemeinnützige Vermietung, wird die Mehrwertabgabe neu festgesetzt und die Differenz zur bereits entrichteten Mehrwertabgabe zur Zahlung fällig.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

V. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

II. Weitere Behandlung

Die Volksinitiative «Basel baut Zukunft» ist, sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberechtigten gleichzeitig mit dem unter Ziff I. aufgeführten Gegenvorschlag zum Entscheid vorzulegen.

Der Grosse Rat empfiehlt den Stimmberechtigten, die Volksinitiative «Basel baut Zukunft» zu verwerfen und den Gegenvorschlag anzunehmen.

Für den Fall, dass sowohl das Initiativbegehren als auch der Gegenvorschlag angenommen werden, haben die Stimmberechtigten zu entscheiden, welche der beiden Vorlagen sie vorziehen. Der Grosse Rat empfiehlt, bei der Stichfrage den Gegenvorschlag vorzuziehen.

Bei Annahme der Volksinitiative tritt die entsprechende Verfassungsänderung am fünften Tag nach der Publikation der Annahme durch die Stimmberechtigen in Kraft, sofern im Erlass selbst nicht etwas anderes bestimmt ist. Bei Annahme des Gegenvorschlags bestimmt der Regierungsrat den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Gesetzesänderungen.

Wenn das Initiativbegehren zurückgezogen wird, sind die Änderungen des Gesetzes über die Wohnraumförderung sowie des Bau- und Planungsgesetzes (Gegenvorschlag) nochmals zu publizieren. Sie unterliegen dem fakultativen Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

III. Publikation

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

[2]) SG 730.100

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben den Gegenvorschlag mit 91 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme angenommen.

Wir fahren fort in der Detailberatung.

2 weitere Behandlung

Die Kommission beantragt, die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen.

Ivo Balmer beantragt, die Initiative den Stimmberechtigten zur Annahme zu empfehlen. Ich eröffne hierfür die Debatte. Der Präsident der BRK hat das Wort.

Michael Hug (LDP): Vielleicht einfach kurz will ich in dasselbe Horn blasen wie Regierungspräsident Conradin Cramer. Wir hatten diese Diskussion auch in der Kommission geführt und ich finde, jetzt, wo der Gegenvorschlag einstimmig oder fast einstimmig angenommen wurde, ist es ein starkes Zeichen, wenn sich jetzt auch alle bekennen und sich hier nicht für die Initiative aussprechen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

NEIN heisst Empfehlung auf Verwerfung, JA heisst Empfehlung auf Annahme

Ergebnis der Abstimmung

44 Ja, 46 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003414, 15.05.24 15:24:37]*

Der Grosse Rat beschliesst

Empfehlung auf Verwerfung.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie empfehlen die Initiative zur Verwerfung mit 46 Ja-Stimmen gegen 44 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

Damit ist der Grossratsbeschluss bereinigt und das Geschäft erledigt.

Die BRK beantragt, den Anzug René Brigger und Konsorten betreffend Definition preisgünstiger Wohnungsbau und Schaffung gesetzlicher Grundlagen für Bebauungspläne als erledigt abzuschreiben. Die BRK verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt, Sie haben den Anzug als erledigt abgeschrieben.

Wir kommen damit zu den neuen Interpellationen.

Interpellation Nr. 46 Olivier Battaglia betreffend PFAS im Trinkwasser. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet.

Interpellation Nr. 47 Joe Vergeat betreffend Was bedeutet das Urteil des EGMR zur Klage der Klima Seniorinnen für Basel-Stadt. Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungspräsident Conradin Cramer.

16.2. Interpellation Nr. 47 Jo Vergeat betreffend was bedeutet das Urteil des EGMR zur Klage der Klima Seniorinnen für Basel-Stadt?

[15.05.24 15:26:07, 24.5148.01]

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gerne beantworte ich diese Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt.

Zu Frage 1: Das Urteil bezieht sich unter anderem auf das Übereinkommen von Paris. Die wirksame waren der durch Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention, der EMRK, geschützten Rechte setze gemäss Urteil voraus, dass die Staaten ihre Treibhausgasemissionen reduzieren, um grundsätzlich innerhalb der nächsten drei Jahrzehnte Netto-Neutralität zu erreichen. Dieses Ziel hat sich die Schweiz mit Netto Null bis 2050 gesetzt, ihr Zwischenziel von 2020 hat sie knapp nicht erreicht. Die Wirkung des Urteils auf die Schweiz ist zum jetzigen Zeitpunkt schwer abzuschätzen. Gemäss Artikel 46 EMRK

ist die Schweiz dazu verpflichtet, für die Umsetzung des Urteils zu sorgen. Es besteht aber ein grosser Ermessensspielraum. Die Schweiz muss deshalb dem Ministerkomitee des Europarates berichten, wie sie vorgehen will.

Zu den Fragen 2 und 5: Wir können aus heutiger Sicht nicht sagen, wie der Bund das Urteil umsetzen wird und ob die Kantone in diese Umsetzung einbezogen werden. Basel-Stadt hat mit dem Netto Null-Ziel bis 2037 aber eine sehr gute Ausgangslage. Der Kanton hat seine direkten Emissionen zwischen 1995 und 2020 bereits um 44 % gesenkt. Bis 2030 will der Regierungsrat die direkten Emissionen gegenüber 1995 auf einen Viertel senken. Das ist deutlich mehr als vom Übereinkommen von Paris gefordert. Auch das Netto Null-Ziel will der Kanton 13 Jahre früher erreichen als die Schweiz. Den Weg zu diesem Ziel legt die Klimaschutzstrategie Netto Null 2037 fest. Die dafür notwendigen Massnahmen werden aktuell in einem Aktionsplan definiert. Diese soll im Laufe des Jahres vom Regierungsrat erlassen werden. Darüber hinaus sehen wir aufgrund des Urteils für Basel keinen weiteren Handlungsbedarf.

Was die Infrastrukturprojekte anbelangt, wird ein Absenkpfad für die Treibhausgasemissionen der kantonalen Infrastrukturbauten festgelegt. Ziel ist, künftig eine klimaschonende Bauweise bei allen Infrastrukturprojekten des Kantons umzusetzen. Grosse Infrastrukturprojekte des Kantons werden bereits jetzt einer ganzheitlichen Nachhaltigkeitsbeurteilung unterzogen. Darin wird auch die Klimawirksamkeit beurteilt. Ab 2025 werden gemäss Beschluss des Grossen Rates klimarelevante Vorlagen mit einem Volumen von über 1,5 Millionen Franken zudem einer Klimawirkungsabschätzung unterzogen.

Zu den Fragen 3 und 4: Der Kanton arbeitet bereits seit Jahren an der Anpassung an die Klimaerhitzung. Erstmals veröffentlichte der Regierungsrat 2011 einen Bericht über die Folgen des Klimawandels. Dieser Bericht wurde 2017 und 2021 jeweils aktualisiert und fortgeschrieben. Die Umsetzung der darin beschriebenen Massnahmen prüft der Regierungsrat in regelmässigen Abständen. Ebenfalls 2021 wurde das Stadtklimakonzept beschlossen, das jetzt umgesetzt wird. Der Grosse Rat hat dafür gerade erst 9,4 Millionen Franken gesprochen. Bei jedem Bauprojekt im Unterhalt und auch in der Grünplanung hat das Thema Klimaanpassung eine hohe Priorität.

Um Wirkung zu entfalten, benötigt es natürlich einen gewissen zeitlichen Vorlauf, Stichwort Wuchsgeschwindigkeit von Stadtbäumen. Auch bei einer optimalen Anpassung des öffentlichen Raums wird sich die Erwärmung nicht vollumfänglich durch Klimaanpassungsmassnahmen auffangen lassen. Deshalb fördert der Kanton auch Massnahmen durch private Grundeigentümerinnen und -eigentümer. Die Bereiche, in denen der Klimaschutz im Kanton gestärkt werden soll, werden in der Klimaschutzstrategie aufgezeigt. Die dafür zusätzlichen Massnahmen sollen, wie bereits erwähnt, im Aktionsplan aufgezeigt werden.

Zu Frage 6: Der Kanton Basel-Stadt nimmt nach seinen Möglichkeiten auf allen politischen Ebenen Einfluss, um die Energie- und Klimapolitik in der Schweiz voranzutreiben. Der Regierungsrat hat in zahlreichen Stellungnahmen gegenüber dem Bund immer wieder zum Ausdruck gebracht, dass der Bund im Klimaschutz wirksamer handeln müsse. Der Regierungsrat wird seinen Einfluss weiterhin in den zuständigen Gremien geltend machen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit hat die Interpellantin in das Wort.

Jo Vergeat (GAB): Ich bin mit der Antwort teilweise zufrieden. Ich hätte mir eine kritischere Auseinandersetzung, oder eine vertieftere Auseinandersetzung gewünscht, da auch ein bisschen Zeit bestand, um dies umzusetzen. Ich hätte mir nämlich gewünscht, dass die Regierung sagt, was wir uns alle immer wieder vor Augen führen müssen, auch wenn wir als fortschrittlichster Kanton betreffend Klimaschutz unterwegs sind. In der Schweiz reichen unsere Bemühungen nicht, um den Klimawandel effektiv abzuschwächen, insbesondere auch weil unser 2037 Ziel diese viel kritisierten Systemgrenzen aufweist.

Dieses Urteil zeigt auf, dass der Kanton, dass wir eine Verantwortung haben, um unsere Bevölkerung zu schützen und das eben über diese Systemgrenzen hinweg. Und anstatt sich einfach nur darauf auszuruhen, hätte ich mir gewünscht, dass man noch einmal ein bisschen mit Nachdruck daran arbeitet, dass die Ziele, die man sich setzt, erreicht werden, aber eben auch vielleicht erweitert werden auf diese Bereiche, die jetzt nicht erwähnt wurden, aber doch problematisch sind.

Gerade im Bereich der Klimaanpassung bin ich nicht einer Meinung damit, dass eine Beschleunigung nicht möglich sein soll. Das haben wir aber auch diskutiert, da bin ich nicht alleine mit dieser Meinung hier im Grossen Rat, und das hängt nicht unbedingt mit der Wuchsgeschwindigkeit der Bäume, sondern vielleicht eher mit der Begrünungsgeschwindigkeit und mit Willen der Umsetzung in der Stadt zusammen. Betreffend die Infrastrukturprojekte wurde zwar aufgezeigt, wie diese in ihrem Bau analysiert werden, was für Effekte aber ihre Wirkung ausübt, wie zum Beispiel der Rheintunnel auf den Verkehr, auf die Zunahme des Verkehrs, das wurde nicht erwähnt. Insbesondere brauchen wir endlich diesen klaren Massnahmenplan, diesen Aktionsplan. Darauf warten wir immer noch und wir hoffen, dass sich das mit oder ohne Urteil beschleunigt. Ausserdem freue ich mich aber, dass so klar Stellung bezogen wird dazu, dass man sich schweizweit weiterhin stark machen möchte für einen starken Klimaschutz in der Schweiz und ich bestärke die Regierung gerne darin, das auch in Zukunft so fortzuführen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Interpellation 48 Eric Weber über die Peinlichkeit bei der Basler Polizei. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant will begründen.

16.3. Interpellation Nr. 48 Eric Weber betreffend Peinlichkeit bei der Basler Polizei

[15.05.24 15:35:49, 24.5152.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Eric Weber, reden Sie zum Thema. Dies ist der erste Ordnungsruf.

Eric Weber (fraktionslos): Ich möchte vergleichen die Polizei in Basel und in anderen Ländern. Ich war zwei Wochen in Belaruss. Dort gäbe es einen solchen Skandal wie in Basel nicht. So einen Fake-Ausweis kann man nicht ausstellen. Nun wird mit diesem Ausweis in Basel Missbrauch gemacht. Die Polizei soll nennen, wie viele Ausweise gedruckt worden sind, wie viele Enkeltrickbetrüger mit diesem Ausweis von Tür zu Tür gingen. Der Kinderausweis der Polizei sieht dem echten Polizeiausweis sehr ähnlich. Darum meine Interpellation.

Balz Herter (Mitte-EVP): Interpellation 49 Daniel Seiler betreffen Sorge um Arbeitsplätze beim Gewerbe durch das restriktive Wohnschutzgesetz.

Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit hat Regierungsrat Conradin Cramer das Wort.

16.4. Interpellation Nr. 49 Daniel Seiler betreffend Sorge um Arbeitsplätze beim Gewerbe durch das restriktive Wohnschutzgesetz

[15.05.24 15:38:06, 24.5153.01]

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gerne beantworte ich namens des Regierungsrats diese Interpellation wie folgt.

Einleitend sei erwähnt, dass der Regierungsrat bereits in seinem Bericht zur Initiative Ja zum echten Wohnschutz an den Grossen Rat vom Juni 2021 sowie in den Erläuterungen zur Abstimmung vom 28. November 2021 über mögliche Auswirkungen der Annahme der Initiative informiert hat. Die Initiative wurde von der Stimmbevölkerung dann am 28. November 2021 mit 53% Ja-Stimmen angenommen. Den Willen der Stimmbevölkerung gilt es zu beachten. Wie bereits in der Antwort des Regierungsrats zur schriftlichen Anfrage Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Wohnschutzkommission, realistische Voraussetzungen zu Verhinderungen eines Sanierungsstillstandes vom 10. Januar 2024 festgehalten, sind die Auswirkungen der neuen Wohnraumschutzgesetzgebung zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht über den Einzelfall hinaus abschätzbar. Gleichwohl hat der Regierungsrat das Präsidialdepartement zeitgleich mit dem Beschluss der Inkraftsetzung damit beauftragt, die Wohnschutzbestimmungen sowie deren Umsetzung zu evaluieren und darüber zu berichten. Im Januar dieses Jahres hat der Regierungsrat eine Auslegerordnung zur Wohnschutzgesetzgebung in Auftrag gegeben, auf deren Grundlage Erkenntnisse über Zusammenhänge und Wirkungsweise der neuen Bestimmungen festgestellt sowie Anpassungen geprüft werden sollen. Die Auslegeordnung soll sich dabei insbesondere mit der Ziel- beziehungsweise Zweckerreichung des Wohnraumschutzes befassen.

Auch muss an dieser Stelle festgehalten werden, dass die Wohnschutzkommission beim Abbruch und Ersatzneubau von Liegenschaften lediglich für den Entscheid über die maximalen Nettomietzinsen bei Ersatz Neuwert zuständig ist. Sie hat sich entsprechend nie gegen den Abbruch einer Liegenschaft gestellt. Ob ein Abbruch und der Ersatzneubau bewilligt werden können, wird von der WRFG-Prüfstellen, die zum Bau- und Gastgewerbeinspektorat gehört, überprüft. Wurden die gesetzlichen Voraussätzen für die Bewilligungsabteilung im Einzelfall nicht erfüllt, so wurde in gesetzeskonformer Weise die Bewilligung verweigert.

Zu Frage 1: Der Regierungsrat nimmt diese Sorgen insbesondere aus dem Baugewerbe sehr ernst. Die Bautätigkeit und damit auch der Personalbedarf der Bauunternehmen ist allerdings nicht nur durch die neuen

Wohnraumschutzbestimmungen, sondern auch durch weitere Faktoren beeinflusst, zum Beispiel durch steigende Hypothekarzinssätze, steigende Baukosten sowie die generell zunehmende Komplexität der Baubewilligungsverfahren.

Zu Frage 2: Der Regierungsrat hat wie erwähnt eine Auslegeordnung zur Wohnschutzgesetzgebung in Auftrag gegeben. Auf dieser Grundlage möchte der Regierungsrat Erkenntnisse über Zusammenhänge und Wirkungsweisen der neuen Bestimmungen feststellen und dann auch die nötigen Anpassungen vornehmen. Gleichzeitig gilt es, den Auftrag der Stimmbevölkerung zu respektieren. Kurzfristige Massnahmen im Bereich der rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen zum Wohnraumschutz sind nicht einfach umsetzbar. Die neuen Wohnraumschutzbestimmungen gelten erst seit knapp zwei Jahren. Aufgrund der neuen Gesetzeslage und des damit verbundenen Systemwechsels konnte sich bislang noch keine Praxis der Gesetzes- und Verordnungsanwendung vollständig etablieren. Allgemeingültige Erfahrungswerte zu der Anwendung und den Auswirkungen liegen somit noch nicht vor.

Zu Frage 3: Die mittel- und längerfristigen Auswirkungen der Wohnraumschutzbestimmungen auf den Wohnungsmarkt und die Bautätigkeit lassen sich wie erwähnt zurzeit nicht abschliessend beurteilen. Erst wenn sich eine Praxis der Gesetzes- und Verordnunganwendung gebildet hat und es für alle Betroffenen klar ist, wie die Wohnschutzbestimmungen funktionieren, wird sich die Frage nach den Auswirkungen der Gesetzgebung genau beantworten lassen. Einen positiven Beitrag zugunsten des Wohnungsbaus wird der aktuell zur Diskussion stehende oder jetzt beschlossene Kompromiss bei der Verfassungsinitiative Basel baut die Zukunft auf den Transformationsarealen leisten. Die neuen Wohnraumschutzbestimmungen dürfen aus Sicht des Regierungsrats nicht zur Verhinderung von Umbauten, Neubauten oder insbesondere von Sanierungen führen. Der Kanton hat sich das Ziel gegeben, bis 2037 klimaneutral zu sein. Gebäudesanierungen spielen dabei eine wichtige Rolle. Diesen Volksentscheid gilt es ebenso zu respektieren wie jenen zu den neuen Wohnraumschutzbestimmungen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Daniel Seiler (FDP): Ich bin teilweise zufrieden. Es ist gut, dass der Regierungsrat die Sorgen vom Gewerbe anerkennt und auch teilt. Man kann durchaus nochmal daraufhin weisen, dass die Signale vom Gewerbe wirklich beunruhigend sind, also Arbeitsplätze sind effektiv unter Druck und gewisse Firmen sprechen schon darüber, dass sie Arbeitsplätze abbauen müssen. Das sind wirklich alarmierende Zeichen, bei denen wir etwas machen müssen.

Ich hoffe auch, dass dann in der Diskussion um die Wohnschutzmotionen die Leute, die sich eigentlich auch dagegen stellen, vielleicht auch noch mal überlegen, welche Signale wir aussenden, wenn wir diese kleinen Korrekturen zurückweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt

Interpellation Nr. 50 Felix Wehrli betreffende Entstehung einer grossen Container-Asylbewerberunterkunft im Stettenfeld auf deutscher Seite Lörrach Stetten direkt an der Landesgrenze zu Riehen. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten und der Interpellant möchte begründen.

16.5. Interpellation Nr. 50 Felix Wehrli betreffend Entstehung einer grossen Container-Asylbewerberunterkunft im Stettenfeld auf DEU-Seite (Lörrach-Stetten), direkt an der Landesgrenze zu Riehen

[15.05.24 15:44:04, 24.5158.01]

Felix Wehrli (SVP): Hier geht es um eine Containersiedlung direkt an der Schweizer Grenze beim Stettenfeld. Es ist ein sehr aktuelles Thema, das auch grenzüberschreitend diskutiert wird, in Riehen und vor allem in Lörrach. Dieselbe Interpellation wurde auch in Riehen eingereicht vor drei Wochen und vom Gemeinderat beantwortet. Weshalb der Regierungsrat schriftlich beantworten will, erklärt sich mir nicht. Es ist fast ein bisschen eine Verzögerungstaktik, die ich hier herausspüre.

16.7. Interpellation Nr. 52 Beat K. Schaller betreffend Gendersprache in der Verwaltung und Schulen des Kantons Basel-Stadt

[15.05.24 15:44:42, 01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Interpellation Nr. 51 Anuk Feuer betreffend Kleinkinder und Bildschirme. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet.

Interpellation Nr. 52 Beat K. Schaller betreffend Gendersprache in Verwaltung und Schulen des Kantons Basel-Stadt. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet.

Interpellation Nr. 53 Brigitte Kühne betreffend Quartierabendmärkte. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Ja, sie möchte.

16.8. Interpellation Nr. 53 Brigitte Kühne betreffend Quartiers-Abendmärkte

[15.05.24 15:46:30, 24.5169.01]

Brigitte Kühne: Seit einem Jahr gibt es den Abendmarkt auf dem Rüttimeyerplatz, eine wahre Bereicherung für das Quartierleben. Der Clou daran: Das Initiativekomitee besteht aus freiwilligen Quartierbewohnerinnen und -bewohnern, die sich mit viel Freude und Engagement um die nötigen Bewilligungen, den Kontakt zu den Anbietenden und die Organisation kümmern. Ja, es ist nicht ganz einfach, den Spagat zwischen Markt und gemütlichem Zusammensein zu schaffen. Aber ich hoffe doch sehr, dass die Bürokratie dem so wichtigen sozialen Kontakt in den Quartieren keine Streiche spielen wird. Und somit sind wir vom Abendmarkt Rütimeyerplatz sowie die Verantwortlichen anderer Abendmärkte in dieser Stadt gespannt auf die Antworten des Regierungsrats auf meine Interpellation.

Balz Herter (Mitte-EVP): Interpellation Nr. 54 Tonja Zürcher betreffend Benzidinfund im Klybeckareal. Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin ist abewesend, somit geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

16.9. Interpellation Nr. 54 Tonja Zürcher betreffend Benzidinfund im Klybeckareal

[15.05.24 15:46:36, 24.5172.01]

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt:

Die eidgenössische Altlastenverordnung sorgt dafür, dass Mensch und Umwelt in der Schweiz vor gefährlichen Substanzen geschützt werden. Der Bund hat den Vollzug den Kantonen übertragen. Im Kanton Basel-Stadt ist das Amt für Umwelt und Energie (AUE) die zuständige Behörde. Das AUE hat als Vollzugsbehörde die belasteten Standorte in einem Kataster eingetragen. In diesem öffentlich zugänglichen Kataster ist ersichtlich, dass die früheren Industriestandorte, wie das Rosentalareal oder das Klybeckareal, als belastete Standorte ausgewiesen sind.

Es ist bekannt, dass Benzidin - einer von vielen problematischen Stoffen - auf einem über 100-jährigen Chemieareal nachgewiesen werden kann. Es stellt dann eine gesundheitliche Gefährdung dar, wenn es über Luft oder Wasser aufgenommen wird oder Menschen direkten Kontakt mit Benzidin haben. Solange es aber im Boden stabil eingebunden ist, kann eine Gefährdung von Mensch und Umwelt ausgeschlossen werden. Aus altlastenrechtlicher Sicht stellt ein einzelner Befund in einer Feststoffprobe unterhalb eines versiegelten Werkareals zunächst kein Problem dar. Sobald aber ein Schutzgut, wie z.B. die Luft oder ein Oberflächengewässer oder das Grundwasser betroffen sind und gesetzliche Grenzwerte überschritten werden, muss das AUE als zuständige Behörde handeln und entsprechende Massnahmen zum Schutz von Mensch und Umwelt verfügen. Das Altlastenrecht sieht dann zwingend Massnahmen vor, wenn festgelegte Grenzwerte im unmittelbaren Abstrombereich des Standortes überschritten werden. Im Fall vom Werkareal Klybeck gilt aktuell die Werkarealgrenze als Standortgrenze, weshalb die Grundwasseruntersuchungen vom AUE an der Arealgrenze erfolgen. Dieses Vorgehen ist mit der Aufsichtsbehörde, der Sektion Altlasten des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) abgestimmt.

Das frühere Industrieareal Klybeck ist mehrheitlich mit Asphalt versiegelt. Da kein natürlich gewachsener Boden, den es im Sinne der eidgenössischen Bodenschutzverordnung zu schützen gilt, vorliegt, kommt dem Schutzgut Boden hier keine Relevanz zu. Der Fokus lag daher von Anfang an auf dem Schutzgut Grundwasser. Das AUE kontrolliert deshalb seit über 20 Jahren im Abstrombereich ausserhalb des Werkareals regelmässig das Grundwasser. Seit 2019 wird das Grundwasser auch spezifisch auf Benzidin untersucht. Diese Grundwasseruntersuchungen zeigten alle, dass im bestehenden Zustand keine Gefährdung besteht.

Auch die Eigentümer müssen zusätzlich laufend umfangreiche Grundwasseruntersuchungen auf den Arealen durchführen, um der Überwachungsbedürftigkeit des Standorts nachzukommen und um Planungs- und Bauvorhaben sicher und altlastenrechtlich konform durchführen zu können. Im Rahmen einer eigenverantwortlichen Untersuchung wurde der erwähnte technische Bericht aus dem Jahr 2015 im Auftrag der Eigentümer durch das Geotechnische Institut erstellt. Solche Untersuchungen werden oft im Rahmen eines Verkaufs oder einer Umnutzung des Areals durchgeführt, um die Kosten für allfällige Entsorgungen von belastetem Material abzuschätzen.

Zu Frage 1: Ja, Benzidin wurde im Jahr 2015 in einer Feststoffprobe nachgewiesen. Dass in zwei weiteren Proben Dichlorbenzidin nachgewiesen wurde, ist dem AUE hingegen nicht bekannt.

Zu Frage 2: Ja, das ist richtig. Im 882-seitigen Bericht wird Benzidin zwar im Anhang an vier Stellen erwähnt, nicht aber im Bericht selber. Das bedeutet, dass der Stoff von den Altlastenexperten zwar nachgewiesen wurde, sie ihn für die altlastenrechtliche Beurteilung im Kontext des Werkareals Klybeck jedoch als nicht relevant einstuften.

Zu Frage 3: Das AUE ist seit August 2023 im Besitz des Berichts. Der Befund war dem AUE bis dahin nicht bekannt.

Zu Frage 4: Das AUE publiziert alle seine eigenen Benzidinuntersuchungen jeweils zeitnah auf seiner Website. Eine aktive Kommunikation findet dann statt, wenn eine Gefährdung von Mensch und Umwelt besteht oder sich eine frühere Einschätzung entscheidend ändert. Beim hier erwähnten Einzelbefund von Benzidin hingegen besteht weder eine Gefährdung noch ändert sich etwas an der Einschätzung, dass es sich beim Klybeckareal um einen belasteten Standort handelt.

Zu Frage 5: Die Grundeigentümer haben aufgrund des Überwachungskonzepts auf dem Werkareal Klybeck weitergehende Untersuchungen durchgeführt und in drei von 15 untersuchten Grundwasserproben Benzidin nachgewiesen. Die gefundenen Benzidin-Konzentrationen wurden gemäss Vorgaben der Altlasten-Verordnung verifiziert. Zurzeit laufen dazu weiterführende ergänzende Abklärungen in enger Zusammenarbeit zwischen dem AUE und den Grundeigentümern des Areals. Es geht dabei um die Ursachenabklärung, das Ausmass der Belastung, die Eingrenzung des Schadensherds und die Klärung der Leitungssituation. Sobald die Untersuchungen abgeschlossen sind, werden die Resultate veröffentlicht und allenfalls notwendige Massnahmen ergriffen.

Zu Frage 6: Das AUE hat 2019 veranlasst, dass Benzidin untersucht wird. Da es sich beim Werkareal Klybeck um einen belasteten Standort mit Überwachungsbedarf handelt, ist der Eigentümer als Realleistungspflichtiger in der Pflicht, das Grundwasser im Abstrombereich des ehemaligen Industrieareals zu überwachen. Das AUE überprüft dies zusätzlich mit eigenen Messungen bereits seit Jahren. Die AUE-Resultate werden transparent auf der Website publiziert. Innerhalb des als «belastet und überwachungsbedürftig» eingestuften Werkareals sind die Eigentümer aufgrund des Überwachungskonzepts verpflichtet, Untersuchungen im Grundwasser vorzunehmen.

Zu Frage 7: Im Abstrombereich untersucht das AUE das Grundwasser seit 2019 systematisch, das heisst jährlich nach Benzidin. Auf dem Werkareal selber untersuchen die Eigentümer aufgrund der behördlich geprüften und bewilligten Überwachungskonzepte. Die Resultate dieser Überwachungen werden dem AUE vorgelegt, und wenn es daraus neue Erkenntnisse gibt, dann werden die Überwachungskonzepte angepasst oder erweitert und die entsprechenden Massnahmen verfügt.

Verschärft wird die Aufsicht auch dann, wenn Bauarbeiten anstehen. Denn bei Bauarbeiten im Untergrund müssen die Belastungen zwingend in die Planungsarbeiten mit aufgenommen werden. Deshalb werden auf überwachungsbedürftigen Arealen, wie dem Werkareal Klybeck bereits vor den Bauarbeiten weitere Untersuchungen und Gefährdungsabschätzungen durch das AUE veranlasst. Dazu gehören auch Untersuchungen nach Benzidin und seinen Abbauprodukten. Zudem verlangen die Bewilligungsbehörden von den Bauunternehmen Arbeitsschutz- und Sicherheitskonzepte für die Bauphasen, sowie ein fachgerechter Ausbau, eine Triage und eine korrekte Entsorgung der belasteten Materialen im Untergrund. Alle Bauarbeiten auf belasteten Standorten werden vom AUE als zuständige Behörde eng begleitet. Bei höher belasteten Standorten wird zudem gefordert, dass zusätzlich eine ausgewiesene Altlastenfachperson bei den Arbeiten vor Ort im Einsatz ist. Ein gutes Beispiel, wie dies im Kanton Basel-Stadt umgesetzt wird, kann aktuell im Fall des Rosentals beobachtet werden. Die Sicherheit von Mensch und Umwelt hat dabei jederzeit volle Priorität.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin ist wie gesagt abwesend, damit ist die Interpellation erledigt.

Interpellation Nr 55 Michela Seggiani betreffend musikalische Bildung für alle. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte begründen.

Michela Seggiani (SP): Eine Motion betreffend Erlass eines Musikschulgesetzes von Johannes Sieber und Konsorten wurde zwar jüngst eingereicht, der soziale Aspekt fehlt aber darin. Ich habe diese Interpellation in Zusammenarbeit mit der JUSO deshalb eingereicht, um genau hier anzusetzen. Es braucht einen chancengerechten Zugang der Kinder und Jugendlichen zum Musikunterricht. Entsprechend müssen Massnahmen ergriffen werden. Ebenfalls braucht es für die Wartelisten zeitnahe Alternativen. Die Wartezeit dauert heute bis 2027. Ich hätte wirklich gerne in einer mündlichen Beantwortung des Vorstosses gehört, dass die Regierung jetzt daran ist, sofort Lösungen zu finden.

Auf jeden Fall sollten kurzfristige Massnahmen ergriffen werden, um den langen Wartelisten entgegenzuwirken. Eine Möglichkeit wäre zum Beispiel auch, den Einbezug privater Anbietenden mit professionellen pädagogischen Abschlüssen im Bereich der kulturellen Bildung in Betracht zu ziehen, um ein breiteres Angebot zu haben. Ebenfalls finde ich das Modell von Luxemburg, das einen kostenlosen Musikunterricht anbietet innerhalb dieser Debatte unbedingt prüfenswert und bitte die Regierung deshalb, dies doch auch in Betracht zu ziehen. Und per Gesetz soll nicht nur, sondern müsste eigentlich bereits jetzt schon immer auch der inklusive Ansatz mitgedacht und umgesetzt werden. Musikunterricht muss für alle Kinder und Jugendliche sichergestellt werden, egal in welchem Quartier, egal ob mit oder ohne Behinderung. Entsprechend bin ich auf eine Antwort der Regierung gespannt.

16.10. Interpellation Nr. 55 Michela Seggiani betreffend musikalische Bildung für alle

[15.05.24 15:55:40, 24.5178.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit kommen wir zur Interpellation Nr. 56 Lydia Isler-Christ betreffend Sperrung 14-er-Tram. Der Regierungsrat wird diese Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte begründen.

Lydia Isler-Christ: Was im Moment bei der Baustelle des 14er-Tram abgeht, empfinde ich als Schildbürgerstreich. Ich bin ehrlicherweise enttäuscht, dass ich keine mündliche Antwort erhalte. Es ist jetzt aktuell, ansonsten hätte ich eine schriftliche Anfrage einreichen können. Im Moment werden am Karl Barth-Platz Schienen herausgerissen, aber gleichzeitig die Tramhaltestelle behindertengerecht anpassen, ginge nicht. Das ist für alle Anwohnenden und die ÖV-Benutzer absolut unverständlich. Ich höre diesen Unmut täglich in meiner Apotheke, wenn sich die Anwohnenden beschweren. Man muss allen Menschen, die auf das Tram angewiesen sind, erklären, man muss es dem Gewerbe erklären. Nun soll es im nächsten Jahr noch einmal fünf Jahre gesperrt werden, nur wegen der Anpassung der Tramhaltestelle. Was man als Grund hört, klingt für mich wie Ausreden. Bezüglich Mehrkosten bin ich ebenfalls sehr gespannt auf die Antwort des Regierungsrats.

16.11. Interpellation Nr. 56 Lydia Isler-Christ betreffend Sperrung 14er Tram

[15.05.24 15:57:14, 24.5181.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen somit zur Interpellation Nr. 57 Gabriel Nigon betreffend Lobbying für höhere Bundesbeiträge an die Universität Basel, die Fachhochschule Nordwestschweiz sowie für die Berufsbildung. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet.

Interpellation Nr. 58 Nicolas Amacher betreffend Anpassungen des betreibungsrechtlichen Existenzminimums. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Ja, sie möchte.

16.13. Interpellation Nr. 58 Nicole Amacher betreffend Anpassung des betreibungsrechtlichen Existenzminimums

[15.05.24 15:57:55, 24.5186.01]

Nicole Amacher (SP): Immer mehr Menschen haben Mühe oder schaffen es gar nicht mehr, alle ihre Rechnungen zu bezahlen. Dies ist laut Aussage von Fachpersonen der Teuerung und den damit verbundenen erhöhten Fixkosten bei den Krankenkassenprämien, den Mieten und den höheren Energiekosten, aber auch den steigenden Lebensmittelkosten geschuldet. In Basel-Stadt haben die Betreibungen 2023 allein im Vergleich zu 2022 um 7% zugenommen. Falls es aufgrund der Schuldenlage zu einer Lohnpfändung kommt, bleibt noch das betreibungsrechtliche Existenzminimum, um den Lebensunterhalt zu finanzieren.

In Basel-Stadt basiert das betreibungsrechtliche Existenzminimum auf den von der Konferenz der Betreibungs- und Konkursbeamtinnen der Schweiz herausgegebenen Richtlinien vom 1. Juli 2009 und wurde am 1. Januar 2010 in Kraft gesetzt. Seitdem wurde dieses nicht mehr der Teuerung angepasst. Wegen der aktuell anhaltenden Teuerung verstärkt dies die ohnehin finanziell sehr prekäre Situation der von Lohnpfändung betroffenen Menschen zusätzlich enorm.

Leider ist die Anpassung des betreibungsrechtlichen Existenzminimums laut den Richtlinien in Basel-Stadt erst bei einer Teuerung von über 10% vorgesehen. Das bringt die Betroffenen aufgrund der anhaltenden Teuerung in erhebliche finanzielle Engpässe, da sie ohnehin schon am finanzielen Limit leben, jetzt aber nicht mehr über die Runden kommen. Deshalb ist es aus meiner Sicht enorm wichtig, jetzt so rasch als möglich das betreibungsrechtliche Existenzminimum mindestens der aktuellen Teuerung anzupassen. Ich hoffe, dass mit dieser Interpellation das wichtige Anliegen bei der Regierung Gehör findet und sie dementsprechend handeln wird. In diesem Sinne bin ich auf die Antwort sehr gespannt.

Balz Herter (Mitte-EVP): Vielen Dank, besten Dank. Wir kommen somit zur Interpellation Nr. 59 Nicole Kuster betreffend Parkierungsmöglichkeit in der Nähe des Universitätskinderspitals beider Basel.

Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

16.14. Interpellation Nr. 59 Nicole Kuster betreffend Parkierungsmöglichkeit in der Nähe des Universitäts-Kinderspitals beider Basel

[15.05.24 16:00:16, 24.5187.01]

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

dem Regierungsrat ist die Situation für Besuchende sowie für Eltern mit Kindern bekannt. Er setzt sich deshalb für eine Verbesserung der Parkplatzsituation ein.

Zu Frage 2: Dem Regierungsrat ist bewusst, dass das UKBB als überregionales Kinderspital gut erreichbar sein muss. Dafür braucht es Parkplätze in unmittelbarer Nähe des UKBB.

Zu Fragen 3 und 4: Die Tatsache, dass über 300 Einsprachen gegen das Parking-Projekt unter dem Tschudipark eingereicht wurden, zeigt den grossen Widerstand gegen dieses Bauvorhaben. Der Regierungsrat ist seither bestrebt, eine geeignete alternative Lösung für die Parkplatzsituation zu finden. Dies geschieht in engem Austausch mit dem UKBB und der unmittelbar angrenzenden Universität Basel, dem Universitätsspital sowie Immobilien Basel-Stadt als Vertreterin der Grundeigentümerschaft. Ziel ist eine Lösung, die sowohl für das UKBB als auch für die Quartierbevölkerung stimmig ist.

Zu Frage 5: Bezüglich den Plänen, wie die Situation kurzfristig zu verbessern ist, habe ich in eine Grafik mitgebracht, weil die Situation, glaube ich, doch nicht ganz selbsterklärend ist. Für die geforderten Elternparkplätze zeichnet sich eine Lösung ab, indem das UKBB in der Einstellhalle des Biozentrums rund 30 Parkplätze von der Universität Basel mieten kann. Diese befinden sich zwischen dem UKBB und dem neuen Biozentrum. Diese Lösung ist jedoch erst ab 2028 verfügbar. Vorab sollen deshalb die bestehenden rund 20 öffentlichen Parkplätze entlang der Pestalozzistrasse, also gegenüber dem Neubau Biozentrum als Notfall-Parkplätze zusammen mit dem UKBB geprüft werden. Das sind die Parkplätze, die heute öffentlich sind. Diese 20 Parkplätze prüfen wir aktuell umzuwidmen.

Zu Frage 6: Langfristig ist vorgesehen, auf dem Baufeld 4 des Campus Schellemätteli ein unterirdisches Parking für das UKBB zu erstellen. Ab wann dieses Parking realisiert werden kann, hängt ab von der aktuellen Planung der Universität Basel

für die Departemente Physik und Chemie sowie den weiteren Fachgebieten, welche künftig auf dem Baufeld 4 etabliert werden sollen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin hat die Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Nicole Kuster-Simon: Die gute Nachricht vorab: Das bikantonale UKBB garantiert bestmögliche, hoch spezialisierte medizinische Versorgung unserer Kinder und liegt im Zentrum des wachsenden Medizinclusters. Der Standort ist aus medizinischer Sicht optimal. Jedoch muss dieser medizinisch optimale Standort für alle auch gut erreichbar sein. Seit der Eröffnung ist die Parkraumsituation rund um das UKBB schwierig und ist ein ungelöstes Problem. Lange wurde das Projekt Tschudipark diskutiert, welches die Regierung nicht weiterverfolgt. Beim bestehenden Parkhaus City wurden verschiedene Mängel im Bereich Parkleitsystem und Barrierefreiheit festgestellt. Ob diese behoben werden können, ist unklar. Das Parkhaus City mag für gesunde Menschen von der Distanz her vielleicht nicht allzu weit entfernt sein. Es ist sogar gut zumutbar, dass man bei einem einmaligen Besuch einen etwas beschwerlicheren Weg auf sich nimmt. Jedoch ist die Realität von Eltern und Begleitpersonen mit schwer erkrankten oder stark mobilitätseingeschränkten Kindern eine andere. Diese müssen zum Teil mehrmals pro Woche ambulant auf der Kinderonkologie oder neuropädiatrisch behandelt werden. Einige dieser Kinder sind schwach, es geht ihnen krankheitsbedingt nicht gut. Es wird ihnen deshalb von der Benutzung des öffentlichen Verkehrs abgeraten. Kleinere Kinder kann man vom Parkhaus City ins UKBB tragen. Aber schwerere Krankheiten und Mobilitätseinschränkungen betreffen Kinder jeden Alters.

Stand heute kann man auf neun Parkplätzen für 15 Minuten vor dem UKBB parkieren. Nach 15 Minuten muss das Auto jedoch im stark frequentierten Parkhaus City abgestellt werden. Das ist genau dann, wenn man die Kinder zur Behandlung, zur Therapie oder zur Notfallstation begleiten muss. Schwer kranke, mobilitätseingeschränkte oder verletzte Kinder können nicht einfach im Eingangsbereich des Spitals warten, damit das Auto ordnungsgemäss abgestellt werden kann. Kinder, welche das UKBB aufsuchen müssen, brauchen die lückenlose Anwesenheit eines Elternteils oder einer Begleitperson. Somit erfordert die aktuelle Situation für viele eine Betreuungsperson für das Kind und eine weitere Person für das Fahrzeug.

Ich habe die Antwort des Regierungsrats gehört. Mit den geplanten Parkplätzen im Biozentrum ist erst ab 2028 eine geringe Entlastung erreicht. Es braucht aber langfristig gute und tragbare Lösungen. Dies kann ein Parkhaus auf dem Campus Schellemätteli sein. Die Erreichbarkeit des UKBB muss aber für alle gut erreichbar sein. Dazu gehören auch die Mitarbeitenden im Schichtdienst. Ich werde an dieser Stelle die Problematik des Fachkräftemangels und die Chancen durch attraktive Arbeitsbedingungen nicht aufrollen, denn sie ist uns allen bestens bekannt. Ich hoffe, dass die Situation schnellstmöglich weiter verbessert wird. Ich bin, wenn ich es sehr optimistisch ausdrücken würde, teilweise zufrieden mit der Antwort.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Interpellation Nr. 60 Alex Ebi betreffend Fachwissen im Bau- und Verkehrsdepartement, um auch grössere Neubau- und Sanierungsvorhaben ohne Pannen, Zeitverzögerungen und Kostenüberschreitungen durchzuführen. Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

16.15. Interpellation Nr. 60 Alex Ebi betreffend Fachwissen im Bau- und Verkehrsdepartement, um auch grössere Neubau- und Sanierungsvorhaben ohne Pannen, Zeitverzögerungen und Kostenüberschreitungen durchzuführen

[15.05.24 16:07:37, 24.5188.01]

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten die Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1: Zur Zeit laufen beim Kanton über 170 Hochbauprojekte. Die Mehrheit der Projekte wird innerhalb des geplanten Budgets und Zeitrahmens realisiert. Unabhängig davon nimmt der Regierungsrat aber jedes Projekt, das länger dauert oder teurer wird, zum Anlass, Lehren zu ziehen und in künftige Projekte einfliessen zu lassen. Zu den jüngst ergriffenen Massnahmen und Learnings verweist der Regierungsrat auf ihren Bericht und die heutige Debatte zum Spezialbericht der Finanzkommission sowie der Geschäftsprüfungskommission zur St. Jakobshalle

Zu Frage 2: Eine kürzlich anlässlich der Kostenüberschreitungen beim Biozentrum erfolgte Überprüfung durch externe Experten attestiert den Fachleuten des Bau- und Verkehrsdepartements die nötigen Kompetenzen. Gleichzeitig hält die externe Analyse fest, dass die bereits umgesetzten und noch geplanten Verbesserungsmassnahmen richtig und wichtig sind.

Zur Frage 3: Bereits heute werden bei komplexen Bau- oder Renovationsvorhaben im 3-Rollen-Modell bei Bedarf externe Fachkräfte beigezogen.

Zu Frage 4: Der Kanton tauscht sich regelmässig und auf allen Ebenen mit dem Bund und anderen Kantonen aus. Vorhaben der öffentlichen Hand unterscheiden sich wesentlich von Projekten von Privaten, unter anderem aufgrund der Vorschriften bezüglich Beschaffung und der demokratischen Prozesse. Aus diesem Grund sind Vergleiche nur bedingt aussagekräftig. Die Vernetzung und ein Austausch finden über verschiedene Ebenen, aber auch mit Privaten statt.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Alex Ebi: Die Antwort ist etwas kurz ausgefallen, insbesondere wenn man bedenkt, wie das in der Bevölkerung wahrgenommen wird. Ich habe auch nicht wirklich etwas gehört, das darauf hinweist, dass man dies ernst nimmt und zur Kenntnis nimmt. Es ist ein bisschen enttäuschend.

Ich verstehe, dass alle, die arbeiten und am Morgen aufstehen, einen guten Job machen wollen. Aber manchmal geht es halt auch schief, und dann soll man das eingestehen, dass das Budget überschritten wurde. Daraus kann man lernen und man kann andere Leute und Firmen fragen, die tagtäglich damit zu tun haben und das offenbar besser können. Man kann natürlich sagen, dass die Privatwirtschaft es einfacher habe, mit einem CEO, der alles bestimmen kann. Was aber auch in der Privatwirtschaft nicht geht, dass sie einfach alles machen können, was sie wollen. Auch sie haben ein Problem, wenn das Material entsorgt werden muss oder eine Baustelle länger dauert. Auch Corona ist nicht einfach an ihnen vorbei gegangen. Sie haben mit den gleichen Problemen zu kämpfen, aber offenbar funktioniert es dort besser.

Es leuchtet mir ein, dass die demokratischen Prozesse das Ganze verlängern. Aber das ist ja die Idee einer Demokratie, dass es etwas länger geht und dass alle mitreden dürfen. Dies als Problemursache zu nennen, scheint mir falsch. Trotzdem kann man die Budget einhalten.

Zu den Geschichten, die in der St. Jakobshalle oder im Biozentrum gelaufen sind: Es wurde gesagt, was alles gemacht wurde und wer alles gefragt wurde, als es darum ging zu bestimmen, was in der St. Jakobshalle alles gemacht werden muss. Man hat die Behinderten vergessen, man hat die Dachlast vergessen, auch feuerpolizeiliche Grundlagen. Aber die Hauptsache war, dass keine Grossmieter gefragt wurden. Warum fragt man denn nicht die Mieter, die das nachher mieten wollen? Das leuchtet mir auch heute noch nicht ein.

Ich danke für die Antwort. Ich habe aber nicht herausgehört, dass man die Fehler eingesteht. Deshalb bin ich mit der Antwort nicht zufrieden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist somit erledigt.

Interpellation Nr. 61 Harald Friedl betreffend die Sportanlage Schorenmatte. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet.

Somit kommen wir zur Interpellation Nr. 62 Laurin Hoppler betreffend Zukunft und Förderung von Jugendkultur in Basel. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

16.17. Interpellation Nr. 62 Laurin Hoppler betreffend Zukunft und Förderung von Jugendkultur in Basel

[15.05.24 16:13:48, 24.5194.01]

Laurin Hoppler (GAB): Der Verein Junge Kultur Basel musste leider entscheiden, dass er das Sommercasino nicht mehr weiter betreiben kann. Anhaltende Defizite und die bevorstehende Sanierung sind die Gründe. Das Sommercasino ist generationenübergreifend seit 60 Jahren ein wichtiger Ort. Es ist nicht nur ein historisches Gebäude, sondern auch das älteste Jugendkulturzentrum der Schweiz. Es ist der Treffpunkt für die jungen Menschen, und es hat eine Lücke geschlossen, bzw. das Wegfallen des Sommercasinos würde eine Lücke schaffen. Diese Lücke muss so schnell wie möglich

geschlossen werden. Das ist nicht die Aufgabe der Trägerschaft und des Vereins, sondern auch des Regierungsrats und der Verwaltung.

Ich finde es ziemlich enttäuschend, dass der Regierungsrat die Interpellation nicht mündlich beantwortet. Es ist ein wichtiges Thema, viele junge Menschen erwarten eine Antwort. Das Instrument der Interpellation ist dafür da, dass brisante Themen direkt und schnell angesprochen werden können und Antworten gegeben werden. Von einem Trägerverein kann man keinen rentablen Betrieb eines Jugendkulturzentrums erwarten. Das zeigt auch die jetzige Situation. An der jetzigen Situation ist nicht der Trägerverein Schuld, es gibt vielmehr zu wenig Staatsbeiträge und zu wenig Verständnis und Entgegenkommen von Seiten der Verwaltung. Die Situation zeigt, dass Regierung und Verwaltung den Verein unterstützen müssen und nicht hängen lassen können.

Es muss eine Zusammenarbeit geben. Die Situation zeigt das Problem, gleichzeitig gibt es neue Chancen. Die müssen jetzt genutzt werden. Ein Jugendkulturzentrum ist für Basel unumgänglich. Als familienfreundliche Kulturstadt braucht es einen Ort für junge Menschen, wo sie sich frei einbringen und kulturell entfalten können. Jugendkultur muss unserer Stadt etwas wert sein. Und jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, dass sich der Regierungsrat dazu bekennt. Es geht um Wertschätzung gegenüber den jungen Menschen und den Menschen, die mit ihnen arbeiten. Es geht nicht nur um den Erhalt einer solchen Institutionen, sondern um das Weiterentwickeln und Stärken der Jugendkultur. Es reicht nicht, die Bedeutung einer solchen Einrichtung anzuerkennen, sondern man muss aktiv in die Zukunft setzen.

Der Ball liegt nun bei der Regierung. Das heisst, dass es eine interdepartementale Zusammenarbeit braucht. Es sind bei einer Neugründung verschiedene Bereiche betroffen, die in Zusammenarbeit bearbeitet werden müssen. Ich erwarte vom Kanton, dass er eine Kulturpolitik betreibt, die junge Menschen nicht nur als Zielgruppe sieht, sondern sie aktiv mit einbezieht. In diesem Prozess ist es sehr wichtig, dass die richtigen Leute integriert sind. Die verschiedenen Fragen müssen mit den Jugendlichen erörtert werden. Selbst wenn das Angebot steht, braucht es weiterhin partizipative Möglichkeiten. Die Jugendkultur ist wandelbar.

So ein partizipativer Prozess ist nicht unaufwändig, aber er lohnt sich aus soziokultureller Perspektive massiv. Ich bin gespannt auf die Antwort, aber noch gespannter auf die Handlungen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen zur Interpellation Nr. 63 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend die IWB-Gas abschalten 2037 koordinieren und möglich machen. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung.

Interpellation Nr. 64 Pascal Messerli betreffend Vernehmlassungsrichtplan – bewusste Missachtungs des Volkswillens durch den Regierungsrat. Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit hat die Regierung das Wort.

16.19. Interpellation Nr. 64 Pascal Messerli betreffend Vernehmlassung Richtplan: Bewusste Missachtung des Volkswillens durch den Regierungsrat?

[15.05.24 16:19:28, 24.5196.01]

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Zu Fragen 1 und 2: Eine grundsätzliche Öffnung der Freizeitgärten, so wie es der Interpellant befürchtet, ist nicht geplant, auch nicht mit der Anpassung des Richtplans. Für die Vernehmlassung der Richtplananpassungen Klima und Umwelt wurde das Objektblatt Freizeitgärten basierend auf dem seit 2013 geltenden Gesetz über Freizeitgärten überarbeitet. Dort steht im § 4: «Bestehende Freizeitgartenareale sollen mit geeigneten Massnahmen qualitativ aufgewertet werden, insbesondere dadurch, dass sie mit öffentlichen Grünflächen und Freizeitangeboten verbunden werden.» Konkrete Massnahmen sind beispielsweise attraktive Spielplätze auf öffentlichen Flächen und einzelne Velo- und Fussgängerwege durch grosse Areale, damit diese nicht umfahren werden müssen, sowie die öffentliche Verbindung beim Areal Milchsuppe, die vom Parlament explizit gewünscht und entsprechend umgesetzt wurde.

Damit hat sich Frage 3 erledigt.

Zu Frage 4: Volksentscheide sind richtungsweisend für städtebauliche Überlegungen und Planungsverfahren. Der Regierungsrat stellt als Gesamtgremium aber auch als Vorstehende der verschiedenen Departemente sicher, dass die Fachbereiche die bisher gefällten politischen Entscheide sowohl der Bevölkerung wie auch des Parlaments beachten.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Pascal Messerli (SVP): Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden. Es ist ein Fakt, dass der Regierungsrat seit dem Nein vom September 2022 mangelhaft kommuniziert, wie es mit den Freizeitgartenarealen weitergehen soll. Ich aber bereits im Oktober 2022 eine Interpellation eingereicht und gefragt, wie es weitergehen soll mit dem neuen Freizeitgartengesetz, ob eine Teilrevision kommt oder nicht, auch mit der Freizeitgartenstrategie. Es hiess, es gebe eine Auslegeordnung, die man kommuniziere, wenn man mehr wisse. Dann hat man die abgelehnte Teilrevision auf der Homepage der Stadtgärtnerei gelassen, als wäre überhaupt nichts passiert, als ob das Volk nicht Nein gesagt hätte. Nun kommt man mit einem Richtplan, der in Vernehmlassung geht, und spricht von öffentlichen Zugänglichkeiten und Durchgänglichkeiten. Dafür gibt es einfach keine gesetzliche Grundlage. Sie wollten eine gesetzliche Grundlage schaffen, aber das wurde von der Bevölkerung explizit abgelehnt. Also hören Sie doch auf, von Durchwegung und Durchgänglichkeiten zu sprechen, wenn es keine Grundlage gibt. Und auch die bestehende Grundlage in § 4 Abs. 1 heisst nicht, dass Sie nun Velo- und Fussgängerwege durch grosse Areale planen können. Das wurde von der Bevölkerung explizit abgelehnt.

Ich nehme zur Kenntnis, dass man die Areale nicht öffnen will, aber offensichtlich wollen Sie doch hier und dort einen Weg für Fussgänger und Velo schaffen. Das war nicht das Ziel der Volksabstimmung. Wir werden die Durchwegung jedes Mal konsequent bekämpfen, wenn die Vereine damit nicht einverstanden sind.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Interpellation Nr. 65 Nicolas Goepfert betreffend Basler Polizei setzt sich mit Test von Drohnen über den Grossen Rat hinweg. Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichten. Somit haben der Regierungsrat das Wort.

16.20. Interpellation Nr. 65 Nicola Goepfert betreffend Basler Polizei setzt sich mit Test von Drohnen über den Grossen Rat hinweg

[15.05.24 16:23:42, 24.5197.01]

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Allgemeine Bemerkungen: Auf Empfehlung der Arbeitsgruppe der Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz, KKPKS, setzen mittlerweile die meisten Polizeikorps in der Schweiz Drohnen zur Aufgabenerfüllung ein. Nun wird auch die Kantonspolizei Basel-Stadt den erweiterten Einsatz von Drohnen ausserhalb der Schweizerischen Strafprozessordnung im Rahmen eines zweijährigen Pilotversuchs prüfen. Der Pilotversuch soll aufzeigen, ob und inwiefern die Erstellung, Bearbeitung und Verwendung von Bild- und Tondaten durch unbemannte Luftfahrzeuge in die polizeiliche Aufgabenerfüllung integriert werden können. So sollen Einsatzmöglichkeiten von unbemannten Luftfahrzeugen bei Vermessungen, Aufzeichnungen von Bildern, Transporten, Schadstoffmessungen sowie der Suche nach Brandnestern, Personen oder Tieren evaluiert werden. Ebenso sollen die für die unterschiedlichen Einsatzszenarien geeigneten Luftfahrzeuge evaluiert und Erkenntnisse in Bezug auf die Ausbildung der Pilotinnen und Piloten gewonnen werden. Zudem soll der Versuch mit einer Pilotbetriebsorganisation in einem reduzierten Umfang aufzeigen, ob die angedachte Betriebsorganisation mit rund doppelt so vielen Pilotinnen und Piloten und einer 24 Stundenabdeckung den erwarteten Mehrwert bringt und eine Überführung in den ordentlichen Betrieb zweckmässig ist.

Zu Fragen 1, 2 und 3: Die Kantonspolizei testet seit dem Jahr 2023 unbemannte Luftfahrzeuge bei Einsätzen zur Beweiserhebung, vor allem bei Verkehrsunfallaufnahmen, die gestützt auf Artikel 306 der Strafprozessordnung erfolgen. Nur für Drohnenaufnahmen ausserhalb der Strafprozessordnung bestanden im Kanton Basel-Stadt bis heute noch keine spezialrechtlichen Grundlagen. Diese wurden nun mit der Verordnung über den Einsatz von unbemannten Luftfahrzeugen bei der Kantonspolizei als Pilotversuch geschaffen. Angesichts der mittlerweile weit verbreiteten Nutzung von unbemannten Luftfahrzeugen in verschiedenen Polizeikorps kann zwar bereits auf eine Vielzahl an Erfahrungen zurückgegriffen werden, es müssen aber für den Kanton Basel-Stadt während des zweijährigen Pilots noch mehr Erfahrungswerte gewonnen werden, auch zur Ausgestaltung unbefristeter Rechtsgrundlagen betreffend Anwendbarkeit und Regelungsdichte. Über die formell gesetzliche Grundlage für Drohneneinsätze ausserhalb des Geltungsbereichs der Strafprozessordnung würde letztlich der Grosse Rat entscheiden.

Zu Frage 4: Nein.

Zu Frage 5: Die Drohnen werden auf Sicht geflogen. Der Pilot muss die Fluglage der Drohne also jederzeit sehen und beurteilen können, damit er sie sicher steuern kann. Durch die Nähe der oder des Steuernden sollte die farbliche Kennzeichnung in der Regel erkennbar sein. Um die Sicherheit zu gewährleisten, werden die Drohnenpilotinnen und -piloten der Kantonspolizei umfassend in Theorie und Praxis ausgebildet.

Zu Frage 6: Zwar sind die unbemannten Luftfahrzeuge mit einem Gewicht von unter 30 Kilogramm nicht gross, Sie werden wie bereits ausgeführt aber auf Sicht geflogen. Die Pilotin oder der Pilot befindet sich also in unmittelbarer Umgebung der Drohne und ist ebenfalls durch entsprechende Kleidung oder Kennzeichnung erkennbar. Zudem wird die Start- beziehungsweise Landezone der Luftfahrzeuge mittels einer Bodenmarkierung wie etwa einer Plane oder eines Fallsignals erkennbar gemacht. Bei Übertragung oder Aufzeichnung von Bild- und Tondaten werden an der Unterseite der Drohnen auch noch weisse LED-Leuchten aktiviert.

Zu Frage 7: Die Verordnung über den Einsatz von unbemannten Luftfahrzeugen bei der Kantonspolizei als Pilotversuch stützt sich auf § 9a des Informations- und Datenschutzgesetzes, welcher es dem Regierungsrat erlaubt, für zeitlich befristete Pilotversuche für das Bearbeiten von besonderen Personendaten eine Rechtsgrundlage auf Verordnungsebene zu erlassen. Vor dem Inkrafttreten muss aber im Rahmen einer sogenannten Vorabkonsultation nach § 13 des Informations- und Datenschutzgesetzes die Beurteilung der oder des Datenschutzbeauftragten eingeholt werden. Die Kantonspolizei hat den Datenschutzbeauftragten des Kantons Basel-Stadt deshalb frühzeitig in ihre Planung und Überlegungen einbezogen. Den einzelnen Empfehlungen aus dem nicht veröffentlichten Vorabkontrollbericht, mit dem der Konsultationsprozess abgeschlossen worden war, wurde gefolgt. Über den Verlauf des Pilotversuchs hat die Kantonspolizei dem Datenschutzbeauftragten regelmässig zu berichten. Er wiederum hat dem Grossen Rat gegenüber jährlich über alle Pilotversuche Bericht zu erstatten.

Zu Frage 8: Für die Evaluation der Pilotversuchsverordnung wird eine Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertreter der technischen, operativen und wissenschaftlichen Fachbereiche der Kantonspolizei konstituiert. Die Evaluation dient primär der Begleitung und der Auswertung des Pilotversuchs. Es wurde noch nicht entschieden, ob die Auswertung veröffentlicht wird.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Nicola Goepfert (GAB): Ich hätte die Interpellation eigentlich fast gleich benennen können wie Pascal Messerli: Bewusste Missachtung des Willens des Parlaments durch den Regierungsrat. Ich hatte eine zentrale Frage gestellt: Warum stimmt der Gesamtregierungsrat dem Ausbau von Drohneneinsätzen zu, obwohl das der Grosse Rat erst am 24. Januar dieses Jahres abgelehnt hat. Diese Frage wurde nicht beantwortet und das lässt mir selber nur eine Antwort zu: Der Gesamtregierungsrat lässt der JSD-Vorstehenden freie Hand. Und das ist bedenklich.

Zur Erkennbarkeit der Drohen: Das ist eine Farce. Sie ist farblich erkenntlich. Entweder fliegt die Drohne am Himmel, und dann wird man kaum erkennen können, ob die Drohne mit einem farbigen Strich markiert ist. Oder sie fliegt so nahe, dass es gefährlich wird, da es doch bis zu 30 kg schwere Drohnen sein können. Und auch die Kennzeichnung der Pilotinnen und Piloten oder der Region durch ein Faltsignal ist doch ein schlechter Witz. Damit wird nicht die Person informiert, die von einer Drohnenaufzeichnung betroffen ist.

Zum Datenschutzgesetz: Es ist in anbetracht dessen, dass der Grosse Rat dem Ausbau von Drohneneinsätzen eine Absage erteilt hat äusserst bedenklich, dass der Regierungsrat die Bearbeitung von besonderen Personendaten über Drohnen über den Verordnungsweg wieder ermöglicht. Das ist ein Umgehen des Willens des Grossen Rates, der sich bewusst gegen den Einsatz von Drohnen ausgesprochen hat.

Ich bitte sehr fest darum, dass die Evaluation veröffentlicht wird, damit wir alle wissen, was dabei herausgekommen ist. Die Grundlagen bestehen dann, über diese Drohneinsätze zu urteilen. Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Interpellation Nr. 66 Thomas Widmer-Huber betreffend Verbesserung der Arbeitsintegration von ukrainischen Geflüchteten. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

16.21. Interpellation Nr. 66 Thomas Widmer-Huber betreffend Verbesserung der Arbeitsintegration von ukrainischen Geflüchteten

[15.05.24 16:32:14, 24.5198.01]

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): In meiner Interpellation geht es um die Verbesserung der Arbeitsintegration von ukrainischen Geflüchteten. Ausgangspunkt ist das Interview mit Bundesrat Beat Jans in der Basler Zeitung. Er fordert, dass bis Ende Jahr 40% arbeiten sollen, 45% bis Ende 2025. Damit nimmt er die Kantone in die Pflicht.

In der Interpellation erkundige ich mich, ob die bisherigen Massnahmen zur Arbeitsintegration sich bewährt haben und ob der Regierungsrat spezifische Beratungs- und Vermittlungstätigkeit temporär ausbauen wird. Viele Geflüchtete sind Mütter mit Kindern, Mütter kümmern sich um ihre Kinder, können sich keine Kinderbetreuung leisten und sind deshalb nicht im Arbeitsmarkt tätig. Bundesrat Jans fordert die Kantone auf, die politischen Rahmenbedingungen anzupassen, damit Frauen mit Kindern arbeiten können. Ich erkundige mich bei der Regierung, welche politischen Rahmenbedingungen angepasst werden müssen.

Dabei ist meines Erachtens auf kleine Kinder Rücksicht zu nehmen. Bei kleinen Kindern in einem fremden Land und deren natürlicher Bindung an die Mutter ist die Betreuung der eigenen Kinder höher zu gewichten als die Arbeitsintegration um jeden Preis. Deshalb stelle ich die Frage, welche Angebote in Beratung sozialer Integration ukrainische Geflüchtete nutzen können, wenn sie ihre Kinder selbst betreuen und dabei Unterstützung brauchen. Aber unabhängig von dieser besonderen Situation geht es um die Frage, welche politischen Rahmenbedingungen in der Kinderbetreuung angepasst werden müssen, damit auch Mütter besser in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Ich bin gespannt auf die Antwort der Regierung.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen zur Interpellation Nr. 67 Ivo Balmer betreffend Eigentumsverhältnisse in Basel-Stadt. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant ist nicht im Raum.

Wir gehen damit zum nächsten Traktandum. Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, den Beschlussvorlagen zuzustimmen. Das Wort hat die Präsidentin der BKK Franziska Roth.

9. Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss nüün, Stiftung IdéeSport, Verein Trendsport Basel, Verein Basler Kindertheater und Verein Junge Kultur Basel, Bericht der BKK

[15.05.24 16:35:15, 23.0823.02]

Franziska Roth (SP): Mit diesem Ratschlag beantragt der Regierungsrat Finanzhilfen für 12 Trägerschaften der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Zwei eingegangene Anträge wurden vom Regierungsrat nicht berücksichtigt. Zudem wurden drei Anträge von Trägerschaften auf Finanzhilfe bereits durch das Erziehungsdepartement und drei Anträge durch den Regierungsrat bewilligt.

Die Verträge mit den Anbieterinnen und Anbietern, über die wir jetzt diskutieren, sind per 31. Dezember 2023 ausgelaufen und sollen rückwirkend per 1. Januar 2024 für vier Jahre neu abgeschlossen werden. Um die Liquidität der Trägerschaften zu sichern, hat der Regierungsrat entschieden, die Beiträge an die bestehenden Beitragsempfänger auf Basis der Beiträge der Vorperiode weiter auszurichten, bis der Grosse Rat die Finanzhilfen beschliesst. Zudem ist uns allen präsent, dass der Grosse Rat ein Budgetpostulat von 1,5 Millionen Franken zugunsten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zur Erfüllung überwiesen hat.

Die BKK anerkennt die Wichtigkeit der verschiedenen Okja-Trägerschaften ausdrücklich. So leistet die Offene Kinder und Jugendarbeit einen grossen Beitrag im Rahmen der Freizeitbetreuung und bietet eine niederschwellige aber sehr wichtige Beratung für Kinder und Jugendliche ausserhalb der Schule und ausserhalb der Familie. Die OKJA grenzt sich dabei von schulischen und anderen staatlichen Angeboten grundsätzlich ab.

Dieser Unterschied zeigt sich auch bei den Löhnen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Angebote. Diese sind bedeutend tiefer, und für die Trägerschaften ist es äusserst anspruchsvoll, eine Lohnentwicklung aufzuzeigen und damit das Halten von guten Fachkräften zu bewerkstelligen. Da die OKJA-Trägerschaften nicht profitorientiert, organisiert sind und es fast unmöglich ist, Drittmittel für Betriebsausgaben zu akquirieren, sind die Trägerschaften stark von der Finanzierung durch die öffentliche Hand abhängig. Wir haben da also eine grosse Verantwortung, weil die Arbeit der OKJA eine wichtige Begleitung

unserer Kinder und Jugendlichen auf dem Weg ins Erwachsenenleben ist und uns als Gesellschaft zugute kommt. Die Arbeit der OKJA ist entsprechend mehr als ein Nice to have.

Die BKK hat die Verwaltung und die IG Kind und Jugend einzeln angehört. In der IG Kind und Jugend, welche als Basler Dachverband fungiert, sind die meisten Trägerschaften von Angeboten der Offenen Kinder und Jugendarbeit organisiert. Das sind 19 Mitgliedsorganisationen. Die IG ihrerseits ist zudem Mitglied im Dachverband Offene Kinder- und Jugendarbeit Schweiz. Nach diesen Anhörungen musste die BKK feststellen, dass sich die beiden Akteure grundsätzlich zu wenig austauschen und so der Weiterentwicklung einer vor allem bedürfnisgerechten Kinder- und Jugendarbeit etwas im Wege stehen. Die BKK hat darum eine weitere und zwar gemeinsame Anhörung durchgeführt und dort die offenen Fragen gemeinsam diskutiert. Sowohl die Verwaltung wie auch die IGKJ haben sich darauf geeinigt, in Zukunft mehr auszutauschen. Die fachliche Kompetenz und die gute Vernetzung der IG sollen der Verwaltung besser zum Tragen kommen. Die BKK begrüsst das ausdrücklich.

Nun noch zu den Anträgen der BKK: Die IG Kind und Jugend hat beim ED einen Antrag für die Schaffung einer Plattform digitale Kinder- und Jugendarbeit eingereicht. Mit dieser Plattform sollen regelmässige Schulungen und Weiterbildungen für Fachpersonen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit angeboten werden. Zudem soll die Plattform als zentrale Anlaufstelle für Fachpersonen der OKJA Basel dienen und die bestehende Jugendapp soll damit weiterentwickelt und ausgebaut werden. Diesem Antrag hat das ED nicht stattgegeben mit der Begründung, dass es bereits viele Weiterbildungen gäbe, die digitale Welt vor allem bei den Jugendlichen das normale Medium der Zeit sei und sozialpädagogisch ausgebildete Personen ausreichend mit dem Thema vertraut seien. Zudem würden Kinder und Jugendliche auch an den Schulen auf die digitale Welt vorbereitet. Darum brauche es keine spezifischen Gelder.

Die BKK kann diese Haltung nicht nachvollziehen. Kinder und Jugendliche kommen mit den digitalen Medien in allen Lebensbereichen in Kontakt und die Konsequenzen dieses Medienkonsums sind überall spürbar. Auch wenn der Umgang mit den digitalen Medien an den Schulen Thema ist und dort wichtig ist, ist die BKK der Ansicht, dass digitale Medien und vor allem deren Inhalte bei der OKJA zwingend mitbedacht und auch speziell begleitet werden müssen. Die Kommission erachtet es zudem als zwingend, dass mehr zu diese zu digitaler Gewalt, Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus unternommen wird. Gerade bei diesen Themen sind die Übergänge bei der Kompetenzverteilung zwischen den Schulen und der Offenen Kinder- und Jugendarbeit fliessend. Im Zusammenhang mit den aktuellen internationalen Konflikten, aber auch bei anderen wichtigen und schwierigen Themen werden die Jugendlichen auf den digitalen Medien mit fragwürdigen Inhalten zum Teil überschwemmt, was absolut überfordernd sein kann. Hier soll und muss die OKJA eine Verantwortung mit übernehmen. Die Jugendlichen müssen im Umgang mit den digitalen Medien begleitet werden, indem beispielsweise digitale Beiträge und Posts erklärt und gemeinsam eingeordnet werden können.

Die IG-Kind und Jugend möchte diese Plattform digitale Kinder- und Jugendarbeit für alle OKJA-Trägerschaften anbieten und hat dazu einen Antrag für 113’000 Franken pro Jahr gestellt. Die BKK erachtet den Aufbau und den Betrieb dieser Plattform als nötig und letztlich auch als kostengünstig, wenn die vielen Leistungen in Betracht gezogen werden, die damit erbracht werden können. Die BKK regt an, dass mit dieser Plattform die IGKJ und das ED eng zusammenarbeiten und beispielsweise eine regelmässige Zusammenarbeit oder ein regelmässiger Austausch mit der Schulsozialarbeit angestrebt wird. Sollte nach Ablauf dieser Staatsbeitragsperiode festgestellt werden, dass die Plattform nicht zielführend ist, kann sie auch wieder eingestellt werden. Die BKK beantragt daher, der IG Kind und Jugend Basel zur Schaffung der Plattform, die digitale Kinder und Jugendarbeit 113’000 Franken pro Jahr zur Verfügung zu stellen.

Zum zweiten Antrag, der die BKK stellt. Der Spielboden Klybeck als Frei-, Spiel- und Bewegungsraum für Kinder und Familien wurde auf Initiative der Singenberg Stiftung gegründet. Er ist in der Aktienmühle beheimatet und sehr beliebt bei Kindern und Eltern des Quartiers. Zudem wird das Angebot von Kitas und Tagesstrukturen genutzt und ausserhalb der Öffnungszeiten auch von anderen Institutionen. Die Singenberg Stiftung ist nicht mehr aktiv und befindet sich in Liquidation. Die Finanzierung des Spielbodens wird zwar zwischenzeitlich von verschiedenen anderen Stiftungen übernommen, allerdings ist die vollständige Finanzierung ab 2025 nicht mehr gegeben und dem Spielboden Klybeck fehlen ab dann 58’000 Franken für den Betrieb jährlich.

Das Klybeckquartier wird in den nächsten Jahren durch die geplante Quartierentwicklung eine grosse Belastung durch Bauarbeiten und eine Vervielfachung der Bevölkerung erfahren. Darum erscheint es der BKK wichtig, dass für die Kinder und deren Familien eine vertraute und bewährte Anlaufstelle aufrechterhalten werden kann. Die BKK beantragt darum, den Spielboden Klybeck ab 2025 mit 85’000 Franken pro Jahr zu unterstützen.

Der dritte Antrag, der die BKK in Abweichung zum Antrag des Regierungsrats stellt, betrifft das Jugendzentrum Eglisee, welches von der JUAR geführt wird. Das Jugendzentrum Eglisee konnte einen zweiten Pavillon in Betrieb nehmen und die Fläche für die Jugendlichen verdoppeln. Dies wurde durch die Finanzierung einer Stiftung ermöglicht. Um das Angebot des Jugendzentrums nun weiterentwickeln zu können, beantragte die JUAR für das Jugendzentrum Eglisee eine Erhöhung von 40’000 Franken jährlich für eine zusätzliche 40-Prozentstelle. Darauf ist der Regierungsrat nicht eingetreten. Das Jugendzentrum Eglisee ist ausserordentlich gut frequentiert und die BKK kann den Bedarf des Stellenausbaus nachvollziehen. Zwar erhält der Verein JUAR mit nahezu 3,4 Millionen Franken jährlich eine sehr umfangreiche Finanzhilfe. Trotzdem ist eine Verschiebung von 40’000 Franken innerhalb des Budgets mit einem Abbau bei einem anderen Angebot

bedeutend. Dies auch, zumal der Verein Jura bei weiteren Angeboten einen Entwicklungsbedarf ausgewiesen hat und in seinem Finanzhilfegesuch zusätzliche Erhöhungsanträge gestellt hat, auf die der Regierungsrat und auch die BKK nicht eingetreten sind. Entsprechend diesen Ausführungen beantragt die BKK für den Verein Jugendarbeit Basel zu Gunsten des Jugendzentrums Eglisee eine Erhöhung der Finanzhilfe von 40’000 Franken jährlich zu genehmigen.

Und nun noch ein paar Worte zum Verein Junge Kultur Basel. Im schriftlichen Bericht der BKK können Sie lesen, dass der Verein Junge Kultur Basel einen Erhöhungsantrag gestellt, die BKK über den Antrag diskutiert, ihn aber abgelehnt hat. Vor wenigen Tagen konnten Sie dann den Medien entnehmen, dass der Verein Junge Kultur das Sommercasino aus verschiedenen Gründen auf Herbst 2024 schliessen muss. Etwas irritiert zeigt sich die BKK darüber, dass während den beiden Anhörungen zum Ratschlag die schwierige Situation in Bezug auf den Betrieb des Sommercasinos nicht erwähnt worden ist. Die Kommission wurde nämlich erst im Anschluss an diese Medienberichterstattung vom ED über den Entscheid der Schliessung informiert.

Ebenfalls wurde die BKK darüber informiert, dass der Verein Junge Kultur Basel das Jugendkulturhaus R105, das Probe-, Atelier- und Produktionsräume für junge Erwachsene zur Verfügung stellt, weiter betreiben wird. Das Erziehungsdepartement schlägt darum vor, dass der Grosse Rat die im Ratschlag beantragte Finanzhilfen in der Höhe von 847’000 Franken pro Jahr bewilligt. Das Departement würde dann mit dem Verein Junge Kultur Basel einen neuen Vertrag für das Kulturhaus R105 für die Jahre 2024 bis 2027 abschliessen, die Finanzhilfe dafür abgrenzen und im Vertrag auch regeln, dass für das Sommercasino mit einer kürzeren Laufzeit eine geregelte Schliessung stattfinden kann. Die nicht für das R105 benötigten Finanzhilfen sollen für Jugendkultur reserviert bleiben, bis eine passende Perspektive entwickelt wurde.

Die BKK kann diesen Vorschlag unterstützen. Allerdings regt die Kommission an zu überlegen, ob der Verein Junge Kultur beim ED und in diesem OKJA-Paket am richtigen Ort ist. Als inhaltliches Gegenüber würde sich das Präsidialdepartement mit der Abteilung Kultur möglicherweise besser eignen.

Die BKK beantragt, allen Trägerschaften gemäss Ratschlag die Finanzhilfen zu genehmigen, der JUAR eine Erhöhung um 40’000 Franken zu bewilligen und für die IGKJ und den Spielboden Klybeck gemäss den Ausführungen neue Finanzhilfen zu sprechen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit hat Regierungsrat Mustafa Atici das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Ich freue mich sehr, Ihnen die Staatsbeiträge für die Offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 und 2027 zum Beschluss vorzulegen. Der Regierungsrat möchte die Finanzhilfen an die Offene Kinder- und Jugendarbeit signifikant erhöht. Die Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sind sehr wichtig für unsere Staat. Ein zentrales Element der Offenen Kinder- und Jugendarbeit ist die Partizipation. Kinder und Jugendliche lernen sich einzubringen und können die Angebote mitgestalten. Auch werden demokratische Werte und die Entwicklung von Verantwortungsbewusstsein gefördert. Und gerade für Kinder und Jugendliche, die in ihrem familiären Umfeld wenig Unterstützung erfahren, können die Mitarbeitenden der offenen Angebote wichtige Bezugspersonen sein.

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit wirkt somit integrativ, aber auch präventiv. Das alles ist gerade in der heutigen Zeit enorm wichtig. Da dieser Ratschlag mit Verspätung zum Beschluss vorgelegt wird – er betrifft die Jahre 2024 bis 2027 – hat der Regierungsrat zur Sicherung der Liquidität der Trägerschaften die bestehenden Verträge im Sinne einer Überbrückungsfinanzierung bis Ende August 2024 verlängert.

Der Regierungsrat möchte für die Leistungsperiode 2024-27 folgende Schwerpunkte setzen: Wir möchten die Spielanimation im öffentlichen Raum ausbauen. Die Vereine Robi Spielaktionen und Mobile-Jugendarbeit sollen zu diesem Zweck mehr Finanzen erhalten. Damit können sie flexibel auf Veränderungen in den Quartieren reagieren und sie können auch in Quartieren präsent sein, die keinen offenen Treffpunkt wie einen Robi-Spielplatz oder ein Jugendzentrum haben. Die Jugendzentren sollen vermehrt am Abend und am Wochenende offen sein. Die Jugendlichen haben diesen Wunsch in verschiedenen Befragungen geäussert. Die Trägerschaften von Jugendzentren sollen mehr Finanzhilfen erhalten, damit sie diesem Wunsch entsprechen können. Es gibt Quartiere, in denen es heute keine oder nur eingeschränkte Angebote gib. Wir möchten deshalb zwei Angebote für Kinder ermöglichen. Neu soll es im Kinderangebot im Quartier am Ring, also zwischen Steinenring, Spalenring und Sankt Johannsring und ein Kinderangebot im St. Alban oder Gellert geben. Für die Vereine Robi Spielaktion und Eulerstrasse 9 werden Finanzhilfen reserviert für diese Angebote. Diese sind nun in der Planungsphase.

Die Teuerung hat uns alle in vergangenen Jahren beschäftigt, auch die Trägerschaften der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Wir haben deswegen die Finanzhilfen für alle Trägerschaften erhöht. Damit können sie die Mehrkosten wegen gestiegenen Betriebskosten auffangen. Gemäss Staatsbeitragsgesetz erhalten nicht immer alle Trägerschaften den jährliche Teuerungsausgleich auf den Personalkosten. Die Finanzhilfen für Trägerschaften, die in der letzten Finanzierungsperiode keinen Teuerungsausgleich erhielten, wurden aus diesem Grund stärker erhöht.

Wir alle sind uns einig, dass die Offene Kinder- und Jugendarbeit heute ein nicht mehr wegzudenkender Bestandteil des Kinder- und Jugendangebots der Stadt ist. Das Angebot hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stark entwickelt. Wir haben heute in Basel ein breites Angebot, von professionellen Trägerschaften mit jährlichen Staatsbeiträgen in Millionenhöhe bis zu kleinen Trägerschaften mit nur einem Angebot und entsprechenden tiefen Beiträgen. Das ist auch gut so und sorgt für ein vielfältiges und buntes Feld.

Bisher hatten wir die Staatsbeiträge für die Offene Kinder- und Jugendarbeit als Sammelratschlag beantragt. Das bedeutete, dass auch tiefe Finanzhilfen von kleinen Trägerschaften durch den Grossen Rat bewilligt werden mussten. Infolge des Anzug Kerstin Wenk betreffend vereinfachte Verhandlungen von Leistungsaufträgen richtet das Erziehungsdepartement sich deshalb neu nach den Ausgabenkompetenzen gemäss Finanzhaushaltgesetz. Somit werden nur Finanzhilfen über einer Gesamtsumme von 300’000 Franken durch den Grossen Rat bewilligt. Das sind die allermeisten. Trotz der zeitlichen Verzögerung des Geschäftes konnten die neuen Verträge mit den Trägerschaften, deren Finanzhilfen durch das Erziehungsdepartement beziehungsweise durch den Regierungsrat bewilligt werden, noch im Januar 2024 unterzeichnet werden. Die angestrebte Erleichterung für Trägerschaften mit tieferen Finanzhilfen war also wirkungsvoll.

Der Regierungsrat hat mit seinem Ratschlag für die Offene Kinder- und Jugendarbeit eine Erhöhung um 1,1 Millionen Franken pro Jahr vorgelegt. Der Grosse Rat hat das Budget 2024 für die Offene Kinder- und Jugendarbeit über ein Budgetpostulat um 1,5 Millionen Franken pro Jahr erhöht. Die BKK möchte mit ihren drei Anträgen über die Anträge des Regierungsrat hinausgehen. Neben der Erweiterung des Jugendzentrums Eglisee und Finanzhilfen für den bisher durch Stiftungen getragenen Spielboden, Klybeck soll neu auch die digitale Jugendarbeit gefördert werden. Das ist eine klare Anerkennung der Wichtigkeit der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, die ich teile. Anders als organisierte Freizeitangebote in Vereinen für Sport oder Musik sind die offenen Angebote niederschwellig. Sie bieten freie Räume, um mit Gleichaltrigen die Zeit frei gestalten zu können. Kinder und Jugendliche können ohne Leistungsdruck ihre Talente und Kreativität entdecken und ausleben. Der Regierungsrat stellt sich dem Erhöhungsantrag der BKK nicht entgegen und wird aus diesem Grund keinen Gegenantrag stellen. Der Regierungsrat begrüsst, dass die BKK den Spielraum des Budgetpostulats nicht ausgeschöpft hat.

Bevor ich zum Schluss gehe, möchte ich auf die Leistungsvereinbarung mit dem Verein Junge Kultur Basel für den Betrieb des Sommercasinos und des Kulturhauses R105 eingehen. Wir beantragen Ihnen, den Vertrag wie vorliegend zu genehmigen. Erstens: Es geht um den Vertrag rückwirkend ab 1. Januar 2024. Die Überbrückungsfinanzierung läuft im August 2024 August aus. Zweitens beinhaltet der Vertrag auch Leistungen für das Kulturhaus R105. Das Kulturhaus R105 soll weiterbetrieben und ein entsprechender Vertrag abgeschlossen werden. Drittens wird das Erziehungsdepartement den Verein Junge Kultur Basel bei der Auflösung des Sommercasinos begleiten. Für das Sommercasino soll entsprechend eine kürzere Vertragsdauer festgelegt werden. Das Erzieungsdepartement wird sich zusammen mit den beteiligten Akteurinnen und Akteuren weiterhin für eine Unterstützung der Jugendkultur einsetzen. Die nicht für das Kulturhaus R105 benötigten Finanzhilfen sollen für die Jugendkultur reserviert bleiben, bis eine passende Alternative entwickelt wurde. Den Verein Junge Kultur und das Anliegen werden wir weiterhin unterstützen.

Zum Schluss möchte ich einen grossen Dank aussprechen an die Trägerschaften, Leitungen und Mitarbeitenden der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Sie setzen sich in der täglichen Arbeit mit grossen Engagement und Fachkenntnissen für Kinder und Jugendliche ein. Ich danke auch der BKK für die sorgfältige Beratung.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Erster Sprecher ist Joël Thüring von der SVP.

Joël Thüring (SVP): Ich kann Ihnen im Namen der SVP-Fraktion berichten, dass wir den Anträgen der Bildungs- und Kulturkommission zustimmen werden. Wir unterstützen diese Anträge. Es wurde von der Kommissionsprecherin schon sehr viel ausgeführt, was wir ebenfalls unterstreichen können. Regierungsrat Mustafa Atici hat es ausgeführt, die offene Kinder- und Jugendarbeit ist eine wichtige Arbeit, die im öffentlichen Raum in unserem Kanton stattfindet. Sie soll auch entsprechend finanziert werden durch die öffentliche Hand. Das ist in den vergangenen Jahren bereits passiert und diese sehr niederschwelligen Angebote sind auch zu begrüssen. Es ist gerade auch zu begrüssen, dass wir als Kanton auch dort Schwerpunkte setzen, wo allenfalls ein grösseres Bedürfnis besteht für solche Angebote. Das wurde auch erwähnt, und deshalb haben wir uns als SVP-Fraktion nicht dagegen gestellt, dass einzelne Erhöhungen gesprochen werden, weil wir sehen, dass an der einen oder anderen Stelle tatsächlich ein Bedarf besteht und die Situation angesichts der allgemeinen Teuerung für diese Institutionen nicht ganz einfach ist. Deshalb ist es sehr sinnvoll, dass hier eine sehr gute Lösung, ein sehr gutes Verhandlungsresultat mit den einzelnen Institutionen seitens des Erziehungsdepartements getroffen werden konnte.

Deshalb kann ich mich hier in dieser Frage auch sehr kurz fassen. Ausgeführt wurde schon von der Kommissionssprecherin dieser zusätzliche Antrag um eine Erhöhung um 113’000 Franken für die digitale Kinder- und Jugendarbeit. Das war ein Antrag, der in der Bildungs- und Kulturkommission entstanden ist, respektive der in der Bildungs- und Kulturkommission dann auch eine Mehrheit fand. Diesen Antrag unterstützen wir sehr. Nun haben wir gehört, dass es bereits eine Plattform dafür gibt. Es ist mir einfach an dieser Stelle auch noch einmal wichtig festzuhalten – und das geht jetzt vielleicht auch vor

allem an diejenigen, die heute zuhören aus dem Erziehungsdepartement –, dass es uns nicht darum geht, die digitale Jugendarbeit «nur» so zu verstehen, dass es eine App gibt. Die App ist eine gute Sache und wir unterstützen auch, dass es diese Jugend-App gibt, aber wir denken hier tatsächlich auch etwas weiter.

Wir konnten uns insbesondere vom Verantwortlichen dieses Projekts der digitalen Jugendarbeit überzeugen lassen, was weitergehend gedacht ist, nämlich dass man wirklich das Know-How schaffen möchte, dass wir mit Kindern und Jugendlichen auch im öffentlichen Raum darüber diskutieren, wie sie mit diesen digitalen Kanälen umgehen. Wir haben nach den Ereignissen des 7. Oktobers, dem Terroranschlag der Hamas auf Israel und den darauffolgenden Informationen auf diesen digitalen Kanälen gemerkt, dass wir ein Problem haben, dass Kinder und Jugendliche *influenced* sind von Fake-News, gerade auch im Bereich des Antisemitismus. Das sind letztlich Dinge, die an den Schulen aufploppen.

Das Erziehungsdepartement hat noch Regierungsrat Conradin Cramer mitgeteilt, dass es zu antisemitischen Vorfällen an den Schulen gekommen ist. Wir sind der Meinung, dass die digitale Aufklärungsarbeit nicht nur an den Schulen gemacht werden muss, sondern dass auch die Mitarbeiter dieser Institutionen, die mit den Jugendlichen auch im öffentlichen Raum im Gespräch sind und vielleicht einen niederschwelligeren Zugang zu diesen Kindern und Jugendlichen haben. Aufklärungsarbeit leisten können darüber, wie man mit Informationen, die auf diesen digitalen Kanälen entgegenploppen, umgehen kann und umgehen soll.

Wir können Tiktok und Co. toll oder nicht toll finden, das ist eine ganz andere Diskussion. Fakt ist aber, unsere Kinder und Jugendlichen sind auf diesen Plattformen und dementsprechend ist es auch wichtig, dass man diesen Plattformen Beachtung schenkt. Das Projekt der IG Kinder und Jugend sehr überzeugt, und deshalb glauben wir, dass es richtig ist, in einem ersten Schritt diese Gelder zu sprechen. Wenn man in vier Jahren dass das nicht mehr weiterverfolgt werden soll, weil es sich nicht so entwickelt hat, wie wir uns das vorgestellt haben, dann sind wir offen dafür, dass dieses Projekt, diese Idee nicht weiterverfolgt werden soll. Aber für den Moment, angesichts dieser neuen Ereignisse, aber auch der Entwicklungen ganz generell, dass sich Kinder und Jugendliche vermehrt auch im digitalen Raum aufhalten, scheint uns das sehr wichtig zu sein. Deshalb ist der Antrag der BKK aus unserer Sicht sehr sinnvoll.

Hier schwingt eine leise Kritik mit am Erziehungsdepartement. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, ich bin noch nicht 100 Prozent überzeugt, dass das Erziehungsdepartement wirklich verstanden hat, worum es uns damit geht. Wir setzen oder verbinden diesen Antrag auch mit der Hoffnung, dass die Frage der digitalen Jugendarbeit auch im Erziehungsdepartement ankommt, was der Geist dieser digitalen Kinder und Jugendarbeit ist. Wir haben in den Institutionen wirklich auch Personen, die mit Herzblut dahinterstehen und die eine oder andere Idee dem Erziehungsdepartement mit auf den Weg geben kann. Mir kam es, und ich möchte das nicht abschätzig sagen, teilweise so vor, als ob man beim ED immer noch teilweise das Gefühl hat, dass sich das Internet vielleicht gar nicht so durchsetzt. Deshalb glaube ich, ist es sinnvoll, wenn wir hier nun diese Möglichkeit geben, mit diesem Antrag auch diese digitale Plattform weiterzuentwickeln über diese App hinaus und deshalb sind wir sehr gerne bereit, es zu versuchen. Wir stellen fest, dass man auf diese neuen Gegebenheiten Rücksicht nehmen muss, und das kann nicht über das bereits in den vergangenen vier Jahren vorhandene Budget erfolgen.

Richtig ist aber auch, dass wir es an einem zentralen Ort sammeln. Es ist nicht sinnvoll, wenn wir jeder oder jeder zweiten Institution ein wenig Geld dafür, geben sondern es ist durchaus sinnvoll, wenn wir ein Kompetenzzentrum quasi haben, das an einer Stelle dann aber in die Institutionen auch hinaus wirken kann. Damit haben wir vermutlich auch betriebswirtschaftlich mehr erreicht, und ich bitte deshalb das Erziehungsdepartement, diese Voten heute zur Kenntnis zu nehmen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass Regierungsrat Mustafa Atici das machen wird und auch versteht, weshalb wir diesen Antrag gestellt haben. Es ist kein Misstrauen gegenüber dem ED aber wir glauben schon, dass hier noch ein bisschen mehr auch Know-How vorhanden sein sollte ,um zu verstehen, was wir mit diesem Antrag gemeint haben. Wir sind aber zuversichtlich, dass das dem Erziehungsdepartement gelingen wird und deshalb bitten wir Sie heute, den Anträgen der Bildungs- und Kulturkommission zuzustimmen. Und ich freue mich, dass auch der Regierungsrat sich unseren Anträgen heute angeschlossen hat.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Sprecherin für die Fraktion SP ist Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Auch die ältesten von uns hier im Saal und vielleicht sogar deren Grosseltern haben davon profitieren können, von der offenen Kinder- und Jugendarbeit, kurz OKJA, gibt es in der Schweiz seit rund 150 Jahren. Vielleicht erinnern Sie sich an eine Beratung, ein spannendes Freizeitangebot, einen Ort zum Abtanzen. Was es nicht gab, war eine App. Digitalisierung war schlichtweg kein Thema. Ich rede hier aber nicht von den Vorzügen und der praktischen Seite einer userfreundlichen ab. Es geht um mehr. Ich rede vom Umgang mit Social-Media, Fake News, aber auch vom Wissen im Umgang mit Handy und Co. Und da handelt die offene Kinder- und Jugendarbeit. Sie sind am Puls der Zeit. Mehr dazu etwas später.

Erfreulich ist, und das können Sie im Bericht lesen, dass die Offene Kinder- und Jugendarbeit sich in der Schweiz in einem dynamischen Prozess befindet, was natürlich auch mit dem Bevölkerungswachstum zu tun hat. So auch in Basel. Und auch

erfreulich, in Franken ausgedrückt, 4,4 Millionen mehr als in der letzten Staatsbeitragsperiode. Auch die Liste der Empfangenden ist erfreulich. Ich möchte hier aber noch etwas zum Prozess sagen.

Mein Vorredner hat es angesprochen, die Präsidentin hat es auch erwähnt. Sie Verwaltung verwaltet Geld. Das ist ihre Aufgabe seit eh und je. Ich verstehe, dass das Budget eingehalten werden muss und dass die Verwaltung nicht einfach für alle Dinge, die sie toll und spannend findet, plötzlich Geld sprechen kann. Bei den Hearings fiel uns allerdings auch, dass die Mitarbeitenden der verschiedenen Organisationen, die sich ja seit Jahren mit dem Thema der Kinder- und Jugendarbeit beschäftigen und den Puls der Zeit früher erkennen als die Verwaltung und neue Impulse reingeben könnte, nicht so wirklich wahrgenommen wurde. Es ist zwingend notwendig, dass sich die Geldgebenden und die, die sich täglich mit der Kinder- und Jugendarbeit beschäftigen, vor den Anträgen und der Budgetierung an einen Tisch setzen und sich austauschen, damit innovative Ideen und Konzepte auch umgesetzt werden können. Das soll sich jetzt ändern, wie wir gehört haben, was wir sehr begrüssen.

Ich möchte trotzdem ein Beispiel hervorheben, und zwar das Beispiel der Digitalisierung. Die Zeit bewegt sich schnell und wir müssen justieren und handeln. Die BKK hat beschlossen, die digitale Kinder- und Jugendarbeit mit 113'000 Franken zu unterstützen. Im Bericht der BKK wird dies recht ausführlich dargelegt und ich habe es eingangs erwähnt, das Thema anzugehen ist aus mehreren Hinsichten wichtig: Digitale Gewalt, Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus, welche über diverse Plattformen verbreitet werden – darüber muss aufgeklärt werden und es muss eingeordnet werden. Denn dies ist nicht ausschliesslich die Aufgabe der Schulen, im Gegenteil, die OKJA deckt ein anderes Segment ab und hat andere Chancen an die Kinder und Jugendlichen ranzukommen. Ein anderes Wissen haben sie und eine anderen Aufgaben, aber auch sie benötigen Weiterbildung. Warum dafür also mehr Geld sprechen? Man könnte ja die analogen Angebote einfach streichen. Genau eben nicht. Die Bewegung, sozialen und künstlerischen Angebote, um nur einige zu nennen, müssen parallel weitergeführt werden.

Vieles ist erfreulich, aber mein Votum kann ich nicht schliessen, ohne weniger Erfreuliches zu erwähnen. Der Verein Junger Kultur hat mitgeteilt, dass sie den Betrieb des Sommercasinos einstellen muss. Seit unserem Bericht hat sich einiges verändert. Dass der Verein Junge Kultur beim ED angesiedelt war, war nicht hilfreich. Das Sommercasino ist ein Ort für Kultur, für junge Kultur. So haben einige von uns hier drin aus verschiedenen politischen Fraktionen, wie ich mit Sicherheit weiss, und aus verschiedenen Jahrzehnten, auch dies weiss ich, dort als Jugendliche getanzt, Konzerte gemacht, Konzerte gehört. Allerdings aus nostalgischen Gründen finde ich es nicht zwingend, dass das Sommercasino weiterbetrieben werden muss. Mir geht es um den kulturpolitischen Aspekt. Das Sommercasino hat sich weiterentwickelt, verändert, professionalisiert und daher sind die Anträge auf Erhöhung, die Sie gestellt haben, nachvollziehbar und auch gerechtfertigt. Diese Erhöhung wurde von der Regierung nicht eingesehen und leider auch von der BKK nicht korrigiert. Ich bin gespannt auf die Antworten der Regierung zur Interpellation Zukunft und Förderung der Jugendkultur, die vorliegt. Ich hoffe auf positive Folgen und ein proaktives Handeln. Die SP folgt für die Übergangslösung dem Antrag des ED und schliesst sich der BKK an, darüber nachzudenken, ob der Verein aus dem aus diesem OKJA-Paket nicht sinnvollerweise herausgenommen wird.

An dieser Stelle möchte ich den unterschiedlichen Playern der OKJA für ihre wertvolle Arbeit danken. Ihr tragt einen systemrelevanten Beitrag zur positiven Entwicklung unserer Gesellschaft bei. Und Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für die Unterstützung mit einem Ja.

Balz Herter (Mitte-EVP): Für die Fraktion GAB hat Heidi-Mück das Wort.

Heidi Mück (GAB): Was lange währt, wird endlich gut. Heute können wir die Staatsbeiträge für die Offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027 beschliessen. Da dies doch eine ziemlich grosse Kiste ist, möchte ich kurz aus meiner Sicht als Präsidentin der IG Kind und Jugend Basel rekapitulieren. Im September 2022 trafen sich die Mitgliedsorganisationen der IGKJ zu einem runden Tisch mit dem Ziel, Transparenz zu schaffen, bevor die neuen Gesuche für Staatsbeiträge eingereicht werden. Die verschiedenen Player der OKJA informierten sich gegenseitig über ihre Pläne und über ihren Bedarf an zusätzlichen Geldern. Mit diesem Vorgehen, mit dieser Offenheit erreichten wir maximale Einigkeit und Solidarität aller Gesuchstellenden. Das war eine tolle Basis für das weitere gemeinsame Vorgehen.

Auf dieser Basis habe ich dann ein vorgezogenes Budgetpostulat in der Höhe von 1,5 Millionen Franken erarbeitet. Damit wollte ich Spielraum für die Verhandlungen mit dem Erziehungsdepartement schaffen und neue Projekte, wie zum Beispiel die Plattform für digitale Kinder- und Jugendarbeit, schon frühzeitig und auch fachlich fundiert in die politische Diskussion einbringen. Das vorgezogene Budgetpostulat wurde im Februar 2023 mit deutlichem Mehr überwiesen. Der Regierungsrat erklärte sich dann auch bereit, das vorgezogene Budgetpostulat teilweise zu erfüllen und 1,1 Millionen Franken zusätzlich für die OKJA zu sprechen.

Das war zuerst einmal eine freudige Überraschung und zeigte für uns auch die Wertschätzung für die pädagogischen Arbeit der OKJA. Ein grosses Problem war jedoch, dass der Ratschlag zu den Staatsbeiträgen für die OKJA bei der Budgetdebatte noch nicht erschienen war und wir deshalb auch nicht wussten, wie genau diese zusätzlichen Gelder verteilt werden

respektive wohin sie fliessen sollten. Zudem waren mehrere neue Anträge abgelehnt worden, unter anderem mit dem Argument des knappen Budgetrahmens. Diese Ausgangslage bewog zum Glück eine Mehrheit des Grossen Rates dazu, in der Budgetdebatte im vergangenen Dezember die vollumfängliche Erfüllung des vorgezogenen Budgetpostulats zu verlangen. Dann folgte Ende Dezember endlich der Ratschlag des Regierungsrats und die BKK konnte sich damit befassen im Wissen, dass im Budget noch Spielraum besteht.

Bei den Hearings in der BKK zeigte sich, dass aus Sich der OKJA-Anbieter bei aller Freude über die zusätzlich gewährten Mittel nach Verbesserungsbedarf besteht insbesondere im Bereich der digitalen Kinder- und Jugendarbeit, das haben wir schon gehört, konnten die OKJA-Anbieter deutlich aufzeigen, dass grosse Herausforderungen bestehen und die müssen wir unbedingt gemeinsam angehen. Die Vertreterinnen des ED stellten sich hingegen auf den Standpunkt, dass digitale Kinder- und Jugendarbeit im Rahmen der üblichen Arbeit stattfinden könne und keine zusätzlichen Mittel benötige und dass sowieso hauptsächlich die Schulen dafür zuständig seien, die Kinder und Jugendlichen im Umgang mit den digitalen, leider nicht so sozialen Medien zu unterstützen.

Glücklicherweise folgte die Kommission den Argumenten aus der Praxis und beantragt nun 113’000 Franken für die Schaffung einer Plattform digitale Kinder- und Jugendarbeit. Damit können die bestehenden Angebote gemeinsam und koordiniert weiterentwickelt werden und es kann zum Beispiel auch die Weiterbildung in diesem Bereich bedarfsgerecht aufgegleist werden, und zwar für alle Anbieter der OKJA, auch für die kleinen, die weniger Spielraum für solch grundlegende Konzeptarbeit haben.

Weitere Zusatzmittel werden für den Spielboden Klybeck ab 2025 beantragt. Dies war wie die Plattform digitale Kinder- und Jugendarbeit ein neuer Antrag, auf den das eben schon von Beginn weg nicht eintreten wollte. Wenn wir heute diese 78’000 Franken pro Jahr beschliessen, ist der Betrieb dieses wertvollen und für die Familien im Klybeckquartier so wichtigen Angebots ab 2025 gesichert.

Mit den zusätzlichen 40’000 Franken für das Jugendzentrum Eglisee beantragt die BKK nun 211’000 Franken mehr, als der Ratschlag vorgesehen hatte. Das vorgezogene Budgetpostulat wurde damit nicht voll ausgeschöpft, wie ich das bei den vorangegangenen Debatten ja immer betont habe. Der zusätzliche Spielraum war aber sicher sinnvoll und nötig und hat nun auch zu einem gut austarierten Vorschlag der BKK geführt.

Und dann gibt es noch einen Anbieter, der eigentlich gar nicht in die OKJA passt, weil er, wie es der Name schon sagt, in der Jugendkultur zu verorten ist. Die Schliessung des Sommercasinos ist bedauerlich, aber es gibt ja nicht nur das Sommercasino, sondern auch, dass R105 mit den Proberäumen, mit den Ateliers, mit den Studios, das nun vom Sommercasino losgelöst aber nicht vergessen werden soll. Hier appelliere ich an das ED Hand zu bieten für einen Wechsel zur Kultur ins Präsidialdepartement, um dieses wichtige Angebote der Jugendkultur in ein passendes Umfeld zu zügeln.

Ich bitte Sie nun, den Anträgen der BKK zuzustimmen und ich möchte mich bei der BKK für die differenzierte und konstruktive Diskussion bedanken und auch bei allen anderen, die der OKJA schon in den letzten Jahren Vertrauen und Wertschätzung entgegengebracht haben. Für die Zukunft wünsche ich mir, dass sich ein intensiverer Austausch zwischen dem ED und den Anbietern der OKJA institutionalisieren lässt, damit schon vor den Verhandlungen für die nächste Periode der Staatsbeiträge gemeinsam an der Weiterentwicklung der OKJA gearbeitet werden kann. Dieser Austausch soll nicht nur die inhaltliche Ausrichtung und die Reaktion auf aktuelle Trends in der Kinder- und Jugendarbeit enthalten, sondern auch wichtige organisatorische Fragen, wie zum Beispiel die Lohnentwicklung der Mitarbeitenden oder aber die finanzielle Situation der kleinen Anbieter, die jetzt nicht mehr in den Ratschlag kommen. Diese Fragen sollen auch angegangen werden. Wenn wir das erreichen, dann wird es wirklich gut. Ich bitte Sie, den Vorschlägen der BKK zuzustimmen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Sprecherin ist Catherine Alioth für die LDP.

Catherine Alioth (LDP): Die Erhöhung der Fördermittel ist ein positives Signal für die Bedeutung und den Stellenwert der Kinder- und Jugendarbeit in unserer Gesellschaft und in unserem Kanton. Mit gezielten Investitionen in Bildung, Kultur und Freizeitgestaltung wird nicht nur die individuelle Entwicklung für Menschen gefördert, sondern auch das soziale Miteinander gestärkt. Mit diesem Ratschlag unterstützen wir die wertvolle Kinder-, Jugend- und Präventionsarbeit im ausserschulischen Bereich. Die Mittel sollen für die Finanzierungsperiode 2024 bis 2027 substanziell erhöht werden, um das bestehende Angebot weiter auszubauen und zu verbessern sowie um den sich verändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Herausforderungen gerecht zu werden.

Ein Schwerpunkt muss auf der Schaffung neuer zukunftsweisender Angebote liegen. Dies tun wir mit der Einrichtung der Plattform digitale Kinder- und Jugendarbeit. Sie dient dazu, das Jugendangebot auch digital verfügbar zu machen und die jungen Menschen anzusprechen. Dazu gehört auch die Begleitung der Jugendlichen beim Online-Konsum und auch im Umgang mit digitalen Inhalten. Dies ist gerade jetzt im Zusammenhang mit den Themen um die internationalen Konflikte sehr geboten. Oder beim Onlineshopping auf dubiosen Apps wie Temu, wo Produkte zu verdächtig niedrigen Preisen und oft in sehr schlechter Qualität gekauft werden können.

In der modernen digitalen Kinder- und Jugendarbeit liegt der Fokus darauf, jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, eigene Themen zu setzen und aktiv mitzugestalten. Regelmässige Schulungen für die Fachpersonen der Jugendarbeit zu Themen der digitalen Kommunikation und des Umgangs mit neuen Medien halten wir für sehr notwendig.

Um den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen auch in Zukunft vollumfänglich gerecht zu werden und auf neue gesellschaftliche Rahmenbedingungen angemessen reagieren zu können, ist es daher unerlässlich, ein zeitgemässes Konzept für die Offene Kinder- und Jugendarbeit zu entwickeln. Das bisherige Konzept stammt aus dem Jahr 2006 und ist daher daher dringend erneuerungsbedürftig. Die Welt um uns herum hat sich rasant verändert und dieser Wandel muss auch in der Kinder- und Jugendarbeit aktiv mitgestaltet werden.

Dann möchte ich noch ein paar weitere Punkte erwähnen, die der LDP-Fraktion wichtig sind. Den Trägerschaft den Trägerschaften der OKJA möchten wir mitgeben zu prüfen, ob ihr Angebot nicht effizienter wäre, personell und finanziell, wenn sie sich als Träger zusammenschliessen würden. Wir glauben, dass dies ein Gewinn für das Know-How und das jeweilige Angebot ist. Für viele Angebote und Projekte müssen die Trägerschaften Drittmittel akquirieren. In Basel gibt es zahlreiche Stiftungen, die sich stark für Kinder und Jugendliche einsetzen und diese unterstützen. Die LDP den Stiftungen für dieses Engagement sehr dankbar. Wie hinterfragen aber kritisch und sind der Meinung, dass es nicht Aufgabe des Kantons ist und sein kann einzuspringen, wenn für ein Angebot keine Drittmittel beschafft werden können, wie dies beispielsweise beim Spielboden Klybeck der Fall ist. Wir erachten es aber hier aufgrund der Herausforderungen im Klybeckquartier als zielführend, diesen zu unterstützen. Gerade in diesem Fall könnte aber ein Zusammenschluss mit einer anderen Trägerschaft sinnvoll sein.

Bezüglich des Vereins Junge Kultur Basel folgen wir der BKK und befürworten die Finanzierung des Vereins aus den Mitteln der Trinkgeldinitiative, da der Schwerpunkt des Vereins dem Ziel der Trinkgeldinitiative entspricht.

Die Unterstützung und Förderung der Offenen Kinder und Jugendarbeit ist somit ein wichtiger Baustein für eine lebendige und vielfältige Stadtgesellschaft, und hierfür ist den Mitarbeitenden in der in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sehr zu danken. In diesem Sinne unterstützt die LDP-Fraktion die Anträge der BKK.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Fraktionssprecher ist David Jenny für die FDP.

David Jenny (FDP): Ich versuche, die Wiederholungen auf ein Minimum zu begrenzen. Die FDP wird diesem Paket auch zustimmen. Ich schliesse an meine Vorrednerin an. Sie hat da ja mehrfach angeregt, dass sich Anbieter zusammenschliessen. Ich habe eine gewisse Erfahrung mit Verhandlungen in diesem Bereich. Ich war mal Co-Präsident der Basler Freizeitaktion, heute JUAR. Wir hatten damals das Vergnügen, mit einem Departement zu verhandeln, dessen Generalsekretär der gesetzte Kollege Bruno Lötscher war, und der damalige Vorsteher handelte nach der Devise «Divide et impera». Er wollte möglichst viele Anbieter in diesem Bereich haben. Die Vielzahl der Anbieter in diesem Bereich ist auch eine Folge der staatlichen Politik.

Der Wechsel der Betreiberschaft im Sommercasino wurde auch vom Staat angestrebt. Ob das rückblickend so schlau war? Ich erlaube mir kein Urteil, aber wir haben eben hier ein Feld, wo der Staat durchaus eine sehr aktive Rolle spielt, auch in der Hinsicht, wer dann diese Angebote wahrnimmt. Und vielleicht noch ein weiterer Gedanke. Ich glaube, wir sind uns hier alle einig, es geht ohne offene Kinder- und Jugendarbeit in unserem Kanton oder in unserer Stadt nicht. Wir haben einen Staatsbeitraggesetz, da unterscheiden wir zwischen Finanzhilfen und Abgeltung. Ich glaube, in diesem Bereich sind wir doch faktisch sehr nahe an der Abgeltung. Bei der Abgeltung hätten wir das Problem des Teuerungsausgleichs so nicht. Wir hatten hier gerade bei einzelnen Anbietern in diesem Bereich mit unserer sehr künstlichen Schwelle 70 % Personalkosten, grössere Schwierigkeiten, die wir hoffen, zu beheben, wenn die Motion Eberhard umgesetzt wird. :Es handelt sich ja hier wirklich nicht um Nice-to-have und Need-to-have, was nicht heisst, dass jedes Angebot dann wiederum zwingend unterstützt werden muss. Aber wir müssen ein genügendes und ein gutes Angebot haben.

Das führt uns wirklich zur Frage der Planung und des Austausches. Hier sind die staatlichen Prozesse mit Mandat einholen beim Regierungsrat und nachher besteht eigentlich kein Verhandlungsspielraum mehr, und andererseits der relativ grossen Kreativität bei den einzelnen Anbietern, das kollidiert. Es würde sich lohnen, die Prozesse zu ändern, sodass rechtzeitig miteinander gesprochen wird darüber, was die Ideen sind, was der Staat will, was neu ist und wer wirklich für dieses neue fremdartige Internet zuständig ist.

Und dann noch mein übliches Cetero censeo: Der geschätzte Herr Erziehungsdirektor hat gesagt, wie niederschwellig offene Kinder- und Jugendarbeit ist und niederschwelliger als alles andere. Ich würde als ehemaliger Pfadfinder sagen, dass die Pfadi noch viel niederschwelliger und viel günstiger ist. Aber die Wertschätzung geniessen sie von Seiten des Staates nur selten. In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Paket der BKK zuzustimmen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Fraktionssprecherin ist die Sandra Bote-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Die Grünliberalen werden alle von der BKK vorgelegten Grossratsbeschlüsse zur Umsetzung unterstützen. Mir ist es wichtig, nochmals die unverzichtbare Rolle der offenen Kinder- und Jugendarbeit zu betonen. Die OKJA ist weit mehr als ein Freizeitangebot oder Jugendtreff. Die Angebote der Trägerinstitutionen sind essenzielle Stützen bei der Entwicklung junger Menschen zu unabhängigen und verantwortungsbewussten Erwachsenen. Es ist unsere Aufgabe sicherzustellen, dass diese Programme kontinuierlich den sich ändernden Bedürfnissen angepasst und wirksam weiterentwickelt werden, einschliesslich des Umgangs mit digitalen Lebenswelten.

Die Angebote erreichen alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrem sozialen oder kulturellen Hintergrund, und dies ohne Mitgliederschaften oder andere Bedingungen. In einer Welt, die zunehmend von digitalen Medien dominiert wird und in der Isolation eine immer grössere Rolle spielt, bietet die OKJA wichtige reale Treffpunkte, wo junge Menschen Unterstützung von professionellen Fachkräften erhalten, die auf ihre spezifischen Lebenslagen eingehen können. Dabei ist die präventive Funktion der OKJA nicht zu unterschätzen. In einem geschützten Rahmen werden Themen wie Drogenkonsum oder Medienkompetenz adressiert, was langfristig zur Gesundheit und Sicherheit unserer Gesellschaft beiträgt.

Die im BKK-Bericht vorgeschlagene verstärkte Zusammenarbeit mit Schulen, um bewusst Brücken zwischen dem schulischen und ausserschulischen Umfeld der Kinder und Jugendlichen zu schlagen, würde weitere Wege eröffnen, Lücken bei bestimmten Themen zu schliessen. Die GLP betrachtet dies als eine vielversprechende Möglichkeit, um gemeinsame Herausforderungen effektiver anzugehen. Dabei ist die Arbeit und das Engagement der Mitarbeitenden in der OKJA für das gesellschaftliche Wohl von grosser Bedeutung und bevor besonders hervorzuheben, dies in Bezug auf die professionelle Herangehensweise und in Bezug auf die bedürfnisgerechte Weiterentwicklung der Angebote.

Umso mehr ist zu betonen, wie wichtig es ist, dass die Trägerschaften ihren Mitarbeitenden eine Perspektive in ihrer Lohnentwicklung bieten können, um qualifiziertes Personal nicht nur zu gewinnen, sondern auch zu halten. Es ist bedauerlich, dass das Erziehungsdepartement keine klaren Empfehlungen zur kantonalen Einreihung der Gehälter und keine Empfehlungen bezüglich der Einstufung zur Lohnentwicklung für Mitarbeitende der OKJA bereitstellt. Wir wünschen uns eine bessere Unterstützung der Trägerschaften in diesem sensiblen Bereich. Die Löhne der Mitarbeitenden, privater Träger in der Tagesbetreuung sowie in den schulexternen Tagesstrukturen werden vom Erziehungsdepartement bereits empfohlen. Vor diesem Hintergrund ist die GLP der Meinung, dass auch für die OKJA eine praktikable Lösung gefunden werden kann.

Überrascht war ich festzustellen, dass das Konzept der offenen Kinder- und Jugendarbeit seit 2006 unverändert geblieben ist, obwohl sich die Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen seither grundlegend gewandelt haben. Es ist unerlässlich, dass eine flexible, den modernen Anforderungen entsprechende Strategie entwickelt wird und sie sich in einem Konzept niederschlägt, das regelmässig überarbeitet und angepasst wird, dies um die Arbeit der Einrichtungen und die damit verbundenen Leistungsaufträge fortlaufen zu optimieren und inhaltlich relevant zu gestalten. Die GLP wünscht sich dann auch in Zukunft eine verstärkte Zusammenarbeit und einen gewinnbringenden Austausch zwischen den Trägerinstitutionen der OKJA und dem Erziehungsdepartement.

Eine kurze Bemerkung zum Verein Junge Kultur: Obwohl die Ankündigung der Schliessung des Sommercasinos zutiefst bedauerlich ist, hat der Verein transparent dargelegt, dass dieser Schritt unter Berücksichtigung aller Umstände notwendig war. Die GLP dankt den Verantwortlichen des Vereins für Engagement und die Übernahme der Verantwortung für unpopuläre Entscheidungen auch in schwierigen Zeiten. Gleichzeitig unterstützen wir das Ansinnen der Auslegeordnung und Überarbeitung des Betriebskonzepts für ein neues Jugendhaus einschliesslich der Überprüfung und Klärung, welche Bedeutung wir als Kanton dem jugendkulturellen Schaffen beimessen und wie weit wir es fördern und weiterentwickeln wollen. Darunter fällt auch die Art und Weise der Zusammenarbeit mit der Verwaltung und der Austausch darüber, welches Departement zukünftig für den Verein zuständig sein soll.

In diesem Sinne empfehlen wir auch diesen Grossratsbeschluss zur Annahme.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Liste der Rednerinnen und Redner ist erschöpft. Somit geht das Wort an Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Ich bedanke mich für die unterstützende Voten für die Offene Kinder- und Jugendarbeit.

Ich möchte mich nur zu zwei Punkten kurz äussern. Zum Sommercasino: Das Erziehungsdepartement wird mit allen relevanten Playern den Austausch suchen, mit Institutionen, interessierten Gruppen oder Jugendlichen, jungen Erwachsene und natürlich auch mit der Abteilung Kultur des Präsidialdepartements.

DieBegleitung von Kindern und Jugendlichen durch die digitale Jugendarbeit hält auch das ED für sehr wichtig. Wir werden zu diesem Thema in den nächsten Jahren auch mit der IG Kind und Jugend im Austausch sein.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Kommissionspräsidentin verzichtet auf ein Votum. Somit fahren wir fort. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Es kommen diverse Abstimmungen.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses

1. Für den Verein Allwäg werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 333'052 (Fr. 83'263 pro Jahr), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG) vom 11. Dezember 2013, bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Publikationsklause..

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003441, 15.05.24 17:35:30]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für den Verein Allwäg werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 333'052 (Fr. 83'263 pro Jahr), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG) vom 11. Dezember 2013, bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben den Grossratsbeschluss mit 91 Ja-Stimmen bei keiner Gegenstimme angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung zum Grossratsbeschluss 2.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003443, 15.05.24 17:36:26]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für den Verein Haus für Kinder und Eltern werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 969'308 (Fr. 242'327 pro Jahr), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG) vom 11. Dezember 2013, bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben auch diesem Grossratsbeschluss mit 91 Ja-Stimmen zugestimmt.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 3.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003445, 15.05.24 17:37:17]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für den Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 8'926'156 (Fr. 2'231'539 pro Jahr), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG) vom 11. Dezember 2013, bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben diesem Grossratsbeschluss mit 90 Ja-Stimme zugestimmt.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 4.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003447, 15.05.24 17:38:07]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für den Verein Spilruum Basel werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 534'700 (Fr. 133'675 pro Jahr), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG) vom 11. Dezember 2013, bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter (Mitte-EVP): Auch dieser Grossratsbeschluss wurde mit 91 Ja-Stimmen bei keiner Gegendstimme angenommen.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 5.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003449, 15.05.24 17:39:01]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für den Verein Jugendarbeit Basel (JuAr Basel) werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 13'758’312 (Fr. 3'439’578 pro Jahr), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG) vom 11. Dezember 2013, bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben auch diesem Grossratsbeschluss mit 91 Ja-Stimmen zugestimmt.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 7.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003451, 15.05.24 17:40:01]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für den Verein Jugendzentrum Breite werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 1'061'688 (Fr. 265'422 pro Jahr), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG) vom 11. Dezember 2013, bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben auch diesen Grossratsbeschluss mit 90 Ja-Stimmen überwiesen.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 7.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003453, 15.05.24 17:40:52]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für den Verein Mobile Jugendarbeit Basel werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 2'617'196 (Fr. 654'299 pro Jahr), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG) vom 11. Dezember 2013, bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben auch diesem Grossratsbeschluss mit 91 Ja-Stimmen bei keiner Gegenstimme zugestimmt.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 8.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003455, 15.05.24 17:41:41]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für den Verein Eulerstrooss nüün werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 1'196'528 (Fr. 299'132 pro Jahr), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG) vom 11. Dezember 2013, bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben auch diesem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 89 Ja-Stimmen bei keiner Gegenstimme.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 9.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003457, 15.05.24 17:42:31]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für die Stiftung IdéeSport werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 525'848 (Fr. 131'462 pro Jahr), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG) vom 11. Dezember 2013, bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben diesem Grossratsbeschluss mit 90 Ja-Stimmen bei keiner Gegenstimme zugestimmt.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 10.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003459, 15.05.24 17:43:20]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für den Verein Trendsport Basel werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 800’000 (Fr. 200’000 pro Jahr), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG) vom 11. Dezember 2013, bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben auch diesem Grossratsbeschluss mit 91 Ja-Stimmen bei keiner Gegenstimme zugestimmt.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 11.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003461, 15.05.24 17:44:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für den Verein Kindertheater Basel werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 654'600 (Fr. 163'650 pro Jahr), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG) vom 11. Dezember 2013, bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben auch diesen Grossratsbeschluss mit 90 Ja-Stimmen bei keiner gegenstimmen gutgeheissen.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 12.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003463, 15.05.24 17:45:01]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für den Verein Junge Kultur Basel werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 3'388'000 (Fr. 847'000 pro Jahr), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG) vom 11. Dezember 2013, bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 90 Ja-Stimmen und einer Enthaltung zugestimmt.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 13.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003465, 15.05.24 17:45:52]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für die IG Kind und Jugend Basel werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 452'000 (Fr. 113'000 pro Jahr), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG) vom 11. Dezember 2013, bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben auch diesem Grossratsbeschluss mit 89 Ja-Stimmen bei keiner Gegenstimmen zugestimmt.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 14.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003467, 15.05.24 17:46:47]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für den Spielboden Klybeck werden für die Jahre 2025 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 174'000 (Fr. 58'000 pro Jahr), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG) vom 11. Dezember 2013, bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben auch diesem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 91 Ja-Stimmen bei keiner Gegenstimme.

Aufgrund der langen Eintretensvoten bei Traktandum 10 würden wir Ihnen beliebt machen, direkt ins Traktandum 11 einzusteigen und morgen das Traktandum 10 zu bearbeiten. Es gibt keine Gegenstimme. Somit kommen wir zu Traktandum 11. Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat der Präsident der Bau- und Raumplanungskommission Michael Hug.

11. Investitionsbeitrag an die Sanierung der Johanneskirche, Ausgabenbericht des RR

[15.05.24 17:47:37, 23.1576.01]

Michael Hug (LDP): Die Bau- und Raumplanungskommission hat den Ratschlag der Regierung zum Antrag der evangelisch-reformierten Kirche des Kantons Basel-Stadt auf einen Investitionsbeitrag für die Sanierung der Johanneskirche geprüft. Der Antrag sieht vor, dass der Kanton Basel-Stadt einen Betrag von 940’000 Franken zur Verfügung stellt.

Am 7. Februar 2023 stellte die ERK einen Antrag auf Finanzhilfe zur Sanierung der denkmalgeschützten Johanneskirche. Das Gebäude wurde 1936 nach den Plänen von Karl Egender und Ernst Friedrich Burckardt erbaut und repräsentiert die Architektur der neuen Sachlichkeit. Die Johanneskirche ist nicht nur ein historisch bedeutendes Kulturdenkmal, sondern auch ein Zentrum für das Quartierleben und die gesamte Stadt Basel. Das Sanierungsprojekt umfasst sowohl den Innen- als auch den Aussenbereich der Johanneskirche. Geplant sind umfangreiche Renovierungs- und Anpassungsmassnahmen, darunter die Erneuerung der Haustechnik, Anpassungen an Erdbebensicherheit und Brandschutz sowie die Sanierung von Fenstern, Fassade und Kirchturm. Zusätzlich sollen Nutzungsanpassungen wie der Einbau eines Kaffeeraums und die Nutzung der ehemaligen Sigristenwohnung als Kita vorgenommen werden.

Die Gesamtkosten des Sanierungsprojekts belaufen sich auf 8,3 Millionen Franken. Der Kanton Basel-Stadt soll einen Investitionsbeitrag in Höhe von 940’000 Franken leisten, während der Bund einen Beitrag von 639’264 Franken zusagt. Die restlichen Kosten trägt die ERK BS. Zusätzlich zu den staatlichen Beiträgen werden weitere Finanzierungsgesuche bei anderen kantonalen Stellen eingereicht, um das Projekt zu unterstützen und die finanzielle Belastung zu minimieren.

Die Kommission hat einstimmig beschlossen, dem Grossen Rat zu empfehlen, das Geschäft anzunehmen und den Investitionsbeitrag des Kantons Basel-Stadt für die Sanierung der Johanneskirche zu bewilligen. Einzelne Nachfragen zur Nutzung und zu den komplizierten Finanzierungsmodalitäten konnten zur Zufriedenheit beantwortet werden. Die Sanierung des historisch bedeutenden Gebäudes dient nicht nur dem Erhalt des kulturellen Erbes, sondern stärkt auch das Quartierleben und die Stadt Basel insgesamt. Die geplanten Massnahmen sind sorgfältig durchdacht und tragen dazu bei, die Johanneskirche für zukünftige Generationen zu erhalten und zugleich zeitgemäss zu gestalten. Die Kommission erachtet das Projekt als im öffentlichen Interesse liegend und als einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung des kulturellen Erbes der Stadt Basel.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit hat die Regierungsrätin Tanja Soland das Wort. Sie verzichtet. Es haben sich keine Sprecherinnen und Sprecher eingetragen, weshalb wir fortfahren.

Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung (Seite 7 des Ausgabenberichts)

Titel und Ingress

einziger Absatz

Publikationsklausel

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN. Die Abstimmung startet jetzt.

Sie haben den Grossratsbeschluss mit 73 Ja-Stimmen einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, das wäre das letzte Geschäft für heute Abend. Wir sehen uns morgen früh um 9 Uhr. Ich wünsche einen schönen Abend.

Schluss der 13. Sitzung

17:52 Uhr

Protokoll

der 14. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Donnerstag, den 16. Mai 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Barbara Heer (SP); Raoul I. Furlano (LDP); Catherine Alioth (LDP); Gianna Hablützel-Bürki (SVP); Lukas Bollack (GLP); Brigitte Gysin (die Mitte/EVP); Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP); Harald Friedl (GAB); Lorenz Amiet (SVP); Felix Wehrli (SVP).*

Verhandlungsgegenstände:

10. Teilrevision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank vom 9. Dezember 2015, Bericht der Fkom, Mitbericht der GPK 2
10.1. Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Anpassung der Berechnung der Abgeltung der Staatsgarantie für die Basler Kantonalbank im Zuge der Revision des BKB-Gesetzes, Bericht der Fkom, Mitbericht der GPK 16
12. Bauinvestitionen Universitätsspital Basel – Gewährung eines Darlehens zur Mitfinanzierung der Neubauten Klinikum 2 (Phase 1, Turm) und Klinikum 3, Bericht der FKom, Mitbericht der GSK 17
13. Ausgabenbewilligung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit am Allschwilerplatz sowie für eine klimaangepasste Platzgestaltung, Bericht der UVEK 30

Beginn der 14. Sitzung

Donnerstag, 16. Mai 2024, 09:00 Uhr

10. Teilrevision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank vom 9. Dezember 2015, Bericht der Fkom, Mitbericht der GPK

[16.05.24 09:00:39, 21.1809.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Guten morgen. Ich freue mich, dass ich wieder mit Ihnen sprechen kann. Und gleichzeitig bin ich dankbar für den Einsatz von Statthalter, den wir auch heute wieder brauchen werden.

Ich habe Ihnen vorerst eine Mitteilung zu machen. Wir haben zwei Jubilaren in unseren Reihen, die heute Geburtstag feiern und erst noch den Kaffee gemeinsam spendieren heute Morgen. Ich gratuliere ganz herzlich dem Alt-Grossratspräsident Bülent Pekerman und Georg Mattmüller zum Geburtstag dank.

Balz Herter (Mitte-EVP): Dann übernehmen ich wohl wieder. Traktandum 10 Teilrevision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank vom 9. Dezember 2015 sowie Anzug David wie es Rudin und Konsorten betreffend Anpassung der Berechnung der Abgeltung der Staatsgarantie für die Basler Kantonalbank im Zuge der Revision des BKB-Gesetzes. Bericht der FKom, Mitbericht der GPK.

Die FKom beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Die GPK hat einen Mitbericht verfasst und stellt Änderungsanträge gegenüber der FKom-Vorlage. Diese werden im Anschluss auf einer Synopse projiziert.

Das Wort geht als erstes an den Präsidenten der Finanzkommission Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Wir beraten heute ein Geschäft, welches dem Grossen Rat bereits im März 2022 überwiesen wurde. Nun, nach über zwei Jahren ist es endlich behandlungsreif und liegt Ihnen vor. Weil seit Vorliegen dieses Ratschlages und Überweisung an die Finanzkommission und die Geschäftsprüfungskommission schon einige Zeit vergangen ist, möchte ich gerne kurz in Erinnerung rufen, worum es bei der Teilrevision des BKB-Gesetzes geht und weshalb der Regierungsrat uns diesen Ratschlag vorgelegt hat.

Nach dem Einstieg der BKB als Mehrheitsaktionärin bei der Bank Cler, damals noch die Bank Coop, im Jahr 1999 wurde die Bank schliesslich im Jahr 2017 vollständig durch die BKB übernommen. Seit Frühling 2019 ist sie schliesslich eine einhundertprozentige Tochtergesellschaft der BKB. Nach der vollständigen Übernahme der Bank Cler hat die BKB die bereits bestehende Konzernstruktur vereinfacht. Sie hat die Konzernsteuerung verstärkt und die Bank Cler stärker in den Konzern eingebunden. Die Konzernleitung besteht heute aus der Geschäftsleitung der BKB und dem CEO der Bank Cler. Er ist Beisitzer ohne Stimmrecht. Die heutige Konzernstruktur der BKB ist mit dem Gesetz über die BKB vom 9. Dezember 2015 vereinbar, jedoch nicht explizit im Gesetz abgebildet.

Die Geschäftsprüfungskommission hat deshalb vor einiger Zeit die Finanzkontrolle mit einer Spezialprüfung zur Übernahme der Bank Cler durch die BKB beauftragt. Hintergrund dieser Spezialprüfung war die Aufhebung der organisatorischen Trennung der beiden Banken durch die Überführung der Bank Cler in die Konzernstruktur der BKB. Die Finanzkontrolle hielt in ihrem Bericht fest, dass die vollständige Übernahme der Bank Cler durch die BKB mit den Vorgaben des BKB-Gesetzes vereinbar sei und mit der engeren Einbindung der Bank Cler für die BKB eine Reduktion des Netto-Risikos resultiere. Die Finanzkontrolle hielt weiter fest, dass das BKB-Gesetz weder Regelungen zur Organisation auf Konzernebene enthalte noch den gesetzlich geregelten Organen Aufgaben zuweise, welche die Konzernführung betreffen. Die Finanzkontrolle empfahl deshalb, die Frage der Konzernbildung und -führung explizit im BKB-Gesetz zu regeln. Im Bericht der GPK zum Jahresbericht 2020 sprachen diese die Erwartung aus, dass der Empfehlung der Finanzkontrolle Folge geleistet werde. Der Regierungsrat kommt dem Ansinnen der GPK mit der vorliegenden Teilrevision nun nach.

Der Ratschlag wurde in der Folge der Finanzkommission und Mitbericht der GPK überwiesen. Die Finanzkommission befasste sich an insgesamt vier Sitzungen mit dem Geschäft und hörte hierzu neben der Vorsteherin des Finanzdepartements auch die Finanzverwaltung sowie den Bankratspräsidenten der BKB und den Vorsitzenden der Konzernleitung, den CEO der BKB an. Da für die Ausarbeitung des Ratschlages ein externes Gutachten seitens des Finanzdepartements in Auftrag gegeben wurde, wollte die Finanzkommission dieses Gutachten – es handelt sich hierbei um ein Gutachten von Professor Nobel – auch entsprechend zugestellt erhalten und gleichzeitig den Mitbericht der Geschäftsprüfungskommission abwarten. Die relativ lange Behandlungsdauer des Geschäfts, und ich meine dies

wertneutral, ist dem Umstand geschuldet, dass die Geschäftsprüfungskommission weitere Anhörungen durchführte und ein eigenes Gutachten bei der Kanzlei vom Herrn Morscher einholte. Zu diesem Gutachten wird Ihnen wahrscheinlich anschliessend der Sprecher der GPK berichten.

Mit dem Vorliegenden des Mitberichts im September des letzten Jahres stellte die Finanzkommission fest, dass der Mitbericht der GPK in den zentralen Aspekten der Teilrevision dem Vorschlag des Regierungsrates widersprach. Die Finanzkommission entschied deshalb in Kenntnisnahme des Gutachtens von Herrn Morscher, dieses wiederum dem Finanzdepartement zur Verfügung zu stellen, damit das Finanzdepartement im Anschluss zu den Anträgen der GPK gegenüber der Finanzkommission Stellung nehmen kann. Seitens des Finanzdepartements wurde der FKom zudem die Stellungnahme der FINMA zur vorliegenden Teilrevision zugestellt und ergänzend darauf hingewiesen – und das ist wichtig – dass eine Änderung der vom Regierungsrat verabschiedeten Gesetzesänderungen vor einer allfälligen Beschlussfassung sowohl in der Finanzkommission als auch im Grossen Rat nochmals der FINMA zugestellt werden müsste.

Das Finanzdepartement wiederum liess dieses Kurzgutachten von Herrn Morscher, welches für die GPK erstellt wurde, nochmals von Professor Nobel begutachten und bat diesen um eine Stellungnahme. Gleichzeitig liess die BKB, welche das Kurzgutachten Morscher ebenfalls erhielt, dieses Gutachten durch die Kanzlei Vischer bewerten. Schliesslich beriet die Finanzkommission das Geschäft im Januar 2024 weiter.

Zur Frage der gesetzlichen Verankerung der Konzernleitung und der Haftungsfrage: Sämtliche Gutachter halten fest, dass eine Konzernleitung gefordert ist. Auch die FINMA befürwortet in ihrer Stellungnahme aus aufsichtsrechtlicher Sicht die gesetzliche Verankerung der Konzernrealität. Unterschiedliche Auffassungen bestehen, auf welcher Stufe die Konzernleitung geregelt sein soll. So besteht die Möglichkeit, analog der heutigen Situation, die Konzernleitung auf Stufe des Geschäfts- und Organisationsreglements der BKB zu regeln. Mit der gesetzlichen Verankerung der Konzernleitung wird vollzogen, was sowohl aus aufsichtsrechtlicher Sicht begrüsst als auch in der Realität bereits existiert. In der heutigen Situation entspricht die Geschäftsleitung der BKB auch der Konzernleitung. Der CEO der Bank Cler wohnt den Konzernleitungssitzungen bei, er verfügt jedoch, wie bereits erwähnt, über kein Stimmrecht. Neu kann also der CEO der Bank Cler mit dieser Veränderung der gesetzlichen Regelung zum vollwertigen Mitglied der Konzernleiter ernannt werden und diese Konzernleitung auch für externe Personen geöffnet werden.

Es stellt sich hierbei die Frage, ob mit der gesetzlichen Verankerung der Konzernleitung das Haftungsrisiko verstärkt wird und damit das Risiko für den Kanton Basel-Stadt im Falle der Staatshaftung des Kantons auch für die Schieflage der Bank Cler in Anspruch genommen werden könnte. Es kann dazu festgehalten werden, dass mit der Schaffung einer Konzernleitung ein Konzernorgan über der Bank Cler gebildet wird, womit die Organstellung der BKB beziehungsweise des BKB-Konzerns nicht mehr wegdiskutiert werden kann. Die Finanzkommission teilt hier die Ansicht des Regierungsrates, gestützt auf die beiden Gutachten von Professor Nobel, dass damit das rechtliche Haftungsrisiko der BKB beziehungsweise des Kantons mit der Schaffung der Konzernleitung einerseits leicht zunimmt, es stellt sich nicht mehr die Frage, ob es sich beim BKB-Konzern um ein faktisches Organ handelt oder nicht, sondern es wurde ein tatsächliches Organ, also der BKB-Konzern, geschaffen. Dieses tatsächliche Organ erlaubt es dem BKB-Konzern andererseits jedoch, direkt auf die Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines Schadens mindernd Einfluss zu nehmen. Die Risiken, welche eingegangen werden, werden im Wesentlichen durch Entscheidungsträger der BKB beziehungsweise vom Bankrat gewählten Personen festgelegt und bestehende oder aufkommende Probleme früher erkannt. Durch das Mehr an Einflussnahme, Kontrolle und Informationszugang verkleinert sich deshalb aus Sicht der Finanzkommission das tatsächliche Haftungsrisiko für die BKB beziehungsweise des Kantons Basel-Stadt, da die BKB die Risikobereitschaft der Bank Cler weitgehend selbst in der Hand hat.

Die Finanzkommission schliesst sich dem Regierungsrat an, welcher klar machte, dass bei Erarbeitung der Teilrevision der Fokus in erster Linie auf der präventiven Verhinderung des Risikos lag, und es sei zentral, so das Finanzdepartement, dass die beiden Banken so aufgestellt seien, dass, sollte es zu Schwierigkeiten bei der Bank Cler kommen, diese durch die BKB selber gestützt werden könne. Erst in dritter Priorität würde der Aspekt einer Staatshaftung in Betracht gezogen werden. Die Finanzkommission begrüsst so denn auch, dass in Sachen präventiver Risikominderung die BKB bereits in der heutigen Konzernstruktur für zentrale Konzernfunktionen diverse Aufgaben im BKB-Konzern konzentriert hat. So ist die gesetzliche Verankerung, die konsequente und formaljuristische Abbildung der geschaffenen Governance. Eine präventive Risikominderung erfolgte auf der strategischen Ebene durch die Einflussnahme auf das Businessmodell und auf der operativen Ebene mit der Durchsetzung der Risiko- und Personalpolitik. Ausserdem sei hier festgehalten, dass im Falle von finanziellen Schwierigkeiten die Bank Cler über ein substanzielles Haftungssubstrat verfügt.

Aber, und daraus kann man auch keinen Hehl machen, es ist klar, die Haftungsfrage kommt erst in deren Eintretensfall. Abschliessend kann erst in deren Eintretensfall abschliessend durch die Gerichte beurteilt werden. Es kann immer wieder zu Ereignissen kommen, die ausserordentlich sind, siehe beispielsweise die Coronapandemie oder der Fall der Credit Suisse. Die Finanzkommission beschloss deshalb einstimmig mit 12 zu 0 Stimmen, dem Antrag des Regierungsrates zu folgen und die Konzernleitung gesetzlich zu verankern.

Zur gesetzlichen Verankerung eines Weisungsrechts: Im Vorschlag der Regierung war vorgesehen, dass gemäss § 5 Abs. 3 die Konzernleitung Weisungen an Vertreter der BKB im Verwaltungsrat der kontrollierten Unternehmen erteilen kann. Zudem

wird im § 5 Abs. 5 festgehalten, dass «mindestens ein Mitglied des Verwaltungsrates von kontrollierten Unternehmen durch eine Person der Basler Kantonalbank zu besetzen ist». Für die Finanzkommission ist fraglich, dass neben dem Entsendungs- zusätzlich ein Weisungsrecht der Konzernleitung gegenüber ihren Mitgliedern in den Verwaltungsräten der Konzerngesellschaften gesetzlich verankert wird. Damit erhielte die Konzernleitung ein Weisungsrecht gegenüber der Geschäftsleitung der BKB, also auch gegenüber der Geschäftsleitung der Bank Cler.

Die Kanzlei Vischer hat in ihrem Gutachten richtigerweise festgehalten, dass mit dem Entsendungsrecht die delegierten Mitglieder des Verwaltungsrats verpflichtet sind, die Weisungen der Körperschaft zu befolgen, in diesem Falle der Konzernleitung der BKB, und an die Stelle der persönlichen Verantwortlichkeit des Delegierten die Haftung des entsendenden Gemeinwesens tritt. Die Konsequenz eines Entsendungsrechts mit Weisungsgebundenheit der delegierten Mitglieder des Verwaltungsrats ist somit die primäre Haftung des entsendeten Gemeinwesens. Dies würde wohl eine klare Ausweitung des potenziellen Haftungsrisikos der BKB bedeuten.

Die Finanzkommission erachtet das zusätzliche Leistungsrecht der BKB gegenüber der durch sie entsandten Mitglieder des Verwaltungsrats in dem Tochterunternehmen als haftungssteigernd, ohne dass gleichzeitig eine Haftungsminderung durch eine stärkere Kontrolle eintritt. Die entsandten Mitglieder des Verwaltungsrats sind bereits durch die Möglichkeit des BKB-Konzerns, diese zu entsenden und auch wieder abzuberufen, implizit an die Weisungen des BKB-Konzerns gebunden. Die gesetzliche Verankerung des Weisungsrechts würde damit einzig dazu führen, dass die Haftung von der persönlichen Verantwortung zum delegierenden Gemeinwesen verschoben wurde. Die Finanzkommission hat deshalb einstimmig beschlossen, dass das in § 5 Abs. 3, dritter Satz vorgeschlagene Weisungsrecht zu streichen sei. Hierzu wurde, da so der Vorschlag des Regierungsrates abgeändert wird, auch die Einschätzung der FINMA eingeholt, welche keine Bedenken zur Streichung des Weisungsrechts hat.

Weiter diskutierte die Finanzkommission eine weitere formale Schwäche: Einbindung der Konzernleitung bei § 5 Abs. 5, so dass diese Personen in den Verwaltungsrat der kontrollierten Unternehmen entsenden könne und nicht müsse. Ein solcher Vorschlag kam aus der Reihen der Kommission, wurde allerdings mit 11 zu einer Stimme abgelehnt.

Zum Mitbericht der GPK: Selbstverständlich hat die Finanzkommission die anderslautenden Anträge der Geschäftsprüfungskommission gemäss ihrem Mitbericht geprüft und besprochen. Die Anträge der GPK lehnen insbesondere das zentrale Element der Teilrevision des BKB-Gesetzes, die rechtliche Verankerung einer Konzernleitung, was aber ursprünglich eigentlich der Wunsch der GPK und somit auch der Ursprung dieses Ratschlages war, ab. Die Finanzkommission hält dazu fest, dass mit der Übernahme der Bank Cler die Tatsache geschaffen wurde, dass der BKB-Konzern mittels einer Tochtergesellschaft ausserhalb der im BKB-Gesetz definierten Region tätig sein kann. Da diese Beteiligung nicht zur Diskussion steht, erachtet die Finanzkommission die gesetzliche Abbildung der Konzernrealität als folgerichtig. So hat die Finanzkommission den nun vorliegenden abgeänderten Gesetzesvorschlag einstimmig mit 12 zu 0 Stimmen angenommen und wir empfehlen Ihnen, diesem Antrag zu folgen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit geht das Wort an den Sprecher der GPK Erich Bucher.

Erich Bucher (FDP): Im Vorfeld der letzten Gesetzesrevision von 2015 lehnte der Regierungsrat die GPK-Forderung nach einer Oberaufsichtskompetenz über die BKB mit dem Verweis auf die FINMA-Zuständigkeit ab. Die GPK setzte sich aber mit ihrer Position durch, dass sie nicht eine Oberaufsicht wie die FINMA wolle, sondern eine finanzrechtliche Aufsicht und eine zur Einhaltung der Gesetze und Vorgaben des Kantons an diese Bank. Damals hielt die BKB einen Anteil von 61 Prozent an der Bank Coop und führte diese als eine Art Tochterfirma mit separatem Auftritt, separatem Verwaltungsrat und separater Aktionärsversammlung. Die BKB begründete ihre Beteiligung an der Bank Coop mit der vergrösserten Reichweite und dem besseren gestreuten Risiko, namentlich durch Immobiliengeschäfte der Tochter in der ganzen Schweiz. 2017 baute die BKB ihren Anteil auf knapp 46 Prozent aus und 2019 erwarb sie in einem öffentlichen Kaufangebot alle restlichen Aktien und deklarierte die Tochter an der Börse.

Seit der Mehrheitsbeteiligung sah die GPK in dieser Konstruktion eine Konzernstruktur, die im BKB-Gesetz nicht wirklich abgebildet war, was sie aufgrund der Staatsgarantie für unzulässig hielt. Die BKB argumentierte, die Staatsgarantie gelte nicht für die Bank Coop, was mittels klar getrennter Verwaltungsräte und Aktionariate sichergestellt werde. Bei einer Vermischung könnte nach aussen der Eindruck entstehen, dass ein Kunde der Bank Coop, der Kunde des Konzerns BKB sei und somit auch unter dem Schirm von dessen Staatsgarantie stehe.

Letztlich geht es hier um einen Wettbewerbsvorteil, da der Kanton Basel-Stadt für die Einlagen auf Privat- und Sparkonten, Festgelderanlagen und für Guthaben für Freizügigkeits- und Vorsorgekonten bei der Basler Kantonalbank sowie für die Verbindlichkeiten der Basler Kantonalbank, ob Kassenobligationen und Anleihens-Obligationen, unbegrenzt haftet. Bei Banken, die nicht unter der Staatsgarantie stehen, sind im Konkursfall hingegen lediglich Guthaben von Kundinnen und Kunden bis 100’000 Franken durch das System der Einlagensicherung geschützt.

Die GPK bestand darauf, dass man mit der gesetzlichen Neuregelung ausschliessen müsse, dass die BKB geradezustehen hätte, wenn die Bank Coop zusammenbräche. Die BKB verwies auf ihr Organisationsreglemente, in dem die Unabhängigkeit der Bank Coop festgeschrieben sei. Bei der Revision im Jahr 2015 wurde diese Vorgabe umgesetzt und im BKB-Gesetz festgehalten, dass die Staatsgarantie nicht für die Bank Coop gelte.

2017 kaufte der Grossverteiler die restlichen Anteile der BKB, was in eine Umbenennung der Bank Coop in Bank Cler resultierte. 2019 übernahm sie schliesslich die restlichen Aktien und hat somit einen Anteil von 100 Prozent. Darauf löste die BKB auch den Verwaltungsrat der Bank Cler auf, respektive konzernierte die Tochter noch enger als vorher und integrierte sie in den BKB-Konzern.

Heute ist der BKB CEO gleichzeitig auch der Verwaltungsratspräsident der Bank Cler. Stichdatum für die Konzernintegration war das überarbeitete Geschäfts- und Organisationsreglement GOR, welches am 1. September 2019 in Kraft trat. Damit wurde allerdings just jenes Konstrukt freigegeben, dass die BKB früher als Schutz vor einer Staatsgarantie für die Tochter bezeichnet hatte, nämlich die organisatorische Trennung der beiden Banken. Diese Kehrtwende wurde damit begründet, künftig könne man so besser sicherstellen, dass die Bank Cler keine zu grossen Risiken eingehe. Das Argument des vermiedenen Konzernvertrauens wurde folglich zugunsten des neuen Arguments aufgegeben, dass der Konzern seine Tochter auf diese Weise besser kontrollieren könne und damit weniger Risiken habe.

Die GPK konnte diesen Erklärungen nur bedingt folgen. Im Herbst 2019 beantragte sie die Finanzkontrolle, die FiKo, erstens abzuklären, ob die vollständige Übernahme der Bank Coop respektive Cler mit dem BKB-Gesetz vereinbar ist und zweitens die Abgeltung der Staatsgarantie zu beurteilen. Die Finanzkontrolle kam im März 2020 vorgelegten Bericht zum Schluss, dass die Vollübernahme gesetzeskonform sei und auch die Risikosituation vertretbar sei. Laut dem Bericht der Finanzkontrolle entspricht zudem die neu engere Führung auch den Vorgaben des Finanzmarktaufsichtsrechts sowie des BKB-Gesetzes und der darauf basierenden Eignerstrategie. Ferner sei die bisherige Art der Abgeltung für die formelle Staatsgarantie mit dem sogenannten Kostenvorteilsmodell nachvollziehbar und sachgerecht.

Damit gab die Finanzkontrolle zwar grünes Licht für die Konzernbildung und die Staatsgarantie Abgeltungsmethode. Sie hielt in ihrem Bericht aber auch explizit als Mangel fest, dass eine explizite Regelung der Frage der Konzernbildung, Konzernführung im BKB-Gesetz fehle und empfahl, eine solche nachzutragen. Die GPK sprach in ihrem Rechenschaftsbericht vom 9. Juni 2020 an den Regierungsrat die Erwartung aus, dass der Empfehlung der Finanzkontrolle Folge geleistet werden soll. Mit der vorliegenden Teilrevision des BKB-Gesetzes will die Exekutive dieses Anliegen erfüllen. Der Grosse Rat überwies die Vorlage im März 2022 stillschweigend an die Finanzkommission und zur Hauptberichterstattung, sowie gleichzeitig an die GPK zum Mitbericht.

Zum Vorgehen: Die GPK hat dieses Geschäft an insgesamt neun Sitzungen intern behandelt sowie zusätzlich an drei Hearings Expertenmeinungen eingeholt. Zunächst würde der Ratschlag durch die Vorstehende des Finanzdepartements sowie den Verwaltungsratspräsidenten und den CEO der BKB erläutert. Des weiteren lud die GPK einen Fachexperten zur Klärung von Fragen der Konzernierung, zur Doppel-Organ-Haftschaft und zu dem daraus hervorgehende Haftungsrisiko sowie den Mai zu dem geografischen Geschäftskreis ein. Die GPK hat anschliessend Anpassungen zum Gesetzesentwurf erarbeitet, die der Vorstellung des Finanzdepartements zur schriftlichen Stellungnahme vorgelegt wurden. Die Regierung hat darauf in einem Schreiben Stellung zu den Änderungsvorschlägen der GPK genommen und um Kurzbeurteilung eines Experten, der bei der Erarbeitung des Gesetzesentwurfes mitgewirkt hat, beantragt.

In der Folge hat die GPK die regierungsrätliche Stellungnahme und das erwähnte Kurzgutachten den bereits im Vorfeld beigezogenen Fachexperten vorgelegt. Zusätzlich hat die Kommission Kontakt mit dem Präsidium der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen AWU des Zürcher Kantonsrates aufgenommen, um sich über die Gesetzgebung und die Aufsicht über die Zürcher Kantonalbank ZKB, dem grössten schweizerischen Bank-Konzern neben der UBS, der von einer Kantonalbank als Stammhausobergesellschaft geführt wird, zu informieren.

Zu einigen Fragen, die in der Teilrevision nicht geklärt wurden, und ich möchte betonen, nicht geklärt sind: Aus Sicht der GPK sollte im Rahmen der Teilrevision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank die reale Situation der BKB und ihrer Tochtergesellschaften möglichst genau und transparent abgebildet werden. Die Klärung von politischen Fragen, wie die Sinnhaftigkeit eines staatseigenen Bank-Konzerns, schweizweite Tätigkeit des Konzern usw. gehören nicht dazu und es herrschte Konsens, dass diese Frage nicht im Rahmen dieser Teilrevision des aktuellen Gesetzes geklärt werden können.

Im Rahmen und im Zusammenhang mit dem Ende der Credit Suisse und deren Übernahme durch die UBS hat die GPK jedoch zudem Überlegungen zur Frage der Staatsgarantie gemacht, insbesondere in Bezug auf die Tochtergesellschaft der BKB, die Bank Cler. Das vorliegende Gesetz basiert darauf, dass die Staatsgarantie für die Bank Cler nicht gilt. Der Fall der Credit Suisse hat aber deutlich gemacht, dass die Staatsgarantie, die eigentlich ausschliesslich für die Kantonalbanken gilt, de facto zumindest implizit auch für andere grosse Bankinstitute zum Tragen kommen kann. Als Gesellschaft kann man es sich nicht leisten, eine Bank, die über eine gewisse Grösse verfügt, untergehen zu lassen. Da die Bank Cler zu 100 Prozent der GBKB gehört und die BKB zufolge die Konzernierung der Bank Cler direkt kontrolliert, kann die Situation entstehen, dass sie diese retten muss. Gelingt es der BKB nicht, wird der Kanton als Eigner einspringen müssen. Diese Entwicklung muss

zukünftig auch auf der Gesetzesebene berücksichtigt werden, sobald die entsprechend bundesrechtlichen Vorgaben vorliegen.

Letztlich stellt sich noch die Frage, inwieweit die Staatsgarantie als solche überhaupt noch zeitgemäss ist und ob indirekt auf diese Weise auch die für die Bank Cler geltende Staatsgarantie nicht von dieser beziehungsweise vom Konzern abgegolten werden muss. Die GPK möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass seitens des Grossen Rates zwingend reagiert werden muss, sollte die Bank Cler grösser werden als das Stammhaus.

Und nun zum eigentlichen Gesetz Verankerung der Konzernleitung als formelles Organ der BKB: Da hat die GPK einen Sinneswandel gemacht. Joël Thüring hat das bereits in seinem Referat erklärt. Im schweizerischen Aktienrecht wird nicht definiert, was ein Konzern ist. Ein eigentliches Konzernrecht gibt es in der Schweiz nicht. Im Kurzgutachten, das die GPK in Auftrag gegeben hat, wird festgehalten, dass im Interesse der Gesetzessystematik sowie der organisatorischen und führungsmässigen Flexibilität des obersten Organs Bankrat, die Konzernleitung als Organ und ihre Aufgaben und ihre Kompetenzen nicht im BKB-Gesetz, sondern weiterhin nur im Geschäfts- und Organisationsreglement GOR geregelt werden sollten. Für die angestrebte ausdrückliche Regelung der Konzernbildung und Führung im BKB-Gesetz braucht es darum nach Auffassung der GPK keine gesetzliche Konstituierung eines Organs Konzernleitung. Die neue Bestimmung zur Konzernführung § 5 und § 12 samt Hinweis auf die Regelung der Einzelheiten der Geschäftstätigkeit im Geschäfts- und Organisationsreglement gemäss § 6 sind ausreichend, auch, wenn die Konzernleitung kein viertes formelles Organ der rechtlichen Einheit PKB sein sollte. So aber gemäss Ratschlag der neue § 10, zumal sich § 10 nur auf die rechtliche Einheit BKB und nicht auf den Konzern als solchen bezieht, ansonsten ja auch die Verwaltungsräte der Tochtergesellschaften dort erwähnt werden müssten. Zudem widerspräche eine Konzernleitung mit Weisungssrecht gegenüber der Geschäftsleitung der BKB, so der Ratschlag Seite 4, der Kompetenzordnung im § 12, wo nach dem Bankrat alleine die unübertragbaren und unentziehbaren Oberleitungsaufsichts- und Kontrollaufgaben obliegen, einschliesslich Ernennung und Abberufung der Geschäftsleitung sowie deren Beaufsichtigung und Teilen entsprechender Weisungen. Zum Vergleich: Im Gesetz über die Zürcher Kantonalbank finden die Begriffe Konzern oder Konzernleitung keine Erwähnung. Dies wird stattdessen im Reglement über die Organisation des Konzerns der Zürcher Kantonalbank ,Organisationsreglement Konzern und Stammhaus, geregelt.

Zur Doppelorganstellung und der Frage der Haftung: Im von der GPK in Auftrag gegeben Kurzgutachten wird ausgeführt, das § 5 Tochtergesellschaften kontrollierte Unternehmen und Beteiligungen, sowie die Frage der Konzernführung zwei eher haftungsreduzierende und eher haftungsteigernde Vorgaben enthält. So sind die Bestimmungen Abs. 4 zur Vermeidung einer jeweiligen Vertrauenshaftung, eigenständige Führung und eigenständiger Marktauftritt der kontrollierten Unternehmen, und jene unter Absatz 6 zur Vermeidung der Vermögensverschiebung, dass bei Kooperation im Konzern Marktkonditionen anzuwenden sind, tendenziell haftungsreduzierend. Demzufolge sind die Vorgaben eher in Absatz 3, Erteilung von Weisungen an die Vertreter der BKB in kontrollierten Unternehmen, und Absatz 5, Entsendung von Vertretern der BKB in den Verwaltungsrat der kontrollierten Unternehmen, tendenziell haftungserhöhend. Denn die unter Absatz 5 genannte Entsendung von Vertretern der BKB in den Verwaltungsrat der kontrollierten Unternehmen verpflichtet zur Errichtung einer Doppelorganstellung. Im Kurzgutachten wird darauf hingewiesen, dass das BKB-Gesetz damit von der BKB von zwei Vorgaben verlange, sich im Rahmen der Konzernführung tendenziell haftungssteigernd für sich selbst und damit für den Kanton Basel zu verhalten.

Hier offenbart sich nach Ansicht der GPK einen Widerspruch. Der Kanton macht der BKB einerseits mit der zwingenden Entsendung von BKB-Vertretern, Absatz 5, und der Teilung von Konzernweisungen, Absatz 2, tendenziell haftungssteigernde Vorgaben und hält die Bank damit an, sich als Obergesellschaft in der Tochtergesellschaft Bank Cler tendenziell haftungserhöhend für sich selbst zu verhalten. Andererseits lehnt der Kanton dann aber im eigenen Interesse eine Staatshaftung im Zusammenhang mit der Bank Cler ab, wenn für die BKB eine Haftung durchschlagen sollte. Für die GPK ist im Sinne eines möglichst geringen Staatshaftungsrisiko eine zwingende Entsendung von Vertretern der BKB in den Verwaltungsrat der kontrollierenden Unternehmen, einschliesslich der Bank Cler, abzulehnen. Die GPK hält maximal eine Kann-Vorschrift für angemessen, auf die Muss-Vorschrift sollte hingegen verzichtet werden.

Die GPK hat ihren Bericht einstimmig angenommen. Aus all den erwähnten Gründen und dabei speziell aufgrund der Differenz zum Aktienrecht und der Doppelorganstellung, empfehlen wir Ihnen, dem Vorschlag der GPK zu folgen.

Und hiermit möchte ich der Kommission und all den Beteiligten in dem ganzen Prozess, insbesondere der Regierung und der BKB, herzlich danken.

Balz Herter (Mitte-EVP): So mit geht das Wort an die zuständige Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Sie haben jetzt ausführlich die Vorlage vorgestellt bekommen. Daher werde ich werde ich mich eher kurz halten, denn der Regierungsrat kann sich vollumfänglich den Äusserungen des

Finanzkommissionspräsidenten und dem Bericht der Finanzkommission anschliessen. Wir haben auf unseren einen Antrag verzichtet und folgen der Finanzkommission.

Mit der Vorlage erfüllen wir ja ein Begehren der Finanzkontrolle und der GPK. Das wurde ausgeführt. Der Status Quo ist eigentlich heute schon so und wir haben uns das aber überlegt und sind zur Ansicht gekommen, dass es wirklich Sinn macht, im Gesetz zu verankern, dass die Konzernleitung offiziell ein Organ wird, dass das zwar gewisseRisiken beinhaltet, aber auch präventiv sicherer wirkt. Das hat uns überzeugt und daher haben wir den Vorschlag gemacht und die Finanzkommission folgt dem. Daher möchten wir auch an dem festhalten und Ihnen heute beantragen, der Finanzkommission zu folgen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Als erster Fraktionssprecher hat sich gemeldet Daniel Albietz für die Fraktion Mitte-EVP.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Sie sehen am Gedränge auf der Rednerliste, dass angesichts der potenziellen Milliarden, über die wir hier reden, grosses Interesse besteht. Ich wollte mich eigentlich nicht zuerst melden, weil ich dachte, ich müsste die Bankenrechtsspezialistinnen und -spezialisten zu Wort kommen lassen. Nun gelte ich offenbar selber als ein solcher.

Sie haben die Komplexität des Geschäfts eventuell in der Fraktionssitzung vertieft diskutiert. Meine Gespräche in den letzten Tagen haben aber eher darauf schliessen lassen, dass man denen, die das geprüft haben, ziemlich vertraut. Ich bin mir nach den Gesprächen, ob das Plus auf der Kreuztabelle bei vielen Fraktionen so eindeutig ist, denn Tatsache ist, dass zwei Oberaufsichtskommissionen dieses Rates unterschiedliche Anträge stellen, und zwar elementar unterschiedliche Anträge. Ich würde empfehlen, und das ist auch eines meiner Learnings, dass wir uns in den Fraktionen jeweils dann klar darüber äussern bei unterschiedlichen Kommissionsanträgen von mitberichtenden Kommissionen, welcher Kommission man eher zuneigt. Denn das Plus heisst einfach, dass wir zustimmen, und ich habe den Eindruck, dass das vor allem danach aussieht, als ob alle damit einverstanden wären, dass die Konzernrealität der BKB, die bisher im Gesetz ganz gefehlt hat, überhaupt einmal ins Gesetz Einzug finden. Da sind Sie, glaube ich, alle einig, da sind sich auch die Finanzkommission und die Geschäftsprüfungskommission einig. Das muss geregelt werden, weil sonst zu viele Fragen offen sind.

Bei uns ist es natürlich so, dass wir als Fraktion zwei GPK-Mitglieder haben. Wir haben eine gewisse Überzeugung für die Vorarbeit, die wir geleistet haben. Auch haben wir die Glaubwürdigkeit des von uns eingeholten Gutachtens als sehr hoch eingestuft und als sehr plausibel, dass hier vom Vorschlag der Regierung im vorgeschlagenen Sinne abgewichen werden müsste. Ich kann Ihnen also sagen, dass die Mitte und die EVP in der Frage, was hier entschieden werden soll, deutlich differenzierter ist als das Plus auf der Kreuztabelle vermuten liesse.

Wer sich die Mühe gemacht hat, die beiden Berichte mit den insgesamt fast 40 Seiten zu lesen, hat gemerkt, es geht um ein spannendes Geschäft. Es geht vor allem auch um eine hypothetische Haftung. Ob diese eintritt, wissen wir nicht. Es kann sein, dass das Jahre lang, Jahrzehnte lang gut geht, aber wir haben im vergangenen Jahr doch mitbekommen, wie schnell eine Bank plötzlich vom Markt verschwinden kann oder integriert werden kann in eine noch grössere Bank, die dann ein noch grösseres Risiko hat, falls sie scheitert. Wir wissen, dass man auch nicht einfach sagen kann, dass die Bank Cler ein vernachlässigbares Risiko sei, das wir einfach so mitnehmen. Es geht natürlich um die spannende Frage, ob eine Kantonalbank durch den Zukauf weiterer Banken weiteren Kunden die Wohltat einer Staatshaftung für die Bank quasi mitgewähren können soll oder ob eine Bank wie die BKB mit einer weiteren Bank fusionieren können soll. Da weiten wir ein potenzielles Staatshaftungsrisiko des Kantons massiv aus Und das ist ein Risiko, das nicht versichert werden kann. Ich weiss nicht, ob es einen Rückversicherungskonzern gibt, der dieses Risiko übernehmen möchte. Falls die Bank Cler in Schieflage geraten würde, falls eben diese Durchgriffmöglichkeiten und die Kontrolle nicht genügend hält, kann die BKB dann das selber auffangen, weil sie noch ein bisschen grösser ist? Und was passiert, falls sie das nicht kann und selber in Liquiditätsschwierigkeiten oder in ernsthafte betriebliche Schwierigkeiten gelangen würde? Dann ist die Frage, ob ein Kanton von doch der imposanten Grösse des Kantons Basel-Stadt ein Risiko auffangen kann, das schnell eben eine Höhe annehmen kann, die auch ein Kanton nicht mehr auffangen kann. Über diese Fragen reden wir heute.

Es ist natürlich klar, es gibt die altbekannte Grundregel von den zwei Juristen und Juristinnen und den drei Meinungen. Hier waren es sogar drei, die sich geäussert haben. Am Ende bleibt die Frage, wem man nun glaubt und welche Lösung die beste ist. Und leider ist es tatsächlich so, dass sich erst im Haftungsfall und am Ende eines sehr langen Gerichtsverfahrens erweisen würde, ob jetzt die BKB im Fall der Fälle eine Haftung hat oder nicht. Wir reden also über Dinge, bei denen dann die Leute in 20, 40 oder 50 Jahren sagen können: Ich habe es immer gesagt, wir hätten diese Lösung wählen sollen, dann hätten wir keine Haftung gehabt. Also ob und was da eintritt, ist höchst ungewiss.

Wir haben die beiden Vorschläge der Geschäftsprüfungskommission und der Finanzkommission vorliegen und Sie werden sich heute entscheiden müssen, welcher Kommission Sie folgen. Die GPK findet, man sollte die Konzernleitung nicht im Gesetz verankern und ihr keine Organstellung im Gesetz einräumen, sondern nur klären, dass die BKB die Konzernführung wahrnimmt, damit eben diese Konzernrealität abgebildet ist im Gesetz. Die GPK begründet dies wie ihr Experte im Interesse der Gesetzessystematik sowie der organisatorischen und führungsmässigen Flexibilität des obersten Organs, das ist der

Bankrat, sollten die Konzernleitung als Organ und ihre Aufgaben und Kompetenzen nicht im BKB-Gesetz, sondern nur im Geschäfts- und Organisationsreglement geregelt werden. Das ist der grosse Unterschied. Die Finanzkommission und die Regierung wollen die Nennung der Konzernleitung im Gesetz und die Einführung als Organ, das sehen Sie dann in den weiteren Bestimmungen, in denen diese Konzernleitung mit ihren Aufgaben genannt wird. Die GPK hält das für keine gute Idee und zwar vor allem weil sie findet, das es haftungserhöhend sei, wenn man schon im Gesetz schreibt, es gibt diese Konzernleitung und sie hat diese und jene Aufgaben. Die Haftung könnte aber vermindert werden, wenn man das nur im Geschäfts- und Organisationsreglement weiter regelt.

Eine weitere die Differenz ist das Weisungsrecht. Der Regierungsrat ist hier näher bei der GPK und schlägt vor, ein Weisungsrecht einzuführen mit einer Kann-Bestimmung. Die GPK hat das nur ein bisschen präzisiert, dass nämlich die Bank Delegierte ernennen kann, die dann ein Weisungsrecht haben in den betreffenden Verwaltungsräten. Also insofern sind wir dort mehr bei der Regierung, die Finanzkommission empfiehlt, und da bin damit bin ich bei den Anträgen der Finanzkommission, dieses Weisungsrecht zu streichen. Sie sagt, das Weisungsrecht der BKB gegenüber den durch sie entsandten Mitglieder des Verwaltungsrats in den Tochterunternehmen sei haftungssteigernd, ohne dass gleichzeitig eine Haftungsminderung durch eine stärkere Kontrolle eintrete. Wenn wir das, was ja die Regierung ergänzend vorgeschlagen hat, nun aus dem Gesetz streichen, fragt sich, ob es dann verboten ist, dass diese Weisungen erteilt werden .Dann müsste das nämlich im Gesetz als Verbot verankert werden. Oder darf die Bank das trotzdem, einfach auf der Ebene des Organisationsreglement? Dazu hätte ich gerne noch eine Äusserung der Finanzkommission, ob die Streichung bedeutet, dass sie das nicht darf oder dass sie das durchaus kann, aber auf Reglementsebene. Grundsätzlich gibt es diese Differenzen also und als GPK-Mitglied empfehle ich, den Anträgen der GPK zu folgen, aber die Fraktion darf durchaus selber entscheiden, wem sie am Ende glaubt.

Nun komme ich noch einmal zur Einführung der Konzernleitung auf Gesetzesebene. Die Finanzkommission räumt in ihrem Bericht ein, dass diese Verankerung das Haftungsrisiko des Kantons im Falle eines Bankenkollaps leicht erhöht, und das ist das, was wir nicht wollen, dass dieses Risiko erhöht wird. Die Finanzkommission sagt dann zwar im Sinne einer Hypothese, durch das Mehr an Einflussnahme, Kontrolle und Informationszugang verkleinere sich das tatsächliche Haftungsrisiko für die BKB trotz gesetzgesetzlicher Verankerung der Konzernstruktur, da sie die Risikobereitschaft der Bank Cler weitgehend selbst in der Hand hätten. Aber halten Sie mal die Risikobereitschaft eine Bank in der Hand. Man kann da schon Einfluss nehmen, aber welche Dynamik sich am Ende entwickelt, kann man wahrscheinlich nicht durch die Einführung einer Konzernleitung im Gesetz regeln. Darum sind wir hier sehr skeptisch.

Wir als Fraktion lassen die Frage offen, aber ich empfehle Ihnen, den Anträgen der GPK zu folgen. Zum Anzug Wüest-Rudin äussere ich mich

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Fraktionssprecher ist Georg Mattmüller von der SP.

Georg Mattmüller (SP): Ich verspreche Ihnen, dass ich keine langen Ausführungen machen werde. Ich bin etwas irritiert über meinen Vorredner und die ganzen Ausführungen. Ich möchte Sie nur in einem Punkt nochmals darauf hinweisen, dass eben genau deshalb das Weisungsrecht von Seiten der FKom gestrichen wurde, weil es eben als haftungssteigernd eingeschätzt wurde und daher nicht nötig und nicht zwingend ist. Es ist im Rahmen der Gesamtbankorganisation auch möglich, gewisse Dinge über Reglemente zu regeln.

Deshalb möchte ich Sie im Gegensatz zu meinem Vorredner bitten, der FKom und nicht den Anträgen der GPK zu folgen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es haben sich keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Das Wort hat Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich warte noch auf meinem Telefonjoker, um die Frage zu beantworten. Ich möchte Joël Thüring da etwas helfen und nicht einfach etwas behaupten. Ich wäre jetzt davon ausgegangen, dass man nachher keine Weisungen erlassen kann, wenn das nicht im Gesetz steht. Ah, der Telefonjoker kommt! Mein Telefonjoker sagt, dass man immer noch darf, wenn man es auf Organisationsebenen macht. Die Anwälte hier im Raum nicken, der ehemalige Zivilgerichtspräsident auch, besten Dank.

Ich möchte Ihnen nur noch zum Schluss ganz kurz folgendes sagen: Aus meiner Sicht geht es nicht um eine Glaubensfrage. Sie haben eigentlich drei Möglichkeiten. Sie haben die Möglichkeit, der Finanzkommission und Regierung zu folgen, wobei Konzerne im Gesetz geregelt werden Dann haben Sie die Regelung heute, das heisst, wir regeln sie nicht im Gesetz, die Bank macht das intern Und dann haben Sie die Zwischenregelung der GPK. O nun am Ende die Haftung erhöht oder nicht erhöht wird oder was passiert nach einem Gerichtsprozess, ist nicht eine Glaubensfrage, sondern wird dann eine Rechtsfrage sein und es gibt nicht schwarz und weiss. Viele Wege führen nach Rom. Daher ist es einfach eine

unterschiedliche Gewichtung und die Finanzkommission und der Regierungsrat gehen davon aus, dass wir mit unserem Vorschlag präventiv gut dastehen und das Haftungsrisiko minimieren.

Ich möchte jetzt auch noch ganz herzlich Danken für die gute Zusammenarbeit mit allen Kommissionen. Damit wir jetzt das Geschäft zu einem Abschluss bringen können, hoffe ich sehr, dass es nun nach zwei Jahren keine Rückweisung gibt.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es liegt eine Zwischenfrage von Andrea Strahm vor. Sie wird angenommen.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Sind Sie mit mir einig, dass Mitsprache zu Haftung führt?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Je nachdem.

Balz Herter (Mitte-EVP): In einer nächsten Runde hat der Erich Bucher das Wort. Er verzichtet. Dann hat Joël Thüring das Wort.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank für die Diskussion. Daniel Albietz, ich kam mir zeitweise auch ein bisschen so vor, als wären wir nun in einer weiteren Vorlesung. Sie haben es ja selber erwähnt, es waren drei Gutachter involviert, und wie es so ist im Leben, auch nach Gutachten gibt es nicht immer einhellig eine einheitliche Meinung. Sie haben das heute auch mit ihrem Votum wieder bestätigt, dass dem so ist. Das ist auch nicht schlimm. Das zeigt die Komplexität des Geschäfts im Sinne der Regelung dieser Konzernfrage, bei der bei der BKB. Die Diskussion über die Frage, welche Banken die BKB noch zusätzlich besitzen will, möchte, kann, sollte oder woran sie beteiligt ist, ist keine, die mit diesem Thema direkt einen Zusammenhang hat. Deshalb ist es auch etwas müssig, diese Diskussion zu führen, sondern es geht jetzt tatsächlich darum, die Realität abzubilden. Dabei gibt es drei Varianten. Wir lassen es, wie es jetzt ist, oder wir machen es wie die Finanzkommission gemeinsam mit dem Regierungsrat vorschlägt, nämlich die Realität im Gesetz abzubilden. Oder wir machen es, wie es die GPK möchte, wobei ich mir auch nach dem Votum von Erich Bucher nicht ganz mir schlüssig bin, weshalb Sie von Ihrer Ursprungsidee abweichen wollen.

Ich war zu Beginn dieser Debatte noch in der Geschäftsprüfungskommission. Ich ging damals in die Debatte mit der Meinung, dass uns der Regierungsrat das uns deshalb vorlegt, weil es ein Wunsch des Parlamentes war, nicht nur der GPK, sondern eben auch des Grossen Rates, der ja die Empfehlungen des GPK-Berichts 2020 entsprechend hier im Grossen Rat beschlossen hat. Insofern, glaube ich, ist der Vorschlag des Regierungsrates tatsächlich der richtige Weg gewesen.

Und glauben sollte man ganz grundsätzlich nur in der Kirche und nirgends sonst. Es ist tatsächlich so, am Schluss des Tages werden wir die Realität in der Frage einer Haftung nicht so treffsicher abbilden können, dass es keinerlei Unsicherheiten mehr gibt in 30 oder in 40 Jahren, vielleicht nicht einmal in zwei Jahren. Die vergangenen Jahre und die Bankensituation in der Schweiz haben uns in den vergangenen Jahren gezeigt, dass zwischen Theorie und Praxis immer noch Unterschiede bestehen. Das zeigt ja der Fall der Credit Suisse sehr exemplarisch.

Deshalb würde ich schon behaupten, dass wir jetzt hier eine Regelung gefunden haben, die die Realität abbildet und die Erwägungen der Haftungssteigerung und der Haftungsminderung aber trotzdem ausreichend berücksichtigt. Die Streichung des Weisungsrechtes ist aus meiner Sicht deshalb auch so korrekt, weil diese, wenn sie im Gesetz bestehen geblieben wäre, mutmasslich haftungssteigernd gewesen wäre und wir so sicherstellen, dass diese haftungssteigernde Formulierung eben wieder wegfällt.

Und deshalb wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie heute uns und der Regierung folgen würden, uns Glauben schenken würden und mit uns gemeinsam dieses Geschäft zu Ende beraten und dann entsprechend auch dem zustimmen, was die Finanzkommission Ihnen beantragt hat.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Wenn wir schon bei der Theologie sind: War der vollständige Kauf der Bank Cler der Sündenfall?

Joël Thüring (SVP): Dazu hat sich die Finanzkommission nicht geäussert. Das ist auch nicht unser Themenfeld, das müssten Sie andere fragen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es gibt noch eine Zwischenfrage von Bruno Lötscher. Sie wird entgegengenommen.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Sind Sie mit mir einig, dass die Staatshaftung eigentlich nur wegbedungen werden könnte für Tochtergesellschaften, wenn wir im Gesetz der Bank verbieten würden, Tochtergesellschaften zu haben.

Joël Thüring (SVP): Ich vermute, dass das tatsächlich der Fall wäre. Das ist aber eben nicht so im BKB-Gesetz. Deshalb ist es auch legitim, was die BKB in diesem Bereich macht oder gemacht hat. Das wäre eine andere politische Diskussion, die in meiner Erinnerung auch schon einmal geführt wurde, auch im Grossen Rat.

Balz Herter (Mitte-EVP): Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Damit kommen wir zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses Seite 9 des Berichts der Finanzkommission.

Bitten blenden Sie die Synopse ein.

T

Dürften wir die Synopse einem blenden.

Titel und Ingress

1 Gesetz über die Basler Kantonalbank

§ 5 Überschrift geändert, Absatz 3 neu

Hier liegt ein Änderungsantrag der GPK vor. Sie beantragt eine andere Formulierung, diese liegt Ihnen im Mitbericht der GPK vor und Sie sehen diese auf der Leinwand. Ich eröffne hierzu die Debatte und gebe das Wort dem Antragsteller der GPK Erich Bucher.

Erich Bucher (FDP): Die Frage von Joël Thüring möchte ich kurz noch versuchen zu beantworten. Wir wurden vom externen Experten davon überzeugt, dass die von der Regierung vorgeschlagene Version nicht optimal ist und das möchte ich jetzt mit anderen Worten nochmals zu erklären versuchen. Wir werden jetzt darüber entscheiden, welche von den beiden Varianten wir weiterführen werden.

Im Moment ist vorgeschlagen, dass ein neues Organ Konzernleitung eingeführt wird, was in der schweizerischen Gesetzgebungswelt bis heute nicht existiert. Offensichtlich tickt hier Basel wieder einmal anders. Also noch einmal, in der schweizerischen Gesetzgebung kennen wir das Organ Konzernleitung nicht.

Wo liegt das Problem dabei? Wenn wir das ins Gesetz schreiben, dann nehmen wir der Bank die Flexibilität, dass sie ihre Organisation an sich verändernde Gegebenheiten anpassen könnte. Ich mache Versuch, ein Beispiel zu kreieren. Sollte die FINMA oder die Bank für internationalen Zahlungsausgleich, die BIZ, im Rahmen der Too Big to Fail-Diskussion dazu kommen, uns Auflagen zu machen, dass man die Organisationsstrukturen ändern müsste, würde das, wenn wir das ins Gesetz geschrieben haben, bedeuten, dass die BKB das nicht wie von der GPK vorgeschlagen über das Organisationsreglement ändern könnte, sondern die BKB müsste dann die Regierung bitten, ein neues Gesetz zu erarbeiten. Wir als Grosser Rat müssten dann dem zustimmen und wie wir sehen, würde das zwei Jahre dauern, bis wir dann im Prinzip den Forderungen der FINMA der der BIZ Folge leisten könnten. Ich weiss, es ist ein konstruiertes Beispiel, aber es soll das versinnbildlichen. Ich bin mir nicht sicher, ob die BKB wirklich Freude hat, wenn wir ihnen in Organisation schreiben, wie sie sich aufstellen müssen. Ich bin immer noch der felsenfesten Überzeugung, dass das Organisationsreglement das bestens bearbeiten kann.

Und dann noch zum Argument, dass der Gesetzesvorschlag der Regierung von der FINMA als in Ordnung genehmigt wurde. Die Version der GPK liegt nun etwa ein halbes Jahr vor. Ich bin über überzeugt, dass der Regierungsrat auch diese Version bei der FINMA prüfen liess. Wäre das nicht so, würde ich da sogar eine Grobfahrlässigkeit sehen.

Also, es ist an Ihnen jetzt zu wählen: Wollen Sie ein neues Organ Konzernleitung kreieren mit einer starren Organisationsstruktur, Gesetz festgehalten, oder wollen Sie der BKB die Flexibilität geben, das Organisationsreglement selbstständig den Gegebenheiten anzupassen. Ich und die GPK sind der zweiten Meinung.

Balz Herter (Mitte-EVP): Als nächster hat das Wort der Präsident der Finanzkommission Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich möchte nicht noch einmal ausführen, was alles bereits gesagt wurde. Ich bitte Sie, unserem Antrag zu folgen. Es ist so, diese Konzernleitung existiert. Sie wird mit dem Vorschlag von Regierung und Finanzkommission im Gesetz entsprechend abgebildet. Wie Sie auf der Synopse sehen, hält die GPK in ihrem Antrag an diesem Weisungsrecht weiter fest und damit macht die GPK aus unserer Sicht etwas Haftungssteigerndes. Das ist aus meiner Sicht auch nicht im Interesse der Geschäftsprüfungskommission. Also ist unser Antrag nachvollziehbarer, logischer und realitätsnäher in dem Sinne, wie es bereits gelebt wird.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag der Finanzkommission zu folgen, dem sich auch der Regierungsrat angeschlossen hat.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es liegt eine Zwischenfrage von André Auderset vor. Sie wird angenommen.

André Auderset (LDP): Ich hätte die Frage auch Erich Bucher stellen können, aber ich erwarte eine vielleicht originellere Antwort von Joël Thüring.

Egal, wie wir uns jetzt entscheiden, meinen Sie, dass die Amerikaner das im Krisenfall interessieren würde?

Joël Thüring (SVP): Das kann ich Ihnen nicht beantworten, aber Sie haben eine kreative Antwort von mir erwartet. Ich glaube, die Amerikaner haben derzeit gerade andere Dinge zu tun, als diese Gesetzesberatung hier im Grossen Rat zu verfolgen. Sie werden danach sicher ihre Schlüsse daraus ziehen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort hat Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich möchte nur noch anfügen, dass die BKB hinter dem Vorschlag der Finanzkommission und der Regierung steht. Und nein, der Vorschlag der GPK war nicht bei der FINMA, das würde man selbstverständlich nachholen, wenn der Grosse Rat heute der GPK folgt.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es haben sich keine Sprechenden eingetragen. Somit wäre Regierungsrätin Tanja Soland wieder an der Reihe. Sie verzichtet. Erich Bucher verzichtet auch, ebenfalls Joël Thüring.

Somit kommen wir zur ersten Abstimmung über den Änderungsantrag der GPK.

Abstimmung

§5 Abs. 3 (Neu)

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag der GPK, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

14 Ja, 66 Nein, 5 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003487, 16.05.24 10:02:57]*

Der Grosse Rat beschliesst

Ablehnung des Antrags

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben den Antrag der GPK mit 66 Nein-Stimmen, 14 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt. Wir führen die Detailberatung weiter.

Absatz 4 neu

Absatz 5 neu

Hier liegt ein Änderungsantrag der GPK vor. Sie beantragt, Absatz 5 zu streichen. Ich eröffne hierzu die Debatte. Das Wort geht an den Antragsteller Erich Bucher.

Erich Bucher (FDP): Wir empfehlen, diesen Absatz zu streichen. Das kann über das Organisationsreglement geregelt werden. Lassen wir Absätze weg, die nicht wirklich einen Mehrwert bringen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort geht an den Sprecher der Finanzkommission Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bitte Sie, am Antrag der Finanzkommission festzuhalten, der auch der Antrag letztlich des Regierungsrates war, dass dieses, diese Gremien, die kontrollierten Unternehmen, mindestens ein Mitglied des Verwaltungsrates haben, die eine Person der BKB ist.

Balz Herter (Mitte-EVP): Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet. Es haben sich keine weiteren Sprechenden eingetragen und somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

§5 Abs. 5 (Neu)

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag der GPK, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

14 Ja, 65 Nein, 7 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003489, 16.05.24 10:04:54]*

Der Grosse Rat beschliesst

Ablehnung des Antrags

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben auch diesen Änderungsantrag abgelehnt mit 65 Nein-Stimmen bei 14 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen.

Wir führen die Detailberatung weiter.

Absatz 6 neu.

Hieer liegt ein Änderungsantrag der GPK vor. Sie beantragt eine andere Formulierung. Diese liegt Ihnen im Mitbericht der GPK vor und Sie sehen diese auch auf der Leinwand. Ich eröffne hierzu die Debatte und gebe GPK-Sprecher Erich Bucher das Wort.

Erich Bucher (FDP): Die Germanisten in unserer Kommission, ich gehöre nicht dazu, schlagen Ihnen vor, «seinem» statt «ihrem» als besseres Deutsch vorzuschlagen. Mehr kann ich dazu eigentlich nicht sagen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Ich gebe das Wort Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bitte Sie weiterhin, dem Antrag von Finanzkommission und Regierungsrat zu folgen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

§5 Abs. 6 (Neu)

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag der GPK, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

25 Ja, 45 Nein, 15 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003491, 16.05.24 10:06:28]*

Der Grosse Rat beschliesst

Ablehnung des Antrags

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben auch diesen Änderungsantrag abgelehnt mit 45 Nein-Stimmen bei 25 Ja-Stimmen und 15 Enthaltungen. Wir führen die Detailberatung weiter.

§ 10 Abs. 1 lit.a bis, neu

Hier liegt ein Änderungsantrag der GPK vor. Sie beantragt Lit.a bis zu streichen. Ich eröffne hierzu die Debatte. Das Wort geht an den Antragsteller Erich Bucher.

Erich Bucher (FDP): Nachdem der Grosse Rat nun der Finanzkommission bei der ersten Abstimmung gefolgt ist, möchte ich hiermit die Änderungsanträge zu 10a, 12c, 14a 1 bis 3 und 18 i zurückziehen. Es macht keinen Sinn, dass wir bei diesen Paragraphen weiter darüber diskutieren, da sie jetzt der Finanzkommission gefolgt sind.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Anträge auf den folgenden Seiten wurden zurückgezogen. Somit führen wir die Detailberatung weiter.

k) (neu)

Hier liegt ein Änderungsantrag der GPK vor. Sie beantragt eine andere Formulierung. Diese liegt ebenfalls vor und Sie sehen diese auf der Leinwand. Hierzu erteile ich das Wort Erich Bucher.

Erich Bucher (FDP): Die GPK empfiehlt Ihnen hier eine Ergänzung zu machen und gleichzeitig die Sicherstellung des konzernweiten Risikomanagements mit aufzunehmen in den Aufgabenkatalog.

Ich denke, es ist sinnvoll, das hier noch explizit zu sagen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir führen somit die Detailberatung weiter.

Rückkommensantrag. David Jenny möchte begründen.

David Jenny (FDP): Wir waren vorher beim Sündenfall, und Ihr Entscheid vorher war wirklich ein germanistische Sündenfall. Der Ablass ist relativ einfach. Wenn Sie mit Zweidrittel darauf zurückkommen können und wir das korrigieren, können Sie mit gutem Gewissen weiterberaten.

Ich finde es wirklich ein bisschen stur von Finanzkommission und Regierung, am schlechten Deutsch festzuhalten. Ich bitte Sie, Rückkommen zu beschliessen und dann in diesem Punkt der GPK zu folgen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir stimmen darüber ab, ob wir auf den Rückkommensantrag von David Jenny eintreten. Es braucht ein Zweidrittelmehr. Die Abstimmung startet jetzt.

2/3-Abstimmmung

Rückkommensantrag zu §5 Abs. 6 (Neu)

JA heisst Zustimmung, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

25 Ja, 45 Nein, 15 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003491, 16.05.24 10:06:28]*

Der Grosse Rat beschliesst

Zustimmung zum Rückkommensantrag.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie sind darauf eingetreten. Wir stimmen noch einmal über den § 6 ab.

Gibt es Wortmeldungen? Es scheint nicht der Fall zu sein, deshalb starte ich jetzt noch einmal die Abstimmung. Hierzu braucht es ein einfaches Mehr.

Abstimmung

§5 Abs. 6 (Neu)

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag der GPK, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 3 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003495, 16.05.24 10:11:45]*

Der Grosse Rat beschliesst

dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der germanistische Fauxpas ist mit 79 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung korrigiert.

Wir fahren mit der Detailberatung weiter.

II Änderung anderer Erlasse

III Aufhebung anderer Erlasse

IV Schlussbestimmung

Publikation

Referendumsklausel: Diese wird gegenüber dem Bericht geändert. Die geänderte Version sehen Sie auf der Folie.

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

80 Ja, 2 Nein, 5 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003497, 16.05.24 10:12:57]*

Der Grosse Rat beschliesst

Das Gesetz über die Basler Kantonalbank vom 9. Dezember 2015 [1]) (Stand 6. Juni 2016) wird wie folgt geändert:

§ 5 Abs. 3 (neu), Abs. 4 (neu), Abs. 5 (neu), Abs. 6 (neu)

Tochtergesellschaften, kontrollierte Unternehmen, Beteiligungen und Konzernführung (Überschrift geändert)

3 Die Basler Kantonalbank nimmt die Konzernleitung wahr und führt diese im Rahmen des Geschäfts- und Organisationsreglements aus. Sie erfüllt die Aufgaben gemäss den regulatorischen Vorgaben und stellt sicher, dass die Konzernziele erreicht und die generellen Verhaltensleitlinien eingehalten werden.

4 Kontrollierte Unternehmen werden in der Regel als eigenständige Einheit geführt und treten eigenständig am Markt auf.

5 Mindestens ein Mitglied des Verwaltungsrates von kontrollierten Unternehmen ist durch eine Person der Basler Kantonalbank zu besetzen.

6 Transaktionen mit kontrollierten Unternehmen sind zu Bedingungen abzuwickeln, die einem Drittvergleich standhalten, sofern ein kontrolliertes Unternehmen in seinenZweck nicht einzig auf Dienstleistungen im Konzern ausgerichtet ist.

§ 10 Abs. 1

1 Die Organe der Basler Kantonalbank sind:

abis) (neu) die Konzernleitung,

§ 12 Abs. 2

2 Dem Bankrat obliegen folgende unübertragbare und unentziehbare Oberleitungs-, Aufsichts- und Kontrollaufgaben:

c) (geändert) Ernennung und Abberufung der Mitglieder der Konzernleitung, der Geschäftsleitung und der zweiten Führungsebene, Aufsicht über die mit der Geschäftsführung betrauten Personen, namentlich im Hinblick auf die Befolgung der Gesetze, Reglemente und Weisungen sowie Entgegennahme der periodischen Berichterstattung der Geschäftsleitung über die Lage der Basler Kantonalbank und den laufenden Geschäftsgang;

k) (neu) Oberleitung des Konzerns gemäss § 5 Abs. 3.

§ 14a (neu)

Konzernleitung

1 Der Konzernleitung obliegt die Geschäftsführung des Konzerns im Rahmen von § 5 Abs. 3.

2 Die Konzernleitung stellt ein konzernweites Risikomanagement sicher.

3 Die Zusammensetzung und Organisation der Konzernleitung sowie deren Aufgaben und Kompetenzen legt der Bankrat im Geschäfts- und Organisationsreglement fest.

§ 18 Abs. 1

1 Der Regierungsrat übt die Aufsicht über die Basler Kantonalbank aus, soweit sie nicht der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) untersteht. Er hat insbesondere folgende Rechte und Pflichten:

i) (geändert) Entlastung des Bankrates, der Konzernleitung und der Geschäftsleitung;

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren. Sie unterliegt dem Referendum und tritt am fünften Tag nach der Publikation des unbenutzten Ablaufs der Referendumsfrist oder im Falle der Volksabstimmung am fünften Tag nach der Publikation der Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft.

Balz Herter (Mitte-EVP): Haben dem bereinigten Grossratsbeschluss zugestimmt mit 80 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen.

Die Finanzkommission beantragt, den Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Anpassung der Berechnung der Abgeltung der Staatsgarantie für dieBasler Kantonalbank im Zuge der Revision des BKB-Gesetzes abzuschreiben. Joël Thüring hat das Wort.

10.1. Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Anpassung der Berechnung der Abgeltung der Staatsgarantie für die Basler Kantonalbank im Zuge der Revision des BKB-Gesetzes, Bericht der Fkom, Mitbericht der GPK

[16.05.24 10:13:23, 20.5442.02]

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank für die Zustimmung zum Bericht. Sie sehen, ich bin in Basel-Stadt in die Schulen gegangen. Deshalb ist mein Duden vielleicht nicht mehr ganz so gut, aber ich bin ja froh, haben Sie das noch korrigieren können. Das war nur ein Witz. Ich wollte die Stimmung bei diesem sehr technischen Geschäft noch etwas aufheitern.

Beim Anzug Wüest-Rudin wird es nicht weniger technisch, das muss ich Ihnen also verraten. Gemäss den Ausführungen im vorliegenden Ratschlag bestehen für die Abgeltung der Staatsgarantie grundsätzlich zwei Modelle, das sogenannte Kostenvorteilungs- und das Versicherungsmodell. Im Gesetz wird das Modell bewusst offen gelassen, damit dieses auch periodisch überprüft und gegebenenfalls angepasst werden kann.

Der Regierungsrat hat ja diesen Anzug, den Sie hier im Grossen Rat beschlossen und überwiesen haben, geprüft und er hält das heute gewählte Kostenvorteilsmodell für vorteilhafter, da es auf konkreten Marktdaten beispielsweise zu Zinssätzen basiert. Das Versicherungsmodell dagegen bezieht sich auf Annahmen zu Ausfallswahrscheinlichkeit und Schadensausmass. Einzig der Kanton Zürich wendet das Versicherungsmodell an, in einem solchen würde die heutige Abgeltung von rund 10 Millionen auf rund 5,9 Millionen Franken sinken, sagte uns das Finanzdepartement.

Der Anzug Wüest-Rudin forderte die Prüfung eines dritten Modells, auf welches im Ratschlag des Regierungsrates nicht eingegangen wurde. Wir haben das dann aber trotzdem auch in der Finanzkommission im Austausch mit dem Departement diskutieren können. Das so genannte Eigenkapitalsicherungsmodell basiert auf dem Eigenkapital, also dem durch den Kanton zur Verfügung gestellten Kapital. Gemäss dem Eigenkapitalsicherungsmodell soll sich die Abgeltung der Staatsgarantie auf dieses zur Verfügung gestellte Eigenkapital beziehen. Damit würde nicht der Nutzen aus der Staatsgarantie abgegolten, sondern das Eigenkapital. Zur Rechnung sollten als Hilfsmittel die sogenannten ATI-Anleihen beigezogen werden. Dabei handelt es sich um Anleihen mit Eigenkapitalcharakter und es wird ein Zins als Abgeltung für das Kapital und das Risiko berechnet. Die Abgeltung der Staatsgarantie würde so als Zins auf das durch den Kanton zur Verfügung gestellte Kapital vor der Gewinnablieferung erfolgen und damit gemäss dem Wunsch des Anzugsstellers ein transparenteres Bild schaffen. Die Bank liefere damit die Abgeltung auf das erhaltene Eigenkapital ab und nicht auf den erhaltenden Nutzen gegenüber den anderen Banken.

In der Diskussion wurde seitens des Departements festgehalten, dass sich die Staatsgarantie nicht auf das Eigenkapital beziehe. Die Staatsgarantie komme erst zum Tragen, wenn das Eigenkapital aufgebraucht sei. Die Staatsgarantie betreffe vielmehr die Sparer, so dass deren Einlagen durch den Kanton abgesichert werden, auch wenn die Bank diese nicht mehr auszahlen könne.

Der Regierungsrat hat in seiner Beantwortung des Anzugs das Kostenvorteils- dem Versicherungsmodell gegenübergestellt. Dazu hält der Regierungsrat fest, dass das Kostenvorteilsmodell gegenüber anderen Modellen auf Marktdaten beruht und eben nicht auf Annahmen gestützt werden muss. Dies erlaube eine faire Abgeltung für die Risiken aus der Staatsgarantie, was auch seitens der Finanzkontrolle als sachgerecht beurteilt wurde. Zudem erachtet er es als sinnvoll, die Methode zur Berechnung der Abgeltung nicht im Gesetz festzuschreiben, so könne diese periodisch überprüft und bei Bedarf angepasst werden.

Die Finanzkommission betrachtet diese Teilrevision des BKB-Gesetzes als massgebliches Instrument zur Klärung der Haftungsfrage und sieht daher keinen Bedarf für einen Wechsel des Modells. Die Finanzkommission nimmt zur Kenntnis, dass der Regierungsrat in seiner Beantwortung des Anzugs nicht auf das darin vorgeschlagene Eigenkapitalsicherungsmodell eingegangen ist. Dennoch sieht sie keinen weiteren Abklärungsbedarf und stützt das heute gewählte Kostenvorteilsmodell. Einen Antrag auf Rückweisung des Ratschlags zur Prüfung und erneuten Berichterstattung zum Eigenkapitalsicherungsmodell im Sinne des ursprünglich eingereichten Anzuges lehnte die Finanzkommission mit 10 zu einer Stimme bei einer Enthaltung ab.

Die Finanzkommission beantragt deshalb mit 7 zu 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen, den Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten abzuschreiben.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es haben sich keine Sprechenden eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie haben den Anzug als erledigt abgeschrieben.

12. Bauinvestitionen Universitätsspital Basel – Gewährung eines Darlehens zur Mitfinanzierung der Neubauten Klinikum 2 (Phase 1, Turm) und Klinikum 3, Bericht der FKom, Mitbericht der GSK

[16.05.24 10:18:37, 23.1367.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die FKom beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Die GSK hat einen Mitbericht verfasst und stellt einen Änderungsantrag gegenüber der FKom-Vorlage. Wir kommen zu den Kommissionssprechern. Für die Finanzkommission hat das Wort Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Mit diesem Ratschlag beantragt der Regierungsrat, dem Universitätsspital ein verzinsliches und rückzahlbares Darlehen über 300 Millionen Franken zur Mitfinanzierung des Neubaus Klinikum 2 Phase 1 und Klinikum 3 zu gewähren. Zudem beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, ihn, den Regierungsrat, zu ermächtigen, bei ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten des Unispitals das Darlehen teilweise oder ganz in Eigenkapital, Dotationskapital, wandeln zu können.

Die Finanzkommission hat diesen Ratschlag zur Beratung überwiesen erhalten, wobei die Gesundheits- und Sozialkommission zum Geschäft mitberichtet. Der Präsident der GSK wird danach gerne zu seinen Punkten berichten. Zunächst möchte ich der GSK auch für die sehr gute Zusammenarbeit und die Koordination in diesem Geschäft danken. Dank diesem speditiven Zusammenarbeiten konnte das Geschäft innert kürzester Zeit beraten werdem und wir können bereits heute hier befinden. Mein Dank geht aber auch an die Vertreterinnen und Vertreter des Gesundheitsdepartements und des Unispitals, welche uns ebenfalls sehr ausführlich für Fragen und Anhörungen zur Verfügung standen.

Es ist wohl parteiübergreifend unbestritten, dass das USB für die Gesundheitsregion Basel von grösster Bedeutung ist. Die unverzichtbare Versorgungsleistung für den Kanton und die gesamte Region bedeutet aber auch, vorausschauend, zeitgemäss und nachhaltig in die Infrastrukturen zu investieren. Mit der Arealbebauung des Gebiets auf dem sogenannten Campus Gesundheit erneuert das Unispital über die nächsten 15 bis 20 Jahre seine Infrastruktur und stellt so den Raumbedarf für die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung sicher.

Das Bauprogramm des USB ist an dem dringend notwendigen Erneuerungsbedarf der Infrastruktur, an der Entwicklung der Patientenzahlen sowie an den zunehmenden ambulanten Behandlungsmöglichkeiten ausgerichtet. Abgestützt auf den Masterplan Campus Gesundheit aus dem Jahre 2011 wurden für den Neubau des Klinikums 2 im Perimeter A im Januar 2015 mit dem Bebauungsplan die planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen. Seit Juli 2022 liegt die Baubewilligung für den Neubau Klinikum 2 Phase 1 vor und der Spatenstich erfolgte im Januar dieses Jahres. Sie sehen derzeit dort auch eine grosse Baustelle und entsprechend nehmen Sie sicher zur Kenntnis, dass die Bautätigkeiten dort begonnen haben. Für den Perimeter B lag 2015 noch kein konkretes Projekt vor, weshalb der Bebauungsplan lediglich allgemeine Bestimmungen für die Entwicklungsfelder Klingelberg und Schanzenstrasse und Hebelstrasse vorsah. Im Mai 2019 wurde der Öffentlichkeit das Siegerprojekt des Studienauftrags für das Klinikum 3 auf dem Perimeter B vorgestellt. Die entsprechend erforderliche Änderung des Bebauungsplanes wurde dem Grossen Rat im Juni im Juli 2022 vorgelegt. Der Grosse Rat hat im Oktober 2023 mit 60 Ja-Stimmen beschlossen, dass das Geschäft von der Traktandenliste genommen werden soll. Damit verbunden war der Wunsch, dass der Bebauungsplan gemeinsam mit dem Darlehensratschlag beraten werden soll.

Die Finanzkommission hat sich an verschiedenen Sitzungen mit der Vorlage befasst. Wir haben hierzu auch teilweise gemeinsam mit der GSK getagt. An den Sitzungen standen uns jeweils die Vertreterinnen und Vertreter des Gesundheitsdepartements unter Leitung von Regierungvizepräsident Lukas Engelberger sowie eine Delegation des USB zur Verfügung. Wir haben zudem an einem gemeinsamen Hearing mit der GSK auch die Basler Privatspitälervereinigung angehört.

Die Finanzkommission beschränkte ihre Diskussion auf die mit den Beschlussanträgen 1 und 2 vorgelegten Fragen bezüglich der Gewährung des Darlehens und der Frage, ob dem Regierungsrat mit dem Beschluss die Ermächtigung zur Wandlung des Darlehen in Eigenkapital, wenn sich das USB in ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten befinden würde, gewährt werden sollte. Sie hat also keine allgemeine Debatte über die Gesundheitsregion Basel geführt und auch nicht auf andere aktuelle laufende Prozesse und Diskussionen Rücksicht genommen, weil diese nicht Gegenstand dieser

Darlehensvorlage sind. Entsprechend bitte ich Sie auch um Nachsicht, dass ich Ihnen im Namen der Finanzkommission hier nur nüchterne Zahlen und Erwägungen zum Darlehen präsentieren werde.

Nun zu Beschlusspunkt 1 im Antrag des Regierungsrats, zum Darlehen: Die Finanzkommission konnte sich davon überzeugen lassen, dass es sich beim Ersatzneubau Klinikum 2 (K2) um die ordentliche Spitalplanung handelt und das Gebäude entsprechend auch ersetzt werden muss. Das Darlehen in Höhe von 150 Millionen Franken für das K2, sollten Sie diesem heute zustimmen, stellt deshalb ein wichtiges Signal dar, dass der Kanton, also der Regierungsrat aber auch das Kantonsparlament, hinter der Spitalplanung hinsichtlich des Baus des K2 betrifft, steht. Der Neubau K2 wurde einem Optimierungsprozess unterzogen und die Flächeneffizienz konnte substanziell verbessert werden. Im Sockelbau des K2 ist zudem eine optionale Reduktion möglich, was einen gewissen Handlungsspielraum zu Anpassungen an einen veränderten Bedarf ermöglicht. Das K2 ist flexibel und funktional gebaut, so dass auf Veränderungen in den Anforderungen reagiert werden kann, vielleicht aber auch reagiert werden muss.

Dieses Darlehen wird aus dem Verwaltungsvermögen des Kantons gewährt. Der Kanton beschafft sich die Mittel dafür auf dem Finanzmarkt. Das USB bezahlt dafür einen jährlich variablen durchschnittlichen Zinssatz der Staatsschulden, für 2024 liegt dieser mutmasslich bei 0,8 Prozent. Über diesen Zinssatz fand in der Finanzkommission einer Diskussion statt. Sie kann ihn nachvollziehen, da bei einem höheren Zinssatz der Kanton am Darlehen an das USB verdienen würde, was nicht sinnvoll erscheint und kaum zweckmässig wäre. Wir können aber sicher festhalten, dass mit der Gewährung des Darlehens für das USB zweifelzone günstige Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dies betrifft einerseits die relativ tiefen Zinsen für das Darlehen des Kantons, und andererseits wird damit ein Signal an die Finanzmärkte gesendet, dass der Kanton hinter dem Unispital und dessen Investitionen steht. Damit wird auch seitens der Finanzmärkte eine tiefere Verzinsung der weiteren Kredite erwartet. Die Investitionen zumindest für das K2 sind demnach unbestritten und werden erfolgen.

Mit dem Darlehen werden diese Investitionen sowohl für die USB als auch für den Kanton als Eigner insgesamt günstiger. Die Finanzkommission geht zwar davon aus, dass das Unispital, die Investitionen zwar auch ohne das Darlehen auf dem Finanzmarkt hätte finanzieren können, da als Spital im Eigentum des Kantons genügend Sicherheiten vorhanden und die Kapitalkosten wohl auch tiefer als bei einem Privatspital wären. Die Finanzkommission begrüsst aber, dass sich der Kanton mit der Gewährung dieses Darlehens explizit hinter die Investition des USB und eine verlässliche Aufrechterhaltung der öffentlichen Gesundheitsversorgung stellt.

Gleiches gilt auch für das Darlehen für das Klinikum 3, welches im selben Beschlussantrag als Punkt 1 aufgeführt wird und ebenfalls über 150 Millionen Franken gewährt werden soll. Die Finanzkommission begrüsst gleichzeitig, dass das Darlehen in 2 Tranchen zu je 150 Millionen Franken unterteilt ist. Die beiden Tranchen, das ist wichtig zu erwähnen, sind dabei strikte an die Bauten K2 beziehungsweise K3 gebunden und können nicht gegenseitig kompensiert werden. Die Finanzkommission betrachtet es daher als unkritisch, die Tranchen für beide Bauten zum jetzigen Zeitpunkt zu sprechen, trotz den Unsicherheiten hinsichtlich des Baus des K3.

Diese Unsicherheiten zum K3 haben, ich habe es eingangs erwähnt, dazu geführt, dass Sie im vergangenen Herbst hier im Grossen Rat den Bebauungsplan der Traktandenliste genommen haben. In den Diskussionen des Gesundheitsdepartements und des USB mit der Finanzkommission und der GSK wurde deshalb vorgeschlagen, dass der Entscheid des Bebauungsplans noch einmal ausgestellt wird. So schlug das Gesundheitsdepartement in beiden Kommissionen vor, dass das weitere Vorgehen gestaffelt werden sollte. So soll jetzt heute über das Darlehen befunden werden, der Bebauungsplan hingegen nach den Sommerferien aber noch während dieser Legislatur im Grossen Rat traktandiert werden. Die vorgeschlagene Etappierung wurde seitens des GD gegenüber den Kommissionen mit den noch laufenden Analysen des USB zum Klinikum 3 begründet. Auch insbesondere in Absprache mit der GSK, die auch beim Bebauungsplan mitbericht, hat die Finanzkommission deshalb beschlossen, der Bau- und Raumplanungskommission zu beantragen, das Darlehen vom Bebauungsplan wieder zu entkoppeln und diesen Bebauungsplan weiterhin nicht auf die Traktandenliste zu setzen. Das ist erfolgt. Wir beraten deshalb heute «nur» über den Ratschlag für das Darlehen. So können offene Fragen und aber auch die Skepsis bezüglich des K3 noch vertieft in den Kommissionen ausdiskutiert werden und das vorliegende Darlehen jedoch jetzt zeitnah beschlossen werden, da die Kredittranchen von jeweils 150 Millionen Franken an das Neubauprojekt Klinikum 2 beziehungsweise dann Klinikum 3 gebunden sind und vor allem für das Klinikum 2 eigentlich dringend ausgelöst werden sollten.

Wir können deshalb festhalten und auch versichern, dass ohne den durch den Grossen Rat beschlossenen Bebauungsplan zum K3 auch das Darlehen für das selbige obsolet werden würde. Deshalb erachten wir die erneute Abkoppelung der beiden Geschäfte als unproblematisch. Der Grosse Rat kann auf Basis sämtlich dann vorliegender Analysen zum K3 zu einem späteren Zeitpunkt über den Bebauungsplan beraten und beschliessen. Erst danach würde dann das heute hoffentlich beschlossene Darlehen für das Klinikum 3 ausgelöst werden. Entsprechend hat die Finanzkommission mit 13 zu 0 Stimmen einstimmig beschlossen, dem Grossen Rat zu beantragen, Beschlussantrag 1 anzunehmen.

Zum Beschlussantrag 2, der Wandlungsoption: Kritischer gegenüber stand die Finanzkommission dem Punkt 2 des Grossratsbeschlusses. In diesem geht es um die Frage der Ermächtigung des Regierungsrats zur Wandlung des Darlehens in Eigenkapital im Falle, dass das USB in finanzielle Schwierigkeiten geraten würde. Hierzu setzte sich die Finanzkommission kritisch mit dem Finanzplan 2024 bis 2040 des USB auseinander. Gemäss diesem Plan sollte eine

EBITDA-Marge von über 10 Prozent ab dem Jahr 2031 erreicht werden, jedoch erreichte das USB in den zurückliegenden Jahren eine deutlich tiefere EBITDA-Marge. Das USB verweist in der Diskussion dazu auf die EBITDA-Marge von 8,2 Prozent im Jahr 2019, also vor der Coronapandemie, und man sei entsprechend auf dem Weg gewesen, die gemäss Eignerstrategie des Kantons geforderte EBITDA-Marge von 10 Prozent zu erreichen. Ausserordentliche Ereignisse wie die Pandemie, die Teuerung und verzögerte Tarifanpassungen können in einem Finanzplan jedoch nicht abgebildet werden. Zudem hätte das USB bereits in der Vergangenheit mit einer marktüblichen Pensionskasse die geforderte EBITDA-Marge erreichen können. Das USB gehe deshalb grundsätzlich davon aus, dass die betriebliche Leistungsfähigkeit zu einer nachhaltigen Finanzierung bestehe.

Die Finanzkommission schätzt die prognostizierte Kostenentwicklung jedoch als sehr optimistisch ein. Bereits kleinere Verschiebungen könnten die Prognose der EBITDA-Marge über den ausserordentlich langen Zeitraum, wir sprechen hier über einen Zeitraum bis ins Jahr 2040, aus dem Gleichgewicht bringen. Die Berechnungen sind aus Sicht der Finanzkommission deshalb nicht abschliessend realistisch plausibilisiert und stellen eine grosse Herausforderung für das USB dar. Die Kommission anerkennt aber, dass mit den Kosten optimierenden Massnahmen im K2 dem Wandlungsrisiko etwas begegnet wurde. Die weitere Entwicklung mit dem K3 ist aber auch aufgrund der aktuellen Diskussion mit dem Kanton Basel-Landschaft um die gemeinsame Gesundheitsregion und der laufenden Überprüfung durch das USB selbst mehr als offen. Die Finanzkommission begrüsst eine abgestimmte Planung der beiden Kantone, auch was die Spitalinfrastruktur betrifft. Würden wir jedoch heute der vom Regierungsrat im Beschlussantrag 2 geforderten eigenständigen, vom Parlament nicht mehr zu beeinflussenden Ermächtigung zur Wandlung des Darlehens in Eigenkapital zustimmen, würde dem USB so das Signal gesendet, dass die Rückzahlung nicht per se als Ultima Ratio gefordert sei. Zudem würde damit, wie beim zurückliegenden Impairment der Universitären Altersmedizin Felix Platter eine Entwicklung vorweggenommen. Sie erinnern sich, dort musste das Dotationskapital in der Rechnung 2022 des Kantons Basel-Stadt abgeschrieben werden, was das Resultat des Kantons um 92 Millionen Franken verschlechterte.

Ausschlaggebend für die Streichung des Beschlussantrags 2 war schliesslich, dass der Grosse Rat mit dieser Ermächtigung ein falsches Signal aussenden würde. So hätte ein anderes zusammengesetztes Parlament in der Zukunft keine Möglichkeit mehr, sich im Eintretensfall zur Wandlung zu äussern. Der Regierungsrat hätte hierzu bereits die Ermächtigung, Auch wenn die Kommission davon ausgeht, dass im Falle des Eintreten einer finanziellen Notlage die Wandlung des Darlehens in eigenem Kapital alternativlos wäre, besteht aber auch keine Notwendigkeit, dem Regierungsrat bereits zum jetzigen Zeitpunkt die Kompetenz zur Wandlung zu erteilen. In einer Krisensituation hätte der Regierungsrat ohnehin die Kompetenz, die Liquidität des Spitals adäquat zu sichern. Zudem würde sich eine finanzielle Notlage in den Jahresrechnungen des USB abzeichnen und wäre deshalb vorhersehbar. Deshalb hat die Finanzkommission mit Stichentscheid des Kommissionspräsidenten beschlossen, den Beschlussantrag 2 zu streichen.

Gerne möchte ich am Schluss noch einige Worte zu den Privatspitälern verlieren. Sie haben sicherlich mitbekommen, dass diese grundsätzliche Einwände gegen das Darlehen eingebracht haben und sich auch in der Öffentlichkeit dagegen gestellt haben. Der Finanzkommission war es deshalb ein Anliegen, sie anzuhören. Mit diesem Austausch wollten wir auch die Wichtigkeit der Privatspitäler unterstreichen und ihnen die Gelegenheit geben, ihre Einwände gegenüber den beiden Kommissionen eingehender zu erläutern. Aus Sicht der Finanzkommission sind die Rahmenbedingungen für öffentliche Universitätsspitäler und Privatspitäler aber grundsätzlich nicht identisch und entsprechend auch nicht vollumfänglich vergleichbar. So müssen beispielsweise Privatspitäler nicht alle Leistungen erbringen und auch nicht in Lehre und Forschung tätig sein. Sie können bei Kapazitätsauslastungen oder Überlastungen Patientinnen und Patienten an das USB verweisen, welches hingegen alle Patientinnen und Patienten aufnehmen muss. Die Kommission teilt zudem die Haltung des Gesundheitsdepartements, dass das Darlehen auch rechtlich abgesichert ist und die Basis dafür im Paragraph 16 des ÖSpG, das ist das Gesetz über die öffentlichen Spitäler, und Paragraph 27 der Kantonsverfassung liegt. Das ÖSpG ermöglicht es den darin genannten Spitälern Fremdkapital aufzunehmen. Zudem hat der Kanton gemäss Kantonsverfassung einen expliziten Auftrag zum Betrieb öffentlicher Spitäler. Dieser Auftrag ermöglicht es dem Kanton, seine öffentlichen Spitäler finanziell zu unterstützen, wenn und so weit es um die zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung notwendige Investitionen geht. Der Kanton hat somit einen gesetzlich verankerten Auftrag, die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Zudem muss jeder Spitaleigner über die Eigen- und Fremdkapital Dotation des Unternehmens nach eigenen strategischen Vorgaben entscheiden dürfen, unter Berücksichtigung beziehungsweise Anwendung seiner Marktkonditionen. Da es sich im Grundsatz um ein normales rückzahlbares und verzinsliches Darlehen handelt, wäre ein ähnliches Darlehen zwischen einem privaten Spital und seinem Eigner ebenfalls zulässig.

Joël Thüring (SVP): Letztlich obliegt eine abschliessende rechtliche Beurteilung aber in der Kompetenz der Gerichtsbarkeiten, weshalb die Finanzkommission mit einer abschliessenden Bewertung zurückhaltend bleiben will. Sie nimmt aber die Aussage des Vorstehers des Gesundheitsdepartements wohlwollend zur Kenntnis, dass, sollte ein Versorgungs relevantes Privatspital in eine finanziell schwierige Situation geraten, ein Darlehen seitens des Kantons für das selbige geprüft werden würde.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der Finanzkommission, im Beschlusspunkt 1 dem Regierungsrat zu folgen, sich der Finanzkommission anzuschliessen und im Beschlusspunkt 2 der Finanzkommission zu folgen und diesen Beschlusspunkt aus dem Grossratsbeschluss zu streichen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die mitberichtende GSK hat das Wort deren Präsident Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Ergänzend zu den Ausführungen des Präsidenten der Finanzkommission werde ich Ihnen die wesentlichen Punkte der Beratung und des Mitberichts der GSK zum vorliegenden Ratschlag darlegen und mich auch darauf beschränken. Es liegt in der Natur der Sache, dass es zu gewissen Überschneidungen kommen wird. Ich werde versuchen, die Wiederholungen auch hier auf ein Minimum zu beschränken.

Die GSK fokussierte in ihrer Beratung zur Gewährung eines Darlehens zur Mitfinanzierung der Neubauten Klinikum 2 und Klinikum 3 vor allem auf die Frage der Finanzierung der Spitalinvestitionen und auf die Frage nach dem Bedarf in der gemeinsamen Gesundheitsregion und der Spitalplan, aber auch Fragen rund um den Bau und Alternativszenarios sowie mögliche Auswirkungen auf das Personal haben die GSK interessiert. Die GSK hat den Ratschlag intensiv an insgesamt fünf Sitzungen beraten. Wie schon vom Präsidenten der Finanzkommission erwähnt wurde, haben die Treffen mit den verantwortlichen des USB und den Basler Privatspitälern gemeinsam stattgefunden. Die GSK hat ihre Beratung bewusst zügig und zeitnah absolviert, damit der Mitbericht anfangs März der hauptverantwortlichen Kommission zugestellt werden konnte. An den übrigen drei Sitzungen der GSK haben jeweils der Departementsvorsteher sowie die Vertretungen des Gesundheitsdepartements teilgenommen. Ich bedanke mich im Namen der GSK beim Gesundheitsdepartement für die ausführliche Beantwortung des umfragreichen Fragekatalogs und auf die gute und konstruktive Zusammenarbeit. Und auch ich bedanke mich im Namen der GSK bei der Finanzkommission für die gute Zusammenarbeit im vorliegenden Geschäft. Ebenfalls möchte ich mich bei den Mitgliedern der GSK für die zielstrebige und engagierte Beratung des Geschäfts sowie für die Sensibilisierung zu den generellen Fragenstellungen, welche über die Frage des Darlehens hinausreichen, bedanken.

Wie bereits erwähnt, lag der Schwerpunkt der Kommissionsberatung auf der Frage, wie die Investitionen der geplanten Spitalbauten in den kommenden 15 Jahren finanziert werden sollen und welche Auswirkungen diese auf das Universitätsspital haben könnten. Dieser Sachverhalt stand bereits beim Mitbericht zum Bebauungsplan an die BRK im Zentrum. Es bringt klar zum Ausdruck, dass die GSK hinsichtlich der Finanzierung der Spitalbauten für die Zukunft eine grosse Sorge umtreibt.

Der erste Beschlussantrag des Ratschlags betrifft die Gewährung eines rückzahlbaren und verzinslichen Darlehens von 300 Millionen Franken an das USB. Die Beratung in der Kommission drehte sich dabei um die Höhe des Zinssatzes für das Darlehen und um die Frage Darlehen oder Erhöhung Eigenkapital und darüber, was eine realistische EBITDA-Marge sein könnte.

Für die GSK ist es völlig unbestritten, dass das Universitätsspital Basel für die Gesundheitsversorgung in der Region zentral und essentiell ist und somit über eine entsprechende Grösse und Leistungsfähigkeit verfügen muss. Die finanzielle Tragbarkeit steht jedoch ebenfalls im Zentrum und kann deshalb nicht einfach ausgeblendet werden. Der Kommission stellt sich deshalb auch die Frage, wie gross die Spitalneubauten werden sollen. Der Vergleich mit dem Unispital Zürich und dem Berner Inselspital hat ergeben, dass die Gesamtausgaben pro Geschossfläche für das Klinikum 2 in ähnlichen Dimensionen zu liegen kommen wird. Die leicht höheren Ausgaben erklären sich mit den vorliegenden erschwerten Baubedingungen am jetzigen Spitalcampus. Die GSK begrüsst es sehr, dass betreffend der Arealplanung zum Klinikum 3 das USB mögliche Alternativen und auch Off-Campus-Varianten nochmals bis zum Sommer prüfen.

Der GSK bereitet es Sorge, dass der betriebliche und finanzielle Druck auf das USB aufgrund der geplanten Spitalinvestitionen weiter ansteigt und sich dies der Druck möglicherweise auch auf Behandlung und auf das Personal auswirken könnte. Es besteht eine Skepsis gegenüber noch mehr Effizienzsteigerungen, ohne dass dabei Patienten und Patientinnen vergessen gehen. Eine stabile Finanzierung ist deshalb für die Zukunft des USB von allergrösster Wichtigkeit.

Eine Minderheit der Kommission äusserte grundsätzliche Vorbehalte gegenüber dem Darlehen und dem ist Investitionsumfang. Das Risiko eines Scheiterns der Finanzierung sei gross und das Bauvorhaben müsste dann mit oder ohne Darlehen redimensioniert werden. Die grosse Mehrheit der GSK befürwortet aber das Darlehen, der Beschlussantrag für die Gewährung des Darlehens wurde mit 11 Stimmen bei einer Enthaltung dann schlussendlich deutlich gutgeheissen.

Die Investitionen in das Klinikum 2 sind unbestritten. Das Darlehen ermöglicht dem USB vorteilhaftere Konditionen auf dem Kapitalmarkt und bringt die Verantwortung des Kantons als Eigner dieses Spitals klar zum Ausdruck. Wie Sie Ende April erfahren haben, ist es den beiden Basler Gesundheitskommissionen wichtig, dass die Finanzinvestitionen in die geplanten Spitalbauten in der gemeinsamen Gesundheitsregion zwischen den beiden Basler Kantonen noch stärker mit- und aufeinander abgestimmt werden. Auch wenn uns bewusst ist, dass dies kein expliziter Gegenstand des Staatsvertrages zur gemeinsamen Gesundheitsversorgung darstellt, erachten wir dies für die Zukunft als unerlässlich. Die Gewährung eines Darlehens von 300 Millionen Franken an das USB steht diesem an Sinn aus Sicht der GSK aber klar nicht im Weg.

Bezüglich des zweiten Beschlussantrags hat sich die GSK im Gegensatz zur Finanzkommission mit 9 befürwortenden Stimmen bei 3 Enthaltungen für die Möglichkeit entschlossen, dass der Regierungsrat dazu in der Lage versetzt wird, unter gewissen Bedingungen und bei Zeitdruck das Darlehen in Eigenkapital umzuwandeln. Insbesondere der Aspekt der Reaktionsschnelligkeit hat eine Mehrheit der GSK dazu ermutigt, dieses Vertrauen gegenüber der Regierung auszusprechen. Eine Minderheit sieht diesen Aspekt weniger und ist der Meinung, dass auf dieses zusätzliche Mittel verzichtet werden kann. Der Sprecher der Finanzkommission hat dies auch schon aus ihrer Sicht erläutert.

Zum von Seiten der Basler Privatspitäler erstellten Gutachten gegenüber dem Darlehen hat sich die GSK gemeinsam mit der Finanzkommission von beiden Seiten informieren lassen. Die Kommission geht davon aus, dass das Darlehen rechtlich abgesichert ist und deshalb keinen Anlass bietet, dieses in Frage zu stellen. Die GSK anerkennt aber auch die Wichtigkeit der Basler Privatspitäler im Gesundheitssystem und hat auch Verständnis für das Anliegen nach fairen Rahmenbedingungen. Nach Abwägung der Argumente sieht die Mehrheit der GSK die Ausgewogenheit der Finanzierung jedoch als gegeben an. Ein tieferer Zinssatz für das Darlehen stellt dementsprechend für die Mehrheit der GSK kein Problem dar.

Die Sistierung des Bebauungsplans im Klinikum 3 hat ermöglicht, die finanziellen Aspekte sowie Fragen rund um den Bedarf und Versorgung vorgängig nochmals intensiver zu behandeln. Dies wurde von der Mehrheit der GSK ausdrücklich erwünscht und auch die GSK begrüsst die gewählte Variante des nun vorliegenden Vorgehens zwischen Darlehen und Bebauungsplan. Über den Bebauungsplan kann nun wahrscheinlich nach den Sommerferien beraten werden, wenn die Resultate der effektiven Analyse des USB und das Gesundheitsdepartement über mögliche Anpassen zum Klinikum 3 vorliegen. Der Kommission ist es wichtig, diesbezüglich auch auf dem Laufenden gehalten zu werden.

Die GSK bittet Sie deshalb, der Vorlage für ein Darlehen von insgesamt 300 Millionen Franken für das USB zuzustimmen und den Regierungsrat zu ermächtigen, bei Bedarf das Darlehen in Eigenkapital umzuwandeln.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat spricht Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Vielleicht haben Sie die Ausstellung The End of Aging von Michael Schindhelm besucht. Sie ist derzeit in der Kulturstiftung Basel H. Geiger an der Spitalstrasse, also gleich gegenüber Unispital zu sehen. Es ist dort die Begegnung mit der ultimativen Wissenschaftsfiktion zu erleben. In dieser haben wir das Sterben und die Gebrechlichkeit abgeschafft und die Longevity-Wissenschaft hat ein neues Zeitalter herbeigeführt, in dem die Spitäler überflüssig geworden sind und als Ruinen besichtigt werden können.

Manchmal habe ich den Eindruck, dass unsere Gesundheitspolitik die Science-Fiction schon für die Realität nimmt, wenn ich mir die Forderungen nach Spitalschliessungen vor Augen halte.

Dabei dürfte uns allen klar sein, so schnell wird sich die Condition humaine nicht umkodieren lassen. So schnell wird das Zeitalter der Sterblichkeit und Gebrechlichkeit nicht vorüber sein, wenn überhaupt je. Man mag das bedauerlich oder erleichternd finden, auf jeden Fall sollte man zur Kenntnis nehmen, dass unsere höhere Lebenserwartung in der Realität mit einem erhöhten Bedarf an Spitalbehandlungen verbunden ist und dass uns die moderne Medizin hierfür auch laufend neue Angebote macht, die wird dankbar annehmen. Vermehrt kann dies ambulant ohne Spitalübernachtung stattfinden, aber auch die stationären Behandlungen sind nicht rückläufig.

Das gilt in besonderem Masse für das Universitätsspital. Es steht im Zentrum unserer Stadt, im Mittelpunkt der Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung unserer Region und es bildet zusammen mit der Universität auch den akademischen Kern des Lifescience Clusters. Wenige Institutionen waren und sind so lange so prägend für unsere Stadt. Das Universitätsspital und seine Vorgängerinstitutionen blicken auf eine Geschichte von mehreren Jahrhunderten, die erstmals im Jahr 1265 Erwähnung fand. 1265, damals gab es die Schweizerische Eidgenossenschaft noch nicht, die Universität noch nicht und auch die Reformation war noch ein Vierteljahrtausend entfernt.

Heute im Nachgang zur Covid-19-Pandemie reden wir über das Unispital der kommenden Generationen. Das Spital wird auch in Zukunft eine zentrale Rolle für die Gesundheitsversorgung der Region übernehmen. Diese Rolle ist ihm heute durch die gemeinsame Versorgungsplanung und die gleichlautenden Leistungsaufträge der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft zugewiesen, teilweise auch durch die Gremien des Konkordats der hochspezialisierten Medizin. Und diese Rolle kommt ihm auch in sämtlichen Szenarien zu, die für unsere zukünftige Spitalplanung realistisch sind. Ich kann mir nicht vorstellen, dass unsere Bevölkerung auf ein Universitätsspital und damit auf eine vollwertige medizinische Fakultät in Zukunft verzichten möchte, und es ist nicht absehbar, dass andere Spitäler der Region das Unispital ersetzen könnten. Das wäre auch gar nicht sinnvoll, denn das Unispital an heutiger Lage gewährleistet eine qualitativ hochstehende und breit zugängliche Versorgung sowie entscheidende Synergien mit dem UKBB, mit der Universität und mit weiteren Institutionen des Lifescience Clusters, wie neu namentlich auch der ETH, die gleich gegenüber ihren Betrieb aufnimmt.

Die Erneuerung einer derart zentralen Infrastruktur ist eine Daueraufgabe für das Spital und die Planungsbehörden. Entsprechend läuft die Planung seit Jahrzehnten und entsprechend greift sie auch weit in die Zukunft aus. Zwei grosse Klinikkomplexe stehen derzeit im Zentrum der Investitionsplanung, das Klinikum 2 aus den Siebzigerjahren am Petersgraben und das neu geplante Klinikum 3 an der Schanzenstrasse. Wie von den Präsidenten der Finanzkommission sowie der Gesundheits- und Sozialkommission ausgeführt, beantragen beide Kommissionen, dem Unispital für die Vorhaben Klinikum 2 und Klinikum 3 ein verzinsliches und rückzahlbares Darlehen in Höhe von 300 Millionen Franken zu gewähren. Mit diesem Darlehen wird die bauliche Erneuerung des Unispitals abgesichert. Der Darlehensbeschluss ermöglicht auch ein Bekenntnis der politischen Behörden des Kantons zum Unispital und ein positives Signal an den Kapitalmarkt. Relevant ist dies zunächst für die erste Darlehenstranche von 150 Millionen Franken, die für die Erneuerung des Klinikum 2 vorgesehen ist. Zur Erinnerung: Es wird damit die Spitalinfrastruktur am Petersgraben inklusive Notfallstation erneuert. Es liegt für dieses Projekt ein rechtsgültiger Bebauungsplan vor, den Sie vor fast zehm Jahren verabschiedet hatten. Seither wurde die Planung immer wieder optimiert und das Bauwerk steht inzwischen in der Realisierungsphase. Die Bauarbeiten haben begonnen.

Nicht so weit fortgeschritten ist das Klinikum 3. Wie bereits mitgeteilt und im Bericht der Finanzkommission auch ausgeführt, befindet sich dieses Vorhaben derzeit in einer nochmaligen Überprüfung durch das Spital. Es soll noch einmal geprüft werden, ob das Klinikum 3 gemäss Bebauungsplanvorlage auch nach heutigem Stand noch die beste Lösung darstellt. Diese erneute Evaluation wurde in Auftrag gegeben, nachdem der Grosse Rat den Bebauungsplan abtraktandiert hatte, weil Vorbehalte dagegen geäussert wurden und man zunächst mehr Klarheit über das Darlehensgeschäft haben wollte. Die geforderte Klarheit betreffend Darlehen kann heute geschaffen werden und ich bin den beiden vorberatenden Kommissionen sehr dankbar für ihre sehr sorgfältige und speditive Beratung sowie für ihre unterstützenden Anträge.

Ich habe über die erste Tranche schon gesprochen. Die zweite Tranche, die für das Klinikum 3 vorgesehen ist, bleibt also bei dem gewählten Vorgehen abhängig vom zukünftigen Entscheid, ob das Klinikum 3 realisiert wird oder nicht. Wir werden dem Büro des Grossen Rates-Antrag stellen, das Bebauungsplangeschäft im Grossen Rat erneut zu traktandieren, sobald der Entscheid zum Darlehen gefallen und die laufende Evaluation des Klinikum 3 abgeschlossen ist. Ich bin Ihnen sehr dankbar für die Flexibilität in diesem anspruchsvollen Verfahren.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch kurz etwas sagen zu unserem Antrag, das Darlehen bei ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten des Unispitals durch Regierungsbeschluss teilweise oder ganz in Eigenkapital wandeln zu können. Die Finanzkommission beantragt ja, den entsprechenden Beschluss 2 zu streichen, während sich die Gesundheits- und Sozialkommission in ihrem Bericht zustimmend zur Delegation der Wandlungskompetenz an den Regierungsrat ausgesprochen hat.

Die Finanzkommission begründet die Streichung des Beschlussantrags 2 damit, dass der Grosse Rat mit dieser Ermächtigung ein falsches Signal aussenden würde. So hätte ein zukünftiges vielleicht anders zusammengesetztes Parlament keine Möglichkeit mehr, sich im Eintretensfall zur Wandlung zu äussern. Sodann schreibt sie, dass es keine Notwendigkeit gäbe, dem Regierungsrat bereits zum jetzigen Zeitpunkt die Kompetenz zur Wandlung zu erteilen, in einer Krisensituation hätte der Regierungsrat ohnehin die Kompetenz, die Liquidität des Spitals adäquat zu sichern.

Wie bereits im Ratschlag ausgeführt, entspricht die Ermächtigung des Regierungsrats zur Wandlung des Darlehens einer Option. Es besteht kein Wandlungszwang aufgrund von bestimmten Kriterien, es wird also kein Automatismus in Gang gesetzt. Bei entsprechenden finanziellen Schwierigkeiten würde das USB eine Wandlung beantragen müssen, zum Beispiel bei wiederholten Verlusten einer tiefen Eigenkapitalquote und/oder einer verminderten Fähigkeit zur Kapitalaufnahme auf dem Markt, aus welchen Gründen auch immer. Eine Wandlung ist jedoch nach unserem Vorschlag insbesondere dann zu prüfen, wenn das Dotationskapital 200 Millionen Franken unterschreiten würde. So könnte dann durch die Wandlung die ursprüngliche Höhe von jetzt rund 490 Millionen Franken Dotationskapital wiederhergestellt werden. Im Rahmen eines Wandlungsantrags müsste das USB dem Regierungsrat natürlich eine aktualisierte Finanz- und Massnahmenplanung vorlegen.

Der Regierungsrat hat mit einem Schreiben an den Präsidenten des Grossen Rats den Antrag gestellt, diese Beschlussziffer 2 aufrechtzuerhalten. Wir sind der Auffassung, dass das sinnvoll wäre. Es würde uns im Fall der Fälle ein rascheres Vorgehen ermöglichen und das wäre eben in einem Krisenfall wichtig, um Vertrauen herzustellen. Dem Unispital würden die Beschlüsse gemäss diesem Antrag eine stärkere Rückendeckung geben und sie wären auch politisch gesehen das kräftigere Signal. Ich würde deshalb Sie bitten, auch an dieser zweiten Beschlussziffer festzuhalten. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die Debatte.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen damit zu dieser Debatte und den Fraktionsvoten. Für die SP spricht Jessica Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Ich denke, es herrscht grosse Einigkeit darüber, dass das Basler Universitätsspital eine zentrale Rolle in der Gesundheitsversorgung unserer Region einnimmt. Neben der medizinischen Versorgung sind auch die

Lehr- und Forschungstätigkeiten wichtig für die gesamte Region. Ein leistungsstarkes Universitätsspital liegt also in unser aller Interesse.

Nun sind Teile des Spitals in die Jahre gekommen und es ist an der Zeit, in die Zukunft zu denken. Wir entscheiden heute aber nicht darüber, ob renoviert und gebaut wird, sondern in welchem Rahmen sich der Kanton als Eigner finanziell beteiligen wird. Wie auch die vorbereitenden Kommissionen sind wir als SP-Fraktion zum Schluss gekommen, dass das Darlehen grundsätzlich gewährt werden soll. Dass die Dimensionen des Klinikum 3 nochmals überdenkt werden, finden wir sinnvoll. Es stärkt einen Prozess, wenn Entscheidungen mehr als einmal kritisch überdacht werden.

Die Kritik der Privatspitäler haben wir gehört, wir teilen sie jedoch nur in den wenigsten Punkten. Ein Universitätsspital, dessen Eigner der Kanton ist, hat nun mal eine andere Rolle und auch andere Verpflichtungen als die Privatspitäler. Dass nun mit juristischen Mitteln gedroht wird, finden wir schade und eher kontraproduktiv. Auch die Kritik aus Basel-Landschaft haben wir gehört. An einem Wettrüsten sind wir auch nicht interessiert. Mit der Motion Eberhard, die ja auch heute noch auf der Traktandenliste steht, setzen wir uns für mehr Kooperation ein. Ja, auch wir als Stadtkanton müssen Zugeständnisse machen und mit unseren Nachbarnlösungen finden, Lösungen, die alle zu Gute kommen.

Dass es ein universitäres Zentrumsspital aber braucht, ist für uns unbestritten. Auch wir sehen die finanziellen Risiken, die mit dem Neubau verbunden sind. Der vorgelegte Finanzplan ist ambitioniert und unserer Ansicht nach mit einigen Risiken behaftet. Gerade deshalb ist es wichtig, dass wir uns als Eigner auch finanziell dazu bekennen und damit die Risiken minimieren. Wir vertrauen darauf, dass das Unispital nach bestem Wissen und Gewissen wirtschaftet und mit dem Geld des Kantons umsichtig umgehen wird.

In der Frage, wer bei einer allfälligen Umwandlung ins Dotationskapital das letzte Wort haben soll, folgen wir der Finanzkommission. Wir finden es wichtig, dass ein zukünftiges Parlament eine Mitsprache hat. Wir reden über eine riesige Summe Geld, da ist es nur richtig, wenn auch das Parlament und nicht nur die Regierung sich äussern kann.

Wir verstehen unsere Zustimmung zur Gewährung des Darlehens als Zustimmung zu einem leistungsstarken Universitätsspital. Wir wollen ein Spital, das den Bedürfnissen der Menschen, die darin arbeiten oder es als Patient:innen besuchen, entspricht. In diesem Sinne stimmen wir dem Darlehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur GLP und Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Wir haben nun schon verschiedentlich gehört, wie wichtig das Unispital für Basel ist, für die Gesundheitsversorgung. erstens, aber auch für den Standort. Insbesondere hat das Regierungsrat Lukas Engelberger deutlich ausgeführt. Ich will das deshalb nicht wiederholen, sondern nur noch einen weiteren Aspekt hier noch betonen. Nicht nur das Unispital hat eine gewisse Grösse, die es auch haben muss, die man auch schlecht reduzieren kann. Also wir haben nicht nur eine Too Big to Fail-Problematik mit dem Unispital, man kann es auch nicht kleiner machen, einfach weil es dann nicht mehr das erfüllt, was wir mit diesem Unispital wollen. Wir wollen nämlich ein Spital, das wirklich das ganze oder fast das ganze medizinische Spektrum abdeckt. Das ist unser Anspruch hier in Basel, auch in Verbindung mit diesem zweiten Anspruch, dass wir ein Lifescience-Standort sind oder das Zentrum einer Lifescience-Region.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, dass das Unispital sich entwickeln muss. Es muss nicht nur die Infrastrukturerneuern im Sinne eines Erhalts, sondern es muss sich auch weiterentwickeln können. Das ist auch unbestritten klar. Dazu will ich aber auch noch einmal einen Aspekt betonen, insbesondere auch an die Adresse unserer Kollegen im Landrat. Es ist kein Kapazitätsausbau geplant. Insbesondere sind es Verbesserungen, die geplant sind, aber nicht ein Ausbau, insbesondere nicht ein Ausbau im stationären Bereich. Oder anders gesagt, die Planung des Unispitals, wie uns das dargelegt wurde, basiert auf eher bescheidenen Wachstumsprognosen.

Damit haben wir auch das geklärt. Aus Sicht der GLP sind diese Investitionen nötig. Jetzt ist die Frage, inwiefern es hierzu ein Darlehen und Hilfe des Kantons bei der Finanzierung braucht. Ist das fair anderen gegenüber? Diese Frage ist besondere von den Privatspitälern aufgeworfen worden. Unserer Meinung nach ist die Fairness gegenüber den Spitalprivatspitälern nicht die adäquate Frage. Es herrscht hier schlicht und einfach keine Fairness, es ist nicht vergleichbar. Wenn schon vergleichbar wäre die Situation vom Unispital Basel mit anderen Unispitälern in der Schweiz. Aber dazu habe ich nicht das nötige Fachwissen und bin ich nicht gut informiert, um das erstens vergleichen zu können. Und zweitens ist es auch nicht die relevante Frage. Es ist richtig so, dass wir und hier als Kantonsparlament überlegen, was im Interesse des Kantons ist bezüglich dieser Frage, das heisst, ob es im Interesse des Kantons ist, dass wir dieses Darlehen gewähren zu diesen Kondi günstigen Konditionen.

Was bedeutet das ganz konkret in der Praxis? Das wird insbesondere dann interessant, wenn das Spital in Schieflage gerät. Wenn wir das Darlehen gewährt haben, macht dies für den Eigner den Umgang mit diesen Situationen ein bisschen einfacher, weil er einen Teil der Schulden schon in seinen eigenen Büchern hat. Man kann dann eine Wandlung in Eigenkapital machen. Ein anderer Unterschied ist ein feinerer, aber da geht es auch um einige Millionen Franken. Dieses

Darlehen ermöglicht es dem Spital, die Investitionen, die es sowieso tätigen muss und auch tätigen wird, unabhängig davon, ob wir dieses Darlehen sprechen oder nicht, zu günstigen Konszinskonditionen zu machen, einerseits wegen dem Darlehen direkt, aber auch, weil es sehr plausibel ist, dass es auch bessere Konditionen auf den Finanzmärkten erhält mit diesem Signal. Das sind dann einige Millionen, die dazu kämen im Falle einer Schieflage. Und dessen muss man sich auch bewusst sein. Da haben wir ganz konkret das Interesse des Kantons. Wollen wir das, nur quasi um eine liberale Idee zu verteidigen, dass diese Spitäler eigentlich unabhängig sein sollten, hinter der wir als GLP natürlich stehen. Aber wir sind jetzt mit der Realität konfrontiert. Um da die Fairness zu beurteilen, müssten wir einen Blick in die Schweiz werfen. Das ginge zu weit.

Wir stehen diesem Darlehen durchaus kritisch gegenüber, wie dargelegt, aber wir stehen dahinter und empfehlen, das zu sprechen. Was den zweiten Punkt betrifft, nämlich dem Regierungsrat schon jetzt die Kompetenz zu geben für eine Umwandlung, folgen wir dem Vorschlag der Finanzkommission. Das entspricht genau der Haltung der GLP. Wir haben das auch abgewogen und sind zum Schluss gekommen, dass das nicht das richtige Signal wäre, dass aber die Nachteile, die es gibt, wenn das nochmal durch den Grossen Rat müsste nicht so gross sind. Wir sind der Meinung, dass das eine Wandlung im Eintretensfall dann der richtige Weg wäre und wohl auch von der GLP genehmigt würde. Aber es wäre jetzt trotzdem nicht das richtige Signal. Deshalb folgen wir dem Vorschlag der Finanzkommission.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Pascal Messerli für die SVP.

Pascal Messerli (SVP): Ich kann es kurz machen. Die SVP-Fraktion schliesst sich den Ausführungen des Finanzkommissionspräsidenten vollumfänglich an. Wir sind auch der Meinung, dass wir jetzt dieses Darlehen sprechen sollten, auch diese Abkoppelung vom Bebauungsplan erachten wir in diesem Fall als richtig. Wir sind dagegen, dass wir diese Ermächtigung dem Regierungsrat geben, dass er eigenständig dieses Darlehen in Eigenkapital umwandeln kann. Wir finden dies, wie auch Tobias Christ vorher gesagt hat, das falsche Zeichen. Wir sind der Meinung, dass demokratiepolitisch es der richtige Weg wäre, wenn dies dann in einem Parlament noch einmal beschlossen wird. Das heisst ja nicht, dass das Parlament dieses Darlehen dann nicht sprechen würde, aber es hat einfach eine viel grössere demokratiepolitische Legitimation, wenn wir jetzt dem Antrag der Finanzkommission folgen und das Parlament dann schlussendlich das letzte Wort hat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die FDP spricht Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Es wurde schon viel gesagt über die Wichtigkeit des Universitätsspitals. Dem möchte sich die FDP natürlich anschliessen. Aber wir sprechen hier von Investitionen in den nächsten Jahren, in der Höhe von 3 Milliarden auf diesem Campus Gesundheit, dies in einem Umfeld, wo Spitäler eher Verluste machen, nach mehr Geld rufen und die Krankenkassenprämien laufen steigen. Betriebswirtschaftlich müsste man eigentlich sparen in diesem Umfeld. In den meisten Ländern auf dieser Welt würde man wohl den Bau 2, den wir jetzt zurückbauen, noch mindestens 20 bis 30 Jahre behalten. Das vielleicht einfach als Input zum Bedenken.

Aber jetzt zurück zum Geschäft: Ich erlebte den Austausch mit der Leitung des Universitätsspitals als sehr konstruktiv und zielführend. Ich meine auch verstanden zu haben, dass man vorsichtiger mit diesen Investitionsplänen umgehen will und sich auch Gedanken über Redimensionierunen macht. Auch der Austausch mit den Privatspitälern war wichtig in dem Zusammenhang. Ich kann den Unmut von Privatspitälern zum Teil absolut teilen. Wir haben uns die Zinssituation angesprochen. Für die FDP ist es wichtig, dass in der Wettbewerbssituation gleich lange Spiesse herrschen. Ich habe aber auch irgendwo durchblicken lassen, dass Regierungsrat Lukas Engelberger mindestens erwägen würde, dass Privatspitäler in einer ähnlichen Situation auch mit einem Darlehen rechnen könnten.

Die FDP unterstützt also den Bericht der Finanzkommission und die Forderung nach der Gewährung des Darlehens in diesen zwei Chargen 150’000’000 für den Bau 1 und 150’000’000 für den Bau 3. Die FDP unterstützt auch, dass man keinen Blankoscheck für die Wandlung des Darlehens gibt. Es ist nicht notwendig. Wir gehen davon aus, dass eine Notwendigkeit für eine Wandlung durchaus hier auch diskutiert werden kann. Wir haben vom Felix Platter etwas dazu gelernt.

Deshalb bitte Sie im Namen der FDP, dem Antrag der Finanzkommission zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GAB): Um es gleich vorwegzunehmen: Die Fraktion Grünalternatives Bündnis begrüsst den Ratschlag der Regierung und stimmt dem Darlehen zur Mitfinanzierung der Neubauten K2 und K3 gerne zu.

Die Kommissionspräsidien und der Regierungsrat wie auch meine Vorsprecher:innen haben schon viel zu den technischen Details gesagt. Ich nutze deshalb die Gelegenheit, um noch einmal ein paar grundsätzliche Bemerkungen zur Entwicklung der gemeinsamen Gesundheitsregion, zur Rolle des Universitätsspitals und auch zur Bedeutung des Gesundheitspersonals für eine gute Gesundheitsversorgung zu machen.

Für die Fraktion Grünalternatives Bündnis ist eine sehr gute Gesundheitsversorgung, wie wir sie derzeit in der Region haben, ein grosses Anliegen auch für die Zukunft. Das Universitätsspital spielt in der Gesundheitsregion dabei eine herausragende Rolle als enorm leistungsfähiges Zentrumsspital, das nicht wegzudenken ist. Es gewährleistet die medizinische Grundversorgung sowie universitäre Spitzenmedizin, Lehre und Forschung und hat ein Einzugsgebiet, das weit über die Kantonsgrenzen hinausreicht. Damit das USB seinen wichtigen Auftrag auch in den nächsten Jahrzehnten erfüllen kann, bedarf es jetzt umfangreicher Investitionen in die Infrastruktur des Spitals, das offensichtlich in die Jahre gekommen ist. Das Grünalternative Bündnis unterstützt diese notwendigen Investitionen in ein leistungsfähiges Universitätsspital für die kommenden Generationen.

Die Planung der Neubauten Klinikum 2 und 3 auf dem Campus Gesundheit läuft schon seit vielen Jahren. Regierungsrat Lukas Engelberger hat auch daraufhingewiesen. Mit der Coronapandemie und den darauffolgenden Krisen haben sich allerdings die Rahmenbedingungen in den letzten Jahren für ein solch grosses Bauprojekt stark verändert. Die Coronapandemie hat die Kräfte des Gesundheitspersonals nachhaltig belastet. Hinzu kommt nun die massive Teuerung, die die Kosten der Spitäler in allen Bereichen in die Höhe treibt, während gleichzeitig die Tarife nicht angepasst sind. Dies führt aktuell zu teils grossen Verlusten bei den Spitälern. Auch bei der Jahresrechnung 2023 vom USB ist dies zu erwarten. Angesichts dieser stark belasteten finanziellen Situation der Schweizer Spitäler bereiten die geplanten Bauinvestitionen von aktuell geschätzt 1,7 Milliarden Franken gehörige Bauchschmerzen. Auch die Finanzplanung des USB mit einer EBITDA-Marge von 10 Prozent erscheint uns weiterhin mehr als Wunschdenken denn als realistisches Szenario.

Nichtsdestotrotz sind wir aber überzeugt, dass es jetzt die Investitionen in eine zukunftsfähige Infrastruktur des USB braucht, und gerade weil die Rahmenbedingungen schwieriger geworden sind, braucht es nun ein klares Zeichen von Seiten des Kantons an das Universitätsspital in Form des diskutierten Darlehens. Dabei begrüssen wir es, dass nach der Sistierung des Entscheids über den Bebauungsplan für das Klinikum 3 durch den Grossen Rat, dass die USB die Dimension des K3 nochmals überprüft und wenn nötig Anpassungen vornehmen wird.

In diesem Zusammenhang sprechen wir uns auch nachdrücklich dafür aus, dass die Gesundheitsdirektoren Basel-Stadt und Basel-Landschaft baldmöglichst Gespräche für eine zukünftige gemeinsame Planung von Infrastrukturprojekten in der gemeinsamen Gesundheitsregion aufnehmen. Wir werden deshalb an der Überweisung der Motion Eberhard als Motion festhalten. Denn die Frage der Gesundheitsversorgung kann nur theoretisch von der Frage der Gesundheitsinfrastruktur getrennt werden. In der Praxis hängen Versorgung und Infrastruktur natürlich zusammen. Es ist deshalb höchste Zeit, dass die Eigner von USB und KSBL zusammen mit den weiteren Leistungserbringern eine Vision einer gemeinsamen Gesundheitsregion entwickeln, in der es nicht aufgrund von Überkapazitäten zu einer Überversorgung kommt. Denn eine Überversorgung können sich weder die Prämienzahler:innen leisten, noch haben wir genügend Pflegepersonal und Gesundheitspersonal dafür.

Und mit dem Gesundheitspersonal sind wir an einem weiteren zentralen Punkt, der aus unserer Sicht für das Darlehen spricht. Denn eine gute Gesundheitsversorgung hängt aufs Engste mit guten Arbeitsbedingungen fürs Gesundheitspersonal zusammen. Es ist für die Fraktion Grünalternatives Bündnis zentral, dass sich diese Arbeitsbedingungen des Personals während den finanziell risikoreichen Bauinvestitionen des USB in den nächsten Jahren nicht verschlechtern. Und deshalb ist es für uns auch unbestritten, dass der Kanton dem USB ein Darlehen für sein Bauprojekt und damit eine gewisse Stabilität für dessen Finanzierung bietet. Denn wir erwarten, dass dadurch der Effizienzdruck, der jetzt schon spürbar auf dem Personal lastet, etwas abgemildert werden kann. Die Fraktion Grünalternatives Bündnis spricht sich also für das Darlehen von je 150 Millionen Franken für die Neubauten K2 und K3 aus.

Wir sprechen uns auch ebenso wie die GSK dafür aus, dem Regierungsrat nun die Ermächtigung zu erteilen, das Darlehen in Eigenkapital umzuwandeln, sollte das USB im Verlauf des Projekts in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Wir finden es transparenter angesichts der hohen Risiken der Neuinvestitionen und der letztlichen Haftung des Eigners für das USB, bereits jetzt die Möglichkeit einzuräumen, dass die 300’000’000 einst in Eigenkapital des Spitals umgewandelt werden könnten, wenn es angezeigt ist. Und ich schliesse mich da Regierungsrat Lukas Engelberger an und plädiere dafür, dass wir jetzt etwas Vertrauen schaffen für den Krisenfall und dem USB eine stärkere Rückendeckung aussprechen.

Im Namen der Fraktion Grünalternatives Bündnis bitte ich Sie also, dem Darlehen Beschluss Punkt 1 wie auch den Beschluss Punkt 2 Wandlungsoption des Darlehens zu Eigenkapital im Sinne des Regierungsrats und der GSK zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Pasqualine Gallacchi spricht für die Fraktion Mitte-EVP.

Pasqualine Gallacchi (Mitte-EVP): Ich möchte mich im Namen der Fraktion Mitte-EVP nur kurz dazu äussern. Wir stimmen dem Ratschlag vollumfänglich zu und möchten beliebt machen, den Antrag der Finanzkommission abzulehnen und der GSK zu folgen, das heisst also dem Regierungsrat den Handlungsspielraum zu geben in einer dringlichen Situation das Darlehen von 300 Millionen in Eigenkapital umzuwandeln. Es ist unserer Meinung nach das richtige politische Signal.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich David Jenny gemeldet.

David Jenny (FDP): Wir behandeln nun zwei Traktanden hintereinander, wo wir vorbehältlich des Volks als oberstes Organ im Konzern des Kantons Basel-Stadt tätig sind. Vorher ging es um eine Bank, jetzt um Spitäler. Wir philosophieren über den Worst Case und was dann zu tun ist. Es gibt schon gewisse Unterschiede zwischen Banken und Spitälern. Beide sind auf Vertrauen angewiesen, aber ich glaube, der Vertrauenszerfall einer Bank kann viel schneller vor sich gehen, also einer in ein Spital. Ich habe noch nie davon gehört, dass Angehörige ein Spital stürmen und ihre Angehörigen, die dort als Patienten sind, vom Spital entfernen und in Sicherheit bringen. Das Entsprechende gibt es eben bei Banken. Wir sprechen hier ja über die Kapitalstruktur, nicht über einen Liquiditätszuschuss, was ja dann wirklich, wenn es hart auf hart kommt, entscheidend ist, um ein Aufschnaufen zu ermöglichen. Wir haben auch nicht eine FINMA, die dann sehr schnell eingreifen muss. Also das Argument dass der Regierungsrat in einer Sitzung am Sonntagvormittag die Umwandlung beschliessen muss, ist ein bisschen weit hergeholt.

Dann wurde gesagt, auch wenn es dann vom Grossen Rat käme, sei die Umwandlung in Eigenkapital alternativlos. Das glaube ich nicht ganz. Es gibt ja zwischen einem normalen Darlehen und Eigenkapital noch eine weitere Möglichkeit. Das ist nämlich, einen Rangrücktritt zu gewähren auf das Darlehen. Das scheint nicht in Erwägung gezogen worden sein. Ich würde gerne noch die Frage an die Berichtenden stellen, ob diese Möglichkeit im Regierungsrat sowieso zustehen würde, die Gewährung eines Rangrücktrittes, oder ob man wirklich alle Möglichkeiten dem Regierungsrat gewähren sollte, ob man dann nicht ausdrücklich den Rangrücktritt, den ganzen oder den teilwerisen, erwähnen sollte.

Ich bitte Sie, dies zu bedenken. Ich glaube, die Situationen sind nicht ganz vergleichbar und ich glaube, die Spitäler werden ja sehr eng begleitet von der Regierung, vom Gesundheitsdepartement. Wenn sich eine Verschlechterung der Eigenkapitalsituation, die wirklich sehr eingreifend ist, abzeichnet, dann sollte sich das einige Monate vorher abzeichnen. Also dass plötzlich irgendwo ein paar 100 Millionen verlorengehen, wäre jetzt wirklich ganz schwierig zu vermuten. Aber vielleicht haben wir hier geübtere Katastrophenpropheten als ich es bin. Deshalb meine ich, dass wir gut mit der Lösung der Finanzkommission leben können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben schon übergeleitet zur zweiten Runde. Das Wort geht zuerst an den Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich möchte mich zuerst bedanken für die wohlwollende Aufnahme unserer Anträge in in dieser Debatte, in der ich sehr viel Wertschätzung für die Arbeit der Mitarbeitenden am Unispital und sehr viel Bekenntnis auch zum Unispital gehört habe. Dafür möchte ich Ihnen danken. Es ist eine wichtige Gelegenheit, anlässlich von derartigen Debatten auch politische Signale auszusenden und ich danke Ihnen für die Bekenntnisse zum Universitätsspital.

Ich nehme auch die kritischeren Hinweise selbstverständlich mit, einerseits betreffend die Finanzplanung des Spitals selber. Das ist so, das Umfeld ist anspruchsvoll für Spitäler. Ich bin aber auch froh, von Ihrer Seite auch Vertrauen gehört zu haben, dass die Spitalleitung und der Verwaltungsrat das gut machen und und eben hier sehr sehr wohl auch mit kritischen Szenarien arbeiten und insbesondere für die Planung des Klinikums 3 auch noch einmal in eine Überprüfungsrunde gehen.

Kritische oder skeptische Hinweise habe ich dann natürlich auch wahrgenommen seitens der Privatspitäler, das ist auch hier erwähnt worden. Ich möchte an dieser Stelle sagen, auch sie erbringen eine sehr wichtige Versorgungsleistung und wir zählen auch weiterhin auf eine gute Zusammenarbeit mit den Privatspitälern und unter den Spitälern, öffentlich und privat in unserer Region. Ich glaube, die Kritik, die von Seiten des Privatspitalverbandes geäussert wurde am Darlehen, ist nicht stichhaltig. Sie ist juristisch nicht stichhaltig und ich habe das auch in der Debatte hier wahrgenommen, sie trifft auch den Punkt nicht, weil eine vollständige Gleichheit der Rahmenbedingungen gar nicht gewährt werden kann, so lange ein Spital öffentlichrechtlich ist und ein anderes privatrechtlich und die Eigner nicht dieselben sind. Das ist einfach ein Unterschied. Wir stellen aber sicher in unserer Planungsfunktion, dass beispielsweise bei der Vergabe von Leistungsaufträgen eine Gleichbehandlung in diesen Vergabeverfahren besteht. Aber was die Kapitalstruktur betrifft, was die innere Organisation betrifft, auch was das anwendbare Recht ist im einzelnen für die Dienstverhältnisse, für die Pensionskasse usw., gibt es Unterschiede und die liegen einfach darin begründet, dass ein öffentlichrechtliches Spital unserem ÖSpG untersteht und ein privatrechtliches eben nicht. Das ist auch gut so, dass es sozusagen diese beiden Systeme in unserer Region geben kann.

Es wurde verschiedentlich die Erwartung geäussert, dass auch ein Privatspital im Fall der Fälle einen Antrag stellen darf beim Kanton für ein Darlehen. Das kann ich zusagen, ja, einen Antrag würden wir auch von einem Privatspital prüfen. Das Hauptprüfungskriterium wäre dann, ob das spitalversorgungsrelevant ist. Man hat einen anschaulichen Beispielsfall leider jetzt aus Zürich zu Hand, das Kinderspital Zürich. Dieses ist ein privatrechtliches Spital, es gehört nicht dem Kanton. Es hat den Kanton Zürich um finanzielle Unterstützung gebeten und der Kanton Zürich hat nach Prüfung eben der Versorgungsrelevanz dies zugesagt. Und er hat das dann natürlich auch mit Auflagen verbunden, die man dann auch selbstverständlich gewärtigen muss. Und in diesem Sinne kann ich eine Prüfung von Gesuchen von Seiten anderer Spitäler, also von Privatspitälern, durchaus zu sagen.

Selbstverständlich ist dem Regierungsrat auch bewusst, dass es die übergeordnete Diskussion über den gemeinsamen Gesundheitsraum gibt und dass die mit grossem politischen Druck geführt wird. Wir sind auch gerne bereit, uns dieser Diskussion zu stellen, werden vermutlich am Nachmittag dann über die Motion Eberhard und Konsorten sprechen. Ich möchte jetzt dazu nicht viel mehr sagen, ausser dass wir selbstverständlich in einem engen Dialog sind mit den Partnerbehörden im Kanton Basel-Landschaft und wir gerne in Richtung einer engeren Abstimmung auch betreffend Investitionsvorlagen mit ihnen in Verhandlung gehen. Ich habe aber schon einleitend gesagt, in den jetzt aktuell plausiblen Szenarien braucht es ein starkes Unispital und dieses starke Unispital braucht eine belastbare, eine patienten- und arbeitnehmerfreundliche Infrastruktur, und die wollen wir hier absichern. Die ist durch Entwicklungen im gemeinsamen Gesundheitsraum nicht in Frage gestellt.

Über die Wandlung werden wir dann vielleicht nachher noch detaillierter sprechen, wenn Sie diese Anträge dann konkret entscheiden müssen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die GSK sprich nochmals Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Auch ich bedanke mich im Namen der GSK für die sorgfältige Debatte und für die Unterstützung, die wir hier heute leisten für das USB. Zum von David Jenny angesprochenen Punkt betreffen einer alternativen Finanzierungsmöglichkeit: Die GSK in ihrer Debatte dem Regierungsrat das Vertrauen ausgesprochen, die Möglichkeit einer Umwandlung des Darlehens in Eigenkapital in Anspruch zu nehmen. Wir haben in der GSK sogar die Frage besprochen, ob wir nicht anstatt eines Darlehens einfach das Eigenkapital erhöhen könnten. Das hätten wir ja auch machen können, aber wir sind dann in der gemeinsamen Debatte darauf gekommen, das nichts zu tun und dem Darlehensantrag der Regierung zu folgen.

Die Wahl anderer Varianten schliesst sich meines Erachtens nicht aus, das haben wir aber in der Kommission so im Detail nicht besprochen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich danke Ihnen ebenalls für die Aufnahme und Debatte dieses Berichts zum Darlehen.

Ich glaube, es wurde alles Wesentliche bereits dazu gesagt. Es ist tatsächlich so, dass wir heute mit diesem Darlehen sowohl für das Klinikum 2 als auch für das Klinikum 3, sofern sie dann nach der Sommerpause dem Bebauungsplan zustimmen, wichtige Signale aussenden. Und diese Signale sind für die Gesundheitsversorgung unserer Region von grosser Bedeutung.

Etwas kritischer aufgenommen, aber von der Mehrheit der Fraktionssprechenden trotzdem zustimmend entgegengenommen wurde unser Antrag, den Beschlussantrag 2 zu streichen. Die Frage von David Jenny, ob Alternativen berücksichtigt und diskutiert worden sind, muss ich verneinen. Das war nicht der Fall. Ich würde aber im Gegensatz zu Oliver Bolliger schon sagen, dass wir, sollten Sie dann diesem Antrag des Regierungsrates folgen, den Beschlusspunkt 2 im Grossratsbeschluss beizubehalten, ihm «nur» diese Bewilligung erteilen, nämlich diejenige, wie sie im Beschlussantrag steht. Aber wir wünschen uns ja eben genau das nicht, wir wollen nicht, dass ein solcher Beschlusspunkt 2 eingeführt wird und hier überzeugt für mich auch die Argumentation des Regierungsrates nicht abschliessend. Regierungsrat Lukas Engelberger hat gesagt, es bestehe dann kein Wandlungszwang, das Unispital müsste die Wandlung zuerst beantragen. Er sagt selber, dass es gar noch nicht ganz klar wäre, ob dann tatsächlich auch dem Antrag des Unispitals stattgegeben werden würde und er argumentiert dann zusätzlich, dass, wenn es rasch gehen müsste, es schneller gehen würde, wenn nur der Regierungsrat - nur wertneutral ausgedrückt - über diese Wandlung entscheiden würde.

Hier möchte ich einfach in Erinnerung rufen, dass wir in den vergangenen Jahren - Corona lässt grüssen - oft auch als Parlament sehr rasch über sehr grosse Beträge in diesem hohen Hause beschliessen mussten, nicht für das Unispital, aber ganz generell, die auch unsere Rechnung, die Staatsrechnung des Kantons belastet haben und ich würde deshalb diesem

zukünftigen Parlament, in dem wir dann vielleicht alle nicht mehr sitzen werden oder wieder sitzen werden, zutrauen und auch zumuten, dass es, wenn es tatsächlich so dringend ist, hier auch weise entscheiden kann und auch allenfalls einem solchen Antrag des Regierungsrats zur Umwandlung zeitnah folgt.

Aber ich glaube, es wäre ein falsches Signal, wenn wir heute diesen Beschlusspunkt 2 belassen würden. Ich glaube, es ist direktdemokratisch sinnvoller, es ist auch ein stärkeres Signal an die Öffentlichkeit, wenn wir sagen, dass das Parlament, die Legislative, die Volksvertreterinnen und Volksvertreter dann zumal die Gelegenheit haben, diese Diskussion noch einmal aufzunehmen, sie noch einmal mit dem Regierungsrat zu führen, weil diese Entscheidung dann auch Einfluss hat auf die Staatsrechnung unseres Kantons und nicht nur auf das Unispital. Und deshalb glauben wir als Finanzkommission, dass die Streichung dieses Beschlusspunktes 2 korrekt ist und wir bitten Sie, diesem Antrag ebenfalls so zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich nehme an, Sie nehmen die Zwischenfrage von David Jenny an. Das ist der Fall. Damit hat David Jenny das Wort.

David Jenny (FDP): Wenn der zweite Teil des Beschlusses bleibt gemäss Regierung und GSK, dann wäre im Vergleich dazu ein Rangrücktritt eine Sicht des Steuerzahlers das mildere Mittel. Es ist aber gesagt, das dürfte der Regierungsrat dann nicht ergreifen. Bleiben Sie bei dieser Auffassung?

Joël Thüring (SVP): Ich denke, wir könnten noch einmal darüber diskutieren. Sie sind ja ein Jurist, der dann das vielleicht in Erwägung ziehen könnte auszuführen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 10 des Berichts.

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Hier liegt der Änderungsantrag der GSK und des Regierungsrates vor. Sie möchten die Formulierung gemäss Ratschlag beantragen und einen zweiten Abschnitt einfügen. Der Antrag liegt Ihnen schriftlich vor. Wir eröffnen dazu die Debatte.

Antragsteller ist Lukas-Engelberger für den Regierungsrat.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Wir haben darüber ja bereits in der Eintretensdebatte gesprochen. Ich kann vielleicht hier anknüpfen an die Ausführungen von David Jenny. Dieser Hospital Run ist ja auch ein bisschen Science-Fiction, wenn uns Michael Schindelhjelm zuhört oder liest, nimmt er das vielleicht als Inspiration für eine zukünftige Oper einmal. Jedenfalls ist das tatsächlich nicht das Szenario, das wir vor Augen haben, dass das Vertrauen der Patientinnen und Patienten oder deren Angehörigen ins Erodieren kommt. Naheliegender ist, dass das Vertrauen der Revisionshäuser erodiert und die dann auf einer Wertberichtigung bestehen könnten einmal, falls sich zeigt, dass das Spital mit den betrieblichen Erträgen die hohen Bilanzsummen der Gebäude in seiner Rechnung nicht mehr erwirtschaften können würde. Und das geht dann ziemlich schnell, wie wir eben beim Felix Platter-Spital haben sehen müssen, es gibt auch einige andere Fälle im schweizerischen Spitalumfeld, wo das eingetreten ist. Dann glaube ich, ist es schon auch richtig, dass man schnell das Vertrauen herstellen kann, dass das Spital eine gesunde Finanzbasis hat.

Natürlich ist das auch möglich in einem parlamentarischen Verfahren. Ich möchte hier nicht Unterstellungen in die Welt setzen. Dieses ist allerdings, das muss man schon sagen, auch ein politischeres Verfahren und entsprechend könnte das dann auch eine schwierigere Zeit für das Spital in der Übergangsphase bedeuten. Ich glaube, das ist der Punkt, den wir abfedern möchten. Aber selbstverständlich sind auch Überlegungen zur Gewaltenteilung und zu den Rechten des Parlaments legitim und wir nehmen das selbstverständlich so entgegen, wie Sie das entscheiden.

Falls sie uns ermächtigen mit diesem Beschluss 2, eine Wandlung vorzunehmen, würden wir uns jetzt in meiner Interpretation spontan schon auf den Standpunkt stellen, dass auch die mildere Form des Rangrücktritts durch den Regierungsrat beschlossen werden könnte. Ich glaube, das wäre das plausiblere, aber das wäre dann eine Frage, die im aktuellen Kontext natürlich zu beantworten wäre. Wir wollen diesen Kontext vermeiden. Wir zählen darauf, dass das Darlehen dazu hilft, dass die Spitalgremien das Richtige tun und wir diesen Kontext vermeiden können. Beschluss 2 ist sozusagen ein Sicherheitsnetz. Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie uns ermöglichen, das aufzuspannen und möchten deshalb den Antrag hier doch zur Abstimmung bringen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ebenfalls Antragsteller ist Oliver Bolliger für die GSK.

Oliver Bolliger (GAB): Nur kurz, aus Sicht der GSK ist die Verantwortungsübernahme des Eigners bei unserem eigenen Universitätsspital der grösste ausschlaggebende Punkt, weshalb wir an diesem Antrag festhalten. Ich denke, da ist der Eigner in der Verantwortung, ob jetzt das schnell gehen muss oder auch eine gewisse Zeit haben kann. Er bleibt trotzdem in der Verantwortung. Die Möglichkeit, das Darlehen in Eigenkapital umzuwandeln, erschliesst sich der GSK als normaler Vorgang und deswegen halten wir an diesem Vorgehen fest.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Gegen den Antrag spricht Joël Thüring für die Finanzkommission.

Joël Thüring (SVP): Regierungsrat Lukas Engelberger hat schon bemerkt, dass eigentlich vorher in der Debatte auch schon alles gesagt worden ist. Der Eigner des Spitals ist natürlich nicht der Regierungsrat, sondern das ist letztlich der Kanton, und die Vertretung im Kanton Basel-Stadt ist einerseits die Regierung, andererseits das Parlament. Wir haben mit dem Entscheid, den Beschlusspunkt 2 zu streichen ja nicht gesagt, dass wir dem Regierungsrat nicht vertrauen würden, dass er die richtige Entscheidung fällen würde, wenn das Spital in ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten gerät. Diese Definition ist ja auch etwas juristisch vage, völlig verständlich, dass die auch juristisch vage sein muss. Wir sagen damit nur, dass wir als Parlament in einer gewissen Art und Weise ein Mitbestimmungsrecht haben möchten, und das würde dann auch bei einem Rangrücktritt letztlich so gewährleistet bleiben müssen aus meiner Sicht, denn ein Verzicht auf so etwas hat ja dann wiederum auch Einfluss eben auf die Staatsrechnung, also ist eben der dannzumalige Gläubiger der Kanton Basel-Stadt und damit eben auch wieder die Volksvertretung, der Grosse Rat. Und deshalb ist es eigentlich auch beim Rangrücktritt dasselbe Muster, das sich da aufzeigen würde. Deshalb glauben wir, ist es gut, wenn der Grosse Rat herein gebunden ist und ich gehe auch davon aus – Regierungsrat Lukas Engelberger muss mir das jetzt nicht noch bestätigen, weil ich weiss, dass das so wäre –, dass natürlich bei ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten auch rechtzeitig einerseits zwischen Regierung und Spital, aber andererseits dann auch zwischen Regierung und Parlament das Gespräch gesucht werden würde im Rahmen der Präsentationen der Jahresrechnung eines Spitals in der zuständigen Sachkommission.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage an? Sie wird angenommen.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Glauben Sie nicht, dass die Kreditwürdigkeit des Spitals schon allein dadurch, dass wir jetzt dem Antrag der GSK folgen, essenziell ist und erhöht werden könnte durch diesen Entscheid?

Joël Thüring (SVP): Nein, das glaube ich nicht, denn letztlich ist ja die Berechnung der Wirtschaftlichkeit über die EBITDA-Marge im Bericht der Finanzkommission dargelegt, und die zeigt eine gewisse Unsicherheit in dieser Finanzplanung von jetzt bis 2040. Deshalb ist es aus unserer Sicht auch nicht notwendig, jetzt aufgrund der Frage von Ihnen den Beschlusspunkt 2 im Antrag beizubehalten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung. JA heisst Zustimmung zum Antrag von Regierungsrat und GSK und damit Erweiterung des Beschlusses, NEIN heisst Ablehnung und Verbleiben bei der Version der Finanzkommission.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

23 Ja, 64 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003501, 16.05.24 11:40:01]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 64 Nein-Stimmen gegen 23 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN$

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003503, 16.05.24 11:40:43]*

Der Grosse Rat beschliesst

Dem Universitätsspital Basel (USB) wird für die Bauvorhaben Neubau Klinikum 2 Phase 1 (Turm) und Klinikum 3 ein verzinsliches und rückzahlbares Darlehen in Höhe von Fr. 300'000'000 gewährt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben ein Mal Nein, zwei Mal mit Enthaltung und 87 M al ja gestimmt. Damit ist der Grossratsbeschluss angenommen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir fahren weiter mit Traktandum 13.

13. Ausgabenbewilligung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit am Allschwilerplatz sowie für eine klimaangepasste Platzgestaltung, Bericht der UVEK

[16.05.24 11:40:59, 22.1551.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Umwelt-, Verkehrs und Energiekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Beim Allschwilerplatz besteht Erhaltungsbedarf. Der Regierungsrat hat aus diesem Grund ein Projekt ausgearbeitet, das diverse Verbesserungen vorsieht. In anderen Worten sind heute auf dem Allschwilerplatz einigen Defizite vorhanden, insbesondere die schlechte Aufenthaltsqualität. Auch unter diesen Umständen kann aber Quartierleben stattfinden. Es gibt eine Haltestellenkiosk, es gibt einen Stadtgarten und es gibt hin und wieder auch einen Foodtruck, der dort Halt macht.

Die UVEK hat die jetzige Situation genau angeschaut, ist auch vor Ort gewesen, hat die jetzige Nutzung zur Kenntnis genommen und vor allem auch ist sie sich bewusst, dass im Umfeld des Platzes mit dem Ökolampadhaus und mit der Ökolampadanlage inklusive dem Markt, der dort regelmässig stattfindet, und weiteren Institutionen im Umfeld wie zum Beispiel die Stadtbibliothek, dieser Platz eine sehr wichtige Rolle für das Quartier hat. Er liegt auf der Achse der Allschwilerstrasse, er liegt aber auch so, dass verschiedene Verkehrswege dort durchführen.

Wir haben uns in der UVEK Zeit genommen, dieses Geschäft intensiv zu beraten. Wir haben gestartet im Sommer 2023 und haben das Geschäft im April 2024 abgeschlossen und dafür insgesamt sie ben Sitzungen verwendet. Wie gesagt, sind wir auch vor Ort gewesen zu Beginn der Beratung. Wir hatten dort einen ersten Teil, wo wir als Kommission mit dem Bau- und

Verkehrsdepartement uns zuerst einen Überblick der Lage gemacht haben, einige Dinge unter uns angeschaut haben, und im zweiten Teil dann aber auch mit diversen Akteuren aus dem Quartier im und um den Platz herum sowie mit weiteren Organisationen, deren spezifische Anliegen wir angeschaut und diskutiert haben.

An dieser Stelle möchte ich mich bedanken beim Bau- und Verkehrsdepartement für die Bereitschaft, die Anliegen, die die UVEK daraus entwickelt hat, aufzunehmen und uns als Kommission diverse Optionen aufzuzeigen, wie man mit diesen Anliegen umgehen könnte. Denn das möchte ich schon vorwegnehmen, die UVEK hat gegenüber dem Ratschlagsprojekt doch einige Änderungen vorgenommen.

Zurück zum Ratschlagsprojekt: Dieses ist ja auch im Bericht des Regierungsrats ausführlich diskutiert. Es beinhaltet eine Reorganisation der Fahrbeziehungen, in diesem Zusammenhang geht es auch darum, wie viele Parkplätze verbleiben können und welche weichen müssen. Es geht um neue und bessere Querungen für den Fuss und Veloverkehr. Es gibt eine ganz neue Veloverbindung, die heute nicht besteht, und das Projekt beinhaltet auch eine neue Lage der Haltestelle des Trams, denn sie soll künftig hindernisfreies Einsteigen erlauben. Vorgesehen ist auch eine Tramsicherungsanlage in Richtung Morgartenring. Insgesamt kann man also festhalten, es wird eine neue Gestaltung geben, eine neue Durchwegung. Diese orientiert sich am Prinzip des kurzen Aufenthalts, vor allem des Ein- und Aussteigens beim öffentlichen Verkehr.

Die UVEK setzt ihre Kritikpunkte an diesem Punkt an. Wir finden, dass die Gestaltung ein zu geringes Gewicht auf Begrünung und Entsiegelung legt. Wir finden auch, dass keine eigentliche Platzsituation besteht. Es sind vielmehr diverse Flächen, die durchwegt werden. Für uns ist die Verzahnung des Platzes mit der Umgebung, insbesondere mit dem Ökolampadhaus ungenügend. Auch ein Identität stiftendes Element würde in Zukunft fehlen. Es ist unklar, ob die Zwischennutzungen weitergeführt werden können. UInd schliesslich empfinden wir auch die Geschwindigkeit von 50 km/h aus zu hoch im und um den Platz herum.

Für uns war nach diesen Feststellungen klar, entweder werden wir das Geschäft zurückweisen oder wir versuchen substanzielle Anpassungen zu erwirken. Sie sehen, ich sitze hier nun und werde das Projekt vertreten, wir haben uns entschieden, diese substanziellen Anpassungen vornehmen zu lassen und haben am Schluss mit 12 zu 0 Stimmen das abgeänderte Projekt auch verabschiedet. Der Plan, wie das Projekt dann aussieht, sehen Sie in unserem Bericht in Abbildung 6. Es gibt auch eine Folie dazu. Ich werde jetzt nämlich auf die Änderung gegenüber dem Regierungsrat eingehen.

Mit unserem Projekt der UVEK möchten einen Flächengewinn erreichen für Begrünung und Entsiegelung und damit auch für mehr Nutzungen auf dem Platz, und das durch eine Reduktion an Parkplätzen, an Wegen und an Randflächen. Den Flächengewinn möchten wir nutzen, damit eine zusammenhängende Fläche entsteht, wo auch Quartiernutzung stattfinden kann. Uns ist wichtig, diese Verzahnung der Platzmitte mit den Platzrändern und den angrenzenden Nutzungen herzustellen, denn wir möchten nicht, dass der Allschwilerplatz eine Insel, umgeben von Verkehr ist. Wir sehen darum in unserem Projekt vor, dass die Randsteine abgesenkt werden und dass in dem U, das im Osten Süden und Westen des Platzes ist, eine Begegnungszone signalisiert wird.

Wir möchten mit diesen Änderungen erreichen, dass der Aufenthalt auf diesem Platz ermöglicht wird, und zwar einen längeren Aufenthalt, als nur auf das nächste Tram zu warten. Aber auch das Verweilen soll möglich sein. Die Quartiernutzungen und die Bezüge zu den umgebenden Nutzungen, wie zum Beispiel der Ökolampadmatte oder des Ökolampadhauses sollen stattfinden und der Platz soll diese Nutzungen auch ein Stück aufnehmen.

Wir haben weitere Ideen geprüft und verworfen. Das sind namentlich eine komplette Aufhebung der Fahrbahnen im Osten, Süden und Westen. Das haben wir verworfen, sind dann aber auf die Begegnungszone eingeschwenkt. Wir haben auch verworfen, ein fixes multifunktionales Gebäude auf dem Platz zu erstellen. In diesem Zusammenhang auch haben wir geprüft, ob man man das bestehende IWB-Gebäude anders nutzen könnte. Wir haben diese zwei Dinge verworfen aus finanziellen Gründen. Die Umnutzung des IWB-Gebäudes würde zwischen fünf und sechs Millionen Franken kosten. Ein neues multifunktionales Gebäude würde so viel kosten, dass eine Jahresmiete rund 30’000 Franken kosten würde. Denn erstellt man ein neues Gebäude, muss es natürlich den geltenden Normen entsprechen, was Toilette, Zugang und so weiter anbelangt.

Aber wir sehen ein kleines bauliches Element vor. Wir sprechen in unserem Bericht zum Beispiel von einem Pergola ähnlichen Element. In einem Mitwirkungsverfahren soll durchdacht werden, wie es aussehen soll und auf welche Nutzungen es abgestimmt werden soll. Wir haben uns auch Gedanken gemacht, ob man das heutige Tramhaus in irgendeiner Form erhalten könnte. Das ist nicht möglich, weil die Gleislage verändert werden miuss, damit die Trams in einer Geraden halten können, damit dieser hindernisfreie Einstieg gewährleistet ist. Ein anderes Projekt würde vom Bundesamt für Verkehr auch nicht bewilligt. Und das wiederum heisst, dass das Tramhaus sich verschieben muss. Es muss also demontiert werden. Und wenn man das schon macht, dann greift der Grossratsbeschluss, der vorsieht, welche Tramhaltestelleninfrastruktur anzuwenden ist. Dazu gibt es einen GRB. Das erlaubt auch in Zukunft für die Fahrgäste des öffentlichen Verkehrs in beide Richtungen einen Witterungsschutz anzubieten, heute ist das ja nur in einer Richtung der Fall. Was wir auch verworfen haben, ist die Veloverbindung von der Eichenstrasse in Richtung Allschwilerstrasse. Das ist aus Sicherheitsgründen nicht machbar.

Nun noch dazu, wie sich die UVEK das weitere Vorgehen vorstellt. Wir sind mit unserem Projekt in eine andere Richtung gegangen und haben gesagt, dass dieser Platz eine eine sehr wichtige Funktion für das Quartier hat. Wir möchten darum eine Gestaltung, die eine Quartiernutzung möglich macht. Welche Nutzung das sein soll, ist aber nicht an uns als Kommission oder als Grosser Rat im im Jahr 2024 festzulegen. Es sind ja noch einige Jahre ausstehend, bis dann das Projekt wirklich gebaut wird. Da soll wiederum die Quartierbevölkerung sich einbringen können. Wir sehen in unserem Beschlussantrag darum vor, 30’000 Franken für ein Mitwirkungsverfahren für die Durchführung vorzusehen und wiederum 150’000 Franken für die Umsetzung, was bei diesem Mitwirkungsverfahren herauskommen wird. Sie sehen auf dem Plan zwei schraffierte Flächen. Das sind Flächen im grünen Bereich, wo zum Beispiel so etwas wie der heutige Stadtgarten weitergeführt werden könnte, wenn das Quartier das möchte. Wir haben aber auch gesagt, dass es vielleicht nötig sein wird, das gewisse Wünsche aus dem Mitwirkungsverfahren zum Beispiel auf der Mergelfläche stattfinden. Diese befindet sich in unmittelbarer Nähe zum vorgesehenen Platz des Foodtrucks, wo es auch einen Medienpunkt gibt.

Insgesamt heisst das also folgendes: Wir haben die Gestaltung aus unserer Sicht optimiert. Sie lässt in Zukunft so auch mehr Quartiernutzungen zu, welche Nutzungen das sein sollen, dafür sehen wir ein Mitwirkungsverfahren vor und dort können dann die Akteure aus dem Quartier, die sich heute schon engagieren oder die auch noch hinzukommen, einbringen. Und somit entsteht aus unserer Sicht ein rundes Gesamtpaket mit einer stadtklimatisch guten Gestaltung, mit einer attraktiven Aufenthaltsqualität, welche die Flexibilität offenlässt, dass im Mitwirkungsverfahren dann auch Nutzungen, die im Interesse des Quartiers sind, starten oder weitergeführt werden können.

Balz Herter (Mitte-EVP): Für die Regierung halt das Wort Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Sie kennen den Platz heute. Er ist stark verkehrsorientiert, er ist auch fragmentiert. Es ist eigentlich gar kein wirklicher Platz, weil er eben sehr verkehrsorientiert ist. Und das möchten wir ändern. Es gibt auch ganz konkreten Handlungsdruck. Wir möchten und müssen diese Haltestelle so gestalten, dass man künftig ohne Stufe einsteigen kann. Es ist auch ein Punkt, der sensibel ist in der Nähe von Altersheimen, in der Nähe von Spitälern, Institutionen im medizinischen Bereich. Also da gibt es auch einen hohen Druck, diese Haltestelle umzugestalten.

Und wenn wir das tun, möchten wir eben auch das Potenzial eines Ortes nutzen, auch die Infrastruktur natürlich im Boden erneuern, aber eben auch diesen Ort noch zu etwas machen, was er eben sein kann, ein eigentlicher Platz. Wir haben dann gestartet mit einem Mitwirkungsprozess im Jahr 2020, der war ausnahmsweise digital, weil es während Corona war. Es haben doch 70 Leute mitgemacht. Das war eine spannende Erfahrung. Wir haben dann 2021 die Überarbeitung präsentiert und daraus dann diesen Ratschlag erarbeitet.

Nun hat sich die UVEK darüber gebeugt und ich möchte an dieser Stelle der Kommission und dem Präsidenten wirklich ganz herzlich danken für die sehr intensive Auseinandersetzung. Wir haben uns über die Pläne gebeugt. Wir haben diskutiert, was kann, was können wir noch anders machen, was können wir besser machen? Die Kommission war vor Ort. Man hat es sich wirklich nicht leicht gemacht, und wie Sie sich vorstellen können, sind gerade bei solchen Plätzen die Ansprüche auch sehr vielfältig und sehr gross.

Vielleicht darf ich auch vorwegschicken, wenn wir so einen Platz gestalten, dann muss das nachher für Jahrzehnte so gut sein und möglichst flexibel sein. Wir bauen Plätze nicht für ein, zwei oder vier Jahre, sondern eben in einer Art und Weise, wie wir denken, dass es über Jahrzehnte auch eine flexible Nutzung für das Quartier ermöglicht. Die Anpassungen der UVEK werden vom Regierungsrat begrüsst. Es wurde mehr Entsiegelung geschaffen. Es ist auch eine Mitwirkung angedacht, um eben auch der Bevölkerung noch Gelegenheit zu geben, auf zwei ganz spezifischen Stellen auf diesem Platz noch Einfluss zu nehmen und zu überlegen, welche Nutzung sinnvoll ist. Logischerweise können wir nicht die ganze Planung dann nochmals aufgreifen, aber hier denke ich, ist das eine gute Art und Weise, wie man auch nach Gestaltung des Platzes eben noch Einfluss nehmen kann.

Dies aber, und das ist ganz ganz wichtig, mit einer mobilen Lösung. Wenn wir jetzt wieder ein Haus dahin stellen, dann versiegeln wir mehr und das wiederum würde auch bedeuten, dass es keine Zwischennutzung mehr wäre. Ein Haus würde bedeuten, dass nachher auch eine reguläre Miete verlangt werden müsste, und deshalb eben ist eine mobilde Lösung oder eine Art Pergola an dieser Stelle sehr sinnvoll. So kann sich die Nutzung auch über die nächsten Jahrzehnte noch verändern.

Ich bin sehr gespannt auf die Debatte und ich danke noch einmal der Kommission für die sorgfältige Bearbeitung des Geschäftes und ich werde mich gegebenenfalls noch für ein zweites Votum melden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Und besten Dank. Ich freue mich auch auf die Debatte. Aber diese wird erst heute Nachmittag stattfinden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Aber diese wird heute Nachmittag stattfinden. Ich wünsche Ihnen einen guten.

Schluss der 14. Sitzung

11:56 Uhr

Protokoll

der 15. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Donnerstag, den 16. Mai 2024, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Barbara Heer (SP); Raoul I. Furlano (LDP); Nicole Amacher (SP); Gianna Hablützel-Bürki (SVP); Daniela Stumpf-Rutschmann (SVP); Lukas Bollack (GLP); Brigitte Gysin (die Mitte/EVP); Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP); Tonja Zürcher (GAB); Felix Wehrli (SVP).*

Verhandlungsgegenstände:

13. Ausgabenbewilligung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit am Allschwilerplatz sowie für eine klimaangepasste Platzgestaltung, Bericht der UVEK 2
14. Gestaltungskonzept Innenstadt: Vierter Bericht zur Verwendung der Mittel aus der ersten Rahmenausgabenbewilligung (2015) sowie erster Bericht zur Verwendung der Mittel aus der zweiten Rahmenausgabenbewilligung (2021) Gestaltungskonzept Innenstadt (stabile Räume), Bericht des RR .. 18
15. Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung in den Jahren 2021 und 2022, Bericht der UVEK 21
17. Motion 1 Joël Thüring und Konsorten betreffend ungültige Stimmen vermeiden – Wahlunterlagen anpassen 28
18. Motion 2 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Chancengerechtigkeit für migrierte Schülerinnen und Schüler durch langfristige Sicherstellung eines Förderprogramms für leistungsstarke Jugendliche 30

Beginn der 15. Sitzung

Donnerstag, 16. Mai 2024, 15:00 Uhr

13. Ausgabenbewilligung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit am Allschwilerplatz sowie für eine klimaangepasste Platzgestaltung, Bericht der UVEK

[16.05.24 15:00:12, 22.1551.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir starten mit dem ersten Fraktionssprecher André Auderset für die LDP.

André Auderset (LDP): Ich darf mich gleich doppelt outen. Zum einen, ich liebe Erdbeeren, insofern hat mich das gestern sehr gefreut, was wir da bekommen haben im Zusammenhang mit diesem Traktandum, zum zweiten oute ich mich als Wissender und Betroffener, ich wohne nämlich an der Pfeffelstrasse und das ist gerade hinter dem Allschwilerplatz. Für einmal also mal nicht über das Kleinbasel.

Diese Vorlage, die hat nahezu eine Attacke vor, kann man sagen, auf ein Zentrum, das sich gebildet hat dort in der Gegend, auf einen Platz, der früher unansehnlich war, heute eigentlich immer noch ziemlich unansehnlich ist, der aber trotzdem von der Bevölkerung dank einigen initiativen Leuten doch sehr gut angenommen wurde, der sich wirklich in ein Begegnungsort entwickelt hat, sogar im Winter mit diesem Pflanzgarten, ringsum Flammenschalen, wo auch die Leute rumsitzen, auch die umliegenden Alterswohnungen, die Bewohnerinnen und Bewohner dort haben das durchaus sehr geschätzt. Und jetzt also soll dieser Ort einfach einmal kaputt renoviert werden. Ich sage das mal so deutlich.

Es wäre eigentlich schon aus Sicht der meisten oder vieler Anwohnerinnen und Anwohner eine Katastrophe, was der Regierungsrat in seinem Bericht hat. Nur wurde das durch die UVEK dann auch noch ideologisch aufgeladen und verschärft nach dem Motto: Es kann ja nicht sein, ein Bauprojekt durchzuwinken, ohne dass man eine zweistellige Zahl von Parkplätzen aufgibt oder aufhebt. Nur ist das in diesem Zusammenhang jetzt gar nicht mein wichtigster Kritikpunkt. Nennen wir einige dieser Kritikpunkte:

Zum einen, man will also hier entsiegeln und begrünen. Bitte gehen Sie heute vielleicht, wenn Sie an die Eröffnungsfeier des Oekolampad gehen, gehen Sie mal etwas um diesen Platz herum. Dann sehen Sie auch die Schönenbuchstrasse, die am Oekolampad vorbeiführt, also begrünter geht es ja gar nicht mehr. Auf der linken Seite eine ganze Baumreihe, auf der rechten Seite üppige Vorgärten, meist auch noch mit einem Baum, also wenn Sie irgendwo nicht entsiegeln müssen oder es keine wirkliche Priorität hat, dann ist es eben am Allschwilerplatz. Wenn Sie entsiegeln wollen, haben Sie gleich nebendran eine gute Möglichkeit. Da hat man nämlich zwischen dem Brausebad und dem Allschwilerplatz an der Allschwilerstrasse jede Menge Parkplätze unter fadenscheinigen Gründen aufgehoben, dort haben wir jetzt wirklich eine Betonwüste. Da passiert gar nichts mehr, vorher standen Autos darauf, jetzt steht da gar nichts drauf. Da könnte man durchaus entsiegeln, da hätte es auch noch Platz für die eine oder andere Bepflanzung, vielleicht für die Kellerschen Blumenkübel oder die mobilen Grüninseln, die ja auch noch ihre Plätze suchen. Da könnte man also durchaus etwas machen, aber am Allschwilerplatz selber entsiegeln brauchen Sie wirklich nicht.

Dann würden mit dieser Neufassung auch die ganzen Gitter verschwinden, diese Häge aus Metall, die Sie vielleicht heute noch sehen werden. Und die sind auch sehr nützlich, die hindern nämlich die Kinder, die dort auf dem Platz durchaus spielen, daran, auf die befahrene Strasse zu fahren und die Strasse, die auch bleiben soll, nämlich die Verbindung von der Ahornstrasse in die Allschwilerstrasse rauf zum Morgartenring, die ist relativ stark befahren, es hat zwar Fussgängerstreifen dort, aber trotzdem, diese Gitter sind dort eigentlich sehr nützlich.

Dann soll das Tramhäuschen verschwinden. Wir haben gehört, das muss deshalb passieren anscheinend, weil man ja die Schienenführung anders machen muss, damit man diese unsäglichen hohen Rampen machen kann, um ebenerdig in das Tram einzusteigen. Erstaunlicherweise muss man dann die Haltestelle auch noch gleich verlängern, damit nämlich die Gehbehinderten um diese Haltestelle rumlaufen können, weil sie durch die Haltestelle nicht wie heute durchlaufen können, weil eben der Niveauunterschied zwischen der Traminsel und dem Schienenbett viel zu hoch ist. Das an sich schon nahezu pervers, aber das ist ein anderes Thema, nämlich dass diese behindertengerechte Gestaltung durch Ihre Gestaltung eher noch Behinderungen schafft. Das Tramhäuschen also soll verschwinden, das sich damals wirklich bewährt hat, das fast schon einen gewissen Kultstatus da im Quartier erreicht hat, auch dank diesem sehr initiativen Erdbeerenverteiler von gestern, aber nicht nur dank ihm, sondern auch durch andere Sachen, die dort passieren ringsum, das jetzt einfach zu schleifen, ist völlig unsinnig und auch dies geschieht eigentlich gegen den Willen wohl der meisten im Quartier.

Dann kommt dazu, dass die Taxistandplätze verschwinden sollen. Sie haben hintendran das Merian Iselin Spital, Sie haben von Wibrandis eine grosse Siedlung von altersgerechten Wohnungen, wo die Leute dann nicht ins Heim müssen, sondern in ihrer eigenen Wohnung leben können, all diese Leute sind natürlich sehr stark angewiesen auch auf das Taxi. Auch diejenigen, die am Allschwilerplatz aussteigen und sich dann etwas weiter hinten im Quartier zu ihrem Wohnort bewegen, sind zum Teil auch sehr froh, dass sie für diese zwar kurze Strecken, aber trotzdem für sie halt mit Rollator oder mit Stöcken mühsamen Strecken dann die Taxis benutzen können. Und auch das sehen Sie vielleicht heute, wenn Sie zur Eröffnung gehen, dort stehen eigentlich praktisch auch immer ein bis zwei Taxis, das ist also durchaus sehr praktisch und sehr gut.

Fazit: Man hat hier ohne Not und ohne dass man wirklich die Interessen der Anwohnerschaft auch wirklich geprüft hätte, ein Projekt aufgestellt, das man eigentlich so nicht wollen kann und auch nicht will im Quartier. Natürlich lässt sich da durchaus sanft einiges verändern, ein wirklich schöner Platz ist es nicht, aber von dieser schlechten Aufenthaltsqualität, wie der Kommissionspräsident geredet hat, haben sich bis jetzt eigentlich die Anwohner nicht beeindrucken lassen. Die haben den Platz angenommen und sie würden ihn sicher noch besser annehmen, wenn man ihn etwas leicht sanieren würde, aber nicht gleich kaputt renoviert.

Nun, das ist auch gefallen, man hat sich ja bei den Anwohnern erkundigt, man hat ja da auch Umfragen gemacht, steht auch im Bericht, zwei Stück sogar digital. Ich habe es vorher schon erwähnt, es hat sehr viele Alterswohnen, sehr viele Alteingesessene dort, ich überlasse es Ihrer Einschätzung, wie viele Leute dort an einer digitalen Umfrage teilnehmen. Und die Baudirektion hat es erwähnt, man will nachher auch noch eine Begehung mit den Anwohnenden machen und noch weitere Bedürfnisse abklären. Das finde ich natürlich, um das so zu sagen, das Pferd vom Schwanz aufgezäumt. Zuerst bitte fragt man mal genau, und zwar in Echtzeit und an Ort die Bedürfnisse der Anwohnerschaft ab und dann macht man ein Projekt. Sonst ist das übliche, was leider sehr oft bei diesen Mitwirkungsprojekten passiert, man lädt die Leute ein, macht sogar tolle Workshops und alles Mögliche und am Schluss sagt man, es ist toll, was ihr alles erarbeitet hat, das geht leider nicht, wir machen jetzt das, was wir schon am Anfang gesagt haben. Das schafft nur frustrierte Leute, aber sicher keine echte Mitwirkung.

Kurz und gut, es ist etwas, was so in dieser Form nicht nötig ist, was so in dieser Form nicht sinnvoll ist, und darum beantragt Ihnen die Liberaldemokratische Fraktion, dieses Projekt zurückzuweisen an den Regierungsrat nach dem Motto, das lässt sich viel gescheiter machen. Bitte tun Sie es.

Balz Herter (Mitte-EVP): André Auderset, es liegen zwei Zwischenfragen von Lisa Mathys und Jean-Luc Perret vor. Nehmen Sie sie an? Sie werden angenommen.

Lisa Mathys (SP): Sie haben die behindertengerechte Haltestelle erwähnt und haben gesagt, es ginge um die Erhöhung unsäglicher Rampen, wenn ich Sie richtig verstanden habe, und dass das Haus deswegen abgebaut werden müsse. Erinnern Sie sich aus Ihrer UVEK-Zeit, dass es für eine behindertengerechte Haltestelle wichtig ist, dass die Geleiselage gerade ist wegen dem Spaltmass? Und bestreiten Sie das Bedürfnis der Alterswohnungen und somit die Behinderten haben?

André Auderset (LDP): Es ist wohl hier nicht der Ort, jetzt über die Sinnhaftigkeit genau dieser Art von Behinderten-Haltestellen zu diskutieren, aber ich bin überzeugt, wenn man will, findet man Möglichkeiten, dieses Tram auch so zu legen, Platz genug ist ja vorhanden, auch asphaltiert fest genug vor allem, die Schienen etwas so umzulegen, dass man das Tramhäuschen erhalten kann. Sie würden auch nicht das Spalentor abreissen, nur weil dort das Tram um eine Kurve geht.

Jean-Luc Perret (SP): André Auderset, Sie haben von der Mitwirkung gesprochen, die besser gemacht werden soll. Was wäre denn für Sie ein guter Zeitraum zwischen der Mitwirkung und der Umsetzung dieser Projekte, ein vernünftiger?

André Auderset (LDP): Ein vernünftiger wäre, dass man einmal das aufschreibt seitens der Verwaltung, was man machen will. Das hätte dann auch das sein können, was wir jetzt als Bericht vom Regierungsrat erhalten haben, und dann erst mal Versammlungen macht dort vor Ort oder auch in einem benachbarten Lokal, das Oekolampad hätte sich angeboten, um dann die Bedürfnisse der Anwohner abzuholen und dann nochmal in das Büro zurückzugehen, um sich ernsthaft damit zu beschäftigen, wie man diese Anliegen erfüllt und nicht, wie man sie am besten abwehrt und trotzdem das macht, was man ohnehin schon immer wollte.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Sprecher gemäss der Reihenfolge von heute Morgen ist Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Die SVP bittet Sie, die Ausgabenbewilligung für diese Erhöhung der Verkehrssicherheit, etc. zur Nachbesserung an den Regierungsrat zurückzuweisen. Natürlich, das Argument, wie Sie es so erwarten können von der SVP, die Parkplätze. Ich weiss, einige in diesem Saal schütteln den Kopf, wieso die Aufhebung dieser Abstellmöglichkeiten für den Teufel MIV überhaupt ein Thema ist, es sei doch unnötig, nein, diese Diskussion erspare ich Ihnen nicht. Es ist ein Thema, auch wenn nach der Ideologie einiger in diesem Saal alles getan werden muss, um den Teufel MIV aus der Stadt zu verjagen.

Das Quartier um den Allschwilerplatz ist ein ruhiges Quartier, welches aber leider mit Parkplätzen alles andere als gesegnet ist. Es enthält ein Spital und in Gottes Namen, in ein Spital können nicht alle und auch nicht alle Besucher mit dem Velo oder mit dem ÖV anreisen und trotzdem wird hier der Krieg gegen die Autofahrer munter weitergeführt. Die UVEK schreibt ja selbst, im 2021 seien auf der Achse Morgartenring/Allschwilerplatz/Spalenring 104 Parkplätze aufgehoben worden und die Bevölkerung muss sich damit auseinandersetzen, wie geht sie damit um. Und ich kann Ihnen ein Beispiel sagen aus meinem Bekanntenkreis, da hat jemand mit den Füssen abgestimmt, ist ein paar 100 Meter weitergezogen nach Allschwil und dort ist er jetzt glücklich und muss sich nicht mit diesen Schwierigkeiten von Basel auseinandersetzen. Ich kann immer nur wiederholen, Sie kämpfen nicht gegen das Auto, Sie kämpfen gegen die Menschen, welche ein Auto einsetzen, welche auf das Auto teilweise angewiesen sind. Gerade die unter Ihnen, welche zu Recht von Menschlichkeit, Respekt vor dem Menschen reden, Sie führen Krieg gegen diejenigen, welche nicht in Ihr Mobilitätsweltbild passen und Sie verjagen diese Menschen. Hier von Respekt dem anderen gegenüber zu reden, finde ich als schwierig.

Dann kommt hinzu, da ist noch der Anzug von Herrn Kollege Jean-Luc Perret mit der beidseitigen Keulung der Parkplätze an der Ahornstrasse. Man muss kein grosser Wahrsager sein, um vorherzusehen, dass dieser Anzug überwiesen werden wird. Der Anzug enthält den Passus: die Markierung von beidseitigen Velostreifen anstelle der Parkplätze in der Ahornstrasse könnten diese Mängel beheben. Dass Sie damit die Leute aus dem Kanton verjagen, den Suchverkehr noch verstärken, die Sicherheit mit diesem Suchverkehr gerade für Fussgänger noch vermindern, das scheint offenbar egal zu sein, Hauptsache Sie kämpfen für die gute Sache und machen dem Teufel Autofahrer das Leben schwer. Solange Parkplätze aufgehoben werden ohne Alternative, sind solche Ratschläge zurückzuweisen.

Zweiter Punkt: Der Platz als Quartierzentrum, der Platz als Begegnungszentrum, der Platz als Ergänzung zur Matte und zum neuen Café im Oekolampad-Gebäude. Ja, dieser Platz lebt, dieser Platz ist in der jetzigen Form beliebt im Quartier. Sie haben es gestern gesehen mit diesem Bioladen, die Erdbeeren, da konnten wir endlich mal Erdbeeren essen, die nach Erdbeeren geschmeckt haben, nicht einfach nur nach rotem Wasser. Sie wurden nicht über hunderte, tausende Kilometer hierher geflogen. Warum Sie das einfach so über Bord werfen wollen, ist mir nicht erklärlich.

Natürlich kommt das Argument, stimmt, es ist eine Zwischennutzung und eine Zwischennutzung ist von ihrer Natur her zeitlich beschränkt. Aber gerade in unserem Kanton hat ja eine zeitliche Beschränkung nur eine relative Bedeutung. Ich erinnere Sie, vor ein paar Jahren wurde in einer Interpellation gefragt, ob man nicht die Zwischennutzung des Ex-Esso-Areals verlängern könnte und da hat der Regierungsrat gesagt, ja, ja, das wolle er dann noch schauen, das sei durchaus möglich, er werde dann noch darüber entscheiden. Also solche Verlängerungen von Zwischennutzungen sind nicht ausgeschlossen.

Auch die Mitwirkung, die da jetzt so hoch gelobt wird, ist doch mit sehr engen Rahmenbedingungen versehen. Auf diesen Mitwirkungsflächen sind keine Strom- oder Wasseranschlüsse vorgesehen, die würden mit grosser Sicherheit nachher nicht nachgerüstet. Das Dach des Tramhäuschens, gut, ich persönlich will das jetzt nicht extrem hoch bewerten, aber es ist gelebte Geschichte. Es ist eine gelebte Geschichte, deren Erhaltung unserer Stadt gut ansteht. Dieses Tramhäuschen mit dem Dach verbreitet einen schönen nostalgischen Charme und das jetzt einfach aus ideologisch prinzipiellen Gründen über Bord zu werfen, dünkt uns falsch.

Und im Weiteren, wie war das noch einmal mit lieber sanieren statt neu bauen, wie war das da mit der grauen Energie, die verloren geht? Wenn man etwas kaputt macht und neu baut, leider in diesem Fall nicht der Diskussion wert, ist es noch interessant, wann graue Energie wichtig ist und wann nicht. Andere Diskussion, ich bin sicher, wir werden auch wieder auf dieses Thema zurückkommen.

Ich fasse zusammen, namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie, die Ausgabenbewilligung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit am Allschwilerplatz abzulehnen und den Ratschlag an den Regierungsrat zurückzuweisen. Er möge den Ratschlag nachbessern und einen vorlegen, der keinen Parkplatzabbau ohne Alternativen vorsieht und welcher konkret den Erhalt des Allschwilerplatzes als beliebtes Quartier- und Begegnungszentrum beinhaltet. Ich danke Ihnen dafür.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GAB): Meine Fraktion wird dem Grossratsbeschluss zustimmen. Einiges finden wir sehr gut, was die UVEK angepasst hat. Kritik und Anmerkungen haben wir vor allem bei der Mitwirkung und beim Umgang mit den tollen Quartiersinitiativen, die dort gerade geschehen, die im Vorfeld der Beratung der UVEK thematisiert wurden von der Verwaltung, von der Regierung und da werde ich in einem zweiten Punkt darauf eingehen.

Zuerst zum Guten und das ist sehr vieles. Die Platzgestaltung, die heute beantragt wird, die bringt einen grossen Mehrwert. Sie bringt eine behindertengerechte Haltestelle, sie bringt mehr Grün, mehr Bäume, sie bringt eine Aufenthaltsqualität, nachdem eigentlich das ursprüngliche Projekt vor allem einen Fokus auf die Haltestelle gelegt hat und auf die unterschiedlichen Wege, wie man zu der Haltestelle kommt, und eben nicht die Aufenthaltsqualität in den Fokus gestellt hat. Wir finden, es wäre schade gewesen, dieses Projekt so zu überweisen. Jetzt mit den Anpassungen der UVEK ist die Aufenthaltsqualität im Zentrum und das finden wir nur korrekt, wenn man ja gerade auch heute sieht, dass im Quartier auch ein Bedürfnis ist, den Allschwilerplatz zu beleben und zu bespielen.

Das jetzt vorgeschlagene Projekt ermöglicht eine Verzahnung mit dem Oekolampad, aber auch bis zu den Hauswänden im U-Bereich des Platzes. Die Karte ist nicht mehr eingeblendet, aber ich hoffe, Sie wissen, was ich meine. Es ermöglicht Begegnung, weil eine grössere Fläche geschaffen wurde, und es ermöglicht auch mehr Verkehrssicherheit. Etwas, das uns noch fehlt, ist Tempo 30 in der oberen Strasse, die entlang des Oekolampads führt. Wir haben es vorhin auch gehört, diese Schranken, die kommen weg. Es sind sehr viele Kinder dort im Umfeld des Allschwilerplatzes, deshalb wäre Tempo 30 angebracht. Tempo 30 wäre auch angebracht, weil diese obere Verbindung eine Veloroute ist und heute keinen Velostreifen hat, und da sind wir froh, dass da auch noch nachgedoppelt wird mittels einem Vorstoss.

Zu den Parkplätzen und der Kriegsmetaphorik, die Beat Schaller vorhin soeben verwendet hat, diese finden wir sehr deplatziert und möchten wir gerne zurückweisen. Ich erinnere daran, dass wir im Kanton Klimaziele haben, die gelten auch für den Verkehrsbereich. In der Klimastrategie, die von der Regierung beschlossen wurde, wurde ein Drittel weniger Autoverkehr auch als Ziel benannt, entsprechend ist dieser Fokus auf Begrünung, auf Klimaadaption, das auch in unserer Verfassung geschrieben steht, absolut richtig.

Nun zu unseren kritischen Anmerkungen. Heute auf dem Allschwilerplatz findet eine sehr tolle Quartiersinitiative statt. Der Kiosk und der Stadtgarten, die sind sehr wertvoll. Sie sind ehrenamtlich, es ist wirklich ein Bärendienst, der dort auch gemacht wird an das Quartier, an den sozialen Zusammenhalt in dem Quartier und in unseren Augen sollte eigentlich das Ziel einer nachhaltigen Stadtplanung, die den Menschen ins Zentrum stellt, sein, solche Initiativen auch in die neuen Umgestaltungsprojekte überführen zu können. In der Mitwirkung konnten diese nicht überführt werden und das finden wir sehr schade und sind aber nun der Kommission sehr dankbar, dass sie mit ihrem Ratschlag zwei Zukunftsperspektiven auch bietet für diese Initiativen neben dem, dass eigentlich auch schon mit der neuen Platzgestaltung auch mehr Raum ist, weil da ja eben die Aufenthaltsqualität ins Zentrum gesetzt wurde.

Die Zukunftsperspektive 1 sind die partizipativen Flächen. Das ist für mich ein Novum, das habe ich noch nie so gesehen, dass man diesen Weg geht, eine Mitwirkung im Nachhinein und sehr nahe am Bauprojekt zu machen. Ich denke, das ist ein sehr guter Weg, um solche Quartiersinitiativen dann auch in die neue Platzgestaltung nach der Umgestaltung überführen zu können. Dafür wird auch Geld gesprochen und das begrüssen wir sehr. Auch als Zukunftsperspektive 2 der Standplatz für mobile Gastronomieangebote, auch diese begrüssen wir. Das ist durchaus auch eine Möglichkeit, gerade auch für einen solchen Gemüsekiosk, wo man tatsächlich sich auch um diese Stelle bewerben kann, vielleicht auch mit einem Crowdfunding. Die Unterstützung ist gross im Quartier, mit einem Crowdfunding auch ein entsprechendes Fahrzeug sich erwerben könnte, um dann dort auch diese obere Begegnungsfläche, die im Ratschlag vorgesehen ist, auch bespielen zu können.

Zu den vorherigen Voten zur Tramhaltestelle. Ich möchte gerne darauf hinweisen, dass auch schon im Bericht stand, dass diese Tramhaltestelle nicht an Ort und Stelle bleiben kann, wenn man eine behindertengerechte Haltestelle bauen möchte. Und ich denke, uns ist allen bewusst, dass wir das Bundesgesetz dort umsetzen müssen, dass wir BehiG umsetzen wollen, dass auch diese Haltestelle insbesondere eine spezielle ist, die auch prioritär umgesetzt werden soll. Die Gleislage heute erlaubt es nicht, eine behindertengerechte Haltestelle zu bauen, ohne das Tram-Haus zu verschieben. Wenn man das Tram-Haus verschieben würde und dort tatsächlich einen echten Kiosk hinein bauen würde, dann gelten Vergaberichtlinien und dann würde diese tolle Initiative vom Quartier tatsächlich wegkommerzialisiert werden und das denke ich, ist nicht im Sinne des Quartiers und auch nicht im Sinne einer nachhaltigen Stadtplanung, die die Menschen ins Zentrum stellt.

Diese nachträgliche Mitwirkung und diese Mitwirkung als Novum auch kurz vor dem Bau, die finden wir wirklich äusserst sinnvoll und finden wir einen guten Ansatz, den man auch in weiteren Projekten vielleicht wiederverwenden kann. Einzelne Personen in unserer Fraktion werden sich enthalten, nicht weil sie das Projekt nicht gut finden, sondern weil ein gewisser Frust vorhanden ist, dass diese Mitwirkung nicht zu dem Effekt geführt hat, dass solche wertvollen Initiativen auch übergeführt werden konnten in das jetzige Projekt. Daher eher aufgrund des Prozesses werden sich Vereinzelte enthalten.

An dieser Stelle möchte ich noch danken an den Regierungsrat, die zuständige Regierungsrätin und die Mitarbeitenden im Departement für das Handbieten für dieses Novum, dass wir das hier schaffen konnten, dass wir hier auch Perspektiven

gemeinsam erarbeiten konnten und auch wirklich umfassende Anpassungen am Projekt machen konnten. Meine Fraktion schätzt das sehr und daher wir würden wir Sie bitten, auch mit uns zu stimmen und den Grossratsbeschluss zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Raffaela Hanauer, es liegen drei Zwischenfragen vor. Nehmen Sie diese entgegen? Adrian Iselin für die erste Zwischenfrage.

Adrian Iselin (LDP): Vielen Dank für die Annahme meiner Frage. Jetzt sind Sie darauf eingegangen, wie wichtig Tempo 30 in diesem Streckenabschnitt sein wird. Wenn ich das richtig verstanden habe, gibt es eine Motion in Bern, wo quasi Tempo 30 auf Hauptstrassen nicht mehr zulässig ist. Das heisst, Bundesrecht würde dann kantonales Recht brechen. Wie ist denn das jetzt, hat das einen Einfluss, wenn da kein Tempo 30 kommt auf dieses Projekt oder würden Sie dann immer noch hinter diesem Projekt stehen mit Tempo 50?

Raffaela Hanauer (GAB): Vielen Dank für diese Frage. Hätte, hätte, Fahrradkette, ich hoffe nicht, dass diese Motion tatsächlich dann auch mit dem Ratschlag des Bundes dazu über die Ziellinie gelangt und ich werde auch auf nationaler Ebene alles daransetzen, dass dies nicht so kommt.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Zwischenfrage von André Auderset.

André Auderset (LDP): Raffaela Hanauer, Sie haben vieles gesagt in ihrem Votum, was ich sofort unterschreiben kann in Hinsicht der kritischen Punkte. Jetzt frage ich mich nur, wieso nicht zurückweisen? Es eilt ja nicht, wir haben es ja gar nicht begonnen, sollen sie doch erstmal nachbessern und dann können Sie auch viel einfacher mit der ganzen Fraktion dahinterstehen.

Raffaela Hanauer (GAB): Wie gesagt, es sind Vereinzelte, die enthalten werden. Ich habe genau erläutert, wie viele Mehrwerte dieses Projekt nun bringen wird, wie stark entsiegelt wird, begrünt wird und daher werden wir das überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Zwischenfrage von Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Danke, dass Sie die Zwischenfrage annehmen. Zur Lage der BehiG-konformen Tramhaltestelle, das BVD hat ja bewiesen am Aeschenplatz und an der Lyss, das eine Kissenlösung auch machbar ist. Wieso schliessen Sie das am Allschwilerplatz aus?

Raffaela Hanauer (GAB): Das sind Ausnahmefälle, am Allschwilerplatz würde das wahrscheinlich der Bund so nicht genehmigen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Fraktionssprecher ist Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Die Emotionen gehen hoch auf dem Allschwilerplatz, merken es auch bei mir, und als erstes möchte ich sagen, dass ich schon ein bisschen frustriert bin, dass wir uns auf unsere UVEK-Kommissionsbeschlüsse nicht mehr verlassen können, auch wenn Sie einstimmig fallen, denn das unterstellt uns ja auch immer wieder, dass wir unsere Kommissionsarbeit nicht gut machen. Ich möchte da schon sagen, dass diese Kollegen, die jetzt geredet haben, die könnten sich über ihre Fraktionsvertreterinnen und -Vertreter auch in die Kommissionsberatung einbringen und nicht erst dann an der Fraktionssitzung alles wieder über den Haufen werfen und gerade in diesem Fall hätten wir ja fast ein Jahr Zeit gehabt dafür.

Die Fraktion der SP, bei der ist das nicht so. Wir empfehlen Ihnen mit einem guten Gewissen, das Umgestaltungsprojekt Allschwilerplatz zu beschliessen, sogar mit Begeisterung. Wir sind nämlich überzeugt, dass die UVEK das Projekt deutlich verbessert hat. Das ursprüngliche Ratschlagsprojekt war als Tramhaltestelle mit Rabatten konzipiert, nicht aber als Platz, auf dem man sich gerne trifft und etwas länger aufhält. Deshalb haben wir in der UVEK den Platzcharakter gestärkt und grössere Grünflächen zusammengefügt, auch auf Kosten der Parkplätze.

Ja, was soll ich dazu noch sagen, das ist einfach auch ein bisschen the State of the Art bei der heutigen Platzgestaltung, es werden keine Autos mehr darauf parkiert. Das war vielleicht in den 60er-Jahren so, aber stellen Sie sich vor, wir bekämen heute einen Ratschlag für einen neuen Quartierplatz, zum Beispiel auf dem Lysbüchel-Areal, bei dem ein Teil Blaue Zone ist. Das ist aus meiner Sicht undenkbar. Und die in der BaZ genannte Zahl Parkplätze, die wäre erst noch falsch. Sie bezog sich auf eine weitere Umgebung als nur auf den Platzperimeter und etliche der dort genannten Parkplätze wurden bereits aus anderen Gründen aufgehoben wegen dem Tramschienenabstand an der Allschwilerstrasse. Dies wurde dann aber nicht korrigiert und deshalb kam es zu diesem Missverständnis. Auf dem Platz selbst haben wir nur etwas über zehn Parkplätze durch Grünflächen ersetzt und darunter befinden sich erst noch die Taxistandplätze, die aus heutiger Sicht nicht mehr unbedingt nötig sind. Vielleicht früher, da suchte man ein Taxi noch auf, heute bestellt man es, wo man immer auch ist.

Eine Rolle spielte dabei auch die Wortmeldung der Wibrandis Stiftung. Das Mobilitätskonzept des neuen Quartierzentrums Oekolampad ist so angedacht, dass es keinen einzigen öffentlichen Parkplatz benötigt. Dafür setzt man stark auf langsame Mobilität mit dem Tram, mit dem Fahrrad, zu Fuss und ist deshalb auf eine übersichtliche und hindernisfreie Situation angewiesen. Wenn möglich natürlich mit grossflächig Tempo 30, das hat Kollegin Raffaela Hanauer schon erwähnt. Und wenn ich schon bei der Hindernisfreiheit bin, ich wollte das zuerst rausstreichen, aber jetzt ist Kollege Beat Schaller doch noch mit der Kissenlösung gekommen, die SP, das möchte ich vielleicht deutlich noch sagen, wir sind nur im äussersten Notfall für diese Kissenlösungen zu haben und ein solcher Notfall liegt hier definitiv nicht vor. Denn nebstdem, dass die Kissen furchtbar aussehen, sind sie auch noch schlecht für den Komfort. Menschen im Rollstuhl sind nicht die einzige Zielgruppe eines niveaugleichen Einstiegs, auch Kinderwagen oder gangunsichere Menschen, Leute mit Gepäck, alles übrigens häufige Ein- und Aussteiger*innen am Allschwilerplatz, schätzen es, wenn sie keine Stufen überwinden müssen, und zwar auf der ganzen Länge des Trams. Und auf dem Allschwilerplatz muss die Haltestelle deshalb auf der ganzen Länge behindertengerecht sein. Das war ja sogar ursprünglich der Anstoss für die Umgestaltung.

Nun komme ich zum anderen Thema, den beiden Zwischennutzungen. Sie sind sehr erfolgreich, das haben wir jetzt gehört, der unterdessen in der Stadt bekannte Gemüsekiosk und ein Stadtgarten, der über einen Wettbewerbsgewinn für ein Nachbarschaftsprojekt finanziert wurde und bis heute immer noch wird. Beide waren von Anfang an als Zwischennutzungen bis zum Beginn der Platzumgestaltung angekündigt und auch so terminiert. Trotzdem stiess der Kommissionsbericht auf Unverständnis, weil auf dem neuen Platz weder ein Ersatz für den Gemüsekiosk zu sehen war noch ein etwas ähnliches Bauwerk. Das möchte ich vielleicht kurz noch ausführen, weshalb das so ist.

Die UVEK und auch wir als Gesamtparlament und auch die Verwaltung, wir haben explizit nicht die Aufgabe, eine Platzgestaltung auf ein einzelnes spezifisches Bedürfnis auszurichten. Der Allschwilerplatz ist öffentlicher Grund und kein Privatgrundstück und deshalb sollen auch möglichst viele Menschen vom eingesetzten Geld etwas haben. Aufgrund dessen verfolgten wir als Ziel einer Gestaltung, die eine ähnliche Nutzung zumindest nicht verunmöglicht, aber trotzdem nicht voraussetzt, dass alles so bleibt, wie heute und nicht von einzelnen und erst noch freiwilligen Personen abhängt.

Da wäre zum Beispiel die vergrösserte zusammenhängende Fläche, das kleine Plätzchen unter Bäumen, wo man Streetfood-Angebote oder ein Openair-Café zum Beispiel einrichten könnte. Dann kommen die zwei Mitwirkungsflächen, sie wurden schon erwähnt, auf denen auch in Zukunft kreative Nutzungen möglich sind. Und diese Mitwirkung ist nicht im klassischen Sinn so zu verstehen, dass man die Anspruchsgruppen nach ihrer Meinung zu einem geplanten Projekt befragt, sondern es ist anders. Wir haben bereits ein Budget eingestellt und die Verwaltung beauftragt, zu gegebener Zeit nochmals bei der Quartierbevölkerung nachzufragen, was sie denn auf diesen Flächen umsetzen möchte. Ein Stadtgarten zum Beispiel wäre ohne weiteres möglich und auch ein Media-Punkt wird es auf dem Platz geben.

Heute wäre das aber zu früh, denn wir reden von einem Zeithorizont von noch mindestens fünf Jahren. Wir haben das in letzter Zeit mehrmals gesehen, Ideen, die heute bestechend erscheinen, sind zum Zeitpunkt der Umsetzung oft nicht mehr aktuell. Die Initiantinnen und Initianten sind nicht mehr da oder der Gang der Dinge bringt neue Bedürfnisse ans Tageslicht. Als Beispiel nenne ich da die Forderung nach einer Fläche für einen Markt auf dem Wielandplatz. Heute haben wir nur noch die Flächen, aber kein Markt. Ich hoffe aber, Sie sehen, der Vorwurf, wir hätten nicht wahrgenommen, dass in diesem Quartier ein Bedürfnis nach Platzleben besteht, kann man uns so nicht machen und die Geschichte, dass wir den Kiosk unnötig finden oder gar abschaffen wollen, ist zu einseitig. Wir finden es sogar alle unglaublich toll, dass der Platz durch die Quartierinitiative in den vergangenen vier Jahren wesentlich belebt wurde und ein beliebter Treffpunkt im Quartier ist. Es ist ein Riesengewinn und es hat auch die Kommissionsberatung wirklich stark beeinflusst.

Wir haben den Ersatz für den Kiosk in der Kommission ernsthaft und lange diskutiert. Ich gehe nicht ins Detail, aber das Haltestellendach war ein Thema und ebenso eine Containerlösung. Wir kamen in unseren Abklärungen jedoch zum Schluss, dass dies weder einfach noch günstig machbar wäre und was auch immer gebaut würde, es wäre dann ein kantonales Gebäude, das alle baurechtlichen Anforderungen erfüllen muss. Es braucht Strom, Wasser, einen Kanalisationsanschluss. Es würde ausgeschrieben und zu einem marktüblichen Zins vermietet, das heisst deutlich teurer als die BVB heute für ihren längst abgeschriebenen Kiosk noch verlangt, dafür mit nur noch halb so viel Charme.

Was ich mir also wünsche, wäre ein optimistischer Blick in die Zukunft. Wenn wir die Umgestaltung heute beschliessen, was ich hoffe, ändert sich noch mindestens zweieinhalb Jahre gar nichts auf dem Allschwilerplatz. Solange kann die jetzige Situation nach fortbestehen. Danach steht es allen frei, sich für die Standplätze und Mitwirkungsflächen zu bewerben, allen

voran natürlich den Menschen, die den Platz heute schon nutzen. Ich würde mir wünschen, Sie würden Ihre Energie dort investieren, Ideen für den neuen Platz zu spinnen, anstatt dem Vergänglichen nachzutrauern.

Die Folge eines Referendums oder einer Rückweisung wären schwerwiegend. Erstens, die Verzögerung der Behindertengerechtigkeit an einer sehr sensiblen Haltestelle, dann der Verzicht auf Begrünung, Entsiegelung und elf neue Bäume und die Planung müsste mit ungewissem Ausgang und komplett gegenläufigen Erwartungen nochmals von vorne anfangen. Eine Blockade wäre also vorprogrammiert und ganz nebenbei wäre dies wahrscheinlich auch ein Bärendienst für zukünftige andere Zwischennutzungen. Ich frage mich schon, wer in Zukunft dann noch eine Zwischennutzung bewilligt, wenn jedes Mal ein Riesenprotest ausbricht, wenn die Zeit zu Ende geht.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, dem Ratschlag zuzustimmen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Zuerst einige Gedanken aus der Sicht als UVEK-Mitglied. Wie unser Kommissionspräsident bereits ausgeführt hat, in sieben Sitzungen verteilt über ein Jahr haben wir in der UVEK dieses Geschäft beraten, zwischendurch fast an den Regierungsrat zurückgewiesen, wie Sie im Bericht lesen können. Wir als UVEK haben den Ratschlag der Regierung in unserem demokratischen Gremium, indem notabene alle Fraktionen vertreten sind, diskutiert und ausgehandelt, sind vor Ort, haben allen Beteiligten rund um den Allschwilerplatz gut zugehört und haben den Ratschlag der Regierung schliesslich deutlich verbessert. Die Wünsche der Benutzer und Anwohnerinnen wurden demokratisch eingeflochten und eingewebt. Trotzdem gibt es nun Rückweisungsanträge. Bitte bringen Sie Ihre Anliegen doch jeweils in der Kommissionsberatung ein und nicht erst bei der Grossratsdebatte. Nun sind wir als UVEK überzeugt, Sie sehen dies am Ergebnis der Abstimmung von 12 zu 0, wir haben bestmöglich alle Ansprüche und Wünsche der Benutzer/Benutzerinnen und Anwohner und Anwohnerinnen im Projekt vereint. Esther Keller hat dies ebenfalls erwähnt.

Doch nun aus der Sicht der Grünliberalen in vier Punkten. Erstens, wir begrüssen und wünschen uns eine aktive Beteiligung der Bevölkerung, was wie entstehen und leben kann auf dem Allschwilerplatz. Sei es der so wichtige soziale Kontakt, ein spannendes Angebot zum Einkaufen und Essen sowie ein Ort, um zu verweilen auch ohne Konsumationszwang. Dafür stehen die zwei Mitwirkungsflächen und auch die vorgesehenen Stellplätze für ein mobiles Verpflegungsangebot. Sie haben es gehört, das Budget dazu ist bereits eingestellt hierfür. Ein Medienpunkt ist ebenfalls geplant. Beat Schaller, Sie haben den Bericht nicht genau gelesen, diese ist also vorhanden.

Diese Flächen können nun von den bereits bestehenden notabene wunderbaren Projekten, dem Stadtgarten und dem Bio-Gemüsekiosk zusammen mit den Projektverantwortlichen der Stadt mitgestaltet und geplant werden. Schliesslich hat die UVEK ja gerade die Anliegen des Bio-Gemüsekiosks und des Stadtgartens aufgenommen und die Mitwirkungsflächen extra ins Projekt des Regierungsrates hineingenommen. Ja, der Allschwilerplatz, das wurde von Jean-Luc Perret erwähnt, ist Allmend und Allmend ist für alle das. Es ist leider nicht möglich, eine klar kommunizierte Zwischenlösung bis zum Beginn der Platzumgestaltung, notabene mit einem reduzierten Mietzins, nun in ein fixes Projekt umzuwandeln für einzelne Personen. Wir planen hier für die nächsten 40, vielleicht 50 Jahre und so, dass alle im Quartier sich mit einer guten Idee einbringen können. Aber wie gesagt, das ist möglich und das ist schliesslich relevant.

Zweitens, es wird mit dem Mergelbelag, den Rasenfugensteinen sowie den grünen Flächen ein Maximum entsiegelt. Es gibt eine Staudenbepflanzung und Wiese sowie auch elf zusätzliche Bäume, schöne Aufenthaltsflächen inklusive Sitzgelegenheiten und Trinkbrunnen, ein wirklich gutes Projekt.

Drittens, der Platz wird verkehrstechnisch aufgeräumt, wird übersichtlicher, wird ein Maximum an Behindertengerechtigkeit erfahren, wir haben es gehört, an diesem Ort besonders wichtig, und erhält bedeutend mehr Veloparkplätze. Ja, das ist der Grund, warum die alte BVB-Haltestelle nicht erhalten werden kann. Es gibt an Stelle zwei behindertengerechte Haltestellen und die müssen gerade sein. Die brauchen wir jetzt und nicht in zehn oder 15 Jahren.

Viertens, die Gestaltung wurde immer mit der Oekolampad-Anlage, dem Spielplatz der Kindertankstelle Oekolampad, den Mittwochs- und Abendmarkt sowie dem wunderbaren neuen Gemeindehaus Oekolampad inklusive dem neu eröffneten Bistro im Hinterkopf entwickelt. Alle Bausteine sind nun sorgfältig aufeinander abgestimmt. Ein weiteres fixes Gebäude, wie eben zum Beispiel eine verschobene Wartehalle, kann kaum zum Marktpreis vermietet werden. Wir Grünliberalen freuen uns darum auf den neuen lebendigen, viel grüneren Allschwilerplatz.

Fazit: Verzögern wir das gute Projekt nicht, sondern heissen wir diesen Bericht der UVEK zur Umgestaltung gut und wie gesagt, liebe einzelne Mitglieder der Parteien, die diesen Bericht nun zurückweisen, bringen Sie sich in der UVEK jeweils ein. Es waren sieben Sitzungen, genügend Zeit, um Ihre Anliegen einzubringen. Liebe Engagierte des Allschwilerplatzes, bringen Sie sich ein im erneuten Mitwirkungsprozess für die Mitwirkungsflächen. Wir haben politisch die bestmöglichen Voraussetzungen dafür geschaffen in der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission.

Balz Herter (Mitte-EVP): Brigitte Kühne, es liegt eine Zwischenfrage von Roger Stalder vor. Nehmen Sie diese an? Sie wird angenommen.

Roger Stalder (SVP): Vielen Dank für die Annahme der Zwischenfrage. Brigitte Kühne, Sie sagen immer, Sie waren dort. Wie kann es dann sein, dass in wenigen Tagen schon 250 Unterschriften zusammen sind von den Quartierbewohnern. In welchem Quartier waren Sie, Brigitte Kühne?

Brigitte Kühne (GLP): Die 250 Unterschriften, die bereits gesammelt wurden, basieren nicht auf dem Bericht der UVEK, sondern basieren auf Aussagen derjenigen, die sich dort engagieren. Wenn Sie den Bericht gut durchlesen, dann sehen Sie, dass wir das Bestmögliche für alle wollten.

Balz Herter (Mitte-EVP): Erster Einzelsprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Sie wollen aus einem verkehrsorientierten Platz eine Kreuzung in alle Himmelsrichtungen, eine Begegnungszone machen, quasi ein Park. Einen Park gibt es 20 Meter daneben. Sprechen Sie mal mit der Polizei oder mit der BVB, mit den Fahrern der Trams zum Beispiel, was für Befürchtungen diese haben, wenn auf einem verkehrsorientierten Platz mit Tramschienen eine Begegnungszone daraus gemacht wird oder sogar fast schon suggeriert ein Spielplatz daraus gemacht wird.

Aber blicken wir nochmal kurz zurück in die Basler Zeitung vom letzten September letzten Jahres. Als einzigen Grund für ihre Geschäftsaufgabe nannte die Inhaberin einer Papeterie den Parkplatzabbau in der Allschwilerstrasse. Als sie im Jahr 2020 das Geschäft am Standort 50 Meter vom Allschwilerplatz entfernt übernahm, hatte es in der Allschwilerstrasse nach 68 Parkplätze. Die Inhaberin äusserte sich in der BaZ dazu, dass Handwerker, die vorbeikommen etwas abzuholen, oder ältere Personen auch, sie einfach nicht mehr erreichen kann, wenn sie keine Parkplätze mehr haben. Auch die Bäckerei im Perimeter vermisste die Parkplätze nach dem Abbau oder auch die Inhaberin eines Innendekorationsgeschäftes. Die IG Neubad sammelte gegen den Abbau seinerzeit 1’700 Unterschriften. Die Regierung wollte offensichtlich nicht auf die Petitionäre hören, alle 68 Parkplätze wurden gestrichen.

Kommen wir wieder zurück zum heute. Ich dachte bis heute Morgen, vielleicht hat die Regierung die BaZ auch gelesen im letzten September und hat daher im Vorschlag darauf verzichtet, diese 13 Parkplätze und fünf Taxi-Abstellplätze am Allschwilerplatz zu streichen. Das wäre ja löblich gewesen. Ich glaube, nach den Voten von heute Morgen bin ich nicht mehr ganz sicher. Auf jeden Fall hat man nicht die UVEK auf der Rechnung mit diesem Ratschlag, Parkplätze erhalten, wenn man diese auch abbauen kann, natürlich nicht. So haben wir jetzt einen Vorschlag der UVEK, der keine Parkplätze mehr vorsieht, keine Parkplätze für kurzes einkaufen und für ins Café gehen, für das Gewerbe. Hat man mit der IG Neubad und den 1’700 Petitionären gesprochen? Ich weiss es nicht. Ich befürchte, man hat mit ihnen nicht gesprochen.

Man plant jetzt vier Millionen für die Umgestaltung des Platzes, reist alles ab und fügt alles um und erklärt dann dem Inhaber des Gemüsekiosks, dass man für ihn keinen Platz mehr hat und eigentlich eine Miete von 3’000 Franken pro Monat bräuchte. Man argumentiert mit Vollkosten, Vollkosten in einer Stadt, wo man Millionen für mobile Bäume und Sträucher ausgibt und wir hier stundenlang über Biodiversität oder Urban Gardening sprechen, wirklich. Dafür will man Mitwirkungsverfahren nachträglich machen, will da 150’000 Franken sprechen, mit den 150’000 Franken könnten wir fast fünf Jahre dem Bio-Kiosk die Miete bezahlen zu Vollkosten. Ich rechne jetzt nicht aus, was wäre, wenn wir die 500 Franken nehmen würden, die der bis jetzt bezahlt.

Noch ein letztes Wort. Mit der Entsiegelung und Umwidmung von Strassenraum, sprich von dem geplanten weiteren radikalen Parkplatzabbau am Perimeter, werden exakt die Forderungen der Stadtklimainitiativen durch die Hintertür umgesetzt und der klare Volkswille gegen die Initiativen wird einfach ignoriert. Das Stimmvolk wollte diese Umwidmung von Strassenraum und die Entsiegelung eben nicht. Das sollten Sie einfach auch bedenken, wenn Sie nachher auf das Knöpfchen drücken.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Sprecher ist Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich habe fast ein schlechtes Gewissen, hier zu sprechen, weil ich eine andere Meinung habe als die Kommission, die sich so viel Mühe gegeben hat und mit 12 zu 0 eine hervorragende Arbeit abgeliefert hat und wir deshalb eigentlich gar nicht mehr uns Gedanken machen sollten darüber, weil es ja gut ist, was Sie gemacht haben.

Es ist gut, was Sie gemacht haben von einer Optik her, aber ich glaube, es ist eine Optik, die von oben herab auf dieses Quartier schaut und nicht von unten herauf, was dort in diesem Quartier lebt und was dort im Quartier los ist. Wenn wir die Strassenführung anschauen, wie die jetzt in Zukunft für die nächsten Jahrzehnte sein wird, dann kommen wir von Allschwil her und müssen einen rechten Winkel machen und fahren an Häusern vorbei, an einem Altersheim vorbei, machen wieder einen rechten Winkel, fahren an der Methodistenkirche am Eingang vorbei und machen einen etwa 60 Grad-Winkel und fahren an einem neuen Altersheim vorbei. Das ist doch eigentlich auf Dauer nicht zu verantworten. Es kann doch nicht sein, dass wir so tun, als ob wir keine Fahrzeuge mehr hätten. Wir steuern auf die E-Mobilität hin, wir werden in Zukunft Elektroautos haben, werden aber Autos haben und die müssen irgendwie diesen Verkehrsknotenpunkt überqueren.

Und jetzt reden wir von Aufenthaltsqualität an diesem Ort. Ich weiss nicht, wer von Ihnen nicht auf dem Bruderholz oder in Riehen oder in Bettingen oder ich weiss nicht wo wohnt, sondern ganz in der Nähe. Wenn Sie dort sind, sehen Sie, das ist ein ganz kleines Plätzchen. Jetzt kommen Autos von der Ahornstrasse Richtung Allschwil, von Allschwil her in Richtung Stadt. Es kommen Autos aus der Allschwilerstrasse, aus der Eichenstrasse, es kommt ein Tram quer durch die Gegend, es ist wenig Raum zwischen diesen wunderbaren Aufenthaltsqualitätsräumen. Kein Mensch will dort sich lange aufhalten, das stimmt doch einfach nicht. Es hat 30 Meter daneben einen wunderbaren Park, dort wird man sich aufhalten. Warum schliessen wir denn das einfach aus in unserer Überlegung und es so weit geht, dass wir sagen, weiter als die Regierung?

Ich habe das gelesen, die Regierung hat sich noch auf ein Mitwirkungsverfahren berufen und gesagt in ihrem Ratschlag, wir wollen nicht alle Parkplätze, es geht auch um Parkplätze, aber ich bin kein Parkplatzzähler, wir wollen nicht alle Parkplätze abbauen, weil wir sehen, in diesem Quartier haben wir eine Not geschaffen. Etwa 95 Prozent der Flächen sind offenbar permanent belegt. Es muss nur noch einer aus Allschwil oder aus Binningen als Handwerker kommen und vielleicht noch zwei, drei Leute aus dem Elsass und man findet gar keinen Platz mehr. Und wer mal dort gewesen ist, weiss, dass man keine Parkplätze mehr findet, wenn man dort lebt. Und die Regierung hat dann gesagt, wir erhöhen die Verkehrssicherheit und wir schützen die Velofahrenden, wir bauen vier ab. Das stimmt offenbar dann nicht mehr ganz, da ist der 12 zu 0 verabschiedete Bericht etwas unsorgfältig redigiert gewesen. Aufgrund des eindeutig positiven Effekts, der damit verbunden ist, stellt sich die Kommission oppositionslos hinter die Aufhebung der Parkplätze. Der Antrag ist gar nicht so gestellt worden, hinter welchen Antrag stellt sie sich denn? Wir wissen, dass in diesem Quartier tatsächlich 95 Prozent Parkplatzauslastung stattfindet, 104 Plätze sind weg, jetzt gehen nochmals etwa 25 Plätze weg. Wenn man das zusammenzählt, das sind ein paar hundert Meter, 104 und 25 Autos, die müssen sich irgendwo dann wieder verteilen in diesem Quartier, wo Menschen wohnen und die Menschen leben dort. Das ist auch Qualität in einer Stadt, es gibt nicht nur die Aufenthaltsqualität unter einem Baum während ein paar Stunden vielleicht, sondern man wohnt in diesem Quartier.

Ich habe noch viel zu sagen, ich komme vielleicht zu einem zweiten Votum. Was mich aber besonders genervt hat, ist der kommentarlose, begründungslose Abbau auch von Taxistandplätzen. Die Taxis sind doch Teil des öffentlichen Verkehrs. Müssen denn die Taxis jetzt mit Leerfahrten rumfahren? Es ist schon gesagt worden, kein Mensch geht mehr auf einen Taxistandplatz, aber die sind ja einerseits dort, weil wir Konzessionsgebühren verlangen, weil wir wollen, dass die nicht Leerfahrten haben, bis sie wieder irgendwo gerufen werden und wir haben dort ein grosses Spital in der Nähe, haben Altersheime in der Nähe, dieser Taxistandplatz wird rege benutzt. Und wenn Sie jetzt in der Kommission, als sie dort gewesen sind, für ein oder zwei Minuten kein Taxi gesehen haben, heisst das nicht, dass die nicht benutzt werden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Sprecher ist Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Wir sitzen zusammen, wir politisieren zusammen, aber hier sind wir nicht gleicher Meinung. Ich finde auch, wir in der UVEK haben nicht eine Planung von oben herab gemacht, sondern sorgfältig. Wir haben uns viel Zeit genommen und ich finde, wir haben eine gute Lösung erarbeitet und ich freue mich dann in zehn Jahren, wenn wir diesen Platz zusammen wieder besuchen und Freude daran haben. Ich bin felsenfest überzeugt, dass das ein gutes Projekt ist und auch die Regierung hier ist sehr einverstanden mit der Weiterentwicklung des Ratschlags, die die UVEK gemacht hat. Ich möchte auch meinen UVEK-Kolleginnen und -Kollegen Danke sagen für diese Arbeit und heute Abend werden einige von uns bei der Eröffnung vom Oekolampad dabei sein.

Ich habe mir erlaubt, ganz kurzfristig Tobit Schäfer anzurufen und zu fragen, wie sind Sie mit diesem Ratschlag der UVEK zufrieden und er hat gesagt, er sei recht zufrieden, es fehlen ihm gewisse Sachen. Was fehlt dem Betreiber des Oekolampads? Es fehlen ihnen Veloabstellplätze, sie hätten gerne noch mehr Veloabstellplätze. Was fehlt Ihnen auch? Es fehlt ihnen das Tempo 30 auf der Ahornstrasse, weil ihre Nutzerinnen und Nutzer, das sind Kinderkrippen, das ist das Vorstadttheater und das ist das Tageszentrum für Demenz betroffene Personen, diese haben Unterstützung, nämlich mit einem Rollator und wenn sie mit einem Rollator über die Strasse gehen, vor allem über diese Breite, dann wäre Tempo 30 für sie sinnvoll. Also das ist ganz wichtig. Und dann habe ich ihn gefragt, ja, aber deine Tagesbesucherinnen und -Besucher, wie kommen diese? Diese kommen mit dem ÖV und nicht mit dem Taxi, weil diese jeden Tag kommen und für genau diese Personen braucht es die behindertengerechte Tramhaltestelle und das ist der Ursprung des Umbaus dieses Platzes.

Ich bin auch überzeugt, und ich wohne nicht im Quartier, Bruno Lötscher, Sie wissen das, ich wohne auf dem Bruderholz, aber ich habe mich sehr sorgfältig mit diesem Platz auseinandergesetzt und ich glaube auch, dass vor allem der Platz und die umliegenden Gebäude, wie Sie sagen, die zwei Kirchen, die Altersheime, wie Sie sie nennen, die werden mit dieser Variante sehr gut eingebunden und es wird ein identitätsstiftender Ort für dieses Quartier. Ich bitte wirklich, diese Vorlage nicht zurückzuweisen, sondern zuzustimmen, dann können wir zeitgerecht das umbauen und die Leute für das Oekolampad können altersgerecht aussteigen und über die Strasse gehen. Ich danke Ihnen sehr herzlich.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Sprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Brigitte Kühne hat vielleicht in einem Punkt recht, es ist nicht günstig, wenn eine Kommission einstimmig einen Bericht beschliesst, aber ich kann mich ja dadurch jetzt nicht in Geiselhaft nehmen lassen und etwas zustimmen, was ich absurd finde. Ich kann Ihnen berichten, und ich weiss nicht, wie nahe Sie an diesem Quartier sind, ich meine, Sie wohnen auch nicht so weit weg, ich wohne auch in dieser Nähe, ich war letzte Woche in den Ferien und ich habe vier Anrufe bekommen von Bewohnern dieses Quartiers, die gesagt haben, seit ihr eigentlich wahnsinnig, diesem Parkplatzabbau zuzustimmen, seid ihr eigentlich wahnsinnig, diese Umgestaltung so durchzuführen.

Das ist die Aufgabe eines Parlamentariers, solche Anliegen auch ernst zu nehmen und Brigitte Kühne, Mitwirkung ist auch dann ernst zu nehmen, wenn sie einem vielleicht nicht in den Kram passt. Sie berufen sich immer gerne von der linken Seite auf Mitwirkungsverfahren und zufälligerweise kommen dann diese Mitwirkungsverfahren immer so heraus, wie es Ihnen passt. Und wenn Sie einmal die Zahlen dieser Mitwirkungen anschauen, dann ist das ja nicht repräsentativ für das Quartier, das ist einfach nicht wahr. Wenn Sie diese Mitwirkungsverfahren ernsthaft betreiben wollen, dann würden Sie grossflächig das gesamte Quartier miteinbeziehen und nicht nur einige wenige, die vielleicht aus aktivistischen Gründen dann sich mit dieser Idee befassen wollen. Die Realität in dieser Gegend sieht doch ganz anders aus. Daniel Seiler hat das bereits erwähnt, durch den von Ihnen betriebenen Parkplatzabbau haben Sie in diesem Gebiet Gewerbebetriebe vernichtet. Das ist die Realität, da können Sie, Franz-Xaver Leonhardt, nicht darum herumsprechen. Sie haben, all jene, die diesen Parkplatzabbau im Gebiet rund um die Allschwilerstrasse und den Allschwilerplatz beschlossen haben, gewünscht haben, Sie haben dazu beigetragen, dass das Quartier für Gewerbebetriebe weniger interessant ist, ein weiterer Laden, der weggestorben ist. Und das wischen Sie dann einfach so weg als Argument und sagen, ja, aber es gibt ein Mitwirkungsverfahren und dann wurde gewünscht, dass man auf diesem Platz etwas macht.

Ich frage mich auch, ganz ehrlich gesagt, ein bisschen, ich habe nichts gegen attraktive Plätze und ich bin auch kein Autofetischist, ich habe nicht einmal einen Fahrausweis, aber ich frage mich jetzt schon, wo dieser Platz so unbedingt attraktiv sein muss, um sich aufzuhalten, wenn in der Mitte über den Platz im Vier-/Fünfminutentakt, von der einen Seite und von der anderen Seite kommen sie ja nicht gleichzeitig, ein Tram darüber braust, wenn gleichzeitig auch Rettungsfahrzeuge durchfahren müssen und wir aber in unmittelbarer Nähe eine wunderschöne Grünfläche haben, nämlich neben dem Oekolampad. Dort hat es bereits einen Aufenthaltsort, also ist es doch jetzt wirklich nicht notwendig, dass wir mitten auf dem Platz noch für zusätzliche Aufenthaltsattraktivität sorgen mit elf zusätzlichen Bäumen, die ja dann aber nicht gross sein werden. Ja, irgendwann schon in 50 Jahren, aber in den nächsten 20 Jahren sind das noch keine riesigen Bäume, die dann dazu einladen, sich dort zu verweilen und im Schatten sich aufzuhalten. Also ich glaube, das Ziel der Aufenthaltsqualitätssteigung ist an vielen Orten zu begrüssen, ja, aber doch bitte nicht an einem solchen Platz, der für den Durchgangsverkehr gedacht ist und auch dafür gedacht ist, dass Menschen mit dem Tram ein- und aussteigen.

Und der Parkplatzdruck, Bruno Lötscher hat das, meine ich, gesagt in seinem Votum, der Parkplatzdruck ist unterschiedlich, auch im 4054/4055. Ich sage und mache mich damit teilweise sogar unbeliebt, dort, wo ich wohne, im 4054, das ist das Gebiet Bachlettenstrasse/Birsigstrasse, da hat man, wenn ich abends heimlaufe, oftmals, wenn der Zoo zu ist, auch leere Parkflächen. Da bin ich sogar einverstanden, ich mache mich damit manchmal etwas unbeliebt. Aber in diesem Gebiet rund um den Allschwilerplatz, gerade auch am Abend, wenn Sie dort durchlaufen, ist das einfach nicht so und deshalb glaube ich, gehört zur Aufenthaltsqualität auch, dass man den Anwohnenden die Möglichkeit gibt, am Abend ihr Auto zu parkieren und es ihnen nicht zumuten muss, dass sie einmal quer durch die ganze Postleitzahl laufen müssen, um irgendwie noch das Auto parkieren und abstellen zu können.

Und alles andere, was man machen kann, was zur Aufenthaltsqualität beiträgt, das kann man ja diskutieren, dafür können wir den Ratschlag nun der UVEK auch zurückweisen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, mit einem schlauen Vorschlag noch einmal hierherzukommen. Es ist nicht dringend, die Behindertengerechtigkeit dieser Haltestelle ist ein vorgeschobenes Argument. Ich glaube, es lässt sich auch noch bewerkstelligen, dass man dort ein- und aussteigen kann, wenn es vielleicht ein bis zwei Jahre länger geht.

Besten Dank, wenn Sie den Ratschlag zurückweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Joël Thüring, es liegen zwei Zwischenfragen von Franz-Xaver Leonhardt und Fleur Weibel vor. Sie werden entgegengenommen. Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Joël Thüring, Frage wegen dem Gewerbe. Sie gehen mit mir einig, dass das Restaurant und der Kulturbetrieb, der jetzt neu einzieht am Oekolampad, gewerbenahe betrieben sind?

Joël Thüring (SVP): Ja, selbstverständlich, aber ihnen wird ja nichts weggenommen, wenn wir es so lassen, wie es jetzt ist. Anderen Gewerbebetrieben, die schon dort waren, wurde etwas weggenommen und sie mussten deshalb zugehen. Sie haben allerdings auch nicht die Wibrandis Stiftung im Rücken, die feudal sie unterstützen kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Werte Kolleginnen und Kollegen, ich stelle fest, dass die Motivation, heute besonders weit in der Traktandenliste zu kommen, nicht besonders ausgeprägt ist. Ich muss der Anwalt der Traktandenliste sein. Mein Ziel wäre es, trotzdem noch den einen oder anderen persönlichen Vorstoss behandeln zu können. Ich werde spätestens nach den Anzügen die Sitzung beenden. Vielleicht motiviert das Sie, dass wir noch ein bisschen vorwärtsmachen können. Ich wäre Ihnen dankbar.

Nächster Einzelsprecher ist Niggi Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Ich mache es kurz, weniger emotional. Es freut mich grundsätzlich, dass sich der Allschwilerplatz weiterentwickelt. Der Park, das neu ausgebaute Gemeindehaus, das heute alle besichtigen gehen und nun auch das Zentrum des Platzes ist. Es wurden zahlreiche sachliche Argumente genannt, auch wurden die Entwicklungen aus unterschiedlicher Sicht beleuchtet. Die UVEK hat sich ausgiebig mit dem Thema auseinandergesetzt und der vorliegende Vorschlag im Bericht ist eine, scheint mir, an die gesetzlichen Vorschriften angepasste und optimierte Variante. Ich stelle diesen Vorschlag nicht in Frage. Es ist mir aber wichtig als interessierter Quartierbewohner, dass auch erwähnt wird, dass das private Engagement, das wurde auch schon erwähnt, zur Begrünung des Platzes und die Installation eines Gemüsekiosks nicht selbstständlich ist und dass damit ein wertvoller Begegnungsort geschaffen wurde. Diesen Charakter hatte der Allschwilerplatz bislang nicht.

Mitwirkungsverfahren sind heute ein Bestandteil, das haben wir auch gehört, es soll noch eines geben. Mitwirkungsverfahren wurden auch kritisch beleuchtet heute und wichtig ist dabei, scheint mir, wie die Mitwirkung abläuft und dass sie nicht lediglich, haben wir auch schon gehört, zur Bestätigung der verwaltungsinternen Vorstellungen als Pflicht durchgeführt wird. Das könnte man manchmal denken. Es scheint auch, als sei bei der Bespielung von Plätzen ein Foodtruck das Erfolgsrezept, das könnte theoretisch auch ein Güggeli-Truck sein. Auch Foodtrucks benötigen zur Einhaltung der Vorschriften im lebensmittelrechtlichen Sinn Strom und Wasser. Deshalb ist die Platzierung des Medienpunktes essenziell.

Wir haben in der Vergangenheit wiederholt erlebt, dass die Verwaltung in der Planung und Ausschreibung von Gastro- und Verkaufsflächen nicht wirklich eine glückliche Hand hatte. Man denke an den Schützenmatte-Pavillon, an die Kaserne und an andere Beispiele. Ich glaube, man liess sich eher von schicken Konzepten blenden und legte den Fokus zu wenig auf die wirtschaftlichen Aspekte der Unternehmer*innen. Ich bitte mit meinem Votum lediglich, die involvierten Stellen, welche die Bespielung des neuen Allschwilerplatzes verantworten, dafür zu sorgen, dass die Bedürfnisse der Bevölkerung ehrlich und tatsächlich abgeholt werden. Das kann heissen, dass es nicht um Foodtrucks, sondern um einen Gemüseverkauf geht, wer weiss. Wichtig dabei ist aber, dass Profis und Kenner in die Planung mit involviert werden. Ich denke da beispielsweise an etablierte Organisationen wie Stadtkonzept, Gewerbeverband, Wirteverband, aber auch das Stadtteilsekretariat. Nur gemeinsam werden wir es schaffen, bereits erfolgt, das zivilgesellschaftliche Engagement mit einem zukunftsorientierten Konzept zu vereinen und ein der Quartierbewohner*innen entsprechendes Angebot zu schaffen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Einzelsprecher ist André Auderset.

André Auderset (LDP): Ich komme hierhin, um etwas Asche auf mein Haupt zu laden. Es ist tatsächlich so, es ist unschön, wenn in einer Kommission etwas mit 12 zu 0 Stimmen angenommen wird und wir dann hier so lange noch reden müssen, wo man doch immerhin sieben Sitzungen gehabt habe. Nun, ich könnte jetzt etwas scherzhaft sagen, man sieht halt, dass Quantität nicht immer Qualität ist, aber das will ich niemandem unterstellen. Die Anzahl Sitzungen könnte ja ein Zeichen sein, dass es eben doch sehr viel zu diskutieren gibt, dass eben doch sehr viel einigermassen umstritten ist und das mag auch ein Argument dafür sein, dass eine Rückweisung, so nochmal nachbessern, durchaus möglich wäre.

Der Kritikpunkt, hättet ihr euch doch in der Kommission geäussert, ja, den müssen wir annehmen, Brigitte Kühne, das müssen wir akzeptieren. Es ist halt so, dass da viele Geschäfte sind und dass da halt einmal ein Umbau des Allschwilerplatzes nicht ganz so im Zentrum von Basel liegt und damit vielleicht auch nicht so ins Zentrum der Diskussion rückt, dass der mal etwas untergeht und wir es eben verpasst haben, das in der Fraktion etwas genauer zu diskutieren und unserer Vertretung in der UVEK dann auch entsprechend zu mandatieren. Das haben wir nicht gemacht. Das akzeptieren wir, nur, man darf ja auch gescheiter werden, auch jetzt noch, und es sei doch erwähnt, dass laut unseren Regeln die Entscheide über solche Projekte hier in diesem hohen Hause, um wieder einmal Joël Thüring zu zitieren, gefällt werden, das nach mehr oder weniger ausführlicher Beratung, heute halt mal etwas ausführlicheren. Aber ich glaube, das hat dem Projekt sicher nicht geschadet und wenn es tatsächlich dazu kommt, dass man Verbesserungen anbringen kann, dann umso mehr.

Ein letzter Punkt noch. Ich bin eigentlich gegen Referenden. Das Referendum zu ergreifen für eine Sache, die wirklich nur einen kleinen Teil der Bevölkerung betrifft, Sie erinnern sich an die St. Alban-Vorstadt und den Belag dort, dort hat der ganze Kanton inklusive Riehen abstimmen dürfen, ob wir jetzt das Kopfsteinpflaster kriegen, das Sie nicht wollten, oder nicht. Das ist eigentlich eine unsinnige Sache, aber trotzdem ist es zumindest hier nicht zu vermeiden oder nicht auszuschliessen, würde ich mal sagen, dass eben ein solches Referendum ergriffen würde. Das würde dann auch noch ziemlich viel Zeit kosten, das Projekt deutlich verzögern und dazu noch Mehrkosten verursachen. Dann wäre es doch vielleicht gescheitert, eben zurückzuweisen, die Zeit zu brauchen, um noch gewisse Anpassungen vorzunehmen, um dann mit einem Projekt zu kommen, wo wir alle wirklich auch dahinterstehen können, als dass wir dann tatsächlich noch einen Abstimmungstermin brauchen, um zu klären, ob jetzt das Tramhäuschen wegkommt oder nicht.

In diesem Sinne appelliere ich nochmal an Sie, weisen Sie zurück.

Balz Herter (Mitte-EVP): André Auderset, es liegt eine Zwischenfrage von Tim Cuénod vor. Sie wird angenommen.

Tim Cuénod (SP): André Auderset, finden Sie es zweckmässig, dass eine nicht stattgefundene kontroverse Kommissionsberatung hier stattfindet, dass man quasi Kommissionssitzungen im Plenum macht?

André Auderset (LDP): Die Kommission ist dazu da, einen Entscheid vorzubereiten. Die Entscheidung obliegt uns und auch halt die Diskussion und ich möchte daran erinnern, dass sehr viele kontroverse Kommissionsberatungen, beispielsweise über Parkplätze, dann hier auch nochmal in extenso weitergeführt wurden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Einzelsprecher ist Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Bruno Lötscher, ich muss auf Sie reagieren, es tut mir leid, das hat mich schon ein bisschen persönlich getroffen. Ich möchte das schon noch klarstellen, ich wohne seit 20 Jahren im Umkreis von ein paar hundert Meter vom Allschwilerplatz und ich kaufe dort auch meine Erdbeeren ein. Das ist alles im Gotthelfquartier, wo auch der Allschwilerplatz liegt, er liegt nicht im Neubad, von dem her ist die IG Neubad vielleicht auch die falsche Ansprechgruppe. Ich war also nicht das erste Mal einfach bei der Kommissionsberatung auf dem Allschwilerplatz. Sie merken, ich habe sehr viel Herzblut dafür und ich hoffe, ich konnte das noch klarstellen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Es ist fast alles schon gesagt worden und es zeigt einmal mehr, ja, es ist wirklich etwas Unschönes, wenn eine solche Kommission vorbereitet und alles vordiskutiert und dann ist es 12 zu 0 und wir stossen dann das um oder versuchen das mindestens umzustossen. Da kann man sich noch fragen, braucht man dann die Kommission so.

Es ist vieles gesagt worden, etwas fehlt mir noch in dieser Diskussion, und zwar der Herr, Niklaus Fäh, der auf diesem schönen Platz dort den Mut gehabt hat vor langer Zeit schon jetzt, nach noch längerer Zeit, als der Ort ein bisschen getötelet hat, die Chance gepackt hat und etwas gemacht hat für das Quartier. Das Quartier hat unterdessen eine riesige Freude an diesem Gemüsekiosk, wie er ihn nennt, und er hat wirklich das Gefühl, er habe da jetzt etwas gemacht, das übergangen wird von den Ideen, die er da vorgebracht hat. Er durfte sprechen in dieser Kommission und hat nicht das rüberbringen können, was ihm wichtig gewesen ist. Er hatte das Gefühl, er sei da nicht richtig verstanden worden, man habe die Sachen ein bisschen umgedreht, aus seiner Sicht auch nicht ganz begriffen vielleicht, was er sagen will und mit ihm ein grosser Teil der Bevölkerung.

Ich denke, wir sind da Vertreter der Bevölkerung und wenn das so einen Unmut gibt oder fast schon einen kleinen Aufstand, dann müssen wir das ernst nehmen und können das nicht einfach durchwinken. Darum bitte ich auch, das nochmal zurück an den Regierungsrat zu schicken.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Einzelsprecherin ist Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GAB): Ich möchte nur ganz kurz auf Bruno Lötscher und Joël Thüring eingehen. Es ist nicht so, dass der Allschwilerplatz ein Kreisel ist, so wie Sie ihn gezeichnet haben, oder ein kompletter Verkehrsdurchgangsplatz. Die einzige verkehrsorientierte Strasse, die über den Allschwilerplatz, also am oberen Ende verläuft, ist die Ahornstrasse/Allschwilerstrasse. Alle anderen Strassen sind siedlungsorientierte Strassen und ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Bruno Lötscher für ein zweites Einzelvotum.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich entschuldige mich natürlich bei Jean-Luc Perret, ich habe aber gewusst, dass er am St. Galler-Ring wohnt. Ich oute mich jetzt auch, ich habe 30 Jahre an der Buchenstrasse gewohnt, das ist gerade um die Ecke. Ich kenne die Situation dort wirklich sehr gut, ich bin fast täglich aufs Tram, habe ab und zu das Taxi benutzt oder bin einkaufen gegangen in der Allschwilerstrasse.

Weshalb ich nochmals komme, es ist ja das Gewerbe noch angesprochen worden und das Taxi liegt mir ein bisschen am Herzen, weil man ja nicht abgeklärt hat, ob das nicht noch gebraucht würde dort oder nicht. Ich habe mir die Mühe genommen in den letzten Tagen, ein paar Taxi-Fahrer zu fragen und alle haben mir gesagt, selbstverständlich warten wir dort, wenn wir dort jemanden zum Spital gebracht haben, auf neue Kundschaft oder bis wir gerufen werden von der Zentrale oder uns jemand über eine App holt. Also diese Plätze werden gebraucht, nicht, um zu warten, bis jemand hinläuft, diese Methode ist wahrscheinlich wirklich bald vorbei, aber damit da nicht rumgefahren wird und unnötig Benzin verbraucht wird und für das zahlen die auch etwas. Also wir müssen eigentlich unsere Taxi-Unternehmer schützen und nicht Uber-Situationen fördern.

Und was ich auch noch sagen wollte bezüglich der Allschwilerstrasse oder der Siedlungsorientiertheit, Raffaela Hanauer die Allschwilerstrasse heisst ja nicht umsonst Allschwilerstrasse, die ist selbstverständlich eine wichtige Durchgangsstrasse. Kommt man von der Austrasse her, alles, was Richtung Allschwil fährt, fährt dann durch die Allschwilerstrasse und kurvt um den Bogen dort. Nur die wenigsten fahren via Ahornstrasse. Es ist einfach so, dass man die Verkehrsbedeutung dieses Platzes nicht unterschätzen darf.

Noch bezüglich des Gewerbes, das tatsächlich unter den wenigen Parkplätzen leidet, aber vor allem die Einwohnerinnen und Einwohner und die Menschen, die dort leben, leiden darunter, dass da minuten-, viertelstundenweise nach Parkplätzen gesucht wird. In den letzten Wochen hat jetzt dort offenbar auch der Denner geschlossen in der Allschwilerstrasse. Also es ist schon so, dass Läden, wo man gewisse Gewichte tragen muss, halt zuweilen auf Autoverkehr angewiesen sind und die werden jetzt dort zum Teil zumindest weggehen oder sind bereits weggegangen. Das lässt sich nicht wegdiskutieren, das ist einfach Fakt, das so geschehen ist und so in dem Sinn nicht mehr rückgängig zu machen.

Weshalb ich meine, Rückweisung wäre auch sinnvoll. Es gibt zwei, wie ich finde, sehr gut gelungene neue Beispiele von Tramhaltestationen, nämlich beim Kunstmuseum und beim St. Alban-Tor. Ich finde, beide Varianten sind hochspannend und ich habe nicht gesehen, ob man so etwas geprüft hat an diesem Platz. Ich meine, das wäre aufgrund der Diagonallage fast zwingend, dass man so etwas ins Auge fassen müsste, damit eben nicht alles rundherum fährt und die Menschen, die dann tatsächlich vielleicht zum Teil mal dort am kleinen Brünnlein etwas Wasser trinken, nicht sofort erschrecken, wenn schon wieder ein Auto durchbrauchst oder das Tram. Ich glaube, wir können eine wesentlich bessere Situation herstellen, obwohl schon viel Gedankenarbeit gemacht wurde. Man kann ja auf dieser Gedankenarbeit aufbauen.

Ich glaube, man kann eine wesentlich bessere Situation herstellen. Es pressiert nicht, wir wissen auch nicht, wie sich das neue Oekolampad-Quartierzentrum entwickelt, auf welche Seite sich das wirklich entwickelt, ob sich das Richtung Park entwickeln wird, was durchaus auch möglich ist, und nicht nach vorne. Und dass wir jetzt quasi sagen, weil wir dort jetzt das Oekolampad haben, müssen wir pressieren, stimmt wohl so nicht. Wir haben, was ich gut finde im Ratschlag, 52 neue Parkplätze, Veloparkplätze, das finde ich ausgezeichnet, die kann man auch vorziehen. Es ist ja nicht so, dass man mit allem warten muss. Man es von 20 auf 52 erhöht, habe ich gesehen, also diese Möglichkeiten bestehen, auch wenn wir eine Rückweisung machen und dann eine hoffentlich noch bessere Vorlage bekommen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Einzelsprecherin ist Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Ich bin mir bewusst, dass mir da sehr böse Blicke entgegengeworfen werden, ich möchte jetzt trotzdem noch zwei Sachen sagen. Erstens, die Nutzer dort, das ist nicht einfach die Wibrandis Stiftung und das Gewerbe, dort sind Anwohner, die haben einen Markt gemacht, da spielen die Anwohnenden. Die Wibrandis Stiftung ist eine der Nutzer, aber nicht einfach tonangebend dort vor Ort. Ich wohne dort, ich habe kürzlich eine Frau von der Strasse weggezogen, die total verladen war, und der Verkehr dort ist massiv. Ich konnte die gerade noch ab der Strasse ziehen und der Rettung anrufen. Also es ist dort wirklich kein Ort, um sich gemütlich niederzulassen.

Und dieser Kiosk dort, der Gemüseladen von Herr Fäh, ist auch ein Treff für Leute, die eben nicht in die Wibrandis Stiftung, nicht in das Bistro Rosa wollen, das muss man auch akzeptieren. Wenn die Anwohnenden und die User dieses Ortes derart opponieren, dann muss etwas falsch sein, dann muss man das nochmal anschauen mit diesen Leuten, nicht einfach nur mit der Wibrandis Stiftung, mit allem Respekt für die Leistung, die dort erbracht wird.

Also bitte, weisen Sie das zurück, schauen Sie das nochmals an und ziehen Sie bitte alle User in die Betrachtung ein, die des Altersheims, die der Wibrandis Stiftung, aber auch, wie das schon Niggi Rechsteiner gesagt hat, das Stadtteilsekretariat, usw., der Markt, der dort ist.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Rednerinnen-/Rednerliste ist nach anderthalb Stunden erschöpft. Somit kommen wir zu Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Zuerst einmal vielen Dank für die intensive Debatte. Ich denke auch, dass das wichtig ist, das haben wir auch in den Medienartikeln gesehen. Ich möchte ganz wenige Punkte aufnehmen.

André Auderset, Sie haben gesagt oder haben kritisiert, dass die Befragung online stattgefunden hat. Das war 2020 während der Pandemie und da waren Veranstaltungen schlicht nicht möglich. Wir wollten aber dennoch vorwärtsmachen mit diesem Platz. Und was übrigens noch interessant war, ist, es haben über 70 Leute teilgenommen, was eine doch relativ gute Quote ist und ein Drittel dieser Menschen war über 55 Jahre alt. Also es ist nicht so, dass wir mit dieser Onlinebefragung nur Digital Natives erreicht hätten.

Dann zu Beat Schaller. Sie haben gefragt, weshalb wir bei einer Ex-Esso-Parzelle die Zwischennutzung dort verlängern konnten und hier nicht. Hier haben wir wirklich Handlungsdruck, und zwar einerseits, wir haben es mehrfach gehört, wegen dieser Haltestelle, die nicht ebenerdig ist, und ich darf auch hier in Erinnerung rufen, hier geht es nicht allein um Menschen in Rollstühlen, sondern es geht eben auch um Kinderwagen, es geht um stufenloses Einsteigen, auch für Menschen mit Rollatoren, und im Umfeld von Spitälern und Seniorenresidenzen ist das sehr wichtig. Dann haben wir Handlungsdruck, weil wir die Leitungen erneuern möchten. Ich darf Sie daran erinnern, dass Sie uns immer wieder bitten, Baustellen zu koordinieren. Das heisst, wir möchten, wenn wir schon einen Platz anfassen müssen, diese Baustelle auch nutzen, um sie umzugestalten. Das ist sehr wichtig.

Und last, but not least darf ich daran erinnern, diese Ergebnisse sind öffentlich zugänglich, dass nur zehn Prozent der damals Befragten gesagt haben, der Platz ist gut, so wie er heute ist. Die Menschen hatten Kritik an der Verkehrssicherheit, Verkehrsführung, sie haben gebeten, dass man da was verbessert, sie wünschten sich mehr Grün und sie wünschten sich einen Platz, der eben weniger fragmentiert ist. Also nochmals, 90 Prozent der Personen, die man damals befragt hat, haben sich eine Veränderung gewünscht.

Ich kann aus der Teilnahme und der Beteiligung bei den Kommissionssitzungen sagen, dass sich die Kommission sehr wohl Gedanken gemacht hat, wie die heutigen Nutzungen weiterbestehen können. Und natürlich geht das nicht in genau derselben Weise wie heute, aber ich glaube, das ist ja auch die Natur von Zwischennutzungen. Es gibt aber Perspektive. Es ist auch wichtig, sich bewusst zu sein, dass der Baustart in zweieinhalb Jahren ist. Dann wiederum haben wir zwei Jahre Bauzeit und danach kann sich wieder eine Nutzung etablieren. Und da übrigens genau dort ist es eben spannend, eine zweite Mitwirkung zu machen, weil Sie können sich ausrechnen, wenn die Realisierung 2028 ist, also sich die neue Nutzung dann etablieren kann, aber der Anfang des Projekts 2020, dann liegt sehr viel Zeit zurück. Ich glaube, so ein zweistufiges Vorgehen wird auch für künftige Projekte sehr interessant sein.

Eine Rückweisung an die Regierung wäre, ehrlich gesagt, gar nicht so einfach. Ich fand heute die Voten nicht ganz so eindeutig, was Sie sich wünschen. Die einen wünschen sich mehr Parkplätze, ich bin überzeugt, da wären aber wiederum andere dagegen. Die einen wünschen sich ein Häuschen, die anderen wären dann dagegen, weil es mehr versiegelte Flächen gibt, also ganz ehrlich, eine Rückweisung würde widersprüchliche Signale uns mit auf den Weg geben und es würde, wie gesagt, dazu führen, dass wir die Baustelle nicht koordinieren können.

Ich darf auch nochmal sagen, einen Platz gestalten wir für die nächsten Jahrzehnte. Was wir heute wichtig finden, ist vielleicht in 15, 20 Jahren anders wichtig. Wir werden neue Schwerpunkte, neue Ideen haben, das heisst, wir müssen die Plätze heute so gestalten, dass wir wissen, dass sie nutzbar sind in 20, 30 Jahren und das bedeutet wahrscheinlich mehr

Grün, mehr Schatten angesichts der steigenden Temperaturen und eben eine flexible Nutzung. Und ich glaube, dieses Projekt, das wir jetzt hier vorliegen haben, das überarbeitet wurde, das bietet diese Dinge und ich darf Sie deshalb bitten, dem Bericht heute zuzustimmen und damit auch den Weg frei zu machen für einen grüneren und einen vielseitig nutzbaren Allschwilerplatz.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nun hat der Kommissionspräsident der UVEK das Wort.

Raphael Fuhrer (GAB): Aus meiner Sicht gibt es wie zwei dieser Konfliktlinien. Die eine hat mit der Rückweisung zu tun. So wie ich das richtig verstanden habe, geht es hier vor allem um die Frage, wie viele Parkplätze und wie viele andere Nutzungen sollen auf diesem Platz Platz finden, und die andere grosse Diskussion war die Frage, was hängt eigentlich mit was zusammen und welche Nutzungen ergeben sich daraus. Bevor ich auf diese zwei Dinge eingehe, möchte ich einfach noch zwei, drei Sachen richtigstellen.

Es wurde, ich glaube, es war Bruno Lötscher, gesagt, dass diese Taxistandplätze weg seien mit dem Projekt der UVEK und wenn man die Karte nochmals vielleicht schnell einblenden könnte, auch im UVEK-Projekt wird es Parkplätze auf dem Platz geben. Es sind vier Stück, einer davon für behinderte Personen und drei davon, die können wahlweise blau markiert werden oder für einen Taxistandplatz verwendet werden. Das ist auf der westlichen Seite beim Trafohaus. Es ist also nicht so, dass keine Taxistandplätze mehr möglich sein werden. Das ist diese graue Fläche zwischen dem Trafohaus und dem Baum im Norden und unten sieht man noch, ich weiss nicht, ob man es aus der Weite erkennt, auch den Parkplatz für behinderte Personen. Das mal zur Klärung.

Das zweite, es wurde viel über diese behindertengerechte Tramhaltestelle gesprochen. Sie muss in einer geraden Lage sein und sie muss von Anfang bis zum Ende auf der gleichen Höhe sein. Das Beispiel Lyss, das erwähnt wurde, dort ist die Ausfahrt der Feuerwehr. Das ist ein zwingender Grund, dort war das nicht möglich, aber wenn man keine zwingenden Gründe bringen kann, dann wird vom Bundesamt für Verkehr nur eine solche Lösung akzeptiert. Wir hatten das Thema immer wieder und es kommt irgendwie trotzdem immer wieder. Die Rechtspraxis ist ganz eindeutig gefestigt, so wird verfahren und so würde auch in diesem Fall verfahren. Und wenn man das weiss, dass diese Tramhaltestelle eben nicht mehr so bleiben kann wie heute, dann setzt das den ganzen Prozess in Gang. Das führt zu einer Verschiebung, sie muss abgebaut werden. Durch diese Verschiebung wird der Platz sowieso umgestaltet und wenn man ihn umgestaltet, dann ist die Frage, wie.

Wenn ich zugehört habe, was als Rückweisungsgrund angefügt wurde, dann war es einerseits das Argument, es braucht mehr Parkplätze, weil eben dort zum Beispiel Spitäler sind und Institutionen mit älteren Personen, usw. und man würde dann aber in Kauf nehmen, dass diese behindertengerechte Tramhaltestelle auf Jahre verschoben würde, das macht ja wirklich keinen Sinn, das ist ein Widerspruch in sich. Also wenn man sagt, hier gibt es ein höheres Bedürfnis, behinderte Personen, ältere Personen, dann muss man doch umso mehr schauen, dass diese Tramhaltestelle bald gebaut werden kann.

Der zweite Widerspruch. Es gab einige, die argumentiert haben mit einer Rückweisung, die Situation heute sei gar nicht so schlimm, es gibt ja diesen Stadtpark und die Leute hätten das jetzt so angenommen und das sei gut so, wie es ist, man würde es kaputt sanieren, was heute da ist. Die anderen Leute, die für die Rückweisung argumentiert haben, haben gesagt, das ist ganz klar ein verkehrsorientierter Platz, der wird immer so bleiben und da gibt es nichts, sich aufzuhalten, man hat ja die Oekolampad-Anlage, dort soll man hingehen, wenn man sich aufhalten soll. Also auch wieder hier ein ganz klarer Widerspruch. Wenn wir zurückweisen würden, wäre völlig unklar, was damit gemeint wären.

Aus Sicht der Kommission möchte ich sagen, wir haben sauber gearbeitet und ich möchte betonen, alle Kommissionsmitglieder haben sich sehr Mühe gemacht. Wir haben auch Kommissionsmitglieder, die dort in der Nachbarschaft wohnen. Ich finde es immer gut, wenn es Perspektiven gibt aus dem Alltag, weil man dort wohnt, aber auch Perspektiven, die ein bisschen Distanz haben. Es ist alles zusammengekommen. Wir haben nicht nur auf die Wibrandis Stiftung oder auf jemand anderes geachtet, sondern versucht, die verschiedenen Perspektiven zusammenzubringen und darauf aufbauend eine Lösung zu finden und ich finde, dies ist uns gelungen. Eine Rückweisung wäre sehr widersprüchlich, würde den Prozess verzögern, würde keinen unmittelbarer Nutzen bringen, man hätte wieder diese verschiedenen Ansprüche an den Raum, was in der Natur der Sache liegt.

Darum möchte ich wirklich Sie bitten, nicht zurückzuweisen und am Ende diesen Ausgaben zuzustimmen. Mit der Lösung der UVEK ist die Flexibilität gegeben, dass daraus auch weiterhin etwas Schönes entstehen kann und dass der ganze Platz profitieren kann, inklusive den Nutzungen, die sich darum herum jetzt am bilden sind. Das wäre eine ideale Koordination, wenn das Projekt relativ bald angegangen werden könnte.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es liegt eine Zwischenfrage von Bruno Lötscher vor. Nehmen Sie diese entgegen? Sie wird angenommen.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Nur ganz kurz, ich komme nochmal wegen den Taxis, weil jetzt gesagt wurde, die werden ja nicht wegfallen. Ich zitiere nur aus dem Bericht der UVEK und nehme diesen ernst und nehme diesen wörtlich und da heisst es, dass der Aufhebung der Taxistandplätze zugestimmt wurde und dann, nur Parkplätze zum Laden von Elektrofahrzeugen und ein Behindertenparkplatz sollen jedoch an anderer Stelle bestehen bleiben. Dass irgendein Taxistandplatz bestehen bleiben soll, steht nicht. Woher nehmen Sie jetzt diese Vermutung, dass es doch geht?

Raphael Fuhrer (GAB): Das steht im Bericht. Wir sagen, es bleiben diese drei Parkplätze erhalten mit der Option auf einen Taxistandplatz, wenn das Bedürfnis besteht. Das steht im Bericht so drin.

Balz Herter (Mitte-EVP): Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung an den Regierungsrat wurde durch André Auderset und Beat K. Schaller beantragt. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Wer den Ratschlag zurückweisen will, stimmt JA, wer nicht zurückweisen will stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

33 Ja, 57 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003507, 16.05.24 16:32:38]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben den Antrag abgelehnt mit 57 Nein-Stimmen gegen 33 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.

Wir fahren weiter mit der Detailberatung (Seite 14 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Umgestaltung Allschwilerplatz mit Gesamtbetrag, Alinea 1 bis 10

2. Mitwirkungsverfahren

Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 28 Nein, 6 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003509, 16.05.24 16:33:33]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Es wird ein Gesamtbetrag von Fr. 3'763’000 für die Umgestaltung des Allschwilerplatz zu einem für den Fussverkehr sicheren und attraktiven Strassenraum bewilligt. Diese Ausgabe teilt sich wie folgt auf:

- Fr. 990’000 neue Ausgaben für die Umgestaltung des Strassenraums zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Investitionsbereich 1 «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur»

- Fr. 340’000 neue Ausgaben zu Lasten des Mehrwertabgabefonds

- Fr. 928’000 neue Ausgaben für die Gleisanlagen als Darlehen an die BVB

- Fr. 97’000 für die Haltestelleninfrastruktur als Darlehen an die BVB

- Fr. 29’000 als einmaligen Entwicklungsbeitrag nach Fertigstellung zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Mehrwertabgabefonds

- Fr. 215’000 als einmalige Betriebsaufwendungen zu Lasten des Globalbudgets ÖV

- Fr. 4’000 als jährliche Folgekosten nach Fertigstellung für die Pflege der Vegetationsflächen und Bäume zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements

- Fr. 815’000 gebundene Ausgaben für die Erhaltung der Strasse gemäss heutigen Strassenstandards zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Investitionsbereich «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur», Rahmenausgabenbewilligung Erhaltung Infrastruktur Strasse

- Fr. 291’000 gebundene Ausgaben für die Erhaltung der Abwasserableitungsanlagen gemäss heutigem Standard zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Investitionsbereich «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur», Rahmenausgabenbewilligung Erhaltung Infrastruktur Abwasserableitungsanlagen

- Fr. 54’000 gebundene Ausgaben für die Erhaltung der Haltestellen-Infrastruktur zu Lasten der Rahmenausgabe Erhaltung als Darlehen an die BVB.

2. Es findet ein zweites, mit dem Termin der baulichen Umgestaltung koordiniertes Mitwirkungsverfahren zur Nutzung/Ausgestaltung der oben beschriebenen beiden Mitwirkungsflächen statt. Zur Vorbereitung und Durchführung des Mitwirkungs-verfahrens stehen Fr. 30'000 zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Investitionsbereich 1 «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur» zur Verfügung. Zur anschliessenden Planung/Projektierung und Umsetzung der Massnahmen aus der Mitwirkung steht ein Kostendach von Fr. 150’000 zu Lasten des Mehrwertabgabefonds zur Verfügung.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 57 Ja-Stimmen gegen 28 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen.

14. Gestaltungskonzept Innenstadt: Vierter Bericht zur Verwendung der Mittel aus der ersten Rahmenausgabenbewilligung (2015) sowie erster Bericht zur Verwendung der Mittel aus der zweiten Rahmenausgabenbewilligung (2021) Gestaltungskonzept Innenstadt (stabile Räume), Bericht des RR

[16.05.24 16:33:41, 24.0226.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Das Wort geht an deren Präsidenten Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Mit diesem Geschäft werden wir Kenntnis nehmen oder eben nicht Kenntnis nehmen, es ist kein Finanzbeschluss damit verbunden. Zur Erinnerung, es ist ja ein wiederkehrendes Thema, das Gestaltungskonzept Innenstadt. Der Mechanismus dahinter ist, dass das Gestaltungskonzept die Basis legt und darauf aufbauend dann eine Sequenz von RABs erfolgen, wovon je mehrere Projekte finanziert werden können. Es werden nicht die einzelnen Projekte in den Rat gebracht, sondern es gibt Rahmenausgabenbewilligungen und davon sind dann immer gerade paketweise Projekte, die somit finanziert sind. Es handelt sich in der Regel um lineare Räume, also Strassen und Gassen inklusive der Kreuzungsbereiche. In der Regel werden dann separate Ratschläge gemacht, wenn es um Plätze geht. Letztes Beispiel war der Rümelinsplatz.

Das Gestaltungskonzept Innenstadt setzt die Leitplanken, legt die Grundsätze fest, enthält auch so etwas wie Standards und zeigt Zusammenhänge auf. Die einzelnen Projekte gehen dann aber jeweils auf die örtlichen Gegebenheiten ein und

orientieren sich an diesen Grundsätzen. Wir haben in der UVEK diesen Bericht diskutiert und ich möchte hier kurz wiedergeben, was wir gerne dem Bau- und Verkehrsdepartement mitgeben möchten. An dieser Stelle ein Dankeschön für den Einblick, den uns das Bau- und Verkehrsdepartement gewährt hat in die laufenden Arbeiten im Zusammenhang mit dem Gestaltungskonzept Innenstadt.

Ein Thema bei uns war die Begrünung und Entsiegelung. Dazu haben wir drei Punkte. Aus unserer Sicht ist die Priorität dieses Themas eindeutig in den letzten Jahren gestiegen. Uns wurde auch in Aussicht gestellt, dass mit der Beantwortung zur Motion Bessenich dazu dann konkretere Angaben folgen werden. Wir würden eine höhere Gewichtung stützen, hatten den Eindruck, dass es in diese Richtung geht, das wäre der UVEK wichtig, dass das bis am Schluss auch dann so bleibt.

Der zweite Punkt: Die Organisation im Untergrund ist ja sehr entscheidend, was auch dann an der Oberfläche machbar ist. Es wäre aus Sicht der UVEK sehr wünschenswert, wenn man hier weiter Optimierungspotenzial ausschöpfen kann, damit am Schluss tatsächlich Baumstandorte realisiert werden können im Wissen darum, dass das in der sehr engen Innenstadt eine schwierige Aufgabe ist.

Der dritte Punkt: Fassadenbegrünung. In der UVEK haben wir mit Freude zur Kenntnis genommen, dass in letzter Zeit vermehrt Bemühungen dazu stattgefunden haben. Wir haben die Beispiele Rümelinsplatz und Rheingasse besprochen. Wir mussten auch zur Kenntnis nehmen, dass die Ressourcen für ein generelles aktives Vorgehen von Seiten Bau- und Verkehrsdepartement fehlen. Das waren jetzt also sehr projektbezogene Projekte, ein allgemeines Projekt dazu ist im Moment anscheinend nicht möglich. Wäre das gewünscht, müsste das aufgebaut werden beziehungsweise dann auch finanziert und beschlossen werden.

Dann ein weiterer inhaltlicher Punkt war eine Frage, wo bleiben eigentlich die vor Jahren versprochenen Poller. Wir waren erstaunt, dass die immer noch nicht da sind. Sie würden sicher einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass die verkehrsfreie Innenstadt vielleicht doch ein bisschen verkehrsfreier wäre als heute. An diesem Thema werden wir sicher dranbleiben.

Der dritte inhaltliche Punkt: Was sind eigentlich die Regeln, wenn Tempo 20 signalisiert ist, also Begegnungszonen. Die UVEK hat nach wie vor den Eindruck, dass diese Regeln nicht besonders bekannt sind und sie fordert ja schon seit langem, dass sie bekannter gemacht werden. Wir würden uns eine gezielte Kampagne wünschen. Uns ist klar, der Lead wäre da beim JSD, also nicht beim Bau- und Verkehrsdepartement, das das Geschäft bei uns in der Kommission vorgestellt hat. Die UVEK glaubt an eine rücksichtsvolle Koexistenz, wir haben aber den Eindruck, dass es dazu doch auch noch gewisse Verbesserungen braucht. Besonders nötig wäre das in Tempo 20-Zonen, wo auch Velorouten durchführen. Wir haben ja das Projekt Rheingasse nun oder rückt in Umsetzungsnähe. Die UVEK möchte darauf hinweisen, dass gerade dort dieses Thema sicher entscheidend ist und dass eine gute Situation geschaffen werden muss.

Der dritte Punkt, der zu dem Thema Regeln und Begegnungszonen gehört, sind die Asphaltbänder. Sie sind ja in den linearen Elementen integriert. Häufig werden sie so wahrgenommen, dass sie quasi der Fahrbahn entsprechen und die Pflästerung dem abgeschafften «Trottoir» beziehungsweise dass die Pflästerung dann der Platz ist, wo Fahrzeuge abgestellt werden können. Und das ist ja genau nicht die Idee, in einer Begegnungszone hat der Fussverkehr überall Vortritt, also flächig und es gilt ein absolut generelles Parkierverbot ausserhalb der markierten Flächen. Wie der Alltag zeigt, sind diese Regeln eben nicht allen bekannt und es wäre wünschenswert, wenn das verbessert würde. Wir haben das bereits bei der Sanierung der St. Alban-Vorstadt gefordert und würden uns wünschen, dass das angegangen wird.

Zu den dokumentierten Projekten hat die UVEK keine projektspezifischen Anliegen. Wir haben den gesamten Bericht zur Kenntnis genommen und empfehlen, das auch hier im Plenum zu tun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Regierungsrätin verzichtet in der ersten Runde. Damit sind wir bei den Fraktionsvoten und hier hat sich Beat K. Schaller für die SVP gemeldet.

Beat K. Schaller (SVP): Freuen Sie sich, jetzt kommt ein Votum ohne das P-Wort, P wie Parkplätze. Das haben wir heute genügend gehört. Die SVP bittet Sie, die beiden Berichte des Regierungsrates zur Kenntnis zu nehmen, ob sie das wohlwollend tun wollen, das sei Ihnen überlassen. Der Regierungsrat schreibt, er wolle der Innenstadt ein einheitliches Gesicht geben. Diese Absicht ist löblich und wir unterstützen sie. Laut ihm erfüllt das GKI mit dem umfangreichen Handbuch diese Absichten. Ob das wirklich zutrifft, das möchten wir seitens der SVP zumindest in Frage stellen.

Vergleichen wir mit anderen historischen Städten, sind wir von einem einheitlichen Gesicht oder auf Neudeutsch, von einem Corporate Image, welche den Strassen und Gassen unserer Stadt ein einheitliches Gesicht geben, doch noch einiges entfernt. Das Asphaltband, welches eigentlich zwischen den Wackensteinen sein sollte und wie uns einmal gesagt worden ist, wie ein Teppich ausgerollt werden sollte, der erscheint sehr uneinheitlich und für eine historische Darstellung ungeeignet. Ich selber bin mit der jetzigen Ausgestaltung dieses Asphaltbandes alles andere als zufrieden, aber es wurde darüber abgestimmt und wir akzeptieren diesen Entscheid. Schauen Sie sich aber, wie dieses Asphaltband ausgeführt worden ist,

gehen Sie den Spalenberg hinunter oder schauen Sie sich die Schneidergasse an, das ist eine Buckelpiste, die ist alles andere als schön. Am Nadelberg, da ist ja nicht ein Asphaltband in der Mitte, sondern das ist ein Asphaltbelag, bei welchem sich auf der Seite und den Hausmauern noch verschämt ein paar Wackensteine verstecken.

Schauen Sie andere historische Städte an, meine zweitliebste Stadt nach Basel, Florenz, die hat es fertiggebracht, ein historisches Bild zu bewahren. Und nein, ich fliege nicht mit dem Flugzeug nach Florenz, ich nehme jedes Jahr den Zug. Gehen Sie einmal, schauen Sie, wie dort dieses Innenstadtkonzept umgesetzt worden ist, wie es wirklich noch eine historische Stadt ist. Auch dort gibt es Leute, die nicht mehr gut zu Fuss sind. Offensichtlich ist es möglich, dass man auch diesen Leuten eine Innenstadt, Strassen- und Gassengestaltung bieten kann, mit welchen sie gut leben können.

Kommt dazu das Thema mit dem Alpnacher Quarzsandstein, der ja anfänglich wirklich gut und schön aussieht. Schon kurz nach der Fertigstellung der Greifengasse monierte aber Kollega Auderset in einer Interpellation zu Recht, er sagte, er brauchte den Titel, kaum verlegt, schon versifft. Unrecht hat er nicht. Der Quarzsandstein sieht schön aus, nach meinem Dafürhalten ist er aber ein unwahrscheinlicher Magnet für Kaugummi, Schuhabrieb, Taubenkot und was sonst noch daherkommt. Der Regierungsrat nennt dies beschönigend eine Patina. Na, da melde ich meine Zweifel an, Kaugummi und Taubenkot sind nach meinem Dafürhalten keine schöne Patina.

Trotz diesem Bedenken, wir haben dem Gestaltungskonzept Innenstadt zugesagt und wir können natürlich nicht in voller Fahrt das Ruder umlegen. Wir wünschen uns allerdings vom Regierungsrat, dass er gerade bei den Asphaltbändern auf eine deutlich konsequentere und schönere Umsetzung achtet, dass er in der Schneidergasse zum Beispiel bei Gelegenheit, wenn es sich denn anbietet, wirklich eine schöne Gestaltung hat, bei welcher die Wackensteine das sichtbare Element sind und dieser Asphaltteppich nicht das vorherrschende Element.

Namens der SVP-Fraktion bitte ich Sie, die beiden Berichte zur Kenntnis zu nehmen. Ich danke Ihnen dafür.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion LDP spricht Lydia Isler-Christ.

Lydia Isler-Christ (LDP): Die LDP nimmt den Bericht auch zur Kenntnis und wird ihn auch annehmen. Wir haben allerdings ein bisschen eine andere Skepsis. Bei uns geht es jetzt nicht nur um die Optik, sondern wir sehen bei diesen Wackensteinen auch das Problem, dass es, um darauf zu laufen, ein bisschen problematisch sein kann. Also, das eine ist die Schuhwahl, man kann immer noch mit Turnschuhen, das geht ja allenfalls noch, aber viel problematischer ist es für mobilitätseingeschränkte Menschen. Das sieht man schon in der St. Alban-Vorstadt, wo sich das ansässige Altersheim wirklich gewehrt hat, weil sie gesagt haben, mit einem Rollator oder mit einem Rollstuhl ist das kaum zu bewältigen und wenn man dann mit Stöcken oder mit Krücken dort durchlaufen will, das ist schlicht unmöglich. Da muss man unweigerlich auf den Asphalt in der Mitte der Strasse ausweichen und der ist ja eigentlich nicht gemeint für die Fussgänger, sondern für Velofahrer oder vielleicht fährt einmal ein Auto durch. Und in der Rittergasse sieht man es jetzt schon, dort ist es so ausgestaltet, dass in der Mitte das Asphaltband ist und wenn man schaut, wo die Leute sind, dann sind sie primär in der Mitte und dann ist es auch für das Velo, wenn sie dort durchwollen, ein bisschen eine Spiessrutenlauf. Wir sehen in dieser Lösung noch ein bisschen Optimierungspotenzial.

Wir nehmen den Bericht entgegen, würden uns aber zum Teil andere Lösungen wünschen. Wir sind gespannt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Lisa Mathys. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Lisa Mathys (SP): Ich kann nicht umhin, jetzt nachzufragen. Jetzt haben Sie doch vorhin gerade die Rückweisung des Allschwilerplatzes beantragt, womit Sie eine behindertengerechte Haltestelle verhindert hätten. Jetzt argumentieren Sie mit Behindertengerechtigkeit bei dem Konzept, das abgesprochen ist mit den Behindertenorganisationen. Ist das wirklich ernst?

Lydia Isler-Christ (LDP): Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Wir sind selbstverständlich nicht gegen behindertengerechte Tramhaltestellen, aber einfach, dass man es sinnvoll löst für alle Beteiligten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit wird Esther Keller für den Regierungsrat in der zweiten Runde sprechen. Sie verzichtet. Damit geht das Wort an Raphael Fuhrer für die zuständige Kommission.

Raphael Fuhrer (GAB): Der von Beat Schaller angesprochene Spalenberg und die Schneidergasse sind nicht nach den Grundsätzen des Gestaltungskonzept Innenstadt gestaltet worden, das war noch vorher. Würden sie jetzt gestaltet, wären sie genau so, wie Sie das gesagt haben, mit breiteren Wackensteinbändern. Auf der anderen Seite hat ja jetzt Lydia Isler-Christ gesagt, die Asphaltbänder sind wichtig, dort sollen aber die Leute nicht entlanggehen. Doch, man darf in einer Begegnungszone als Fussgängerin/Fussgänger auf der ganzen Breite der Strasse gehen. Es ist eben gerade die Idee, dass die Leute, die das nicht bequem finden, auf den Wackensteinen zu laufen, auf den geschliffenen, die können auch auf dem Asphaltband laufen, darum hat man die eingeführt. Ich glaube, das zeigt gerade auch, warum diese Kampagne vom Justiz- und Sicherheitsdepartement so wichtig wäre, dass man mal diese Regeln und die Ideen dahinter besser vermittelt, damit diese Koexistenz noch besser gelingt als heute.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung wurde nicht beantragt.

Grossratsbeschluss (Seite 18 des Berichts)

Einziger Absatz

Publikationsklausel wird ergänzt.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003511, 16.05.24 16:49:28]*

Der Grosse Rat beschliesst

Der Bericht des Regierungsrats zur Verwendung der Mittel aus der ersten und zweiten Rahmenausgabenbewilligung Gestaltungskonzept Innenstadt (GKI) wird zur Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grosse Rat stimmt zu mit 86 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung.

15. Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung in den Jahren 2021 und 2022, Bericht der UVEK

[16.05.24 16:49:34, 23.1480.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Das Wort geht an den Präsidenten der UVEK Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Es handelt sich hier um eine jährliche Berichterstattung durch den Regierungsrat, die auf den jeweiligen Berichten der Fluglärmkommission beruht. Der Regierungsrat ordnet jeweils noch die Erkenntnisse der Kommission ein. Ich möchte an dieser Stelle dem WSU danken für die gute Kommissionsarbeit in diesem Thema. Ausnahmsweise fasst der Bericht nun zwei Jahre zusammen, die Jahre 2021 und 2022. Weil das Jahr 2021 noch sehr unter

dem Einfluss der Pandemie stand, beziehen sich die meisten Aussagen der Kommission, des Regierungsrats und auch uns als UVEK auf das Jahr 2022 und dort zeichnet sich eine sehr starke Zunahme der Flugbewegungen ab. Wir können feststellen, dass die Lärmsituation im Vergleich zur Vorpandemiezeit wieder sehr kritisch wurde und wir haben darum uns entschieden, einen schriftlichen Bericht zu machen.

Die Anliegen der UVEK betreffen einerseits die Flugbewegungen während des Tages, das sind aber weniger Feststellungen, und die meisten beziehen sich auf die sogenannten drei Nachtstunden. Das ist die Stunde 10 bis 11 Uhr, 11 bis 12 Uhr, dann ist ja offiziell der Flughafen theoretisch zu von Mitternacht bis 5 Uhr morgens, dann geht es wieder los von 5 bis 6 Uhr. Das sind die drei Nachtstunden, also 10 bis 12 Uhr und 5 bis 6 Uhr.

Zu den ersten zwei Nachtstunden, also 10 bis 12 Uhr. Das ist eine kritische Zeit, das ist die Zeit, wo die meisten Leute einschlafen möchten, und darum ist das schon seit längerem ein Thema in der Fluglärmkommission und auch bei uns in der Kommission. Wenn man den langjährigen Trend beobachtet, dann sieht man, dass der Lärm deutlich zunimmt. Wir sind fast wieder bei den Lärmwerten aus dem Rekordjahr 2019. Der Grund sind mehr Flugbewegungen. Dahinter steht das weitverbreitete Geschäftsmodell der Fluggesellschaften, die vier Rotationen. Das heisst, ein Flugpaar Hin- und Rückflug oder, je nachdem, wo das Flugzeug stationiert ist, der erste Flug nach Basel und dann wieder zurück zur Heimstation. Diese vier Rotationen unterzubringen an einem Tag, wenn dann Verspätungen noch passieren, weil zum Beispiel der Flugraum überlastet ist, dann muss halt diese Spannbreite von 5 Uhr morgens bis um Mitternacht ausgeschöpft werden mit den entsprechenden Lärmphänomenen zu diesen sensiblen Zeiten.

Seit dem 1. Februar 2022 gilt ein Verbot von geplanten Starts gewerblicher Flüge ab 23 Uhr sowie ein Verbot von Starts und Landungen gewisser besonders lauter Flugzeuge. Das Resultat ist ein deutlicher Rückgang der Starts nach 23 Uhr. Das ist grundsätzlich gut und wurde in der UVEK auch begrüsst. Wir haben aber auch festgestellt, dass es nun deutlich mehr Starts gibt zwischen 10 und 11 Uhr und dass es als Nebeneffekt auch deutlich mehr Starts in Richtung Süden gibt und Richtung Süden heisst übersetzt in Richtung Basel, weil gleichzeitig Landungen von Norden stattfinden. Und insbesondere gerade in diesem Zeitfenster von 22:45 bis 23:15 Uhr hat der Fluglärm sogar gegenüber 2019 im Süden, also bei Basel sogar zugenommen. Und genau das wollte man ja eigentlich nicht. Man wollte eine Entlastung in den sensiblen Nachtstunden.

Die UVEK ist darum noch nicht zufrieden mit der Entwicklung in den ersten zwei Nachtstunden. Ein Grund dafür aus unserer Sicht ist die Definition vom Startpunkt des Fluges. Die französische Zivilluftbehörde legt diesen fest als Zurückstossen vom Gate, dann geht das Flugzeug auf die Rollbahn, bringt sich in Position und startet dann. Natürlich vergeht da eine rechte Zeitspanne und darum gibt es eben auch noch Fluglärm nach 23 Uhr. Das war ja eigentlich nicht im Sinne der Erfinder. Wir von der UVEK finden darum, der massgebende Zeitpunkt ist der eigentliche Startvorgang, denn dieser verursacht ja den Lärm und wir hoffen oder wir fordern, dass das auch so angepasst wird. Das zweite ist die Frage, wie kann man das umsetzen. Da ist es natürlich so, es gibt einen Verwaltungsrat, wo auch Vertreter aus dem Regierungsrat Einsitz nehmen, es gibt die französischen Zivilluftfahrtbehörden und es gibt den EuroAirport als Unternehmen selber. Wir würden uns wünschen von Seiten UVEK, dass natürlich auf allen Stufen geschaut wird, wie man dieses Problem in den Griff bekommen kann.

Der zweite wichtige Punkt, das sind die Ausnahmeregeln. Sie haben stark zugenommen im Vergleich zu früher, es ist eine Verdoppelung. Wir finden von Seiten UVEK, man müsste diese Ausnahmen transparenter machen und sie auch restriktiver anwenden. Insgesamt müssen wir aber auch feststellen, natürlich kann man auf diese Mittel setzen, wir werden aber nicht darum herumkommen, auch eine Reduktion der Flugbewegung in diesen drei Nachtstunden anzustreben. Das ist schwierig, das Geschäftsmodell der Fluggesellschaften ist nicht so einfach kompatibel damit, aber auch das müsste man sich vornehmen.

Hier kommt aber ein Punkt ins Spiel, der Flugraum in Europa ist chronisch überlastet. Es hat zu viele Flugbewegungen und der UVEK ist bewusst, der Raum für Verbesserungen ist so leider eng. Es ist aus ihrer Sicht darum klar, wir brauchen weniger Flugverkehr und somit auch weniger Lärm. Ein erster Schritt, nämlich die verbotenen Starts nach 23 Uhr, das muss verbessert werden, weitere Schritte müssen folgen. Es braucht aber eine allgemeine Verlagerung aus allen drei Nachtstunden und nicht nur bei den Starts, auch Landungen verursachen natürlich Lärm, die sind ja nicht Teil dieser Massnahmen. Das Geschäftsmodell der Fluggesellschaften, das Reiseverhalten der Bevölkerung, auch das Geschäftsmodell letzten Endes des Flughafens und die Abläufe in der Wirtschaft, die müssen kritisch diskutiert werden und weiterentwickelt werden.

Zwei weitere Themen, die wir in der UVEK besprochen haben, die für Basel besonders relevant sind, sind zum einen die Südlandungen. Hier ist ja die Windlage massgebend, das ist abhängig davon, wie stark gewisse Windströme sind, wo entschieden wird, ob dann von Süden oder von Norden her gelandet werden muss. Was festgehalten wurde damals, ist, dass bei 8 Prozent Südlandungen eine Analyse stattfinden muss und bei 10 Prozent oder mehr Massnahmen ergriffen werden müssen, um diese Südlandequote zu reduzieren. Die Quote ist mittlerweile auf 11,5 Prozent gestiegen. Erklärt wird das unter anderem mit einem veränderten Mikroklima, das sich wandelt in unsere Region. Die UVEK schliesst sich in diesem Punkt dem Regierungsrat an, alle Massnahmen sollen ausgeschöpft werden, um diese Quote wieder zu reduzieren. Es wäre sicher falsch, diese Quote nun einfach anzupassen, also lockerer zu machen. Es ist vielleicht auch noch wichtig, im Kopf zu behalten, es ist eine Quote, ein relatives Mass, wenn die Flugbewegungen insgesamt steigen, die Quote aber sinkt, heisst das nicht automatisch, dass es weniger Lärm gib, weil einfach die Menge insgesamt grösser ist.

Das zweite wichtige Thema aus Basler Sicht sind die Direktstarts, also Starts geradeaus nach Süden, kann man vereinfacht sagen. 2022 gab es im Durchschnitt 2'000 Direktstarts, das sind 5,7 pro Tag. Die können stattfinden zwischen 7 und 10 Uhr. Es sind zwar dann ein Einzelereignisse, aber auch die reichen natürlich, um Leute zum Beispiel aus dem Schlaf zu reissen an einem Samstagmorgen. Aus sich der UVEK müsste dieser Trend gebrochen werden. Es ist ein neuer Höchststand gegenüber 2021, eine Verdoppelung. Wir lesen keine Gründe, es wurde anscheinend nicht analysiert, wir fänden es wichtig, dass das noch getan wird.

Dann weitere Punkte, die unser Bericht behandelt, da weise ich einfach kurz darauf hin, das sind die Kapitel 2.4 und folgende. Insgesamt, glaube ich, kann man die Situation so zusammenfassen, die Tendenz ist leider in die falsche Richtung aus Sicht der UVEK, der Lärm hat wieder sehr stark zugenommen, in gewissen Zeiten sind es sogar Höchststände. Das ist natürlich eine sehr grosse Belastung für die Bevölkerung, es ist eine Einbusse in der Lebensqualität, es ist aber auch eine negative Auswirkung auf die Gesundheit. Alles in allem eine unbefriedigende Situation. Die Bevölkerung leidet, es gibt leider keine echten Fortschritte, Massnahmen, die seit längerem im Gespräch sind, sind leider immer noch nicht umgesetzt. Es ist kompliziert, das ist uns auch bewusst, wir würden uns aber wünschen, dass es schneller vorwärtsgeht, dass man Massnahmen nun endlich umsetzt, die seit längerem im Gespräch sind, und dass man den Spielraum ausschöpft, den man hat, um den Lärm zu reduzieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort für den Regierungsrat an Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Beim Thema Fluglärm wurden gewisse Fortschritte vor allem in der zweiten Nachtstunde erzielt in der letzten Zeit, aber der Regierungsrat ist nicht zufrieden mit der Lärmsituation, wie sie sich heute ausgestaltet am EAP und ich verstehe deshalb auch die meisten Punkte der Kritik der Kommission an der momentanen Situation. Die Vertreterinnen und Vertreter des Regierungsrats setzen sich ein, dass dieser Lärmschutz auch beim Flughafen verbessert wird.

Die Situation ist ziemlich komplex in diesem Gebilde. Wir haben die französische Flugsicherung, die französischen Behörden, die zuständig sind über die Abflüge und die Regelungen, die berufen sich auf französisches Recht und auf EU-Recht, die relativ viele Vorgaben machen, was möglich ist und vor allem was auch nicht möglich ist. Für den Lärmschutz auf Schweizer Seite ist der Bund zuständig, nicht der Kanton und beim Bund ist das das BAZL, und dann gibt es noch den Flughafen als handelnde Behörde, als Infrastrukturbereitstellerin, wo der Kanton Basel-Stadt im Verwaltungsrat auch vertreten ist mit vier Mitgliedern von insgesamt 16. Das ist die Ausgangslage, in der es zu handeln gibt und das Beste in Sachen Lärmschutz einerseits und auch für die Funktionsfähigkeit des Flughafens herauszuholen.

Beim Ziel in der Nachtstunde, da wurde ein guter Schritt gemacht mit der Regelung, dass geplanten Starts nach 23 Uhr verboten sind, aber, und das sieht der Regierungsrat gleich, dass diese 23 Uhr sich auf das block off und nicht auf das take off bezieht. Das ist nicht verständlich aus der Lärmsicht und ist nicht verständlich aus Sicht der Anwohnerinnen und Anwohner, weil wenn man sagt, nach 23 Uhr gibt es keine Starts und dann findet trotzdem einer statt ganz normal geplant um 23:15 Uhr, weil der um 22:59 den Block verlassen hat, dann ist das nicht zufriedenstellend. Da ist die Forderung von unserer Seite auch, dass hier die Methodik geändert wird. Das müsste die französische Flugbehörde anpassen und ändern.

Was kann man sonst machen, um die Nachtstunden zu entlasten. Das ist das finanzielle Incentive, also indem die Gebühren für Starts in den Nachtstunden und vor allem für lärmige Maschinen deutlich erhöht wurden, das wird eine Wirkung haben. Die andere Sache ist auch, dass der Flughafen gemeinsam mit den Fluggesellschaften sucht, dass die Flugpläne so angepasst werden, dass ebendiese block off-Zeiten möglichst vor 10:45 Uhr geschehen, um dann sozusagen halt auf freiwilliger Basis dazu zu kommen, dass die take off-Zeit dann vor 23:00 Uhr geschieht. Das sind die Möglichkeiten, die der EAP gemeinsam mit den Fluggesellschaften am Ergreifen ist.

Zu den Südlandungen, es wurde erwähnt, da ist die Regelung relativ klar aus Sicherheitssicht, aus EU und französischer Sicht mit dieser Fünf-Knotenregelung. Das ist abhängig von der Windstärke, diese ist weder von der französischen Behörde noch durch uns beeinflussbar und die Behörde, die handelt dann relativ strikt nach diese Regel und das führt bei den momentanen Windverhältnissen, die sich in unseren Mikrokosmos auch verändert haben und auch nicht so planbar sind, aber das führt dazu, dass die Südlandung über dieser angestrebten Zielquote ist, wie sie eigentlich festgelegt wäre.

Dann noch zu den Immissionsgrenzwerten, wie sie im Sachplan Infrastruktur Luftfahrt festgehalten sind. Dort ist dann das BAZL zuständig. Da wurde jetzt eine Überschreitung in einem Jahr festgestellt, nicht über Basel, aber über Allschwil und Schönenbuch und das ist nicht akzeptabel, dass diese Immissionsgrenzwerte überschritten sind. Da ist das BAZL gefordert. Die Regel ist da aber ein bisschen mit einem time-lag, dass die wirklichen Handlungen erst kommen, wenn drei Jahre hintereinander diese Immissionsgrenzwerte überschritten sind. Aber da ist unsere Forderung, dass der Flughafen und auch das BAZL die Massnahmen ergreifen muss, dass diese Immissionsgrenzwerte des Sachplans Infrastruktur Luftfahrt wieder eingehalten werden.

Dann noch eine Bemerkung zu den Investitionen, weil die auch erwähnt wurden im Bericht der UVEK. Aus Sicht des Verwaltungsrates, und das ist auch in der Strategie festgehalten, dienen Investitionen, die getätigt werden, zur Gewährleistung der Sicherheit einerseits und zur Verbesserung der Servicequalität andererseits. Das primäre Ziel ist dabei nie die Kapazitätserweiterung. Ganz trennbar ist das nicht, aber dieser Grundsatz ist klar, Investitionen fokussieren auf Sicherheit und Servicequalität und nicht auf die Kapazitätserweiterung.

Ich möchte der UVEK danken für die Diskussion, auch das kritische Begleiten der Lärmsituation am Flughafen und möchte Sie bitten, diesen Bericht, eigentlich geht es ja um den Bericht der Fluglärmkommission der beiden Kantone, so zur Kenntnis zu nehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten und da hat sich Jérôme Thiriet für das GAB eingetragen.

Jérôme Thiriet (GAB): Jetzt ist genau das passiert, als ich gerade nicht am Platz war, der Computer ist abgestürzt, das heisst, ich habe kein Votum mehr, aber ich kann das auch frei halten.

Es ist wenig überraschend, dass das Grün-Alternative Bündnis nicht der grösste Fan des Flugverkehrs ist. Es ist kein ökologischer Verkehrsträger und er ist zudem noch laut. Von dem her ist es für das GAB ziemlich einfach, je weniger Flugverkehr wir haben, desto besser können wir unser Klimaziel, 1,5 Grad-Ziel erreichen und desto weniger ist die Bevölkerung von Lärm betroffen. Jetzt hatten wir ja in der Pandemie einen sehr grossen Rückgang der Flugbewegungen und wir von den Grünen haben uns dann eigentlich gefreut, weil unsere politischen Bemühungen zur Reduktion des Flugverkehrs eingetroffen sind und somit auch der Fluglärm am EuroAirport zurückgegangen ist und allgemein die ökologischen Belastungen. Wir sind dann einigermassen naiv gewesen und haben gedacht, vielleicht gibt das ein Umdenken bei den Leuten, vielleicht können mehr Business Meetings online gemacht werden, es braucht die Businessflüge nicht mehr. Vielleicht merken die Leute, dass auch Ferien im nahen Europa, die man mit dem Zug erreichen kann oder auch Geschäftsreisen mit dem Zug möglich sind und dadurch eigentlich der Flugverkehr längerfristig reduziert werden kann.

Wenn man den Bericht gehört hat, der der Präsident der UVEK vorgelesen hat, ist das leider überhaupt nicht eingetroffen. Wir sind eigentlich wieder beim Flugverkehr vor der Pandemie und wir haben auch gehört an, dass das grösstenteils auch die Nachtstunden, wo wir eigentlich nicht wollen, dass es Flugverkehr hat und nicht wollen, dass es Lärmbelästigungen hat, betrifft, nämlich zwischen 10 und 12 Uhr abends und zwischen 5 und 6 Uhr morgens, wo viel mehr Starts und Landungen reingedrückt werden, wenn es irgendwo Verzögerungen gibt. Das liegt zu einem grossen Teil auch am Geschäftsmodell von diesen Billigfluggesellschaften, dass die nämlich ihre Rotationen machen, vier am Tag, so dass sie eigentlich immer wieder ihr Flugzeug von Base zu Base verschieben und damit auch immer wieder an diesen Nachtzeiten ritzen.

Wir vom Grün-Alternativen Bündnis sind überhaupt kein Fan von Billigfluggesellschaften. Wir setzen uns für Umweltschutz und auch für weniger Lärmbelästigung ein und haben viel lieber eine ruhige Nacht, als für zwei Rappen nach Berlin fliegen zu können. Insofern ist unser grosser Appell an den Flughafen, dass sie sich jetzt vehement dafür einsetzen, dass in den Nachtstunden, vor allem in den Nachtstunden, nicht mehr Flugbewegungen kommen, dass dort mehr der Hebel angesetzt wird. Wir haben es gehört, die block off und take off-Methoden, dass man dort einen Hebel ansetzen kann und dass der Flughafen vielleicht in der Pflicht ist, die Bemühungen umzusetzen, dass zwischen 10 und 12 Uhr abends und zwischen 5 und 6 Uhr morgens keine Lärmbelästigung mehr da ist. Wir sind das der Bevölkerung, die im Umfeld des Flughafens wohnt, schuldig. Die Lärmbelästigung führt nicht nur dazu, dass man nicht schlafen kann, sondern es ist effektiv auch nachgewiesenermassen gesundheitsschädlich.

Wir sehen natürlich auch die Vertreter/Vertreterinnen des Kantons im Verwaltungsrat dort in der Pflicht und bitten wirklich alles Mögliche zu tun, dass wir unsere Menschen, die im Flughafengebiet wohnen, schützen können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von David Jenny an? Sie wird angenommen. David Jenny hat das Wort.

David Jenny (FDP): Gibt es eine gewisse grüne Lärm-Doppelmoral, Fluglärm schlecht, Mediterranisierungslärm gut in Basel?

Jérôme Thiriet (GAB): Meines Wissens sind auch Mitglieder des Grün-Alternativen Bündnisses sehr stark gegen den Mediterranisierungslärm.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ich wollte mich eigentlich nicht äussern, aber ich muss hier schon sagen, diese Flughafendiskussion beelendet mich schon etwas. Nehmen Sie doch einfach einmal zur Kenntnis, dass Fliegen und Reisen ein Bedürfnis ist bei der Bevölkerung, gerade bei der jungen Bevölkerung. Die 18- bis 30-Jährigen, die fliegen am meisten und die konsumieren auch diese Billigflugangebote. Es ist nicht diese Klimajugend mit dieser unsäglichen Greta, die eine Mehrheit hat in diesem Bereich, es sind diese Menschen, die finden, dass Fliegen ein Bedürfnis ist. Das kann man noch so lange kritisieren in so einem Bericht, aber schlussendlich kritisieren Sie die eigene Bevölkerung. Und auch wenn wir auf die Frachtflüge schauen, auch Onlineshopping ist ein Bedürfnis, auch das kann man kritisieren, aber schlussendlich wird halt einfach konsumiert und dementsprechend können wir jedes Jahr hier einen derartigen Bericht verabschieden und sagen, ja, die Flugzahlen sind zu hoch.

Es ist ja auch so, dass die Bevölkerung das CO_2 -Gesetz abgelehnt hat mit einer Ticketabgabe. Also auch dort politisieren Sie an der Bevölkerung vorbei, wenn Sie diese einfach einseitig kritisieren. Und man sieht ja auch, die ganzen Klima-Ikonen sind dann die ersten, die nach Mexiko fliegen oder ein Formel 1-Rennen besuchen, also auch hier ist eigentlich die Heuchlerei relativ gross. Also hier zu tun, als müssten wir jetzt diesen Flughafen bekämpfen, als seien wir alle kein Fan von diesem Flughafen, das ist doch eine pure Heuchlerei.

Und auch wenn ich jetzt diesen UVEK-Bericht mir anschaue und wir jetzt hier eine Studie in Auftrag geben wollen, was für Produkte jetzt notwendig sind, zu welcher Zeit nach Basel geflogen kommen, ja auch hier, wir können das schon machen, eine derartige Studie in Auftrag geben. Aber erstens kann die Schweiz oder auch der Kanton Basel-Stadt Daten vom EuroAirport gar nicht erst erheben, für das haben wir gar keine rechtliche Grundlage und zweitens wird das auch an der Situation nichts ändern, weil der Flughafen ja auf französischem Boden ist. Also dementsprechend, wir vergeben uns hier relativ viel. Wir machen sehr viel Aufwand bei diesem Bericht, aber schlussendlich ist es doch einfach ein Abbild der Bevölkerung, welche gerne fliegt, welcher gerne reist, welche Onlineshopping betreibt und das ist einfach die Realität. Da können wir uns noch so oft aufregen und sagen, wir sind nicht Fan von diesem Flughafen, es ist ein Bedürfnis der Bevölkerung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Lydia Isler-Christ an? Sie wird angenommen.

Lydia Isler-Christ (LDP): Pascal Messerli, Sie reden von Heuchlerei. Wie möchten Sie das den Anwohnern erklären? Ich gebe zu, ich gehöre auch zu diesen Anwohnern, es hat sehr viele Anwohner und ja, es hat sich geändert, weil die Leute heute mobil sind, weil sie online bestellen, trotzdem bin ich der Meinung, man muss auch die Bevölkerung dort schützen, die die Nacht durch gestört ist durch den Lärm. Wie erklären Sie das diesen?

Pascal Messerli (SVP): Der Regierungsrat hat gesagt, er möchte sich einbringen, aber hier generell dieses Flughafen-Bashing ist Heuchlerei, weil er kann Ihnen ganz gerne die Statistik zeigen und dort sieht man halt einfach, dass Flüge zunehmen, weil es ein Bedürfnis in der Bevölkerung ist. Wahrscheinlich auch in der Bevölkerung, welche in der Nähe des Flughafens wohnt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Und wieder befinden wir uns also am Punkt, wo wir über einen Fluglärmbericht in diesem Saal debattieren, und wieder ist es mir ein echtes Bedürfnis, dazu ein paar Worte zu sagen. Der Flughafenbetrieb wird von vielen immer wieder als wichtiger Wirtschaftsfaktor für unsere Region gepriesen. Auch wir wissen, dass das aus wirtschaftlicher Sicht ein Standortfaktor ist, der hilft. Wir von der SP, wir verschliessen trotzdem nicht die Augen davor, dass jene, die rund um den Flughafen wohnen, einer extremen Lärmbelastung ausgesetzt sind und diese Lärmbelastung, die schadet ihrer Gesundheit und sie schadet ihrer Lebensqualität und das sind Fakten. Entsprechend empfinden wir die euphorischen Formulierungen im Fluglärmbericht, wo von einer Erholung und einer Wiedererstarkung des Flugverkehrs die Rede ist, auch ein bisschen als Affront gegenüber jenen, die sich in Punkto Lärmbelastung den Lockdown zurückwünschen. Aber dies mehr so nebenbei.

Es ist uns wichtig, die Thematik im Kontext der Jahre anzusehen. Wir haben viele Jahre dafür gekämpft und wir tun es auch weiterhin, dass ein nächtliches Flugverbot umgesetzt wird. Aus Sicht der SP müsste es eine Nachtflugsperre von 23 bis 6 Uhr geben. Dabei bleiben wir. Vielleicht erinnern Sie sich, vor gut zwei Jahren wurde eingeführt, dass geplante Starts ab 23 Uhr nicht mehr erlaubt sind. Als wir im Juni 2022 hier den Fluglärmbericht verabschiedeten, zeigte sich schon, dass es in den ersten zwei Monaten nach Inkrafttreten dieser Massnahme, die Disziplin noch einigermassen vorhanden waren und dass sie

dann rapide abnahm. Ausnahmebewilligungen nahmen zu und es kam dazu, dass es eben dann doch wieder ganz regelmässig Starts nach 23 Uhr gab. Gerne zeige ich Ihnen nun kurz die Statistik der Starts zwischen 23 Uhr und 5 Uhr morgens in den letzten 12 Monaten. Sie sehen es, ich weiss übrigens nicht, warum die Monate Februar, März und April nicht verfügbar sind im Tool, das ist ja online zugänglich, so oder so, man sieht es einfach, von keinen Starts kann einfach keine Rede sein. Ich finde das schwierig.

Dabei darf nicht unerwähnt bleiben, dass das, was Sie hier sehen in der Statistik, das waren eben erst die Starts, dazu kommen noch die Landungen, die weiterhin nicht verboten sind und da zeigt sich eben dann doch auch noch ein anderes Bild, das wirklich alarmierend ist. Ich zitiere aus dem Bericht zum Jahr 2022: Die gemessenen Fluglärmwerte zwischen 23 und 24 Uhr waren höher als im Jahr 2021 und erreichten das Niveau der Jahre vor der Coronakrise. Und diese Jahre vor der Coronakrise, das waren die Jahre, als es noch geplante Starts nach 23 Uhr gab und die Tendenz ist steigend. Das kann doch einfach nicht sein, das ist ein Hohn. Der gewünschte Effekt einer Reduktion der Lärmbelastung in der sogenannten zweiten Nachtstunde, also eben zwischen 23 und 24 Uhr, ist nicht eingetreten. Die Menschen haben also tatsächlich eine höhere Belastung. Da ist dann einfach der Applaus für dieses eingeführte Startverbot ein bisschen unangebracht. Sowohl die Fluglärmkommission als auch die Regierung kritisieren dies deutlich und wir sind froh, dass das geschehen ist und wir bedanken uns auch für diese deutliche explizite Kritik.

Zu erwähnen ist noch, dass als Start eines Flugzeuges der Moment gilt, indem die Maschine vom Gate weggeht, ich glaube, Raphael Fuhrer hat es vorher auch erwähnt, also nicht der eigentliche Start, nicht der Zeitpunkt, wenn der Lärm entsteht. Das ist halt einfach auch so wirklich absurd, entsprechend wäre wohl, wenn man eine Lärmreduktion ab 23 Uhr wirklich erreichen möchte, ein Startverbot ab 22:30 Uhr das richtige Mittel und ein ehrlicheres Mittel. Eigentlich könnte man sagen, soweit so bekannt, aber wir finden es halt wirklich wichtig, dass diese falsche Entwicklung und diese Nichterreichung der definierten Ziele nicht einfach hingenommen wird. Wir schulden dies den betroffenen Anwohnern. Jetzt schaue ich extra Lydia Isler-Christ an.

Dann noch ein paar Worte zu einem anderen Thema. Von Seite, ich nenne es mal, von der Flugverkehrslobby wird gerne betont, nicht heute jetzt hier, aber man hört es immer wieder, dass die Zunahme des Flugverkehrs wesentlich im Onlineshopping zu suchen sei und alle diese Flugzeuge dann eben von heute auf morgen Billigware liefern, die auch jene bestellt haben, die die Zunahme des Flugverkehrs kritisieren. Nun, wir haben in der UVEK zu erörtern versucht, was da dran ist. Es wurde uns berichtet, dass darüber diskutiert werde, wie Expressfrachtflüge in lärmintensiven Stunden reduziert werden könnten. Das freute uns. Sie können dem Bericht der UVEK entnehmen, dass wir über verschiedene Arten der Expressfracht diskutierten. Selbstverständlich sind Expressflüge, die zum Beispiel Blutskonserven bringen und damit Leben retten, anders zu bewerten als solche, die Lieferungen eines gestern bestellten Billigkopfhörers oder eines vorgestern bestellten Fake Markenturnschuhs sind. Das wäre dann nicht Express im Sinne der Erfinderin und des Erfinders, diese Güter müssen auch nicht hergeflogen werden meiner Meinung nach. Aber zurück zur Expressfrage. Wir stellen fest, dass es keine Zahlen hierzu gibt. Wir wissen also nicht, wie viel Lärm durch Flüge für Paketlieferungen des gern gescholtenen Billig-Online-Handels entsteht und ob es da tatsächlich einen Hebel gäbe.

Der Regierungsrat wird nun darum gebeten, eine Untersuchung der Zusammensetzung der Fracht zu verschiedenen Tageszeiten zu machen, weil es einer Versachlichung der Diskussion dient. Sie können es dem Kommissionsbericht entnehmen, dieser Entscheid fiel maximal knapp aus. Es dünkt mich etwas erstaunlich, dass es nicht im Interesse aller ist, die Diskussion über die Zunahme des Flugverkehrs und die guten und weniger guten Gründe dafür zu versachlichen, denn genau darum geht es bei dieser kleinen Anregung. Wir verstehen nach wie vor nicht, wie man dagegen sein kann, eigentlich ist der einzige plausible Grund für die Ablehnung, dass man lieber weiter polemisiert und die viel zu hohe Fluglärmbelastung, die der Gesundheit unserer Bevölkerung schadet, zumindest teilweise dem Online-Handel in die Schuhe schiebt, ohne zu wissen, ob es in diesem Bereich tatsächlich einen Hebel gäbe. Zum Glück gab es dank Stichentscheid eine Mehrheit. Wir sind gespannt auf die Zahlen und wollen gern die Möglichkeiten einer Reduktion der Lärmbelastung anhand zusätzlicher Fakten sachlich diskutieren, auch künftig.

Der Verabschiedung oder der Kenntnisnahme des Berichts stimmen wir zu.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Lisa Mathys, es sind zwei Zwischenfragen im Anflug. Nehmen Sie sie an? Sie werden angenommen. Zuerst Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Lisa Mathys, Sie haben diese dramatische Grafik hier gezeigt. Finden Sie es nicht auch angebracht darauf hinzuweisen, dass die dunkelgrüne Fläche praktisch ausschliesslich Rega-Flüge sind oder fordern Sie ein Nachtflugverbot für die Rega?

Lisa Mathys (SP): Wir haben die Zahlen genau analysiert und wir haben gesehen, dass es sehr viele Ausnahmebewilligungen gab, diese eben zugenommen haben, auch im ganzen Bereich der verschiedenen Flugarten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die zweite Frage kommt von Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Lisa Mathys, haben Menschen denn kein Recht nach Hause zu kommen, wenn sich ein Flugzeug verspätet, sollen die einfach irgendwo verstranden?

Lisa Mathys (SP): Es gibt ein Verbot für geplante Starts, das schon nicht umgesetzt wird, und ich frage Sie, haben die Menschen, die jeden Tag in Basel schlafen, nicht das Recht auf Gesundheit?

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein Einzelvotum hat sich Lorenz Amiet gemeldet.

Lorenz Amiet (SVP): Ich habe nicht geplant, mich zu dieser Herzensangelegenheit von mir selbst zu äussern. Die Debatte geht aber doch in eine Richtung, die es verlangt, dass man einige Dinge ein bisschen richtigstellt. Horribile dictu, ich bin vor zwei Stunden in Basel gelandet, zurückgeflogen aus dem Ausland geschäftlich bedingt und ich war froh, dass ich hier landen konnte und relativ rasch in die Sitzung kommen konnte.

Wenn wir vom Fluglärm sprechen, sprechen wir einerseits von Inzidenz, der Häufigkeit, und andererseits von der Intensität, also von der Dezibel der einzelnen Flugzeuge. Es ist richtig, dass die Inzidenz deutlich wieder zugenommen hat seit der Pandemie, wir haben deutlich mehr Flugverkehr wieder, was wir bis jetzt nicht diskutiert haben, ist aber, dass die Intensität pro Ereignis, also pro Start und pro Landung Jahr für Jahr abnimmt und das ist der Technologie geschuldet.

Fraktionskollege Pascal Messerli hat in seinen Bericht schon darauf hingewiesen, dass die Bevölkerung fliegen will. Ich möchte das einfach noch ergänzen um den Hinweis, welcher Teil der Bevölkerung das ist. Die Destination Nummer 1 ab dem EuroAirport ist Pristina. Das sind nicht Ferienflüge, das sind schon gar nicht Geschäftsflüge, sondern das sind sogenannte Family & Friends-Flüge. Also das ist ganz sicher ein Bedürfnis für die Bevölkerung und wahrscheinlich nicht die Bevölkerung von Ammel.

Zu den Blockzeiten. Viel Glück dabei, den französischen Behörden sagen zu wollen, wie Sie die Start- und Landezeiten in Basel am EuroAirport gemessen haben wollen. Das ist französische Verordnung, welche auf europäischem, also auf EU-Verordnungen der EASA basiert und die haben wahrscheinlich nicht das Bedürfnis, diese Verordnungen einfach wegen dem Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt anzupassen. Die Blockzeiten, die sind weltweit Usanz beim Bemessen von Starts und Landungen. Wenn Sie einen Flug buchen, ist die Zeit auf dem Flugplan und auf dem Ticket auch nicht die Zeit, wann das Flugzeug abhebt oder die Piste berührt, sondern die Zeit, wann das Flugzeug vom Gate zurückgestossen wird beziehungsweise die Tür geschlossen wird.

Dann zum Vorwurf, die Disziplin nehme ab betreffend die verspäteten Abflüge. Die nimmt hinten und vorne nicht ab. Es wurde erwähnt, die Bussen, die die Airlines bekommen, wenn sie verschuldetermassen Verspätungen haben, und verschuldetermassen heisst auch Flugplanprobleme, heisst auch technische Probleme, die sind saftig. Die sind so saftig, dass ein normaler Flug nicht rentabel durchführbar ist, wenn das Flugzeug zu spät startet. Das hat bereits Auswirkungen gezeigt, die Airlines haben bereits Flugpläne angepasst, um mehr Reserve zu haben. Also man kann überhaupt nicht behaupten, die Disziplin nehme ab, das ist ein Trend, der Trend wird sicher noch etwas mehr Zeit brauchen.

Zum Thema Low Cost, das easyJet-Bashing, das wir gehört haben. Die easyJet flottet ständig zusätzliche, moderne, neuere, leisere Flugzeuge ein, insbesondere den Airbus A320neo. Das Flugzeug ist 40 Prozent leiser als der Vorgänger. Das braucht seine Zeit, bis die ganze Flotte umgestellt ist, das wird noch ein paar Jahre dauern, das ist so, aber insbesondere die easyJet kümmert sich sehr stark um das Thema Lärmproduktion.

Abschliessend noch zum Thema Frachtverkehr. Man kann selbstverständlich hier eine Studie in Auftrag geben, ein paar Experten damit beschäftigen, warum nicht. Schauen wir uns den Frachtflugverkehr in Basel an. Das ist dreigeteilt. Erstens gibt Charterfrachtflüge, die fliegen immer während der Arbeitszeit an und ab, weil sonst die Kosten viel höher sind und die sind nie absolut zeitkritisch. Dann gibt es die nur Frachter oder Block-Space-Frachter, ich habe im Flugplan nachgeschaut, die fliegen alle zu Bürozeiten an oder ab, da gibt es keine zu den Randstunden. Was es bei den Randstunden gibt, sind die Expressfrachter, Fedex, DHL und ASL, diese drei Gesellschaften. Das Businessmodell ist einfach, bei Arbeitsschluss sammelt man die Päckchen ein, bringt sie zum Airport, belädt das Flugzeug und fliegt ab, geht zum Hub, verteilt es und bringt die anderen Päckchen zurück, landet vor Bürobeginn am Morgen, dass die Leute in Basel die Päckchen wieder haben, wenn sie zur Arbeit kommen. Anders funktioniert dieses Modell nicht. Jetzt kann man schon schauen, wie viele dieser

Päckchen sind zeitkritisch und wie viele nicht. Das Beste, was Sie dann erreichen, ist, dass diese Airlines zwei statt einen Flug nach Basel haben. Auf den Flug zu den Randseiten können Sie nicht verzichten.

Nehmen Sie bitte diese Dinge zur Kenntnis, wenn Sie über Fluglärm diskutieren. Ich danke Ihnen dafür.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch bei Ihnen liegen zwei Zwischenfragen vor, die angenommen werden. Zuerst Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Danke, dass Sie Gegenrecht walten lassen. Sie haben gesagt, die Ereignisse seien weniger laut, die einzelnen. Aber Sie haben gehört, was ich zitiert habe aus dem Bericht: Die gemessenen Fluglärmwerte zwischen 23 und 24 Uhr sind höher und so hoch wie vor der Coronakrise. Können Sie da auf einzelne Ereignisse, die weniger laut sind, verweisen, wenn der gesamte Lärm einfach deutlich höher ist?

Lorenz Amiet (SVP): Die Zahl, auf die Sie sich beziehen, ist die Kumulation der beiden Faktoren, wie viele Flugzeuge und wie laut sind die Flugzeuge. Die Kumulation hat zugenommen, aber das einzelne Ereignis, der einzelne Start ist leiser als vor der Pandemie im Schnitt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die zweite Frage kommt von Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Was habe ich davon, wenn der EuroAirport Bussen kassiert, als Anwohnerin, die nicht schlafen kann?

Lorenz Amiet (SVP): Die Bussen haben den Zweck, als Druckmittel dafür zu sorgen, dass die Airlines dieses Verbot für geplante Starts ab 23 Uhr strikt einhalten und dieser Mechanismus funktioniert, das zeigen die Zahlen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen in der zweiten Runde zu Regierungsrat Kaspar Sutter. Er verzichtet. Kommissionspräsident Raphael Fuhrer verzichtet ebenfalls.

Sie haben den Bericht damit zur Kenntnis genommen.

17. Motion 1 Joël Thüring und Konsorten betreffend ungültige Stimmen vermeiden – Wahlunterlagen anpassen

[16.05.24 17:30:17, 24.5096.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Dies wird bestritten von Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Aufgrund des «Chrüzlistiches» gehe ich davon aus, dass wir diese Motion überweisen werden. Ich möchte Ihnen trotzdem kurz darlegen, warum die SP sie nicht überweisen will.

Grundsätzlich finden wir, wird hier ein neues System gefordert für etwas, wo es kein neues System braucht, sondern eine bessere Kommunikation und bessere Hinweise, wie man diese Wahlen durchführen soll als Bürgerinnen und Bürger. Zudem ist es, und ich erlaube mir jetzt hier auch noch eine formalistische Kritik, einfach keine Motion, sondern ein Anzug. Aus meiner Sicht verstehe ich überhaupt nicht, warum das hier als Motion eingereicht werden muss, aber das kann der Motionär vielleicht nachher noch schnell erklären.

Und dann stellt sich auch noch die Frage, es wird ja als Option skizziert, dass die Stimmbevölkerung künftig die Wahlzettel handschriftlich ausfüllen soll und ich frage mich wirklich, ob das die Niederschwelligkeit und den Wunsch nach hoher

Stimmbeteiligung, den wir hier drin, glaube ich, alle haben, wirklich verbessert. Ich glaube, es ist der falsche Ansatz. Auch die Wahlzettel zu trennen, finde ich wirklich den falschen Ansatz. Ich finde es viel zielführender, dass man sich überlegt, wie kann man die Wahlunterlagen dermassen gestalten, dass sie die Niederschwelligkeit verbessern, dass sie anschlussfähiger sind, und dafür braucht es kein neues System, sondern eine bessere Formulierung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Joël Thüring, der Motionär das Wort.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank an Beda Baumgartner für seine Worte. Vielleicht zur Frage des Instruments. Ich fordere Massnahmen innerhalb eines Jahres, das kann man mit dem Anzug nicht, deshalb, glaube ich, ist die Motion das geeignete Mittel dazu. Sie haben natürlich recht, es ist jetzt auch mir noch nicht ganz klar, welches am Schluss dann die geeignetste Variante ist, aber es ist doch eindeutig und klar, dass mit dem jetzigen System die Anzahl ungültiger Stimmen eindeutig zu hoch ist. Das haben wir gesehen bei der Ersatzwahl vom März, als wir verschiedene Kandidaten hatten, die sowohl für den Regierungsrat als auch das Regierungspräsidium kandidiert haben. Währenddem bei den Regierungsratswahlen nur 230 Stimmen ungültig waren, waren es für das Regierungspräsidium sechs Mal mehr, also fast 1’500 Stimmen. Diese 1’500 Stimmen waren jetzt nicht ausschlaggebend, aber es kann in einem Fall einmal so sein, dass gerade diese Zahl der ungültigen Stimmen matchentscheidend ist, um den einen oder den anderen Kandidaten dann eben nicht ins Amt zu wählen und das finde ich demokratiepolitisch sehr schwierig.

Jetzt kann man sagen, wie Beda Baumgartner, wir probieren es mit besserer Kommunikation. Das ist ein Ansatz, den die Staatskanzlei ja schon seit einigen Jahren versucht und es ist auch kein Vorwurf an die Staatskanzlei, aber wir sehen, dass seit dieser Einführung im 2016, auch mit diesem Regierungspräsidium und dann diesen Wahlzetteln mit den Kreuzen eben die Zahl der ungültigen Stimmen weiterhin sehr hoch ist. 2016 waren es 3’000 ungültige Stimmen, das ist enorm viel, 3’000 ungültige Stimmen, es waren aber auch 2020 immer noch fast 1’600. Und die Zahl ist, wenn man es vergleicht in den letzten Jahren, nicht signifikant gesunken und die Kommunikationsmassnahmen seitens der Regierung oder der Staatskanzlei haben aber seither deutlich zugenommen. Ich würde sogar behaupten, ich weiss nicht, wie es bei der SP ist, das weiss Beda Baumgartner sicher besser, aber zumindest auch bei meiner Partei und bei vielen anderen Parteien ist es ja so, dass das korrekte Ausfüllen des Wahlzettels zwischenzeitlich auch wirklich Bestandteil der Wahlpropaganda ist, um eben auch sicherzustellen, dass möglichst wenige Stimmen ungültig sind und trotzdem ist die Zahl der ungültigen Stimmen zu hoch.

Das Argument, dass man dann allenfalls Leute davon abhält zu wählen, das mag vielleicht bis zu einem gewissen Grad sogar stichhaltig sein, nur, wenn wir in andere Kantone schauen, dann müssen wir einfach feststellen, dort ist die Wahlbeteiligung weder höher noch tiefer, aber das System ein anderes. Es gibt sogar Kantone, wo man nicht einmal weiss, wer kandidiert, wenn man das Wahlkuvert bekommt, da muss man die Namen selber aufschreiben, weil es nirgends vorgegeben ist, wer der Kandidat ist. Also auch das gibt es und überall dort sind die Zahlen der ungültigen Stimmen weitaus tiefer, deshalb, glaube ich, ist es richtig, wenn sich der Regierungsrat Gedanken dazu macht, welche anderen Möglichkeiten es gibt, diese doch deutlich hohe Zahl an ungültigen Stimmen zu reduzieren. In diesem jetzt vorliegenden Fall bei der Regierungsratsersatzwahl 2024 wäre es ja sogar vielleicht so gewesen, dass die hohe Anzahl der ungültigen Stimmen Ihrem Kandidaten, Mustafa Atici oder auch Jérôme Thiriet geschadet hätte, Conradin Cramer nicht, er war ja bereits als amtierender Regierungsrat auf dem Wahlzettel für das Präsidium, Mustafa Atici und Jérôme Thiriet aber nicht.

Ich glaube, es muss in unser allen Interesse sein, dass wir eine möglichst tiefe Anzahl ungültiger Stimmen haben und wenn man sieht, dass dieser Unterschied zwischen Regierungsrat und Regierungspräsidium derart gross ist, dann kann dies nur eben an diesem Wahlzettel liegen und an nichts anderem. Und das Thema der Aktivierung möglichst vieler Wählerinnen und Wähler, also sprich einer hohen Stimmbeteiligung, das ist etwas, was wir unabhängig davon natürlich alle anstreben müssen. Ich bitte Sie deshalb, die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Joël Thüring, Eric Weber möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Sie wird angenommen.

Eric Weber (Fraktionslos): Joël Thüring, ich wollte eigentlich nicht mehr reden, aber die Frage ist, im Text haben Sie mich vergessen. Sie haben geschrieben, Nicht-Regierungsräte sind Jérôme Thiriet und Luca Urgese, beide haben kandidiert und darum ist es kompliziert, aber Sie haben mich bei der Aufzählung dort vergessen. Können Sie das bitte bestätigen?

Joël Thüring (SVP): Ja, Nobody is perfect.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

58 Ja, 26 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003515, 16.05.24 17:38:00]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 58 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

18. Motion 2 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Chancengerechtigkeit für migrierte Schülerinnen und Schüler durch langfristige Sicherstellung eines Förderprogramms für leistungsstarke Jugendliche

[16.05.24 17:38:06, 24.5110.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Dies wird bestritten von Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Die Motion stellt fest, dass die soziale Mobilität stagniert und migrierte Jugendliche weiterhin geringere Chancen haben als junge Schweizerinnen und Schweizer ohne Migrationshintergrund. Solche Ungleichheiten sind inakzeptabel, da sie die Chancengleichheit untergraben. Jeder junge Mensch sollte unabhängig von seiner Herkunft dieselben Erfolgschancen in unserer Gesellschaft haben.

Jedoch stützt sich dieser Vorstoss auf die spezifische Ausgangslage in Zürich. Das Trainingsprogramm ChagALL bereitet talentierten Jugendliche mit Migrationshintergrund, aus sozioökonomischen benachteiligten Familien gezielt auf die zentrale Aufnahmeprüfung vor und begleitet sie darüber hinaus auf ihrem weiteren Bildungsweg. Das Programm steht in engem Zusammenhang mit der Dauerdiskussion in Zürich, dass Kinder aus wohlhabenden Familien durch teure Vorbereitungskurse bessere Bildungschancen haben, während einkommensschwache Familien diese nicht finanzieren können.

Basel hingegen verfügt über den etablierten Qualifikationsweg für Bildungslaufbahnen, die sich anhand von Semesterzeugnissen bemisst. Im Weiteren ist unklar, auf welche Vorbereitungsprogramme und welche Aufnahmeprüfung man in Basel fokussieren soll, da nur Schülerinnen und Schüler, die keine weiterführende Schule einschliesslich Berufsschule durch Erzeugnis erreichen, diese Prüfungen benötigen. Zudem wäre ein selektives Auswahlverfahren nötig, das nach GLP-Meinung die Chancengerechtigkeit nicht unterstützt.

Wir Grünliberalen stehen der Frage grundsätzlich sehr kritisch gegenüber, ob Aufnahmeprüfungen eine sinnvolle Ergänzung darstellen. Diese fördern fokussiert ein Teaching zu den Tests und tragen selten zur nachhaltigen Entwicklung der Schülerinnen und Schüler bei. Unsere Sekundarschulen bieten bereits Förderprogramme an, die allen talentierten Jugendlichen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, zugänglich sind. Die weiterführenden Mittelschulen haben ebenfalls die Möglichkeit, Projekte und Förderprogramme zu etablieren, die bereits heute umgesetzt werden können. Ein gutes Beispiel ist in der Motion aufgeführt. Um ihr Ziel die Berufsmatura zu erreichen, erhalten benachteiligte Jugendliche zusätzlich zum regulären Unterricht Förderstunden von Lehrkräften und ehemaligen Studierenden der Pädagogischen Hochschule, um ihre fachlichen Fähigkeiten und individuellen Handlungskompetenzen zu stärken.

Die Grünliberalen sehen dann auch die Forderung der Motion nach einer rechtlichen Basis für spezielle Förderprogramme für migrierte Jugendliche in Basel als erfüllt an. Für die GLP steht in dieser Debatte vor allem die Frage im Vordergrund, ob Schulen ihre kompensatorische Rolle wirksam erfüllen und strukturelle Benachteiligungen direkt angehen können, um diese aktiv zu verhindern. In diesem Kontext stellt sich die weitere Frage, wie können wir an Schulen Bedingungen schaffen, die Migrantenkinder zu guten Lernergebnissen führen und den heterogenen Klassen Chancengerechtigkeit fördern, um sozial benachteiligte Kinder den Zugang zu weiterführender Bildung zu ermöglichen. Im Sinne einer effektiven Ressourcenorientierung sollten deshalb prioritär geprüft werden, ob die Schulen der Sekundarschule 1 und 2 über genügend Mittel verfügen, um spezielle Förderprogramme für talentierte Jugendliche zu entwickeln, die aufgrund ihrer persönlichen Umstände verstärkt Unterstützung benötigen.

Die GLP erkennt beispielsweise ein Problem in der aktuellem Bildungslandschaft bei der zunehmenden Betonung auf selbstständiges, selbstorganisiertes Lernen, was besonders herausfordernd ist, wenn Schülerinnen und Schüler zu Hause nicht die nötige Unterstützung erhalten. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, die tieferliegenden Ursachen für Chancenungleichheit, die auf leistungsfremden Merkmalen basieren, aufzudecken und zu adressieren. Wir vertreten die Ansicht, dass solche Faktoren eindeutig identifiziert und aktiv angegangen werden müssen. In diesem Zusammenhang sollte auch geprüft werden, ob die Ressourcenverteilung und die entsprechenden Förderprogramme tatsächlich den benachteiligen Kinder und Jugendlichen zugutekommen, die sie benötigen.

Diese Motion lehnen wir ab, weil wir überzeugt sind, dass die Förderung von Chancengerechtigkeit nicht durch die Einführung und Stärkung von Aufnahmeprüfungen, wie sie der Vorstoss für Basel vorsieht, erreicht werden kann. Die GLP betrachtet den Qualifikationsweg über Zeugnisse als eine chancengerechtere Methode.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen. Dass eine Chancengerechtigkeit gewährleistet sein soll, können wir nachvollziehen. Dass ein Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Leistung bestehen kann, ist möglich. Dass bescheidene finanzielle Verhältnisse nur für migrierte Schülerinnen und Schüler gelten sollen, nicht aber für solche aus Basel, bezweifeln wir schon eher.

Eine gesetzliche Grundlage für Förderprogramme ausschliesslich für Jugendliche aus bildungssystemfremden Familien schaffen zu wollen, ist für uns nicht nachvollziehbar. Das Programm der Schule Unterstrass in Zürich als Vorbild zu nehmen, erscheint uns als nicht gegeben, da es sich bei dieser Schule um eine Privatschule handelt, die unter anderem von der reformierten Kirche getragen wird. Wenn also eine Privatschule ihre Spendengelder dafür einsetzt, migrierte Schülerinnen und Schüler zu fördern, ist das ihr eigenes Ziel. Da wir aber mit dieser Motion hier in Basel die öffentlichen Schulen auf Gesetzesebene dazu verpflichten sollen und dieses Programm aus Steuergeldern finanziert werden müsste, schafft es wiederum eine Ungerechtigkeit den Schweizer Schülerinnen und Schülern in Basel gegenüber. Denn eine Unterstützung in Form von einem Vorbereitungsprogramm für die Aufnahmeprüfungen, für die Probezeit und während der Probezeit können auch einer Anzahl von Schweizer Kindern helfen, den Schritt ins Gymnasium zu machen oder einen erfolgreichen Abschluss in einer weiterführenden Schule zu bewerkstelligen.

Somit können wir hier bei dieser Motion nicht von der geforderten Chancengerechtigkeit und -gleichheit sprechen, sondern es würde wiederum eine spezifische Gruppierung von Schülerinnen und Schülern gegenüber einer anderen unterstützt und bevorzugt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Die Liberaldemokratische Fraktion beantragt, diese Motion nicht zu überweisen. Zu diesem Schluss sind wir aus mehreren Gründen gekommen, an denen ich Sie gerne Teil haben lasse.

Es ist sicherlich gut, sich an anderen Kantonen und Städten ein Vorbild zu nehmen. Diese Motion bildet allerdings das Zürcher Schulsystem und nicht das Basler Schulsystem ab. So gibt es in Basel keine Aufnahmeprüfung fürs Gymnasium und deshalb auch keine automatisch darauffolgende Probezeit. Eine Forderung, die die, Kindergarten ausgenommen, Schuljahre 10 bis 13 tangiert, in der in unserem Schulsystem bereits die Berufslehre aufgenommen wurde oder eine weiterführende Schule besucht wird, macht wenig Sinn. Der Übertritt, ein kritischer Zeitpunkt in der Schullaufbahn, der in der Forderung genannt wird, hat zu diesem Zeitpunkt schon stattgefunden und die Einteilung in diese verschiedenen weiterführenden Schulangebote ist längst erfolgt. Die Erwähnung des 10. Schuljahrs, die die vorliegende Forderung noch irgendwie in einen in unserem Schulsystem abbildenden Kontext drücken würde, fehlt leider.

Um Kindern mit Migrationshintergrund echte Chancengerechtigkeit zu bieten, muss viel früher begonnen werden. Deshalb hat die LDP den Ausbau der Frühförderung massgeblich geprägt und stets für weiterführende Ideen rund um diesen Bereich Hand geboten. Wir haben uns in der Fraktionssitzung auch gefragt, was mit Kindern ist, die keinen Migrationshintergrund haben und zu Hause keine Unterstützung oder mangelnde Beachtung erfahren. Erhalten diese dann auch eine separate Leistungsförderung, weil ihr Umfeld suboptimal für den Lernerfolg ist? Wenn diese keine Unterstützung bei der Entfaltung ihres schulischen Potenzials erhalten, wäre dies indirekt auch diskriminierend, denn gut gemeint ist nicht immer gut gemacht.

Unsere Abklärungen mit dem ED haben folgendes ergeben: Im Rahmen des Ratschlags Integrative Schule werden weitere Massnahmen zur Steigerung der Chancengerechtigkeit evaluiert. Dies allerdings bereits auf Primarstufe, also im Sinne der Frühförderung schon viel vor der hier genannten Forderung. Für die Stufen Sek 1 und Sek 2 wird die Situation aktuell ebenfalls im Rahmen einer Arbeitsgruppe evaluiert mit dem Ziel, diese für alle Jugendlichen mit Förderbedarf zu verbessern. Das ist erfreulich zu hören, denn während Jugendliche mit Migrationshintergrund öfters in ihren Talenten und Begabungen schulisch nicht genug gefördert werden, gibt es auch viele andere Problemstellungen, die das Lernen und schulische Fortkommen erschweren können. Dies eben nicht nur bei Personen mit Migrationshintergrund. Wir sind zuversichtlich, dass die schulnahen und fachlich stark aufgestellten Arbeitsgruppen die Ausgangslage sorgfältig evaluieren und Lösungen präsentieren, die aufs baselstädtische Schulsystem passen.

Es ist der LDP wichtig, dass alle jungen Menschen, die Förderung brauchen, diese auch erhalten. Dies gemäss einem in diesem Kanton nicht angewandten Schulsystem und auf eine besondere Gruppe junger Menschen anzuwenden, entspricht allerdings nicht dem Verständnis einer zielgerichteten und sachlichen Politik, die die LDP betreibt. Wir bitten Sie aus all diesen Gründen, die vorliegende Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben noch 12 Minuten plus Nachspielzeit, ich würde gerne dieses Geschäft noch fertig beraten. Nächster Sprecher ist Mahir Kabakci.

Mahir Kabakci (SP): Gleiche Chancen in der Bildung ist ein Ziel, das wir als SP sehr stark im Fokus haben und entsprechend setzen wir uns auch dafür ein. Ein weiterer Stützpfeiler, der unsere Werte in Bezug auf soziale Gerechtigkeit spiegelt, ist die Gleichstellung unabhängig der Herkunft. So haben wir hier einen für uns exemplarischen Vorstoss, bei dem es um gleiche Chancen für Migrantinnen und Migranten in der Bildung geht. Der wohl aussagekräftigste Satz; Leistungsstarke Jugendliche sollen ihr schulisches Potenzial entfalten können, unabhängig ihrer sozialen und ethnischen Herkunft, aus der Motion birgt unzählige Biografien, die anders aussehen würden, wenn dieser Satz die Realität abbilden würde. Deshalb fordert der Vorstoss eine gesetzliche Vorbereitung und Unterstützung auf die Zeit nach bestandener Prüfung und differenzierte Aufnahmeverfahren. Wir wissen heute dank zahlreichen Studien, dass der Nachname, das Umfeld und die Herkunft sich auf die Auswertung von Leistungen auswirken. Glauben Sie mir, mit dem Namen Kabakci kenne ich das aus eigener Erfahrung.

Ich verstehe teilweise die Kritik und die angebrachten Punkte. In einem Punkt stimme ich auch zu, dass diese Differenzierung gemacht wird und es gibt selbstverständlich auch leistungsschwache Kinder, die keinen Migrationshintergrund haben. Das ist so und dem stimme ich absolut zu, aber es geht hier um eine Erstüberweisung der Motion. Man muss auch sagen ganz generell, grundsätzlich ist es so, das kann ich aus meiner beruflichen Erfahrung auch bestätigen, dass es häufig Kinder mit Migrationshintergrund oder Jugendliche mit Migrationshintergrund sind, die stark davon betroffen sind, vor allem auch teilweise, was wir nicht vergessen dürfen, es gibt auch eine strukturelle Diskriminierung, sei das bei der Wohnungssuche, sei das bei der Suche nach Arbeit, sei das bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Das ist eine Realität, die wir in der Gesellschaft haben.

Vor allem auch Familien, die bildungsfern sind, wir wissen, dass unzählige Studien zeigen, oder wenn die Elternteile einen akademischen Hintergrund haben, dann ist es oft so, dass die Kinder eine grössere Chance haben, auch einen akademischen Hintergrund zu erwerben. Und oft ist es bei Familien mit Migrationshintergrund so, dass sie entweder als Gastarbeiter in dieses Land kommen oder bildungsfern aufwachsen und somit diese Unterstützung auch zu Hause ihren Kindern nicht anbieten können. Es gibt diese unterschiedlichen Realitäten in der Gesellschaft und ich denke, es ist wichtig, dass wir diese anpacken.

Es gibt gewisse Punkte, wo ich die Kritik teilweise verstehen kann, aber ich denke, der Regierungsrat ist ja auch bereit, die Motion entgegenzunehmen und somit können wir einmal diese Motion die Chance geben für eine Erstüberweisung, damit auch dann geprüft werden kann, dass der Regierungsrat Stellung dazu nehmen kann und dann können wir weiterschauen. Aber diese Realität ist nicht wegzureden, es ist so, dass es diese Differenzen gibt, diese teilweise strukturellen Ungleichbehandlungen und ich denke, das wäre mal ein erster guter Schritt, um diese anzupacken. Daher bitte ich Sie, die Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Auch die Fraktion Mitte/EVP ist selbstverständlich für die Förderung der Chancengleichheit. Es soll nicht sein, dass aufgrund von Bildungsferne oder materiellen Gegebenheiten die Chancen der Bildung auf Erfolg geringer sind. Wie manche meiner Vorrednerinnen, möchte aber ich auch betonen, dass wir zwar für dieses Ziel sind, in der Motion aber nicht den richtigen Weg sehen, um dieses Ziel zu erreichen.

Ich werde nun nicht alles wiederholen, was viele schon dargelegt haben, ich möchte nur zwei, drei Dinge kurz noch unterstreichen. Zum einen die Vergleichbarkeit oder eben Nicht-Vergleichbarkeit von Basel und Zürich. Ein Detail, man kann sich ja streiten über die Gymnasialquote bei uns im Kanton Basel-Stadt, aber in Bezug auf das Gymnasium kann man sagen, schon durch dass viel mehr Schülerinnen und Schüler ans Gymnasium kommen, ist zum Beispiel die Situation nicht gleich zugespitzt wie im Kanton Zürich, was die Chancen betreffen, ans Gymnasium zu gelangen, wenn man zum Beispiel in Deutsch nicht die gleichen Voraussetzungen mitbringt.

Dann auf die Frage der Förderung und die Veränderungen. Ja, da kann ich jenen zustimmen, die sagen, dass hier noch manches nicht ideal ist, aber dass sich vieles entwickelt, das kann definitiv auch gesagt werden. Wenn zum Beispiel ein Bewusstsein vorhanden ist auf der Sekundarstufe, dass nicht alle Schülerinnen und Schüler zu Hause die Möglichkeit haben, in Ruhe Hausaufgaben zu erledigen, und so an manchen Standorten diese Möglichkeit geschaffen wird, in einem Raum auch betreut, um dort in Ruhe Hausaufgaben zu erledigen. Oder auf Ebene der Gymnasien kann ich als Beispiel sagen, als ich begonnen habe zu unterrichten, gab es einen Stützkurs Deutsch für jene, die damals in der OS nicht das E-, sondern das G-Niveau in Deutsch besucht hatten, und das hat sich in den Jahren nun kontinuierlich entwickelt, dass es nun zu einem sehr individuellen Fördergefäss wird für Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Herkunft, manche mit Migrationshintergrund, manche mit anderen Sprachschwierigkeiten, dass auch das Angebot ausgeweitet worden ist. Also an den Schulen wird sehr viel dafür getan, um die Ungleichheiten, die bestehen, auszugleichen.

In diesem Sinne bitte ich Sie auch im Namen der Mitte/EVP-Fraktion, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GAB): Der Regierungsrat wird mit dieser Motion beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, um Förderprogramme für begabte Jugendliche aus bildungssystemfernen Familien zu ermöglichen, damit diese den Schritt von der Sek 1 Stufe in weiterführende Schulen schaffen. Das Förderprogramm soll sich am Programm Chancengerechtigkeit durch Arbeit an der Lernlaufbahn ChagALL des Gymnasiums Unterstrass Zürich orientieren, das seit dem Schuljahr 2008 erfolgreich läuft.

Grundsätzlich ist jede Initiative begrüssenswert, die sich darum bemüht, die Chancengleichheit für alle zu verbessern. Obwohl in den einzelnen Schulen viel für die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern getan wird, ist es offensichtlich, dass auf übergeordneter Ebene eine gezielte, koordinierte Förderung der genannten Zielgruppe in Basel fehlt. Auch die Forderung, dass man abklären sollte, ob die an den Schulen bereits existierenden individuellen Förderprogramme für das Anliegen der Motionär*innen genügen, ist sicher legitim.

Ein weiterer interessanter Aspekt in der Motion, dass man die Schüler*innen auch nach bestandener Prüfung und nach einem Übertritt an eine höhere Schule weiter coacht, das wäre sicher ebenso prüfenswert. Persönlich kann ich dem Anliegen viel abgewinnen, sehe aber, dass noch einiges abgeklärt und geprüft werden müsste und es daher, und so sieht es das GAB insgesamt auch, mehr Sinn machen würde, auf die Einreichung der obengenannten Anliegen in Form eines Anzuges zu setzen, denn auf eine Motion.

Weiter muss man auch kritisch bemerken, dass die Voraussetzungen, die in Zürich herrschen, insgesamt nicht mit der von Basel vergleichbar sind. Das haben wir ja schon von einigen Vorrednerinnen gehört. Die Gefahr besteht ja, dass man schliesslich eine regelrechte Nachhilfe-Industrie einführt, wenn man solche Nachhilfestunden geben will, und das kann ja nicht unbedingt das Ziel der Übung für Basel-Stadt sein.

Zusammengefasst kann man sagen, dass die kritischen Stimmen in der Fraktion GAB eindeutig überwogen haben und das Grundanliegen der Chancengleichheit aber viel Sympathie erfährt und wir daher Stimmfreigabe beschlossen haben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir bei der Motionärin Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Ich muss gestehen, dass ich überrascht, aber auch etwas enttäuscht war, als ich die Kreuztabelle sah. Eigentlich finden alle Chancengerechtigkeit eine gute Sache. Jetzt aber, wo sich die Gelegenheit bietet, Fördermassnahmen

einzuführen, wird eine Chance nicht genutzt. Gerne erinnere ich daran, dass in der Schweiz Chancengerechtigkeit in der Bundesverfassung verankert ist. Aber gerne möchte ich zunächst mit einem Bild anfangen.

Das Bild zeigt die Situation von Menschen, die unterschiedlich gross sind und ein Hindernis überwinden müssen. Links steht Equality, was mit Chancengleichheit übersetzt wird und bedeutet, dass alle Menschen die gleiche Leiter bekommen, um das Hindernis zu überwinden. Rechts steht Equity, was mit Chancengerechtigkeit übersetzt wird und bedeutet, dass jeder Mensch eine Leiter in der für ihn passenden Grösse bekommt, um das Hindernis zu überwinden. Im Vergleich zur Chancengleichheit, die die gleichmässige Verteilung von Ressourcen meint, beschreibt somit Chancengerechtigkeit die Verteilung bestimmter Ressourcen für die Personen, die diese brauchen, um an die gleichen Chancen zu gelangen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen von links bis rechts, diese Motion steht für die Förderung von Chancengerechtigkeit im Bildungswesen. Es geht nicht darum, Jugendliche mit Migrationsgeschichte und Jugendliche Schweizer Herkunft, die beide aus bildungssystemfernen Familien kommen, gegeneinander auszuspielen. Oder um es mit einem Zitat von Tsvasman auszudrücken: «Gerechtigkeit lebt vom Differenzieren, nicht vom Vergleichen». Fakt ist, dass migrierte Jugendliche nach wie vor schlechtere Chancen als junge Schweizer Staatsangehörige ohne Migrationserfahrung haben.

Studien und Statistiken belegen dies ganz deutlich. Während zum Beispiel 52 Prozent der deutschsprachigen Jugendlichen den B-Zug in Basel besuchen, sind es bei fremdsprachigen nur 24 Prozent. Auch zum Beispiel besuchen 63 Prozent der Deutschsprachigen eine weiterführende Schule, bei den Fremdsprachigen sind es nur 37 Prozent. Auch an Gymnasien sind sie mit 23 Prozent untervertreten. Und wenn wir schon bei den Zahlen sind, Kinder von Eltern, die nur die obligatorische Schule abgeschlossen haben, machen lediglich 6 Prozent der Studierenden an der Universität einen Abschluss und nur circa 1 Prozent der Kinder von migrantischen Eltern aus der Arbeiter*innenschicht schliessen ein Doktoratsstudium ab. Wo bitte schön ist hier Chancengerechtigkeit erkennbar.

Mit der Förderung von Chancengerechtigkeit in der Bildung sollen unfaire Ungleichheiten überwunden werden, wie etwa aufgrund von sprachlicher Benachteiligung oder wenn Eltern aufgrund von ökonomischen Problemen kein Nachhilfeunterricht bezahlen können, um ihr Kind zusätzlich zu fördern, wenn die Eltern nicht bei den Hausaufgaben helfen können. Ausserdem wissen wir alle, dass es einen grossen Fachkräftemangel gibt, die Förderung von vorhandenem Potenzial kann unbestritten einen Beitrag dazu leisten, dass gut ausgebildete Menschen offene Stellen antreten. Daher ist es wichtig, dass begabte und motivierte migrantische Jugendliche, die aus bescheidenen finanziellen Verhältnissen stammen, die nötige Förderung erhalten, um ihr Potenzial für eine höhere Schule ausschöpfen zu können. Und selbstverständlich, das duale Bildungssystem muss dabei hochgehalten werden.

Ja, Basel ist nicht mit Zürich vergleichbar, das ist absolut klar, aber auch in Basel gibt es eine freiwillige Aufnahmeprüfung auf der Sek 2-Stufe. Und bitte, es geht hier nicht darum, dass eine Nachhilfe-Industrie gegründet werden soll, es geht darum, zu überprüfen, dass eine Leistungsvereinbarung mit Dritten abgeschlossen werden kann, damit ein Aufnahmeverfahren durchgeführt werden kann. Ich wiederhole, es handelt sich um ein Aufnahmeverfahren. Die Überlegung dahinter ist, dass Lehrpersonen dadurch entlastet werden sollen, die häufig überbelastet sind.

Ich komme zum Schluss. Ich finde, es ist höchste Zeit, dass der Kanton Basel-Stadt in ein Förderprogramm für migrierten Jugendliche auf der Sekundarstufe 2 investiert. Davon würde letztlich auch Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft profitieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

28 Ja, 49 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003518, 16.05.24 18:04:08]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion nicht zu überweisen. Die Motion ist erledigt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung der Motion wurde abgelehnt mit 49 Nein-Stimmen gegen 28 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Ich bitte Sie ein letztes Mal um Ihre Aufmerksamkeit. Es geht um die Juni-Sitzungen. Im Kalender sind zwei Nachtsitzungen eingetragen, die zweite am Bündelitag, die streichen wir. Aber die erste Nachtsitzung am zweiten Sitzungstag am 12. Juni dürfen Sie sich gerne in den Kalender schreiben.

Schluss der 15. Sitzung

18:04 Uhr

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
24.5014

Abstimmungsdatum 15. Mai 2024 09:04:47
Geschäft Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Michela Seggiani, SP)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Urgese Luca (FDP)	Nicht anwesend
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	81	27	14	14	9	7	4	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	82	27	14	14	9	7	4	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	15	1	4	1	2	2	4	1	0	0
Stimmberechtigt	85	28	14	14	9	8	4	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
24.5014

Abstimmungsdatum 15. Mai 2024 09:05:58
Geschäft Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Michela Seggiani, SP)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ent	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	86	27	15	14	9	8	5	7	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	28	15	14	9	8	5	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	12	1	3	1	2	2	3	0	0	0
Stimmberechtigt	88	28	15	14	9	8	5	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
24.5174

Abstimmungsdatum 15. Mai 2024 09:07:02
Geschäft Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Thomas Gander, SP)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ent	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	84	27	15	14	9	7	5	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	86	28	15	14	9	7	5	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	12	1	3	1	2	2	3	0	0	0
Stimmberechtigt	88	28	15	14	9	8	5	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
24.5175

Abstimmungsdatum 15. Mai 2024 09:08:05
Geschäft Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge Thomas Gander, SP)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ent
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	85	27	15	14	9	7	6	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	28	15	14	9	7	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	11	1	3	1	2	2	2	0	0	0
Stimmberechtigt	89	28	15	14	9	8	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
24.5112

Abstimmungsdatum 15. Mai 2024 09:10:00

Geschäft Wahl eines nebenamtlichen Richters am Zivilgericht (Nachfolge für den verstorbenen Ernst Jost, SP), Bericht der WVKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	87	28	16	14	9	8	5	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	28	16	14	9	8	5	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	10	1	2	1	2	2	2	0	0	0
Stimmberechtigt	90	28	16	14	9	8	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
24.5112

Abstimmungsdatum 15. Mai 2024 09:10:42

Geschäft Wahl eines nebenamtlichen Richters am Zivilgericht (Nachfolge für den verstorbenen Ernst Jost, SP), Bericht der WVKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	78	25	15	11	9	7	4	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	79	25	15	11	9	7	4	7	1	0
Nicht abgestimmt	11	3	1	3	0	1	2	0	0	1
Nicht anwesend	10	1	2	1	2	2	2	0	0	0
Stimmberechtigt	90	28	16	14	9	8	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
24.5112

Abstimmungsdatum 15. Mai 2024 09:11:30

Geschäft Wahl eines nebenamtlichen Richters am Zivilgericht (Nachfolge für den verstorbenen Ernst Jost, SP), Bericht der WVKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	78	26	15	14	9	7	3	4	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	78	26	15	14	9	7	3	4	0	0
Nicht abgestimmt	12	2	1	0	0	1	3	3	1	1
Nicht anwesend	10	1	2	1	2	2	2	0	0	0
Stimmberechtigt	90	28	16	14	9	8	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
24.5103

Abstimmungsdatum 15. Mai 2024 10:54:19

Geschäft Bericht der Finanzkommission und der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rats des Kantons Basel -Stadt zur St. Jakobshalle

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	90	28	16	14	9	9	7	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	28	16	14	9	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	1	2	1	2	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	92	28	16	14	9	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
20.1006

Abstimmungsdatum 15. Mai 2024 15:22:31
Geschäft Kantonale Volksinitative "Basel baut Zukunft", Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	28	17	14	9	9	7	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	28	17	14	9	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	1	1	1	2	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	93	28	17	14	9	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
20.1006

Abstimmungsdatum 15. Mai 2024 15:24:14
Geschäft Kantonale Volksinitative "Basel baut Zukunft", Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	44	27	17	0	0	0	0	0	0	0
Nein	46	0	0	14	9	9	7	7	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	91	27	17	14	9	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	1	1	1	2	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	93	28	17	14	9	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
23.0823

Abstimmungsdatum 15. Mai 2024 17:35:09

Geschäft Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	28	17	14	9	9	7	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	28	17	14	9	9	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	1	1	1	2	1	1	0	1	0
Stimmberechtigt	92	28	17	14	9	9	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
23.0823

Abstimmungsdatum 15. Mai 2024 17:36:05

Geschäft Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	28	17	14	9	9	7	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	28	17	14	9	9	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	1	1	1	2	1	1	0	1	0
Stimmberechtigt	92	28	17	14	9	9	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
23.0823

Abstimmungsdatum 15. Mai 2024 17:36:56

Geschäft Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	90	28	16	14	9	9	7	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	28	16	14	9	9	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	1	1	1	2	1	1	0	1	0
Stimmberechtigt	92	28	17	14	9	9	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
23.0823

Abstimmungsdatum 15. Mai 2024 17:37:46

Geschäft Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	28	17	14	9	9	7	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	28	17	14	9	9	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	1	1	1	2	1	1	0	1	0
Stimmberechtigt	92	28	17	14	9	9	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
23.0823

Abstimmungsdatum 15. Mai 2024 17:38:40

Geschäft Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	28	17	14	9	9	7	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	28	17	14	9	9	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	1	1	1	2	1	1	0	1	0
Stimmberechtigt	92	28	17	14	9	9	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
23.0823

Abstimmungsdatum 15. Mai 2024 17:39:40

Geschäft Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	90	28	16	14	9	9	7	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	28	16	14	9	9	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	1	1	1	2	1	1	0	1	0
Stimmberechtigt	92	28	17	14	9	9	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
23.0823

Abstimmungsdatum 15. Mai 2024 17:40:30

Geschäft Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	28	17	14	9	9	7	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	28	17	14	9	9	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	1	1	1	2	1	1	0	1	0
Stimmberechtigt	92	28	17	14	9	9	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
23.0823

Abstimmungsdatum 15. Mai 2024 17:41:20

Geschäft Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	89	27	16	14	9	9	7	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	27	16	14	9	9	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	1	1	1	2	1	1	0	1	0
Stimmberechtigt	92	28	17	14	9	9	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
23.0823

Abstimmungsdatum 15. Mai 2024 17:42:09

Geschäft Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	90	28	16	14	9	9	7	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	28	16	14	9	9	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	1	1	1	2	1	1	0	1	0
Stimmberechtigt	92	28	17	14	9	9	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
23.0823

Abstimmungsdatum 15. Mai 2024 17:42:59

Geschäft Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	28	17	14	9	9	7	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	28	17	14	9	9	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	1	1	1	2	1	1	0	1	0
Stimmberechtigt	92	28	17	14	9	9	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
23.0823

Abstimmungsdatum 15. Mai 2024 17:43:48

Geschäft Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	90	28	17	14	9	8	7	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	28	17	14	9	8	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	1	1	1	2	1	1	0	1	0
Stimmberechtigt	92	28	17	14	9	9	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
23.0823

Abstimmungsdatum 15. Mai 2024 17:44:39

Geschäft Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ent
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	90	28	16	14	9	9	7	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	28	17	14	9	9	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	1	1	1	2	1	1	0	1	0
Stimmberechtigt	92	28	17	14	9	9	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
23.0823

Abstimmungsdatum 15. Mai 2024 17:45:31

Geschäft Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	89	28	17	14	9	7	7	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	28	17	14	9	7	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	2	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	1	1	1	2	1	1	0	1	0
Stimmberechtigt	92	28	17	14	9	9	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
23.0823

Abstimmungsdatum 15. Mai 2024 17:46:26

Geschäft Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	28	17	14	9	9	7	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	28	17	14	9	9	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	1	1	1	2	1	1	0	1	0
Stimmberechtigt	92	28	17	14	9	9	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
23.1576

Abstimmungsdatum 15. Mai 2024 17:51:27
Geschäft Investitionsbeitrag an die Sanierung der Johanneskirche, Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	73	22	13	13	5	8	5	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	73	22	13	13	5	8	5	7	0	0
Nicht abgestimmt	12	5	3	1	1	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	15	2	2	1	5	1	3	0	1	0
Stimmberechtigt	85	27	16	14	6	9	5	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
21.1809

Abstimmungsdatum 16. Mai 2024 10:02:34

Geschäft Teilrevision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank vom 9. Dezember 2015, Bericht der Fkom, Mitbericht der GPK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ent	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ent
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ent	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	14	1	1	3	3	4	1	1	0	0
Nein	66	24	15	9	4	2	6	6	0	0
Ent	5	1	1	2	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	85	26	17	14	7	6	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	6	2	0	0	1	2	0	0	0	1
Nicht anwesend	9	1	1	1	3	2	1	0	0	0
Stimmberechtigt	91	28	17	14	8	8	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
21.1809

Abstimmungsdatum 16. Mai 2024 10:04:32

Geschäft Teilrevision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank vom 9. Dezember 2015, Bericht der Fkom, Mitbericht der GPK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ent	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ent	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ent
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ent	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	14	2	1	1	3	5	1	1	0	0
Nein	65	24	15	10	4	1	6	5	0	0
Ent	7	1	1	3	0	0	0	1	1	0
Abgestimmt	86	27	17	14	7	6	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	1	0	0	1	2	0	0	0	1
Nicht anwesend	9	1	1	1	3	2	1	0	0	0
Stimmberechtigt	91	28	17	14	8	8	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
21.1809

Abstimmungsdatum 16. Mai 2024 10:06:06

Geschäft Teilrevision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank vom 9. Dezember 2015, Bericht der Fkom, Mitbericht der GPK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ent	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ent	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ent	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ent	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ent	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ent	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ent	Mazzotti Sasha (SP)	Ent
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Ent	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ent	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	25	4	1	3	5	6	2	4	0	0
Nein	45	14	12	10	3	1	3	2	0	0
Ent	15	8	4	1	0	0	0	1	1	0
Abgestimmt	85	26	17	14	8	7	5	7	1	0
Nicht abgestimmt	7	2	0	0	0	2	2	0	0	1
Nicht anwesend	8	1	1	1	3	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	92	28	17	14	8	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
21.1809

Abstimmungsdatum 16. Mai 2024 10:10:14

Geschäft Teilrevision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank vom 9. Dezember 2015, Bericht der Fkom, Mitbericht der GPK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	81	25	17	13	6	7	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	83	25	17	13	7	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	9	3	0	1	1	2	0	1	0	1
Nicht anwesend	8	1	1	1	3	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	92	28	17	14	8	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
21.1809

Abstimmungsdatum 16. Mai 2024 10:11:22

Geschäft Teilrevision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank vom 9. Dezember 2015, Bericht der Fkom, Mitbericht der GPK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	79	23	17	12	6	8	7	6	0	0
Nein	3	1	0	1	1	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	83	24	17	13	7	8	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	9	4	0	1	1	1	0	1	0	1
Nicht anwesend	8	1	1	1	3	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	92	28	17	14	8	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
21.1809

Abstimmungsdatum 16. Mai 2024 10:12:34

Geschäft Teilrevision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank vom 9. Dezember 2015, Bericht der Fkom, Mitbericht der GPK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ent	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ent
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ent
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	80	26	15	13	7	5	7	7	0	0
Nein	2	1	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	5	0	1	1	1	2	0	0	0	0
Abgestimmt	87	27	16	14	8	7	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	1	1	0	0	2	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	1	1	1	3	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	92	28	17	14	8	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 12**
23.1367

Abstimmungsdatum 16. Mai 2024 11:39:39

Geschäft Bauinvestitionen Universitätsspital Basel – Gewährung eines Darlehens zur Mitfinanzierung der Neubauten Klinikum 2 (Phase 1, Turm) und Klinikum 3, Bericht der FKom, Mitbericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	23	1	16	0	0	6	0	0	0	0
Nein	64	26	1	14	7	2	7	7	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	88	27	17	14	7	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	1	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	1	1	1	3	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	92	28	17	14	8	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 12**
23.1367

Abstimmungsdatum 16. Mai 2024 11:40:21

Geschäft Bauinvestitionen Universitätsspital Basel – Gewährung eines Darlehens zur Mitfinanzierung der Neubauten Klinikum 2 (Phase 1, Turm) und Klinikum 3, Bericht der FKom, Mitbericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ent	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	87	27	17	14	8	9	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	2	0	0	0	0	0	0	2	0	0
Abgestimmt	90	27	17	14	8	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	1	1	1	3	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	92	28	17	14	8	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
22.1551

Abstimmungsdatum 16. Mai 2024 16:32:16

Geschäft Ausgabenbewilligung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit am Allschwilerplatz sowie für eine klimaangepasste Platzgestaltung, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht anwesend	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	33	0	0	12	9	6	0	6	0	0
Nein	57	27	17	2	0	3	7	1	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	91	27	17	14	9	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	2	1	1	2	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	92	27	17	14	9	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
22.1551

Abstimmungsdatum 16. Mai 2024 16:33:11

Geschäft Ausgabenbewilligung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit am Allschwilerplatz sowie für eine klimaangepasste Platzgestaltung, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ent
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht anwesend	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ent	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ent	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	57	27	15	2	0	5	7	1	0	0
Nein	28	0	0	12	9	2	0	5	0	0
Ent	6	0	2	0	0	2	0	1	1	0
Abgestimmt	91	27	17	14	9	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	2	1	1	2	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	92	27	17	14	9	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 14**
24.0226

Abstimmungsdatum 16. Mai 2024 16:49:06

Geschäft Gestaltungskonzept Innenstadt: Vierter Bericht zur Verwendung der Mittel aus der ersten Rahmenausgabenbewilligung (2015) sowie erster Bericht zur Verwendung der Mittel aus der zweiten Rahmenausgabenbewilligung (2021) Gestaltungskonzept Innenstadt (stabile Räume), Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ent
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	86	25	17	13	8	9	7	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	26	17	13	8	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	1	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	2	1	1	2	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	92	27	17	14	9	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 17**
24.5096

Abstimmungsdatum 16. Mai 2024 17:37:37
Geschäft Motion 1 Joël Thüring und Konsorten betreffend ungültige Stimmen vermeiden – Wahlunterlagen anpassen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ent	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ent
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht anwesend	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	58	0	14	11	9	9	7	7	1	0
Nein	26	26	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	2	0	2	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	86	26	16	11	9	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	11	3	1	3	2	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	89	26	17	12	9	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 18**
24.5110

Abstimmungsdatum 16. Mai 2024 18:03:45

Geschäft Motion 2 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Chancengerechtigkeit für migrierte Schülerinnen und Schüler durch langfristige Sicherstellung eines Förderprogramms für leistungsstarke Jugendliche

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ent
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht anwesend	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Ent	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nicht anwesend
Wirz Lea (GAB)	Ent	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	28	25	3	0	0	0	0	0	0	0
Nein	49	0	9	11	9	9	6	4	1	0
Ent	4	0	4	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	81	25	16	11	9	9	6	4	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	17	4	2	4	2	1	2	2	0	0
Stimmberechtigt	83	25	16	11	9	9	6	5	1	1

Anhang B

Neue Ratschläge, Berichte und Vorstösse

	Tagesordnung	Komm.	Dep.	Dokument
1.	Wahl eines nebenamtlichen Richters am Zivilgericht (Nachfolge für den verstorbenen Ernst Jost, SP), für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022 - 2027	WVKo		24.5112.01
2.	Teilrevision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank vom 9. Dezember 2015 sowie Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Anpassung der Berechnung der Abgeltung der Staatsgarantie für die Basel Kantonalbank im Zuge der Revision des BKB-Gesetzes, Bericht der FKom, Mitbericht der GPK	FKom/GPK	FD	21.1809.02 20.5442.02
3.	Bericht der Finanzkommission und der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rats des Kantons Basel-Stadt zur St. Jakobshalle	FKom/GPK		24.5103.01
4.	Bauinvestitionen Universitätsspital Basel - Gewährung eines Darlehens zur Mitfinanzierung der Neubauten Klinikum 2 (Phase 1, Turm) und Klinikum 3, Bericht der FKom, Mitbericht der GSK	FKom / GSK	GD	23.1367.02
5.	Motion Melanie Eberhard und Konsorten für eine verbindliche Kooperation der Spitäler der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Stellungnahme des RR		GD	23.5586.02
6.	Brennpunkt unteres Kleinbasel: Vorschläge der interdepartementalen Arbeitsgruppe zur Finanzierung der Massnahmen; Dringlicher Nachtragskredit betreffend Staatsbeitrag an den Verein Diakonische Stadtarbeit Elim für die Durchführung des Rangerdienstes auf der Dreirosenanlage im Jahr 2024 und dringlicher Nachtragskredit für das Jahr 2024 zur Finanzierung von schadensmindernden Massnahmen zur Verhinderung der Entstehung einer offenen Betäubungsmittelszene und zur Stabilisierung der Sicherheit im Unteren Kleinbasel, Bericht der FKom	FKom		24.0095.02
7.	Ausgabenbewilligung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit am Allschwilerplatz sowie für eine klimaangepasste Platzgestaltung, Bericht der UVEK	UVEK	BVD	22.1551.02
8.	Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung in den Jahren 2021 und 2022 Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der UVEK	UVEK	WSU	23.1480.02
9.	Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an Verein Allwäg, Verein Haus für Kinder und Eltern, Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel, Verein Spilruum Basel, Verein Jugendarbeit Basel, Verein Jugendzentrum Breite, Verein Mobile Jugendarbeit Basel, Verein Eulerstrooss nüün, Stiftung IdéeSport, Verein Trendsport Basel, Verein Basler Kindertheater und Verein Junge Kultur Basel, Bericht der BKK	BKK	ED	23.0823.02
10.	Kantonale Volksinitiative «Basel baut Zukunft» und Gesetzesentwurf für eine Änderung des Bau- und Planungsgesetzes sowie des Gesetzes über die Wohnraumförderung sowie Bericht zu einem Anzug, Bericht der BRK	BRK	PD	20.1006.06 21.5511.04
11.	Anzug Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Beleuchtung und Randmarkierungen auf Velowegen und -routen durch ein smartes Beleuchtungssystem, Schreiben des RR		BVD	22.5123.02
12.	Anzug Laurin Hoppler und Konsorten betreffend quartierbezogene autofreie Tage um die nachhaltige Mobilität stärker in die Bevölkerung zu tragen, Schreiben des RR		BVD	21.5509.03
13.	Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend 'Trees in Cities Challenge' - Noch mehr Bäume für Basel		BVD	22.5085.02
14.	Motion Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend ganzheitliche Sexualaufklärung im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR		ED	23.5543.02

15.	Motion Daniel Seiler und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich des Stockwerkeigentums, Stellungnahme des RR		PD	23.5572.02
16.	Motion Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich der energetischen Sanierungen, Stellungnahme des RR		PD	23.5573.02
17.	Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich Wohnschutzkommission, Stellungnahme des RR		PD	23.5574.02
18.	Motion Andrea Elisabeth Knellwolf und Konsorten betreffend Definition Wohnungsnot, Stellungnahme des RR		PD	23.5575.02
19.	Motion Michael Hug und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen in Bezug auf das Bewilligungsverfahren, Stellungnahme des RR		PD	23.5576.02
20.	Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Beteiligung des Kantons Basel-Stadt am ICT Scouts/Campus, Schreiben des RR		ED	22.5024.02

Überweisung an Kommissionen

21.	Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut" und Gegenvorschlag für ein Gesetz über die internationale Zusammenarbeit zwecks Armutsbekämpfung und Stärkung der nachhaltigen Entwicklung (GIZA), Ratschlag des RR	RegioKo	PD	21.1247.05
22.	Blaulichtkorridore für die Rettung Basel-Stadt, Ratschlag des RR	JSSK	JSD	24.0428.01
23.	«Areal Tennisclub Old Boys, Schützenmatte West», Ratschlag des RR	BRK	BVD	24.0185.01
24.	Ausgabenbewilligung zur Neugestaltung Grün- und Freiraum Saint-Louis-Park – VoltaNord, Ratschlag des RR	UVEK	BVD	24.0468.01
25.	Generelle Aufgabenüberprüfung 2021-2025; Schlussbericht zur GAP 2021-2025, Bericht des RR	FKom	FD	21.0412.01

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

26. Motionen:

1.	Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Einführung von Familien-Ergänzungsleistungen (FamEL) im Kanton Basel-Stadt	24.5144.01
2.	Pascal Messerli und Michael Hug betreffend der Polizeiberuf muss in Basel-Stadt wieder attraktiv werden: Lohnerhöhung jetzt!	24.5145.01
3.	Lukas Bollack betreffend Erhöhung der Baumkronenbedeckung im Siedlungsgebiet	24.5156.01
4.	Raffaela Hanauer betreffend Konzept für Baumpflanzungen sowie Begrünungs- und Entsiegelungsmassnahmen gegen die Sommerhitze	21.5155.01
5.	Bruno Lötscher und Konsorten betreffend Einführung eines zweiten Wiederholungsversuchs bei den Anwaltsprüfungen	24.5167.01
6.	Bruno Lötscher und Konsorten betreffend Ausweitung der zulässigen juristischen Praktika für die Anwaltsprüfungen auch auf die Tätigkeit als Unternehmensjuristin und Unternehmensjurist	24.5168.01
7.	Johannes Sieber und Konsorten betreffend Erlass eines Musikschulgesetzes	24.5173.01
8.	Anina Ineichen und Konsorten für einen Klimafonds "New Green Deal für Basel" (NGDB)	24.5177.01

27. Anzüge:

1.	Michela Seggiani und Konsorten betreffend Konferenz der Schweizer Grenzregionen	24.5140.01
2.	Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Universitätszugang für Spät- und Wiedereinsteigende an der Universität Basel	24.5141.01

	3. Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Ergänzungsleistungen für in Heimen lebende Personen			24.5142.01
	4. Nicole Amacher und Konsorten betreffend vertiefte Analyse der Entwicklung des Nichtbezugs von Sozialhilfe und bedarfsabhängigen Sozialleistungen sowie Massnahmen zur Senkung der Nichtbezugsquote			24.5143.01
	5. Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend mehr Sicherheit und Komfort für Velofahrende in der Ahornstrasse			24.5146.01
	6. Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Velovignetten und Velocodierungen gegen Velodiebstähle			24.5159.01
	7. Amina Trevisan und Konsorten betreffend öffentliche Aufarbeitung der Geschichte illegalisierter migrantischen Familien mit Saisonnier- und Jahresaufenthaltsstatut in Basel			24.5160.01
	8. Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Zukunft der Kirchengebäude in Basel-Stadt			24.5161.01
	9. Annina von Falkenstein betreffend Erweiterung Tagesfamilien durch Tagesgrosseltern			24.5179.01
28.	Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend keine finanziellen Fehlanreize für Fahrzeuge mit übermässigem Verbrauch von Ressourcen: Anpassung der Motorfahrzeugsteuer, Stellungnahme des RR		JSD	23.5581.02
29.	Motion Nicole Kuster und Konsorten betreffend "Kontakt- und Anlaufstelle Dreispitz" und die Nähe zum geplanten Primarschulhaus Walkeweg und Kindergarten an der Münchensteinerstrasse 101, Stellungnahme des RR		GD	23.5585.02
30.	Anzug Pascal Messerli und Oliver Thommen betreffend Förderung des Baumbestands, Schreiben des RR		BVD	22.5158.02
31.	Anzug Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Kultur für alle - Swisslos-Fonds Unterstützung auch bei kulturellen Veranstaltungen mit Kollekte, Schreiben des RR		JSD	24.5040.02
32.	Anzug Johannes Sieber und Konsorten betreffend einer kantonalen Medienförderung, Schreiben des RR		WSU	22.5119.02
33.	Anzug Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Strategie für die Stadtentwicklung im Kleinbasel (Webergasse, Claraplatz, Claramatte), Schreiben des RR		PD	22.5122.02
34.	Teilrevision des Gesundheitsgesetzes (GesG); Umsetzung des Bundesgesetzes über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege, Bericht der GSK	GSK	GD	23.0943.02
35.	Teilrevision des Gesetzes betreffend das Halten von Hunden (Hundegesetz) – Formell-gesetzliche Grundlage für die Pflicht zum Besuch eines Hunde-Erziehungskurses (Sachkundenachweis für Hunde) sowie Anzug Kerstin Wenk und Konsorten betreffend Massnahmen, um den Kauf von Hunden aus prekären Verhältnissen zu steuern, Bericht der GSK	GSK	GD	22.1255.02 20.5390.04

Kenntnisnahme

36.	Brennpunkt unteres Kleinbasel: Vorschläge der interdepartementalen Arbeitsgruppe zur Finanzierung der Massnahmen; Dringlicher Nachtragskredit betreffend Staatsbeitrag an den Verein Diakonische Stadtarbeit Elim für die Durchführung des Rangerdienstes auf der Dreirosenanlage im Jahr 2024 und dringlicher Nachtragskredit für das Jahr 2024 zur Finanzierung von schadensmindernden Massnahmen zur Verhinderung der Entstehung einer offenen Betäubungsmittelszene und zur Stabilisierung der Sicherheit im Unteren Kleinbasel, Schreiben der FKom	FKom		24.0095.02
37.	Antrag der Geschäftsprüfungskommission auf Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) betreffend Neubau des Biozentrums (s. auch 21.5652), Bericht des RR	GPK		19.5579.05

38.	Anzug Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten für einen weiteren Standort der Rettungs-Sanität im Hirzbrunnen oder Riehen, Schreiben des RR (stehen lassen)		JSD	22.5036.02
39.	Anzug Harald Friedl und Konsorten betreffend Verlängerung der Frist für die Festlegung von Abstimmungen, Schreiben der JSSK (stehen lassen)	JSSK		18.5190.05
40.	Anzug Otto Schmid und Konsorten betreffend Verzicht auf den Gundelitunnel, Schreiben des RR (stehen lassen)		BVD	15.5484.06
41.	Anzug Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Unterführungen im Stadtgebiet sowie Anzug Andrea Elisabeth Knellwolf und Konsorten betreffend Verbesserung der Übersichtlichkeit und Sicherheit von Fussgängerunterführungen durch Beschriftung und Anbringen von Spiegeln, Schreiben des RR (stehen lassen)		BVD	22.5118.02 22.5080.03
42.	Anzug Beat Leuthardt und Konsorten betreffend gleich lange Spiesse in den Quartieren bei Bauvorhaben, Schreiben des RR (stehen lassen)		JSD	21.5517.03
43.	Schriftliche Anfrage Christoph Hochuli betreffend mehr Verkehrssicherheit durch beleuchtete Fussgängerstreifen, Schreiben des RR		JSD	24.5003.02
44.	Schriftliche Anfrage Sasha Mazzotti betreffend Stärkung der Frühförderung, Schreiben des RR		ED	24.5019.02
45.	Schriftliche Anfrage Jessica Brandenburger betreffend der Überprüfung & Verbesserung der Entlöhnung in der «geschützten Arbeit», Schreiben des RR		WSU	24.5020.02
46.	Schriftliche Anfrage Salome Bessenich betreffend Klimaanalysen für die Zukunft von Basel, Schreiben des RR		WSU	24.5034.02
47.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Bussgelder aus der Schweiz in Deutschland, Schreiben des RR		JSD	24.5028.02
48.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Einsatz von Elektroschockern bei der Basler Polizei, Schreiben des RR		JSD	24.5029.02
49.	Schriftliche Anfrage Salome Bessenich betreffend Entwicklung des Wohnflächenverbrauchs bei Ersatzneubauten in Basel, Schreiben des RR		PD	24.5033.02
50.	Schriftliche Anfrage Pascal Messerli betreffend Flug- und Klimabilanz der Basler Regierung und Verwaltung, Schreiben des RR		PD	24.5037.02
51.	Schriftliche Anfrage Tobias Christ betreffend im Bundesgesetz über Velowege verankerten Beteiligungspflicht von interessierten Organisationen sowie Betroffenen an der Velowegnetzplanung, Schreiben des RR		BVD	24.5041.02
52.	Schriftliche Anfrage Alex Ebi betreffend energiesparende Beleuchtung von Fussballfeldern unter Inanspruchnahme von Finanzbeiträgen des Schweizerischen Fussballverbandes (SFV), Schreiben des RR		ED	24.5044.02
53.	Schriftliche Anfrage David Jenny betreffend Unabhängigkeit des Zentralen Rechtsdienst, insbesondere bei der Prüfung der rechtlichen Zulässigkeit von Motionen, Schreiben des RR		JSD	24.5043.02

Protokoll

der 16. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 5. Juni 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Stefan Wittlin (SP); Christian C. Moesch (FDP); Mahir Kabakci (SP); Salome Bessenich (SP);*

Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung 2
2. Entgegennahme der neuen Geschäfte 6
3. Wahl eines Mitglieds des Districtsrates (Nachfolge Michela Seggiani, SP) 6
4. Ersatzwahlen Regierungsrat und Regierungspräsidium vom 7. April 2024; Validierung 7
5. Kantonale Volksinitiative «für mehr Musikvielfalt», Bericht der BKK 8
6. Teilrevision des Gesetzes betreffend das Halten von Hunden (Hundegesetz) – Formell-gesetzliche Grundlage für die Pflicht zum Besuch eines Hunde-Erziehungskurses (Sachkundenachweis für Hunde), Bericht der GSK 22
6.1. Anzug Kerstin Wenk und Konsorten betreffend Massnahmen um den Kauf von Hunden aus prekären Verhältnissen zu steuern, Bericht der GSK 25
7. Teilrevision des Gesundheitsgesetzes (GesG); Umsetzung des Bundesgesetzes über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege, Bericht der GSK 26
11. Motion 1 Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Einführung von Familien-Ergänzungsleistungen (FamEL) im Kanton Basel-Stadt 32
12. Motion 2 Pascal Messerli und Michael Hug betreffend der Polizeiberuf muss in Basel-Stadt wieder attraktiv werden: Lohnerhöhung jetzt! 36

Beginn der 16. Sitzung

Mittwoch, 5. Juni 2024, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[05.06.24 09:00:18]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Rücktritt

Andreas Zappalà hat als Mitglied des Grossen Rates auf den 30. Juni 2024 den Rücktritt erklärt. Wir werden ihn an der Bündelitag-Sitzung, seiner letzten Grossratssitzung, gebührend verabschieden.

Aktualisierter Sitzungskalender

Der Sitzungskalender für die nächsten Jahre liegt Ihnen vor. Es gibt folgende Neuerungen: Ab dem Amtsjahr 2025/2026 ist im September ein dritter Reserve-Sitzungstag vorgesehen. Es wird dem zukünftigen Ratsbüro und den zukünftigen Präsidien obliegen zu entscheiden, ob es diesen braucht oder nicht. Dieses Jahr wäre ich froh darum. Im Amtsjahr 2026/2027 wurden die Mai-Sitzungstermine aufgrund von Auffahrt geändert und neu wurden Sitzungstermine für das Amtsjahr 2027/2028 bestimmt, die Ihnen jetzt vorliegen. Sie werden auch im Versand vom Freitag einen Link erhalten, der den digitalen Kalenderimport zulässt. Es ist aber nicht immer so, dass diese Einträge dann automatisch aktualisiert werden, da müssen Sie noch selber ein bisschen darauf achten.

Paula ist auf die Welt gekommen

Salome Bessenich und Stefan Wittlin sind am 21. Mai Eltern von Paula Susanne Bessenich geworden. Im Namen des Grossen Rates gratuliere ich unseren beiden Mitgliedern ganz herzlich zu ihrer Tochter und wünsche ihnen alles Gute. Die beiden spendieren aufgrund dieses freudigen Anlasses heute Morgen den Kaffee. [Applaus]

Stellvertretung von Salome Bessenich in der BRK

Leoni Bolz wird die Stellvertretung von Salome Bessenich von Juni bis November wahrnehmen.

Einen runden Geburtstag und ein neues Grossmami

Unser Mitglied Stefan Suter feierte einen runden Geburtstag und Andrea Strahm ist heute Nacht Grossmami geworden von Tilda Lou. Die beiden spendieren gemeinsam heute Nachmittag den Kaffee. [Applaus]

Neue Interpellationen

Es sind 22 Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen Nr. 68, 73, 74, 75, 78, 80, 84, 85 und 88 werden mündlich beantwortet.

Das waren die Mitteilungen. Wir kommen damit zur

Tagesordnung

Der Präsident der Petitionskommission beantragt, die beiden Petitionen P461 und P475 auf den 12. Juni um 9 Uhr zu terminieren. Gibt es dazu Gegenanträge? Das ist nicht der Fall, das heisst, wir haben der Terminierung der Traktanden 8 und 9 auf nächsten Mittwoch zugestimmt.

Resolution betreffend die Austragung des Eurovision Song Contest 2025 in Basel. Johannes Sieber und Konsorten beantragen die Traktandierung einer Resolution. Der Entwurf wurde Ihnen aufgelegt. Wir diskutieren jetzt nur, ob der Resolutionsentwurf auf die Tagesordnung zu setzen ist. Die Redezeit beträgt dabei fünf Minuten pro Wortmeldung. Am Schluss stimmen wir über die Traktandierung ab. Wird der Resolutionsentwurf auf die Tagesordnung gesetzt, kommt er heute nach den neuen Interpellationen zur Diskussion und zur Abstimmung. Gibt es dazu Wortmeldungen? Ich bitte Johannes Sieber nach vorne.

Johannes Sieber (GLP): Nur ganz kurz. Die Bewerbung für den ESC muss Ende Juni abgeschickt werden, deshalb sollte diese Resolution heute stattfinden. Wir möchten mit der Resolution diese Bewerbung unterstützen. Deshalb danke ich Ihnen, wenn wir das heute traktandieren können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wir stimmen ab, ob die Resolution überhaupt auf die Tagesordnung zu setzen ist. Dafür ist ein einfaches Mehr erforderlich. Falls Sie diese Resolution auf die Tagesordnung setzen, werden wir sie heute Nachmittag nach den neuen Interpellationen behandeln. Zur Verabschiedung ist dann ein Zweidrittelmehr erforderlich. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Traktandierung Resolution Johannes Sieber und Konsorten

JA heisst auf die Tagesordnung setzen, NEIN heisst nicht auf die Tagesordnung setzen.

Ergebnis der Abstimmung

80 Ja, 7 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003563, 05.06.24 09:06:53]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Resolution heute Nachmittag nach den Interpellationen zu traktandieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es wurde entschieden mit 80 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen, die Resolution heute Nachmittag zu behandeln.

Zweiter Resolutionsentwurf betreffend Tiefbahnhof Basel SBB. Erich Bucher und Konsorten beantragen die Traktandierung dieser Resolution. Auch dieser Entwurf liegt auf und auch hier diskutieren wir nur, ob sie traktandiert werden soll. Und auch hier ist es so, wenn das der Fall ist, käme sie nach den Interpellationen heute Nachmittag an die Reihe.

Erich Bucher, möchten Sie begründen? Er verzichtet. Es gibt keine Wortmeldungen. Wir stimmen über die Traktandierung ab.

Abstimmung

Traktandierung Resolution Erich Bucher und Konsorten

JA heisst auf die Tagesordnung setzen, NEIN heisst nicht auf die Tagesordnung setzen.

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 1 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003565, 05.06.24 09:08:08]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Resolution heute Nachmittag nach den Interpellationen zu traktandieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben mit 86 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen entschieden, auch diese Resolution auf die Tagesordnung zu setzen und heute Nachmittag zu behandeln.

Dritter Resolutionsentwurf betreffend keine Duldung von Besetzungen von Räumlichkeiten, die von der Uni Basel genutzt werden. David Jenny und Konsorten beantragen die Traktandierung dieser Resolution, die Ihnen ebenfalls aufliegt. Auch hier diskutieren wir nur darüber, ob sie traktandiert werden soll. Wird sie traktandiert, kommt sie nicht heute Nachmittag an die Reihe, sondern es wird beantragt, diese am nächsten Mittwoch nach den Petitionen auf die Tagesordnung zu setzen.

Wir kommen zur Diskussion über die Traktandierung. Erster Sprecher ist der Verfasser der Resolution David Jenny.

David Jenny (FDP): Zuerst eine kleine Korrektur. Bis jetzt habe ich noch keine Konsorten, die formell mitunterschrieben haben, ich bin natürlich für die Unterstützung dankbar. Ich habe beantragt, Traktandierung in sieben Tagen, somit können Sie sieben Nächte lang über diesen Text brüten und ich bin sicherlich bereit, Formulierungsvorschläge entgegenzunehmen. Das ist ja das gute an einer Resolution, im Gegensatz zu einem Motionstext kann man ihn noch verbessern und da hoffe ich auf Ihre Schwarmintelligenz.

Ich glaube, eine Resolution ist hier das angemessene Instrument. Sie richtet sich nicht an die Kulisse, sondern an zwei Behörden oder Institutionen, die uns sehr nahestehenden Regierungsrat und die Universität, sie ist aber auch rechtlich unverbindlich und respektiert somit die Autonomie dieser beiden Behörden. Ich bin dankbar, wenn Sie bereit sind, in den Diskurs über diese Resolution zu treten, ohne dass ich drohen muss, dieses Rednerpult als ewig zu besetzen. Vielen Dank für die Zustimmung zur Traktandierung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Auch wenn wir jetzt sieben Nächte darüber brüten könnten, werden wir bis zum 12. Juni aber keine Fraktionssitzung haben. Deshalb empfehle ich, wir sind offen, das haben Sie gesehen, weil wir nicht darüber diskutieren konnten, dennoch hier diese Traktandierung nicht auf den 12. Juni zu setzen. Es ist wichtig, gerade bei einer Resolution, die ein sehr starkes Instrument ist, gerade auch bei einem solchen Thema, dass wir auch in der Fraktion uns Zeit nehmen können und darüber diskutieren können. Deshalb empfehle ich, hierzu nein zu sagen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Darf ich aus Ihren Aussagen schliessen, dass Sie elektronische Mittel zur Diskussion in ihrer Fraktion noch nicht einsetzen?

Michela Seggiani (SP): Ich spreche gerade über solche Themen sehr gerne von Angesicht zu Angesicht mit doch 33 Menschen in der Fraktion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Harald Friedl.

Harald Friedl (GAB): Ich kann es auch kurz machen. Meine Vorrednerin hat schon gesagt, auch bei uns gibt es nicht die Möglichkeit ausser über elektronische Mittel und wir wissen, wie das manchmal dann hochgehen kann. Wir haben die ersten zwei Resolutionen ausgiebig am Montagabend diskutiert und das gab wirklich Diskussionen, die wertvoll waren. So können wir auch sagen, ob wir diese Resolutionen unterstützen oder nicht. Von dem her, es wäre für uns wirklich sehr gut gewesen, wir hätten zumindest schon am letzten Sonntag irgendwie einen Hinweis gekriegt. Diese Resolution ist in der Vorbereitung, einen kurzen Entwurf dazu hätte uns gereicht, um die Diskussion zu führen, aber so nicht. Auch wenn ich das inhaltlich anschaue, ich glaube, das müssen wir diskutieren, das geht nicht über elektronische Mittel. Das gibt nur zu viel Chaos.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen zwei Zwischenfragen vor. Sie werden angenommen. Zuerst Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Harald Friedl, darf ich dieser Stellungnahme entnehmen, dass es zumindest für Sie persönlich sehr wohl in Frage kommt, diese Resolution zu unterstützen?

Harald Friedl (GAB): Ich gehe normalerweise bei komplexen Themen so vor, dass ich es zuerst genau lese, das konnte ich jetzt nicht seit gestern, und dass ich es dann diskutiere mit mehreren Leuten und das konnte ich auch nicht machen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Frage kommt von Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Harald Friedl, das verstehe ich sehr gut, dieses Argument, meine Frage geht dahin, dass ich sage, wenn ich es richtig verstehe, ist eine Resolution eine Stellungnahme zum aktuellen Politgeschehen vom Grossen Rat. Eine Nicht-Traktandierung, verstehen Sie, dass ich dann eher das Gefühl haben, dass Sie sich mit denen Besetzern solidarisieren?

Harald Friedl (GAB): Nein, das verstehe ich nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die SVP bittet Sie, diese Resolution zu traktandieren. Wir unterstützen den Antrag von David Jenny, ehrlich gesagt, aus unserer Sicht könnten wir auch heute Nachmittag bereits darüber entscheiden. Ich sehe auch, ehrlich gesagt, die Komplexitätsfalle, in die Sie jetzt hier tappen wollen, nicht ganz und verstehe diese Diskussion nicht. Wenn Sie sich für diese Resolution aussprechen wollen würden, könnten Sie das locker so handhaben, dass Sie sich bis heute Nachmittag oder allenfalls spätestens bis nächsten Mittwoch eine Meinung dazu bilden können. Das scheint mir nun jetzt wirklich nicht ganz so schwierig zu sein.

Wir haben teilweise hier in diesem hohen Hause Gesetzgebungsverfahren, in denen Sie sehr kurzfristig über Anträge entscheiden müssen, die dann in Gesetzen niedergeschrieben werden, währenddem es hier bei dieser Resolution nicht um einen Gesetzestext geht. Aber es geht eben um ein klares Zeichen und hier muss ich feststellen, sind Sie mit Ihrer Nicht-Traktandierung dieser Resolution ganz klar der Meinung, dass Sie dieses Zeichen nicht setzen wollen. Sie distanzieren sich damit weder von diesen Besetzungen noch wollen Sie zum Ausdruck bringen, dass wir es nicht akzeptieren, dass antisemitische Kreise unsere universitären Einrichtungen oder andere Gebäude und Einrichtungen des Kantons besetzen. Das ist die Antwort auf diese Frage zur Traktandierung der Resolution und keine andere.

Diese Resolution ist zum Text her und von diesen drei Forderungen, die aufgeführt sind, sehr klar und sehr einfach zu verstehen. Sie ist sehr verständlich, aus unserer Sicht auch sehr naheliegend, dass wir das einfordern, nachdem sowohl die Universität wie auch der Regierungsrat ein trauriges Bild abgegeben haben in dieser Frage der Besetzungen, der mehrfachen Besetzungen von Unigebäuden. Deshalb, glauben wir, ist es richtig, dass wir über diese Resolution spätestens nächsten Mittwochmorgen entscheiden und wir diese heute auch auf die Traktandenliste setzen.

Wenn David Jenny nun den Wunsch hat, dass möglichst viele noch an diesem Text mitarbeiten, dann muss ich meine oder unsere Zustimmung insofern relativieren, dass wir eigentlich schon der Meinung sind, dass der Text, so wir jetzt vorliegt, bereits gut genug ist, um ihn zu verabschieden. Wir möchten keine Diskussionen von Textanpassungen, die dann in Richtung Relativierungen gehen von Besetzungen, wie wir es auch bei dieser Resolution nach dem Angriff der Hamas auf Israel zumindest versuchsweise von einer Seite gehört haben. Deshalb, glauben wir, ist die Resolution, so wie sie heute vorliegt, gut genug, um sie zu traktandieren.

Wir unterstützen die Traktandierung und wären aber auch nicht bereit, allzu sehr an diesem Text dann noch herum zu schrauben. Besten Dank, wenn Sie diese Resolution auf die Tagesordnung setzen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wir stimmen ab, ob die Resolution auf die Tagesordnung zu setzen ist. Dafür ist auch hier ein einfaches Mehr erforderlich. Falls die Resolution auf die Tagesordnung gesetzt wird, werden wir sie am 12. Juni nach den Petitionen behandeln. Zur Verabschiedung ist dann ein Zweidrittelmehr erforderlich. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Traktandierung Resolution David Jenny

JA heisst Traktandierung, NEIN heisst keine Traktandierung

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 49 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003567, 05.06.24 09:17:57]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Traktandierung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Resolution wird nicht traktandiert. Es gibt 49 Nein-Stimmen gegen 42 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Es liegen zum Traktandum keine weiteren Wortmeldungen vor.

Der Grosse Rat beschliesst

die Tagesordnung zu genehmigen. Geschäft 1 ist erledigt.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[05.06.24 09:18:21]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Zuweisungen der neuen Geschäfte zu genehmigen.

3. Wahl eines Mitglieds des Districtsrates (Nachfolge Michela Seggiani, SP)

[05.06.24 09:18:41]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich beantrage Ihnen, die Wahl offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Für offene Wahlen braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehrs, also doppelt so viele Ja-Stimmen wie Nein-Stimmen.

Wir stimmen über die offene Wahl ab.

2/3-Abstimmmung

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003571, 05.06.24 09:19:40]*

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahl.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir dürfen die Wahlen offen durchführen, 92 Ja-Stimmen stehen einer Nein-Stimme gegenüber.

Es sind nur Wahlvorschläge zulässig, welche auf Mitglieder der Regiokommission lauten. Für die Wahl als Mitglied des Districtsrates von der Regiokommission vorgeschlagen wurde Mahir Kabakci. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen.

Damit sind die Voraussetzungen für eine offene Wahl in diesem Geschäft gegeben und wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Wahl von Mahir Kabakci, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003573, 05.06.24 09:20:43]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Wahl von Mahir Kabakci als Mitglied des Districtsrates.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben 89-mal Ja und einmal Nein gestimmt bei keiner Enthaltung.

Ich gratuliere Mahir Kabakci zu seiner Wahl als Mitglied des Districtsrates und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt.

4. Ersatzwahlen Regierungsrat und Regierungspräsidium vom 7. April 2024; Validierung

[05.06.24 09:21:02, 24.0558.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat und das Ratsbüro beantragen dem Grossen Rat, vom Ergebnis der Wahl Kenntnis zu nehmen und diese Wahl gemäss § 25 des Wahlgesetzes formell festzustellen. Die Wahlprotokolle sind beim Ratssekretariat einsehbar.

Gibt es Wortmeldungen? Das ist aktuell nicht der Fall.

Demnach werden Mustafa Atici als Regierungsrat und Conradin Cramer als Regierungspräsident als gewählt erklärt. Sie haben diese Funktionen zum Glück schon angetreten.

Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Validierung der Wahlen, NEIN heisst keine Validierung.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003576, 05.06.24 09:22:26]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die im Kantonsblatt vom 6. März 2024 (erster Wahlgang) und 10. April 2024 (zweiter Wahlgang) publizierten Ersatzwahlen eines Mitglieds des Regierungsrates und des Regierungspräsidiums werden für gültig erklärt.

Demnach sind gewählt worden:

Als Mitglied des Regierungsrates: **Mustafa Atici**

Als Regierungspräsident: **Conradin Cramer**

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben der Validierung zugestimmt mit 91 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

5. Kantonale Volksinitiative «für mehr Musikvielfalt», Bericht der BKK

[05.06.24 09:22:34, 22.0980.04]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die BKK beantragt, die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen.

Das Wort geht an die Präsidentin der BKK Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Die Initiative für mehr Musikvielfalt hat uns in der BKK etwas Kopfzerbrechen gemacht. Die Initiative ist unformuliert und möchte, dass der Kanton Basel-Stadt das freie Musikschaffen pro Jahr mit mindestens einem Drittel des gesamten Förderbudgets im Bereich Musik fördert, die Förderstrukturen entsprechend anpasst und die Vergabeprozesse für das gesamte freie Musikschaffen vereinheitlicht.

Bewusst hat die BKK das Hearing mit dem Initiativkomitee vor dem Hearing mit der Verwaltung durchgeführt mit der Idee, falls beim Hearing gute Ansätze für einen Gegenvorschlag hervorkommen würden, diese mit der Verwaltung danach diskutieren und ausloten zu können. Das Initiativkomitee hat am Hearing allerdings erklärt, dass der Initiativtext an sich klar sei. Es werde ein Drittel für freischaffende Musikerinnen und Musiker gefordert, wie das umgesetzt werden solle, liege nicht im Ermessen der Initianten. Es müsse ein politischer Prozess gestartet werden, der entweder zu mehr Mitteln für die Kultur oder zu einer Umverteilung führen werde. Falls die Initiative angenommen würde, müsse dann eine Auslegeordnung vorgenommen werden. Es biete sich also die Chance, den Musikbereich zu konsolidieren. Zudem würde das Initiativkomitee gerne eine Diskussion mit Leuten verschiedener Ansichten und Parteien führen, um etwas voranzubringen. Das sei kein Abschieben von Verantwortung, sondern das Starten eines Dialogs.

Zudem hat das Initiativkomitee geäussert, dass die institutionellen klassischen Orchester und die Programmförderung der Orchester rund 90 Prozent der Fördergelder erhalten würden, für die freischaffenden Künstlerinnen und Künstler der anderen Genres würden nur 10 Prozent bleiben. Das bewirke unter anderem, dass die soziale Sicherheit der freischaffenden Künstlerinnen und Künstlern nicht gegeben sei, da beispielsweise in einem kleinen Club das Bezahlen von fairen Gagen nicht möglich sei. Leider gäbe es in der Popmusik keine geschlossene Lobby wie bei der klassischen Musik, die für faire Gagen einstehen würde. Auch äusserte das Initiativkomitee, dass es ihrer Meinung nach zu wenig Musikvielfalt gäbe. Eine Studie, die im Zusammenhang mit der Initiative in Auftrag gegeben worden sei, habe gezeigt, dass nicht alle Genres gleich gefördert würden und dass das Bedürfnis nach mehr Popmusik bestehe.

Am Hearing mit der Verwaltung und dem Regierungsrat hat sich die Abteilung Kultur folgendermassen geäussert: gemäss Initiative müsste für die zeitgenössische Musikförderung das Budget um 6 Millionen Franken aufgestockt werden. So viel Geld könnte der freischaffende Bereich gar nicht aufnehmen. Zudem würden gewisse kulturpolitische entscheide der Vergangenheit zerstört werden. Das Ausspielen der beiden Modelle, freischaffende Musikerinnen und Musiker versus festangestellte, sei für das Kulturleben nicht förderlich, da es beispielsweise bei einem Dienstorchester, wie es das SOB ist, professionelle Musikerinnen und Musiker brauche, sonst funktioniere das nicht und das SOB und das Kammerorchester seien die einzigen Orchester, die mit fixen Arbeitsverträgen arbeiten würden.

Die Abteilung Kultur äusserte auch, dass sich die Förderung der Musik in den letzten Jahren stark entwickelt habe. Gerade im Bereich Jazz gäbe es einige Bewegungen, da es in diesem Bereich Formationen gibt, die ein grosses Potenzial aufweisen würden und diese sich in eine ähnliche Richtung entwickeln könnten, wie beispielsweise das Ensemble Phönix Basel, welches eine Programmförderung aufweise. Wichtig sei, dass die Fördergefässe immer reaktionärer Natur seien, da eine Innovationsförderung in diesem Bereich nicht zielführend sei. Ebenfalls weist die Abteilung Kultur darauf hin, dass mit der Umsetzung der Trinkgeld-Initiative, die jetzt ab 2024 ihre volle Wirkung entfalten werde, genau die Bereiche, die die Initiative fördern möchte, gefördert werden und man einfach zuerst den Bereich Zeit lassen möchte, die Neuerungen umzusetzen. Daher würden die Forderungen der Initiative viel zu früh kommen.

Ebenfalls bemängelt die Abteilung Kultur die Zahlen, mit denen das Initiativkomitee rechnet. Einerseits würden diese Zahlen und die Zusammenhänge, die damit aufgezeigt werden sollen, nicht stimmen, andererseits unter schlage die Initiative die Förderung, die die Musikschaffenden jährlich aus dem Swisslos-Fonds erhalten würden. Diese Gelder würden vom Regierungsrat gesprochen und müssten in die Berechnungen einfliessen.

Leider ist es der BKK trotz mehreren Fragerunden nicht gelungen, verlässliche Angaben zu den finanziellen Kennzahlen einer Umsetzung der Initiative, aber auch eines möglichen Gegenvorschlags zu gewinnen. Die Angaben und Argumentationsweisen von Initiativkomitee und Abteilung Kultur gehen so weit auseinander, dass die finanziellen Konsequenzen bei einer Annahme der Initiative nicht beziffert werden können. Genau das hat sich aber auch als Schwierigkeit bei den Bemühungen zum Erarbeiten eines Gegenvorschlags herausgestellt.

In der Frage eines Gegenvorschlags war die BKK tatsächlich zweigeteilt. Die Kommissionsmitglieder, die klar gegen einen Gegenvorschlag sind, führen aus, dass die Initiative Forderungen in den Raum stellt, die unausgereift sind. Auch unformulierte Initiativen sollten grundsätzlich eine gewisse Klarheit aufweisen und dass der Grosse Rat nicht jeder noch so ungenau formulierten Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberstellen kann und soll.

Mit der Umsetzung der Trinkgeld-Initiative ist Bewegung auch in die Musikförderung gekommen. So ist mit der Clubförderung ein neues Gefäss entstanden, welches freischaffenden Musikerinnen und Musikern und entsprechend verschiedenen Genres zugutekommen wird. Diese Förderung soll sich nun etablieren können, bevor schon wieder neue Gefässe entstehen müssten.

Die Interpretation der vom Initiativkomitee in Auftrag gegebenen Studie erachten die Kommissionsmitglieder als unlauter. Und das möchte ich ganz klar und vor allem auch an die Adresse des Initiativkomitees betonen, die BKK sagt nicht, dass die Studie unseriös ist, sondern die vom Initiativkomitee gezogenen Schlüsse daraus. Allerdings empfindet der Teil der Kommission aufgrund der gewählten Methode, dass man nicht von einer repräsentativen Umfrage sprechen könne, da die Aussagen nur für die antwortenden Personen und nicht für die Gesamtbevölkerung in Basel-Stadt und Basel-Landschaft gelten könne. Zudem würden die gut 30 Prozent der Befragten, die gerne mehr Pop-Konzerte besuchen möchten, wohl eher Konzerte von internationalen Pop-Musikerinnen und -Musikern besuchen und sich wohl weniger für die kleinen Basler Bands interessieren. Das allerdings ist eine Interpretation der Kommissionsmitglieder und des Präsidialdepartements.

Zudem stützen die Kommissionsmitglieder, die keinen Gegenvorschlag möchten, die Argumente des Regierungsrats und der Abteilung Kultur. Sie anerkennen, dass sich der Kultur- und Musikbereich in einem steten Wandel befindet und dass dies auch in Zukunft mit Pilotprojekten und der steten Evaluation der Fördergefässe und der Förderbeiträge unterstützt wird.

Ein anderer Teil der Kommissionsmitglieder anerkennt, dass die Initiative eine Grundsatzdebatte zur Musikförderungspolitik angestossen hat, dass es Lücken in der Förderung gibt und ein Überhang hin zu klassischer Musik besteht. So gibt es bis heute keine kontinuierliche Förderung für grössere Vocalensembles oder Jazzorchesterformationen.

Während der Coronapandemie ist deutlich geworden, dass viele freischaffende professionelle Musikerinnen und Musiker in prekären Konstellationen arbeiten. Hier sehen die Kommissionsmitglieder, die sich um einen Gegenvorschlag bemüht haben, auch einen Ansatzpunkt. Es braucht aus Sicht dieser Kommissionsmitglieder grössere Anstrengungen, um die soziale Sicherheit von Kulturschaffenden besser zu gewährleisten. So sollen die Fördersummen und deren Verteilung so bemessen und ausgerichtet werden, dass eine bessere Planbarkeit und Absicherung möglich werden. Ebenfalls stellt dieser Teil der Kommission fest, dass es für eine zukunftsweisende Musikförderung auch Verbesserungen des Raumangebots und dessen Infrastruktur braucht. Auch wenn das Präsidialdepartement sehr bemüht ist, die Richtgagen einzuhalten, sollten auch dort adäquate Tarife angestrebt werden, wo keine oder sehr niedrige Richtgagen definiert sind.

Die Kommissionsmitglieder haben noch einmal geprüft, ob ein Gegenvorschlag zur Initiative vorgelegt werden kann, der die Einhaltung der Referenzlöhne, Bemühungen zu Verbesserungen der sozialen Sicherheit von Kulturschaffenden und die Entwicklung der Förderung vorgeschrieben hätte. Die Kommissionsmitglieder mussten aber feststellen, dass diese Forderungen zu wenig konkret greifbar gemacht und nicht genauer beziffert werden können, um als Alternative in der Debatte um eine Volksabstimmung zu funktionieren. Zudem ist eine Weiterentwicklung der Förderung von Kultur, auch von Musikkultur, ein wohl längerer Prozess, der sehr sorgfältig mit allen Beteiligten miteinander und nicht gegeneinander geführt werden muss und der die Ressourcen einer grossrätlichen Sachkommission bei weitem übersteigt.

Trotzdem möchten die Kommissionsmitglieder die Abteilung Kultur dabei unterstützen, dass die genannten Punkte, aber auch der Bereich Infrastruktur im neuen Kulturleitbild des Regierungsrats behandelt werden. So soll die Abteilung Kultur gemeinsam mit den Musikschaffenden Wege für Verbesserungen aufzeigen. Ebenfalls möchten diese Kommissionsmitglieder darauf hinweisen, dass es auch der Grosse Rat in den Händen hat, bei Verbesserungen der sozialen Sicherheit für Kulturschaffende beizutragen. Es ist der Grosse Rat, der die Fördersummen als Gesamtes spricht und er kann korrigierend eingreifen.

Zum Schreiben des Vereins Netzwerk Kulturpolitik Basel, das nach Beendigung der Beratung des Geschäfts bei der BKK eingetroffen ist, verweise ich auf den schriftlichen Bericht.

Die BKK unterstützt mehrheitlich den Antrag des Regierungsrats, die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Verwerfung zu empfehlen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Es ist tatsächlich kein einfaches Geschäft, das wir heute behandeln, und es hat uns einiges an Kopfzerbrechen bereitet, dem Regierungsrat wie auch der Bildungs- und Kulturkommission. Die kantonale Volksinitiative für mehr Musikvielfalt ist eine unformulierte Initiative, sie wurde von 4'098 Stimmberechtigten eingereicht. Sie verlangt Folgendes, und da zitiere ich den Initiativtext:

1. Der Kanton Basel-Stadt fördert das freie Musikschaffen pro Jahr mit mindestens einem Drittel des gesamten Förderbudgets im Bereich Musik. Dazu gehören Beiträge für freischaffende Musiker*innen und Beiträge für Programmespielstätten und Strukturförderung.

2. Der Kanton Basel-Stadt passt die Förderstrukturen entsprechend an und vereinheitlicht die Vergabeprozesse für das gesamte Musikschaffen.

Das ist der Initiativtext.

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat mit Bericht vom Juni 2023, diese Volksinitiative den Stimmberechtigten mit der Empfehlung zur Verwerfung und ohne Gegenvorschlag vorzulegen. Derselbe Antrag, den auch die BKK stellt. Ich möchte der Bildungs- und Kulturkommission ausdrücklich danken für die sorgfältige Behandlung, für den ausführlichen schriftlichen Bericht und jetzt auch für die vertieften mündlichen Ausführungen der Präsidentin. Wie die Präsidentin der BKK ausgeführt hat, hat sich auch die Kommission intensiv mit der Frage beschäftigt, ob ein Gegenvorschlag zu formulieren wäre. Nach sorgfältiger Abwägung hat sie sich dann mit einer deutlichen Mehrheit dagegen entschieden und ist zum gleichen Resultat gekommen wie auch der Regierungsrat.

Warum ist nun dieses Geschäft so kompliziert. Das liegt daran, dass das Initiativkomitee mit seiner Argumentation an Zielsetzungen anknüpft, die der Regierungsrat selbst auch formuliert hat. Denn wer könnte dagegen sein, dass Kulturschaffende für ihre Engagements faire Honorare erhalten? Wer könnte dagegen sein, dass Basel als Kulturstadt noch attraktiver wird und damit eine höhere Umwegrentabilität, wie man das nennt, erzielt wird? Die Initiative fordert mit Bezug auf die Ziele der Regierung allerdings Massnahmen, die der Regierungsrat nicht unterstützen kann.

Erstens betrifft dies das Ziel, die Arbeitsbedingungen der freischaffenden Kulturschaffenden zu verbessern. Insbesondere dann, wenn Konzerte, Institutionen und Musikprogramme kantonal gefördert werden, dann soll es den Veranstaltenden möglich sein, faire Honorare zu bezahlen. Zu diesem Anliegen steht der Regierungsrat selbstverständlich weiterhin, der von der Initiative vorgeschlagene Weg ist aber der falsche. Dies aus zwei Gründen. Ein Sonderweg für die Musik gegenüber allen anderen Sparten, also gegenüber Tanz, Theater, Literatur, bildenden Kunst, etc., ist schlichtweg nicht vereinbar mit den Grundsätzen der Gleichbehandlung. Und zweitens ist das Ausspielen von Institutionen gegenüber Freischaffenden in hohem Mass kontraproduktiv. Es schadet der Kultur und dem Kulturschaffen. Institutionen sind Arbeits- und Auftraggeberinnen für Musikerinnen und Musiker, Spielstätten und Festivals ermöglichen Auftritte und Sichtbarkeit und sie engagieren sich solidarisch für die Arbeitsbedingungen der Freischaffenden.

Zweitens, eine Erhöhung der kulturellen und wirtschaftlichen Attraktivität von Basel für die Bevölkerung und für den Standort erreicht man nicht, indem man unsere Institutionen schwächt. Die Nachfolge nach den Grossevents von kommerziellen Anbietern mit bekannten Stars aus dem Musikbusiness befriedigt man nicht, indem man die Giesskanne über die lokalen Bands und Ensembles ausschüttet. Dies erreicht man eher durch Fokussierung als durch eine noch breitere Streuung der Förderung.

Und drittens, der Regierungsrat bekennt sich zum im Kulturleitbild 2020 bis 2025 formulierten Ziel einer ausgewogenen Musikförderung, die alle Genres und Produktionsweisen angemessen berücksichtigt. Der Regierungsrat stellt sich aber entschieden gegen eine Gleichmacherei, wo, wie man so sagt, Äpfel mit Birnen verglichen werden, der Regierungsrat ist überzeugt, dass die bestehenden Förderpartnerschaften der Abteilung Kultur in Basel-Stadt mit dem Musikbüro Basel, mit der Abteilung Kulturförderung Basel-Landschaft nicht aufs Spiel gesetzt werden sollen. Diese Partnerschaften garantieren Fachkompetenz, Effizienz, auch Synergien, das nutzt den Musikschaffenden wie auch dem Publikum.

Und viertens, mit dem Vorschlag zur Umsetzung der vom Volk angenommenen Volksinitiative aktive Basler Jugendkultur stärken, also der Trinkgeld-Initiative, hat sich der Regierungsrat dazu bekannt, die Jugend- und Alternativkultur in allen Sparten zu stärken, insbesondere auch im Bereich der Populärmusik, im Bereich der Club- und Nachtkultur. Und das im vollen Bewusstsein, dass hier tatsächlich noch Aufholbedarf herrscht für die Kulturstadt Basel. Der Regierungsrat möchte diesen Weg jetzt fortsetzen und die neue Initiative für mehr Musikvielfalt, über die wir heute diskutieren, gefährdet den bereits eingeschlagenen Weg in der Umsetzung der Trinkgeld-Initiative, in der Umsetzung des Volkswillens.

Der Regierungsrat hat ja in seinem Bericht ausführlich die Gründe zur Ablehnung der Initiative dargelegt. Wir sind der Ansicht, dass mit der Einführung der Förderung für Jazz und improvisierte Musik, das war im Rahmen der Kulturpartnerschaft mit dem Nachbarkanton Basel-Landschaft 2022 und eben mit der Umsetzung der Trinkgeld-Initiative, die Förderung vom Populärmusik, von Jazz und von Clubkultur massgeblich ausgebaut wurde. Und das wurde durch eine Erhöhung des Kulturbudgets umgesetzt aufgrund einer sorgfältigen Auslegeordnung und einer Analyse des Bedarfs.

Und das hat ja nicht der Regierungsrat gemacht oder mindestens nicht alleine gemacht, sondern Sie, sehr verehrte Grossrätinnen und Grossräte, haben dazu auch beschlossen. Sie haben im November 2023 dem Vorschlag der Regierung zu einem Konzept für die Förderung von Club- und Nachtkultur zugestimmt mit einem Betrag von gut einer Million Franken pro Jahr für die Jahre 2024 bis 2026 und Sie haben gerade kürzlich im Februar dieses Jahres dem Vorschlag zur Förderung der zeitgenössischen Musik zugestimmt. Das beinhaltet eine substanzielle Erhöhung der Staatsbeträge an das Musikbüro Basel, also sehr explizit Förderung populärer Musik sowie eine Erhöhung der Mittel für den Fachausschuss Musik beider Basel zugunsten direkt der Jazz-Förderung. Damit sind unseres Erachtens die zentralen Anliegen der Initiative für mehr Musikvielfalt bereits umgesetzt, das ist tatsächlich einer der Hauptgründe, warum der Regierungsrat Ihnen und dem Volk ein Nein empfiehlt.

Wir haben im Bericht vom Juni 2023 auch festgehalten, dass wir der Initiative in folgenden Punkten dezidiert nicht folgen können:

Die von der Initiative vorgelegten Berechnungen sind nach Ansicht des Regierungsrats schlicht nicht korrekt. Sie berücksichtigen beispielsweise die Fördermittel durch den Swisslos-Fonds nicht und sie sind in der Systematik widersprüchlich. So werden Programmförderung und Spielstätten von der Initiative einmal zu den Institutionen gezählt, ein andermal dann zu den Freischaffenden, und darüber hinaus jetzt festzustellen, dass jetzt auch die Initiantinnen und Initianten nach Lancierung der Initiative immer wieder neue Berechnungsmodelle veröffentlicht haben, zusätzliche Argumente eingeführt haben, die aber nicht Teil des Initiativbegehrens sind. Am augenfälligsten dabei, der ursprüngliche Initiativtext beinhaltete kein Ausspielen von verschiedenen Musikgenres, also beispielsweise Pop gegen Klassik, aber die Spaltung Klassik gegen alle anderen, die wurde von den Initiantinnen und Initianten nachträglich eingeführt und der Regierungsrat lehnt diese Argumentation entschieden ab. Wir halten das für nicht glaubwürdig und auch die Argumentation, dass Klassik mit Institutionen gleichzusetzen ist, greift viel zu kurz beziehungsweise ist faktisch einfach falsch.

Der Regierungsrat hat auch zum Ausdruck gebracht in seinem Bericht, dass eine weitere Erhöhung des Kulturbudgets im Zusammenhang mit der jetzt vorliegenden Initiative nicht zugestimmt werden kann. Wenn man den Berechnungen der Systematik der Initiative folgen würde, so käme es zu einer Umlagerung von Mitteln in der Höhe von 6 bis 8 Millionen. Das wiederum würde zu einer Gefährdung der Existenz von Kulturinstitutionen führen und damit natürlich ganz direkt zur Gefährdung von Arbeitsplätzen für Kulturschaffende. Aber eben, die gute Nachricht, die soll ja eigentlich im Vordergrund stehen, die gute Nachricht ist, mit der in der Zwischenzeit erfolgten Umsetzung der Trinkgeld-Initiative sind gemäss dem Berechnungsmodell des Regierungsrats, das ist nicht das Berechnungsmodell der Initiantinnen und Initianten, aber es ist unseres und wir glauben, dass das richtig ist, nach diesem Berechnungsmodell sind die Forderungen der Initiative bereits sehr weitgehend erfüllt. Insbesondere mit den Vorlagen zur Stärkung der Populärmusik, der Jazz-Förderung, der Club- und Nachtkultur wurde eben ganz massgeblich zusätzliches Geld zur direkten Förderung von freischaffenden Musikerinnen und Musikern gesprochen.

Die aktuellen Hochrechnungen seitens Regierungsrats, die werden von der Abteilung Kultur gemacht, da kommen wir für Projekte und Programmefestivals und Konzerte und Strukturen zugunsten der Freischaffenden im laufenden Jahr 2024 auf rund 20 Prozent der Kulturausgaben und das ist das reguläre Kulturbudget. Wenn man jetzt noch die Förderung von Konzerten und Festivals durch den Swisslos-Fonds einbezieht, und das muss man eigentlich, weil das ist auch direktes Fördergeld, so kommen wir annähernd auf 30 Prozent. Präzise Berechnungen, auch das, damit wir da exakt bleiben, die lassen sich erst nach Ablauf des Jahres aufgrund der tatsächlichen Förderausgaben ermitteln, aber die Grössenordnung sind diese 30 Prozent.

Darin noch nicht berücksichtigt sind Programmetas, die den subventionierten Kulturinstitutionen vom Kanton zur Verfügung gestellt werden und aus denen natürlich unter anderem Honorare von Musikerinnen und Musikern, von Freischaffenden bezahlt werden. Ich spreche hier von Institutionen wie der Kaserne Basel, das ist ja notabene eine Institution, die unter anderem deshalb gefördert wird, damit sie Populärmusik auch veranstalten kann. Ich spreche vom Gare du Nord, ich spreche vom Theater Basel, vom birds eye jazz club und auch von den Basler Orchestern, die eine hohe Zahl an Freischaffenden projektbezogen beschäftigen. Vor diesem Hintergrund geht der Regierungsrat davon aus, dass die Quote der direkten oder indirekten Begünstigung von freischaffenden Musikschaffenden durch rund einen Drittel der eingesetzten Fördergelder bereits per Ende 2024 erfüllt sein wird und es deshalb jetzt da keinen weiteren Handlungsbedarf gibt.

Sie wissen auch, mit der Umsetzung der Trinkgeld-Initiative ist der Regierungsrat aufgefordert, alle vier Jahre neu zu überprüfen, ob tatsächlich 5 Prozent der für die Kulturförderung eingestellten Mittel für die Jugend- und Alternativkultur verwendet werden. Dazu werden Sie als Grosser Rat im Jahr 2026 eine Auswertung über das Erreichte und Vorschläge für das weitere Vorgehen bekommen und sollten Sie dann feststellen, dass die Ziele nicht oder ungenügend erreicht sind, haben Sie die Möglichkeit, dann über die nächsten Schritte direkt zu entscheiden aufgrund einer fundierten Berichterstattung, einer zahlenbasierten Berichterstattung.

Zusammenfassend nochmals, warum ist der Regierungsrat gegen diese Initiative und warum sieht er auch keinen Bedarf für einen Gegenvorschlag.

Der Regierungsrat bekennt sich ausdrücklich zu einer ausgewogenen Musikförderung, die alle Genres und alle Produktionsweisen angemessen berücksichtigt. Er bekennt sich zum Ziel, die Arbeitsbedingungen der Kulturschaffenden aller Sparten, nicht nur in der Musik, aller Sparten zu verbessern und der Regierungsrat bekennt sich zum eingeschlagenen Weg mit der Umsetzung der Trinkgeld-Initiative. Die von der Initiative für mehr Musikvielfalt vorgeschlagenen Massnahmen hält der Regierungsrat hingegen nicht für zielführend. Die Argumentation ist widersprüchlich, sie blendet wichtige Aspekte aus, Pop gegen Klassik auszuspielen ist nicht im Sinne der Musikstadt Basel und schon gar nicht im Sinn des Publikums. Mit der Umsetzung der Trinkgeld-Initiative werden zentrale Aspekte des Begehrens der Initiative bereits umgesetzt, deshalb sieht der Regierungsrat keinen Anlass jetzt für einen neuerlichen fundamentalen Richtungswechsel.

Und sofern das Parlament den von Verwaltung, Regierung ja sorgfältig ausgearbeiteten Vorlagen zur Musikförderung, den konkreten, nicht zustimmen will, diese anpassen will, so hat es innerhalb der regulären Prozesse jederzeit die Möglichkeit, die Zusprechung der Mittel anzupassen und der Grosse Rat tut das ja auch zu Recht in allem Selbstbewusstsein. Die Umsetzung der vorliegenden Initiative, und das ist in aller Deutlichkeit zu sagen, das wäre kulturpolitisch verantwortungslos.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag des Regierungsrats und dem Antrag der Bildungs- und Kulturkommission zu folgen, die unformulierte Volksinitiative für mehr Musikvielfalt, sofern sie nicht denn zurückgezogen wird, den Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Verwerfung und ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung vorzulegen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es haben schon alle Fraktionen ihre Sprechenden angemeldet. Der erste ist Johannes Sieber für die GLP.

Johannes Sieber (GLP): Die Fraktion der GLP unterstützt die Forderung nach mehr Musikvielfalt, sie lehnt die Initiative der IG Musik jedoch ab aus folgenden Gründen:

Der Initiativtext der Musikvielfalts-Initiative lässt offen, ob die prozentuale Forderung für das freie Musikschaffen über eine Aufstockung des Budgets oder über eine Umverteilung erreicht werden soll. Ein Volks-Ja kann, ja es muss so und anders interpretiert werden. Darum handelt es sich hier um eine potenzielle Umverteilungsinitiative. Mit einer Umverteilung sehen wir wichtige Kulturangebote und Institutionen in Frage und deren Arbeitsplätze zur Diskussion gestellt. Das schafft unnötigerweise Unsicherheit bei den Institutionen und verunsichert Musikschaffende. Die GLP ist der Ansicht, dass Justierungen an bestehenden Leistungsvereinbarungen, wie beispielsweise dem Sinfonieorchester, bei deren Erneuerungen diskutiert werden sollten, wenn Anpassungen angezeigt sind. Das Erzwingen diese Diskussion über einen prozentualen Verteilkampfschlüssel empfinden wir als Spaltung von etwas, was zusammengehört, die Kultur.

Dann scheint uns hier ein Missverständnis vorzuliegen. Wir verteilen hier kein Geld. Wir sprechen Geld für Leistungen, die wir für die Allgemeinheit für wichtig erachten. Das ist in der Musik genauso wie in anderen Bereichen der Kultur und überhaupt ist das so. Neue Leistungsvereinbarungen sollen der kulturpolitischen Relevanz ihrer Wirkung begründet werden. Noch einmal, neue Leistungsvereinbarungen sollen mit der kulturpolitischen Relevanz ihrer Wirkung begründet werden, also inhaltlich. So ist es beispielsweise durchaus eine Überlegung wert, wie wir freie Musikexzellenz unterstützen können, damit diese nach der Ausbildung hier in Basel ansässig bleibt. Das wäre im Interesse der Stadt. Dazu brauchen wir jedoch nicht die ganze Musikförderung auf den Kopf zu stellen, wie diese Initiative es fordert. Dafür existieren in unserer Demokratie bereits funktionierende Prozesse. Denn die Musikförderung in Basel ist bereits demokratisch, auch wenn das Initiativkomitee das Gegenteil behauptet. Die Musikförderung als Diktatur zu suggerieren, ist reiner Populismus. Kommen Sie mit Vorschlägen und konkreten Massnahmen zur Förderung von noch mehr Vielfalt auf uns zu, wir prüfen diese gerne. Konkrete Massnahmen, dafür bietet die Fraktion der GLP gerne Hand, für diese Initiative nicht. Wir empfehlen sie zur Ablehnung.

Und dann noch ein Wort zur Gerechtigkeit. Um eine Umverteilung abzuwenden, wäre dieses Parlament zu einer Aufstockung des Musikbudgets von 6 bis 8 Millionen genötigt. Ich möchte Ihnen folgende Frage mit auf den Weg geben: Ist es nach der Umsetzung der TGI gerecht, weitere 8 Millionen nur für die Musik zu sprechen und beispielsweise den Literaturbetrieb schon wieder leer ausgehen zu lassen? Ist das tatsächlich kulturpolitische Vielfalt oder ist es einfältig? Darum eine Bitte an die IG Musik, fordern Sie in einer nächsten Initiative einen Drittel für das freie Kulturschaffen nicht bloss für die Musik, fordern Sie den Drittel statt vom Budget der Musik vom Budget des Amts für Umwelt und Energie, dann hätten wir mit etwas Glück auch das Problem der Lärmmessungen gelöst und dann haben Sie auch mich mit im Boot.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage von Melanie Nussbaumer vor. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Melanie Nussbaumer (SP): Johannes Sieber, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie sich bei Annahme der Initiative für eine Aufstockung des Budgets engagieren würden, weil Sie ja die Umverteilung kritisch sehen, wie auch ich?

Johannes Sieber (GLP): Das müsste ich prüfen. Das Problem ist, dass die Initiative diese Frage offen lässt und das Volks-Ja so und so interpretiert werden kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Rock, Pop, Jazz, Klassik, Hiphop, World Music, Volksmusik, elektronische Musik, wir alle in diesem Saal hören ganz unterschiedliche Musik. Da draussen hören alle ganz unterschiedliche Musik. In der Musik spiegelt sich die ganze Vielfalt. Uns bietet sich die wegweisende Chance für Basel, aber auch für die Schweiz, mit der Musikvielfalts-Initiative kulturpolitisch Historisches zu bewegen.

Die Initiative stellt drei konkrete Fragen: Was wollen wir uns als Gesellschaft an Kultur leisten? Was ist uns in Basel-Stadt die Musikvielfalt wert? Wann ist öffentliche Musikförderung fair, zeitgemäss, demokratisch genug? Das Kulturfördergesetz schreibt, dass der Kanton für ein vielfältiges Musikschaffen und Angebot sorgt. Unser Kulturbild spricht von ausgewogener Förderung aller Genres und Produktionsweisen. Und auch die Kulturbotschaft des Bundes fordert vielfältige Förderung und die Teilhabe der Bevölkerung.

Heute haben wir die Chance, diese Ziele endlich ernst zu nehmen. Gegenwärtig, im Jahr 2024, gehen rund 90 Prozent der Steuergelder, die zur Förderung von Musik eingesetzt werden, an Orchester und Institutionen der Klassik. Alle anderen Freischaffenden, die eine Vielfalt von Musikgenres abdecken, die in diesem Saal auch gehört werden, teilen sich die restlichen 10 Prozent. Die Errungenschaften der Trinkgeld-Initiative sind hier bereits miteinberechnet. Und wichtig, es geht hier einzig um die Förderung, die mittels Steuergeldern erfolgt, und die politische Gewichtung, die der Kanton damit macht. Es geht nicht um die Förderung aus dem Swisslos-Fonds. Vielfalt sieht anders aus.

Die Initiative fordert mindestens ein Drittel des öffentlichen Musikbudgets für das freie, nicht institutionelle Musikschaffen aus allen Genres. Warum? Ganz einfach. Das freie Musikschaffen sorgt massgeblich für die Vielfalt des Musikangebots in unserer Stadt. Sie tut dies aber unter prekären Umständen. Die freie Szene ist in allen Genres tätig, auch in der Klassik, und überall zeigt sich, die aktuellen Förderbeiträge reichen nicht. Wir zementieren damit prekäre Verhältnisse.

Ein paar Fakten hierzu: La Nefera ist aktuell in Basel eine vielversprechende Künstlerin. Für ein Konzert in Basel hat sie für sich und ihre 11-köpfige Band mit professionellen Musikschaffenden 1’500 Franken Gage bekommen. Das sind 125 Franken pro Person für einen zeitlichen Aufwand inklusive Proben von mindestens 20 Stunden. Das ist ein Stundenlohn von 6.25 Franken. Das Basel Jazz Orchestra kann für neun Stunden proben und ein Konzert auf vier Stunden 200 Franken pro Musikerin auszahlen, ergibt einen Stundenlohn von 15.40 Franken. Schon mal besser, aber weiterhin massiv unter dem Mindestlohn und für professionell ausgebildete Musiker*innen. 67 Prozent der selbstständigen Musikschaffenden in der Schweiz verdienen pro Jahr unter 40’000 Franken. Das sind 3’000 Franken pro Monat bei über 45 Arbeitsstunden pro Woche.

Die Regierung fordert eigentlich, dass Honorarempfehlungen unter geltendem Mindestlohn eingehalten werden, doch die Förderbeiträge reichen dafür nicht aus. Zudem haben gewisse Musiker*innen in bestimmten Genres keinen Zugang zur Förderung, weil es für sie nämlich gar kein passendes Fördergefäss gibt. Fairere und vielfältigere Musikförderung sollte möglich sein. Für uns von der SP-Fraktion ist klar, es braucht eine Erhöhung des Musikförderungsbudgets. Basel als Musikstadt muss sich eine Erhöhung leisten. Basel als soziale Stadt muss sich faire Förderbeiträge leisten können. Basel als vielfältige Stadt muss sich vielfältige Musikförderung durch eine Stärkung der freien Szene leisten können.

Diese Initiative ist, wie schon die Trinkgeld-Initiative, eine unformulierte Vorlage. Sie legt klar die Stossrichtung fest, Basel muss vielfältiger werden. Gleichzeitig bietet die Initiative aber den nötigen Spielraum, damit eine Weiterentwicklung der bisherigen Förderpraxis gelingen kann, ohne Errungenschaften wie diejenigen der Trinkgeld-Initiative zu gefährden. Die Initiative fordert zudem, die Förderstrukturen entsprechend anzupassen und die Vergabeprozesse zu vereinheitlichen. Damit ist in erster Linie gemeint, dass man eben in wirklich allen Genres Eingaben machen kann und dass das Budget reicht, damit Mindestlöhne nicht unterschritten werden. Und vereinheitlichen heisst auch, dass alle Eingaben auch die Förderung für alle Arbeitsschritte des Musikschaffens beinhalten können. Auch Kosten für Entwicklung, Produktion, Organisation und Administration müssen geltend gemacht werden können und sollen nicht nur als Eigenleistung erbracht werden.

Wie gesagt, es gibt heute gar nicht für alle ein passendes Fördergefäss, die Fördertöpfe sind stark segmentiert. Es herrschen in den Gefässen unterschiedliche Kriterien, Beitragslimiten und Voraussetzungen. Das Ziel muss sein, dass alle künftig den gleichen Zugang zur Förderung erhalten. Niemand hat Anspruch auf Förderung, aber alle Steuerzahlenden haben Anspruch darauf, dass vielfältig gefördert wird, weil wir vielfältig sind.

Als SP-Fraktion stehen wir hinter dieser Initiative und empfehlen sie zur Annahme. Wir freuen uns auf die spannenden Debatten bis zum Abstimmungstermin.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion LDP spricht Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Die LDP-Fraktion lehnt die Initiative für mehr Musikvielfalt ohne Gegenvorschlag ab. Die LDP legt grossen Wert auf ein breites und vielfältiges Musikangebot, das den verschiedenen Interessen und den Bedürfnissen der heutigen Gesellschaft Rechnung trägt. Obwohl das Begehren der Initianten, die Ausgaben für das freie Musikschaffen mittels eines prozentualen Anteils zu fördern, sympathisch tönen mag, ist dieser Ansatz bei näherer Betrachtung nicht zielführend. Die Trinkgeld-Initiative hat erfolgreich das Prinzip eines fixen prozentualen Anteils für die Jugend- und Alternativkultur erstmals durchgesetzt. Die Umsetzung erfolgte sorgfältig und man kann sagen, dass wir im Kanton eine Lösung haben, die die Jugend- und Alternativkultur breit und gut abgestimmt fördert, einschliesslich der Club-Förderung, die ein einzigartiges Angebot in der Schweiz darstellt.

Eine solch angesetzte Förderung produziert eine Starre. Eine solch starre Förderung schafft finanzielle Unflexibilität. Sie nimmt dem Parlament die Freiheit, seine Ausgaben festzulegen. Sie steuert auf ein Giesskannensystem zu, das dem Qualitätsprinzip der Förderung und der Nachfrageorientierung widerspricht. Und sie öffnet einen Markt. Warum sollen nur freischaffende Musiker von solch einer Initiative profitieren? Auch Kunstmaler, Tänzer, Bildhauer, Schriftsteller und andere Berufsgruppen könnten Ansprüche auf ähnliche Förderungen stellen. Das wollen wir nicht, Kultur muss sich frei entwickeln können. Es muss möglich sein, dass innerhalb der kantonalen Aufgaben Schwerpunkte gesetzt werden können und das Parlament über seine Ausgaben entscheiden kann.

Wenn die Initiative zur Abstimmung gelangt, muss das Bewusstsein in der Bevölkerung geschärft werden, dass es bei dieser Entscheidung entweder um eine Umverteilung zulasten der derzeit unterstützten Institutionen oder um eine Aufstockung des Kulturbudgets geht. Eine Umverteilung würde zu erheblichen Engpässen bei den jetzigen geförderten Einrichtungen führen und zwangsläufig die Qualität ihrer Programme beeinträchtigen. Diese Institutionen sind ebenfalls auf externe Geldquellen angewiesen, um ein hochwertiges Programm aufrechterhalten zu können und müssen diese aktiv akquirieren. Eine Aufstockung des Kulturbudgets würde zweifellos eine kulturpolitische Debatte verlangen. Unser Kanton fördert die Kultur äusserst grosszügig und verfügt im Vergleich zu anderen Schweizer Kantonen über eine der höchsten Kulturausgaben pro Kopf.

Die U-Musik hat sich bisher immer selbst finanziert. Das hat funktioniert, die freie Szene wird gut berücksichtigt. Durch die Einführung einer Club-Förderung sowie durch signifikante Mittelerhöhung durch das Musikbüro und eine spezielle Jazz-Förderung wurden gezielte Massnahmen für Bands und Ensembles geschaffen, um das lokale Musikschaffen in den Bereichen Pop, Rock, Hiphop und Jazz zu stärken. Auch der Swisslos-Fonds leistet einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Musikszene und kann jetzt durch die Anpassung der Verordnung noch breiter fördern.

Ich bitte Sie, die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen und damit die bisher getroffenen Massnahmen zur Förderung der Musikszene beizubehalten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Catherine Alioth, Melanie Nussbaumer möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Melanie Nussbaumer (SP): Sie wissen schon, dass man heutzutage nicht mehr unterscheidet zwischen U- und E-Musik, sondern dass auch andere Genres neben klassischer Musik sehr professionelle Musik macht und nicht nur zur Unterhaltung da ist, wie das ja mitschwingt bei dieser Begründung?

Catherine Alioth (LDP): Ich möchte sagen, dass ich natürlich auch die Professionalität der Musiker der U-Musik überhaupt nicht in Frage stelle, im Gegenteil. Ich weiss, dass das professionelle Musiker sind.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Béla Bartha.

Béla Bartha (GAB): Ich nehme jetzt gerade diese Frage von Melanie Nussbaumer auf, weil ich jetzt sagen muss, ich sehe den Hintergrund von dem, was Catherine Alioth gesagt hat. Und zwar, ich bin auch unter diesem Zwiegestirn von E-Musik und U-Musik aufgewachsen und das eine war eben wirklich die ernstzunehmende Musik und das andere war die Unterhaltungsmusik und dort gehört eben auch die Populärmusik, die Popmusik oder auch die Jazzmusik dazu oder auch die Volksmusik. Wenn man schaut, was in dieser Zeit, als ich mich noch in der Musikszene bewegt habe, für Möglichkeiten

waren, sich für die Musik zu interessieren, dann hat sich das heute noch nicht so viel geändert. Und zwar hat man einfach, wenn man ein Instrument lernen wollte, die Musikschule besucht und hat dort ein Lehrer gehabt und nachher, wenn man Glück hatte und ein bisschen Talent, konnte man auch in einem Orchester, im Musikorchester der Musikschule spielen und wenn man dann wirklich ein grosses Talent war, da konnte ich dann nicht mehr mithalten, dann hat man die Musikakademie besucht.

In der Zwischenzeit, als ich das erlebt habe, ich habe da im Gundeli gewohnt, hat sich parallel dazu eine interessante Schule entwickelt, das war die Jazzschule im Dreispitz. Dort war auch die Möglichkeit, das erste Mal etwa vor 40 Jahren, wirklich eine fundierte Ausbildung zu machen. Man hat dort die Jazzschule besuchen können nach wirklich auch ernst zu nehmenden Grundlagen aus der klassischen Musik und das erweitert über die Jazzgeschichte und über die GS-Notation und man konnte dann einen Abschluss machen und heute mit Dank einem grossen Engagement von einer privaten Gönnerin gibt es diesen Jazz-Campus und es gab die Integration dann dieser Jazzschule in die Musikakademie.

Wenn man das alles hinter sich hat und das gemacht hat und sein Diplom abgeholt hat, dann plötzlich aber spaltet sich das Ganze wieder auf. Nämlich, ich habe die Möglichkeit, wenn ich eine klassische Ausbildung habe in einem Symphonieorchester zum Beispiel, eine Anstellung zu haben mit einem guten Lohn und mit einer gewissen Sicherheit in der Zukunft und wenn ich die Akademie abgeschlossen habe in dem Genre Jazz, dann werde ich verdankenswerterweise in die freie Szene entlassen und muss dann selber schauen, wie ich dort mich entwickeln kann.

Also dort plötzlich eine ganz traditionelle Zweispaltung wieder, die wir eben immer noch haben und die wir auch wirklich in unseren Köpfen haben. Und eine dieser Möglichkeiten, die uns diese Initiative gibt, ist eben eine Debatte über diese Zweispaltung auch zu führen und ich glaube, das wäre eine wichtige Information oder eine wichtige Tendenz und auch Möglichkeit und ein Impuls, dass wir in unserer Gesellschaft das einmal auch hinterfragen.

Wenn man nun ein Musikakademie-Abschluss hat, dann hat es wirklich viele Förderinstitutionen und Fördermittel auch in Basel-Stadt. Das ist absolut unwidersprochen und man kann wirklich in vielen Genres eine Förderung bekommen. Die Förderungen, da muss man ein Projekt eingeben und dann wird das über einen Fachausschuss oder über das Musikbüro beraten und man kann dann diese Förderung in Anspruch nehmen. Aber das Stossende dabei ist, dass wenn man diesen ganzen Schritt gemacht hat, das Projekt angenommen wurde, man dann schlussendlich einen Lohn erhält für seine Bemühungen, der immer noch nicht reicht, um ein einigermassen gutes Leben zu führen während der Zeit des Projektes. Und das ist immer noch stossend und da kann ich natürlich die Frustration der Musikinitianten, die dahinter steht, schon verstehen, dass man eben sagt, okay, man hört die Worte wohl, auch von Conradin Cramer, dass man das alles verbessern wird, aber die Tatsache ist, dass das heute nicht verbessert ist und wir immer noch in dieser Situation stecken, sowohl ganz konkret finanziell wie auch im Mindset, wo dahinter steht. Also da könnten wir wirklich einen Fortschritt machen dank dieser Musikvielfalts-Initiative.

Was ein bisschen hervorgehoben wird, ist auch ein bisschen die Angstdebatte, dass wir hier eine Trennung oder eine Spaltung von klassischer Musik haben zur Jazzmusik oder zu der ganzen Unterhaltungs-, U-Musik, anderer Musik, anderen Genres. Das sehe ich natürlich auch in dieser Initiative nicht, weil die Leute, die hinter der Initiative stehen, die haben auch - ich habe jetzt gerade zum Beispiel ein wunderschönes Konzert gehört in Riehen, wo Emile Parisien als Sopransaxophonist mit Roberto Negro als Klavierspieler ein fulminantes Jazzkonzert dargestellt haben und plötzlich der gute Herr Negro aufgestanden ist, in seiner Tasche gekramt hat und dann Gabeln in sein Piano hineingesteckt hat, um das ganze Piano zu einem Schlagzeug umzuwandeln. Das habe ich irgendwie auch schon gehört, in den 60er-Jahren hat genau das gleiche John Cage gemacht, der als klassischer und E-Musikvertreter auch sein Piano so präpariert hat. Also diese Spaltung, die hier ständig so als Angst dargestellt wird, die gibt es auch nicht und die gibt es auch nicht in dieser Musikszene.

Ich sehe auch nicht, dass diese Initiative in einer Form umgesetzt werden soll, dass es eine Umverteilung gibt. Diese Initiative lässt es offen, ob wir eine Förderung haben und eine Erweiterung des Budgets. Das brauchen wir aus den genannten Gründen, weil die Löhne wirklich nicht stimmen und wir haben es auch von Conradin Cramer gehört, dass man das anpassen will. Woher will er das Geld nehmen, er wird eine Erhöhung machen müssen, ansonsten wird das nicht stattfinden und wir erwarten, dass das geschieht und dafür ein Instrument jetzt von diesen Menschen, die ausserhalb unserer parlamentarischen Debatte hier stehen, und den Prozessen ist die Musikinitiative eine Möglichkeit. Auch die Zahl, neun Millionen, die da herumgereicht werden, sicher von den Initianten, die müssen natürlich nicht stimmen. Niemand weiss genau, weder vom Departement noch von den Musikinitianten haben wir genaue Zahlen. Das wird sich zeigen, was das Ganze dann für einen Kosteneffekt auf die Umsetzung gibt.

Etwas können Sie sicher sein, diejenigen die diese Initiative hier vertreten auch im Parlament, sind sich dieser Verantwortung bewusst, dass das eine Debatte dann auslösen wird und das suchen wir und wir werden auch diese Debatte sehr gerne mittragen und auch mitverfolgen. Dazu hat dann, wenn diese Initiative angenommen würde, auch die Regierung und die Departemente, die Behörden die Möglichkeit, an einem neuen Vorschlag mitzuarbeiten und durch einen partizipativen Prozess, wo man die Leute, die verschiedenen Genres und Menschen, die in der Musikszene drin sind und um die Musikszene herum sind, einbezieht und da einen besseren Vorschlag bekommt.

Es ist an uns zu zeigen, soll es eine Neid-Debatte werden, soll es ein gegeneinander werden oder soll es wirklich auch eine Vision davon werden oder eine Umsetzung einer Vision, wo wir dann mit diesen Massnahmen, die wir dann erhoffen, auch einleiten zu können, der Bevölkerung schlussendlich mehr Musikvielfalt zum Beispiel in unserem Theater, zum Beispiel, weil wir dann einen Klangkörper eines Jazzorchesters haben, der dann eine andere Musik von Chormusik zum Beispiel hineinbringt. Das wäre doch etwas, was auch wünschenswert wäre, wenn hier die Chance verbreitet würde auch in den etablierten Institutionen. Da geht es überhaupt nicht um Verdrängung, sondern es geht um Erweiterung, das ist ganz sicher so und das steht auch im Namen dieser Initiative für mehr Musikvielfalt.

Wir vom GAB sind für die Annahme dieser Musikvielfalts-Initiative.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Johannes Sieber an? Sie wird angenommen.

Johannes Sieber (GLP): Sind Sie sich bewusst, dass im Stimmvolk Leute, die schon lange finden, das Sinfonieorchester bekomme viel zu viel Geld, unter Umständen Ja sagen zu dieser Initiative und sind Sie sich bewusst, mit wem Sie hier ins Bett steigen?

Béla Bartha (GAB): Ganz by the way, ich hoffe, ich bin mir bewusst, mit wem ich ins Bett steige. Wir diskutieren darüber, die Debatte ist offen. Natürlich werden wir da wirklich auch mit viel Verantwortungsgefühl ans Werk gehen. Das ist wie bei den Menschen, die diese Initiative gestartet haben, und das sehe ich auch um mich herum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Sprecherin der SVP Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich Sie, der Regierung zu folgen und die Initiative ohne Gegenvorschlag dem Volk mit Empfehlung zur Ablehnung vorzulegen.

Die Initiative für mehr Musikvielfalt ist mit Neid verbunden. Neid gegenüber der klassischen Musik und den Orchestern. So begründet das Initiativkomitee auch sein Anliegen, indem sie kritisieren, dass 90 Prozent der Gelder im Bereich Musik den Orchestern und der klassischen Musik zugutekommt und deshalb mit der Initiative entweder ein Drittel des gesamten Förderbudgets im Bereich Musik den freien Musikschaffenden zugesprochen wird oder aber das Budget entsprechend erhöht wird, da der Kanton über genügend Gelder verfügt.

Dass mit der Trinkgeld-Initiative bereits ein sehr teures Gefäss für mehr Diversität im Musikbereich nun seinen Lauf nimmt, ignorieren sie und anerkennen dies anscheinend auch nicht. Es ist schwierig, wenn Initiant*innen sich auch dahingehend äussern, dass eine bereits bestehende Subvention einem Orchester substanziell gekürzt werden könne, damit andere zu ihrem Geld kommen. Unter Musikergruppierungen scheint der Konkurrenzkampf so sehr ausgelebt zu werden, dass sie selbst vor solchen Gedanken nicht zurückschrecken, sondern dies als Lösungsansatz verstehen, was wiederum für uns sehr erschreckend ist. Doch solchen Szenarien will die SVP nicht Hand bieten.

Wir begrüssen, dass die Regierung keinen Gegenvorschlag ausgearbeitet hat. Eine so fordernde Initiative einzureichen, auf einen gemässigteren Gegenvorschlag zu hoffen, um auch so zu Geldern zu kommen, hat auch stets einen bitteren Beigeschmack.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Melanie Nussbaumer möchte Ihnen eine Frage stellen. Sie wird abgelehnt. Wir kommen zum Sprecher für die FDP David Jenny.

David Jenny (FDP): Béla Bartha hat ein Beispiel geliefert, man muss die eigene musikalische Biografie hier outen. Meine ist traurig. Etwas Blockflöte in der Primarschule, ein Triangel-Einsatz beim Jugendsymphonieorchester und, meine damalige Klassenkameradin Catherine Alioth kann es bestätigen, ein Sing-Verbot ausgesprochen im humanistischen Gymnasium. Ich warte schon auf die Zwischenfrage von Melanie Nussbaumer. Auf meiner Sammlung von Musik auf meinen diversen elektronischen Geräten ist zu 99 das, was der Volksmund immer noch als Popmusik bezeichnen würde. Aber ich edle jetzt das auch zu E-Musik.

Nach dieser Einleitung, die FDP-Fraktion folgt voller Überzeugung dem Regierungsrat und der BKK-Mehrheit. Diese Initiative, und ich will jetzt beweisen, dass ich trotz der Ablehnung doch über eine gewisse Bildung verfüge, es gibt ein Zitat, das heisst: Die ich rief, die Geister, werd ich nun nicht los. Zauberlehrling, Goethe. Und die Geister, das ist die gut gemeinte

Initiative, die hier überall zitiert wird von Kulturstadt jetzt. Dem hat das Volk zugestimmt, das hat man auch breit getragen, auch meine Partei hat die Ja-Parole ausgegeben, aber dieses Beispiel sollte nun nicht Schule machen, dass man für jedes Anliegen irgendeinen Fördertopf reserviert, korrespondierende Gefässe macht. Das ist einfach gefährlich sowohl finanz- wie kulturpolitisch, weil man bei jedem Entscheid über irgendein Kulturvorhaben weiss, wenn wir jetzt da etwas dazugeben, heisst das automatisch über mehrere Gefässe auch Erhöhungen.

Teilweise habe ich es so verstanden mit den Steuerzahlenden, etc., die wollen, dass da immer mehr ausgegeben wird. Ich glaube, ein guter Teil der Steuerzahlenden will eher, dass die Steuern irgendwann auch wieder mal leicht sinken und dem wollen Sie als Befürworter vorbeugen, indem Sie möglichst viele Mechanismen einrichten, die zu einer stetigen Erhöhung unsere Ausgaben führen. Ich glaube auch, wenn Sie sagen, ja gut, dann kann man ja kürzen an gewissen Institutionen, ich glaube, Institutionen muss man immer kritisch begleiten, aber sie sind Institutionen. Sie sollen auch noch da sein in 50 oder in 100 Jahren und wir sollten diese nicht vorsätzlich beschädigen

Dann zu den Initiantinnen und Initianten. Sie haben als Studie vorgelegt eine Umfrage, da heisst es, wollen Sie mehr Popkonzerte. Natürlich sagt da jeder ja, aber ich glaube, die genaue Frage in Basel ist, ja, ich hätte auch gerne Bruce Springsteen hier im Joggeli gesehen und wäre gerne nicht in den Letzigrund gepilgert. Aber diese Antwort ist noch keine Unterstützung dieser Initiative.

Aus all diesen und vielen weiteren Gründen bitte ich Sie, zur Nein-Parole Mut zu fassen und auf die Ausarbeitung eines Gegenvorschlages zu verzichten. Ich glaube, es gibt viele gute Gründe, wo wir sagen können, diese Initiative ist jetzt wirklich nicht weitere Geister, die wir rufen sollten. In diesem Sinne danke ich Ihnen für die Unterstützung von Regierung und der vorberatenden Kommission.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Mitte/EVP spricht Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Auch die Fraktion Mitte/EVP folgt dem Antrag der BKK und der Regierung, also diese Initiative ohne Gegenvorschlag vorzulegen und zur Ablehnung zu empfehlen.

Viele Vorrednerinnen und Vorredner haben nun schon sehr viele Begründungen genannt, ich möchte nicht alles wiederholen, aber die Fraktion Mitte/EVP ist auch der Meinung, dass gerade mit der Umsetzung der Trinkgeld-Initiative für die Stärkung auch des Bereichs, den auch die Musikvielfalts-Initiative im Auge hat, viel unternommen worden ist und dass man nun auch schauen sollte, wie diese Massnahmen, gerade die Club-Förderung, die auf die Schweiz bezogen ist, etwas Neues ist, wie sich das auswirkt und inwiefern, dass es auch positive Impulse für diese Förderung der Vielfalt gibt.

Um an meinen Vorredner anzuknüpfen, auch ich denke, dass das Kreuzchen, weil ich hätte gerne mehr Popmusik, vielleicht eher dafür spricht, sich um die Deckenlast in der St. Jakobshalle zu kümmern als um andere neue Fördergefässe, damit gerade eben auch in der St. Jakobshalle zum Beispiel grössere Acts möglich sind. Ich vermute, dass viele Leute durchaus die Vielfalt gerade auch in der Clubszene wahrnehmen und auch dort Konzerte besuchen, aber sich zusätzlich wünschen würden, dass auch wieder so Grosskonzerte möglich wären, mehr bei uns in der Stadt Basel, in unserem Kanton.

Natürlich ist auch die Mitte/EVP-Fraktion der Meinung, dass freischaffende Musiker und Musikerinnen von ihrem musikalischen Beruf leben können müssen und vor diesem Hintergrund ist gerade auch, es wurde schon gesagt, die Möglichkeit, dass eine Umsetzung der Initiative eine Umverteilung ist, eigentlich läuft dem gerade zuwider, wenn dann in bestehenden, subventionierten oder geförderten Gefässen Leuten dann ihre Möglichkeit, das Geld zu verdienen, gestrichen wird. Das heisst, da wird dann bei den einen für Verbesserungen in diesem Bereich gesorgt, während dann andere dafür hier eine prekäre Situation als Folge hätten.

Aus diesem Grund bitte ist Sie im Namen der Fraktion Mitte/EVP, dass Sie den Anträgen der BKK und der Regierung folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Melanie Nussbaumer an? Sie wird angenommen.

Melanie Nussbaumer (SP): Ich hätte sogar zwei, aber ich muss mich wohl entscheiden. Die Einfachere. Sie haben es jetzt ein bisschen verkürzt auf Pop versus Klassik, aber Ihnen ist bewusst, dass es noch ganz viele andere Genres gibt und es vor allem Genre gibt, die im Moment gar keinen Zugang haben zu irgendeinem Fördertopf, zum Beispiel Volksmusik?

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Ich habe ja nur die Populärmusik als Beispiel von dieser Studie genannt, ich habe das Wort Klassik, glaube ich, nicht einmal in den Mund genommen. Über den Swisslos-Fonds, denn ja die Initianten leider gar nicht als

Geld von uns, irgendwie als kantonales Geld akzeptieren wollen, ist auch die Volksmusik durch Anlässe zum Beispiel auch schon unterstützt worden. Also das ist ja auch eine Vereinfachung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelvoten und da hat sich Jo Vergeat gemeldet.

Jo Vergeat (GAB): Kultur ist unser aller Lebenselixier. Kultur in ihrer ganzen Vielfalt, und davon bin ich überzeugt, hat unsere Gesellschaft in wichtiger Weise geformt und geleitet und sie ist am Ende wohl auch das, das unser Parlament, unsere Demokratie immer mal wieder zusammenschweisst. Dass man Kultur und kulturelles Schaffen deswegen hegen, pflegen und fördern muss, diese Überzeugung ist quasi meine politische Identität.

In den vergangenen Jahren habe ich mich als Geschäftsführerin von Kulturstadt jetzt und bei der Sammlung und Umsetzung der Trinkgeld-Initiative ganz genau damit auseinandergesetzt, wie Basel Kultur fördert und was das konkret bedeutet. Immer kritisch mit offenen Ohren für alle Sparten, Genres und ungesehene Bereiche. Und ja, ich sehe die Ungerechtigkeit und ja, ich sehe die Probleme. Die Debatte um die Initiative für Musikvielfalt begleitet mich seit ihrer Ankündigung. Wir führen diese Debatte auf einer sehr übergeordneten Ebene. Logisch bin ich für mehr Musikvielfalt. Heute sehe ich mich dennoch gezwungen, hier vorne zu erklären, warum ich mich trotz meiner innersten Überzeugung für Kulturvielfalt bei dieser Initiative enthalten werde.

Sie hören es, das Grundanliegen, ich teile es. Klar sehe ich die grossen Maschen und Löcher, welche in der Kulturförderung dazu führen, dass viele Richtungen und Formen von Kultur nicht genügend gefördert werden. Klar sehe ich die prekären Lebensumstände, wenn sie sich im Kulturschaffen nicht erst durch die Coronapandemie offenbarten. Klar muss Musik, muss Kultur in ihrer Vielfalt gefördert sein. Klar sehe ich die Schieflage innerhalb der Genreförderung und ausserdem finde ich es auch wichtig, dass direktdemokratische Mittel genutzt werden. Hier könnte ich jetzt aufhören und Ihnen erzählen, warum ich im Sinne des grossen Ganzen Ja stimmen werde. Aber ich sehe und spüre viel mehr auch, was diese Initiative für eine Spaltung in der Kultur erzeugt, und ich meine hier jetzt nicht nur Pop und Klassik, und auf so unterschiedlichen Ebenen, dass ich gar nicht mehr genau weiss, was meine Enthaltung oder meine Meinung in welche Richtung jetzt heute auslösen wird und wie meine Worte verwendet werden.

In den letzten zwei Jahren hat sich die Argumentation um die Initiative ständig verändert. Davon, sich gegen alle bestehenden Prozesse zu stellen, bis hin zu einfach mehr Fördergeld für freischaffende Musik, ist je nachdem, mit wem man spricht, alles dabei. In dieser ganzen schwammigen Situation, welche eine unformulierte Initiative durchaus zu Recht produziert, möchte ich mich ans geschriebene Wort halten und dazu ein paar Sorgen teilen, insbesondere weil ich bis jetzt nicht wirklich jemanden sehe oder gehört habe, der für eine gute politische Umsetzung Verantwortung übernehmen möchte.

Ich finde es richtig, dass wir die Arbeitsbedingungen der freischaffenden Künstler*innen und der Kulturschaffenden allgemein verbessern. Absolut falsch, und das widerspricht mir wirklich zutiefst, finde ich es, dass wir das nur für die Musiker*innen fordern. Es gibt stark unterförderte Bereiche, welchen eine solche Erhöhung genauso zusteht, denen ich nicht erklären kann, wieso wir sie heute nicht mitdenken. Ich finde es wichtig, mehr Vielfalt zu fördern und somit auch in der Kulturförderung die Diversität unserer Gesellschaft abzubilden. Umso gefährlicher aber finde ich es, mit einer geforderten Vereinheitlichung alle über einen Kamm zu scheren. Aus meiner Sicht wird Vielfalt nicht durch genau gleiche Bedingungen und Prozesse gefördert. Die Gefässe und ihre Prozesse anzufassen, anzupacken und anzupassen, das ist eine richtige Idee. Weil das die Initiative aber in ihrem Wortlaut nicht fordert, wollte ich das hier nochmal unterstreichen.

Ich finde es auch richtig, mehr Geld für niedrig geförderte Kultur auszugeben, aber ich finde es falsch, die Frage der Umverteilung hier einfach der Politik zu überlassen. Trotzdem jetzt schon vorneweg, ich möchte nicht umverteilen. Sollte die Initiative angenommen werden, setze ich mich für eine Erhöhung der Ausgaben ein. Kultur ist wertvoll, ob sie meinen Geschmack trifft oder nicht. Ich glaube auch, dass Klassik, Jazz, Pop sich gegenseitig bedingt, wie Eltern und Teenager vielleicht oder wie die Boomer und die Generation Z. So viele Musiker*innen haben sich mit mir in Verbindung gesetzt und mir gemeinsam mit dem Initiativkomitee zu verstehen gegeben, dass ich mich mit meiner kritischen Haltung zur Initiative gegen mehr Musikvielfalt stelle. Ich verspreche Ihnen, das tue ich nicht. Ich werde mich auch in Zukunft für das Kulturschaffen einsetzen, aber diese Spaltung in richtig und falsch, sie verletzt. Sie entspricht auch nicht meinem Verständnis von politischem und gesellschaftlichem Arbeiten.

Aus allen genannten Gründen und noch viel mehr Gründen, welche nicht in ein fünfminutiges Votum passen, werde ich mich enthalten, als Zeichen für das Grosse und Ganze, also nicht ablehnen, aber auch als Mahnung, nicht durch die eigene Brille die anderen zu vergessen. Weil ich überzeugt bin, wir müssen an unserer Kulturförderung weiterhin etwas verändern, weil ich den Ruf nach Veränderung höre und anerkenne, aber diese Vorlage nicht nur Chancen bringt, sondern auch Gefahren birgt und wir diese jetzt schon klar benennen müssen. Also Ja zum Impuls, congrats zu Ihrem krassen Lobbying und Nein zum konkreten Wortlaut.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage von Johannes Sieber vor. Sie wird abgelehnt. Damit kommen wir zu Bruno Lötscher mit dem nächsten Votum.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich kann mich kurzhalten. Ich bin Präsident der Kulturkirche Paulus und erlebe sehr viele kulturelle Veranstaltungen und sehe viel in die Kulturszene hinein und finde die Vielfalt, die wir in Basel erleben, wunderbar. Ich sehe aber auch die grossen Probleme, die es gibt, und die Ungerechtigkeiten, die wir haben. Was aber nicht geht und weshalb ich gegen diese Initiative bin, ist, dass man Künstler, Kunstschaffende gegeneinander ausspielt. Das ist eine Ebene, die eigentlich in kulturellen Belangen nicht sein darf und nicht sein kann. Es kann doch nicht sein, dass wir Institutionen gegen Einzelne, dass wir Literatur gegen Musik, dass wir bildende Kunst gegen anders ausspielen.

Wenn wir sehen, wo wir Lücken haben, müssen wir konkret vorgehen, wenn wir einzelne Lücken erkennen. Wir haben heute oder nächsten Mittwoch eine Chance in Traktandum 85, mein Anzug zur Verbesserung der Modalitäten im Lotterie-Fonds ist gutgeheissen worden von der Regierung, da wird eine Verbesserung konkret stattfinden. Ich glaube, solche Dinge müssen wir angehen, solche Wege müssen wir gehen. Es gibt tatsächlich Lücken, es gibt Lücken in der Literaturförderung, es gibt Lücken in der Förderung von Lokalensemble, ich nenne nur Voces Suaves oder Larynx, das sind hervorragende, hochexzellente, professionelle Ensembles, die nichts bekommen ausser Hilfen über den Lotterie-Fonds, die aber eigentlich gefördert werden müssten. Hier haben wir Lücken, aber wir müssen die einzeln angehen und diese Initiative zerstört. Wir riskieren, dass wir kulturelle Leuchttürme zerstören. Ich denke, wir müssen auch den Mut haben zu sagen, es braucht in der Kultur auch Leuchttürme und die dürfen wir auch finanzieren, das nützt allen.

Deshalb bin ich gegen diese Art der Initiative und ich denke, das Volk soll hier entscheiden und ich plädiere dafür, dass Sie hier dem Regierungsrat folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Melanie Nussbaumer an? Sie wird angenommen.

Melanie Nussbaumer (SP): Bruno Lötscher, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie sich für eine Aufstockung einsetzen würden, falls die Initiative angenommen wird?

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Das sind eben Hypothesen, die man so nicht machen kann. Ich folge da Johannes Sieber, die Initiative kommt nicht daher mit klaren Vorgaben und ich glaube nicht, dass eine Aufstockung in diesem Umfang einfach möglich wäre. Deshalb sorgfältig vorgehen und nicht zerstören, sondern aufbauen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Ich habe kurz mitgeschrieben, eigentlich in dem Sinne nichts vorbereitet, aber das Projekt bzw. die Beratung begleitet. Die Musikvielfalt, wir haben es gehört, Amina Trevisan hat es gesagt, es geht hier um eine Musikvielfalt, um verschiedene Genres, es geht aber auch, und darum fand ich das so bestechend, als ich das erste Mal davon gehört habe, es geht um ein neues Denken, ein anderes Denken. Wir sind sehr in dieser Struktur behaftet mit der Förderpolitik, die wir seit vielen Jahren betreiben, die natürlich auch historisch gewachsen ist. Einige von Ihnen haben formuliert, dass das unformulierte dieser Initiative eine Schwierigkeit ist. Ich habe andererseits Vertrauen eigentlich in die Abteilung Kultur. Sie haben die Trinkgeld-Initiative sehr gut umgesetzt, sehr sorgfältig, also wenn die Initiative angenommen wird, bin ich da auch zuversichtlich, etwas enttäuscht, dass sie das nicht schon vorher mit einem Gegenvorschlag gemacht haben.

Die Initiative, ja klar, es geht um Geld, es geht immer wieder um Geld, aber Sie zeigen hier auch ein strukturelles Problem auf. Daher ist es nicht, Conradin Cramer, eine kulturpolitisch verantwortungslose Sache, weil Sie zeigen eine Struktur auf, die verändert werden muss. Es geht um Fördergefässe, es geht um Vergabegefässe oder wie das gemacht wird. Wissen Sie, der Musiker*innenverband SMV, der vertritt Orchester, aber auch sagen sie, dass die selbstständige Musikerinnen und Musiker von verschiedenen Genres vertreten. Da schlagen sie vor, dass für ein Konzert eine fünfköpfige Band 4’500 Franken kriegen soll. Amina Trevisan hat es gesagt, das Beispiel mit La Nefera, wie viel da die Künstlerinnen und Künstler, professionelle Musikschaffende bekommen haben. Es ist also schwierig, wenn der Regierungsrat oder andere Leute hier drin sagen, wir machen hier mit Giesskanne ein bisschen Geld da, ein bisschen Geld hier.

2020 haben wir in diesem Rat beschlossen, dass genau aus diesem Grund, weil wir uns an unsere Tarife halten wollen, die Orchesterförderung um 0,5, also eine halbe Million aufgestockt wurde für die Löhne, damit man sich an Tarife halten kann. 2020 für die Orchester. Wenn ich das so höre oder lese, dann denke ich, dann ist das wirklich keine Wertschätzung von professionellen Musikerinnen und Musikern der freien Szene.

Und dann dieses Ausspielungsargument. Die einen sagen, es kommt von den Initianten, der Regierungsrat ist im Votum darauf eingegangen, jemand sagte sogar, das ist Neid von den musikschaffenden Musikerinnen und Musikern. Wissen Sie, ich bin Theaterschaffende, ich stehe hier und sage, unterstützen Sie die Initiative und sage nicht, wenn die etwas kriegen, will ich auch, das ist gemein, ich will auch etwas. Ich habe es jetzt, glaube ich, falsch gesagt, nur weil andere nichts bekommen, heisst das nicht, dass wir hier nicht ihnen Geld geben können oder sie weiter fördern und unterstützen. Das fand ich ein sehr befremdliches Argument. Die Initiative sehe ich eher als eine Weiterführung der Trinkgeld-Initiative, über die ich nach wie vor sehr dankbar bin. Man muss die Fördergefässe anschauen, sie sind veraltet, die Strukturen sind veraltet, das wäre die Chance.

Und dann zu der Vermittlung. Vermittlungsprojekte gibt es sehr gute, sehr viele in der klassischen Musik. Diese Initiative hätte auch hier die Chance, dass man in der Musikvielfalt die Vielfalt eben auch vermitteln kann. Ja, liebe Initiantinnen und Initianten, das Wort Umverteilung ist tatsächlich sehr ungeschickt und hat mich am Anfang auch etwas abgeschreckt. Die Fraktion der SP übernimmt aber hier auch Verantwortung. Wir wollen keine Umverteilung. Ich bin sehr für die Orchester, ich möchte es hier drin gesagt haben, ich bin für einen verantwortungsvollen Umgang mit Geld und ja, es wird wahrscheinlich auf mehr Geld hinauslaufen. Aber das ist es mir und der SP-Fraktion wert, dass wir dieses Musikschaffen in Basel, was auf einem hohestehend professionellen Level in verschiedenen Genres stattfindet, wirklich auch fördern können.

Darum ist die SP zu einer grösseren Mehrheit, so wie ich das verstanden habe in der Fraktion, für die Initiative.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Johannes Sieber möchte Ihnen eine Frage stellen. Sie wird angenommen.

Johannes Sieber (GLP): Ich möchte gerne wissen, ob das neue Denken, dass Sie sehr inspiriert von dieser Initiative, ist das Ausdruck der neuen Kulturpolitik der SP, die 100 Festanstellungen des Sinfonieorchesters in Frage zu stellen?

Sasha Mazzotti (SP): Danke für die Frage. Nein, eben nicht, darum bin ich ja grundsätzlich dafür, dass man mehr Geld gibt. Ich habe ja gesagt, es geht um mehr Geld und im Gegenteil, ich habe gerade gesagt, ich bin für die Orchester, ich unterstütze sie auch.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen damit zu Regierungsrat Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Danke für ihre Voten, die ja mehrheitlich die Position von BKK und Regierungsrat stützen. Ich möchte nur noch kurz auf einzelne Aspekte der Voten der Fraktionssprechenden von SP und GAB eingehen, dass wir das Kulturfördergesetz nicht vorbehaltlos überall einhalten. Wenn das so behauptet worden wäre, dann muss ich es aufs heftigste zurückweisen. Selbstverständlich, der Regierungsrat lebt dem Kulturfördergesetz nach. Ich möchte auch diese Beispiele der Honorare insofern zurückweisen, als wir ja gerade jetzt beispielsweise bei der Club-Förderung explizit als obligatorisches Kriterium haben, dass faire Gagen bezahlt werden, dass Tantiemen abgeführt werden. Das sind alles ganz wichtige Bestandteile, Sozialbeiträge selbstverständlich, auch wichtige Bestandteile einer zeitgemässen Kulturförderung.

Generell, wenn ich Ihnen zugehört habe, den Fraktionssprechenden der beiden grossen Fraktionen, die jetzt für die Initiative sind, kam mir das ein bisschen vor wie eine Zeitreise, und zwar eine in die Vergangenheit. Es ist nicht die Situation, wie wir sie heute haben, die Sie schildern. Auch die Zahlen, 10 Prozent, ich weiss, dass das Initiativkomitee diese Zahl in Umlauf gesetzt hat, sie ist aber falsch. Ich habe versucht, das in meinem Eingangsvotum darzulegen, dass wir schon jetzt und spätestens Ende 2024, wenn dann die von Ihnen beschlossenen Massnahmen greifen, dass wir bei diesen 30 Prozent bzw. noch mehr, bei diesem Drittel angekommen sein werden an Anteil Kulturbudget, das zugunsten der Freischaffenden gesprochen wird und der populären Kultur. Also ich finde es nicht verantwortungsvoll, mit diesen Zahlen zu hausieren, weil sie Zahlen aus der Vergangenheit sind. Wir sind einen Schritt weiter, insofern ist die Initiative, wenn man so will, ein bisschen Opfer der Zeitläufe. Wir haben mit Umsetzung der Trinkgeld-Initiative einfach einen sehr grossen Schritt vorwärts gemacht. Ich möchte da nicht länger werden.

In meinem Eingangsvotum konnte ich die Argumentation des Regierungsrats ja ausgiebig darlegen und möchte Sie nochmals bitten, den gemeinsam eingeschlagenen Weg, den das Volk mit Annahme der Trinkgeld-Initiative, Regierungsrat mit dem Vorschlag zur Umsetzung und Grosser Rat mit den entsprechenden Umsetzungsbeschlüssen eingeschlagen haben, ich möchte nochmal appellieren, dass wir diesen gemeinsamen Weg für eine zeitgemässe Kulturförderung zusammen weitergehen und diese Initiative, die diesen Weg verlassen würde, die uns neue Probleme bereiten würde, dass wir diese ablehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Kommissionssprecherin Franziska Roth hat das Wort.

Franziska Roth (SP): Ich danke ganz herzlich für diese differenzierte Diskussion, ich bin sehr froh darüber. Ich glaube einfach so zusammenfassend, uns allen ist Kultur wichtig, und zwar Kultur in allen Bereichen, Kultur vielfältig und uns ist aber auch die soziale Sicherheit von Kulturschaffenden wichtig. Das habe ich heute in der Diskussion mehrfach gehört und ich glaube, auf dem müssen wir aufbauen. Ob da die Initiative tatsächlich ein sinnvoller Teil dazu ist, da ist die BKK zu einem anderen Schluss gekommen, dass das nicht ist. Ich glaube aber, wir haben alle gehört, wir müssen das miteinander machen, wir müssen weiterentwickeln auf dem, was wir heute haben und ich wäre froh, wir könnten auf diesem Weg weitergehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch und Rückweisung wurde nicht beantragt.

Wir kommen damit zum Grossratsbeschluss (Seite 9 des Berichts)

Titel und Ingress

Text Initiative, Abstimmungsempfehlung

Hier liegen Anträge von SP und GAB vor, die beantragen, die Empfehlung auf Annahme.

Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst heisst Empfehlung auf Zustimmung, NEIN heisst Empfehlung auf Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 49 Nein, 7 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003578, 05.06.24 10:44:25]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Initiative zur Ablehnung empfehlen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grosse Rat empfiehlt die Initiative zur Ablehnung mit 49 Nein-Stimmen gegen 37 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen.

Wir fahren fort mit der Publikationsklausel und der Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003580, 05.06.24 10:45:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die von 4’098 im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten eingereichte unformulierte Volksinitiative «für mehr Musikvielfalt» mit dem folgenden Wortlaut:

«Der Kanton Basel-Stadt macht öffentliche Musikförderung, welche der Interessenvielfalt und den Bedürfnissen der heutigen Gesellschaft Rechnung trägt. Der Kanton Basel-Stadt unterstützt deshalb künftig neben Institutionen verstärkt auch freies Musikschaffen mit angemessener Förderung und sorgt damit für ein vielfältiges Musikangebot. Zu diesem Zweck wird folgende Regelung mit Annahme der Initiative innert 4 Jahren umgesetzt:

1. Der Kanton Basel-Stadt fördert das freie Musikschaffen pro Jahr mit mindestens einem Drittel des gesamten Förderbudgets im Bereich Musik. Dazu gehören:

a. Beiträge für freischaffende Musiker:innen;

b. Beiträge für Programm-, Spielstätten- und Strukturförderung.

2. Der Kanton Basel-Stadt passt die Förderstrukturen entsprechend an und vereinheitlicht die Vergabeprozesse für das gesamte freie Musikschaffen.»

ist, sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Verwerfung und ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung vorzulegen.

Bei Annahme der Volksinitiative arbeitet der Grosse Rat unverzüglich eine entsprechende Vorlage aus.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug Kerstin Wenk und Konsorten betreffend Massnahmen um den Kauf von Hunden aus präkären Verhältnissen zu steuern stillschweigend abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wurde angenommen mit 92 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

6. Teilrevision des Gesetzes betreffend das Halten von Hunden (Hundegesetz) – Formell-gesetzliche Grundlage für die Pflicht zum Besuch eines Hunde-Erziehungskurses (Sachkundenachweis für Hunde), Bericht der GSK

[05.06.24 10:45:20, 22.1255.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Das Wort geht an deren Präsidenten Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Seit mehreren jahrtausenden Jahren begleitet der Hund das Leben des Menschen, sei es als Wach-, Jagdhund, als Blindenhund, als Sozialhund oder einfach als bester Freund. Hunde gehören zum Alltag und auch zum Leben in einer Stadt. Was Hunde auf keinen Fall sein sollten, sind Life-Style-Produkte oder ein kurzfristiges Weihnachtsgeschenk. Einen Hund zu haben bedeutet in der Konsequenz, eine Entscheidung zu treffen, welche mit der Pflicht zur Sorge und zur Erziehung verbunden ist.

Die GSK hat den Ratschlag anfangs März zugewiesen bekommen und ehrlicherweise kam zu Beginn schon die Frage auf, ob dieser Ratschlag bei der GSK wirklich am richtigen Ort ist. Üblicherweise haben wir es in unseren Geschäften ja eher selten mit Tieren zu tun. Nach Abklärungen zwischen den Sachkommissionen und der Tatsache, dass Hunde sehr wohl für die Gesundheit des Menschen relevant sind, haben wir uns gerne dem Geschäft angenommen.

Im Jahre 2008 wurde der schweizweit gültige Sachkundenachweis für die Hundehaltung eingeführt. Dieser bestand aus einem theoretischen und einem praktischen Teil. Ein, ich würde sagen, wertvoller Kurs, welche Halter und Halterinnen von Hundekenntnisse über rechtliche Bestimmungen, über den Tierschutz beim Hundekauf und über das Sozialverhalten von Hunden vermittelten. Zudem mussten vier Praxislektionen besucht werden, also insgesamt eine sinnvolle und für einmal schweizweite Regelung, die damals von Fachkreisen, von Tierschutzorganisationen sehr begrüsst wurden. Umso unverständlicher, dass nur nach acht Jahren dieser Sachkundenachweis per 1. Januar 2017 von den eidgenössischen Räten wieder aufgehoben wurde.

Das Obligatorium der SKN-Kurse hatte im Kanton Basel-Stadt nämlich eine äusserst positive Wirkung. Die jährlichen Fallzahlen von Bissverletzungen und übermässigem Aggressionsverhalten sind deutlich zurückgegangen, aber auch insgesamt auf den Hundebestand im Kanton hat sich der Sachkundenachweis dämpfend ausgewirkt. Seit 2017 geht es nun

insgesamt mit den Zahlen aber wieder in die andere Richtung. Auch die Anzahl gemeldeter Hunde hat wieder um 30 Prozent zugenommen, die Anzahl gebissener Menschen und gravierender Bissverletzungen hat sich leider wieder verdoppelt. Zum Beispiel; im letzten Jahr wurden 37 Hunde als aggressiv gemeldet und es kam zu 84 Bissverletzungen bei Menschen. Dies sind seit 2007 die höchsten Werte.

Aufgrund der deutlichen Zunahme des Hundebestands auf Kantonsgebiet sowie den damit verbundenen gesundheitlichen Risiken und Probleme stellt sich die Frage nach einer kantonalen Kurspflicht neu. Der Regierungsrat schlägt aus diesen Gründen eine entsprechende Revision des kantonalen Hundegesetzes vor. Die neue kantonale Bestimmung orientiert sich an der ehemaligen Bundesbestimmung sowie an derer anderer Kantone. Der § 2a (neu) führt wieder eine Hundehalterausbildung ein. Für all diejenigen, die erstmals einen Hund halten, muss innerhalb eines Jahres nach dem Erwerb des Hundes eine praktische Ausbildung nachgewiesen werden. Der Regierungsrat regelt die konkrete Umsetzung sowie mögliche Ausnahmen. Das Kursobligatorium beschränkt sich auf eine kurze praktische Ausbildung mit theoretischen Elemente für Neuhundehalter*innen. Spätestens also nach 12 Monaten nach dem Erwerb des Hundes muss der Ausbildungskurs absolviert werden. Die Einzelheiten werden auch von der Regierung auf der Verordnungsstufe dann geregelt.

Neben der Wiedereinführung des Hundekurses drängen sich weitere flankierende Massnahmen an, um die Situation im Kanton Basel-Stadt zu verbessern. Es handelt sich dabei einerseits um Freilaufflächen, aufgrund hohem Nutzungsdruck ist das Veterinäramt bestrebt, weitere Freilaufflächen für die Hunde zu schaffen, und andererseits die Sensibilisierungsmassnahmen, zurzeit sind drei Präventionskurse am Laufen. Kind und Hund, Augen auf beim Hundekauf und Hunde-Knigge.

Die GSK hat an zwei Sitzungen den Ratschlag behandelt. Neben dem Vorsteher des Gesundheitsdepartements haben auch der Leiter Fachbereich Tierschutz sowie der Leiter Rechtsdienst teilgenommen. Ich bedanke mich im Namen der GSK für die speditive Beratung dieses Geschäfts. Die GSK unterstützt die Teilrevision des Hundegesetzes und die Wiedereinführung von niederschwelligen und kostengünstigen Kurse. Die Kurse dienen dazu, dass die Halterinnen und Halter das Verhalten ihrer Hunde besser begreifen und mit ihnen damit besser umgehen. Die GSK begrüsst auch die flankierenden Massnahmen zu den Freilaufflächen und Sensibilisierung.

Mit der Integration der Bundeskampagne «Augen auf beim Hundekauf» wird zudem der Anzug von Kerstin Wenk erfüllt. Neben der Abbremsung des Hundeimports steigt auch das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Das Gesetz gilt ab Inkrafttreten und ist nicht rückwirkend wirksam. Die Kurse müssen, wie schon gesagt, innerhalb von 12 Monaten nach dem Erwerb des Hundes belegt werden. In der Kommissionsberatung wurde auch noch die Frage geklärt, ob Personen, die Hunde ferienhalber betreuen, zu einem Kurs verpflichtet werden können. Dies wurde aber verneint.

Insgesamt begrüsst die GSK den gewählten pragmatischen Ansatz der Gesetzesrevision. Wichtig noch zu erwähnen ist, dass der Tierschutz auf Bundesebene geregelt ist. Der Kanton macht aber den Bund auf zu wenig regulierte Bereiche aufmerksam. Die Gesetzgebung konnte nicht mit Baselland abgeglichen werden, dieser plant leider kurz- bis mittelfristig keine vergleichbaren Massnahmen.

Die GSK beantragt aber Ihnen trotzdem einstimmig, der Teilrevision des Hundegesetzes zuzustimmen und den Anzug von Kerstin Wenk und Konsorten betreffend Massnahmen, um den Kauf von Hunden aus prekären Verhältnissen zu steuern, abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Der Kommissionspräsident hat Ihnen die Vorgeschichte bereits geschildert und dargelegt, weshalb wir hier nun wieder kantonal legiferieren wollen. Etwas unerwartet ist im Jahr 2016 dieses Obligatorium von Hundehaltenden zum Besuch von Theorie- und Praxiskursen wieder aufgehoben worden. Das ist damals schon in der Fachwelt auf starke Kritik gestossen. Das wurde auch so gesehen bei unseren Fachleuten. Im Kanton Basel-Stadt hatte der Sachkundenachweis eine dämpfende Wirkung sowohl auf die jährlichen Fallzahlen von Bissverletzungen und übermässigem Aggressionsverhalten als auch den Bestand von Hunden auf dem Kantonsgebiet.

Aufgrund der deutlichen Zunahme dieses Hundebestands sowie der damit verbundenen Risiken und Probleme in den vergangenen Jahren hat der Regierungsrat auf Vorschlag der kantonalen Fachstellen die Frage einer kantonalen Kurspflicht im Sinne der öffentlichen Sicherheit deshalb neu thematisiert und eine Teilrevision des Hundegesetzes erarbeitet. Dazu gab es eine öffentliche Vernehmlassung Ende 2023, in welcher der Sachkundenachweis für Hunde von sämtlichen Vernehmlassungsteilnehmenden grundsätzlich begrüsst wurde. Die in der Vorlage vorgesehene Einführung eines obligatorischen niederschwelligen praktischen Hundeerziehungskurses für Neuhundehalterinnen und Neuhundehalter stiess auf breite Zustimmung.

Auch die flankierenden Massnahmen wurden positiv bewertet. Dies sind namentlich die Schaffung zusätzlicher Freilaufflächen für Hunde im Stadtgebiet, aber auch die Fortführung von Sensibilisierungsmassnahmen hinsichtlich der Anschaffung von Welpen sowie die Fortführung der Präventionskurse «Kind und Hund» auf Stufe Kindergarten.

Auf formeller Gesetzesstufe soll lediglich die Pflicht zum Nachweis einer praktischen Ausbildung für Ersthundehalterinnen und Ersthundehalter innerhalb eines Jahres nach Erwerb des Hundes festgehalten werden. Um eine flexible Ausgestaltung der Detailfragen im Zusammenhang mit der Umsetzung und konkreten Ausgestaltung zu ermöglichen, werden Art und Umfang der praktischen Ausbildung sowie allfällige Ausnahmen vom Regierungsrat in der Hundeverordnung geregelt werden. Bei der Umsetzung der neuen Hundehalterausbildung wird eine möglichst einfache, pragmatische und kostengünstige Regelung angestrebt, welche auch für die betroffenen Hundehalterinnen und Hundehalter verhältnismässig ist.

In diesem Sinne bitte ich Sie, den Anträgen der GSK zu folgen und die Teilrevision des Hundegesetzes gut zu heissen sowie den Anzug von Kerstin Wenk und Konsorten betreffend Massnahmen, um den Kauf von Hunden aus prekären Verhältnissen zu steuern, abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin für die LDP ist Lydia Isler-Christ.

Lydia Isler-Christ (LDP): Wie man anhand des *Chrüzlistichs» sieht, wir haben ein Offen, wurde das Thema kontrovers diskutiert. Aus liberaler Sicht wird es ein bisschen kritisch angeschaut, weil man der Meinung ist, dass man eigentlich der Bevölkerung zugestehen sollte, dass sie fähig ist, Hunde zu erziehen. Aus Sicht von mir selbst, ich bin eine angefressene Hundebesitzerin, finde ich Hundeerziehungskurse durchaus sinnvoll. Ich habe das immer auch freiwillig gemacht, ich habe persönlich davon profitiert, auch vor ein paar Jahren, als es noch obligatorisch war. Da hängt natürlich stark vom jeweiligen Kurs ab. Und aus Sicht von mir als Apothekerin betone ich natürlich auch gerne immer wieder, dass Hunde einen sehr positiven Effekt auf die Gesundheit haben können, gerade auch bei älteren Personen.

Der LDP ist es darum wichtig, man hat das schon in der Vernehmlassung angemerkt, dass die Umsetzung von dieser Kurspflicht wirklich einfach und pragmatisch erfolgt. Wir begrüssen auch, dass es nur für Ersthundehalter ist und dass man zum Beispiel auch genau anschaut, wie man jetzt gerade mit älteren Personen umgeht, die häufig ein kleines Hündchen haben, die jetzt halt einfach rein von der Grösse her, was Bissverletzungen betrifft, harmloser sind als vielleicht gewisse grössere Hunde.

Gleichzeitig ist uns auch wichtig, dass diese Kurse so gemacht werden, und da spreche ich jetzt auch wieder als Hundebesitzerin, dass sie wirklich qualitativ gut sind, weil es ist so, früher waren es zum Teil Alibiübungen und die bringen niemanden etwas. Wir werden von der LDP ein genaues Augenmerk darauf haben, wie diese Pflicht umgesetzt wird.

Und bezüglich Welpenimport, da sind wir noch ein bisschen skeptisch, wie viel das Gesetz effektiv nutzt. Wir hoffen es natürlich, weil die Hunde sind bereits im Land, wenn dann quasi die Pflicht für den Besuch dieses Kurses kommt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Möchte Regierungsrat Lukas Engelberger nochmals das Wort? Er wünscht es.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Wir sehen die Punkte, die Lydia Isler-Christ angesprochen hat, und ich kann zusagen, dass wir uns um eine sehr pragmatische und gleichzeitig dann qualitätssichernde Umsetzung bemühen werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Kommissionssprecher verzichtet. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress

I. Hundegesetz

§ 2a (Neu)

Titel (Neu)

Abs. 1 – 2

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmungen

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

78 Ja, 4 Nein, 6 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003582, 05.06.24 10:58:21]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Das Gesetz betreffend das Halten von Hunden (Hundegesetz) vom 14. Dezember 2006 [1]) (Stand 1. Juli 2020) wird wie folgt geändert:

§ 2a (neu)

Hundehalterausbildung

1 Wer erstmals einen Hund hält, muss innerhalb eines Jahres nach dessen Erwerb eine praktische Ausbildung nachweisen.

2 Der Regierungsrat regelt Art und Umfang der praktischen Ausbildung sowie deren Ausnahmen.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 78 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen.

6.1. Anzug Kerstin Wenk und Konsorten betreffend Massnahmen um den Kauf von Hunden aus prekären Verhältnissen zu steuern, Bericht der GSK

[05.06.24 10:58:40, 20.5390.04]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt die Abschreibung des Anzugs Kerstin Wenk und Konsorten betreffend Massnahmen, um den Kauf von Hunden aus prekären Verhältnissen zu steuern.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

7. Teilrevision des Gesundheitsgesetzes (GesG); Umsetzung des Bundesgesetzes über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege, Bericht der GSK

[05.06.24 10:59:09, 23.0943.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Das Wort geht an deren Präsidenten Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Dieser vorliegende Ratschlag zur Teilrevision des Gesundheitsgesetzes betrifft die Umsetzung des Bundesgesetzes zur Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege und ist somit ein Resultat der vor mehr als zwei Jahren angenommenen Pflegeinitiative. Die Diskussion über einen drohenden Pflegenotstand in den Spitälern, den Pflegeheimen und der Spitex hat die Abstimmung zur Pflegeinitiative damals stark beeinflusst. Es werden zu wenige Pflegefachpersonen ausgebildet und diese verlassen dann ihren Beruf aufgrund schlechter Arbeitsbedingungen wieder viel zu früh. Im Kanton Basel-Stadt hat die Stimmbevölkerung am 28. November 2021 die nationale Pflegeinitiative mit 66,6 Prozent deutlich angenommen, schweizweit war dies der höchste Ja-Stimmenanteil.

Die damalige Volksinitiative hat die Bundesverfassung mit zwei neuen Artikeln ergänzt. Die Pflege soll in Zukunft als wichtigen Bestandteil der Gesundheitsversorgung anerkannt und gefördert werden. Es soll sichergestellt werden, dass genügend Pflegefachpersonen ausgebildet werden und dass diese gemäss ihrer Ausbildung und Kompetenzen arbeiten können.

Der Bund hat nach Annahme der Initiative zwei Pakete geschnürt. Das erste beinhaltet eine Ausbildungsoffensive und das zweite weitere Forderungen der Initiative, namentlich verbesserte Arbeitsbedingungen, damit ausgebildete Pflegefachpersonen länger im Beruf verbleiben. Der aktuelle OBSAN-Bericht für den Kanton Zürich zeigt auf, dass in allen Gesundheitsbereichen und auf allen Ausbildungsstufen bis zum Jahr 2029 mehr Personalbedarf besteht. Nicht nur in den Akutspitälern, sondern auch in der Rehabilitation und in der Geriatrie. Der Bedarf ist je nach Ausbildungsstufenbereich unterschiedlich, bewegt sich aber zwischen 17 bis 20 Prozent. Diese Zahlen sind sicher auch vergleichbar mit unserem Kanton.

Dem Pflegenotstand mit einer Ausbildungsoffensive zu begegnen, ist daher der erste wichtige Schritt, um mehr junge Menschen oder auch Wiedereinsteiger*innen für den Pflegeberuf zu gewinnen. Als zweiten wichtigen Schritt müssen die Arbeitsbedingungen verbessert werden und dies auch in schwierigen Zeiten, wo der finanzielle Druck zurzeit sehr hoch ist auf die Gesundheitseinrichtungen.

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die Teilrevision des Gesundheitsgesetzes anzunehmen, damit eine formell gesetzliche Grundlage zur Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege verankert wird. Diese neuen kantonalen Bestimmungen sollen zeitgleich mit dem Bundesgesetz in Kraft treten und ebenfalls auf acht Jahre befristet werden.

Zur Ausgangslage. Ende 2022 hat die Bundesversammlung das erste Umsetzungspaket Ausbildungsförderungsgesetz Pflege verabschiedet, welches per 1. Juli 2024 in Kraft tritt. Die Kompetenzen zwischen Bund und Kanton bleiben grundsätzlich bestehen. Die Ausbildung von Pflegefachpersonen bleibt weiterhin in der Zuständigkeit der Kantone. Die Kantone fördern mit Beiträgen die Ausbildung auf der Stufe HF und FH und erhalten hierzu finanzielle Mittel von Seiten des Bundes. Bis zum 1. Juli 2024 haben die Kantone Zeit, die entsprechenden Vorbereitungsarbeiten zur Umsetzung in die Wege zu leiten. Aufgrund der engen Zusammenarbeit der beiden Basel im Bereich der Ausbildung von Pflegepersonal erfolgt diese bikantonal.

Das Projekt zur Umsetzung des Verfassungsartikels wurde mit allen wesentlichen Beteiligten ausgearbeitet, wie beispielsweise mit Pflegeberufsverbänden, den Ausbildungseinrichtungen, Branchenverbänden und der Vereinigung der Spitäler. Die konkrete formell gesetzliche Umsetzung gestaltet sich jedoch unterschiedlich. Im Kanton Basel-Stadt fehlen eine gesetzliche Grundlage zur Förderung und die Pflicht zur Ausbildung im Bereich der Pflege und deswegen sollen die zwei neuen § 60a und 60b im Gesundheitsgesetz verankert werden. Ziel ist es, wie schon erwähnt, die Anzahl Ausbildungsabschlüsse von diplomierten Pflegefachpersonen HF/FH deutlich zu erhöhen. Der Bund stellt entsprechende Gelder zur Verfügung und unterstützt mit 50 Prozent der Kosten für die Ausbildungsoffensive. Diese wird, wie gesagt, auf acht Jahre begrenzt.

Die GSK hat sich Zeit genommen und den Ratschlag gründlich an drei Sitzungen beraten. Die Kommission hat neben den Vertretern des Gesundheitsdepartements und des Vorstehers weitere Fachpersonen zur Beratung eingeladen. Eine

Delegation der OdA Gesundheit beider Basel in der Rolle als Ausbildner sowie eine Delegation des SBK, dem Berufsverband der Pflegefachpersonen in der Rolle der Arbeitnehmenden, haben der GSK ihre Sicht zum Ratschlag berichtet. Ebenfalls wurde eine Delegation des Verbands der Nordwestschweizer Spitäler zu Aspekten des Fachkräftemangels und der Umsetzung der Initiative befragt.

Die GSK ist mit der Gesetzesvorlage einverstanden und begrüsst die bikantonale Herangehensweise. Aufgrund der grossen finanziellen und demografischen Herausforderung müssen die Kräfte auch in der Ausbildung gebündelt werden. Die Kommission erachtet es deshalb als positiv, dass die Arbeitgeber- und die Arbeitnehmerseite von Beginn weg miteinbezogen wurden.

Gegenüber der GSK wurde von den Involvierten eine breite Zustimmung zum vorliegenden ersten Paket der Ausbildungsoffensive zum Ausdruck gebracht. Für die Personalverbände wie aber auch für die Ausbilder ist das zweite Paket zu den Arbeitsbedingungen aber nicht weniger wichtig und für die Zukunft von zentraler Bedeutung. Im Austausch mit den Verbänden wurde ein weiteres zentrales Problem zur Sprache gebracht, der viel zu hohe administrative Aufwand in der Pflege. Dieser entwickelte sich in Dimensionen, welche nicht mehr gesund sind und die ursprüngliche Berufsmotivation untergräbt. Es bleibt immer weniger Zeit für die Pflegearbeit mit den Menschen am Bett, weil zu viel Administration erledigt werden muss.

Was die GSK wirklich sehr begrüsst, ist, dass der Kanton bei der Ausbildungsförderung weiter geht als der Bund. Die Teilrevision deskantonalen Gesundheitsgesetzes beinhaltet neben der Förderung auf der Stufenpflege HF und FH auch die Förderung der Ausbildung zur Fachfrau/Fachmann Gesundheit EFZ, auch bekannt bei uns als FaGe. Dies ist die grösste Ebene der rund 65 Prozent der FaGe-Abschliessenden, die im Anschluss ein HF-Studium anhängen. Dieser Bereich wird vom Kanton zu 100 Prozent finanziert, da der Bund hier keine Beiträge leistet. Die Kommission hat auch den Ausbildungsbereich AGS, das sind Assistent*innen im Bereich Gesundheit, besprochen, kam aber aufgrund der Bedeutung zum Schluss, dass es zielführender ist, den FaGe-Bereich zu fördern. Positiv von der GSK wurde der Aspekt bewertet, dass Teilzeitausbildungen möglich sind, weil insbesondere der Wiedereinstieg in die Berufswelt oft über Teilzeitwege erfolgt.

Für die GSK sind die Ausbildungszulagen wesentlich für den Berufseinstieg. Dieses Berufsfeld muss aber auch langfristig attraktiv sein, damit ein Grossteil des Pflegepersonals im Beruf verbleibt. Hier braucht es, wie gesagt, ebenfalls Verbesserungen, denn nur so macht eine Ausbildungsoffensive Sinn, ansonsten droht es zu einem Fass ohne Boden zu werden. Hierfür braucht es eine Stärkung der Ressourcen für das Personal in der Berufsbildung in den Spitälern.

Die Kommission hat den Eindruck eines gut ausgearbeiteten Gesetzes. Die Rechts- und Terminlage ist aber komplex, die Bundesverordnung ist noch in der Ausarbeitung wie auch auf kantonaler Seite. Die einzelnen Elemente sollen dann alle per Mitte Jahr in Kraft treten. Die Gesetzesvorlage muss aber auch unabhängig von der Bundesverordnung funktionieren. Die vorliegende Teilrevision des Gesundheitsgesetzes und die entsprechende Verordnung können erst per 1. August in Kraft gesetzt werden, die Schlussbestimmung musste aufgrund terminlicher Abstimmung gegenüber dem Ratschlag leicht angepasst werden.

Im Namen der GSK danke ich dem Gesundheitsdepartement und dem Vorsteher für die Vorstellung der Teilrevision Gesundheitsgesetz zur Ausbildungsoffensive in der Kommission sowie für den interessanten Austausch mit den Personal- und Branchenverbänden sowie den Ausbildungseinrichtungen.

Die GSK beantragt einstimmig die Zustimmung zur Teilrevision des Gesundheitsgesetzes und zur Einführung zweier neuer Paragrafen für die Förderung der Ausbildung und der Ausbildungspflicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat spricht Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich möchte zuerst dem Präsidenten und den Mitgliedern der GSK für die wohlwollende, unterstützende und auch effiziente Bearbeitung dieses wichtigen Geschäfts danken. Die Zeitverhältnisse sind ja kurz geschildert worden und ich bin sehr froh, dass wir jetzt an diesem Punkt stehen, wo wir über unsere formellen gesetzlichen Grundlagen zur Umsetzung des neuen Pflegeartikels entscheiden können.

Die Pflege ist ein elementar wichtiger Grundpfeiler eines qualitativ hochwertigen Gesundheitssystems. Nicht zuletzt die Pandemie hat uns dies dramatisch vor Augen geführt. Die Pflege, das Gesundheitswesen insgesamt steht jedoch vor grossen Herausforderungen, insbesondere aufgrund des demografischen Wandels und der Arbeitsmarktsituation. Als Antwort darauf hat der Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner SBK die Volksinitiative für eine starke Pflege lanciert, die sogenannte Pflegeinitiative, die im November 2021 von Volk und Ständen angenommen wurde.

Der Bundesrat beschloss daraufhin, die Initiative in zwei Etappen umzusetzen. Zur Umsetzung der ersten Etappe hat das Bundesparlament im Dezember 2022 das Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege

verabschiedet. Das Gesetz wird am 1. Juli 2024, also sehr bald, in Kraft treten und erteilt den Kantonen diverse Aufgaben mit dem Ziel, die Ausbildungen zur Pflegefachperson an der höheren Fachschule HF und an der Fachhochschule FH gezielt zu fördern.

Das Bundesgesetz verpflichtet die Kantone, Beiträge an die Akteure im Bereich der praktischen Ausbildung von Pflegefachpersonen für ihre Ausbildungsleistungen sowie Beiträge an die Studierenden der Bildungsgänge Pflege FH und HF zu leisten. Ergänzend sollen die Kantone den höheren Fachschulen Beiträge zur Erhöhung der Anzahl Ausbildungsabschlüsse in Pflege gewähren. Die gesamte Bundesvorlage ist auf acht Jahre befristet.

In den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft wurde der wachsende Bedarf an Pflegekräften früh erkannt und im Rahmen der gemeinsamen Gesundheitsregion wurde mit dem Ausbau der Ausbildungskapazitäten bereits vor der Annahme der Pflegeinitiative begonnen. Durch kantonale Massnahmen konnte zwischen 2022 und 2024 die Anzahl der Lernenden zur Fachfrau bzw. zum Fachmann Gesundheit um ein Drittel und die Anzahl der Studierenden HF und FH Pflege um mehr als die Hälfte gesteigert werden. Die Umsetzung der Pflegeinitiative beginnt hier also nicht bei null.

Ich möchte insbesondere auch hervorheben, dass die beiden Kantone sehr eng zusammenarbeiten und gemeinsam das Bildungszentrum Gesundheit auch betreiben. Die Umsetzung des neuen Pflegeartikels wurde entsprechend auch von Beginn weg als bikantonales Projekt der Gesundheits- und Bildungsdirektionen und Departemente der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft aufgegleist unter Einbezug des Bildungszentrums Gesundheit und in Abstimmung mit den Berufsverbänden und Akteuren im Gesundheitsbereich. An dieser Stelle bedanke ich mich bei den Beteiligten für ihren Einsatz und für die konstruktive Zusammenarbeit während der gesamten bisherigen Umsetzung. Wir sind sehr dankbar, dass wir uns in der Ausbildung von Pflegefachkräften auf diese Partnerschaft mit den Arbeitgebenden und auch den Verbänden der Arbeitnehmenden abstützen dürfen.

Mit der vorliegenden Teilrevision des Gesundheitsgesetzes sollen nun die kantonalen Rechtsgrundlagen für die Umsetzung der Vorgaben aus dem neuen Pflegeartikel eingeführt werden. Es ist ebenso wie im Bund eine Befristung auf acht Jahre vorgesehen.

Um die Pflegeberufe nachhaltig zu fördern, hat sich der Kanton Basel-Stadt zudem dazu entschieden, neben der Ausbildung von Pflegefachpersonen HF und FH auch die Ausbildung zur Fachfrau oder zum Fachmann Gesundheit mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis zu fördern. Das ist die sogenannte FaGe-Ausbildung. Diese fungiert als wichtigste Zulieferin zur Ausbildung an der HF und der FH. Die Förderung der Ausbildung auf Stufe des EFZ ist jedoch rein kantonal, der Bund deckt das nicht ab und unabhängig von der Bundesvorlage, soll aber letztlich natürlich ebenfalls zur Erhöhung der Bildungsabschlüsse auf der Tertiärstufe beitragen und der Gefahr einer Verschiebung der Ausbildungen von der EFZ auf die FH-/HF-Stufe Abhilfe schaffen.

Die Leistungserbringer im Bereich der praktischen Ausbildung von Pflegefachpersonen, insbesondere Spitäler, Pflegeheime oder Spitex-Organisationen, werden durch die vorliegende Teilrevision des Gesundheitsgesetzes auch zur Ausbildung gemäss ihren betrieblichen Möglichkeiten verpflichtet. Ein Anliegen der Verbände wurde in diesem Zusammenhang auch aufgenommen. Es geht um die Einführung von Ausgleichszahlungen für säumige Ausbildungsinstitutionen, die ihrer Ausbildungspflicht nicht vollumfänglich nachkommen, sondern eher von der Ausbildungstätigkeit anderer Institutionen profitieren. Die Bundesvorlage sagt dazu nichts, wir haben aber bereits unter den Spitälern ein System von Ausgleichszahlungen und wir werden das jetzt hier dann auch im Gesetz verankern, sofern Sie heute der Vorlage zustimmen.

Vielleicht noch ein Wort dann zur weiteren Umsetzung. Sie haben das gehört, es ist sehr knapp, am 1. Juli treten die bundesrechtlichen Vorgaben in Kraft und wir wollen bereit sein für die Studien und Lehrgänge dann ab Herbst. Das heisst, wir kommen hier in einen engen Zeitplan und ich bin dankbar, wenn wir die gesetzlichen Grundlagen heute hier verabschieden können. Die Vernehmlassung des Bundes ist inzwischen publiziert, die enthält für uns keine grossen Überraschungen. Die kantonale Verordnung haben wir ebenfalls in Vernehmlassung gegeben. Dafür haben wir bereits also einen Entwurf in enger Abstimmung mit Baselland und wir hoffen, dass wir noch vor den Sommerferien oder spätestens dann unmittelbar nach den Sommerferien diese Verordnung auch in Kraft setzen können, so dass wir dann wirklich bereit sind für den Herbst.

Ich bin in diesem Sinne Ihnen sehr dankbar, wenn Sie unseren Anträgen heute zustimmen können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP geht das Wort an Melanie Eberhard.

Melanie Eberhard (SP): Der Kommissionspräsident Oliver Bolliger und auch Regierungsrat Lukas Engelberger haben bereits einiges zur Teilrevision des Gesundheitsgesetzes gesagt, weshalb ich mich im Namen der SP und auch der GAB-Fraktion kurz halten kann. Es ist mir aber wichtig, die Arbeit der Pflegenden, aber auch die nun vorliegende Teilrevision des

Gesundheitsgesetzes zur Umsetzung eines Teils der Pflegeinitiative zu würdigen und Ihnen die Zustimmung zur Vorlage nahe zu legen.

Denn die Pflegekräfte sind das Rückgrat unseres Gesundheitswesens. Ohne ihr Engagement und ihre Fachkompetenz wäre eine hochwertige medizinische Versorgung, wie wir sie heute kennen, nicht möglich. Dennoch stehen wir vor der Herausforderung, dass die Anzahl der Pflegekräfte nicht ausreicht, um den steigenden Bedarf zu decken. Die demografische Entwicklung und der medizinische Fortschritt führen zu einem immer höheren Bedarf an qualifizierten Pflegefachkräften, den wir nicht decken können. Es ist daher von zentraler Bedeutung, dass wir in die Ausbildung und die Förderung dieser Berufsgruppe investieren.

Mit der Umsetzung des Bundesgesetzes über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege können wir hier und heute einen wichtigen Schritt machen, um die Ausbildung im Bereich der Pflege zu verbessern. Durch die Schaffung attraktiver Ausbildungsangebote können wir eine berufliche Laufbahn in der Pflege attraktiver machen, durch die finanzielle Unterstützung werden mehr Pflegende diese wichtigen Weiterbildungen angehen können und durch die Möglichkeit der Weiterbildung in Teilzeit ermöglichen wir beispielsweise auch Eltern, die nur einer Teilzeittätigkeit nachgehen möchten, dies zu tun und erleichtern auch den Wiedereinstieg.

Die Teilrevision des Gesundheitsgesetzes zur Umsetzung des ersten Teils der Pflegeinitiative ist also auch ein entscheidender Schritt, um die Zukunft unseres Gesundheitswesens und eine hochwertige, gerechte und nachhaltige Gesundheitsversorgung für alle zu gewährleisten. Neben den Bestrebungen rund um die Ausbildung ist es dann aber auch sehr wichtig, dass die Pflegenden im Beruf verbleiben möchten und dafür braucht es auch eine rasche Umsetzung des zweiten Pakets und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Denn gute Arbeitsbedingungen sind entscheidend, um die Berufszufriedenheit zu erhöhen und die Fluktuation zu verringern. Dazu gehören faire Löhne, möglichst flexible Arbeitsmodelle und der Schutz vor Überlastung.

In diesem Sinne freue ich mich, dass Sie alle entsprechend »Chrüzlistich» diesem wichtigen, breit abgestützten und auch bikantonal erarbeiteten Gesetzesvorhaben zustimmen werden. In Bezug auf den zweiten noch ausstehenden Teil der Gesetzesrevision, nämlich der Verbesserung der Löhne und Anstellungsbedingungen, sind wir gespannt auf die Vorlage des Regierungsrats.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die GLP spricht Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Ich bin nicht hier, um meinen Vorrednern zu widersprechen, sondern ich kann dem allem zustimmen im Namen der GLP. Ich will nur noch kurz auf ein paar weitere Aspekte hinweisen, die sonst möglicherweise in dieser Einstimmigkeit hier unterzugehen drohen.

Wie Melanie Eberhard vor mir schon ausgeführt hat, mit dieser vorliegenden Revision des Gesundheitsgesetzes ist die Arbeit nicht gemacht. Es kommt ein zweites Paket für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, um das grosse Problem anzugehen, der Verbleib im Beruf. Und auch das ist nicht alles. Darüber hinaus gibt es etwas, was wir in dem Sinne nicht gesetzlich beeinflussen können, was aber eigentlich ein grosser Teil des Problems ist, und das ist die Wertschätzung, die wir den Pflegenden wirklich in ihrem Arbeitsalltag entgegenbringen. Da können wir uns aber alle selber in die Pflicht nehmen und wirklich darauf achten, dass wir diesem Beruf die nötige Wertschätzung wiedergeben und ihn somit attraktiv machen. Ich denke, es ist ein attraktiver Beruf, aber da haben wir es alle in der Hand, dass wir das verbessern können.

Ein weiterer Aspekt ist, wenn wir über den Bereich Pflege hinausgehen, werden wir, denke ich, in Zukunft vor allem auch ein Problem beim ärztlichen Personal haben. Auch dort gibt es teilweise schon in gewissen Teilgruppen einen Mangel an Fachpersonen und auch da, denke ich, jetzt bin ich nicht hier, um quasi die Regierung zu kritisieren, ich denke, wir hier in Basel, wir machen hier unsere Hausaufgaben, aber insbesondere wollen wir da der Regierung den Rücken stärken, dass sie da die anderen Kantone in die Pflicht nimmt, da auch ihren Beitrag an die Finanzierung zu leisten bei der Ausbildung von Ärzten. Wie gesagt, wir sind ziemlich sicher, das wird in Zukunft noch mehr Bemühungen brauchen und wir von der GLP werden uns auch dafür einsetzen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GAB): Ich wollte eigentlich nicht mehr zu dem Geschäft sprechen, aber nachdem Tobias Christ jetzt noch einmal auf wichtige Punkte hingewiesen hat, möchte ich einfach die einerseits auch aus der Sicht der Fraktion GAB unterstreichen und ich bin mir gleichzeitig nicht ganz sicher, ob wir nicht auch die Regierung ein bisschen kritisieren müssen. Deshalb spreche ich auch, weil mehrere Anzüge hängig sind, schon lange, die darauf warten, beantwortet zu werden von der

Regierung, wo es darum geht, die Arbeitsbedingungen in den Spitälern zu verbessern. Da könnte man schneller vorwärtsgehen, es ist nicht etwas, mit dem man warten muss.

Was ich auch ganz wichtig finde, wir haben jetzt die Spitalrechnungen auf dem Tisch. Den Spitälern geht es nicht gut und sie haben finanzielle Schwierigkeiten und hier wird der Kanton auch in der Pflicht sein, Geld in die Hand zu nehmen, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Von daher bin ich sehr gespannt darauf, wenn jetzt dann die Zweijahresfrist für die Anzüge abgelaufen ist und die Antworten der Regierung kommen, wie sie gedenken, die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Mitte/EVP spricht Pasqualine Gallacchi.

Pasqualine Gallacchi (Mitte-EVP): Auch nur kurz eine Replik auf das, was Tobias Christ gesagt hat. Ich meine, jetzt die Umsetzung von dieser Pflegeinitiative ist ein Aspekt im Gesundheitswesen, das ist schon klar. Es sind viele, sagen wir mal, Baustellen, die noch zu bereinigen sind. Fleur Weibel hat das auch gesagt, die Spitäler haben im Moment grosse Sorgen, auch mit der Tarifierung, usw., aber ich denke, es ist jetzt doch ein Schritt in die richtige Richtung, dass man das auch schon an die Hand genommen hat, dass man das schnell an die Hand genommen hat, dass man das jetzt umsetzt und deswegen, denke ich, kann man doch der Regierung eigentlich ein Kompliment machen, dass es jetzt das schnell vorwärtsgeht, mindestens ein Aspekt. Und dass die anderen Probleme im Gesundheitswesen da sind, möchte ich nicht verneinen, das ist so.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit hat Regierungsrat Lukas Enelberger das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich danke Ihnen für die sehr wohlwollende und unterstützende Kommentierung der Anträge, die wir gestellt haben. Ich freue mich, dass das hier doch auf eine sehr breite Zustimmung trifft und selbstverständlich ist auch uns im Regierungsrat klar, dass das nur ein Schritt ist, einer von vielen auf einer Piste von vielen weiteren Pisten.

Die Attraktivität der Pflegeberufe muss und kann weiter gestärkt werden. Ich finde den Hinweis auf die Wertschätzung, die wir zum Ausdruck bringen, sehr berechtigt und sehr wichtig. Das tun wir hier heute und das können und sollten wir aber auch in unserem Alltag tun. Und selbstverständlich ist korrekt, dass auch in weiteren Feldern des Gesundheitswesens und der Gesundheitsberufe Handlungsbedarf angezeigt ist und die finanzielle Situation der Leistungserbringer, Institutionen im Gesundheitswesen ebenfalls sich schwierig und herausfordernd präsentiert.

Wir werden uns diesen weiteren Herausforderungen selbstverständlich stellen. Es sind Anzüge erwähnt worden, die in diesem Zusammenhang schon hängig sind und selbstverständlich sind wir dann auch froh, wenn wir bei zukünftigen Diskussionen und Anträgen wieder auf Ihre Unterstützung zählen dürfen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten ist nicht bestritten, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 9 des Berichts)

Titel und Ingress

I. Gesundheitsgesetz

Titel nach § 60 (neu)

§60a (Neu)

Abs. 1 – 8

§60B (Neu)

Abs. 1 – 2

Abs. 3

Lit a – b

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003586, 05.06.24 11:26:18]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Das Gesundheitsgesetz (GesG) vom 21. September 2011 [1]) (Stand 1. März 2023) wird wie folgt geändert:

Titel nach § 60 (neu)

VII.10bis. Ausbildung im Bereich der Pflege

§ 60a (neu)

Förderung der Ausbildung

1 Der Kanton fördert die Ausbildung im Bereich der Pflege.

2 Er sorgt in Zusammenarbeit mit den Akteuren im Bereich der praktischen Ausbildung von Pflegefachpersonen (Organisationen, die Pflegefachpersonen beschäftigen, Spitäler und Pflegeheime) für die Bereitstellung von genügend Plätzen für die praktische Ausbildung zur Pflegefachfrau oder zum Pflegefachmann HF und zur Pflegefachfrau oder zum Pflegefachmann FH sowie zur Fachfrau oder zum Fachmann Gesundheit EFZ.

3 Er bestimmt für die Akteure im Bereich der praktischen Ausbildung von Pflegefachpersonen die anrechenbaren Leistungen. Er berücksichtigt dabei das Ergebnis der Berechnung der Ausbildungskapazitäten der Akteure im Bereich der praktischen Ausbildung von Pflegefachpersonen und das von ihnen erstellte Ausbildungskonzept.

4 Er gewährt den Akteuren im Bereich der praktischen Ausbildung von Pflegefachpersonen Beiträge für ihre Leistungen in der praktischen Ausbildung.

5 Er fördert eine bedarfsgerechte Erhöhung der Anzahl Ausbildungsabschlüsse in der Pflege an der höheren Fachschule. Zu diesem Zweck gewährt er der höheren Fachschule Beiträge.

6 Er gewährt Personen mit Wohnsitz im oder Anknüpfungspunkt an den Kanton zur Sicherung ihres Lebensunterhalts Ausbildungsbeiträge für die Ausbildung in Pflege HF oder in Pflege FH.

7 Er kann weitere Ausbildungen im Bereich der Pflege fördern, sofern hierfür ein ausgewiesener Bedarf besteht.

8 Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten. Er erlässt insbesondere Vorschriften über die Zuständigkeiten, die Voraussetzungen und den Umfang der Beiträge sowie das Verfahren für deren Vergabe.

§ 60b (neu)

Ausbildungspflicht

1 Die Akteure im Bereich der praktischen Ausbildung von Pflegefachpersonen sind verpflichtet, entsprechend ihren betrieblichen Möglichkeiten Plätze für die praktische Ausbildung zur Pflegefachfrau oder zum Pflegefachmann HF und zur Pflegefachfrau oder zum Pflegefachmann FH sowie zur Fachfrau oder zum Fachmann Gesundheit EFZ anzubieten.

2 Liegt die erbrachte Ausbildungsleistung der Akteure im Bereich der praktischen Ausbildung von Pflegefachpersonen unter der festgelegten Ausbildungsleistung, haben diese eine Ausgleichszahlung zu leisten. Die Höhe der Ausgleichszahlung bestimmt sich nach Massgabe der nicht erbrachten Ausbildungsleistung und entspricht höchstens dem dreifachen Betrag der Beiträge für praktische Ausbildungsleistungen gemäss § 60a Abs. 4, welche der Kanton bei der Erfüllung der Ausbildungspflicht leisten würde.

3 Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten. Er erlässt insbesondere Vorschriften über:

a) Umfang und Modalitäten der Ausbildungspflicht sowie deren Ausnahmen;

b) Bemessung und Verwendung der Ausgleichszahlungen sowie Ausnahmen von der Pflicht zur Leistung einer Ausgleichszahlung.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens. Die §§ 60a und 60b sind auf acht Jahre befristet analog der Geltungsdauer des Ausbildungsförderungsgesetzes Pflege.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 90 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

11. Motion 1 Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Einführung von Familien-Ergänzungsleistungen (FamEL) im Kanton Basel-Stadt

[05.06.24 11:26:24, 24.5144.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Wir kommen zu den Einzelvoten und da hat sich zuerst Annina von Falkenstein gemeldet.

Annina von Falkenstein (LDP): Die LDP bittet Sie, die vorliegende Motion nicht zu überweisen. Wichtig festzuhalten ist, dass wir von der LDP hinter der Sozialhilfe und hinter den in Basel-Stadt bekannten Sozialleistungen stehen und diese auch schätzen. Sie sind sehr wichtig und sie greifen dort, wo das eigene Wirken die Existenzsicherung nicht bekräftigen kann. Dieses System entspricht unserer liberalen Gesinnung. Trotzdem sind wir zum jetzigen Zeitpunkt gegen die Einführung von Familien-Ergänzungsleistungen und einem entsprechenden Ausbau der Sozialleistungen in Basel-Stadt.

In der aktuellen Grossratssession werden wir den Anzug Nicole Amacher zur Analyse der Gründe für Nichtbezug von Sozialhilfe und Sozialleistungen behandeln. Wir unterstützen diesen und sind gespannt zu sehen, wo das aktuelle System nicht oder zu wenig genutzt wird und warum dies so ist. Solange die aktuell vorhandenen Angebote nicht zu ihrem vollen Potenzial genutzt werden, stellen wir uns gegen einen weiteren Ausbau der Sozialleistungen. In der Beantwortung des Anzugs Melanie Nussbaumer, Alleinerziehende vor Armut schützen, wird aufgezeigt, wie und in welchem Ausmass die vorhandenen Massnahmen Armut reduzieren. Schaffen wir es, die Nichtbezugsquote zu senken, können noch mehr Personen von den Sozialleistungen profitieren und ihre Existenz besser sichern. Das ist aus unserer Sicht ein guter Weg. Ein Weg, der vor dem Beschluss weiterer Sozialleistungen beschritten werden muss.

Als zweiter Punkt leuchtet uns die Argumentation des Regierungsrats in der Beantwortung des obengenannten Anzugs ein. Der Zielkonflikt Kinderbetreuung/Erwerbsleben lässt sich nicht nachhaltig durch Geldleistungen wie Ergänzungsleistungen lösen. Da gerade rund um die Kinderbetreuung per August neue Konditionen in Kraft treten, sind wir zuversichtlich, dass die Situation sich so bereits etwas verbessern kann. Auch das Steuerpaket, das rückwirkend per 2023 in Kraft gesetzt wurde, beinhaltet familienfreundliche Aspekte. Auch deren Auswirkung möchten wir abwarten, bevor wir uns erneut ein Bild zur Lage und zu allfälliger Notwendigkeit weiterer möglicher Ausbaumassnahmen machen.

Uns ist bewusst, dass die wirtschaftliche Situation von Familien viel Einfluss auf die Entwicklung der Kinder und so auch auf die gesellschaftliche Chancengerechtigkeit hat. Aktuell ist die Ausgangslage zum Beschliessen eines neuen Angebots aber nicht die richtige. Aufgrund des hohen Verzahnungsgrads unterschiedlichster direkter und indirekter Sozialleistungen und Angebote ist es aktuell nicht möglich, eine klare Übersicht des Wirkungsgrads der Massnahmen, die per August, Stichwort Tagesbetreuung, daherkommen werden, zu erhalten. Einige davon sind neu und brauchen Zeit, um ihre Wirkung zu entfalten. Erst dann kann ein neues Bild über mögliche Verbesserungsmöglichkeiten gemacht werden. Die Datenlage und der Zeitpunkt für die Diskussion des hier vorliegenden Vorstosses sind unzureichend respektive falsch.

Aus diesem Grund bitten wir Sie, die Motion nicht zu überweisen. Ich nehme die Zwischenfrage an.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Fleur Weibel hat für die Frage das Wort.

Fleur Weibel (GAB): Annina von Falkenstein, was sagen Sie den Minderjährigen, 8 Prozent Jugendlichen, die derzeit schon in Armut oder respektive unter der Armutsgrenze leben, wenn Sie noch warten möchten, bis die ganzen Instrumente sich verzahnen?

Annina von Falkenstein (LDP): Fleur Weibel, die Massnahmen sind eben jetzt schon sehr verzahnt und es kommen neue drauf. Zwei davon habe ich genannt und das möchte ich gerne abwarten, um aufgrund der neuen Lage zu schauen, wo wir stehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Melanie Nussbaumer.

Melanie Nussbaumer (SP): Familienarmut ist verbreitet, ich glaube, hier sind wir einig. Ich hoffe, Oliver Bolliger wird noch ein paar Statistiken vorlesen nachher, aber ich denke, Sie alle konnten das in letzter Zeit oft lesen in den Medien, Familienarmut ist verbreitet, wird immer wie grösser und ich nehme an, dass diese Tatsache Ihnen allen bewusst ist. Die politische Frage heute ist aber, wollen wir uns diesem Problem annehmen, wollen wir die Familien, die armutsbetroffen sind, noch besser unterstützen oder sagen wir, es ist okay, dass jede dritte Person in der Sozialhilfe in Basel-Stadt ein Kind ist.

Das Instrument Familien-Ergänzungsleistungen wird von allen Expertinnen und Experten und Organisationen, die sich mit Sozialpolitik auseinandersetzen, als wichtiges und wirkungsvolles Instrument empfohlen, um Kinderarmut und Familienarmut zu verringen und armutsbetroffene Familien zu entlasten. Solche Organisationen sind zum Beispiel Caritas Schweiz, auf Diskurs, da sind wir ja auch vertreten aus Basel-Stadt, oder zum Beispiel auch die EVP Schweiz. Ich lese ein Zitat vor aus der EVP-Seite national, Zitat Anfang: «Kinder dürfen in der Schweiz kein Armutsrisiko sein. Und sie gehören schon gar nicht in die Sozialhilfe. Deshalb setzt sich die EVP für schweizweite Familien-Ergänzungsleistungen ein.» Zitat Ende.

In verschiedenen Kantonen wie zum Beispiel Solothurn, Waadt, Genf oder Tessin und weiteren sind Familien-Ergänzungsleistungen bereits eingeführt, wobei man ehrlicherweise sagen muss, dass das überall ein bisschen anders ausgestaltet ist und das ist ja normal in unserem Föderalismus. Hier in Basel haben wir, das muss man zugeben, sehr gute bedarfsabhängige Sozialleistungen, die vorgelagert sind zur Sozialhilfe. Das ist sehr wertvoll und dieses System ist austariert, daran wollen wir nichts ändern. Nichtsdestotrotz, und das ist wichtig, fallen trotzdem viele Familien auch durch diese Maschen und landen in der Sozialhilfe und genau diese Landung will diese Motion verhindern.

Warum. Die Ergänzungsleistungen erlauben im Vergleich zur Sozialhilfe mehr Freiheiten und Selbstbestimmung. Gerade für Familien ist das wichtig. Sie ermöglichen den Familien einen gewissen finanziellen Handlungsspielraum, damit sie überhaupt die Chance haben, zum Beispiel in Bildung zu investieren oder andere Perspektiven zu entwickeln. Die Sozialhilfe erlaubt das nicht. Es muss alles und jedes über irgendwelche SILs, situationsabhängige, individuelle Leistungen abgerechnet werden. Familien in Armut brauchen keine Kontrollinstanz, sondern wenn dann eine gute Begleitung. Vielleicht sogar eine Arbeitsintegrationsbegleitung, die nicht an der familiären Realität vorbeizielt und noch mehr Druck und Stress produziert, als diese Familien, die in Armut leben, sowieso schon haben.

Bisherige Erfahrungen aus anderen Kantonen zeigen, dass die Sozialhilfe sehr viel schlechter abschneidet beim Thema der nachhaltigen Erwerbsintegration, als dies Familien-Ergänzungsleistungen tun. Im Kanton Waadt konnte zum Beispiel das Instrument bereits evaluiert werden und das Ergebnis war ganz eindeutig. Dank den Familien-Ergänzungsleistungen ist die Erwerbstätigkeit der Familien gestiegen. Dort gibt es ein Coaching für manche Familien in den Ergänzungsleistungen, was sehr wirksam ist. Das könnte natürlich auch in Basel-Stadt in der Ausgestaltung der Familien-Ergänzungsleistung Teil davon sein.

Sie sehen, in Familien-Ergänzungsleistungen zu investieren, das lohnt sich, das zeigen alle bisherigen Erfahrungen aus den anderen Kantonen und deshalb freue ich mich, wenn Sie diese Motion unterstützen. Im Namen der SP vielen Dank.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GAB): Die Fraktion Grün-Alternatives Bündnis unterstützt die Motion Schaffung gesetzlicher Grundlagen zur Einführung von Familien-Ergänzungsleistungen voll und ganz. Melanie Nussbaumer hat gerade sehr gut und ausführlich die ganzen technischen Details rund um die Familien-Ergänzungsleistungen ausgeführt. Deshalb werde ich jetzt nicht nochmal

auf das Technische eingehen, sondern werde Ihnen von einem Fallbeispiel berichten, das im Frühling im Radio SRF in einer Kontextsendung porträtiert worden ist.

Es ist das Beispiel einer jungen Frau, die inzwischen erwachsen ist und in einer von Armut betroffenen Familie gross geworden ist hier in der Region. Und ich möchte vorausschicken, es handelt sich dabei zwar um ein Fallbeispiel, es handelt sich aber nicht um einen Einzelfall. Gut 8 Prozent der Menschen in der Schweiz leben unter der Armutsgrenze, nochmal 1,2 Millionen Personen sind armutsgefährdet und dies trifft im gleichen Masse eben auch Minderjährige. Es ist davon auszugehen, dass ein bis zwei Kinder pro Schulklasse in der Schweiz in armutsbetroffenen Familien leben und wie das aussieht, möchte ich Ihnen nun anhand des Fallbeispiels kurz darlegen.

Das Beispiel dieser jungen Frau, die in der Kontextsendung porträtiert wurde, das zeigt auf, welche riesige Last auf den Schultern von Kindern und Jugendlichen lastet, wenn Familien nicht adäquat vor Armut geschützt werden oder ihnen nicht dabei geholfen wird, aus der Armut herauszukommen. Das Mädchen in dem Beispiel beginnt mit 12 Jahren Gelegenheitsjobs für Nachbarinnen auszuführen. Mit dem wenigen Geld, das sie damit verdient, finanziert sie unter anderem das Znüni für sich und ihren Bruder, weil die Lehrerin kritisiert hat, dass sie kein gesundes Znüni mitbekommen haben und die Eltern kontaktiert hat. Das ist auch der Anstoss, warum sie anfängt Geld zu verdienen, um sich diese Peinlichkeit zu ersparen, dass die Lehrerin das Gefühl hat, die Eltern sorgen sich nicht um eine gesunde Ernährung. Sie können es schlicht nicht, weil sie das Geld dazu nicht haben.

Auf jeden Fall beginnt sie mit 12 an zu arbeiten. Sie finanziert mit dem Geld auch Spielsachen für ihren kleineren Bruder. Sie selber hat von ihrer Mutter die Botschaft erhalten, als sie sich mal ein Spielzeug gewünscht hat, das im Schaufenster war, dass sie gerade sich das Tramticket nicht leisten können, dass sie deshalb nach Hause laufen und dass deshalb auch das Spielzeug nicht drin liegt. Ich denke, viele hier in diesem Grossen Rat können sich eine solche Situation nicht vorstellen und umso wichtiger ist es, sie sich vor Augen zu führen.

Das Mädchen kommt in die weitere Schule und fängt an, immer wie mehr zu arbeiten. Sie finanziert damit Zugtickets für Ausflüge der Familie, sie finanziert Eintritte ins Hallenbad, damit die Familie mal schwimmen gehen kann und trotzdem schafft sie es ins Gymnasium. Dort fängt sie an mit 18 in einer Fastfoodkette zu arbeiten. Sie arbeitet fast jeden Abend, sie arbeitet am Wochenende, denn das Gymnasium ist mit sehr viel höheren Kosten verbunden, als es die Volksschule war, beispielsweise Klassenlager könnte sie sich sonst nicht finanzieren. Auch die Krankenkassenprämien der Familie finanziert sie mit ihren Einkünften. Sie arbeitet am Abend, sie arbeitet am Wochenende, wann lernt sie, sie lernt in der Nacht. Sie nimmt Ritalin, sie wird trotzdem immer wie müder, ihr geht die Energie aus, schlussendlich bricht sie das Gymnasium ab.

Das Beispiel zeigt, in Armut lebende Familien in der Schweiz, das bedeutet puren Stress, nicht nur für die Eltern, sondern auch für die Kinder und ich bin sicher, viele von Ihnen möchten das nicht verantworten, schon gar nicht, dass Kinder ihre Schulbildung abbrechen müssen, um den Finanzhaushalt der Eltern aufzubessern. Die junge Frau schliesst in dem Radio-Porträt mit folgenden Worten: Es geht doch nicht, dass Kinder aus finanziell schwachen Familien so viel tragen müssen. Und dem habe ich nichts hinzuzufügen. Bitte unterstützen Sie die Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Kindern in armutsbetroffenen Familien und Haushalten, sie haben unseren besonderen Schutz verdient und es ist wichtig, dass unser Sozialsystem so ausgerichtet ist, dass diese finanzielle und soziale Unterstützung gut ist und die Menschen davon ein menschenwürdiges Leben leben können.

Das macht der Kanton und die Allermeisten der betroffenen Familien, vor allem wenn jemand arbeitet der Eltern, die sind in Basel-Stadt nicht in der Sozialhilfe, sondern die werden unterstützt mit unserem umfangreichen Unterstützungsangebot, das wir im Kanton Basel-Stadt haben, auch das Basler Modell genannt. Wir haben Familien-Mietzinsbeiträge, wir haben Prämienverbilligungen, wir haben die Alimentenhilfe, wir haben die Ausbildungsbeiträge, wir haben Betreuungsbeiträge an die Tagesbetreuung, wir haben öffentliche Zahnkliniken und auch in der Sozialhilfe erhalten Familien heute schon bedarfsgerecht zahlreiche situationsbedingte Leistungen finanziert. Angesprochen und zum Beispiel Musikunterricht, Sport, Freizeitaktivitäten, Lager, Ausgaben, Aufgabenhilfe, Stützkurse, etc.

In diesem Bereich hat auch in den letzten Jahren ein Ausbau stattgefunden, an vorderster Stelle sicher bei den Kitas. Sie haben mit dem Gegenvorschlag zur Kita-Initiative die Unterstützung an die Familien mit Kindern massiv erhöht. Mit der Steuervorlage 17 haben wir die Familienzulagen erhöht in diesem Kanton und wir haben auch mit der Steuervorlage 17 vier neue Einkommensgruppen bei den Prämienverbilligungen geschaffen, auch dort insbesondere für Familien. Sie sehen also, Basel-Stadt macht viel und hat ein gutes Angebot.

Was ist jetzt der Unterschied zu dieser Motion. Der Vorteil vom Basler Modell heute ist, dass sich Arbeit lohnt, und Arbeit ist die beste Sozialhilfe für die betroffenen Menschen. Unser Ziel ist, dass die Leute arbeiten und dort mit fairen Löhnen ihr Einkommen verdienen, das sie brauchen, um ihre Familie zu finanzieren. Und bei unseren Unterstützungsleistungen, die

sind so ausgestaltet, dass wenn man Geld verdient und arbeitet, man auch mehr Geld am Ende des Tages in seiner Tasche hat. Das ist der Unterschied bei den vorgeschlagenen Familien-Ergänzungsleistungen. In diesem ganzen Bereich gibt es keine finanziellen Anreize zu arbeiten und das ist das Problem.

Ergänzungsleistungen heute kennen wir für Menschen, die nicht arbeiten können oder die nicht mehr müssen, weil sie pensioniert sind. Also bei Rentnerinnen und Rentnern erwartet niemand, dass sie zurück in den Arbeitsmarkt gehen, deshalb gibt es dort Ergänzungsleistung. Bei IV, wo Menschen aufgrund ihrer Gesundheitssituation nicht arbeiten können, auch dort braucht es nicht Anreize, dass die Menschen arbeiten, entsprechend gibt es dort Ergänzungsleistung. Und das ist anders bei Familien, wo es Eltern gibt, die grundsätzlich arbeitsfähig sind. Und das sollte unser Ziel sein, da stimme ich auch mit der Fraktionssprecherin der SP überein, dass Menschen, dass auch diese Familien arbeiten.

Ein Problem auch der Familien-Ergänzungsleistung ist die Frage, was ist eine Familie und was ist, wenn die Familie nicht mehr ist. Also das bedeutet eigentlich, dass wenn dann die Kinder nicht mehr Teil sind des Haushaltes, dass dann wieder die Ergänzungsleistungen vorbei sind und dann die Arbeitsmarktintegration noch zu bewerkstelligen, wird eine sehr schwierige Aufgabe sein.

Das andere Problem ist auch, diese Diskussion haben wir auch bei den Mietzinsbeiträgen bei getrenntlebenden Kindern, wer ist dann dort die Familie oder bekommen dann beide Seiten Familien-Ergänzungsleistungen. Auch diese Frage wird sich dann ganz konkret stellen, wenn wir auf Familien-Ergänzungsleistungen umstellen.

Aus diesem Grunde möchte der Regierungsrat weitergehen auf seinen Weg. Wenn wir zum Schluss kommen, dass auch die Grundunterstützung in der Sozialhilfe zu tief ist, dann braucht es dort Anpassungen und nicht ein neues Sozialsysteme neben unseren Ergänzungsleistungen, die ja sowieso weiterlaufen werden, auch für die Menschen, die keine Kinder haben.

Dann auch noch eine Anmerkung, die Sozialhilfe leistet eine wichtige und eine gute Arbeit und die stetige Kritik an dieser Institution, glaube ich, ist auch nicht hilfreich für unser soziales Basel.

Aus diesem Grunde bittet Sie der Regierungsrat, diese Motion nicht zu überweisen und stattdessen eher konkret zu schauen, wo im heutigen System noch Bedarf besteht. Falls das der Fall ist, wo es Verbesserungen gibt zu vollziehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen damit zum Motionär Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Ich bedanke mich für die interessante Debatte und im speziellen auch für die gut erklärenden Voten von Melanie Nussbaumer und Fleur Weibel. Bezüglich der Statistiken, die angemerkt wurden, verweise ich auf den Motionstext, da gibt es gute Hinweise zur SKOS und zur Caritas Schweiz.

Die Idee von Familien-Ergänzungsleistungen treibt mich schon lange um. Eigentlich seit ich mich beruflich und politisch mit dem Thema Armut und Familienarmut beschäftige, also nun beinahe rund 30 Jahre. Und ich bin da ja überhaupt nicht der einzige, im Grossen Rat wurden wiederholt Vorstösse und Anfragen genau für diese Fragestelle eingereicht. Hinter meinem Vorstoss steht die Überzeugung, dass Kinder nicht in Armut aufwachsen sollen, dass Kinder kein Armutsrisiko darstellen sollen und dass die Strukturen einer reichen Schweiz so ausgelegt werden sollen, dass so gut als möglich Familienarmut verhindert oder wenn dies nicht möglich ist, so gut als möglich vermindert werden soll. Also ich bin da voll auf EVP-Linie, habe ich gerade gemerkt. Und ich gehe mal davon aus, dass viele der hier Anwesenden dies im Grundsatz und über die Parteigrenzen hinweg auch so teilen, denn wir wissen, dass das Aufwachsen in Armut mit hohen gesellschaftlichen Risiken auf verschiedenen Ebenen verbunden ist und zudem finanzielle Spätkosten verursacht.

Deshalb habe ich mich nach meiner schriftlichen Anfrage aus dem Jahr 2019 dazu entschlossen, nun eine Motion einzureichen, damit der Regierungsrat beauftragt werden kann, zuallererst überhaupt einmal eine gesetzliche Grundlage hierfür zu schaffen. Die Details, die auch berechtigterweise natürlich benannt werden können, wie genau die Familien-Ergänzungsleistungen ausgestaltet werden und in welche Einbettung das vorhandene System der sozialen Sicherheit, werden dann Bestandteil des nachfolgenden politischen Prozesses sein. Der Spielraum, der die Regierung bei der Ausgestaltung von Familien-Ergänzungsleistungen hätte, ist aus meiner Sicht klar vorhanden und gross. Ich bin wirklich überzeugt davon, dass nun die Zeit reif ist, bei der Verhinderung von Familienarmut einen Schritt weiterzugehen.

Die bisherige Antwort, dass wir in Basel bereits ein super austariertes System haben und es deshalb keine Verbesserung mehr braucht, reicht mir nicht. Es ist zwar berechtigterweise auch von Regierungsrat Kaspar Sutter benannt worden, dass wir viel machen, ja, da gebe ich ihm recht, wir leisten wirklich im Vergleich zu anderen Kantonen viel und bemühen uns auch, die Familienarmut und überhaupt die Armut generell zu minimieren, aber ich denke, wir sind jetzt an einem Zeitpunkt angekommen, wo wir einen Schritt weitergehen können.

Es leben im Kanton Basel-Stadt immer noch viel zu viele Familien und ihre Kinder von der Sozialhilfe. Familien-Ergänzungsleistungen anstelle von Sozialhilfe sind ein möglicher und sinnvoller Ausweg aus dieser Realität und verbessert ganz konkret die finanzielle Ausgangslage der betroffenen Familien. Melanie Nussbaumer hat eigentlich schon in ihrem

Votum die Vorteile von Familien-Ergänzungsleistungen auch im Gegensatz zur Sozialhilfe deutlich klar gemacht. Und wie gesagt, die Details können dann von der Regierung ausgearbeitet werden.

Vielleicht einfach noch zu einem Argument, das auch genannt wurde, das vielleicht Hauptargument, dass der Arbeitsanreiz fehlen würde, wenn wir Familien-Ergänzungsleistungen anstatt Sozialhilfe einführen würden. Nun dies ist interessant, aber ich bezweifle, dass dies wirklich standhält. Das entspricht nicht den Erfahrungen der Kantone, die Familien-Ergänzungsleistungen eingeführt haben, im Gegenteil, es war eigentlich immer das Argument für die Einführung von Familien-Ergänzungsleistungen. Und im Kanton Waadt, wie auch schon erwähnt, gibt es die Möglichkeit, ein begleitendes Coaching-Angebot zur Unterstützung anzubieten. Da spricht nichts dagegen, dass wir das auch in Basel machen könnten. Und ehrlicherweise muss auch gesagt werden, dass die nachhaltige Erwerbsintegration der Sozialhilfe auch nicht immer so erfolgreich ist. Und da geht es mir nicht darum, die Sozialhilfe zu bashen, sondern es ist einfach auch eine Realität, dass dies auch nicht immer so einfach umzusetzen ist.

Allgemein ist für die Arbeitsintegration bei Familien oder Alleinerziehenden die Verfügbarkeit und Flexibilität von familienexterner Kinderbetreuung matchentscheidend und ja, da haben wir gegenüber anderen Kantonen nun deutliche Vorteile, was wiederum den Erfolg von Familien-Ergänzungsleistungen entscheidend positiv beeinflussen wird. Zudem werden durch die Familien-Ergänzungsleistungen meines Erachtens die Eigenverantwortung und die Selbstwirksamkeit eher gestärkt als geschwächt. Besten Dank für Ihre Erstüberweisung der Motion an den Regierungsrat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst nicht Überweisen.

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 37 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003588, 05.06.24 11:50:27]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 52 Ja-Stimmen gegen 37 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

12. Motion 2 Pascal Messerli und Michael Hug betreffend der Polizeiberuf muss in Basel-Stadt wieder attraktiv werden: Lohnerhöhung jetzt!

[05.06.24 11:50:36, 24.5145.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Gibt es Wortmeldungen? Tanja Soland wünscht das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich möchte Ihnen kurz begründen, warum der Regierungsrat die Motion nicht entgegennehmen möchte.

Erstens, das Problem ist adressiert, es liegt auf dem Tisch. Das JSD hat das schon lange gemeldet, wir sind daran, Vorstösse sind pendent, es ist also wirklich eine wichtige Priorität bei uns.

Zweitens, Notfallmassnahmen wurden ergriffen. Wir haben die Arbeitsmarktzulage letztes Jahr beschlossen, die gilt bis Ende Februar 2026. Und die reicht im Moment, es stellt sich dann die Frage der Ablösung.

Dritter Punkt, weitere Massnahmen sind schon in Bearbeitung. Wir sind daran, es ist im Projekt Arbeitgeberattraktivität steigern integriert, die Entlöhnung wird dort auch ein Thema sein. Wir haben Quick Wins, die werden wir noch vor den Sommerferien der Öffentlichkeit und den Arbeitnehmenden präsentieren. Das machen wir, wir sind daran.

Was Sie hier möchten in der Motion, ist den Finanzplan und das Budget zu ändern. Das ist nicht nötig, den Finanzplan sowieso nicht und das Budget auch nicht. Wir haben ja schon die Arbeitsmarktzulage, da sind ja schon 3,4 Millionen eingestellt, das ist im Moment von dem her nicht nötig. Was aber nötig wäre, falls man die Lohnkurve anpassen wird, ist das Lohngesetz. Und das Lohngesetz zu ändern, damit es in Kraft tritt auf 1. Mai 2025, ist schlicht unrealistisch. Daher haben wir die Arbeitsmarktzulage eingeführt, damit wir die Zeit haben, das anzuschauen und damit wir mehr Grundlagen haben, auch Lohnvergleich, Mitarbeitenden-Befragung, usw. Weil es sind vor allem die Einstiegslöhne, unserer Kurve fängt weit unten an, geht dann aber sehr steil hoch.

Und was ich Ihnen auch noch sagen möchte, was mir noch wichtig ist, in der Motion wird ein Bericht von Watson zitiert wegen dem Anfangslohn in Basel-Stadt. Wir wurden damals leider nicht angefragt, diese 4'841 sind nicht korrekt. Das wäre nach Tabelle Anlaufstufe A, das hat bei uns niemand. Bei uns beginnt man dann bei der Polizei bei Anlaufstufe C und dann kommt noch die Arbeitsmarktzulage, dann wären wir bei 5'680. Das heisst, wir haben jetzt dort schon eine Verbesserung. Das ist aber nur die Tabelle, das sind nicht die effektiven Löhne, die ausbezahlt werden. Die effektiven Löhne, die haben wir im Lohnvergleich angeschaut und dort sehen wir, dass wir im Moment etwas Wichtiges gemacht haben, das uns hilft temporär. Und die Quick Wins, die kommen, und die Frage der Anpassung des Gesetzes braucht einfach mehr Zeit, als was Sie in der Motion vorschlagen.

Daher bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen. Lassen Sie uns weiterarbeiten, wir sind am Thema dran.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den weiteren Einzelsprechenden. Hier hat sich Michael Hug gemeldet.

Michael Hug (LDP): Besten Dank auch an Regierungsrätin Tanja Soland für die Ausführungen. Ich dachte, ich werde jetzt nach Pascal Pfister sprechen, aber der hat sich wieder hinter mich gereiht. So werde ich trotzdem versuchen, meine Motivation, hier diese Motion quasi zu überweisen, mitteilen.

Sie wissen ja, dass gerade schon einige Vorstösse in diesem Bereich eingegeben wurden auch von der LDP und es ist einfach so, dass die Dringlichkeit hier das Problem darstellt. Ich habe etliche Gespräche geführt mit Polizisten/Polizistinnen oder ehemaligen Polizisten und Polizistinnen, die jetzt beispielsweise bei der Staatsanwaltschaft beschäftigt sind, zum Beispiel auch in Baselland. Ich darf momentan über das Militär einen CHS machen, die sogenannte Staatsanwaltschaftsakademie, und habe dort einiges auch mitbekommen, was bei der Umfrage von Professor Schäfer, diese Umfrage wird ja gemacht und die Ergebnisse werden dann präsentiert werden, was dort auch herauskommen wird. Und da verstehe ich dann nicht, weshalb man einfach sagt, ja, es ist alles erkannt, wir machen etwas, und auf die anderen Vorstösse, die ja schon beantwortet wurden, sagt man, man will das im Gesamtkonzept anschauen, der gesamten kantonalen Arbeitsbedingungen.

Aber hier geht es um ein grundsätzliches staatliches Handeln. Die Kernfunktion von unserem Staat ist die Sicherheit und die funktioniert nicht mehr ausreichend. Wir haben wirklich ein grosses Problem und das wird sich noch akzentuieren. Das sagen viele Personen, die täglich auf der Strasse sind und sich mit dem auseinandersetzen müssen. Und darum verstehe ich es auch aus einem Symbol her nicht, weshalb jetzt hier die SP als staatstragende Partei sich verwehrt, diesen Vorstoss zu überweisen, auch wenn es nur ein Symbol wäre. Wenn ja genau diese Massnahmen gemacht werden, wie jetzt Tanja Soland soeben gesagt hat, dann schadet ja auch diese Motion nicht, dann kann man einfach sagen beim Bericht, das wird gemacht und wir schauen, dass es so schnell wie möglich passiert. Aber so sieht es dann halt auch aus, dass man das Problem nicht ganz so dringlich angehen will und mit dem habe ich ganz grosse Probleme.

Das heisst, es ist jetzt einfach wichtig, nicht nur als Signal gegenüber den betroffenen Personen, sondern auch als Signal gegenüber der Bevölkerung, dass wir die Sicherheit hochschätzen und als Kernfunktion des Staates akzeptieren und diesen unterstützen wollen. In anderen Bereichen sind wir dann auch sehr offen, schnell Gelder zu sprechen. Hier sind ja die Gelder auch nicht genau quantifiziert, sondern wir wollen einfach eine substanzielle Erhöhung. Schwierig ist es, diese zu quantifizieren, wenn ja dieser Lohnvergleich, den wir gehört haben, auch nicht öffentlich ist, was ja schon lange gefordert wurde. Das heisst, wir tapen hier im Dunkeln und gerade deshalb ist diese Motion umso wichtiger, dass wir den Druck hochhalten und endlich eine Verbesserung herbeigeführt wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Werte Kolleginnen und Kollegen, wir fahren heute Nachmittag mit der Beratung dieses Geschäfts fort mit Pascal Pfister, Oliver Thommen und dann vielleicht dem Motionär, wenn sich nicht noch weitere melden. Danach kommen die Interpellationen und dann die Resolutionen.

Schluss der 16. Sitzung

11:59 Uhr

Protokoll

der 17. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 5. Juni 2024, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Stefan Wittlin (SP); Raffaela Hannauer (GAB); Christian C. Moesch (FDP); Salome Bessenich (SP); Tonja Zürcher (GAB); André Auderset (LDP); Franziska Roth (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

12. Motion 2 Pascal Messerli und Michael Hug betreffend der Polizeiberuf muss in Basel-Stadt wieder attraktiv werden: Lohnerhöhung jetzt! 3
10.1. Interpellation Nr. 68 Tonja Zürcher betreffend EuroAirport-Firmen im Dienst autoritärer Regimes 10
10.2. Interpellation Nr. 69 Eric Weber betreffend Steueramt im Stresstest 11
10.3. Interpellation Nr. 70 Brigitte Gysin betreffend Französisch an den Gymnasien BS im Zusammenhang mit dem Projekt WEGM 11
10.4. Interpellation Nr. 71 René Brigger betreffend gesetzeswidrige Fristüberschreitungen des Bau- und Gastgewerbeinspektorates 12
10.5. Interpellation Nr. 72 Bruno Lötscher-Steiger betreffend vollständige oder teilweise Rückerstattung der Gewinn-Überschüsse der IWB an die Kundinnen und Kunden 12
10.6. Interpellation Nr. 73 Joël Thüring betreffend Sympathisanten der Hamas-Terroristen an der Universität Basel 12
10.7. Interpellation Nr. 74 Nicole Kuster betreffend Universitäts-Standorte im Kanton Basel-Landschaft 15
10.8. Interpellation Nr. 75 Gabriel Nigon betreffend Unterfinanzierung der Universität Basel und Einsatz von Reserven zum Ausgleich ungenügender Globalbeiträge stoppen 16
10.9. Interpellation Nr. 76 Jessica Brandenburger betreffend Sensibilisierung der Strafverfolgungsbehörden im Umgang mit Hassdelikten im Netz 17
10.10. Interpellation Nr. 77 Melanie Nussbaumer betreffend mehr Ressourcen für Kinder und Jugendliche in einer Krise 18
10.11. Interpellation Nr. 78 Annina von Falkenstein betreffend künftiger Finanzbedarf der Universität Basel 18
10.12. Interpellation Nr. 79 Alex Ebi betreffend stärkere finanzielle Unterstützung von Basler Sportvereinen mit Teams in den zwei obersten nationalen Ligen 20
10.13. Interpellation Nr. 80 Pascal Messerli betreffend der Totentanz ist gestorben 20
10.14. Interpellation Nr. 81 Oliver Bolliger betreffend Massnahmen gegen rekordhohe Krankenkassen-Schulden im Kanton Basel-Stadt 22
10.15. Interpellation Nr. 82 Heidi Mück betreffend Inselstrasse 62-66: legitimiert der Kanton missbräuchliche Kündigungen? 23
10.16. Interpellation Nr. 83 Nicola Goepfert betreffend IWB entzieht 30 Bewohner:innen Wasser und Strom 24
10.17. Interpellation Nr. 84 Felix Wehrli betreffend Besetzung von Uni-Räumlichkeiten 24
10.18. Interpellation Nr. 85 Barbara Heer betreffend Umsetzung der Revision des Sexualstrafrechts in Basel-Stadt 26
10.19. Interpellation Nr. 86 Daniela Stumpf Rutschmann betreffend Zahlen und Fakten zum Asylchaos 27
10.20. Interpellation Nr. 87 Sandra Bothe betreffend Verbesserung des Pausenplatzes Schulhaus Rittergasse im Kontext der Umgestaltung der Archäologischen Informationsstelle „Murus Gallicus“ 27
10.21. Interpellation Nr. 88 Patrick Fischer betreffend Bandenkriminalität in Basel-Stadt 27

10.22. Interpellation Nr. 89 Lorenz Amiet betreffend Hilferuf der Architekten wegen den Zuständen im Bauinspektorat 29
90. Resolution Johannes Sieber und Konsorten betreffend die Austragung des Eurovision Song Contest 2025 in Basel 29
91. Resolution Erich Bucher und Konsorten betreffend Tiefbahnhof Basel SBB 33

Beginn der 17. Sitzung

Mittwoch, 5. Juni 2024, 15:00 Uhr

12. Motion 2 Pascal Messerli und Michael Hug betreffend der Polizeiberuf muss in Basel-Stadt wieder attraktiv werden: Lohnerhöhung jetzt!

[05.06.24 15:00:21, 24.5145.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zu unserer Nachmittagssitzung. Wir fahren fort mit Traktandum 12. Das Wort geht an Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Der Personalunterbestand bei der Basler Kantonspolizei ist ein Problem. Die Polizei übernimmt eine sehr wichtige Aufgabe in unserer Gesellschaft. Ich habe grössten Respekt vor den Polizistinnen und Polizisten, die täglich ihre Arbeit verrichten und möchte mich an dieser Stelle bei ihnen bedanken.

Das Problem des Personalunterbestands sind vor allem die Kündigungen. Die Polizei bildet an sich genug Leute aus, damit die demografische Entwicklung vom Korps aufgefangen werden könnte. Das Problem sind die Kündigungen und diese verursachen einen gewissen Leidensdruck bei der Polizei.

Das Problem braucht Lösungen und wir von der SP sind bereit, bei diesen Lösungen mitzuarbeiten. Es tut mir aber leid, dass ich hier den Umzug ein bisschen stören muss, die vorliegende Motion werden wir nicht unterstützen. Das macht am Ende nicht viel aus, weil die Motion. angesichts der Kreuztabelle angenommen werden wird. Es ist ein sehr populäres Thema, es gibt ja sogar einen GLP-Politiker, der eine Initiative dazu angekündigt hat. Wir sehen aber das Wesen als staatstragende Partei, lieber Michael Hug, nicht von jeder populistischen Forderung gerade einzuknicken.

Auch die SP ist grundsätzlich nicht gegen Lohnerhöhungen bei der Polizei. Wir haben den Tatbeweis dazu erbracht mit der Arbeitsmarktzulage. Die SP ist auch nicht grundsätzlich gegen mehr Polizist:innen. Auch hier haben wir den Tatbeweis erbracht. Wir waren für die Aufstockung des Korps. Das Problem ist, dass das hat nur bedingt funktioniert. Ich möchte den dialogbereiten Kolleginnen und Kollegen und auch den Journalist:innen sagen, dass der Lohn alleine nicht reicht. Es gibt auch andere wichtige Baustellen, und ich vertraue darauf, dass jetzt auf dem Basler Medienplatz auch die differenzierte Sichtweise wahrgenommen wird.

Wichtig sind zielgerichtete Massnahmen. Wir hatten eine Aufstockung, da es Unterbestand gab. Dort stellt sich für uns auch die Frage, was mit dem Geld passiert ist, das dafür zur Verfügung gestellt worden ist, da ja nicht alle Stellen haben besetzt werden können. Eine weitere wichtige Massnahme ist der Lohn. Darum haben wir die Arbeitsmarktzulage unterstützt. Die Zahlen, die in der Motion genannt werden, sind eben nicht korrekt, weil bei den Einstiegslöhnen die Arbeitsmarktzulage nicht eingerechnet ist. Weiter gibt es die Delegation Arbeitgeberattraktivität aufgrund der hängenden Vorstössen Wehrli und Hug, die jetzt ihre Arbeit aufgenommen hat und die eben das ganze Lohnband anschaut und die anschauen wird, wie die Löhne bei der Polizei tatsächlich sind und ob es wirklich Bedarf für Lohnerhöhungen gibt.

Ein weiteres Problem sind die Wochenenddienste. Es ist natürlich ein Problem, dass wir eine 24 Stundengesellschaft haben, dass wir Demos haben, Fussballspiele, die dazuführen. Es mehrfach ist mehrfach als grosses Problem anerkannt, dass die Polizist:innen zu viele Wochenendeeinsätze haben. Jetzt kann man konstatieren, dass es nach einer Eskalationsphase, die es in den letzten Jahren gegeben hat, auch dank der Dialogbereitschaft von Regierungsrätin Stephanie Eymann und von der Polizeileitung, wieder ruhiger geworden ist, und diese Deeskalation zahlt sich aus. Auch da müssen wir hinschauen und wir müssen auch versuchen, dass wir die Polizei so entlasten können.

Noch ein anderes Beispiel ist die Situation im Kleinbasel mit den Drogenkonsumentinnen und -konsumenten. Dort haben alle Departemente zusammengearbeitet. Das GD mit den Kontakt- und Anlaufstellen, das WSU mit den Notschlafstellen, das BVD mit der Stadtgärtnerei und dem Rangerdienst - alle zusammen sind gefordert, man darf die Polizei nicht allein lassen. Man kann die Polizei auch anders entlasten.

Drittens Führungskultur: Ich habe auch verschiedene Gespräche geführt und ich will nicht in diesem Saal öffentlich schmutzige Wäsche waschen, aber auch da darf man die Augen nicht verschliessen. Wegschauen ist keine schlaue Politik.

Es gehört zum politischen Spiel, Druck auszuüben, damit man Geld bekommt. Es gehört aber auch zur Aufgabe der Parlamentarierinnen und Parlamentarier dafür zu schauen, dass das Geld zielgerichtet ausgegeben wird. Wenn die Motion jetzt überwiesen wird, gibt es ja in drei Monaten eine Antwort. Dann werden wir hoffentlich auch die Lohnvergleiche in den Bericht aufnehmen können, die wir dann wirklich aufgrund von Fakten werden diskutieren können. Wir werden dort sehen, was mit dem Geld für die nicht besetzten Stellen passiert ist und auch der Bericht von Herrn Schefer, der heute schon mehrmals angesprochen worden ist, wird dann vorliegen. Und dann können wir bei der zweiten Überweisung noch einmal darüber diskutieren, welches die richtigen und wichtigen Massnahmen sind und diese nicht einfach iosoliert betrachten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben Besuch. Ich freue mich ausserordentlich, dass wir heute Nachmittag Besuch auf der Zuschauertribüne haben. Vielleicht haben Sie gesehen, am Rathaus hängt eine Fahne in schwarzweiss, aber es ist nicht der Baslerstab drauf. Soeben eingetroffen ist das Ratsbüro des Kantonsrates des Kantons Appenzell Ausserrhoden. Die Delegation wird angeführt von Kantonsratspräsident Hannes Friedli. Weitere Anwesende sind Walter Raschle, Hans Koller, Marco Sütterle, Fraktionsvertreter der FDP. Walter Raschle ist der erste Vizepräsident und Hans Koller der zweite Vizepräsident Sie werden auch bald ihre Ämter wechseln. Dann zu den Fraktionsvertreten, wie schon genannt Marco Süterle für die FDP, Margrit Müller für die PU, das sind die Parteiunabhängigen, das habe ich gelähmt, da gibt es einige davon in Appenzell, Martina Jucker für die SP, Claudia Frischknecht, Fraktionsvertreterin die Mitte-EVP-GLP, Renzo Andreani für die SVP (er ist ein Heimweh-Basler oder ein Exil-Basler), Roger Nobs, Ratsschreiber, Sabina Baumgartner, Leiterin Parlamentsdienst, Anja Giezendanner, Mitarbeiterin Parlamentsdienst.

Herzlich willkommen bei uns in Basel. Ich freue mich sehr, dass ihr hier seid und wünsche euch einen spannenden Aufenthalt (*Applaus*).

Nächster Fraktionssprecher ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Ich bin mit sehr vielem einig, was mein Vorsprecher gesagt hat und was die Analyse der jetzigen Situation betrifft. Man muss durchaus auch einen kritischen Ansatz haben und sich fragen, ob in dem Departement in den letzten Jahren wirklich die richtigen Akzente gesetzt worden, ob richtigen Schwerpunkte gerade im Personalwesen gesetzt worden sind oder nicht. Das ist eine Frage, die beantwortet werden muss und ich hoffe, dass das dann einerseits mit der Stellungnahme zu dieser Motion aber dann auch aufgrund der Analyse der Umfrage, die im Moment läuft, gemacht wird, der Fall sein wird.

Der zweite Punkt, der mich als Mitglied der GPK beschäftigt ist, dass wir über 100 Vakanzen haben. Wie viele es dann wirklich sind, werden wir ja wahrscheinlich noch hören. Das ist eine Situation, die sehr ausserordentlich ist für eine Dienststelle. Es ist klar, es sind viele Menschen dort angestellt, aber es sind trotzdem 100 Vakanzen, es ist ein beträchtlicher Anteil derjenigen Stellen, die überhaupt frei sind. Es ist also nicht so, dass es in anderen Dienststellen gleich viele Vakanzen geben würde, sondern es ist wirklich etwas Ausserordentliches.

Unsere Fraktion bittet Sie auch deshalb zu einem Ja zu dieser Motion, damit wir eine Stellungnahme erhalten, denn die Situation ist wie gesagt, alarmierend und ich glaube, es braucht hier auch den Wink des Grossen Rates an den Regierungsrat, dass es auch beim Lohn eine Verbesserung geben muss. Natürlich ist der Lohn nur ein Bestandteil des Entgelts, das man durch den Arbeitgeber erhält, aber es ist ein sehr wichtiges, gerade wenn man vielleicht nicht so viel verdient. Der Lohn ist ein ganz wichtiger Bestandteil, der einen dazu verleitet, eine Stelle anzunehmen oder nicht, insbesondere wenn man unter diesem Druck steht, unter dem die Polizei in der Öffentlichkeit immer steht. Man ist auch eine öffentliche Person, gerade in den letzten Jahre, in denen wir sehr viele aussergewöhnliche Situationen für die Polizistinnen und Polizisten gesehen haben aufgrund der Umstände, die wahrscheinlich politisch gewollt sind oder zumindest in der Strategie der Polizeileitung sind. Das sind Punkte, die die Leute am Boden dann tragen müssen und ich denke, da gibt es ein Verhältnis, gerade wenn man in andere städtische Korps, angesichts derer wir wirklich nicht gut dastehen.

Der zweite Punkt ist die Umfrage, die ansteht. Ich denke, der Grosse Rat kann sich, wenn diese Umfrage publiziert wird, wenn diese analysiert wird, in der Stellungnahme wirklich ein tief greifendes Bild vorliegen haben und wird sich in der Auseinandersetzung über eine allfällige Erfüllung der Motion oder nicht, oder wie es diese weiterbehandelt wird, wirklich auch im Details auseinandersetzen und ich denke, es ist aufgrund der wirklich alarmierenden Situation auch absolut gerecht, dass das im Grossen Rat geschieht.

Das gleiche gilt für die die regierungsrätliche Delegation zur Arbeitsattraktivität. Ich denke, dort passiert viel und das ist auch wichtig. Nicolas Goepfert wird das vielleicht noch näher beleuchten können, er kennt das noch etwas besser. Da geht es voran, aber das Zeichen des Grossen Rates, dass auch beim Lohn etwas passieren muss, möchten wir hier mitgeben. Ich danke für die Überweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Patrick Fischer.

Patrick Fischer (SVP): Die Arbeitsmarktzulage ist bereits genannt worden, sie ist da, aber die Kriminalpolizei hat man dabei vergessen, sie ist nicht berücksichtigt worden. Ich will auch diese hier noch erwähnen. Gerade die Kriminalpolizei ist in einer sehr hohen Belastung ausgesetzt. Es ist nicht einfach wie beim Tatort am Sonntagabend. Es ist Arbeit mit Opfern und mit Tätern, es heisst Schilderungen entgegennehmen, in jedem Detail, von Opfern und von Tätern. Das kann sehr belastend sein, es verfolgt einem im Privaten. Und wichtig ist auch, dass es hier eine Entlohnung gibt, mit der man diesen Leuten Respekt zollt.

Dann kommt auch quantitativ die Überbelastung dazu.l Man konnte es lesen, 30'000 Verfahren im Jahr 2023, die durch die Kriminalpolizei erledigt werden muss. Die Leute sind überlastet und es gibt krankheitsbedingte Ausfälle. Hinzu kommt die Verunsicherung hinsichtlich Kripo zur Kapo. Da weiss man immer noch nicht, was geht. Kann ich meine Arbeitsstelle behalten? Wie sieht das weiter aus? Da sind Unsicherheiten da und das muss man auch berücksichtigen

Und schliesslich noch zur Polizei: Das sind vereidigte Leute und die setzen ihr Leben aufs Spiel, wie wir traurigerweise gerade letzte Woche aus Deutschland haben erfahren müssen. Auch aus eigener Erfahrung bin ich in meinen 25 Jahren bei Demonstrationen mit Steinen beschossen, mit Holzlatten und mit Säure angegriffen worden, mit Messer verletzt worden, und ich war auch an einer Schiesserei. Ich habe dem Tod ins Auge geglickt und ich weiss wovon ich rede. Jeder dieser Polizisten ist jeden Tag bereit, für Ihre Sicherheit und für die Sicherheit von allen in dem Kanton sein Leben und seine Gesundheit zu Opfern oder zumindest zu gefährden. Und jeder Polizist will eigentlich nur eins, sei es bei einer Demo oder sei es beim normalen Dienst: Er will gesund zu seiner Familie zurück und sein Leben ganz normal führen können.

Ich habe gehört, Regierungsrätin Tanja Soland hat gesagt, sie seien dran. Das ist gut. Ich hoffe aber auch, dass das ein bisschen schneller geht, denn wir verlieren jeden Tag gute Leute. Es sind nicht die schlechten, die gehen, es sind die qualifizierten Polizisten, in der Kripo wie auch in der Kantonspolizei, die uns in andere Korps verlassen. Wenn dann einmal später die Massnahmen greifen, dann müssen wir wieder auf die Suche gehen nach diesen Leuten. Es ist schnell jemand verloren, aber jemanden zhu gewinnen, das ist relativ schwierig. Der Lohn ist nicht alles, da bin ich mit Pascal Pfister völlig einig. Es braucht dringend weitere Massnahmen. Aber der Lohn ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Darum bitte ich Sie um die Zustimmung, auch wenn ich mich selber enthalten muss.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen, eine von Beda Baumgartner und eine von Eric Weber. Sie werden beide angenommen. Zuerst hat Beda Baumgartner das Wort.

Beda Baumgartner (SP): Gehe ich richtig in der Annahme, dass Sie jetzt ausschliesslich zu Ihrem direkten Beruf geredet haben und warum man in Ihrem Beruf den Lohn erhöhen soll?

Patrick Fischer (SVP): Nein, ich bin der Meinung, dass ich über die Kripo und die Kantonspolizei geredet habe.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Sie haben gesagt, Sie seien verletzt und geschlagen worden. Hat es denn Verurteilungen gegeben, wenn Polizisten angegriffen worden sind?

Patrick Fischer (SVP): Ja, wo es möglich war.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (GAB): Wer heute die Baz gelesen hat, hat erfahren, dass wir dieser Motion zustimmen, wir sind aber kritisch. Schon bei der Arbeitsmarktzulage hatten wir zugestimmt und dort angemerkt, dass wir erwarten, dass die Arbeitsbedingungen insgesamt angeschaut werden. Die Polizei und ihre Departementsleitung scheinen aber vor allem viel Zeit damit zu verbringen, sich zu überlegen, welche Gadgets sie sich für die Kapo als nächstes anschaffen können. Wir hatten über Drohnen geredet. Und endlich in diesem Jahr ist eine unabhängige Untersuchung gestartet worden, und das erst

dreieinhalb Jahre, nachdem Regierungsrätin Stephanie Eymann im Amt ist. Diese Untersuchung hat das Potenzial, geeignete Massnahmen zu finden und nicht blindlings einzelne Punkte durchzuboxen ohne zu wissen, ob das überhaupt das gewünschte Resultat bringt. Dort werden nicht nur Gespräche auf der Strasse geführt, wie das Michael Hug macht, sondern dort werden systematische Gespräche geführt und analysiert und es wird geschaut, was es braucht. Ja, der Lohn, vor allem der Einstiegslohn bei der Basler Polizei ist tief, aber der Lohn ist dabei nur ein Faktor unter vielen, der für die Attraktivität ausschlaggebend ist.

Regierungsrätin Stephanie Eymann schafft mit ihrer repressiven Strategie gegen Demonstrationen massiv Überstunden. Sie muss lernen, vernünftig mit den Ressourcen und vor allem mit ihren Mitarbeiter:innen umzugehen, und das ist aktuell nicht der Fall. Das ist aber ein Führungsproblem. Unter diesem Führungsproblem müssen die Polizist:innen nicht mit ihrem Lohn leiden. Ich als Gewerkschaftssekretär halte deshalb kein Votum gegen höhere Löhne, auch nicht bei der Polizei. Aber eine Lohnerhöhung muss eingebettet sein in Massnahmen, welche die Situation insgesamt verbessern und uns wird ja versprochen, und das wird hoffentlich auch gemacht, dass es insgesamt ein Paket gibt und die Löhne auf jeden Fall angehoben werden.

Aber Regierungsrätin Stephanie Eymann steht weiterhin in der Pflicht, auch wenn diese Motion überwiesen wird, die Arbeitsbedingungen insgesamt bei der Polizei zu verbessern. Der Lohn ist nicht nur bei der Polizei zu tief. Auch zum Beispiel bei der Sanität sind 22 Stellen nicht besetzt, und auch in anderen Bereichen stehen sie unter Druck. Es ist deshalb wichtig, dass der Lohn von allen Kantonsangestellten überprüft wird. Fleur Weibel und ich haben für das GAB einen Vorstoss ausgearbeitet, der fordert, dass die Löhne von allen Kantonsangestellten überprüft werden, sowohl zwischen dem Departement als auch im Vergleich zu anderen Kantonen. Und da zählen wir dann aber auch auf die Unterstützung von Michael Hug und Pascal Messerli. In dem Sinne sagen wir Ja zu dieser Motion, es braucht aber weitere Massnahmen, sowohl bei der Polizei als auch eine Analyse der Löhne insgesamt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Wir sagen Nein zum Vorstoss und nicht zur Polizei. Das sind zwei unterschiedliche Dinge. Wir machen nicht Politik der Grossbuchstaben und auch nicht Politik der Ausrufezeichen. Wir machen Politik, die es wagt nachzufragen. Und in diesem Sinne fragen wir auch hier, ob diese Motion der richtige Weg ist. Natürlich sind wir für fairen Lohn von Staatsangestellten, dafür setzen wir uns in der SP Basel-Stadt seit nunmehr 134 Jahren ein. Ich erlaube mir hier deshalb eine rhetorische Frage: Wo waren Sie denn alle, oder besser wie stimmen Sie sonst, wenn wir bessere Arbeitsbedingungen in der Verwaltung wollen?

Jetzt die SP als Schuldige anzuprangern ist vielleicht verführerisch, aber es ist falsch. Ich bitte Sie, und damit meine ich auch oder auch gerade die Medien, zu sehen, dass diese Schuldzuweisung gegen uns vor der eigentlichen Diskussion wirklich ablenkt und abbringt. Das dient der Sache nicht. Lassen Sie die Regierung doch jetzt einmal arbeiten und schauen, welche Vorschläge sie macht, und zwar die gesamte Regierung, das ist nicht nur Regierungsrätin Stephanie Eymann und Regierungsrätin Tanja Soland, sondern es ist ein Kollektiv.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich wollte eigentlich nicht reden. Aber jetzt wo ich die Diskussion mitverfolge, habe ich gefunden, dass man als alter Politikprofi sprechen muss. Und darum möchte ich ganz pointiert zu meinem Vorredner, Nicola Goepfert, Stellung nehmen. Er hat vor mir gesprochen, Sie erinnern sich an seine Rede. Er hat gesagt, er stimme dieser Sache zu. Ich habe vergessen, den Grünen eine Zwischenfrage zu stellen, wahrscheinlich wäre sie nicht angenommen worden. Darum packe ich sie in meine Rede ein.

Eric Weber (Fraktionslos): Wie wollen Sie das Ihren Wählern vermitteln? Das frage ich Sie. Als Grossrat seit 41 Jahren darf ich Ihnen sagen, dass Ihnen die Wähler mit dieser Abstimmung heute in Scharen davonlaufen werden zur SP. Das kann ich Ihnen garantieren. Sie wissen ganz genau, als wir jung waren, gab es die Grünen noch nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Bitte sprechen Sie zur Motion und nicht zu den Grünen.

Eric Weber (Fraktionslos): Man muss aber trotzdem festhalten, Herr Präsident, ich bin Journalist, und wenn man die Basler Zeitung von heute liest, wird das Thema, das ich jetzt anspreche, thematisiert, auf Seite 1.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ja bitte, thematisieren Sie es auch und fahren Sie fort mit Ihrer Rede.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich hoffe auf Abweichler bei den Grünen. Ich habe grossen Respekt vor der grössten Partei in Basel, der SP, der auch Sie angehören, Herr Präsident.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Dies ist ein erster Ordnungsruf. Bitte sprechen Sie zur Motion oder hören Sie auf mit Ihrem Votum.

Eric Weber (Fraktionslos): Gut, ich komme zum Schluss, aber gestatten Sie, dass ich den Satz zitieren darf, der da ganz gross auf der Seite 1 steht. Da steht, die Basler SP blamiere sich. Da steht - und das ist eben falsch und das muss ich richtigstellen –, dass die SP-Fraktionsleitung den Bürgerlichen dann auch noch Wahlkampfmanöver vorwerfe zeige, dass die Genossinnen und Genossen die Ideologie über die Sachpolitik stellten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir möchten nicht, dass Sie uns Texte aus der Zeitung vorlesen. Wenn Sie etwas zu sagen haben, sagen Sie es und sonst verlassen Sie bitte das Rednerpult.

Eric Weber (Fraktionslos): Als alter Profi sage ich, die Ideologie gewinnt die Wahlkämpfe, und darum ist das gut von der SP. deologie gewinnt die Wahlkämpfe und nicht das, was da in der Zeitung steht. Das muss man wissen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Es geht hier nicht um Löhne. Es geht hier in erster Linie um die Sicherheit unserer Bevölkerung. Wir hatten einen Unterbestand an 90 Polizeibeamten schon im Herbst. Wir haben jetzt einen Unterbestand von 120. Wie soll man hier noch Arbeitsbedingungen schaffen, die für die Polizisten und die Polizistinnen erträglich sind? Wie soll man da noch überhaupt die Kriminalität bekämpfen können? Es geht darum, wirklich rasch Schritte einzuleiten. Wie viele Studien und Abklärungen wollen Sie denn noch machen? Das geht ja ewig so. Ich habe einfach nicht mehr die Geduld, zuzuschauen, wie einfach noch mehr überlegt wird und nach mehr abgeklärt wird und noch einmal Umfragen gemacht werden, ob es jetzt der Lohn oder das Wochenende ist. Es muss jetzt etwas gehen, jetzt, und zwar weil die Bevölkerung sicher sein muss, weil wir die Kriminalitätsquote senken müssen, weil wir für die Leute schauen müssen, die an der Front sind, die geschlagen werden, die einstecken müssen, wir haben es gehört. Das geht so nicht mehr weiter. Wir können nicht mehr länger Daumen drehen, danke, wenn Sie das überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin mit einem zweiten Votum ist Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich möchte noch kurz etwas sagen zu den Lohnvergleichen. Da wurde ich angesprochen, Michael Hug hat gefragt, wann diese denn endlich öffentlich werden. Wir haben ja bei Ihrer Interpellation im April gesagt, dass wir das abklären. Es gibt ja jedes Jahr Lohnvergleiche, allgemeine in der Schweiz und dann macht man manchmal, wenn man das möchte auch noch spezifische. Die Firma Perinnova verbietet diese Veröffentlichung. Da gibt es eine Vertraulichkeitsklausel. Sie haben uns aber jetzt etwas zusammengestellt, das wir veröffentlichen dürfen. Ich habe das gestern erhalten. Ich finde es nicht so selbsterklärend, aber wir werden das jetzt anschauen, wie wir das machen. Die Vergleiche, die ich anschaulicher finde, darf man selbstverständlich in den Kommissionen verlangen und wir würden das vorstellen, auf jeden Fall.

Und noch zu Andrea Strahm: Sie sagt, wir würden nichts machen und es sei jetzt dringend. Wir haben die Arbeitsmarktzulage aus diesem Grund gesprochen. Wir haben letztes Jahr die Arbeitsmarktzulage eingeführt, weil wir den Lohn angeschaut haben. Das ist ein Bestandteil, und wir haben gesagt, wir machen das jetzt und wir haben es dort gemacht, wo es aufgrund unserer Daten notwendig war. Das heisst nicht, dass die Berufsgruppen, die das nicht erhalten haben,

keinen Respekt verdienen, Sie verdienen genau so Respekt, aber es war auf der uns vorliegenden Grundlage nicht gleich notwendig wie bei der Polizei, die an vorderster Front arbeitet. So haben wir entschieden, notfallmässig, und haben das gemacht.

Wenn Sie mir sagen, das sei ein Symbol, dann kann ich das verstehen und entgegennehmen. Das nehmen wir ernst und mit dem arbeiten wir. Der Grund, warum der Regierungsrat die Motion so nicht entgegennehmen will, ist wegen dem strikten Text, und da liegt es an mir, Ihnen zu sagen, das was sie hier schreiben, kann ich Ihnen nicht bieten bis dann. Da möchte ich ehrlich. Aber das Signal und was Sie gesagt haben, das höre ich, das nehmen wir ernst, und zwar die ganze Regierung. Ich glaube aber nicht erst dann, wenn Sie die Motion überweisen. Wir wissen das und wir bemühen uns. Aber wir haben schon etwas gemacht und weiteres wird folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächst der Einzelsprecher ist Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Wenn ich vorher die Voten von SP-Mitgliedern gehört habe, dann haben die Medien genau ins Schwarze getroffen. Die Fraktionspräsidien haben einen Brief genau zu dieser Motion bekommen von einem Polizisten, der eigentlich sehr eindrücklich ist. Und es geht um diese Motion. Darum erlaube ich mir, daraus ganz wenig Sätze vorzulesen. Es ist so, dass noch immer, Monat für Monat wertvolle Mitarbeitende kündigen, und es sind oftmals die guten, die gehen. Das zeigt auf, dass die Arbeitsmarktzulage eigentlich nichts gebracht hat. Es ist zu wenig. Diejenigen, die sich dann doch für Basel-Stadt entscheiden, werden für 250’000 Franken ausgebildet, nur um sie danach an andere Polizeien oder die Privatwirtschaft zu verlieren. Man stelle sich auch das vor. Wir haben vorher über Geld diskutiert in den Kommissionen, das ist vielmehr Geld, das verloren geht.

Gerne wird damit argumentiert, dass der Lohn nicht das wichtigste Kriterium ist, um Mitarbeitende zu finden, zu binden und zu halten. Das mag sein, aber wenn das Missverhältnis so krass ist, dann spielt es sehr wohl eine entscheidende Rolle. Auch ich bin aber der Meinung, dass der Lohn nicht der Hauptgrund für die Abgänge sind.

Es gibt Fälle von Gewalttaten, unter anderem auch häusliche Gewalt, bei denen es keine unmittelbar verfügbare Patrouille hat, die der gewaltbetroffenen Person in ihrer Notlage helfen kann. Man stelle sich auch das einmal vor.

Wir hatten und haben nachts Situationen, in welchen gerade einmal drei Mitarbeitende für das ganze Kleinbasel beziehungsweise fünf für das ganze Grossbasel verfügbar waren. Der Normaldienst kann so kaum noch aufrechterhalten und ausserordentliche Ereignisse schon gar nicht bewältigt werden. Basel-Stadt hat seit Jahren die höchste Kriminalitätsrate der Schweiz. Gleichzeitig ist nicht nur die Ordnung, sondern die Sicherheit unserer Bevölkerung gefährdet. Wollen wir in einer Stadt leben, in welcher das Gesetz des Stärkeren statt Rechtsstaatlichkeit herrscht?. Es ist nicht fünf vor zwölf, sondern Mitternacht und ziemlich düster.

In diesem Sinne muss ich die Regierung schon ein bisschen ankreiden, dass nicht viel schneller vorwärts gemacht wird. Ich verstehe es nicht. Es braucht vielleicht auch einen Effort der Regierung, um hier tatsächlich richtig zu reagieren. Es ist bedenklich, wenn Polizisten sich so an die Politik wenden müssen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein zweites Votum gemeldet hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Jetzt komme ich so richtig auf Touren. Ich nehme Bezug zu meinen Vorrednern. Andrea Strahm hat gesagt, wir hätten keine Zeit mehr, um am Daumen zu drehen. Ich sage als Grossrat Eric Weber, doch, wir haben die Zeit, um weiterhin am Daumen zu drehen. Und das mache ich. Als Grossrat und Parteipräsident stimme ich mit der grössten Partei unseres Kantons.

Regierungsrätin Tanja Soland hat richtig gesagt, sie machen Lohnvergleiche, sie hat auch gesagt, sie nehme die Sache ernst. Und sie hat schon etwas gemacht und weiteres wird folgen. Sie hat das angekündigt, und wenn ich als Journalist die Basler Zeitung zitieren darf, steht da, dass es schon Lohnerhöhungen gibt.

Felix Wehrli von der SVP hat aus einem Brief vorgelesen. Das war hoch spannend. Und jetzt kommt der spannende Punkt. Es ist gesagt worden, die Ausbildung kosten den Kanton 250’000 Franken. Vier Polizisten ausbilden kostet also eine Million Schweizer Franken. Das ist viel Geld. Dann gehen die Polizisten weg. Da bin ich jetzt hellhörig geworden, ich habe es aufgeschrieben und werde auch dazu recherchieren. Ich kenne mich jetzt nicht so aus, aber als Journalist weiss ich, es gibt Verträge, und darin muss stehen, wenn sie die Ausbildung von uns bezahlt bekommen und den Job innerhalb von fünf Jahren wechseln, müssen sie uns die Ausbildung zurückzahlen. Das ist ein grosser Fehler, den wir hier begehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Darum geht es nicht in dieser Motion. Möchten Sie noch etwas zur Motion sagen?

Eric Weber (Fraktionslos): Wir hätten keine Probleme mit den Polizisten, wenn wir das in den Vertrag schreiben würden. Das darf ich doch sagen.

Es ist hoch spannend, was der Vorredner gesagt hat. Es hat eine Situation gegeben mit nur drei Polizisten für Kleinbasel im Einsatz. Das wusste ich auch nicht. Deshalb muss man das im Vertrag festhalten. Dann muss man halt Verstärkung holen aus dem Badischen Bahnhof. Da muss man einfach mitdenken und Basel ist nicht so gross. Dann bitte ich, dass Regierungsrätin Stephanie Eymann mit der deutschen Polizei spricht, denn dort sind jede Nacht hundert Polizisten im Einsatz, und die helfen gerne.

Es hiess, es könne nicht sein, dass der Stärkere Recht hat und die Polizei habe nicht Recht. Also so schlimm ist es natürlich noch nicht. Die Polizei kommt schnell und die Polizei reagiert noch. Das glaube ich also nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen damit zum Motionär Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Besten Dank für die angeregte Debatte. Ich freue mich, dass sechs von sieben Fraktionen diese Motion unterstützen.

Ich möchte noch ein paar Dinge richtigstellen, die im Vorfeld der Debatte behauptet wurden. Es geht mir nicht darum, mit dem Finger auf einzelnen Fraktionen zu zeigen, das überlasse ich anderen. Aber es wurden gewisse Behauptungen aufgestellt, die ich so nicht teilen kann. Die erste Behauptung war, die SVP würde die LDP brüskieren. Das stimmt nicht. Ich bin sehr froh, dass Michael Hug heute Zweitunterzeichnender dieser Motion ist und ich kann alles, was er in seinem Votum heute gesagt hat, zu 100 Prozent unterstützen und unterschreiben. Zweitens wurde in der Basler Zeitung heute geschrieben, dass wir mit dieser Motion Regierungsrätin Stephanie Eymann aus der Verantwortung nehmen würden und das Problem Regierungsrätin Tanja Soland aufhalsen würden. Also diese Gedanken habe ich mir wirklich noch nie gemacht, wie man auf das kommen könnte. Da sind dann wirklich der Fantasie keine Grenzen gesetzt, und ich glaube auch nicht, dass die SVP-Fraktion jemals Regierungsrätin Tanja Soland bei diesem Thema kritisiert hat.

Es stimmt aber, und da mache ich keinen Hehl daraus, dass wir von der SVP-Fraktion sicherheitspolitisch mit dem Gesamtregierungsrat insbesondere in dieser Legislatur unzufrieden sind. Man hat das Thema nicht schwerpunktmässig behandelt, man hat es beispielsweise auch nicht in den Legislaturplan aufgenommen. Der aktuelle Polizeinotstand ist nicht nur ein kleiner Notstand, es ist ein grober Missstand, wir sprechen von aktuell 120 Vollzeitstellen, und seit 2022 hat dieser Unterbestand um 40 Prozent zugenommen. Es tut mir Leid, das sagen zu müssen, geschätzte Frau Regierungsrätin Soland, aber mündliche Bekenntnisse, dass man da dran ist und das Argument mit der Arbeitsmarktzulage reicht in diesem Fall halt einfach nicht, wenn wir einen derartigen Missstand haben. Dass es bald Lösungen benötigt und nicht erst in fünf Jahren dann einmal etwas kommen soll, das sollte dann eigentlich uns allen klar sein. Ich bin da sehr bei Andrea Strahm.

Die Motion ist offen formuliert. Wir fordern hier keine konkreten Zahlen. Meiner Meinung nach kann es aber nicht sein, dass wir insbesondere bei den Einstiegslöhnen im schweizweiten Vergleich im unteren Drittel sind. Da gehören wir eher ins obere Drittel. Wir sind der kriminellste Kanton der Schweiz. Dementsprechend ist auch der Polizeiberuf, anspruchsvoller und anstrengender. Ich bin selbst Strafverteidiger, wenn ich einen Pikettag habe im Kanton Basel-Stadt, dann klingelt das Telefon teilweise fünf oder sechs Mal, wenn ich es im Kanton Aargau habe, teilweise gar nicht oder vielleicht einmal, und dementsprechend können Sie sich ja auch vorstellen, wie die Situation an der Front bei der Polizei ausschaut. Wir haben, um die Stadt etwas positiver zu erwähnen, sehr viele Events, Fussballspiele, Grossveranstaltungen, was aber wiederum auch ein Mehraufwand für die Polizistinnen und Polizisten am Wochenende bedeutet. Dementsprechend bin ich auch der Meinung, dass dieser Beruf in unserem Kanton auch entsprechend besser entlöhnt werden muss. Wir sind im übrigen bei diesem Thema auch offen und kompromissbereit falls es andere Punkte gibt, die man in einen entsprechenden Ratschlag einbauen möchte, um diesen Polizeiberuf attraktiver gestalten zu können.

Ich lade Sie heute ein, machen wir es doch wie Herr Celestini, dass wir im kantonalen Lohnvergleich beim Polizeiberuf nicht mehr ganz weit hinten stehen, sondern mit dieser Motion in der Tabelle etwas hochklettern, dass wir den Polizeibestand etwas stabilisieren können und langfristig sicherheitspolitisch Erfolge erzielen können. Ich danke Ihnen für die Überweisung der Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen über die Motion Pascal Messerli und Michael Hut betreffend «Der Polizeiberuf muss in Basel-Stadt wieder attraktiv werden, Lohnerhöhungen jetzt» ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 25 Nein, 5 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003591, 05.06.24 15:44:48]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird überwiesen mit 62 Ja-Stimmen gegen 25 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen. Wir springen damit zurück zu Traktandum 10 und den aktuellen Interpellationen.

10.1. Interpellation Nr. 68 Tonja Zürcher betreffend EuroAirport-Firmen im Dienst autoritärer Regimes

[05.06.24 15:45:03, 24.5217.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie ist nicht anwesend. Deshalb geht das Wort an den Regierungsrat.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1: Für den Regierungsrat gilt, dass die Geschäftsbeziehungen und Geschäftsaktivitäten einer Firma vollumfänglich in interner Verantwortung liegen. Weder kennt der Regierungsrat die Geschäftsbeziehung der Firmen noch noch kommentiert er diese, weder bei Firmen in Basel-Stadt noch bei Firmen am Euroairport. Selbstverständlich hat der Regierungsrats Kenntnis von Medienartikeln über einzelne Firmen.

Zu Frage 2: Als Standortkanton des Flughafens ist Basel-Stadt an der Flughafengesellschaft mitbeteiligt. Der Kanton hat aber keine Verantwortung für die Steuerung der Geschäftstätigkeit der am Flughafen tätigen Unternehmen. Die am Euroairport tätigen Unternehmen, seien es Unternehmen aus den Bereichen Industrie- Fracht- oder Passagierverkehr, haben sich an die jeweiligen gesetzlichen Vorgaben zu halten.

Zu Frage 3: Die beiden Firmen sind im Bereich des Flugzeuginnenausbaus und der Flugzeugwartung tätig. Es ist für den Regierungsrat nicht erkenntlich, dass diese Tätigkeiten mit verfassungsmässigen Grundrechten kollidieren. Was die Kundenbeziehung der Firmen angeht, gilt in der Schweiz wie auch in Frankreich die Wirtschaftsfreiheit. Alle Firmen können entsprechend innerhalb der gesetzlichen Vorgaben ihren wirtschaftlichen Tätigkeiten nachgehen. Ausschlaggebend für die Unternehmen am Wirtschaftsstandort Basel-Stadt ist, dass sie alle geltenden Gesetze einhalten.

Zu Fragen 4 und 5: Der Euroairport als gemeinsame öffentlichrechtliche Institution von Frankreich und der Schweiz ist gebunden an die Grundsätze des staatlichen Handelns, namentlich der Rechtsmässigkeit, Rechtsgleichheit, Verhältnismässigkeit, Verbot von Willkür und Ermessensmissbrauch, Treu und Glaubens sowie Verfahrensschutz. Auf dieser Grundlage und in Achtung der sowohl in Frankreich und der Schweiz geltenden Wirtschafts- und Eigentumsfreiheit gestaltet der Flughafen seine eigenen Geschäftsbeziehungen. Er muss dabei davon ausgehen, dass Firmen am Euroairport ihre Aktivitäten im Rahmen der geltenden Gesetze ausüben. Eine Einflussnahme darauf, wie die Firmen auf der Plattform ihrer jeweiligen Geschäftsbeziehung gestalten, steht dem Flughafen nicht zu.

Zu Frage 6: Es ist nicht Sache der Flughafengesellschaft, Menschenrechtsverletzungen zu verfolgen. Dies obliegt den Strafverfolgungsbehörden im Rahmen der staatlichen und internationalen Rechtsordnung.

Zu Frage 7: Der Regierungsrat verweist hier auf seine Antwort zu Frage 1.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin ist abwesend. Daher ist die Interpellation erledigt.

10.2. Interpellation Nr. 69 Eric Weber betreffend Steueramt im Stresstest

[05.06.24 15:48:05, 24.5218.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant will begründen.

Eric Weber (fraktionslos): Die Steuerverwaltung ist bei vielen Leuten nicht beliebt. Sie erinnern sich an die grossen Reportagen in der Basler Zeitung vor acht Jahren, als ein Mann oder eine Frau Pulver ins Finanzamt Basel eingeschossen hat. Sachlich gesagt finde ich es frech vom Finanzamt. Der Kanton setzt uns Fristen, aber umgekehrt gibt es keine Fristen, wie schnell das Finanzamt uns antworten muss. Viele Steuerzahlende warten über ein oder sogar zwei Jahre, bis sie wissen, was sie bezahlen müssen. Darum frage ich in meiner Interpellation ganz sachlich nach Zahlen, und ich frage in der letzten Frage ganz exakt nach Zahlen. Oft werden unsere Fragen gar nicht beantwortet. Deshalb stelle ich ganz sachlich die Frage, wie viele Steuerveranlagungen für das Jahr 2022 bis Ende März 2024 noch nicht fertiggestellt sind. Ich bitte um eine genaue Zahl. Deshalb gestatte ich mir, die Frage vorzulesen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Bitte lesen Sie Ihre Interpellation nicht vor, sie liegt uns vor.

Eric Weber (fraktionslos): Ich möchte meine Interpellation begründen. Es ist mein Recht als Grossrat, diese Zahlen zu erfahren. Und wenn mir diese Zahlen nicht genannt werden, werde ich noch einmal eine Interpellation eingeben. Ich weiss schon jetzt, dass ich keine Zahlen erhalten werde. Ich möchte daran erinnern, dass die Fristenkarte abgeschafft worden ist. Wenn man vom Kanton eine Frist erhält, hat man als Bürger und Mensch auch ein Recht zu verlangen, dass man bis zu einer gewissen Frist eine Antwort erhält.

Ich fände es anständig vom Steueramt, wenn sie schreiben würden, dass sie sich bemühen und man in ca. zwei bis vier Wochen von ihnen hören werde. Das wäre mein Vorschlag. Aber so ein Brief kommt nicht. Das wäre dem Bürger gegenüber freundlich. Und es ist ein normales Recht.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen zur nächsten Interpellation.

10.3. Interpellation Nr. 70 Brigitte Gysin betreffend Französisch an den Gymnasien BS im Zusammenhang mit dem Projekt WEGM

[05.06.24 15:52:30, 24.5221.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Möchte die Interpellantin begründen? Sie möchte.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Meine Interpellation steht im Zusammenhang mit der sogenannten Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität, einer eidgenössischen Reform, die unter anderem die Fächer Wirtschaft und Recht und Informatik zu Grundlagenfächern macht.

Nachdem die eidgenössischen Vorgaben beschlossen worden sind, sind nun die Kantone an der kantonalen Umsetzung und schon unter dem Amtsvorgänger des jetzigen Erziehungsdirektors und auch unter dem Amtsvorgänger des jetzigen Leiters Mittelschulen und Berufsbildung wurden dazu erste Pflöcke eingeschlagen. Und zu einem dieser Pflöcke ist meine Interpellation. Seit vielen Jahren hat der Kanton Basel-Stadt in der Bildung die Bedeutung des Französischunterrichts hoch gehalten. Französisch wird an der Primarschule vor Englisch unterrichtet und die Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien besuchen den Französisch-Unterricht bis zur Maturität, und dies obwohl schon seit 1995 die offizielle Regelung

der eidgenössischen Maturität lautete, dass im Grundlagenfach zweite Landessprache mindestens zwei Sprachen angeboten werden müssen. Aber aufgrund der Bedeutung des Französisch für unsere Region zur Grenze nach Frankreich hat Basel-Stadt entgegen der Regelung auch bis heute dieses Obligatorium des Französischunterrichts bis zur Matura beibehalten.

Möglicherweise hat das Erziehungsdepartement wichtige Gründe dafür, nun von dieser langjährigen Praxis abzuweichen. Nur hat es diese Gründe bisher nicht kommuniziert. A propos Kommunikation: Diese doch recht tiefgreifende Änderung wurde in der Medienmitteilung vom 6. Februar in sehr verklausulierter Form vermittelt. So hiess es dort: «Zusätzlich erhalten Schülerinnen und Schüler eine neue Wahlmöglichkeit bei den Sprachen. So muss sichergestellt sein, dass sie im obligatorischen Grundlagenfach zweite Landessprache aus mindestens zwei Landessprachen auswählen können.» Ob hier allen beim Lesen der Medienmitteilung klar war, dass damit Französisch nicht mehr bis zur Matur besucht wird? Und wie begründet wird, warum man nun dieser Regelung jetzt Folge leisten will, war in der Medienmitteilung und auch an anderen Informationsanlässen bisher kein Thema. Es entsteht ein wenig der Eindruck, dass hier eine wichtige Änderung an der Öffentlichkeit vorbeigeschmuggelt worden ist.

Mit meiner Interpellation möchte ich darum der Regierung die Möglichkeit geben, die Überlegungen hinter diesem Entscheid darzulegen. Ein bisschen überrascht bin ich, dass es scheinbar nicht möglich gewesen ist, nun heute diese Überlegungen darzulegen. Immerhin geht es ja um einen Entscheid, der bereits getroffen worden ist. Es ist also anzunehmen, dass zu allen Fragen bereits differenzierte Überlegungen angestellt und Abklärungen gemacht worden sind. Entsprechend hätte ich schon erwartet, dass es heute möglich ist, diese Überlegungen auch zu präsentieren. Aber umso gespannter bin ich nun auf die schriftliche Beantwortung meiner Fragen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen damit zur Interpellation Nr. 71.

10.4. Interpellation Nr. 71 René Brigger betreffend gesetzeswidrige Fristüberschreitungen des Bau- und Gastgewerbeinspektorates

[05.06.24 15:55:57, 24.5225.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Ich komme damit zur Interpellation Nr. 72.

10.5. Interpellation Nr. 72 Bruno Lötscher-Steiger betreffend vollständige oder teilweise Rückerstattung der Gewinn-Überschüsse der IWB an die Kundinnen und Kunden

[05.06.24 15:56:11, 24.5226.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist nicht hier. Die Interpellation wird schriftlich beantwortet. Wir kommen zur Interpellation Nr. 73.

10.6. Interpellation Nr. 73 Joël Thüring betreffend Sympathisanten der Hamas-Terroristen an der Universität Basel

[05.06.24 15:56:28, 24.5227.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Somit geht das Wort an Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Der Regierungsrat hält eingangs in aller Deutlichkeit fest, dass er die von den Besetzenden an der Universität gerichtete Forderung, die Zusammenarbeit mit israelischen Bildungseinrichtungen zu unterbinden, ablehnt.

Zu Frage 1: Die Universität ist in Basel auf über 80 Liegenschaften verteilt, die zum Teil mehrere Eingänge haben. Eine umfassende Eingangskontrolle ist nicht umsetzbar.

Zu Frage 2: Die Eingangskontrollen durch Securitas wurden auf besonders exponierte Gebäude ausgeweitet. Bei kleineren Gebäuden, welche über ein elektronisches Schliesssystem verfügen, haben nur Berechtigte mit Badge Zutritt.

Zu Frage 3: Die Universitätsleitung hat das erste Ultimatum verlängert, weil sich dank der Vermittlung durch den Direktor von Swisspeace die Ansicht eröffnete, eine Eskalation zu vermeiden und die Besetzung ohne Polizeieinsatz zu beenden.

Zu Frage 4: Bei der Besetzung der Liegenschaft am Petersgraben 52, alte Gewerbeschule, handelt es sich um ein Gebäude, in dem neben der Universität auch andere eingemietet sind. Aus diesem Grund wurde umgehend mit dem Kanton als Eigentümer des Gebäudes die Zuständigkeit für das Stellen eines Strafantrags wegen Hausfriedensbruch geklärt. Der Kanton hat zeitnah entschieden und kommuniziert. Bei der dritten Besetzung der Liegenschaften Petersgraben 27 und 29, Institut für Soziologie und musikwissenschaftliches Seminar wurde unmittelbar nach der Besetzung ein Strafantrag durch die Universität gestellt. Die Universität Basel hat bereits beim ersten Räumungsantrag festgehalten, dass sie auch um eine Räumung ersucht, falls die Liegenschaftsbesetzer in andere Gebäude der Universität ausweichen sollten, dies unter Erweiterung des Strafantrags.

Zu Frage 5: Die Universität hat unmittelbar nach der Besetzung des Bernoullianum Strafantrag eingereicht und um eine Räumung gebeten. Auch bei der Besetzung der Liegenschaften Petersgraben 27 und 29 am 24. Mai 2024 hat die Universität mit dem Strafantrag gleichzeitig um eine polizeiliche Räumung gebeten.

Zu Frage 6: Für das Führen der universitären Geschäfte ist das Rektorat zuständig. Die Mitglieder des Universitätrats wurden über die Geschehnisse und die Entscheidungen jeweils zeitnah informiert.

Zu Frage 7: Die Universität hat versucht, die Eskalation durch eine polizeiliche Räumung zu vermeiden und damit auch Sach- und Reputationsschaden abzuwenden. Sie hat den Direktor Swisspeace deshalb gebeten, die Protestierende im Dialog zur Beendung der Besetzung des Bernoullianums zu bewegen.

Zu Frage 8. Wo immer rechtliche Schritte gegen die Besetzenden möglich waren, hat die Universität diese ergriffen.

Zu Frage 9. Als die Kantonspolizei aufgrund der Räumungsbegehren anrückte, befanden sich die besetzenden Personen nicht mehr in den universitären Liegenschaften. Die Personenkontrollen wurden auf öffentlichem Grund vorgenommen.

Zu Frage 10: Die Universität hat bei der Polizei die Herausgabe allfälliger Personendaten beantragt. Sie behält sich die Massnahmen vor.

Zu Frage 11: Die Konsequenzen für Universitätsangehörige werden geprüft, wenn allfällige Personendaten von der Polizei an die Universität Basel übergeben werden.

Zu Frage 12: Die rund 50 Dozierenden haben sich nicht direkt mit den Besetzenden und ausdrücklich nicht mit ihren Forderungen solidarisiert. Sie haben einen Aufruf unterzeichnet, der die Universitätsleitung aufforderte, den Dialog zu suchen. Der Aufruf wurde lanciert, bevor bekannt wurde, dass der Direktor von Swisspeace einen Appell an die Besetzenden richten wird.

Zu Frage 13: Die Rektoren und eine Vertretung des Rektorats haben sich mehrfach mit jüdischen Studierenden getroffen, um deren Anliegen entgegenzunehmen und sie zu unterstützen.

Zu Frage 14: Der Regierungsrat stellt der Universität insgesamt ein gutes Zeugnis aus, konnten doch weitere Eskalationen bisher verhindert werden.

Zu Frage 15: Der Einfluss der Proteste auf die Reputation der Universität lässt sich aktuell noch nicht abschliessend bewerten. Die Universität Basel sieht sich im Moment auch im Vergleich mit anderen Schweizer Universitäten langfristig keinen besonderen Reputationsrisiken ausgesetzt.

Zu Frage 16: Der Umgang mit der Besetzung von universitären Gebäuden liegt grundsätzlich in der Verantwortung der operativen Leitung. Die Mitglieder des Universitätsrats wurden zeitnah informiert. Die Verantwortung des Regierungsrates besteht dahingehend, in der Garantie der Grundrechte aller Beteiligten, der Meinungs- und Versammlungsfreiheit der Protestierenden einerseits, dem Hausfrieden und dem Recht auf einen ungestörten Betrieb der Universität andererseits.

Zu Frage 17: Die politische Neutralität der Universität war auch dank des umsichtigen Einsatzes der Universitätsleitung nie gefährdet. Im Gegensatz zur Universität als Institution sind deren Angehörige nicht auf politische Neutralität verpflichtet. Die Universität ist ein Ort der fachlich begründeten Diskussionen und lebt von unterschiedlichen Haltungen und Positionen ihrer Mitglieder, die diese im Rahmen der geltenden Rechtsordnung und des Verhaltenskodex der Universität frei vertreten dürfen.

Zu Frage 18: Derzeit läuft die Planung einer Serie von Podiumsdiskussionen im Herbstsemester 2024, in welcher der Konflikt im Nahen Osten breit akademisch abgestützt thematisiert werden soll. Die Universität ist derzeit auch daran, jenen Studierenden eine Plattform anzubieten, welche an einem konstruktiven Dialog ist interessiert sind.

Zu Frage 19: Jedes Individuum hat das Recht auf eine eigene politische Meinung und darf diese frei äussern. Während die Universität als Institution zu politischer Neutralität verpflichtet ist, kommt ihren Angehörigen das verfassungsmässige Recht auf freie Meinungsäusserung zu. Im akademischen Kontext sind alle Dozierenden, Professorinnen und Professoren angehalten, die Lehre und Forschung ergebnisoffen zu gestalten, ein breites Meinungsspektrum aufzuzeigen und dabei die akademischen Standards einzuhalten. Alle Universitätsangehörigen sind angehalten, den geltenden Verhaltenskodex der Universität zu beachten.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Joël Thüring (SVP): Ich danke Regierungsrat Mustafa Atici für die Beantwortung meiner Interpellationen. Es ist in der Kürze der Zeit nicht möglich, auf alles einzugehen. Hier wäre vielleicht auch eine schriftliche Antwort sinnvoller gewesen, weil die Tragweite meiner Fragen doch sehr breit und sehr gross ist.

Die Frage, die sich doch hier vor allem stellt, ist der Aufruf, der von diesen illegalen Besetzern ausgegangen ist. Es war letztlich der Aufruf «Forscht nicht mit Juden». Das war ihre Botschaft und das erinnert an die dunkelste Stunde des letzten Jahrtausends. Das ist die Botschaft ihres Appells, ihres Aufrufes und darüber hinaus mit solchen Menschen einen Dialog zu führen, halte ich für mindestens sehr naiv. Hier muss sich die Universität die Frage gefallen lassen, ob sie richtig reagiert hat oder ob sie es eben nicht getan hat. Ich bin der Meinung, sie hat nicht richtig reagiert, denn ansonsten wäre es ja kaum möglich gewesen, dass man diesen illegalen Besetzung zwei Ultimaten gewährt, bis man zur Einsicht gelangt, dass man ein universitäres Gebäude endlich räumt. Und es ist auch für die Glaubwürdigkeit einer Institution nicht förderlich, wenn man Ultimaten verstreichen lässt. Das weiss man auch aus der Kindererziehung, das kommt selten gut an, wenn man Ultimaten folgenlos verstreichen lässt.

Es ist selbstverständlich so, dass es rechtzeitig möglich gewesen wäre. Hier gibt es auch einen gewissen Dissens zwischen den Informationen, die Regierungsrat Mustafa Atici hier in diesem Hohen Haus mitteilt und dem, was man hört, wenn man mit der Polizei spricht. Man hat zwar sehr frühzeitig einen Strafantrag gestellt, die Räumung wurde aber nicht gleichzeitig einverlangt, weil man ja auch noch in diesen Dialog treten wollte. Und es ist schon ein wenig zynisch, wenn Sie dann ausgerechnet einen Professor Goetschel als Dialogleiter in dieses Gebäude führen, dieser Herr Goetschel, der wenige Wochen zuvor aufgefallen ist mit Relativierungen zur Frage, ob man die Terrororganisation Hamas in der Schweiz verbieten soll oder nicht. Er hat dieses Verbot abgelehnt und Herr Goetschel wurde unter anderem deshalb auch mit seinem Swisspeace-Institut im Landrat, einem Partner der Universität Basel, abgestraft. Die Gelder für sein Institut wurden gestrichen. Es ist also doch etwas seltsam, wenn man nun ausgerechnet Herrn Goetschel quasi als Dialogführer in dieses Haus führen möchte. Mir wurde auch berichtet, dass die Besetzer auch sehr international organisiert waren. Diese Besetzungen, die ja nicht nur an der Universität Basel stattgefunden haben, sind international koordiniert gewesen und sie kommen nicht aus einem Friedensecken, sie kommen aus der Ecke derjenigen, die diesen Terroranschlag in Israel zumindest begrüsst und befürwortet haben und kurz danach zum Beispiel in Berlin zur Feier dieses Anschlages auch Süssigkeiten verteilt haben.

Das zeigt sich dann auch bei der dritten und letzten Besetzung. Dort hatten dann diese Besetzer die Unverschämtheit, das Gebäude am Petersgraben 27 dann noch umzubenennen, in – und ich verzeihe, ich werde den Namen wahrscheinlich nicht richtig aussprechen können – Bassel Al-Araj-Institut, das ist eine bekannte Symbolfigur der Organisation Samidoun, die in Deutschland als Terrororganisation eingestuft wurde und verboten ist. Dieser Bassel Al-Araj ist ein palästinensischer Terrorist, welcher Anschläge auf Israel plante und bei einem Feuergefecht, als ihn die Polizei verhaften wollte, ums Leben kam.

Das ist der Geist dieser Besetzerinnen und Besetzer und die Rektorin Frau Schenker-Wicki hat zehn Tage gebraucht, bis sie sich nach öffentlichem Druck, auch durch Medienmitteilungen verschiedener Parteien, der LDP, der Grünliberalen, der SVP endlich in die Basler Zeitung begeben hat zu einem Interview, in dem sie sich dann zwar von Antisemitismus distanziert, das ist eine Selbstverständlichkeit, aber eben auch nur sehr spät dazu öffentlich Stellung genommen hat. Hier hätten wir erwartet, dass es auch im Sinne der Universität richtig wäre, wenn Frau Schenker-Wicki als zuständige Rektorin sich frühzeitiger auch in der Öffentlichkeit zu Wort meldet, und hier hätten Sie, Herr Regierungsrat Atici, gemeinsam mit Ihrer Kollegin aus Basel-Landschaft, Frau Regierungsrätin Gschwind, die ja beide Mitglieder auch des Universitätsrates sind, selbstverständlich Einfluss nehmen können, dass Frau Schenker-Wicki rascher und auch etwas wortgewaltiger diese Besetzungen kritisiert hätte.

Ich teile deshalb auch ihre Meinung nicht, dass man der Universitätsleitung ein gutes Zeugnis ausstellen kann, wenn eine gewisse Einigkeit herrscht in der öffentlichen Wahrnehmung, dann die, dass die Universität zu spät und zu zögerlich

gehandelt hat. Und das sehen nicht nur SVP-Grossräte und andere Bürgerliche so, das sehen auch Studentinnen und Studenten so. Gehen Sie einmal mit all den Studentinnen und Studenten diskutieren, die eben nicht in dieser Besetzung involviert waren. Die fanden das weder toll noch angemessen und die haben sich ebenfalls gefragt, weshalb die Universität nur so zögerlich gehandelt hat, erst recht noch in einer Prüfungs- und Lernphase.

Deshalb bin ich mit der Beantwortung der Interpellation und der Stellungnahme des Regierungsrates nicht zufrieden und ich werde mir erlauben, diese Fragen vertieft auch dann in der IGPK Universität im Rahmen der Hearings zur Rechnung 2023 zu stellen. Die Universität muss uns hier noch entsprechend Auskunft erteilen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

10.7. Interpellation Nr. 74 Nicole Kuster betreffend Universitäts-Standorte im Kanton Basel-Landschaft

[05.06.24 16:10:10, 24.5230.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Damit hat Regierungsrat Mustafa Atici das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1: Der Regierungsrat steht im regelmässigen Austausch mit dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft. Die Gespräche finden auf unterschiedlichen Ebenen statt und haben zum Ziel, in transparenter und vorausschauender Form konstruktive Lösungen der anstehenden Fragen zu finden. Ein Gegenstand der aktuellen Verhandlungsgespräche ist dabei selbstverständlich auch der geplante Neubau für die juristische und die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät auf Baselbieter Boden auf dem Dreispitz.

Zu Frage 2: Die Frage, ob in Inhalte oder in Beton investiert werden soll, greift nach Ansicht des Regierungsrats zu kurz, denn eine zeitgemässe Infrastruktur ist Voraussetzung für eine gute Hochschullehre und eine wettbewerbsfähige Forschung. Selbstverständlich gehört die stetige Überprüfung der Vorhaben und der optimalen Mittelallokation zu den ständigen Aufgaben der Entscheidungsgremien. Sie spielt daher auch in den aktuellen Verhandlungsgesprächen eine prominente Rolle.

Zu Frage 3: Der Universitätsvertrag sieht in § 33 Abs. 3bis die Überprüfung der Höhe des Standortsvorteils explizit vor. Die Überprüfung wird bei erheblichen und langfristig wirkenden Änderungen der örtlichen Ansiedlungen der Universität vorgenommen. In den Erläuterungen zur Teilrevision wird mit Blick auf das Vorhaben auf dem Dreispitz spezifiziert. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn ein grosses Institut, das bisher in einem Kanton angesiedelt war, seinen Standort in den anderen Kanton verlegt.

Zu Frage 4: Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft weiss um die Bedeutung der Universität Basel für unsere gemeinsame Wissens- und Wirtschaftsregion. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt verlässt sich deshalb darauf, das ist die Exekutive unseres Partnerkantons Gewicht und Geltung dieser gemeinsamen Institution politisch zu vermitteln und zu verteidigen versteht.

Zu Frage 5: Die beiden Trägerkantone und die Universität konnten sich im vergangenen Jahr einvernehmlich über eine Regelung zur Verwendung und Äufnung des Eigenkapitals der Universität einigen, wie dies in den Parlamentsvorlagen zur aktuellen Leistungsauftragsperiode angekündigt wurde. Es ist im Sinne der Universität und Ausdruck ihrer Autonomie, dass sie das Eigenkapital aufbauen und bis zu einer in der Eigenkapitalregelung vereinbarten Untergrenze auch verwenden kann. Die Planungssicherheit und die Risikofähigkeit ist durch eine kontrollierte Auflösung von Eigenkapitalalso nicht beeinträchtigt. Der Regierungsrat teilt gleichzeitig die Haltung, dass die Universität in der nächsten Leistungsperiode über genügend Träger- und Eigenmittel verfügen muss, um den Leistungsauftrag der Trägerkantone erfüllen zu können. Dieser Grundsatz gilt übrigens nicht nur für die nächste Leistungsperiode 2026 bis 2029, sondern auch für die folgenden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu beantworten, on sie mit der Antwort zufrieden ist.

Nicole Kuster-Simon (LDP): Besten Dank für Ihre Antwort. Basel hat die älteste Universität der Schweiz. In den über 550 Jahren gab es immer wieder schwierige Zeiten. 1528 war wegen der Reformation nur ein einziger Student immatrikuliert, oder nach der Teilung des Kanton Basel stand die Uni vor enormen finanziellen Herausforderungen. Nun stehen wir wieder an einem schwierigen Punkt. Es wurden extreme Forderungen im Nachbarkanton gestellt, welche zum Glück einer Mehrheit im Landrat abgelehnt wurden. Die LDP nimmt dies besorgt zur Kenntnis, weshalb wir die drei Interpellationen eingereicht haben. Wir dürfen weder von einer Volluni abweichen noch den Univertrag gefährden, denn der komplexe Univertrag beinhaltet sowohl den Standortvorteil wie auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Es kann nicht sein, dass dieses gute Regelwerk grundsätzlich in Frage gestellt wird. Vielmehr muss geschaut werden, wo punktuell etwas verbessert werden kann.

Im Landrat wurde vorgeschlagen, den zeitlichen Horizont des Standorts Dreispitz zu überdenken. Entsprechend wurde die vorliegende Interpellation im Zeichen einer partnerschaftlichen Universität und im Zeichen der Zusammenarbeit eingereicht. Wie die Baselbieter Regierung plant die Basler Regierung den neuen Standort vorausschauen und will mit zeitgemässer Infrastruktur wettbewerbsfähig sein.

Ich schliesse aus der Antwort ein klares Bekenntnis, dass die Regierung sich für unsere Universität einsetzen will, eine Universität, die lange Tradition hat und weiterbestehen soll. Eine Universität, die genügend Mittel hat, um den Leistungsauftrag zu erfüllen. Entsprechend hoffe ich, dass bei allen das Bewusstsein geschärft ist und alle sich entsprechend einsetzen werden. Ich bin zufrieden mit der Antwort, wenn diese wirklich so umgesetzt wird.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin ist mit der Beantwortung zufrieden. Die Interpellation ist somit erledigt.

10.8. Interpellation Nr. 75 Gabriel Nigon betreffend Unterfinanzierung der Universität Basel und Einsatz von Reserven zum Ausgleich ungenügender Globalbeiträge stoppen

[05.06.24 16:16:20, 24.5231.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit hat das Wort Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Zu Frage 1: Es ist richtig, dass die Universität Basel in den letzten Jahren jeweils mit einem negativen Betriebsergebnis abgeschlossen hat. Dafür lassen sich zwei Hauptursachen identifizieren. Zum einen ist die Universität von der unerwartet hohen Teuerungen betroffen, was vor allem ihre Personalkosten steigern lässt, zum anderen stagnieren die Einnahmen aus den Grundbeiträgen des Bundes und aus der interkantonalen Universitätsvereinbarung wegen sinkender Tarifansätze und Studierendenzahlen. Es ist daher zu erwarten, dass die Universität aufgrund dieser Entwicklungen auch in den kommenden beiden Rechnungsjahren ein beträchtliches Defizit aufweisen wird. Die Universität verfügt gegenwärtig über genügend Eigenkapital, um diese Risiken innerhalb der laufenden Leistungsauftragsperiode eigenständig tragen zu können.

Zu Frage 2: Die Eigenkapitalausstattung ist eine wichtige finanzielle Steuerungsgrösse, denn sie bildet die Entwicklungs- und Risikofähigkeit der Universität ab. Eine solide Eigenmittelausstattung stellt sicher, dass die Universität risikofähig ist, unvorgesehener Ereignisse bewältigen und Wachstumschancen wahrnehmen kann. Umgekehrt soll die Universität aber auch nicht mehr Eigenkapital zur Verfügung haben, als für die Erfüllung ihrer Aufgaben und ihrer Risikoabsicherung nötig ist. Es ist also im Sinne der Universität und Ausdruck ihrer Autonomie, dass sie Eigenkapital aufbauen und bis zu einer in der Eigenkapitalregelung vereinbarten Untergrenze auch verwenden kann. Die Planungssicherheit und Risikofähigkeit ist durch eine kontrollierte Auflösung von Eigenkapital nicht beeinträchtigt. Die beiden Trägerregierungen werden für die nächste Leistungsauftragsperiode eine Eigenkapitalregelung festlegen, die sich auf § 36 Abs. 1 des Universitätsvertrags stützt.

Zu Frage 3: Das aktuelle Defizit der Universität ist exogenen Faktoren wie Teuerung und stagnierenden Beiträgen des Bundes und anderer Kantone und nicht ungenügenden Trägerbeiträge geschuldet. Unter anderem für solche unvorgesehenen und zum Zeitpunkt der Leistungsauftragserfüllung unvorhersehbaren Ereignisse wird das Eigenkapital der Universität gebildet.

Zu Frage 4: Ein unkontrollierter Abbau von Eigenkapital würde den Betrieb der Universität in der Tat akut gefährden. Eine solche Situation liegt nach Ansicht des Regierungsrats aktuell aber nicht vor. Das Eigenkapital wurde in den letzten drei Jahren zwar von 523 Millionen während 2022 auf 467 Millionen per Ende 2023 um 56 Millionen Franken in drei Jahren

reduziert. Dabei kamen aber vor allem gebundene Mittel zum Einsatz, und dies vornehmlich in der Sparte Immobilien. Die freien Reserven der Universität steigen im selben Zeitraum von 61,5 Millionen Franken auf 69,5 Millionen Franken an.

Zu Frage 5: Das Eigenkapital der Universität stellt sicher, dass sie risikofähig ist, unvorgesehener Ereignisse bewältigen und Wachstumschancen wahrnehmen kann. Es ist im Sinne der Universität und Ausdruck ihrer Autonomie, dass sie Eigenkapital aufbauen und im Rahmen der betrieblichen Notwendigkeiten unterjährig auch verwenden kann. Die Eigenkapitalausstattung bildet jeweils einen zentralen Gegenstand der Verhandlungen zwischen den Trägerkantonen und der Universität zu den vierjährigen Leistungsauftragsperioden. Im Rahmen dieser Verhandlungen wird auch über die vorgesehene Bildung und Verwendung von Eigenkapital im Sinne von § 36 Abs. 1 des Universitätsvertrags entschieden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Gabriel Nigon (LDP): Ich bin mit der Antwort zufrieden, auch deshalb, weil die Materie sehr komplex ist und es viele Interdependenzen gibt. Nichts desto trotz erlaube ich mir folgende Bemerkungen. Wenn ich die Antwort richtig verstanden habe, wird es auch in Zukunft betriebliche Defizite geben, zumindest in den nächsten zwei Jahren wegen den sogenannten unerwarteten exogenen Ereignissen. Diese Ereignisse wie Teuerung und stagnierende Zuwendungen der öffentlichen Hand können jedoch für die nächste Leistungsauftragsperiode nicht mehr als unerwartet gelten. Die neu zu verhandelnde Regelung der Eigenkapitalausstattung und -verwendung hilft hier nur bedingt weiter. Gefragt sind betriebswirtschaftliche Massnahmen und nicht der Abbau von Eigenkapital. Und vor allem muss die öffentliche Hand, sprich der Bund und der Kanton Basel-Landschaft, ihre Verantwortung wahrnehmen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

10.9. Interpellation Nr. 76 Jessica Brandenburger betreffend Sensibilisierung der Strafverfolgungsbehörden im Umgang mit Hassdelikten im Netz

[05.06.24 16:23:10, 24.5232.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit hat das Wort für den Regierungsrat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Einleitung: Dem Regierungsrat ist es ein wichtiges Anliegen, Toleranz und Akzeptanz von unterschiedlichen Lebensformen zu fördern sowie alle Menschen vor Diskriminierung zu schützen. Auch das Schweizer Stimmvolk setzte in der Abstimmung vom 9. Februar 2020 ein klares Zeichen gegen Diskriminierung, als es die Erweiterung von Artikel 261bis Strafgesetzbuch mit 63,1 Prozent Zustimmung angenommen hat. Seit dem 1. Juli 2020 stehen Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung unter Strafe. Da es sich um ein Offizialdelikt handelt, ist die Polizei verpflichtet, entsprechende Anzeigen entgegenzunehmen, unabhängig davon, ob die Anzeige stellende Person selbst betroffen ist oder nicht. Es gilt indes zu betonen, dass Hassdelikte weit über Diskriminierung und Aufruf zu Hass nach Artikel 261bis StGB hinaus geben können. So kann jeder Straftatbestand, wie zum Beispiel Einschüchterung, Körperverletzung oder Mord, ein Hassdelikt darstellen. Ob ein Verbrechen als Hassdelikt einzustufen ist, hängt von der tatsächlichen Motivation der Täterschaft ab.

Zu Fragen 1, 2, 3 und 4: Im Zusammenhang mit der politischen Forderung nach systematischer Erfassung von Hassdelikten hat die Kantonspolizei Basel-Stadt kürzlich einen nationalen Benchmark durchgeführt, um zu eruieren, ob andere Kantone Hate Crimes ebenfalls erfassen und falls ja, wie. Dabei stellt es sich heraus, dass es für Polizistinnen und Polizisten oftmals schwierig ist, Hassdelikte zu erkennen und richtig zu deklarieren. Weiter hat sich gezeigt, dass unterschiedliche Vorstellungen von Hassdelikten bestehen und es wichtig ist, eine klare Definition zu formulieren, um den Polizistinnen und Polizisten Handlungssicherheit zu geben. Angesichts dieser Ergebnisse erkannte die Kantonspolizei des Kantons Basel-Stadt auch innerhalb des eigenen Korps Ausbildungsbedarf. Entsprechend hat sie zum Thema Hassdelikte ein E-Learning mit anschliessendem Webinar zur Vertiefung spezifische Fragen erstellt. Diese ab Sommer 2024 zur Verfügung stehende Schulung ist von allen uniformierten Mitarbeitenden der Kantonspolizei zu absolvieren. Der Regierungsrat wird sich im Rahmen der Berichterstattung zum Anzug Wyss betreffend eine Statistik im Bereich LGPTI-feindlichen Aggressionen in Kürze detaillierter dazu äussern. Die Kantonspolizei wird zudem prüfen, die spezifische Form von Hate Crimes, die sich im

Internet ereignen, in das vorgenannte E-Learning zu integrieren oder eine ergänzende Schulung dazu anzubieten. Ebenso Gegenstand einer zusätzlichen Ausbildung soll die vertiefte Auseinandersetzung mit den Themen Diskriminierung im Allgemeinen sowie Cybercrime sein.

Zu Frage : Mit den bereits initiierten und noch zu prüfenden Massnahmen soll gewährleistet werden, dass Hassdelikte ungeachtet dessen, ob sich diese im Netz oder in der analogen Welt ereignen, erkannt, systematisch erfasst und Anzeigen infolge eines Verstosses gegen Artikel 261bis StGB entgegengenommen werden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Jessica Brandenburger (SP): Vielen Dank für die Beantwortung meiner Fragen. Ich sehe, dass Sie den Bedarf erkannt haben und dass Sie auch Engagement zeigen in der Beseitigung dieser Probleme und das freut mich sehr. Ich hoffe, die angekündigte Schulung erzielt ihre Wirkung, denn Verstösse gegen die Diskriminierungsstrafnormen sind Offizialdelikte und deshalb ist es kein Nice-to-have, wenn die Behörden ermitteln, sondern sie haben die Pflicht dazu. Ich bin zufrieden mit der Beantwortung und ich bin Ihnen Frau Regierungsrätin sehr dankbar, wenn Sie das Thema weiterhin im Blick haben und bedanke mich für Ihr bisheriges Engagement.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist somit erledigt.

10.10. Interpellation Nr. 77 Melanie Nussbaumer betreffend mehr Ressourcen für Kinder und Jugendliche in einer Krise

[05.06.24 16:27:50, 24.5233.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin wünscht zu begründen.

Melanie Nussbaumer (SP): Ehrlich gesagt war ich gar nicht ganz sicher, ob ich diese Interpellation noch einmal einreichen soll. Ich habe das nun aber getan, weil ich wirklich keine Geduld mehr habe. Es geht darum, dass wir alle wissen, dass viele Kinder und Jugendliche psychische Krisen haben, die Statistiken zeigen das, die Studien zeigen das, dass es vielen Jugendlichen nicht gut geht seit Corona. Ich habe bereits vor drei Jahren Fragen dazu gestellt. Damals hiess es, man gehe das an. Dann haben wir eine Motion eingereicht von Georg Mattmüller, die gefordert hat, dass es mehr stationäre Angebote gibt. Das wurde auch entgegengenommen.

Eigentlich sagt der Regierungsrat, er sehe das Problem, und gleichzeitig höre ich immer wieder von Betroffenen aus der Praxis, dass hier einfach nicht vorwärts gemacht wird. Es ist grundsätzlich ein Gesundheitsversorgungsproblem. Das Gesundheitsdepartement steht in der Verwantwortung, hier vorwärts zu machen, aber es ist auch bekannt, dass es interdisziplinär angegangen werden muss, dass auch das Erziehungsdepartement mitziehen muss, dass auch das WSU mitziehen muss. Hier habe ich den Eindruck von einem starken Gärtchendenken und dass das gegeneinander ausgespielt wird. Das geht so nicht weiter, denn viele Jugendliche sind in einer Krise. Das wartet nicht. Ich bitte den Regierungsrat, vorwärts zu machen, und deshalb habe ich diese Interpellation eingereicht, damit etwas getan wird.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen damit zur nächsten Interpellation.

10.11. Interpellation Nr. 78 Annina von Falkenstein betreffend künftiger Finanzbedarf der Universität Basel

[05.06.24 16:30:19, 24.5234.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit hat das Wort Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1: Der Finanzbedarf aufgrund der Teuerung und die Folgekosten aus der Überschreitung der Gesamtkosten des Neubaus Biozentrum werden bei der Festlegung der Globalbeiträge 2026 bis 2029 berücksichtigt. Ebenso ist sich der Regierungsrat der Verbindlichkeiten in der Immobilienplanung der Universität bewusst. Für die nicht werthaltigen Kosten des Neubaus Biozentrum haben die beiden Regierungen jeweils eine Rückstellung ausserhalb des Globalbeitrags gebildet.

Zu Frage 2: Wie hoch der Globalbeitrag an die Universität unter Berücksichtigung der Zusagen und des darüber hinausgehenden Bedarfs in der Leistungsauftragsperiode 2026 bis 2029 sein wird, ist Teil der beginnenden Verhandlungen mit der Universität.

Zu Frage 3: Dass die Universität aktuell betriebliche Defizite schreibt, hat zwei Hauptursachen. Neben der Teuerung, welche die Trägerkantone ausgleichen werden, sind es jetzt die stagnierende Beiträge von Bund und anderen Kantonen, die eine substanzielle finanzielle Herausforderung bedeuten. Wie damit umzugehen ist, ist Gegenstand der anstehenden Verhandlungen zwischen Universität und Trägerkantonen

Zu Frage 4: Das aktuelle Defizit der Universität ist exogenen Faktoren wie Teuerung und stagnierenden Beiträgen des Bundes und anderer Kantone geschuldet. Unter anderem für solche unvorgesehene und zum Zeitpunkt der Leistungsauftragregelung unvorhersehbare Ereignisse wird das Eigenkapital der Universität gebildet. Es ist im Sinne der Universität, dass sie Eigenkapital aufbauen und im Rahmen der betrieblichen Notwendigkeit unterjährig auch verwenden kann. Die Eigenkapitalausstattung auf Basis der kurz-, mittel- und langfristigen Planung bildet jeweils einen zentralen Gegenstand der Verhandlungen zwischen den Trägerkantonen und der Universität zu den vierjährigen Leistungsauftragsperioden.

Zu Frage 5: Die Universität verfügt mit dem Universitätsvertrag, ihrer Eigenkapitalausstattung und den vierjährigen Trägerbeiträgen über die nötige Planungssicherheit. Per 31. Dezember 2023 verfügte die Universität Basel über 467 Millionen Franken Eigenkapital. Davon sind 69,5 Millionen freie Reserven. Nach Ansicht des Regierungsrates verfügt die Universität demnach über genügend Eigenkapital, so dass der Betrieb der Universität nicht gefährdet ist.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit hat die Interpellantin Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Annina von Falkenstein (LDP): Vielen Dank für die Beantwortung dieser Interpellation rund um die Finanzierungssituation der Universität Basel und rund um die bereits gemachten Zusagen. Ich finde es sehr spannend, wir wissen jetzt sehr viel dazu, wie der Regierungsrat an diese Verhandlungen herangehen möchte, aber eher prozessuell als tatsächlich inhaltlich, Bekenntnisse sind hier leider wenige zu finden, was ich sehr schade finde. Ich hoffe sehr, dass die Universität weiss, welche Zusagen bereits erfolgt sind, denn meine Frage, wie klar es bereits ist, wie viel in diese nächste Leistungsperiode muss, wurde nicht beantwortet. Es wurde lediglich gesagt, dass das dann in der nächsten Leistungsauftragsperiode mitfinanziert wird.

Das ist keine gute Antwort auf diese Frage respektive die Frage wird nicht beantwortet. Wenn die Frage ist, wie hoch der Betrag ist und irgendein Wischiwaschi dazu kommt, dann ist das einfach keine gute Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen dem Parlament und dem Regierungsrat resp. dem Departement, das diese Antwort verfasst hat. Das finde ich extrem schade, weil die Universität nicht nur für unseren Kanton, sondern auch für die Region und für viele sekundäre Institutionen eine sehr hohe Relevanz hat und sehr viel Wert bringt.

Entsprechend hoffe ich wirklich, dass die Universität dann in der Verhandlung hartnäckig bleibt, die sie ja auch eine der Verhandlungspartnerinnen ist und dass da wirklich das Bekenntnis der Regierung unseres Kantons herauslockt.

Desweiteren vermisse ich sehr, dass festgehalten wird, dass die Teuerung und die stagnierenden Beiträge von Bund und anderen Kantonen eben einem strukturellen Defizit gleichen und dass ein strukturelles Defizit vermutlich auch die weiteren Jahre prägen wird, es sei denn, da ändert sich plötzlich etwas, was von Seiten des Bunds jetzt schon einmal nicht zu erwarten ist, und dass man entsprechend das auch einbinden muss in die weitere Finanzierungsplanung für die Universität.

Ich vermisse auch, dass die Reserveentnahme, die 2023 erfolgt ist, von der Universität nicht so gutgeheissen wurde, wie man medial entnehmen konnte. Auch da wäre es schön gewesen, das mitaufzunehmen, wenn schon gesagt wird, dass die Eigenkapitalausstattung «auf Basis der kurz-, mittel- und langfristigen Planung» angegangen wird. Ich denke wirklich nicht, dass die Reserven dieses Jahres für dieses strukturelle Defizit, für diese kurzfristige Ausgabe geplant gewesen sind.

Auch dass die vierjährige Planungsperiode als nötige Planungssicherheit abgetan wird, überrascht mich, denn wir möchten eine Volluniversität behalten, es ist eine sehr führende Forschungsinstitution in Basel-Stadt und vier Jahre sind da doch ein bisschen gar kurz. Es wäre schön zu hören, was ab 2030 passiert, welches die Visionen des Regierungsrats sind. Ich habe die Fragen zwar nicht hierzu gestellt, aber sie wurden effektiv nicht einmal in dem Rahmen, in dem ich sie gestellt habe, beantwortet. Und deshalb wünsche ich mir sehr, dass mehr Bekenntnis kommt, dass der Zusammenhang dieser drei Interpellationen, die die LDP eingereicht hat, Wirkung entfaltet und bin deshalb jetzt grosszügig und immerhin teilweise zufrieden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

10.12. Interpellation Nr. 79 Alex Ebi betreffend stärkere finanzielle Unterstützung von Basler Sportvereinen mit Teams in den zwei obersten nationalen Ligen

[05.06.24 16:37:10, 24.5235.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet.

10.13. Interpellation Nr. 80 Pascal Messerli betreffend der Totentanz ist gestorben

[05.06.24 16:37:28, 24.5236.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit hat Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Zu Frage 1: Die Bekanntgabe, dass die Veranstaltung nicht in der geplanten Form stattfindet, ist noch jung. Eine detaillierte Übersicht über die finanzielle Situation wird vom Veranstalter derzeit erarbeitet und liegt dem Regierungsrat noch nicht vor. Grundsätzlich gilt, dass sich die Swisslos Fonds-Verwaltung vorbehält, geleistete Zahlungen zurückzufordern, wenn die Bedingungen des Gesuchs nicht eingehalten werden. Weiter gilt für die Verwendung der Swisslos-Gelder in jedem Fall die Vorgabe, dass diese für einen gemeinnützigen Zweck eingesetzt werden. Wenn Klarheit darüber herrscht, wie die Veranstalter weiter vorgehen, insbesondere ob eine öffentliche Vorführung stattfindet, welche den gemeinnützigen Charakter erfüllt, kann der Regierungsrat Auskunft darüber geben, wie mit dem gesprochenen Betrag umgegangen wird. Ausbezahlt wurde bisher nicht der gesamte Betrag, sondern 80 Prozent des Betrags ohne Berücksichtigung der Defizitgarantie, also 200’000 Franken. Die Ausbezahlung von 80 Prozent ist üblich beim Swisslos-Fonds zur Sicherung der Liquidität in der Regel gemeinnützigen Organisationen. Der Regierungsrat ist zuversichtlich, dass gemeinsam mit dem Veranstalter und den anderen Förderpartnern eine verantwortungsvolle Lösung gefunden wird.

Zu den Fragen 2 und 3: Der Totentanz wurde von lokalen Kulturschaffenden initiiert, die dazu eine gemeinnützige GmbH gegründet haben. Es handelte sich nie um ein kommerzielles Projekt. Das Motiv des Totentanzes ist tief mit dem kulturellen Erbe der Stadt Basel verknüpft. Die Totentanzaufführung war letztmals während dem zweiten Weltkrieg auf dem Münsterplatz zu erleben. Die Fördergelder hätten dieses aussergewöhnliche Ereignis nach über 80 Jahren erneut der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Auch wäre ein einzigartiges Zusammenspiel ermöglicht worden von Profis und Laienkünstlern, von lokalen Kulturschaffenden und der Zivilgesellschaft. Es beteiligten sich neben den professionellen Tanzschaffenden und Musikern eine Vielzahl von Freiwilligen vor und hinter den Kulissen.

Das Projekt verlangte ausserordentliche Anstrengungen zur Finanzierung dieser vielen Beteiligten und der Infrastruktur und wäre wohl ein ausserordentliches kulturelles Erlebnis geworden. Die Unterstützung durch den Swisslos-Fonds, die Christoph Merian Stiftung und andere Förderstellen, hat die Tickets vergünstigt und damit zugänglicher gemacht. Der Regierungsrat bedauert, dass das Projekt trotzdem nicht realisiert werden kann, insbesondere angesichts des bereits geleisteten

Engagements vieler Beteiligte, darunter wie erwähnt auch freischaffende Künstlerinnen und Künstler und zahlreiche Freiwillige.

Zu den Fragen 4 und 5: Wie bereits erwähnt verlangte das Projekt von Beginn weg ausserordentliche Anstrengungen zur Finanzierung der Infrastruktur und der vielen Beteiligten. Im April rechneten die Veranstalter noch mit einer ausreichenden Nachfrage nach Tickets, auch nach höherpreisigen Tickets in den vorderen Rängen.

Zu Frage 6: Defizitgarantien sind nicht ungewöhnlich. Sie werden bei Freiluftveranstaltungen oft gesprochen, weil in solchen Fällen das Risiko aufgrund der Wetterabhängigkeit beträchtlich ist.

Zu den Fragen 7 und 8: Es werden und wurden seitens der Verwaltung keine Kosten verrechnet und entsprechend auch nicht zurückverlangt. Verwaltungsintern fiel Aufwand für die Bearbeitung des Gesuchs an. Dies lässt sich nicht in Stunden oder Franken beziffern.

Zu Frage 9: Dem Museum der Kulturen und dem Historischen Museum, welche als Partner des Projekts auftraten, sind keine Mehraufwände entstanden. Beide Museen nahmen das Projekt zum Anlass, eigene finanziell unabhängige Veranstaltungen zum Thema Totentanz zu planen.

Zu den Fragen 10 und 11: Es ist üblich, dass sich Regierungsmitglieder im Patronatkomitees engagieren. Die Einsitznahme hat repräsentativen Charakter. Im vorliegenden Fall hat Regierungspräsident Conradin Cramer im Vorfeld des Beschlusses des Regierungsrates vom 16. April 2024 den Gesamtregierungsrat über seine Einsitznahme im Patronat der Veranstaltung informiert. Damit bestand für den Regierungsrat Transparenz hinsichtlich des Engagements von Regierungspräsident Conradin Cramer in dieser Angelegenheit. Hingegen war es für Regierungspräsident Conradin Cramer nicht angezeigt, in den Ausstand zu treten. § 74 der Kantonsverfassung sieht vor, dass Mitglieder einer Behörde in Geschäften, die sie unmittelbar persönlich betreffen, in den Ausstand treten. Regierungspräsident Conradin Cramer erlangte durch den Entscheid des Regierungsrates keinen finanziellen, rechtlichen oder ideellen persönlichen Vorteil.

Zu Frage 12: Aus dem Swisslos-Fonds werden Beiträge für gemeinnützige und wohltätige Zwecke im sozialen, kulturellen oder sportlichen Bereich ausgerichtet. Der Regierungsrat unterstützt damit das grosse und sehr willkommene Engagement der Zivilgesellschaft in diesen Bereichen. Über die verwendeten Mittel hinaus profitiert dabei der Kanton von viel freiwilliger und ehrenamtlicher Arbeit. Förderung ist stets mit gewissen Risiken verbunden. Abgesagte Projekte sind unter den über 300 jährlich geförderten kulturellen und sozialen Projekten die absolute Ausnahme. Sie sind nie ganz auszuschliessen, wenn man, wie der Regierungsrat das tut, dem Engagement aus der Bevölkerung mit einer konstruktiven fördernden Haltung begegnet.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Pascal Messerli (SVP): Mich interessierte insbesondere auch der finanzielle Aspekt in diesem Bereich, und hier gibt es ja offen sicherlich noch keine eindeutige Antwort. Deshalb möchte ich hier nicht mit einer Vorverurteilung vorpreschen. Ich ersuche aber schon den Regierungsrat um eine proaktive Kommunikation, dass die Schlussabrechnung, sobald sie dann vorliegt, auch kommuniziert wird, was dieser nicht stattgefundene Event den Kanton an Swisslos Geldern gekostet hat. Ansonsten werde ich mich hier gezwungen sehen, in ein paar Monaten eine schriftliche Anfrage nachzureichen.

Fakt ist, es wurden 200’000 Franken ausbezahlt, das ist nicht wenig Geld, damit hätte man viele kleineren kulturelle und soziale Institutionen unterstützen können. Das wäre meiner Meinung nach auch der Sinn und Zweck der Swisslos-Fonds. Wenn wir hier eine Veranstaltung haben, bei der trotz Swisslos-Geldern das günstigste Ticket bei 80 Franken liegt, dann kann man vielleicht über die Kommerzialisierung streiten, aber ich bestreite hier effektiv, dass dieser Event für die Gesamtbevölkerung zugänglich gewesen wäre, insbesondere wenn man dann an eine Situation denkt, dass eine mehrköpfige Familie mehrere 100 Franken hätte liegenlassen müssen, um diesen Event zu besuchen. Ich denke, hier hat man den Sinn und Zweck des Swisslos-Gelder etwas verfehlt.

Insofern bin ich mit der Gesamtsituation ganz und gar nicht zufrieden, kann mich aber mit der Beantwortung als teilweise zufrieden erklären.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

10.14. Interpellation Nr. 81 Oliver Bolliger betreffend Massnahmen gegen rekordhohe Krankenkassen-Schulden im Kanton Basel-Stadt

[05.06.24 16:45:29, 24.5237.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet.

Somit hat das Wort Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Ich beantworte die Interpellation im Namen des Regierungsrats wie folgt.

Zu Frage 1: Der Regierungsrat verfolgt die Entwicklung der Verlustscheinsumme aus Krankenversicherungsausständen im Kanton Basel-Stadt laufend. Die vom Interpellanten erwähnte Verdoppelung der Verlustscheinsumme ergibt sich daraus, dass bei der Einführung der Verlustabgeltung zwischen den Krankenversicherungen und den Kantonen im Jahr 2013 nur neue Verlustscheine übernommen wurden. Daher war im Startjahr 2013 der Betrag mit 9,4 Millionen Franken vergleichsweise tief. Seit dem Jahr 2014 hat sich die Verlustscheinsumme bei einem Mittelwert von circa 15,6 Millionen Franken eingependelt und war im Jahr 2023 mit 14,5 Millionen Franken verhältnismässig tief.

Zu Frage 2: Der Nichtbezug von Prämienverbilligungen, Ergänzungsleistung und Sozialhilfe kann dazuführen, dass Personen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen die ihnen rechtlich zustehende Unterstützung nicht erhalten. Dies kann die finanzielle Belastung erhöhen und letztendlich zu einer steigenden Verschuldung führen.

Zu Frage 3: Im Bereich der Prämienbilligung werden in Basel-Stadt seit Jahrzehnten potenziell Anspruchsberechtigte persönlich benachrichtigt. Der Regierungsrat hat weitere Massnahmen initiiert, um den Herausforderungen im Zusammenhang mit der hohen Nichtbezugsquote von Sozialleistungen entgegenzuwirken. Diese Massnahmen umfassen beispielsweise die Verbesserung und Ausweitung der Informationsschreiben und Informationskampagnen sowie die Vereinfachung des Antragsverfahrens. Ausserdem arbeitet der Kanton eng mit der Schuldenberatungsstelle Plus-Minus zusammen. Diese Kooperation soll sicherstellen, dass Personen, die sich in finanziellen Schwierigkeiten finden, gezielt Unterstützung und Beratung erhalten, um ihre finanzielle Situation zu stabilisieren und die Inanspruchnahme der ihnen zustehenden Sozialleistungen zu fördern.

Zu Frage 4: Der Regierungsrat hat keine Kenntnis darüber, ob verschuldete Personen mit Krankenversicherungsausständen Anspruch auf individuelle Prämienverbilligung hätten oder ob diese knapp über der Anspruchsschwelle liegen. Die Daten können aufgrund des geltenden Datenschutzgesetzes nicht erhoben werden. Die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz personenbezogener Daten sehen keine Grundlage vor, dass die geforderten Informationen gesammelt und verknüpft werden.

Zu Fragen 5 und 6: Das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt hat die Einführung der neuen Regelung, die ab 1. Juli 2025 die Übertragung der Verlustscheine und die Übergabe von 90 Prozent der Forderungen und vorsieht in Abstimmung mit dem Finanzdepartement sorgfältig geprüft. Dabei hat sich gezeigt, dass die Rechnungsstellung und das Inkasso von Prämien, Franchisen und Selbstbehalten der Grundversicherung zu den Kernaufgaben der Krankenversicherer gehören. Sie haben sowohl den gesetzlichen Auftrag wie auch den wirtschaftlichen Anreiz, dies systematisch zu gewährleisten. Das Betreibungsverfahren ist das geeignete Instrument, um festzustellen, welche Forderungen rechtmässig und einbringlich sind und welche nicht. Die daraus resultierenden Verlustscheine gilt der Kanton den Versicherern zu 85 Prozent ab. Würde der Kanton künftig 90 Prozent alle vom Versicherer gemeldeten Forderungen übernehmen statt wie heute 85 Prozent, würde diese ein Mehraufwand von rund einer Million Franken bedeuten. In diesem Mehraufwand mitberücksichtigt ist der administrative Aufwand, den der Kanton neu für die Verlustscheinbewirtschaftung von jährlich mehr als 4’000 Versicherern leisten müsste. Der Regierungsrat sieht keinen Grund, diese Mehraufwendungen in Kauf zu nehmen, um eine Kernaufgabe der Versicherer zu übernehmen. Stattdessen prüft die Sozialhilfe im Einzelfall, ob er sich aus Sicht der von ihr unterstützten Person lohnt, die Krankenversicherungsschulden zu übernehmen, um andere Folgebelastungen zu vermeiden.

Zu Frage 7: Der Regierungsrat sieht folgende Lösungsansätze, um dieser Herausforderung entgegenzuwirken. Informationskampagnen: Der Regierungsrat setzt weiterhin auf intensive Aufklärungskampagnen, um die Bevölkerung über Ansprüche und Unterstützungsmöglichkeiten zu informieren. Dies umfasst unter anderem jährliches Anschreiben an potenziell Berechtigte sowie eine benutzerfreundlichere Gestaltung der kantonalen Webseite, auf der explizit einfache Sprache verwendet wird. Zweitens die Zugänglichkeit: Um den Zugang zu den Sozialleistungen zu erleichtern, werden bürokratische Hürden abgebaut. Die Antragsverfahren werden vereinfacht, um sie für die Antragsstellenden verständlich und zugänglich zu machen. Drittens die Zusammenarbeit mit der Schuldenberatung: Der Kanton arbeitet eng mit der Schuldenberatungsstelle Plus-Minus zusammen, um Personen in finanziellen Schwierigkeiten gezielt Unterstützung und

Beratung zu bieten. Diese Kooperation soll dazu beitragen, die finanzielle Situation der Betroffenen zu stabilisieren und die Inanspruchnahme der ihnen zustehenden Sozialleistungen zu fördern.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Oliver Bolliger (GAB): Ich bedanke mich für die mündliche Beantwortung meiner Interpellation. Die Antwort zu meiner Frage, was die Begründung sein könnte für die Höhe der Verlustscheine aus Krankenkassenausständen sind für mich nachvollziehbar und verständlich. Es besorgt mich aber weiterhin sehr, vor allem die hohe Nichtbezugsquote von Sozialleistungen, Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen, Prämienverbilligungen stellt ein grosses Problem dar und vergrössert das Verschuldungsrisiko von Krankenkassenausständen.

Mir ist bewusst, dass das Thema des Nichtbezugs vom Regierungsrat erkannt ist, ihm wichtig ist und er entsprechende Massnahmen geplant und eingeleitet hat. Dies ist wesentlich und wichtig für die Armutsprävention und auch betreffend die Verschuldung von grosser Bedeutung. Die Massnahmen zur Ausweitung hinsichtlich Informationsvermittlung über Anspruchsberechtigungen sind sicherlich richtig und wichtig, die Vereinfachung der Antragsverfahren begrüsse ich sehr, da gibt es noch einige Luft nach oben, und hier ist ein grosser Hebel, um die Nichtbezugsquote zu vermindern.

Die Antwort der Regierung zur Übernahme der Regelung per 1. Juli 2025, dass die Kantone die Verlustscheine zu 90 Prozent zurückkaufen können, kann ich nur bedingt nachvollziehen. Ob man 85 oder 90 Prozent zurückkauft, ist vom Verfahren her dasselbe, auch von der Verantwortlichkeit her, die Krankenkassen bleiben nach wie vor in der Verantwortung, die Betreibungen einzuleiten. Es ist aber klar, es kostet mehr Geld. Die Rückkäufe fände ich prüfenswert, vor allem dass die Schuldner erst dann einen Krankenkassenwechsel vornehmen können und nicht wieder in neue Schulden gleiten. Wenn das nicht der Plan ist, dann fände ich es prüfenswert, weitere Lösungen zu finden, damit ein Krankenkassenwechsel für Personen mit hohen Schulden möglich wird. Und ich finde es eine gute Idee, wenn die Sozialhilfe Basel-Stadt hier Ausnahmen machen kann.

Insofern bin ich mit der Antwort zufrieden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

10.15. Interpellation Nr. 82 Heidi Mück betreffend Inselstrasse 62-66: legitimiert der Kanton missbräuchliche Kündigungen?

[05.06.24 16:53:49, 24.5238.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte begründen.

Heidi Mück (GAB): Eigentlich begründe ich Interpellationen eher selten, aber die Interpellation wird schriftlich beantwortet, und es geht doch einige Monate, bis die Antwort kommen wird, deshalb möchte ich kurz begründen, weshalb ich sie eingereicht habe.

Es sind zwei Hauptgründe. Einerseits finde ich es daneben, wie der Hausbesitzer der Inselstrasse 62-66 mit den ehemaligen Bewohnerinnen und Bewohnern umgegangen ist. Ich habe den Eindruck, dass der Kanton dieses wirklich schlimme Vorgehen wenigstens bis zu einem gewissen Grad legitimiert. Die Varioserv AG besitzt nicht nur die Häuser im Geviert Inselstrasse/Kleinhüningerstrasse/Holderstrasse besitzt, sondern mehrere weitere Häuser in meinem Quartier. Und ich höre von den Bewohnerinnen und Bewohnern dieser Häuser, dass immer die gleiche Masche versucht wird oder zumindest wurde: Leerkündigungen wegen angeblich dringendem Sanierungsbedarf, Sanierung und dann massive Aufschläge des Mietzinses. Wir können mit gutem Grund sagen, dass dieses Vorgehen eigentlich dem Geschäftsmodell der Varioserv AG entspricht. Und wegen solcher Gauner wurde die Wohnschutzinitiative lanciert und war erfolgreich. Das Wohnschutzgesetz soll den Miterinnen und Mietern vor solchen Geschäftspraktiken schützen, und offenbar greift es ja. Das sehen wir an den Zahlen, die uns der Mieterverband präsentiert und das zeigt uns das Verhalten der Varioserv AG. Die Inselstrasse 62 bis 66 wird nun doch nicht saniert, und der Kanton nutzt sie als temporäre Unterkünft für Geflüchtete. Hier interessiert mich die Rolle des Kantons und ich möchte wissen, was unternommen werden kann, um solchen Firmen das Handwerk zu legen.

Der zweite Hauptgrund für diese Interpellation ist, dass nun bis zu 150 geflüchtete Menschen, Familien und Einzelpersonen zu uns ins Quartier ziehen werden. Die Informationsveranstaltung vom letzten Mittwoch hat deutlich gezeigt, dass die Quartierbewohner und -bewohnerinnen kaum Mühe damit haben, dass nun weitere Flüchtlinge ins Quartier kommen. Im Gegenteil, ich habe im Anschluss an die Veranstaltung mindestens eine Stunde lang mit mehreren Nachbarinnen und Nachbarn gesprochen, und viele sagten mir, dass sie ja auch Ausländer und Ausländerinnen seien oder waren und nichts gegen diese Leute hätten. Aber das Klybeck und Kleinhüningen ist ein belastetes Quartier. Die Menschen haben mehrheitlich tiefe Löhne und Renten, sie haben kaum Vermögen und es gibt eine hohe Sozialhilfequote. Zudem kritisieren Eltern, dass die Gymnasialquote im Vergleich zu anderen Quartieren sehr tief ist und dass für ihre Kinder kaum Chancengleichheit besteht. Deshalb möchte ich wissen, wie die Schulen auf die zusätzlichen Schüler:innen vorbereitet sind und ob es zusätzliche Ressourcen und Unterstützung gibt. Wenn diese Interpellation beantwortet wird, werden schon viele Geflüchtete bei uns eingezogen sein. Trotzdem bin ich gespannt auf die Antworten des Regierungsrats und hoffe, dass sich einige Dinge klären und wir bei anderen für die Zukunft lernen können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich muss Sie bitten, Worte wie Gauner sehr dezent zu verwenden oder besser gesagt zu ersetzen. Das ist eine Unterstellung, die sehr weit geht.

10.16. Interpellation Nr. 83 Nicola Goepfert betreffend IWB entzieht 30 Bewohner:innen Wasser und Strom

[05.06.24 16:58:25, 24.5239.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird schriftlich berichten. Möchte der Interpellant begründen? Er ist nicht anwesend.

10.17. Interpellation Nr. 84 Felix Wehrli betreffend Besetzung von Uni-Räumlichkeiten

[05.06.24 16:58:39, 24.5240.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit hat Regierungsrat Mustafa Atici das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1: Die Universität hat am Montag, 13. Mai 2024, als es gegen Mittag zu einer Besetzung des Bernoullianum kam, unmittelbar die Polizei informiert. Nach einer gemeinsamen Lagebeurteilung kam die Universität an einer Besprechung mit der Polizei zum Schluss, dass die Universität sofortig einen Strafantrag stellt. Bis zu einer allfälligen polizeilichen Räumung sollte aber ein Zeitfenster für Verhandlungen zur Verfügung stehen. Das Ziel war es, die Aktivistinnen und Aktivisten zu einer freiwilligen Aufgabe der Besetzung zu bewegen. Am Montag, 13. Mai 2024 hat das Rektorat um 17 Uhr 30 einen Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs gestellt. Am selben Abend wurde den Besetzenden die Position der Universitätsleitung erläutert. Das Rektorat wäre zu Gesprächen bereit gewesen, wenn die Besetzenden das besetzte Gebäude bis Dienstag, 14. Mai, 20 Uhr freiwillig verlassen hätten.

Zu Frage 2: Als die Versuche der Deeskalation nicht fruchteten, stellte die Universität der Staatsanwaltschaft Basel am Morgen des Mittwoch 14. Mai 2024 Antrag auf Räumung. Die Polizei forderte die Besetzenden um 14 Uhr auf, das Gebäude freiwillig zu verlassen. Die Besetzenden folgten diesem Aufruf und zogen Richtung Petersplatz. Als die Polizei das Bernoullianum betrat, stellte sie fest, dass sich keine Besetzenden mehr im Gebäude aufhielten. Die Personalien wurden nicht aufgenommen.

Zu Frage 3: Der Protest und die Forderungen richteten sich an die Universität. Es liegt nicht in der Kompetenz des Regierungsrates, direkt in den Universitätsbetrieb einzugreifen.

Zu Frage 4: Dem Regierungsrat ist nicht bekannt, wie viele Personen sich an sämtlichen Besetzungsaktionen beteiligt haben.

Zu Frage 5: Am Nachmittag des 15. Mai 2024 nahm die Polizei in der Kornhausgasse die Personalien von 43 Personen auf. Eine Person wurde wegen Diensterschwerung und einem Ehrenverletzungsdelikt verzeigt. Alle 43 kontrollierten Personen erhielten einen befristeten Platzverweis. Am morgen des 27. Mai 2024 wurden vor den Liegenschaften am Petersgraben 27 und 29, Institut für Soziologie und musikwissenschaftliches Seminar 20 Personen polizeilich kontrolliert. Auch sie erhielten einen Platzverweis.

Zu Fragen 6 und 7: Die Universität hat bei der Polizei die Herausgabe allfälliger Personendaten beantragt. Sie behält sich Massnahmen vor.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu begründen, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Felix Wehrli (SVP): Besten Dank für die Beantwortung der Fragen. Nach dem Interview der Rektorin der Universität in der Baz stellen sich für mich tatsächlich Fragen, warum man nicht sofort eingeschritten. Denn wenn man sofort einschreiten würde, dann hätte man auch die Personalien der Besetzenden. Es ist genau so herausgekommen, wie ich vermutet habe, man hat die Personalien danach nicht aufgenommen von den Personen, die im Bernoullianum waren.

Am 24. Mai wurden 43 Personen kontrolliert und am 27. Mai noch einmal. Ich hoffe schon, dass diese Personalien der Universität tatsächlich bekannt gegeben werden. Ich weiss nicht, ob man das überhaupt darf. Und ich hoffe, dass die Universität danach entsprechende Massnahmen ergreift, zumal ich vermute, dass nicht sehr viele Studierende dabei waren. Ich bin da vorbeigefahren und habe die Personen gesehen, ich kann mir nicht vorstellen, dass diese tatsächlich an der Universität studieren.

Ich bin mit den Antworten teilweise zufrieden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist es erledigt.

Interpellation Nummer 85 Barbara Heer betreffend Umsetzung der Revision des Sexualstrafrechts in Basel-Stadt.

Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit hat Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Zu den Fragen 1 und 2: Die Kantonspolizei Basel-Stadt hat in Zusammenarbeit mit der Abteilung Gewaltschutz und Opferhilfe des Generalsekretariats JSD auf Basis bestehender Grundlagen aus anderen Polizeikorps ein umfassendes E-Learning zum revidierten Sexualstrafrecht erarbeitet. Dieses beinhaltet ausführliche Erläuterungen, inklusive einer Lernkontrolle zu den revidierten Gesetzesartikeln. Überdies wurde in Zusammenarbeit mit der Opferhilfe beider Basel ein detaillierter Schulungsabschnitt zum Umgang mit Opfern von sexualisierter Gewalt erarbeitet.

Ebenfalls bereit für die bevorstehende Inkraftsetzung des revidierten Sexualstrafrechts sind die Mitarbeitenden der Opferhilfe beider Basel. Sie haben diverse interne und externe Schulungen sowie Fachtagungen zum Thema besucht. Informationen werden derzeit auch für die Klientinnen und Klienten aufbereitet. Die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt hat sich in den vergangenen Monaten und Wochen intensiv vorbereitet. So hat sie für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehrere interne Schulungen mit externen Fachleuten aus Lehre und Praxis durchgeführt, beispielsweise zu Fragen des materiellen Rechts, der Rechtsmedizin oder der Aussagepsychologie. Alle diese Schulungen hat die Staatsanwaltschaft genutzt, um erneut die Wichtigkeit des Opfer sensiblen Umgangs in Erinnerung zu rufen. Die in den Abteilungen schwergewichtig mit Sexualdelikten betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sodann teilweise mehrtägige Fachkurse für Spezialistinnen und Spezialisten, beispielsweise zu einvernahmen und Aussagepsychologie sowie thematische Tagungen besucht. In Kürze wird ein entsprechendes E-learning mit Pflichtsmodulen aufgeschaltet.

Schliesslich haben sich auch die Gerichtspräsidien bereits frühzeitig im Rahmen der von ihnen verfassten Vernehmlassung zur Revision des Sexualstrafrechts eingehend mit dieser Thematik auseinandergesetzt. Die Gerichtspräsidien, Gerichtsschreibenden und nebenamtlichen Richterinnen und Richter bilden sich zudem in Bezug auf Gesetzesänderungen anhand der Literatur und Weiterbildungsveranstaltungen kontinuierlich selbstständig weiter. Sie werden auch die sich dazu entwickelnde nationale Gerichtspraxis aufmerksam verfolgen.

Zu Frage 3: Die neuen Bestimmungen des Sexualstrafrechts werden gemäss Artikel 2 Strafgesetzbuch erst auf Straftaten anwendbar sein, die nach dessen Inkrafttreten und damit nach dem 1. Juli 2024 begangen werden. Wie hoch der zusätzliche Aufwand ausfallen wird und ob zusätzliche Ressourcen erforderlich sind, lässt sich so nicht abschätzen.

Zu Frage 4: Mit Inkraftsetzungen des revidierten Sexualstrafrechts kann neu auch eine der sexuellen Belästigung beschuldigte Person zum Besuch eines Lernprogramms verpflichtet werden. Wie ein gemeinsames Lernprogramm im Einzelnen ausgestaltet wird, ist unter Einbezug der beiden Staatsanwaltschaften derzeit noch Gegenstand der Diskussionen zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft.

Zu Frage 5: Keine. Bei der Kantonspolizei, der Staatsanwaltschaft und den Gerichten sind keine grundlegenden Prozessanpassungen erforderlich. Sollte sich in der Praxis ein Justierungsbedarf zeigen, wird dieser vorgenommen werden.

Zu Frage 6: Die Möglichkeit zur Videoaufnahme von Einvernahmen bei der Staatsanwaltschaft, bei der die Kriminalpolizei angesiedelt ist, besteht. Der Entscheid darüber erfolgt im Einzelfall durch die Verfahrensleitung. Technisch und räumlich ist die Staatsanwaltschaft aber nicht ausreichend ausgerüstet, um sämtliche Einvernahmen von erwachsenen Opfern sexualisierter Gewalt aufzuzeichnen. Die teilnahmeberechtigte Einvernahme zur Wahrung des Konfrontationsanspruchs der beschuldigten Person findet normalerweise erst vor Gericht statt.

Am Gericht werden bereits alle Einvernahmen von Beschuldigten sowie von Zeugen und Auskunftspersonen elektronisch mittels Audioaufzeichnung aufgenommen. Allerdings werden Opfer von Sexualstraftaten in den Gerichtsverhandlungen auf Wunsch bewusst nicht direkt mit dem oder der Beschuldigten konfrontiert, sondern in dessen Abwesenheit einvernommen, wobei die Einvernahme zur Wahrung des rechtlichen Gehörs aus einem Nebenraum per Videoübertragung mitverfolgt werden kann. Die Videoaufnahmen der Opfereinvernahmen durch die Staatsanwaltschaft und gegebenenfalls das erstinstanzliche Gericht werden von den Gerichten als Beweismittel beigezogen und es wird im Einzelfall sorgfältig abgewogen, ob eine weitere Einvernahme des Opfers notwendig ist. Ob sich in der Folge eine nochmalige Befragung des Opfers durch das zweitinstanzliche Gericht aufdrängt, beurteilt sich nach Artikel 343 der Strafprozessordnung und der dazu ergangenen Rechtssprechung des Bundesgerichts.

10.18. Interpellation Nr. 85 Barbara Heer betreffend Umsetzung der Revision des Sexualstrafrechts in Basel-Stadt

[05.06.24 17:08:59, 24.5241.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Barbara Heer (SP): Besten Dank für die mündliche Beantwortung meiner Interpellation und auch für die Einholung von Informationen beim Gerichtsrat, was eigentlich über die Zuständigkeit des Regierungsrates hinausgeht. Im Juni 2023 hat das nationale Parlament die Revision des Sexualstrafrechts verabschiedet. Es ist ein sehr wichtiger Schritt, es geht um die Ausdehnung von geltenden Tatbeständen der Vergewaltigung und der sexuellen Nötigung, und neben den strafrechtlichen Änderungen beinhaltet sie auch die Einführung und der Ausbau von Tätearbeiter, diese sind ein wichtiges Element der Reform.

Es ist jetzt ganz wichtig, dass die Kantone sich entsprechend vorbereitet haben. Die Kantone hatten denn auch beim Bund extra noch Zeit verlangt für die Umsetzung. Deshalb tritt es erst jetzt per 1. Juli in Kraft, und das ist eben auch der Grund, wieso ich mit meiner Interpellation kritisch nachfragen möchte, ob die Regierung diese Zeiten jetzt auch wirklich genutzt hat.

Sehr erfreut bin ich zu hören betreffend den Schulungen im Bereich der Opferhilfe, Staatsanwaltschaft und Kantonspolizei, diese Forderung nach intensiven Schulungen nicht nur materiell betreffend das neue Sexualstrafrecht sondern auch betreffend der Opfersensibilität. Da scheint wirklich viel gegangen zu sein in den letzten Monaten. Das möchte ich loben, das ist eine Kernforderung auch von feministischen Kreisen von allen Seiten, die immer wieder aufgekommen ist und es ist wichtig, dass da grosse Fortschritte gemacht worden sind. Bei den Gerichten hingegen finde ich die Antwort etwas magerer und würde mir etwas mehr Engagement vom Gerichtsrat wünschen, eben gerade auch betreffend der Opfersensibilität in den ganzen Prozessen.

Dann betreffend Finanzen: Es ist ja so, dass Organisationen auch davon ausgehen, dass die Anzeigeanzahlen steigen werden, das ist auch eines der Ziele der Reform. Es werden ja aktuell immer noch nur 10 Prozent der Fälle tatsächlich angezeigt im Bereich der Vergewaltigungen, das kann durchaus Auswirkungen auf die Ressourcen haben. Eine zeitnahe Behandlung dieser Fälle ist wahnsinnig wichtig, gerade bei Vier-Augen-Delikten zählt jeder Monat. Das möchte ich wirklich die Staatsanwaltschaft bitten, auch bei der Prioritätensetzung gerade diesen Delikten eine hohe Priorität zu geben, dass da auch eine zügige Behandlung möglich ist.

Bei den Lernprogrammen hingegen scheint es mir, dass die Geschwindigkeit noch etwas erhöht werden könnte. Es wäre ja dann problematisch, wenn Personen zu Lernprogrammen verpflichtet werden und diese Lernprogramme noch gar nicht existieren oder noch nicht dem neuen Gesetz angepasst worden sind.

Hinsichtlich der Videoaufzeichnungen höre ich mit Sorge, dass hier eigentlich sehr praktische Dinge wie fehlende Räumlichkeiten und fehlende technische Ausrüstung bei der Staatsanwaltschaft der Einsatz von Videoaufzeichnungen limitieren. Also ich finde, das ist jetzt wirklich keine gute Begründung, wieso eine Person in einem solchen Verfahren eine sehr lange Einvernahme über sich ergehen lassen muss. Die Videoaufzeichnungen können diese ziemlich verkürzen und ich möchte da wirklich bitten, dieser Thematik eine höhere Priorität zu geben und diese wirklich sehr praktischen Gründe wie fehlende Räume und nicht genügend Geräte doch bitte einfach zu lösen.

Heute erstatten knapp 10 Prozent der Betroffenen Anzeige. Das hat damit zu tun, dass in den Prozessen und Einvernahmen Opfer traumatisiert werden, dass Mitschuld zugewiesen wird, Vergewaltigungsmythen leider immer noch präsent sind. Der opfersensible Ansatz ist wichtig in allen Phasen der Strafprozesse und es ist auch wirklich ganz wichtig, dass das Vertrauen der Menschen in die Institutionen erhöht werden kann, dass eben auch die Strafverfolgung sich diesen Fällen adäquat annimmt. Nur so und zusammen mit der Revision des Sexualstrafrechts kann die Anzeigequote erhöht werden.

In dem Sinne erkläre ich mich mit der Beantwortung der Fragen als teilweise befriedigt im Sinne von «Es gibt noch viel zu tun». Ich habe grosse Erwartungen an die Regierung, der Thematik weiterhin grosse Priorität zu geben und bedanke mich für die Beantwortung der Fragen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

10.19. Interpellation Nr. 86 Daniela Stumpf Rutschmann betreffend Zahlen und Fakten zum Asylchaos

[05.06.24 17:14:15, 24.5242.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte nicht begründen.

10.20. Interpellation Nr. 87 Sandra Bothe betreffend Verbesserung des Pausenplatzes Schulhaus Rittergasse im Kontext der Umgestaltung der Archäologischen Informationsstelle „Murus Gallicus“

[05.06.24 17:14:35, 24.5244.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung.

10.21. Interpellation Nr. 88 Patrick Fischer betreffend Bandenkriminalität in Basel-Stadt

[05.06.24 17:14:51, 24.5245.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Patrick Fischer (SVP): Sie fragen sich bestimmt, warum ein Kriminalpolizist Fragen zur Kriminalität stellt. Das muss er ja selber wissen. Das Zauberwort heisst Amtsgeheimnis. Ich darf leider nicht sagen, was ich weiss, was ich lieber auch nicht

wüsste. Ich stehe jetzt vor Ihnen als Grossrat, und vor allem die Informationen aus dem Zeitungsartikel von der BaZ vom 26. März, in dem es um die Kriminalitätszahlen geht, aber auch die Stellungnahme des ersten Staatsanwalts Sascha Stauffer und der Clanreport auf Watson von Herrn Ott, Chef Frepo Bern vom 3. März. Dazu kommen noch diverse Problemstellungen, die an mich als Privatperson herangetragen worden sind. Ziel ist es, eine konstruktive Lösung zu suchen und nicht irgendjemanden bloss zustellen. Das habe ich einleitend sagen wollen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Zu Frage 1: Bandenkriminalität ist ein unbestimmter Rechtsbegriff. So nennt das Schweizerische Strafgesetzbuch einzelne Tatbestände, für deren bandenmässige Begehung eine höhere Strafe vorgesehen ist. Im allgemeinen Sprachgebrauch besteht aber keine exakte Definition, so dass zu diesem unscharf umrissenen Themenfeld auch keine verlässlichen statistischen Aussagen möglich sind. Grundsätzlich ist eine bandenmässige Begehung bei praktisch allen Delikten möglich und derartige Verfahren gibt es in allen Kantonen, mithin auch in Basel-Stadt. Im besonderen Fokus der Strafverfolgung stehen namentlich der Menschenhandel, der Handel mit Betäubungsmitteln sowie bei den Wirtschaftsdelikten, beispielsweise hoch komplexe Fälle wie jener des unlängst vor dem Strafgericht verhandelten internationalen Anlagebetrugskonstruktes. Bei der Bekämpfung des Menschenhandels, der Schwarzarbeit sowie der Ausbeutung von Arbeitskräften fällt sodann auf, dass die hinter dieser Kriminalitätsformen stehenden, in Clanstrukturen vernetzten Täterschaften versuchen, sich in der Schweiz zu festigen und ihre wirtschaftliche Macht auszubauen.

Zu Frage 2: Das Recht auf Familieneinheit und daraus abgeleitet auf Familiennachzug kann und wird mutmasslich auch durch Personen mit hoher krimineller Energie, die sogenannten Banden oder Clans zuzurechnen sind, ausgenutzt.

Zu Frage 3: Die Staatsanwaltschaft behandelt Anzeigen wegen schweren Delikten wie Tötungsdelikte, Sexualdelikte, Raub oder schwere Körperverletzung immer und zwingend bei Haftfällen, sodann je nach schwere und wo von den Ermittlungsansätzen her möglich auch prioritär. Ebenso verfolgt sie selbstverständlich auch solche zur Geldwäscherei. Hier gilt es darauf hinzuweisen, dass die Geldwäscherei eine Vortat verlangt, welcher es erst nachzugehen gilt. Es besteht also eine Abhängigkeit. Allerdings ist auch die Staatsanwaltschaft im Kanton Basel-Stadt strukturell stark überlastet. Angesichts der alleine im Jahre 2023 eingegangenen über 30’000 Strafanzeigen kommt es tatsächlich vor, dass die Ermittlungshandlungen auch bei schwereren Straftaten nicht immer umgehend, sondern verzögert vornehmen oder gar zurückstellen muss. Auch muss sie im Kontext der schweren Gewalt- und Strukturkriminalität und der Inkaufnahme von Beweismittelverlusten in manchen Fällen aus Ressourcengründen und mit Blick auf gesetzlich vorgegebene Priorisierungen auf Aktionen und Festnahmen verzichten. Gleiches gilt bei der passiven internationalen und interkantonalen Rechtshilfe, die nur noch eingeschränkt geleistet werden kann, womit wiederum die Reputation als zuverlässige und faire Partnerbehörde leidet. Bei der sogenannten Holkriminalität verschärft sich dieses Problem aufgrund der höchst komplexen, vernetzten und äusserst ressourcenintensiven Ermittlungen zusätzlich. Eröffnete Verfahren binden die vorhandenen Kräfte für häufig über Monate, wenn nicht gar über Jahre. Wenn das zuständige Dezernat der Kriminalpolizei dann einen neuen, wiederum zu priorisierenden Fall erhält, kann dies dazu führen, dass laufende Verfahren ins Stocken geraten.

Zu Frage 4: Dazu liegt kein statistisches Datenmaterial vor.

Zu Frage 5: Ebenfalls liegt kein statistisches Datenmaterial vor.

Zu Frage 6: Für die Strafverfolgung ist grundsätzlich nicht der Regierungsrat, sondern sind die Strafverfolgungsbehörden zuständig. Der Regierungsrat versucht jedoch, die erforderlichen Rahmenbedingungen zu gewährleisten. Die Kantonspolizei und andere Verwaltungsstellen beobachten jedenfalls gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft laufend die Entwicklungen im Bereich der sogenannten Bandenkriminalität im und rund um den Kanton Basel-Stadt. Gestützt auf die Tendenzen und Entwicklungen werden zudem präventive Strategien zur Kriminalitätsbekämpfung entwickelt. Wichtig sind auch die Feststellungen an der Front, auf deren Basis in wöchentlichen Rapporten Sofortmassnahmen, sprich operative Schwerpunkte festgelegt werden.

Zu Frage 7: Ja, was gerade bei der Bekämpfung der Strukturkriminalität interkantonal, national und international zwingend ist. Es gibt einen regen Austausch unter den spezialisierten Staatsanwältinnen des Bundes und der Kantone sowie der Polizeikräfte zu diesen Themen entweder fallbezogen oder schwerpunktmässig, aber auch ganz allgemein. Die Strafverfolgungsbehörden der Schweiz tauschen sich fortlaufend auch institutionell aus, sowohl auf justizieller Ebene als auch auf polizeilicher Ebene.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Patrick Fischer (SVP): Ich Frau Regierungsrätin herzlichen Dank für die mündliche Beantwortung meiner Fragen. Ich will auf einzelne Punkte eingehen. Ich finde es bedenklich, dass man feststellt, dass sich die Clanstrukturen in der Schweiz zu festigen und ihre wirtschaftliche Macht auszubauen versuchen, gerade vor dem Hintergrund, dass die Kapo einen massiven Unterbestand hat und dass die Kripo im gleichen Zug massiv überlastet ist. Wie wirkt man dem entgegen?

Dann kommen wir zum Familiennachzug. Auch hier wird eingeräumt, dass die Clans, wie im Clanreport beschrieben, das ausnützen. Und einfach noch kurz für die, die das nicht gelesen haben. Es geht darum, dass hier kriminelle Strukturen aufgebaut werden, dass Geschäfte gegründet werden, dann wirbt man aus dem Heimatland Leute an, die dann kurzfristig hier angestellt werden. Nach wenigen Monaten geht die Firma konkurs und anschliessend sind die Leute, die angeworben worden sind, arbeitslos und beziehen Arbeitslosengelder. Das kann nicht im Sinne des Steuerzahlers sein.

Dann kommen wir zu diesen verschiedenen Anzeigen wegen Raubdelikten, Sexualdelikten und Tötungsdelikten. Da wird zwar gesagt, dass die Sachen prioritär behandelt werden, nur fragt sich, wie prioritär man die Fälle behandeln kann, wenn es 30’000 Strafanzeigen gibt. Man muss keine Mathematikgenie sein um zu sehen, dass mit 30’000 Strafanzeigen und den vorhandenen Mitarbeitern nur ganz wenige Fälle bearbeitet werden können und auch schwere Straftaten nicht umgehend, sondern verzögert behandelt werden können. Das kann nicht das Ziel sein. Die Strafe muss bald erfolgen. Nur so kann man weitere verhindern. Es kann nicht sein, dass ein Straftäter mehrere Straftaten begeht und dann irgendwann einmal nach zwei Jahren für die, die er zuerst begangen hat, zur Rechenschaft gezogen wird.

Ich finde es auch bedenklich, dass die internationale Rechtshilfe eingeschränkt werden muss und dass die Reputation als Partner hier leidet. Es erstaunt mich nicht, dass zu den wirtschaftlichen Schäden, die hier entstehen (Arbeitslosenversicherung, Sozialversicherung), kein Datenmaterial vorliegt. Wie will man das auch erfassen? Die Kapazitäten sind ja erschöpft, man kommt ja kaum mit den Anzeigen nach und es wurde gesagt, dass die Holkriminalität noch das Problem verschärft. Also wer soll die Holkriminalität in Erfahrung bringen?

Wie will man diesen Missstand korrigieren? Da ist gesagt worden, Rahmenbedingungen zu gewährleisten, die erforderlichen Rahmenbedingungen zu gewährleisten, und genau dafür haben wir heute einen ersten Anlauf genommen, indem wir versuchen, Abgänge zu verhindern und gute Leute halten zu können. Der Lohn ist, das haben wir auch schon gehört, nur ein Teil der ganzen Sache, es sind weitere Massnahmen dringend notwendig.

Und dann noch etwas zu diesem Satz, wichtig seien die Feststellungen an der Front. Ich frage mich, wie viele Feststellungen an der Front gemacht werden können, wenn die Front aus drei Mitarbeitern im Kleinbasel besteht, die nachts arbeiten.

Und dann kommen wir zuletzt noch zu einer guten Nachricht, dass der Austausch interkantonal gut funktioniert. Da können wir von Synergien profitieren und können Erfahrungen für uns übernehmen. Wichtig ist aber auch, dass wir gut aufgestellt sind und ein verlässlicher Partner sein können.

Insgesamt bin ich mit der Antwort zufrieden, den Inhalt finde ich aber mehr als besorgniserregend.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

10.22. Interpellation Nr. 89 Lorenz Amiet betreffend Hilferuf der Architekten wegen den Zuständen im Bauinspektorat

[05.06.24 17:25:11, 24.5246.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen.

90. Resolution Johannes Sieber und Konsorten betreffend die Austragung des Eurovision Song Contest 2025 in Basel

[05.06.24 17:25:37, 24.5243.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Johannes Sieber und Konsorten haben einen Entwurf für eine Resolution aufgelegt. Der Resolutionstext liegt Ihnen damit vor. Sie haben die Behandlung der Resolution auf die Tagesordnung gesetzt. Gemäss § 54 der Geschäftsordnung kann eine Resolution nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen gefasst werden. Wir kommen damit zur Diskussion. Es sind Fraktionsvoten und Einzelvoten möglich. Bisher liegen nur Einzelvoten vor, wenn sich niemand für die Fraktion meldet, dann fahren wir mit diesen fort. Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe im Mai schon ausführlich zum Thema Eurovision Song Contest in Basel gesprochen. Ich habe bekanntgegeben, wo der Song Contest stattfinden wird. Er wird leider in Zürich stattfinden. Und das ist so, weil das Schweier Fernsehen dort ist und darum bin ich gegen die Resolution, weil wir keine Chance haben. Wenn Sie wie ich in die Schulen gegangen sind in Basel, haben Sie gelernt, dass wir halt immer die Konkurrenzstadt sind von Zürich. Vor 80 Jahren ist die Entscheidung gefallen, dass das Fernsehen nach Zürich geht, der Flughafen ist in Zürich und wir in Basel sind immer auf Platz 2.

Und das Pferd wird falsch aufgezäumt. Man müsste ganz anders reagieren und müsste halt mehr Gelder zur Verfügung stellen. Aber das geht nicht und ich habe ja im Mai schon dazu gesprochen. Was mich aber am meisten stört bei dieser Sache und warum ich gegen die Resolution bin, möchte ich jetzt noch begründen. Wollen Sie von mir eine ehrliche Antwort wissen, warum ich gegen die Resolution bin und wie es ausgeht? Nehmen wir einmal an, der Eurovision Song Contest findet in Basel statt. Jetzt sage ich mal, wie es ausgeht und ich weiss Bescheid. Jeder Regierungsrat würde 10 Freibillette bekommen und wir als Grossräte gehen leer aus. Und das akzeptiere ich als Grossrat nicht und das darf man sagen,

Ich möchte nur ein Beispiel n ennen, wie wir bei solchen Sachen ausgeschaltet werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das tut überhaupt nicht zur Sache. Ich erteile Ihnen einen zweiten Ordnungsruf und erziehe Ihnen das Wort. Bitte gehen Sie an ihrem Platz.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Wir haben die Möglichkeit, ein sinnvolles Stück Musikvielfalt heute anzustossen, die Durchführung des ESC in Basel. Sie haben es mitbekommen, Nemo hat den ESC in Malmö für die Schweiz gewonnen, er wird im nächsten Jahr in der Schweiz stattfinden. Städte, die sich für dessen Durchführung interessieren, habe diese Woche das detaillierte Anforderungsdossier bekommen, darunter auch Basel. Bis Ende Juni hat der Regierungsrat nun Zeit, das Bewerbungsdossier auszuarbeiten, bis im August soll die durchführende Stadt bekanntgegeben werden.

Mit dieser Resolution können wir die Bemühungen des Regierungsrats, der bereits bekundet hat, dass er sich bewerben will, bei seiner Bewerbung stärken. Wir sind der Meinung, dass der ESC eine einmalige Chance bietet und perfekt zu Basel passen würde. Als weltoffene und vielfältige Kulturstadt und als europäische Vorzeigeregion im Dreiländereck verkörpert Basel die Werte des ESC schlechthin. Wir bitten daher den Regierungsrat, zeitnah alle notwendigen Massnahmen zu ergreifen, damit Basel den Zuschlag für diesen einzigartigen Grossanlass erhält.

Es freut mich, dass gemäss Kreuztabelle die Resolution auf breite Zustimmung stösst und ich denke wirklich, dass wir mit einer Durchführung in der Joggelihalle auch ein kleines Trauma bewältigen können, denn wenn wir beweisen können, dass das in der Joggelihalle möglich ist, dann sind wohl die letzten Zweifel für die Investition in diese Halle beseitigt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Bâle douze points, Basel twelve points - das soll es heissen am Schluss des Tages, wenn die SRG sich entscheidet, den Eurovision Song Contest in Basel austragen zu lassen. Es wäre für unsere Region ein starkes Zeichen, dass wir eine Event-Stadt sind, dass wir eine Kulturstadt sind und einen solch grossen Anlass, wahrscheinlich der grösste Anlass nach der Euro 2008 professionell und erfolgreich durchführen können. Dieser Anlass bietet uns eine einmalige Gelegenheit, uns in das europäische, in das internationale Schaufenster zu stellen und ich bin überzeugt, dass Basel-Stadt in der Lage wäre, diesen Anlass, der dann ja schon sehr bald auch in Basel stattfinden würde, zu organisieren und durchzuführen.

Die Resolution von Johannes Sieber habe ich deshalb sehr gerne mitunterzeichnet. Ich habe jetzt auch sein Votum gehört. Ich wäre dann bei der Örtlichkeit noch ein bisschen offener, es gibt ja nicht nur die St Jakobshalle in Basel, also lassen wir

offen, wo diese Veranstaltung dann stattfindet. Aber wichtig und richtig ist, dass diese Veranstaltung dann in Basel stattfindet.

Man kann über den ESC unterschiedlicher Auffassung sein, hier gibt es auch Personen, die diesen ESC nicht allzu wichtig finden. Ich möchte darüber auch gar keine Wertung abgeben, aber es ist eindeutig, und das hat dieser Eurovision Song Contest ja auch gezeigt, dass die Wertschöpfung für eine Region entscheidend sein kann, dass wir zum Beispiel in Liverpool gesehen haben, dass 175'000 Hotelübernachtungen die Folge waren, dass die Hotels ausgelastet waren. Wir haben gesehen, dass die Wertschöpfung, das zeigen Studien, sehr hoch ist, über 60 Millionen Franken Wertschöpfung konnte generiert werden, und das zeigt, dass dieser Anlass eben völlig unabhängig davon, ob man dann den ESC an sich speziell toll findet, eben für unsere Region eine ganz wichtige Sache werden kann. Unsere Gastronomie, unsere Hotellerie – ich nehme an, Franz-Xaver Leonhardt wird danach auch noch etwas dazu sagen, er ist Jahr Zweitunterzeichner der Resolution - sind angewiesen auf solche Grossevents, gerade auch, weil die Lücke, die die Baselworld hinterlassen hat, nicht geschlossen würde. Dieser Zeitraum im Mai eignet sich doch eigentlich perfekt, um hier auch etwas in Basel zu bieten und ich bin überzeugt, dass uns das auch gelingen wird.

Der Regierungsrat ist bereit, sich zu bewerben und mit diesem Entscheid heute, den wir hoffentlich in grosser Einstimmigkeit fällen werden, zeigen wir auch als Grosser Rat dieses Kantons, dass wir diese Bewerbung unterstützen und dass wir uns dafür aussprechen, dass dieser Grossanlass hier in Basel stattfindet und wir auch alles unternehmen als Kanton, damit Basel den Zuschlag für diesen Anlass erhält.

In diesem Sinne würde ich mich auch im Namen meiner Fraktion freuen, wenn Sie diese Resolution heute verabschieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Auch ich würde mich sehr freuen im Namen der Fraktion Mitte-EVP, dass wir das heute unterzeichnen. Das ist ein Zeichen für die Bewerbung, noch ein politisches Statement zu machen. Das ist ganz wichtig. Wir sind in einem Wettbewerb mit Schweizer Städten. Wir haben gewisse Sachen, bei denen wir nicht so gut sind, aber Basel wäre ein perfekter Ort für diese richtig tolle Veranstaltung. Es wäre sehr gut für die Stimmung in der Stadt, mal etwas ganz anderes, und das findet wirklich ganz selten statt.

Ich bedanke mich sehr bei der Regierung, dass sie jetzt in dieser kurzen Zeit ein tolles Team zusammengestellt hat, das diese Bewerbung jetzt noch die nächsten zweieinhalb Wochen erarbeitet. Wir Hotelier haben auch schon die Preise und die Regel, dass wir 50 Prozent von allen Hotels der SRG zur Verfügung stellen. Das ist ein wichtiges Statement auch von uns Hoteliers, mit guten Preisen für diese Zeit, wenn es ausgebucht ist. Und wenn wir jetzt hier noch ein politisches Statement machen und diese Resolution verabschieden, würde das ein ganuz wichtiges Element für unsere Bewerbung sein. Ich hoffe sehr, dass wir gewinnen. Wir haben Chancen, also packen wir sie.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Alexandra Dill.

Alexandra Dill (SP): Auch ich bin im ESC-Fieber, das erste Mal in meinem Leben, und ich freue mich, dass die Fraktion der SP diese Resolution unterstützen will. Es ist ein wichtiges Zeichen für die Bewerbung, wie wir das gehört haben von Franz-Xaver Leonhardt, aber auch für die Wertschöpfung in der Region, wie wir das gehört haben von Joël Thüring und Johannes Sieber.

Ich möchte einfach noch etwas anfügen für die Gastro- und Eventbranche. Wir machen eine schwierige Zeit durch und wir als Grosser Rat können dieser Branche auch etwas Hoffnung mitgeben, denn nach Covid und weltpolitischer Verunsicherung, Kaufkraftverlust sehen wir zu, wie viele Events eingehen und Beizen sterben. So ein Event würde doch unser Stadt gut anstehen, auch weil diese Szene ganz viel zur Lebensqualität und zur Willkommenskultur in Basel beiträgt, die so geschätzt wird in der Welt. Ich bitte Sie, die Resolution zu unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein zweites Votum hat sich Eric Weber gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte nur auf einen Vorredner Bezug nehmen und muss das noch kurz ergänzen, auf Franz-Xaver Leonhardt. Er hat gesagt, wenn ich es richtig verstanden habe, dass die Basler Hotels 50 Prozent ihrer Zimmer dem Fernsehen zur Verfügung stellen würden. Mein gelernter Beruf ist Reise und Verkehrskaufmann, ich kenne mich mit den Hotels aus, und Journalist. Ich habe es im Juni im Mai schon gesagt, aber ich möchte das jetzt noch sagen . Das ist eben der

Fehler, den Basel macht. Wetten dass.. ist nicht mehr nach Basel gekommen, weil sie die Hotels nicht mehr gratis bekommen haben. Auch in Deutschland sind sie nicht mehr in kleinere Städte gegangen, weil sie das Geld nicht mehr hatten. Die Fernsehstationen wollen alle Hotels kostenlos, und 50% des Kontingents ist okay, aber nicht zum Sonderpreise. Bitte geben Sie diese Zimmer gratis.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): ESC, das ist für mich der dickste Fernsehanlass im Jahr, ich freue mich jedes Jahr seit 50 Jahren auf den ESCT, und das ist nicht einmal ein Spass. Das kommt aus tiefstem Herzen. Mit mir kann man über alle ESC-Regeln reden, in den letzten 50 Jahre wurden diese ein paar Mal verändert, als mehrere Länder dazugekommen sind. Und jetzt gewinnt tatsächlichNemo für die Schweiz und die Schweiz kommt in den Genuss, den Anlass organisieren zu können.

Es ist ein bisschen wie die olympischen Spiele. Da hat eigentlich nichts anderes Platz. Das ist ein Anlass für den Frieden. Das ist ein Anlass von Heiterkeit, Sonnenschein, und alle sind lieb miteinander. Das ist eigentlich das einzige, was mich stört, diese Nebengeräusche, die beim ESC in den letzten Jahren aufgetreten sind, und das ist unpassend und davor habe ich auch ein bisschen Respekt, wenn das nach Basel kommt.

Aber alles andere ist natürlich grossartig. Am liebsten würde ich noch ewig reden. Bitte unterstützen Sie die Resolution. Ich finde es super, wenn die hierher kommen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Verabschiedung der Resolution braucht es ein Zweidrittelsmehr. Wir kommen zur Abstimmung.

2/3-Abstimmmung

JA heisst Verabschiedung der Resolution, NEIN heisst nicht Verabschiedung der Resolution.

Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 8 Nein, 6 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003617, 05.06.24 17:41:50]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Resolution wird verabschiedet:

Resolution betreffend die Austragung des Eurovision Song Contest 2025 in Basel

Der Eurovision Song Contest (ESC) ist der weltgrösste Musikanlass. Dank dem Sieg von Nemo am ESC 2024 in Malmö wird der Anlass 2025 in der Schweiz ausgetragen. Der ESC ist mehr als nur eine Fernsehproduktion. Er dauert rund eine Woche und zieht Hunderttausende von Besuchenden sowie über Tausend Medienschaffende aus aller Welt an. Er umfasst insgesamt 9 Shows mit Publikum. Die drei Live-Shows werden weltweit übertragen und erreichen 150 bis 180 Mio. Menschen. Die Zahlen aus dem letztjährigen Austragungsort Liverpool belegen eine Wertschöpfung für die Region von über 60 Mio. Franken.

Der Grosse Rat ist der Meinung, dass der ESC eine einmalige Chance bietet und perfekt zu Basel passen würde. Als weltoffene Kulturstadt und europäische Vorzeigeregion im Dreiländereck verkörpert Basel die Werte des ESC schlechthin. Zudem hat Basel viel Erfahrung in der Organisation von internationalen Grossanlässen und in der Vergangenheit mehrfach bewiesen, eine gute Gastgeberin für ein vielfältiges internationales Publikum zu sein.

Vor diesem Hintergrund verabschiedet der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt folgende Resolution:

Der Grosse Rat unterstützt eine Bewerbung für die Austragung des Eurovision Song Contests 2025 in Basel.

Der Grosse Rat bittet den Regierungsrat, zeitnah alle notwendigen Massnahmen zu ergreifen, damit Basel den Zuschlag für diesen einzigartigen internationalen Grossanlass erhält.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen 74 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen vor. Das erforderliche Zweidrittelmehr wurde erreicht, die Resolution verabschiedet.

91. Resolution Erich Bucher und Konsorten betreffend Tiefbahnhof Basel SBB

[05.06.24 17:42:08, 24.5228.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch diese Resolution haben Sie heute Morgen auf die Tagesordnung gesetzt. Auch diese lag und liegt Ihnen vor und auch hier braucht es gemäss § 54 der Geschäftsordnung ein Zweidrittelsmehr zur Verabschiedung.

Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Hier hat sich Erich Bucher gemeldet.

Erich Bucher (FDP): Die vorliegende Resolution ist mit sämtlichen Fraktionen im Vorfeld abgestimmt worden. Ich danke all denen, die dabei beteiligt waren, das war wirklich grossartig. Wir haben den Text gemeinsam vorliegend.

Zum Inhalt: In der Agglomeration Basel leben und arbeiten bereits heute knapp eine Million Menschen. Die Prognosen gehen von weiteren 138000 Einwohnenden aus bis 2040. Parallel dazu wächst auch das Mobilitätsbedürfnis. Verkehrsinfrastrukturen insbesondere auch die Bahninfrastruktur müssen ausgebaut werden, um auch in Zukunft einen umfassenden attraktiven ÖV bieten zu können.

Für die Schweizer Wirtschaft und die Landesversorgung ist die Agglomeration Basel essenziell, denn die Kapazitäten für den regionalen, nationalen und internationalen Schienenverkehr im wichtigsten Bahnknoten in der Schweiz sind erschöpft. Ursache für die Engpässe im Kern des Bahnknotens ist die fehlende Entflechtung des Regionalverkehrs vom übrigen Verkehr. Als einzige grosse Agglomeration der Schweiz verfügt Basel über keine separaten Geleise für die S-Bahn im stark belasteten Zentrum. Als Folge davon behindern sich der Regionalverkehr und der Güter- und Personenfernverkehr gegenseitig.

Alle Planungen der Kantone, des Bundes und der SBB kommen zum gleichen Ergebnis. Eine Weiterentwicklung des Banknoten Basel ist zwingend und funktioniert nur mit einem Tiefbahnhof Basel SBB und der Entflechtung der S-Bahn vom übrigen Schienenverkehr. Durch die Verlegung der S-Bahn in den Untergrund werden im Zentrum des Bahnknotens Kapazitäten frei für eine Verlagerung von der Strasse auf die Schiene.

Deshalb fordern wir Unterzeichnende, dass der Investitionsbedarf von etwa drei Milliarden Franken für den Tiefbahnhof Basel inklusive oberirdische Ertüchtigungen im Bahn knoten Basel als erste Etappe des S-Bahn-Herzstücks in die Botschaft 2026 zum nächsten Ausbauschritt der Bahninfrastruktur aufgenommen wird. Der Bundesrat, das Bundesamt für Verkehr, die SBB, die eidgenössischen Räte sowie der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt werden aufgefordert, die Anliegen dieser Resolution in geeigneter und zielführender Weise zu unterstützen und zu erfüllen. Ich danke Ihnen im Voraus für eine grosse Unterstützung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP spricht Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Die Notwendigkeit des Schrittes, der da auf uns zukommt, hat Erich Bucher sehr deutlich dargelegt. Gerade wenn wir wollen, dass wir Durchmesserlinien haben können mittelfristig, wenn wir wollen, dass wir endlich eine S-Bahn kriegen in unserer trinationalen Region, die diesen Namen verdient, dann müssen wir jetzt vorwärts machen. Es ist enorm wichtig, dass von unserem Hause heute ein Zeichen der Geschlossenheit ausgeht.

Ich sage auch, dass das ein Schritt ist, der Ausbau der Leistungsfähigkeit unserer Infrastruktur im Bereich der S-Bahn, der für den ökologischen Umbau von grösster Bedeutung ist und dementsprechend unterstüthzen wir als sozialdemokratische Fraktion das sehr gerne. Wir waren immer geschlossen für die Stärken des Bahnknotens, für den Bau auch des Herzstücks. Und allen Unkenrufen zum Trotz: Wenn dieser Tiefbahnhof kommt als erster Schritt, dann wird der Weg Richtung Herzstück gehen, denn dieser Schritt ist nur sinnvoll, wenn danach weitere Schritte folgen. Dass wir nicht in einem Schritt die ganzen Gelder bekommen für die Finanzierung, das muss realistischerweise gesagt werden und deswegen ist die Strategie, die wir aus der Region hier haben, eben auch realistisch. Man probiert, einen ersten wichtigen Schritt zu machen. Es gibt ja heute schon den Ausbau der Zulaufstrecken, es gibt Ausbauschritte Basel SBB, aber einen grossen Schritt beim Bahnknoten selber im Zentrum unserer Agglomeration wäre dieser Bau des Tiefbahnhofs, und damit wäre der Schritt zur Weiterentwicklung des Herzstücks unumkehrbar.

Kurz, allen Unkenrufen zum Trotz würden wir einen grossen Fortschritt machen. Noch ist nichts entschieden. Aber die Chancen sind besser geworden dadurch, dass der Bund beschlossen hat oder die Absicht hat, die Mittel für den Zwischenschritt 2025-26, diese Mittel aufzustocken, mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Bundesrat Albert Rösti hat auch in Aussicht gestellt am nationalen Bahnkongress, dass er sich dafür einsetzen werde, dass der Ausbau des Tiefbahnhofs Basel

und damit Schritt Richtung Herzstück mitberücksichtigt werden sollen. In welchem Umfang ist noch nicht ganz klar, aber es gibt zumindest Grund für vorsichtigen Optimismus.

Aber noch ist nichts gewonnen. Es wird viel Überzeugungsarbeit in Bundesbern brauchen, aber es wird auch nötig sein, dass wir in der Region Basel eine gewisse Geschlossenheit halten, denn wenn wir in etwas Meister sind in der Region Basel, dann ist es darin, dass viele bei uns das Gefühl haben, sie wüssten es besser und dass man die Geschlossenheit eben nicht hinkriegt, sondern dass Projekte zerredet werden, schlecht geredet werden. Die Erfahrung zeigt bei Infrastrukturprojekten, wenn die Region Basel die notwendige Geschlossenheit aufbringt, dann kann man viel erreichen in Bern, dann sind wir auch in der Lage, uns entsprechend durchzusetzen. Insofern hoffe ich heute auf ein klares, sehr eindeutiges Votum und danke allen Anwesenden für die Zustimmung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben noch elf Minuten und aktuell drei Personen auf der Redeliste. Wenn Sie so lange sprechen wie Tim Cuénod geht es genau auf. Nächste Einzelsprecherin ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Ich trete als Einzelsprecherin auf, ich spreche aber im Namen der fünf Basta-Grossrät:innen.

Wir unterstützen diese Resolution nicht. Für uns ist dieser regionale Aktivismus zu einseitig und nicht nachvollziehbar, wenn man das Gesamtsystem des Schweizer Schienennetzes betrachtet. Das gesamte Netz ist ausgereizt und ausgelastet. Deshalb braucht es aus unserer Sicht dringen die vom Bundesamt für Verkehr angekündigten Anpassungen und Reparaturen. Das ganze Netz muss zuverlässig sein.

Damit dieses Netz zuverlässig funktioniert, darf unabhängig von den Investitionskosten am Unterhalt nicht gespart werden, was aber leider geschieht. Und schliesslich für uns ganz wichtig, muss es für die Passagiere bezahlbar bleiben. Kurz, ein zuverlässiges, gut unterhaltenes nationales Schienennetz und bezahlbare Fahrpreise haben für uns Priorität.

Eine weitere Priorität von uns auf regionaler Ebene ist das Erreichen des Netto-Null-Ziels im Jahre 2037. Es ist wohl richtig, dass langfristig ein Projekt wie das Herzstück dazu führen kann, dass mehr Menschen eine emissionsfreie S-Bahn nutzen. Der Zeitpunkt der Einführung ist aber für die Erreichung des Netto Null-Ziels bis 2037 völlig irrelevant. Also, unter dem Gesichtspunkt der Dringlichkeit der Klimakrise bringt uns dieser gigantische Ausbau beziehungsweise die heute diskutierte Priorisierung des Tiefbahnhofes wohl wenig bis gar nichts.

Unabhängig davon, ob zuerst die Vorarbeiten oder der Tiefbahnhof kommen, wird das Herzstück frühestens 2045 fertig sein. Es wurde auch schon von einer Fertigstellung aller Teilstücke des Herzstückes zwischen 2053 und 2070 gesprochen. Wenn wir also diese Resolution annehmen, wird sich am Zeitraum nichts ändern.

Ausserdem hat noch niemand eine richtige Kosten-Nutzenanalyse gemacht, auch nicht in Bezug auf das Klima wäre es nicht wichtiger, um klimapolitisch effizienter, endlich den Ausbau des Tramnetzes voranzutreiben, das seit Jahren steckengeblieben ist, weil immer wieder das Herzstück als Vorwand genommen wird, um nicht vorwärts zu kommen?

Die Basta hat das Projekt von Anfang an kritisiert. Heute stellen wir aber auch noch fest, dass man sich so hartnäckig auf diese eine gigantische Variante eines S-Bahn-Ausbaus festgekrallt hat, dass andere Möglichkeiten nicht mehr in Betracht gezogen werden können. Und ringsherum herrscht Stillstand. Die Basta-Grossrät:innen werden diese Resolution nicht unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GAB): Ich spreche für den Teil der Fraktion, der diese Resolution unterstützen wird. Wir erachten den Tiefbahnhof als einen wichtigen Grundpfeiler für die Entwicklung einer nachhaltigen Verkehrspolitik. Die Bevölkerung wächst und sie braucht auch Möglichkeiten, mit nachhaltigen Verkehrsmitteln mobil zu sein. Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir umverkehren. Wir müssen weg vom Automobil. Wir müssen auf die Schiene, auf das Velo, wir müssen auch mehr zu Fuss unterwegs sein.

Ein Teil dieser Lösung, und um zu sagen auch der wichtigste Teil der Lösung für eine nachhaltige Mobilität, ist die Suffizienz. Wir müssen weniger mobil sein, um auch klimapolitisch sinnvoll unterwegs zu sein. Klar ist aber auch, dass auch mit einer Reduktion unseres Mobilitätsverhaltens der ÖV dennoch leistungsfähiger sein muss, er muss sich entwickeln, er muss ausgebaut werden, denn es werden in unseren Augen hoffentlich sehr viele Leute vom Auto auf den öffentlichen Verkehr umsteigen, und daher muss er auch ausgebaut werden können.

Wir sind für diesen ÖV-Ausbau angewiesen auf den Tiefbahnhof. Wir wollen die S-Bahn ausbauen, wir wollen das Umland besser erschliessen, für die Leute, die hier arbeiten. Wir wollen natürlich auch mehrgleisig fahren, mehrgleisig im Sinne

dessen, dass auch die Tramnetz-Entwicklung sehr wichtig ist, dass auch weitere Strecken ausgebaut werden müssen. Aber für die Zukunft braucht es diesen Tiefbahnhof und deshalb wird dieser Teil der Fraktion die Resolution überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich kann mich dem letzten Teil des Votums von Raffaela Hanauer sehr anschliessen. Es wurde viel auch über den Sinn und Unsinn schon gesprochen. Es geht vor allem auch um ein Signal mit dieser Resolution, ein Signal an Bundesbern, das wir einen Tiefbahnhof Basel SBB wollen, dass wir ihn benötigen, dass er ein wichtiges Infrastrukturprojekt für die gesamte Region ist. Wir diskutieren und reden und planen schon mehrere Jahrzehnte über Tiefbahnhöfe, über Durchmesserlinien über Herzstücke, wie die Projekte alle heissen. Wir sind noch nirgends. Wir haben es leider noch nicht geschafft, eines dieser Projekte zu realisieren. Andere Teile der Schweiz sind hier schon sehr viel weiter und ein Grund dafür, glaube ich, ist, dass wir in Bern unsere Interessen klar deponieren müssen und hier zählt es, dass wir als Region, als Kanton geschlossen hinstehen und nach Bern auch das Signal aussenden, dass wir diese Unterstützung sehr gerne wollen und wir diese Gelder und diese Aufnahme in die entsprechenden Botschaften auch unbedingt wünschen.

Das schaffen andere Regionen gerade im Verkehrsbereich sehr viel besser. Die stehen dann zusammen die Innerschweiz gemeinsam, wenn es darum geht, Bundesgelder in die Region zu transferieren für sinnvolle Infrastrukturprojekte. Hier ist es deshalb auch wichtig, dass wir als Kanton Basel-Stadt und als Region Nordwestschweiz hinstehen und sagen, wir benötigen diesen Tiefbahnhof, dieses Herzstück ist entscheidend, um die die ÖV-Infrastruktur in den nächsten Jahrzehnten auf den Weg zu bringen und sicherzustellen, dass wir auch wirtschaftlich nicht abgehängt werdsen und attraktiv bleiben, auch für Arbeitnehmer:innen, für Firmen hier. Dass wir aber auch diesen Menschen, die hier leben, attraktive Verbindungen anbieten, damit sie rasch von A nach B kommen.

Die Zukunft ist in diesem dicht besiedelten Gebiet unterirdisch zu finden und nicht oberirdisch. Wir müssen entflechten oberirdisch und dafür brauchen wir das Unterirdische, und deshalb sind diese Massnahmen sehr wichtig. Das Signal, das wir heute senden, wird anders vielleicht als bei vielen anderen Dingen, die wir mit Standesinitiativen hier beschliessen oder vielleicht noch beschliessen werden wird, in Bern tatsächlich auch wahrgenommen. Und das hilft auch unseren Vertreterinnen und Vertretern der Region im National- und Ständerat, wenn wir als Grosser Rat, als Parlament uns klar dafür bekennen, dass es diese Infrastrukturmassnahmen in unserer Region benötigt und dass wir auch darauf angewiesen sind, dass der Bund uns dabei unterstützt.

Deshalb bitte ich Sie auch im Namen meiner Fraktion, diese Resolution heute mitzutragen und zu beschliessen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Es wird sie nicht überraschen, dass wir als GLP diese Resolution unterstützen, und zwar voll und ganz und ohne Wenn und Aber. Wir befürworten den Ausbau der Infrastruktur dann, wenn es sich um nachhaltige Infrastruktur handelt. Und das es trifft hier genau zu.

Schade, sind wir nicht viel viel weiter und ich bin froh um die breite Unterstützung. Ich hoffe, dass es auch etwas hilft, dass wir vorwärtskommen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch bei dieser Resolution brauchen wir für die Verabschiedung und Überweisung ein Zweidrittelmehr. Wir stimmen ab.

2/3-Abstimmmung

JA heisst Verabschiedung der Resolution, NEIN heisst nicht Verabschiedung der Resolution.

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 4 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003619, 05.06.24 17:59:09]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Resolution wird verabschiedet:

Resolution betreffend Tiefbahnhof Basel SBB

In der Agglomeration Basel leben und arbeiten bereits heute knapp eine Million Menschen. Prognosen gehen von weiteren 138'000 Einwohnenden bis 2040 aus. Parallel dazu wächst auch das Mobilitätsbedürfnis. Verkehrsinfrastrukturen - insbesondere auch die Bahninfrastruktur - müssen ausgebaut werden, um auch in Zukunft einen umfassend attraktiven ÖV bieten zu können. Für die Schweizer Wirtschaft und die Landesversorgung ist die Agglomeration Basel essenziell. Die Region ist Drehkreuz für wichtige europäische Wasser-, Strassen- und Schienenkorridore und Basel ist der grösste Grenzbahnhof Europas.

Hier pulsieren Import und Export, Logistikdienstleistungen und der internationale Güter- und Personenverkehr. Bis jetzt. Denn die Kapazitäten für den regionalen, nationalen und internationalen Schienenverkehr im wichtigsten Bahnknoten der Schweiz sind erschöpft. Auch auf den Zulaufstrecken, wie beispielsweise im Fricktal, wird es eng. Angebotsverbesserungen sind hier kaum mehr möglich. Ursache für die Engpässe im Kern des Bahnknotens ist die fehlende Entflechtung des Regionalverkehrs vom übrigen Verkehr. Als einzige grosse Agglomeration der Schweiz verfügt Basel über keine separaten Gleise für die S-Bahn im stark belasteten Zentrum. Als Folge davon behindern sich der Regionalverkehr und der Güter- sowie Personenfernverkehr gegenseitig stark.

Alle Planungen der Standortkantone, des Bundes und der SBB kommen zum gleichen Ergebnis: Eine Weiterentwicklung des Bahnknotens Basel ist zwingend und funktioniert nur mit einem Tiefbahnhof Basel SBB und der Entflechtung der S-Bahn vom übrigen Schienenverkehr. Durch die Verlegung der S-Bahn in den Untergrund werden im Zentrum des Bahnknotens - wo die grössten Engpässe bestehen - Kapazitäten frei, welche die Schweiz dringend benötigt: Für eine sichere Landesversorgung, eine gelingende Verkehrsverlagerung von der Strasse auf die Schiene und für den Ausbau des internationalen Personenverkehrs.

Vor diesem Hintergrund verabschiedet der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt folgende Resolution:

1. Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt fordert, dass der Investitionsbedarf von rund drei Milliarden Franken für den Tiefbahnhof Basel SBB inkl. oberirdischer Ertüchtigungen im Bahnknoten Basel als erste Etappe des S-Bahn-Herzstücks in die Botschaft 2026 zum nächsten Ausbauschritt der Bahninfrastruktur aufgenommen wird. Der Ausbau des Fricktals für einen leistungsfähigen Personen- und Güterverkehr soll ebenfalls Teil der Botschaft 2026 sein.

2. Der Bundesrat, das Bundesamt für Verkehr, die SBB, die eidgenössischen Räte sowie der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt werden hiermit in aller Form aufgefordert, die Anliegen dieser Resolution in geeigneter und zielführender Weise zu unterstützen und zu erfüllen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch diese Rechnung ist einfach. 79 Ja- 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen bedeuten, dass die erforderliche Zweidrittelsmehrheit erreicht wurde. Die gefasste Resolution wurde verabschiedet.

Ich danke Ihnen für die heutige Arbeit und freue mich auf die Fortsetzung in einer Woche.

Schluss der 17. Sitzung

17:59 Uhr

Protokoll

der 18. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 12. Juni 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Tim Cuénod (SP); Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP); Stefan Witlin (SP); Jessica Brandenburger (SP); Salome Bessenich (SP).

Verhandlungsgegenstände:

8. Petition P461 "Erhalt des Grünraums in der Schutzzone Maiengasse - Mittlere Strasse - Friedensgasse", Bericht der PetKo 2
9. Petition P475 "Grüne Boulevards und grüne Plätze fürs St. Johann - für saubere Luft, Sicherheit und Lebensqualität", Bericht der PetKo 2
13. Motion 3 Lukas Bollack und Konsorten betreffend Erhöhung der Baumkronenbedeckung im Siedlungsgebiet 7
14. Motion 4 Raffaela Hanauer und Konsorten betreffend Konzept für Baumpflanzungen sowie Begrünungs- und Entsiegelungsmassnahmen gegen die Sommerhitze 14
15. Motion 5 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Einführung eines zweiten Wiederholungsversuchs bei den Anwaltsprüfungen 16
16. Motion 6 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Ausweitung der zulässigen juristischen Praktika für die Anwaltsprüfungen auch auf die Tätigkeit als Unternehmensjuristin und Unternehmensjurist 17
17. Motion 7 Johannes Sieber und Konsorten betreffend Erlass eines Musikschulgesetzes 19
18. Motion 8 Anina Ineichen und Konsorten für einen Klimafonds "New Green Deal für Basel" (NGDB) 19
19. Anzug 1 Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend niederschwelliger Zugang zu allen staatlich mitfinanzierten Museen dank einheitlicher Anerkennung der Museumspässe 25
20. Anzug 2 Jo Vergeat und Konsorten betreffend einer neuen «Usestuelete 2.0» in Basel-Stadt 27
21. Anzug 3 Daniel Seiler und Konsorten betreffend Schutz von vulnerablen Menschen bei Hitze 27
22. Anzug 4 Andrea Strahm und Konsorten betreffend Orientierungstag obligatorisch für alle 30
23. Anzug 5 Ivo Balmer und Konsorten betreffend Wohnen ist kein Gewerbe - gewerbliches «Airbnb» und Business Apartments regulieren 33

Beginn der 18. Sitzung

Mittwoch, 12. Juni 2024, 09:00 Uhr

8. Petition P461 "Erhalt des Grünraums in der Schutzzone Maiengasse - Mittlere Strasse - Friedensgasse", Bericht der PetKo

[12.06.24 09:00:35, 23.5095.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie herzlich zu unserem langen Sitzungstag und habe Ihnen folgende Mitteilungen zu machen:

Abgabe neuer Vorstösse: Damit neue Vorstösse ins Bündelitags-Geschäftsverzeichnis aufgenommen und im September traktandiert werden können, müssen Sie bis heute Mittag 12 Uhr dem Parlamentsdienst abgegeben werden, am besten gleich auch elektronisch, wie immer. Später abgegebene Vorstösse werden nicht mehr berücksichtigt und werden dann im Oktober behandelt.

Damit sind wir bei Traktandum 8. Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Das erläutet uns jetzt genauer der Präsident der Petitionskommission Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Ich berichte ganz kurz zur Petition. Anlässlich der Sitzung vom 18. März hat sich die Petitionskommission mit dem Antwortschreiben des Regierungsrates auf einige offene Fragen aus dem Hearing mit der Petentschaft und den Vertretern des BSB auseinandergesetzt. Dabei war die zentrale Frage, ob der Kanton gegebenenfalls Hand bieten würde für einen Landabtausch. Das schliesst der Regierungsrat jedoch aus, weil für das Bauprojekt einerseits bereits eine Baubewilligung vorliegt und zum anderen, weil es dafür keine gesetzliche Grundlage gibt. Zudem würde dies den Willen des Bürgerspitals voraussetzen, dass der Landabtausch auch von ihnen gewollt wäre.

Bereits am Hearing ging aber klar hervor, dass man seitens des BSB das Projekt an diesem Ort umsetzen möchte, insbesondere da man daran schon seit vielen Jahren arbeitet und auch entsprechend wesentliche Mittel investiert hat. Zudem stuft der Regierungsrat den Erwerb von Grünraum in Bauzonen durch den Kanton als nicht sinnvoll ein. Es kommt hinzu, dass die Pendentschaft im Verfahren auch den Rechtsweg beschritten hat, dabei aber gemäss eigenen Angaben auch Fehler gemacht hat. Aus Sicht der Petitionskommission scheint der Spielraum auf dem politischen Weg daher erschöpft. Aus diesem Grund ist die Kommission einstimmig zum Schluss gekommen, die vorliegende Petition als erledigt abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

Der Grosse Rat beschliesst

stillschwiegend, die Petition als erledigt zu erklären.

9. Petition P475 "Grüne Boulevards und grüne Plätze fürs St. Johann - für saubere Luft, Sicherheit und Lebensqualität", Bericht der PetKo

[12.06.24 09:03:55, 24.5025.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innerhalb eines Jahres zu überweisen. Das Wort geht an den Präsidenten der Petitionskommission Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berechtigt zur Petition. Zum Anliegen der Petentschaft: Die Petition fordert die Schaffung von fünf neuen Grün Boulevards und fünf neuen Grünplätzen im St. Johann. Diese Massnahmen sollen die Lebensqualität

im St. Johann erhöhen, die Hitzeexposition verringern und mehrere grüne Erholungsfläche schaffen. Die Initiatoren sind eine vernetzte Gruppe im St. Johan, unterstützt von verschiedenen Organisationen wie Pro Natura und Pro Velo.

Die Petition entspricht den Zielen des Regierungsrates gemäss Mobilitäts-, Stadtklima- und Schwammstadtkonzept. St Johann ist eines der Quartiere mit den höchsten Hitzeexpositionen in Basel und im Sommer staut sich die Hitze in den Strassen. Aufgrund der geringen Pro Kopf Wohnfläche ist es wichtig, kühlende Massnahmen für die Strassen, Plätze und Höfe zu ergreifen, damit die Menschen sich im Sommer draussen aufhalten können.

Die Petentschaft schlägt vor, die Mülhauserstrasse zu begrünen und vom motorisierten Durchgangsverkehr zu befreien. Die Elsässerstrasse soll auf den ÖV fokussiert werden und Parkplätze in der Vogesenstrasse sollen in Grünflächen umgewandelt werden. Die Lothringerstrasse soll zu einer grünen Velovorzugsroute werden, die das Quartier mit der Innenstadt verbindet. In der Metzgerstrasse sollen Parkplätze aufgehoben und Tempo 30 eingeführt werden, um die Schulwegsicherheit zu erhöhen. Als neue grüne Plätze werden die Enden von Mülhauserstrasse, Wasserstrasse und Vogesenstrasse und die Kreuzungen Mülhauserstrasse-Vogesenstrasse und Mülhauserstrasse-Davids Bodenstrasse vorgeschlagen.

Bis 2028 sollen dabei 24’000 m2 Parkplatzfläche den Menschen im Quartier zurückgegeben werden. Zusätzlich soll die Biodiversität durch die Vernetzung bestehender Grünflächen gefördert werden. Die Mülhauserstrasse könnte als grüne Achse bis zum St. Johannpark dienen und der Tschudipark könnte mit dem St. Johann-Schulhaus verbunden werden.

Die Petition betont auch die wirtschaftlichen Folgen einer abnehmenden Biodiversität und den Beitrag Basels zur Klimaerwärmung mit direkten und indirekten CO_2 -Emissionen. 30 Prozent dieser Emissionen stammen aus der Mobilität. Daher setzt sich die Petition für Kühlung, bessere Luftqualität, Gesundheit und eine gerechte Verteilung des Strassenraums ein. Schliesslich wird die ungenügende Verkehrssicherheit im Sankt Johann kritisiert mit dem Vorschlag, Fahrbahnen von MIV und Velo zu trennen, um Unfälle zu vermeiden.

Stellungnahme der Vertretung des Bau- und Verkehrsdepartements: Die Vertretung des Bau- und Verkehrsdepartements betont, dass die Anliegen der Petition grundsätzlich vom Regierungsrat geteilt werden, jedoch unter Berücksichtigung von Rahmenbedingungen und Restriktion umgesetzt werden müssen. Das St. Johann ist stark von Hitze betroffen, ähnlich wie andere dicht bebaute Quartiere in Basel. Das Stadtklimakonzept sieht vor, bei Arealentwicklungen und Strassenerneuerungen klimatische Anpassungen zu berücksichtigen. Die Verwaltung zielt darauf ab, die stadtklimatische Situation bei allen grossen Bauprojekten zu verbessern. Die Anpassung des Strassenraums ist ein wichtiger Bestandteil des Stadtklimakonzepts. Die Bemühungen zur Begrünung und Entsiegelungen haben heute eine höhere Priorität. Jede entsiegelte Fläche und jeder Baum haben positive Effekte für die Hitzeminderung, wobei grosse Stadtbäumen am wertvollsten sind, obwohl sie ihre volle Wirkung erst in etwa 20 Jahren entfalten.

Die Verwaltung berücksichtigt bei der Gestaltung des Strassenraums die lokale Situation und plant langfristige Massnahmen. Mobile Elemente zu Beschattung und Hitzeminderung sollen 2025 und 2027 aufgestellt werden. Im St. Johann werden kurzfristige Massnahmen umgesetzt, zum Beispiel Baumtöpfe und neue Bäume am Vogesenplatz und Voltaplatz sowie in der St. Johanns-Vorstadt. Das Fernwärmenetz im St. Johann ist bereits ausgebaut, daher gibt es keine Fernwärme bedingte Baustellen, die zur Begründung genutzt werden könnten. Massnahmen zur Begrünung und Entsiegelung werden jedoch dort umgesetzt, wo es möglich ist.

Die verkehrliche Ausgangslage wird durch die Strassennetz-Hierarchie bestimmt, die zwischen verkehrs- und siedlungsorientierten Strassen unterscheidet. Tempo 30 gilt in der Elsässerstrasse, obwohl sie verkehrsorientiert ist, während in verkehrsberuhigten Strassen Tempo 30 oder 20 gilt. Die Einführung von Tempo 30 wird derzeit weiter überprüft. Das Veloroutennetz wird neu definiert, wobei Vorgaben des Bundes noch ausstehen. Im St. Johann ist die Müllhauserstrasse die einzige Velostrasse. Superblocks sollen versuchsweise in der Jungsstrasse und Davids Bodenstrasse eingerichtet werden, ohne Parkplätze und mit Vorrang für den Fussverkehr bei Tempo 20. Bei positiven Ergebnissen könnte der Kanton ein Rahmenkonzept für Superblocks erarbeiten.

Erwägungen der Petitionskommission: Die Petitionskommission stellt fest, dass die Petition einen umfassenden Katalog an Forderungen enthält. Es geht zum einen um sehr konkrete, innert weniger Jahre umzusetzender Massnahmen auf der Strasse, zum anderen um eher grundsätzliche Anliegen. Der Regierungsrat koppelt Umgestaltung und stadtklimatische Massnahmen grundsätzlich an sowieso bestehende Bauarbeiten. Ausgelöst werden Veränderung im Sinne des Stadtklimakonzepts, also nicht basierend auf dem Handlungsbedarf gemäss bioklimatischer Betroffenheit, sogenannte Hitzeschutzkarten, sondern basieren auf der Erhaltungsplanung an der städtischen Infrastruktur. Werden im Rahmen der Erarbeitung eines Projekts stadtklimatischen Massnahmen geprüft, heisst dies allerdings nicht zwingend, dass auch welche umgesetzt werden. Gemäss der Vertretung der Petentschaft sind zuletzt die Wasserstrasse und die Mühlhauserstrasse nach Bauarbeiten wieder wie zuvor asphaltiert worden.

Die Petitionskommission kann nachvollziehen, dass der Zeithorizont für die Umsetzung der im Stadtklimakonzept postulierten Veränderungen aus Sicht der Bevölkerung oder zumindest eines Teil davon, teilweise zu lange ist. Dass der Regierungsrat nicht zum Schluss kommt, aufgrund der eingereichten Petition die für das St. Johann geforderten Massnahmen prioritär umzusetzen und dafür jene in anderen Quartieren zurückzustellen, versteht sich von selbst. Logisch scheint ihr zudem, dass nicht die ganze Stadt innerhalb von ein paar wenigen Jahren, wie von der Petentschaft für das St.

Johann gefordert umgestaltet werden kann. Die Koordination von Bauarbeiten macht zum einen aus finanziellen Überlegungen Sinn, zum anderen, damit die Zahl der Baustellen in einen^m gewissen Rahmen bleibt. Die Kommission erwartet aber, dass der Regierungsrat das Potenzial im Zusammenhang mit der Anpassung von ÖV-Haltestellen an die Vorgaben des Behindertengleichstellungsgesetzes und der Erweiterung des Wärmenetzes voll ausschöpft.

In der Einschätzung der Petitionskommission gibt es in Basel einige Strassen ohne verkehrstechnische Funktion, die sich rasch aufwerten liessen. Sie sind einfach so da und dienen zum Beispiel primär dem Abstellen von Fahrzeugen. Im St. Johann dürfte das letzte Stück der Mülhauserstrasse, von der Elsässerstrasse in Richtung Rhein, eine solche «Soda-Strasse» sein – der Begriff hat sich während der Sitzung herausgearbeitet. Es könnte mit Aufhebung der Parkplätze und einer Zufahrtsbeschränkung für Anwohnende, für die Quartierbevölkerung und die Schülerinnen und Schüler der Primarschule Volta aufgewertet werden.

Sinnvoller genutzt werden könnte auch der vielleicht schönste Parkplatz von Basel auf der Grossbaslerseite der Dreirosenbrücke. Die Petitionskommission regt an, im St. Johann, aber auch in anderen Quartieren nach weiteren Soda-Strassen zu suchen, in denen mit einfachen Massnahmen sofort klimatische Verbesserungen erzielt werden können. Eine Koordination mit der Erhaltungsplanung scheint ihr in solchen Fällen nicht zwingend, geht es doch um einfach umsetzbare Massnahmen ohne grosse Kostenfolge, aber mit grosser Wirkung.

Zum Antrag: Da wie einige der Fragen offen geblieben sind beziehungsweise die Petition einige Fragen aufwirft, die von der Vertretung der Verwaltung am Hearing nicht beantwortet worden sind, beantragt die Petitionskommission dem Grossen Rat mit 11 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung, die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme innerhalb eines Jahres zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben Besuch auf der Zuschauertribüne. Ich begrüsse eine Schulklasse des Zentrums für Brückenangebote Lysbüchel mit Lehrperson Franziska Suter. Ganz herzlich willkommen bei uns auf der Tribüne. Wir freuen uns immer sehr, wenn wir Schulklassen zu Besuch haben und ich hoffe, Sie haben viel Interesse und Freude bei diesem Einblick in die Basler Politik.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir fahren fort mit der Beratung von Traktandum 9. Für die Fraktion SP hat sich Beda Baumgartner gemeldet.

Beda Baumgartner (SP): Es ist uns ein zentrales Anliegen, dass die Verwaltung die Sorgen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt. Und diese Petition zeigt eindrücklich, dass in der Bevölkerung ein grosser Wille zu Veränderung und zur Verbesserung der Lebensqualität in den Quartieren besteht. Die Forderungen nach mehr Grünflächen, Verkehrsberuhigungen und einer nachhaltigen Stadtentwicklung spiegeln den Wunsch der Anwohner:innen wieder, aktiv zur Bewältigung des Klimawandels beitragen zu können, um die Lebensbedingungen im Quartier St. Johann zu verbessern.

Die Auswirkungen des Klimawandel sind bereits jetzt deutlich spürbar. Hitzeperioden im Sommer und die damit verbundenen gesundheitlichen Belastungen für die Bewohner:innen erfordern dringende Massnahmen. Die vorgeschlagenen Begrünungen und Entsiegelungen grosser asphaltierter Flächen können erheblich zur Kühlung des Stadtklimas beitragen und die Lebensqualität nachhaltig verbessern.

Die sozialdemokratische Fraktion unterstützt daher ausdrücklich die Forderung nach mehr Grünflächen und verkehrsberuhigten Bereichen, die nicht nur die Umwelt entlasten, sondern auch zur Förderung der Biodiversität beitragen. Wir wünschen uns von der Verwaltung eine grosse Sensibilität für die Bedürfnisse und auch mal den Mut, innovative und zukunftsweisende Projekte umzusetzen. Es bedarf entschlossener Massnahmen und einer klaren Prioritätensetzung, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden.

Die Petition hat viele konkrete Ansätze aufgezeigt, die es ermöglichen würden, das Quartier St. Johann nachhaltig und lebenswerter zu gestalten. Wir ermutigen darum die Verwaltung und die Regierung, diese Ansätze ernsthaft zu prüfen und zeitnah umzusetzen. Wir unterstützen darum sehr den Antrag der Petitionskommission, zur Stellungnahme an die Regierung zu beweisen. Wir sind der Überzeugung, dass eine ausführliche Stellungnahme der Regierung zu den in der Petition aufgeführten Punkten wichtig ist, um die weiteren Schritte fundiert zu planen und die Anliegen der Bevölkerung angemessen zu berücksichtigen.

Abschliessend möchten wir betonen, dass es vielleicht in der aktuellen Bewältigung der Folgen des Klimawandels auch einmal den Mut braucht, über den bestehenden Rahmen hinauszudenken und einen Schritt weiterzugehen, als es bis jetzt möglich ist. Ich bitte Sie darum im Namen der SP-Fraktion, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Daniel Seiler gemeldet.

Daniel Seiler (FDP): Ich glaube, ich kann im Namen aller bürgerlichen Parteien sprechen. Diese Petition entspricht den beiden Stadtklimainitiativen 1 zu 1. Ich glaube, die Petitionäre sind grösstenteils auch aus der gleichen Bewegung. Die Stadtklimainitiativen, Sie wissen es alle, wurden deutlich vom Volk abgelehnt. Ich habe jetzt vorhin nur Sachen gehört, warum man das unbedingt braucht. Wie Sie auch wissen, im Perimeter der geplanten Superblocks im St. Johann gibt es starke Oppositionen aus dem Quartier. Da sind fast 40 Seiten Rekurs geschrieben worden aus der Bevölkerung. Ich frage mich, ob die Petitionskommission mit diesen Leuten auch gesprochen hat. Ich höre immer nur, was man alles machen muss für dieses Stadtklima. Das Volk hat Nein gesagt, und Sie machen hier einfach weiter. Wir sprechen heute noch zwei oder drei Mal über das gleiche Thema.

Ich glaube, wir sollten langsam schon auch die Stimmbevölkerung ein bisschen ernst nehmen in diesem Thema. Daher sind glaube ich die bürgerlichen Parteien geschlossen dafür, dass diese Petition als erledigt betrachtet wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Sägesser. Sie wird angenommen.

Daniel Sägesser (SP): Sie haben für das ganze bürgerliche Lager gesprochen. Ist denn das ganze bürgerliche Lager nicht in der Petitionskommission vertreten? Diese hat 11 zu 0 entschieden.

Daniel Seiler (FDP): Ich kann Ihnen diese Frage leider nicht beantworten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Ich muss meinen Vorredner ganz leicht korrigieren. Wie Sie in der Kreuztabelle sehen, ist die SVP tatsächlich für Überweisen an den Regierungsrat zur Stellungnahme. Das mag Sie jetzt überraschen. Ich möchte das aber begründen, denn inhaltlich sind wir natürlich mit der Petition überhaupt nicht einverstanden. Die Petition ist Ausdruck davon, dass der Krieg gegen die Autofahrer in unserer Stadt eine neue Stufe erreicht hat. Durchgangsstrassen sollen vom Auto erlöst werden, und Ziel ist es schlussendlich, die Mülhauserstrasse etc. autofrei zu machen, als würde die Bevölkerung in unserem Kanton immer jünger und als könnten immer mehr Leute auf das Velo umsteigen, und als ob die Handwerker ja problemlos von ihrem Lieferwagen auf das Kassenvelo umsteigen könnten.

Die Petition verneint, dass die Qualität einer Stadt auch davon abhängt, wie gut die einzelnen Stadtteile vernetzt und erreichbar sind. Leben besteht eben nicht nur aus Wohnen. Auch die Mobilität muss ihren Platz haben. Die aufgeführten Gründe für diese ultraklimatistischen Forderungen kommen direkt aus dem Baukasten der Klimalobby und sind deshalb fern von jeder Lebensrealität.

Wieso wir jetzt trotzdem die Überweisung an den Regierungsrat zur Stellungnahme unterstützen hat, wie ich schon gesagt habe, nicht inhaltliche Gründe. Vielmehr wirft die Petitionsfragen auf, welche von grundsätzlicher Natur sind und wir sehen die von der Petitionskommission gestellten Fragen als teilweise interessant an und wünschen uns vom Regierungsrat Antworten.

Die Petitionskommission schreibt in ihrem Bericht richtig, dass der Regierungsrats Umgestaltungen und stadtklimatische Massnahmen grundsätzlich an sowieso anstehende Bauarbeiten koppelt. Ausgelöst werden Veränderungen im Sinne des Stadtklimakonzepts, also nicht basierend auf dem Handlungsbedarf gemäss bioklimatischer Betroffenheit, sondern basierend auf der Erhaltungsplanung an der Infrastruktur. Wir wünschen, dass der Regierungsrat in seiner Antwort diese Strategie bekräftigt und so für die Zukunft Sicherheit schafft. Auch die Frage, wie in privaten Tiefgaragen im St. Johann, aber auch generell leerstehende Parkflächen besser genutzt werden könnten, ist in unseren Augen von grosser Wichtigkeit. Der Regierungsrat erklärte schon vor Jahren, in dieser Richtung aktiv zu sein. Resultate sind keine oder praktisch keine sichtbar. Hier auch in dieser Frage mittels des Katalogs der Petitionskommission eine konkrete Aussage zu bekommen, erscheint uns als richtig und wichtig.

Schliesslich auch die Frage, wie der Regierungsrat Klimamassnahmen gegenüber der Restwertvernichtung von Infrastruktur gewichtet, ist hoch interessant. Wir sind gespannt auf die Antwort und hoffen doch sehr und bitten den Regierungsrat, dass er hier eine konkrete Antwort geben wird. Aus diesen Gründen, ich wiederhole es, nicht aus inhaltlichen Gründen - hat die SVP ein Überweisen an den Regierungsrat in der Kreuztabelle.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Beda Baumgartner möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Das darf er.

Beda Baumgartner (SP): Sie haben von der Klimalobby gesprochen. Können Sie erklären, was die Klimalobby ist?

Beat K. Schaller (SVP): Wenn Sie das nicht wissen, wie soll ich das dann noch erklären?

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GAB): Das ging mir ein bisschen zu schnell mit den Fraktions- und Einzelsprechenden. Ich spreche aber trotzdem für die Fraktion.

Ich wollte eigentlich nur ganz kurz etwas zum Auftreten der Verwaltung in der Petitionskommission sagen. Jetzt hat sich diese Debatte zu einer Autolobby- und Velo-Klima-Lobby-Debatte entwickelt und ich möchte ganz vorweg kurz etwas sagen. Im Angesicht der Kriege, die auf dieser Welt toben, und der Menschen, die darunter leiden, finde ich es absolut schräg und komisch, dass wir hier jetzt davon sprechen, dass Krieg geführt wird gegen Autos. Dann möchte ich mich aber gleichzeitig auch ein bisschen anhängen an das Votum von Beat Schaller. Dass mir das passiert, hätte ich nicht gedacht. Und zwar hat die Petitionskommission zu einer Petition, die wir als GAB als eine sehr wichtige Petition einstufen, sehr viele interessante Fragen gestellt, als gesamte Petitionskommission mit dem bürgerlichen Lager zusammen. Ich bin da nämlich nicht einig mit Daniel Seiler. Die Bevölkerung hat nicht das komplett abgelehnt, dass man mehr Grün schafft in dieser Stadt, sondern sie hat diese Initiativen abgelehnt, und das akzeptieren wir. Aber es gibt ganz viele bürgerliche Stimmen, die sich auch nerven, wenn eine Strasse aufgerissen wird und danach nicht mehr Grün da ist.

Wir stellen Fragen dazu, ob es möglich ist und wie es möglich ist, mehr Grün zu schaffen in diesen genannten Strassen. Es geht auch nicht nur um das Velo, sondern der Fussverkehr ist mehrfach erwähnt in der Petition und auch in unseren Fragen, und ich glaube, es ist unser aller Anliegen, dass wir mehr Grünraum schaffen, da wo er möglich ist. Und jetzt komme ich noch einmal zu diesem Punkt mit dem BVD. Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn wir diese Petition überweisen, diese Fragen beantworten und somit vielleicht der Regierung und dem Bau- und Verkehrsdepartement die Chance geben, den Eindruck zu widerlegen, den ich hatte in der Kommission und ich glaube ich war nicht alleine, den Eindruck, dass man das Gefühl hat, da will man jetzt gar nichts mehr machen, da ist gar nichts möglich, man macht einfach dieses Minimum. Das haben wir jetzt tausendmal gehört, und ich bin überzeugt, es gibt auch bürgerliche Personen hier drin, denen dieses Minimum so nicht reicht und die vielleicht nicht auf Kosten der Autos, aber auf Kosten anderer Objekte im Strassenraum oder in der Allmend sich über mehr Grünraum freuen würden.

Dementsprechend würde ich mich freuen, würde die Regierung diese Chance auch nutzen. Und was ich noch sagen wollte – es geht in der Petition nämlich auch um eine neue Parking-Strategie, mehr Sharing. Beat Schaller hat es schon gesagt, wir haben als Kommission auch extra Fragen gestellt, wie bestehende private Parkplätze besser genutzt werden können oder Firmenparkplätze, die nachts leer stehen und nur am Tag benutzt werden und ob man dieses Angebot erweitern könnte und somit auch für Mehrverkehrsberuhigung und für Sicherheit für Fuss und Velo sorgen könnten.

Das GAB bittet Sie, die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Daniel Seiler an? Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Haben Sie das Gefühl, dass die Baudirektorin zu wenig Begrünung macht? Wenn ich die Zeitung lese, höre ich täglich von neuen Bäumen, die gepflanzt werden.

Jo Vergeat (GAB): Es tut mir Leid, aber für mich ist es zu wenig Begrünung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Kommissionssprecher verzichtet in der zweiten Runde. Wir kommen damit zur Abstimmung. Daniel Seiler beantragt, die Petition als erledigt zu erklären, die Petitionskommission ist für Überweisung an den Regierungsrat zur Stellungnahme innerhalb eines Jahres.

Abstimmung

JA heisst dem Regierungsrat zur Stellungnahme überweisen, NEIN heisst die Petition als erledigt zu erklären.

Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 33 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003634, 12.06.24 09:27:29]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert eines Jahres zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petition geht an den Regierungsrat zur Stellungnahme. Sie haben entschieden mit 57 Ja- gegen 33 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

13. Motion 3 Lukas Bollack und Konsorten betreffend Erhöhung der Baumkronenbedeckung im Siedlungsgebiet

[12.06.24 09:27:48, 24.5156.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Das wird bestritten von Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Lukas Bollack, ich wäre ja noch bei Ihnen und würde es unterstützen, wenn es um eine bessere Pflege der vorhandenen Bäume gehen würde. Sie aber verlangen etwas, was als verbindliches Ziel in einer dicht bebauten Stadt nicht festgehalten werden kann, auch weil es viel zu viele Unsicherheiten dabei gibt. Sie schreiben richtig, dass die Trockenheit 2019 und 2020 sowie Stürme den Bäumen zugesetzt haben. Sie schreiben auch richtig, dass das Kronenvolumen und damit der Schattenwurf und die Verdunstungsleistung mit dem Alter exponentiell ansteigt. Und es ist auch richtig, dass von 2012 bis 2021 die Baukronenbedeckung in der Stadt Basel zugenommen hat. Es kann auch sein, dass, wenn in diesem Jahr die Überflugsdaten erhoben werden, diese etwas rückläufig ist, obwohl mehr Bäume gepflanzt wurden. Vielleicht wissen Sie auch, weshalb das so ist.

Ein Beispiel, welches eindrücklich aufzeigt, weshalb man Bäume eben nicht so schnell ersetzen und die Baumkronenbedeckung vergrössern kann, wie Sie sich das wünschen: Wenn Sie eine hundertjährige Eiche wegen Sturmschäden fällen müssen, dann müssten Sie 100 zehnjährige Eichen pflanzen, um nur schon dieselben Werte zu erhalten wie die der hundertjährigen Eiche. Nun stellt sich mir die Frage: wo wollen Sie diese 100 zehnjährigen Eichen pflanzen? Es würden noch mehr dazukommen für jeden älteren Baum. Das ist schlicht unmöglich, auch weil das Platz in der Stadt beschränkt ist und verschiedensten Ansprüchen gerecht werden muss.

Die einen wollen mehr Bäume, was ich unterstütze, die anderen anstatt bestehenden Bäume lieber einen Veloweg, wie das im Moment in Riehen diskutiert wird. Aus diesem Grund ist es unabdingbar, Kompromissbereitschaft zu zeigen und nicht Extremforderungen zu stellen, die einfach nicht eingehalten werden können.

Dann geht es weiter mit dem Wetter, welches wir nicht beeinflussen können. Wie wollen Sie wissen, wann es wieder eine Trockenheit oder grosse Stürme gibt, welche Ihr Ziel wieder über den Haufen werden würden? Die Wahrheit aber ist, dass aufgrund von Zwangsnutzungen, welche durch die beiden trockenen Jahre und die letztjährigen Stürme entstanden sind, wir schon Mühe haben, die jetzige Baumkronenbedeckung zu erhalten.

Wie gesagt ist, bin jederzeit bei Ihnen, wenn es um bessere Pflege in den bestehenden Bäumen geht und womöglich eine Zunahme derselben. Das wird aber von der Stadtgärtnerei und im übrigen auch von der Gemeindegärtnerei in Riehen bereits seit Jahren gemacht. Dabei wird natürlich auch auf klimaangepasste Bäume und Baumalleen mit verschiedenen Baumsorten geachtet.

Aus all diesen Gründen, und es gäbe noch mehr, bitte ich Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Ich musste wirklich noch einmal schauen, ob ich beim richtigen Traktandum bin, als Felix Wehrli von Extremforderungen gesprochen hat, denn diese kann ich nun wirklich nicht finden in dieser Motion. Aber ich überlasse das Konhzern ganz Lukas Bollack.

Ich muss Ihnen auch ehrlich sagen, dass ich mich anlässlich des Vorstosses von Lukas Bollack noch ein bisschen schlau machen musste, zum Beispiel darüber, wie genau die LiDAR-Methode funktioniert und ich bin sicher, Sie wissen es auch nicht alle, aber dazu später noch ein paar Worte mehr.

In der Motion ist bereits dargelegt, welche Tradition der Baumschutz in unserem Kanton hat, bereits recht früh, weil man sich in Basel bewusst war, wie wichtig die Bäume für das Leben in der Stadt sind und man entsprechend begonnen hat, sie zu schützen. Leider hat man die Bäume und deren Gesundheit aber doch noch recht lange der so genannten autogerechten Stadt untergeordnet. Parkplätze und immer mehr Strassen waren auch in Basel lange noch wichtiger als die Bäume, die dafür weichen mussten. Dies zu korrigieren, daran arbeiten wir immer noch.

Aber zurück zum Anliegen des Vorstosses: Die Versuchung ist gross, dass man sich allzu oft darauf versteift, vor lauter Bäume den Wald nicht mehr zu sehen, respektive vor lauter Bäume zählt die Qualität derselben nicht mehr. Mit der Masseinheit der Baumkronenabdeckung anstelle des deutlich weniger aussagekräftigen Masses allein Anzahl Bäume kommen wir einen wichtigen Schritt weiter. Glücklicherweise gibt es eben die sogenannte LiDAR-Methode, die eine neutrale Untersuchung genau dieses Kriteriums zulässt. Die Methode dürfte auch jenen unter Ihnen ein Begriff sein, die grosse Hoffnung in künftige selbstfahrende Fahrzeuge setzen. Das «light imaging, detection and ranging» – daher kommt die Abkürzung LiDAR -, generiert qualitativ hochstehende Informationen in 3D, anders als bei einem Radar, der mit Radiowellen arbeitet, erfassen LiDAR-Sensoren ihre Umwelt allein mit Hilfe von Licht durch einen Fotosensoren. Ein Laserstahl wird ausgesendet, trifft auf ein Objekt und wird von dort zurück reflektiert und mit ganz vielen solchen Lichtsignalen wird dann eine 3D-Karte der Umgebung erstellt. Das geht alles sehr schnell, daher ist die Methode auch für selbstfahrende Fahrzeuge im Einsatz. Der Ursprung dieser Systeme ist aber in der Luft- und Raumfahrt zu finden und geht auf die Sechzigerjahre zurück. Umso spannender, dass genau diese Methode uns bezüglich der Erfassung und der Zielsetzung im Bereich des Baumbestandes nun zu einem Schritt in die Zukunft verhilft.

Mit dieser Methode wird also die Baumkronenabdeckung in unserem Kanton erfasst. Sie lag 2021 im Siedlungsgebiet von Basel-Stadt bei ungefähr 16 Prozent. Sie haben alle das Dossier 131 vom Statistischen Amt erhalten. Daraus geht hervor, dass die minimale Zunahme der Baumkronenabdeckung zwischen 2012 und 2021 1 Prozent war, dass diese leichte Zunahme mit Vorsicht zu geniessen sei, weil sich die Methodologie in diesem Zeitraum stark verbessert hatte und die Daten nicht genau eins zu eins vergleichbar sind. Gehen wir aber trotzdem von einer unveränderten Abdeckung zwischen 2012 und 2021 aus. Die nächste Messung ist nun dieses Jahr erfolgt. Die Resultate werden für Herbst erwartet. Kolleginnen und Kollegen, ich befürchte, dass die Resultate dieser neuen Messung ernüchternd ausfallen werden, weil unsere Bäume extreme Hitze- und Trockenheitsperioden durchgemacht haben inzwischen und grosse Sturmereignisse zu erheblichen Verlusten geführt haben. Dafür dafür muss man gar nicht an den grossflächig abgestorbenen Hardwald verweisen, schon klar, diese Bäume gehören nicht zur Baumkronen Abdeckung von Basel-Stadt, aber es ist ein Sinnbild dafür, wie gross die Menge an Bäumen ist, die der Trockenheit zum Opfer gefallen sind.

Aber eben, wir müssen gar nicht so weit blicken. Lassen Sie uns an das gesperrte Gartenbad Bachgraben denken oder den Kannenfeldpark, wo es grosse Einschränkungen nach Sturmschäden gab. Diese werden uns fehlen in der Baumkronenabdeckung, wenn wir die neuen Zahlen erfassen.

In diesem Sinne hält die SP-Fraktion die Forderung der Motion für wichtig. Die Zeit des veralteten einseitigen Bäumchenzählens ist vorbei. Wir müssen gerade in der Stadt, wo Hitzebildung und die Luftqualität echte Herausforderungen darstellen, mit besseren Messgrössen arbeiten. Deshalb ist ein verbindliches Ziel in Bezug auf die Baumkronenabdeckung der richtige Weg.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage von Daniel Seiler annehmen? Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Danke für die interessanten Ausführungen. Denken Sie, diesen Laser könnte man auch dafür einsetzen, um zu identifizieren, wie viele Parkplätze durch Bäume aufgehoben worden sind?

Lisa Mathys (SP): Ich glaube nicht, dass es möglich ist, rückwärts Messungen zu machen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GAB): Die Baumkronenbedeckung zu erhöhen, ist sehr wichtig. Die Sommer werden immer heisser, und das ist kein Märchen, sondern das ist heute schon Realität. Hier ein paar Zahlen: Seit 1864 ist die Schweiz im Durchschnitt zwei Grad Wärmer geworden. Seit 1901 haben wir in der Schweiz dreimal mehr Hitzewellen, die 10 wärmsten Jahre seit Messbeginn waren alle im 21. Jahrhundert, das heisst in den letzten 24 Jahren. Dass wir etwas unternehmen müssen, ist klar, insbesondere in dicht bebauten Städten wie Basel, denn hier sind die Auswirkungen auch bei uns spürbar und sie haben auch eine Auswirkung auf unseren Alltag und unsere Gesundheit. Im Jahr 2022 haben wir das sehr gut gesehen. Wir hatten einen Hitzesommer, in Basel wurde die 40 Grad-Marke fast geknackt.

Da ist klar, Baumtöpfe reichebn nicht, sie sind zwar ein erstes Mittel, aber sie reichen nicht. Das Stadtklimakonzept macht keine verbindlichen Ziele für die Begegnung dieser Erhitzung und auch die Massnahmen, die erst gerade kürzlich vor wenigen Tagen ergriffen wurden, die Lockerung der Bestimmung für Pflanzentöpfe vor den Hauseingängen, sind sogar weniger als ein Tropfen auf einen heissen Stein. Es ist sehr klar, es braucht mehr Bäume, es braucht eine höhere Baumkronenabdeckung.

Wir diskutieren hier zuerst diesen Vorstoss und danach auch meine Motion, direkt nacheinander, die im Grundsatz dasselbe möchten, nämlich mehr Baumpflanzungen. Es scheint gemäss Kreuztabelle auch, als würden beide überwiesen werden und ich finde auch, sie ergänzen sich sehr gut. Meine Motion legt den Fokus auf Baumpflanzungen im öffentlichen Raum und die Motion von Lukas Bollack möchte ein verbindliches Ziel zur Erhöhung der Baumkronenabdeckung.

Ich rege an, bei der Umsetzung dieser Motion, die wir jetzt diskutieren, mitunter auch auf den privaten Raum zu fokussieren, wenn es dann um die Umsetzung des Ziels gibt. Dies wird auch in anderen Städten bereits gemacht. Genf zum Beispiel hat ein konkretes Ziel, die Baumkronenabdeckung zu erhöhen. Sie pflanzen dazu Mikrowälder, auch auf Privatgrundstücken und sie prüfen zum Beispiel bei der Genfer Immobilienverwaltung auf ihren Parzellen, in welchen Gebieten es Baumpflanzungen ermöglichen könnte, wo die Baumpflanzinseln sind. Auch die Stadt Zürich fokussiert teilweise auch auf den privaten Raum. Auch sie haben ein Ziel für die Baumkronenabdeckung. Sie haben ein Pflanzinselscreening gemacht. Sie haben einen Giessalgorithmus gespiesen mit Informationen zu Werkleitungen, Informationen zu Bedingungen für Baumpflanzungen und haben im stark Hitze betroffenen Gebiet in Schwamendingen eine solche Studie gemacht für den privaten Raum und haben dort Pflanzinseln auf Privatgrundstücken ermittelt und die Besitzenden dieser Grundstücke darüber informiert, in welchen Bereichen ihres Grundstückes Baumpflanzungen möglich sind und sie dazu animiert, auf ihrem Privatgrundstück einen Baum zu pflanzen.

Dies ist höchst sinnvoll und ich denke, da haben wir tatsächlich auch noch Luft nach oben, um solche Massnahmen zu unternehmen, und ich denke, das ist ein verbindliches Ziel, das uns auch weiterbringt. Solche Baumpflanzungen, verbindliche Ziele, sind viel effektiver als Töpfe vor der Haustüre oder als Baumtöpfe. Sie sind sehr wichtig. Ich denke, in Basel können wir mehr. Wir sollten das Stadtklimakonzept ergänzen mit langfristigen Baumpflanzungen und Massnahmen, und wir werden daher zustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch Sie dürfen entscheiden, ob sie die Zwischenfrage annehmen. Sie wird angenommen.

Felix Wehrli (SVP): Ist Ihnen bewusst, dass in Basel-Stadt jährlich sehr viele Bäume zusätzlich gepflanzt werden und dass in der Schweiz jedes Jahr der Baubestand in der Grösse des Thunersees zunimmt?

Raffaela Hanauer (GAB): Die Stadt Basel ist mit der Baumkronenbedeckung im schweizweiten Städtevergleich relativ weit hinten und auch die Hitze nimmt zu. Daher braucht es Massnahmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben schon wieder Besuch auf der Zuschauertribüne und das freut mich. Ich begrüsse die Schülerinnen und Schüler der FMS Basel mit Lehrperson Tanja Ruder. Es ist uns eine Freude, dass ihr euch für die Politik interessiert und uns besuchen kommt. Wir wünschen spannende Einblicke.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit fahre ich fort mit der Debatte über Motion 3. Nächster Sprecher ist Philip Karger.

Philip Karger (LDP): Ich stimme dem, was Lukas Bollack in der Einleitung seiner Motion sagt, voll und ganz zu. Bäume sind ein wichtiger Faktor, wenn es um die Kühlung der Stadt, den Schattenwurf und die Biodiversität gibt. Auch der Aussage, dass alte Bäume viel leistungsfähiger sind als Jungbäume, stimme ich zu.

Interessanterweise wird gerade hier von der hochgelobten Stadtgärtnerei in eine ganz andere Richtung gearbeitet, man denke nur an die Entfernung der Kugelahorne bei der Haltestelle Margarethen, an die gefällten Bäume beim wie Wielandplatz, die abgesägten Bäume bei der Haltestelle Holee und den zum Glück verteitelten Versuch, viele Kastanien beim Steinmätteli zu fällen. Die Stadtgärtnerei fällt jedes Jahr circa 150 bis 200 Bäume. Für die gefällten Bäume werden zwar Ersatzpflanzungen vorgenommen, doch handelt es sich dabei durchweg um Jungbäume mit sehr kleinen Kronen. Es wird viele Jahre dauern, bis diese Jungbäume auch nur annähernd die Grösse der ersetzten Bäume erreichen.

Sehr oft wird die Fällung vor allem der grossen Bäume mit der Gefahr für die Bevölkerung begründet. Sie könnten durch die anhaltenden Trockentrockenheit grosse Äste verlieren oder sogar umstürzen. Dieses Argument zählt kaum, denn mit der entsprechenden Pflegen der Baumkrone und einer guten Bewässerung wäre das Problem sehr oft behoben. Interessant ist, dass sich die Motion auf eine Befliegung im Jahr 2024 bezieht, bei der ein Rückgang vermutet wird. Mir war nicht klar, dass Vermutungen ausreichen, um den Regierungsrat zu etwas zu verpflichten.

Die Stadtgärtnerei beruft sich gerne auf Klima- und Sturmereignisse, Pilzbefall und andere Krankheiten, um zu gross geratene Bäume zu entfernen. Sollte diese Motion angenommen werden, wird sich an der Zahl der Fällungen im öffentlichen Raum kaum etwas ändern. Umso mehr wird es für private Baumbesitzerinnen noch schwieriger, kranke oder gefährdete Bäume fällen zu lassen, weil es sehr schwierig ist, solche Schäden geltend zu machen. Die hohen Kosten für die Pflege und Bewässerung alter und kranker Bäume müssen dann von diesen privaten Besitzerinnen getragen werden. Würde sich diese Motion explizit auf den öffentlichen Baumbestand beziehen und eine Budgeterhöhung zum Beispiel zuhanden der Stadtgärtnerei für die Pflege von alten Bäumen mit grossen Kronen fordern, wäre die LDP unter Umständen bereit, dieser Motion zuzustimmen. Da dies aber nicht der Fall ist, bitte ich Sie, auch im Namen der LDP, diese Motion abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Reihe ist nun an Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Es ist unbestritten, wir wollen unsere Stadt wo möglich begrünen und wo sinnvoll zusätzliche Bäume pflanzen. So ist das heute die Philosophie des Bau- und Verkehrsdepartements bei jedem Projekt, das geplant und uns vorgelegt wird.

Diese Motion strebt nun einen Paradigmenwechsel an, weg von der Anzahl Bäume hin zur Baumkronenbedeckung. Sie will damit letztendlich etwas erzwingen, das sich schlicht nicht erzwingen lässt. Lassen Sie es mich so sagen, das Gras wächst nicht schneller, wenn man daran zieht, Bäume wachsen nicht schneller, wenn man ein Ziel ins Gesetz schreibt. Sturmschäden lassen sich via Gesetz nicht verhindern, Hitzeschäden ebenfalls nicht.

Was könnten wir tun, um ein solches Ziel zu erreichen, wenn wir das jetzt ins Gesetz schreiben? Erstens, wir könnten bei Umgestaltungsprojekten mehrere Jungbäume etwas enger beieinander Pflanzen, damit man schon kleine Wälder hat, aber der verfügbare Platz bleibt ja letztendlich derselbe. Das sorgt am Anfang wahrscheinlich noch schnell für etwas mehr Baumkronsbedeckung, weil da mehr kleine Bäumchen rumstehen. Aber weil Bäume Platz zum Wachsen brauchen, wird man früher oder später einen Teil dieser Bäume wieder entfernen müssen, damit die anderen Bäume dann genug Platz haben, um zu wachsen. Das scheint mir wenig sinnvoll und für die Bäume auch ein Stress.

Man könnte zweitens schauen, dass bei einer Ersatzpflanzung der Ersatzbaum ungefähr gleich gross ist, damit eine ähnliche Baumkronenbedeckung erreicht wird oder man kann zumindest einen Baum nehmen, der bereits eine gewisse Grösse hat. Aber auch das scheint mir in der Praxis schwierig. Sie können einen Altbaum nicht durch einen Altbaum ersetzen. Wo wollen Sie denn diesen entsprechenden hernehmen? Das würde auch mit Blicken auf das Klima wenig Sinn machen, weil es keine klimatischen Mehrwert hat. Es würde höchstens das Risiko erhöhen, dass der verpflanzten Baum die Umpflanzung nicht überlebt.

Man kann drittens private Baumpflanzungen anregen, wie das ja Raffaela Hanauer hier ausgeführt hat, aber nun, auch diese Pflanzungen brauchen Zeit, um zu wachsen. Auch hier fangen wir mit jungen Bäumen an und müssen dann warten, bis entsprechend diese Baumkronenbedeckung erreicht wird.

Viertens, wir widmen andere Siedlungsflächen um, übersetzt, entweder wir reissen Liegenschaften ab, was hier wohl eher nicht die Absicht ist oder wir widmen öffentlichen Raum um und auf das läuft es ja letztendlich hinaus. Da kann ich mich auf Kollege Seiler beziehen, auch hier wieder die Stadtklimainitiativen durch die Hintertür.

Man kann gewisse Prozesse einfach nicht beschleunigen, selbst wenn man es wollte. Ich hätte auch gerne, dass die Freiestrasse in vier Wochen und nicht in vier Jahren umgebaut wird. Leider ist das nicht möglich, und so braucht auch Baumkronenwachstum nun mal Zeit. Sie können natürliche Prozesse nur beschränkt beschleunigen. Und Sie können auch politische Prozesse nicht beschleunigen, indem Sie mit mehreren Vorstössen dasselbe erreichen wollen. Gerne erinnere ich

Sie daran, dass beim Regierungsrat bereits ein Anzug von Bela Barta hängig ist, wonach als neue Zielgrösse für den Erhalt des Baumbestandes das Kronenvolumen verwendet werden soll, und dieser Vorstoss geht ja in dieselbe Richtung.

Dass wir in der Vergangenheit nicht völlig geschlafen haben und das, was wir früher gemacht haben, durchaus erfolgreich ist, zeigt übrigens das gerade letzte Woche erschienene Dossier Basel des Statistischen Amtes, das uns ja bereits von Kollegin Mathis gezeigt wurde. Interessanterweise ziehe ich da ein bisschen andere Schlüsse daraus. Denn darin wird aufgezeigt, dass die Baumkronenbedeckung in der Elisabethen-Anlage als Beispiel von 14,6 auf 60 Prozent erhöht worden werden konnte. Der Grund dafür, «vor allem das Baumwachstum ist ausschlaggebend». Und genau deshalb wird die Baumkronebedeckung in den nächsten Jahren stetig zunehmen, weil wir laufend zusätzliche Bäume pflanzen.

Und schliesslich noch das: Der Titel des besagten Artikels lautet «Aus der Luft sieht man 25 Prozent des Kantons vor lauter Bäumen nicht«. Zur Erinnerung: Die Zielwerte von Genf und Zürich betragen 25 Prozent. Wir sind also in unserem Kanton auf sehr gutem Weg. Passen Sie auf, dass Sie vor lauter Bäumen den bereits erfolgreich eingeschlagenen Weg nicht mehr sehen. Ich bitte Sie, die Motion abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Lisa Mathys und Daniel Sägesser möchten Zwischenfragen stellen. Sie werden angenommen. Zuerst hat Lisa Mathys das Wort.

Lisa Mathys (SP): Bei den 25 Prozent ist wohl noch der Wald in Bettingen mit eingerechnet. Aber egal. Bestreiten Sie, dass es bei der Auswahl von Bäumen verschiedene Sorten gibt, solche, die mehr und solche, die weniger Baumkronenabdeckung haben werden?

Luca Urgese (FDP): Nein, das bestreite ich nicht. Ich habe Vertrauen in die Stadtgärtnereoi, dass sie jeweils die Bäume auswählt, die für den entsprechenden Ort am sinnvollsten sind.

Daniel Sägesser (SP): Sie haben gesagt, das Gras wächst nicht schneller, wenn man daran zieht, und ziehen damit die Wirksamkeit von Monitoring-Massnahmen in Zweifel, die Lukas Bollack ja vorschlägt. Sie sind doch ein Mann der Wirtschaft. Sind Monitoring-Massnahmen nicht ein etabliertes und unumstrittenes Controlling-Instrument, das in der Wirtschaft jeden Tag eingesetzt wird?

Luca Urgese (FDP): Das Monitoring findet ja statt, es wird uns ja regelmässig ausgeführt wird, welches die Ergebnisse dieses Monitorings sind. Was diese Motion aber will, ist ein fixes Ziel festzulegen und das bedeutet ja, dass hier entsprechend auf dieses Ziel hingearbeitet werden muss. Und darum geht es, und das kann man nicht beschleunigen, indem man am Gras zieht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Daniel Sägesser kann gerade vorne bleiben. Er hat sich für ein Einzelvotum gemeldet.

Daniel Sägesser (SP): Lisa Mathys hat zwar schon einiges zur Methodik gesagt, die für die Arbeit bei der Baumkronenabdeckung anstelle der reinen Anzahl Bäume spricht. Es erscheint mir aber dennoch wichtig, noch ein paar ganz praktische Gedanken zur Bedeutung dieser angepassten Sichtweise zu ergänzen.

Wir erleben in unserem Kanton regelmässig hoch emotionale Debatten, wenn es um Bäume in unserer Stadt geht. Dies ist auf die Erfahrung zurückzuführen, die die Baslerinnen und Basler in den letzten Jahren gemacht haben. Die Hitzeperioden im Sommer werden intensiver und länger. Wir haben es sicher alle schon erlebt, dass wir während Hitzetagen wochenlang nicht mehr aus unserer Wohnung herauskam, nicht mehr gut schlafen konnten und uns dadurch bewusst wurden, was diese Belastung für vulnerable Menschen, für ältere, für Kranke, aber auch für ganz Kleine bedeuten muss. Es ist nicht einfach ein bisschen unangenehm, sondern es ist eine Gefährdung der Gesundheit.

Mit diesem Bewusstsein beurteilen wir heute auch Gestaltungsprojekte in unserer Stadt vielleicht noch anders als in früheren Jahren. Kolleginnen und Kollegen, denken Sie an die Freie Strasse. Wenn Sie sich dort nun 20 hohe dünne Bäume reindenken, dann wäre das zwar eine gute Sache für die Atmosphäre in dieser Einkaufsmeile, es wäre aber nie und nimmer ein geeignetes Mittel, um im Hochsommer eine Hitzebildung in dieser total versiegelten Strassenschlucht zu verhindern. Dazu bräuchte es grosse mächtige Baumkronen. Solche müssen wir also Jahre im Voraus mitdenken und einplanen. Das war übrigens auch ein wichtiger Punkt bei der Diskussion um die Neugestaltung des Allschwilerplatzes, mehr Raum schaffen, wo künftig Baumkronen für eine echte, angenehme und nötige Beschattung sorgen können. Die Ökolampad-Matte

mag noch so entsiegelt sein und noch von so vielen Bäumen gesäumt sein, ohne richtig guten Baumbestand auf dem Platz selber wird sich dort im Sommer dennoch eine unerträgliche Hitze bilden, mit der wir alle zu kämpfen hätten und die gerade für die älteren und geschwächten Leuten in den Institutionen rund um den Allschwilerplatz zu grossen Einschränkungen führen würden.

Mit diesen Beispielen möchte ich aufzeigen, wie relevant diese Messgrösse Baumkronenabdeckung für die ganze Stadt sind, für die Menschen, die in Basel leben und unterwegs sind. Auch habe ich das auch ich habe das Dossier des Statistischen Amtes mit grossem Interesse gelesen. Interessant fand ich dabei auch, dass innerhalb der drei Gemeinden, wenn man nur die Siedlungsfläche anschaut, Basel und Bettingen ganz ähnlich liegen, bei knapp 16 Prozent Baumkronenabdeckung. Riehen ist demnach wirklich das grosse grüne Dorf mit über 20 Prozent, und das sogar trotz des Hörnlivorplatzes.

So oder so, es ist enorm wichtig, dass unser Kanton sich Ziele setzt und nicht riskiert, dass wir durch eine allenfalls sogar sinkende Baumkronenabdeckung die Gesundheit unserer Bevölkerung aufs Spiel setzen. Die Zeichen der Zeit sind klar, es braucht mehr, nicht weniger Schatten. Und dann hat mich Daniel Seiler mit seiner Zwischenfrage beim Votum von Lisa Mathys noch auf eine Idee gebracht. Meine Kollegin hat zwar recht, dass man auch mit LiDAR leider nicht in die Vergangenheit schauen kann. Was aber absolut möglich wäre, wäre zu erfassen, wie viel Volumen des öffentlichen Raums heute Autos in Anspruch nehmen. Ich finde das eine grossartige Idee und möchte deshalb an dieser Stelle auch gleich der anwesenden Verkehrsdirektorin diese Idee mit auf den Weg geben, ich verspreche mir interessante Erkenntnisse von einer solchen Untersuchung. Besten Dank, wenn Sie diese Motion heute und überweisen und ich bitte die Fragenden nach vorne.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Daniel Seiler stellt eine Zwischenfrage.

Daniel Seiler (FDP): Wie stellen Sie sich die Freie Strasse, die hier immer wieder zitiert wird, vor mit so vielen Bäumen? Wie soll die Anlieferung oder eine gewerbliche Sanierung stattfinden? Ich persönlich finde diese mobile Lösung im Moment eigentlich recht gut, aber ich kann mir nicht vorstellen, wie diese Strasse funktionieren kann für die Zulieferung, wenn da viele Bäume stehen.

Daniel Sägesser (SP): Die Frage war ja, wie ich mir die Strasse mit vielen Bäumen vorstelle. Wunderschön.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Reihe ist an Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Sie haben Riehen erwähnt. Ist Ihnen bewusst, dass Riehen so Grün ist, weil es eine bürgerliche Mehrheit hat? (*Heiterkeit im Saal).*

Daniel Sägesser (SP): Ihre Ausführungen werden bestritten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zum Motionär Lukas Bollack.

Lukas Bollack (GLP): Wir sind uns ja eigentlich grösstenteils einig, wir brauchen mehr Bäume in der Stadt, zur Kühlung des Stadtklimas, für die Förderung der Biodiversität und für eine bessere Aufenthaltsqualität. Ich möchte kurz ausführen, warum wir mit dieser Motion der Regierung ein nützliches Werkzeug zur Erreichung dieses Ziels in die Hand geben würden.

Durch das Stadtklimakonzept, die aktuelle Planungspraxis sowie durch das Baumschutzgesetz sind wir schon auf einen guten Weg. Der Baumbestand in der Stadt Basel wächst jedes Jahr weiter an. Damit grenzen wir uns positiv ab von vielen anderen Schweizer Städten, in denen der Baumbestand oftmals trotz grosser Anstrengungen rückläufig ist. Wie ich schon im Motionstext ausgeführt habe, kann die reine Anzahl Bäume aber täuschen. Das Kronsvolumen eines Baums und damit sein Schattenwurf, seine Verdunstungsleistung und sein ökologischer Wert steigen mit dem Alter exponentiell an. Wird ein Baum entfernt und durch einen neuen ersetzt, braucht der Ersatzbaum Jahrzehnte, bis er wieder die gleichen Leistungen erbringt wie sein Vorgänger.

Durch das Baumschutzgesetz kommt es in Basel kaum mehr vor, dass Bäume leichtfertig im Rahmen von Bauprojekten gefällt und durch Ersatzbäume ersetzt werden. Auch der Baumschutz auf Baustellen wird gut durchgesetzt, so dass Bäume nicht mehr bei Bauarbeiten verletzt werden und später gefällt werden müssen. Viele Ausfälle gibt es aber aktuell durch den Klimawandel. Von den 20 häufigsten Baumarten im Bestand der Stadtgärtnerei sind in den letzten Jahren Zweidrittel

vermehrt von Schäden, ausgelöst durch Hitze und Trockenheit., betroffen. Diese Arten müssen in den nächsten Jahrzehnten durch besser geeignete Arten ersetzt werden. 2023 hatten wir beispielsweise einen grossen Verlust an alten Bäumen in der Stadt durch mehrere starke Sturmereignisse, denen zahlreiche durch die Hitzesommer 2018 und 2019 geschwächte Bäume zum Opfer gefallen sind.

Damit wir für die Effekte dieser erzwungenen Baumverjüngung in der Stadt nicht blind sind, macht es Sinn, für die Überwachung des Baumbestandes sowie für unsere Ziele in Zusammenhang mit dem Stadtklima und der Biodiversität statt der Anzahl Bäume die Baumkronenbedeckung heranzuziehen. Die Baumkronenbedeckung drückt den Anteil des Siedlungsgebiets aus, der von Baumkronen beschattet ist. Es sagt also direkt etwas aus über die Kühlleistung des Baumbestandes.

Wie andere Vorredner:innen schon ausgeführt haben, wird die Baumkronenbedeckung in der Stadt seit 2012 überwacht. Die Regierung setzt sich aber bisher keinen Zielwert in Bezug darauf. Die sind im Unterschied zu anderen Grossstädten in der Schweiz. Genf will die Kronenbedeckung im Siedlungsgebiet bis 2030 von 22 auf 25 Prozent erhöhen, Lausanne bis 2040 von 20 Prozent auf 30 Prozent und Zürich bis 2050 von 17 Prozent auf 25 Prozent. Ein solcher Zielwert macht Sinn, denn man definiert damit, um wie viel die Kühlleistung des Baumbestandes zunehmen soll für eine bessere Anpassung an den Klimawandel. In Kombination mit regelmässigen Messungen der Baumkronenbedeckung bekommt man wertvolle Informationen darüber, wo man in seinen Anstrengungen steht und in welchen Bereichen es gut läuft und wohl schlechter. Daraus können wiederum zielgerichtete Massnahmen abgeleitet und die zur Verfügung stehenden Mittel effizient eingesetzt werden.

An dieser Stelle möchte ich noch kurz eingehen auf Befürchtungen, die vom Gewerbeverband sowie von einigen Vorrednern geäussert wurden, nämlich dass die Motion zu zusätzlichen Einschränkungen und Vorschriften für Private führen könnte. Basel hat mit dem Baumschutzgesetz und mit den Vorgaben zum Baumschutz auf Baustellen im Vergleich zu anderen Städten schon sehr strenge Vorschriften für Private. In vielen Städten nimmt die Kronenbedeckung auf privaten Parzellen aufgrund der Bautätigkeit ab. In Basel ist dies nicht der Fall. Hier besteht aus fachlicher Sicht deshalb schlicht kaum mehr Steigerungspotential. Bei Privaten wird man, wenn dann mit positiven Anreizen für zusätzliche Baumpflanzungen arbeiten, wie es zum Beispiel mit dem Projekt «Mein Baum, dein Baum« schon in kleinerem Rahmen erfolgt. Die Privaten dürfen sich also eher auf zusätzliche Unterstützung freuen und müssen aus meiner Sicht keine Angst vor zusätzlichen Vorschriften haben.

Auch wurde genannt, dass in der Motion Extremforderungen gestellt wurden. Das kann ich jetzt nicht so nachvollziehen, weil die Regierung ist ja komplett frei in der Definition des Zielwertes. Es wird in dem Sinn keine Forderung gestellt. Ich bitte Sie deshalb für die Überweisung der Motion zu stimmen und freue mich, dass die Regierung bereit ist, die Motion entgegenzunehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben es gehört, der Regierungsrat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen. Das wird bestritten von Felix Wehrli. Wir stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

54 Ja, 39 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003637, 12.06.24 10:02:38]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion ist überwiesen mit 54 Ja-Stimmen gegen 39 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

14. Motion 4 Raffaela Hanauer und Konsorten betreffend Konzept für Baumpflanzungen sowie Begrünungs- und Entsiegelungsmassnahmen gegen die Sommerhitze

[12.06.24 10:02:51, 24.5155.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist auch hier bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Wir haben es vorher von Lukas Bollack gehört. Ich glaube, wir sind uns alle einig, wir möchten mehr Begrünung im Stadtraum, wo dies auch immer sinnvoll und möglich ist. Wieso ist die LDP gegen diese Motion? Grundsätzlich ist es so, dass bereits überall dort über Begrünung gesprochen wird, wo auch umgebaut wird. Und es gibt in Basel sehr viele Baustellen. Sie wissen es, die Fernwärme wird ausgebaut, und auf jeder Fläche, die dabei umgewälzt wird, prüft man auch eine Begrünung. Aber die Leute haben genug von noch mehr Baustellen und das BVD ist auch überlastet mit Projektierungen. Und wenn man das zusammenbringt, dass man jetzt noch an anderen Stellen Baustellen planen will und losgelöst von diesen Flächen, die bereits umgebaut werden, auch noch Baumpflanzungen in Angriff nehmen will, dann ist das der *overkill*, den die Bevölkerung nicht möchte.

Es gibt auch etliche Vorstösse, die eine Baumpflanzenoffensive fordern. Es gibt klare Antworten vom BVD, die sagen, weshalb Baumpflanzungen zum Beispiel in der Freien Strasse nicht möglich sind, gerade weil Röhrennetzwerke dort sind. Das haben wir alles auch schon besprochen. Verlassen wir uns doch auf die Behörden, die eine klare Zielsetzung haben. Es gibt auch ein Stadtklimakonzept. Das wird hier angesprochen, dass dies die Baumpflanzungen nicht mit einbezieht. Aber dennoch erkennen wir aus verschiedenen Vorstössen, dass der Handlungsbedarf klar erkannt ist. Wir haben es ebenfalls vorhin gehört, dass wir ein positives Saldo haben, was Baumpflanzungen bei uns in der Stadt anbelangt. Das ist sehr erfreulich und darum braucht es diese Vorlage nach unserer Meinung nicht.

Gleichzeitig möchten wir auch festhalten, dass wir auch ein wenig Angst haben, dass diese Vorlage dann als Feigenblatt verwendet wird, um mehr Parkplätze verschwinden zu lassen und auch sonst in den Quartieren sagen wir, wir machen hier Grünraum, Parkplätze müssen weg und andere Nutzungen. Das wollen wir nicht unterstützen. Wir vertrauen hier auf die Planungen des BVD und sind deshalb gegen die Überweisung dieser Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Christine Keller.

Christine Keller (SP): Heute sieht es ja gerade etwas sonnig aus und die Hoffnung stirbt zuletzt, dass der Sommer dann auch tatsächlich einmal kommt und mit ihm wohl auch die Sommerhitze. Wir wissen es alle, Menschen leiden darunter, die Tiere leiden darunter, die Sterblichkeit bei älteren Menschen steigt. Wir wissen auch, was hilft: Grün, entsiegeln, Bäume. Töpfe mit Blumen. davon haben wir viel gehört, was auch immer man davon hält, das alleine ist nicht genug das wissen wir auch. Im Stadtklimakonzept wird auf die Erhaltungsplanung hingewiesen. Aber meine Damen und Herren, das bedeutet, noch ein halbes Jahrhundert zu warten und das halbe Jahrhundert haben wir nicht. Wir dürfen nicht so lange warten, es muss schneller gehen und es müssen neue Bäume gepflanzt und es muss entsiegelt werden, auch nicht nur dort, wo die Fernwärme kommt. Wer kennt nicht eine Asphaltfläche in seiner Umgebung, wo er oder sie sich täglich fragt, warum muss das hier eigentlich sein? Warum braucht man diesen Asphalt etwa auf einem Seitenweg bei mir Zuhause, wo Velos fahren? Die bräuchten diese Versiegelung nicht, Autos dürfen dort ohnehin nur für den Zufahrtsverkehr fahren.

Dieses Potenzial, das hier noch brachliegt, soll genutzt werden. Die Bäume und das zusätzliche Grün lindern die Hitzebeschwerden in der Stadt. Und es ist auch wichtig für die Biodiversität. Das steht auch in der Motion, es ist wichtig als Trittsstein für die Tiere. Ich bin immer traurig, wenn ich einen überfahrenen Igel sehe, das gibt es leider allzu oft, man wird das nicht ganz vermeiden können. Aber wenn man ein stückweit auch da Abhilfe schaffen kann, ist das schön. Natürlich auch für die Insektenwelt, die Käfer und so weiter.

Also nochmals, wir möchten kein halbes Jahrhundert mehr erwarten und so lange geht es, wenn wir uns in der Erhaltungsplanung bewegen. Wir möchten ein Konzept für Baumbegrünungen und Entsiegelungen auch ausserhalb der Erhaltungsplanung und auch ausserhalb der Erneuerung der Fernwärme. Der *Overkill*, vor dem Michael Hug Angst hat, kann man auch verhindern. Wir wollen ja ein Konzept, eine Planung, die einen *Overkill* verhindert. Da gibt es Luft nach oben schon jetzt, dass nicht am selben Ort, wo gerade erst gebaut wurde, in einem nächsten Anlauf wieder entsiegelt wird. Aber ich bin überzeugt, dieses Konzept, wie es Raffaela Hanauer verlangt mit der Finanzplanung, kann auch so einen *Overkill* vermeiden. Deshalb darf ich auch im Namen der SP beantragen, dieser Motion zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich muss mich wiederholen, Sie machen es also schon wieder. Sie wollen eine Motion überweisen, die nichts anderes fordert als das, was das Stimmvolk letzten November klar abgelehnt hat. Zur Erinnerung: Die Stadtklimainitiativen, die klar abgelehnt wurden, forderten genau das, was jetzt hier wiederum gefordert wird: Umwandlung von Asphalt und Strassenraum in Grünraum, und das explizit auch dann, wenn es eben keine Baustellen oder eine Sanierung gibt. Michael Hug hat das schon ausgeführt. Zu erwähnen sind noch die Ressourcen, die es braucht, und die graue Energie. Strassenraum, der noch 30 oder 40 Jahren gute Dienste leisten würde, der soll einfach mit grossem Energieaufwand umgenutzt werden.

Für mich ist das eine Zwängere,i und ich sehe auch sehr, dass Sie das Stimmvolk nicht respektieren. Es ist für mich auch nicht nachvollziehbar, dass die Regierung diese Motion entgegennehmen will, weil sie eben genau das macht, was abgelehnt wurde im November. Ich nehme hier einen zunehmenden Baumpflanzungswahn wahr, den Sie bieten mit Ihren Vorstössen und Ideen. Die Regierung lässt jede Baumpflanzung medial feiern und Sie reichen jetzt hier monatlich Ihre neuen Baumvorstösse sein. Wässern Sie diese Bäume dann im Sommer, wenn es heiss ist? Denn Bäumewässern ist ein sehr grosser Aufwand, und da kommt dann jemand wieder mit den Ressourcen beziehungsweise mit dem Wasser, das dann gebraucht wird.

Die FDP lehnt diese Motion ab. Wir haben in diesem Bereich nun wirklich jetzt schon genügend Initiativen und Massnahmen lanciert. Lassen wir doch jetzt einmal ein paar Massnahmen umsetzen und schauen, wie sich die Sachen bewähren und kommen dann wieder mit neuen Baumvorstössen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Lisa Mathys an? Sie wird angenommen.

Lisa Mathys (SP): Sie sagen wiederholt, dass der Wille nicht respektiert werde. Sie haben in diesem Abstimmungskampf alle immer wieder betont, wie wichtig es ist, dass es mehr Bäume gibt und in dieser Motion geht es ja darum, das eben möglichst gut zu machen. Sind nicht Sie derjenige, der leere Versprechungen gemacht hat im Abstimmungskampf?

Daniel Seiler (FDP): Nein, ich habe ja vorhin schon gesagt, dass Bäume gepflanzt werden und das unterstützen wir ja. Aber hier wird eben explizit gefordert, dass man nicht wartet, bis eine Baustelle ansteht, sondern man hingeht und bestehenden Strassenraum zusätzlich aufreisst.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zur Motionärin Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GAB): Es freut mich sehr, wie breit meine Motion in diesem Saal getragen wird, auch wenn jetzt nicht allzu viele Voten dies unterstrichen haben. Der Kreuztabelle entnehme ich jedoch, dass sehr viele Unterstützende in diesem Saal vorhanden sind und es freut mich auch sehr, dass die Regierung die Motion entgegennehmen möchte.

Die Motion fordert ein Screening auf öffentlichem Raum und ein Konzept für Baumpflanzungen, Begrünungen und Entsiegelungen. Das Ziel dahinter ist sehr klar, wir müssen die Stadt kühlen. Wir haben zu lange keine wirkungsvolle Klimapolitik gemacht, die Schweiz wird heisser, die Welt wird heisser, auch Basel wird heisser. Wir brauchen mehr Schatten, wir brauchen mehr Verdunstung, die kühlt, wir brauchen eine Reaktion auf diese Erhitzung.

Das Stadtklimakonzept sieht leider nicht eine konkrete Massnahmenplanung für Baumpflanzungen ausserhalb der Erhaltungsplanung vor und ich denke, dass das nicht gut ist, wenn wir doch wissen, wie Hitzesommer in Basel-Stadt aussehen können, wenn wir zum Beispiel daran erinnern, wie es vor zwei Jahren war.

Ein paar Worte dazu, wie meine Motion umgesetzt werden kann. Andere Städte zeigen, dass man solche Screenings machen kann und dass es gar nicht so schwierig ist, daraus Massnahmen abzuleiten. Solche Screenings stützen sich auf bereits bestehende GIS-Programme, ein Programm im Kartierungsprogramm GIS. Das Programm wird gespiesen mit Bedingungen, wie weit ein Baum bei der Pflanzung von einer Werkleitung entfernt sein muss, wo die Werkleitungen sind usw. Diese Programme gibt es heute schon. Die Hochschule Rapperswil macht das, auch das Crowd-Planungsprojekt in Zürich zeigte, wie so ein Screening geht. Städte wenden dies auch bereits heute an. Die Stadt Kriens hat ihr Ziel von Baumpflanzungen auch auf so ein Screening gestützt. Auch die Stadt Zürich hat für das Hitze betroffene Quartier Zürich West so ein Screening gemacht und plant nun Bäume zu pflanzen. Das könnten wir auch und ich denke, das sollten wir auch tun wird. Ich denke, wir sollten das Stadtklimakonzept tatsächlich auch mit solchen Massnahmen ergänzen.

Zur Einordnung meiner Forderungen: Meine Forderungen wollen das Stadtklimakonzept ergänzen, weil wir heute gerade für die Hitze betroffenen Quartiere nicht mehr vorsehen als Versprechen, dass vielleicht Bäume oder Baumtöpfe kommen, wenn die Erhaltungsplanung kommt. Ich denke, das wird den Bedürfnissen in diesen Quartieren nicht gerecht. Ich fordere daher ein Konzept für Baumpflanzungen. Ich fände es sinnvoll, wenn man sich bei diesem Konzept auch auf die am stärksten betroffenen Quartiere fokussiert und dabei kann man sich auch bereits auf das Stadtklimakonzept stützen. Das Stadtklimakonzept analysiert sehr gut, in welchen Quartieren es dringend notwendig ist, zu kühlen.

Bestandteil des Konzepts soll eine Umsetzungsplanung sein für den Zeithorizont bis 2037. Damit meine ich nicht, konkrete Projekte bereits zu haben für Baumpflanzungen, für Entsiegelungen, sondern man muss prüfen, wo es mehr Massnahmen braucht als das, was ohnehin schon aufgegleist ist und wie man das angehen möchte und in den nächsten 15 Jahren umsetzen möchte. Meine Motion fordert eine Umsetzungsplanung und diese soll sich auf ebenso ein Screening des öffentlichen Raums stützen. Die Tools bestehen schon, das ist nicht teuer. Die GIS-Funktionen gibt es schon, andere Städte haben Erfahrungen, die GIS-Funktionen sind tatsächlich auch gar nicht so komplex. Wir haben auch bereits Angestellte, die sehr gut GIS betreiben können, Kartierungen machen können, GIS-Analysen machen können.

Ich habe explizit nicht den ganzen öffentlichen Raum erwähnt in meiner Motion, sondern habe offen gelassen. Ich denke, es ist nicht sinnvoll, wenn wir zum Beispiel die Lange Erlen prüfen, sondern ich denke, der Fokus sollte wirklich auf den Quartieren liegen, die auch einen Bedarf haben. Ich denke, meine Motion ist wichtig, umsetzbar und eine gute Ergänzung des Stadtklimakonzeptes.

Kurz zum *Overkill,* der erwähnt wurde: Ich habe im Hitzesommer 2022 in Kleinbasel gelebt. Dort ist der Motorisierungsgrad sehr niedrig. Ich habe selber kein Auto. Ich halte das nicht für einen Overkill.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird bestritten von Michael Hug. Wir stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

64 Ja, 26 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003639, 12.06.24 10:19:04]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen mit 64-Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

15. Motion 5 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Einführung eines zweiten Wiederholungsversuchs bei den Anwaltsprüfungen

[12.06.24 10:19:17, 24.5167.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Damit wird auch kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf die Motion eingetreten und haben Sie dem Regierungsrat stillschweigend zur Stellungnahme innert 3 Monaten überwiesen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

16. Motion 6 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Ausweitung der zulässigen juristischen Praktika für die Anwaltsprüfungen auch auf die Tätigkeit als Unternehmensjuristin und Unternehmensjurist

[12.06.24 10:19:50, 24.5168.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist die bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Sie wird bestritten von Stefan Suter.

Stefan Suter (SVP): Ich trete jetzt hier ganz alleine gegen die gesamte Kreuztabelle an, nicht etwa in der irrigen Meinung, dass ich hier obsiegen würde, sondern in der Hoffnung, doch noch ein gewichtiges Argument hier einzuführen und mitzugeben, das wäre schön. Es wäre auch schön, wenn ich noch zwei, drei Leute überzeugen könnte, aber es geht hier um die Argumentation.

Thema ist die Ausbildung, Ausbildung angehender Anwältinnen und Anwälte. Eine Ausbildung hat immer von einem Ideal auszugehen. Wie soll es im besten Fall sein? Es gibt dann immer Fälle, die nicht so gut sind, das ist schon beim Lehrplan im Gymnasium oder sonst irgendwo der Fall. Was ist also hier das wichtigste, das man lernen sollte. Unternehmensjuristen sind hervorragende Berufsleute. Ich kenne natürlich sehr viele von denen von Berufs wegen, ich bin sogar befreundet, es ist also keine Kritik an Unternehmensjuristen, sondern es geht um die Ausbildung, das Ideal der Ausbildung. Und das Ideal besteht eben darin, dass angehende Anwälte und Anwältinnen lernen und erfahren und spüren, dass bei genau gleichem Gesetz ganz konträre Meinungen und Interpretationen resultieren können, resultieren müssen aufgrund der gesellschaftlichen Gegebenheiten. Also, man vertritt einen Mieter und vertritt auch einen Vermieter, man vertritt eine Arbeitnehmerin und vertritt eine Arbeitgeberin, man vertritt einen Beschuldigten als Strafverteidiger und am nächsten Tag vielleicht als Privatkläger. Das ist aus meiner Sicht eben sehr wichtig, denn es geht hier nicht darum, Missionare auszubilden, die einseitig etwas lernen, sondern ein vollumfängliches Berufsbild zu haben.

Nochmals, das ist die Ausbildung, dass viele dann später sich auf etwas konzentrieren, dagegen ist überhaupt nichts einzuwenden. Also nochmals: Nichts gegen Unternehmensjuristen, es gibt hervorragende Leute, aber aus meiner Sicht, sollte man als traditioneller Anwalt lernen, wie dieser Beruf auszuüben ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich bin weniger Idealist als Stefan Suter, vielmehr Realist. Das Advokaturexamen hat zum Teil den Sinn, zukünftige Advokaten und Advokaten auf die Ausübung der klassischen Advokaturberufes es im Sinne von Stefan Suter vorzubereiten. Es ist aber auch ein allgemeines Qualifizierungsexamen, wenn Sie die Stellenanzeigen ansehen. Da wird sowohl in der Verwaltung wie bei Unternehmen eben auch das Advokaturexamen verlangt. Das mag man beklagen, ist aber eine Tatsache. Und ich glaube, dass da auch ein Praktikum zählen kann, und wir einer der wenigen Kantone findet, wo das so nicht geht. Das ist nicht sehr sinnvoll.

Ich bin in seit mehr als 30 Jahren in einem Advokaturbüro tätig, das wahrscheinlich die meisten Volontärinnen und Volontären in Basel ausgebildet hat. Ich sehe da gerade einen meiner Vorgänger als Volontär in diesem Saale und ein Mitglied des derzeitigen Regierungsrates war auch Volontär bei uns im Büro. Ich glaube, es war auch eine Vorbereitung zum Beispiel auf das Amt eines Regierungsrates. Ich will nicht abschweifen, aber die Erfahrung in Unternehmen hilft eben auch später in der Advokatur, denn ein grosser Teil der Arbeit in der nicht klassischen Advokatur ist eben auch der Abschuss von Verträgen, das Aushandeln, das Beraten von Unternehmen usw., nicht forensisch. Das ist ein wesentlicher Teil des Berufsbildes und diesen Teil des Berufsbildes auszublenden ist für mich ein bisschen lebensfremd.

In diesem Sinne bitte ich Sie, die Motion von Bruno Lötscher, dem das Advokaturexamen geholfen hat, nachher als Richter tätig zu sein, zu überweisen, im Sinne eines modernen Berufsbildes. Ich hoffe, dass Stefan Suter in diesem Anliegen scheitert, grosse Unterstützung zu gewinnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Nicole Kuster.

Nicole Kuster-Simon (LDP): Auch die zweite Motion von Bruno Lötscher betreffend Anrechnung der juristischen Praktikas in Unternehmen ist unterstützenswert. Diese Möglichkeit ist im Kanton Basel-Landschaft bereits heute gegeben. Die Vorgehensweise, dass die Aufsichtsbehörde sicherstellt, dass nicht jedes Praktika angerechnet werden kann, sondern ein praktischer Bezug zum Anwaltsberuf bestehen muss, ist eine gute Lösung. Die Aufsichtsbehörde verfügt über entsprechendes Fachwissen. Und sollte es jemand doch schaffen, sich ein Praktikum anrechnen zu lassen, welches keinen oder zu wenig Praxisbezug hat, wird spätestens in der Prüfung merken, dass dies nicht so eine gute Idee war. Denn in der Prüfung wird praxisbezogenes und verknüpftes Wissen gefragt, und dies kann eben in der Verwaltung, an den Gerichten, in der Advokatur und hoffentlich bald auch in einem Unternehmen erlernt werden. Demgemäss ersuche ich Sie, die Motion von Bruno Lötscher zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Bei mir ist es noch nicht so lange her, dass ich die Anwaltsprüfung gemacht mache. Ich denke, es ist doch wirklich am sinnvollsten, wenn man verschiedene Praktikums macht, wenn man beim Gericht ein Praktika macht, wenn man in eine Kanzlei eines macht, aber ich denke, es hätte mir auch nicht geschadet, ein Praktikum in der Privatwirtschaft zu machen. Ich hatte Freunde, die haben das gemacht, konnten sich dann das in Basel-stadt nicht anrechnen lassen. Ich habe dann auch ein Praktikum in der Verwaltung gemacht. Ich konnte es mir anrechnen. Wirklich Sinn, warum er nicht durfte, was ich durfte, hat das eigentlich nicht gemacht.

Dementsprechend denke ich, wir verbauen uns nichts, wenn wir diese Motion überweisen und wenn wir dieses Feld auch öffnen. Es ist dann auch jedem selber überlassen, wo er das Praktikum macht, was ihm am besten hilft für die Prüfung. Ich empfehle es jedem, der die Prüfung macht, in verschiedenen Bereichen reinzuchnuppern. und dort die Erfahrung zu sammeln und diese dann auch für die Prüfung zu nutzen. Das gibt dann auch eine bessere Chance, die Prüfung zu bestehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an den Motionär Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich kann mich kurz halten. Ich danke Stefan Suter für das Votum, weil es kurz Gelegenheit gibt zu sagen, worum es geht. Es geht nicht darum, die klassischen Anwälte irgendwie zurückzustellen, im Gegenteil, wer den Anwaltsberuf ausüben will in einer Anwaltskanzlei, muss selbstverständlich dort seine Praktika gemacht haben, und die besten Leute werden das wissen und auch nach wie vor auch nachher dorthin gehen. Wer aber in ein grosses Unternehmen will - und wir haben solche Weltunternehmen hier in Basel -, der tut gut daran, während der Ausbildungsphase dort in der Rechtsabteilung tätig zu sein, weil solche Firmen in der Regel später dann diese Leute nicht mehr aufnehmen. Wer in der Ausbildungsphase dort gewesen ist, hat dann möglicherweise die grössere Chance, dort einzusteigen.

Es macht wirklich keinen Sinn, dass wir jedes Praktika im hinteren Appenzell oder irgendwo in der Schweiz auf dem Land akzeptieren, aber in einer Rechtsabteilung der Weltfirmen, die hier in Basel sind und international tätig sind, nicht akzeptieren. Es ist beschränkt auf sechs Monate, das bedeutet, dass man dann nachher immer noch an die Gerichte oder in die klassische Anwaltskanzlei soll, und das macht Sinn und das nützt allen und das erhöht die Qualität der Ausbildung weiterhin.

Es geht also nicht gegen die Anwälte im klassischen Sinn. Ich möchte, dass Sie weiterhin ganz tolle Volontärinnen und Volontäre haben in Ihrer Praxis, aber lassen wir die anderen auch zu, die die Vorteile des Marktes hier in Basel nutzen, vielleicht auch als Beispiel, das Ihnen noch gelegen kommen könnte, in eine Rechtschutzversicherung. Da lernt man natürlich das Handwerk auch als Anwalt, und das zählt im Moment auch nicht, können wir im Moment auch nicht anerkennen, und das macht wirklich keinen Sinn mehr für die Zukunft.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Oliver Thommen an? Sie wird angenommen.

Oliver Thommen (GAB): Entschuldigen Sie meine naive Frage, aber braucht die Welt noch mehr Advokaten?

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Vielleicht nicht noch mehr, aber noch bessere.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung. Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Sie wird bestritten von Stefan Suter.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 6 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003642, 12.06.24 10:31:52]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 87 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

17. Motion 7 Johannes Sieber und Konsorten betreffend Erlass eines Musikschulgesetzes

[12.06.24 10:32:04, 24.5173.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen vorliegen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf die Motion eingetreten und haben Sie dem Regierungsrat stillschweigend zur Stellungnahme innert drei Monaten überwiesen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

18. Motion 8 Anina Ineichen und Konsorten für einen Klimafonds "New Green Deal für Basel" (NGDB)

[12.06.24 10:32:37, 24.5177.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte und das Wort geht zuerst an Harald Friedl.

Harald Friedl (GAB): Natürlich bitte ich Sie darum, diese Motion dem Regierungsrat zu überweisen. Mit dieser Motion haben Sie die Möglichkeit, die Chance, eine bedeutende Weiche für die Zukunft zu stellen. Und darum bitten wir Sie eben auch, die Motion zu überweisen. In aller Kürze: Mit dieser Motion werden die geforderten Mittel für einen Basler New Green Deal

sichergestellt. Damit sollen genügend Mittel bereitgestellt werden für die vom Stimmvolk durch das Ja zum Gegenvorschlag der Klimagerechtigkeitsinitiative beschlossenen Massnahmen. Der Regierungsrat hat ebenfalls schon eine Klimaschutzstrategie vorgestellt und darin die Massnahmen ausgeführt. Die Forderung nach diesem Fonds ist also demokratisch legitimiert. Was aber noch fehlt, ist die Zusage der notwendigen finanziellen Mittel für die Umsetzung dieser beschlossenen Massnahmen.

Warum es eben diese Gelder braucht, muss ich Ihnen nicht ausführen. Darauf weist unsere Fraktion schon seit Jahrzehnten hin. Auch wenn der menschengemachte Klimawandel noch von gewissen Kreisen angezweifelt wird, sei es, weil sie es nicht wissen wollen oder sei es, weil man sich daraus politischen Vorteil verspricht, er ist Tatsache und er fordert unser politisches Handeln heraus. Ich erspare Ihnen auch eine Aufzählung all der kostenwirksamen Auswirkungen, die der Klimawandel mit all seinen Wetterextremen mit sich bringen wird. Das können Sie alle selber erleben und erfahren, wenn es Sie dann interessiert.

Der Schutz vor diesen Wetterextremen und das Aufräumen danach wird teuer, das kann ich Ihnen versichern. Umso glücklicher sind diese Staatswesen oder Gemeinwesen, die vorgesorgt haben und beim Aufräumen nicht mit leeren Händen dastehen. Dass es unserem Kanton momentan finanziell hervorragend geht, das wissen Sie selber auch, und dies muss in unseren Augen eben auch genutzt werden, um künftige, heute noch ungewisse Auswirkungen bewältigen zu können. Darum die Bitte, hier Ja zu sagen zu diesem Klimafonds

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas klarstellen: Investitionen in die Nachhaltigkeit sind auch Investitionen in die Standortsicherheit. Die hier ansässigen Firmen werden profitieren, wenn Schäden durch kommende Wetterextreme abgewendet oder schnell behoben werden können. Dann funktionieren auch die Lieferketten und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kommen sicher zur Arbeit. Überlassen wir also die Aufgaben nicht den nachfolgenden Generationen, sondern nehmen wir unsere Verantwortung wahr schon heute, um die notwendigen Aufgaben und Ausgaben zu erledigen und die Ressourcen für die benötigten Massnahmen bereitzustellen.

Die Fraktion GAB bittet Sie deshalb, Ja zu sagen zur Überweisung der vorliegenden Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Diese Motion unterliegt mehreren grundlegenden Irrtümern. Der erste Irrtum: Die Einwohnerinnen und Einwohner sollen nicht zusätzlich belastet werden. Das ist eine Illusion. Die hohen Überschüsse, die wir heute haben, sind eine Konsequenz unter anderem von Überbesteuerung. Der Kanton erhebt höhere Steuern als er zur Finanzierung seiner Tätigkeiten braucht. Daher kommen diese Überschüsse, die Einwohnerinnen und Einwohner sind also schon zusätzlich belastet.

Und dann muss man einfach festhalten: Höhere Unternehmenssteuern führen zu tieferen Löhnen und höheren Preisen. Die Kosten werden direkt oder indirekt an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben. Dieses zusätzliche Geld, das da beispielsweise mit der Ergänzungssteuer eingenommen wird, das kommt nicht aus dem Nichts. Es kommt aus dem Portemonnaie der Menschen, also die Einwohnerinnen und Einwohner werden mit einer solchen zusätzlichen Ergänzungssteuer zusätzlich belastet.

Und jetzt zum grundlegenden Problem der OECD-Ergänzungssteuer: Sie verschlechtert, das möchte ich nochmals deutlich festhalten, die Standortattraktivität unserer Region, weil die Unternehmen höhere Steuern zahlen müssen, die sie dann eben an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergeben müssen. Und deshalb ist die Kompensation und dass wir möglichst viel von diesen Einnahmen in die Kompensation investieren, absolut relevant. Und da geht es übrigens auch nicht um die Stabilität von Lieferketten, die sind ja nicht hier im Kanton, die sind ja ja ausserhalb.

Der zweite grundlegende Irrtum: Eine Vergabekommission ist fair und unabhängig. Das unterstellt, dass eine solche Kommission besser weiss, welche Massnahmen wirtschaftlich sinnvoll und zielführend sind. Das ist natürlich nicht so. Die betreffenden Unternehmen wissen deutlich besser, was in ihrem Unternehmen wirtschaftlich ist, was für ihr Unternehmen zielführend ist. Das beweisen sie heute schon, indem sie Ziele, zu denen sie sich verbindlich verpflichtet haben gegenüber dem Bund, übertreffen. Der richtige Weg bleibt, klare und realistische Ziele vorzugeben und der Wirtschaft den Weg zur Umsetzung zu überlassen.

Der dritte Irrtum: Diese Finanzierung ist fair. Diese Finanzierung führt dazu, dass ein kleiner Teil der Unternehmen, nämlich die, die Ergänzungssteuer bezahlen müssen, überproportional die Kosten tragen muss, und zwar gleich mehrfach. Erstens, weil ein wesentlicher Teil des Überschusses aus Unternehmenssteuern kommt, die, wie wir wissen, von relativ wenigen Unternehmen in diesem Kanton zu wesentlichen Teilen finanziert werden. Zweitens, weil eben diese Unternehmen dann zusätzlich von der Ergänzungssteuer betroffen sind, auch das ein relativ kleiner Teil, der Regierungsrat hat einst geschätzt, dass es 50 bis 100 Unternehmen sind, die da betroffen sind. Und dann gibt es ja noch die eigenen Massnahmen, die von der

Politik ebenfalls gefordert werden, dass die Unternehmen etwas tun, um klimaneutral zu werden. Das muss dann separat auch noch zusätzlich finanziert werden. Diese Finanzierung ist also alles andere als fair.

Und der vierte Irrtum ist, dass ein Fonds Klarheit über die Finanzierung bringt. Auch das ist nicht so, denn die Quellen, die da angegeben werden, sind keine stetigen Finanzierungsquellen. Es ist heute absolut unklar, wie hoch die Einnahmen aus der Ergänzungssteuer sein werden, weil wir nicht wissen, wie die Unternehmen auf diese zusätzliche Belastung reagieren werden. Die Entwicklung dieser Einnahmen ist absolut offen. Und auch die Entwicklung der Überschüsse ist offen. Wir wissen heute nicht, wie sich die Wirtschaft entwickeln wird angesichts der Unsicherheiten, die wir auf der Welt haben. Da ist also auch unklar, wie viel Geld dann in einen solchen Fonds fliessen kann.

Ohnehin sind Fonds fragwürdige Finanzierungsmittel. Sie orientieren sich nämlich nicht am Mittelbedarf, sondern. sie werden anhand der festgelegten Regeln entsprechen mit Mitteln gefüllt, und dann sucht man Verwendungszwecke für die entsprechenden Mittel, Das sehen wir am Beispiel des Mehrwertabgabefonds, der viel mehr Geld in der Kasse hatte, als ursprünglich eigentlich vorgesehen war, und dann haben wir Diskussion darüber geführt, was man auch noch Schönes mit diesem Geld finanzieren und machen könnte, und haben das Gesetz geändert.

Die Finanzierung von Klimaschutzmassnahmen und von Klimaschutzinvestitionen muss über den ordentlichen Haushalt erfolgen, den wir hier im Parlament jedes Jahr beschliessen. Man kann die Auseinandersetzung über die Prioritäten, die wir hier im Parlament führen müssen, nicht dem Parlament entziehen, indem man einfach separat einen Fonds einrichtet, über den wir dann nicht mehr entsprechend diskutieren müssen. Wir müssen die Diskussion über die Prioritäten im Grossen Rat führen, wo sie hingehören, nicht in einer Vergabekommission. Deshalb bitte ich Sie, die Motion abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Wir haben das Ziel Netto Null bis 2037, und die vorliegende Motion möchte mit einem neuen grünen Deal einen Ansatz zur Zielerreichung bieten. Es geht darum, eine Methode zu generieren, wie die Investitionen, die in der Klimaschutzstrategie festgelegt wurden, finanziert werden können. Durch einen Fonds sollen genügend Mittel bereitgestellt werden für die definierten Massnahmen. Das Geld aus dem Fonds soll aus Bundesmitteln und Steuereinnahmen kommen, und eine Kommission regelt die Entnahme respektive die Verteilung der Gelder. Für die Ausarbeitung eines entsprechenden Konzeptes hat der Regierungsrat zwei Jahre Zeit.

Ich begrüsse innovative Vorstösse, so auch diesen. Die SP-Fraktion spricht sich für eine Erstüberweisung als Motion aus. Sie möchte an diesem Punkt aber offenlassen, ob sie eine zweite Überweisung unterstützen würde. Wir möchten jetzt zuerst wissen, wie die Regierung dazu Stellung nimmt und im Anschluss das noch einmal besprechen können. Grundsätzlich sind wir aber sehr dafür, weil wie gesagt, es eine innovative und doch gute Idee ist.

Eines muss uns allen klar sein: Es braucht jetzt klare Massnahmen, um Netto Null 2037 zu erreichen. Warum also nicht mit einem grünen Deal ein bisschen mehr fürs Klima tun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Ich spreche hier für die Fraktion der GLP und möchte erklären, warum wir hier ein Offen haben. Es ist kein Geheimnis, dass es wohl auf dieses Offen ankommen wird, ob diese Motion überwiesen wird oder nicht. Offen heisst nicht, dass wir uns nicht einig sind. Wir sind uns weitgehend einig in der Fraktion, erstens, dass wir hinter den Klimazielen des Kantons stehen, zweitens, dass wir hinter entsprechenden Massnahmen stehen, drittens sind wir nicht so naiv zu meinen, dass das alles ausserhalb von staatlichen Mitteln erfolgen kann, all die Massnahmen, die nötig sind. Natürlich wünschen wir uns, dass die weitgehend von der Privatwirtschaft., von Privaten getragen werden, so weit wie möglich, aber es wäre naiv zu meinen, dass es nicht auch staatliche Gelder braucht. Die wird es brauchen.

Wir sind mit diesem Vorgehen nicht so glücklich. Wir glauben nicht, dass es der richtige Weg ist, jetzt einfachmal einen Fonds einzurichten, ohne dass klar ist, was man braucht, wo genau staatlicher Finanzierungsbedarf besteht. Uns ist nicht ganz klar, warum ein Fonds die richtige Lösung ist. Wir haben da sehr viele Fragezeichen. Auch diesbezüglich sind wir uns eigentlich einig. Weiter verweise ich auf die weiteren Bedenken, die insbesondere Luca Urgese in seinem Votum vorgebracht hat, ob jetzt das hier die richtige Lösung ist. Da sind wir sehr kritisch.

Was nur die eigentliche Frage hier betrifft, ob wir diese Motion jetzt heute überweisen sollen oder nicht, darüber sind wir uns nicht einig. Einige von uns finden insbesondere auch in Anbetracht der Wichtigkeit des Themas und auch der gewissen Dringlichkeit, die hier gegeben ist aus moralischen Gründen, dass wir wirklich schnell handeln bezüglich Klimaschutz. Deshalb empfinden wir es eine gute Idee, diese Motion jetzt zu überweisen. Und auch im Sinne wie Michela Seggiani es für die SP ausgeführt hat, die Regierung detaillierter berichten zu lassen, finden wir keine Ressourcenverschwendung, sondern

finden wir sinnvoll. Wie es damit weitergeht, das wollen auch die Befürworter der Motion innerhalb der Fraktion offenlassen. Wie es dann mit einer zweiten Überweisung aussehen wird, hängt von der Antwort der Regierung ab. Der andere Teil der Fraktion erachtet das nicht als die richtige Lösung und lehnt die Überweisung der Motion schon heute ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht damit an Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Es ist schon hoch interessant, wie beim Thema Klima die Diskussion früher oder später, aber unweigerlich auf das Geld hinaus kommt. Es geht dann zuerst um das Klima, dann um das Geld. Es zeigt sich immer deutlicher, was die Klimapolitik wirklich ist, nämlich ein riesiger Machtapparat und eine noch viel grössere Geldmaschine.

Diese Motion ist ein guter Beweis dafür. Die Kosten für den ersten Teil der Basler Klimastrategie belaufen sich nach Schätzungen auf etwa 3,6 Milliarden Franken, die Kosten für den zweiten Teil können vorerst nicht beziffert werden, so die Motion. Wir sollen uns also auf einen finanziellen Blindflug begeben. Es soll ein Fonds geäufnet werden, aus welchem die unbekannten Massnahmen finanziert werden. Das heisst, mit dieser Motion sind wir so weit, dass wir Gelder in eine Kasse legen sollen, ohne wirklich zu wissen, wofür, Hauptsache Klima, das rechtfertigt ja scheinbar alles, ganz nach dem Motto, das ist da, also verfügen wir jetzt schon darüber.

Wenn die Kosten unbekannt sind, wie und in welchem Umfang soll der Fonds geäufnet werden? Da muss doch zuerst wirklich eine Schätzung, wenigstens eine grobe Schätzung vorliegen, sonst würden wir zu wenig oder zu viel Volksvermögen zurückstellen. Im ersten Fall hätte der Fonds seinen Zweck verfehlt, im zweiten Fall wären das Gelder, welche vielleicht anders wo sinnvoller eingesetzt werden können.

Die Einwohner von Basel-Stadt sollen nicht zusätzlich belastet werden, so die Motion. Das ist lobenswert, aber wer es glaubt, wird selig. Es geht hier schliesslich um die basel-städtische Rettung der Welt, da darf der Steuerzahler ruhig noch etwas bluten, wenn nicht heute, dann morgen. Denn wenn sie nicht zahlen, unsere Steuerzahler, dann geht die Welt unter, so oder so, zumindest passiert es, wenn wir den Klimabefürwortern folgen.

Ich gebe Ihnen zu bedenken, dass das nur noch so lange funktioniert, wie wir überhaupt Steuerzahler in unserem Kanton haben. Es geht unserm Kanton finanziell hervorragend. Das begrüssen wir. Wir mahnen aber mit Nachdruck zur Vorsicht. Wenig Geld zu haben ist schwierig, viel Geld zu haben ist gefährlich, denn es macht unvorsichtig, es werden links und rechts Begehrlichkeiten geweckt, hier noch etwas Geld abzapfen, hier noch etwas Geld nehmen und das ist gefährlich.

Einfach einmal Geld auf die Seite zu legen, ohne wirklich zu wissen, wofür, ist aus unserer Sicht finanzpolitisch nicht zu verantworten. Die Motionäre würden lieber darauf bestehen, dass wir klare Auskunft über die gesamten Kosten der Klimastrategie erhalten, anstatt dass wir im Blindflug Gelder aussortieren, Gelder, welche wie gesagt möglicherweise dereinst für dringendere Ausgaben benötigt werden. Luca Urgese hat das in seinem Votum sehr schön ausgeführt. Wie wäre es zum Beispiel, wenn wir es der Forschung und Entwicklung im Klimathema erleichtern, ihre Arbeit in unserem Kanton zu machen, statt Gelder in einen Topf zu werfen? Wie wäre es, wenn wir deutliche Steuerreduktionen für solche Unternehmen ermöglichen würden, ich meine deutliche Steuerreduktionen? Wie wäre es, wenn wir zur Welthauptstadt der Klimaforschung würden? Ich habe diesen Ausdruck schon in früheren Voten gebraucht, denn mit einer einzigen Entwicklung können wir weltweit mehr bewirken als auf etwa 40 km2 etwas Klimatistik zu betreiben. Deshalb bitte ich Sie namens der Fraktion der SVP, die Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen. Ich danke Ihnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage an? Sie wird angenommen. Jo Vergeat hat das Wort.

Jo Vergeat (GAB): Sie reden von einem Machtgefüge beim Klimaschutz. Sind wir uns einig, dass 5,6 Milliarden beim Autobahnausbau auch ein Machtgefüge bei der Autolobby beweisen?

Beat K. Schaller (SVP): Nein, diese Gelder werden direkt für einen ganz bestimmten Zweck verwendet, für unsere Volkswirtschaft.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Sie merken vielleicht schon daran, dass ich gegen die Motion rede, dass die Regierung kein inhaltliches Problem hat, sondern dass es um finanzrechtliche Themen geht. Uns geht es nicht darum zu sagen, wir

möchten kein Geld für den Klimaschutz bereitstellen. Wie haben den Auftrag schon, die Bevölkerung und Sie haben ihn uns aufgegeben mit Netto Null 2037. Sie brauchen keinen Fonds, um die Zusage der notwendigen Mittel zu bekommen, und Sie brauchen schon gar keine Vergabekommission.Ich muss sagen, das verstehe ich nicht, Wenn Sie wollen oder mir mitteilen, dass Sie nicht fähig und nicht in der Lage sind, darüber zu entscheiden, dann geben Sie es an eine Vergabekommission. Aber heute sind Sie die Vergabekommission. Sie entscheiden, wohin die Mittel gehen und wie viel. Wir haben den Auftrag, Ihnen die Vorlagen zu bringen, vor allem von Seiten BVD, Regierungrätin Esther Keller. Sie entscheiden dann darüber, ob das korrekt und richtig eingesetzt ist.

Wir haben bisher schon über 500 Millionen Franken eingesetzt. Wir setzen die notwendigen Mittel ein und Sie entscheiden dann, ob es genügend Mittel sind oder ob es mehr braucht. Mit einer Vergabekommission geben Sie Ihre Kompetenz ab. Ich verstehe nicht ganz, warum Sie das wollen und warum Sie wollen, dass wir jetzt noch einen Fonds einrichten, zwei Jahre lang daran arbeiten. Ich verstehe den Sinn nicht ganz. Sie sagen immer, Sie haben Angst, dass die Mittel woanders hingehen. Aber Sie haben jetzt doch in der Hand. Machen Sie es und wir bringen die Vorlage. Und Sie machen ja auch immer Druck. Da kommt noch einmal eine Motion, noch einmal ein Vorstoss, das muss schneller gehen, Stadtklimakonzept. So ist unser System und ich finde es korrekt so.

Also Sie haben es daher in der Hand. Was nicht geht, ist die Ausschüttung. Wenn Sie den Gedanken haben, Sie könnten den Überschuss in den Fonds schieben, das geht finanzrechtlich nicht. Das muss vorher eingeplant werden, dann liegt es im Fonds, dann haben wir eine Kommission, die darüber urteilt, wohin das Geld geht.

Ich bin etwas überrascht, dass Sie das abgeben wollen und ich wäre dankbar, wenn die GLP, die mich beschäftigen möchte über den Sommer mit der Stellungnahme, sich das vielleicht noch einmal überlegt. Vielleicht genügen ihr auch meine Ausführungen hier und sie entscheidet, dass ich das nicht noch zu Papier bringen muss.

Ich darf aber auch sagen, ich bin mit meinem Vorredner Beat K. Schaller nicht einverstanden. Die Regierung ist klar der Meinung, dass es notwendig ist, dass wir einen Auftrag haben und dass wir die Mittel, die wir brauchen, auch zur Verfügung stellen. Aber reden Sie doch über das, was Sie wollen, über die Inhalte und machen Sie jetzt nicht so einen Nebenschauplatz auf, quasi einen Parallelhaushalt mit einem Fonds. Reden Sie über das, was Sie wollen, über die Inhalte.

Daher bitte ich Sie, die Motion auch zur ersten Stellungnahme nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Johannes Sieber an? Sie wird angenommen.

Johannes Sieber (GLP): Ich wollte nur die Frage stellen, ob Sie der Vollständigkeit halber nicht auch noch an Ihre eigene Partei appellieren möchten.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Das habe ich versucht an der Fraktionssitzung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Olivier-Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Wie heisst es immer so schön, vom Saulus und Paulus. Haben wir bei 3,6 Milliarden, die in unterschiedlichsten Direktionen verteilt werden, bei denen eine Konsolidierung fehlt, weil es sehr komplexe Vorhaben sind – hier ein bisschen Klima, da ein bisschen Klima – irgendwo die Übersicht? Wir dürfen nicht Gelder per se einfach in einen Fonds legen, sondern wir müssten ganz klar die politischen Instrumente nehmen. Für mich wäre aber die Frage, durch die Komplexität und die Vielfältigkeit des Themas Klimaschutz, dass wir irgendwo eine Übersicht haben, dass wir periodisch auch wissen, wie viel Geld wir jetzt von diesen 3,6 Miliarden überhaupt verwendet haben. Diese Transparenz müssten wir irgendwie sicherstellen.

Es gibt verschiedene Alternativen, die wir auch noch anschauen können, marktwirtschaftliche Instrumente. Wir haben die Steuererleichterung, das ist auch ein Thema. Wie wägebn wir das ab? Das wägen wir hier in diesem Haus ab. Wir debattieren darüber und wir stimmen darüber ab.

Mein Anliegen war, eine Transparenz zu schaffen über die gesamten Ausgaben in Sachen Klima. Wir haben heute gerade gehört, 500 Millionen sind schon mal irgendwo verwendet worden. Da ist einfach die Frage, wo der Schwellwert ist, wo können wir als Parlament noch eingreifen und wo nicht.

Der Reiz für mich war, eine Übrersicht zu erhalten. Der Fonds ist dazu nicht die geeignete Methode. Daher auch ein Wunsch an Regierungsrätin Tanja Soland, dass wir die Kosten transparent halten über die verschiedenen Direktionen und auch eine

Auskunft geben können, wo wir jetzt stehen in der ganzen Klimageschichte, auch mit den Kosten, stehen. Im Namen der LDP bitte ich Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein Einzelvotum gemeldet hat sich David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich bin doch froh, dass Olivier Battaglia auf den richtigen Weg zurückgefunden hat und somit seine Unterschrift mindestens fiktiv zurückgezogen hat. Nur ganz kurz. Diese Idee wird als innovativ bezeichnet und daher müsse die SP entgegen der Ansicht ihrer Finanzdirektorin einer Erstüberweisung zustimmen. Was bei der Errichtung einer demokratiefeindlichen Expertendiktatur innovativ sein soll, verstehe ich nicht. So innovativ bin ich nicht und in diesem Sinne bitte ich Sie wirklich, dieses Konzept, das wirklich auch eine Ausschaltung unserer demokratischen Abläufe und rechtsstaatlichen Abläufe ist, hier endgültig zu erledigen. Es gibt wirklich sinnvollere Arten und Weisen, das Geld gut für unser Klima einzusetzen. Ich bitte doch die SP, und ich weiss, diese Bitte ist vergeblich, auf die Stimme der Vernunft, verkörpert durch ihre Finanzdirektorin, zu hören. Sie schaden damit nicht dem Klima, aber wir helfen unserer Demokratie.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GAB): Ich möchte darauf hinweisen, dass Klimaschutz eine komplexe Aufgabe ist, eine Querschnittsaufgabe. Wir werden insgesamt zwei Klimastrategien haben. Wir werden zwei Klimaaktionspläne haben, mit zahlreichen Massnahmen. Ich habe vorhin gehört, man soll doch besser über Inhalte sprechen. Die Inhalte sind so komplex, weil wir mehrere Sektoren haben und die Aufgabe, diese Inhalte zu bearbeiten und diese Massnahmen aufzugleisen, liegt in erster Linie nun nach der Volksabstimmung beim Regierungsrat. Dieser muss diese Aktionspläne ausarbeiten und auch die entsprechenden Finanzierungen vorschlagen, Finanzierungen für ein sehr komplexes Querschnittsthema. Daher ist es durchaus sinnvoll, wenn wir Vorschläge bringen für Finanzierungsmechanismen, für Übersichten, für eine sinnvolle Finanzierung, für eine sichergestellte Finanzierung. Und deshalb bitte ich Sie, diese Motion zu überweisen oder wenn Sie sich unsicher sind, sich zu enthalten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Regierungsrätin Tanja Soland an? Sie wird angenommen.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Haben Sie den Eindruck, ich hätte das Budget nicht im Griff?

Raffaela Hanauer (GAB): Das habe ich so nicht gesagt. Ich denke aber, ein Instrument zu haben für diese komplexen Ansätze, so dass sie auch für alle verständlich sind, finde ich dennoch sinnvoll.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit geht das Wort an die Motionärin Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GAB): Die Klimakrise ist eine Belastung für die Bevölkerung, aber auch finanziell, das wissen wir dank der Beantwortung des Anzugs der Spezialkommission. Die Klimakrise kostet, je nach Rechnungsart, zwischen 90 Millionen und 700 Millionen Franken, wenn wir nichts tun. Das wissen wir. Wir wissen auch, was es uns kosten wird, das Netto Null-Ziel zu erreichen, ca. 4 Milliarden, davon geht die Infrastudie aus.

Wir sehen, es wird Geld brauchen, egal ob wir etwas machen oder nichts machen. Hier plädiere ich klar dafür, etwas zu machen. Was wir aber noch nicht wissen, ist, wie wir die Mittel genau verwenden und wofür. Hier werden die Papiere im Moment erarbeitet, und hier würde ein New Green Deal Planungssicherheit schaffen können. Wir fordern, ein Konzept zu erstellen, also noch nicht den Fonds selbst zu äufnen. Wir möchten diese Planungssicherheit analysieren können. Es geht uns darum, auch die Möglichkeit von Mitteln bereitzustellen, um diese Klimakrisefolgekosten zu finanzieren. Darum bitten wir Sie, diese Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung (Stichentscheid des Präsidenten)

47 Ja, 46 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003645, 12.06.24 11:04:23]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion ist überwiesen mit 47 Ja-Stimmen gegen 46 Nein-Stimmen.

19. Anzug 1 Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend niederschwelliger Zugang zu allen staatlich mitfinanzierten Museen dank einheitlicher Anerkennung der Museumspässe

[12.06.24 11:04:38, 24.5098.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Ich bitte Sie im Namen der SVP und der FDP, den Anzug nicht an die Regierung zu überweisen. Was auf den ersten Blick logisch aussieht, ist auf den zweiten und dritten aber unlogisch. Aber grundsätzlich ist es politisch völlig verfehlt, eine Institution zu zwingen, eine Kooperation mit einer privaten Stiftung eingehen zu müssen. Ich bedaure sehr, dass sich Raphael Fuhrer nicht die Mühe gemacht hat, die Gründe, weshalb einzelne Museen den Schweizerischen Museumspass nicht akzeptieren, zu eruieren und uns aufzuzeigen. So wäre er vielleicht selber zum Schluss gekommen, dass die Akzeptanz des Passes finanziell für gewisse Museen keinen Sinn macht und schon gar nicht mit seinen zwei Forderungen vereinbar ist, dass nämlich die staatliche Mitfinanzierung an die Anerkennung des Passes geknüpft wird oder aber die Museen auf anderem Weg gezwungen werden müssen, den Pass zu akzeptieren.

Es darf nicht sein, dass wir Museen zwingen, in eine private Stiftung zu investieren. Und weshalb sollte das Akzeptieren des Passes mit den Subventionen aus Basel in einem Zusammenhang stehen? Der Schweizerische Museumspass ist für Besuchende aus der ganzen Schweiz gültig, also für sehr viele, die rein gar nichts mit unseren Staatsbeiträgen in Basel zu tun haben. Zudem müssen Sie wissen, dass der Schweizerische Museumspass aus einer privaten Stiftung kommt, deren Hauptpartner die Raiffeisenbank ist. Diese Bank stellt ihren Genossenschaftsmitgliedern den Pass gratis zur Verfügung. Die Bank braucht also das Gefäss Schweizerischer Museumspass als Anreiz für ihre zwei Millionen Genossenschaftsmitglieder. Im Jahr 2022 haben rund 840’000 Raiffeisen-Kunden den Pass benutzt, aber nur 87’000 Besitzer direkt aus der Stiftung. Der Erfolg dieses Passes liegt also in der Korporation mit der Raiffeisenbank und ist somit zusammengekoppelt.

Und Sie wollen nun ernsthaft unsere Museenzwingen, einen solchen Pass zu akzeptieren, der notabene mit einer circa 80-prozentigen Rückerstattung Ertragsausfälle für Museen generiert. So kann dann der Schluss gezogen werden, dass, wenn ein Basler Museum dadurch Ertragsausfälle erleidet, diese wieder mit Subventionen aus Basler Steuergeldern gedeckt werden müssen. Wir befinden uns dann in einem Teufelskreis.

Ich unterstelle Ihnen, Raphael Fuhrer, dass Sie vor allem die Fondation Beyeler im Visier haben. Daher gehe ich etwas detaillierter auf diese ein. Im Falle der Fondation Beyeler, das wissen Sie selbst, kommen bei grossen Ausstellungen wie Matisse oder Picasso sehr viele Besuchende aus der gesamten Schweiz. Das ist nicht abhängig davon, ob sie den Schweizerischen Museumspass haben oder nicht. Hätten diese aber zum Teil einen Schweizerischen Museumspass,

erleidet die Fondation finanzielle Einbussen von 300’000 Franken pro Jahr, da sie von der Organisation eben nur diese 80-prozentige Rückerstattung erhält. Wöchentlich bietet die Fondation viele Ermässigungen und Vergünstigungen an. Alle Jugendlichen bis 25 Jahren können gratis immer in die Fondation gehen, und sie ist selber schon bei 30 weiteren Kooperationen, neben dem Oberrhein ist ein Museumspass, aktiv, übrigens auch das Schweizer Architekturmuseum und die Kunsthalle, die auch 24 andere Kooperationen haben. Es ist also nicht so, dass sie nichts tun.

Sie sehen, bei so viel Engagement ist es völlig verfehlt, Museen dazu zu zwingen, ein weiteres schweizweites System, und ich betone es nochmals zu Gunsten einer privaten Stiftung, zu akzeptieren, ein System, das ein Museum finanziell stark belastet. Im Gegenteil, es sollte uns eigentlich viel mehr interessieren und aufhorchen lassen, wie hoch die Ertragsausfälle zum Beispiel unserer fünf staatlichen Museen sind, weil sie den Schweizerischen Museumspass akzeptieren und wir mit Basler Steuergeldern diese Ertragsausfälle durch Staatsbeiträge wieder ausgleichen müssen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage von Lisa Mathys annehmen? Sie wird nicht angenommen. Gibt es weitere Wortmeldungen? Dem ist nicht so. Damit geht das Wort an den Anzugsteller Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Ich habe diesen Anzug eingereicht, weil ich selber reingelaufen bin. Ich wollte mit meinem Schweizer Museumspass unter anderem in die Fondation Beyeler, aber ich war auch schon beim Architekturmuseum vor der Türe und habe dann wieder realisiert, dass ich mit dem Museumspass keinen Gratiseintritt habe. Und das fand ich sehr unlogisch, denn meine Kollegin hatte den Oberrheinischen Museumspass, und für sie war das kein Problem. Und für mich ist das nicht logisch, wenn man sagt, den einen akzeptiert man und den anderen nicht. Ich möchte damit nicht unterstellen, dass diese Museen sich nicht grundsätzlich engagieren und dafür sorgen, dass verschiedene Bevölkerungsschichten Zugang haben zum Museum, aber in diesem Fall geht für mich das Konzept nicht auf.

Ich habe diesen Anzug eingereicht zum Prüfen und Berichten. Von einem Zwang, wie das jetzt von Seiten der SVP und der FDP vorgebracht wurde, spreche ich nicht in diesem Anzug. Ich sage, es soll geprüft werden, ob das an die Subventionierung gebunden werden kann, weil ich finde, ein Museum, das über zwei Millionen Franken pro Jahr aus der Staatskasse bekommt, darf sich auch mit dieser Frage auseinandersetzen.

Wir kennen in vielen Bereichen solcher Abomodelle und wir wissen, was der Effekt ist. Natürlich kann es mit einem Abomodell pro Eintritt, pro Telefongespräch oder pro Zugsfahrt gewisse finanzielle Einbussen geben gegenüber jemandem, der den Preis voll bezahlt. Aber der Effekt ist doch, dass man durch das Abomodell auch viel häufiger diese Dienstleistung, dieses Angebot in Anspruch nimmt. Wenn ich das GA habe, fahre ich mehr Zug, als wenn ich jede Fahrt einzeln zahlen muss. Wenn ich ein Telefonabo habe, telefoniere ich mehr als wenn ich für jedes Telefonat sekundengenau abgerechnet werde. Und was ich von Museen gehört habe, ist, dass diese Leute, die einen Museumspass haben, vielleicht auch mal über Mittag ganz gezielt gewisse Aspekte einer Ausstellung anschauen gehen. Sie gehen eben nicht einen ganzen Tag lang ins Museum und drücken sich alles rein und haben am Schluss eigentlich gar nicht so viel davon. Das Museum profitiert dann eben auf diese Art, dass diese Leute pro Eintritt dem Museumspass zeigen und dann 80 Prozent oder wie viele Prozent es sind abgerechnet werden, und das ist eben häufiger der Fall, als wenn ich den Einzeleintritt bezahle. Ich bin mir also nicht sicher, ob das am Schluss ein Verlustgeschäft ist.

Und wenn ich sehe, dass viele Museen wie zum Beispiel das Kunstmuseum Basel, das im letzten Jahr mehr Eintritte hatte als die Fondation das schaffen und in ihre Preispolitik integrieren können, dann frage ich mich, warum das bei vielen Museen in Basel aufgeht, bei anderen aber nicht. Ich hätte gerne geprüft, ob man hier einen Schritt vorwärtsmachen kann, ob man das verknüpfen kann. Darum habe ich den Anzug eingereicht und ich würde mich freuen, wenn er überwiesen würde.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Raphael Fuhrer nimmt beide Zwischenfragen an. Damit darf zuerst Lisa Mathys fragen.

Lisa Mathys (SP): Leider konnte ich die Zwischenfrage nicht Jenny Schweizer stellen, aber vielleicht können Sie mir helfen, die SVP zu verstehen. Die SVP ist ja die Partei, die immer gegen die so genannten Eliten schimpft. Hier ist es ein Anliegen für einen niederschwelligen Zugang zu wertvoller Kultur in unserem Kanton. Wieso wehrt sich die SVP dagegen?

Raphael Fuhrer (GAB): Eine sehr gute Frage. Meiner Meinung nach ist Kultur eine Bereicherung für allen Menschen und kann das Leben aller Menschen unabhängig von Einkommen und Hintergrund bereichern.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die zweite Zwischenfrage ist von Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Können Sie sich wenigstens vorstellen, dass die kleineren Museen den Schweizerischen Museumspass, akzeptieren, damit sie mehr Besucherzahlen generieren können und diese sich wieder positiv auswirken, wenn Sie diese in der BKK vorstellen?

Raphael Fuhrer (GAB): Ja, das habe ich ja berichtet. Ich kann mir das für jedes Museum vorstellen, unabhängig der Grösse. Wenn ein Museum ein gutes Angebot macht, dann kommen die Leute und sie kommen auch gerne mehr als einmal.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung. Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Jenny Schweizer.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

71 Ja, 19 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003647, 12.06.24 11:15:04]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 71 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

20. Anzug 2 Jo Vergeat und Konsorten betreffend einer neuen «Usestuelete 2.0» in Basel-Stadt

[12.06.24 11:15:18, 24.5099.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen vorliegen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf den Anzug eingetreten und haben ihn dem Regierungsrat stillschweigend überwiesen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

21. Anzug 3 Daniel Seiler und Konsorten betreffend Schutz von vulnerablen Menschen bei Hitze

[12.06.24 11:15:38, 24.5105.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das wird bestritten von Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GAB): Hitze belastet vulnerable Menschen, das ist ein Problem. Nun sitzen wir ja hier, um Probleme zu lösen. Um ein Problem zu lösen, muss die Ursache eruiert werden und dann die Ursache angegangen werden, soweit meine Meinung. Für die zunehmende Hitze ist die Ursache gemeinhin die Erwärmung des Klimas. Wir müssen also diese Ursache beseitigen. Das heisst aber auch, dass Massnahmen zur Linderung der Hitze immer auch die Erhitzung des Klimas dämpfen sollten. Die Auswirkungen der Klimakrise abzudämpfen ist eines der Ziele des neuen Energiegesetzes. Hier nun für eine vielleicht kurzfristige Linderung möglicherweise die mittel- und langfristigen Ziele zu torpedieren, erachtet unsere Fraktion als nicht zielführend. Zudem wird im Anzug als eigentliches Problem die Baubewilligungspraxis beziehungsweise der Denkmalschutz genannt. Setzen wir doch dort an. Bauen wir unsere Stadt so, dass sie auch in Zukunft für alle Menschen lebenswert bleibt.

Das GAB anerkennt, dass die Hitze für vulnerable Personen belastend istm keine Frage, und fordert deshalb einen griffigen Hitzemassnahmenplan der Regierung. Diese hat es bisher verpasst, adäquate Massnahmen zu ergreifen. Gemäss der Kreuztabelle stehe ich hier ein bisschen alleine. Falls Sie den Anzug zur Prüfung an die Regierung überweisen sollte, dann gilt es, eine Lösung vorzulegen, welche die Ziele des Energiegesetzes nicht schwächt und trotzdem vulnerablen Menschen Entlastung von der Hitze schafft.

Da unsere Fraktion insgesamt eine Schwächung des Energiegesetz befürchtet, bitten wir Sie darum, den Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Sägesser.

Daniel Sägesser (SP): Lange galten Klimaanlagen als unnötiger Luxus und wegen des hohen Stromverbrauchs und dem lange noch hohen Fossilanteil im europäischen Strommix als wahre Klimakiller. Deshalb war die energiepolitische Regulierung solcher Anlagen absolut richtig und wichtiger Bestandteil einer verantwortlichen Klima- und Energiepolitik. In den vergangenen Jahren haben sich nun aber zwei wichtige Parameter in dieser Logik erheblich verändert.

Erstens, die eskalierende Klimakrise führt dazu, dass Hitzeperioden im Sommer häufiger, heisser und länger werden. Davon ist der Kanton Basel-Stadt besonders betroffen. Insbesondere in den stark versiegelten Quartieren staut und akkumuliert sich im Sommer die Hitze. Durch die ebenfalls immer häufigeren Tropennächte ist es während immer längeren Phasen nicht mehr möglich, über Nacht Gebäude allein durch Lüften auskühlen. Darunter leiden vulnerable Personen besonders.

Zweitens, durch den mittlerweile rasanten Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere der Photovoltaik, herrscht in Europa, insbesondere im Sommer zunehmend ein Überschuss an sauberem Strom, also just zu der Zeit, in der Bedarf für aktive Gebäudekühlung besteht. Bereits heute muss deshalb immer häufiger Stromproduktion abgeriegelt oder gar Strom vernichtet werden. Sie fragen sich jetzt vielleicht, wie jetzt? Gestern eine Energiekrise und heute Stromüberfluss? Um dieses Paradoxon aufzulösen, erlaube ich mir einen kleinen Ausflug mit Ihnen in die europäische Energiewirtschaft.

Lange ging der Photovoltaikausbau nur sehr schleppend voran in Europa, bis sich im Jahr 2019 der Knoten löste. Seit dann geht das rasant aufwärts. Allein in den letzten fünf Jahren wurden in Europa über 180 Gigawatt Photovoltaik zugebaut. Dies entspricht im Jahr so viel Strom wie 24 AKWs in der Grösse des AKW Gösgen. Bekanntermassen produziert die Photovoltaik im Sommer jedoch mehr Strom als im Jahresdurchschnitt. In den Sommermonaten Mai bis August ist das rund Faktor 1,5.

Dies bedeutet, dass allein in den letzten fünf Jahren zugebaute Photovoltaik in den Sommermonaten so viel Strom produzieren wie 36 Atomkraftwerke. Und der Zubau geht munter weiter. Für das laufende Jahr 2024 wird mit einem Zubau von über 60 Gigawatt Peak gerechnet. Dies entspricht einem Zubau von acht beziehungsweise in den Sommermonaten zwölf AKWs zusätzlich, jedes Jahr.

Vielleicht stellen Sie sich jetzt die Frage: JA wenn es doch so toll läuft mit dem Ausbau den erneuerbaren Energien, weshalb hatten wir dann Energiekrise? Nun, hier ist uns die Atomkraft in die Parade gefahren. Der massive Ausfall von Atomkraftwerken ab dem Jahr 2021, vor allem in Frankreich, führten zu massiver Minderproduktion. Auf dem Höhepunkt der Energiekrise 2022 haben die französischen Kernkraftwerke 136 Terrawatt Stunden zu wenig produziert. Dies entspricht sieben Prozent der kompletten europäischen Stromproduktion und ist für einen Markt, in dem Angebot und Nachfrage zu jedem Zeitpunkt 100 Prozent deckungsgleich sein müssen, eine ungeheure Menge. Zu viel, als dass die erneuerbaren dies so kurzfristig durch Zubau hätten vollständig kompensieren können.

Nun haben aber in den vergangenen Monaten die Franzosen ihre alten Öfen vorzu wieder ans Netz geprügelt und der Ausbau der erneuerbaren Energien konnte aufholen. Das Jahr 2024 wird nun das erste Jahr sein, in dem der Zubau der vergangenen fünf Jahre voll spürbar wird. Immer häufiger und immer länger werden wir Überfluss an sauberem Strom

haben. So ist dieses Jahr auch das erste Mal überhaupt zu beobachten, dass der Strompreis an der Strombörse sogar an Werktagen auf Null oder sogar darunter sinkt.

Das sind die Störstrombörsenpreise vom 14. Mai, einem Dienstag. Dank dem hohen Stromertrag in ganz Europa ist der Strompreis sechs Stunden lang unter Null. Im Sommer Strom zu verbrauchen wird also zur bezahlten Dienstleistung. Unter diesen Umständen darf also hinterfragt werden, ob der energiepolitische Teil der Regulierung von Klimaanlagen noch effektiv verhältnismässig und zeitgemäss ist.

Aus diesen Gründen und weil der SP-Fraktion vulnerable Personen am Herzen liegen, wird meine Fraktion diesen Anzug heute dem Regierungsrat überweisen. Und weil unser Slogan für alle statt für wenige lautet, habe ich letzte Woche einen Vorstoss eingereicht, in dem ich den Regierungsrat bitte, die Regulierung nicht nur ausschliesslich für die Zielgruppe der vulnerablen Personen zu überprüfen, sondern gleich generell für alle.

Jo Vergeat (GAB): Eine ganz ernst gemeinte Frage: Ich wurde nach meiner Unterschrift unter diesen Vorstoss ganz stark angegangen wegen der Lärmproblematik von Klimaanlagen im Aussenbereich. Gibt es da auch einen positiven Trend hin zu ruhigeren Klimaanlagen?

Daniel Sägesser (SP): Ja, dieser Trend ist im Wettbewerb um Klimageräte festzustellen. Hersteller, die besonders leise Klimaanlagen haben, die heben diesen Parameter werbend hervor.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen damit zum Anzugsteller Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich danke für den Exkurs, schön, einmal auf derselben Seite zu stehen. Es ist wichtig, dass wir hier jetzt handeln und nicht warten, bis die Baumkronen sich entwickelt haben. Wir müssen wirklich Massnahmen ergreifen, dieser Wunsch kommt auch aus im Gesundheitsbereich von Ärzten. Ich habe auch mit Altersheimen darüber gesprochen. Ich denke, es ist wichtig, dass wir hier rasch Massnahmen für die vulnerabeln Menschen ergreifen und daher danke ich für die Unterstützung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen ab. Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Anina Ineichen.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

73 Ja, 12 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003650, 12.06.24 11:25:22]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 73 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen bei vier Enthaltungen.

22. Anzug 4 Andrea Strahm und Konsorten betreffend Orientierungstag obligatorisch für alle

[12.06.24 11:25:38, 24.5106.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Fina Girard.

Fina Girard (GAB): Im Namen der GAB-Fraktion möchte ich diesen Anzug bestreiten. Ja, wir leben nicht in friedlichen Zeiten, das macht Sorge, das macht betroffen und das macht auch Angst. Noch nie wurde weltweit so viel Geld für militärische Aufrüstung ausgegeben wie in diesem Jahr. Das ist eine bedenkliche Entwicklung. Der vorliegende Anzug möchte nun den Orientierungstag auch für Frauen für obligatorisch erklären. Damit sollen mehr Frauen motiviert werden, ebenfalls eine RS abzulegen, denn, so steht das im Anzug, Geburten starke Jahrgänge gehen zurück und unsere Milizarmee schrumpft. Nun sollen also die Frauen die Personallücke stopfen.

Wir sind überzeugt, dass wir in der Schweiz unseren Beitrag zur internationalen Friedensförderung nicht mit einem Armeeausbau leisten, sondern mit unseren guten Diensten, mit unserer humanitären Tradition und indem wir verantwortungsvoll wirtschaften, Langfristigen und wirklichen Frieden erreichen wir nicht mit einem globalen Wettrüsten, schon gar nicht in der Schweiz.

Ein Argument dieses Anzugs kann ich so unterstützen. Es kann nicht sein, dass motivierte junge Frauen, die einen Armee- oder Zivilschutzeinsatz leisten möchten, Ferien eingeben müssen, um sich überhaupt einmal am Orientierungstag zu informieren. Ein solcher Anzug wäre für uns durchaus diskutabel gewesen, dafür gerade ein Obligatorium für alle Geschlechter auszusprechen, schiesst aber weit über dieses Ziel hinaus. Für ein solches Obligatorium fehlt uns aktuell die Grundlage. Wir kennen in der Schweiz keine Verpflichtung für Militärdienst für Frauen.

Ich bin durchaus offen, eine Neugestaltung des Militärdienstes zu diskutieren, bei der alle Geschlechter mitgedacht werden, aber mit einem Obligatorium für den Orientierungstag auf kantonaler Ebene zu beginnen, ist falsch herum gedacht. Ich bitte Sie daher, den vorliegenden Anzug abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Leoni Bolz.

Leoni Bolz (SP): Die jährlichen Orientierungstage sind für Männer obligatorisch, für Frauen nicht. Mit diesem Anzug soll, wie erwähnt, das Obligatorium ausgeweitet werden. Dies wäre aber höchstens dann sinnvoll, wenn auch eine Dienstpflicht für alle bestünde. Dies ist jedoch nicht der Fall und entspräche auch nicht unsere Vorstellung von Gleichstellung.

Die Sinnhaftigkeit einer Aufstockung des Armeepersonals lasse ich beiseite, es wurde auch schon vorher erwähnt, jedoch lassen sich heute weniger als drei Prozent der Frauen in den jeweiligen Jahrgängen rekrutieren. Es kann aber nicht davon ausgegangen werden, dass aufgrund einer obligatorischen Teilnahme am Orientierungstag automatisch deutlich mehr Frauen sich für das Leisten von Militär- oder Zivildienst entscheiden würden. Der Besuch wäre eher für einen Grossteil der anwesenden Frauen eine reine Alibiübung und für die Arbeitgeberinnen ein Verlust an Arbeitsstunden. Das ist aus unserer Sicht nicht zielführend.

Dass Frauen wie Männer an den Orientierungstag gehen sollen können, ohne dass sie einen Ferientag verwenden müssen, ist eine legitime Forderung. Dies ist jedoch obsolet, denn es ist bereits so, dass sie keinen Ferientag verwenden müssen. Die Arbeitgeber sind laut Webseite des Kreiskommandos Basel-Stadt rechtlich dazu verpflichtet, den Lohn für den Orientierungstag zu entrichten und zwar für Mitarbeiter wie auch Mitarbeiterinnen.

Entsprechend sehen wir wirklich keinen einzigen Vorteil in einer obligatorischen Teilnahme an den Orientierungstagen für Frauen, sondern nur einen unnötigen Aufwand und potenziellen Frust bei den Teilnehmerinnen. Ich bitte Sie deshalb, den Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Claudia Baumgartner.

Claudia Baumgartner (GLP): Anders als meine Fraktion werde ich diesen Anzug heute ebenfalls nicht überweisen, weshalb ich dies kurz begründen möchte. Ich habe mich gefragt, was dieser Anzug eigentlich bezwecken möchte. Geht es um die

Gleichstellung, geht es einfach um einen bezahlten Orientierungstag für Frauen, geht es um Werbemassnahmen für Viola Amherd?

Für alle diese politischen Argumente scheint mir dieser Anzug das falsche Argument. Aber dazu etwas später. Das Hauptargument gegen diesen Anzug ist aus meiner Sicht das folgende: Es gibt ein paar wenige Rechtsgebiete, die ganz klar der abschliessenden Bundeskompetenz zuzuordnen sind und dazu gehört nun einmal ebenso klar die Militärgesetzgebung. Anders als etwa im Bereich der eigentlichen Gleichstellungsgesetzgebung haben Kantone im Hinblick auf den Orientierungstag keine eigene gesetzgeberische Kompetenz, sondern sie sind reine Vollzugsorgane. Eine kantonale Regelung des Orientierungstages ausserhalb der reinen Umsetzungskompetenz widerspricht also meines Erachtens derogatorischen Kraft des Bundesrechts und der Anzug ist schon allein aus diesem juristischen Grund abzulehnen.

Ich lehne den Anzug jedoch auch aus folgenden politischen Gründen ab: Ja, Artikel 59 der BV sagt, jeder Schweizer ist verpflichtet, Militärdienst zu leisten. Für die Schweizerinnen ist der Militärdienst freiwillig und dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist natürlich ganz eindeutig eine leider verfassungsmässig legitimierte Geschlechterdiskriminierung, die eigentlich seit ebenso langer Zeit abgeschafft gehört, wie die Mutterschaftsversicherung sich gedulden musste, um endlich gesetzlich verankert zu werden. Natürlich muss der Militärdienst für alle erwachsenen Schweizer Personen, unabhängig der Geschlechtsidentität obligatorisch oder aber freiwillig sein. Diese eindeutige formale Geschlechterdiskriminierung müsste aber auf Verfassungsebene angepackt werden, wofür auf Bundesebene der Mut angesichts des sicher nicht unerheblichen Risikos eines Scheiterns an der Urne aktuell fehlt.

Da die Stellungspflichtigen also nach aktueller Regelung nur Schweizer Männer sind und Frauen freiwillig Militärdienst leisten, ist es für mich eigentlich nur logisch, dass auch der Orientierungstag weiterhin freiwillig bleibt für Frauen. Ich finde es systemwidrig und auch absolut nicht liberal, eine Infoveranstaltung obligatorisch zu erklären für einen Dienst, der im Anschluss daran gar nicht obligatorisch geleistet werden muss. Und Frauen werden ja bereits heute zum freiwilligen Orientierungstag eingeladen und dürfen dies bis zum 24. Altersjahr sogar mehrfach. Ebenso wird ihnen dieser Freiwibe freiwillige Besuch, wir haben es gehört, bereits heute als bezahlten Arbeitstag angerechnet.

Ich gehe also davon aus, dass diejenigen Frauen, die sich gerne freiwillig über den Militärdienst orientieren, dies angesichts des bezahlten Arbeitstages bereits heute tun, und die übrigen, man mag es bedauern oder nicht, interessieren sich schlicht nicht dafür, wie es vermutlich auch vielen jungen Männern geht, die den Dienst obligatorisch absolvieren müssen. Viele Frauen und Männer engagieren sich zudem schon längst schlicht ausserhalb des Militärsregimes auf freiwilliger Basis und leisten somit einen erheblichen Anteil an zudem unbezahlten Dienst für unsere Gesellschaft.

Die Frauen würden meines Erachtens also auch über einen obligatorischen Orientierungstag nicht abgeholt. Im Gegenteil, gerade letzte Woche hat mir eine 21-jährige Wehrpflichtige erklärt, falls sich eine Frau tatsächlich für den Militärdienst interessiere, sei sie schon längst früher und ausserhalb des Orientierungstages damit in Berührung gekommen. Zudem erhalte man, wenn schon, einen viel konkreteren Eindruck erst anlässlich der Rekrutierung, auch dort könne man immer noch absagen. Frauen, die sich nicht für den Militärdienst interessieren, würden aber bereits das Orientierungstagsaufgebot umgehend dem runden Ordner übergeben.

Die Konsequenzen eines obligatorischen Orientierungstages für Frauen wären meines Erachtens also die folgenden: Frust bei den Frauen wegen des sinnlosen Absitzen eines unnützen Arbeitstages und Frust bei den Arbeitgebenden, die ein Gros der rund 800 jährlich für die Frauen neu obligatorisch eingerichteten Orientierunbgstage vergebens bezahlen müssen.

Lieber ehrlicherweise dieses diskriminierungsrechtliche Problem auf Bundesebene wirklich regeln und dann hat vielleicht auch via Viola Amherd mit einem Öffentlichkeitsdienst für alle, wenn man den einführen würde, eine reelle Chance, durchzukommen. Und wer immer noch möchte, dass man das obligatorisch erklärt auf Bundesebene, wo es korrekt hingehört, gibt es zwei SVP-Vorstösse, der eine abgelehnt, der andere ist jetzt noch pendent, und dort gehört das hin. Ich überweise den Anzug aus diesem politischen Grund nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Anzugsstellerin Andreas Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Die Armee dient zunächst der Landesverteidigung. Das wissen wir. Wir haben aber während der Pandemie gesehen, dass die Schweizer Armee und der Zivilschutz noch vielmehr leisten können und müssen. Im Falle von Katastrophen, Bergrutschen, Erdbeben, Überschwemmungen und vielem anderen stehen Armee und Zivilschutz im Einsatz. Sie sichern Strassen, holen Leute aus gefährdeten Gebieten und überwachen drohende Katastrophen. Dazu brauchen Armee und Zivilschutz Leute, die sich selbst ausbilden und trainieren. So ist es möglich, sie zum Piloten, zur Pilotin auszubilden, zur Motorfahrerin, zum Sanitäter, zur Lastwagenfahrerin, zur Drohnenpilotin. Auch die Schiffsführerprüfung kann gemacht werden. Das Militär bietet zudem Kaderkurse an und unterstützt Weiterbildungen. All dies gratis und franko.

Über all diese Möglichkeiten informiert die Armee an einem Orientierungstag, der nur für Männer obligatorisch ist, da auch nur für sie der Militärdienst obligatorisch ist. Somit erfahren alle Männer von der Möglichkeit, die Militär unter oder Zivilschutz

bieten, Frauen erfahren davon normalerweise nichts, denn für sie ist der Orientierungstag nicht obligatorisch. Zwar werden für Frauen je nach Kanton freiwillige Orientierungstage angeboten oder aber sie dürfen an denjenigen für die Männer teilnehmen. Es muss allerdings davon ausgegangen werden, dass Frauen, insbesondere in städtischen Gebieten, keine Ahnung davon haben, dass es dies gibt. Entsprechend profitieren geeignete und interessierte Frauen davon zu wenig und sie weisen gegenüber den Männern einen Informationsrückstand auf. Die Männer sind somit diesbezüglich bevorzugt, gerade auch was die Karriereplanung betrifft. Der Armee und dem Zivilschutz hingegen gehen so wertvolle Angehörige verloren beziehungsweise sie werden gar nicht erreicht. Wäre der Orientierungstag auch für Frauen obligatorisch, würde dieser Unterschied nicht bestehen.

Es geht nicht darum, Frauen nun auch dazu zu verpflichten, Militärdienst zu leisten. Es muss weiterhin möglich sein, dass diejenigen Männer, die keinen Militärdienst leisten, Zivildienst leisten können. Aber all denen, die geeignet und interessiert wären, muss die Gelegenheit gegeben werden, überhaupt zu erfahren, welche Möglichkeiten ihnen bei der modernen Armee offenstehen. Ein Obligatorium zum Besuch des Orientierungstags für alle jungen Schweizerinnen und Schweizer würde die Wissenslücke schliessen und allen die gleichen Optionen offenhalten.

Zudem müsste sich keine junge Frau rechtfertigen, wenn sie von ihrem Arbeitgeber für den Besuch des Orientierungstages freinehmen möchte. Es ist nicht ganz klar, ob dieser Bezug als Amtstermin vom Arbeitgeber bezahlt würde. Heute würde gesagt, ja, wäre dies aber der Fall, müsste offengelegt werden, wozu man einen Freitag benötigt. Sie alle können sich die dummen Sprüche lebhaft vorstellen, die eine Frau da zu hören kriegt.

Angesichts dessen, dass Geburten starke Jahrgänge in den nächsten Jahren ihre Dienstzeit beenden werden, werden der Schweizer Armee in absehbarer Zeit Angehörige fehlen. Der Unterbestand kann je nach den Herausforderungen, die auf die Schweiz noch zukommen werden und nicht absehbar sind, zu grossen Problemen führen. Es ist deshalb auch unter diesem Gesichtspunkt wichtig, die geeigneten und interessierten Menschen zu erreichen. Last but not least dürfte es auch Auswirkungen auf die Rekrutierungen von Frauen und Männern für die Kantonspolizei haben, wenn die Hemmschwelle zu Armee, Militär, Zivilschutz oder Polizeikorps gesenkt wird. Dies geschieht nur mit Information, und diese muss an den Mann und an die Frau und an alle anderen gebracht werden können.

Der Vorstoss ist als Anzug offen formuliert und damit kann abgeklärt werden, inwieweit eine kantonale Einführung eines Obligatoriums machbar ist. Wir gehen davon aus, dass dies gehen sollte. Entsprechende Vorstösse sind auch in anderen Kantonen pendent. Deshalb bitte ich Sie, auch im Namen der SVP und der LDP, den vorliegenden Anzug an die Regierung zu überweisen. Sie ist bereit, ihn entgegenzunehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen darüber ab. Der Anzug wird bestritten von Fina Girard.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

35 Ja, 50 Nein, 6 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003652, 12.06.24 11:40:29]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 50 Stimmen für Nichtüberweisung, 35 Stimmen für Überweisung, bei 6 Enthaltungen. Der Anzug ist damit nicht überwiesen.

23. Anzug 5 Ivo Balmer und Konsorten betreffend Wohnen ist kein Gewerbe - gewerbliches «Airbnb» und Business Apartments regulieren

[12.06.24 11:40:44, 24.5107.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion bittet Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen. Ich darf auch für die FDP-Fraktion sprechen.

Es stimmt, dass zu viel Airbnb in einigen Städten zu Zielkonflikten mit genügend Wohnraum führen kann, ob in Basel das Wort Wohnraumfresser in Zusammenhang mit Airbnb-Angeboten und auch im Zusammenhang mit der Forderung dieses Anzuges das richtige Wort ist, das bestreiten wir. Selbst wenn wir jetzt davon ausgehen, dass es mehrere 1000 Angebote gibt in Basel, ist es ja jetzt nicht so, dass jedes Angebot eine ganze Wohnung umfasst, sondern vielleicht nur einzelne Zimmer. Wenn man es herunterbricht auf die Forderung der Anzugsstellenden auf diejenigen, welche mehr als 90 Tage eine Wohnung auf eine solche Plattform stellen, dann ist dies doch ein sehr kleiner Bereich. Und aus unserem Grund stellt sich dann schon die Fragen, inwiefern wir jetzt sehr viele staatlichen Ressourcen verwenden sollen, um bei den Eigentümern genau nachzuschauen, ob die wirklich jede Wohnung nur 90 Tage und nicht 91 Tage untervermieten oder weitervermieten, wenn sie entweder Eigentümer sind oder Mieter, welche etwas untervermieten wollen.

Ausserdem ist es ja durchaus so, dass es ja auch rationale gute Gründe gibt, weshalb man eine Wohnung länger als 90 Tage vermieten könnte. Denken Sie beispielsweise daran, wenn Sie ein Auslandssemester machen, dies dauert teilweise mehrere Monate, oder wenn Sie als Arbeiter an verschiedenen Orten wohnen und arbeiten, dann pendeln Sie teilweise auch und geben dann vielleicht die Wohnung auch weiter. Und im übrigen sollten wir jetzt nicht jedes Sharing-Economy-Modell grundsätzlich verteufeln. Auch dieses Angebot hat eine gewisse Berechtigung, weil ja auch eine gewisse Nachfrage vorhanden ist für Touristen, aber auch für Menschen, welche jetzt vorübergehend hier in Basel arbeiten.

Ich kann mich noch daran erinnern, vor einer Woche haben wir ja alle diese Resolution unterstützt, dass der Eurovision Song Contest in Basel stattfinden sollte. Aber damit wir diesen Event durchführen können, braucht es ja auch gerade solche Angebote, damit wir die Menschen hier unterbringen können und damit den Touristen auch diesen Wohlstand garantieren können, welche wie er von solchen Events erhoffen. Und dementsprechend sind wir grundsätzlich auch dagegen, dass wir das jetzt so verteufeln oder nur als Wohnraumfresser betiteln, ohne vielleicht auch die positiven Eigenschaften hier zu sehen. Gesamthaft sind wir nicht der Meinung, dass es hier zusätzliche Regulierung benötigt. Es gibt das Gasttaxengesetz, welche auch diese Airbnb-Angebote und die Hotellerie gleichsetzt. Dementsprechend bitten wir Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Pascal Messerli, ich denke, Sie haben ein bisschen am Thema vorbeigeredet. Es gibt ja die Vermietung von Wohnungen. Das habe ich auch einmal gemacht mit meinen WG-Kollegen während der Basel World. Und ich muss sagen, damals ging das noch nicht über Online-Plattformen, sondern das ging über Büros, die das organisiert haben. Da haben sehr viele Menschen viel Geld schnell verdient, weil man sehr hohe Preise gegenüber diesen Kundinnen und Kunden der Basel World erreichen konnte. Diese Goldgräberstimmung, die ganz Basel jeweils während der Basel World erfasst hat, war ja nicht so ideal. Diese Abzockerei war nicht unbedingt nachhaltig und die Basel World gibt es heute nicht mehr.

Aber das entscheidende ist, dass private Vermietung ja weiterhin möglich sein soll, falls der Vermieter einverstanden ist. Bei dieser privaten Vermietung, die Sie jetzt lange auch ausgeführt haben, werden die Leute eben nicht länger als 90 Tage bleiben. Das soll ja auch weiterhin möglich sein. Es geht ja nicht um das, es geht um Business Apartments, es geht um eine gewerbliche Nutzung. Und das ist eben dann eine Zweckänderung. Wir haben Wohnraum, der für langfristiges Wohnen gedacht ist. Und bei der anderen Geschichte geht es um Business Apartments. Das ist eben eine gewerbliche Nutzung des Wohnraums, und dort geht das dann auch darum, dass wir dort auch eine Konkurrenzsituation haben gegenüber Hotels zum Beispiel und anderen Betrieben, die dieses Geschäft eben betreiben.

Und heute muss man diese Zweckänderung eben nicht angeben, und genau das soll unser Vorstoss ändern. Es ist neben ein Problem, es entzieht den benötigten Wohnraum und es verteuert den Wohnraum. Wir haben aktuell eine Situation mit dem Referenzzinssatz, dass generell sowieso die Mieten gestiegen sind und wir nicht noch eine zusätzliche Verteuerung des Wohnraums brauchen können.

Heute gibt es diese Zweckänderung nicht, sie wird nicht reguliert und es geht darum, diese jetzt zu ändern und eine Gleichstellung auch mit Beherbergungsbetrieben zu erreichen. Wichtig ist auch noch, dass neben dieser privaten Vermietung auch betreutes Wohnen nicht darunter fällt. Denn betreutes Wohnen ist ein spezielles Bedürfnis, das wir natürlich haben und das ist auch eine andere Kategorie. Da geht es nicht um Hotels. Auch wenn betreutes Wohnen in einer gewissen Preisklasse durchaus auch Hotel-Charakter annehmen kann.

Die Stadt Luzern ist diesem Beispiel gefolgt in einer Volksabstimmung, mit 65,3 Prozent wurde das angenommen, ein verwässernder Gegenvorschlag wurde abgelehnt. Ich denke auch, dass dieses Anliegen auch in Basel auf gute Resonanz stossen würde. Während es in Luzern mehr um den Tourismus und um Zweitwohnungen geht, ist hier in in Basel natürlich eher das Thema Business Apartments im Fokus, also Leute, die für die grossen Unternehmen hierher kommen. Es ist uns wichtig zu sagen, dass es natürlich für diese auch Möglichkeiten braucht, aber das soll eben mit normalen Wohnungen oder dann eben mit Business Apartments, die eben nach einer Zweckänderung dann vermietet werden, geschehen und die die dafür definierten Zonen berücksichtigen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Lea Wirz.

Lea Wirz (GAB): Wer auf einem der Wohnungsportale nach Wohnungen sucht, findet sie zuhauf, gewerbliche Appartements und möblierte Business Apartments und gewerbliche Airbnb. Basel-Stadt steht damit wie auch andere Städte vor der Herausforderung, dass Wohnraum verloren geht aufgrund der Umwandlung von Wohnungen in gewerbliche Airbnb oder eben möblierte Appartements. Diese Entwicklung führt nicht nur zu einer Verknappung des Wohnraums, sondern auch zu steigenden Mietpreisen, was insbesondere für einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen schwerwiegende Konsequenzen haben kann.

Trotz bestehender Regulierungen wie der Regierungspflicht für Übernachtungen und auch der Anerkennung durch das Basler Appellationsgericht, dass gewerbliche Kurzzeitvermietungen keine Wohnnutzung darstellen, gibt es erhebliche Vollzugsdefizite. Diese zeigen sich unter anderem in der mangelnden proaktiven Überprüfung der Nutzungsänderungen durch das Bau- und Gewerbeinspektorat. Oftmals werden die notwendigen Zweckänderungen nicht beantragt, wodurch eine Zweckentfremdung des Wohnraums weiterhin möglich ist.

Mit dem Anzug wird die Regierung aufgefordert zu prüfen, wie dieser Missstand behoben werden kann. Ich bitte Sie daher, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an René Brigger.

René Brigger (SP): Ich habe in diesem Bereich schon diverse Vorstösse gemacht, diese sind alle ein bisschen versandet. Entscheidend ist ja, dass wir unseren Wohnraum primär für Leute, die wirklich hier wohnen, benützen wollen, die einen gewissen Bezug zum Kanton haben, zur Stadt, die auch Steuern zahlen, die präsent sind. Und da gibt es diverse Umgehungen, da gibt es weltweit diverse Hotspots, das ist nicht unbedingt Basel. Ich nehme das Stichwort Zweitwohnungen. Ich denke da an touristische Gegenden, auch in der Schweiz, Grindelwald Mallorca usw. Da finden Volksaufstände statt, das ist hier nicht der Fall. Aber ich erinnere daran, dass das Bundesamt für Raumentwicklung jedes Jahr eine Statistik herausgibt, weil das Bundesamt feststellen muss, in welchen Gemeinden wie viele Zweitwohnungen bestehen. Bekanntlich ist, ab 20 Prozent Zweitwohnungen bestehen andere Vorschriften. Ich habe festgestellt vor zwei Jahren, dass Basel erstaunlicherweise 13,5 Prozent Zweitwohnungen hat. Ein Teil wird eben Airbnb sein, werden Vermietungen sein, gewisse Schlaumeiereien. Es ist klar, mietrechtlich muss eigentlich eine partielle Untervermietung zeitlich oder räumlich bewilligungspflichtig. Da gibt es übrigens auch einen Vorstoss vom Parlament, dagegen ist das Referendum ergriffen worden, dass die Untervermietung einfacher wird. Das finde ich ist problematisch. Darüber sollten wir abstimmen.

Aber die Untervermietung ist grundsätzlich mietrechtlich zustimmungsbedürftig, nur kann die Vermieterschaft die Zustimmung nur aus wichtigen Gründen verweigern. Ein wichtiger Grund ist sicher, dass deutlich mehr generiert wird mit dem Untermietzins als mit dem Hauptmietzins.

Wir haben ein generelles Problem, vor allem mit den Zweitwohnungen. Ich hoffe, der Anzug wird überwiesen. Das möchte ich gerne dem Regierungsrat weitergeben, das noch zu öffnen, wie viele Prozent Zweitwohnungen wir in Basel haben. Es waren 12,5 Prozent vor wenigen Jahren, das wären circa 15’000 Wohnungen. Das ist eine reelle Zahl. Da wird dann vom Hauseigentümerverband gesagt, das sei ein Erhebungsproblem. Das mag sein, aber da haben wir ein Potenzial für unsere Stadt. Neu bauen ist gut, aber ich finde, dass der Bestand der knapp 110’000 Wohnungen in Basel einfach primär wirklich dem Wohnen zur Verfügung gestellt wird. Dazu kommt, dass diese Untermietungsgeschichte preistreibend ist. Ich kenne viele Fälle auch aus der Genossenschaft, die eine günstige Genossenschaftswohnung haben. Und was passiert? Die ziehen irgendwo ins Ferienhaus und machen eine Untervermietung. Das ist besonders problematisch, weil der Zweck nicht erfüllt

wird, und die fliegen dann auf. Aber das findet auch bei normalen Wohnungen statt. Und das sind dann Schlaumeiereien, wenn einer einen günstigen Hauptmietzins hat und dann irgendwie Faktor 2 oder 3 Untermietzins generiert. Das ist ein Riesenproblem. Das Bauinspektorat ist überlastet. Aber darauf müssten wir schon einmal Fokus legen. Ich stelle fest, bei anderen Zweckentfremdungsproblematiken, die in meiner Praxis vorkommen, zum Beispiel Wohnungsprostitution, ist das Bauinspektorat dann jeweils sehr beflissen, die Sache zu regeln und zu prüfen, ob das gewerblich ist oder nicht. Und bei gewerblichen Untervermietungen passiert dann ncihts. Da bitte ich schon, das Problem grundsätzlich aufzuarbeiten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum Anzugsteller Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Bevor wir alle in den Mittag gehen oder fast einschlafen, freut es mich, dass ich mal zu einem wohnpolitischen Thema sprechen darf, das nicht so umstritten ist. Das gefällt mir sehr. Ich spreche deshalb heute vor allem auch zu Pascal Messerli. Viel wurde ja auch schon gesagt, weil eigentlich habe ich das Gefühl, der Anzug könnte jetzt etwas bewirken, vor allem bei der Verwaltung. Es ist wieder einmal hoch enttäuschend, dass das BVD hier nicht anwesend ist. Ich hoffe, Sie hören dann die Wortprotokolle auch meiner Vorredner:innen. Schauen Sie mal in die Geschäftsdatenbank. Das ist etwas, was fast unendlich ist. Das ist noch deutich länger als Basel baut Zukunft.

Zu den unerfreulichen Auswirkungen möchte ich nicht noch viel mehr sagen, die sind eigentlich klar. Ich weiss nicht, Pascal Messerli, wo Sie sind. Die Lokalpresse hat sogar den Begriff Appartamentitis - ich mag solche Dinge sonst eigentlich nicht – genannt. Das sind die Menschen in den Quartieren, die genau sich in diesen Themen stören und schon lange stören. Und ich glaube, jetzt muss hier nachgebessert werden Und es freut mich, dass auch gewerbliche Vertreterinnen und Vertreter einen Vorstoss von mir unterstützen können. Ich glaube, dort gibt es dann genau diese diese Hand-in-Hand-Situation. Denn hier reden wir von Volkswirtschaft. Das ist nicht nur irgendwie Regulierung oder sonst etwas, sondern es geht ganz klar um eine wirtschaftliche Fragestellung.

Ich mache noch ein einfaches Gedankenexperiment vor dem Mittag, und dann können Sie gehen und dann wird das hoffentlich auch noch bevor Sie gehen, überwiesen. Was ist jetzt eine teure Miete? Schauen Sie mal auf diesen Plattformen. Und bevor wir zu diesen Plattformen gehen: Ich finde es ja schon unglaublich toll, wie diese neue Liste seit der Covidpandemie alle heissen. Hit rental, Glad on home like, Vision Appartments. Und wenn man diese Angebote anschaut, dann findet man 2,5-Zimmerwohnungen für 3’500 Franken im Monat. Ist das jetzt viel oder nicht? Nein, es ist nicht viel. Wenn das eine hotelähnliche Nutzung ist, dann ist das nicht wirklich viel. Aber wenn das eine Wohnnutzung ist, und dort sind wir wenn es um die Dauerhaftigkeit geht, dann ist das sehr viel. Wüest Partner sagt, das das mindestens 40 Prozent mehr als der durchschnittliche Mietpreis ist. Und die Mieten steigen ja auch, darüber reden wir hier viel.

Und genau mit dieser Gegenüberstellung, mit diesem Ja beim normalen Wohnen und Nein, wenn es quasi eine hotelähnlich Nutzung ist, kommen wir zu des Pudels Kern. Und dieser Anzug möchte, dass dies jetzt geklärt werden soll. Natürlich, beim ESC stellt sich die Frage, wo die Menschen unterkommen sollen. Da bin ich bei Pascal Messerli. Bei diesen Beherbergungsähnlichen Betrieben,. das dürfen ja alle noch machen. Sie müssen einfach sagen, wir sind ein Gewerbe. Und dann kommt der entscheidende Mechanismus und die Frage, ob das das dann gemäss dem Wohnanteilsplan zulässig ist oder nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Sie wird angenommen.

Pascal Messerli (SVP): Über Begrifflichkeiten kann man sich ja streiten, wie Wohnraumfresser. Haben Sie aber eine konkrete Zahl, wie viele Wohnungen in den sachlichen Geltungsbereich kommen, wenn Ihr Anzug umgesetzt wird? Wie viele Eigentümer vermieten ihre Wohnung mehr als 90 Tage?

Ivo Balmer (SP): Das ist ja genau ein Teil des Problems. Anzug heisst ja prüfen und berichten. Das soll jetzt die Verwaltung machen. Die einzige Stadt, die das macht, ist die Stadt Zürich, und es ist bedenklich, wie stark steigend diese Anzahl ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung. Der Anzug wird bestritten von Pascal Messerli.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

73 Ja, 18 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003654, 12.06.24 12:01:01]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird überwiesen mit 73 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

Schluss der 18. Sitzung

12:01 Uhr

Protokoll

der 19. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 12. Juni 2024, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Stefan Wittlin (SP); Jessica Brandenburger (SP); Salome Bessenich (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

24. Anzug 6 Oliver Thommen und Konsorten betreffend Einbezug von Menschen mit Behinderung 2
25. Anzug 7 Michela Seggiani und Konsorten betreffend Konferenz der Schweizer Grenzregionen 2
26. Anzug 8 Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Universitätszugang für Spät- und Wiedereinsteigende an der Universität Basel 3
27. Anzug 9 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Ergänzungsleistungen für in Heimen lebende Personen 6
28. Anzug 10 Nicole Amacher und Konsorten betreffend vertiefte Analyse der Entwicklung des Nichtbezugs von Sozialhilfe und bedarfsabhängigen Sozialleistungen sowie Massnahmen zur Senkung der Nichtbezugsquote 7
29. Anzug 11 Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend mehr Sicherheit und Komfort für Velofahrende in der Ahornstrasse 10
30. Anzug 12 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Velovignetten und Velocodierungen gegen Velodiebstähle 13
31. Anzug 13 Amina Trevisan und Konsorten betreffend öffentliche Aufarbeitung der Geschichte illegalisierter migrantischen Familien mit Saisonnier- und Jahresaufenthaltsstatut in Basel 15
32. Anzug 14 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Zukunft der Kirchengebäude in Basel-Stadt 18
33. Anzug 15 Annina von Falkenstein betreffend Erweiterung Tagesfamilien durch Tagesgrosseltern 19
34. Motion Tobias Christ und Konsorten für eine Generelle Aufgabenüberprüfung mit Entlastungsziel, Stellungnahme des RR 21
35. Motion Tobias Christ und Konsorten betreffend die Einführung eines Aufgaben- und Finanzplans, Stellungnahme des RR 27
36. Motion Thomas Strahm und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts ohne Berücksichtigung des Landwerts, Zwischenbericht des RR 31
36.1. Motion Katja Christ und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts: Berücksichtigung energetische Sanierung, Zwischenbericht des RR 33
36.2. Motion Christophe Haller und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts zu 60% des Marktwerts, Zwischenbericht des RR 33
37. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend Gleichbehandlung von Ehegatten und Konkubinatspaaren bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer, Stellungnahme des RR 34
38. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend fairen Wettbewerb zwischen kantonalen Unternehmen und Privaten stärken, Stellungnahme des RR 34
39. Anzug Beat Braun und Konsorten betreffend echter Wohnschutz jetzt: Mehr Baslerinnen und Basler zu Wohnungseigentümer/innen machen, Schreiben des RR 34
40. Interpellation Nr. 40 Andrea Strahm betreffend Auswirkungen der BVG-Reform auf die Versicherten der Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS), Schriftliche Beantwortung 36
41. Interpellation Nr. 44 Nicola Goepfert betreffend neuem Gutachten zur Aufsichtsstruktur der Christoph Merian Stiftung, Schriftliche Beantwortung 36

Beginn der 19. Sitzung

Mittwoch, 12. Juni 2024, 15:00 Uhr

24. Anzug 6 Oliver Thommen und Konsorten betreffend Einbezug von Menschen mit Behinderung

[12.06.24 15:00:12, 24.5108.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, ich begrüsse Sie zu unserer Nachmittagssitzung und habe Ihnen zwei Mitteilungen zu machen.

Besuch auf der Zuschauenden-Tribüne

Auf der Tribüne begrüsse ich die 7. Klasse der Sekundarschule Wasgenring mit Lehrperson Nadine Stampfli. Ich durfte vorher kurz mit der Klasse sprechen und habe mich sehr darüber gefreut, dass sie einige spannende Fragen gestellt haben. Wir freuen uns alle, dass ihr hier seid und über euer Interesse für die Politik und wünschen spannende Einblicke. [Applaus]

Mitteilung der Kulturgruppe

Die Kulturgruppe des Landrats lädt die Kulturgruppe des Grossen Rats am 18. Juni zum Besuch der Saline Schweizerhalle und des Salzmuseums ein. Anmeldungen sind bis morgen Donnerstag möglich. Es erwartet Sie eine spannende Führung durch die Saline und das Salzmuseum sowie ein Apéro zum Ausklang mit Gelegenheiten zu Gesprächen. Catherine Alioth hat Ihnen heute Morgen ein Erinnerungsmail geschickt mit allen Angaben und auch der Möglichkeit, sich anzumelden und sie steht auch gerne für Fragen zur Verfügung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zurück zu den Geschäften und der Traktandenliste. Es geht weiter mit Traktandum 24. Anzugs 6 Oliver Thommen und Konsorten betreffend Einbezug von Menschen mit Behinderung.

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

25. Anzug 7 Michela Seggiani und Konsorten betreffend Konferenz der Schweizer Grenzregionen

[12.06.24 15:02:13, 24.5140.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

26. Anzug 8 Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Universitätszugang für Spät- und Wiedereinsteigende an der Universität Basel

[12.06.24 15:02:38, 24.5141.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Dies wird bestritten von Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bestreite diese Überweisung des Anzuges auch im Namen meiner Fraktion, aber auch im Namen der Fraktion der Liberaldemokraten und der FDP. Der Vorstoss ist zwar ganz grundsätzlich gut gemeint, wir sind aber dennoch nicht der Ansicht, dass dies auch ein richtiges Signal wäre für die Situation, die wir im Kanton Basel-Stadt gerade auch im Zusammenhang mit der Berufsbildung haben. Letztlich ist dieser Vorstoss, auch wenn er nicht so gemeint ist, eine weitere Schwächung der Berufsbildung, denn wir sind schon der Ansicht, dass es vor allem darum geht, darauf hinzuwirken, dass möglichst viele Menschen auch über den Berufsbildungsweg sich entsprechend für das weitere berufliche Leben vorbereiten können. Auch ein späterer Zugang zur Universität hat ja letztlich nur das Ziel, sich beruflich weiterzuentwickeln.

Das nun von Edibe Gölgeli und den Mitunterzeichnenden adressierte Anliegen würde deshalb dazu führen, dass die Berufsbildung insgesamt weiter auch an Stärkung verliert und das ist gerade auch im Kanton Basel-Stadt, wo wir auch immer wieder von Firmen hören, die Schwierigkeiten haben, noch Lernende zu finden, ein doch sehr fatales Signal. Zudem möchten wir auch darauf hinweisen, dass die Abschlussquote für die Sek-Stufe 2 in Basel-Stadt ja im Vergleich zu den anderen Kantonen unterdurchschnittlich ist. Wir sind hier in einem sehr schlechten Bereich mit einer Quote von etwa knapp 85 Prozent, währenddem das Ziel eigentlich sein müsste, schweizweit diese 95 Prozent zu erreichen. Deshalb glauben wir auch nicht, dass ein Wiedereinstieg etwa zu einem späteren Zeitpunkt, was das Alter anbelangt, hier eine wesentliche Verbesserung der Situation herbeiführen würde, im Gegenteil. Wie bereits erwähnt, würde das dazu führen, dass die Berufsbildung geschwächt wird und dass natürlich auch weiterhin dazu gewisse Personen ermutigt oder animiert werden, möglichst lange eben nicht im Berufsleben zu stehen.

Wir glauben deshalb nicht, dass das gut wäre, wenn wir diese Tür für die älteren Personen, für Wiedereinsteiger öffnen würden und bitten Sie, den Anzug nicht an den Regierungsrat zu überweisen. Selbstverständlich sind wir auch immer bereit, über Ideen zu diskutieren, die dann allenfalls in spezifischen Einzelfällen gewissen Personen begründet zugutekommen würden oder helfen würden, aber eine generelle Öffnung in diesem Bereich für den Universitätszugang lehnen wir ab und wir bitten Sie deshalb im Namen der SVP, FDP und auch LDP diesen Vorstoss nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Wir investieren bedeutende Ressourcen in die Studierenden einer Universität, weshalb der Zugang zu diesen Institutionen selektiv sein muss, da gebe ich Joël Thüring recht. Gleichzeitig hat eine Universität den Anspruch, ihre begrenzten Lehr- und Forschungsmittel nur den fähigsten Studierenden zur Verfügung zu stellen. Gemäss Universitätsgesetz erfolgt diese Selektion über die erfolgreich bestandene Maturitätsprüfung. Auch da gebe ich Joël Thüring recht. Bildungs- und Ausbildungsgänge sowie berufliche Karrieren haben sich jedoch in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Sie sind dynamischer und durchlässiger geworden. Lebenslanges Lernen ist sowohl für die individuelle Persönlichkeitsentwicklung als auch für die wirtschaftliche Anpassungsfähigkeit einer Gesellschaft zentral.

Ältere Studierende mit beruflicher Erfahrung bringen wertvolles Praxiswissen und eine hohe Motivation mit. Solche Studierende sind oft zielstrebiger und können das theoretische Wissen unmittelbar in praxisnahe Kontexte umsetzen. Die Uni Basel kann solche talentierten Studierenden, die wissen, was sie wollen, sehr gut gebrauchen. Besonders in Zeiten des Fachkräftemangels können wir es uns nicht leisten, motivierte und berufserfahrene Personen vom Studium auszuschliessen. Flexible Zugangsbedingungen würden zudem die Vielfalt und Qualität der Studierendenschaft erhöhen und der Durchlässigkeit des dualen Bildungswegs gerechter werden. Ich sehe denn auch den Vorstoss eher als Stärkung der Berufsbildung, weil alle Wege auch zu einem späteren Zeitpunkt der Laufbahnplanung offen sind. Andere Schweizer Universitäten kennen diese Handhabung bereits.

Die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung Basel informiert in ihrem Dokument vom Februar 2023, Wege an die Uni ohne gymnasiale Maturität, dass es an den Universitäten Bern, Genf, Freiburg, Neuchâtel, Lausanne und Luzern sowie an der Uni Lugano die Möglichkeit gibt, ohne Matura in bestimmten Fächern zum Bachelorstudium zugelassen zu werden. Dies erfolgt durch spezifische Aufnahmeprüfung und spezielle Aufnahmeverfahren, die an der jeweiligen Fakultät gebunden sind. Auch die ETH und die Universität Zürich bietet für Studiengänge mit Ausnahme von Medizin eigene Aufnahmeprüfungen für Personen ohne Matura an.

Wie ich das Dokument verstanden habe, kann man nach bestandenen Aufnahmeverfahren der Universität Zürich übrigens auch in Basel studieren. Was ich jedoch nicht verstehe, ist weshalb wir in Basel nicht dem Beispiel der anderen Universitäten folgen und ebenfalls Aufnahmeprüfungen für die Zulassung ohne Maturität anbieten und damit die Attraktivität des Studienstandorts Basel zusätzlich steigern.

Die GLP unterstützt daher den Vorstoss zur Prüfung der Aufnahmebedingungen für Studierende. Wir erkennen keinen Nachteil darin, weshalb unter bestimmten Voraussetzungen Studieninteressierte mit alternativen Leistungsnachweisen und reif vom Alter nach Bestehen einer fachspezifischen Aufnahmeprüfung keinen Zugang zu einer universitären Ausbildung erhalten sollen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sandra Bothe-Wenk, nehmen Sie die Zwischenfrage von Eric Weber an? Sie wird nicht angenommen. Nächste Sprecherin ist Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie ebenfalls, diesen Anzug zu überweisen. Es geht nicht nur ums lebenslange Lernen bei der Durchlässigkeit vom Bildungssystem, es geht auch darum, dass wir in der Schweiz ein Bildungssystem haben, bei dem die soziale Herkunft eine ganz wichtige Determinante ist über die Berufs- und die Ausbildungsbiografie. Das ist ein Problem. Also je nachdem, in welche Familie ich geboren werde, hat das einen sehr starken Einfluss auf den Beruf und auf den Bildungsweg, den ich einschlage. Indem wir immer wieder an einem Bildungssystem arbeiten, das durchlässig ist, dass die verschiedensten Biografien und Berufsverläufe ermöglicht, arbeiten wir eben auch daran. Diese Durchlässigkeit, die brauchen wir vom Kindergarten bis zum hohen Alter. Diese Durchlässigkeit, an der müssen wir immer dauernd arbeiten und darum geht es eben auch bei diesem Anzug.

Hier geht es jetzt zum Zugang bei den Hochschulen, weil wir wissen, dass der Spät- oder Wiedereinstieg in ein Studium für verschiedene Gruppen deutlich erschwert ist. Der Weg von einem Berufslehreabschluss zu einer Matur auf dem zweiten Bildungsweg ist sehr weit und sehr viele schaffen diesen Weg nicht, je nach Faktoren oder familiären Bedingungen, die man hat, also zum Beispiel, ob man Mutter ist nach der Phase der Kindererziehung, alleinerziehend oder eben auch je nach Herkunft, also ausländische Vorbildungsausweise werden in der Schweiz nur teilweise von den Universitäten anerkannt. Um hier irgendwie auch noch kurz darauf einzugehen, was Joël Thüring genannt hat, es geht ja auch nicht einfach um Menschen, die vorher nicht gearbeitet haben, sondern die vielleicht schon sehr länger im Berufsleben sind und jetzt aber im Sinne des lebenslangen Lernens auch einen Zugang zur Hochschule haben möchten.

Es wurde bereits erwähnt, Sandra Bothe-Wenk hat ausgeführt, welche anderen Hochschulen das in der Schweiz bereits haben. Es geht hier also auch darum, dass Basel am Puls der Zeit bleibt und hier diese Möglichkeit auch eröffnet und nicht irgendwie hintenan bleibt. Da finde ich die Zahlen auch noch spannend. Die Universität Bern hat das Angebot noch relativ neu und in den vergangenen fünf Jahren sind jährlich fünf Personen so zum Studium zugelassen worden und die Anzahl der Personen, die das Zulassungsverfahren angefangen haben, ist einiges höher als die Personen, die dann zugelassen wurden, was auch wirklich aufzeigt, dass das Aufnahmeverfahren weiterhin eine starke Selektion bedeutet. Es ist aufwändig für die Personen, sie müssen sehr viele Kompetenzen nachweisen können, aber doch deutlich weniger aufwendig als das Nachholen einer Matur.

Dann zum Argument, dass es die Berufsbildung schwächt. Man will hier ein bisschen ein Angstszenario kreieren, man will vor allem auch die verschiedenen Ausbildungswege ein Stück weit gegeneinander ausspielen. Darum geht es hier wirklich nicht und von einer Schwächung der Berufsbildung zu sprechen, wenn es hier schlussendlich um eine Handvoll Personen geht, die nachher den Zugang zu den Universitäten haben, ja, das finde ich wirklich eigentlich unproportional. Was nicht heisst, dass der Anzug und das Anliegen ganz wichtig ist, weil diese Personen, die dann den Zugang erhalten, für die ist das sehr entscheidend für ihre Berufs- und Bildungsbiografie.

Auch wenn wir diesen Vorstoss überweisen, müssen wir weiterhin an den genannten Themen arbeiten. Wir brauchen ja die Abschlussquoten bei der Sekundarstufe 2, das ist wichtig, wir brauchen in diesem Land auch Menschen, die eine Berufslehre machen, genauso wie wir Menschen brauchen, die einen Uniabschluss machen. Der Vorstoss kann diese Probleme nicht lösen und wir kommen weiter, wenn wir diese Berufsbildungswege nicht einfach immer gegeneinander ausspielen. Besten Dank für die Überweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich nehme an, Sie nehmen die Zwischenfrage von Eric Weber nicht an? Sie wird nicht angenommen. Nächste Sprecherin ist Heidi Mück.

Heidi Mück (GAB): Auch das GAB möchte diesen Anzug überweisen. Wir unterstützen die Idee des lebenslangen Lernens. Es wurde heute ein paar Mal schon erwähnt, ich finde den Ausdruck lebensbegleitendes Lernen viel schöner, also wir möchten das lebensbegleitende Lernen haben. Jede Person sollte das Recht haben, sich lebenslang weiterzubilden, mehr

Wissen zu erhalten, sich zu qualifizieren und seine Kompetenzen zu erweitern. Es sollen Bedingungen geschaffen werden, die dieses Lernen ermöglichen, sei es durch finanzielle Unterstützung, sei es durch die entsprechende Gestaltung der Erwerbsarbeit oder sei es durch die entsprechende Ausgestaltung der Aufnahmebedingungen von Ausbildungsstätten und um das geht es ja hier.

Der vorliegende Anzug bezieht sich stark auf den Fachkräftemangel in der Argumentation und er möchte eine gesetzliche Regelung, damit über 30-Jährige unter bestimmten Voraussetzungen und nach Bestehen einer Aufnahmeprüfung bestimmte Studiengänge der Uni Basel besuchen können. Diese gesetzliche Regelung soll vom Regierungsrat geprüft werden. Es ist ja ein Anzug.

Ich verstehe nicht ganz die Gegenargumente gegen diesen Anzug. Ich frage mich, vor was haben Sie Angst? Offenbar kennen ja verschiedene Schweizer Unis schon solche Regelungen. Mir ist nicht bekannt, dass diese Unis von Studierenden überrannt wurden, die eigentlich in eine Berufslehre gehören, schliesslich würde es ja noch eine Aufnahmeprüfung geben und es ist tatsächlich für Menschen über 30 gedacht. Mir ist auch nicht bekannt, dass das Niveau der Unis darunter gelitten hat, dass eine solche Ausnahmeregelung besteht. Wo bitte also liegt das Problem, dass eine solche Regelung nicht einmal geprüft werden soll. Müssen wirklich alle Menschen die bis jetzt geltenden Bildungswege gehen, um an einer Uni studieren zu dürfen? Warum sollen wir nicht offen sein für neue Möglichkeiten?

Wir finden dieses Anliegen nicht nur im Hinblick auf den Fachkräftemangel, sondern auch unter dem Aspekt des lebensbegleitenden Lernens durchaus prüfenswert und wir möchten den Anzug überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin gegen die Überweisung des Anzuges und ich möchte das begründen und ich möchte auch Bezug nehmen auf meine Vorredner. Sie kennen alle den Begriff, er ist weltberühmt, kein Vorredner hat es gesagt, aber Eric Weber sagt es: der ewige Student. Das möchten wir, die Gegner dieses Anzugs, verhindern, dass es Leute gibt, die das Leben lang studieren und das auf Kosten des Steuerzahlers. Sind Sie sich bewusst, ein Student zieht Fördergelder nach sich und ich möchte nur ein Beispiel sagen von meinen zwei Töchtern. Beide haben einen Job, beide haben nicht studiert, beide haben die Realschule gemacht. Eine ist bei der Spedition und die andere ist bei der Bank.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, das hat nichts mit diesem Vorstoss zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich wollte einfach sagen, die Menschen sind glücklicher, wenn man einen Beruf hat, wenn man gutes Geld verdient und wenn man gutes Geld nach Hause bringt. Sandra Bothe-Wenk hat gesagt, sie sieht in diesem Anzug keinen Nachteil. Ich muss sagen, ich sehe in diesem Anzug einen grossen Nachteil. Barbara Heer hat gesagt, lebenslanges Lernen, aber ich muss einfach sagen, als Journalist und Grossrat Eric Weber, irgendwann muss das lebenslange Lernen, Barbara Heer, beendet sein und dann geht es in einen Job und dann wird Geld verdient, dass man nicht abhängig vom Sozialamt ist. Ich gebe aber Barbara Heer recht, sie hat richtig gesagt, es spielt eine Rolle, in welcher Familie wir geboren sind, das hat Einfluss auf den Beruf. Da gebe ich Barbara Heer vollkommen recht. In dieser Familie, in der man geboren wird, hat es einen grossen Einfluss, was man als Beruf macht. Mein Vater war auch Grossrat, ich bin auch Grossrat, das ist das beste Beispiel, das wird einfach in der Familie übertragen.

Ich muss einfach sagen, es kann auch nicht sein, dass alle studieren. Ich möchte einfach appellieren, auch was die Basler Zeitung uns diese Woche zu diesem Anzug auf den Weg gegeben hat. Die Basler Zeitung hat zwei Sonderseiten gebracht zu diesem Thema Lehre und Studium. Eine Sonderseite von Minu und eine andere Sonderseite von einem Journalist oder eine Journalistin und dort wurde geschrieben, die Bäckerei, in der man die Whisky-Stängeli kaufen kann, macht zu und dort ist gestanden, genau das Problem, das wir jetzt haben. Dort hat es geheissen, das Problem ist, keiner will mehr eine Lehrstelle machen und es wollen nur alle studieren. Und das hat die Basler Zeitung sehr schön geschrieben und das hat mir gefallen, und das, was die Basler Zeitung gesagt hat diese Woche, darf ich da sagen und ich möchte einfach appellieren, überweisen Sie den Anzug bitte nicht, auch ich habe nicht studiert. Ich bin ein glücklicher Mensch. Ich habe auch eine Lehre abgeschlossen und wenn Sie die Basler Zeitung gelesen haben, hat die Basler Zeitung gesagt, es ist ein Problem, dass keiner mehr eine Lehrstelle machen will und das macht einen traurig. Ich bin der Basler Zeitung dankbar, dass sie das geschrieben hat.

Ich gehe zur letzten Rednerin Heidi Mück. Sie hat gesagt, lebenslanges Lernen. Ich bin dagegen. Sie hat gesagt, vor was hat man Angst, eben die Leute, die dann ewig studieren wollen und ich habe Angst, dass dann die Universität Basel überrannt wird. Darum bin ich glücklich, dass ich das sagen konnte und bedanke mich für das Zuhören.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Anzugsstellerin Edibe Gölgeli.

Edibe Gölgeli (SP): Ich bedanke mich für die lebhaften Voten und auch die Fürsprechung über das lebenslange Lernen. Auch bei der Einreichung meines Anzuges habe ich ein starkes Medien- und gesellschaftliches Interesse wahrgenommen. Offenbar entspricht es dem Zeitgeist, dieses Thema stiess auf breite Zustimmung in der Bevölkerung.

In der Tat zeigt unser duales Bildungssystem seine Stärken, wenn man den herkömmlichen Bildungsweg verfolgt. Doch für jene, die später im Leben ein Studium beginnen wollen, aber aufgrund einer nicht bildungsaffinen Umgebung, Elternschaft oder ausländischer Abschlüsse mit zahlreichen Hürden konfrontiert sind, gestaltet sich der Weg schwierig. Es ist daher angebracht, in Basel ein «sur dossier»-Verfahren einzuführen, um dem Fach- und Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken und qualifizierte Personen auszubilden. Aus meiner Sicht wäre diese Aufweichung der harten Strukturen ein grosser Schritt in Richtung moderner Bildungslandschaft.

Wir haben es von meinen Vorrednerinnen gehört, die Universität Bern führt seit 2013 das sogenannte Aufnahmeverfahren 30+ durch. Dies beinhaltet einen Kompetenztest, der kognitive Fähigkeiten, Textanalysen und Rechtschreibung überprüft, sowie ein fachspezifischer Eignungstest, um sicherzustellen, dass die Studierenden dem Lehrstoff folgen können. Nochmals zurück zu Bern. Meine Recherchen haben ergeben, dass in Bern im Jahre 1999 schon dieses Anliegen mit einem Postulat der FDP gefordert wurde und die Politik sich anschliessend für die Umsetzung aussprach. Auch die Universität Freiburg verfügt über umfangreiche Erfahrungen mit diesem Prozess und das «sur dossier»-Verfahren hat sich dort fest etabliert.

Wir revolutionieren nicht das Rad, sondern passen uns den Bedürfnissen der Gesellschaft an, indem wir Menschen, die bisher keine Möglichkeiten hatten, lebenslange und flexible Weiterbildungsmöglichkeiten auf Universitätsebene ermöglichen. Für die Spät- und Wiedereinsteiger*innen ist es verfehlt, das formalisierte Maturitätsstudium als zentrales Zulassungsinstrument zu verwenden. Vielmehr sollten für Personen ab dem Alter von etwa 30 Jahren die fachspezifischen Voraussetzungen für einen universitären Ausbildungsgang auch durch eine geeignete Aufnahmeprüfung durch Berufspraxis, Familienverantwortung, Auslandsaufenthalte und ähnlichem nachgewiesen werden können.

Und zum Abschluss, es ist nicht korrekt, von einer Nivellierung zu sprechen, da immer noch eine Aufnahmeprüfung im «sur dossier»-Verfahren stattfindet und nicht nur ein einfacher Zugang gewährt wird. Dementsprechend freue ich mich sehr für die Überweisung meines Anzuges.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

61 Ja, 32 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003659,]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 61 Ja-Stimmen gegen 32 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

27. Anzug 9 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Ergänzungsleistungen für in Heimen lebende Personen

[12.06.24 15:27:06, 24.5142.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

28. Anzug 10 Nicole Amacher und Konsorten betreffend vertiefte Analyse der Entwicklung des Nichtbezugs von Sozialhilfe und bedarfsabhängigen Sozialleistungen sowie Massnahmen zur Senkung der Nichtbezugsquote

[12.06.24 15:27:32, 24.5143.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Dies wird bestritten von Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bitte Sie im Namen der SVP- und der FDP-Fraktion, diesen Vorstoss nicht zu überweisen. Nicole Amacher führt in ihrem Anzug aus, dass es eine Analyse gab über die Entwicklung des Nichtbezugs von Sozialhilfe. Diese Analyse wurde durch das WSU, durch das zuständige Departement von Regierungsrat Kaspar Sutter im letzten Jahr vorgestellt und es wurde bereits mit der Vorstellung dieser Studie auch seitens des Departements versprochen, dass man natürlich jetzt weitere Massnahmen auch in die Wege leiten wird, um diesen Nichtbezug allenfalls zu reduzieren respektive dort, wo es Lücken gibt, auch darauf hinzuwirken, dass Personen, die heute diesen Nichtbezug oder diesen Anspruch nicht geltend machen, dass diese auch diesen Anspruch durch verbessertes Wissen allenfalls dann auch geltend machen können.

Nun möchte aber Nicole Amacher aus uns unverständlichen Gründen weitere Informationen zu den Folgejahren. Das ist sicher interessant, aber diese Studie ist nun mal jetzt von 2023 und bezieht sich auf diesen Zeitpunkt bis und mit 2020. Um eine solche Analyse auch durchführen zu können, braucht es verständlicherweise einige Jahre und nicht nur ein Jahr und deshalb glauben wir, macht es dann Sinn, dass allenfalls zu einem späteren Zeitpunkt auch noch einmal über eine Studie ermittelt wird, wie es mit dieser Nichtbezugsquote denn jetzt genau ausschaut. Das macht aber aus unserer Sicht erst dann Sinn, wenn man Massnahmen ergriffen hat, die dazu geführt haben, dass dieser Nichtbezug allenfalls auch geringer wird und nicht schon zum heutigen Zeitpunkt.

Die Punkte 3. und 4. im Anzug von Nicole Amacher sind Fragen an den Regierungsrat, die man aus unserer Sicht auch im Rahmen einer Interpellation hätte stellen können, also welche Massnahmen die Regierung bereits umsetzen konnte. Was will der Regierungsrat dazu prüfen und berichten, das kann er Ihnen in einer Interpellation beantworten respektive, Nicole Amacher, Sie dürfen ihn auch in der Fraktionssitzung dazu befragen. Und welche weiteren Massnahmen der Regierungsrat ergreifen will, das hatte er ja angekündigt auch in dieser Medienmitteilung, dass dies ein Thema selbstverständlich ist, dass die Regierung auch Massnahmen ergreifen möchte, um diese Nichtbezugsquote zu senken. Auch das wäre allenfalls jetzt eine Frage, die man im Rahmen einer Interpellation stellen könnte. Hierzu einen Anzug einzureichen, noch dazu an das Departement des Parteikollegen, erschliesst sich aus unserer Sicht nicht.

Wir bestreiten aber nicht, dass das Thema des Nichtbezugs auf der Traktanden- und Themenliste bleiben muss. Hier braucht es aus unserer Sicht verschiedene Massnahmen. Vielleicht braucht es mehr Aufklärung, dass die Menschen, die einen Nichtbezug haben, vielleicht auch wissen, wo sie sich hin melden können. Hier kann ich Ihnen einfach sagen, da wird bereits sehr viel getan. Ich selber habe jemand in meinem Umfeld, der beispielsweise Ergänzungsleistungen erhält und er hat gerade kürzlich einen Brief bekommen vom Kanton in Zusammenarbeit, glaube ich, mit Plusminus, dass er doch etwas bei sich in den Unterlagen überprüfen soll, ob er einen Anspruch dafür hat. Das scheint mir ein sehr guter Weg zu sein und das zeigt ja eben auch, dass Massnahmen auch schon ergriffen wurden.

Und dann ist ein vielleicht zweiter Punkt, der auch dazu führt, dass die Nichtbezugsquote hoch ist, der, dass diese Formulare oft auch sehr umständlich sind. Und das ist etwas, was der Kanton auch ohne Vorstoss selbstverständlich regelmässig überprüfen soll, aber auch sicher überprüft, wie diese Dokumentationen, die man auch einreichen muss, allenfalls geringer werden könnten. Sie könnten vielleicht auch noch etwas digitaler und elektronischer werden und auch vielleicht ganz generell

die Fragestellungen etwas weniger komplex werden. Diese Massnahme scheint aus unserer Sicht dringend anzugehen und hier glauben wir aber auch, dass der Regierungsrat auch mit der Digitalisierungsstrategie sicher nächste Schritte gehen wird, um auch dort Unterstützung zu liefern, dass auch Personen, die vielleicht mit den modernen technischen Geräten etwas weniger versiert sind, hier Unterstützung haben.

Deshalb glauben wir, ist der Anzug vielleicht gut gemeint, nein, nicht vielleicht, er ist gut gemeint, aber er ist in dieser Form nicht notwendig, weil die entsprechenden Verlautbarungen des Departements ja bereits auch so gefallen sind, dass der Regierungsrat diese Nichtbezugsquote in den kommenden Jahren senken will, und dann sind wir auch gerne bereit, zu einem späteren Zeitpunkt mittels einer neuen Studie dann zu prüfen, wie sich dies entwickelt hat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Der Anzug von Kollegin Nicole Amacher beschreibt ausführlich und detailliert die Hintergründe zur Problematik des Nichtbezugs von Sozialhilfe sowie von bedarfsabhängigen Sozialleistungen und verweist auf die vom Kanton Basel-Stadt in Auftrag gegebene Studie. Es ist wirklich sehr lobenswert, dass diese Fragestellungen wissenschaftlich untersucht wurden und ich nehme es dem Regierungsrat wirklich sehr ab, dass es ihm ein Anliegen ist, die Nichtbezugsquote zu senken.

Die Resultate, die sind gar nicht toll und müssen zu denken geben. Die Nichtbezugsquote bei der Sozialhilfe in den Jahren 2016 bis 2020 betrug rund 30 Prozent, also fast jede dritte Person, die von Armut betroffen ist und Anspruch auf Sozialhilfe hätte, verzichtet darauf. Es stellt sich zwingend die Fragen, weshalb ist das so, wie kommen diese Menschen über die Runden und wie sieht ihre Schuldensituation aus. Und auch bei den bedarfsabhängigen Sozialleistungen präsentiert sich leider ein ähnliches Bild, 29 Prozent verzichten auf Ergänzungsleistungen, fast jeder vierte verzichtet auf die Mietzinsbeiträge für Familien und knapp jeder fünfte auf die Prämienverbilligung, obwohl sie eigentlich Anspruch hätten.

Wir haben also ein soziales Sicherheitsnetz, das gut ausgebaut ist, aber trotzdem nicht alle erreicht und dies führt zu sozialen und gesundheitlichen Folgeproblemen. Es kann nicht unser Ziel sein, und ich gehe davon aus, dass das alle hier drin teilen, dies zu akzeptieren oder gar positiv zu bewerten. Das Problem des Nichtbezugs von Sozialleistungen ist auch aus anderen Städten bekannt, beispielsweise Zürich oder Bern, dort ist die Nichtbezugsquote teilweise sogar noch höher.

Die Gründe liegen klar auf dem Tisch und werden bei allen gemachten Studien genannt. Der Hauptgrund ist die Reform des Ausländer- und Integrationsgesetzes von 2019. Seitdem ist es möglich, dass aufgrund Armutsbetroffenheit der Aufenthaltsstatus oder die Niederlassungsbewilligung in Frage gestellt werden kann und Rückstufungen drohen. Der Bezug von Sozialhilfe kann also zu Verlust des Aufenthaltsrechts führen. Nur verständlich, dass dies Angst vor Behörden, psychischen Stress, Krankheit, Verschuldung, etc. verursachen kann und es erstaunt ja dann nicht wirklich, dass immer mehr Menschen mit Migrationshintergründen auf ihr Recht auf Sozialhilfe verzichten.

Wichtig zu betonen ist, dass damit gerechnet werden muss, dass seit der Covidpandemie ab 2020 der Effekt des Nichtbezugs sich weiter vergrössern wird. Die Sozialhilfequote sank damals, aber die Zahl der Anspruchsberechtigen stieg. Und genau deswegen ist es wichtig, an diesen Fragen dranzubleiben und genau deswegen ist die Überweisung des Anzugs mehr als logisch. Auch die nationale Politik sieht dieses Thema als gegeben an, denn im Frühjahr 2023 hat das Parlament der parlamentarischen Initiative Armut ist kein Verbrechen zugestimmt. Also auch hier auf nationaler Ebene wird dieses Problem klar und deutlich adressiert und erkannt.

Was die Resultate der Studien auch aufzeigen, und das ist mir persönlich wichtig, dass nicht einfach die politische Abkürzung genommen werden kann oder behauptet wird, weil die Sozialhilfequote in Basel in den letzten Jahren gesunken ist, besteht keine grosse Armut mehr bzw. ist in Basel Armut kein Thema mehr. Aufgrund der hohen Nichtbezugsquote ist eine solche Aussage einfach falsch. Für eine soziale Stadt wie Basel ist eine hohe Nichtbezugsquote ein Armutszeugnis und wir müssen alles unternehmen, um dies besser zu verstehen und entsprechende Massnahmen einzuleiten, um die Quote zu senken. Denn es ist offensichtlich, und da gebe ich Kollege Joël Thüring auch recht, dass auch prozessuale und strukturelle Gründe zum Nichtbezug führen. Also zu komplizierte Anmeldeverfahren, Subsidiaritätsschranken und restriktive Definitionen von Ansprüchen. All das kann auch dazu führen, dass das Recht auf Sozialhilfe, den Anspruch auf Sozialhilfe nicht gemacht werden kann. Was ich im Gegensatz zu Joël Thüringen wahrscheinlich bestreiten werde, ist, das mit einer Digitalisierungswelle diese Menschen wirklich erreicht werden. Genau hier haben wir oft das Problem, dass alles nur noch digitalisiert wird und diese Menschen eben nicht erreicht werden und deswegen denke ich, müsste man das genauer betrachten. Allenfalls kommt man dann wirklich auf ein anderes Resultat.

Das Grün-Alternative Bündnis ist klar der Meinung, dass eine vertiefte Analyse über die Gründe des Nichtbezugs wichtig ist und bleibt und auch in Zukunft genauer angeschaut werden muss. Wir bitten Sie, den Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an die Anzugsstellerin Nicole Amacher.

Nicole Amacher (SP): Danke für diese Diskussion und danke, dass Sie eigentlich das Anliegen mit mir teilen, auch die SVP und ich nehme an die FDP, obwohl Sie sich jetzt nicht für die Überweisung aussprechen. Ich möchte trotzdem nochmal begründen und zum Teil vielleicht auch noch was wiederholen. Ich danke natürlich auch der Regierung, dass sie diese Studie schon mal gemacht hat und dass sie auch den Anzug entgegennehmen möchten.

Ich glaube, wir sind uns hier drin einig, wir haben ein wirklich sehr gut ausgebautes Sozialsystem und wir haben das bewusst aufgebaut und installiert, um Menschen vor Armut zu schützen. Es ist für alle da und gemäss den aktuellen Richtlinien können es alle in Anspruch nehmen, die das brauchen. Es ist allen von uns gutes Recht, wenn wir das brauchen, es zu beanspruchen. Deshalb sehe ich es als unser politischer Auftrag, jetzt alles und das Bestmögliche zu tun, dass diese Leistungen auch wirklich bezogen werden, denn nur dann können sie ihre Wirkung entfalten, für die sie auch gedacht sind und von uns als Gesetzgeberin so installiert wurden.

Aber eben, und das hat jetzt auch Oliver Bolliger schon gesagt und sogar Joël Thüring hat das gesagt, es gibt offensichtlich sehr hohe Hürden und trotz diesem gut ausgebauten System lebt ein grosser Teil der Bevölkerung quasi am Rande oder unter dem Existenzminimum, weil ebendiese Hürden zu gross sind. Und das zeigt sich deutlich nieder in den hohen Nichtbezugsquoten, das hat Oliver Bolliger vorher auch erwähnt. Bei der EL sind es quasi zur AHV und IV 29 Prozent, bei den Mietzinsbeiträgen 23 Prozent und 19 Prozent auch bei den Prämienverbilligungen und das obwohl diese Prämien immer schmerzhaft weiter ansteigen und diese bei den Menschen mit tiefem Einkommen oft weit über mehr als ein Drittel von ihrem verfügbaren Vermögen verzehrt, wenn sie die Leistungen nicht beziehen, die sie eigentlich zugute haben.

Es ist also unsere politische Pflicht, rasch und wirksam den Bezug der bedarfsabhängigen Sozialleistungen deutlich niederschwelliger zu gestalten und nicht nur das, ich finde es auch extrem wichtig, die Menschen im jeweiligen Antragsverfahren aktiv zu unterstützen, weil eben viele Menschen sehr überfordert sind. Das hat Joël Thüring auch gesagt, es ist kompliziert. Also ich weiss nicht, wer von Ihnen schon einmal einen Prämienverbilligungsantrag gestellt hat oder einen EL-Antrag, es ist nicht so einfach und da sind viele Leute extrem überfordert.

Jetzt möchte ich aber auch noch zur Nichtbezugsquote bei der Sozialhilfe sprechen, weil das macht mir wirklich Sorgen. Im Jahre 2020 sank die Sozialhilfequote, was oft als Erfolg oder erfreulich dargestellt wird, aber ich finde, das ist eine gefährliche Schlussfolgerung. Wieso ist das denn so? Der Fakt ist, dass die Zahl der Anspruchsberechtigten parallel dazu eigentlich gestiegen ist und das ist sehr bedenklich. Also nochmal, im Jahr 2020 stieg die Nichtbezugsquote von 30 auf 33 Prozent an und das zeigt uns deutlich, dass eigentlich dieses letzte Netz bei den Menschen ungenügend ankommt, die es am dringendsten brauchen.

Es ist sicher nicht förderlich, dass der Bezug von Sozialhilfe so unwürdig stigmatisiert wird in unserer Gesellschaft, aber eben auch das Nichtwissen über den rechtlichen Anspruch und darüber, dass der Bezug in Notsituationen berechtigt und durchaus sinnvoll ist, um weitere negativen Folgen für die Individuellen, also für die Menschen zu verhindern, wie Verschuldung oder negative gesundheitliche Auswirkungen. Aber auch für uns als Gesellschaft ist es besser, auch finanziell und ökonomisch gesehen, wenn die Leute in dem Moment das Geld in Anspruch nehmen, weil die Folgekosten von gesundheitlichen Schäden und Überschuldung auch für uns dann langfristig schwerer zu tragen ist.

Danke, dass Sie das unterstützen. Ich bin der Meinung, es ist notwendig zu überweisen und das werden Sie auch tun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

77 Ja, 16 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003662, 12.06.24 15:42:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 77 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

29. Anzug 11 Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend mehr Sicherheit und Komfort für Velofahrende in der Ahornstrasse

[12.06.24 15:43:01, 24.5146.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Dies wird bestritten von André Auderset.

André Auderset (LDP): Es kann ja irgendwie nicht sein, dass für jede Strasse, für jeden Strassenzug jetzt ein neuer Vorstoss gemacht wird, um hier die Parkplätze wegzubekommen oder um einen neuen Velostreifen hinzuziehen. Da gibt es ja wirklich übergeordnete Planungen und Pläne, es gibt auch jede Menge Vorstösse dazu, das reicht nun wirklich. Wir sehen es eigentlich nicht ein, dass man hier nun auch noch für die Ahornstrasse, speziell für die Ahornstrasse einen eigenen Anzug braucht.

Kommt dazu, dass dieser Anzug nun schon etwas unehrlich ist, um es mal etwas höflich zu sagen. Wir haben in der Mai-Sitzung über die Sanierung oder Renovierung oder wie auch immer, Kaputtsanierung, haben wir es, glaube ich, damals genannt, die dagegen waren, des Allschwilerplatzes geredet. Dort wurde auch über Wegfall von Parkplätzen, über Tempo, 30, usw. geredet, vor allem in der Allschwilerstrasse und der Weiterführung Richtung Morgartenring und es wurde aber ausdrücklich gesagt, der Verkehr soll dann über die Ahornstrasse abfliessen, vor allem der MIV, der motorisierte Individualverkehr. Nachdem wir jetzt gesagt haben, alles ringsum soll also velofreundlich sein, unter anderem um die Allschwilerstrasse, wo die Parkplätze schon weggefallen sind, wo Tempo 30, glaube schon ist oder noch kommt, hat man gesagt, dafür hat ja der motorisierte Verkehr die Möglichkeit, die Ahornstrasse zu benutzen. Man hat dann gesagt, dass man speziell für die Velofahrer und für die Fussgänger die Sicherheit an der Allschwilerstrasse verbessert, den Allschwilerplatz verbessert und dass der motorisierte Verkehr über die Ahornstrassen soll.

Das wurde so beschlossen mit Mehrheit. Wir waren dagegen, wir sind unterlegen, sowas kommt vor. Und jetzt kommt also, dass das, was damals gesagt wurde, nämlich der motorisierte Verkehr dafür über die Ahornstrasse, nun kommt man mit einem neuen Anzug, wo man es auch dort drin hat. Es erinnert ein bisschen an die Rede eines Anwalts vor Gericht, der zum Richter sagt: Sie haben meinen Mandanten das letzte Mal strafverschärfend verurteilt, weil er am helllichten Tag eingebrochen ist. Jetzt verurteilen Sie ihn strafverschärfend, weil er bei finsterer Nacht eingebrochen ist. Ja, wann soll dann mein Mandant noch einbrechen? Nun, einbrechen ist bekanntlich verboten, Autofahren noch nicht, obwohl das einige gerne hätten, aber man muss wirklich nun mal fragen, wo bitte soll man dann mit dem Auto noch vernünftig durchfahren, wenn jede Ausweichroute, die Sie noch in der letzten Sitzung zugestanden haben, nun eben auch blockiert werden.

In diesem Sinne, diesen wirklich unehrlichen Anzug bitte ich abzulehnen resp. nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GAB): Ich spreche für meine eigene Fraktion und zugleich auch für die SP. Wir werden diesen Vorstoss überweisen. Die Ahornstrasse ist heute Tempo 50, sie ist gleichzeitig eine Pendlerroute, die im Teilrichtplan Velo eingetragen ist. Eine Veloroute auf Tempo 50 ohne Velomassnahme, wie es heute dort auch der Fall ist, ist aus Velosicht für die Sicherheit der Velofahrenden ein No-Go. Es gibt viele Gründe, dass die Ahornstrasse sicherer sein sollte. André Auderset hat es erwähnt, der Allschwilerplatz ist eine Entwicklung, er soll mehr belebt werden, das Quartierzentrum Oekolampad, das sich dort entwickelt, die Strasse geht dort mitten durch.

Ich möchte gerne auf André Auderset kurz auch erwidern, wir haben in der UVEK damals abgeklärt, ob das Projekt des Allschwilerplatzes auch vereinbar ist mit Tempo 30. Das ist es. Wir befinden uns nicht im exakt selben Perimeter, die gesamte Ahornstrasse wird hier gefordert, dass sie velosicherer werden soll, und nicht einfach nur dieser kleine Abschnitt, der über den Allschwilerplatz geht. Es gibt zudem ein überwiesener Vorstoss für ein Gesamtkonzept Tempo 30, wo Tempo

30 zu Standard werden soll, von meinem Parteikollegen Raphael Fuhrer und daher ist Tempo 30 eine absolut adäquate und gerechte Forderung.

Weiter, denke ich, ist wichtig, dass die Ahornstrasse Velomassnahmen erhält, Tempo 30, Velostreifen, weil das eine sehr wichtige Route ist für viele Menschen, die mit dem Fahrrad von A nach B fahren. Sie ist deshalb auch im Teilrichtplan eingetragen. Es befinden sich auch Schulhäuser in der Nähe, es ist also auch eine Schulwegroute und es ist daher unabdingbar, dass man dort Massnahmen prüft.

Frustrierend finden wir, dass es dazu einen Extravorstoss braucht, da stimme ich André Auderset tatsächlich auch zu. Wir haben eine im Richtplan eingetragene Pendlerroute, die ist verbindlich, der Richtplan existiert seit mehreren Jahrzehnten und nach wie vor müssen wir im Grossen Rat immer wieder mit Vorstössen Einzelmassnahmen einfordern, weil der Richtplan nicht adäquat umgesetzt wird. Das ist frustrierend und das würden wir uns anders wünschen, solange das aber nicht der Fall ist und wir da nicht weiterkommen, braucht es solche Vorstösse.

Wir haben zudem auch Klimaziele, sichere Veloverbindungen sind wichtig. Es ist uns allen ein Anliegen, das wir Velofahren für Menschen ermöglichen im Alter von 8 bis 80 Jahren. Wenn Sie sich vorstellen, dass jemand 80-Jähriges oder auch ein 10-jähriges Schulkind auf einer Tempo 50 Strasse fährt ohne Velomassnahme, dann ist klar, die Menschen fühlen sich dort nicht sicher. Für mich geht es vielleicht mit meinen 31 Jahren, aber es soll Velofahren für alle auch ermöglicht werden.

Kommt hinzu, es gibt das Bundesgesetz zu den Velowegen. Dieses besagt, dass die Kantone Velowegnetze machen müssen, umsetzen müssen, die Velowegnetze sollen sicher sein, sie sollen durchgehend sein, die sollen getrennt vom MIV sein, wo immer möglich, sie sollen attraktiv sein, zusammenhängend direkt, das können Sie alles nachlesen in Artikel 6 des Veloweggesetzes und wir sind in Basel-Stadt noch weit davon entfernt. Die Ahornstrasse ist Teil des heutigen Velowegnetzes. Wir haben in Basel-Stadt ein Velowegnetz von 210 Kilometern, 35 Kilometer davon sind Strecken, die auf Tempo 50 Strassen sind ohne Velomassnahmen, das sind 17 Prozent des ganzen Netzes. Ich denke, so wird es schwierig, dass wir noch mehr Menschen aufs Velo bringen und ich denke, das ist keine Velopolitik für alle von 8 bis 80.

Daher ist es wichtig, dass wir auch weiterhin dranbleiben, auch mit Einzelvorstössen wie diesem und wir freuen uns, wenn diese heute überwiesen wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Raffaela Hanauer, Roger Stalder möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Sie wird angenommen.

Roger Stalder (SVP): Raffaela Hanauer, jetzt aber wirklich die Frage, was ist nicht sicher? Zehn Jahre fahren dort alle miteinander durch, es wird auch parkiert, was ist nicht sicher an dieser Strasse?

Raffaela Hanauer (GAB): Wurden Sie schon mal mit Tempo 50 auf dem Fahrrad von einem Auto zu nahe überholt? Dann wissen Sie wahrscheinlich, was ich meine mit nicht sicher.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lukas Bollack.

Lukas Bollack (GLP): Mit Tempo 50, beidseitiger Autoparkierung und ohne Velostreifen ist die Ahornstrasse betreffend Sicherheit und Attraktivität für den Veloverkehr angesichts dessen, dass es sich gemäss Teilrichtplan Velo um eine Pendlerroute, teilweise auch um eine Alltagsroute handelt, vielleicht nicht ausreichend. Da muss ich mich Raffaela Hanauer anschliessen. Hier muss auf jeden Fall etwas passieren. Wir Grünliberalen unterstützen deshalb den vorliegenden Anzug. Er ist sehr offen formuliert und lässt dem Regierungsrat alle Freiheit, eine gute Lösung für die Verbesserung der Situation für die Velofahrer*innen zu finden.

Wichtig ist uns, dass parallel dazu die bestehenden Anstrengungen zur Schaffung von unterirdischen Parkmöglichkeiten mit Nachdruck vorangetrieben werden, da an der Allschwilerstrasse sowie durch die anstehende Umgestaltung des Allschwilerplatzes schon zahlreiche Parkplätze aus dem Quartier verschwinden. Für die wirklich notwendigen Autoparkplätze kann so sicherlich eine gute Lösung gefunden werden, ohne dass man wie bisher die Sicherheit und den Komfort der Velofahrer*innen opfert.

Ich bitte Sie deshalb, für die Überweisung des Anzugs zu stimmen und bedanke mich.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage annehmen? Sie wird angenommen.

Roger Stalder (SVP): Lukas Bollack, wo unter den Boden? Jean-Luc Perret hat ja selber das Tschudi-Parking versenkt. Wo wollen Sie unter den Boden?

Lukas Bollack (GLP): Da muss die Regierung eine Lösung finden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an den Anzugssteller Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Ich fasse nur noch kurz zusammen. In der Tat, der Anzug steht in einem Zusammenhang mit dem UVEK-Geschäft zur Umgestaltung des Allschwilerplatzes. Es ist ja in der Aufregung fast etwas untergegangen, aber André Auderset hat jetzt nochmal gesagt, die Verkehrsführung wird verändert, und zwar so, dass der Hauptverkehrsstrom weniger in die Allschwilerstrasse, sondern mehr in die Ahornstrasse geht. Das ist aber nicht neu, dass das so geht, schon seit an der Allschwilerstrasse entlang der Tramlinie die Parkplätze aufgehoben wurden, ist die Route unter Velofahrern viel beliebter geworden. Das ist auch nicht verwunderlich. Das ist ein attraktiver Weg und viele Menschen aus Basel West und Allschwil fahren dort in die Innenstadt.

Wenn man dann aber in die Ahornstrasse kommt, dann ändert sich das Bild. Die Fortsetzung erfüllt die Kriterien für eine sichere und komfortable Veloverbindung, wie gesagt, nicht. Beidseitige Parkierung, Höchstgeschwindigkeit 50, wir haben es gehört, es ist unangenehm, dort zu fahren, auch wenn jetzt nicht dauernd Unfälle passieren, aber es ist einfach ein latentes Gefühl von Unsicherheit und die verschiedenen Verkehrsteilnehmenden, die blockieren sich da auch gegenseitig. Und dies, obwohl die übergeordneten Pläne ja da sind, man müsste sie nur noch umsetzen und ich finde es auch ein bisschen schade, dass es einen Einzelvorstoss braucht für diese Strasse.

Dann ja, André Auderset, wir wollen ja den MIV nicht weghaben, Sie haben das falsch formuliert, wie wollen die Parkplätze weghaben, da kommen Sie sogar schneller voran mit Ihrem Auto, wenn Sie dort durchfahren. Also es ist eigentlich ein Gewinn für alle.

Und wenn man dann den Anzug noch ganz genau liest, dann liest man, dass da nur eine Prüfung von Massnahmen gefordert wird, aber es ist nichts vorgegeben, es ist nur eine Auflistung, was alles möglich wäre. Also es ist nicht so, dass ich mich jetzt gegen einen Velostreifen und Parkplatzabbau wehren würde, keinesfalls, aber im Anzug steht das so nicht. Es steht nur, es sollen Massnahmen geprüft werden und da gehört auch Tempo 30 dazu, das wäre auch schon eine deutliche Verbesserung.

Also Sie sehen, es bleibt noch vieles offen, es gibt keinen Grund, diesen Anzug nicht zu überweisen. Ich danke Ihnen dafür.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Daniel Seiler darf fragen.

Daniel Seiler (FDP): Ich hätte schon wieder zwei Fragen. Sind Sie dann bereit, darüber zu diskutieren, jetzt wo die Allschwilerstrasse nicht mehr so wichtig ist, dass man da vielleicht den einen oder anderen Parkplatz wieder hinmachen könnte, damit das Gewerbe dann auch wieder ein bisschen Zufriedenheit hat?

Jean-Luc Perret (SP): Nein, das bin ich nicht, weil die Parkplätze sind aus Sicherheitsgründen entfernt worden. Ich bin nicht dafür, dass man das wieder rückgängig macht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 45 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003664, 12.06.24 15:57:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 50 Ja-Stimmen gegen 45 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

30. Anzug 12 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Velovignetten und Velocodierungen gegen Velodiebstähle

[12.06.24 15:57:19, 24.5159.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Er wird bestritten von Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Ich darf auch im Namen der SVP diesen Anzug bestreiten. Selbstverständlich sind Velodiebstähle ein Problem, ein grosses Problem in unserem Kanton. Sie sind ärgerlich, sie sind mühsam und natürlich ist die Polizei verantwortlich für die Strafverfolgung. Und zusätzlich, weil das Problem so gross ist, sind auf dem Markt Lösungen entstanden, wie man zusätzlich zur Sicherheit beitragen kann. Es sind genau die Angebote, die jetzt auch hier von diesem Anzug vorgeschlagen werden, insbesondere die Velovignetten, und wie wir auch nachlesen können, die Velocodierungen, die gerade bei uns in unmittelbarer deutscher Nachbarschaft angeboten werden.

Beides ist heute verfügbar, beides wird von Privaten angeboten und ja, beides ist kostenpflichtig. Wem sein Velo etwas wert ist, dem darf man zumuten, dass er auch ein bisschen etwas in die Sicherheit investiert. Warum müssen jetzt diese beiden Angebote kostenlos werden zulasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler? Warum muss man ein Angebot eines privaten Anbieters zunichtemachen, eventuell sogar seine wirtschaftliche Existenz gefährden? Keiner käme auf die Idee, wegen der hohen Zahl von Einbruchdiebstählen gratis Alarmanlagen verteilen zu lassen. Diese Denkweise, dass etwas nur dann gut ist und nur dann etwas bringt, wenn es kostenlos vom Staat angeboten wird, diese Denkweise, die stört mich, die stört uns extrem.

Es kommt hinzu, aktuell haben wir bekanntlich grosse Ressourcenprobleme bei unserer Polizei und da müssen Sie sich die Frage stellen, wollen wir jetzt wirklich der Polizei noch zusätzliche Aufgaben übertragen, die, wie gesagt, nicht neu sind, sondern die es bereits gibt, sie werden einfach heute von Privaten erledigt. Ist das jetzt wirklich notwendig, hier der Polizei zulasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zusätzliche Aufgaben zu übertragen und private wirtschaftliche Existenzen in Frage zu stellen?

Wir meinen nein und deshalb bitten wir Sie, diesen Anzug entschieden abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lukas Bollack.

Lukas Bollack (GLP): Velodiebstahl ist ein grosses Problem in unserem Kanton. Vielen hier im Raum ist sicher auch schon einmal ein Velo weggekommen. Das ist zum einen durch die Lage an der Grenze bedingt, welche den Diebstahl einfacher macht als anderswo, zum anderen aber auch dadurch, dass viele Menschen keinen sicheren Abstellplatz für ihr Velo haben, zum Beispiel, weil sie in einem Mehrfamilienhaus wohnen, das keine oder nicht genügend Abstellplätze bietet. Sie sind auf Abstellmöglichkeiten im öffentlichen Raum angewiesen, diese sind aber an vielen Orten nicht in ausreichender Zahl verfügbar und bieten nicht die Möglichkeit, das Velo anzuketten.

Wir Grünliberalen finden es sinnvoll, wenn das Instrument der Velovignetten vom Regierungsrat geprüft wird. Dabei muss auf jeden Fall in Betracht gezogen werden, ob die Vignette auch dann noch etwas bringt, wenn das Velo nach Frankreich oder

Deutschland transportiert wurde, was ja sehr oft der Fall ist. Sehr gut finden wir, dass der Anzug auf die Prüfung weiterer Massnahmen gegen Velodiebstähle fordert und möchten anregen, dass die Regierung hier ein besonderes Augenmerk auf zusätzliche und bessere Abstellmöglichkeiten für Velos im öffentlichen Raum setzt.

Die Fraktion der Grünliberalen wird deshalb für Überweisung stimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit ist die Jérôme Thiriet an der Reihe.

Jérôme Thiriet (GAB): Ich darf auch für die SP sprechen. Es wiederholt sich hier auch ein Stück weit, ich habe auch schon Vorstösse in diese Richtung gemacht. Ich bin darum sehr froh, dass einmal ein Vorstoss von einem Polizisten kommt, das heisst, dass er effektiv die Problematik auch sieht und offenbar auch kein hoher Mehraufwand, um die Argumente von Luca Urgese ein bisschen zu entkräften. Lukas Bollack hat es eigentlich auch gesagt, die Velodiebstähle und vor allem die ganz geringe Aufklärungsrate ist ein Riesenärgernis in der Bevölkerung. Ich höre das auch immer wieder und mir ist eigentlich jede Bemühung recht, wenn man versucht, dem entgegenzuwirken. Wie gesagt, meine Vorstösse und weitere Vorstösse aus der grünen Fraktion sind jeweils abschlägig beantwortet worden und vielleicht helfen ja die Velovignetten respektive die Rahmennummern, um die Aufklärungsrate ein bisschen zu erhöhen. Ich glaube, das ist im Sinne von uns allen und vor allem auch im Sinne der Versicherungen, die ja dann jeweils auch hohe Summen zurückzahlen müssen.

Von dem her, bitte diesen Anzug überweisen und dann schauen, was von der Regierung kommt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit ist der Anzugssteller Christoph Hochuli an der Reihe.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Jeder Velodiebstahl ist einer zu viel. Im Jahr 2023 gab es im Kanton Basel-Stadt 5'071 zu viele Velodiebstähle, denn diese Anzahl Velos wurde tatsächlich gestohlen und beanzeigt. Gegen diese extrem hohe Zahl müssen wir als Kanton unbedingt noch mehr unternehmen. Der beste Velodiebstahlschutz ist natürlich ein gutes Veloschloss, bestenfalls schliessen wir es an einem Velosständer oder Geländer an. Velodiebe benutzen aber oft Akku-Trennscheiben und Bolzenschneider, um die Schlösser zu knacken. Kürzlich nahm ich als Polizist eine Anzeige entgegen, wo ein Mountainbike aus einem Kellerabteil gestohlen wurde, welches mit einem Veloschloss an einer Verankerung an der Kellermauer angeschlossen war. Velos werden also auch gestohlen, wenn sie gut gesichert sind.

Hier soll mein Anzug etwas Hoffnung bringen. Ich bitte damit den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob im Kanton Basel-Stadt, wie im Kanton Basel-Landschaft bei allen Polizeiposten und Velofachgeschäften ebenfalls kostenlose Velovignetten abgegeben werden können oder ob alternativ Velocodierungen angeboten werden können. Bei den Velovignetten könnten wir uns der Firma anschliessen, die diese anbietet, wie das auch der Kanton Basel-Landschaft getan hatte. Da würde man also die Privatwirtschaft unterstützen und nicht konkurrenzieren, wie das vorhin bemängelt wurde. Der Aufwand für die Polizei wäre auch klein, in Baselland liegen diese Velovignetten einfach am Polizeiposten auf den Tresen, die man dann mitnehmen darf.

Die Velovignetten mit QR-Code oder die Velocodierungen haben zwei Wirkungen. Einerseits sollen sie im besten Fall einen Dieb vom Velodiebstahl abhalten und andererseits kann der oder die Besitzende des Velos schnell ausfindig gemacht werden, wenn ein offensichtlich besitzerloses Velo irgendwo aufgefunden wird. Auch bei Polizei- oder Zollkontrollen kann mit der Vignette oder Codierung einfach und schnell festgestellt werden, wem das Velo gehört oder ob es als gestohlen gemeldet wurde.

In meinem Anzug schlage ich auch vor, dass der Regierungsrat eine finanzielle Beteiligung durch Versicherungen abklärt. Ich bin überzeugt, dass Velovignetten und Codierungen auch sehr im Interesse der Versicherungen sind und diese deshalb bestimmt motiviert werden könnten, sich an den Kosten zu beteiligen.

Ich bitte Sie, auch im Namen der Mitte/EVP-Fraktion, diesen Anzug an die Regierung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

69 Ja, 15 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003666, 12.06.24 16:06:23]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 69 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

31. Anzug 13 Amina Trevisan und Konsorten betreffend öffentliche Aufarbeitung der Geschichte illegalisierter migrantischen Familien mit Saisonnier- und Jahresaufenthaltsstatut in Basel

[12.06.24 16:06:29, 24.5160.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Dies wird bestritten von Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Im Namen der SVP- und LDP-Fraktion darf ich die Überweisung des Anzuges bestreiten. Ich habe zugegebenermassen sehr viel gelernt, als ich diesen Anzug durchgelesen habe, aber nicht wirklich verstanden, was jetzt genau der Kanton tun soll, wenn wir diesen Anzug überweisen.

Es gibt eine Studie, welche sich mit dieser Thematik schweizweit befasst und dieses Thema aufgreift. Wir haben einen Verein, welcher sich mit dieser Thematik befasst im Kanton Basel-Stadt und nun soll der Kanton ein zusätzliches Projekt starten und in diesem Projekt eine zusätzliche Studie lancieren, um dieses Thema wieder aufzugreifen. Und da frage ich mich, soll jetzt der Kanton mit diesem Verein konkurrenzieren oder soll der Kanton diesen Verein subventionieren, wie sieht das aus. Für uns sieht das eher etwas nach Verwaltungsbeschäftigung aus und hier sind wir schon der Meinung, wir können gerne darüber reden, dass wir die Geschichte über die Schweiz und auch selbstverständlich die Migration und die Zuwanderung in den Schulen mehr thematisieren, wir können auch sehr gerne dieses Thema aber auch der Universität überlassen, welche hier diesen wissenschaftlichen Beitrag liefert, oder auch den Museen, wenn gewisse Veranstaltungen oder Ausstellungen in diesem Bereich spannend sind.

Aber jetzt hier wirklich für eine Thematik den Kanton zu beschäftigen, dass er ein Projekt startet und eine Studie in Auftrag gibt, das empfinden wir als der falsche Weg und deshalb bitten wir Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin für die Überweisung des Anzuges und möchte das auch sachlich begründen. Ich habe den ganzen Anzug durchgelesen, Sie werden sich jetzt fragen, Eric Weber macht eine Wandlung. Es tut mir leid, was damals passiert ist, was in diesem Anzug steht. Ich habe mich auch oft entschuldigt als Vertreter von dieser Partei von damals, obwohl ich damals noch nicht Grossrat gewesen bin.

Ich kann mir kurzfassen, aber ich habe alles gelesen und es ist Zufall, auf der Tribüne sitzen zwei Zeitzeugen. Sie kennen das vom Fernsehen, Zeitzeugen. Ich kenne beide Frauen, beide sind über 70, beide sind in Italien geboren, heute Schweizer und sie haben mir ihre Geschichte erzählt. Sie haben damals bei der Fremdenpolizei gezittert, obwohl sie gearbeitet haben. Und das ist wichtig, ich unterscheide immer, wer gearbeitet hat und hier viel gemacht hat. Es ist bekannt, dass die Fremdenpolizei damals streng gewesen ist und ich bin diesen zwei Zeitzeugen auf der Tribüne dankbar, was sie auch geleistet haben und was da im Anzug steht.

Ich bin für diesen Anzug. Sicherlich geht es in der Geschichte dieses Anzugs auch um die Gründung meiner Partei, die damals wegen diesem Anzug, wegen diesen Sachen entstanden ist. Im Anzug wurde nicht erwähnt, vielleicht sind die Leute zu jung, ich weiss es nicht, aber doch, es sind auch welche mit meinem Jahrgang, Sie wissen, dass damals, und da wurden wir als Schweizer schlecht dargestellt, die Italiener zu Zehnt in einem kleinen Zimmer gewohnt haben in Kleinbasel. Sie haben zu Zehnt in einem Zimmer geschlafen und das wurde im Anzug vergessen. Man kann auch in den Zeitungen lesen, das waren wirklich damals menschenunwürdige Zustände. Die Italiener, die damals gekommen sind, das stimmt, das weiss ich, hatten es nicht einfach, haben sich aber hochgearbeitet und wurden Schweizer. Im Anzug steht, dass im Kanton Basel-Stadt und Baselland schweizweit zahlenmässig die grösste Gruppe der Migranten aus Italien in der Schweiz war. Aber ich glaube, die Anzugsstellenden haben Zürich vergessen, in Zürich gab es auch sehr viele Italiener.

Ich bin für diesen Anzug, aber was mir in diesem Anzug fehlt, wo soll die Studie zum Thema Italiener in der Schweiz, die jetzt Schweizer sind, präsentiert werden? Also wo soll die Studie, die da verlangt wird, präsentiert werden? Soll das im Museum stattfinden oder soll das eine Ausstellung sein? Ich bin diesen Italienern dankbar, die hier geholfen haben, und es tut mir leid, auch im Namen meiner Partei damals, Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat, dass es diese Auseinandersetzungen gegeben hat. Es war eine schlimme Zeit, nicht einfach, aber heute sagen wir, die Leute sind patriotisch und ich habe mich entschuldigt und die Leute haben alle gearbeitet.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Zaira Esposito.

Zaira Esposito (SP): Wir riefen Arbeitskräfte und es kamen Menschen, stellte Max Frisch im Jahr 1965 fest. Das Zitat entstand aus der kritischen Auseinandersetzung von Frisch mit der damals herrschenden Migrationspolitik. Es war die Zeit der sogenannten Gastarbeitenden. Es war die Zeit der ersten Überfremdungsinitiative, die schon vorhin auch erwähnt wurde. Es war die Zeit, als viele Menschen aus Südeuropa in die Schweiz gekommen sind als Arbeitskräfte. Es war die Zeit der sogenannten versteckten Kinder.

Es ist immer noch ein dunkles Kapitel der Schweizer Migrationspolitik und ja, es ist an der Zeit, uns öffentlich damit auseinanderzusetzen. Blenden wir zurück, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Rui, Giuseppe, Maria oder Ivana, die kommen aus unterschiedlichen Ländern Südeuropas. Sie sind als Kinder von Saisonnier in die Schweiz gekommen. Ihr gemeinsames Schicksal, fragen Sie sich vielleicht, sie alle sind im schulpflichtigen Alter und leben in diesem Land versteckt. So wie für Giuseppe, Ivana oder Maria besteht auch für Rui die Schweiz aus zwei Betten, einem Schrank, einer Kommode und vier Stühlen. Das Zimmer ist seine Welt. Kindsein bedeutet für ihn stillsitzen und schweigen, denn niemand darf wissen, dass es ihn gibt. Seit vier Jahren lebt er mit seinen Geschwistern im Verborgenen.

Tausende Kinder von Saisonnier haben in der Schweiz seit der Einführung des Saisonnierstatuts im Jahr 1934 die gleiche traumatische Erfahrung wie Rui erlebt. Andere haben ihre ganze Kindheit getrennt von ihren Eltern verbracht. Sie haben bei Verwandten, oft bei Grosseltern in ihrem Herkunftsland gelebt. Dies, weil ihnen die Schweiz keine andere Wahl liess, denn der Familiennachzug war für Saisonnier verboten. Eine vor kurzem publizierte Untersuchung schätzt, dass eine halbe Million Kinder von Gastarbeitenden getrennt von ihren Eltern, ihre Kindheit verbracht haben. 50’000 Kinder haben in der Schweiz als sogenannte versteckte Kinder gelebt. Das Schicksal dieser Kinder hat viele Familien stark geprägt und das tut es immer noch. Denn es ist lange her, doch die Wunden der Vergangenheit, nein, sie sind nie ganz verheilt.

In der Schweizer Öffentlichkeit war die Situation der gastarbeitenden Familien lange Zeit kein Thema, ein Tabu, würde ich fast behaupten. Erste Forschungsarbeiten und Recherchen haben in den letzten Jahren persönliche Geschichten, Fakten und traurige Erkenntnisse über die damalige Zeit ans Licht gebracht. Es ist an der Zeit, uns kritisch mit dieser Schattenseite der Schweizer Migrationspolitik auseinanderzusetzen. Befassen wir uns mit der Vergangenheit, vergessen wir sie nie, sondern lernen wir daraus. Und, geschätzte Damen und Herren, genau heute können wir diesen Schritt machen, indem wir diesen Anzug überweisen und ich bitte Sie in diesem Sinne im Namen der SP-Fraktion, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an Heidi Mück.

Heidi Mück (GAB): Wir haben von meiner Vorrednerin gehört, das Saisonnierstatut hat viel Leid verursacht. Ich habe mich im Rahmen einer Arbeit am Buch «Zukunft Schwarzarbeit» über jugendliche Sans-Papiers und das Recht auf Schulbildung für versteckte Kinder auseinandergesetzt und den Kampf um das Recht auf Schulbildung. Dabei habe ich auch viel über die Auswirkungen des Saisonniersstatuts auf die betroffenen Arbeiter und ihre Familien gelernt.

Was mich am meisten beeindruckt und auch beelendet hat, den Behörden war es durchaus bewusst, dass das Saisonnierstatut den elementarsten Menschenrechten widersprach. Es war auch den politisch Verantwortlichen bekannt, dass das Schicksal der versteckten Kinder unmenschlich und grausam war und das wurde einfach in Kauf genommen. In einem schriftlichen Interview mit den Autorinnen des Buches «Versteckte Kinder zwischen Illegalität und Trennung» äusserte

sich der damalige Bundesrat Arnold Koller 1992 zu den versteckten Kindern. Ich zitiere: «Das Problem ist dem Bundesrat volllauf bewusst. Die Kinder sind effektiv da. Aber aus dieser Tatsache darf nicht einfach abgeleitet werden, dass auf jegliche Einhaltung der fremdenpolizeilichen Vorschriften verzichtet werden kann. Ebenso könnte man argumentieren, dass man Schwarzarbeitern einfach eine fremdenpolizeiliche Bewilligung erteilen soll, nur weil sie bereits da sind.» Zitat Ende. Vor dem Hintergrund der vorher geschilderten Beispiele klingt dies in meinen Ohren sehr zynisch und ich bin überzeugt, dass wir das besser können.

Für das im Anzug geforderte Projekt, das würde eine Aufarbeitung der Geschichte für die Betroffenen, aber auch für uns als Gesamtgesellschaft ermöglichen. Das wäre ein wichtiges Zeichen der Anerkennung. Das Schicksal der vom Saisonnierstatut betroffenen Männer, Frauen und Kinder war grausam und es wirkt heute noch nach. Wir als Gesellschaft von Basel-Stadt haben da auch etwas gut zu machen. Deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein zweites Votum hat sich Eric Weber gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte ganz kurz Bezug nehmen auf meine Vorrednerin Zaira Esposito. Sie hat das weltberühmte Zitat gebracht: Wir riefen Arbeitskräfte und es kamen Menschen. Ich habe das alles in meinem Kopf, alle meine Artikel, die ich geschrieben habe. Das Zitat, wie ich gesagt habe, ist weltberühmt, danke, dass Sie es gebracht haben. Aber man muss zu dem Zitat natürlich sagen, was ich auch immer hier erklärt habe, wo ich auch als ein Linker durchgehen würde, wer hat von diesen Arbeitskräften profitiert? Und das ist in einem Satz gesagt, das ist die Wirtschaft, das Grosskapital. Und die Folgekosten hat der Staat zahlen müssen wie die Sprachkurse.

Zur Rednerin Heidi Mück. Sie hat richtig gesagt, das Wort Projektanerkennung sollte man in diesem Projekt bringen, aber ich muss dann noch sagen zum Schluss, es wäre auch schön, wenn es das Projekt gibt und wenn in diesem Projekt dann auch nicht vergessen wird, mein ehemaliger Chef, Nationalrat Dr. James Schwarzenbach, weil das gehört natürlich auch dazu und das wollte ich noch sagen.

Ich denke, dieser Anzug geht durch.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zur Anzugsstellerin Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Il pianto è così forte e non fa alcun rumore, Lucia - Weinen ist so laut und mache keinen Lärm, Lucia. Presto, presto, nasconditi, Salvatore, sento arrivare qualcuno - Schnell, schnell, verstecke dich, Salvatore, ich höre jemanden kommen. So ungefähr muss es sich zu Hause bei migrantischen Familien in den 50er- und 60er-Jahren angehört haben, wenn Kinder Kinder waren und die Angst vor der Fremdenpolizei, wie sie damals hiess, allgegenwärtig war. Die sogenannten versteckten Kinder von Gastarbeiterinnen durften weder laut weinen noch lachen oder mit ihren Freund*innen spielen, denn sie waren hier unerwünscht. Sie erlebten eine verneinte Kindheit geprägt von einem Leben im Untergrund. Diese Kinder sind während einer Zeit gross geworden, in der italienische und später auch spanische, portugiesische, ex-jugoslawische und türkische Migrierten mit der rassistischen Rhetorik der Überfremdung als kulturfremde Eindringlinge beschimpft und abgewertet wurden.

Mit Metaphern wie schleichende Krankheit oder artfremdes Gewächs warnte James Schwarzenbach, ein rechtspopulistischer Politiker, Ende der 60er-Jahren davor, dass die Italiener*innen das friedliche Zusammenleben in der Schweiz bedrohen würden. Ja, rassistische Anfeindungen, Ablehnung, Demütigung und Erniedrigungen gehörten zum Lebensalltag von Saisonnier dazu. Migrierte wurden in ihrer menschlichen Würde verletzt. Auch in Restaurants waren sie vor Anfeindungen nicht gefeit, sofern sie überhaupt hineinkamen und nicht vor Schildern mit der Anschrift «Für Hunde und Italiener verboten» stand.

Rassismus damals, und heute? Vor zwei Wochen erzählte mir ein Mann italienischer Herkunft, dass er erst vor einem Jahr von seiner älteren Schwester erfahren hat, dass auch sie ein verstecktes Kind war. Er erzählte mir seine familiäre Geschichte. Sogar im Keller musste sich seine Schwester verstecken, erzählt er mir mit emotionaler Betroffenheit. Seine Eltern schweigen bis heute, sie können nicht darüber reden. Scham, Ohnmacht, Schuldgefühle begleiten viele betagte Eltern bis heute. Schweigen als Bewältigungsstrategie. Und viele betroffene Menschen der damaligen Migrationspolitik sterben, ohne Worte für ihr Leiden zu finden, ohne Heilung für ihren Schmerz.

1934 trat ein folgenreiches Gesetz in Kraft, das die Schweizer Familien und Migrationspolitik rund 70 Jahre lang prägte. Das Gesetz ist rasch zusammengefasst. Aus wirtschaftlichen Gründen wurden für eine strikt begrenzte Zeit Arbeitskräfte rekrutiert. Sie sollten schlecht bezahlt und in Baracken leben, die wachsende Infrastruktur des Landes aufbauen und pflegen und sich nicht integrieren. Das damals eingeführte Saisonnierstatut erlaubte es den Gastarbeiter*innen aus Südeuropa, neun

Monate pro Jahr in der Schweiz zu leben. Die Kinder mussten entweder in ihrem Herkunftsland bleiben, wurden in Heimen untergebracht oder mussten versteckt vor den Behörden in der Schweiz leben.

Wenn man jedoch den historischen Kontext dieses Gesetzes mitliest, blickt man in einem moralischen Abgrund. Das familiäre Zusammenleben und die Familiengründung von migrierten Menschen in der Schweiz wurde illegalisiert. Durch ein Rotationsprinzip und die Statuten A und B wurden die Arbeiter*innen vom Rest der Gesellschaft sekretiert und des fundamentalen Grundrechts beraubt, dass Menschen ein Zusammenleben mit der Familie garantiert. Von 1934 bis 2002 wurde etwa eine halbe Million Familien aus dem gesamten Süden Europas durch die Gewalt dieser Statuten und der damit verbundenen strukturellen Gewalt zum Teil schwer traumatisiert. Die Folgen sind bis in die dritte Generation spürbar.

Es ist angezeigt und an der Zeit, dass auch die Politik selbstkritisch dieses Stück Schweizer Vergangenheit aufarbeitet. Deshalb ist es dringend nötig, dass das Projekt Historische Aufarbeitung der Trennung und Illegalisierung von südeuropäischen Familien mit Statut A und B im Kanton Basel-Stadt» lanciert wird. Der Kanton Basel-Stadt würde damit eine schweizweite Vorreiterrolle einnehmen. Als Hauptmassnahme des Projekts ist eine Studie zur Aufarbeitung dieses Kapitels der Basler Geschichte in Auftrag zu geben. Denn nur was wir kennen, können wir auch anerkennen.

Vielen Dank für die Überweisung dieses Anzugs.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

68 Ja, 26 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003670, 12.06.24 16:27:02]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 68 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

32. Anzug 14 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Zukunft der Kirchengebäude in Basel-Stadt

[12.06.24 16:27:11, 24.5161.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

33. Anzug 15 Annina von Falkenstein betreffend Erweiterung Tagesfamilien durch Tagesgrosseltern

[12.06.24 16:27:34, 24.5179.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Er wird bestritten von Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Im Namen der SP-Fraktion möchte ich den Anzug bestreiten und beantrage Ihnen, ihn nicht zu überweisen. Tagesfamilien sind ein ganz wichtiges ergänzendes Element des Betreuungsangebotes im Kantons Basel-Stadt, insbesondere auch für Schichtarbeitende, weil sie zum Beispiel auch Betreuung am Abend offerieren können, in der Nacht, auch am Wochenende, was heute über die Kindertagesstätten nicht abgedeckt wird und auch schwierig ist, Modelle zu finden, wie das abgedeckt werden könnte. Wichtig ist auch, dass bei den Tagesfamilien die Schwelle der Betreuung tiefer ist, als es bei den Kindertagesstätten ist. Also eine Familie, die ihr Kind für neun Stunden betreut haben möchte, kann es in eine Tagesfamilie geben, bei den Kindertagesstätten muss es ja zu 40 Prozent in der Kita sein, um dann die Betreuungsbeiträge vom Kanton zu erhalten.

Die Suche nach neuen Betreuungspersonen, Tagesfamilien ist aktuell schwierig. Es gibt Wartelisten von Kindern, die nicht aufgenommen werden können, also das Anliegen mit dem Anzug, hier Verbesserungen hinzukriegen, das Tagesfamilienmodell zu erneuern oder vielleicht kann man auch sagen, zu retten, das teilen wir sehr.

Aus unserer Sicht ist das Problem, dass wir im Moment haben, extrem tiefe Löhne. Wir haben auch keine kostendeckenden Mahlzeitenbeiträge und das hat diese Form der bezahlten Care-Arbeit sehr unattraktiv gemacht. Ganz wichtig ist deshalb zu wissen, dass die Regierung auch auf Druck einer Interpellation von mir und aufgrund des Drucks von BKK jetzt entschieden hat, dass die Tagesfamilien Anrecht auf den Mindestlohn haben. Das wird jetzt dann rückwirkend umgesetzt und das Erziehungsdepartement ist in der Erarbeitung eines neuen Modells, die Umsetzung wird jetzt aktuell ausgearbeitet.

Wir möchten genau in dieser Phase diesen Anzug nicht überweisen, weil wir der Meinung sind, dass der Anzug hier im Moment eine falsche Priorität setzt bei der Entwicklung von diesem neuen Modell. Die Idee wirkt auf den ersten Blick sympathisch, aber bei der Lektüre des Anzugs haben wir gesehen, dass er falsche Signale setzt, solche, die der laufenden Professionalisierung der Tagesfamilie eigentlich entgegenlaufen. Es sollte aus unserer Sicht jetzt nicht oberste Priorität sein, ältere Menschen einzubeziehen, also Pensionierte einzubeziehen zur Lösung des Problems, sondern es muss jetzt zuerst mal für Arbeitnehmer*innen vor dem Pensionsalter diese Art von Arbeit attraktiv gemacht werden. Wenn das dann nicht gelingt, dann könnten wir vielleicht diese Forderung dann auch nochmals anschauen.

Wir sind nicht kritisch, weil wir sagen, dass Personen über 65 keine qualitativ hochstehende Kinderbetreuung machen können. Das ist nicht der Punkt. Der Punkt ist, wollen wir das, wollen wir, dass ein Teil von unserem Kinderbetreuungssystem auf der professionellen Betreuungsarbeit von Menschen über dem Pensionsalter aufgebaut und von ihnen abhängt. Als SP sind wir immer wieder kritisch dagegen, wenn es darum geht, das Pensionsalter zu erhöhen aufgrund des Fachkräftemangels und deshalb sehen wir auch diese Lösung als kritisch. Bei diesem Anzug geht es ja nicht darum, dass bereits bestehende Grosseltern, die ihre Enkel betreuen, entschädigt würden, das wäre ja eine andere Diskussion. Diese will der Vorstoss hier nicht lancieren, die wäre durchaus auch interessant. Aber hier geht es ja darum, dass Pensionierte zusätzlich zu den eigenen Enkeln auch noch weitere Kinder betreuen.

Bei der Polizei haben wir hier drinnen die Lösung auch noch nicht diskutiert, dass Pensionierte an den Wochenendeinsätzen an Demonstrationen eingesetzt werden. Wir haben hier über Löhne diskutiert, Attraktivität als Arbeitgeberin, verschiedene Kampagnen, dass jetzt gerade bei der prekären Care-Arbeit zuerst der Einbezug von Pensionierten gefordert wird, bevor der Mindestlohn überhaupt umgesetzt wird, bevor die tiefen Mahlzeitenbeiträge erhöht worden sind, ist aus unserer Sicht kein Zufall, sondern auch Ausdruck davon, wie wir in der Gesellschaft immer wieder Care-Arbeit wahrnehmen. Was es aus unserer Sicht braucht, ist eine Kampagne, um neue Arbeitnehmende zu gewinnen, Information, dass der Mindestlohn umgesetzt wird, es müssen Job-Angebote auf den Stellenportalen gemacht werden und die Beiträge an die Mahlzeiten müssen dringend erhöht werden.

Was der Anzug auch macht, ist, dass er mit Begriffen immer wieder auch die Arbeit der Tagesfamilien entprofessionalisiert, es gehe um Sinnhaftigkeit, Einsamkeit könne vorgebeugt werden. Solche Bedürfnisse sind wichtig, es gibt im Kanton auch viele Angebote im freiwilligen Bereich, die diese erfüllen. Aus unserer Sicht ist es aber falsch, das mit der aktuellen Problematik bei den Tagesfamilien zu vermischen.

Wir sind mit der Anzugstellerin einer Meinung, dass wir hier die Tagesfamilien weiterentwickeln müssen, aber nicht in dieser hier vorgeschlagenen Form.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GAB): Das Statement meiner Vorrednerin erfüllt eigentlich schon fast alles, was ich gesagt haben wollte. Ich wiederhole jetzt trotzdem einiges. Ich glaube, wichtig ist die Vielfalt in der Betreuung. Es gibt ganz verschiedene Bedürfnisse bei Kindern und die müssen irgendwie erfüllt werden und hier sind die Tagesfamilien ein wichtiger Bestandteil. Ich selber arbeite ja im Baselbiet in einem ähnlichen Bereich und auch dort erlebe ich, dass das Angebot von Tagesfamilien stark zurückgeht. Viele Gemeinden haben auch ihre Leistungsvereinbarungen aufgekündigt, weil sie keine neuen Tagesfamilien mehr finden und ich denke, das hat einen starken Zusammenhang mit der Lebensrealität der heutigen Familie, dass beide ein gutes Einkommen nach Hause bringen, und hier möchte ich den Schwung machen.

Ich glaube, das Problem, dass das Angebot nicht mehr so stark ist, hängt an den Löhnen. Nun haben wir in Basel-Stadt ja den Mindestlohn eingeführt und der muss auch für Tagesfamilien gelten. Das wird kommen, nehme ich an, ich habe nichts gefunden im Internet, aber es muss ja kommen und ich denke, wenn wir gute Löhne bezahlen, dann haben wir auch wieder junge oder jüngere Personen, die das anbieten. In unserer Fraktion ist stark die Meinung vorhanden, dass wir jetzt nicht, wenn wir das Problem sehen, an der Altersgrenze schrauben, sondern eigentlich dahingehend zurückgehen, dass wir die Arbeitsbedingungen ändern.

Darum beantragen wir die Nichtüberweisung. Wichtig ist mir insbesondere, dass an der Qualität nicht geschraubt wird. Es ist wichtig, dass die bestehenden Qualitätsstandards weiterhin gelten, weil es ist eine Fremdbetreuung der Kinder und dort müssen wir ganz hohe Standards ansetzen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zur Anzugsstellerin Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Ich darf meine Meinung als Anzugstellerin auch gleich für FDP, Mitte und SVP teilen. Tagesfamilien sind ein wichtiges Angebot für Eltern mit unregelmässigen und nicht 9-to-5-Job-Arbeitszeiten, das haben wir jetzt vorher auch schon gehört. Es gibt fast immer Wartelisten für Plätze in Tagesfamilien. Das bringt Eltern in Organisationsengpässe, denn sie würden gerne mehr arbeiten oder überhaupt arbeiten, finden aber keinen geeigneten Betreuungsplatz in einer Tagesfamilie. Denn diese sind auch quartierabhängig, sollten in der Nähe der anderen Umfeldsituationen der Kinder sein, entsprechend schwierig ist es, da schnell was zu finden. Ich hoffe sehr, dass durch die Einführung des Mindestlohns die Situation verbessert wird, dennoch sollten auch weitere Ansätze zur Reduktion der Warteliste geprüft werden.

Parallel zum aktuellen Tagesfamilien-Betreuungsengpass werden Menschen immer wie älter. Deshalb unter anderem bleiben sie auch länger gesund. Nicht erst seit gestern ist bekannt, dass aufgrund des Fachkräftemangels auch in vielfältiger Weise die ältere Generation einbezogen werden muss. In diesem Vorstoss wird das indirekt angedacht. Damit mehr Eltern mit Bedarf eines Tagesfamilienplatzes einer Erwerbstätigkeit nachgehen können oder ihren Beschäftigungsgrad erhöhen können, könnte ein sehr nachgefragtes Betreuungsangebot durch Beizug von Seniorinnen und Senioren ausgebaut werden. Gerade für Personen, die in den Blaulichtorganisationen arbeiten oder sich Tag und Nacht im Spital um kranke Menschen kümmern, braucht es Tagesfamilien, um die Berufstätigkeit zugunsten des Wohls und der Sicherheit unserer Bevölkerung zu ermöglichen.

Dabei möchte ich Sie darauf hinweisen, dass wir hier einen Anzug, also Prüfen und Berichten, zur Erweiterung von Tagesfamilien durch Tagesgrosseltern diskutieren und nicht eine Motion zum Betreuungszwang für pensionierte Menschen. Ein grosser Unterschied. Ich bin nicht ganz sicher, ob das so angekommen ist und das klar ist, dass das Vorstossmodell so gewählt wurde, damit es eben nicht zu einem Zwang führt. Das ist wirklich nicht der Sinn. Es sagt auch niemand, dass der Prüfpunkt rund um die Anforderungskriterien, der im Vorstoss vorhanden ist, bedeutet, dass dieser vereinfacht oder gelockert werden sollte. Das ist eine reine Annahme, die überhaupt nicht so gemeint ist, das ist sehr offen geschrieben, wurde aber offenbar in eine Deprofessionalisierungs-Richtung gewertet, was absolut nicht damit gemeint ist. Ich habe es extra noch einmal nachgelesen und es geht wirklich nicht um eine Deprofessionalisierung, an der Qualität soll also nicht geschraubt werden.

Der bereits heute streng definierte Prozess, um zur Tagesfamilie zu werden, müsste allenfalls um weitere Fragen und Abklärungen erweitert werden, da ältere Menschen allenfalls im Bereich der körperlichen Fitness etwas vielseitiger evaluiert werden müssten, als das bei Jüngeren der Fall ist. Das Wohlergehen der Kinder steht zu jeder Zeit im Vordergrund, weil Tagesfamilie sein heisst eben nicht einfach ein bisschen hüten. Tagesfamilien sind ergänzende Betreuungsangebote zu Kitas und Tagesstrukturen, bei beiden dieser Modelle sind professionell ausgebildete Menschen im Einsatz, entsprechend wichtig ist diese Qualität auch bei den Tagesfamilien. Die Tagesfamilien sollen dem nicht nachstehen und deshalb ist auch die sorgfältige Auswahl weiterhin wichtig, weswegen das neutral formuliert wurde.

Die SP hat sich unlängst für die Einsamkeitsbekämpfung eingesetzt und gerade nach der Pensionierung ändert sich eben viel, warum also nicht qualifizierten und motivierten Personen die Aktivität als Tagesgrossmutter oder -Vater ermöglichen. Um die Kräfte der entsprechenden Personen nicht zu überschreiten, fordere ich auch die Prüfung und Berichterstattung dazu, in welchem Rahmen zum Beispiel die Mindestbetreuungszeit von neun Stunden gesenkt werden könnte, um das Angebot mehr Personen zur Verfügung zu stellen. Das könnte die Aufnahme einer niedrigprozentigen Stelle ermöglichen. Dies hilft einerseits der individuellen Absicherung und wirkt andererseits dem Arbeitskräftemangel entgegen.

Auch für Familien, die keine Grosseltern in der Nähe wissen, wie zum Beispiel bei migrierten Familien oft der Fall, kann durch die Option der Tagesgrosseltern eine generationsübergreifende Bezugsperson ins Leben der Kinder treten und zur Integration am neuen Ort beitragen. Das kann auch zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit beitragen.

Die LDP ist bereit, auch weitere Massnahmen rund um die Tagesfamiliensituation zu prüfen, bittet Sie aber dennoch, das eine zu tun und das andere nicht ungeprüft zu lassen, also diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 43 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003673, 12.06.24 16:40:26]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 48 Ja-Stimmen gegen 43 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

34. Motion Tobias Christ und Konsorten für eine Generelle Aufgabenüberprüfung mit Entlastungsziel, Stellungnahme des RR

[12.06.24 16:40:32, 23.5657.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres.

Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet in der ersten Runde auf ein Votum. Für die Fraktion SP hat sich Beda Baumgartner gemeldet.

Beda Baumgartner (SP): Diese Diskussion um Entlastungsziele, um generelle Aufgabenüberprüfungen und auch damit einhergehend dem «Sparpotenzial» in unserem Kanton ist etwas, die wir immer wieder von vorne führen. Ich finde in diesem Kontext auch mal wichtig, dass wir uns grundsätzlich die Frage stellen, was haben wir für eine Erwartungshaltung, wenn wir eine generelle Aufgabenüberprüfung fordern und sie gleichzeitig damit verknüpfen, dass wir Entlastungsziele definieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen und vor allem auch lieber Motionär, Tobias Christ, formulieren Sie doch konkret, was Sie mit den Entlastungszielen genau erreichen wollen und das ist ja am Ende des Tages einen Abbau von gewissen Leistungen. Ich glaube, das würde der Ehrlichkeit in dieser Debatte in diesem Saal zu diesem Thema um einiges guttun.

Jetzt verknüpft mit den Entlastungszielen wird gesagt, die müssen anhand der generellen Aufgabenüberprüfung gemacht werden. Und das ist eine Interpretation der generellen Aufgabenüberprüfung, gegen die ich mich stark wehren würde. Ich sehe die generelle Aufgabenüberprüfung nicht dazu, primär Leistungen des Staates oder des Kantons abzubauen, sondern ich sehe sie dazu, Leistungen des Kantons oder des Staates zu optimieren und so auszurichten, dass sie den Bürgerinnen und Bürgern dieses Kantons zugutekommen.

Die andere Diskussion, die wir uns im Kontext eines sogenannten Entlastungsziels oder eben konkret eines Abbaus, der wir uns stellen müssen, ist, Sie wollen ernsthaft im Kontext von solchen Überschüssen, wie wir sie momentan kennen, dafür sorgen, dass wir Leistungen des Staates in diesem Kanton abbauen sollen. Also das ist am Ende des Tages das, ich werde auch nachher noch zum zweiten Vorstoss reden von Tobias Christ, aber das ist am Ende das, was wir aus diesem Vorstoss lesen müssen. Und dann finde ich, ist es schon irgendwann auch ein bisschen fragwürdig und problematisch. Dann hören wir hier von bürgerlicher Seite vor allem in Personalbereiche, die der bürgerlichen Seite sehr wichtig sind, und ich nehme jetzt für die Finanz- und Wirtschaftspolitik die GLP gerne zur bürgerlichen Seite, auch wenn sich viele Leute in diesem Saal auf einer anderen Seite des politischen Spektrums enorm viel Mühe geben, sie anders zu verorten, dann stehen Sie hin und sagen, da brauchen wir Ausbau. Also wir haben jetzt eine sehr intensive Diskussion gehabt über die Erhöhung der Löhne für die Polizei, wir haben auch immer wieder Diskussionen im Repressionsbereich, aber auch in anderen Bereichen, wo Sie vielleicht näher sind aufgrund von beruflichen oder Verbandsverknüpfungen und dort wollen Sie dann Ausbau und gleichzeitig wollen Sie mit dieser GAP und diesem Abbauziel und eben nicht einem Entlastungsziel, einem Abbauziel, dort wollen Sie dann sparen oder abbauen. Und ich finde schon in diesem Kontext, sagen Sie doch ganz konkret, was Sie abbauen wollen.

Ich bin jetzt sechseinhalb Jahre in diesem Parlament und ich habe jetzt vielleicht einmal, nein, ich muss sagen, das muss man der SVP lassen, sie stellen jedes Jahr den Abbau bei der Gleichstellung, das ist inhaltlich aus meiner Sicht komplett ungerechtfertigt, aber das ist konkret. Aber sonst sagen Sie doch von bürgerlicher Seite, wo Sie konkret abbauen wollen und spielen Sie das nicht auf die Regierung. Also übernehmen Sie die Verantwortung dort, wo Sie abbauen wollen, aber nicht über eine generelle Aufgabenüberprüfung und mit einem sogenannten Entlastungsziel, sondern sagen Sie, in diesen Staatsbereichen wollen wir weniger ausgeben, ganz konkret.

Raoul Furlano sagt, er weiss es, dann kann er das uns ja nachher sagen, wo er genau abbauen will, oder bilateral auch, bin ich offen, aber ich finde es schon ein bisschen problematisch. Sie versuchen über finanztechnische Regularien, wir werden das in der nächsten Motion auch noch sehen, versuchen Sie etwas durchzusetzen, wo Sie aber, wenn Sie 1:1 hinstehen müssen und sagen, wo Sie konkret weniger Geld ausgeben wollen, das ganz häufig leider nicht tun. Wirklich nicht. Also ich kenne keine sehr konkreten bürgerlichen Vorstösse, wo wir wirklich in einem grossen Stil abbauen wollen. Und natürlich heisst das nicht, dass ich da mitmachen würde, aber dann wäre es eine materielle Diskussion, dann wäre es eine materielle Diskussion über eine politische Legitimation von gewissen Ausgaben. So ist es eine finanztechnische Diskussion, die einfach darüber geführt wird, dass die Regierung das machen und tun soll.

Und dann noch etwas grundsätzliches zu der Frage in Bezug auf die Effizienz verbunden mit dieser generellen Aufgabenüberprüfung. Also ich muss Ihnen schon sagen, wenn Sie sich einfach jetzt hinstellen und sagen, es gebe so viel, wo man jetzt aufgrund der generellen Aufgabenüberprüfung Geld sparen könnte, dann würde mich wirklich interessieren, in welchen Bereichen Sie das konkret sehen. Weil was ich auch sehe, ist, ich sehe Departemente, die teilweise das Budget übertreffen und gleichzeitig nicht die FTE ausschöpfen, also die Lehrbestände haben beim Personal und trotzdem das Budget überschöpfen.

Ich kann Ihnen auch ganz konkret sagen, zum Beispiel das Justiz- und Sicherheitsdepartement hat einen Leerbestand bei der Kantonspolizei, einen sehr hohen, wie wir in diesem Saal sehr gut wissen, und schöpft das Budget komplett aus. Ich bin dann noch gespannt, da kann der Motionär vielleicht sagen, ob das jetzt in Sachen generelle Aufgabenüberprüfung wäre, das wäre für mich schon noch eine interessante Fragestellung. Also da wird das Budget ausgeschöpft und gleichzeitig sind die Leute nicht alle angestellt, die man eigentlich bräuchte beim JSD, Ja, bräuchte es jetzt hier ein Entlastungsziel oder bräuchte es eigentlich mehr Ressourcen? Und beim JSD würden Sie ja vielleicht noch mitmachen mit den Ressourcen, also vielleicht würden Sie dann dem Departement allgemein mehr Ressourcen geben, aber ich glaube, es ist ein gutes Beispiel dafür, dass wenn Sie eben über die finanztechnokratische Schiene einfach etwas finanzpolitisch lösen wollen, dass Sie mit dem nicht wirklich an das Ziel herankommen. Weil ich finde, wir sollten in diesem Saal materielle Diskussionen darüber führen, was wir wollen politisch und das politisch entscheiden inhaltlich und nicht anhand von Automatismen und irgendwelchen finanztechnokratischen Instrumenten.

Darum finde ich diese Motion völlig am falschen Ort, mit dem völlig falschen Ziel und auch zum völlig falschen Zeitpunkt. Also Sie wollen jetzt ernsthaft mit diesen Überschüssen, ich habe in diesem Saal von mehreren Leuten gehört, wie absurd viel Geld der Kanton hat, es gibt verschiedene Ideen, was man mit diesem Geld, gewisse Leute wollen es rückverteilen pro Kopf oder proportional zu den bezahlten Steuerträgen, es gibt andere Leute, die wollen konkrete Projekte damit finanzieren, und dann wollen Sie der Bevölkerung gleichzeitig sagen, mit diesem Überschuss, wir brauchen jetzt unbedingt Entlastungsziele.

Also irgendwann finde ich, geht das schon nicht ganz auf, liebe Kolleginnen und Kollegen, und darum führen Sie die Debatte dort, wo Sie abbauen wollen, bitte konkret, und dann können wir nämlich auch, das ist dann ein Teil der Auseinandersetzung,

dann können wir auch transparent sagen, wir wollen das, Sie wollen das und am Ende sagt vielleicht einfach noch die Bevölkerung, was sie will, aber dann ist es anhand von dem. Und übernehmen Sie die Verantwortung, wenn Sie abbauen wollen und schieben Sie das nicht zur Regierung. Ich glaube, sonst ist das Vertrauen jetzt auch nicht unbedingt unbeschränkt sonst immer in Richtung Regierung, dann müssen Sie das Vertrauen hier auch nicht ausbauen, sondern übernehmen Sie Verantwortung und sagen, wo Sie konkret abbauen wollen. Und dann finde ich, führen wir auch eine andere Debatte als über solche Motionen, wo es einfach relativ abstrakt ist und nicht konkret und wo wir am Ende auch nicht wirklich sagen können, diesen Weg wollen wir jetzt gehen oder nicht.

Ich bitte Sie darum im Namen der SP-Fraktion, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion GAB spricht Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Ich kann nur wiederholen, was ich bereits bei der ersten Überweisung dieser Motion gesagt habe. Wir möchten auch, dass die Verwaltung effizienter, ohne Doppelspurigkeit arbeitet. Wir möchten auch, dass Ämter und Abteilungen miteinander sprechen und kooperieren. Ich finde aber, dass der Regierungsrat zuerst mit einer generellen Aufgabenüberprüfung die Situation analysieren soll und erst danach Massnahmen entsprechend ergreift, als vor einer generellen Aufgabenüberprüfung konkrete Effizienzziele zu definieren.

Wir stellen uns die Frage, was heisst das Ganze konkret? Auf welcher Grundlage sollen Ziele definiert werden? Das klingt für uns alles sehr willkürlich und zuletzt haben wir gesagt, dass es ehrlicher gewesen wäre, wenn die Motionäre konkrete Ziele genannt hätten, da es bei dieser Motion eigentlich nur um eine Sparübung geht, obwohl es keinen Grund gibt zu sparen. Interessant ist, dass der Motionär am Schluss der Debatte bei der ersten Überweisung nicht bestritten hat, dass es bei der Motion in der Tat ums Sparen geht.

Der Regierungsrat hat nun in seiner Stellungnahme sehr gut aufgelistet, was er bei der letzten generellen Aufgabenüberprüfung gemacht hat. Es wurde nicht nur an Schwerpunkten gearbeitet, also nicht nur Schwerpunkte analysiert, sondern die Departemente haben auch in ihrem Bereich weitere 34 Aufgabenüberprüfungen durchgeführt. Es wurden Organisationsanalysen durchgeführt, Prozesse und die Leistungserbringung analysiert, die Quantität und Qualität von Aufgaben untersucht, ein Verzicht auf Aufgaben geprüft und zwei make-or-buy Analysen gemacht. Aus den Analysen haben die Departemente rund 70 Massnahmen abgeleitet und umgesetzt. Das ausgearbeitete und umgesetzte Konzept hat sich grundsätzlich bewährt und wurde von der Finanzkontrolle, aber auch von der grossrätlichen Finanzkommission als positiv gewürdigt. In dieser gleichen Art läuft die aktuelle GAP.

Wir teilen die Schlussfolgerung des Regierungsrates. Ziel der GAP ist, die staatlichen Aufgabenerfüllung zu verbessern. Es kann auch nicht nur zu Minderaufgaben führen, der Regierungsrat kann auch erkennen, dass mehr Mittel für gewisse Aufgaben notwendig sind. Vorher hat Beda Baumgartner ganz gut aufgelistet, was das für die Polizei bedeutet. Eine GAP soll dazu führen, dass kein Sparprogramm notwendig wird, weil eben gerade auf die Effizienz geschaut wird und Massnahmen genannt werden. Die Erfahrung zeigt auch, dass eine ergebnisoffene Prüfung zielführender ist und zu mehr wirksamen Massnahmen führt. Mit einem Entlastungsziel wäre die eigentliche Aufgabenüberprüfung von untergeordneter Bedeutung, da es letztlich um das Erreichen der Zielvorgaben ginge. Die Vermischung von GAP und Sparprogramm würde die Wirkung beider Instrumente reduzieren und zu einem unbefriedigenden Ergebnis führen. Und zum Schluss, und das sagen wir auch immer, eine GAP ist kein Sparprogramm.

Die Fraktion GAB wird diese Motion nicht überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die GLP ist Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Ich werde nicht auf alle Punkte eingehen und alle Pässe, die mir Beda Baumgartner zugespielt hat, zurückspielen. Da waren sehr viele interessante Punkte dabei, aber vielleicht viele auch ein bisschen an der Sache vorbei.

Aber zuerst einmal, wenn es um konkrete Fragen geht, wo sollte man konkret sparen, ich habe kein Problem mit diesem Wort, das dürfen Sie uns gerne unterstellen, dass es hier ums Sparen geht, das habe ich schon das letzte Mal gesagt, das sage ich gerne wieder, darum geht es potenziell. Und gerne führen wir auch konkrete Debatten im Rahmen von Budgetdebatten, usw. und die werden auch nötig sein, aber das ändert nichts daran, dass auch das hier eine sinnvolle Massnahme wäre oder dass es sinnvoll wäre, die generelle Aufgabenüberprüfung mit den konkreten Zielen zu verbinden. Und ja, das kann potenziell vor allem auch in Zukunft, in weniger rosigen Zeiten, auch bedeuten, dass man konkrete Sparziele macht, muss es aber überhaupt nicht.

Primär geht es vor allem auch darum, hier mehr Transparenz zu schaffen, vielleicht auch diese Erwartungen zusammenzubringen, weil sie existieren hier im Saal, das werden wir vielleicht noch hören von meinen Nachrednern. Hier

existieren unterschiedliche Erwartungen offenbar, was diese generelle Aufgabenüberprüfung bringen soll. Im Extremfall könnte das bedeuten, wenn wir das jetzt überweisen, wenn es eine entsprechende Gesetzesänderung gibt, dass der Regierungsrat sagt, ja, wir machen jetzt diese generelle Aufgabenüberprüfung und unser Ziel ist es, keine Einsparungen, weil das aus unserer Sicht nicht möglich ist. Und vielleicht wäre auch denkbar, dass man andere Entlastungsziele, das müssen nicht unbedingt finanzielle Ziele sein, theoretisch wäre es auch denkbar, andere messbare Sachen als konkretes Ziel sich zu setzen, das nur als Klammerbemerkung.

Aber dann herrscht hier wenigstens Transparenz und dann sieht man, okay, es wurde nichts gespart, aber man hat vielleicht Sachen verbessert und hat irgendwo vielleicht konkret ein bisschen eingespart. An einem anderen Ort kann man dafür mehr machen oder man kann eine Leistung einfach besser erbringen. Das ist ja auch okay, aber das wollen wir sehen. Was wir nicht wollen, ist, und das ist der aktuelle Zustand, ich will das gar nicht schlechtreden, wie das in der Vergangenheit gelaufen ist, ich denke mal, dass es grundsätzlich gut ist, wie das gemacht wird, aber im Moment ist das Problem, dass es nicht wirklich klar ist, was für Effizienzgewinne sind jetzt da tatsächlich angefallen und was ist mit diesen Ressourcen, die hier freigespielt wurden, was ist mit denen passiert. Und wir wollen da Klarheit schaffen, darum geht es im Kern.

Vielleicht noch jetzt spezifischer auf die Antwort der Regierung eingegangen, ich will das gar nicht kleinreden, ich sehe diese Gefahr, dass wenn das dann dazu führt, diese Änderung, die wir hier anstreben, dass ein Sparziel definiert wird, dass das dann weitergereicht wird, die Hierarchie hinab gereicht wird an die einzelnen Dienststellen und die alle dann mit einem konkreten Sparziel konfrontiert sind, dass das dann nicht förderlich ist für diese GAP, das kann ich mir vorstellen. Ich masse mir nicht an, darüber zu urteilen, was das genau für Auswirkungen hat dann in der Praxis, aber ich denke, da sehe ich auch sehr viel Freiheit, wie das ausgeführt wird.

Es muss überhaupt nicht sein, dass man das so macht, wie ich das jetzt geschildert habe, ich kann mir auch vorstellen, dass das nicht so sinnvoll wäre. Es wäre theoretisch durchaus denkbar, auch mit der hier vorgeschlagenen Änderung, dass der Regierungsrat sich selber ein Ziel setzt, ein generelles für den ganzen Kanton, so viel Effizienzgewinne erwarten wir und das ist das Potenzial, das wir gesehen, dass aber die generelle Aufgabenüberprüfung genau gleich stattfindet wie jetzt und dass erst nachträglich dann darüber berichtet wird, was ist jetzt herausgekommen. Es geht uns vor allem auch darum, das messbar zu machen. Es ist mir klar, das ist mühsam, es macht gewisse Sachen vielleicht ein bisschen schwieriger im Ganzen, aber ich glaube, es wird sich im Endeffekt lohnen, weil dieses ganze Instrument damit nicht geschwächt wird, sondern im Gegenteil besser wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Tobias Christ, möchten Sie die Zwischenfrage von Pascal Messerli annehmen? Sie wird angenommen.

Pascal Messerli (SVP): Ich unterstütze die Motion, aber ich muss Beda Baumgartner schon in vielen Punkten recht geben. Deshalb meine Frage, unterstützt dann die GLP bei der nächsten Budgetdebatte auch konkrete Kürzungsanträge von der SVP oder werden eigene Kürzungsanträge eingereicht?

Tobias Christ (GLP): Ich kann und will hier nichts versprechen, aber ich kann mir das durchaus vorstellen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP spricht Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich spreche für die Fraktionen Mitte/EVP, FDP, LDP und für die SVP. Wir bitten Sie, die Motion entsprechend dem Regierungsrat zur Erfüllung zu überweisen.

Beda Baumgarten hat in seinem Votum nicht nur falsches gesagt. Ich würde bei gewissen Punkten, die er gerade auch in Bezug auf die Partei des Motionärs hier angebracht hat, durchaus ihm zustimmen. Es ist ein bisschen schwierig, wenn man generell immer von Entlastung spricht und dann, wenn es konkret wird, Tobias Christ, bei den Entlastungsideen nicht mitmacht respektive mit Vorstössen die GLP unterstützt, sogar dazu beiträgt, dass der Staatshaushalt stärker belastet ist. Hier müssten Sie vielleicht einmal mit Ihrer Fraktion auch in medias res gehen. Wir haben jetzt in der Beantwortung von Tobias Christ auf die Zwischenfrage von Pascal Messerli gehört, dass für ihn das denkbar wäre. Wir werden Sie gerne daran erinnern, nicht nur in der vielleicht Budgetdebatte, sondern ganz generell, wenn es um Vorstösse geht, auch von linker Seite, die Sie ja dann gerne auch oft unterstützen, wenn es um den Staatsausbau geht. Übrigens auch sehr oft, und hier nehme ich Regierungsrätin Tanja Soland in Schutz, auch oft gegen den Willen des Regierungsrates, der sich oft eher gegen den Ausbau wehrt wie Ihre Fraktion.

Aber hier hat Tobias Christ nun eine Motion eingereicht, die von uns mitgetragen wird, die tatsächlich sinnvoll ist. Natürlich verstehen wir, dass Beda Baumgartner und die SP-Fraktion diese Motion nicht möchten. Wir müssen uns auch ehrlich

machen, Beda Baumgartner ist jetzt wieder nicht im Saale, aber wir müssen uns ja auch ehrlich machen, dass die generelle Aufgabenüberprüfung auch nie der Wunsch der SP war. Diese GAP ist nicht entstanden, weil das die Regierung toll gefunden hätte oder die linken Parteien, diese GAP ist auf Druck der bürgerlichen Parteien entstanden, die diese Forderung mittels einer Initiative in den frühen 2000-Jahren eingebracht hat und der Regierungsrat muss jetzt gemäss Finanzhaushaltsgesetz diese GAP einmal alle vier Jahre durchführen.

Nun kann man über die Qualität dieser GAP unterschiedlicher Auffassung sein. Wir haben gerade vor wenigen Wochen den GAP-Bericht für diese Legislatur vom Regierungsrat zugestellt erhalten. Die Diskussion über diese GAP wird dann noch geführt werden im Herbst dieses Jahres am Schluss der Legislatur, aber zumindest meine Fraktion und auch die anderen bürgerlichen Fraktionen können schon festhalten, dass diese GAP vielleicht nicht ganz so intensiv auch gemacht wird, wie wir uns das damals, als man es «erfunden» hat, auch vorgestellt haben.

Natürlich macht es durchaus Sinn deshalb, dass man bei einer solchen GAP eben auch das Entlastungsziel miteinbezieht. Beda Baumgartner hat es nun in populistischer Art und Weise Abbauziel genannt. Nein, das ist nicht die Idee davon, aber es macht doch Sinn, dass man eben auch als Regierungsrat konkret auch den Departementen ein Entlastungsziel quasi vorgibt und dann letztlich ja nur darüber berichtet, ob man das Entlastungsziel erreicht hat. Es geht nicht darum, dass das Entlastungsziel erreicht werden muss, sondern dass über die Erreichung des Entlastungsziels berichtet wird, und das glauben wir, macht doch Sinn. So muss auch jeder vernünftige Haushalt letztlich sein Budget oder seine eigene Rechnung für sich zu Hause erstellen, wo gäbe es allenfalls Entlastungsmöglichkeiten. Man setzt sich dieses Entlastungsziel und dann kann es vielleicht erreicht werden und wenn es nicht erreicht werden kann, dann wird darüber berichtet und begründet, weshalb es nicht erreicht werden kann. Das scheint uns eine sinnvolle Ergänzung des bestehenden § 7 im Finanzhaushaltsgesetz zu sein. Damit nehmen wir auch nicht die Verantwortung vom Parlament weg, Beda Baumgartner, und da bin ich dann eben wieder bei Ihnen, dass wir hier auch in der Mitverantwortung stehen, aber wir geben eben auch der Regierung und der Verwaltung einen klaren Auftrag, eine Zielerreichung in diesem Entlastungsbereich zumindest einmal in den Departementen vorzugeben und dann zu begründen, wenn das nicht der Fall sein kann. Das macht Sinn.

Wir haben momentan hohe Überschüsse, da hat Beda Baumgartner das Richtige gesagt. Uns geht es gut, dem Kanton Basel-Stadt, das ist ja auch sehr erfreulich, dass es uns sehr gut geht. Wahrscheinlich geht es uns nicht wegen den linken Ideen so gut, sondern trotz den linken Ideen und es können aber auch andere Zeiten wieder auf uns zukommen. Wir sehen das in unserem Nachbarkanton, wie rasch das Pendel wieder in die andere Richtung geschwungen ist, und deshalb ist es durchaus auch gut, wenn wir in dieser 4-Jahres-Analyse auch ein Entlastungsziel zumindest einmal formulieren und dann darüber diskutieren, ob ein Entlastungsziel nicht auch tatsächlich erreicht werden kann. Wir sind uns dann wahrscheinlich über das Entlastungsziel nicht einig, das mag sein, wahrscheinlich nicht einmal innerhalb der Fraktionen immer. Beda Baumgartner hat die Polizei erwähnt, das ist sicher ein Thema, wo vielleicht die Schwerpunktsetzung in meiner Partei anders wäre, auch wenn es um die Ressourcen zur Verfügungstellung geht, wie bei anderen Parteien. Das ist dann aber der konkrete politische Diskurs, der darüber stattfindet und der kann aber dann auch darüber stattfinden, wenn dieser entsprechende Zusatz im Finanzhaushaltsgesetz eingebaut wird. Deshalb würde ich das sehr emotionslos betrachten und würde es lediglich als zusätzlicher Bestandteil der bestehenden Prüfung einbauen. Das macht Sinn, nachdem wir jetzt doch einige GAPs mit der bestehenden Formulierung erleben durften.

Ich bitte Sie deshalb im Namen dieser vier Fraktionen, diese Motion dem Regierungsrat zur Erfüllung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen. Sie werden angenommen. Zuerst Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Joël Thüring, danke für die Annahme der Frage. Wie wollen Sie entlasten, ohne dass Sie abbauen oder anderes gefragt, das heisst, Sie wollen entlasten, ohne zu sparen?

Joël Thüring (SVP): Tatsächlich geht manchmal auch entlasten, ohne zu sparen, indem man effizienter wird. Das hat noch nicht zur Folge, dass man etwas abbaut. Und dann entwickelt sich die Welt ja auch immer weiter, Aufgaben werden vielleicht nach einer gewissen Zeit tatsächlich auch überflüssig und das ist dann eine automatische Entlastung, die für niemanden eine negative Auswirkung hat. Ich würde wirklich davor warnen zu glauben oder zu meinen, dass ein Entlastungsziel immer damit verbunden wäre, dass jemand etwas dadurch verlieren würde.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich brauche kurze Antworten und kurze Fragen. So eine kommt jetzt noch von Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Joël Thüring, Sie haben am Anfang Ihres Votums der GLP vorgeworfen, dass sie Ihre Anträge auf Kürzung nicht unterstützen bei der Budgetdebatte. Glauben Sie im ernst, dass die GLP oder die anderen Partnerparteien von Ihnen das Gleichstellungsbüro streichen würden?

Joël Thüring (SVP): Die GLP ist in diesem Vorstoss mein Partner. Ich habe der GLP überhaupt nichts vorgeworfen. Ich habe nur festgestellt und ich habe auch nicht auf einen spezifischen Antrag Stellung genommen, sondern meine das ganz generell, wenn wir über finanzpolitische Auswirkungen in diesem Kanton sprechen, dass die GLP Ihrer Fraktion meistens etwas näher steht wie meiner.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Besten Dank für die Diskussion. Ich möchte Sie hier auch noch einmal bitten, die Motion nicht zu überweisen, und als Hauptgrund sehe ich, dass ich nicht möchte, dass Sie das vermischen, dass Sie die Aufgabenüberprüfung nicht mit einem Entlastungsziel vermischen, das ich schon vor allem als finanziell sehe. Ich nehme an, wenn das im Gesetz wäre, wäre der Druck sehr gross, dass wir das machen, und da muss ich nicht mehr Aufgaben überprüfen. Ich sage da nicht meinen Abteilungen, schaut mal, ob ihr irgendwo Geld einsparen könnt, sondern ich sage einfach wie viel. Da muss man da nicht mehr lange suchen, sondern dann wird einfach eine Vorgabe gesetzt.

Und was wir heute machen, ist, dass wir quasi die Verantwortung auch etwas abgeben und sagen, schaut, könnt ihr etwas effizienter machen, schaut eure Aufgaben an, und das führt natürlich dazu, dass sie dort mehr Spielraum haben, wirklich auch engagiert diese Aufgaben anzugehen. Und was wir auch noch machen, wir schöpfen es dann nicht ab. Das heisst, jemand, der wirklich herausfindet, wir können etwas effizienter machen und Geld einsparen, dann schöpfen wir es nicht ab. Wenn wir das anders machen würden, dann würde natürlich niemand mehr sagen, er könne Geld einsparen. Und das ist eine Motivation, dass man wirklich aufzeigen kann, man ist effizienter und dann können Sie die Mittel für etwas anderes nachher einsetzen. Wir können das in der Finanzkommission dann auch gerne diskutieren und aufzeigen und ich finde es gut, wenn die Verwaltung wirklich hierauf selbstständig darangeht. Ich kann nicht bei einem 5-Milliarden-Haushalt sagen, wo man am besten Geld einsparen kann, ich sage einfach, wenn man das so will, dann sagt die Regierung, sagen wir, da wird so und so viel weniger ausgegeben, Punkt. Also anders ist das fast nicht machbar.

Ich bitte Sie, es nicht zu vermischen, dann mit uns die GAP zu diskutieren nochmal. Wenn es um finanzielle Entlastungsziele geht, würde ich das weglassen, die anderen Entlastungsziele, die sind jetzt eigentlich schon vorhanden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ein Antrag auf Überweisung als Anzug wurde nicht gestellt. Hingegen beantragen Tobias Christ und Joël Thüring Überweisung als Motion. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 42 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003675, 12.06.24 17:10:58]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen. Frist: 1 Jahr.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion als Motion überwiesen mit 50 Ja-Stimmen gegen 42 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

35. Motion Tobias Christ und Konsorten betreffend die Einführung eines Aufgaben- und Finanzplans, Stellungnahme des RR

[12.06.24 17:11:07, 23.5658.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert 2 Jahren.

Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet auf ein Votum. Damit sind wir bei den Fraktionen. Für das GAB spricht Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): So wie bei der ersten Überweisung dieser Motion werden wir auch heute die Motion ablehnen. Ich möchte nicht gross auf die Frage der rechtlichen Zulässigkeit eingehen. Grundsätzlich haben wir im Grossen Rat bereits viele Gesetze verabschiedet, die zum Ziel hatten, die Verfassung zu ändern und entsprechend eine Volksabstimmung zur Folge zu haben. Das ist aber bei uns nicht das Thema. Wir lehnen diese Motion aus inhaltlichen Gründen ab, unabhängig davon, ob sie rechtlich zulässig ist oder nicht.

Mit diesem Vorstoss soll ein Instrument geschaffen werden, das dem Parlament die Möglichkeit geben soll, mittel- und längerfristig auf die Finanzplanung Einfluss zu nehmen. Dabei haben wir bereits heute viele Instrumente wie die Planungsanzüge, die Vorgezogenen Budgetpostulate oder die einfachen Budgetpostulate. Darauf müssen wir aber, würde dieser Vorstoss durchkommen, verzichten. Die Absichten sind klar, es geht darum, den Ausgabenwachstum zu bremsen.

Der Regierungsrat stellt in seiner Stellungnahme sehr gut dar, was die Finanzdirektorin bereits bei der Überweisung der Motion gesagt hatte. Die Einführung eines Aufgaben- und Finanzplans würde ein Bürokratiemonster schaffen. Zum Beispiel werden heute auf Ebene Dienststellen die Planwerte, also die Finanz- und Personalentwicklung sowie die Lenkungskennzahlen nur für das Budgetjahr ausgewiesen und nicht für vier Jahre oder mehrere Jahre. Der Regierungsrat, wie im Bericht beschrieben wird, verzichtet bewusst auf mehrere Planjahre auf diese Stufe, weil dies mit einem erheblichen Planungsaufwand ohne bessere Abstimmung von Aufgaben und Finanzen verbunden wäre. Kurz gesagt, es wäre alles sehr aufwendig, teuer und bürokratisch, was im Übrigen auch im Widerspruch ist mit der Motion, die Sie vorher überwiesen haben.

Ich möchte noch das Votum von Anina Ineichen bei der ersten Überweisung in Erinnerung rufen. Mit dem Aufgaben- und Finanzplan haben wir es mit einem veralteten Instrument aus dem Sortiment des New Public Managements zu tun. Das Ziel des Aufgaben- und Finanzplans ist es, die mittelfristige Steuerung des Parlaments zu stärken. Die politischen Schwerpunkte verbindet man diesbezüglich mit Leistungen und Finanzen. Dies erfordert eine gewisse Stringenz, Klarheit und ein Durchhaltevermögen, um dabei zu bleiben. Das Problem dabei ist, dass Politik sehr volatil und unsere Entscheidungen leider nicht immer ganz objektiv oder rational sind.

Ich persönlich höre es schon seit längerer Zeit in diesem Parlament und ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, als das Parlament nicht auf diese Art von Instrumenten eingestiegen ist, trotz langjähriger Vorbereitung seitens des Regierungsrates. Das Parlament wollte bei seinen kurzfristigen Instrumenten bleiben, bei Planungsanzügen, Vorgezogenen Budgetpostulate und Budgetpostulate. Schauen wir also nach vorne und lassen wir uns nicht von solchen veralteten Instrumenten blenden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die GLP spricht Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Zuerst zur Frage der rechtlichen Zulässigkeit der Motion. Ich will die nicht materiell beurteilen oder meine eigene Meinung zugeben, auch wenn ich es vielleicht ein bisschen anders sehe, aber ich finde es doch seltsam, dass nicht erwähnt wird in der Stellungnahme der Regierung, dass wir schon im Motionstext explizit geschrieben haben, dass falls man der Ansicht sei, eine Verfassungsänderung sei nötig, das mitzubedenken. Ich würde dann erwarten, dass wenn das offensichtlich der Fall ist gemäss der Analyse, dass dann auch etwas dazu gesagt wird, dass man da einen Schritt weitergeht, als einfach zu sagen, rechtlich unzulässig, fertig. Wir haben das ein Stück weit schon vorausgesehen, dass das passieren könnte und das ist nicht effizient, das einfach zu ignorieren und nicht darauf einzugehen, sondern wir wären jetzt schon einen Schritt weiter. Wir könnten uns besser vorstellen, was passiert, wenn wir das trotzdem überweisen oder was passieren muss.

Zum inhaltlichen will ich eigentlich nicht wiederholen, was ich beim ersten Mal gesagt habe und was auch im Motionstext zu lesen ist. Wir sind grundsätzlich der Ansicht, die Motionäre, dass die aktuellen Instrumente nicht befriedigend sind, dass eine langfristigere Mitsprache nötig ist. Wie das genau sinnvoll erfolgen soll, haben wir offen gelassen mit der Motion, bewusst.

Natürlich wollen wir nicht ein Bürokratiemonster schaffen, wir sind aber der Überzeugung, dass es auch möglich ist, ohne ein Bürokratiemonster zu schaffen.

Wir glauben nicht, dass es sich hierbei um eine veraltete Idee handelt. Erstens mal ist es ziemlich offen, wie das jetzt genau ausgestaltet werden soll. Man kann das also durchaus auch nach neuesten Erkenntnissen machen und dass damals ähnliche Ideen früher mal abgelehnt worden sind, ich kenne diese Geschichte nicht im Detail, habe auch nicht mich dazu schlau gemacht, gebe ich zu, aber dazu kann ich nur sagen, es ist ja auch schön, wenn wir uns gewisse Sachen besser überlegen. Ich glaube, wir müssen da wirklich in eine bessere Richtung gehen und ich glaube wirklich fest daran, dass es langfristig effizienter sein wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP spricht Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich spreche für die Fraktionen Mitte/EVP, FDP, LDP und SVP. Wir beantragen Ihnen, die Motion dem Regierungsrat zur Erfüllung zu überweisen.

Mein Kollege Tobias Christ hat bereits etwas auch zu dieser Frage der rechtlichen Zulässigkeit gesagt. Patrizia Bernasconi vom GAB möchte dieses Thema nicht hier diskutieren, weil sie vermutlich da sogar auch unserer Ansicht ist, dass diese Antworten des Regierungsrates, was dann rechtlich zulässig und unzulässig ist, ein bisschen inflationär in der Zwischenzeit bei Motionen, die überwiesen werden, verwendet wird. Da möchte ich schon ganz grundsätzlich auch noch einmal daran erinnern, dass selbstverständlich der Grosse Rat in dieser Frage eine Kompetenz hat und wenn er der Ansicht ist, dass etwas rechtlich zulässig ist, und bei der Zweitüberweisung dieser Motion würde er das nach dem Entscheid heute auch so zum Ausdruck bringen, dann gehen wir davon aus, dass die Regierung den Willen des Parlamentes respektiert. Und wie Tobias Christ auch gesagt hat, wird im ursprünglichen Motionstext ja gerade auch darauf hingewiesen und das wäre dann auch die Anforderung, die wir dann an die Gesetzesvorlage haben, dass dies so entsprechend dann auch eingeordnet werden kann, dass das möglich ist.

Zum Inhalt möchte ich mich auch nicht mehr allzu lange auslassen. Es ist klar, dass der Regierungsrat einen Finanzplan erstellt und dass der Grosse Rat dann entsprechend auch mitwirken kann und soll. Das erscheint aus unserer Sicht korrekt zu sein. Deshalb würden wir es sehr begrüssen, wenn der Regierungsrat nun nach der Zweitüberweisung mit einem Vorschlag kommt. Ich sehe das aber ähnlich auch wie Patrizia Bernasconi, das Ziel kann nicht sein, dass ein Bürokratiemonster geschaffen wird. Wir hören auch aus anderen Gemeinwesen, dass diese Gefahr bei einem solchen Aufgaben- und Finanzplan durchaus bestehen kann. Hier glauben wir aber auch, kann man lernen aus anderen Gemeinwesen und es dann vielleicht auch besser machen. Das ist immer möglich und deshalb schauen wir gespannt dann auf den Vorschlag des Regierungsrates, wenn heute diese Motion zum zweiten Mal überwiesen wird und wären dann auch in der weiteren Erarbeitung eines solchen Aufgaben- und Finanzplanes sehr ergebnisoffen.

Deshalb bitten wir Sie, heute dieser Zweitüberweisung zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Kennen Sie den Film Groundhog Day? Der passt eigentlich recht gut zu dieser Motion. Die Finanzmotion wurde von Felix Meier, ich weiss nicht mehr genau, in welcher Partei er damals war, aber zuerst 2015 eingereicht. Und der Grosse Rat und dieses Parlament hat diese Finanzmotion aus verschiedenen Gründen am Ende nie 1:1 umgesetzt.

Was ist die Idee. Jetzt heisst es nicht mehr Finanzmotion, jetzt heisst es Aufgaben- und Finanzplan. Und was ist eigentlich die Idee dahinter, die Idee dahinter ist, es steht so schön, es kommt aus dem New Public Management, am Ende geht es darum, ich hatte vorher im Vorzimmer eine sehr interessante Diskussion mit einem FDP-Kollegen aus diesem Rat, wie man den Staat interpretiert. Setzt man ihn gleich mit einem Unternehmen oder ist es ein öffentliches Gemeinwesen, dessen Ziele politisch definiert werden und dessen Aufgaben und Zweck auch politisch bestimmt werden. Und diese Vorstellung dieses Finanzplans, oder damals auch die Finanzmotion, die geht halt sehr in die Idee hinein, dass wir es hier eigentlich eher mit einem Unternehmen zu tun haben. Einem Unternehmen, das effizient agieren muss, einem Unternehmen, das gewisse Benchmarks erfüllen muss. Und verstehen Sie mich nicht falsch, ich bin auch interessiert an einem effizienten Staatswesen und ich bin auch daran interessiert, unnötige Bürokratie abzubauen, aber um gleich hier einzuhaken, dann müssen Sie nicht so einen Vorstoss machen und nicht so ein Instrument einführen, also wirklich nicht.

Und dann eingehackt bei ein paar Dingen, die vorher gesagt wurden. Sie haben sogar selber gesagt, dass Sie aus mehreren Gemeinwesen wissen, also Befürworter diese Motion, dass es zu Bürokratie führt und vielleicht kein zielführendes Instrument ist. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann führen Sie es nicht ein. Es gibt einen Nachbarkanton hier bei uns, der Kanton

Baselland, der hat dieses Instrument und die Seite, die nachher diese Motion überweisen wird, die hat auch eine Mehrheit in diesem Kanton. Man kann jetzt über die langfristige Finanzplanung des Kantons Baselland verschiedene Interpretationen anstellen, dass das Instrument des Finanzplans sehr geholfen hat für eine nachhaltige Finanzpolitik, würde ich jetzt zumindest mal in Frage stellen.

Dann sagen Sie, man kann lernen und der Regierungsrat soll das dann gut machen. Die Idee ist nicht wirklich veraltet, die Frage ist aber dann schon irgendwann, wir haben diese Debatte in den letzten zehn Jahren vielleicht etwa drei bis vier Mal in diesem Rat geführt und das New Public Management wird mittlerweile in vielen Bereichen schlichtweg nicht mehr gelebt oder umgesetzt, weil man eben auch an den Punkt gekommen ist, wo man gesagt hat, es ist nicht 1:1 anwendbar. Diese Vorstellung, die Sie haben, wie das Staatswesen funktionieren soll, kann man eben nicht 1:1 übertragen.

Generell noch, ich glaube, wenn uns die letzten zwei bis drei Jahre in unserer Gesellschaft und der Welt etwas gelehrt haben, ist, dass die Politik auf verschiedene Krisen, die es gibt, teilweise nur noch reagieren und nicht agieren kann und teilweise auch sehr verzögert. Und jetzt wollen Sie gleichzeitig, nachdem wir eine Pandemie gehabt haben, wir eine massiv sich zuspitzende Klimakrise haben, wir eine, ob man das gut oder schlecht finden will, aber eine Realität haben von sehr steigender Migration aufgrund verschiedener gewalttätigen Erschütterungen und Kriegen, wollen Sie ein Instrument einführen, in dem Sie den Staat und seine Finanzen auf ein paar Jahre hinweg planen wollen.

Das inhaltliche in Bezug auf den Abbau oder die sogenannte Entlastung, das haben wir vorher auch diskutiert und ausgeführt, da sind wir, glaube ich, etwa am gleichen Punkt. Konkret ist die Frage einfach jetzt, brauchen wir dieses Instrument auch als Parlament. Und ich habe vorher gehört, es gibt auch noch ein demokratiepolitisches Argument. Das demokratiepolitische Argument, da komme ich schon wieder auf mein Votum von der vorigen Motion zurück, dann sagen Sie es konkret. Sagen Sie konkret, wo Sie mehr Geld ausgeben wollen oder nicht. Aber diese Vorstellung, die Pläne zu erstellen dieses Instrumentes und die Verantwortung zu delegieren, die finde ich nicht gut und nicht zielführend.

Und zuletzt möchte ich noch ganz kurz etwas zum Formalen sagen. Ich würde auch nie abstellen darauf, ob ich etwas unterstütze oder nicht, wenn der zentrale Rechtsdienst sagt, ob es ungültig ist oder nicht. Aber ich würde doch, wenn Sie das wollen und wenn Ihnen das so wichtig und zentral ist, und ich spüre ja, das ist seit zehn Jahren ein Thema, dann schreiben Sie doch zum Beispiel, dass Sie diese Verfassungsänderung wollen und dann haben wir vielleicht auch die Debatte dort, wo wir sie konkret haben müssen. Und nicht so ergebnisoffen und wieder den Ball an die Regierung, sie soll bitte den Finanzplan entwerfen für Sie. Nein, dann bringen Sie ihn selber und konkret und sagen Sie dann, ja, wir möchten eine Verfassungsänderung dafür.

Darum, überlegen Sie sich gut, es ist eine veraltete Idee zum falschen Zeitpunkt, am falschen Ort, im falschen Kontext und überlegen Sie sich auch gut, brauchen wir wirklich eine Motion, ein Instrument, dass in diversen Kantonen zu genau dem geführt hat, was Sie sonst immer sehr ausführlich und intensiv in diesem Rat kritisieren, nämlich zur Bürokratie und Belastung der Verwaltung, die wir jetzt, glaube ich, wenn wir sie gleichzeitig noch so effizient machen sollen und auch ein bisschen Mal noch entlasten sollen, die wir, glaube ich, nicht noch mit dem belasten sollten.

Ich bitte Sie darum im Namen der SP-Fraktion, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Luca Urgese gemeldet.

Luca Urgese (FDP): Ich bin ja hier nicht Vertreter des Kantons Basel-Landschaft, aber wie Sie wissen, setze ich mich beruflich auch mit den Finanzen unseres geschätzten Nachbarkantons auseinander und möchte deshalb schon noch eine Lanze für die Aufgaben- und Finanzplanung des Kantons Basel-Landschaft brechen und zeigen, wieso dass das ein sinnvolles Instrumentarium ist, das sich durchaus lohnen würde, auch hier entsprechend einzubringen.

Aufgaben- und Finanzplan, so wie es unser Nachbarkanton praktiziert, bedeutet, dass nicht nur, wie wir es kennen, so die Gesamtsumme präsentiert wird für die nächsten Jahre, sondern dass aufgeschlüsselt wird, wie die Kostenentwicklung und auch die Einnahmeentwicklung in verschiedenen Bereichen abgeschätzt wird für die nächsten vier Jahre. Das Parlament, wenn es diese Detaillierung kennt, also einen grösseren Detaillierungsgrad hat für die kommenden Jahre, als das heute bei uns hier der Fall ist, weiss besser, wo genauer auf die Kostenentwicklung hingeschaut werden kann. Es wurde ja damit argumentiert, dass wir als Parlament ja verschiedene Instrumente haben, um auf die zukünftige Entwicklung hinzuwirken. Aber Sie haben uns ja, geschätzte linke Kolleginnen und Kollegen, mehrfach, wir haben es mehrfach versucht und Sie haben mehrmals immer gesagt, ja, ihr seid zu wenig konkret, Sie sagen ja nicht, wo genau und wie genau, wir haben das ja heute auch wieder gehört von Kollege Beda Baumgartner.

Und wenn man natürlich im Budget nicht sieht, wie dann die Kostenentwicklung in den nächsten Jahren vorgesehen ist, dann ist das relativ schwierig und darum ist es eben notwendig, dass man in einer Aufgaben- und Finanzplanung sieht, wo sind genau die Kosten und wie sie sich entwickeln in den nächsten Jahren, damit man mit diesen langfristig wirkenden Instrumenten entsprechend auch darauf hinwirken kann. Und das ist eben das Zusammenspiel und nur so funktioniert das

auch entsprechend, das Zusammenspiel zwischen dem Instrumentarium, das wir haben, und der Aufgaben- und Finanzplanung.

Und dann erlaube ich mir auch noch etwas zu sagen zur rechtlichen Zulässigkeit. Die Kantonsverfassung sagt, der Regierungsrat ist für die Finanzplanung zuständig. Wir nehmen ihm das nicht weg, wir wollen ihm das nicht wegnehmen. Selbstverständlich soll der Finanzplan nach wie vor in Form eines Aufgaben- und Finanzplans, der Name sagt es ja, vom Regierungsrat uns vorgelegt werden. Es steht aber auch in der Kantonsverfassung drin, dass der Grosse Rat auch an der regierungsrätlichen Gesamtplanung mitwirkt. Und das ist das, was wir wollen. Wir wollen genauere Zahlen haben, damit wir dann mit dem Instrumentarium mitwirken können. Ich bin der Meinung, dafür braucht es keine Änderung der Kantonsverfassung, aber das kann uns ja, sofern diese Motion dann nachher überwiesen wird, noch näher ausgeführt werden.

Und zum Schluss, schauen Sie jetzt genau hin, was in unserem Nachbarkanton passiert. Wir hatten jetzt erstmals ein Defizit in unserem Nachbarkanton nach Jahren der Überschüsse wieder und man konnte jetzt genau feststellen, wo die Kosten jetzt aus dem Ruder zu laufen drohen. Namentlich im Bereich der Gesundheit und namentlich im Bereich der Bildung und das ermöglicht dem Parlament eine vertiefte Auseinandersetzung, warum ist das so und gibt es Möglichkeiten zu reagieren, bevor sich dann ebendiese prognostizierten Defizite auch effektiv realisieren. Das ist genau das, was wir mit einer Aufgaben- und Finanzplanung künftig machen wollen können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Luca Urgese, nehmen Sie die Zwischenfrage von Lisa Mathys und Tim Cuénod an? Sie werden beide angenommen.

Lisa Mathys (SP): Luca Urgese, Sie haben gesagt, die Entwicklung ist schwierig vorauszusehen. Mit Verlaub, genau weil Sie keine konkreten Vorschläge machen, mit Verlaub, fehlt Ihnen da die Fantasie? Weil es ist doch sehr offensichtlich in Bereichen, gerade bei zunehmenden Schüler*innenzahlen, bei zunehmenden Klimaerhitzungsschäden, wie sich der Bedarf entwickelt.

Luca Urgese (FDP): Entschuldigung, Lisa Mathys, aber es ist doch nicht seriös, wenn wir einfach am Schluss die Gesamtsumme sehen, den Finger aufzuhalten und sagen, ja, wir schätzen, dass es wahrscheinlich die Schülerzahlen sind, die zu dieser Zahl führen, deshalb machen wir da mal einen Vorstoss. Das ist einfach nicht seriös.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich bitte Sie, die Bemerkung kurz mir zu überlassen. Der nächste Fragende ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Luca Urgese, nach Ihrer Ausführung verstehe ich ein wenig besser, wieso im Kanton Baselland man jetzt sehr stark das Gefühl hat, dass man in gewissen Bereichen sparen muss, Bildung und Gesundheit, die ja auch uns betreffen oder das Kostenwachstum. Neigt dieses Instrument mit dem Aufgaben- und Finanzplan nicht gerade eben dazu, es sich sehr einfach zu machen, indem man dann einfach sagt, wir wollen diesen Richtwert nach unten kontrollieren, ohne genau zu sagen, wie das geschehen soll?

Luca Urgese (FDP): Der Kanton Baselland spart nicht, er versucht, das Ausgabenwachstum zu bremsen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als nächstes hat Regierungsrätin Tanja Soland das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich bitte Sie, das nicht zu überweisen. Ich versuche immer noch zu verstehen, was Sie eigentlich möchten. Sie haben Instrumente, die Sie aber nicht nutzen. Sie nutzen das Vorgezogene Budgetpostulat kaum, Sie nutzen diesen Planungsanzug auch kaum, Sie nutzen vielleicht zu wenig das Gespräch mit uns. Wir sind gerne bereit, Ihnen detailliert zu zeigen, wenn das Budget nachher vorgestellt wird, wo die Kosten ansteigen. Alle Kommissionen im Grossen Rat haben das Recht, einen Mitbericht zu Budget und Rechnung zu machen. Sie können uns auch einladen, wir stellen Ihnen das gerne jederzeit vor.

Aber ich habe das Gefühl, es geht ja irgendwie nicht um das, um das Wissen. Sie kriegen auch alle Informationen, ich glaube, das habe ich noch nie verweigert. Ich habe den Eindruck, es geht Ihnen darum, irgendwo eine Schraube zu drehen

und einen gewissen Einfluss zu nehmen, der einfach ist, das habe ich den Eindruck. Weil wenn wir das machen, was Sie jetzt möchten, das gibt halt ein wenig ein Bürokratiemonster, noch mehr Berichte, noch mehr Zahlen, noch mehr Grundlagen, und zwar für alles und nicht nur dort, wo es vielleicht notwendig ist. Aber wenn Sie am Ende wirklich auf Aufgaben verzichten wollen, Leistungen verzichten wollen, das wird immer und immer wieder auf Sie zurückfallen. Sie kommen nicht davon, ohne hier drin auch zu sagen wo, ich werde es Ihnen immer wieder zuspielen müssen. Also wenn es um das geht, da kommen Sie nicht darum.

Dass wir jetzt hier so etwas, finde ich, auch etwas sehr kompliziert machen müssen, finde ich schade, wenn Sie das überweisen, dass braucht jetzt wieder viel Arbeit und Zeit. Wenn es darum geht, mehr zu wissen, wo die Kosten steigen, wie wir den Finanzplan machen, was wir alles bereits heute schon wissen, sind wir jederzeit gerne bereit, in allen Kommissionen, Sie haben auch das Recht darauf. Daher versuche ich es jetzt nochmal, bitte überweisen Sie das nicht als Motion. Es wäre jetzt wirklich ein riesengrosser Aufwand, bei dem mir nicht ganz klar ist, was Sie eigentlich genau wollen. Weil in Baselland kann ich es mir nicht abschauen, habe ich jetzt gemerkt.

Daher bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt Nichtüberweisung. Joël Thüring beantragt Überweisung als Motion. Ein Antrag auf Überweisung als Anzug wurde nicht gestellt. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 42 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003677,]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen. Frist: 2 Jahre.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 50 Ja-Stimmen gegen 42 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

36. Motion Thomas Strahm und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts ohne Berücksichtigung des Landwerts, Zwischenbericht des RR

[12.06.24 17:35:54, 16.5164.05]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt die Frist für alle drei Motionen um 2 Jahre zu erstrecken.

Wünscht Regierungsrätin Tanja Soland das Wort? Sie verzichtet. Damit kommen wir zu den Fraktionssprechenden und da hat sich Fina Girard für das GAB gemeldet.

Fina Girard (GAB): Im Namen der Fraktion Grün-Alternatives Bündnis bitte ich Sie, die vorliegenden drei Motionen abzuschreiben. Wir sprechen also nur einmal für alle drei Motionen. Ich versuche mich deshalb kurz zu halten.

Die Fraktion GAB hat bereits in allen vorangegangenen Abstimmungen dieses Eigenmietwerkpäckli bestritten, unsere Haltung hat sich seither nicht geändert. Der Eigenmietwert sollte ein Ausgleichsmechanismus sein zwischen Mieter*innen und Hausbesitzer*innen. Aktuell geht dieses System nicht ganz auf. Es besteht Revisionsbedarf, aber dann soll es eine Revision sein, welche die Steuerungleichheiten zwischen Mieter*innen und Hausbesitzer*innen aufhebt, indem auch weitere Steuerprivilegien, sprich Abzüge, abgeschafft werden und nicht eine Revision, welche vor allem die Ungleichheiten zwischen unterschiedlich stark privilegierten Hausbesitzer*innen verbessern will.

Wie im Ratschlag der Regierung ersichtlich sind aktuell Anpassungen der Wohneigentumsbesteuerung im Bundesparlament in Diskussion. Es steht die Abschaffung des Eigenmietwerts im Raum. Als Kanton werden wir die neuen Bundesvorgaben umsetzen müssen und offene Fragen für Basel-Stadt klären. Wir werden uns also so oder so mit der Revision der Wohneigentumsbesteuerung auseinandersetzen müssen. Dann aber mit klaren Rahmenbedingungen vom Bund und entlang der Steuerharmonisierung zwischen anderen Kantonen statt mit Motionen im Gepäck, die unterdessen überholt sind und die in erster Linie die Privilegien des Wohneigentums stärken sollen. Warten wir also die Bundesentscheide ab und schreiben dieses Eigenmietwertpäckli ab.

In diesem Sinne bitte ich Sie, alle drei Motionen abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion FDP spricht Andreas Zappalà.

Andreas Zappalà (FDP): Ich möchte hier eigentlich nicht eine materielle Diskussion über Sinn und Unsinn der Eigenmietwertbesteuerung führen. Ich finde es auch ein bisschen daneben, dass jetzt das GAB einfach wieder mit der Abschreibung kommt. Ich möchte einfach feststellen, die Motionen wurden im 2016 eingegeben. Die Motionen wurden zweimal überwiesen, und zwar als Motion. Dann passierte einfach sechs Jahre lang nichts. Die Vorlagen verschwanden in der Schublade, vermutlich beim Finanzdepartement, und man unternahm nichts. Dann im 2022 kam, und das ist löblich, von Tanja Soland eine Vorlage und ich finde es wirklich auch sehr löblich, dass sie die Angelegenheit sehr intensiv prüfen will und jetzt nicht einfach mit einer Vorlage kommt, die am Schluss dann doch nicht mehrheitsfähig ist.

Aber ich muss schon sagen, bis dann effektiv eine Vorlage kommt, sind zehn Jahre vorbei. Die Motionäre, die das eingegeben haben, sind schon lange nicht mehr im Grossen Rat. Ich, der bei der Formulierung mitgeholfen habe, werde auch nicht mehr im Grossen Rat sein. Es ist schon sehr unüblich, dass Motionen behandelt werden zu einem Zeitpunkt, wo der grosse Teil des Grossen Rates, der diese überwiesen hat, gar nicht mehr im Grossen Rat ist und nicht mehr mitreden kann.

Ich bitte die Regierung wirklich, dass wenn dann das Jahr 2026 kommt und wenn man sagt, man will eine unabhängige Prüfung von der Bundeslösung machen, weil ich bezweifle, dass wir im 2026 eine Lösung auf Bundesebene haben, dass wir dann wirklich über ein Paket diskutieren können, das dann auch mehrheitsfähig ist. Und es geht überhaupt nicht darum, Privilegien für irgendeine Seite zu schaffen, sondern es geht einfach darum, dass auch im Kanton Basel-Stadt eine Eigenmietwertbesteuerung stattfinden wird, die diesen Namen auch verdient.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an die Regierungsrätin Tanja Soland. Sie verzichtet.

Wir stimmen drei Mal ab. Zuerst geht es um die Motion von Thomas Strahm.

Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung, NEIN heisst Abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 41 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003679,]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Frist um zwei Jahre zu erstrecken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Frist wird erstreckt mit 50 Ja-Stimmen gegen 41 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

36.1. Motion Katja Christ und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts: Berücksichtigung energetische Sanierung, Zwischenbericht des RR

[12.06.24 17:42:18, 16.5166.05]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung über die Motion von Katja Christ.

Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung, NEIN heisst Abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 42 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003681, 12.06.24 17:42:53]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Frist um zwei Jahre zu erstrecken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Frist wird erstreckt mit 49 Ja-Stimmen gegen 42 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

36.2. Motion Christophe Haller und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts zu 60% des Marktwerts, Zwischenbericht des RR

[12.06.24 17:42:58, 16.5168.05]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung über die Motion von Christophe Haller.

Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung, NEIN heisst Abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 41 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003683, 12.06.24 17:43:36]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Frist um zwei Jahre zu erstrecken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Frist wird erstreckt mit 49 Ja-Stimmen gegen 41 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

37. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend Gleichbehandlung von Ehegatten und Konkubinatspaaren bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer, Stellungnahme des RR

[12.06.24 17:43:42, 23.5497.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Motion zu überweisen.

Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine Wortmeldungen vorliegen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zu überweisen. Frist: 4 Jahre

38. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend fairen Wettbewerb zwischen kantonalen Unternehmen und Privaten stärken, Stellungnahme des RR

[12.06.24 17:44:17, 23.5590.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet auf ein Votum. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion in einen Anzug umzuwandeln und dem Regierungsrat zu überweisen.

39. Anzug Beat Braun und Konsorten betreffend echter Wohnschutz jetzt: Mehr Baslerinnen und Basler zu Wohnungseigentümer/innen machen, Schreiben des RR

[12.06.24 17:44:56, 22.5082.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet auf ein Votum. Als Einzelsprecher hat sich Beat Braun gemeldet.

Beat Braun-Gallacchi (FDP): Ich spreche hier im Namen der SVP und der FDP. In diesem Anzug geht es ja darum, wie man Mieterinnen und Mieter von Wohnungen in staatlichen Liegenschaften den Traum vom Wohneigentum ermöglichen könnte und so würde echter Wohnschutz entstehen. Die Regierung hat die Argumente vorgelegt, warum ein Verkauf von Wohnungen an bestehende Mieter nicht zielführend sei. Durch Fragmentierung, also einen Mix von Mieter und Eigentümer, würde man Skaleneffekte verlieren, dadurch steigen die Kosten und die Sanierungen, vor allem auch im energetischen Bereich, würden darum schwierig, wenn nicht sogar unmöglich. Und ausserdem könne der Kanton seine Bodenpolitik nicht weiterverfolgen.

Aus meiner Sicht hat sich die Regierung das sehr einfach gemacht. Wenn der Kanton die Wohnungen im Baurecht verkauft, dann bleibt das Land sowieso im Besitz des Kantons. Bei den energetischen Sanierungen, wenn man jetzt eine Heizung machen muss, eine Dämmung, Fotovoltaik, etc., das könnte man schon vertraglich regeln beim Verkauf einer solchen

Wohnung, und es ist logisch, dass sich dann die verschiedenen Eigentümer natürlich absprechen müssen, aber das kann man machen, das ist kein Hinderungsgrund. Sonstige Sanierungen würden die Eigentümer sowieso selber dann übernehmen.

Und dann meinte die Regierung, dass es zu Spekulationen kommen könnte, dass jemand die Wohnung kauft und dann teurer weiterverkauft. Aber auch da, den Weiterverkauf kann man vertraglich regeln oder der Kanton könnte auch ein Vorkaufsrecht für den Kanton etablieren. Auch wenn jetzt eine Wohnung gekauft wird und man würde sie weitervermieten und so dann Geld verdienen, was man aus staatlicher Sicht nicht will, das könnte man auch vertraglich regeln.

Ich bin überzeugt, wenn man wollen würde, könnte man die Idee von Wohneigentumsförderungen in staatlichen Liegenschaften weiterverfolgen und ich bin überzeugt von dieser Idee und darum bitte ich Sie, den Anzug stehen zu lassen, so dass sich die Regierung nochmals kreative Ansätze und praktikable Lösungen überlegen und nochmal präsentieren kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: René Brigger hat sich als Einzelsprecher gemeldet.

René Brigger (SP): Nur kurz, ich darf auch für das Grün-Alternative Bündnis sprechen. Ja, die Antwort der Regierung ist zwar formell kurz, aber fachlich die richtigen Punkte. Beat Braun hat gesagt, man könne das Problem vor allem auch der Sanierung beim Verkauf regeln und so. Wir haben das ZGB und das ist ein grosses Problem bei Stockwerkeigentümergemeinschaften. Auch bei energetischen Sanierungen und kleinen Ausbauten, Balkonanbauten, etc. braucht es immer ein qualifiziertes Mehr. In der Bundesversammlung ist das ein Thema, dass man die Mehrheiten da ändert, aber es ist einfach Fakt, dass viele Stockwerkeigentümergemeinschaften eigentlich immobil sind. Das ist das Problem.

Ein weiteres Problem ist, dass Stockwerkeigentum auf einer Baurechtsparzelle immer ein Problem ist. Das wäre höchstens denkbar gemäss den Erfolgsabstimmungen, also die Bodeninitiative und so, dass man Kantonseigentum auf Baurechtsland als Stockwerkeigentum macht. Das ist im grösseren Stil gemacht worden beim Kinderspital jetzt vor ziemlich genau zehn Jahren, dort gibt es auch Probleme. Ich empfehle keinem Stockwerkeigentümer, eine Parzelle auf Baurechtsland zu kaufen.

Und natürlich, die Freisinnigen, ja, staatliche Eigentumsförderung im städtischen Bereich, mit diesen Voraussetzungen ist das also wirklich sehr suboptimal und der politische Willen ist nicht da. Ich glaube auch nicht, dass man Leuten einen grossen Gefallen macht und von daher überzeugt die SP und das Grün-Alternative Bündnis hier die Analyse der Regierung. Ich bitte Sie, dem Abschreibungsantrag zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an Regierungsrätin Tanja Soland. Sie verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 35 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003688, 12.06.24 17:51:14]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 50 Ja-Stimmen gegen 35 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

40. Interpellation Nr. 40 Andrea Strahm betreffend Auswirkungen der BVG-Reform auf die Versicherten der Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS), Schriftliche Beantwortung

[12.06.24 17:51:20, 24.5130.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Ich kann mich kurzfassen. Zunächst danke ich der Regierung für die sehr detaillierte Beantwortung meiner Frage zur Auswirkung der kommenden BVG-Reform auf die Angestellten des Kantons. Die Antwort widerlegt das Narrativ der Reformgegnern, wonach die Revision diverse Verschlechterungen bringt, sehr klar und eindrücklich. Obwohl es sich bei der Pensionskasse Basel-Stadt um eine sogenannte umhüllende Pensionskasse handelt und die Mehrheit der Versicherten im Überobligatorium versichert sind, würden von der Senkung der Eintrittsschwelle noch 263 Personen klar profitieren. Zwei Drittel davon sind Frauen. Auch von den oft als zu tief erachteten Rentenzuschlägen für die Übergangsgenerationen profitieren die Frauen im Vergleich zu den Männern mit nahezu 70 Prozent überproportional, dies sowohl beim vollen als auch beim reduzierten Zuschlag.

Mit der BVG-Revision sparen auch Teilzeitarbeitende und Personen mit tiefen Löhnen für eine BVG-Rente. Das sind Arbeitnehmende, die mit dem geltenden BVG schlecht oder gar nicht versichert sind. Ein Grossteil davon sind Frauen. Sie alle sind gemäss der geltenden Lösung nach der Pension einem hohen Armutsrisiko ausgesetzt und von Ergänzungsleistungen abhängig. Im vergangenen Jahr arbeitet er über ein Drittel aller Erwerbstätigen Teilzeit, Tendenz steigend. Dabei handelt es sich noch immer vorwiegend um Frauen. Es ist also höchste Zeit, das System der Altersvorsorge den heutigen Gegebenheiten auf dem Arbeitsmarkt anzupassen und für die Zukunft fit zu machen.

Mit den Massnahmen der BVG-Revision werden auf einen Schlag in der Schweiz zusätzlich rund 100’000 Einkommen obligatorisch versichert. Das belegt auch eine kürzlich neu publizierte Studie des Frauendachverbandes alliance F, der die Reform unterstützt. Damit hilft die BVG-Reform auch den Gender Pension Gap nachhaltig zu verringern. Frauen profitieren mit der vorliegenden Reform zu Recht überdurchschnittlich vom Rentenzuschlag., Koordinationsabzug und der Senkung der Eintrittsschwelle. Mit der Aufweichung der tradierten strengen Mann-/Frau- Rollenverteilung werden in Zukunft aber auch die Männer und weitere Personen profitieren können, die wenig Einkommen erzielen, weil sie sich um Familie oder Angehörige kümmern.

Entsprechend freut es mich, Ihnen mitzuteilen, dass ich mit der Beantwortung meiner vorliegenden Interpellation sehr zufrieden bin. Ich empfehle allen, die Antwort der Regierung zu lesen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

41. Interpellation Nr. 44 Nicola Goepfert betreffend neuem Gutachten zur Aufsichtsstruktur der Christoph Merian Stiftung, Schriftliche Beantwortung

[12.06.24 17:54:39, 24.5136.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Nicola Goepfert (GAB): Ich bin überhaupt nicht zufrieden. Man bekommt das Gefühl, den Regierungsrat interessiert es nicht, dass die Stiftungsaufsicht der CMS in einem externen Gutachten als sehr kritisch beurteilt wird. Kritisch in Bezug auf die inhärenten Interessenskonflikte, ungenügender Transparenz und ungenügendem Machtausgleich. Der Regierungsrat sagt, dass die Aufsicht der CMS gemäss Ausscheidungsvertrag von 1876 der Bürgergemeinde unterliegt. Spätestens, wenn nun auch die Aufsichtsstruktur überprüft wird und als ungenügend beurteilt wird, sollte damit das Interesse der Regierung geweckt sein. Hier vernachlässigt der Regierungsrat ganz offensichtlich seine Verantwortung.

Und wie kann es eigentlich sein, dass der Kanton trotz Frauenquote innerhalb öffentlicher Leitungsgremien bei der CMS keine Änderung fordert, denn im Stiftungsrat der CMS sind sechs Männer, mehrheitlich weit über 55, das macht aber hier

nichts zur Sache, und nur eine Frau vertreten. Es gibt auch parteipolitische Vertretung, jedoch keine des 18 %-starken links-grünen Bündnis von BASTA und Grünen. Weil sich aber der Kanton für solche Fragen nicht zu interessieren scheint, wird meine Parteikollegin Brigitta Gerber im Bürgergemeinderat weitere Fragen dazu stellen.

Und der nicht zeitgemässe Ausscheidungsvertrag wird völlig ausgeblendet. Ein Austausch darüber mit der Bürgergemeinde wurde bereits im letzten Sommer versprochen und hat bis heute nicht stattgefunden. Der Regierungsrat nennt nicht einmal ein Datum, wann das stattfinden soll. Das ist eine schwache Leistung und der Regierungsrat drückt sich auch hier vor seiner Verantwortung bezüglich der CMS.

Verstehen Sie mich nicht falsch, die Arbeit der CMS ist wichtig für unsere Stadt und auch die einzelnen Institutionen, die von ihrer Unterstützung profitieren. Aber die Regierung täte gut daran, Verantwortung zu übernehmen und die Aufsichtsstruktur der CMS auch zu überprüfen, und zwar selber und kritisch und eine eigenständige Meinung dazu zu bilden. Glauben Sie ja nicht, dass Sie durch so schlechte Interpellationsantworten aus Ihrer Verantwortung entkommen. Wir von BASTA werden weiterfragen, wir werden weitermachen, damit die CMS in Zukunft eine saubere und klare Aufsichtsstruktur und einen diverseren Stiftungsrat erhält.

Entsprechend bin ich mit der Antwort der Interpellation nicht zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

An dieser Stelle machen wir Abendessenpause. Ich freue mich, Sie alle um 20 Uhr wieder hier zu sehen.

Schluss der 19. Sitzung

17:57 Uhr

Protokoll

der 20. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 12. Juni 2024, um 20:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Tim Cuénod (SP); Stefan Wittlin (SP); Salome Bessenich (SP); Jessica Brandenburger (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

42. Motion Patricia von Falkenstein und Konsorten betreffend Erkenntnisse aus der Corona-Krise und ihrer Bewältigung, Zwischenbericht des RR 2
43. Motion Melanie Eberhard und Konsorten für eine verbindliche Kooperation der Spitäler der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Stellungnahme des RR 2
44. Motion Nicole Kuster und Konsorten betreffend "Kontakt- und Anlaufstelle Dreispitz" und die Nähe zum geplanten Primarschulhaus Walkeweg und Kindergarten an der Münchensteinerstrasse 101, Stellungnahme des RR 7
45. Anzug Thomas Widmer-Huber und Konsorten zur Förderung der Suizidprävention im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR 10
46. Interpellation Nr. 46 Olivier Battaglia betreffend PFAS im Trinkwasser, Schriftliche Beantwortung 11
47. Motion Lorenz Amiet und Konsorten betreffend «Wider die Auswüchse bei Lohngleichheitsanalysen im kantonalen Beschaffungswesen», Stellungnahme des RR 11
48. Motion Daniel Seiler und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich des Stockwerkeigentums, Stellungnahme des RR 16
49. Motion Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich der energetischen Sanierungen, Stellungnahme des RR 22
50. Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich Wohnschutzkommission, Stellungnahme des RR 26
51. Motion Andrea Elisabeth Knellwolf und Konsorten betreffend Definition Wohnungsnot, Stellungnahme des RR 28
52. Motion Michael Hug und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen in Bezug auf das Bewilligungsverfahren, Stellungnahme des RR 29

Beginn der 20. Sitzung

Mittwoch, 12. Juni 2024, 20:00 Uhr

42. Motion Patricia von Falkenstein und Konsorten betreffend Erkenntnisse aus der Corona-Krise und ihrer Bewältigung, Zwischenbericht des RR

[12.06.24 20:00:23, 20.5175.03]

Balz Herter (Mitte-EVP): Geschätzte Damen und Herren, ich begrüsse Sie zur Abendsitzung.

Wir fahren weiter mit Traktandum 42. Motion Patricia von Falkenstein und Konsorten. Der Regierungsrat beantragt, die Motion stehen zu lassen.

Regierungsrat Lukas Engelberger verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion stehen zu lassen.

43. Motion Melanie Eberhard und Konsorten für eine verbindliche Kooperation der Spitäler der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Stellungnahme des RR

[12.06.24 20:01:01, 23.5586.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres.

Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Die vorliegende Motion fordert den Regierungsrat auf, innert eines Jahres Verhandlungen mit dem Kanton Basel-Landschaft für einen neuen Staatsvertrag zwischen den beiden Kantonen für eine verbindliche Kooperation zwischen dem Universitätsspital Basel (USB) und dem Kantonsspital Baselland (KSBL) aufzunehmen. Dabei sei als Ergebnis eine zweite Spitalfusion, eine Kooperation analog dem Universitäts-Kinderspital Basel oder eine andere vergleichbare Lösung vorstellbar. Die Ergebnisse der Volksabstimmung vom Februar 2019 seien dabei zu berücksichtigen. Mit Blick auf diese Volksabstimmung ist in Erinnerung zu rufen, dass seinerzeit die Rechtsform und die ungleichen Eigenkapitalverhältnisse beziehungsweise Beteiligungsverhältnisse von USB und KSBL kritisiert wurden. Zudem wurde befürchtet, dass sich die Arbeitsbedingungen der städtischen Spitalangestellten bei einer Fusion der beiden Spitäler verschlechtern würden.

Ich möchte zuerst einige Grundlagen und die Ausgangslage zum Thema zusammenfassen. Die gesetzlichen Grundlagen, also hier die massgeblichen Bestimmungen des Gesetzes über die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt (ÖSpG) und die Eignerstrategie für das USB sehen vor, dass das USB Kooperationen betreiben kann und soll, wo die sinnvoll ist und der Zielerreichung dient. Die Zuständigkeit dafür liegt grundsätzlich beim Verwaltungsrat des Universitätsspitals.

Das USB verfügt heute bereits über ein breites Netzwerk an Partnerschaften und Kooperationen, insbesondere auch mit dem KSBL. Die gemeinsame Spitalplanung im Rahmen der gemeinsamen Gesundheitsregion entspricht einer gemeinsamen interkantonalen Versorgungsplanung, welche in gleichlautenden Spitallisten, also Leistungsaufträgen resultiert. Die Spitäler tätigen auf dieser Basis die erforderlichen Investitionen eigenständig, wobei darauf hinzuweisen ist, dass die von den beiden Kantonen eingesetzte Fachkommission Gemeinsame Gesundheitsregion beider Basel keine Stellung zu den Investitionsvorhaben der sogenannten Listenspitäler nimmt, sie berät die Regierungen lediglich bei ihrer gemeinsamen Versorgungsplanung.

Bis zum Jahr 2040 betragen die Investitionsvorhaben des Universitätsspitals voraussichtlich rund 2,9 Milliarden Franken, davon rund 1,7 Milliarden Franken für Investitionen in Ersatzneubauten des Klinikum 2 und des Klinikums 3. Das USB plant damit keine Kapazitätserweiterungen im stationären Bereich, es handelt sich um Ersatz- und Erneuerungsinvestitionen. Dem Universitätsspital wird auf absehbare Zeit immer eine zentrale Rolle in der Versorgung, der Forschung sowie in der Lehre zukommen. Die baulichen Vorhaben des USB sind deshalb entscheidend für die Spitalversorgung und den regionalen Medizinstandort der Zukunft.

Zum Anliegen der Motion selbst kann ich erklären, dass der Regierungsrat bereit ist, das Anliegen betreffend intensiveren Spitalkooperationen inklusive Infrastrukturinvestitionen zusammen mit dem Unispital sowie dem Partnerkanton und dem KSBL zu prüfen und entsprechend zu berichten. Für den Regierungsrat ist es jedoch wichtig, dass in einem solchen Prozess die Position des Universitätsspitals in einem abgestuften Versorgungsmodell gestärkt werden muss, dass die Interessen des Spitals und des Kantons gewahrt bleiben und eine allfällige neuartige Struktur aus versorgungs- und finanzpolitischer Sicht klare Vorteile mit sich bringen muss.

Bei einer Überweisung der vorliegenden Motion wird der Regierungsrat mit diesen Zielvorgaben das Gespräch in den verschiedenen Partnergremien ergebnisoffen führen. In jedem Fall soll zunächst eine verbindliche Rollenklärung der beiden Spitäler und ihrer Standorte angestrebt werden, denn diese unterscheiden sich heute klar voneinander. Wichtig wird der beidseitige Wille zu einer Kooperation auf medizinischer Ebene und zu einem gemeinsamen Rollenverständnis sein. Dies ist deshalb wichtig, weil die Form der Organisation und der Zusammenarbeit der Spitäler ihrer Funktion aus medizinischer beziehungsweise Versorgungssicht folgen soll. Auf Englisch sagt man form follows function. In diesem Zusammenhang scheint mir der Hinweis angebracht, dass das USB für 2023 weiterhin eine positive Leistungsentwicklung beziehungsweise steigende Fallzahlen ausweist. Diese Entwicklung erklärt sich aus der bleibenden Bedeutung des Spitals für die Versorgung in unserer ganzen Region.

Allfällige Ergebnisse der Abklärungen aus den ergebnisoffen zu führenden Gesprächen könnten gegebenenfalls in die Eignerstrategie des USB beziehungsweise in eine Teilrevision des ÖSpG einfliessen, mit der der Regierungsrat aufgrund der Motion der GSK betreffend Kenntnisgabe der Eignerstrategie der öffentlich-rechtlichen Spitäler an den Grossen Rat bereits beauftragt wurde.

Zusammenfassend ist zu betonen, dass die Umsetzung des Anliegens der Motion sehr anspruchsvoll, ressourcenaufwändig und im Ergebnis beziehungsweise in seinem Nutzen für den Kanton Basel-Stadt und das USB ungewiss sein wird. Zu erwähnen bleibt noch, dass die im Landrat eingebrachte gleichlautende Motion aufgrund der ersten Debatte am 8. Februar 2024 von der Motionärin in ein Postulat umgewandelt wurde. Der Landrat hat dieses in der Folge am 7. März 2024 nur knapp mit 43 zu 39 Stimmen dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt überwiesen. Damit fehlten uns seitens des Nachbarkantons ein verbindlicher Auftrag in Form einer Motion für Verhandlungen mit dem Kanton Basel-Stadt.

Vor diesem Hintergrund beantragt Ihnen der Regierungsrat, ihm die Motion Melanie Eberhard und Konsorten als Anzug zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen somit zu den Fraktionssprechenden. Als erster hat sich eingetragen Oliver Bolliger für das GAB.

Oliver Bolliger (GAB): Im Namen des Grün-Alternativen Bündnis beantrage ich Ihnen, die Motion Melanie Eberhard weiterhin als Motion zu behandeln. In Anbetracht der grossen Relevanz dieser Motion, und dies in beiden Kantonen, in beiden Gesundheitskommissionen und auch aufgrund der Berichterstattung in den letzten Wochen, liegt es eigentlich deutlich auf der Hand, diesen politischen Vorstoss in der verbindlichen Form weiter zu behandeln. Und es staunt mich ein wenig, dass die meisten bürgerlichen Parteien einen Anzug hier als ausreichend erachten. Technisch gesehen kann ich es ein wenig nachvollziehen, dass die Regierung sich den Vorstoss in abgeschwächter Form eines Anzugs überwiesen haben möchte. Schliesslich wäre dann, Regierungsrat Lukas Engelberger hat es schon erwähnt, das politische Mittel in beiden Kantonen auf der gleichen Ebene.

Weshalb der Landrat oder auch der Vorstoss von Lucia Mikeler Knaack abgeschwächt werden musste und nur als Postulat knapp überwiesen wurde, ist mir aufgrund der geführten Diskussionen auch im Landrat ebenfalls ein wenig schleierhaft, bringt vielleicht aber einfach zum Ausdruck, dass es bezüglich der Zukunft der gemeinsamen Spitalplanung grosse Unsicherheiten bestehen. Man könnte es aber auch so sehen, dass es aus Sicht der Regierung sehr wohl klug wäre, sich selber die Motion weiterhin als Motion zu überweisen und klar somit zum Ausdruck zu bringen, dass die Kooperationen und weiteren gemeinsamen Abklärungen stärker vorangetrieben werden müssen, und somit auch legitimiert wird vom Parlament, dass man das so machen sollte.

Die Resultate der Jahresrechnungen 2023 der Spitäler in beiden Kantonen sprechen eine deutliche Sprache. Es ist aktuell aus verschiedensten Gründen nicht möglich, mit den Einnahmen die Ausgaben zu decken und noch viel weniger eine EBITDA-Marge zu erzielen, welche die gewünschten beziehungsweise notwendigen Investitionen ermöglichen würden.

Die Motion verlangt aufgrund der aktuellen verschärften Situation aus meiner Sicht etwas sehr Selbstverständliches. Der Regierungsrat soll innert einem Jahr Verhandlungen mit dem Kanton Basel-Landschaft für einen neuen Staatsauftrag für eine verbindliche Kooperation zwischen USB und KSBL aufnehmen. Hier nur zu prüfen und danach in zwei Jahren zu berichten, macht einfach keinen Sinn und erscheint mir der Dramatik der Situation nicht angemessen. Insgesamt einfach zu wenig Fleisch dann am Knochen. Die beiden Basler Gesundheitskommissionen haben ja im April in einer gemeinsamen Medienmitteilung ihre Sorge zum Ausdruck gebracht. Dies muss nicht zwingend nur als Kritik an den Regierungen und Spitälern gesehen werden, sondern durchaus im Sinne der vorliegenden Motion, dass wir besser und einfach nur gemeinsam planen können als in Konkurrenz zueinander.

Der § 3 Abs. 1 bis 3 des Staatsvertrags zur Gesundheitsversorgung ermächtigt die beiden Eignerkantone, und dies über den Erlass von gleichlautenden Spitallisten hinaus, sich für eine bedarfsgerechte und bezahlbare Gesundheitsversorgung einzusetzen. In der bisherigen Auseinandersetzung wurde es offensichtlich, dass nicht alle das gleiche darunter verstehen und der Staatsvertrag zwischen Parlament, Regierung und auch zwischen den Parteien unterschiedlich interpretiert wird. Umso mehr macht der Vorstoss Sinn, damit dieser Auftrag auch gemeinsam nochmals genauer angeschaut wird, explizit auch ausgesprochen wird. Übrigens wird auch in der neuen Eignerstrategie zum Universitätsspital Basel festgehalten, dass der Kanton Basel-Stadt gegenüber Beteiligungen weiterer Kantone, insbesondere des Kantons Basel-Landschaft, offen gegenübersteht. Und es ist auch vermerkt, dass das USB Beteiligungen oder Kooperationen eingehen und Allianzen schliessen kann, sofern diese konform sind mit den übergeordneten Zielen. Und es wird ja auch in der Realität und im Alltag auch schon zahlreich gemacht und auch umgesetzt.

Mit der Motion bekräftigen wir dies und ermächtigen dem Eigner mit dem Kanton Basel-Landschaft zukünftige Kooperationen offen und im Geist des Staatsvertrags zur gemeinsamen Gesundheitsversorgung anzugehen. Somit wird auch das USB bestärkt, um die gewünschten Kooperationen, in welcher Form auch immer, mit dem KSBL voranzubringen. Es ist klar und wird von kaum jemand mehr bestritten, ein weiter wie bisher macht keinen Sinn, da der Staatsvertrag der gemeinsamen Gesundheitsversorgung sonst damit auch in Zukunft vielleicht bedroht wäre.

Deshalb bitte ich Sie, die Motion im Namen des GAB erneut als Motion zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Für die Fraktion SVP hat das Wort Patrick Fischer.

Patrick Fischer (SVP): Ich halte mein Votum im Namen der SVP, LDP, FDP und Mitte/EVP, wobei Votum halten da ein bisschen zu viel gesagt ist. Wir stellen uns voll und ganz hinter die Berichterstattung des Regierungsrats. Er ist schliesslich nicht seit gestern Regierungsrat, er ist auch nicht seit gestern Präsident der Gesundheitsdirektorenkonferenz und wir sehen das genauso, wie das in der Antwort von Regierungsrat Lukas Engelberger vorher gesagt worden ist. Für uns sind auch die Punkte vor allem massgebend, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt worden ist und dass man jetzt da auf Augenhöhe ist und nicht eine Seite mehr muss als die andere. Zum anderen besteht die Zusammenarbeit schon jetzt, die wird gewünscht und die Möglichkeit der Versorgungsplanung, die hat man ja.

Wir sind für die Verhandlungen auf Augenhöhe und ziehen mit dem Landrat gleich und überweisen das als Anzug.

Balz Herter (Mitte-EVP): Für die Fraktion SP hat das Wort Melanie Eberhard.

Melanie Eberhard (SP): Die Gesundheitskosten, die Arbeitsbedingungen, das Pflegepersonal und die Gesundheitsversorgung des Pflegepersonals und die Gesundheitsversorgung unserer Bevölkerung beschäftigen uns hier im Parlament, sie beschäftigen aber auch die Menschen ausserhalb des Rathauses sehr. Die Gesundheitskosten werden bei Bevölkerungsbefragungen immer wieder als grösste Sorge genannt. So wissen viele Menschen hierzulande nicht, wie sie ihre Krankenkassenprämien bezahlen sollen und immer mehr Menschen verzichten auf notwendige Behandlungen aufgrund des hohen Selbstbehaltes.

Neben der Bevölkerung wendet aber auch die öffentliche Hand hohe finanzielle Beiträge zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung auf. So deckt die öffentliche Hand rund 30 Prozent der gesamten Gesundheitsleistungen und für die soziale Sicherheit ab. Und wie sich nun zeigt, können die Spitäler auch ihre Investitionsprojekte nicht ohne staatliche Unterstützung decken. Das hat sich jüngst beim Spital in Wetzikon sowie beim universitären Kinderspital in Zürich gezeigt und auch wir haben uns letzte Woche mit dem Bauvorhaben des Klinikums 2 und 3 beschäftigt und ein entsprechendes Darlehen gesprochen.

Die Verbesserung der Infrastruktur beziehungsweise die Anpassung ebendieser an die sich stetig verändernden Anforderungen ist wichtig, damit die Qualität der Gesundheitsversorgung in Basel-Stadt und der gesamten Region weiterhin gut bleibt. Aktuell planen die öffentlichen Spitäler von Basel-Stadt und Baselland entsprechende Infrastrukturprojekte und

schaut man sich die einzelnen Bauvorhaben an, so können diese durchaus als nachvollziehbar oder im Sinne einer guten Versorgung der Bevölkerung angeschaut werden. Aus einer übergeordneten Perspektive auf die ganze Region Nordwestschweiz sind die Vorhaben aber nicht aufeinander abgestimmt.

Während die verschiedenen Gesundheitsinstitutionen also medizinisch zusammenarbeiten, was mich sehr freut, fehlt es bei den Bauvorhaben komplett an Austausch und Kommunikation. Kommunikation und gemeinsames Planen von Bauvorhaben ist aber wichtig, damit die notwendigen Erneuerungen sinnvoll angegangen werden, aber keine Fehlversorgungen konzipiert und umgesetzt werden. Es ist deshalb angezeigt, dass die Kantone auch bei Investitionsvorhaben kooperieren. In erster Linie sollen die Spitaleigner, also die beiden Basler Kantonsregierungen kooperieren, wobei es selbstverständlich auch wichtig ist, dass das USB sowie das KSBL in die Überlegungen zur intensiveren Spitalkooperation einbezogen werden. In der primären Verantwortung für die Gespräche sehen wir aber die zuständigen Regierungsräte. In diesem Sinne begrüsse ich es sehr, dass der gleichlautende Vorstoss auch in Baselland überwiesen wurde und sich der Regierungsrat in seiner Stellungnahme auf die Motion bereit erklärt, die Gespräche mit den Anspruchsgruppen in Baselland auszuweiten und zu vertiefen.

In diesem Sinne wird die SP-Fraktion auch an der Motion festhalten. Denn es geht uns nicht in erster Linie darum, dass der Regierungsrat prüft und berichtet, sondern dass effektiv Massnahmen zur verstärkten Kooperation getroffen werden und dies selbstverständlich unter der Berücksichtigung der Komplexität so rasch wie möglich, denn die Infrastrukturprojekte der Kantone werden jetzt geplant. Es ist deshalb auch jetzt wichtig, dass sich die Kantonsregierungen zusammensetzen und enger zusammenarbeiten, denn bei fehlender Koordination innerhalb der Gesundheitsregion und zu teuren Infrastrukturprojekten sind Fehlkapazitäten und dadurch steigende Gesundheitskosten und Fehlbehandlungen absehbare Folgen. Dies gilt es nicht nur aus finanzieller Perspektive zu verhindern, sondern insbesondere auch im Hinblick auf eine gute Gesundheitsversorgung für die Patientinnen und Patienten.

Die SP-Fraktion hält deshalb an der Motion fest und empfiehlt Ihnen ebenfalls die Überweisung als Motion, damit die Kooperation der Kantone nun effektiv und rasch angegangen wird und nicht das Prüfen und Berichten, wie es das Instrument des Anzuges vorsieht, im Zentrum steht.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen somit zum nächsten Fraktionssprechenden für die GLP, Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Ich kann mich meinen Vorrednern eigentlich anschliessen im Namen der GLP und will nur noch ein paar Punkte hervorheben und unterstreichen.

Zuerst einmal, worum geht es hier im Kern. Im Kern geht es hier um unser Unispital in Basel, das unglaublich wichtig ist für den Standort. Das haben wir bei anderer Gelegenheit auch schon ausgeführt, das erkläre ich jetzt nicht nochmal weiter. Aber auch hier geht es wieder darum und solange dieses Unispital von unserem Kanton allein getragen wird und nicht vom Nachbarkanton, und noch besser wäre natürlich auch noch von weiteren Kantonen oder überhaupt eine breitere Abstützung, ist die Situation unbefriedigend und auch die finanziellen Risikos sind zu gross für unseren Kanton, usw.

Wir sind uns einig, dass wir dieses Unispital brauchen, und insofern denke ich, sind wir uns auch einig, dass es Not tut, dass der Kanton Baselland da besser eingebunden ist. Weiter will ich nochmal betonen, dass wir auch voll und ganz hinter den Rahmenbedingungen für eine neue Verhandlung stehen, die der Regierungsrat ausgeführt hat und jetzt Lukas Engelberger noch einmal mündlich ausgeführt hat, dass er da voll und ganz dahintersteht und unterstützt, genau so soll es sein. Es geht darum, das Unispital zu stärken und wenn sich abzeichnet, dass das nicht möglich ist, dann sehen wir auch keinen Raum mehr für die Verhandlung. Also das wollen wir nochmal betonen.

Das ist die eine Seite, die andere Seite, und damit erkläre ich jetzt auch, warum wir auch für eine Überweisung als Motion sind, wir denken, es macht materiell keinen Unterschied für diese Verhandlungen, aber damit unterstreichen wir wirklich auch, es ist auch eine Message an den Nachbarkanton, an Baselland, damit sagen wir, von uns aus ist die Tür weit offen für Verhandlungen, wir wollen das wirklich. Klar gibt es Rahmenbedingungen, aber wir wollen das wirklich und wir wollen, dass jetzt etwas geht. Wir wollen einen Schlussstrich ziehen unter die gescheiterte Fusion und wollen jetzt neu das wieder aufrollen.

Aus Sicht der GLP sind wir wirklich offen, was das bedeutet. Wir können uns durchaus vorstellen, dass es auch wieder zu einer neuen Fusion kommt.

Balz Herter (Mitte-EVP): Als Einzelsprecherin eingetragen hat sich Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GAB): Meine Vorredner*innen von der SP, dem GAB und der GLP haben bereits ausgeführt, warum es wichtig ist, diesen Vorstoss nochmals als Motion zu überweisen und nicht nur als Anzug.

Wie Tobias Christ gesagt hat, geht es wirklich darum, ein klares Bekenntnis jetzt zu einer Kooperation in der gemeinsamen Gesundheitsregion auszusenden. Ich denke, das ist gerade auch wichtig vor dem für mich schon auch etwas unverständlichen Entscheidungsprozess, der in Baselland stattgefunden hat, wo die Motion ja nicht überwiesen wurde, sondern nur ein Postulat relativ knapp überwiesen wurde. Das hat mich dann auch ein bisschen verwundert, weil wir haben jetzt gleichzeitig auch, das konnten Sie lesen, die Medienmitteilung der beiden Gesundheitskommissionen Basel-Stadt und Baselland, wo wir wirklich in einer gemeinsamen Diskussion sehr klar nochmal zum Schluss gekommen sind, dass, und Tobias Christ hat es eigentlich gut gesagt, es wirklich darum geht, jetzt einen Schlussstrich unter die alten Geschichten zu ziehen und gemeinsam sich zu überlegen, wie in Zukunft die Kooperation in der Gesundheitsregion aussehen kann.

Dass die Gesundheitskommission von Baselland da mit uns gemeinsam diese Medienmitteilung macht und gleichzeitig nicht bereit ist, der Motion im Landrat das genügende Gewicht zu geben, das finde ich schon etwas erstaunlich. Ich denke, es ist jetzt quasi an unserer Seite mit dem Zentrumsspital, mit der ganzen Rolle, die auch Basel-Stadt hier einnimmt, ein Zeichen zu geben, um wie zu sagen, wir möchten über die gemeinsame Gesundheitsregion sprechen, wir möchten nicht nur über die Spitallisten und die Zusammenarbeit auf medizinischer Ebene sprechen, sondern wir möchten wirklich auch über die Infrastruktur sprechen. Ich denke, da sind Sie auch einig mit mir.

Wir leben in einer Zeit, wo Synergien und Kooperationen hochgeschrieben werden. Wir müssen das nutzen, was da ist, und müssen schauen, dass wir keine Überkapazitäten produzieren, weil wir uns das schlicht nicht leisten können. Es ist gleichzeitig aber natürlich auch wichtig, dass die gesamte Region versorgt wird und da fände ich schon auch noch wichtig anzuregen, dass die ganze Gesundheitsregion ja nicht nur Basel-Stadt und Baselland betrifft, sondern auch Teile von Aargau und Solothurn miteinschliesst, also diese ganze funktionale Gesundheitsregion, dass wir da in Zukunft uns in eine andere Richtung bewegen, die wirklich dann auch kostensenkend ist.

In diesem Sinne bitte ich Sie, diese Motion jetzt nochmals als Motion zu überweisen und danke gleichzeitig Regierungsrat Lukas Engelberger, dass er bereit ist, das Anliegen weiter zu verfolgen. Ich denke, von Baselland gab es ja eigentlich ebendiese Zeichen auch und ich möchte es sehr begrüssen, wenn diese jetzt aufgegriffen werden und in einer konstruktiven Art und Weise weiterverfolgt werden. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und bitte um Überweisung als Motion.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es haben sich keine weiteren Einzelsprechenden eingetragen. Das Wort geht an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich danke Ihnen für die Voten in der Diskussion, die allesamt ein starkes Bekenntnis für eine Intensivierung unserer Zusammenarbeit mit dem Partnerkanton und auch zwischen unseren Spitälern zum Ausdruck gebracht haben. Das ist ein starkes Votum und ich glaube, das darf so aus dieser Diskussion mitgenommen werden, ein Bekenntnis zu einer Intensivierung unserer Zusammenarbeit.

Die Nuancierung erfolgt jetzt auf der Ebene, ob das eine Motion ist oder ein Anzug. Man mag das als symbolisch bedeutsamen Unterschied sehen, ich glaube, praktisch, das kann ich Ihnen sagen, spielt es nicht eine grosse Rolle. Wir sind ohnehin laufend im Gespräch mit dem Partnerkanton und ich überlasse das jetzt natürlich Ihnen, ist ja Ihr Entscheid. Wir haben Ihnen auch sozusagen in formaler Parallelität zum Landratsentscheid eine Überweisung als Anzug angeregt, aber das soll überhaupt nicht irgendwie das Signal abschwächen. Wir werden sehr ernsthaft diese Gespräche führen mit dem Kanton Basel-Landschaft.

Ich möchte aber schon noch eingehen auf die Thematik der Investitionen, weil ich hier den Eindruck mitnehme, dass Sie die Bedeutung der Investitionen, der Bauinvestitionen namentlich überhöhen. Die Investitionen spielen letztlich für den Spitalbetrieb finanziell eine untergeordnete Rolle. Wenn Sie sich vergegenwärtigen, dass bis gegen 70 Prozent der Kosten eines Spitals Personalkosten sind und fast 20 Prozent sind die Medizinalgüter, dann bleibt nicht mehr viel Raum für eine massive Kostenrelevanz in einer Erfolgsrechnung von Investitionen. Deshalb ist es auch sehr folgerichtig, dass die Investitionen in der Kompetenz der einzelnen Spitäler liegen, natürlich innerhalb von Grenzen.

Wenn wir dann ein Darlehen sprechen möchten, dann fragen wir das Parlament, wenn es einen Bebauungsplan gibt, dann ist natürlich das Parlament zuständig, aber in unserer Systemarchitektur gemäss KVG sind Investitionen Spitalentscheide, sind unternehmensstrategische Entscheide, für die die Spitalgremien zuständig sind. Wir definierende die Rolle, die Versorgungsrolle der Spitäler anhand der Leistungsaufträge. Damit sagen wir, in welchen Bereichen, in welcher Rolle ein Spital tätig ist und wir haben, das wissen Sie, in einzelnen Disziplinen auch diesen Mengendialog, das heisst wir geben den Spitälern auch eine klare Vorgabe, welches die Maximalanzahl Behandlung ist, die wir von ihnen erwarten. Damit ist die Rolle definiert und wie sich dann das Spital organisiert und wie viel es baut und was es dafür plant, das ist ein Spitalentscheid.

Deshalb ist es nicht richtig, wenn man hier sagt, in erster Linie seien jetzt verantwortlich für die bessere Kooperation die Regierungsräte als Eigner. Das ist heute nicht so, das ist in der heutigen Gesetzeslandschaft kantonal wie auch eidgenössisch nicht so. Investitionen sind Entscheide der Spitäler und wir ändern das auch nicht hier an einem Abend. Wir

können unser ÖSpG dann einmal ändern, das würde ich Ihnen aber nicht empfehlen, dann können wir das in Frage stellen, aber Stand heute sind die Rollen so verteilt, dass Investitionsentscheide, strategische Entscheide sind der Spitäler.

Und ich würde das jetzt auch nicht über Bord werfen wollen. Wenn Sie heute hier eine Motion überweisen, dann ist das Gesetz noch nicht umgeschrieben und dann müssen wir uns trotzdem an die Rollen halten, wie sie definiert sind im geltenden Recht auf eidgenössischer und auf kantonaler Ebene. Das ist mir wichtig, weil ich namentlich auch nicht möchte, dass man jetzt diese Autonomie der Spitäler, die wir verselbstständigt haben, wofür es einen Volksentscheid gab mit klarer Mehrheit, dass wir diese Autonomie jetzt aushöhlen würden aus dem Eindruck heraus, es könnte besser gehen in der Zusammenarbeit zwischen Unispital und KSBL. Es könnte immer besser gehen, aber es ist kein Anlass, hier jetzt die Selbstständigkeit der Spitäler in Frage zu stellen.

Deshalb muss ich Ihnen sagen, auch wenn das als Motion überwiesen wird, dann werden Vorderhand die Investitionsentscheide Entscheide der Spitalgremien bleiben.

Balz Herter (Mitte-EVP): Oliver Bolliger beantragt die Überweisung als Motion. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 49 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003697, 12.06.24 20:31:12]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion.

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen. Frist: 1 Jahr.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben sich mit 49 Nein-Stimmen gegen 42 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung für die Weiterbehandlung als Motion entschieden.

44. Motion Nicole Kuster und Konsorten betreffend "Kontakt- und Anlaufstelle Dreispitz" und die Nähe zum geplanten Primarschulhaus Walkeweg und Kindergarten an der Münchensteinerstrasse 101, Stellungnahme des RR

[12.06.24 20:31:27, 23.5585.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese zu überweisen.

Lukas Engelberger verzichtet auf ein Votum. Für die Fraktion GAB hat sich Oliver Bolliger eingetragen.

Oliver Bolliger (GAB): Ich kann es kurz machen. Bei der Beantwortung der Regierung zur Motion Nicole Kuster habe ich mich wirklich gefragt, weshalb der Regierungsrat die Motion nicht als erfüllt abgeschrieben hat. Alle drei geforderten Massnahmen sind bereits erfüllt beziehungsweise werden zurzeit aktiv bearbeitet. Die Evaluation ist erfolgt und liegt den Departementen vor. Die Suche und Prüfung eines neuen Standorts ist seit Sommer 2023 unter der Leitung des Gesundheitsdepartements bereits intensiv am Laufen und natürlich wird die Aufnahme des Betriebs an einer Kontakt- und Anlaufstelle nicht extra verzögert. Ob dies dann terminlich insgesamt aufgeht, das wissen wir nicht, kann auch niemand jetzt schon definitiv abschätzen. Der Massnahmenkatalog, also die dritte Forderung für das Umfeld ist schon jetzt ein integraler Bestandteil jeglicher Kontakt- und Anlaufstelle, auch die am Standort Dreispitz. Dieser Katalog, falls es dann terminlich nicht aufgeht, müsste dann auf die neue Ausgangslage ausgerichtet werden. Auch dies versteht sich von selbst.

Wie ich schon in meinem ersten Votum anfangs Jahr zum Ausdruck gebracht habe, sind die Anliegen der Motionärin nachvollziehbar. Aber wie ich auch damals schon gesagt habe, handelt es sich beim vorliegenden Vorstoss um ein mindestens seit 2022 bereits erkanntes Problem oder Fragestellung, so muss man es genau sagen, welches von den zuständigen Departementen schon bearbeitet wird. Schon damals, als man die Kontakt- und Anlaufstelle geplant hat für im Dreispitz, war klar, das wird nicht für immer sein, irgendwann muss es einen Ersatz geben.

Die Erstüberweisung letzten Herbst war vor allem von der Diskussion über die Situation an der Dreirosenmatte und dem Matthäuskirchplatz geprägt. Nun liegen die Antworten der Regierung vor und es ist klar, die Forderungen der Motion sind erkannt und werden bereits jetzt umgesetzt. Wir können also getrost die Verwaltung entlasten und ihre bereits aufgenommene Arbeit machen lassen. Die Motion braucht es in dieser Form, nicht das Anliegen, aber in dieser Form nicht mehr. Besten Dank für die Abschreibung beziehungsweise Ablehnung des Vorstosses.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit kommen wir zur nächsten Fraktionssprecherin für die SP, Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Mein Vorredner hat es auf den Punkt gebracht, danke vielmals, Oliver Bolliger. Die SP-Fraktion anerkennt das Bedürfnis, dass der Standort der K+A Dreispitz überprüft wird, erachtet die Motion allerdings als das falsche Instrument. Als Zeichen der Anerkennung und als Zeichen dafür, dass wir die Sorgen für Menschen in unserem Kanton ernst nehmen, beantragt die SP-Fraktion, dass die vorliegende Motion als Anzug überwiesen wird.

Warum ist die SP-Fraktion gegen die Motion. Standorte für Kontakt- und Anlaufstellen sind per se schwierig zu finden, weil sie hohe Ansprüche erfüllen müssen. Schwierig, weil sich in einem Stadtkanton überall eine Schule, ein Kindergarten, eine Kita, ein Alters- und Pflegeheim, ein Familienquartier, ein Spital, etc. befindet. Es gibt schlicht und einfach keinen idealen Standort. Zudem sehen wir die Nähe zum geplanten Neubau Primarschule Walkeweg und die Nähe des Kindergartens zur K+A Dreispitz nicht als problematisch an. Die SP-Fraktion anerkennt, dass es sich hier um zwei besonders schützenswerte, um vulnerable Personengruppen handelt, einerseits die hilfesuchenden, suchterkrankten Menschen und andererseits die heranwachsenden, minderjährigen Kinder.

Bitte erlauben Sie mir aber diese Bemerkung. Obwohl es bereits seit mehreren Jahren eine Primarschule neben der temporären Wohnsiedlung für Menschen mit Fluchterfahrung an der Münchensteinerstrasse 103 gibt, die in unmittelbarer Nähe der K+A Dreispitz liegt, gab es bislang keine Beanstandungen. Diese bisherige Untätigkeit wirft Fragen auf. Kinder mit Fluchterfahrung besuchen jeden Tag die Primarschule Dreispitz. Auch hier kreuzen sich die Wege von geflüchteten Kindern und Suchterkrankten, die die K+A Dreispitz aufsuchen. Die Erfahrungen zeigen, dass es bis jetzt keine Probleme gibt und auch die K+A in Kleinbasel befindet sich neben einer Schule. Auch in diesem Fall scheint es zu funktionieren. Im Gegenteil, die soziale Kontrolle wird erhöht, wenn die K+A nicht zu sehr abgelegen liegt.

Wir verweisen nochmals darauf, dass der Standort der Kontakt- und Anlaufstelle Dreispitz von Anfang an ein Provisorium mit befristeter Betriebsdauer war. Bereits im Jahr 2022 wurde erkannt, dass aufgrund der städtebaulichen Entwicklungen des Quartiers Walkeweg im Zusammenhang mit dem baulichen Zustand, wie etwa fehlende Klimatisierung, enge Platzverhältnisse, etc., die mittlerweile seit rund zehn Jahren betriebene K+A Dreispitz sowie in Folge veränderter Konsumformen Handlungsbedarf besteht. Deshalb wurde das Gesundheitsdepartement im Juni 2022 vom Regierungsrat beauftragt, das Konzept der K+A sowie den Standort der K+A Dreispitz zu überprüfen. Auch deshalb erachtet die SP-Fraktion die vorliegende Motion als obsolet.

Abschliessend möchte ich nochmals hervorheben, wir distanzieren uns vom gesellschaftlichen Stigma gegenüber Suchterkrankten. Wir distanzieren uns davon, Menschen mit einer suchtbedingten Erkrankung als potenzielle Gefahr für Kinder zu betrachten, ohne dabei Herausforderungen auszublenden. Stigmatisierung schadet den Betroffenen und verstärkt Suchtprobleme. Sie ist ein Hindernis auf dem Weg zu Hilfe, führt zu schlechter Behandlung und vergrössert die sozialen und gesundheitlichen Folgen einer Suchtkrankheit. Das gilt sowohl für die individuellen Folgen als auch für die gesellschaftlichen, einschliesslich der öffentliche Gesundheitskosten. Zudem ist Stigmatisierung ein ethisches Problem, weil sie eine bestimmte Gruppe benachteiligt und die Menschenwürde der Betroffenen angreift.

Die SP-Fraktion stellt deshalb den Antrag, die Motion als Anzug zu überweisen. Die Entscheidung, den Vorstoss als Anzug zu überweisen, soll als grosses Entgegenkommen der SP-Fraktion verstanden werden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Als Einzelsprecherin eingetragen hat sich Nicole Kuster.

Nicole Kuster-Simon (LDP): Es freut mich, dass die Regierung die Motion erfüllen will und ich bin froh, dass die Problematik erkannt ist und Lösungen erarbeitet werden. Ich versichere Ihnen, wäre alles so klar gewesen, hätten wir diese Motion nicht ausgearbeitet. Die Motion lässt der Regierung einen grossen Handlungsspielraum, die Motion wurde von vielen hier drinnen

unterzeichnet. Weshalb jetzt die kritischen Stimmen noch immer andauern, ist sonderbar. Es geht nicht um Diskriminierung, es geht nicht um Stigmatisierung, es geht einzig und schlichtweg um vorausschauende Städteplanung. Arealentwicklungen müssen mögliche Brennpunkte miteinbeziehen und Lösungen müssen gefunden werden. Dies scheint nun zu passieren und ich hoffe, dass Sie alle dieser vorausschauenden Planung zustimmen. Es wird damit nämlich viel Gutes erreicht. Besten Dank, dass Sie die Motion als Motion überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Als nächster Einzelsprecher hat sich eingetragen Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Ich kann das jetzt irgendwie nicht so stehen lassen, ich staune eigentlich immer wieder. Die K+A, die ist ja nicht erst seit gestern dort und offensichtlich war es vorher egal, was dort passierte oder nicht passierte. Es gibt ein Quartier, das schon besteht, das wird nicht gebaut, das hat sich schon immer mit dieser K+A auseinandergesetzt. Und wieso es jetzt auf einmal so aufgebauscht wird, das verstehe ich wirklich nicht und das konnte mir jetzt auch die Motionärin, die damalige, nicht erklären.

Das einzige, was ich sehen würde, der Regierungsrat hat in seiner Motionsbeantwortung, das wurde schon gesagt, einiges dargelegt, was dort passiert. Was mir noch fehlt, ist eigentlich, was dann für den östlichen Teil des Gundelis langfristig passiert, weil in den letzten Jahren, als die Herausforderungen dort zugenommen haben, ist eigentlich sehr wenig passiert. Ich würde den Regierungsrat bitten, da der Anzug oder die Motion jetzt ja überwiesen wird, sich bitte auch Gedanken zu machen, wie er die Problematik dort angehen will. Das hat nicht so viel mit Stadtentwicklung für neue Quartiere zu tun, sondern vielleicht für die, die schon da sind, auch mal etwas zu machen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es hat sich Tim Cuénod gemeldet.

Tim Cuénod (SP): Die Erstüberweisung der Motion ist ja insofern sehr verständlich gewesen, dass man wirklich Probleme aufwirft im Zusammenhang mit dieser Schulraumplanung, da Probleme und Konflikte entstehen könnten, die in der Form heute nicht vorhanden sind.

Die Zweitüberweisung der Motion, so wie sie jetzt vorliegt, würde ich interpretieren, würden wohl viele interpretieren, als ein ganz klares Signal, dass wir als Grosser Rat eine Verschiebung des Standorts dieser K+A wollen aufgrund des vorliegenden Motionstextes. Und da möchte ich Ihnen jetzt einfach aus Quartierperspektive sagen, dass ich im Gundeli bisher noch nie Leute gehört habe, die sich im grossen Umfang an der K+A gestört hätten, sondern dass man da sehr wohl auch versucht, durch verschiedene Massnahmen diese Probleme, Probleme, die es da geben kann, irgendwie anzugehen. Ich denke, dass auch mit den Schulen diese Probleme durchaus lösbar wären, beispielsweise mit klaren Beschriftungen, dass der Zugang zu den Schulen, unseren Kindergärten via Walkeweg erfolgt und anders. Aber es ist nicht so, dass die jetzige Problemlage in den letzten Jahren und auch das, was sich jetzt abzeichnet aufgrund dieser Arealentwicklung, notwendig machen würde, dass man die K+A verschiebt, dass die an einen anderen Standort gehen muss. Ich habe diesbezüglich aus dem Quartier wirklich bisher noch nie Klagen vernommen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Liste der Einzelsprechenden ist erschöpft. Somit kommen wir zu Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Grossrat Oliver Bolliger hat indirekt mir eine Frage gestellt, indem er gesagt hat, weshalb hat sich die Regierung nicht gegen jetzt eine zweite Überweisung ausgesprochen und ich möchte das beantworten, weil wir nicht jetzt den Eindruck erwecken wollen, wir würden das nicht ernst nehmen und nicht die Richtung, die wir beschrieben haben, auch verfolgen.

Wir untersuchen Standortfragen, wir kümmern uns um Betriebsfragen und das ist, was die Motion verlangt, und insofern haben wir keinen Grund, uns gegen Überweisung auszusprechen. Die Form, ob Anzug oder Motion, kann man allenfalls auch hier wieder als Stilfrage oder Frage der Signalstärke interpretieren. Wir sind an diesem Thema dran und wir bearbeiten das, und zwar so, dass wir die Entwicklungen, die absehbar sind, verantwortungsvoll antizipieren wollen und darauf reagieren wollen im Interesse aller Beteiligten.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen damit zur ersten Abstimmung. Amina Trevisan beantragt die Überweisung als Anzug.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 50 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003699, 12.06.24 20:46:34]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie möchten dieses Geschäft als Motion weiterberaten mit 50 Nein-Stimmen gegen 43 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Wir kommen zur nächsten Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 43 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003701, 12.06.24 20:47:24]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen. Frist: 4 Jahre.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben die Motion mit 50 Ja-Stimmen gegen 43 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen dem Regierungsrat überwiesen.

45. Anzug Thomas Widmer-Huber und Konsorten zur Förderung der Suizidprävention im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR

[12.06.24 20:47:32, 22.5571.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Thomas Widmer-Huber hat sich als Einzelsprecher eingetragen.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Im Blick auf die Suizidprävention danke ich dem Regierungsrat und den Mitarbeitenden im Gesundheitsdepartement für das bisherige und geplante Engagement. Es wird deutlich, dass auf mehreren Ebenen präventiv gehandelt wird. Genannt werden festinstallierte Austauschgremien in unserem Kanton, etwa die Arbeitsgruppe zur Planung von suizidpräventiven Massnahmen. Ich begrüsse Sicherungsmassnahmen bei Hotspots wie die Pfalz und dem Viadukt über die A2 im Gellertquartier und dass die Sicherung eines weiteren Hotspots in der Projektphase ist.

In meinem Anzug hatte ich gefordert, dass Erfahrungen aus Kampagnen aus anderen Kantonen fruchtbar gemacht werden und geeignetes Material für unseren Kanton eingesetzt wird. Die Regierung berichtet unter anderem von einem Leitfaden zum Thema Suizidalität für Lehrpersonen aus Zürich, welcher frisch überarbeitet wurde. Erwähnt wird auch eine Social Media Kampagne von Prävention Zürich und Pro Juventute, die im Februar dieses Jahres auf Basel ausgeweitet wurde. Ich begrüsse es, dass der Kanton für Lehrpersonen halbtägige Fortbildungen zum Thema Umgang mit suizidalen Jugendlichen anbietet und dass geplant ist, dieses Angebot auf weitere Fachpersonen auszuweiten, die mit Jugendlichen arbeiten. Eine

von mir angeregte grössere gemeinsame Kampagne in den Nordwestschweizer Kantonen sei aktuell noch nicht geplant, ist zu lesen.

Auch wenn noch nicht alle Anliegen meines Anzugs erfüllt sind, bedanke ich mich für alle bereits getroffenen Massnahmen und unterstütze die Abschreibung.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

46. Interpellation Nr. 46 Olivier Battaglia betreffend PFAS im Trinkwasser, Schriftliche Beantwortung

[12.06.24 20:50:07, 24.5147.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Olivier Battaglia (LDP): Ich möchte mich an dieser Stelle bedanken für die Antwort, die uns geliefert worden ist in Bezug auf PFAS, also sprich die Ewigkeits-Chemikalien. Da ist eigentlich der positivste Teil, dass wirklich etwas gemacht wird und dass wir neu die Höchstwerte der EU annehmen werden, die weiter runtergehen, und das ist eigentlich zugunsten von den Leuten eine positive Sache. Begrüssen würden wir auch noch, dass die Webseiten und die kantonalen Informationen sehr gut und ordentlich geführt werden. Wir bedanken uns für die Antwort und sind mit der Antwort zufrieden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt. Ich übergebe an den Präsidenten.

47. Motion Lorenz Amiet und Konsorten betreffend «Wider die Auswüchse bei Lohngleichheitsanalysen im kantonalen Beschaffungswesen», Stellungnahme des RR

[12.06.24 20:51:20, 23.5478.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich teilweise zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Regierungspräsident Conradin Cramer verzichtet in der ersten Runde auf ein Votum. Damit sind wir bei den Fraktionen und zuerst hat Michela Seggiani das Wort.

Michela Seggiani (SP): Die SP-Fraktion beantragt eine Nichtüberweisung der Motion, auch nicht als Anzug.

Lohnunterschiede aufgrund des Gesetzes sind nicht erlaubt und zur Überprüfung benötigt es Instrumente. Wie könnte man denn sonst den Lohn auch überprüfen. Ein Instrument dafür ist Logib, Logib ist wissenschaftlich anerkannt. Für die Vergleichbarkeit zwischen einzelnen Bewerbenden ist es praktisch, wenn alle das gleiche Tool verwenden. Das jetzt als statistisch irrelevante Methode zu bezeichnen, kann man machen, allerdings ihr Unzulänglichkeiten und ein Piesacken zu unterstellen und sie als Auswüchse bei Lohngleichheitsanalysen zu bezeichnen, geht doch deutlich zu weit. Eigentlich wundere ich mich bereits deshalb, warum die Regierung hier für eine Überweisung als Anzug ist.

Inhaltlich erstaunt es, weil noch zu prüfen gelte, ob die Motionsforderung mit höherrangigem Recht vereinbar ist. Die Motion möchte eine Selbstdeklaration als Mittel zur Überprüfung, dann eine Nachweispflicht für erfolgreiche Anbieter ab 50 Mitarbeitenden und dass stichprobenweise kontrolliert werden kann. Das Gesetz sieht nicht vor, wie genau eine Lohngleichheit nachgewiesen werden soll. Wir können auch alle Löhne offenlegen lassen, wenn die dafür vorhandenen Instrumente als ungenügend erachtet werden.

Der Kampf um gleiche Rechte zwischen Frau und Mann und allen Geschlechtern währt lange und es ist unzähligen, vor allem Frauen zu verdanken, dass wir heute zumindest eine theoretische und im Gesetz festgelegte Gleichstellung erreicht haben. Wir wissen, dass wir immer noch eine strukturelle Ungleichheit zwischen den Geschlechtern haben, insbesondere beim Lohn. Diese symbolische Ordnung in unserer Gesellschaft kommt zum Glück immer wieder ins Wanken, weil der Anspruch und Gleichstellung aktiv von vielen erkämpft wird. Dagegen gibt es einen Backlash. Dieser Wandel soll gebremst oder zurückgedreht werden. Solche Vorstösse wie hier unterstützen diese Gegentendenz.

Dass es Lohngleichheitsanalysen im öffentlichen Beschaffungswesen gibt im Kanton Basel-Stadt, ist eine lang erkämpfte Errungenschaft. Die aktuelle Praxis wird erst seit November 2023 so umgesetzt. Ich rate deshalb, jetzt im mindesten einmal abzuwarten und nicht jetzt schon wieder in Frage zu stellen. Warum hier sämtliche Fraktionen, ausser dem GAB und ausser uns für eine Überweisung der Motion sind, deklariert doch klar eine Persistenz, die mich überrascht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion GLP spricht Niggi Daniel Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Die Fraktion der Grünliberalen unterstützt die Bemühungen um rechtliche und tatsächliche Gleichstellung. Auch die Förderung der Lohngleichheit liegt uns sehr am Herzen. Jedoch hegen wir zunehmend Zweifel, ob Basel-Stadt mit seinen Massnahmen nicht über das Ziel hinausschiesst. Momentan behandelt die WAK einen Vorstoss für eine Verschärfung der Verpflichtung zur Lohngleichheitsanalyse für Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeitenden, während auf Bundesebene diese Regelung erst ab 100 Mitarbeitenden greift.

Bereits während der Vernehmlassung haben die Grünliberalen Bedenken geäussert, dass eine Verpflichtung basierend auf der Anzahl der Mitarbeitenden problematisch ist und sich möglicherweise negativ auf die Schaffung von Teilzeitstellen auswirken könnte. Wir schlagen daher vor, stattdessen auf Vollzeitstellenäquivalente zurückzugreifen. Die aktuelle Verschärfung im Beschaffungswesens sieht vor, dass Unternehmen bereits ab 10 Mitarbeitenden eine Lohngleichheitsanalyse durchführen müssen. Dies wurde beschlossen, noch bevor der Grosse Rat endgültig über die Verschärfung auf 50 Mitarbeitende entschieden hat. Wir fühlen uns daher etwas bedrängt und hätten gerne zunächst den Bericht über die Ergebnisse der Bundesregelung abgewartet, bevor weitere Schritte in Form vorauseilender Regulierungswut unternommen werden. Dies gilt für die 50 wie auch für die 10.

Denn es gibt durchaus auch kritische Stimmen aus der Wissenschaft bezüglich Lohngleichheitsanalyse und insbesondere des Instruments Logib. Es scheint, als würden diese Stimmen nicht gehört werden, das halten wir für falsch. Wir möchten insbesondere darauf hinweisen, dass Kleinbetriebe, Vereine und Non-Profit-Organisationen im Sozialbereich schnell 10 Teilzeitstellen erreichen und sich zusätzlicher Aufwand für sie nur schwer bewältigen lässt. Diese Verschärfung wirkt sich nicht zuletzt nachteilig auf sie aus, wenn sie sich für staatliche Aufträge bewerben wollen.

In diesem Sinne unterstützen wir die Überweisung als Motion, wissend, dass möglicherweise nur die rechtlich zulässigen Forderungen umgesetzt werden können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP spricht Lydia Isler-Christ.

Lydia Isler-Christ (LDP): Auch die Fraktion der LDP ist klar für die Überweisung als Motion und nicht als Anzug. Laut Regierung sollen gewisse Forderungen gegen höherrangiges Recht verstossen, was aber offensichtlich nicht so ist, das wird der Motionär sicher später noch genauer erläutern. Uns ist die Verbindlichkeit einer Motion wichtig und darum wollen wir es nicht als Anzug überwiesen haben. Für uns ist wesentlich, die Lohngleichheit ist jetzt schon verfassungsmässige Pflicht und die Instrumente, um sie einzufordern, die bestehen. Weiterführende Lohngleichheitsanalysen sind wirtschaftsfeindlich und verbunden mit einem grossen finanziellen und administrativen Aufwand. Das ist dann die Zeit, die auch den Unternehmen verloren geht, die sie lieber produktiv einsetzen möchten. Und wie schon erwähnt wurde, der Mehrwert von weiterführenden Analysen ist zum Teil auch fraglich.

Darum ist die Fraktion der LDP klar für Überweisung als Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die SVP ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Ich spreche auch für die FDP. Warum Lohngleichheitsanalysen für Kleinunternehmen von 10 Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern ein Auswuchs, man darf etwas salopper auch von einer Absurdität sprechen, sind, hat Ihnen jetzt gerade eben Lydia Isler-Christ und vorher Niggi Rechsteiner schon erklärt. Vielleicht erinnern Sie sich auch an mein Beispiel aus der Erstüberweisung vor einem halben Jahr, der Gipsereibetrieb mit neun Gipsern und einer Teilzeit-Bürokraft weiblichen Geschlechts. Wenn Sie Löhne vergleichen wollen, dann müssen Sie in einer Funktionsstufe mindestens einen Mann und eine Frau angestellt haben, und zwar zu einigermassen irgendwie halbwegs vergleichbaren Bedingungen. Gipserinnen sind ebenso dünn gesät wie Gerüstbauerinnen, Stahlbauerinnen oder Maschinenführerinnen im Tiefbau. Man mag das bedauern, die Statistik interessiert sich nicht für die Gründe und Lohngleichheitsanalysen sind Statistik.

Lassen Sie mich nun auf die rechtliche Zulässigkeit zu sprechen kommen. Wir sind es uns ja gewohnt, dass der Regierungsrat missliebige Vorstösse gerne etwas vorschnell als rechtlich unzulässig klassiert. Im vorliegenden Fall ist die Beurteilung der teilweisen rechtlichen Unzulässigkeit nicht bloss vorschnell, sondern schlichtweg falsch. Das sage nicht ich, sondern das sagen zwei Juristinnen, die ich um eine Beurteilung gebeten habe. Es geht dabei um die Forderung des nachträglichen Erbringens des Nachweises. Massgeblich ist dabei die interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen. Ich zitiere jetzt aus dieser Beurteilung: Diese Vereinbarung schreibt keine Nachweispflicht vor und hält lediglich die Möglichkeit der Forderung eines Nachweises fest. Kann-Bestimmung. Wobei bereits eine Selbstdeklaration oder die Aufnahme in ein Verzeichnis als Nachweis gelten. Deshalb ist jede zusätzliche Forderung eines Nachweises in anderer Form und dessen Ausgestaltung, wie der Zeitpunkt des Einreichens, Sache des Kantons. Der Regierungsrat verkennt in seiner Stellungnahme, dass gemäss übergeordnetem Recht auch eine Selbstdeklaration als Nachweis gilt. Und damit, glaube ich, ist die Frage beantwortet, ob diese Motion rechtlich zulässig ist oder nicht.

In seiner Stellungnahme in materieller Hinsicht beruft sich der Regierungsrat hauptsächlich auf die Maxime der Gleichbehandlung aller Anbieter. Deshalb müssten schon Firmen ab 10 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Lohngleichheitsanalysen durchführen. Ja, warum dann nicht solche mit neun Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern? Wo ist hier die Gleichbehandlung? Sind wir doch ehrlich, ob 10, 50 oder 100, irgendwo gibt es einen Schwellenwert. Wenn Sie ein bis zwei Personentage in Logib investieren müssen, dann ist dies für eine Firma mit 50 Angestellten weit weniger belastend als für ein Kleinunternehmen mit 10 Angestellten. Und damit sehen wir bereits, dass diese Frage der Gleichbehandlung nicht korrekt beantwortet wird vom Regierungsrat. Was ist dann das Resultat für diese Kleinstunternehmen? Wenn Sie 10 Personen beschäftigen, dann kommt es für sie wohl in Frage, sich einfach nicht mehr für Aufträge des Kantons zu bewerben, weil der administrative Aufwand zu gross ist. Oder noch schlimmer, sie stellen keine Frauen mehr an, weil dann die Lohngleichheitsanalyse trivial ist.

Beides kann ja nicht sein und deshalb sind viele KMUs Ihnen dankbar, wenn Sie jetzt diese Motion noch ein zweites Mal überweisen, und zwar als Motion und nicht als Anzug.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelvoten und da hat sich Nicole Amacher gemeldet.

Nicole Amacher (SP): Ich sehe das wesentlich anders als mein Kollege Lorenz Amiet. Bis anhin war das Commitment in diesem Parlament zur Erreichung der Lohngleichheit sehr gross. Meine Motion zu den Lohngleichheitsanalysen wurde zweimal deutlich mit Hilfe von GLP-Stimmen, ich gebe zu, vereinzelt den Stimmen aus der FDP, aber auch Stimmen aus der Mitte überwiesen. Nach dem grossen Frauenstreik von 2019 mit der Hauptforderung Lohngleichheit und vor den letzten Wahlen, also 2019, fand das hier noch eine Wichtigkeit, aber das scheint jetzt ein wenig her zu sein.

Ich finde es bedenklich und es macht mich hässig, um das Wording des feministischen Streiks zu gebrauchen, dass nun die Errungenschaft in den Bestrebungen, Lohngleichheit zu erreichen, wieder rückgängig gemacht werden sollen. Und gerade im Beschaffungswesen hier in Basel-Stadt haben wir bereits vorbildliche und wirksame Prozesse zur Umsetzung des gesetzlichen Auftrags der Bundesverfassung bezüglich Lohngleichheit im Beschaffungsgesetz geschaffen. Und das nämlich mit dem wichtigen Zweck, und das ist wirklich eine der Hauptgründe, dass die Gleichbehandlung allen anbietenden Unternehmen gegeben ist. Und ja, das IVöB schreibt Logib nicht als Tool vor, aber eben genau diese Vorgabe in BS stellt sicher, dass die Eingaben so vergleichbar sind und damit die Prozesse fair sind.

Die Motion will, dass weiterhin nur Unternehmen ab 50 Mitarbeiter*innen eine Analysepflicht durchführen. Das lehnen wir entschieden ab oder ich, ich rede ja jetzt als Einzelperson. Auch wiederum aus Gründen der Gleichbehandlung aller, die sich nämlich für einen Auftrag bewerben. Und nein, eine Selbstdeklaration, ein Kreuzchen, das reicht nicht aus und ein Unternehmen mit neun Mitarbeiter*innen oder 12 hat niemals zwei Tage, um eine Deklaration durchzuführen. Seit dem 1. November 2023 müssen nun alle, eben auch die Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeiter*innen, diese Lohngleichheit nachweisen. Das ist wichtig, wie gesagt, nämlich zur Gleichbehandlung aller. Ich finde das wichtig und wir müssen das weiter so beibehalten.

Ich lehne auch entschieden ab, nämlich der Wegfall der Nachweispflicht in der Angebotsphase, weil eben genau in der Angebotsphase diese Nachweispflicht sicherstellt, dass anbietende Unternehmen die gesetzlichen Anforderungen erfüllen beziehungsweise diese, die sie nicht erfüllen, vom Verfahren ausgeschlossen werden können. Und ja, die Regierung sagt, in diesem Fall verstösst diese Motion höherrangigem Recht, was Lorenz Amiet jetzt bezweifelt, aber mir geht jetzt nicht mal darum, ob höherrangiges Recht nicht gegeben ist, sondern mir geht es wirklich um die Gleichbehandlung und das Anliegen selbst.

Und nochmals zu dem immer wieder schlecht geredeten Analysetool Logib. Logib ist nachgewiesen und wissenschaftlich und rechtskonform und wurde international dafür ausgezeichnet. Der Bund hat schon mehrfach Stellung dazu bezogen. Es wurden Studien von der Uni St. Gallen in Auftrag gegeben vom Bund für anscheinend Hunderttausend von Franken und es wurde nicht widerlegt oder es wurde bestätigt, dass dieses Logib wirklich rechtskonform ist und dass es alle Anforderungen erfüllt und zu recht internationale Anerkennung findet. Deshalb finde ich, ist diese Logib-Diskussion oder diese Analysetool-Diskussion ein Scheingefecht, weil man das nicht haben möchte, weil man diese Kontrollen nicht haben möchte und diese Anstrengung nicht unternehmen möchte.

Ich glaube, ich habe die wesentlichen Punkte gesagt. Ich bin klar dagegen, dass wir diese Motion als Motion überweisen und ich bitte Sie, zumindest diese Motion nicht als Motion zu überweisen, sondern als Anzug. Aber am besten überweisen Sie sie nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nicole Amacher, möchten Sie eine Frage von Lorenz Amiet beantworten? Sie wird angenommen.

Lorenz Amiet (SVP): Nicole Amacher, Ihnen ist schon bekannt, dass ich genau die gleiche Grenze von 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern fordere, wie Sie in Ihrer Motion, auf die Sie sich berufen haben?

Nicole Amacher (SP): Ja, aber wir sind hier im Beschaffungswesen. Das andere ist ein anderes Gesetz. Im Beschaffungswesen ist es so, dass wir im Kanton eine spezielle Regelung haben als anscheinend auch andere Kantone und da sind wir etwas strenger.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zu Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GAB): In der Woche vom 14. Juni sind auch wir vom GAB überzeugt, dass wir mit der Massnahme der Lohngleichheitsanalyse einen Mehrwert schaffen oder diesen geschaffen haben für die Gleichstellung. Die Antworten der Regierung bestätigen unsere Haltung, wir kommen aber zu einem anderen Schluss als die Regierung, die das in einen Anzug umwandeln möchte. Wir sind überzeugt von diesem Mehrwert.

Die Einhaltung von diesen Lohngleichheitsanalysen im Vergabewesen ist wichtig und wie der Regierungsrat schildert, ist auch nach einem erstmaligen grossen Aufwand, den wir auch anerkennen, der weiterführende Aufwand in einem aus unserer Sicht machbaren Rahmen. Die angedachte Evaluation lässt für uns genügend Spielraum, um nach 2026 anfällige Anpassungen vorzunehmen. Daher beantragen wir, also das GAB aufgrund der Regierungsratsantwort nicht nur das Umwandeln in einen Anzug, sondern das Abschreiben mit dem Vertrauen, dass dies mit einem guten Augenmass umgesetzt wird.

Jetzt noch, warum ich ein Einzelvotum halte, eine kurze persönliche Anmerkung. Ich anerkenne, dass das Gewerbe hohe Auflagen erfüllen muss in verschiedenen Bereichen und dass das zu mehr Aufwänden führen kann, insbesondere für kleinere Betriebe, und werde mit diesem Problem auch immer wieder konfrontiert. Die Aufweichung dieser Auflagen für einige Unternehmen ist aber aus meiner Sicht der falsche Weg. Vielmehr frage ich mich, und das ist ernst gemeint, wie man insbesondere das kleine Gewerbe auf dem Weg zur Erfüllung und Belegung der verschiedenen Anforderungen besser unterstützen kann und bin sehr offen für Ideen und Kooperationen, wenn jemand welche hat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zum Sprecher für den Regierungsrat und das ist Regierungspräsident Conradin Cramer.

Schlussabstimmung

fehlerhaft gestartete Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung (Stichentscheid des Präsidenten)

3 Ja, 4 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003705, 12.06.24 21:11:08]*

Der Grosse Rat beschliesst

kein Beschluss.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass der Regierungsrat festgestellt hat, dass die Motion in Teilen rechtlich nicht zulässig ist. Das ist, wie Sie wissen, keine politische Feststellung, sondern eine Feststellung des unabhängigen Rechtsdienst, der im Justiz- und Sicherheitsdepartement angesiedelt ist. Und die Interpretation der interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen, die ist klar, Einhaltung der Lohngleichheit ist eine Teilnahmebedingung und der Nachweis dazu, der muss vor der Zuschlagsvergabe eingereicht werden, der kann nicht erst mit Zuschlag oder nach Zuschlag eingereicht werden. Hier ist die Interpretation des Rechtsdienstes klar, entsprechend ist das auch massgeblich für den Regierungsrat in der weiteren Behandlung dieses Geschäft, sofern es denn als Motion überwiesen werden sollte.

Der Regierungsrat beantragt Ihnen aber inhaltlich eine Überweisung als Anzug. Anzug deshalb, weil die jetzige Regelung ja erst seit November 2023 umgesetzt wird und wir einer Evaluation planen. Die Evaluation wird vorliegen auf Ende 2025, die Ergebnisse dieser Evaluation, die möchten wir abwarten. Das entspricht einer seriösen Politik, eine einmal eingesetzte Praxis ist zuerst auf ihre Auswirkungen zu prüfen, bevor man sie wieder verwirft. Wir können dann auch, wenn wir etwas Zeit bekommen, um ebendiese Evaluation seriös anzugehen, auf die Erfahrungen aus anderen Städten und Kantonen abstellen sowie zusätzlich auch die aktuellen bundespolitischen Entwicklungen in Bezug auf Logib berücksichtigen.

Deshalb die Bitte, lassen Sie die Praxis jetzt einmal einlaufen, sich etablieren, lassen Sie sie uns evaluieren, analysieren und dann können wir wieder berichten, was es an Anpassungen allenfalls braucht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Abstimmungen. Der Regierungsrat beantragt, ihm die Motion als Anzug zu überweisen. Niggi Rechtsteiner beantragt Überweisung als Motion.

Eventualabstimmung

JA Weiterbehandlung als Anzug, NEIN Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 52 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003707, 12.06.24 21:13:29]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 52 Nein-Stimmen gegen 41 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Michela Seggiani beantragt Nichtüberweisung. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

fehlerhafte Abstimmung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Dann versuchen wir es nochmals. Die Abstimmung ist immer noch die gleiche.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 43 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003710, 12.06.24 21:14:27]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen. Frist: 4 Jahre.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 51 Ja-Stimmen gegen 43 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

48. Motion Daniel Seiler und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich des Stockwerkeigentums, Stellungnahme des RR

[12.06.24 21:14:34, 23.5572.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Regierungspräsident Conradin Cramer hat das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Sie debattieren heute über die Überweisung von fünf Motionen, die allesamt Anpassungen im Basler Wohnraumschutz fordern. Die jetzt geltenden neuen Wohnraumschutzbestimmungen, also das revidierte Wohnraumfördergesetz und die Wohnraumschutzverordnung, sind erst knapp zwei Jahre in Kraft und sie fussen, wie Sie wissen, ja auf einem Volksentscheid. Heute liegt noch keine etablierte Praxis zur Umsetzung vor. Die Auswirkungen der neuen Wohnschutzbestimmungen sind also noch nicht über den Einzelfall hinaus allgemein genau einschätzbar.

Klar ist aber, auch den Regierungsrat und uns alle erreichen Klagen aus der Immobilienbranche von Gewerbetreibenden, von Investor*innen, dass weniger saniert und weniger gebaut wird. Die Kausalitäten sind hier nicht überall restlos klar. Neben der Wohnschutzgesetzgebung gibt es auch andere Faktoren wie die Zinswende, die Bauteuerung, Einsprachen, aber wir stellen fest, dass wir eine grosse Verunsicherung bei allen haben, die in unserem Kanton bauen oder sanieren möchten und klar ist entsprechend auch für den Regierungsrat, dass es so auf Dauer nicht weitergehen kann. Eine Situation, mit der praktisch keiner zufrieden ist und die uns hemmt in unserer Entwicklung als Stadt, die auch klimaschonende Sanierungen erschwert, das ist keine gute Situation.

Der Regierungsrat hat deshalb eine Auslegeordnung zu den Wohnraumschutzbestimmungen in Auftrag gegeben und auf dieser Grundlage sollen die Auswirkungen der neuen Bestimmungen festgestellt und Anpassungen geprüft werden. Gerne möchte der Regierungsrat basierend darauf beurteilen, wie weiter vorzugehen ist und welche Anpassungen, in welchem Zeithorizont, in welcher Regelungsstufe möglich und welche notwendig sind. Deshalb ist aus Sicht des Regierungsrats eine direkte Umsetzung der Motionen nicht zu empfehlen.

Die fünf Motionen sind selbstverständlich individuell zu behandeln und sie enthalten auch nach Meinung des Regierungsrats prüfenswerte Ansätze. Bei der vorliegenden Motion Seiler allerdings, die wir als erstes diskutieren, beantragt der Regierungsrat Nichtüberweisung, denn es ist der Zweck des WRFG, einen möglichst umfassenden Schutz des Mietwohnraumbestandes zu haben und deshalb überzeugt es nicht, dass vor Inkrafttreten der

Wohnraumschutzbestimmungen vermietete Stockwerkeigentumswohnungen anders zu behandeln sind als diejenigen, die erst nach Inkrafttreten umgewandelt wurden.

Der Regierungsrat beantragt Ihnen daher, die Motion Seiler betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich des Stockwerkeigentums dem Regierungsrat nicht zu überweisen. Ich werde mir dann erlauben, mich zu den anderen Motionen auch noch konkret zu äussern.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP spricht Michael Hug.

Michael Hug (LDP): An dieser Stelle werde ich für die Fraktion der LDP für alle Wohnschutzmotionen sprechen und mich gegebenenfalls bei den einzelnen Beratungen nochmals melden. Inhaltlich möchte ich grundsätzlich auf die Diskussion bei der Erstüberweisung verweisen und nicht nochmal auf die einzelnen Vorstösse eingehen.

Das Wohnschutzgesetz führt bekanntermassen dazu, dass in Basel weniger Sanierungsprojekte durchgeführt werden. Preistreibende Investitionen lohnen sich nicht mehr, so weit so vorsehbar. Aber die Bestimmungen führen zu massiven Fehlwirkungen. Gerade Personengruppen, die eigentlich von diesem Gesetz profitieren sollten, werden nun benachteiligt. Fair agierende Vermieterinnen und Vermieter, die ihre Mieten über lange Zeit nicht erhöht haben, sowie Mieterinnen und Mieter, die einen zeitgemässen und komfortablen Wohnstandard wünschen, haben das Nachsehen. Darüber hinaus leidet ein ganzer Wirtschaftszweig unter dem Mangel an Aufträgen. Die Lage ist gravierend. Der SIA Basel sowie der Baumeisterverband beider Basel haben dies soeben öffentlich bezeugt. Die Bilanz des neuen Gesetzes ist ernüchternd und der Bedarf an Handeln ist unbestreitbar.

Die Regierung zeigt dies auch an, indem sie die Motion entgegengenommen hat. Sie hat in ihrer Antwort die fünf Motionen unterschiedlich bewertet, jedoch den Handlungsbedarf anerkannt und mehr Flexibilität bei der Umsetzung gefordert. Grundsätzlich möchten wir von der LDP den Druck hochhalten und folgen den Empfehlungen der Regierung nicht, drei Motionen fallen zu lassen und zwei als Anzüge zu überweisen. Diese Vorstösse sind notwendige Werkzeuge, um die missglückte Umsetzung der Initiative «Ja zum ECHTEN Wohnschutz» zu flicken und zu helfen, dass unsere Wohnungen wieder saniert werden und neuer Wohnraum gebaut wird. Das Gesetz schützt einfach Personen, welche bereits in Wohnungen leben, zementiert sozusagen den Status Quo. Die Stadt wird nicht mehr weitergebaut, sie verlottert. Dies ist schlecht für die Mieter*innen und schlecht für die Architekturstadt Basel. Das kann nicht das Ziel der gewünschten Wohnschutzbestimmungen und unserer Gesellschaft sein.

Wir empfehlen entgegen dem «Chrüzlistich», alle Motionen zur Erfüllung an die Regierung zu überweisen. Dies gibt dem neuen Regierungspräsidenten Conradin Cramer auch einen klaren Auftrag, nun rasch die Wohnraumschutzförderung anzupassen und wo nötig eine Gesetzesvorlage zu präsentieren. Inhaltlich soll der Regierungsrat die Überweisung als Grundlage ansehen, die Verordnung ganzheitlich zu überprüfen, natürlich mit der gebührenden Beachtung des Volkswillens. Diesem Anliegen können auch Ratskollegen der SP unterstützen, die einen gewissen Handlungsbedarf anerkennen.

Die LDP bittet Sie aus den genannten Argumenten, alle Vorstösse heute als Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage von Tonja Zürcher vor. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Tonja Zürcher (GAB): Ich wohne momentan gerade auf einer Baustelle. Die Liegenschaft, wo ich wohne, wird saniert. Es werden Fenster ersetzt, Elektro wird ersetzt, Sanitär wird ersetzt, Heizung wird neu gemacht, Dichtungen, auf dem Balkon bekomme ich eine Markise, usw. Das alles wird unter dem Wohnschutz gemacht. Dank dem Wohnschutz habe ich nur rund 50 Franken Mieterhöhung statt mehreren 100. Wo trifft sich Ihre Schilderung von der verlotterten Stadt mit meiner Realität?

Michael Hug (LDP): Das ist ein gutes und erfreuliches Beispiel. Es gibt sicher Einzelfälle, aber die Mehrheit der Projekte, und ich habe sehr viele Gespräche auch geführt, sind momentan abgeblasen oder werden in anderen Kantonen durchgeführt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Es gäbe viel zu sagen zum Wohnschutz, seine Umsetzung und seinen Wirkungen. Leider fehlt dazu ein bisschen die Zeit, obwohl wir ja über fünf Motionen sprechen. Vielleicht können wir auf das eine oder andere noch eingehen, aber ich beschränke mich hier mal auf das wichtigste.

Ganz zuerst eine klare Ansage. Wir, die Seite der Mieterinnen und Mieter in Basel, sind bereit, mit Ihnen über Anpassungen auf der Ebene der Verordnung zu reden. Wenn Sie das Gesetz aushöhlen wollen, dann werden Sie auf unseren entschiedenen Widerstand stossen. Diese Aussage verstehe ich durchaus als ein Angebot und Sie müssen sich überlegen, ob Sie schnelle konstruktive Lösungen oder langwierige politische und rechtliche Auseinandersetzungen lieber haben. Wenn Sie das Interesse des Gewerbes vertreten wollen, dann müsste ersteres ihr Ziel sein. Mir scheint, dem Regierungsrat ist das bewusst. Er beantragte Ihnen, drei der fünf vorliegenden Renditemotionen als Anzug zu überweisen. Offenbar wollen Sie, so muss ich mein Vorgängervotum verstehen, aber an Ihrem harten Kurs gegen den Wohnschutz festhalten.

Deshalb lassen Sie mich besonders für die neuen Kolleginnen und Kollegen hier im Saal die Geschichte nochmals rekapitulieren. 2018, als die Initiative zum ersten Mal hier in den Rat kam, hat sich die Mehrheit entschieden, die Initiative direkt dem Volk vorzulegen. Man hat sich verweigert, überhaupt über das Thema zu diskutieren, einen Gegenvorschlag zu machen. Dann wurde die Initiative mit 62 Prozent angenommen. Der Mieterverband wollte dann mit dem damaligen Gewerbeverband das Gespräch führen, das hat leider nicht stattgefunden. Gespräche auch mit dem HEV und dem SVIT sind leider versandet.

In der Kommission hat es von Anfang an eine Mehrheit und Minderheit gegeben, man hat nicht miteinander geredet. Es gab 2020 eine achtstündige Debatte, die praktisch einseitig von unserer Seite geführt wurde und das Ergebnis davon war, dass es eine neue Initiative gab 2021, die dann angenommen wurde von der Bevölkerung. Ein Zwischenfazit, was hier drinnen beschlossen wurde einseitig, ohne Dialog, hatte keinen Bestand und wurde von der Stimmbevölkerung korrigiert. Es ist wirklich meine Einladung, dieses Mal auf den Dialog zu setzen und nicht auf Powerplay.

Fassen wir den aktuellen Stand noch einmal in vier Punkten zusammen. Erstens, der Wohnschutz steht in der Verfassung und im Gesetz. Das wollte die Mehrheit der Basler Bevölkerung so und hat das an der Urne demokratisch so entschieden. Es geht hier nicht um eine radikale Minderheit, sondern der Wohnschutz ist tief verankert in der Basler Bevölkerung.

Zweitens, der Wohnschutz funktioniert. Noch zwischen 2018 und 2021 wurden mindestens 5’500 Personen in 63 Überbauungen Opfer einer Renditesanierung. Stresssaniert, verdrängt, massengekündigt. Es konnte alle treffen, in jedem Quartier, jederzeit. Damit ist es jetzt Schluss und das war das Ziel.

Drittens gibt es Kräfte, die wollen das Rad zurückdrehen und den Wohnschutz wieder abschaffen. Die Baloise erklärt zum Beispiel im Schweizer Fernsehen ganz offen, dass ihr Zielquote die Rückkehr zum Altbewerten Mietrecht sei, also zum Status Quo ante, die Rückgängigmachung des Wohnschutzes. Das wird unterlegt mit einem grossen Powerplay, mit einer massiven Kampagne und ich muss sagen, in dieser Kampagne werden zum Teil die Fakten ein bisschen durcheinander gemischt. Wir haben jetzt den Basel baut Zukunft Gegenvorschlag verabschiedet, also vielleicht werden jetzt die zwei Dinge ein bisschen weniger durcheinander gemischt.

Viertens, wir nehmen die Signale aus dem Gewerbe durchaus ernst. Aber a) muss man sagen, da hat Conradin Cramer darauf hingewiesen, wir haben eine Situation von einer allgemeinen Steigerung der Baukosten und die Zinswende, die auch in anderen Kantonen Probleme macht. Es gibt natürlich b) das Abwarten der Rechtspraxis. Wenn Sie genau nach Genf schauen, dann sehen Sie, dass Genf heute die höchsten Investitionen hat in Sanierungen, weil dort sich die Rechtspraxis etabliert hat und sich die Firmen an die Realitäten gewöhnt haben. Dort gibt es viele Projekte, kleine Projekte, in der Summe sind das am meisten in der ganzen Schweiz. Dann c), es geht hier auch um eine selbsterfüllende Prophezeiung. Die Eigentümer*innen warten jetzt natürlich, dass das Gesetz angepasst wird, dass sie wieder mehr Geld verdienen können. Und d), glaube ich, gibt es auch ein grosses Missverständnis, was möglich ist und was nicht, heute schon. Ein Beispiel ist die Empfehlung der SVIT, die Sie alle erhalten haben, dort steht die Bestimmung des Wohnraumfördergesetzes; sehen indes derzeit keine Privilegierung energetischer Sanierung vor. Das ist einfach schlicht falsch. In der umfassenden Form werden die sehr wohl privilegiert. Ob man das bewusst so sagt oder einfach halt die Praxis noch nicht sich in alle Köpfe gesetzt hat, das lasse ich hier mal offen.

Wie weiter. Ich meine, die Mehrheitsverhältnisse hier im Rat sind klar. Aber die letzte Sitzung mit dem Gegenvorschlag zu Basel baut Zukunft hat uns eigentlich wieder gezeigt, dass wir in diesem Haus durchaus Kompromisse finden können, wenn wir es ernsthaft versuchen. Und ich wiederhole es hier nochmals, wir können gerne über Anpassungen, da geht es durchaus um substanzielle Anpassungen, der Umsetzung und der Verordnung sprechen, die haben wir von Anfang an auch kritisiert. Und ich glaube, dass wir, wenn wir schnell Lösungen finden, die innerhalb des bestehenden Gesetzes finden werden. Wir sind bereit dazu.

Ich möchte Ihnen noch beantragen, hier eventualiter als Anzug zu überweisen, weil leider Sie ja auf Motion umgeschwenkt sind.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht die Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Laut Medienberichte richtete sich im März am Ende des Investorengesprächs der damalige Regierungsvizepräsident Lukas Engelberger mit einer Bitte an die Investor*innen. Ich zitiere aus der Berichterstattung: «Der Grund, warum das Stimmvolk damals für einen stärkeren Wohnschutz gestimmt hat, war Verunsicherung: Kann ich mir meine Wohnung in fünf bis zehn Jahren noch leisten? Dieses Vertrauen müssen Sie den Mieter*innen wieder geben.» Zitat Ende. Beim Vertrauensverlust ging es aber nicht nur um die Höhe der Mietzinsen, es ging auch darum, ob jemand aus seiner Wohnung durch Mietzinserhöhung oder Kündigung vertrieben werde. Dieser Punkt ist man im Wohnschutz zentral.

Bei diesem Hintergrund und mit dieser Korrektur kann zunächst als positiv bewertet werden, dass der Regierungsrat im Grundsatz das Wohnschutzgesetz nicht antasten will. In seiner Stellungnahme zur Motion Rechsteiner hat er beispielsweise geschrieben, dass alles schon im Gesetz steht. Bei der Motion Messerli hat er bestätigt, dass die Wohnschutzkommission in Bezug auf Sachlichkeit, Unabhängigkeit und unparteiische sowie entpolitisierte Behandlung der Geschäfte funktioniert. Das Ziel des Regierungsrates ist trotzdem klar, das Gesetz soll im Sinne der Motionen verwässert werden, indem an der Verordnung geschraubt wird. Das zeigt auch die parteiische Auslegeordnung, die er in Auftrag gegeben hat.

Kommen wir nun zum «Chrüzlistich». Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass die FDP und nun jetzt auch noch die LDP mit einer Walze jeden Antrag des Regierungsrats platt macht. Nehmen wir zum Beispiel die Motion Knellwolf, die vom Regierungsrat zu Recht als nicht praktikabel und nicht umsetzbar bezeichnet wurde. Sie ist auch bedenklich in Bezug auf die Gleichbehandlung und den Vollzug. Kurzum, eine Umsetzung würde Bürokratie und Rechtsunsicherheit bedeuten. Es ist für uns überhaupt nicht nachvollziehbar, warum an dieser überbordenden Bürokratie festgehalten wird. Wir von unserer Seite haben immer Hand gegen überbordende Bürokratie gegeben.

Gerade die von allen bürgerlichen Parteien angeprangerte Wohnschutzkommission hat insbesondere auf Initiative und mit grossem Engagement der Mitglieder der Mitte-Partei dazu geführt, dass die Bürokratie dort abgenommen hat. Es ist unverständlich, warum gegen die Wohnschutzkommission so vehement vorgegangen wird. Es ist gerade die Parität, die dafür garantiert, dass keine Partikularinteressen durchgezogen oder durchgesetzt werden.

Es ist offensichtlich, dass mit dem Festhalten an den Motionen das Gesetz geändert werden muss. Das Gesetz ist erst seit zwei Jahren in Kraft. Nach nur zwei Jahren die Spielregeln ändern zu wollen, ist ein Affront gegen die Demokratie. Nichts mit Vertrauen wiederherstellen, im Gegenteil, das Vertrauen wird hiermit vollständig zu Boden gebracht. Deshalb, aber nicht nur, lehnen wir die Überweisung der Motionen entschieden ab.

Konkret zur Motion Seiler. Hier teilen wir die Ausführung des Regierungsrates. Der Zweck des Wohnschutzes ist gerade der möglichst umfassende Schutz des bezahlbaren Mitwohnraums. In allen anderen Eigentumskategorien wird auch im Stockwerkeigentum einfach eine Wohnung vermietet.

Deshalb bitten wir Sie, diesen Antrag nicht als Anzug oder sonst wie zu überweisen, lehnen Sie ihn einfach ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelvoten und da hat sich Ivo Balmer gemeldet.

Ivo Balmer (SP): Es geht weiter, es geht in die nächste Runde und ja, das Selbstgespräch der Linken geht auch wieder weiter. Wo sind jetzt all diese Fraktionssprecher, die da vor mir standen, Andreas Zappalà, hier nach vorne zu kommen? Michael Hug macht es sich einfach, hier nach vorne zu kommen und einfach zu sagen: Ja, die Regierung, wir haben denen mal ein Paket und wie dieses Paket zustande kam, das werde ich noch ausführen. Und es muss kein Selbstgespräch von uns sein, sondern ich hoffe, dass die Bevölkerung in diesem Kanton das dann nachschaut. Weil das, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, was Sie hier abziehen mit diesen Wohnschutzvernichtungsmotionen, das geht gar nicht und jetzt machen Sie es zum zweiten Mal. Sie machen es einfach zum zweiten Mal und einfach so wegwischen. Die Regierung, die war differenziert. Sie können die Anträge anschauen. Ein paar von diesen Hütchen, haben sie gesagt, bringt überhaupt gar nichts. Bei den anderen haben sie gesagt, nein, Anzug reicht, was Sie machen, jetzt fünf Mal Motion. Das ist einfach eine politische Machtdemonstration. Das ist einfach Verunsicherung. Das ist einfach statistische Tatsachen, die es nicht gibt, mit Ihren politischen Vorstellungen zu überschwemmen und den Diskurs dahin zu verschieben.

Pascal Messerli, kommen Sie nach hier vorne, Ihre Fraktion hat gesagt, diese, ich meine, ich rede noch über den Inhalt von Daniel Seiler, diese Vorlage soll zum zweiten Mal als Motion überwiesen werden. Also ich bitte Sie, ich bitte Sie und jetzt einfach mal nüchtern und bitte zum Mitschreiben für alle; dieses Wohnschutzgesetz, das jetzt frontal attackiert wird und das zum zweiten Mal, ist genau zwei Jahre in Kraft. Der Regierungsrat hat eine Verordnung erlassen, das ist der Regierungsrat, der das gemacht hat, es gab kein Gesetz dazu. Formulare wurden erstellt und die Wohnschutzkommission wurde besetzt. Diese paritätische Beurteilungskommission arbeitet seit nun einem Jahr. Wir kennen etwa 50 Fälle, also diese Wohnschutzpraxis, und öffentlich bekannt, und jetzt kommt der springende Punkt, sind die genau seit knapp fünf Monaten und lang nicht alle. Ihre Motionen wurden geschrieben, bevor wir öffentlich wussten, was für Praxisbeispiele da vorliegen. Und an dem erkennt man, was das Ziel ist. Sie praktizieren ein geschicktes Hütchenspiel. Ich möchte nur festhalten, diese

Motionen wurden eingereicht, bevor wir Praxisbeispiele kannten. Mit diesen Praxisbeispielen könnten wir jetzt diskutieren, aber das möchten wir nicht. Deshalb sind das jetzt wieder Motionen.

Ich habe mehrfach öffentlich auf Podien gesagt, über die Verordnung reden wir gerne. Wenn das jetzt alles als Motion rübergeht, dann ist doch das kein Gesprächsangebot, sondern es ist das Ausschlagen und es ist die Verhärtung. Die HKBB, ich zitiere die HKBB, die hat, genauso wie der Regierungsrat, es ist keine SP-Wahlempfehlung, es ist keine Empfehlung des Mieter*innenverbandes, die hat differenziert reagiert. Und ich bitte Sie, agieren wir differenziert und der Regierungsrat hält selbst fest bei dieser Motion Seiler, dass diese nicht zielführend ist und deshalb kann man sie abschreiben, weil wir sie nicht brauchen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen zwei Zwischenfragen vor von André Auderset und David Jenny. Sie werden angenommen.

André Auderset (LDP): Herr Kollege, ich habe Ihre Show mit Vergnügen verfolgt. Sind Sie sich bewusst, dass die Presse gar nicht mehr da ist und dass Ihre Anwürfe eigentlich ungeahndet verpuffen?

Ivo Balmer (SP): André Auderset, erstens, es ist keine Show. Ich kenne genügend Mieter*innen, die diesen Wohnschutz brauchen. Und zweitens, ich mache es nicht für die Presse, ich mache es zum Festhalten und zum Wrap-up, wie es zu diesen Motionen kam. Wir haben es heute in der Hand, hier gemeinsam einen Weg zu suchen, wie wir das auf der Verordnungsebene anpassen können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Zweite Zwischenfrage.

David Jenny (FDP): Ivo Balmer, Sie haben das hohe Lied der Differenziertheit gepredigt, aber ich sehe auf dem «Chrüzlistich» bei Ihnen und bei Ihren Verbündeten nur niet, niet, niet, niet.

Ivo Balmer (SP): David Jenny, ich danke Ihnen vielmals, weil das ist eine gute Frage und ich kann sie Ihnen sagen. Für die Anpassung der Verordnung braucht es keinen parlamentarischen Auftrag und deshalb ist das so.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Thomas Widmer-Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Eine persönliche Vorbemerkung; ich spreche als Vermieter und Mieter, das heisst ich habe in den letzten 25 Jahren viele Mietverträge als Vermieter oder im Auftrag der Vermieterschaft unterzeichnet. Bei den diakonischen Hausgemeinschaften Riehen mit unseren sechs Häusern achten wir auf sozialverträgliche Mieten. So bezahlen beispielsweise Studierende für denselben Wohnraum weniger als Verdienende. Ich bin jetzt schon fünf Jahre hier im Grossen Rat und erlebe bei der Wohnschutzdebatte ein Pingpong. Vereinfacht gesagt, haben wir auf der einen Seite die Interessen der Vermieterschaft, auf der anderen Seite die Anliegen der Mietenden. Mit der relativ knappen Annahme der Gesetzesinitiative «Ja zum ECHTEN Wohnschutz» beraten wir heute ein zweites Mal die Informationen. In diesem Pingpong ist es ja nicht überraschend, dass sich SP und GAB sich dagegen aussprechen, wir haben es vorhin gehört.

Von Seiten EVP betrachten wir die aktuellen gesetzlichen Regelungen im Wohnbereich nicht im Sinn des Gemeinwohls. Ich könnte jetzt auch natürlich von den Verordnungen sprechen, aber es geht jetzt um die Regelungen. In den letzten Jahren hat für uns das Pendel zu stark gegen die Vermietenden ausgeschlagen. Ich erinnere uns daran, dass wir in unserem Kanton darauf angewiesen sind, dass neuer Wohnraum entsteht und dass bestehende Wohnungen gut erhalten werden. Nach einer sorgfältigen Auseinandersetzung mit den zur Diskussion stehenden Motionen beurteilen wir von der EVP diese unterschiedlich und empfehlen aus sachlichen Gründen nicht bei allen die Überweisung als Motion. Ich gehe nicht auf alle Motionen ein, nur auf den Vorstoss Rechsteiner zu den energetischen Sanierungen.

Wenn der Vermieter umweltfreundlich saniert, dient es auch den Mietenden, weil dann die Nebenkosten sinken. Ein persönliches Beispiel: Zusammen mit meiner Frau und Freunden haben wir in Riehen mit einem neugegründeten Verein das ehemalige Pflegeheim Moosrain im Baurecht übernommen und in ein Mehrfamilienhaus mit 15 Wohnungen umgebaut. Dabei haben wir viel in die energetische Sanierung investiert und in der Folge die Heizkosten um nachweislich 50 Prozent gesenkt. Davon profitieren alle Mietenden. Ich bin also gleichzeitig Vermieter und Mieter.

Durch die aktuelle Wohnschutzgesetzgebung haben die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer aber keinen Anreiz, ihre Liegenschaft energetisch zu sanieren. Warum sollen sie viel Geld in Good Will investieren, wenn sie die Mieten nur minim erhöhen können? Dass viele Vermietende bei Sanierungen nur noch das absolute Minimum machen, wollen wir das? Ist das wirklich im Sinn der Mieterinnen und Mieter und ist es im Sinn der Umwelt? Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, aus der Perspektive der EVP sind die aktuellen gesetzlichen Regelungen im Wohnbereich zu wenig im Sinne des Gemeinwohls.

Bei der Motion Rechsteiner zu den energetischen Sanierungen werden wir uns für Motion aussprechen, bei den anderen Vorstössen werden wir je nach Thema, wie unsere Fraktionskolleginnen und Fraktionskollegen aus der Mitte, für Motion oder Anzug stimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Conradin Cramer verzichtet in der zweiten Runde. Wir kommen damit zu den Abstimmungen. Zuerst die Eventualabstimmung zwischen Anzug und Motion, dann jene, ob das obsiegende überwiesen wird. Pascal Pfister beantragt Überweisung als Anzug, Michael Hug als Motion.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 48 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003712, 12.06.24 21:44:29]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 48 Nein-Stimmen gegen 46 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Der Regierungsrat beantragt Nichtüberweisung der Motion.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 43 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003714,]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen. Frist: 4 Jahre.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 51 Ja-Stimmen gegen 43 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

49. Motion Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich der energetischen Sanierungen, Stellungnahme des RR

[12.06.24 21:45:19, 23.5573.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres.

Das Wort geht an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Die Motion zielt ja darauf ab, energetische Sanierungen von der Wohnraumschutzgesetzgebung ganz zu befreien. Es ist so in der Praxis, es ist nicht immer ganz einfach, energetische Sanierungen von anderen Sanierungen klar abzugrenzen, zumal energetische Sanierungen eben oft auch im Rahmen von Gesamtsanierungen erfolgen. Es ist auch so, dass das WRFG und die Wohnraumschutzforderung bereits eine gewisse Bevorzugung ökologischen Massnahmen gegenüber anderen baulichen Massnahmen kennen.

Nun ist der Wohnschutz gleich wie der Klimaschutz mit dem Ziel Netto-Null 2037 ein wichtiges in der Verfassung verankertes öffentliches Interesse. Beide Interessen, Wohnschutz und Klimaschutz, müssen in angemessener Weise und im Einklang miteinander verfolgt werden. Das Thema Zielkonflikte zwischen gesetzlichen Rahmenbedingungen und Klimaschutz ist bereits Gegenstand eines Anzugs der Spezialkommission Klimaschutz, der derzeit bearbeitet wird. Die Beantwortung dieses Anzugs der Spezialkommission Klimaschutz und die weitere Behandlung der Motion Rechsteiner soll entsprechend aufeinander abgestimmt werden.

Es erscheint dem Regierungsrat daher sinnvoll, unter Berücksichtigung des Aktionsplans zur Klimaschutzstrategie, unter Berücksichtigung eben des Anzugs der Spezialkommission sowie unter Berücksichtigung der bereits erwähnten in Auftrag gegebenen Auslegeordnung, die Bestimmungen von WRFG und Wohnraumschutzverordnung hinsichtlich energetischer Sanierungen vertiefter zu prüfen und dann dem Grossen Rat auch wieder zu berichten. Eine direkte Umsetzung der Motion auch in diesem Fall empfiehlt Ihnen der Regierungsrat aber klar nicht, sondern beantragt Umwandlung in einen Anzug.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion FDP spricht Andreas Zappalà.

Andreas Zappalà (FDP): Trotz den emotionalen Äusserungen versuche ich hier ruhig zu bleiben. Ich rede hier jetzt sowohl für die FDP, LDP, SVP, GLP und die Mitte. Es geht uns in keiner Weise darum, den Wohnschutz aufzuheben. Wir haben es gehört, der Wohnschutz ist in der Verfassung definiert, also da bräuchte es eine Volksabstimmung. Und ich kann Ihnen sagen, es kamen etliche Stimmen zu uns, die sagten, wir sollen eine Initiative machen und den Wohnschutz aufheben, aber das wollen wir bewusst nicht, das Volk hat entschieden, dass es einen Wohnschutz will. Was wir beabsichtigen, ist eine praktische Umsetzung des Wohnschutzes, weil was wir jetzt haben, so geht es nicht. Und es ist nicht so, dass wir keine Kenntnis hatten von Entscheiden. Wir haben Mitglieder beim HEV, die haben uns die Entscheide zur Verfügung gestellt. Der Mieterverband kennt jeden Entscheid, der gegangen ist, also die Entscheide waren bekannt zum Zeitpunkt, als die Motionen geschrieben wurden.

Wenn heute gesagt wird, man redet über eine Verordnungsänderung, dann möchte ich Sie daran erinnern, das nach der Abstimmung gesagt wurde, es braucht keine Verordnung, weil alles im Gesetz steht und so ist es auch. Das einzige, was in der Verordnung steht, das ist der Überwälzungssatz für die Mietzinserhöhung, die zulässig ist, und sonst steht alles im Gesetz. Wenn wir also eine Anpassung wollen, dann müssen wir das Gesetz ändern, dann kann nicht der Regierungsrat einfach etwas in der Verordnung ändern, was dann dem Gesetz widerspricht. Das geht nicht und ich möchte Sie daran erinnern, dass das so ist. Die Änderungen, die wir begehren hier, die brauchen zum grossen Teil eine Gesetzesanpassung und die Gesetzesanpassung zielt nicht darauf hin, dass der Wohnschutz aufgehoben wird.

Ich erinnere daran, dass die Bewilligungsverfahren weiterhin bestehen, dass es auch das umfassende Bewilligungsverfahren weiter gibt. Es gibt einfach gewisse Sanierungen, wo wir sagen, dort braucht es kein Meldeverfahren, dort braucht es kein einfaches oder ein einfaches Bewilligungsverfahren, das auch den Namen verdient. Ich selber habe für ein Mitglied ein Bewilligungsverfahren eingereicht, nur um einen Fernwärmeanschluss zu ermöglichen. Ich habe einen Tag gebraucht, bis ich die Formulare ausgefüllt hatte. Das Ziel ist, dass der Vermieter 6 Franken Mietzinserhöhung zugesprochen erhalten hat. Diese 6 Franken sind da noch verbunden mit einer Gebühr von 200 Franken. Jetzt können Sie ausrechnen, wie lange es braucht, bis der Vermieter diese 6 Franken respektive diese Gebühr amortisiert hat, damit er dann etwas von seiner

Mietzinserhöhung hat. Und hier geht es genau um diese Fragen und diese Fragen kann man nicht durch eine Verordnungsänderung gewährleisten.

Das gleiche ist der Vorstoss oder die Motion betreffend ökologische Erneuerungen. Hier geht es darum, dass wirklich diese ermöglicht werden. Wir haben viele Rückmeldungen von Eigentümern, die sagen, sie machen im Moment nichts, sie machen es dann, wenn sie wirklich es tun müssen. Und deshalb muss das aus dem Gesetz, ökologisch. Man kann nicht auf der anderen Seite von den Eigentümern verlangen, dass sie ihre Liegenschaften an die Fernwärme anschliessen oder Wärmepumpen installieren und nachher kommt man und sagt, jetzt müsst ihr aber eine Bewilligung anfordern. Und dann ist noch die Frage, welchen Mietzins dürften sie erreichen.

Es geht genau um diese Fragen und diese Fragen sind eben nicht in der Verordnung geregelt, sondern im Gesetz und das Gesetz wird dahingehend geändert, dass wir eben danach einen Wohnschutz haben, der sowohl Sanierungen ermöglicht und sowohl den Mieterschutz gewährleistet. Wir anerkennen, dass es Probleme gibt, die Probleme sind nicht nur in Basel, die sind generell und die sind auch mietrechtlich begründet, weil dort ist der Anfang des Problems und nicht im Wohnschutz. Und wir möchten, dass der Wohnschutz so geregelt wird, dass sowohl Mieter wie auch Vermieter am Schluss geschützt sind und darum geht es bei diesen Vorstössen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Ivo Balmer an? Sie wird nicht angenommen.

Nächste Sprecherin für das GAB ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Ich möchte darauf hinweisen, dass bei der ersten Überweisung dieses Vorstosses der Motionär betonte, dass, ich zitiere: «Die Gesamtheit oder die Ganzheitlichkeit des Systems mit dem Wohnschutz nicht unbedingt gestört werden soll» Zitat Ende. Also der Wohnschutz soll weg, er stört ein vermeintliches Gleichgewicht, das aber in der Realität nicht bestanden hat, sonst wäre der Wohnschutz nicht in mehreren Abstimmungen durchgekommen. Auch haben wir gehört, ich zitiere nochmals: «Dass die Bewirtschaftung und insbesondere laufende Erneuerungen ausgebremst werden.» Zitat Ende. Was nicht stimmt, der Wohnschutz erlaubt Sanierungen. Oder, ich zitiere wieder: «Die überwiegende Mehrheit der Vermietenden ist daran interessiert, ihre Liegenschaft so Instand zu halten, dass den Mieter*innen wohl ist.» Zitat Ende. Instandhaltungen gehören aber zu den Pflichten der Vermieter*innen, Mieter*innen zahlen schliesslich einen Mietzins dafür.

Interessant ist es, dass bei seinem Votum kein einziges Mal das Wort Klima oder ökologische Sanierung gefallen ist. Seinerseits sieht der Regierungsrat in seiner Stellungnahme eine eigenartige Verbindung zwischen den Anliegen der Motion und einigen Gesetzparagrafen, als ob das Gesetz Platz für die Anliegen der Motion bieten könnte. Wenn aber die entsprechenden bestehenden Gesetzparagrafen konsequent angewendet würden, würde das Problem nicht bestehen. Es ist einfach. Wenn Sie energetische Sanierungen machen wollen, bekommen Sie im umfassenden Verfahren eine Bewilligung und zusätzliche Mietzinsaufschläge nach dem Gesetz. Es gibt zwar keine Renditesanierung mehr, die dazu führt, dass Mieter*innen von ihren Wohnungen durch Mietzinserhöhung oder Kündigung verdrängt werden, aber durch den vorgesehenen Zuschlag werden Klimaschutzsanierungen geradezu gefordert. Nicht einfach nur ein bisschen. Und das ist gerade ein weiterer Clou des Wohnschutzes, Wohnschutz ist Klimaschutz und Klimaschutz ist Wohnschutz.

Das gleiche Argument von Andreas Zappalà, wieso es eine Gesetzesänderung braucht, können wir auch für eine Veränderung der Verordnung benutzen, wenn es darum geht, energetische Sanierung zu bevorzugen. Aber trotzdem, ich bitte Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Andreas Zappalà, ich muss Ihnen widersprechen. Es stimmt, Sie haben einerseits recht, wenn Sie sagen, wir haben gesagt, es braucht nur das Gesetz. Das heisst eben, das Problem ist in der Verordnung. Und wenn wir sagen, wir reden über die Verordnung, könnte man auch darüber reden, die Verordnung wirklich ganz zu skippen und dann wirklich das Gesetz so anzuwenden, wie es eben intendiert war von den Initianten und Initiantinnen und auch dann entsprechend von der Stimmbevölkerung, die das angenommen hat.

Wenn wir jetzt zum Thema Ökologie kommen, dann ist es halt so, das hat Regierungspräsident Conradin Cramer ja auch angetönt, dass das Gesetz wirklich so gebaut ist, das ökologische Sanierungen zusätzlich berechtigen können zu zusätzlichen Mietzinsaufschlägen, wenn man in das umfassende Verfahren geht. Im einfachen Verfahren gibt es diese Ranges, die Bandbreite von den Aufschlägen, die möglich sind. Einfache ökologische Sanierungen wie ein Dach, Dämmung, wie Fenster, die lassen sich durchaus auch in einem einfachen Verfahren finanzieren.

Also nochmals von meiner Seite hier die Einladung, einen Schritt aufeinander zuzumachen. Ich glaube, das ist wirklich im Interesse, im Allgemeininteresse, Thomas Widmer-Huber hat das Allgemeininteresse angesprochen, ich glaube wirklich,

wenn Sie hier versuchen, ein Powerplay aufzuziehen, dass das nicht schnell zu Lösungen führt, die Sie möchten. Und ich kann es nur nochmals auch an Andreas Zappalà richten, an den Hauseigentümerverband, das Gespräch wirklich wieder aufzunehmen, weil wir waren teilweise durchaus am Punkt, wo wir gemeinsam über die Umsetzung auch diskutiert haben. Leider ist dieser Dialog dann abgebrochen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die GLP spricht Niggi Daniel Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Die Lage in Bezug auf den Rückgang der Sanierungen von Liegenschaften hat sich bedauerlicherweise noch nicht entspannt. Noch immer erschweren die geltenden Wohnschutzbestimmungen die Umsetzung dringend notwendiger Sanierungsprojekte, welche die Liegenschaftsbesitzer zum Unterhalt des Wohnraums planen. Der Regierungsrat erwähnt in der Motionsbeantwortung vom 16.04. den Kontext zur Klimastrategie und sieht somit die Notwendigkeit der energetischen Sanierungen. Das ist gut so. Es bestünden im vorliegenden Fall zwei öffentliche Interessen, die Klimastrategie und der Wohnschutz. Das ist auch richtig. Diese sollen beide gewahrt werden, das ist auch gut.

Ich kürze jetzt das Votum ab, wenn die anderen das alle etwas aufblasen, wie mir scheint, ich beantrage Überweisung als Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecherin hat sich Tonja Zürcher gemeldet.

Tonja Zürcher (GAB): Es mag sein, dass für einige hier drinnen das Ganze also etwas aufgeblasen daherkommt, als nicht wirklich relevant, weil Sie haben ja Löhne, mit denen können Sie die Miete bezahlen und auch wenn das 200, 300 Franken mehr kostet, das ist ja egal. Den meisten in unserer Bevölkerung geht es nicht so. Die steigernden Mieten sind eine Riesensorge der Bevölkerung. Das ist nicht nur wegen den Renditesanierungen, sondern auch Referenzzinssatz, usw., da wurden richtige Punkte angesprochen. Es liegt nicht alles nur daran, aber der Wohnschutz hat uns sehr stark geholfen, die Situation zu entlasten für die Bevölkerung, für die wir hier drinnen alle Politik machen sollen. Die Menschen, die Löhne haben, mit denen sie eben nicht einfach im Luxus leben können, die Arbeiterinnen und Arbeiter, für die auch einige hier drinnen immer so tun, als würden Sie für sie Politik machen, nur dann nicht, wenn es um Ihr Portemonnaie geht oder darum, dass Sie über die Runden kommen. Und das geht einfach nicht.

Mich ärgert es extrem, dass hier jetzt mit dieser Motion Wohnschutz und Klimaschutz gegeneinander ausgespielt werden sollen, weil es ist genau das Gegenteil der Fall, wie es sein sollte. Diese beiden Themen gehören zusammen. Was nützt es dem Klimaschutz, wenn eine gute Küche rausgerissen wird, wenn ein gutes Bad rausgerissen wird, wenn etwas ersetzt wird, das gar nicht gemacht werden muss, nur damit die Rendite nachher höher ist. Das nützt weder dem Klimaschutz noch dem Wohnschutz noch den Mieterinnen und Mietern noch sonst irgendwem in dieser Bevölkerung. Ich bitte Sie wirklich, hier mal wieder zurückzukommen auf den Punkt, um was es eigentlich geht.

Wir möchten eine Stadt, die für alle da ist. Eine Stadt, in der auch Menschen leben können, die nicht so viel verdienen wie vielleicht der Durchschnitt hier drin. Und dafür müssen wir eben bei den Mieten ansetzen und diese deckeln. Deshalb hat die Bevölkerung auch hier klar ja gesagt zu diesem Wohnschutz. Und es geht nicht an, dass hier mit einem anderen Thema, das überhaupt nicht betroffen ist davon, jetzt eine Panik zu schüren, so zu tun, als wäre der Klimaschutz durch den Wohnschutz gefährdet. Wenn Sie es richtig machen möchten und wirklich Klimaschutzmassnahmen machen möchten, also energetische Sanierungen, die notwendig sind, dann gehen Sie das Prozedere durch, sei es einfache Massnahmen, Fensterersatz, usw., im vereinfachten Verfahren oder halt das umfassende Verfahren mit dem Zuschlag.

Aber jetzt einfach mit diesem Argument den Wohnschutz beiseitezuwischen, weil es Ihnen passt, weil Sie den Wohnschutz nicht wollen und weil Sie Renditesanierungen wieder wollen, das kann ich so nicht akzeptieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Abstimmungen. Der Regierungsrat beantragt, ihm dieses Geschäft als Anzug zu überweisen. Andreas Zappalà beantragt Überweisung als Motion.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 51 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003716, 12.06.24 22:02:26]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 51 Nein-Stimmen gegen 43 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Patrizia Bernasconi beantragt Nichtüberweisung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 43 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003717, 12.06.24 22:03:06]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen Frist: 1 Jahr.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 51 Ja-Stimmen gegen 43 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Es liegt ein Ordnungsantrag von Erich Bucher vor. Er beantragt, die Behandlung der Traktanden bis und mit Traktandum 52 fortzusetzen. Mein Antrag dagegen ist, dass wir um 22:30 Uhr ungefähr schliessen. Erich Bucher darf begründen. Er verzichtet. Wir stimmen über diesen Antrag ab.

Abstimmung

Ordnungsantrag Erich Bucher

JA heisst Weiterbehandlung bis Trakt 52, NEIN heisst Schluss 22:30.

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 42 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003719, 12.06.24 22:04:23]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung bis Traktandum 52

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung bis Traktandum 52 entschieden mit 52 Ja-Stimmen gegen 42 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

50. Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich Wohnschutzkommission, Stellungnahme des RR

[12.06.24 22:04:40, 23.5574.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres.

Regierungsrat Conradin Cramer hat das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Die Motion fordert ja, dass die Mitglieder der Wohnschutzkommission in keiner Beziehung zu einer Mieterschafts- oder Vermieterschaftsorganisation stehen dürfen. Der Regierungsrat ist demgegenüber überzeugt, dass bereits mit der heutigen Regelung, nämlich der paritätischen Zusammensetzung der Kommission, eine sachliche, unabhängige, unparteiische und entpolitisierte Behandlung der Geschäfte der Wohnschutzkommission sichergestellt ist.

Gleichzeitig ist der Regierungsrat bereit, die Regelungen betreffend die Zusammensetzung der Wohnschutzkommission zu prüfen, nochmals zu prüfen. Die Vor- und Nachteile verschiedener Varianten der Ausgestaltung der Regelungen hinsichtlich der WSK müssen dabei gegeneinander abgewogen werden. Das geht aber nur bei einem nicht zwingenden Auftrag des Grossen Rates, sondern bei einem offen formulierten Anzug. Entsprechend bittet Sie der Regierungsrat, bitte ich Sie, die Motion in einen Anzug umzuwandeln.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (GAB): Das GAB beantragt Nichtüberweisung dieser Motion. Der Regierungsrat sagt selbst, die Wohnschutzkommission funktioniert, so wie sie heute zusammengesetzt ist. Sie ist in der Lage, ausgewogene und sachliche Entscheide zu fällen. Gemäss der Stellungnahme der Regierung kann nur die bestehende paritätische Zusammensetzung überschaubarer Grösse eine unabhängige Behandlung der Verfahren gewähren. Damit können ausgewogene und fundierte Entscheidungen erfolgen. Das sagt die Regierung, das sage nicht ich und deshalb verstehe ich auch nicht ganz, wieso es überhaupt als Anzug überwiesen werden soll. Diese Motion gehört abgeschrieben.

Liebe bürgerliche bis rechtsbürgerliche Ratsmehrheit, es ist traurig, wie Sie sich heute zusammenschliessen, Machtpolitik betreiben, an der Bevölkerung vorbei politisieren. Lassen Sie die Wohnschutzkommission ihre Arbeit machen, verschonen Sie die Verwaltung von unnötiger Arbeit, warum etwas umbauen, das heute funktioniert und ausgeglichen ist. Bei dieser Motion geht es nicht um eine Stärkung der Wohnschutzkommission, es ist reine Polemik. Mit dem Vorstoss verkommt die Wohnschutzkommission zu einer Investorenschutzkommission, in der die zu Kontrollierten gleich selbst die Funktion der Kontrolleure einnehmen sollen, in der alle finanziellen beteiligten Akteure, die Immobilienfirmen, die Architekt*innen, Baufirmen, usw. darin vertreten sein sollen.

Der Vorstoss gehört nicht überwiesen. Es ist wichtig, dass die Mieter*innenschaft in der Wohnschutzkommission auch in Zukunft vertreten ist in gleichen Teilen wie die Vermieter*innenschafft, so wie es heute ist. Das ist elementar und muss unbedingt so bleiben. Es ist ein trauriges Kapitel in der Basler Politik, was Sie heute als Zusammenschluss von der GLP über die Mitte, die LDP, FDP, bis ganz rechts zur SVP macht. Ich bitte Sie, diese Motion nicht zu überweisen und die Wohnschutzkommission ausgeglichen paritätisch zusammengesetzt zu lassen, so wie sie heute ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die SP ist Christine Keller.

Christine Keller (SP): Ich kann es wirklich kurz machen. Der Regierungsrat ist überzeugt, Zitat, dass bereits mit den heutigen Regelungen eine sachliche, unabhängige, unparteiische und entpolitisierte Behandlung der Geschäfte der Wohnschutzkommission sichergestellt ist. Das ist das Zitat, Regierungsrat Conradin Cramer hat es selbst auch noch einmal vorgelesen und man kann sich wirklich nur fragen, warum es dann, wie auch Nicola Goepfert schon gefragt hat, als Anzug trotzdem noch überwiesen werden sollte.

Ich halte fest, wie ich das schon machen durfte bei der Erstüberweisung, dass es einfach nicht wahr ist, dass paritätische zusammengesetzte Gerichte oder Kommissionen deswegen in irgendeiner Form nicht sachlich und entpolitisiert entscheiden könnten. Ich verweise einmal mehr auf das ehemalige gewerbliche Schiedsgericht, heute Arbeitsgericht mit langer Tradition. Man wusste damals auch und man sollte es auch heute wissen, dass die Fachleute eben bei den betroffenen Verbänden zu

suchen sind, ansonsten tatsächlich eine einseitige Zusammensetzung zu befürchten wäre und selbstverständlich gehört der Mieter*innenverband hier auch vertreten.

Also ich bitte Sie wirklich, ohne Sie nun länger aufhalten zu wollen, dringlich diese Motion nicht zu überweisen. Wenn schon dann als Anzug, aber grundsätzlich nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP spricht Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Wenn ich die linken Voten so anhöre, dann denke ich schon den ganzen Abend an Justin Timberlake «Cry Me a River», also das ist ja wirklich unsäglich, was hier teilweise für Voten getätigt werden. Aber ich möchte mich hier eigentlich relativ kurzhalten, ich möchte nur eigentlich beantragen, diese Motion auch als Motion zu überweisen.

Der Regierungsrat hat ja auch in der Beantwortung geschrieben, dass er diese Idee für prüfenswert empfindet und deshalb macht es auch aus unserer Sicht keinen Sinn, wenn man das jetzt in einen Anzug abschwächen sollte. Ich denke, die Kollegen Michael Hug und Andreas Zappalà haben vorhin auch gut erklärt, warum dieses 5-Päckli jetzt nötig ist und wo wir hier jetzt bei allen fünf Motionen bei der Motion bleiben sollten.

Dementsprechend bitte ich Sie, diese Motion so zu überweisen und ich nehme heute keine Zwischenfragen mehr an.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Zwischenfrage wird abgelehnt. Wir kommen damit zu den Abstimmungen. Der Regierungsrat beantragt, dieses Geschäft als Anzug weiterzuberaten. Pascal Messerli hat den Antrag für Motion gestellt.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 51 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003721, 12.06.24 22:12:30]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 51 Nein-Stimmen gegen 42 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Nicola Goepfert beantragt Nichtüberweisung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 42 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003722, 12.06.24 22:13:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen Frist: 1 Jahr.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 51 Ja-Stimmen gegen 42 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

51. Motion Andrea Elisabeth Knellwolf und Konsorten betreffend Definition Wohnungsnot, Stellungnahme des RR

[12.06.24 22:13:17, 23.5575.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres.

Das Wort geht an Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Diese Motion verlangt, dass für jeden Einzelfall nach den Kategorien Wohnungsgrösse, Preis und Standort anhand des Leerstands eruiert wird, ob Wohnungsnot herrscht oder nicht. Bei einem Leerstand vom 1,5 Prozent oder weniger gilt Wohnungsnot und findet der Wohnschutz Anwendung.

Nun wäre eine Differenzierung der Leerstandsquote nach Wohnungsgrösse und Quartier grundsätzlich möglich. Es könnte zumindest theoretisch je nach Wohnungskategorie und Quartier eruiert werden, ob Wohnschutzbestimmungen zur Anwendung kommen sollen oder nicht. Praktisch würde dies aber ein zusätzliches Mass an Bürokratie bedeuten, indem eben für jedes einzelne Bauvorhaben dann immer wieder neu geprüft werden müsste, ob just in dieser Wohnungskategorie und in diesem Quartier gerade Wohnungsnot besteht oder nicht. Das würde auch zu Lasten der Planungssicherheit von Investorinnen und Investoren gehen. Und erlauben Sie mir die Bemerkung, wir haben genug Grenzen in unserem Kanton, wo wir uns wundern, dass auf der anderen Strassenseite rechtlich komplett andere Rahmenbedingungen gelten. Es wäre sonderbar, wenn wir dies auch innerhalb des Kantons noch zusätzlich verstärken würden, wenn beispielsweise eine 3-Zimmer-Wohnung in der einen Strasse unter Wohnschutz steht und zwei Strassen weiter dann wieder nicht.

Auch wenn also die Motion rechtlich zulässig ist, wenn sie theoretisch umsetzbar wäre, lehnt der Regierungsrat das Begehren aus Gründen der Praktikabilität und auch der Gleichbehandlung und der Stetigkeit und Voraussehbarkeit der Rechtsanwendung ab und beantragt die Nichtüberweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Christine Keller.

Christine Keller (SP): Auch da kann ich mich ganz meinem regierungsrätlichen Vorredner anschliessen. Diese Lösung erscheint verwirrlich, schafft Rechtsunsicherheit, ist kaum praktikabel. Es könnte auch sein, dass je nach Grösse der betroffenen Wohnungen in derselben Überbauung für die einen Wohnungen der Wohnschutz gelten würde und für die anderen nicht. Im Übrigen hat ja die Regierung in ihrer Antwort auch auf die Leerstandserhebung des Statistischen Amtes verwiesen und ausser bei den 1-Zimmer-Wohnungen ist der Stand ja überall unter diesen 1,5 Prozent.

Ich sehe wirklich nicht, weshalb man diesen Vorstoss, sei es als Motion, sei es als Anzug, überweisen sollte und danke Ihnen dafür, dass Sie das dann auch nicht tun werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Vier Wörter, mehr Bürokratie, mehr Kosten, Rechtsunsicherheit, Willkür. Viel Spass. Wir lehnen diese Motion ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die GLP spricht Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Ich möchte einen Anzug beantragen, so wie wir das im «Chrüzlistich» auch aufgeführt haben, und das ist mein ganzes Votum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecherin hat sich Andrea Elisabeth Knellwolf gemeldet.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Auch nur ganz kurz, dass das auch noch beantragt ist. Wir beantragen Weiterbehandlung als Motion. Wir finden, eine differenziertere Betrachtungsweise ist wichtig bei Massnahmen, die greifen sollen und die auch wirkungsvoll diese einschneidenden Massnahmen zur Anwendung bringen sollen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Eventualabstimmung. Sandra Bothe-Wenk beantragt Überweisung als Anzug. Andrea Elisabeth Knellwolf als Motion.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 41 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003724, 12.06.24 22:18:21]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Anzug.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Anzug entschieden mit 52 Ja-Stimmen gegen 41 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Der Regierungsrat beantragt Nichtüberweisung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 42 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003726, 12.06.24 22:19:06]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Geschäft wurde als Anzug überwiesen mit 51 Ja-Stimmen gegen 42 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

52. Motion Michael Hug und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen in Bezug auf das Bewilligungsverfahren, Stellungnahme des RR

[12.06.24 22:19:13, 23.5576.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres.

Für den Regierungsrat hat das Wort Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Die vorliegende und letzte Motion verlangt, das Bewilligungsverfahren anzupassen. Beispielsweise sollen Mietzinsaufschläge in der Höhe von 10 Prozent bei Mieterwechsel ganz bewilligungsfrei werden oder Mietzinserhöhungen bis 15 Prozent sollen in einem einfachen und zügigen Verfahren abgewickelt werden können.

Der Regierungsrat ist bereit, die Anliegen sorgfältig zu prüfen. Eine Reduktion von Bürokratie und eine Vereinfachung der Verfahren, beispielsweise durch Pauschalisierungen oder durch die Einführung von Plausibilitätsprüfungen, können geeignete Massnahmen darstellen. Wir möchten aber auch dies nicht vorschnell und nicht zwingend aufgrund des konkreten Motionstextes tun, sondern im Rahmen der erwähnten Auslegeordnung ganzheitlich anschauen und deshalb bitte ich Sie, diese Motion als Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP spricht Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Bald ist es geschafft kurz vor Schluss, 51 zu 42 wird das Ergebnis sein. Ich spreche als Fraktionssprecher der SP zu Ihnen. Ich möchte beantragen, diese Motion abzulehnen und nicht zu überweisen.

Der Text dieser Motion wirft einen interessanten Punkt auf, indem eine Auslegeordnung beziehungsweise sehr viele Forderungen, die sehr konkret sind, in dieser Motion gefordert werden, und er möchte das sogenannte vereinfachte Verfahren verändern, so wie ich ihn verstehe. Und genau das ist eigentlich der Ort, wo wir schon immer sein wollten, dass wir das nämlich in dieser Verordnung ändern könnten, weil diese Verordnung, sie hat mehr als nur diesen sogenannten Überwälzungssatz, der vorhin erwähnt wurde, sondern insgesamt 29 Paragrafen oder so. Also da wird sehr viel reguliert. Und das ist genau eine Ursache dieser Bürokratie, das ist genau eine Ursache, dass dieses vereinfachte Verfahren kein Express-Schalter ist. Das aber jetzt auf die Mieter*innenseite zu spielen, das ist unfair und deshalb braucht es diese Motion nicht über diesen Express-Schalter und da habe ich die Worte der Regierung gehört, der soll nach dieser Auslegeordnung, und ich glaube, diese Auslegeordnung, die ist wichtig, weil sprechen wir mit einer politisch informierten Öffentlichkeit über die Ursachen und Wirkungen in diesem Bereich des Wohnschutzes.

Deshalb möchte ich jetzt auch das so abschliessen und Sie bitten, diese Motion sowie diesen Anzug abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Am Wohnschutzgesetz soll herumgebastelt werden, ungeachtet der Tatsache, dass das Bürokratiemonster erst durch die Verordnung geschaffen wurde. Und lieber Michael Hug, Ihre Motion verstärkt noch mehr genau jene Bürokratie und führt zu der Rechtsunsicherheit, die Sie angeblich verhindern wollen. Das haben wir immer wieder gesagt, das haben wir heute mehrmals wiederholt, wir sind auch gegen mehr Bürokratie.

Das Formular und das Verfahren beim vereinfachten Verfahren waren in der Tat eine Zumutung, an dem hat aber die Wohnschutzkommission gearbeitet. Da kann natürlich noch etwas mehr gemacht werden, um die Verfahren schlanker zu machen, dagegen wehrt sich niemand. Aus unserer Sicht ist dieser Teil der Motion nicht nötig. Bei dieser Motion geht es aber nicht nur um Bürokratieabbau, sondern es geht um ganz wesentliche Punkte.

Das Meldeverfahren soll abgeschafft werden. Ich möchte es hier nochmals wiederholen, das Formular muss schlanker werden, da sind wir uns einig. Und schon heute arbeitet die Kommission schnell, eine Antwort kommt innerhalb von drei Tagen, eine Abschaffung des Meldeverfahrens würde dem Missbrauch Tür und Tor öffnen.

Die Forderung, dass Instandstellungsarbeiten bei einem Mieterwechsel nicht bewilligungspflichtig sein sollen, wenn der neue Mietzins nicht mehr als 10 Prozent des bisherigen Mietzinses beträgt, ist unangebracht. Gerade bei einem Mieterwechsel finden die meisten Missbräuche statt. In erster Linie, weil Instandstellungen und ordentlicher Unterhalt nicht mietzinsrelevant sind. Wer kontrolliert es? Verdammen wir die Mieter*innen, missbräuchliche Anfangsmietzinsen anzufechten? Der Wohnschutz ist gerade dazu da, damit der Staat über den Wohnungsmarkt wacht, insbesondere über den bezahlbaren Wohnungsbestand, ohne dass jede Mieter*in auf sich allein gestellt ist. Der Wohnschutz ist kein Investorenschutz.

Ich kann nur wiederholen, was ich bereits im Januar gesagt habe. In dieser Motion werden weitere Gesetzesänderungen vorgeschlagen, die den vernachlässigten Unterhalt gar nicht berücksichtigen. Im Gegenteil, vernachlässigter Unterhalt wird belohnt. Die Plausibilisierung ist zwar im Gesetz bereits heute beim vereinfachten Verfahren vorgesehen, hier hätte der faire Vermieter unserer Ansicht nach vereinfacht eine Bewilligung erhalten sollen. Der Motionär will aber die Plausibilisierung für die Renditeinvestoren. Gemeinsam mit Punkt d. der Motion würde der Kerngehalt des Wohnschutzes voll beseitigt. Der Wohnschutz wird hiermit obsolet.

Ich glaube, es ist Ihnen nicht bewusst, dass Sie mit diesen Motionen den grossen Vertrauensbruch fortsetzen, der vor den erfolgreichen Abstimmungen zum Wohnschutz geherrscht hat. Schlimm ist aber, dass Sie nach nur zwei Jahren Bestand vom Wohnschutz die Spielregeln ändern wollen. Das ist höchst unanständig. Ich bitte Sie, überweisen Sie diese Motion weder als Motion noch als Anzug, lehnen Sie einfach ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Michael Hug gemeldet.

Michael Hug (LDP): Ich möchte nicht lange auf den Inhalt eingehen, aber vielleicht noch kurz ein paar Bemerkungen machen zu meinen Vorrednerinnen und Vorrednern.

Die Motion, wie sie formuliert ist, ist genauso ausgearbeitet, dass die grossen baulichen Veränderungen weiterhin unter das Gesetz fallen, so wie das Stimmvolk das wollte. Es geht darum, dass kleinere Fälle, wie wir sie auch aus den Zeitungen kennen, wo beispielsweise eine Küche oder nur ein Küchengerät ausgewechselt wird, dass die eben nicht in irgendeiner Form gemeldet werden müssen, weil das ist unnötiger Formalismus und das hilft niemandem etwas. Aber ich wiederhole es nochmal, das ist nicht eine Aufritzung des Wohnschutzes in diesem Sinne, wie wir ihn sinnvoll und notwendig sehen. Es ist also kein Vertrauensbruch, der hier gemacht wird, sondern einfach ein pragmatischer Weg, um das Gesetz so umzusetzen, dass es auch wirklich diese Fälle beinhaltet und verbessert, die eben vorhin nicht gut waren.

Sonst ist es einfach so, und das hört man auch von verschiedenen Seiten, werden die Gesetze einfach irgendwie umgangen und das ist auch nicht im Interesse des Erfinders oder des Stimmvolkes, dass man dann irgendwie keine Sanierungen macht bei einem Mieterwechsel, aber den Mietzins schon erhöht und danach Sanierungen macht. Das kann es ja auch nicht sein und darum ist diese Formulierung, so wie sie hier gemacht wird, sinnvoll. Der Regierungsrat hat in seiner Arbeit, die er angekündigt hat mit einer Auslegeordnung, die Möglichkeit, das alles anzuschauen und wo eine Gesetzesänderung notwendig ist, eine Vorlage zu machen und dann kann man auch schauen, wie man mit dieser Vorlage umgeht.

Darum bitte ich Sie nochmals, diese Motion als Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zu den Abstimmungen. Der Regierungsrat beantragt, dieses Geschäft als Anzug weiter zu behandeln. Michael Hug beantragt Motion.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 52 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003728, 12.06.24 22:29:55]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 52 Nein-Stimmen gegen 41 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Ivo Balmer beantragt Nichtüberweisung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 42 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003730, 12.06.24 22:30:38]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen. Frist: 1 Jahr.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 51 Ja-Stimmen gegen 42 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche Ihnen gute Erholung. Wir sehen uns an den Bündelitag-Sitzungen wieder.

Schluss der 20. Sitzung

22:30 Uhr

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 05. Juni 2024 09:06:30
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ent
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ent	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	80	25	13	12	9	8	8	5	0	0
Nein	7	0	1	1	2	1	0	1	1	0
Ent	3	0	3	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	25	17	13	11	9	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	4	1	1	0	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	92	25	17	14	11	9	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 05. Juni 2024 09:07:46
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ent
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ent	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	86	26	13	13	11	9	8	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	4	0	4	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	26	17	13	11	9	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	1	1	0	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	93	26	17	14	11	9	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 05. Juni 2024 09:17:34
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ent	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	42	0	0	14	11	10	1	6	0	0
Nein	49	25	17	0	0	0	6	0	1	0
Ent	2	1	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	93	26	17	14	11	10	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	1	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	26	17	15	11	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
24.5015

Abstimmungsdatum 05. Juni 2024 09:19:17
Geschäft Wahl eines Mitglieds des Districtsrates (Nachfolge Michela Seggiani, SP)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	26	18	14	11	9	8	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	26	18	14	11	9	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	26	18	15	11	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
24.5015

Abstimmungsdatum 05. Juni 2024 09:20:21
Geschäft Wahl eines Mitglieds des Districtsrates (Nachfolge Michela Seggiani, SP)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	89	25	18	14	10	8	8	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	25	18	14	10	8	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	6	1	0	1	1	2	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	26	18	15	11	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
24.0558

Abstimmungsdatum 05. Juni 2024 09:22:03
Geschäft Ersatzwahlen Regierungsrat und Regierungspräsidium vom 7. April 2024; Validierung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	26	18	14	11	8	8	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	26	18	14	11	8	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	1	0	2	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	26	18	15	11	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
22.0980

Abstimmungsdatum 05. Juni 2024 10:44:03
Geschäft Kantonale Volksinitiative «für mehr Musikvielfalt», Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ent	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ent	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ent	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ent	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	37	25	12	0	0	0	0	0	0	0
Nein	49	1	0	14	11	10	7	6	0	0
Ent	7	0	6	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	26	18	14	11	10	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	26	18	15	11	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
22.0980

Abstimmungsdatum 05. Juni 2024 10:44:48
Geschäft Kantonale Volksinitiative «für mehr Musikvielfalt», Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	26	18	14	11	10	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	26	18	14	11	10	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	26	18	15	11	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
22.1255

Abstimmungsdatum 05. Juni 2024 10:57:59

Geschäft Teilrevision des Gesetzes betreffend das Halten von Hunden (Hundegesetz) – Formell-gesetzliche Grundlage für die Pflicht zum Besuch eines Hunde-Erziehungskurses (Sachkundenachweis für Hunde), Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ent	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ent
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ent
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ent
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	78	26	16	4	10	10	8	4	0	0
Nein	4	0	0	0	1	0	0	2	1	0
Ent	6	0	0	6	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	26	16	10	11	10	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	8	0	2	5	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	26	18	15	11	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
23.0943

Abstimmungsdatum 05. Juni 2024 11:25:55

Geschäft Teilrevision des Gesundheitsgesetzes (GesG); Umsetzung des Bundesgesetzes über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	90	24	18	13	11	10	8	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	24	18	13	11	10	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	2	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	26	18	15	11	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
24.5144

Abstimmungsdatum 05. Juni 2024 11:50:06

Geschäft Motion 1 Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Einführung von Familien-Ergänzungsleistungen (FamEL) im Kanton Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	52	25	18	0	0	4	5	0	0	0
Nein	37	0	0	12	11	6	2	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	90	25	18	12	11	10	8	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	2	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	4	0	1	0	0	0	1	1	0
Stimmberechtigt	93	25	18	14	11	10	8	6	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 12**
24.5145

Abstimmungsdatum 05. Juni 2024 15:44:27

Geschäft Motion 2 Pascal Messerli und Michael Hug betreffend der Polizeiberuf muss in Basel-Stadt wieder attraktiv werden: Lohnerhöhung jetzt!

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ent	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ent
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ent	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ent	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	62	0	15	14	10	9	8	6	0	0
Nein	25	24	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	5	3	0	0	1	1	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	15	14	11	10	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	3	1	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	93	27	15	14	11	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 90**
24.5243

Abstimmungsdatum 05. Juni 2024 17:41:28

Geschäft Resolution Johannes Sieber und Konsorten betreffend die Austragung des Eurovision Song Contest 2025 in Basel

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ent
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ent	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ent
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	74	26	8	12	7	8	8	5	0	0
Nein	8	0	4	0	2	1	0	0	1	0
Ent	6	0	3	1	1	0	0	1	0	0
Abgestimmt	88	26	15	13	10	9	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	9	3	3	1	1	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	91	26	15	14	10	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 91**
24.5228

Abstimmungsdatum 05. Juni 2024 17:58:48
Geschäft Resolution Erich Bucher und Konsorten betreffend Tiefbahnhof Basel SBB

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	79	24	10	13	8	10	8	6	0	0
Nein	4	0	4	0	0	0	0	0	0	0
Ent	2	0	0	0	1	0	0	0	1	0
Abgestimmt	85	24	14	13	9	10	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	13	5	4	1	2	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	87	24	14	14	9	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
24.5025

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 09:27:07

Geschäft Petition P475 "Grüne Boulevards und grüne Plätze fürs St. Johann - für saubere Luft, Sicherheit und Lebensqualität", Bericht der PetKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	57	24	18	0	8	0	7	0	0	0
Nein	33	0	0	15	3	7	1	7	0	0
Ent	2	0	0	0	0	1	0	0	1	0
Abgestimmt	92	24	18	15	11	8	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	4	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	25	18	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
24.5156

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 10:02:16
Geschäft Motion 3 Lukas Bollack und Konsorten betreffend Erhöhung der Baumkronenbedeckung im Siedlungsgebiet

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	54	25	18	0	0	3	8	0	0	0
Nein	39	0	0	14	11	6	0	7	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	25	18	14	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	4	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	25	18	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 14**
24.5155

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 10:18:42

Geschäft Motion 4 Raffaela Hanauer und Konsorten betreffend Konzept für Baumpflanzungen sowie Begrünungs- und Entsiegelungsmassnahmen gegen die Sommerhitze

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	64	26	18	1	6	7	6	0	0	0
Nein	26	0	0	12	4	2	0	7	1	0
Ent	2	0	0	1	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	26	18	14	11	9	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	1	0	0	2	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	26	18	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 16**
24.5168

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 10:31:30

Geschäft Motion 6 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Ausweitung der zulässigen juristischen Praktika für die Anwaltsprüfungen auch auf die Tätigkeit als Unternehmensjuristin und Unternehmensjurist

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	87	25	17	14	7	9	8	7	0	0
Nein	6	0	0	1	4	0	0	0	1	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	26	17	15	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	26	18	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 18**
24.5177

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 11:03:48
Geschäft Motion 8 Anina Ineichen und Konsorten für einen Klimafonds "New Green Deal für Basel" (NGDB)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	47	26	18	0	0	0	2	0	0	1
Nein	46	0	0	15	11	7	6	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	26	18	15	11	7	8	7	0	1
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Nicht anwesend	6	3	0	0	0	2	0	0	1	0
Stimmberechtigt	94	26	18	15	11	8	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 19**
24.5098

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 11:14:41

Geschäft Anzug 1 Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend niederschwelliger Zugang zu allen staatlich mitfinanzierten Museen dank einheitlicher Anerkennung der Museumspässe

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	71	26	18	13	2	5	7	0	0	0
Nein	19	0	0	2	9	2	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	91	26	18	15	11	8	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	0	1	1	0	1
Nicht anwesend	6	3	0	0	0	2	0	0	1	0
Stimmberechtigt	94	26	18	15	11	8	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 21**
24.5105

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 11:25:00
Geschäft Anzug 3 Daniel Seiler und Konsorten betreffend Schutz von vulnerablen Menschen bei Hitze

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ent	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ent	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	73	25	1	14	11	8	8	6	0	0
Nein	12	0	12	0	0	0	0	0	0	0
Ent	4	0	4	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	25	17	14	11	8	8	6	0	0
Nicht abgestimmt	5	1	1	1	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	6	3	0	0	0	2	0	0	1	0
Stimmberechtigt	94	26	18	15	11	8	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.5106

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 11:40:06
Geschäft Anzug 4 Andrea Strahm und Konsorten betreffend Orientierungstag obligatorisch für alle

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ent	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ent	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ent	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	35	0	0	11	10	8	5	1	0	0
Nein	50	26	18	0	0	0	2	4	0	0
Ent	6	0	0	4	0	0	1	1	0	0
Abgestimmt	91	26	18	15	10	8	8	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	7	3	0	0	1	2	0	0	1	0
Stimmberechtigt	93	26	18	15	10	8	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 23**
24.5107

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 12:00:39

Geschäft Anzug 5 Ivo Balmer und Konsorten betreffend Wohnen ist kein Gewerbe - gewerbliches «Airbnb» und Business Apartments regulieren

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ent
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	73	25	18	14	0	8	8	0	0	0
Nein	18	0	0	1	11	0	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	92	25	18	15	11	8	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	0	0	0	2	0	0	1	0
Stimmberechtigt	94	26	18	15	11	8	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 26**
24.5141

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 15:26:37

Geschäft Anzug 8 Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Universitätszugang für Spät- und Wiedereinsteigende an der Universität Basel

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ent
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	61	26	18	0	0	8	8	1	0	0
Nein	32	0	0	14	11	2	0	5	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	94	26	18	14	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	26	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 28**
24.5143

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 15:42:29

Geschäft Anzug 10 Nicole Amacher und Konsorten betreffend vertiefte Analyse der Entwicklung des Nichtbezugs von Sozialhilfe und bedarfsabhängigen Sozialleistungen sowie Massnahmen zur Senkung der Nichtbezugsquote

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	77	25	18	14	2	9	8	1	0	0
Nein	16	0	0	1	9	0	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	25	18	15	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	26	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 29**
24.5146

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 15:56:48

Geschäft Anzug 11 Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend mehr Sicherheit und Komfort für Velofahrende in der Ahornstrasse

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	50	25	18	0	0	0	7	0	0	0
Nein	45	0	0	15	11	10	1	7	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	25	18	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	26	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 30**
24.5159

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 16:06:01

Geschäft Anzug 12 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Velovignetten und Velocodierungen gegen Velodiebstähle

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ent
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ent
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	69	20	17	13	1	9	7	2	0	0
Nein	15	0	0	0	8	1	0	5	1	0
Ent	3	0	0	1	2	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	20	17	14	11	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	10	6	1	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	26	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 31**
24.5160

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 16:08:28
Geschäft Anwesenheit ermitteln

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht abgestimmt	Bollack Lukas (GLP)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nicht abgestimmt	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GAB)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Zappalà Andreas (FDP)	Nicht abgestimmt
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GAB)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Anwesend
Thüring Joël (SVP)	Anwesend		
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Anwesend	2	0	0	1	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	2	0	0	1	1	0	0	0	0	0
Nicht abgestimmt	93	25	18	14	10	9	8	7	1	1
Nicht anwesend	5	4	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	25	18	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 31**
24.5160

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 16:26:40

Geschäft Anzug 13 Amina Trevisan und Konsorten betreffend öffentliche Aufarbeitung der Geschichte illegalisierter migrantischen Familien mit Saisonnier- und Jahresaufenthaltsstatut in Basel

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	68	26	17	1	1	8	8	6	1	0
Nein	26	0	0	14	10	1	0	1	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	26	17	15	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	26	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 33**
24.5179

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 16:40:04
Geschäft Anzug 15 Annina von Falkenstein betreffend Erweiterung Tagesfamilien durch Tagesgrosseltern

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	48	0	0	14	9	10	8	7	0	0
Nein	43	26	17	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	92	26	17	14	9	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	0	1	1	2	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	26	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 34**
23.5657

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 17:10:36

Geschäft Motion Tobias Christ und Konsorten für eine Generelle Aufgabenüberprüfung mit Entlastungsziel, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	50	0	0	14	11	10	8	7	0	0
Nein	42	24	18	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	24	18	14	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	4	0	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	95	25	18	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 35**
23.5658

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 17:35:23

Geschäft Motion Tobias Christ und Konsorten betreffend die Einführung eines Aufgaben- und Finanzplans, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	50	0	0	15	10	10	8	7	0	0
Nein	42	24	18	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	24	18	15	10	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	4	0	0	1	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	94	25	18	15	10	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 36**
16.5164

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 17:41:50

Geschäft Motion Thomas Strahm und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts ohne Berücksichtigung des Landwerts, Zwischenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	50	0	1	15	10	9	8	7	0	0
Nein	41	24	17	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	24	18	15	10	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	4	0	0	1	1	0	0	1	0
Stimmberechtigt	93	25	18	15	10	9	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 36.1**
16.5166

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 17:42:31

Geschäft Motion Katja Christ und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts: Berücksichtigung energetische Sanierung, Zwischenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	49	0	0	15	10	9	8	7	0	0
Nein	42	24	18	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	24	18	15	10	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	4	0	0	1	1	0	0	1	0
Stimmberechtigt	93	25	18	15	10	9	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 36.2**
16.5168

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 17:43:14

Geschäft Motion Christophe Haller und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts zu 60% des Marktwerts, Zwischenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	49	0	0	15	10	9	8	7	0	0
Nein	41	23	18	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	23	18	15	10	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	2	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	4	0	0	1	1	0	0	1	0
Stimmberechtigt	93	25	18	15	10	9	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 39**
22.5082

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 17:50:52

Geschäft Anzug Beat Braun und Konsorten betreffend echter Wohnschutz jetzt: Mehr Baslerinnen und Basler zu Wohnungseigentümer/innen machen, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ent	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ent	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	50	23	17	5	0	0	5	0	0	0
Nein	35	0	0	6	10	9	3	7	0	0
Ent	4	0	0	4	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	23	17	15	10	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	4	2	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	4	0	0	1	1	0	0	1	0
Stimmberechtigt	93	25	18	15	10	9	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 43**
23.5586

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 20:30:50

Geschäft Motion Melanie Eberhard und Konsorten für eine verbindliche Kooperation der Spitäler der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sieber Johannes (GLP)	Nein
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	42	0	0	14	11	10	0	7	0	0
Nein	49	24	18	0	0	0	7	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	92	24	18	14	11	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	5	5	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	24	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 44**
23.5585

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 20:46:12

Geschäft Motion Nicole Kuster und Konsorten betreffend "Kontakt- und Anlaufstelle Dreispitz" und die Nähe zum geplanten Primarschulhaus Walkeweg und Kindergarten an der Münchensteinerstrasse 101, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ent
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	43	25	18	0	0	0	0	0	0	0
Nein	50	0	0	15	11	10	7	7	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	1	0	1	0
Abgestimmt	95	25	18	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	4	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	25	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 44**
23.5585

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 20:47:02

Geschäft Motion Nicole Kuster und Konsorten betreffend "Kontakt- und Anlaufstelle Dreispitz" und die Nähe zum geplanten Primarschulhaus Walkeweg und Kindergarten an der Münchensteinerstrasse 101, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ent
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	50	0	0	15	11	10	7	7	0	0
Nein	43	25	18	0	0	0	0	0	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	1	0	1	0
Abgestimmt	95	25	18	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	4	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	25	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 47**
23.5478

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 21:10:35

Geschäft Motion Lorenz Amiet und Konsorten betreffend «Wider die Auswüchse bei Lohngleichheitsanalysen im kantonalen Beschaffungswesen», Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht abgestimmt	Bollack Lukas (GLP)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Ent	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GAB)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ent
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP, P)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Zappalà Andreas (FDP)	Nicht abgestimmt
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GAB)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ent
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	3	0	0	0	2	0	1	0	0	0
Nein	4	1	0	2	0	0	0	0	0	1
Ent	4	0	1	2	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	11	1	1	4	2	1	1	0	0	1
Nicht abgestimmt	83	22	17	11	9	9	7	7	1	0
Nicht anwesend	6	6	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	23	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 47**
23.5478

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 21:13:07

Geschäft Motion Lorenz Amiet und Konsorten betreffend «Wider die Auswüchse bei Lohngleichheitsanalysen im kantonalen Beschaffungswesen», Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	41	24	17	0	0	0	0	0	0	0
Nein	52	1	0	15	11	10	8	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	25	17	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	4	0	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	95	25	18	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 47**
23.5478

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 21:13:49

Geschäft Motion Lorenz Amiet und Konsorten betreffend «Wider die Auswüchse bei Lohngleichheitsanalysen im kantonalen Beschaffungswesen», Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht abgestimmt	Bollack Lukas (GLP)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nicht abgestimmt	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GAB)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Zappalà Andreas (FDP)	Nicht abgestimmt
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GAB)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt		
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht abgestimmt	95	25	18	15	11	10	8	7	0	1
Nicht anwesend	5	4	0	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	95	25	18	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 47**
23.5478

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 21:14:05

Geschäft Motion Lorenz Amiet und Konsorten betreffend «Wider die Auswüchse bei Lohngleichheitsanalysen im kantonalen Beschaffungswesen», Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	51	0	0	15	11	10	8	7	0	0
Nein	43	25	18	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	25	18	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	4	0	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	95	25	18	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 48**
23.5572

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 21:44:07

Geschäft Motion Daniel Seiler und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich des Stockwerkeigentums, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	46	26	17	0	0	3	0	0	0	0
Nein	48	0	0	15	11	7	8	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	26	17	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	1	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	95	26	17	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 48**
23.5572

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 21:44:50

Geschäft Motion Daniel Seiler und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich des Stockwerkeigentums, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	51	0	0	15	11	10	8	7	0	0
Nein	43	26	17	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	26	17	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	1	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	95	26	17	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 49**
23.5573

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 22:02:04

Geschäft Motion Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich der energetischen Sanierungen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sieber Johannes (GLP)	Nein
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	43	26	17	0	0	0	0	0	0	0
Nein	51	0	0	15	11	10	8	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	26	17	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	1	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	95	26	17	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 49**
23.5573

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 22:02:44

Geschäft Motion Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich der energetischen Sanierungen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	51	0	0	15	11	10	8	7	0	0
Nein	43	26	17	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	26	17	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	1	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	95	26	17	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 49**
23.5573

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 22:04:01

Geschäft Motion Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich der energetischen Sanierungen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	52	0	1	15	11	10	8	7	0	0
Nein	42	26	16	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	26	17	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	1	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	95	26	17	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 50**
23.5574

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 22:12:08

Geschäft Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich Wohnschutzkommission, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	42	26	16	0	0	0	0	0	0	0
Nein	51	0	0	15	11	10	8	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	26	16	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	2	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	94	26	16	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 50**
23.5574

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 22:12:48

Geschäft Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich Wohnschutzkommission, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	51	0	0	15	11	10	8	7	0	0
Nein	42	26	16	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	26	16	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	2	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	94	26	16	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 51**
23.5575

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 22:17:59

Geschäft Motion Andrea Elisabeth Knellwolf und Konsorten betreffend Definition Wohnungsnot, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	52	26	16	0	0	3	7	0	0	0
Nein	41	0	0	15	11	7	1	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	26	16	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	2	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	94	26	16	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 51**
23.5575

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 22:18:44

Geschäft Motion Andrea Elisabeth Knellwolf und Konsorten betreffend Definition Wohnungsnot, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	51	0	0	15	11	10	8	7	0	0
Nein	42	26	16	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	26	16	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	2	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	94	26	16	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 52**
23.5576

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 22:29:33

Geschäft Motion Michael Hug und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen in Bezug auf das Bewilligungsverfahren, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sieber Johannes (GLP)	Nein
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	41	26	15	0	0	0	0	0	0	0
Nein	52	0	1	15	11	10	8	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	26	16	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	2	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	94	26	16	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 52**
23.5576

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 22:30:15

Geschäft Motion Michael Hug und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen in Bezug auf das Bewilligungsverfahren, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	51	0	0	15	11	10	8	7	0	0
Nein	42	26	16	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	26	16	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	2	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	94	26	16	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 26. Juni 2024 09:03:54
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	85	26	13	13	11	9	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	2	0	2	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	26	15	13	11	9	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	10	3	2	2	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	90	26	16	13	11	9	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 26. Juni 2024 09:09:24
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	88	25	16	13	11	9	7	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	25	16	13	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	1	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	1	1	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	93	26	17	14	11	9	7	7	1	1

Anhang B

Neue Ratschläge, Berichte und Vorstösse

	Tagesordnung	Komm.	Dep.	Dokument
1.	Ersatzwahlen Regierungsrat und Regierungspräsidium vom 3. März 2024 (erster Wahlgang) und vom 7. April 2024 (zweiter Wahlgang); Validierung	Ratsbüro	PD	24.0558.01
2.	Kantonale Volksinitiative «für mehr Musikvielfalt», Bericht der BKK	BKK	PD	22.0980.04
3.	Petition P461 "Erhalt des Grünraums in der Schutzzone Maiengasse - Mittlere Strasse - Friedensgasse", Bericht der PetKo	PetKo		23.5095.03
4.	Petition P475 "Grüne Boulevards und grüne Plätze fürs St. Johann - für saubere Luft, Sicherheit und Lebensqualität", Bericht der PetKo	PetKo		24.5025.02
5.	Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend PACS und Verantwortungsgemeinschaft für Basel-Stadt, Stellungnahme des RR		JSD	23.5650.02
6.	Motion Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend Stromsparbonus für Betriebe gerecht verteilen, Stellungnahme des RR		WSU	23.5645.02
7.	Motion Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Abbau von Hindernissen bei der Förderung von Photovoltaikinstallationen in den historischen Ortskernen von Basel, Riehen und Bettingen, Stellungnahme des RR		WSU	23.5591.02
8.	Motion Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Gleichbehandlung der nachobligatorischen Schulzeit in Sachen Familienurlaub, Stellungnahme des RR		ED	23.5643.02
9.	Motion Tobias Christ und Konsorten für eine Generelle Aufgabenüberprüfung mit Entlastungsziel, Stellungnahme des RR		FD	23.5657.02
10.	Motion Tobias Christ und Konsorten betreffend die Einführung eines Aufgaben- und Finanzplans, Stellungnahme des RR		FD	23.5658.02
11.	Motion Thomas Strahm und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts ohne Berücksichtigung des Landwerts, Motion Katja Christ und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts: Berücksichtigung energetische Sanierung sowie Motion Christophe Haller und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts zu 60% des Marktwerts, Zwischenbericht des RR		FD	16.5164.05 16.5165.05 16.5168.05
12.	Anzug Beat Braun und Konsorten betreffend echter Wohnschutz jetzt: Mehr Baslerinnen und Basler zu Wohnungseigentümer/innen machen, Schreiben des RR		FD	22.5082.02
13.	Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend Gleichbehandlung von Ehegatten und Konkubinatspaaren bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer, Stellungnahme des RR		FD	23.5497.02
14.	Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend fairen Wettbewerb zwischen kantonalen Unternehmen und Privaten stärken, Stellungnahme des RR		FD	23.5590.02
15.	Antrag Claudia Baumgartner und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Massnahmen zur Aufwertung der beiden ehemaligen Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft (Volles Ständerecht), Stellungnahme des RR		PD	23.5642.02
16.	Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Schaffung eines Bio-Stadt-Labels, Schreiben des RR		PD	19.5427.03
17.	Anzug Thomas Widmer-Huber und Konsorten zur Förderung der Suizidprävention im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR		GD	22.5171.02
	Überweisung an Kommissionen			
18.	Photovoltaik im Verwaltungsvermögen - Erschliessung des Solarpotenzials bis 2030, Ratschlag des RR	UVEK	FD	24.0429.01

19.	Erlen-Verein Basel über einen Staatsbeitrag für die Jahre 2025 bis 2028, Ratschlag des RR	UVEK	BVD	24.0544.01
20.	Antrag auf Erhöhung der Anzahl Richterinnen und Richter am Appellationsgericht gemäss § 87 GOG, Bericht des Gerichtsrats	JSSK	GerR	24.5203.01
21.	Schweizerische Rheinhäfen: Genehmigung des Jahresberichts und der Jahresrechnung 2023 sowie Wahl der Revisionsstelle für das Geschäftsjahr 2024, Bericht des RR; *Partnerschaftliches Geschäft*	IGPK Rheinhäfen	WSU	24.0619.01
22.	Petition P476 "Nein zum Rheintunnel"	PetKo		24.5222.01
23.	Petition P477 "Für den Erhalt unserer Universität"	PetKo		24.5223.01

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

24.	Motionen:			
	1. Adrian Iselin und Michael Hug betreffend Schaffung von kantonalen Förderbeiträgen für Photovoltaik-Anlagen zusätzlich zur Förderung durch den Bund			24.5184.01
	2. Fleur Weibel und Konsorten betreffend Erarbeitung einer kantonalen Strategie gegen Rassismus mit Massnahmenplan			24.5205.01
	3. Franziska Roth und Jenny Schweizer betreffend finanzielle Stärkung der Spielgruppen			24.5206.01
	4. Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Vertretung in Arbeitsstreitigkeiten			24.5208.01
	5. Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend Vertretung in Mietstreitigkeiten			24.5209.01
	6. Béla Bartha und Konsorten betreffend Barrierenabbau auf Biotopverbundsachsen			24.5210.01
25.	Anzüge:			
	1. Heidi Mück und Konsorten betreffend stärkere Sensibilisierung der Lehrpersonen für geschlechtsunabhängige Leistungseinschätzung			24.5211.01
	2. Amina Trevisan und Konsorten betreffend Verbesserung der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen sowie Chancengleichheit an der Universität Basel			24.5212.01
	3. Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Unterstützung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit finanziellen Schwierigkeiten durch frühzeitige Information über bestehende Hilfs- und Beratungsangebote in Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern			24.5213.01
	4. Oliver Thommen und Konsorten betreffend die Beantwortung von Interpellationen			24.5214.01
	5. Bruno Lötscher-Steiger betreffend Prostata-Vorsorge			24.5219.01
26.	Umgestaltung der Archäologischen Informationsstelle «Basel, 80 v. Chr. Murus Gallicus - Der Keltenwall», Bericht der BKK	BKK	BVD	23.0948.02

Kenntnisnahme

27.	Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch (Nr. 1736)	BegnKo		
28.	Jahresbericht 2023 der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (IPH), Bericht der IGPK	IGPK Hitzkirch		24.5185.01
29.	IWB Industrielle Werke Basel: Genehmigung der Jahresrechnung 2023, Schreiben des RR		WSU	24.0551.01
30.	Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Abstimmungsempfehlung auch bei direkt dem Volk vorgelegten Volksinitiativen, Schreiben der JSSK, (stehen lassen)	JSSK		16.5314.05

31.	Anzug Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Änderung der Kündigungsbestimmungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des oberen Kaders aller dem Personalgesetz unterstellten Bereiche, Anzug Toya Krummenacher und Konsorten betreffend Regulierung der Arbeit auf Abruf im Personalrecht des Kantons Basel-Stadt, Anzug Felix Wehrli und Konsorten betreffend Reduktion der Arbeitszeit bei den Polizistinnen und Polizisten im Schichtdienst sowie weiteren Kantonsangestellten, Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Bekämpfung des Fachkräftemangels - mehr Lernende im Bereich der Informations-und Kommunikationstechnik in der Verwaltung sowie Anzug Michael Hug und Tobias Christ betreffend Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Kantonsangestellte im Schicht- und Wochenenddienst, Schreiben des RR, (stehen lassen)	FD	21.5766.03 22.5295.02 22.5472.02 22.5573.02 22.5584.03
32.	Schriftliche Anfrage Ivo Balmer betreffend Massnahmen gegen Verdrängung in Basel Nord und weiteren Quartieren, Schreiben des RR	PD	24.5058.02
33.	Schriftliche Anfrage Georg Mattmüller betreffend Öffnungszeiten und Betrieb im saisonalen Hallenbad Eglisee, Schreiben des RR	ED	24.5059.02
34.	Schriftliche Anfrage Joël Thüring betreffend Durchsetzung unserer demokratischen Werte, Schreiben des RR	JSD	24.5073.02
35.	Schriftliche Anfrage Beda Baumgartner betreffend hält Uber den Mindestlohn in Basel-Stadt ein?, Schreiben des RR	WSU	24.5069.02

Protokoll

der 21. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 26. Juni 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Raoul I. Furlano (LDP); Stefan Wittlin (SP); Lea Wirz (GAB); Brigitte Gysin (die Mitte/EVP); Salome Bessenich (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung 2
3. Jahresrechnung 2023 und Rechnung 2023 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom und Mitbericht der BKK..... 4
4. Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2023 des Regierungsrats 25

Beginn der 21. Sitzung

Mittwoch, 26. Juni 2024, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[26.06.24 09:00:22]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Hinweis Verabschiedung Margrit Rünzi: Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir morgen um 15 Uhr unsere Kaffeewirtin verabschieden werden. Wenn Sie ihr eine persönliche Karte übergeben möchten, können Sie diese noch heute bei Beat Flury deponieren, auch morgen am Morgen geht das noch. Leere Karten stehen auf dem Tisch des Hauses zur Verfügung.

Anmeldung zur Grossratsreise vom 30. August: Diese Woche haben Sie noch Gelegenheit, sich anzumelden für die Grossratsreise, wenn das noch nicht geschehen ist. Danach werden wir die Zuteilungen vornehmen und Sie erhalten Ihr persönliches Programm im Juli noch. Ich freue mich schon sehr, mit Ihnen Bubendorf und unserem Nachbarkanton besuchen zu gehen.

Rathausführungen im Herbst Sie mögen sich auch daran erinnern, dass ich mal behauptet habe, dass viele Grossrätinnen und Grossräte noch nie auf dem Turm waren. Sie haben jetzt Gelegenheit, das zu ändern, und zwar wird es so sein, dass der Leiter der kantonalen Denkmalpflege , Dr. Daniel Schneller gemeinsam mit Dr. Martin Möhlin, dem Inventarisator Kunstdenkmäler des BVD, Führungen im Rathaus für Sie anbieten wird. Die Führungen finden jeweils mittags zwischen Grossratssitzungen statt. Eine Anmeldung ist erforderlich und Sie werden Gelegenheit haben, sich anzumelden in Reaktion auf ein Mail, das Ihnen der Parlamentsdienst heute oder morgen zustellen wird.

Und das waren die Mitteilungen. Wir kommen damit zur Tagesordnung.

David Jenny beantragt die Traktandierung einer Resolution. Der Entwurf wurde Ihnen aufgelegt. Wir diskutieren jetzt nur, ob der Resolutionsentwurf auf die Tagesordnung zu setzen ist. Die Redezeit beträgt dabei fünf Minuten. Am Schluss stimmen wir über die Traktandierung ab. Wird der Resolutionsentwurf auf die Tagesordnung gesetzt, kommt er heute Nachmittag auf die Liste. Es ist aber so, dass wir grosse Geschäfte haben heute und morgen. Es kann sein, dass wir mit einem Geschäft nicht fertig sind. Dann würden wir es zuerst fertig beraten und dann danach als erstes neues Traktandum halt vielleicht nicht mehr um 15 Uhr, sondern später auf die Resolution kommen.

Wir stimmen ab, ob die Resolution überhaupt auf die Tagesordnung zu setzen ist. Dafür ist ein einfaches Mehr erforderlich. Heute Nachmittag ist dann ein Zweidrittelmehr erforderlich. Gibt es Wortmeldungen?

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir schon zu den Abstimmungen.

Abstimmung

Traktandierung Resolution

JA heisst Traktandierung der Resolution, NEIN heisst keine Traktandierung.

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003758, 26.06.24 09:04:16]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Resolution zu traktandieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für Traktandierung entschieden mit 85 Ja-Stimmen gegen eine Neinstimme bei zwei Enthaltungen. Zur Tagesordnung liegt noch eine Wortmeldung von Eric Weber vor.

Eric Weber (Fraktionslos): Es ist relativ wichtig. Ich sage jetzt etwas als Grossrat, und dann kann keiner sagen von den Grossräten, er habe es nicht gewusst, und die Zeitungen können auch nicht sagen, sie hätten es nicht gewusst. In der Tagesordnung ist meiner Ansicht nach ein Fehler. Sie wissen, ich bin seit 1984 Grossrat und daher stelle ich gleich einen Antrag. Ich möchte gerne begründen. Ich habe einen Fehler in der Tagesordnung entdeckt, als alter Hase. Sie alle kennen sich in der Politik aus und daher muss ich jetzt keinen Grundkurs Politik geben. Ich bringe es auf den Punkt.

Ich kann genau in Zukunft vorausschauen. Wenn wir jetzt das Wahlrecht für die Ausländer einführen, dann gibt es im November eine Volksabstimmung dazu, zusammen mit dem zweiten Wahlgang Regierungsrat. Und dann wird dieser zweite Wahlgang Regierungsrat vollkommen verfälscht. Ich beantrage darum, dass wir das Thema Ausländerwahlrecht von der Tagesordnung nehmen, dass es nicht jetzt im Juni behandelt wird, sondern erst nach dem zweiten Wahlgang Regierungsrat. Stellen Sie sich vor, die Kandidatin der GLP sagt, sie sei gegen das Ausländerwahlrecht, Regierungsrätin Esther Keller ist gewählt. Sagt sie aber, sie sei für das Ausländerwahlrecht, dann wird der SVP-Mann gewählt. Es würde zu Verschiebungen führen, die nur wegen dem Ausländerwahlrecht eintreten würden. Daher muss geschaut werden, dass der zweite Wahlgang Regierungsrat ruhig über die Bühne geht.

Meine Damen und Herren, ich habe viele Nächte über den Antrag geschlafen. Es gibt einen zweiten Wahlgang Regierungsrat, da sind wir uns alle einig. Wenn der zusammengelegt wird mit dem Ausländerwahlrecht, dann herrscht einfach eine komische Situation, die ich als Bürger nicht möchte haben.

Ich begründe den Antrag. Wir haben schon oft Abstimmungen gehabt, Schweizer Abstimmungen, die die Massen an die Urne brachten, auch teilweise einseitig. Und wenn wir jetzt diese kantonale Abstimmung über das Ausländerwahlrecht zusammen mit dem zweiten Wahlgang Regierungsrat haben, dann gibt es nach meiner Ansicht Verschiebungen, und danach sind alle schlauer und sagen, ja, hätten wir das gewusst, bei diesen vielen Abstimmungen im November 2024, aber dann ist es zu spät. Jetzt ist es noch nicht zu spät. Handeln Sie, nehmen Sie es von der Tagesordnung. Ich bitte Sie, daher stehe ich Grossrat Eric Weber hier vorne und rede.

Ich weiss, ich habe Recht, ich weiss auch, dass mein Antrag nicht durchkommen wird, da ich scheinbar der Böse bin. Aber ich bin hoch anständig und ich mache Sie nur aufmerksam auf eine Komplikation oder wie man das auch immer in der Fachsprache nennen mag. Wenn es zur Abstimmung über Wahlrecht Ausländer kommt, dann wird es kochen. Ich meine, viele gehen dann wählen, die sich betroffen fühlen. Und es ist klar, dass diese dann auch den Zettel für den zweiten Wahlgang Regierungsrat ausfüllen werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber beantragt die Absetzung von Traktandum 9, Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Stadt betreffend Stimm- und Wahlrecht. Er beantragt, dieses Geschäft von der Tagesordnung abzusetzen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Absetzung Traktandum 9

JA heisst Absetzung Traktandum 9, NEIN heisst keine Absetzung von Traktadum 9.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 88 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003760, 26.06.24 09:09:47]*

Der Grosse Rat beschliesst

Traktandum 9 nicht abzusetzen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es wurde 88 Mal Nein, einmal Ja bei keiner Enthaltung gestimmt. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung vor.

Wir kommen damit zur Traktandum 2, Entgegennahme der neuen Geschäfte. Zuweisungen. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit der vom Büro vorgeschlagenen Zuweisung dieser Geschäfte einverstanden sind. Sie haben so beschlossen.

3. Jahresrechnung 2023 und Rechnung 2023 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom und Mitbericht der BKK

[26.06.24 09:10:27, 24.5229.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Zu diesem Geschäft begrüsse ich auf der Regierungsbank auch den Präsidenten des Gerichtsrats, Herrn Stephan Wullschleger.

Die Finanzkommission beantragt, die Jahresrechnung 2023 zu genehmigen. Ich gebe Ihnen den Ablauf der Beratung der Jahresrechnung bekannt. Zuerst erfolgt wie gewohnt eine allgemeine Debatte über den Bericht der Finanzkommission und die Jahresrechnung, in welcher zunächst der Präsident der Finanzkommission Joël Thüring das Wort erhält. Danach spricht die Präsidentin der BKK Franziska Roth, welche einen Bericht zu den kantonalen Museen präsentiert. Seitens der übrigen Sachkommissionen wurden keine weiteren Mitberichte verfasst. Nach den Kommissionen sprechen die Finanzdirektorin, der Vorsteher des Gerichtsrates, anschliessend die Fraktionen, je maximal zehn Minuten, und dann die Einzelvotierenden mit maximal fünf Minuten. Das erste Schlusswort zum Eintreten haben der Vorsitzende des Gerichtsrats, die Finanzdirektorin sowie die Präsidentin der BKK, und das letzte Schlusswort hat wieder der Präsident der Finanzkommission.

Nach dem Eintreten folgt eine departementsweise Beratung, das heisst, Sie können dann jeweils wieder Fraktionsvoten zu den einzelnen Departementen halten. Am Schluss folgt dann die formelle Beratung des Grossratsbeschlusses, auf Seite 55 des Berichts der Finanzkommission und die Schlussabstimmung.

Gibt es zu diesem Ablauf Wortmeldungen oder Begehren? Das ist nicht der Fall. Dann gehen wir so vor und starten mit dem Sprecher für die Finanzkommission Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): 434 Millionen Franken, mit diesem Überschuss schliesst die Rechnung 2023 ab, nachdem nach verschiedenen Nachtragskrediten und Budgetpostulaten der Grosse Rat im Verlaufe des Jahres den ursprünglich vorgesehenen Überschuss von 33,2 Millionen Franken auf nur noch 13,1 Millionen Franken reduziert hat. Nun ist es etwas anders gekommen, und es ist gut gekommen. Erfreut kann die Finanzkommission gleichzeitig auch feststellen, dass das Nettovermögen auf 451,9 Millionen Franken angestiegen ist und die Nettoschuldenquote wie im Vorjahr unter 0, nämlich bei Minus 0,6 Promille liegt. Festzuhalten gilt es aber auch, dass sich die Bruttoschulden von 3,3 auf 3,5 Milliarden Franken erhöhen.

Wie kam es zu diesem ungewöhnlich und ungemein tollen Rechnungsüberschuss von 434 Millionen Franken, den wir und wohl auch die Finanzdirektorin so in dieser Form nicht erwartet haben? Bei genauer Betrachtung wird rasch klar, dass dieser Überschuss vor allem auf höhere Steuereinnahmen zurückzuführen ist. So fallen die Einnahmen durch die Einkommenssteuern von natürlichen Personen um 70 Millionen Franken höher aus als budgetiert. Gleichzeitig sind auch die um 351 Millionen Franken höheren Überschüsse bei den Unternehmenssteuern dafür mit- oder gar hauptverantwortlich.

Diese hohen Überschüsse ergaben sich auch durch die gute Konjunktur, die Widerstandsfähigkeit der hier ansässigen Unternehmen in Krisenjahren und das Steuerjahr 2022 war geopolitisch gesehen ein solches Krisenjahr und durch nachträgliche Einnahmen vergangener Steuerjahre. An dieser Stelle ist aber auch festzuhalten und festzustellen, dass trotz dieser aussergewöhnlich hohen Einnahmen bei den Unternehmenssteuern nicht per se davon ausgegangen werden kann, dass dies in gleicher oder ähnlicher Form auch in den Folgejahren der Fall sein wird. Regierungsrätin Tania Soland, die Finanzdirektorin, hat dies schon bei der Präsentation der Rechnung 2023 gegenüber den Medien mahnend erwähnt und sie hat diese Mahnung auch in der Finanzkommission wiederholt. Man kann nicht davon ausgehen, dass sich dies jedes Jahr derart positiv wiederholen wird. Gerade bei den Unternehmenssteuern zeigt sich eine hohe Volatilität, weshalb es die Finanzkommission sehr begrüsst, wenn der Kanton die Einnahmenseite auch weiterhin unter Berücksichtigung dieses volatilen Aspektes kalkuliert.

Die Vermögenssteuern fielen um 30 Millionen Franken tiefer aus als budgetiert. Die Erbschafts-, Schenkungs- und Handänderungssteuern schwanken von Jahr zu Star-Jahr zu Jahr stark, weshalb ein Durchschnittswert budgetiert wird. Im 2023 lagen diese Steuerarten 38 Millionen Franken unter dem Durchschnitt der letzten Jahre.

Weiter ist auch darauf hinzuweisen, dass es im Rechnungsjahr 2023 keine Gewinnablieferung der Schweizerischen Nationalbank gab. Diese bezieht sich jeweils auf das vorherige Geschäftsjahr der SNB, und dies führt zu einer Verschlechterung gegenüber dem Budget von 46 Millionen Franken, da der Kanton jeweils von einer mittleren

Gewinnausschüttung der SNB ausgeht. Diese Art der Budgetierung, ein Mittelweg zwischen risikoreich und risikoarm, begrüsst die Finanzkommission weiterhin. Regierungsrätin Tanja Soland hat ausgeführt, dass mit der Erwartung einer mittleren Gewinnausschüttung vermutlich auch eben diese unterschiedlichen Möglichkeiten, was die Gewinnausschüttung der SNB anbelangt, für unser Budget und für unsere Rechnung dann besser kalkulier- und erwartbar ist.

Auch die Departemente trugen zum positiven Rechnungsabschluss bei. Insgesamt blieben sie 63 Millionen Franken unter Budget, wobei dies vor allem auf tiefere Fallzahlen in der Sozialhilfe (36 Millionen Franken) und tiefere Ausgaben für Prämienverbilligungen (14 Millionen Franken) zu begründen ist. Zu Mehraufwand führte eine Rückstellung in der Höhe von 21 Millionen Franken für potenzielle Ausfälle bei Covid-19-Startup-Bürgschaften. Das hohe Investitionsvolumen von 421 Millionen Franken konnte vollständig selbst finanziert werden. Die grössten Positionen hier sind die Elektrifizierung des Bussystems, die Erhaltung der Gleisinfrastruktur, die Erweiterung der ARA, die Abwasserreinigungsanlage, sowie der Neubau des Naturhistorischen Museums und des Staatsarchivs. Der Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen beträgt 160 Prozent.

Weiterhin zunehmend ist die Zahl der Beschäftigten beim Kanton. Bestanden im Jahr 2022 rund 8'892 Vollzeitstellen, sind diese im Jahr 2023 auf 9'177 Vollzeitstellen angewachsen. Das kontinuierliche Wachstum der Vollzeitstellen ist vielen verschiedenen Faktoren, wie beispielsweise steigenden Schülerzahlen geschuldet, weshalb ich jetzt auch verzichte, im einzelnen darauf einzugehen.

Hinweisen kann ich noch auf den Umstand, dass das Steuerpaket, das im März 2023 von der basel-städtischen Stimmbevölkerung angenommen wurde, sich noch nicht auf die Rechnung 2023 auswirkt. Das Steuerpaket führt dazu, dass die Steuereinnahmen der natürlichen Personen ab 2024 um 112 Millionen Franken sinken. Angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten kommt das Steuerpaket auch aus Sicht der Finanzkommission aber bestimmt zur richtigen Zeit.

Nun möchte ich kurz auch zu einzelnen Feststellungen, Erwartungen und Empfehlungen aus einzelnen Departementen kommen. Zuerst zum Naturhistorischen Museum und zum Staatsarchiv: Die Finanzkommission wurde bereits im Juni 2023 informiert, dass für die Ertüchtigung des Widerlagers der Luzernerringbrücke als integraler Bestandteil des Neubaus für das Naturhistorische Museum und das Staatsarchiv zusätzliche Kosten von 570'000 Franken anfallen. Die Finanzkommission stimmte damals, also vor gut einem Jahr, der dringlichen Ausgabenbewilligung zu und liess sich von den Verantwortlichen im Juni 2023 versichern, dass der Terminplan des Bauvorhabens durch die Ertüchtigungsmassnahmen nicht gefährdet sei. Im Rahmen der Hearings wurde nun im Frühjahr 2024 die Finanzkommission durch den Regierungsrat informiert, dass sich die Eröffnung des Neubaus durch eine Projekterweiterung und dem nicht Erreichen zweier terminlicher Meilensteine eben nun doch verzögere und ein finanzieller Mehrbedarf anfalle. Die Projekterweiterung betreffe die Situation der Arbeitsplätze. So sei im Rahmen der Betriebsanalyse festgestellt worden, dass durch die zusätzlich bewilligten Stellen für das Naturhistorische Museum ein Mehrbedarf an elf permanenten Arbeitsplätzen entstehen. Neu würden 79 statt der ursprünglich im Projekt vorgesehenen 68 Arbeitsplätze benötigt. Ein zusätzlicher, im Projekt bislang nicht vorgesehener Raumbedarf entstehe für die neuen Aufgaben im Bereich der Digitalisierung. Diese entsprechenden Arbeitsplätze können im Neubau untergebracht werden, unter anderem durch Nutzungsrochaden auch mit dem Staatsarchiv und Verdichtungen sowie die Schaffung von Grossraumbüros. Diese Variante sei für die Funktionalität sinnvoll, liess der Regierungsrat uns mitteilen, da bei einer externen Anmietung Arbeitsprozesse aufwendiger, der Umgang mit Kulturgut ineffizienter und eine erhöhte Gefahr der Schädigung des Sammlungsguts aufgrund von Transporten die Folge sei. Auch rechne sich eine solche externe Anmietung wirtschaftlich nicht.

Da der Rohbau des Verwaltungstrakts aber fertiggestellt sei, sei die Ausführungsplanung abgeschlossen. Diese Projekterweiterung habe nun erhebliche Auswirkungen auf den Ablauf der Ausführung sowie auf Kosten und Termine. Sie übersteigen zudem den Rahmen von unvorhergesehenen Entwicklungen, für welche die Projektreserven im Budget vorgesehen seien. Als Folge dieser Umplanung sei auch der Zeitplan nicht mehr einzuhalten, weshalb sich das Projekt nach heutigem Stand um ein halbes Jahr verzögere und dies auch Auswirkungen auf den Übergabetermin habe.

Weiter seien zwei wesentliche terminliche Meilensteine als Voraussetzung für den Beginn der geplanten Folgearbeiten nicht erreicht worden. Hier geht es um Dichtigkeiten im Grundwasser und um verschiedenen Dichtigkeitsklassen. Der Innenausbau könne erst angegangen werden, wenn nachgewiesen sei, dass die Dichtigkeitsklasse 1 erreicht wurde. Eine Expertise habe ergeben, dass es sich um einen Ausführungsfehler handle bei diesen Arbeiten und die Beteiligten seien entsprechend abgemahnt worden. Für die Behebung der Schäden sei nun ein Expertengremium gebildet worden. In einigen Untergeschossen konnte aufgrund von Schimmelbefall mit dem Ausbau nicht begonnen werden. Auch gegen diesen Befall müssten zuerst Massnahmen getroffen werden, damit kein längerfristigen Schaden entstehe. Aus witterungsbedingten Gründen seien Abdichtungsarbeiten auf dem Dach zudem erst seit Januar 2024 möglich. Der Winter war zu nass und mit dem Innenausbau unterhalb des Dachs konnte daher erst mit einem Verzug im März 2024 gestartet werden. Zudem gestalte sich auch die erwähnte Ertüchtigung des Widerlagergebäudes der Luzernerringbrücke erheblich komplexer, was sich ebenso auf Finanzen und Termine auswirke.

Die Finanzkommission musste nicht nur von diesen Ausführungen Kenntnis nehmen, sondern auch im Nachgang zur Beratung der Rechnung 2023 zwei dringende Ausgabenbewilligungen genehmigen, eine in Höhe von 1,5 Millionen Franken für die Schaffung der erwähnten zusätzlichen Arbeitsplätze, eine zweite für besagte Ertüchtigung des Widerlagers in Höhe

von 2,3 Millionen Franken. Diese Entwicklungen sind aus Sicht der Finanzkommission unschön. Der Finanzkommission konnten keine genauen Angaben zu weiteren Kosten- und Terminfolgen abgegeben werden dies, weil die Daten oder die neuen Pläne, die man seitens der Bauherrschaft hat, intern noch einmal spiegeln möchte und erst zu einem späteren Zeitpunkt genauere Aussagen dazu machen möchte, wie lange und ob sich das Projekt weiter verzögern respektive ob es noch einmal teuer wird. Die Finanzkommission erwartet zeitnah über den weiteren Bauverlauf, die Verzögerung im Projekt und die Mehrkosten informiert zu werden. Wir nehmen es zur Kenntnis, dass auch bei diesem Bauprojekt es wie schon auch an anderer Stelle nun zu Verzögerungen gekommen ist

Zu Corona: 2023 waren letztmals für die Coronapandemie Mittel im Budget eingestellt. Die Finanzkommission verlangte deshalb quasi als hoffentlicher Schluss dieser Pandemie einen Gesamtüberblick aller durch den Kanton getätigten Ausgaben in den Jahren 2020 bis 2023. Basel-Stadt hat in diesem Zeitraum rund 417 Millionen Franken für Pandemiemassnahmen aufgewendet. Die Kosten wurden im Wesentlichen im WSU und im GD sowie teilweise auch im Präsidialdepartement abgewickelt. Sie finden dazu ein Kuchendiagramm im Bericht der Finanzkommission auf Seite 24, mit einer entsprechenden Darstellung und Ausführung.

Da den Medien zu entnehmen war, dass Corona- Hilfsgelder sowohl beim Bund als auch in den Kantonen vereinzelt unsachgemäss eingesetzt oder nicht zurückbezahlt wurden, wollte die Finanzkommission in der Folge auch wissen, inwiefern der Kanton Basel-Stadt davon betroffen sei und ob hierzu noch Verfahren hängig sind. Es ist erfreulich festzustellen, dass dies bei uns nicht der Fall ist.

Die Finanzkommission wollte zudem in Erfahrung bringen, inwiefern in allen Departementen und Dienststellen schriftlich festgehaltene Regelungen zur Frage der Höhe von Weiterbildungskosten, für Spesen und andere Auslagen von und für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestehen. Hintergrund dazu war ein Bericht der Finanzkontrolle zu einer Prüfung einer Dienststelle der kantonalen Verwaltung. In diesem Bericht der Finanzkontrolle wurde festgestellt, dass im Bereich Personalschulung und SpesenmSchwachstellen existieren und es Optimierungspotential bezüglich der Weisung Ablehnung von Geschenken und anderen Vorteilen gäbe. Weiter wurde bei der Prüfung festgestellt, dass die Kosten für durchgeführte Personalveranstaltungen pro Mitarbeiter zu hoch seien.

Die Dienststelle nahm die Empfehlung der Finanzkontrolle zur Kenntnis und versicherte auch gegenüber der Finanzkommission, dass Massnahmen implementiert worden seien, um den Empfehlungen nachzukommen. Entsprechende Weisungen auch zur Entgegennahme von Geschenken werden ebenfalls überarbeitet. Der Regierungsrat versicherte gegenüber der Finanzkommission, dass ein Bericht zum Anzug Soland, sie war damals noch Mitglied des Grossen Rates, betreffend der Einführung einer Gesamtstrategie in der Korruptionssensibilisierung und -bekämpfung in Bearbeitung sei, jedoch noch nicht vor den Sommerferien vorliege. Die Finanzkommission erwartet, dass dieser Bericht möglichst bald vorliegt, da die Frist des vom Grossen Rat beschlossenen Anzuges bereits im Mai 2023, also vor über einem Jahr abgelaufen ist.

Zu Krankheitsausfällen: Die Finanzkommission stellt fest, dass die Zahl krankheits- und unfallbedingter Ausfälle in einzelnen Departementen hoch ist und weiter ansteigt. Aus Datenschutzgründen können keine Daten zu den Ursachen der Krankheitsfälle erhoben werden. Die Departemente können aber verschiedene Instrumente zur betrieblichen Gesundheitsförderung in Anspruch nehmen. Dazu bietet auch HRBS, der zentrale Personaldienst, entsprechend Kurse zum Thema. Im Gegensatz zu anderen Arbeitgebern verfügt die Kantonsverwaltung über ein umfassendes Care-Management, der Finanzkommission ist es an dieser Stelle aber ein Anliegen, dass neben der psychischen auch der physischen Gesundheit Beachtung geschenkt wird. Sie möchte dies an dieser Stelle nochmals, auch im Kontext aktueller Diskussionen bei einzelnen Dienststellen, explizit erwähnen.

Zum Bau- und Gastgewerbeinspektorat: Die Finanzkommission informierte sich erneut über die Pendenzen beim BGI, die sich aufgrund der vielen Absenzen im Jahr 2022 infolge von Krankheitsfällen und Kündigungen angesammelt haben. Das BVD hat auf diese Krise, Sie wissen das, mit Personalaufstocken im Jahr 2023 und diversen organisatorischen Massnahmen reagiert. Gemäss Departement brauchen nun diese neuen Teammitglieder Zeit und Unterstützung, um sich einzuarbeiten. Obwohl die anfängliche Bugwelle an Pendenzen abgearbeitet werden konnte, ist das beabsichtigte Ziel, die Erfüllungsquote beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat Mitte 2023 deutlich zu verbessern, nicht erreicht worden. Uns gegenüber wurde versichert, dass weiter daran gearbeitet werde, die Pendenzenlast zu reduzieren. Wir wollen dieser Aussage von Regierungsrätin Esther Keller Glauben schenken und erwarten aber, dass sich die Pendenzenlast in diesem Jahr wieder in einem normalen Rahmen bewegt. Dies ist auch für die Aussenwirkung des Kantons wichtig. Das Bau- und Gastgeberinspektorat ist ein Bereich, welcher sehr kundenintensiv ist und wir hoffen, dass dies tatsächlich auch geschieht und dass dem weiterhin entsprechend Beachtung geschenkt wird.

Zum Erziehungsdepartement: Die Schwimmhallen in der Stadt Basel sind sehr ungleich verteilt. Wer Kinder hat oder Kinder hatte, wird dies selber wissen und die Situation auch kennen. Dies hat zur Folge, dass Wegstrecken von bis zu 35 Minuten für einzelne Schulstandorte anfallen, um einen Schwimmunterricht zu besuchen. Das Erziehungsdepartement hielt gegenüber der Finanzkommission fest, dass die Wegstrecken nicht zu Lasten des Schwimmunterrichts, sondern anderer Lektionen gehen. Die Finanzkommission nimmt wohlwollend zur Kenntnis, dass alle Schülerinnen und Schüler ausreichend

Schwimmunterricht absolvieren können. Wir regen jedoch an, dass bei der Schulraumplanung zu beachten ist, dass die Wege zu den Schwimmhallen deutlich kürzer werden.

Besagte Schulraumplanung ist denn auch für einen Kanton, der in Summe weiter wächst, ebenfalls herausfordernd. Auch hierzu liess sich die Finanzkommission orientieren. Für die Schulraumplanung wird auf Daten des Statistischen Amtes zurückgegriffen. Dabei werden Bevölkerungsszenarien und Stadtentwicklungsgebiete berücksichtigt bei der Planung. Besonders bei Primarschulen stellt sich die Herausforderung, dass Kinder entweder in ihren Wohnquartieren oder an ihrer Tagesadresse eingeschult werden müssen. Dies kann zu kurzfristigen Verschiebungen führen, die selbst bei geringer Anzahl erhebliche Auswirkungen auf die Anzahl Klassen und damit auch auf die Rechnung des Kantons und das Budget haben können. Im Falle der Sekundarschulen zeigt sich aufgrund von Daten, auch aufgrund der Geburtenzahlen, ein akuter Bedarf von rund 20 über belegten Klassen. Für die nächsten zehn Jahre wird ein Bedarf von zwei bis drei zusätzlichen Sekundarschulgebäuden erwartet. Da Bauvorhaben eine Vorlaufzeit von zehn Jahren haben, ist es erforderlich, gleichzeitig auch Provisorien einzuplanen. Um in Zukunft besser auf Arealentwicklungen reagieren zu können und sicherzustellen, dass genügend und entsprechend den Ansprüchen ausreichender Schulraum geplant wird, soll ein Tool im Erziehungsdepartement entwickelt werden, das den Wohnungsmix und die Anzahl der Kinder berücksichtigt. Dies soll eine präzisere Schulraumplanung ermöglichen und verhindern, dass Schulen zu klein dimensioniert werden. Die Finanzkommission begrüsst diese Bemühungen des ED, die Planungsgrundlagen zu verfeinern und anerkennt, dass eine genaue Planung aufgrund der vielen Faktoren weiterhin aber schwierig ist.

Zum Gesundheitsdepartement: Zum Ende des Berichtsjahres 2023 hat der Regierungsrat die Verwaltungsräte der kantonalen Spitäler neu bestellt. Ebenfalls wurden die Eignerstrategien der v iel öffentlich-rechtlichen Kliniken für die Jahre 2024 bis 2027 überarbeitet und festgelegt. So wurden diese dahingehend ergänzt, dass das hochstehende medizinische Angebot auch wirtschaftlich effizient erbracht werden muss, um den steigenden Kosten im Gesundheitswesen entgegenzuwirken. Die Kennzahl EBITDA-Marge gilt dabei als relevante Kennzahl, für die neu Richtwerte anstelle von Zielvorgaben vorgegeben werden. In Ergänzung zu diesen Richtwerten wurde neu ein anzustrebendes ausgeglichenes Ergebnis verankert, ebenso die langfristige finanzielle Tragbarkeit der Investitionen. Dies scheint uns besonders wichtig angesichts aktueller Diskussion über die Spitalraumplanung. Zudem wurde als Hinweis für die Revisionsstellen für die Ermittlung des anzuwenden Zinssatzes bei allfälligen Werthaltigkeit-Impairment-Tests explizit festgehalten, dass der Eigner keine Verzinsung des Dotationskapitals erwartet. Aufgrund der Wertberichtigung enthält die Eignerstrategie für die universitäre Altersmedizin Felix Platter -Sie können sich daran erinnern, wir diskutierten darüber vor einem Jahr – entsprechend spezifische Vorgaben. Und so wird das die UAFP angehalten, einen Cashflow anzustreben, der für die Rückzahlung des 2029 fälligen Darlehens über 50 Millionen Franken ausreicht. Diese Zielsetzung erfordert zudem eine strengere Regelung betreffend die Konsultation der Investitionsvorhaben beim Eigner. Die Vorgaben erfolgten aus den bereits erwähnten Erfahrungen der massiven Wertberichtigungen beim Felix Platter Spital. Die Finanzkommission begrüsst, dass aus den Erfahrungen mit dem UAFP Anpassungen in den Eignerstrategien vorgenommen wurden.

Zum Justiz- und Sicherheitsdepartement Thema war natürlich auch in der Finanzkommission die Situation bei der Kantonspolizei. Der Unterbestand bei der Kantonspolizei lag per 31. Dezember 2023 bei 120 Vollzeitstellen. Ein Jahr zuvor waren es noch 82 Vollzeitstellen im Unterbestand. Gemäss Departement konnte mit der gewährten Arbeitsmarktzulage eine temporäre Entspannung erreicht werden, für eine Trendwende reiche diese Massnahme jedoch nicht aus. Die Finanzkommission ist über den aktuellen sehr grossen Unterbestand bei der Kantonspolizei sehr besorgt und erwartet vom Regierungsrat, dass Massnahmen nun baldmöglichst umgesetzt oder ergriffen werden, damit sich die Situation bei der Kantonspolizei, was die Frage des Unterbestandes anbelangt, nachhaltig und langfristig dann auch verbessert.

Und wie Ihnen vielleicht aufgefallen ist, lag der Personalaufwand im JSD trotzdem mit 272 Millionen Franken drei Prozent über dem Budget. Das war für die Finanzkommission etwas verwirrend, wenn man gleichzeitig einen Unterbestand von 120 Personen im JSD respektive dann in der Dienststelle Kantonspolizei zu verzeichnen hat. Wir fragten deshalb auch beim JSD nach, wie eine allfällig erfolgreiche Rekrutierungsoffensive bei der Kantonspolizei im Budget aufgefangen werden könnte, wenn heute schon bei einem Unterbestand von nicht nur 120, sondern wenn man das gesamte JSD zusammennimmt, bei einem Unterbestand von 153 Vollzeitstellen das Budget im Bereich Personalaufwand mehr als ausgeschöpft ist im Departement. Das JSD, die Departementsvorsteherin, wies darauf hin, dass derzeit eine Analyse über die finanzielle Struktur durchgeführt werde und man dabei die Ausfinanzierung nicht besetzter Stellen im Fokus habe. Gemäss JSD wurden in der Vergangenheit beispielsweise die Lohnkosten im Rahmen der Systempflege nicht ausfinanziert, ohne Unterbestand müsste das Personalbudget rund 13 Millionen Franken höher liegen. Die Finanzkommission erachtet deshalb die Ausfinanzierung als angezeigt. Wären die Mittel entsprechend dem Sollbestand vorhanden, könnte zum Beispiel auch in Rekrutierungsmassnahmen oder eben Attraktivitätssteigerungen investiert werden. Diese Diskussion wird uns als Finanzkommission aber auch den Grossen Rat insgesamt weiter beschäftigen. Die Finanzkommission liess sich gerade erst vor wenigen Wochen auch von der Finanzdirektorin über die Situation, über die Lohnstruktur bei der Kantonspolizei, auch im Vergleich mit anderen Kantons- und Stadtpolizeien der Schweiz informieren und wir bleiben auch als Finanzkommission hierzu weiter mit den verantwortlichen Stellen des Kantons im Gespräch.

Zum WSU: Informieren liess sich die Finanzkommission auch über die Beteiligung des Kantons an der MCH Group. Der Wert der Aktie der MCH Group ist von 19,52 Franken im Jahr 2018 auf 4,18 per 31. 12.2023 gesunken. Ich habe den

tagesaktuellen Kurs heute Morgen nicht geprüft. In derselben Zeitspanne erhöhte der Kanton seine Beteiligung von 33,5 auf 37,52 Prozent. Die Finanzkommission anerkennt, dass der Aktienkurs nur die Ertragslage widerspiegelt und nicht die in der MCH Group gebundenen Werte abbildet. Wir anerkennen auch, dass der Kanton sich in erster Linie aus Standortinteressen an der MCH Group beteiligt. Wir sind auch zuversichtlich, dass die MCH Group am Standort Basel mit interessanten Formaten weiterhin aktiv ist und damit auch dazu beiträgt, dass Basel ein attraktiver Messe- und Kongressstandort bleibt.

Zum Schluss gerne auch noch zu den Gerichten: Sie haben es vielleicht im Bericht der Regierung, wo der Teil des Gerichtsrates mit eigenen Ausführungen abgebildet ist, lesen können, auch am Jugendgericht und am Gericht für fürsorgerische Unterbringungen, dem FU-Gericht, sind die Fallzahlen als auch der Aufwand pro Fall in den letzten Jahren angestiegen. Dies bildet sich nicht nur bei den Fällen der Staatsanwaltschaft, sondern eben dann auch explizit bei der Jugendanwaltschaft ab und dies hat selbstverständlich dann auch Folgen für das Jugendgericht und auch im speziellen Masse in anderen Themenfeldern für das Gericht fürsorgerische Unterbringung. Die Finanzkommission hat sich deshalb von den beiden Gerichtspräsidentinnen des Jugendgerichts und des Gerichts für fürsorgerische Unterbringungen im Beisein des Gerichtsratspräsidenten über diese Situation informieren lassen, auch über diese Überlastungen. So mussten wir beispielsweise feststellen, dass sich die Verhandlungshalbtage am Jugendgericht in den letzten zehn Jahren fast verdreifacht haben. Wir nehmen dies zur Kenntnis und anerkennen, dass die hohe Fallbelastung für beide Gerichte auch künftig herausfordernd ist, herausfordernd bleibt und auch darauf ein Auge gerichtet werden muss. Diese beiden Gerichte gehen teilweise vielleicht auch in der Berichterstattung etwas unter, deshalb war es uns wichtig, auch einmal diese beiden Gerichte anzuhören und sie auch in unserem Bericht speziell zu erwähnen.

Wir haben uns dann, weil wir uns ja sehr oft für das Drei-Rollen-Modell interessieren und es bei Bauprojekten des Kantons, wenn es im Drei-Rollen-Modell abläuft, ja nicht immer reibungslos funktioniert, über den Umbau an der Bäumleingasse informieren lassen. Dort wurde ebenfalls das Drei-Rollen-Modell angewendet. Das war in diesem Bereiche dann teilweise noch etwas komplexer, weil die Nutzerseite, in diesem Falle das Gericht, durch unterschiedliche Organisationen, durch unterschiedliche Gerichte in dieser Organisationsstruktur vertreten war. Wir können feststellen, dass aber diese beiden Sanierungsetappen auf Kurs sind, die erste Sanierungsetappe abgeschlossen wurde und es jetzt für die zweite Sanierungsetappe eben auch Lessons learnt gegeben hat, die aus dieser ersten Sanierungsetappe einfliessen konnten, so dass wir zuversichtlich sind, dass der Umbau, die Sanierung reibungslos funktionieren wird.

Dies waren meine Ausführungen zu der Rechnung 2023, zum allgemeinen Teil, aber auch zum spezifischen Teil aus den einzelnen Departementen einige Schwerpunkte herausgepickt. Ich möchte es nicht unterlassen, an dieser Stelle meinen Kolleginnen und Kollegen in der Finanzkommission herzlich für die Zusammenarbeit zu danken. Die Wochen mit Hearings und Berichterstattung sind jeweils auch für die Kommissionsmitglieder sehr anspruchsvoll. Hier muss sehr kurzfristig sehr viel geleistet werden, das schätzt das Präsidium, Michela Seggiani als meine Vizepräsidentin und ich, sehr. Auch hier sei herzlich gedankt. Ich möchte unserem Kommissionssekretär Matthias Wiesinger danken für die Zusammenarbeit und Last but not least selbstverständlich dem Regierungsrat und der gesamten Verwaltung für die auch im Rechnungsjahr 2023 geleistete Arbeit.

Wir freuen uns noch einmal sehr, dass der Kanton mit einem derart hohen Überschuss abgeschlossen hat. Wir möchten aber, wie bereits eingangs erwähnt, auch mahnen, dass dies nicht eine Selbstverständlichkeit ist, dass die Volatilität weiterhin berücksichtigt werden sollte. Wir haben aber keinen Anlass zur Sorge, dass dies seitens der Finanzdirektorin, aber auch seitens des Regierungsrates nicht ausreichend getan wird. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und bitte Sie im Namen der Finanzkommission, die diesen Bericht einstimmig verabschiedet hat, der Rechnung 2023 zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: .Für die mitberichtende BKK spricht Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Alle Museen ausser dem Naturhistorischen Museum schliessen das Rechnungsjahr 2023 mit einem schlechteren Ergebnis ab als budgetiert. Erfreulich ist aber, dass in allen fünf Museen die Anzahl der Besucherinnen und Besucher gestiegen ist und deutlich über den budgetierten Kennzahlen liegt. Auch im Bereich der Provenienzforschung konnten die Projekte in allen fünf Museen vorangetrieben werden. Etwas schwieriger sieht es im Bereich der Digitalisierung aus. Da sind aus Ressourcengründen noch nicht alle Museen so weit, wie sie gerne sein würden.

Noch kurz zwei, drei Sätze zu den einzelnen Museen: Die anspruchsvolle Situation im Antikenmuseum in Bezug auf das strukturelle Defizit, den jährlichen Stufenanstieg gemäss Lohngesetz und die immer schwieriger werdenden Bedingungen im Bereich Drittmittelgenerierung wird das Museum in Zukunft stark beschäftigen. Mit dem Projekt AMB 2027 konnte eine Organisationsanpassung gemacht werden, die eine Optimierung der Kosten zur Folge hatte.

Die Generalinventur beim Historischen Museum ist zur Hälfte abgeschlossen und verläuft planmässig. Da die Finanzierung der Inventur nicht über einen mehrjährigen Gesamtkredit erfolgt, wird jährlich abgerechnet. Im Rechnungsjahr 2023 war der Aufwand höher als budgetiert, da übergeordnete Projektarbeiten, wie beispielsweise die Einführung einer neuen, webbasierten Datenbank notwendig waren. Dafür schreitet die digitale Erfassung des Sammlungs gut voran.

Das Kunstmuseum ist zur Steigerung der Drittmittelakquise die Zusammenarbeit mit einer Agentur eingegangen. Leider hat diese Zusammenarbeit noch nicht den erhofften Erfolg gebracht. Es zeigt sich, dass Konzepte, die in Grossstädten wie beispielsweise Paris funktionieren, nicht auf den Museumsplatz Basel übertragen werden können. Durch die deutliche Budgetabweichung in der Jahresrechnung wurden die Bonusmalusrücklagen vollständig aufgebraucht.

Gerade im Museum der Kulturen konnten im Bereich der Provenienzforschung wichtige Projekte vorangetrieben werden. So konnte die Vorsondierung der gesamten Sammlung systematisch begonnen und die Projekte «Going Home» und «Geteiltes Kulturerbe» so weit bearbeitet werden, dass sie nun öffentlich im Museum präsentiert werden können. Schwieriger gestalten sich die Arbeiten im Bereich der Digitalisierung.

Dass das Naturhistorische Museum mit einem besseren Betriebsergebnis das Rechnungsjahr abschliesst als budgetiert, liegt einerseits daran, dass nicht alle bewilligten Stellen und zusätzlich gesprochenen Mittel wie geplant eingesetzt werden konnten. Andererseits liegt es aber auch an den hohen Besucherinnen- und Besucherzahlen. So wurden mehr Eintritte und auch ein höherer Shop-Umsatz generiert.

Die BKK bedankt sich bei den Museen für den Austausch, der wie immer sehr gut war, und empfiehlt die Rechnung der fünf kantonalen Museen für das Jahr 2023 zu genehmigen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an die Finanzdirektorin Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Präsident der Finanzkommission hat bereits sehr ausführlich zur Rechnung 2023 berichtet. Daher möchte ich dies nicht wiederholen, sondern ich kann mich ihm voll und ganz seinen allgemeinen Ausführungen anschliessen. Als bekannt wurde, dass wir einen Überschuss von 434 Millionen hatten, war es nicht so, dass alle in Begeisterung ausgebrochen sind, sondern die einen haben mir vorgeworfen, ich würde zu wenig Geld ausgeben für unseren Kanton und die anderen haben mir vorgeworfen, ich würde zu viel Steuern einziehen. Die Finanzkommission hat das jetzt aber in ihrer ausführlichen Betrachtung wieder richtiggestellt und gesagt, wir können uns freuen. Selbstverständlich ist so ein Überschuss sehr willkommen und wir haben deswegen nicht zu wenig Geld ausgegeben, denn wir schauen ja immer darauf, dass wir ein stetes Wachstum haben und nicht darauf, wie viel wir einnehmen könnten.

Es ist wirklich wichtig, gerade dieses Jahr 2023, in dem viel höhere Unternehmenssteuern eingenommen wurden, zeigt, dass es an unserem guten Standort liegt, an den Unternehmen, die sehr wichtig sind für uns. Wir sollen das zur Kenntnis nehmen und daher auch zukünftig in die Zukunft schauen. Wir hoffen, dass das Standortpaket, das der Regierungsrat am Montag vorgestellt hat und nun in Ihren Händen liegt, sehr wohlwollend betrachtet wird, weil ich glaube, die Unternehmen sind so wichtig für uns, dass wir jetzt auch einen guten Umgang mit der OECD-Mindeststeuer finden müssen, dass wir auch zukünftig Überschüsse haben können.

Ich möchte noch eine Bemerkung zu den Investitionen machen. Da wird auch immer wieder vorgeworfen, dass wir zu wenig investieren würden. Wir machen zu wenig. Unser Niveau war letztes Jahr auf 421 Millionen. Ich glaube, das ist sehr hoch. Wir sind schon so hoch, dass wir überhaupt schauen müssen, dass wir alles nebeneinander durchkriegen. Ich glaube, das ist richtig. Ob es dann mehr verträgt, das wage ich etwas zu bezweifeln.

Dann haben sich die Bruttoschulden erhöht auf 3,3 Milliarden Franken, obwohl wir ein Nettovermögen haben, aber wir stehen immer noch im Moment sehr gut da. Trotzdem möchte ich Ihnen mitgeben, dass es immer schwierig, bei einem solchen Überschuss mahnende Worte mitzugeben. Aber das Steuerpaket wird sich erst auf dieses Jahr auswirken. Die erste Hochrechnung hat zwar einen Überschuss angezeigt von 67 Millionen Franken, der ist etwas höher als budgetiert, aber wir gehen davon aus, dass wir nicht mehr mit einem gleich formidablen Abschluss wie letztes Jahr abschliessen können. Die Zeiten werden eher schwieriger.

Daher wird es sicher eher enger werden und daher mahne ich wie immer und hoffe, dass wir unsere guten Ausgabendisziplin wie bisher beihalten können, damit wir auch zukünftig solide und nachhaltige Finanzen haben.

Ich möchte mich auch bedanken bei der Finanzkommission für ihre gute Prüfung der Jahresrechnung, für den guten Austausch und bin gespannt auf die Diskussion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als nächstes erteile ich dem Präsidenten des Gerichtsrates Stephan Wullschleger das Wort. Er verzichtet.

Damit sind wir bei den Fraktionsvoten angekommen und hier hat sich zuerst Pascal Messerli für die SVP gemeldet.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP nimmt die Rechnung zur Kenntnis und wird dieser zustimmen. Das Resultat bestätigt unsere Haltung klar, dass sämtliche Steuersenkungen in der Vergangenheit richtig waren und auch in Zukunft der richtige Weg sein werden. Vorstösse sind bereits eingereicht, welche wir selbstverständlich mittragen werden.

Diese Art von Überschüssen zu prognostizieren, ist in der Tat schwierig, daher machen wir auch nicht wirklich einen Vorwurf an das Finanzdepartement. Dennoch haben die letzten Jahre ganz klar gezeigt, dass wir immer genug Einnahmen haben, um die Bevölkerung weiterhin zu entlasten, und deshalb ist auch hier der Weg über die Steuersenkung das einzig richtige.

Und was aus Sicht der SVP-Fraktion trotzdem noch wichtig zu erwähnen ist, ist, dass wir einen hohen Überschuss haben, obwohl wir aus unserer Sicht viel zu viele Ausgaben haben. Von Ausgabendisziplin kann aus unserer Sicht keine Rede sein. Insbesondere das Stellenwachstum bereitet uns grosse Sorgen. Der Staat wächst und wächst jährlich uferlos, niemand scheint das zu interessieren, weder die Regierung noch die Finanzkommission, noch die Mehrheit des Parlamentes. Und aus diesem Grund begrüssen wir selbstverständlich auch gewisse Instrumente wie die generelle Aufgabenüberprüfung, einen Finanzplan aber auch mehr Transparenz bei befristeten Stellen. Wir sind hier wirklich der Meinung, dass wir auch bei der Ausgabenseite gut schauen müssen, dass wir nicht eines Tages in einem strukturellen Defizit sind, dass wir viel zu viele Ausgaben haben und weniger Einnahmen. Aber es ist auch klar, dass wir hier nicht nur dem Regierungsrat den schwarzen Peter zuschieben können. Wir müssen uns hier im Parlament auch aktiv einbringen bei den einzelnen Ratschlägen, aber auch bei der Budgetdebatte, weniger bei der Rechnung. Heute bei der Rechnung reden wir auch etwas für die Galerie, wirklich machen können wir dann etwas beim Budget und auch bei einzelnen Ratschlägen. Heute ist es eigentlich nur das Resultat von unserer parlamentarischen aber auch regierungsrätlichn Tätigkeit.

Dementsprechend rufe ich auch die anderen Fraktionen dazu auf, insbesondere auch diejenigen, welche jetzt in den letzten Wochen und Monaten Vorstösse eingereicht haben bezüglich genereller Aufgabenüberprüfung, bezüglich Finanzplan, dass man sich auch aktiv bei der Budgetdebatte einbringt, dass man sich auch in Zukunft, wenn ein Finanzplan verankert ist, dort aktiv einbringt. Es bringt schlussendlich nichts, wenn wir einen Finanzplan verankern und dann den genau so unkritisch absegnen wie das Budget. Dann können wir uns diese Übung effektiv auch sparen.

Zu den einzelnen Themen: Wir haben auch zur Kenntnis genommen, dass sich die Situation beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat etwas verbessert hat. Allerdings konnten die Ziele, die Erfüllungsquote immer noch nicht erreicht werden. Wir spüren hier einfach in der Baubranche und bei Menschen, welche Eingaben eingeben, eine grosse Unzufriedenheit, wir spüren, dass die Kundenfreundlichkeit in den letzten Jahren nicht wirklich gut war und noch zu wünschen übrig lässt. Wir fordern, dass wir in den nächsten Jahren hier massive Besserungen erreichen können.

Zu den Schwimmhallen: Ich denke, hier braucht es effektiv einmal ein Gesamtkonzept, welche Schwimmhallen wir wo wie nutzen, wo es vielleicht noch einen weiteren Bau benötigt, wo ein weiterer Bau auch sinnvoll ist, vielleicht auch im Zusammenhang mit einem neuen Schulhaus. Hier werden wir effektiv mit einem Vorstoss tätig werden und hier wahrscheinlich ein Gesamtkonzept fordern, damit wir bei den Schwimmhallen für alle Schülerinnen und Schüler Verbesserungen erreichen können, sodass man nicht von einem Schulstandort 50 Minuten fahren muss, während das am anderen Ort nicht der Fall ist. Wir finden schon, dass Schwimmen ein wichtiger Bestandteil ist des Schulunterrichts und wir werden uns auch entsprechend dafür einsetzen.

Beim Neubau Naturhistorisches Museum nehmen wir ein erneutes Baudebakel zur Kenntnis. Wir finden das relativ problematisch, denn auch das war eine Volksabstimmung, in der man uns versprochen hat, dass es zu einem gewissen Preis gebaut werden kann. Wir haben in der Volksabstimmung generell auch vor diesem Standort gewarnt und wir müssen schon auch sagen, es beelendet die SVP-Fraktion sehr stark, dass offensichtlich kein einziger Bau in diesem Kanton so gebaut wird, wie es am Anfang versprochen wurde, und dass es immer teurer wird. Das kann es am Ende des Tages auch nicht sein. Auch hier müssen wir Verbesserungen anstreben.

Und zu guter letzt beschäftigt uns selbstverständlich auch der Unterbestand der Polizei. Die Sicherheit und die Polizei ist die zentralste Staatsaufgabe überhaupt. Wenn die Sicherheit nicht funktioniert, dann funktioniert alles andere auch nicht. Und deshalb ist es klar, dass wir hier diesen Unterbestand möglichst schnell korrigieren müssen. Wir haben ja in diesem Monat eine Motion bezüglich Lohnerhöhung überwiesen. Es kam ein neuer Bericht heraus, der selbstverständlich auch gezeigt hat, dass nicht nur der Lohn das Problem ist, sondern auch andere Bereiche. Wir sind selbstverständlich gesprächsbereit, um die Situation generell zu verbessern, sind aber auch der Meinung, dass der Lohn ein wesentlicher Bestandteil ist. Wir werden deshalb auch ziemlich sicher an unserer Motion festhalten.

Insgesamt nehmen wir die Rechnung zur Kenntnis und bitten Sie, dieser so zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Die finanzielle Situation in Basel ist gut und stabil. Das Nettovermögen beträgt 452 Millionen Franken und die Nettoschuldenquote minus 0,6 Promille, der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei 160 Prozent. Die Rechnung weist ein

hohes Investitionsvolumen auf, was bedeutet, dass die Bevölkerung vom guten Ergebnis – der Gesamtertrag ist fünf Milliarden Franken - profitiert. So zum Beispiel schlägt das neue Bussystem mit 63 Millionen Franken zu Buche, der Ausbau der Fernwärme mit 15 Millionen Franken und der Erhalt der Gleisanlagen mit 36 Millionen Franken.

Bevor ich nun auf einzelne, nicht alle Departemente eingehe, möchte ich der Finanzdirektorin und ihren Mitarbeitenden für die immer sehr sorgfältige Arbeit danken.

Im PD haben wir eine klar begründete Zunahme von 25,3 Stellen. Das sind unter anderem die neuen Stellen, so der Fachstelle Klima, der Wohnschutzkommission und dem Open Government Data vom Statistischen Amt. Es ist einiges gelaufen im PD. So ist die Umsetzung der Trinkgeldinitiative in Arbeit, ebenfalls die Provenienzforschung. In der Wohnbauförderpolitik wurde der Gegenvorschlag zur Initiative Basel baut Zukunft ausgearbeitet. Die Abteilung Gleichstellung und Diversität hat sich mit dem kantonalen Gleichstellungsgesetz beschäftigt, den Gleichstellungsplan erstellt und die Nachweispflicht zur Lohngleichheit im öffentlichen Beschaffungswesen auch für kleine Unternehmen umgesetzt. Zudem gibt es neu einen Aktionsplan «Barrierefreie Kommunikation» für den Einbezug von Menschen mit Behinderungen. Die SP-Fraktion ist erfreut darüber, dass so vieles pragmatisch und aktiv verarbeitet und umgesetzt werden konnte und hofft, dass diese Tendenz auch weiterhin anhält.

Zum BVD: Hier liegt die kantonale Mobilitätsstrategie vor, welche die Klimaneutralität zum Ziel hat, die Verkehrssicherheit und die Lebensqualität erhöhen will. Die Entwicklung von weniger Autos und mehr Velos auf den Strassen soll damit auch vorangetrieben werden. Erfreulich ist, dass 65 E-Busse in Betrieb genommen wurden. Beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat hoffen wir, dass nach der Reorganisation des Teams Baubewilligungen nachhaltig und rasch die langen Wartezeiten für Baubegehren abnehmen und dass die neuen Bauinspektor:innen die Erfüllungsquote wirklich erreichen können.

Zum JSD: Der Personalaufwand liegt trotz Unterbestand drei Prozent über dem Budget. Es ist nicht klar, warum. Wären alle Stellen besetzt, wäre das Budget um 13 Millionen Franken überschritten. Das wirft viele Fragen auf. Der Bericht von Markus Schefer und Konsorten zu den Abklärungen über die Personalsituation bei der Kantonspolizei Basel-Stadt zeigt zusätzlich viele Missstände bei der Polizei auf, die weiter untersucht werden müssen. Im Bericht wurde die Frage der politischen Verantwortung nicht gestellt. Sie war auch nicht Teil des Auftrags. Diese scheint uns aber zentral zu sein, denn was wusste die Vorsteherin, wann wusste sie es und hat sie ihre politische Verantwortung und Führungsverantwortung wahrgenommen? Um diese Fragen klar beantworten zu können, fordert die SP-Fraktion gemeinsam mit dem GAB eine Parlamentarische Untersuchungskommission zum JSD werden wir auch noch ein Einzelvotum halten.

Zum ED: Das ED liegt mit 1,7 Prozent über dem Budget, was 19 Millionen Franken entspricht. Mehr Kosten haben unter anderem Stellvertretungen von ausgefallenen Lehrpersonen verursacht. Das zeigt auch einen Missstand auf. Ein weiteres Problem ist der Schulraum und seine Planung. Es ist gut, dass die Prognosemodelle der Schulraumplanung neu auch die Entwicklungsareale einbeziehen, ein Faktum, das eigentlich aber selbstverständlich sein sollte. Die Schulraumplanung wird auch für die SP-Fraktion ein aktuelles Thema bleiben, genau so wie die langen Wege zum Schwimmbad für viele Schüler:innen. Diese Wege müssen kürzer werden und/oder es braucht mehr Schwimmhallen und Schwimmbäder.

Im WSU wurde das Budget unterschritten, dies wegen tieferen Fallzahlen in der Sozialhilfe. Die nicht Bezugsquote bleibt konstant, was ein gutes Zeichen ist. Weniger Geld als budgetiert ausgegeben wurde aber auch, weil der Anstieg der Personen in der Migration höher prognostiziert war, auch weil das Budget nach dem Angriff auf die Ukraine erstellt wurde und wegen den erhaltenen Zahlen vom SEM. Die Teuerung zeigt sich am schnellsten und am stärksten bei den Menschen, die wenig Geld haben. Wir sind deshalb sehr froh darüber, dass die Sozialhilfe nachzieht und die Beteiligung der Wohnkosten angehoben wurde. Die Anpassungen zur Teuerung sollen jährlich gemacht werden. Die SP-Fraktion freut sich über diese klar soziale Richtung und dankt dem Departementsvorsteher dafür.

Mit der Digitalstrategie im FD wird der Service Public gestärkt, was wirklich erfreulich ist. Wichtig ist hier, dass es gerade auch für ältere Menschen dennoch analoge Wege gibt. IT BS hat mit dem Projekt Fahrers, dass verwaltungsinterne IT-Projekte miteinander abstimmen soll, eine grosse Herausforderung, die aber notwendig und wichtig ist. Der Schwerpunkt Klimaschutz zeigt sich auch im FD, so zum Beispiel bei Immobilien Basel-Stadt mit der Kreislaufwirtschaft, die aktiv gefördert wird. Vielen Dank dafür.

Abschliessend kann man sagen, dass es ein paar grosse Baustellen gibt, finanztechnisch geht das dem Kanton aber gut und wir bedanken uns bei den Mitarbeitenden aller Departemente und Gerichte und bei der Gesamtregierung für ihre Arbeit. Ich bedanke mich ebenfalls bei meinen Kolleginnen und Kollegen in der Finanzkommission und beim Präsidenten Joël Thüring für die gute Zusammenarbeit.

Die SP-Fraktion stimmt der Rechnung und dem Bericht zu.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zu Daniel Seiler für die FDP.

Daniel Seiler (FDP): Auch meine zweite Jahresrechnung zeigt das gleiche Bild. Obwohl die Gesamtausgaben und der Personalaufwand laufend zunehmen, nimmt den Überschuss nicht ab, jährlich 100. Millionen zu viel einkassierte Steuern. Bei diesen Zahlen fühlt sich die FDP darin bestätigt, dass wir mit der Kaufkraft-Initiative zur Steuersenkung auf dem richtigen Weg sind.

Die FDP stimmt dem Jahresbericht zu und bedankt sich beim Regierungsrat und den Mitarbeitenden der Departemente für ihre Zeit und für ihre Aufmerksamkeit.

Nachfolgend noch ein paar spezifische Anmerkungen: Wir reden immer von der Nettoverschuldung und loben uns, dass diese gar negativ sei. Aber wir haben Bruttoschulden von 3,5 Milliarden heute. Gemäss Finanzplan 2027 soll diese Bruttoverschuldung auf 5 Milliarden steigen. Das sind ca. 65 Millionen Zinskostkosten pro Jahr, mit diesen Geldern könnten wir ein Schulhaus bauen.

Die steigenden Personalkosten. War die Steigerung im vorletzten Jahr noch 40 Millionen, hat sich diese Steigerung im letzten Jahr nochmal verdoppelt auf 80 Millionen mehr Personalaufwand. Das sind bald 1,5 Milliarden. Effizienzsteigerungen durch die Digitalisierung oder durch die Automatisierung sind wenig in Sicht. Ich habe aber einen Lichtblick gesehen. Wir haben uns das Pilotprojekte zum Robotic Process Automation im JSD angeschaut und uns informieren lassen. Es geht darum, dass standardisierte Prozesse, die in hoher Zahl anfallen, künftig auch maschinell durch Software-Roboter folgen können. Funktionen sind zum Beispiel das automatische Öffnen von E-Mails, das Einloggen in Anwendungen, das automatische Ausfüllen von Systemen oder Formularen und ein Datentransfer. Bei einer beispielhaften Anwendung ging es um Inkasso bei nichtbezahlten Bussen. Es hatten sich in den zweieinhalb Jahren Pendenzen aufgehäuft. Circa 14’000 Fällen sind dann in zwei Monaten durch diese Roboter abgebaut worden. Das ist, glaube ich ist eine interessante Zahl. Das JSD geht heute davon aus, dass etwa 82 Prozesse allein im JSD in Zukunft automatisiert werden können durch sogenannte Roboter. Das wäre etwa in Zukunft ein Einsparungspotential von 14 Stellen. Ich weiss, das ist alles noch Zukunftsmusik, aber das hat sich immerhin sehr interessant sich angehört. Die FDP ist gespannt, wie das Ganze weitergeht und erwartet in Zukunft auch spürbare Effekte mit der Digitalisierung.

Zur Investitionsrechnung: Die Finanzministerin hat es gesagt, wir investieren sehr viel, was grundsätzlich erfreulich ist, aber wenn wir auf der anderen Seite sehen, dass die höchsten Investitionen, die 150 Millionen für Hochbauten und Verwaltungsvermögen, eben oftmals Projekte sind, bei denen es auch immer wieder Schwierigkeiten, Verzögerungen und Mehrklosten gibt. Wir hatten im letzten Jahr der Finanzkommission bei vielen solchen Projekten Nachtragskredite zu sprechen, die teilweise sind 40 Prozent oder noch höher lagen. Der Spiegelhof, auch immer wieder ein Beispiel, über das wir oft redeten in der Vergangenheit, verzögert sich jetzt noch einmal ein Jahr, unter anderem scheinbar, weil nächstes Jahr die Frauenfussballeuropameisterschaft in Basel stattfindet. Ob dann die Zentrale wirklich noch einmal bezogen wird? Wir wissen es nicht. Beim Neubau Naturhistorisches Museum, wir haben es vorhin gesagt, zeichnet sich auch ein neues Baudebakel ab. Von Schimmelbefall ist die Rede. Wir erinnern uns im Vorfeld an das Referendum, es wurde gewarnt vor dieser Grundwassersituation, leider wollte da niemand hören, wie bei der Kaserne.

100 Millionen für den öffentlichen Verkehr. Beim Neubau Naturhistorisches Museum/Staatsarchiv sollen auch noch mehreren Millionen in die Ertüchtigung der Luzernerbrücke investiert werden. Wir haben da schon zweimal Kredite gesprochen, Kredite für eine Tramverbindung über diese Brücke, die noch nicht projektiert ist, deren Notwendigkeit und deren Nachfragen bezüglich Verkehrsströme, obwohl versprochen, bisher nicht kommuniziert wurde, wie das wirklich aussieht. Man baut einfach mal.

Beim Bau- und Gewerbeinspektorat gibt es Pendenzenberge. Die Architekten schlagen Alarm. Die Baubegehren gehen zurück. Das ist vielleicht erfreulich für das Bauinspektorat, aber auf der anderen Seite ist ein 8-prozentiger Rückgang von Baubegehren auch ein Teil des gescheiterten Wohnschutz, wo wir einfach Probleme haben.

Auch die Staatsanwaltschaft kämpft mit Pendenzenbergen. Da ist zu hoffen, dass mit der Einführung von Justitia 4.0 dann die Berge auch ein bisschen abgebaut werden und wir hoffen auch da vielleicht auf Roboter Process Automatisation.

Noch ein Wort zur Standortstrategie der Feuerwehr: Im Jahresbericht steht, dass das Einhalten der Hilfefristen für die Feuerwehr und die Sanität aus verschiedenen Gründen, etwa die verkehrsfreie Innenstadt, die Neugestaltung von Strassen und die vermehrte Einführung von Tempo 30-Zonen immer schwieriger wird. Darum wird jetzt die Standortstrategie der Feuerwehr überprüft. Sie sehen, meine Damen und Herren, ihre Anti-Auto-Politik trifft am Schluss auch die Blaulichtorganisationen und unseren öffentlichen Verkehr.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP spricht Philip Karger.

Philip Karger (LDP): Die vorliegende Jahresrechnung ist vom Ergebnis her erfreulich. Allerdings frage ich mich trotz aller Erklärungen, wie es zu einem so hohen Überschuss gegenüber dem Budget kommen kontte. Vereinfachte Steuerverfahren bei den juristischen Personen könnten zu einer besseren Budgetierung und zu genaueren Budget- und

Rechnungsvergleichen führen. Dann wären die Steuern von Haus aus tiefer und es bräuchte keine Motion Moesch. Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf die Motion betreffend Einführung eines jährlichen Grossratsbeschlusses über den kantonalen Einkommensteuerfuss. Diese und weitere Ideen werden wir in der nächsten Budgetrunde vertiefen. Für das Jahr 2024 rechnet der Kanton bereits jetzt mit einem Überschuss. Wahrscheinlich stehe ich in einem Jahr wieder hier und die Rechnung hat wieder mit einem viel höheren Ergebnis als budgetiert abgeschlossen.

Über die Punkte, welche die Finanzkommission an der Rechnung bemängelt, konnten Sie in der Medienmitteilung lesen. Im Grossen und Ganzen schliesst sich die LDP diesen Kritiken an. Generell sind wir, was die Ausgaben angeht, durch die hohen Überschüsse der letzten Jahre nicht nur in der Finanzkommission nachlässig geworden. Zu oft stimmt die Finanzkommission den beantragten Ausgaben zu, die ohne die hohen kantonalen Überschüsse abgelehnt oder zumindest diskutiert würden. Wenn wir zustimmen, ist dem aber immer ein Antrag aus dem Parlament und sehr oft aus der Verwaltung vorausgegangen. Wie gesund dieses Abnicken ist, wird sie spätestens dann zeigen, wenn die Rechnung des Kantons einmal viel weniger oder gar keinen Überschuss mehr ausweist. Ich bezweifle, dass wir es dann noch schaffen werden, die jetzt bewilligten Ausgaben einfach einzusparen.

Ich möchte hier noch auf ein Problem aufmerksam machen, auf das ich immer wieder zurückkomme, wenn es um das Budget oder die Rechnung des Kantons geht. Die meisten Bauten, die in der Verantwortung des Kantons entstehen, wie zum Beispiel die St-Jakobshalle und jetzt neu der Bau der des Naturhistorischen Museums, sind nicht richtig oder nicht wirklich fertig geplant. Die Ausgaben übersteigen die budgetierten Beiträge oft bei weitem. Es zeigt sich, dass das gut gemeinte, Drei-Rollenmodell, wie es heute praktiziert wird, nicht funktioniert. Auch hier bewahrheitet sich: Wenn viele verantwortlich sind, ist es am Ende keiner. Die Regierung muss das Modell dahingehend ändern, dass am besten das Nutzerdepartement die Verantwortung für das Projekt übernimmt. In der privaten Bauwirtschaft hat sich diese Methode bewährt. Wenn niemand die Gesamtverantwsortung übernimmt, fühlt sich auch niemand verantwortlich, das Konzept gründlich zu prüfen und Planungsfehler vor Baubeginn aufzudecken. Was dann folgt, sind ein oder mehrere Nachtragskredite.

Wie ungesund unsere enormen Budgetüberschüsse sind, sieht man an den vielen Begehrlichkeiten auch aus diesem hohen Haus. Immer wieder sollen hier ein paar Promille und dort ein halbes oder gar zweieinhalb Prozent für irgendwelche Ausgaben fest ins Gesetz geschrieben werden. Offenbar rechnen die Motionär:innen und Anzugssteller:innen damit, dass wir ewig Budgetüberschüsse haben werden und Basel-Stadt einfach immer alles bezahlen kann. Dabei dürfen wir vor allem nicht vergessen, dass die hohen Überschüsse von den Steuerzahlenden und von den juristischen und natürlichen Personen kommen.

Im Namen der LDP möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen der Finanzkommission, der Finanzaufsicht, den Behörden, bei der Regierung und bei der Verwaltung für die sehr gute Arbeit bedanken. Der Dank gilt aber vor allem auch den Steuerzahlenden. Die Fraktion der LDP stimmt der Rechnung und dem Bericht zu.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die GLP spricht Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Im Namen der grünliberalen Fraktion bitte ich Sie, der Empfehlung der Finanzkommission zu folgen und die Jahresrechnung zu genehmigen. Bevor wir unsere Einschätzung zur Jahresrechnung 2023 des Kantons Basel-Stadt darlegen, möchten wir Grünliberalen zuerst dem Regierungsrat, der Verwaltung, ja letztlich allen, auch den Steuerzahlern, für ihren Einsatz für das Gemeinwohl danken. Insbesondere freut es uns, dass Basel ein sehr guter Standort für Unternehmen ist und eine hohe Lebensqualität aufweist. Wir danken allen, die dazu beigetragen haben und weiter dazu beitragen wollen.

Gerne möchten wir unsere Einschätzung zu einigen Punkten darlegen.

Nachhaltige Finanzpolitik: Wir setzen uns für eine nachhaltige, gesunde Finanzpolitik ein. Es freut uns daher, dass der Kanton Basel-Stadt einen beachtlichen Überschuss von 434 Millionen Franken erzielt hat. Dieses positive Ergebnis ist aber vor allem den volatilen Steuereinnahmen bei den Unternehmen geschuldet. Dennoch zeigt aber ein Blick auf die Ergebnisse der letzten zehn Jahre, dass man durchaus von einem soliden Finanzhaushalt reden kann.

Zum Thema Nettovermögen und Bruttoschulden: Besonders erfreulich ist, dass der Kanton ein Nettovermögen von 451,9 Millionen Franken ausweist. Dies ist ein klarer Beleg für die solide finanzielle Basis des Kantons. Dennoch bereitet uns die Höhe der Bruttoschulden von 3,5 Milliarden Franken Sorgen. Angesichts der volatilen Finanzmärkte und der möglichen Zinsrisiken müssen wir wachsam bleiben und sicherstellen, dass die Schuldenlast nicht zur Belastung für zukünftige Generationen wird. Die Grünliberalen setzen sich dafür ein, dass der Kanton seine Verschuldung kontinuierlich abbaut und damit die Zinsrisiken minimiert.

Zum Thema Staatsausgaben und Effizienz: Wir stellen fest, dass die Staatsausgaben weiterhin stark ansteigen. Dies ist zum Teil auf gestiegene Ansprüche und zusätzliche Staatsaufgaben zurückzuführen, jedoch nicht ausschliesslich. Es ist von grosser Bedeutung, dass wir unsere Ausgaben kritisch überprüfen und womöglich verschlanken. Die Verwaltung muss effizienter werden, um den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden, ohne dass die Kosten unverhältnismässig

steigen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Ausgaben gründlich auf ihre Notwendigkeit und Effizienz geprüft werden und auch regelmässig. Eine schlanke und effiziente Verwaltung ist entscheidend für die langfristige Finanzgesundheit des Kantons.

Nun speziell noch einige Ausführungen zum Erziehungsdepartement, im Sinne eines Beispiels, nicht weil es bei anderen nicht auch einiges zu sagen gäbe, aber hier haben wir ein paar besondere Anliegen, die wir speziell unterstreichen wollen. Die Grünliberalen nehmen die Jahresrechnung des Erziehungsdepartements mit Besorgnis zur Kenntnis. Die Ausgaben liegen 1,7 Prozent über den budgetierten Kosten, was Mehrausgaben von 19 Millionen Franken bedeutet. Besonders beunruhigend sind die hohen Stellvertretungskosten aufgrund zahlreicher Lehrpersonenausfälle. Hier muss die gesundheitliche Überlastung der Lehrkräfte dringend angegangen werden. Die Kostensteigerungen für Heimplatzierungen und ambulante Hilfen zeigen alarmierende Tendenzen bei der psychischen Gesundheit der Kinder. Hier bedarf es präventiver Massnahmen, um nachhaltige Lösungen zu finden. Auch die Organisation der Tagesstrukturen und der Schwimmunterricht sind aktuell ineffizient und unbefriedigend. Hier müssen Verbesserungen gemacht werden. Im Bereich der Frühförderung besteht trotz Stellenausbau bestehen trotz Stellenausbau weiterhin Wartelisten. Das Angebot muss zwar ausgebaut werden, aber auch die Ursachen für den höhten Förderbedarf müssen adressiert werden. Es geht in eine ähnliche Richtung wie mit der psychischen Gesundheit. Natürlich sind das nicht spezifische Probleme von Basel, aber hier zeigt sich halt einmal mehr, dass wir als Kanton solchen modernen Strömungen speziell ausgesetzt sind und diese früher zu spüren bekommen als andere Kantone. Und daher sind wir halt auch hier speziell in der Verantwortung, diese Probleme anzugehen, auch wenn man sagen könnte, dass es weitergehende Probleme sind, die die Schweiz oder Europa oder die ganze Welt betreffen. Die Grünliberalen fordern das Erziehungsdepartement auf, diese Herausforderungen proaktiv anzugehen, aber auch Effizienz zu steigern und das Wohl der Schülerinnen und Schüler zu sichern.

Zum Schluss: Abschliessend möchten wir betonen, dass die nachhaltige finanzielle Stabilität und die effiziente Verwendung der öffentlichen Mittel für die Grünliberalen von höchster Priorität sind. Wir appellieren an den Regierungsrat und die Departemente aber auch an den Grossen Rat und nicht zuletzt appelliere ich an meine eigene Fraktion und letztlich wieder einmal mehr an die ganze Bevölkerung, weiterhin konsequent auf eine nachhaltige und verantwortungsbewusste Finanzpolitik zu achten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GAB): Vorab möchte ich mich bei der Departementvorsteherin und den Mitarbeitenden vom Kanton herzlich bedanken für die gute und sorgsame Arbeit, welche sie im Rahmen der Jahresrechnung erbracht haben.

Nun in media res: Wir freuen uns alle über das gute Resultat von Basel und das zu Recht. Das Geld ermöglicht uns vieles, aber mir kommt da auch ein gängiges Brecht-Zitat in den Sinn, etwas abgewandelt, wären wir nicht so reich, wären andere nicht so arm. Berichte aus anderen Städten in der Schweiz über die Finanzierungsprobleme gerade beispielsweise bei notwendigen Klimainvestitionen machen nachdenklich. Die Verteilung des Geldes ist eben auch auf dieser Ebene ein Problem.

Nun zurück nach Basel: Uns steht eine Phase bevor, in der wir mit grossen Herausforderungen rechnen müssen. Das Finanzdepartement rechnet in Zukunft wieder mit weniger Einnahmen. Aus diesem Grund halte ich den aktuellen Zeitpunkt für ungeeignet, um Steuersenkungen in Betracht zu ziehen. Trotz des momentanen Überschusses müssen wir sicherstellen, dass wir inskünftigen Ausgaben gerecht werden können, gerade im Klimabereich, dort müssen wir gerüstet sein.

Allgemein möchte ich auf das Thema Personal eingehen: Dem GAB machen die hohen Krankheitsausfälle Sorge, insbesondere da es sich gemäss Informationen anlässlich des Hearings vermehrt um schwerwiegendere Erkrankungen handelt. Es ist essentiell, dass der Kanton seine Bemühungen in diesem Bereich ausbaut, insbesondere hinsichtlich der psychischen Gesundheit der Mitarbeitenden, aber natürlich auch der physischen Gesundheit.

Nun ein Blick auf ausgewählte Departemente. Gegebenenfalls werden auch noch meine Fraktionskolleg:innen sich zu den einzelnen Departementen äussern. Beim Präsidialdepartement freut sich das GAB über die neuen Stellen im Bereich Klima, Wohnschutz und Open Data. Diese Bereiche sind von grosser Bedeutung und es ist gut, dass hier Fortschritte erzielt werden. Gerade die Klimafachstelle möchten wir hervorheben, sie leistet wichtige Arbeit und es ist insbesondere begrüssenswert, dass eine allgemeine Sensibilisierung bereits feststellbar ist und dass sich alle Departemente an der Arbeit beteiligen.

Beim Bau- und Verkehrsdepartement muss ich nochmal zurückkommen auf das Thema Personal. Es ist auffällig, die vielen Krankheitstage und Unfalltage sind ein grosses Problem. Es bleiben wichtige Themen wie beispielsweise der Tramausbau auf der Strecke, und das ist sehr bedauerlich aus unserer Sicht. Im Bau- und Gewerbeinspektorat, wir haben es schon vielfach gehört, gibt es Verbesserungen, aber die Pendenzen-Liste muss trotzdem noch kürzer werden und es besteht der Eindruck, dass die Situation aufgrund des Fristenstopps kurzzeitig ein bisschen unübersichtlich geworden ist. Hier hoffen wir, dass wieder alles in geordnete Bahnen geht. Einen besonderen Lichtblick möchte ich erwähnen: Bei der Fachstelle für

umweltgerechtes Planen und Bauen ist mir die gute Zusammenarbeit mit Immobilien Basel-Stadt aufgefallen. Dies ist besonders nennenswert und erfreulich. Die Stadtgärtnerei hat uns über ihre Bewässerungspraxis und über die Sturmschäden informiert. Die Bewässerung ist positiv hervorzuheben. Insbesondere aufgefallen ist mir, dass das Wasser aus dem Planschbecken wiederverwendet wurde. Das war mir zumindest nicht bekannt, ich finde es aber toll, wie sorgsam sie mit dieser Ressource umgehen. Die Kosten, welche die Stürme im letzten Jahr verursachten, sind weniger erfreulich. Zusammen mit Eigenleistungen kamen Kosten von ungefähr einer Million Franken zustande. Hier muss festgehalten werden, dass dies bereits Folgekosten der Klimakrise sind, einer Krise, der wir jetzt noch begegnen können.

Im Erziehungsdepartement haben wir die Schulraumplanung zur Kenntnis genommen. Es ist begrüssenswert, dass nicht mit den Maximalgrössen gerechnet wird bei den Klassen, aber es scheint, dass andere Räume wie Räume für Gruppenunterricht oder Räume für Förderunterricht gerne vergessen begehen. Dabei wären diese Räume insbesondere wichtig, um flexibel auf neue pädagogische Erkenntnissen reagieren zu können. Das Thema Schwimmbad war schon vielfach ein Thema. Auch hier haben wir die zum Teil sehr langen Wege zur Kenntnis genommen. Ein gesamtheitliches Konzept wäre bestimmt begrüssenswert. Grundsätzlich möchten wir jedoch betonen, dass wir es toll finden, welch hohe Bedeutung der Schwimmunterricht hat in Basel-Stadt. Schwimmen kann lebensrettend sein.

Im FD haben wir bei den Immobilien Basel-Stadt das Projekt zur grauen Energie zur Kenntnis genommen. Es ist zwar erstmal nur ein Pilot, wir freuen uns aber sehr darüber und wir hoffen und sind gespannt, wie es weitergeht. Etwas negativer zu erwähnen ist bei den Immobilien Basel-Stadt der Umgang mit der Garten- und Freiraumgestaltung. Hier läge ein grosses ökologisches Potenzial, welches leider weitgehend ungenutzt bleibt.

Beim Gesundheitsdepartement haben wir zur Kenntnis genommen, dass sie ein gutes Resultat haben und wir gehen nun davon aus, dass somit genügend Ressourcen vorhanden sein sollten, um die Pflegeinitiative rasch und gut umzusetzen. Wir sind gespannt, was folgt.

Im Justiz- und Sicherheitsdepartement sind die Personalprobleme augenfällig, bereits während dem Hearing, mit dem Bericht in den Medien kommen noch neue Aspekte hinzu. Die Arbeitsmarktzulage konnte unseres Erachtens etwas Abhilfe schaffen, ist aber nur ein schwacher Trost, da sie nicht konstant ist und es gibt ganz offensichtlich neben dem Lohn noch weitere Themen im Personalbereich, welche umgehend angegangen werden müssen. Zur Aufklärung dieser Vorgänge ist die von Kollegin Michaela Seggiani eingebrachte PUK angebracht. Es braucht eine gründliche Aufklärung der Vorgänge, der Ursachen und der Verantwortlichkeiten. Nur ein Beispiel möchte ich noch kurz erwähnen und das sind die Überstundenzahlen: Im Durchschnitt sind im letzten Jahr 13 Überstunden pro Person dazugekommen und es sind nun 168 Stunden pro Person. Das ist unhaltbar und es muss schnellstmöglich angegangen werden, damit mittel- und langfristig die Überstundensituation wieder in ein vertretbares Mass kommt.

Beim Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt ist aufgefallen, dass auch hier das Personal ein Thema ist. Altlasten bei Grünflächen und Spielplätzen konnten aufgrund von Personalmangel nicht umgesetzt werden. Hier geht es um unsere Gesundheit. Es geht um die Gesundheit unserer Kinder und ich hätte es lieber gestern als morgen umgesetzt gesehen. Das Budget bei der Sozialhilfe wurde nicht ausgeschöpft. Das lässt den Schluss zu, dass weniger Personen armutsbetroffen sind. Das ist grundsätzlich positiv. Gleichzeitig sollten nun doch diese Ressourcen verwendet werden, um den verbleibenden Armutsbetroffenen stärker zu helfen. So könnten die Bemühungen intensiviert werden bei der Nichtbezugsquote, oder aber es könnten auch bei der Arbeitsintegration die Bemühungen verstärkt werden.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit, vielen Dank an meine Kommissionskollegen und -kolleginnen für die gute Zusammenarbeit. Das GAB bittet Sie, der Rechnung zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Albietz für die Mitte-EVP.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Ich kann vorwegnehmen, dass die Fraktion Mitte-EVP von der Jahresrechnung Kenntnis genommen hat und den Anträgen der Finanzkommission auf Genehmigung dieser Rechnung folgt. Sie schliesst sich auch dem Dank an alle Beteiligten an, ich möchte das nicht im Detail wiederholen. Es ist nicht weniger ernst gemeint. Grundsätzlich schliessen wir uns auch den Ausführungen der Sprecher der bürgerlichen Fraktionen und der GLP an, so weit sie den Aufruf betrifft, Disziplin zu halten bei den Kantonsfinanzen, sich durch diese Überschüsse nicht blenden zu lassen, sie auch nicht falsch oder unbedarft zu verwenden, sondern die Zukunft im Blick zu halten.

Ich werde darauf verzichten, auf einzelne Departemente einzugehen, sondern möchte den Fokus unserer Fraktion auf zwei Punkte legen, die uns sehr wichtig scheinen. Das eine sind die fortwährenden Überschüsse der letzten Jahre und was das mit uns macht, und das zweite ist die Frage der Verschuldung dieses Kantons.

Zunächst zu den Überschüssen: Eigentlich ist es ja schön, seit Jahren weist der Kantonsüberschüsse in teilweise dreistelliger Millionenhöhe auf. Uns scheint es aber eine Reflexion darüber wert, was es mit uns macht, zu viel Geld zu haben. Wir spüren das im täglichen Umgang miteinander, wenn man den Eindruck hat, das Geld ist ja da, dann gibt man es

eben auch aus. Festzustellen ist, dass die Begehrlichkeiten steigen, das wurde schon erwähnt, dass der Konsum zunimmt und der Verbrauch, dass die Staatsquote und der Staatsapparat kontinuierlich wachsen und zwar unseres Erachtens in einem ungesunden Mass.

Sie alle wissen, was passiert, wenn wir mehr Kalorien zu uns nehmen als wir brauchen. Die Grundsätze des menschlichen Organismus gelten prinzipiell auch für ein Gemeinwesen, das zu viel einnimmt. Um im Gleichgewicht zu bleiben, muss es entweder den Verbrauch respektive den Konsum erhöhen oder aber die Zufuhr drosseln. Aus unserer Sicht ist der zweite Ansatz bei Menschen auch bekannt unter FdH, «Friss die Hälfte», deutlich nachhaltiger als mehr zu verbrauchen. Mehr einzunehmen als gesund ist, führt zu Schwerfälligkeit und auch wirtschaftlicher Trägheit. Die Innovationskraft nimmt ab und es besteht die Gefahr der Entwicklung einer gewissen Dekadenz. Davor möchten wir einfach warnen Zu viel Geld zu haben, ist allgemein, auch wenn das widersprüchlich tönt, nicht gesund.

Ein reiches Staatswesen ist auch weniger widerstandsfähig gegenüber wirtschaftlichen oder natürlichen Schocks, weil es sich auf den vorhandenen Reichtum verlässt und keine Robustheit für Krisenzeiten entwickelt. Dazu möchten wir auffordern, daran zu denken, robust zu bleiben oder wieder robust zu werden. Wir finden es auch richtig, wenn Geld an Geldgeber zurückgegeben wird, wenn man zu viel eingenommen hat. Wiederholt einen solchen Gewinn zu erzielen bedeutet nämlich auch, dass wir den Steuerzahlenden zu viel Geld weggenommen haben. Dieses Geld fehlt den Leuten dann unter anderem in Form von Kaufkraft und Wirtschaftskraft. Daher begrüsst die Mitte die zwei neuen Vorstösse, die hier Remedur schaffen wollen, nämlich die Steuern allgemein zu senken, aber auch einen Steuerfuss einzuführen, der jährlich angepasst werden kann, um auf die jeweilige Finanzlage und Veränderungen reagieren zu können.

Das zweite Thema betrifft, ich habe es schon gesagt, die Verschuldung des Kantons und auch die Darstellung des Vermögens und der Schulden in der Bilanz. Obwohl wir es so viel Geld haben, hat der Kanton hohe Bruttoschulden. Sie sind im Berichtsjahr weiter gestiegen, die Finanzdirektdirektorin hat darauf hingewiesen, und zwar nicht auf 3,3 Milliarden Franken, sondern auf 3,5 Milliarden Franken. Das heisst die Schuldenlast, das Geld, das wir aufgenommen haben, ist um 200 Millionen Franken gestiegen. Als Fraktion finden wir diese Entwicklung nicht beruhigend, besonders auch, weil der Kanton mit diesen Bruttoschulden im gesamtschweizerischen Vergleich nach wie vor nicht gut da steht. Und sie müssen eben ins Verhältnis gesetzt werden zum Bruttoinlandprodukt des Kantons und der Schweiz, wenn man das vergleichen will.

Hohe Bruttoschulden bedeuten, auch wenn ihnen grössere Vermögenswerte gegenüberstehen, eine Belastung und eine grosse Unsicherheit. Sie schränken die Handlungsfreiheit ein. Derzeit ist die Zinsbelastung zwar noch einigermassen gering, sie ist aber in letzter Zeit gestiegen. Die zukünftige Entwicklung ist ungewiss. Das Geld für den Zinsendienst fehlt für andere staatliche Aufgaben. Die Zinszahlungen würden zu einem Problem, falls die Zinsen erheblich steigen würden, was im Moment schwer vorauszusagen ist.

Wie gesagt weist der Kanton innerhalb der Schweiz eine hohe Bruttoschuldenbelastung pro Kopf auf. Die Regierung hat es leider verpasst, in den Jahren wiederkehrender struktureller Überschüsse die Schulden konsequent abzubauen. Wir wünschen uns hier ein Umdenken und einen neuen Fokus auf den Bruttoschuldenabbau.

Nettoschulden sind ja bekanntlich die Bruttoschulden abzüglich der flüssigen Mittel und Vermögenswerte, die relativ schnell verflüssigt werden können. Bekanntlich beträgt die Nettoschuldenquote des Kantons aktuell zumindest auf dem Papier weniger als Null. Mit anderen Worten hat Basel-Stadt derzeit keine Nettoschulden, sondern ein Nettovermögen. Dieser Umstand hat jedoch ganz wesentlich mit der Bewertung des Finanzvermögens zu tun. Als Fraktion sind wir uns nicht sicher, ob diese Bewertung und damit auch die Nettoschulden, über alle Zweifel erhaben ist. Im Finanzvermögen der öffentlichen Hand sollen sich Vermögenswerte befinden, die nicht für die Erfüllung von öffentlichen Aufgaben bestimmt und grundsätzlich veräusserbar sind. Nun aber erschweren beispielsweise die Bestimmungen der seinerzeit angenommenen Bodeninitiative die Veräusserung von Immobilien sehr, die Praxis lässt praktisch keine Verkäufe zu. Soweit Teile des Finanzvermögens wie geschildert oder auch anderweitig immer mehr politisiert werden und zunehmend öffentliche Aufgaben erfüllen sollen, etwa im Bereich des günstigen Wohnens, und dies einen direkten Einfluss auf die Verkehrsfähigkeit und Veräusserung von Finanzvermögen zur Folge hat, müsste solches Vermögen neu und zutreffend bewertet und teilweise sogar in Verwaltungsvermögen umgewidmet werden, womit der Kanton sehr schnell wieder eine erhebliche Nettoverschuldung ausweisen müsste.

Als Fraktion werden wir in nächster Zeit ein verstärktes Augenmerk auf die Frage richten, ob die Bewertung des Finanzvermögens tatsächlich ordnungsgemäss und nach anerkannten Bewertungsgrundsätzen für das Vermögen eines öffentlichen Gemeinwesens erfolgt und nötigenfalls eine Korrektur verlangen, um ein realistisches und zutreffendes Bild unserer Finanzlage und insbesondere der tatsächlichen Verschuldung zu zeichnen. Sie werden von uns hören.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit haben alle Fraktionen gesprochen. Es liegen keine anderen Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Runde zurück auf die anderen Sprechenden. Zuerst beim Gerichtsrat, wünscht Stephan Wullschleger das Wort? Er verzichtet. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Vielen Dank für Ihre Voten. Einige davon kann ich sehr unterstützen, zum Beispiel diejenigen zur Gesundheit der Mitarbeitenden. Sie haben es erwähnt, es fällt vor allem im Erziehungsdepartement auf mit den hohen Stellvertretungskosten. Das ist ein Thema, das uns auch aufgefallen ist, es betrifft aber auch andere Departemente. Ich glaube, die Gesundheit der Mitarbeitenden muss in unseren Fokus rücken.

Zum Hochbau und Bauen, da bin ich nicht ganz einverstanden. Ich sehe zwar auch, dass wir bei gewissen Projekten tatsächlich Probleme haben, aber ich möchte hier noch einmal betonen, in der Regel liegen wir im Zeit- und Kostenplan. Wir haben sehr viele Projekte und die meisten schliessen im Zeitplan und im Kostenplan ab. Die einzelnen, bei denen das nicht gelingt, sind natürlich deswegen nicht weniger ärgerlich, sondern es ist sehr ärgerlich für uns alle und wir bemühen uns, dort auch wirklich besser zu werden.

Dann noch etwas zu den Unternehmenssteuern. Ich bin jetzt nicht sicher, ob ich Philip Karger richtig verstanden habe. Aktuell haben wir seit 2024 eigentlich keine Möglichkeit mehr, die Unternehmenssteuern zu senken. Die OECD-Mindeststeuer ist eingeführt, das heisst, die Unternehmen, die davon betroffen sind, müssen diese 15 Prozent bezahlen. Da haben wir keinen Einfluss. Daher ist es gut möglich, dass wir auch zukünftig dort höhere Erträge haben werden. Aber dafür haben wir ja, ich mache noch mal Werbung, unser Standortpaket des Regierungsrats am Montag vorgestellt, was eine gute Lösung wäre.

Zur Bewertung vom Finanzvermögen: Wenn ich Ihnen, Daniel Albietz, ganz zuhöre, dann dann bin ich einverstanden, dass sie das näher anschauen und diskutieren möchten, aber ob das so stimmt, da muss ich mich etwas wehren. Unsere Bewertung wurde auch extern überprüft und wir sind eher konservativ. Das kann man uns vorwerfen. Unsere Liegenschaften sind eher konservativ bewertet, weil wir eben nicht möchten, dass es uns aus der Bahn werfen würde. Daher sind wir etwas zurückhaltend. Das würde vielleicht eine privaten Firma anders machen und wir sind da eher zurückhaltend. Daher glaube ich nicht, dass wir Ihnen da irgendwie Unwahrheiten erzählen oder dass da etwas nicht stimmt. Aber dass man das Thema, ob jetzt etwas im Verwaltungsvermögen ist oder im Finanzvermögen, diskutieren kann, das ist kein Problem. Dass wir nicht verkaufen können stimmt, aber wir können die Baurechte vergeben und die haben gezeigt, dass sie in den letzten Jahren auch dazu verhelfen, dass der Kanton mehr Einnahmen hat

Alles andere hat, nehme ich so zur Kenntnis und ich spüre, dass wir vor allem beim Budget wieder längere Diskussionen haben werden. Ich habe gehört, wie viele von Ihnen bereit sind, weniger Geld auszugeben. Ich bin gespannt auf die Budgetdiskussion. Und ich danke Ihnen vielmals für die die wohlwollende Aufnahme der Rechnung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zur Präsidentin der BKK. Sie verzichten. Und damit ist die Reihe bei Joël Thüring, dem Präsident der Finanzkommission.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank für die gute Aufnahme des Berichts der Finanzkommission zur Rechnung 2023. Wir haben ähnliche Diskussionen auch auch in der Finanzkommission geführt. Es ist klar, wir sind politisch zusammengesetzt, jeder bringt seinen Hut mit und daraus resultiert dann dieser Bericht. Jeder findet sich vielleicht in unterschiedlicher Art und Weise in den einzelnen Formulierungen. Aber was ich hier wirklich noch einmal sagen kann ist, dass wir nicht Anzeichen haben, dass der Regierungsrat irgendwie bewusst so budgetiert, dass dann der Überschuss Ende der Periode, wenn die Zahlen bekannt werden, überdimensioniert viel höher sind als das, was wir angenommen haben. Diese Budgetierung ist, gerade auch wenn man bedenkt, dass eben ganz viele Unternehmen hier einen Beitrag über die Steuern zu leisten haben, nicht ganz einfach und davon abhängig sind eben auch diese konjunkturellen Aspekte. Hier gab es in den letzten Jahren, das wissen Sie alle, nun mal nicht nur wegen der Coronapandemie, sondern eben auch wegen den Kriegen in der Ukraine, jetzt auch in Israel und anderen Nebeneffekten Ungewissheiten, Unklarheiten, und es ist für Unternehmen schwierig vorherzusehen, was das für Auswirkungen hat und entsprechend ist es selbstverständlich auch für einen Kanton schwierig, vorherzusehen, was das für Auswirkungen hat.

Ich möchte einfach noch einmal erinnern, dass der Budgetprozess für das Jahr 2023 schon sehr früh beginnen muss, weil wir im Dezember 2022 beschliessen, aber der Vorlauf beginnt viel früher. Wir haben hier also auch immer eine gewisse Ungenauigkeit, weil dies in den Abläufen gar nicht anders möglich ist. Hier muss ich die Regierung auch ein stückweit in Schutz nehmen, wobei ich es nicht als allzu starke Kritik seitens der Fraktionssprechenden wahrgenommen habe.

Dann vielleicht zu Pascal Messerli und zu Philip Karger: Pascal Messerli hat gesagt, die Finanzkommission sei zu wenig kritisch, Philip Karger hat sogar das Wort nachlässig in den Mund genommen. Ich möchte einfach betonen, dass die Finanzkommission bei ganz vielen Ausgaben, die sie über das Jahr spricht, nicht zu bewerten hat, ob die Ausgabe zu hoch ist, ob sie tiefer sein können, sondern ob der finanzrechtliche Status korrekt ist. Und wenn der finanzrechtliche Status aus Sicht der Finanzkommission gebunden ist, dann können wir die Ausgabe oder die zusätzliche Ausgabe nicht hinterfragen, sondern dann können wir nur sagen, dass wir den finanzrechtlichen Status nicht als gebunden ansehen, bitte bringen Sie als

Regierung dieses Geschäft in den Grossen Rat. Ich würde deshalb nicht davon sprechen, dass die Finanzkommission zu wenig kritisch oder zu nachlässig wäre.

Ausserdem, die Ausgaben, die wir in diesem hohen Hause über das Budget und auch über das Jahr beschliessen, sind sehr oft der Wille des Parlamentes, und die Folgen von Aufgaben, die es der Verwaltung zusätzlich aufbürdet sind nun mal im Budget auch abgebildet und lassen sich dann auch in der Rechnung eben entsprechend nieder. Deshalb glaube ich schon auch im Namen der Finanzkommission, dass wir durchaus dort, wo es möglich ist, kritisch nachfragen und Dinge auch hinterfragen. Und ein solcher Punkt, bei dem wir sehr kritisch sind, ist die Frage der Bruttoschulden. Hier haben wir, ich möchte daran erinnern, im letzten Budgetbericht der Finanzkommission ausführlich zur Entwicklung der Bruttoschulden Stellung genommen, haben auch gemahnt, dass diese Zinslast, die daraus entstehen könnte für den Kanton ein gewisses Risiko sein kann. Also auch hier ist die Finanzkommission durchaus sehr kritisch, hat das zu Wort in ihrem Bericht auch entsprechend im Budget 2024 aufgenommen. Die Regierung hat diese Ausführungen auch zur Kenntnis genommen und es ist ihr bewusst, dass diese Bruttoschulden mit der entsprechenden Zinslast, die Folge sein kann, durchaus relevant sind für Rechnung und Budget. Auch hier haben wir nicht Annahmen, dass der Regierungsrat das nicht ausreichend berücksichtigt.

Dass der Personalaufwand steigt, hat unterschiedliche Gründe. Ein Grund dafür ist das Bevölkerungswachstum. Wenn Sie mehr Schülerinnen und mehr Schüler haben, dann brauchen Sie mehr Lehrpersonen. Das ist relativ klar. Wenn Sie im Grossen Rat neue Aufgaben beschliessen, dann steigt, je nachdem der Personalaufwand, weil neue Stellen geschaffen werden müssen. Auch das scheint uns sehr klar zu sein. Kollege Seiler hat die Hoffnung gehabt, dass die Digitalisierung dazu führt, dass alles einfacher wird. Ich habe gerade gestern einen Bericht aus dem Spiegel gelesen. Seit das Verwaltungsgericht Berlin digitalisiert ist, wurde noch nie so viel ausgedruckt. Also ich möchte auch ein bisschen davor warnen, dass die Digitalisierung alles günstiger und einfacher machen würde. Aber Daniel Seiler hat ja zu Recht auf dieses Projekt im JSD hingewiesen, auf diese robotorisierten Automationsprozesse bei einzelnen Anwendungen. Es war für die Finanzkommission sehr interessant, einmal zu sehen und zu hören, wie da wirklich auch gewisse Arbeiten vereinfacht werden können. Nichtsdestotrotz glauben wir als Finanzkommission, dass die Herausforderung in der Digitalisierung für den Kanton dadurch erstens nicht geringer werden und es nicht kurzfristig zu starken Entlastungen führen wird. Hier warne ich auch ein bisschen vor all zu grosser Hoffnung, aber der Kanton wird in diesen Bereichen sicher auch weiter vorwärts gehen und vorwärtsmachen.

Ich danke deshalb den Fraktionssprechenden noch einmal sehr für die wohlwollende Aufnahme unseres Finanzkommissionsberichts und die bis jetzt zumindest nicht anders lautende Zustimmung zu unseren Empfehlungen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Eintretensdebatte zur Rechnung ist damit abgeschlossen. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung des Berichts der Finanzkommission und starten, bevor wir zu den einzelnen Departementen kommen, mit Kapitel 1 bis 4 des Berichts der Finanzkommission sowie des Jahresberichts des Regierungsrates, ausser Kapitel 3, welches eben die Departemente sind. Auch hier ginge wieder das Wort zum Präsidenten der Finanzkommission, er verzichtet, und zur Regierungsrätin, die ebenfalls verzichtet. Auch die Fraktionen und Einzelsprechenden verzichten, in der zweiten Runde, nehme ich an, verzichten auch Regierungsrätin Tanja Soland und Kommissionspräsident Joël Thüring.

Damit sind wir beim Präsidialdepartement Seite 27 des Berichts. Die Globalbudgets der Museen werden am Schluss bei der Beratung des Mitberichts der BKK behandelt. Wünscht Regierungsrat Conradin Cramer das Wort zum Präsidialdepartement? Er verzichtet. Auch sonst wird verzichtet. Das Präsidialdepartement ist damit behandelt.

Wir kommen zum Bau- und Verkehrsdepartement Seite 29 des Berichts der Finanzkommission, Seite 105 im Jahresbericht inklusive Globalbudget ÖV. Wünscht Regierungsrätin Esther Keller das Wort? Sie verzichtet. Joël Thüring verzichtet ebenfalls. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Damit ist auch das Bau- und Verkehrsdepartement behandelt.

Wir kommen zum Erziehungsdepartement Seite 38 des Berichts der Finanzkommission. An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass sich Mustafa Atici entschuldigt hat. Er vertritt den Regierungsrat heute im benachbarten Ausland in Frankreich, wo er die Flamme olympique sehen wird. Er verzichtet damit auf ein Votum. Auch der Sprecher der Finanzkommission verzichtet auf ein Votum. Die Fraktionen und Einzelsprechenden haben sich nicht gemeldet. Das Erziehungsdepartement ist damit auch behandelt.

Finanzdepartement Seite 41 des Berichts der Finanzkommission. Auch hier verzichten Regierungsrätin und Kommissionspräsident, auch hier verzichten die Fraktionen und Einzelsprechenden.

Wir kommen zum Gesundheitsdepartement Seite 43 des Berichts. Wünscht Regierungsrat Lukas Engelberger das Wort? Er verzichtet, auch alle anderen verzichten ausser Christine Keller, die als Einzelsprecherin sprechen möchte.

Christine Keller (SP): Ich nehme Bezug auf den Rückgang beim Leistungsvolumen der Spitex Basel beziehungsweise auf eine Bemerkung der Finanzkommission auf Seite 45 des Berichts. Wie Sie wissen, liegen mir Gesundheitspflege vor allem

der älteren Bevölkerung sehr am Herzen, wobei Spitex nicht nur für die älteren da sind, und hier schreibt ja die Finanzkommission, es sei eine Verlagerung zu den privaten Anbietern, insbesondere in der Grundpflege festzustellen. Dann haben wir seit 2019 ja einen Bundesgerichtsentscheid, der erlaubt, dass pflegende Angehörige sich bei einer Spitex anstellen lassen und entsprechend dafür auch einen Lohn bekommen. Diese Entwicklungen stellt die Finanzkommission in den Zusammenhang mit dem Rückgang bei der Spitex Basel.

Wir haben den Jahresbericht der Spitex Basel erhalten und der hat mich aufgeschreckt, weil est steht da geschrieben, die Anfrage habe nicht nachgelassen, aber es sei eine Zunahme bei kurzfristigen Einsätzen, die nicht attraktiv sind, zu deren Annahme die Spitex Basel aber aufgrund des Leistungsvertrages mit dem Kanton verpflichtet ist, und das führt dann dazu, dass der Koordinationsaufwand zwar steigt, aber die verrechenbaren Pflegestunden eben nicht unbedingt. Da hat die Spitex Basel ein wachsendes Defizit zu verzeichnen. Das bereitet mir Sorgen. Ich weiss, dass hier Verhandlungen am Laufen sind und ich hoffe, dass der Kanton hier auch wirklich eine Lösung findet, damit die Spitex Basel, aus dieser strukturellen finanziellen Krise auch wieder herauskommt.

Ich denke, dass das Gesundheitsdepartement auch diese Frage mit den pflegenden Angehörigen im Auge behalten muss. Das ist grundsätzlich eine Sache, die sehr gut sein kann, aber es gibt hier auch ein Missbrauchspotenzial seitens gewisser Firmen und ich werde dazu wahrscheinlich auch noch schriftlich nachfragen, aber es ist sicher gut, wenn diese Entwicklung begleitet wird, zumal nach einem ganz neuen Bundesgerichtsentscheid jetzt auch die psychiatrische Grundpflege den Angehörigen vergütet werden kann, was dann auch wieder zu erheblichen Kosten führen wird.

Das war das, was ich zu diesem Thema im Rahmen des Jahresberichts des Gesundheitsdepartements noch sagen wollte.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Präsident der Finanzkommission verzichtet auf ein Votum. Wünscht der Regierungsratsengelberger das Wort? Er wünscht es.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: In in aller Kürze: Wir teilen selbstverständlich das Interesse von Christine Keller an intakten, nachhaltig qualitativ hochstehenden Versorgungsstrukturen im Bereich der Spitex. Wie bereiten derzeit ja auch wieder die nächste Vertragsperiode mit Spitex Basel vor und beobachten auch die allgemeine Entwicklung. Es ist natürlich so, dass hier auch ein Markt besteht und das ist auch nicht per se ein Problem. Sie haben jetzt die mögliche Anstellung von Angehörigen auch erwähnt. Dort gibt es ein gewisses Missbrauchspotenzial. Das ist korrekt. Wir sind seitens Gesundheitsdepartement für die qualitative Aufsicht zuständig und daneben gibt es natürlich auch eine Arbeitsmarktaufsicht. Wir haben das im Auge und ich danke Christine Keller für den Hinweis.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zum Justiz- und Sicherheitsdepartement Seite 45 des Berichts der Finanzkommission. Wünscht Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort? Sie verzichtet, der Präsident der Finanzkommission verzichtet ebenfalls. Damit sind wir bei den Fraktionen. Hier hat sich Mahir Kabakci gemeldet für ein Fraktionsvotum für die SP.

Mahir Kabakci (SP): Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion möchte ich einige zentrale Punkte der Jahresrechnung 2023 bezüglich des Justiz- und Sicherheitsdepartements hervorheben.

Das Justiz- und Sicherheitsdepartement verzeichnet ein zweckgebundenes Betriebsergebnis von 292,7 Millionen Franken, was einer Budgetüberschreitung von 5 Prozent entspricht. Ein weiteres wichtiges Thema sind die Pilotprojekte zur Robotic Process Automation. Im Justiz- und Sicherheitsdepartement sind bereits 20 Software-Roboter im Einsatz, die repetitive standardisierte Prozesse übernehmen, was zu einer einheitlichen Qualität und höheren Geschwindigkeit. Diese Automatisierungsprozesse konnten dazu beitragen, bis zu 14 Stellen einzusparen.

Der Personalaufwand im Justiz- und Sicherheitsdepartement liegt mit 272 Millionen Franken 3 Prozent über dem Budget, trotz eines Unterbestands von 153 Vollzeitstellen. Dies wirft erhebliche Fragen auf. Wie kann das Justiz- und Sicherheitsdepartement eine erfolgreiche Rekrutierungsoffensive bei der Kantonspolizei im Budget auffangen, wenn heute schon bei einem Unterbestand das Budget im Bereich Personalaufwand mehr als ausgeschöpft ist. Es bräuchte eine Anpassung, eine Erhöhung des Personalbudgets um weitere 13 Millionen, um diesen Unterbestand finanzieren zu können. Diese Situation ist besorgniserregend und zeigt, dass auch die finanzielle Struktur des Departements dringend einer Analyse und Anpassung bedarf. Es ist notwendig, dass die Ausfinanzierung der unbesetzten Stellen überprüft und entsprechend angepasst wird, um zukünftige Rekrutierungen und Attraktivitätssteigerungen finanzieren zu können. Eine striktere Haushaltdisziplin und gezielte Massnahmen zur Verbesserung der Personalstruktur sind unerlässlich.

Die Verzögerung des Umzugs der JSD-Zentrale aufgrund der UEFA Women’s Euro 2025 wirft ebenfalls Fragen auf. Wir verstehen, dass Grossveranstaltungen erhebliche logistische Herausforderungen mit sich bringen. Jedoch sollte dies nicht zu

Lasten wichtiger Infrastrukturprojekte gehen. Es ist unklar, in welchem Zusammenhang die Sportveranstaltung und die Sanierung des JSD stehen und warum diese nicht parallel vorangetrieben werden können. Wir fordern eine klare Darstellung der Zusammenhänge und eine Strategie, um solche Verzögerungen in Zukunft zu minimieren.

Der deutliche Unterbestand an Personal, insbesondere in kritischen Bereichen wie der Kantonspolizei und dem Justizvollzug ist besorgniserregend. Es bedarf dringender Anstrengungen, um diese Stellen zu besetzen und so die Arbeitslast auf die vorhandenen Mitarbeiter zu reduzieren. Die Überstundensituation bleibt ein kritischer Punkt. Wir fordern das JSD auf, nachhaltige Lösungen zu entwickeln, um diese Belastung zu reduzieren und sicherzustellen, dass das Personal nicht weiterhin übermässig beansprucht wird. Der Polizeibericht, der letzte Woche veröffentlicht wurde, hat die internen Missstände bei der Polizei aufgezeigt und auch bereits Antworten darauf gegeben, was mögliche Ursachen für den Unterbestand beim Personal der Polizei sind. Mögliche Massnahmen und Empfehlungen sind auf dem Tisch.

Klar möchte ich betonen, dass wir weiterhin Hand bieten für konkrete Massnahmen, die sinnvoll und zielgerichtet im Hier und Jetzt Verbesserungen bewirken können. Aber es braucht jetzt eine politische Aufarbeitung, um herauszufinden, wie es so weit kommen konnte. Dafür braucht es eine parlamentarische Untersuchungskommission. Für uns ist klar, die Missstände sind zu systematisch und zu tiefgreifend, als dass man einfach so mit den bestehenden Instrumenten zur Tagesordnung übergehen könnte. Die PUK kann Auskünfte von Regierungsratsmitgliedern, der Verwaltung und den Gerichten einholen, Sachverständige herbeiziehen sowie die Herausgabe von Akten verlangen. Und genau das braucht es jetzt, damit wir eine gute Grundlage haben, um konkrete Verbesserungen erzielen zu können und zu wissen, wann die Departementsleitung informiert wurde, wann nicht eingegriffen wurde oder wer nicht eingegriffen hat, um eine gute Analyse machen zu können, um langfristig gute Resultate erzielen zu können. Damit wieder Ruhe in den Polizeikorps einkehren kann, brauchen wir vorerst eine gute Analyse und aufbauend auf diese Analyse muss es Massnahmen geben, die auch die Situation entspannen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nicola Goepfert spricht für das GAB.

Nicola Goepfert (GAB): Die Personalsituation beim JSD ist desolat, wir haben es bereits gehört im Votum von Joël Thüring ganz zu Beginn. 153 Stellen sind nicht besetzt, davon alleine 120 bei der Kantonspolizei. Direkt damit in Verbindung steht die hohe Zahl von durchschnittlich 168 Überstunden pro mitarbeitender Person bei der Polizei im vergangenen Jahr.

Bereits bei der Diskussion über die Löhne der Polizei habe ich darauf hingewiesen, dass die Löhne nicht das einzige Problem sind, dass es bei der Polizei ein Führungsproblem gäbe. Vergangene Woche ist nun der Bericht von Markus Schefer zur Personalsituation bei der Kantonspolizei veröffentlicht worden. Mit diesem Bericht wird ersichtlich, wie tiefgreifend, grundlegend und strukturell die Probleme sind, welche mitunter zu dieser verheerenden Personalsituation beigetragen haben.

ch gehe hier noch weiter auf diesen Bericht von Herrn Schefer ein, weil im Bericht der Finanzkommission die Personalsituation behandelt wird. Der Bericht bringt so massive Missständen auch auf dem Tisch, dass ich ein geheim geglaubt hätte, wenn ich den Bericht nicht selbst gelesen hätte. Für den Bericht wurde mit über 370 Angehörigen der Kantonspolizei gesprochen. Hier ein paar Darstellungen, wie sie im Bericht vorkommen. Es wird ein Klima der Angst beschrieben, von problematischem Führungsverhalten ist die Rede und ein Mangel an Vertrauen in die Führung kommt zum Ausdruck. Die Polizeileitung hat ein Akzeptanzproblem, sie agiere nicht als Kollegium und wird als Führungsgremium kaum wahrgenommen. Die Polizeileitung wird im Allgemeinen als autoritär, abgehoben und unkooperativ charakterisiert. Über fast alle Hierarchiestufen hinweg waren sich die Befragten einig, dass der Polizeileitung kein Vertrauen entgegengebracht wird und sie bei den Mitarbeitenden über keine Glaubwürdigkeit verfügt. Der Kommandant habe keinen prägenden Einfluss auf die Arbeit der Polizeileitung.

Was hier beschrieben wird, das ist doch krass. Kein Wunder läuft das Personal davon, aber es geht noch weiter. Es gäbe einen Mangel an zuverlässiger Planung durch die Polizeileitung im Bereich der Personalpolitik. Die Personalknappheit sei seit längerer Zeit vorhersehbar gewesen und dies sei der Polizeileitung auch mitgeteilt worden. Wie kann das sein? Wie kann es sein, dass solange die Augen verschlossen werden, bis 120 Stellen unbesetzt sind? Die Verantwortung, dass es so weit gekommen ist, liegt bei Regierungsrätin Stephanie Eymann als Departementsvorsteherin des JSD. Wie glaubhaft kann sie behaupten, nah am Personal zu sein, aber trotzdem fast vier Jahre und einen solchen Bericht benötigen, um die zugrundeliegenden Probleme zu erkennen? Felix Wehrli zumindest schien nicht überrascht zu sein über den Inhalt des Berichts. War die Departementsleiterin also doch nicht genug nah dran oder vielleicht schlicht zu nah, um die strukturellen Probleme wirklich zu erkennen? Um solche Fragen zu klären, müssen wir nun eine politische Aufarbeitung voranbringen. Wer wusste wann was. Wie konnte es passieren, dass die Departementsleiterin erst mit diesem Bericht der Grundsätzlichkeit der Probleme bewusst wurde?

Eine PUK ist das richtige Mittel dafür. Während der Bericht Schefer die strukturellen Probleme innerhalb der Polizei untersuchte, muss der Auftrag einer PUK der politischen Aufarbeitung dienen. Wer die aktuelle Situation bei der Polizei

möglichst schnell verbessert sehen möchte, wer verhindern möchte, dass wir als Kanton wieder in eine vergleichbare Situation geraten, wer für die Erreichung dieser Ziele an einer grundsätzlichen und gründlichen politischen Aufarbeitung interessiert ist, wird die Forderung nach einer PUK unterstützen.

Die im Bericht genannten Massnahmen müssen möglichst schnell überprüft werden, um das Vertrauen der Angestellten in ihren Arbeitgeber wieder zu stärken, aber auch, um das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Polizei wieder zu stärken. Dazu braucht es mittelfristig tiefgreifende Anpassungen in der Struktur der Polizei. Zentral ist, dass die jetzt auf dem Tisch liegenden Ergebnisse ernstgenommen werden und als Basis für grundlegende Veränderungen dienen, oder wie es im Bericht selbst steht, es braucht einen markanten Kulturwandel. Und hierbei sollen sämtliche Aspekte des Berichts angeschaut werden. Denn was mich schon ein wenig erschreckte ist, dass, kaum ist der Bericht erschienenm, die darin beschriebenen strukturellen Probleme von Sexismus und Rassismus als Einzelfälle abgetan werden. Meine lieben Kollegen, und ich spreche hier bewusst nur um einen männlichen Kollegen an, weil es nur Männer waren, die sexistisches Verhalten umgehend als Einzelfälle abtun wollten: Es wird beschrieben, wie mit derber Terminologie über weibliche Geschlechtsteile über Frauen gesprochen wird, auch auf der Stufe von Vorgesetzten. Es wurde über ein Begrüssungsritual mit Küssen jenseits des üblichen berichtet. Das ist kein Einzelfall, was hier beschrieben wird. Es ist ein Ritual. Gleiches zeichnet sich ab beim Umgang mit Rassismus. So würden strukturelle Mechanismen fehlen, welche Polizist:innen darüber unterstützen würden, die Entstehung negativer Stereotypen zu verhindern. Die problematische Verhaltensmuster würden vielmehr sogar toleriert. Massnahmen gegen die Entwicklung rassistischer Vorstellungen seien gemäss Bericht nicht genügend strukturell eingebettet. Das geht aus den Aussagen der Polizist:innen hervor.

Ich appelliere also daran, dass der gesamte Bericht ernstgenommen wird, er als Grundlage für Veränderungen dient und Regierungsrätin Stephanie Eymann endlich ihre Verantwortung übernimmt, um die Personalsituation bei der Polizei in den Griff zu bekommen und den notwendigen Kulturwandel einzuleiten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich erlaube mir an dieser Stelle den Hinweis, dass wir heute nur beschliessen über den Bericht der Finanzkommission und des Regierungsrates und nicht über andere Berichte oder Forderungen, die aber natürlich damit in Zusammenhang stehen. Nächster Sprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion kann jetzt schon nicht ganz stehenlassen, was Nicola Goepfert hier gebracht habe. Es ist eine sehr spannende Strategie von rot-grün. Ihre Kritik an der Regierung und an den einzelnen Regierungsräten beschränkt sich immer dort, wo bürgerliche Regierungsräte in der Verantwortung sind. Wo war Ihre Kritik beim Präsidialdepartement, als es um das Historische Museum ging, wo war Ihre Kritik beim Bau- und Verkehrsdepartemen, als Hanspeter Wessels hier mehrere Fauxpas abgeliefert hat? Dort haben Sie sich immer schön in Grenzen gehalten mit der Kritik und jetzt benutzen Sie hier diesen Polizeibericht, um einseitig Stimmung gegen Regierungsrätin Stephanie Eymann zu machen. Das ist mit Verlaub etwas billig.

Und Nicola Goepfert, Sie haben den Bericht gar nicht vollständig zitiert. Im Bericht steht nämlich auch, dass ein grosser Teil bei der Polizei Probleme damit hat, dass die Linken insbesondere in diesem Parlament die Polizei derart stark kritisiert. Es waren die Polizisten vor dem Rathaus, die verbal angegriffen wurden von gewissen Grossrätinnen und Grossräten, wahrscheinlich nicht aus dem SVP-Lager. Das steht auch in diesem Bericht und das haben Sie hier unterschlagen. Das ist auch ein grosses Problem, dass die Akzeptanz gegenüber dem Polizeiberuf in diesem Parlament nach jeder Demonstration konstant abnimmt und einseitig die Schuld bei der Polizei gesucht wird. Wenn ich am Samstag als Polizist an einer Demonstration teilnehmen muss, ich von Linksextrem mit Steinen beworfen werde und drei Tage später im Parlament nur einseitig die Schuld bei der Polizei gesucht wird und nicht bei diesen linksextremen Chaoten, dann ist das der Hauptfehler, den wir hier in der parlamentarischen Debatte haben. Nehmen ist das bitte auch einmal zur Kenntnis, dass die Wertschätzung des Polizeiberufes hier in diesem Parlament in den letzten Jahren massiv gelitten hat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein Einzelvotum gemeldet hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe den Artikel in der Basler Zeitung gelesen. Wir reden zum Thema Polizei und da war eine ganze Seite eine Chronik des Scheiterns. Es ist spannend, ich kann das nur empfehlen. Ich möchte doch noch ein paar Sachen sagen, die mich im Zusammenhang mit der Polizei beschäftigen.

Es heisst immer, es gibt zu wenig Leute bei der Polizei, aber ich möchte Ihnen sagen, das ist ein Märchen. Ich trinke nicht, ich rauche nicht, mein einziges Hobby ist Osteuropa, wo ich meine Wurzeln habe. Aber dass man immer sagt, man habe zu wenig Polizisten in Basel-Stadt, das stimmt nicht. Und ich muss eindrücklich als Grossrat die Polizei warnen, dass man mich eindeckt mit Phantasieanzeigen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, es geht nicht um Sie, es geht nicht um Ihre persönlichen Fälle. Bitte sprechen Sie zum Thema.

Eric Weber (Fraktionslos): Das ist ein Beispiel. Sie wissen, ich bin verankert in Kleinbasel und ich habe ja die Interpellationen eingegeben. Es geht nicht, dass man die parlamentarische Opposition fertig macht. Mein Vorredner Pascal Messerli hat richtig gesagt, die Polizisten sind vor dem Rathaus angegriffen worden. Ich komme zum Schlusssatz: Ich finde es nicht anständig, wenn man die Polizei anruft, wenn vor dem Rathaus Chaos ist und es kommt keine Polizei und es heisst, es sei ein Missbrauch des Notrufs. Ich danke Ihnen und ich werde mir das merken und komme mit Tausenden von Flugblättern.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an den Präsidenten der Finanzkommission Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich danke für die anregende Debatte zum JSD. Es geht tatsächlich um die Rechnung 2023, aber Sie haben natürlich völlig recht, wir haben diesen Widerspruch auch im Bericht aufgeführt, dass wir einerseits diesen hohen Unterbestand haben im gesamten Departement, nicht ausschliesslich bei der Kantonspolizei, und gleichzeitig trotzdem der Personalaufwand 3 Prozent über Budget liegt. Das ist auch der Finanzkommission aufgefallen und wir haben auch deshalb kritisch nachgefragt bei der zuständigen Departementsvorsteherin, beim Departement und haben uns hierzu auch Erklärungen geben lassen.

Wir sind, wie wir es auch im Bericht festgehalten haben, schon der Meinung, dass im Budget jeweils die Realität abgebildet werden sollte und dass nicht mit einem Unterbestand quasi die Realität abgebildet werden sollte, sondern mit dem tatsächlichen Sollbestand, den wir erwarten. Das wird sicher eine Diskussion werden, die wir dann wahrscheinlich mit dem JSD und mit der gesamten Regierung im Rahmen der Budgetberatung 2025 führen werden müssen. Wir sind da selbstverständlich als Finanzkommission ebenfalls am Ball.

Zu den Ausführungen zu Berichten, die im Laufe des Jahres noch veröffentlicht wurden, geben wir natürlich als Finanzkommission keine Antwort. Was wir einfach feststellen können, wir sind mit dem JSD, mit dem zuständigen Polizeikommandanten auch seit einigen Jahren im Rahmen der Hearings zur Rechnung und zum Budget in Kontakt. Wir haben uns im letzten Jahr auch intensiv mit der Polizei auseinandergesetzt, als wir als Finanzkommission diese Arbeitsmarktzulage auch diskutiert und besprochen haben. Und wir können nun immerhin feststellen, dass die Arbeitsmarktzulage dazugeführt hat, dass es nicht, ich sage es jetzt etwas plump, noch schlimmer ist mit dem Unterbestand. Also wir sehen, dass diese Arbeitsmarktzulage einen Effekt hat, aber es wurde auch damals schon von der Regierung, aber auch von uns als Finanzkommission gesagt, dass diese Arbeitsmarktzulage nicht das einzige Puzzleteil ist, bei dem es anzusetzen gilt, sondern es braucht verschiedene Massnahmen und deshalb hat ja auch der Regierungsrat diese RR Del Arbeitsplatzattraktivität ins leben gerufen mit den vor allem auch zuständigen oder verantwortlichen Regierungsräten, die das gesamtkantonal anschaut und selbstverständlich aber eben auch in Bezug auf die Kantonspolizei. Deshalb ist meines Wissens auch Regierungsrätin Stephanie Eymann Teil dieser RR Del. Sie nickt und stimmt mir zu. Dieses Thema ist selbstverständlich auch bei der Regierung adressiert und die Finanzkommission wird auch hier selbstverständlich gespannt sein, welche Resultate bekannt und dann allenfalls auch Massnahmen seitens des Regierungsrates getroffen werden.

Die Situation bei der Kantonspolizei, was den Unterbestand und die ganze Diskussion über den Lohn betrifft, ist eine Diskussion, die aber nicht ausschliesslich mit dem JSD geführt werden muss, sondern die muss auch mit dem Finanzdepartement geführt werden. Ich sage das wertneutral, weil die Lohnstruktur, das Lohngesetz und die gesamten Diskussionen über Lohnklassen und Stufen auch jeweils zwischen dem Fachdepartement und dann eben auch dem zentralen Personaldienst geführt werden muss. HRBS ist beim Finanzdepartement angesiedelt, deshalb ist dies am Schluss des Tages eben auch eine Aufgabe des gesamten Regierungsrates, das anzuschauen, sowohl bei der Kantonspolizei aber allenfalls eben auch in anderen Bereichen.

Wir haben das als Finanzkommission schon mehrfach adressiert, dass es diese Arbeitskraftmangelsituation auch an andere Stellen gibt. Beim Erziehungsdepartement haben wir das entsprechend auch schon erwähnt mit den Situationen an den Schulen, aber auch in anderen Bereichen, und deshalb braucht es hier wahrscheinlich ein umfangreiches Paket an verschiedenen Stellen, und deshalb ist aus unserer Sicht diese RRDel sicherlich der richtige Ort, es ist uns aber auch klar, dass natürlich besonders dieser Punkt beim JSD allen ins Auge gesprungen ist und der Finanzkommission war es wichtig, dies möglichst sachlich auch im Bericht festzuhalten, dass dies ein gewisser Widerspruch eben ist.

Ein einziger Punkt, den ich nicht abschliessend beantworten kann, wurde von Mahir Kabakci angesprochen. Wir sind hier im Bericht tatsächlich sehr kurz geblieben, zum Spiegelhof und der Verzögerung, die jetzt auch unter anderem mit der Europameisterschaft im Fussball der Frauen begründet wird. Hier habe ich im Kopf, dass es da auch um diese Redundanz geht und um zusätzliche Fragen der Möglichkeiten, in einer Gefahrenlage richtig und adäquat zu handeln, während diese Europameisterschaft stattfindet. Und hier will man eben bewusst auch keine Risiken eingehen mit einer kurzfristigeren Umstellung innerhalb des Spiegelhofs. Das war gemäss meiner Erinnerung der Grund, weshalb diese Europameisterschaft

der Frauen jetzt auch einen Einfluss hat auf die Verzögerung der Sanierung oder der Instandsetzung des Spiegelthofs. Diese Instandsetzung, die Sanierung, die hohen Kosten die Verzögerung haben wir bereits in einem frühen Bericht moniert und an dieser Kritik halten wir selbstverständlich fest.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie wurde angesprochen und hat jetzt das Wort, Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Vielleicht zuerst zum Teil, der zuletzt vom Präsidenten der Finanzkommission angesprochen wurde, zum Spiegelhof. Was Sie differenzieren müssen, ist die Instandstellung des Bestehungsbaus des Spiegelhofs, alle Bürogebäude und den Neubau der Einsatzzentrale. Das sind zwei verschiedene Projekte. Die Finanzkommission redet in ihrem Bericht von der Inbetriebnahme der Einsatzzentrale und das hat eine Abhängigkeit erstens mit der Beschaffung, dass gewisse Teile nicht lieferbar waren, aber auch damit, dass wir einen Grossanlass zu stemmen haben nächstes Jahr, mit der mit der Women's Euro. Wir hatten einen vergleichbaren Fall am Zionistenkongress. Da wollten wir eigentlich plangemäss die Einsatzzentrale Rettung in Betrieb nehmen und mussten die ebenfalls verschieben. Denn Sie können nicht sozusagen am offenen Herzen operieren, während ein Grossanlass läuft. Also Sie können nicht vollständig die Systeme umhängen in der neuen Umgebung, wenn praktisch parallel hier ganz viele Sicherheitsfragen zu stemmen sind. Und das gibt die Verzögerung. Es geht nicht wirklich um die Instandstellungsfragen baulicher Art und Weise. Da sind wir in einer Abhängigkeit, die wir bereits kennen, von der wir aber auch wissen, dass es zu Verzögerungen führt.

Obwohl ich nicht hier an dieser Stelle auf den Bericht Schefer eingehen möchte, möchte ich noch ein Wort sagen. Ich denke, dass wir ein Problem haben bei der Kantonspolizei, das ist mir als Departementsvorsteherin, im Departement selber aber auch Ihnen sicher schon länger bekannt. Also ich rede nicht das erste Mal von diesen Personalabgängen. Natürlich haben wir in einer ersten Phase geschaut, woran da liegen könnte. Wir haben selbstverständlich uns erkundigt, was die Gründe für die Abgänge sind. Naheliegend war da, zuerst das Lohnniveau mal grundsätzlich anzuschauen, weil das auch ein häufiger Grund war, der genannt wurde. Wir haben die Arbeitsmarktzulage gesprochen, haben dann sehr deutlich gemerkt, dass sie nicht alleine wirkt oder nur kurzfristig gewirkt hat. Das ist, wie wenn Sie ein Schmerzmittel geben und nicht wissen, was überhaupt die Diagnose ist, was der Grund des Schmerzes ist.

Die Analyse Schefer war wie der zweite Punkt. Wohlverstanden, das geht jetzt etwas unter in der politischen eine Debatte, wie wurde in Auftrag gegeben vom Kommandanten. Wir reden nicht von einem GPK-Bericht, der jetzt vorliegt und mir praktisch den Spiegel vorhält und sagt, jetzt haben sie das rausgefunden, sondern es war mitunter der Grund, den Anspruch zu haben, zu wissen, was ist wirklich die Sachlage, in voller Transparenz. Sie wissen das. Letzten Freitag haben Sie alle und ich gleichzeitig diesen Bericht gesehen, unter anderem eben auch, um dieses Vertrauen auch zu stärken, dass wir nicht Berichte in Auftrag geben, die nachher irgendwo dann schön gefärbt werden.

Ja, es ist nicht schön. Ich habe mehrfach in den Medien gesagt, es ist besorgniserregend. Es hat mich erschreckt, ich finde es verheerend. Und selbstverständlich werde ich diesen Bericht mehr als ernst nehmen und in einer deutlichen Schnelligkeit jetzt auch die Analyse so fortführen, dass wir die Massnahmen aufgleisen. Aber es ist auch selbstredend, dass da nicht nur Massnahmen drin sind, die einfach mit einem Kippschalter über Nacht zu lösen sind. Wenn Sie kulturelle Themen ansprechen, Nicola Goepfert, dann muss ich Ihnen sagen, das ist nicht nur in der Polizei so, das gibt es in vielen Bereichen. Das braucht Zeit. Es braucht die richtige Richtung und es braucht sie schnell. Aber es ist nicht einfach per Sofortmassnahme lösbar. Und dass wir und ich insbesondere diese Stossrichtung jetzt definitiv einschlagen, ist selbstverständlich.

Ich habe diesen Bericht genau wie wie Sie letzten Freitag auf dem Tisch gehabt. Es muss erlaubt sein, jetzt in einer kurzen zweiten Phase, nachdem ich ein erstes Mal Auskunft gegeben habe, die nötigen Massnahmen auch aufzugleisen und sie seriös zu prüfen. Alles andere wäre eine Kommunikation über Grossen Rat und Medien gesteuert, was auch meinen Mitarbeitenden nicht gerecht wird, denn es haben sich doch 372 Leute gemeldet, haben Auskunft gegeben. Und ich bin sehr dankbar, dass sie das gemacht haben. Und ich finde, es ist auch ein Zeichen der Führung, dass man die Kommunikation auch intern zuerst bewirtschaftet, bevor man dann nach aussen geht. Das hat auch damit zu tun, dass auch Personen angesprochen sind in diesem Bericht. Wir haben jetzt diese Seite auf dem Tisch. Ich bin auch schuldig, dass ich die Gegenseite oder die andere Seite ebenfalls höre. Wir sind noch unter Wochenfrist und Sie können davon ausgehen, dass ich sehr zeitnah wieder kommunizieren werde und alles in meiner Macht Stehende tun werde, dass die Polizei wieder auf gesunde Beine kommt. Denn das sind wir unserer Bevölkerung schuldig, das bin ich meinen Mitarbeitenden schuldig und überhaupt der Sicherheit in diesem Kanton.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen damit zum Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt,. Seite 47 des Berichts der Finanzkommission. Wünscht Regierungsrat Kaspar Sutter das Wort? Er verzichtet. Der Präsident der Finanzkommission verzichtet ebenfalls. Es liegen keine Wortmeldungen vor. In der zweiten Runde wird wieder verzichtet.

Wir kommen zu den Gerichten, Seite 50 des Berichts der Finanzkommission. Wünscht Stephan Wullschleger das Wort? Er verzichtet. Alle anderen verzichten ebenfalls.

Wir kommen zu Behörden und Parlament, Seite 53 des Berichts der Finanzkommission. Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zum Budget des Regierungsrats, Seite 53 des Berichts der Finanzkommission. Auch hier wird das Wort nicht gewünscht.

Damit ist die Detailberatung des Berichts der Finanzkommission abgeschlossen. Wir kommen noch zur Detailberatung des Mitberichts der Bildungs- und Kulturkommission. Globalbudget Musee, Seite 4 des Berichts. Franziska Roth, die Präsidentin der BKK, verzichtet, Regierungsratspräsident Conradin Cramer verzichtet ebenfalls und auch sonst hat sich niemand gemeldet für eine Wortmeldung.

Wir kommen damit zum Grossratsbeschluss zur Jahresrechnung 2023 und zur Schlussabstimmung über die Jahresrechnung. Die Finanzkommission beantragt dem Grossen Rat, die Jahresrechnung 2023 des Kantons Basel-Stadt, bestehend aus der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung sowie der Bilanz per Ende letzten Jahres zu genehmigen. Die Geldflussrechnung, der Eigenkapitalnachweis und der Anhang zur Jahresrechnung werden ebenfalls genehmigt.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zur Jahresrechnung 2023, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003763, 26.06.24 11:24:28]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Jahresrechnung 2023 des Kantons Basel-Stadt wird wie folgt genehmigt:

Erfolgsrechnung 2023

Betriebsergebnis Fr. 204’265’017

Finanzergebnis Fr. 229’385’823

Gesamtergebnis Fr. 433’650’840

Bilanz per 31. Dezember 2023

Finanzvermögen Fr. 7’907’318’187

Verwaltungsvermögen Fr. 6’317’455’693

Aktiven Fr. 14’224’773’880

Fremdkapital Fr. -7’455’423’264

Eigenkapital Fr. -6’769’350’616

Passiven Fr. -14’224’773’880

Investitionsrechnung 2023

Ausgaben Fr. -460’893’935

Einnahmen Fr. 40’157’304

Saldo Investitionsrechnung Fr. -420’736’632

Die Geldflussrechnung 2023, der Eigenkapitalnachweis per 31. Dezember 2023 und der Anhang zur Jahresrechnung 2023 (gemäss Kapitel 4.4 bis 4.6 des Jahresberichts 2023) werden genehmigt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Jahresreechnung ist angenommen, es liegen 92 Ja-Stimmen, eine Nein-Stimme und keine Enthaltungen vor.

4. Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2023 des Regierungsrats

[26.06.24 11:24:40, 24.5201.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Geschäftsprüfungskommission beantragt, die Jahresberichte des Regierungsrates, des Gerichtsrates und der Gerichte zu genehmigen. Ausserdem beantragt sie, ihre Empfehlungen und Erwartungen zu den vorliegenden Berichten in zustimmendem Sinne zur Kenntnis zu nehmen und ihren Bericht zu genehmigen. Die Sachkommissionen des Grossen Rates haben auf eine schriftliche Stellungnahme zum Jahresbericht verzichtet.

Ich erläutere Ihnen, wie wir in diesem Geschäft vorgehen. Es ist sehr ähnlich wie beim Bericht der Finanzkommission. Zuerst erfolgt eine allgemeine Debatte über den Bericht und den Jahresbericht des Regierungsrat, in welcher zunächst der Präsident der Geschäftsprüfungskommission, der bereits Platz genommen hat, das Wort erhält. Anschliessend sprechen die Präsidien allfälliger Sachkommissionen, sofern sie das Wort wünschen, was nicht zu erwarten ist. Dann erhalten der Vorsitzende des Gerichtsrates und der Vorsteher des Regierungsrates, also der Regierungspräsident, das Wort, anschliessend die Fraktionen wieder mit je maximal zehn Minuten und die Einzelvotierenden mit fünf Minuten. In umgekehrter Reihenfolge geht es dann zurück mit den Schlussworten. Nach dem Eintreten folgt eine departementsweise Detailberatung. Am Schluss folgt dann die formelle Beratung des Grossratsbeschlusses auf Seite 61 des Berichts der GPK und die Schlussabstimmung.

Wünschen Sie zu diesem Vorgehen das Wort? Dann machen Sie sich laut bemerkbar. Das ist nicht der Fall. Der Grosse Rat beschliesst stillschweigend, wie von mir vorgeschlagen vorzugehen. Nun kommen wir zur allgemeinen Debatte. Für die GPK geht das Wort an Tim Cuénod, den Präsidenten der Kommission.

Tim Cuénod (SP): Zum ersten Mal habe ich die Freude und Ehre, an dieser Stelle einiges zum Jahresbericht des Regierungsrates und damit auch zu unserem eigenen GPK-Jahresbericht sagen zu dürfen. Auch in diesem Jahr hat Ihnen die Geschäftsprüfungskommission zum einen einen Überblick über unsere Tätigkeiten gegeben, und zum anderen sind wir auf den Jahresbericht des Regierungsrates eingegangen.

Wie Sie unserem Bericht entnehmen konnten, ist die Form des Jahresberichtes von Regierung und Verwaltung einer der Punkte, den wir monieren. Der Jahresgericht gibt einen umfassenden Überblick über die Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung, aber je nach Departement, je nach Dienststelle und Amt ist der Charakter dieses Berichtes ein sehr unterschiedlicher. Manche handeln aus unserer Sicht insofern vorbildlich, als dass sie nicht nur die Schwerpunkte ihrer Tätigkeit benennen, sondern auch auf die grössten Probleme und Herausforderungen und Probleme bei ihrer Tätigkeit eingehen und erläutern, wie sie mit diesen Problemen und Herausforderungen umgegangen sind und welche Massnahmen sie ergriffen haben. Bei anderen Dienststellenabteilungen, ja zum Teil auch ganzen Departementen, hat man hingegen eher den Eindruck, dass sie den Jahresbericht als eine Art grosse Werbebroschüre betrachten und in erster Linie darum bemüht sind, die eigenen Tätigkeit in einem möglichst guten, günstigen Licht darzustellen. Sie gehen nur sehr am Rand und überhaupt nicht auf die Probleme ein, die uns, der Geschäftsprüfungskommission aufgrund von Medienberichten, Hearings und uns zugestellten Berichten von Ombudsstelle, Finanzkontrolle und so weiter sehr wohl bekannt sind. Wir wünschen uns diesbezüglich ganz klar die Schaffung gewisser einheitlicher Standards, was den Jahresbericht anbelangt und wir sind entschieden der Ansicht, dass der Jahresbericht ein Rechenschaftsbericht sein sollte und kein Werbeprospekt. Wir haben bewusst auf die Nennung der Erläuterung konkreter Beispiele dafür verzichtet, welche Abteilung oder Departemente nun eher den Charakter eines Rechenschaftsberichts zu füllen und welche nicht. Falls sich allerdings diesbezüglich wenig ändert, werden wir in den kommenden Jahren sehr wohl konkrete Beispiele nennen und auf sie eingehen.

Werbeprospekte oder Rechenschaft, das ist auch das Thema bei einem anderen sehr wichtigen Dokument des Regierungsrates, in dem dieser letztlich die übergeordneten Grundlagen seiner Politik festlegt, nämlich dem Legislaturplan und den Legislaturzielen. Dieser Legislaturplan wird bekanntlich vom Regierungsrat in den ersten Monaten einer neuen Legislatur erarbeitet und im Grossen Rat und der Öffentlichkeit präsentiert. Zu Beginn der aktuellen Legislatur hat der Regierungsrat drei Schwerpunkte, sechs Legislaturziele sowie insgesamt 46 sogenannte Massnahmen definiert. Bevor man in der nächsten Legislatur wieder einfach neue Legislaturschwerpunkte, Ziele und Massnahmen festlegt, erwarten wir eine Bilanzierung des jetzigen Legislaturplans 2021 bis 2025, das heisst, der Regierungsrat soll darlegen, wie es um die drei Schwerpunkte steht, um die sechs Legislaturziele und welche der 46 Massnahmen wie gut umgesetzt werden konnte.

Insbesondere soll natürlich darauf eingegangen werden, wenn es Massnahmen gibt, die aus vielleicht guten Gründen nicht oder nur teilweise umgesetzt worden sind.

Uns als GPK ist wie gesagt wichtig, dass auch der Legislaturplan kein Werbeprospekt ist. Als Oberaufsichtskommission, aber auch wir als Grosser Rat insgesamt und eine breite Öffentlichkeit haben zudem das Recht zu erfahren, wie und mit welcher Konsequenz der Regierungsrat seine selbst festgelegten Ziele verfolgt hat und wie er beim Auftreten von Problemen mit diesen umgegangen ist. Denn Regierungsrat und Verwaltung sollen nicht nur über ihre aktuelle Tätigkeit Rechenschaft ablegen, sondern auch Rechenschaft über ihre mittel- und langfristigen Ziele und dabei erzielte Erfolge und Misserfolge. Regierungshandeln muss objektiv nachvollziehbar und auf Grundlage möglichst konkreter Zielwerte und Indikatoren zumindest ein stückweit auch transparent bewertbar sein. Daher braucht es eine offene und ehrliche Bilanzierung einer Legislatur, bevor man in einem schönen, neuen Prospekt, und der darf durchaus schön sein, einfach wieder neue Legislaturschwerpunkte, Ziele und Massnahmen definiert.

Als Geschäftsprüfungskommission stehen wir als nebenberuflicher Milizpolitikerinnen und -politiker einer grossen professionellen Verwaltung und ausgelagerten Betrieben gegenüber. Wichtig für die parlamentarische Oberaufsicht ist die tägliche Zusammenarbeit mit den sogenannten Kleeblattdiensten, die nicht der Verwaltungshierarchie und dem Regierungsrat unterstehen, sondern uns als Parlament. Es handelt sich dabei um die Ombudsstelle, dem oder eben jetzt neu die Datenschutzbeauftragte und die Finanzkontrolle. Von der Finanzkontrolle erhalten wir regelmässig Berichte über ihre Untersuchungen und haben auch die Kompetenz, ihr konkrete Aufträge zu erteilen. Die Qualität der Arbeit der Finanzkontrolle lässt sich sehen. Von grossen Teilen der öffentlichen Verwaltung wird die Finanzkontrolle und ihre Empfehlung auch sehr ernstgenommen. Es kommt jedoch vor, dass Empfehlungen und Forderungen der Finanzkontrolle nicht Folge geleistet wird und in sogenannten Follow up-Berichten, die genau gleichen schweren Versäumnisse und Mängel benannt werden, die auch ein oder zwei Jahre zuvor beanstandet worden sind. Dies ist aus Sicht der Geschäftsprüfungskommission stossend, ja inakzeptabel. Es ist uns daher wichtig, den Empfehlungen und Forderungen der Finanzkontrolle mehr Nachdruck zu verleihen. Konkret heisst dies, dass wir einen gewissen Automatismus einführen möchten, wenn es in sogenannten Follow up-Berichten zu schweren Beanstandungen kommt, dann sollte es automatisch zu einem Hearing kommen. Verstehen Sie uns nicht falsch, natürlich kann es strittige Punkte geben zwischen Regierung und Finanzkontrolle, und auch die Finanzkontrolle kann sich irren. Auch handeln wir als Geschäftsprüfungskommission grundsätzlich mit einer gewissen Gelassenheit. Wenn Fehler zu Tage treten, dann ist das nicht unbedingt dramatisch. Es lässt sich sogar sagen, dass Departemente und Abteilungen, in denen viel gearbeitet wird und in denen der Anspruch vorhanden ist, etwas zu verändern, vielleicht mehr Fehler geschehen, als in Abteilungen, in denen man einer ruhige Kugel schiebt. Entscheidend ist daher die Fehlerkultur. Versucht man Fehler zu verschleiern und versucht man Missstände unter den Teppich zu kehren oder legt man solche offen, analysiert die bestehenden Probleme ernsthaft und trifft die notwendigen Massnahmen, diese Probleme zu beheben?

Ein ganz konkretes Beispiel dafür, dass Berichte der Finanzkontrolle nicht zu den notwendigen Massnahmen geführt haben und bei denen uns sehr besorgniserregende Follow up-Berichte zugestellt worden sind, betrifft den Bereich der Cybersicherheit in mehreren Departementen. Eines davon ist das Erziehungsdepartement, was hier wohl wenig überraschen wird. Der ganze Fragekomplex IT-Sicherheitsarchitektur und der Cybersecurity bildete aus gutem Grund ein Schwerpunkt unseres diesjährigen Jahresberichtes, und ich kann Ihnen sagen, dazu gab es nicht nur viel mediale Resonanz, sondern es ist auch der Punkt, auf den ich Ende zumindest am meisten Rückmeldungen erhalten habe, positiver Art im Sinne davon, dass auch viele IT-Fachleute gesagt haben, endlich schaut da jemand mal wirklich genau hin.

Cybersecurity ist aus Sicht der Geschäftsprüfungskommission nicht einfach eine lästige Pflicht. Der Staat darf nicht Erpressungsversuchen von kriminellen Organisationen oder gar Sabotage- und Manipulationsversuchen schutzlos ausgeliefert sein. Der Erpressungsversuch beim Erziehungsdepartement sowie das Auftauchen vertraulicher Schülerdaten im Darknet hat gezeigt, wie verwundbar auch unser Kanton ist und dass es bei dieser Thematik in der kantonalen Verwaltung gewisser Änderungen bedarf. Deswegen haben wir als Geschäftsprüfungskommission einige sehr konkrete Forderungen formuliert. Es muss die gesamtkantonale Sicherheitsarchitektur gestärkt werden. Es braucht einen Ausbau der personellen Ressourcen und genügend attraktive Löhne und Arbeitsbedingungen, damit das notwendige qualifizierte Personal gefunden werden kann. Und schliesslich ist vor allem entscheidend, dass IT BS als wichtigster Beauftragter für die Informationssicherheit gegenüber der ganzen kantonalen Verwaltung gestärkt wird. Konkret braucht es eine Weisungsbefugnis in Fragen der IT-Sicherheit.

In diesem Sinne plädieren wir im ganzen Feld der Informatik und insbesondere in der Informatiksicherheit ganz klar dafür, dass es mehr Zentralisierung braucht und gewisse einheitliche Mindeststandards in der ganzen kantonalen Verwaltung umgesetzt werden. Wir sind der Meinung, dass in diesem Feld auch gewisse Synergieeffekte möglich sind, gerade auch bei der Beschaffung. Wir versprechen uns davon noch mehr Wirksamkeit bei der Festlegung und Umsetzung von IT-Projekten, denn zwei Tatsachen lassen sich kaum bestreiten. Erstens werden in den letzten Jahren die Budgets für IT-Projekte selten ausgeschöpft und zweitens gibt es eine ausserordentlich hohe Zahl an IT-Projekte, von denen aber wiederum sehr viele nicht umgesetzt werden. Da stellt man sich schon die Frage, ob in diesem Feld weniger nicht mehr wäre, ob es nicht sinnvoller wäre, sich bescheidenere Ziele zu setzen und stärker darauf hinzuwirken, dass Projekte auch tatsächlich erfolgreich umgesetzt werden können.

Wir machen uns da auch keine Illusionen. Einen hohen Anteil an gescheiterten IT-Projekten gibt es auch in anderen Städten und Kantonen und auch in vielen Unternehmen der Privatwirtschaft. Und die kantonale Verwaltung darf auch experimentieren und Neues wagen. Aber wir sind der festen Überzeugung, dass durch mehr Zentralisierung und eine sorgfältige Priorisierung und Planung eine höhere Volksquote und damit auch mehr tatsächliche Digitalisierung möglich ist. Wir haben Ihnen ja zu dieser Thematik auch schon eine Kommissionsmotion eingebracht.

Cybersicherheit ist nach Ansicht der Geschäftsprüfungskommission auch eine zentrale Aufgabe für die neue Datenschutzbeauftragte, denn es sollte deren Aufgabe sein, dafür zu sorgen, dass vertrauliche Daten nicht nur theoretisch, sondern auch tatsächlich geschützt sind. Dafür braucht es ohne jeden Zweifel mehr Ressourcen bei der Datenschutzbeauftragten.

Mehr personelle Ressourcen braucht es auch an anderer Stelle. Dabei müssen allerdings keine neuen Stellen beschlossen werden, sondern alles getan werden, um dem Personalunterbestand entgegenzuwirken. Wir haben heute schon viel geredet über die Situation bei der Kantonspolizei. Der GPK macht insbesondere die hohe Zahl an Vakanzen bei der Kapo grosse Sorgen. Dieser Unterbestand führt dazu, dass die Polizistinnen und Polizisten, die noch vorhanden sind – gerade im Aussendienst gibt es ja besonders viele Vakanzen - noch stärkeren Belastungen ausgesetzt sind. Dies gilt ganz besonders am Wochenende, an denen besonders viele Demonstrationen und Fussballspiele stattfinden und an denen gerade in der Stadt deutlich mehr los ist.

Wir hatten ja schon im letzten Monat im Grossen Rat eine ausführliche Diskussion zum personellen Unterbestand bei der Kantonspolizei und zur Frage, wie die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber für Polizistinnen und Polizisten erhöht werden könnte. Seit der Publikation unseres Berichts ist ja nun auch der Bericht von Professor Schefer zum Zustand der Kantonspolizei und den vielen Abgängen veröffentlicht wurden. Unabhängig von der Frage, wie man nun die Lohnsituation und die internen Missstände bei der Kantonspolizei beurteilt oder beurteilen wird, ist eines klar: Der grosse Unterbestand verschärft natürlich viele der vorhandenen Probleme und es wird starker Massnahmen bedürfen, um eine Abwärtsspirale beim Personalbestand zu entkommen. Als kurzfristige Sofortmassnahme wurde ja mit Zustimmung des Grossen Rats bereits die befristete Arbeitsmarkt Zulage für Polizistinnen und Polizisten beschlossen und eingeführt. Diese Arbeitsmarktzulage ist allerdings auf maximal drei Jahre beschränkt. Es braucht aus unserer Sicht der GPK auf jeden Fall eine Ablösung dieser Arbeitsmarktzulage und damit eine definitive Festschreibung der bereits stattgefundenen Lohnerhöhung.

Es scheinen sicher alle einig zu sein, dass es mit einem guten Lohn allein nicht getan ist. Der Sicherstellung der Erholung an Wochenenden und der besseren psychologischen Betreuung der stark belasteten Polizistinnen und Polizisten kommt dabei aus Sicht der GPK eine entscheidende Bedeutung zu. Auch muss die Kantonspolizei ein moderner attraktiver Arbeitgeber sein. In diesem Kontext ist es unter anderem wichtig, die Angebote bei Kinderbetreuung und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Alle Jahre wieder und auch in diesem Jahr hat sich die Geschäftsprüfungskommission intensiv mit dem Bau- und Gastgewerbeinspektorat auseinandergesetzt. Die neuesten Erkenntnisse in Form des vom Schweizerischen Ingenieur- und Architektenverbandes SIA-Sektion Basel veröffentlichten Umfrageberichts konnten im vorliegen Bericht nicht mehr berücksichtigt werden. Die Architektinnen und Ingenieure kritisierten dabei insbesondere die mangelnde Verbindlichkeit aussagen des BGI und insbesondere wurden auch der Koordinationsleistungs des BGI sehr schlechte Noten gestellt.

Unsere Empfehlung als GPK in Bezug auf das Bau- und Gastgewerbeinspektorat, die wir ja wie gesagt in Unkenntnis dieser Umfrageergebnisse formuliert haben, betrifft die folgenden Punkte. Unsere Kommission hat schon im letzten Jahr gefordert, dass die Zahl der internen Weisungen reduziert wird und alle vorhandenen Weisungen, Merkblätter und dergleichen transparent gemacht werden. Auch nach mehreren Hearings im abgelaufenen Jahr ist der Kommission nach wie vor nicht klar, welche Ebenen an Vorschriften es neben dem Gesetz und der zugehörigen Verordnung noch gibt. Und wenn wir von Weisungen reden, dann meinen wir damit auch Merkblätter, Handhabungen und dergleichen. Hier braucht es mehr Transparenz. Das Bau- Gastgewerbeinspektorat ist ein klarer Gewinner der Wohnschutzgesetzgebung, denn dank der rückläufigen Zahl an Sanierungen konnte im vergangenen Jahr der Pendenzenberg ein wenig abgebaut werden. Da gibt es ja auch noch andere Ursachen, das erhöhte Zinsniveau und so weiter. Das beruhigt uns aber natürlich nur sehr bedingt. Beim BGI braucht es ganz klar Vereinfachungen und einen stärkere Kundenorientierung. Immerhin konnte bei den Genehmigungen von öffentlich-rechtlichen Bagatellumbauten Vereinfachungen erzielt werden, zum Beispiel bei den Fragen der Erdbebenertüchtigung, den Wärmepumpen und bei Projektänderungen der Plangenehmigungsverfahren. Die eingeleitete Vereinfachung der Verfahren sollte aber weiter vorangetrieben werden und auch bei privaten Trägerschaften ermöglicht werden.

Das letzte unserer Schwerpunktthemen ist nicht basel-stadtspezifisch. An vielen Orten ist diesen Zunahmen der Menge an schweren Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen zu beobachten. Auch generell nimmt die Zahl der Kinder und Jugendlichen mit schweren psychischen und psychosozialen Schwierigkeiten deutlich zu. Das wirkt sich auch belastend auf die Schulen aus. Und dass in einer Schulklasse gleich mehrere Schülerinnen und Schüler im Verlauf eines Schuljahresmonate lang wegen psychischer Schwierigkeiten fehlen, ist in der Zwischenzeit durchaus nicht selten. Die Wartefristen für Therapieplätze sind lang und auch in akuten Notfällen ist der Zugang zu psychologischer und psychotherapeutischer Unterstützung oft erschwert.

Die Geschäftsprüfungskommission hat sich beim Erziehungsdepartements über die Analyse der getroffenen Massnahmen erkundigt und erwartet, dass das ED die psychischen und psychosozialen Gesundheitsprävention an den Schulen stärkeres Gewicht einräumt. Insbesondere braucht es zielgerichtete Massnahmen, um einen sinnvolleren, beschränktere und weniger selbst schädigenden Gebrauch soziale Medien zu fördern.

Nach unserem Sonderbericht zur St. Jakobshalle und den neuesten Erkenntnissen zum Umbau des Naturhistorischen Museums respektive des Staatsarchivs kann man sich fragen, warum jetzt kantonale Bauprojekte in diesem Jahr keinen ausgesprochenen Schwerpunkt in unserem Bericht bildeten. Man kann allerdings davon ausgehen, dass wir nicht nur genau weiter hinschauen werden, sondern auch tatsächlich darauf pochen werden, dass die notwendigen Schlüsse aus den Kostenüberschreitungen und schweren Planungsmängeln gezogen werden.

Erlauben Sie mir schliesslich, ein paar Worte zu einem Thema zu verlieren, das kein Schwerpunkt unseres Jahresberichtes gebildet hat, aber in den Medien in unserem Nachbarkanton hohe Wellen aufgeworfen hat, nämlich die sogenannte Zigeuneraffäre um den Autor Alain Claude Sulzer, die Leiterinnen der Kulturabteilungen in Basel-Landschaft und Basel-Stadt sowie die Literaturkommission beider Basel. Das, was wir dazu in unserem Bericht schreiben, ist sorgfältig recherchiert und sachlich begründet. Mit Blick auf die grosse Zahl an bikantonalen Organisationen ist es ja auch absolut unvermeidlich, sich auch über Handlungen von Regierungsräten und Spitzenbeamten als Nachbarskanton zu äussern, zumindest in Einzelfällen. Hätten wir im vorliegenden Fall die Handlungen der Leiterin der Kulturabteilung unseres Nachbarkantons verschwiegen, so hätten wir zu Unrecht die Leiterin unserer Kulturabteilung belastet. Was aber stimmt ist, dass die gegenseitige Information der Geschäftsprüfungskommission von Grossrat und Landrat auf jeden Fall verbessert werden kann und die Zusammenarbeit verbessert werden muss. Sicher kann manches klarer geregelt werden. Wir freuen uns über den verstärkten Willen zur Zusammenarbeit der Baselbieter GPK unter Leitung ihres ebenfalls noch nicht sehr lang amtierenden Präsidenten Hannes Hänggi. Wir haben in den letzten Monaten Monaten schon öfter miteinander besprochen und ich bin sehr zuversichtlich, dass wir in den nächsten Monaten einen klaren Schritt vorwärtskommen werden. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Gerichtsrat hat das Wort Stephan Wullschleger. Er verzichtet. Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Namens des Regierungsrats möchte ich der Geschäftsprüfungskommission herzlich danken für den Bericht und für die grosse Arbeit, die die GPK nach im vergangenen Jahr geleistet hat. Im einzelnen wird ja der Regierungsrat noch schriftlich Stellung nehmen, entsprechend dürfen Sie nicht mit einem so ausführlichen Votum von mir jetzt rechnen wie dasjenige des GPK-Präsidenten.

Wir stellen fest, dass die GPK dem Regierungsrat, der Verwaltung, den Gerichtsbehörden eine überwiegend gute Arbeit attestiert. Auch dafür möchte ich mich bedanken, wobei mir natürlich auch klar ist, die Bestätigung, dass wir unseren Job grundsätzlich gut machen, ist nicht der primäre Zweck der Arbeit der GPK, im Gegenteil, als Oberaufsicht ist die GPK unsere kritische Begleiterin, sie legt den Finger auf die Punkte, bei denen es eben nicht ganz rund läuft, und auch dafür danke ich der GPK beziehungsweise eben gerade dafür.

Nun klingt das vielleicht ein bisschen komisch, wenn der Vertreter der Gescholtenen sich für die Schelte bedankt, aber ich meine das schon ernst, denn die Zusammenarbeit mit der GPK erlebten wir seitens Regierungsrat als konstruktiv und wir sind auch bereit, Lehren zu ziehen aus Fehlern, die gemacht wurden und die die GPK moniert.

Die GPK gibt uns auch dieses Jahr konkrete Anregungen. Auf einige möchte ich kurz im umfassenden Sinn eingehen. Zunächst zur IT: Die GPK richtet ihr Augenmerk da nicht zuletzt auf die Cybersecurity und sie fordert, dass die gesamtkantonale IT-Sicherheitsarchitektur gestärkt wird. Auch der Regierungsrat hat hier Handlungsbedarf erkannt. Er hat deswegen das Projekt Pharos, das die gesamtkantonale Informatik besser über alle Departemente hinweg abstimmen soll, erweitert um eben den Bereich IT-Security. Und dabei wird die heutige Organisation der Informationssicherheit überprüft und es wird auch konkrete Verbesserungsvorschläge geben. Die Massnahmen, die die GPK vorschlägt, sind Teil des Prüfauftrags.

Die GPK verlangt bei der Informationssicherheit auch, dass in der ganzen kantonalen Verwaltung für alle Anwendungen in der Kategorie erhöhter oder sehr hoher Schutzbedarf ein Konzept für Informationssicherheit und Datenschutz erarbeitet wird. Der Dateneigner soll die Einhaltung sicherstellen. Die Anwendung dieser Kategorie ist definiert, ebenso die Verantwortlichkeit bei der Durchführung der Schutzbedarfsanalyse. Sie ist dezentral und liegt beim Dateneigner. Der Regierungsrat hat also auch in diesem Fall bereits Verbesserungspotenzial festgestellt und auch hier soll das Projekt Pharos eben zeigen, wo noch Anpassungen nötig sind.

Dann hat die GPK, auch das ein übergeordnetes Thema, Forderungen zu unserem Jahresbericht. Sie verlangen, dass unser Jahresbericht auch auf Probleme eingeht, so nach dem Motto etwas weniger Public Relations und mehr Rechenschaft. Der Regierungsrat teilt diese Ansicht. Selbstverständlich soll der Jahresbericht des Regierungsrat ein realistisches Bild abgeben.

Wir wollen darin auch Probleme und Herausforderungen benennen und der Regierungsrat hat dies entsprechend auch vor einigen Jahren bereits in seine Abschlussweisung aufgenommen, übrigens bereits damals auf Inputs der GPK.

Dann fordert die GPK, dass der Regierungsrat im Jahresbericht zusätzliche Informationen im Projektportfolio aufnimmt. Wir haben diese Forderung bei uns im Jahresbericht für das letzte Jahr aufgenommen. Auch das ist ein Auftrag der GPK und der Regierungsrat ist eigentlich davon ausgegangen, dass er diesen Auftrag umgesetzt hat. Offenbar ist dem aber nicht so und hier ist es wahrscheinlich sinnvoll, wenn es vor dem nächsten Jahr frühzeitig einen Austausch gibt, damit die GPK die Informationen genau definieren kann, die sie konkret wünscht.

Dies nur zwei Schlaglichter auf einige der Themen, die im GPK-Bericht stehen und die der Präsident vorhin auch mündlich ausgeführt hat. Ich danke Ihnen für Ihre Kritik, für Ihre Anregungen, für Ihr waches Auge auf die Tätigkeit von Regierung und Verwaltung. Und ich danke nicht zuletzt auch dafür, dass Sie uns im Grossen und Ganzen doch auch eine ordentliche Arbeit bescheinigen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen damit zu den Fraktionsvoten und da hat sich für die GLP Johannes Sieber gemeldet.

Johannes Sieber (GLP): Die Fraktion der Grünliberalen schliesst sich dem Dank an die Regierung, an die Verwaltung, an die Kleeblattorganisationen und alle anderen Involvierten an. Der Dank gilt auch der Geschäftsprüfungskommission, die ja bekanntlich die Aufgabe hat, staatliches Handeln hinsichtlich Angemessenheit, Berechenbarkeit, Effizienz, Kundenfreundlichkeit, Rechtmässigkeit und Transparenz zu prüfen und zu fördern. Wir sind überzeugt, dass diese Arbeit hinsichtlich dem Schaffen von Vertrauen der Öffentlichkeit in staatliche Institutionen wichtig ist. Weder ist dieses Vertrauen selbstverständlich noch hat es eine Regierung vorbehaltlos verdient, auch nicht unsere, die schweizweit bestimmt die Tabellenspitze belegt. Das wache Auge der GPK und die Gewissheit, dass Konflikte, Vorwürfe und der eine oder andere medial herbei geschriebene Skandal von einer grossrätlichen Aufsichtskommission und mit Hilfe von professionell aufgestellten Kleeblattorganisationen untersucht und falls nötig öffentlich kritisiert wird, schafft dieses Vertrauen. Bei der Veröffentlichung des GPK-Berichts interessieren vor allem die konkreten Empfehlungen und Forderungen der Kommission, sozusagen die handfeste Kritik an der regierungsrätlichen Arbeit. Tim Cuénod hat die wichtigsten Punkte dazu bereits ausgeführt.

Die Grünliberalen begrüssen die Empfehlungen und Forderungen der GPK. Wir unterstützen diese und sind überzeugt, dass sie seitens Regierung als hilfreiche Hinweise zur Verbesserung des kantonalen Handelns aufgenommen und umgesetzt werden. Wichtig sind aber auch die Untersuchungen, bei denen die Kommission feststellen konnte, dass die Regierung trotz anfänglicher Befürchtungen erwartungsgemäss gearbeitet hat. Die Anzahl der bearbeiteten Themen und der durchgeführten Hearings ist beachtlich. Wenn zudem beachtet wird, dass nur ein kleiner Teil der Verdachtsmomente überhaupt zu einem Hearing führt, lässt das die Tiefe der Auseinandersetzung seitens GPK mit der Arbeit der Regierung und der Verwaltung erahnen.

Für die Grünliberalen ist die Transparenz des staatlichen Handelns und die Transparenz ganz grell generell immer wieder ein Thema. Handelt der Kanton nachvollziehbar und tut er es transparent genug? Wir begrüssen deshalb, dass die GPK auch bei all den Themen auch die Frage der Transparenz immer wieder stellt und entsprechende Erwartungen formuliert. So erwartet die GPK beispielsweise eine Bilanzierung des-Legislaturplans 21 bis 25 und dass dabei insbesondere darauf eingegangen werden soll, welche der sechs Legislaturziele weshalb nicht erreicht und welche der 46 Massnahmen nicht oder nicht vollständig umgesetzt wurden. Wir denken, dass diese selbstkritische Form der Bilanzierung und des Reportings ganz grundsätzlich wünschenswert ist und Vertrauen schafft.

Wir empfinden den regierungsrätlichen Jahresbericht in der Grundnote als zu schönfärberisch. Zu viele positive Hauptereignisse, zu wenig Selbstkritik. Wir möchten daran erinnern, dass es hier nicht darum geht, ein Mäzenatentum in ihrem Engagement oder Grossaktionäre in ihrem Investment zu bestätigen. Es geht im Jahresbericht der Regierung auch darum aufzuzeigen, wo die Herausforderungen gross geblieben sind und sich Lösungen nicht ganz so einfach erweisen, wie angenommen und auch in diesem hohen Hause immer wieder behauptet wird. Wir wünschen uns eine Exekutive mit mehr Mut dazu zu stehen, wenn zur einen oder anderen Herausforderung noch keine Lösung auf dem Tisch liegt und dass sie dies im Jahresbericht festhält.

Die Fraktion der Grünliberalen appelliert an die Regierung, mittels grösstmöglicher Transparenz verstärkt Vertrauen in das behördliche Arbeiten zu schaffen. Ob dafür dann zusätzliche Informationen im Projektportfolio der richtige Weg ist, wie die GPK das fordert, dahinter setzen wir hingegen ein Fragezeichen. Für uns würde eine faktengetreue Ausfüllung der bestehenden Parameter in ebendiesem Projektportfolio genügen, doch scheint uns beim Lesen der Ausführung der GPK, dass hier auch unterschiedliche Vorstellungen in der Handhabung des Instruments vorliegen. Allenfalls wäre hier ein vertiefter Verständnisabgleich angezeigt.

Verständnisabgleich, auch das eine Massnahme der Transparenz. Ich fokussiere hier den Aspekt der Transparenz, weil wir denken, dass es eine der wichtigsten und auch eine der anspruchsvollsten Aufgaben des regierungsrätlichen Handelns ist, ständig aufs Neue Transparenz zu schaffen, zu entscheiden, wann welche Information kommuniziert werden soll und wie. Das gilt für die Zustände bezüglich der Personalsituation im Polizeikorps genauso wie für den Prozess bei der Vergabe von Kulturförderbeiträgen. Wir appellieren an die Regierung dieser Herausforderung weiterhin grosse Aufmerksamkeit zu widmen.

Kolleginnen meiner Fraktion werden sich bei den Departementen nochmals zu Wort melden, hier schon mal die Empfehlung, den Bericht der GPK zu genehmigen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich unterbreche an diesem Punkt die Sitzung. Wir fahren um 15 Uhr fort mit der Beratung des Berichts der GPK. Ich habe mir alle fünf Wortmeldungen notiert und werde sie in dieser Reihenfolge aufrufen, wenn Sie sich wieder registrieren.

Schluss der 21. Sitzung

11:59 Uhr

Protokoll

der 22. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 26. Juni 2024, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Lisa Mathys (SP); Raoul I. Furlano (LDP); Stefan Wittlin (SP); Anina INeichen (GAB); Lea Wirz (GAB); Salome Bessenich (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

4. Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2023 des Regierungsrats 2
61. Resolution David Jenny und Konsorten betreffend keine Duldung von Besetzungen von Räumlichkeiten, die von der Universität Basel genutzt werden 15
5. Fristverlängerung kantonale Volksinitiative "für den Ausbau der separativen Angebote an der integrativen Schule Basel-Stadt (Förderklassen-Initiative)", Bericht der BKK 25
7. Areal Lindenhof (Lonza): Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Gebiet Areal Lindenhof (Lonza) Nauenstrasse, Lindenhofstrasse, Münchensteinerstrasse; Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 137, Bericht der BRK 26

Beginn der 22. Sitzung

Mittwoch, 26. Juni 2024, 15:00 Uhr

4. Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2023 des Regierungsrats

[26.06.24 15:00:12, 24.5201.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir fahren fort mit der Eintretensdebatte zum Bericht der Geschäftsprüfungskommission.

Wir sind bei den Fraktionssprecherinnen und -sprechern stehengeblieben und als nächster spricht für die SVP Beat K Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Der vorliegende Rechenschaftsbericht ist wie jedes Jahr wieder umfangreich ausgefallen und es wäre natürlich verlockend, wenn wir jetzt nur die Schwachpunkte herauspicken würden und das, was richtig und gut getan worden ist, unter den Teppich kehren. Wir anerkennen, dass vieles in diesem Kanton gut gemacht worden ist und gut gemacht wird, wenigstens so weit wir darüber Bescheid wissen. Die Aufgaben einer GPK sind, ein kritisches Auge auf das staatliche Handeln zu werfen, denn es sind wie immer die Dinge, die nicht richtig laufen, die noch verbessert werden können, welche zu Recht im Auge der Öffentlichkeit stehen. Und die GPK hat sich so organisiert, dass jeweils ein oder zwei Mitglieder der Kommission für ein Departement zuständig sind. Im Falle des Bau- und Verkehrsdepartements sind es André Auderset und ich, und ich werde mich deshalb in meinem Votum vornehmlich auf die Aspekte des BVD beschränken und ein, zwei andere Punkte auch noch streifen.

Einer dieser anderen Punkte, der uns in der SVP ganz sauer aufgestossen ist,ist die Kausa Sulzer, auch bekannt als die Zigeuneraffäre. Der Konflikt zwischen der Abteilung Kultur des Präsidialdepartements und dem renommierten Basler Autor Alain Claude Sulzer zeigt deutlich, wie weit die staatliche Bevormundung der Bürger in Sachen reden, schreiben und damit denken schon gewuchert ist. Sehen wir von den fraglichen Abläufen in der Abteilung Kultur in dieser Angelegenheit ab, finden wir es sehr bedenklich, dass staatlicherseits Einfluss genommen respektive Druck ausgeübt wird, damit eine Zeitgeist konforme Sprache durchgedrückt wird. Wer nicht weiss, was dahintersteckt und beabsichtigt ist, dem empfehle ich die Website geschlechtergerechte Sprache der Fachstelle für Gleichstellung und Diversität unseres Kantons. Die Titelseite sagt es nämlich, Sprache beeinflusst unser Denken, mit anderen Worten eine mit Steuergeldern finanzierte Stelle will wie selbstverständlich das Denken unserer Bevölkerung beeinflussen. George Orwell dreht sich im Grab.

Nun zum Bau- und Verkehrsdepartement: Als ein Novum hat die GPK nach detaillierten Angaben über den Stellenzuwachs innerhalb des BVD nachgefragt und wir betonen hier ausdrücklich und wir wünschen, hoffen, dass es in der Debatte auch so reflektiert wird. das haben wir nicht gemacht, um jetzt gerade das BVD speziell negativ oder positiv herauszuheben. Diese Frage ist entstanden dadurch, dass ich selbst immer wieder angefragt werde, wieso denn der Staat so wächst, und der GPK-Bericht ist ein guter Ort, um dieser Frage nachzugehen.

Konkret verlangten wir für die im Berichtsjahr hinzugekommenen Stellen, dass Vollzeitäquivalent den zugrundeliegenden Grossratsbeschluss und bei weggefallenen Stellen, wie Sie disponiert werden. Wir stellen fest, dass das BVD allein über 24 Vollzeitäquivalente gewachsen ist. Weggefallen sind keine Stellen, und dieses Wachstum ist nicht dem BVD anzulasten, sondern alleine dem Grossen Rat. Mit Ihren, ich rede jetzt eine leider häufige Mehrheit von Ihnen an, mit Ihren Beschlüssen, gesetzten Vorgaben, Aufgaben lassen Sie den Staat sich weiter ausbreiten und wer sich gegen einen stetig grösser werdenden Staat ausspricht, wer den Menschen, seine Selbstständigkeit und seine Eigenverantwortung in den Vordergrund stellt, der muss sich gegen dieses Wuchern den staatlichen Stellen wehren, so wie es die SVP macht. Wir haben die gleichen Fragen gestellt wie für die befristeten Stellen. Zusätzlich haben wir noch gefragt, was denn die Ablaufdaten dieser befristeten Stellen seien. Und hier wird es zappenduster. Es sind 0,8 befristete Stellen, ob solche weggefallen sind, wurde uns nicht gesagt, und besonders bedenklich, das BVD hat uns auch auf gezielte Nachfrage hin nicht Auskunft gegeben über das Ablaufdatum dieser befristeten Stellen. «ir haben nachgefragt, es wurde uns gesagt, die Angaben würden nachgeliefert. Wie sind nicht nachgeliefert worden. Das BVD konnte noch einmal vor der Veröffentlichung den Bericht kontrollieren und wir haben keine Auskunft bekommen.

Es sind zwei Gründe möglich, wieso diese Auskunft nicht gegeben worden ist. Entweder wollte das BVD nicht oder es konnte nicht. Im ersten Fall wäre das eine Desavouierung einer Aufsichtskommission, im zweiten Fall würde es heissen, dass das

BVD seine HR-Prozesse nicht im Griff hat. Beides ist sehr bedenklich. Zusammengefasst stellt sich die Frage: Ist das BVD zumindest in diesem Thema nicht willig oder nicht fähig? Wir sind gespannt auf die Antwort.

Die nächste Baustelle, gefühlt die längste, ist das Bau- und Gastgewerbeinspektorat BGI. Nach wie vor besteht Unklarheit bezüglich der verschiedenen Ebenen von Vorschriften, bezüglich der wirklichen Anzahl von Weisungen, Handhabungen, was auch immer. Wir haben ganz einfach die Frage gestellt, wie viele solche Weisungen, Anweisungen, Handreichungen usw. waren es am 1. Januar, wie viele waren es am 31. Dezember. Wir haben keine klare Auskunft bekommen. Wir fordern, dass allfällig bestehende Ausführungsbestimmungen und ähnliches ganz klar dem Bauwilligen leicht zugänglich gemacht werden. Sie haben vielleicht kürzlich das Interview mit Regierungsrätin Esther Keller und der Abteilungsleiterin in der BaZ gelesen. Sie sagte, da gehen ganze Dossiers verloren und hat das im Interview mit dem Motto «Mist happens» auf die Seite geschoben. Das zeigt aber schon, wie tief der Wurm in dieser Dienststelle sitzt und wer noch daran gezweifelt, dem ist die Lektüre der Umfrage des SIA zu empfehlen. Das zeigt Abgründe an. Das ist verheerend. Das BGI zu verbessern, ist jetzt nicht einfach eine Frage der Organisation, der Ausbildung, der Ressourcen, das ist zuallererst einmal eine Führungsaufgabe. Bitte, Frau Regierungsrätin Keller, führen Sie!

Positiv vermerken und begrüssen wir, dass bei den Genehmigungen von öffentlich-rechtlichen Bagatellumbauten Vereinfachungen gemacht worden sind. Es geht also, man muss nur wollen. Die GPK empfiehlt, dass diese eingeleitete Vereinfachung von Verfahren noch weiter ausgebaut wird. Wir sind aber auch nicht unglücklich, wenn diese Empfehlung als Auftrag verstanden wird.

Wir haben uns über die ausstehenden Schlussabrechnungen grösserer Bauprojekte erkundigt, und zwar haben wir definitive Abschlusstermine verlangt und das BVD hat uns als definitive Termine für die Bauabschlussabrechnungen genannt. Für das Kunstmuseum im dritten Quartal 2024, für den Neubau des AUE im Herbst 2024, für die Kaserne ebenfalls im Herbst 2024 und für die Einsatzzentrale Lützelhof Ende 2024. Wir werden das BVD an seinen Worten messen.

Schliesslich noch zum Veloverleihsystem Velo-Sport: Sie kennen das, das sind diese roten Velos, welche unser Stadt einen ganz besonders statischen Basler Finish geben. Dieses System verzeichnete im letzten Jahr knapp 36’800 Fahrten. Durch diverse Verbesserungen rechnet der Regierungsrat jetzt mit 300’000 Fahrten in diesem Jahr. Wir begrüssen es, wenn sich jemand ambitionierte Ziele setzt, und ob diese 300’000 Fahrten in diesem Jahr eine Ambition oder ein Wunschraum sind, das werden wir in einem Jahr wissen.

Ich möchte aber mein Votum mit einer positiven Note beenden und ich habe das, was ich jetzt sage, nicht vertieft mit meiner Fraktion abgesprochen. Das BVD ist ein grosses Departement, es ist ein kompliziertes Departement. Es ist sehr stark im Fokus der Öffentlichkeit. Es wird viel gute Arbeit gemacht, und ich möchte an dieser Stelle all denen unterhalb der obersten Ebene, vor allem denen in den mittleren, unteren und untersten Hierarchiestufen, an dieser Stelle einmal ein Dankeschön ausdrücken. Wir hoffen, dass der Bericht für dieses Jahr dann in einem Jahr kürzer ausfallen kann. Namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie, dem Grossratsbeschluss zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Wir behandeln heute den Rechenschaftsbericht der GPK und den Bericht der GPK zum Jahresbericht der Regierung. Die GPK kontrolliert die Tätigkeit der Regierung und der Verwaltung. Unterjährig nimmt sich die GPK aufgrund von Hinweisen zum Beispiel aus der Presse oder auch andere Hinweise verschiedenen Themen an. Sie untersucht dann diese Themen meistens mittels eines Hearings, an dem Regierung und Verwaltung zum Thema befragt werden. Darüber gibt dann die GPK in ihrem Rechenschaftsbericht Auskunft. Die GPK befasst sich also mit Problemen, mit Ungereimtheiten und Fehlern, die der Regierung bei alltäglichen Arbeit und auch der Verwaltung passieren.

Ich persönlich bin nun seit eineinhalb Jahren in der GPK und mir persönlich ist es ein Anliegen, dass wir als GPK zu einer konstruktiven Fehlerkultur beitragen. Ich bin der Überzeugung, dass das der Sache mehr dient. Der Beitrag der Regierung zu einer solchen konstruktiven Fehlerkultur wäre, das hat unser Präsident ausgeführt, ein Jahresbericht, der weniger wie eine Hochglanzbroschüre daherkommt, und unser Beitrag als GPK und Parlamentarier wäre, dass wir nicht für jeden Fehler gleich eine schuldige Person in der Verwaltung und Regierung suchen, die wir zur Rechenschaft ziehen wollen. Das heisst nicht, dass wir keine Transparenz wollen, dass Fehler nicht aufgeklärt werden sollen und auch, dass Verantwortungen nicht benannt werden sollen. Es ist aber eine Frage, wie man mit den Fehlern umgeht., eine Frage der Kultur.

Lieber Pascal Messerli, da muss ich auf Ihre Bemerkung von heute Morgen zurückkommen. Sie entlarven Sie selber. Zum ersten Ihr Vergleich. Sie haben die Spezialberichte zur BVB und zum Historischen Museum angesprochen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass diese auch von SP-Mitgliedern in der GPK ausgearbeitet wurden. und auch die Präsidien damals von der SP gestellt wurden, wie heute. Zweitens stellen Sie sich vor, es wäre ein linker Regierungsrat für das JSD zuständig. Was wäre da auf bürgerlicher Seite und im Blätterwald los? Wer das nicht glaubt, soll die entsprechenden Medienmitteilung der SVP, aber auch anderen bürgerlichen Parteien zu Gemüte führen zu den besagten Berichten. Die SP hat sich nach dem Bericht Schefer sehr differenziert geäussert in der Medienmitteilung. Sie hat keinen Rücktritt gefordert. Sie hat gesagt,

personelle Massnahmen allein würden nicht reichen, es brauche jetzt einen Kulturwandel und man müsse strukturelle Massnahmen angehen. Was wir verlangen, ist eine saubere Aufarbeitung, wie wir das in den anderen Bereichen auch gemacht haben. Selbstverständlich ist es unsere Aufgabe, hier die grösstmögliche Transparenz zu schaffen und ich gehe eigentlich davon aus, dass das im Interesse des gesamten Parlamentes sein muss.

Zurück zum GPK-Bericht. Dort haben wir einige wichtige Dinge angesehen, die ich hier beleuchten möchte, also nicht in grossem Umfang, Sie konnten den Bericht lesen, es gab eine Pressekonferenz dazu, es gibt eine Medienmitteilung. Die Kolleginnen und Kollegen gehen auf die Themen ein, die sie besonders betreffen, wo sie besonders mitgearbeitet haben. Ich möchte zwei allgemeine Dinge hervorheben und dann noch mal, weil ich in der GPK für das Ressort JSD zuständig bin, noch zwei Ergänzungen machen zum Thema JSD.

Zuerst zur Cybersicherheit und IT-Organisation: Ich glaube, das ist ein wichtiger Teil des GPK-Berichtes, ein entscheidender Teil, wo wir uns auch viel damit auseinandergesetzt haben, einerseits aufgrund von Ereignissen der Angriffe, insbesondere beim ED, aber natürlich auch andere Dinge. Und wir haben uns auch auseinandergesetzt mit der IT-Organisation und die GPK ist nicht unbedingt befriedigt mit der Situation der Digitalisierung im Kanton und hat deshalb Ihnen eine Motion unterbreitet, in der Sie Ihnen eine stärkere Hierarchisierung im Bereich der Digitalisierung vorschlägt. Ob das die richtige Lösung ist, werden wir diskutieren hier im Rat. Es ist ein wichtiges Thema, die GPK dem auch das entsprechende Gewicht gegeben.

Als zweites Thema möchte ich die psychologischen Belastungen bei Kindern und Jugendlichen hervorheben, die wir auch in der Medienmitteilung herausgestrichen haben. Das ist ein grosses Problem und wir sind uns nicht ganz sicher, ob diesem Problem die nötige Aufmerksamkeit geschenkt wird. Es gibt hier verschiedene hängige Vorstösse. Es ist aber auch ein Querschnittthema und ich fände es schön, wenn das bei der nächsten Legislaturplanung einfliessen würde, dass ein wichtiges Querschnittsthema nicht nur die psychologische Gesundheit oder Psychogesundheit von Kindern und Jugendlichen, sondern natürlich der ganzen Gesellschaft. Angesichts der Weltlage und auch als Spätfolgen der Coronapandemie sind diese Themen wirklich dringend. Mehr können Sie dazu im Bericht lesen und ich hoffe, dass uns dieses Thema weiterhin beschäftigen wird.

Dann zum dritten Thema, noch einmal zum JSD: Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, was wir getan haben in der GPK. Wo wir selber aus unserer Intention ein Hearing einberufen haben, ging es um das Thema Demos. Es ging um die Demostrategie und uns hat dort vor allem auch interessiert, wie man den Dialog fördern kann bei Demonstrationen, weil wir der Meinung sind, dass es wichtig ist, dass die Nebenbelastungen, die durch Demonstrationen durchaus entstehen können, durch Dialog entschärft werden können. Eines der grossen Probleme, welches das Korps belastet, ist der Wochenendesdienst. Wenn wir hier von vorneherein bewirken können, dass Demonstrationen geordnet verlaufen können, friedlich verlaufen können, dann entlastet das auch das Korps. Und dazu gehört auch, wie man über Demonstrationen spricht. Die GPK hat eine Empfehlung zur Darstellung der Statistik abgegeben. Wir einen Schwerpunkt darauf gelegt.

Ich möchte einfach noch einmal an Pascal Messel einen Satz richten. Sie haben heute Morgen gesagt, im Bericht Schefer würden sich die Polizisten darüber beklagen, dass die Linke sich immer bei Demos beschwere. Sie haben einfach die zweite Hälfte weggelassen. Dort steht nämlich genau so, dass es für die Polizistinnen und Polizisten belastend ist, wenn die andere Seite sich darüber beschwert, dass nicht richtig durchgegriffen werde. Und hier finde ich es extrem wichtig, dass wir zu einem konstruktiven Umgang mit Demos zurückfinden und ich sehe hier Anzeichen, ich habe das in der letzten Debatte zu den Polizeilöhnen auch schon gesagt, und ich glaube, das ist ein Weg, der im Interesse von allen ist. Wie können wir dafür sorgen, dass der Dialog in diesem Kontext verbessert wird?

Und dann zum Thema Unterbestand: Wir haben in der Medienmitteilung getitelt «Kantonspolizei am Anschlag». Wir haben uns dort dazu geäussert, dass die Lohnfrage politisch an einer anderen Stelle behandelt wird und haben den Fokus mehr auf andere Aspekte gelegt, nämlich auf das Thema der psychologischen Unterstützung, der Kinderbetreuung und der Wochenenddienste. Das Thema der Wochenenddienste haben wir zum wiederholten Male in der GPK thematisiert. Wir haben dazu auch ein Hearing durchgeführt, beim die Departementsvorstehende und der Polizeikommandant anwesend waren. Wir haben auch entsprechende Dokumente bekommen, aber der Bericht Schefer stand natürlich noch nicht zur Verfügung und dort gibt es sehr viele zusätzliche Hinweise, wie man die Situation angehen könnte. Ich denke, es ist wichtig, dass wir das hier auch vom Parlament aus begleiten und gut aufarbeiten. Das ist im Interesse der Polizistinnen und Polizisten, das ist im Interesse des Kantons und seiner Sicherheit.

In dem Sinn bitte ich Sie auch im Namen der SP um Zustimmung zum GPK-Bericht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Pascal Messerli an? Sie wird angenommen.

Pascal Messerli (SVP): Macht es für Sie bei der Beurteilung eines Sachverhaltes denn keinen Unterschied, ob die GPK zufällig einen Missstand aufdeckt oder ob die Departementsvorsteherin selbst sagt, Sie gebe eine Untersuchung in Auftrag, um derartige Missstände aufzudecken?

Pascal Pfister (SP): Das macht schon einen Unterschied, aber es ist vor allem wichtig, dass man die gestellten Fragen dann auch bearbeitet und dafür braucht es die entsprechenden Gefässe.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Sprecherin für die Mitte-EVP Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Im Namen der Fraktion Mitte-EVP bitte ich Sie um Genehmigung des Ihnen vorliegenden Berichtes der GPK. Die GPK hat erneut verschiedene Problemfelder definiert, aber auch manche positiven Entwicklungen feststellen können. Die Mitte-EVP-Fraktion erachtet den Bericht als ausgewogen und möchte vertieft auf die folgenden Problempunkte eingehen.

An erster Stelle zu erwähnen ist hier die Situation bei Stawa, Blaulichtorganisationen und insbesondere der Polizei. Die GPK äussert sich dazu in ihrem Bericht pointiert. Der dort erwähnte, vom Kommandanten in Auftrag gegebene Bericht ist in der Zwischenzeit bekanntlich erschienen. Nicht alle dort gemachten Ausführungen können kritiklos übernommen werden. Der Bericht stellt aber ein Instrumentarium dar, welches ist dem Kommandanten ermöglicht, gewisse Problemfelder, etwa die mangelnde Transparenz und die Kommunikation, gezielt anzugehen und eine Trendwende herbeizuführen. Wie auf Seite 50 der Bericht der GPK moniert, ist die Handhabung der personalrechtlichen Fragen der Polizei, etwa die Umsetzung von Lohnerhöhungen und die rechtzeitige Ausarbeitung von Arbeitsverträgen, äusserst mangelhaft. Hier ist eine zeitnahe und professionelle Verbesserung der Performance durch HR BS dringend erforderlich. Erfolgen Lohnerhöhungen nicht zeitnah und werden personalrelevante Handlungen nicht rasch vorgenommen, wird dies von Arbeitnehmern, in konkreto von den Polizisten und Polizistinnen als Respektlosigkeit empfunden.

Ein besonders komplexes Problemfeld bietet sich sodann derzeit im Bereich Bauen im Kanton. Die Kosten gehen durch die Decke, Schlussabrechnungen von längst abgenommenen Gebäuden wie dem Biozentrum liegen noch immer nicht vor. In Bezug auf die St. Jakobshalle hat die GPK einen gesonderten Bericht verfasst und publiziert. Auch dort ist die Situation alles andere als befriedigend. Weitere problematische Projekte wie etwa das Naturhistorische Museum im Sankt Johann reihen sich nahtlos in diese Serie ein. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, und der ist primär in der Hinterfragung des Drei-Rollenmodells zu sehen.

Aber auch das private Bauen ist problembehaftet. Die GPK stellt hierzu beim BGI einige Widersprüche etwa in Bezug auf die Existenz oder Nichtexistenz interner Weisungen fest, was irritiert. Für die GPK und vor allem für Bauinteressierte ist vollständige Transparenz unabdingbar. Es muss klar sein, was gilt, wo Ermessensspielraum besteht, ob der auch genutzt wird. Es muss klar sein, wann jeweils mit einem Entscheid gerechnet und mit einem Bauprojekt begonnen werden kann. Verzögerungen sind für Bauwillige teuer, sie müssen planen können und dazu braucht es eine klare und kompetente Begleitung durch das BGI. Die GPK verlangt hier zu Recht eine markante Verbesserung des Services, insbesondere für private Bauherren und Baudamen.

Im Jahresbericht der Regierung fiel der GPK sodann die steigende Anzahl von psychischen Problemen bei Kindern und Jugendlichen, und hier insbesondere Mädchen, auf. Dass dies einhergeht mit einem Mangel an Psychologinnen und Psychiatern seitens der Schulen ist besorgniserregend. Entsprechend fordert die GPK hierzu gezielte Massnahmen. Diese sollten insbesondere schon bei der Prävention beginnen, was auch die Belastung der psychologischen Beratungsstellen vermindern könnte. Es soll hier insbesondere um den Einfluss von Social-Media, Stichwort Influencerin, Schönheit usw. gehen, damit potenziell betroffene Mädchen proaktiv angegangen werden könnten.

Soweit meine Ausführungen im Sinne einer Tour d'Horizon, die den gesamten Bericht natürlich nicht piegeln kann. Ich danke im Namen Mitte-EVP-Fraktion der GPK für ihre grosse Arbeit und danke Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Genehmigung des Berichts.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum Sprecher für die FDP Erich Bucher.

Erich Bucher (FDP): Nach der Diskussion zum Jahresbericht der Finanzkommission befassen wir uns bereits zum zweiten Mal mit dem Jahresbericht der Regierung. Nach den mehrheitlich positiven Tönen zur Arbeit des Regierungsrates, zum ausgezeichneten Finanzresultat, zeigt der Bericht der GPK ein anderes Bild, die andere Seite der Medaille.

Seit Jahren moniere ich, dass der Jahresbericht der Regierung mit seinen 500 Seiten endlich ein echter Rechenschaftsbericht wird. Der Regierungsrat berichtet, ob er richtig geschafft oder mit anderen Worten gearbeitet hat. Dies ist leider immer noch nicht der Fall. Hinweise auf Probleme, Fehler, Unzulänglichkeiten, Projektverzögerungen, Kostenüberschreitungen usw. findet man nur im Kleingedruckten. Das vorliegende Buch ist ein Marketinginstrument, das die Departemente und Abteilungen im besten Licht darstellt. Liebe Mitglieder der Regierung, stehen Sie endlich dazu und zeigen

Sie auf, dass die Verwaltung auch Fehler machen kann. Und sagen Sie uns gleichzeitig, was Sie dazu unternommen haben, um dies zu korrigieren. Ich bin ja in der Zwischenzeit nicht mehr alleine. Die GPK stellt ja die gleiche Forderung in der Zwischenzeit.

Erlauben Sie mir im Namen der FDP, auf einige kritische Punkte einzugehen. Zur Informations- und Cybersicherheit. Bereits in frühen Jahren musste die GPK feststellen, dass Mängel bei Benutzerzugriffen auch nach vier Jahren nicht behoben waren. Die Finanzkontrolle musste im vergangenen Jahr mehrmals beanstanden, dass die vom Regierungsrat abgesegneten Schutzmassnahmen nicht oder ungenügend umgesetzt wurden. Dass die GPK gleich drei Forderungen stellt - dies sind Empfehlungen zur Umsetzung, die Motionscharakter haben - zeigt den sofortigen Handlungsbedarf. Die GPK stellt aber auch fest, dass wir als Grosser Rat die Rolle des Datenschutzbeauftragten im Bereiche der Datensicherheit respektive Schutz der Daten im Gegensatz zum Schutz der Personendaten erweitern muss. Aber auch die institutionelle Bedeutung der Finanzkontrolle ist zu prüfen, müssen wir doch feststellen, dass die FiKo keine Befehls- und Durchsetzungskompetenz hat, was in der Privatwirtschaft der Fall wäre.

Die Problematik muss aber in einem grösseren Kontext gesehen werden. Weisungen zur IT-Sicherheit, die durch den Regierungsrat genehmigt werden, werden nur teilweise umgesetzt. ITBS, die Organisation, die für die IT-Sicherheit zuständig ist, kann die anderen Departemente nicht zwingen, Schwachstellen zu korrigieren. Ein unhaltbarer Zustand. Deshalb fordert die GPK, dass der Regierungsrat umgehend der zentralen Fachstelle die notwendigen Kompetenzen zur Umsetzung der Sicherheitsstandards erteilt.

Da sich bei ähnlichen Feststellungen und Forderungen der GPK in der Vergangenheit nichts getan hat, reichte die Kommission eine Motion ein, wir werden das diskutieren. IT-Sicherheit ist nur eine der Voraussetzungen für die Umsetzung der Digitalisierung, eines der drei Legislaturziele. Viel entscheidender ist die Fähigkeit, die Projekte umzusetzen. Leider müssen wir auch im abgelaufenen Kalenderjahr feststellen, dass die Verwaltung die Kraft nicht auf den Boden bringt. Weder wurden die Budgets der Digitalisierung bei den Projekten noch bei den Investitionen ausgeschöpft.

Mehrere Sprecher haben sich ja bereits zum Fachausschuss Literatur, zur Polizei oder generell zur Personaepersonalsituation geäussert. Deshalb konzentriere ich mich auf einige andere Themen, weil wir bei den restlichen sowieso einig sind. Ich hätte das Bau- und Gastgewerbeinspektorat in die obige Aufzählung mitnehmen können, aber hier muss ich eine Bemerkung machen: Es wird zu einem Running Gag, das die GPK jedes Jahr in ihrem Bericht Feststellungen und Forderungen formulieren muss. Vielleicht muss die Regierung auch einmal den Mut haben, fundamentale Änderungen vorzunehmen.

Zum Risikomanagement des Kantons: Die Fraktion kann nicht nachvollziehen, wieso der Kanton immer noch zwei unterschiedliche Riskportfolios führt. Die Argumentation, dass eine sich für die finanziellen Risiken und das andere auf Katastrophen und Notlagen konzentriere, ist nicht nachvollziehbar. Auch ein Afffflugzeugabsturz im Kantonsgebiet hätte sofort finanzielle Konsequenzen. Zwei getrennte Portfolios können auch dazuführen, dass es widersprüchliche Vermeidungsstrategien gibt und daraus falsche Schlüsse gezogen werden. Wir sind mit der GPK einig, es darf nur ein einziges Risikoportfolio geben.

Die GPK hat nicht nur die Oberaufsicht über die kantonale Verwaltung, sondern auch über die ausgelagerten Betriebe. Lassen Sie mich die BKB als als Beispiel nehmen. Über die Presse wurden wir auf zwei Vorkommnisse mit unserer Bank aufmerksam gemacht. Zum ersten: Der Kanton Graubünden hat zur Pleite Signa und Bankergruppe publiziert, dass die BKB ein Obligo von 7 Millionen bei diesem Konglomerat hat. Die GPK wollte vom Regierungsrat wissen, ob dies die einzige Verpflichtung ist. Im Gegensatz zum Kanton Graubünden hat der Regierungsrat dies nicht beantworten wollen. Er versteckt sich hinter dem Bankgeheimnis. Die andere die Schlagzeile der BKB lautete: Spekulation auf Kriegsaktien trotz restriktiver Richtlinien - Basler BKB zieht in umstrittenes Finanzprodukt zurück. Die FDP-Fraktion ist doch überrascht, dass die BKB überhaupt auf die Idee kommen konnte, solche Finanzprodukte zu lancieren. Es ist deshalb gut, wenn neben dem Regierungsrat auch die Oberaufsicht unsere Bank und alle anderen ausgelagerten Betriebe im Auge behält.

Die FDP-Fraktion nimmt den Jahresbericht der GPK zur Kenntnis und unterstützt alle deren Anträge. Die Fraktion dankt dem Regierungsrat, der Verwaltung, den Gerichten, der Staatsanwaltschaft, den Datenschutzbeauftragten, der Finanzkontrolle, der Ombudsstelle und den öffentlichrechtlichen Anstalten und ihren Angestellten für die konstruktive Zusammenarbeit.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion GAB spricht Laurin Hoppler.

Laurin Hoppler (GAB): Auch ich möchte noch kurz als Sprecher der Fraktion GAB einige Punkte aus dem Jahresbericht aufnehmen. Ich werde mich aber kurz halten, da Sie ja den Jahresbericht alle schon gelesen haben.

Beim ersten Thema geht so um Cyber- und IT-Sicherheit. Es ist ein besonders dringliches Thema und der erfolgreiche Hackerangriff auf das ED schmerzhaft gezeigt, dass die Systeme nicht ausreichend geschützt sind und darum fordern wir einmal mehr, dass diese alarmierenden Zeichen wahrgenommen werden und diese Forderungen wirklich umgesetzt werden,

dass man in Zukunft auf solche Angriffe adäquat reagieren kann. Wir begrüssen es aber auch sehr, dass die GPK dem einen Schwerpunkt verleiht, indem sie eine Kommissionsmotion dazu eingereicht hat.

Dann kommen wir kurz zu den Hitzemassnahmen im GD. Ein weiteres wichtiges Thema des Jahresberichts sind ebendiese Massnahmen zur Prävention von Hitzefolgen. Der Klimawandel stellt uns immer wieder vor grosse Herausforderungen und die zunehmenden Hitzewellen haben erhebliche Auswirkungen auf die Gesundheit unserer Bevölkerung. Das GD informiert über den Hitzemassnahmenplan, der auch öffentlich einsehbar wird zukünftig, was wir sehr begrüssen. Der Plan zielt auch darauf ab, dass die Bevölkerung, insbesondere die besonders gefährdeten Personen ab 75 zu schützen. Die Fraktion findet es wichtig, dass dieser Plan immer wieder auch den aktuellen Gegebenheiten und Verhältnissen angepasst wird. Zudem soll auch darauf geachtet werden, dass entsprechende Technologien eingesetzt werden, welche nicht den Klimawandel noch weiter vorantreiben.

Dann kommen wir kurz zum Thema Demonstrationen. Die Strategie und der Umgang mit den Demonstrationen war ein weiteres Thema und wir begrüssen es sehr, dass verstärkt der Dialog gesucht wird, aber wir sehen auch noch viel Handlungsbedarf und unterstützen die Forderung nach detaillierteren Daten und Statistiken zu den Kundgebungen, dass man auch mehr Grundlagen hat, um das das Thema zu diskutieren und angemessene Massnahmen zu ergreifen.

Dann kommen wir kurz zur IT bei den Gerichten. Ein weiteres Thema ist dieser Übergang der Gerichte zu der Microsoft Cloud. Der Gerichtsrat äusserte erhebliche Bedenken bezüglich der Sicherheit und Funktionalität und wir teilen die Sorge der GPK und des Gerichtsrats. Das muss behoben werden beziehungsweise diese Mängel müssen angeschaut werden und wirklich auch ernstgenommen werden, denn auch hier möchten wir betonen, dass das die GPK wieder einmal eine Lösung fordert und es wieder um das Thema IT geht, also ein wirkliches Schwerpunktthema.

Allgemein möchte das GAB auch anmerken, dass wir vom Regierungsrat auch erwarten, dass diese Forderungen und Empfehlungen ernstgenommen werden und auch umgesetzt werden. Zum Ende möchte ich mich auch noch einfach bedanken im Namen der Fraktion, beim Regierungsrat, dem Gerichtsrat, allen Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung und auch den Kleeblattorganisationen für ihre tägliche Arbeit, die sie leisten für unseren Staat. In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Bericht so zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben keine weiteren Fraktionsvoten. Für ein Einzelvotum gemeldet hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe ja heute Morgen gesagt, dass ich zu den Baustelle reden möchte. Ich habe nur eine Frage an Regierungsrätin Esther Keller. Wir reden ja immer auch nett und freundlich miteinander. Die Frage ist, warum man die Baustellen nicht besser planen kann. Wenn ich jeden Tag mit Bus und Tram durch das Kleinbasel fahre, höre ich, was die Leute sagen im Bus, und jeder redet jeden Tag darüber, dass wenn eine Baustelle fertig ist, am anderen Ende wieder neu angefangen wird. Wenn ich in anderen Ländern bin, in Bulgarien, Osteuropa, wird dort einmal eine Tramlinie gebaut in 100 Jahren. Warum werden in Basel so viele Baustellen gemacht? Kann man das nicht ein bisschen besser planen? Seit ich Kind bin, ist die Freie Strasse eine Baustelle. Ich würde gerne bei dieser Diskussion mehr mitmachen, aber ich bin eine ganz klassische Einthemapartei, die damit Erfolg hat. Aber ich bin froh, dass der Gesamtregierungsrat da ist und darum habe ich heute am Morgen gesagt, dass ich zum Thema Baustellen reden möchte.

Sie wissen, ich bin fraktionslos, mir fehlt ein Parteiapparat. Ich kann darum nicht zu jedem Thema reden. Darum möchte ich Ihnen mitteilen, dass ich mich da bei dem Thema Geschäftsprüfungskommission Jahresbericht Regierungsrat enthalten werde. Ich schaffe es einfach nicht, alles durchzulesen und zu jedem Thema eine Rede zu schreiben. Dazu fehlt mir als Grossrat schlicht die Zeit. Ich bin immer dankbar, wenn mir die Sitznachbarn sagen, was ich stimmen soll. Teilweise befolge ich es, aber nicht immer. Ich könnte mich auch jetzt kürzer fassen, wenn ich die Kreuztabelle kennen würde, aber ich bekomme sie nicht. Denn manchmal bin ich Zünglein an der Waage.

Ich möchte noch zum Geschäftsbericht der Regierung kurz in freier Rede Stellung nehmen. Zum Baudepartement: Die Geschäftsprüfungskommission kriegt auch einen kleinen Rüffel von mir, aber freundlich. Warum kann die GPK kann nicht schreiben, die GPK empfiehlt, die Baustellen in Baselstadt besser zu planen. Wenn Sie genau hinhören und das mache ich bei der Bevölkerung, ärgern die Bevölkerung die ständigen Baustellen. Und es ist wirklich so, wenn eine Strasse zugemacht worden ist, fangen sie an der anderen Seite wieder zu baggern an. Und das stört die Leute und darüber wird im Bus und im Tram geredet. Und das ist die Mehrheit der Bevölkerung. Die Baustellen ärgern diese Leute und wenn man jetzt eine Anti-Baustellen-Partei gründen würde, hätte diese Erfolg und hätte auch einen Sitz im Parlament. Also das möchte ich sagen zum Baudepartement: Bitte nicht so viele Baustellen. Es regt auch mich auf, wenn man mit dem Tram nicht Richtung SBB fahren kann, wenn da in der Innenstadt gesperrt ist und wir haben das in den letzten zehn Jahren oft gehabt. Der Barfüsserplatz ist gesperrt gewesen. Marktplatz ist gesperrt, vier Wochen, und das finde ich merkwürdig. Und wir sind weltweit die Stadt mit den meisten Baustellen.

Ich komme zum letzten Departement, zum Justiz- und Sicherheitsdepartement. Da steht ganz gross auf Seite 52 «Schwerpunkt Gewaltdelikte und Massnahmen in Kleinbasel« Dabei reden sie über die Dreirosenanlage. In keinem Wort wird aber der Claraplatz angesprochen. Der Claraplatz ist noch schlimmer als die Dreirosenanlage. Ich muss nicht vorlesen, aber es steht da auf der Seite 52. Und ich finde, die GPK hätte schreiben können: Die GPK empfiehlt auch beim Claraplatz Kameras aufzustellen. Ich bin jeden Morgen am Claraplatz, weil ich dort auf die Post gehe. und ich sehe jeden morgen Drogendealer. Und da frage ich mich, warum hier nichts passiert. Und hier hätte die GPK auch sagen können, was mit den Drogendealern am Claraplatz ist. Und Sie wissen, der Claraplatz ist eine No-Go-Area geworden, wo Frauen. Touristen und Einheimische Angst haben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit wieder zum Regierungsratspräsidenten, wenn er das Wort wünscht. Er verzichtet, zum Gerichtsratspräsident, der ebenfalls verzichtet und zum Kommissionspräsident, der nicht verzichtet.

Tim Cuénod (SP): Vielen Dank an den Regierungsrat für die kurzen Ausführungen und selbstverständlich auch an alle Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher. Ich habe gelernt, es gibt zum Thema der IT-Security., der Cybersicherheit ein neues Programm unter dem Namen Pharos.

O Pharos Alexandreus, das war der Leuchtturm von Alexandria. Wir erwarten keine Weltwunder in Sachen IT-Sicherheit, aber gewisse Mindeststandards, damit die fragilen Schiffe mit sensiblen Daten nicht in den dunklen Fluten des Darknet untergehen. Und daher hoffen wir, dass Pharos von Erfolg gekrönt sein wird. Wir müssen nicht in eine Weltwunderliga aufsteigen, aber doch gewisse Mindestart erfüllen.

Beim BGI, Erich Bucher hat das wiederholt, ist es schon ein bisschen ein Runnig Gag, dass wir uns jedes Jahr dazu äussern. Wir haben uns noch nicht näher beschäftigt mit der Kritik des SIA Sektion Basler Architekten und Ingenieure, aber was es zu sagen gibt, ist, wenn für die betroffenen Berufsberufsgruppen, die sich häufig mit diesem Amt konfrontiert sehen, die Kundenzufriedenheit dermassen auf einem tiefen Niveau zu sein scheint, dann ist das schon ein Indikator dafür, dass es Handlungsbedarf gibt, unabhängig davon, wer jetzt Regierungsrätin oder Regierungsrat ist. Lange wurde dieses Departement geletet von einem sozialdemokratischen Regierungsrat, jetzt ist es Regierungsrätin Esther Keller. Ich denke, da gibt es einfach gewissen Reformbedarf und das denke ich hat nicht nur mit der Natur des Amtes an sich zu tun. Es gibt Ämter, die sind per se unbeliebt. Mir hat jemand einmal gesagt, als es um die Stadtbildkommission gibt, die ist unbeliebt, aber würde die Stadtbildkommission die Top Ten jedes Jahr veröffentlichen der hässlichsten verhinderten Bauprojekte, dann wäre sie ausgesprochen populär. Ich glaube allerdings nicht, dass dieser Vergleich mit dem BGI gezogen werden kann, und es gibt da strukturelle Probleme und ein sehr tiefes Niveau offenbar der Kunden, Unzufriedenheit und uns scheint, das ist nicht ganz unbegründet, da gibt es wirklich Verbesserungsbedarf. Wir sind gespannt, ob da Handlungen eintreten werden.

Es wurde in der Debatte viel auch eingegangen, unter anderem von Andrea Strahm und von Pascal Pfister, auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Da gibt es einiges zu tun. Wir haben in unserem Bericht explizit erwähnt als Empfehlungeine verstärkte Prävention gerade in Zusammenhang mit dem Gebrauch von Social Media an den Schulen, dass da das ED mehr machen soll. Aber es ist natürlich effektiv eine Aufgabe, die mehrere Departemente betrifft, zum Beispiel die Frage der Therapieplätze, die wir im Bericht auch erwähnt haben, die ja mehr das Gesundheitsdepartement betreffen.

Wir haben uns in dem Bericht auch noch nicht auseinandergesetzt mit dem Bericht Schefer zur Situation der Kantonspolizei. Wir haben ein paar Sachen geschrieben zur Lage des Personalmangels und haben festgehalten, dass es eine Verbesserung braucht, zumindest in dem Sinne, dass die Arbeitsmarktzulage abgelöst werden sollte, in ein Definitivum übergeführt werden muss. Es braucht eine Verbesserung bei der psychologischen Betreuung, nicht besser Vereinbarkeit von Familien und Beruf. Abgesehen von diesen Empfehlungen tellen wir fest, dass es dringenden Handlungsbedarf gibt, um zu verhindern, dass diese Abwärtsspirale sich weiter dreht. Wir sind zugleich aber nicht Begleit- und Beratungsgremium des Regierungsrates und hoffen, dass entsprechend bald und zügig gehandelt wird. Wir werden die Situation auf jeden Fall weiter im Auge behalten.

Bedanken möchte mich in aller Form bei meinen Kommissionskolleginnen und Kommissionskollegen. Ich hatte ja das Vergnügen, die Leitung dieser Kommission zu übernehmen, der ich vorher nicht angehört habe. Ich finde, die Aufnahme war eine herzliche, der Umgang in der Kommission ist sehr konstruktiv. Selbstverständlich streiten wir manchmal über Prioritäten, über das was gut und nötig sein soll, aber die GPK erfüllt mit ihrer Arbeit eine sehr wichtige Funktion in unserem Gemeinwesen. Kritik ist nötig und häufig hat sie eine sehr heilsame Wirkung. Ich denke, dass wir auch im Sinne dessen, was Pascal Pfister gesagt hat, stark zu einer guten Fehlerkultur in diesem Kanton beitragen können. Bedanken möchte ich mich zuletzt auch beim Regierungsrat für die bis jetzt stets konstruktive Zusammenarbeit.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Damit ist die Eintretensdebatte abgeschlossen und wir kommen zur Detailberatung des GPK-Berichts und des Jahresberichts des

Regierungsrats. Hier zuerst das Präsidialdepartement. Wünscht Regierungspräsident Conradin Cramer das Wort? Er verzichtet. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Regierungspräsident Conradin Cramer wird damit wieder verzichten und der Präsident der GPK ebenso.

Bau- und Verkehrsdepartement: Wünscht Regierungsrätin Esther Keller das Wort? Sie verzichtet. Gibt es Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann wird Regierungsrätin Esther Keller immer noch verzichten und der Präsident der Geschäftsprüfungskommission ebenfalls.

Erziehungsdepartement: Wünscht Mustafa Attici das Wort? Er verzichtet. Es liegt eine Wortmeldung vor. Für die GLP spricht Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Aus Sicht des Erziehungsdepartements ist der Fachkräftemangel an Schulen nicht dramatisch, hält der GPK-Bericht fest. Wir Grünliberalen können uns dieser Beurteilung so nicht anschliessen. Solange hier ein Monitoring fehlt, wie wir es bereits 2022 in einem überparteilichen Vorstoss gefordert haben, basiert diese Aussage auf Glauben statt auf Wissen. Nur wenn jährlich ausgewiesen wird, wie viele Fach- und Lehrpersonen ohne adäquate Ausbildung, ganz ohne Ausbildung oder mit ausländischem Diplom an den Schulen in Basel-Stadt unterrichten, können wir den Fachkräftemangel qualitativ und quantitativ tatsächlich beurteilen. Die Tatsache, dass gemäss Jahresrechnung der Personalaufwand an Schulen aufgrund überdurchschnittlich hoher Stellvertreterkosten gestiegen ist, unterstreicht die Belastung an den Schulen und macht unserer Meinung nach deutlich, dass die Problematik des Lehrpersonenmangels in Basel angekommen ist, ebenso dass Schulleitungen oft keine Wahl mehr haben, wen sie anstellen möchten, sondern froh sind, wenn sie jemanden finden. Deshalb ist es zwingend notwendig, die effektive Situation durch das ED mittels Monitoring tatsächlich auszuweisen, worauf wir Grünliberalen in Zukunft bauen.

Die im Bericht angesprochene zunehmende psychische Belastung von Kindern und Jugendlichen ist eine traurige und erschreckende Tatsache, die uns sprachlos macht. Auch die steigenden Verhaltensauffälligkeiten sind äusserst besorgniserregend. Es scheint unserer älteren Generation immer weniger zu gelingen, sich angemessen um die jüngere Generation zu kümmern und das betrifft nicht nur den schulischen Bereich. Die langen Wartelisten für Therapieplätze sind ein deutliches Symptom dieses Problems. Besonders besorgniserregend finden wir Grünliberalen die Tatsache, dass vulnerable Kinder und Jugendliche darunter leiden. Für sie ist es besonders schwierig, ein angemessenes Therapieangebot zu finden. Im Bericht benennt das Erziehungsdepartement neben der Belastung von Eltern die Rolle der sozialen Medien als bedeutsame Ursachen für die psychische Belastung von Kindern und Jugendlichen, insbesondere von Mädchen. In der Konsequenz erwartet die GPK, dass das ED die psychische und psychosoziale Gesundheitsprävention an den Schulen ernst nimmt und stärkt.

Zu glauben, dass der Lehrplan 21 einschliesslich den Fachmedien und Informatik einen wesentlichen Beitrag zur Verringerung der Belastung durch Social-Media leisten könnte, halte ich für gewagt, aber natürlich wünschenswert. Wir Grünliberalen betonen jedoch, dass es nicht nur darum gehen kann, dass Schülerinnen und Schüler Kompetenzen erwerben, um sich selbst zu schützen und irgendwann angemessen mit sozialen Medien umzugehen. Vielmehr geht es darum, dass Kinder und Jugendliche aktiv geschützt werden, auch wenn dies nicht nur die Aufgabe der Schule ist, sondern auch der Eltern, tragen wir alle gemeinsam eine gesellschaftliche Verantwortung gegenüber der jüngeren Generation. Smartphones, die jederzeit den unkontrollierten Zugang zu sozialen Medien erleichtern, sind zwar nicht der einzige Faktor, der die psychische Gesundheit sowie die Entwicklung von jungen Menschen beeinflusst, aber Schulen können hier eine wichtige Vorbildfunktion übernehmen, indem sie den Kindern und Jugendlichen zumindest in der Schule eine Pause von ihrem Smartphone ermöglichen. Durch den Einsatz von Laptops, die heute allen Schülerinnen und Schülern an der Schule zur Verfügung gestellt werden, kann ein verantwortungsvoller, bewusster und präventiver Umgang mit digitalen Technologien gefördert werden. Durch Smartphone freie Schulen in Basel-Stadt können wir zusätzlich sicherstellen, dass sich die Schülerinnen und Schüler wieder stärker auf ihre Bildung konzentrieren und reale soziale Interaktionen pflegen, was die Entwicklung essenzieller sozialer Kompetenzen fördern, die für das weitere Leben der Kinder und Jugendlichen von Bedeutung sind.

Dass diese Umsetzung möglich ist, beweisen bereits andere Länder, einige Schulen in der Schweiz und auch in Basel, die Smartphone frei unterwegs sind. Ich zähle auf die Unterstützung des Erziehungsdepartements, um diese gesundheitsfördernde Massnahme zum Wohl der Kindern an allen Volksstuhl Standorten umzusetzen.

Bezüglich des Ansehens der Berufslehre und des dualen Bildungsweges unterstützen wir Grünliberalen die Empfehlung der GPK, die Berufslehre zu stärken. Wir müssen jedoch erkennen, dass hier ein tiefgehendes gesellschaftliches Preproblem vorliegt, denn trotz jahrelanger intensiver Bemühungen bleibt der aktuelle Erfolg aus. Die Entwicklung bedauern wir sehr, da sie tiefgreifende Auswirkungen auf die Gesellschaft hat, wie auch der aktuellen Fachkräftemangel zeigt. Diesem Problem können wir als Gesellschaft begegnen, indem die Beiträge, welche alle jene jungen Menschen tagtäglich leisten, die eine Berufslehre absolvieren, auch angemessen anerkannt werden. Zudem müssen wir sicherstellen, dass diese jungen Leute während ihrer Lehrzeit bestmöglichst begleitet und unterstützt werden. Etwa 20 Prozent der Auszubildenden brechen ihre Lehre ab, meistens im ersten Jahr. Die professionelle Unterstützung der Jugendlichen in dieser sensiblen Lebensphase ist

entscheidend für ihren weiteren Berufsweg und einen trotz Anfangsschwierigkeiten erfolgreichen Berufsabschluss. Zudem gilt es, die Ursache für die Lehrabbrüche zu evaluieren und mit geeigneten Massnahmen abzufedern, um die Abbruchsquote zu senken und den Jugendlichen einen besseren Start ins Berufsleben zu ermöglichen.

Wenn wir wollen, dass mehr Jugendliche den Ausbildungsweg über die Berufslehreeinschlagen anstatt über weiterführende Schulen, müssen wir die Bedeutung und Attraktivität der Lehre deutlich steigern und uns dafür einsetzen, die Ausbildungstitel grundsätzlich zu internationalisieren. Dies würde insbesondere bei Eltern, die das duale Bildungssystem weniger kennen, zu einem besseren Verständnis und einer höheren Wertschätzung der Berufslehre führen. Zudem würde es Berufsabgänger und später auch Fachhochschulabgänger bei internationalen Bewerbungen unterstützen. Heute müssen Berufsleute erklären, welchen Wert ihr Titel in der Schweiz hat. Es ist jedenfalls entscheidend, dass das ED gemeinsam mit der Wirtschaft Strategien entwickelt, um Eltern noch gezielter zu informieren und von den Vorteilen der dualen Ausbildung zu überzeugen.

Noch ein Wort zur Datensicherheit: Die Grünliberalen unterstützen die Empfehlung der GPK, Schwachstellen dringend zu beseitigen. In einer schriftlichen Anfrage zur Umsetzung des revidierten Datenschutzgesetz in den kantonalen Bildungsinstitutionen betone ich die Bedeutung eines kantonalen Dachkonzepts. Die Antwort der Regierung erwarte ich mit Spannung. Bereits jetzt anerkennen wir die Notwendigkeit einer Mehrfachauthentifizierung als Sicherheitsmassnahme für Mitarbeitende. Wie die GPK in ihrem Bericht betont, stellt diese Anforderung für Schülerinnen und Schüler jedoch eine Herausforderung dar. Die Nutzung von Mobilphonen an Schulen kann nicht verlangt werden und ist aus bereits genannten Gründen nicht sinnvoll. Wir Grünliberalen sind der Meinung, dass hier alternative Lösungen unbedingt gefunden werden müssen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wünscht Regierungsrat Mustafa Atici das Wort in der zweiten Runde? Das ist nicht der Fall. Dafür wünscht es Tim Cuénod für die GPK.

Tim Cuénod (SP): Wir freuen uns, wenn man sich so intensiv mit unserem Kommissionsbericht auseinandersetzt. Ich möchte nur eine kurze Präzisierung anbringen und zwar haben wir nicht gesagt, dass es keinen Fachkräftemangel generell gebe, sondern unsere beruht darauf, dass es keine unbesetzten Stellen gibt im Erziehungsdepartement bis zum jetzigen Stand. Wie sich das weiter entwickelt und wie viele Stellen auf verschiedenen Schulstufen von Lehrpersonen besetzt sind, die in dem Sinn kein Diplom haben, das war nicht unser Untersuchungsgegenstand.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum Finanzdepartement. Regierungsrätin Tanja Soland wünscht das Wort nicht. Es gibt keine Wortmeldungen, damit verzichtet Regierungsrätin Tanja Soland auch in der zweiten Runde, nehme ich an und Tim Cuénod ebenfalls.

Gesundheitsdepartement: Regierungsrat Lukas Engelberger verzichtet vorerst. Es gibt keine Wortmeldungen. Damit verzichtet Regierungsrat Lukas Engelberger auch in der zweiten Runde und auch Tim Cuénod verzichtet.

Wir kommen zum Justiz- und Sicherheitsdepartement. Regierungsrätin Stephanie Eymann, wünschen Sie das Wort? Nein. Es gibt eine Wortmeldung von Lisa Mathys für die Fraktion SP.

Lisa Mathys (SP): Besten Dank auch meinerseits für den umfassenden Bericht der GPK und die fast noch umfassenderen Voten dazu, die wir schon gehört haben. Ich lege mit diesem Votum noch kurz den Finger auf eine Lücke im Bericht, die die SP-Fraktion sehr bedauert und doch auch ein bisschen seltsam findet. Ich zitiere verkürzt von Seite 23 im Bericht: «Die GPK entschied sich, nicht einzelne Polizeieinsätze wie zum Beispiel am 1. Mai 2023 zu untersuchen, sondern allgemeine Fragen zum Umgang mit Demonstrationen zu stellen.» Es dünkt uns doch wirklich schade, dass die GPK sich entschieden hat, hier wegzuschauen. Dass einige Verfahren noch hängig sind, ist nicht bestritten, das war aber auch bei anderen Geschäften so, welche die GPK sehr wohl untersuchen konnte.

Kolleginnen und Kollegen, allein der angesprochene Einsatz am 1. Mai hat den Kanton, sprich die Steuerzahlenden über eine halbe Million Franken gekostet, und das sind nur die ausgewiesenen Kosten, die Kosten für den Helikopter, der einen Tag lang über der Stadt kreiste, sind darin ja nicht einmal enthalten. Der Polizeibericht, der letzten Freitag veröffentlicht wurde, brachte es auch noch wieder ans Licht. Es kommt regelmässig zu völlig überdimensionierten Einsätzen. Das Personal fordert den Verzicht «auf unnötig grosse Aufgebote» und aus dem Bericht wird auch klar, dass die Grösse dieser Aufgebote doch sehr willkürlich erscheint und nicht selten durch und durch friedliche Veranstaltungen mit einem massiven Polizeiaufgebot versehen werden.

Wir sind überzeugt, dass es auch hier spannend wäre zu untersuchen, wie es zu dieser total ungleichen Handhabung verschiedener Veranstaltungen kommt, oder eben konkret, was läuft falsch, dass es zu einem total unverhältnismässigen

Einsatz wie jenem vom 1. Mai 2023 kommt, der den Kanton nicht nur Unsummen kostet, sondern auch dem öffentlichen Ansehen schadet, das auch noch diverse juristische Verfahren und Rügen nach sich zieht. Was läuft hier falsch?

Ich erinnere daran, es wurden Dutzende friedliche und teilweise völlig unbeteiligte Menschen eingekesselt und festgehalten. Ich finde es ganz ehrlich gesagt schon speziell, dass man das nicht untersucht. Wer will da nicht hinschauen? Es fällt irgendwie auf. Und auch ein weiterer Punkt aus dem Bericht wirft Fragen auf. Die Angstkultur und dadurch fehlende Diskussions- und Fehlerkultur, die interne kritische Rückmeldungen und Anpassungen im Bereich der Einsatzplanung verunmöglicht. Die grosse Zahl an Überstunden, die dadurch entsteht, wirft dann wiederum auch Fragen zur Einsatzfähigkeit der Polizei auf, weil dann eben die Leute fehlen, wenn man sie wirklich bräuchte. Der Bericht wirft die grundsätzliche Frage auf, ob es mit dem offenbar desolaten Zustand der internen Führung und internen Kontrolle der politischen Ebene des JSD überhaupt möglich ist, die Verhältnismässigkeit der Polizeieinsätze und die Adäquatheit des Mitteleinsatzes sicherzustellen. Auch das gehörte bestimmt untersucht.

Wir haben noch andere grosse offene Kisten, die unserer Meinung nach untersucht gehörten. Als weiteres Beispiel seit der Erlass des radikalen Demoverbotes im letzten Herbst erwähnt, das grosse grundrechtliche Fragen aufwirft und dem Ansehen unseres Kantons und unserer Polizei ganz sicher auch nicht gut tat.

Der Bericht zu den Missständen in der Polizei zeigt es klar, der GPK-Bericht hat hier eine bedauernswerte Lücke, die Missstände in der Polizei sind tiefgreifende, es stellen sich auch auf politischer Ebene sehr relevante Fragen, die beantwortet gehören. Einfach zur Tagesordnung überzugehen ist nicht angezeigt. Wenn die GPK diese Arbeit nicht sinnvoll findet, ist es wohl genau auch deshalb eine gute Gelegenheit, eine PUK einzusetzen. Eine PUK dient zur Abklärung besonderer Vorkommnisse von grosser Tragweite. Die Polizei übt das staatliche Gewaltmonopol aus und es ist zentral, dass die Bevölkerung in die Professionalität der Polizei vertrauen kann. Insofern sind die Missstände bei der Polizei von grundlegender Tragweite für das Funktionieren unseres Staates. Eine PUK ist anders ausgestattet und kann auch um die GPK zu entlasten, personell anders zusammengesetzt sein. Wir wollen den Antrag für eine PUK nach den Sommerferien einreichen, zusammen mit allen Fraktionen, die an einer Klärung der politischen Verantwortung und einer nachhaltigen Verbesserung der Situation interessiert sind, denn für eine nachhaltige Verbesserung braucht es ebendiese Aufarbeitung.

Unabhängig davon, ob es eine PUK gibt oder nicht, es würde uns freuen, wenn die GPK künftig auch Vorgänge wie die fragwürdigen und unverhältnismässigen Einsätze bei Demos prüft und darüber berichtet. Schliesslich ist es Aufgabe der GPK, das staatliche Handeln auf Angemessenheit und Rechtmässigkeit zu überprüfen. Wegzuschauen, wenn die Angemessenheit und Rechtmässigkeit effektiv fraglich sind, entspricht diesem Auftrag nicht exakt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: André Auderset und Johannes Sieber möchten Ihnen Fragenstellen. Sie werden abgelehnt. Für die Fraktion GLP hat Claudia Baumgartner das Wort.

Claudia Baumgartner (GLP): Weil wir uns noch nicht dazu geäussert haben, bewusst nicht, möchte ich das hier jetzt noch nachholen, und zwar geht es natürlich um diesen am letzten Freitag veröffentlichten Bericht zur Lage der Kantonspolizei. Man kann es nicht schönreden, wirklich verheerend. Es scheint als laufe offenbar seit Langem tatsächlich alles falsch, was falsch laufen kann. Schlagwortartig aufgezählt treffen wir im Bericht von Professor Markus Schefer und seinen zwei Mitarbeiterinnen ungefähr alle Managementfehler an, die man aus Lehre und Praxis kennt: Unklarer, zu lascher oder aber zu autoritärer Führungs- beziehungsweise Entscheidungsstil, verbunden mit mangelnder Respektierung der Vorgesetzten, fehlende strategische Ausrichtung, unklare Prozesse, verbunden mit fehlenden Reglementen und mangelnden Strukturen und damit verbunden unklare Aufgaben und Kompetenzen. Angstkultur, fehlende Wertschätzung gegenüber der Arbeit und der Leistung der Mitarbeitenden von innen und aussen, schlechte Informations-, Kommunikations- und Mitsprachekultur, Mangel an psychologischer Betreuung und Fehlerkultur, persönliche und fachliche Fehlbesetzungen, fehlendes Gemeinschaftsgefühl und Interesse für das Übergeordnete latenter mangelnder Wille zu Veränderungen, Sexismus und Rassismus, Ungerechtigkeiten bei Benefits und Beförderungen, zu geringe Entlöhnung, Überlastung und mangelnde Freizeitplanung aufgrund häufiger Spontaneinsätze wegen chronischen Personalmangels und einer Vielzahl von Projekte.

Habe ich etwas überlesen? Ich habe bis vor zehn Jahren in einem Grossunternehmen regelmässig Personalumfragen betreut und deswegen überrascht mich nicht das Resultat der vorliegenden Umfrage, wohl aber die Deutlichkeit. Im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends war die Fehlerkultur bei Arbeitgebenden noch weniger ausgeprägt als heute, und so wage ich doch zu behaupten, dass in Umfragen zu meiner Zeit vieles beschönigt beantwortet wurde beziehungsweise weniger schmeichelhafte Resultate relativiert beziehungsweise eher in den Hintergrund gedrängt wurden.

Zum Glück ist dies heute offensichtlich anders und so bin ich trotz des vorliegenden Desasters dankbar, dass eine authentischere Fehlerkultur einerseits den obersten Chef der Polizei, sicher nicht zu früh, veranlasste, durch Beauftragung des vorliegenden Berichts die Notbremse zu ziehen und andererseits die Belegschaft beziehungsweise alle befragten Personen kein Blatt vor den Mund nahmen. Ebenso dankbar bin ich, dass der Bericht ausdrücklich keine wissenschaftliche Arbeit darstellt und dass die 30 abgegebenen Empfehlungen begleitet werden mit der Erläuterung, dass sie sehr abstrakt

gehalten sind, und in der Praxis eine Konkretisierung auf allen Ebenen benötigen. In der Tat wirken die Ratschläge wie die Tipps eines Consulting-Unternehmens, was nicht abschätzig gemeint sein soll. Man ist sich bewusst, dass sie nicht wirklich etwas ganz Neues zu Tage gefördert haben, und man würde sich schämen, hätte man die empfohlenen guten Taten nicht schon längst gekannt, aber halt leider immer noch zu wenig umgesetzt. Aber man ist auch sehr froh, dass endlich alles Schwarz auf Weiss bezeugt ist und man eine legitime Begründung für alle zu folgenden nötigen Massnahmen, darüber ist man sich ebenso klar, in den Händen hält.

Und weil eigentlich allen alles so weit klar ist oder sein sollte, was das weitere Vorgehen betrifft, aber noch längst nicht was dies alles ganz konkret bedeutet, haben wir Grünliberalen uns seit letzter Woche bewusst nicht auch noch in den allgemeinen Medienhype eingemischt, zumal wir ein Interview am Tag der Veröffentlichung ohne auch nur eine ansatzweise gründliche Auseinandersetzung mit dem Bericht unsererseits als nicht seriös erachtet hätten. Jetzt gilt es nach der ersten berechtigten Empörung kühlen Kopf zu bewahren und die Verantwortlichen umgehend mit der Knochenarbeit starten zu lassen. Umfassende Analyse des Berichts und Erarbeiten von Sofort-, mittel- und langfristigen Massnahmen und vor allem einer Gesamtstrategie, denn die Probleme sind zu tiefliegend und vielschichtig für eine weitere Pflasterpolitik.

Da sich des Handlungsbedarfs hier alle schon seit langem bewusst sind, wurde im Sinne von Soforttropfen auf den heissen Stein immerhin schon einiges aufgegleist, unter anderem auch mit parlamentarischen Vorstössen und weitere werden ja folgen, wie wir es jetzt gehört haben unter anderem die PUK. Da werden wir noch schauen, wie wir das als Grünliberale beurteilen.

A propos Parlament, auch wir Mitglieder des Grossen Rats kommen in der Umfrage neben der Bevölkerung nicht durchwegs gut weg punkto Wertschätzung und Interesse für die Polizeiarbeit und die Leistungen des Korps zum Wohl der Gesellschaft. Und vermutlich haben viele von euch Ende Mai auch den Brief eines verzweifelten Polizisten erhalten. Er schildert eindrücklich die Not der Mitarbeitenden an der Front aufgrund des Personmangels wie der mangelnden Entlöhnung und fehlenden Wertschätzung. Hier sind wir aufgefordert, weiterhin unbedingt auf solche Hilferufe zu hören und ich bin dankbar, wenn wir als Parlament der Exekutive alle adäquaten Mittel in die Hand geben, die in unserer Kompetenz liegen. Und ansonsten die verantwortlichen nun mit Führungsstärke ihre Arbeit machen lassen, wozu selbstverständlich auch allfällige Personalentscheide gehören, denen wir Grünliberale jedoch nicht mit einer Aufforderung nach Köpferollen vorgreifen.

Ich glaube, niemand von uns beneidet aktuell Regierungsrätinnen Stephanie Eymann und Tanja Soland . Umso mehr geht es darum, der Regierung jetzt den Rücken freizuhalten, damit wir den von unserer JSD-Vorsteherin bereits angekündigten Bericht zu ersten Massnahmen, die wir lieber bereits vorgestern als erst morgen gesehen hätten, rasch erhalten. Ja, und ganz sicher werden wir dann auch die Regierung daran messen.

Es ist furchtbar, aber es nützt nicht, sich ständig zu wiederholen. Nehmen wir die Chance heraus, dass sich vielleicht ja wirklich auch bei der Polizei endlich ein Kulturwandel einläuten lässt. Diese Aufarbeitung wird uns alle noch lange begleiten, aber sie ist dringend nötig, damit dereinst alle Involvierten, Polizei, Regierung, Parlament, Öffentlichkeit, wieder ins gegenseitige Vertrauen kommen, denn nur so kann letztlich nebst aller Massnahmen das Polizeikorps mittelfristig vielleicht endlich prosperieren.

In diesem Sinne plädieren wir Grünliberalen selbstverständlich für eine umfassende Analyse mit entsprechenden Konsequenzen in welchen Bereichen auch immer nötig, aber auch für die nötige Geduld bis zum Vorhandensein erster Resultate seitens der Regierung, denn die ganz schnellen Lösungen gibt es vermutlich nicht. Ich ermahne uns alle, der Versuchung zu widerstehen, diese Angelegenheit zum Wahlkampfthema zu machen. Was die Polizeibasis nun am wenigsten braucht, sind zusätzliche Unsicherheit und tägliche Spontaneinfälle. Und auch die Bevölkerung sollte uns Politiker:innen nicht als einen Haufen Hyänen wahrnehmen, die bei einem ernsthaften Problem als erstes nur ihre Partikularinteressen sehen. Hier arbeiten wir zusammen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Entschuldigen Sie bitte, dass ich auf den GPK-Bericht zurückkomme. Ich möchte eigentlich nur darauf hinweisen, dass der Bericht zu der Aufsichtskommissions Staatsanwaltschaft nicht von der GPK besprochen worden ist, weil dieser ja erst später erschienen ist. Sie müssen also diesen selber nachlesen und ich kann sehr empfehlen, dass Sie das tun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP hat sich André Auderset gemeldet.

André Auderset (LDP): Lieber Oliver Thommen, danke vielmals für deine Worte. Ich kann gleich die Hälfte meines kurzen Referats wieder…, ich hätte es auch eigentlich gerne mit einer Zwischenfrage erledigt, aber die wurde ja nicht angenommen.

Es scheint mir schon etwas seltsam, bereits heute Morgen bei der Diskussion des FKom-Berichts und jetzt wieder bei der Diskussion des GPK-Berichts wird die Gelegenheit benutzt, auf eine doch etwas günstige, um nicht billige Art zu sagen, Wahlkampf zu machen und jetzt nun das Instrumente einer PUK zu verlangen und Beschuldigungen loszuwerden. Es sei doch noch mal kurz und wirklich nur sehr kurz, weil Oliver Thommen das bereits getan hat, zu sagen, der FKom-Bericht behandelt das Geld, das wir bereits ausgegeben haben und über die Sinnhaftigkeit hätten wir heute Morgen diskutieren müssen, haben wir auch zu einem grossen Teil getan, und der GPK-Bericht behandelt retrospektiv Punkte, die uns aufgefallen sind, die wir behandelt haben. Das ist natürlich eine gewisse Auswahl und kann nie alles umfassen. Was beide Berichte sicher nicht können, hellseherisch auf einen Bericht eingehen, den sie noch gar nicht kennen konnten. Und damit ist es eigentlich wirklich etwas sehr seltsam, dass man hier das zu einer Soade besonderer Art benutzt.

Und geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der linken Seite, wenn Sie eine PUK wollen, dann tun Sie das, dann beantragen Sie das zum gegebenen Zeitpunkt, der ist nicht heute. Und tun Sie das mit den richtigen Instrumenten, dann ist sicher eine Diskussion möglich. Wir versprechen auch, dass wir dann nicht wieder über den FKom-Bericht reden, sondern tatsächlich über die PUK.

Als GPK-Mitglied möchte ich doch noch anmerken, dass ich die parteienübergreifende zusammenarbeiten, das wirklich unter gesundem Menschenverstand funktionierende Diskussionsklima, das wir dort haben, sehr schätze. Ich habe mir sagen lassen, dass der FKOM ein ähnliches Klima herrscht, DASS man auch hier die Parteidinge etwas hinten anstellt und schaut, dass man sachgerecht diskutiert. Schade, dass dann die beiden Berichten hier bereits zum Wahlkampf benutzt werden danke.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Thomas Widmer-Huber gemeldet.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Wir haben es vorher gehört, Lisa Mathys hat in ihrem Votum den Einsatz der Polizei am 1. Mai 2023 thematisiert. Sie stellt sich die Frage, ob es wirklich ein völlig überdimensionierter Polizeieinsatz, wie da im Bereich Schefer erwähnt wurde. Ich erinnere uns daran, dass die Polizei vor dem 1. Mai 2023 ernsthafte Anhaltspunkte hatte, dass mit Gewaltausbrüchen zu rechnen war. Der Einsatz der Polizei war nach dieser Einschätzung nötig. Die Polizei hat auch präventive Aufgaben.

Kurz zum Untersuchungsbericht Schefer: Ich vertraue unserer Regierungsrätin Stephanie Eymann, sie hat es heute Morgen auch ausgeführt, dass sie Massnahmen seriös prüfen wird zur Polizei, auch wenn sie im Bericht kritisch erwähnt wird oder wenn vieles kritisiert wird. Es ist wichtig, dass kritische Punkte aufgearbeitet werden. Grundsätzlich machen die meisten Polizisten eine gute Arbeit, sie setzen sich täglich für unser Wohl ein, für unsere Sicherheit, und es ist mir wichtig, das hier festzustellen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Johannes Sieber hat sich ebenfalls für ein Einzelvotum gemeldet.

Johannes Sieber (GLP): Ich wollte nur kurz Lisa Mathys, die leider meine Zwischenfrage abgelehnt hat, darauf aufmerksam machen, dass der JSD-Verantwortliche in der GPK aus Ihrer Partei kommt. Er könnte in der GPK Anträge stellen für Untersuchungen. Vielleicht sollten Sie einmal inern klären, ob da eine Optimierung der Zusammenarbeit möglich ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Joël Thüring hat sich ebenfalls für ein Einzelvotum gemeldet.

Joël Thüring (SVP): Ich kann gerade dort ansetzen, wo Johannes Sieber aufgehört hat. Ich bin weitaus unbefangener als er, weil ich nicht mehr Mitglied dieser Kommission bin. Ich war es aber sehr lange und kann die ganze Aufregung jetzt auch nicht ganz nachvollziehen. Wir diskutieren heute über den Rechenschaftspflicht der GPK aus dem Jahr 2023. Der nimmt ja auch Bezug auf das Thema der Demonstrationen, auch auf die Demonstrationsmenge respektive auf die statistische Auswertung dieser Zahlen. Ich würde behaupten, da geht die GPK sehr weit ins Operative hinein. Das kann man gut oder schlecht finden. Ich finde das eher nicht ganz so die Flughöhe der GPK, aber das kann man ausdiskutieren. Was ich aber schon sehr speziell finde, ist, wenn wir jetzt heute Morgen schon, aber auch jetzt zu diesem Zeitpunkt permanent über irgendwelche Berichte von Professor Schefer sprechen, einen Bericht, der erst vor wenigen Tagen veröffentlicht wurde. Sie haben offenbar schon Ihren Schluss daraus gezogen, dass es dafür eine parlamentarische Untersuchungskommission benötigt. Lassen Sie doch zuerst einmal auch der zuständigen Regierungsrätin und der Gesamtregierung die Gelegenheit, Stellung dazu zu nehmen, wie sie nun mit diesen Resultaten aus dem Bericht umgehen wollen. Wenn Sie nämlich den Bericht etwas genauer anschauen, dann würde ich einmal behaupten, gibt es nicht die eine Lösung, die gefunden werden kann, um das Problem bei der Kantonspolizei zu beheben. Das muss wahrscheinlich ein Fächer an Massnahmen sein und

da muss ich Ihnen ehrlicherweise auch gestehen, ist mir dann die Retrospektive ein bisschen egal. Das kann sicher im Rahmen dessen aufgearbeitet werden, was auch normale Arbeit ist. Das kommt dann vielleicht im Rechenschaftsbericht der GPK zum Jahresbericht 2024. Aber lassen Sie doch jetzt zuerst einmal die entsprechend verantwortlichen ihre Aufgaben machen, diesen Bericht analysieren. Regierungsrätin Stephanie Eymann kennt den Bericht genau so lange wie wir alle. Sie hat in einem ersten Statement dazu Stellung genommen in den Medien. Diverse Grossrätinnen und Grossräte aus verschiedenen Parteien haben dazu Stellung genommen. Das ist der Weg, den man bei einem solchen Geschäft geht und dann wird zu einem späteren Zeitpunkt wieder darüber berichtet. Aber jetzt mit jedem Votum, wenn das Wort die Polizei aufpoppt, mit Schaum vor dem Mund auf diesen Bericht Schefer einzugehen und dann auch noch gleich eine PUK zu fordern, das dünkt mich jetzt angesichts des Zeitpunktes und dem Umstand, dass Sie ja den Antrag für eine PUK offensichtlich erst nach der Sommerpause einreichen wollen, doch arg Wahlkampf bezogen zu sein.

Das ist Ihr gutes Recht, aber ich finde es dann schon nicht ganz schön, wenn Sie der GPK gleichzeitig in Ihrem Votum noch vorwerfen, sie habe die Arbeit nicht sorgfältig getan. Ich möchte doch auch noch einmal hier auch bei Johannes Sieber anschliessen. Ich kenne die Departementsverantwortlichkeiten innerhalb der GPK nicht mehr. Aber selbst wenn jemand von der SP für das JSD zuständig ist oder auch nicht, dasspielt keine Rolle. Die SP ist in der GPK ebenfalls mit mehreren Fraktionsmitgliedern vertreten und dort ist dann die Gelegenheit, das auch entsprechend auszudiskutieren, und hier muss aus meiner Sicht nicht die GPK dafür kritisiert werden, dass sie etwas nicht untersucht hat oder vielleicht untersucht hat, aber nicht darüber berichtet hat. Das gibt es nämlich bei Oberaufsichtskommissionen auch noch.

Deshalb würde ich mir hier auch ein bisschen mehr Gelassenheit wünschen. Schliesslich wird sich die Problemlage bei der Polizei nicht von heute auf morgen ändern, und wenn Sie die Chronologie der Ereignisse bei der Kantonspolizei anschauen, dann haben diese Probleme auch nicht erst mit dem jetzigen Polizeikommandanten begonnen. Da gibt es vielleicht auch andere strukturelle Dinge, die man angehen muss. Genau deshalb gibt es den Bericht Schefer, deshalb gibt es eine Regierung und deshalb gibt es gleichzeitig eine GPK, die dann prüfen kann, ob die Regierung ihrer Aufsichtspflicht nachgekommen ist. Ich bitte Sie deshalb, die GPK nicht an den Pranger stellen zu wollen. Das wäre aus meiner Sicht der GPK und der Arbeit, die sie leistet, nicht gerecht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Stephanie Eymann, sofern sie es wünscht. Sie verzichtet. Damit hat der Präsident der GPK Tim Cuénod das Wort.

Tim Cuénod (SP): Der Bericht Schefer war kein Thema unseres Berichtes und konnte es aus zeitlichen Gründen auch noch nicht sein.

Zu den Demonstrationen hat die GPK bewusst sich dafür entschieden, nicht einen Einzelfall in diesem Sinne zu untersuchen, sondern gewisse systematische Probleme anzugehen oder versuchen anzusprechen, zum Beispiel die Frage der Demonstrationsstatistik, weil es ja einen Unterschied macht, ob irgendwo zehn Leute demonstrieren oder 5’000. Auch ist es so, dass in Sachen Fragen von Ansprechpersonen bei Demonstrationen, von Formen des Dialogs dies alles Themen waren, aber die GPK hat diesen Entscheid in dieser Form gefällt.

Wozu wir uns in unserem Bericht geäussert haben, ist die Abwärtsspirale, die es offenbar gibt. Vor einem Jahr haben 80 Leute gefehlt bei der Kantonspolizei, jetzt sind es aber 120. Wir schreiben im allgemeinen Teil des Berichtes, und das bezieht sich nicht nur auf die Kantonspolizei, folgendes: «Ist aber eine besonders herausfordernde Situation infolge von Personalmangel erst einmal eingetreten, bedarf es einer schnellen und flexiblen Reaktion, um zu vermeiden, dass es zu einer eigentlichen Krisensituation kommt. Es darf nicht vorkommen, dass das Funktionieren der kantonalen Verwaltung infolge von Personalmangel in Frage gestellt ist.«

Das stellen wir fest und ich glaube, diese flexible und schnelle Reaktion braucht es. Es gibt offenbar strukturelle Probleme, die angegangen werden müssen. Wie Verantwortlichkeiten sind im Hinblick auf bestehende Schwierigkeiten, das haben wir noch nicht untersucht, das konnten wir noch nicht untersuchen, und es ist für mich sehr klar, dass Sorgfalt vor Tempo geht, was in der Geschäftsprüfungskommission sehr häufig der Fall ist. Und ich finde die Zusammenarbeit in der Kommission bis jetzt auch ausgesprochen konstruktiv und denke, dass man sicher noch Diskussionen haben wird, wie wir mit dieser Fragestellung des Scheferberichts und anderen Dingen umgehen wird. Das wird man sehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt. Regierungrat Kaspar Sutter, wünschen Sie das Wort? Er verzichtet. Wortmeldungen liegen keine vor. Damit verzichtet Regierungsrat Kaspar Sutter wahrscheinlich auch in der zweiten Runde und auch Tim Cuénod verzichtet.

Damit kommen wir zur Staatsanwaltschaft. Gibt es Wortbegehren? Es gibt keine Wortbegehren zur Staatsanwaltschaft.

Es geht weiter mit dem Bericht des Gerichtsrats. Es gibt keine Wortbegehren zum Gerichtsrat.

Damit kommen wir zum Thema Bemerkungen zum Bericht der Ombudsstelle, Finanzkontrolle und zum Datenschutzbeauftragten. Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses auf Seite 61 des Berichts.

Titel und Ingress

1 Genehmigung Jahresbericht des Regierungsrates

2 Genehmigung Bericht des Gerichtsrats und der Gerichte

3 Genehmigung Bericht der GPK

4 Kenntnisnahme der Empfehlungen und Forderungen der GPK

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003766, 26.06.24 16:28:30]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Jahresbericht 2023 des Regierungsrats wird genehmigt.

2. Der Bericht des Gerichtsrats und der Gerichte für das Jahr 2023 wird genehmigt.

3. Der Bericht der GPK für das Jahr 2023 wird genehmigt.

4. Die Empfehlungen und Forderungen im Bericht der GPK werden in zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 90 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

61. Resolution David Jenny und Konsorten betreffend keine Duldung von Besetzungen von Räumlichkeiten, die von der Universität Basel genutzt werden

[26.06.24 16:28:42, 24.5296.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben dieses Traktandum heute Morgen auf die Traktandenliste gesetzt. Der Resolutionsentwurf liegt Ihnen vor. Gemäss § 54 der Geschäftsordnung kann eine Resolution nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen gefasst werden. Wir kommen zu den Voten. Zuerst für die Fraktion FDP hat sich eingetragen der Verfasser der Resolution David Jenny.

David Jenny (FDP): Da dies eine normale Debatte ist, habe ich als Verfasser der Resolution nicht das letzte Wort, dann habe ich mich bemüht, das erste Wort zu haben. Dafür, dass die Traktandierung jetzt im zweiten Anlauf geklappt hat, danke ich Ihnen allen. Ich bin froh, dass wir jetzt die Gelegenheit haben, diese wichtige Thematik zu diskutieren. Ich habe bewusst das

Instrument der Resolution gewählt. Diese ist nicht rechtlich verbindlich. Die adressierten die Behörden findet nicht rechtlich verpflichtet, ihr zu folgen. Angesichts der besonderen Nähe unseres Parlaments zum Regierungsrat unseres Kantons und zur Universität Basel sind diese aber wohl beraten, sich mit Inhalt und Forderungen dieser Resolution auseinanderzusetzen, unabhängig davon, ob diese formell überwiesen wird, was leider relativ unwahrscheinlich ist, nur eine einfache Mehrheit findet oder im worst case hier verworfen wird.

Prämisse der Resolution ist, dass Besetzungen im Gegensatz zu Demonstrationen oder Versammlungen keinen grundrechtlichen Schutz geniessen, mindestens so lange, bis nicht ein Gericht in Strassburg ein solches Grundrecht erfindet. Und ich habe mich auch vergewissert bei der juristischen Fakultät, informell, wenn ich behaupte, dass Besetzungen keinen grundrechtlichen Schutz verdienen, würde mir nicht nachträglich mein Doktortitel entzogen werden.

Mit Besetzungen von Räumlichkeiten der Universität werden die Studierenden und der Lehrkörper daran gehindert, den Zweck der Universität zu erfüllen. Die Resolution verlangt, dass denjenigen, die beabsichtigen, durch Besetzung universitärer Räumlichkeiten ihre Forderungen durchzusetzen, klargemacht wird, dass Besetzungen nicht geduldet werden und dass sich dadurch kein Dialog über Forderungen aller Art erzwingen lässt. Dialog scheint ein Schüsselbegriff dieser Debatte zu sein. Der Präsident der GPK ist ja schon auf das Altgriechische heute ausgewichen. Im Wort Dialog steckt Logos, und Logos heisst Wort und nicht Besetzung und «en arché en ho logos» - am Anfang war das Wort und auch nicht die Besetzung.

Ich bin wirklich davon überzeugt, dass an unserer Universität ausreichend rechtliche Möglichkeiten bestehen, mit der Universitätsleitung einen Dialog zu fördern. Es gibt einen Studierendenrat, es gibt die Möglichkeiten von Petitionen, es können alle möglichen Veranstaltungen durchgeführt werden. Dieses Instrumentarium durch Besetzungen anzureichern ist schlichtweg falsch oder im Dialekt ist schlichtwegs «bireweich». Dialog hat etwas Sokroatisches.

Und Sie mögen jetzt in einer Zwischenfrage fragen: Wissen Sie nicht, dass heute in Griechenland die Universitäten rechtsfreie Institutionen sind und die Polizei diese nicht betreten darf? Dann kann ich Ihnen erwidern, das war mal so, aber der oberste griechische Gerichtshof hat ein Gesetz geschützt, so dass eine Campus-Polizei jetzt zulässig ist und diese Unipolizei auch die Universitäten schützen darf. Das war vorher nicht der Fall. Wir haben keine Campus-Polizei, diese Rolle übernimmt unsere Kantonspolizei.

Sie mögen auch sagen, diese Resolution sei nicht mehr aktuell. Sie liegen damit meines Erachtens falsch. Ich will es nicht gross thematisieren die Ausflüchte, die unser Erziehungsdirektor bezüglich der angedrohten Störung der Lehrabschlussprüfungen gefunden hat. Auch wenn zurzeit die Besetzungsaktivitäten eingeschlafen sind, diese können jederzeit wieder zum Leben erweckt werden, auch wenn sich jetzt hier die Linke hinter Besetzungen stellt.

Die Resolutionsforderungen sind bewusst so gehalten, dass sie eben nicht die Vergangenheit thematisieren, sondern ein klares Vorgehen für zukünftige Ereignisse erreichen wollen. Und etwas zur Formulierung der Resolution: Ich habe mich sehr um Zurückhaltung bemüht. Ich habe keinerlei Forderungen auf zwingende Strafverfolgung, Exmatrikulation oder Einwirkung – jetzt ist der Begriff Besetzung in einem anderen Wortsinn gemeint – universitärer Organe aufgenommen. Ich bin überzeugt, dass die Universität Basel die Kommunikation einer klaren Haltung durch den Grossen Rat schätzen wird und jetzt und in Zukunft in ihren Abwägungen dieser Kommunikation – und ich hoffe, es ist die richtige – das gehörige Gewicht geben wird. In diesem Sinne hoffe ich auf Ihre Zustimmung zu dieser Resolution.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt Zwischenfragen von Johannes Sieber und René Brigger. Sie werden angenommen.

Johannes Sieber (GLP): Ich wollte wissen, ob die Ratslinke, die diese Resolution gemäss Kreuztabelle ablehnen wird, im Vorfeld den Dialog gesucht hat, um vielleicht eine Einigkeit zu finden in der Formulierung der Resolution?

David Jenny (FDP): Bezüglich Inhalt der Resolution hat die Linke keinen Dialog gesucht, aber ich habe ja darauf verzichtet, das Sekretariat der SP zu besetzen und das hat sie wahrscheinlich als Verzicht meinerseits auf Dialog aufgefasst.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage stellt René Brigger.

René Brigger (SP): Ich habe eine kleine redaktionelle Frage. Sie reden vom Eigentum des Kantons. Hat der Kanton an diesen Räumlichkeiten überhaupt Eigentum, ist es nicht vielmehr Eigentum der Einwohnergemeinde Basel?

David Jenny (FDP): Die Einwohnergemeinde hat keine eigenen Organe. Das sind Organe des Kantons. Die Verhältnisse sind teilweise nicht ganz einfach. Ich habe Kanton als Oberbegriff genommen und ich danke Ihnen für die Klarstellung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die LDP ist André Auderset.

André Auderset (LDP): Ich danke einerseits für das Verfassen der Resolution, andererseits auch für Ihre eben gesprochenen weisen Worte. Meine werden weniger weise sein, dafür vielleicht auch etwas emotionaler, denn um die normalerweise von Lisa Mathys verbreiteten Worte zu gebrauchen, ich bin einigermassen schockiert, entrüstet und was auch immer, dass nämlich beim letzten Mal vor etwa zwei Wochen die Traktandierung gescheitert ist. Immerhin ist man hier nach dem Scheitern gescheiter geworden und hat nun uns ermöglicht, hier immerhin darüber zu diskutieren.

Eigentlich ist diese Resolution ja restlos überflüssig, denn eigentlich sollte es selbstverständlich sein, dass in diesem Haus eine illegale Besetzung – wahrscheinlich gibt es ja keine legale Besetzung – nicht Billigung findet, schon gar nicht, wenn sie den Hort von Wissen und Forschung, nämlich die Universität Basel, betrifft und ihren Betrieb stört. Es sollte ebenso selbstverständlich sein, dass man gegenüber rassistischen Parolen, die dann nach so einer Besetzung dort hängen, weil eben ein guter Teil oder ein schlechter Teil der Besetzenden eben tark antisemitisch ist, dass dann eben solche Sachen dort stehen, die man eigentlich nur als Rassismus, als Antisemitismus verurteilen muss.

Trotzdem eben wurde vor zwei Wochen tatsächlich von einer knappen Mehrheit in diesem Rat abgelehnt, das zu traktandieren und man hat sich sogar geweigert, darüber zu reden, ob das Antisemitismus ist, ob man das geduldet haben will oder ob man hier nicht ein Zeichen setzen muss. Und dadurch ist die Resolution eben doch notwendig geworden, ist sie anscheinend eben nicht selbstverständlich.

Es ist tatsächlich so, dass ein Teil das abgelehnt hat und mit einigermassen formalistischen Argumenten, man habe ja keine Zeit gehabt, darüber zu reden. Es wird hier im Vorzimmer so viel geredet, ich nehme an, auch darüber zu reden hätte man Zeit gehabt. Es gab dadurch so ein Gerüchlein – ich würde nicht sagen, dass ich das vermute, ich sage nur ein, es entsteht dabei so ein Gerüchlein, dass man je nachdem aus welchem Lager Rassismus kommt, das mehr oder weniger tolerant anschaut. Wenn man hier eben einmal eine gewisse Sympathie mit denen hat, die das machen, dann verzeiht man es. Ich stelle mir jetzt gerade vor, eine irgendwie geartete Gruppierung hätte ein Unigebäude besetzt, um damit gegen die zunehmende Überfremdung der Schweiz zu protestieren oder gegen Missstände im Asylwesen. Sofort wären doch Gegendemonstrationen des Bürgerforums gegen rechts, Seniorinnen gegen rechts, Basel nazifrei und so weiter losgezogen. Hier wurde zum Völkermord aufgerufen, meine Damen und Herren, From the River to the Sea ist nichts anderes, als die Vernichtung Israels zu fordern. Da ging niemand auf die Strasse, nach dem Bündnis Basel nazifrei vermisse ich schon etwa ein Bündnis Basel gegen Antisemitismus.

Hier fehlt es mir etwas an gleichem Augemass, sowohl auf der einen wie auf der anderen Seite, und dass in der Kreuztabelle zu entnehmen ist, dass es immer noch zwei Parteien gibt, die diese Resolution nicht mittragen wollen – ich will nicht sagen, wer sie nicht mitträgt, ist ein Antisemit, das will ich ausdrücklich nicht behaupten, aber er unterstützt damit Antisemiten, und das ist für mich Mittäterschaft.

Deshalb bitte ich Sie, diese Resolution, die leider eben doch notwendig ist, mit zu unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die SP ist die Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Die SP Basel-Stadt verurteilt Antisemitismus, Rassismus und jede Form von Diskriminierung und von diskriminierendem Verhalten. Wir sprechen uns, wenn immer möglich, für den Weg des Dialogs aus. Auch sind antisemitische Parolen wie From the River to the Sea inakzeptabel. Der Terror der Hamas gegen die israelische Zivilbevölkerung und die massive Militäroperation und die katastrophale humanitäre Lage im Gazastreifen bestürzt uns zu tief und sie macht uns auch sprach- und machtlos. Der Grosse Rat hat am 19. Oktober eine Resolution dazu verabschiedet, dazu hat die notabene der Dialog unter den Fraktionen sehr gut funktioniert und wir konnten gemeinsam Worte finden und formulieren.

Jetzt, als eine Reaktion zu den Geschehnissen in Nahost wurden im Mai dieses Jahres Räumlichkeiten der Universität von propalästinensischen Gruppen besetzt. Zu den Besetzungen, zur Haltung der Universität, der Regierung und zur Polizei gibt es unterschiedliche Meinungen und Perspektiven. Wir verstehen die Intention von David Jenny, sich dazu in Form einer Resolution äussern zu wollen, jedoch können wir die darin formulierten Forderungen nicht unterstützen. Eine Forderung der Resolution ist, dass die Universität und die Regierung keinen Dialog mit Besetzenden allgemein führen. Dies als Grundsatz festzuhalten, können und wollen wir auch nicht befürworten. Auch möchten die Unterstützer:innen der Resolutions Besetzungen so rasch wie möglich geräumt sehen. Das ist unserer Meinung nach ein falscher Fokus. Eine friedliche Lösung

zu finden, müsste immer das primäre Ziel sein. Amnesty International weist auch daraufhin, dass laut Rechtsprechung vor jeder Räumung einer Hausbesetzung eine Interessenabwägung vorzunehmen ist. Dies gilt erst recht bei einer Universität, denn sie ist ein der Öffentlichkeit zugänglicher Ort und Raum, in welchem öffentliche Diskurse und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse stattfinden sollen.

Aus diesen Gründen unterstützt die SP-Fraktion die Resolution nicht. Dennoch ist es wichtig, hier eine klare Haltung zu haben und zu zeigen. Unsere Haltung ist immer für die Menschlichkeit und für den Frieden. Wir solidarisieren uns mit den Opfern von Krieg und Terror. Von Rassismus und Antisemitismus distanzieren wir uns klar. In diesem Sinne haben wir auch gestern gemeinsam mit dem GAB ein Statement für differenzierten Dialog und gegen Antisemitismus und gegen Rassismus veröffentlicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SVP spricht Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die SVP-Fraktion hat schon im ersten Teil des Junis die Traktansierung dieser Resolution von David Jenny unterstützt, wir hätten dann selbstverständlich auch dem Text zugestimmt, wenn es zur Abstimmung gekommen wäre. Auch wir schliessen uns dem Dank von André Auderset an, dass er diese Resolution formuliert hat. Tatsächlich ist es so, wie Michela Seggiani gesagt hat, wer diese Resolution heute nicht unterstützt, ist nicht schuldig, Antisemitismus zu unterstützen. Das würde ich wirklich auch weit von mir weisen, wenn das heute jemand im Anschluss behaupten würde.

Aber Michela Seggiani, diesen Schuh müssen Sie sich trotzdem anziehen, ich habe ein wenig Mühe damit, wenn Sie sagen, es brauche eine differenzierte Haltung. Ich kann diese differenzierte Haltung in verschiedenen Punkten nachvollziehen, aber nicht, wenn bei einer illegalen Sympathisanten der Hamas anwesend sind. Es ist keine propalästinensische Besetzung gewesen, das ist ein Narrativ, das ich weit von mir weise. Das war eine Unterstützungsbesetzung der Hamas, eine Terrororganisation, die in verschiedenen Ländern verboten ist, die am 7. Oktober Israel, einen souveränen Staat angegriffen hat und über 1000 Menschen getötet hat, Kinder verschleppt hat, Frauen vergewaltigt hat, auf schändlichste Menschen verunstaltet hat und Menschen für das Leben lang traumatisiert hat. Das ist die Ausgangslage dieses Konflikts in Israel. Es ist kein Angriff Israels davor gewesen, der diesen Terroranschlag auf Israel in irgendeiner Art und Weise legitimiert und gerechtfertigt hat.

Und deshalb finde ich es auch sehr schwierig, wenn von der linken Seite im Zusammenhang mit diesem 7. Oktober immer von einer Differenzierung des Konflikts gesprochen werden soll. Wo differenzieren Sie dann den Konflikt in der Ukraine? Da gibt es auch nichts zu differenzieren. Die Ukraine wurde von Russland angegriffen und es gilt, den russischen Aggressor zu stoppen und den Krieg zu beenden. Dafür braucht es auch keine Verhandlungen. Es braucht einen Sieg der Ukraine. Und genau so ist es bei diesem Angriff der Hamas auf Israel. Es gibt keine Differenzierung in diesem Leid, und deshalb verstehe ich auch nicht, weshalb man sich nun hinter diese von David Jenny sehr moderat formulierte Resolution nicht stellen kann. Denn tatsächlich ist es so, an dieser Besetzung wurde nicht nur die Sympathie mit den Terroristen der Hamas ausgesprochen, sondern es wurden auch antisemitische Parolen skandiert. From the River to the Sea, Palestine will be free antisemitisch konnotiert. Wenn Sie die gleichen Leute haben, die behaupten, Israel würde einen Genozid an Palästinensern verüben, das ist tief verankerter Antisemitismus. Das erinnert an die gleichen Leute, die an die Universität Basel vor einigen Monaten im Fachbereich Urban Studies untersucht haben, ob Israel mit Wildschweinen gezielt auf Palästina und auf die palästinensischen Gebiete, auf die palästinensische Bevölkerung losgeht. Wer das nicht klar verurteilt – und damit meine ich nicht Sie, sondern diejenigen, die bei den Besetzungen dabei waren – macht sich zumindest zu einem Helfershelfer der Hamas-Terroristen. Und das ist aus meiner Sicht etwas, was nicht geht.

Deshalb ist es auch gut, dass wir diesen Resolutionstext vor uns liegen haben, der sowohl an die Universität Basel adressiert ist aber auch an den Regierungsrat des Kantons Basel-Sadt. Wir wollen, dass klargestellt wird, dass Besetzungen, sei es im Zusammenhang mit diesem Konflikt oder mit einem anderen Konflikt, der auf der Welt irgendwo herrschen kann, in keinem Fall gerechtfertigt ist. Die Universität ist nicht der Ort für eine solche Besetzung. Und hier muss sich auch die Universität die Frage und die Kritik gefallen lassen, adäquat gehandelt zu haben. Ich bleibe bei meiner Grundkritik vom Juni, dass die Rektorin, das Rektorat, die Universitätsleitung nicht adäquat gehandelt hat mit dem Festsetzen von Ultimaten, die dann nicht eingehalten worden und verlängert worden sind. Das ist aus unserer Sicht, aus Sicht der SVP-Fraktion ein absolutes Unding, es hätte bereits nach Ablauf des ersten Ultimatums geräumt werden müssen, auch um ein Signal auszusenden an all jene Studentinnen und Studenten, die sich dafür eben nicht eingesetzt haben, dass es zu einer solchen Besetzung kommt, die wie beispielsweise die jüdischen Studentinnen und Studenten seit Monaten offenbar an der Universität bedroht sind, sich unsicher und unwohl fühlen, und das gilt es auch zu respektieren und zu anerkennen. Und diese Resolution soll dazu auch einen Beitrag leisten, dass sich auch jüdische Studentinnen und Studenten an der Universität Basel wieder sicherer fühlen können, auch wenn diese Resolution letzlich symbolisch ist. Sie ist trotzdem eben auch ein Zeichen an diese jüdischen Studentinnen und Studenten und an all jene Studenten und Studentinnen, die sich eben nicht mit diesen Besetzungen solidarisiert haben und sich sogar in ihrem Studienleben gestört gefühlt haben.

Ich glaube, es ist auch gut, dass wir mit dieser Resolution ein Zeichen setzen und ein starkes Votum an die Adresse des Regierungsrates aussenden, dass er die Abläufe bezüglich Räumungen gemeinsam mit der Universität, aber auch dort, wo der Kanton an sich Eigentümer der Liegenschaft ist, so festlegt, dass Räumungen möglichst rasch nach einer erfolgten Besetzung erfolgen. Das ist, zumindest wenn man diesen Fall an der Universität Basel von aussen anschaut, nicht sehr klar gewesen. Es hat ja nicht nur eine Besetzung, sondern mehrere Besetzungen gegeben und zumindest bei der zweiten Besetzung habe ich dann die Haltung der Universität gar nicht mehr verstanden, die gesagt hat, dass diese Liegenschaft ihr ja gar nicht gehöre, sie sei nur Mieterin, hier müsse der Regierungsrat, hier müsse der Kanton handeln. Wenn ich als Mieter in meiner Wohnung eine illegale Besetzung habe, muss ich nicht zuerst meinen Vermieter fragen, ob allenfalls dann irgendwann geräumt werden kann. Dann mache ich das umgehend, dann veranlasse ich das umgehend, hierfür brauche ich keine Bewilligung eines Eigentümers der Liegenschaft. Ich miete sie ja und mit der Miete dieser Liegenschaft habe ich auch gewisse Rechte, die damit einhergehen. Deshalb finde ich auch die Haltung der Universität zumindest etwas auf Baseldeutsch gesagt «gspässig».

Deshalb ist es gut, können wir heute diese Resolution verabschieden. Ich hoffe, die Resolution findet trotzdem die Zweidrittelsmehrheit. Sie könnten heute als linke Parteien ein sehr starkes Signal aussenden, dass Sie mit uns gemeinsam solche Besetzungen nicht dulden wollen und auch mit uns gemeinsam aufzeigen, dass eben die Universität als Institution auch eine gewisse Neutralität und Unabhängigkeit sich bewahren muss und auch bewahren soll und auch in Zukunft bleiben soll, ein neutraler Ort, wo sich alle Studentinnen und Studenten wohlfühlen können, auch jüdische Studentinnen und Studenten.

Deshalb bitte ich Sie, diese Resolution hier zu unterstützen. Auch wenn Sie es nicht tun, ist mir klar, dass sie nicht Antisemiten sind, aber es wäre stark, wenn wir heute als Grosser Rat gemeinsam dieses Signal aussenden könnten. Bitte stimmen Sie deshalb dieser Resolution zu.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum Sprecher für die EVP Thomas Widmer Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Von Eeiten der Mitte EVP-Fraktion unterstützen wir, dass Ende Mai die Besetzung der Uni auf Antrag der Unileitung durch die Polizei aufgelöst wurde. Dialog ist wichtig bei umstrittenen Themen. Demonstrationen sind natürlich legitim, solange sie friedlich sind, nicht antisemitisch und solange nicht From the River to Sea sie skandiert wird. Aber Besetzungen? Das geht gar nicht. Besetzungen überschreiten die rote Linie, denn hier handelt es sich um Hausfriedensbruch, verbunden mit einer Nötigung, da man mit illegalen Mitteln den Dialog erzwingen wollte.

Es gibt andere, legale Möglichkeiten, den Dialog in Gang zu bringen. Im Blick haben wir auch die Studierenden, insbesondere aus der jüdischen Glaubensgemeinschaft. Auch jüdische Studierende sollen unbeschwert studieren und forschen dürfen. Wie in der Resolution erwähnt, sorgen wir uns um den Schutz ihrer Würde. Ausserdem wird ein Boykott der israelischen Universitäten, wie es die Besetzerinnen und Besetzer forderten, nicht nur die israelischen, sondern auch die vielen arabischen Studentinnen und Studenten bestrafen. Zudem ist ein Boykott von Bildung und Forschung kein adäquates Mittel, um einen Krieg zu beenden. Soweit zu diesem Punkt. Aber letztlich geht es einfach um die Frage, wie wir mit Besetzungen umgehen. Und da ist es für uns klar, Besetzungen überschreiten die rote Linie.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an Harald Friedl für das GAB.

Harald Friedl (GAB): Ich beginne mein Votum zu dieser vorliegenden Resolution gleich mit einem Zitat aus der GO: «Jedes Mitglied oder eine ständige Kommission hat das Recht, eine Stellungnahme des Grossen Rates in der Form einer Resolution zu beantragen. Eine Resolution kann nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen gefasst werden.« Das steht in § 54 der Geschäftsordnung, also unserer Gesetzgebung.

Für mich sind in diesem Paragraphen zwei Aussagen zentral: Erstens, mit einer Resolution wird eine Stellungnahme des Grossen Rates geäussert, und sie ist kein Instrument, um Aufträge zu erteilen. Und zweitens, weil es sich um eine Stellungnahme des Grossen Rates handelt, also um den gesamten Grossen Rat, ist auch das Quorum mit zwei Dritteln besonders hoch. Beides hatte man schon gewusst

Die Entstehungsgeschichte der vorliegenden Resolution war unglücklich, und wir in der letzten Grossratssession darauf hingewiesen, dass wir ungenügend in den Entstehungsprozess des Textes involviert waren. Aber damit war es noch nicht gegessen. Es ging eben in der gleichen Art und Weise weiter. Auf die Kritik, dass wir es nicht bei uns in der Fraktionssitzung diskutieren konnten, wurde zwar reagiert, dass aber die unveränderte Resolution ein zweites Mal eingereicht wird, erfuhren wir aus den Medien. Unterzeichnet ist aber die Resolution von allen Fraktionen der GLP bis zur SVP. Die SP-Fraktion und das GAB fehlen und wurden auch nicht involviert. Und das, obwohl klar ist, dass es ein Zweidrittelsmehr braucht, um eine Resolution zu überweisen. Ich lasse das Mal so im Raum stehen.

Wir haben die Resolution an unserer letzten Fraktionssitzung von diesem Montag intensiv diskutiert und ich kann Ihnen versichern, sie hat einen grossen Raum eingenommen in unserer Sitzung. Wir haben sie sehr ernst genommen und wir haben uns differenziert mit dem Inhalt auseinandergesetzt. Sie haben auch mitbekommen, dass die SP und des GAB gestern eine Medienmitteilung veröffentlicht haben, in der wir auch darlegen, was uns stört an dieser Resolution.

Wir kamen an der Fraktionssitzung vom Montag zum Schluss, dass es eben diese Resolution in dieser Form nicht braucht und wir sie auch nicht unterstützen wollen. Denn wir sind der Meinung, dass die Unileitung nicht unter dem Druck der Politik entscheidend soll, wie sie mit Besetzungen oder mit Sicherheitsproblemen umgehen soll. Ich fand es spannend vorhin, beim GPK-Rechenschaftsbericht hat Joël Thüring darauf hingewiesen, dass wir als Grosser Rat nicht ins Operative. bei der Polizei eingreifen sollten. Ich könnte hier das gleiche Argument ebenso bringen.

Die Uni hat versucht, den Dialog zu führen, um über die Beweggründe der Besetzer:innen Klarheit zu gewinnen. Diese Versuche scheiterten, das wissen wir alle. Es wurde ein Ultimatum gesetzt und als das Ultimatum verstrichen war, wurde geräumt. Das Vorgehen der Uni liegt, wie schon gesagt, in ihrem Ermessen und ihre Entscheide waren für uns auch nachvollziehbar. Ich mag nicht daran denken, eine sofortige Räumung hätte auch eine Solidarisierung mit diesen antisemitischen Kräften bewirken können, und ich denke, es musste in der Situation entschieden werden, eine Abwägung gemacht werden, welches das richtige Vorgehen ist. Und da finden wir die Forderungen der Resolution zu strikt, indem sie von vornherein sagt, dass die Uni überhaupt nichts dulden darf, egal, was es auslösen könnte, egal, welches die Reaktionen oder Resultate daraus sein könnten.

Wir vertreten nach wie vor die Meinung, dass die freie Meinungsäusserung unterschätzt werden muss. Wie möchten auch darauf hinweisen, dass weltweit im Moment sehr viele Demonstrationen, Meinungsäusserungen stattfinden zur Situation im Nahen Osten. Wir sehen das auch mit grosser Besorgnis. Wir müssen aber auch darauf hinweisen, dass es auch legitime Formen der freien Meinungsäusserung gibt, selbst in Israel wird demonstriert gegen die Politik der Regierung. Wenn aber Meinungsäusserungen missbraucht werden und gesetzeswidrige Inhalte verbreitet werden oder wenn Gewalt angewendet wird, so soll und muss durchgegriffen werden. Da sind wir uns, glaube ich, alle einig. Dazu braucht es aber, das habe ich vorhin schon erwähnt, in unseren Augen auch eine Einzelfallprüfung, und man kann nicht einfach von vornherein sagen, dass das das richtige Mittel sei, um gegen diese Situation vorzugehen. Eine vorausgehende Doktrin, alle Besetzungen sofort und ohne Dialog zu räumen, geht in unseren Augen zu weit.

Zuletzt fragen wir uns auch, was denn die Resolution eigentlich bezwecken soll. David Jenny hat darauf hingewiesen, dass er nicht die Vergangenheit anschauen will, sondern in die Zukunft schauen will. Joël Thüring hat jetzt aber gesagt und hat vor allem darauf hingewiesen, was da passiert ist bei dieser Besetzung und was die Inhalte waren, die wir auch nicht teilen. Wir sind alle frei, bei einer solchen Situation uns zu äussern. Es wurde auch rege gemacht in den sozialen Medien, es wurden Interpellationen eingereicht. Das finden wir gut. Wir haben uns auch ganz klar geäussert, auch gestern in der Medienmitteilung, auch von unserer Seite gab es Tweets, die sehr sehr deutlich waren und das überhaupt nicht unterstützt haben, was dort passierte.

Wir sind aber auch der Meinung, dass solche Vorkommnisse eben nicht einfach tel quel in die Zukunft extrapoliert werden dürfen und daraus eine Doktrin entstehen darf, in Zukunft immer so zu reagieren. Das finden wir einen falschen Weg. Ich bin auch dankbar um das Votum von Joël Thüring, dass nicht alle, die es ablehnen werden, in den Topf der Antisemiten geworfen werden würden. Danke für das klare Votum. Ich distanziere mich mit aller Deutlichkeit davon, ein Antisemit zu sein oder antisemitisches Gedankengut mitzutragen. Daher glaube ich, habe ich jetzt begründet, warum das GAB hier dieser Resolution nicht zustimmen wird. Einzelne Mitglieder werden sich enthalten, aber sie werden, so viel ich weiss, dieser Resolution auch nicht zustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Johannes Sieber an? Sie wird angenommen.

Johannes Sieber (GLP): Sie haben gesagt, dass es die Resolution in dieser Form nicht braucht. Wäre es nicht Ausdruck eines differenzierten Dialogs, spätestens jetzt mit Änderungsanträgen auf eine stimmige Reform dieser Resolution hinzuwirken?

Harald Friedl (GAB): Das wäre eine Möglichkeit gewesen, aber wie schon gesagt, Dialog geht immer in beide Richtungen. Wir fühlten uns nicht wirklich eingeladen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit spricht Claudia Baumgartner für die GLP.

Claudia Baumgartner (GLP): Das Grundrecht der Meinungsäusserungsfreiheit, da sind wir uns alle einig, ist ein selbstverständliches Gut in jeder demokratischen Gesellschaft, oder sollte es zumindest sein, und kann gerade in der heutigen Zeit der zunehmenden Ideologisierung und Radikalisierung sowie der beängstigenden Mundtodmacherei in vielen despotischen Staaten nicht hoch genug gehalten werden. Unterschiedlichste Meinungen sollen im Sinne einer diversen und dadurch auch gestärkten Gemeinschaft, wir kennen dieses wortwörtlich im Zusammenhang mit der Biodiversität, ihren Platz haben und auch Minoritäten ein Recht auf Chancengerechtigkeit und Teilhabe erfahren. Dafür setzen wir Grünliberale uns regelmässig ein, wie etwa unsere Haltung zum kantonalen Partizipationsgesetz, zum Gleichstellungsgesetz oder jetzt dann morgen aktuell zum Ausländerstimmrecht zeigt.

Wo aber die Meinungsäusserungsfreiheit aus unserer Sicht ganz klar ihre Grenzen hat, ist dort, wo die Rechte anderer dadurch unrechtmässig verletzt werden, so geschehen am 13. Mai im Bernoullianum unserer Universität. Sogenannt propalästinensische Personen besetzten das Gebäude und verhinderten dadurch den ordentlichen wissenschaftlichen Betrieb. Auch wurde von eingeschüchterten Studierenden und vergeblich vermittelnden Lehrpersonen berichtet. Ein Dialog ausserhalb der Okkupation, die mit klaren politischen Forderungen an die Universität gelangte, scheiterte an der Bereitschaft der Besetzenden. Schliesslich gelang mit Unterstützung der Polizei zwei Tage später die Auflösung der illegalen Aktion. Über die Politik weltweit und aktuell im Nahen Osten darf und soll selbstverständlich auch und insbesondere im Rahmen eines universitären Betriebs diskutiert werden und Dialogbereitschaft gerade auch im akademischen Bereich von allen Beteiligten jederzeit unbedingt vorhanden sein. Aber bitte nicht in nötigender Manier, ist die eigene menschliche und politische Verzweiflung auch noch so gross.

Insofern können wir Glünliberalen die Forderung dieser Resolution klar unterstützen. Und als Juristin möchte ich sagen, wenn man den Text der Resolution jetzt nochmals liest, in dem es ja auch vor allem um diese Dialogbereitschaft geht und darum, ob sie nun vorhanden ist oder nicht, also wenn ich lese, dass die Uni und die Regierung erklären sollen, dass sie nicht bereit sind, auf Grund von Besetzungen in einen Dialog mit Besetzenden über Forderungen aller Art zu reten, ist für mich eigentlich sonnenklar: Wenn illegal etwas besetzt wird und man nicht bereit ist, den Dialog ausserhalb dieser illegalen Aktion zu suchen, dann finde ich es wirklich etwas schwierig und selbstverständlich überall sonst sind wir bereit, man muss immer bereit sein, Dialogbereitschaft ist auf jeden Fall immer zu gewähren, aber bitte nicht mit unrechtmässigem Druck.

Ja, wir geben zu dieser Resolution trotz unseres inhaltlichen Einverständnis einfach noch Folgendes zu bedenken: Erstens war diese Situation wohl für die meisten involvierten Gremien eine erstmalige Herausforderung dieser Art, und im Nachhinein ist man meistens klüger als in einer kritischen und komplett neuen Situation. Und wir wissen nicht im Detail, was sich alles konkret ereignet hat, welche Haltung die Unileitung während der zweitägigen Besetzung selber einnahm und welche Schritte sie neben der erfolglosen Vermittlungstätigkeit ebenso erfolglos einzuleiten versuchte. Gerade angesichts des aktuellen Personalmangels bei der Polizei ist etwa nicht auszuschliessen, dass das entsprechende Aufgebot seine Aufgabe nicht, beziehungsweise nur verzögert vollständig wahrnehmen konnte. Zweitens sind wir trotz unseres inhaltlichen Einverständnisses zu den Forderungen der Resolution klar der Ansicht, dass die operative Verantwortung für den universitären Betrieb bei den entsprechenden Leitungsgremien und nicht beim Parlament liegt und wir entsprechend auch unser Vertrauen geben sollen. Es ist mit Sicherheit davon auszugehen, dass die verantwortlichen Leitungsgremien bereits ein Debriefing durchgeführt und erste Massnahmen definiert oder bereits umgesetzt haben, sei dies zur Aufarbeitung der aktuellen Besetzung, sei es für allfällige zukünftige Ereignisse.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelsprechenden, und da hat sich Tonja Zürcher gemeldet.

Tonja Zürcher (GAB): Wir sind alle betroffen vom Terror, dem Krieg, dem Hunger und der willkürlichen Gewalt im Nahen Osten. Es werden in unserer Stadt, in unserer Region leere Stühl mit den Bildern der Opfer, der Geiseln aufgestellt, um auf ihr menschliches Schicksal aufmerksam zu machen. Es werden Peace-Fahnen aufgehängt, es wird demonstriert, es gibt vielfältige Gesprächsabende, Podien, Diskussionsabend und Filmvorführungen zum Thema, und es wurde auch die Uni besetzt. All diese Aktivitäten sind Ausdruck einer grossen Ohnmacht und Verzweiflung angesichts dem Schrecken im Nahen Osten.

Wir wissen alle, dass weder eine Unibesetzung noch leere Stühle oder Peace-Fahnen einen direkten Einfluss auf den Krieg, auf das Töten, auf das Hungern oder generell die Situation im Nahen Osten und das Leben der Geiseln haben. Das ist unglaublich schwer auszuhalten. Trotzdem ist es wichtig, dass diese Sorgen geäussert werden können. Diese Aktivitäten sind Zeichen davon, dass es uns eben nicht egal ist, was passiert, dass wir mitleiden und dass wir wollen, dass die Gewalt und das Leid aufhört. Wenn wir eine Chance auf Frieden und ein Ende der Gewalt haben wollen oder nützen wollen, dann geht das nur, wenn wir trotz dem Schmerz und der Ohnmacht, die wir dabei empfinden, hinschauen und unsere Solidarität mit allen Menschen ausdrücken, die in Israel und in Palästina leiden, und jene Menschen unterstützen, die sich in Israel und Palästina für einen Frieden einsetzen und aktuell zu Zehntausenden auf die Strasse gehen.

Mir war wichtig, das hier nochmals klarzustellen, weil es wird hier über ganz vieles geredet, nur nicht über das, worum es eigentlich geht. Diese Resolution macht das Gegenteil von Solidarität, sie macht das Gegenteil von Hinschauen. Anstatt auf

Menschlichkeit setzt sie auf ein Schwarzweissdenken, auf eine generellen Dialogverweigerung und auf Repression. Das bringt nur eines, eine weitere Spaltung unserer Gesellschaft, als hätten wir davon nicht schon genug.

Ich möchte zum Abschluss noch ganz kurz aus dem Leitbild der Universität zitieren: «Sowohl innerhalb der Universität als auch gegenüber unseren Partnerinnen und Partnern setzen wir auf eine Kultur des Dialogs, der Wertschätzung, des Respekts und der Toleranz.« Das wünsche ich mir auch für unsere Gesellschaft und auch für unsere Politik. Ich bitte Sie deshalb, diese Resolution abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein Votum als Einzelsprecher hat sich David Jenny nochmals gemeldet.

David Jenny (FDP): Wir haben vom GAB jetzt zwei sehr unterschiedliche Voten gehört. Harald Friedl war wieder so formalistisch wie es nur gehen kann und er hat gesagt, die linke Fast-Ratshälfte habe nichts gewusst von der Wiedereinreichung. Ich war in Kontakt mit Michela Seggiani, die mir signalisiert hat, dass die SP die Traktandierung, nicht die Resolution, unterstützen werde, und ich bin naiv davon ausgegangen, es würden kommunizierende Röhren zwischen der SP und dem GAB bestehen. Das hat bei der eine Medienmitteilung, die mir auch nicht persönlich zugestellt wurde, stattgefunden. Aber mindestens bezüglich der SP trifft dieser Vorwurf nicht zu. Es gab auch Medienberichte darüber, dass ich wieder einreiche. Sie kommunizieren ja auch über Medienmitteilungen. Und ich habe auch signalisiert, ich bin nicht empfänglich für Formulierungsänderungen, die dann die Resolution in das Gegenteil verändern, aber für konstruktive Beiträge bin ich durchaus offen. Mir wurde quasi von der eigenen nicht ganz Ratshälfte vorgeworfen, die Formulierung «Räumung so rasch als möglich», sagt zu schwammig. Ich habe bewusst so rasch als möglich gesagt, das ist sowohl rechtlich wie faktisch wie unter Abwägung der Umstände möglich. Wenn jetzt da ein oder zwei Worte noch hinzugefügt worden wären, dann hätten wir darüber reden können.

Zu René Brigger: Ich habe jetzt doch nochmals bei mir nachgelesen, aber ich sage Eigentum der Universität Basel, das ist ein Teil des Kantons Basel-Stadt respektive der Einwohnergemeinde Basel. Also ich glaube doch im zweiten Umgang, dass sei juristisch korrekt formuliert und auch hier hätte ich Änderungsavorschläge von Kollege René Brigger aufgenommen.

Tonja Zürcher hat verdienstvollerweise inhaltlich argumentiert. Sie hat verschiedene Möglichkeiten der Kommunikation in diesen schwierigen Zeiten aufgezählt, sie hat aber mit keinem Wort begründet, warum all diese legalen Kommunikationsformen ergänzt werden müssen durch eine illegale Form. Es ist nicht rechtmässig, da geht es nicht um Dialog. Wir haben alle möglichen rechtmässigen Mittel. Das hat auch Claudia Baumgartner gesagt. Diese sollen ergriffen werden und ich glaube, das ist der Respekt, indem beide Seiten eben rechtmässig aufeinander zugehen. Und ich bitte Sie wirklich, dieser Resolution zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher kommt Pascal Messerli an die Reihe.

Pascal Messerli (SVP): Ich wollte mich eigentlich nicht äussern, aber ich bin trotzdem noch über zwei Worte gestolpert, die man so einfach nicht stehenlassen kann, die Worte Meinungsfreiheit und das Wort Dialog. In welcher Form ist es bitte Meinungsfreiheit, wenn man auf illegale Art und Weise Gebäude besetzt? Das hat doch mit Meinungsfreiheit nichts zu tun. Hören Sie doch auf, hier irgendwelche Begriffe in den Raum zu werfen, die hier einfach überhaupt nicht realistisch sind und auch mit dieser Debatte irgendetwas zu tun haben. Meinungsfreiheit ist, dass man seine Meinung äussern darf auf legale Art und Weise, auch die Meinungsfreiheit kann grundrechtlich eingeschränkt werden, aber eine Besetzung hat sicherlich nichts mit Meinungsfreiheit zu tun.

Und der zweite Punkt ist Dialog. Ja, meine Damen und Herren, die Besetzer wollten ja effektiv keinen Dialog. Die Uni hat den Dialog gesucht. Der Dialog wurde abgelehnt und Sie kommen jetzt wieder, man soll den Dialog suchen, was denn für einen Dialog, den sie ja gar nicht führen wollen? Ich finde es ja dann schon auch spannend. Also Sie reden von Dialog und Meinungsfreiheit. Würden Sie dann diese gleiche Meinung hier vor dem Pult vertreten, wenn die junge Tat, welche mir jetzt auch nicht sympathisch ist, hier ein Universitätsgebäude besetzen würde und Remigration fordern würde? Würden Sie dann auch sagen: ja, das ist Meinungsfreiheit, wir müssen jetzt den Dialog suchen? Ich glaube Ihnen kein Wort, dass sie dann genau die gleichen Worte benutzen würden wie heute, und das ist eben das nicht Konsequente.

Ich bin auch gegen jede Form von Extremismus von links und von rechts und da muss man aber auch etwas tun. Was aber in den letzten Monaten der Fall war, waren reine Lippenbekenntnisse im Kampf gegen Antisemitismus. Man hat gesagt, ja, man setzt ein Zeichen und hat freundlicherweise auch meine Resolution von damals unterstützt, wo ich auch sehr dankbar war, aber dann ist nichts mehr weiter passiert. Der Judenhass auf den Strassen explodiert. Keinen scheint es irgendwie zu interessieren, wenn an Demonstrationen gerufen wird From theRiver to the Sea, es hat keine Konsequenzen, wenn an der Uni behauptet wird, Israel würde Palästina mit Wildschweinen angreifen, keine Konsequenzen, wenn die Uni illegal besetzt wird, keine Konsequenzen. Ja was wollen Sie dann? Wollen Sie Antisemitismus wirklich bekämpfen oder wollen Sie jetzt nur

Lippenbekenntnisse? Irgendwann müssen Sie auch Farbe bekennen und irgendwann müssen Sie hier auch zeigen, wofür Sie einstehen.

Und vielleicht auch noch einmal zum Dialog. Ich möchte hier schon noch einmal festhalten, es waren vielleicht 40 Leute, welche die Universität besetzt haben oder mehrere Gebäude der Universität. Ein Teil davon waren nicht einmal Studentinnen und Studenten. Über 12'000 Studierende hatten Prüfungen, die wollten hier nicht, dass die Universität besetzt wird. Es gab auch jüdische Studierende, welche verängstigt waren. Ja wird denn mit diesen Menschen der Dialog gesucht? Hat man diese Menschen einmal gefragt, ob sie diese illegalen Besetzungen toll finden oder nicht?

Hier fehlt mir doch einfach auch, dass man auf auf diese Menschen eingeht, diese grosse Masse, diese grosse Mehrheit, welche eben genau diese antisemitischen Parolen nicht will, welche diese Besetzung nicht will und hier müssen wir uns doch einfach auch als Grosser Rat, als Parlament für diese Menschen einsetzen, für den Rechtsstaat einsetzen. Und genau dazu dient diese Resolution und deshalb bitte ich Sie auch, diese Resolution zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Beda Baumgartner möchte Ihnen eine Frage stellen. Sie wird angenommen.

Beda Baumgartner (SP): Finden Sie es nicht unglaublich zynisch, dass Ihre nationale Partei als einzige Fraktion im Bundeshaus gegen eine Strategie zur Antisemitismusbekämpfung gestimmt hat und Sie sich hier herausnehmen, so eine Position zu vertreten?

Pascal Messerli (SVP): Meine Positionen sind seit Jahren transparent und dazu kann ich auch stehen. Dementsprechend finde ich es nicht zynisch, ich finde Ihre Haltung zu dieser Resolution sehr zynisch.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Warum hat es so lange gedauert, bis die Polizei kam? Besetzt sonst jemand etwas, kommt die Polizei auch. Die Polizei hat versagt. Zweistaatenlösung…

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das geht zu weit und Sie haben schon 20 Sekunden gesprochen.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin Wahlbeobachter in Belarus, dort würden alle weggesperrt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es tut nichts zur Sache, ich erteile Ihnen einen ersten Ordnungsruf.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Anfang Juni habe ich anlässlich des Anzugs Bruno Lötscher den selbigen gefragt, ob die Welt noch mehr Anwälte brauche. Er hat mir geantwortet: Nein, es braucht bessere. Als ich diese Resolution zum ersten Mal gelesen habe, dachte ich ja, er hat vielleicht recht. Dass eine Resolution von diesem Hohen Haus verabschiedet werden soll, die auf rechtlich so dünnem Eis ist, das finde ich ehrlich gesagt etwas empörend, das muss selbst ich zugeben, der ich nicht Jurisprudenz studiert habe.

Natürlich haben Sie recht, es gibt verschiedene Rechtsgüter, die abgewogen werden müssen. Dazu gibt es auch Bundesgerichtsentscheide. Sie haben zum Beispiel die Nötigung, die Sie hier vielleicht geltend machen können, aber das ist nicht der Grosse Rat, der dies entscheiden muss, vielmehr müsste das ein Gericht tun, das das vielleicht in einer Güterabwägung feststellen kann. Es ist einfach anmassend, wenn der Grosse Rat hier eine Beschneidung der Meinungsäusserungsfreiheit fordert. Wir reden hier ja immer ex post, die Resolution fordert vorausschauend, etwas nicht zu dulden. Wenn von der anderen Seite eine Besetzung käme, dann wären wahrscheinlich alle einverstanden und würden sagen, das darf nicht passieren. Aber das muss zuerst eine Einzelfallprüfung geben und dann muss eingeschritten werden. Mein Eindruck ist, dass die Uni genau das gemacht hat und dass sie in diesem Sinne auch richtig gehandelt hat. Man kann nicht per se etwas verbieten.

Wir müssen auch daran denken, wenn die Junge SVP vom Russia today gefilmt wird, welches dann die Position weiterverbreitet würden, und wenn jetzt das umgekehrt passieren würde und die Positionen der Besetzenden von einem katarischen Sende weitverbreitet werden würden, dann würde das nicht gehen, da gehe ich mit Ihnen hier einig, aber das muss eine Güterabwägung sein und das kann nicht der Grosse Rat hier postulieren, dass man das einfach nicht will.

Die Grundproblematik hier aus meiner Sicht ist, dass wir einen Konflikt haben, der extrem aufgeladen ist, und nicht nur hier, sondern weltweit. Wir haben hier auch eine jüdische Gemeinschaft, die schutzbedürftig ist und die auch diesen Schutz in Anspruch nehmen können muss. Wir müssen hier alles dafür tun, dass das passiert. In diesem Sinne finde hätte ich persönlich es richtig gefunden, dass man diese Resolution überarbeitet. Man hätte zum Beispiel herausstreichen können die Formulierung palästinensische Terrororganisationen. Die Hamas ist keine palästinensische Organisation, die Führer sitzen bequem in irgendwelchen Staaten, währenddem die Menschen, die wirklich in Palästina oder die in Gaza sind, leiden. Die meisten Menschen gehören nicht zu dieser Organisation, sie identifizieren sich nicht mit dieser Organisation. Und dass diese dann auch so geframet werden in der Resolution, finde ist schwierig. Und auch dass der Schutz der jüdischen Gemeinschaft nicht stärker zur Geltung kommt, ist aus meiner Sicht ein Fehler. Ebenso die fehlende Interessenabwägung.

Wenn wir es mit so einem wichtigem Instrument wie der Resolution zu tun haben bei einem Thema, das solche Gräben in unserer Gesellschaft aufwirft, ist es meine feste Ansicht, dass es dann wichtig wäre, dass der Grosse Rat auch diese Gräben zuschüttet. Da muss ich halt auch David Jenny Recht geben. Es hätte hier einen Dialog gebraucht, es hätte ein Brückenbaum gebraucht, und ich finde es schade, dass das auch von unserer Seite, es war wahrscheinlich gegenseitig, nicht stattgefunden hat. Deswegen wird sich ein Teil der Grünen hier enthalten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie nehmen die Zwischenfrage von David Jenny an.

David Jenny (FDP): Ich äussere mich nicht zu Ihrer Einschätzung meiner juristischen Fähigkeiten, aber in der Resolution, auf die ich Bezug nehme, eingehend unserer Resolutionstextes, den wir verabschiedet haben, haben wir gesagt, dass der schrecklicher Krieg gegen Israel von der palästinensischen Terrororganisation Hamas ausgelöst wurde. Warum haben Sie nicht damals gegen diese Formulierung Einspruch erhoben?

Oliver Thommen (GAB): Das hätte ich sehr gerne gemacht, denn ich war mal in Gaza und die Menschen dort tun mir leid.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung. Für die Verabschiedung der Resolution braucht es, wie schon erwähnt, ein Zweidrittelmehr.

2/3-Abstimmmung

JA heisst Verabschiedung der Resolution, NEIN heisst keine Verabschiedung.

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 40 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003768, 26.06.24 17:24:40]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Resolution wird nicht verabschiedet.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich glaube, ich rechne richtig, wenn ich sage, dass das erforderliche Zweidrittelmehr nicht erreicht wurde. Es gibt 50 Ja-Stimmen, 40 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen. Das Geschäft ist erledigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte bleiben Sie anwesend. Es liegt ein Ordnungsantrag vor von Luca Urgese auf Verschiebung des Traktandums 6, Ausgabenbewilligung für die Verlängerung der Leistungsvereinbarung mit der Basler Personenschifffahrt AG auf morgen, 15 Uhr. Der Ordnungsantragsteller möchte begründen, er hat drei Minuten.

Luca Urgese (FDP): Bitte entschuldigen Sie diesen Antrag. Sie haben einen Änderungsantrag auf dem Tisch, es geistern weitere Anträge herum, die heiss diskutiert werden. Ich glaube, wir alle und auch die Basler Personenschiffahrtsgesellschaft hat es verdient, dass wir das sorgfältig miteinander ausdiskutieren und uns da irgendwie einigen können. Diese Gespräche finden noch statt. Wir würden dem Geschäft nicht gerecht werden, wenn wir das nun in einer wahrscheinlich relativ chaotischen Debatte irgendwie miteinander ausmehren würden.

Deshalb wären wir dankbar, wenn Sie uns noch ein bisschen Zeit geben bis morgen 15 Uhr, damit wir Zeit haben, das sauber miteinander auszudiskutieren. Danke, wenn Sie diesem Antrag stattgeben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen über diesen Ordnungsantrag ab.

Abstimmung

Terminierung Traktandum 6 am 27. Juni um 15:00 Uhr

JA heisst Zustimmung zur Terminierung, NEIN heisst Ablehnung der Terminierung.

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 1 Nein, 5 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003770, 26.06.24 17:26:54]*

Der Grosse Rat beschliesst

Zustimmung zur Terminierung von Traktandum 6.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es braucht für diesen Entscheid ein Zweidrittelsmehr, weil es eine Änderung der Tagesordnung ist. Das Zweidrittelsmehr wurde erreicht. Wir haben 87 Ja-Stimmen, eine Nein-Stimme und 5 Enthaltungen. Damit wird Traktandum 6 auf morgen, 15 Uhr angesetzt.

5. Fristverlängerung kantonale Volksinitiative "für den Ausbau der separativen Angebote an der integrativen Schule Basel-Stadt (Förderklassen-Initiative)", Bericht der BKK

[26.06.24 17:27:24, 22.1303.04]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Ich habe dem schriftlichen Bericht der BKK nichts hinzuzufügen und beantrage Ihnen, ein weiteres Mal die Frist für die Behandlung der Initiative im Grossen Rat auf den 23. Oktober 2024 zu verlängern. Ich kann Ihnen versprechen, dass unser Bericht in den letzten Zügen ist und so schnell als möglich verschickt wird. Wir werden im September über die Initiative diskutieren können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Die Fraktionen und Einzelsprecher:innen ebenfalls. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 2 des Berichts

Titel und Ingress, einziger Absatz.

Publikationsklausel

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003773, 26.06.24 17:29:06]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung zur kantonalen Volksinitiative «für den Ausbau der separativen Angebote an der integrativen Schule Basel-Stadt (Förderklassen-Initiative)» wird bis zum 9. Februar 2025 verlängert.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss ist einstimmig angenommen mit 89 Ja-Stimmen.

7. Areal Lindenhof (Lonza): Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Gebiet Areal Lindenhof (Lonza) Nauenstrasse, Lindenhofstrasse, Münchensteinerstrasse; Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 137, Bericht der BRK

[26.06.24 17:29:19, 23.0840.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidenten Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Das Areal der Lonza liegt am Rand des Stadtzentrums von Basel, an einem wichtigen Knotenpunkt zwischen der Einfallachse von Osten und der Verbindungsachse City Gundeldingen. Das 1962 von Suter + Suter erbaute Hochhaus war lange Zeit das höchste Gebäude der Schweiz und ein bedeutender Merkpunkt in der Stadtlandschaft. Obwohl beim Bau eine weitere Überbauung vorgesehen war, wurde diese bis heute nicht realisiert, auch weil es zu hohen baulichen Anforderungen gekommen ist. Eine neue, zeitgemässe Interpretation des Orts ist nun aufgrund veränderter städtebaulicher und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen notwendig.

Die Lonza-Gruppe benötigt dringend mehr Büroinfrastruktur, da der Hauptsitz auf dem Lindenhofareal an seine Kapazitätsgrenzen stösst. Bereits 2017 mussten Abteilungen in externe Räumlichkeiten ausgelagert werden. Zusammen mit Swisslife plant Lonza das Areal zu einem gemischt genutzten Bereich mit urbanem Wohnen und Arbeitsplätzen zu entwickeln. Das Projekt Lindenhof Areal soll die Flexibilität für zukünftiges Wachstum bieten und Raum für ein modernes Arbeitsumfeld schaffen. Im Jahr 2012 führt die Lonza Group AG eine Testplanung durch, um die Überbauungsmöglichkeiten des bisher unternutzten Areal teils zu prüfen. Die Ziele der Testplanung umfassten Flexibilität der Nutzungsmöglichkeiten, städtebauliche und architektonische, Qualität sowie Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit. Die von Morger + Dettli Architekten vorgeschlagenen Zwillingshochhäuser erwiesen sich als Favorit und dienen als Grundlage für den vorliegenden neuen Bebauungsplan. Das bestehende Hochhaus wird dabei unter Denkmalschutz gesetzt.

Die BRK begrüsst die Entwicklungspläne von Lonza für das Lindenhofareal und sieht darin ein klares Bekenntnis zum Standort Basel. Das Projekt sieht eine attraktive Mischnutzung aus Wohnen und Arbeiten vor. Durch die teilweise Umwidmung zum Wohnen und die geplanten öffentlichen Nutzungen in den Erdgeschossen wird der Perimeter aufgewertet. Die hervorragende Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz und die Erreichbarkeit mit dem Auto und Fahrrad sind weitere Vorteile.

Die Verwaltung hat auf Wunsch der Eigentümerschaft das Verfahren beschleunigt, indem die Beratung und Verabschiedung des Bebauungsplans parallel zum Variationsverfahren stattfanden. Dies bringt jedoch das Risiko mit sich, dass tiefgehende Änderungen am Projekt schwierig umzusetzen sind. Die BRK unterstützt die Beschleunigung von Bauprojekten grundsätzlich, lehnt jedoch ab, ein solches Vorgehen als neuen Standard einzuführen.

Das Lindenhofareal umfasst etwa 12’000 m2 und fällt somit nicht unter die Vorgaben des gefundenen Kompromisses zur kantonalen Volksinitiative «Basel baut Zukunft», die einen Automatismus für den Anteil an preisgünstigem Wohnraum für

Areale ab 15’000 m2 vorsieht. In diesen Fällen legt die BRK beziehungsweise der Grosse Rat einzelfallbezogen den preisgünstigen Wohnraum fest. Die Öffnung des Areals zur Wohnnutzung und die Einbindung der Öffentlichkeit bieten eine Möglichkeit zur Steigerung der Lebensqualität im Stadtteil. Obwohl das Projekt vorwiegend als Wohnprojekt mit Arbeitsplätzen angesehen wird, wird es von der BRK als Gewinn für den Perimeter betrachtet, da es das Potenzial, hat den Status Quo signifikant zu verbessern. Es wird Boden entsiegelt, es werden neue Grünflächen geschaffen und durch publikumsorientierte Nutzungen in den Erdgeschossen einen Mehrwert für die Quartierbevölkerung erzielt.

In den Beratungen kam es zu mehreren Anträgen: Es wurde beantragt, dass innerhalb des Bebauungsplansperimeters mindestens 30 Prozent des realisierten Wohnanteils als preisgünstiger Wohnraum zu erstellen sind. Der Antrag wurde damit begründet, dass es zum einen als sinnvoll erachtet wird, wenn der Anteil des umzusetzenden preisgünstigen Wohnanteils im Verhältnis zum effektiv realisierten Wohnraum bemessen wird. Zum anderen sollen gemäss aktuellem Projektstand bei einer Umsetzung des maximal möglichen Wohnanteils bis zu 25’000 m2 Bruttogeschossfläche Wohnen geschaffen werden. Dies komme einer substanziellen Verdichtung gleich, welche sozialverträgliche flankierende Massnahmen erfordern. Mit der bestehenden Formulierung würde demnach lediglich ein Anteil von 16 bis 18 Prozent preisgünstigen Wohnraums erstellt werden müssen. Hinsichtlich der Umsetzbarkeit von 30 Prozent preisgünstigen Wohnens bezieht sich der Antragsteller auf Aussagen der Entwickler, weil sie sich anlässlich von Anhörungen in Kommissionssitzungen zweimal zu dieser Amtsabsicht bekannt haben.

Die Eigentümerschaft sah sich missverstanden bezüglich der Zusage von 30 Prozent preisgünstigem Wohnraum und bot stattdessen 25 Prozent an, was in Anbetracht der hohen Baukosten als maximal wirtschaftlich tragbar angesehen werde. Die Verwaltung argumentiert, dass die Formulierung im Bebauungsplan der Lonza AG eine wirtschaftliche Entwicklung des Areals ermöglichen sollte. Die Kommissionsmehrheit sprach sich schliesslich für den Kompromissvorschlag der Eigentümerschaft aus, wonach 25 Prozent des realisierten Wohnanteils als preisgünstiger Wohnraum zu erstellen sein. Dabei betonte ein Teil der Kommission, dass man zu einer Erhöhung bereit wäre, wenn sich sonst am Ratsschlag nichts mehr ändern sollte.

Ein weiterer Antrag forderte die Eingabe eines Mobilitätskonzepts, welches sicherstellt, dass die Anzahl der Autoparkplätze nicht über 425 steigt. Der Antrag wurde damit begründet, dass in den Strasse rund um das Areal Lindenhof die Lärmschutzgrenzwerte überschritten werden und zusätzlich ist der Verkehr vermieden werden soll. Vertreter der Eigentümerschaft argumentierten, dass gemäss Parkplatzverordnung grundsätzlich zwischen 250 und 300 Parkplätze zulässig sein und ein Mobilitätskonzept noch erarbeitet werden soll. Die Verwaltung verwies darauf, dass es für die Lonza bereits zu einer Reduktion der Parkplätze kommen werde. Die Kommissionsmehrheit lehnte den Antrag ab, da eine Begrenzung der Parkplätze zu mehr Parkplatzsuchverkehr führen könnte und eine Erhöhung der Mitarbeiterzahl bei der Lonza AG eine gewisse Anzahl Parkplätze rechtfertigte. Ein alternativer Antrag auf Festsetzung der maximalen Anzahl Parkplätze auf 40 Prozent der zulässigen Anzahl wurde ebenfalls abgelehnt. Die Kommission erachtet den Vorschlag der Eigentümerschaft zur Erstellung eines Quartierparkings hingegen als prüfenswert, deren Machbarkeit soll bei der weiteren Projektierung unbedingt mitbedacht werden.

Ein dritter Antrag forderte, dass die Überdeckung der unterirdischen Bauten mit einer ausreichend mächtigen Erdsubstratschicht versehen wird, um Pflanzeninseln und Baupflanzungen zu ermöglichen. Eine Bebauung des Randbereichs ausserhalb der Bauelder sollte nicht erlaubt sein. Die Verwaltung zeigte anhand anderer Beispiele auf, dass die Überdeckung der unterirdischen Bauten mit einer Erdsubstratsschicht von mindestens 150 cm überdeckt werden müssten. Die Kommissionsmehrheit stimmte einer Anpassung des Bebauungsplans zu, um dieser Anforderung Rechnung zu tragen.

Im Bereich des Naturschutzes wurde beantragt, dass Massnahmen ergriffen werden, um gefährdete oder erhaltenswerte Bodenvegetation auch ausserhalb des Randbereichs zu erhalten. Die Mehrheit der Kommission unterstützte den Antrag, dass es keinen Grund dafür gäbe, weshalb die gefährdete oder erhaltenswerte Bodenvegetation des Areals nur im Randbereich geschützt werden soll.

Es wurde zudem beantragt, innerhalb der Parzelle und gegenüber Gebäuden einen Lichteinfallswinkel von 60 bzw. 45 Grad einzuhalten, wobei das Gebäude im Baufeld B gegenüber der Nachbarbebauung entlang der Nauenstrasse keinen Lichteinfallswinkel einhalten müsse. Die Mehrheit der Kommission lehnte den Antrag ab, da dies zu einer erheblichen Reduktion der Nutzfläche führen würde und das Projekt obsolet machen könnte.

Bezüglich dem vorgesehenen Label für eine ökologisch nachhaltige Arealentwicklung sollten die Zielwerte des SIA Effizienzpfad Energie für Erstellung, Betrieb und Mobilität eingehalten werden und nicht, wie vorgesehen, die Vorgaben des Labels SNBS. Begründet wurde dieser Antrag damit, dass es sich um eine bewerte Formulierung analog anderer Bebauungspläne, wie beispielsweise dem Areal Wolf handle. Es mache grundsätzlich Sinn, wenn die kantonalen Vorgaben hinsichtlich der baulichen Standards einen einheitlichen Standard aufweisen, was alle Kommissionsmitglieder teilten.

Die Eigentümerschaft wurde um ihre Einschätzung zur Auswirkung des Labelwechsels auf das Bauprojekt gebeten. Sie äusserte Verständnis für den Wunsch der Kommission nach Einheitlichkeit, im Rahmen der umfassenden Arbeiten zur Arealentwicklung haben sich die Projektverantwortlichen bei Swisslife und Lonza intensiv mit der Frage der sinnvollerweise

anzuwendenden Labels befasst und dabei auch zusätzliches Expertenwissen eingeholt. Dabei zeigte sich, dass entgegen einer ersten Kommissionseinschätzung wesentliche Unterschiede bei den verschiedenen Labels bestehen und sich diese je nach Projekt als fachlich hoch komplex und wirtschaftlich folgenreich herausstellen. Im Falle des Bebauungsplans Lindenhof würde der Wechsel auf den SIA Effizienzpfad erheblich höhere Anforderungen bezüglich graue Energie bedeuten. Die genauen wirtschaftlichen Folgen zu eruieren und zu beziffern, hänge von diversen Parametern ab. Gemäss aktuellem Wissensstand müsste aufgrund des Wechsels auf die Zielwerte des SIA Effizienzpfad mit erheblichen Mehrkosten gerechnet werden, was die Wirtschaftlichkeit des Projekts definitiv in Frage stellen würde.

Die Hälfte der Kommission erachtet die Argumentation seitens der Eigentümerschaft als schlüssig und spricht sich gegen die Änderung des Labels aus. Dennoch wird es als sinnvoll erachtet, wenn aus Gründen der besseren Vergleichbarkeit und Gerechtigkeit zwischen den Bauträgerschaften künftig ein einheitlicher Label-Standard für alle grossen Bauprojekte im Kanton gelten würde. Die andere Hälfte der Kommission unterstützt dieses Anliegen, kann der Argumentation der Eigentümerschaft hingegen nicht folgen. Der Antrag wurde mit Stichentscheid abgelehnt.

Ein letzter Antrag forderte den gänzlichen Verzicht auf den Bau des Turms C und stattdessen die Fläche zu begrünen. Die Kommissionsmehrheit unterstützte die Weiterentwicklung des Areals inklusive der beiden Türmer und lehnt den Antrag ab, da der Verzicht auf Turm C das Projekt gefährden würde.

Die Kommission folgt den Ausführungen im Ratschlag zur Abweisung der Einsprachen mehrheitlich. Insbesondere durch die weiteren Anhörungen der Verwaltung und der Eigentümerschaft konnten die in den Einsprachen eingebrachten Einwendungen nochmals geprüft werden. In einigen Punkten hat die Kommission auch aus diesen Überlegungen Änderungen am Bebauungsplan vorgenommen. Letztlich empfiehlt die BRK, die Einsprachen mit 8 Stimmen bei 2 Einhaltungen abzulehnen.

Die BRK beantragt dem Grossen Rat mit 9 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen, den nachfolgenden Grossratsbeschluss anzunehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an die zuständige Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich werde mich angesichts der fortgeschrittenen Zeit etwas kurz fassen. Ich möchte vor allem der Kommission und dem Präsidenten sehr herzlich danken. Man hat aus dem Votum, aus dem Bericht des Präsidenten herausgehört, dass die Verhandlungen über dieses Areal in der Kommission nicht ganz einfach waren. Auch hier treffen wieder sehr, sehr unterschiedliche Ansprüche aufeinander und es war ein intensives Aushandeln in der Kommission.

Ich glaube, dieses Areal bietet wirklich sehr grosses Potenzial und das von zentraler Lage, einerseits für die Erhaltung, aber auch die Weiterentwicklung der Arbeitsplätze dort aber auch eben für Wohnen. Deshalb hat auch die Regierung ein grosses Interesse daran, dass die Arealentwicklung an diesem Ort stattfinden kann und der Regierungsrat empfiehlt Ihnen, dem Bericht und den Vorschlägen der Bau- und Raumplanungskommission zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten und für das GAB zu Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Wir reden heute über eine massive Verdichtung auf dem Lindenhofareal, besser bekannt als Lonzaareal. Aus einem Hochhaus werden drei, und aus einer reinen Büronutzung wird ja eine gemischte Nutzung, die Neubauten dienen primär dem Wohnen und werden auch nicht von Lonza, sondern von Swisslife entwickelt. Es geht beim Bebauungsplan also nur zu einem kleinen Teil um Lonza, und es ist auch offen, wie viele Büros diese Firma in Zukunft tatsächlich auf diesem Areal brauchen wird.

Klar ist, dass die beiden neuen Hochhäuser nicht gebraucht werden oder nicht vollständig gebraucht werden für eine Entwicklung von Lonza. Wir reden hier also über eine ganz normale Arealentwicklung, wie wir sie im Kanton verschiedene haben und noch verschiedene haben werden. Wir sollten sie also nach den gleichen Kriterien beurteilen wie andere auch. Für uns stehen dafür im Vordergrund die sozialen und ökologischen Kriterien und die Quartierverträglichkeit. Bei den sozialen Kriterien steht der Anteil preisgünstiges Wohnen im Vordergrund. Hier haben sich in einem Ausmehrungsprozess 25 Prozent durchgesetzt, wir vom GAB können mit diesem Entscheid leben und tragen ihn auch mit, auch wenn wir uns mehr gewünscht haben und auch der Meinung sind, dass es eigentlich an diesem Ort mehr geben müsste.

Bei den ökologischen Kriterien ist das Projekt nicht wirklich eine Katastrophe, aber auch kein Leuchtturmprojekt für die Zukunft. Es ist einfach mal so ein «weiter wie bisher», rin Standard-Projekt. Bezüglich Stadtklima bringt die Bebauung im besten Fall keine Verschlechterung. das wurde uns auch so berichtet, jedoch sicher keine Verbesserung, wie es das Stadtklimakonzept eigentlich fordert. Es ist uns leider nicht gelungen, in der Beratung der BRK eine sinnvolle Reduktion der

Unterbauung und eine Verbesserung des Stadtklimas und der Schwammstadt zu erarbeiten. Deshalb machen wir hier keinen Antrag dazu wir möchten aber, dass dieses Thema bei einem nächsten Bebauungsplan vertiefter behandelt wird.

Wenn dieser Überbauungsplan durchgewinkt wird, gibt es eine Verdoppelung der Anzahl Autoparkplätze auf dem Areal von heute rund 140 auf knapp 300 und somit eine zusätzliche Belastung des ohnehin stark verkehrsbelasteten und lärmbelasteten Quartiers. Die Quartierverträglichkeit ist aus unserer Sicht deshalb nicht gegeben und es widerspricht nicht nur der Mobilitätsstrategie, sondern auch der Klimastrategie unseres Kantons, hier weiter den Autoverkehr zu fördern. Wie wollen wir den Volksauftrag Netto Null umsetzen, wenn wir ihn nicht in die aktuellen Planungen und Beschlüsse einbeziehen, wenn wir so tun, als könnten wir einfach so weitermachen wie gehabt, nur weil auf der Titelseite des Ratschlags Lonza steht? Beim Wolf haben wir beschlossen, die Parkplatzzahl auf 40 Prozent der gemäss Verordnung mögliche Anzahl zu reduzieren. Eigentlich wollten wir diese Regelung eins zu eins übernehmen und haben das auch so in der Kommission eingebracht. Schliesslich ist das Lindenhofareal nicht nur fast direkt neben dem Wolfareal, sondern bezüglich ÖV-Schliessung auch besser gelegen. Wir haben trotzdem den Antrag nochmals angepasst und sind nochmals etwas entgegengekommen in der Hoffnung, dass es vielleicht hier doch noch ein paar gibt, die den Antrag unterstützen und beantragen Ihnen die Reduktion auf 60 Prozent der maximal zulässigen Parkplatzzahl. Damit wären auf dem Areal gemäss aktueller Berechnung 174 Parkplätze für Autos zulässig. Das ist doppelt so viel als Lonza selber gemäss den Berechnungen braucht, oder anders gesagt 30 mehr als heute der Fall ist. Also für alle, die jetzt schon den Begriff Parkplatzabbau im Kopf haben, nein, das ist jetzt nicht. Einfach zur Klärung: Es wurde auch beim vom Kommissionspräsidenten angesprochen, das Quartierparking wäre von dieser Regelung explizit ausgenommen und würde ganz genau nach den normalen Regeln von Quartierparkings erstellt, wenn es dann kommen würde.

Und zum zweiten Antrag, zum Label: Beim gewählten Label in diesem Bebauungsplan, dem Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz SNBS zeigt man zwar ein grundsätzliches Interesse, die Ökologie einzubeziehen. Es ist aber sehr offen und sehr unklar, was konkret dabei herauskommt. Dieses Label ist ein Gemischtwarenladen, bei dem diverse äusserst unterschiedliche Nachhaltigkeitsaspekte wie Raumluft, Partizipation, Bepflanzung oder eben Klimaemissionen einfliessen. Die gesamte Wertung ist das arithmetische Mittel aus all diesen Einzelnoten. Man kann also bei der grauen Energie oder generell bei den Treibhausgasemissionen extrem schlecht sein, oder sagen wir nicht extrem schlecht. einfach nicht ambitioniert, und trotzdem ein Label bekommen. Und es ist nach dem Überbauungsplan noch nicht einmal ganz klar, ob wir bei diesem Label nach dem Hochhauslabel oder nach dem Areallabel gehen, denn es gibt zwei SNBS-Labels. Wenn wir das jetzt einfach so nehmen, dann kommt irgendwas, aber wahrscheinlich nicht unbedingt das heraus, was wir möchten.

Es gibt im Gegensatz zum SIA Effizienzpfad eben keine klaren Zielwerte für die Treibhausgasemissionen. Wir vom GAB sind deshalb der Meinung, dass der SIA Effizienzpfad, der wirkungsvoller und auch der klarere Weg ist, um Netto Null beim Bauen in unserem Kanton umzusetzen oder wenigstens schrittweise in diese Richtung zu gehen. Ausserdem haben wir bereits beim Erlenmatt und beim Wolf diesen Pfad festgeschrieben. Ein einheitliches Vorgehen erleichtert nicht nur die Planung, sondern auch die Umsetzung. Wir beantragen Ihn deshalb analog zu diesen beiden anderen Bebauungsplänen, hier den Effizienzpfad zu verankern und einen Schritt weiter in Richtung Netto Null zu gehen.

Weil ich jetzt als erste rede und deshalb nicht reagieren kann, falls es nachher kommt, möchte ich noch folgendes bemerken. Es wurde medial gesagt, wir würden einen Kompromiss torpedieren. Deshalb einfach kurz zur Erinnerung: Der Antrag zu den Parkplätzen wurde mit 5 zu 4 abgelehnt, jener zum Effizienzpfad mit 6 zu 6 mit Stichentscheid des Kommissionspräsidenten. Es ist also nicht ein Kompromiss, wenn man mit äusserst knappen Entscheidungen eine Entscheidung fällt. Ich bin sehr dafür, dass wir uns bei zukünftigen Bebauungsplänen wieder versuchen, mehr zu einigen und hier gute Lösungen zu finden. Leider ist es uns bei diesem Areal nicht gelungen.

Ich bitte Sie deshalb, die beiden Änderungsanträge im Sinne eines einheitlichen Vorgehens und der Umsetzung von Netto Null und der Klimastrategie anzunehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum Sprecher für die SVP Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Mit Blick auf die Uhr halte ich mich kurz oder versuche es zumindest. Die SVP-Fraktion bittet Sie, der Version der BRK zu folgen. Ich glaube, unser Kommissionspräsident Michael Hug hat alles schon gesagt, weshalb wir dem zustimmen sollten. Die SVP-Fraktion begrüssen es ausserordentlich, dass ein wichtiger Player wie Lonza hier in Basel ausbauen will. Dementsprechend verstehen wir auch die negativen Reaktionen von rotgrün nicht ganz und werden entsprechend auch die Abänderungsanträge des GAB ablehnen, insbesondere würde die Verankerung des SIA-Pfad in diesen Bebauungsplan das Projekt gefährden. Dann würden wir auch nicht mehr von guten Lösungen reden, sondern wir würden davon reden, dass Projekte nicht zustandekommen und das wollen wir nicht. Wir wollen, dass dieses Projekt zustandekommt und dementsprechend lehnen wir auch diesen Änderungsantrag ab.

Das gleiche gilt im Bereich der Parkplätze. Es ist aus Sicht der SVP nicht nötig, noch tiefer zu gehen als die ohnehin relativ strenge Parkraumverordnung. Auch hier müssen wir nicht noch weniger Parkplätze verankern im Bebauungsplan als das

Gesetzes vorsieht und bezüglich Wohnraum ist es ja auch so, dass wir bei «Basel baut Zukunft» einen Kompromiss gefunden haben: Einen Drittel günstiger Wohnraum für Areale ab 15’000 m2, alles unter 15’000 m2 muss theoretisch auch gar keinen Anteil haben. Es kann, es muss nicht, und hier sind wir mit 25 Prozent trotzdem noch an der oberen Grenze, sehr nahe eigentlich am Drittel und ich glaube, eine höhere Quote hätte wiederum das Projekt gefährdet und dementsprechend sollte man auch da nicht höher gehen. Wir sind hier mit diesem Kompromiss nicht sehr glücklich. Wir schlucken ihn aber im Sinne der Allgemeinheit, damit das Projekt auch zustandekommt, und dementsprechend bitten wir Sie, diesem Ratschlag und der Version der. BRK zuzustimmen und die Änderungsanträge des GAB abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die FDP ist Andreas Zappalà.

Andreas Zappalà (FDP): Ich darf im Namen der Fraktionen der FDP und der LDP sprechen. Nach der Diskussion «Basel baut Zukunft« respektive den vor einem Monat besiegelten Kompromiss, wie in Basel-Stadt inskünftig mit Bebauungsplänen umzugehen ist, beraten wir heute zum ersten Mal einen Bebauungsplan, bei welchem wir aufzeigen können, wie wichtig uns der damals geschlossene Kompromiss ist und wie stark wir uns daran halten möchten.

Pascal Messerli hat es schon gesagt, bei den Bebauungsplänen unterscheiden wir neu in zwei Kategorien jene, die einen Planungsperimeter von mehr als 15’000 m2 haben und jene die darunterliegen. Es gibt beim beim ersteren dann Vorgaben an den Inhalt dieser Bebauungspläne und eine Vorgabe ist dieses Drittel, das dauerhaft gemeinnützig vermietet werden muss.

Das Areal Lindenhof umfasst einen Planungsperimeter von rund 12’000 m2 und liegt somit definitiv unter dieser Schwelle. Aus diesem Grund ist es legitim, sowohl von der Verwaltung wie auch jetzt von der Mehrheit der BRK zu fordern, dass man hier nicht das Drittel anwendet, sondern darunter geht. Die erste Vorlage, die von der Verwaltung ausgearbeitet wurde, sah noch eine Vorgabe von weniger als diesen 25 Prozent vor. Wir haben dann in der Kommission diskutiert und auch die Bauherrschaft hat signalisiert, dass sie mit 25 Prozent leben kann. Man kann hier also bereits sagen, dass auch die Bauherrin einen Kompromiss eingegangen ist und wir sind von der Meinung, dass es richtig ist, hier diese 25 Prozent vorzusehen.

Hier widerspreche ich ein bisschen Tonja Zürcher, die gesagt hat, mit diesem Bebauungsplan sei eine übermässige Verdichtung geplant. Es ist aber genau das, was wir eigentlich immer anstreben und wollen, nämlich, dass wir sagen, es soll dort verdichtet werden, wo bereits ein Standort bebaut ist. Und das macht man hier. Hier verdichtet man, indem man zwei zusätzliche Wohn- und Geschäftstürme hinstellen muss. Die Lonza ist Eigentümerin des Grundstückes und zugleich ein Wirtschaftsfaktor und eine wichtige Arbeitgeberin in unserem Kanton, und sie hat signalisiert, dass sie Bedarf an zusätzlichen Büroräumen hat, welche sie eben an jenem Standort realisieren möchte.

Mit dem heute bestehenden Bebauungsplan – es gibt ja schon einen Bebauungsplan, der auf diesem Grundstück liegt – wäre eigentlich eine Realisierung zum Teil möglich, nur, diese Realisierung wäre dann nicht mehr zeitgemäss und liegt auch nicht im Interesse des Kantons und der Grundeigentümerin. Aus diesem Grund macht es durchaus Sinn, dass man den bestehenden Bebauungsplan überarbeitet und einen neuen Bebauungsplan erlässt, mit neueren, aktuelleren und sinnvolleren Regelungen.

Zur Realisierung dieser Bebauung hat die Lonza einen Partner gesucht und mit Swiss Life eine Partnerin gefunden, die Erfahrung in der Realisierung solcher Projekte hat. Lonza hat klar dargetan, dass sie alleine eine solche Überbauung nicht realisieren könnte und es auch nicht in ihrem Interesse liegt, hier Wohnungsbau zu erstellen respektive Wohnungen zu vermieten. Es ist klar, dass bei der Bebauung solcher Areale auch wirtschaftliche Interessen mitspielen. Die Swiss Life steigt sicher nicht aus reinem Idealismus dort ein, sie ist aber bereit, sich kantonal politischen Gegebenheiten zu unterwerfen. Das zeigt sich schon, wie erwähnt, an der Tatsache, dass sie diese 25 Prozent gemeinnützigen Wohnanteil akzeptiert.

Aus unserer Sicht ist deshalb klar die Frage zu stellen: Möchten wir an diesem Standort Wohnraum mit einem Anteil von 25 Prozent Gemeinnützigkeit oder wollen wir gar keinen Wohnraum? Denn, so meine ich, die Botschaft ist klar, Swiss Life wird sich nur engagieren, wenn es auch für sie stimmt und ihr nicht zu viele Fesseln gelegt werden. Lonza allein wird keine zusätzliche Bebauung realisieren. Somit bin ich oder sind wir klar der Meinung, dass der Bebauungsplan auch in Bezug auf diese 25 Prozent so genehmigt werden muss. In die gleiche Richtung gehen auch die Überlegungen in Bezug auf die Parkplätze und das Label oder den Effizienzpfad.

Ich glaube, dass man durchaus sagen kann, dass Basel-Stadt ein eher strenges Regime fährt, wenn es um die Schaffung von Parkplätzen geht. Dies zeigt sich auch in der Parkplatzverordnung, die nur eine beschränkte Anzahl an Parkplätzen zulässt. Es ist deshalb unverständlich, dass wir bei jedem Bebauungsplan immer wieder neu die Parkplatzdiskussion führen müssen. Weder Investor noch Bauherr noch Grundeigentümern oder auch wie als Parlament verhalten uns gesetzeswidrig, wenn wir die Erstellung von Parkplätzen gemäss Parkplatzverordnung zulassen. Aus diesem Grund bitte ich Sie, den Antrag des GAB zurückzuweisen.

Gleiches gilt auch in Bezug auf den Effizienzpfad. Ich gestehe, ich bin Nichtfachmann und könnte Ihnen auch nicht konkret sagen, wo die Unterschiede liegen. Was ich aber verstanden habe, ist, dass sowohl jetzt SNBS wie auch der SIA-Pfad anerkannte Effizienzpfade sind. SNBS setzt offenbar die Standards für nachhaltiges Bauen und vereinbart dort Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt. Der SIA setzt die Energie in den Mittelpunkt, es werden Betriebsenergie, graue Energie und standortabhängige Mobilität einbezogen. Es sind also beides Pfade, die durchaus legitim sind.

Bei den Vorprojekten und den Vorbesprechungen hat man der Bauherrschaft vorgetragen, dass sie nach dem Label SNBS bauen müssen. Daran hat sich die Bauherrin gehalten. Eine Änderung nun mitten in der Planung vorzunehmen geht unseres Erachtens nicht, vor allem dann nicht, wenn sich die Voraussetzungen wesentlich ändern und das Projekt auf der Kippe steht. Ich erwähne nur einen Punkt. Gemäss Bauherrin wäre die Wärmeversorgung über Fernwärme nicht mehr möglich, wenn man jetzt wechseln würde auf das Label SIA. Undd das ist auch der Grund, weshalb auch wir Sie in Bezug auf diesen Antrag bitten, den Antrag des GAB nicht zu unterstützen und die BRK-Vorlage zu übernehmen.

FDP und LDP bitten Sie, den Bebauungsplan wie er von der BRK vorgestellt wurde, zu unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: An dieser Stelle unterbrechen wir die Sitzung und machen morgen mit Ivo Balmer und Bülent Pekerman in diesem Traktandum weiter.

Schluss der 22. Sitzung

18:00 Uhr

Protokoll

der 23. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Donnerstag, den 27. Juni 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Raoul I. Furlano (LDP); Stefan Wittlin (SP); Lea Wirz (GAB); Daniela Stumpf Rutschmann (SVP); Salome Bessenich (SP); Sasha Mazzotti (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

7. Areal Lindenhof (Lonza): Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Gebiet Areal Lindenhof (Lonza) Nauenstrasse, Lindenhofstrasse, Münchensteinerstrasse; Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 137, Bericht der BRK 2
8. Ausgabenbewilligung für die Weiterentwicklung der Hafenbahn Variante „Südquai“, Bericht der WAK, Mitbericht UVEK 8
9. Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Stadt betreffend Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer, Bericht der JSSK sowie Bericht der Kommissionsminderheit 14

Beginn der 23. Sitzung

Donnerstag, 27. Juni 2024, 09:00 Uhr

7. Areal Lindenhof (Lonza): Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Gebiet Areal Lindenhof (Lonza) Nauenstrasse, Lindenhofstrasse, Münchensteinerstrasse; Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 137, Bericht der BRK

[27.06.24 09:00:14, 23.0840.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüsse Sie zu unserer Bündelitag-Sitzung am wahrlichen Bündelitag und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Letzte Sitzung von Andreas Zappalà

Gestern hat er in gewohnt ruhiger Manier das letzte Votum des Tages gehalten. Heute ist seine letzte Grossratssitzung. Andreas Zappalà ist seit dem 1. Februar 2011 Mitglied des Grossen Rates. In seiner ersten Legislatur war er Mitglied der Begnadigungskommission, der Gesundheits- und Sozialkommission und der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission. Seit seiner zweiten Legislatur ab 2013 ist er Mitglied der Wahlvorbereitungskommission, die er auch vier Jahre präsidierte, und natürlich der Bau- und Raumplanungskommission. Im Namen des Grossen Rates wünschen wir Andreas Zappalà alles Gute für die politische und private Zukunft und bedanken uns für den Einsatz für unseren Kanton. [Applaus]

Kaffee- und Gebäckspende

Wir haben eine Kaffeespende und wir haben auch eine Gebäckspende heute Morgen. Der Kaffee wird offeriert von Andreas Zappalà aufgrund seiner letzten Sitzung und die Gebäckspende ist von Margrit Rünzi, die heute ihren letzten Arbeitstag hat und die wir heute Nachmittag noch gebührend verabschieden werden. Beiden danken wir ganz herzlich für die grosszügigen Gesten. [Applaus]

Besuch auf der Zuschauertribüne

Wir haben gut besuchte Zuschauer*innenränge. Ich begrüsse ganz herzlich angehende Automatikerinnen und Automatiker der Berufsschule Basel. Ich habe sie vorher kurz sprechen dürfen mit Lehrpersonen Eva Huber. Schön seid ihr zu Besuch bei uns, ihr seid aber nicht die einzigen. Wir haben auch Gäste aus dem Nachbarkanton, es ist eine 1. Sekklasse aus Gelterkinden mit Lehrpersonen Andrea Frank.

Ich habe mir sagen lassen, dass ihr in letzter Zeit das Thema Kantonstrennung durchgenommen habt, und ich freue mich auch sehr, dass ihr zu Besuch seid. Es ist immer schön, wenn sich Schulklassen und viele Menschen für unseren Betrieb interessieren. Herzlich willkommen. [Applaus]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir sind gestern stehengeblieben in der Debatte über Traktandum 7. Areal Lindenhof (Lonza): Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Gebiet.

Wir hatten bereits den Kommissionsprecher, den Regierungsrat und einzelne Fraktionsvoten und wir fahren fort mit dem Fraktionsvotum für die SP von Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Heute Morgen besprechen wir den Bebauungsplan Lindenhof fort, heute geht es um die Lonza. Wer kennt es nicht, das Lonza-Hochhaus. Seit über 60 Jahren steht es am Eingang zu Basel, zumindest wenn man im Bahnhof SBB einfährt. Früher war es als Kind für mich immer der Zeitpunkt, ab welchem ich spätestens immer meine Jacke anziehen musste, wenn ich mit Mutter oder Vater im Zug unterwegs war.

Die Lonza-Gruppe stösst an diesem Hauptsitz zunehmend an Kapazitätsgrenzen. Zusätzlicher Bürobedarf und Infrastruktur für Arbeitsplätze mussten zugemietet werden. Und so hat sie sich mit einer erfahrenen und auch bekannten Entwicklerin und Eigentümerin der Swiss Life zusammengetan und möchte diesen Standort weiterentwickeln. Auf diesem Lindenhof-Areal sollte dieser Eintritts-Turm als Ikone und Wahrzeichen erhalten werden und das Stadtbild weiter prägen. Zusätzlich, wir

haben es gehört, baut die Swiss Life zwei weitere Türme hinzu. Mit diesem Projekt sollte dann diese Flexibilität, und um das geht es vor allen Dingen bei der Lonza, bei den Arbeitsplätzen geschaffen werden. Wie korrespondierende Röhren, also wenn Sie mehr Gewerbeflächen brauchen, finden Sie sie dann in mindestens einem der Türme.

Die Lonza braucht also mehr Arbeitsplätze, die Swiss Life möchte mehr Wohnraum bauen und Basel braucht vor allem mehr preisgünstigen Wohnraum. Ich denke, mit diesem Dreiklang könnten wir versuchen, den nun vorliegenden Bebauungsplan zu beschreiben. Die SP-Fraktion bekennt sich klar zum Standort der Lonza, die SP bekennt sich zu mehr preisgünstigem Wohnraum. Die SP ist auch erfreut, dass es der Kommission gelungen ist, in einer ersten post Basel baut Zukunfts-Praxis einen signifikanten Anteil von 25 Prozent preisgünstigem Wohnraum in diesen Bebauungsplan zu verankern, obwohl wir es hier mit einem Areal zu tun haben, das nicht unter den Automatismus fällt.

Zu den Änderungsanträgen. Die SP lehnt den ersten Änderungsantrag zur Reduktion der Parkplätze ab. Ganz nüchtern, die Formulierung im Bebauungsplan legt erstmal die maximal zulässige Parkplatzzahl fest und sobald der parallel laufende Architekturwettbewerb abgeschlossen ist, wird dann der definitive Nutzungsmix festgelegt. Wie zielführend diese Parallelität im Verfahren, auf der einen Seite eine Festsetzung des Bebauungsplans, der die rechtlichen Rahmenbedingungen festhält, und auf der anderen Seite gleich in einen Architekturwettbewerb zur definitiven Realisierung der Bebauung zu gehen, zeigt sich das Risiko und auch diese kritische Abhängigkeit an diesem Beispiel gut, weil diese Parallelität schafft Pfadabhängigkeiten und ich denke, das darf nicht zur Regel werden für zukünftige Bebauungspläne, wenn Sie dann in der Kommission beraten werden.

Es ist vor allem hier auch klar auf den Teil im Bericht zu verweisen, wo die Swiss Life selbst die Aussage tätigt, nur die Parkplätze zu bauen, die sie auch wirklich benötigt. Und sie stellt, nicht verbindlich, aber sie stellt klar in Aussicht, dass an diesem Ort, in dieser Tiefgarage, wenn man dann schon baut, Sharing-Angebote und ein Quartierparking möglich sind. Wir hoffen, die Swiss Life realisiert nur die notwendigen Parkplätze und führt an diesem Standort dieses Quartierparking ein, damit zusätzlicher Raum im öffentlichen Strassenraum entsprechend reduziert werden kann. Ein wesentlicher Punkt, weshalb wir diesen Änderungsantrag auch ablehnen, ist, dass es der Kommission gelungen ist, die Überdeckung dieser Tiefgarage mit 1.20 Meter fest zu verankern.

Beim zweiten Änderungsantrag, im Wechsel des Nachhaltigkeitskriteriums vom Label SNBS, wie vorgeschlagen von der Swiss Life, zum SIA-Effizienzpfad, ist die SP-Fraktion offen. Erst mal begrüssen alle, dass wir hier die Nachhaltigkeit klar erwähnen und mit einem Label hinterlegen. Die Intention, diesen SIA-Effizienzpfad einzuführen, dabei geht das in erster Linie darum, verbindlicher die Reduktion der Treibhausgase ins Zentrum zu stellen. Hierzu möchte ich anmerken, dass auch im gültigen Bebauungsplan ohne Änderungsanträge klar festgehalten ist, dass das SNBS-Label die kantonalen Vorgaben einhalten muss und wenn die kantonalen Vorgaben strenger sind als im SNBS-Label, gehen die dem Label vor. Dem Teil in der Fraktion, die Sympathien haben für diesen SIA-Effizienzpfad geht es vor allen Dingen um die Einheitlichkeit.

Die Bau- und Raumplanungskommission hat die zwei letzten Bebauungspläne, namentlich der Wolf und die Anpassungen auf dem Erlenmatt, mit dieser Zielsetzung, die wirklich auch die Treibhausgase in allen Bereichen, insbesondere in der Erstellung, in der Mobilität und im Betrieb verankert. Ich denke, an diesem Punkt, wie wir das zukünftig regulieren, müssen wir ähnlich, also da spreche ich jetzt so ein bisschen zu meinen Bau- und Raumplanungskolleg*innen, müssen wir eine quasi wie auch intern vielleicht auch nochmals eine Weiterbildung in Anspruch nehmen, dass wir auch wirklich wissen, wo liegen die entscheidenden Unterschiede, so dass wir dann nicht Aussagen von Seiten der Eigentümer*innen einfach so als gegeben annehmen und sagen, ja, wenn ihr das wechselt, dann geht es überhaupt nicht, dass wir das wirklich alle entsprechend abgleichen können. Weil die Klimastrategie in unserem Kanton ist klar und es ist auch klar, dass wir ökologische Kriterien verbindlich verankern wollen. Wir haben hier in diesem Bebauungsplan nun das SNBS-Label mit den entsprechenden kantonalen Vorgaben.

Geschätzte Kolleg*innen im Rat, heute legen wir diesen Bebauungsplan fest. Wir verschaffen damit der Lonza mehr Flexibilität, der Swiss Life geben wir eine Wohnüberbauung und für unseren Kanton sichern wir immerhin 50 dauerhaft bezahlbare Wohnungen. Ich bitte Sie, diesen Bebauungsplan anzunehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Die Zwischenfrage wird abgelehnt. Wir kommen zum Sprecher für die GLP, Bülent Pekerman.

Bülent Pekerman (GLP): Die Grünliberale Fraktion begrüsst die Entwicklungsabsichten der Lonza AG auf dem Lindenhof-Areal. Das Projekt bringt der Stadt erhebliche Vorteile, indem der Hauptsitz der Lonza AG gestärkt, zusätzlicher Wohnraum geschaffen und die urbane Entwicklung gefördert wird. In Anbetracht der Tatsache, dass dieses Projekt nicht unter den Automatismus von Basel baut Zukunft fällt, erachten wir den Mindestanteil von 25 Prozent an preisgünstigem Wohnraum für dieses Projekt als angemessen, ohne die Wirtschaftlichkeit und Realisierbarkeit des Projekts zu gefährden.

Darüber hinaus sind wir der Meinung, dass die Anzahl der maximal zulässigen Parkplätze nicht eingeschränkt werden sollte. Vor dem Hintergrund der Schaffung von neuem Wohnraum und zahlreichen Arbeitsplätzen ist es trotz der guten

Erschliessung des Areals mit ÖV nicht zielführend, die Eigentümer in ihren Rechten derartig einzuschränken. Wir begrüssen den Vorschlag der Eigentümerschaft, die zu erstellende Tiefgarage für die Quartierbevölkerung zu öffnen. Ein Quartierparking auf diesem Areal würde die Parkplatzsituation für die Anwohnenden verbessern. Wir Grünliberalen setzen uns konsequent für die Verlagerung von Parkplätzen unter die Erde ein, um im knappen Strassenraum Platz für mehr Begrünung und Velo-Sicherheitsmassnahmen zu schaffen. Wenn wir wie im vorliegenden Bebauungsplan eine Gelegenheit zur Schaffung von zusätzlichen unterirdischen Parkplätzen für die Quartierbevölkerung haben, müssen wir sie auch ergreifen.

Nun zur Frage, ob SIA-Effizienzpfad oder SMBS-Label. Wir unterstützen die Entwicklung des Areals nach den Vorgaben des SNBS-Labels, weil damit sichergestellt ist, dass die Bauten ressourcenschonend und effizient erstellt, unterhalten und betrieben werden. Das SNBS-Label steht für Nachhaltigkeit und hohe Umweltstandards, was für uns von grosser Bedeutung ist. Der SIA-Effizienzpfad ist der einzige Gebäudestandard, der Zielwerte für Treibhausemissionen definiert. Er ist zurzeit noch ein Merkblatt und wird erst zu einer Norm überarbeitet. Wir Grünliberalen können uns vorstellen, das SMBS-Label für zukünftige Bebauungspläne zu verwenden, damit auf lange Sicht eine Gleichbehandlung der verschiedenen Areale gewährleistet ist.

Wir unterstützen den Antrag der BRK und lehnen sämtliche Änderungsanträge ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Mitte/EVP spricht Andrea Elisabeth Knellwolf.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Ich kann es nach dem Votum von Bülent Pekerman ohne Notizen und ultrakurz machen. Er hat eigentlich schon alles gesagt, was für uns auch gilt, Mitte/EVP. Wir begrüssen den Bebauungsplan in der Form, wie er von der BRK mehrheitlich verabschiedet wurde, wir lehnen alle Änderungsanträge ab und wir freuen uns, dass aus diesem Areal etwas Schönes entstehen kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich habe gerade überlegt, ob ich jetzt oder nachher bei den Änderungsanträgen sprechen soll. Ich habe mich für jetzt entschieden, weil wir gerade darüber geredet haben. Ich möchte Ihnen die Position der Regierung bezüglich dieser Energiezielsetzung nochmals kurz mit auf den Weg geben. Und zwar ich unterstütze das Votum von Grossrat Ivo Balmer, dass man das mal ganz grundsätzlich anschaut. Gerade bei der Energiezielsetzung entwickelt sich ja im Moment sehr viel und auch der SIA-Energiezielpfad wird im Moment überarbeitet. Also man muss das wirklich nochmal sorgfältig anschauen, es sind andere Parameter, andere Voraussetzungen, es lässt sich nicht ganz miteinander vergleichen.

Wichtig ist aber, neben dem, dass wir natürlich eine gewisse Vergleichbarkeit zwischen den Arealen herstellen möchten, wichtig ist vor allem auch, dass man es früh weiss, dass man es in die Planungen einbeziehen kann und hier jetzt zu diesem späten Zeitpunkt einen Wechsel zu vollziehen, würde die Realisierung dieses Projekts an dieser Stelle zumindest stark verzögern. Und der Regierung ist es ein Anliegen, das die Lonza dort das bald realisieren kann, ebendiese wichtigen Arbeitsplätze und Wohnungen schaffen kann und deshalb bittet Sie der Regierungsrat, die Änderungsanträge abzulehnen und dem Vorschlag der BRK zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an den Sprecher der Bau- und Raumplanungskommission, Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Ich würde auch ganz kurz noch etwas sagen zu den Änderungsanträgen und danach nicht noch einzeln darauf eingehen. Es wurde jetzt schon sehr viel Richtiges gesagt. Ich denke, es ist auch eine Qualität, diese Kommission, dass wir sachlich, inhaltlich über diese Themen sprechen können.

Zum Energielabel, da hat es sich einfach herausgestellt, dass das noch nicht ganz finalisiert ist, dieser SIA-Pfad, und das Risiko, dass wir danach vor einer Grossbaustelle wären oder eben nicht, weil das Projekt dann durch diese Planungsänderung gar nicht realisiert werden könnte. Das sehe ich als grosses Risiko für dieses Projekt und darum bin ich sehr dankbar, dass die Mehrheit auch nach den Voten, die wir gehört haben, sich dafür einsetzt, dass man das Label jetzt nicht ändern würde. Ich bin ebenfalls dafür, dass wir in der Kommission uns einmal weiterbilden können und uns mit dieser Thematik auseinandersetzen würden.

Ich bitte Sie deshalb entsprechend der Diskussion in der Kommission, wo die ähnlichen Änderungsanträge bereits diskutiert wurden, die Änderungsanträge nicht zu unterstützen und den Ratschlag, so wie die Kommission ihn behandelt hat, zu unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 12 des Berichts)

Titel und Ingress

I. Festsetzung des Bebauungsplans

1. Bebauungsplannummer 14’379

2. Vorschriften Bebauungsplan

a. Baufeld A

b. Baufeld B und C

c. Sicherstellung architektonischer Qualität

d. Nutzungen

e. Lichteinfallswinkel

f. Erschliessung

g. Mobilitätskonzept

Hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion GAB vor. Sie beantragen einen zusätzlichen Satz betreffend Parkplätze. Dieser liegt Ihnen schriftlich vor.

Wir eröffnen dazu die Debatte. Das Wort geht an die Antragstellerin Tonja Zürcher. Sie verzichtet. Für die Kommission verzichtet der Sprecher ebenfalls, ebenso Esther Keller. Es liegen keine Wortmeldungen vor. In der zweiten Runde wird ebenfalls verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

17 Ja, 75 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003778, 27.06.24 09:22:24]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Änderungsantrag abgelehnt mit 75 Nein-Stimmen gegen 17 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter.

h. Besucherparkplätze

i. Fussverkehr

j. Aussenraum

k. Bodenvegetation

l. Zertifizierung

Hier liegt ebenfalls ein Änderungsantrag der Fraktion GAB vor. Sie beantragen eine andere Formulierung für den ersten Satz. Auch dieser Antrag liegt schriftlich vor.

Wir öffnen dazu die Debatte. Möchten Sie begründen, Tonja Zürcher? Sie verzichtet. Michael Hug und Esther Keller verzichten ebenfalls. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

19 Ja, 73 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003780, 27.06.24 09:23:36]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Änderungsantrag abgelehnt mit 73 Nein-Stimmen gegen 19 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter.

3. Abweichungen Bebauungsplan

II. Abweisung der Einsprachen

III. Aufhebung Bebauungsplan Nummer 137 vom 11. Dezember 1991

IV. Publikation

Rechtsmittelbelehrung

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

75 Ja, 14 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003782, 27.06.24 09:24:37]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Festsetzung eines Bebauungsplans

1. Der Bebauungsplan Nr. 14'379 von Städtebau & Architektur vom 08.07.2022 wird verbindlich erklärt.

2. In Ergänzung/Abweichung zu den gültigen Zonenvorschriften der Zone 4 gelten die folgenden Vorschriften des Bebauungsplans:

a. Baufeld A: Denkmal Lonza-Hochhaus Die Zulässigkeit baulicher Massnahmen richtet sich nach den Vorgaben, die sich aus der Unterschutzstellung gemäss Kantonalem Denkmalverzeichnis ergeben. Die maximal zulässige Bruttogeschossfläche beträgt 11'500 m2.

b. In den Baufeldern B und C dürfen Gebäude mit den folgenden maximal zulässigen Wandhöhen und Bruttogeschossflächen (BGF) erstellt werden: Wandhöhe maximal: Gleiche Höhe wie bestehendes Lonza-Hochhaus BGF Total Baufeld B + C: 32'500 m2. Die Anzahl Geschosse ist frei. Dachgeschosse sind nicht zulässig. Technische Anlagen sind, wenn immer möglich innerhalb der zulässigen Wandhöhe anzuordnen.

c. Zur Sicherstellung einer sehr guten Gesamtwirkung mit einer hohen architektonischen Qualität sind die Bebauungen auf den Baufeldern B und C sowie deren Umgebung gestützt auf ein Varianzverfahren zu entwickeln. Von der Form der vorgegebenen Baufelder B und C kann im Rahmen des Varianzverfahrens geringfügig abgewichen werden, wenn die Fläche und die städtebauliche Gesamtkonzeption gleichbleiben.

d. Auf den Baufeldern A - C sind Wohn- und Arbeitsnutzungen zulässig. Es sind minimale Bruttogeschossflächen für Arbeitsnutzungen von 19'500 m2 einzuhalten. Der Mindest-Wohnflächenanteil für das Areal beträgt 30 %. Innerhalb des Bebauungsplanperimeters sind 25 % des realisierten Wohnanteils als preisgünstiger Wohnraum zu erstellen. In den Erdgeschossen der beiden neuen Hochhäuser sind publikumsorientierte Nutzungen vorzusehen.

e. Innerhalb der Parzelle und gegenüber Gebäuden ausserhalb ist ein Lichteinfallswinkel von 60° einzuhalten. Das Gebäude im Baufeld B muss gegenüber der Nachbarbebauung entlang der Nauenstrasse keinen Lichteinfallswinkel einhalten.

f. Die Erschliessung des Areals für den motorisierten Individualverkehr hat über die im Plan dargestellten Punkte zu erfolgen. Auf dem Areal ist kein motorisierter Durchfahrtsverkehr zulässig.

g. Mit der ersten Baueingabe ist ein Mobilitätskonzept für das gesamte Areal vorzulegen.

h. Auf dem Areal dürfen neben den neuen Hochhäusern maximal 8 neue oberirdische Besucherparkplätze erstellt werden.

i. Für den Fussverkehr ist eine aus allen Richtungen öffentlich zugängliche und in Ost-West-Richtung sowie falls möglich aus Nordrichtung hindernisfreie Durchwegung des Areals vorzusehen und durch eine Dienstbarkeit zu sichern. Die entsprechende Dienstbarkeit darf ohne Zustimmung der Bewilligungsbehörde weder geändert noch aufgehoben werden. Dies ist im Grundbuch anzumerken.

j. Aussenraum Der Aussenraum ist hinsichtlich einer guten Gesamtwirkung gestützt auf ein Varianzverfahren nach ökologischen und stadtklimatischen Kriterien hochwertig zu gestalten. Die Überdeckung der unterirdischen Bauten ist mit einer genügend mächtigen Erdsubstratschicht von mindestens 150 cm Höhe zu versehen, die stellenweise auch Pflanzinseln und Baumpflanzungen erlaubt. Eine ober- oder unterirdische Bebauung des Randbereichs ist nicht erlaubt, davon ausgenommen sind Massnahmen, die der Versickerung und dem Schwammstadtprinzip oder der notwendigen Erschliessung des Areals dienen. Mit der ersten Baueingabe ist ein verbindliches Umgebungs- und Entwässerungskonzept für das gesamte Areal einzureichen. Das anfallende Meteorwasser ist nach dem Schwammstadtprinzip zu bewirtschaften (verdunsten, speichern, oberflächlich versickern).

k. Es ist durch entsprechende Massnahmen sicherzustellen, dass gefährdete oder erhaltenswerte Bodenvegetation ausserhalb der Baufelder erhalten und wenn möglich fortgeführt wird. Die Massnahmen sind im Baubewilligungsverfahren aufzuzeigen.

l. Das Areal wird gemäss den Vorgaben des Labels «SNBS» entwickelt und zertifiziert. Strengere kantonale Vorgaben gehen diesen Zielwerten vor. Von der Zertifizierung ausgenommen ist das Denkmal Lonza-Hochhaus im Baufeld A.

3. Das zuständige Departement kann Abweichungen vom Bebauungsplan zulassen, sofern dadurch die Gesamtkonzeption nicht beeinträchtigt wird.

II. Abweisung der Einsprachen

Die im Ratschlag Nr. 23.0840.01 im Kapitel 6 aufgeführten Einsprachen werden abgewiesen soweit darauf eingetreten werden kann.

III. Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 137 vom 11. Dezember 1991

Der Grossratsbeschluss betreffend Erlass spezieller Bauvorschriften für das Lindenhofareal/Münchensteinerstrasse/Nauenstrasse/Lindenhofstrasse vom 11. Dezember 1991 wird aufgehoben.

IV. Publikation

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum und tritt am fünften Tag nach der Publikation des unbenutzten Ablaufs der Referendumsfrist oder im Falle einer Volksabstimmung am fünften Tag nach Publikation der Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diesen Beschluss kann Rekurs beim Verwaltungsgericht erhoben werden. Neue Einwände sind ausgeschlossen, wenn sie bereits im Einspracheverfahren hätten vorgebracht werden können.

Den Einsprecherinnen und Einsprechern ist dieser Beschluss zusammen mit dem zugrundeliegenden Ratschlag und dem dazu ergangenen Bericht der Bau- und Raumplanungskommission als Einspracheentscheid persönlich zuzustellen. Die Zustellung erfolgt nach unbenütztem Ablauf der Referendumsfrist oder, im Falle eines Referendums, nach der Annahme dieses Beschlusses in der Volksabstimmung. Wird der Beschluss in der Volksabstimmung abgelehnt, so ist den Einsprecherinnen und Einsprechern eine persönliche Mitteilung zuzustellen, dass ihre Einsprache obsolet geworden ist.

Der Rekurs ist innerhalb von zehn Tagen nach der Zustellung dieses Beschlusses beim Verwaltungsgericht anzumelden. Innerhalb von 30 Tagen, vom gleichen Zeitpunkt angerechnet, ist die Rekursbegründung einzureichen, welche die Anträge der Rekurrentin oder des Rekurrenten und deren Begründung mit Angabe der Beweismittel zu enthalten hat.

Bei völliger oder teilweiser Abweisung des Rekurses können die amtlichen Kosten, bestehend aus einer Spruchgebühr sowie den Auslagen für Gutachten, Augenscheine, Beweiserhebung und andere besondere Vorkehren, der Rekurrentin oder dem Rekurrenten ganz oder teilweise auferlegt werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbesschluss zugestimmt mit 75 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

8. Ausgabenbewilligung für die Weiterentwicklung der Hafenbahn Variante „Südquai“, Bericht der WAK, Mitbericht UVEK

[27.06.24 09:25:10, 23.0812.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Das Wort geht an deren Präsidentin Andrea Elisabeth Knellwolf.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Vorausschicken möchte ich, dass es bei diesem Geschäft auch einen Mitbericht der UVEK gab, ich gehe darum auf die umweltschützerischen Aspekte und verkehrstechnischen Aspekte nur marginal ein. Die UVEK und die WAK haben sich im Vorfeld abgesprochen, wer welche Schwerpunkte behandeln wird in diesem komplexen Geschäft, so dass es keine Doppelspurigkeiten gibt.

Den Startschuss für die Verlagerung der Hafenbahn hat der Grosse Rat bereits im Februar 2020 gegeben, nämlich mit seiner Zustimmung zur Ausgabenbewilligung für die Weiterentwicklung der Hafenbahn in Kleinhüningen. Mit dem nun vorliegenden Ratschlag wird eine Ausgabenbewilligung von gut 36 Millionen Franken für die zweite Tranche der Planung und Realisierung der Verlagerung der Hafenbahn gemäss Variante Südquai beantragt.

Mit der Variante Südquai werden die Gleise südlich der Wiese vom Klybeckquai verschwinden. Künftig sollen das Klybeckquai und das Westquai für Wohnnutzungen zur Verfügung stehen. Vorgesehen ist eine Konzentration der Güterumschlagsinfrastruktur im Hafenkerngebiet nördlich der Wiese.

Die Variante Südquai bringt mehrere Vorteile mit sich. Die notwendigen Flächen tangieren die inventarisierten Trockenwiesen nur marginal. Der Betrieb im Hafenbahnhof kann bei der Variante Südquai weitgehend unabhängig von der deutschen Bahn durchgeführt werden. Von grundlegender Bedeutung ist auch, dass die Kapazität und die Leistungsfähigkeit mindestens gleichwertig mit der heutigen Hafenbahn sind. Der Flächenbedarf ist bei der Variante Südquai im Vergleich zu den anderen Varianten am kleinsten. Das Bundesamt für Verkehr wurde frühzeitig in die Projektevaluation einbezogen und beurteilt die Variante Südquai als Bestvariante.

Um Zeit zu gewinnen, hat der Regierungsrat die ersten Projektierungen von Ersatz- und Verlagerungsmassnahmen im Rahmen des Budgets Hafenbahn vorgezogen. So sollen der Ersatz der Zollmessstation sowie die Aufstockung und Rückbauten der IWB bereits zusammen mit dem vorliegenden Variantenentscheid finanziert und umgesetzt werden. Darüber hinaus muss aufgrund des Flächenbedarfs für die Hafenbahn am neuen Standort eine Liegenschaft zurückgebaut werden, die sich im Inventar der schützenswerten Bauten des Kantons Basel-Stadt befindet. Zu den Naturschutzaspekten verweise ich auf den Mitbericht der UVEK, wie erwähnt.

Als weitere Massnahme für die Sicherstellung der Flächen muss die Klärschlammverbrennungsanlage an einem anderen Standort ersetzt werden. Aufgrund des Alters der Anlage ist sowieso ein Ersatz bis spätestens 2030 notwendig. Für dieses Projekt wird dem Grossen Rat ein separater Ratschlag vorgelegt werden.

Um das Gesamtprojekt realisieren zu können, ist ein umfangreicher Landerwerb und Landabtausch notwendig. Zudem müssen zwei Parzellen von privaten Baurechtsnehmern zurückgeholt werden. Mit dem vorliegenden Ratschlag wird beantragt, den Regierungsrat zu ermächtigen, die Verhandlungen zu den Landerwerben zu führen. Die konkreten Anträge zum Landerwerb folgen dann in einer weiteren Ausgabenbewilligung für die dritte Tranche dieses Projekts.

Wie im Ratschlag ausgeführt, hat der Regierungsrat im Laufe der bisherigen Projektierung verschiedene vergleichende Gesamtwirtschaftlichkeitsprognosen für die verschiedenen Hafenbahnvarianten berechnen lassen. Durch die Umnutzung der Flächen nach der Verlegung der Hafenbahn erhöht sich der Landwert einmalig um schätzungsweise 232 Millionen Franken. Darüber hinaus werden jährlich bis zu 60 Millionen Franken Steuermehreinnahmen erwartet. Auch die Wertschöpfung wird

durch die Transformation des Areals erhöht. Die Realisierung dieser wirtschaftlichen Potenziale setzt voraus, dass die zugrundeliegenden Annahmen in Bezug auf Dichte und Nutzung im Zuge der städtebaulichen Entwicklung realisiert werden können.

Zur Kommissionsberatung. Die WAK hat das Geschäft an fünf Sitzungen behandelt und sich von den zuständigen drei Departementen BVD, WSU und FD eingehend informieren lassen. An dieser Stelle herzlichen Dank an die vielen Beteiligten. Eintreten auf dieses Geschäft war in der WAK unbestritten. Die Kommission hat sich vertieft mit der Frage der Gesamtwirtschaftlichkeit auseinandergesetzt und die Ersatzflächenthematik für die Naturwerte diskutiert.

Der Bau des Hafenbeckens 3 ist aufgrund von Einsprachen weiterhin blockiert. Die Kommission hat sich darlegen lassen, dass zwischen Hafenbecken 3 und Hafenbahn keine Abhängigkeiten bestehen. Für die Verlegung der Hafenbahn sei die Verzögerung bei Bau des Hafenbeckens 3 sogar ein Vorteil, weil dadurch die Realisierung des Hafenbahnprojekts keine Bahnbrücke über das Hafenbecken 3 gebaut werden müsse. Also hier hat eine Verzögerung doch einmal eine positive Auswirkung. Für die Kommission war es wichtig zu wissen, dass die Verlegung der Hafenbahn auch dann sinnvoll ist, wenn das Hafenbecken 3 nicht gebaut werden könnte. Für weitere eingehend geprüfte Aspekte verweise ich auf den Ratschlag und den Kommissionsbericht. Einzelne Erwägungen werde ich jetzt im Folgenden noch darlegen.

In der Kommission war unbestritten, dass es sich bei der Variante Südquai um das bisher beste Projekt für die Verlegung der Hafenbahn handelt. Durch die geplante Verlegung der Hafenbahn werden die Lärmemissionen auf die angrenzenden Wohnquartiere deutlich reduziert. Dennoch muss man sich darüber im Klaren sein, dass für die Verlegung der Hafenbahn erstens keine Notwendigkeit besteht und es sich hierbei um kein politisches Projekt zur Reduktion von Lärmemissionen handelt. Im Kern geht es bei der Verlegung der Hafenbahn um das Freispielen von Flächen am Rheinufer zur weiteren Stadtentwicklung. Nach der Verlegung der Hafenbahn können die Gebiete Klybeckquai und Westquai städtebaulich zu Quartieren mit einem Nutzungsmix aus Wohnen und Arbeiten weiterentwickelt werden.

Auch wenn im Rahmen dieser Ausgabenbewilligung lediglich die Massnahmen für die Verlegung der Hafenbahn enthalten sind, so ist eine Zustimmung hierzu nur sinnvoll, wenn auch die Absicht der städtebaulichen Weiterentwicklung mitgetragen wird. Für die WAK ist klar, dass die Vorstellungen, wie die Quartiere künftig aussehen sollen, weit auseinandergehen können. Dennoch beinhaltet die Zustimmung zu dieser Ausgabenbewilligung auch ein Bekenntnis zur städtebaulichen Weiterentwicklung der freigespielten Areale.

Das Projekt zur Verlegung der Hafenbahn ist zudem ein sehr kostspieliges und aufgrund der vielen Abhängigkeiten auch kein risikofreies Projekt. Noch steht nicht genug Fläche für das Projekt zur Verfügung. Vorgängig müssen mehrere Landgeschäfte realisiert werden können und damit am Schluss die Gleise verlegt werden können, braucht es im Vorfeld mehrere Verlagerungs- und Ersatzmassnahmen. Bei optimalem Projektverlauf kann nach rund neun Jahren erst mit der Verlegung der Hafenbahn begonnen werden.

Im Ratschlag wurde die Gesamtwirtschaftlichkeit des Projektes dargestellt. Es konnte gezeigt werden, dass der Return on Investment positiv ausfällt. Einmalig steigt der Landwert, langfristig können die Steuereinnahmen und die Wertschöpfung gesteigert werden. Die Kommission hat durch ihre Nachfragen versucht, einen Eindruck davon zu erhalten, wie die aktuellen politischen Vorstösse die Wirtschaftlichkeitsberechnungen beeinflussen. Als Antwort wurde der Kommission eine Sensitivitätsanalyse präsentiert. Konkrete Zahlen lassen sich daraus keine ableiten, aber aus Sicht der Kommission hat sich gezeigt, dass die Wirtschaftlichkeit des Projekts grundsätzlich weiterhin gegeben ist. Deutlich wurde, dass die Bruttogeschossfläche die wesentliche Variable in der Sensitivitätsanalyse ist.

Obwohl es interessant war zu sehen, dass die Faktoren, die berechnet werden können, positiv ausfallen, so reicht die Bedeutung des Projekts betreffend die Verlegung der Hafenbahn weit über die monetären Aspekte hinaus. Der städtische Nutzen des Projekts übertrifft den finanziellen bei weitem. Der Mehrwert besteht primär in der Möglichkeit, neue Quartiere zu entwickeln und die heute bestehenden Quartiere besser an den Rhein anzubinden. Das Freispielen des heutigen Hafenbahnareals eröffnet dem Kanton die einmalige Chance einer städtebaulichen Entwicklung an bester Lage. Die Wirtschaftlichkeitsanalyse zeigt auf, dass sich dieser Befreiungsschlag auch in einer Aufwand- und Ertragslogik lohnt. Vor allem aber besteht hier aus politischer Sicht die Jahrhundertchance, ein grosses Areal an bester Lage aus einer Hand entwickeln zu können. Einem Teil der Kommission ist es dabei wichtig zu betonen, dass die Kosten für die Hafenbahn angesichts der erhofften Zusatzeinnahmen nicht zu einem Investitionsdruck führen dürfen, unter welchem die sozialen und ökologischen Aspekte einer nachhaltigen Stadtentwicklung vernachlässigt werden.

Die UVEK hat einen Ergänzungsantrag gestellt an die WAK, darauf gehe ich jetzt ein. Die Kommission hat auch den Mitbericht der UVEK zur Kenntnis genommen und den Antrag diskutiert. Die UVEK hat sich in ihrem Mitbericht mit der Frage der Ersatzflächen auseinandergesetzt und beantragt der WAK eine Ergänzung des Grossratsbeschlusses. Das Anliegen der UVEK ist es, dass die Sicherstellung der Naturwerte, der Erhalt der Naturfläche und die ökologische Vernetzung aufgrund ihrer grossen Bedeutung auch Gegenstand des Grossratsbeschlusses sind und ein Ersatzflächenkonzept vorgelegt wird. Die WAK unterstützt diese Ergänzung grossmehrheitlich und schlägt im Hinblick auf den Projektablauf eine weitere Präzisierung vor. Sinnvollerweise soll das Konzept spätestens zusammen mit der Ausgabenbewilligung Hafenbahn Tranche III dem Grossen Rat zur Kenntnisnahme vorgelegt werden.

Die WAK hat vom Regierungsrat eine Stellungnahme zu diesem Ergänzungsantrag eingeholt. Es wurde bestätigt, dass der Antrag weder inhaltlich noch terminlich als problematisch angesehen wird. Einzelne Mitglieder der WAK haben diese Ergänzung des Grossratsbeschlusses abgelehnt mit der Begründung, dass sich am geplanten Vorgehen nichts ändere und lediglich ein unnötiger zusätzlicher Prozessschritt verankert werde. Überhaupt handle es sich nicht nur um ein Umweltprojekt, sondern auch um ein ökonomisches Projekt.

Ich komme zum Schluss. Aufgrund all dieser Überlegungen empfiehlt die WAK dem Grossen Rat einstimmig, der Ausgabenbewilligung für die Weiterentwicklung der Hafenbahn gemäss Variante Südquai zuzustimmen und den Regierungsrat zu ermächtigen, die Verträge zum Landerwerb vorbehaltlich der Zustimmung des Grossen Rats zur Tranche III abzuschliessen. Aufgrund des ergänzten Beschlusses wird der Grosse Rat über die Ausgabenbewilligung zu Tranche III in Kenntnis des Ersatzflächenkonzepts zu einem späteren Zeitpunkt abstimmen können.

Balz Herter (Mitte-EVP): Für die UVEK hat das Wort deren Präsident Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Zunächst möchte ich auch meinen Dank an das BVD, WSU und die weiteren Fachpersonen aussprechen, die uns in unserer Beratung begleitet haben. Wir haben das Geschäft an vier Sitzungen beraten. Auch möchte ich der WAK danken für die gute Aufnahme unseres Vorschlags für eine Ergänzung des GABs. Die UVEK hat die durch die WAK vorgenommene Präzisierung zur Kenntnis genommen und ist damit einverstanden.

Ich möchte nun nur noch auf die Punkte eingehen, die ergänzend zum Votum sind der Präsidentin der WAK. Wir haben uns ja in der UVEK einerseits mit dem Bahnprojekt an und für sich, mit der Flächenverfügbarkeit, mit Ersatz- und Verlagerungsmassnahmen und mit den raumwirksamen Interessen auseinandergesetzt. Beim Bahnprojekt möchte ich hinzufügen, dass trotz der Flächeneffizienz, also 30 Prozent weniger Fläche, genügend Kapazität besteht, um das heutige Aufkommen sowie auch das prognostizierte Aufkommen inklusive einer Marge, wenn zum Beispiel Hoch- oder Niedrigwasser auf dem Rhein ist und sich die Mengen dann kurzfristig verändern, dass dieses abwickelbar ist und dass auch die der europäischen Norm entsprechenden 750 Meter langen Züge abgefertigt werden können mit dieser Variante Südquai. Das war uns wichtig, diese Zusicherung haben wir uns eingeholt. Die UVEK schätzt die Variante Südquai so ein, dass es dort weniger Bewilligungshürden gibt im Vergleich zu anderen Varianten, die auf dem Tisch sind.

Bei der Flächenverfügbarkeit, auch in Ergänzung zu den Aussagen der Präsidentin der WAK, möchte ich noch erwähnen, dass für die UVEK wichtige Themen wie zum Beispiel der Fernwärmeausbau oder auch die Erweiterung und Sanierung der ARA kompatibel sind mit den Plänen der Variante Südquai. Auch das war uns wichtig, diese Abklärung zu machen.

Nun noch zu den Ersatz- und Verlagerungsmassnahmen. Es geht, wie schon erwähnt, um die Naturwerte. Es geht darum, sie in ihrer Wertigkeit zu erhalten, das ist einerseits die Fläche, andererseits aber auch die Qualität. Diese zwei Aspekte müssen miteinander verrechnet werden. Dazu besteht eine Methode, die wurde entwickelt, ist im Moment noch vor Bundesgericht, wird dann entschieden durch das Bundesgericht, ob diese Variante so okay ist und wenn sie so okay ist, würde sie auch in diesem Fall angewendet. Es geht aber neben den Flächen und ihrer Wertigkeit auch um die Vernetzung, also die Lage der Flächen und ob sie zueinander Sinn machen. Auch das ist wichtig. Im Fokus steht sicher die Trockenwiese, aber nicht nur. Auf dem Hafenareal selber gibt es weitere ökologisch sehr wertvolle Flächen, auch in dem Gebiet, wo die ARA, die IWB, usw. ihre Gebäude haben, geht es um solche Flächen und schlussendlich dann auch um das Gebiet der potenziellen Stadtentwicklung.

Uns in der UVEK war es wichtig, diese schwierige Aufgabe, die aus unserer Sicht eben auch gleichwertig ist mit den anderen Planungen, diese im Grossratsbeschluss noch besonders zu berücksichtigen und auch festzuhalten, dass man die eben von Anfang an mitdenkt, weil sie zum Beispiel in Sachen Vernetzung von Anfang an mitgedacht werden soll, damit sie parzellenübergreifend und über die Gebiete übergreifend dann Sinn macht. Aus Sicht der UVEK ist es auch wichtig, mit den Verbänden zusammenzuarbeiten und deren Fachwissen miteinzubeziehen.

Noch zur Zollmessstation, die soll ja in die Langen Erlen zügeln, auch das hat uns beschäftigt. Die Bauphase, die relativ bald schon ansteht, sowie auch dann die neue Situation mit dieser Sozialmessstation in den Langen Erlen wird eine gewisse Beeinträchtigung zur Folge haben. Uns wurden aber Ausgleichsmassnahmen nachvollziehbar aufgezeigt. Die UVEK erwartet in diesem Zusammenhang, dass den Naturwerten sowie der Erholungsfunktion grösstmögliche Beachtung geschenkt wird bei den anstehenden Planungen und Umsetzungen.

Zum Schluss noch die raumwirksamen Interessen. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass die Erschliessung angepasst wird, und uns wurde in Aussicht gestellt, dass das Gesamtverkehrsaufkommen in diesem Gebiet nicht wesentlich sich verändern wird. Auch das ist wahrscheinlich eine wichtige Information, wenn die weitere Planung weitergehen soll.

Am Schluss sind wir einstimmig zum Schluss gekommen, dass wir dem Beschlussentwurf zustimmen möchten mit dieser Ergänzung, die nun die WAK noch präzisiert.

Balz Herter (Mitte-EVP): Für den Regierungsrat hat das Wort Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Der Regierungsrat beantragt Ihnen hier 36 Millionen Franken. Schon das ist an sich eine grosse Summe, investiert werden diese Gelder aber vor allem in die weiteren Planungen und auch in erste Rochaden im Perimeter. Sie finden übrigens die Details auf Seite 34 und 35 des Ratschlags der Regierung. Für die Realisierung, also für die nächste Tranche, die wir beantragen werden, rechnen wir mit Kosten von rund 275 Millionen Franken. Das umfasst neben den Baukosten auch Kosten für den Landerwerb, für Ersatz- und Verlagerungsmassnahmen. Es ist klar, diese grossen Ausgaben, die müssen sich für den Kanton lohnen, nicht nur städtebaulich, sondern auch wirtschaftlich. Es gibt aber einen grossen Return on Investment, über Steuereinnahmen, über den erhöhten Landwert und über eine erhöhte Bruttowertschöpfung.

Der Regierungsrat begrüsst es, dass die WAK die Zahlen zur Wirtschaftlichkeit nochmals kritisch überprüft hat, auch angesichts der jüngsten politischen Entwicklungen rund um die Arealentwicklungen, die zum Teil noch nicht abschliessend gereift waren zum Zeitpunkt der Ausarbeitung der Vorlage. Es gibt noch einige Herausforderungen in der weiteren Arbeit, die bevorstehen, unter anderem bezüglich der Flächen, die die Hafenbahn benötigt. Am Hafen sind, wie Sie wahrscheinlich aus eigenen Besuchen wissen, die Flächen belegt. Deshalb ist das ein bisschen wie Tetris, alle Teile müssen ineinander passen. Es stehen Flächenrochaden bevor, die wirklich anspruchsvoll sind und die eben auch zeitkritisch sind, aber auch bezüglich Naturwerte haben wir noch einige Herausforderungen. Am Ende geht es darum, die Hafenbahn effizienter zu machen und Flächen frei zu spielen für diese Nutzungen am Klybeckquai und am Westquai für Wohnungen, für Arbeitsplätze, für die Öffentlichkeit, auch für öffentliche Plätze und Orte.

Ich danke den Kommissionen für die intensive Auseinandersetzung mit diesem grossen Geschäft, für die kritischen Rückfragen und die Inputs. Der Regierungsrat kann die Änderungsvorschläge der Kommissionen unterstützen und bittet Sie um Zustimmung zur Ausgabenbewilligung.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Als erstes hat das Wort Jérôme Thiriet für das GAB.

Jérôme Thiriet (GAB): Das Grün-Alternative Bündnis ist im Grundsatz auch sehr einverstanden mit dem Ratschlag der Regierung. Für uns ist es sehr wichtig, dass vor allem das Gebiet der Klybeckinsel, das abgeschnitten ist vom Kleinhüningen-Quartier, dann freigespielt ist und die Hafenbahn eigentlich nur noch auf das Hafengebiet reduziert wird und man damit eigentlich einen guten Teil der Stadt weiterentwickeln kann. Momentan sind dort die Lärmemissionen noch hoch, man hat keinen Zugang zur Klybeckinsel und insofern ist es für uns unbestritten, dass die Hafenbahn dort weg muss und auf den Hafen reduziert wird.

Wir beim GAB haben eigentlich drei Punkte, die uns wichtig sind. Andrea Knellwolf hat ja den Bericht schon vorgelesen, es gibt dort ganz verschiedene Sachen, die zu beachten sind. Im Vordergrund steht, das hat auch Raphael Fuhrer gesagt, das Ersatzflächenkonzept. Wir haben ja beim Hafenbecken 3 gesehen, was das verursachen kann, wenn man da nicht rechtzeitig alle Verbände miteinbezieht und das vorsichtig plant. Insofern haben wir diesen Antrag der UVEK unterstützt und würden das sehr begrüssen, wenn das Ersatzflächenkonzept für die Naturwege sowohl im Klybeckquai als auch am Westquai und auch auf der Kleinbeckinsel, also südlich der Wiese, uns vorgelegt wird, bevor wir dann das Geld für die Tranche III bewilligen.

Geld für die Tranche III, da komme ich gerade zum nächsten Punkt. Regierungsrätin Esther Keller hat es ja gesagt, wir reden da von fast 300 Millionen Franken, die wir ausgeben für die Verlegung der Hafenbahn. Dem gegenübergestellt wird aber das Return on Investment, sprich, das, was man erwarten kann, das zurückkommt, wenn man die Stadtentwicklung vorantreibt. Es ist vor allem der Landwert, der sich erhöht, aber natürlich auch die Steuereinnahmen, die man erwartet mit diesen Menschen, mit dem Steuersubstrat, die dann dort auf der Klybeckinsel wohnen sollten. Uns ist es aber sowieso wichtig, dass die Ausgaben von 300 Millionen Franken nicht zu so einem Investitionsdruck auf der Klybeckinsel führt, dass man eigentlich die sozialen und ökologischen Aspekte von einer nachhaltigen Stadtentwicklung vernachlässigt und dort eigentlich einfach nur auf vermögende Menschen setzt, die viel Steuersubstrat generieren. Das ist nicht in unserem Sinn.

Wir haben dann auch in der Kommission noch einmal anschauen lassen, ob diese Prognosen von diesen 60 Millionen Steuersubstrat, das reinkommt jährlich, und der Landwertsteigerung von etwa 250 Millionen wirklich zutrifft, weil es ja auf dem Gebiet auch noch ein paar Unbekannte hat, wie zum Beispiel der Gegenvorschlag zu Basel baut Zukunft oder die Initiative Hafen für alle, die dort ein bisschen Einfluss darauf haben, was dort hinkommt und was eben nicht. Da haben wir dann herausgefunden, dass das gar nicht so genau berechnet werden kann. Es hat dann so eine Sensitivitätsanalyse gegeben und es ist nicht ganz klar, wie viel Geld dann wirklich zurückkommt. Wir wollen auch, dass es offenbleibt und dass man dort die Entwicklung der Stadt unabhängig planen kann.

Was uns auch noch wichtig ist zu sagen, ist, dass die Variante Südquai, also die Verlegung der Hafenbahn jetzt vorangetrieben werden kann. Es hat immer auch noch Nachfragen gegeben, ob das zusammenhängt mit der Realisierung des Hafenbeckens 3, die ja eigentlich immer noch nicht feststeht, und da ist uns versichert worden, dass das Hafenbahnprojekt absolut unabhängig vom Hafenbecken 3 ist. Das Hafenbecken 3, wenn es dann einmal kommt, ist ein in sich geschlossenes System und die Hafenbahn selber bedient eigentlich die restlichen Hafenanlagen und hat damit nichts zu tun mit dem Hafenbecken 3.

Unter der Berücksichtigung von all diesen Punkten würden wir Ihnen auch empfehlen, den Ratschlag anzunehmen und die Regierung damit zu beauftragen, die Variante Südquai weiter zu verfolgen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort geht an Christine Keller von der SP.

Christine Keller (SP): Ich kann es nun recht kurz machen. Der geschätzte Herr Vorredner hat doch einiges bereits gesagt, dem auch wir zustimmen. Auch für uns ist es sehr wichtig zu betonen, vorab keinen Zusammenhang mit Hafenbecken 3, unabhängig davon, und selbstverständlich die Natur, die uns am Herzen liegt. Aber der Reihe nach.

Wir sehen diese Variante Südquai als die Valabelste an, die je zur Diskussion stand, und im Vordergrund steht für uns aber ganz klar der Nutzen für die Bevölkerung. Auch für Menschen, die dort leben, ist diese Verlagerung ein grosser Mehrwert, eine Entlastung von Lärm, das Rheinbords wird jetzt zugänglich. Die Renditeerwartungen, das hat der Vorredner klar dargelegt, sind mit einer gewissen Vorsicht zu geniessen. Im Licht von Basel baut Zukunft Gegenvorschlag und Gegenvorschlag Hafeninitiative. Wir werden sehen, was geht, aber es ist sicher sehr wichtig, dass diese Hafenbahn umgelegt wird und damit Land nun zur Verfügung steht.

Der grosse Wermutstropfen, das wurde jetzt auch vom Präsidenten der UVEK und vom Vorredner gesagt, ist wirklich dieser Eingriff in die Natur. Es werden Bäume gefällt werden, es werden wertvolle Areale wegfallen und das steht und fällt mit uns mit dem Ersatzkonzept, das wurde gesagt. Und darum ist uns dieser Abänderungsantrag unter Ziffer 4 auch wichtig, denn die UVEK eingefügt und wir noch ergänzt haben, wir wollen dieses Ersatzflächenkonzept kennen. Beim nächsten Schritt dann bei Tranche III wollen wir das in Kenntnis, was da geht und was auch als zulässig und ausreichend bezeichnet wurde von den Höchstrichtern. Das wollen wir zum Zeitpunkt dieses Beschlusses sehen.

Darum bitten wir Sie jetzt, diesem wichtigen Projekt mit diesem Ersatzflächenantrag in Ziffer 4 des Beschlusses zuzustimmen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Für die Fraktion LDP hat das Wort Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Wir haben schon sehr viel gehört über dieses Projekt und die LDP begrüsst auch diese Ausgabenbewilligung für die Variante Südquai.

Was einfach wichtig ist zu betonen, ist, diese ganze Geschichte ist jetzt nicht irgendwie etwas, was in den nächsten zwei, drei Jahren über die Bühne gehen wird, sondern das ist ein langfristiges Projekt, wo wahrscheinlich einige von uns das Ende nicht mehr hier in diesem Saal erleben werden. Und deshalb ist es eigentlich wirklich konsequent, dass man dort hingeht und sagt, das, was wir bisher entschieden haben, das wollen wir eigentlich auch in Zukunft beibehalten und die Marschrichtung einhalten. Ich hoffe, dass das gelingt, weil auch die Ersatzflächen und Verlagerungsmassnahmen, die dauern Zeit. Ich habe einen Freund, der ist Hobby-Eisenbähnler und bis der sein Modell umgebaut hat, dauert es auch sehr viel Zeit und in dieser Zeit kann einiges passieren.

Ich bitte einfach, dass wir diese Marschrichtung einhalten und dass wir dort auch der Verlegen der Hafenbahn und die Konsequenzen, die nachher kommen, dass dieses Projekt eigentlich ein wichtiges Projekt ist für Basel, dass wir dort eine nachhaltige und gute Variante für Basel dann umsetzen werden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Für die FDP hat das Wort Daniel Seiler als Einzelsprecher.

Daniel Seiler (FDP): Falsche Richtung, aber hier geht es wirklich in die richtige Richtung. Ich bin sehr erfreut. Ich mag mich erinnern, als wir über das Hafenbecken abgestimmt haben, wurde wiederholt gesagt, dass ohne das Hafenbecken wir keinen Rückbau machen können auf dem Klybeckquai der Gleisanlage. Es ist mir noch in bester Erinnerung, ich freue mich sehr, dass es jetzt möglich ist.

Ich schliesse mich auch ein bisschen meinen zwei Vorredner*innen vom linken Spektrum an, dass wir da ein bisschen aufpassen müssen von der Rendite, weil die Idee vom Klybeckquai, die Idee ist ja eigentlich, einen grosszügigen grünen Park zu realisieren, und zwar von der Wiese bis zum Hafenkran, und ich hoffe, dass wir da nicht wieder anfangen über irgendwelche Wohnungen direkt vorne am Rhein zu diskutieren.

Von dem her geht dieser Vorschlag in die absolut richtige Richtung.

Balz Herter (Mitte-EVP): Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Raphael Fuhrer verzichtet auf ein Votum und ach Andrea Elisabeth Knellwolf verzichtet auf ein Votum. Eintreten ist nicht bestritten, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 10 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Gesamtbetrag

2. Weitere Ausarbeitung Variante «Südquai»

3. Verträge Landerwerb

4. Naturschutz und Biotopvernetzung

Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003786, 27.06.24 09:54:37]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Ein Gesamtbetrag von Fr. 36'050'000 für die weitere Planung und Realisierung des Vorhabens «Weiterentwicklung der Hafenbahn, Variante Südquai» wird bewilligt. Basis ist der Baupreisindex NWCH Stand Oktober 2022.

2. Der Regierungsrat wird beauftragt, die Variante «Südquai» weiter auszuarbeiten.

3. Der Regierungsrat wird ermächtigt, die erforderlichen Verträge zum Landerwerb vorbehaltlich der Zustimmung des Grossen Rates abzuschliessen (die konkreten Anträge zum Landerwerb folgen in der Ausgabenbewilligung Hafenbahn Tranche III).

4. Aufgrund der Bedeutung und Quantität der betroffenen Flächen ist dem Naturschutz und der Biotopvernetzung für den Perimeter der Hafenbahn inklusive der Ersatz- und Verlagerungsmassnahmen im Rahmen dieser Ausarbeitung besondere Beachtung zu schenken. Zudem ist mit der Ausgabenbewilligung Hafenbahn Tranche III ein Ersatzflächenkonzept für den Perimeter der Stadtentwicklung Klybeck- und Westquai zu entwickeln, insbesondere bezüglich der Naturwerte des stillzulegenden Hafenbahnareals südlich der Wiese. Dieses ist dem Grossen Rat spätestens zusammen mit der Ausgabenbewilligung Hafenbahn Tranche III zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 91 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme zugestimmt.

9. Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Stadt betreffend Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer, Bericht der JSSK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

[27.06.24 09:54:49, 22.0859.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Das Wort geht an deren Präsidentin Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Mit dem begrenzten Stimm- und Wahlrecht für Menschen mit Niederlassungsbewilligung hat die JSSK wiederum ein sehr wichtiges Geschäft beraten. Wenn die Stimmbevölkerung die von der JSSK-Mehrheit beantragte Verfassungsänderung annimmt, werden diese neuen Rechte für viele Menschen hier im Kanton sehr viel bedeuten und ihren Bezug zum Kanton Basel-Stadt nachhaltig verändern.

In Basel-Stadt dürfen heute rund 38 Prozent der hier lebenden Menschen über 18 Jahre nicht mitbestimmen, da sie kein Schweizer Bürgerrecht haben. Dadurch werden politische Entscheidungen zunehmend nur noch durch eine Minderheit gefällt. Mit der Einführung eines begrenzten Stimm- und Wahlrechts mit einer hohen Zugangshürde der Niederlassungsbewilligung kann der Kanton Basel-Stadt dieses beträchtliche Demokratiedefizit beheben und eine Vorreiterrolle in der Deutschschweiz einnehmen.

Wir haben in der JSSK das vorliegende Geschäft ausführlich diskutiert und uns am Schluss in Mehrheit und Minderheit aufgeteilt, so dass ich heute als Mehrheitssprecherin hier sitze. Die Mehrheit der JSSK beantragt dem Grossen Rat mit dem Ausschluss des passiven Wahlrechts unter Beschränkung auf die kantonale Ebene einen Kompromiss und möchte damit der Stimmbevölkerung des Kantons ermöglichen, ebenfalls über diese wichtige demokratiepolitische Frage zu debattieren und abzustimmen. Wir bitten Sie denn, dem Beschlussentwurf zur Teilrevision der Verfassung zuzustimmen und dem Stimmvolk mit Empfehlung auf Annahme vorzulegen. Mit dem Eintreten auf das Geschäft entscheidet der Grosse Rat auch über die Abschreibung der Motion Edibe Gölgeli, so dass dann eine gesonderte formelle Abschreibung nicht erforderlich ist.

Wir haben uns in der JSSK im Plenum an insgesamt sieben Sitzungen mit der Vorlage beraten, als Mehrheit waren es dann noch zwei Sitzungen. Wir haben uns die Vorlage durch den damaligen Vorsteher des Präsidialdepartements und Vertreterinnen der Staatskanzlei erläutern lassen. Die weiteren Beratungen wurden dann regelmässig durch die Vertreterinnen der Staatskanzlei begleitet. Für die Finilanisierung der Anpassungen der Verfassungsbestimmung war dann auch der zentrale Rechtsdienst des JSD involviert. An dieser Stelle möchte ich mich für die gute Zusammenarbeit bei allen bedanken und danke auch dem Kommissionssekretariat für die wichtige Arbeit.

Wir haben dann als Gesamtkommission ein Hearing mit einer Vertretung des Kantons Jura über ihre Erfahrungen mit dem Stimm- und Wahlrecht gemacht und führten auch ein Hearing mit dem Direktor der Swiss Forum for Migration and Population Studies der Universität Neuchâtel zu den diversen Zugangshürden bei der Einbürgerung durch.

Wie wir es uns halt gewohnt sind in der JSSK, haben wir intensiv diskutiert und haben auch ausführlich ausgelotet, ob es Möglichkeiten für einen breiten Kompromiss gäbe. Die verschiedenen Varianten, die wir diskutiert haben, sind im Bericht aufgeführt. Wir haben auch über Anmeldeverfahren, der Ausschluss von Verfassungsabstimmungen und weiteres diskutiert. Die Kommissionsmehrheit wäre durchaus sehr kompromissbereit gewesen und als Präsidentin möchte ich mir an dieser Stelle ausnehmen, mich bei der Gesamtkommission zu bedanken, diese verschiedenen Einschränkungen zumindest inhaltlich als Option geprüft zu haben. Umso bedauerlicher und auch ein bisschen enttäuschend war es natürlich am Schluss, dass ein Teil der Kommission befand, es sei eine Grundsatzfrage, zu der es keine Kompromisse geben könne, und sich dann eben die Aufteilung in Mehrheit und Minderheit ergab, in der wir heute hier sitzen.

Was wir Ihnen jetzt als JSSK-Mehrheit vorlegen, ist dennoch ein Kompromiss, der weniger weit geht als die Motion von Edibe Gölgeli. Wir schränken das Stimm- und Wahlrecht auf das aktive Wahlrecht und eben auf die kantonale Ebene ein. Die Kommissionsmehrheit unterstützt die hohe Zugangshürde, welche die Motion vorschlägt, nämlich die Voraussetzung der Mindestwohnsitzdauer von fünf Jahren im Kanton und der Besitz der Niederlassungsbewilligung. Die Niederlassungsbewilligung erfordert je nach Herkunftsland einen fünf- oder zehnjährigen Aufenthalt in der Schweiz und ist an strenge Voraussetzungen wie genügend Sprachkenntnisse, keine Verurteilungen, keine Schulden gebunden und setzt auch eine Arbeitsstelle oder einen Ausbildungsplatz voraus. Die Niederlassungsbewilligung ist denn auch ein Nachweis für erfolgte Integration.

Betreff der Wohnsitzdauer von fünf Jahren haben wir im Austausch mit der Staatskanzlei noch folgende zwei Themen besprochen:

Erstens, die fünfjährige Wohnsitzdauer beinhaltet auch die Jahre vor dem 18. Lebensjahr. Konkret bedeutet das, wer 18 wird, die Niederlassungsbewilligung besitzt und schon fünf Jahre im Kanton gewohnt hat, diese Person erhält dann sofort mit dem 18. Geburtstag das begrenzte Stimm- und Wahlrecht.

Zweitens, die heute vorgeschlagene Verfassungsänderung lässt es offen, ob das einmal erworbene Stimmrecht für immer erhalten bleibt, also so dass es direkt nach einem Rückzug in den Kanton wieder aufleben würde. Aus Sicht der JSSK-Mehrheit sollte das so sein, es müssen dann aber noch technische Hürden gelöst werden, gesetzliche und organisatorische Detailfragen geklärt werden. Dies soll dann im Rahmen der nötigen Wahlgesetzrevision vollends geklärt werden.

Das kantonale Stimm- und Wahlrecht in der Verfassung umfasst heute nicht nur das aktive Wahlrecht, also das Recht, wählen und abstimmen zu dürfen, sondern auch das passive Wahlrecht, also das Recht, sich für öffentliche Ämter wie den Grossen Rat wählen zu lassen.

Die JSSK-Mehrheit hat entschieden, das passive Wahlrecht aus dem heute vorliegenden Vorschlag auszunehmen, da wir davon ausgehen, dass es zumindest in Teilen der Bevölkerung noch starke Vorbehalte gibt gegenüber der zumindest theoretischen Vorstellung einer Ständerätin ohne Schweizer Bürgerrecht. Mit dem heute vorliegenden Vorschlag bleibt also für die Wahl in ein öffentliches Amt, für welches heute die Stimmberechtigung Voraussetzung ist, zum Beispiel der Grosse Rat, Regierungsrat, Gerichtspräsidium oder auch Ständerat, weiterhin die Einbürgerung die Voraussetzung. Das ist denn auch dieselbe Lösung, wie Sie im Kanton Neuenburg oder Jura existiert, beides Kantone, die das Stimmrecht für Einwohner*innen bereits kennen.

Da die Verfassung bisher nur Stimmberechtigte mit Schweizer Bürgerrecht kannte und es keine Unterscheidung in aktives und passives Stimmrecht in der Verfassung gibt, mussten wir an einigen Formulierungen feilen. Was sich jetzt dem ändert, wenn dann die Stimmbevölkerung diese Verfassungsänderung annimmt, ist, dass es dann eben zwei Formen von Stimmberechtigungen gibt, nämlich Stimmberechtigte mit und Stimmberechtigte ohne Schweizer Bürgerrecht. Der Begriff der Stimmberechtigung in den bestehenden Gesetzgebungen wird sich dann bei der Annahme der Verfassungsänderung auf Stimmberechtigte entsprechend Paragraf 40 Abs. 1 beziehen und wenn Stimmberechtigte mit Niederlassungsbewilligungen gemeint sind, werden sich dann Gesetze oder auch andere Verordnungen, usw. auf Paragraf 40 Abs. 1 bis beziehen müssen.

Bei der Formulierung des Ausschlusses des passiven Wahlrechts war es der Mehrheit wichtig, dass mit der Formulierung der Status quo beibehalten wird, also dass bei öffentlichen Ämtern, wo die Stimmberechtigung gemäss Paragraf 40 Abs. 1 respektive das Schweizer Bürgerrecht heute nicht Voraussetzung ist, das auch in Zukunft nicht Voraussetzung bleibt und somit offen ist für Personen ohne Schweizer Bürgerrecht. Wir haben nach einigem hin und her die Formulierung gefunden, die das so abbildet.

Als zweite Einschränkung gegenüber der Motion haben wir entschieden, die Gemeindeebene aus dem Kompromiss der JSSK-Mehrheit auszunehmen und die Vorlage auf die kantonale Ebene einzuschränken. Dadurch soll die Gemeindeautonomie gewährt bleiben. Die Einwohnergemeinde Bettingen stand dem Vorstoss schon seit der Vernehmlassung kritisch gegenüber. Die Einwohnergemeinde Riehen unterstützte das aktive Wahlrecht noch in seiner Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung, änderte dann aber seine Haltung hin zur Ablehnung, was die Gemeinde Riehen dann auf eigene Initiative in einem Schreiben an die JSSK im Januar dieses Jahres zum Ausdruck brachte. Die JSSK hat diese Haltungen zur Kenntnis genommen. Mit der vorgeschlagenen Lösung der JSSK-Mehrheit soll es vollumfänglich den Einwohnergemeinden von Riehen und Bettingen überlassen bleiben, ob sie sich am Kanton orientieren und künftig ebenfalls ein Stimm- und Wahlrecht für Einwohnerinnen und Einwohner mit Niederlassungsbewilligung einführen wollen oder nicht.

Auch mit Blick auf die Tatsache, dass die Demokratie sich immer weiterentwickelt und diese Diskussionen auf allen Ebenen geführt werden müssen, scheint es in dieser demokratiepolitisch zentralen Frage adäquat, dass die kantonale Bevölkerung hier über das kantonale Stimmrecht befindt. Wir werden also keiner Gemeinde hier das Einwohner*innenstimmrecht aufzwingen, wie die Thematik im Minderheitenbericht beschrieben wird.

Da es um Anpassungen der Kantonsverfassung geht, unterliegt das, was wir heute beschliessen, dem obligatorischen Referendum. Nach Annahme durch die Stimmbevölkerung muss also noch das Wahlgesetz dann durch den Grossen Rat revidiert werden, bevor das Einwohner*innenstimmrecht in Kraft treten kann.

Die Staatskanzlei hat die JSSK im Rahmen der Beratung informiert, dass sie die Revision des Wahlgesetzes gerne koordinieren würde mit zwei weiteren Motionen zu den gleichen Verfassungsbestimmungen, nämlich die Motion Jo Vergeat zum Stimmrechtsalter 16 und die Motion Oliver Thommen zu den politischen Rechten für Menschen mit geistiger oder psychischer Behinderung. Auch bei diesen Motionen gäbe es dann je eine Volksabstimmung. Wir gehen davon aus, dass die Verknüpfung mit den weiteren Vorstössen zur Folge hätte, dass nach der Abstimmung es nochmals vier bis sechs Jahre dauern könnte bis zur Inkraftsetzung des Einwohner*innenstimmrechts.

Die JSSK-Mehrheit erachtet diese vier bis sechs Jahre als zu lang. Wir sind der Meinung, Menschen müssen ein Recht, das ihnen zugesprochen wird, dann auch innert nützlicher Frist ausüben können. Wir empfehlen deshalb, dass der Regierungsrat

auf eine Koordination der genannten Geschäfte verzichtet und die notwendigen Gesetzesanpassungen, insbesondere die Revision des Wahlgesetzes dann umgehend nach der Annahme der aktuellen Vorlage durch die Stimmbevölkerung beginnt. Wir hoffen dann, dass dadurch ein Inkrafttreten vielleicht zwei bis drei Jahre nach der Abstimmung möglich wird.

Ich gehe davon aus, dass die Debatte hier in Kürze sich einigermassen emotional entfalten wird, das war sie auch in der JSSK immer mal wieder. Umso mehr wäre es mir als Präsidentin auch der Gesamtkommission und sicher der JSSK-Mehrheit sehr wichtig, dass wir auch Ergebnisse aus der Forschung und Erfahrung anderer Kantone beiziehen, um die Diskussion auch sachlich zu führen.

Ich möchte zum Abschluss auf drei Erkenntnisse aus den Hearings und Studien hinweisen:

Erstens, mit der Annahme des Einwohner*innenstimmrechts werden die politischen Kräfteverhältnisse in diesem Kanton nicht komplett auf den Kopf gestellt werden. Die Forschung zeigt vielmehr, dass die Auswirkungen eines Einwohner*innenstimmrechts auf die Abstimmungsergebnisse gering sind. Menschen ohne Schweizer Pass unterscheiden sich in ihren politischen Orientierungen schlicht sehr wenig von den Menschen mit Schweizer Bürgerrecht, das hat eine Studie der Uni Zürich gezeigt.

Zweitens, die Auswirkungen auf die Anzahl Einbürgerungen im Kanton werden ebenfalls gering sein. Forscher*innen der Universität Basel haben den Effekt des formellen Mitbestimmungsrechts auf Einbürgerungen in Schweden untersucht und sie kamen zum Schluss, dass der Effekt der verschiedenen Gruppen zwar unterschiedlich ist, aber alles zusammengezählt an Einwohner*innenstimmrecht schlussendlich wenig Einfluss darauf hat, ob die Menschen sich einbürgern lassen oder nicht.

Drittens, Einbürgerung ist für viele Menschen mit Niederlassungsbewilligung nicht einfach eine freie Entscheidung. Die Studien des nccr – on the move, die der JDSK präsidiert wurden, zeigen, dass viele materielle und soziale Ausschussfaktoren Menschen von der Einbürgerung abhalten. Eine neueste Studie vom Bund zeigt auch, dass insbesondere wer ein tiefes Bildungsniveau hat und wer von Armut betroffen ist, einen sehr schlechten Zugang zu Einbürgerungen hat. Für andere Menschen ist der Einbürgerungstest mit der Gefahr, das Gesicht zu verlieren, verbunden, wurde uns im Hearing erläutert oder wie Professor D'Amato es selber ausgedrückt hat im Hearing, gerade Arbeiter haben Mühe gegenüber dem Staat Bittsteller zu werden. Die Frage der sozialen Schichtung darf bei der Frage nach Einbürgerung nicht unterschätzt werden.

Die JSSK-Mehrheit ist der Ansicht, wer seinen Lebensmittelpunkt in Basel-Stadt hat und damit von politischen Entscheiden direkt betroffen ist, soll mitbestimmen können. Die politische Partizipation ist dann nicht zuletzt eine wichtige Anerkennung der Integration, welche durch die Niederlassungsbewilligung ausgewiesen wird.

Im Namen der JSSK-Mehrheit beantrage ich Ihnen deshalb, dem Entwurf der neuen Verfassungsbestimmung zuzustimmen und die Vorlage dem Stimmvolk zur Annahme zu empfehlen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Sprecher der Kommissionsminderheit ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Der Präsidentin der JSSK, der Sprecherin der Mehrheit dieser Kommission am heutigen Tag, danke ich für die differenzierte Schilderung unserer Kommissionsberatungen. Die Minderheit hat sich aktiv in die Beratungen eingebracht. Jedes Mitglied der Minderheit hat für sich abgewogen, ob in diesem bedeutsamen Geschäft dem Grossen Rat und dann dem Stimmvolk ein sogenannter Kompromiss vorgeschlagen werden soll. Eine Bemerkung, nicht jedes Geschäft ist kompromissfähig. Hier geht es um eine grundsätzliche Frage, die ist binär zu entscheiden. Beim Wahl- und Stimmrechtsalter, ob jetzt 19, 18, 17, da sind Kompromisse denkbar. Man sagt statt 16 17 oder 17,5. In der heutigen Frage ist es mal schwarz-weiss und damit müssen wir leben. Wir haben uns schlussendlich alle mit voller Überzeugung gegen einen Kompromiss entschieden.

Ergänzend zum schriftlichen Bericht der Minderheit will ich die Gedanken der Minderheit wie folgt zusammenfassen: Dass nicht jede und jeder, die oder der sich auf dem Territorium unseres Kantons aufhält, in den Genuss der politischen Rechte kommen soll, ist weitestgehend anerkannt. Wenn dem so ist, stellt sich die Frage nach den zu wählenden Anknüpfungspunkten. Einige sind per se verfassungsrechtlich unzulässig. So darf nicht daran angeknüpft werden, ob eine Person bei uns Steuern in einem gewissen Mindestumfang bezahlt oder nicht. Anders als im Einbürgerungsverfahren dürfen wir auch nicht an ein gewisses Minimum staatsbürgerlicher Kenntnisse anknüpfen. Es wäre ja verlockend, dass wer von politischen Rechten Gebrauch machen will, einen Politfahrschein erwerben müsste. Lieber Bülent Pekerman, dies wäre doch eine gute Ausweitung deiner Fahrlehrerpraxis. Diese Prüfung könnte sodann in regelmässigen Abständen wiederholt werden. Auch eine solche Vorgabe wäre schlichtwegs verfassungswidrig. Dass Aufenthalt im Sinne einer Durchreise mit einem Unterbruch gewisser Zeit in unserem Kanton nicht ausreicht, ist auch konsensfähig.

Auf das Kriterium der Wohnsitznahme können wir uns wohl einigen. Die Problematik des Ausländerschweizerstimmrechts müssen wir hier nicht erörtern, auf kantonaler Ebene kennen wir dieses nicht. Dass ein gewisser Bezug zu unserem Gemeinwesen, der über die reine Wohnsitznahme hinausgehend sollte, vorliegen muss, auch dieser Prämisse werden die

meisten von uns zustimmen. Was daraus folgt, bei dieser Frage gingen aber die Meinungen in der Kommission und gehen sie in diesem Saale und in der Bevölkerung auseinander. Regierung und Kommissionsmehrheit erachten für Personen, die nicht Schweizer Bürgerinnen oder Bürger sind, den Besitz der Niederlassungsbewilligung und fünf Jahre ununterbrochenen Wohnsitz in unserem Kanton für ausreichend.

Angesichts der Aussichtslosigkeit der Lösung, die die Motion Edibe Gölgeli und der Regierungsrat vorgeschlagen haben, eine solche Lösung wird ganz sicher scheitern in einer Volksabstimmung, will die Kommissionsmehrheit nun zwischen dem aktiven und dem passiven Wahlrecht differenzieren. Der Ausschluss vom passiven Stimm- und Wahlrecht und der Verzicht auf die Ausdehnung der Geltung der neuen Regelung auf kommunale Angelegenheiten der Landgemeinden sind aber, um das Wording meines Sitznachbars Tobias Christ aufzunehmen, «Meitli- bis Buebetrickli» Würden nämlich die neuen Verfassungsbestimmungen angenommen, so würde mit einem Schlag das mit dem aktiven Stimm- und Wahlrecht ausgestattete Elektorat wesentlich erweitert werden. Es wäre so dann in einem zweiten Schritt ein leichtes, Unterschriften für eine Volksinitiative über die Ausweitung der Ausländerinnen und Ausländer gewährten Rechte auch auf das passive Wahlrecht zu sammeln.

Im neu zusammengesetzten Elektorat hätte eine solche Initiative eine realistische Chance, angenommen zu werden. Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit Schweizer Bürgerrecht würden dann voraussichtlich in einem solchen Urnengang überstimmt werden. Diese Problematik wurde in der Kommission diskutiert. Die Mehrheit hat darauf verzichtet, den Ausschluss der Rechte für Ausländerinnen und Ausländer auf Verfassungsebene aufzunehmen. Dies ist ein bewusster Entscheid, um ein solches Vorgehen möglich zu machen.

Was die Befürworter dieser Vorlage oder von weitergehenden Vorschlägen geflissentlich übersehen respektive kleinreden, ist, dass unsere Rechtsordnung einen Weg zur Erlangung der politischen Rechte kennt, nämlich das Einbürgerungsverfahren. Die Kommissionsminderheit ist der festen Überzeugung, dass dieses Verfahren in unserem Kanton fair in einen rechtlich geordneten Rahmen durchgeführt wird. Bemühungen, dieses Verfahren zu erleichtern, auch in finanzieller Hinsicht, tragen die meisten Mitglieder der Minderheit mit. Der ständige Versuch einiger Vertreterinnen und Vertreter der Mehrheit dieses Verfahren zu diskreditieren, ist gelinde gesagt irritierend.

Es müssen manchmal Entscheidungen getroffen werden, deren Resultat nicht der Verzehr von Apfel und Birne sein wird. Unsere Rechtsordnung erlaubt die doppelte Staatsbürgerschaft. Wenn dies eine andere nicht tut, so muss der oder die davon Betroffene entscheiden, ob er politische Rechte im Land seines angestammten Bürgerrechts oder hier ausüben will und er soll diese Rechte hier nur aufgrund der Erlangung unseres Bürgerrechts ausüben dürfen. Wir haben einen Weg zur Einbürgerung und zur Erlangung der politischen Rechte. Von einem Demokratiedefizit zu sprechen, ist schlichtwegs unlauter. Sie mögen einwenden, auf kommunaler und kantonaler Ebene seien die Pflichten von Einwohnerinnen und Einwohnern mit oder ohne Bürgerrecht praktisch identisch und die dem männlichen Teil der Schweizer Bevölkerung treffende Wehrpflicht sei nicht mehr sehr bedeutsam. Die linke fast Ratshälfte will ja diese immer noch abschaffen.

Wir halten von der Bedeutung dieser Argumente für die heutige Diskussion wenig. Zum einen ist die Wehrpflicht noch immer eine bedeutende Pflicht, unabhängig davon, ob sie in Form des Dienstes in der Armee oder als Zivildienst oder durch Leistung einer Abgabe erfüllt wird. Dass eine Motivation für sehr späte Einbürgerung im Leben oder gar keine Einbürgerung die Vermeidung der Erfüllung dieser Pflicht ist, liegt auf der Hand. Wer sagt, dieses Argument gelte nur für die Bundesebene, unterschlägt, dass auch mittels Ausübung kantonaler politischer Rechte direkt oder indirekt auf die Bundesebene Einfluss genommen werden kann, dies zum Beispiel durch die Wahl unserer Vertretung in den Ständerat. Weiter üben wir hier im Grossen Rat, der neu ebenfalls aktiv der Personen ohne Schweizer Bürgerrecht gewählt werden soll, in einem gewissen Umfang Einfluss auf die Bundesebene aus, zum Beispiel mittels Standesinitiativen. Kein System ist perfekt. So können natürlich bei uns ansässige Ausländerinnen und Ausländer über deutlich bessere Kenntnisse der deutschen Sprache und unseres politischen Systems verfügen als zum Beispiel Auslandschweizer oder Auslandschweizerinnen dritter Generation, die das Schicksal wieder in die Schweiz verschlägt. Dies ist aber kein Grund dafür, die Verbindung von Bürgerrecht und politischen Rechten aufzugeben.

Auch die Lösung der Mehrheit weist, abgesehen unseres Erachtens falschen Grundansatzes, Inkonsistenzen auf. So erlangen ausländische Einwohnerinnen und Einwohner abhängig von ihrer Staatsbürgerschaft unterschiedlich schnell die C-Bewilligung. Dies hat auch der Regierungsrat dargestellt im Ratschlag. Weiter kann der Ausschluss politischer Rechte in den Landgemeinden als Wahrung der Gemeindeautonomie gewertet werden. Andererseits sollte, wer eine schrittweise Ausdehnung politische Rechte auf Ausländerinnen und Ausländer vorschlägt, mit der kommunalen Ebene beginnen. Für die Minderheit steht daher fest, politische Rechte und Bürgerrecht müssen auch in unserem Kanton gekoppelt bleiben. Das Schweizer Bürgerrecht ist Zeugnis der Verbundenheit mit unserem Gemeinwesen. Was dagegen eingewendet wird, überzeugt nicht. Sowohl national wie international ist diese Koppelung noch immer der Gold-Standard. Wenn wir daran festhalten, dann ist nicht zu befürchten, dass wir bald den Hinterwäldler-Preis Europas erhalten.

Und nochmals, wir bekennen uns zur Ausweitung des Elektrorates mittels Einbürgerung. Wenn Vorschläge zur Erleichterung der Einbürgerung in unserem Kanton und somit auch in unserem Zuständigkeitsbereich unterbreitet werden, sind wir zur ernsthaften Prüfung und allfälligen Verabschiedung bereit. In unserem Bericht haben wir gezeigt, dass ein hoher Ausländeranteil für den Kanton Basel-Stadt keine aussergewöhnliche Situation ist. 1910 betrug der Ausländeranteil 37,6

Prozent der Wohnbevölkerung. Die damalige Ausländergeneration wurde in der Folge oder eben auch schon vorher fast vollständig eingebürgert. Unter meinen Urgrosseltern zähle ich meines Wissens etwa drei ursprünglich deutsche Staatsangehörige, die Ende des 19. Jahrhunderts in Basel oder in Schaffhausen damals noch unter Verzicht auf die deutsche Staatsbürgerschaft eingebürgert wurden. Ich persönlich bin überzeugt, dass wir es auch heute schaffen werden, in den nächsten Jahren den Anteil Schweizer Staatsangehörige in unserem Kanton bedeutend zu steigern. Dies jetzt die allseitige Bereitschaft vor, die Chance, die unser Einbürgerungsverfahren bietet, auch zu nutzen.

Aus diesen Erwägungen bittet Sie die Kommissionsminderheit, auf das vorliegende Geschäft nicht einzutreten. Falls Sie diesem Antrag folgen, was ich nicht erwarte, müssen Sie, so glaube ich, um die Geschäftsordnung zu verstehen, separat die Motion Edibe Gölgeli und Konsorten als erledigt abschreiben, weil eben nicht eingetreten wurde. Falls Sie eintreten, beantragt Ihnen die Kommissionsminderheit, in der Schussabstimmung nein zu stimmen. Weil das keine Initiative ist, müssen wir dann auch nicht eine Empfehlung noch separat abgeben, wie das die Frau Präsidentin gesagt hat. Wir sagen entweder ja, dann gibt es eine obligatorische Verfassungsabstimmung, oder wir sagen nein, dann hat sich das Geschäft erledigt. In diesem Sinne freue ich mich, den zahlreichen Rednerinnen und Rednern von oben zuzuhören im Laufe dieser Debatte.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Oliver Thommen und Tonja Zürcher möchten Ihnen Fragen stellen. Werden Sie angenommen?

David Jenny (FDP): Ich bin auf das juristische Examen durch Oliver Thommen gespannt.

Oliver Thommen (GAB): Vielen Dank für die Annahme der Zwischenfrage. Es ist leider ein historisches Examen, da sind Sie wahrscheinlich nicht so bewandert wie im juristischen. Können Sie sich vorstellen, Sie haben auf den Ausländeranteil 1910 hingewiesen, dass es vielleicht noch andere Gründe gab für die Abnahme des Ausländeranteils nach 1910?

David Jenny (FDP): Vorstellen kann ich mir vieles. Es mag sein, dass einzelne wieder zurückgewandert sind nach Deutschland, aber ich bin gespannt auf diese Untersuchung.

Tonja Zürcher (GAB): Ich komme auch nicht mit einer Einbürgerungsfrage, die man beantwortet muss, um eingebürgert zu werden, sondern auf eine politische. Mich nimmt es Wunder, was denn Ihr konkreter Vorschlag ist, um die Einbürgerungen zu erleichtern hier bei uns oder auch schweizweit, wenn Sie hier schon bereit sind, das zu machen?

David Jenny (FDP): Wir werden ja bald eine Vorlage haben über finanzielle Erleichterungen im Verfahren und da sind wir sehr offen. Ich könnte mir gesamtschweizerisch vorstellen, dass wirklich die Aufenthaltsdauer nur noch in der Schweiz massgebend ist und nicht nur im Kanton oder in einer Gemeinde.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat spricht Regierungsratspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Der Grosse Rat hat dem Regierungsrat mit Überweisung der Motion von Edibe Gölgeli und Konsorten den Auftrag gegeben, eine Vorlage auszuarbeiten für einen Ausländerstimm- und Wahlrecht und der Regierungsrat hat entsprechend geliefert. Dies im Wissen darum, dass es in jüngerer Zeit zweimal Volksabstimmungen zu dem Thema gab, die sehr klar ausfielen. Zuletzt die Volksabstimmung im Jahr 2010, wo eine sehr deutliche Mehrheit ein entsprechendes Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer abgelehnt hat.

Trotzdem ist das Thema nun wieder auf der politischen Tagesordnung und das, glaube ich, aus guten Gründen. Denn wir reden hier über ein zentrales Element unserer Demokratie und ein Thema, das uns insofern umtreibt, weil wir sehen, dass eine grosse Zahl unserer Bevölkerung von der politischen Teilhabe ausgeschlossen ist. Die Zahlen sind ja wirklich beeindruckend, es handelt sich um rund 38 Prozent der Bevölkerung ab 18 Jahren, die die Vorgaben, die der Regierungsrat vorschlägt, also die Aufenthaltsdauer und die entsprechende Bewilligung erfüllen würden, das sind über 32’000 Personen. Wir reden hier also nicht über eine kleine Minderheit, sondern über eine sehr grosse Minderheit, die heute eben nicht mitbestimmen kann.

Gleichzeitig sehen wir, dass im benachbarten Ausland Ausländerinnen und Ausländer durchaus mitbestimmen können, allerdings oft dann geknüpft an das EU-Bürgerrecht. Es ist insofern anders, als der Sprecher der Minderheit ausgeführt hat, schon so, dass wir hier ein gewisses Inseldasein führen in der Schweiz mit der ganz strengen Anknüpfung in allen Fällen an das Schweizer Bürgerrecht, was die politische Mitbestimmung angeht.

Aus Sicht der Regierungsrat kann dieser Zustand tatsächlich als Demokratiedefizit bezeichnet werden. Wir führen entsprechend dem Ratschlag auch aus, weshalb aus Sicht des Regierungsrats ein Mehr an Mitbestimmung für die genannte Personengruppe wünschenswert ist. Die Argumente, sie liegen auf dem Tisch, Demokratie lebt von einer breiten Beteiligung und Abstützung. Die Integration wollen wir fördern, das soziale Miteinander wollen wir stärker. Es ist auch fair aus Sicht des Regierungsrats, dass Menschen, die zu Steuerzahlungen verpflichtet sind, auch entsprechend mitentscheiden dürfen, was mit Steuergeldern passiert und schliesslich möchten wir als fortschrittlicher Kanton auch gegenüber unserer eigenen Bevölkerung, gegenüber aussen als fortschrittlich integrierender Kanton dastehen können. Soweit die Position des Regierungsrats.

Die Justiz- und Sicherheitskommission in ihrer Mehrheit weicht nun diesen Vorschlag des Regierungsrats in zwei wesentlichen Punkten auf und das erachtet der Regierungsrat, erachte ich persönlich als bedauernswert. Ich möchte vorausschicken, dass der Regierungsrat nicht an seinen Anträgen festhält, einfach auch deshalb, weil es ein Parlamentsauftrag war, Sie ausgiebig in der vorberatenden Kommission über diesen Auftrag diskutiert haben, den Vorschlag des Regierungsrats gewürdigt haben und mehrheitlich zu anderen Schlüssen kamen. Entsprechend stellt sich der Regierungsrat hinter den Antrag der Kommissionsmehrheit, aber doch mit einigen kritischen Bemerkungen, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte.

Die JSSK-Mehrheit schlägt vor, dass die Stimmberechtigung beziehungsweise die Wahlberechtigung eben nur auf das aktive Wahlrecht ausgedehnt werden soll. Das ist etwas, was in der Schweiz keine Tradition hat, aktives und passives Wahlrecht nach unserem schweizerischen Demokratieverständnis gehören zusammen. Wir kennen keine entsprechenden Regelungen, wie beispielsweise in den USA, wo man nur Präsident werden kann, wenn man dort geboren ist, weshalb Arnold Schwarzenegger nie eine Chance hatte. Das ist nicht die schweizerische Tradition. Jetzt kann man sagen, das ist auch nicht entscheidend, aber es ist doch auch ein Element, dass man hier etwas Neues einfügt, ich meine, ohne Not.

Der zweite Punkt, das ist ein ganz praktischer. Das aktive und das passive Wahlrecht sind beides Individualrechte, das heisst, jeder, jede kann das selbst ausüben. Beim aktiven Wahlrecht ist das irgendwie recht klar, man kann nämlich den Stimmzettel, den Wahlzettel in die Urne werfen oder abschicken. Beim passiven Wahlrecht kann man sich zur Wahl stellen, aber damit dieses Recht sich irgendwie verwirklicht in einem Resultat, da kann man alleine recht wenig ausrichten, sondern, und wir wissen das alle bestens, man braucht eine Mehrheit der Bevölkerung, der Wahlberechtigten, die einen wählt, damit man eben das passive Wahlrecht dann wirksam auch ausüben kann. Entsprechend ist eine denkbar hohe Hürde hier ja schon gegeben. Entsprechend ist es undenkbar, dass eine bestimmte Bevölkerungsgruppe auf einmal derart überproportional Überhand nehmen würde in Parlamenten oder in Regierungen, wenn man das passive Wahlrecht auf alle Wahlberechtigten ausdehnt. Dieses Argument findet sich nirgends in den Argumentationen der Mehrheit und der Minderheit. Es scheint mir aber wichtig zu sein.

Und das dritte Argument, das aus Sicht des Regierungsrats dagegenspricht, aktives und passives Wahlrecht aufzuspalten, was ist denn das für ein Signal, wenn man Menschen sagt, ja, ihr dürft mitwählen, aber euch selbst nicht. Oder noch etwas plakativer ausgerückt, wenn man Ausländerinnen und Ausländern sagt, ja, ihr dürft jetzt wählen, aber ihr dürft nur Schweizerinnen und Schweizer wählen. Ist das ein Signal, das gut ist an die entsprechende Bevölkerungsgruppe? Ich glaube es nicht und ich glaube auch nicht, dass mit dieser Modifikation die Mehrheitsfähigkeit eines Ausländerinnen- und Ausländerwahlrechts gestärkt wird, sondern ich glaube, hier wird ein Widerspruch eingebaut, der vielen Leuten auffallen wird.

Die zweite wesentliche Änderung der JSSK-Mehrheit ist, dass man das Stimm- und Wahlrecht beschränken möchte auf die kantonale Ebene und die kommunale Ebene eben ausnehmen will. Das ist schon in sich sonderbar. Der Sprecher der Minderheit hat das auch gesagt. Normalerweise, wenn man etwas Neues gibt, zusätzliche Rechte gibt, dann sollte man ja auf der niederschwelligsten Ebene anfangen und bei den drei Staatsebenen der Schweiz ist es natürlich die kommunale Ebene, entsprechend wäre das eigentlich die logische Anknüpfung. Jetzt will man das nicht, wir haben es gehört, aus Respekt vor der Autonomie der beiden Gemeinden Bettingen und Riehen.

Was dabei aber vergessen geht, ist, dass die ganz grosse Mehrheit unserer Bevölkerung eben in der Stadt Basel lebt und in der Stadt Basel wir, wie wir alle wissen, keine Aufteilung von kommunal und kantonal kennen. Entsprechend würde auch nach dem Vorschlag der Mehrheit der JSSK der grösste Teil der neu wahl- und stimmberechtigten Ausländerinnen und Ausländer eben auch kommunal abstimmen, nämlich einfach auf Kantonsebene und das ist ein bisschen, meine ich, nicht klar deklariert, sondern es ist ja einfach eine Lex Riehen und Bettingen, die hier vorgeschlagen wird. Nach Auffassung des Regierungsrats hätte es hier möglicherweise klügere Optionen gegeben mit einer Opt-out-Möglichkeit für die beiden Landgemeinden, als hier von einer Nicht-Gewährung des kommunalen Stimm- und Wahlrechts zu sprechen, was eben für die grosse Mehrheit dann doch nicht der Fall ist, weil in der Stadt Basel das nicht aufgetrennt ist. Das scheinen mir schwergewichtige Argumente jetzt gegen diesen angepassten Vorschlag der Kommissionsmehrheit.

Dennoch, wie gesagt, der Regierungsrat wird nicht an seinen Anträgen festhalten. Vielleicht werden Anträge aus dem Plenum gestellt, auf die Version des Regierungsrats zurückzugehen, aber, wie gesagt, aus Respekt vor der intensiven Kommissionsberatung und letztlich auch Ihrem Geschäft, es ist ein Geschäft aus dem Parlament, möchten wir uns hier nicht direkt mit einem Antrag weiter einmischen.

Ein Kompromissantrag beziehungsweise ein Antrag der Mehrheit, dem folgt der Regierungsrat auch inhaltlich, das ist nämlich der Wunsch, dass nach einer möglichen Annahme der Verfassungsänderung durch das Volk diese auch umgehend umgesetzt wird. Das scheint auch dem Regierungsrat jetzt in zweiter Betrachtung sinnvoll. Natürlich gibt es andere Themen, die verwandt sind insofern, dass sie die gleiche Verfassungsbestimmung betreffen. Die Präsidentin hat es ausgeführt, es geht da um das Stimmrecht für 16- bis 18-Jährige und um das Stimmrecht für Menschen mit geistiger oder psychischer Beeinträchtigung. Aber es ist nicht dasselbe wie das Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer und entsprechend kann man das auch gut aufteilen und entsprechend würde der Regierungsrat sich umgehend daran machen, die Umsetzung so anzugehen, dass eine schnelle Inkraftsetzung erfolgen kann, wenn dann die Verfassungsabstimmung eine Mehrheit finden würde für die Einführung eines Stimmrechts für Ausländerinnen und Ausländer.

Gestützt auf diese durchaus kritischen Ausführungen gegenüber jetzt dem Antrag der Mehrheit beantragt Ihnen der Regierungsrat, diesem Antrag der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur weiteren Debatte. Es gibt ganz viele Wortmeldungen und für das GAB hat sich als Sprecherin Fleur Weibel gemeldet.

Fleur Weibel (GAB): Was für eine wichtige, was für eine bedeutsame Teilrevision der kantonalen Verfassung, der wir heute zustimmen können. Es geht bei dieser Revision um nichts Geringeres als um die Gewährung eines politischen Rechts an einen Teil der Bevölkerung, der dieses Recht, nämlich das Recht, abstimmen und wählen zu können, bislang noch nicht hat. Eine solche Zustimmung zu politischen Rechten für Menschen, die diese Rechte noch nicht haben, hat es meistens in sich. Denn nur diejenigen, die diese Rechte schon haben, können darüber entscheiden, ob die anderen, die diese politischen Rechte noch nicht haben, diese auch bekommen sollen. Das sind Prozesse, die nicht selten mehrere Anläufe brauchen.

In Basel-Stadt nehmen wir nach 1994 und 2010 den dritten Anlauf, um Personen mit Niederlassungsbewilligung das Stimmrecht und ein begrenztes Wahlrecht auf kantonaler Ebene zuzugestehen. Es sind also schon 30 Jahre seit der ersten Abstimmung zu einem kantonalen Ausländer*innenstimmrecht vergangen und ich würde sagen, es ist nun an der Zeit. Es ist an der Zeit, diesen Schritt zu gehen, denn bereits heute ist weit über ein Drittel der ständigen Wohnbevölkerung von Basel-Stadt von unseren demokratischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Laut dem kantonalen Amt für Statistik dürfte es in zehn Jahren sogar die Hälfte der Bevölkerung sein, die nicht abstimmen und nicht wählen kann.

Das, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, ist hochproblematisch für unsere Demokratie. Es lässt sich sogar fragen, ob das noch eine Demokratie ist. Für die Fraktion Grün-Alternatives Bündnis ist völlig klar, dass die Demokratie von der politischen Partizipation der gesamten Bevölkerung lebt und dass die Partizipationsmöglichkeiten deshalb erweitert werden müssen. Wir wären dabei gerne dem Vorschlag der Regierung gefolgt, der Conradin Cramer jetzt auch nochmal ausgeführt hat, der keine Einschränkung des Wahlrechts auf das aktive Wahlrecht vorgesehen hat. Denn meine Fraktion erachtet bereits die in der Motion Edibe Gölgeli vorgesehene Begrenzung des Stimmrechts auf Menschen mit einer Niederlassungsbewilligung und einer Wohnsitzdauer von mindestens fünf Jahren als ein Kompromiss.

Wir hätten also mehr gewollt als das von der JSSK-Mehrheit nun vorgeschlagene noch zusätzlich eingeschränkte Stimm- und Wahlrecht für Menschen mit Niederlassungsbewilligung. In der Beratung der JSSK wurde allerdings deutlich, dass ohne den Ausschluss des passiven Wahlrechts keine Mehrheit für das Stimmrecht zu gewinnen ist. Wir aber möchten der Stimmbevölkerung eine mehrheitsfähige Vorlage zur Abstimmung vorlegen, denn wie ich zu Beginn gesagt habe, es ist jetzt an der Zeit, dass wir unsere Demokratie ein Stück weit ausweiten und wieder stärken. Deswegen unterstützt meine Fraktion den Kompromiss der JSSK-Mehrheit vollumfänglich und auch wenn ich die Ausführungen von Conradin Cramer nachvollziehen kann, stimme ich ihm nicht in allen Punkten zu in seiner Kritik, aber ich kann das jetzt leider nicht ausführen.

Dass auf der anderen Seite gemäss «Chrüzlistich» und auch gemäss JSSK-Minderheit alle bürgerlichen Parteien keine Hand zu diesem nun vorliegenden Kompromiss bieten und nicht einmal dieses wirklich sehr stark eingeschränkte Stimm- und Wahlrecht für die hier niedergelassenen Einwohner*innen unterstützen wollen, das ist enttäuschend. Vielleicht kann ich die eine oder den anderen von Ihnen heute doch noch zum Umdenken bringen, wenn ich Ihnen folgende Punkte zu bedenken gebe:

Das Einwohner*innenstimmrecht, über das wir heute beschliessen, das gibt es schon, das ist keine neue Erfindung von Basel-Stadt. In der Romandie kennen verschiedene Kantone Stimmrechte für Ausländer*innen auf Gemeindeebene, Neuchâtel und Jura haben ein vergleichbares Stimmrecht auf Kantonsebene. Wir würden in Basel-Stadt also nichts Neues schaffen, wir wären lediglich der erste Deutschschweizer Kanton, der ein Einwohner*innenstimmrecht auf Kantonsebene einführen würde. Damit käme Basel-Stadt wieder die gleiche Rolle zu wie damals beim Frauenstimmrecht, dass wir als erster

Deutschschweizer Kanton einige Jahre nach den Romands eingeführt haben. Heute im historischen Rückblick sind wir stolz auf diese Rolle und froh, dauerte hat das demokratiepolitische Unrecht gegenüber den Frauen in Basel-Stadt nicht ganz so lange wie in anderen Deutschschweizer Kantonen.

Man könnte jetzt einwenden, und David Jenny würde das bestimmt tun, dass der Hinweis auf die Frauen hinkt, da sich die Ausländerinnen mit Niederlassungsbewilligung ja einbürgern lassen könnten und dadurch das politische Mitbestimmungsrecht erwerben könnten. Das stimmt, aber ganz ehrlich, es ist müssig, mantramässig darauf hinzuweisen, dass man sich ja einbürgern lassen könnte. Vielmehr müssen wir endlich zur Kenntnis nehmen und auch konstruktive Lösungen dafür finden, dass ein beträchtlicher Teil der niedergelassenen Wohnbevölkerung sich nicht einbürgern lässt. Wir müssen das als Tatsache einfach mal anerkennen. Auf die unterschiedlichen Gründe, die Einbürgerungen im Weg stehen, gehe ich jetzt nicht ein. Das wird, soweit ich weiss, meine Kollegin Hanna Bay irgendwann in der Redner*innenliste noch tun.

Ich möchte stattdessen noch kurz ausführen, um welche Personengruppe es sich konkret handelt, die nun das Stimm- und eingeschränkte Wahlrecht erhalten soll. Die Personen, die die Voraussetzungen erfüllen würden, machen rund die Hälfte der ausländischen Bevölkerung des Kantons aus, also ein Fünftel der gesamten Bevölkerung von Basel-Stadt. In konkreten Zahlen handelt es sich um etwas über 32’000 Personen, die nach der Annahme dieser Teilrevision der Kantonsverfassung neu stimm- und eingeschränkt wahlberechtigt wären. 10 Prozent dieser 32’000 Personen sind im Übrigen in der Schweiz geboren. Wenn wir uns die Staatsangehörigkeiten anschauen, dann sind es zu 22 Prozent Deutsche, zu 15 Prozent Italiener*innen und zu 11 Prozent Türk*innen, die über eine Niederlassungsbewilligung verfügen. Weitere Nationalitäten, die jeweils zwischen 500 und 1'800 Personen ausmachen, sind Spanien, Portugal, Nordmazedonien, Kosovo, Serbien, Frankreich, England, Österreich und Kroatien, und es folgt eine Vielfalt weiterer Staatszugehörigkeiten bis hin zu Einzelpersonen.

Was all diese unterschiedlichen Menschen vereint, ist, dass sie seit mindestens fünf oder zehn Jahren in der Schweiz leben, davon mindestens fünf Jahre ununterbrochen in Basel-Stadt. Es sind also Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Basel-Stadt haben, die hier arbeiten, Steuern bezahlen, die ihre Kinder hier grossziehen und die unsere Sprache sprechen. Es sind die ausländischen Fachkräfte, die in unseren Spitälern, Pflegeheimen, Schulen und in vielen weiteren Branchen arbeiten. Und dabei möchte ich zu bedenken geben, dass gerade unser Gesundheitswesen schlicht und einfach in sich zusammenbrechen würde, wenn diese Menschen nicht hier bei uns arbeiten würden. Gleichzeitig können diese unerlässlichen Arbeitskräfte, die wir hier haben, nicht mitentscheiden, wenn es um die Weiterentwicklung unserer kantonalen Gesundheitsversorgung geht, wenn es um die Ausgestaltung der Schulen geht, in die sie ihre Kinder schicken, oder um die Strasse, in der sie wohnen. Finden Sie das richtig? Ist das in Ihren Augen gerechtfertigt und ist das unserer Demokratie würdig?

Wir von der Fraktion Grün-Alternatives Bündnis finden das nicht richtig. Wir sind für die Ausweitung der politischen Partizipation auf diesen Drittel der Bevölkerung, der unsere Gesellschaft und unseren Wirtschaftsstandort stark macht und der auch unsere Demokratie stärker machen wird. Wir sind für den einfachen Grundsatz, der lautet, man lebt in Basel, man stimmt in Basel. In diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre Zustimmung zu dieser wirklich wichtigen Teilrevision unserer Kantonsverfassung und ich sage es nochmal, man lebt in Basel, man stimmt in Basel.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP spricht Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Zwei Abstimmungen verloren, ja, versuchen wir es halt ein drittes Mal. Die Fraktion der SVP ist klar der Ansicht, dass das Stimm- und Wahlrecht nur von Schweizer Bürger und Bürgerinnen wahrgenommen werden darf. Wer in unserer direkten Demokratie mitbestimmen will, muss sich einbürgern lassen, wenn er dann die erwarteten Grundsätze erfüllt. Wie bitte will man das sonst überprüfen. Natürlich gibt es Gründe, weshalb man das nicht will. Das sind die Pflichten wie zum Beispiel die Wehrpflicht. Rechte und Pflichten sind in der Schweiz aber stark verwurzelt und nie und nimmer trennbar. Ein hoher Ausländeranteil in der Bevölkerung zeigt ja gerade exemplarisch auf, dass es ihnen hier in unserem System gefällt, sonst wären sie ja gar nicht hier.

Weshalb nun die Basler Linksparteien von GAB bis GLP dies anders sehen, bleibt deren Geheimnis. Allerdings sollte auch Ihnen klar sein, dass dann in naher Zukunft die ausländische Wohnbevölkerung entscheidet, wer hier im Rat sitzen wird und wie unsere Gesetze aussehen werden. Es kann dann sehr schnell ziemlich unangenehm werden, Beispiele anderer Länder zeigen das auf. Man muss sich nicht mehr anpassen, weshalb auch.

Dass auch der Regierungsrat diese Motion unterstützt, zeigt, dass er hier an der Bevölkerungsmehrheit vorbei politisiert. Er wird es spätestens beim Abstimmungsergebnis deutlich zur Kenntnis nehmen müssen. Dass der Regierungsrat dabei noch auf eine erfolgreiche Integrationspolitik hinweist und das als Grund für seine Zustimmung nennt, ist absurd, denn genau das Gegenteil ist der Fall. Zu einer erfolgreichen Integration gehört zum Schluss eben genau das sehr einfache Einbürgerungsverfahren. In unserer direkten Demokratie hat Gott sei Dank aber das Volk das letzte Wort. Stellen Sie sich

nur mal vor, dass die ausländische Bevölkerung in Zukunft, es wurde gesagt, 50 Prozent, die Gesetze und unsere Verfassung ändern kann.

Der Regierungsrat möchte mit der Unterstützung der Motion, welche natürlich immer von denselben Kreisen kommt, der ausländischen Bevölkerung nebst dem aktiven auch das passive Wahlrecht zugestehen. Es ist unglaublich. Man muss wissen, dass mit der C-Bewilligung nach Artikel 60 Abs. 2 der Verordnung über die Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit lediglich nachweisen müssen, dass sie oder er in der am Wohnort gesprochenen Landessprache über mündliche Sprachkompetenzen mindestens auf dem Referenzniveau A2 und schriftlich Sprachkompetenz mindestens auf dem Referenzniveau A1 des Referenznamens verfügt. Das verunmöglich ihnen das Lesen von Abstimmungsunterlagen.

Selbstverständlich hat die Kommissionsmehrheit erkannt, dass dies bei der Bevölkerung wohl absolut chancenlos ist und versucht nun mit diversen Änderungsanträgen eine Salamitaktik, um in naher Zukunft natürlich genau das einzufordern und der ausländischen Bevölkerung alle politischen Rechte zuzugestehen. Dass im Basler Politsystem auch die Landgemeinden betroffen wären, ist schlichtweg eine Tatsache. Die Motionärin, welche seit kurzem in Riehen wohnhaft ist, soll es doch erst mal auf Gemeindeebene versuchen. Sie würden noch kläglicher scheitern als im Kanton.

Ich verweise des Weiteren auf den Minderheitsbericht der JSSK und deren Sprecher, welchen die SVP klar unterstützt. Bei all dem macht die SVP nicht mit. Wir stehen hinter unserer Verfassung und der Schweizer Bevölkerung, im Übrigen auch hinter der ausländischen, wenn sie sich an unsere einfachen Regeln hält und sich integriert, auch abstimmen kann danach. Somit lehnen wir die Vorlage sowie die Änderungen der Kommissionsmehrheit entschieden ab und unterstützen den Minderheitsantrag.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Felix Wehrli, Edibe Gölgeli möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Sie wird abgelehnt. Wir kommen damit zum Sprecher für die SP Mahir Kabakci.

Mahir Kabakci (SP): Ich stehe heute hier, um im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion unser Votum zur Einführung des begrenzten Stimm- und Wahlrechts für Einwohnerinnen und Einwohner mit Niederlassungsbewilligung in Basel-Stadt abzugeben. Die Mehrheit der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission hat sich klar für diese Teilrevision der Verfassung ausgesprochen und wir möchten diese Entscheidung mit Nachdruck unterstützen.

Die vorgeschlagene Änderung sieht vor, dass Personen mit einer Niederlassungsbewilligung, die seit mindestens fünf Jahren in unserem Kanton leben, auf kantonaler Ebene das Stimm- und Wahlrecht erhalten. Dabei wird jedoch das passive Wahlrecht ausgeschlossen, das heisst, sie dürfen wählen, aber nicht selbst für ein Amt kandidieren. Dies ist ein wichtiger Schritt, um ein erhebliches Demokratiedefizit zu beheben. In Basel-Stadt sind etwa 38 Prozent der Bevölkerung von politischen Entscheidungen ausgeschlossen, da sie nicht die Schweizer Staatsbürgerschaft besitzen. Ich möchte nochmals betonen, 38 Prozent.

Diese Menschen leben und arbeiten in unserer Gesellschaft und es ist nur gerecht, dass sie auch mitbestimmen dürfen. Die politische Partizipation ist ein essentieller Bestandteil der Integration. Menschen, die seit vielen Jahren hier leben, arbeiten und ihre Steuern zahlen, sollen auch ein Mitspracherecht bei den Entscheidungen haben, die ihr tägliches Leben betreffen. Dies ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch ein starkes Signal der Anerkennung für die lange Anwesenheit und die Zugehörigkeit dieser Menschen und ihrer Familien in unserem Kanton. Durch die Einführung des Stimmrechts für Personen mit Niederlassungsbewilligung kann Basel-Stadt eine Vorreiterrolle in der Deutschschweiz einnehmen und einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration leisten.

Es ist wichtig, die Bedeutung der Integration zu betonen. Integration ist kein einseitiger Prozess, sondern eine wechselseitige Verpflichtung. Wenn wir von den in Basel-Stadt lebenden Ausländerinnen und Ausländer erwarten, dass sie sich integrieren, die Sprache lernen, sich an unsere Gesellschaft anpassen, dann müssen wir ihnen auch die Möglichkeit geben, sich politisch zu beteiligen. Die Einführung des Stimmrechts ist eine Anerkennung ihrer Bemühungen und ihres Beitrags zu unserer Gesellschaft. Es stärkt das Zugehörigkeitsgefühl und fordert die gesellschaftliche Kohäsion.

Es ist wichtig zu betonen, dass die Zugangshürden hoch sind. Eine Niederlassungsbewilligung zu erhalten, ist kein einfacher Prozess. Sie erfordert jahrelangen Aufenthalt in der Schweiz, Sprachkenntnisse, ein einwandfreies Führungszeugnis und die Teilnahme am Wirtschaftsleben oder an der Bildung. Diese strengen Voraussetzungen stellen sicher, dass nur diejenigen, die sich wirklich integriert haben und einen festen Lebensmittelpunkt in Basel-Stadt haben, das Stimmrecht erhalten. Darüber hinaus ist das Stimmrecht auf die kantonale Ebene beschränkt, um der Gemeindeautonomie Rechnung zu tragen und den Gemeinden Riehen und Bettingen die Freiheit zu lassen, die eigenen Entscheidungen treffen zu können. Diese hohen Hürden gewährleisten, dass nur gut integrierte und langjährige ansässige Menschen vom Recht Gebrauch machen können.

Ein Blick über die Kantonsgrenzen hinaus zeigt, dass Basel-Stadt nicht alleine mit diesem Vorhaben ist. Die Kantone Neuenburg und Jura haben bereits seit Jahren positive Erfahrungen mit einem beschränkten Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer gemacht. In vielen europäischen Ländern, wie etwas Schweden und Belgien, ist das kommunale Stimmrecht

für Ausländerinnen und Ausländer längst Realität. Diese Beispiele zeigen, dass es möglich ist, politische Teilhabe und Integration zu fördern, ohne die Stabilität und Sicherheit des politischen Systems zu gefährden. Basel-Stadt hat die Chance, hier eine Vorreiterrolle einzunehmen und ein starkes Zeichen für eine offene und integrative Gesellschaft zu setzen.

Wir verstehen, dass es Bedenken gibt, insbesondere von Seiten der bürgerlichen Parteien, aber diese Ängste sind unbegründet. Denken Sie es mal so aus, auch Sie können bei Abstimmungen, wie zum Beispiel über Verkehrs- und Sicherheitspolitik Stimmen gewinnen, auch wenn die ausländische Bevölkerung durchaus bei diesen Themen konservativer denkt. Aber wir nehmen dies in Kauf, weil uns die Erweiterung unserer Demokratie wichtiger als eigene Parteiinteressen ist. Die politische Landschaft wird sich durch die Erweiterung des Stimmrechts nicht grundlegend ändern, aber sie wird gerechter und inklusiver werden. Es ist an der Zeit, den Menschen, die seit vielen Jahren hier leben und Teil unserer Gesellschaft sind, das Vertrauen und die Möglichkeit zur Mitgestaltung zu geben. Die Sorgen, dass das neue Stimmrecht die politischen Mehrheitsverhältnisse drastisch verändern könnten, ist unbegründet. Schauen wir nach Jura und Neuenburg, dann hat es keine politische Verschiebung gegeben. Vielmehr wird es dazu beitragen, dass politische Entscheidungen auf einer breiteren und gerechteren Basis getroffen werden.

Demokratie lebt von Beteiligung aller, die von politischen Entscheidungen betroffen sind. Wenn wir einen Drittel unserer erwachsenen Bevölkerung von unserer Demokratie ausschliessen, dann kann das nicht gut kommen. Jeder Mensch, der hier lebt und seinen Beitrag leistet, sollte das Recht haben, mitzuentscheiden. Dies stärkt nicht nur die Demokratie, sondern auch das Vertrauen in unsere politischen Institutionen. Es zeigt, dass wir eine inklusive Gesellschaft sind, die die Stimmen aller ihrer Mitglieder ernst nimmt.

Die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Einwohnerinnen und Einwohner mit Niederlassungsbewilligung ist ein Schritt in die richtige Richtung. Es ist ein Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit, zu mehr Integration und zu einer stärkeren Demokratie. Und meine Damen bis Herren, welcher Kanton, wenn nicht Basel-Stadt, sollte dazu den Mut und die Kraft haben. Sie alle haben heute und jetzt das Privileg, das viele Menschen nicht haben. Sie alle haben heute und jetzt die Möglichkeit, Geschichte zu schreiben. Sie alle haben heute und jetzt die Möglichkeit, darüber zu entscheiden und abzustimmen. Daher bitte ich Sie alle, dieser Vorlage zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Mahir Kabakci, es gibt sechs Zwischenfragen. Beantworten Sie mal, ob Sie welche davon annehmen und dann wäre zuerst Adrian Iselin und Joël Thüring an der Reihe. Die ersten fünf werden angenommen. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass Zwischenfragen kurz sein müssen. Wenn so viele kommen, werde ich besonders streng sein und dass Sie auch nicht zu vielmal das gleiche fragen, sondern immer etwas anderes.

Adrian Iselin (LDP): Mahir Kabakci, Sie haben das Wort Gerechtigkeit gebraucht und das nicht in einem juristischen Sinn, sondern in einem empfindenden. Ich habe den Eindruck, dass es gewisse Secondos gibt, die sich einbürgern liessen, die genau das eben nicht gerecht finden, dass sie diesen Weg gegangen sind und die anderen das jetzt bekommen sollen. Was entgegnen Sie diesen, die quasi sagen, das ist doch nicht gerecht?

Mahir Kabakci (SP): Als jemand, der sich auch eingebürgert hat, kann ich sagen, ist das ein sehr subjektives Empfinden. Das kann variieren von Mensch zu Mensch.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Mahir Kabakci, Sie haben Belgien und Schweden als gute Beispiele genommen. Wir kennen die Probleme in Belgien und Schweden mit schlecht integrierten Ausländern und Bandenkriminalität, Molenbeek in Belgien. Finden Sie diese Länder gute Beispiele dafür, dass wir in Basel-Stadt ein Ausländerstimmrecht einführen sollen, wenn dort die Integration komplett von Ausländerinnen und Ausländern gescheitert ist?

Mahir Kabakci (SP): Joël Thüring, auch Ihnen würde es gutstehen, wenn Sie nicht nur immer die negativen Beispiele von Menschen mit Migrationshintergrund aufbringen würden, sondern auch mal die positiven Seiten der Migration. Es gibt tausende von Menschen mit Migrationshintergrund, die in diesem Kanton leben und sich tatsächlich sehr für unseren Kanton einsetzen und mit gutem Beispiel vorangehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Beat Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Danke, dass Sie die Frage annehmen. Wie wichtig ist es, dass jemand die Vorlage, über die er abstimmt, selbstständig verstehen kann?

Mahir Kabakci (SP): Sehr wichtig, Beat Schaller, aber Sie können gerne schauen, auch eine Niederlassungsbewilligung fordert Sprachhürden und die Menschen müssen in der Lage sein, lesen und schreiben und verstehen zu können und das können sie auch.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Daniel Seiler ist an der Reihe.

Daniel Seiler (FDP): Sie haben festgestellt, dass Sie verkehrspolitisch offensichtlich an der ausländischen Bevölkerung vorbeipolitisiert. Meinen Sie nicht, es gibt einfachere Möglichkeiten wie Stimmrecht für Ausländer, um dieses Problem zu lösen?

Mahir Kabakci (SP): Daniel Seiler, sehen Sie es doch als eine Chance für Ihre Autoliebe, dass Sie vielleicht bei der nächsten Abstimmung ein paar Stimmen mehr erhalten könnten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Mahir Kabakci, Sie nehmen immer Neuenburg als gutes Beispiel, wo das kantonale Ausländerstimmrecht eingeführt wurde. Die Wahlbeteiligung bei den letzten Wahlen im Kanton Neuenburg lag bei 31 Prozent. Was sagen Sie dazu?

Mahir Kabakci (SP): Ja, wir haben schweizweit, aber auch in Basel ein grosses Problem, dass wir die Menschen nicht motivieren können, abzustimmen und zu wählen und da müssen wir von links bis rechts alle Parteien am gleichen Strick ziehen, dass sich mehr Menschen an unserer Demokratie beteiligen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zum Sprecher für die FDP, Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Basel-Stadt, 26. September 2010, 81 Prozent gegen eine Volksinitiative, 61 Prozent gegen den Gegenvorschlag. Der Kanton Basel-Landschaft, 4. März 2018, 81 Prozent gegen eine entsprechende Vorlage. Und ganz aktuell Kanton Genf, 9. Juni 2024, ebenfalls 61 Prozent gegen eine entsprechende Vorlage. Dieses Beispiel ist besonders interessant, weil auch der Kanton Genf einen hohen Ausländeranteil hat und sich ebenfalls in Grenznähe befindet. Dies sind nur ein paar Beispiele von Volksabstimmungen der letzten Jahre, die ich Sie bitte, zur Kenntnis zu nehmen. Das Votum der Bevölkerung in unserer Region ist klar, abstimmen und wählen soll, wer Bürgerin und wer Bürger ist. Sie können es anders nennen, Sie können es Einwohnerinnen- und Einwohnerstimmrecht nennen oder Ausländerstimmrecht, der Inhalt bleibt jeweils der gleiche.

Ja, es ist richtig, der Anteil der Bevölkerung ohne Stimmrecht, der wächst in unserem Kanton. Das hat allerdings nur teilweise mit Zuwanderung zu tun, auch, aber nicht nur mit Zuwanderung, das hat auch damit zu tun, dass wir eine Abwanderung von Schweizerinnen und Schweizer haben. Das sehen Sie, wenn Sie die Wanderungsstatistik anschauen, eine Abwanderung ins Umland, das wiederum wäre ein Thema, das separat zu diskutieren ist.

Ja, wir haben ein Interesse daran, dass Menschen, die hier leben, mitbestimmen. Die Frage, der Knackpunkt ist, ab wann soll das der Fall sein und was erwarten wir dafür. Und das ist, glaube ich, so die grosse Differenz zwischen den beiden Lagern, die sich ja hier drin abzeichnet. Ist es das Stimmrecht, das Wahlrecht, ein Anreiz zu Integration, Teil des Integrationsprozesses oder ist es, so wie wir es eher sehen, der Schlusspunkt der Integration. Von dem sind wir überzeugt, es ist der Schlusspunkt eines Integrationsprozesses, dass das Wahl- und Stimmrecht verliehen wird. Und ich wehre mich dagegen, dass das als Unrecht bezeichnet wird, das ist ein politischer Standpunkt, der absolut legitim ist. Gerhard Schwarz hat das so formuliert: Dahinter steht die Überlegung, dass man mit dem Bürgerrecht ja nicht nur Rechte und Pflichten

erwerben will, sondern dass dieses auch Ausdruck der Integration in eine neue Heimat darstellt und diese Integration auf Gegenseitigkeit beruhen sollte.

Und ja, man kann durchaus einräumen, die Anforderungen an die Einbürgerung in unserem Land sind hoch. Man kann sogar darüber diskutieren, ob sie zu hoch sind und ob punktuelle Erleichterungen sinnvoll sind. David Jenny hat ja bereits in einer Antwort auf eine Zwischenfrage dargelegt, in welche Richtung das gehen könnte. Es gibt auch noch weitere Probleme, dass wenn man beispielsweise innerhalb unserer Region umzieht, diese Fristen dann wieder von vorne beginnen. Das entbehrt irgendeiner gewissen Logik, also da gibt es durchaus Ideen, wie man das verbessern und erleichtern könnte. Dafür haben wir ja in der Vergangenheit auch bereits mehrmals Hand geboten.

Aber wir dürfen für die Verleihung des Wahl- und Stimmrechts auch etwas verlangen und das ist und bleibt ein wesentlicher Unterschied zu den Diskussionen über das Frauenstimmrecht, die wir vor vielen Jahren hatten. Es gibt einen Pfad zum Stimm- und Wahlrecht, der da möglich ist, das Einbürgerungsverfahren. Wir schliessen diese Personengruppe nicht absolut aus, sondern wir weisen ihnen den Weg, wie man zu diesem Stimm- und Wahlrecht kommt. Es ist auch nicht so, dass wir einfach sagen, ja, schau, das kannst du machen und dann bekommst du das, sondern wir unternehmen relativ viel, um diese betroffenen Personen auch entsprechend zu unterstützen. Wir haben auch das Bürgerrechtsgesetz mehrmals revidiert in diese Richtung, wir haben Gebührenerleichterungen gewährt, die Zeit, die man bei uns in den Volksschulen absolviert, das wird als Kenntnis des politischen Systems in unserem Land und in unserer Region anerkannt. Wir verschicken Briefe und sagen, hey, du erfüllst die Anforderung, melde dich doch zur Einbürgerung, wir bieten Gratiskurse an, also die Bürgergemeinde, und die Förderung von Einbürgerungen ist sogar Verfassungsgrundsatz bei uns im Kanton. Also wir unternehmen sehr viel, um diese Menschen dazu zu motivieren, lasst euch doch hier bei uns einbürgern, damit ihr mitsprechen könnt. Aber dass man diesen Prozess durchläuft, ist unseres Erachtens nicht zu viel verlangt.

Wir wehren uns auch entschieden dagegen, dass man es, heute ist das Wort noch nicht gefallen, aber bei vergangenen Debatten über dieses Thema, dass man das Einbürgerungsverfahren dann auch als Schikane bezeichnet. David Jenny hat das noch relativ moderat als irritierend bezeichnet, das würde ich unterstreichen. Das ist eine Geringschätzung gegenüber der Arbeit, die in unseren Bürgergemeinden tagtäglich geleistet wird, die sich wirklich positiv und aktiv bemühen, diese Menschen bei den Einbürgerungen zu unterstützen. Wenn man eigentlich diesen ganzen Prozess als Schikane bezeichnet, stellt man ehrlicherweise eigentlich das ganze Einbürgerungsverfahren grundsätzlich in Frage.

Es gibt ein paar Punkte, die jetzt erwähnt wurden, die ich nochmals aufnehmen möchte. Das erste ist das Argument, dass ja diese Menschen hier Steuern zahlen und unter anderem deshalb stimm- und wahlberechtigt sein sollen. Das ist ein ziemlich schwieriges Argument. David Jenny hat erklärt, wieso es verfassungswidrig ist, aber es ist auch logisch schwierig. Wenn die Steuerzahlung ausschlaggebend dafür sein soll, dass man das Wahl- und Stimmrecht erhält, bedeutet das im logischen Umkehrschluss, dass wir einen Drittel unserer Bevölkerung ausschliessen, weil sie keine Steuern in unserem Kanton zahlen. Das ist der logische Umkehrschluss, wenn wir das Stimm- und Wahlrecht an Steuerzahlungen entsprechend anknüpfen. Also dieses Argument funktioniert nicht.

Und ich gestatte mir auch, Regierungsratspräsident Conradin Cramer ein bisschen zu hinterfragen, zumindest das Argument bezüglich des EU-Bürgerrechts, also dass er den Vergleich angestellt hat zur EU, wo EU-Bürger*innen ja überall auf EU-Gebiet mitwählen und mitstimmen dürfen. Die Europäische Union versteht sich selbst als staatliches oder zumindest als staatsähnliches Gebilde, darum dürfen diese Bürgerinnen und Bürger überall auf diesem Staatsgebiet entsprechend abstimmen. Aber die EU gewährt beispielsweise US-Bürger oder Schweizer Bürgerinnen und Bürger kein Wahl- und Stimmrecht. Also da gibt es schon noch eine Unterscheidung, eine Unterscheidung, die wir auch machen. Wir gewähren hier allen Schweizerinnen und Schweizern das Wahl- und Stimmrecht, wir sagen nicht, das dürfen nur Basel-Städter, mit baselstädtischem Bürgerrecht darf man hier wählen und stimmen, also da muss man schon das richtige Gebilde miteinander vergleichen.

Und Fleur Weibel hat gesagt, wir müssen anerkennen, dass sich viele hier nicht einbürgern lassen. Ja, das tun wir, wir anerkennen das, dass es Menschen gibt, die sagen, das will ich nicht. Das ist ein freier Entscheid dieser Menschen, aber dieser Entscheid hat dann halt auch Konsequenzen und die Konsequenz in diesem Fall ist, sie haben sich dagegen entschieden, hier mitwählen und hier abstimmen zu dürfen und da darf man diesen Entscheid auch respektieren, aber eben, Entscheide haben Konsequenzen.

Für uns steht das Stimm- und Wahlrecht auch weiterhin, das möchte ich nochmals festhalten, am Schluss des Integrationsprozesses. Da geht es auch nicht um Ängste, Mahir Kabakci, wir haben keine Angst, sondern es ist ein Grundprinzip, das wir verfolgen und das ist unsere Haltung, wenn es um Integration geht. Wir haben hier keine Ängste, sondern es ist ein Prinzip. Die Bevölkerung in unserer Region sieht das seit Jahren konstant so, sieht es deutlich so. Wir pflegen hier in unserem Kanton, und darauf bin ich auch stolz, eine Kultur der Ermutigung. Wir ermutigen die Menschen, sich einbürgern zu lassen, wir unterstützen aktiv Menschen, die sich einbürgern lassen wollen, und das möchten wir auch in Zukunft so handhaben. Was wir hingegen ablehnen, ist das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer. Wir bitten Sie, auf die Vorlage nicht einzutreten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage von Mahir Kabakci annehmen? Sie wird angenommen.

Mahir Kabakci (SP): Luca Urgese, betreffend den Ängsten, da war Ihr vorheriger Regierungsrat dort noch ein bisschen mutiger, aber ja gut. Sie haben gesagt, man hat jetzt mehrmals diesen Anlauf genommen und irgendwann muss man ja akzeptieren, dass die Bevölkerung das nicht will. Mit diesem Argument hätte ja das Frauenstimmrecht auch nicht eingeführt werden sollen, finden Sie das nicht? Da hat man ja auch mehrere Anläufe gebraucht.

Luca Urgese (FDP): Ich denke, ich habe in meinem Votum ausgeführt, was der grundlegende Unterschied ist zwischen dem Frauenstimmrecht und dem Ausländerinnen- und Ausländerstimmrecht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit ist die Reihe an der Sprecherin für die GLP, Claudia Baumgartner.

Claudia Baumgartner (GLP): Ja, wir haben es gehört, man kann das Geschäft so sehen, es ist eine Grundsatzfrage, wer sich nicht einbürgern lassen will, der soll einfach keine weiteren Rechte haben, es sollen alle gleiche Rechte und Pflichten haben. Man kann das Geschäft aber natürlich auch ein bisschen anders anschauen, nämlich zum Beispiel aus der Sicht von Betroffenen, dann würde es etwa so klingen: Oh, wie toll, ich soll inskünftig auf kantonaler Ebene als Ausländerin mitentscheiden dürfen, abstimmen über Themen, die mich im Alltag betreffen und Schweizer*innen wählen, die sich für die aus meiner Sicht wichtigen Anliegen unseres Kantons einsetzen und meine Anliegen vertreten.

Seit gut fünf Jahren lebe ich nun in Basel und besitze als Französin auch bereits die Niederlassungsbewilligung. Ich bin in Basel gut angekommen, insbesondere auch beruflich, habe viele Schweizer Freund*innen und habe für den Erhalt der C-Bewilligung bereits gezeigt, dass ich mich hier sprachlich verständigen kann und gut integriert fühle. Meine gleich lange hier lebende Freundin aus Peru muss sich noch weitere fünf Jahre gedulden, bis sie die C-Bewilligung erhält. Aber auch sie ist top motiviert und möchte sich baldmöglichst verstärkt auch am politischen Leben ihrer Wahlheimat beteiligen, sich später sogar einbürgern lassen und für ein politisches Amt kandidieren. Punkto Einbürgerung meint sie, Schweizer Kollegen mit hiesigem Schulabschluss seien sich auch nicht immer ganz sicher, ob sie beim Schultest effektiv besser abschneiden würden als die Ausländer*innen. Versuchen möchte sie es aber bestimmt.

Ein Schweizer Kollege sagte mir, dass er es ungerecht fände, dass dann Ausländer ein Mitspracherecht hätten, aber keinen Wehrdienst leisten müssten. Allerdings müssten die in der Schweiz ja bislang auch nur die Männer ins Militär, das sei auch unfair, aber ein Problem, das man auf der nationalen Ebene lösen müsse und mit dem kantonalen Stimm- und Wahlrecht ja auch gar nichts zu tun habe.

Eine Bekannte wiederum kommt aus Hongkong und lebt seit 12 Jahren mit ihrer Familie in der Schweiz, wird diese aber in zwei Jahren für einen nächsten Auslandaufenthalt auch wieder verlassen. Sie hat also kein Interesse an einer Einbürgerung, würde sich aber sehr freuen, wenn sie inskünftig über lokale Angelegenheiten, die sie betreffen, mitbestimmen könnte, zum Beispiel bei der Erziehung, zumal sie hier inzwischen schulpflichtige Kinder zur Welt gebracht und beruflich einen Bildungshintergrund hat.

Eine ältere Schweizerin schliesslich, die ich an der Bushaltestelle angetroffen habe, hat gemeint, sie sei traditionell SVP-Wählerin, habe sich mit dem Ausländerstimmrecht aber bislang nicht auseinandergesetzt. Sie habe kürzlich gelesen, dass eine Migrantin, die sich beruflich für die Integration der ausländischen Bevölkerung einsetzt und sich auch für das Ausländerstimmrecht starkmacht, der SVP beigetreten sei und sich im Herbst für die Grossratswahlen als Kandidierende auf die SVP-Liste setzen lasse. So etwas habe sie nicht erwartet, würde sich aber mit dem Thema nun selber eingehend auseinandersetzen und sei gespannt, ob einzelne SVP-Vertretende allenfalls gar der Haltung ihrer neuen Kandidatin folgen würden.

Nun, man hat entweder das erste Menschenbild, Gesellschafts- und Weltbild oder eben auch dieses zweite. Und dieses Geschäft wird sich scheiden an der Grenze, entweder Schweizer Pass und volle Rechte, aber auch Pflichten oder kein roter Pass und damit aussen vor. Und wir Grünliberalen haben heute klar die Haltung für eine offene Gesellschaft und Inklusion.

Persönlich habe ich als GLP-Vertreterin der JSSK nun schon ein paar solche Themen erarbeitet. Man denke an das kantonale Partizipation- und auch an das Gleichstellungsgesetz. Und als ich die entsprechenden Voten nochmals hervorkramte, realisierte ich, dass ich einzelne Passagen daraus eigentlich telquel auch bei diesem Geschäft zitieren kann. So zum Beispiel diese:

Vermutlich kennen auch Sie solche obenerwähnten Beispiele. Es stehen alles Menschen dahinter, die in unserer Gesellschaft in ihrem Anderssein ankommen und sich verstanden fühlen möchten. Und dazu ist es erst einmal nötig, dass wir unsere Herzen für ihre Bedürfnisse öffnen und genau hinhören, bevor wir einfach über sie verfügen, indem wir

entscheiden, wie viel an Gleichheit, an Gleichstellung wir ihnen zukommen lassen möchten. Sie sind uns nämlich so ziemlich in allem gleich, ausser dass sie noch nicht über den roten Pass verfügen.

Den Skeptiker*innen möchte ich deshalb gerne antworten, die betreffenden Ausländer*innen machen sich als Raser oder der häuslichen Gewalt schuldig, sie engagieren sich ehrenamtlich in der Nachbarschaftshilfe, sie erschleichen staatliche Beiträge, sie erhalten für ihr Unternehmen einen Nachhaltigkeitspreis, sie haben keine Kinder, aufgeweckte Kinder und solche mit Lernschwierigkeiten, sie zahlen kaum Steuern oder aber überdurchschnittlich, sie gehen einer Erwerbstätigkeit nach oder sind gerade an einer Neuorientierung, sie hinterlassen am Wochenende im Tierpark Lange Erlen eine Sauerei oder machen sich in einem regnerischen Morgen auf die Pirsch für die gelungenen Tierfotos. Sie haben gerade eine persönliche Krise mit Totalausfall und grossem Unterstützungsbedarf hinter sich oder sie vermachen auch einen grossen Teil ihres Vermögens einer wohltätigen Organisation. Sie sind für oder gegen die Ausweitung der LGBTIQ-Rechten, sie lieben das Matterhorn und weniger das Jungfraujoch. Kurz, sie machen alles so wie wir.

Die Schweiz wird nicht untergehen wegen eines kantonalen Ausländerstimmrechts, die Grundrechte unseres Staates, unsere Demokratie werden nicht über den Haufen geworfen. Wir bewegen uns schon eher auf Flughöhe Tramhäuschen. Die meisten von uns werden dieses zusätzliche begrenzte Mitspracherecht der ausländischen Bevölkerung persönlich nicht gross mitbekommen und ich glaube auch nicht, dass das Abstimmungsverhalten der Ausländer*innen gross anders sein wird als dasjenige der Schweizer*innen. Das heisst, diejenigen, die sich wirklich für ein politisches Anliegen im konkreten Fall interessieren, werden für Rot-Grün oder bürgerlich oder für die Grünliberalen an die Urne gehen, die anderen weiterhin nicht. Dass das Abstimmungsverhalten plötzlich einen befürchteten Linksrutsch erfahre, haben bisherige Erfahrungen anderer Gemeinwesen und das vorhin erwähnte Beispiel nämlich nicht gezeigt.

Gerade hat der neueste Bericht zur Auswirkung der Personenfreizügigkeit auf Arbeitsmarkt und Sozialleistungen bestätigt, wie angewiesen die Schweiz angesichts des demografischen Wandels und einer sich verändernden Einstellung zur Arbeitswelt auf Ausländer*innen ist. Empfangen wir sie also wie in den 70er-Jahren nicht nur liebend gerne für ihre Arbeitsleistung und lassen sie ansonsten aussen vor, sondern nehmen wir deren schrittweise Inklusion doch als Chance statt als Bedrohung und freuen wir uns über gut integrierte Ausländer*innen, die unsere Gesellschaft mit ihrer Teilhabe einen vielfältigen Mehrwert bescheren.

Und um nochmals aus einem früheren Inklusionsgeschäft zu zitieren: Selbstverständlich haben wir Grünliberalen auch von Anfang an gesagt, dass auch unser zentrales Anliegen dasjenige ist, eine kompromissfähige, austarierte Gesetzesvorlage unterstützen zu können und ich glaube, diese Vorlage wird diesem Ansinnen nun bestmöglich gerecht mit Ausschluss des passiven Wahlrechts und Geltung nur für kantonale, nicht auch kommunale Anliegen.

Ich danke Ihnen deshalb im Namen der GLP-Fraktion vielmals für das Eintreten und die Verabschiedung dieser Vorlage, indem Sie dem Mehrheitsantrag der JSSK zustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Sie wird abgelehnt. Damit kommen wir zum Sprecher für die LDP, Gabriel Nigon.

Gabriel Nigon (LDP): Inhaltlich sowie im Ergebnis folgt die LDP den Ausführungen von Kollege David Jenny beziehungsweise der Kommissionsminderheit. Ergänzend dazu folgendes: Die Voraussetzungen zur Erlangung des Ausländerstimm- und -wahlrechts sind grosso modo die gleichen wie für die Erlangung des Schweizer Passes. Die Frage lautet deshalb nicht, Ausländerstimmrecht, ja oder nein, sondern weshalb keine Einbürgerung.

Als selbst Eingebürgerter habe ich mich bei Ausländerinnen und Ausländern immer wieder herumgehört. Dabei habe ich Antworten wie etwa folgende erhalten: Ich habe einen EU-Pass, ein Schweizer Pass bringt mir nichts. Ich fühle mich nicht als Schweizer. Ich will keinen Zivil- oder Militärdienst leisten. Mein Land verbietet Doppelbürger. Niemand hat mir je gesagt, die Kosten und Hürden für eine Einbürgerung seien zu hoch. Im Ergebnis fehlt es ganz einfach am Committment zur Schweiz.

Auf meine Zusatzfrage, ob die Befragten auf regionaler Ebene das Stimmrecht haben möchten, lauteten die Antworten ebenfalls nein, mit beispielsweise folgenden Aussagen: Das Abstimmen in der Schweiz ist zu kompliziert. Macht das unter euch aus. Ihr könnt bei uns ja auch nicht abstimmen. Falls ich abstimmen möchte, würde ich mich einbürgern lassen. Interessanterweise gibt es auch keine Stimmen aus den Reihen der Ausländerinnen und Ausländer, die das fragliche Stimmrecht öffentlich einfordern. Und falls eine solche Forderung aufkäme, müsste zur Fragestellung genommen werden, weshalb denn keine Einbürgerung.

Erlauben Sie mir zum Schluss eine zugegebenermassen plakative Metapher: Es ist, wie wenn Shaqiri für die Nati auflaufen würde, aber ohne Schweizer Pass. Deshalb sind wir der Meinung, dass wer im Club mitreden will, Clubmitglied sein muss.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Letzte Fraktion mit Sprecher Bruno Lötscher ist die Mitte/EVP.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Wir haben heute ein wichtiges Geschäft und wenn ich der knappen Mehrheit, es ist ein Verhältnis 7 zu 6 gewesen in der Kommission, wenn ich der knappen Mehrheit zugehört habe, die ich bis jetzt hören durfte, habe ich fast ein schlechtes Gewissen bekommen. Ich muss mich schämen dafür, dass ich erwarte, dass jemand, der hier sein Stimmrecht ausüben möchte, sich zu dieser Schweiz bekennt. Denn ich habe von einem Demokratiedefizit gehört. Wir haben ein Demokratiedefizit, weil 38 Prozent der Bevölkerung nicht mitmachen können. Ich finde auch, dass diese Zahl viel zu hoch ist, aber von einem Demokratiedefizit in diesem Zusammenhang zu sprechen, macht mir doch schon etwas Mühe.

Wir haben ein ausserordentlich spezielles System in der Schweiz, es ist einzigartig. Seit 1848 hat es etwa 6'500 Sachabstimmungen gegeben in der Schweiz. 6'500. Auf Platz zwei ist Neuseeland mit etwa 100 solchen Abstimmungen, gefolgt von Liechtenstein auch mit etwa 100 und wenn wir uns dann sagen lassen müssen, dass wir ein Demokratiedefizit haben in diesem Land, dann verstehe ich das nicht ganz. Denn wir haben ein System aufgebaut und Leute kommen dazu und die möchten hier mitspielen. Ja, müssen denn die, die dieses System aufgebaut haben und schon am Spielen sind, denn die Regeln ändern, weil diejenigen, die mitspielen wollen, die Regeln für sich definieren möchten? Ich glaube nicht, dass das der richtige Ansatz ist. Wer mitspielen will, ich nehme jetzt auch die Metapher des Fussballs, der spielt mal mit nach diesen Regeln und der kann ja nicht kommen und sagen, ich spiele aber nur mit, wenn wir zu zwölft sind oder zu zehnt oder die Hände brauchen dürfen. Nein, es sind doch die Regeln, die vorgegeben sind. Entscheidend ist, dass man mitmachen kann, wenn man mitmachen will, und das kann man bei uns.

Ich habe natürlich gelesen, Einbürgerung sei mit einem, das ist ein Zitat aus der BaZ vom 30. Mai von der Kommissionspräsidentin, mit einem erniedrigenden Einbürgerungstest verbunden. Das hat mich doch schockiert. Ich habe gedacht, was, hier in Basel, erniedrigende Einbürgerungstests? Und dann habe ich mich kundig gemacht bei der Einbürgerungskommission. Die ist, das wusste ich vorher nicht, zusammengesetzt halb/halb, wenn man nach Ratslinks- und Rechtsmehrheiten unterscheiden will, also die Hälfte bürgerlich, die Hälfte BASTA, Grün, SP, grünliberal. Alle weisen das unisono von sich. Dann habe ich gefragt, ja, wie viele Einbürgerungsverfahren gibt es denn da im Jahr? Es sind rund 700 durchschnittlich in den letzten fünf Jahren. Und es werden immer nachträglich dann Umfragen gemacht, das ist heute so üblich. Ich finde das zwar doof, aber das ist heute so üblich. Wie fanden Sie es, waren Sie zufrieden, waren wir schnell genug? Und alle diese Aussagen, und immerhin 170 machen mit im Schnitt in den letzten fünf Jahren, und ebenfalls im Schnitt in den letzten fünf Jahren haben zwei bis drei im Durchschnitt negative Rückmeldungen gegeben. Heute habe ich gehört, es ist nicht erniedrigend, sondern man hat Angst, das Gesicht zu verlieren. Da habe ich ein gewisses Verständnis. Da hätte ich auch Mühe an einem anderen Ort, in einem Land einen solchen Test machen zu müssen. Jetzt sollen wir auf das verzichten, einen Test, ein Verfahren.

Jetzt habe ich gehört von Mahir Kabakci, ja, das ist ja schon bei der Niederlassung so, wir machen das schon so, das ist ja dasselbe. Auch die müssen lesen und schreiben können auf Deutsch, habe ich ein-, zweimal auch gehört, die Anforderungen seien etwa gleich. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das stimmt nicht, das stimmt einfach nicht. Es sind natürlich blöde Buchstaben, A1, A2, B1, diese Sprachtests, die sind aufgegliedert, aufgelistet. Für die Niederlassungsbewilligung A1, wissen Sie, was man da sagen können muss? Man muss seinen Namen zum Beispiel buchstabieren können. Ich heisse Bruno. Ich sehe Mahir Kabakci nicken. Ich kann Fragen aus dem Handy ablesen, wenn Sie wollen, wie sieht das aus bei einem A1-Test, Goethe Institut. Buchstabieren Sie bitte Ihren Namen. Wo wohnen Sie, wie ist Ihre Adresse. Wie sieht ihr Tagesablauf aus. Also Fragen nach dem System A1, das ist banale Grundkonversation. Ist es denn wirklich zu viel verlangt, dass wenn wir ein so einzigartiges System haben, dass man sagen muss, zumindest die Abstimmungsunterlagen sollte man selber lesen und verstehen können? Ich weiss, auch Schweizer Bürgerinnen und Bürger haben zuweilen Mühe damit, das alles zu verstehen, aber zumindest lesen können es die meisten.

Ich meine, das sollte man verlangen dürfen, ohne dass man sich dem Vorwurf aussetzen muss, man habe ein System, das zur Demokratiefeindlichkeit neigt. Wer nicht mitmachen will in diesem System, muss es ja nicht, aber der muss dann nicht den Vorwurf machen, dass das feindlich der Demokratie gegenüber ist und auch nicht den Vorwurf machen, in Basel sei das viel zu schwierig. Ich bin sehr dezidiert der Meinung, wir müssen das Einbürgerungsverfahren einfach gestalten. Wir müssen es vor allem für Junge sehr einfach machen. Ab 1. Januar ist es bis 25 gratis, das ist ein guter Schritt. Ich meine, ich bin aber nicht ganz restlos sicher, also bitte behaften Sie mich nicht, ich habe schon Angst vor der Frage, es kostet in Basel maximal 1'750 Franken. Ja, ist das jetzt wahnsinnig hoch?

Ich komme ja noch mit dem Argument, Rechte und Pflichten sollten einigermassen zusammengehören. Natürlich schmunzelt man ein bisschen darüber, wenn man dann sagt, das kann doch nicht sein, dass die Pflichten den Schweizern vorbehalten sind, die Rechte aber selbstverständlich auch den Ausländerinnen und Ausländern, wenn sie es für sich beanspruchen können. Jetzt, was ist das für eine Pflicht? Es ist in erster Linie die Militärdienstpflicht, Zivildienst oder allenfalls Militärpflichtersatz. Was heisst Militärpflichtersatz? Das heisst, bis 37 drei Prozent des Reineinkommens als Steuer, wenn man selber den Dienst nicht leistet. Jetzt nehmen wir mal an, Sie verdienen 100'000 Franken, das sind 3'000 Franken Steuern im Jahr, bis Sie 37 sind. Das ist weit mehr als diese 1'750 maximal Einbürgerungskosten in Basel. Auch hier sehe ich nicht, wie man sagen kann, man ist gegen Schweizer eingestellt. Wenn man die gleichen Rechte für sich beansprucht, soll man auch die gleichen Pflichten tragen. Das scheint mir nicht zu viel verlangt.

Ich meine, ein klares Bekenntnis zur Schweiz für dieses einzigartige System darf man verlangen, ohne dass man deshalb als Demokratiefeind bezeichnet wird. Unser System ist hochdemokratisch, es wäre wichtig, dass möglichst viele mitmachen und wir müssen die Hürden für die Einbürgerung so leicht wie möglich machen, aber wir müssen es auch nicht verschenken. Es ist wichtig, dass die Leute, die hier dabei sind, integriert sind und die Verhältnisse kennen und bereit sein wollen, hier mitzumachen.

Deshalb ist unsere Fraktion der Meinung, wir sollten nicht auf das Geschäft eintreten und wenn wir eintreten, sollten wir den Antrag der Minderheit folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Edibe Gölgeli an? Sie wird angenommen.

Edibe Gölgeli (SP): Bruno Lötscher, ich schätze Sie sehr, aber Sie haben so viele nicht faktenbasierenden Sachen genannt. Ich war fünf Jahre in der Einbürgerungskommission selber, ich gehe jetzt nicht auf das ein, weil es nicht das Thema ist, die Einbürgerung. Aber die Frage ist, wie nennen wir dann eine Situation, wenn eine Minderheit über eine Mehrheit bestimmt?

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich gehe mal davon aus, ich habe nur faktenbasiert gesprochen. Das wäre die erste Antwort auf die nicht gestellte Frage, aber die nicht sehr freundliche Einleitung. Ich bin der Meinung, in einer echten Demokratie sollte die Mehrheit mitbeteiligt sein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher und hier hat sich Eric Weber zuerst gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe ganz grosse Augen bekommen, als ich in der Basler Zeitung gelesen habe, Eric Weber bekommt ein Geschenk. Und es ging genau um diese Diskussion, Ausländerwahlgesetz. Ich habe den Artikel dabei. Ich will keinen Ordnungsruf, ich spreche nur zu dem, was in der Basler Zeitung steht.

Erich Mielke, der Chef der DDR-Staatssicherheit sagte im DDR-Parlament der Volkskammer bei seinem letzten Auftritt 1989: Ich liebe euch doch alle. Und auch ich, Grossrat Eric Weber, liebe euch alle, ihr macht mich sehr glücklich. Denn mit dieser Diskussion über Ausländer in Basel machen Sie uns das grösste Wahlgeschenk und das so kurz vor den wichtigen Parlamentswahlen. Das stand in der Basler Zeitung, ganzseitig zu dieser Diskussion, am Donnerstag, 30. Mai. Hier ist der Artikel.

Und zu dieser Diskussion gab es einen Kommentar und da steht, die Diskussion um das Ausländerstimmrecht kennt bereits jetzt einen Gewinner, die SVP und Eric Weber.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, bitte sprechen Sie zur Vorlage und nicht zu Wahlspekulationen. Bitte sprechen Sie zum Traktandum.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte nur das sagen, es ist wirklich ein schönes Geschenk, für das ich mich bedanken möchte und ich möchte auch sagen, wer davon profitiert. Und der Schlusssatz zu dieser Terminologie oder wie man das nennt, könnte nicht besser sein.

Dann muss ich meine Rede ein bisschen abändern, aber Sie wissen, und das darf ich sagen, wir von der Nationalen Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat, wir sind die Vorläuferpartei von der heutigen SVP. Wir haben nur ein Thema und wir reden immer freundlich und mit einem Thema kann man Erfolg haben. Daher werde ich, nachdem ich jetzt auf meine Vorredner Bezug genommen habe, auch noch in einem zweiten Votum reden und Bezug zu den nächsten Rednern nehmen. Sie wissen genau, wie ich zu diesem Thema denke und ich sage Ihnen, und das ist legal, darf ich in der Türkei im Stadtrat von Istanbul mich wählen lassen? Nein. Aber Sie wollen das in unserem schönen Basel und das geht auf keinen Fall und das sage ich als Präsident der Liste Ausländerstopp. Sie erklären uns eine Sache, die wir nicht akzeptieren werden.

Auf meine Vorredner. Grossrat Felix Wehrli, Ex-Polizist, hat richtig gesagt, wir politisieren am Volk vorbei, da gebe ich Felix Wehrli vollkommen recht. Die Volksabstimmung dann schon zum dritten Mal zu diesem Thema, die Volksabstimmung wird 60 Prozent Nein, 40 Prozent Ja sein. Ich gebe Felix Wehrli recht, wir diskutieren am Volk vorbei. Der nächste Redner, Grossrat Mahir Kabakci, Sie haben gesagt, es ist an der Zeit, aber da muss ich sagen, es ist nicht an der Zeit, wir wollen das nicht. Sie haben von Angst gesprochen, ja, wir haben sehr grosse Angst. Claudia Baumgartner, ganz interessant, schade,

dass Sie meine Anfrage nicht angenommen haben. Ich wollte fragen, sind Sie jetzt bewusst links, dann wechseln Sie nicht immer zwischen links und rechts. Bitte machen Sie mit den Linken, aber bekennen Sie sich mal, ob Sie links oder rechts sind. Es wurde auch gesprochen, das ist nicht klar, selbst Sibel Arslan hat gesagt, weder Fisch noch, ich weiss nicht, was sie noch gesagt hat, aber es ist einfach komisch.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen damit zum nächsten Einzelsprecher und das ist Lukas Faesch.

Lukas Faesch (LDP): Mit guten Gründen kann man für oder gegen das Ausländerstimmrecht sein. Was nicht sein kann und wogegen ich mich wehre, auch als Bürgerrat, ist, wenn man das Ausländerstimmrecht damit begründen will, dass unser Einbürgerungswesen erniedrigend sei. Wir haben das schon gehört, ich kann damit nichts anfangen. Ich finde es beleidigend für alle Beteiligten an unserem Basler Einbürgerungswesen. Das sind sowohl die Verwaltung als die ganze Einbürgerungskommission, aber selbstverständlich auch die Petentschaft, denn auch die werden erniedrigend dargestellt. Das kann so nicht sein.

Sie wissen, dass jeder Petent, jede Petentin im Verfahren in Basel-Stadt eng und individuell begleitet wird. Die Bürgergemeinde geht sogar heute aktiv auf potenzielle Petentschaften zu und ermuntert sie, dabei zu sein, mitzumachen. Es gibt unzählige Kurse und Lernveranstaltungen, die zum Teil auch gratis sind und die für jedermann zur Verfügung stehen. Die Befragungen der Petentschaft ist abgestimmt auf den jeweiligen individuellen Bildungsstand, auf das Alter und die genauen Lebensumstände. Die Befragungen letztlich, und das wurde schon gesagt, dienen nur einem Ziel, und das ist ein gutes Ziel, der Petentschaft, dem Eingebürgerten soll ermöglicht werden, selbstbestimmt an unserem demokratischen Leben teilzunehmen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Und wer die Kosten nicht stemmen kann, dafür gibt es einen Fonds durch die CMS, die diese Kosten übernimmt. Und da von Erniedrigung zu reden, ich verstehe das nicht. Ich lade Sie ein, gehen Sie einmal an eine feierliche Bürgerbriefabgabe im Stadthaus. Oft werden unter Tränen der Rührung die Bürgerbriefe entgegengenommen, die Leute sind sehr stolz darauf und es bedeutet ihnen sehr viel, was ich immer wieder bemerkt habe.

Und noch ein Wort zur Kundenzufriedenheit, die auch schon erwähnt wurde. 99 Prozent aller Eingebürgerten sind zufrieden und von den wenigen, die nicht zufrieden sind, hat noch nie jemand je etwas von einem erniedrigenden Verfahren gesagt, sondern die meisten Kritikpunkte sind, dass die Verfahrensdauer viel zu lange ist, was aber meistens der Kanton zu verantworten hat. Also gehen Sie mal an eine Bürgerbriefabgabe, dann werden Sie nie mehr von einem erniedrigenden Verfahren reden und ich werde gegen dieses Ausländerstimmrecht stimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Bülent Pekerman ist einfach aus der Liste geflogen. Wir wissen nicht genau wieso, aber er war an dieser Stelle drauf und hat jetzt das Wort.

Bülent Pekerman (GLP): Mit diesem Einzelvotum möchte ich mich mit Nachdruck und ohne emotional zu werden für die Einführung des begrenzten Stimm- und Wahlrechts für Niedergelassene in unserem Kanton aussprechen. Dieses Anliegen ist von grundlegender Bedeutung, da es auf unseren tiefverwurzelten liberalen Grundwerten beruht und das Fundament für eine gerechte und integrative Gesellschaft bildet.

Ich, und damit meine ich auch die Grünliberale Partei, wir betrachten alle Menschen, die sich in Basel niedergelassen haben, unabhängig von ihrer Herkunft als einen integralen Bestandteil unserer Gemeinschaft. Diese Menschen haben sich bewusst für ein Leben in unserer Stadt entschieden, tragen mit ihren Steuern zum öffentlichen Haushalt bei und gestalten das gesellschaftliche Leben aktiv mit. Sie sind Teil unserer Wirtschaft, unserer Bildungseinrichtungen, unserer kulturellen Vielfalt und unserer sozialen Strukturen. Es ist also ein Akt der Gerechtigkeit und des Respekts vor den Freiheitsrechten des Einzelnen, dass diese Menschen, die bereits tief in unserem Gemeinwesen verwurzelt sind, auch das Recht haben, an den Entscheidungen mitzuwirken, die ihre Lebensbedingungen unmittelbar beeinflussen. Dies betrifft nicht nur kommunale Angelegenheiten, sondern auch kantonale Entscheide, die ihre soziale, wirtschaftliche und kulturelle Integration fördern können.

Die Einführung des begrenzten Stimm- und Wahlrechts für Niedergelassene ist nicht nur ein Akt der Gerechtigkeit, sondern auch eine Stärkung unserer freiheitlichen und direktdemokratischen Institutionen. Es erweitert den Kreis der politischen Partizipation und fördert eine inklusive Demokratie, die auf Vielfalt und Offenheit beruht. Erfahrungen aus anderen Regionen und Ländern zeigen, dass die Einbeziehung der niedergelassenen Bevölkerung zu mehr politischer Partizipation und Verantwortungsbewusstsein führt. Das Prinzip «one man, one vote» oder «one woman, one vote» ist ein Grundprinzip jeder gerechten Gesellschaft. Jeder Mensch, der sich dauerhaft in Basel niedergelassen hat, verdient es, dass seine Stimme gehört wird, unabhängig von seiner Nationalität oder seinem Geburtsort. Es ist nur gerechtfertigt, dass diejenigen, die hier leben, arbeiten, Steuern zahlen und Teil unserer Gemeinschaft sind, auch über Entscheidungen mitbestimmen können, die ihre Lebensbedingungen direkt betreffen.

Mit dem Stimm- und Wahlrecht für Niedergelassene stärken wir ja nicht nur die demokratische Legitimation unserer Entscheidungsprozesse, sondern fördern auch, und das finde ich sehr wichtig, das Zusammengehörigkeitsgefühl und das Engagement für unsere gemeinsame Zukunft. Es ist also an der Zeit, dass Basel-Stadt eine Vorreiterrolle bei der Förderung von sozialer Inklusion und demokratischer Teilhabe einnimmt. Dies ist nicht nur eine politische Forderung, sondern ein wichtiger Schritt hin zu einer gerechteren und fortschrittlichen Gesellschaft.

Ich bitte Sie daher ganz herzlich, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Edibe Gölgeli.

Edibe Gölgeli (SP): Vor genau vier Jahren habe ich die Regierung mit einer Motion gefordert, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, mit der die Einwohner*innen des Kantons Basel-Stadt ohne Schweizer Bürgerrecht das kantonale Stimm- und Wahlrecht gewährt sein sollte. Obwohl, wie wir es heute auch gehört haben von Regierungsrat Conradin Cramer, der Vorschlag 1:1 der gewesen wäre, der ich bereits schon als Kompromiss betrachtet hatte mit einer Niederlassungsbewilligung C, stehen wir heute mit einem begrenzten Vorschlag da, mit einem Kompromiss, der deutlich viele Einschränkungen vorzeigt. Ja, seitdem ist viel gegangen. Vor 30 Jahren, wir haben es gehört, zum ersten Mal wurde darüber befindet, vor knapp 14 Jahren das dritte Mal. Ich möchte erinnern, beim Frauenstimmrecht war es genau fünf Mal.

Ja und die Vorstellung, dass Nicht-Schweizer*innen doch sich einbürgern lassen sollen, das bringt uns leider nicht weiter. Auch die statistischen Zahlen zeigen, dass unser restriktives Bürgerrecht und stagnierenden Einbürgerungszahlen bald dazu führen werden, lieber Bruno Lötscher, das wollte ich Ihnen eigentlich sagen, dass wir irgendwann ein Demokratiedefizit haben und eine Minderheit über eine Mehrheit bestimmt. Also gehen Sie zum statistischen Amt, diese Zahlen sind belegt.

Gleichzeitig blockieren auch die konservativen Kräfte, die Mitte-Partei, auch FDP-Kolleginnen und -Kollegen, die mit der Sprachbarriere argumentieren, obwohl diese bereits in der Niederlassungsbewilligung C geregelt ist, und auch die LDP, wir haben es gehört von Kollegen aus der LDP, wir sprechen von einem Club, also die Privilegien, die man hat von der Mitbestimmung, dass man einen bedeutenden Teil der Bevölkerung nicht geben möchte, das haben wir auch verstanden.

Bevor ich auf einen historischen Exkurs gehe, möchte ich nochmal betonen, was es bedeutet. Kollege Lukas Faesch hat vorher von Kunden gesprochen. Das sind Einwohner*innen, das sind unsere Nachbar*innen, das sind unsere Arbeitskolleg*innen. Die leben mit uns, sie arbeiten mit uns, sie gestalten Kultursport, sie machen ein Hobby mit uns. Was es heisst, ich bin auch erschrocken, dass viele nicht wissen, was es heisst, eine Niederlassungsbewilligung C zu haben, auch hier im Ratssaal, welche Auflagen damit verbunden sind. Nämlich lange Aufenthaltsdauer, Erwerbstätigkeit, Sprachkenntnisse und Integration. Und das alles ist in der C-Bewilligung geregelt. Meistens sind solche Leute, ich glaube, Sie kennen auch sehr viele, mindestens zehn Jahre hier, mindestens, wenn nicht noch länger.

Nun zum historischen Exkurs. 1798 wurde in der Schweiz ein indirektes Stimmrecht für alle 20-jährigen Schweizer eingeführt, die mindestens fünf Jahre in einer Gemeinde lebten. Frauen, Geistliche und Jüdinnen und Juden waren ausgeschlossen. 1803 wurde es dann den Kantonen überlassen, das Stimmrecht zu regeln. In Basel sah es um 1833 so aus: Mann musste Basler Bürger sein, Mitglied einer Zunft, volljährig und Mann musste über ein Vermögen verfügen und eine bestimmte Steuerleistung erbringen. Einfach gesagt, das Stimmrecht wurde mit dem Vermögen vererbt. Erst bei der Revision der Bundesverfassung wurden den niedergelassenen Schweizer Bürger*innen das gewährt. Und erst 1866 konnten Jüdinnen und Juden die Niederlassungsbewilligung erhalten. Alle Weiteren waren ausgeschlossen, bei den Frauen, das haben wir gehört, das hat sehr lange gedauert.

Nun offensichtlich ist hier im Saal niemand gegen Einbürgerungen, aber wir wissen genau, dass genau diese konservativen Kräfte genau die gleichen sind, die dann alle Steine in die Wege leiten und den Einbürgerungsprozess erschweren, sogar auch torpedieren. Wer gesellschaftlichen Fortschritt und Zusammenhalt fördern möchte, der sollte heute offenherzig dem Ratschlag der JSSK-Mehrheit folgen. Wer abstimmen und mitentscheiden kann, stärkt nämlich unsere Demokratie. Die Zeit ist reif, dass wir unseren Nachbar*innen, Freund*innen, Arbeitskolleg*innen, Hobby- und Sprachfreunden das Stimmrecht geben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum nächsten Einzelsprecher und das ist Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (GAB): In Basel besteht ein besorgniserregendes Demokratiedefizit. Und lieber Bruno Lötscher, dabei geht es nicht nur um die Anzahl der Abstimmungen, sondern auch, wie diese Entscheide abgestützt sind in der Bevölkerung. Und ich glaube, es haben noch nicht alle hier im Saal wirklich realisiert, was das konkret bedeutet. Deshalb versuche ich es mal zu verbildlichen, wie es um unsere Demokratie wirklich steht. Ich versuche es Ihnen anhand von einem Beispiel ganz konkret und bildlich darzustellen, das Ihnen allen naheliegen dürfte.

Hier im Grossen Rat wird zumindest ein Teil der Bevölkerung von 100 Personen vertreten, von uns 100 Grossrät*innen. Wenn wir unsere Demokratie auf den Grossen Rat übertragen, ist es in den aktuellen Verhältnissen so, dass die SVP, die GLP, die FDP, die Mitte, die EVP und so leid es mir tut, auch Einzelpersonen wie Oliver Battaglia vom aktiven Bettingen von ihrer Beteiligung an den Abstimmungen ausgeschlossen wären. Das GAB würde zusammen mit der SP und der LDP alleine über das politische Geschehen hier im Saal und in unserem Kanton bestimmen. Was hier drin kaum vorstellbar ist, ist in unserer Gesellschaft Realität, denn rund 38 Prozent der Basler Bevölkerung über 18 Jahren ist von unserer Demokratie ausgeschlossen.

Und wenn wir uns zusätzlich noch die Stimmbeteiligung bei kantonalen Abstimmungen anschauen, wird das erst recht bedenklich. Diese beträgt in den letzten fünf Jahren durchschnittliche 52 Prozent. Wenn wir dann berücksichtigen, dass eine einfache Mehrheit für einen Beschluss ausreicht, bedeutet das aktuell folgendes: Im Durchschnitt bestimmen etwa 18 Prozent der über 18-jährigen Bevölkerung über die Vorlagen in diesem Kanton. Wiederum angewendet auf den Grossen Rat wäre das so, als würden wir vom GAB hier drin alleine bestimmen, wo es lang geht.

Was für mich persönlich jetzt gerade verlockend klingt, ist in Wahrheit ein bitteres Armutszeugnis unserer ach so hochgelobten Demokratie. Fakt ist, unsere Demokratie ist exklusiv, sie schliesst einen Grossteil unserer Mitbewohner*innen in dieser Stadt aus. Die Frage ist also, wen wir als Einwohner*in in dieser Stadt anerkennen möchten und die Mitsprache, die politische, demokratische Beteiligung ermöglichen. Und wenn wir jetzt den hier vorliegenden Vorschlag wiederum auf den Grossen Rat übertragen, dann würden neu auch die SVP, die FDP und Oliver Battaglia bei der LDP mitbestimmen dürfen. Aber selbst dann blieben die GLP, die Mitte und die EVP ausgeschlossen, denn selbst mit dieser Vorlage bleibt der Zugang zur politischen Teilhabe in diesem Kanton exklusiv.

Das hier vorgeschlagene eingeschränkte Stimmrecht ist nicht nur eingeschränkt, weil wichtige Mittel der Mitbestimmung ausgeschlossen werden, sondern auch, weil es selbst dann nur für einen gewissen Teil der Einwohner*innen ohne Schweizer Pass zugänglich wäre. Nur Personen mit einer Niederlassungsbewilligung und die seit mindestens fünf Jahren in Basel wohnen, würden sich überhaupt demokratisch bei kantonalen Fragen beteiligen dürfen und die Bedingungen für den Erhalt der Niederlassungsbewilligung sind streng. Es wurde bereits auch vorher gerade im Votum von Edibe Gölgeli deutlich ausgeführt und aufgezeigt. Es ist nicht so, als könnte mit dem vorliegenden Vorschlag plötzlich jede Person ohne Schweizer Pass an unserer Demokratie teilhaben, denn die Motion Edibe Gölgeli war eigentlich bereits schon der Kompromiss und dieser Kompromiss wird nun noch weiter eingeschränkt. Die tiefgreifendste Einschränkung ist der Ausschluss von Einwohner*innen ohne Schweizer Pass, selbst in öffentliche Ämter, wie zum Beispiel den Grossen Rat, gewählt zu werden. Der Ausschluss also vom sogenannten passiven Wahlrecht, dem Recht, gewählt zu werden.

Wir von BASTA halten die Unterscheidung zwischen dem aktiven und dem passiven Stimmrecht für problematisch. Hier im Grossen Rat werden weitaus die meisten Entscheide gefällt. Nur ein kleiner Teil aller Entscheide kommt überhaupt je zu einer Volksabstimmung. BASTA ist deshalb der Meinung, dass es Einwohner*innen in Basel möglich sein sollte, sich sowohl aktiv an Abstimmungen und Wahlen zu beteiligen als auch selbst in Ämter gewählt zu werden. Wir sind der Meinung, dass ihnen die volle Beteiligung an den politischen Prozessen, an der Demokratie offenstehen sollte. Trotzdem werden wir den Vorschlag der Kommissionsmehrheit selbstverständlich unterstützen. Es ist ein Kompromiss mit grossen Einschränkungen, es ist aber ein wichtiger Schritt in Richtung mehr Demokratie in unserem Kanton. Und wir machen das auch nicht nur, um irgendwelchen Personen etwas zu geben. Es sollte doch in unser aller Interesse sein, dass sich bei politischen Prozessen möglichst viele Menschen beteiligen können, die dann von den Entscheiden direkt betroffen sind.

Wir unterstützen die Kommissionsmehrheit, denn es ist ein wichtiger erster Schritt, den wir jetzt gehen können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Hanna Bay.

Hanna Bay (SP): Wir haben es hier nun schon mehrmals gehört, es steht auch im Bericht der Minderheit, dass die Erlangung des Bürgerrechts die unabdingbare Voraussetzung wäre, um die Verbundenheit mit unserem Gemeinwesen unter Beweis zu stellen. Wir haben es auch schon mehrmals gehört, dass man eine C-Bewilligung nicht einfach so erhält. Ich verzichte jetzt an dieser Stelle, die Voraussetzungen nochmals aufzuführen. Es kommt aber nicht von ungefähr, dass die Niederlassungsbewilligung auch Bewilligung für Einheimische ohne Schweizer Pass genannt wird. Der Weg zur C-Bewilligung ist kein Selbstläufer, er ist kein Spaziergang. Diese Menschen sind oft seit Jahrzehnten Teil der Gesellschaft, sie sind unsere Nachbarn, sie sind unsere Freund*innen, sie sind unsere Kolleg*innen und ich finde es zynisch, wenn man ihre Teilnahme an unserer Gesellschaft ernsthaft in Zweifel zieht.

Und nun kommen Sie, liebe Bürgerlichen, und sagen, ja, dann sollen sie sich doch einfach einbürgern lassen. Wenn das nur so einfach wäre. Es stimmt zwar, dass die Anforderungen für eine Einbürgerung und jene für eine C-Bewilligung ähnlich, aber nicht deckungsgleich sind. Und wir haben es auch gehört, die Gründe, weshalb sich jemand nicht einbürgern lässt, sind vielfältig, so vielfältig wie die Schicksale und die Biografien dahinter. Einerseits gibt es Länder, die keine doppelte Staatsbürgerschaft erlauben, und hier vielleicht einfach noch der Hinweis, Identitäten sind nicht schwarz und weiss, wie das

David Jenny gesagt hat, sondern ich glaube, es ist das Ergebnis einer globalisierten Gesellschaft, dass man verbunden sein kann zu verschiedenen Ländern. Dann kostet eine Einbürgerung auch in Basel bis zu 2'500 Franken, Geld, das man erst einmal haben muss. Und ja, Kollege Gabriel Nigon, im Fechtclub ist das vielleicht nicht so ein Problem, ich habe eine andere Erfahrung gemacht, gerade in meiner Klientschaft ist die finanzielle Hürde teilweise wirklich nicht zu überwinden. Hinzu kommen auch noch die faktischen und finanziellen Herausforderungen für die Beschaffung der erforderlichen Dokumente und deren amtliche Übersetzung, wenn es dann notwendig ist.

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass vor einigen Jahren das nationale Bürgerrechtsgesetz entscheidend verschärft wurde. Seit einigen Jahren wird der Nichtbezug von Sozialhilfeleistungen zwingend verlangt, auch hier in Basel. Diese Anforderung lässt das Vorhaben der Einbürgerungen von Personen, die in schwierigen finanziellen Situationen leben und zeitweilig oder langfristig von Sozialhilfe leben müssen, in weite Ferne rücken. Das trifft Familien, das trifft Alleinerziehende, das trifft Armutsbetroffene. Eine Studie der eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen kam daher gerade jüngst zum Schluss, dass vor allem sich gut situierte Personen einbürgern lassen. Dies auch in Basel. Eine Demokratie der Privilegierten? Ich meine, das können wir besser.

Und schliesslich kommen noch die administrativen Hürden hinzu. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich erinnere mich an die Wohnschutzdebatte und Ihre Voten, wie kompliziert all diese Formulare gewesen seien. Während für einige von Ihnen diese Prozeduren, diese Formulare einfach lästig sind, stellen sie für andere eine beinahe unüberwindbare Hürde dar. Wir haben es gehört, wir haben Kurse, wir haben Formulare, wir haben Befragungen, wir haben Tests und gerade für relativ bildungsferne Leute sind diese Tatsachen mit Ängsten verbunden, nicht zu genügen und das Gesicht zu verlieren. Diese Überforderung ist real und sie hat Einfluss darauf, ob sich die Menschen einbürgern lassen oder nicht. Und trotzdem sind sie hier, trotzdem sind sie ein Teil unserer Gesellschaft und wer hier lebt, wer hier arbeitet und wer die Sprache beherrscht, soll mitbestimmen können in Angelegenheiten, die sie betreffen.

Und dann vielleicht noch ein Wort zu diesem ewigen Militärdienstvergleich. Nur zehn Prozent der Personen mit einer Niederlassungsbewilligung sind Männer im wehrpflichtigen Alter. Es geht doch nicht an, das Demokratiedefizit, das wir haben, mit diesen zehn Prozent zu legitimieren, zumal auch überhaupt nicht belegt ist, dass die Wehrpflicht effektiv ein Grund darstellt, wieso sich diese Menschen nicht einbürgern lassen.

Und dann vielleicht noch ein letztes Wort zum Vorwurf der Salamitaktik. Aktuell hat Basel etwa 105'000 Stimmberechtigte. Bei einer Annahme der Vorlage kämen 230'000 Menschen dazu. Dass Ausländer*innen dann über die Menschen mit Schweizer Pass bestimmen würden, das scheitert an einem simplen Dreisatz und daher bitte ich Sie, diese Vorlage anzunehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Lukas Faesch an? Sie wird angenommen.

Lukas Faesch (LDP): Ist Ihnen bekannt, ich habe es vorher schon erwähnt, dass es einen CMS-Fonds gibt, der die Kosten für die Einbürgerungen ganz oder teilweise übernimmt für Leute, die das nicht stemmen können? Dieser Fonds ist im Moment gefüllt mit 100'000 Schweizer Franken. Kennen Sie diesen Fonds?

Hanna Bay (SP): Ich kenne diesen Fonds. Ich finde diesen Fonds auch begrüssenswert, aber ich glaube, auch hier haben wir wieder vielleicht das Problem, dass gerade bildungsferne Leute ungern Bittsteller sind bei Stiftungen, beim Staat, etc.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist kurz vor 12, wir werden am Nachmittag weiterfahren.

Schluss der 23. Sitzung

11:58 Uhr

Protokoll

der 24. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Donnerstag, den 27. Juni 2024, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Barbara Heer (SP); René Brigger (SP); Raoul I. Furlano (LDP); Lea Wirz (GAB); Daniela Stumpf Rutschmann (SVP); Brigitte Kühne (GLP); Salome Bessenich (SP); André Auderset (LDP); Beat Braun-Gallacchi (FDP).*

Verhandlungsgegenstände:

1. Traktandum 1 2
9. Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Stadt betreffend Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer, Bericht der JSSK sowie Bericht der Kommissionsminderheit 2
6. Ausgabenbewilligung für die Verlängerung der Leistungsvereinbarung mit der Basler Personenschifffahrt AG (BPG) für die Jahre 2024 bis 2028, Bericht der WAK sowie Bericht der Kommissionsminderheit 14

Beginn der 24. Sitzung

Donnerstag, 27. Juni 2024, 15:00 Uhr

1. Traktandum 1

[27.06.24 15:00:04]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Ehemalige, die zahlreich hier hinten im Saal sind, mit Freude habe ich Ihnen folgende Mitteilung zu machen:

Verabschiedungen von Margrit Rünzi

Es war am 2. Februar 2005, dass der damalige Grossratspräsident Bruno Mazzotti die neue Gerantin für das Grossratskäfeli vorgestellt hat. Heute heisst es nach fast 20 Jahren Abschied nehmen. Margrit Rünzi ist uns ans Herz gewachsen und es ist uns entsprechend wichtig, sie gebührend zu verabschieden. Ich sage, was wir ihr übergeben, das ist zum einen einen Blumenstrauss, das mache ich nachher eigenhändig, wir haben auch Gutscheine für ein gutes Essen in guter Gesellschaft, die sind oben auf dieser Schatzkiste, und wir haben diese Schatzkiste selber, da sind ganz viele persönliche Botschaften drin. Die haben wir fleissig gesammelt, es wurden jetzt in den letzten Minuten auch noch einige mehr, ich schätze es sind weit über 80. Von noch mehr Menschen, weil teilweise mehrere Leute eine Karte geschrieben haben. Liebe Margrit, du musst selber entscheiden, ob du all diese Nachrichten aufs Mal lesen willst oder vielleicht eine pro Tag, eine pro Woche, eine pro Monat. Ich weiss, es ist auch ein bisschen eine Überforderung, wir erwarten also nicht, dass du uns allen zurückschreibst. Du darfst sie einfach lesen und für dich behalten.

Aber nimmt sie doch als Zeugnis unserer grossen Wertschätzung und Dankbarkeit für deinen langen Einsatz. Wir sind froh, dass wir mit dir diese Zeit verbringen durften und wünschen von Herzen alles Gute für die weitere Zeit. Danke Margrit. [Applaus]

Rünzi Margrit: Ich kann fast nicht sprechen. Für eure Treue, für eure Begleitung, auch meinerseits, ich hatte fast 20 schöne Jahre mit euch zusammen. Ich habe es genossen und gehe eigentlich ungern und doch freut es mich. Ganz herzlichen Dank für alle Geschenke, das ist sehr lieb und grosszügig. Und ich mag euch alle von Herzen. [Applaus]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es hat auch noch einen zweiten Blumenstrauss aus dem Kreise des Rates und auch noch ein Säckli, das gar nicht Platz hatte in der Schatzkiste.

Besuch auf der Zuschauertribüne

Auf der Tribüne begrüsse ich Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Muttenz mit einer uns bestens bekannten Lehrerin. Vielleicht haben Sie sie schon erkannt, es ist Marianne Hazenkamp. Sie sind im Rahmen der Wahlwoche Ethik in Politik und Wissenschaft bei uns, was uns freut. Herzlich willkommen und spannende Einblick.

9. Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Stadt betreffend Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer, Bericht der JSSK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

[27.06.24 15:05:33, 22.0859.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir fahren fort mit der Beratung von Traktandum 9. Teilrevision der Verfassung, Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer.

Wir sind stehen geblieben bei den Einzelvoten und da ist der nächste Sprecher Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Ich möchte nur auf einen Punkt hinweisen, der im Bericht der Kommissionsminderheit steht, und jetzt auch noch hier vom Sprecher der Kommissionsminderheit nochmals wiederholt wurde. Es steht dort, dass 1910 die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer in Basel-Stadt 37,6 Prozent betragen habe und dass das rund 51'000 Menschen sind. So weit, so gut. Der anschliessende Rückgang der Zahl der Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz wird dann auch auf Einbürgerungen zurückgeführt und dies insinuiert dann auch, dass Einbürgerungen quasi damals das Mittel gewesen seien, um den Anteil der Ausländerinnen und Ausländer im Kanton zu reduzieren. Dass quasi damals die Ausländer*innen die Guten waren, die sich einbürgern liessen, heute die Ausländerinnen und Ausländer dies nicht tun würden. Das ist natürlich grundlegend falsch und muss hier korrigiert werden.

Die ausländische Wohnbevölkerung in den Jahren um 1910 bestand hauptsächlich aus Menschen aus den Staaten Italien, Frankreich und Deutschland. In Basel waren es vor allem Menschen aus Deutschland, in Genf vor allem Menschen aus Frankreich. Im Verlauf Ende des 19. Jahrhunderts, Anfang des 20. Jahrhunderts kamen Menschen aus Italien dazu, die immer einen grösseren Anteil ausmachten, und dann kam das Jahr vor 110 Jahren, 1914, und dann waren plötzlich fast alle weg. Das waren nämlich vor allem werktätige Menschen und diese werktätigen Menschen waren vor allem werktätige Männer und die wurden 1914 eingezogen, wurden mobilisiert, ob freiwillig oder nicht und deswegen reduzierte sich der Ausländerinnen- und Ausländeranteil, aber vor allem der Ausländeranteil signifikant nach dem Jahr 1914. Es wurde einfach 1910 das letzte Mal erfasst.

Dass das nun hier wie gebraucht wird, um irgendwelche Einbürgerungen, die sicher wichtig sind, zu rechtfertigen, ist falsch. Und man muss dazu auch noch sehen, dass sowohl von der konservativen Seite als auch vom Bundesrat in der Folge das Ausländergesetz auch immer wie schärfer wurde. Ab dem Jahr 1917 wurde die BV angepasst, es wurden Verordnungen angepasst, es kam der Begriff Überfremdung auf, wohlgemerkt, obwohl es damals fast keine Ausländer mehr in der Schweiz gab während des Krieges, und so hat sich der Ausländeranteil eigentlich innerhalb von 20 Jahren auf fünf Prozent gesamtschweizerisch jetzt gesenkt.

Ich bitte Sie, das in Erwägung zu ziehen bei Ihren weiteren Ausführungen während der Kampagne.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der nächste auf der Liste von heute Morgen war Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Sie haben es vielleicht schon gemerkt, ich bin ein glühender Verfechter von guter Sprache, denn Sprache ist das A und O unserer Gesellschaft, Sprache ist das Fundament unserer Zivilisation, unserer Gesellschaft, unseres Zusammenlebens und unserer Demokratie. Deshalb möchte ich mich in meinem Votum noch einmal ganz konkret über die sprachlichen Anforderungen äussern, die ja heute Morgen auch schon erwähnt worden sind, und gleichzeitig Kollega Mahir Kabakci die Antwort geben, beweisen, dass seine Antwort, dass Leute mit diesen Minimalanforderungen, komplexe Stimmbüchleins, Abstimmungsunterlagen verstehen würden, einfach schlicht falsch ist.

Diese sprachlichen Anforderungen, das A1, A2, das Sie gehört haben, das ist im gemeinsamen europäischen Referenzrahmen für Sprachen beschrieben. Schriftliche Sprachkompetenz A1, mündliche A2, A wird definiert als elementare Sprachverwendung. A1, Anfänger kann vertraute, alltägliche Ausdrücke und ganz einfache Sätze verstehen, kann sich auf einfache Art verständigen, wenn die Gesprächspartnerinnen oder Gesprächspartner langsam und deutlich sprechen und bereit sind, zu helfen. Auf das schriftliche umgelegt bedeutet das, jemand mit diesem Sprachniveau, das ja nach vielen von Ihnen ausreichend sei, um Abstimmungsunterlagen zu lesen, soll jemand das tun können, wenn der, der das geschrieben hat, ihm zur Seite steht, die Sätze einfach geschrieben sind. Also Sie geben sich zufrieden mit einem Leseverständnis, für welches das Lesen von Feriengrüssen auf einer Postkarte schon eine Herausforderung sind. Und ich behaupte einfach, und da richte ich mich auch an Hanna Bay, die Abstimmungsunterlagen sind doch wesentlich komplexer als Feriengrösse auf einer Postkarte.

Die mündliche Kompetenz A2, das ist definiert als grundlegende Kenntnisse, kann Sätze und häufig gebrauchte Ausdrücke verstehen, die in Bereichen von ganz unmittelbarer Bedeutung sind oder kann sich in einfachen routinemässigen Situationen verständigen, in denen es um einen einfachen und direkten Austausch über vertraute und geläufige Dinge geht. Also für mündlich A2, jemand kann verstehen und darüber reden, wer er ist oder wer seine Familie ist, Fragen diskutieren, mit denen er einen ganz direkten Bezug hat. Und das wissen Sie auch, ich glaube, das streitet niemand ab, dass diese Abstimmungsunterlagen nicht immer einen direkten Bezug zu uns als Person haben, sondern zumindest anfänglich einen abstrakten Charakter haben, und unser schweizerisches Demokratiesystem hängt ganz entschieden und davon ab, dass wir verstehen, was da gefragt wird. Es ist meines Erachtens, das ist jetzt meine persönliche Meinung, das beste System der Welt. Ich will da nicht tiefer darauf eingehen, es ist aber ganz sicher das anspruchsvollste.

Wir gehen mehrere Male im Jahr, drei, vier Mal im Jahr an die Urne und es ist wichtig, dass die Bevölkerung weiss, über was sie abstimmen, und wir als Politiker, Sie hier drinnen, wir alle sind verantwortlich dafür, dass auch zukünftige Generationen dieses gute System noch geniessen können. Und deshalb alleine schon, diese absolut minimalsten Sprachanforderungen, die Sie darstellen, verbieten es, dass wir auf dieses Geschäft überhaupt eintreten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Mahir Kabakci möchte Ihnen eine Frage stellen. Sie wird angenommen.

Mahir Kabakci (SP): Beat Schaller, ist Ihnen bewusst, dass das die Mindestanforderung ist und die meisten Menschen, die hier auf die Welt gekommen sind, hier leben, ihren Mittelpunkt hier haben, und das ist die Mindestanforderung und die meisten können mehr als nur eine Ferienpostkarte lesen?

Beat K. Schaller (SVP): Das ist mir sehr wohl bewusst, deshalb habe ich diese Sätze in sehr einfachen Worten und Formulierungen gebracht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Demokratie ist kein knappes Gut. Je mehr Menschen an einer Gemeinschaft Teil haben und mitgestalten können, desto stärker wird sie. Im Jahr 1966 stimmte der Kanton Basel-Stadt dem Frauenstimmrecht auf kantonaler Ebene als erster Deutschschweizer Kanton zu und erst im Jahr 1971 haben wir schweizweit das Frauenstimmrecht eingeführt. Ein grosses Demokratiedefizit wurde damit behoben. Der Blick auf diese historische Errungenschaft ist wichtig, um sich die Frage zu stellen, wer ist heute noch von der Schweizer Demokratie ausgeschlossen.

Im Kanton Basel-Stadt, das haben wir mehrmals gehört, dürfen 38 Prozent der Bevölkerung nicht politisch teilnehmen und mitbestimmen. Drei Viertel von ihnen sind in der Schweiz geboren und leben seit mehr als zehn Jahren im Kanton und sprechen hervorragend Deutsch. Rund 80’000 Menschen ohne Schweizer Staatsangehörigkeit sind somit von den demokratischen Prozessen ausgeschlossen. Diese Menschen leben seit vielen Jahren in Basel, arbeiten, viele in systemrelevanten Berufen, sie tragen zum materiellen und immateriellen Wohlstand des Kantons bei und ja, zahlen Steuern, tragen aktiv zum gesellschaftlichen Leben bei und sie haben die gleichen Pflichten wie alle anderen in diesem Land. Politische Rechte aber haben Sie keine.

Heute spreche ich nicht als Soziologin oder als Migrationsforscherin zu Ihnen, sondern als Betroffene. Auch mir blieben politische Rechte als Frau italienischer Herkunft verwehrt, obwohl ich in Basel geboren wurde, hier zur Schule ging, an der Uni studierte und Teilzeit arbeitete, um ein Studium zu finanzieren. Im Alter von 23 Jahren wurde ich eingebürgert. Jahrelang habe ich dafür gespart. Heute darf ich mitbestimmen und bin gewählte Grossrätin, im Gegensatz zu vielen anderen Migrierten, die auch in der Schweiz geboren wurden. Ich hatte Glück, denn ich musste weder meinen Wohnort wechseln und somit den Warteprozess für die Einbürgerung erneut anfangen noch musste ich meine erste Staatsbürgerschaft abgeben. Somit sind mir viele Hürden auf dem Weg zur Einbürgerung erspart geblieben.

Für viele andere Menschen sieht die Realität anders aus. Eine aktuelle Studie der eidgenössischen Migrationskommission zeigt, dass seit der Einführung des neuen Bürgerrechtsgesetzes im Jahr 2018 die ordentliche Einbürgerung selektiver geworden ist. Der Anteil von Hochqualifizierten ist markant angestiegen und die Zahl wenig qualifizierter und schlecht situierter Personen ist deutlich zurückgegangen. Hierzu habe ich übrigens auch schon einen politischen Vorstoss eingereicht.

Meine Mutter kam 1964 aus einem süditalienischen Dorf in die Schweiz alleine, wo sie meinen norditalienischen Vater kennenlernte. Sie lebt hier seit 60 Jahren ohne Schweizer Pass. Auch sie ist von den hohen Einbürgerungshürden betroffen. Zunächst stellten die hohen Kosten für die Einbürgerung sowie die erheblichen bürokratischen Hürden ein Hindernis dar, später ihre Sprachkenntnisse. Diese Hürden zu bewältigen, ist für wenig qualifizierte Migrierten aus der Arbeiter*innenschicht, also für Menschen, die ihr Leben lang als Reinigungskraft oder auf dem Bau gearbeitet haben, eine grosse Herausforderung. Für sie ist es schwieriger, sich die erforderlichen schriftlichen und mündlichen Sprachkenntnisse anzueignen, weshalb auch meine Mutter bis heute von der politischen Teilhabe ausgeschlossen ist.

Erlauben Sie mir diese Bemerkung. Die Bedeutung der Sprache, um an der Gesellschaft teilzunehmen, soll nicht in Abrede gestellt werden. Doch die Mehrheitssprache darf auch nicht als Machtinstrument benutzt werden. Politische Partizipation für möglichst alle Erwachsenen in einem Staat ist ein Indiz, wenn es darum geht, die Qualität einer Demokratie zu bemessen. Der fehlende Zugang zu politischen Rechten für Migrierte in Kombination mit einer restriktiven Einbürgerungspolitik beeinträchtigt auf lange Sicht die Qualität der demokratischen Ordnung in der Schweiz. Die Verleihung politischer Rechte an Basler Einwohner*innen mit einer Niederlassungsbewilligung C macht sie als Zuschauenden zu aktiv Beteiligten an der Demokratie.

Schreiben wir heute Geschichte, malen wir die Vision einer gemeinsamen Zukunft in einer modernen und starken Demokratie. Sagen Sie Ja zum Einwohner*innenstimmrecht auf kantonaler Ebene in Basel. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag der JSSK-Mehrheit zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Thomas Widmer-Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Von Seiten EVP unterstützen wir die Einführung des Ausländerstimmrechts nicht. Das Schweizer Bürgerrecht soll Voraussetzung bleiben, das haben wir auch im aktuellen Grundlagenpapier der EVP Basel-Stadt festgehalten. Aber die Hürde für Einbürgerungen darf nicht zu hoch sein. Wir sind offen für Diskussionen im Blick auf die Vereinfachung und Erleichterung der Einbürgerung.

Für die aktuelle Diskussion ist auch die Wehrpflicht ein Thema. Männer mit Migrationshintergrund, die sich einbürgern lassen, müssen je nach Alter Militärdienst leisten. Wenn ausländische Einwohner das Stimmrecht ohne Einbürgerung und damit ohne Verpflichtung zum Militärdienst erhalten würden, wäre das eine Bevorzugung. Das ist so eines der Themen, das bei uns kam, auch neben dem Sprachthema, aber das möchte ich jetzt nicht mehr ausführen.

Wir sind, wie gesagt, offen für Diskussionen im Blick auf die Erleichterung der Einbürgerung, wie zum Beispiel jene, die heute Morgen David Jenny in der Beantwortung der Zwischenfrage genannt hat. Wer sich noch nicht einbürgern lassen kann oder will, kann andere Mitwirkungsformen nutzen. Wir denken dabei insbesondere an die Session für Migrantinnen und Migranten beider Basel sowie an die Mitwirkung bei Prozessen zu Quartierentwicklungen oder auch an Vernehmlassungsverfahren.

Von Seiten der EVP bitte ich Sie, auf das Geschäft nicht einzutreten und falls Eintreten beschlossen wird, empfehlen wir die vorgeschlagenen Änderungen der Verfassung des Kantons Basel-Stadt abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Meine letzte Rede vor der parlamentarischen Sommerpause. Ich muss auch mein Bündeli packen, darum habe ich mich in der Mittagspause als Musterschüler gut vorbereitet. Ich habe vorher meine Anträge vergessen. Ich beantrage Rückweisung an die Kommission und ich beantrage Nichteintreten. Ich finde es sehr schade, dass wir wieder einmal keine Diskussion führen.

Ich nehme Bezug auf meine Vorredner. Pauschal möchte ich an meine Vorredner zusammengefasst sagen, bevor ich nachher ins Detail gehe, die meisten fordern etwas, das Ausländerwahlrecht, aber es wird nicht erklärt, was der Vorteil für uns eingesessene Schweizer wäre. Auch wenn ich ein Papierschweizer bin, habe ich das Recht, das hier vorne zu sagen. Blickt man zurück, was meine Vorredner gemacht haben, keiner gibt etwas freiwillig ab von der Macht, das ist ganz normal. Ich komme jetzt zu diesen Vorrednern. Die haben gesagt, sie wollen das Ausländerwahlrecht, aber es hat an der Wahlurne keine Chance. Es ist eine Zwängerei, wenn das schon zwei Mal an der Wahlurne abgelehnt wurde und von der Bevölkerung versenkt wurde. Es kommt bei der Bevölkerung gar nicht gut an.

Zur Vorrednerin Edibe Gölgeli. Sie haben einen historischen Diskurs gemacht, Sie haben gesagt, die Juden waren früher ausgeschlossen, usw. Sie haben gesagt, früher hat man nur im Grossen Rat sein dürfen, wenn man in einer Zunft gewesen ist, wenn man Vermögen gehabt hat, das stimmt. Aber Edibe Gölgeli, ich muss Ihnen einfach sagen, das sind gewisse Hürden, die man einfach eingebaut hat, dass nicht jeder Mensch in der Politik tätig sein kann und diese Hürden, die haben wir einfach auch in den Genen von unserer einheimischen Bevölkerung und das ist noch vorhanden.

Nicola Goepfert hat gesagt, wir haben ein Demokratiedefizit.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, das halte ich für sehr problematisch, das auf die Gene zu beziehen. Bitte unterlassen Sie das.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe das nicht überlegt, danke für den Hinweis. Ich wollte einfach sagen, wir wollen unsere Rechte verteidigen und das steht in der Zeitung, wir haben das Recht, dass wir unsere Rechte hier verteidigen.

Nicola Goepfert hat gesagt, wir haben ein Demokratiedefizit. Nicola Goepfert, ich muss Ihnen ganz freundlich widersprechen, die Abstimmung Ende November wird etwas anderes sagen. Wir haben die Abstimmung Ende November mit dem zweiten Wahlgang Regierungsrat. Nicola Goepfert, Sie haben gesagt, 38 Prozent der Bevölkerung sind ausgeschlossen. Ich möchte Ihnen etwas sagen, ich bin Presse-Mitarbeiter gewesen in Abu Dhabi und dort sind 98 Prozent der Bevölkerung ausgeschlossen und in Abu Dhabi habe ich nur glückliche Menschen getroffen. Die Leute sind glücklich, sie brauchen kein Wahlrecht.

Hanna Bay von den Sozialdemokraten. Sie hat gesagt, sie sollten ein Teil der Gesellschaft sein, es sei zynisch. Hanna Bay, ich spreche jetzt nicht über die Kriminalstatistik, aber es ist so, ich überspringe jetzt das, weil es ein bisschen heikel ist. Es ist einfach ein Thema, das die Leute bewegt.

Bevor ich Ihnen schöne Sommerferien wünsche, in der Abstimmung haben Sie keine Chance und ich muss dann wieder erklären.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ebenfalls schöne Sommerferien, vielen Dank. Nächster Sprecher ist Stefan Suter.

Stefan Suter (SVP): Wir haben heute mehrfach von einem angeblichen Demokratiedefizit gehört, sogar von einem erheblichen Demokratiedefizit. Das scheint mir in Anbetracht der direkten Demokratie in der Schweiz eher ein unpassender Vorwurf zu sein. Dies gilt umso mehr, als eingebürgerte Ausländerinnen und Ausländer ja sofort an dieser direkten Demokratie partizipieren können. Ein Vergleich mit Schweden und Belgien ist deswegen eher fehl am Platz, da darf man alle vier Jahre an Parlamentswahlen teilnehmen.

Nun gut, es ist auch von Ungerechtigkeiten gesprochen worden von Nachbarn, von Freunden und Bekannten, die nicht wählen und stimmen dürften. Nun, die Ungerechtigkeit wird nun mit dieser Vorlage geschaffen. Sie schaffen ein Zweiklassensystem. Es wird nun, falls diese Vorlage durchkäme, Personen geben, die das Schweizer Bürgerrecht haben, das aktive und passive Wahlrecht, und die anderen, die nur aktiv wählen dürfen. Eine eklatante Ungerechtigkeit wollen Sie da herstellen. Natürlich steht der Vorwurf im Raum, dass man das scheibchenartig dann später bringen will, aber jetzt haben wir diese, das ist eine eklatante Ungerechtigkeit, dass man hier wie im Feudalzeitalter zwei Klassen schafft.

Nun vielleicht noch ein weiterer Aspekt. Jetzt soll die Stimm- und Wahlberechtigung an die Niederlassungsbewilligung gekoppelt werden. Auch das erstaunt und passt eigentlich zum Thema Demokratiedefizit. Die Niederlassungsbewilligung ist ein Verwaltungsakt. Im Gegensatz dazu sind die Bürgergemeinden demokratisch gewählt. Über einen Verwaltungsakt entscheidet ein Beamter oder auch eine Beamtin, und zwar nach Gesetz und Verwaltungsermessen. Dies führt wiederum so einer Ungerechtigkeit, zu einer Ungleichheit, die Sie mit dieser Vorlage einführen. Die Niederlassungsbewilligung wird nicht nach Ablauf der gleichen Zeit an alle Leute verteilt. Es gibt fünf Jahre, es gibt zehn Jahre, es kann auch länger sein, wenn jemand eine Voraussetzung nicht erfüllt. Diesen Unterschied nehmen Sie einfach hin?

Was ist übrigens, wenn das Migrationsamt, das ja dann zuständig wird für das Stimm- und Wahlrecht, die C-Bewilligung wiederruft? Oder sie kann seit einiger Zeit auch eine Rückstufung machen, jemand hat die Niederlassungsbewilligung, hat irgend Schulden oder was weiss ich und dann kann man als mildere Massnahmen, anstatt die Leute auszuweisen, eine Rückstufung vornehmen. Ja und durch diese Rückstufung, die die Verwaltung vornimmt, verliert dann wieder jemand sein Stimmrecht. Eine für mich haltlose Situation. Was wollen Sie eigentlich mit den vorläufig Aufgenommen machen, die schon ganz lange unsere Nachbarn sind, unsere Freunde im Sport, in der Musik, die bekommen es dann auch nicht?

Sie sehen, mit dieser Vorlage wird ein Demokratiedefizit eingeführt. Eine Zweiteilung der Wählerschaft, des Elektorats und eine Delegation an das Migrationsamt, nichts gegen das Migrationsamt, aber weg von einer demokratisch gewählten Behörde zur Verwaltung, zum Migrationsamt. Deswegen kann diesem Vorschlag nicht gefolgt werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Stefan Suter, nehmen Sie die Zwischenfragen von Edibe Gölgeli und Lisa Mathys an? Sie werden angenommen. Zuerst Edibe Gölgeli.

Edibe Gölgeli (SP): Stefan Suter, diese haltlose Situation, die gibt es ja im Kanton Neuenburg und Jura gemäss Ihrer Auflistung. Was denken Sie, was machen die dann falsch? Die kennen das schon seit über Jahren.

Stefan Suter (SVP): Ich glaube, ich habe mich deutlich geäussert. Ich finde es falsch, wenn der Entscheid von einer demokratischen Behörde weggenommen wird zu einem reinen Verwaltungsakt.

Lisa Mathys (SP): Sie haben ja die Unterscheidung gemacht zwischen dem Verwaltungsakt und dem Entscheid des demokratischen Gremiums Legitimierten. Ist denn die Geburt als Schweizer*in ein Verwaltungsakt oder ein demokratisches Gremium, das passiert?

Stefan Suter (SVP): Das ist es eben beides nicht. Es geht hier ja um die Einbürgerungen, nicht um die Geburt. Wer soll entscheiden, wer eingebürgert wird bzw. wer das Wahl- und Stimmrecht hat und meine Kritik ist, dass Sie das delegieren weg von den demokratischen Behörden zu einer Verwaltungsinstanz.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Zaira Esposito.

Zaira Esposito (SP): Wir lieben und loben unsere Demokratie und das ist schön und richtig so, denn Demokratie ist in keiner Weise eine Selbstverständlichkeit. Die internationalen Ereignisse zeigen uns, dass sie tagtäglich gepflegt und gelebt werden muss. Und weil wir unsere Demokratie so schätzen, gilt es heute, ein klares Zeichen zu ihrer Stärkung zu setzen. Unser Kanton hat sich in den letzten Jahrzehnten tiefgreifend verändert. So sind Vielfalt und Migration aus unserem Stadtbild nicht mehr wegzudenken. Sie sind eine Tatsache. Die Region profitiert wirtschaftlich stark von international tätigen Firmen und von Arbeitskräften, die zugezogen sind und zumeist aktiv hierhergeholt wurden. Die immer diversere gesellschaftliche Zusammensetzung führt dazu, dass das Gleichgewicht zwischen der Wohnbevölkerung und denjenigen, die über politische Rechte verfügen, kontinuierlich abnimmt und ja, das ist ein Demokratiedefizit.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, unser Land wird als Hort der Demokratie bezeichnet, in dem das Volk souverän ist. Doch das klingt einfacher, als es tatsächlich ist. Denn wer gehört heutzutage zum Volk und ab wann wird man Teil davon? Ist es genau dann, wenn man eine Staatsbürgerschaft erhält oder ist man nicht schon Teil davon, wenn man sich für ein freiheitliches und prosperierendes Gemeinwesen einsetzt, wenn man hier den Lebensmittelpunkt hat und Steuern bezahlt?

Blicken wir einmal auf das letzte Jahr zurück. 2023 sind in unserem Kanton lediglich 60 Prozent der Personen über 18 Jahren stimmberechtigt gewesen. Der restliche Anteil der erwachsenen Bevölkerung war von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. 38 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner wegen dem fehlenden Schweizer Pass. Bei einer Stimmbeteiligung von fast 44 Prozent haben somit rund 46’000 Menschen über Angelegenheiten entschieden, die einen Raum mit einer Wohnbevölkerung von fast 206’000 Menschen betreffen. 46’000 zu 206’000. Das ist für eine stolze Demokratie wahrlich wenig.

Erlauben Sie mir deshalb ein Gedankenspiel. Wir können die Anzahl der Stimmberechtigten und die tatsächlich Abstimmenden des letzten Jahres auf diesen Raum übertragen. Hier im Grossen Rat sitzen insgesamt 100 erwachsene Personen. Sie verkörpern 100 Perspektiven und Lebenserfahrungen. Diese tragen alle dazu bei, inhaltliche Auseinandersetzungen zu führen und tragfähige Lösungen zu erarbeiten. So arbeiten wir hier zusammen. Von diesen 100 Personen sind aber nur 60 stimmberechtigt. Fast alle, die da rechts von der Mitte sitzen, dürfen also nicht mitbestimmen, sei es wegen ihrem Pass, weil sie einen Beistand haben oder weil sie hier in Basel als Wochenaufenthalter*innen angemeldet sind. So ist es, es tut mir leid, Sie dürfen hierbleiben und ihren Beitrag leisten, Entscheidungen werden aber nur von der anderen Seite getroffen. Von den 60 Personen auf der linken Seite haben 34 keine Zeit oder keine Lust, abzustimmen. Deshalb bleiben gerade noch 26 Personen in diesem Raum, die über das Schicksal der anderen 74 Personen entscheiden. 26 Personen. Das wäre so in etwa, wie wenn der Wahlkreis Basel Ost über alle anderen Wahlkreise entscheiden würde.

Deshalb frage ich Sie, ist das die Demokratie, auf die wir so stolz sein wollen? Ich denke nicht und das wissen Sie auch. In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Antrag der JSSK zuzustimmen. Unsere Gesellschaft kann nur davon profitieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Adrian Iselin.

Adrian Iselin (LDP): Die staatsrechtliche Grundfrage, die sich hier stellt, ist, ob man das Stimm- und Wahlrecht an die Niederlassung knüpfen möchte oder weiterhin an die Staatsangehörigkeit, sprich an den Schweizer Pass. Mehrfach wurde darauf hingewiesen, dass man eine C-Bewilligung nicht einfach erhält. Edibe Gölgeli und Hanna Bay haben ausgeführt, dass die Inhaber dieser Bewilligung meist mehr als zehn Jahre in Basel leben. Für die Inhaber der C-Bewilligung sollte es deshalb ein leichtes sein, sich um den Schweizer Pass zu bemühen und sich einbürgern zu lassen.

Die Gemeinden Riehen und Bettingen haben bereits ähnliche Vorlagen zum Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer mit deutlichen Ablehnungsraten von etwa 70 Prozent abgelehnt. Analog zu diesen Abstimmungen gehe ich persönlich davon aus, dass die Mehrheit des baselstädtischen Stimmvolkes diese Teilrevision der Verfassung ebenfalls ablehnen wird. Persönlich lehne ich die Anknüpfung an die Niederlassung für das Stimm- und Wahlrecht ebenfalls ab. Wer abstimmen und wählen will, soll sich einbürgern lassen. Auch aus staatsrechtlicher Sicht erschliesst es sich mir nicht, weshalb von der bisherigen Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit abgewichen werden sollte.

Ich appelliere an Sie, nicht an der Basis der Bevölkerung vorbei zu politisieren und der Kommissionsminderheit sowie David Jenny zu folgen. Letzteren halte ich, im Gegensatz zu anderen Ratskollegen, für einen sehr fähigen Juristen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Das Thema beschäftigt uns natürlich, das ist emotional, das ist auch ganz klar. Es ist mir heute in dieser ganzen Debatte enorm verkopft vorgekommen, alle haben da irgendwelche Paragrafen zitiert und was es sonst noch gibt und mit Zahlen um sich geworfen. Ich möchte das weglassen, ich möchte eigentlich nur folgendes Thema aufzählen:

Wenn ich in einer Gemeinde aufwachse und zu meinen Eltern sage, ich möchte Fussball spielen, dann sagen die, ja, gehe zum Fussballclub Breitenbach. Dann möchte ich in der Meisterschaft mitmachen und die sagen, selbstverständlich kannst du in der Meisterschaft mitmachen, du musst einfach Mitglied werden im Fussballclub Breitenbach. Wenn ich in die SP eintreten möchte, dann möchte ich abstimmen, wer jetzt da auf die Liste kommt, und die werden mir sagen, abstimmen kannst du nicht, du musst SP-Mitglied werden. Mindestens gehe ich mal davon aus, dass das so ist, vielleicht werde ich da nachher dann korrigiert, mindestens in den anderen oder in vielen Parteien ist das so. Das heisst, überall muss man Mitglied werden, überall muss man dabei sein wollen, überall muss man ein Committment haben und zeigen, dass man sagt, jawohl, da will ich mitmachen. Man zahlt den Mitgliederbeitrag und darf dann auch mitspielen beim Fussball oder Handball oder mitwählen, abstimmen, wer in der Partei aufgeführt wird.

Was es auch noch zu sagen gibt zu diesen Thema, das immer wieder gekommen ist, bei den Frauen war es auch so, die Frauen durften auch nicht, die konnten ja auch nicht Mitglied werden, das geht halt einfach nicht. Das hat man dort natürlich gewusst und hat gesagt, jawohl, wir müssen das anders lösen, die müssen wir einfach dazu nehmen. Aber ein Ausländer, eine Ausländerin, jemanden, der hierherkommt, die können Mitglied werden in der Schweiz. Die können mitmachen, den Pass beantragen und dann läuft das. Jetzt kann man noch sagen, ja, die Hürden sind vielleicht zu hoch, vielleicht ist es auch zu teuer, durchaus geht es möglicherweise auch zu lange und mag sein, dass es vielleicht auch unangenehm ist, die vielleicht auch dummen Fragen zu beantworten. Ich weiss es nicht, ich habe mich noch nie einbürgern lassen müssen in der Schweiz, obwohl ich auch 50 Prozent Ausländer bin, Österreicher und 25 Prozent Deutscher und den Rest wissen wir nicht genau. Gut, meine Eltern werden das wissen.

Also ich wiederhole mich, wer mitmachen will, der soll Schweizer werden und dann läuft das, und wer das nicht auf sich nehmen will, der lässt es halt sein und der wählt halt nicht. Danke fürs Zuhören. Ich hoffe, Sie wissen, wo das richtige Knöpfchen ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage von Amina Trevisan annehmen? Sie wird angenommen.

Amina Trevisan (SP): Erkennen Sie das Problem, dass solange wir die Vorstellung haben oder Sie die Vorstellung haben, dass der Staat wie ein Club agiert, dass das eben ein Teil des ganzen Problems ist? Erkennen Sie das?

Alex Ebi (LDP): Vielen Dank für diese Frage. Ja.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur nächsten Einzelsprecherin, das ist Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Ich habe den Voten genau zugehört und auffallend fand ich eigentlich, dass von linker Seite, dass sie sich nicht so einig sind bei den Argumenten. Da werden sehr viele verschiedene Sachen aufgezählt. Einige sagen, dass das Bezahlen von Steuern ein Argument sein soll, das Stimm- und Wahlrecht zu erhalten, einige reden davon, dass das Stimm- und Wahlrecht zur Integration dient, andere sagen, dass es für die Integrierten ist. Ich denke, dass das Stimm- und Wahlrecht sicher nicht ein Integrationsinstrument sein darf.

Was mir aber aufgefallen ist, ist, dass für mich der wichtigste Begriff bei diesem Thema heute nicht genannt wurde und das ist der Begriff nicht der Integration, sondern der Identifikation. Und dies ist eigentlich das entscheidendste. Denn wer sich mit unserem Kanton identifiziert und sich mit der Schweizer Demokratie identifiziert, bürgert sich auch ein und nur wer sich mit uns identifiziert, darf meines Erachtens das Stimm- und Wahlrecht erhalten dürfen. Daher folge ich der Minderheit.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erich Bucher beantragt Schliessung der Redner*innenliste. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Ordnungsantrag Schliessung der Redeliste

JA heisst Schliessung der Redeliste, NEIN heisst keine Schliessung

Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 26 Nein, 9 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003789, 27.06.24 15:47:12]*

Der Grosse Rat beschliesst

Schliessung der Redeliste.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Schliessung der Redeliste entschieden mit 57 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei 9 Enthaltungen. Das heisst, es gibt keine neuen Einzelvoten mehr. Natürlich hat Mahir Kabakci noch sein zweites Votum zugute.

Mahir Kabakci (SP): Lange haben wir jetzt debattiert und diskutiert. Die einen finden, man soll sich einbürgern, die anderen finden, nein, wir sollen das Einwohner*innenstimmrecht einführen und wir haben jetzt unterschiedliche Varianten und Diskussionen gehört. Jetzt sind wir an diesem Punkt, wo wir eigentlich bei dieser Frage immer ankommen. Dann gibt es diese Ratshälfte, die finden, man kann sich ja einbürgern, einbürgern, einbürgern, es ist kein Demokratiedefizit, aber der Punkt ist, es gibt eine Realität und diese Realität heisst, dass ca. 40 Prozent immer noch nicht stimm- und wahlberechtigt sind.

Jetzt können wir als Parlament, gewählte Volksvertreterinnen und Volksvertreter, diese Realität ignorieren und sagen, ja, man kann sich einbürgern und dann sind das wieder genau die gleichen bürgerlichen Parteien, die jegliche Vereinfachung in der Einbürgerungsthematik blockieren. Schon alleine, ja, Sie schütteln jetzt den Kopf, aber das ist die Realität, zum Beispiel bei meinem Vorstoss, wo wir die Einbürgerungsgebühren bis 25 streichen wollten, waren es wieder die bürgerlichen Parteien, die gesagt haben, nein, wer sich ein BMW leisten kann, der kann sich auch den Pass leisten. Das war die Argumentation.

Und da muss ich halt einfach sagen, diese Realität blenden Sie aus, diese ca. 40 Prozent gibt es immer noch und auch wenn Sie jetzt da dagegen sind, diese Menschen verschwinden nicht. Sollte es nicht unsere Aufgabe sein als Parlament, Lösungen zu finden für Probleme? Wenn wir nur zuschauen, werden wir irgendwann den Zustand haben, dass etwa 30 Prozent über die restlichen 70 entscheiden. Ist es diese Demokratie, die Sie möchten? Das glaube ich kaum.

Und da bitte ich Sie, kommen Sie bitte, überlegen Sie nochmals, treten Sie ein für eine zukunftsgewandte Politik, weil dieses Modell, was wir heute haben, das ist nicht zukunftsfähig. Wir werden immer einen kleineren Teil haben, der abstimmt und wählt, und immer einen grösseren Teil haben, der ausgeschlossen sein wird. Sagen Sie Nein zu dieser Entwicklung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt doch noch die zweite Runde, auch bei Regierungsrat, Minderheit und Kommission. Zuerst hat das Wort Regierungspräsident Conradin Cramer. Er verzichtet. Dann geht das Wort an den Sprecher der Minderheit, David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich habe natürlich die Gelegenheit genutzt, über Mittag in mich zu gehen nach diesem geballten Ansturm linker Intellektualität und Emotionalität. Und es wird Sie überraschen, ich wurde nicht von Saulus zu Paulus. Ihre Argumentation gründet in einer Delegitimierung unseres Einbürgerungsverfahrens im Sinne einer self-fulfilling prophecy. Wir haben es zuletzt wieder gehört von Mahir Kabakci; ausgeschlossen. Nein, es besteht ein klarer Weg und dieser Weg ist das Einbürgerungsverfahren und ich glaube, die Einbürgerung ist zumindest auf kantonaler und Bundesebene das einzig wirklich praktikable und legitime Kriterium.

Sie haben von Kompromissen geredet. Ich glaube, wir haben durchaus auch Vorstösse hier in unserem Geltungsbereich mitgetragen und ich glaube, in diesem Bereich, und da ist wirklich Basel vorbildlich, können wir Kompromisse erzielen. Das ist eben sehr schwierig bei der Vorlage, die Sie jetzt durchbringen wollen. Und wenn Sie natürlich von Anfang an dieses Verfahren delegitimieren, ist es auch schwierig, da sinnvoll über Kompromisse zu sprechen. Auch Lukas Faesch hat es gesagt, wir sind wirklich vorbildlich. Ich glaube auch, im Einbürgerungsverfahren hat es immer mehr rechtliche Komponente, das Bundesgericht greift ein. Wir haben auch bei uns im Kanton nicht die Situation, wo dann, weil irgendjemand in der

Gemeindeversammlung erzählt, da sei dreckige Wäsche zu lange draussen gehangen, wird nicht eingebürgert, das haben wir hier alles nicht. Und ich glaube, der Weg ist wirklich über das Einbürgerungsverfahren.

Sie haben auch ein bisschen den Mut verloren in dieser Kompromisslösung. Ich glaube, Regierungspräsident Conradin Cramer hat das gut aufgezeigt, da ist natürlich Ihnen ein bisschen der rote Faden verloren gegangen in der Hoffnung, dass dann die Bevölkerung nicht durchschaut, das beispielsweise nachher relativ einfach, und ich habe wirklich gerechnet, eine Verfassungsänderung im zweiten Schritt möglich wäre. Ich glaube auch, wenn Sie ihre Argumentation durchziehen wollen, dann müssen Sie eben auch dafür sein, dass es eine allgemeine Wehrpflicht für alle Einwohner und Einwohnerinnen gibt bei uns, das wäre dann wirklich eine logische Konsequenz. Warum gibt es dann nicht auch ein Grenzgänger*innenstimmrecht? Die zahlen hier auch Steuern, die benutzen auch unsere Infrastruktur, die arbeiten hier, vielleicht können wir ihnen dann zwei Drittel eines Stimmrechtes geben. Ich glaube, das zeigt einfach, es bleibt dabei, das Kriterium ist Einbürgerung kombiniert mit Wohnsitz/Bürgerrecht.

Ich sehe einen Case, das wäre auf der kommunalen Ebene, wo Ihre Argumentation bessere Chancen hätte. Das ist auch bei uns in der Kantonsverfassung angelegt. Die Landgemeinden dürfen das Ausländerstimmrecht einführen und ich glaube, wenn es Platz hat, dann wäre es auf kommunaler Ebene. Ich glaube, zurzeit wollen das unsere Landgemeinden nicht, das ist entsprechend zu akzeptieren.

Jetzt noch zu meinem Lieblingskontrahenten Oliver Thommen, der mich historischer Unbildung beschuldigt hat. Ich habe den Ausländeranteil oder die Minderheit 1910 angeführt, vor allem, weil ja gesagt wurde, das sei so historisch einmalig, wie hoch der Ausländeranteil jetzt sei. Das ist er, glaube ich, unbestrittenermassen nicht, der war 1910 hoch. Jetzt hat Oliver Thommen gesagt, nachher sei dann der Ausländeranteil, und ich habe gesagt, er ist gesunken, auch auf Einbürgerung zurückzuführen. Ich habe das nicht quantifiziert.

Ich habe es aber gefunden. 1900 hatten wir eine Schweizer Bevölkerung von knapp 70’000 und eine ausländische Bevölkerung von 42’700. Da haben Sie die Zahl von 1910 im Minderheitenbericht. 1920 hatten wir dann 102’000 Schweizer Bevölkerung, aber immer noch knapp 38’000 Ausländer. Also es ist gefallen im ersten Weltkrieg, aber nicht so dramatisch, wie es Oliver Thommen gesagt hat. Aber ich empfehle Oliver Thommen doch noch die Lektüre, und da habe ich eben die Zahl nicht ganz gefunden, es gibt ein Buch über die Einbürgerung in Basel von einem Herrn Pfister. Ich weiss nicht, ob es eine Ahne ist von dem hier vertretenden Herr Pfister, dort sind wirklich alle Einbürgerungen einzeln, und ich glaube, da wurde der Datenschutz nicht berücksichtigt, aufgelistet, was dann 19 Jahrhundert eingebürgert wurde und da finden Sie auch mindestens zwei meiner Vorfahren. Das war eine beachtliche Leistung. Leider hat, glaube ich, bei der Aufteilung der Bibliothek meines Vaters mein Bruder dieses Buch für sich genommen, darum konnte ich jetzt nicht darauf zurückgreifen.

Aber ich glaube, es geht hier wirklich um die Grundsatzfragen, wollen Sie diese Verkoppelung Bürgerrecht und Stimmrecht, aktives, passives Wahlrecht aufrechterhalten oder nicht oder wollen Sie in Ihrer Konzeption das Bürgerrecht degradieren zu einer Police gegen Auslieferung und Landesverweisung. Und das möchte ich nicht. Ich weiss, dass Sie mir in ihrer Mehrheit nicht folgen werden, aber ich hoffe auf die Stimmbevölkerung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Sprecherin der Mehrheit, Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Ich bedanke mich bei Ihnen allen für Ihre Voten, auch beim Regierungspräsidenten und beim Sprecher der Minderheit. Ich möchte jetzt auch noch auf ein paar der gefallenen Kritiken an der JSSK-Mehrheit eingehen.

Nun mal zu dieser Nebendiskussion zur allgemeinen Wehrpflicht. Aus meinem Verständnis heisst Gleichstellung, Menschen besser zu stellen und sie nicht alle gleich schlecht zu stellen. Also die Antwort wäre dann eine Abschaffung der Militärpflicht und nicht eine Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht.

Jetzt aber zum Inhalt, worum es hier eigentlich geht. Es sei eine Salamitaktik, es sei ein Meitli- und ein Bubentrick. Nun, Sie dürfen es auch gerne einfach Meitli-Trick nennen nach Sprecher der Minderheit, schliesslich ist der Grossteil der JSSK-Mehrheit Frauen. Aber nein, es ist kein Meitli-Trick hier, es ist schlicht normal und wichtig, dass wir immer wieder über Anpassungen an unserer Demokratie sprechen und das werden wir dann auch weiter tun bei der Motion Jo Vergeat und bei der Motion Oliver Thommen, das gehört zu einer gesunden Demokratie zu tun.

Dann ist es auch nicht so, dass Menschen mit Niederlassungsbewilligung die Schweizer Stimmberechtigten dann einfach überstimmen können, das stimmt numerisch schlicht nicht. Das ist unsachlich und ein solches Überszenario herbeizureden, macht hier wirklich keinen Sinn. Die Schweizer Bevölkerung wird bei weitem immer noch die Mehrheit an der Stimmbevölkerung ausmachen.

Ja, wir hatten diskutiert, ob wir Verfassungsabstimmungen vom begrenzten Stimm- und Wahlrecht ausnehmen und wenn ein Teil der Minderheit zu einem breiten Kompromiss bereit gewesen wäre, wäre es für einen Teil der Mehrheit auch möglich gewesen, der Schlag auf dem Verhandlungstisch, aber die Minderheit hatte ihn ja dann verlassen. Wir sind beim jetzigen

Kompromiss der Meinung, der Grossteil der Abstimmungen in Basel betreffen die Verfassungsebene und deshalb würde das auszunehmen, das Stimm- und Wahlrecht übermässig einschränken.

Nun zum Regierungspräsidenten. Ich fand es nicht ganz stringent, dass die Regierung keine Anträge stellt, aber dann vor dem Respekt der parlamentarischen Arbeit der JSSK, da bedanke ich mich für diesen Respekt, finde ich es dann doch etwas seltsam, dass dann doch mehrere inhaltliche Kritikpunkte geäussert wurden, also Sie dürfen dann gerne auch einfach wirklich hier Anträge stellen, wenn das Ihre Meinung ist, gerichtet jetzt an die Regierung.

Wir haben in der JSSK eigentlich den Usus einer sehr engen Zusammenarbeit mit dem Departement. Zu dieser Idee einer Opt-out-Option kann ich jetzt hier nicht Stellung nehmen, weil wir das auch nicht vorliegen hatten. Wir waren im engen Austausch mit dem Departement, ich kann mir vorstellen, dass das wegen dem Wechsel des Departementsvorstehers vielleicht nicht ganz so eng war jetzt mit der politischen Ebene wie bei anderen Geschäften, aber ich wünsche mir sehr, dass wir da auch in Zukunft sehr eng zusammenarbeiten. Ich bin aber überzeugt, der jetzige Entwurf der Bestimmung wird so funktionieren, wie wir ihn erarbeitet haben.

Dann noch mit Blick Richtung Abstimmungsbüchlein. Ja, ich denke, es ist wichtig, auch für die Stimmbevölkerung, in der Kommunikation festzuhalten, dass das kantonale Stimmrecht für die Stadt Basel auch das kommunale Stimmrecht beinhaltet. Das liegt einfach an dieser Situation, wie der Kanton Basel-Stadt strukturiert ist. Also das dann jetzt unserer Vorlage als Kritik vorzuwerfen, ist etwas seltsam, weil das wirklich einfach in der Anlage gelagert ist, wie Basel-Stadt funktioniert. Das ist auch etwas schräg hier im Grossen Rat und wir leben auch immer damit.

In der JSSK diskutieren wir immer wieder über Menschen, die weniger Rechte haben oder auch Mühe haben, Rechte einzufordern und es ist mir als Präsidentin ein wichtiges Anliegen, dass wir dies in einer Art und Weise tun, die Menschen nicht abwertet. Bruno Lötscher und Lukas Faesch haben in dem Sinne zu Recht meine Aussage in den Medien kritisiert, der Einbürgerungstest sei erniedrigend, weil offensichtlich das eben die verantwortlichen Behörden oder die Menschen, die diese Einbürgerungstests durchführen, das als Abwertung empfunden haben und das tut mir leid. Ich bin da mit Bruno Lötscher einig, dass die Formulierung des Gesichtsverlustes adäquater ist.

Aber doch möchte ich das Argument noch kurz etwas ausführen, weil das Zitat wirklich auch falsch verstanden worden ist. Ich meinte damit nicht eine Kritik an den Behörden, die diese Verfahren in diesem gesetzlichen Rahmen, der ja auch von der Bundesebene vorgegeben ist, durchführen. Die Basler Praxis gibt sich Mühe, diese Prüfung möglichst human und mit Rücksicht durchzuführen. Und für die, die das Verfahren dann erfolgreich durchlaufen, ja, das ist sehr ermächtigend, das gibt ein starkes Gefühl der Zugehörigkeit und für Stolz. Aber dennoch für die, die es nicht erfolgreich durchlaufen oder die es nicht schaffen, die ganzen Unterlagen herbeizuholen, für die ist es ein Gesichtsverlust und für die Familienangehörige, Freunde, usw., die wissen alles von dem. Es ist eine Prüfung, bei der man scheitern kann oder wie auch eine Person sagt, die sich das überlegt hat, sich einzubürgern oder nicht: Andere darüber entscheiden zu lassen, wer ich bin oder was ich bin, das ist schwierig.

Wir dürfen hier wirklich die nationale Ebene nicht vergessen. Sie können sich erinnern an Fälle, wo Gemeindeversammlungen Menschen die Einbürgerungen verweigert haben mit diskriminierenden Argumentationsweisen. Ja, ebendiese Gemeindeversammlungen oder diese Kantone sind dabei, das zu ändern, weil es halt sehr schmerzhaft oder diskriminierend auch ist. Aber das hat wirklich Auswirkungen, wie die Einbürgerung von den Menschen wahrgenommen wird, auch wenn das jetzt wirklich nichts mit der Basler Praxis zu tun hat. Aber die Wahrnehmung der Einbürgerung hat nicht nur mit dem Basler Prozess zu tun, das haben dann auch die Forschungsergebnisse vom nccr – on the move gezeigt, welche uns im Hearing vorgestellt wurden. Also die Erniedrigung, die ich genannt habe, ja, das ist eine subjektive Wahrnehmung der Menschen, die wird dann aber auch zu einer kollektiven Wahrnehmung und da geht es dann eben um die sozialen Hürden. Und ja, da sind wir vielleicht unterschiedlich in der Argumentationsweise. Die Jurist*innen argumentieren, es gibt einen klaren Weg zur Einbürgerung, aber wenn man es wirklich anschaut von den Lebenslagen der Menschen her, wer sich wirklich einbürgert oder nicht, dann sehen wir, es gibt einfach ganz viele soziale und andere materielle Hürden.

Woran knüpfen wir es an, ob wir wählen dürfen oder nicht oder ob wir uns wählen lassen dürfen oder nicht? Ja, das ist eine schwierige Frage und ja, was haben Sie für die Mitgliedschaft in der Schweiz ganz persönlich getan? Heute ist es angeknüpft ans Schweizer Bürgerrecht, was sehr viele Menschen nicht besitzen, und nachher mit dieser Vorlage ist es angeknüpft an die Niederlassungsbewilligung, welche wiederum sehr viele Menschen nicht besitzen. Politische Rechte unterteilen immer in Menschen, welche diese besitzen, und in Menschen, die sie nicht besitzen und das wird auch diese Vorlage nicht ändern können.

Ich bitte Sie jetzt Eintreten auf das Geschäft und Annahme dieses Entwurfs, wie die JSSK-Mehrheit das vorbereitet hat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Abstimmungen. Zuerst zum Eintreten. Eintreten wird bestritten durch die Kommissionsminderheit.

Abstimmung

Über das Eintreten

JA heisst Eintreten, NEIN heisst nicht Eintreten.

Ergebnis der Abstimmung

54 Ja, 41 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003791, 27.06.24 16:05:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

auf das Geschäft einzutreten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grosse Rat tritt auf das Geschäft ein mit 54 Ja-Stimmen gegen 41 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Rückweisung wurde beantragt von Eric Weber, und zwar Rückweisung an die Kommission.

Abstimmung

Über die Rückweisung an die Kommission

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

13 Ja, 81 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003793, 27.06.24 16:05:58]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich gegen die Rückweisung an die Kommission entschieden mit 13 Ja-Stimmen gegen 81 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 24 des Berichts)

Titel und Ingress

I. Änderung der Verfassung

§ 40 Abs. 1 (geändert), Abs. 1bis (neu)

§ 41 Abs. 1 lit. b (geändert), Abs. 2 (neu)

§ 42 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (neu)

§ 70 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 41 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003795, 27.06.24 16:07:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

I.

Die Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 [1]) (Stand 5. Juli 2018) wird wie folgt geändert:

§ 40 Abs. 1 (geändert), Abs. 1bis (neu)

1 Stimmberechtigt ist, wer das Schweizer Bürgerrecht besitzt, das 18. Altersjahr zurückgelegt hat, im Kanton Basel-Stadt politischen Wohnsitz hat und nicht wegen dauernder Urteilsunfähigkeit unter umfassender Beistandschaft steht oder durch eine vorsorgebeauftrage Person vertreten wird.

1bis Einwohner und Einwohnerinnen ohne Schweizer Bürgerrecht sind in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigt, wenn sie abgesehen vom Schweizer Bürgerrecht die Voraussetzungen gemäss Abs. 1 erfüllen, im Besitz der Niederlassungsbewilligung sind und seit mindestens fünf Jahren ununterbrochen Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt haben.

§ 41 Abs. 1, Abs. 2 (neu)

1 Stimmberechtigte haben das Recht:

b) (geändert) Wahlvorschläge einzureichen und sich an Wahlen zu beteiligen,

2 Wo das Gesetz die Stimmberechtigung als Wahlvoraussetzung nennt, ist in öffentliche Ämter nur wählbar, wer die Voraussetzungen gemäss § 40 Abs. 1 erfüllt.

§ 42 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (neu)

1 Stimmberechtigte mit Schweizer Bürgerrecht üben das Stimmrecht am politischen Wohnsitz aus. Sie erlangen das Stimmrecht in Angelegenheiten des Kantons und der jeweiligen Einwohnergemeinde mit der Niederlassung.

2 Stimmberechtigte ohne Schweizer Bürgerrecht üben das Stimmrecht in der Niederlassungsgemeinde aus.

3 Ausnahmen zur Ausübung des Stimmrechts bestimmt das Gesetz.

§ 70 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)

1 Alle im Kanton Stimmberechtigten mit Schweizer Bürgerrecht sind in den Grossen Rat, in den Regierungsrat und in die Gerichte wählbar.

2 Das Gesetz kann die Wählbarkeit in richterliche Behörden an zusätzliche Voraussetzungen knüpfen und auf Personen ausdehnen, die im Kanton nicht gemäss § 40 Abs.1 stimmberechtigt sind.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem obligatorischen Referendum. Der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens. Im Fall der Annahme durch die Stimmberechtigen unterliegt die Änderung zudem der Gewährleistung durch den Bund.

Der Grosse Rat beschliesst

Mit dem Beschluss über das Eintreten auf das Geschäft haben Sie die Motion Edibe Gölgeli und Konsorten gemäss § 43 Abs. 5 der Geschäftsordnung als erledigt abgeschrieben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 53 Ja-Stimmen gegen 41 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Mit dem Beschluss über Eintreten auf das Geschäft haben Sie in die Motion Edibe Gölgeli und Konsorten gemäss § 43 Abs. 5. der Geschäftsordnung als erledigt abgeschrieben.

6. Ausgabenbewilligung für die Verlängerung der Leistungsvereinbarung mit der Basler Personenschifffahrt AG (BPG) für die Jahre 2024 bis 2028, Bericht der WAK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

[27.06.24 16:07:34, 24.0147.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Mehrheit der Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Die Wirtschafts- und Abgabekommissionsminderheit beantragt eine eigene Beschlussvorlage. Wir starten mit dem Sprecher der Kommission, Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Wir beraten jetzt hier die Leistungsvereinbarung für die Basler Personenschifffahrt für die Jahre 2024 bis 2028. Der Regierungsrat beantragt Ihnen knapp eine Million, 996’000 Schweizer Franken jährlich als Beitrag an die Betriebskosten. Für die gesamte Periode sind das 5 Millionen Franken. Er beantragt Ihnen zudem 1,25 Millionen Franken an Aktienkapitalerhöhung und den Erlass des Darlehens von 1,8 Millionen, das während der Corona-Periode gesprochen wurde.

Die Mehrheit der WAK folgt diesem Antrag, die Minderheit stellt Ihnen einen eigenen Antrag. In der Beratung der WAK hat niemand grundsätzlich in Frage gestellt, dass der Kanton die Basler Personenschifffahrt finanziell unterstützt. Die Publikumsschifffahrt auf dem Rhein gehört zu Basel. Der Tourismus hat, wie wir alle wissen, eine grosse Bedeutung für die lokale Wirtschaft und ein Rhein ohne Publikumsschifffahrt wäre nicht gut. Aus meiner persönlichen Sicht wäre es ein veritables Armutszeugnis. Dazu muss man sagen, keine Schifffahrtsgesellschaft in der Schweiz funktioniert eigenwirtschaftlich.

Damit ein attraktives Angebot möglich ist, ist die BPG auf eine Flotte mit einer Mindestgrösse und funktionsfähige Infrastrukturen an Land angewiesen. Die BPG ist mit dem aktuellen Betriebsbeitrag strukturell unterfinanziert. Sie operiert in einem begrenzten Marktgebiet und ist gefordert, einen investitionsintensiven Schifffahrtsbetrieb zu gestalten. Der erzielbare operative Cashflow deckt die notwendigen Reinvestitionen nicht ab. Sie können nicht aus den Markterträgen erwirtschaftet werden.

Die letzte Subventionsperiode 2020 bis 2024 war, wie viele andere Bereiche der Wirtschaft und Gesellschaft, von der Coronapandemie überschattet. Die Schifffahrten mussten eingestellt werden und dadurch entstanden grosse finanzielle Schwierigkeiten, welchen im Jahr 2022 mit einem Ratschlag und einem Darlehen begegnet wurde. Eine neue längerfristige Leistungsvereinbarung sollte dem Grossen Rat erst dann vorgelegt werden, wenn die Auswirkungen der Pandemie abschliessend beurteilt werden können.

Die WAK bemängelte bei der Behandlung dieses Pandemieratschlages die fehlende Klärung strategischer Fragen und forderte diese für den Ratschlag für die neue Periode, über den wir heute sprechen, ein. Ich zitiere: «Auch wenn der Weiterbetrieb der BPG nicht grundsätzlich in Frage gestellt wurde, so war die Kommission dennoch unzufrieden, dass die grundsätzlichen strategischen Fragen zur künftigen Ausrichtung des Unternehmens seit dem letzten Antrag an den Grossen Rat vom Januar 2020 nicht weiterbearbeitet wurden, obwohl dies ursprünglich für das Jahr 2021 in Aussicht gestellt worden war. Da die strategischen Fragen pandemiebedingt noch nicht geklärt wurden, kann nicht ausgeschlossen werden, dass mit der Erteilung der Ausgabenbewilligung Infrastruktur erhalten und Investitionen getätigt werden, die sich in zwei Jahren als überflüssig erweisen könnten». Deshalb hat man dort dann auch von der WAK-Seite her eine Kürzung gegenüber dem ursprünglichen Ratschlag vorgenommen.

Leider kehrte die Welt nach der Pandemie aber nicht zum Status ante zurück. Nachdem die BPG 2022 ein gutes Geschäftsjahr hatte, gestaltete sich 2023 nicht zufriedenstellend. Es resultierte ein Defizit von über einer Million Franken statt der budgetierten 141’000. Grund dafür war auch die Teuerung und Hochwasser. Das Defizit ist eine Kombination von struktureller Unterfinanzierung, falscher Einschätzung der Marktentwicklung, zu tiefer Flexibilität im Personaleinsatz, ungünstigen externen Faktoren und einer nicht genügend angepassten Kostensteuerung. Damit kann niemand zufrieden sein, auch die WAK-Mehrheit ist damit nicht zufrieden.

Die Frage ist aber, wie geht man damit um und welche Konsequenzen zieht man daraus für die Zukunft. Hier gehen die Meinungen von Mehrheit und Minderheit auseinander. Mit dem Ratschlag hat die BPG der WAK auch eine neue Strategie vorgestellt. Der 2022 geforderte Strategieprozess wurde also durchgeführt. Ich zitiere aus dem Ratschlag: «Aus dem im Sommer 2022 gestarteten Analyse- und Strategieprozess resultiert ein adaptierter Businessplan für die Jahre 2024 bis 2033. Leitgedanke ist, dass die BPG im Kern so aufgestellt werden soll, dass eine möglichst stabile, nachhaltige und langfristige Entwicklung des Unternehmens erreicht bzw. gesichert werden kann».

Die Business-Planung ist auf die folgenden operativen Eckpunkte ausgerichtet: Stabile Ertragsentwicklung generieren mit aktiven Verkaufs- und Marketing-Instrumenten. Zweitens: Kostenwachstum durch Flottenoptimierung und Partnerschaften im Einkauf verringern bzw. stabilisieren. Drittens: Eigenwirtschaftlichkeit verbessern und mit dem höheren kantonalen Beitrag dem Unternehmen eine flexiblere Finanzierung ermöglichen.

Mit der Genehmigung des Investitionsbeitrags für die Beschaffung des MS Rhystärn hatte der Grosse Rat im Jahr 2016 eine erste Grundlage geschaffen. Die BPG hat seit Einführung des Rhystärn ganz bewusst und geplant ihren Marktauftritt angepasst, die Reputation bei der Kundschaft ist heute sehr gut. Die wichtigsten Anpassungen sind die Reduktion der Flotte von drei auf zwei Schiffe, die verstärkte Ausrichtung der Rundfahrten auf die Nachfragen und stärkere Synergien mit externen Partnern im Bereich der Finanzen, Nautik und Gastronomie.

Mit der Umsetzung der Strategie geht der Antrag des Regierungsrats zur Leistungsvereinbarung mit der BPG für die Jahre 2024 bis 2028 davon aus, dass in den kommenden fünf Jahren ein Staatsbetrag von 996’000 Franken pro Jahr notwendig ist. Dies, damit die BPG die nun an die Hand genommene Transformation bewerkstelligen kann, um in der Zeit ab 2029 mit einem stärkeren wirtschaftlichen Fundament operieren zu können. Allerdings auch mit diesem erhöhten Beitrag muss die BPG 87 Prozent ihrer Kosten am Markt erwirtschaften. Zudem wurde der Staatsbeitrag seit 2010 nicht substanziell erhöht und auch nicht der Teuerung angepasst.

Die Mehrheit der WAK anerkennt die Bemühungen der BPG um eine Strategieanpassung und unterstützt die Stossrichtung der Massnahmen. Sie möchte dieser Strategie eine Chance geben und wünscht der BPG dabei gutes Gelingen. Eine erfolgreiche BPG hilft dem Tourismusstandort und der Lebensqualität in unserem Kanton. Selbstverständlich soll der Grosse Rat den Erfolg der Strategie in drei, vier Jahren beurteilen und daraus seine Schlüsse ziehen.

Die Minderheit fordert in ihrem Bericht bereits heute Anpassungen. Kernpunkt dabei ist die folgende Forderung: Das seit langem beobachtete kommerzielle und betriebswirtschaftliche Defizit in der Geschäftsführung und Aufsicht sei rasch zu beheben. Die Mehrheit kann Vorbehalte gegenüber der Geschäftsführung nachvollziehen. Sie verweist aber darauf, dass der Regierungsrat im Ratschlag aufgeführt hat, den Verwaltungsrat nach dem Grossratsbeschluss neu aufzustellen und die Verwaltungsratssitze öffentlich auszuschreiben. Es wird neu kein direkter Kantonsvertreter mehr im Verwaltungsrat Einsitz haben. Nach den Governance-Richtlinien ist dieser neue Verwaltungsrat für die Strategieumsetzung und für die Führung des Managements zuständig.

Die Mehrheit hält dies für den richtigen Weg. Sie möchte nicht die gesamte Gesellschaft für Fehler der Geschäftsleitung abstrafen. Allfällige personelle Massnahmen sind vom Verwaltungsrat zu prüfen und umzusetzen. Wichtig ist es der Mehrheit zudem, dass die BPG nicht in ein Korsett gedrängt wird, welches zu einer signifikanten Erhöhung der Preise für das Publikum oder einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für das Personal führen würde. Wir sehen deshalb im Antrag der Minderheit keine wirkliche Alternative zum Mehrheitsantrag.

Im Rahmen der Beratungen der WAK konnte leider kein Kompromiss gefunden werden. Das ist schade und ich hoffe, dass wir Ihnen als WAK bei nächsten Vorlagen ein besseres Bild abgeben können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Minderheit spricht Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Lassen Sie mich gleich vorneweg zwei Dinge klarstellen. Ich tue dies insbesondere, weil in den Medien in den vergangenen Wochen Dinge kolportiert wurden, die richtig zu stellen sind.

Punkt 1. Auch die WAK-Minderheit liebt die BPG, liebt die Schiffe auf dem Rhein in Basel und möchte keinesfalls riskieren, dass die Gesellschaft in Konkurs geht. Das heisst, auch die WAK-Minderheit ist nach wie vor und auch langfristig bereit, dass der Staat die Gesellschaft finanziell unterstützt. Punkt 2. Auch die WAK-Minderheit unterstützt den strategischen Entscheid, den Betrieb mit zwei Schiffen, wie er im Moment vorgeschlagen ist, langfristig aufrecht zu erhalten.

In diesen Punkten ist sich die WAK-Minderheit mit der Mehrheit einig. Nicht einig sind wir uns hingegen in der Frage, auf welchem Weg, oder in der Sprache der Nautik, auf welchem Kurs man dieses Ziel oder diese Ziele erreichen soll. Der Regierungsrat möchte gemäss seinem Antrag, welcher von der WAK-Mehrheit unterstützt wird, zuerst Geld in die Firma hineinstecken und dann sich um die Führung kümmern. Und dabei sprechen wir um die nicht unerkleckliche Summe von 8 Millionen Schweizer Franken. Die Minderheit möchte zuerst das Überleben der Gesellschaft sichern, dann die Thematik der Führung angehen und dann investieren. Dabei müssen wir uns selbstverständlich im Rahmen dessen bewegen, was der

Grosse Rat kann. Unsere Kompetenzen sind selbstverständlich nicht im Benennen oder Abberufen von Mitgliedern der Geschäftsleitung oder anderen personellen Entscheiden. Operationell hat der Grosse Rat keine Kompetenz.

Es wurde vom Sprecher der Mehrheit bereits angesprochen, die Gesellschaft hat Schwachstellen in der Führung. Was heisst Führung, Führung heisst Verwaltungsrat und Geschäftsleitung zusammen. Wir sprechen hier ausdrücklich nicht von der operationellen Führung, also dem, was wir salopp mit Betriebsleitung bezeichnen könnten. Die WAK ist sich durchs Band einig, dass das Produkt gut ist, dass die Qualität stimmt, sogar besser ist heute als vor der Pandemie. Das Betriebliche hat die Gesellschaft im Griff. Es gibt Verbesserungspotenzial im Bereich Verkauf und Marketing, aber auch hier hat man sich klar verbessert gegenüber der Situation vor der Pandemie. Aber man hat grosse Defizite im Bereich der Finanzen und des betriebswirtschaftlichen. Diese Kompetenz muss aber in einer Unternehmung, welche 6 bis 7 Millionen Jahresumsatz erwirtschaftet, vorhanden sein.

Unser Bericht zeigt die Vorwürfe im Detail, ich erspare Ihnen diese alle, möchte einfach zwei Beispiele als Pars pro Toto herausgreifen, dass Sie verstehen, falls Sie den Bericht nicht gelesen haben, wovon wir sprechen. Der Sprecher der Kommissionsmehrheit hat erwähnt, dass die Gesellschaft statt einem budgetierten Verlust von 174’000 Franken letztes Jahr 1,046 Millionen Verlust geschrieben hat. Das hatte nichts mit dem Ertrag zu tun. Das Ertragsbudget von 6,5 Millionen wurde erreicht. Man hat das Vorjahr übertroffen, man hat gut gewirtschaftet bei den Erträgen, man hat die Kosten nicht im Griff. Und warum hat man die Kosten nicht im Griffpunkt?

Punkt 1. Die Personalkosten wurden gegenüber dem Vorjahr um 14 Prozent gesteigert und damit weit über das Budget hinaus. Zudem wurde in die Schiffe investiert, und zwar auch an Orten, wo es nicht einfach um den sicheren Betrieb der Schiffe ging, sondern dort, wo es auch um das zwingend notwendige hinausging.

Noch banaler ist mein zweites Beispiel. Man hat dem Personal von 2022 auf 2023 einen Teuerungsausgleich von durchschnittlich 4 Prozent gewährt. Das kann man machen, das kritisieren wir auch nicht. Es gab eine Teuerung von offiziell 2,8 Prozent, dass man die Saläre anpasst, ist richtig. Aber wenn Sie bei einer Gesellschaft, deren Kosten hauptsächlich aus Personalkosten bestehen, die Personalkosten um die Teuerung steigern, dann müssen Sie das bei den Erträgen auch machen, dann müssen Sie das bei den Fahrkartenerlösen auch machen. Aber die BPG hat darauf verzichtet und hat die Preise trotz 2,8 Prozent Teuerung auf 2023 nicht angepasst. Es ist ja logisch, dass dann die Kostenschere aufgeht. Jetzt kann man sagen, ja gut, man kann die Preise nicht anpassen, weil man steht unter Wettbewerbsdruck. Aber die BPG bietet diese Fahrten auf dem Rhein alleine an und die Verkehrsbetriebe auf dem Zürichsee oder auf dem Vierwaldstättersee kann man nicht als direkte Konkurrenten der BPG bezeichnen. Diese zwei Beispiele sollen Ihnen zeigen, dass man das betriebswirtschaftliche kleine Einmaleins in der BPG nicht beherrscht.

Die Kritik an der BPG ist der WAK nicht neu, Sie haben das vorhin auch vom Sprecher der Mehrheit gehört. Bereits im Frühjahr 2020 hatte man das erste Mal Kritik geäussert. Damals wurde sie hauptsächlich durch die damals aufkommende Coronakrise übertüncht, man hatte damals wichtigeres zu tun, als sich um Detailfragen der Betriebsleitung zu kümmern. Danach kam sie wieder auf bei der Behandlung vor gut zwei Jahren, Anfang 2022. Ich zitiere auch einen Passus aus dem Bericht, aus dem der Sprecher der Mehrheit bereits zitiert hatte: «Der Auftrag, gemeint ist die Kommission, lautete, keine Investitionen, abgesehen von den betriebs- und sicherheitsrelevanten Investitionen, vorzusehen, die über den Zeithorizont 2024 hinausreichen. Die Personalsituation wird im Rahmen der Erarbeitung der strategischen Neubewertung evaluiert».

Nochmals, das war aus dem WAK-Bericht vom März 2022, nicht aus dem aktuellen. Beides wurde nicht eingehalten, vor allem bei der personellen Situation, ich habe es Ihnen vorhin geschildert, wurde dick aufgetragen. Und deshalb ist bei den sechs Kommissionsmitgliedern, welche die WAK-Minderheit in dieser Frage bilden, auch der Geduldsfaden gerissen. Wir wollen uns nicht nochmals vertrösten lassen, insbesondere nicht um fünf weitere Jahre vertrösten lassen und dann das ganze selbstverständlich uns Millionen kosten zu lassen. Daneben gibt es aber auch ordnungspolitische Gründe. Dass man die Passagierfahrten subventioniert, ich habe es eingangs erwähnt, das ist bei der WAK-Minderheit genau gleich wie bei der WAK-Mehrheit, unumstritten. Es geht um ein touristisches Angebot, es geht um Standortattraktivität im weiteren Sinn, aber es geht auch um ein niederschwelliges Angebot für unsere lokale Bevölkerung. Das darf den Staat etwas kosten.

Demgegenüber vertreten wir die Ansicht, dass das gastronomische Angebot und insbesondere die Charterfahrten kostendeckend, und zwar in einer Vollkostenrechnung kostendeckend durchgeführt werden müssen. Weil hier steht die Gesellschaft im Wettbewerb zur privatwirtschaftlichen Gastroszene. Aus dieser Überlegung heraus hatte man vor vier Jahren eine Kostenträgerrechnung einverlangt, hatte man vor zwei Jahren eine Kostenträgerrechnung einverlangt. Sie können sich es ausrechnen, auch dieses Mal haben wir wieder eine Kostenrechnung einverlangt. Die letzten zwei Mal wurde man vertröstet, bei diesem Mal immerhin, auch das soll erwähnt sein, hat man auf Stufe Einzelfahrt eine Kostenträgerrechnung präsentiert. Nur lässt diese selbstverständlich nicht zu, zu beurteilen, ob jetzt Charterfahrten in der Vollkostenrechnung nach wie vor subventioniert werden oder nicht. Wir wissen es schlicht und einfach nicht. Wir wissen schlicht und einfach nicht, ob das Coca-Cola, welches auf dem Schiff verkauft wird, subventioniert ist oder nicht, weil diese Rechnung nach wie vor nicht gemacht wird, auch beim dritten Mal nachfragen nicht gemacht wird. Jetzt könnte man ein drittes Mal «Bitti, bätti» machen und sagen, aber in fünf Jahren dann bitte schon, oder man kann, wieder in der nautischen Sprache, die Schubumkehr aktivieren. Die WAK-Minderheit hat sich für Zweiteres entschieden.

Sie wissen, Politik ist die Kunst des Möglichen. Sie wissen auch, dass wir das Geschäft von gestern auf heute vertagt haben. Dies, weil Grossrat Franz-Xaver Leonhardt darum bemüht war, einen Kompromiss auszuhandeln, so quasi in letzter Minute noch etwas zu retten. Er wird den Kompromiss nachher selber vorstellen, das tue ich nicht jetzt hier für die WAK-Minderheit, aber was ich Ihnen sagen kann, die WAK-Minderheit hat sich zwischen gestern und heute Morgen davon überzeugen lassen, dass wir diesen Kompromiss mit dem Antrag Leonhardt mittragen. Also ich bin jetzt in der etwas komischen Situation, dass ich Ihnen erkläre, warum die WAK-Minderheit ihren Antrag gestellt hat, aber Sie bittet, diesen Antrag nicht zu unterstützen, sondern stattdessen den Antrag von Franz-Xaver Leonhardt zu unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Rhein ist von emotionaler Wichtigkeit und von historischer Wichtigkeit für unsere Stadt. Dieser Rhein, er soll erlebbar sein, er soll auch befahrbar sein. Aus diesem Grund hat unser Kanton eine Personenschifffahrtsgesellschaft und aus diesem Grund ist der Kanton bereit, die nicht gedeckten Kosten dieses Angebots zu finanzieren. Dies ist wichtig für unsere Bevölkerung, dies ist wichtig für die Touristinnen und Touristen, die nach Basel kommen, dies ist wichtig aber auch für die Firmen, die ihre Charterfahrten hier mit der BPG auf dem Rhein buchen.

Die BPG feiert in diesem Jahr ihr hundertjähriges Jubiläum. Das zeigt, was für eine Tradition das ist und wir sind alle aufgefordert, hier die richtigen Entscheide für die Zukunft der Rheinschifffahrt auf unserem Rhein zu fällen. Die Nachfrage, sie ist da, das Angebot wird geschätzt. Der Umsatz lag im 2019 bei 5,3 Millionen, im 2023 bei 6,4 Millionen Franken, das ist eine Steigung von 20 Prozent. Da gibt es einen Mengeneffekt und auch einen Preiseffekt darin. Der Regierungsrat möchte, dass dieses Erlebnis des Rheins auch in Zukunft möglich ist und deshalb beantragt er dem Grossen Rat eine Erhöhung des Staatsbeitrags auf 996’000 Franken pro Jahr.

Öffentliche Schifffahrten in der Schweiz sind nicht eigenwirtschaftlich erbringbar. Das schafft vielleicht ganz knapp der Vierwaldstättersee, die Gesellschaft, auch dort ist es nicht ganz klar, aber alle anderen sind auf staatliche Subventionen angewiesen. Und unsere BPG, und das ist der Antrag des Regierungsrates, deckt 87 Prozent ihrer Kosten selber. Auch mit diesem erhöhten Beitrag, nur 13 Prozent sind durch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler oder wären mit diesem Betrag durch die Steuerzahler*in fixiert.

Bei der Personenschifffahrt sind vor allem teuer die Fixkosten und die sind da. Die sind da durch die Schiffe, die da sind, durch das Nautikpersonal und auch durch die landseitige Infrastruktur. Und danach geht es darum, Verkehre zu finden, Angebote zu schaffen, die einen möglichst hohen Beitrag erbringen zur Deckung dieser Fixkosten. Und da leistet auch die Gastronomie und insbesondere die Gastronomie und die Charterfahrten einen ganz wichtigen Beitrag zur Deckung dieser Fixkosten. Und die Rundfahrten, die dann für alle öffentlich zugänglich sind, auch ohne Konsumationspflicht, die profitieren dann, dass die anderen Fahrten ebendiesen wichtigen Deckungsbeitrag leisten für diese Fixkosten. Wir haben also ein grosses Interesse, dass einerseits diese öffentlichen Fahrten angeboten werden, auch wenn ihr Deckungsbetrag deutlich kleiner ist, und dass auch Charterfahrten und Gastronomie auf diesen Schiffen stattfinden und damit wichtige Beiträge geleistet werden für diese Fixkosten.

Der bisherige Staatsbeitrag ist strukturell zu tief. Das ist mindestens seit vier Jahren klar. Schon damals, das war noch vor Covid, hat der Regierungsrat Ihnen beantragt, den Staatsbeitrag von 500’000 auf 860’000 Franken zu erhöhen. Das war schon vor vier Jahren die Feststellung, dass eine strukturelle Unterdeckung da ist. Mitten in der damaligen Kommissionsdiskussion, ich war damals noch Mitglied der WAK, brach die Covidkrise aus. Man hat deshalb diese Diskussion um diesen Entscheid über die notwendige Erhöhung des Strukturbeitrags ausgesetzt. Man hat den alten oder ganz leicht um die Mehrwertsteuer erhöhten Betrag genehmigt für zwei Jahre und stattdessen ein Darlehen von 2 Millionen Franken gewährt im Wissen, dass der Staatsbeitrag niemals ausreichen wird im Covid, im Wissen, dass das zu Lasten des Darlehens gehen wird. Zwei Jahre später, als wir den geschrieben haben, war noch mitten in der Covidkrise, sie war noch nicht vorbei, hat man aus diesem Grund entschieden, dass man diese Übergangszeit um weitere zwei Jahre verlängert mit dem alten zu tiefen Staatsbeitrag und wieder mit einem Darlehen von 1,8 Millionen Franken im Wissen, dass auch dort der Staatsbeitrag nicht reichen wird, dass ein Kapitalverzehr stattfinden wird.

Wir haben aber diese Zeit genutzt und wir haben die Aufträge, die Vorlagen erfüllt. Das heisst, erstens, wir haben den Strategieprozess durchgeführt, die sind auch durchgeführt mit externer kritischer Unterstützung, mit Expertise von anderen Verkehrsbetrieben in unserem Land. Diese Strategie, sie liegt vor, sie ist Grundlage dieses Staatsbeitrags, den wir Ihnen beantragen.

Es wurde schon zusammengefasst von dem Mehrheitssprecher, was die wichtigsten Strategiepunkte sind. Es soll von drei auf zwei Schiffe reduziert werden. Das heisst, wenn das Basler Dybli die nächste grössere Reparatur hat, dann wird die nicht vollzogen und es wird kein neues Schiff für das Basler Dybli geben. Das ist ein relativ starker Einschnitt, weil ich weiss, dass die Menschen das Basler Dybli schätzen in unserer Stadt. Aber das Basler Dybli wird nicht ersetzt werden, um einen Beitrag zu leisten, diese Fixkosten, die Grundfixkosten zu reduzieren.

Es wurde auch entschieden, dass die Schiffe länger in Betrieb sein sollen. Das letzte Mal ging man noch davon aus, dass die Christoph Merian relativ schnell ersetzt werden soll, das ist aufgeschoben, wir schieben das auf. Das hat zur Folge, dass das Kantonsbudget entlastet wird, weil die neue Beschaffung des Schiffes nicht kommt und die entsprechenden Abschreibungen im Kantonsbudget laufen. Das bedeutet aber gleichzeitig, dass die Kosten der BPG steigen, weil ältere Schiffe sind dann teurer. Sie haben mehr Unterhalts- und Instandhaltungskosten und mehr Ausfälle. Das ist einfach so, aber sie sparen dafür die Kosten der Neubeschaffung. Aber das spart nicht die BPG, sondern das spart der Kanton bei unserem Finanzierungskonstrukt, das wir haben in diesem Bereich. Also die Neuanschaffung wird auch aufgeschoben und wir hoffen dann, wenn die Christoph Merian ersetzt werden muss, dass wir dann auch auf ein erneuerbar angetriebenes Schiff umstellen können. Auch dann wird diskutiert werden wieder hier drin, was das richtige, auch die richtige Funktionalität und Grösse dieses zweiten Schiffes ist.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Strategie ist die Kostendämpfungssenkung in gewissen Bereichen. Das soll vor allem realisiert werden, indem Synergien genutzt werden. In der Buchhaltung wurde das bereits umgesetzt, in der Nautik ist die BPG dran und in der Gastronomie ist es Grossteils auch schon umgesetzt. Dort geht es darum, mit lokalem Gewerbe oder mit grundsätzlich Gastronomiegewerbe zusammenzuarbeiten und die Fertigungsstufen zu verschieben, Synergien zu nutzen. Weil grundsätzlich ist die Gesellschaft eigentlich zu klein für ganz viele Aufgaben. Deshalb machen Synergien Sinn, die die BPG auch ganz konsequent jetzt sucht. Sie sehen, das ist die Strategieneuaufstellung, die wurde gemacht, ich habe bis anhin auch nicht viel gehört, dass das nicht okay wäre. Das ist der Weg, den die BPG gehen wird in der Zukunft.

Dann sprechen wir von der Kostenträgerrechnung. Die Kostenträgerrechnung, sie liegt vor. Sie liegt vor auf den einzelnen Produkten und sie liegt vor dem Deckungsgrad 1. Das ist ein guter Deckungsgrad, um zu sehen, wo die Erträge erwirtschaftet werden, wo die Deckungsbeiträge erwirtschaftet werden. Und jetzt lassen Sie mich schon auch noch vergleichen mit anderen Staatsbeiträgen oder anderen Staatsbetrieben. Ich habe noch nie hier drin eine Diskussion um Kostenträgerrechnung auf Stufe 4 gehört und da spreche ich von Institutionen, die deutlich grösser sind und die deutlich mehr Steuergelder erhalten, deutlich auch Mischfinanzierungen haben zwischen marktwirtschaftlichen und steuerfinanzierten Bereichen.

Ich habe noch nie so eine Detailtiefe gehört oder diese Erwartung ausgesprochen von diesem hohen Hause und deshalb habe ich schon stückweise Mühe, weshalb hier bei diesem relativ nicht so grossen Staatsbetrieb und Staatsbeitrag eine so grosse Detailtiefe jetzt zu einem so entscheidenden Punkt Ihres heutigen Entscheides hochstilisiert wird. Man kann das gerne diskutieren, mache ich auch sehr gerne mit der WAK, ob die Erkenntnisgewinne wirklich so gross sind, dass sich das lohnt, bin ich gerne bereit, aber es liegt eine Kostenträgerrechnung vor.

Wir haben auch mit dieser Strategieüberprüfung den notwendigen Staatsbetrag sorgfältig überprüft. Dieser orientiert sich an einer effizienten Betriebsführung und beim Aufrechterhalten der öffentlichen Rundfahrten. Die Steigung, sie ist notwendig, ich weiss auch nicht, ob das wirklich in Frage gestellt ist, ob die notwendig ist oder nicht, aber sie ist notwendig. Dies aufgrund, das habe ich schon erwähnt, der älteren Schiffe, die höhere Instandhaltungs- und Unterhaltskosten verursachen, dies aber auch aufgrund von höheren Kosten im Bereich des Personals oder im Bereich der Energie.

Wo wir die Kritik teilen, ist bei dem Jahresergebnis 2023. Da sind Fehler passiert, das ist so. Es wurde aufgrund der guten 2022-Zahlen dann mit zu hohen Umsätzen gerechnet und geplant und dadurch wurde zu viel festes Personal eingestellt. Das hat sich dann nicht verwirklicht, auch aufgrund des Hochwassers im Spätherbst und der so wichtigen Adventszeit. Im Nachhinein betrachtet war das falsch, aber wir wissen auch im Nachhinein, die Annahmen zu verifizieren, ist einfacher, als wenn man das in die Zukunft machen muss. Die BPG hat diesen Fehler erkannt und auch die notwendigen Massnahmen ergriffen. Wenn wir auf das jetzige Jahr schauen, auf das 2024, auf die ersten fünf Monate, wo wir die Zahlen haben, da konnte der Ertrag um 19 Prozent gesteigert werden und das gleichzeitig bei tiefem Aufwand aufgrund der Massnahmen im Bereich des Personals und des Einkaufsmanagement. Die BPG ist hier auf dem richtigen Weg.

Was wir auch gesagt haben, ist, dass sofern der Grosse Rat die notwendige Erhöhung des Staatsbeitrages beschliesst, der Regierungsrat den Verwaltungsrat nach diesem Parlamentsentscheid neu besetzen wird. Ja, es war uns wichtig, dass dieser Strategieprozess zuerst stattfindet und dass die korrekte Ausfinanzierung des Staatsbeitrags zuerst erfolgt und wir dann diese Verantwortung der Umsetzung dem neuen Verwaltungsrat übertragen. Wir richten dann die Steuerung konsequent nach dem Public Corporate Governance-Richtlinien aus, das heisst, es wird kein Kantonsvertreter mehr im BPG-Verwaltungsrat drin sein.

Deshalb beantragen wir Ihnen, dem Regierungsantrag und der WAK-Mehrheit zu folgen und diesen Staatsbeitrag auf dieser richtigen notwendigen Höhe festzulegen. Wenn Sie heute beschliessen, die Unterfinanzierung weiter beizubehalten, die Zeit des Betrags zu reduzieren, das macht es dann einfach sehr schwierig, diesen neuen Verwaltungsrat zu finden und einzusetzen. Deshalb wäre ich froh, wenn Sie das nicht tun würden.

Die WAK-Minderheit, so wie der Antrag vorliegt auf dem Tisch, wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, wird daran nicht festgehalten, deshalb muss ich hier nicht in die Tiefe eingehen, wäre ein sehr grosses Problem für die BPG. Es würde zu einer Zahlungsunfähigkeit führen, es würde zu einer Überschuldung führen, die entsprechenden Massnahmen müssten ergriffen werden und wenn die nicht möglich sind, dann müsste der Konkursrichter informiert werden. Ich glaube, das will

wirklich niemand hier drin und deshalb bin ich froh, dass die WAK-Minderheit nicht an diesem Antrag festhält, sondern jetzt den Antrag von Franz-Xaver Leonhardt unterstützt.

Bei den Anträgen, die vorlagen, die haben sich ja auch geändert in den letzten Tagen. Da kann ich den Wunsch nachvollziehen, dass man die Dauer reduzieren möchte. Das gäbe und gibt Ihnen die Möglichkeit, früher wieder zu überprüfen, ob dieser Neuorientierungsprozess der BPG funktioniert, ob der neue Verwaltungsrat seine Aufgabe wahrnimmt, ob er die richtigen Entscheide gefällt hat, das kann ich gut verstehen.

Was ich nicht verstehe, ist, dass Sie weiterhin diese Firma in der Unterfinanzierung lassen wollen. Wir wissen alle seit vier Jahren, dass die Firma unterfinanziert ist und wir können das jetzt so lassen und in zwei Jahren uns wieder darüber nerven, dass diese Gesellschaft Defizite produziert und Kapital verbraucht, aber das ist genau die Konsequenz, wenn hier der Grosse Rat heute entscheidet, dass die Unterfinanzierung beibehalten werden soll. Ich glaube einfach nicht, dass das ein gutes und ein faires Vorgehen ist gegenüber dieser BPG. Wir wissen, dass diese 500’000 nicht reichen für diese Leistungen, für die hohen Fixkosten, die die Flussschifffahrt verursacht. Deshalb wäre ich froh, wenn hier der Grosse Rat die notwendige Finanzierung der Staatsbeiträge beschliessen würde. Wie gesagt, eine Reduktion der Zeitdauer kann ich gut nachvollziehen und dass das auch Sinn macht und Ihnen mehr Sicherheit gibt und Ihnen mehr Kontrolle über das weitere Vorgehen.

Ich komme zum Schluss. Die BPG, sie ist wichtig für uns alle, sie ist wichtig für die Menschen, diese Bevölkerung, sie können damit unseren Rhein erleben, das soll erhalten bleiben. Wir möchten, dass die BPG das mit einer fairen Finanzierung in Zukunft machen kann mit einem klaren Auftrag. Dieser Betrag orientiert sich ja auch nicht an dem Jahr 2023, sondern an der Planerfolgsrechnung, die wir im Strategieprozess entwickelt haben, und ich möchte Sie bitten im Interesse des Erlebnis Rheines, der Tourismusdestination Basel und der BPG und ihren Mitarbeitern, heute die Höhe des beantragten Staatsbeitrags zu sprechen und die notwendige Bilanzsanierung zu genehmigen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten und hier hat sich Annina von Falkenstein für die LDP gemeldet.

Annina von Falkenstein (LDP): Wir als WAK-Mitglieder hatten die Aufgabe, den Ratschlag des Regierungsrats zur nächsten Staatsbeitragsperiode der BPG zu beraten. In diesem Zuge gehört eine kritische Auseinandersetzung mit dem Ratschlag zur Standardvorgehensweise. Unsere Aufgabe war die Prüfung dieses Geschäfts und nicht der Vergleich mit oder die Orientierung an Betrieben aus anderen Branchen, die ebenfalls Staatsbeiträge erhalten.

Im Verlauf der Behandlung dieses Geschäfts konnten wiederholt verschiedene Fragen, die für eine betriebswirtschaftlich weitsichtige Führung massgeblich sind, nicht nur unzureichend oder erst auf wiederholte Nachfrage beantwortet werden. Das trifft auf die diversen Vertreter seitens WSU und BPG zu, die wir in den Hearings empfangen durften. Parallel dazu wurden in diesem Rahmen verschiedene Führungsfehlentscheide mit gravierenden finanziellen Folgen und weitere Unzulänglichkeiten entdeckt. Dies verunsichert. Hier zwei von einigen Beispielen.

Erstes Beispiel: Das Kostenbudget 2023 wurde in mehrerlei Hinsicht überschritten. Dies konnte leider auch das leichte Übertreffen des Umsatzbudgets nicht wettmachen. Die Ursachen der Kostenüberschreitungen gehen mehrheitlich auf Führungsfehler und zu wenig Abschätzung der Folgen der getroffenen Entscheide zurück. Hierfür sind neben dem Geschäftsleitungsgremium der BPG ebenso der Verwaltungsrat als auch die Vertretung seitens WSU verantwortlich zu machen.

Zweites Beispiel: Die BPG steht als Arbeitgeberin in gastronomischer Hinsicht bereits heute sehr attraktiv da. Ihre Arbeitsverhältnisse gehen über die Rahmenbedingungen des entsprechenden Gesamtarbeitsvertrags hinaus. Dass dort viel gemacht wird, ist sehr erfreulich. Dass hingegen die entsprechenden Massnahmen nicht im regierungsrätlichen Ratschlag genannt werden und die Forderung nach weiteren Fortschritten mehrfach enthalten ist, ist unsorgfältig und irreführend. Der Staatsbeitrag sollte dorthin fliessen, wo die Kosten strukturell nicht selbsttragend gedeckt werden können, also vor allem im Bereich der Nautik. Ansonsten konkurrenzieren wir mit Steuergeldern andere gastronomische Angebote, die in der Privatwirtschaft anzutreffen sind.

Diese und weitere Situationen erwecken gesamthaft den Eindruck, dass die Staatsbeiträge relativ undurchdacht und abweichend vom zugrundeliegenden Budget eingesetzt wurden.

Den Blick in die Zukunft der BPG soll der Businessplan mit der Planerfolgsrechnung als Herzstück des Ratschlags schärfen. Dieser ist sehr optimistisch. So optimistisch, dass keine Teuerung einbezogen ist und auch sonst von gleichbleibenden Konditionen über mehrere Jahre ausgegangen wird. In Anbetracht der Historie der BPG und den in jüngster Vergangenheit begangenen Führungsfehlentscheiden fehlt aktuell die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen in die Führungskompetenz und die Zusammenarbeit mit dem WSU, mit dem Verwaltungsrat und dem Geschäftsleitungsgremium, um den Betriebsbeitrag gemäss diesem Businessplan und der Planerfolgsrechnung um 46 Prozent zu erhöhen und dann auch gleich für fünf Jahre zu sprechen.

Was der Regierungsrat und die WAK-Mehrheit beantragen, ist einer langen Führungsleine gleichzusetzen. In kritischen Situationen die Leine lang zu lassen, bedarf grosser Sicherheit in die Kompetenz und Versiertheit des Leitungsgremiums. Genau dies fehlt aber aktuell. Und auch wenn es sich verglichen zu anderen Geschäften um einen vergleichsweisen kleinen Betrag handelt, ist es wichtig, dass wir die Steuergelder nicht blindlings in guter Hoffnung auf Probleme werfen, in der Hoffnung, diese so verkleinern zu können. Genau deshalb ist die lange Leine hier fehl am Platz.

Der Vorschlag der WAK-Minderheit sieht darum vor, den bisherigen Betriebsbeitrag für ein weiteres Jahr zu sprechen. Dies erlaubt es dem Regierungsrat, bei Verzögerung der Beschlussfassung für die Folgeperiode den Betrag basierend auf dem Staatsbeitragsgesetz für ein weiteres Jahr eigenständig zu sprechen. Dies macht es der BPG möglich, in kleinen Schritten aufzuzeigen, wie die Resultate des von der WAK angeregten Strategieprozesses umgesetzt werden. So kann die Glaubhaftigkeit langsam wieder erlangt werden und hoffentlich durch die Rückkehr zur regulären Staatsbeitragsperiode honoriert werden.

Leider droht der BPG allerdings durch den Minderheitsvorschlag einen Liquiditätsengpass, sofern vorhergesehene Faktoren eintreten. Deswegen sollte neben dem Erlass des Darlehens von 1,8 Millionen Franken das Aktienkapital erhöht werden. Das wiederum sieht der vorliegende Änderungsantrag neben der Verlängerung des Minderheitsvorschlags um ein weiteres Jahr so vor. Aus diesem Grund bitten wir Sie, statt dem Minderheitsantrag zu folgen, für den Änderungsvorschlag zu stimmen.

Zum Änderungsvorschlag noch ein, zwei Worte. Es wäre künftig sehr wünschenswert, wenn unter Wahrung des Kommissionsgeheimnis die Kommissionsmitglieder ihre Fraktionen abholen könnten. Wenn Einzelmasken ohne Vorkenntnisse der Kommissionsberatung und ohne Akteneinsicht ihren Interessensbindungen statt ihren Kommissionsmitgliedern folgen, dies notabene in diesem Fall noch in der leitenden Funktion einer bürgerlichen Partei und anscheinend auch in Zusammenarbeit mit dem verantwortlichen Regierungsrat, der nicht aus einer bürgerlichen Partei kommt, wird die bürgerliche Zusammenarbeit mitsamt der GLP geschwächt. Das ist schade und der gemeinsamen Sache grundsätzlich nicht dienlich. Auch wenn wir hier nun einen guten Kompromiss im Sinne einer gesicherten Zukunft für die BPG haben, bitte in Zukunft so nicht.

Damit es bald wieder richtig Leinen los für die BPG heissen kann, bitte ich Sie, dem Interesse der überarbeiteten kurzen Leine und somit dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für das GAB ist Fina Girard.

Fina Girard (GAB): Das Grün-Alternative Bündnis ist Teil der Kommissionsmehrheit und unterstützt demnach auch den Staatsbeitrag bis 2028. Ich bin zwar noch nicht sehr lange in der WAK, aber mir ist in dieser Zeit die BPG nicht nur einmal begegnet. Es ist unübersehbar, in den letzten Jahren befand sich die Basler Personenschifffahrt auf einem schlingernden finanziellen Kurs. Die Corona-Jahre, strategische Fehlentscheide, Arbeitskräftemangel und hohe Unterhaltskosten für die Schiffsflotte setzten der BPG zu. Zum jetzigen Zeitpunkt ist nun auch klar, ohne Staatsbeiträge wäre die BPG nicht mehr auf dem Rhein unterwegs.

Die Kommission hat in den vergangenen Jahren mehrfach eine Strategieplanung der BPG gefordert. Nun liegt diese vor. Als Grün-Alternatives Bündnis begrüssen wir die Schritte, die die BPG umsetzen will. Die 2-Schiffstrategie beispielsweise erscheint uns sinnvoll, auch wenn der geplante Verkauf des historischen Basler Dybli viele von uns sehr bedauern, damit verlässt ein identitätsstiftendes Schiff den Rhein. Die strategischen Anpassungen waren auch dringend nötig. Auch wir vom GAB haben mit Sorge zur Kenntnis genommen, wie in der Vergangenheit der BPG mehrfach betriebswirtschaftliche Fehler unterlaufen sind. Das ist keine einfache Ausgangslage und darum sind wir froh, gehört zur Strategie auch die Neubesetzung des Verwaltungsrats. Das ermöglicht einen Neustart.

Nun stehen wir als WAK vor der Ausgangslage, dass leider kein Kompromiss zustande gekommen ist, und mit grosser Sorge sehen wir, dass der Minderheitenantrag, aber auch der Änderungsantrag von Franz-Xaver Leonhardt das Fortbestehen der BPG existenziell bedroht. Die Kommissionsminderheit sagt, sie stelle die Daseinsberechtigung der Gesellschaft keineswegs in Frage. Effektiv wollte sie aber den Staatsbeitrag bis gestern Abend noch gerade nur bis Dezember 2024 laufen lassen. Nun ist sie quasi über Nacht auf eine Schmalspurvariante bis 2025 eingegangen, aber auch da, der BPG wird damit eine langfristige Planung und Neuaufstellung praktisch verunmöglicht.

Wir müssen ganz ehrlich sein, ein Angebot wie das der BPG kann auf dem freien Markt nicht bestehen. Wir haben jetzt auch schon von Pascal Pfister gehört, keine Schifffahrtsgesellschaft in der Schweiz funktioniert eigenwirtschaftlich und genau darum wird ja dieses Angebot auch vom Kanton mittels Staatsbeiträgen unterstützt. Die BPG deckt mit 87 Prozent bereits einen grossen Teil ihrer Kosten am Markt und das trotz ihrer beträchtlichen Unterhaltungskosten. Die Kommissionsminderheit verlangt nun, dass beispielsweise Kosten für Lohnerhöhungen des Personals über die Tickets und die Gastronomie finanziert werden sollen. Das zeigt genau, dass unsere Vorstellung, was die BPG eigentlich leisten soll, diametral gegensätzlich zur Kommissionsminderheit steht. Das zeigt sich besonders in zwei Aspekten:

Zum einen, wir möchten keine BPG, die marktorientierte Ticketpreise anbietet. Dann befänden wir uns langfristig nämlich im Luxussegment. Wir kritisieren dahingehend auch, die strategische Tendenz auf dynamische Preismodelle zu setzen. Wir möchten stattdessen eine BPG, auf deren Schiffen die Preise erschwinglich bleiben für Familien, die einen tollen Sommerausflug in den Sommerferien machen wollen, erschwinglich bleiben für Familien, die sich eher eine Portion Pommes Frites auf Deck leisten können als ein 3-Gang-Menü. Und aufgrund der Teuerung wurden die Ticketpreise für eine einfache Rundfahrt auf dem Rhein bereits von 9 Franken auf 14 Franken angehoben. Damit befinden sich die Preise aus unserer Sicht bereits am oberen Rand, um die Rheinschifffahrt für alle zu ermöglichen.

Zum zweiten finden wir es gefährlich, wie die Kommissionsminderheit die Löhne des BPG-Personals unter Druck setzt. Die BPG operiert in zwei Bereichen, die Nautik und die Gastronomie, die beide stark von Fachkräftemangel betroffen sind und deren Löhne bereits heute tief sind. Dass die BPG als staatsnaher Betrieb attraktive und angemessene Arbeitsplätze schaffen will, ist aus unserer Sicht richtig und wichtig. Bei geplanten Mehrausgaben von Weiterbildungen von 30’000 Franken pro Jahr auf ungefähr 60 Mitarbeitende kann wirklich nicht von vermessenem Benefiz gesprochen werden.

Kurzum, der Antrag der Kommissionsminderheit und auch der Änderungsantrag verhindern substanzielle Investitionen, ohne die ein nachhaltiges Weiterbestehen der BPG schwierig wird. Und auch wenn alle beteuern, dass es dazu nie kommen wird, mit diesem Antrag laufen wir Gefahr, das Kind mit dem Bade auszuschütten oder die BPG den Bach runter zu schicken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen den Rhein weiter zusammen mit der BPG beschiffen und diesen Fluss, der unserer Stadt so viel Identität schenkt, für die lokale Bevölkerung und den Tourismus erlebbar machen. Dieses Angebot ist dem Kanton schon lange das Geld wert und wir vom GAB sind überzeugt, dass dies auch in Zukunft so bleiben soll. Deshalb bitten wir Sie, der BPG ein Mindestmass an Unterstützung zuzusprechen und die Unterstützung der BPG für die Jahre bis 2028 anzunehmen, damit wir heute nicht anfangen, Schiffe versenken zu spielen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die GLP ist Niggi Daniel Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Die Schifffahrt hat in unserer Stadt Tradition, das ist auch nichts Neues, das haben wir schon gehört. So auch die lokale Passagierschifffahrt ein bedeutender und nicht wegzudenkender Player ist, die Basler Personenschifffahrtsgesellschaft, die BPG. Das Angebot von Ausflugs- und Charterfahrten ist beliebt und wird vielseitig genutzt. Es soll also alles darangesetzt werden, dass dieses Angebot nicht verschwindet. Mit dem vorliegenden Ratschlag für die Verlängerung der Leistungsvereinbarung sollen die Mittel für die Periode 2024 bis 2028 bewilligt werden.

Die Kommissionsberatung, man hat schon viel gehört von den Vorrednern, war umfassend. Das WSU und die Geschäftsleitung der BPG präsentierten mehrmals Strategien und Zahlen und standen zur Klärung von Fragen zur Verfügung. Da mal besten Dank dafür. Einzelne Fragen konnten nicht restlos geklärt werden bzw. die präsentierten Inhalte waren für einen Teil der Kommission nicht überzeugend genug. So steht man nun vor dem Entscheid, dem Vorschlag der Regierung zu folgen, alle Augen zuzudrücken und zu hoffen, dass es dann schon besser werden möge, oder man möchte das Unternehmen sicher und langfristig auf eine gesunde Basis stellen. Hierfür sind sofortige Massnahmen erforderlich und das Konstrukt der Gesellschaft bzw. die Führungsstruktur muss entflochten werden. Diese Ziele wurden ja auch schon genannt.

Es ist mir bewusst, und das wurde so auch erläutert, die BPG bewegt sich in zwei sehr anspruchsvollen Branchen, wie auch die Vorrednerin gesagt hat, welche jeweils von externen Faktoren abhängig sind. Der nautische bzw. der touristische Teil unterliegt äusseren Einflüssen, vor allem Witterung, und der gastronomische Teil wird oft unterschätzt, grundsätzlich Bedarfsmitarbeiter*innen, welche sich mit den Spezialitäten der Location, nämlich des Schiffs, zurechtfinden. Es ist auch eine Herausforderung, in der margenschwachen Gastronomie überhaupt kostendeckend zu arbeiten. Da man aber grundsätzlich die Gastronomie nicht mit Staatsbeiträgen unterstützen möchte, ist eine scharfe Kalkulation und die Differenzierung notwendig. Auf diesen Punkt weist ja der Bericht der Minderheit hin und das ist auch richtig so.

Ich bin überzeugt, dass alle daran interessiert sind, dass die BPG am Rheinknie gesund mit zwei Schiffen oder vielleicht auch mehr erhalten bleibt. Das Vertrauen in Verwaltungsrat und Geschäftsleitung konnte nicht in dem Masse hergestellt werden, dass man darüber hinwegsehen kann, dass im Jahr 2023 ein grosses Defizit geschrieben wurde. Wir wollen das Überleben der Gesellschaft sicherstellen, wenn auch mit minimalen Mitteln zur Sicherung soll eine mögliche Überschuldung durch den Erlass des Darlehens verhindert werden.

Die Motivation der Fraktion GLP ist nicht eine Versenkung der BPG. Ganz im Gegenteil soll mit dem erzeugten Druck darauf hingewirkt werden, umgehend die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, um griffige Massnahmen ergreifen zu können, beispielsweise die Neubesetzung des Verwaltungsrats. Hierbei ist auch wichtig, dass die Strategien für eine nachhaltige Entwicklung des Unternehmens überprüft und angepasst werden. Wichtig ist hierbei auch eine konsequente Kostentransparenz in Form einer detaillierten Kostenträgerrechnung.

Es ist bedauerlicherweise der Kommission nicht gelungen, einen tragfähigen Kompromiss zu erzielen, was ich sehr bedaure. So dass lediglich die Möglichkeit verbleibt, entweder eine Carte blanche bis ins Jahr 2028 zu erteilen, mit der Befürchtung, dass sich bis dahin nicht viel geändert hat, oder eben einen verbindlichen und engeren Rahmen zu fordern, um später dann erhöhte Mittel zu sprechen. Es müsste auch möglich sein, innerhalb von eineinhalb Jahren, wie der erwähnte Änderungsantrag vorsieht, Grundlagen zu schaffen, welche die BPG in eine sichere Zukunft führt. In den vergangenen Tagen wurden zahlreiche Gespräche geführt, haben wir auch schon gehört, also nicht nur über Nacht, sondern es geht schon länger so, da die Forderung der Minderheit dazu führen würde, dass die BPG die Bilanz relativ rasch deponieren müsste.

Im Austausch mit Verantwortlichen des WSU wurde erläutert, dass sich die BPG mit dem Änderungsantrag durchaus über Wasser halten könne, sofern keine ausserordentlichen Risiken eintreten. Für diese Situation stellt die Minderheit in Aussicht, dass in einer derartigen Notsituation eine sofortige Hilfe unterstützt werde, man möchte jedoch nicht die Mittel für einen Notfall bereits jetzt schon zur Verfügung stellen.

Unter diesen Voraussetzungen, und nicht eine Carte blanche mit wenig verbindlichen Massnahmen bis ins Jahr 2028 zu erteilen, unterstützt die Fraktion der Grünliberalen grundsätzlich den Vorschlag der Kommissionsminderheit. Sie kann sich aber auch dem neu formulierten und intensiv verhandelten Änderungsantrag anschliessen. Es ist zumindest eine verbesserte Variante des Vorschlags der Regierung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die FDP spricht Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Zunächst möchte ich Ihnen danken für die Bereitschaft, die Beratung dieses Geschäftes von gestern auf heute zu verschieben. Das hat uns Gelegenheit gegeben, die diversen Anträge zu bereinigen, die gestern noch kurzfristig zur Diskussion gestellt wurden. Wenn wir nun heute zwischen dem Antrag der Mehrheit und dem nun vorliegenden Antrag von Franz-Xaver Leonhardt entscheiden müssen, sollten wir uns im Wesentlichen auf vier Fragen konzentrieren.

Erste Frage: Soll die BPG auch in Zukunft bestehen? Ja, natürlich soll sie das, das ist, soweit ich überblicken kann, weitgehend unbestritten und darum ist ja auch die Minderheit bereit, auf diesen vorliegenden Änderungsantrag einzusteigen, um die Liquidität dieser Gesellschaft sicherstellen zu können. Die BPG bietet ein breit geschätztes und in der Bevölkerung verankertes Angebot, dessen wir uns auch in Zukunft freuen wollen.

Zweite Frage: Sind wir der Ansicht, bei der BPG muss sich etwas ändern? Ja, wir als Minderheit sind der Ansicht, dass es in diesem Betrieb Veränderungen braucht. Lorenz Amiet und auch die Kolleg*innen Annina von Falkenstein und Niggi Rechsteiner haben das sehr gut und präzise und auch mit konkreten Beispielen ausgeführt, wo die Probleme liegen, wo Fehler passiert sind und was wir für die Zukunft erwarten. Ich brauche das nicht nochmals zu wiederholen.

Diese Erwartungen können niemanden überraschen nach der Geschichte dieser Gesellschaft und der Geschäfte in den vergangenen Jahren. Bereits im Bericht der WAK von 2020 und im Bericht der WAK von 2022, damals noch geschlossen, nicht in Mehrheit und Minderheit aufgeteilt, wurde gefordert, dass es eine strategische Neuausrichtung der BPG braucht. Ich zitiere aus dem WAK-Bericht von 2020: In der Diskussion zeigte sich, dass die WAK eine Klärung dieser Punkte, gemeint ist vor allem die strategische Neuausrichtung, vor einer Subventionserhöhung und Verlängerung der Subventionsperiode geklärt haben möchte. Zitat aus dem WAK-Bericht 2022 unter dem Titel «Fehlende strategische Festlegungen».

Auch wenn der Weiterbetrieb der BPG nicht grundsätzlich in Frage gestellt wurde, so war die Kommission dennoch unzufrieden, dass die grundsätzlichen strategischen Fragen zur künftigen Ausrichtung des Unternehmens seit dem letzten Antrag an den Grossen Rat vom Januar 2020 nicht weiterbearbeitet wurden, obwohl dies ursprünglich für das Jahr 2021 in Aussicht gestellt worden war. Und wenn Sie jetzt den aktuellen WAK-Bericht lesen, dann stellen Sie fest, dass hier die Tonalität der Kritik über die Berichte quasi im Zweijahresrhythmus zunimmt, der Ton wird kritischer. Jetzt haben wir 2024 und stellen fest, das verbindlich vereinbart war, dass die Kommission im November 2022 über den Stand der Arbeiten bezüglich strategische Neuausrichtung hätte informiert werden sollen. Passiert ist das erst im März 2023, ein weiteres gebrochenes Versprechen. Immerhin, und das kann man positiv attestieren, liegt nun eine Strategie vor, doch das Vertrauensproblem, das bleibt.

Deshalb die dritte Frage: Braucht es mehr als nur diese strategische Neuausrichtung? Auch hier unsere Antwort, ja. Es ist positiv zu würdigen nochmals, dass dieser Strategieprozess durchgeführt wurde, der zu einer strategischen Neuausrichtung geführt hat. Aufgrund der fehlenden Vertrauensbasis haben wir in der Kommission aber ungewöhnlich tief in das Unternehmen reingeschaut. Das ist so, das ist sehr ungewöhnlich, was wir getan haben. Wir haben sicher auch ungewöhnlich viele Fragen gestellt und mehr Zahlen verlangt, als das sonst üblich ist, aber diese ungewohnte Detailtiefe hat eben genau mit dem fehlenden Vertrauen zu tun. Ich habe das beispielsweise in der BKK beim Sportmuseum auch schon erlebt.

Nun, bei all diesen Fragen, bei all diesen Analysen sind wir zum Schluss gekommen, und das ist eine Kernerkenntnis der Minderheit, dass es nicht nur eine strategische Neuausrichtung bedarf, sondern auch auf operativer Ebene dringend mehr betriebswirtschaftliche Kompetenzen notwendig sind. Beispielhaft lässt sich dies am Businessplan aufzeigen, den wir Ihnen im Bericht der Kommissionsminderheit bewusst abgedruckt haben. Ist es realistisch, dass der Aufwand für Personal, für Material und Waren in den kommenden rund zehn Jahren unverändert bleibt? Keine Teuerung, keine Preisentwicklung, nichts. Das ist das, was uns vorgelegt wurde, keine Lohnerhöhung, nichts, die Kosten immer gleich, der Aufwand immer gleich. Man muss wahrlich kein Kaufmann sein, um zu erkennen, dass dies wenig realistisch ist und die daraus folgenden Probleme bereits heute absehbar sind.

Und darum schliesslich die vierte Frage: Müssen wir als Parlament Druck machen, damit sich etwas ändert? Und auch hier die Antwort, ja. Es ist richtig, dass es nicht Aufgabe des Parlaments ist, die BPG operativ zu führen oder operative Entscheide zu treffen. Was jedoch unsere Aufgabe ist, ist verantwortungsvoll mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler umzugehen, sorgfältig hinzuschauen, was mit diesem Geld gemacht wird und Änderungen zu erzwingen, wenn wir der Ansicht sind, dass nicht mit der nötigen Sorgfalt vorgegangen wird. Das ist der Hebel, den wir hier drin haben. Die Budgetkompetenz, die Entscheidkompetenz, die Entscheidhoheit darüber, das nötige Geld zu sprechen, das ist unser Hebel. Und wir sind klar der Meinung, dass jetzt der Moment gekommen ist, um die gewünschten Veränderungen zu erzwingen.

Wir meinen, dass man alle vier Fragen, die ich gestellt habe, mit einem deutlichen Ja beantworten muss und wenn man das tut, muss man nicht der Mehrheit, sondern dem Antrag von Franz-Xaver Leonhardt zustimmen. Die Konsequenz daraus ist, dass wir die BPG an der kurzen Leine halten. Ich habe in der Vorbereitung offensichtlich die gleiche Metapher gewählt wie Kollegin Annina von Falkenstein, diese Leine, die soll lang genug sein, dass ihr wirtschaftliches Überleben sichergestellt ist, aber kurz genug, dass wir sicherstellen können, dass es zu den geforderten Veränderungen kommt.

Deshalb bitte ich Sie im Namen der FDP-Fraktion, stimmen Sie dem Antrag von Franz-Xaver Leonhardt zu.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Wir haben jetzt schon oft gehört, dass der Rhein zu Basel gehört, die Schiffe, die ihn befahren, zur Stadt gehören, ich würde noch sagen, die BPG, sie ist eine Visitenkarte des Rheins und dieser Stadt und sie ist ein unverzichtbarer Bestandteil des Stadtbildes. Das haben wir auch alles schon viel gehört. Wir haben auch viele Metaphern gehört zum Schifffahren, zu diesem Geschäft.

Lassen Sie mich fortfahren, was die bürgerliche, wahrscheinlich vielleicht nachher in diesem Saal, Mehrheit und jetzt vorher die WAK-Minderheit macht, ist, sie fährt munter mit viel Karacho auf Eisberge zu und wenn sie sie mal umfahren hat, dann macht sie neue. Was Sie die letzten eineinhalb Tage gemacht haben und dann gleichzeitig sagen, es gebe zu wenig betriebswirtschaftliches Wissen in der BPG, finde ich relativ mutig, liebe Kolleginnen und Kollegen der bürgerlichen Mehrheit bzw. Minderheit. Sie wollten zuerst schon in der WAK einen Antrag machen, wo Sie dann Gott sei Dank noch darauf zurückgekommen sind, weil die Gesellschaft sonst Konkurs ginge oder die Bilanz hätte deponieren müssen, und jetzt sind Sie wieder darauf zurückgekommen. Es tut mir leid, aber ich komme nicht umhin, einfach festzustellen, dass es anscheinend schon lange nicht mehr um diese Gesellschaft insgesamt geht, sondern um ein spezifisches Problem und Vorstellung, wie Sie finden, die Gesellschaft aufgestellt werden sollte. Ich habe es schon ein bisschen irritierend gefunden, liebe Kolleginnen und Kollegen der bürgerlichen Minderheit und Mehrheit jetzt nachher, sagen Sie doch ganz konkret, was Sie möchten an personeller Konsequenz. Nein, Luca Urgese, niemand hat es von Ihnen gesagt hier vorne am Rednerpult, sonst können Sie gerne das noch in einem Einzelvotum nachholen.

Ich bin jetzt fünfeinhalb Jahre in der WAK. Ich hatte dieses Geschäft auch drei Mal und es sind diverse Punkte gefordert worden von den frühen WAK-Zusammensetzungen, die geliefert wurden. Ich möchte jetzt auf ein paar Punkte eingehen, die vorher genannt wurden.

Die GLP hat im Rahmen der Musikvielfalt-Initiative gesagt, wenn man diese Initiative unterstütze, gefährde man die Arbeitsplätze beim Sinfonieorchester. Bei einer unformulierten Initiative, die noch die gesamte parlamentarische Beratung abwartet. Ich bin froh, Johannes Sieber ist zurück im Saal. Jetzt mit diesem Vorgehen hier gefährden Sie ganz konkret die Stabilität und Arbeitsplätze eines Unternehmens. Sie wissen seit vier Jahren, dass diese Gesellschaft unterfinanziert ist und Sie machen trotzdem diese Spielchen, ich kann es nicht anders nennen, weil sie eine andere personelle Vorstellung haben. Aber Sie haben auch eine strategische andere Vorstellung und da nehme ich die Frage von Luca Urgese auf, soll die BPG bestehen, und er hat es mit ja beantwortet. Die ehrliche Antwort ist aber, ja, aber nicht in dieser Form.

Kommen wir zur Quersubventionierung und zu den Staatsbeiträgen. Sie sagen, es darf keine Subventionierung geben von einer Charterfahrt. Sie klammern dabei aber auch relativ nobel aus, dass die Charterfahrten wiederum die Publikumsfahrten subventionieren. Lorenz Amiet war aber so ehrlich, Sie wollen eine Preiserhöhung bei den Charterfahrten, aber in letzter Konsequenz dann halt auch bei den Publikumsfahrten, nachdem es bereits eine Preiserhöhung gab. Also das ist nicht die

gleiche Form der BPG, das stimmt einfach nicht, da haben Sie eine andere Vorstellung. Und wenn Sie das auch noch so erzwingen wollen, dann ist das ihr gutes Recht, aber dann sollten Sie das auch so sagen.

Dann zu der Frage der Visitenkarte und den Basel Tourismus. Ich habe den Staatsbeitrag für Basel Tourismus auch mit Ihnen mitberaten. Da wollten Teile von Ihnen Anträge stellen, die jetzt ziemlich viel den Staatsbeitrag erhöhen, ohne Kostenträgerrechnung Stufe 4. Ich würde sagen, nicht mal Kostenträgerrechnung Stufe 1. Und in dem Kontext wollen Sie ein wichtiges Aushängeschild des Tourismus so unter Druck setzen, dass es eigentlich nicht wirklich wirtschaften kann.

Dann die Krokodilstränen, es sei kein Kompromiss möglich gewesen. Also da muss ich dem Kollegen der GLP jetzt schon mal sagen, das ist einfach nicht die Wahrheit. In der Kommissionsberatung wurde noch einmal die Frage gestellt, ob es anhand der Dauer der Beiträge da eine Möglichkeit gäbe. Es hat geheissen, es gibt keine Möglichkeit, okay, das ist Konsequenz, aber dann kommen Sie, und das passt ja schön, es schwimmt ja auch im Fluss, dann kommen Sie mir nicht mit Krokodilstränen an dieser Debatte dann. Entweder Sie stehen zu Ihrer Meinung oder nicht.

Ich habe auch herausgehört aus dem Votum von Annina von Falkenstein, dass es auch sehr stark darum geht, dass die Bürgerlichen jetzt Einheit zeigen müssen, dass das hier irgendwie, glaube ich, wichtiger ist als die sachpolitische Ebene. Das kann ich ja alles nachvollziehen, aber ich möchte einfach nochmal zusammenfassen. Wir reden über ein Unternehmen, das das Budget 87 Prozent am Markt erarbeitet. 87 Prozent, 13 Prozent kommt vom Staat und wir sind auf der operativen Ebene, dass wir die Kostenträgerrechnung Stufe 4 gerne möchten, weil wir nicht möchten, dass ein Cola eventuell zu einem Teil des Beitrages des Kantons subventioniert wird. Das ist die Ebene, auf die Sie sich bei diesem Geschäft begeben haben.

Und es sind ganz konkret Leute, die in diesem Betrieb arbeiten. Sie scheinen sehr unzufrieden mit der Geschäftsleitung, wir hatten auch Kritik, wir haben diese auch geäussert, wir haben sie auch eingefordert, aber Sie machen das jetzt, um der Geschäftsleitung Druck zu machen, setzen Sie die gesamte Gesellschaft unter Druck und Sie wissen, dass die Gesellschaft unterfinanziert ist. Und im letzten Moment haben Sie noch den Antrag reingetan, und es tut mir wirklich leid, aber ich habe, glaube ich, vier Versionen dieses Antrags gelesen, ich hoffe, es ist jetzt die definitive, aber es ist wirklich nicht seriös und dann stehen Sie hin und sagen, die Gesellschaft ist nicht seriös geführt. Das möchte ich jetzt einfach mal in diesem Raum so stehenlassen.

Ich hätte mit der Minderheit, da hätte ich gewusst, da sind die Fakten auf dem Tisch, anscheinend will man da wirklich grundsätzlich die BPG so nicht mehr haben, aber mit dem ganzen Theater jetzt, mit diesem Chaos und dann zu sagen, die Gesellschaft muss sich besser aufstellen, das besser im Griff haben, also da würde ich Ihnen schon ans Herz legen, schauen Sie doch, dass das nächstes Mal nicht wieder so passiert. Es sind ja immerhin auch Leute, die direkt von dem betroffen sind, was Sie heute hier drinnen entscheiden.

Dann noch zu guter finanzieller Basis, hat mein Vorredner von der GLP gesagt, Niggi Rechsteiner, nein, es ist eben keine gute finanzielle Basis, es ist eben unterfinanziert. Ich weiss nicht, wie ich Ihnen das so direkt noch erklären soll.

Dann zu den super Arbeitsbedingungen über GAV-Level. Annina von Falkenstein, wenn die BPG sich schon marktkonform verhalten muss, dann soll sie auch entsprechend sich positionieren, dass sie die Leute bekommt. Und ich weiss, ich werde jetzt nicht den L-GAV vorexerzieren, Sie kennen ihn auch, aber wir reden beim L-GAV nicht davon, dass wir da in Dimensionen unterwegs sind, wo die Leute gerade in dieser Situation einfach zuströmen. Da können Sie auf Gewerkschaftsseite wie auch auf der Arbeitgeberseite nachfragen. Also dort ein Bild zu zeichnen, dass es diesen Leuten bei der BPG so unglaublich gut geht, dass es da eigentlich ja fast um Dimensionen geht, wo man um Luxusprobleme redet, 30’000 Franken, meine Damen und Herren, 30’000 Franken waren pro Jahr für Verbesserungen im Arbeitsbereich eingestellt. 70 Leute arbeiten da, glaube ich, 30 FTE oder 35 FTE, das weiss ich jetzt nicht mehr aus dem Stand, und dann sagen Sie, das ist ja unglaublich, wie da für das Personal geschaut wird, das sind ja unglaublich tolle Bedingungen.

Und dann machen Sie das auch noch für die Nautik, wo sie einen unglaublichen Fachkräftemangel haben, wo sie auch enorme Bemühungen brauchen, damit sie die Leute halten können. Was wollen Sie eigentlich für ein Signal senden an diese Leute, an den Matrosen, der den Rhystärn festmacht, oder an den Kapitän, was ist eigentlich das Signal konkret?

Wir sind unzufrieden mit der Geschäftsleitung. Wir finden es schlecht, dass ein Teil ihres Menus subventioniert wird durch den Kantonsbeitrag. Es gab mediale Wortmeldungen von bürgerlichen Kommissionsmitgliedern, die gesagt haben, man könne noch mehr als 87 Prozent am Markt erarbeiten. Okay, also die Geschäfte, das ist das Problem. Wir brauchen 90 oder 92 Prozent am Markt erarbeiten, dann wären Sie dann zufrieden? Nein, wären Sie nicht, weil sie ja grundsätzlich eine andere Vorstellung haben, wie die BPG aufgestellt werden soll. Es ist keine Carte blanche, ich verwahre mich wirklich dagegen, es ist keine Carte blanche, wenn Sie dem WAK-Mehrheitsbericht und dem Ratschlag des Regierungsrats folgen, sondern Sie geben einer Gesellschaft, die in einer schwierigen Situation ist, eine echte Möglichkeit, die neue Strategie, die Sie gefordert haben und jetzt umgesetzt wird und zu der Sie angeblich die ganze Zeit so feststehen, auch wirklich umzusetzen.

Ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, der WAK-Mehrheit zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Beda Baumgartner, möchten Sie die Zwischenfrage von David Jenny beantworten?

David Jenny (FDP): Beda Baumgarten, können Sie zu meiner Beruhigung aufgrund der Ihnen verfügbaren Informationen ausschliessen, dass Cüplis für Champagnersozialist*innen auf diesen Schiffen nicht quersubventioniert werden?

Beda Baumgartner (SP): Ja, das traurige ist, David Jenny, dass es eigentlich ein seriöses Geschäft ist und Sie es jetzt halt ins lächerliche ziehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Mitte/EVP spricht der mehrfach genannte Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Nach diesem auch sehr emotionalen Votum ist es schwierig, hier weiterzufahren. Aber es ist lustig, es wurde mir ja vorgeworfen, ich sei hier als Redner, was haben Sie gesagt, David Jenny, beim Horburg, ich sei unverantwortungsvoll. Nein, Ivo Balmer hat gesagt, ich mache beste bürgerliche Politik, ich versuche jetzt hier, das zu machen.

«Z'Basel am mym Ryy, jo deert meecht y syy!» Unser bekanntes Lied. Im Moment kann man nicht im Rhein sein, sondern auf einem Schiff, weil es zu viel Hochwasser hat, wir alle schwimmen sehr gerne. Historisch war 1832 das Dampfschiff «Stadt Frankfurt» der Anfang des öffentlichen Verkehrs, nämlich eine Personenschifffahrt vor der Eisenbahn. Also seit 200 Jahren gibt es diese Form des Transports von Personen auf dem Rhein und ich glaube, auch die Diskussion, die wir hier führen und nachher die Abstimmung, die PBG wird nicht untergehen und ich bin sehr beruhigt, das zu wissen, weil 200 Jahre Gesellschaft ist eine lange Zeit.

Was mir gefehlt hat hier in dieser Diskussion, ist eigentlich, danke zu sagen den Mitarbeitenden auf diesen Schiffen, die diese Emotionen, die wir alle haben auf dem Wasser, ermöglichen. Ich danke auch, dass der sehr bescholtene Direktor der Schifffahrt hier oben sitzt und auch mit der Verwaltungsratspräsidentin hier unsere Debatte verfolgt und dann gespannt ist, was er morgen der Belegschaft sagt, ob sie weiter existieren oder nicht.

Ich muss schon sagen, der Minderheitsantrag, der war sehr hart. Er war hart, weil nur etwas wenig Geld bis Ende Jahr und auch nicht die kapitale Erhöhung. Ich glaube, die WAK-Minderheit hat jetzt eingesehen, dass das zu hart ist und ich habe versucht, hier einen Kompromiss zu machen. Und ja, Annina von Falkenstein, Sie haben recht, ich habe das zu wenig sorgfältig gemacht, darum gibt es auch drei verschiedene. Ich werde immer wie politerfahrener und werde mich verbessern.

Als Unternehmen kann ich Ihnen sagen, ich habe eine schwierige Zeit, aber viele tolle Zeit und vor vier Jahren in Covid hatte ich keine Liquidität mehr und das war der schwierigste Moment von meinem Unternehmen. Ich sage es Ihnen, das war schwierig, ich musste auch Mitarbeitende entlassen, weil wir die Löhne nicht bezahlen konnten, und dank dem Staat haben wir wieder Sauerstoff bekommen, nämlich frisches Geld und wir konnten das Unternehmen retten. Heute stehen wir gut da, auch nach einer erfolgreichen Art und ich hoffe auf besseres Wetter, dann geht es der Schifffahrt besser und auch unseren Terrassen geht es besser.

Die Argumentation, dass jetzt mein Änderungsantrag mit diesem Geld nicht reichen würde, ist jetzt auch klar, dass er reicht. Er ist aber knapp. Ich weiss, es ist knapp und er verpflichtet auch den Regierungsrat, in einem guten Jahr oder anderthalb Jahren mit einem neuen Ratschlag zu kommen, nämlich ein Ratschlag, der einen neuen Verwaltungsrat oder einen zusätzlichen unterstützenden Verwaltungsrat ohne Beteiligung von einem Departementsvertreter fordert, um diese Strategie, die scheinbar gut ist, noch besser im operativen Geschäft einzusetzen. Und ich glaube, und da bin ich halt Unternehmer, wenn man so einen Prozess macht und wir jetzt der WAK-Mehrheit zustimmen würden, der ist sehr komfortabel und ich glaube, ein Unternehmen, das von Anfang an komfortabel ausgestattet ist, ist zu wenig innovativ und zu wenig kreativ.

Ich glaube, wenn wir nachher in zwei Jahren wieder über einen weiteren Regierungsratsvorschlag diskutieren, dann können wir diese vielen Emotionen beiseitelassen. Ich glaube, die operative Leitung und die strategische Leitung werden gute Lösungen finden und diese Schifffahrt wieder in die nächste Generation führen mit zwei sehr schönen Schiffen und vielleicht noch mit einem Vaporetto. Das stimmen wir dann im September ab, das wäre ja auch etwas Gutes.

Und ich teile die Meinung, dass wenn man auf einem Schiff fährt mit einer Grossfamilie, die Kinder bezahlen müssen, das verstehe ich eigentlich nicht. Weil im normalen ÖV kann ich gratis mit meinen Kindern durch die ganze Schweiz fahren und auf der Passpersonenschifffahrt muss ich ein Zusatzbillett zahlen. Aber das sind operative Sachen, in die ich nicht reinrede, sondern das ist nur eine Idee. Ich werde auch nicht neuer Verwaltungsrat, weil das lässt sich nicht vereinbaren, aber es gibt fähige Leute, da bin ich überzeugt, dass Kaspar Sutter die finden wird in dieser knappen Zeit.

Ich wäre wirklich froh, wenn wir hier diesen Kompromissvorschlag unterstützen und ich glaube auch, auf jeder Seite, die verliert, wenn wir das machen, gibt es Gewinner, aber nicht alle sind dann unzufrieden. Aber wenn wir unzufriedene Gewinner haben, sind wir auch zufrieden.

In diesem Sinne empfehle ich, ich glaube, auch jetzt im Namen der Fraktion EVP/Mitte, diesem Änderungsantrag zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelvoten. Joël Thüring hat sich gemeldet.

Joël Thüring (SVP): Ich gehöre zu denjenigen, die vor vier Jahren zum Staatsbeitrag nein gesagt haben und ich habe auch vor zwei Jahren nein gesagt dazu und ich kann Ihnen auch sagen, weshalb das so ist. Ich komme mir bei der heutigen Diskussion, auch wenn ich den Bericht des Regierungsrates und auch den Mehrheitenbericht so lese und ich bleibe auch bei den Metaphern, ein wenig vor wie auf der Titanic. Oben auf dem Deck spielt die Musik, unten haben alle schon nasse Füsse und der Eisklotz ist bereits Teil des Schiffes, weil es bereits mit diesem Eisklotz kollidiert ist.

Diese BPG, wie Sie sie uns heute, Regierungsrat Kaspar Sutter, schönreden wollen, wird seit Jahren schlecht geführt. Das ist ein jahrelanges Missmanagement und ich weiss auch, weshalb Beda Baumgartner so emotional geworden ist. Sein Regierungsrat ist nicht nur Kaspar Sutter, schon sein Vorgänger ist seit über 20 Jahren dafür verantwortlich, dass wir Pleiten, Pech und andere Havarien mit der BPG hier in diesem hohen Hause zu besprechen haben. Der Titel stammt von der BZ Basel, ich habe das Copyright nicht darauf. Und das ist die Ausgangslage. Wir sprechen hier Missmanagement schön, Kaspar Sutter. Sie haben doch die Aufsicht über diesen Betrieb nicht im Griff, wenn wir seit Jahren hören müssen, dass die BPG sich neu orientieren muss, dass wir neue Herausforderungen haben. Ja, ein Schiffsbetrieb muss damit leben, dass es manchmal Hoch- oder Niederwasser hat. Das gehört dazu, das ist das unternehmerische Risiko, das auch Franz-Xaver Leonhardt mit seiner Terrasse teilt. Wenn es schönes Wetter ist, ist sie voll, und wenn es wie jetzt drei Monate regnet, dann ist diese Terrasse meistens leer. Damit muss er umgehen können. Wir können doch jetzt nicht so tun, als wären diese Situationen neu.

Beda Baumgartner, ich bin bei Ihnen, ich nenne die Verantwortlichen beim Namen. Die Verantwortung dafür liegt bei der operativen Geschäftsleitung, die ist 14 Jahre im Amt, sie liegt beim Verwaltungsrat, aber sie liegt eben auch beim zuständigen Regierungsrat, der es unterlassen hat, der BPG Beine zu machen. Und das hat jetzt zur Folge, dass wir den Staatsbeitrag gemäss Antrag des Regierungsrates beinahe verdoppeln sollen. Ja, meine Damen und Herren, wer gibt einem maroden Unternehmen einen doppelten Staatsbeitrag, das müssen Sie mir einmal erklären.

Und Luca Urgese hat es richtig ausgeführt, da werden mit Zahlen hantiert, die nie und nimmer aufgehen können. Man macht einen Businessplan und sieht keine Erhöhung des Personalaufwandes in den nächsten zehn Jahren vor. Ja, wo gibt es denn so etwas? Gleichzeitig haben wir vom Kommissionsprecher der Minderheit gehört, dass diverse Aufträge, die im letzten Bericht formuliert waren, nicht ausgeführt worden sind. Wo war hier die Aufsicht? Gleichzeitig hören wir, dass wir eine Teuerung von 4 Prozent den Angestellten gewährt haben, obschon die Teuerung ja niemals bei 4 Prozent war und wir vorher Jahre lang eine Minusteuerung hatten. Also auch da müssen Sie mir einmal erklären, wo denn die Aufsicht war über dieses Unternehmen, das wir heute mit einem fast doppelten Staatsbeitrag zusätzlich alimentieren wollen.

Und wenn Sie dann den Ratschlag des Regierungsrates lesen und über diesen betrieblichen Mehrbedarf für die Jahre 2024 bis 2028, dann muss ich schon bei der Aufwandposition 1 lachen. Die neuen digitalen und medialen Möglichkeiten im Internet werden auch für die BPG als neuer Vertriebskanal immer wichtiger. Immer wichtiger als neuer Vertriebskanal. Meine Damen und Herren, das Internet gibt es nun auch schon zwei, drei Tage und ich gehe davon aus, dass auch die BPG weiss, dass sich das Internet in der Zwischenzeit durchgesetzt hat. Also Sie können doch nicht davon sprechen, dass das jetzt zur strategischen Neuausrichtung der BPG gehören kann, dass man die neuen digitalen Möglichkeiten als Vertriebskanal nutzt. Also bitte sehr.

Wenn Sie dann noch behaupten, es sei wichtig für den Tourismusstandort Basel, ich bin da bei Ihnen, nur wenn Sie mit der Tourismusbranche sprechen, dann werden Sie feststellen, dass die BPG im Tourismussektor in Basel keineswegs verankert ist. Sprechen Sie doch einmal mit Basel Tourismus, ich finde, die Schnittstelle zu Basel Tourismus ist mehr als dürftig. Probieren Sie einmal ein Ticket zu kaufen, dann gute Nacht.

Ich glaube, es kann niemand in diesem hohen Hause bestreiten, dass es eine starke BPG brauchen würde, deshalb kann ich mich auch dem Minderheitenantrag von Franz-Xaver Leonhardt nun anschliessen, auch wenn ich finde, wir sind jetzt noch einmal etwas grosszügig. Aber so zu tun, als wären wir auf gutem Kurs, obschon wir wissen, dass sie unten bereits die nassen Füsse haben, das finde ich nun also wirklich sehr schwierig. Hier erwarte ich von Regierungsrat Kaspar Sutter, dass es einer Aufsichtspflicht in den nächsten Jahren etwas mehr nachkommt und schaut, dass bei dieser BPG endlich Ordnung herrscht. So kann es nicht weitergehen, sonst stehen wir in zwei Jahren wieder am genau gleichen Punkt und ich garantiere Franz-Xaver Leonhardt, ich bin schon etwas länger in diesem Parlament wie Sie, das ist keine Kritik an Ihnen, ich garantiere Ihnen, wir werden diese Diskussion in genau gleichem Umfang in zwei Jahren dann wieder führen und die Versprechungen werden keine anderen sein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Redner ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Ich bin erschlagen vom ersten Votum von Beda Baumgartner und jetzt auch noch von Joël Thüring. Beide haben super geredet, beide haben auf ihre Art natürlich auch total recht und haben auch extrem viel Emotionen hineingebracht. Es war irrsinnig zum Zuhören und am tollsten wäre es gewesen, wenn sie eigentlich hier von Anfang an das miteinander ausgejasst hätten, dann müssten wir hier drinnen gar nicht jetzt so lange debattieren.

Was ich versucht habe in den letzten zwei Tagen, ist, genau die zwei Lager, die so extrem gut argumentieren und auch alle recht haben, irgendwie trotzdem zusammenzubringen, weil so in den Extremen zu bleiben, das kann ja nicht funktionieren. Auf der einen Seite spürt man natürlich, dass die Minderheit sagt, wir fragen hier immer nach, wir bekommen nie eine vernünftige Antwort, wir haben vor vier Jahren, vor sechs Jahren, vor 12 Jahren, vor keine Ahnung, wie lange da die Regierungsräte vorher dort gesessen sind, und wir haben nie richtige Antworten bekommen von dieser Geschäftsleitung. Das ist das eine.

Jetzt fühlen sie sich ein bisschen betupft und sagen, ja nein, so geht es nicht, wir schauen genau hin und da schauen wir jetzt ganz genau hin. Und die anderen sagen, ja nein, das müssen wir haben, wer ist denn schon gegen diese Boote, wir wollen diese Boote haben in Basel und da ist eigentlich für uns fast alles recht, die arbeiten schon gut, die haben es halt auch schwer und dann das Hochwasser und dann haben sie zu wenig Wasser und dann haben sie zu viele Leute und dann haben sie wieder zu wenig Leute. Und dann sagen die anderen wieder, ja, aber das muss man halt budgetieren.

Das geht die ganze Zeit hin und her und irgendwo ist es einfach nie vernünftig. Und vernünftig ist jetzt das, und da hatte ich eben das Gefühl, das sei eine super Idee, man gibt jetzt zwar, man beisst nochmal in den sauren Apfel, man gibt da nochmal das Geld, das auch wirklich neu gefordert wird, aber nicht für fünf Jahre, sondern für zwei Jahre. Aber nein, da wollte auch niemand mitmachen und so hat es halt das ergeben, dass das hin und her und nochmal zurück ist und am Schluss haben wir den Vorschlag Leonhardt.

Und jetzt stehen wir hier und wissen eigentlich nicht mehr recht, was eigentlich gescheit ist, weil in letzter Konsequenz müssen wir doch einfach checken. Da kann die WAK offensichtlich in einen Betrieb hineinschauen, der so irgendwie ein Staatsbetrieb ist, aber doch halt irgendwie nicht einen Ganzen, darum können wir ja hineinschauen. Wir sehen nicht in eine Verwaltung hinein im Finanzdepartement, ob die jetzt extrem effizient arbeiten und die besten Chefs haben, dort können wir einfach gar nicht hinschauen. Aber hier können wir jetzt alle unternehmerischen Qualitäten einbringen und die Excel-Tabelle hervorzupfen und jetzt natürlich immer sagen, das sind alles «Läugeli». Ich glaube nicht daran, dass es «Läugeli» sind, die haben auch probiert, das auf Kurs zu bringen und haben wirklich alles gegeben, damit es funktioniert.

Aber jetzt stehen wir hier und jetzt hoffe ich einfach, dass wir eine vernünftige Mitte finden und das wäre jetzt der Vorschlag von Franz-Xaver Leonhardt und ich würde wahnsinnig bevorzugen, wenn wir den alle unterstützen könnten, damit alle irgendwo die Kirche im Dorf haben und weiterarbeiten können, aber trotzdem nicht für alle Zeiten wieder gebunden sind.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich spreche nur, weil mich Beda Baumgartner der Unseriosität bezichtigt hat. Ich habe durchaus ein emotionales Verhältnis zu unserer Schifffahrt am Rhein. Ich bin zwar noch nie Eisbergen begegnet, aber ich durfte irgend mal in den 70er-Jahren in der letzten Etappe von Holland bis nach Basel ein Schiff mitbegleiten der damaligen Flotte der Basler Personenschifffahrtsgesellschaft und ich konnte familiär ein bisschen die Geschichte dieser Gesellschaft verfolgen. Nicht das Erlebnis auf dem Rhein, aber das Setup dieser Gesellschaft, ihre Führung ist eine Unglücksgeschichte. Irgendwo wurde berichtet, wie oft Polizeikommandanten gehen mussten in den letzten 20 Jahren, das können Sie fortschreiben für die Basler Personenschifffahrtsgesellschaft für etwa 50 Jahre. Da ist irgendwo in der Ausstellung der Wurm drin.

Jetzt mache ich allen Linken eine Freude, ich meine, das ist eine hundertprozentige Beteiligung unseres Kantons, es ist ein faktischer Monopolbetrieb. Wir müssen es haben, wir wissen, wir verdienen da kein Geld damit, die Schiffe laufen nicht über die Rechnung dieser Gesellschaft und wenn man hier schaut im Handelsregisterauszug, wie viele tolle Leute sich da im Verwaltungsrat versucht haben über die letzten zehn, 20, 30 Jahre, alles tolle Leute, aber es hat immer nicht geklappt. Es ist nicht heute Zeit, aber ich wäre hier radikal. Wir haben Verkehrsbetriebe zu 100 Prozent im Eigentum unseres Kantons. Ich würde die Basler Personsschifffahrtsgesellschaft als Abteilung der BVB sehen, da müssten wir uns auch nicht mit den Details der Kostenträgerrechnung unserer Rheinschifffahrt beschäftigen. Das ist eine faktische Staatsaufgabe, kann nicht anders gemacht werden und da jetzt ein Pseudo-Verwaltungsrat wieder installieren mit tollen Ideen, wir werden in fünf oder zehn Jahren wieder weiter so sein.

Aber ich kann Franz-Xaver Leonhardt beruhigen, ich werde ihm hier auch folgen und hier ist er pragmatischer als in seiner Bodenpolitik.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit gehen wir in der Eintretensdebatte zurück zu Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Vielen Dank für Ihre engagierte Diskussion. Sie zeigt zumindest, dass die BPG grosse Emotionen weckt, auch wenn die Wahrnehmung unterschiedlich ist in den unterschiedlichen politischen Lagern. Zuerst mal zu David Jenny, es ist kein Monopolbetrieb, die BPG steht mit ihrem Angebot in einer Konkurrenz. Es gibt andere Möglichkeiten, seine Freizeit zu verbringen, es gibt andere Möglichkeiten, seine Firmenevents zu lancieren, von dem her ist da nicht einfach ein Monopolbetrieb, der da vorhanden ist.

Eine zweite kleine Nebenbemerkung, also wenn jetzt Vaporetto hier genannt wird, dann ist das eher ein bisschen schwierig für mich. Also dort reden wir dann ganz bestimmt nicht von Kostendeckungsgraden von 87 Prozent, sondern deutlich tiefer für ein ÖV-Angebot, ehrlich gesagt, dass durch die Trams und Busse, die parallel zum Rhein fahren, schneller und preisgünstiger erbracht werden könnten. Von dem her, ich glaube, Vaporetto möchten wir nicht in die BPG integrieren.

Ich möchte ein bisschen noch abtiefen jetzt in den Antrag Leonhardt. Die erste Variante, der Antrag Leonhardt, der leider nicht mehr auf dem Tisch liegt, für den hatte ich grosse Sympathien, weil er die notwendige Finanzierung des Staatsbetrags sichergestellt hätte, die Risikosicherheit gewährleistet hätte, aber eine kürzere Zeitdauer hatte. Das wäre die sinnvolle Antwort gewesen auf Ihre Bedenken und Ihrem Kontrollwunsch. Das wäre fair gewesen.

Über was sprechen wir eigentlich hier. Sprechen wir über einen Staatsbeitrag, und das machen wir eigentlich, oder sprechen wir über einen Staatsbetrieb nach Public Corporate Governance-Richtlinien, welche Aufgaben hat da der Grosse Rat und welche Aufgabe hat der Regierungsrat? Ich weiss, es ist vermischt, weil es handelt sich hier um eine Firma, die zu 100 Prozent dem Kanton Basel-Stadt gehört und durch uns getragen wird, deshalb sehen wir hier auch eine klare Vermischung zwischen Staatsbeitrag und Public Corporate Governance-Diskussionen, was auch okay ist.

Bei Public Corporate Governance-Diskussionen, da sind die Aufgaben relativ klar. Das Management führt den Betrieb, der Verwaltungsrat definiert die Strategie, entwickelt und beaufsichtigt das Management, der Regierungsrat übernimmt die Eigentümerverantwortung gegenüber dem Betrieb und Sie als Parlament üben die Oberaufsicht aus. In der Detailtiefe, die wir hier diskutieren, sind wir weit weg von dieser Kompetenzordnung. Ich glaube, die GPK hätte da keine Freude an uns, wie wir hier die Kompetenzen verteilen bei diesem Staatsbetrieb.

Bei einem Staatsbeitrag, wir wissen, der ist heute zu tief. Sie wissen das auch, wir wissen es und trotzdem kommt jetzt ein Antrag, der daran festhalten will, ein zu tiefer Staatsbetrag. Das ist schwierig. Es hilft Joël Thüring, weil in zwei Jahren kann er wieder die gleiche polemische Rede schwingen, weil die BPG, die 500'000 werden nicht ausreichen, um ihren Betrieb, so wie er heute läuft und wie wir ihn erwarten, auszuüben. Sie wird wieder ein Kapitalverzehr vollziehen in den nächsten zwei Jahren, das wissen wir schon jetzt, das wissen auch Sie, wenn Sie dem zustimmen. Dieser Staatsbeitrag ist zu tief und deshalb werden wir in zwei Jahren auch wieder die gleiche Diskussion hier drinnen haben. Ich wollte eigentlich aus diesem ewigen immer aufschieben rauskommen, anscheinend ist mir das noch nicht ganz geglückt und das tut mir leid, das tut mir auch leid für die BPG.

Das zweite Problem ist, ohne seriöse Finanzierung dieses Staatsbeitrags, das erschwert auch sehr stark meinen Wunsch und der Wunsch des Regierungsrates, ein neuer Verwaltungsrat einzusetzen. Weil möchten Sie Verwaltungsrat werden, wo Sie in zwei Jahren erklären werden müssen, weshalb Sie jetzt jedes Jahr 500'000 Franken Defizit gemacht haben, weil der Staatsbeitrag zu tief ist? Das ist einfach keine gute Situation, um einen Verwaltungsrat neu aufzustellen. Sie belasten die BPG in der Kurzfristigkeit, Sie belasten die BPG in der Unterfinanzierung. Das ist nicht gut für dieses Unternehmen und deshalb verstehe ich diesen Antrag nicht in der Höhe.

Und das zweite, was ich nicht verstehe, ein Betrieb braucht eine gewisse Risikobereitschaft. Indem Sie jetzt ein Konzept vorlegen quasi, dass davon ausgeht, dass das Eigenkapital in den nächsten zwei Jahren wieder verbraucht wird, dann nehmen Sie dieser Firma auch die Risikomöglichkeit. Ich denke, ein Betrieb, der auf dem Markt ist, der Verantwortung trägt für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der sollte auch eine gewisse Risikofähigkeit haben. Und indem Sie der BPG in den nächsten zwei Jahren diese eine Million entziehen, insgesamt mit zweimal 500'000, entziehen Sie diese Risikofähigkeit der BPG. Das ist machbar, wenn die Planung stimmt, ist einfach nicht gut und ich finde es auch nicht fair. Das heisst eigentlich auch, wäre Ihre Botschaft, die Kostendeckung muss in den nächsten Jahren nicht 87 Prozent sein, sondern 93 Prozent. Das ist auch eine Aussage, die ein bisschen mitschwingt und die schwierig ist und die kaum erreicht werden wird. Das wissen Sie und das weiss ich und deshalb, Sie sehen, habe ich Mühe mit diesem weiterhin zu tiefen Betrag.

Von dem her möchte ich Sie bitten im Namen des Regierungsrates, in dem Fall dem Regierungsrat mit seinen fünf Jahren zu folgen und der WAK-Mehrheit mit auch seinen fünf Jahren, aber eben dem richtigen Staatsbeitrag in der richtigen Höhe.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an den Sprecher der Minderheit, Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Namens der Kommissionsminderheit danke ich Ihnen auch für diese sehr spannende, sehr lebhafte Debatte. Man hatte sehr wohl den Staatsbeitrag nur für ein Jahr fordern können. Ja, das wäre hart gewesen, es wäre aber gegangen im Wissen darum, dass man dann in sechs bis neun Monaten mit einem nächsten Antrag kommen muss. Wir wissen darum, dass der Druck dann auf der Regierung maximal gewesen wäre. Nun Sie wissen es, ich habe es Ihnen gesagt, wir sind einverstanden von der WAK-Minderheit, dass man diesen Druck etwas reduziert, aber trotzdem noch auf einem gewissen Mass belässt.

Die Zahlen einfach trotzdem nochmals ganz kurz. Wir schreiben ein Darlehen von 1,8 Millionen ab, wir sprechen zusätzliches Eigenkapital von 1,25 Millionen, das sind zusammen gut 3 Millionen, wir sprechen für zwei Jahre einen teuerungsangepassten Betriebsbeitrag von 537'000 Franken pro Jahr. Das ist kein kleines Geschäft, auch so kein kleines Geschäft und ich bin schon etwas erstaunt, dass Regierungsrat Kaspar Sutter da meint, dass das ein nicht so grosser Staatsbeitrag sei.

Zu den Fragen der Kostenträgerrechnung. Der Deckungsbeitrag 1 lässt bei diesem Geschäft keine Aussagen zu. Man muss die Vollkostenrechnung anschauen. Und ja, es mag aussergewöhnlich sein, dass eine Kommission die Kostenträgerrechnung sehen will. Das ist wahrscheinlich so, weil das Vertrauen in die Führung fehlt und warum das Vertrauen in die Führung fehlt, das hat man von praktisch allen Sprecherinnen und Sprechern heute gehört. Ich habe niemanden gehört, der gefunden hat, die Gesellschaft sei gut geführt.

Was mich hingegen sehr verwundert, das ist, dass die WAK die Vollkostenrechnung einfordern muss. Das ist Aufgabe des Verwaltungsrates. Ich bin auch Verwaltungsrat bei KMUs, ich will Vollkostenrechnungen sehen, insbesondere bei einem Betrieb, der mehrere Sparten hat und die Tatsache, dass das offensichtlich dem Verwaltungsrat egal ist, dass es das nicht gibt, ganz abgesehen von der Frage, ob das die WAK jetzt sehen will oder nicht, sehen muss oder nicht muss, das ist verwunderlich.

Einige Sprecherinnen und Sprecher haben die Unterfinanzierung erwähnt. Die Frage ist hier doch vor allem, ja, warum? Liegt es an den Strukturen, ist es eine strukturelle Unterfinanzierung oder ist die Unterfinanzierung selbstverschuldet? Ich glaube, mindestens für das 2023 wurde die Frage hinlänglich beantwortet. Ich erinnere nochmals, man hat fast 900'000 Franken mehr Verluste gemacht als budgetiert, obwohl man die budgetierten Erträge eingefahren hat. Regierungsrat Kaspar Sutter hat weiter gemeint, höhere Kosten bei der Energie und beim Personal fallen an. Ja, natürlich gibt es eine Teuerung und natürlich muss man diese Teuerung einrechnen, aber jedes Transportinstitut rechnet die Teuerung auch bei den Preisen ein. Auch bei der BVB gehen die Preise hin und wieder hoch, sogar bei der SBB gehen sie hin und wieder hoch.

Dann wurde moniert, dass die bestehenden Löhne nicht marktfähig seien, dass man hier Nachholbedarf hätte. Ja, wenn dem so gewesen wäre, dann wären die Leute wahrscheinlich im 2023 der BPG nicht scharenweise nachgelaufen. Aber wir haben ja eben gerade das Problem, dass die Personalkosten 14 Prozent angestiegen sind, weil offensichtlich zu viel Personal angestellt wurde. Also viel Personal können Sie nicht anstellen, wenn die Leute nicht bei Ihnen arbeiten wollen.

Zur Frage, ob wir damit die Firma, die Gesellschaft den bachab schicken, in den Konkurs schicken. Überhaupt nicht. Wir haben das nachgerechnet, heute Morgen auch nochmals in Anwesenheit von Spezialisten des WSU nachgerechnet. Wenn die Budgets im 2024 und 2025 erreicht werden, bleibt bis Ende 2025 der Gesellschaft mit dem Antrag Leonhardt, wie er jetzt auf dem Tisch liegt, eine Reserve über dem bestehenden Aktienkapital von knapp einer halben Million Franken. Das ist also die Risikotoleranz, die die Gesellschaft hat, eine knappe halbe Million Franken. Das ist nicht übermässig, das ist klar, aber das ist genug, um normale Risiken abfedern zu können.

Und wenn jetzt etwas ganz unvorhergesehenes passiert, wir wollen ja nicht an eine neue Covidkrise denken, aber wenn irgendein Kapitän Schettino unerwarteterweise in den Pfeiler der mittleren Brücke fährt und ein Schiff für viele Monate ausfällt zum Beispiel, ja, dann braucht es Ausnahmeregelungen, dann braucht es einen Ausnahmeantrag und bei so einem Grund versteht insbesondere die WAK-Minderheit dann auch, dass man zusätzliches Geld sprechen muss, weil so ein Szenario können sie in der Geschäftsleitung nicht vorhersehen. Hochwasser, Niedrigwasser, das gehört zum Riskmanagement, das gehört zum normalen Szenario, aber dass ein Schiff dann über viele Monate zum Beispiel ausfällt wider Erwarten, das gehört nicht zu dem, womit sie rechnen müssen.

Mit dem Antrag Leonhardt haben wir jetzt eine Lösung bis Ende 2025. Das heisst, im Verlaufe des nächsten Jahres muss die Regierung mit einem neuen Antrag kommen ab 1. Januar 2026. Wir sagen hier nichts dazu, wie der dann aussehen könnte. Wir sagen nichts dazu, wie hoch der Staatsbeitrag ab 1. Januar 2026 sein sollte. Das hängt ganz entscheidend davon ab, ob es gelingt, bis zu dem Zeitpunkt das Vertrauen in die Führung wiederherzustellen. Wir haben es vorhin gehört, es soll ein neuer Verwaltungsrat gewählt werden. Das ist toll, das ist ein wichtiger erster Schritt in die richtige Richtung. Ich traue es diesem zu, dass er die Voraussetzung schafft, dass zumindest in der WAK, wahrscheinlich auch im ganzen Grossen Rat oder fast ganzen Grossen Rat, wieder Vertrauen in diese Gesellschaft hergestellt wird.

Wenn Sie also jetzt diesem Antrag Leonhardt zustimmen, dann schaffen Sie die Voraussetzung, dass die Gesellschaft überlebt. Nochmals, das wollen wir alle in der WAK-Minderheit. Sie schaffen gleichzeitig aber die Voraussetzung, dass

innerhalb der nächsten 12 bis 18 Monate die Führung neu aufgestellt werden muss. Ich sage sicher nicht, diese Person muss weg oder diese Person muss eine Schulung machen, wer in der Geschäftsleitung rechnen kann, das ist mir egal, was aber die WAK-Minderheit verlangt, ist, dass jemand in der Geschäftsleitung rechnen kann. Sie schaffen also die Voraussetzung, dass wir diese Firma in den Griff bekommen, Sie schaffen die Voraussetzung, dass man bis in einem Jahr das Vertrauen in die Gesellschaft wiederherstellen kann und dass man danach auf einer ganz neuen Basis über vernünftige Finanzierungen, über vernünftige Staatsbeiträge diskutieren und beschliessen kann.

In diesem Sinne danke ich Ihnen im Namen der Kommissionsminderheit für die Unterstützung des Antrags Leonhardt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage von Tim Cuénod annehmen? Sie wird angenommen.

Tim Cuénod (SP): Lorenz Amiet, ich habe Ihren beiden Reden aufmerksam zugehört. Eines verstehe ich in der Argumentation nicht ganz. Was macht Sie so zuversichtlich, dass jetzt Preiserhöhungen bei den Tickets zu einem höheren Kostendeckungsgrad führen? Was führt zu dieser Annahme?

Lorenz Amiet (SVP): Hinsichtlich Preiserhöhungen habe ich nur gesagt, es gehört zum kaufmännischen kleinen Einmaleins, dass man sie der Teuerung anpasst. Ansonsten habe ich die Kosten und nicht die Preise kritisiert.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Eintretensdebatte schliessen wir ab mit Kommissionssprecher Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Lassen Sie mich jetzt eine andere Metapher, die nicht aus der Schiffswelt und der Seefahrt ist, sondern die auch heute von der Sprecherin der LDP verwendet wurde, benutzen, um Ihnen unsere Sicht darzubringen. Es wurde davon gesprochen, dass man die BPG nicht an der langen Leine halten soll, sondern dass man es mehr zu sich nehmen muss und ich glaube, wenn Sie jetzt dem Antrag der Minderheit zustimmen, dann ist das eben nicht das, sondern Sie fesseln die BPG in dieser Situation, in der sie sich heute befindet, und es wird tatsächlich so sein, dass wir in zwei Jahren die gleiche Diskussion nochmals führen.

Die WAK hat zu Recht gefordert, dass die BPG einen Strategieprozess macht. Sie hat das während der Coronapandemie eingefordert, moniert. Da kann man dann sich darüber streiten, aber dass grundsätzlich die BPG eine Strategie definieren musste, das war sicher richtig und das hat sie auch jetzt gemacht. Das ist ja genau das, was sie gemacht hat. Sie hat sich überlegt, wie können wir diese Gesellschaft aufstellen, damit sie in Zukunft in bessere Gewässer kommt. Und dafür braucht sie ebendiese Erhöhung des Staatsbeitrags.

Dann kann man sagen, okay, wir haben kein Vertrauen, dass diese Strategie von der jetzigen Führung umgesetzt wird. Man kann sagen, wir wollen hier die Leine kürzer halten und der Verwaltungsrat, der wird ja neu besetzt, das reicht uns nicht.

Dann können wir die Fristen kürzen. Deshalb haben wir auch von unserer Seite versucht, ausserhalb der Kommission dahingehend einen Kompromiss zu finden, dass wir halt die Fristen kürzen, aber zum gleichen Beitrag, der die Umsetzung der Strategie ermöglichen würde. Leider ist das gescheitert. Der «Kompromiss», der bereits in der Kommission nicht zustande gekommen ist, ist auch ausserhalb der Kommission nicht zustande gekommen, aber es ist schön, dass die Minderheit darauf einschwenkt, dass wir nicht gerade die Existenz des Unternehmens in Frage stellen. Aber trotzdem setzen Sie mit diesem Minderheitenantrag der Gesellschaft das Messer an den Hals.

Schauen wir nochmal zurück, was ist denn die Alternative. In der Minderheit gab es verschiedene Punkte, die erfüllt werden müssen, damit man dann eine längerfristige Staatsvertragsperiode sprechen kann, die vierjährige normale. Und wenn wir das genau anschauen, dann ist eben die Alternative, dass am Schluss die Preise erhöht werden und die Arbeitsbedingungen verschlechtert werden. Das ist die Alternative, die wir haben, und das wollen wir nicht und darum wollen wir, dass wir jetzt bereits den Beitrag erhöhen. Ich finde es wirklich sehr schade, dass hier kein echter Kompromiss möglich wurde. Ich hoffe, dass das nach den Wahlen wieder vermehrt möglich ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 12 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Ausgaben

Alinea 1 bis 2. Hier lagen zwei Änderungsanträge vor. Jetzt muss ich fragen, ob jemand am zurückgezogenen Antrag der Kommissionsminderheit festhält. Das ist nicht der Fall. Damit haben wir noch einen Änderungsantrag, und zwar den genannten von Franz-Xaver Leonhardt. Auch dieser liegt Ihnen vor.

Wir eröffnen dazu die Debatte. Möchte der Antragsteller nochmals begründen? Er verzichtet. Kommissionssprecher Pascal Pfister und Lorenz Amiet verzichten ebenfalls, Kaspar Sutter verzichtet ebenfalls. Es gibt keine Wortmeldungen.

Wir kommen zur Abstimmung, ob Sie dem Antrag von Franz-Xaver Leonhardt zustimmen.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 43 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003798, 27.06.24 17:58:20]*

Der Grosse Rat beschliesst

Zustimmung zum Änderungsantrag

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Antrag zugestimmt mit 47 Ja-Stimmen gegen 43 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter.

2. Rückzahlung Darlehen

Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem bereinigten Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 2 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003800, 27.06.24 17:59:06]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für die Basler Personenschifffahrt AG (BPG) werden Ausgaben in Höhe von insgesamt Fr. 2'324'000 bewilligt. Die Ausgaben verteilen sich wie folgt:

- Fr. 1'074'000 (inkl. MWST) als Beitrag an die Betriebskosten der BPG für die Jahre 2024 bis 2025;

- Fr. 1‘250'000 zur Erhöhung des Aktienkapitals der BPG, zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich Darlehen und Beteiligungen.

2. Die Rückzahlung des Darlehens über Fr. 1'800'000 an die Basler Personenschifffahrt AG gemäss Beschluss des Grossen Rates vom 27. April 2022 wird erlassen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 87 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Vielen Dank für die zwei intensiven Tage. Ich wünsche Ihnen eine wunderbare Sommerzeit.

Schluss der 24. Sitzung

17:59 Uhr

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 26. Juni 2024 09:03:54
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	85	26	13	13	11	9	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	2	0	2	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	26	15	13	11	9	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	10	3	2	2	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	90	26	16	13	11	9	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 26. Juni 2024 09:09:24
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	88	25	16	13	11	9	7	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	25	16	13	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	1	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	1	1	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	93	26	17	14	11	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
24.5229

Abstimmungsdatum 26. Juni 2024 11:24:06

Geschäft Jahresrechnung 2023 und Rechnung 2023 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom und Mitbericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	26	17	14	11	9	8	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	26	17	14	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	1	1	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	26	17	14	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
24.5201

Abstimmungsdatum 26. Juni 2024 16:28:08

Geschäft Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2023 des Regierungsrats

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	90	26	16	14	10	10	8	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	26	16	14	10	10	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	1	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	5	2	2	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	27	16	14	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 61**
24.5296

Abstimmungsdatum 26. Juni 2024 17:24:18

Geschäft Resolution David Jenny und Konsorten betreffend keine Duldung von Besetzungen von Räumlichkeiten, die von der Universität Basel genutzt werden

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Ent
Thommen Oliver (GAB)	Ent
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ent
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Ent
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	50	0	0	14	11	10	7	7	1	0
Nein	40	27	13	0	0	0	0	0	0	0
Ent	4	0	3	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	94	27	16	14	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	2	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	27	16	14	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 61**
24.5296

Abstimmungsdatum 26. Juni 2024 17:26:31

Geschäft Resolution David Jenny und Konsorten betreffend keine Duldung von Besetzungen von Räumlichkeiten, die von der Universität Basel genutzt werden

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ent
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Stalder Roger (SVP)	Ent
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ent		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	87	25	15	13	8	10	8	7	1	0
Nein	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	5	0	1	1	3	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	26	16	14	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	2	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	27	16	14	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
22.1303

Abstimmungsdatum 26. Juni 2024 17:28:43

Geschäft Fristverlängerung kantonale Volksinitiative "für den Ausbau der separativen Angebote an der integrativen Schule Basel-Stadt (Förderklassen-Initiative)", Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	89	26	16	12	11	9	8	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	26	16	12	11	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	6	1	0	2	0	1	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	2	2	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	27	16	14	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
23.0840

Abstimmungsdatum 27. Juni 2024 09:22:02

Geschäft Areal Lindenhof (Lonza): Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Gebiet Areal Lindenhof (Lonza) Nauenstrasse, Lindenhofstrasse, Münchensteinerstrasse; Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 137, Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sieber Johannes (GLP)	Nein
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	17	0	17	0	0	0	0	0	0	0
Nein	75	26	0	14	10	10	8	7	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	26	17	14	10	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	1	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	26	17	14	10	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
23.0840

Abstimmungsdatum 27. Juni 2024 09:23:14

Geschäft Areal Lindenhof (Lonza): Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Gebiet Areal Lindenhof (Lonza) Nauenstrasse, Lindenhofstrasse, Münchensteinerstrasse; Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 137, Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	19	2	17	0	0	0	0	0	0	0
Nein	73	24	0	14	10	10	8	7	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	26	17	14	10	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	1	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	26	17	14	10	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
23.0840

Abstimmungsdatum 27. Juni 2024 09:24:14

Geschäft Areal Lindenhof (Lonza): Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Gebiet Areal Lindenhof (Lonza) Nauenstrasse, Lindenhofstrasse, Münchensteinerstrasse; Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 137, Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ent
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ent	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	75	26	0	14	10	10	8	7	0	0
Nein	14	0	14	0	0	0	0	0	0	0
Ent	4	0	3	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	26	17	14	10	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	1	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	26	17	14	10	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
23.0812

Abstimmungsdatum 27. Juni 2024 09:54:15

Geschäft Ausgabenbewilligung für die Weiterentwicklung der Hafenbahn Variante „Südquai“, Bericht der WAK, Mitbericht UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	25	17	14	10	10	8	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	25	17	14	10	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	1	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	26	17	14	10	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
22.0859

Abstimmungsdatum 27. Juni 2024 15:46:51

Geschäft Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Stadt betreffend Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer, Bericht der JSSK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ent
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ent
Bolz Leoni (SP)	Ent
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ent
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ent
Mück Heidi (GAB)	Ent
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ent
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	57	16	4	10	9	9	2	7	0	0
Nein	26	10	9	3	1	0	2	0	1	0
Ent	9	2	3	0	0	1	3	0	0	0
Abgestimmt	92	28	16	13	10	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	1	2	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	28	17	13	10	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
22.0859

Abstimmungsdatum 27. Juni 2024 16:04:52

Geschäft Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Stadt betreffend Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer, Bericht der JSSK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	54	29	17	0	0	0	8	0	0	0
Nein	41	0	0	13	10	10	0	7	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	17	13	10	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	1	2	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	17	13	10	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
22.0859

Abstimmungsdatum 27. Juni 2024 16:05:37

Geschäft Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Stadt betreffend Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer, Bericht der JSSK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sieber Johannes (GLP)	Nein
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	13	0	0	4	8	0	0	0	1	0
Nein	81	29	17	9	2	9	8	7	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	17	13	10	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	1	2	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	17	13	10	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
22.0859

Abstimmungsdatum 27. Juni 2024 16:06:52

Geschäft Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Stadt betreffend Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer, Bericht der JSSK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	53	29	17	0	0	0	7	0	0	0
Nein	41	0	0	13	10	10	0	7	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	17	13	10	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	1	2	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	17	13	10	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
24.0147

Abstimmungsdatum 27. Juni 2024 17:57:57

Geschäft Ausgabenbewilligung für die Verlängerung der Leistungsvereinbarung mit der Basler Personenschifffahrt AG (BPG) für die Jahre 2024 bis 2028, Bericht der WAK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	47	0	0	13	10	10	7	7	0	0
Nein	43	25	17	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	25	17	13	10	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	8	4	1	2	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	92	25	17	13	10	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
24.0147

Abstimmungsdatum 27. Juni 2024 17:58:44

Geschäft Ausgabenbewilligung für die Verlängerung der Leistungsvereinbarung mit der Basler Personenschifffahrt AG (BPG) für die Jahre 2024 bis 2028, Bericht der WAK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	87	24	17	13	9	10	7	7	0	0
Nein	2	0	0	0	1	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	24	17	13	10	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	8	4	1	2	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	92	25	17	13	10	10	8	7	1	1

Anhang B

Neue Ratschläge, Berichte und Vorstösse

	Tagesordnung	Komm.	Dep.	Dokument
1.	Jahresrechnung 2023 und Rechnung 2023 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom und BKK	FKom / BKK	FD	24.5229.01
2.	Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2023 des Regierungsrats	GPK		24.5201.01
3.	Fristverlängerung kantonale Volksinitiative «für den Ausbau der separativen Angebote an der integrativen Schule Basel-Stadt (Förderklassen-Initiative)», Bericht der BKK	BKK		23.1410.02
4.	Areal Lindenhof (Lonza): Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Gebiet Areal Lindenhof (Lonza) Nauenstrasse, Lindenhofstrasse, Münchensteinerstrasse; Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 137, Bericht der BRK	BRK	BVD	23.0840.02
5.	Ausgabenbewilligung für die Weiterentwicklung der Hafenbahn Variante "Südquai", Bericht der WAK sowie Mitbericht der UVEK	WAK/UVEK	BVD	23.0812.02
6.	Entwurf zum Wassergesetz, Bericht der UVEK	UVEK	WSU	22.0122.02
7.	Ausgabenbewilligung für die Verlängerung der Leistungsvereinbarung mit der Basler Personenschifffahrt AG (BPG) für die Jahre 2024 bis 2028, Bericht der WAK inkl. Bericht der Kommissionsminderheit	WAK	WSU	24.0147.02
8.	Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Stadt betreffend Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer sowie Bericht zur Motion Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Stimmrecht für Einwohner/innen ohne Schweizer Bürgerrecht, Bericht der JSSK inkl. Bericht der Kommissionsminderheit	JSSK	PD	22.0859.02 19.5500.04
9.	Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Velosicherheitsmass-nahmen in der Neubadstrasse, Schreiben des RR		BVD	18.5200.04
10.	Anzug Michael Hug und Konsorten betreffend Wiederaufnahme der Planung eines Tram-Schiffsverkehrs ("Vaporetto") auf dem Rhein, Schreiben des RR		BVD	22.5221.02
11.	Motion Jörg Vitelli und Konsorten Motion betreffend kein Zubringer Allschwil ohne Bachgrabentram, Zwischenbericht des RR		BVD	19.5446.03
12.	Motion Daniel Albietz und Konsorten betreffend faires Inventarisierungsverfahren, Stellungnahme des RR		BVD	23.5649.02
13.	Motion Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Untertunnelung und Finanzierung der gesamten Osttangente durch das Stadtgebiet - A2 Underground - the way to the future, Zwischenbericht des RR		BVD	19.5281.03
14.	Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend Verkürzung der Antragsfrist für Kundgebungen und Demonstratlonen, Schreiben des RR		JSD	21.5768.03
15.	Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend "Basel-Soli-Ticket" für Menschen mit tiefen Einkommen, Schreiben des RR		WSU	22.5522.02
16.	Gleichstellungsplan des Kantons Basel-Stadt; Erarbeitung und Umsetzung sowie Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend einer kantonalen Gleichstellungsstrategie 2030, Bericht des RR		PD	21.5439.03 22.1054.01
17.	Motion Michael Hug und Konsorten betreffend mehr Transparenz bei projektbezogenen Beschäftigungsverhältnissen im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR		FD	24.5021.02
18.	Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Einführung von anonymisierten Bewerbungsverfahren in der Verwaltung Basel-Stadt, Schreiben des RR		FD	19.5530.03

19.	Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend Angebot sicherstellen und Qualitätssicherung für Seelsorge in Gefängnissen, Spitälern und Asylunterkünften für Angehörige nicht anerkannter Religionen, Schreiben des RR		FD	19.5090.03
20.	Motion Franz-Xaver Leohnhardt für einen Neuanfang beim Areal Horburg, Stellungnahme des RR		FD	24.5018.02
21.	Anzug Laurin Hoppler und Konsorten betreffend Entlastung bei amtlichen Gebühren für Registerauszüge und offizielle Dokumente, Schreiben des RR		FD	22.5088.02

Überweisung an Kommissionen

22.	Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel (UPK) - Genehmigung der Jahresrechnung 2023, Bericht des RR	GSK	GD	24.0646.01
23.	Universitäre Altersmedizin Felix Platter (UAFP); Genehmigung der Jahresrechnung 2023, Bericht des RR	GSK	GD	24.0647.01
24.	Universitäres Zentrum für Zahnmedizin (UZB) - Genehmigung der Jahresrechnung 2023, Bericht des RR	GSK	GD	24.0700.01
25.	Universitätsspital Basel (USB) - Genehmigung der Jahresrechnung 2023, Bericht des RR	GSK	GD	24.0712.01
26.	Totalrevision des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen an Familien mit Kindern sowie Anzug Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend eine soziale Wohnpolitik: das Instrument der Mietzinsbeiträge nutzen, Ratschlag des RR	GSK	WSU	22.1446.01 20.5353.03
27.	Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB) - Genehmigung der Jahresrechnung 2023, *Partnerschaftliches Geschäft*	IGPK UKBB	GD	24.0713.01
28.	Teilrevision des Gesetzes betreffend die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt betreffend Grundlagen für die elektronische Zustellung von Verfügungen und Rekursentscheiden sowie die elektronische Eingabe von Rekursbegründungen (elektronischer Rechtsverkehr), Ratschlag des RR	JSSK	JSD	24.0664.01
29.	Ausgabenbewilligung für Staatsbeiträge für 20 Trägerschaften der Quartierarbeit in den Jahren 2024 bis 2027 - Nachtragskredit für 2024, Bericht des RR	FKom	PD	23.0849.03

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

30. Motionen:

1.	Catherine Alioth und Konsorten betreffend einem adäquaten ÖV im Bereich der Hardstrasse während des Ausfalls des 14er Trams	24.5258.01
2.	Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend Tramverkehr durch die Innenstadt jetzt beschleunigen	24.5259.01
3.	Geschäftsprüfungskommission betreffend zentrale Verantwortlichkeit in der kantonalen Informatik	24.5261.01
4.	Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Notlage im Asylwesen ausrufen	24.5273.01
5.	Joël Thüring und Konsorten betreffend keine Asylunterkünfte mehr in Wohnquartieren	24.5274.01
6.	Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Neues Steuerpaket-Kaufkraft bei der Bevölkerung statt Überschüsse beim Kanton	24.5276.01
7.	Luca Urgese und Konsorten betreffend Einführung eines jährlichen Grossratsbeschlusses über den kantonalen Einkommenssteuerfuss	24.5275.01
8.	Christine Keller und Konsorten betreffend Anpassung des Maximalalters beim Anspruch auf Ausbildungsbeilagen	24.5277.01
9.	Nicola Goepfert und Konsorten betreffend Durchführung einer Lohnanalyse für Kantonsangestellte	24.5278.01
10.	Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Entlastung der Prämienlast in Basel-Stadt	24.5279.01

	11. Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Werkleitungsumlegungen/-bündelungen zugunsten von Bäumen		24.5280.01
31.	Anzüge:		
	1. Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Evaluation und möglicher Anpassung des Taxigesetzes		24.5224.01
	2. Daniel Seiler und Konsorten betreffend Stärkung der dualen Berufsbildung durch besseren Einbezug der Wirtschaft		24.5248.01
	3. Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Auswirkungen der künstlichen Intelligenz auf den Staat und sein Verhältnis zu den Bürgern		24.5249.01
	4. Erich Bucher und Konsorten betreffend neue Schulraumoffensive		24.5250.01
	5. Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Verkehrssicherheit in der Peter Merian-Stras		24.5251.01
	6. Amina Trevisan und Konsorten betreffend Gendermedizin: gesundheitliche Benachteiligung von Frauen im Bereich Erkennung und Diagnostik		24.5254.01
	7. Daniel Sägesser und Konsorten betreffend Überprüfung der Regulierung von Anlagen zur Gebäudekühlung bei Bestandsbauten		24.5255.01
	8. Laurin Hoppler und Konsorten betreffend Einführung eines Thementags zur direkten Demokratie an den Volksschulen in Basel-Stadt unter Nutzung von neuen und bestehenden Angeboten		24.5256.01
	9. Georg Mattmüller und Konsorten betreffend bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderungen		24.5263.01
	10. Fleur Weibel und Konsorten betreffend niederschwellige und zeitgemässe Informationen für alle Familien		24.5264.01
	11. Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Einrichtung eines Gender-Medizin-Instituts in Basel-Stadt		24.5265.01
	12. Beda Baumgartner und Konsorten betreffend “Ein Bus” für Basel		24.5266.01
	13. Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Entlastung der Lehrpersonen durch «Supportteams Elternarbeit»		24.5267.01
	14. Michela Seggiani und Konsorten betreffend Haus der Vereine in Basel		24.5268.01
	15. Melanie Eberhard und Konsorten betreffend geschlechts-spezifischem Fokus bei der medizinischen Prävention und Nachsorge		24.5269.01
	16. Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Gauben erlauben – und auch Dacheinschnitte, bitte		24.5270.01
	17. Patrick Fischer und Konsorten betreffend Überprüfung hoheitlicher Aufgaben zur Entlastung der Kantonspolizei		24.5271.01
	18. Pascal Messerli und Konsorten betreffend Sicherheitsempfinden der Bevölkerung durch Massnahmen bei Brücken, Unterführungen u.Ä. stärken		24.5272.01

Kenntnisnahme

32.	Tätigkeitsbericht des Kontrollorgans über den Staatsschutz im Kanton Basel-Stadt für das Jahr 2023, Bericht des Kontrollorgan Staatsschutz		24.5220.01
33.	Basler Verkehrs-Betriebe (BVB): Genehmigung der Rechnung 2023, Entscheid über die Verwendung des Jahresergebnisses, Entlastung des Verwaltungsrats, Wahl der Revisionsstelle, Bericht des RR	BVD	24.0673.01
34.	Anzug Michael Hug und Annina von Falkenstein betreffend Durchführung eines Pilotprojekts Gratis-Tests für sexuell übertragbare Krankheiten (STI), Schreiben des RR (stehen lassen)	GD	21.5836.03
35.	Schriftliche Anfrage Melanie Nussbaumer betreffend Unterstützung der gesundheitlichen Vorausplanung, Schreiben des RR	GD	24.5087.02

36.	Schriftliche Anfrage Thomas Widmer-Huber betreffend Verlängerung der Buslinie 35 von Riehen nach Inzlingen, Schreiben des RR	BVD	24.5086.02
37.	Schriftliche Anfrage Catherine Alioth betreffend neun Jahre Verkehrskonzept Innerstadt - wie weiter? Schreiben des RR	BVD	24.5088.02
38.	Schriftliche Anfrage Barbara Heer betreffend Ferienangebote auf der Sekundarstufe, Schreiben des RR	ED	24.5081.02
39.	Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend der bikantonalen Kulturförderung (Kulturvertrag) und einer kulturellen Metropolregion Basel, Schreiben des RR	PD	24.5080.02
40.	Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend Massnahmen zur Förderung der medialen Resonanz von Kultur (Kulturjournalismus), Schreiben des RR	PD	24.5097.02
41.	Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend Zunahme von häuslicher Gewalt an Männern und Fokus bei Unterstützung und Prävention, Schreiben des RR	JSD	24.5085.02
42.	Schriftliche Anfrage Salome Bessenich betreffend Velofahrspur über die Schwarzwaldbrücke, Schreiben des RR	BVD	24.5100.02
43.	Schriftliche Anfrage Roger Stalder betreffend Ausserbetriebnahme von Ampeln an Kreuzungen in Basel-Stadt, Schreiben des RR	BVD	24.5111.02
44.	Schriftliche Anfrage Béla Bartha betreffend Pflichtlektionen für Lehrpersonen im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR	ED	24.5092.02
45.	Schriftliche Anfrage Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend plötzlich boomende Gewerbezweige wie z.B. Barber-Shops, Schreiben des RR	WSU	24.5089.02
46.	Schriftliche Anfrage Edibe Gölgeli betreffend Koordinierte Leistungen bei Assistenzleistungen von Menschen mit Behinderung, Schreiben des RR	WSU	24.5094.02
47.	Schriftliche Anfrage Daniel Sägesser betreffend Überprüfung Regulierung von Übergangslösungen von Wärmeerzeugern, Schreiben des RR	WSU	24.5095.02
48.	Schriftliche Anfrage Melanie Nussbaumer betreffend Notfallplan für die Gesundheitsversorgung bei Fachkräftemangel, Schreiben des RR	GD	24.5101.02
49.	Schriftliche Anfrage Melanie Nussbaumer betreffend Umgang Polizei mit Opfern von sexualisierter Gewalt, Schreiben des RR	JSD	24.5104.02

Protokoll

der 25. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 11. September 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	**-**

Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung 2
2. Entgegennahme der neuen Geschäfte 4
3. Wahl eines Mitglieds der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge Andreas Zappalà, FDP) 5
4. Wahl eines Mitglieds der Wahlvorbereitungskommission (Nachfolge Andreas Zappalà, FDP) 6
5. Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch (Nr. 1737) 7
6. Antrag der SP und des GAB auf Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) betreffend im Bericht Schefer aufgedeckte Missstände bei der Kantonspolizei Basel-Stadt 9
1. Traktandum 1 19
136. Eurovision Song Contest (ESC) 2025 in Basel, Ausgabenbewilligung, Ratschlag des RR 26

Beginn der 25. Sitzung

Mittwoch, 11. September 2024, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[11.09.24 09:00:19]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen: Neues Ratsmitglied: Ich habe die Freude, ein neues Mitglied in unserem Rat zu begrüssen, Silvia Schweizer Reber. Sie ist hier anstelle des zurückgetretenen Andreas Zappalà. Ich bitte Sie, sich kurz zu erheben und wünsche Ihnen für ihre verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und heisse Sie herzlich willkommen (*Applaus*).

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Rücktritt leitender Staatsanwalt: Hans Ammann hat mit Schreiben vom 28. Juli, also gerade vor den Sommerferien, seinen Rücktritt als leitender Staatsanwalt per 31. Dezember eingereicht. Die gesetzliche Frist von sechs Monaten gemäss Paragraf 64 Absatz 1 GOG wurde eingehalten. Ich danke dem Zurückgetretenen für die dem Staat in dieser Funktion geleisteten Dienste. Das Geschäft ist bereits in der Wahlvorbereitungskommission.

Rücktritt einer Richterin am Appellationsgericht: Anna Dina Wirz hat Mitschreiben vom 28. Juni, also auch gerade vor den Sommerferien, ihren Rücktritt als Richterin am Appellationsgericht ebenfalls per 31. Dezember 2024 eingereicht. Auch hier wurde entsprechend die gesetzliche Frist eingehalten. Ich danke der Zurückgetretenen für die dem Staat in dieser Funktion geleisteten Dienste. Auch dieses Geschäft ist in der Wahlvorbereitungskommission.

Neue Interpellationen: Es sind 28, neue Interpellationen eingegangen die Interpellationen Nummer 91, 93, 95, 96,98, 101 bis 107, 112 und 113 werden mündlich heute Nachmittag beantwortet.

Verabschiedung des Datenschutzverantwortlichen, Prof. Dr. Beat Rudin: Ich freue mich sehr, dass heute der ehemalige Datenschutzverantwortliche Beat Rudin zu uns gekommen ist. Der Grosse Rat hat am 7. Dezember 2008 Beat Rudin als Datenschutzverantwortlichen auf den 1. Februar 2009 gewählt. Er wurde in den Jahren 2014 und 2020 wiedergewählt und hat diese wichtige Kleeblattorganisationseinheit in den letzten Jahren vorbildlich geführt und weiterentwickelt. Am 31. August hatte Beat Rudin seinen letzten Arbeitstag. Ich möchte ihm im Namen des Grossen Rates für die dem Kanton geleisteten Dienste und die grosse Arbeit ganz herzlich danken, insbesondere auch für die Bereitschaft, über seine Pensionierung hinaus weiterzuarbeiten, um eine geregelte Übergabe an seine Nachfolgerin zu ermöglichen. Herzlichen Dank Beat. (*Applaus*)

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Brief unserer ehemaligen Gerantin des Grossratskäffeli Margrit Rünzi: Margrit Rünzi hat sich in einem Brief, welcher hier vorne auf dem Tisch liegt, herzlich für die Verabschiedung an der Bündelitagssitzung bedankt. Sie war tief berührt und hat mich gebeten, allen diesen Brief zur Kenntnis zu bringen.

Neue Garantin für das Grossratskäffeli: Eigentlich haben wir eine neue Gerantin, Frau Martha Furrer. Leider hat sie sich aber in den Sommerferien beide Arme gebrochen und kann daher heute nicht bei uns sein. Wir wünschen ihr herzlich gute Besserung. Der Parlamentsdienst hat eine Vertretung organisiert. Neu ist im Grossratskäffeli ab sofort auch bargeldlos mit Twint und diversen Karten zu bezahlen.

Neuauflage des Praxiskommentars zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates: Auf dem Tisch des Hauses finden Sie ein Ansichtsexemplar des Praxiskommentars über die Geschäftsordnung. Der ehemalige Leiter des Parlamentsdienstes, Thomas Dähler, hat dieses schöne Werk mit Unterstützung von weiteren Personen wie die Ihnen bekannten David Jenny und Salome Hofer verfasst. Sie können dieses zu einem Spezialpreis bei Thomas Dähler bestellen, dafür müssen Sie sich in der entsprechenden Liste, die hoffentlich ebenfalls aufliegt, eintragen.

Dann habe ich noch zwei Hinweise: Heute Abend nach der Sitzung gibt es zwei Angebote. Zum einen trifft sich die Kulturgruppe, wer da spontan noch dazukommen möchte, muss Brigitte Gysin fragen, ob das noch möglich ist. Zum anderen findet hier im Saal ein Anlass zum Tag der Demokratie statt, zu dem Sie eingeladen sind. Da ist die Ansprechperson Bülent Pekerman.

Das waren die Mitteilungen. Wir kommen zur Tagesordnung. Hier haben wir zwei Anträge auf dringliche Traktandierung. Der Regierungsrat beantragt, den Ratschlag betreffend ESC, Traktandum 136, als dringlich zu traktandieren. Dafür ist ein Zweidrittelmehr notwendig. Möchte der Regierungsrat begründen? Er verzichtet. Gibt es Voten dazu? Dann kommen wir bereits zur Abstimmung. Wie gesagt braucht es ein Zweidrittelmehr.

2/3-Abstimmmung

Dringliche Trkatandierung Trakt. 136 betreffend ESC

JA heisst dringliche Traktandierung, NEIN heisst keine dringliche Traktandierung

Ergebnis der Abstimmung

96 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004168, 11.09.24 09:07:27]*

Der Grosse Rat beschliesst

dringliche Traktandierung

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen 96 Ja-Stimmen, eine Nein-Stimme und eine Enthaltung vor. Damit ist das erforderliche Mehr erreicht und wir haben das Geschäft traktandiert.

Antrag auf dringliche Traktandierung Nummer 2: Roger Stalder beantragt, seine Motion betreffend Anwohnerparkkarte, Traktandum 45, als dringlich zu traktandieren. Auch hier braucht es ein Zweidrittelmehr. Möchten Sie begründen, Roger Stalder? Er möchte und hat das Wort.

Roger Stalder (SVP): Da die Regierung uns als Parlament bei einem solchen, finanziell wichtigen Geschäft, welches alle Anwohnerinnen und Anwohner mit einem Auto in Basel-Stadt betrifft, nicht einbeziehen wollte, mussten wir mit einer Motion reagieren. Diese Motion sollte rasch behandelt werden, damit einerseits diese Änderung der Gebühren durch das Parlament rückgängig gemacht werden kann und anderseits die Bevölkerung auch sieht, wer hier in diesem Parlament noch für den Mittelstand und die Arbeiter einsteht.

Denn diejenigen, die die linksgrüne Regierungsmehrheit um GLP-Regierungsrätin Esther Keller mit diesem horrend hohen und vom Preisüberwacher stark kritisierten neuen Parkgebühren drangsalieren und schröpfen will, das sind Arbeiter und der Mittelstand, Personen, die in diesem Kanton Steuern bezahlen, nicht übermässig gut finanziell dastehen und sehr oft auch aus beruflichen Gründen auf das Auto angewiesen sind. Sie als Parlament haben nun die Möglichkeit, genau für diese Menschen einzustehen, als Parlament etwas zu korrigieren, was aus so vielen Gründen falsch ist. Ich bitte Sie deshalb, meine Motion als dringlich zu traktandieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung. Es ist ein Zweidrittelmehr notwendig.

2/3-Abstimmmung

Dringliche Traktandierung Traktandum 45 Motion Roger Stalder

JA heisst dringliche Traktandierung, NEIN heisst keine dringliche Trkatandierung.

Ergebnis der Abstimmung

40 Ja, 54 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004170, 11.09.24 09:10:22]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine dringliche Traktandierung

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die dringliche Traktandierung wurde abgelehnt mit 54 Nein-Stimmen gegen 40 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Es liegt noch eine Wortmeldung von Eric Weber zur Tagesordnung vor. Er hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte kurz zur Tagesordnung reden. Während der ganzen parlamentarischen Sommerpause dachte ich jeden Tag daran. Die Sache ist wichtig. Ich werde jetzt meinen Antrag stellen und dann werde ich den Antrag kurz begründen.

Ich beantrage als Grossrat, dass die Interpellation über die Polizei von Andrea Strahm «Freistellung Kommandant» sofort jetzt als Punkt 1 behandelt wird und nicht erst um 15 Uhr. Es darf keine Zeit mehr verlorengehen. Es muss ganz schnell gehandelt werden. Die Polizeiministerin ist umgehend ins Parlament zu berufen. Hier muss sie uns Rede und Antwort stehen.

Die Polizei bewegt ganz Basel jeden Tag. Die Zeitungen sind voll. Es muss jetzt sofort gehandelt werden, jetzt umgehend und nicht erst heute Nachmittag, dann kann es schon zu spät sein. Als Grossrat Eric Weber verlange ich den Rücktritt von Regierungsrätin Stephanie Eymann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, das geht zu weit, unterlassen Sie das.

Eric Weber stellt einen Antrag, die Interpellation Nummer 98 von Andrea Strahm betreffend Freistellung Kommandant als Traktandum 3 vorzuziehen, also gleich nachher zu behandeln. Auch für diese Umstellung der Tagesordnung ist ein Zweidrittelmehr notwendig.

2/3-Abstimmmung

Antrag Eric Weber Interpellation von Andrea Strahm sofort beraten

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 95 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004174, 11.09.24 09:13:30]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 95 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme bei keiner Enthaltung. Ich entschuldige mich, es hätte kein Zweidrittelmehr gebraucht, das war eine falsche Information, ändert aber nichts am Resultat.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung vor. Wir kommen damit zu Traktandum 2, Entgegennahme der neuen Geschäfte.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[11.09.24 09:13:57]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Hier liegt eine Wortmeldung vor von Raphael Fuhrer, der einen Antrag stellen möchte.

Raphael Fuhrer (GAB): Mir geht es bei den Zuweisungen an die Kommissionen um die Nummer 44, Dach- und Fassadenbegrünung Globus. Ich beantrage, dass die UVEK den Hauptbericht machen darf, gleichzeitig die WAK und BRK einen Mitbericht. Die WAK möchte sich vor allem mit dem Gesetz, das sie ja damals geändert hat, und den dadurch enstandenen neuen Möglichkeiten, aus der Mehrwertabgabe Geld zu verwenden. Der BRK geht es um Denkmalschutz, um die Kernzone, Einsehbarkeit, dieser Begrünung und der UVEK geht es um das Stadtklima, die Biodiversität. Wir haben uns unter den Präsidien abgesprochen, wir werden eine gemeinsame Startveranstaltung machen und dann das Geschäft effizient bearbeiten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die drei Präsidien von UVEK, WAK und BRK beantragen, die Ausgabenbewilligung für Dach- und Fassadenbegrünung Globus Marktplatz an die UVEK zu überweisen, mit einem Mitbericht der BRK und der WAK. Gibt es dazu Wortmeldungen und vor allem andere Anträge? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Zuweisung der Ausgabenbewilligung zur Dach- und Fassadenbegrünung Globus Marktplatz, Basel an die UVEK zuzuweisen mit einem Mitbericht der BRK und WAK

JA heisst Zustimmung zum Antrag , NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

10 Ja, 85 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004177, 11.09.24 09:16:20]*

Der Grosse Rat beschliesst

dem Antrag zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Geschäft geht an die UVEK als hauptberichtende Kommission mit zwei mitberichtenden Kommissionen. Sie haben sich mit 85 Nein-Stimmen, 10 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen dafür entschieden.

3. Wahl eines Mitglieds der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge Andreas Zappalà, FDP)

[11.09.24 09:16:39]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden 3 und 4 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen als Sitze zu vergeben sind.

Die Abstimmungen werden einzeln durchgeführt für eine offene Wahl braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehrs, also doppelt so viele Ja-Stimmen wie Nein-Stimmen. Wir Stimmen ab über die offene Wahl.

2/3-Abstimmmung

über offene Wahlen bei Traktandum 3 & 4

JA heisst offen Wahl, NEIN heisst keine offene Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

96 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004180, 11.09.24 09:17:35]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Wahlen offen durchzuführen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir führen offene Wahlen durch, Sie haben 96 Mal Ja gestimmt, einmal Nein, ohne Enthaltung

Gemäss § 14 Abs. 1 der GO bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommissionen während der gesamten Amtsperiode unverändert. Es sind deshalb nur Wahlvorschläge der FDP zulässig.

Für die Wahl in die BRK wurde von der FDP Silvia Schweizer vorgeschlagen. Es liegen keine anderen Vorschläge vor. Damit sind die Bedingungen für die offene Wahl erfüllt.

Abstimmung

Wahl von Silvia Schweizer als Mitglied der BRK

JA heisst Wahl von Silvia Schweizer, NEIN heisst keine Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004182, 11.09.24 09:18:37]*

Der Grosse Rat beschliesst

Silvia Schweizer als Mitglied der BRK zu wählen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen 95 Ja-Stimmen, eine Nein-Stimme und eine Enthaltung vor. Ich gratuliere Ihnen, Silvia Schweizer, zur Wahl in die BRK und wünsche Ihnen viel Freude und Erfolg im Amt.

4. Wahl eines Mitglieds der Wahlvorbereitungskommission (Nachfolge Andreas Zappalà, FDP)

[11.09.24 09:18:54]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Wahl als Mitglied der Wahlvorbereitungskommission hat die FDP ebenfalls Silvia Schweizer vorgeschlagen. Es sind keine anderen Vorschläge eingegangen. Wir stimmen ab.

Abstimmung

Wahl von Silvia Schweizer als Mitglied der Wahlvorbereitungskommission

JA heisst Wahl von Silvia Schweizer, NEIN heisst keine Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

96 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004184, 11.09.24 09:19:39]*

Der Grosse Rat beschliesst

Silvia Schweizer als Mitglied der Wahlvorbereitungskommission zu wählen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich darf erneut Silvia Schweizer zur Wahl gratulieren und viel Freude und Erfolg im Amt wünschen. Es liegen 96 Ja-Stimmen, eine Nein-Stimme und eine Enthaltung vor.

5. Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch (Nr. 1737)

[11.09.24 09:19:55]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Kommission beantragt, das Gesuch teilweise gutzuheissen. Gemäss § 6 Abs. 2 des Begnadigungsgesetzes ist für eine Begnadigung die Teilnahme von 60 Mitgliedern des Grossen Rats an der Abstimmung notwendig sowie die Zustimmung einer Mehrheit des Rates, welche mindestens 40 Mitglieder umfasst. Das Wort geht an die Kommissionspräsidentin der Begnadigungskommission Edibe Gölgeli.

Edibe Gölgeli (SP): Bei vorliegendem Fall handelt es sich um den 1989 geborenen, ledigen und kinderlosen Gesuchsteller, der seit dem 8. Januar 2024 seine unbedingte Freiheitsstrafe von vier Jahren und drei Monaten im offenen Strafvollzug in der Justizvollzugsanstalt Wauwilermoos im Kanton Luzern verbüsst. Zwischen abgesessener Untersuchungshaft im September 2018 bis zum Strafantritt am 8. Januar 2024, also während über fünf Jahren, befand sich der Gesuchsteller auf freiem Fuss. In dieser Zeit hat der Gesuchsteller trotz schwerwiegenden körperlichen Gesundheitsbeschwerden gearbeitet, in seiner Freizeit Arztbesuche veranlasst und Physiotherapien wahrgenommen, grosse Summen seiner Schulden abbezahlt, Abzahlungsvereinbarungen getroffen, psychologische Hilfe gesucht und gefunden, seinen Führerausweis aufgrund nachgewiesener Drogenabstinenz zurückerhalten, persönliche Kontakte auf ein nicht kriminelles Umfeld reduziert und ist seither nicht mehr straffällig geworden.

Sein Begnadigungsgesuch vom 6. Mai dieses Jahres bezieht sich auf das rechtskräftige Urteil des Appellationsgerichts vom 16. September 2022. Der Gesuchsteller ersucht um den vollständigen Erlass der Freiheitsstrafer oder um den teilweisen Erlass derselben im Sinne der Verkürzung der Strafdauer. Die Liste der Schuldsprüche ist lang. Bereits mit Urteil der Vorinstanz akzeptierte der Gesuchsteller unter anderem Verurteilung wegen Hehlerei, mehrfachen Hausfriedensbruchs, Vergehens gegen das Betäubungsmittelgesetz, mehrfacher Übertretung des Betäubungsmittelgesetzes usw. In Abweisung der teilweisen Berufung sprach das Appellationsgericht den Gesuchsteller unter anderem zusätzlich schuldig des versuchten Raubes, der versuchten Erpressung unter Gewaltanwendung und der Entwendung eines Motorfahrzeugs zum Gebrauch. Gegen diese Vorwürfe wehrte sich die Gesuchsteller erfolglos bis vor Bundesgericht.

Die Vorwürfe im Zusammenhang mit dem Raub und der Erpressung bestreitet der Gesuchsteller denn auch im Begnadigungsgesuch. Darin gibt er aber auch zu verstehen, dass ihm bewusst sei, dass die Begnadigungsbehörde aufgrund des rechtskräftigen Urteils von diesen Tatbegehungen ausgehen muss. In beiden Delikten wird ihm die Stellung des Drahtziehers zugeschrieben, wobei er selbst nicht an der Tatausübung beteiligt gewesen ist. Wegen versuchter Erpressung und der Gewaltanwendung ist der Gesuchsteller verurteilt worden, weil er an der gegenüber seinem ehemaligen Arbeitskollegen verübten Freiheitsberaubung und Drohungen zwecks Herausgabe der Zutrittsdaten für die Interdiscount-Filiale Markthof mitbeteiligt gewesen sei. Der Gesuchsteller habe dabei seinen Freund, das Opfer, kontaktiert, mit ihm ein vermeintliches Treffen verabredet sowie in der Folge seine drei maskierten Komplizen in Bezug auf die Beschaffung, die nötigen Zutrittsberechtigungsangaben und die generelle Vorgehensweise instruiert.

Wegen versuchten Raubes ist der Gesuchsteller verurteilt worden, weil er bei seiner damaligen Arbeitgeberin, der Firma SBB AG das Fahrzeug zum Gebrauch entwendet habe. Dieses Fahrzeug sei nach dessen Entwendung bei einem versuchten Raub zum Nachteil des Coop-Shops verwendet worden. Das urteilende Gericht lehnte eine Begnadigung ab, weil der Gesuchsteller über mehrere Monate hinweg quer durch das Strafgesetzbauch delinquierte, wegen seiner Drahtzieherfunktion

in den schwerwiegendsten Delikten gegenüber ihm nahestehender Personen, der Art der Deliniquenz und der Tatsausführungen.

Für Begnadigungsbehörde, welche als politische und nicht als richterliche Instanz entscheidet, galt es die Begnadigungswürdigkeit, also eine positive Prognose für die Zukunft des Gesuchstellers und zusätzlich den ermittelten speziellen Grund der Gnade aufgrund von Veränderungen in den persönlichen Verhältnissen zu beurteilen. Negativ zu werten sind die vielen Taten in kurzem Zeitraum, die Verübung der Taten auch gegen ihn bekannte und befreundete Personen, sein hartnäckiges Verhalten im Strafverfahren vor dem Appellationsgericht und die positive Urinprobe auf Kokain per Strafantritt vom achten Januar 2024. Positiv zu werten und im Sinne des Gesamtildes überwiegen aber die seit der Tatbegehung bis heute persistent und durchgehend gezeigten Bemühungen und Erfolge des Gesuchstellers, sein Leben auf die richtige Bahn zu lenken,. Dazu zählen sein Arbeitserfolg trotz massiver gesundheitlicher Schwierigkeiten, seine stabile Beziehung zur Freundin, seinen Eltern und seinem beeinträchtigten Bruder, der auf Eigeninitiative vorgenommene grossräumige Schuldenabbau, die gesuchte und gefundene psychologische Hilfe, Distanzierung vom kriminellen Umfeld, aktive Bemühungen bei der Verwirklichung des Justizvollzugsplans, Einsicht und Reue für nicht bestrittene Taten sowie Wiedergutmachungsleistung.

Nach dem Gesagten vermochten die über ein halbes Jahrzehnt aufgezeigten Bemühungen des Gesuchstellers, in allen Lebensbelangen wieder auf die richtige Bahn zu kommen, zu überzeugen. Anerkannt wurde, dass der Gesuchsteller die Extrameile geht, um sein Leben zu ordnen und geordnet zu behalten. So bekundet er beispielsweise nicht nur, dass er gerne Schulden abbauen würde, sondern tat dies im grossen Stil unter schweren körperlichen Bedingungen. Mit dem Erlass des über vier Jahre hinausgehenden Teils der Freiheitsstrafe und der Umwandlung der unbedingten Reststrafe von vier Jahren Freiheitsstrafe in eine teilbedingte, wovon zwei Jahre unbedingt und zwei Jahre bedingt mit einer Probezeit von drei Jahren zu vollziehen sind, können die Bedingungen für eine zeitnahe elektronische Überwachung geschaffen werden. Dies ermöglicht es dem Gesuchsteller etwa, zu seinem Arbeitgeber zurückzukehren und seinen aufwändigen Physiotherapien nachzugehen.

Die Begnadigungskommission stimmte dem Gesuch mit 5 zu 3 Stimmen und einer Enthaltung zu und beantragt dem Grossen Rat aufgrund den Ausführungen, das Gesuch teilweise gutzuheissen. Ich bitte Sie, dem Antrag der Begnadigungskommission zu folgen und der teilweisen Begnadigung zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als erster Sprecher hat sich Eric Weber gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe genau zugehört, aber ich habe nur eine Frage und ich bitte wirklich freundlich um Auskunft. Ist das jetzt neu beim Begnadigungsgesuch, dass man uns Grossräte nicht mehr mitteilt, was für eine Nationalität der Menschen hat, der die Begnadigung verlangt.? Früher, so kann ich mich erinnern, hat es geheissen, das ist ein Schweizer oder das ist jemand, der nicht aus der Schweiz kommt. Aber ich habe jetzt das vermisst und meine Frage ist, ob es neu ist, dass nicht mehr gesagt wird, ob es ein Schweizer oder ein Ausländer sei.

Weiter möchte ich appellieren an die Gepflogenheiten eines hohen Parlaments. Ich habe das Begnadigungsgesuch per Whatsapp schriftlich verlangt auf heute Morgen um 8 Uhr. Weil ich es lesen und mich auf die Rede professionell vorbereiten wollte. Ich habe das Begnadigungsgesuch 8.45 Uhr bekommen, gerade zu dem Zeitpunkt, als ich meine Gäste auf der Tribüne habe empfangen müssen und keine Zeit gehabt habe, das Begnadigungsgesuch noch durchzulesen. Darum möchte ich einfach bitten, auch wenn ich fraktionsloser Grossrat bin, mir Begnadigungsgesuche morgens um 8 Uhr vorzulegen, denn später habe ich keine Zeit, es zu lesen.

Die Begnadigungskommission hat glücklicherweise das Gesuch mit drei Gegenstimmen angenommen. Es war ein knapper Entscheid mit fünf gegen drei Stimmen. Ich danke als Grossrat diesen drei Grossräten, die Nein gestimmt haben. Ich möchte diese drei Grossräte bitten, auch jetzt bei der Abstimmung Nein zu stimmen, damit ich nicht der einzige Mensch bin, der die Begnadigung ablehnt. Auch ich habe als Nichtgrossrat vor etwa 20 Jahren auch ein Begnadigungsgesuch abgegeben und ich habe auf der Tribüne nicht gesehen die Person, die das Begnadigungsgesuch gestellt hat. Wenn ich jetzt Präsident wäre von Basel, würde ich jeden ins Parlament bringen auf die Tribüne und würde sagen, wir reden über ihr Begnadigungsgesuch, Sie haben Anwesenheitspflicht im Parlament auf der Tribüne.

Als Mensch, als Grossrat und Journalist läuten bei mir die Alarmglocken, wenn ich in dem Begnadigungsgesuch im ersten Satz lese, der Gesuchsteller habe ein gutes Verhältnis zu seinen Eltern und zu seinem geistig beeinträchtigten Bruder. Wir haben Juristen und Polizisten hier im Parlament. Ich bin kein Jurist, ich bin kein Polizist, aber ich weiss als Gerichtsreporter, dass das rechtlich nicht relevant ist. Es ist rechtlich nicht relevant, wenn ein Verurteil sagt, er habe ein gutes Verhältnis zu den Eltern, er habe ein gutes Verhältnis zu seinem geistig beeinträchtigten Bruder.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erich Weber, ihre Zeit ist um. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort nochmals an die Kommissionssprecherin, wenn sie es wünscht. Sie verzichtet.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Es braucht mindestens 60 Personen, die abstimmen und eine Mehrheit, die mindestens 40 Ja-Stimmen umfasst für eine Begnadigung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Begnadigungskommission und zur teilweisen Begnadigung, NEIN heisst Ablehnung des Antrags der Begnadigungskommission und der teilweisen Begnadigung

Ergebnis der Abstimmung

64 Ja, 33 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004186, 11.09.24 09:34:09]*

Der Grosse Rat beschliesst

der teilweisen Begnadigung zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Antrag der Begnadigungskommission wurde angenommen mit 64 Ja-Stimmen gegen 33 Nein-Stimmen. bei einer Enthaltung.

6. Antrag der SP und des GAB auf Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) betreffend im Bericht Schefer aufgedeckte Missstände bei der Kantonspolizei Basel-Stadt

[11.09.24 09:34:22, 24.5341.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch hier werden wir dieses spezielle Quorum der Abstimmung von eben haben.

Gemäss § 78 Abs. 1 der GO hat der Regierungsrat das Recht, in der Debatte angehört zu werden. Nach der Eintretensdebatte stimmen wir zuerst über allfällige Änderungsanträge ab und dann anschliessend, ob eine PUK gemäss Antrag SP und GAB eingesetzt werden soll oder nicht. Wir beschliessen heute nur, ob eine PUK eingesetzt werden soll. Wenn Sie dafür entscheiden, wird das Ratsbüro anschliessend einen Bericht verfassen, der in einem Grossratsbeschluss den genauen Auftrag inklusive Enddatum der Amtsdauer beschreibt. Dieser Bericht wird dann wieder dem Grossen Rat in einer der nächsten Sitzungen vorgelegt.

Zuerst haben die Antragsteller:innen das Wort und für sie spricht die Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Ja, wir fordern eine PUK. Wir wollen, dass eine parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt wird, um zu untersuchen, was zum heutigen Missstand bei der Kantonspolizei geführt hat. Ein Missstand, der sich in den letzten Jahren dramatisch verschärft hat. Von einem Unterbestand von 36 unbesetzten Stellen im Jahr 2020 ist die Zahl bis Ende letztes Jahr auf erschreckende 120 angestiegen. Dieser personelle Engpass hat gravierende Auswirkungen auf die polizeiliche Arbeit und wird durch eine hohe Anzahl von Kündigungen zusätzlich noch verschärft. Das Problem ist nicht nur eine Frage der unbesetzten Stellen. Es sind auch die Arbeitsbedingungen, die Führungskultur und das Verhältnis zwischen Polizei und Öffentlichkeit, die für diese Entwicklung verantwortlich sind.

Für eine seriöse und transparente Aufarbeitung braucht es eine PUK. Eine der Fragen, die mir in den letzten Tagen häufig gestellt wurde, war, warum es jetzt eine PUK braucht, wenn sich doch die GPK schon darum kümmert. Das hat eigentlich nichts mit der GPK zu tun, sondern mit den unterschiedlichen Handlungsbefugnissen dieser zwei Gremien. Gemäss Geschäftsordnung kann eine PUK unter anderem die Herausgabe sämtlicher einschlägiger Akten verlangen. Sie kann auch Personen befragen, die dann verpflichtet sind, über Wahrnehmungen, die sie bei der Ausübung ihres Amtes oder ihres

Dienstes gemacht haben, Auskunft zu erteilen. Mitarbeitende der Verwaltung können so vom Amtsgeheimnis so entbunden werden und es können auch Privatpersonen, auch ehemalige Mitglieder des Polizeikorps, befragt werden. Das ist der Unterschied der PUK zur GPK. Aber selbstverständlich ist es gut, wenn die GPK unabhängig von dieser PUK-Forderung die Polizeikrise untersucht. Hierbei habe ich vollstes Vertrauen in die Oberaufsichtskommission und in deren Präsidenten.

Die Bevölkerung und die Angestellten haben ein Anrecht auf eine separtementsunabhängige Untersuchung und eine saubere, unparteiische und transparente Aufarbeitung der Geschehnisse. Es ist dasselbe Prinzip wie bei einer Wurzelbehandlung. Man kann nicht nur den Zahn putzen und dann ist gut, das wären dann die kurzfristigen Massnahmen, sondern wir müssen dem auf den Grund gehen und eben die Wurzeln behandeln. Wir müssen die Frage, wie es so weit kommen konnte, unbedingt beantworten können. Nachhaltige Massnahmen sind nur möglich, wenn die Ursachen für die grossen strukturellen Missstände tatsächlich ergründet und verstanden werden können.

Dafür braucht es einen Untersuchungsbericht. Ich verstehe ehrlich gesagt die Ablehnung gegen eine PUK nicht. Wenn wir gute Bedingungen wollen bei der Polizei, bei den Blaulichtorganisationen und der Verwaltung insgesamt, dann müssen wir doch bereit sein, hinzuschauen und zur Untersuchung. Diese Transparenz muss sein. Das hat in keinster Weise mit Misstrauen zu tun, sondern im Gegenteil, es würde die Basis schaffen, wieder Vertrauen aufbauen zu können, im JSD intern, aber auch in der Bevölkerung und gegenüber der Polizei und umgekehrt.

Und zum Schluss noch etwas zu den Kosten: Finanzielle Bedenken dürfen nicht ein ausschlaggebender Grund gegen eine PUK sein. Die Kosten, die durch den Unterbestand und die Missstände bei der Kantonspolizei entstanden sind, sind nicht nur finanzieller Natur, sondern sie haben auch das Vertrauen in unsere Institutionen geschwächt. Eine saubere und gründliche Aufarbeitung ist keine Ausgabe, sondern es ist eine Investition in die Sicherheit und auch in die Stabilität unseres Kantons. Und deshalb, sehr geehrte Damen und Herren, fordern wir als SP-Fraktion gemeinsam mit dem GAB eine PUK.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie nehmen die drei Zwischenfragen von Johannes Sieber, Joël Thüring und Pascal Messerli an. Zuerst hat das Wort Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Sie sagenk, es braucht eine PUK, um diese Geschichte seriös aufzuarbeiten. Sind Sie denn der Meinung, dass die GPK nicht seriös arbeitet?

Michela Seggiani (SP): Die GPK arbeitet seriös, das möchte ich schon glauben. Es sind aber unterschiedliche Kompetenzen, wie ich soeben ausgeführt habe.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort hat Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Sie haben gesagt, dass eine PUK alle Unterlagen einsehen kann und weitreichende Einsichtsrechte hat. Wie soll diese PUK Unterlagen einsehen, wenn der zuständige Untersuchungsbeauftragte Professor Schefer alle Unterlagen vernichtet hat.

Michela Seggiani (SP): Es handelt sich um die Protokolle der 300 Gespräche, die vernichtet wurden. Alle anderen Unterlagen sind, so hoffe ich, noch zur Verfügung und irgendwo abgelegt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort hat Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Gemäss § 69 Abs. 4 hat die GPK Einsicht in sämtlichen staatlichen Akten. Wieso soll die GPK diesen Auftrag nicht wahrnehmen können?

Michela Seggiani (SP): Ich fordere sogar, dass die GPK diesen Auftrag annimmt. Allerdings kann eine PUK zum Beispiel auch Privatpersonen befragen und auch Menschen, die nicht mehr im Dienst stehen. Das zum Beispiel ist ein Unterschied.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch die vierte Zwischenfrage von Andreas Strahm wird angenommen.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Wie stellen Sie sich das denn vor? Da ermittelt also die GPK und dann auch noch die PUK. Das sind unterschiedliche Leute, die befragen unterschiedliche Personen und wie soll da dann eine einheitliche Meinung entstehen? Muss dann die PUK auch nochmals alle befragen?

Michela Seggiani (SP): Trotz der Kreuztabelle hoffe ich, dass wir heute eine PUK einsetzen können oder uns dafür entscheiden. So wir diese Entscheidung gefällt haben, werden wir die nächste Frage beantworten: Was machen wir mit der GPK? Kommt ein Nein heraus, was ich sehr bedauern würde und werde, dann bin ich froh, wenn die GPK sich dem annimmt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch Bruno Lötscher möchte eine Zwischenfrage stellen, auch diese wird angenommen.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich möchte nur kurz reagieren auf den Satz, dass die GPK ihre Arbeit machen soll und die Akten einsehen soll: Ist Ihnen denn bekannt, dass die GPK nichts mehr tun kann, wenn eine PUK eingesetzt ist, weil dann die PUK zuständig ist und die GPK ihre Arbeit ruhen lassen muss?

Michela Seggiani (SP): Eine Behandlung in der GPK ist gut, eine Behandlung in der PUK ist besser. Deshalb möchten wir eine PUK. Wenn das nicht möglich wäre, dann sind wir damit einverstanden, dass die GPK dies weiter bearbeitet.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Zwischenfragen vor. Nun hat die Regierungsrätin das Wort, wenn Sie es wünscht. Und sie wünscht es.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne nehme ich Stellung zum Antrag auf Einsetzung einer PUK. Ich möchte vorab sagen, dass die Missstände rund um die Kantonspolizei seit dem 21. Juni auf dem Tisch liegen. Der Bericht Schefer ist ungeschminkt, hat über 370 Rückmeldungen aus dem Korps, von ehemaligen Mitarbeitenden usw. zusammengefasst, in diversen Handlungsfeldern und Missständen, die jetzt auf dem Tisch liegen. Selbstverständlich trage ich und trägt die Regierung einen Entscheid, den Sie heute Fällen, mit über die Einsetzung einer PUK. Ich möchte einfach zwei Fragen mitgeben: Erstens, welcher Mehrwert bringt die Einsetzung einer PUK tatsächlich? Und zweitens, rechtfertigt diese Einsetzung den zusätzlichen Aufwand für die Kantonspolizei in dieser Aufarbeitungszeit?

Ich kann Ihnen sagen, die Aufarbeitung hat nahtlos nach Veröffentlichung des Bericht Schefers begonnen und im Unterschied zur Antragstellerin bin ich nicht als Dentalhygienikerin unterwegs. Im Gegenteil, wir haben die sogenannte von Ihnen genannte Wurzelbehandlung gestartet. Ich habe immer transparent bisher Auskunft gegeben über die Massnahmen, die bereits getroffen wurden. Wir haben schnell die entsprechende Steuerung übernommen. Es sind diverse Personalentscheide bereits gefällt. Ich habe eine externe Anlaufstelle für Sexismus und Rassismus engagiert. Eine Taskforce ist installiert. Es gibt über 80 Mitarbeitende, die in dieser Taskforce mitarbeiten wollen und die den Sinn, jetzt endlich nach vorne zu schauen, durchaus sehen. Ich habe viele Rückmeldungen erhalten von Leuten, die wirklich vertraulich zuerst unterwegs waren im Bericht Schefer, jetzt aber ihre Geschichten erzählen. Und daraus lässt sich sehr viel ableiten.

Am Montag hat ausserdem der Kommandant Würgler seine Arbeit aufgenommen. Er wird diese Transformation einleiten, er wird koordinieren, er wird schauen, dass wir innert nützlicher Frist in eine gute und eine gesunde Zukunft kommen können, weil ich denke, das oberste Ziel muss sein, dass wir das Polizeikorps wieder stabilisieren und diese Transformation einleiten. Und dazu braucht es zukunftsgerichtete Handlungen und es braucht dazu eben auch ein Vertrauen in den Prozess und letztlich auch ein Vertrauen in das Polizeikorps.

Die PUK richtet den Blick primär rückwärts. Wir haben das gehört von der Antragstellerin. Das bindet enorm Ressourcen, Ressourcen, die wir brauchen, um den Weg in die Zukunft zu bestreiten, aber auch Ressourcen, die wir brauchen, weil wir täglich die Sicherheit gewährleisten müssen in unserem Kanton. Alles zusammen wird so nicht funktionieren können. Die Polizei darf nicht stillstehen. Wir haben hier nicht einfach eine Spielanlage, sondern es muss weiter funktionieren. Wir haben ganz grosse Herausforderungen, den Sollbestand wieder zu erreichen. Sie wissen, wir haben nächstes Jahr zwei Grossanlässe, die einfach auch noch On Top kommen, die die Polizei primär stemmen muss, was auch eine grosse Belastung darstellt.

Selbstverständlich soll das Parlament, sollen die Kommissionen Einblick in die nächsten Schritte und die Arbeit, die jetzt ansteht, haben. Die Kommissionen haben sich bereits beschäftigt mit diesem Dossier und selbstverständlich habe ich nichts zu verbergen und werde Rede und Antwort stehen, wann Sie das wollen und so oft Sie das wollen. Aber, und ich denke, das ist auch dem Regierungsrat wirklich wichtig, wir sollen jetzt die Transformation vorwärts gerichtet starten können und uns wirklich auch für die Zukunft aufstellen, und dazu ist eine PUK nach Ansicht des Regierungsrates nicht das richtige Mittel. Ich beantrage Ihnen deshalb, dass Sie verzichten auf die Einsetzung einer PUK.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Beda Baumgartner und Fleur Weibel möchten Ihnen Zwischenfragen stellen, ebenso Melanie Nussbaumer. Nehmen Sie sie an? Sie werden angenommen.

Beda Baumgartner (SP): Wie viele Ressourcen bindet es bei der Kantonspolizei, wenn sie alle Protokolle der Polizeileitung der letzten acht Jahre zur Verfügung stellen und diese einen Parlamentarier und Parlamentarierin aufarbeiten lassen soll?

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Das kann ich Ihnen jetzt so aus dem Stand nicht sagen, aber wie ich es verstehe, beschränkt sich dies ja nicht nur auf die Protokolle der Polizeileitung.

Fleur Weibel (GAB): Ich verstehe, dass Sie in die Zukunft schauen möchten, aber sind Sie nicht auch mit mir der Ansicht, dass man die Vergangenheit verstehen muss, damit man zukünftige Massnahmen beschliessen kann?

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Selbstverständlich wird in der Zukunftsgestaltung die Vergangenheit mit einbezogen. Die Frage ist nur, ob man einzig den Fokus auf die Vergangenheit legt oder ob Sie mir mit der PUK dann auch die Organisation neu aufstellen.

Melanie Nussbaumer (SP): Wäre es nicht auch für Sie hilfreich, wenn Sie mehr Wissen dazu hätten, wie es zu dieser Angstkultur kam, um dann auch in die Zukunft gerichtete Massnahmen zu ergreifen?

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich denke, nach dem Bericht Schefer und den wirklich zahlreichen Gesprächen und Rückmeldungen, mittlerweile weit über 100 Rückmeldungen aus dem Korps, zeigt sich ein Bild, zeigt sich auch eine Vergangenheit, aus der ich mittlerweile doch auch ableiten kann, woher das kam, in der Historie, und darauf müssen wir bauen und daraus müssen wir lernen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen, diese wird abgelehnt. Wir kommen damit zu den Fraktionsvoten. Erich Bucher hat sich für die FDP gemeldet.

Erich Bucher (FDP): Wir hören es laut und deutlich, dieses Wahlkampfgetöse. Liebe rot-grüne Fraktionen, aber jetzt ist es genug. Wir, die FDP-Fraktion, sagen klar Nein zu diesem Vorstoss. Dieser Antrag ist ein sehr klares Misstrauensvotum gegenüber der GPK. Ich danke Ihnen wirklich für dieses Vertrauen respektive Misstrauen, das Sie gegenüber den Mitgliedern der Kommission haben. Für mich als Vizepräsident der Kommission gibt es im Moment keinen Grund, wieso die GPK ihre bereits begonnene Arbeit nicht weiterführen sollte.

Bevor wir uns aber über eine PUK unterhalten, sollten wir zuerst einmal den Schefer-Bericht werden. Wie schrieb die BZ gestern? Der Bericht ist eine Anekdotensammlung. Alle Vorwürfe im Bericht sind nicht nachvollziehbar, weder für die GPK noch für eine PUK. Es ist nicht möglich, alle Qualitätsprüfungen vorzunehmen. Somit kann der Bericht auch keine Grundlage für irgendwelche Verfahren und Analysen sein. Es braucht zuerst eine saubere, klare Wertung dieses Berichtes und diese Wertung kann nur die GPK im Moment machen. Lassen wir diese arbeiten.

Ein anderes Thema: Offensichtlich wollen die rot-grünen Fraktionen mit der Aufarbeitung der Situation bei der Polizei erst im März 2025 beginnen. Falls wir den Vorstoss heute zuhanden des Büros überweisen, muss dieses einen Ratschlag ausarbeiten. Dieser kommt dann eventuell im November, eventuell sogar erst im Dezember ins Parlament zurück und braucht eine Zweitüberweisung.

Im Dezember wäre frühestens eine Wahl des Präsidiums und der Kommissionsmitglieder möglich. Eine erste PUK-Sitzung wäre dann frühestens im Januar. Ab 1. Februar wird das Parlament neu zusammengesetzt sein, Präsidium und Mitglieder werden neu gewählt, auch die von der PUK. Vor März wird also eine PUK ihre Arbeit nicht aufnehmen können. Bravo! Das nenne ich Arbeitsverweigerung.

Bei einem Ja zur PUK ist für mich auch klar, dass die GPK ihre Arbeit auf ein absolutes Minimum zu diesem Thema reduzieren muss. Sonst wird viel doppelte Arbeit geleistet. Überlassen Sie es der GPK, zu entscheiden, ob mehr Kompetenzen für die Untersuchung notwendig sind. Ich bin überzeugt, dass diese dann den entsprechenden Antrag sofort auch ins Parlament bringen wird. Wir brauchen zurzeit keine PUK, sondern eine GPK, die ihren Job macht. Stimmen Sie Nein.

Ich nehme die Zwischenfrage an.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Christine Keller, Sie dürfen die Zwischenfragen stellen.

Christine Keller (SP): Sie haben gesagt – was mich eigentlich traurig stimmt –, dass Sie sich für dieses Misstrauensvotum an die GPK bedanken. Aber wenn ein Antrag auf eine PUK einfach gleichbedeutend ist mit einem Misstrauensvotum gegenüber der GPK…

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wie lautet Ihre Frage?

Christine Keller (SP): Warum haben wir dann das Instrument einer PUK mit den zusätzlichen Kompetenzen überhaupt je geschaffen?

Erich Bucher (FDP): Die GPK benötigt im Moment diese Kompetenzen nicht, weil wir gar nicht wissen, ob irgendetwas verdeckt ist oder nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP spricht André Auderset.

André Auderset (LDP): Wir haben jetzt schon viel gehört. Wie die Departementsvorsteherin des JSD schon gesagt hat, ist das wichtigste Frage, wo wir mit den ohnehin schon sehr knappen Ressourcen der Polizei hinsollen, wo wir sie konzentrieren sollen. Sie wissen es, wir werden nachher noch über den ESC und die dortigen Millionen abstimmen. Das wird sehr viele Leute benötigen und zwar nicht nur die einfachen auf der Strasse, sondern auch das Kader, das die ganzen Planeung machen muss. Das wären dann potenziell auch die, die wahrscheinlich dauernd vorgeladen würden von einer PUK. Ich erwähne da noch die Frauenfussball-EM, die wir auch nächsten Sommer haben. Also ich glaube, die Polizei hat wirklich genug zu tun, auch ihre Kader, ihre Vorgesetzten, als dass sie jetzt sich noch hier mit Vergangenheitsbewältigung einer doch recht extensiven Art abgeben müsste.

Vor allem würde ich das noch verstehen, wenn man sagt, die Polizeiführung oder speziell auch die politische Führung sei uneinsichtig. Man müsse da dringend einmal die Wurzelbehandlung machen. Ich glaube, Regierungsrätin Stephan Eymann hat es auch schon gesagt, da wird bereits kräftig an der Wurzel gebohrt und wir haben ja auch gehört, was schon alles gemacht wurde. Ich glaube, es ist wirklich alles vorgekehrt, was man in einem solchen Fall vorkehren muss.

Im übrigen, es sei doch noch einmal erwähnt, wie auch bei meinen Vorrednern: Wir haben mit der GPK ein Oberaufsichtsorgan und das soll die Oberaufsicht dann auch tätigen. Ich bin Mitglied dieser GPK und darf Ihnen jetzt nicht sagen, ob und was wir schon machen in dieser Sache. Aber Sie können grundsätzlich davon ausgehen, dass wir, wenn wir von einem vermuteten Missstand erfahren, dann umgehend und eben sofort uns an die Wurzelbehandlungen machen und nicht nur etwas Zähne putzen.

Ich glaube, es würde auch nicht unbedingt einfacher, die fehlenden Bestände aufzufüllen, Leute anzuwerben, und es würde es der Departementsvorsteherin nicht gerade einfacher machen, einen Kommandanten zu finden, wenn wir jetzt uns hier noch lange in selbstquälerischen Sachen üben. Wir sollten deswegen nach vorwärts schauen und schauen, dass wir wieder eine gute oder noch bessere Polizei, frei von diesen Vorwürfen, bekommen. Die Schritte sind eingeleitet und das ist auch eine gute Voraussetzung, neues Personal zu rekrutieren und dann auch nach der Übergangslösung mit Herrn Würgler zu einem wieder guten Kommandanten zu kommen.

Ich hatte das zweifelhafte Vergnügen, Mitglied der PUK Biozentrum zu sein. Ich sage zweifelhaft, weil ich nach wie vor der Meinung bin, hier hat ein grosser Berg ein kleines Mäuschen geboren schlussendlich, mit einem Riesenbericht, während ich glaube insgesamt drei Jahren und mit rund einer Million Kosten. Natürlich, da gebe ich meiner Vorrednerin Recht, die sagt, die Kosten dürfen nicht das ausschlaggebende Kriterium sein. Wenn eine Million gut investiert ist, wäre es ja toll. Nur diese Million wäre dann nicht gut investiert, sondern würde einfach zu einer ordentlichen Einkommensvermehrung der PUK-Mitglieder führen, die dann immer morgens die GPK-Sitzung hätten und nachmittags dann die PUK. Das soll aber nicht unbedingt der Sinn sein.

Ein ganz wichtiges Argument hat bereits Erich Bucher vorgebracht. Wir müssen uns jetzt darum kümmern, wir müssen jetzt vorgehen. Wie gesagt, ich darf Ihnen nicht sagen, ob die GPK schon etwas tut, aber ich glaube, man kann davon ausgehen. Und erst im März dann mit einer PUK loszulegen, die dann mitten in einem Prozess startet, ist nicht sinnvoll. Denken Sie an die PUK Biozentrum, die hat getagt, nachdem das Biozentrum gebaut, die Kosten verpfuscht und die Missstände da waren. Da konnte man eine bestehende, eine fertige Sache beurteilen. Eine PUK Kapo würde einen laufenden Prozess beurteilen. Wir sagen, wir stehen jetzt die Verhandlungen mit Herrn Roth. Wie stehen die Sachen mit dem neuen Polizeikommandanten? Es ist alles im Fluss und mitten in diesem Fluss würde eine PUK, das sage ich wörtlich, nur stören.

Deshalb lassen Sie das bitte und vertrauen Sie auf eine GPK, die eine vernünftige gute, faire und parteiunabhängige Arbeit macht, wie es Michela Seggiani auch gefordert hat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Mitte-EVP spricht Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Es ist in der Tat so, dass eine PUK zum jetzigen Zeitpunkt das falsche Instrument ist. Wir haben Probleme bei der Kantonspolizei, das ist unbestritten, aber die PUK zum jetzigen Zeitpunkt ist tatsächlich störend und nicht hilfreich. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es die GPK, die den Prozess begleiten muss. Eine PUK ist da, um allenfalls nachträglich die Aufarbeitung vorzunehmen, wenn wir zum Beispiel einen GPK-Bericht haben, der uns zeigt, wie es so weit kommen konnte, allenfalls. Jetzt eine PUK einzusetzen, würde uns allen hier nicht dienlich sein, sondern uns an der Arbeit hindern.

Christine Keller hat natürlich die richtige Frage gestellt: Warum gibt es überhaupt eine PUK oder was soll denn das, eine PUK? Die PUK braucht es tatsächlich bei ganz besonderen Vorkommnissen und vielleicht ist das hier ein solcher Fall. Das wissen wir aber jetzt noch nicht. Ich glaube, das wissen wir jetzt tatsächlich noch nicht, denn wenn ich richtig sehe und auch den Antrag richtig lese, gehen die Antragssteller ja davon aus, dass die Abklärungen vom Professor Markus Schefer die gravierenden Missstände innerhalb der Basler Polizei aufgezeigt haben. Aufgrund der Schwere der im Bericht dokumentierten Massstabe – die Missstände sind offensichtlich in diesem Bericht dokumentiert. Das kann so nicht stehenbleiben. Dieser Bericht hat zwar sehr viel Staub aufgewirbelt, das ist richtig, aber er entspricht eigentlich keinem Standard von irgendwelcher wissenschaftlichen Arbeit. Ist schätze Professor Schefer sehr, er ist ein anerkannter Fachmann in Grundrechtsfragen und ich weiss nicht, wie das geschehen konnte. Was soll denn ein Bericht, der so viele Anschuldigungen in die Welt setzt, aber niemandem die Möglichkeit gibt, auf diese Anschuldigungen adäquat zu reagieren? Alles ist vernichtet, nichts ist vorhanden. Das entspricht wirklich keinem Standard.

Ja, es hat Staub aufgewiesen und vor allem natürlich die Fragen von Sexismus und Rassismus sind ein echtes Thema. Was ist aber passiert in der Zwischenzeit, nachdem dieser Staub alles so hochgewirbelt hat, dass der Kommandant Martin Roth gehen musste? Ich habe Martin Roth kennengelernt als sehr loyalen, integren und hoch anständigen Menschen. Es wird sich zeigen, wie das dann wirklich alles bei ihm zu verorten ist. Ich kann mir das gar nicht recht vorstellen.

Aber was lese ich? Am 14. August hat Professor Schefer selber im der BAZ in einem Interview seinen Bericht massiv relativiert und das gesagt: ja die meisten der Polizeiangehörigen sind von den Vorwürfen nicht betroffen. Das wäre mal der erste Satz im Verlaufe des Interviews, dann auf Nachfrage der beiden Journalisten, wie viele denn ein problematisches Verhalten zeigen, sagte Professor Schefer wörtlich: «Selbstverständlich sind es bei Weitem nicht alle, die allermeisten Polizeibeamten verhalten sich gegen innen und aussen tadellos.» Die allermeisten Polizeibeamten verhalten sich gegen innen und aussen tadellos.

Und gestützt auf diesen Bericht, den wir haben und demgemäss offenbar die meisten sich tadellos verhalten, machen wir an der Kantonspolizei einen Riesenmissstand geltend. Ich sehe die Probleme mit dem Unterbestand, aber das zu verwickeln oder zusammenzuhängen ist im Moment eigentlich unzulässig, denn er sagt weiter, er könne aufgrund der Unterlagen keine Angaben darüber machen, wie viele Leute an diesen Vorfällen beteiligt waren, weil er auch nicht wisse, ob man nicht immer über die gleichen Vorfälle geredet habe.

Was soll da eine PUK in dieser Situation? Lassen wir doch die GPK hier anfangen und hier arbeiten. Die GPK wird uns einen schlüssigen Bericht vorlegen. Wenn dieser Bericht vorliegt, haben wir Anhaltspunkte, die uns dann sagen, dass es möglicherweise eine PUK braucht, aber aufgrund dieses Berichts eine PUK zu verlangen, das erachte ich, man könnte fast sagen, als fahrlässig. Man kann sich auf diesen Bericht nicht abstützen.

Lassen wir der GPK Zeit, lassen wir sie arbeiten, lassen wir auch der Polizei Zeit, ihre Arbeit zu machen, behindern wir uns nicht selber. Ich glaube, wir schaden uns nur, wir nützen uns in diesem Fall gar nichts. Die Fraktion die Mitte/EVP beantragt Ihnen deshalb die Ablehnung und die Abweisung dieses Antrags.

Vielleicht noch eine kleine Bemerkung, es steht ja relativ viel geschrieben. Im Grunde geht es ja eigentlich nur um die ersten beiden Sätze, denn alles andere, was in diesem Antrag steht, hätte gar nicht hier stehen sollen dürfen, weil für die Konkretisierung des Berichts, für die Fristsetzungen usw. ist alleine das Büro zuständig, das einen Bericht schreiben muss und dann dem Grossen Rat wieder vorlegen muss. Aber das ist ein Detail. Im Grundsatz ist der Entscheid für mich klar. Aufgrund dieses Berichts müssen wir nicht voreilig handeln. Lassen wir uns mit genügendem Abstand die Sache beurteilen. Wenn der GPK-Bericht vorliegt, wäre immer noch Zeit genug, allenfalls über eine PUK nachzudenken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nicola Goepfert spricht für das GAB.

Nicola Goepfert (GAB): Was wir kurz vor den Sommerferien über den Zustand der Basler Polizei erfahren haben, übersteigt alles, was wir uns je hätten vorstellen können und wir fragen uns, wie es so weit kommen konnte. Die Entwicklung bei der Kantonspolizei erfordert nicht nur sofortige Massnahmen und einen langfristigen Kulturwandel, sondern auch eine umfassende politische Aufarbeitung. Diese Aufarbeitung muss klären, wie es bei der Basler Polizei überhaupt so weit kommen konnte. Es ist wichtig, dass die operative Arbeit und die internen Prozesse bei der Polizei durch diese Aufarbeitung nicht behindert und verzögert werden. Regierungsrätin Stephanie Eymann soll weiterarbeiten können. Gleichzeitig darf aber nicht ignoriert werden, dass die Polizei als staatliches Gewaltmonopol eine der sensibelsten Institutionen unseres Staates ist, mit weitreichenden Kompetenzen, insbesondere wenn es um Eingriffe in Grundrechte oder um die Anwendung von Gewalt geht. Und daraus ergibt sich eine politische Verantwortung von uns im Grossen Rat.

Die Dringlichkeit einer solchen Aufarbeitung liegt auf der Hand. Welche Erkenntnisse hatte die zuständige Regierungsrätin Stephanie Eymann zu welchem Zeitpunkt? Gerade sie sollte doch gemerkt haben, dass da nicht alles rund läuft, nicht nur, weil sie immer wieder betont hat, wie nahe am Korps sie ist, sondern schlicht und einfach, weil die unbesetzten Stellen seit Jahren auf hohem Niveau zugenommen haben. Sie trägt die politische Verantwortung und unter ihrer Führung haben sich die Probleme seit ihrem Amtsantritt weiter verschärft.

Eine PUK muss daher nicht nur die Abläufe und Entscheidungswege innerhalb der Polizeileitung untersuchen, sondern auch die Verantwortung der Departementsvorsteherin Stephanie Eymann sowie der Gesamtregierung. Sie muss aber auch die Rolle und die Kompetenzen des Grossen Rates von uns inklusive seiner Aufsichtskommission kritisch beleuchten. Die GPK und die Finanzkommission haben bei der Polizei zwar immer wieder hingeschaut und den Personalnotstand sowie die fehlende Arbeitgeberattraktivität monier. Tiefer liegende Probleme konnten sie jedoch nicht erkennen, weil es dafür eben eine vertiefte Auseinandersetzung braucht.

Auf der Grundlage des Berichtes sind bereits kurz nach Veröffentlichung die ersten Personalentscheide gefällt worden. Einige Personen, die möglicherweise für den desaströsen Zustand bei der Polizei mitverantwortlich sind, arbeiten schon gar nicht mehr da. Und genau da kommt eine wichtige Kompetenz einer parlamentarischen Untersuchungskommission ins Spiel. Denn diese kann, wie Michela Seggiani schon sagte, eine frühere Mitarbeiterin oder Person aus der Polizeileitung als Privatperson befragen. Nur so kann ernsthaft untersucht werden, wie es überhaupt so weit kommen konnte.

Der Bericht Schefer gibt uns einen Einblick in die momentane Situation bei der Polizei und dass diese Situation katastrophal ist und nicht länger tragbar ist, darüber sind wir uns hier im Saal hoffentlich einig. Es besteht laut Bericht ein Klima der Angst innerhalb des Polizeikorps. Von problematischem Führungsverhalten ist die Rede sowie einem Mangel an Vertrauen in die Führung. Der Bericht Schefer sagt uns jedoch nichts darüber, wie es zu dieser Krise kommen konnte, und genau das wäre die Aufgabe einer PUK.

Wir stehen vor der Entscheidung, ob wir diese Aufarbeitung ernsthaft betreiben wollen oder ob sich die Mehrheit hier im Saal um diese Verantwortung foutieren möchten. Es ist nicht die Frage der Ressourcen, die uns bewegen sollte, sondern die der Notwendigkeit, langfristig zu verhindern, dass sich so etwas in Basel-Stadt noch einmal abspielt.

Zusammenfassend: Die politische Aufarbeitung darf nicht mit Massnahmen auf operativer Ebene vermischt werden. Es braucht eine klare Trennung, damit die notwendigen Schritte zur Verbesserung der Situation ungestört weitergehen können. Doch wir tragen hier drin die Verantwortung, dass eine seriöse politische Aufarbeitung durchgeführt wird. Der Grosse Rat kann im Rahmen seines Oberaufsichtsrechts für die Abklärung besonderer Vorkommnisse von grosser Tragweite eine parlamentarische Untersuchungskommission einsetzen. So sieht es das Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates vor. Und mir fällt nichts ein, was von grösserer Tragweite für unseren Kanton sein könnte, als wenn die Polizei als Staatsgewalt einer Angstkultur beherrscht wird, in der sexistische und rassistische Handlungen toleriert oder ausgelebt werden. Was sonst bedarf einer tiefgreifenden Untersuchung, wenn nicht die Missstände in der Institution, welche für die Durchsetzung unserer Gesetze verantwortlich ist und bei der die Angestellten seit Jahren in Scharen davonlaufen. Und um es in den Worten der Befragten im Bericht zu sagen: Der vorliegende Bericht müsse dringend zu Konsequenzen führen. Zu

oft seien Umfragen durchgeführt worden, die folgenlos geblieben seien. Einige der Befragten machen ihren Verbleib bei der Kantonspolizei von eben diesen Konsequenzen abhängig.

Auf operativer Ebene ist der Prozess gestartet. Mit der PUK haben wir jetzt die Möglichkeit, diesen Prozess auch innerhalb von unserer Verantwortung zu beginnen. Das ist dringend notwendig, damit es nicht bei einer Pflästerlipolitik bleibt und der notwendige Kulturwandel auf der Strecke bleibt. Ich bitte Sie daher, dem vorliegenden Antrag auf Einsetzung einer PUK zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Beat Schaller, Johannes Sieber und Franz-Xaber Leonhardt möchten Zwischenfragen stellen. Sie werden angenommen. Beat Schaller hat das Wort.

Beat K. Schaller (SVP): Wir haben es gehört, es werden Ressourcen gebunden bei der Polizei, Ressourcen, welche dringend benötigt werden auf allen Hierarchiestufen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Was ist Ihre Frage?

Beat K. Schaller (SVP): Wieso nehmen Sie es in Kauf, dass die Erneuerungsarbeiten durch diese Ressourcenbindung verzögert wird?

Nicola Goepfert (GAB): Da frage ich zurück: Wieso nehmen Sie in Kauf, dass sich so etwas im Kanton Basel-Stadt noch einmal abspielt, weil wir die Aufarbeitung nicht vorantreiben wollen auf politischer Ebene?

Johannes Sieber (GLP): Sie sagen, es braucht eine PUK für eine ernsthafte Aufarbeitung. Sind Sie denn der Ansicht, dass die GPK nicht ernsthaft arbeitet?

Nicola Goepfert (GAB): Natürlich arbeitet die GPK ernsthaft, aber ich habe es in meinem Votum erläutert, dass die PUK andere Kompetenzen hat, zum Beispiel ehemalige Mitarbeitende zu befragen, und das kann die GPK so nicht.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Sie haben die Dringlichkeit angesprochen. Wäre es da nicht sinnvoller, zuerst die GPK sofort arbeiten zu lassen und dann eine PUK einzusetzen, wenn die möglichen Missstände aufgedeckt sind?

Nicola Goepfert (GAB): Ich bin überzeugt, es braucht eine Aufarbeitung, die sauber geleistet wird, und diese Aufarbeitung soll von einer PUK durchgeführt werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Johannes Sieber hat noch einmal eine Frage. Er darf sie stellen.

Johannes Sieber (GLP): Denken Sie nicht, dass die GPK am besten selber beurteilen kann, ob sie zusätzliche Kompetenzen braucht oder nicht? Wieso soll das Parlament das entscheiden?

Nicola Goepfert (GAB): Ganz am Schluss habe ich erläutert, dass eine PUK eingesetzt werden kann, wenn es von besonderer Tragweite ist. Die Polizei und die Missstände sind von besonderen Tragweite, und zwar massiv. Deshalb ist es an uns hier im Grossen Rat, darüber zu entscheiden, mit welchen Kompetenzen und wie tiefgreifend diese Aufarbeitung stattfinden soll.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Johannes Sieber spricht für die GLP.

Johannes Sieber (GLP): Ich kann es kurz machen. Die GLP lehnt dieses Wahlkampfmanöver der SP entschieden ab. Die Forderung nach einer PUK zum aktuellen Zeitpunkt übersteuert die Geschäftsprüfungskommission in einer Art und Weise, die wir nicht gutheissen. Wir gehen davon aus, dass die GPK den Aufruhr rund um die Mitarbeiterbefragung im Schefer-Bericht auf dem Radar hat und wo nötig und angezeigt Ergebnis offene Untersuchungen einleiten wird, so wie sie das immer tut. Braucht sie dafür mehr Zeit, mehr Mittel und mehr Kompetenzen, werden wir Ihren Antrag gerne prüfen. Und erlauben Sie mir die Bemerkung, viel interessanter als das, was hier gesprochen wird, ist, was hier von wem nicht gesprochen wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP spricht Stefan Suter.

Stefan Suter (SVP): Der Grosse Rat kann im Rahmen seines Oberaufsichtsrechts für die Abklärung besonderer Vorkommnisse von grosser Tragweite eine parlamentarische Untersuchungskommission einsetzen. Das entscheidende Wort ist also die grosse Tragweite. Liegt diese nicht vor, so ist die Oberaufsicht der GPK zugewiesen, der ordentliche Betrieb findet also durch die GPK statt. Das ist ja schon mehrfach gesagt worden.

Und nun gibt es die Frage der grossen Tragweite und da wird immer wieder auf diesen Bericht Schefer hingewiesen. Dieser Bericht Schefer ist aber mangelhaft, das muss auch gesagt werden dürfen. So staune ich doch, dass sämtliche Protokolle einfach vernichtet wurden. Wo gibt es denn das, dass Protokolle aufgenommen werden und dann einfach weg sind und niemand kann sich dagegen wehren, niemand kann Bezug nehmen, niemand hat ein rechtliches Gehör. Das ist nicht akzeptabel. Und das führt nun dazu, dass wir diesen Bericht haben, den ich als mangelhaft bezeichnete, und der diese hohe Tragweite, diese Höhe bestimmt, die dann zur PUK führen soll. Das ist nicht überzeugend. Im übrigen wird auch nicht dargelegt, weswegen die GPK in zeitlicher, finanzieller oder anderer Hinsicht nicht in der Lage wäre, diese Arbeit zu tun. Wir lesen auch von Qualitätsansprüchen der PUK, aber diese Qualitätsansprüche wird die GPK zweifelsfrei erfüllen.

Also, die Voraussetzungen der grossen Tragweite sind schlichtweg nicht gegeben und deswegen beantragen wir, von der Einsetzung einer PUK abzusehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Beda Baumgartner an? Sie wird angenommen.

Beda Baumgartner (SP): Aufgrund des Scheferberichts wurde der Kommandant freigestellt und vier Menschen aus der Polizeileitung entfernt. Finden Sie, die grosse Tragweite ist damit nicht gegeben?

Stefan Suter (SVP): Ich habe nicht gesagt, dass das, was der Schefer-Bericht beschreibt, falsch ist. Ich weiss ich nicht, es wird die Aufgabe sein, der GPK, dies zu klären. Aber ich wiederhole es gerne und weise darauf hin, dass der Schefer-Bericht schwere Mängel aufweist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu Einzelsprecher Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich werde mit den linken Stimmen. Die linke SP grösste Partei in Basel hat recht. Von der GLP bin ich schwer enttäuscht. Das geht nicht, was die GLP macht. Regierungsrätin Stephanie Eymann hat grosse Angst vor dieser parlamentarischen Untersuchungskommission, denn dann könnte alles ans Licht kommen. Meine Zwischenfrage ist abgelehnt worden, obwohl ich Grossrat bin seit 41 Jahren. Ich habe vorher eine Vorgabe gemacht, ich habe ganz klar gesagt, was ich verlange, was passieren muss. In der Zeitung können Sie lesen, dass der Vize-Kommandant hätte übernehmen sollen, er ist ein guter Chef, er ist loyal. Der Vize-Kommandant hat gesagt, nein, ich mache das nicht, ich bin loyal zum Kommandanten Martin Roth. Dann hat man ihn auch in die Wüste geschickt. Das steht in der Zeitung.

Die fünf Leute, die freigestellt worden sind oder weg sind, kosten uns Steuerzahler fünf Millionen Franken, mit den Löhnen und mit den Anwälten, die bezahlt werden müssen. Und das müsste nicht sein. Ich habe mich für dieser Rede mit meinem Anwalt besprochen, damit ich nichts Falsches sage. Mein Anwalt sagt, was die Polizisten gesagt haben bezüglich schönen Polizistinnen und so weiter, sei sexistisch, aber es sei nicht rassistisch. Für mich sind das halt Männer, die halt mal über den Strang geschlagen haben. Aber auch das muss untersucht werden.

Wir halten fest: Bei der Polizei bin ich der beliebteste Grossrat. Ich habe viele Danksagungen, Regierungsrätin Stephanie Eymann ist darum verärgert. Ich begründe: Die Polizei hat mein Parteiprogramm übernommen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es geht nicht um Sie, bitte sprechen Sie zum Antrag.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin für die parlamentarische Untersuchungskommission, denn es muss geklärt werden, was im Hintergrund gegangen ist. Man darf ja nicht sagen, was in der Basler Zeit stand über über über gewisse Polizisten. Ich darf Ihnen sagen, das wird der Hit anlässlich der Basler Fasnacht 2025. Und ich bin glücklich, dass ich reden darf zu diesem Thema und ich sage nur die Wahrheit, darum bin ich auch bei der Bevölkerung sehr beliebt. Und die parlamentarische Untersuchungskommission muss jetzt alles ganz genau untersuchen, damit das einmal aufhört.

Wenn man die Zeitungsartikel liest, kriegt man schon das Grauen. Mir wird es einfach Angst und Bang, wenn man die Leute entlässt. Ich bin gespannt auf die Antworten auf die Interpellation von Andrea Strahm, die Untersuchungskommission könnte das auch noch bewerkstelligen. Leider wird die Untersuchungskommission gemäss Kreuztabelle knapp abgelehnt und darum muss ich sagen, die Schuldige ist für mich die GLP. Man kann nicht einfach beliebig mal nach links, mal nach rechts gehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum nächsten Einzelsprecher Thomas Widmer-Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Eine parlamentarische Untersuchungskommission zur basel-städtischen Kantonspolizei ist aus der Sicht der EVP die falsche Flughöhe. Eine PUK braucht es nicht, sie würde viel Aufwand mit sich bringen, der Nutzen ist fraglich. Es ist schon manches gesagt worden, ich halte mich deshalb kurz.

Unsere Sicherheitsdirektorin hat auf den Untersuchungsbericht des Staatsrechtlers der Markus Schefer über die Missstände bei der Kantonspolizei Basel-Stadt reagiert. Sie hat unter anderem eine Taskforce und einen Übergangskommandanten eingesetzt. Die Arbeitsgruppe unter der Leitung von Aldo Schellenberg arbeitet an der Umsetzung der Empfehlungen aus dem Untersuchungsbericht. Dabei werden Massnahmen zur Transformation bei der Kantonspolizei erarbeitet. Hier wird intensiv gearbeitet. Eine PUK zusätzlich braucht es nicht.

Ein letzter Punkt im Sinne des auch von Bruno Lötscher erwähnten Interviews mit Professor Schefer. Demgemäss machen die meisten Angehörigen der Polizei ihre Sache gut. Dies ist auch wichtig zu sagen. Es sind Missstände aufgezeigt worden, aber die meisten Angehörigen der Polizei macht ihre Arbeit gut.

Ich bitte Sie, den Antrag auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecherin hat sich Raffaela Hanauer gemeldet.

Raffaela Hanauer (GAB): Ich möchte gerne nochmals mit Nachdruck beliebt machen, dieser Motion zuzustimmen. Wir sprechen hier nicht über Mehrkosten bei einem Bauprojekt. Die Polizei übt das staatliche Gewaltmonopol aus. Sie ist zuständig für die öffentliche Sicherheit, und wir als Grosser Rat mit unseren kompetenten Personen, mit unseren Oberaufsichtsfunktionen und zusätzlichen Mitteln wie einer PUK haben die Verantwortung zu überprüfen, ob die Polizei dieses staatliche Gewaltmonopol auch gut und adäquat macht, und falls es Probleme gibt, haben wir die Aufgabe, diese Probleme zu beleuchten.

Ich habe jetzt mehrfach gehört, die GPK könne das machen, die PUK brauche es nicht. Ich möchte gerne darauf eingehen. Wir befinden uns im Moment in einer Krise und es braucht daher auch im Rahmen der Oberaufsicht eine Arbeitsteilung. Die Motion ist klar formuliert, die PUK soll zurückschauen. Sie soll die Frage klären, ob die Aussage von Regierungsrätin Stephanie Eymann wirklich stimmt. Liegen diese Tatsachen erst seit dem 21. Juni auf dem Tisch, oder warum wurde nichts früher unternommen?

Die PUK braucht es, weil die Personen, die befragt werden müssen, unterdessen schon entlassen sind. Die PUK braucht es auch, um wirklich diese Rückschau zu machen und zu schauen, wie es dazu kam,. auch um daraus zu lernen, wie in Zukunft so etwas verhindert werden kann. Die GPK braucht es gleichzeitig auch, die GPK hat die Aufgabe nach vorne zu blicken, die GPK hat die Aufgabe, jetzt dieses Krisenmanagement zu beaufsichtigen und zu schauen, ob das richtig funktioniert.

Bruno Lötscher hat es gesagt, er ist der Ansicht, dass man sich eigentlich auf diesen Bericht von Herrn Schefer nicht abstützen. kann Ja dann untersuchen Sie bitte in der GPK, ob diese Kündigungen rechtlich genügend abgestützt sind und ob dieser Schefer-Bericht dazu ausreicht oder nicht. Das ist die Aufgabe der GPK. Beaufsichtigen Sie das jetzt stattfindende Krisenmanagement.

Fakt ist egal, was man vom Schefer-Bericht denkt, es gibt eine Krise, es gibt Missstände, es wird gehandelt. Irgendwie ist es zu diesen Missständen gekommen. Ich plädiere hier stark für eine Arbeitsteilung. Lassen Sie eine PUK die Rückschau machen, lassen Sie eine PUK prüfen, wie es dazu kam und wie wir das in Zukunft verhindern können, und lassen Sie die

GPK dieses Krisenmanagements beaufsichtigen. So, denke ich, kommen wir gut aus dieser Situation wieder heraus und stellen uns gut auf, schaffen gute Bedingungen für diesen Kulturwandel, den es braucht.

Ich bin sehr froh, dass Bruno Lötscher in seinem Votum auch gesagt hat, dass es vielleicht auch eine PUK braucht, falls wir heute mit dieser Motion nicht durchkommen. Ich werde hier dies sicher auch nochmals einbringen. Falls wir heute diese Abstimmung nicht gewinnen und es dann tatsächlich doch irgendwann auf der Hand liegt, dass wir doch eine PUK brauchen, dann bin ich froh, dass wir darüber weiter diskutieren können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erich Bucher, Johannes Sieber und André Auderset möchten Zwischenfragen stellen. Sie werden angenommen.

Erich Bucher (FDP): Ist Ihnen bewusst, dass die GPK auch nur nach hinten schaut, genau gleich wie eine PUK? Wir sind keine Begleitkommission.

1. Traktandum 1

[11.09.24 10:29:08]

Erich Bucher (FDP): Das ist mir bewusst, aber gewisse Dinge sind bereits schon geschehen. Das Krisenmanagement muss man auch retrospektiv anschauen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit ist die Reihe an André Auderset, Johannes Sieber hat seine Frage zurückgezogen.

André Auderset (LDP): Sie wollen ein Miteinander von PUK und GPK. Sind Sie sich bewusst, dass das rechtlich gar nicht möglich ist? Wenn es eine PUK gibt, darf die GPK nichts mehr machen.

Raffaela Hanauer (GAB): Wir werden ja einen Ratschlag bekommen zur Einsetzung der PUK und zum ganz konkreten Auftrag. Auch die Motion gibt schon Aussagen, was die PUK behandeln soll. Natürlich ist klar, dass die Oberaufsicht der GPK auch weiter stattfinden muss, dass gewisse Dinge nicht durch die PUK alleine weiter beaufsichtigt werden können. Sonst könnte ja die GPK ich kann gar nicht mehr arbeiten, sobald es in irgendeinem Bereich eine PUK gibt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie erhalten doch noch Gelegenheit, eine Frage von Johannes Siebe zu beantworten. Die Zwischenfrage wird angenommen.

Johannes Sieber (GLP): Ich muss jetzt trotzdem fragen. Waren Sie schon einmal Mitglied der Geschäftsprüfungskommission und haben Sie an einem solchen Prozess mitgearbeitet?

Raffaela Hanauer (GAB): Nein, aber ich habe schon diverse Berichte der wertvollen Arbeit der GPK gelesen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu Melanie Nussbaumer.

Melanie Nussbaumer (SP): Ich versuche auch noch einmal, ein wenig zu versachlichen. Ich glaube, wir haben ein gemeinsames Ziel. Wir wollen, dass es der Polizei besser geht, dass sie aus dieser Krise herauskommt. Die Frage ist, wie wir zu diesem Ziel kommen. Leute, die sich mit Organisationskultur auseinandersetzen wissen, dass Transparenz und Vertrauen eng miteinander zusammenhängen, und ich glaube, das braucht es auch hier in der öffentlichen Wahrnehmung. Wir müssen Transparenz schaffen, um danach wieder Vertrauen zu haben in die Polizei.

Ein weiterer Punkt den wir hier jetzt besprochen haben, sind die Ressourcen. Ich glaube, es ist ein grosses Missverständnis, dass es wahnsinnig viele Ressourcen brauchen wird innerhalb der Polizei, wenn es eine PUK gibt. Die Ressourcen werden

bei uns, die Ressourcen werden bei den Personen, die die PUK ausarbeiten und durchführen, gebraucht. In der Polizei selber wird es nicht zu so viel Aufwand kommen.

Und hier geht es auch um die Rollentrennung. Das ist eben auch wichtig. Wir haben eine Gewaltenteilung. Ich bin ein bisschen enttäuscht, dass das heute Morgen so vermischt wurde. Wir haben auf der einen Seite die Exekutive, das ist die ausübende Gewalt, wie Sie wissen, und die Exekutive ist dafür zuständig, dass jetzt Massnahmen umgesetzt werden, dass auch innerhalb der Polizei der Auftrag gesichert ist, dass sie arbeiten können. Dann haben wir die Legislative, das sind wir und wir haben eine Verantwortung. Wir sind die Oberaufsicht, wir müssen hinschauen, wenn es solche Missstände gibt. Das ist unsere Verantwortung. Wir sind verantwortlich für die Aufarbeitung. Wir sind verantwortlich dafür, dass Transparenz geschaffen wird. Anscheinend wollen Sie das von bürgerlicher Seite nicht. Das finde ich sehr schade.

Dann noch zum Untersuchungsdesign des Schefer-Berichts: Ich finde es ein bisschen widersprüchlich, wenn Sie jetzt plötzlich mit dieser Kritik kommen, dass das alles nicht gut war, was Herr Schefer gemacht hat. Wenn das so ist, dann wäre es ja völlig übertrieben gewesen, dass Regierungsrätin Stephanie Eymann bereits einen Kommandanten entlassen hat und die halbe Polizeileitung ausgewechselt hat. Also hier widersprechen Sie sich eindeutig innerhalb des bürgerlichen Lagers. Ich fand den Untersuchungsbericht wichtig und auch richtig, Herr Schefer musste Vertraulichkeit gewährleisten. Er musste anonymisierte Interviews führen, er musste versprechen, dass die Protokolle der Interviews nachher gelöscht werden, weil die Leute sonst nicht gesprochen hätten, was ja alles schon die Angstkultur aufzeigt. Das war wichtig, sonst wären diese Sachen nie auf den Tisch gekommen.

Aber es stimmt natürlich, dass das nur eine Art von Untersuchung ist. Das ist eine Art von Analyse, die wichtig war und die wir jetzt nicht relativieren sollten. Aber es gibt natürlich noch ganz viele andere Ebenen, die auch untersucht werden müssen. Das hat Herr Schefer nicht gemacht. das stimmt, aber das war auch nicht in seinem Auftrag. Wir könnten zum Beispiel noch mehr Akten einsehen und analysieren. Es wäre extrem interessant, die Protokolle der Polizeileitung der letzten vier bis acht Jahre zu sehen, um dann auch herauszufinden, ob zum Beispiel die Polizeileitung darüber Bescheid wusste, dass es massive sexistische und rassistische Vorfälle gab. Und wenn Sie darüber Bescheid wusste, dann ist ja die Frage, was haben sie gemacht und vielleicht haben sie auch etwas gemacht. und dann ist es ja umso besser, dann können wir diese Leute sogar entlasten. Wenn wir herausfinden, dass auch in der Verwaltung, im Regierungsrat Sachen auf dem Tisch waren und gehandelt wurde, dann können wir diese Leute und diese Verantwortlichkeiten auch klar entlasten. Das wäre auch eine Möglichkeit. Es geht nicht nur darum, auf Schuldige hinzuweisen, sondern es geht auch darum, genau herauszufinden, wer welche Verantwortung übernommen hat und wer nicht.

Und dann noch einen Unterschied zum Schefer-Bericht: In der Untersuchung von Herrn Schefer wurden nur Mitarbeitende freiwillig befragt. Mit einem PUK könnten wir auch Leitungspersonen befragen, wir könnten ehemalige Leitungspersonen befragen und das wäre wahnsinnig interessant, um ein Gesamtbild zu bekommen. Das können wir sonst nicht, das ist einfach so, das wissen Sie alle. Wir bekommen das Gesamtbild sonst nicht und deshalb wäre ich wahnsinnig dankbar, wenn Sie die Verantwortung als Parlament übernehmen, im Sinne der Oberaufsicht, und hier wirklich diesem Antrag auf eine PUK zustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Andreas Strahm, Johannes Sieber und Felix Wehrli möchten Fragen stellen. Sie werden angenommen.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Ist Ihnen klar, dass sowohl eine PUK als auch eine GPK Vertretung der Legislative sind und nicht der Exekutive, und haben Sie den Jahresbericht der GPK gelesen? Es wurde schon viel gemacht in Sachen Polizei. Wie wollen Sie diese Doppelspurigkeiten, diesen Austausch dann gewährleisten?

Melanie Nussbaumer (SP): Ich glaube, wir haben jetzt schon mehrmals darüber diskutiert, was die Unterschiede sind. Es ist wahrscheinlich allen klar und ich finde auch, es gibt oft mehrere Kommissionen, die am gleichen Thema dran sind und es ist normal, dass man sich dann abspricht und das schaffen auch Sie.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Johannes Sieber hat das Wort.

Johannes Sieber (GLP): Sie haben gesagt, dass ein Nein zu dieser PUK ein Nein zur Transparenz wäre. Finden Sie denn, die GPK schafft keine Transparenz?

Melanie Nussbaumer (SP): Sie werden es nie glauben, aber es ist wirklich kein Misstrauensvotum an die GPK. Punkt.

Felix Wehrli (SVP): Sie haben gesagt, dass es massive sexuelle und rassistische Übergriffe gab. Der Bericht Schefer sagt nichts über die Quantität, gar nichts. Wie kommen Sie zu so einer Aussage?

Melanie Nussbaumer (SP): Vielen Dank für diese Steilvorlage. Umso mehr muss man das analysieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an den David Jenny.

David Jenny (FDP): Der Begriff Wirrwarr ist hier ziemlich weitgehend. Es wird von Motion gesprochen, die wir hier behandeln. Es ist ein Antrag. Das Ratsbüro wird auch keinen Ratschlag vorlegen, das darf nur die Exekutive, sondern einen Bericht. Und dann wurde von Melanie Nussbaumer gesagt, Herr Schefer habe nur unten gesprochen, aber er sagt in seinem Bericht, dass Angestellte aller Hierarchiestufen teilgenommen hätten, von Aspirantinnen und Aspiranten bis hin zum Kommandanten, auch mit der Departementsvorsteherin sei ein Gespräch geführt worden.

Und dann hat sie gesagt – und das ist wahrscheinlich richtig -, dass gewisse Aussagen nur wegen der zugesicherten Anonymität gemacht worden sind. Und jetzt meinen Sie, vor einer PUK, nicht mehr anonym, würden dann solche Aussagen gemacht werden. Da staune ich teilweise. Ich halte Sie alle hier nicht für naiv, Sie wissen ganz genau, da wird nichts rauskommen. Sie sagen hier in ihrem Antrag, was alles dokumentiert ist. Es ist eben nichts mehr dokumentiert. Es ist alles vernichtet worden. Das mag gut gemeint gewesen sein. Sie haben gesagt, es sei völlig voreilig den Kommandanten zu entlassen, aber er musste wissen, was er mit der Beauftragung zu diesem Bericht tat. Wie kann man auf die Idee kommen, einen solchen Bericht in Auftrag zu geben, bei dem klar ist, dass nachher nichts verwertbar ist ausser atmosphärischen Gefühlen? Wie kann man einen Bericht in Auftrag geben, zu dem man vorher nicht mal das Gehör hat und etwas sagen kann, sondern genau gleich überrascht ist wie alle anderen. Ich schätze Martin Roth sehr, er ist sehr integer, aber diese Art der Berichteinholung war so naiv, dass er nachher einfach nicht mehr in dieser Rolle tragbar war. Und das klären Sie nicht mit einer PUK ab, das ist einfach eine Tatsache.

Dann wollen Sie der PUK den Auftrag geben zu Abklärung der Verantwortlichkeit, Kompetenzen der Beschwerdeinstanzen, Abläufe straf- und personalrechtliche Verfahrenswege. Was kann da eine PUK speziell tun? Da können Sie ein Gutachten an Herrn Schefer hat in Auftrag geben, Gutachten hat er schon viele gemacht, internal Investigation hat er vorher noch keine gemacht. Auch dies war relativ naiv in der Auftragstellung, dass man jemanden beauftragt, der hohe Qualitäten hat, aber hier keinen Track Record gehabt hat.

Ich glaube, es geht Ihnen nicht um Aufklärung. Es geht Ihnen um möglichst grosse Verwirrung der Kompetenzen, um diese noch zwei, drei Jahre bewirtschaften zu können. Sie sagen, man kann Privatpersonen einvernehmen. Ich bin dann gespannt, wie viele vom Schwarzen Block dort aussagen werden, die viel zur Unsicherheit der Polizei beigetragen haben. Und ich glaube wirklich, die Instrumente, die wir brauchen, um das zu machen, sind bei der GPK. Wir sagen, es sei toll, dass mehrere Kommissionen daran arbeiten. Sie wissen, dass führt nur zu Missverständnissen, entgegen gegenteiliger Aussagen. Das bringt überhaupt nichts, das wissen Sie alle genau.

Ich bitte Sie, dieses Wahlkampfgetöse einzustellen, im Interesse unseres Staates und auch der Polizei.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage von Lisa Mathys annehmen? Sie wird angenommen.

Lisa Mathys (SP): Ich verstehe einfach nicht, warum Sie immer noch das Gefühl haben, wir wollen den Bericht untersuchen? Wir wollen die Vorgeschichte untersuchen. Wir wollen untersuchen, wie es zu dieser Kultur, zu dieser wirklich verheerenden Kultur in unserem Polizeikorps kommen konnten.

David Jenny (FDP): Sie sagen immer, der Bericht dokumentiere, aber er dokumentiert nichts Nachvollziehbares, und das ist Ihr Grundfehler in diesem Auftrag.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegt eine weitere Zwischenfrage vor von Barbara Heer. Sie wird angenommen.

Barbara Heer (SP): Sind Sie als ehemaliger Grossratspräsident wirklich der Meinung, dass es nicht möglich ist, von einer PUK, die eine formelle Zeugeneinvernahme machen kann, gute Ergebnisse zu erhalten?

David Jenny (FDP): Es gibt ein bekanntes Krankheitsbild, das hat sich bei der PUK Biozentrum gezeigt, nämlich die Amnesie.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich kann das als ehemaliger Vizepräsident das PUK Biozentrum bestätigen, diese Krankheit der Amnesie gibt es tatsächlich. Ich bin schon ein wenig überrascht und erstaunt, wie jetzt ganz viele hier am Mikrofon von der linken Seite gesprochen haben, die noch nie in einer Oberaufsichtskommission waren. Johannes Sieber hat das, glaube ich, mit seinem Votum etwas zum Ausdruck bringen wollen.

Wenn wir noch einmal zurückgehen zu dem, was eigentlich passiert ist, dann muss ich sagen, sind Sie einfach völlig falsch gewickelt. Jetzt ist eine Untersuchung vom Polizeikommandanten in Auftrag gegeben worden. Diese Untersuchung hat einen Bericht zur Folge gehabt. Dieser Bericht wurde veröffentlicht. Man hätte sich auch fragen können, ob dieser Bericht öffentlich werden muss. Und dann hat die zuständige Departementsvorsteherin in Kenntnisnahme dieses Berichts Massnahmen in die Wege geleitet. Ob diese Massnahmen dann «verheben» auf gut Deutsch, das werden wir noch sehen. Es ist auch heute berichtet worden von Raffaela Hanauer, dass jemand entlassen wurde. Auch dieses Wording ist völlig falsch, es wurde niemand entlassen. Auch hier merkt man, dass Sie sich mit diesem ganzen Antrag und auch der Diskussion darüber gar nicht so sehr auseinandergesetzt haben. Die einzige Aufgabe, die nun eine Oberaufsichtskommission hat, ist irgendwann zu überprüfen, ob die zuständige Departementsvorsteherin die richtigen Schlüsse und Konsequenzen aus einem internen Bericht gezogen hat. Das ist die Aufgabe einer Oberaufsichtskommission. Sie schaut zurück und schaut, ob die Exekutive richtig gehandelt hat.

Die Geschäftsprüfungskommission ist keine Begleitgruppe. Das hat Erich Bucher schon gesagt. Sie ist nicht dafür da, die Regierung zu begleiten. Das macht allenfalls McKinsey oder eine andere teure Agentur, aber das macht nicht eine Oberaufsichtskommission des Parlaments. Eine Oberaufsichtskommission schaut zurück und schaut, ob eine zuständige Person, in diesem Falle Regierungsrätin Stephanie Eymann, richtig gehandelt hat.

Und hier müssen wir doch jetzt erst einmal auch festhalten, dieser Bericht ist nicht drei Jahre alt, sondern etwa drei Monate. Die zuständige Departementsvorsteherin, die von Nicola Goepfert ja auch schon als Schuldige ausgemacht wurde (der Wahlkampf lässt grüssen), hat in sehr kurzer Zeit einige erste Massnahmen in die Wege geleitet. Es wird wahrscheinlich weitere Massnahmen geben und dann wird man irgendwann schauen können, ob sich die Situation bei der Kantonspolizei verbessert hat. Sie hat sich nämlich verbessert in der Amtszeit von Regierungsrätin Stephanie Eymann, sie hat sich einfach nicht so verbessert, wie Sie es sich wünschen. Es ist nämlich so, dass die Polizei heute gegen Ihre Freunde vom Schwarzen Block etwas härter bei Demonstrationen beispielsweise vorgeht, dass es klarere Richtlinien gibt. Das hat sich verändert. Das hat sich aber verbessert. Die Probleme bei der Kantonspolizei haben mit Regierungsrätin Stephanie Eymann relativ wenig zu tun. Und jetzt wird irgendwann einmal die Geschäftsprüfungskommission – sie ist offenbar schon dran – darüber brüten müssen und schauen müssen, ob diese Massnahmen, die ergriffen worden sind, korrekt sind. Da spielt der Bericht Schefer aus meiner Sicht eine sehr untergeordnete Rolle. Ich muss schon auch sagen, dieser Professor Schefer ist ja ein Verfassungsexperte, aber er ist weder ein Experte für Organisationslehre noch für HR. Er hat in diesem Bereich keine Expertise. Das heisst, ich muss mich schon auch fragen, ob es so geschickt war vom Polizeikommandanten, einen Verfassungsexperten mit einem solchen Gutachten zu beauftragen. Das war aus meiner Sicht der grösste Fehler von Martin Roth. Ich sage nicht, dass ein anderer Bericht nicht auch dazu geführt hätte, dass Regierungsrätin Stephanie Eymann Martin Roth auch gebeten hätte, nicht mehr zur Arbeit zu erscheinen. Aber Herr Schefer ist in diesem Bereich nun wirklich kein Experte. Das hat nichts damit zu tun, das er nicht in anderen Bereichen ein profundes Wissen hat. Aber hier ist er der falsche, und hier haben wir dann zusätzlich das Problem, dass der Bericht Schefer nur noch alleine dasteht. Wir haben alles andere dazu nicht mehr. Wir haben lediglich gehört, dass etwa 370 Personen zu ihm gegangen sind, aktive ehemalige Mitarbeitende des Korps, aber auch dass 700 nicht gegangen sind, und dass dies ja auch in einer gewissen Art und Weise gewertet werden müsste, das lässt der Bericht aussen vor.

Deshalb ist es richtig, dass wir diesen Antrag auf eine PUK ablehnen und nun die GPK arbeiten lassen. Sie soll überprüfen, ob Regierungsrätin Eymann die richtigen Schritte in die Wege geleitet hat. Zu einem späteren Zeitpunkt können wir immer noch darüber diskutieren, ob es eine PUK braucht. Ich glaube es nicht. Ich bitte Sie also, den Antrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Beda Baumgartner an? Sie wird angenommen.

Beda Baumgartner (SP): 2020 36 Stellen unbesetzt, 2023 120 Stellen unbesetzt, aber die Entwicklung der Polizei in den letzten vier Jahren war gut?

Joël Thüring (SVP): Die Frage des Unterbestandes hat damit relativ wenig zu tun. Die Frage des Unterbestandes hat viele verschiedene Gründe, unter anderem auch die geringe Wertschätzung des Parlamentes. Das ist auch in diesem Bericht Schefer gestanden, und das kommt ja meistens auch vielleicht zustande aufgrund von Interpellationen der Linken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie noch eine Zwischenfrage von Andreas Strahm annehmen? Das ist der Fall. Andrea Strahm hat das Wort.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Es ist jetzt hier immer die Rede von Regierungsrätin Stephanie Eymann. Geben Sie mir recht, dass auch HR Basel-Stadt und somit das Finanzdepartement eine ganz grosse Rolle spielt in dieser Sache, in dieser Unzufriedenheit des Korps?

Joël Thüring (SVP): Das ist ein Steilpass, das steht nämlich im Bericht Schefer auch, dass Regierungsrätin Tanja Soland verantwortlich für HR BS offensichtlich in den Prozessen Nachholbedarf hat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum zweiten Votum von Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Mein Vorredner hat gesagt an die Adresse der SP und an die Leute, die für die Untersuchungskommission sind, sie seien völlig falsch gewickelt. Ich stimme mit der SP und ich bin nicht falsch gewickelt. Darum nehme ich Bezug auf meine Vorredner.

Raffaela Hanauer hat richtig gesagt, sie verlange eine PUK, eine parlamentarische Untersuchungskommission. Aber weil die GLP jetzt wieder umschwenkt, wieder mal mit den bürgerlichen Mal stimmt, wird die PUK nicht durchkommen. Raffaela Hanauer, wir haben nur noch die Möglichkeit als Grossrat Interpellationen zu stellen, ganz viele Fragen zu stellen und ich werde auch Interpellationen stellen zur Polizei bis zum Dezember. Das Recht kann man uns nicht nehmen. Was Sie gerne in der PUK besprechen würden, müssen wir in Interpellationen als Fragen stellen.

Leider wird die Abstimmung nachher in fünf Minuten verloren gehen. Wir sind alles Politiker, daher wissen wir ganz genau, die Verantwortung trägt im Endeffekt der Minister. Aber bei der Basler Polizei tritt nie der Minister zurück, sondern es wird immer nur der höchste Polizist davongejagt, der Kommandant.

Melanie Nussbaumer hat gefragt, wie wir zu diesem Ziel kommen. Ich sehe als Grossrat nur eine Möglichkeit. Ich weiss nicht, ob ich es sagen darf, ich will keinen Ordnungsruf, aber irgendwie muss jemand einmal die Konsequenzen ziehen. Ich sammle alles in meinem Archiv. Die Basler Zeitung gibt Antwort am 17. August, auf Seite 3.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich bitte Sie, uns keine Artikel vorzulesen.

Eric Weber (Fraktionslos): Okay, aber nur einen Satz: Sie rühmte ihre Nähe zum Korps. Trotzdem hat sie von all diesen Missständen nichts mitbekommen. Das ist das Probblem, Melanie Nussbaumer. Wie kommen wir zum Ziel? Man kann nicht sagen, man sei nahe bei der Polizei, wenn man keine Ahnung hat. Ich schreibe mit vielen Leuten der Polizei und alle sagen mir, sie haben Angst, etwas zu sagen. Melanie Nussbaumer, sie haben richtig gefragt, was gemacht wurde bezüglich Sexismusvorwürfen. Da haben die Fotos aufgehängt. Sie haben richtig gesagt, dass diese Leute entlassen werden müssen. Aber der Bericht Schefer ist ja vernichtet worden und der Anwalt Sutter von der SVP hat richtig gesagt, dass er das als Jurist nicht versteht. Vielleicht sind wir ja mit Fantasiegeschichten bedient worden?

Und dann möchte ich noch sagen an die Adresse all meiner Vorredner. Sie haben alle etwas vergessen. Bei dem Bericht Schefer, den sie genannt haben, sind ja nur die Polizisten befragt worden, aber man müsste doch auch einmal die betroffenen Bürger fragen, welche Erfahrung sie mit der Polizei gemacht haben. Das ist vergessen worden. Und dort würde ich gerne auch einmal erscheinen und sagen, welche negativen Erfahrungen ich mit der Polizei gemacht habe.

David Jenny sagt richtig, dass alles vernichtet worden sei. Aber David Jenny, Sie haben nicht gesagt, wie teuer der Bericht Schefer eigentlich ist. Und wenn die grösste Partei von Basel die Untersuchungskommission verlangt, finde ich, muss man das machen. Ich habe Respekt vor zwei Parteien, das ist die SP und die SVP.

Und Lisa Mathys hat richtig gefragt, wie es zu dieser Kultur gekommen ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu Oliver Thommen, dem nächsten Einzelsprecher.

Oliver Thommen (GAB): Ich habe die letzte Stunde sehr genau zugehört und danke für die Diskussion, es war sehr spannend. Ich habe gelernt, dass sehr viel schlecht läuft bei der Polizei, dass es hier sicher Verbesserungsbedarf gibt. Es wird Antrag gestellt, das stärkste Gremium, über das wir als Parlament verfügen, einzusetzen.

Schauen wir auf die letzte PUK zurück, was ist dort eigentlich passiert, beim Biozentrum, es wurde schon angesprochen. Aber wir müssen eigentlich noch ein bisschen weiter zurückschauen, nämlich in die GPK. Ich war damals nicht Mitglied der GPK und bin auch nicht beleidigt, dass diese nicht gehört wurde. Aber die GPK hat sich über Jahre mit dem Biozentrum beschäftigt, hat über Jahre berichtet, hat Empfehlungen ausgesprochen, und nichts ist passiert. Wenn Sie den Bericht zum Biozentrum gelesen hätten, dann haben Sie sicher darin auch gesehen, dass die GPK davon ausgehen musste, dass der Regierungsrat sie falsch informiert hatte, sie nicht rechtzeitig informiert hatte, sie unvollständig informiert hatte. Sie können es nennen, wie Sie wollen. Es wurde vom Regierungsrat nicht richtig behandelt und der einzige Ausweg, den die GPK sah, war die Einsetzung einer PUK. Und das ist auch der Grund, warum es eine PUK in der Geschäftsordnung braucht, nämlich wenn die Mittel der Aufsicht erschöpft sind, dann muss eine parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt werden.

Sie haben die Mittel angesprochen, die PUK hätte mehr Kompetenzen, könnte Privatpersonen, Leitungspersonen etc. anfragen. Ich bin jetzt seit vier Jahren in der GPK, ich bin nicht beleidigt, aber ich muss feststellen, bereits im ersten Jahr, als ich dort war, haben wir ganz viele Privatpersonen vernommen, haben Whistleblower angehört, haben Berichte darüber geschrieben. Wenn Sie unsere GPK-Berichte genau lesen, dann werden Sie schnell feststellen, dass das nicht immer der O Ton des Regierungsrats ist, sondern das sind Privatpersonen, es sind zum Teil Personen aus der Verwaltung, und der Regierungsrat weiss sehr genau, dass zu uns auch Personen kommen, die über sie reden können, und das wissen diese Personen auch, denn sie werden dann nicht in die Öffentlichkeit gezerrt und müssen irgend etwas befürchten.

Diese Kompetenz hat eine GPK auch, und sie nutzt sie. Und wenn Sie jetzt sagen, aber es braucht noch mehr, denn es gibt ja Leute, die nicht im Kanton wohnen, die nicht mehr beim Kanton arbeiten. Dann muss sich Sie leider enttäuschen, das hat überhaupt keinen Zusammenhang. Sie haben ja den Bericht alle auch gelesen, wie ich jetzt gelernt habe. Im PUK-Bericht wird eine Episode erzählt, dass wir eine Kantonsangestellte vom Kanton Basel-Landschaft befragen wollten. Wissen Sie, was diese Person uns gesagt hat? Nein, wir wissen es nicht, weil sie nicht kommen durfte oder weil sie vielleicht nichts sagen durfte, oder weil sie vielleicht als Privatperson nichts sagen muss. Ich weiss es nicht. Das heisst wenn Sie Personen in einer Kommission haben, die nichts sagen wollen, bringt das Ihnen gar nichts. Wir haben ein rechtliches Verfahren, das wahrscheinlich eingeleitet wird. Wir haben ein Personalverfahren aufgrund der Freistellung. Keine dieser Personen wird etwas sagen, auch in einer PUK nicht.

Also dieser Antrag auf eine PUK bringt nichts. Machen Sie lieber einen Anzug an die GPK, in dem Sie Ihre Wünsche formulieren. Dann kann die GPK untersuchen, was Sie wünschen, und wovon Sie glauben, dass wir es nicht untersuchen. Das hier ist von mir aus gesehen ein reines Wahlkampfmanöver, und wir haben das 2020 bei der Regierungspräsidentin gesehen. Es ist einfach dieses Grossen Rates nicht würdig, wenn wir Regierungsräte einfach aus reiner Wahlkampflust durch den Dreck ziehen, ohne zu wissen, was überhaupt die Fakten sind. Ich bitte Sie hier kühlen Kopf zu bewahren und erst dann zu untersuchen, wenn es wirklich etwas zu untersuchen gibt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Melanie Nussbaumer darf eine Zwischenfrage stellen.

Melanie Nussbaumer (SP): Sie wissen schon, dass bei der Spezialuntersuchung im Zusammenhang mit dem Historischen Museum gewisse Unterlagen von der GPK nicht eingesehen werden durften, die aber extrem einzusehen wichtig gewesen wären?

Oliver Thommen (GAB): Ja, das ist möglich.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Einzelsprecherin Hanna Bay.

Hanna Bay (SP): Wir haben jetzt viel gehört. Ich möchte zuerst kurz auf das Argument des Wahlkampfs eingehen, das uns nun öfters vorgeworfen wurde. Ich möchte kurz sagen, wir haben diesen Bericht nicht bestellt. Wir haben nicht terminiert, dass dieser im Juni vor den Wahlen veröffentlicht werden soll. Das einzige, was wird hier nun verlangen ist, dass man es anschaut, trotz Wahlkampf. Die Ergebnisse einer allfälligen PUK kommen weit nach den Wahlen. Das hat nichts mit Wahlkampf zu tun, sondern mit solider parlamentarischer Arbeit.

Dann vielleicht noch grundsätzlich: Es wurde jetzt die grosse Tragweite dieser Ereignisse stark relativiert. Der Bericht Schefer, wird nun gesagt, sei gar nicht gut, sei gar nicht richtig. Man hätte das ganz anders machen müssen. Erstens glaube ich, dass ich auch aus Ihren Reihen im Juni noch ganz anderes gehört habe. Und zweitens möchte ich schon noch einmal zusammenfassen: Wir haben einen Unterbestand, der sich verdreifacht hat. Wir haben Schilderungen von potenziell strafrechtlichem Verhalten innerhalb der Organisation, die, wenn es sein muss, Schusswaffen gebrauchen darf, und wir haben Schilderungen von willkürlichen Personalentscheiden.

Ich möchte nochmals betonen, es ist nicht irgendein Amt XY, sondern es ist die Inhaberin der Staatsgewalt, eine Organisation, die über die Freiheit von Menschen entscheiden kann. Das Vertrauen in diese Organisation ist massiv geschädigt und wir müssen dieses wiederherstellen. Denn ich möchte wissen, wie es so weit kommen könnte und das geht nicht nur mit einer Flucht nach vorne, mit Massnahmen und pro futuro, sondern eben auch mit einer soliden Aufarbeitung, und dafür braucht es Transparenz, und dafür braucht es eine PUK. Wenn wir jetzt sagen, eine PUK bringe sowieso nichts, denn die Leute werden nicht kommen, sie werden nichts sagen, sie werden Amnesie haben, dann ist es eine Bankrotterklärung an unsere eigene Arbeit, und ich glaube, das dürfen wir nicht tun, und daher bitte ich Sie, dieser PUK zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: André Auderset hat sich noch für ein Einzelvotum gemeldet.

André Auderset (LDP): Nur zwei Sätze kurz zu meiner Vorrednerin. Wenn behauptet wird, dass potenziell strafrechtliche Verfehlungen von Polizisten vorliegen, dann ist das eine Frage der Staatsanwaltschaft, allenfalls einer ausserordentlichen Staatsanwaltschaft, und sicher nicht einer PUK. Im Gegenteil würde ich als Anwalt jedem, der von einer PUK vorgeladen wird und mit strafrechtlichen Vorwürfen konfrontiert wird, die Aussageverweigerung empfehlen. Das wäre auch sein gutes Recht, weil er sich ja nicht selbst belasten will. Also das ist nun mal wirklich kein Argument für eine PUK, sondern eher eines gegen eine PUK.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben keine Wortmeldungen mehr vorliegen und kommen damit zur Abstimmung. Ich erinnere daran, es ist ein spezielles Quorum. Es braucht mindestens 60 Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die an der Abstimmung teilnehmen, und dann mindestens 40 Ja-Stimmen, damit der Antrag angenommen wird.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag zur Einsetzung einer PUK, NEIN heisst Ablehnung des Antrags

Ergebnis der Abstimmung

44 Ja, 52 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004188, 11.09.24 11:04:21]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 52 Nein-Stimmen gegen 44 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

136. Eurovision Song Contest (ESC) 2025 in Basel, Ausgabenbewilligung, Ratschlag des RR

[11.09.24 11:04:34, 24.0805.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Finanzkommission beantragt Zustimmung. Das Wort geht an deren Präsidenten Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Basel «douze points» oder um es mit den Worten eines grossen Schweizer Politikers sagen zu können, Freude herrscht. Unsere Stadt darf im Mai 2025 den Eurovision Song Contest austragen und sich der Welt in einer einmaligen Form zeigen. Dieser Zuschlag für Basel ist historisch und er ist nur möglich, weil einerseits Nemo für die Schweiz in diesem Jahr den ESC gewonnen hat und andererseits ganz offensichtlich Basel das beste Dossier bei der SRG abgegeben hat. Basel ist vor Zürich, Bern und Genf, was im Fussball aktuell nicht so oft möglich ist, wird nun zumindest beim ESC möglich gemacht.

Nachdem die SRG am 30. August ihren definitiven Entscheid zum Austragungsort gefällt hat, musste es sehr schnell gehen. Der entsprechende Ratschlag wurde dem Grossen Rat in der Nacht auf Samstag übermittelt. Vorgängig bereits vereinbart wurde zwischen dem zuständigen Präsidialdepartement und der Finanzkommission, dass das Geschäft in der Folgewoche beraten wird, so dass die Finanzkommission, die gemäss Finanzhaushaltgesetz für den Nachtragskredit 2024 zuständig ist, als Kommission Ihnen heute zum gesamten Ratschlag schon berichten und beantragen kann, den Ausgaben gemäss Grossratsbeschluss 1 und 2 zuzustimmen. Für einen schriftlichen Bericht hat es aufgrund der Dringlichkeit nicht gereicht, weshalb ich Ihnen hier heute mündlich berichten muss.

Der Grosse Rat hat bereits einmal in diesem Jahr seinen Willen bekundet, dass sich Basel für die Austragung des ESC bewerben soll. Wir erinnern uns, mit einer Resolution hat der Grosse Rat im Juni den Regierungsrat mit 74 Ja-Stimmen beauftragt, wenn man es so nennen will, zeitnah alle notwendigen Massnahmen zu ergreifen, damit Basel den Zuschlag erhält. Der Regierungsrat hat daraufhin ein Bewerbungsdossier eingereicht und dieses starke Zeichen des Grossen Rates, so glauben wir, hat sicherlich im gesamten Prozess, der wahrscheinlich auch ohne diese Resolution initiiert worden wäre, genutzt, weil es das klarste Zeichen eines Parlamentes war, dass man diesen ESC haben möchte.

Denn klar ist auch, eine solche Veranstaltung ist kaum mit den schweizerischen politischen Prozessen vereinbar. Sämtliche Prozesse, wie beispielsweise auch die sogenannte § 8-Prüfung nach Finanzhaushaltgesetz mussten sehr effizient durchgeführt und abgewickelt werden. Nur dank eines sehr raschen Handels konnte dieser sehr straffe Zeitplan nun auch so eingehalten werden, dass wir heute einerseits über diesen Ratschlag befinden können und andererseits auch bei einem möglichen Referendum noch die Möglichkeit haben, dass die Stimmbevölkerung noch in diesem Jahr dazu Ja oder Nein sagen kann.

Die Anforderungen an die Host-Cities sind bei jedem ESC vorgegeben durch die European Broadcasting Union, die EBU beziehungsweise deren nationale Gesellschaft. Die Host-City muss dafür gewisse Dienstleistungen erbringen. Sie muss die Infrastruktur rund um die Show kostenlos zur Verfügung stellen, sie muss offizielle Anlässe durchführen, sie muss Side Events durchführen, Transportdienstleistungen erbringen, Hotel-Kontingente bereitstellen, die dann allerdings von den Delegationen selber finanziert werden. Und hier vielleicht auch schon einmal eine erste Zahl. Es ist so, dass alleine durch die Delegationen, die vor Ort sind für rund drei Wochen mit Übernachtungen in der Grössenordnung von etwa 40’000 Stück gerechnet werden kann. Und auch das ist ein wichtiger Punkt: Der Austragungsort muss die Sicherheit organisieren und garantieren. Diese entsprechenden Aspekte hat der Kanton dann auch in diesem Dossier, das es das sie eingereicht haben, entsprechend berücksichtigt.

Auf der Basis dieses Anforderungskatalogs wurde der Ratschlag ausgearbeitet, der Ihnen vorliegt. Die Ausgaben umfassen unter anderem die Infrastruktur und Einnahmeausfälle im Gebiet St. Jakob von 14,592 Millionen Franken, für Sicherheit, Rettung und Cybersicherheit in der Grössenordnung von 7,875 Millionen Franken, Unterkünfte und Welcomeaktionen 507 Millionen, Transport und ÖV 2 Millionen, Begleitanlässe 915’000 sowie Projektorganisation und Kommunikation in Höhe von 800’000 Franken.

Die Finanzkommission hat in der Folge im Austausch mit dem Regierungspräsidenten und den für das Projekt verantworteten Stellen diverse Nachfragen zu diesen Ausgaben gestellt, welche allesamt beantwortet werden können. Wir haben an dieser Sitzung auch mit dem Regierungspräsidenten umfangreiche Informationen erhalten. Es ist so, dass insgesamt neun Shows mit Publikum geplant sind. Es wird hierzu auch einen Ticketverkauf geben, da auch nicht nur eben Halbfinalshows und die Finalshow stattfindet, sondern eben auch öffentliche Proben, für die man Tickets erwerben kann. Daher dauert die Hauptphase des Events über eine Woche. Zur Durchführung war die St. Jakobshalle naheliegend, auch wenn dort die Kapazitäten beschränkt sind. Ergänzend zur Joggeli-Halle wurde die Ice-Arena als Medienzentrum gebucht, dort hat es Platz für uns 2000 Medienschaffende, und als besonderes Highlight der St. Jakobspark als Arena Plus in das Konzept integriert.

Die Halle selbst wird für gut acht Wochen blockiert sein. Wir wollten als Finanzkommission wissen, wie damit umgegangen wird, dass die Halle eben sehr lange nicht mehr für andere Nutzungen zur Verfügung steht. Uns wurde zugesichert, dass das Sportamt im Erziehungsdepartement, das dafür verantwortlich ist, bereits mit den Sportvereinen, die die Halle nutzen, in Gesprächen steht und nach Alternativen gesucht wird. Absagen in der Halle gäbe es mit Ausnahme der ED internen Konferenz für Lehrkräfte und einigen Maturaprüfungen wegen dieser langen Blockierung der Halle nicht. Es entstehen dadurch, dass war auch für die Finanzkommission eine Frage, keine Zusatzkosten durch die Nichteinhaltung von Verträgern.

Weiter konnte sich die Finanzkommission auch versichern lassen, dass in diesem Ratschlag keine Beiträge zur Hallenertüchtigung «versteckt» sind, welche nicht in Zusammenhang mit dem ESC stehen. Alle Einbauten, inklusive diejenigen für die Deckenlast von rund 450’000 Franken sind temporär und stehen nicht im Zusammenhang mit der bereits vom Grossen Rat bewilligten Sanierung der Halle. Gleichzeitig wird die Halle durch diesen Event, und das glaube ich ist wichtig festzuhalten, zweifelsohne einen entsprechenden Boost erfahren, was sich für künftige Buchungen wohl positiv auswirken kann. Die bereits erwähnte Arena Plus soll für ESC-Fans ohne Tickets zur Verfügung stehen, also für solche, die kein Ticket für die Halle haben. Hierfür ist der St. Jakobspark vorgesehen, in welcher die Finalshow übertragen wird und die eben auch gleichzeitig Teil der grossen Show sein soll. Hier soll die lokale Bevölkerung auch niederschwellig einen Zugang zu einem hautnahen ESC-Erlebnis erhalten. Wie das Departement gegenüber der Finanzkommission ausführte, werden die Ticketpreise dafür erschwinglich sein und das Stadion Platz für gut 34’000 Personen bieten. Durch Ticketing, Catering und Hospitality sollen die im Ratschlag dafür vorgesehenen gut 2,5 Millionen Franken wieder eingespielt werden und somit diese jetzt bewilligte Ausgabe am Schluss des Tages dann kostenneutral sein.

Zudem soll es in der gesamten Stadt und der Einbezug von Kulturinstitutionen und dem Gewerbe einen ESC für alle geben. Es wird ein umfassendes, kostenloses und frei zugängliches Rahmenprogramm in der Basler Innenstadt für die Fans und die Bevölkerung geplant. Es wird auf dem Messegelände ein sogenanntes Eurovision-Village geben, in dem die Räumlichkeiten der Messe Basel genutzt werden. Es wird dort auch einen Euro-Club geben, an welchen Partys durchgeführt werden. Die Kosten für die Durchführung dieses Villages übernimmt der Swisslos-Fonds Basel-Stadt in Höhe von maximal 2,14 Millionen Franken. Dies ist, so liess sich die Finanzkommission versichern, vereinbar mit den entsprechenden Regularien des Fonds, wenn es sich um Schwerpunktprojekte handelt. Der besagte ESC-Boulevard wird die Achse Badischer Bahnhof, Messeplatz, Mittlere Brücke, das Rheinbord links und rechts davon sowie die Steienvorstadt und auch den Barfüsserplatz umfassen. Es ist dort an verschiedener Stelle Livemusik angedacht. Es soll Stände geben. am Barfi ein Public Viewing und in der Steinenvorstadt soll es eine sogenannte Eurovision Street geben, die dann wiederum zum Bahnhof und dem Joggeli führt. Die dafür eingesetzten Finanzmittel sollen dafür auch aufgewendet werden, um gemeinsam mit der lokalen Gastronomie und dem Detailhandel eben die Stadt zu aktivieren. Auch davon sollen wiederum alle Einwohnerinnen und Einwohner von Basel-Stadt profitieren.

Fragen stellten wir als Finanzkommission auch explizit zu den Kosten für die Cyber-Abwehr, die Nachhaltigkeit und die Sicherheit, insbesondere die letzten zwei Themen Nachhaltigkeit und Sicherheit wurden ja bereits in den vergangenen Wochen in der Öffentlichkeit entsprechend breit diskutiert. Bei der Cybersicherheit ist es so, dass bei einem internationalen Event dieser Grössenordnung die Cyber-Abwehr eine sehr grosse Bedeutung hat und entsprechend braucht es hier auch Investitionen, um sich vor grösseren Cyberangriffen zu wehren. Hier muss sich die Host-City auf Angriffe einstellen und die kantonale Infrastruktur, wozu auch die St. Jakobshalle gehört, aufrüsten. Hierfür sind Ausgaben von 500’000 Franken budgetiert.

Bei der Nachhaltigkeit ist es so, dass es eines der grossen Ziele der Akteure EBU, SRG und des Kantons Basel-Stadt ist, ein Nachhaltigkeitsmanagement zu implementieren. Dabei sollen auch Synergien mit der Womens Euro 2025 genutzt werden und dieses Konzept wurde bereits im Bewerbungsdossier skizziert. und die Nachhaltigkeitsstrategie wird selbstverständlich in den nächsten Wochen und Monaten weiter ausgearbeitet. Es wird beispielsweise eine Kooperation mit den Transportanbietern gegeben, insbesondere mit der Bahn. Da spielt die Deutsche Bahn eine grosse Rolle, da ein sehr grosses Besucherkontingent aus Deutschland hierher nach Basel kommen wird, wie man aus der Vergangenheit bereits weiss. Der Umgang mit Material und Abfall sei bereits so implementiert, dass es den Standards entspricht, die wir auch an anderer Stelle im Kanton kennen. Im Bereich der sozialen Nachhaltigkeit sollen Massnahmen im Bereich der Menschenrechte und Diversität wie Sensibilisierungskampagnen bei Clubbetreibern und im Detailhandel durchgeführt werden. Angedacht sei auch eine Beschwerdestelle wie auch Awareness-Teams, und dazu soll auch ein Monitoring geführt und darüber berichtet werden.

Zum zweiten grossen Punkt, zur Sicherheit: Die Anforderungen an die Sicherheit sind bei diesem internationalen Grossanlass enorm. Das steht wahrscheinlich nicht zur Diskussion, dass das so ist. Und für die Gewährleistung der Sicherheit wird die Zusammenarbeit mit weiteren Polizeikorps in der Schweiz notwendig sein. Die Kantonspolizei Basel-Stadt verfügt über die notwendigen Erfahrungen im Umgang mit solchen internationalen Grossevents. Wir werden, das sehen Sie auch im Ratschlag, dann allerdings auch damit «leben müssen», dass selbstverständlich an den verschiedenen Veranstaltungsorten darüber hinaus auch private Sicherheitsfirmen zum Einsatz kommen werden. Aufgrund vergleichbarer Grossanlässe, Euro 08 beispielsweise, das OSCD-Ministertreffen oder auch der Zionistenkongress 2022 ist hier von zusätzlichen Kosten im grössten Ordnung von 7 Millionen Franken auszugehen. Der Kanton steht hierzu auch bereits im engen Austausch mit der Polizei Basel-Landschaft, da die Halle sich ja auf Baselbieter Boden befindet. Das finale

Sicherheitskonzept wird derzeit erarbeitet und die Anliegen der Kantonspolizistinnen und Kantonspolizisten werden in diesem Zusammenhang sehr ernstgenommen. Auch der Regierungsrat ist sich bewusst, dass die Belastung im 2025 für die Kantonspolizei mit besagter Frauen EM und ebendiesem ESC noch einmal sehr hoch sein wird.

Und schliesslich ging es in der Finanzkommission auch um die Frage der Wertschöpfung. Das Präsidialdepartement führte hieraus, dass man sich auf eine sehr aktuelle Studie aus Liverpool aus dem Jahre 2023 beziehe. Liverpool habe ein Benchmark für die Bespielung des öffentlichen Raumsgesetz. Es sei eine Wertschöpfung über 62 Millionen Franken errechnet worden. 3/4 umfassen die Ausgaben der Besuchenden und rund 1/4 die Ausgaben durch die Veranstalter. Es wurden im Zusammenhang mit diesem erste in Liverpool damals im Durchschnitt gut 600 Vollzeitstellen geschaffen. Die Stadt Liverpool hat zusammen mit dem britischen Staat gut 20 Millionen Pfund investiert. Man geht in Basel von einer eher höheren Wertschöpfung aufgrund der guten Erreichbarkeit und des höheren Preisniveaus aus. Gleichzeitig liegen aber auch die Investitionen höher. Zudem liegt hier der Fokus bei den Vergaben auf dem lokalen Gewerbe.

Ein weiterer Vergleich ist die Stadt Wien aus dem Jahre 2015. Dort wurde bei Investitionen von 17,1 Millionen Franken eine Wertschöpfung von 38 Millionen Franken generiert. Sie sehen also, meine Damen und Herren, es lohnt sich. Der Eurovision Song Contest wird ein Gewinn für Basel sein. Die Austragung wird den Namen Basel weltweit bekannt machen. Unsere Stadt wird für einige Tage zum Musikhotspot Nummer 1 werden. Die drei Live-Shows erreichen weltweit zwischen 150 und 180 Millionen Zuschauen de an den Bildschirmen sowie weitere Millionen Menschen Online. In den sozialen Medien generiert der ESC Hunderte Millionen Interaktionen. Liverpool verzeichnete 500’000 Besuchende,. die Region Basel kann wohl ähnliches erwarten. Deshalb ist ein Ja zum ESC heute nicht nur ein Ja zu diesem Event ESC, sondern auch ein Ja zum Standort Basel und zu einem Anlass, den die gesamte Bevölkerung unserer Region auf unterschiedliche Art und Weise erleben kann.

Die Finanzkommission ist sich bewusst, dass heute noch nicht alles final beantwortet werden kann und es auch noch keine komplett pfannenfertige Konzepte eben beispielsweise für die Nachhaltigkeit oder die Sicherheit geben kann. Aber wir konnten uns davon überzeugen lassen, dass alle Beteiligten mit Hochdruck daran arbeiten, dass dies möglichst bald überall präzis und klar geschehen wird und dann eben auch Gewissheit herrscht, wie diese Stadt im Mai 2025 aussehen wird.

Die Finanzkommission beantragt Ihnen deshalb einstimmig, Ausgaben von 37,464 Millionen Franken zu bewilligen und einen Nachtragskredit für die im Jahr 2024 notwendigen Vorbereitungsarbeiten in Höhe von einer Million Franken zu sprechen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Es ist gerade einmal zwölf Tage her, dass wir den Zuschlag bekommen haben von der SRG für die Durchführung des Eurovision Song Contests 2025, des grössten Musikwettbewerbs der Welt. Ich freue mich immer noch riesig über diesen grossen Erfolg für unsere Stadt Basel, für unsere Kulturstadt, für unsere europäischen Stadt, für unserer offenen Stadt, für unseren Veranstaltungsort.

Der Grosse Rat hat für diesen Erfolg bereits eine massgebliche Rolle gespielt. Sie haben damals am 5. Juni die sehr kurzfristig eingereichte Resolution von Johannes Sieber und Konsorten überwiesen, mit einem eindrücklichen Mehr 74 gegen 8 Stimmen bei 6 Enthaltungen, und diese Resolution beauftragte den Regierungsrat und gab ihm Rückendeckung, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, damit Basel nach Möglichkeit den Zuschlag für den ESC erhält. Diese Resolution die hat einiges ausgelöst, sie gab auch den Verantwortlichen bei der SRG die Sicherheit, dass die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker in der Stadt Basel und im Kanton Basel-Stadt hinter dem ESC stehen.

Es ist gelungen, mit einer ambitionierten, mit einer mutigen Kandidatur sich durchzusetzen gegen Mitbewerberinnen Genf und Zürich, obwohl diese Mitbewerberinnen bezüglich der infrastrukturellen Rahmenbedingungen wie der Hallengrösse oder dem Hotelangebot an und für sich klar im Vorteil lagen. Und dieser grosse Erfolg war nur möglich, weil alle involvierten Akteurinnen und Akteure an einem Strick in die gleiche Richtung gezogen haben, Akteurinnen und Akteure in der Verwaltung, vor allem aber auch ausserhalb der Verwaltung .Dass es möglich war, in so kurzer Frist dieses Gesamtpaket so zu schnüren, dafür gebührt sehr vielen Menschen Dank in diesem Kanton, die Geschlossenheit, sie war am Ende nach meiner Überzeugung entscheidend.

Noch einmal kurz die wichtigsten Eckpunkte des Gesamtpakets. Wir werden neben den neun Shows mit Publikum in der St. Jakobshalle am Finaltag im St. Jakobspark, also im Stadion, eine sogenannte Arena Plus einrichten. Das soll mehr sein als bloss ein Public Viewing. Wir wollen damit breiten Bevölkerungskreisen und Besuchenden, die eben kein Ticket für die Hauptshow erhalten haben, ermöglichen, hautnah am ESC teilhaben zu lassen. Ich glaube, auch diese Idee war ein entscheidendes Element in der Basler Bewerbung. Diese Arena Plus soll für den Kanton kostenneutral sein. Die Kosten in der Grössenordnung von rund 2,5 Millionen Franken werden über Ticketing-, Catering- und Hospitalityerträgen gedeckt.

Darüber hinaus soll der ESC ein Fest für die ganze Bevölkerung werden. So ist in der Stadt ein umfassendes Begleitprogramm geplant,. das Eurovision Village mit den Public Viewings und dem Musikprogramm, der Euro-Club für die

Partygäste in den Räumlichkeiten und im Risiko auch der Messe Basel. Die Kosten für das Eurovision Village, dass man betreten kann ohne Ticket, das frei ist für alle, übernimmt der Swisslos-Fonds Basel.Stadt, Kosten in der Höhe von 2,14 Millionen Franken,. etwas im besten Sinne wirklich für die ganze Bevölkerung. Dann möchten wir in der Steinenvorstadt eine Eurovision-Street realisieren, auf dem Barfüsserplatz prominent eine Bühne aufbauen, auf der sich lokale und auch nationale Künstlerinnen und Künstler präsentieren und entsprechend auch vom ESC profitieren können.

Ich bin ganz davon überzeugt, dass dieser ESC in Basel in mehrfacher Hinsicht eine grosse Chance darstellt. Ich möchte drei Punkte nochmals herausstreichen: Erstens bietet der ESC die Chance, ein Millionenpublikum zu erreichen und dieses Millionenpublikum von den Qualitäten der Stadt zu überzeugen. Basel wird sich einem Weltpublikum als europäische, weltoffene Kulturstadt präsentieren können, als moderner attraktiver Veranstaltungsort zeigen können. Und die erwartete mediale Ausstrahlung ist enorm. Ich habe da auch noch ein paar gigantische Zahlen, aber es ist gut, sie sich ab und zu wieder zu vergegenwärtigen. Der ESC Malmö, das war 2024, erreichte weltweit über 160 Millionen TV-Zuschauende und über 80 Millionen Youtube-User. Der Werbewert der Veranstaltung wurde beziffert mit 805 Millionen Euro. Auch wenn das nicht ganz exakte Wissenschaft ist, diese Wertschöpfungsstudie, die Wertschöpfungen sind gigantisch.

Und das ist auch gleich der zweite Grund, wir haben es schon gehört, beim ESC 2023 in Liverpool betrug die Wertschöpfung in Hotellerie, Gastronomie, Detailhandel sowie infolge von Aufträgen der Veranstaltung beim lokalen Gewerbe ganze 62 Millionen Franken. Liverpool verzeichnete rund 500’000 Besuchende, die eigens für den Anlass nach Liverpool kam, es waren 175’000 Hotelzimmer im Mai belegt und, das ist fast das wichtigste, bei einer Umfrage sagten mehr als Zweidrittel der Besuchenden, nämlich derjenigen, die zum ersten Mal in Liverpool waren, dass sie wiederkommen wollen, dass sie die Stadt noch einmal besuchen wollen. Auch das ist keine exakte Wissenschaft, aber dennoch ein ganz klares Zeichen, dass wir hier einen nachhaltigen touristischen Effekt erreichen können.

Und drittens soll und wird der ESC in Basel ein Fest der Toleranz werden, eine Fest der Toleranz für die ganze Bevölkerung. Vom umfassenden kostenlosen Begleitprogramm sollen alle Baslerinnen und Basler profitieren können, sollen auch die Basler Kulturinstitutionen, die in das Programm einbezogen werden, profitieren können und mit seinem bekanntermassen vielfältigen Publikum bietet der ESC Basel auch die grosse Chance, sich als offene und inklusive Gastgeberin zu präsentieren und auch die eigene Bevölkerung nochmals weiter für Themen wie Diversität und Gleichstellung zu sensibilisieren.

Zur Austragung der ESC 2025 beantragt der Regierungsrats Ausgaben in der Höhe von Netto 34,964 Millionen Franken. Das ist natürlich viel Geld. Der Eindruck relativiert sich jedoch insofern, als sich die Ausgaben auf Leistungen der SRG und zur Schaffung idealer Rahmenbedingungen in der Stadt konzentrieren. Ich möchte kurz noch auf die zwei grössten Ausgabenposten eingehen. Der Präsident der Finanzkommission hat ja hier schon auch vertieft informiert. Den grössten Budgetposten machen mit gut 14,5 Millionen Franken, die Ausgaben für die Infrastruktur, für Dienstleistungen und Einnahmenausfälle im, wie wir es nennen, Gebiet St Jakob aus. Dazu zählen temporäre Bauten, die Installation dieser temporären Deckenverstärkung Crown Support in der St. Jakobshalle, dann aber auch die weiteren Infrastrukturen im St Jakob-Areal, die benachbarte Eishalle St. Jakobs-Arena, sie wird als Medienzentrum dienen, das Parkhaus, die Parkbuchten werden für logistische Zwecke für die Platzierung der zahlreichen TV-Übertragungswagen genutzt. Die Host-City wird diese ganzen kantonalen Infrastrukturen kostenlos zu Verfügung stellen. Entsprechend veranschlagen wir dafür einen Betrag, sozusagen entgangene Einnahmen, und das ist der Betrag, den man ansonsten im selben Zeitraum durch Vermietungen wohl hätte erwirtschaften können.

Die Anforderungen an die Sicherheit sind gross, auch der Cyber-Abwehr kommt bei diesen Events eine zunehmend wichtigere Bedeutung zu. Um die Sicherheit voll gewährleisten zu können, sind Ausgaben von insgesamt 7,875 Millionen Franken veranschlagt und klar ist, auch die Kantonspolizei des Kantons Basel-Stadt wird dabei massgeblich von Sicherheitskräften aus anderen Kantonen unterstützt.

Ein Wort möchte ich noch sagen zum Verfahren. Der Präsident der Finanzkommission hat es auch schon sehr deutlich gesagt, an und für sich ist so ein Event nicht tauglich für unser direktdemokratisches Verfahren. Man muss es so sagen. Und dennoch war es für mich von Anfang an klar, wir müssen sämtliche demokratische Schritte einhalten. Der ESC muss voll demokratisch legitimiert sein in diesem Kanton. Da dürfen wir keine Abstriche machen, auch wenn die Dringlichkeit vielleicht die Versuchung gross machte, in die Trickkiste zu greifen. Wir haben die Trickkiste, das war von Anfang an eine Prämisse zugelassen. Wir wollen seriös die Abläufe, die demokratischen Abläufe wahren. Das ist gelungen Dank vor allem auch Ihrer Flexibilität. Sie haben heute das Geschäft für dringlich erklärt. Die Finanzkommission hat sich bereit erklärt, sehr kurzfristig zu tagen, hat sich bereit erklärt, trotz des hohen Volumens nicht schriftlich, sondern mündlich zu berichten. Das alles war notwendig, damit wir die eng getaktete Zeittafel überhaupt irgendwie einhalten können.

Wir haben sämtliche Prozesse eingehalten, wir haben sie einfach beschleunigt. Joël Thüring hat es auch schon erwähnt, auch verwaltungsintern, die wichtige sogenannte § 8-Prüfung, also die Prüfung auf Einhaltung des Finanzhaushaltgesetzes, wurde durchgeführt. Sämtliche internen Konsultationen wurden durchgeführt, damit alle Verwaltungsstellen sich auch entsprechend äussern können und mit ihren Anliegen auch im Ratschlag abgebildet sind. Die parlamentarische Beratung, wie schon erwähnt konnte, kann durchgeführt werden. Heute ist ein wichtiger Tag. Es ist einfach wichtig, dass wir heute entscheiden. Ich werde deshalb meine Kolleginnen und Kollegen bitten, bei den mündlichen Interpellationsbeantwortungen

so schnell zu sprechen, wie vorher der Sprecher der Finanzkommission und mich selbst kurz halten. Denn wie Sie auch wissen, es gibt ja im Raum die Ankündigung eines möglichen Referendums. Die Frist für die Ergreifung des Referendumsfrist startet mit Publikation im Kantonsblatt. Das wird am Samstag sein, dann laufen diese 42 Tage, und falls das Referendum zustande kommt, wird es möglich sein, dass die Stimmbevölkerung am 24. November, am regulären Abstimmungstermin, abstimmen kann über diese Kreditvorlage. Das ist direkte Demokratie und ich. freue mich wirklich, dass wir es schaffen, in unserem System, das ja oft als träge verschrien wird, auch so einen Anlass, mit kurzen Fristen, politisch entscheiden zu können, stemmen zu können, ohne dass wir eine Einschränkung in Kauf nehmen bei der demokratischen Mitbestimmung. Das finde ich ist ganz wichtig, vor allem auch aus Respekt vor denjenigen Leuten, die nicht ganz so begeistert sind von diesem Anlass, auch die gibt es und auch die sollen Gehör finden in dieser Debatte, auch wenn hoffentlich bei ganz vielen die Begeisterung und das Ergreifen dieser grossen Chance als tolle Gelegenheit überwiegt.

Nun ich bin überzeugt, Sie haben es gehört, dass die kantonalen Investitionen von insgesamt rund 35 Millionen Franken wirklich Investitionen sind, sich auszahlen werden für Basel, dass wie eine einmalige Chance haben, jetzt einen Anlass dieses Kalibers in Basel durchzuführen und dass wir uns diese grosse Chance nicht entgehen lassen wollen, sondern im Gegenteil, sie gut nutzen wollen für Basel.

Ich danke Ihnen wirklich für Ihre Flexibilität, ich danke der Finanzkommission für die intensive einlässliche Beratung trotz kurzer Fristen und ich bitte Sie, der Finanzierungsvorlage, wie beantragt, zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Für die SVP hat sich zuerst gemeldet Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Ich bin bei Geschäften schon mit grösserem Enthusiasmus als Fraktionssprecher hier vorne gestanden als bei diesem 35 Millionen-Kredit. Wir haben uns sehr intensiv mit diesem Geschäft in der SVP-Fraktion auseinandergesetzt und sehr wohl Pro und Kontra diskutiert. Nach dieser Diskussion war es dann aber so, dass die Mehrheit der SVP-Fraktion diesen Antrag unterstützt und den Kredit über 35 Millionen damit heute auch unterstützen wird und es ist auch so, auch aufgrund der Deutlichkeit dieses Votums in der Fraktion, dass für unsere Partei die Unterstützung eines Referendums nicht im Raum steht.

Sie können sich vorstellen, dass dabei nicht primär künstlerische Fragen diskutiert wurden. Über Geschmack lässt sich bekanntlich nicht streiten, und Geschmack ist auch keine Frage von politischer Ausrichtung. Vielmehr haben wir natürlich schon zur Kenntnis genommen, wie der Anlass in Malmö politisch missbraucht wurde. Antisemitische Proklamationen und Aktionen in der Stadt des ersten Zionistenkongresses wären nicht nur enorm peinlich, es wäre auch enorm kontraproduktiv. In Malmö sind Dinge passiert, von denen wir hoffen müssen und erwarten müssen, dass sie hier sich nicht wiederholen, Und da gerade auch bereits mein Aufruf an die Regierung, zusammen mit den Veranstaltern alles zu unternehmen, dass man die richtigen Lehren zieht aus dem, was in Malmö schief gelaufen ist und sicherstellt, dass sich solches in Basel nächstes Jahr nicht wiederholen möge.

Warum unterstützt jetzt die SVP trotzdem diesen 35 Millionen-Kredit? Erstens sind natürlich ganz klar wirtschaftliche Gründe im Vordergrund. Dass das Gewerbe, nicht nur das Gastgewerbe, sondern auch anderes Gewerbe profitieren wird von dieser Veranstaltung, das ist für uns klar, die Zahlen haben wir gehört von den letzten Events. Das ist für uns nachvollziehbar und für den Werkplatz Basel, für den Wirtschaftsstandort Basel ganz sicher eine grosse Chance. Was für uns noch viel wichtiger ist jedoch, das ist die Frage der Reputation. Das ist die Frage der Strahlkraft der Marke Basel in der Welt. Seien Sie ehrlich wie viele Male haben Sie in den letzten Jahren unabhängig von der Durchführung des ESC an Malmö gedacht? Wie viele Male haben Sie den Stadtnamen Malmö gebraucht, wenn es nicht um den ESC ging? Ich selbst während Jahren nie. Das geht Basel nicht viel anders. Basel hat in der Welt keine grössere Bedeutung als Malmö. Aber Basel hat die gleiche Chance an Strahlkraft zu gewinnen wie Malmö in diesem Jahr. Die Zahlen dazu, wie viele Zuschauer mitmachen, haben wir gehört, die sind glaubwürdig. Damit kann man Basel auch als Standort für anderes positionieren als nur Events, Messen und dergleichen.

Basel ist ein wichtiger Pharmaforschungsplatz. Wenn wir Talente anziehen wollen, dann müssen wir nicht nur gute Forschung betreiben, sondern wir müssen auch dafür sorgen, dass die guten Talente aus Übersee wissen, wo Basel überhaupt ist. Basel erscheint auch auf der Weltkarte des Durchschnittsamerikaners auch dann nicht, wenn er an einer guten Universität Biochemie studiert hat.

Solche Events, solche Chancen, die sich hin und wieder sehr selten bieten, die müssen wir dazu nutzen, um genau uns als Stadt, uns als Marke Basel in der Welt zu positionieren. Und die Mehrheit der Fraktion möchte, wie ich bereits gesagt habe, bei dieser Positionierung mitmachen und unterstützt die 35 Millionen.

Ich habe jetzt die 35 Millionen mehrfach betont, weil wir natürlich auch davon ausgehen wollen, dass es dann bei 35 Millionen bleibt. Unsere Erwartung ist ganz klar, dass da nicht ein Nachtragskredit kommen wird. Wir haben gewisse

Hoffnungen, es handelt sich ja nicht um ein Bauprojekt und wir haben Vertrauen in den zuständigen Regierungspräsidenten, dass er dazu schaut, dass die Zahl von 35 Millionen wirklich eingehalten wird.

In diesem Sinne also von der SVP ein Ja zu diesem Geschäft.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die GLP spricht Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Im Gegensatz zu meinem Vorredner bin ich noch selten mit so viel Enthusiasmus bei einem Geschäft dabei gewesen und freue mich, dass wir es hier behandeln können. Ich möchte mich ihm aber trotzdem anschliessen, denn er hat alles Positive bereits gesagt, das kann ich unterstreichen. Von Regierungsrat Conradin Cramer möchte ich wissen, in welche Trickkiste er denn greifen könnte, um das anders zu organisieren. Das könnte er vielleicht noch ausführen. Aber eigentlich möchte ich ihm und seinem Team gratulieren, dass er es hinbekommen hat, in dieser kurzen Frist eine Bewerbung einzureichen, die dann auch noch den Zuschlag bekommen hat. Das ist ein Riesenerfolg.

Die GLP freut sich in diesem Sinne für die Zusage zur Austragung des Eurovision Song Contests in Basel und unterstützt den Ratschlag der Regierung für die Ausgabenbewilligung. Wir sind überzeugt, dass die Veranstaltung und das Rahmenprogramm einen positiven Impact auf die Region hat. Basel als Tourismusstandort, Hotels und Gastronomie werden von dieser Veranstaltung profitieren. Wir erwarten, dass bei der Umsetzung des vom Kanton finanzierten Rahmenprogramms das hiesige gebe Gewerbe, namentlich auch die Kreativwirtschaft, berücksichtigt wird, so dass sie Wertschöpfung in der Region bleibt.

Nicht zuletzt möchten wir darauf hinweisen, dass die Veranstaltung punkto Sicherheit ein besonderes einen besonderen Effort der Polizei mit sich bringen wird und wir danken Ihnen jetzt schon für diesen Einsatz. In diesem Sinne herzlichen Dank und wir unterstützen selbstverständlich diesen Antrag.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:*Für die SP hat die Jessica-Brandenburger das Wort.

Jessica Brandenburger (SP): Frei nach Nemo «Welcome to the show, let everybody know that Basel is ready for Eurovision». Wir haben es bereits gehört, welche vielseitige Chance der ESC für Basel sein wird, für die verschiedenen Betriebe, für unsere lokalen Künstler:innen, für Musikfans und für die Menschen, die einfach Freude haben, wenn ein bisschen etwas läuft in der Stadt.

Das vorliegende Konzept verspricht etwas für alle. Wir sprechen heute eine grosse Summe Geld und damit auch unser Vertrauen an das Team aus, das sich dieser grossen Aufgabe angenommen hat, diesen Event auf die Beine zu stellen. In kurzer Zeit ist schon eine Menge sehr gute Arbeit geleistet worden. Stellen Sie sich vor, es würde immer in dieser Effizienz gearbeitet werden, unser Kanton wäre ein anderer.

Wenn man einen solchen Anlass, wenn man die Welt zu sich einlädt oder einfach Europa wie bei der Eurovision, dann hat man eine grosse Verantwortung. Es ist fast unmöglich, alles so zu organisieren, dass es allen passt. Und je nach Weltlage, das hat man in Malmö gut gesehen, werden internationale Konflikte dann auch auf diese Anlässe projiziert. Das ist schade für den Anlass, aber das kann man wahrscheinlich nicht ändern. Dazu gibt es aber Regeln, die von der European Broadcast Union erlassen werden und auch durchgesetzt. Da müssen wir uns als Parlament keinen Kopf darüber machen. Wir sind nicht die Person, die die Anlässe verantworten, die die Regeln machen. Das haben wir auch im Frühling gesehen. Wenn sich jemand nicht an die Regel hält, dann darf er da einfach nicht mitmachen.

Und darum fände ich es schön, wenn wir hier drinnen nicht die härtesten Kritiker:innen dieser einmaligen Chance für unseren Kanton wären. Ich möchte die kritischen Stimmen hier drin auch daran erinnern, dass wir als Parlament im vergangenen Juni gemeinsam mit einer sehr grossen Mehrheit eine Resolution verabschiedet haben, in der wir uns ganz klar für eine erste-Bewerbung ausgesprochen haben. In den kommenden Monaten haben wir nun die Chance zu zeigen, dass wir fähig sind, einen Anlass auf die Beine zu stellen, der die Menschen zusammenbringt, der Grenzen überwindet und das Gemeinsame ins Zentrum stellt.

Denn was bleibt am Ende übrig von so einem riesigen Event? Was ist noch da, wenn der letzte Scheinwerfer erloschen, das letzte Glas Prosecco ausgetrunken und der letzte Glitzerstaub von der Bühne gewischt worden ist? Es sind die Erlebnisse, die die Menschen in unserer Stadt haben werden. Es wird das Gefühl sein, dass sie hatten, als sie die Events-rund um den ESC besucht haben. Und das hat ganz viel mit der Organisation zu tun. Werden Sie sich am Bahnhof zurecht finden? Werden sie nach der Partynacht einen Bus oder ein Tram haben, das sie sicher ins Hotel fährt? Werden sie öffentliche Toiletten finden, werden die sauber sein? Wird es ein Careteam geben? Wird es ein Konzept geben, das sicherstellt, dass der öffentliche Raum so ist, dass sich alle zurechtfinden? Wird das Careteam auf homophobe Angriffige geschult sein oder

auch auf sexuelle Übergriffe, die leider auch zu erwarten sind? Wird das alles so organisiert sein, wie wir uns das vorstellen? Darum geht es. Werden sich die Menschen in unserer Stadt wohlfühlen?

Ich bin sicher, dass das Team des ESC das alles verantworten wird und dass es so kommt, wie wir uns es vorstellen. Damit wir unseren Gästen die bestmögliche Erfahrung bieten können, braucht es zum einen den finanziellen Rahmen, den wir heute sprechen können, und zum anderen das Vertrauen, dass sie das schaffen

Wir möchten als SP-Fraktion diese Ausgabenbewilligung unterstützen und wir möchten auch unser Vertrauen aussprechen und ich hoffe, Sie tun das alle auch.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GAB): Wir überbieten uns hier mit Superlativen, aber auch meine Fraktion findet es toll, dass es Basel geschafft hat, den ESC hierher zu holen. Es ist eine gute Gelegenheit für Basel zu beweisen, dass solche Grossevents nachhaltig gestaltet werden können und dies in einem ökologischen Sinne, in einem sozialen Sinne und auch in einem wirtschaftlichen Sinne. Ansätze davon können wir bereits im Ratschlag lesen, doch möchte ich nochmals betonen, im ökologischen Sinne ist es wichtig, dass wir erreichen, dass ein Grossteil der Gäste und der Gästinnen, welche nach Basel kommen, dies mit dem Zug machen. (Gästinnen steht im Duden, für alle, die sich aufregen.) Und es ist auch wichtig, dass wir im Nahbereich bei diesen kurzen Wege, welche wir in Basel haben, die Fuss- und Veloinfrastruktur ausbauen und nicht nur an den ÖV denken, aber auch an den ÖV. Machen wir dort, was möglich ist im Nachhaltigkeitsbereich.

Es braucht aber auch die soziale Nachhaltigkeit. Der öffentliche Raum wird heute schon vielseitig genutzt. Es ist extrem wichtig, dass wir diese vielfältige Nutzung auch während der ESC-Zeit sicherstellen können. Lernen wir aus den Fehlern, welche andere Städte gemacht haben. Wir haben es jetzt gerade wieder in Paris gesehen, wo es unschöne Szenen gab. Diese gilt es zu verhindern. Es braucht auch aber die wirtschaftliche Nachhaltigkeit, wir haben das schon ausführlich gehört. Wir müssen da mit Partnern zusammenarbeiten, wir müssen Projekte aufgleisen, die mittel- und langfristig Wirkung zeigen in Basel.

A propos Investieren in die Wirtschaft: In der Fraktion haben wir auch die Verwendung der Swisslos-Fondgelder eingehend diskutiert. Mein Kenntnisstand ist, dass diese Gelder, die nun beim Swisslos-Fonds eingesetzt werden für den ESC nicht nachteilig sind für die Kultur, das heisst, dass immer noch gleich viel Geld wie üblich für die Kultur zur Verfügung steht. Es ist einfach zu betonen, dass das sehr wichtig ist. Es darf nicht zu einem Verteilkampf kommen. Der ESC ist ein Supplement, welches wir jetzt stemmen müssen im nächsten Jahr.

Wir haben hier eine grosse Chance und ich finde, wir sollten sie nutzen. Die Fraktion unterstützt den Ratschlag und bittet Sie, dem Nachtragskredit zuzustimmen.

Ich möchte noch ein ganz persönliches Wort sagen, wir haben in der Fraktion auch noch kurz darüber gesprochen. Ich möchte hier noch die Polizei nennen. Sie werden eine grosse Arbeit leisten, sie haben grosse Einschränkungen und ihnen gebührt ein grosses Dankeschön schon im Voraus, dass sie das ermöglichen, dass das hier in Basel stattfinden kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Annina von Falkenstein für die LDP.

Annina von Falkenstein (LDP): Crossing Borders, das ist ein sehr verheissungsvolles Motto, das für den ESC 2025 und dessen Austragung in Basel im Raume steht. Diversität, Austausch, Offenheit, Neugier und Verbundenheit schwingen mit. Das sind alles Dinge, die die Welt sehr gut gebrauchen kann aktuell.

Diese Werte sind in Basel nicht nur bekannt, sondern sie werden auch gelebt bei uns. Das ist schon eine sehr gute Grundvoraussetzung, um den ESC bei uns durchzuführen. Zusammen mit der in Aussicht gestellten Wertschöpfung unmittelbar während diesem Anlass, aber auch durch die Profilierung als Städtereisedestination sind das sowohl gesellschaftliche als auch wirtschaftliche Argumente, die für die Unterstützung dieses Ratschlags sprechen.

Einen Grossanlass wie diesen darf man dennoch nicht unterschätzen. Er wird ziemlich aus dem Boden gestampft aktuell. Unsere bereits angeschlagene aber dennoch noch funktionsfähige Polizei würde Unterstützung aus anderen Kantonen erhalten, wie das bei solchen Grossevents, die Basel gut kennt, gang und gäbe ist. Dennoch kommen mit dem ESC und der Womens Euro gleich zwei Grossanlässe auf Basel zu, die die Polizei beanspruchen und die sie makellos stemmen muss.

Dass die Gewährung der Sicherheit und die entsprechenden Möglichkeiten jedoch von Beginn an in die Planung des ESC einbezogen wurden, stimmt optimistisch. Der Ratschlag und die ausführliche Stellungnahme zum Thema Sicherheit bestätigen dies. Auch die Bewohnerinnen und Bewohner von durch den ESC stark tangierten Quartieren werden nächsten

Mai einiges aushalten müssen. Das gehört zu Grossanlässen dazu. Die bis dato sehr souveräne Planung stimmt uns zuversichtlich, dass durch eine klare und frühzeitige Kommunikation die Betroffenen über die besonders intensiven Daten und Zeitfenster informiert werden, um nach Möglichkeit Vorbereitung machbar zu machen.

Neben unserem Kanton und der umliegenden Region hat auch unsere viel diskutierte Joggelihalle die Chance zu demonstrieren, was sie tatsächlich kann. Dass unsere Halle den Zuschlag für diesen Anlass von Weltformat erhalten hat, ist toll. Jetzt gilt es, diese Chance zu nutzen und die Halle bekannter zu machen und international aufzuwerten.

Alles in allem ist der uns vorgelegte Ratschlags stimmig. Er ist gut aufgebaut, behandelt die wichtigen Themen und nimmt auch bereits zu den Themen Nachhaltigkeit, Soziales und Einbezug der lokalen Bevölkerung Stellung. Das sind Punkte, die in unserem Kanton dazu gehören und wichtig sind. Etwas bedauernswert ist es jedoch, dass anhand dieses Ratschlags gezeigt wird, wie rasch qualitativ hochwertige Projekte, die sogar Departement übergreifend erarbeitet werden, entstehen können. Bei anderen Geschäften, die eine längerfristige Auswirkung haben, entsteht leider oft der Eindruck, dass es sehr kompliziert ist. Wir gehen aber jetzt einfach davon aus, dass es dem klar abgesteckten Projektcharakter geschuldet ist, dass hier solch ein Tempo und sehr qualitativ hochwertige Resultate an den Tag gelegt werden.

Bei aller Skepsis, die man gegenüber diesem Grossevent hegen mag, so viele Leute trauern immer wieder den abgewanderten oder verschwundenen Messen nach. Hier haben wir jetzt zwar keine Messe, sondern einen Grossevent, der unsere Stadt ebenfalls belebt, beflügelt und die hiesige Beherbergungsbranche, die Gastronomie, unsere Kulturangebote und den Detailhandel ankurbeln wird. Und das wird der Fall sein, auch wenn Wertschöpfungsprognose keine ganz exakte Wissenschaft ist. Die Chance, den ESC 2025 bei uns in Basel durchzuführen, sollten wir ergreifen und frei nach dem ESC 2025 Motto bereit sein, unsere eigenen Gedankenborders zu crossen. Vielen Dank für die Unterstützung dieses Ratschlags.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Franz-Xaver Leonhardt hat das Wort für die Fraktion die Mitte/EVP.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Ich bin einfach glücklich, dass ich hier stehen darf. Es war wie vor zwölf Tagen, als hier die Pressekonferenz stattfand. Es war hier alles voll fast so voll wie jetzt, mit Medienleuten, mit Kameras. Es war eine Freude, Basel stand im Fokus und diese Freude trage ich in mir, weil es einfach super ist. E steht für Europa, S wie Singen und C wie Turnier. Wir sind in Europa, singen verbindet, C ist wie das Schwingerfest, ein Turnier, jemand gewinnt. Es ist einfach wunderbar und ich möchte mich beim Team bedanken. Es ist hervorragend, wie wir in kurzer Zeit diesen Spirit auch in die Bewerbung hineinbringen konnten, wir Hoteliers haben auch einen Teil dazu beigetragen, weil wir die Kontingente zu fairen Preis vermittelt haben.

Aber eigentlich möchte ich hier dem Verursachen, dass wir überhaupt hier diskutieren, danken, nämlich Nemo. Er hat als Künstler überzeugt, ich habe es einige Male geschaut im Nachhinein. Es war eine wunderbare Performance. Es ist ein Schweizer. Ich finde jetzt wichtig, wir haben die Herausmachung unter den Städten gewonnen, gegen Bern-Biel, gegen Zürich, gegen St. Gallen, gegen Genf. Die Entscheidung für Basel ist gefallen, aber die Schweiz ist Gastgeberin dieses Anlasses. Das wollen wir nicht vergessen. Die Schweiz hat gewonnen, nicht Basel. Wir sind nur Gastgeber und Gastgeber waren wir schon vor ganz langer Zeit mit einer wunderbaren Folge. Hier in Basel hat das Konzil stattgefunden. Sie sind von Rom hierhergekommen, und der Effekt ist, dass wir uns als Gastgeber beweisen konnten. Und der neue Papst wurde gewählt und die Basler haben ihn gefragt, lieber Papst, du hattest es ja gut hier, dürfen wir eine Universität gründen? Und er hat gesagt, ja, ihr wart so toll, der Papst gibt die Erlaubnis, eine Universität zu gründen. Wir haben die erste Universität der Schweiz, und das ist eine Wertschöpfung, die wir heute noch haben. Das muss ich euch nicht erklären.

Auch etwas, das ich als kleiner Bub erlebt habe, die Grün 80. Wir reden heute immer noch von der Grün 80, und das hat so lange Wirkungen. Das ist ganz wichtig. Ich habe dem Kommissionspräsidenten zugehört. In der Joggelihalle muss nur eine Veranstaltung verschoben werden. Eine für drei Wochen. Also das heisst, wir haben noch ein Problem mit dieser Halle. Diese Halle ist toll, sonst wären sie nicht hierhergekommen. Und ich bin überzeugt, die Verantwortlichen in Malmö haben das gesagt nach der ersten Veranstaltung. Malmö vor sieben Jahren, seitdem ist die Halle immer ausgebraucht. Und es ist noch nicht lange her., dass wir den Nachtragskredit gesprochen haben. Ich bin überzeugt, nach dem ESC wird die Joggelihalle Erfolg haben.

Wenn wir in Basel alle an einem Strick ziehen, können wir ein grosses Fest machen, nicht nur das Fest von Beat Jans, dem Bundesrat, das ist auch schnell gegangen, aber das war keine so grosse Kiste. Aber diese Kiste ist enorm und ich bin überzeugt, wir werden den ESC in unser Herz schliessen, weil es war ein Teil von Basel, dieser Anlass wird Basel zusammenhalten und in diesem Sinn freue ich mich um jede Stimme für diesen Anlass.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum letzten Fraktionssprecher und das ist Erich Bucher.

Erich Bucher (FDP): Ich gratuliere dem Regierungsrat, der Verwaltung und sämtlichen Beteiligten, die es geschafft haben, mit sehr guter Arbeit den ESC nach Basel zu bringen. Bravo, wirklich super. Die Vorteile, aber auch die Bedenken werden heute transparent von Ihnen allen Vorrednern bestens dargestellt. Hier gibt es eigentlich nichts mehr hinzuzufügen. Ich teile diese alle.

Eines möchte ich trotzdem noch hervorheben. Für die FDP-Fraktion ist es wirklich wichtig, dass dieses Budget dann wirklich eingehalten wird und nicht überschritten wird. Aber alles in allem, die FDP-Fraktion freut sich auf diesen Grossanlass und wird dem Ratschlag zustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum ersten Einzelsprecher Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Es wird Sie vielleicht überraschen, aber auch ich habe eine Kreuztabelle. Meine Partei hat in Zürich und Bern Listenverbindung mit der EDU. Nationale Aktion gegen die Befremdung von Volk und Heimat hat die Listenverbindung und ich muss mich natürlich als Vertreter von dieser Partei auch an die Kreuztabelle halten, weil ich auch meine Chefs habe. Darum bin ich von dieser Partei, die mit für das Referendum. Es hat nichts mit Spielverderbern zu tun. Ich habe Ihnen erklärt, von welcher Partei ich komme, von der Nationalen Aktion, Schweizer Demokraten, die zusammen ist mit der EDU. Darum muss ich als Grossrat Rückweisung und Nichteintreten beantragen.

Ich persönlich habe selber Angst vor einem Terroranschlag. Ich habe den Ratschlag gelesen von der Regierung, es steht natürlich nicht drin, wie viele Freitickets wir Grossräte bekommen, aber dass die Regierung 150 Freitickets bekommt, das ist klar. Ich habe das alles abgeklärt, und das ist nicht okay. Es steht auch nicht da drin, was der Kanton Basel-Landschaft zahlt. Der Ratschlag ist unausgeglichen und ich verlange als Grossrat, dass wir Grossräte freie Tickets bekommen und nicht nur die Regierung.

Darum sagen wir von der EDU und von den Schweizer Demokraten, kein Steuergeld für den ESC. Wir rufen auf, sämtliche Staatsbeiträge für die Durchführung des ESC in der Schweiz dem Volk zur Abstimmung vorzulegen. Wir sagen auch Nein zur Geldverschwendung. Der Kanton Basel und die Stadt Basel kämpfen mit grosser Mühe um ausgeglichene Budgets. Es stehen überall wichtige Investitionen an und die Bevölkerung…

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Bitte lesen Sie uns das nicht alles vor.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber ich möchte trotzdem die Gründe noch nennen. Die Gelder dürfen nicht durch einen ungeplanten Kredit an den ESC in Millionenhöhe gefährdet werden. Der ESC setzt hohe Millionenbeträge um. Da kann es nicht sein, dass die öffentliche Hand derart hohe Staatsbeiträge auf Kosten der Steuerzahler sprechen muss. Ich habe das recherchiert. Ich bin in Kontakt mit einem Referendumskomitee. Die Unterschriften werden gesammelt oder sind schon teilweise vorhanden. Der Referendumsbogen ist gedruckt.

Meine Vorredner haben die Probleme mit den Demonstrationen angesprochen. Leider hat sich der ESC immer mehr zu einer Veranstaltung entwickelt, bei der Antisemitismus salonfähig geworden ist. Sie wissen, welche Anfeindungen die Sängerin bekommen hat beim ESC 2024 in Schweden. Die Israelis wurden von anderen Delegationen gemobbt, ausgebuht und konnten nur unter hohen Sicherheitsvorkehrungen überhaupt an den Tagungsort gelangen.

Der ESC hat sich zu einem Anlass entwickelt, an dem nicht mehr die Musik im Zentrum steht, sondern Politshow und destruktive Umtriebe. Es ist unser Recht, dass wir ein Referendum ergreifen. Darum sind wir in der Schweiz, und über das Referendum wird am 24. November abgestimmt. Man weiss, aus welcher Partei ich komme. Darum beantrage ich Rückweisung und Nichteintreten und ich werde gegen den ESC stimmen am Schluss.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Interpretiere ich Sie richtig, Sie beantragen Rückweisung an den Regierungsrat?

Ich danke für Ihre Geduld. Wir fahren am Nachmittag fort mit diesem Geschäft und den beiden eingetragenen Wortmeldungen. Danach werden die Interpellationen behandelt.

Schluss der 25. Sitzung

12:02 Uhr

Protokoll

der 26. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 11. September 2024, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Anina Ineichen (GAB), Edibe Gölgeli (SP)

Verhandlungsgegenstände:

136. Eurovision Song Contest (ESC) 2025 in Basel, Ausgabenbewilligung, Ratschlag des RR ... 3
27.1. Interpellation Nr. 90 Gianna Hablützel-Bürki betreffend Versicherung von Asylbewerbern bei den Krankenkassen - Transparenz über Kosten der Kantone ... 7
27.2. Interpellation Nr. 91 Felix Wehrli betreffend Polizeiliche Kriminalstatistik 2023 – welche Massnahmen werden nun ergriffen? ... 8
27.3. Interpellation Nr. 92 Christoph Hochuli betreffend provisorische WC-Anlage gegen Uringeruch im St. Johanns-Park ... 9
27.4. Interpellation Nr. 93 Daniel Seiler betreffend Erhöhung der Anwohnerparkkartengebühren ... 10
27.5. Interpellation Nr. 94 Christian C. Moesch betreffend Ausbau der Elsässerbahn ... 11
27.6. Interpellation Nr. 95 Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend Entlassungswelle bei der Messe in Basel ... 11
27.7. Interpellation Nr. 96 Annina von Falkenstein betreffend Aktivitäten des Regierungsrats gegen die für Basel-Stadt schädliche Initiative der Jungsozialisten (JUSO) für eine Erbschaftssteuer ... 13
27.8. Interpellation Nr. 97 Eric Weber betreffend ständige Pannen im Basler Wahlbüro ... 14
27.9. Interpellation Nr. 98 Andrea Strahm betreffend Freistellung Kommandant ... 15
27.10. Interpellation Nr. 99 Heidi Mück betreffend Platz für Boule-Spiel und weitere unkommerzielle Aktivitäten auf dem Vorplatz vor dem K-Haus ... 16
27.11. Interpellation Nr. 100 Patrizia Bernasconi betreffend gesetzwidrige und mietfeindliche Grundhaltung der Basler Regierung gegenüber einzelnen bundesrätlichen Mieterschutzmassnahmen ... 16
27.12. Interpellation Nr. 101 Raoul I. Furlano betreffend Finanzierung der Neubauten des Universitätsspitals Basel (USB) ... 17
27.13. Interpellation Nr. 102 Joël Thüring betreffend Reiterstrasse: Aus einem Hotel wird eine Asylunterkunft ... 17
27.14. Interpellation Nr. 103 Anouk Feurer betreffend dringender Handlungsbedarf aufgrund unhaltbarer Zustände an der Pädagogischen Hochschule FHNW ... 19
27.15. Interpellation Nr. 104 Adrian Iselin betreffend Konkurrenzierung privat tätiger Zahnärztinnen und Zahnärzte durch das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin durch aktive Werbung ... 21
27.16. Interpellation Nr. 105 Nicole Strahm-Lavanchy betreffend den Bürokratie-Aufwand in den Spitälern reduzieren! ... 22
27.17. Interpellation Nr. 106 Lisa Mathys betreffend Umsetzung der beschlossenen Lärmschutzmassnahmen entlang der Osttangente ... 23
27.18. Interpellation Nr. 107 Gabriel Nigon betreffend Belastung von Ärztinnen und Ärzten mit eigener Praxis durch übertriebene Bürokratie und finanziellen Aufwand - veranlasst durch das Gesundheitsdepartement ... 24
27.19. Interpellation Nr. 108 Oliver Bolliger betreffend der geplanten Zulassungsbeschränkung zur Matura-Prüfung an den Basler Gymnasien ... 26
27.20. Interpellation Nr. 109 Jo Vergeat betreffend nach Bscene Pause und Gässli Filmfestival aus – wo bleibt das Festivalkonzept? ... 26
27.21. Interpellation Nr. 110 Fleur Weibel betreffend ESC in Basel - eine grosse Chance! ... 26
27.22. Interpellation Nr. 111 Christine Keller betreffend Erneuerung Geviert Wettsteinallee / Grenzachstrasse ... 27

27.23. Interpellation Nr. 112 Lea Wirz betreffend geplante Anpassungen Wohnraumschutzbestimmungen 27
27.24. Interpellation Nr. 113 Beat K. Schaller betreffend erhöhte Terrorbedrohung in der Schweiz, Situation in Basel 28
27.25. Interpellation Nr. 114 Tonja Zürcher betreffend Volkswirtschaftlicher Schaden durch den Bau der Rheintunnel-Autobahn 30
27.26. Interpellation Nr. 115 Catherine Alioth betreffend neue Maturitätsverordnung im Kontext der Schulabsenzenreglemente der Gymnasien 30
27.27. Interpellation Nr. 116 Luca Urgese betreffend Wohnraumentwicklungsstrategie 30
27.28. Interpellation Nr. 117 Michael Hug betreffend Aufwertung der Lokalstrassenebene auf der Dreirosenbrücke 30
7. Antrag des Gerichtsrats auf Erhöhung der Anzahl Richterinnen und Richter am Appellationsgericht gemäss § 87 GOG, Bericht der JSSK 31
9. Kantonale Volksinitiative "50 Meter Hallenbad für Basel! - JETZT!", Antrag auf die erneute Verlängerung der Abstimmungsfrist, Bericht des RR 33
10. Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW): Berichterstattung 2023, Bericht der IPK FHNW 34
12. Umgestaltung der Archäologischen Informationsstelle «Basel, 80 v. Chr. Murus Gallicus – Der Keltenwall», Bericht der BKK 36

Beginn der 26. Sitzung

Mittwoch, 11. September 2024, 15:00 Uhr

136. Eurovision Song Contest (ESC) 2025 in Basel, Ausgabenbewilligung, Ratschlag des RR

[11.09.24 15:00:16, 24.0805.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir fahren fort mit der Beratung über Traktandum 136 Ratschlag Durchführung des ESC in Basel 2025.

Wir sind bei den letzten Einzelvoten stehengeblieben. Das Wort geht an Gianna Hablützel-Bürki.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Mehrheit hier drinnen hat tatsächlich der Austragung des ESC zugestimmt und heute werden über 37 Millionen Franken bewilligt. Ich gehöre nicht zu diesen Blinden Jasagern. Die Finanzkommission, natürlich hat sie einstimmig dem Ratschlag und dem Nachtragskredit des Regierungsrates zugestimmt. Aber bisher wurden nur positive Seiten aufgezeigt. Aber wer spricht über die katastrophalen ökologischen Folgen dieses Megaevents? Wo sind die Klimaschützer im Rat? Jene, die sich damals für die Rettung des Planeten stark gemacht haben, die lautstark für Klimaaktionen plädierten. Plötzlich Schweigen, kein Ton. Basel, die erste Stadt in der Schweiz, die den Klimanotstand ausgerufen hat, die schweizweit das ambitionierteste Klimaziel beschlossen und in der Verfassung verankert hat. Wie soll das funktionieren, wenn wir jetzt bereitwillig eine gigantische CO_2-Schleuder vor unsere Haustür setzen?

Der ESC in Malmö generierte einen CO_2-Ausstoss von 60’000 Tonnen. Das ist gleich viel wie 50’000 PW die je 10’000 Kilometer fahren. Über 200 LKW sind während dem ESC im Einsatz gewesen, und es ist wohl kaum so, dass die Organisatoren im nächsten Jahr in Basel mit Lastenvelos kommen. Und was ist mit diesen sogenannten Parlamentariern, die ständig bürokratische Hürden für die Wirtschaft und die Bevölkerung aufstellen, aber jetzt ohne zu zucken ein Mega-Event durchwinken. Wollen Sie mich veräppeln? Das ist nichts anderes als Doppelmoral in Reinform.

Der ESC ist nicht ein Kernthema der SVP, aber Sicherheit ist es definitiv. Basel führt die Kriminalstatistik der Schweiz an. In einer regelrechten Euphorie hat man sich auf diesen Event gestürzt, ohne auch nur einen Moment über die Konsequenzen nachzudenken. Zwei Grossveranstaltungen innert Wochen, die Frauenfussball EM und der ESC. Wie soll unsere Stadt das bitte innert kürzester Zeit bewältigen? Die Basler Polizei, die aufgrund des Personmangels und mit Feriensperren die Mitarbeiter an ihre Grenzen bringt, die selbst mit Unterstützung überkantonaler Kräfte an den Rand ihrer Kapazitäten stossen wird. Über die geopolitischen Spannungen, der Euroairport Basel Mulhouse war wiederholt Ziel von Bombendrohungen. Glauben Sie im Ernst, dass der ESC nicht ein erstklassiges Ziel für extremistische Gewalt ist?

Die städtische Infrastruktur wird unter dieser Belastung endgültig kollabieren. Verkehrschaos gehört längst zum Alltag in Basel. Was wir täglich erleben, wird sich aber nur noch verschlimmern. Die ganze Agglomeration wird nämlich völlig im Chaos versinken. Und dann das Motto Crossing Borders. In einer Zeit, in der die Welt an Migrations- und Grenzkonflikten zerbricht, wird dieses Motto nur noch mehr Öl ins Feuer giessen. Das ist nicht mehr nur ein musikalischer Wettbewerb, das ist ein politisches Pulverfass. Erinnern wir uns an die letzte Siegerin, den letzten Sieger oder was auch immer. Während unsere Regierungspräsident nicht aufhören kann zu smilen, kann ich nur den Kopf schütteln. Was hier passiert, ist nichts anderes als blanker Grössenwahn, ich lehne diese Anträge entschieden ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Oliver Thommen möchte Ihnen eine Frage stellen. Sie wird abgelehnt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zum nächsten Einzelsprecher, das ist Christoph Hochuli.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Die EVP wurde schon mehrmals auf das mögliche Referendum gegen den ESC in Basel angesprochen und unsere Antwort lautet Nein. Wir werden uns an einem Referendum nicht beteiligen. Der internationale Musikwettbewerb bringt Menschen aus ganz Europa in die Region Basel und hat einen völkerverbindenden Charakter. Er

ermöglicht der Stadt ihre Qualitäten als Gastgeberin und weltoffene Kulturstab zu präsentieren und er fördert die regionale Wirtschaft sowie die lokalen Kulturschaffenden.

Aber die EVP teilt einige der Kritikpunkte, welche nach dem letzten ESC in Malmö laut geworden sind. Ein Kritikpunkt war das Ausbuhen der israelischen Sängerin durch das Publikum bei mehreren Auftritten am diesjährigen ESC. Das ist schlicht unfair dieser Musikerin gegenüber, genauso wie die Demonstrationen durch Zehntausende Menschen gegen die ESC-Teilnahme von Eden Golan. Das ist schlicht Antisemitismus, denn Eden Golan ist eine israelische Sängerin und nicht eine führende israelische Politikerin. Wir erwarten von der europäischen Rundfunkunion, der SRG sowie von den lokalen Veranstaltern und Sicherheitsverantwortlichen, dass Antisemitismus nicht toleriert wird und die Sicherheit aller Teilnehmenden gleichermassen geschützt wird.

Ein weiterer kritischer Punkt ist, dass der ESC religiös neutral sein will, es aber nicht konsequent für alle gleich umsetzt. Im Jahr 2013 durfte die Heilsarmee-Band aus der Schweiz nicht mit ihrem Namen und auch nicht mit ihrer Uniform am ESC in Schweden auftreten. Dieses Jahr durfte jedoch die irische Sängerin Bambie Thug als Hexe auftreten, und die Symbolik des Satanismus wie die Teufelshörner und das Pentagramm auf der Bühne präsentieren. Egal ob man darin reine Show oder Ausdruck einer religiösen Überzeugung sieht, diese Show war furchterregend und nicht kindergerecht und es schauen beim ESC jeweils viele Kinder mit. Neutralität muss entweder für alle gelten oder für niemanden. In dieser Hinsicht muss die European Broadcasting Union bei der Durchführung in Basel konsequenter sein.

Trotz diesen Kritikpunkten sind wir überzeugt, dass der ESC in Basel 2025 vielvbringen wird und ich bitte Sie, den Ratschlag anzunehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber hat sich für ein zweites Votum gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Gianna Hablützel hat von einem politischen Pulverfass gesprochen. Sicherlich ist das richtig. Ich habe eine gute Begabung, in die Zukunft zu schauen. Es kann gut gehen für Basel, aber der grösste «Schämer» wäre, wenn etwas passiert. Wir haben heute Morgen zwei Stunden über die Polizei gesprochen, dass wir zu wenig Polizisten haben. Dann heisst es, es kämen Polizisten aus anderen Kantonen hierher, aber Sie haben vollkommen recht, das ist ein Pulverfass. Die anderen Polizisten, die von Uri, Schwyz und Nidwalden kommen, die kennen sich gar nicht aus in Basel.

Also wie gesagt, man kann nur hoffen, dass es gut geht. Der Vorredner Christoph Hochuli hat von Antisemitismus gesprochen. Sie wissen alle, dass der Staat Israel in Basel gegründet worden ist. Deswegen gibt es in Basel keine Friedenskonferenz zwischen Israel und Palästina, weil wir einseitig geprägt sind. Und ich kann nur hoffen, dass es nächstes Jahr keine Demonstrationen gibt und keinen Terroranschlag. Aber wenn Sie mich fragen, ich werde in dieser Woche nicht in Basel sein. Ich gehe auch nicht nach Grossbasel, ich gehe nicht auf die Festmeile. und wenn ich 10 Freitickets bekomme als Grossrat, werde ich das an junge Leute und an meine Kinder verschenken. Aber mir ist der Anlass zu heiss.

Christoph Hochuli, ich habe eine Zwischenfrage. Sie sind von der EVP, wir reden freundlich. Sie haben gesagt, Sie würden sich nicht am Referendum beteiligen. Aber Sie sind doch eine Partnerpartei der EDU, habe ich recht oder nicht?

Eric Weber (Fraktionslos): Das ist nicht richtig? Dann entschuldige ich mich. Ich habe gemeint, Ihre Partei EVP sei die Partnerpartei der EDU und mache Listenverbindungen.

Mir hat auch gefallen, dass Christoph Hochuli gesagt hat, dass der ESC religiös neutral sein müsse. Er hat den Hexensatanismus angesprochen und richtig bemerkt, dass unsere Kinder zuschauen. Da hat man als Eltern einfach Angst, dass die Kinder vielleicht auf einen schlechten Weg kommen. Ich habe selber zwei Töchter, die sich bei mir auch regelmässig beschweren über das, was da los ist.

Ich habe gesagt, meine Partnerpartei EDU ergreift das Referendum. Ich beantrage noch einmal Rückweisung und Nichteintreten und ich hoffe, dass es gut geht. Aber wie gesagt, ich bin in dieser Woche dann nicht in Basel, weil ich einfach Angst habe.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort nochmals an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Vielen Dank für die vielen positiven Voten. Vielen Dank für die Vorfreude, die Sie ausstrahlen auf diesen einmaligen grossen und hoffentlich grossartigen Anlass in Basel. Ich möchte aber auch denjenigen von Ihnen danken, die auf Herausforderungen hingewiesen haben, die der Anlass mit sich bringen wird. Da ist einerseits die

Wahrung der Sicherheit, die Wahrung auch eines guten Sicherheitsgefühls für die Baslerinnen und Basler und für sämtliche Gäste, für sämtliche Teilnehmenden aus allen Länderdelegationen hier in Basel. Da glaube ich, haben wir Erfahrung, wir können diese Sicherheit herstellen, und das wird auch am ESC so sein, dass die Schweiz, und es ist ja gerade auch in Sicherheitsaspekten ein schweizerischer Anlass, ihre Tradition der Offenheit in Europa hier gut unter Beweis stellen kann.

Ein Thema ist tatsächlich auch die Nachhaltigkeit des ESC in in vielen Belangen. Wir haben davon gesprochen, dass er nachhaltige Wirkung auf den Tourismus haben soll, aber natürlich soll der Event selbst, auch was den CO_2-Ausstoss angeht, vorbildlich sein. Das sind wir unserer Position als Klimastadt der Schweiz auch schuldig. Das wollen wir auch erreichen. Dabei muss man sich bewusst sein, Event selbst verursachen natürlich Emissionen. Die Events finden auch statt. Wenn der ESC nicht in der Schweiz stattfinden würde, würde er in einem anderen Land stattfinden, wenn er nicht in der Schweiz in Basel stattfinden würde, dann in einer anderen Stadt, und was wir zeigen können mit dem ESC 2025 in Basel ist eben, wie man so einen Grossanlass auch nachhaltig ausgestalten kann.

Das sind alles Ambitionen und Ansprüche, die wir an uns selbst haben, die wir in der kurzen Zeit, die uns bleibt für die Organisation umsetzen wollen. Das wird funktionieren, da bin ich sehr optimistisch, weil ich jetzt über die Phase der Bewerbung hinaus sehr deutlich spüre, dass sämtliche Stakeholder, also sämtliche Involvierten in der Zivilgesellschaft wie auch die Involvierten in allen Departementen, und da sind wirklich alle sieben Departemente involviert, das auch wollen, zusammen hinbekommen wollen in dieser kurzen Zeit. Ich glaube, diesen Geist werden wir erhalten bis im Mai und dann wird das wirklich das grosse Fest für alle, das wir uns davon versprechen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist der Präsident der FKom.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank für die angeregte Diskussion am Vormittag und jetzt auch noch am Nachmittag. Ich nehme zur Kenntnis, dass Sie wahrscheinlich aufgrund der roten Zahl dem Antrag der Finanzkommission mehrheitlich folgen werden. Wir haben heute Morgen unter anderem das Fragezeichen von Erich Bucher betreffend den Kosten gehört. Ich möchte einfach noch einmal zu Protokoll geben: Verschiedene Redner haben von 35 Millionen gesprochen, der Betrag, den Sie heute bewilligen, ist 37,464 Millionen Franken. Es ist mir wichtig als Präsident der Finanzkommission, das noch einmal festzuhalten. Es ist zu hoffen, dass die Berechnungen, was die Arena Plus anbelangt, funktioniert und dieses Geld dann eben auch wieder reinkommt diese etwas über zwei Millionen Franken. Aber Sie sprechen heute 37,464 Millionen.

Die Finanzkommission ist selbstverständlich, wir haben das heute an anderer Stelle ja schon diskutiert, auch keine Begleitgruppe. Aber selbstverständlich wird sich die Finanzkommission zu gegebener Zeit bei den Verantwortlichen des Präsidialdepartements noch einmal auch darüber informieren lassen, ob nun dieser Kostenrahmen, den wir ja auch heute hier letztlich sprechen, auch eingehalten werden kann. Es wird ja dann irgendwann auch eine Rechnung geben über diesen Anlass, respektive dann auch wieder die Staatsrechnung, die das ausweisen wird und über die wird die Finanzkommission dann selbstverständlich auch wieder brüten. Wir haben als Finanzkommission aber in der Kürze der Zeit nicht den Eindruck gehabt, dass das, was uns vorgelegt wurde, nicht plausibel ist. Wir haben die Fragen zur Sicherheit gestellt. Wir haben auch die Fragen zum Klimaschutz und zur Nachhaltigkeit angesprochen und haben uns auch dort versichern lassen können, was jetzt auch Regierungspräsident Conradin Cramer noch einmal bestätigt hat, dass man hier möglichst vorbildlich auch sein möchte. Dieser Anlass findet statt, egal wo er stattfindet und ich glaube, in Basel-Stadt können wir wahrscheinlich diesen Anlass sehr viel nachhaltiger durchführen als vielleicht an ganz vielen anderen Orten in Europa dies der Fall gewesen wäre.

Wir bitten Sie also, diesem Antrag der Finanzkommission zu folgen, sowohl was den Grossratsbeschluss 1 als auch den Grossratsbeschluss 2 anbelangt und keine Anträge auf Rückweisung mitzutragen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde bestritten durch Eric Weber. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

über Nichteintreten

JA heisst eintreten, NEIN heisst Nichteintreten.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 1 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004190, 11.09.24 15:16:55]*

Der Grosse Rat beschliesst

auf das Geschäft einzutreten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie sind auf das Geschäft eingetreten mit 89 Ja-Stimmen gegen eine Neinstimme bei 4 Enthaltungen. Rückweisung an den Regierungsrat wurde ebenfalls beantragt von Eric Weber. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

über Rückweisung

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 87 Nein, 7 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004192, 11.09.24 15:17:38]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich gegen eine Rückweisung entschieden, es liegen 87 Nein-Stimmen, eine Ja-Stimme und 7 Enthaltungen vor.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1.

Schlussabstimmung

Grossratsbeschluss 1

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 4 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004194, 11.09.24 15:18:30]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für die Durchführung des Eurovision Song Contest (ESC) 2025 in Basel werden Ausgaben in der Höhe von Fr. 37’464‘000 zu Lasten der Erfolgsrechnung des Präsidialdepartements bewilligt.

2. Von den erwarteten Einnahmen der «Arena Plus» in Höhe von Fr. 2'500'000 wird Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wurde angenommen mit 87 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen. Wir kommen zur Detailberatung des der Grossratsbeschlusses 2.

Schlussabstimmung

Grossratsbeschluss 2:

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 4 Nein, 5 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004196, 11.09.24 15:19:18]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Arbeiten im Zusammenhang mit der Durchführung des Eurovision Song Contest (ESC) 2025 wird für das Jahr 2024 ein Nachtragskredit von Fr. 1'000’000 bewilligt (Präsidialdepartement, Aussenbeziehungen und Standortmarketing, Fr. 800'000 Kostenarten-gruppe 31, Fr. 200'000 Kostenartengruppe 30).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Beschluss ist angenommen mit 86 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen.

27.1. Interpellation Nr. 90 Gianna Hablützel-Bürki betreffend Versicherung von Asylbewerbern bei den Krankenkassen - Transparenz über Kosten der Kantone

[11.09.24 15:19:45, 24.5287.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellation wurde bereits schriftlich beantwortet. Die Interpellantin kann nun erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die der Interpellationsantwort eingefügte Tabelle hat es in sich. Die Ausgaben der Sozialhilfe für Krankenversicherungsprämien, Franchisen und Selbstbehalte für Personen des Asylbereichs, differenziert nach den gewünschten Aufenthaltsstati, zeigen, wie stark das Asylchaos Einfluss auf den Steuerzahler hat. Die Kosten für Prämien von Personen mit Status N, also Asyl-Migranten, deren Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist, stiegen von 2022 auf 2023 um fast 100 Prozent an. Beim Status S, dem Schutzstatus, verdoppelten sich die Kosten zwar nicht ganz, aber eben auch fast. Der Steuerzahler in Basel-Stadt hat Krankenkassenprämien in der Höhe von 7,06 Millionen Franken übernommen und zusätzlich die Selbstbehaltskosten von 600’000 Franken, eine Verdreifachung gegenüber 2022, getragen.

Damit zeigt sich einmal mehr, wer unter den Folgen des von SP-Bundesrat Beat Jans und den Mitte-Linksparteien verursachten Asylchaos am meisten zu leiden hat, diejenigen Bürgerinnen und Bürger in Basel-Stadt, die ihre Krankenkassenprämien und ihre Steuern selbst bezahlen müssen. Diese Bürgerinnen und Bürger gaben alleine in 2023 für Krankenkassenprämien, Selbstbehalte und Gesundheitskosten von Asyl-Migranten rund 13,08 Milliarden Franken aus, einen Drittel mehr als 2022.

Ich bin mit der Antwort zufrieden, mit den Ausgaben selbstverständlich aber ganz und gar nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

27.2. Interpellation Nr. 91 Felix Wehrli betreffend Polizeiliche Kriminalstatistik 2023 – welche Massnahmen werden nun ergriffen?

[11.09.24 15:21:59, 24.5288.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Einleitend ist darauf hinzuweisen, dass es sich bei der polizeilichen Kriminalstatistik, sprich der PKS, um eine reine Anzeigestatistik und keine Verurteilungsstatistik handelt. Aufgrund der Mehrjahresreihen erlaubt sie zwar Aussagen zum Anzeigeverhalten sowie Hinweise auf die Kriminalitätsentwicklung. Sie hat jedoch beschränkte Aussagekraft im Bestreben darin, die Kriminalität eines örtlich begrenzten Raumes ganzheitlich abzubilden. Im Jahr 2023 ist die Zahl der polizeilich registrierten Straftaten schweizweit gestiegen, so auch im Kanton Basel-Stadt. Laut PKS 2023 sind im Kanton Basel-Stadt im vergangenen Jahr insgesamt 11 Prozent mehr Anzeigen eingegangen als noch im Vorjahr, dies ohne Verstösse gegen das Ausländer- und Integrationsgesetz sowie Bundesnebengesetzen. Der Anstieg um rund 3'300 Anzeigen geht hauptsächlich auf Vermögensdelikte zurück. Markant gestiegen sind dabei der Diebstahl, der Entreissdiebstahl sowie die Fahrzeugediebstähle. Bei den angezeigten Gewalt- und Sexualdelikten ist hingegen eine Abnahme zu verzeichnen.

Zu Frage 1: Wie bereits dargelegt, haben insbesondere die Anzeigen zu Vermögensdelikten zugenommen. Mit der Schwerpunktsetzung hat der Regierungsrat Einbruchdiebstähle bereits als Schwerpunkt in der Kriminalitätsbekämpfung festgelegt. Was den Diebstahl. den Entreissdiebstahl sowie Fahrzeugdiebstähle anbelangt, führt die Kantonspolizei regelmässig Schwerpunktaktionen durch. Die Departementsvorsteherin des Justiz- und Sicherheitsdepartements informiert den Regierungsrat laufend über die Entwicklungen in der Kriminalitätsbekämpfung

Zu Frage 2: Die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt liefert dem Bundesamt für Statistik einmal jährlich einen schweizweit einheitlich definierten Rohdatensatz, damit dieses die PKS herstellen kann. Lediglich deren Daten erlauben verlässliche mehr Jahresvergleiche zum Anzeigeverhalten. Entsprechend sieht die Staatsanwaltschaft seit 2022 von der Kommunikation von Trendzahlen ab.

Zu Frage 3: Bei den Widerhandlungen gegen das AEG handelt es sich in aller Regel um rechtswidrige Einreisen und/oder Aufenthalte sowie um Missachtungen der Ein- und Ausgrenzung. Der äusserst markante Anstieg um 85 Prozent geht auf die verstärkten Grenzkontrollen durch die deutschen Behörden und in der Folge auf Verzeigungen durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit zurück. Nach wie vor ist der Regierungsrat der Ansicht, dass Grenzkontrollen alleine Kriminalität nicht verhindern können. Vielmehr bedarf es einer ganzheitlichen Herangehensweise, die auch soziale und präventive Massnahmen umfasst

Zu Frage 4: Die Zahl der bei der Jugendanwaltschaft Basel-Stadt angezeigten Delikte ist im Jahr 2023 erneut gestiegen. Auch im Jugendbereich ist eine deutliche Zunahme bei Vermögensdelikten zu verzeichnen, wobei ein Grossteil von nicht dauerhaft im Kanton Basel-Stadt wohnhaften Jugendlichen verübt wird. Abnahmen verzeichnet die Statistik dagegen unter anderem bei den Delikten gegen die sexuelle Integrität sowie jenen gegen Leib und Leben. Um den steigenden Fallzahlen zu begegnen, wird der Regierungsrat dem Grossen Rat im Rahmen des Budgetprozesses 2025 eine Stellenerhöhung zugunsten der Jugendanwaltschaft beantragen. Durch eine konsequente Verfolgung von Delikten soll verstärkt signalisiert werden, dass Delinquenz im Kanton Basel-Stadt unmittelbare Folgen hat, was sich letztlich auch präventiv auswirkt.

Zu Fragen 5 und 6: Die hohe Anzahl angezeigter Delikte lassen sich zum einen mutmasslich mit der hohen Anziehungskraft eines urbanen Zentrums an der Grenze zu zwei Nachbarländern begründen. Zum anderen weist die Kriminalitätsstatistik Anzeigen pro 1000 gemeldete Einwohnerinnen und Einwohner aus. In den Städten halten sich aber in der Realität zwecks Erwerbstätigkeit, touristischen Besuchs oder Freizeitunterhaltung signifikant mehr Personen auf als tatsächlich vor Ort als wohnhaft gemeldet sind. Würden der räumliche Charakter oder gar die effektiven Stadtaufenthalte berücksichtigt, müsste die für Städte beziehungsweise die Stadtbevölkerung ausgewiesene Kriminalitätsquote jedenfalls nach unten korrigiert werden.

Zu Fragen 7 und 8: Wie in den meisten anderen Kantonen stellen auch die basel-städtischen Strafverfolgungsbehörden fest, dass die polizeilich registrierten Vermögensdelikte meist durch junge männliche Asylsuchende aus dem Maghreb verübt werden. Die Täter werden zwar häufig gefasst, müssen aber meist innert Stunden wieder freigelassen werden. Um die damit verbundene Herausforderung gezielt und langfristig angehen zu können, bedarf es konkreter Bundesmassnahmen im Asylbereich. Zu diesem Zweck hat sich der Regierungsrat im November vergangenen Jahres an die damalige Vorsteherin des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider gewandt. Der Regierungsrat anerkennt die seither unternommenen Bemühungen des Bundes und setzt sich dafür ein, dass die Bestrebungen fortgeführt und weitere Möglichkeiten eines effizienteren Vollzugs der Wegweisungen geprüft werden. Überdies haben sich die Justiz-

und Polizeidirektorinnen und -direktoren der Kantone im April 2024 gemeinsam mit Bundesrat Beat Jans mit der Thematik der kriminellen Asylsuchenden beschäftigt. Die KKJBD hat entschieden, unter ihrer Leitung eine Taskforce einzusetzen, um konkrete Massnahmen zu erarbeiten, welche die bisherigen Anstrengungen der Kantone und des Bundes in diesem Bereich ergänzen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ein Hinweis an die Interpellantinnen und Interpellanten: Registrieren Sie sich doch jeweils kurz, bevor Sie zum Mikrofon kommen, dann wird auch Ihr Name eingeblendet, so wie das Felix Wehrli schön gemacht hat. Er hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Felix Wehrli (SVP): Besten Dank für die ausführlichen Antworten. Ich möchte nur auf einige kurz eingehen. Einbruchdiebstähle wie bei der Frage 1 erwähnt als Schwerpunkt bestehen schon seit Jahren. Ich habe selber dort gearbeitet. Aber es ist ganz offensichtlich wirkungslos, wie wir letztens wieder in den Zeitungen lesen konnten. Ich hätte hier eigentlich bessere Antworten erwartet.

Zu der Frage 2 nach der Statistik, ob es in den 1. 5 Monaten verbessert oder verschlechtert wurde, gibt die Stawa keine Auskunft. Das ist leider typisch. Allerdings erstellt auch die Polizei eine Statistik und könnte diese mit wenigen Knopfdrücken. liefern.

Zum markanten Anstieg von 85 Prozent beim AIG sage ich lieber nichts. Aber dass der Regierungsrat der Ansicht ist, dass Grenzkontrollen allein die Kriminalität nicht verhindern können, besorgt mich, weil in Deutschland wird das durchgeführt. Deutschland hat das verlängert und Deutschland hat auch gute Ergebnisse damit erreicht. Sie werdende Grenzkontrollen rundum machen

Dass bei der Jugendkriminalität auch eine Steigerung zu verzeichnen ist, darüber bin ich auch besorgt. Natürlich ist eine Stellenerhöhung zugunsten der Juga angebracht, ich werde das auch unterstützen, aber das wird die Delikte nicht verhindern.

Dass das mit dem urbanen Zentrum begründet wird, ist fraglich. Ich glaube, Genf und auch St. Gallen sind nichts anders oder im Tessin ebenfalls.

Dann wird gesagt, dass die Delinquenz bei den Vermögensdelikten meist von jungen männlichen Asylsuchenden aus dem Maghreb verübt werden, dass diese zwar häufig gefasst werden, aber innert Stunden wieder freigelassen werden müssen. Das ist einfach nicht zumutbar für die Bevölkerung, das geht nicht und ich verstehe auch die Polizisten, welche in diesen Fällen halt dann mal wegschauen. Ich kann da nichts anderes sagen.

Dann hat die KKJPD entschieden, eine Taskforce einzusetzen und Massnahmen zu erarbeiten. Das ist alles gut und recht. Aber das hätte eigentlich schon lange gemacht werden sollen. Ich habe einfach die Befürchtung, dass das auch wieder sehr lange geht, bis irgendwelche Massnahmen erarbeitet werden und dann auch umgesetzt werden.

Ich bin mit der Beantwortung teilweise zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

27.3. Interpellation Nr. 92 Christoph Hochuli betreffend provisorische WC-Anlage gegen Uringeruch im St. Johanns-Park

[11.09.24 15:31:00, 24.5293.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt

Zu Frage 1: Die Zustände im St. Johanns-Park sind dem Regierungsrat bekannt und es wurden bereits Massnahmen ergriffen. Um unmittelbar Abhilfe zu schaffen, haben die schweizerischen Rheinhäfen eingewilligt, die WC-Anlage am

Schiffsanleger tagsüber wieder für die Öffentlichkeit zu öffnen. Ausserdem wurde diese Reinigung intensiviert und deren Frequenz verdoppelt.

Zu Frage 2: Provisorische Anlagen wie toitoi's oder ähnliche sind für den längeren Betrieb mit vielen Nutzenden ungeeignet. Sie wirken schnell unsauber und werden dann nicht mehr genutzt. Ausserdem sind sie erfahrungsgemäss häufig Ziel von Vandalismus. Der Regierungsrat möchte daher keine mobile WC-Anlage aufstellen, sondern – und damit antworten wir gerne auf Fragen 3 und 4, wir prüfen die Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung im Bereich des bestehenden WC's bei St. Johannes Pavillon. Zudem plant der Regierungsrat die Installation einer zusätzlichen festen WC-Anlage, vergleichbar mit derjenigen bei der Kaserne. Aufgrund des zur Finanzierung notwendigen politischen Prozesses wird frühestens Ende des ersten Quartals 2025 mit dem Bau begonnen werden können. Die Toiletten würden so zur Sommersaison 2025 bereitstehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Besten Dank für die Beantwortung meiner Interpellation. Ich bin mit der Beantwortung teilweise zufrieden.

Der Grund für meine Interpellation war ja, dass durch Anwohner seit mehreren Jahren Uringeruch und auch Verunreinigungen durch Kot in Rabatten an diversen Orten im St. Johanns-Park beklagt werden. Der Runde Tisch Rheinufer Grossbasel und später ich mit der Interpellation forderten in erster Linie, dass eine provisorische WC-Anlage für den Sommer 2024 installiert wird. Dies wurde leider vom Regierungsrat respektive vom BVD abgelehnt. Der Begründung, dass mobile WC-Anlagen für den längeren Betrieb mit vielen Nutzenden ungeeignet sei, stimme ich nur teilweise zu. Ja, für Einzelkabinen stimmt das, aber es gibt auch Container oder Wagenmodelle, und diese wären sehr gut geeignet und schnell verfügbar.

Die Öffnung der WC-Anlage der Schiffsanlegestelle ist löblich, doch leider ist sie nirgends angeschrieben. Sie befindet sich im Untergeschoss und man muss diese WC kennen, um den Weg dorthin zu finden. Ich besuchte gestern nochmals den St. Johanns-Park und fand im ganzen Park zwei Wegweiser zu WC, beide an der gleichen Laterne montiert. Einer zeigte zum WC beim Jugendzentrum Badhüsli, der andere zum WC beim St. Johanns-Pavillon. Ich denke, ein paar Wegweiser mehr im ganzen Park verteilt, wären sinnvoll.

Auch löblich ist, dass der Regierungsrat die Beleuchtung im Bereich des bestehenden WC beim St. Johanns-Pavillon überprüfen wird. Das Problem der schlechten Beleuchtung ist aber schon lange bekannt, und deshalb frage ich mich, weshalb wurde die Beleuchtung nicht schon längst verbessert.

Dennoch möchte ich mich beim Regierungsrat bedanken, dass er im Jahr 2025 eine zusätzliche feste WC-Anlage im St. Johanns-Park installieren lassen wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

27.4. Interpellation Nr. 93 Daniel Seiler betreffend Erhöhung der Anwohnerparkkartengebühren

[11.09.24 15:35:04, 24.5300.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird auch diese Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten die Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1: Primäres Ziel der Preisanpassung ist die Umsetzung des gesetzlichen Auftrags, der fordert, dass sich die Gebührenhöhe an der Kostenwahrheit und am Verursachendenprinzip orientieren soll. Das Beispiel des VW Passat zeigt, dass Fahrzeuge immer grösser werden. 1980 war der Passat noch 4,20 Meter lang, das Modell von 1995 ist 40 cm länger, das aktuelle Modell misst fast 5 Meter. Wo früher also noch sieben solche Autos in einer blauen Zone Platz fanden, sind es heute noch sechs. Der Kanton reagiert mit der Anpassung des Preissystems auf diese Entwicklung.

Zu Frage : Bei den Besuchendenparkkarten wäre eine Überprüfung der Grösse schwierig umsetzbar. Zudem machen die Besuchendenparkkarten nur einen kleinen Anteil der pro Tag gültigen Parkkarten aus. 2022 waren es nur 1,5 Prozent. Schon heute bezahlen Besuchende pro Tag ein Mehrfaches für einen Parkplatz. Anwohnende sind entsprechend nach wie vor bevorzugt.

Zu Frage 3: Gemäss Umweltschutzgesetzgebung muss der Kanton umweltfreundliche Verkehrsmittel bevorzugt behandeln. Der Förderung der aktiven Mobilität kommt auch aufgrund der ambitionierten Klimaziele in Basel-Stadt eine hohe Bedeutung zu. Diesen Zielen würde eine Gebühr für das Abstellen von Velos auf öffentlichem Grund zuwiderlaufen. Das Umweltschutzgesetz legt zudem explizit fest, dass Zweiräder auf öffentlichem Grund kostenlos parkieren.

Zu Frage 4: Die Preiserhöhung führt erfahrungsgemäss zu einer Verringerung der Nachfrage. Aufgrund der Erfahrung bei der letzten Gebührenerhöhung rechnet der Regierungsrat mit einem Rückgang von 20 Prozent bei den Anwohnerparkkarten. Dies eingerechnet erwartet der Kanton Mehreinnahmen von rund 3,4 Millionen Franken pro Jahr.

Zu Frage 5: Elektroautos sind häufig schwerer als Benziner, aber nicht an sich grösser. Zudem steht bei der Preiserhöhung für lange Fahrzeuge nicht die Förderung der Elektromobilität im Fokus, sondern der sorgfältiger Umgang mit dem begrenzten Raum in einer dichten Stadt wie Basel. Auch die Förderung der Flächeneffizienz ist eines der Ziele, die uns das Basler Umweltschutzgesetz vorschreibt.

Zu Frage 6: Neben der deutlichen Tendenz zu immer grösseren Fahrzeugen beurteilte die Regierung auch den vom Parlament überwiesenen Vorstoss von Tim Cuénod als Auftrag, das Parkgebührenreglement zu überarbeiten.

Zu Frage 7: Wie in einer vorigen Frage bereits erwähnt, ging die Nachfrage nach Parkkarten nach der Erhöhung auf Anfang 2019 um 15 Prozent zurück. Dies verringert den Parkierdruck in den Quartieren und schafft die Möglichkeit, diese öffentlichen Flächen für anderes zu nutzen, wie für Begrünung, Boulevardgastronomie oder aktive Mobilität. Die Parkplatzauslastung wird regelmässig überprüft und wird einer der Indikatoren sein, ob die Erhöhung tatsächlich zu einer Verlagerung des ruhenden Verkehrs und so zu mehr verfügbaren Parkplätzen unter anderem für das Gewerbe führt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Daniel Seiler (FDP): Die Antworten zeigen einerseits, dass, wenn es um das Auto geht, das soziale Basel kein Gehör mehr findet, dass ein Familienvater halt mit einem Passat dreimal mehr bezahlen muss. Da scheint dann nicht mehr die soziale Komponente zu spielen in dieser Stadt. Bezüglich der Einnahmen, glaube ich, muss man dann auch noch ein bisschen unterscheiden. Die Idee ist ja jetzt eigentlich, eine Lenkungswirkung innerhalb der unterschiedlichen Fahrzeuggrössen zu haben. Sie haben jetzt nur ausgeführt, dass Sie mit einem absoluten Rückgang rechnen. Also wir müssten dann das schon noch ein bisschen genauer anschauen, welche Konsequenzen die effektiv jetzt beschlossene Lösung hat.

Ich bin nicht zufrieden mit der Antwort.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

27.5. Interpellation Nr. 94 Christian C. Moesch betreffend Ausbau der Elsässerbahn

[11.09.24 15:40:09, 24.5312.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellation wird schriftlich beantwortet. Ich habe nicht den Eindruck, dass der Interpellant begründen möchte.

27.6. Interpellation Nr. 95 Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend Entlassungswelle bei der Messe in Basel

[11.09.24 15:40:23, 24.5323.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird diese Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin möchte nicht begründen. Damit geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt:

Der Kanton Basel-Stadt ist mit einem Anteil von 37,5 Prozent als Minderheitsaktionär an der MCH Group AG beteiligt. Der Kanton hält die Beteiligung an der MCH, damit Messen und Kongresse hier bei uns in Basel stattfinden. Gemäss Statuten entsendet der Kanton zwei staatliche Delegierte in den Verwaltungsrat der MCH. Für die strategischen und operativen Entscheide der MCH ist der Verwaltungsrat respektive die Geschäftsleitung zuständig.

Bei der MCH handelt es sich um ein börsenkotiertes privatrechtliches Unternehmen, als Börsenteilnehmerin unterliegt sie strengen Meldepflichten und Publikationsvorschriften. Aufgrund dieser Rahmenbedingungen muss die Beantwortung der Interpellation auf den durch die MCH veröffentlichen Informationen beruhen.

Zu Frage 1: Wie jedes privatwirtschaftlich geführte Unternehmen überprüft die MCH ihre Kosten. Im Rahmen dieser Überprüfung wurde Einsparpotenzial identifiziert. Infolgedessen kam es zu wenigen Entlassungen.

Zu Frage 2: Seit dem Grossratsbeschluss im Juni 2022, der eine zusätzliche Kapitalisierung der MCH ermöglichte, hat sich die Lage stabilisiert. Durch die erfolgte Kapitalerhöhung konnte die im Mai 2023 zur Rückzahlung fällig gewordenen Anleihen in der Höhe von 100 Millionen Franken erfolgreich zurückbezahlt werden. Die Entwicklung der MCH kann den Jahresberichten 2022 und 2023 entnommen werden. So blieb der Umsatz in diesen Jahren nahezu konstant und belief sich auf 394 Millionen Franken. Das EBITDA betrug 12,3 beziehungsweise 14 Millionen Franken. Der Jahresverlust belief sich auf 14 beziehungsweise 9,4 Millionen Franken. Für das Jahr 2024 erwartet die MCH eine weiter Verbesserung des EBITDA. Ziel ist es, die Gewinnschwelle wieder zu erreichen. Die Berichterstattung über die Entwicklung der finanziellen Kennzahlen für das erste Halbjahr 2024, so wie ein Ausblick auf das zweite Halbjahr erfolgte gestern mit dem Halbjahresbericht 2024. Demnach erwirtschaftete die MCH im ersten Halbjahr 2024 bei einem Betriebsertrag von 236,6 Millionen Franken ein EBITDA von 15,3 Millionen Franken. Der Reingewinn beläuft sich auf 3,6 Millionen Franken. Für das zweite Halbjahr 2024 konzentriert sich die MCH darauf, ein ausgeglichenes Nettoergebnis zu erreichen

Zu Frage 3: Der Kanton ist, wie gesagt, an der MCH beteiligt, damit Messen und Kongresse hier bei uns in Basel stattfinden. Gleichzeitig muss die MCH sicherstellen, dass sie wirtschaftlich erfolgreich handelt. Dabei sind die Leitungsorgane der privatrechtlich organisierten MCH für die Führung und den Erfolg der Unternehmung verantwortlich.

Zu Frage 4: Als international aufgestelltes Unternehmen verdient die MCH ihr Geld nicht nur in Basel, sondern mit verschiedenen Geschäftszweigen und Messeaktivitäten überall auf der Welt. So findet die Art Basel an den Austragungsorten Basel, Miami, Paris und Hongkong statt. Die MC^2, die Agentur für Markenerlebnislösungen der MCH, ist an 14 Standorten in den USA und an 16 Standorten weltweit vertreten. Wie dem Jahresbericht 2023 zu entnehmen ist, verfolgt die MCH eine Wachstums- und Expansionsstrategie im Rahmen ihrer bisherigen Geschäftstätigkeit. So soll zum Beispiel jede Art Basel ihr spezifisches lokales Charisma bewahren und gleichzeitig als Veranstaltung von Weltrang fungieren, um eine möglichst hohe Markdurchdringung zu erreichen und die Art Basel mit einem breiteren Publikum zu verbinden. Zur nachhaltigen Erholung der Rentabilität soll auch eine Kostenüberprüfung beitragen. Zudem hat die MCH ein Projekt gestartet, um die Finanzorganisation zu strukturieren und zu straffen

Zu Frage 5: Für den Regierungsrat hat eine möglichst hohe Auslastung des gesamten Messequartiers aufgrund der Umwegrentabilität für die lokale Wirtschaft Priorität. Die Strategie der MCH ist darauf ebenfalls ausgerichtet. So wurden zusätzliche Initiativen gestartet, um die Attraktivität und die Auslastung der Infrastruktur in Basel zu erhöhen und das Angebot für die Stadt, die Bevölkerung und ihre Gäste zu erweitern. Mit Messequartier Basel, das Ende 2023 bekanntgemacht wurde, hat die MCH gemeinsam mit lokalen und regionalen Partnern eine Initiative gestartet, um das Stadtviertel rund um den Messeplatz zu beleben. Dazu gehören die Ausstellungen Marvel Super Heroes, das Bambusnest im Rundhof und der Kickoffevent zu Frauenfussball WM-Euro 2025 auf dem Messeplatz. Weitere Veranstaltungen sind in Planung, um die Infrastruktur und den Messeplatz möglichst ganzjährig mit unterschiedlichen Freizeit- und Gastroangeboten und Events zu bespielen. Gemeinsam mit Basel Tourismus arbeitet die MCH darüber hinaus intensiv an der Gewinnung von zusätzlichen internationalen Kongressen und Gastveranstaltungen, um die Messehallen und das Kongresszentrum Basel ganzjährig auszulasten. So fanden im Jahr 2023 11 Gastmessen, 27 Kongresse, 101 Events und 19 Gastveranstaltungen mit insgesamt über einer halben Million Besucher:innen im Kongresszentrum und der Messe Basel statt. Dabei wurden zum Beispiel die Bio Europe Spring, die Bautech X Europe und das Festival of Biologics in Basel durchgeführt. Dies zeigt die Attraktivität des hiesigen Kongress- und Messestandards für die Life Science-Industrie.

Auch das Jahr 2024 wird ein weiteres ereignisreiches Kongressjahr. So finden im laufenden Jahr gleich drei Grosskongresse mit mehreren 1000 Teilnehmenden statt. Ausserdem ist die MCH aktiver Partner beim ESC 2025 in Basel, die Messehallen

wie der Messeplatz bieten optimale Bedingungen für die ESC Fan-Community. Der Regierungsrat freut sich, dass der Kanton diesen Grossevent in Zusammenarbeit mit der MCH ausrichten kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Ich bin zufrieden und ich bedanke mich bei Regierungsrat Kaspar Sutter und allen, die mitgeholfen haben, diese ausführliche Beantwortung zu erstellen. Mich freut es, dass sehr viel läuft bei der MCH, ich wünsche ihr weiterhin alles Gute. Für mich ist wichtig, dass die MCH und auch die Regierung wissen, dass es mit einer doch substanziellen Beteiligung durch den Kanton und einer auch sehr substanziellen Finanzspritze, die zurückliegt, kommunikativ sensibel ist, was dort passiert, dass die Bevölkerung dann durch genau hinschaut und wissen möchte, wie es sich mit Gerüchten verhält, was daran ist, was allfällige gute oder weniger gute Gründe sind. Ich glaube, das wurde hier aufgezeigt. Meine meine Bitte wäre, dass man die Kommunikation einfach ein bisschen im Auge behält, dass man vielleicht auch mal so den Grossen Rat informiert, was gerade ansteht.

Also ich entnehme jetzt dem Gehörten, das ich dann auch noch nachlesen kann, wenn ich das Papier bekommen werde, dass man Sparpotenzial gesehen hat und das genutzt hat bei einigen wenigen Entlassungen – wie viele das sind, wissen wir jetzt immer noch nicht. Darum ist für mich noch nicht ganz klar, ob das Entlassungen waren, weil man sparen muss oder ob das Entlassungen waren, weil man sowieso das Mitarbeiter:innenportfolio bereinigen wollte, vielleicht auch mit anderen Profilen bestücken wollte. Für mich ist das jetzt noch nicht ganz klar. Wie dem auch sei, wir werden weiterhin ein Auge darauf halten und ich bedanke mich für diese Ausführungen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

27.7. Interpellation Nr. 96 Annina von Falkenstein betreffend Aktivitäten des Regierungsrats gegen die für Basel-Stadt schädliche Initiative der Jungsozialisten (JUSO) für eine Erbschaftssteuer

[11.09.24 15:48:03, 24.5324.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Die Regierung beantwortet diese Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1: Die Initiative fordert eine Besteuerung von 50 Prozent auf Nachlässen und Schenkungen über 50 Millionen Franken. Basel-Stadt steht wie die anderen Schweizer Kantone in einem internationalen Wettbewerb mit konkurrierenden Wirtschaftsstandorten. Die geforderte Erbschafts- und Schenkungssteuer könnte die Wettbewerbsposition der Schweiz und ihrer Kantone im globalen Kontext weiter verschärfen.

Zu Frage 2: Der Regierungsrat nimmt die erhebliche Verunsicherung ernst, die die Initiative bei natürlichen und juristischen Personen auslöst. Er betont, dass Rechtsunsicherheit nach Möglichkeit zu vermeiden ist, da sie negative Auswirkungen auf die Planungssicherheit und die wirtschaftlichen Aktivitäten haben kann. Eine solche Verunsicherung könnte die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts gefährden und potenzielle sowie bisherige Investoren abschrecken. Besonders kritisch wird daher die rückwirkende Besteuerung von Nachlässen und Schenkungen betrachtet. Der Regierungsrat begrüsst, dass der Bundesrat diese Einschätzung teilt und sich für eine zügige Klärung der allfälligen Umsetzung der Initiative einsetzt.

Zu Frage 3: Die konkreten Auswirkungen sind schwierig abzuschätzen. Zu möglichen Betroffenen in Basel-Stadt kann Folgendes gesagt werden: Im Jahr 2021 gingen ca. zwischen 90 bis 100 Veranlagungen auf Personen mit einem steuerbaren Vermögen von mehr als 50 Millionen Franken zurück. Eine Veranlagung kann dabei zwei Personen umfassen. Es wurden nur Personen berücksichtigt, welche in Basel-Stadt wohnen. Auf diese Veranlagungen entfielen 2021 rund 150 Millionen Franken Einkommensteuer und rund 180 Millionen Franken Vermögenssteuer. Diese Steuerbeträge umfassen sowohl die Kantons- als auch die Gemeindesteuer. Vermögende Personen leisten einen substanziellen Beitrag zur Erfüllung

der staatlichen Aufgaben. Der Regierungsrat ist daher der Ansicht, dass der Kanton sowohl für Personen mit geringem als auch mit hohem Vermögen attraktiv sein soll.

Zu Fragen 4, 5 und 6: Der Regierungsrat befasst sich mit den jeweiligen Abstimmungsvorlagen, wenn diese vorliegen. Gegenwärtig ist dies bei besagter Initiative nicht der Fall. Nicht einmal die eidgenössischen Räte haben sich damit befasst. Generell sind Kantonsregierungen vom Bundesgericht dazu angehalten, sich bei Abstimmungen auf Bundesebene nur zurückhaltend zu äussern. Bei vorliegender Abstimmungsvorlage wird der Regierungsrat prüfen, ob die Voraussetzungen für eine Intervention gegeben sind und dann über allfällige Massnahmen entscheiden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Annina von Falkenstein (LDP): Vielen Dank für die Beantwortung, die ich positiv zur Kenntnis genommen habe. Was mich sehr freut sind die Antworten auf Fragen 1 bis 3, sie lassen einen Optimismus wirklich auch zu, auf der Begründung, dass der Regierungsrat hier doch auch schon relativ hohe Zahlen nennt, die Basel-Stadt sicher fehlen würden. Das freut mich.

Vermögende Personen, die in Basel-Stadt Steuern bezahlen, zeigen sich nämlich sehr solidarisch mit finanziell weniger privilegierten Menschen, was auch wichtig ist, aber dafür brauchen wir dieses Steuersubstrat auch in Zukunft, denn genau diese Menschen könnten relativ leicht ihren Steuerort optimieren, indem sie zum Beispiel nach Zug, nach Obwalden oder Monaco ziehen. Und das wollen wir nicht.

Auch die Steuerprogression, die wir kennen, schafft Gerechtigkeit und deshalb sind diese Personen ja schon höher besteuert als andere. Auch das ist eine gute Sache, notabene in Basel eine liberale Erfindung. Wichtig ist auch, dass man im Kopf behält, dass im Falle des Eintritts dieser Regelung auch erhebliche Vermögensteile an den Staat abgegeben werden müssen, was eben bedeutet, dass gerade bei Firmen im Familieneigentum Aktien verkauft werden müssen, die dann erwerbbar sind, was bedeuten kann, dass Firmen dann zwar vielleicht noch in Basel sind, aber eben nicht mehr den engen Baselbezug haben, was bedauernswert wäre und auch zu einer Entfremdung von Basel oder eben im worst case zu einem Wegzug führen könnte.

Auch wenn diese Beträge dann Bundesbern zugute kämen, um den Klimaschutz voranzutreiben, was ja grundsätzlich eine gute Sache ist, denke ich, dass Basel-Stadt durch die Pionierrolle, die wir im Klimaschutz einnehmen, sicher auch so viel beisteuern kann, ein Vorbild sein kann für andere Kantone und allenfalls auch über den Finanzausgleich, den wir kennen, Beiträge so in anderen Kantonen dem Klimaschutz zugute kommen können, ohne dass wir dieses Ziel via diese Erbschaftssteuer finanzieren.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass es wichtig ist für Basel, dass die philanthropischen Aktivitäten, die sehr viele vermögende Personen neben dem Bezahlen von Steuern leisten, erhalten bleiben, denn unsere kulturelle Vielfalt, die vielen sozialen Angebote, die wir kennen, auch die Wissenschaftsprojekte, die in Basel stark florieren und immer wieder neu erscheinen, sind wichtig für die Lebensqualität, die wir hier haben, für den Wirtschaftsstandort, der dann auch wieder Steuern und somit Möglichkeiten für die Bevölkerung hier generiert.

Daher bin ich optimistisch aufgrund der Antworten auf Fragen 1 bis 3 und denke, das ist schon einmal ein wichtiges erstes Signal und bin sehr gespannt, was der Regierungsrat noch folgen lässt. Ich bin mit der Antwort zufrieden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

27.8. Interpellation Nr. 97 Eric Weber betreffend ständige Pannen im Basler Wahlbüro

[11.09.24 15:55:15, 24.5329.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant wird begründen.

Eric Weber (Fraktionslos): Die Fehler im Wahlbüro häufen sich,. schon bei der Nationalratswahl wurden die Wahlzettel falsch gedruckt, im Jahr 2023, aber bei meinen Kandidaten anzurufen und diese mit scharfen Einschreibebriefen anzuschreiben, das geht. Und da sage ich, da werden die Gewichte falsch gewichtet, oder wie man das nennt, da wird mit Kanonen auf Spatzen geschossen. Darum die Gegenreaktion von mir, die Interpellation.

Es gab einen Infoanlass im April zur Grossratswahl, in diesem schönen Ratssaal. Ich war leider abwesend, als Wahlbeobachter in Belarus, sonst wäre ich natürlich an den Infoanlass gekommen. Keiner hat aber gemerkt, dass an diesem Infoanlass falsche Formulare verteilt worden sind. Der Eric hat es gemerkt, mir wäre das sofort aufgefallen. Ich habe dann auf diesen falschen Wahlformularen für die Grossratswahlen 2024, 20. Oktober, Leute unterschreiben lassen und dann habe ich plötzlich selber festgestellt, dass das Wahlformular falsch ist. Dann habe ich alles noch einmal neu gemacht. Ich habe Leute Formulare unterschreiben lassen, die falsch waren. Man muss sich das mal vorstellen. Ist es ein Trick, um Leute von der Wahl auszuschliessen?

In meiner Interpellation habe ich ganz sachlich geschrieben. Nur ein Beispiel: Bei den Kandidatenformularen für die Grossratswahl steht folgendes auf dem Formular: Der/die Unterzeichnende erklärt hiermit unwiderruflich ihre/seine Zustimmung zur Kandidatur für die … Dahinter steht nichts mehr. Jeder kann sehen, dass hier was fehlt. Das steht in meiner Interpellation auf Seite 84.

Leider bin ich an diesem Infoanlass nicht dabeigewesen. Ich hätte das sofort gemerkt, aber keine Partei hat den Fehler gemerkt. Dann hat das Wahlbüro die Formulare zur Grossratswahl 20. Oktober 2024 neu drucken lassen, und jetzt habe ich einfach grosse Angst, denn ich habe ein paar alte Formulare abgegeben und ein paar neue. Und darum frage ich, warum im Wahlbüro immer so viele Fehler passieren. Schauen da nicht mehrere Menschen über die Formulare, bevor diese rausgehen?

Und die zweite Frage: Ist es richtig, dass man bei Kandidatenformularen, wo ein Satz nicht richtig beendet wird, diesen Satz mit der Hand fertig schreiben kann und das Formular dann auch gültig ist? Sonst sind die ganzen Wahlen einfach ungültig, wenn die Formulare nicht einmal richtiges Deutsch haben, und darum habe ich die Interpellation gemacht. Ich bin jetzt wirklich gespannt auf die Antworten. Aber ich stelle einfach fest, die Pannen häufen sich. Im Oktober letztes Jahr war ja der Wohnort nirgendswo verzeichnet. Ob man jetzt in Basel oder in Riehen oder in Bettingen wohnt, oder man kann auch im Kanton Aargau wohnen und in Basel-Stadt kandidieren für der Nationalrat. Da bin ich natürlich schon überrascht, dass solche Sachen passieren, und das finde ich einfach merkwürdig und ich freue mich auf die Antwort.

27.9. Interpellation Nr. 98 Andrea Strahm betreffend Freistellung Kommandant

[11.09.24 16:00:03, 24.5330.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten, die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zu Frage 1: Die Vorstehen des Justiz- und Sicherheitsdepartements hat mit dem Kommandanten am Tag der Erscheinung des Berichts sowie in den folgenden Tagen mehrere Gespräche geführt. Eine Woche nach der Publikation hat sie ihm nach Rücksprache mit dem Regierungsrat als Anstellungsbehörde mitgeteilt, dass sie bis auf weiteres auf seine Arbeitsleistung verzichtet. Sind Vorwürfe betreffend die Amtsführung zu klären, hat dies durch eine unabhängige Untersuchung zu erfolgen. Insbesondere können für die Untersuchung nicht Personen eingesetzt werden, welche von den Vorwürfen direkt oder indirekt betroffen sind, wie dies vorliegend betreffend den Kommandanten der Fall ist.

Zu Fragen 2 und 3: Der Regierungsrat bittet um Verständnis dafür, dass er zu Fragen, die sich auf konkrete Arbeitsverhältnisse und laufende Verfahren beziehen, insbesondere aus Datenschutzgründen, keine Auskünfte erteilen kann.

Zu Frage 4: Die personellen Konsequenzen auf Ebene der Polizeileitung wurden mit der Medienmitteilung des Justiz- und Sicherheitsdepartements vom 18. Juli 2024 kommuniziert. Der Regierungsrat bittet um Verständnis dafür, dass er auch zu diesen Fragen, die sich auf konkrete Arbeitsverhältnisse und laufende Verfahren beziehen, insbesondere aus Datenschutzgründen keine Auskünfte erteilen kann.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Ich habe ein gewisses Verständnis dafür, dass nicht alle Auskünfte jetzt hier erteilt werden können. Ich hätte sie gerne direkt gehabt, aber ich ziehe nun halt die Information aus den Medien. Der Grund für meine

Interpellation war die Causa Fehlmann und da sind auch die Fragen im Zusammenhang mit dieser provisorische. Freistellung aufgetaucht.

Kurzum, entlassen oder provisorisch freigestellt wurden der Kommandant und vier weitere Kadermitarbeitende. Gemäss einem Bericht der BZ Baselstadt vom 7. September wurden die Entlassungsformalitäten nicht eingehalten. Ich möchte das jetzt hier offenlassen, aber offenbar bestehender Streitigkeiten. Die betroffenen fünf Personen scheinen sich Rechtsbeistand genommen zu haben und es ist damit zu rechnen, dass wir erhebliche Kosten haben werden mit diesem Streit. Wir werden Abgangsentschädigungen in grosser Höhe zahlen müssen.

Das ist eine Tatsache und damit schlage ich jetzt die Brücke zum Bericht Schefer, den wir heute Morgen schon in extenso beraten haben. Aber ein Punkt kam heute Morgen meines Erachtens viel zu kurz. Es geht hier um die Empfehlung 21 auf Seite 30. Sie haben das sicher alle im Kopf. Schön wäre es, die Finanzdirektorin hätte den Bericht auch vor sich liegen. Da wird bemängelt, dass die Lohnsituation des Kaders, des Korps noch immer nicht geregelt ist, dass die Löhne noch immer unter aller Diskussion sind, dass nichts darauf hinweist, dass da endlich Besserung in Sicht wäre. Es werden offenbar Neuzuteilungen vorgenommen. Die Leute kommen in eine andere Stellung und kriegen keinen neuen Arbeitsvertrag. Es vergehen Monate, bis die Lohnanpassungen erfolgen und die Benefits wurden gestrichen und so weiter. Es gibt da sehr viele Beanstandung, die in der Verantwortung des Finanzdepartements liegen und die dringend angegangen werden müssen.

Stellen Sie sich vor, wir haben irgendwann im Frühjahr, vielleicht im Winter eine Zeitungsmeldung, wonach wir Hunderttausende von Franken an Abgangsentschädigungen zahlen an diese nun entlassenen Kaderleute, und gleichzeitig verdienen die Polizisten an der Front noch immer wesentlich weniger als ihre Kollegen im Baselbiet. Das kann nicht sein. Deshalb muss hier nun in Bezug auf die Löhne dringend und rasch gehandelt werden. Ich glaube, es ist ein Jahr her, dass ich schon ein ähnliches Votum hier gehalten habe. Es kann nicht sein, dass man noch mehr forscht, noch mehr evaluiert und noch immer keine Lohnerhöhungen macht.

Beim ESC haben wir in Basel die Nase vorne, aber bei den Löhnen der Polizisten ist Zürich vorne. Jetzt müssen wir auch das aufholen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sind Sie mit der Antwort zufrieden?

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Da ich die Begründung der Nichtbeantwortung nachvollziehen kann, bin ich teilweise zufrieden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin ist teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

27.10. Interpellation Nr. 99 Heidi Mück betreffend Platz für Boule-Spiel und weitere unkommerzielle Aktivitäten auf dem Vorplatz vor dem K-Haus

[11.09.24 16:05:36, 24.5331.91]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung.

27.11. Interpellation Nr. 100 Patrizia Bernasconi betreffend gesetzwidrige und mietfeindliche Grundhaltung der Basler Regierung gegenüber einzelnen bundesrätlichen Mieterschutzmassnahmen

[11.09.24 16:05:51, 24.5332.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten, die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung.

27.12. Interpellation Nr. 101 Raoul I. Furlano betreffend Finanzierung der Neubauten des Universitätsspitals Basel (USB)

[11.09.24 16:06:15, 24.5338.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant ist nicht da. Damit geht das Wort an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich darf Ihnen diese Interpellation im Namen des Regierungsrats beantworten.

Zu Frage 1: Das Universitätsspital Basel USB plant, bis 2040 für die Grossbauten der Arealplanung Campus-Gesundheit rund 1,7 Milliarden Franken zu investieren. Gemäss Finanzplan entsteht dabei ein Fremdfinanzierungsbedarf von rund 924 Millionen Franken. Der restliche Finanzierungsbedarf wird über den selbsterarbeiteten Cashflow des Spitals gedeckt. Das Darlehen des Kantons deckt somit rund einen Drittel des Fremdfinanzierungsbedarfs ab, den restlichen Bedarf muss sich das USB über den Kapitalmarkt beschaffen. Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass das bisher vorgesehene Finanzierungsmodell grundsätzlich tauglich ist.

Die Fragen 2 und 5 möchte ich zusammen fassen: Aufgrund der langen Dauer der baulichen Erneuerung des USB kann ein weiterer finanzieller Unterstützungsbedarf zum jetzigen Zeitpunkt nicht völlig ausgeschlossen werden. Entsprechend hat der Regierungsrat im Ratschlag zum Darlehen an das USB vom 27. September 2023 festgehalten, dass er sich vorbehält, im weiteren Verlauf der Realisierung des Klinikum 2 und des Klinikums 3, insbesondere der Phase 2, also Sockel des Klinikums 2, ein weiteres Darlehen aus dem Finanzvermögen zu prüfen, um den Abschluss dieser Bauvorhaben sicherzustellen.

Zu Frage 3: Aufgrund der Unsicherheiten und der damit verbundenen finanziellen Risiken bei seinen baulichen Erneuerungsinvestitionen hatte das USB dem Regierungsrat die Gewährung eines Darlehens im Umfang von 300 Millionen Franken als Finanzierungsbeitrag an die anstehenden Investitionen mit vergleichsweise moderaten Zinskonditionen beantragt. Entsprechend hat der Regierungsrat mit dem genannten Ratschlag im September 2023 dem Grossen Rat-Antrag gestellt, der das Darlehen im Mai 2024 bewilligte. Eine erneute Vorlage an den Grossen Rat für eine Kreditsicherungsgarantie für das gleiche Vorhaben ist zurzeit nicht vorgesehen.

Zu Frage 4: Die Berichterstattung zu den genannten Themen erfolgt im Rahmen der Information des Grossen Rates über die Jahresrechnung des USB.

Zu Frage 6: Für den Regierungsrat ist die Befürchtung der Privatspitäler nicht stichhaltig, was wir in der öffentlichen Diskussion über das Darlehen an das USB ausführlich dargelegt und begründet haben.

Zu Frage 7: Nach der Genehmigung des Darlehens an das USB durch den Grossen Rat hat die Basler Privatspitalvereinigung in einer Medienmitteilung dargelegt, dass sie den demokratisch legitimierten Entscheid akzeptieren. Insofern sind aus Sicht des Regierungsrats die Meinungsverschiedenheiten beigelegt.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant scheint nicht anwesend zu sein. Somit ist die Interpellation erledigt.

27.13. Interpellation Nr. 102 Joël Thüring betreffend Reiterstrasse: Aus einem Hotel wird eine Asylunterkunft

[11.09.24 16:09:51, 24.5347.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1: Es ist Aufgabe des Kantons, die gemäss schweizerischem Asylgesetz vom Bund auf die Kantone verteilten Asylsuchenden und Schutzsuchenden unterzubringen. Minderjährige müssen kindergerecht untergebracht und betreut werden. Wir haben in Basel-Stadt einen dringenden Bedarf nach Wohnplätzen im Asylbereich. Aufgrund des Liegenschaftsmarktes ist es uns seit Jahren nicht mehr möglich, die Standorte gezielt zu wählen, sondern wir müssen den Betrieb dort führen, wo eine geeignete Liegenschaft zum Kauf oder zur Miete erhältlich ist. Das ehemalige Hotel ist ideal für eine Nutzung als Wohnheim. Solche geeignete Liegenschaften sind selten.

Zu Frage 2: Es ist kein spezieller Schutz notwendig. Es bestehen teilweise Befürchtungen, dass die Jugendlichen eine Gefahr für das Quartier darstellen. Diese Befürchtungen decken sich nicht mit den bisherigen langjährigen Erfahrungen. Die Sozialhilfe führt aktuell drei Wohnheime für unbegleitete minderjährig Asylsuchende in verschiedenen Wohnquartieren. Bisher verläuft die Nachbarschaft an allen Standorten problemlos.

Zu Frage 3: Die Jugendlichen sind in der Liegenschaft rund um die Uhr unter Aufsicht. Die Sozialhilfe arbeitet mit sozialpädagogisch ausgebildetem Personal. Die Jugendlichen müssen Hausregeln einhalten und haben zum Beispiel geregelte Ausgangszeiten. Die Heimhaltung wird kontrolliert und eine Missachtung hat Konsequenzen. Es ist noch nicht entschieden, was die Nutzung der Liegenschaft durch die Sozialhilfe in einigen Jahren anbelangt.

Zu Frage 4: Es ist nicht mit negativen Einflüssen auf Kinderbetreuungseinrichtungen zu rechnen. Auch eines der bisherigen Wohnheime für unbegleitete minderjährige Asylsuchende befindet sich neben einer Kindertagesstätte. Es gab diesbezüglich bis heute keine Beschwerden seitens der Kita.

Zu Frage 5: Die Reiterstrasse 1 liegt in einer Wohnzone. Als klassische Wohnnutzung gilt das Wohnen in Ein- und Mehrfamilienhäusern, aber auch in Heimstrukturen wie Alterspflege und Jugendheimen. Insofern ist die Nutzung der Reiterstrasse 1 als Kind- und Jugendheim zonenkonform. Die Umnutzung fällt nicht unter die Baubewilligungspflicht gemäss § 26 der Bau- und Planungsverordnung, da die Umnutzung von einem Hotel in eine Asylunterkunft keine Zweckänderung darstellt. Ausserdem liegt keine Zweckentfremdung von Wohnraum vor. An der heutigen Liegenschaft sind keine baulichen Veränderungen notwendig, weder an der Aussenfassade noch im Innern. Es erfolgen lediglich kleinere Anpassungen.

Zu Frage 6: Es ist üblich, die Anwohnerinnen und Anwohner, also diejenigen Personen, die in der Nähe wohnen, zu informieren. Das wurde zeitnah gemacht. Zudem fand in der vergangenen Woche bereits ein Informationsanlass im Quartier statt. Die breite Öffentlichkeit und damit auch die Liegenschaftseigentümerinnen und -eigentümer wurden mit dem regierungsrätlichen Medienbulletin informiert.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Joël Thüring (SVP): Als die Medienmitteilung des Kantons publik wurde, war die Aufregung im Neubadquartier sehr gross. Es ist eine grosse Angst vorhanden, dass nun ein Hotel, das in den letzten Jahren immer wieder auch genutzt wurde als Hotel, nun vom Kanton gekauft werden soll, um Asylbewerber, minderjährige unbegleitete Asylmigranten unterzubringen. Das ist für viele im Quartier sehr unverständlich, gerade wenn man weiss, wo auch diese Reiterstrasse ist. Dort hat es in der Nähe eine Schule, es hat Kindertagesstätten, das scheint nun wirklich nicht der geeignete Standort zu sein, um unbegleitete minderjährige Asylmigranten unterzubringen.

Dazu kommt, dass zwar mit dem Regierungsbulletin, das wahrscheinlich nicht die ganze Stadt liest, vielleicht die Besitzer der Liegenschaften informiert wurden, es wurde gleichzeitig den Anwohnern etwas in den Briefkasten geworfen, dass dies geplant wird. Die Besitzer der Liegenschaften haben aber keine Information direkt vom Kanton erhalten, also Liegenschaftsbesitzer, die dort wohnen, mussten entweder aus den Medien oder dort, wo es passiert ist, von den Mietern erfahren, dass nun also in unmittelbarer Nähe ihres Grundstücks eine Asylunterkunft errichtet werden soll. Hier glaube ich, muss der Kanton bei der Kommunikation schon noch einmal über die Bücher gehen.

Wir erleben es nicht zum ersten Mal, dass, wenn der Kanton Asylunterkünfte errichten muss, er zumindest bei der Kommunikation nicht ganz transparent arbeitet. Das ist auch nicht verwunderlich, denn sonst müsste ja Regierungsrat Kaspar Sutter eingestehen, dass das Asylchaos, das sein Bundesrat in Bern und die Mitte-Linksparteien in Bern verursacht haben, eben sehr wohl konkrete Auswirkungen auf das Zusammenleben in unserem Kanton hat. Denn es ist innert kürzester Zeit die dritte Unterkunft, die eröffnet werden muss, weil wir das Asylchaos nicht in den Griff bekommen, weil wir keine Grenzkontrollen einführen und damit jetzt nach dem Entscheid von Deutschland das Asylchaos sogar noch verschärfen, weil alle illegal nach Deutschland Einreisenden zurückgeschafft werden in die Schweiz, nach Basel, und deshalb steigen auch entsprechend überall die Kriminalitätszahlen, wie auch der erste Staatsanwalt zugegeben hat.

Nun haben wir die Heuwaage als Hochhaus mit Asylmigranten bestücken müssen, an der Inselstrasse würden Mieter aus günstigem Wohnraum vertrieben, damit Asylmigranten unterkommen können, und nun passiert an der Reiterstrasse mit einem Hotel dasselbe. Und bei diesem Hotel stellt sich für mich dann noch zusätzlich eine Frage. Der Kanton kauft das mit

dem Geld aus dem Verwaltungsvermögen, respektive dieses Hotel fällt dann ins Verwaltungsvermögen. Die Betreibung einer Asylunterkunft scheint mir nun zumindest etwas schwierig damit begründet zu sein, dass man das unter diesen Aspekt fallen lassen kann.

Aber das ist für mich gar nicht das Entscheidende. Das Entscheidend ist, dass man nun aufgrund der Situation überall in den Wohnquartieren Asylunterkünfte errichten muss und die Bevölkerung fühlt sich dadurch einfach nicht wohl. Regierungsrat Kaspar Sutter hat nun gesagt, es gäbe keine Probleme und es seien keine Probleme bekannt. Vor wenigen Minuten hat Regierungsrätin Stephanie Eymann auf eine Interpellation meines Kollegen Felix Wehrli zur Sicherheitslage in Basel und den vielen Delikten, die in Baselstadt begangen werden, Folgendes gesagt: Wie in den meisten anderen Kantonen stellen auch die basel-städtischen Strafverfolgungsbehörden fest, dass die polizeilich registrierten Delikte meist durch junge männliche Asylsuchende aus dem Maghreb verübt werden. Also hier besteht ein gewisser Widerspruch zwischen den Statistiken, den Zahlen, die wir kennen und dem, was dann vom WSU erzählt wird, wenn es um Asylunterkünfte und die Errichtung von solchen neuen Unterkünften geht.

Deshalb bin ich schon der Meinung, dass der Kanton schauen müsste, dass solche Asylunterkünfte wie jetzt an der Reiterstrasse eben nicht mehr errichtet werden. Ich finde das sehr stossend und die Bevölkerung im Neubadquartier meldet sich immer noch täglich, weil sie das eben auch nicht gut findet.

Ich bin deshalb mit der Beantwortung meiner Fragen sehr wohl zufrieden, mit dem was aber gemacht wird alles andere.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

27.14. Interpellation Nr. 103 Anouk Feurer betreffend dringender Handlungsbedarf aufgrund unhaltbarer Zustände an der Pädagogischen Hochschule FHNW

[11.09.24 16:17:47, 24.5355.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Gerne beantworten wir diese Interpellation wie folgt.

Zu Fragen 1 und 2: Der Regierungsrat hat Kenntnis davon, dass eine Studierendengruppe der FHNW einen offenen Brief verfasst hat. Dieser wurde der Vorsteherin und dem Vorsteher der Bildungsdirektion der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft wie auch den Mitgliedern des Landrats und dem Grossen Rat zugestellt. In diesem Brief werden insbesondere technische Probleme bei der Belegung von Studienmodulen sowie das fehlende Gehör seitens der FHNW für studentische Anliegen moniert. Der Regierungsrat bedauert, dass es an der PH FHNW zu Belegungsproblemen gekommen ist. Er bedauert zudem, dass ein Teil der Studierende der PH FHNW offenbar nicht mit ihrer Ausbildung zufrieden ist. Der Regierungsrat erachtet es deshalb als gut, dass die Studierendengruppe auf Empfehlung der Bildungsdirektionen mit dem Direktor der Pädagogischen Hochschule das direkte Gespräch suchte. Der Regierungsrat hat Kenntnis davon, dass dieses Gespräch für beide Seiten konstruktiv verlief. Zur Umfrage und zu den Ergebnissen selber kann der Regierungsrat keine Auskunft geben. Die Ergebnisse kennt er selber aus den Medien. Der vier-kantonale Regierungsausschuss, der für die politische Lenkung der FHNW-Geschäfte zuständig ist, wird sich zeitnah von der Pädagogischen Hochschule und der FHNW-Leitung über die aktuellen Fragestellungen und Probleme orientieren lassen.

Zu Frage 3: Die Trägerkantone steuern die FHNW mittels eines Leistungsauftrags. Der Leistungsauftrag an die FHMW umfasst neben den allgemeinen Zielen, die für die ganze FHNW gelten, auch spezifische Vorgaben an die GA. Diese Vorgaben werden im engen Austausch mit den für die Schulen unter die Hochschulsteuerung zuständigen Gremien im Bildungsraum Nordwestschweiz erstellt. Der neue Leistungsauftrag für die Jahre 2025 bis 2028 steht derzeit in parlamentarischer Beratung. Die PH-Vorgaben umfassen vier inhaltlich ausgerichtete Ziele mit insgesamt elf spezifizierenden Unterzielen. Erste Ziel ist, die Studierenden durch die Verknüpfung von Theorie und Praxis und einer auf die Praxis orientierten Ausbildung optimal auf den Berufseinstieg vorzubereiten. Der Regierungsausschuss steht in einem kontinuierlichen Austausch mit der FHNW vor, um die Zielerreichung zu überprüfen und bei Bedarf einzufordern.

Zu Frage 4a: Der Praxisbezug ist ein wichtiges profilbildendes Kriterium von Fachhochschule und Pädagogischer Hochschule. Im Leistungsauftrag an die FHNW für die Jahre 2025 bis 2028 ist festgehalten, dass mindestens 75 Prozent der Dozierenden über ein Minimum von fünf Jahren praktischer Unterricht- beziehungsweise Berufserfahrung verfügen müssen.

Zudem wird die FHNW aufgefordert, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Dozierende parallel zu ihrer Tätigkeit an der FHNW auch in der Berufswelt arbeiten können.

Zu Frage 4b: Die FHNW ist eine im Rahmen des Staatsvertrags und des Leistungsauftrags selbst verwaltete Hochschule. Die organisatorischen Abläufe und ihre stetige Verbesserung obliegen der Verantwortung der Hochschulleitung und der Gesamtleitung der FHNW. Sie bilden die operativen Leistungsorgane der FHNW.

Zu Frage 4c: Im Berichtsjahr 2023 verzeichnete die PH FHNW eine Zunahme von Neueintritten von 14,6 Prozent. Diese Entwicklung ist mit Blick auf die grosse Nachfrage an Lehrpersonen erfreulich. Wie erwähnt stehen der Regierungsausschuss des Bildungsraums Nordwestschweiz und die für die PH FHNW zuständigen Schul- und Hochschulgremien in einem kontinuierlichen und konstruktiven Austausch mit der Leitung der PH FHNW. Allfällige Probleme und Verbesserungsbedarf werden regelmässig und gezielt angesprochen. Mit Blick auf die Notwendigkeit eines zufriedenstellenden Studierendenbestands erachtet der Regierungsrat eine in den Medien ausgetragene Debatte über die Pädagogische Hochschule für kontraproduktiv. Sie wird der Qualität und der Seriosität der Hochschule nicht gerecht und wirkt auf potenzielle Studieninteressierte zu Unrecht abschreckend.

Zu Frage 5: Der vier-kantonale Regierungsausschuss trifft sich mehrmals im Jahr. Zudem finden regelmässig Sitzungen mit einer Delegation des Fachhochschulrats unter Beizug der Fachhochschulleitung und ebenfalls mit der Leitung der PH FHNW statt. Nicht zuletzt steht der Regierungsausschuss in regelmässigem Kontakt mit der interparlamentarischen Kommission FHNW. Diese Austauschgefässe haben sich bewährt, um sich über allfällige Probleme und Fragestellungen auszutauschen und sie kompetenzen- und stufengerecht anzugehen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Anouk Feurer (GAB): Vielen Dank für die mündliche Beantwortung. Es freut mich sehr herauszuhören, dass uns die Studierenden an der PH sehr wichtig sind und dass es ein Grundsatz ist, dass die PH gestärkt werden muss, auch zu Zeiten des Lehrkräftemangel. Was mich aber doch ein bisschen überrascht ist, dass ausser dem baldigen Austausch, der angetönt wird und dem bald zu erneuernden Leistungsauftrag nicht wirklich viel geplant ist. Es ist nicht von einer Taskforce oder von sonstigen Konzepten die Rede, oder ich habe nichts davon gehört.

Der vierkantonale Regierungsratsausschuss wird sich zeitnah treffen mit der Leitung der PH und der FHNW und sich über die Probleme orientieren lassen. Meine Frage ist, wieso das erst jetzt passiert, denn der offene Brief kam im Juli. Die Ergebnisse sind jetzt auch schon vor ein paar Wochen veröffentlicht worden und nächste Woche fängt die Uni an. Es wäre eigentlich ein sehr gutes Zeichen, dass gerade die technischen Probleme behoben sind, bis jetzt die neuen Studierenden anfangen und topmotiviert ins Semester starten können.

Ausserdem sind ja diese Probleme nicht erst seit Juli in unserem Bewusstsein. Anscheinend gibt es Studierende, die vor acht Jahren abgeschlossen haben und auch schon mit ähnlichen Problemen zu kämpfen hatten. Damit komme ich auch gerade zu meiner nächsten Frage. Es wird geredet von einem kontinuierlichen und konstruktiven Austausch zwischen den Hochschulegremien und der Leitung der FHNW und der PH und auch, dass sich der Austausch bewährt habe. Und ich glaube, dass sich in vielen Aspekten bewährt, dass ein Austausch stattfindet, dass man voneinander lernt. Gleichzeitig ist es ja jetzt trotzdem zu diesen Problemen gekommen, und da ist meine Frage, inwiefern dann der Austausch noch besser stattfinden kann, damit es sich wirklich bewährt, dass es diesen Austausch gibt.

Ich gehe aber auch einig, dass die Debatte in den Medien nicht unbedingt ein Werbeclip ist für die PH. Aber wir müssen auch sagen, dass es die höchste Eskalationsstufe ist, dass die Studierenden der PH sich an die Medien gewendet haben oder auch den Medien Auskunft gegeben haben. Es ist eigentlich ein Armutszeugnis, dass es überhaupt so weit gekommen ist, dass sie sich an die Medien haben wenden müssen, damit sich etwas bewegt.

Die Umfrageergebnisse sind tatsächlich online einsehbar auf «starke Schule BL». Ich möchte aber wirklich auch anerkennen, es ist vermutlich äusserst schwierig, als 4 Trägerkantone zusammen zu sitzen an einem Tisch, Lösungen zu finden. Aber das muss es uns jetzt auch wirklich einfach wert sein, denn die Lehrkräfte sind unsere Zukunft. Die PH muss gestärkt werden. Wir brauchen junge, gut ausgebildete und motivierte Menschen im Lehrberuf. Und weil ich jetzt finde, dass dem in dieser Antwort nicht wirklich Rechnung getragen worden ist, bin ich mit dieser Antwort nicht zufrieden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

27.15. Interpellation Nr. 104 Adrian Iselin betreffend Konkurrenzierung privat tätiger Zahnärztinnen und Zahnärzte durch das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin durch aktive Werbung

[11.09.24 16:27:36, 24.5362.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantwortet. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Damit geht das Wort an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich darf Ihnen die Fragen der Reihe nach beantworten.

Zu Frage 1: Der Regierungsrat weist darauf hin, dass bereits die Vorgängerinstitutionen des Universitären Zentrums für Zahnmedizin UZB, insbesondere die Universitätskliniken für Zahnmedizin in einer gewissen Konkurrenzsituation zu privaten Leistungserbringern standen. Daran hat sich mit der Gründung des UZB nichts geändert. Im Ratschlag zum Gesetz über das UZB von 2013 hat der Regierungsrat als Reaktion auf die Ergebnisse der öffentlichen Vernehmlassung zum UZBG darauf hingewiesen, dass das UZB sich dem verschärften Wettbewerb in der Gesundheitsbranche nicht entziehen könne. Er betonte, dass sich das UZB sowohl im Personalbereich als auch bei Investitionen in moderne zahnmedizinische Infrastruktur im Wettbewerb mit privaten Konkurrenten messen muss. Eine gewisse Konkurrenzierung der privaten zahnmedizinischen Tätigkeit war bereits seinerzeit also bekannt und wurde bei der Erarbeitung des Gesetzes berücksichtigt.

Zu Frage 2: Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass sich das UZB in einem gewissen Mass im Wettbewerb mit privaten Zahnpraxen behaupten muss. So legt denn die Eignerstrategie des UZB unter anderem fest, dass das Zentrum als öffentlich-rechtliche Anstalt finanziell selbstständig agieren soll. Um diese Selbstständigkeit zu gewährleisten, ist es erforderlich, dass das UZB nicht nur die soziale Zahnpflege für Erwachsene, Kinder und Jugendliche zur Verfügung stellt sowie Ausbildungs- und Forschungsarbeiten wahrnimmt, sondern auch eine breite Palette zahnmedizinischer Leistungen anbietet, insbesondere die Behandlung von Privatpatientinnen und -patienten. Diese Ausrichtung führt dazu, dass der UZB zwangsläufig in einer gewissen Konkurrenz zu privaten Zahnarztpraxen tritt, um seine finanziellen Ziele und seinen öffentlichen Auftrag erfüllen zu können.

Zu FRage 3: Gemäss dem UZBG ist es dem UZB nicht untersagt, für seine Dienstleistungen zu werben. Das UZBG enthält keine spezifischen Vorschriften, die die Werbung des UZB einschränken würden. Allerdings muss sich das UZB wie auch alle privaten Institutionen an die Bestimmung von § 53 des Gesundheitsgesetzes halten, wonach Werbung für medizinische Dienstleistungen weder irreführend noch aufdringlich sein darf. Die Werbung muss sachlich transparent und im Einklang mit den ethischen und professionellen Standards des Gesundheitswesens stehen.

Zu Frage: 4: Der Regierungsrat anerkennt, dass die verstärkte Marktpräsenz des UZB zu einer spürbaren Konkurrenzsituation führen kann. Gleichzeitig ist zu betonen, dass es privaten Zahnarztpraxen ebenfalls möglich ist, innerhalb des gesetzlichen Rahmens aktiv Werbung zu betreiben, um ihre Position im Markt zu stärken. Dies gilt auch für Zusammenschlüsse von Praxen oder Zahnarztketten, die bereits erfolgreich verschiedene Werbestrategien nutzen, um sich im Wettbewerb zu behaupten. Vor diesem Hintergrund wird die Strategie des UZB als Teil eines fairen Wettbewerbs in der Gesundheitsbranche betrachtet, zumal eine vom Interpellanten angeführte offensichtliche Strategieänderung, wie er schreibt, nicht erkennbar ist. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass der UZB weniger als 1 Prozent des jährlichen Umsatzes für Marketing und Werbeaktivitäten ausgibt.

Zu Frage 5: Der Regierungsrat ist der Überzeugung, dass das UZB in Übereinstimmung mit gesetzlichen Vorgaben und der Eignerstrategie handelt und seine Aufgaben im Rahmen des ihm zugewiesenen Mandats erfüllt. Das UZB ist gesetzlich verpflichtet, eine umfassende zahnmedizinische Versorgung zu gewährleisten, einschliesslich der Behandlung von Privatpatientinnen und -patienten und dadurch finanziell eigenständig agieren zu können. Zu erwähnen ist zudem die bestehende konstruktive Zusammenarbeit zwischen dem UZB und der schweizerischen Zahnärztegesellschaft SSO und ihren Vertreterinnen und Vertretern in Basel. Diese Kooperation zeigt sich unter anderem durch das Angebot von kostenlosen Weiterbildungen im UZB für SSO-Mitglieder. Solche Initiativen fördern nicht nur den Wissensaustausch, sondern unterstützen auch die berufliche Entwicklung der Zahnärztinnen und Zahnärzte und stärken die Partnerschaft zwischen den Institutionen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Adrian Iselin (LDP): Ich sehe die Sache etwas anders. Der ursprüngliche Zweck des universitären Zentrums für Zahnmedizin UZB war, nicht mit privaten Zahnarztpraxen zu konkurrenzieren. Die Patientinnen und Patienten der ehemaligen

Volkszahnklinik und der Schulzahnklinik sollten unterstützt vom zahnärztlichen Institut der Universität an einem Ort die besten Behandlungsmöglichkeiten erhalten.

Der Schwerpunkt lag neben der erstklassigen Behandlung auf dem Sozialen, wie es auch im Gesetz in § 2 festgehalten ist. Die wirtschaftlich schwächer gestellten Personen mit Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt werden in dieser Bestimmung in Abs. 3 explizit erwähnt. Offenbar hat sich dies geändert, da nun aufwendige Werbung betrieben wird, ohne auf diese Patientenschaft hinzuweisen. Diese schleichende Strategieänderung, welche der Regierungsrat nicht erkennen will, erfolgte ohne politische Rücksprache.

Jede nicht schwächer gestellte Patientin und jeder nicht schwächer gestellte Patient, der sich neu im UZB statt in einer privaten Zahnarztpraxis behandeln lässt, kostet den Kanton Geld. Gleichzeitig sinkt das Einkommen der privat tätigen steuerzahlenden Zahnärzte, was zu weniger Steuereinnahmen führt, ein Verlustgeschäft für den Kanton. Die aggressive Werbung des UZB um Patienten stellt eine Wettbewerbsverzerrung dar, die ursprünglich nicht beabsichtigt war. Diese Wettbewerbsverzerrung ist weder korrekt noch fair. Etwas Zurückhaltung wäre angebracht. Auch der überdimensionierte Neubau rechtfertigt es nicht, nun privaten Zahnärzten das Geschäft strittig zu machen.

Das UZB hat seinen Platz in der Gesundheitsversorgung des Kantons, das ist unbestritten, aber das Buhlen um zusätzliche Patientinnen und Patienten zu Lasten privater Anbieter ist nicht nachvollziehbar. Der Staat sollte private Unternehmen nicht konkurrenzieren. Die Spiesse sind nicht gleich lang. Ich bin mit der Antwort des Regierungsrates deshalb nicht zufrieden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

27.16. Interpellation Nr. 105 Nicole Strahm-Lavanchy betreffend den Bürokratie-Aufwand in den Spitälern reduzieren!

[11.09.24 16:35:23, 24.5363.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Das Wort geht somit an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich darf im Namen des Regierungsrats diese Interpellation wie folgt beantworten:

Zunächst ist festzuhalten, dass ein gewisser administrativer Aufwand für die Durchführung der obligatorischen Krankenpflegeversicherung, für den Betrieb von Spitälern, die Erbringung von Leistungen und für ein funktionierendes Gesundheitswesen generell unverzichtbar ist. Der Regierungsrat ist jetzt sich jedoch bewusst, dass der zeitliche Aufwand für die Dokumentation und administrative Aufgaben viele Ressourcen bindet. Die Reduktion des administrativen Aufwands bei den Leistungserbringenden ist jedoch nicht primär eine kantonale Aufgabe, vielmehr sind alle Akteure, also insbesondere auch der Bund, die Leistungserbringer und insbesondere auch die Krankenversicherer, in die Pflicht zu nehmen. Es überrascht somit nicht, dass sich der Bundesrat im Rahmen der Beantwortung parlamentarischer Vorstösse bereits mehrfach mit dieser Thematik auseinandergesetzt und nächste Schritte zur Eruierung des potenziellen Handlungsbedarfs angekündigt hat.

Zu den einzelnen Fragen äussern wir uns wie folgt:

Zu Frage 1: Aufgrund der generell zunehmenden Dokumentationspflichten im Gesundheitswesen erkennt der Regierungsrat einen tendenziell zunehmenden Bürokratieaufwand. Dieser beschränkt sich im übrigen nicht nur auf Ärztinnen und Ärzte in Spitälern.

Zu Frage 2: Die allermeisten vom Kanton erlassenen Vorschriften setzen Bundesvorgaben um, die häufig mit Leistungsprozess und Strukturoptimierung sowie mit der Verbesserung der Leistungsqualität im Gesundheitswesen und deren Messung zusammenhängen. Beispiele dafür sind die ambulante Zulassungssteuerung, die Voraussetzungen zur Tätigkeit zu Lasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung, die Änderungen im Bereich der Voraussetzungen für Berufsausübungsbewilligungen, Qualitätsvorgaben oder die Umsetzung der sogenannten Pflegeinitiative.

Zu Frage 3: Grundsätzlich besteht der behauptete Zusammenhang, es betrifft aber nicht alle Ärztinnen und Ärzte gleichermassen. Ausserdem hängt der tatsächliche Mehraufwand stark von den Rahmenbedingungen im jeweiligen Spital ab, beispielsweise von den vorhandenen Systemen, Prozessen und der Organisation im Allgemeinen.

Zu Frage 4: Das Gesundheitsdepartement prüft stets, ob Bürokratie abgebaut werden kann oder die Spitäler bei solchen Bestrebungen unterstützt werden können. Grundsätzlich ist aber die Optimierung des administrativen Aufwands der Ärztinnen und Ärzte im Spital die Aufgabe des einzelnen Spitals. Da dort die Prozesse definiert werden, bestehen dort auch die grössten Möglichkeiten, um die administrative Belastung zu reduzieren. Stichworte dazu sind Prozessoptimierungen intelligente Digitalisierung sowie die Anbindung an das System des elektronischen Patientendossiers oder auch die Delegation administrative Aufgaben an andere Berufsgruppen.

Zu Frage 5: Das Gesundheitsdepartement unterstützt grundsätzlich alle sinnvollen Bestrebungen, den administrativen Aufwand zu reduzieren beziehungsweise zu minimieren, ohne dadurch die Leistungserbringung zu verschlechtern oder deren Qualität zu vermindern. Es sind aber die einzelnen Spitäler, welche zusammen mit der Ärzteschaft entscheiden müssen, welche administrativen Arbeiten durch Ärztinnen und Ärzte erfolgen müssen und welche Arbeiten beispielsweise an nicht medizinisches Personal delegiert werden können.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Ich bin sehr froh, dass man erkannt hat, dass bei den Ärzten und Ärztinnen eine Problematik besteht bezüglich Bürokratie in den Spitälern. Ich danke vielmals für diese Erkenntnis. Was mich aber ein bisschen erstaunt, ist, dass nicht mehr Hand geboten wird vom Gesundheitsdepartement. Denn es ist wirklich ein Problem, die Ärzte und Ärztinnen können fast nicht mehr ihre tägliche Arbeit bewältigen in einer nützlichen die Zeit, sie machen Überstunden ohne Ende. Es ist aber ein bisschen einfach zu sagen, dass die Spitäler selber dafür verantwortlich sind. Ich bin darum nicht ganz zufrieden mit diesen Beantwortung von dieser Interpellation.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin ist teilweise zufrieden, die Interpellation ist somit erledigt.

27.17. Interpellation Nr. 106 Lisa Mathys betreffend Umsetzung der beschlossenen Lärmschutzmassnahmen entlang der Osttangente

[11.09.24 16:40:35, 24.5368.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1: Die Eigentümer:innen der anspruchsberechtigten Liegenschaften wurden im Januar 2021 über die Möglichkeit eines freiwilligen Einbaus von Schallschutzfenstern mit einem Kostenbeitrag durch den Kanton informiert. Die Eigentümer:innen des Grundstücks Schwarzwaldallee 62 sind im Rahmen einer gemeinsamen Besichtigung informiert worden. In die Grundstücke der Schulhäuser entlang der Galgenhügelpromenade ist kein Eingriff notwendig. Die Schulverwaltungen werden in die Phase Bauprojekt einbezogen, unter anderem, um die Schulwege mit der künftigen Baustelle zu koordinieren.

Zu Frage 2: Ja, die Anwohnenden haben auch Informationen zum Ablauf und zu den Terminen erhalten.

Zu Frage 3: Von den bewilligten Kosten für den übergesetzlichen Lärmschutz entlang der Osttangente wurden 514’000 Franken in den Einbau von Schallschutzfenstern und 62’000 Franken in die Projektierung der Lärmschutzwände investiert. Die Projektstelle konnte mit bestehendem Personal in Form von Pensenaufstockungen besetzt werden. Die im Ratschlag angesetzte Vertragsdauer von drei Jahren wurde eingehalten. Die befristeten Verträge sind im Jahr 2023 ausgelaufen.

Zu Frage 4a: Die durch ein Ingenieurbüro erarbeitete Machbarkeitsstudie zeigt auf, dass für die Erstellung der Fundation mehrere grosse Bäume gefällt werden müssten. Bei einer Lärmschutzwand von nur 12 m2 Fläche ist das unverhältnismässig. Es wird eine Lösung im Zusammenhang mit den geplanten Strassenbauarbeiten gesucht.

Zu Frage 4b: Für die Lösung der Zielkonflikte zwischen der Tunnel-Wirkung, dem Naturschutz und der lärmmindernden Wirkung konnte ein Vorprojekt erarbeitet werden. Derzeit läuft die Erarbeitung des Bauprojekts. Es wird geprüft, ob anstelle

der Glaswände eine transparente Photovoltaikanlage eingebaut werden kann. Die Abklärungen mit den IWB sind im Gang. Das Projekt kann voraussichtlich nächstes Jahr umgesetzt werden.

Zu Frage 5: In den vergangenen Jahren wurden an der Osttangente 394 Schallschutzfenster mit einer Kostenbeteiligung durch den Kanton eingebaut. Rund zwei Drittel der angeschriebenen Eigentümer:innen haben sich gegen den Einbau von Schallschutzfenstern entschieden. Das letzte Objekt wurde im August 2024 abgeschlossen mit einem Verzicht mangels Interesse. Somit ist der Teil Schallschutzfenster an der Osttangente abgeschlossen.

Zu Frage 6: Die Massnahmen sind zu einem grossen Teil bereits umgesetzt. Die verbliebenen Massnahmen werden prioritär behandelt. Vertiefte Abklärungen etwa bezüglich der transparenten Photovoltaikanlage an der Galgenhügelpromenade benötigen aber noch etwas Zeit.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Lisa Mathys (SP): Ich erkläre mich als teilweise zufrieden. Vielleicht ist es auch einfach so, dass ich manchmal ein bisschen an der Realität verzweifle. Wir haben vor viereinhalb Jahren hier drin den Beschluss gefällt, diese übergesetzlichen Lärmmassnahmen zu tätigen, und wir sind einfach an einem Punkt, wo das immer noch nicht umgesetzt wird oder man zum Teil noch gar nichts davon sieht, und deshalb bin ich ein bisschen frustriert, auch wenn mir einleuchtet, was sie mir soeben vorgelesen haben.

Sie haben erläutert, dass zwei Drittel der Berechtigten auf Schallschutzfenster verzichtet hätten. Das finde ich sehr bemerkenswert und interessant, und es würde mich auch sehr wunder nehmen, welche Gründe es in der Praxis dafür gab. War es für die Leute zu aufwendig, diese Gelder anzufordern? Gab es Bedenken, gab es Hürden? Woran lag das,? Denn wir haben dort ja wirklich grosse Grenzwertüberschreitungen bei den Lärmfragen. Was mich natürlich freut ist, wenn von diesen Fenstern zwei Drittel nicht bezogen wurden, dann bleiben fast zwei Millionen Franken übrig, die dafür vorgesehen werden, und ich hoffe, wir können damit dann etwas Sinnvolles machen.

Zu den Lärmschutzwänden: Wie gesagt, wir haben das vor viereinhalb Jahren beschlossen, wir haben es auch losgelöst von der Überdachungsfrage in der Breite, damit es schnell gehen könnte. Jetzt sind vier weitere Sommer oder sogar fünf vergangen, ohne dass es die Möglichkeit gegeben hätte, die Fenster zu öffnen, am Elternabend, im Schulhaus, viereinhalb weitere Jahre ohne die versprochenen und beschlossenen Lärmschutzwände für die Anwohnenden auf der Kleinbasler Seite der Schwarzwaldbrücke. Das ist halt einfach nicht das, was ich mir erhofft hatte, als wir vor viereinhalb Jahren das schnell ermöglichen wollten und den Anwohnenden dort endlich gerecht werden wollten.

Es kommt hinzu, dass gerade von den Lärmschutzwänden noch viel mehr Leute profitieren als von den Schallschutzfenstern, von denen wirklich nur die einzelnen Wohnungen, die besonders stark betroffen sind, profitieren. Die Lärmschutzwände haben ja die Wirkung, dass sie den ganzen Schall auch für Wohnungen abhalten, die vielleicht noch knapp unter dem Grenzwert waren. Diese Menschen leiden ja trotzdem auch, und die warten auch immer noch.

Das ist das eben das, was mich ein bisschen frustriert zurück lässt, dass Schnellgehen einfach auch in diesem Fall irgendwie offenbar nicht möglich ist. Und da das ASTRA ja auch bezüglich Tempo 60 immer noch mauert, um nicht zu sagen bockt, denke ich, dass wir als Kanton einfach nicht zufrieden sein können damit, was die Anwohnenden an der Osttangentetag für Tag zu ertragen haben. Das ist eine Zumutung und ich bedaure das sehr, wünsche mir weiter viel Einsatz für die Umsetzung von Tempo 60 auf der Schwarzwaldbrücke, auf der Osttangente.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

27.18. Interpellation Nr. 107 Gabriel Nigon betreffend Belastung von Ärztinnen und Ärzten mit eigener Praxis durch übertriebene Bürokratie und finanziellen Aufwand - veranlasst durch das Gesundheitsdepartement

[11.09.24 16:47:37, 24.5371.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Somit geht das Wort an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich darf Ihnen diese Interpellation wie folgt beantworten:

Zunächst im Allgemeinen: Der Regierungsrat nimmt mit den vom Interpellanten angesprochenen Inspektionen seine gesetzlich vorgegebene Aufsichtspflicht nach Art. 41 Abs. 1 des Medizinalberufegesetzes in Verbindung mit § 2 Abs. 1 der Bewilligungsverordnung wahr. Denn die Kantone sind für die Überwachung der Instandhaltung und Aufbereitung von Produkten bei den anwendenden Fachpersonen und in den Gesundheitseinrichtungen zuständig. Eine korrekte Aufbereitung mit validierten Verfahren ist nach Stand der Technik und Wissenschaft von ausserordentlicher Bedeutung für die Produktesicherheit. Gravierende Hygienemängel, welche während den Inspektionen halt manchmal auch festgestellt werden, zeigen, wie wichtig die Überprüfungen und Kontrollen sind. Diese Mängel sind oft auf eine unsachgemässe Reinigung von wiederverwendbaren Medizinprodukten wie beispielsweise chirurgischen Instrumenten, etwas Skalpellen oder auch von Endoskopen zurückzuführen. Diese festgestellten Mängel können unter Umständen schwerwiegende Folgen für die Patientinnen und Patienten haben, dies in Form von Infektionen, die durch verunreinigte Medizinprodukte an Patientinnen und Patienten weitergegeben werden könnten. Der Regierungsrat verweist zum Beispiel auf den Fall der Schliessung einer Zahnarztpraxis im Kanton Aargau im Frühjahr 2023. Hier mussten die Patientinnen und Patienten befürchten, sich aufgrund der unsterilen Medizinprodukte mit HIV oder Hepatitis angesteckt zu haben. So etwas wollen wir ja nicht.

Zu Frage 1: Ja, der Regierungsrat ist sich der sehr wichtigen und systemrelevanten Arbeit der ambulant tätigen Ärztinnen und Ärzte bewusst und fördert diese.

Zu Frage 2: Die Zuständigkeit für das ambulante Tarifsystem für Ärztinnen und Ärzte ist auf nationaler Ebene angesiedelt. Der Regierungsrat setzt sich seit längerem schon dafür ein, den nationalen Dialog dazu voranzutreiben.

Zur Frage 3: Ja, der Regierungsrat kann nachvollziehen, dass Aufsicht als störend empfunden wird. Die Inspektionstätigkeit aus diesem Jahr zeigt jedoch, wie notwendig die Überprüfung der gesetzlichen Vorschriften zur Aufbereitung der Medizinprodukte ist. Bei der Überprüfung von bisher 21 Arztpraxen im Jahr 2024 zeigte sich, dass in neun Betrieben zwischen null und neun Mängel, in acht Betrieben acht bis 19 Mängel und in vier Betrieben 20 bis 31 Mängel festgestellt wurden, die auch schwerwiegende Folgen für die Patientinnen und Patienten haben könnten, dies in Form von Infektionen oder Krankheiten, die durch verunreinigte Instrumente von Patient zu Patient weitergegeben werden könnten.

Zu Frage 4: Von Seiten des Gesundheitsdepartements wird kein Austausch von Geräten gefordert. Dies kann im Rahmen einer Inspektion auch nicht beurteilt werden. Diese Beurteilung muss jeweils durch den Gerätehersteller erfolgen. Gemäss Richtlinien der schweizerischen guten Praxis zur Aufbereitung von Medizinprodukten, herausgegeben von Swissmedic, sind periodische Realisierungen vorgeschrieben, um die Funktionstüchtigkeit der verwendeten Geräte zu gewährleisten. Hierbei handelt es sich um eine seit Jahren etablierte Qualitätssicherungsmassnahme.

Zu Frage 5: Massgeblich für die Standards sind die schweizweit geltenden Richtlinien der schweizerischen guten Praxis zur Aufbereitung von Medizinprodukten, eben schon zitiert. Hierbei handelt es sich um den aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik, nach welchem Medizinprodukte gemäss der Medizinprodukteverordnung des Bundes aufbereitet werden müssen.

Zu Frage 6: Die Gebühr für Inspektionen und Kontrollen richtet sich nach der kantonalen Verordnung über die Gebühren im Gesundheitswesen und beträgt 200 Franken pro Stunde. Dazu zählen die Zeit für die Vorbereitung, die Zeit während der Inspektion und die Nachbereitungszeit. Der Zeitaufwand kann stark variieren, je nachdem auch, wie viele Mängel im Betrieb vorhanden sind. Der Regierungsrat erachtet die Höhe der Gebühr als angemessen.

Zu Frage: 7: Die Ärzteschaft ist verpflichtet, nur sachgemäss aufbereitete Medizinprodukte zu verwenden. Sie trägt daher auch die Verantwortung und die Kosten dafür.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Gabriel Nigon (LDP): Ich bedanke mich für die mündliche Stellungnahme. Gerne will ich kurz wie folgt replizieren. Erstens, die Stellungnahme ist sorgfältig erarbeitet und grundsätzlich schlüssig. Im Wesentlichen beschlägt sie indessen den Soll-Zustand. Demgegenüber empfindet die Ärzteschaft den Ist-Zustand als zu bürokratisch und zwischenmenschlich als negativ. Aus diesem Grund drängt sich eine Aussprache zwischen den Behörden und der Medges dringend auf. Unter dieser Voraussetzung bin ich mit der Antwort zufrieden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist es mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

27.19. Interpellation Nr. 108 Oliver Bolliger betreffend der geplanten Zulassungsbeschränkung zur Matura-Prüfung an den Basler Gymnasien

[11.09.24 16:54:33, 24.5373.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung.

27.20. Interpellation Nr. 109 Jo Vergeat betreffend nach Bscene Pause und Gässli Filmfestival aus – wo bleibt das Festivalkonzept?

[11.09.24 16:54:44, 24.5374.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung.

27.21. Interpellation Nr. 110 Fleur Weibel betreffend ESC in Basel - eine grosse Chance!

[11.09.24 16:55:06, 24.5378.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellantion schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte begründen, sie hat das Wort.

Fleur Weibel (GAB): Ich begründe sehr gerne kurz, warum ich eine Interpellation mit dem Titel ESC in Basel – eine grosse Chance eingereicht habe. Wir haben es heute Morgen gehört. Die Freude über den ESC in Basel-Stadt ist gross. Die Politik ist sich grossmehrheitlich einig, dass der ESC eine grosse Chance in mehrerer Hinsicht darstellt, touristisch, wirtschaftlich, für den Ruf von Basel-Stadt, aber auch – Annina von Falkenstein hat heute Morgen auch schon auf die Werte, die in dem Slogan Crossing Borders angesprochen werden (Verbundenheit, Diversität) angesprochen. Meine Interpellation richtet sich auch auf diese Dimension des ESC. Es geht mir um die gesellschaftspolitische Chance, die die Durchführung eines der buntesten und vielfältigsten Musik-Events, der insbesondere auch in der queeren Community sich einer enorm grossen Beliebtheit erfreut, darstellt.

Ich hätte wäre interessiert gewesen, schon heute die Antworten von Regierungspräsident Conradin Cramer zu erhalten. Es hat mich aber gefreut, dass er heute Morgen auch schon ein bisschen auf das Thema eingegangen ist. So hat mich insbesondere gefreut, dass er die Austragung des ESC als ein Fest der Toleranz bezeichnet hat, bei dem sich Basel als offene und inklusive Gastgeberin für ein vielfältiges Publikum geben wird und die Bevölkerung auch für Diversitäts- und Gleichstellungsthemen sensibilisieren will. Das hat mich gefreut, das zu hören, denn tatsächlich denke ich, dass Basel-Stadt mit seinem fortschrittlichen Gleichstellungsgesetz, das die geschlechtliche und sexuelle Vielfalt anerkennt, prä prädestiniert ist, um anlässlich des ESC nun einen neuen Prozess anzustossen, um die gesellschaftspolitische Grenze zu überwinden, die derzeit in der Schweiz gegenüber der gesetzlichen Anerkennung von nicht-binären Personen besteht.

Ich möchte deshalb vom Regierungspräsidenten wissen, wie die Regierung dieses Fest der Toleranz, dass unter den Motto Crossing Borders steht, konkret dafür auch nutzen will, die Situation von nicht-binären Personen im Kanton und aber auch auf Bundesebene in der Schweiz zu verbessern. Denn zu einem solchen Engagement ist die Regierung und der Kanton Basel-Stadt aus meiner Sicht deshalb verpflichtet, weil wir letztlich, und das hat heute morgen auch Franz-Xaver Leonhardt bereits ausgeführt, die Tatsache, dass der ESC nun in Basel-Stadt stattfinden wird, dem glanzvollen Sieg von Nemo zu verdanken haben. Und es ist Nemos Verdienst, dass in Basel-Stadt nun eine enorme Wertschöpfung generiert werden kann. Das wurde heute Morgen auch angesprochen, dass Nemo eben aber eine nicht-binäre Person ist, deren Existenz in der Schweiz bislang nicht anerkannt wird, weil eben neben den Geschlechtskategorien Frau und Mann kein drittes Geschlecht in der Schweiz eingetragen werden kann.

Nemo hat dies nach dem Sieg des ESC auch kritisiert und ich möchte deshalb von der Regierung wissen, wie sie mit dieser für nicht binäre Personen sehr schwierigen Situation umgehen möchten. Oder anders gefragt: Was ist die Regierung bereit, Personen wie Nemo zu geben, nachdem Nemo Basel und der Schweiz den ESC gegeben hat. Ich bin gespannt auf die Beantwortung der Fragen durch den Regierungspräsidenten.

27.22. Interpellation Nr. 111 Christine Keller betreffend Erneuerung Geviert Wettsteinallee / Grenzachstrasse

[11.09.24 17:00:00, 24.5384.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin ist nicht hier, um zu begründen.

27.23. Interpellation Nr. 112 Lea Wirz betreffend geplante Anpassungen Wohnraumschutzbestimmungen

[11.09.24 17:00:16, 24.5385.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin möchte nicht begründen. Somit hat Regierungspräsident Conradin Cramer das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gerne beantworte ich diese Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt.

Einleitend: Die Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt hat sich in mehreren Abstimmungen für einen starken Wohnschutz ausgesprochen. Diese Volksentscheide und das geltende Wohnraumfördergesetz bleiben bis zu einer allfälligen, dem fakultativen Referendum unterstehenden Gesetzesanpassung durch den Grossen Rat verbindlich. In die Kompetenz des Regierungsrats fallen Anpassungen der Wohnraumschutzverordnung, die er in Konkretisierung des Wohnraumfördergesetzes erlassen hatte. Kurzfristige Anpassungen der Wohnraumschutzverordnung erachtet der Regierungsrat als notwendig, um dem signifikanten Rückgang der Sanierungen von Wohnraum in Basel zu begegnen.

Zu Fragen 1 und 2: Die von der Interpellantin angesprochene Auslegeordnung weist auf einen Rückgang der Sanierungstätigkeiten hin, wie dies auch Fachleute seit längerer Zeit verschiedentlich in den Medien äusserten. Neben dem Wohnschutz spielen auch andere Faktoren wie die Bauteuerung, die Zinswende und generell komplexere Bauvorhaben und Bauvorschriften eine Rolle. Zudem zeigt die Auslegeordnung, dass eine Mehrheit der befragten Personen von einem Rückgang auch speziell bei den energetischen Sanierungen ausgeht. Dies, weil die Investitionskosten nur beschränkt auf die Mieten überwälzt werden können, was auch die energetischen Sanierungen betrifft. Da energetische Sanierungen meist im Rahmen von Gesamtsanierungen erfolgen und diese abnehmen, wird auch weniger energetisch saniert. Das ist ein unbeabsichtigter Effekt, denn es besteht somit ein Zielkonflikt mit dem Klimaschutz und dem ebenfalls vom Stimmvolk beschlossenen Ziel Netto Null bis 2037. Aus diesem Grund möchte der Regierungsrat in einem ersten Schritt rasche Veränderungen durch eine Verordnungsanpassung herbeiführen. Es geht dem Regierungsrat dabei nicht um eine Bevorteilung von Investorinnen oder Investoren oder Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern, sondern um die Frage, wie wir das Ziel der Klimaneutralität bis 2037 erreichen. In diesem Sinn prüft der Regierungsrat auch, mit welchen Anreizen energetische Sanierungen wieder attraktiver gemacht werden können. Im Fokus stehen zudem eine moderate Erhöhung des Überwälzungssatzes sowie eine Vereinfachung des Vollzugs. Der strenge Wohnschutz gemäss Wohnraumfördergesetz wird dabei weiterhin gelten.

Zu Frage 3: Zurzeit prüft die Verwaltung verschiedene Varianten. Der Regierungsrat wird zu gegebenem Zeitpunkt darüber befinden und dann kommunizieren.

Zu Frage 4: Der Wohnschutz wird weiterhin gelten und die Anpassungen der Verordnungsbestimmungen finden im Rahmen der Schutzbestimmungen im Wohnraumfördergesetz statt. Entsprechend gelten die Bandbreiten für Mietzinserhöhungen im vereinfachten Verfahren weiterhin

Zu Frage 5: Es ist das Ziel des Regierungsrats, dass die angestrebten Verordnungsänderungen im Einklang mit dem Wohnschutz und mit dem Klimaschutz stehen. Die Stossrichtung der vom Grossen Rat überwiesenen Motionen wird dabei mitberücksichtigt.

Zu Frage 6: Für die Auslegeordnung befragt wurde unter anderem auch eine Mietrechtsanwältin des Mieterinnen- und Mieterverbandes Schweiz. Der Mieterinnen- und Mieterverband Basel hat auf einen Einbezug im Rahmen der Auslegeordnung ausdrücklich verzichtet.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Lea Wirz (GAB): Der Rückgang der Sanierungen ist ein genereller Rückgang. Offenbar haben die befragten Personen in der dargelegten Auswertung darauf hingewiesen, dass besonders auch energetische Sanierungen davon betroffen sind. Grundsätzlich ist ein Rückgang der Sanierung in meinen Augen nicht nur schlecht. Es können dabei Einsparungen von grauer Energie gemacht werden, also wenn weniger abgerissen wird und weniger gebaut wird, wird in diesem Bereich auch gespart. Auch werden Mieterinnen vor Kündigungen und überhöhten Mieten geschützt. Ich bin sehr froh natürlich, zu hören, dass diese Wohnschutzschutzbestimmungen weiterhin gelten sollen. Diese sind ja auch schlussendlich im Gesetz verankert.

Gleichzeitig stellt sich mir auch bei der Beantwortung dieser Fragen nun erneut eine weitere Frage, nämlich, ob sich energetische Sanierung denn nur lohnen, wenn man die Kosten auf die Mieter:innen abwälzen kann oder ob man dies in einem viel längerfristigen Rahmen betrachten muss, nämlich längerfristige Einsparungen beispielsweise im Bereich der Heizkosten, welche so, wenn die Sanierungen nicht gemacht werden, ebenfalls auf die Mieter:innen abgewälzt werden.

Ich bin sehr gespannt, welche Anreize die Regierung präsentieren wird, um energetische Sanierungen attraktiver zu machen, trotz beziehungsweise unter den gelten Wohnschutzbestimmungen, und ich bin dann auch gespannt, welche Auswirkungen dies auf die Mieter: innen haben wird. Da fehlt mir eine klare Antwort auf die letzten Fragen. Auf die ersten Fragen betreffend den Rückgang der Sanierungen und den Zielkonflikt des Wohnschutzes und des Klimaschutzes ist der Regierungspräsident ausführlicher eingegangen, bei den weiteren Fragen warten wir ab und werden dann sehen, was uns vorgelegt wird respektive wie die Regierung die Verordnung anpassen wird.

Ich bin teilweise zufrieden mit der Beantwortung der Interpellation.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

27.24. Interpellation Nr. 113 Beat K. Schaller betreffend erhöhte Terrorbedrohung in der Schweiz, Situation in Basel

[11.09.24 17:07:08, 24.5386.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Zu Frage 1: Die Terrorbedrohung in der Schweiz ist gemäss Einschätzung des Bundesnachrichtendienstes erhöht. Die Bedrohung wird primär von der dschihadistischen Bewegung geprägt, insbesondere durch Sympathisanten des islamischen Staats und Personen, die von dschihadistischer Propaganda inspiriert werden. Der islamische Staat und die Al-Qaida sind die wichtigsten Exponenten der dschihadistischen Bewegung in Europa und damit auch für die Terrorbedrohung in der Schweiz massgeblich. Die Bedrohung wird aber stetig diffuser, da sie seit 2020 in Europa zunehmend von autonom agierenden Individuen ausgeht, die keinen direkten Bezug zum islamischen Staat oder zu Al-Qaida aufweisen. Zunehmend spielen psychische Probleme oder persönliche Krisen beim Schritt zur Gewaltanwendung eine erhebliche Rolle.

Zu Frage 2: Die Bekämpfung von Radikalisierung und Terrorismus ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Kantonen und Gemeinden. Die internationale Kooperation der Sicherheitsbehörden erfolgt über den Bund auf bi- und multilateraler Ebene. Der Bund ist für den Nachrichtendienst, die Strafverfolgung und den Schutz der Grenzen verantwortlich. Der Regierungsrat

hat auf kantonaler Ebene bereits 2018 auf die verschärfte Bedrohungslage reagiert und dem Grossen Rat mit dem Ratschlag und Massnahmenplan Radikalisierung und Terrorismus Ausgaben der Kantonspolizei zur gezielten Verstärkung der Ausrüstung beantragt. Darüber hinaus legte der Bericht die konzeptionelle Stossrichtung zur Bekämpfung von Radikalisierung und Terrorismus in Basel-Stadt und die damit zusammenhängenden weiteren Massnahmen dar.

Zu Frage 3: Die Bevölkerung kann und muss sich nicht selbst schützen. Es ist aber generell wichtig, aufmerksam zu bleiben, um den Sicherheitsbehörden in Verdachtsfällen Meldung zu erstatten.

Zu Frage 4: Anschläge mit geringem logistischen Aufwand, verübt von Einzeltätern oder Kleingruppen, stellen für die Schweiz die wahrscheinlichste Art der terroristischen Bedrohung dar. Als potenzielle Täter stehen, wie bereits ausgeführt, in der Schweiz radikalisierte Personen oder Rückkehrer aus Dschihad-Gebieten im Vordergrund.

Zu Frage 5: Mit der Früherkennung und Bekämpfung von Terrorismus und gewalttätigem Extremismus ist der kantonale Nachrichtendienst beauftragt. Er verfolgt die Lage aufmerksam, beschafft und verarbeitet Informationen, um frühzeitig Bedrohungen der inneren oder äusseren Sicherheit unter anderem durch Gewaltextremismus zu erkennen und zu verhindern. Über die Erkenntnisse des kantonalen Nachrichtendienstes und konkrete Massnahmen kann keine Auskunft erteilt werden. In Sachen Justizvollzug wurde gestützt auf die Erkenntnisse aus dem in nationalen Aktionsplan zu Behinderungen und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus, unter der Leitung des schweizerischen Kompetenzzentrums für den Justizvollzug, ein Grundlagenpapier für den Umgang mit Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus im Justizvollzug ausgearbeitet. In der Folge erliess die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren mehrere Empfehlungen, denen das kantonale Amt für Justizvollzug nachkommt.

Zu Frage 6: Die Welt und vor allem auch europaweit erhöhte Terrorgefahr und die Tatsache, dass in der jüngsten Vergangenheit in Europa zahlreiche Anschläge verübt worden sind, ist den kantonalen Sicherheitsbehörden bewusst. Der kantonale Nachrichtendienst und die kantonalen Sicherheitsbehörden beobachten die Situation aufmerksam. Zudem schützt die Kantonspolizei nun schon seit einigen Jahren präventiv verstärkt zahlreiche Grossveranstaltungen, wie zum Beispiel die Bundesfeier am Rhein, Em Bebbi sy Jazz, den Weihnachtsmarkt oder die grosse Silvesterfeier durch besondere Massnahmen. Dazu gehören auch Zufahrtssperren etwa mit speziellen Fahrzeugen oder in Form von Betonelementen

Zu Frage 7: Im Rahmen der rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten wird der Aus- und Wegweisungsvollzug konsequent vorgenommen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Beat K. Schaller (SVP): Ich danke der Regierung für die Beantwortung meiner Fragen und bin ganz speziell beeindruckt, mit welcher Offenheit die Regierung die primäre Quelle der Terrorsituation in der Schweiz benennt, nämlich diejenigen, welche den Auftrag des Islam konsequent durchsetzen, die Errichtung des Kalifats. Die Regierung redet meiner meines Wissens nach das erste Mal so offen über die Sympathisanten des islamischen Staats, Dschihadisten, Mitglieder der Al-Qaida. Es ist wirklich dringend nötig, dass wir das Kind beim Namen. Ich richte mich jetzt speziell an diejenigen, welche immer das Hohe Lied der Zuwanderung ohne Grenzen, ohne Kontrollen singen. Unter denjenigen, die zu uns kommen letztes Jahr etwa 170’000 sind nicht nur solche, welche qualifizierte Fachkräfte sind, Leute, welche das Beste für uns wollen. Die Allermeisten sind das, aber es sind Leute darunter, welche uns schaden wollen und das bestätigt auch der Regierungsrat. Also es wäre schon viel erreicht, wenn diese Erkenntnis, dass es Leute hat, die zu uns kommen und nicht das Beste für uns wollen, überall entgegengenommen und akzeptiert würde. Sie dürfen das tun, ohne dass sie islamophob sind.

Zur Frage, wie sich die Bevölkerung schützen muss: Ich begrüsse es und unterstütze es, dass der Regierungsrat sagt, bei Verdachtsfällen soll Meldung erstattet werden. Ich erlebe im privaten Umfeld immer wieder – Gott sei dank nicht bei Terrortaten –, dass mir jemand sagt, du da ist mir etwas passiert, aber wieso soll ich zur Polizei gehen? Die machen ja doch nichts. Und ich sage. ‚doch melde dich, weil wenn wir aus dem Parlament heraus etwas tun, schauen die Behörden nach, ob sie Meldungen haben. Wenn nichts reingekommen ist, dann sind uns die Hände gebunden.

Zu den schlafenden Tätern: Die Frage 4 überschneidet sich mit Frage 6. Ich habe dann in Frage 5 konkret drei Detailfragen gestellt, was der Regierungsrat konkret bezüglich gewisser Täter unternimmt. Dass die Erkenntnisse des kantonalen Nachrichtendienstes und die Massnahmen nicht veröffentlicht werden können, das verstehe ich, das akzeptiere ich. Das ist selbstverständlich. Leider ist der Regierungsrat nicht auf die konkreten Fragen eingegangen.

Dann nochmal als Ergänzung zur Frage über die islamistischen Schläfer: Der Regierungsrat sagt richtig, er schützt mit der Kantonspolizei schon seit einigen Jahren präventiv Grossveranstaltungen. Das ist deutlich sichtbar. Ich finde es himmeltraurig, dass das überhaupt nötig ist, begrüsse aber, dass die Regierung das macht. Und wenn ich schon die Gelegenheit habe, wenn ich zum Beispiel am Petersplatz bei der Messe schaue, wie die Citysdoppels gestellt werde, frage

ich mich schon, wie die hingestellt werden, da können Lieferwagen noch problemlos durchfahren. Aber bitte, das sind die Experten und Spezialisten, die wissen was sie da tun.

Meine letzte Frage zum kompletten Staatsversagen in Deutschland im Solingen Fall: Die Regierung bestätigt, dass im Rahmen der rechtlichen tatsächlichen Möglichkeiten der Vollzug konsequent vorgenommen wird. Also ein Fall Solingen wird bei uns nicht möglich sein, schreibt der Regierungsrat. Was soll ich sagen? Natürlich mit der ganzen Situation bin ich alles andere als zufrieden, aber mit den Antworten im Kontext meiner Fragen bin ich zufrieden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellationen ist erledigt.

27.25. Interpellation Nr. 114 Tonja Zürcher betreffend Volkswirtschaftlicher Schaden durch den Bau der Rheintunnel-Autobahn

[11.09.24 17:16:18, 24.5387.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte nicht begründen.

27.26. Interpellation Nr. 115 Catherine Alioth betreffend neue Maturitätsverordnung im Kontext der Schulabsenzenreglemente der Gymnasien

[11.09.24 17:16:41, 24.5388.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Sind der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung.

27.27. Interpellation Nr. 116 Luca Urgese betreffend Wohnraumentwicklungsstrategie

[11.09.24 17:16:59, 24.5390.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte nich begründen.

27.28. Interpellation Nr. 117 Michael Hug betreffend Aufwertung der Lokalstrassenebene auf der Dreirosenbrücke

[11.09.24 17:17:07, 24.5391.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu Traktandum 7 Antrag des Gerichtsrats auf Erhöhung der Anzahl Richter.

7. Antrag des Gerichtsrats auf Erhöhung der Anzahl Richterinnen und Richter am Appellationsgericht gemäss § 87 GOG, Bericht der JSSK

[11.09.24 17:17:34, 24.5203.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die JSSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidentin. Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Ich führe im Namen der JSSK eher kurz in das Geschäft ein. Wir haben dazu einen schriftlichen Bericht erstellt und ich gehe auch davon aus, dass der Vorsitzende des Gerichtsrat ja auch noch einmal den Antrag begründen wird. Wir haben uns die Vorlage vom Gerichtsrat vorstellen lassen und auch die erste Gerichtsschreiberin vom Appellationsgericht war anwesend und ich bedanke mich hier auch für die gute Zusammenarbeit. Wir empfehlen Ihnen einstimmig, dem Antrag zu folgen und die Anzahl nebenamtlicher Richterinnen und Richter am Appellationsgericht von 14 auf 18 Personen zu erhöhen, ab sofort für den Rest der laufenden Amtszeit. Wir haben das bewusst eingeschränkt, also nicht auf die noch im üblichen sechs Jahre, sondern auf den Rest der laufenden Amtszeit, um ein Durcheinander bei den Gesamterneuerungswahlen zu verhindern oder sicherzustellen, dass dann alle gleichzeitig wiedergewählt werden. Wir haben uns inhaltlich mit dem Antrag auseinandergesetzt, aber uns auch Gedanken gemacht zum Verfahrensablauf innerhalb des Grossen Rates und im Zusammenspiel mit dem Gerichtsrat. Darauf gehe ich nachher kurz ein.

Das Anliegen ist, dass die Anzahl aufwändiger Verhandlungen aufgenommen hat, die Sitzungshalbtage für nebenamtliche Richter:innen haben stark zugenommen. Es ist zunehmend schwierig geworden, den Spruchkörper zu besetzen, insbesondere für Verhandlungen, die länger als einen halben Tag dauern.

Zur politischen Einschätzung der JSSK: Wir erachten das gute Funktionieren der Justiz als unabdingbar. Es ist ein elementarer Pfeiler des Rechtsstaates. Deswegen ist die Erhöhung der Anzahl Richterinnen und Richter am Appellationsgericht völlig unbestritten und wichtig für den reibungslosen Gerichtsbetrieb. Letztlich sind wir aber für die Beurteilung des Umfangs der Erhöhung stark abhängig von der Einschätzung und Begründung des Gerichtsrates. Da haben wir auch gemerkt, dass da letztlich immer auch eine gewisse Unschärfe dabei ist. Ganz wichtig ist einfach noch zu wissen, die Erhöhung der Richterstellen hat keine Mehrkosten zur Folge, da sich die Einsätze eben lediglich dann auf mehr Richterinnen und Richter verteilen werden. Die Entlöhnung erfolgt nach dem Taggeldprinzip, also es werden nicht mehr Entschädigungen wegen der Erhöhung der Anzahl Richterinnen und Richter anfallen.

Wir sind auch klar der Meinung, dass wir eine solche Erhöhung der Anzahl machen können ohne eine Gesetzesanpassung. Wir haben im Gesetz ein gesetzliches Minimum festgeschrieben und nicht ein gesetzliches Mamaximum. So haben wir hier als Wahlbehörde diese Flexibilität.

Jetzt noch kurz zum Verfahren. Das ist noch wichtig, weil es sich hier um einen Präzedenzfall handelt seit dem neuen GOG. Wir haben hier schon verschiedene Zuwahlen behandelt, bei denen es aber jeweils um Gerichtspräsidien ginge. Meistens ging es eben um Ausfälle und die Zuwahl bezog sich dann auf eine Pensenerhöhung eines bestehenden Präsidiumsmitglieds. Hier ist es eben eine Zuwahl, wo dann wirklich neue Personen auch von der Wahlvorbereitungskommission im Auswahlverfahren dann dem Grossen Rat vorgeschlagen werden müssen. Und deswegen sind wir auch der Meinung, dass wir hier ein zweistufiges Verfahren machen sollten, wie wir es heute machen. Also wir entscheiden hier als Grosser Rat, die Anzahl Richter:innenstellen zu erhöhen, und erst im zweiten Schritt findet dann das Wahlverfahren durch die Wahlvorbereitungskommission statt.

Die Frage war auch, ob das auch in einem einstufigen Verfahren möglich gewesen wäre. Also dann würden Sie jetzt heute nicht nur über die Erhöhung entscheiden, sondern direkt auch die vier neuen Personen hier wählen. Da waren wir aber der Meinung, dass das eigentlich so nicht opportun ist, weil dann der Grosse Rat eigentlich gar nicht mehr so gut hätte entscheiden können oder man aufgrund einer Änderung an der Anzahl Richter:innenstellen das ganze Wahlverfahren wieder hätte neu aufrollen wollen.

Weil es eben so ein Präzedenzfall ist, haben wir einen schriftlichen Bericht gemacht, um auch für zukünftige Verfahren dies zu klären, haben aber auch einen schriftlichen Bericht gemacht, weil der Gerichtsrat einen eher knapp formuliert einen Antrag dem Grossen Rat zugestellt hat und wir haben dann seitens Kommission noch gewisse Fragen klären müssen. Wir haben auch den Grossratsbeschluss selber geschrieben. Der Gerichtsrat hat die Kompetenz, uns direkt Anträge zu stellen, aber dann würden wir uns auch einfach wünschen, dass diese Anträge doch etwas ausführlicher sein dürfen, denn ansonsten gibt es Mehrarbeit, die wir dann als Parlament machen müssen. Je ausführlicher der Bericht des Gerichtsrats

schon ist, desto schneller können wir als Parlament auch handeln, denn ohne einen schriftlichen Bericht kann man ja dann auch schneller das Geschäft der Kommission in den Grossen Rat bringen.

Was hat das für Auswirkungen auf die Gesamterneuerungswahlen? Also wir sind als JSSK der Meinung, dass, wenn jetzt bei den Gesamterneuerungswahlen wiederum dieselbe Anzahl Richterstellen, also 18, vom Appellationsgericht beantragt werden, dann ein einstufiges Verfahren wiederum möglich ist, dass hingegen, wenn dann jeweils eine höhere Anzahl als in der vorhergehenden Legislatur oder eine höhere Anzahl als das gesetzliche Minimum beantragt werden soll, dann eigentlich wiederum ein zweistufiges Verfahren sinnvoll ist. Also dass dann zuerst der Grossen Rat über die Anzahl Personen entscheiden und erst im zweiten Schritt dann über die Personen, die wir in diese Ämter wählen.

Das ganze zeitliche Prozedere in der Zusammenarbeit zwischen dem Grossen Rat und dem Gerichtsrat soll gut geklärt sein. Wir sind da ja auch dran. Es findet jetzt auch gleich ein Termin für den Austausch zwischen gewissen Präsidien des Grossen Rates und dem Gerichtsrat statt und wir sind daran, diese Zusammenarbeit speditiv und gut weiterzuentwickeln und ich bedanke mich bei allen Beteiligten, die da etwas Zeit investieren. In diesem Sinne beantrage ich Ihnen, dem vorliegenden Grossratsbeschluss zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Gerichtsrat hat das Wort dessen Präsident Stephan Wullschleger.

Stephan Wullschleger: Ich kann im Wesentlichen auf die sehr ausführlichen und treffenden Ausführungen der Präsidentin der JSSK verweisen und auf die Berichte der Kommission einerseits wie auch des Gerichtsrats andererseits, die Ihnen vorliegen.

Ergänzend möchte ich einfach darauf hinweisen, dass die Richterinnen und Richter im Unterschied zu den Gerichtspräsidien im Milizsystem arbeiten. Sie tun das neben einer anderen Erwerbstätigkeit, die sie mehr oder weniger bereits ausfüllt. Deshalb sind die Ressourcen, die sie dem Gericht zur Verfügung stellen können, begrenzt, auch wenn der Einsatz gross ist.

Nun haben die Sitzungen sowohl in der Dauer, aber auch in der Anzahl zugenommen, und das gibt einen gewissen Druck, eine gewisse Problematik für diese Richterinnen und Richter und insbesondere auch für unsere Kanzlei, hier immer zeitgerecht Richterinnen und Richter für Einsätze zu gewinnen. Es sind ja viele Akteure auf einen Tag zu gewinnen, deshalb ist auch wichtig, dass dem Gericht eine gewisse Auswahl zur Verfügung steht, damit eben dann Sitzungen innert Due Time erfolgen können.

Aus diesem Grund hat das Appellationsgericht dem Gerichtsrats Antrag gestellt auf Erhöhung der Richterinnen- und Richterzahl, die bisher auf dem gesetzlichen Minimum lag, und ich bitte Sie mit der Präsidentin der JSSK um Annahme dieses Antrages.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Ich nehme an, Sie möchten nicht nochmals das Wort, Stephan Wullschleger? Die Präsidentin der JSSK verzichtet ebenfalls. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Wir kommen zur Abstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss unter Verzicht auf eine zweite Lesung zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004227, 11.09.24 17:27:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

Gestützt auf § 29 Abs. 2 GOG wird die Erhöhung der Anzahl Richterinnen und Richtern am Appellationsgericht gemäss § 87 GOG von derzeit 14 auf 18 Richterinnen und Richtern ab sofort für den Rest der laufenden Amtszeit bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 85 Ja-Stimmen ohne Gegenstimme und ohne Enthaltung.

Werte Kolleginnen und Kollegen, jetzt ist genau das passiert, was ich gedacht habe, als ich voraus gerechnet habe. Jetzt haben wir noch rund eine halbe Stunde und wir haben ein Riesengeschäft vor uns. Ich beantrage Ihnen deshalb, Traktandum 8 zu überspringen und damit nächste Woche zu beginnen. Dann können wir jetzt noch Traktandum 9 und 10 sicher beraten. Gibt es dagegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall. Damit fahren wir fort mit Traktandum 9.

9. Kantonale Volksinitiative "50 Meter Hallenbad für Basel! - JETZT!", Antrag auf die erneute Verlängerung der Abstimmungsfrist, Bericht des RR

[11.09.24 17:28:43, 22.0282.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist zur Berichterstattung bis zum 6. März 2026 sowie die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung bis zum 27. September 2026 zu verlängern. Das Wort geht zuerst an den Regierungsrat, wenn Sie es wünschen.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Ich versuche mich kurz zu fassen. Das Bedürfnis sowohl des ungebundenen als auch des organisierten Sports nach mehr bedeckten Wasserfläche insbesondere im Winter ist anerkannt. Der Regierungsrat hat dies bei der Beantwortung von politischen Vorstössen sowie gegenüber Medien mehrfach bestätigt. Der Bedarf wird auch im Sportanlagenkonzept ausgewiesen. Mit der im Jahr 2022 zustande gekommenen kantonalen Volksinitiative 50 Meter Hallenbad für Basel jetzt besteht der Antrag, die Bevölkerung über das Anliegen abstimmen zu lassen. Ausserdem werden derzeit zwei überwiesene politische Vorstösse bearbeitet. Dies sind die Motion Aebi betreffend Planung eines neuen Hallenbads und einer neuen Publikumssporthalle und der Anzug Schmid betreffend 50 Meter Schwimmbecken in der Region Basel.

Das Bedürfnis nach mehr gedeckter Wasserfläche ist somit aufgenommen und wird mit Hochdruck bearbeitet. Die Parzelle, auf der sich aktuell das Musicaltheater befindet, ist am besten für ein neues Hallenbad geeignet. Nach Bekanntgabe des geplanten Standorts formulierte sich Widerstand aus der Kulturszene. Im September 2023 kam auch die Initiative Erhalt des Musicaltheaters zustande. Wir haben also aktuell zwei hängige Initiativen, über die das Stimmvolk entscheiden soll. Die beiden Anliegen sollen nicht miteinander vermischt werden. Deshalb ist der Regierungsrat der Ansicht, dass zuerst die Frage des Standorts geklärt werden soll, also, ob das Musicaltheater am jetzigen Standort erhalten bleiben soll. Danach soll die generelle Frage nach einem neuen Hallenbad mit einem 50 Meter Becken beantwortet werden.

Die Initiative zum Musicaltheater haben Sie an die BKK überwiesen. Die Kommission berät diese derzeit zusammen mit dem Ratschlag zur Projektierung des neuen Hallenbades. Die Initiative zum Musikertheater soll bis spätestens Mitte März 2025 zu Abstimmung kommen. Die zweite Initiative das im Hallenbad ist aktuell auf das gleiche Datum terminiert.

Der Regierungsrat beantragt aus den genannten Gründen und mit Zustimmung der Initiativkomitees die Verlängerung der Abstimmungsfrist um 18 Monate. So kann gewährleistet werden, dass die beiden Fragen unabhängig voneinander vor das Volk kommen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. In der zweiten Runde verzichten Sie, nehme ich an. Eintreten ist obligatorisch. Rückweisung wurde nicht beantragt.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss unter Verzicht auf eine zweite Lesung zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004230, 11.09.24 17:33:25]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist für die Berichterstattung des Regierungsrates an den Grossen Rat zur un- formulierten Volksinitiative «50 Meter Hallenbad für Basel! – JETZT!» wird bis zum 6. März 2026 und die Frist für die Abstimmung zur Volksinitiative wird bis zum 27. September 2026 verlängert.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Beschluss zugestimmt mit 74 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltung.

10. Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW): Berichterstattung 2023, Bericht der IPK FHNW

[11.09.24 17:33:33, 24.0770.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Kommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidenten Erich Bucher.

Erich Bucher (FDP): Zur Ausgangslage: Gemäss dem Staatsvertrag zwischen den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn über die Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW führen die Trägerkantone die FHNW mit einem Leistungsauftrag. Dieser wird von den Regierungen erteilt und von den Parlamenten genehmigt. Die FHNW erstattet den Vertragskantonen jährlich Bericht über die Erfüllung des Leistungsauftrags, die Verwendung der Finanzierungsbeiträge und den Rechnungsabschluss. Die Berichterstattung zum Leistungsauftrag ist von den Parlamenten zu genehmigen. Die Berichterstattung an die vier Parlamente erfolgt gemäss dem vierkantonalen Reporting-Konzept in Form eines Berichtes der FHNW zur Erfüllung des Leistungsauftrags. Zur weiteren Information enthält dieser Bericht den Jahresabschluss, Erfolgsrechnung gemäss Kostenrechnung mit Vorjahres- und Budget-Vergleich, und zwei Monitoring-Tabellen mit Kennzahlen. Der Jahresbericht 2023 der FHNW, die Rechnung 2023, die Statistiken 2023 sowie Informationen über Schwerpunkte, Projekte und Aktivitäten der Hochschulung der FHNW im Berichtsjahr sind online zu finden.

Ich erlaube mir einige persönliche Vorbemerkungen zum heutigen Traktandum, nachdem in den letzten Tagen und Wochen verschiedene Diskussionen zur FHNW und im speziellen zur PH öffentlich diskutiert wurden. Heute ist nicht der Zeitpunkt darüber zu diskutieren. Heute geht es nur um die FHNW-Berichterstattung 2023 und nicht um den Leistungsauftrag 2025 bis 2028. Der wird zurzeit in der Bildungs- und Kulturkommission behandelt oder ist es bereits behandelt worden.

Zur Kommissionsberatung: Die IPK FHNW hat den Bericht über die Erfüllung des Leistungsauftrages für das Jahr 2023 an der Kommissionssitzung vom 24. Juni dieses Jahres beraten. Anwesend waren zudem Regierungsrat Mustafa Atici und zwei weitere Mitglieder des Regierungsratsausschusses, die kantonalen Hochschulverantwortlich in der vier Kantone, die Präsidentin des Fachhochschulrates, der Präsident so wie der Vizepräsident der Direktion der FHNW.

Zur Detailberatung: Bei einem Gesamtaufwand in Höhe von ungefähr 506 Millionen Fraknen schliesst die FHNW per 31. Dezember 2023 mit einem Aufwandüberschuss von 9,75 Millionen Franken ab, budgetiert war ein Aufwandüberschuss in der Höhe von 11,5 Millionen Franken. Das Eigenkapital verringerte sich per Ende 2023 entsprechend von 29 auf 19 Millionen. Am 15. Oktober 2023 waren 13’612 Studierende an der FHNW in 430 Bachelor und 20 Masterstudiengängen immatrikuliert. Im Vergleich zum Jahr 2022 entspricht dies einem Zuwachs von 2 Prozent.

Die IPK zeigte sich zufrieden mit der Entwicklung der Fachhochschule im Rahmen der Vorgaben des Leistungsauftrags für die Leistungsperiode 2021 bis 2024. Die FHNW konnte die Erwartungen in den Bereichen anwendungsorientierte Forschung, Weiterbildung und Dienstleistungen erreichen oder gar übertreffen. In den letzten Jahren kritisierte die IPK stets die

Entwicklung der Studierendenzahlen. 2023 durften erfreulicherweise deutlich mehr Studierende an der FHNW begrüsst werden und vor allem die Zahlen am Standort Brugg Windisch haben sich positiv entwickelt.

Allerdings zeigte sich in diesem Jahr auch, dass Innovation kostet. So lässt sich der Zuwachs an Neueintritten unter anderem mit neuen Studiengängen erklären, die aber noch nicht dieselbe finanzielle Effizienz aufweisen wie bisherige Studiengänge. Entsprechend haben sich die Durchschnittskosten pro Studierenden erhöht. Die Vorgabe beträgt 28’500 Franken. Die durchschnittlichen Kosten für die Ausbildung an der FHNW beliefen sich 2023 jedoch auf auf 29’000 Franken und überschreiten somit die Vorgabe des Leistungsauftrags um 1,9 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Zunahme von 3,5 Prozent.

Hauptverantwortlich für die Zunahme der Durchschnittskosten ist allerdings die Teuerung. Die IPK überzeugte das Argument der Teuerung, sie erwartet aber, dass nach den ersten Erfahrungen auch im Bereich der neuen Studiengänge die Kosten aufgrund von erkannten Synergien gesenkt werden können. Zudem wird die im neuen Leistungsauftrag gefundene Regelung der Teuerung, Koppelung des Lohnaufwands an die Hälfte der Entwicklung des Landesindexes der Konsumentenpreise, positiv auf die Durchschnittskosten wirken. Der 2023 von den neuen Hochschulen erwirtschaftete Forschungsertrag in Höhe von 66 Millionen Franken entspricht im Vergleich zum Vorjahr einer Zunahme von 4,1 Prozent.

Die IPK zeigte sich angesichts dieser Zunahme erfreut und interessierte sich dafür, inwiefern die Zunahme einen Trend abbildet oder wie stark mit diesen Werten kalkuliert werden kann. Der Kommission wurde aufgezeigt, dass es sich bei Forschungsgeldern um ein hoch kompetitives Umfeld handle, insbesondere bei den nationalen Forschungsgeldern vom Nationalfonds und Innosuisse. Diese Mittel müssen immer wieder neu eingewoben werden, und von einem Trend könne deshalb nicht die Rede sein. Die Konkurrenz habe zudem stark zugenommen, weil die Universitäten sich zunehmend auf nationale Forschungsförderprogramme konzentrieren, da die Option Horizon Europe wegfiel. Es sei künftig sogar von einer noch stärkeren Konkurrenzsituation auszugehen, da das Volumen der Forschungsförderungsprogramme nicht im selben Umfang gewachsen seiein wie die Hochschulen selbst (Anzahl Professuren). Allerdings seien nicht alle Hochschulen der FHNW gleich von der nationalen Konkurrenz betroffen. So handle es sich beispielsweise bei den an der Hochschule für Technik eingeworbenen Forschungsmittel oft um Gelder von Firmen, welche gemeinsam mit der FHNW Innovation entwickeln können.

Kenntnisnahme des Geschäftsberichts: Gemäss § 16 Abs.5 lit. b des Staatsvertrags obliegt der IPK FHNW die Kenntnisnahme des Geschäftsberichts. Die IPK FHNW hat den Geschäftsbericht mit 19 zu 0 Stimmen ohne Enthaltungen zur Kenntnis genommen.

Antrag an die Parlamente der Trägerkantone: Die IPK beantragt einstimmig mit 19 zu 0 Stimmen ohne Enthaltungen wie folgt zu beschliessen: Erstens, der Bericht der FHNW in über die Erfüllung des Leistungsauftrages 2023 wird genehmigt. Zweitens, der Beschluss unter Ziff. 1 steht unter dem Vorbehalt, dass die Parlamente der anderen drei Kantone im gleichen Sinne entscheiden. Es ist jetzt an Ihnen, so zu entscheiden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Der Kommissionspräsident hat das Nötigste ausführlich mit den Zahlen erwähnt. Tatsächlich, die Kommission kommt auch in ihrem Bericht zum Schluss, was auch die Regierungen der vier Trägerkantone ähnlich sehen und die Genehmigung beantragen. Es ist sehr erfreulich, dass bei den Studierendenzahlen eine Trendumkehr zu verzeichnen ist und dass auch die Kosten, die in den letzten Jahren zugenommen haben, im Rahmen sind. Es geht zu wesentlichenTeilen um die Teuerung gut, und der Leistungsausweis fällt damit im dritten Berichtsjahr der Leistungsperiode 2021-2024 4 insgesamt positiv aus. Die Fachhochschule erfüllt damit auch wieder etwas sehr Wichtiges, vor allem für die wirtschaftsnötigen Fachkräfte. In diesem Bereich leisten sie eine hervorragende Arbeit und daher bitten wir Sie, die Berichterstattung der FHNW zum Jahr 2023 so zur Kenntnis nehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch. Rückweisung wurde nicht beantragt.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss unter Verzicht auf eine zweite Lesung zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004233, 11.09.24 17:44:40]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Bericht der FHNW über die Erfüllung des Leistungsauftrags 2023 wird genehmigt.

2. Der Beschluss unter Ziffer 1 steht unter dem Vorbehalt, dass die Parlamente der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn im gleichen Sinne entscheiden.

Dieser Beschluss ist zu publizieren

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 85 Ja-Stimmen bei keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltung.

Ich sehe, dass Regierungsrätin Esther Keller extra gekommen ist und beantrage Ihnen, das Traktandum 11 ebenfalls zu überspringen und noch Traktandum 12 zu beraten.

12. Umgestaltung der Archäologischen Informationsstelle «Basel, 80 v. Chr. Murus Gallicus – Der Keltenwall», Bericht der BKK

[11.09.24 17:45:14, 23.0948.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): 1993 wurde die archäologische Informationsstelle Basel, 80 vor Christus Murus Gallikus, der Keltenwall, eröffnet. Er war bis 2020 Bestandteil des öffentlichen Raums und jederzeit uneingeschränkt zugänglich. Als 2020 die angrenzende Primarschule in Betrieb genommen wurde, musste die Informationsstelle vor allem aus Sicherheitsgründen umgestaltet werden. Die Erdfenster die scharfe Kanten aufweisen und keine Absturzsicherung haben, mussten eingezäunt werden. Der freie Zugang zur Informationsstelle wurde eingeschränkt, da sich Besuchende und Kinder auf dem Pausenhof mischten, und Basel Tourismus stellte seine Gruppenführungen ganz ein.

Mit der nun geplanten Umgestaltung soll die Informationsstelle für die Öffentlichkeit wieder uneingeschränkt zugänglich werden, indem ein direkter Zugang von der Rittergasse in den unterirdischen Ausstellungs- und Informationsraum geht. Zudem wird dadurch auch erreicht, dass der Primarschule circa 50 m2 mehr Pausenhof zur Verfügung steht.

Dass durch dieses Umgestaltungsprojekt das touristische und kulturelle Angebot Basels vergrössert werden kann, begrüsst die BKK sehr, zumal die geplante Schulung der Stadt Führerinnen und Stadtführer sowie auch die aktive Bewerbung des neuen Angebots über Basel Tourismus, wohl viel dazu beitragen wird, um die prognostizierten jährlichen Besucherströme von ungefähr 50’000 Personen auch zu erreichen. Ebenfalls begrüsst es die BKK, dass die neugestaltete Informationsstelle gezielt auch als ausserschulischer Lernort genutzt werden kann. So wird einerseits ein rollbarer Reisekoffer in die Keltenzeit erstellt, deren Schulen in einem eigens dafür vorgesehenen oberirdischen Raum zugänglich sein wird. Andererseits wird die Informationsstelle täglich von 8 bis 10 Uhr ausschliesslich Schulklassen zugänglich sein.

Am Hearing mit der Verwaltung hat sich die BKK erkundigt, ob die Informationsstelle bewacht wird und ob man mit Vandalismus rechnen müsse. Gemäss Auskunft werde der Ort videoüberwacht sein und eine Sicherheitsfirma werde den Ort täglich schliessen. Am Morgen werde die Öffnung automatisch erfolgen. Zudem werde der Kubus nachts beleuchtet. Vandalismus werde nicht befürchtet, da die Erfahrungen bei den anderen archäologischen Informationsstellen in dieser Beziehung gut seien.

Die BKK hat sich auch nach der oberirdischen Gestaltung der Informationsstelle und des Pausenhofs erkundigt. Neben dem Eingangskubus werden oberirdisch noch zwei Wallkörper, die dem ursprünglichen Verlauf der spätkeltischen Befestigung

folgen, stehen. Diese sollen aus lehmfarbenem Beton sein und sich gut in die Umgebung einfügen. Der Kommission ist es ganz wichtig, dass diese Wallkörper nicht einfach als Betonklötze auf dem Pausenhof stehen, sondern sich wirklich gut in die Umgebung einfügen. Zudem regt die BKK an, dass der Pausenhof bestmöglich begrünt wird und möglichst viele Schatten spendende Bäume gepflanzt werden. Ebenfalls regt die Kommission an zu prüfen, ob die Installation einer Photovoltaikanlage sinnvoll wäre.

Die BKK hat die Baukosten in Höhe von 2,972 Millionen Franken nicht vertieft geprüft, taxiert sie aber als nachvollziehbar. Einstimmig beantragt die Kommission dem Grossen Rat, der Umgestaltung der archäologischen Informationsstelle, wie vom Regierungsrat vorgelegt, zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Es ist tatsächlich ein Ort, an dem viele vorbeigehen und gar nicht realisieren, was das für ein geschichtsträchtiger Ort ist. Dort haben nämlich vor mehr als 2000 Jahren die Kelten die erste Basler Stadtbefestigung gebaut, den Murus Gallikus. Der Ort ist eben eine Fundstelle auch von nationaler Bedeutung.

Wir danken der BKK ganz herzlich für die Beschäftigung mit diesem Ratschlag und wir bitten Sie hier um Unterstützung. Wir möchten eben die Gelegenheit des Umbaus auch nutzen, um die Geschichte des Orts besser zu erzählen. Es soll ein unterirdisches Besuchszentrum geben, das auch die Historie des Orts vermitteln kann und das ist auch ein weiter Puzzle-Stein für Basel Tourismus, für generell den Tourismus hier und das kulturelle Angebot in Basel. Schon in der alten Form mit diesen Guckfenstern, die ja nicht besonders modern waren, wurde die Stätte doch immer wieder rege besucht und der Regierungsrat ist überzeugt, dass mit einer neuen Vermittlungsform und einer besseren Zugänglichkeit das Interesse an der Geschichte des Orts auch noch einmal zusätzlich geweckt und gefördert werden kann.

Wir würden uns deshalb über eine Unterstützung sehr freuen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Ich nehme an, Regierungsrätin Esther Keller und Franziska Roth verzichten in der zweiten Runde. Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung wurde nicht beantragt.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss unter Verzicht auf eine zweite Lesung zustimmt, stimmt JA . Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

84 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004236, 11.09.24 17:52:54]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Realisierung der Umgestaltung der archäologischen Informationsstelle «Basel, 80 v. Chr. Murus Gallicus – Der Keltenwall» werden Ausgaben in Höhe von gesamthaft Fr. 2'972’000 bewilligt. Diese teilen sich wie folgt auf:

1. Fr. 2'008’000 für die Umgestaltung der archäologischen Informationsstelle zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 4 «Hochbauten im Verwaltungsvermögen, Teil Bildung».

2. Fr. 603’000 für die Szenografie und die Betriebseinrichtungen/Ausstattung der Umgestaltung zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 7 «Kultur».

3. Fr. 272’000 für die Ausgrabung und Sicherung sowie organisatorische und wissenschaftliche Projektbetreuung der archäologischen Bodenforschung Basel-Stadt als einmalige Ausgabe zu Lasten der Erfolgsrechnung des Präsidialdepartements.

4. Fr. 10'000 für die Pauschale für den Gebäudeunterhalt als jährliche Folgekosten zu Lasten der Erfolgsrechnung des Finanzdepartements, Immobilien Basel-Stadt.

5. Fr. 79'000 für den Betrieb der archäologischen Informationsstelle und die Vermittlung der archäologischen Bodenforschung als jährliche Folgekosten zu Lasten der Erfolgsrechnung des Präsidialdepartements.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 84 Ja-Stimmen bei keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltung.

Schluss der 26. Sitzung

17:53 Uhr

Protokoll

der 27. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 18. September 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Lydia Isler-Christ (LDP), Jo Vergeat (GAB), Raffaela Hanauer (GAB), Anina Ineichen (GAB), André Auderset (LDP), Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)

Verhandlungsgegenstände:

8. Anpassung des Schulgesetzes vom 4. April 1929; Änderung §63b Förderangebote, Bericht der BKK 2
8.3. Anzug Martina Bernasconi und Konsorten betreffend Aufhebung des Kleinklassenverbots, Bericht der BKK 18
8.2. Motion Franziska Roth und Konsorten betreffend ergänzende Massnahmen zur Umsetzung des Auftrages der integrativen Schule, Bericht der BKK 19
11. Gemeindeinitiative der Gemeinde Riehen für eine vernünftige und verhältnismässige Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetztes im Bereich des öffentlichen Verkehrs, Bericht des RR zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Vorgehen 19
13. Staatsbeitrag für den Erlen-Verein Basel für die Jahre 2025 bis 2028, Ratschlag des RR 27
14. Ausgabenbewilligung zur Neugestaltung des Grün- und Freiraums Lysbüchelplatz - VoltaNord, Bericht der UVEK 28
15. Ausgabenbewilligung zur Neugestaltung Grün- und Freiraum Saint-Louis-Park - VoltaNord, Ratschlag des RR 32
16. Fristverlängerung kantonale Volksinitiative "Sicherere Velorouten in Basel-Stadt", Bericht der UVEK 34
17. Kantonale Volksinitiative "für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern (Zämme in Europa)", Bericht des RR zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Vorgehen 34

Beginn der 27. Sitzung

Mittwoch, 18. September 2024, 09:00 Uhr

8. Anpassung des Schulgesetzes vom 4. April 1929; Änderung §63b Förderangebote, Bericht der BKK

[18.09.24 09:00:14, 23.1410.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zu unserer heutigen Sitzung und bitte Sie um Ihre Aufmerksamkeit. Ich habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Rathausführung

Heute findet die erste Führung im Rathaus durch die Denkmalpflege für Grossratsmitglieder statt. Die Führung von heute wird durch den Kunsthistoriker Dr. phil. Martin Möhle durchgeführt. Treffpunkt ist 13:30 Uhr im Rathaus Innenhof. Die Liste der angemeldeten Personen liegt hier vorne auf dem Tisch. Falls Sie sich spontan dazu melden möchten, sollte das noch möglich sein. Melden Sie sich beim Ratssekretariat.

Hinweis Geschäftsdatenbank

Geschäfte abonnierbar, um Informationen über Mutationen zu erhalten. In anderen Worten, Sie haben jetzt in unserem Geschäftsverzeichnis online die Möglichkeit, ein Geschäft zu abonnieren. Dann kriegen Sie jeweils einen Hinweis, wenn es neue Berichte oder News zum Geschäft gibt. Auch hier dürfen Sie sich bei Fragen und Anliegen direkt beim Parlamentsdienst melden.

Wir fahren fort mit der Beratung unserer Traktanden und kommen zu Traktandum 8. Anpassung des Schulgesetzes vom 4. April 2029; Kantonale Volksinitiative «für den Ausbau der separativen Angebote an der integrativen Schule Basel-Stadt (Förderklassen-Initiative)». Wir behandeln auch die Motion Franziska Roth und Konsorten betreffend ergänzende Massnahmen zur Umsetzung des Auftrags der integrativen Schule und den Anzug Martina Bernasconi und Konsorten betreffend Aufhebung des Kleinklassenverbots.

Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen und die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen.

Zuerst führen wir eine Eintretensdebatte durch und beraten dann den vorgelegten Gegenvorschlag zur Initiative. Danach entscheiden Sie, ob der beratene Gegenvorschlag der Initiative gegenübergestellt werden soll oder die Initiative ohne Gegenvorschlag dem Volk vorgelegt wird. Ebenfalls ist dann ein Beschluss zur Abstimmungsempfehlung zu fassen. Wir kommen zur Sprecherin für die BKK, das ist die Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Die integrative Schule, so wie sie bei uns eingeführt und im Moment umgesetzt wird, ist anspruchsvoll und in manchen Situationen sogar überfordernd. Dass es Anpassungen braucht, merken vor allem die Lehrpersonen, die Kinder und die Eltern, aber auch wir hören diese Signale, wissen um die schwierige Situation und haben auch schon vor längerer Zeit politische Vorstösse auf den Weg gebracht mit der Forderung, dass die integrative Schule weiterentwickelt werden muss. Nun ist noch die Förderklassen-Initiative dazugekommen, die den Druck erhöht, die Umsetzung der Vorstossforderungen aber leider auch verzögert hat.

Mit dem jetzigen Ratschlag zur Anpassung des Schulgesetzes hat der Regierungsrat einen Vorschlag vorgelegt, der nebst der Anpassung des Gesetzes vor allem auch die Erhöhung der finanziellen Ressourcen für gezielte Massnahmen vorschlägt, die sehr sinnvoll sind und in den Augen aller Hearinggäste und der BKK eine Unterstützung sein werden.

Wie im Bericht ausgeführt, hat die BKK diverse Hearings durchgeführt. Vor allem in den Hearings mit den Vertreterinnen und Vertretern direkt aus den Schulen konnte die BKK feststellen, dass die integrative Schule keinesfalls als gescheitert betrachtet, sondern weiterhin getragen wird. Allerdings formulieren alle die anspruchsvolle und zum Teil überfordernde Situation und einige wünschen sich auch weitergehende Möglichkeiten, als es der Ratschlag vorsieht.

Die integrative Schule wurde in Basel-Stadt sehr rasch und sehr konsequent eingeführt. So weist der Kanton eine der höchsten Integrationsquoten in der Schweiz aus. Gleichzeitig wurden aber auch Plätze in separativen und stationären Angeboten abgebaut, was den Druck auf Familien mit Kindern, die einen hohen Betreuungsbedarf ausweisen, stark erhöht. Dem Grundsatz, der auch in einem Kanton mit einer grossen Integrationsleistung gelten muss, dass das Kindeswohl an erster Stelle steht, also dass alle Kinder dort beschult und betreut werden können, wo sie sich am besten entwickeln können, dem kann manchmal nicht genügend Rechnung getragen werden. Da müssen wir genau hinschauen und auf die Fachleute hören. Das hat die BKK versucht.

Nach den Hearings hat die BKK intensiv, aber auch kontrovers diskutiert. Insbesondere über die Angebote, die als Teil separativer Förderangebote neu im Schulgesetz aufgenommen werden sollen, hat sich die Kommission lange ausgetauscht und ist sich nicht einstimmig einig über deren Einführung.

Zum Angebot der Lerninseln. Die Lerninseln sollen gemäss Regierungsrat, und so sieht es auch die BKK, für Schülerinnen und Schüler mit akut schwierigem Verhalten zur Verfügung stehen. Mit dem Ziel der möglichst raschen Reintegration in die Regelklasse sollen an der Lerninsel diese Kinder in einer kleinen Gruppe durch eine Sozialpädagogin und einen Heilpädagogen gezielt gefördert und unterstützt werden. Der Fokus soll auf der Beruhigung der Situation und der Bewältigung der Krise liegen. Es sollen aber auch weitere Unterstützungsmassnahmen aufgegleist werden können. Wichtig ist, dass ein regelmässiges hin und her zwischen Regelklasse und Lerninsel für diese Kinder verhindert werden kann. Dafür braucht es allerdings genügend Ressourcen und die Möglichkeit, die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen auch in den Regelklassen einsetzen zu können. Aus eigener Erfahrung weiss ich, wie effizient und nachhaltig die Sozialpädagogik integrativ in der Klasse wirken kann. Darum ist es schade, dass der Regierungsrat diesen Schritt nicht wagt und die Sozialpädagogik lediglich innerhalb der Lerninsel einsetzen möchte. Die BKK versucht das mit dem Antrag für Doppelbesetzungen zu ermöglichen.

Zu den Fördergruppen. In den heilpädagogisch geführten klassenübergreifenden Fördergruppen sollen Kinder aufgrund einer allgemeinen Lernschwäche oder einer ausgeprägten Lernstörung in einem überschaubaren Setting individueller gefördert werden können. Je nach Alter besuchen die Kinder, die für eine Fördergruppe in Frage kommen, diese Gruppen 10 bis 11 Lektionen pro Woche und es sollen nebst den fachlichen Kompetenzen auch überfachliche Kompetenzen wie Selbstregulation, Lern- und Arbeitsverhalten, aber auch soziale Fertigkeiten geübt werden. Trotz des Fördergruppenbesuchs bleiben die Kinder ihrer Stammklasse zugehörig und besuchen die anderen Lektionen im Klassenverband. Vorteil der Fördergruppen sind sicher, dass sie bei Bedarf an jedem Schulstandort eingesetzt werden können und somit Kinder, die in einer solchen Gruppe gefördert werden sollen, am gleichen Schulstandort bleiben können. Die BKK erachtet es als äusserst wichtig, dass die verantwortlichen Lehr- und Fachpersonen Einzelfall bezogen sorgfältig prüfen, ob ein Kind tatsächlich in einer Fördergruppe zeitweise beschult werden muss.

Im Ratschlag nennt der Regierungsrat drei Bedingungen, die kumulativer erfüllt werden müssen, damit ein Kind in eine Fördergruppe zugewiesen werden kann. Diese Zuweisung erfolgt dann durch die Schulleitung. Bei Bedarf kann auch der schulpsychologische Dienst oder eine andere Fachstelle für die Abwägung, ob eine Fördergruppe für ein Kind angezeigt ist oder nicht, beigezogen werden. Die Eltern oder andere erziehungsberechtigte Personen sind angemessen zu informieren und wenn sie nicht einverstanden sind, können die Kinder mittels anfechtbarer Verfügung zur Teilnahme verpflichtet werden. Zwar begrüsst die BKK, dass die Zuweisung in eine Fördergruppe jederzeit im Schuljahr direkt am Schulstandort und innert nützlicher Zeit gefällt werden kann, ist sich aber auch bewusst, dass dies nur mit einem intensiven und sorgfältigen Einbezug der Eltern geschehen darf. Geschehen solche teilseparative Massnahmen gegen den Willen der Eltern, leidet das Kind und die Massnahme hilft wenig. An den Hearings haben uns die Lehrpersonen und die Schulleitenden versichert, dass solche Massnahmen stets in einem intensiven Austausch mit den Eltern entschieden werden und dass wirklich viel Energie für das Mitnehmen der Eltern verwendet wird.

Ganz sicher ist die Organisation von Fördergruppen anspruchsvoll, da die Stundenpläne aufeinander abgestimmt werden müssen und es viele Absprachen braucht. Zudem kann der Besuch der Fördergruppen für die teilnehmenden Kinder belastend sein, da sie sich in Zweiklassenverbänden orientieren müssen und während dem Besuch in der Fördergruppe den Unterricht in ihrer Stammklasse verpassen.

An fast allen Hearings wurde das Bedürfnis nach der Möglichkeit zum Einsetzen von Förderklassen genannt. Die BKK hat sich sehr intensiv mit diesem geäusserten Bedürfnis auseinandergesetzt und ist mehrheitlich zur Ansicht gekommen, dass die Förderklassen als weitere Möglichkeit eines Förderangebots im Gesetz festgehalten werden sollen. Die BKK versteht die Förderklassen aber nicht genau so, wie das Initiativkomitee dieses Angebot in seiner Initiative verlangt. Förderklassen sollen für Schülerinnen und Schüler ausgelegt sein, die aufgrund ihrer intellektuellen Ressourcen oder aufgrund von ausgeprägten Lernstörungen Schwierigkeiten beim Lernen haben. Ausdrücklich nicht Zielgruppe sind akut verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler. Für diese stehen die Lerninseln oder die Spezialangebote zur Verfügung. In diesem Punkt unterscheidet sich das Angebot der Förderklasse, wie es die BKK vorsieht, klar von den Vorstellungen der Initiative. Auch wird es kein eigenes Rektorat für die Förderklassen geben.

Ein grosser Teil der Kommission sieht den Vorteil von Förderklassen darin, dass die Kinder den Unterricht in einer fixen, kleineren Klasse besuchen können und nicht ständig das Setting wechseln müssen. Da mögliche Förderklassen auch im Verbund mit anderen Schulstandorten angeboten werden können, würde dann ein erweitertes Quartiersprinzip gelten müssen. Kinder, die einer Förderklasse zugewiesen würden, müssten allenfalls das Schulhaus wechseln.

Da der Unterricht in einer Förderklasse in einem etwas langsameren Tempo stattfinden würde, könnte es für Kinder, die wieder in die Regelklasse wechseln, schwierig werden, in der Ursprungsklasse Tritt zu fassen. So soll in der Schullaufbahnverordnung die Möglichkeit zur Wiederholung eines Schuljahres geschaffen werden, wenn mit der Wiederholung des Schuljahres die Schülerinnen und Schüler im Hinblick auf die weitere Schullaufbahn eine bessere Entwicklungsperspektive haben. Zudem sollen für die Zuteilung in eine Förderklasse die gleichen Anforderungen an den Prozess gelten und die gleichen Bedingungen wie sie für die Zuteilung in Fördergruppen gelten und zwingend muss auch da das Kindeswohl im Vordergrund stehen.

Eine Kommissionsminderheit spricht sich gegen die Einführung von Förderklassen aus, weil die Gefahr besteht, dass vornehmlich Kinder aus sozial benachteiligten Schichten den Förderklassen zugewiesen werden. Ebenfalls sieht diese Minderheit die Gefahr einer Stigmatisierung der Kinder. Zudem kann das Fehlen von guten und starken Vorbildern den Lernerfolg dieser Kinder und Jugendlichen in solchen Settings erheblich schmälern und die Einführung von Förderklassen wird als Rückschritt der integrativen Schule empfunden.

Wie bereits erwähnt, haben zwar nicht ganz alle, aber viele Anspruchsgruppen, mit denen wir Hearings durchgeführt haben, das Bedürfnis nach Förderklassen geäussert und obwohl die BKK auch die Nachteile dieser Förderklassen sieht, beantragt eine Mehrheit die Aufnahme dieses Förderangebots ins Schulgesetz, dass so die Möglichkeit besteht, dass die Initiative zurückgezogen wird und der Gegenvorschlag rasch umgesetzt werden kann und das ist der BKK sehr wichtig. Der Druck an den Schulen für Entlastung ist sehr gross und eine Verbesserung muss rasch erfolgen können. Müsste das Volk über die Initiative abstimmen, würde nochmals viel Zeit ohne diese Entlastung vergehen und das würde vor allem den belasteten Schulen schaden.

Eine grosse Mehrheit der BKK-Mitglieder sieht eine gute Massnahme für die Weiterentwicklung der integrativen Schule im Einsetzen von zwei Lehr- oder Fachpersonen in Klassen, die sehr heterogen und schwierig zu führen sind. Sind zwei Personen im Klassenzimmer, kann eine Person unterrichten und die anderen diejenigen Kinder unterstützen, die wegen Lerneinschränkungen oder Auffälligkeiten im sozial-emotionalen Bereich dem Unterricht zu wenig folgen können oder potenziell stören würden. Das beruhigt die gesamte Klasse und alle Kinder können profitieren.

Der BKK ist aber wichtig zu betonen, dass mit den Doppelbesetzungen nicht zwingend zwei Lehrpersonen, die dann beide unterrichten, gemeint ist. Vielmehr möchte die BKK ermöglichen, dass den vielfältigen und sehr diversen Anforderungen im Klassenzimmer auch mit einem fachlich diverseren pädagogischen Team begegnet wird. Die Arbeit der Lehrpersonen soll durch das Wissen und den etwas anderen Blick auf die Kinder und auch die anderen Werkzeuge der Heil- und Sozialpädagogik ergänzt werden. Ein weiterer Vorteil von vermehrten Doppelbesetzungen im Vergleich zu den Fördergruppen und Förderklassen ist, dass dieses Angebot nicht mehr Schulraum benötigt, und wir wissen es, der knappe Schulraum ist im gesamten Kanton eine grosse Herausforderung. Die Kommission ist der Ansicht, dass mit der Massnahme der Doppelbesetzung eine wirkungsvollere Beschulung und damit eine Entlastung des gesamten Systems erreicht werden kann. Darum beantragt die BKK die Aufnahme dieser Fördermassnahme ins Schulgesetz.

Die BKK hat den Antrag des Regierungsrats, eine andere Formulierung im Gesetz festzuschreiben, an der vorletzten Sitzung diskutiert. Allerdings sind wir uns nicht einig geworden und haben darum beschlossen, den Entscheid ohne Empfehlung den Fraktionen zu überlassen. Einem grossen Teil der BKK-Mitglieder ist es wichtig zu betonen, dass sowohl Förderklassen wie auch Fördergruppen und Doppelbesetzungen nicht zwingend eingeführt werden müssen. Die BKK möchte mit der Änderung im Schulgesetz Werkzeuge zur Verfügung stellen, die von den einzelnen Schulstandorten genutzt werden können, aber nicht genutzt werden müssen. Wichtig ist für die BKK, dass die Standorte vor Ort entscheiden können, welches der Förderangebote für die Voraussetzungen ihres Standortes das richtige ist und für die Schülerinnen und Schüler, aber auch für die Lehr- und Fachpersonen eine gute Lern- und Arbeitssituation zu schaffen.

Klar ist aber auch, dass die Standorte ein Konzept brauchen, welches der Instrumente sie einsetzen möchten. Es kann nicht sein, dass ein Standort Förderklassen bildet und dann auch noch Fördergruppen einsetzt. Damit ein Standort aber überhaupt entscheiden kann und damit alle Standorte wissen, welche Instrumente für welche Situationen eingesetzt werden können, ist es zwingend notwendig, dass das ED Dachkonzepte erarbeitet, so dass die Standorte innerhalb der gesetzten Leitplanken ihren Weg finden können. Es geht auch darum, dass die einzelnen Standorte von zu viel und zusätzlichem administrativen Aufwand entlastet werden. Zudem sollen von der Volksschulleitung und auch von der Leitung Gemeindeschulen Gefässe geschaffen werden, um den Austausch in Bezug auf die Umsetzung des Massnahmenkatalogs zwischen den Standorten sicherzustellen. Ebenfalls muss das ED sicherstellen, dass genügend und adäquate Weiterbildungsangebote zur Verfügung stehen. Gerade für die Schulleiterinnen und Schulleiter, auf die eine grosse Aufgabe und Verantwortung zukommt, sind gezielte Weiterbildungen wichtig.

Alle diese neuen Massnahmen, die wir heute beschliessen, wirken auf der Kaskadenstufe 2, sind also Massnahmen, die den Schulstandorten sofort zur Verfügung stehen. Um sie einsetzen zu können, braucht es keine langen Abklärungen und Anträge an die Volksschulleitung. Die BKK ist überzeugt, und das haben auch die Hearinggäste betont, dass durch den raschen Einsatz dieser Massnahmen schon viel Druck weggenommen werden kann und dass diese schnelle Verfügbarkeit ein entscheidender Faktor ist.

Wir haben nun eine Gesetzesänderung vor uns, die eine breite Auswahl an Fördermöglichkeiten bietet. Dass für die Sekundarstufe nebst den drei Leistungszügen und den Spezialangeboten nicht auch noch Fördergruppen und Förderklassen vorgesehen werden, hat die BKK zur Kenntnis genommen und ein grosser Teil der Kommissionsmitglieder kann das auch nachvollziehen. Nichtsdestotrotz gelten die Fördermöglichkeiten im Schulgesetz für die gesamte Volksschule. Wenn nun also ein Sekundarstandort sich für eine vermehrte Doppelbesetzung in belasteten Klassen zur Entlastung entscheiden möchte, sollen die Finanzen dafür zur Verfügung gestellt werden können. Der BKK ist es ganz wichtig, dass dem grossen Druck und den sehr anspruchsvollen Anforderungen gerade im A-Zug der Sek rasch begegnet wird. Die Kommission hat sich daher den Projektauftrag zur Optimierung der Sekundarstufe 1 zeigen lassen. Sie unterstützt diesen Weg, erwartet aber, dass der skizzierte Zeitplan eingehalten wird und dass zu Beginn des Schuljahres 2025/2026 Entlastungsmassnahmen auf dem Tisch liegen.

Mit diesem Beschluss ändern wir das Gesetz und ermöglichen erweiterte Fördermassnahmen, wir sprechen aber keine finanziellen Ressourcen. Diese sind zum Teil bereits jetzt im Budget eingestellt und werden für die weiteren Jahre via reguläres Budget bereitgestellt. Damit die Schulstandorte nun tatsächlich die Fördermassnahmen einsetzen können, die sie für ihre Klassen für richtig erachten, sollen auch genügend finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen. Dafür braucht es einen guten Austausch zwischen ED und den Schulstandorten und es braucht ein genaues Hinschauen von Finanzkommission und BKK.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch ein paar persönliche Worte, dies vor allem auch, weil meine Motion abgeschrieben werden soll. Ich bin nicht wirklich zufrieden damit, dass wir nun diese teilseparativen Angebote von Förderklassen und Fördergruppen ins Schulgesetz schreiben, um die integrative Schule weiterzuentwickeln. Dies waren nicht die Absicht und das Ziel der Motion, denn ich bin überzeugt davon, dass es andere Möglichkeiten gibt. Diesen Weg, den wir jetzt gehen, basiert in meinen Augen auf einem defizitorientierten Ansatz. Die Kinder werden beurteilt aufgrund von dem, was sie nicht oder noch nicht können. Ich bin aber überzeugt davon, dass alle diese Kinder eben auch Stärken haben. Diese dürfen wir nicht übersehen und diese müssen gefördert werden. Und ebenso bin ich davon überzeugt, dass Kinder gerade auch auf der Primarstufe, da, wo wir jetzt Förderklassen und Fördergruppen ermöglichen werden, in der Schule nicht nur Fachwissen lernen sollten. Es geht doch auch darum, wie die Kinder lernen, als Gruppe miteinander umzugehen, dass es in einer Gemeinschaft auch darum geht, Rücksicht zu nehmen, sich manchmal anzupassen, manchmal etwas zurückzustehen, einander zu helfen und voneinander zu lernen.

Darum ist für mich klar, dass diese Gesetzesänderung ein Zwischenschritt ist, um die wirklich anspruchsvolle Situation zu beruhigen, dass die Entwicklung der integrativen Schule aber weitergehen muss. Wir sollten uns unter anderem Gedanken über kleinere Klassen, über mehr zeitliche Ressourcen für Lehr- und Fachpersonen für die Integrationsarbeit mit gleichzeitiger Entlastung vom administrativen Aufwand machen und wir sollten eine Lösung für die Unvereinbarkeit von Integration und Selektion finden.

Die BKK beantragt mit 7 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen, dem Massnahmenkatalog mit den beiden Ergänzungsanträgen der Kommission zuzustimmen. Die Motion und der Anzug können abgeschrieben werden, die Initiative soll gemäss BKK abgelehnt werden und dem Gegenvorschlag zugestimmt werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat spricht Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Heute ist ein besonderer Tag für mich. Ich darf als Erziehungsdirektor ein sehr wichtiges Geschäft für die Basler Schulen vertreten, die weitere Entwicklung der integrativen Schule. Ich denke, wir sind uns alle einig, die Belastung der Schulen ist an eine Grenze gelangt. Es braucht Massnahmen, um mit den aktuellen Herausforderungen, welche die Gesellschaft in den Schulen bringt, besser umgehen zu können. Zum Wohl unserer Kinder und Jugendlichen und zum Wohl der Gesellschaft. Die unformulierte kantonale Volksinitiative für den Ausbau der separativen Angebote an der integrativen Schule Basel-Stadt fordert primär heilpädagogische Förderklassen. Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission beantragen Ihnen, die Förderklassen-Initiative, sofern sie nicht zurückgezogen wird, den Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Verwerfung und den von der Bildungs- und Kulturkommission ergänzten Gegenvorschlag zur Abstimmung vorzulegen. Ich möchte der Kommission an dieser Stelle für ihre sorgfältige und engagierte Arbeit danken, insbesondere auch der Präsidentin für ihren Bericht und die mündlichen Erläuterungen.

Es freut mich sehr, dass das Initiativkomitee und die freiwillige Schulsynode Basel-Stadt an ihrer gemeinsamen Medienkonferenz vom 5. September angekündigt haben, die Förderklassen-Initiative zurückzuziehen, wenn der Grosse Rat

dem vorliegenden Gegenvorschlag zustimmt. Nachfolgend möchte ich im Namen des Regierungsrats erläutern, weshalb der Gegenvorschlag aus Sicht des Regierungsrats, der Bildungs- und Kulturkommission, des Initiativkomitees und der freiwilligen Schulsynode ein guter und lösungsorientierter Kompromiss ist.

Artikel 63b Schulgesetz umfasst schon heute diverse Förderangebote, welche die Schulen umsetzen können. Der Regierungsrat will diese Förderangebote um heilpädagogisch geführte klassenübergreifende Fördergruppen und Lerninseln ergänzen. Die Bildungs- und Kulturkommission will zusätzlich noch Förderklassen und Doppelbesetzungen aufnehmen. Mit der Aufnahme der Förderklassen ins Schulgesetz kommen wir dem Anliegen der Initiative entgegen. Die Bildungs- und Kulturkommission und der Regierungsrat schlagen zudem zusätzliche Massnahmen vor, wie zum Beispiel Lerninseln, Doppelbesetzungen, eine Erhöhung der Kindergartenressourcen oder mehr Mittel für Logopädie und Psychomotorik. Mit dem Massnahmenpaket wollen wir den Schulen weitere Förderinstrumente zur Verfügung stellen. Die Schulen sollen die nötigen Freiräume haben, für sie passende Lösungen zu finden.

Seit meinem Amtsantritt durfte ich viele Schulen besuchen. Ich habe die Mitarbeitenden jeweils gefragt, wie sie das Massnahmenpaket beurteilen. Sie haben mir alle gesagt, dass die Problemfelder unterschiedlich sind und dass es deshalb unterschiedlichen Lösungen braucht. Was aber wichtig ist und ich deutlich betonen möchte, die Schulen sind nicht komplett frei in ihrer Wahl. Wir werden verbindliche Leitplanken definieren und Vorgaben machen. Ein paar Beispiele: Das Geld, das wir für die neuen Förderangebote beantragen, ist als Mittel für bestimmte Zwecke und solche ohne bestimmte Zwecke eingestellt. Die Mittel mit Zweck sind für Pädagogik, Psychomotorik und den Kindergarten reserviert. Diese Ressourcen sollen nicht für etwas anderes eingesetzt werden. Die übrigen Mittel können entweder für Förderklassen, Fördergruppen, Doppelbesetzungen oder Lerninseln eingesetzt werden.

Die Schulen melden jeweils im Januar, welche Förderangebote sie im kommenden Schuljahr umsetzen wollen und mit welcher Schule sie allenfalls eine Fördergruppe im Verbund planen. Das heisst, dass sie ein Umsetzungskonzept vorlegen müssen. Die Volksschulleitung als vorgesetzte Stelle wird kontrollieren, dass das Gesamtkonzept über alle Schulen stimmig ist und dass die Ressourcen zielführend eingesetzt werden und dass es nicht mehr kostet als beantragt. Und sie wird den Überblick über alle Schulen haben und sicherstellen, dass alle Kinder unabhängig vom Schulstandort, die adäquate Förderung erhalten.

Sofern unseres Massnahmenpaket zur Umsetzung kommt, werden wir dieses in drei Jahren evaluieren. Wie Sie wissen, haben wir für die Sekundarschule die beiden neuen Massnahmen Spezialangebote Plus und Lehrinseln vorgesehen. Das heisst, zum jetzigen Zeitpunkt gibt es keine Fördergruppen oder Förderklassen. Die Konsultation hat gezeigt, wir müssen die Sekundarschule, insbesondere den A-Zug grundsätzlich anschauen. Wir müssen uns fragen, wie schöpfen wir das Potenzial der einzelnen Jugendlichen besser aus, wie können wir die Motivation und Anschlussfähigkeit von eher lernschwachen Jugendlichen erhöhen und wie kann die Berufswahl noch stärker in allen drei Leistungszügen verankert werden. Momentan befasst sich eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aus der Praxis mit diesen Fragen und erarbeitet Verbesserungsvorschläge. Nächsten Frühsommer wird sich der Regierungsrat dazu äussern.

Lassen Sie mich noch etwas zu den Förderklassen sagen. Sie wissen, ich habe mich im Wahlkampf für temporäre Förderklassen eingesetzt. Zum Wohl des Kindes, aber auch zum Wohl der Klasse und der Lehr- und Fachperson kann es nötig sein, dass ein Kind für eine begrenzte Zeit eine Förderklasse besucht. Für mich und für die Kommissionsmehrheit ist jedoch klar, die Kinder in den Förderklassen sollen möglichst rasch wieder in die Regelklassen zurückkehren. Dafür werde ich mich einsetzen. Wir werden klare Kriterien und ein transparentes Verfahren definieren. Wir werden die Eltern eng einbeziehen. Die Zusammenarbeit mit den Eltern ist für das Wohl des Kindes immer zentral. Deshalb werden die Lehr- und Fachpersonen Gespräche führen mit den Familien, bevor ein Entscheid gefällt wird.

Sie wissen, Chancengerechtigkeit ist mir ein grosses Anliegen. Ich werde mich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von ihrer Herkunft und ihres Umfelds, die bestmöglichen Bildungschancen erhalten. Genau deshalb braucht es auch zentrale Vorgaben der Volksschulleitung, die für alle Schulen gelten.

Wie bereits erwähnt wurde, möchte die Bildungs- und Kulturkommission eine weitere Massnahme aufnehmen, und zwar soll der Katalog der Förderangebote um Doppelbesetzungen ergänzt werden. Auch dieser Ergänzung kann der Regierungsrat zustimmen. Anstelle des Begriffs Doppelbesetzungen schlagen wir jedoch eine juristisch präzisere Formulierung vor, und zwar Klassen, die von einer zusätzlichen Lehr- oder Fachperson unterstützt werden. Es ist nämlich von Lehr- und Fachpersonen die Rede, so ist auch der Einsatz einer Fachperson für Sozialpädagogik oder Heilpädagogik in einer Klasse möglich.

Ich bin sehr zufrieden, dass sich eine Mehrheit der Bildungs- und Kulturkommission für den Gegenvorschlag des Regierungsrats ausgesprochen hat und das Initiativkomitee bereit ist, die Förderklassen-Initiative zurückzuziehen, wenn der Vorschlag der Kommission verabschiedet wird.

Ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie dem ergänzten Gegenvorschlag in der vorliegenden Form zustimmen. Unser ausgewogenes Massnahmenpaket stellt für die vielfältigen Herausforderungen der integrativen Schule geeignete Instrumente zur Verfügung. Der finanzielle Rahmen, den wir einhalten werden, liegt Ihnen vor. Unsere Schulen müssen

wieder zur Ruhe kommen und sich weiterentwickeln können. Die Lehr- und Fachpersonen sowie die Schulleitungen möchten wissen, wie es weitergeht mit der integrativen Schule. Ich bitte Sie, schaffen Sie Klarheit für die Schulen, geben Sie den Lehr- und Fachpersonen, die täglich ihr Bestes geben, verschiedene Fördermassnahmen an die Hand. Vertrauen Sie den Lehr- und Fachpersonen vor Ort, so wie ich es tue. Unter Berücksichtigung der Leitplanken der Volksschulleitung werden die Schulen gute Lösungen wählen zum Wohl unserer Kinder und Jugendlichen. Stimmen Sie daher den Anträgen der Bildungs- und Kulturkommission zu. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und für Ihre Unterstützung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten und da hat sich Heidi Mück zuerst für das GAB eingetragen.

Heidi Mück (GAB): Die Förderklassen-Initiative fordert ziemlich unverblümt die Wiedereinführung der Kleinklassen. Sie will, dass Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten in einer heilpädagogischen Schule mit eigener Leitung beschult werden. Ich nenne die Initiative deshalb nicht euphemistisch Förderklassen-Initiative, sondern ich nenne sie, was stört, muss weg-Initiative. Dass diese was stört, muss weg-Initiative von so vielen Lehrpersonen unterstützt wurde, sagt viel über die Situation an der Basler Volksschule aus. Ich habe mit Freude gehört, dass auch Mustafa Atici dies so sieht und gesagt hat, die integrative Schule ist am Anschlag.

Viel zu lange sind Rufe nach Unterstützung, nach zeitnaher Hilfestellung in kritischen Situationen und generell nach mehr Ressourcen für die integrative Schule versandet. Es wurden zwar kleinere Massnahmen ergriffen, doch diese genügten schlichtweg nicht und führten sogar zu mehr bürokratischem Aufwand. Kein Wunder, dass die was stört, muss weg-Initiative Anklang fand. Sie verspricht ja sehr populistisch eine Lösung, indem Kinder, die mit Verhaltensauffälligkeiten den Unterricht stören, einfach in eine separate heilpädagogische Schule gesteckt werden. So einfach ist das aber nicht und es wäre auch eine radikale Abkehr vom Grundgedanken einer inklusiven oder zumindest integrativen Schule. Aber auch wenn ich persönlich grosse Mühe damit hatte, dass die Initiative von der freiwilligen Schulsynode mitgetragen wurde, anerkenne ich, dass mit dieser Initiative endlich ein Druckmittel geschaffen wurde, um das ED zum Handeln zu zwingen.

Damit komme ich zum Gegenvorschlag des Regierungsrats, der die Krisensituation in der integrativen Schule zumindest ansatzweise aufnimmt und einige Massnahmen vorschlägt, die sehr begrüssenswert sind. Dazu gehören der verbesserte Einsatz und die Erhöhung der Förderressourcen direkt an den Schulen, die Erhöhung der Förderressourcen im Kindergarten, die Erhöhung der Ressourcen im Zentrum für Frühförderung, in der Logopädie und in der Psychomotorik. Für die weiteren Massnahmen verweise ich auf den Ratschlag und BKK-Bericht.

Ein grosser Kritikpunkt am Gegenvorschlag ist, dass die Sekundarschule fast nicht berücksichtigt wurde. Dabei ist auch dort, insbesondere im A-Zug, die Situation sehr angespannt. Immerhin wurde uns versprochen, dass die Massnahmen für die Sek im kommenden Jahr vorgelegt werden sollen.

Wichtig ist für mich die klare Erwartung der BKK, dass das ED Dachkonzepte für die verschiedenen Massnahmen erstellt, so dass nicht jedes Schulhaus eigene Konzepte erstellen muss, sondern eine gewisse Vorarbeit geleistet wird und auch gewisse Leitplanken bestehen. Das haben wir gehört, dass das zugesichert wurde. Die BKK hat aber auch konkrete Erweiterungen des Gegenvorschlags diskutiert und beschlossen. Einerseits sollen Doppelbesetzungen in den Klassen in den Katalog der Fördermassnahmen aufgenommen werden, andererseits beschloss die BKK auch, dass der Einsatz von Förderklassen möglich sein soll. Damit wird die wichtigste Forderung der Initiative in den Gegenvorschlag aufgenommen, was den Initianten hoffentlich ermöglicht, die Initiative zurückzuziehen.

Für einen Teil des GAB ist diese Erweiterung des Gegenvorschlags nur schwer zu akzeptieren. Das Instrument der Förderklassen birgt die Gefahr der Diskriminierung von sowieso benachteiligten Kindern, Kinder aus sogenannt sozial belasteten Familien, Kinder mit Migrationshintergrund. Förderklassen sind eigentlich keine Lösung für das Grundproblem unserer Schule. Immer mehr Kinder und Jugendliche brauchen spezielle Fördermassnahmen und Unterstützungsangebote. Immer mehr Kinder und Jugendliche fallen aus dem Rahmen. Immer mehr Kinder und Jugendliche scheinen nicht mehr in dieses Schulsystem zu passen und was machen wir? Wir schrauben weiter an diesem System herum. Wir schaffen neue Möglichkeiten für Fördermassnahmen, wir versuchen die Kinder und Jugendlichen an das System anzupassen und wir scheuen uns davor, das System in Frage zu stellen.

Ist eine integrative Schule überhaupt realisierbar, wenn die Kinder in der Sekundarschule in kaum durchlässige Leistungszüge eingeteilt werden? Können sich die Kinder nach ihren Fähigkeiten und in ihrem Tempo entwickeln, wenn der Druck, die Lernziele zu erreichen, schon in der Primarschule so hoch ist? Und wie geht es den Lehrpersonen in dem System, in dem einfach zu wenig Zeitressourcen vorhanden sind? Zu wenig Zeit führt das eigentliche Unterrichten und für die Absprache und Koordination im Team. Wie geht es den Lehrpersonen mit der stetig zunehmenden Administrationsarbeit, mit zu grossen Klassen, mit anspruchsvoller Elternarbeit, mit einem straffen Lehrplan? Ist es nicht verständlich, dass viele Lehrpersonen am Anschlag sind?

Ich bin überzeugt, dass es für das Gelingen der integrativen Schule viel mehr braucht als die im Gegenvorschlag genannten Fördermassnahmen. Es braucht den Mut, das ganze hochselektive System in Frage zu stellen und es braucht Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen, bei den Pflichtstunden, bei den Klassengrössen, beim Lohn. Ach ja, und nicht zu vergessen, die dringend nötigen Verbesserungen bei der Ausbildung der Lehrpersonen, damit die Berufseinsteiger*innen nicht gleich nach kurzer Zeit wieder den Lehrberuf aufgeben. Ich nenne nur das Stichwort Praxisbezug.

Und dann die Tagesbetreuung, von der habe ich ja auch noch nicht gesprochen, aber wir sind ja noch immer bei der sogenannten Förderklassen-Initiative und dem Gegenvorschlag der BKK und da kann ich Ihnen mitteilen, dass es von Seiten des GAB ein klares Ja zum Gegenvorschlag gibt. Wir sagen Ja trotz der Kritik am Instrument der Förderklassen und obwohl wir wissen, dass damit noch lange nicht gute Bedingungen für die integrative Schule erreicht sind. Wir werden die Umsetzung des Gegenvorschlags kritisch begleiten, insbesondere was die Kriterien für eine Einteilung in eine Förderklasse betrifft und was die Verweildauer der Kinder in den Förderklassen betrifft.

Uns ist aber auch sehr wichtig, dass nicht die Schulleitungen im Alleingang entscheiden können, welche Fördermassnahmen für ihre Schule beantragt werden. Es braucht einen starken und verlässlichen Einbezug der Lehr- und Fachpersonen an der Front, denn diese wissen am besten, ob es nun Förderklassen, Fördergruppen oder Doppelbesetzungen oder weitere Massnahmen braucht. Wir sind zudem sehr gespannt auf die Massnahmen für die Sekundarschule, die uns ja auf nächstes Jahr versprochen wurden. Und zuletzt begrüssen wir es sehr, dass drei Jahre nach Inkraftsetzung der Massnahmen eine sorgfältige Evaluation durchgeführt und umfassend dazu berichtet wird.

In diesem Sinn kann ich Ihnen die Zustimmung zum Gegenvorschlag mitteilen und bitte Sie, die Initiative abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP spricht Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Im Gegensatz zu anderen Kantonen ist Basel der Kanton mit der höchsten Integration oder umgekehrt gesagt, wir haben die niedrigste separative Beschulung. Die Motivation für die Initiative Förderklassen ist eine ganz andere als beispielsweise in Zürich. Ich umreisse kurz warum.

Seit 2008 gibt es bei uns die integrative Schule. Basel hat die Umsetzung stark vorangetrieben und war einer der ersten Kantone, die den grössten Teil der Sonderschulen abgeschafft hat und dafür Integrationsklassen und Einzelintegration in Regelklassen eingeführt hat. Von Seiten der Lehrpersonen kam damals schon von der FSS und auch vom VPOD immer wieder die Warnung, die Integration nicht zu stark zu forcieren und sorgfältig umzusetzen. 2009 hat die kantonale Schulkonferenz, die jetzige KSBS folgende Gelingensbedingungen aufgestellt, damit die integrative Schule funktionieren kann. Kleinere Klassen, mehr Schulraum, weniger Pflichtlektionen, keine Selektion innerhalb der Volksschule, genügend adäquat ausgebildetes Personal und unkomplizierte Administrationsabläufe. Die Realität der integrativen Schule 2024, nichts davon wurde angegangen. Und jetzt stehen wir da mit viel zu wenig Schulraum, einer noch früheren Selektionierung und die Administrationsabläufe sind nach wie vor viel zu aufwendig.

2014 gab es eine Systemevaluation der integrativen Schule durch die Hochschule für Heilpädagogik. Es gab einige Hinweise, die hellhörig hätten machen müssen wie die Aussage, das ED unterschätzt das Ausmass der Änderung, die die Integration von den Lehrpersonen abverlangt. Es wurde vom ED und dem damaligen Regierungsrat ignoriert. Der Widerstand unter den Lehrpersonen, nicht gegen die Integrationsziele, sondern gegen die Untätigkeit im ED, hat sich verständlicherweise immer mehr verstärkt. Die Folge davon, wir haben eine Initiative auf dem Tisch. Und das ED, noch unter der Leitung von Conradin Cramer, musste reagieren und unter enormen Druck ohne sorgfältige Evaluierung des Ist-Zustandes Massnahmen für die Verbesserung der integrativen Schule vorschlagen. Dabei herausgekommen ist doch etwas Zielführendes, die Präsidentin hat berichtet.

Vorneweg, dem Massnahmepaket heute zuzustimmen, ist nur der erste Schritt. Es legt einmal grundsätzlich gesetzliche und finanzielle Grundlagen zur Verbesserung der Situation an den Schulen fest. Die Umsetzung, zu der wir von Seiten der BKK nur Empfehlungen und Wünsche äussern können, ist entscheidend und benötigt Sorgfalt, durchdachte Konzepte und eine gute Zusammenarbeit zwischen der Schulleitung, dem Kollegium, dem ED und der PH. Die Schulen müssen in der Umsetzung zwingend unterstützt werden, dazu braucht es klare Rahmenbedingungen vom ED. Zudem braucht es nach drei Jahren unbedingt Evaluationen. Ich danke dem Regierungsrat, dass er dies auch so sieht.

Die Förderklassen sind umstritten, auch in der SP. Daraus machen wir kein Geheimnis. Es wurde in der Fraktionssitzung heftig diskutiert. Eine Mehrheit der Fraktion folgt im Sinne eines politischen Kompromisses und in der Erwartung, dass die Förderklassen-Initiative zurückgezogen wird, der BKK und wir sind erfreut, dass die Doppelbesetzung ein Bestandteil des Kompromisses ist und wollen dies nicht gefährden. Die Idee der Förderklassen im BKK-Vorschlag ist eine integrativere Variante als die Initiative fordert. Förderklassen von maximal zwei Jahren für lernschwache Kinder an einem Schulstandort angebunden mit dem Ziel derer Integration.

Für die kritischen Stimmen der SP-Fraktion ist es ein Rückschritt zu den Kleinklassen von vor der integrativen Schule und sie befürchten, dass mit den Förderklassen ein zusätzliches separatives Schulungsgefäss geschaffen wird, das weitere Schnittstellen mit sich bringen würde. Die möglichen Übergänge zwischen den Gefässen verdreifachen sich ihrer Ansicht nach. SpA, Förderklassen, Regelklasse. Sie hätten sich gewünscht, dass der Zu- und Abgang der Strukturen SpA/Regelklassen durchlässiger gestaltet und optimiert werden würde.

Wenn die anderen vorgeschlagenen Massnahmen, die von allen in der SP-Fraktion begrüsst werden, im Regelkontext greifen, dann, so sind sie überzeugt, braucht es die Förderklassen nicht. Stattdessen könnte man die SpA noch etwas ausbauen. Dass dem Wohl der Kinder mit den Förderklassen Rechnung getragen wird, bezweifelt dieser Teil der Fraktion. So viel dazu. Auf jeden Fall braucht es individuelle Lösungen, denn nicht jeder Standort hat dieselben Probleme. Mit dem vorliegenden Kompromiss wird den Schulen einen Fächer an Möglichkeiten angeboten, denn die integrative Schule ist nicht gescheitert, sie muss einfach dringend weiterentwickelt werden.

Mit diesem Satz wechsle ich den Hut und beziehe persönlich Stellung. Ich finde Förderklassen eine sinnvolle Option. Ich musste mir im Vorfeld einiges anhören, dass ich alte separative Strukturen mit meiner Überzeugung zementiere. Ich muss dagegenhalten. Die Integration aller Kinder ist auch mein Kompass, denn Bildung ist das wichtigste Gut und ein klares Recht. Die meisten von uns Lehrpersonen sind bestrebt, individuell zu fördern, um jedes Kind zu integrieren, die Schülerinnen und Schüler dort abzuholen, wo sie stehen, und den Unterricht so zu gestalten, dass eine grosse Binnendifferenzierung möglich ist und alle Kinder profitieren können.

Das ist unsere Aufgabe und eine riesige Herausforderung und manchmal schlicht nicht bewältigbar und nicht realistisch. Darum sollten die Kinder mit zusätzlichem Förderbedarf in einer Förderklasse eine Chance bekommen, ihre Selbstwirksamkeit zu erleben, ihren schulischen Rucksack zu stärken, in ihrem Tempo zu lernen und gestärkt mit gesundem Selbstwertgefühl in eine Regelklasse integriert werden. Beziehung vor Erziehung. Kinder lernen besser, wenn sie eine Beziehung zur Lehrperson aufbauen können. Dies ist in kleineren Klassen mit mehr Raum und Zeit besser möglich und die dringend notwendige Elternarbeit auch.

Dass die Lehrpersonen die Haltung haben, was stört, muss weg, ist eine Unterstellung, der ich hier klar entgegentrete. Vielmehr ist es ein Hilferuf, dass Lehrpersonen trotz aller Anstrengungen sehen, dass sie den Bedürfnissen des Kindes im jetzigen System nicht gerecht werden. Förderklassen können auch die Chancengerechtigkeit erhöhen. Und bevor die kritischen Stimmen vor lauter Schnappatmung den «Glucksi» bekommen, lassen Sie mich doch von meiner Perspektive berichten.

Die Bandbreite, die wir Lehrpersonen in einer Klasse abdecken müssen, dehnt sich immer weiter aus. Mitverantwortlich dafür ist die negative Seite der Digitalisierung und andere gesellschaftliche Entwicklungen. Kinder, die von zu Hause aus eben keine oder kaum Förderung erhalten, aus welchen Gründen auch immer, diese betroffenen Kinder holen das in der Regelklasse nicht unbedingt auf. Die Privilegierten bleiben übrigens privilegiert, dazu gibt es Langzeitstudien. Und deshalb ist auch die Frühförderung so entscheidend. Die Digitalisierung ist leider auch zum Nachteil in unseren Schulen angekommen. Die nordischen Länder, noch vor kurzem Vorreiter*innen der Digitalisierung, sind mittlerweile heftig auf die Digitalisierungsbremse gestanden. Jedes Jahr kommen mehr Kinder in die Schule, die zwar gut swipen können und erstaunlich ruhig sind vor einem Bildschirm, aber basale Grundfertigkeiten nicht mehr beherrschen. Zum Beispiel schneiden, Stift halten, sich konzentrieren, auf einer Linie gehen. Eine mögliche Förderklasse wäre mehr Wald, Werken, Bewegung und Musik, um gewisse Grundkompetenzen zu entwickeln und nachzuholen, auf denen sie später eben aufbauen können.

Dies, meine Damen und Herren, ist einfach eine Option, es könnte auch ganz anders aussehen. Ich will damit aufzeigen, wir reden nicht von den Kleinklassen von anno dazumal. Wir haben jetzt 2024 ganz andere Themen in den Klassenzimmern, also sind die Studien von vor der Integration wenig brauchbar. Das Thema ist komplex, auch an den Schulen und es gibt auch dort sehr unterschiedliche Meinungen. Daher bin ich dankbar, dass die meisten hier drin einen Kompromiss sehen und ihm zustimmen, dass wir den Massnahmenfächer anbieten können. Es ist keine Verpflichtung, eine Förderklasse am Standort anzubieten, aber mit einem gut durchdachten Konzept endlich möglich.

Ich möchte noch hinzufügen, keine langen Wartelisten für Kinder, die dringend eine Abklärung benötigen, ausreichend Plätze für Kinder, die in unserem System nicht richtig aufgehoben sind und zum Schluss möchte ich Sie an die Gelingensbedingung der KSBS von 2009 erinnern, sie haben immer noch Gültigkeit. Danke für die Zustimmung des Kompromisses.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP spricht Nicole Kuster.

Nicole Kuster-Simon (LDP): Das vorliegende Geschäft wurde in den letzten Monaten in zahlreichen Sitzungen in der BKK beraten. Es wurden verschiedenste Interessengruppen angehört und ein guter Vorschlag liegt nun vor. Dies auch dank einer guten Übergabe des Dossiers an den neuen Regierungsrat.

Eine integrative Schule will nur dort separieren, wo eine Integration den Bildungsweg nicht mehr gewährleistet. Es gilt die Prämisse Integration vor Separation. Jedoch braucht genau dieses System Werkzeuge, mit welchen das Gelingen der Integration sichergestellt wird. Es ist unbestritten, dass das jetzige System Veränderungen braucht, da die Schulen stark belastet sind und diese Belastungen sind wiederum standortabhängig. Es gibt kein festgeschriebenes Problemmuster der Basler Schulen. Nein, die teilautonomen Schulen haben je nach Standort mit unterschiedlichen Herausforderungen zu kämpfen. Was ja aber gemeinsam ist, es muss wieder mehr Ruhe in die Klassenzimmer für alle Kinder einkehren. Es darf nicht sein, dass Kinder weniger lernen, weil das System im Moment am Anschlag ist.

Vorliegend soll das integrative System unter anderem durch Fördergruppen, Förderklassen und Lerninseln gestärkt werden. Diese Differenzierung geht auf die verschiedenen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler ein, was die Initiative zu wenig macht. So wird eine klare Unterscheidung zwischen Kindern mit Lernschwierigkeiten und solchen mit Verhaltensauffälligkeiten gemacht. Verhaltensauffällige Kinder werden niederschwellig und schnell Unterstützung in den Lerninseln finden. Die Lernschwierigkeiten hingegen werden in den Fördergruppen und Förderklassen aufgefangen. Das vorgesehene System differenziert und soll Ruhe in die Klassenzimmer bringen. Das kommt allen Kindern zugute.

Damit die Schulen einen grossen Spielraum erlangen, sieht die Gesetzesänderung sowohl Förderklassen, Fördergruppen, Lerninseln, aber auch die Doppelbesetzung vor. Die Doppelbesetzung wird von der Regierung unter dem Begriff «Unterstützung durch zusätzliche Lehr- oder Fachpersonen» subsumiert, was juristisch mehr Spielraum lässt und so übernommen werden kann. Dieser Antrag der Regierung liegt Ihnen vor.

Dies heisst nun nicht, dass es an einem Standort alle Angebote geben wird. Die Mittel müssen sinnvoll eingesetzt werden und eine solch grosse Veränderung braucht eine klare Führung, klare Strukturen, damit das System zur Ruhe kommt. Natürlich muss die Wirksamkeit der vorgeschlagenen Massnahmen überprüft werden, weshalb die vorgesehene umfassende Evaluation nach drei Jahren von grosser Wichtigkeit ist und von der LDP eingefordert wird. Die weiteren vorgeschlagenen Massnahmen wie die One-Pool-Lösung, der Ausbau der Spezialangebote, wie die Stärkung der Frühförderung und Förderung auf Kindergartenstufe begrüsst die LDP. Insbesondere die frühe Förderung ist ein wichtiges Anliegen, welches die LDP seit jeher unterstützt und vorantreibt.

Ich bitte Sie namens der LDP, dem Antrag der BKK mit dem Änderungsantrag der Regierung betreffend Doppelbesetzung zuzustimmen und die Motionen Franziska Roth und Martina Bernasconi als erledigt abzuschreiben. Die Initiative lehnen wir ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP spricht Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Die SVP spricht sich für die Förderklassen aus. Der vorliegende Vorschlag der BKK, wie Förderklassen gebildet werden können, ist uns viel zu kompliziert und ungewiss. Unserer Ansicht nach sollte es ganz einfach gehalten werden, denn nur so werden diese Klassen auch gebildet und dies garantiert uns am Schluss nur die Initiative, nämlich an jedem Standort eine Förderklasse einzuführen.

Versetzen Sie sich bitte in die Lage der Erziehungsberechtigten. Sie sind mit dem Gegenvorschlag völlig im Unklaren, ob am Quartierstandort ihres Kindes eine Förderklasse gebildet wird oder aber ihr Kind in ein anderes Quartier zur Schule gehen muss, weil es eine quartierübergreifende Förderklasse gibt, oder aber es überhaupt keine Förderklassen gibt, sondern in jeder Regelklasse Doppelbesetzungen und Fördergruppen. Und nur weil zum Beispiel ein Standort für einen Jahrgang eine Förderklasse hatte, heisst dies nicht, dass der nächste Jahrgang auch eine Förderklasse bekommt. Vielleicht hat es doch zu wenig Kinder oder Ressourcen. Auch diese Unklarheit führt zu Stress bei Eltern und Kind gleich zu Beginn der Schullaufbahn. Zudem, und dies ist sehr wichtig, liegt der Entscheid, ob eine Förderklasse gebildet wird, bei der Schulleitung und dem Kollegium und wie diese Förderklassen konzipiert werden ebenso. Auch dies erscheint uns zu vage und zu fest abhängig von der Einstellung auch wie dieses Gremium grundsätzlich einer Förderklasse gegenübersteht.

Der Regierungsrat hat uns einen Gegenvorschlag zur Initiative vorgelegt, in dem die Förderklassen nicht aufgenommen wurden. Die Regierung kommt mit Lerninseln und Fördergruppen. Sie geht also in keinster Weise auf die Initiative ein, sondern die BKK hat nach vielen Diskussionen sich entschieden, die Förderklassen aufzunehmen. Nun gut, unterdessen gab es einen Wechsel im ED und unser Vorsteher, Mustafa Atici, hat uns soeben versichert, dass er alle Schulstandorte, die eine Förderklasse bilden wollen, vollumfänglich unterstützt. Dies finden wir sehr lobenswert und freut uns. Auch der Initiant Roland Stark zum Beispiel freute sich in einem Interview, dass Mustafa Atici nun Vorsteher ist und deshalb die Förderklassen gebildet werden, wenn der Gegenvorschlag durchkommt. Aber so einfach ist es nicht, denn nur weil Regierungsrat Mustafa Atici die Förderklassen unterstützt, heisst dies immer noch nicht, dass sie auch wirklich eingeführt werden, weil eben die Schulleitungen darüber entscheiden und weil diese nicht einfach beliebig viele Massnahmen an ihrem Schulstandort anbieten können. Schliesslich sind die Ressourcen mittels Budget des ED gedeckelt.

Wir sind zwar den Förderklassen einen Schritt näher, aber gewiss werden sie trotzdem nicht. Unserer Ansicht nach müssen sie aber garantiert sein, weil nur so die ersehnte und wichtige Ruhe für Lehrpersonen und Kinder für ein optimales Lehren und Lernen wieder in die Klassenzimmer kommt. Wenn die Initiative dem Volk vorgelegt und dem Gegenvorschlag gegenübergestellt wird und die Initiative angenommen wird, ja, dann haben wir diese Gewissheit. Wird die Initiative zurückgezogen, sind wir von Schulleitungen und Budgets abhängig. Wollen wir das wirklich? Die integrative Schule ist und bleibt ein Misserfolg und alle hier im Saal, die heute aus reinen ideologischen Gründen die integrative Schule gutheissen, weil alles andere für sie einer Ausgrenzung gleichkommt, haben nicht das Wohl der Schülerinnen und Schüler und das der Lehrpersonen vor Augen. Aber dieses Wohl herzustellen ist unsere grösste Aufgabe.

Die Initiative wurde aus einer Not geboren. Die Lehrer sind überlastet und überfordert, die Erziehungsberechtigten sind frustriert und die Schülerinnen und Schüler sind mit ihren Leistungen so miserabel, dass sie im Schweizer Vergleich in Deutsch signifikant unter dem Mittelwert liegen und in Mathematik bilden wir gleich das Schlusslicht der Schweiz. Und diese Fakten sind ernst zu nehmen und wir nehmen sie nicht ernst mit einem Gegenvorschlag, der zwar Möglichkeiten bietet, aber keine klaren Vorgaben macht. Ansonsten sind wir am gleichen Punkt wie mit den Einführungsklassen. Sie sind zwar möglich, aber inexistent.

Die SVP-Fraktion wird beim Stichentscheid die Initiative bevorzugen. Den Anzug Martina Bernasconi und die Motion Franziska Roth schreiben wir ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es geht weiter mit David Jenny für die FDP.

David Jenny (FDP): Wie Sie dem «Chrüzlistich» entnehmen können, die FDP-Fraktion unterstützt den Gegenvorschlag. Sie wird sich für eine Ja-Parole zur Förderklassen-Initiative aussprechen, in der Stichfrage bevorzugt sie aber den Gegenvorschlag und weil sich ja jetzt Jenny Schweizer so stark für die Initiative eingesetzt hat und nur diese bringe Ruhe, doch ein paar Worte vielleicht zur Beruhigung von Jenny Schweizer.

Was würde passieren, wenn die Initiative nicht zurückgezogen würde und sie dann obsiegen würde, dann hätten wir nochmals Jahre der Unsicherheit, denn es ist eine unformulierte Initiative. Also wir gehen durch die genau gleiche Übung nochmals durch, versuchen zu formulieren, ich glaube, das bringt jetzt wirklich nichts. Und die Initiantinnen und Initianten haben ja signalisiert, dass sie jetzt zurückziehen werden, also ich glaube, das ist im Sinne der Schülerinnen und Schüler, der Eltern und ich glaube, unsere Ja-Parole ist einfach eine Anerkennung, dass das Initiativkomitee sich getraut hat, dieses wichtige Thema auf den Tisch dieses Hauses zu bringen. Wir können uns dann auch hinter den Formulierungsvorschlag des Regierungsrates bezüglich § 63 Abs. 1 lit. j stellen.

Dann auch noch ein paar Worte zum starkschen Narrativ. Der jetzige Vorsteher des Erziehungsdepartementes habe wesentlichen Einfluss darauf gehabt, dass der Gegenvorschlag auch heilpädagogisch geförderten Förderklassen vorsieht. Sie können Ziffer 3 des Kommissionsberichts entnehmen, dass an der Kommissionsberatung der damalige Vorsteher des ED teilgenommen hat, aber nicht der jetzige. Bei aller Hochachtung vor dem aktuellen Departementsvorsteher, seine Rolle als Deus ex Machina in diesem Geschäft ist mir nicht aufgefallen. Er wird aber natürlich eine sehr wichtige Rolle haben in der Umsetzung, falls dieser Gegenvorschlag jetzt angenommen werden sollte.

Ich bin nicht Pädagoge, sondern Jurist, daher noch ein paar juristische Worte. Sie können mal raten, über wie viele Worte wir heute entscheiden. Genau über zehn Worte, die wir einfügen wollen im § 63b unseres Schulgesetzes, Überschrift Förderangebote. Und unverändert bleibt zum Beispiel der Absatz 1: Im Rahmen der Regelschule werden Förderangebote bereitgestellt, die Schülerinnen und Schüler mit besonderem Bildungsbedarf unterstützen und ihre individuellen Begabungen stärken. Die Kommissionspräsidentin hat gefürchtet, dieses Prinzip werde über Bord geworfen, aber das bleibt völlig unverändert. Also wir fügen ein paar litere ein mit gesamthaft zehn Worten, wenn Sie dem Regierungsrat dann noch folgen, 19 Worten.

Im Bericht und im Ratschlag hat es noch andere Massnahmen, da haben wir gesagt, One-Pool, etc., es sei alles toll abgesegnet. Rechtlich hat das relativ wenig Verbindlichkeit. Die Mittel werden dann bereitgestellt im Budget, sie sind dann gebundenen Mittel. Wir führen gewisse Begriffe neu ein wie Lerninseln, ich glaube, wenn Sie eine Umfrage machen würden auf der Strasse, was verstehen Sie unter Lerninseln, dann wird Ihnen wahrscheinlich wenig druckfertige Begriffsdefinitionen entgegengehalten werden. Da wird dann abgestellt auf all diese Materialien, etc., wahrscheinlich ein Begriff der pädagogischen Literatur. All das wird umgesetzt werden in der Verordnung, da haben wir auch nichts zu sagen Dann kommen Konzepte, etc., dann kommt die Teilautonomie der Schulen, also das Meiste, was dann wirklich wichtig ist, damit es auch etwas bringt den Schülerinnen und Schülern und dem Gesamtsystem Schule, ist dann wirklich abhängig massgebend von Mustafa Atici und da hoffe ich, das wird so umgesetzt, dass es wirklich etwas verbessert.

Aber ich glaube, wir haben hier auch keinen Totalumbau unseres Schulsystems, es bleibt eine integrative Schule, so wie jetzt definiert in unserem Schulgesetz. Dieser Totalumbau war auch nicht Gegenstand der Initiative, die sagt ja nicht, wir

wollen das Schulsystem wieder ganz von Grund auf neu denken und regeln und ich glaube, da sind wir auch in einem gewissen Masse froh, auch wenn man grosse Bedenken haben kann gegen dieses ein bisschen ideologisch überladene Grundkonzept. Und der Clash von mit Studien unterfütterter Ideologie und Praxis hat sich dann auch in jeder Kommissionsberatung abgespielt.

In diesem Sinne müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, dass wir sehr begrenzt sind hier in unserer gesetzgebenden Aufgabe, was wir tun. Wir haben das jetzt nicht unterfüttert mit der halben Verordnung zu integrieren in das Gesetz und hier vertrauen wir darauf, dass das wirklich dann gut umgesetzt wird auf allen Stufen im Erziehungsdepartement, so dass wir wirklich etwas bekommen für die wenigen Worte, die wir ergänzen im Schulgesetz, aber für das viele Geld, das wir dann einsetzen werden und im diesem Sinne hofft die FDP-Fraktion, dass wirklich eine Verbesserung unserer Schule in einem Teilbereich hier möglich gemacht werden wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die nächste auf der Liste für die Mitte/EVP-Fraktion ist Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Die Axt im Haus erspart den Zimmermann, lässt Friedrich Schiller seine Figur Wilhelm Tell im gleichnamigen Drama sagen. Ich weiss, dass ich im Grossratssaal bin und nicht in einem Klassenzimmer für eine Deutschlektion, Sie können alle ganz entspannt sein, niemand wird aufgerufen, um die Mehrdeutigkeit dieses Zitats zu erläutern. Wir sind uns sicher einig, dass Friedrich Schiller das Handwerk des Schreibens beherrscht hat. Ich weiss ehrlich gesagt nicht, wie es um seine handwerklichen Kompetenzen anderweitig bestellt war, ich vermute allerdings schon, dass auch Friedrich Schiller wusste, dass mit der Axt allein vielleicht nicht jede handwerkliche Herausforderung zu Hause bewältigt werden kann, dass es da vielleicht doch noch andere Werkzeuge auch braucht, um dann alles zu bewältigen.

Die kantonale Volksinitiative für die Förderklassen, die hat eine Axt im Angebot und nur eine Axt, sie nennt es Förderklassen. Wir haben es schon gehört, von der Art, wie sie konzipiert ist gemäss Initiative, ist es sehr ähnlich auch wie früher eben die Kleinklassen. Sie will damit Probleme beheben, und auch das haben wir schon jetzt in allen Voten gehört, bei denen eine gewisse Einigkeit besteht, dass es diese Probleme wirklich gibt und dass die gelöst werden müssen.

Die Fraktion Mitte/EVP steht, wie die BKK in ihrer Mehrheit, klar hinter der integrativen Schule. Sie erkennt aber auch, und auch das wurde heute ja schon mehrfach dargelegt, dass die integrative Schule an vielen Orten nicht bloss eine Herausforderung, sondern auch eine Überforderung darstellt. Eine Überforderung für die Schülerinnen und Schüler, die einen besonderen Förderbedarf haben, eine Überforderung für alle anderen Schüler und Schülerinnen, eine Überforderung für die Klassen, für die Lehrpersonen, die darin zurechtkommen wollen und für alle das Beste erreichen wollen, ja, grundsätzlich eine Überforderung des Systems insgesamt. Die Fraktion Mitte/EVP anerkennt darum ebenfalls die Notwendigkeit, dass man dieser Situation nun begegnen muss.

Der Regierungsrat hat als Antwort auf diese Herausforderungen und eben auch Überforderungen nicht bloss eine Axt, sondern einen Werkzeugkasten bereitgestellt. Wie dem Bericht der BKK zu entnehmen ist, beurteilt die BKK die verschiedenen Werkzeuge in diesem Werkzeugkasten im Grossen und Ganzen positiv. Diese Einschätzung teilt auch die Fraktion Mitte/EVP. Die Axt, die ist nicht mehr in diesem Werkzeugkasten gewesen, in diesem Ratschlag des Regierungsrats. Die BKK, die hat nun ebendiesen Werkzeugkasten etwas erweitert, so wie es nämlich unterschiedliche Schrauben gibt, welche entsprechend unterschiedliche Schraubenzieher erfordern, sind auch die Situationen an den verschiedenen Schulstandorten sehr unterschiedlich. Es ist darum gut, dass es neben den Schraubenziehern für Schlitzschrauben und Kreuzschlitzschrauben auch Schraubenzieher für Torx-Schrauben gibt.

Die Grösse der Standorte, die Zusammensetzung der Schülerschaft, die räumlichen Gegebenheiten und andere Kriterien führen zu unterschiedlichen Notwendigkeiten. Darum findet es die Fraktion Mitte/EVP richtig, dass nun dieser Werkzeugkasten des ED noch Ergänzungen erfahren hat und so die Schulstandorte die Möglichkeit haben, entsprechend den Gegebenheiten an ihrem Ort die richtigen passenden Werkzeuge zu wählen. Und so begrüsst die Fraktion Mitte/EVP auch dieses zusätzlich durch die BKK vorgeschlagene Werkzeug der Förderklassen wie auch dieser Möglichkeit der Doppelbesetzung. Und auch unsere Fraktion will keine Rückkehr zu den früheren Kleinklassen mit eigener Leitung, bei denen dann eine Schülerin, ein Schüler für einen grossen Zeitraum sozusagen in diesen Kleinklassen versorgt ist und keine Möglichkeit auch der Rückkehr in eine Regelklasse hat.

Es wurde mehrfach gesagt, es ist wichtig, dass nun aber auch die Rahmenbedingungen geklärt sind. Es nützt nämlich nichts, wenn man einen guten Werkzeugkasten hat, aber keine Ahnung, wie man diese Werkzeuge verwenden soll und beim ersten Einsatz des Hammers sich auf die Finger schlägt oder ein Loch in die Wand statt den Nagel. Und dann ist es auch der Mitte/EVP-Fraktion sehr wichtig, dass hier von Seiten auch des ED klare Rahmenbedingungen geschaffen werden und dass auch die verschiedensten Ebenen, ED, Schulleitungen, Fach-, Lehrpersonen, usw. alle notwendigen auch Weiterbildungen oder Hilfeleistungen erhalten, damit sie dann diese verschiedenen Werkzeuge auch fachgerecht einsetzen können. Und auch wenn ich viel über Werkzeuge rede, man sollte mich nicht unbedingt für Handwerkshilfen anfragen nach diesem Votum.

Und damit es dann den Schulen besser geht, dass sie wirklich die Werkzeuge brauchen können, braucht es da auch Voraussetzungen. Ich denke, wir sollten Diskussionen vermeiden, die schwarz-weiss nur die Axt oder nur den Hammer, nur die Säge oder nur den Kreuzschlitzschraubenzieher als das einzige richtige Werkzeug propagieren. Wir wollen ja hoffentlich alle, dass alle Kinder und Jugendlichen in unserem Kanton möglichst optimal gefördert werden und die gleichen Chancen haben.

Aus diesem Grund wird die Fraktion Mitte/EVP dem Gegenvorschlag zustimmen, wird für die Ablehnung der Initiative sich aussprechen und wird auch dieser Änderung des ED bezüglich der Doppelbesetzung, der Formulierung dazu, zustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Sandra Bothe für die GLP.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Dass durch diese Initiative pädagogisch äusserst relevante Entscheidungen an die Politik delegiert wurden, wie die Frage, welches Setting den grössten Lernerfolg, die Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen sowie die Einhaltung ethischer Grundsätze am besten gewährleisten kann, empfand ich persönlich bei unserer Arbeit in der BKK als eine sehr grosse Herausforderung.

Keine Frage hingegen war, dass die GLP klar hinter der integrativen Schule als wichtiges Fundament unseres Bildungssystems steht. Gleichzeitig aber anerkennen wir, dass Grenzen der Integration sich dann zeigen, wenn einzelne Akteure im System überfordert sind und nicht alle Schülerinnen und Schüler gleichermassen von einer rein integrativen Förderung profitieren. Schulische Integration soll im Einzelfall sinnvoll sein, für dieses Kind, in dieser Schule, mit dieser Lehrperson, an diesem Ort.

Die GLP befürwortet den Gegenvorschlag als einen lösungsorientierten Kompromiss, der die Schulstandorte durch ein breites Spektrum an Förderinstrumenten innerhalb der integrativen Schulen entlastet, einschliesslich die Einführung heilpädagogisch geführter Förderklassen. Diese sind in anderen Kantonen, die ebenfalls das Prinzip Integration vor Separation verfolgen, bereits Teil des integrativen Bildungssystems.

Sasha Mazzotti hat die Optionen über die Ausgestaltung von heilpädagogischen Förderklassen bereits ausgeführt. Ein stabiles Lernumfeld in einer kleinen Klasse mit angepasster Didaktik und Lerntempo kann das Selbstvertrauen von Kindern mit ausgeprägter Lernschwäche stärken, ihr Selbstbild verbessern und Versagensängste verringern. Dieser Umstand kann ihre schulische Laufbahn positiv und ganzheitlich beeinflussen. Letztlich aber sind die Qualität des Unterrichts und die Beziehungsarbeit ausschlaggebend. Ich bin überzeugt, dass das Ziel der integrativen Schule bestmögliche Bildung für alle Kinder durch differenzierte Ansätze besser erreicht werden kann.

Eine Separation von Schülerinnen und Schülern rein wegen Verhaltensauffälligkeiten ohne Ursachenanalyse lehnen wir Grünliberalen hingegen ab. Die steigende Anzahl verhaltensauffälliger Kinder korreliert mit den Reformen und neuen Unterrichtsformen. Eine solche Vorgehensweise bekämpft lediglich Symptome und wäre zu Lasten derjenigen Kinder und Jugendlichen, die immer weniger ins schulische System passen.

Für uns Grünliberale ist ebenso zentral, dass ein ausbalancierter Gegenvorschlag sowohl von den Schulleitungen als auch von den Lehr- und Fachkräften unterstützt wird. Nur wenn Schulleitungen und Lehrkräfte die vorgeschlagenen Massnahmen gemeinsam tragen, können Kinder und Jugendliche davon profitieren. Letztlich sind es jedoch die Lehrpersonen, die die Fördermassnahmen im Klassenzimmer umsetzen und mittragen müssen. Die Umfrage zum BKK-Gegenvorschlag zeigt, dass eine deutliche Mehrheit des Berufsverbands den Kompromissvorschlag begrüsst, einschliesslich der heilpädagogischen Förderklassen. Die GLP erwartet nun, dass die notwendigen strukturellen Voraussetzungen prompt geschaffen werden, damit alle Förderinstrumente des Massnahmenpakets an den Schulstandorten im Kanton Basel-Stadt tatsächlich umgesetzt werden können.

Uns Grünliberalen ist dennoch bewusst, dass die Vielzahl der vorgeschlagenen Instrumente auch Nachteile mit sich bringen kann, dass sie die Komplexität der Situation nicht nur verringern und auf bestimmten Voraussetzungen basieren, die nicht unbedingt gegeben sind. Den Fach- und Lehrpersonenmangel kann man nicht schönreden. Die Räumlichkeiten einzelner Schulstandorte sind prekär oder fehlen weiterhin und kleinere Klassen sind mehr als wünschenswert.

Ich möchte zusätzlich folgende Aspekte des Gegenvorschlags betonen. Wir erachten ein von der Volksschule bereitgestelltes pädagogisches Dachkonzept für Fördermassnahmen kein Nice-to-have, sondern ein notwendiges Arbeitsinstrument für die Schulen vor Ort. Es soll als Orientierungsrahmen dienen und dazu beitragen, den administrativen Aufwand zu reduzieren.

Wir stehen der Einführung von Fördergruppen im Schulalltag kritisch gegenüber. Einerseits betrifft dies die Beruhigung des Unterrichts und andererseits kann der Koordinationsaufwand besonders für Klassenlehrpersonen zunehmen, was die berufliche Belastung eher erhöht als reduziert.

Dem Antrag der Regierung zur neuen Formulierung zur Doppelbesetzung stimmen wir zu, erwarten jedoch, dass in der Verordnung klar definiert wird, welche Fachpersonen im pädagogischen Kontext in einer Doppelbesetzung im Sinne eines Teamteachings geeignet sind. Bereits heute werden Fachpersonen Betreuung Kinder als qualifizierte Klassenassistenz eingesetzt, doch ist dies auf eine andere Form der Unterstützung ausgerichtet.

Die GLP empfiehlt die Förderklassen-Initiative zur Ablehnung. Dennoch hat die Initiative einen wichtigen Prozess zur Weiterentwicklung der integrativen Schule eingeleitet, was wir anerkennen. Auch in Zukunft wird die integrative Schule ein zentrales Bildungsthema sein, das begleitet regelmässig evaluiert und stetig weiterentwickelt werden muss. Ein flexibles Bildungssystem soll sowohl die individuellen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler berücksichtigen als auch die Grundsätze der Chancengerechtigkeit und sozialen Teilhabe wahren.

Modelle, die integrative Settings mit individueller Förderung kombinieren, sei es durch zusätzliche Angebote innerhalb der Klasse oder zeitweise in Förderklassen innerhalb der Schule, sollten meiner Meinung nach nicht als gegensätzlich betrachtet werden. Es sind immer individuelle pädagogische, entwicklungspsychologische und ethische Aspekte bei Entscheidungen zum Wohl der Kinder und Jugendlichen in Zusammenarbeit mit den Eltern einzubeziehen. Wichtig ist, dass neue Förderinstrumente, einschliesslich der Förderklassen, nicht nur implementiert werden, sondern auch nachweislich die Lernbedingungen im Klassenzimmer verbessern und sowohl Schülerinnen und Schüler als auch Lehrkräfte am besten unterstützen.

Aus diesem Grund empfehlen wir Grünliberalen die Annahmen des Gegenvorschlags.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelvoten und hier hat sich Pascal Messerli zuerst gemeldet.

Pascal Messerli (SVP): Ich wollte mich eigentlich nicht äussern heute, Jenny Schweizer hat die Haltung der SVP selbstverständlich perfekt wiedergegeben. Aber ich möchte, auch mit der Gefahr, dass ich mich etwas unbeliebt mache, eine Lanze brechen für Förder- und Kleinklassen. Ich muss hier vielleicht auch etwas von meinem Leben erzählen. Ich war in der 2. und in der 3. Primarschule in einer Kleinklasse. Ich besuchte die GSR, die Sprachheilschule in Riehen, und konnte dann in der 4. Primar wieder austreten. Ich bin in einem sehr guten Kontakt mit meinem damaligen Primarlehrer und er sagte, dass dieses System damals eigentlich das beste war, weil man sehr vielen Kindern auch helfen konnte.

Ich möchte das pädagogisch nicht werten, ich kann es auch pädagogisch nicht werten, aber ich muss hier auch festhalten, dass sehr viele Vorredner und Vorrednerinnen jetzt nicht wirklich viele Argumente dafür hatten, warum jetzt der integrative Schulunterricht der absolute Königsweg ist, und ich verstehe nicht, warum man jetzt bei diesen Förderklassen so tut, als wäre hier die Stigmatisierung das grösste Problem. Es ist doch auch ein grosses Problem, wenn ein überfordertes Kind in einer Regelklasse überfordert bleibt. Ich finde es einen Vorteil, wenn Kinder in einer Förderklasse vielleicht in einem ruhigen Umfeld lernen können, sich dort entwickeln können, wieder austreten können und dann langfristig auch bessere Erfolge erzielen können. Ich bin auch nicht der Meinung, dass der Stigmatisierungseffekt besser ist, wenn ein Kind in einer Regelklasse gar keine Chance hat. Dort findet auch eine gewisse Stigmatisierung statt, dementsprechend bin ich hier nicht der Meinung, dass dieser integrative Unterricht der Königsweg ist.

Aus diesem Grund finde ich es auch schade, dass diese Initiative zurückgezogen wird. Den Gegenvorschlag werde ich aber ebenfalls unterstützen, genauso wie die Initiative und ich appelliere hier aber auch an Regierungsrat Mustafa Atici, dass er bei dieser gesetzlichen Grundlage, dass diese jetzt auch mutig umgesetzt wird. Ich teile nicht die Meinung, dass das primäre Ziel sein muss, dass ein Kinder in der Förderklasse möglichst rasch wieder in eine Regelklasse kommen muss, wenn die Bedingungen nicht erfüllt sind. Das primäre Ziel muss sein, dass dem Kind in einer Förderklasse so gut wie möglich geholfen wird, damit es sich langfristig entwickeln kann.

Über die Finanzen kann man selbstverständlich streiten. Früher war es ja so, dass die IV gerade diese Kleinklassen bezahlt hat und dementsprechend in den letzten Jahren gerade auch auf kommunaler Ebene die Kosten für integrative Massnahmen in die Höhe gegangen sind und dort auch die Gemeinwesen eine gewisse Überforderung erlitten haben. Aber ich denke, auch diese verstärkten Massnahmen haben ja auch Geld gekostet.

Und wenn man jetzt wirklich auch diese Situation der Kinder sich betrachtet, ist es doch wichtig, dass wir für jedes Kind das ideale Modell haben und da sind diese Förderklassen sicherlich ein guter Weg, damit die sich auch möglichst gut entwickeln können. Dementsprechend sollten auch diese Förderklassen, wenn wir jetzt diesen Gegenvorschlag gesetzlich verankern, auch mutig angewendet werden und auch an jedem Schulstandort angewendet werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Silvia Schweizer.

Silvia Schweizer-Reber (FDP): Die Idee der integrativen Schule ist sicher bestechend. Wenn wir heute aber in die Klassenzimmer schauen, hapert es bei der Umsetzung erheblich. Kinder mit einer Behinderung, einer Lernschwäche, Kinder mit einer besonderen Begabung oder aber mit Verhaltensauffälligkeiten werden in der Regel zusammen unterrichtet. Das überfordert nicht nur die Lehrpersonen, auch die Kinder und die Eltern sind viel zu oft mit der Situation in den Regelklassen überfordert. Entsprechend bin ich froh, dass es die Förderklassen-Initiative gibt und dass mit dem regierungsrätlichen Gegenvorschlag die Einsicht im Erziehungsdepartement gewachsen ist, dass es weitere Massnahmen braucht, um den belasteten Situationen für Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrpersonen endlich gerecht zu werden.

Sehr dankbar bin ich als neue Grossrätin, aber auch als zuständige Gemeinderätin für die Gemeinde Riehen, dass die BKK den Gegenvorschlag nachgebessert hat und sich zusätzlich für den möglichen Einsatz von Förderklassen ausspricht. Damit wird der Fächer nun ganz aufgemacht, um für die jeweiligen Herausforderungen der verschiedenen Schulstandorte in Basel, aber auch der Schulgemeinde Riehen/Bettingen optimal, nämlich mit individuellen Massnahmen arbeiten zu können.

Zuletzt hoffe ich darauf, dass mit Annahme des nachgebesserten Gegenvorschlags der BKK die Förderklassen-Initiative wie versprochen zurückgezogen wird. Damit wird der Weg endlich frei, mit neuen Massnahmen die dringend erforderlichen Entlastungen im Klassenzimmer zu schaffen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Damit geht das Wort nochmals an Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Ich halte mich kurz. Ich bedanke mich für die guten und konsultativen Voten für diesen Kompromiss. Ich bin überzeugt, dass wir mit diesen Massnahmen unseren Schulen die notwendigen Instrumente für die weitere Entwicklung zur Verfügung stellen.

In den Voten wurden öfter die Bedenken zur Umsetzung erwähnt. Das möchte ich noch einmal betonen, was ich eigentlich bei meinem Eingangsvotum schon erwähnt habe, wir werden verbindliche Leitplanken definieren und Vorgaben für die Umsetzung dieser Massnahmen machen. Für die Umsetzung wird die Volksschulleitung mit allen Standorten für die nötigen Förderangebote ein Konzept erarbeiten und diese bei der Umsetzung systematisch und mit den klaren Strukturen begleiten. Und wir werden alles daransetzen, dass diese Massnahmen tatsächlich auch Wirkung zeigen und dass es den Kindern dann gut tut. Wir werden auch natürlich bei der Beurteilung klare Kriterien definieren und diese Kriterien werden auch mit transparenten Verfahren umgesetzt. Genau deshalb bin ich auch der Meinung, dass wir hier vom ED, von der Volksschulleitung zentrale Vorgaben machen sollen, und das werden wir auch machen, die auch für alle Schulen gelten.

Daher bitte ich Sie, stimmen Sie für diesen Kompromiss. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es spricht die Präsidentin der BKK, Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Auch nur ganz kurz. Ich bin sehr dankbar jetzt auch für das Votum von Mustafa Atici, weil ich glaube wirklich, und das hat auch David Jenny nochmals sehr schön erwähnt, wir machen jetzt ein paar Worte, ein paar Änderungen im Gesetz, das ganz entscheidende passiert nachher in den Verordnungen, in den Konzepten. Und dass das gut kommt, glaube ich, ist es ganz wichtig, dass wir miteinander im Austausch sind, dass wir einander zuhören, dass das ED, die Verantwortlichen im Erziehungsdepartement wirklich die Ohren offen haben, was an den Schulstandorten geschieht und dass die Verantwortlichen an den Schulstandorten wissen, dass sie mit ihren Anliegen ans ED gelangen können und dort auf Gehör stossen. Das finde ich ganz entscheidend.

Und was mir auch nochmals jetzt in der Debatte klar aufgegangen ist, die Schulen, die arbeiten mit dem, was sie bekommen von ihren Standorten und vorher, bevor Kinder an die Schule kommen, geschieht ganz viel. Es geschieht ganz viel im Frühbereich, auch dort müssen wir weiterhin gut hinschauen. Und es geschieht aber noch viel vorher, es geschieht in der gesamten Stadtentwicklung. Die Durchmischung, die ist so entscheidend, was nachher an den Schulen für Kinder zusammenkommen. Und ich glaube, auch da in der gesamten Stadtentwicklung, wo kommen welche Wohnungen hin, wo werden welche Menschen leben, dort müssen wir auch weiterhin ein Auge draufhaben, weil das ist entscheidend, was nachher an den Schulen geschieht.

Ich danke für die gute Aufnahme und freue mich jetzt auf ganz viele Ja für den Gegenvorschlag.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 18 des Berichts)

Titel und Ingress

I. Gegenvorschlag Änderung des Schulgesetzes § 63b Abs. 1bis

g) (neu)

h) (neu)

i) (neu)

j) (neu)

Hier gibt es einen Änderungsantrag des Regierungsrates. Er beantragt folgende Formulierung: Klassen, die von einer zusätzlichen Lehr- oder Fachperson unterstützt werden.

Ich eröffne hierzu die Debatte. Zuerst hat der Antragsteller Mustafa Atici das Wort für den Regierungsrat.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Ganz kurz. Für uns ist die Doppelbesetzung als Begriff etwas vage und deswegen haben wir dieser klare Zusatz gebracht, damit das auch offen wird für Sozialpädagogen oder für Heilpädagogen oder weiterführende Fachpersonen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wünscht Kommissionspräsidentin Franziska Roth das Wort? Sie verzichtet. Es gibt eine Wortmeldung zu diesem Antrag von Heidi Mück.

Heidi Mück (GAB): Keine Angst, das ist jetzt kein fundamentaler Widerstand, den ich da bringe gegen den Antrag des Regierungsrats, aber es gibt noch einige offene Fragen trotz Diskussion in der BKK.

Wir fragen uns, ist das wirklich nur eine juristische Klärung? Ich muss Ihnen einfach meine Einschätzung als Nichtjuristin geben. Wir haben den BKK-Vorschlag, da heisst es Doppelbesetzungen und da stellen wir uns vor, das sind zwei Personen in der Klasse, die gleichgestellt sind und die mehr oder weniger die gleiche Arbeit leisten. Es ist klar, der Nachteil bei den Doppelbesetzungen, es ist nicht definiert, was für Personen es sind, welche Ausbildung die haben. Würde zum Beispiel, also jetzt mal ganz dumm gefragt, würde ein Zivi im Klassenzimmer auch als Doppelbesetzung gelten? Und das finde ich den Nachteil beim Begriff Doppelbesetzung.

Und dann haben wir aber den Vorschlag des ED, da steht: Klassen, die von einer zusätzlichen Lehr- oder Fachperson unterstützt werden. Hier sehen wir klar ein Gefälle. Es ist eine Lehrperson und eine zusätzliche Lehr- oder Fachperson als Unterstützung. Ist diese erste Person die Lehrperson und die Chefin der zweiten Person? Erteilt sie Anweisungen, sind die beiden ein Team und ist diese Stellung, ist das zum Beispiel lohnrelevant?

Diese Fragen, die kann ich nicht beantworten. Für mich ist klar, Vorteil beim zweiten ist, der Zivi würde nicht gezählt, da wäre eine Klarheit. Es ist eine Fachperson oder eine Lehrperson, eine zusätzliche. Aber solange diese Fragen nicht geklärt sind, ist für uns einfach die Unsicherheit zu gross. Wir haben uns dann überlegt, wollen wir uns enthalten oder einfach keine Empfehlung abgeben, also da weiss ich leider nicht mehr. Vielleicht wird das noch geklärt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit hätte nochmals Mustafa Atici das Wort. Er wünscht es.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Ganz kurz, wir werden natürlich in der Verordnung klar definieren, was wir dann meinen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Franziska Roth verzichtet. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 4 Nein, 5 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004348, 18.09.24 10:33:45]*

Der Grosse Rat beschliesst

dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderungsantrag wird angenommen mit 87 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Wir führen die Detailberatung weiter.

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

Die Kommission beantragt, der Initiative den bereinigten Gegenvorschlag gegenüberzustellen.

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung über den Gegenvorschlag.

Wenn Sie dem Gegenvorschlag zustimmen, wird dieser der Initiative gegenübergestellt. Wenn Sie den Gegenvorschlag ablehnen, kommt die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Gegenvorschlag, NEIN heisst Verzicht auf Gegenvorschlag

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004350, 18.09.24 10:35:07]*

Der Grosse Rat beschliesst

I.

Das Schulgesetz vom 4. April 1929 [1]) (Stand 1. Januar 2021) wird wie folgt geändert:

§ 63b Abs. 1bis

1bis Förderangebote sind:

g) (neu) Heilpädagogisch geführte klassenübergreifende Fördergruppen;

h) (neu) Heilpädagogisch geführte Förderklassen;

i) (neu) Interventionsangebote (Lerninseln);

j) (neu) Klassen, die von einer zusätzlichen Lehr- oder Fachperson unterstützt werden.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und tritt auf Beginn des Schuljahres 2024/25 am 12. August 2024 in Kraft. Sollte aufgrund eines erhobenen Referendums der Zeitpunkt des Inkrafttretens nicht eingehalten werden können, bestimmt im Falle der Annahme der Vorlage der Regierungsrat den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Gegenvorschlag zugestimmt mit 92 Ja-Stimmen bei keiner Nein-Stimme und 4 Enthaltungen.

Wir fahren mit der Detailberatung fort.

II. Weitere Behandlung

Die Kommission beantragt, die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen. Hier hat Jenny Schweizer beantragt, die Initiative den Stimmberechtigten zur Annahme zu empfehlen.

Wünscht die Kommissionssprecherin und der Regierungsrat nochmals das Wort? Sie verzichten. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit stimmen wir über die Abstimmungsempfehlung ab.

Abstimmung

JA heisst Empfehlung auf Annahme, NEIN heisst Empfehlung auf Verwerfung

Ergebnis der Abstimmung

18 Ja, 76 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004352, 18.09.24 10:36:23]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Volksinitiative «für den Ausbau der separativen Angebote an der integrativen Schule Basel-Stadt (Förderklassen-Initiative)» ist, sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberechtigten gleichzeitig mit dem unter I. aufgeführten Gegenvorschlag zum Entscheid vorzulegen.

Der Grosse Rat empfiehlt den Stimmberechtigten, die Volksinitiative zu verwerfen und den

Gegenvorschlag anzunehmen.

Für den Fall, dass sowohl das Initiativbegehren als auch der Gegenvorschlag angenommen werden, haben die Stimmberechtigten zu entscheiden, welche der beiden Vorlagen sie vorziehen. Der Grosse Rat empfiehlt, bei der Stichfrage den Gegenvorschlag vorzuziehen.

Bei Annahme der Volksinitiative arbeitet der Grosse Rat unverzüglich eine entsprechende Vorlage aus. Bei Annahme des Gegenvorschlages bestimmt der Regierungsrat den Zeitpunkt des Inkrafttretens der entsprechenden Gesetzesänderung.

Wenn das Initiativbegehren zurückgezogen wird, ist die Änderung des Schulgesetzes nochmals zu publizieren. Sie unterliegt dem fakultativen Referendum und tritt auf Beginn des Schuljahres 2024/2025 am 12. August 2024 in Kraft. Sollte aufgrund eines erhobenen Referendums der Zeitpunkt des Inkrafttretens nicht eingehalten werden können, bestimmt im Falle der Annahme der Vorlage der Regierungsrat den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Initiative wird zur Verwerfung empfohlen mit 76 Nein-Stimmen gegen 18 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

III. Publikation

Damit ist der Grossratsbeschluss bereinigt und das Geschäft ist erledigt. Wir haben aber noch zwei parlamentarische Vorstösse, über die wir entscheiden.

8.3. Anzug Martina Bernasconi und Konsorten betreffend Aufhebung des Kleinklassenverbots, Bericht der BKK

[18.09.24 10:36:44, 19.5264.06]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, den Anzug Martina Bernasconi und Konsorten betreffend Aufhebung Kleinklassenverbots als erledigt abzuschreiben.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug Martina Bernasconi und Konsorten betreffen Aufhebung Kleinklassenverbots als erledigt abzuschreiben.

8.2. Motion Franziska Roth und Konsorten betreffend ergänzende Massnahmen zur Umsetzung des Auftrages der integrativen Schule, Bericht der BKK

[18.09.24 10:37:06, 29.5343.05]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, die Motion Franziska Roth und Konsorten betreffend ergänzende Massnahmen zur Umsetzung des Auftrages der integrativen Schule als erledigt abzuschreiben.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt**.**

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion Franziska Roth und Konsorten betreffend ergänzende Massnahmen zur Umsetzung des Auftrages der integrativen Schule als erledigt abzuschreiben.

11. Gemeindeinitiative der Gemeinde Riehen für eine vernünftige und verhältnismässige Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetztes im Bereich des öffentlichen Verkehrs, Bericht des RR zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Vorgehen

[18.09.24 10:37:34, 24.0165.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Gemeindeinitiative der Gemeinde Riehen für eine vernünftige und verhältnismässige Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes im Bereich des öffentlichen Verkehrs als rechtlich unzulässig zu erklären. Eventualiter, falls der Grosse Rat diese als rechtlich zulässig erklärt, beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu überweisen.

Für den Regierungsrat hat zuerst Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Es geht bei diesem Geschäft um eine unformulierte Gemeindeinitiative der Gemeinde Riehen. Der Einwohnerrat der Gemeinde Riehen hat am 31. Januar 2024 beschlossen, diese einzureichen. Inhaltlich geht es um die Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes im Bereich des öffentlichen Verkehrs und noch genauer um die Ausgestaltung von Bus- und Tramhaltestellen. Wie immer bei einer Initiative wird zunächst die rechtliche Zulässigkeit geklärt, und zwar nicht durch den Regierungsrat, sondern durch den Zentralen Rechtsdienst, der beim Justiz- und Sicherheitsdepartement angesiedelt ist.

Insbesondere im Fokus liegt dort die Übereinstimmung mit übergeordnetem Recht und da liegt die Schwierigkeit bei dieser Initiative. Der Rechtsdienst kommt zum Schluss, dass diese Initiative nicht zulässig ist, da sie in einen Bereich eingreift, der abschliessend durch Bundesrecht geregelt ist. Der Kanton Basel-Stadt hat keine Kompetenzen für eigene Regeln zur behindertenrechtlichen Verhältnismässigkeit beim Ausbau von Haltestellen.

Der Regierungsrat wollte es aber nicht bei dieser Beurteilung bewenden lassen, sondern hat im vorliegenden Bericht auch inhaltlich zu einigen der genannten Punkte Stellung genommen. Ich verweise hier auf die relativ ausführlichen Ausführungen

ab Seite 12, wo gezeigt wird, dass der niveaugleiche Einstieg in den ÖV grundsätzlich auf der gesamten Länge zu erfolgen hat und dass mobilitätseingeschränkte Menschen diesen Anspruch auch einklagen können.

Im konkreten Projekt wird jede Massnahme auf ihre Verhältnismässigkeit geprüft. Wenn überwiegende Interessen dagegensprechen, kann von einer durchgängig hohen Haltekante abgewichen werden. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um wirklich gewichtige Gegeninteressen wie beispielsweise die Verkehrssicherheit oder den Naturschutz. Auch in Basel-Stadt weichen wir von der Maximallösung ab, beispielsweise wenn Liegenschaften nicht mehr erreichbar wären durch eine durchgängig hohe Haltekanten wie in der Güterstrasse oder wenn sonst zu Fuss Gehende diese Strasse nicht mehr queren könnten. Solche Abweichungen müssen aber sehr gut begründet sein und die Ausnahme bleiben, sonst erhalten wir als Kanton die Bewilligung für Umbauten vom Bund nicht. Der Bund ist involviert in die Bewilligung bei Tramhaltestellen.

Insgesamt sind wir im Kanton Basel-Stadt bisher in rund 18 Prozent der Fälle, also nochmals, in 18 Prozent der Fälle sind wir abgewichen von der Maximallösung und haben eine spezifisch angepasste Lösung gefunden. Es ist also nicht so, dass wir immer die Maximallösung verfolgen würden. Weitere Details finden Sie in den drei Berichten des Regierungsrats über die Umsetzung des BehiG. In diesem Zusammenhang haben wir Ihnen schon mehrere Male über dieses Thema berichtet, auch über die Abwägungen zur Verhältnismässigkeit.

Doch auch aus dieser kurzen Übersicht wird ersichtlich, schon heute findet bei jedem Projekt eine Güterabwägung statt, wie wir eine Haltestelle gestalten und ob eine durchgängig hohe Haltekante am jeweiligen Ort möglich ist. Die Rechte von mobilitätseingeschränkten Personen sind aber hoch zu gewichten und im Bundesrecht verankert. Ausnahmelösungen müssen eben gut und substanziell begründet sein. Daran können wir auch über eine Gemeindeinitiative nicht rütteln und das sollten wir auch nicht tun, denn dem Regierungsrat und sicher auch Ihnen ist die Gleichstellung von Menschen, die nicht so gut zu Fuss unterwegs sind, wie wir alle hier drin, ein grosses Anliegen.

Ich danke Ihnen deshalb, wenn Sie dem Antrag der Regierung folgen und diese Initiative für unzulässig erklären.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten und zuerst geht das Wort an den Vertreter der FDP, David Jenny.

David Jenny (FDP): Die FDP-Fraktion stellt folgenden Antrag: Gemäss § 91 Abs. 1 lit. g unserer Kantonsverfassung sei die Frage der Gültigkeit dieser Initiative direkt dem Appellationsgericht zum Entscheid vorzulegen. Ich begründe diesen Antrag wie folgt: Ich bin ein menschlicher Primat, der immer noch von der Primaten-Initiative und deren Behandlung gewissermassen erschüttert war. Dort war ich wirklich zu 100 bis 150 Prozent überzeugt, dass diese Initiative ungültig ist. Das Appellationsgericht und das Bundesgericht haben mich, und ich muss es entgegennehmen, eines Besseren belehrt. Und es ist so, die Praxis der Gerichte bezüglich Gültigkeit von Initiativen ist sehr initiativenfreundlich. Da bin ich vielleicht rein von meiner Überzeugung leicht anderer Meinung, aber ich glaube, Lausanne hat gesprochen und daher würde ich doch empfehlen, dass diese unformulierte Initiative, und ich sage, sehr unglücklich unformulierte Initiative, ich glaube, da hätte man sich ein bisschen mehr Mühe geben können in unserer geschätzten Landgemeinde.

Und die Idee, dass irgendwo dann eine Initiative auf Erlass einer Verordnung durch den Regierungsrat möglich ist, ist weit gegriffen. Aber es ist eine unformulierte Initiative und da stellt sich schon die Frage, was ist hier heilbar. Und in solch politisch aufgeladenen Fragen, wie auch diese ist, ist vielleicht der beste Arzt und die beste Ärztin nicht das Parlament, sondern das können wir unseren Gerichten überlassen und die Frage stellen - wir haben vorher von dem Werkzeugkasten geredet, den wir den Schulen zur Verfügung stellen, die Gerichte haben auch einen gewissen Werkzeugkasten - ob dieser hier ausgeschöpft werden kann oder nicht, einerseits bezüglich was getan werden soll, gerettet werden kann.

Und die andere Sache, ist das Bundesgesetz wirklich so starr. In dieser Frage im Zusammenhang mit der Tramstation Bruderholz ist ein Verfahren hängig vor Bundesverwaltungsgericht, wo es genau auch darum geht, ob die und immer hier verkaufte absolute rigide Auslegung des Bundesgesetzes wirklich ganz so richtig ist. Auch hier will ich mich auf überhaupt keine Äste rauslassen und würde dies gerne den Gerichten zur Beurteilung überlassen. Ich glaube, auch Pascal Messerli hat in früheren Fällen das auch empfohlen, da könnten wir auch denken, dass da die SVP oder andere auch folgen können, dass wir das hier ein bisschen entpolitisieren und in die Hände des Appellationsgerichtes legen. Dies haben wir ja erst letzte Woche ja auch gestärkt durch zusätzliche Richterstellen, also kann sie gerade diese zusätzlichen Ressourcen dann auch einsetzen. Ich weiss nicht, ob das zeitig ausreichen wird, das muss dann André Auderset beantworten.

Aber ich glaube auch, was der Regierungsrat gesagt hat, das sei alles der Zentrale Rechtdienst, ich habe dazu eine schriftliche Anfrage gestellt. Formell ist der Regierungsrat verantwortlich für die rechtliche Beurteilung, er hat dafür eine Fachinstanz, aber er kann jetzt nicht einfach die ganze Verantwortung delegieren und wenn Verantwortung delegiert werden soll, dann besser gerade ans Appellationsgericht.

In diesem Sinne bitte Sie, diesem Antrag zu folgen und uns freiwillig selber zu entmachten in dieser Angelegenheit.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die GLP spricht Lukas Bollack.

Lukas Bollack (GLP): Wir Grünliberalen haben Verständnis für das Bedürfnis in Riehen nach einer siedlungsverträglichen Lösung für die Erneuerung der Tramhaltestelle Riehen Dorf. Gleichzeitig bekennen wir uns aber auch ganz klar zum Grundsatz, dass Menschen mit einer Behinderung den ÖV selbstständig nutzen können müssen und das bedingt nun mal die Einrichtung von Kaphaltestellen. Die Forderung der vorliegenden Gemeindeinitiative nach dem Erlass von Ausführungsbestimmungen zum kantonalen Behindertenrechtegesetz mit dem Zweck der Regelung der Verhältnismässigkeit bei der Umsetzung von barrierefreien ÖV-Haltestellen sehen wir aber nicht als zielführend an. Wir folgen der Argumentation der Regierung, dass die Verhältnismässigkeit im Behindertengleichstellungsgesetz bereits auf Bundesebene abschliessend geregelt ist und somit eine kantonale Regelung weder sinnvoll noch rechtens wäre. Wir werden deshalb dem Antrag der Regierung zustimmen.

Aus unserer Sicht ist der korrekte Ansatz bei diesem Problem, sich im Parlament und in den Kommissionen für eine siedlungsverträgliche Lösung im Rahmen des geltenden Rechts und unter Wahrung der Rechte von Menschen mit Behinderungen einzusetzen. Das werden wir Grünliberalen auch auf jeden Fall tun und wir sind sicher, dass eine gute Lösung gefunden werden kann. Gegenüber dem Antrag von David Jenny von vorher sind wir grundsätzlich offen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP spricht Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Vorweg möchte ich mich entschuldigen für vielleicht meine unsaubere Aussprache, ich bin gerade am Wechsel von den zweiten zu den dritten Zähnen. Entschuldigung, aber nun zur Sache. Ich möchte auf das Wesentliche in diesem Geschäft eingehen. Ein Parlament, das Gemeindeparlament von Riehen macht eine Initiative für eine vernünftige und verhältnismässige Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes im Bereich des öffentlichen Verkehrs. Ein vom Volk gewähltes Parlament, wie auch wir hier gewählt sind, wendet sich an die Regierung.

Es geht hier im Kern um Dialog und dem Erarbeiten von Lösungen. Lösungen, an denen alle Freude haben und sie gutheissen können. Der Regierungsrat hat das Anliegen gründlich geprüft und kommt zum Schluss, es sei nicht rechtlich zulässig. Es gibt, wie David Jenny ausgeführt hat, viele Juristen und dementsprechend auch verschiedene Meinungen. Das Geschäft nun einfach mit der sogenannten rechtlichen Unzulässigkeit vom Tisch zu wischen, finde ich schon etwas, ja, man macht sich die Sache etwas einfach. Suchen wir doch gemeinsame Lösungen.

Darum beantrage ich die rechtliche Zulässigkeit. Danke für Ihre Unterstützung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP hat das Wort Stefan Suter.

Stefan Suter (SVP): Mit der Gemeindeinitiative wird verlangt, dass der Kanton Ausführungsbestimmungen zu § 7 des Gesetzes über die Rechte von Menschen mit Behinderungen erlässt mit dem Ziel, dass bei der Verhältnismässigkeitsprüfung die Interessen und Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer einbezogen werden. Die Initianten stellen somit den Verhältnismässigkeitsgrundsatz ins Zentrum ihres Anliegens. Sie wiederholen im Grunde, was schon verfassungsrechtlich geboten ist. Der Hinweis in einer Initiative, den Verfassungsgrundsatz der Verhältnismässigkeit ganz besonders zu achten, darf und kann nicht zur Ungültigkeit führen. Erst recht dann, wenn, wie der Regierungsrat schreibt, kein ausgearbeiteter Erlasstext vorliegt.

Wenn eine Initiative nicht klarerweise unzulässig erscheint, ist diese grundsätzlich für gültig zu erklären. Wie der Regierungsrat an sich richtig schreibt, ist gemäss Bundesgericht zu fragen, ob dem kantonalen Gesetzgeber bei der Umsetzung der Initiative ein Gestaltungsspielraum verbleibt, einen voraussichtlich mit höherrangigem Recht zum vereinbarten Erlass auszuarbeiten.

Der Rechtsdienst des Regierungsrats bzw. der Regierungsrat selber behauptet, der Erlass von Ausführungsbestimmungen auf tieferer Stufe sei einer Gemeindeinitiative nicht zugänglich. Das ist überspitzter Formalismus. Die Gemeindeinitiative verlangt nicht den Erlass einer Verordnung im formellen Sinn, der Begriff Ausführungsbestimmung ist zugunsten der Volksrechte auszulegen. Diese könnten auch in einer Gesetzesergänzung bestehen.

Der Rechtsdienst des Regierungsrats hat sich ferner die Mühe gemacht, alle möglichen Gesetzesbestimmungen des Behindertenrechts und des öffentlichen Verkehrs aufzulisten und er kommt dann schliesslich zum Schluss, dass der Bund im Bereich der Forderung der Gemeindeinitiative abschliessend legiferiert habe. Immerhin wird dann aber zugegeben, dass das Behindertengesetz, wie bereits erwähnt, den Verhältnismässigkeitsgrundsatz vorsieht. Die Initiative verlangt nichts anderes als die Anwendung des Verhältnismässigkeitsprinzips. Die Anrufung eines fest verankerten Verfassungsgrundsatzes, der selber im Gesetz erwähnt wird, kann nicht zur Unzulässigkeit einer Initiative führen. Die zusätzliche Erwähnung eines bereits bestehenden Verfassungsgrundsatzes führte nicht zur Ungültigkeit einer Initiative.

Wir beantragen Ihnen deswegen, die Gültigerklärung und die Überweisung an den Regierungsrat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die Fraktion Mitte/EVP ist Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Eigentlich wollte ich beginnen damit, es ist aber schon etwas später, dass wir eine geistige Frühturnübung miteinander machen, weil es geht um eine juristische Prüfung und wir sind in der etwas speziellen Situation, dass wir als Grosser Rat natürlich nicht juristische Prüfungen gewohnt sind zu machen, sondern wir sind politisch unterwegs und wir denken politisch. Den Eindruck habe ich auch bekommen beim Lesen dieses Berichts des Regierungsrates. Es ist in erster Linie vor allem der Schlussentscheid, das Fazit, ein politischer Entscheid, ein politisches Fazit und weniger ein juristisches.

Was haben wir? Wir haben eine Gemeindeinitiative. Das gehört zu den Volksrechten und grundsätzlich denke ich, dass Sie mit mir einig sind, dass Volksrechte hochgehalten werden sollen. Dann haben wir ein Gesetz, wo es um mobilitätseingeschränkte Menschen geht, um Behinderte und da denke ich, dass wir uns auch alle einig sind, dass wir da sehr sorgfältig damit umgehen müssen, weil mobilitätseingeschränkte Personen brauchen unsere Unterstützung, brauchen unsere Hilfe und es kann nicht angehen, dass wir uns aus dieser Verantwortung schleichen wollen.

Jetzt haben wir diesen Vorschlag der Gemeinde Riehen, der sagt, wenn wir das Behindertengleichstellungsgesetz umsetzen, dann sollten wir auch auf das Verhältnismässigkeitsprinzip schauen. Und jetzt kommt der Regierungsrat zum Schluss, das sei juristisch unzulässig. Und jetzt machen wir es uns natürlich schon etwas einfach, wenn wir dann sagen, ja, wir schützen das politische, das dahinter steht, nämlich dass wir auf jeden Fall die Ideen des Behindertengleichstellungsgesetzes im Vordergrund behalten wollen, aber das ist nicht die Fragestellung heute. Heute ist die Fragestellung eine juristische, darf die Gemeinde Riehen sagen, hey Regierungsrat, bitte beachten Sie das Verhältnismässigkeitsprinzip dann, wenn Sie das Behindertengleichstellungsgesetz im Rahmen des Eisenbahngesetzes und des Personenbeförderungsgesetzes anwenden. Das ist die Fragestellung und diese Fragestellung ist natürlich für eine politische Behörde wie den Grossen Rat nicht unbedingt eine einfache, weil wir denken in der Regel politisch, aber wir müssen heute versuchen, juristisch zu denken.

Und ich muss Ihnen sagen, der Bericht ist eigentlich sehr gut, denn er zeigt genau auf, was man berücksichtigen muss. Einerseits ist sicher richtig und klar und unbestritten, dass der Bund hier legiferiert und dass der Bund hier zuständig ist. Da müssen wir uns überhaupt keine Überlegungen machen. Aber der Bund selber sagt im Artikel 11 des Behindertengleichstellungsgesetzes, dass die Umsetzung nach dem Verhältnismässigkeitsprinzip bestehen soll. Er führt auf, was zu berücksichtigen ist; wirtschaftlicher Aufwand, Interessen des Umweltschutzes, des Naturschutzes, des Heimatschutzes, Anliegen der Verkehrssicherheit, Anliegen der Betriebssicherheit. Jetzt sagt der Regierungsrat, das ist politisch überlegt. Ja, wir haben die Vorgaben des Bundesverwaltungsgerichts und des Gesetzes, da haben wir gar keinen so grossen Spielraum. Wir haben in der Regel die Kaphaltestellen und auf der ganzen Linie.

Ich habe mir die Mühe gemacht, das wirklich zu lesen. Das Bundesverwaltungsgericht hat gesagt, hinsichtlich der Bedürfnisse behinderter Menschen ist selbstverständlich, dass wir hier sehr sorgfältig sein müssen, aber grundsätzlich reicht der autonome Zugang für Rollstuhlfahrende bei mindestens einem definierten Einstieg pro Zug. Also selbst das Bundesverwaltungsgericht sagt, hey, es reicht eine Türe, an einem Ort muss es gehen. Immer wieder wird dieses Urteil zitiert, aber niemand liest es.

Dann ist die weitere Frage, wie sieht das denn aus mit diesen Kaphaltestellen. Auch da sagt das Bundesverwaltungsgericht nicht, es muss so sein, dass es auf der ganzen Länge ist, sondern es kann sein, dass auf einen niveaugleichen Einstieg ausnahmsweise verzichtet werden kann, wenn die entsprechenden Werte nicht mit verhältnismässigem Aufwand realisierbar sind, so sind die Perronteilerhöhungen zulässig. Warum ich das sage, ich sage nicht, weil ich das will, sondern ich sage das, weil es selbst vom Bundesrecht her möglich ist. Und jetzt kommt der Regierungsrat und sagt, wenn die Gemeinde das sagt, dass sie das möchte, dass man das berücksichtigt, ist das bundesrechtswidrig. Können Sie mir da folgen? Also ich verstehe die Schlussfolgerung nicht mehr.

Dann habe ich mir die Mühe genommen, den Bericht genau zu lesen, der ist nämlich gut, dieser Bericht, der sagt, wann eine Initiative unzulässig sein darf. Ich erlaube mir zu zitieren aus dem Bericht: Kann der Initiative ein Sinn beigemessen werden, der sie nicht klarerweise als unzulässig erscheinen lässt, ist sie in diesem für ihre Gültigkeit günstigsten Sinn auszulegen und

als gültig zu erklären. Seite 4. Dann: Wenn immer möglich, sollen Ungültigkeitserklärungen vermieden werden und die Initiative, wenn sie in einem Sinne ausgelegt werden kann, der mit dem übergeordneten Recht vereinbar erscheint, ist sie dem Volk zur Abstimmung zu unterbreiten. Seite 4 und Seite 5. Dann: Bei unformulierten Initiativen, und das ist eine unformulierte Initiative, sind keine hohen Ansprüche an die Formulierung zu stellen, da gewisse Unklarheiten, ja sogar Widersprüche bei der Ausarbeitung des Textes im Parlament oder durch die Regierung behoben werden können. Ebenfalls Seite 5. Und dann noch zum Schluss: Unformulierte Initiativen verstossen nur dann gegen ein übergeordnetes Recht, wenn sie nur durch Beifügung von Vorbehalten und Bedingungen mit höherrangigem Recht in Einklang gebracht werden können, die die Natur des Initiativtextes tiefgreifend verändern.

All das ist hier gar nicht nötig. Die Initiative ist zwar schlecht formuliert, David Jenny hat das zu Recht gesagt, aber inhaltlich ist klar, um was es geht. Es geht darum, dass die Gemeinde Riehen sagt, bitte machen Sie nicht immer die Maximallösung, machen Sie auch die Verhältnismässigkeitsprüfung und wir möchten, dass das so im Gesetz steht. Jetzt haben sie gesagt, das soll in den Ausführungsbestimmungen stehen. Das geht natürlich nicht, aber das ist auch kein Thema, das entscheidet sowieso das Parlament, auf welche Erlassstufe dann so etwas zu stehen hat.

Ich komme zum Schluss und dieser Schluss, den finde ich eigentlich fast den Höhepunkt. Auf Seite 15 kommt der Regierungsrat zu seinem Fazit. Dieses Fazit lautet: Aufgrund der Ausführungen des Rechtsdienstes kommt der Regierungsrat zum Schluss, dass die vorliegende unformulierte Gemeindeinitiative rechtlich unzulässig ist. Das ist Satz 1. Und jetzt kommt Satz 2. Unabhängig davon praktiziert der Kanton mit der heutigen Praxis die von der Gemeinde Riehen geforderte verhältnismässige Umsetzung des BehiG im Bereich des ÖV bereits. Ja, meine Damen und Herren, was heisst denn das? Das heisst, wir machen das ja, aber das soll rechtlich unzulässig sein zu sagen, dass man das machen soll. Ich verstehe es nicht.

Also es hätte eigentlich den Mut gebraucht, die Konsequenz zu haben zu sagen, diese Initiative wünschen wir eigentlich so nicht, weil wir machen eigentlich eine sorgfältige Arbeit. Da möchte ich sagen, Regierungsrätin Esther Keller hat das auch gesagt, 18 Prozent der Tramhaltestellen werden nicht einfach blind so gebaut, dass es die Maximallösung ist. Man hätte aber den Mut haben müssen zu sagen, doch, eigentlich haben wir das Bundesrecht, man darf nicht weitergehen bzw. hier umgekehrt weniger weitgehen als das Bundesrecht, aber das lässt sich bundesrechtskonform umsetzen und wenn sich etwas bundesrechtskonform umsetzen lässt, dann ist das rechtlich zulässig.

Und zum Vorschlag von David Jenny, den könnte ich als Kompromissvorschlag am Schluss vielleicht noch besser finden, als das nicht als rechtlich zulässig zu erachten, aber ich meine, wir sind in der Lage als Parlament das auch selber zu tun, vor allem in einer Situation wie dieser, wo der Regierungsrat selber sagt, er mache das ja bereits.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB hat das Wort Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Ich glaube, vieles könnte ich unterschreiben, was bis jetzt gesagt wurde, wir kommen aber zu einem anderen Schluss, zumindest zu dem des Vorredners, und schliessen uns Lukas Bollack an.

Ein wesentlicher Punkt, den wir hier sehen, ist, dass es sich um eine Gemeindeinitiative handelt, § 66 der Verfassung, der eben nur die Mitwirkung, es ist in dem Sinn auch nicht ein eigentliches Volksrecht, auch wenn die Einwohner von Riehen Gemeinde und Parlament von Riehen natürlich wählen, sondern es ist ein Mitwirkungsrecht bei kantonalen Angelegenheiten, bei denen die Bestimmungen von Volksinitiativen zu gelten kommen. Aber es geht eben nur um die Änderung oder Aufhebung von Gesetzen und Verfassungsteilen.

Deswegen sieht es unsere Fraktion auch als gegeben an, dass diese Initiative ungültig ist und ich denke, es ist auch richtig, dass man hier strenger ist als bei einer Volksinitiative, die aus der Bevölkerung kommt, wo keine Behörden mitarbeiten, die es besser wissen müssten. Und deshalb, auch wenn David Jenny jetzt schon drückt, weil man sie gleichbehandeln muss, das ist korrekt, aber bei einer Volksinitiative könnte man vielleicht noch ein Auge zudrücken.

Die weiteren Ausführungen zu den Widersprüchen, zu höherrangigem Recht, da verweise ich auf die Vorredner, und bezüglich des Antrags der FDP ist unsere Fraktion offen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Edibe Gölgeli.

Edibe Gölgeli (SP): Wir verzichten auf eine inhaltliche Diskussion. Wir haben das auch im Einwohnerrat bereits schon ausgeführt und auch hier im Grossen Rat, weshalb wir die Initiative so nicht unterstützen.

Wir finden das Behindertengesetz sehr wichtig und sind gar nicht einverstanden mit den Forderungen der Initiative. Bei der rechtlichen Zulässigkeit sind wir auch kritisch. Da es aber auch um die demokratischen Rechte geht, sind wir einverstanden, dass die Zulässigkeit vom Gericht beurteilt wird.

Von daher möchten wir als SP-Fraktion dem Antrag der FDP folgen und den Antrag auf Überweisung ans Appellationsgericht stützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Daniel Albietz.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Es wurde schon viel gesagt zur rechtlichen Zulässigkeit, ich möchte die zutreffenden und sehr auch fundierten Ausführungen von Bruno Lötscher unterstreichen. Ich möchte aber nochmals kurz darauf eingehen. Es wird heute gestritten, ist das zulässig oder nicht. Es scheint wie so oft bei zwei Juristenmeinungen drei Lösungen zu geben. Darum habe ich einerseits Sympathie zum Vorschlag, dass man das direkt dem Appellationsgericht schicken könnte, um ebendiese Frage zu klären, anderseits finde ich halt schon, die Gemeinde Riehen hat einen Rechtsdienst und der wird diese Initiative, und wie sie dann formuliert wurde durch den Gemeinderat, auch überprüft haben, ob das rechtlich zulässig ist oder nicht. Darum denke ich, es gilt der Grundsatz bei solchen Initiativen, in dubio pro populo. Also das heisst, im Zweifel für die Volksbefragung und das bedeutet, dass auch ein Gericht ebendiesen Grundsatz kennt und diesem Grundsatz auch folgen würde.

Was am meisten stört, ist, dass dem Regierungsrat offenbar die Initiative ein bisschen unangenehm ist und darum der schnellere Weg, nämlich sie ungültig zu erklären, gewählt werden soll, statt sich Gedanken darüber zu machen, ob bei der Verhältnismässigkeit, bei der Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes nicht doch noch etwas Luft nach oben bestünde und es besteht eben noch sehr viel Luft nach oben.

Wir haben diesen Artikel 11 im Behindertengleichstellungsgesetz, der sagt, dass ein Umbau dann unverhältnismässig sei, wenn er durch die Beseitigung der Benachteiligung für Behinderte zu erwartenden Nutzen in einem Missverhältnis steht. Also dieses Missverhältnis, das wird schon vom Gesetz abgehandelt, und zwar insbesondere zum wirtschaftlichen Aufwand. Also man darf Geld und Kosten einbringen und muss nicht die ganze Stadt und auch die Riehener Hänge mit Kaphaltestellen und Einstiegsrampen versehen. Zweitens, zu Interessen des Umweltschutzes sowie des Natur- und Heimatschutzes. Drittens, zu Anliegen der Verkehrs- und Betriebssicherheit. Also das Gesetz lässt viel Raum, Ausnahmen zu bewilligen und es geht nicht darum, dass man Behinderte dann diskriminiert, sondern es ist immer eine Lösung zu wählen, die den Einstieg von Behinderten ermöglicht. Aber das muss eben nicht flächendeckend und über die ganze Länge sein, sondern kann je nach Ort differenziert werden.

Und wenn jetzt Esther Keller sagt, wir machen das ja schon in 18 Prozent der Fälle und wenn zum Beispiel eine Liegenschaft abgeschnitten würde, dann machen wir das nicht, ja, aber um Himmels Willen, mit der Lösung in Riehen wird eine ganze Zufahrt, das Frühmesswegli wird abgeschnitten vom Verkehr von der Hauptachse. Der Zugang zum Gemeindehaus, der Zugang zum Parkplatz dort und das ist einfach keine Umsetzung, die mit Augenmass gemacht wird und darum finde ich eben auch, der Kanton müsste sich wirklich mit diesem Artikel 11 nochmals befassen, denn er setzt im Moment das Behindertengleichstellungsgesetz streng und wenig flexibel um und übergeht dieses Prinzip der Verhältnismässigkeit.

Der Schlussbericht der technischen Studie zur Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes im Tramnetz Basel, der ist von 2010, der nennt die Möglichkeit davon abzuweichen in Ziffer 4.1.3 ausdrücklich. Ich empfehle diesen alten, aber immer noch aktuellen Bericht dem Regierungsrat zur Lektüre. Eine in Ausnahmefällen nach dem Prinzip der Verhältnismässigkeit, das ist ein Zitat aus diesem Bericht, anwendbare Alternative ist die beschränkte Erhöhung der Haltekante nur in einem gewissen Bereich der Haltestelle, sogenannte Kissen, so dass der behindertengerechte Einstieg an mindestens einer Türe des Trams gewährleistet ist.

Das wird bestätigt durch das Bundesverwaltungsgericht und ich frage mich, warum dann der Sprecher der grünliberalen Fraktion behauptet, man müsste die ganze Stadt mit Kaphaltestellen versehen. Es ist einfach nicht so, meine Damen und Herren, man könnte da auch baulich und von den Kosten her Augenmass zeigen. Aber nur, weil die BVB in ihrem Umsetzungskonzept sagt, wir wollen immer die technisch maximal mögliche Variante anwenden, weil es die einfachste Methode sei und nicht mit Widerstand oder Rechtsmittelverfahren gerechnet werden müsse, das ist ein Zitat aus diesem Bericht, darum macht man das so, wie man es im Moment macht.

Und dieser Ärger, der ist im Raum und den stelle ich auch nochmals in den Raum, einfach damit das auch bei der Regierung ankommt. Es gibt den Grundsatz der Verhältnismässigkeit und man kann das so lösen. Und ich sage Ihnen auch, an den Hanglagen in Riehen könnte man sogar, statt dort Rampen zu bauen, die dann die Schräglage nicht einhalten, die auch im Gesetz festgelegt ist, könnte man Busse konstruieren oder kaufen. Die gibt es sogar mit Einstiegsrampen, auch hier wäre Verhältnismässigkeit möglich.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort nochmals an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Zunächst einmal vielen herzlichen Dank für diese Diskussion und ich glaube, ich verrate Ihnen nicht zu viel, wenn ich Ihnen sage, in der Regierung haben wir genau das ziemlich lange diskutiert. Deshalb ist Ihnen auch, Herr Lötscher, aufgefallen, dass das Fazit wirklich zweigeteilt ist und es ist mit Absicht zweigeteilt. Ich möchte hier nochmal festhalten, das ist nicht nur für diese Initiative wichtig, sondern für alle kommenden, wir möchten nicht in die Beurteilung des ZRD eingreifen. Das heisst, wir möchten da wirklich in diese Empfehlung des ZRD keine politische Färbung einfügen. Was wir tun, ist das, was wir jetzt getan haben, wir sagen, was von Seiten ZRD die Feststellung ist und verknüpfen das mit einer politischen Einschätzung.

Nochmals, ZRD kommt zum Schluss unzulässig, weil entweder über Bundesgericht schon geregelt, oder wenn wir weiterführend regeln wollen, dann nicht zulässig. Das Verhältnismässigkeitsprinzip ist bereits enthalten auf Bundesebene, das müssen wir berücksichtigen, das müssen wir also nicht reflektieren auf Kantonsebene. Wenn wir aber weitergehende Prinzipien festhalten wollen, allgemeine, dann geraten wir in Konflikt mit Bundesrecht.

Inhaltlich, glauben wir als Regierungsrat, kommen wir in dieser Diskussion nicht weiter und das ist das, was ich jetzt auch am Votum von Ihnen, Herr Albietz, gespürt habe. Es geht Ihnen um eine konkrete Station vor allem, die Anlass des Anstosses ist und dann müssen wir über diese Station sprechen und da Lösungen suchen. Und da finden wir, wir sind auch unterwegs miteinander, wir finden da Lösungen. Es nützt nichts aus Sicht des Regierungsrats, jetzt hier eine grosse Schlaufe zu drehen, um festzustellen, am Schluss müssen wir jeden einzelnen konkreten Fall anschauen. Und nochmals, das tun wir, in 18 Prozent der Fälle wenden wir nicht das Maximalprinzip an, das ist nicht wenig. Weil nochmals, ich denke doch, und auch das sagt Bundesrecht, der Schutz von Menschen, die nicht so gut zu Fuss sind wie Sie und ich, ist wirklich hoch zu gewichten.

Das nochmals zur Einschätzung, wieso dieser Bericht auch wirklich etwas zweigeteilt ist, wie Sie es richtig festgestellt haben. Wir wollten uns eben nicht damit begnügen zu sagen, ja, es ist unzulässig, weg damit, sage ich jetzt mal etwas provokativ, sondern wir wollten auch aus Respekt zu dieser Gemeindeinitiative eben doch auch inhaltlich etwas beitragen, ohne in die Einschätzung des ZRD einzugreifen.

Vielleicht noch kurz zum Antrag der FDP. Gerade weil wir in diese Einschätzung des ZRD nicht eingreifen möchten, glaube ich, sind wir offen für diese Überweisung ans Appellationsgericht. Ich habe das jetzt nicht stützen können, wir haben das nicht diskutiert in der Regierung, diese Variante, aber ich denke, das ist ein valabler Weg. Wie gesagt, ich glaube, wir werden am Ende wieder dort landen, wo wir heute schon sind, dass wir einzeln jede Station anschauen müssen, gemeinsam, und diese Abwägung machen müssen. Häufig geschieht es ja übrigens im Parlament, bei jeder grösseren Platzgestaltung sind Sie die Instanz, die das bewilligt, also häufig haben Sie auch einen Einfluss darauf. Aber Antrag FDP, insofern, glaube ich, sind wir offen dem gegenüber, aber formell muss ich natürlich am Antrag des Regierungsrats festhalten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Herren Messerli, Jenny und Wehrli würden Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Sie werden angenommen. Zuerst Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Frau Regierungsrätin, ist Ihnen bewusst, dass der Rechtsdienst in den letzten Jahren bei der Ungültigkeit von Initiativen schon mehrfach total danebenlag und dass es natürlich eine Kontrolle des Regierungsrates benötigen würde?

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Es ist uns einfach wichtig, dass Ihnen bewusst ist, dass die Zulässigkeit, die Prüfung keine primär politische Beurteilung ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: David Jenny.

David Jenny (FDP): Frau Regierungsrätin, haben Sie heute bestätigt, dass die Regierung ihre verfassungsrechtliche Verantwortung, in diesen Fällen zu einem Urteil zu kommen, unwiderruflich an eine Verwaltungseinheit delegiert hat?

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich glaube, es geht nicht um das unwiderrufliche Erteilen hier einer Kompetenz, sondern nochmals für Sie die Sicherheit. Es gibt diese Einschätzung des ZRD und es gibt eine politische Komponente und wir möchten das trennen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Frau Regierungsrätin, Sie haben gesagt, es geht nur um eine Haltestelle. Ist Ihnen bewusst oder Sie wissen das, dass der Gemeinderat eine verhältnismässige Lösung wollte und er wurde nicht gehört. Sie sind nicht darauf eingegangen.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielen Dank, dass Sie das erwähnen. Ich glaube, diese Gespräche laufen noch. Wir sind einfach der Auffassung, dass wenn es andere verkehrliche Möglichkeiten gibt, einen Ort zu erreichen, dass dann wahrscheinlich die Verhältnismässigkeit für die Abweichung nicht gegeben ist. Es braucht eben beispielsweise Argumente wie Verkehrssicherheit oder höherrangige Interessen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 17 des Berichts).

Es liegen nun drei Anträge vor. Zum einen der Antrag des Regierungsrates im Bericht auf Erklärung der rechtlichen Unzulässigkeit. Dann wurde der Antrag auf rechtlich zulässig gestellt und der Antrag von David Jenny für Überweisung ans Appellationsgericht.

Gemäss Kantonsverfassung § 91 Abs. 1 lit. g entscheidet der Grosse Rat über Zulässigkeit von Volksinitiativen und anderen Initiativen oder er legt diese Frage direkt dem Appellationsgericht zum Entscheid vor. Diese Frage ist entsprechend übergeordnet zu behandeln.

Wir stimmen zuerst über den Antrag nach Übergabe des Geschäfts ans Appellationsgericht ab. Wenn wir dem zustimmen, ist das Geschäft erledigt, wenn die Überweisung ans Appellationsgericht abgelehnt wird, entscheiden wir nachher über rechtlich zulässig oder unzulässig.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag von David Jenny, der den Entscheid über die Zulässigkeit dem Appellationsgericht übertragen möchte.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung Überweisung an das Appellationsgericht, NEIN heisst keine Überweisung.

Ergebnis der Abstimmung

78 Ja, 15 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004358, 18.09.24 11:19:27]*

Der Grosse Rat beschliesst

die rechtliche Zulässigkeit durch das Appellationsgericht prüfen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Beurteilung der rechtlichen Zulässigkeit der Initiative durch das Appellationsgericht entschieden mit 78 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Das Geschäft ist erledigt.

13. Staatsbeitrag für den Erlen-Verein Basel für die Jahre 2025 bis 2028, Ratschlag des RR

[18.09.24 11:19:41, 24.0544.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidenten Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Die UVEK hat sich mit diesem Geschäft am 26. Juni beschäftigt und unser Dank geht an das BVD, genauer an die Stadtgärtnerei, die uns das Geschäft nähergebracht hat. Wir konnten zur Kenntnis nehmen, dass eine enge und bewährte Zusammenarbeit zwischen der Stadtgärtnerei und dem Erlen-Verein besteht. Die 590'000, die beantragten Mittel, denen stimmt die UVEK bei 11 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung zu.

Was uns besonders aufgefallen ist, ist der verbindliche Masterplan zwischen dem Kanton und dem Erlen-Verein. Er regelt den Inhalt und die inhaltlichen Schwerpunkte, wie sich der Tierpark entwickeln sollte. Darin ist auch ein wichtiger Teil die Vermittlung und die Darstellung von Lebensräumen. Der Eintritt ist weiterhin unentgeltlich und es finden zahlreiche Anlässe statt. Der ganze Park, der 11,5 Hektaren gross ist, hat einerseits eine Funktion in der Erholung, in der Freizeit, zum Beispiel gibt es auch das Programm der Erlen-Kids, das uns näher erklärt wurde, er ist aber auch wertvoll im Hinblick auf den Baumbestand und nicht zuletzt, auch wenn man die Bewohnerinnen dort anschaut, auch die Zuchtorganisation in den verschiedenen Tierarten.

Die Einnahmen des Erlen-Vereins decken sich zu etwa einem Drittel von einem Staatsbeitrag, da ist der Kanton und die Gemeinde Riehen involviert, zu einem weiteren Drittel aus Zuwendungen, Erbschaften, Legate und der letzten Drittel dann aus eigenen Erlösen, Mitgliederbeiträge zum Beispiel. Die Ausgaben wiederum sind auch etwa je ein Drittel, nämlich Unterhalt, Energie, Wasser, ein Drittel Personalkosten und ein Drittel üblicher Betriebsaufwand.

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass diverse laufende Projekte in Umsetzung sind. Das sind Umgestaltungen, auch Verbesserungen und natürlich, wie vorher angesprochen, Vermittlung und Sensibilisierung. Auf die Details, dazu verweise ich auf den Ratschlag des Regierungsrates.

Grundsätzlich möchte die UVEK zum Ausdruck bringen, wir anerkennen das grosse Engagement des Erlen-Vereins. Wir haben insbesondere die gute Zusammenarbeit zwischen Stadtgärtnerei und Erlen-Verein so zur Kenntnis genommen. Wir stützen den Masterplan und die Entwicklungen, die in den letzten Jahren angestossen wurden. Uns ist die Vermittlung und Sensibilisierung zu einheimischen Lebensräumen und deren Bewohnern sehr wichtig. Die wissenschaftliche Basis, zum Beispiel, wo es darum geht, was sieht man, aber was auch für Informationen kann man mitgeben an die Bevölkerung zu sehr aktuellen Themen, Biodiversität zum Beispiel, gerade sehr aktuell eine Woche oder ein paar Tage vor der Abstimmung, Artenschutz, Wolf in der Schweiz, hat er Platz, hat er keinen Platz, das sind alles Themen, die die Bevölkerung bewegen und es ist spannend, dass wir hier die Gelegenheit haben, das vor Ort so mitzubekommen. Der unentgeltliche Zugang und dass damit die ganze Bevölkerung teilhaben kann, auch das ist der UVEK positiv aufgefallen.

Ich kann zusammenfassen, es ist uns bei diesem Geschäft ein positiver Gesamteindruck geblieben. Wir freuen uns auf die weiteren Verbesserungen, zum Beispiel artgerechte Haltung, die absehbar sind. Darum empfehlen wir Zustimmung zu den Ausgaben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat spricht Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Auch ich möchte einfach betonen, dass es wirklich eine langjährige und sehr wertvolle Partnerschaft ist mit diesem Erlen-Verein, mit dem Tierpark Lange Erlen. Es ist wirklich ein wertvoller Erholungsraum, eine grüne Oase zwischen Basel und Riehen, es ist aber auch ein eigentlicher Bildungsraum, der eben dazu dient, ganz niederschwellig, weil der Park ja täglich geöffnet ist und der Eintritt nichts kostet, das sehr niederschwellig geschieht und von wirklich unzähligen privaten Personen in ehrenamtlichem Engagement auch unterstützt wird. Nicht zu sagen, das hat auch der Kommissionspräsident schon erwähnt, die vielen privaten Zuwendungen, die sehr wertvoll sind und auch das Netzwerk natürlich dieses Parks verbessern.

Deshalb erfüllt auch dieser Antrag die Bedingungen für einen Staatsbeitrag, wie wir im Ratschlag ab Seite 6 ausführen, Sie finden das im Bericht, und der Regierungsrat würde sich sehr über ihre Zustimmung freuen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 10 des Ratschlags)

Titel und Ingress

1. Gesamtausgaben

Alinea 1 bis 3

Publikations- und Referendumsklausel.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 0 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004361, 18.09.24 11:26:05]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Erlen-Verein werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 2'360'000 (Fr. 590'000 p.a.) zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Stadtgärtnerei bewilligt. Dies Ausgaben setzen sich wie folgt zusammen:

- Fr. 340'000 (Fr. 85'000 p.a.) für Energie und Wasser

- Fr. 1'780'000 (Fr. 445'000 p.a.) für den allgemeinen Unterhalt

- Fr. 240'000 (Fr. 60'000 p.a.) für die Instandhaltung der Tiergehege und Behausungen

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Grossratsbeschluss angenommen mit 85 Ja-Stimmen bei keiner Nein-Stimme und 3 Enthaltungen.

14. Ausgabenbewilligung zur Neugestaltung des Grün- und Freiraums Lysbüchelplatz - VoltaNord, Bericht der UVEK

[18.09.24 11:26:11, 24.0087.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidenten Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Das Quartier VoltaNord entsteht und die Grün- sowie Freiraumplanung sind integraler Bestandteil davon. Wir beraten nun einen Quartierplatz, der in diesem relativ dicht beplanten bzw. schon gebauten Quartier als grüne Lunge mit angenehmer Aufenthaltsqualität und wertvoll für die Natur funktionieren soll. Wir sprechen über insgesamt rund 5’000 m2. Ein Scharnier zwischen St. Johann und VoltaNord, umgeben von einer Schule und vor allem viel Wohnnutzung.

Die UVEK hat sich in drei Sitzungen im Frühling, parallel dazu auch mit dem Ratschlag Saint-Louis-Park, der anschliesst an dieses Geschäft, beschäftigt. Auch hier geht der Dank an die Stadtgärtnerei für die Begleitung. Die UVEK begrüsst das Projekt. Es bringt Erholung, Nutzung, zum Beispiel eben auch im Kontext der Schule, das Quartierleben, das Stadtklima

sowie auch Naturwerte, es geht ja um eine Kompensation für durch die Arealentwicklung zerstörter Naturwerte, unter einen Hut. Der Fokus ist klar auf der Aufenthaltsqualität, auf einer Quartier-Oase, auf einem Quartierplatz der Zukunft. Warum der Zukunft, weil er eben den Grünanteil sehr gut integriert.

Die UVEK hat folgende Feststellungen dazu zu machen: Zunächst zu den Bodenbelägen. Da gibt es auch eine Abbildung, Abbildung 3 bei uns im Bericht. Das Konzept, das nun angegangen werden soll, ist für die UVEK nachvollziehbar. Man findet aus ihrer Sicht die Balance zwischen Nutzungsdichte und den Eigenschaften der Nutzenden sowie möglichst viel Entsiegelung. Die Fugenvegetation und der Pflanzenbewuchs in der Chaussierung sollte man aus Sicht der UVEK unbedingt zulassen.

Zum Vegetations- und Baumkonzept. Hier ist ja eine Vorholzstrategie angedacht, damit ist die UVEK einverstanden. Das heisst, jetzt eher mehr Bäume pflanzen, die auch schnell wachsen, damit man dann nachher, wenn diese Bäume eben mehr Kronen bilden, dann auch wieder gewisse Bäume fällen kann, aber damit man schnell schon eine gute Schattenwirkung hat.

In Sachen Biodiversität und Vernetzung ist aus Sicht der UVEK die Rolle des Lysbüchel-Platzes klar als Biotop-Trittstein und diese Umsetzung macht im Rahmen dann des Bauprojektes Sinn und soll dann auch nochmals detailliert angeschaut werden, auch mit externer Hilfe.

Der Gazebo, dieses zweigeschossige primär aus Holz und bewachsene Gebäude, das dorthin kommen soll, das hat zu reden gegeben. Wir haben uns die Frage gestellt, ist das Bedürfnis gegeben und wird er sich bewähren. Aus Sicht einer grossen Anzahl der UVEK-Mitglieder ist diese Multifunktionalität zu begrüssen. Es ist ein Angebot ans Quartier und auch an Dritte. Der Unterstand, so haben wir erfahren, und die Möglichkeit dazu wird oft in anderen Quartieren auch gewünscht und wenn man ihn nun von Anfang an mitplanen kann, ist das sicher von Vorteil.

Der Unterhalt wird ein Thema sein. Es sind einerseits die Pflanzen, die regelmässig zurückzuschneiden sind, damit die Einsehbarkeit gewährleistet ist. Wir haben uns auch Gedanken dazu gemacht mit Littering, mit Verwahrlosung, wurde auch als Begriff gebracht. Die Mehrheit der UVEK findet aber, dass dieses Risiko überschaubar ist, wahrscheinlich sehr gering ist und im Notfall, so haben wir uns sagen lassen, könnte man diesen Gazebo auch abschliessen, wenn das zweckmässig ist. Es gab insgesamt dann zum Thema Gazebo keinen Antrag in der UVEK.

Ein weiteres Thema, der Fuss- und Veloverkehr. Es gibt ja eine Velowegführung am Rande des Platzes. Wir haben über die Lage dieser Velowegführung gesprochen und er ist zurückversetzt gegenüber den Hauseingängen, so dass man, wenn man aus einem Gebäude heraustritt, nicht direkt auf dem Veloweg ist. Er ist vier Meter breit und er ist ausgerichtet auf die eher tiefen Geschwindigkeiten, das auch, weil eine 90-Grad-Kurve vor dem Platz vorzunehmen ist, wenn man mit dem Velo in Richtung Lysbüchelplatz fährt. Wir haben auch uns versichern lassen, dass man mit der Bepflanzung aufpasst, so dass die Einsehbarkeit gewährleistet ist.

Weiter haben wir uns noch mit dem Beleuchtungskonzept auseinandergesetzt. Hier erwarten wir als UVEK eine smarte Beleuchtung, um Lichtverschmutzung möglichst zu reduzieren. Nach Ansicht der UVEK sollte das technisch möglich sein, wenn der politische Wille auch da ist, der Regierungsrat könnte hier darauf hinwirken.

Und zum Schluss noch die Nähe zum Lysbüchel-Schulhaus. Der Platz soll sicher auch zugänglich sein für Schülerinnen und Schüler, er ist aber nicht als Aufenthalt im Schulkontext vorgesehene Fläche im Sinne von, dass die Schule dort eine Aufsichtsfunktion ausüben soll. Die Mitbenutzung ist selbstverständlich möglich und auch diese Komponente wird in der weiteren Detaillierung dann des Projektes berücksichtigt. Das ist auch der UVEK wichtig, damit die verschiedenen Nutzungen am Schluss aufgehen.

Insofern heisst das für uns Zustimmung zum Antrag.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat spricht Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Es ist schon wirklich ein sehr schönes Projekt. Man muss sich überlegen, dort, wo heute dieses Parkhaus noch steht oder Teile davon, das wird ja im Moment zurückgebaut, entsteht ebendieser Park. Und das ist auch sehr wichtig, weil es entstehen dort neue Wohnungen, viele neue Wohnungen in VoltaNord, aber auch Arbeitsgebiete, da braucht es ebendiese Grünräume wie diesen hier oder nachher auch den Saint -Louis-Park, der ein bisschen ein anderes Gewicht hat mit seiner Naturschutzzone, aber da braucht es diese grünen Räume, um auch das Umfeld zu kühlen und eine Aufenthaltsmöglichkeit zu sein. Die Grundsteinlegung für die Wohnhäuser der SBB, die ist schon sehr bald, die ist schon nächste Woche, also das geht dort los und deshalb bin ich auch froh, wenn wir bald den Startschuss für diesen Park geben können.

Vielleicht noch zwei Dinge, die mir wichtig sind. Es ist klar, dass wir mit der Begrünung und Entsiegelung, das war ein grosser Fokus, wir wenden aber auch immer wie mehr dieses Schwammstadt-Prinzip an, also dass beispielsweise

Wasserspiele für Kinder nicht einfach in die Kanalisation entwässert werden, sondern dass wir dieses Wasser sammeln und dann auch nutzen für die Begrünung. Das ist ein Prinzip, das immer wichtiger wird, gerade bei den anhaltend heissen und trockenen Sommern. Das wenden wir hier an.

Und dann noch zu diesem Pavillon, der ja etwas zu diskutieren gab. Ich denke, hier ist es wirklich wichtig zu wissen, dass das eine der häufigsten Anfragen aus den Quartieren ist, dass sie Schattenplätze wünschen bei den Spielplätzen, aber auch in den Parks und hier mit diesem Pavillon wird eben eine Art Unterstand generiert. Wir haben uns das natürlich auch überlegt, ob Vandalismus da ein Risiko ist, wir machen aber die Erfahrung, dass es tendenziell, je natürlicher ein Ort ist, also eben auch bepflanzt und nicht nur mit künstlichen Materialien, dass die Menschen da etwas sorgfältiger damit umgehen. Und deshalb auch diese eigene Art der Bepflanzung, diese Bäume sollen wie zu einer Art Dach zuwachsen. Wir werden das sicher sorgfältig im Auge behalten, aber wie gesagt, der Ruf aus den Quartieren, gerade nach solchen Unterständen ist jeweils sehr gross und deshalb haben wir es hier von Anfang an mitgeplant.

Vielen Dank der Kommission für die Beschäftigung mit diesem Geschäft und der Regierungsrat würde sich sehr freuen über Ihre Zustimmung zu dieser Ausgabe.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Zuerst hat sich Yilmaz Semseddin für die SP gemeldet.

Semseddin Yilmaz (SP): Ich spreche gleichzeitig für die beiden Geschäfte 14. und 15. zur Neugestaltung des Grün- und Freiraums Lysbüchelplatz-VoltaNord sowie zur Ausgabenbewilligung für die Neugestaltung der Grünfläche des Saint-Louis-Parks. Denn beide Projekte sind eine Folge der Stadtentwicklung VoltaNord, die wir als SP im Gegensatz zu manchen anderen hier im Raum immer unterstützt haben. Im neuen Quartier entstehen nun also neben viel bezahlbarem neuen Wohnraum sowie Gewerbe- und Kulturräume auch neue und sehr attraktive Grünflächen.

Der Lysbüchelplatz soll ca. 5’000 m2 gross werden. Es erwartet uns ein grosser grüner Platz inmitten des neuen Wohnquartiers mit einer sehr hohen Aufenthaltsqualität. Die UVEK hat recht, wenn sie in ihrem Bericht von einem Quartierplatz der Zukunft spricht. Mit dem «Gazebo» soll der Platz ein regelrechtes kleines Wahrzeichen erhalten. Noch viel grösser und grosszügiger wird der Saint-Louis-Park mit ganzen 22’500 m2 Grünfläche.

Den Gesamtbetrag von 10,156 Millionen Franken für die Neugestaltung des Grün- und Freiraums Saint-Louis-Park zu bewilligen, ist auf jeden Fall sehr gut investiertes Geld. Tiefschürfende Überlegungen zum Naturschutz und zur Biodiversität vor allem entlang der Gleisböschung hat man sich ebenso wie soziale und sozialräumliche Überlegungen gemacht. Der Kredit ist ja unbestritten.

Dass ich hier als Vertreter der SP rede, hat mit zwei Dingen zu tun. Erstens ist es uns als SP wichtig zu betonen, dass man bei der Umsetzung genug stark an die Kinder und Jugendlichen denkt, die hier in der Umgebung leben werden, und deren Spiel- und Bewegungsbedürfnis genügend stark berücksichtigt werden muss. Und zweitens ist es uns als SP wichtig zu sagen, dass wir sehr stolz sind auf das, was auf dem Lysbüchel-VoltaNord-Areal in den nächsten Jahren entstehen wird. In diesem Sinne ist es uns wichtig, allen Beteiligten in der Verwaltung, aber auch bei den SBB unseren ausdrücklichen Dank für ihre hervorragende Arbeit auszusprechen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB sprich Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GAB): Meine Fraktion ist sowohl einverstanden mit dem Antrag zum Lysbüchelplatz als auch mit dem Antrag zum Saint-Louis-Park. Aus Effizienzgründen spreche auch ich gleich zu beiden Geschäften, sie stehen auch in starkem Zusammenhang.

Zuerst zum Lysbüchelplatz. Wir finden diesen grundsätzlich gelungen. Wir haben jedoch auch festgestellt, dass es doch recht viele befestigte Bodenfläche gibt. Wir danken an dieser Stelle daher der UVEK für ihre Abklärungen zu den konkreten Ausgestaltungen dieser Bodenflächen. Wir sind froh, dass ein Grossteil der Bodenflächen entsiegelt ist, auch wenn sie befestigt bleiben. Wir haben Verständnis dafür, da dieser Platz in Zukunft auch einen grossen Nutzungsdruck haben wird und wir freuen uns darüber, dass die Biodiversität in der Auswahl der Bodenbeläge auch Berücksichtigung fand.

Uns ist wichtig zu betonen, dass der Lysbüchelplatz ein wichtiger Trittsstein ist für viele Arten. Er verbindet die Voltamatte mit dem Saint-Louis-Park. Zwei Grünräume, eines davon ein Naturschutzgebiet teilweise und wir sind daher auch froh, dass die Gestaltung des Lysbüchelplatzes mit einer externen Biologin und mit der Fachstelle Naturschutz auch begleitet wird, so dass dieser auch optimal als Trittsstein funktionieren kann.

Der Lysbüchelplatz wird ein spannender Quartierplatz werden. Wir finden das Gazebo innovativ und sind gespannt auf die Umsetzung. Wir finden auch die neue Veloverbindung sehr erfreulich und an dieser Stelle möchten wir einfach nochmal mit Nachdruck betonen, dass wir die Anliegen der UVEK nach sicheren Querungsstellen auf dieser Veloverbindung unterstützen.

Und abschliessend ist uns noch wichtig zu erwähnen, dass das ganze Gebiet VoltaNord sehr viele Bautätigkeiten aufweist und zur Umsetzung dieser Bautätigkeiten des Lysbüchelplatzes, der verschiedenen Baufelder des Saint-Louis-Parks möchten wir mit auf den Weg geben, dass dieses Anliegen zur Bauplanung des Areals auch mit den Bedürfnissen der Kinder übereinkommen werden muss, vor allem beim Baufeld 5. Heute spielen auf dem Baufeld 5 noch Kinder, in Zukunft wird das dann jedoch irgendwann in die Bautätigkeit überführt und da denke ich, ist es wichtig, dass auf dem Lysbüchelplatz, bevor dieser gebaut wird oder während der Bautätigkeit, auch wieder Spielraum zur Verfügung gestellt wird. Ich verweise hier auch auf die Petition, die entsprechendes verlangt hat.

Noch kurz zum Saint-Louis-Park. Der Saint-Louis-Park wird ein sehr wichtiger Naherholungsraum werden. Gewisse Verbesserungen hätten wir uns gewünscht, obwohl wir das Projekt unterstützen.Das Projekt weist relativ wenig Bäume auf im Vergleich zu anderen Projekten. Dies ist auch nachvollziehbar, weil es sich beim Saint-Louis-Park um einen trockenwarmen Lebensraum handelt. Wir sehen jedoch Potenzial für mehr Baumpflanzungen entlang der Häuser auf der Seite, wo es ohnehin auch schon von den Häusern her Schatten gibt, und wir fänden es toll, wenn geprüft werden könnte, ob später noch Bäume auf dieser Seite nachgepflanzt werden können. Wir sehen damit keinen Widerspruch mit den trockenwarmen Lebensräumen.

Wir fänden es auch begrüssenswert, wenn anstelle von Sprühnebel-Laternen der Fokus auf eben vermehrte Baumpflanzungen gesetzt werden würde und stehen diesen kritisch gegenüber, wobei auch noch nicht ganz klar ist, ob diese tatsächlich so geplant und umgesetzt werden.

Die Gestaltung des Saint-Louis-Parks ist in unseren Augen jedoch im Grossen und Ganzen sehr gelungen. Es gibt einen spannenden Übergang vom Naturschutz in die Naherholung. Wir finden das spannend und wir freuen uns insgesamt auf die Umsetzung dieser Fläche.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ginge das Wort nochmals an Regierungsrätin Esther Keller. Sie verzichtet und auch der Präsident der UVEK, Raphael Fuhrer, verzichtet. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 12 des Berichts).

Titel und Ingress

Gesamtbetrag

- neue Ausgaben für die Neugestaltung

- neue Ausgaben als Entwicklungsbeitrag

- jährlich wiederkehrende Ausgaben für Unterhalt Belag

- jährlich wiederkehrende Ausgaben für Unterhalt, öffentliche WC-Anlagen

Publikations- und Referendumsklausel.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004363, 18.09.24 11:43:46]*

Der Grosse Rat beschliesst

Es wird ein Gesamtbetrag von Fr. 8'297'000 für die Neugestaltung Grün- und Freiraum Lysbüchelplatz bewilligt. Diese Ausgabe teilt sich wie folgt auf:

- Fr. 7'900'000 neue Ausgaben für die Neugestaltung Grün- und Freiraum Lysbüchelplatz zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 1 «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur – Mehrwertabgabefonds»

- Fr. 286'000 neue Ausgaben als Entwicklungsbeitrag für die ersten fünf Jahre nach Fertigstellung des Grün- und Freiraums Lysbüchelplatz zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Mehrwertabgabefonds

- Fr. 85'000 als jährlich wiederkehrende neue Ausgaben für den Unterhalt der Belags- und Vegetationsflächen zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Stadtgärtnerei

- Fr. 26'000 als jährlich wiederkehrende neue Ausgaben für den Unterhalt und Reinigung der öffentlichen WC-Anlage zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Tiefbauamt

Die allfälligen Beiträge des Bundes in Höhe von max. Fr. 62'400 (40% der Kosten für Massnahmen zugunsten der Biodiversität) sowie ein Beitrag an den öffentlichen Fuss- und Veloweg von Fr. 50'592 (Mitfinanzierung innerhalb des Agglomerationsprojektes «LV1» der 3. Generation) werden nach Abschluss des Projektes vollumfänglich in Abzug gebracht.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grosse Rat stimmt dem Grossratsbeschluss zu mit 91 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen.

15. Ausgabenbewilligung zur Neugestaltung Grün- und Freiraum Saint-Louis-Park - VoltaNord, Ratschlag des RR

[18.09.24 11:43:52, 24.0468.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Der Saint-Louis-Park ist Teil des Bebauungsplanes. Er ist ein Park für das Quartier. Er stellt sicher, dass Naturwerte erhalten werden können und auch kompensiert werden können, und er leistet einen Beitrag zur Vernetzung. Hier geht es um gut 22’000 m2, davon sollen 12’500 m2 Naturschutzzone sein. Für die Details verweise ich auf den Ratschlag des Regierungsrates.

Aus Sicht der UVEK geht es hier um die Balance zwischen Schutz und Nutzung und die ist aus Sicht der UVEK ausgewogen. Zum Beispiel ist es mittels Stege möglich, die Schutzzone zu erleben, umgekehrt wird auch im Park eine hohe ökologische Wertigkeit angestrebt. Die UVEK würde eine Kombination aus Naturvermittlung, Quartierleben, Erholung begrüssen.

Wir haben in der UVEK die Unterhaltskosten diskutiert und für uns sind sie so wie ausgewiesen plausibel.

Zwar handelt es sich beim Saint-Louis-Park um einen trockenwarmen Standort, darum sind nur Bäume vorgesehen entlang der Fuss- und Veloverkehrsachse. Aus Sicht der UVEK spricht nichts dagegen, dass die Baumkronendichte entlang dieser Achse in Richtung Häuser erhöht werden kann.

Wenn wir beim Fuss- und Veloverkehr sind, es ist nun geplant, zunächst eine 4,2 Meter breite asphaltierte Verbindung anzulegen durch den Park, diese soll im Mischverkehr ausgestaltet werden. Bei Bedarf könnte man diese Verbindung auf 6 Meter verbreitern. Die UVEK findet dieses stufenweise Vorgehen richtig.

Sie hat am Schluss mit 13 zu 0 Stimmen der Ausgabenbewilligungen zugestimmt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat spricht Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Auch ich kann mich hier kurz halten, denn wir sprechen ja über dasselbe Gebiet wie vorhin bei diesem Park, der eher auf die Nutzung, sage ich jetzt mal, so als Park angelegt ist, und hier bei diesem Saint-Louis-Park geht es wirklich auch darum, viel für den Naturschutz zu tun. Sie wissen, das ist immer ein gewisses Spannungsfeld, weil Naturschutzflächen natürlich nicht uneingeschränkt betreten werden dürfen, weil man da mit Hunden nicht rein kann, aber es ist eben wichtig, auch gerade in den Städten einen Beitrag zu leisten zur Biodiversität und zum Naturschutz. Hier bei diesem Areal VoltaNord haben wir die Gelegenheit, beides zu tun, diesen eher nutzungsintensiven Platz und diesen Park hier, wo eben ein grösserer Teil als Naturschutzgebiet ausgeschieden wird. Ich freue mich, dass wir das hier beides verbinden können, trotzdem mit diesen grossen Grünflächen auch wirklich etwas beitragen zur Lebensqualität in diesem neuen Quartier und ich würde mich über Ihre Zustimmung sehr freuen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 21 des Berichts)

Titel und Ingress

Gesamtausgaben

- neue Ausgaben für Neugestaltung

- neue Ausgaben als Entwicklungsbeitrag

- jährlich wiederkehrende Ausgaben für Unterhalt

Kostenbeteiligung SBB

Beiträge des Bundes

Publikations- und Referendumsklausel.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004365, 18.09.24 11:48:32]*

Der Grosse Rat beschliesst

Es wird ein Gesamtbetrag von Fr. 10´156´000 für die Neugestaltung des Grün- und Freiraums Saint-Louis-Park bewilligt. Diese Ausgabe teilt sich wie folgt auf:

- Fr. 9‘300‘000 neue Ausgaben für die Neugestaltung der Grünanlage Saint-Louis-Park zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 1 „Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur – Mehrwertabgabefonds“.

- Fr. 642'000 neue Ausgaben als Entwicklungsbeitrag für die ersten fünf Jahre nach Fertigstellung der Grünanlage Saint-Louis-Park zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Mehrwertabgabefonds.

- Fr. 214‘000 als jährlich wiederkehrende neue Ausgaben für den Unterhalt der Belags- und Vegetationsflächen zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Stadtgärtnerei.

Die Kostenbeteiligung der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) bis zu einem Maximalbetrag von Fr. 1'800’000 werden nach Abschluss des Projektes mit den Bruttokosten für die Erstellung der Naturschutzfläche Saint-Louis-Park (12´500 m2) verrechnet und in Abzug gebracht.

Die allfälligen Beiträge des Bundes in Höhe von max. Fr. 1'200’000 (40% der Kosten für Massnahmen zugunsten der Biodiversität) sowie ein Beitrag an den öffentlichen Fuss- und Veloweg von Fr. 149’728 (Mitfinanzierung innerhalb des Agglomerationsprojektes «LV1» der 3. Generation) werden nach Abschluss des Projektes vollumfänglich in Abzug gebracht.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wurde einstimmig angenommen mit 87 Ja-Stimmen.

16. Fristverlängerung kantonale Volksinitiative "Sicherere Velorouten in Basel-Stadt", Bericht der UVEK

[18.09.24 11:48:36, 22.0979.04]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung bis zum 18. Mai 2025 zu verlängern. Das Wort geht an deren Präsidenten Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Wir haben mit diesem Geschäft begonnen, brauchen aber noch etwas Zeit und sind darum froh um eine Fristerstreckung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 2 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

84 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004367, 18.09.24 11:50:04]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung zur kantonalen Volksinitiative «Sichere Velorouten in Basel-Stadt» wird bis zum 18. Mai 2025 verlängert.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch dieser Grossratsbeschluss wird einstimmig angenommen mit 84 Ja-Stimmen.

17. Kantonale Volksinitiative "für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern (Zämme in Europa)", Bericht des RR zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Vorgehen

[18.09.24 11:50:09, 24.0496.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Initiative «Zämme in Europa» als rechtlich zulässig zu erklären. Zudem beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen. Das Wort geht an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ich glaube, der Antrag ist klar und ich würde in der ersten Runde auf ein Votum verzichten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zu den Fraktionsvoten und da hat sich Pascal Messerli für die SVP gemeldet.

Pascal Messerli (SVP): Anders als es vielleicht der Rechtsdienst manchmal tut, werden wir nicht aus politischen Gründen irgendwelche Initiativen für rechtlich ungültig erklären, das kann ich Ihnen schon mal versprechen. Diese Initiative ist selbstverständlich rechtlich zulässig, aber ich kann Ihnen auch sagen, diese Initiative ist überflüssig wie H2O. Sie ist überflüssig, weil Aussenpolitik Aufgabe des Bundes ist und es nicht die Aufgabe des Regierungsrates ist, sich hier auf nationaler Ebene für ein Rahmenabkommen beispielsweise einzubringen, wie das vor ein paar Jahren der Fall war.

Sie ist überflüssig, weil es bereits Bestimmungen in der Kantonsverfassung gibt, wo die kantonale Aussenpolitik geregelt ist. Wenn Sie hier anderer Meinung sind, dann müssten Sie eigentlich den ganzen Verfassungsrat, der 2005 diese Kantonsverfassung kreiert hat, schlechtreden, weil der damals seine Aufgabe nicht erfüllt hat, wenn eine zu wenig verfassungsrechtliche Grundlage dafür geschaffen wurde.

Und die Initiative ist auch überflüssig, weil sie ja mehrheitlich von Initianten von Regierungsparteien lanciert wurde, also Personen von der LDP, Personen von der SP, Personen von der GLP. Sie haben alle Vertretungen in der Regierung und sie können mit einem Telefon der Regierung sagen, dass sie sich vielleicht mehr für gute Nachbarschaft einsetzen sollen. Aus Sicht der SVP ist das aber auch nicht nötig, weil das ja im laufenden Prozess auch geschieht und auch die Verfassungsgrundlage dafür absolut genügend ist, und deshalb ist diese Initiative komplett unnötig.

Was es dementsprechend am allerwenigsten benötigt, ist, dass wir jetzt diese Initiative dem Regierungsrat überweisen, damit hier die Verwaltung zusätzlich beschäftigt wird, dass die Initiative in Zukunft dann in eine Kommission überwiesen wird, damit wieder 20 Sitzungen abgehalten werden und irgendwelche Abänderungsanträge kreiert werden, das braucht es hier in diesem Fall nicht.

Wir haben einen Initiativtext. Wenn Sie alle Freude daran haben, können wir das der Bevölkerung vorlegen, dann wird die Bevölkerung vielleicht ja oder nein sagen. Im Alltag wird sich gar nichts ändern und wir haben eine überflüssige Abstimmung dann erreicht bei einer völlig überflüssigen Initiative.

Wir von der SVP sind hier völlig emotionslos, aber es braucht hier eine gewisse Schadensbegrenzung und nicht weitere Verwaltungsbeschäftigung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Pascal Messerli, möchten Sie die Zwischenfrage von Oliver Thommen annehmen? Sie wird angenommen.

Oliver Thommen (GAB): Können Sie mir erklären, warum H2O überflüssig ist? Ich bestehe zu 60 Prozent daraus und bin froh.

Pascal Messerli (SVP): Das war ja nur ein Spruch, die chemische Bedeutung können Sie sich ja denken dabei.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Harald Friedl.

Harald Friedl (GAB): Für uns ist diese Initiative sehr wichtig, für das GAB, und wir sprechen uns dafür aus, dass sie rechtlich zulässig ist. Klar, zu diesem Schluss kommt ja auch der Regierungsrat, aber wir wollen auch die Initiative überweisen. Lassen Sie mich das kurz ausführen, wieso. Der Regierungsrat schreibt das ja auch in diesem kurzen Bericht, nur bei einer Überweisung können wir auch eine Empfehlung abgeben. Wir, das bedeutet der Regierungsrat, aber auch der Grosse Rat und das ist extrem wichtig für uns.

Europa und die Beziehung zu Europa ist essentiell für Basel-Stadt als Kanton in einer Grenzregion. Wir sind wirklich täglich im Austausch mit der Region, mit Europa, sei es wirtschaftlich, sei es kulturell, sei es aber auch gesellschaftlich. Die ganze Bedeutung, die die Beziehung zu Europa hat für uns, diese Bedeutung, die soll aufgezeigt werden und dazu braucht es auch, sage ich mal, die Stellungnahme dann des Regierungsrats, die ausführliche Stellungnahme, die inhaltliche Stellungnahme zu dieser Initiative, aber auch des Grossen Rates. Wir sind verantwortlich dafür, dies aufzuzeigen und klarzumachen, wenn es dann zu einer Abstimmung kommt und ich hoffe, dass diese Stimme dann auch möglichst einheitlich sein wird.

Die SVP will scheinbar diese Tatsachen, die Bedeutung, die Europa für uns in Basel-Stadt hat, unter den Tisch wischen oder sie will sich nicht damit auseinandersetzen und dazu reichen wir nicht die Hand. Ich habe es schon gesagt, für uns ist es essentiell, die Beziehung und sie muss uns eben auch beschäftigen und darum ist ebendiese Initiative überhaupt nicht überflüssig, sondern wir müssen uns täglich mit dieser Beziehung auseinandersetzen und uns klarmachen, was wir davon haben, wie wir davon profitieren können.

Daher bittet Sie das GAB, die Initiative dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Harald Friedl, nehmen Sie die Zwischenfrage von Pascal Messerli an? Sie wird angenommen.

Pascal Messerli (SVP): Harald Friedl, können Sie mir drei konkrete Punkte nennen, was mit der Annahme der Initiative im Vergleich zum Status quo konkret geändert werden soll?

Harald Friedl (GAB): Es reicht mir ein Beispiel, das ist für mich genügend. Es steht in der Verfassung, dass sich der Kanton Basel-Stadt aktiv für die Beziehungen einsetzen soll, wie wir es auch schon beim AKW-Artikel haben, der nützt uns ebenso.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Regierungspräsident Conradin Cramer nochmals das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ich möchte unterstreichen, was wir im Bericht geschrieben haben und was jetzt auch Harald Friedl hier ausgeführt hat. Natürlich sind die Beziehungen zur Europäischen Union gerade für den Kanton Basel-Stadt von elementarer Bedeutung. Das ergibt sich aus unserer Grenzlage, unserer wirtschaftlichen Lage, unserer Exportindustrie und einfach unseres gemeinsamen Lebensraums hier im Dreiland. Entsprechend möchte der Regierungsrat gerne diese Initiative auch materiell würdigen können und dem Grossen Rat dann auch die Möglichkeit geben, eine Empfehlung dazu auszusprechen.

Die rechtliche Zulässigkeit ist klarerweise unbestritten, entsprechend bitte ich Sie antragsgemäss, die Initiative dem Regierungsrat zur Berichterstattung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben es gehört, die rechtliche Zulässigkeit ist unbestritten, darüber müssen wir nicht abstimmen. Es gibt aber trotzdem zwei Abstimmungen, zuerst über den Beschluss (Seite 8 des Berichts).

Abstimmung

Wer dem Beschluss zustimmt, stimmt JA, wer dem Beschluss nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004369, 18.09.24 11:58:45]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die mit 3’216 Unterschriften zustande gekommene formulierte kantonale Volksinitiative «für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbar-ländern (Zämme in Europa)» wird für rechtlich zulässig erklärt.

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert zehn Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet, ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Bericht wird einstimmig angenommen mit 88 Ja-Stimmen.

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen. Pascal Messerli hingegen hat beantragt, die Initiative gemäss § 18 Abs. 3 lit. a IRG sofort den Stimmberechtigten ohne Empfehlung und ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung vorzulegen.

Abstimmung

Wer die Initiative dem Regierungsrat zur Berichterstattung überweisen will, stimmt JA, wer die Initiative sofort dem Volk ohne Gegenvorschlag und ohne Empfehlung zur Abstimmung vorlegen will, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

77 Ja, 10 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004371, 18.09.24 11:59:50]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Initiative dem Regierungsrat zur Berichterstattung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Initiative geht an den Regierungsrat zur Berichterstattung. Es liegen 77 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung vor.

Schluss der 27. Sitzung

12:00 Uhr

Protokoll

der 28. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 18. September 2024, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP), Sandra Bothe-Wenk (GLP).

Verhandlungsgegenstände:

18. Projekt «Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen gegenüber Erwachsenen und Jugendlichen im Kanton Basel-Stadt», Ausgabenbericht des RR 2
19. Investitionsbeitrag an die Erweiterung der Bibliothek Bläsi (Zweigstelle der GGG Stadtbibliothek Basel), Ausgabenbericht des RR 6
20. Ausgabenbewilligung für den gemeinsamen Fachausschuss Darstellende Künste der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft für die Jahre 2024 bis 2027, Ratschlag des RR 8
21. Entwurf zum Wassergesetz, Bericht der UVEK 10
22. Photovoltaik im Verwaltungsvermögen - Erschliessung des Solarpotenzials bis 2030, Ratschlag des RR 27
23. Mobile Gefahrstoffübungsanlage auf Wechselladeabrollbehälter, Ausgabenbericht des RR 30
24. Universitätsspital Basel (USB) - Genehmigung der Jahresrechnung 2023, Bericht der GSK 32
24.1. Universitäres Zentrum für Zahnmedizin (UZB) - Genehmigung der Jahresrechnung 2023, Bericht der GSK 37
24.2. Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel (UPK) - Genehmigung der Jahresrechnung 2023, Bericht der GSK 38
24.3. Universitäre Altersmedizin Felix Platter (UAFP); Genehmigung der Jahresrechnung 2023, Bericht der GSK 39
25. Petition P457 "Gesundheit: Frische Luft an der frischen Luft", Bericht der PetKo 39
26. Petition P474 "Ein Haus für alle - Begegnungsort für armutsbetroffene Menschen", Bericht der PetKo 44
28. Motion 1 Adrian Iselin und Michael Hug betreffend Schaffung von kantonalen Förderbeiträgen für Photovoltaik-Anlagen zusätzlich zur Förderung durch den Bund 47
29. Motion 2 Fleur Weibel und Konsorten betreffend Erarbeitung einer kantonalen Strategie gegen Rassismus mit Massnahmenplan 48

Beginn der 28. Sitzung

Mittwoch, 18. September 2024, 14:59 Uhr

18. Projekt «Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen gegenüber Erwachsenen und Jugendlichen im Kanton Basel-Stadt», Ausgabenbericht des RR

[18.09.24 14:59:59, 23.0331.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zu unserer Nachmittagssitzung und habe Ihnen eine kurze Mitteilung zu machen:

Zwischen Nachmittags- und Abendsitzung wurden verschiedene Sitzungen, weitere Zwischensitzungen und Einladungen ausgesprochen. Wenn Sie trotzdem noch unverplant sind, man ist immer noch willkommen spontan bei swisspeace im kHouse oder auch bei der Axt im Zum Isaak am Münsterplatz. Sie dürfen sich noch anschliessen.

Wir kommen zu Traktandum 18. Die JSSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Ich übergebe das Wort an die Präsidentin der JSSK Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Gerne berichte ich im Namen der Kommission mündlich zu diesem Geschäft. Wir haben diesen Ausgabenbericht im Juni in der Kommission behandelt. Das Geschäft wurde uns vorgestellt vom Präsidialdepartement, konkreter Staatsarchivarin sowie einem Historiker, der auch die Vorstudie für das jetzige Forschungsprojekt verfasst hatte.

Wir empfehlen Ihnen einstimmig, dem Antrag der Regierung zu folgen und für das Projekt einmalige Ausgaben in der Höhe von insgesamt 600’000 Franken zu bewilligen. Im Betrag enthalten sind die Kosten für die Projektleitung und zwei wissenschaftliche Mitarbeitende über den Zeitraum von zwei Jahren, dazu kommen noch Sachkosten. Um bei der Umsetzung die nötige Flexibilität zu gewähren, wird die Projektlaufzeit auf insgesamt maximal 36 Monate angesetzt. Konkret bewilligen wir mit diesen Geldern eine Projektleitung dann von 80 Prozent für zwei Jahre und zwei wissenschaftliche Mitarbeitende von 60 Prozent.

Das Projekt soll unter anderem die Anzahl der Betroffenen in fürsorgerischen Zwangsmassnahmen im Kanton, das Zusammenspiel der Behörden, unter Umständen auch mit privaten Organisationen, die rechtlichen Grundlagen, die ökonomischen Dimensionen der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen sowie kantonale Vergleiche beinhalten. Wenn der Grosse Rat der JSSK folgt, wird dann die Ausschreibung des Projektes gemäss den Vorgaben des Beschaffungsrechts in den nächsten Monaten erfolgen.

Da die Verwaltung, auch der Grosse Rat eine historische Mitverantwortung für diese Thematik trägt, werde ich jetzt nicht nur einfach auf den Ratschlag der Regierung verweisen, sondern auch mit einer gewissen Ausführlichkeit auf gewisse Punkte eingehen, die uns als Grossen Rat durchaUSBewusst sein dürfen.

Der Begriff der administrativen Versorgung bezeichnet die Freiheitsentziehung in einer Einrichtung durch eine kantonale Verwaltungsbehörde von meist unbestimmter Dauer. Die administrative Versorgung war ab Mitte des 19. Jahrhunderts ein Sanktionsmittel der Fürsorge, der Vormundschaft und auch der Alkoholprophylaxe mit dem Ziel der Besserung und Disziplinierung. Sie beruhte auf dem Verwaltungsrecht der Kantone und seit 1912 auch auf dem Vormundschaftsrecht des Bundes. Sie setzte weder eine Straftat noch ein Gerichtsverfahren voraus. Der Eingriff in die persönliche Freiheit wurde damals mit dem Lebenswandel der betroffenen Person und der Gefährdung der öffentlichen Ordnung begründet. 1981 löste dann die fürsorgerische Freiheitsentziehung die früheren Versorgungsgesetze ab. Das ist die Definition der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen, wie sie im historischen Lexikon der Schweiz zu finden ist.

In Basel war das wichtigste Gesetz, welches angewandt wurde, das Gesetz betreffend Versorgung in Zwangsarbeits- und Besserungsanstalten vom 21. Februar 1901, welches bis Ende Dezember 1980 in Kraft war. Ein Gesetz notabene, das vom Grossen Rat, also von unseren Vorfahr*innen hier drinnen verabschiedet worden war. Jugendliche ab 16 sowie Erwachsene konnten aufgrund dieses Gesetzes für sechs bis 12 Monate in eine Arbeits- oder Strafanstalt eingewiesen werden. Ein Antrag des Polizeidepartements reichte aus und der Entscheid lag beim Regierungsrat. Eine rechtliche Rekursinstanz gab es de jure nicht, de facto ging es über das Appellationsgericht.

Die Gründe für die Einweisungen waren vielfältig und häufig willkürlich. Sie reichten von der sogenannten Inanspruchnahme öffentlicher oder privater Wohltätigkeit über die angehende Vernachlässigung familiärer Pflichten bis hin zu Übertretungen des Strafgesetzes. Auch sogenannt öffentliches Ärgernis oder unsittliches Betragen konnte zu einer Einweisung führen. Neben den formalen Zwangsmassnahmen gab es auch informelle Eingriffe. Medikamentenversuche, Sterilisationen, erzwungene Adoptionen und fragwürdige therapeutische Behandlungen gehörten zum traurigen Alltag vieler Betroffenen. Insgesamt waren schätzungsweise 5'000 bis 6'000 Personen im Kanton Basel-Stadt betroffen, wie das Staatsarchiv gegenüber der JSSK ausführte.

Die Quellenlage im Kanton ist gut, doch die systematische Aufarbeitung dieser kantonalen Geschichte steht noch aus. Aus Sicht der JSSK ist es deshalb klar, dass es unsere Pflicht ist, diesen Schicksalen und Menschen Gehör zu schenken und diese Geschichte aufzuarbeiten. Die Schweiz ist seit den 90er-Jahren damit beschäftigt, sich dieser Geschichte zu stellen und aufzuarbeiten. Die Behörden haben sich an verschiedenen Stellen öffentlich bei Betroffenen und Angehörigen entschuldigt. Auf kantonaler Ebene erfolgte dies 2021 durch den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt anlässlich der Einweihung der Gedenktafel hier im Ratshof.

Zweitens gibt es auch finanzielle Entschädigungen. Der Kanton Basel-Stadt unterstützt seit 2013 Betroffene aktiv bei der Einreichung von solchen Entschädigungsanträge. Das Staatsarchiv hat bereits 46 Personen geholfen, die notwendigen Nachweise zu erbringen. Laut den Mitarbeitenden des Staatsarchivs, die direkt mit diesen Personen zusammenarbeiten, ist das Leiden häufig unermesslich und die Auswirkungen auf den ganzen Lebenslauf kaum vorstellbar. 2016 wurde dann vom Bund ein Solidaritätsfonds eingerichtet, zu dem auch Basel-Stadt zwei Millionen beigetragen hat.

Drittens ist die wissenschaftliche Aufarbeitung von grosser Bedeutung. Es gibt die Forschung der unabhängigen Expertenkommission auf Bundesebene, die haben aber die Situation in Basel kaum beachtet. Was erforscht worden ist, ist die Situation von Kindern, aber eben nicht die Situation von Erwachsenen und älteren Jugendlichen und in dem Sinne ist die Umsetzung dieses Forschungsprojekts auch das, was vom Bundesgesetz über Zwangsmassnahmen gefordert wird.

Dann geht es Viertens auch um öffentliche Vermittlung. Das Bundesgesetz verlangt, dass die Forschungsergebnisse dann auch dazu beitragen, das Bewusstsein in der Gesellschaft zu schärfen. Denn nur so können wir sicherstellen, dass sich solches Unrecht nicht wiederholt.

In der JSSK haben wir verschiedene Fragen gestellt, zum Beispiel auch zur historischen Eingrenzung der Forschung, also wieso die Zeit zwischen 1930 und 1980 erforscht wird. Das Staatsarchiv hat überzeugend erläutert, dass dies nicht zuletzt auch wegen den Interessen der lebenden Betroffenen sei. Es gebe zum Teil noch heute lebende Personen, die zum Beispiel als Kind in einem Heim gewesen sind, in den 50er-Jahren als Erwachsene in Strafanstalten zwangseingewiesen worden seien und diese Personen hätten dann auch Fragen zu den Eltern, die zum Teil Jahrzehnte früher bereits auch schon von solchen Massnahmen betroffen gewesen sind. Zudem macht diese Eingrenzung auch Sinn wegen der Quellenlage und der Vergleichbarkeit mit anderen Kantonen.

Dann haben wir Nachfragen gestellt zum wissenschaftlichen Beirat. Die wissenschaftliche Begleitung erfolgt über einen breit abgestützten Beirat, der dann eben das Staatsarchiv auch bei der Ausschreibung und der Auswahl der Auftragnehmenden berät. Der Entscheid liegt dann aber am Schluss beim Regierungsrat. Der JSSK ist aufgefallen, dass im Beirat eine Fachperson für das Thema Vermittlung fehlt und wir deshalb dem Departement empfehlen, diese Fachexpertise noch zu ergänzen im Beirat und der Beirat dann auch bei der Planung der Vermittlung einzubeziehen.

Im Ratschlag hiess es noch, eine betroffene Person sei im Beirat. Auf Rückfrage der JSSK erläuterte das Staatsarchiv, dass dies jetzt auf zwei betroffene Personen erhöht worden ist. Das Staatsarchiv habe im Vorfeld mit Betroffenen gesprochen und zu motivieren versucht, sich als Interessensgruppe zu formieren, was allerdings schwierig sei und nicht sehr gut gelinge. Die Betroffenen hätten aber unisono gewünscht, dass eine Person als Vertretung im Beirat nicht ausreiche. Ein starker Einbezug der Betroffenen ist der JSSK ein sehr wichtiges Anliegen und auch eine dritte Vertretung im Beirat wäre aus Sicht der JSSK wünschenswert.

Neben der wissenschaftlichen Aufarbeitung werden Massnahmen ergriffen in der Vermittlung. Es gibt eine Open-Access-Publikation, ein Ausstellungsprojekt oder mehrere, die in Zusammenarbeit mit Betroffenen im Sinn von Oral History entwickelt werden. Die Vermittlung an den Schulen ist wichtig und die Zusammenarbeit mit Pädagogischen Hochschulen und Forschungsprojekten in anderen Kantonen. Auf Rückfragen der Kommission hat das Staatsarchiv erläutert, dass die Vermittlung im Forschungsprojekt nicht finanziell berücksichtigt worden ist, weil sie das Projekt nicht aufblasen wollten. Das Forschungsteam kann aber selber Geld beim Bund für Vermittlung abholen, denn das Bundesamt für Justiz hat da einen Geldtopf, um Vermittlungsprojekte in diesem Bereich zu unterstützen und es sei wahrscheinlich, dass diese Gelder dann auch abgeholt werden können. Hier einfach möchte ich sagen, die Vermittlung ist der Kommission ein sehr wichtiges Anliegen und es ist dann auch wichtig, dass die Einholung von Drittmitteln für die Vermittlung auch ganz klar im Pflichtenheft verankert ist.

Kritisch nachgefragt haben wir bei den Löhnen. Die Entlöhnung entspräche ungefähr der Lohnklasse 14, was aus Sicht einiger Kommissionsmitglieder als nicht gerade eine fürstliche Entlöhnung bezeichnet wurde. Das Staatsarchiv erklärte aber,

dass diese Entlöhnung sehr vergleichbar ist mit anderen akademischen Stellen, vergleichbar mit der Entlöhnung zum Beispiel des schweizerischen Nationalfonds. Sie gehen davon aus, dass es dadurch möglich ist, geeignete Personen auf dem Markt zu finden. Es ist wichtig, dass das voll ausgebildete Historiker*innen sind, die auch über eine gewisse Erfahrung in dem Bereich verfügen.

In der Kommission ist auch das Thema aufgekommen, dass es ja etwas unüblich sei, dass das Parlament Geld für ein Forschungsprojekt bewillige respektive dass der Kanton ein solches Forschungsprojekt in Auftrag gebe. Die Kommission kam aber zum Schluss, dass die Beschlussfassung durch den Grossen Rat äusserst sinnvoll ist, weil letztlich auch der Grosse Rat, also unsere Vorfahren in diesem Saal, diese kantonalen Gesetze beschlossen hat, die als Rechtsgrundlage für die fürsorgerischen Zwangsmassnahmen dienten und auch die Oberaufsicht über die Verwaltung innehatte, welche diese Zwangsmassnahmen umsetzten. Diese Verantwortung als Staat und als Legislative ist wichtig zu übernehmen und als Grossen Rat können wir hier unseren Beitrag dazu leisten, indem wir die Gelder für diese Aufarbeitung sprechen.

Im Namen der JSSK beantrage ich Ihnen also, dem Antrag der Regierung zu folgen und diese Ausgaben von 600’000 Franken zu bewilligen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ich möchte zunächst der Präsidentin der JSSK ausdrücklich danken für dieses klare einlässliche Votum zu diesem wichtigen und schwierigen Themenkreis. Die JSSK-Präsidentin hat es inhaltlich ausgeführt, was auszuführen ist, das ermöglicht es mir, mich kurz zu halten. Dennoch möchte ich auch nochmals namens des Regierungsrats das Wesentliche betonen.

Was geschehen ist an Zwangsversorgung zwischen 1930 und 1980, also die zwangsweise Unterbringung von Personen in Straf-, Arbeits- oder sogenannten Besserungsanstalten, dies meist auf unbestimmte Dauer und ohne, dass diese Personen ein Delikt begangen bzw. gerichtlich für ein Delikt verurteilt worden wären, das ist ein massives Unrecht. In der Schweiz sind schätzungsweise 60’000 Personen betroffen, in Basel im genannten Zeitraum nach einer vorsichtigen Schätzung, wir haben es gehört, etwa 5’000 bis 6’000 Personen. Die damaligen rechtlichen Grundlagen, die die Präsidentin der JSSK im Detail erläutert hat, sie rechtfertigten oder duldeten mindest vielerlei Formen von Bestrafung, Verunglimpfung, Demütigung, Isolierung, Ausbeutung und Missbrauch. Die Betroffenen verfügten unter den damaligen Umständen weder über Rechte noch über Schutz und die langfristigen Folgen für die Betroffenen, die sind immens, sie sind auch nicht reparierbar.

Man darf froh sein, dass seit dieser Zeit einiges passiert ist. 2013 die Entschuldigung der damaligen Bundesrätin Sommaruga bei den Direktbetroffenen. Daraus entstehend eine Dynamik, auch die Unterstützung im Kanton Basel-Stadt seit 2013 bei der Einreichung für Gesuche für den Solidaritätsbeitrag. Dann 2019 die Beteiligung des Kantons Basel-Stadt am nationalen Solidaritätsfonds mit Beschluss des Grossen Rates im Umfang von zwei Millionen Franken und schliesslich 2021 die Entschuldigung des Kantons anlässlich der Einweihung der Gedenktafel im Rathaus, die Entschuldigung bei den betroffenen Menschen und ihren Angehörigen für das zugefügte Unrecht.

Mit der Beauftragung des Forschungsprojekts will nun der Regierungsrat zusammen mit Ihnen, zusammen mit dem Grossen Rat, seine Verantwortung weiter wahrnehmen. Eine Verantwortung, die natürlich nicht delegierbar ist, gerade auch weil Institutionen und Organe des Kantons in das Geschehen direkt involviert waren. Ich bitte Sie deshalb, dafür zu stimmen, dass der Kanton die im Ratschlag genannten Mittel von 600’000 Franken für die Umsetzung dieses Forschungs-, Publikations- und Vermittlungsvorhabens bereitstellt. Wir ermöglichen damit die notwendige wissenschaftliche Analyse und Vermittlung, die kontextualisiert, die einordnet, die das historische Handeln der damals involvierten staatlichen und privaten Institutionen sowie die gesetzgeberischen finanziellen und strukturellen Rahmenbedingungen beschreibt. Und was mir, und ich glaube auch Ihnen, besonders wichtig ist, was die betroffenen Personen bei der Aufarbeitung des ihnen zugefügten Unrechts unterstützt.

Wiedergutmachung ist ja generell ein schwieriger Begriff, denn wo ein Unrecht geschehen ist, lässt es sich nicht einfach so wieder gutmachen. Was aber zählt und wichtig ist für die Betroffenen und für ihre Familien, ist neben der Entscheidung für den Solidaritätsfonds auch das Engagement von uns heutigen, dass wir uns dem Unrecht, das damals mitten in der Gesellschaft geschehen ist, heute eben stellen. Wir wollen hier Licht in das Dunkle einer düsteren Geschichte bringen und ich glaube oder ich habe die Hoffnung, dass wenn wir Transparenz schaffen, dass dies den Betroffenen und den Familien helfen kann, dass es aber auch gleichzeitig uns allen hilft, wenn wir uns besser gewahr werden, was passiert ist vor noch nicht so langer Zeit in diesem Kanton, in dieser Stadt.

Deshalb bitte ich Sie hier um Zustimmung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion GAB hat sich Fleur Weibel als Rednerin gemeldet.

Fleur Weibel (GAB): Barbara Heer hat inhaltlich schon alles gesagt, was es über das Projekt zu sagen gibt, über das wir heute beraten. Der Regierungsrat beantragt 600’000 Franken für die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen gegenüber Erwachsenen und Jugendlichen und mir ist es wichtig im Namen der Fraktion Grün-Alternatives Bündnis nochmal die Wichtigkeit zu unterstreichen, die dieses Projekt hat.

Wir unterstützen den Vorschlag und es freut mich sehr, dass auch alle anderen Fraktionen diesen Vorschlag unterstützen, weil es tatsächlich sehr wichtig ist, dass hier der Kanton in die wissenschaftliche Aufarbeitung investiert. Die fürsorgerischen Zwangsmassnahmen in der Sozialhilfe, in der Jugendstrafjustiz und in der Vormundschaft sind ein sehr düsteres Kapitel in der Geschichte von Basel-Stadt. Das geplante dreijährige Forschungsprojekt soll dies nun aufarbeiten und damit im Sinne der Anerkennung und der Transparenz so weit möglich Licht ins Dunkel dieses Kapitels bringen. Mit dem Projekt wird eine Forschungslücke geschlossen, denn Basel-Stadt wurde im Rahmen der bisherigen schweizweiten Aufarbeitung nicht berücksichtigt.

In der Fraktion haben wir auch die Frage diskutiert, warum sich die Studie nur auf Jugendliche und Erwachsene und nicht auch auf Kinder bezieht. Da wird aber eben in der Vorstudie darauf hingewiesen, dass es in Basel-Stadt bereits Einzelstudien zu den Kindern und zu dem Pflegekinderwesen gibt, insofern scheint es für den Moment schlüssig zu sein, dass sich die Studie auf die Aufarbeitung der Situation von administrativ und zwangsversorgten Erwachsenen und Jugendlichen konzentriert.

Indem das Projekt diese Forschungslücke schliesst, schafft es die Grundlage, dass Lehren aus den gravierenden Fehlern der Vergangenheit für die aktuelle und zukünftige Fürsorgepraxis im Kanton gezogen werden können. Ausserdem hat die wissenschaftliche Aufarbeitung den nicht zu unterschätzenden Effekt, dass das erlittene Leid der betroffenen Menschen und deren Angehörigen besser anerkannt werden kann, denn erst wenn man genau weiss, was passiert ist, kann die Praxis, die damals vollzogen wurde und die Auswirkungen, die das hatte, tatsächlich anerkannt werden und das ist ein enorm wichtiger Baustein neben den offiziellen Entschuldigungen, der Gedenktafel und den finanziellen Entschädigungen, die bereits erfolgt sind.

In diesem Sinne bitte ich Sie und freue mich auch, dass Sie das tun werden, diesem Ausgabenbericht zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein Einzelvotum hat sich Eric Weber gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ganz kurz. Wenn ich das hier lese, Zwangsmassnahmen, da kriege ich schon ein bisschen Angst. Ich habe zu diesem Thema irgendwie sehr viel gelesen und ich habe gelesen, früher sind einfach Leute weggesperrt worden, weil sie irgendwie etwas erzählt haben. Und da habe ich, als ich den Artikel gelesen habe über Zwangsmassnahmen, Angst bekommen. Ich glaube, das würde heute nicht mehr so schnell passieren, aber trotzdem muss ich warnen, dass man auch heute irgendwie manchmal gefährlich lebt, wenn man irgendwie etwas sagt. Ich weiss nicht, ob das mit dem zu tun hat, aber was ich mitbekomme, ist, dass viele Leute über die KESB nicht einverstanden sind.

Und zum Schluss noch zu meiner Vorrednerin Fleur Weibel. Sie hat richtig gesagt, da hat es erlittenes Unrecht gegeben, aber ich würde sagen, das gibt es heute wahrscheinlich auch noch. Es gibt immer diese Gedenktafel, die erwähnt wird, ich weiss nicht, ist das die Gedenktafel, die man gemacht hat bei der mittleren Rheinbrücke wegen der Hexenverbrennung? Ich weiss nicht, ob das das gleiche ist, aber die Gedenktafel bei der mittleren Rheinbrücke hat man ja auch gemacht als Andenken an Leute, die man damals in den Rhein geschoben hat, weil sie irgendetwas gesagt haben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung (Seite 7 des Ausgabenberichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004376, 18.09.24 15:23:28]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Finanzierung des Forschungsprojekts «Aufarbeitung der Fürsorgerischen Zwangsmassnahmen gegenüber Erwachsenen und Jugendlichen im Kanton Basel-Stadt», werden einmalige Ausgaben in der Höhe von Fr. 600’000 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss ist angenommen mit 95 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

19. Investitionsbeitrag an die Erweiterung der Bibliothek Bläsi (Zweigstelle der GGG Stadtbibliothek Basel), Ausgabenbericht des RR

[18.09.24 15:23:33, 22.1229.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Vizepräsidentin Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat für die Erweiterung der Bibliothek Bläsi, eine Zweigstelle der GGG Stadtbibliothek, einen Investitionsbeitrag in der Höhe von 820’000 Franken an die Gesamtkosten zu bewilligen. Dies entspricht 46 Prozent der Gesamtinvestition von insgesamt 1,782 Millionen Franken. 54 Prozent der Kosten werden von der GGG Basel getragen. Der Umbau soll im Jahr 2025 beginnen und im Jahr 2026 abgeschlossen sein.

Die BKK hat sich das Geschäft von der Leiterin Kultur und der Leiterin Kulturinstitutionen vorstellen lassen und in einer Sitzung beraten. Die Bibliotheken sind wichtige Aufenthaltsorte für Kinder und Jugendliche. Im Kleinbasel gibt es zwei kleine Zweigstellen, die nicht mehr den heutigen Standards entsprechen. Die beengten Platzverhältnisse in der Bibliothek Bläsi können der erfreulich grossen Nachfrage nicht mehr gerecht werden. Mit der Erweiterung um 330 m2 wird die Gesamtfläche verdoppelt, um das Angebot zu stärken, neue Zielgruppen anzusprechen und den Standort den Bedürfnissen anzupassen. Ein barrierefreier Zugang, verbesserte Angebote für Kinder, Jugendliche und Menschen mit Migrationshintergrund sowie die Nutzung eines gemeinsamen Veranstaltungsraumes in der GGG Alterssiedlung Bläsistift, die direkt neben der Bibliothek liegt, werden umgesetzt.

Die BKK erkennt die Notwendigkeit des Umbaus an, äusserte jedoch Bedenken wegen der hohen Baukosten. Gemäss Verwaltung sind die Arbeiten aufwendiger als gedacht. Die BKK hat auf Anfrage Einblick in die Baukostenschätzung erhalten und hält die Einschätzung der Verwaltung für nachvollziehbar. Der Vorwurf des Baus einer überteuerten Bibliothek konnte damit entkräftet werden. Für die mit der Erweiterung der Bibliothek Bläsi verbundenen zusätzlichen Personalressourcen, wird die GGG Stadtbibliothek für die Staatsbeitragsperiode 2026 bis 2029 eine Erhöhung des Staatsbeitrags beantragen.

Die BKK empfiehlt dem Grossen Rat, den beantragten Investitionsbeitrag von 820’000 Franken zu bewilligen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Der Regierungsrat stimmt der Vizepräsidentin der BKK hier in allem zu. Es ist ein tolles wichtiges Projekt und ich möchte Sie auch bitten, den Investitionsbetrag für den Umbau und die Erweiterung der

Bibliothek Bläsi zu sprechen. Wir haben gehört, auch der Kostenteiler 46 Prozent Kanton und 54 Prozent GGG spricht an und für sich für sich.

Der Anlass der Erweiterung hat die Vizepräsidentin der BKK auch schon erwähnt. Die Bibliothek ist seit 24 Jahren an ihrem Standort, dem Bläsiring 85, und bedient ein Einzugsgebiet von rund 55’000 Personen. Sie ist beliebt, sie ist vor allem auch bei Kindern und Jugendlichen beliebt als Arbeitsort oder für ihre Freizeitgestaltung, auch zur Nutzung des Angebots bibliothekarische Jugendarbeit.

In den letzten Jahren ist wegen dieser steigenden Beliebtheit eben eine Platznot entstanden. Die verschiedenen Zielgruppen können auch jetzt mit einfacheren baulichen Massnahmen nicht mehr gut entflochten werden. Sie stören sich gegenseitig, so dass diese Erweiterung der Räumlichkeiten jetzt vom ersten Stock ins Erdgeschoss der Liegenschaft sozusagen überfällig wird. Die Fläche soll mehr als verdoppelt werden.

Zu betonen ist, dass die Zweigstelle Bläsi neben einer klassischen Bibliothek eben auch ein wichtiger Raum für Veranstaltungen mit Kindern und Schulen ist. Sie hat eine sehr gute Verankerung, eine hohe Beliebtheit im Quartier und ist somit auch ein wichtiger Ort für die Jugendarbeit. Sie erfüllt eine wichtige sozialintegrative Funktion.

Die zwei strategischen Ziele, die dieses Vorhaben erfüllt, das ist die Stärkung des Bibliotheksangebots im Kleinbasel, wir haben ja dort mit dem Hirzbrunnen und eben dem Bläsi zwei lediglich kleine Filialen, und eben auch die Stärkung der Bibliothek sozusagen als dritter Ort für dicht besiedelte Kleinbasler Quartiere, wo zusätzlich ja noch ein Bevölkerungswachstum zu erwarten ist mit der Umnutzung der neuen Areale, beispielsweise eben des Klybecks.

Ich möchte nicht noch weiter in die Tiefe gehen, da die Vizepräsidentin der BKK auch schon vieles sehr richtig ausgeführt hat. Ich möchte zusammenfassend einfach auch nochmals betonen, dass der Regierungsrat mit der Arbeit und Rolle der GGG Stadtbibliothek sehr zufrieden ist und die Zielsetzung und die Mehrwerte des geplanten Bauprojekts als Relevanz und wichtig, besonders für das Kleinbasel einschätzt.

Wir unterstützen die Stärkung des Quartiers, wir empfehlen, uns an der Investition im beantragten Umfang von 820’000 Franken zu beteiligen. Die kontinuierliche Arbeit der Institution wird damit ebenso gewürdigt wie eben die Wichtigkeit einer verbesserten Aufenthaltsqualität für ein breites vielschichtiges Publikum in der Zweigstelle Bibliothek Bläsi im Kleinbasel.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung (Seite 7 des Ausgabenberichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004378, 18.09.24 15:31:17]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Investitionsbeitrag zur Erweiterung der Bibliothek Bläsi (Zweigstelle der GGG Stadtbibliothek Basel) am heutigen Standort am Bläsiring 85 werden der GGG Stadtbibliothek Ausgaben in der Höhe von Fr. 820'000 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wurde einstimmig angenommen mit 89 Ja-Stimmen.

20. Ausgabenbewilligung für den gemeinsamen Fachausschuss Darstellende Künste der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft für die Jahre 2024 bis 2027, Ratschlag des RR

[18.09.24 15:31:21, 24.0179.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. In Baselland kommt dieses Geschäft nicht in den Landrat, es ist ein Regierungsgeschäft. Das Wort geht an die Präsidentin der BKK Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Ich darf mündlich zum Fachausschuss Darstellende Künste berichten. Im Frühjahr 2019 haben die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft eine Evaluation der Förderbestimmungen in Auftrag gegeben. Dies aufgrund der neuen Kulturpartnerschaft, die neben dem neuen Kulturvertrag auch eine Stärkung der projektbezogenen partnerschaftlichen Förderung durch eine Erhöhung der Mittel von Seiten des Kantons Basel-Landschaft vorsah. Gleichzeitig haben das Tanzbüro Basel und der Branchenverband «t.punkt» den Kulturabteilungen der beiden Kantone ein Plädoyer zu den Perspektiven der unabhängigen Tanz- und Theaterszene in der Region abgegeben. Darin wurden Veränderungen in den Förderbestimmungen eingefordert. Durch dieses Engagement konnte eine Begleitgruppe installiert werden, die die Verfahrensschritte in der Evaluation begleitete.

Unter anderem durch viele Einzelinterviews und eine grossangelegte Online-Umfrage konnte aufgezeigt werden, dass die meisten Kulturschaffenden in den darstellenden Künsten unter prekären Umständen leben und arbeiten. So hat sich als primäres Handlungsfeld für eine Veränderung der Förderbestimmungen die Stabilisierung der Arbeitssituation der Antragstellerinnen und Antragsteller herauskristallisiert. Zwar war der Einbezug von verschiedenen Expertinnen und Experten auch von ausserhalb der Verwaltung und der Blick auf Fördermodelle aus anderen Kantonen sehr hilfreich und ergiebig, brauchte aber unter Corona-Bedingungen mehr Zeit. So konnte die Überarbeitung des neuen Fördermodells erst 2023 abgeschlossen und die Neuerungen online publiziert werden.

Eine zentrale Empfehlung aus der Evaluation war die Sicherstellung einer nachhaltigen Auswertung von Stücken. So sollen Stücke, die für Basel produziert werden, auch in der Gesamtschweiz und im Ausland gezeigt werden können. Diese nachhaltige Auswertung war auch ein Wunsch der Szene, weil das so zusätzliche Einnahmen generiert, ein Zuwachs an Renommée und die künstlerische Entwicklung einer Gruppe gefördert werden und die prekäre Lebenssituation vieler verbessert werden kann.

Die Wirkungsziele im neuen Fördermodell werden entsprechend wie folgt formuliert: Die Arbeitsbedingungen der Kulturschaffenden sind stabilisiert. Produzierende halten die Empfehlungen der Verbände zu den Richtgagen ein und können diese finanzieren. Der Mitteleinsatz erfolgt gezielt durch qualitativ selektive Förderung. Die flexible Kombination von Förderinstrumenten leistet einen Beitrag zu individuellen künstlerischen Laufbahnen mit unterschiedlichen Bedürfnissen.

So greift das neue Fördermodell die verschiedenen Arbeitszyklen und Produktionsweisen in der freien Theater-, Tanz- und Zirkusszene auf, damit der Produktionsdruck gemindert und die Mittel nachhaltiger eingesetzt werden können. Am Hearing erklärten die Verantwortlichen der Abteilung Kultur, dass in Basel viele gute Produktionen umgesetzt würden, die leider aber nur wenig aufgeführt werden. Das sei schade, da sie zumeist ein grosses Potenzial aufweisen würden. Mit dem neuen Fördermodell soll es nun möglich sein, dass Produktionen auch ausserhalb der Region und im Ausland gespielt und die Auswertung der Stücke nachhaltiger werden können.

Im nun geltenden Fördermodell sind nebst den bestehenden Förderkategorien, die weiterentwickelt worden sind, neu die Kategorien Strukturförderung und Beiträge an individuelle Laufbahnschritte hinzugekommen. Die verschiedenen Kategorien sind modular nutzbar. Wie genau die verschiedenen Förderkategorien definiert sind, ist im Ratschlag erläutert und ich gehe jetzt nicht darauf ein. Auch wie der Fachausschuss organisiert ist, wird im Ratschlag erläutert. Ich komme aber noch zur finanziellen Situation.

Seit dem Jahr 2022 belaufen sich die Beiträge seitens des Kantons Basel-Landschaft auf jährlich 705’000 Franken. Der Kanton Basel-Stadt leistete bis anhin jährlich 565’000 Franken. Mit dem neuen Fördermodell sollen die Mittel beider Kantone erhöht werden, so dass dem Fachausschuss jährlich ab 2026 statt 1'270’000 Franken neu 1'780’000 Franken zur Verfügung stehen. Die gemeinschaftliche Erhöhung soll dabei schrittweise geschehen. Per 2024 wird der Kanton Basel-Landschaft

seinen Beitrag auf 1’055’000 Franken aufstocken. Der Kanton Basel-Stadt bleibt vorerst auf den 565’000 Franken. Per 2026 soll dann die zweite Erhöhung stattfinden. Der Kanton Basel-Landschaft erhöht seinen Betrag dann auf jährlich 1'135’000 Franken und der Kanton Basel-Stadt auf jährlich 645’000 Franken. Dass der Kanton Basel-Landschaft mehr Mittel am Fachausschuss Darstellende Künste trägt, wird dadurch ermöglicht, dass er seinen Beitrag im gemeinsamen Fachausschuss Musik reduziert.

Insgesamt werden die vier gemeinsamen Fachausschüsse von den beiden Kantonen finanziell gleichberechtigt getragen. Allerdings variiert der Betrag innerhalb der Fachausschüsse. Unterschiedlich ist auch die Bewilligungspraxis der beiden Parlamente in Bezug auf die Staatsbeiträge. Wir bewilligen die Beiträge via Ratschlag für üblicherweise vier Jahre. Der Landrat bewilligt die Staatsbeiträge an die Fachausschüsse jeweils jährlich innerhalb des Budgetprozesses. Für das Jahr 2024 hat der Landrat den Beitrag bewilligt.

Die BKK hat sich Gedanken darüber gemacht, was geschieht, sollte der Landrat für die Jahre 2025 bis 2027 seinen Beitrag kürzen oder nicht bewilligen. Auf Nachfrage beim Regierungsrat hat die BKK folgende Auskunft erhalten: Sollten Regierungsrat und Landrat des Kantons Basel-Landschaft für die Jahre 2025 bis 2027 abweichende Beschlüsse gegenüber dem mit dem Ratschlag vorgelegten Finanzierungsplan des Fachausschusses Darstellende Künste treffen, so wird auf den Ausgabenbeschluss zurückzukommen sein. Der Regierungsrat würde dem Grossen Rat in diesem Fall einen neuen Vorschlag unterbreiten.

Mit dieser Auskunft kann die BKK dem Ratschlag einstimmig zustimmen und empfiehlt entsprechend dem Grossen Rat, das auch zu tun.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort geht an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Vielen Dank an die BKK für die Beratung dieses Geschäftes und an die Präsidentin für ihre Ausführungen. Wir haben es gehört und sind uns einmal mehr bewusst geworden, dass Basler Kulturleben wird eben nicht nur durch die Angebote der Kulturinstitutionen geprägt, sondern massgeblich bereichert durch die Tätigkeit der hier tätigen freien Kulturschaffenden. In den Sparten darstellenden Künste, Literatur, Musik sowie Film und Medienkunst fördern die beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft seit 1998 schon gemeinsam. Sie haben dafür gemeinsame Förderkredite eingerichtet und die Gesuche werden jeweils pro Sparte durch einen Fachausschuss beurteilt, dem sieben fachlich qualifizierte Mitglieder angehören.

Der Fachausschuss Darstellende Künste, über den wir heute indirekt reden, ist für die Förderung des zeitgenössischen Tanz-, Theater- und Zirkusschaffens in der Region Basel zuständig. Das Fachgremium beurteilt Beitragsgesuche für Projekte, die unabhängig von den Häusern mit festen Ensembles durch freie Gruppen erarbeitet werden. Sie werden teilweise als Co-Produktionen mit der Kaserne Basel, dem ROXY in Birsfelden oder weiteren Spielstätten realisiert und dort aufgeführt. Darüber hinaus sind sie aber ausserhalb der Region auf Tournee und in den Spielplätzen von Zürich, Bern, Lausanne, Brüssel, Berlin und Wien zu finden.

Die Fördertätigkeit konzentriert sich stark auf die Unterstützung solcher Produktionen. Zudem können Entwicklungs-, Gastspiel- und Wiederaufnahmebeiträge gesprochen werden und alle Förderinstrumente werden von den Kulturschaffenden der Region rege genutzt und ermöglichen diesen die Ausführung ihrer künstlerischen Tätigkeit unter professionellen Bedingungen. Zudem setzt sich der Fachausschuss seit vielen Jahren für den Nachwuchs ein. Alle zwei Jahre finden die inzwischen überregional anerkannten Treibstoff Theatertage statt. Junge Tanz- und Theaterschaffende erhalten hier die Möglichkeit, professionell zu produzieren und sich einem Publikum zu präsentieren.

Mit den sogenannten Dreijahresförderungen gewährt der Fachausschuss zwei bis maximal drei Gruppen eine Planungssicherheit, mit der sie in Basel neue Stücke zur Aufführung bringen können und zugleich ihr künstliches Netzwerk im In- und Ausland ausbauen können. Dabei handelt es sich um Spitzenförderung, für die in der Regel eine kooperative Fördervereinbarung mit der Pro Helvetia abgeschlossen wird. Die Schweizer Kulturstiftung trägt somit auch einen wesentlichen Anteil und ergänzt die Finanzierung durch die beiden Kantone.

Mit Wirkung bis zum Jahr 2024 und dem Inkrafttreten des im Bericht ausführlich beschriebenen aktuellen Fördermodells werden neu auch drei bis vier Strukturbeiträge pro Jahr vergeben. Mit diesen niedrig dotierten Förderungen erhalten aufstrebende Gruppen mit besonders hohem Potenzial die Möglichkeit, in der überregionalen Szene Fuss zu fassen und zum Beispiel ihr Touring langfristig aufzubauen.

Basels zeitgenössische Tanz-, Theater- und Zirkusszene leistet einen wichtigen Beitrag zur Angebotsvielfalt in der Region und weist gute Erfolge auf. Die Produktionen erreichen ein breites Publikum, das künstlerische Potenzial ist hoch, ebenso die nationale wie auch internationale Wahrnehmung. Entsprechend beantragen wir heute eine Erhöhung der Förderung, Sie

haben die Details von der Präsidentin der BKK hier schon gehört, der Antrag lautet auf Weiterführung der bestehenden Mittel für die Jahre 2024 bis 2025 und dann eben die Erhöhung um je 80’000 Franken für die Jahre 2026 bis 2027.

Der Regierungsrat bittet Sie zusammen mit der BKK, diesem Antrag zu folgen. Mit Ihrer Zustimmung zur Ausgabenbewilligung setzen Sie sich dafür ein, dass auch in Zukunft hier in der Region gesellschaftliche relevante und für die Stadtgesellschaft ansprechende Tanz-, Theater- und Zirkusaufführungen zu sehen sind, die unter fairen Bedingungen für die Kulturschaffenden produziert werden. Ich bitte Sie daher um Unterstützung dieses wesentlichen Anliegens für das regionale Kulturschaffen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es haben sich keine Sprechenden eingetragen. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung (Seite 7 des Ausgabenberichts)

Titel und Ingress

1. Ausgabenbewilligung

2. Vorbehalt Zustimmung Partnerkanton

Publikationsklausel

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004380, 18.09.24 15:44:24]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für Staatsbeiträge an den gemeinsamen Fachausschuss Darstellende Künste der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben in der Höhe von Fr. 2'420'000 bewilligt.

2. Der Beschluss des Grossen Rates gilt unter dem Vorbehalt, dass der Regierungsrat und der Landrat des Kantons Basel-Landschaft den auf ihren Kanton entfallenden Kostenanteil gutheissen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 85 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme zugestimmt.

21. Entwurf zum Wassergesetz, Bericht der UVEK

[18.09.24 15:44:31, 22.0122.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): In diesem Geschäft geht es darum, bestehende Gesetze mit Bezug zum Thema Wasser zusammenzuführen, zu aktualisieren, zu vereinfachen, zu verbessern, besser zu strukturieren und mit der Bundesgesetzgebung konform zu machen. Wir haben dieses Geschäft in insgesamt sieben Sitzungen in der UVEK beraten und wurden dabei immer sehr gut begleitet durch das WSU. Vielen Dank an dieser Stelle.

Für die ganze Logik dieses neuen Gesetzes, für den Aufbau, für die Hintergründe, für die Argumente, warum was nun neu zusammengesetzt wurde, möchte ich an dieser Stelle auf den Ratschlag des Regierungsrats verweisen. Im Grundsatz hat die UVEK keine Änderungen dazu vorgenommen. Wir sind dem gefolgt und haben uns überzeugen lassen, dass dieses neue Gesetz geeignet ist, um die veralteten und zum Teil auch nicht miteinander kompatiblen Bestimmungen ausser Kraft zu setzen und in diesem neuen Gesetz zusammenzufassen. Es hat grob die Struktur in den Themen Wasserbau, Gewässerschutz, Nutzung der Gewässer, dann gefolgt von allgemeinen Bestimmungen, planerische Instrumente, Vollzug und Rechtsschutz und am Schluss noch die Schluss- und Übergangsbestimmungen.

Wir haben aber in gewissen kleineren Bereichen Änderungen vorgenommen und diese auch in unserem schriftlichen Bericht begründet und darauf möchte ich nun hauptsächlich eingehen. Wie gesagt, haben wir uns Zeit genommen, um das genau anzuschauen. Wir haben zwischen Herbst letztes Jahr und Frühling dieses Jahr in sieben Sitzungen vornehmlich Zusätze wie Biodiversität, Wiederherstellung des natürlichen Wasserkreislaufes und dann noch der Begriff Niederschlagswasser, das waren so die drei grossen Themen, die wir am Schluss behandelt haben.

Zum ersten; Verankerung der Biodiversität. Dort ist die UVEK zum Schluss gekommen, dass es Sinn macht, diese im Zweckartikel prominenter zu verankern. Sie findet sich dann auch wieder in den Abschnitten zum Wasserbau, wo es um den Inhalt geht, was ist Wasserbau und dann auch um die Massnahmen.

Der zweite Punkt; die Wiederherstellung des natürlichen Wasserhaushaltes, das heisst, den lokalen Wasserkreislauf zu schliessen. Dort haben wir uns einerseits bei den generellen Entwässerungsplänen die Frage gestellt, ob das Thema dorthin gehört und haben das bejaht und entsprechend Änderungen vorgenommen. Aber auch im Abschnitt um den Gewässerschutz und um Abwasseranlagen, auch dort haben wir Änderungen einfliessen lassen mit dem Ziel, dass auch die Möglichkeit vermehrt besteht, dass Wasser am Ort, wo es auf die Erde trifft, auch versickern kann.

Und der dritte Punkt, das ist ein, würde ich sagen, eher kleinerer redaktioneller Punkt; wir haben konsequent im neuen Gesetz versucht, den Begriff Niederschlagswasser zu verwenden. Diese Begrifflichkeit war in unseren Augen im Entwurf des Regierungsrates nicht überall konsistent.

Insgesamt, Sie sehen, wir haben relativ wenige Änderungen vorgenommen, aber das ganze Gesetz mit all seinen mehreren Paragrafen durchgearbeitet und geprüft. Zu den meisten Sachen sind wir einverstanden gewesen mit dem Vorschlag und der Erklärung des Regierungsrates, haben zum Teil auch noch unsere Sicht der Dinge in unserem Bericht dazu dargelegt und in wenigen Paragrafen auch Änderungen vorgenommen, die ich vorher ausgeführt haben.

Am Ende war dann die UVEK zum Schluss gekommen, diesem Gesetzesentwurf mit unseren Änderungen zuzustimmen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Damit geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Ich bin sehr froh, dass das Wassergesetz nun jetzt hier vorliegt, nach Vernehmlassung, nach intensiver Beratung in der UVEK und jetzt für Sie zur Bereinigung und Verabschiedung. Das Wassergesetz, das deckt neu drei Themenbereiche ab, und das zwar in einem einzigen Gesetz, Thema des Wasserbaus, des Gewässerschutzes und der Nutzung der Gewässer. Gleichzeitig erleichtert das neue kantonale Wassergesetz die Rechtsanwendung und es beseitigt auch kantonale Abweichungen, die heute noch existieren zum übergeordneten Bundesrecht. Wichtig scheint mir unter den heutigen Voraussetzungen die Regelungen zum Wasserbau, und hier insbesondere zum Hochwasserschutz, und die Regelung zur Siedlungsentwässerung, weil, und da sind wir uns sehr einig, auch mit der UVEK, wir möchten, dass das Niederschlagswasser, wenn immer möglich, versickert und nicht in die Kanalisation geht, wenn das machbar ist.

Die Geschichte der Vorlage. Das Wasserrecht ist zu einem grossen Teil auf der Bundesebene geregelt. Der Handlungsspielraum der Kantone ist deshalb inhaltlich beschränkt, aber die kantonalen Gesetze sind wichtig, um diese Bundesregeln dann auch vollziehen zu können. Der Bund hat die Vollzugsaufgaben im Wasserbau vor mehr als 20 Jahren an die Kantone übertragen, viele Kantone haben bereits ihre kantonalen Wasserbaugesetze und Verordnungen erlassen. Bis heute gab es das nicht im Kanton Basel-Stadt und das ist der einzige Kanton neben dem Kanton Glarus, wo das so ist. Und deshalb bin ich froh, dass jetzt mit diesem Gesetz diese wichtige Regelungslücke auch hier bei uns in Basel-Stadt geschlossen werden kann.

Im Bereich Nutzung der Gewässer gibt es zahlreiche Interessen und entsprechend auch Nutzungskonflikte. Wir kennen das alle, Wasser ist ein toller Ort, da gibt es verschiedene Möglichkeiten, dieses Wasser auch zu nutzen und da brauchen wir diese Grundlage, um dann diese Nutzungskonflikte auch entscheiden zu können. Das neue Gesetz erhöht damit auch die

Rechts- und Planungssicherheit bei verfahrensrechtlichen Fragen, das schafft somit auch mehr Klarheit für den Kanton, für die Gemeinden und auch für die Privaten. Die sorgfältige Ausarbeitung des Gesetzes, das schlägt sich auch nieder in der breiten Akzeptanz für das neue Gesetz. Dies sahen wir bereits in der Vernehmlassung, es gab wenige Rückmeldungen und es war eine einheitliche Zustimmung zum Gesetz in den Vernehmlassungsantworten festzustellen.

Die UVEK hat das Gesetz intensiv beraten und auch gewisse Änderungen vorgenommen und schlägt Ihnen jetzt diese Änderungen vor und das Gesetz zur Verabschiedung. Die UVEK hat sich dabei für eine stärkere Verankerung der Biodiversität ausgesprochen. Auch bei uns war der Schutz und Erhalt und Erweiterung der Lebensräume schon in der Grundlage drin, die Begrifflichkeit Biodiversität war noch nicht zu finden, die ist jetzt in diesem Gesetz, ich glaube, zweimal, zumindest ist es verankert und wird auch bei den Zielen selbstverständlich berücksichtigt werden bei der Umsetzung dieses Gesetzes. Und auch das Anliegen, dass die Versickerung wichtig ist, die teilt der Regierungsrat, wie schon gesagt, Niederschlagswasser, Regenwasser soll, wenn immer möglich, versickern und nicht in die Kanalisation geleitet werden. Das ist heute noch nicht so, das ist auch ein langer Weg dorthin, aber ich glaube, es ist wichtig, das Ziel und den Grundsatz zu kennen.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Beteiligten bedanken, die an dem Gesetz mitgearbeitet haben, bei den Menschen in der Verwaltung von verschiedenen Einheiten, aber auch bei der UVEK unter der Führung ihres Präsidenten. Die Ausarbeitung der Verordnung läuft und kommt gut voran, so dass wir dann bald ein neues Gesetz haben für das Wasser im Allgemeinen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Für die SP hat das Wort Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Auch die SP sieht und würdigt die grosse Arbeit, die hinter diesem neuen Wassergesetz steckt. Das war doch im Gegenteil zum Thema eine eher trockene Angelegenheit, all diese Bestimmungen und Gesetzteile zum Thema Wasser an einem Ort zusammenzuführen. Uns SP-Vertreterinnen und Vertretern in der UVEK war es wichtig, dass dieses Gesetz nicht nur einfach alle bestehenden Gesetze zusammenfasst, sondern auch modernisiert und in die heutige Zeit übertragen wird, denn einzelne Bestandteile daraus, die sind über 100 Jahre alt. Ich möchte lediglich auf zwei Themen eingehen, die uns besonders wichtig waren.

Das erste Thema ist die Wasserretention. Der grundsätzliche Umgang mit dem Wasser hat sich verändert. Früher war das Ziel, salopp gesagt, das Regenwasser aus der Wolke so schnell es geht in die Kanalisation und aus der Stadt abzuleiten. Heute sehen wir das anders. Man versucht möglichst viel Wasser in und bzw. vor allem unter der Stadt zu speichern, um Hochwasser zu verhindern und um Reserven für Trockenperioden anzulegen. In der Praxis heisst das, Regenwasser, wenn möglich, nicht in die Dolen, sondern auf Freiflächen, in Versickerungsschächte, etc. zu leiten. Diese entlastet dann auch die Kläranlage. Zu diesem Konzept gehörigen Begriffe der Schwammstadt oder der blau-grünen Infrastruktur kennen ja mittlerweile längst nicht mehr nur Fachleute.

Die zuständigen Fachstellen haben uns versichert, dass diese Denkweise bei ihnen angekommen und verinnerlicht ist. Deshalb konnten wir uns auch darauf einigen, das Wassergesetz mit der Überarbeitung an die neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse anzupassen. Wir haben sie im Zweckartikel und in den Ergänzungen zu § 9 entsprechend verankert. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Entwässerungsgebühr neu auch für Versickerungsanlagen gelten soll und nicht nur für die Kanalisation. Wir hoffen, dass diese blau-grüne Infrastrukturen fördert, zum Beispiel Mulden in grünen Streifen im Strassenraum, zentrale Versickerungsschächte oder Retentionsteiche.

Als zweiten Punkt möchte ich noch den Aspekt der Biodiversität nennen, die ebenfalls ein grosses Thema in der Kommissionsberatung war. Wir wissen jetzt natürlich alle, Gewässer- und Uferzonen sind wesentliche Lebensräume für Pflanzen und Tiere. Deshalb waren mir etwas irritiert, dass der Begriff der Biodiversität überhaupt nicht, aber auch Begriffe wie Pflanze oder Tier im Gesetzesentwurf kaum einmal erwähnt waren. Natürlich ist das Gesetz über Natur- und Landschaftsschutz beim Schutz der Biodiversität die wichtigste Grundlage. Aber wir lesen in der Biodiversitätsstrategie auch verschiedene zentrale Massnahmen zur Artenvielfalt an und in Gewässern. Gewässer haben ein besonderes Potenzial, deshalb halten wir es für sinnvoll, die Biodiversität in einigen Paragrafen explizit zu nennen.

Und gerade im Bereich Wasserbau sehen wir diese Erwähnung auch nicht als Konflikt, im Gegenteil. Wasserbauliche Massnahmen und die Förderung der Biodiversität unterstützen sich sogar gegenseitig. Gerade bei Revitalisierungen ist erwiesen, dass grössere und vielfältige Flächen mehr Hochwasser aufnehmen können, das Naturnähe zu widerstandsfähigen Ökosystemen führt und dass eine grössere Biodiversität dazu führt, dass sich die Natur nach schweren Ereignissen schneller wieder erholen kann. Das waren die zwei Punkte, die ich gern noch etwas vertiefen wollte, auf die übrigen rund 70 Paragrafen gehe ich nicht im Detail ein. Sie können aber davon ausgehen, dass wir diese in der Kommission Punkt für Punkt durchgegangen sind.

Wir empfehlen Ihnen, dem Gesetz zuzustimmen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Für die Fraktion GAB hat Raffaela Hanauer das Wort.

Raffaela Hanauer (GAB): Meine Fraktion begrüsst das Zusammentragen diverser Gesetze zu einem Wassergesetz. Es ist übersichtlicher, klarer und es bringt auch Klärungen in vielen Bereichen. Meine Fraktion dankt auch der UVEK für ihre diversen Abklärungen zum Gesetzesentwurf und für den fundierten Bericht, den wir als sehr wertvoll empfinden. Der Ratschlag des Regierungsrats sah leider keine Biodiversitätsförderung im Gewässerraum vor. Daher freut es uns besonders, dass dank der UVEK die Biodiversität nun auch im Wassergesetz verankert wird, und zwar ist das an drei Orten getan worden und auch an diesen drei Orten besonders sinnvoll.

Im Zweckartikel, es wurde bereits gesagt, ist die Biodiversität nun verankert und das bedeutet, dass auch Massnahmen, die im Wasserraum gemacht werden, auch der Biodiversität dienen sollen. Es ist auch im Kapitel zum Wasserbau verankert, denn wenn wir Wasserbau machen, dann ist es sehr wichtig, dass wir die Biodiversität besonders berücksichtigen, und es ist auch bei den Massnahmen zum Gewässerunterhalt nun verankert, weil wer das Gewässer und den Uferbereich unterhält und pflegt, hat nun auch das Ziel zu verfolgen, die Biodiversität mit diesen Massnahmen zu fördern.

Das ist richtig, weil wir haben eine Biodiversitätsstrategie. Die Biodiversitätsstrategie, die sieht auch Massnahmen im Gewässerraum vor. Die Biodiversitätsstrategie und das Wassergesetz wurden zu einer gewissen Zeit parallel erarbeitet und wir sehen, dass es da ganz klar Synergien gibt. Wie hätten es begrüsst, wenn auch im Vorschlag bereits diese Synergien ausgeschöpft worden wären. Wir anerkennen, dass die Erhaltung und Aufwertung und auch die Wiederherstellung des natürlichen Zustands der Gewässer auch Eingang in das Gesetz gefunden hat, gewünscht hätten wir uns jedoch ein breiteres Verständnis der Biodiversität.

Es geht hier nicht nur um Begrifflichkeiten. Die Aufwertung eines Lebensraumes trägt nicht per se zur Biodiversitätssteigerung bei in ihrer ganzen Breite, denn Biodiversität bedeutet mehr als nur Lebensräume gut unterhalten. Bei der Biodiversität geht es um die Vielfalt von Ökosystemen, Arten und Genen, es geht um Gemeinschaften aus Pflanzen, Tieren und Mikroorganismen, die in Wechselwirkung eine funktionierende Einheit bilden. Es geht nicht nur um die Tier- und Pflanzenwelt, sondern auch um Pilze und Bakterien. Die Biodiversität muss demnach auch als Begriff und als Konzept gestärkt werden und mehr Gewicht erhalten.

Weshalb ist dies so wichtig? Das ist natürlich nicht einfach nur die Biodiversität als Begriff in einem Gesetz, sondern wir haben ein Artensterben und das Artensterben, das bedroht unsere Lebensgrundlage. Schweizweit sind 35 Prozent aller Arten auf der roten Liste, weltweit über eine Milliarde Arten bedroht. Wir müssen handeln und natürlich müssen wir die Biodiversitätskrise auch im Gewässerraum bekämpfen. Wir danken daher sehr herzlich der UVEK für die Ergänzung. Natürlich begrüssen wir auch die Anpassungen zum Niederschlagswassermanagement und zum Wasserkreislauf. Wir wollen eine Schwammstadt sein und das müssen wir natürlich auch, wenn wir ein neues Wassergesetz verabschieden, berücksichtigen.

Meine Fraktion wird dem Gesetzesentwurf zustimmen und freut sich sehr, dass die Biodiversität hier nun in ihrer ganzen Breite Beachtung gefunden hat.

Balz Herter (Mitte-EVP): Regierungsrat Kaspar Sutter und der Kommissionspräsident Raphael Fuhrer verzichten auf ein zweites Votum. Eintreten ist nicht bestritten, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 14 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 bis 5

2. Planerische Instrumente

§ 6 bis 12

3. Wasserbau

§ 13

3.1 Hochwasserschutz und Revitalisierung

§ 14 bis 18

3.2 Gewässerunterhalt

§ 19 bis 22

3.3 Objektschutzmassnahmen

§ 23

4. Gewässerschutz

§ 24

4.1 Bewilligungs-, Melde- und Informationspflichten

§ 25 bis 28

4.2 Schadensereignisse und Pikettdienst

§ 29 bis 31

4.3 Siedlungsentwässerung

§ 32 bis 39

5. Nutzung der Gewässer

§ 40

5.1 Bewilligungen und Konzessionen

§ 41 bis 51

5.2 Bewilligungs- und Konzessionsverfahren

§ 52 bis 55

6. Vollzug und Rechtsschutz

6.1 Zuständigkeiten und Übertragung von Vollzugsaufgaben

§ 56 bis 58

6.2 Vollzugsinstrumente

§ 59 bis 62

6.3 Rechtsschutz und Strafbestimmungen

§ 63 bis 65.

7. Übergangsbestimmungen

§ 66 bis 69

II. Änderungen anderer Erlasse.

1. Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Raumes (NöRG)

§ 2 Abs. 2 (geändert)

2. Bau- und Planungsgesetz (BPG) wird wie folgt geändert:

§ 106 Abs. 1

§ 154 Abs. 1

§ 164 Abs. 2 (aufgehoben), Abs. 3 (geändert)

Titel nach § 173

Titel nach 8.C

§ 174 (aufgehoben)

§ 175 (aufgehoben)

3. Gesetz über die Industriellen Werke Basel

§ 30 Abs. 5 (geändert)

III. Aufhebung anderer Erlasse

1. Gesetz betreffend Einführung des Bundesgesetzes über Nutzbarmachung der Wasserkräfte wird aufgehoben.

2. Gesetz über die Nutzung von öffentlichem Fluss- und Grundwasser (Wassernutzungsgesetz) wird aufgehoben.

3. Gesetz über Grundwasserschutzzonen wird aufgehoben.

IV. Schlussbestimmung

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004382, 18.09.24 16:04:47]*

Der Grosse Rat beschliesst

I.

1. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Gegenstand und Geltungsbereich

1 Gegenstand dieses Gesetzes sind die Gewässerhoheit, der Gewässerraum, der Wasserbau, der Gewässerschutz sowie die Nutzung der Gewässer im Kanton Basel-Stadt.

2 Das Gesetz gilt für alle Gewässer auf dem Kantonsgebiet.

§ 2 Zweck

1 Dieses Gesetz bezweckt:

a) die Sicherung des Bestandes und des Raumbedarfs der Gewässer;

b) den Schutz von Menschen, Tieren und Sachen vor schädigenden Einwirkungen des Wassers;

c) die Erhaltung, Aufwertung und Wiederherstellung des natürlichen Zustands der Gewässer;

d) die Erhaltung, Aufwertung und Schaffung von Lebensräumen im und am Gewässer unter besonderer Berücksichtigung der Biodiversität;

e) die Erhaltung und Verbesserung der Wasserqualität;

f) die Bewirtschaftung und sichere Entsorgung des Abwassers;

g) die nachhaltige Nutzung der Gewässer;

h) den Schutz und die Wiederherstellung des natürlichen Wasserhaushalts und des lokalen Wasserkreislaufs;

i) eine ressourcenschonende und klimaangepasste Wasser- und Abwasserwirtschaft.

§ 3 Gewässerhoheit und -aufsicht

1 Die Verfügung über die Wasserkraft der öffentlichen Gewässer auf dem Kantonsgebiet steht ausschliesslich dem Kanton zu. Vorbehalten bleiben die Rechte der Korporation für die Nutzung des St. Albanteiches.

2 Das Grundwasser und seine Aufstösse sowie die oberirdischen Gewässer im Kanton Basel-Stadt stehen unter der Hoheit des Kantons und gelten in diesem Sinn als öffentliche Gewässer. Vorbehalten bleibt der Nachweis ehehafter oder privater Rechte.

3 Bei den oberirdischen Gewässern umfasst die Hoheit unabhängig vom Grundeigentum das Wasser sowie das Wasserbett mit der Gewässersohle und der tierischen und pflanzlichen Besiedlung.

4 Fliesst ein Gewässer über ein privates Grundstück, ist durch die zuständige kantonale Behörde im Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster) eine öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkung einzutragen.

5 Nicht öffentliche Gewässer stehen unter der Aufsicht des Kantons.

6 Der Regierungsrat stellt von Amtes wegen oder auf Antrag einer Person mit schutzwürdigem Interesse fest, ob an einem Gewässer private Rechte bestehen.

§ 4 Regionale und lokale Gewässer

1 Rhein, Wiese, Birs und Birsig sind die oberirdischen Gewässer von regionaler Bedeutung. Die übrigen oberirdischen Gewässer sind von lokaler Bedeutung.

§ 5 Gewässerplan

1 Die zuständige kantonale Behörde führt einen Gewässerplan, in welchem die öffentlichen oberirdischen Gewässer dargestellt sind.

2. Planerische Instrumente

§ 6 Gewässerraum

1 Der Regierungsrat legt den Gewässerraum in einem kantonalen Nutzungsplan fest.

2 Für innerhalb des Gewässerraums liegende, rechtmässig erstellte und bestimmungsgemäss nutzbare Bauten und Anlagen innerhalb der Bauzone gilt der Bestandesschutz gemäss den kantonalen Bauvorschriften.

3 Der Gewässerraum ist im ÖREB-Kataster zu führen.

§ 7 Revitalisierungsplanung

1 Die zuständige kantonale Behörde bezeichnet nach Anhörung der Einwohnergemeinden die zu revitalisierenden Gewässerabschnitte, bestimmt die Revitalisierungsmassnahmen und legt die Frist zu deren Umsetzung fest.

§ 8 Gefahrengebiete

1 Die zuständige kantonale Behörde bezeichnet nach Anhörung der betroffenen Einwohnergemeinden Gefahrengebiete, in denen mit einer Gefährdung durch Hochwasser oder Oberflächenabfluss zu rechnen ist, und erstellt die Gefahrenkarte.

2 Die Gefahrenkarte ist für die Behörden verbindlich.

3 Die zuständige kantonale Behörde berät die Einwohnergemeinden bei der risikogerechten Umsetzung.

§ 9 Genereller Entwässerungsplan

1 Der Regierungsrat und die Gemeinderäte der Einwohnergemeinden Bettingen und Riehen erstellen für ihr jeweiliges Gemeindegebiet einen Generellen Entwässerungsplan (GEP) und sorgen für dessen periodische Nachführung.

2 Sie berücksichtigen dabei insbesondere das Ziel einer nachhaltigen Niederschlagswasserbewirtschaftung.

3 Von den Einwohnergemeinden Bettingen und Riehen erstellte GEP bedürfen der Genehmigung des Regierungsrates.

4 Die Einwohnergemeinden erstellen und betreiben die gemäss GEP notwendigen kommunalen Entwässerungssysteme mit den erforderlichen Bauten und Anlagen.

§ 10 Festsetzung der Gewässerschutzbereiche

1 Der Regierungsrat teilt das Kantonsgebiet nach Anhörung der Einwohnergemeinden Bettingen und Riehen in Gewässerschutzbereiche ein und legt die im Bundesrecht nicht geregelten Beschränkungen und Schutzmassnahmen in einer Verordnung fest.

2 Die Gewässerschutzbereiche sind für die Behörden verbindlich.

§ 11 Festsetzung der Grundwasserschutzzonen und -areale

1 Der Regierungsrat scheidet nach Anhörung der betroffenen Einwohnergemeinden zum Schutz der im öffentlichen Interesse liegenden Grundwasserfassungen und Grundwasseranreicherungsanlagen Grundwasserschutzzonen und -areale aus.

2 Die Planentwürfe sind während 30 Tagen im ÖREB-Kataster sowie bei der zuständigen Behörde des Kantons und in den betroffenen Gemeinden öffentlich aufzulegen und zu publizieren.

3 Über Einsprachen gegen die Planentwürfe entscheidet der Regierungsrat. Er holt vor seinem Entscheid die Stellungnahme der Einwohnergemeinde ein, auf deren Gebiet die Schutzzone liegt.

4 Die Inhaberinnen und Inhaber der Grundwasserfassungen und -anreicherungsanlagen tragen die Kosten des Verfahrens zur Ausscheidung der Grundwasserschutzzonen.

§ 12 Ausserbetriebnahme von Anlagen in Grundwasserschutzzonen

1 Der Kanton ersetzt den Restnutzungswert von Kanalisationen und Energieversorgungsanlagen in der Schutzzone S2, die auf Anordnung der zuständigen Behörde zum Schutze kantonaler Fassungen ausser Betrieb gesetzt werden müssen. Er trägt die Mehrkosten von Strassen und Kanalisationen, die durch die angeordneten Massnahmen zum Schutze seiner Grundwasserfassungen entstehen.

2 Für Nutzungsbeschränkungen, die einer Enteignung gleichkommen, ist volle Entschädigung zu leisten. Für das Verfahren gilt das Gesetz über Enteignung und Impropriation (Enteignungsgesetz) vom 26. Juni 1974.

3. Wasserbau

§ 13 Inhalt

1 Die Bestimmungen zum Wasserbau regeln die Zuständigkeiten und die Finanzierung bei wasserbaulichen Massnahmen und beim Objektschutz.

2 Die wasserbaulichen Massnahmen im Sinne dieses Gesetzes umfassen den baulichen Hochwasserschutz, die Revitalisierung und den Gewässerunterhalt unter besonderer Berücksichtigung der Biodiversität.

3.1 Hochwasserschutz und Revitalisierung

§ 14 Zuständigkeit des Kantons

1 Für den baulichen Hochwasserschutz und Revitalisierungen an Gewässern von regionaler Bedeutung ist der Kanton zuständig und trägt deren Kosten.

2 Der Kanton bezieht die betroffenen Einwohnergemeinden sowie bei Bedarf die betroffenen Gebietskörperschaften des benachbarten Auslands, Nachbarkantone und Dritte frühzeitig in die Projektierung mit ein.

§ 15 Zuständigkeit der Einwohnergemeinden

1 Für den baulichen Hochwasserschutz und Revitalisierungen an Gewässern von lokaler Bedeutung ist die Einwohnergemeinde zuständig, auf deren Gebiet sich das Gewässer befindet, und trägt deren Kosten.

2 Die zuständige Einwohnergemeinde bezieht den Kanton, betroffene Nachbargemeinden und Dritte frühzeitig in die Projektierung mit ein.

3 Bei Hochwasser oder Überschwemmungen informiert die betroffene Einwohnergemeinde die zuständige kantonale Fachstelle.

§ 16 Kostenbeiträge des Kantons

1 Leistet der Bund Beiträge an Massnahmen der Einwohnergemeinden für den baulichen Hochwasserschutz und Revitalisierungen, so beteiligt sich der Kanton mit 50 % an den nach Abzug der Bundesbeiträge verbleibenden Massnahmekosten.

2 Der Kanton kann sich an den Kosten auch beteiligen, wenn der Bund keine Beiträge leistet, soweit die Massnahmen:

a) auf einem kantonalen öffentlichen Interesse und einer zweckmässigen Planung beruhen und

b) die Kosten in einem angemessenen Verhältnis zum Nutzen stehen.

3 Bei der Bemessung der Beiträge im Sinne von Abs. 2 berücksichtigt der Kanton:

a) die ökologische und landschaftliche Bedeutung des Vorhabens;

b) den Erholungsnutzen für die Bevölkerung;

c) die Bedeutung für bauliche Hochwasserschutz- oder Revitalisierungsmassnahmen des Kantons.

§ 17 Kostenbeiträge von Dritten

1 Das zuständige Gemeinwesen kann von Dritten oder von anderen Gemeinwesen, die von baulichen Hochwasserschutzmassnahmen oder Revitalisierungen des Gemeinwesens profitieren, angemessene Kostenbeiträge verlangen.

2 Die Kostenbeiträge betragen insgesamt höchstens die Hälfte der Kosten und bemessen sich nach:

a) der betroffenen Fläche, einschliesslich der Fläche von Erschliessungsanlagen,

b) dem Wert der Grundstücke und der Bauten und Anlagen sowie

c) der Verbesserung der Hochwassersicherheit.

§ 18 Kostenbeiträge von Verursacherinnen und Verursachern

1 Werden bauliche Hochwasserschutzmassnahmen eines Gemeinwesens ganz oder zu einem erheblichen Teil durch Bauten und Anlagen, Einrichtungen, Vorkehren oder Planungsmassnahmen Dritter ausgelöst, kann das Gemeinwesen von diesen angemessene Kostenbeiträge verlangen.

2 Die Beiträge bemessen sich nach dem Mass der Verursachung.

3.2 Gewässerunterhalt

§ 19 Massnahmen

1 Massnahmen des Gewässerunterhalts dienen dem Hochwasserschutz und der Revitalisierung.

2 Sie umfassen:

a) naturnahe Pflege und Gestaltung von Uferbereich und Gewässersohle unter Berücksichtigung des Ziels der Förderung der Biodiversität;

b) Entfernung von Abflusshindernissen und Leerung von Geschiebe- und Schwemmholzsammlern;

c) Behebung von Schäden an Dämmen und anderen Wasserbauten;

d) ökologische Verbesserungen der Gewässermorphologie, wenn dazu nur geringe wasserbauliche Eingriffe nötig sind;

e) Massnahmen zum Erhalt des Gewässers in einem stabilen Zustand (Erosionsschutz).

§ 20 Zuständigkeit der Grundeigentümerschaft

1 Für den Unterhalt von Flächen im Gewässerraum ist deren Grundeigentümerschaft zuständig und trägt dessen Kosten.

2 Die Grundeigentümerschaft kann die Unterhaltsmassnahmen auf eigene Kosten von der Einwohnergemeinde, auf deren Gemeindegebiet die Flächen liegen, ausführen lassen.

3 Die Durchsetzung der Unterhaltspflicht obliegt der jeweiligen Einwohnergemeinde.

§ 21 Zuständigkeit bei eingedolten Gewässern

1 Für den Unterhalt von eingedolten Gewässerabschnitten und den entsprechenden Bauteilen ist die Einwohnergemeinde zuständig, auf deren Gemeindegebiet sie liegen. Die §§ 17 und 18 gelten sinngemäss.

§ 22 Zuständigkeit der Eigentümerschaft von Bauten und Anlagen im Gewässerraum

1 Für den Unterhalt, die Reinigung und den Ersatz von Bauten und Anlagen im Gewässerraum ist die jeweilige Eigentümerschaft zuständig und trägt deren Kosten.

2 Die Eigentümerschaft ist zur Anpassung ihrer Bauten und Anlagen auf eigene Kosten verpflichtet, wenn Eingriffe im öffentlichen Interesse an Gewässern neue Verhältnisse geschaffen haben.

3 Die Durchsetzung der Pflichten gemäss Abs. 1 und 2 obliegt der jeweiligen Einwohnergemeinde.

3.3 Objektschutz

§ 23 Objektschutzmassnahmen

1 Sind bauliche Massnahmen an oberirdischen Gewässern und im Gewässerraum zum flächenhaften Schutz vor Hochwasser nicht umweltgerecht, wirtschaftlich oder zweckmässig, trifft die Eigentümerschaft von gefährdeten Bauten und Anlagen auf Anordnung der zuständigen kantonalen oder kommunalen Behörde auf eigene Kosten Objektschutzmassnahmen bei:

a) Neubauten;

b) wesentlichen Umbauten oder Zweckänderungen;

c) Trinkwasserfassungen und Abwasserreinigungsanlagen;

d) Sonderobjekten und Sonderrisiken.

2 Ziehen der Kanton oder die Einwohnergemeinde einen Nutzen aus einer Objektschutzmassnahme, so können sie sich an deren Kosten angemessen beteiligen.

4. Gewässerschutz

§ 24 Inhalt

1 Die Bestimmungen über den Gewässerschutz regeln die kantonalen und kommunalen Bewilligungs-, Melde- und Informationspflichten, Zuständigkeiten und Massnahmen bei Schadenereignissen sowie die Siedlungsentwässerung.

4.1 Bewilligungs-, Melde- und Informationspflichten

§ 25 Kantonale Bewilligungen

1 Eine kantonale gewässerschutzrechtliche Bewilligung ist erforderlich für:

a) die Erstellung und Änderung von Anlagen für die Nutzung von Boden, Untergrund, Wasser oder Abwasser zur Gewinnung von Energie, Wärme oder zur Kühlung;

b) Bohrungen ins Grundwasser;

c) Wasserhaltungsmassnahmen im Grundwasser;

d) Freilegung des Grundwasserspiegels;

e) Pumpversuche des Grundwassers;

f) Markierversuche im Gewässer;

g) Kleinkläranlagen und Aquakulturanlagen;

h) Materialentnahmen aus dem und Verklappungen in das Gewässer;

i) Entschlammung und Spülung von Gewässern.

2 Der Regierungsrat regelt die Zuständigkeit und das Verfahren auf dem Verordnungsweg.

3 Er kann auf dem Verordnungsweg für Fälle von untergeordneter Bedeutung Ausnahmen von der Bewilligungspflicht vorsehen oder Meldepflichten einführen.

§ 26 Kommunale Bewilligungen

1 Eine kommunale Bewilligung ist erforderlich für:

a) den Anschluss an die öffentliche Kanalisation;

b) die Versickerung von nicht verschmutztem Abwasser;

c) die Einleitung von nicht verschmutztem Abwasser in ein Gewässer.

2 Die Einwohnergemeinden melden der zuständigen kantonalen Behörde die bewilligten Einleitungen von nicht verschmutztem Abwasser in ein Gewässer.

§ 27 Meldepflicht

1 Eine vorgängige Meldepflicht an die zuständige kantonale Behörde besteht für:

a) nicht bewilligungspflichtige Eingriffe in den Untergrund, die das Grundwasser beeinträchtigen können;

b) bauliche Massnahmen in und an ober- und unterirdischen Gewässern, für welche keine Bewilligung nötig ist;

c) die Erstellung, Änderung oder die Ausserbetriebsetzung von nicht bewilligungspflichtigen Lageranlagen mit wassergefährdenden Flüssigkeiten gemäss Vorgabe der zuständigen Behörde.

§ 28 Informationspflicht

1 Die aus Eingriffen in den Untergrund gewonnenen geologisch-hydrogeologischen Kenntnisse sind der zuständigen kantonalen Behörde kostenlos zur Verfügung zu stellen.

4.2 Schadenereignisse und Pikettdienst

§ 29 Alarmierung und Sofortmassnahmen

1 Wer eine Gewässerverunreinigung verursacht oder einen Zustand schafft, der zu einer Gewässerverunreinigung führen könnte, muss unverzüglich die Einsatzzentrale der Kantonspolizei benachrichtigen.

2 Die verursachende Person muss die erforderlichen Sofortmassnahmen zur Vermeidung, Eindämmung und Behebung des Schadens treffen.

3 Die Einsatzkräfte und die verursachende Person sind berechtigt, zur Schadenverhütung, Schadenbegrenzung und Schadenbekämpfung nötigenfalls in fremdes Eigentum einzugreifen.

§ 30 Gewässerschutzpolizei und Schadendienst

1 Der Kanton stellt sicher, dass Gefährdungen und Verunreinigungen von Gewässern und Boden eingedämmt und behoben werden. Er betreibt dazu einen Gewässerschutz-Pikettdienst.

2 Der Gewässerschutz-Pikettdienst berät im Ereignisfall die Einsatzleitung.

§ 31 Ursachenabklärung und Prävention

1 Die zuständige kantonale Behörde klärt die Ursache von Gefährdungen und Verunreinigungen ab und trifft geeignete Massnahmen, damit sich Schadenereignisse nicht wiederholen.

4.3 Siedlungsentwässerung

§ 32 Öffentliche Abwasseranlagen

1 Öffentliche Abwasseranlagen sind die öffentliche Kanalisation einschliesslich zugehörige Sonderbauwerke wie Schächte, Pumpwerke, Rückhaltebecken, Versickerungsanlagen, Entlastungsbauwerke sowie die zentrale Abwasserreinigungsanlage.

2 Der Kanton und die Einwohnergemeinden Bettingen und Riehen erstellen, betreiben, unterhalten, verbessern und erneuern die öffentlichen Abwasseranlagen. Bei Erneuerungen und erheblichen Umbauten sind die Anlagen an den Stand der Technik anzupassen.

§ 33 Private Abwasseranlagen

1 Die Eigentümerschaft ist verpflichtet, die Abwasseranlagen ihres Grundstücks zu erstellen, betreiben, unterhalten, verbessern und erneuern.

2 Bei Industrie- und Gewerbeabwasser obliegen die Pflichten nach Abs. 1 den Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhabern.

§ 34 Industrie- und Gewerbeabwasser

1 Die zuständige kantonale Behörde formuliert Auflagen und Bedingungen zur Sicherstellung der erforderlichen Abwasserqualität in Industrie und Gewerbe.

§ 35 Zentrale Abwasserreinigungsanlage

1 Der Kanton sorgt für die Reinigung des Abwassers sowie für die Verwertung und Entsorgung der Rückstände.

2 Die zuständige kantonale Behörde kann Anforderungen an die Abwasserqualität für die Einleitung in die zentrale Abwasserreinigungsanlage festlegen.

§ 36 Ableitungsgebühr

1 Die Einwohnergemeinden erheben zur Deckung der Ausgaben für die Ableitung des Abwassers sowie für den Unterhalt und die Erneuerung der öffentlichen Kanalisation einschliesslich der Kanalisationsanschlussleitungen eine Ableitungsgebühr.

2 Gebührenpflichtig ist, wer Abwasser in die öffentliche Kanalisation einleitet.

3 Die Ableitungsgebühr setzt sich zusammen aus der Gebühr für die Ableitung des Schmutzwassers und der Gebühr für die Ableitung des Niederschlagswassers.

4 Die Gebühr für die Ableitung des Schmutzwassers berechnet sich nach der bezogenen und entnommenen Wassermenge unter Einschluss des direkt aus dem Grund- und Flusswasser bezogenen Wassers sowie des genutzten Niederschlagswassers.

5 Die Gebühr für die Ableitung des Niederschlagswassers berechnet sich nach dem Umfang der versiegelten und an die Kanalisation angeschlossenen Fläche.

6 Die Einwohnergemeinden Bettingen und Riehen können die Gebühren abweichend von den Abs. 3 - 5 festsetzen.

§ 37 Abwasserreinigungsgebühr

1 Der Kanton erhebt zur Deckung der Kosten der Abwasserreinigung eine Abwasserreinigungsgebühr.

2 Gebührenpflichtig ist, wer Abwasser in die öffentliche Kanalisation einleitet.

3 Die Abwasserreinigungsgebühr berechnet sich nach den bezogenen oder entnommenen Wassermengen unter Einschluss des direkt aus dem Grund- oder Flusswasser bezogenen Wassers sowie des genutzten Niederschlagswassers.

4 Wer durch die Einleitung von Abwasser mit besonders hoher Schmutzstoffbelastung erheblichen Mehraufwand verursacht, kann mit höheren Gebühren belastet werden.

§ 38 Ausnahmen von der Gebührenpflicht

1 Nicht gebührenpflichtig sind:

a) Wasserbezüge und -entnahmen, die nachweislich nicht durch öffentliche Abwasseranlagen beseitigt werden;

b) die Beseitigung von Wasser, das auf Anordnung der zuständigen Behörde zur Abwehr oder Behebung von Gewässerverunreinigungen entnommen wird, soweit die Pflichtigen die Gefahr oder den Schaden nicht selbst verursacht haben und ihre Kosten nicht abwälzen können.

§ 39 Ausführungsbestimmungen

1 Der Kanton und die Einwohnergemeinden erlassen in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich die nötigen Ausführungsbestimmungen zur Gebührenerhebung und -bemessung einschliesslich der Folgen verspäteter Zahlung.

5. Nutzung der Gewässer

§ 40 Inhalt

1 Die Bestimmungen über die Nutzung der Gewässer regeln die Nutzung des Grundwassers und der Oberflächengewässer zur:

a) Wasserentnahme und Wasserrückgabe unter Einschluss der Grundwasseranreicherung;

b) Nutzung der Wasserkraft.

5.1 Bewilligungen und Konzessionen

§ 41 Bewilligungsfreie Nutzung

1 Die Nutzung der Oberflächengewässer im Rahmen des schlichten Gemeingebrauchs bedarf keiner Bewilligung. Bei nicht öffentlichen Gewässern bleibt die Zustimmung der Berechtigten vorbehalten.

2 Der schlichte Gemeingebrauch kann durch Verordnung oder Verfügung eingeschränkt werden, soweit das öffentliche Wohl, die Erhaltung der Gewässer oder die Interessen der übrigen Benützerinnen und Benützer es erfordern.

3 Die Feuerwehr des Kantons Basel-Stadt kann im Ereignisfall die Oberflächengewässer bewilligungsfrei nutzen.

§ 42 Bewilligungspflichtige Nutzung

1 Für die Nutzung eines Gewässers im Rahmen des gesteigerten Gemeingebrauchs ist eine Bewilligung der zuständigen Behörde erforderlich.

2 Als gesteigerter Gemeingebrauch gelten insbesondere:

a) die Wasserentnahme aus Grundwasser oder oberirdischen Gewässern:

1. zu Kühlzwecken oder zur Wärmegewinnung einschliesslich der Wasserrückgabe,

2. als Brauchwasser für gewerbliche oder industrielle Prozesse,

3. für die Bewässerung von landwirtschaftlichen Grundstücken oder Gartenanlagen;

b) die vorübergehende Absenkung des Grundwasserspiegels.

§ 43 Konzessionspflichtige Nutzung

1 Für die Nutzung eines Gewässers im Rahmen einer Sondernutzung ist eine Konzession erforderlich. Vorbehalten bleiben die Rechte der Korporation für die Nutzung des St. Albanteiches.

2 Konzessionspflichtig ist insbesondere die Nutzung der Wasserkraft an öffentlichen Gewässern.

3 Konzessionen zur Nutzung der Wasserkraft werden vom Regierungsrat erteilt, während die Erteilung der übrigen Konzessionen zur Nutzung der Gewässer der zuständigen Behörde obliegt. Vorbehalten bleiben gesetzliche Konzessionen.

§ 44 Erteilung von Konzessionen und Bewilligungen

1 Eine Konzession oder Bewilligung kann auf Gesuch hin erteilt werden, wenn die öffentlichen Interessen gewahrt bleiben und keine Rechte anderer Berechtigter unzumutbar eingeschränkt werden.

2 Auf die Erteilung einer Konzession oder Bewilligung für die Nutzung eines Gewässers besteht kein Rechtsanspruch.

3 Unter mehreren Gesuchen wird das Vorhaben bevorzugt, das die öffentlichen Interessen besser wahrt. Der Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser kommt Vorrang zu.

4 Sind mehrere bestehende oder künftige Nutzungen auf dasselbe Wasservorkommen angewiesen, so kann die Bewilligungsbehörde eine gemeinsame Nutzung anordnen oder Prioritäten der Nutzung festlegen.

5 Der Regierungsrat kann auf dem Verordnungsweg weitere Bestimmungen zur Vermeidung oder Abschwächung von Nutzungskonflikten erlassen.

§ 45 Inhalt von Konzessionen und Bewilligungen

1 Die Konzession oder Bewilligung bestimmt Umfang, Art und Dauer des Nutzungsrechts sowie die Verhältnisse und Verpflichtungen bei dessen Beendigung. Sie wird befristet.

§ 46 Gebühren

1 Für konzessions- und bewilligungspflichtige Nutzungen öffentlicher Gewässer werden folgende Gebühren erhoben:

a) Verwaltungsgebühren für die Prüfung der Gesuche und für Kontroll- und Aufsichtsmassnahmen;

b) Grundgebühren;

c) Nutzungsgebühren;

d) Abwassergebühren.

2 Die Grundgebühren richten sich nach der technischen Leistung der Anlage und der Nutzungsart.

3 Die Nutzungsgebühren richten sich nach der entnommenen Wassermenge und der Rückgabeart.

4 Bei der Nutzung der Wasserkraft wird als Nutzungsgebühr ein jährlicher Wasserzins erhoben, dessen Höhe sich nach der Bruttoleistung gemäss der Bundesgesetzgebung über die Nutzung der Gewässer und der Wasserkraft richtet.

5 Gebühren verjähren nach fünf Jahren seit ihrer Fälligkeit.

6 Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten auf dem Verordnungsweg und passt die Gebühren regelmässig der Teuerung an.

§ 47 Gebührenreduktion und -befreiung

1 Bei erheblichen öffentlichen Interessen können Gebühren herabgesetzt oder es kann ganz darauf verzichtet werden.

2 Grundwasserentnahmen und Wasserentnahmen aus öffentlichen oberirdischen Gewässern sind von der Entrichtung der Grund- und Nutzungsgebühren befreit, soweit sie der Trinkwassergewinnung dienen.

3 Der Regierungsrat kann auf dem Verordnungsweg für Nutzungen öffentlicher Gewässer von sehr geringem Ausmass weitere Ausnahmen vorsehen.

§ 48 Eigenmächtige Nutzung

1 Nimmt jemand eine Nutzung ohne Konzession oder Bewilligung vor, kann die ordentliche Nutzungsgebühr für diese Zeit bis auf das Dreifache erhöht werden, auch wenn die Nutzung nachträglich konzessioniert oder bewilligt wird. Vorbehalten bleiben die Strafbestimmungen dieses Gesetzes.

§ 49 Übertragung

1 Die Übertragung von Konzessionen und Bewilligungen bedarf der Zustimmung der Konzessions- oder Bewilligungsbehörde.

2 Die Zustimmung kann aus wichtigen Gründen verweigert werden.

§ 50 Einschränkungen, Mehrbelastungen und Widerruf

1 Die Konzessions- oder Bewilligungsbehörde kann Nutzungsrechte jederzeit ohne Entschädigung ganz oder teilweise ändern oder widerrufen, wenn sie an wesentlichen Mängeln leiden, insbesondere gegen zwingendes Recht verstossen oder auf Irrtum oder Täuschung beruhen, sowie zum Schutz der polizeilichen Güter.

2 Die Konzessionsbehörde kann eine Konzession darüber hinaus aus Gründen des öffentlichen Interesses auf dem Weg der Enteignung ändern oder widerrufen, soweit die Konzession nichts anderes bestimmt.

3 Die Konzessionärin oder der Konzessionär muss Einschränkungen und Mehrbelastungen in der Ausübung ihrer oder seiner Rechte ohne Entschädigung dulden, wenn diese geringfügig sind.

§ 51 Beendigung

1 Die Konzession oder Bewilligung erlischt mit Ablauf ihrer Dauer oder durch schriftlichen Verzicht der Inhaberin oder des Inhabers.

2 Die Konzession oder Bewilligung kann von der Konzessions- oder Bewilligungsbehörde für verwirkt erklärt werden, wenn die Inhaberin oder der Inhaber:

a) von ihren oder seinen Rechten innert fünf Jahren keinen Gebrauch macht;

b) die Nutzung zwei Jahre oder länger unterbricht und innert angemessener Frist nicht wieder aufnimmt;

c) wichtige Pflichten trotz Mahnung verletzt;

d) die Frist für die Bauvollendung nicht einhält, soweit ihr oder ihm die Verzögerung angelastet werden kann.

5.2 Bewilligungs- und Konzessionierungsverfahren

§ 52 Vorprüfung

1 Das Nutzungsgesuch ist mit den erforderlichen Unterlagen bei der zuständigen Behörde einzureichen.

2 Die Behörde weist das Gesuch ab, wenn das Vorhaben öffentliche Interessen erheblich beeinträchtigen würde.

§ 53 Auflageverfahren

1 Nach der Vorprüfung legt die Behörde das Nutzungsgesuch während 30 Tagen öffentlich auf und macht die Planauflage öffentlich bekannt.

2 Innerhalb der Auflagefrist können betroffene Personen und die nach § 64 rekursberechtigten Verbände Einsprache erheben.

3 Über Einsprachen entscheidet die zuständige Behörde zusammen mit dem Entscheid über die Bewilligung oder Konzession.

4 Von der öffentlichen Planauflage und dem Einspracheverfahren kann abgesehen werden, wenn ein Vorhaben von untergeordneter Bedeutung ist und Interessen Dritter offensichtlich nicht berührt sind.

§ 54 Koordination

1 Erfordert die beabsichtigte Nutzung zugleich bauliche Massnahmen oder Massnahmen im öffentlichen Raum, sind die Entscheide aufeinander abzustimmen, soweit das kantonale Recht keine Ausnahme von der Koordinationspflicht vorsieht.

2 Das Leitverfahren bestimmt sich nach dem kantonalen Bau- und Planungsrecht bzw. nach dem kantonalen Recht über die Nutzung des öffentlichen Raums.

§ 55 Zweistufiges Verfahren

1 Bei Gesuchen für die Nutzung der Wasserkraft ist ein zweistufiges Verfahren durchzuführen.

2 In der ersten Stufe entscheidet der Regierungsrat im Konzessionsbeschluss über die wesentlichen Elemente der Nutzung der Wasserkraft wie Umfang, Art und Dauer des Nutzungsrechts, die wirtschaftlichen Leistungen der Berechtigten und die Verhältnisse und Verpflichtungen bei Ablauf des Nutzungsrechts sowie die wesentlichen raum- und umweltrelevanten Aspekte. Für das Verfahren gelten die §§ 52 und 53 sinngemäss.

3 In der zweiten Stufe entscheidet die Baubewilligungsbehörde im Baubewilligungsverfahren über das Bauprojekt, indem sie über die übrigen notwendigen Elemente, Bedingungen und Auflagen verfügt. Die Koordinationspflicht gemäss § 54 gilt sinngemäss.

6. Vollzug und Rechtsschutz

6.1 Zuständigkeiten und Übertragung von Vollzugsaufgaben

§ 56 Ausführungsbestimmungen

1 Der Regierungsrat und in ihrem Zuständigkeitsbereich die Einwohnergemeinden erlassen die für den Vollzug dieses Gesetzes sowie des Bundesrechts notwendigen Ausführungsbestimmungen.

§ 57 Vollzugsaufgaben der Einwohnergemeinden Bettingen und Riehen

1 Den Einwohnergemeinden Bettingen und Riehen obliegt auf ihrem Gebiet die Aufsicht über die Einhaltung dieses Gesetzes sowie der Gesetzgebungen des Bundes zum Wasserbau und zum Gewässerschutz, soweit nicht der Kanton zuständig ist.

§ 58 Übertragung auf Dritte

1 Der Kanton und die Einwohnergemeinden können einzelne Aufgaben nach diesem Gesetz vertraglich auf öffentlich-rechtliche Anstalten und Körperschaften, namentlich Gemeinden, oder auf Private übertragen.

2 Die Übertragung von Aufgaben der Einwohnergemeinden Bettingen und Riehen richtet sich nach kommunalem Recht. Der Kanton ist vorgängig über eine geplante Zuständigkeitsübertragung zu informieren.

6.2 Vollzugsinstrumente

§ 59 Auskunfts- und Duldungspflicht

1 Den für den Vollzug und die Aufsicht zuständigen Behörden sind die erforderlichen Auskünfte zu erteilen und die vorhandenen Unterlagen kostenlos zur Verfügung zu stellen. Fabrikations- und Geschäftsgeheimnisse werden vertraulich behandelt.

2 Die für den Vollzug und die Aufsicht zuständigen Behörden sind berechtigt:

a) Gewässer, Gewässerufer oder Anlagen jederzeit zu begehen und zu überprüfen;

b) soweit erforderlich Grundstücke zu begehen, zu befahren oder anderweitig zu beanspruchen.

§ 60 Zwangsmassnahmen

1 Bei Verletzung von Vorschriften dieses Gesetzes, des Bundes oder von gestützt darauf erlassenen Anordnungen setzt die zuständige Behörde den Pflichtigen unter Androhung von Zwangsmassnahmen eine Frist zur Wiederherstellung des rechtmässigen Zustands.

2 Wird der rechtmässige Zustand nicht innert Frist wiederhergestellt, ordnet die zuständige Behörde die Zwangsmassnahmen auf Kosten der Pflichtigen an.

3 Vorbehalten bleiben die aufsichtsrechtlichen Massnahmen nach dem Gemeindegesetz.

§ 61 Antizipierte Ersatzvornahme

1 Die zuständige Behörde ergreift die erforderlichen Zwangsmassnahmen, wenn:

a) ein Gewässer verunreinigt ist oder eine Verunreinigung unmittelbar droht;

b) eine andere Gefahr für ein Gewässer, für Personen oder für erhebliche Sachwerte droht.

2 Die Kosten der Ersatzvornahme trägt die verursachende Person.

§ 62 Sicherheitsleistung

1 Die zuständige Behörde kann Bewilligungen und Konzessionen sowie Tätigkeiten, welche die Gewässer gefährden können, von einer Sicherheitsleistung abhängig machen.

2 Die Sicherheitsleistung dient der Deckung von Ansprüchen des Kantons sowie von Dritten, denen ein Schaden entstanden ist.

3 Dritte können die Sicherheitsleistung erst in Anspruch nehmen, wenn die Forderungen des Kantons gedeckt sind.

6.3 Rechtsschutz und Strafbestimmungen

§ 63 Rechtsmittel

1 Gegen auf dieses Gesetz, seine Ausführungsbestimmungen sowie die Gesetzgebung des Bundes zum Wasserbau, Gewässerschutz oder zur Nutzung von Gewässern gestützte Verfügungen kann nach den Vorschriften des Gesetzes über die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt (Organisationsgesetz, OG) vom 22. April 1976 Rekurs erhoben werden.

2 Gegen Verfügungen in Bausachen gemäss § 54 und 55 dieses Gesetzes kann nach den Vorschriften des Gesetzes betreffend die Baurekurskommission (BRKG) vom 7. Juni 2000 bei der Baurekurskommission Rekurs erhoben werden.

3 Gegen Verfügungen der Gemeindebehörden kann nach den Vorschriften deren Verfahrensrechts und dem Gemeindegesetz vom 17. Oktober 1984 Rekurs erhoben werden.

§ 64 Rekursbefugnis

1 Kantonal tätige Verbände, die sich seit wenigstens zehn Jahren im Kanton statutengemäss dem Natur- und Heimatschutz, der Gewässernutzung, dem Gewässerschutz oder verwandten, rein ideellen Zielen widmen, sind zum Rekurs berechtigt.

2 Wurde vor dem Erlass der Verfügung ein Einspracheverfahren durchgeführt, kann nur Rekurs erheben, wer sich auch am Einspracheverfahren als Partei beteiligt hat.

§ 65 Strafbestimmungen

1 Unter Vorbehalt der Anwendung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB) vom 21. Dezember 1937 und der Wasserbau- und Gewässerschutzgesetzgebung des Bundes wird mit Busse bis zu 100‘000 Franken bestraft, wer vorsätzlich:

a) gegen regierungsrätliche Schutzmassnahmen in Grundwasserschutzbereichen (§ 10) verstösst;

b) angeordnete Objektschutzmassnahmen zum Schutz vor Hochwasser nicht fristgerecht ergreift (§ 23);

c) gewässerschutzrechtliche Bewilligungs- oder Meldepflichten missachtet (§§ 25 ff.);

d) die Alarmierungspflicht bei eingetretener oder drohender Gewässerverunreinigung missachtet (§ 29);

e) wassernutzungsrechtliche Bewilligungs- oder Konzessionspflichten missachtet (§§ 42 ff.);

f) die Auskunftspflicht verletzt oder die Vollzugsbehörden bei der Ausübung der Aufsicht behindert (§ 59);

g) nach erfolgtem Hinweis auf die Strafdrohung der vorliegenden Bestimmung gegen eine gestützt auf dieses Gesetz oder seine Ausführungsvorschriften erlassene Verfügung verstösst.

2 Wer fahrlässig handelt, wird mit Busse bis zu 50‘000 Franken bestraft.

3 Wer aus Gewinnsucht handelt, wird mit Busse bis zu 500‘000 Franken bestraft.

4 Versuch, Gehilfenschaft und Anstiftung sind strafbar.

5 Artikel 6 und 7 des Bundesgesetzes über das Verwaltungsstrafrecht (VStrR) vom 22. März 1974 sind anwendbar.

6 Strafentscheide sind der zuständigen Behörde mitzuteilen.

7. Übergangsbestimmungen

§ 66 Bestehende Bewilligungen und Konzessionen

1 Dieses Gesetz und seine Ausführungsvorschriften finden auf bestehenden Bewilligungen und Konzessionen Anwendung, soweit dadurch keine wohlerworbenen Rechte verletzt werden.

2 Bestehende, auf unbestimmte Zeit erteilte Bewilligungen für eine Wassernutzung enden nach Ablauf von zehn Jahren seit Inkrafttreten des Gesetzes.

§ 67 Bestehende Wassernutzungen ohne Bewilligung oder Konzession

1 Für bestehende Wassernutzungen, die noch nicht bewilligt oder konzessioniert sind, ist innert zwei Jahren ab Inkrafttreten des Gesetzes bei der zuständigen Behörde eine Bewilligung oder Konzession einzuholen.

2 Die Gebührenpflicht beginnt mit Inkrafttreten des Gesetzes.

§ 68 Ehehafte Wasserrechte

1 Ehehafte Wasserrechte erlöschen spätestens nach Ablauf von fünf Jahren seit Inkrafttreten des Gesetzes. Die weitere Nutzung eines Wasserrechts erfordert ab diesem Zeitpunkt eine Bewilligung oder eine Konzession.

2 Kann die oder der Berechtigte nachweisen, dass vor Inkrafttreten des Gesetzes getätigte Investitionen zu diesem Zeitpunkt noch nicht vollständig amortisiert sind, besteht das ehehafte Recht fort, bis nach allgemein anerkannten wirtschaftlichen Grundsätzen die Amortisation erreicht ist.

§ 69 Hängige Verfahren

1 Auf bei Inkrafttreten dieses Gesetzes erstinstanzlich hängige Verfahren ist das neue Recht anwendbar.

2 Die Zuständigkeit für die Beurteilung der bei Inkrafttreten dieses Gesetzes hängigen Rechtsmittel richtet sich nach bisherigem Recht. Dies gilt auch, wenn die Rechtsmittelfrist vor Inkrafttreten des neuen Rechts zu laufen begonnen hat, aber erst nachher endet.

II. Änderung anderer Erlasse

1. Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Raumes (NöRG) vom 16. Oktober 2013 [1]) (Stand 1. Januar 2021) wird wie folgt geändert:

§ 2 Abs. 2 (geändert)

2 Zur Allmend gehören insbesondere öffentliche Strassen, Wege, Plätze und Grünanlagen. Gewässer gehören nur zur Allmend, soweit sie als Allmendparzelle im Grundbuch geführt sind.

2. Bau- und Planungsgesetz (BPG) vom 17. November 1999 [2]) (Stand 1. Januar 2021) wird wie folgt geändert:

§ 106 Abs. 1

1 Der Regierungsrat oder der Gemeinderat beschliesst über

g) Aufgehoben.

§ 154 Abs. 1

1 Der Kanton sorgt für

d) Aufgehoben.

§ 164 Abs. 2 (aufgehoben), Abs. 3 (geändert)

2 Aufgehoben.

3 Die Landgemeinden können von diesem Gesetz abweichende Vorschriften über Erschliessungsbeiträge erlassen.

Titel nach § 173

8.C. (aufgehoben)

Titel nach Titel 8.C.

C.1. (aufgehoben)

§ 174

Aufgehoben.

Titel nach § 174

C.2. (aufgehoben)

§ 175

Aufgehoben.

3. Gesetz über die Industriellen Werke Basel (IWB-Gesetz) vom 11. Februar 2009 [3]) (Stand 1. Juli 2020) wird wie folgt geändert:

§ 30 Abs. 5 (geändert)

5 Die IWB erhalten zum Zweck der Trinkwassergewinnung die ausschliessliche und unentgeltliche Konzession für Wasserentnahmen aus Grundwasser und öffentlichen oberirdischen Gewässern im ganzen Kanton sowie für die Anreicherung von Grundwasservorkommen. Einzelheiten regelt eine vom Regierungsrat zu genehmigende Konzessionsvereinbarung zwischen dem Kanton und den IWB.

III. Aufhebung anderer Erlasse

1. Gesetz betreffend Einführung des Bundesgesetzes über Nutzbarmachung der Wasserkräfte vom 10. Januar 1918 [4]) (Stand 1. Juli 2016) wird aufgehoben.

2. Gesetz über die Nutzung von öffentlichem Fluss- und Grundwasser (Wassernutzungsgesetz) vom 15. Dezember 1983 [5]) (Stand 29. Januar 1984) wird aufgehoben.

3. Gesetz über Grundwasserschutzzonen [6]) vom 15. Dezember 1983 [7]) (Stand 1. Januar 2001) wird aufgehoben.

IV. Schlussbestimmung

Dieses Gesetz ist zu publizieren; es unterliegt dem Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

[2]) SG 730.100

[3]) SG 772.300

[4]) SG 771.300

[5]) SG 771.500

[6]) Vom Bundesrat genehmigt am 6. 3. 1984.

[7]) SG 783.400

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben das Gesetz angenommen mit 95 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

22. Photovoltaik im Verwaltungsvermögen - Erschliessung des Solarpotenzials bis 2030, Ratschlag des RR

[18.09.24 16:04:55, 24.0429.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Wir haben dieses Geschäft in einer Sitzung beraten und wurden durch das Finanzdepartement, sprich Immobilien Basel-Stadt sehr gut betreut. Vielen Dank an dieser Stelle. Der Regierungsrat möchte mit diesem Ratschlag weitere Mittel beantragen, um Gebäude im Verwaltungsvermögen mit weiteren Photovoltaikanlagen auszurüsten. Das laufende Projekt, das auf eine Rahmenausgabenbewilligung 2012 zurückgeht, neigt sich langsam dem Ende zu und es wurde uns auch mitgeteilt, dass bald der Regierungsrat zu diesem Projekt dem Grossen Rat berichten wird.

Das jetzige Geschäft sieht nun weitere Mittel und weitere Photovoltaikanlagen vor. Die UVEK hat diesem Antrag einstimmig zugestimmt. Es geht konkret um 48 Anlagen auf 59 Dächern in 20 Arealen. Für eine Grössenordnung haben wir auch nachgefragt, wie man das etwa einordnen soll. Es hat sich in einer Studie gezeigt, dass rund ein Drittel aller Dächer der Gebäude im Verwaltungsvermögen geeignet sind, um Photovoltaikanlagen dort zu installieren. Es wurde uns aber zugleich auch gesagt, dass bei jedem Bauprojekt geprüft wird und wenn dann eine Umsetzung trotzdem machbar ist, also auch sich wirtschaftlich lohnt, dass dann auch eine Photovoltaikanlage installiert wird. Das mag nach wenig klingen, wenn man bedenkt, wie viele Dächer, dass es im Kanton gibt, das Ganze ist aber ein Mosaikstein in der grossen Strategie, dass der Kanton möglichst schnell auch klimaneutral werden möchte. Wir sind da als Kanton ja schon sehr früh gestartet. Es gibt auch bereits diverse Gebäude im Verwaltungsvermögen, bei denen schon seit Jahren Photovoltaikanlagen installiert sind.

Weiter haben wir uns damit auseinandergesetzt, wie das Vorgehen genau aussieht, also konkret die Abgrenzung zwischen Kanton und Privaten. Wir haben uns sagen lassen, dass die Koordination beim Kanton liegt, das Projektmanagement durch den Kanton sichergestellt wird, die Ausführung dann aber an Private ausgeschrieben wird und am Ende dann der Betrieb wieder durch die Fachstelle beim Kanton läuft. Das war für die UVEK so weit nachvollziehbar und wir haben dazu auch keine Anträge.

Was auch noch vielleicht wichtig oder interessant ist zu wissen, der Eigenverbrauch steht im Vordergrund und nur der übrigbleibende Strom wird dann ins Netz eingespiesen. Aus Sicht der UVEK ist das eine sinnvolle Sache, ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung klimaneutral. Und wichtig noch möchten wir betonen, es geht jetzt um Gebäude im Verwaltungsvermögen, also Gebäude im Finanzvermögen, was auf den Dächern Privater geschehen soll, das ist ein anderes Geschäft, darüber stimmen wir heute nicht ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wie der Präsident der UVEK bereits ausgeführt hat, geht es hier um die Photovoltaik im Verwaltungsvermögen. Ich möchte einfach nochmals betonen, dass es ein Baustein der Solaroffensive ist und dazu beitragen soll, dass wir bis 2030 klimaneutral werden. Es geht um eine Weiterführung, wir haben das bisher auch schon gemacht. Bereits 2013 hat der Grosse Rat eine Rahmenausgabe bewilligt und wir konnten damit auf 50 Dächern eine Photovoltaikanlage errichten. Nun sind es, wie er bereits gesagt hat, 48 Photovoltaikanlagen, die wir errichten möchten, die geplant sind.

Und was für uns auch wichtig ist, wir möchten diese wirklich einheitlich realisieren und betreiben. Das ist für uns sinnvoller, wenn wir selber investieren und nachher die Verfügung über die Anlagen und Dächer, die ein Verwaltungsvermögen sind,

nicht aus der Hand geben müssen. Wenn wir das vermieten würden, also die Dächer, dass hätte zu viele Nachteile. Die Investition ist wirtschaftlich interessant, es entstehen dem Kanton keine zusätzlichen Kosten, sondern es wird dann über Einsparung und Erträge wieder generiert.

Deshalb beantragt Ihnen der Regierungsrat, den Vorschlag, dem jetzt auch die UVEK zustimmt, so gutzuheissen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Beat K. Schaller von der SVP möchte ein Fraktionsvotum halten.

Beat K. Schaller (SVP): Sie sehen es ja im «Chrüzlistich», auch die SVP unterstützt den Grossratsbeschluss. Wir möchten aber trotzdem die Gelegenheit wahrnehmen, ein paar Gedanken zu äussern zur Höhe der beantragten Ausgaben. Wir stellen diese zum Beispiel in Relation zu den Zahlen, mit welchen zum Beispiel in öffentlichen Medien die Installation von Photovoltaikanlagen auf privaten Häusern beworben werden. Ich selber werde in Facebook täglich bombardiert mit solchen Reklamen. Die dort vorgelegten Zahlen natürlich, die sind Marketing-bedingt schönfärberisch. Sie sind im tiefen vierstelligen Bereich, aber natürlich wir wissen, Bauen beim Kanton ist immer teurer als privat. Wir können uns aber des Eindrucks nicht so wehren, dass hier mit der grossen Keule angerührt wird.

Wohlgemerkt, mit der beantragten Summe von 3,07 Millionen ist noch kein einziges Solarpanel verbaut. Die baubegleitenden Massnahmen inklusive Planerleistungen werden mit rund 10 bis 12 Millionen Franken veranschlagt und der Regierungsrat schreibt, diese Zahlen können zum aktuellen Zeitpunkt nur auf Basis der vorhandenen Objektkenntnisse grob abgeschätzt werden. Und wer sich auch nur etwas beschäftigt mit dem Bauen im Kanton, bei dem läuten bei diesen Worten grob abgeschätzte Ausgaben alle Alarmglocken. Immerhin wird der Regierungsrat jährlich über die Zielerreichung dieses Ausbaus Photovoltaik berichten. Wir schauen den Berichten mit Spannung entgegen. Wir werden auch nicht überrascht sein, wenn ein Nachtragskredit kommt.

Für die Projektierung, Realisierung wird für vier Jahre eine Projektkreditstelle beantragt für 192’500 Franken im Jahr. Das ist eine stolze Summe und ob diese zeitlich befristete Stelle nach vier Jahren auch wirklich aufgehoben werden wird, das steht in den Sternen. Vergleichen Sie dazu den Bericht der GPK über die befristeten Stellen im BVD, wo sich das Departement ja geweigert hatte, die Ablaufdaten der befristeten Stellen zu veröffentlichen. Wir befürchten hier vermutlich zu Recht einen schleichenden Ausbau der staatlichen mit Steuergeldern finanzierten Arbeitsstellen.

Im Gesamten werden 29 bis 35 Millionen für 48 Photovoltaikinstallationen ausgegeben. Vergleichen wir das mit der Installation, mit der geplanten Zwangsinstallation für Private, nehmen wir die 35 Millionen, die höhere Zahl, weil sie ja erfahrungsgemäss eher richtig sein wird, kommen wir auf 730’000 Franken pro Anlage. Natürlich ist zum Beispiel ein Schulhaus viel grösser, nur sehr beschränkt vergleichbar mit einem Privathaus, aber sogar wenn die private Installation nur ein Zehntel des Schulhauses kostet, wären das immer noch 73’000 Franken, ein Betrag, der für viele kaum oder gar nicht zu stemmen ist. Dies einfach als Vorausschau auf den geplanten Solarzwang im Kanton.

Und weiter, wie viele dieser 29 bis 35 Millionen landen dann wieder in der Kasse der IWB, damit sie stolz einen millionenfachen Gewinn ausweisen kann. Ich habe hier den Gewinn in meiner Vorlage in Anführungszeichen gesetzt. Es ist ja kein rein unternehmerisch erzielter Gewinn, sondern teilweise einfach eine Alimentation eines Staatsbetriebs durch den Steuerzahler. Lesen Sie die Interpellationsantwort auf die Interpellation von Kollega Bruno Lötscher und die Antwort darauf: Der Gewinn der IWB belief sich im letzten Jahr auf satte 128 Millionen Franken. Sie leistet sich daraus Kommunikation und Marketing für knapp 7 Millionen Franken. Marketing einer Firma, welche im öffentlichen Bewusstsein als Monopolist wahrgenommen wird. Die IWB schreibt in der Antwort auf die IP Lötscher richtig, sie sei zum Teil im freien Marktumfeld tätig, gerade im Strommarkt für grosse Firmen, welche vom Strommonopol befreit sind oder bei der Installation von erneuerbaren Energien. Aber ich gebe Ihnen zu Bedenken, ein Unternehmen, welches auf jeden Fall noch den Schutzschild des Steuerzahlers im Rücken hat, dieses Unternehmen erlebt ganz sicher nicht den gleichen Marktdruck wie andere Unternehmen auf dem freien Markt-Wildbahn.

Aber abgesehen von diesen Fragen rund um die IWB, lösen wir die Fragen von diesem Ratschlag. Auch wir seitens SVP sehen mittel- und langfristig Vorteile der Installation dieser Photovoltaik und wir können deshalb dem Ratschlag zustimmen. Wir werden aber nicht nur die Entwicklung dieses Projektes mit Argusaugen verfolgen, wir werden die Gesamtentwicklung der Photovoltaik im Auge behalten und dann nötigenfalls wieder politische Schritte ergreifen. Dies ist aber in weiterer Zukunft, falls überhaupt, wir werden das dann sehen.

Zusammengefasst, namens der SVP bitte ich Sie, dem Grossratsbeschluss zuzustimmen und ich danke Ihnen dafür.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Daniel Sägesser.

Daniel Sägesser (SP): Die SP-Fraktion freut sich, dass das Finanzdepartement nun rasch weitermachen will beim Ausbau der Photovoltaik auf Gebäuden im Verwaltungsvermögen. Der Kanton übernimmt dadurch auch seine Verantwortung in seiner Vorbildfunktion. Wir glauben, dass das ein wichtiges Zeichen ist, gerade auch als Teil der Basler Solaroffensive, der ja auch vorsieht, das private Gebäudeeigentümerinnen und -Eigentümer in die Verantwortung genommen werden.

Die angedachten 48 PV-Anlagen werden in Zukunft sauberen Strom für rund 1’250 Basler Haushalte liefern. Damit leisten diese Anlagen einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit, aber auch zu den ambitionierten Klimazielen unseres Kantons. Der regierungsrätliche Ratschlag zeigt auch transparent auf, dass Photovoltaikanlagen in Basel rentieren. Über den Betrachtungszeitraum von 40 Jahren erwirtschaften die vorgeschlagenen PV-Anlagen rund 20 Millionen Franken Mehrertrag. Das zeigt, dass solche Investitionen nicht nur klimapolitisch, sondern auch finanziell nachhaltig sind.

Die SP-Fraktion wird deshalb selbstverständlich der Projektierung dieser PV-Anlagen zustimmen. Die SP-Fraktion würde es aber auch sehr begrüssen, wenn in einem nächsten Schritt der Kanton diese Vorbildrolle genauso für seine Liegenschaften im Finanzvermögen wahrnehmen würde und auch dort den Ausbau der PV-Anlagen rasch weitertreiben würde.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort nochmals an Regierungsrätin Tanja Soland. Sie verzichtet. Es übernimmt Raphael Fuhrer für die UVEK.

Raphael Fuhrer (GAB): Wenn ich die zwei Kritikpunkte der SVP so zusammenfassen darf, die Ausgaben seien etwas hoch angesichts der Anzahl Anlagen und die Frage mit der IWB und dem Privatstaat, diese Vermischung. Wir haben das in der UVEK auch besprochen und haben uns versichert, dass das Vorgehen, so wie es ist mit der Ausschreibung, gewisse Kosten auslöst und dafür ist diese Stelle auch richtig, damit das koordiniert funktioniert, dass aber das angestrebte Modell so am besten wirtschaftlich abschneidet. Also wenn man die Anlagen, zum Beispiel auch die Koordination, usw., Privaten herausgegeben hätte oder wenn man dann die Flächen vermietet hätte, wäre es am Schluss teurer gekommen. Das kann ich zum ersten Punkt sagen.

Zum zweiten, wie ich im ersten Votum gesagt habe, steht im Fokus der Eigenverbrauch dieser Liegenschaften dann mit dem Strom vom Dach und damit wird dann nur der verbleibende Strom überhaupt noch Gegenstand sein von Netzeinspeisung und Kontakt mit IWB und von dem her ist diese Befürchtung, dass dann vor allem die IWB daran profitiert in irgendeinem Sinne, wahrscheinlich marginal.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 9 des Ratschlags)

Titel und Ingress

1. Gesamtbetrag

Ausgabenzusammensetzung

Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004384, 18.09.24 16:21:15]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Projektierung von Photovoltaik-Anlagen zur Erschliessung des Solarpotenzials im Verwaltungsvermögen bis 2030 wird der Gesamtbetrag von Fr. 3'070'000 zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 4 «Hochbauten im

Verwaltungsvermögen, Übrige» (Preisbasis: Baupreisindex Nordwestschweiz / Hochbau, Index 117.8, Basis Oktober 2020=100, Stand Oktober 2023) bewilligt.

Die Ausgaben setzen sich wie folgt zusammen:

- Fr. 2'300'000 für die Projektierung von 48 Photovoltaik-Anlagen;

- Fr. 770'000 für eine auf 4 Jahre befristete personelle Unterstützung im Bereich bauherrenseitiges Projektmanagement

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 95 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

23. Mobile Gefahrstoffübungsanlage auf Wechselladeabrollbehälter, Ausgabenbericht des RR

[18.09.24 16:21:22, 24.0076.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidentin Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Gerne berichte ich im Namen der Kommission mündlich zu diesem Geschäft. Wir haben den Ausgabenbericht an einer Sitzung behandelt und mussten zuerst mal die Hürden der technischen Begrifflichkeiten bezwingen. Aus diesem Grund habe ich den Parlamentsdienst gebeten, kurz die Abbildung zu zeigen dieser mobilen Gefahrstoffübungsanlage, damit es sich vorstellbar ist, worum es hier geht. Es geht um eine Übungsanlage für die Feuerwehr zum Üben von ABC-Einsätzen. Als wir das verstanden haben, kamen wir rasch zum Schluss, dass der Bedarf dieses Geräts unbestritten ist. Die Feuerwehr Basel-Stadt ist ja für den Schutz und die Reaktion auf atomare, biologische und chemische Gefahren verantwortlich und muss solche Einsätze üben können. Heute hat sie dazu aber kaum Möglichkeiten.

Das Geschäft wurde der JSSK vorgestellt vom Justiz- und Sicherheitsdepartement, an dieser Stelle sei herzlich gedankt. Wir konnten verschiedene Nachfragen stellen, die über den Ratschlag hinausgehen, und sind dann zum Schluss gekommen, Ihnen einstimmig zu empfehlen, dem Antrag des Regierungsrates zu folgen. Wir beantragen Ihnen somit für die Finanzierung einer mobilen Gefahrstoffübungsanlage auf einem Wechselladeabrollbehälter einmalige Ausgaben in der Höhe von 500’000 zu Lasten der Investitionsrechnung und dann für den Betrieb dieser Übungsanlage jährlich wiederkehrende Ausgaben in der Höhe von 30’000 zu Lasten der Erfolgsrechnung.

Interventionen bei ABC-Ereignissen gehören zu den Kernaufgaben der Feuerwehr. Als ABC-Ereignis wird die unerlaubte Freisetzung von gefährlichen atomaren, biologischen oder chemischen Substanzen bezeichnet, wie sie zum Beispiel im Rahmen eines Unfalls eines Fahrzeugs mit Gefahrengut passieren kann. Der Güterverkehr via Schiene, Strasse und Rhein bringt verschiedene ABC-Gefahren. Rund 10 Prozent des Güterverkehrs umfasst gefährliche Güter. Das dicht besiedelte Basel weist als Hauptzugangstor in die Schweiz und als wichtige Transitstation für Lieferungen innerhalb Europas auf Strasse, Schiene und Rhein ein erhöhtes Risikopotenzial auf, nicht zuletzt wegen der hohen Bevölkerungsdichte in der Nähe der Transportachsen. Viele Transitgüter und Gefahrengut mit erhöhten Risiken sind in Basel unterwegs, auch Binnenschifffahrt mit Gefahrengut gibt es und das ist schweizweit einzig in Basel.

Die Komplexität dieser Einsätze ist hoch, so dass die Berufsfeuerwehr gut aufgestellt sein muss und auch gut trainiert. Solche Einsätze können heute praktisch nicht trainiert werden, es gibt sehr wenig geeignete Ausbildungsstätten, die Einsatzkräfte müssen lange Reisen bewältigen. Damit ebendiese Einsätze geübt werden können, wurden diese Gefahrstoffübungsanlagen entwickelt. Diese ist eben auf einem Wechselladeabrollbehälter aufgebaut und da kann der Austritt von chemisch, biologisch oder radiobiologisch kontaminierten Flüssigkeiten oder Dämpfen simuliert werden. Sie ermöglicht es den Einsatzkräften verschiedene realistische ABC-Szenarien zu üben, ohne aber auf eine feste

Schulungsstätte angewiesen zu sein. Die Anlage ist eben auf einem Wechselladeabrollbehälter untergebracht, so dass sie leicht transportiert werden kann. Die Übungsanlage kann somit an verschiedenen Standorten eingesetzt werden.

Es ist anzunehmen, dass die Nutzungsdauer dieser Übungsanlage 30 bis 40 Jahre beträgt, wie das JSD der JSSK Auskunft gegeben hat. Die 500’000, die wir bewilligen, beantragen somit einmalige Anschaffungskosten, die Nutzungsdauer wird dann allerdings doch kalkulatorisch mit 15 Jahren veranschlagt. Für die Produktion der Anlage wird dann vermutlich auf die ganz wenigen Firmen zugegangen, die es gibt. Es handelt sich um einen sehr kleinen Markt und die Bestellung bedeutet dann eigentlich Pionierarbeit.

Aufgrund der Mobilität der Anlage ist auch geplant, dass sie an andere Chemiewehren vermietet wird, die eben auch sehr wenig Übungsmöglichkeiten haben. Das Interesse anderer Chemiewehren ist gross. Auch eine gemeinsame Anschaffung mit Baselland ist geprüft worden, Baselland hat aber einfach Interesse an Miete bekundet. Es ist eben geplant, dass diese Anlage dann vermietet wird, die Mietkonditionen werden dann nachher entsprechend der Gebührenverordnung der Feuerwehrfest gelegt. Um den Aufwand für die Vermietungen gering zu halten, besteht die Absicht, Instruktorenkurse für dieses Modell durchzuführen. Die Abholung und Rückführung der mobilen Anlage erfolgt dann durch den Mieter oder die Mieterin.

Aus Sicht der JSSK ist es unbestritten, dass diese Ausgabenbewilligung sinnvoll ist. Die Regierung hat uns gegenüber überzeugend dargelegt, dass die Anlage dabei hilft, das Wissen und die Fähigkeiten von Einsatzkräften in Bezug auf die Handhabung von Gefahrstoffen und das Eingreifen in Notfällen zu verbessern. Die Anlage ist aus Sicht der Kommission ein wertvolles Werkzeug für die Schulung, Vorbereitung und das Training von Einsatzkräften. Es ist für den Kanton Basel-Stadt auch wichtig, dass die Einsatzkräfte diese erforderlichen Fähigkeiten entwickeln und verbessern können und auch die Vermietung an andere Kantone ist im Interesse des Kantons aufgrund der engen Verzahnung und der nötigen engen Zusammenarbeit.

Wir haben deshalb einstimmig beschlossen, Ihnen die Zustimmung zum vorliegenden Grossratsbeschluss zu empfehlen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Vielen Dank an die JSSK-Präsidentin für die bereits sehr umfassende Darstellung des Geschäfts. Die erste Hürde liegt tatsächlich darin, diesen Begriff richtig auszusprechen und damit ist diese mobile Gefahrstoffübungsanlage auf dem Wechselladeabrollbehälter ein wichtiges Werkzeug. Es ist fast so ein bisschen wie bei der Bündner Fleisch-Geschichte von damals, es ist ein wichtiges Trainingsinstrument für unsere Berufsfeuerwehr, weil zu jedem Einsatz gehört es, dass man optimal trainieren kann. Und gerade in unserem Umland, wo wir doch auch wichtige Transitachse sind für Gefahrenstoffe, ist es umso wichtiger, dass dann im konkreten Einsatz die Einsatzkräfte wissen, wie sie agieren müssen. Und diese Übungsanlage stellt dies sicher, ist eben auch mobil, man muss nicht zu einer Anlage reisen irgendwo in der Schweiz, sondern wir können das hier jederzeit trainieren. Wir können das auch zur Verfügung stellen an andere Feuerwehren, das Interesse, wie gesagt, ist bereits schon angemeldet worden und deshalb denke ich, ist es wirklich eine sinnhafte Investition für unsere Berufsfeuerwehr, um da wirklich auch fit zu bleiben in diesen Themen, weil ABC-Ereignisse sind in aller Regel auch sehr gefährlich und müssen entsprechend mit Knowhow abgearbeitet werden können.

Der Regierungsrat bietet Sie deshalb, die beantragten Ausgaben zu bewilligen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben keine weiteren Wortmeldungen. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung (Seite 6 des Ausgabenberichts)

Titel und Ingress

1. Kostenfinanzierung

2. Kosten Betrieb

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004387, 18.09.24 16:30:36]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für die Finanzierung einer mobilen Gefahrstoffübungsanlage auf Wechselladeabrollbehälter werden einmalige Ausgaben in der Höhe von Fr. 500'000 zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich Übrige, bewilligt.

2. Für den Betrieb der mobilen Gefahrstoffübungsanlage werden jährlich wiederkehrende Ausgaben in der Höhe von Fr. 30'000 zu Lasten der Erfolgsrechnung, Dienststelle Rettung, bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wurde angenommen mit 92 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

24. Universitätsspital Basel (USB) - Genehmigung der Jahresrechnung 2023, Bericht der GSK

[18.09.24 16:30:42, 24.0712.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an den Präsidenten der GSK Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Wie üblich nach den Sommerferien berichten wir aus der GSK zu den Jahresrechnungen des Vorjahres der vier öffentlichen Basler Spitäler, die der Regierungsrat dem Grossen Rat zur Kenntnis bringen muss. Die Spitalrechnungen 2023 wurden anfangs Juni veröffentlicht und unseren Bericht haben wir kurz vor den Sommerferien verabschiedet.

Auf der übergeordneten Ebene müssen wir leider feststellen, dass alle Spitäler und Kliniken in der Schweiz unter einem sehr grossen finanziellen Druck stehen. Kaum ein Spital erreicht die definierten EBITDAR-Margen, welche notwendig wären, um die Investitionen aus dem eigenen Ertrag zu finanzieren. Der finanzielle Druck auf das Gesundheitswesen wird auch in den kommenden Jahren nicht abnehmen und es zeigt sich ab, dass wir hier gefordert sind, zeitnah politische Antworten und Lösungen zu finden. Eines ist sicher, die Finanzierungsproblematik wird sich nicht von alleine erholen.

Wie in den Jahren zuvor war auch dieses Jahr die Beratung in der GSK zu den Rechnungen der Spitäler von weiteren Gesundheitsdebatten geprägt, wie beispielsweise die geplanten Spitalgrossbauten, das beschlossene Darlehen an das Klinikum 2 des USB sowie die Zukunft der gemeinsamen Gesundheitsregion in den beiden Basler Kantonen. Die GSK hat die Rechnungen der vier Basler Spitäler an drei Sitzungen behandelt. An diesen haben der Vorsteher und Mitarbeiter des Gesundheitsdepartements sowie die jeweilige Vertretung von Verwaltungsrat und Direktion teilgenommen.

Nun komme ich zu den einzelnen Rechnungen der Spitäler, die spezifischen Details können Sie aus den Jahresrechnungen der einzelnen Einrichtungen entnehmen. Der Bericht der GSK beschränkt sich dieses Jahr mehrheitlich auf die finanziellen Kennzahlen sowie einzelne zentrale Fragenstellungen der Spitäler.

Das Universitätsspital Basel (USB) hat im Vergleich zu den letzten beiden Jahren ein sehr schwieriges Jahr hinter sich. Das USB erzielt einen konsolidierten Jahresverlust von rund 50 Millionen Franken. Im Vorjahr wurde noch ein Gewinn von rund 6 Millionen Franken ausgewiesen. Der Umsatz konnte zwar gesteigert werden, im Verhältnis zum Ertrag sank aber die EBITDAR-Marge des Universitätsspitals um rund zwei Drittel auf 2,2 Prozent. Dies wird vom USB als ein ausserordentliches Ereignis erachtet, welches durch besondere Umstände sowie hohen Ausgaben bedingt ist. Insbesondere der grosse Kostensprung bei den Energiekosten ist kritisch. Die neuen Verträge mit der IWB kamen zum ungünstigsten Zeitpunkt.

Betrieblich verzeichnet das USB weiterhin einen Zuwachs an Leistungen sowie im ambulanten wie auch im stationären Bereich. Das USB wird auch seine Rolle als Zentrumsspital gerecht. Über 58 Prozent der stationären Austritte stammen von Patienten, die nicht von Basel-Stadt sind, und 30 Prozent stammen aus dem Nachbarkanton Basel-Landschaft. Die stärkere Nutzung des USB korreliert aber mit einem höheren Personaletat. Insgesamt beschäftigte das USB im vergangenen Jahr knapp 6'100 Mitarbeiter in Vollzeitstellen. Dies entspricht einem Anstieg von rund 180 vollen Stellen.

Die Teuerung, die sehr hohen Energiepreise, die allgemeine Lohnkostenentwicklung sowie die unzureichende Abgeltung der Leistungen von grossen Universitätsspitäler sind Gründe für den diesjährigen grossen Verlust. Dem USB stehen einige anspruchsvolle Jahre zuvor und es rechnet erst ab 2026 wieder mit positiven Ergebnissen. Das USB setzt kostenseitig auf weitere Investitionen in die Digitalisierung, um Effizienz, Patientensicherheit und Innovation voranzutreiben. Bei den Tarifverhandlungen konnten leichte Verbesserungen erzielt werden, bleiben aber auch zukünftig eine grosse Baustelle.

Es bestehen weiterhin spürbare Finanzierungslücken, dem USB sei es aber wichtig, dass sich der Druck auf das Personal nicht weiter erhöht. Mittels eines Massnahmenpakets konnte die Arbeitsplatzattraktivität gesteigert werden, es beinhaltet Arbeitszeit, Zulagen und Lohnanpassungen. Die Teuerung wurde nur bei den tiefen und mittleren Löhnen weitergegeben und seit 2023 sind die Privathonorare aufgehoben.

Das Darlehen von 150 Millionen Franken für das Klinikum 2 stellt einen kleinen Teil dar, welches das USB für seine geplanten Investitionen in den kommenden Jahren benötigt. Die GSK fragte nach, wie eine implizite oder explizite Staatsgarantie sich auf die Zinsbelastung auswirken könnte. Das USB sieht insgesamt da ein Einsparungspotenzial von rund 3,5 Millionen Franken weniger Zinsen.

Zum UZB, dem Universitären Zentrum für Zahnmedizin in Basel. Dieses befand sich im vergangenen Jahr im Abschluss seines Change-Prozesses, welcher sich bis anhin erfolgreich präsentierte. Die Personalfluktuation konnte gegenüber dem Beginn der Reorganisation reduziert werden. Nun beginnt für das UZB eine Konsolidierungsphase.

Für das UZB war es ein sehr erfolgreiches Jahr. Die zahnärztlichen Leistungen sind um 2,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Es kamen mehr Patienten ins UZB und die Kostensenkungsmassnahmen haben sich positiv ausgewirkt. Dies führte zu einem höheren Betriebsertrag und einem höheren Betriebsgewinn gegenüber dem Vorjahr sowie einem Anstieg der EBITDAR-Marge auf 10,4 Prozent. Diese liegt nun erstmals über der Zielmarge, das gute Jahr führte zu einem Jahresgewinn von 400'000 Franken, auch die Eigenkapitalquote ist auf 27 Prozent gestiegen. Das UZB befindet sich nun wieder in der Gewinnzone.

Die Personengruppe der sozialen Zahnmedizin will das UZB wieder aktiv in den Fokus nehmen, um die Zahngesundheit bei dieser Gruppe zu verbessern. Das UZB hat deshalb begonnen, Behandlungen vor Ort in der UPK anzubieten. Ebenfalls soll in Zukunft die zu beobachtende mangelnde Zahlengesundheit bei Kindern und Jugendlichen gemeinsam mit den Behörden analysiert und dann auch angegangen werden.

Die GSK hat hinsichtlich Konkurrenzierung des privatwirtschaftlichen Sektors nachgefragt. Die Eignerstrategie des Kantons gibt vor, dass das UZB neben Lehre und Forschung und der sozialen Zahnmedizin auch klinisch tätig sein soll. Dies ist wichtig, damit die zahnärztliche Versorgung der Stadt aufgrund auch vieler Pensionierungen in den Praxen sichergestellt werden kann. Eine Konkurrenzierung entsteht, wenn überhaupt vor allem gegenüber den neu in Erscheinung tretenden Zahnarztketten. Schlussendlich ist das UZB auf die klinische Tätigkeit angewiesen, um die Finanzierung von Lehre und Forschung sowie der sozialen Zahnmedizin überhaupt sicherzustellen. Ohne klinische Tätigkeit wäre das UZB mit einer EBITDAR-Zielmarge von 10 Prozent nicht finanzierbar. Die Entwicklung des UZB in den letzten drei Jahren war beachtlich und die GSK sieht diese insgesamt als Erfolg.

Zu den Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK). Diesen ging es im letzten Jahr weiterhin auch gut. Die Inanspruchnahme der Klinik ist hoch, besonders die Nachfrage nach ambulanten Leistungen steigt von Jahr zu Jahr. Die UPK weisen erneut einen Gewinn von 5,2 Millionen aus, der Betriebsertrag ist allerdings um 1,7 Prozent leicht gesunken, unter anderem wegen Mindererlösen aus der Debitorenbewirtschaftung. Die Erträge präsentieren sich insgesamt positiv und die Aufwandseite ist ausser einem leichten Anstieg beim Personal überall sonst sehr stabil bzw. sogar leicht rückläufig. Die EBITDAR-Marge sank aber trotzdem im 2023 auf 7,6 Prozent und lag unter der Zielmarge.

Die UPK sind finanziell aber sehr gut aufgestellt, sie verfügen über genügend Gewinnreserven von 53 Prozent des Dotationskapitals und auch eine hohe Eigenkapitalquote. Trotz Teuerung konnte die UPK ihren Materialaufwand um 5,7 Prozent senken und zudem hat die UPK letztes Jahr weniger investiert und so die Abschreibungslast minimieren können. Die Löhne wurden moderat erhöht, aus Sicht der UPK seien die Löhne akzeptiert und die Fluktuation im Personal insgesamt gering. Die UPK unterstehen hinsichtlich der Lohnstrukturen, wie alle öffentlichen Basler Spitäler, auch dem Gesamtarbeitsvertrag.

Die GSK verlangte von den UPK eine Auskunft über die Anstellungs- und Lohnbedingungen der Assistenzpsycholog*innen und wie sich diese in den letzten Jahren entwickelt haben. Psychologinnen und Psychologen mit Masterabschluss sind in der Regel befristet angestellt und befindet sich in der Weiterbildung zur Fachpsychologin. Aufgrund der Verselbständigung liegen

nach 2012 keine nachvollziehbaren Lohndaten genau vor, die Lohnniveaus waren aber in den letzten Jahren sehr stabil. Ab diesem Jahr wurde auch ein Gehaltssprung um rund ein Viertel vollzogen.

Der Bedarf an stationären Leistungen hat minimal leicht abgenommen. Zunahmen waren in der Forensik und in der Privatklinik zu verzeichnen, in der Erwachsenen- und der Kinderklinik kam es jedoch zu einem Rückgang.

Für die kommende Strategieperiode ab 2025 wollen die UPK weiter in die digitale Transformation investieren, um Behandlungsübergänge zu optimieren. Gleichzeitig soll die Arealentwicklung des UPK-Campus vorangetrieben werden. Der GSK ist es wichtig, dass die Zufriedenheit des Personals für die notwendige Weiterentwicklung der UPK berücksichtigt wird und gute Bedingungen auch in Ausbildungssituationen bestehen, beispielsweise bei den Assistenzpsycholog*innen.

Nun noch abschliessend zum Universitären Altersmedizin Felix Platter (UAFP). Dieses bewegt sich weiterhin in einem sehr herausfordernden Umfeld. Die ausserordentliche Wertberichtung vom letzten Jahr von 96 Millionen Franken entlastet zwar die Jahresrechnung um rund 4 Millionen Franken, doch aufgrund tiefer Auslastung in den Sommermonaten, steigende Absenzen und allgemeinem Preisanstieg sind die Herausforderung immer noch sehr schwierig. Das Felix Platter Spital schliesst das Geschäftsjahr 2023 mit einem Jahresverlust von 4,1 Millionen ab. Die EBITDAR-Marge ist markant und ist um fast die Hälfte auf neu 4,1 Prozent gesunken. Nach der Wertberichtung des Spitalgebäudes im Jahr 2022 verzeichnete das Felix Platter ein negatives Eigenkapital, die Liquidität ist aber ausreichend abgesichert.

Der deutlichste Anstieg beim Aufwand besteht beim Personal. Inflation, Lohnmassnahmen, Aufbau eines Pflegepools und Temporärpersonal haben den Aufwand um knapp 6 Prozent ansteigen lassen. Mit dem neu aufgebauten Pflegepool konnten die hohen Kosten für das Temporärpersonal sowie der Personalabfluss in der zweiten Jahreshilfe eingedämmt werden. Dies hat sich neben der finanziellen Belastung auch positiv auf das interne Betriebsklima ausgewirkt.

Gestiegene IT-Lizenzen sowie notwendige kleine Investitionen müssen trotz Spardruck getätigt werden, situativ mussten im vergangenen Jahr auch Betten im Frühjahr geschlossen werden. Auf der Ertragsseite wurden aber Massnahmen zu einer effizienten Flächennutzung eingeleitet und auch umgesetzt. So werden nun im Erdgeschoss die gesamten Flächen an das USB vermietet. Höhere Spitaltarife wären dringend notwendig, um die Inflation abzufedern, die Verhandlungen sind aber zäh und bis anhin ohne Erfolg.

Der ökonomische Druck auf das Felix Platter Spital ist unverändert hoch. Die Profitabilität reicht nicht aus, um die Abschreibung des Spitalgebäudes zu decken. Das Felix Platter muss deshalb weitere Massnahmen umsetzen, um die Ziele der Eignerstrategie zu erreichen. Da stellt sich der GSK jedoch die Frage, ob weiteres Einsparpotenzial vorhanden und verantwortbar ist. Die Abrechnungspraxis sowie nicht deckende Tarife besonders im spitalambulanten Bereich führen dazu, dass kaum ein Spital in der Schweiz noch kostendeckend arbeiten kann. Das Felix Platter hat 2023 auch durch die jährliche Neuberechnung der DRG-Fallkosten weniger einnehmen können, was die Problematik dieses Tarifsystems offenbart.

Die Liquidität des Felix Platter ist, wie ich schon erwähnt habe, ausreichend. Das Thema einer notwendigen Aufstockung des Eigenkapitals besteht aber weiterhin und hat die GSK beschäftigt. Der Eignerkanton steht hier in der Pflicht, den Umgang und den Zeitpunkt einer möglichen Rekapitalisierung zu definieren sowie die gesetzlichen Vorgaben zu berücksichtigen. Für die GSK ist die Universitäre Altersmedizin Felix Platter von zentraler Bedeutung und wir können es uns nicht leisten, das Spital langfristig in einem unsicheren Zustand zu belasten.

Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt jeweils einstimmig dem Grossen Rat mit einer Enthaltung, bei der Rechnung UZB, den vier Beschlussvorlagen betreffend Jahresrechnung 2023 der Spitäler zuzustimmen und diese zur Kenntnis zu nehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich danke dem Präsidenten der GSK und den Kommissionsmitgliedern für die Kommissionsberatung und auch für ihren Bericht hier im Saal, den ich kurz ergänzen möchte.

Das Geschäftsjahr 2023 der öffentlichen Spitäler und Kliniken in Basel-Stadt widerspiegelt die herausfordernde wirtschaftliche Lage im Gesundheitswesen allgemein. Die generelle Teuerung der letzten Jahre hat die Spitäler in besonderem Ausmass getroffen, weil neben dem medizinischen Bedarf und der Energie vor allem die Lohnkosten stärker als in anderen Branchen angestiegen sind. Der generelle Fachkräftemangel ist im Gesundheitswesen und insbesondere bei den Spitälern angesichts der Pandemiefolgen stärker spürbar, weil das Gesundheitspersonal aufgrund der belastenden Pandemie zum Teil erschöpft war und auch zum Teil heute noch belastet ist, was sich in höheren Absenzen oder auch Fluktuationskennzahlen dann niederschlägt.

Auf der Einnahmenseite konnten diese Kostensteigerungen noch nicht vollständig nachvollzogen werden, weil Tarifanpassungen im geltenden System nur mit Verzögerung umgesetzt werden können. Es ist vor diesem Hintergrund nicht

erstaunlich, dass viele Spitäler in der Schweiz in der Verlustzone arbeiten, darunter auch solche, die traditionell Ende Jahr Ertragsüberschüsse und positive Unternehmensergebnisse vorlegen konnten. Dies trifft zum Teil auch auf unsere Häuser zu. So musste das Universitätsspital Basel und die Universitäre Altersmedizin Felix Platter Verluste hinnehmen. Die Universitären Psychiatrischen Kliniken hingegen konnten ihre stabile finanzielle Position behaupten und das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin schreibt erstmals seit dem Einzug ins neue Gebäude an der Mattenstrasse schwarze Zahlen.

Im Einzelnen: Das Universitätsspital Basel (USB) blickt auf ein herausforderndes Geschäftsjahr 2023 zurück und schliesst aufgrund der genannten Aufwands- und Ertragsdiskrepanz mit einem konsolidierten Jahresverlust von 50 Millionen Franken ab. Positiv zu vermerken ist demgegenüber die deutliche Leistungssteigerung sowohl im stationären wie auch im ambulanten Sektor, die den anhaltenden Trend widerspiegelt, dass immer mehr Patientinnen und Patienten hochspezialisierte Zentrumsspitäler aufsuchen.

Für das Jahr 2024 rechnet das USB mit einem deutlich geringeren Defizit, aber eben immer noch mit einem Defizit. Das Ziel ist es, möglichst rasch in den Folgejahren dann wieder positive Ergebnisse. Um dies zu erreichen, setzt das USB verstärkt auf Investitionen in die Digitalisierung, um Effizienz, Patientensicherheit und Innovation weiter voranzubringen. Durch ein umfassendes Performance-Management sollen zusätzliche Effizienzpotenziale auch ausgeschöpft werden. Erfolgreiche Tarifverhandlungen haben bereits zu ersten Verbesserungen geführt, dennoch bleibt auch die Vergütung ein zentrales Thema.

Die strategische Arealplanung wird derzeit noch einmal umfassend analysiert und neu bewertet. Dabei werden auch neue Gegebenheiten berücksichtigt, insbesondere die inzwischen konzipierten Planungsoptimierungen beim Neubau des Klinikum 2, wo im Hochhaus in namhaftem Umfang zusätzliche medizinische nutzbare Betriebsfläche eingeplant werden konnte.

Das Felix Platter Spital war im Jahr 2022 aufgrund eingeschränkter finanzieller Tragbarkeit gezwungen, eine Wertberichtigung für das Spitalgebäude vorzunehmen, die nun die Jahresrechnung etwas entlastet. Dennoch gestalteten sich die Rahmenbedingungen für das Jahr 2023 herausfordernd, dies insbesondere aufgrund einer niedrigen Auslastung in den Sommermonaten und den bereits erwähnten Kostensteigerungen.

In diesem sehr anspruchsvollen Umfeld erzielte das Spital eine konsolidierte EBITDAR-Marge von 4,1 Prozent, was im schweizweiten Vergleich als gutes Ergebnis gelten darf. Abgeschlossen wurde das Geschäftsjahr 2023 mit einem konsolidierten Gesamtumsatz von rund 124 Millionen Franken und einem Jahresverlust von rund 4 Millionen Franken. Das ist besser als budgetiert, zeigt aber zugleich, dass die operative Profitabilität des Spitals noch nicht ausreichend ist. Entsprechend ist das Management gefordert sowohl auf der Tarifseite als auch betreffend Produktivität und Effizienz des Hauses.

Die Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel (UPK) erzielten im Jahr 2023 einen Gewinn von rund 5 Millionen Franken. Das erfreuliche Resultat ist massgeblich bedingt durch die gestiegene Nachfrage nach ambulanten Leistungen. Die EBITDAR-Marge liegt bei 7,6 Prozent und damit nur knapp unter dem angestrebten Ziel gemäss Eignerstrategie von 8 Prozent. Inklusive des Jahresgewinns 2023 verfügen die UPK nun über Gewinnreserven in Höhe von rund 44 Millionen Franken, was 53 Prozent des Dotationskapitals entspricht. Diese solide Finanzierung bietet einen wichtigen Puffer gegen zukünftige Risiken, insbesondere im Hinblick auf die wachsende Differenz zwischen sinkenden Tarifen und steigenden Personal- und Sachkosten. Zudem bildet sie eine gute Grundlage für zukünftige Investitionen, insbesondere in Digitalisierung und die Erneuerung der baulichen Infrastruktur.

Für das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin (UZB) war das Jahr 2023 in vielerlei Hinsicht bemerkenswert. Das UZB konnte nach dem Bezug des Neubaus und einer Phase wirtschaftlicher Herausforderungen erstmals wieder ein positives Ergebnis vorweisen. Dank Effizienzsteigerungen und einem soliden Patientenwachstum stieg das Volumen der zahnärztlichen Leistungen im Jahr 2023 deutlich. Nach einem Verlust von rund 400’000 Franken im Vorjahr konnte das UZB im 2023 einen Gewinn von ebenfalls gut 400’000 Franken erzielen. Dieser positive Abschluss markiert einen bedeutenden Meilenstein, insbesondere nach den schwierigen Jahren der Covid-19-Pandemie. Dies unterstreicht das Engagement des UZB, nicht nur die betriebliche Effizienz zu steigern, sondern auch eine starke gemeinsame Unternehmenskultur zu fördern.

Abschliessend möchte ich den Mitarbeitenden in allen unseren Spitälern sehr herzlich für ihre existenziell wichtige Arbeit und ihren grossen Einsatz danken. Die Versorgungsleistung unserer Spitäler ist anhaltend hervorragend und das steht für uns an erster Stelle. Die finanzielle Nachhaltigkeit der Leistungen stimmt demgegenüber noch nicht durchgehend, deshalb bleiben wir weiterhin gefordert.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Christine Keller hat sich für ein Fraktionsvotum für die SP gemeldet.

Christine Keller (SP): Auch wenn wir ja hier nur zur Kenntnis zu nehmen haben, schien es uns doch wichtig genug, gerade in der besonderen Situation, in der sich namentlich das Universitätsspital befindet, einige Worte dazu zu verlieren. Wir haben

es gehört, der EBITDAR des USB ist im Vergleich zum Vorjahr doch dramatisch gesunken. Die Gründe sind ausführlich dargestellt worden und bekannt. Das USB steht in dieser Situation auch nicht allein da und es ist auch klar, dass der Handlungsspielraum bis zu einem gewissen Grad begrenzt ist. Wo möglich wurde er dargelegt, was getan wurde und noch getan werden wird.

Es besteht aber sicher jeglicher Anlass zu versuchen, Kosten, wo immer möglich, insbesondere durch regionale Planung und Zusammenarbeit, zu senken. Klammerbemerkung: Auch wenn man sich des Eindrucks bei der Lektüre der Zeitungen nicht ganz erwehren kann, dass mit diesem Partner nicht immer so gut Kirschen essen ist, so legen wir natürlich trotzdem grössten Wert darauf, dass das weiterhin versucht wird im Interesse der Kostensenkung, aber natürlich auch im Interesse der Patientinnen und Patienten und der ganzen Regionen.

Wir haben dazu mehrere Vorstösse eingereicht. Sehr wichtig ist diese regionale Planung und Absprache in Bezug auf die Investitionen. Mein Puls ist vorher ganz leicht in die Höhe geschnellt, als Regierungsrat Lukas Engelberger die strategische Arealentwicklung angesprochen hat, denn in der Tat warten wir ja sehr lange schon oder jedenfalls mit grossem Interesse, dass nun bekannt wird, für welche Variante man sich jetzt nach nochmaliger Überprüfung bezüglich dieser Neubauprojekte NBK 3 jetzt entscheidet. Es wurde einmal der BZ gegenüber kommuniziert, das sei im Spätsommer der Fall, angesichts der Temperaturen würde ich sagen, Spätsommer haben wir, aber mal sehen, ob jetzt was gesagt wird. Jedenfalls sehen wir dem mit grossem Interesse entgegen.

Dann zu der Rechnung wäre mir ja, das habe ich schon letztes Jahr gesagt, ein Anliegen, ob man da mehr erfahren könnte im Zusammenhang mit der Übernahme des Bethesda Spitals zu 60 Prozent. Seinerseits hat ja das Bethesda Spital nun die Klinik Hildegard übernommen, die mir persönlich sehr am Herzen liegt. Dann gibt es noch die Margarethenklinik, diese «Schönheitsklinik» des Unispitals. Dieses Jahr einmal unliebsam aufgefallen mit nicht passender Werbung, auf diese Kritik wurde aber erfreulicherweise reagiert und diese Werbung wurde zurückgezogen. Nichtdestotrotz hätte es mich und auch meine Partei gelegentlich interessiert, diese Klinik gibt es seit 2019 und es wurde gesagt, so nach zwei, drei Jahren informiert man dann darüber, wie sich diese Abteilung im Gesamtbudget, in der Rechnung des Universitätsspitals so präsentiert.

So viel zum USB, dann noch zu der Zahnklinik. Diese Zahnkliniken sind uns wirklich ein sehr grosses auch sozialpolitisches Anliegen. Es darf nicht unterschätzt werden, wie wichtig das nicht nur für die Jugend, sondern auch für die alten Menschen ist, dass es eine soziale Zahnmedizin gibt. Und es wird jetzt geklagt, es gab eine Interpellation vom Kollegen Iselin dazu, da würde zu stark Werbung gemacht, da würden die Privaten konkurrenziert, man müsse gleich lange Spiesse haben. Aber ich möchte doch sagen, solange die Privaten, und das tun meines Wissens die meisten Zahnärzte nicht, ihrerseits auch günstiger, weniger wohlhabende, weniger gut gestellte Personen behandeln, da finde ich es etwas schwierig, hier von gleich langen Spiessen zu reden. Und es ist klar, dass diese Klinik ihre Arbeit nur erfüllen kann, wenn sie auch genügend Patienten hat, und ich finde es legitim, dass sie hier bei den Privatpatienten auch ein Wachstum erzielt.

Schlussendlich noch zum UAFP. Da hat es uns sehr gefreut, diese Eröffnung dieser neuen Abteilung MIBS, die gerade für die dementen Menschen, die uns besonders am Herzen liegen, ganz eine wichtige Neuheit ist. Dafür möchte ich herzlich danken und ich möchte mich auch sehr gerne dem Dank von Regierungsrat Engelberger an alle Mitarbeitenden der Spitäler, da möchte ich mich von Herzen anschliessen. Wir alle brauchen ein starkes universitäres und staatliches Medizinangebot hier in Basel und wir sind diesen Menschen, die einen grossen Einsatz leisten, wirklich sehr dankbar.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Christine Keller, möchten Sie die Zwischenfrage von Lydia Isler-Christ annehmen? Sie wird angenommen.

Lydia Isler-Christ (LDP): Sind Sie sich bewusst, dass auch private Zahnärzte selbstverständlich sozial schwächer gestellte Menschen zum Sozialtarif behandeln? Und der ist vorgegeben.

Christine Keller (SP): Tun das alle? Ist das eine gesetzliche Vorschrift? Frage ich zurück.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Regierungsrat Lukas Engelberger nochmals das Wort, wenn er es wünscht.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich möchte Christine Keller für ihr Votum danken und auch die gestellte Frage nicht gänzlich unbeantwortet im Raum stehenlassen. Ich bin einverstanden, dass wir im Spätsommer angekommen sind und ich

muss noch um etwas Geduld Sie bitten, bis seitens Universitätsspital diese erneute Überprüfung der Arealplanung abgeschlossen wird und die Resultate dann natürlich auch kommuniziert werden können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1 zum Universitätsspital (Seite 11 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004389, 18.09.24 16:59:28]*

Der Grosse Rat beschliesst

Vom Jahresbericht 2023 des Universitätsspitals Basel (USB) wird Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss ist angenommen mit 92 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

24.1. Universitäres Zentrum für Zahnmedizin (UZB) - Genehmigung der Jahresrechnung 2023, Bericht der GSK

[18.09.24 16:59:31, 24.0700.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 2, Universitäres Zentrum für Zahnmedizin Basel (Seite 12 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004392, 18.09.24 17:00:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

Vom Jahresbericht 2023 des Universitären Zentrums für Zahnmedizin wird Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss ist angenommen mit 86 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

24.2. Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel (UPK) - Genehmigung der Jahresrechnung 2023, Bericht der GSK

[18.09.24 17:00:20, 24.0646.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Detailberatung des Grossratsbeschlusses 3, Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel (Seite 13 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004394, 18.09.24 17:00:58]*

Der Grosse Rat beschliesst

Vom Jahresbericht 2023 der Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel (UPK) wird Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss ist angenommen mit 92 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

24.3. Universitäre Altersmedizin Felix Platter (UAFP); Genehmigung der Jahresrechnung 2023, Bericht der GSK

[18.09.24 17:01:00, 24.0647.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Detailberatung des Grossratsbeschlusses 4, Universitäre Altersmedizin Felix Platter (Seite 14 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004396, 18.09.24 17:01:37]*

Der Grosse Rat beschliesst

Vom Jahresbericht 2023 der Universitären Altersmedizin Felix Platter (UAFP), Felix Platter Spital wird Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss ist angenommen mit 92 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

25. Petition P457 "Gesundheit: Frische Luft an der frischen Luft", Bericht der PetKo

[18.09.24 17:01:43, 22.5545.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen. Das Wort geht an den Petitionskommissionspräsidenten Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich nochmals über die Petition P457 «Frische Luft an der frischen Luft». Kurz zum Wortlaut. Die Petentschaft beklagte, dass das Rauchen insbesondere in öffentlichen Plätzen noch immer uneingeschränkt erlaubt ist und fordert die Schaffung von rauchfreien Zonen in Aussenbereichen wie zum Beispiel Bushaltestellen und Schwimmbädern, um die Bevölkerung vor Passivrauchen und Geruchsbelästigung zu schützen.

Zur Kommissionsberatung. Die Petition wurde am 7. Dezember 2022 der Petitionskommission übergeben. Ein ausführliches Hearing fand am 13. Februar 2023 statt, bei dem Vertreterinnen der Petentschaft sowie der Verwaltung angehört wurden. Die Petentschaft, vertreten durch das Mädchenparlament, legten dar, dass Raucherzonen in stark frequentierten öffentlichen Bereichen markiert werden sollten, um ein harmonisches Zusammenleben von Rauchern und Nichtraucher*innen zu fördern. Die Vertreter der Verwaltung diskutierten mögliche rechtliche Herausforderungen bei der Durchsetzung von Rauchverboten und schlugen vor, statt Verbote auf Sensibilisierungskampagnen zu setzen, um das Bewusstsein zu schärfen. Die Petitionskommission stellte auch fest, dass die Petition keine allgemeinen und teilweisen Rauchverbote forderte, sondern

lediglich die Einrichtung von Raucherzonen und eine begleitende Sensibilisierungskampagne. Sie beantragte deshalb, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen. Diesem Antrag ist der Grosse Rat dann gefolgt.

Zur Stellungnahme des Regierungsrates. Mit Schreiben vom 16. April 2024 hat der Regierungsrat dann Stellung genommen zu den Fragen der Petitionskommission und den potenziellen Möglichkeiten auch von rauchfreien Bereichen im öffentlichen Raum. Zwar begrüsste es der Regierungsrat sehr, dass das Bewusstsein für die Gefahren des Passivrauchens in der Gesellschaft in vergangenen Jahren stark erhöht werden konnte. Aufgrund diverser Hürden bei der praktischen Umsetzbarkeit empfiehlt der Regierungsrat jedoch aber, derzeit auf Gesetzesänderungen zu verzichten und sich stattdessen auf die Prüfung von Sensibilisierungskampagnen an stark frequentierten Zonen im öffentlichen Raum zu konzentrieren.

Zur Einschätzung der Petitionskommission. Die Petitionskommission entnimmt der Stellungnahme des Regierungsrates, dass dieser die Einrichtung von Raucherzonen an frequentierten Orten im öffentlichen Raum ablehnt. Die Erfahrung der SBB mit der Markierung von Raucherzonen an Bahnhöfen sei zwar grundsätzlich positiv und auch der Versuch mit zwei rauchfreien Sportanlagen in Basel habe zu keinen Konflikten geführt. An räumlich offenen ÖV-Haltestellen sei die Bereitschaft der Menschen, das Rauchen auf markierte Zonen zu beschränken, jedoch geringer. Die Definition von Raucherzonen hiesse, dass das Rauchen ausserhalb dieser verboten werden müsste. Ob dafür eine verfassungskonforme und verhältnismässige Bestimmung gefunden werden könne, sei allerdings fraglich. Zudem wäre die Durchsetzung eines Rauchverbots sehr personalintensiv.

Basierend auf seinen Überlegungen möchte der Regierungsrat davon absehen, Raucherzonen im öffentlichen Raum auszuscheiden. Er signalisierte aber Bereitschaft, die Durchführung einer Sensibilisierungskampagne zu prüfen. Eine solche könnte das Bewusstsein für die Auswirkung des Rauchens und des Passivrauchens auf die Gesundheit sowie für die Bedürfnisse von Nichtrauchenden schärfen und zum respektvollen Umgang von Rauchenden mit Nichtrauchenden beitragen.

Die Petitionskommission kann die Argumentation des Regierungsrates nur teilweise nachvollziehen. Das Ansinnen der Petentschaft ist ein besseres Miteinander von Raucherinnen und Nichtrauchern. Es geht ja nicht um ein generelles oder partielles Rauchverbot im öffentlichen Raum, sie vermutet aber, dass die Markierung von Raucherzonen dazu beiträgt, dass die Raucherinnen und Raucher freiwillig auf das Rauchen an unpassenden Stellen verzichten. Dies soll an einigen stark frequentierten ÖV-Haltestellen getestet und im Erfolgsfall auf weitere öffentliche Räume ausgeweitet werden. Begleitet werden soll der Versuch mit einer Kampagne unter dem Titel «Frische Luft an der frischen Luft».

Die Petitionskommission wünscht sich, dass der Regierungsrat, wie in seiner Stellungnahme in Aussicht gestellt, eine Sensibilisierungskampagne aufgleist. Als entscheidendes Element dieser Kampagne stuft sie das Element «Klare Kennzeichnung von Raucherzonen» im Sinne einer Empfehlung in der Antwort an den Regierungsrat auf Frage 2 der Petitionskommission ein. Die dort erwähnte physische Umsetzung muss zwingend Bestandteil der Kampagne sein. Zu überlegen wäre zudem, ob rauchfreie Zonen statt Raucherzonen markiert werden sollen.

Zum Antrag. Die Kommission empfiehlt daher dem Grossen Rat, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen und unterstützt die Durchführung einer umfassenden Sensibilisierungskampagne. Der Antrag zur abschliessenden Überweisung an den Regierungsrat wurde mit einer Mehrheit von 9 zu 4 Stimmen angenommen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten und da hat sich Jo Vergeat vom GAB gemeldet.

Jo Vergeat (GAB): Ich fange mal mit einer Frage an. Wie oft nehmen Sie sich eigentlich Zeit und hören den Kindern in Ihrem Umfeld zu und hören zu, was sie für Anliegen haben? Und wie oft denken Sie sich nicht nur, ah ja, das ist jetzt halt so ein Kinderanliegen, sondern denken sich, können wir das vielleicht umsetzen? Was wir hier auf dem Tisch haben, ist nämlich nicht einfach eine Petentschaft, nein, es ist ein Anliegen, das Kinder an uns, an den Grossen Rat herangetragen haben und mit dem wir jetzt eigentlich etwas machen sollen. In der Kinderrechtskonvention von der UNO steht beim Unterartikel 3: Bei Entscheidungen, die sich auf das Wohl der Kinder auswirken, hat das Wohl des Kindes Vorrang. Und im Artikel 12 steht: Die Meinung von Kindern soll bei Entscheidungen mitberücksichtigt werden.

Jetzt haben wir hier also eine Petition vor uns von Kindern mit einem Anliegen, wo ich Ihnen versichern kann, das ist ein ständiges Thema. Das ist jetzt nicht eine ausserordentliche Petition. Wenn Conradin Cramer hier wäre, könnte er sagen, das Problem mit dem Rauchen kommt fast an jedem Mitwirkungstag. Das Rauchen im öffentlichen Raum, immer konfrontiert zu sein, keinen Raum zu haben, um dem Rauch entgehen zu können, oder wenig Raum für das zu haben. Und jetzt finde ich auch, wir haben eigentlich hier eine Petition, die nicht megaextrem ist, die nicht sagt, wir möchten ein Rauchverbot in der ganzen Stadt, sondern eigentlich ein umsetzbares Anliegen, wenn man versucht, eine Lösung zu finden.

Der Wunsch nach rauchfreien Zonen bei öffentlichen Haltestellen ist aus meiner Sicht, wie gesagt, umsetzbar. Natürlich können wir da jetzt unglaublich viele Probleme heraufbeschwören, uns überlegen, wir machen ein Verbot und dann ist das

nicht möglich. Wir könnten uns aber auch überlegen, gibt es eine kreative Lösung, können wir eine Empfehlung machen, können wir vielleicht gerade ein solches Anliegen der Kinder nutzen, um auch darauf aufmerksam zu machen, dass sie eben eine Stimme haben und eine haben sollten, die wir hier drinnen vertreten sollten, mit einer Sensibilisierungskampagne zusammen, die vielleicht gerade auch darauf hinweist, dass es ein Anliegen ist, das von den Kindern kommt.

Aus meiner Sicht muss das nicht mit einem Verbot durchgesetzt werden. Wir müssen uns gar nicht so kompliziert überlegen, wer denn das nicht nachvollziehen kann und wie schwierig das ist. Machen wir doch beides, machen wir eine Kampagne, die sichtbar ist auf dem Boden des öffentlichen Raums, und eine Empfehlung für eine rauchfreie Zone bei einer öffentlichen Haltestelle als Pilot und versuchen wir da etwas möglich zu machen. Weil die Anliegen, die die Kinder an uns herantragen, die müssen wir nicht nur entgegennehmen, aus meiner Sicht sind wir alle hier drinnen dafür verantwortlich, diesen Kindern auch eine Stimme zu geben, weil sie haben sie nicht und sie werden es in der Politik auch nie so bekommen.

Und darum einmal den Appell, bevor wir diskutieren, was alles nicht geht, was geht eigentlich, was können wir machen, um das Anliegen der Kinder wahrzunehmen und nicht zu verschreien, was alles unmöglich ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Leonie Bolz.

Leoni Bolz (SP): Die Petitionen «Frische Luft an der frischen Luft» nimmt ein wichtiges Anliegen, nämlich den Schutz der nichtrauchenden Bevölkerung vor schädlicher Raucherluft auf. Die aus dem Mädchenparlament stammende Petition, wir haben es gehört, möchte, dass nebst einer Sensibilisierungskampagne explizit rauchfreie Zonen in Aussenräumen, zum Beispiel Tram- und Busstationen, markiert werden. Rauchverbote in Gartenbädern oder auf Spielplätzen, wie es sie zum Teil schon gibt oder angedacht sind, reichen nicht aus. Der Regierungsrat ist zwar bereit, eine Sensibilisierungskampagne zu prüfen, sieht aber von markierten Zonen bei Haltestellen ab.

Aus Sicht der PetKo sind dabei jedoch keine gesetzlich geregelten Rauchverbotszonen notwendig. Die Argumentation des Regierungsrats, das markierte Zonen schwierig umzusetzen bzw. zu kontrollieren wären, greift somit nicht. Die SP wünscht sich, dass dem Anliegen der Petentschaft auf eine unkomplizierte Art und Weise nachgegangen wird und Haltestellen in der Sensibilisierungskampagne mit Raucherzonen miteinbezogen werden. Dazu braucht es keine Gesetze und auch keinen Schilderwald, eine Markierung auf dem Boden könnte vermutlich bereits etwas bewirken.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der SP, die Petition an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen, so wie es von der Petitionskommission vorgesehen ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP spricht Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Ich rede hier nicht nur für die SVP, sondern auch im Namen der LDP, Mitte/EVP und FDP. Und ja, ganz klar, rauchen ist ungesund. Ich als ehemaliger Kettenraucher mit 70 bis 80 Zigaretten im Tag, ich kann es mir auch nicht vorstellen, wie ich das fertiggebracht habe. Heute bin ich überzeugter Nichtraucher, ich weiss, wovon ich rede. Und trotzdem kommt es mir nicht in den Sinn, Raucher auszugrenzen.

Ja, Leute auf die Schädlichkeit hinzuweisen, jungen Menschen beizubringen, dass Rauchen nicht cool ist, da spricht ja weiss Gott nichts dagegen. Die vorliegende Petition verfolgt aber einen anderen Weg. Trotz Schalmeienklänge, wie humorvoll gestaltete Kampagne und ähnliches, wird hier die Ausgrenzung eines Teils der Gesellschaft vorangetrieben. Raucher sollen anfänglich an ÖV-Haltestellen räumlich abseits stehen, ausserhalb der Wartehallen, bei schlechtem Wetter werden sie also buchstäblich im Regen stehen gelassen. Für mich persönlich eine staatlich unterstützte Spaltung der Gesellschaft. Ich komme aber nachher noch einmal auf diesen Punkt zurück.

Erhellend ist, dass die Petenten erwähnten, es sei nämlich der Sinn der Petition, dass Raucherzonen auch auf weitere Aussenräume ausgeweitet werden und damit öffnen wir Tür und Tor für weitere Begehrlichkeiten. Wo wird dann diese Ausgrenzung eines Teils der Bevölkerung enden und wen, der sich unliebsam aufführt, könnte man diesem Beispiel folgend, auch noch traktieren. Das sind Fragen, welche jeden, der auf das Verantwortungsbewusstsein der Menschen baut, schwer auf dem Magen liegen. Vergessen wir nicht, der Kanton unternimmt im Bereich Kinder- und Jugendschutz mit Kampagnen bezüglich Rauchen sehr viel, was die Petitionskommission explizit anerkennt.

Es wird hier nach dem Staat gerufen und ich möchte gerne die Gelegenheit benutzen, um ein paar Gedanken über den Ruf nach dem Staat als Lösungsstrategie für gesellschaftliche Fragen anzusprechen. Statt dass wir langfristig den Austausch, ja, auch den kritischen, widersprüchlichen Austausch zwischen Menschen und ja, auch zwischen Kindern und Erwachsenen fördern, sollen es einmal mehr Vorschriften richten. Die Subsidiarität, die wir in der Schweizer so hochhalten, soll sich nicht nur auf das staatliche Verhältnis Bund, Kanton, Gemeinde beschränken, dieses Prinzip, dass Fragen auf der unterst

möglichen Ebene beantwortet werden, das soll auch im zwischenmenschlichen Raum geschehen. Wenn Probleme zwischen zwei Menschen gelöst werden können, auch zwischen Kindern und Erwachsenen, dann sollen diese Lösungen nicht auf höhere Ebene verschoben werden. Und ich frage Sie, ist es richtig, dass wir jungen Menschen mit auf den Weg geben, es sei nach dem Staat zu rufen, wenn Fragen bestehen, sofort den Staat als Lösung hinzustellen? Wir sind der Meinung, das ist nicht der richtige Weg.

Und ganz allgemein, was Vorschriften, Regeln anbelangt, möchte ich hier eine ganz persönliche Ansicht mit Ihnen teilen, die ich mit niemandem abgesprochen habe. Es ist meine tiefste Überzeugung, dass sich die Qualität einer Gesellschaft an der Anzahl ihrer Regeln misst. Je weniger Regeln, desto reifer ist eine Gesellschaft, desto eher ist sie fähig, ihre Fragen und Probleme in der innergesellschaftlichen, bilateralen, multilateralen Auseinandersetzung zu lösen, ohne dass gleich obrigkeitliche Vorschriften zum Tragen kommen müssen.

Zur Petition zusammengefasst: Wir erachten eine weitere Ausgrenzung von Rauchern als gesellschaftlich, gesamtheitlich nicht positiv und wir finden, dass für die Aufklärung gerade unter Jugendlichen bereits viel getan wird. Dem Ruf nach weiteren staatlichen Eingriffen anstelle einer Förderung der innergesellschaftlichen, zwischenmenschlichen Auseinandersetzung stimmen wir so nicht zu. Deshalb namens der eingangs erwähnter Fraktionen bitte ich Sie, die Petition als erledigt abzuschreiben. Ich danke Ihnen dafür.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich André Auderset gemeldet.

André Auderset (LDP): Wie gesagt, ich spreche als Einzelsprecher, weil es mir hier einfach wirklich den obersten Krawattenknopf sehr gepflückt hat und ich vielleicht in einer Deutlichkeit rede, wo sich nicht alle in meiner Fraktion wiederfinden. Ich möchte einfach mal fragen, ist Ihnen eigentlich bewusst, von was wir hier reden? Wir reden von der Gegend an der frischen Luft, aus den geschlossenen Räumen sind die Raucher schon längst verdrängt. Sei es jetzt in Restaurants, sei es in Verkehrsmittel, das heisst, wo immer Wände und eine Decke bestehen, wo sich Rauch allenfalls etwas länger halten kann, dort sind wir ja bereits, ich sage ausdrücklich wir, ich bin bekennender Raucher, sind wir bereits rausgeschmissen worden. Nun, das ist nicht mehr zu ändern, das ist nun mal so. Dass wir jetzt hingegen davon reden, tatsächlich als nächste Stufe auch noch an der frischen Luft, wo nun mal das Passivrauchen weiss Gott kein Problem ist, man geht einfach zwei Meter auf die Seite, dann hat sich die Sache erledigt oder man bittet vielleicht den Raucher, zwei Meter auf die Seite zu gehen, wenn man so empfindlich ist, dann hat es sich auch erledigt. Dazu brauchen wir nun wirklich keine ausgeschilderten Raucherzonen.

Und wenn hier nun so Schalmeienklänge erscheinen, es sind ja keine Rauchverbote, es sind ja nur Raucherzonen, ja, das sind Zonen, in denen hat man zu rauchen und sonst nicht. Ich kenne das zum Beispiel von deutschen Bahnhöfen, auch Bahnhöfe, die nicht überdacht sind, die irgendwo in der freien Natur sind, wo dann so gelbe Vierecke sind, man kann sie, glaube ich, auch am Riehener Bahnhof besichtigen. Und wenn man dort drin ist, darf man rauchen, wenn man 30 cm nebendran steht, dann kommt irgendein beschliessender Bürger/Bürgerin oder jemand Uniformiertes und teilt einem mit, dass man jetzt 30 cm nach links oder nach rechts gehen muss. Es ist so etwas von lächerlich. Und dass wir das nun in der ganzen Stadt durchziehen wollen, dass wir Raucherzonen machen, wo man rauchen darf, und andere Zonen, wo man dann eben nicht rauchen soll, da, um es wie Jo Vergeat zu sagen, da schaffen wir tatsächlich ein Problem, das keines ist. Bitte den gesunden Menschenverstand einschalten, redet miteinander.

Und genau auch bei den Kindern, Kollege Beat Schaller hat es schon erwähnt, denen kann man durchaus etwas beibringen. Wenn sie sich gestört fühlen, sollen sie dem Raucher doch sagen, bitte gehen Sie etwas auf die Seite oder man kann auch selber auf die Seite gehen, dann ist das Problem gelöst. Und wenn dann noch kommt, auf den Kinderspielplätzen müsste man es machen wegen den Zigarettenstummeln, die da rumliegen, das ist allerdings eine Sauerei, aber das ist heute schon verboten, den Zigarettenstummel einfach wegzuwerfen. Also das können Sie heute schon büssen, dazu brauchen Sie keine neuen Regelungen. Was wir hingegen brauchen könnten, wären etwas mehr Aschenbecher im öffentlichen Raum, dann habe ich auch eher die Möglichkeit, mein Zigarillo dort reinzuschmeissen.

Also bitte erklären Sie diese Petition, die wirklich unnötig ist, für erledigt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Jo Vergeat möchte Ihnen eine Frage stellen. Sie wird angenommen.

Jo Vergeat (GAB): André Auderset, haben Sie das Gefühl, wenn jetzt irgendwo ein Plakat steht und sagen wir mal, eine blaue Fläche, wo vielleicht eine Kinderzeichnung darauf ist und steht, wir wünschen uns, dass Sie hier nicht rauchen, ist das aus Ihrer Sicht ein Verbot und eine Ausgrenzung von Raucherinnen und Rauchern im öffentlichen Raum?

André Auderset (LDP): Es ist eine unnötige Verschandelung des öffentlichen Raums und der erste Schritt zu einem Verbot.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Raucherzonen, das bringt überhaupt nichts, weil der Wind, und das hat kein Vorredner gesagt, der Wind bläst den Rauch weiter und keiner kontrolliert, ob einer in der Raucherzone steht oder nicht. Ich bin Nichtraucher und mich stört der Rauch massiv. André Auderset hat richtig gesagt, die Deutsche Bahn hat solche Markierungen, auch am Badischen Bahnhof und dort sind so Raucherzonen auf dem Bahnsteig. Aber wenn dort einer raucht, der Rauch weht es trotzdem zu mir weiter.

Jo Vergeat hat gesagt, die Petition kommt vom Kinderparlament. Ich stelle fest als Grossrat, wo sind die Kinder auf der Tribüne? Die hätten jetzt da sein können, es ist jetzt keine Schule mehr, und ich stelle fest als Grossrat, die Kinder sind nicht auf der Tribüne, das Zusammenspiel klappt nicht. Und ich muss Ihnen sagen, die Kinder sind für mich bei dieser Petition gesteuert worden. Ich hätte mich gefreut, wären jetzt die Kinder hier oben.

Und zu dieser Petition möchte ich noch etwas sagen, ich, Eric Weber, Grossrat durfte nicht beim Kinderparlament, obwohl ich eine Einladung bekommen habe…

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, das tut hier nichts zur Sache. Bitte sprechen Sie zur Petition.

Eric Weber (Fraktionslos): Als diese Petition behandelt wurde, durfte ich nicht auf der Tribüne sitzen und da möchte ich einen Satz dazu sagen, ich habe eine Beschwerde gemacht und dann hat es geheissen…

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Spricht Eric Weber den ersten Ordnungsruf aus.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber man muss doch schon vorstehen, wenn ich als Grossrat bei dieser Petition zuhören möchte. Und ich muss einfach sagen, ich durfte bei dieser Petition nicht zuhören, weil es geheissen hat, ich bin Social-Media-stark, ich würde die Kinder ablenken, das ist nicht der Fall. Darum muss ich ganz sachlich als Nichtraucher beantragen, Rückweisung und Nichteintreten. Jetzt gehen die Diskussionen los, wo kann man es zurückweisen. Muss ich an die Kinder zurückweisen oder muss ich zurückweisen an die Betreuungspersonen, die mich nicht wollen? Aber ich muss mich revanchieren und ich verlange, diskutieren Sie, ich verlange eine Rückweisung an die Kinder. Vielleicht ist es jetzt falsch, aber Sie können es mir nicht übelnehmen, auch nach 41 Jahren Grossrat kann ich nicht alles wissen und ich verlange Nichteintreten. Beat Schaller hat richtig gesagt, er möchte die Petition als erledigt abgeschrieben haben. Ich sehe, es gibt lebhafte Diskussionen. Ich stelle einen Antrag, der rechtsgültig von mir als Grossrat eingegeben worden ist, ich verlange Rückweisung an diese Kinder. Ich habe Bilder gesehen von dieser Petition, die Kinder liegen da am Boden, ich meine ja schon, wenn man es mit anderen Parlamenten vergleicht, ist es schon ein bisschen merkwürdig.

André Auderset hat sehr gute Sachen gesagt. André Auderset hat natürlich zu diesem Thema geredet, weil er ja sehr berühmt wurde im Kleinbasel vor zehn Jahren wegen diesen Non-fumeur-Restaurants. Ich erinnere Sie daran, das war eine grosse Bewegung, aber es gab dort keine Partei daraus. Aber André Auderset hat da sehr viel markiert in Kleinbasel und ich habe das mit grossem Interesse verfolgt, was André Auderset im Kleinbasel damals gemacht hat wegen den Rauchern. Er hat sich für die Raucher eingesetzt, was sein Recht ist, und ich setze mich für die Nichtraucher ein. Ich muss einfach sagen, André Auderset, wenn Sie sagen, es ist lächerlich, es beschwert sich einer bei der Deutschen Bahn, wenn jemand 30 cm, haben Sie gesagt, neben der Raucherzone ist, aber es ist so, André Auderset, wir haben die Gesetze, wir haben die Markierungen, dort darf man stehen, wie wir diese Markierungen haben in der Webergasse zum Claraplatz, dort ist auch diese Markierung, bis dort dürfen diese Mädchen stehen und weiter nicht und man muss sich an die Markierungen halten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wäre möglich an die Kommission. Möchten Sie das beantragen?

Eric Weber beantragt Rückweisung an die Kommission. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Rückweissung an die Kommission, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 95 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004399, 18.09.24 17:27:07]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Rückweisung an die Kommission wird abgelehnt mit 95 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme bei keiner Enthaltung.

Beat K. Schaller beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung gemäss Antrag PetKo, NEIN heisst erledigt gemäss Antrag Beat K. Schaller.

Ergebnis der Abstimmung

54 Ja, 42 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004401, 18.09.24 17:27:56]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petition geht zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat. Sie haben so entschieden mit 54 Ja-Stimmen gegen 42 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

26. Petition P474 "Ein Haus für alle - Begegnungsort für armutsbetroffene Menschen", Bericht der PetKo

[18.09.24 17:28:07, 23.5619.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert eines Jahres zu überweisen. Das Wort geht an den Präsidenten der Petitionskommission Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Der Grosse Rat hat die Petition P474 «Ein Haus für alle - Begegnungsort für armutsbetroffene Menschen» an seiner Sitzung vom 10. Januar 2024 der Petitionskommission zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen. Am 26. Februar 2024 hörte die Kommission im Rahmen eines Hearings eine Vertretung der Petentschaft sowie den Leiter der Sozialhilfe als Vertreter des WSU an.

Zum Anliegen der Petentschaft. Die Petition, vorgestellt von Vertreterinnen des Mädchenparlaments am Zukunftstag 2023, zielt darauf ab, die Lebensumstände von Obdachlosen in Basel durch die Schaffung eines zentralen Begegnungsortes zu verbessern. Die Petentinnen heben hervor, dass ein solcher Ort, den sie als Haus für alle bezeichnen, es ermöglichen würde, verschiedene Dienstleistungen wie Übernachtung, Verpflegung, soziale Interaktion und Beratung unter einem Dach zu vereinen. Dies würde den Alltag der Betroffenen vereinfachen, deren Würde stärken, indem zeit- und kräftezerrendes Pendeln zwischen verschiedenen Anlaufstellen minimiert wird. Das Haus soll zudem als kultureller Treffpunkt dienen und temporäre Wohnmöglichkeiten bieten, um den Betroffenen zu helfen, wieder Fuss in der Gesellschaft zu fassen.

Zur Stellungnahme des Vertreters des WSU. Der Vertreter gab während der Anhörung einen umfassenden Überblick über die Situation der Obdachlosigkeit in Basel. Er merkte an, dass es keine offiziellen Zahlen gibt, schätzte jedoch, dass etwa 300 Personen als obdachlos registriert sind. Diese Einschätzung basiert auf Daten des Vereins für Gassenarbeit «Schwarzer Peter», bei dem Personen ohne feste Wohnadresse gemeldet sind. Der Vertreter erklärte, dass Basel bereits eine breite Palette an Unterstützungsangeboten für Obdachlose hat, darunter Notschlafstellen, soziale Einrichtungen wie die Gassenküche und diverse Beratungs- und Betreuungsangebote. Er wies jedoch auch daraufhin, dass die vorhandenen Dienste über die Stadt verteilt sind, was für die Betroffenen mit einem erheblichen Aufwand verbunden ist, da sie oft mehrere Standorte aufsuchen müssen, um alle benötigten Dienste in Anspruch nehmen zu können.

Des Weiteren sprach der Vertreter über spezifische Programme zur sozialen Reintegration von Obdachlosen wie das «Housing First» Projekt, das darauf abzielt, den Obdachlosen direkt Wohnungen zur Verfügung zu stellen und sie bei der Wiedereingliederung in die Gesellschaft zu unterstützen. Die Bedeutung von Privatsphäre und selbstständigem Wohnen wurde als besonders wichtig für die soziale Reintegration hervorgehoben. Zum Abschluss wurde betont, dass viele der in der Petition geforderten Dienste bereits existieren, aber eine zentrale Herausforderung der Koordination und Zentralisierung dieser Angebote liegt. Er schlug vor, die bestehenden Dienste besser zu vernetzen und neue Ansätze zu entwickeln, um Effektivität der Unterstützung für Obdachlose zu verbessern.

Zur Erwägung der Petitionskommission. Die Petitionskommission folgerte aus der Ausführung des Leiters der Sozialhilfe, dass es in Basel viele der von der Petentschaft vorgeschlagenen Angebote für armutsbetroffene und obdachlose Menschen bereits gibt. Dies wurde ja auch vom Verein für Gassenarbeit «Schwarzer Peter» bestätigt. Was nicht existiert, ist der von der Petition geforderte Begegnungsort für armutsbetroffene Menschen, ein Haus für alle.

Obdachlose Menschen müssen sich im Verlauf eines Tages von einem Ort an den nächsten begeben, um die verschiedenen Angebote wie Schlafen, Essen, Wäsche waschen, Beratung, etc. in Anspruch nehmen zu können. Wer beispielsweise in der Notschlafstelle übernachtet, muss diese am Morgen verlassen und den Tag woanders verbringen. Eine Analyse über die Bedürfnisse von obdachlosen Menschen existiert gemäss Kenntnisstand der Petitionskommission nicht. Gemäss der beim Schwarzen Peter eingeholten Stellungnahme sind die Bedürfnisse nicht einheitlich. Armutsbetroffene und Obdachlose wollen nicht unbedingt unter ihresgleichen sein. Ein fixer Begegnungsort wäre deshalb wohl nur im Interesse eines Teils dieser Menschen. Sinnvoller könnte man mehr offene Begegnungsräume wie Quartiertreffpunkte sein, in denen sich die Menschen auch engagieren können. Die Verteilung der verschiedenen Angebote über die ganze Stadt kann zudem der Stigmatisierung entgegenwirken.

Das Angebot an Schlafplätzen sind nach Einschätzung des Schwarzen Peter ausreichend. Als wichtiger stuft er mehr feste Wohnsitze ein, wie er es mit Einreichung der Petition «Umnutzung leere Bürogebäude zu Wohnraum» selbst gefordert hat. Ein Schritt in diese Richtung ist aus Sicht der Petitionskommission das vom Regierungsrat initiierte Projekt «Housing First».

Unklar bleibt für die Petitionskommission, ob bzw. wie viele obdachlose und armutsbetroffene Menschen die ihnen zur Verfügung stehenden Angebote überhaupt in Anspruch nehmen wollen. Trotz freier Kapazitäten in der Notschlafstelle gibt es in Basel sogenannte «rough sleepers», die bewusst draussen schlafen. Dass die Auslastung der Notschlafstelle im Winter tiefer ist als im Sommer lässt zudem darauf schliessen, dass viele Betroffene durchaus andere Lösungen finden können.

Die Petitionskommission konstatiert, dass das soziale Netz in Basel gut ausgebaut ist, was nicht heisst, dass es keine Lücken aufweist. Vor diesem Hintergrund beantragt die Kommission dem Grossen Rat, die Petition zur Beantwortung von verschiedenen noch offenen Fragen an den Regierungsrat zu überweisen.

Zum Antrag. Wie erwähnt, beantragt die Petitionskommission dem Grossen Rat mit 10 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen, die Petition «Ein Haus für alle - Begegnungsort für armutsbetroffene Menschen» an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert eines Jahres zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden und da hat sich Nicole Amacher für die SP gemeldet.

Nicole Amacher (SP): Ich darf auch für das GAB sprechen. Diese Petition, wir haben es gehört, kommt auch aus dem Mädchenparlament und zwei von ihnen haben sehr beeindruckend und engagiert ihr Anliegen, nämlich ein Angebot unter einem Dach für wohnungs- und obdachlose Menschen, vertreten. Es soll also, wenn es nach ihnen geht, und das ist, glaube ich, auch nicht eine ganz neue Idee, aber sie haben das wieder aufgenommen, sie haben gesehen, für sie wäre das wichtig, es ist ein Bedürfnis da. So wollen sie, dass für all diejenigen, die das in Anspruch nehmen wollen, es ist dann ja keine Pflicht, dahinzugehen, dass ein Ort geschaffen werden soll, wo diese Menschen ihre täglichen nötigsten Bedürfnisse und Angelegenheiten an einem Ort erledigen können und somit nicht gezwungen sind, sich beschwerlich den ganzen Tag von einer Institution zur nächsten zu bewegen.

Und ja, es gibt ganz viele sehr gute Institutionen hier in Basel, die eine wichtige und hervorragende Arbeit leisten, welche Menschen ohne Wohnung in Anspruch nehmen können. Doch wie auch in der Petition sehr gut beschrieben, ist es für diese Menschen extrem aufwendig, diese zu erreichen, da die verschiedenen Angebote über die ganze Stadt verteilt sind. Und so sind die Betroffenen gezwungenermassen den ganzen Tag unterwegs, um diese aufzusuchen. Was das konkret bedeutet, möchte ich an einem Tagesablauf von Margrit beschreiben.

Margrit hat die Nacht in der Frauennotschlafstelle in der Mittleren Strasse in Grossbasel übernachtet und steht nun mit ihrem ganzen Hab und Gut um 8 Uhr früh wieder auf der Strasse. Das ist die späteste Check-Out-Zeit. Der Magen knurrt, also geht es erstmal auf zum Morgenessen in die Markgräflerstrasse ins Kleinbasel in die Gassenküche. Nach dem Frühstück muss Margit unbedingt die Post mal wieder durchsehen. Also Aufbruch zum Schwarzen Peter zurück ins St. Johann. Nach erledigter Post, es ist jetzt 10:30 Uhr, geht es weiter, denn schon seit Tagen ist eine Dusche fällig und die Haare und die Kleider wollen wieder Mal gewaschen werden. Bedeutet zurück ins Kleinbasel zur Frauenoase, um eine Dusche zu nehmen und wenn die Maschine frei ist, eine Wäsche zu machen. Jetzt ist es schon 12:30 Uhr. Die Wäsche ist noch nicht fertig, aber eigentlich ist es Zeit, sich für ein warmes Mittagessen im Treffpunkt Glaibasel auf den Weg zu machen. Das geht nun heute aber wegen der Wäsche nicht.

Nach getaner Körper- und Kleiderwäsche geht es weiter zum Internetcafé Planet13 im Sankt Johann, um die E-Mails zu checken und die wichtigsten Online-Angelegenheiten zu erledigen, weil das auf dem Handy wirklich auch mühsam ist, ausdrucken kann das Handy auch nicht. Ist das erledigt, und es ist jetzt schon früher Abend, merkt Margrit, der Rücken schmerzt mal wieder unsäglich, aber Margrit hatte heute wieder keine Zeit und Energie, und zum Glück gibt es das hier in Basel, sich um einen kostenlosen Arzttermin zu bemühen. Denn es ist schon kurz vor 17 Uhr und da das warme Mittagessen ausgefallen ist, will es Margrit unbedingt von der Klybeckstrasse zum Abendessen ins Gundeli hinter dem Bahnhof ins Soup&Chill zum Abendessen schaffen. Und da es immer mehr Menschen gibt, die für so ein warmes Abendessen dahingehen, ist sie gut beraten, da frühzeitig hinzugehen. Das Soup&Chill schliesst um 20:30 Uhr und Margrit steht wieder mit ihrem ganzen Hab und Gut auf der Strasse und macht sich erneut auf, einen Platz zu suchen, wo sie die Nacht verbringen kann.

Sie sehen, dieser Tagesablauf ist schon sehr anstrengend, wenn Menschen gesund sind, aber kommt eine Erkältung, Grippe oder ein sonstiges Leiden dazu, ist es fast gar nicht mehr zu schaffen, denn auch an solchen Tagen kann Margrit nicht in der Notschlafstelle oder sonst wo bleiben und sich einfach nur ausruhen. Ist sie nicht gerade spitalreif, steht sie spätestens um 8 Uhr morgens auf der Strasse, um fiebrig und schwach den ganzen Tag sich von einem Ort zum nächsten zu schleppen. Es braucht aus unserer Sicht dringend ein Ort, wo dies möglich ist, dass sich Betroffene wenigstens ein paar Tage ausruhen können und zur Ruhe kommen können und das ist ein Bedürfnis, dass ich von ehemaligen obdachlosen Menschen schon öfters gehört habe. Das ist wirklich ein Bedürfnis, das da ist.

Wir von der SP-Fraktion und das GAB unterstützen die Forderung der Petition, nämlich ein Haus für alle, für Wohnungs- und Obdachlose und von Armut betroffenen Menschen und deshalb bitte ich Sie, diese Petition zur Stellungnahme an die Regierung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP spricht Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Ich rede auch im Namen der Fraktionen der LDP und Mitte/EVP. Das Anliegen der Petition ist sympathisch, das wollen wir gar nicht bestreiten. Die Frage ist einfach, ob die Petition wirklich nötig ist. Das Thema soziales Wohnen kommt ja in unserem Kanton ganz sicher nicht zu kurz. Im März 2024 hat der Grosse Rat dem Ratschlag der Beschlussvorlage zum Geschäft Soziales Wohnen in Basel-Stadt zugestimmt. Konkret Franken 344’000 jährlich für eine Kompetenzstelle Soziales Wohnen, Franken 255’000 jährlich für unterstützende Massnahmen, Franken 760’000 für Housing First in den Jahren 2024 bis 2027 und Franken 3’040’000 für Housing First Plus in den Jahren 2024 bis 2027. Eine erkleckliche Summe, ganz sicher nicht nichts.

Bevor wir hier etwas unternehmen, müssen wir wissen, was genau die Bedürfnisse von obdachlosen Menschen im von der Petition angesprochenen Bereich sind. Die Petitionskommission schreibt ja selbst, dass nach ihrem Kenntnisstand eine solche Analyse über die Bedürfnisse von obdachlosen Menschen nicht existiert und interessanterweise wird dann diese

Frage von der Petitionskommission auch gar nicht von der Regierung einverlangt. Was von den Bedürfnissen bekannt ist, ist gemäss der beim Schwarzer Peter eingeholten Stellungnahme nicht einheitlich. Armutsbetroffene und Obdachlose wollen nicht unbedingt unter ihresgleichen sein. Ein fixer Begegnungsort wäre deshalb wohl nur für einen Teil dieser Menschen von Interesse. Sinnvollerweise könnten mehr offene Begegnungsräume, die Verteilung der verschiedenen Angebote über die Stadt zum Beispiel durch Stigmatisierung entgegenwirken.

Unklar bleibt für die Petitionskommission, ob bzw. wie viele obdachlose und armutsbetroffene Menschen die ihnen schon heute zur Verfügung stehenden Angebote überhaupt in Anspruch nehmen. Weitergedacht heisst das, wir wissen nicht, für wie viele Leute das vorgeschlagene Haus überhaupt ein möglicher Anziehungspunkt wäre. Trotz freier Kapazitäten in der Notschlafstelle gibt es in Basel sogenannte «rough sleepers», die ganz bewusst draussen schlafen, die bewusst diesen Lebensstil wählen. Dass die Auslastung der Notschlafstelle im Winter tiefer ist als im Sommer, das lässt darauf schliessen, dass viele dieser Betroffenen durchaus in der Lage sind, eine andere Lösung zu finden.

Die Petitionskommission konstatiert, dass das soziale Netz in Basel gut ausgebaut ist und jawohl, natürlich, es hat noch Lücken. Angesichts des beträchtlich ausgebauten sozialen Unterstützungssystems in unserem Kanton und einer Exekutive, welches dieses System ganz bewusst weiterentwickelt, ist es nicht nötig, dass wir seitens Legislative noch mehr Druck aufsetzen. Dies bestätigte auch der Vertreter der Verwaltung, der als Fazit festhielt, dass der Grossteil der Forderungen der Petition bereits erfüllt ist. Er bezeichnete das Angebot für Obdachlose und Armutsbetroffene in Basel als gut ausgebaut und niederschwellig zugänglich und die Petitionskommission selbst stimmt zu, dass es in Basel viele der von der Petentschaft vorgeschlagenen Angebote für armutsbetroffene Personen und obdachlose Menschen bereits gibt, was auch der Verein für Gassenarbeit «Schwarzer Peter» klar bestätigt.

Deshalb unser Fazit: Das Anliegen der Petition ist bereits weitgehend erfüllt. Deshalb namens der eingangs erwähnter Fraktionen bitte ich Sie, die Petition als erledigt zu erklären und wir danken Ihnen dafür.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Beat K. Schaller beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert eines Jahres zu überweisen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung an den RR zur Stellungnahme innert eines Jahres, NEIN heisst erledigt erklären.

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 32 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004403, 18.09.24 17:46:19]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Petition P474 «Ein Haus für alle – Begegnungsort für armutsbetroffene Menschen » wird dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert eines Jahres überwiesen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petition geht an den Regierungsrat zur Stellungnahme. Es liegen 59 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen vor.

28. Motion 1 Adrian Iselin und Michael Hug betreffend Schaffung von kantonalen Förderbeiträgen für Photovoltaik-Anlagen zusätzlich zur Förderung durch den Bund

[18.09.24 17:46:28, 24.5184.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wird dies bestritten? Das ist nicht der Fall. Ich habe keine Wortmeldung eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu überweisen.

29. Motion 2 Fleur Weibel und Konsorten betreffend Erarbeitung einer kantonalen Strategie gegen Rassismus mit Massnahmenplan

[18.09.24 17:47:09, 24.5205.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Hier liegen Wortmeldungen vor. Wir werden mit der Beratung beginnen und in gut zehn Minuten unterbrechen, wenn wir noch nicht eine Abstimmung in Aussicht haben. Die Bestreitung erfolgt durch Pascal Messerli von der SP.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion hat sich diese Motion genau durchgelesen und diskutiert. Einen Teil davon hätte auch damit leben können, wenn wir hier eine Erstüberweisung gemacht hätten, das dann als Anzug überwiesen hätten, die Mehrheit war dann aber doch dagegen. Die Motionärin verweist ja auch auf meinen Anzug bezüglich Massnahmenplan gegen Antisemitismus. Hier möchte ich noch einmal betonen, dass wir hier auch ganz klare Forderungen stellen an die Sicherheit für die jüdische Glaubensgemeinschaft. Bauliche Massnahmen, das Likrat-Projekt, die Bewahrung der Erinnerungskultur und diese konkreten Massnahmen fordern wir ja auch in diesem Massnahmenplan. In dieser Motion, die uns hier vorliegt, haben wir doch relativ viel Theorie und auch relativ viele zusätzliche staatliche Aufgaben, welche dieser Forderungskatalog mit sich bringen würde. Wir reden hier von Datenerhebung, Wissensaufbau, Monitoring, neue Meldeverfahren gegen Rassismus, neue Beratungsangebote für Betroffene, finanzielle Unterstützung für zivilgesellschaftliche Angebote, Sensibilisierungsangebote.

Wenn man das jetzt vergleicht mit meinem Anzug «Massnahmenplan gegen Antisemitismus», dann wurde dort eine neue Meldestelle installiert, um antisemitische Vorfälle zu melden. Und als der Regierungsrat mein Anzug beantwortete, hat er kommuniziert, dass es keinen einzigen Fall gab, wo sich Leute dort bei dieser Meldestelle gemeldet haben. Das heisst natürlich nicht, dass es keine Fälle gibt, das möchte ich auch gar nicht bestreiten, selbstverständlich gibt es antisemitische Fälle, selbstverständlich könnte ich mich auch mit einer Rassismusstelle anfreunden und selbstverständlich würde es auch solche Fälle geben, aber die Frage ist dann halt schon noch der Verhältnismässigkeit, ob wir hier wirklich einen grossen neuen Staatsapparat aufbauen müssen, um sämtliche geforderte Punkte hier zu integrieren bei uns im Gemeinwesen, oder ob wir hier nicht wirklich auf die bestehenden Institutionen zurückgreifen sollten. Ethik-Unterricht in den Grundschulen, Runder Tisch der Religionen, mobile Jugendarbeit, wo wir auch mehr Geld gesprochen haben für derartige Sensibilisierungsprojekte, wo wir von der SVP zum Entschluss gekommen sind, dass wir hier diese staatlichen Massnahmen eigentlich haben, die ausreichen, und dass wir hier nicht das Angebot noch weiter ausweiten sollten und wir hier auch die Lehrerinnen und Lehrer insbesondere auch in der Schule sensibilisieren sollten und auch relativ viel in diesem Bereich schon gemacht wird.

Aus diesem Grund bitten wir Sie, diese Motion nicht zu überweisen, auch bei der Erstüberweisung nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (GAB): Die vorliegende Motion fordert die Ergänzung des kantonalen Massnahmenplans zur Bekämpfung von Antisemitismus und die weitere Form rassistischer Diskriminierung und ihre Einbettung in eine umfassende Strategie gegen Rassismus. Diese Forderung ist nicht nur nötig, sie ist essentiell, um die systematische Diskriminierung und Ausgrenzung, die viele Menschen in unserem Kanton erleben, konsequent zu bekämpfen. Rassismus bleibt in der Schweiz ein gesellschaftliches Problem, dass sich in vielen Lebensbereichen manifestiert, sei es im öffentlichen Raum, am Arbeitsplatz, in der Schule oder bei der Wohnungssuche.

Die Motion von Fleur Weibel macht klar, wie wichtig dieses Thema für das Grün-Alternative Bündnis ist und ich bin froh, dass die Motion von praktisch allen Fraktionen unterstützt wird. Dass die SVP diese Motion bestreitet, macht einmal mehr deutlich, dass diese Partei rassistische Strukturen in der Gesellschaft nicht angehen möchte. Mit ihrem Verhalten deckt sie solche Strukturen sogar. In ihrer Politik geht es und ging es nie um ein friedliches Miteinander, indem alle diskriminierungsfrei zusammenleben können. Die SVP ist eine rechte Partei, welche von der Stigmatisierung von Teilen der Bevölkerung lebt.

Die geforderte Strategie bietet einen ganzheitlichen Ansatz, der die spezifischen Herausforderungen von Mehrfachdiskriminierungen wie etwa der Kombination von Rassismus und Sexismus berücksichtigt. Damit kann der Komplexität der Diskriminierungserfahrung gezielt entgegengewirkt werden. Es ist an der Zeit, dass wir in unserem Kanton Rassismus entschlossen und vor allem auch systematisch begegnen. Mit der Annahme dieser Motion setzen wir ein wichtiges Zeichen, dass wir Rassismus in keiner Form tolerieren und die Würde aller Menschen in den Mittelpunkt unserer Politik stellen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage vor von Pascal Messerli. Sie wird nicht angenommen. Damit geht das Wort an Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Mein Vorredner, Nicola Goepfert, wenn ich richtig liege, arbeitet für Sans-Papiers, dann ist das seine Ansicht und er kann das vertreten, aber ich habe eine andere Ansicht. Es ist meine letzte Rede im September, bitte berücksichtigen Sie das, ich komme dann nicht mehr und ich habe ja schon einen Ordnungsruf. Als Ein-Thema-Partei muss ich sprechen, das ist unser Thema. Als Ein-Thema-Partei wird man lächerlich gemacht, aber man hat damit auch Erfolg.

Uns Schweizer werden Werte aufgezwungen, unser bisheriger Lebensstil wird in Frage gestellt. In dieser Motion geht es um Rassismus. Ich frage mich ganz klar und sachlich, was ist damit gemeint? Meint man mit Rassismus, wenn in einer Schulklasse in Kleinbasel gar kein Schweizer Kind mehr ist, dann kann es für mich keinen Rassismus geben, weil kein Schweizer Kind mehr in der Klasse ist. Das sind Tatsachen. Ich verstehe nicht alles von dieser Motion und ich finde, es muss erlaubt sein zu sagen, ich verstehe nicht alles von dieser Motion. Darum stimme ich mit der SVP und ich finde, diese Motion braucht es nicht.

Wir merken oft gar nicht mehr, dass all diese Motionen nur dazu führen, dass der Kantonsverwaltungsapparat noch mehr aufgebläht wird. Ich meine, dass die Verwaltung immer mehr wird. Oft wird mir gesagt, ich soll keinen Text aus dem Grossratsheft vorlesen, aber heute muss ich es machen, weil dort ein Schreibfehler ist. Keiner hat es gemerkt, aber ich erkenne es auf einen Blick auf Seite 26. Es wird hier wortwörtlich von vierfacher Diskriminierung geschrieben. Es steht dort, Diskriminierung hoch 4, das ist ein Fehler. Ich bitte das Protokoll, dass der Schreibfehler behoben wird, Diskriminierung hoch 4 gibt es nicht und ich möchte hier kein neues Wort, das eingeführt wird.

Das wäre es eigentlich gewesen, das wollte ich noch sagen. Ich danke Ihnen und wie gesagt, das ist meine Meinung und ich meine, ich bin ja auch nicht ganz, wie soll ich sagen, durch den Wind. Ich möchte das einfach sachlich feststellen zu dieser Motion, wenn man einen gesunden Lebensstil hat ohne Rauchen, ohne Alkohol, wenn man die Bevölkerung anhört, dann höre ich jeden Tag in Kleinbasel, wo sind die Rechte für uns Schweizer. Viele Schweizer fühlen sich benachteiligt und ich höre dann, und das ist nicht mein Satz, ich höre das tagtäglich, dann sagen mir die Leute, Rassismus, müssen wir bald in ein Reservat auswandern, wo ist unsere Heimat? Das möchte ich einfach ganz klar festhalten, darum braucht es diese Motion nicht, weil wir einfach finden, wir werden geplagt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Angesichts unserer kurzen Abendpause unterbreche ich an dieser Stelle die Sitzung. Wir fahren um 20 Uhr fort mit Amina Trevisan.

Schluss der 28. Sitzung

17:57 Uhr

Protokoll

der 29. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 18. September 2024, um 20:00 Uhr

Vorsitz:	*Beat Flury, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	**Gabriel Nigon (LDP), Salome Bessenich (SP), Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP),**

Verhandlungsgegenstände:

29. Motion 2 Fleur Weibel und Konsorten betreffend Erarbeitung einer kantonalen Strategie gegen Rassismus mit Massnahmenplan 2
30. Motion 3 Franziska Roth und Jenny Schweizer betreffend finanzielle Stärkung der Spielgruppen 4
31. Motion 4 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Vertretung in Arbeitsstreitigkeiten 6
32. Motion 5 Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend Vertretung in Mietstreitigkeiten 10
33. Motion 6 Béla Bartha und Konsorten betreffend Barrierenabbau auf Biotopverbundsachsen 11
34. Motion 7 Catherine Alioth und Konsorten betreffend einem adäquaten ÖV im Bereich der Hardstrasse während des Ausfalls des 14er Trams 14
35. Motion 8 Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend Tramverkehr durch die Innenstadt jetzt beschleunigen 16
36. Motion 9 der Geschäftsprüfungskommission betreffend zentrale Verantwortlichkeit in der kantonalen Informatik 20
37. Motion 10 Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Notlage im Asylwesen ausrufen 21
38. Motion 11 Joël Thüring und Konsorten betreffend keine Asylunterkünfte mehr in Wohnquartieren 25
39. Motion 12 Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Neues Steuerpaket- Kaufkraft bei der Bevölkerung statt Überschüsse beim Kanton 29
40. Motion 13 Luca Urgese und Konsorten betreffend Einführung eines jährlichen Grossratsbeschlusses über den kantonalen Einkommenssteuerfuss 34

Beginn der 29. Sitzung

Mittwoch, 18. September 2024, 20:00 Uhr

29. Motion 2 Fleur Weibel und Konsorten betreffend Erarbeitung einer kantonalen Strategie gegen Rassismus mit Massnahmenplan

[18.09.24 20:00:28, 24.5205.01]

Amina Trevisan (SP): Rassismus ist im Alltag von Migrierten, Geflüchteten und People of Colour allgegenwärtig. Rassismus ist ein Angriff auf Menschenwürde, um Menschenrechte eines Individuums. Abwertung, Benachteiligung und Ausgrenzung aufgrund der ethnischen Herkunft, Hautfarbe, Nationalität oder Religion sind emotional belastende biografische Erfahrungen, die Menschen in ihrem alltäglichen Leben in der Schweiz wiederkehrend begleiten. Rassismus ist kein Einzelfall. Gemäss den Zahlen der Fachstelle für Rassismusbekämpfung des Bundes gaben im Jahr 2022 17 Prozent der Wohnbevölkerung in der Schweiz an, von rassistischen Anfeindungen und rassistischer Diskriminierung betroffen zu sein. Beinahe jede 6. in der Schweiz lebende Person erfährt im öffentlichen Raum, im Arbeitsalltag, bei der Wohnungssuche oder in der Schule Rassismus, wobei von einer hohen Dunkelziffer auszugehen ist.

Das Thema Rassismus hat auch für mich ist eine biografische Bedeutung und wir haben heute bereits gehört, dass gewisse Menschen sich hier nicht vorstellen können, was Rassismus bedeutet. Dem werde ich jetzt ein bisschen nachhelfen. Als Tochter einer migrantischen Familie aus der Arbeiter:innenschicht muss ich mich schon als Kind mit rassistischen Anfeindungen, Ausgrenzung und Diskriminierung auseinandersetzen. Ich wurde als Mensch zweiter Klasse degradiert. Ich kam oft weinend nach Hause von der Schule. Als Migrantinnenkind wurde mir das Gefühl vermittelt, nicht gleichwertig wie meine Schulkolleg:innen zu sein. Das Gefühl, nicht wertvoll zu sein, hatte ich verinnerlicht. Ich fühle mich Minder Wertung. Die erfahrene gesellschaftliche Ablehnung habe ich zudem in Selbstablehnung umgewandelt. Das war sehr schmerzhaft. Das hat mich in meinem Selbstbild geprägt. Ich musste viel innere Arbeit leisten, um mein Selbstwertgefühl zu stärken. Dank meines Soziologiestudiums konnte ich mein Leid nicht nur in einem individuellen, sondern auch in einem gesellschaftlichen Kontext verordnen. Als 21-jährige Studentin, und hier kommt das zweite Beispiel, machte ich während der Basler Fasnacht als Serviceangestellte in einem Restaurant in Kleinbasel eine menschenverachtende Erfahrung, die ich nicht mehr vergessen werde. Ein Mann betrat das Restaurant und rief laut hinein «Alle Ausländer raus, die Müllabfuhr kommt.» Ich erstarrte. Heute wird der Begriff freezing genannt, um meine damalige körperliche Reaktion zu beschreiben. Ein Mann stand damals solidarisch auf und fragte ihn, ob er das lustig fände. Rassismus macht weh.

Ja geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Rassismus verletzt nicht nur die Würde deines Individuums, sondern auch die Seele. In meiner soziologischen Doktorarbeit über Depressionen im Kontext der Migrations forschte ich über das psychische und soziale Leiden in unserer Gesellschaft. Ich interessierte mich unter anderem für die strukturellen Ursachen der Leidenserfahrungen von Menschen mit Migrationsgeschichte und People of Colour. Ein zentrales Ergebnis dieser Arbeit ist, dass das Erleben subjektiv wahrgenommen Rassismus nicht nur eine schmerzhafte persönliche Erfahrung bedeutet, sondern auch das Leiden an der Gesellschaft dokumentiert.

Rassismus stellt kein Ausnahmephänomen dar, sondern ist beständiger Teil des Alltagslebens von Migrierten, Geflüchteten, People of Colour. Dazu kommen sexualisierte und exotisierende Fremdzuschreibungen Rassismus geht mit dem Gefühl der Demütigung, Erniedrigung und Beschämung einher. Das Gefühl, als Mensch diskreditiert, abgelehnt und verschäht zu werden, prägt die Selbstwahrnehmung negativ.

Rassismus, so postuliere ich, darf als Risikofaktor für die psychische Gesundheit nicht ausgeblendet oder unterschätzt werden. Es gilt nun, durch eine klare Haltung Rassismus im Kanton Basel-Stadt zu bekämpfen. Antisemitismus und Rassismus dürfen in jeder Ausprägung, und das in einer sozialen und demokratischen Gesellschaft, keinen Platz haben. Es ist inakzeptabel, dass die rassistische und antisemitische Ideologie, die sich bei manchen Menschen gar in Form von Gewalt äussert, schon so lange in unserer Gesellschaft fortbesteht und sich noch weiter ausbreiten kann. Darüber hinaus fördert die rassistische und migrationsfeindliche Rhetorik die Spaltung der Gesellschaft und begünstigt Intoleranz und rassistische Diskriminierung.

Die SP-Fraktion wird diese Motion überweisen und ich bitte Sie, dasselbe zu tun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an die Motionärin Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GAB): Ich freue mich sehr über die grosse und parteiübergreifende Unterstützung meiner Motion und damit über die Anerkennung des Handlungsbedarfs in der Bekämpfung von Rassismus. Ich bedanke mich insbesondere bei meinen Vorrednerinnen und besonders auch bei Amina Trevisan für das persönlich gefärbte Votum.

Rassismus ist ein Problem, das in der Schweiz nur zögerlich anerkannt und entsprechend noch zu wenig konsequent bekämpft wird. Amina Trevisan hat vorhin die Zahlen von der Fachstelle für Rassismusbekämpfung des Bundes genannt. Es ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen. Die Formen der rassistischen Diskriminierung sind vielfältig. Sie können aufgrund der Nationalität, der Hautfarbe, der Religion oder der ethnischen Herkunft erfolgen und sie erfolgen im öffentlichen Raum, im Arbeitsalltag, bei der Wohnungssuche oder in der Schule, wobei insbesondere die Vorfälle rassistischer Diskriminierungen in den Schulen besorgniserregend sind und eine grosse Auswirkung auf die Kinder und heranwachsenden Jugendlichen haben. Auch das wurde vorhin angesprochen.

Hinzu kommt, dass seit den Angreifen der Hamas in Israel und dem Ausbruch des Krieges in Nahost, insbesondere auch antisemitische Vorfälle in der Schweiz zugenommen haben, was besorgniserregend ist, und es haben nicht nur antisemitische Vorfälle, sondern auch antimuslimische Vorfälle stattgefunden, auch hier in Basel. Aufgrund dessen ist es wichtig, dass wir Rassismus aus einer übergeordneten Perspektive betrachten und dass wir die bestehenden Massnahmen, die auch Pascal Messerli schon angesprochen hat und die er auch in seinem Anzug gegen Antisemitismus fordert, in einer übergeordneten gesamtheitlichen kantonaler Strategie zusammenfassen. Es geht aber dabei nicht darum, einen neuen Staatsapparat aufzubauen, wie Pascal Messerli das gesagt hat, sondern es geht darum, Synergien zu nutzen, und das, was bereits besteht mit dem, was es noch braucht, zusammenzuführen.

Die Motion steht dabei auch in einem Kontext mit den nationalen Entwicklungen. Der Nationalrat hat 2024 einer Motion zugestimmt, die einen Aktionsplan gegen Rassismus und Antisemitismus auf Bundesebene fordert, die gemeinsam mit den Kantonen ausgearbeitet wird, und die vorliegende Motion möchte hier quasi ergänzend dazu bereits den Prozess in Basel-Stadt anstossen, um eine Kohärenz herzustellen mit der Bundesebene. Das heisst, die eine Forderung ist diese übergeordnete Strategie gegen Rassismus und das andere ist damit zusammenhängend ein departementsübergreifender Massnahmenplan, wo eben einerseits die Massnahmen, die bereits bestehen, aufgenommen werden und durch zusätzliche Massnahmen in den Bereichen, wo noch zu wenig gemacht wird, ergänzt werden.

Die Handlungsfelder, die die Motion beschreibt, sind nicht abschliessend, das ist eine erste Aufzählung. Besonders wichtig ist die Prävention und Sensibilisierungsangebote, vor allem in den Schulen, aber auch in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Wichtig ist die Unterstützung von Angeboten von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die in diesen Bereichen tätig sind, weil sie auch der Vielfalt von rassistischer Diskriminierung gerecht werden. Besonders wichtig, auch gerade in der aktuellen Situation, scheint mir eine verstärkte Förderung des bereits bestehenden interreligiösen und interkulturellen Dialogs. Wir haben hier massiven Handlungsbedarf angesichts der Konflikte, die wieder ausgebrochen sind im Nahostgebiet, einem jahrzehntelangen Konflikt, der im Moment eine besondere Aktualität hat.

Dann ist mir auch wichtig, dass psychosoziale Beratungsangebote ausgebaut werden. Das haben wir auch gehört, Rassismus macht krank und wir haben als Kanton auch die Aufgabe, die Gesundheit unserer Bevölkerung zu stärken. Letztlich wird es auch darum gehen, Mehrfachdiskriminierungen im Zusammenhang mit Sexismus oder zum Beispiel Armut zu berücksichtigen.

Dies alles wird nicht ganz gratis sein. Wir werden auch schauen müssen, welche zusätzlichen Ressourcen allenfalls für die Fachstelle Integration und Antirassismus bereitgestellt werden müssen, um diese Strategie auszuarbeiten und die Massnahmen zu koordinieren. Ich danke Ihnen sehr für die Unterstützung meiner Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Das wurde bestritten von Pascal Messerli. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

80 Ja, 13 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004408, 18.09.24 20:11:39]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird überwiesen mit 80 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

30. Motion 3 Franziska Roth und Jenny Schweizer betreffend finanzielle Stärkung der Spielgruppen

[18.09.24 20:11:54, 24.5206.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Als erste Sprecherin hat sich gemeldet Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Der Regierungsrat möchte die Motion bedauerlicherweise nicht entgegennehmen. Ich bitte Sie, diese jedoch an die Regierung zu überweisen. Bei der Beratung der Kitainitiative, die in der BKK intensivst geführt wurde und bei der Beratung der Änderung des Kinder- und Jugendgesetzes im Zusammenhang mit der Umsetzung der Motion Patricia von Falkenstein, haben sich für uns bei der Handhabung der Elternbeiträge für Kinder mit und ohne Deutschförderung in den Spielgruppen Ungereimtheiten gezeigt, die leider im Zuge des Gegenvorschlages zwar erkannt, aber nicht als so wichtig erachtet wurden, dass hier ebenfalls nötige Anpassungen vorgenommen wurden.

Vor diesem Hintergrund soll diese Lücke nun mit der Motion Roth und Schweizer geschlossen werden, so dass zusammenfassend wirklich gesagt werden kann, dass die erkannten Baustellen angegangen wurden und für jede einzelne eine Lösung gefunden werden konnte.

Was wir nicht wollen, ist, dass eine wichtige Gruppe, und das sind die Spielgruppen mit ihrer grossen Deutschförderungsverantwortung, bewusst übergangen werden, obwohl sie ihre Probleme und Frustrationen sehr wohl zum Ausdruck brachten. Franziska Roth und ich haben einige anschliessende Gespräche mit den Vertreter:innen geführt und diese konnten nochmals kompetent und überzeugend aufzeigen, dass sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben, die sie nota bene vom ED erhalten, mehr Geld brauchen, weil ihre finanzielle Situation prekär ist.

Die Problematik ist, dass die Spielgruppen für die frühe Deutschförderung zuständig sind. Kinder mit Deutschförderungsbedarf müssen an drei Halbtagen eine entsprechende Spielgruppe besuchen. Diese Besuche sind für diese Kinder kostenlos. Damit aber die Deutschförderung überhaupt gelingt, braucht es auch die Kinder ohne Förderungsbedarf, damit spielerisch die Sprache erlernt und verstanden werden kann. Diese Kinder ohne Förderungsbedarf erhalten jedoch keine finanzielle Unterstützung vom Kanton.

Nun was geschieht jetzt in den Spielgruppen, wenn sie zu wenig Geld haben? Entweder nehmen sie mehr Kinder mit Deutschförderung auf, da sie vom Kanton entschädigt werden. oder sie verlangen von Kindern ohne Förderungsbedarf mehr Geld. Das hat zur Folge, dass das Gleichgewicht zwischen Kindern mit und ohne Deutschförderung so empfindlich gestört wird, dass die Deutschförderung nicht mehr gelingen kann. Damit aber diese gelingt in den Spielgruppen, braucht es ganz klar eine gute Durchmischung, denn nur so lernen die Kinder ohne guten Deutschkenntnisse spielerisch unsere Sprache.

Erschwerend kommt natürlich auch hinzu, dass durch die Initiative die Anreize, die Kinder in Kitas anzumelden, so attraktiv sind, dass den Spielgruppen allgemein die Kinder abhanden kommen. Die Deutschförderung ist für den Einstieg in den Kindergarten enorm wichtig und deshalb ist auch die Verantwortung der Spielgruppen sehr hoch zu gewichten. Wird die Motion heute nicht überwiesen, wird ein essentielles Puzzlestück in unserem Erziehungssystem definitiv wegfallen. Umso unbegreiflicher ist es, dass die Regierung dies zwar weiss, aber dennoch nicht berücksichtigen will. Wir sind überzeugt, dass auch aus finanzieller Sicht, der dann errechnete Betrag in Relation zu den hohen Kosten des Gegenvorschlages der Kita-Initiative vernachlässigbar sein wird und dies nicht als Argument dienen kann.

Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung und dass Sie die Motion an die Regierung überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Silvia Schweizer.

Silvia Schweizer-Reber (FDP): Im Dezember 2023 hat der Grosse Rat eine Gesetzesänderung im Rahmen des Tagesbetreuungsgesetzes beschlossen, dass Kinder mit ungenügenden Deutschkenntnissen neu drei statt zwei Halbtage eine Spielgruppe verpflichtend besuchen müssen. Das ist gut so.

16 Franken 30 bezahlt der Kanton oder die Gemeinden den Deutschförderspielgruppen pro Stunde und Kind mit Deutschverpflichtung, Eltern von Kindern ohne Deutschförderbedarf zahlen zwischen 8 und 12 Franken pro Stunde. Sie erhalten im Rahmen der Prämienverbilligung finanzielle Unterstützung vom Kanton. Seit rund einem Monat ist diese Gesetzesänderung nun in Kraft und ohne die ersten Auswirkungen der Gesetzesänderung in Bezug auf Deutschförderung und Kosten abzuwarten, wird mit dieser Motion zusätzlich ein kantonaler Elternbeitrag für alle Kinder, welche eine Spielgruppe auch freiwillig besuchen, gefordert. Also eine neue Subvention nun für alle Spielgruppenkinder.

Gleichzeitig liegen die ersten Zahlen des revidierten Tagesbetreuungsgesetzes seit wenigen Tagen vor. Die Mehrkosten im Bereich Tagesbetreuung gehen zumindest in Riehen weit über die im Ratschlag prognostizierten Kosten hinaus. Die FDP-Fraktion erwartet, dass die beschlossenen Massnahmen zuerst evaluiert werden, bevor eine weitere Gesetzesänderung mittels diese Motion gefordert wird.

Wir bitten Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Nicole Kuster-Simon.

Nicole Kuster-Simon (LDP): Frühe Förderung erhöht die Bildungschancen und kann die Chance auf ein eigenverantwortliches Leben stärken. Frühe Förderung ist ein liberales Anliegen und wird seit jeher von der LDP unterstützt.

Die vorliegende Fragestellung hängt mit der Fördermassnahme der obligatorischen frühen Deutschförderung in Spielgruppen zusammen. Wie Jenny Schweizer richtig ausgeführt hat, ab August dieses Jahres ist dies erhöht worden auf drei Halbtage, aber es findet schon seit einem Jahr auf freiwilliger Basis statt und fast alle Spielgruppen haben mitgemacht. Also wir haben schon ein Jahr Erfahrungssätze, die wir auswerten können.

Die Motionärinnen legen dar, dass das System für alle Erziehungsberechtigten gleichermassen gerecht und finanziell attraktiv tragbar sein soll. Damit könne eine gute Durchmischung von deutsch- und fremdsprachigen Kindern erreicht werden, was für das Gelingen der frühen Deutschförderung essentiell ist. Mit den Verbesserungen bei den Kitas ist die Gesamtsituation für die Spielgruppen zudem schwieriger geworden. Damit weiterhin Kinder die Spielgruppen besuchen, welche eben gerade nicht dem Obligatorium unterstehen, braucht es die geforderten Veränderungen.

Die LDP ist als Initiantin der frühen Deutschförderung für das Anliegen der Motionärinnen. Besten Dank, dass Sie das auch tun und die Motion überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an die Motionärin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Eigentlich wurde von Jenny Schweizer und Nicole Kuster schon alles gesagt. Ich möchte einfach noch einmal erwähnen, die Spielgruppen sind ein wichtiger Teil in der Frühförderung bei uns im Kanton Basel-Stadt. Unser Kanton ist auch sehr stolz darüber, was wir hier im Bereich der Deutschförderung erreicht haben und weiterhin erreichen werden. Wir haben bereits jetzt, obwohl die Gesetzesanpassung im Kinder- und Jugendgesetz und nicht im Tagesbetreungsgesetz erst jetzt greifen, wissen wir, dass die Spielgruppen unter der finanziellen leiden, schon länger. Ich finde tatsächlich, dass wir jetzt die Signale ernst nehmen müssen und das Gesetz so anpassen müssen, dass wir Kinder in den Spielgruppen haben, die gut Deutsch können, weil sonst das ganze System an die Wand gefahren würde. Das können wir uns nicht leisten, wir bauen auf der frühen Deutschförderung.

Ich bin dankbar, dass gemäss Kreuztabelle die meisten Fraktionen die Überweisung unterstützen werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 7 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004410, 18.09.24 20:22:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 85 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

31. Motion 4 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Vertretung in Arbeitsstreitigkeiten

[18.09.24 20:22:23, 24.5208.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir kommen zu den Einzelvoten, Bruno Lötscher hat sich zuerst eingetragen.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich möchte mich kurz fassen. Ich beantrage, dass diese Motion überwiesen wird und dass der Regierungsrat hierzu bald Stellung nehmen soll. Es geht darum, ein Versehen zu korrigieren. Das ist etwas, das wir in Basel seit eh und je gekannt haben, dass in arbeitsrechtlichen Streitigkeiten auch qualifizierte Vertreterinnen und Vertreter die Parteien am Gericht vertreten durften, die nicht als Anwalt tätig waren. Die alte Zivilprozessordnung von 1875 hat das möglich gemacht, bis 2011 haben wir das so praktiziert. Dann kam die eidgenössische ZPO, die das auch möglich gemacht hätte unter dem Vorbehalt, dass der Kanton entsprechend legiferiert. Das ist damals einfach vergessen gegangen, aber wir haben das am Zivilgericht tatsächlich einfach so weitergelebt. Und wir haben weiterhin dieselbe Erfahrung gemacht, dass es hervorragend ist, wenn Vertreter:innen der Gewerkschaft und der Arbeitgeberverbände kommen in diesen Fällen. Das ist für alle nützlich und dienlich.

Irgendwann hat das Bundesgericht gemerkt, dass wir eine nicht ordnungsgemässe Vertretung gehabt hatten und das Appellationsgericht musste einen Entscheid entsprechend aufheben. Seither, das ist noch nicht so lange her, seit etwa anderthalb Jahren, darf jetzt am Zivilgericht diese eigentlich sehr bewährte Situation nicht mehr gelebt werden. Es geht also nicht darum, dass Anwälten irgendetwas weggenommen würde, das sie bis jetzt immer gehabt haben, sondern wir würden einen Zustand wiederherstellen, den wir gekannt haben in Basel, den auch andere Kantone haben und es gibt eigentlich keinen Grund, auf dieses bewährte Modell zu verzichten, nur weil es damals im 2011 vergessen wurde, bei der Einführung der ZPO ins kantonale Recht entsprechend anzuwenden. Wir beantragen also, dass diese Motion überwiesen wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Es ist äusserst selten, dass das Parlament mit einem Anliegen konfrontiert wird, das verschiedene Interessenvertretungen in gleicher Weise betrifft, hier Arbeitgeber:innen und Vermieter:innen, da Arbeitnehmer:innen und Mieter:innen. Die zwei Motionen sind praktisch deckungsgleich, deshalb werde ich über beide reden.

Was Jahre lang eine gängige Praxis war, wurde plötzlich im Sommer 2023 aufgrund von Entscheiden einerseits seitens des Zivilgerichts im Arbeitsbereich und seitens der Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten m Mietbereich nicht mehr möglich. Mitarbeiter:innen von Gewerkschaften oder von Arbeitgeber:innenverbänden, Mitarbeiter:innen des Hauseigentümer:innenverbands und des Mieter:innenverbands konnten plötzlich ihre Mitglieder nicht mehr vor der jeweiligen Schlichtungsbehörden und im Fall vom von Arbeitsstreitigkeiten vor dem Arbeitsgericht vertreten. Es fehle die rechtliche Grundlage. Es ist ein Versehen, wie wir eben auch gehört haben.

Diese ähnlich lautenden Motionen verlangen also nichts Neues. Sie verlangen ganz einfach, dass die langjährige Praxis, die sich bewährt hatte, weitergeführt wird und dafür die rechtliche Grundlage geschaffen wird. Es wird niemandem etwas weggenommen. Es muss wieder möglich sein, dass im Falle von Streitigkeiten im Arbeitsbereich bis zum Arbeitsgericht und Mietbereich vor der Schlichtungsstelle und bis zu einer Streitsumme in Höhe von 30’000 Franken in beiden Bereichen kein Anwalt oder keine Anwältin beigezogen werden muss, sondern dass man von Verbandsmitarbeiter:innen vertreten werden kann.

Letztlich wollen viele Ratsuchende nicht immer mit einem Anwalt und mit einer Anwältin zur Schlichtungsstelle oder zum Arbeitsgericht gehen, oft aus Kostengründen oder auch, weil die Mitglieder Vertrauen in ihren jeweiligen Verband haben. Anschliessend können wir sagen, dass wir die Interessen dieser Menschen berücksichtigen wollen, die sich nicht für eine anwaltliche Vertretung entscheiden wollen oder sich diese nicht leisten können, aber trotzdem eine professionelle Hilfe brauchen.

Ich wiederhole zum Schluss: Das, was früher problemlos und für alle Seiten unkompliziert möglich war, soll durch die Schaffung einer rechtlichen Grundlage wieder möglich werden. Ich bitte Sie deshalb, beide Motionen zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist André Auderset.

André Auderset (LDP): Ich mache es meiner Vorrednerin gleich und spreche gleich zu beiden Motionen. Sie verfolgen ja ein ähnliches Anliegen, nur in zwei verschiedenen Tätigkeitsbereichen. Damit endet aber auch die Gleichbehandlung dieser beiden Vorstösse.

Die LDP ist dagegen, diese beiden Motionen zu überweisen. Dies vor allem deshalb, weil, sei es aus Versehen oder auch aus einer bewussten Lücke, darauf verzichtet wurde, kantonal zu legiferieren und diese Praxis weiterzuführen. Seit gut einem Jahr haben wir das nicht mehr, was vor allem den Mieterverband sehr gestört hat.

Nun soll also auf diesem Weg das wieder eingeführt werden und das ausgerechnet in zwei Rechtsgebieten, in denen eigentlich gerade der Akzent darauf liegt, zu einer einigen Lösung oder zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen, nicht die Sache juristisch gross zu komplizieren, ich sage das als Jurist, sondern möglichst zu einer Einigung unter Gleichgesinnten zu kommen. Und das klappt ja auch in sehr vielen Fällen. Die Schlichtungsstellen machen hier eine sehr gute Arbeit und dadurch werden viele Gerichtsfälle verhindert. Die Hürden sollen nun also wieder gesenkt werden, man soll also die Möglichkeit vor Gericht zu gehen dann doch noch etwas vereinfachen, indem man dann auch noch die Verbandsvertreter als Vertreter nehmen kann.

Ich finde, die Aufgaben sind unterschiedlich. Die Verbände sollen ihre Mitglieder beraten, sollen ihnen sagen, ob es einen Wert hat, überhaupt vor Gericht zu gehen und wie sie das am besten machen sollen. Aber vor Gericht sollen sie eben nicht auftreten, und das gilt sowohl für den Mieterbereich wie auch für den Arbeitgeberbereich. Es ist im übrigen nicht so, dass alle Verbände wollen, dass das so ist. Der Arbeitgeberverband zum Beispiel empfiehlt die Motion von Beda Baumgartner zur Ablehnung resp. Nichtüberweisung, und er sagt einfach bei Mietrecht sei er nicht zuständig, eshalb gibt er hier keine Empfehlung ab.

Ich bitte Sie also, hier der mittlerweile seit einem Jahr eigentlich klaglos laufenden neuen Vorgehensweise zuzustimmen und darauf zu verzichten, wieder erneut die Hürden zu senken und bitte Sie, die Motionen 4 und 5 nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage an? Sie wird abgelehnt. Wir kommen zur nächsten Einzelsprecherin, zu Christine Keller.

Christine Keller (SP): Auch als Einzelsprecherin fühle ich mich durchaus ermächtigt, im Namen der Fraktion darum zu bitten, diese Motion zu überweisen.

Es wurde von Bruno Lötscher, der ja nun wirklich wie kaum jemand das Zivilgericht und auch das Mietgericht kennt, gesagt, dass diese Praxis bis vor sehr kurzer Zeit bewährt hat, dass eben die Parteien sich auch von einem Verbandsvertreter

begleiten lassen dürfen. Ich persönlich kenne die Situation der Schlichtung, also genau die, die vorhin von André Auderset angesprochen wurde. Ich war viele Jahre Schlichterin am Zivilgericht und auch in diesen Verfahren ist es eben sehr wertvoll, auch psychologisch für die Parteien, wenn sie eine Vertrauensperson und erst recht eine sachkundige Vertrauenspersonen bei sich haben dürfen, insbesondere dann, wenn vielleicht die Gegenseite, im Fall der Arbeitnehmer und Arbeitgeber halt typischerweise die finanziell stärkere Gegenseite, vertreten ist, vielleicht eben durch einen Anwalt mit allenfalls entsprechendem Kostenrisiko mitnimmt, dass die in der Regel schwächere Partei auch jemanden mitnehmen darf. Das hat sich nicht nur für die Parteien selbst, sondern auch in meiner Erfahrung für den Erfolg einer Schlichtung als sehr wertvoll erwiesen. Man verhandelt zwar dann durchaus in erster Linie mit den Parteien selbst, aber es ist gut, wenn sich die Parteien verstärkt fühlen und immer wieder auch vergewissern können durch Vertrauenspersonen, die eben nicht zwingend Anwältinnen und Anwälte sein müssen und sollen, ob das, dem sie am Ende zustimmen, vielleicht einem Verzicht oder teilweisen Verzicht ihrer Forderung, wirklich gut ist.

Ich glaube, es war wohl ein Versehen, man hat nicht daran gedacht und deshalb soll man doch das jetzt korrigieren und diese Motion wie auch die nachfolgende Schwestermotion betreffend Mietsachen doch gerne überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Mein Unterfangen ist hoffnungslos gemäss Kreuztabelle. Trotzdem möchte ich begründen, warum ich und die SVP-Fraktion gegen diese Motion sind. Selbstverständlich masse ich mir nicht an, einem langjährigen ehemaligen Gerichtspräsidenten des Zivilgerichts zu widersprechen, aber Erfahrung ist bekanntlich subjektiv, und ich war auch 12 JahreRichter am Zivilgericht und habe da auch ein bisschen Erfahrung sammeln dürfen. Ich war das eine oder andere Mal in verschiedenen Kantonen auch schon selbst Partei in Arbeitsstreitigkeiten, und auch hier durfte ich Erfahrung sammeln. Die Erfahrung ist, dass Juristen, die untereinander ein Problem lösen, eine grössere Nüchternheit haben und eine grössere berufliche Distanz haben zur Frage, die aufgeworfen wird. Verbände sind eher angehalten, Potemkinsche Dörfer für Mitglieder aufzubauen, und auch die Berufsehre ist eine andere eines Verbandsvertreters als eines Juristen.

Wir befürchten also, dass, wenn diese Motion durchkommt, es schwieriger wird in Fällen, eine gemeinsame Lösung zu finden, vielleicht sogar eine Lösung zu finden, bevor es vor Gericht kommt. Anwälte können ja durchaus untereinander hin und wieder telefonieren und E-Mails schreiben. Wir befürchten auch, dass der Appetit, rascher einen Rechtsstreit vom Zaun zu reissen, zunehmen wird, weil es einfacher wird.

Aus diesen Gründen sagen wir Nein zu diese Motion und es freut mich, wenn das der eine oder andere hier im Saal auch tut.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage von Luca Urgese annehmen? Sie wird angenommen.

Luca Urgese (FDP): Sie sagen, Juristen hätten eine grössere Distanz. Ist Ihnen bewusst, dass die meisten Menschen, die als Verbandsvertreter Personen vor Gericht begleiten, ebenfalls Juristen sind?

Lorenz Amiet (SVP): Dann formuliere ich neu: Advokaten, die ihr Geld damit verdienen, Rechtsstreitigkeiten zu gewinnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich kann es relativ kurz machen. Der Regierungsrat bekämpft diese Motion nicht inhaltlich, nicht materiell, und darum folgt jetzt auch kein inhaltliches Statement. Der Regierungsrat ist an und für sich bereit, dieses Motionsanliegen zu erfüllen, nur erachtet er die Frist, die gesetzt wird – ein halbes Jahr für eine Gesetzesrevision – als schlicht nicht realistisch. Sie alle kennen die Prüfungen, die eine Gesetzesrevision durchlaufen muss, alle die Stempel, die wir kennen, und deshalb ist es eigentlich mehr eine formelle Ablehnung innert dieser Frist ohne ein inhaltliches Statement. Zur Schwestermotion, wie Sie das genannt haben, Patrizia Bernasconi, möchte ich nachher noch separat reden, denn ich denke, es ist nicht eine eigentliche Schwester, da gibt es einen anderen Argumentationsstand.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein zweites Votum hat sich Bruno Lötscher gemeldet.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich möchte nur zwei Sätze sagen zum Thema, dass die Anwälte vielleicht mehr Distanz haben und dann mehr Einigungen möglich sind. In Basel-Stadt haben wir schweizweit mit dem alten System sowohl am Arbeitsgericht als auch am Mietgericht bei den Schlichtungsstellen mit Abstand die höchste Schlichtungsrate gehabt mit dem bisherigen System. Also Ihre Befürchtung, dass da dann plötzlich die Streitwut ausbricht, stimmt überhaupt nicht. Die Erfahrung zeigt das Gegenteil, es zeigen alle Zahlen, dass Basel erstaunlich gut war in der Schlichtung, sowohl in der Mietschlichtung als auch in den arbeitsrechtlichen Schlichtungen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit geht das Wort an den Motionär Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Ich glaube, inhaltlich wurden die allermeisten Pro-Positionen für diese Motion sehr gut vertreten. Ich würde einfach gerne zwei Dinge noch richtigstellen oder einfach allen klarmachen. Nachdem das Einführungsgesetz der ZPO im Kanton Basel-Stadt 2011 Realität geworden war, ist diese Praxis zwölf Jahre lang weitergeführt worden. Jetzt kann man bemängeln, dass diese Praxis damals weitergeführt wurde, also an die Kolleginnen und Kollegen der SVP und der LDP: Diese Praxis war bis 2023 funktionsfähig und es gab keinerlei grossen Diskussion darüber. Sie ist auch in den Kantonen Zürich und Aargau totale Normalität. Sie funktioniert gut. Es gibt in der Praxis keinen grossen Widerstand.

Ich muss ein bisschen schmunzeln angesichts der Stellungnahme des Arbeitgeberverbandes. Ich frage mich, wer hier vertreten wird vom Arbeitgeberverband. Es gibt natürlich gewisse Interessen, dass nur noch Advokatinnen und Advokaten diese Vertretungen wahrnehmen sollen. Aber ich glaube, hier können wir gut auch sagen, dass wir diesen Menschen, die sich am Ende in dieser Situation vor Gericht wiederfinden, die Möglichkeit geben, dass sie sich von dieser Person vertreten lassen, die ihnen am meisten hilft und am meisten Vertrauen gibt.

Und noch ganz kurz etwas zur Argumentation des Regierungsrates: Wenn wirklich inhaltlich keine Differenz besteht und die Frist des Problem ist, verstehe ich schon nicht, warum eine erste Überweisung der Motion grundsätzlich unmöglich sein soll. In diesem Sinne möchte ich Ihnen auch beliebt machen, die zweite Motion, die wir nachher nach diskutieren werden und die für mich klar die Schwestermotion ist, dann auch zu überweisen.

Es sind sinnvolle Motionen, die sowohl von Arbeitgeber- wie auch von Arbeitnehmendenseite unterstützt werden, wie auch von Hauseigentümerseite und von Mieter:innenseite. Wenn wir schon einmal in diesem Saal in so einem Themenfeld auf beiden Seiten Unterstützung haben, würde es sich auch lohnen, dass wir solche Anliegen überweisen, denn sonst finden wir uns in diesen Themenfeldern sehr schnell wieder in den grundlegende Diskussionen, wo die Kontra-Positionen dann nicht vereinbar sind. Ich verstehe nicht, warum wir hier nicht diesen kleinen Schritt machen sollen.

Lassen Sie mir noch einen Satz sagen: Es gibt eine Revision in unserem Nachbarkanton Basel-Landschaft zu diesem Einführungsgesetz und die Regierung schlägt selber vor, diese Regelung einzuführen, die ich Ihnen mit meiner Motion und Patrizia Bernasconi mit ihrer Motion vorlegen. Darum würde ich mich sehr über eine Unterstützung freuen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

67 Ja, 21 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004412, 18.09.24 20:40:37]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 67 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

32. Motion 5 Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend Vertretung in Mietstreitigkeiten

[18.09.24 20:40:51, 24.5209.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen Wir haben schon verschiedene Schilderungen zu diesem Vorstoss gehört. Gibt es Wortmeldungen? Regierungsrätin Stephanie Eymann hat das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich habe vorher gesagt, dass wir von Regierungsseite diese nicht als eigentliche Schwestermotion sehen. Das Problem ist dasselbe wie bei der anderen Motion, nämlich die Frist. Ein halbes Jahr für eine Gesetzesrevision ist einfach zu knapp bemessen. Hier allerdings erachten wir die Forderung an sich als bundesrechtswidrig, da die eidgenössische Zivilprozessordnung eine solche Regelung nur für Mietgerichte vorsieht. Die Motion fordert nicht eigentlich die Einführung eines Mietgerichts. Deshalb geht diese Einschätzung nicht einzig um die Frist, sondern auch um die materielle Einschätzung. Deshalb beantragen, wir die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit hat die Motionärin Patrizia Bernasconi das Wort.

Patrizia Bernasconi (GAB): Was meine Motion von der vorigen Motion unterscheidet, ist, dass wir als Grosser Rat bereits im Juni 2021 eine Motion von Andreas Zappalà betreffend eine berufsmässige Vertretung von Angestellten von Mieter- und Vermieterverbänden bei Mietstreitigkeiten stillschweigend zur Erledigung überwiesen haben. Deshalb möchte ich meine Verwunderung zum Ausdruck bringen und ich habe kein Verständnis für die Ablehnung seitens des Regierungsrates.

Was sich seit der zweiten Überweisung der Motion von Andreas Zappalà verändert hat, ist, dass im Juni 2023 die Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten beschlossen hat, dass die Mitglieder des MV oder des HEV Mitarbeiter des jeweiligen Verbandes nicht einmal mehr für die Eingaben von Anfechtungen oder für die Korrespondenz mit der Schlichtungsstelle oder für die Sistierung von Verfahren bevollmächtigen können. Die Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten ist eine Institution, die vom Gesetz als niederschwellig definiert wird. Die Niederschwelligkeit ist aber in letzter Zeit immer weniger niederschwellig. Die Schlichtungsstelle ist da stark formalistisch und bürokratisch geworden. Das zeigt eben auch diese Entscheidung, die Vollmacht an Mitarbeitern vom MV und vom HFV nicht mehr anzuerkennen.

Mieter:innen und Vermieter:innen sind aber auf kompetente und professionell Hilfe angewiesen und wenden sich vertrauensvoll an ihre Verbände und holen Rat. Wir möchten also unsere Mitglieder weiterhin unterstützen können. Und um André Auderset zu beruhigen, es geht hier nur um die Schlichtungsstelle und nicht um das Mietgericht. Diese Diskussion um das Mietgericht haben wir bei der Überweisung der Motion von Andreas Zappalà gefürt, und diese Motion ist zur Erledigung überwiesen worden.

Eigentlich kann ich als Mieter:innenvertreterin schlecht im Namen des HEV sprechen. Ich kann Ihnen aber versichern, dass wir, auch wenn Sie uns als Gegenspieler erleben und wahrnehmen, Sozialpartnerpartner sind, und die Forderung dieser Motion ist ein gemeinsames Anliegen. Was früher problemlos und für alle Seiten unkompliziert möglich war, soll wieder möglich werden. Wir denken und wir sind überzeugt, dass dies möglich ist im Einführungsgesetz ZPO und gerade mit dem Wortlaut, den wir vorgeschlagen haben. Das ist juristisch unmissverständlich und aus unserer Sicht klar rechtlich zulässig. Zu der Frage der Frist möchte ich mich nicht äussern.

Ich danke für die Überweisung und die breite Unterstützung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 17 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004414, 18.09.24 20:45:43]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion ist überwiesen mit 74 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

33. Motion 6 Béla Bartha und Konsorten betreffend Barrierenabbau auf Biotopverbundsachsen

[18.09.24 20:45:57, 24.5210.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Biodiversität braucht Fläche, das wissen wir alle und niemand hier, davon gehe ich aus, möchte der Biodiversität Schaden zufügen. Während vier Jahren gingen Baugesuchen in Riehen über meinen Tisch, und ich kann Ihnen versichern, dass bei jedem Baugesuch ganz genau darauf geachtet wird, dass die Wege und Lebensräume, also die Verbindungsachsen und Wanderkorridore nicht unterbrochen, sondern wenn möglich sogar verbessert werden.

Sie erwähnen in Ihrer Motion das Biotopverbundkonzept von 2016, in welchem im Kantonsgebiet aufgezeigt wird, wo diese Achsen nicht gut sind oder sogar unterbrochen werden. Nun, es wurde schon sehr viel zur Verbesserung dieser Achsen gemacht. Ich weiss aber nicht, wie Sie die noch vorhandenen, in einer dichtbesiedelten Stadt wie Basel verbessern wollen. Hier ein paar Beispiele von Barrieren aus diesem Biotopverbundkonzept des Kantons Basel-Stadt, welche Sie als Grundlage nehmen und deren Verbesserungen ich eher als problematisch sehe, Sie aber sicher schon Lösungen haben.

Da wäre die Vernetzungsachse Elsässer – Bahnhof SBB – Rangierbahnhof Muttenz. Hier gibt es Barrieren, das ist richtig. Das eine ist die Überdeckung der Elsässerbahn. Ich weiss nicht, wie Sie die hochheben wollen. Und eine grosse Barriere ist auch auf der Bahnhof SBB. Dann die Rheinböschungen. Da ist die Rheinuferpromenade St. Johann, die erst kürzlich gemacht wurde. Das ist auch eine Barriere, das ist dort, wo sich die Menschen ein bisschen erholen können und ein bisschen spazieren. Dann der alte Badische Rangierbahnhof Bahnhof SBB. Ja da gibt es auch eine Barriere, das ist Rhein. Der ist nun auch mal hier, stauen können wir den nicht und die Kriechtiere haben halt keine Chance, da hinüberzugehen. Ich weiss nicht, was Sie hier machen wollen. Es wäre schon lange gemacht, wenn etwas möglich wäre. Dann haben wir noch das Wieseufer. Das ist besonders schön, denn dort gibt es keine Barrieren. Aber dort wollen Sie in Zukunft welche einbauen, das steht eigentlich auch schon fast fest. Wenn da renaturiert wird, dann haben wir die Barrieren. Dann haben wir das Bäumlihofareal, dort sind die Tramlinien ein Problem, und auch der Friedhof am Hörnli ist eine Barriere, festgehalten in diesem Biotopkonzept.

Ich bin nicht gegen Wanderkorridore und setze diese in Riehen als Verantwortlicher für Forst und Grünanlagen auch um. Sie sehen aber, dass das in der Motion Gewünschte entweder bereits erfüllt wurde oder gar nicht möglich ist. Ich ersuche Sie aus diesen Gründen, die Motion nicht zu überweisen oder wenn Sie tatsächlich Antworten dazu wollen, wandeln Sie sie in einen Anzug um.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Ich möchte jetzt Felix Wehrli doch gleich widersprechen. Ich sehe durchaus Potenzial, ich komme noch dazu, und die SP unterstützt auch die Überweisung dieser Motion. Wir sind ja schon im Grundsatz mit Béla Bartha einig. Es braucht Biodiversität auch oder sogar ganz besonders in der Stadt, und die Dringlichkeit, sehen wir ebenfalls als gegeben.

Schön gestaltete Grünflächen, Parks, Gärten und Kleinstrukturen, die vielen Lebewesen ein Daheim bieten, sehen wir alle gerne. Gerade wenn man seinen Garten oder eine Fläche naturnah gestaltet, dann hofft man ja normalerweise, dass Schmetterlinge, Molche, Igel, Wildblumen einfach so von alleine kommen und sich ansiedeln. Ich glaube, genau um dieses Einfach so und von alleine geht es in dieser Motion. Denn einfach bedeutet nicht problemlos, denn alle Lebewesen brauchen Wege, über die sie schadlos von bestehenden Lebensräumen die neuen besiedeln können, oder über die sie zwischen den Lebensräumen wechseln können, beispielsweise um sich zu vermehren.

Wenn die Biotope zu weit auseinanderliegen oder durch Hindernisse voneinander getrennt sind, wird es schwierig und manchmal reichen kleine Massnahmen aus, um ein Hindernis von unüberwindbar zu überwindbar, umzugestalten. Felix Wehrli, Sie können nun schon den Rhein nennen. Das ist jetzt vielleicht ein bisschen ein saloppes Beispiel, aber am Beispiel des Bahntunnels kann ich Ihnen sagen, dass man da an der Oberfläche schon mit geschickt platzierten Trockenflächen einen Korridor bauen kann, den zum Beispiel Insekten überwinden können. Dass das Ganze eigentlich nur die Umsetzung ohnehin bestehender Konzepte und Strategien ist, ist dann noch geschenkt, das führt dann sicher Béla Barth auch noch im Detail aus.

Wir bitten Sie deshalb, die Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GAB): Wir sprechen heute schon das dritte Mal über Biodiversität, das erste Mal beim Lysbüchel-Platz und Saint Louis-Park, das zweite Mal beim Wassergesetz und jetzt bei diesem Vorstoss. Beim Wassergesetz haben wir gesehen, dass Biodiversität längst noch nicht überall mitgedacht wird, wo es eigentlich mitgedacht werden sollte. Wir haben zwar eine Biodiversitätsstrategie, diese hat aber auch noch keine Massnahmenplanung. Es ist auch noch nicht der Fall, dass alle Verwaltungsstellen, die die Biodiversität eigentlich betrifft, verstehen, was das Problem mit der Biodiversität tatsächlich ist oder was das Konzept der Biodiversität ist. Strategien sind gut, Massnahmen sind jedoch besser. An Massnahmen verstehen wir auch besser, was gemeint ist, an Massnahmen lernen wir wie Biodiversitätsförderung geschehen kann. Solange Massnahmen auf dem Papier geschrieben stehen und nicht geplant werden, solange nutzen sie den Arten auch nichts.

Auch in diesem Rat scheint mir die Biodiversität noch nicht ganz angekommen zu sein. Wenn ich das Votum von Felix Wehrli höre, dann merke ich, dass das, was die Biodiversität braucht, was die Arten brauchen, weshalb Biotope vernetzt werden, wie man das tun kann, noch nicht verständlich ist. Natürlich gibt es den Bahnhof, natürlich ist der gebaut, aber wir nennen viel zu selten das Wort Trittsteine. Biotope müssen über Trittssteine verbunden werden und ein Trittstein kann auch durchaus ein Dach sein, ein Trittstein kann eine Gleisanlage sein, ein Trittstein kann eine Verkehrsinsel sein. Es gibt so viel, was wir noch tun können und ich finde es höchst bedauerlich, dass man hier das Gefühl hat, man könne nichts tun.

Ich finde es auch bedauerlich, dass wir bisher nur, wenn überhaupt, Massnahmen dann angehen, wenn sie ohnehin schon angedacht sind. Ich erinnere noch mal an das, was ich schon bereits beim Wassergesetz gesagt habe. Schweizweit sind 35 Prozent aller Arten auf der roten Liste, weltweit ist 1 Million Arten bedroht. Wir sind in einer Biodiversitätskrise. Die Biodiversität ist unsere Lebensgrundlage und da können auch wir im städtischen Raum uns nicht einfach dagegen verschliessen. Auch wir müssen handeln, und insbesondere im städtischen Raum ist es enorm wichtig, dass wir diese Biotopverbundsachsen aufwerten, dass wir alles Mögliche daransetzen, damit die Arten auch weiterbestehen können und gefördert werden. Ich bitte Sie daher, diese Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit geht das Wort an den Motionär Béla Bartha.

Béla Bartha (GAB): Felix Wehrli hat mir gerade eine gute Vorlage gegeben. Dass ich diese Motion überhaupt eingereicht hat, dem liegt ein Schlüsselerlebnis zugrunde. Als ich gewusst habe, dass ich jetzt wahrscheinlich doch als Grossrat hier sein werde, habe ich mir im Vorfeld überlege, wie ich mich als Biodiversitätsbewegter in Zukunft hier einsetzen will. Da bin ich bin ich für mich auf die Biodiversität fördernden Massnahmen gestossen und habe mich vor allem auf den Richtplan von Riehen

bezogen. Da habe ich gesehen, dass im 2003 in Riehen acht Korridore ausgewiesen wurden, die die verschiedenen Gebiete in Riehen miteinander verbinden sollten. Sie haben mir gesagt, dass es im 2016 Grad einen weiteren Richtplan gibt, und wenn man diese beiden von 2003 und 2016 vergleicht, da wird einem plötzlich bewusst, dass da plötzlich drei Korridore in Riehen fehlen.

Vielleicht sind die einfach irgendwo verschwunden oder sie sind nicht mehr so wichtig, auf jeden Fall sind sie im Richtplan nicht mehr zu finden. Das hat mich natürlich ein bisschen aufgeschreckt, wenn Korridore eben plötzlich verschwinden, und das zeigt mir doch, dass man gerade in Riehen scheinbar den Wert dieser Korridore nicht so hoch situiert wie ich mir das erhoffen würde.

In der aktuellen Biodiversitätsstrategie wird die Wichtigkeit von Biotopverbundsachsen wiederum erwähnt und die Erhaltung sowie die Qualitätserhaltung oder Wiederherstellung als Massnahmen beschrieben. Aber in dieser Biodiversitätsstrategie wird gerade dieses Ansinnen wieder zunichte gemacht, indem man eben sagt, dass man diese Massnahmen nur an die Hand nehmen will, wenn ohnehin Baumassnahmen im Bereich der Biodiversitätsachsen anstehen, und das ist natürlich ein riesiger Rückschritt von einem guten Gedanken, denn man hegt und dann plötzlich wieder brüsk aufhört und wieder 180 Grad zurückgeht.

Ich habe auch gelesen, dass im Gewerbeverband, der gegen die Überweisung meiner Motion ist, zwei Argumente ins Feld führt. Das eine ähnelt sehr dem, was Sie vorher gesagt haben: Der Ersatz und die Wiederherstellung ökologischer Flächen wirkt sich unmittelbar auf die Bereitstellung geeigneter Wirtschaftsflächen aus.

Hierzu muss man schon einmal sagen und richtig betonen, wenn man Ersatzflächen von ökologisch wertvollen Flächen fordert, dann ist das nicht irgendeine Idee, die ich plötzlich in meiner Motion hervorgekramt habe, sondern das ist eine Vorgaben, die auf Bundesgesetz fusst. Hier geht es ganz schlicht und einfach um die Erhaltung von geltendem Gesetz. Das zweite Argument, die Forderung nach Erhaltung und Verbesserung der Verbundsachsen behindere die Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur. Da muss ich schon ein bisschen staunen. Wir wissen, dass wir für die Flächen, die verschwinden, Ersatzstandorte bestimmen müssen, und nicht irgendwo in Timbuktu, sondern in unserem Stadtperimeter. Im Fall des Areals der Deutschen Bahn beispielsweise soll ja das Hafenbecken 3 gebaut werden, und das käme ja nun auf wertvolle Biodiversitätsflächen zu stehen. Ich hoffe, dass das nicht der Fall sein wird, aber das nehme ich mal als hypothetisch an. Wollen wir dort also bauen, dann müssen wir für Ersatzstandorte sorgen. Zugegebenermassen wird das in Basel sehr schwierig, sehr wahrscheinlich müssen wir mehrere Standorte finden. Und wenn wir diese Standorte auch qualitativ erhalten wollen und da müssen wir diese Standorte eben vernetzen.

Und in diesem Sinne ist meine Motion eigentlich ganz in Ihrem Sinn, denn sie soll eben nicht verhindern, sondern ermöglichen, dass wir auch in Zukunft unsere Stadt weiterentwickeln können, indem wir eben leichter zu Standorten kommen, die wir dann eben sehr gut vernetzen können,. Und deshalb bin ich auch absolut überzeugt, dass wir eben nicht nur auf Kosten der Biodiversität agieren sollten, sondern zusammen mit der Biodiversität unsere Stadt weiterentwickeln sollten. Daher bitte ich Sie, diese Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung der Motion wird bestritten von Felix Wehrli. Wir stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

58 Ja, 31 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004416, 18.09.24 21:00:50]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion ist überwiesen mit 58 Ja-Stimmen gegen 31 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

34. Motion 7 Catherine Alioth und Konsorten betreffend einem adäquaten ÖV im Bereich der Hardstrasse während des Ausfalls des 14er Trams

[18.09.24 21:01:03, 24.5258.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte. Es hat sich Gianna Hablützel-Bürki gemeldet.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Nicht nur der Regierungsrat, sondern auch die GLP-Fraktion lehnt diese Motion ab. Und das ist verständlich, denn die eigene Regierungsrätin trägt die volle Verantwortung für das chaotische Baustellenmanagement, das seit Monaten in diesem Fall das Gellert-Quartier und seine Bewohnerinnen und Bewohner belastet. Der Ausfall der Tramlinie 14 stellt insbesondere für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen vor unzumutbare Herausforderungen. Die als Ersatz angebotene Buslinie 37 verkehrt nur im 15-Minutentakt und ist regelmässig überfüllt, oft auch mit Schulklassen.

Ein kleiner Bus, der keine Kapazitäten mehr hat, ist schlicht keine akzeptable Lösung. Für Kinder und mobilitätseingeschränkte Menschen ist der Karl Bart-Platz ein Hindernisparcours, den man nur Mithilfe des Verkehrsdienstes überwinden kann. Heute über Mittag waren acht Sicherheitsleute da, die den Verkehr geregelt haben. Der Umstieg am Aeschenplatz auf eine andere Tramlinienverbindung ist eine weitere unzumutbare Hürde. Dieser chaotische Verkehrsknotenpunkt ist ohnehin schwer zu bewältigen und für Menschen mit eingeschränkter Mobilität eine echte Zumutung.

Doch statt in eine Verbesserung der Situation blicken wir in eine düstere Zukunft. 2025 wird das Chaos zur Katastrophe. Schon heute staut sich der Verkehr ab der Autobahnausfahrt St. Jakob in Richtung Innenstadt und Geller Quartier über eine Stunde. Täglich gibt es massive Verspätungen beim ÖV, die gesamte Gegend rund um die St. Jakobs-Halle ist blockiert. Laut Information des BVD wurden Baupläne aufgrund der bevorstehenden Fussball EM bereits geändert. Weitere Terminverschiebungen sind unvermeidlich, da der grösste Musikevent der Welt ebenfalls 2025 in Basel stattfinden soll.

Meine Damen und Herren, es ist schlichtweg unfassbar, dass keine vorausschauende Planung stattgefunden hat und die Bevölkerung dafür die Konsequenzen tragen muss. Zusätzlich zu den unzureichenden ÖV-Verbindungen kommen noch die nächtlichen Lärmbelastungen hinzu. Tage lang werden die Anwohnerinnen und Anwohner ab 1 Uhr morgens durch Bauarbeiten aus dem Schlaf gerissen. Die Motionäre fordern eine angemessene ÖV-Lösung während den Bauarbeiten im Jahr 2025. Was hindert die verantwortlichen daran, diese umzusetzen? Die Antwort ist ebenso schockierend wie simpel, auch bei der BVB herrscht anscheinend ein massiver Personalmangel.

Dieses Baustellenchaos, diese Ignoranz gegenüber den Bedürfnissen der Bevölkerung, diese Planlosigkeit, all das ist nicht mehr hinnehmbar. Es ist ein Symbol für das Versagen der Verantwortlichen, insbesondere der Baudirektorin. Regierungsrätin Esther Keller muss endlich durchdachte Massnahmen präsentieren und berechtigte Anliegen der Anwohnerinnen und Anwohner endlich respektieren. Ich danke Ihnen für die Überweisung dieser Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Im Namen der SP unterstützen wir die Ablehnung dieser Motion durch den Regierungsrat. Es ist selbstverständlich unangenehm für die Fahrgäste, wenn eine Tramlinie Jahr für Jahr unterbrochen wird, weil immer wieder an anderen Stellen gebaut wird. Soweit hat das auch noch alles ganz gut getönt im Text. Aber bei diesem Vorstoss geht es ja nicht um die Baustellen und auch nicht um den ganzen anderen grossen Bogen, was alles schiefläuft, wie meine Vorrednerin gerade aufgezählt hat, sondern es geht einzig um den Ersatzverkehr. Und hier müssen wir wirklich festhalten, eine Motion ist definitiv das falsche Vehikel, um einen temporären Baustellenersatzverkehr adäquat zu organisieren, wie es im Titel heisst. Bei einer Motion geht es nach unserem Verständnis normalerweise um die Änderung der Verfassung oder um ein neues Gesetz, aber sicher nicht darum, der BVB und der BLT aufzutragen, wodurch und in welche Frequenz ihre Ersatzbusse fahren sollen. Kommt dazu, dass, wie bei jedem Ersatzverkehr, einige Anwohnende den Ersatzbus plötzlich näher haben, andere weiter weg als die Tramlinie vorher war. Es gibt immer Zufriedene und Unzufriedene. Die Gespräche und Feinabstimmungen müssen definitiv an einem anderen Ort geführt werden als hier bei den persönlichen Vorstössen.

Und zum Schluss möchte ich noch ein Wort zur geforderten Verdichtung des 37-er Bus sagen. Ich hoffe, Sie, die sich jetzt empören, haben alle den Entwurf zum ÖV-Programm gelesen und gesehen, dass die beiden Haltestellen in der Engelgasse ab dem Fahrplanjahr 2026 komplett aufgehoben werden sollen. Ich hoffe, Sie bringen dies in die Vernehmlassung ein, dann

wären wir uns auch wieder einig in einem Punkt. Was aber die Motion angeht, bitten wir Sie, der Verwaltung und den Rechtsdiensten diese Arbeit zu ersparen und die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich kann der Debatte vielleicht ein bisschen der Emotionalität nehmen. Es ist primär aus formellen Gründen, dass der Regierungsrat diese Motion ablehnt. Wir hätten eine schriftliche Anfrage, eine Interpellation oder ganz einfach auch eine Mail an mich den einfacheren Weg gefunden, um nachzufragen, ob wir uns die Situation anschauen. Ab nächster Woche wird das Tram auf dieser Strecke wieder fahren. Die Einschränkungen für die Passagiere waren tatsächlich gross. Ich war selbst mehrere Male mit dem Busersatz nach Muttenz unterwegs und bin 20 Minuten im Stau gestanden. Es ist uns sehr bewusst, dass diese Route sehr stark beeinträchtigt war von den Bauarbeiten und wir werden schauen, was wir nächstes Jahr da ändern können.

Es ist ein sehr enger Korridor, weil nicht nur die Busse müssen sich neue Wege suchen, sondern auch der MIV sucht sich neue Wege. Das heisst, es staut sich in diesem ganzen Gebiet der Autoverkehr aufgrund der Baustelle, das heisst, es ist nicht ganz einfach, eine gute Ersatzroute für den Bus zu finden, die eben nicht wieder vom MIV verstopft ist.

Aber wir werden das anschauen und sehr gerne prüfen. Inhaltlich sind wir absolut Ihrer Meinung, auch der Meinung von Grossrätin Catherine Alioth, die die Motion eingereicht hat. Wir werden das anschauen und unser Möglichstes tun. Vielleicht noch ein Widerspruch: Sie haben kritisiert, Gianna Hablützel, dass wir nicht in der Nacht arbeiten sollen. Wenn Sie aber möchten, dass diese Baustelle so kurz wie möglich dauert, dann muss zum Teil auch in der Nacht gearbeitet werden, sonst ist die Gesamtdauer der Baustelle wieder länger. Das ist eine Güterabwägung, die wir bei jeder Baustelle machen müssen, aber eben in gewissen Momenten ist Nachtarbeit sinnvoller, um eben diese Einschränkungen beim Tramverkehr so kurz wie möglich zu halten.

Und um vielleicht noch den Bogen zu schliessen: Die BVB sind die ersten, die ein hohes Interesse daran haben, dass wir eine gute Lösung finden. Es ist eine grosse Belastung für die Fahrzeugführenden, wenn sie zu spät sind und im Stau stehen und die Passagiere ungeduldig werden oder wenn sie Passagiere verlieren, weil diese eben nicht zufrieden sind mit diesen Takten.

Also deshalb nochmals, wir werden das anschauen, ohnehin und ganz sicherm aber der Regierungsrat ist der Meinung, dass die Motion das falsche Mittel ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben keine weiteren Wortmeldungen. Damit geht das Wort an die Motionärin Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Ich danke vielmals für die angeregte Debatte und für die doch wohlwollende Diskussion. Die Regierung hat entschieden, diese Motion nicht entgegenzunehmen, da sie nicht das geeignete Instrument für das vorliegende Anliegen darstelle. Ich bin aber der Meinung, dass die Motion hier sinnvoll und gezielt zum Einsatz kommt. Es geht um das wohl eines ganzen Quartiers mit seinen Anwohnenden, Gewerbetreibenden, Arbeitnehmenden und Schülerinnen und Schüler, die die umliegenden Schulen besuchen, das nun seit zwei Jahren stark in seiner Mobilität eingeschränkt ist und im nächsten Jahr erneut eingeschränkt wird. Eine Situation, die mehr Aufmerksamkeit und aktives Handeln erfordert, als nur Information. Sowohl das örtliche Gewerbe als auch die ältere Bevölkerung leiden stark unter den aktuellen Bedingungen des eingeschränkten ÖV. Eine gute verkehrliche Anbindung ist entscheidend für den Lebensstandard und die Lebensqualität der Bewohner, weshalb es notwendig ist, aktiv zu werden und diese Situation anzupacken.

Zur Ausgangslage: Die Tramlinie 14 wurde bereits im Jahr 2023 für drei Monate ausgesetzt und seit dem 29. April dieses Jahres für weitere fünf Monate stillgelegt. Am 23. September soll sie wieder in Betrieb gehen. Das wurde uns auch vorhin bestätigt. Aber das ist noch nicht alles. Für das Jahr 2025 ist erneut eine Stilllegung von August bis September nach den beiden Grossanlässen ESC und UEFA Women's EURO 2025 geplant.

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung im Bereich der Hardstrasse ist enorm trotz des 14-er-Ersatzbusses, der über die St. Alban-Anlage in die Gellertstrasse fährt und der 37-er Buslinie, die den Bereich Engelgasse bedient. Die Hardstrasse ist mit ihren Einkaufsmöglichkeiten schlecht erreichbar. Das ist nicht nur für die Anwohnenden ein Nachteil, auch das Gewerbe leidet darunter. Die Anwohnenden wurden zwar durch Newsletter, Bauplakate und Informationsschreiben informiert. Ihr Frust über die anhaltenden Unannehmlichkeiten konnte nicht gelindert werden. Dies zeigte sich eindrücklich, als innerhalb eines Zeitraums von Mitte Juni bis Ende Juli dieses Jahres 506 Personen eine Petition unterzeichnet haben, in der sie einen

angemessenen Ersatz für das 14-er Tram während der Sanierung der Hardstrasse fordern. Die Petition wurde letzten Mittwoch eingereicht.

Es ist nicht der Umstand, dass Energie- und Wasserleitungen erneuert werden, das Fernwärmenetz ausgebaut wird und die Tramhaltestelle barrierefrei gemacht werden. Es sind die Folgeprobleme, die die Bevölkerung zu tragen hat. Es sind die Umleitungen und die neuen Verkehrsführungen im ÖV und die daraus entstehenden nachteiligen Alternativen für die Fahrgäste des 14-er Trams. Die Motion präsentiert Lösungsansätze und beschreibt eine Streckenführung für den Ersatzbus für das 14er Tram ab Aeschenplatz via Engelgasse,-Sevogelstrasse und den Sevogelplatz in die Gellertstrasse, um auch die Haltestelle Sevogelplatz bedienen zu können.

Mit dem Wegfall der 14er Tramlinie sind die Schülerinnen und Schüler der öffentlichen und privaten Schulen wie auch die mobilitätseingeschränkten Personen auf die Buslinie 37 angewiesen. Dies führt insbesondere zu Hauptverkehrszeiten zu Kapazitätsengpässen. Die Verdichtung des Fahrplans der Buslinie 37 und die Anpassung der Busgrösse zu Hauptverkehrszeiten sind eine sinnvolle Entlastung dafür.

Jetzt, wo auch der Landrat letzte Woche das Problem der ausgefallenen Tramlinie 14 in Muttenz und Pratteln aufgenommen hat, erscheint mir die Motion richtig und gezielt eingesetzt. Es besteht nun dringlicher Bedarf, dass mit der BVB eine Lösung für einen adäquaten ÖV im Bereich der Hardstrasse während des Ausfalls des 14er Trams gefunden wird. Ich bitte Sie daher, die Motion tatkräftig zu unterstützen und dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 40 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004418, 18.09.24 21:14:58]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion ist überwiesen mit 50 Ja-Stimmen gegen 40 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

35. Motion 8 Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend Tramverkehr durch die Innenstadt jetzt beschleunigen

[18.09.24 21:15:10, 24.5259.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Bevor ich begründe, wieso wir gegen die Überweisung dieser Motion sind, möchte ich die Tatsache beanstanden, dass seit 2019 immer noch kein Bericht zum Ausbau des Tramstreckennetzes vorliegt, obwohl dieser in einem zweijährigen Rhythmus vorgelegt werden muss.

Regierungsrätin Esther Keller ist in dieser Sache extrem in Verzug. Das Tram wird inzwischen langsamer, Haltestellen werden abgebaut, Eigentrassen verschwinden, Lichtsignalanlagen werden für das Tram schlecht priorisiert, die grüne Wand erscheint manchen als endlos und der früher gute Ruf des Trams wird deshalb immer schlechter. Anzüge wie beispielsweise derjenige betreffend stressfreie Innenstadt für alle werden von der UVEK stehengelassen, da seitens des ¡BVD nichts kommt. Kurz, wir erleben keinen Befreiungsschlag durch das BVD. Der Ausbau des Tramnetzes bleibt irgendwo stecken und wird verschleppt.

So können wir im neuesten ÖV-Programm lesen, dass bis 2028 gerade mal eine einzige Tramverbindung neu gebaut werden soll, sonst nichts, nur einen riesigen Ausbau des Busnetzes.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich bitte Sie, Gespräche draussen zu führen und hier aufmerksam zuzuhören.

Patrizia Bernasconi (GAB): Wie sollen die anderen Ausbauprojekte und Projekte zur Entlastung der Innenstadt bis 2030, so wie das Tramnetz 2030 vorsieht, realisiert werden? Wir können also die Ungeduld nachvollziehen. Wir sind auch sehr ungeduldig. Die Ungeduld führt eben dazu, dass Fraktionen versuchen, Motionen wie diese hier einzubringen.

Warum sind wir gegen die Überweisung dieser Motion? Wir können keine Motion überweisen, die zum Ziel hat, zwei Tramlinien definitiv umzuleiten, ohne zu wissen, was das für die Fahrgästeströme, für das ganze Tramnetz bedeutet. Wir können auch keine Motion überweisen, die das Tramnetz 2030 bereits zum jetzigen Zeitpunkt als gescheitert ansieht, obwohl noch nichts vorliegt. Immerhin erfahren wir damit, dass die Mitte ohne das genaue Tramnetz 2030 zu kennen, zum Scheitern des Ausbaus des Tramnetzes beitragen will. Und schliesslich können wir keine Motion überweisen, die nur ein Schnellschuss für den Wahlkampf ist.

Aber noch einmal zum Schluss an Regierungsrätin Esther Keller gerichtet: Wir verstehen nicht, warum Sie diese Motion entgegennehmen wollen. Berichten Sie doch endlich stattdessen über den Ausbau des Tramstreckennetzes, lassen Sie uns endlich darüber und über alle hängigen Anzüge diskutieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bitte Sie, die Motion von Franz-Xaver Leonhardt an den Regierungsrat zu überweisen. Ich bin mit vielem, was Patrizia Bernasconi in ihrem Votum gesagt hat, sehr einverstanden. Es ist der Regierungsrat, der in dieser Frage nicht vorwärts macht, und deshalb braucht es aus der Mitte dieses Hauses entsprechende Vorstösse. Ich habe dazu auch schon Vorstösse gemacht, die wurden leider abgelehnt, Franz-Xaver Leonhardt hat allerdings damals mit mir gestimmt. Deshalb stimme ich heute auch sehr gerne mit ihm, weil er in diesem Vorstoss im Text auch das Problem noch einmal sehr deutlich beschreibt.

Die Situation in der Innenstadt, da kann man jetzt für oder gegen Tramlinien sein, ist einfach für alle unbefriedigend, für diejenigen, die das Tram benutzen wollen, für diejenigen, die in einer anderen Weise von A nach B bewegen wollen und auch für alle anderen, die aus irgend einem Grunde in diese Stadt fahren müssen. Es hat sehr oft viele Ausfälle, es gibt Umleitungen, wir haben die Situation an der Hardstrasse vorher diskutiert. Man bleibt stehen. Es ist, wenn ein Tram ausfällt auf dieser Achse zwischen Schifflände und Aeschenplatz so, dass der gesamte Tramverkehr lahmgelegt wird. Die Leute kommen nicht mehr von A nach B.

Nun kann man schon sagen, wir wollen nicht, dass Tramlinien aus diesem Perimeter verschwinden, bevor wir nicht wissen, was mit den Passagierströmen passiert, die diese Linien benutzen. Aber ich glaube, die Situation, die wir heute haben, ist derart unangenehm für ganz viele Menschen, dass das Tram ganz insgesamt an Attraktivität verloren hat. Wenn Sie nicht ganz schwierig zu Fuss sind, dann ist es heutzutage fast keine Option mehr, dass sie vom Aeschenplatz an den Barfüsserplatz fahren. Sie haben viel länger, als wenn Sie laufen. Sie verlieren so viel Zeit auch noch mit diesen Einfachhaltestellen, die ja dann dazu führen, dass nur noch ein Tram halten kann, auch das aus meiner Sicht keine Massnahme, die den Tramverkehr irgendwie in der Innenstadt auch nur ansatzweise beschleunigt hat.

Deshalb sind wir der Meinung, dass es jetzt konkrete Massnahmen braucht.. Der Regierungsrat hat in diesem Zusammenhang eigentlich schon lange etwas bringen können. Er bringt hier nichts, es sind immer noch genau gleich viele Tramlinien, die durch die Innenstadt fahren und jetzt kommt dann vielleicht Regierungsrätin Esther Keller und sagt, ja, wenn Sie dem Margarethenstich zustimmen, dann kommt eine Tramlinie aus diesem Netz. Das ist einfach nicht ganz wahr, weil diese Tramlinie, die aus diesem Netz herauskommt, die fährt nur zu ganz wenigen Zeiten am Tag. Es ist keine Entlastung für diese Achse, wenn Sie Tram 17 nicht mehr über den Marktplatz fahren lassen. Das ist ein sehr ja sehr offensichtlich ist PR-Geschwurbel für den Margarethenstich.

Deshalb bin ich fest der Überzeugung, dass dieser konkrete Vorschlag von Franz-Xaver Leonhardt verdient, vertieft geprüft zu werden. Ich glaube auch – vielleicht bin ich dann auf der anderen Seite als Franz-Xaver Leonhardt, wenn es um die Frage des Claragrabens oder des Petergrabens geht –, dass diese beiden Verbindungen nicht sehr rasch kommen werden. Wenn es nach mir geht, kommen sie gar nicht, denn wir brauchen sicher nicht noch mehr teure Traminfrastruktur in der Stadt, die dann auch wieder im Unterhalt teuer sind. Wir brauchen da andere, modernere, neuartigere Formen der Mobilität. Das Tram ist kein Gefährt der Zukunft im Kontext mit der Schiene. Wenn es andere Formen gibt, können wir wieder darüber sprechen.

Deshalb ist der Vorschlag von Franz-Xaver Leonhardt, etwas mit dem 15-er und 16er Tram zu schauen, wie man das geschickt so auch verknüpfen kann, dass das Bruderholzquartier von Innenstadt nicht abgeschnitten wird und auch den 14er über den Wettsteinplatz fahren zu lassen eine kluge Idee auf den ersten Blick, und deshalb glaube ich, ist es sinnvoll, ihn jetzt so als Vorschlag an den Regierungsrat zu überweisen.

Wo ich Regierungsrätin Esther Keller ein wenig in Schutz nehmen muss ist – und da müssen wir uns auch ein bisschen an der eigenen Nase nehmen – bei jedem Vorschlag der Verwaltung, eine Tramhaltestelle oder eine Bushaltestelle aufzuheben, sei sie noch so nahe von der nächsten, gibt es Widerstand aus der Bevölkerung, weil jeder möchte natürlich die Tramhaltestelle am liebsten vor der Türe haben. Das ist auch etwas, bei dem wir uns vielleicht ein bisschen umgewöhnen müssen. Das hilft dann letztlich auch nicht.

Wir sind also hier alle gefragt, nicht nur der Regierungsrat, sondern auch die Politiker hier in diesem Saale, etwas dafür zu unternehmen, dass der ÖV-Verkehr insgesamt wieder flüssiger wird. Der Vorstoss Leonhardt bietet dazu eine hervorragende Gelegenheit für die Innenstadt. Ich bitte Sie deshalb, diese Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Lukas Bollack.

Lukas Bollack (GLP): Wir Grünliberalen setzen uns für ein effizientes ÖV-System in unserem Kanton ein. Dass zu viele Tramlinien durch die Innenstadt geführt werden und dass die Effizienz des Systems und die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt unter diesem Umstand leidet, ist uns wohl allen klar. Wir Grünliberalen befürworten deshalb die Neubaustrecken Claragraben, Petersgraben und Margrethen-Verbindung. Sie werden einen wichtigen Beitrag zur Entlastung der Innenstadt leisten. Dass man jetzt einfach ein paar Tramlinien umlegen kann und das Problem ist gelöst, halten wir für eine sehr verkürzte Sicht der Dinge, wenn es so einfach wäre, dann hätte man das wohl schon lange getan.

Den in der Motion vorgeschlagenen konkreten Lösungen stehen wir deshalb ein bisschen skeptisch gegenüber. Gegen die Kernforderung, dass die Umlegung von Tramlinien zur Entlastung der Innenstadt geprüft werden soll, haben wir aber nichts einzuwenden. Die Regierung will ja auch entgegennehmen. Man merkt aber schon an der Forderung, dass es ein Anzug vielleicht auch getan hätte.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Ich wollte eigentlich auch bestreiten, jetzt hat das Patrizia Bernasconi schon getan. Ich erkläre jetzt einfach, weshalb die SP die Motion auch ablehnen wird. Im Gegensatz zu den technischen Ausführungen mache ich es eher ein bisschen bildlich. Also Franz-Xaver Leonhardt, stellen Sie sich mal vor, bei Ihnen im Hotel kommen zu viele Gäste zum Frühstücksbuffet und stehen sich dort auf den Füssen herum. Dann komme ich und sage, die Lösung wäre einfach einen Drittel der Gäste am Frühstücksbuffet vorbei umzuleiten. Dann würden Sie mir vermutlich antworten, dass dies mit Sicherheit weder den Morgen attraktiver macht noch den Ruf Ihres Hotels verbessert.

So ähnlich sieht es doch mit den Trams in der Innenstadt. Wir machen doch das Angebot nicht attraktiver, wenn wir drei Linien von der Innenstadt abhängen. Das Problem ist doch nicht, dass zu viele Menschen eine direkte Traumverbindung in die Innenstadt haben, sondern dass die Infrastruktur dafür nicht ausreicht. Wir brauchen deshalb mehr Schienen – wir sind da der Meinung, dass das Tram durchaus Zukunft hat – und wir brauchen das Tramnetz 2030 ganz konkret und andere sinnvolle neue Streckenabschnitte. Aber ein solches Bekenntnis suchen wir in der Motion eben vergeblich. Im Gegenteil, das Tramnetz 2030 wird mit düsteren Prognosen schlecht geschrieben.

Dann gäbe es aus unserer Sicht auch noch andere Möglichkeiten, um den Tramverkehr in einem kürzeren Zeithorizont zu beschleunigen, zum Beispiel dafür zu sorgen, dass nicht Autos und andere Hindernisse im Weg stehen, Eigentrassees zu schaffen oder die Signal-Steuerung anzupassen. Auch über die Doppelhaltestellen müssen wir nochmals nachdenken. All das fehlt in der Motion. Bei diesen zwei Dingen, also Hindernisbeseitigung und Schaffung neuer Infrastruktur, müssen wir vorwärts machen und uns darauf fokussieren und nicht mit einer von unzählig verschiedenen Liniennetzvarianten von den tatsächlichen Problemen ablenken. Dann gibt es auch reichlich innenstädtisches Frühstück für alle.

Wir sehen deshalb keinen Anlass, diese Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Daniel Seiler an? Sie wird nicht angenommen. Damit kommen wir zu Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Jetzt da sind wir alles Tramspezialist:innen geworden heute Abend, sogar ich stehe hier, der davon keine Ahnung hat. Aber wenn ich alles gehört habe, so hat Patrizia Bernasconi sehr viel Gutes gesagt heute Abend, das mir eingeleuchtet hat.

Ich weiss, viele sagen, dass das Tram für das Klima das beste sei, das am meisten Leute kann auf einmal transportieren könne. Es ist ökologisch, es ist ökonomisch auch nicht schlecht und und und. Aber was mir in dieser Stadt fehlt, ist das Innovative, wirklich einmal etwas Innovatives, Neues. In vielen anderen Städten ist das Tram einfach ein Oldtimermuseum und man hat es noch, weil es zur Stadt noch passt und gehört. Das ist kein Schlag gegen die UVEK, aber vielleicht doch ein bisschen.

Und ich bin auch einig mit Joël Thüring, der sagt, dass er den Petersgraben und Claragraben nicht wolle. Wir wollen keine neuen Schienen dort, ich bin ein absoluter Gegner von all dem, denn ich bin überzeugt, es gibt innovativere Transportmittel für so eine kleine Stadt wie Basel, auf so kurzen Wegen.

Das ist einmal das so die Gedankenzusammenfassung. Die LDP hat sich gefragt, ob der Vorschlag von Franz-Xaver Leonhardt eine Zwischenlösung sein könnte, aber das ist Ihre Hausaufgabe, Frau Regierungsrätin Esther Keller, und es ist nicht das Parlament, das Ihnen Tipps geben muss, wie man Linien umleitet. Wir haben den Plan, und Patrizia Bernasconi hat es Deutsch und deutlich gesagt, wir sollten jetzt irgendwann einmal wissen, was da geht. Wir wissen nichts, haben keine Ahnung. Wir wissen nur Ärger. Wir haben Ärger, weil wir keine Linien haben. Ich weiss nicht, wie viele Taxis meine Schwiegermutter, die in der Hardstrasse wohnt, gebraucht hat. Ist das ökologisch, ist das ökonomisch? Absolut nicht.

Wir machen wahrscheinlich eine Offen, in der Fraktionssitzung haben wir eher ein Nein eingeworfen. Ich selber werde Nein stimmen, gegen eine Überweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfragen an? Sie werden nicht angenommen. Damit sind wir beim Motionären Fran-Xaver Leonhardt angelangt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Ich glaube, es wird spannend, weil die Kreuztabelle jetzt nicht klar sagt, was wir entscheiden werden. Also ich gebe mir jetzt Mühe, Sie spontan zu überzeugen, dass diese Erstüberweisung eine gute Sache ist. Jedenfalls bedanke ich mich bei der Regierung. Sie hat nichts gesagt, aber Sie möchte es entgegennehmen und das finde ich schon einmal ein gutes Zeichen für meine Motion.

Auf diese Motion habe ich unglaublich viele positive Reaktionen bekommen aus der Bevölkerung. Sie haben gesagt, dass diese Tramstau wirklich ein Problem seien und dass das eine Lösung sein könnte. Es ist eine Erstüberweisung. Und es ist etwas schade, dass das GAB und die SP diese Erstüberweisung bekämpfen, denn wir können ja einmal die Antworten der Regierung zu uns nehmen, die sagt, sie sei im Verzug. Es gibt verschiedene Probleme, aber wir von der Mitte möchten nicht Wahlkampf betreiben, sondern wirklich mit einer Lösung kommen. Eine einfache Lösung, die man ohne Geld jetzt mal ausprobieren kann. Die BVB ist, glaube ich, von dieser Lösung auch noch angetan. Sie würden das gerne umsetzen. Aber die BVB machen nur das, das das Amt für Mobilität oder wir ihnen in Auftrag geben.

Und ich habe jetzt auch keine wirklichen Argumente gehört, warum das keine gute Idee ist. Was das mit dem Frühstück zu tun hat, überfordert mich jetzt mit dem Tram. Es ist sehr viel komplexer, das Frühstück ist einfach. Ich könnte noch ins Merian gehen für das Frühstück. Und ich habe auch nicht verstanden, warum jetzt ein Auto den Tramverkehr in der Innenstadt aufhält. Es sind wirklich die vielen Trams, die sich im Wege stehen. Und es ist wirklich ein Problem.

Ich möchte einfach bitten, dass man hier einmal die Fraktionszwang beiseite lässt. Wir in der Mitte sind ab und zu sehr unterschiedlicher Meinung, und das gibt auch sehr gute Diskussionen. Es würde uns freuen, wenn man jetzt hier auf der linken Seite einmal abweicht und wirklich einmal zuhört, sich fragt, ob ich das eine gute Idee finde. Ich ärgere mich selber auch. Ich bin überzeugt, es gibt einige in den zwei Fraktionen, die das auch eine gute Idee finden. Ich finde es schade, jetzt bei einer Erstüberweisung nicht dem Herz zu folgen. Aber es ist Ihre Entscheidung.

Ich bitte einfach, für die Erstüberweisung zu stimmen. Die Regierung will es entgegennehmen und wir können dann bei der zweiten Lesung. schauen, ob das wirklich eine gute Idee ist. Also ich bitte wirklich jetzt auch die LDP, hier mitzustimmen. Es

wäre schön, wir könnten das knapp überweisen, aber wenn Sie nicht möchten, dann ist es anders. Ich werde am Thema dranbleiben und wir werden schauen in zwei, drei Jahren, was dann die Lösung ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung wird bestritten von Patrizia Bernasconi. Wir stimmen also darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

36 Ja, 56 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004420, 18.09.24 21:34:41]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wurde nicht überwiesen mit 56 Nein-Stimmen gegen 36 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

36. Motion 9 der Geschäftsprüfungskommission betreffend zentrale Verantwortlichkeit in der kantonalen Informatik

[18.09.24 21:34:56, 24.5261.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte. Regierungsrätin Tanja Soland wünscht das Wort.

Tanja Soland (Regierungsrätin): Es ist klar, dass die Motion überwiesen wird. Ich wollte nur kurz erklären, warum der Regierungsrat die Motion nicht entgegennehmen möchte. Dass wir das inhaltlich diskutieren müssen, das ist klar, das machen wir auch. Wir sind vielleicht nicht ganz mit der Forderung einverstanden, aber das Thema ist wichtig, da sind wir uns einig. Aber wir gehen davon aus, dass die Motion unzulässig ist, das liegt in der Kompetenz des Regierungsrats. Wir möchten klar signalisieren, dass wir diese Motion nicht entgegennehmen wollen. Sie können uns Tips geben, mitdiskutieren, aber wir entscheiden, wie wir uns selbst organisieren.

Nichts desto trotz sehen wir die Problematik und werden uns damit befassen. Ich bitte Sie trotzdem, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an den Vertreter der Geschäftsprüfungskommission, an deren Präsidenten Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Ich wünsche nur schon deswegen im Namen der Geschäftsprüfungskommission eine Überweisung, als dass wir vielleicht vom Regierungsrat erfahren können, abgesehen davon, dass er sich tangiert fühlt in seinen Rechten, was er in der Sache von unserer Forderung hält. Wir halten als GPK eine gewisse Zentralisierung der kantonalen Informatik für dringend geboten. Nicht nur aber ganz besonders aus Sicherheitsgründen. Über die grosse Akzeptanz der Motion freuen wir uns sehr.

Dafür gibt es viele Gründe, insbesondere haben wir immer wieder Berichte vorliegen, die bei uns den Eindruck aufkommen lassen, dass in manchen Bereichen der kantonalen Verwaltung nicht einmal ganz grundlegende Sicherheitsstandards eingehalten werden. Manches wurde auch öffentlichkeitswirksam, manches wurde auch korrigiert, aber dennoch ist das ein wunder Punkt. Wir denken,. es braucht eine ganz kleine stabile IT-Sicherheitsarchitektur in der kantonalen Verwaltung und dafür braucht es den Aufbau zentraler Kompetenzen bei IT BS. Wir wissen auch, dass es nicht einfach ist, zum Teil die Experten für Cybersecurity zu finden und es braucht auch eine Weisungsbefugnis gegenüber Departementen. Das ist ein zentraler Punkt.

Gestatten Sie mir auch eine persönliche Anekdote. Ich denke, dass wir hier wirklich teilweise schon in der Schweiz mit unserem «Kantönligeist» ein wenig hinter dem Mond sind. Ich habe einen Bekannten, der Bürgermeister in einer deutschen, sagen wir mittelgrossen Gemeinde ist, und in den Nachbargemeinde hat sich bei ihm das deutsche Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik gemeldet, hat darauf hingewiesen, es gebe einige IT-Sicherheitsvorkommnisse, er müsse dies und dies tun, und wenn er das nicht tue, sei innerhalb von 48 Stunden seine Website nicht mehr auffindbar. Da gibt es halt in Sachen IT-Sicherheit und digitaler Souveränität heute andere Tendenzen. Bei uns gibt es nicht nur den «Kantönligeist», sondern auch zum Teil auch das Siloturmdenken in Departementen und Abteilungen. Wir denken, da braucht es einen grundlegenden Wandel.

Unsere Motion beschränkt sich aber nicht nur auf die Frage der Sicherheitsarchitektur. Wir haben auch den Eindruck, dass gerade bei Beschaffungen durch eine bessere Koordination nicht unerhebliche Skalen und Synergieeffekte möglich sind. Wir sind natürlich im Dialog mit dem Regierungsrat und möchten dieser Forderung der Geschäftsprüfungskommission aus unserem Jahresbericht mit der vorliegenden Motion etwas mehr Nachdruck verleihen. Was wir sicher nicht wollen, ist, sämtliche Innovationen in unterschiedlichen Departementen abzuwürgen. Das liegt uns sehr fern, aber gewisse einheitliche Standards, eine gewisse Zentralisierung insbesondere im Sicherheitsbereich scheint uns wirklich dringend geboten und wir hoffen, dass wir vom Regierungsrat auch eine inhaltliche Stellungnahme bekommen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 4 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004422, 18.09.24 21:41:18]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wurde überwiesen mit 87 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

37. Motion 10 Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Notlage im Asylwesen ausrufen

[18.09.24 21:41:34, 24.5273.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte und das Wort geht zuerst an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Gerne nämlich Stellung zu dieser Motion im Bereich des Asylwesens. Die Situation bei der Unterbringung von Asylsuchenden ist angespannt, dies vor allem seit dem Krieg von Russland gegen die Ukraine, als innert kürzester Zeit sehr viele Menschen geflüchtet sind und zu uns nach Basel und in die Schweiz kamen.

Auch im letzten Jahr gab es in unserem Lande viele Asylgesuche und heute betreuen wir rund 3'300 Asylsuchende, die in der Verantwortung des Kantons sind. Stand heute sind die Zahlen wieder rückläufig. Wir haben in diesem Monat, das hat das SEM gerade heute kommuniziert, 26 Prozent weniger Asylgesuche als noch im August des Vorjahres. Gleichzeitig gelang es dem SEM auch, Pendenzen abzubauen.

Als der Ukraine-Krieg gestartet ist und wir mit der Situation konfrontiert waren, haben wir den Krisenstab aktiviert. Wir haben aber auch diese Herausforderung gut gemeistert. Dies hat geklappt dank der grossen Solidarität in der Bevölkerung, da viele Privathaushalte bereit waren, Ukrainerinnen und Ukrainer bei sich zu Hause unterzubringen.

Danach gab es eine gewisse Entspannung. Wir haben dann aber im letzten Jahr wieder beobachten müssen, dass die Zahlen wieder deutlich gestiegen sind, und dann haben wir im Februar 2024 auch wieder das Teilprojekt Unterbringung Asyl im Krisenstab aktiviert, nicht aber den gesamten Krisenstab. Bei der Taskforce Unterbringung Asyl treffen sich die zuständigen aus dem ganzen Kanton und organisieren und schauen, wie es gelingt, die Geflüchteten bei uns im Kanton unterzubringen. Die Anzahl der Geflüchteten, die bei uns sind, entscheiden nicht wir, das sind Zuweisungen des Bundes. Wir sind verantwortlich für die Unterbringung dieser Menschen.

Es besteht aber keine Notlage. Die Situation ist angespannt, aber bis heute ist es uns gelungen, in normalen und ordentlichen Verfahren alle Menschen, die uns zugewiesen sind, unterzubringen. Wir hatten nur einen kurzen Moment, wo wie auf unterirdischen Zivilschutzanlagen zurückgreifen mussten, aber dieser Zustand ist heute auch nicht mehr so, die Zivilschutzanlage in Brügglingen, die ja zu gewisser medialen Aufmerksamkeit geführt hat, ist zurzeit nicht genutzt, das heisst heute sind alle Menschen, die uns zugewiesen sind, wieder oberirdisch untergebracht.

Wir kennen im Asylbereich drei Situationen, die normale, die besondere und die ausserordentliche Lage Asyl. Da ist ziemlich genau definiert, was wann passiert. Wir sind zurzeit in der besonderen Lage, da kann in temporären Situationen auf unterirdische Anlagen zurückgegriffen werden. Aber wir sind auch noch nicht in der ausserordentlichen Lage.

Im Falle einer unerwarteten zusätzlichen Eskalation der Lage würde die Sozialhilfe gemäss Notfallplanung Asyl beim Regierungsrat die ausserordentliche Lage Asyl anmelden. Dann würde auch wieder die KKO aktiviert werden, damit dann die rasche Bereitstellung von zusätzlich befristeten Massenunterkünften in Turnhallen, Messehallen oder weiteren unterirdischen Anlagen in Gang gesetzt wird. Dort sind wir nicht.

Was fordert die Motion? Sie fordert Notrecht, eine Notlage auszurufen, wie das der Kanton Luzern bereits zweimal getan hat und auch der Kanton Aargau gemacht hat. In beiden Kantonen stehen dabei die Zivilschutzanlagen im Fokus. Gemeinden können gemäss der verabschiedeten Notverordnung verpflichtet werden, unterirdische Anlagen für die Unterbringung von Geflüchteten zur Verfügung zu stellen. Aber bei uns im Kanton Basel-Stadt ist die Bereitstellung von unterirdischen Zivilschutzanlagen auch ohne Ausrufung des Notstandes möglich. Das haben wir organisiert, das ist geregelt. Das ist bereit, falls es notwendig sein sollte. Und der Regierungsrat hält fest, dass wir nur unterirdisch unterbringen möchten, wenn es nicht anders geht. Oberirdisch ist besser, für die Betroffenen sowieso, aber auch für die Integration der Menschen

Ich möchte ganz kurz darauf eingehen, was eine Notlage heisst. Im Kanton Aargau ist ein Parteikollegen des Motionärs verantwortlich für die Unterbringung. Die Verordnung, die sie erlassen haben, ermöglicht dem Kanton, dem Regierungsrat die Beschlagnahmung von privaten Liegenschaften für Notunterkünfte zu veranlassen, Beschwerden gegen Beschlagnahmungen haben keine aufschiebende Wirkung und für Notunterkünfte kann die zuständige Behörde Ausnahmen von baurechtlichen Regelungen gewähren und auch Beschwerden gegen diese Bewilligungen haben keine aufschiebende Wirkung. Ich weiss nicht, ob der Motionär wirklich mit der Notlage möchte, dass der Regierungsrat diese Kompetenzen bekommt und die Rechte der Anwohner:innen entsprechend reduziert werden. Deshalb bitte ich Sie im Land des Regierungsrats, diese Motion abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Ich danke Regierungsrat Kaspar Sutter für die inhaltliche Präzisierung. Es ist wieder einmal so weit, wir befinden uns im Wahlkampf. Diese wie auch die nachfolgende Motion der SVP-Fraktion zielen einzig und allein darauf, ein Bedrohungsszenario im Asylwesen heraufzubeschwören und Ängste in der Bevölkerung zu schüren. Es erstaunt deshalb nicht, dass beide Motionen nur von Mitgliedern der SVP unterzeichnet wurden und dies entlarvt die bewusst gewählte ausgrenzende Wahlkampftakt.

Das GAB lehnt diese und auch die folgende Motion in aller Deutlichkeit ab. Beide Motionen sind sehr gefährlich und reihen sich ein in den aktuellen ausgrenzenden Diskurs gegenüber Menschen, die sich vor Krieg und Verfolgung auf der Flucht

befinden oder gegenüber Menschen, die aufgrund von Armut oder fehlenden Lebensperspektiven migrieren. Dieser seit Jahren konstruierte rechtspopulistische Diskurs führt zu einem Europa der Abschottung, der Angst und verhindert die notwendige Solidarität zwischen den Menschen, aber auch zwischen den Nationen.

Nun aber konkret zur Motion: Beat Schaller und die SVP möchten gerne die Notlage im Asylwesen ausrufen, damit kantonale Dienststellen rascher agieren und entsprechende Ressourcen bereitstellen können. Ja, dies wäre ja eigentlich noch löblich, doch darum geht es der SVP nicht wirklich.

Erstens, es besteht zurzeit in der Schweiz keine Notlage. Der Bundesrat hat diese aufgrund der grossen Fluchtbewegung von Menschen aus der Ukraine nach dem russischen Angriffskrieg im März 2022 ausgerufen. Dies war damals notwendig, um eben die notwendigen Unterstützungsleistungen und die Einführung auch der Schutzstatus S auf den Weg zu bringen. Im August 2023 hat die Regierung die Notlage wieder aufgehoben, weil der unmittelbare Druck abgenommen hat.

Zweitens, der Kanton Basel-Stadt ist vorausschauend unterwegs und versucht mit diversen Massnahmen, insbesondere bei der Unterbringung von Asylsuchenden, die notwendige Infrastruktur bereitzustellen. Situationen von offensichtlich fehlender Wohnmöglichkeit, wie beispielsweise in einzelnen Gemeinden im Kanton Basel-Landschaft oder in Kantonen wie vielleicht dem Kanton Luzern bestehen bei uns selten und wenn, dann nur temporär. Es ist an der Politik und der Verwaltung, dies weiterhin auf dem Schirm zu haben.

Drittens, die gewünschte Bildung einer Taskforce ist reine Augenwischerei, denn die bereits bestehende Asylkoordination hat ja schon genau diese Aufgaben, wie beispielsweise interdepartemental zu diversen Fragen im Bereich Asyl zu koordinieren. Und jetzt habe ich auch noch gehört, dass es ja sogar schon eine Taskforce Unterbringung gibt, die sich genau diesem Thema widmet.

Worum geht es als der SVP und Beat Schaller? Es geht einzig und allein darum, mit der Ausrufung der Asylnotlage dem SVP-Wahlprogramm zusätzliche Aufmerksamkeit zu ermöglichen und vor allem in der Bevölkerung weiter Angst zu schüren. Die Motion verlangt, die entsprechenden personellen Ressourcen raschmöglichst vorzusehen und deswegen bräuchte es die Ausrufung der Notlage, um der Problematik Herr zu werden. Ich frage mich schon, was die SVP als Notlage bezeichnet. Ich habe da ganz andere Bilder vor Augen, zum Beispiel aktuell aus Polen oder aus Wien. Welche Notlage und welche Probleme meinen die SVP? Geht es um Massnahmen, damit die Integration besser gelingen kann und die Lebensrealität der Asylsuchenden verbessert wird? Denn diese Notlage besteht auch seit Jahren und wir müssen da dringend nachbessern und beispielsweise die soziale Situation der hier lebenden Menschen verbessern.

Aber wie wir alle wissen, geht es der SVP sicher nicht darum, und deshalb ist es halt so, dass mit aller Mühe zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Motion es bei einer reinen rechts-populistischen Wahlmotion bleibt. Es freut mich deshalb, dass alle anderen Fraktionen dies durchschaut haben und die Motion ablehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Reihe ist an Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Nach den Grenzschliessungen, der Zahlkarte für Asylsuchende, nach diversen Motionen und Anzügen, dass man jetzt unbedingt die Grenzen verstärken muss, die Grenzwachtruppen aufbauen muss, reden wir jetzt noch über den die Notlage im Asylwesen, die ausgerufen werden soll.

Ich möchte schon mal noch in Erinnerung rufen: Wenn wir von einer Notlage reden, dann liegt die nicht in Luzern oder in Basel-Stadt, sondern in der Tatsache, dass derzeit weltweit über 43 Millionen Menschen auf der Flucht sind aufgrund von Krieg, aufgrund von Verfolgung, Hunger und Menschenrechtsverletzungen. Und diese Krise ist die wahren Notlage, der wir mit Solidarität und Menschlichkeit begegnen müssen, anstatt den Asylsuchenden die Schuld für die Überforderung einzelner Kantone zuzuschieben. Ich bin froh, dass das bei dieser Motion geklappt hat, bei der nächsten ja leider nicht, dass sich alle in diesem Saal gegen diese, wirklich, ich muss es so benennen, hetzende Kampagne stellen können.

Die Lösung liegt eben nicht in der Schaffung von temporären Krisenmechanismen, die Sie dann laut fordern können, sondern sie liegt darin, dass wir diesen Krisen so begegnen, wie wir die Ressourcen und Institutionen haben, die entsprechend ausgestattet sind, um sie zu handeln. Und diese vorgeschlagene Unterbringung in Zivilschutzanlagen oder anderen einfach abgelegenen Strukturen mag kurzfristig populistisch sehr attraktiv erscheinen, aber ich möchte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SVP, ich möchte Sie dann wirklich auch mal sehen, diesen Menschen, die diese Wege hinter sich haben, ins Gesicht zu sagen: Ja, die korrekte Unterbringung für dich im Kanton Basel-Stadt ist unterirdisch ohne Fenster, mit mehreren Leuten in einem Raum.

Einfach für die Klarstellung: Wir reden dann von Leuten, die minderjährig geflüchtet sind, von vulnerablen Personen. Es wird alles in einen Topf geworfen, ist ja egal, Asylmigranten heisst es, einfach Draufhauen, so. Das Schlimme ist ja, wir stellen uns in diesem Saal die ganze Zeit immer wieder dieser Debatte und wenn wir ehrlich sind, dann merken wir ja auch, dass wir ein wenig abstumpfen. Und ich finde es schon auch noch wichtig, dass wir uns ins Bewusstsein rufen, dass es hier konkret

um Menschen geht, die hierhin flüchten und denen wir auf eine Art und Weise begegnen sollten, indem wir nicht populistisch in einen Wind schreien, es brauche jetzt eine Notlage, sondern indem wir die Situation meistern, so wie Regierungsrat Kaspar Sutter es beschrieben hat.

Ich plädiere dafür, dass wir den Blick auf die eigentliche Notlage lenken, auf die Millionen Menschen, die gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen und die Schweiz und der Kanton Basel-Stadt als einer der wohlhabendsten Kantone dieser Schweiz hat nicht nur die moralische Verantwortung, sondern auch die notwendigen Ressourcen, um diesen Menschen eine faire Chance und ein menschenwürdiges Leben zu bieten.

Die Ausrufung eines Asylnotstandes mag Ihnen kurzfristig ein paar Likes und Views bringen, langfristig ist es aber so, wie Oliver Bolliger das beschrieben hat: Sie bringt uns in eine Gesellschaft, die noch polarisierter, noch aggressiver aufeinander zugeht und die am Ende – und davon bin ich fest überzeugt – niemandem in diesem Kanton Basel-Stadt hilft, ausser vielleicht ganz kurzfristig elektoral einer Partei rechtsaussen. Ich bitte Sie darum, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an den Motionären Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Einmal mehr ist die SVP der einsame Rufer in der Wüste, der vor einem Problem nicht die Augen verschliesst oder es schönredet, sondern der das Problem klar benennt und eine Vorgehensweise präsentiert.

Die Akzeptanz unserer Asylpolitik steht in der Bevölkerung auf der Kippe. Damit wir diejenigen, welche wirklich bei uns Schutz beanspruchen dürfen, auch wirklich unterstützen können, müssen wir scharf trennen zwischen ihnen und denjenigen, welche aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen, ganz zu schweigen von denjenigen, welche aus ihr ideologischen oder religiösen Gründen die westlichen Länder, eben auch die Schweiz, destabilisieren wollen. Wer unter dem Deckmantel von Asyl delinquiert hat kein Recht aus Schutz und Unterstützung.

Und für uns in der SVP ist es unverständlich, dass die illegale Migration in die Schweiz einfach als *fait accompli* akzeptiert wird. Das Resultat ist offensichtlich, die unkontrollierte, teilweise illegale Einwanderung in die Schweiz ist ungebremst hoch. 2023 kamen 30’000 Asylsuchende aus der ganzen Welt in unser Land. Die Mehrheit mit Hilfe von kriminellen Schlepperbanden, durch eine Vielzahl von sicheren Drittländern und damit ist das Dublin Abkommen ja eine komplette Farce geworden. Die Folgen sehen wir, Kosten, Kriminalität explodieren, 2021 gab der Bund für den Asylbereich 1,5 Milliarden Franken aus, 2023 waren jetzt bereits 3,5 Milliarden, rund 1600 Franken für eine vierköpfige Familie. Dazu kommen die Kosten bei den Gemeinden, Schulen, Kantonen, und es gibt keinen Tag oder kaum einen Tag ohne Gewalt und Sexualdelikte, Einbrüche und Diebstähle.

Man muss schon eine gehörige Portion Realitätsverlust haben, um dies abzustreiten und ja, die Debatte um die Migration ist grösstenteils eine Debatte der verschlossenen Augen. Und wir in der SVP verschliessen die Augen eben nicht. Als Politiker sind wir alle verpflichtet, für den Schutz der Bevölkerung zu sorgen und hochinteressant, wenn Sie jetzt diese Voten vorher angehört haben, der Schutz der Bevölkerung ist praktisch nicht zur Sprache gekommen. Wir müssen das tun, speziell jetzt, wenn schon bedenkliche Entwicklungen im Gange sind. Wir sind verpflichtet, alles vorzukehren, um die Situation in den Griff zu bekommen.

Die Unterbringung von uns aufgezwungenen Migranten, die offensichtliche überproportionale Kriminalität eines Teils der Migranten haben Ausmasse erreicht, welche unsere Bevölkerung an ihre Grenzen bringt. Und dann wird es für alle, für die Bevölkerung und für die Migranten hoch gefährlich und wir müssen dem Gegensteuer geben. Ein Mittel dagegen ist eben die Ausrufung einer Asylnotlage. Ich verstehe es ja, wenn Sie das krass finden, aber noch krasser sind Zustände wie zum Beispiel in Deutschland. Wollen wir es wirklich so weit kommen lassen? Wir können mit dieser Ausrufung den Aufbau einer Taskforce sehr schnell vorantreiben, einer Taskforce mit wirklich allen relevanten Playern in dieser Frage, welche sich schnell um Lösungen um die gesamte Bandbreite der Migrationsherausforderung, nicht nur die Unterbringung, um die gesamte Bandbreite kümmern.

Dänemark, Schweden und die Niederlande setzen eine härtere Gangart um. Sind diese Länder auf dem Holzweg? Nein, sie sind es nicht. Sie haben einfach den Ernst der Lage erkannt und sie handeln so, wie wir es auch in Basel tun müssen. Deshalb, namens der SVP bitte ich Sie, die Motion zu überweisen und ich danke Ihnen dafür.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

11 Ja, 80 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004424, 18.09.24 22:00:28]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung der Motion wurde abgelehnt mit 80 Nein-Stimmen gegen 11 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

38. Motion 11 Joël Thüring und Konsorten betreffend keine Asylunterkünfte mehr in Wohnquartieren

[18.09.24 22:00:43, 24.5274.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte und zuerst hat Regierungsrat Kaspar Sutter das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Um nach meinen Vorrednern noch einmal klarzustellen: Die Anzahl Menschen, die uns zugeteilt werden, liegt nicht in unserer Kompetenz. Es liegt nicht in der Kompetenz des Kantons. Die Gründe für die Flucht liegen in den Ursprungsländern, weil dort totale Regimes herrschen wie die Taliban, weil ein Krieg herrscht, weil Menschenrechte missachtet werden, weil die Menschen Hunger haben. Dann hängt es davon ab, wie die Fluchtrouten ausgestaltet sind. Zurzeit kommen weniger Menschen in nach Europa und die Schweiz, weil die Fluchtrouten deutlich geschlossener sind als noch vor einem Jahr. Das ist der Grund.

Und dann werden sie uns zugeteilt. Wir haben als Kanton keinen Einfluss darauf, wie viele Menschen uns zugeteilt werden. Einfach das nochmals zur Wiederholung. Dann sagt das schweizerische Asylgesetz, dass wir die Menschen, die uns zugeteilt werden, unterbringen müssen, Minderjährige dabei kindsgerecht betreut und untergebracht werden. Die Situation ist angespannt, ich habe es vorhin gesagt, aber bis jetzt ist es uns gelungen, die Menschen in Unterkünften oberirdisch unterzubringen, bis auf die eine Ausnahme, wo wir vorübergehend in Brügglingen Menschen unterirdisch umgebracht haben.

Wir bringen diese Menschen unter, wir stellen ihren Grundbedarf des Lebens sicher und die Gesundheitsversorgung. Dafür erwarten wir von den Menschen, die hier ankommen, dass sie die Sprache lernen, dass sie arbeitsmarktfähig werden und dann einer Arbeit nachgehen. Wir erwarten von ihnen, dass sie die hiesigen Gesetze einhalten und sich in unsere Gesellschaft integrieren.

Die Motion will keine Asylunterkunft in den Quartieren. Wo bitte sollen die Menschen dann sein, wenn nicht in den Wohnquartieren? Die Quartiere decken die ganze Stadt ab. Jetzt könnte man noch argumentieren, Riehen und Bettingen seien keine Quartiere, sondern Landgemeinden. Man kann sie dort unterbringen. Ich denke nicht, dass der Motionär das gedacht hat. In Industrie- und Grünzonen, auf Landwirtschaftsareal und im Wald ist Wohnen nicht zulässig. Es gibt schlicht keinen anderen Ort als Wohnquartiere für die Unterbringung von Menschen, die wohnen müssen. Das ist so simpel.

Meint der Motionär unterirdische Zivilschutzanlagen? Dies will der Regierungsrat möglichst vermeiden. Menschen, die uns zugeteilt werden, bleiben meistens mehrere Jahre in der Schweiz und wir haben ein grosses Interesse, dass diese Menschen sich hier integrieren und Teil der Gesellschaft werden. Der Sicherheit in Basel dient die Unterbringung in Zivilschutzanlagen nichts. Erfahrungsgemäss ist die Sicherheitslage im Kollektivzentren und Zivilschutzanlagen problematischer, weil die Personen längere Zeit eng zusammenleben müssen ohne Privatsphären.

Wir bemühen uns auch um eine Verteilung auf das ganze Stadtgebiet. Und wenn dann aber eine Unterkunft eröffnet wird im Neubad, in unmittelbarer Nachbarschaft zu meinem Haus, dann ist es auch wieder nicht okay aus Sicht der SVP. Aufgrund des Liegenschaftsmarktes ist es schwierig, eine gleichmässige Verteilung zu erreichen. Wir müssen am Ende des Tages schauen, was der Markt hergibt, wo wir Unterkünfte kaufen oder mieten können. Wie gesagt, alternative Unterbringungsmöglichkeiten gibt es nicht.

Und dann wäre noch die Frage bei den Zivilschutzanlagen, wo diese denn sind. Diese Zivilschutzanlagen sind alle auch in den Quartieren. Wenn wir die ausserordentliche Lage haben, dann ist möglich, dass wir Menschen wieder in den Zivilschutzanlagen unterbringen müssen. Aber die sind auch in Quartieren, mit Ausnahme vielleicht von Brügglingen, aber alle anderen Zivilschutzanlagen, über die wir als Stadt Basel und Kanton verfügen, die liegen auch in Wohnquartieren.

Also ich bin sehr gespannt zu hören, auch von der LDP, wo dann diese Menschen sein sollen, wenn nicht in den Wohnquartieren. Deshalb bitte ich Sie im Namen des Regierungsrates, diese Motion abzulehnen, weil sie schlicht nicht umsetzbar ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Melanie Nussbaumer.

Melanie Nussbaumer (SP): Ich weiss nicht, wie es Ihnen geht, ich bin auf jeden Fall müde. Ich bin müde, weil 22 Uhr ist, aber ich bin auch müde, weil sich dieses Spiel der SVP immer und immer wiederholt. Ich will deshalb gar nicht lange zu dieser menschenfeindlichen Motion sprechen, denn es beelendet mich. Es beelendet mich, dass auf Kosten von Asylsuchenden immer und immer Wiederwahlkampf von Seiten der SVP gemacht wird. und dann jetzt im Falle der Unterkunft im Neubad auch sogar noch auf dem Rücken von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden.

Und es beelendet mich, wenn ich ganz ehrlich bin, auch, dass die LDP da mitmacht. Nächsten Sommer kommt dann wahrscheinlich wieder eine Plakatserie von der LDP, auf denen sie sich als diversitätsoffen gibt und in verschiedenen Sprachen allen Einwohnerinnen und Einwohnern schöne Ferien wünscht. Ah, jetzt haben wir es verstanden, für Menschen, die auf der Flucht sind, die vor Krieg und gewalttätigen Diktatoren flüchten, für die ist wahrscheinlich dieser Wunsch nicht gedacht. Personen, ja auch Frauen, die zum Beispiel aus Afghanistan, aus einem Frauen verachtenden Regime geflüchtet sind, sollen also gemäss SVP und auch LDP an den Rand der Stadt, ausserhalb von Wohnvierteln, und sie sollen in den Untergrund, in Zivilschutzanlagen ohne Fenster.

Gleichzeitig fordern die SVP und die LDP immer wieder, dass sich Asylsuchende besser integrieren sollten. Das haben wir vorher schon wieder gehört. In Bundesbern aber verhindern die Rechten jegliche Vorstösse, welche die Arbeitsintegration erleichtern würden, und hier in Basel wollen sie nun auch noch die Asylsuchenden aus den Wohnquartieren verbannen. Sie schaffen also schlussendlich so hohe Hürden, dass sogar integrationswillige Asylsuchende praktisch keine Möglichkeiten mehr haben, sich überhaupt zu integrieren.

Aber auch wir alle werden bei solch einer Separation weniger Möglichkeiten haben, in den Kontakt zu treten mit asylsuchenden Personen. Und je weniger Kontakt die Bevölkerung mit Asylsuchenden hat, desto eher steigen auch die Ressentiments. Aber das ist ja genau das, was die SVP auch will. Sie schafft wie immer Probleme, die sie dann immer und immer weiter bewirtschaftet, und das alles aus dem einzigen Grund, Fremdenfeindlichkeit zu fördern, ja leider sogar Hass zu verbreiten. So etwas nennt man Brand stiften. Dass die LDP dabei mitmacht, ist ein Trauerspiel und sollte die Wahlbevölkerung erfahren. Allen anderen Fraktionen, auch den bürgerlichen Fraktionen, die da nicht mitmachen. danke ich. Somit bitte ich Sie, diese Motion klar und deutlich abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Es tut mir natürlich leid, dass wir sie beelenden, es ist ganz ehrlich gesagt nicht unsere Absicht. Ich stehe jetzt hier als liberaler Grossrat tatsächlich vor einer Herausforderung. Da haben Sie Recht, und das haben wir auch in der Fraktion so besprochen, nämlich die Balance zu finden zwischen einer humanitären Verpflichtung, die wir alle haben, und den berechtigten Anliegen aber auch von unserer Bevölkerung. Jetzt haben wir gesehen, wo die Asylunterkünfte sein sollten oder sind, zum Beispiel Kleinbasel, Erlenmatt, Heuwaage, wo langjährige Mieter:innen gewohnt und gelebt haben, und dann hat es geheissen, das Haus werde abgerissen. Und dann sind sie alle ausgezogen oder hinausgebeten worden. Jetzt sind dort Asylsuchende. Ja, es ist nicht einfach, es ist so. Ich mache nun überhaupt nicht auf Wahlkampf, denn das ist mir zuwider. Und das beelendet mich, dass wir die Debatte auf den Wahlkampf herunterbringen und das Bashing von Parteien ist nicht unser Stil.

Also warum unterstützen wir jetzt die Motion Thüring, die darauf abzielt, die Ansiedlung von neuen Asylunterkünften in unseren Wohnquartieren zu stoppen. Und dann fragt der Regierungsrat, wo es denn ausserhalb der Wohnquartiere Möglichkeiten gebe. Ich glaube schon, dass es die Möglichkeiten gibt in unserer Stadt, und wenn ich so umherschaue, also auf dem Bruderholz habe ich jetzt nie irgendetwas gehört von einer Asylunterkunft, in Riehen in Bettingen habe ich auch noch nichts gehört von einer Asylunterkunft. Es ist schon erstaunlich, dass es dann das Kleinbasel ist und die Innenstadt oder irgendwo sonst. Für die Zeit, die es braucht, zum die Gesuche anzuschauen und zu schauen, ob die Menschen dann tatsächlich auch bei uns integriert werden oder nicht, dauert nicht ewig, das hoffe ich jedenfalls sehr. Ich glaube, dort muss man ansetzen und sagen, eigentlich ist unser Interesse, dass, wenn jemand Asyl bei uns sucht und tatsächlich bekommt, ihn so rasch als möglich dort wohnen lässt, wo Sie, Herr Regierungsrat, wohnen, oder wo ich wohne. Das ist eigentlich das Ziel schlussendlich.

Also hören wir auf mit dem Wahlkampfgetöse und Bashing von Parteien, suchen wir nach Lösungen. Joël Thüring hat jetzt einfach gefunden, er nehme auf, was die Bevölkerung im Neubad gesagt hat. Ich selber war nicht dabei, aber ich habe mich informieren lassen. Dort ist auch nicht alles nur rosig gesehen worden, viele waren dagegen und sie haben gepoltert und gemacht und gesagt, ihr Haus verliere an Wert. Es hat solche Voten gegeben. Die Mehrheit hat ein Problem damit. Wir haben die Motion Schaller aus diversen anderen Gründen nicht unterstützt, aber Beat Schaller hat einiges gesagt, das schon auch nicht ganz unwahr ist. Wir sind hier in einer Bubble drin und diskutieren, aber was wirklich draussen auf der Strasse, auf der Gasse abgeht, in den Quartieren abgeht, das ist dann noch einmal etwas anderes. Und das ist halt die andere Ansicht, die ich habe und darum unterstützen wir jetzt diese Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Tonja Zürcher und Beda Baumgartner möchten Ihnen Zwischenfragen stellen. Sie werden abgelehnt. Wir kommen damit zum nächsten Einzelsprecher Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (GAB): Die Forderung, keine neuen Asylunterkünfte in Wohnquartieren zu errichten, ist nicht nur kurzsichtig und gefährlich, sondern, wie Regierungsrat Kaspar Sutter ausgeführt hat, auch einfach nicht möglich auf unserem Boden. Sie verschärft das Problem der gesellschaftlichen Spaltung, anstatt nach echten Lösungen zu suchen. Der Vorschlag, geflüchtete Menschen in Zivilschutzanlagen unterzubringen, ist menschenunwürdig und inakzeptabel. Diese Anlagen sind für Notlagen und kurzzeitige Aufenthalte gedacht, nicht für den dauerhaften Aufenthalt von Menschen, die oft traumatische Fluchterfahrungen hinter sich haben.

In einem Punkt gebe ich den Motionär:innen sogar recht. Die meisten Unterkünfte konzentrieren sich auf Kleinbasel. Ich fände es auch gut, wenn diese mehr über die Stadt verteilt würden. Das wird ja jetzt auch gemacht. Es gibt das Beispiel Neubad. Ich finde, das soll weiter so gemacht werden, damit mehr Menschen in unserer Stadt mit der Lebensrealität von Menschen mit Fluchterfahrung in Kontakt kommen. Gemeinsames Leben im Quartier ermöglicht es den Bewohner:innen, Vorurteile abzubauen und sich gegenseitig als Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen kennenzulernen. Das subjektive Sicherheitsempfinden schwindet sicher nicht aufgrund von Asylunterkünften in Wohnquartieren, sondern aufgrund von Vorstössen wie diesen. Deshalb hören Sie auf mit dieser Angstmacherei, so könnten Sie auch tatsächlich einen Beitrag zum Sicherheitsempfinden in dieser Stadt leisten.

Und nun zu einer Behauptung, welche die SVP immer wieder und jetzt gerade auch Raoul Furlano bewusst und falsch in ihrer Erzählung verwenden, die Behauptung, die Errichtung von Asylunterkünften oder von Häusern verdrängte langjährigen Mieter:innen. Es ist schlicht falsch. Es stimmt, dass die Verdrängung aus bezahlbarem Wohnraum ein ernstzunehmendes Problem ist. Allerdings resultiert diese Problematik aus der Profitgier einzelner Miethaie, denn die Massenkündigungen im besagten Haus an der Inselstrasse haben bereits stattgefunden, bevor überhaupt irgendein Plan existierte, dort geflüchtete Menschen unterzubringen. Dass diese Wohnungen jetzt an den Kanton vermietet werden, macht diese Massenkündigungen weder besser noch schlechter. Die SVP ist sich hier aber nicht zu schade, die Fakten so zu verdrehen, nur damit es in ihr fremdenfeindliches Narrativ passt. Die Schuld an der Wohnungsnot auf Geflüchtete zu schieben, ist unehrlich und schürt Ressentiments, anstatt sich eigentlichen Ursachen zu widmen, wie zum Beispiel mangelnden Investitionen in sozialen Wohnungsbau.

Dass die LDP diese Motion unterstützt, finde ich ein trauriges und gefährliches Signal. Sie beteiligt sich daran, Stimmung gegen schutzbedürftige Menschen zu schüren. Liebe Mitte, liebe FDP, das ist die Politik eurer Bündnispartner:innen im Wahlkampf um den Regierungsrat. Bravo. Ich bin natürlich trotzdem froh, dass Sie jetzt diese unsägliche Motion ablehnen, ich möchte Sie auch nicht davon abhalten, bei Ihrer Meinung zu bleiben und danke Ihnen dafür.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zum Motionären Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Der Regierungsrat hat vielleicht meine Motion nicht richtig gelesen. Ich sage nicht, dass es keine Asylunterkünfte mehr geben darf, sondern es sollen keine neuen Asylunterkünfte mehr errichtet werden. Herr Regierungsrat Sutter, beim Vorstoss Schaller haben Sie ja vorher gesagt, die Asylzahlen sinken, dann brauchen Sie auch keine neuen Asylunterkünfte mehr zu errichten, weil die Zahlen sinken ja. Aber eben, Sie haben leider vergessen, dass die Zahlen mit über 18'000 in diesem Jahr schon heute höher sind als in den Jahren 2017, 2018, 2019, 2020 und 2021 die Zahlen sind eben weiterhin sehr hoch und deshalb besteht die Gefahr, dass Sie weiterhin in anderen Wohnquartieren auch Asylunterkünfte errichten wollen. Und hier sind wir der Meinung, das geht so nicht.

Ich muss schon auch ein bisschen erstaunt sein, wenn der SVP mit dieser Motion Fremdenhass, Fremdenfeindlichkeit vorgeworfen wird und seitens des Grossratspräsidiums bei solch unhaltbaren Anwürfen nicht eingeschritten wird. Offenbar ist auch das Grossratspräsidium in der Zwischenzeit taub auf den Ohren, wenn hier einseitig gegen Vorstösse einer doch nicht ganz kleinen, etwas relevanteren Partei Stimmung mit wirklich deplatzierten Voten gemacht wird. Hier wünschte ich mir schon, dass man vielleicht auch einmal eingreift, wenn es aus diesem Lager oder dieser Ecke kommt.

Der Vorstoss von mir verlangt nichts, was nicht auch viele Menschen in den Quartieren tatsächlich wollen. Ich kann Ihnen sagen, nach diesem Hotelkauf des Kantons an der Reiterstrasse haben sich bei mir Menschen gemeldet, die nicht aus meinem politischen Spektrum kommen, die in gut fünf Wochen andere Parteien wählen werden – GLP, FDP und vieles andere – Sie unterstellen jetzt also all diesen Menschen, dass sie fremdenfeindlich sind und etwas gegen Asylmigranten haben. Und das ist eben genau diese Tonalität, die mich in der gesamten Asyldebatte derart stört. Sie nehmen Ängste und Sorgen der Bevölkerung nicht ernst. Sie tun Sie ab als rechtsaussen, als fremdenfeindlich und noch ganz anders. Sie machen diesen Fehler ja überall, nicht nur in der Schweiz. Was hat es gebracht? Rechtsaussenparteien, die weit aussen rechts sind, wurden bei den Wahlen gewählt, weil die Bevölkerung dieses Asylproblem anders bewertet als Sie. Akzeptieren Sie das. Und Regierungsrat Kaspar Sutter, ja, wir können diese Motion vergessen, wenn Sie sich an anderer Stelle dafür einsetzen, dass dieses Asylchaos endlich ein Ende findet. Deutschland, geführt von einem Parteifreund von Ihnen, in einer Mitte-Links-Koalition, hat landesweit Grenzkontrollen eingeführt. Deutschland schiebt nach Afghanistan ab, in ein Land, das sich angeblich im Krieg befindet.

Regierungsrat Kaspar Sutter hat in seinem Votum selbstverständlich auch unterschlagen, dass die Mehrheit der Asylmigranten, die in die Schweiz kommen, ja gar nicht auf diesen Ländern kommen. Wir wissen ja, woher diese Menschen kommen. Sie tauchen in den Statistiken auf, sie tauchen aktuell sogar noch mehr in unserer Statistik auf, weil sie Deutschland zurückweist. Im AIG, im Ausländer- und Integrationsgesetz, haben die illegalen Einreisen um 80 Prozent zugenommen, hauptsächlich wegen den illegalen Einreisen. Und das sind nicht in erster Linie Schutzbedürftige aus der Ukraine. Das sind Menschen aus anderen Ländern, die zum grössten Teil hier auch keinen Asylanspruch haben.

Wir können die Situation schönreden, wir können behaupten, das sei Wahlkampf, oder wir nehmen es ernst. Die Bevölkerung in den Wohnquartieren möchte keine neuen Asylunterkünfte. Es gibt ausreichend Asylunterkünfte im Kanton Basel-Stadt, und ja, wenn es hart auf hart kommt, dann ist auch eine Zivilschutzanlage zumutbar. Zivilschutzleistende, Armeeangehörige sind auch in solchen Anlagen, und wer an Leib und Leben bedroht ist und hier Schutz haben möchte, den stört es in keiner Weise, wenn er in einer solchen Unterkunft untergebracht werden muss. Das ist also aus meiner Sicht wirklich ein fadenscheiniges Argument.

Ich bitte Sie deshalb im Interesse der Bevölkerung, in den Wohnquartieren, nicht nur im Neubad, auch an anderer Stelle in diesem Kanton diese Motion an den Regierungsrat zu überweisen. Denn Nicola Goepfert, mittel- und langfristig wird es wieder so sein, dass Mieterinnen und Mieter aus kostengünstigem Wohnraum vertrieben werden oder ihn nicht mehr zur Verfügung gestellt bekommen, weil der Kanton als solventer Käufer Liegenschaften übernehmen kann und dort dann wieder Asylmigranten unterbringen kann.

Deshalb bitte ich Sie, diese Motion an den Regierungsrat zu überweisen, damit wir auch ein Signal aussenden, das wir nicht möchten, dass weitere solche Asylunterkünfte eröffnet werden. Es wird dadurch keine, die bereits besteht, geschlossen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

24 Ja, 69 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004427, 18.09.24 22:21:27]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wurde nicht überwiesen mit 69 Nein-Stimmen gegen 24 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Da ich angesprochen wurde, möchte ich ein kurzes Statement zum Thema Parteienschelte und so weiter geben. Es gibt Themen, die sind anstrengend, aber ich glaube, es ist im Sinne all jener, auch die, die fordern, dass man die anderen beschneidet in ihren Aussagen, dass hier Redefreiheit ist. Wir sind ein Parlament. Aber natürlich bin ich bereit einzuschreiten, wenn Leute beleidigt werden. Es gibt einfach Debatten, die sind aufgeheizt, aber das liegt an Ihnen.

Es gibt einen Ordnungsantrag, und zwar beantragt Erich Bucher, die Motionen 12 und 13, also die Traktanden 39 und 40 heute noch zu behandeln. Möchten Sie begründen? Es wird nicht begründet. Wir stimmen über diesen Antrag ab.

Das heisst wenn Sie dem zustimmend behandeln wir noch die Traktanden 39 und 40 das sind die nächsten beiden. Wenn Sie das ablehnen, dann machen wir Feierabend. Ja heisst Zustimmung zum Ordnungsantrag und Weiterbehandlung dieser beiden Traktanden, Nein heisst Ablehnung des Antrags. Die Abstimmung startet jetzt.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Ordnungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 44 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004429, 18.09.24 22:23:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

dem Ordnungsantrag zuzustimmen und die Sitzung nach Beendigung von Traktandum 40 abschliessen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich entschieden, weiterzuberaten mit einer hauchdünnen Mehrheit von 45 Ja-Stimmen gegen 44 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen. Das spricht für ihre Arbeitsmoral.

39. Motion 12 Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Neues Steuerpaket- Kaufkraft bei der Bevölkerung statt Überschüsse beim Kanton

[18.09.24 22:23:29, 24.5276.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte und das Wort geht an Thomas Widmer-Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Die EVP unterstützt die Stossrichtung der Motionen Amiet und Urgese. Bei der Steuersenkung werden wir die Entwicklung der Diskussion genau verfolgen. Je nachdem werden wir unsere Haltung modifizieren, Anpassungen fordern oder auch unterstützen.

Ich halte mich kurz und ich spreche gleich zu beiden Motionen. Zuerst zur Forderung nach Steuersenkungen. Bei der Kantonsrechnung hatten wir ja über viele Jahre hohe Überschüsse. Der Kanton hat mehr Geld eingenommen, als er für

seine Aufgaben braucht, oder anders ausgedrückt, es wird zu viel Geld von den Steuerzahlenden eingenommen. Eine Steuersenkung liegt somit für uns klar auf der Hand.

Zur Situation von Riehen: Hier haben wir eine Besonderheit, das heisst Riehen hat wie Bettingen einen anderen Steuersatz als Basel, das heisst eine Senkung wirkt sich auch auf die Einnahmen der beiden Landgemeinden aus. Wir gingen davon aus, dass der Riener Gemeinderat darlegen wird, welche Auswirkungen eine Steuersenkung für Riehen hätte. Diese Überlegungen werden wir in unserer Entscheidungsfindung berücksichtigen. Wir unterstützen also die Stossrichtung, werden je nachdem Anpassungen fordern oder unterstützen.

Zur jährlichen Anpassung des kantonalen Einkommenssteuerfusses: In Riehen haben wir damit gute Erfahrungen gemacht. Je nach finanzieller Entwicklung kann der Grosse Rat den Steuerfuss erhöhen oder senken, und falls ein politisches Lager es übertreibt und sich vielleicht im Rat einfach knapp durchsetzen kann, ist ein Referendum möglich. Das letzte Wort hat dann die Bevölkerung.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, namens der EVP bitte ich Sie, die beiden Steuermotionen zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GAB): Die Auswirkungen der letzten Steuersenkungen von 2023, also nicht einmal ein Jahr her, sind kaum verdaut und schon wird die nächste gefordert. Da frage ich mich, sind Sie der Präsentation des Budgets nicht gefolgt? Es geht mir dabei nicht um das Minus, sondern es geht mir um die Ausgaben und Prognosen, die dort gemacht wurden. Für den Fall, dass Sie der Medienkonferenz nicht gebannt gefolgt sind, erlaube ich mir, hier die wichtigsten Punkte zu wiederholen.

Der Kanton rechnet mit höheren Ausgaben. Das Investitionsvolumen wird zunehmen. Die Steuereinnahmen werden voraussichtlich stagnieren. Zusätzlich werden wir einen höheren Betrag in den nationalen Finanzausgleich leisten müssen, und von der Nationalbank wird weniger Geld zu erwarten sein als in den Jahren, bevor es gar kein Geld gab. Also ein bisschen mehr, aber auch nicht mehr so viel wie früher.

Das alles zeigt uns doch, jetzt ist nicht die Zeit für Steuersenkungen, sondern wir müssen unsere Mittel und langfristigen Ziele im Auge behalten und die Finanzierung dafür sichern. In einem reichen Kanton Politikerin oder Politiker zu sein ist etwas Wunderbares. Wir haben die Möglichkeit, den Kanton relativ frei zu gestalten. Wir können Anreize schaffen. So haben wir beispielsweise heute stillschweigend eine Motion überwiesen zur Schaffung kantonaler Förderbeiträge für Photovoltaikanlagen, zusätzlich zur Bundesförderung. Wir können uns auch eine Tagesbetreuung, eine Tagesbetreuung leisten, die andere Kantone erblassen lässt von Neid. Aber dieser Gestaltungsspielraum kostet, und der wird auch noch kosten, wenn die Einnahmen nicht mehr so übermässig sprudeln. Ja, wir hatten 2023 ein sehr gutes Ergebnis. Aber die Folgen des letzten Steuerpakets sehen wir erst im Abschluss 2024.

Es ist jetzt schlicht zu früh, um weitere Steuersenkungen zu fordern. Warten wir doch ab, was die nächsten Jahre bringen, beobachten wir die Situation und fällen wir dann eine Entscheidung, die Grundlagen hat und die sich auch mit den Einnahmen verträgt.

Das GAB bittet Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir haben die Steuern gesenkt, wir haben den strukturellen Überschuss abgebaut. Und das Geld, die Überschüsse – ich sage es immer wieder -, gehen nicht in ein schwarzes Loch, die bleiben auch nicht bei mir im Büro, sondern die brauchen wir für den Schuldenabbau. Und wenn wir Schulden abbauen, erhöhen wir den Handlungsspielraum für den Kanton, für die vielen Investitionen, die anstehen.

Dann haben Sie die Motion Moesch überwiesen, die vorschlägt, dass man die Überschüsse rückverteilt. Der Regierungsrat hat gesagt, es sei ein sinnvolles Instrument, weil wir dann wirklich nur die Überschüsse anschauen, die übrig bleiben. Wir können dann keine Schulden mehr abbauen, das muss man dann in Kauf nehmen. Aber was Sie mit Steuersenkungen fordern, heisst 150 Millionen weniger im Budget. Also mir ist nicht klar, wie Sie das machen wollen. Das heisst auch weniger Aufwand, das heisst auch Leistungsabbau.

Ich verstehe auch nicht, warum das jetzt kommt. Die Steuersenkungen sind nicht mal durch, sie sind nicht einmal abbildbar in der Rechnung. Es gibt viele Ungewissheiten. Wir haben das Standortpaket in der WAK, das wir für sehr wichtig erachten für unseren Standort, und ich wäre nach wie vor froh, wenn wir das in trockene Tücher bringen, denn sonst können Sie die

ganzen Geschichten mit Rückverteilung und Steuersenkungen sowieso vergessen, weil ein grosser Teil des reichen Kantons Basel-Stadt kommt von unseren Unternehmen.

Ich weiss, Sie haben das gerne, wenn wir mal die erste Stellungnahme machen, aber ich glaube, Sie wissen schon, was da drinstehen wird. Daher bitte ich Sie wirklich, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Ich bitte Sie nicht sehr überraschend, diese Motion nicht zu überweisen und möchte Ihnen kurz ein paar Gründe sagen, warum ich es wirklich für fatal halten würde, wenn wir jetzt diese Motion überweisen würden.

Es wurde vorher von einem Vorredner von der EVP, von Thomas Widmer-Huber gesagt, es gebe ja dann auch ein Referendum, die Bevölkerung bestimme und darum sei eigentlich alles gut. Ja, lieber Kollege, ganz so einfach ist es dann halt doch nicht, wenn wir hier Gesetze beschliessen. Sie haben es in der Motion selber geschrieben, Sie rechnen mit 150 Millionen Franken, die fehlen im Budget. Und um etwas aufzunehmen, was die Regierungsrätin Tanja Soland gerade vorher gesagt hat: Ich bitte Sie schon, die bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen, ein bisschen Ihre Kohärenz zu überprüfen. Im ersten Schritt wollten Sie unbedingt die Überschüsse rückverteilen mit der Motion Moesch, dass die Bevölkerung also von den Überschüssen profitiert. Kaum haben wir die Motion Moesch überbewiesen, stehen Sie wieder hier und wollen die Steuern senken um 150 Millionen Franken, nachdem wir mit dem letzten Steuersenkungspaket den strukturellen Überschuss abgebaut haben. Ja möchten Sie jetzt die Überschüsse rückverteilen oder möchten Sie 150 Millionen Franken weniger beim Kanton haben?

Und dann auch noch weitergehend: Was ist denn am Schluss die Idee dahinter? Jetzt können Sie wieder sagen, das sei ein Schreckensszenario. Das Problem ist einfach, es ist eine Realität überall in Kantonen, wo wir am Schluss diese Steuerpolitik gehabt haben. Die Steuern werden gesenkt, dann fehlen 150 Millionen Franken im Budget, und dann heisst es, irgendwo muss dieses Geld herkommen. Und dann reden wir ganz konkret darüber, wo investieren wir wie viel und auch welche Leistungen gibt es weiterhin noch im Kanton. Abbau oder Investitionsstau? Und dieses Szenario malen Sie jetzt munter nach einer Überweisung der Motion Moesch hier an die Wand. Dann kommt noch gleich die nächste Motion von Luca Urgese, bei der es dann noch darum geht, dass Sie jedes Jahr den Steuerfuss anpassen möchten. Wir können uns ja alle hier im Saal am Ende des Tages konkret vorstellen, um was es geht.

Es ist einfach nicht ehrlich, liebe Kolleginnen und Kollegen der bürgerlichen Ratsseite, es ist einfach nicht ehrlich, hier mit der nächsten Steuersenkung vorbeizukommen und dann noch so zu tun, als würde alles genau gleich weiterlaufen. Dann noch etwas, weil so betont wird, dass es darum geht, Einkommen unterhalb von 100’000 Franken für Alleinstehende und unter 200’000 Franken für alle Steuerzahler zu entlasten. Ich habe es bei der letzten Steuergesetzesrevision gesagt und ich sage es auch jetzt, solange ich es noch tun muss: Die Mitnahmeeffekte für hohe Einkommen sind einfach massiv. Mit der Grenzsteuersatzlogik profitieren hohe Einkommen von diesen Steuersenkungen massiv mehr als tiefe Einkommen. Das können Sie noch so oft hier wiederholen, und Luca Urgese kann noch so oft den Kopf schütteln und mir nachher widersprechen, Sie müssen mir dann halt einfach mal empirisch erklären, warum es nicht so sein sein soll.

Noch etwas zur OECD-Steuerreform: Sie schreiben jetzt tatsächlich in diesem Vorstoss, wir seien nicht attraktiv mit den Steuersätzen momentan für die Arbeitskräfte, die diese Unternehmen brauchen. Entschuldigen Sie, sagen Sie mir, welche Gemeinden im Kanton Basel-Landschaft, im Einzugsgebiet, konkurrenzfähig sind mit den Steuersätzen für natürliche Personen für diese Top-Arbeitskräfte. Jetzt haben wir beim letzten Steuersenkungspaket genau das aufgenommen. Sie haben gesagt, wir müssen attraktiv sein für diese Top-Arbeitskräfte. Wir sind attraktiv. Wenn ich in all diesen Rechnern, die mir zur Verfügung stehen, den Kanton Basel-Stadt eingebe, dann ist er in der Benchmark immer in den Top 3. Also ich weiss nicht genau, in welcher Dimension wir nicht attraktiv sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, darum komme ich leider zum Schluss, dass es wieder einmal um Grundsätzliches geht, nämlich, dass man die Steuern einfach mal senken soll, weil man das ja tun soll, weil es nicht gut ist, wenn der Kanton zu viel Geld hat. Das lese ich heraus. Das finde ich aber ein ziemliches Vabanque-Spiel, wenn wir überlegen, welche Investitionen anstehen und was wir alles schon beschlossen haben an Steuersenkungen. Ich bitte Sie darum im Namen der SP-Fraktion, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Thomas Widmer-Huber an? Sie wird angenommen.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Könnte es sein, dass Sie mich falsch verstanden haben oder dass ein Missverständnis vorliegt? Das Referendum habe ich auf die Anpassung des kantonalen Steuerfusses bezogen.

Beda Baumgartner (SP): Ja, aber die Logik ist die gleiche. Wir sollten nicht etwas beschliessen, damit wir dann das Referendum in der Hinterhand haben, sondern wir sollten davon überzeugt sein, dass wir das real beschliessen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat das Wort Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): A propos Realität, Beda Baumgartner: 2019 629, 2020 286, 2021 80, 2022 139, 2023 368. Das sind nicht einmal die Überschüsse des Kantons, das ist die Differenz zwischen Budget und Jahresrechnung in Millionen Franken. Das ist mindestens seit 2007 so. Im Schnitt schneidet die Jahresrechnung über 250 Millionen Franken besser ab als wir budgetieren. Wir haben also einen versteckten strukturellen Überschuss in unseren Kantonsfinanzen, und die Schlussfolgerung ist offensichtlich, der Kanton nimmt mehr Geld ein als er braucht. Und das hat uns bereits einmal dazu bewegt, die Steuern zu senken. Seit Anfang dieses Jahres haben wir jetzt tiefere Steuersätze. Das ist auch richtig so und das war längst überfällig.

Aber wir können jetzt auch das Budget 2025 anschauen und das zeigt, die vergangenen Steuerreformen, die wir gemacht haben, die Steuersenkungen waren ein voller Erfolg. Man sieht darin Gewinnsteuereinnahmen, auch Effekte SV 17 plus 130 Millionen Franken. Effekte bei der Einkommens- und Vermögenssteuer plus 43,1 Millionen Franken. Und dann schauen wir in den Finanzplan bis 2028 plus 340 Millionen Franken zusätzlicher Fiskalertrag gegenüber 2024.

Das ist die Entwicklung, die wir haben in unserem Kanton, und dies ist ja durchaus erfreulich. Darüber können wir uns sehr freuen. Aber trotz Steuersenkungen steigen die Steuereinnahmen in unserem Kanton weiter an. Hohe Überschüsse plus steigende Steuereinnahmen bedeutet, wir haben zu hohe Steuern. Und es ist eine Frage der Gerechtigkeit, die Steuern zu senken und den Menschen mehr von dem Geld zu überlassen, das sie sich hart erarbeitet haben. Wenn der Staat den Menschen mehr Geld wegnimmt als er braucht, dann ist das ungerecht. Und das ist weit weg von Leistungsabbau. Wir schauen uns das Budget 2025 an und stellen fest, der Aufwand steigt um über 500 Millionen Franken. Und das soll es keinen Platz haben für 150 Millionen Franken Steuersteuersenkung?

Und dann zum Thema Rückverteilung, das nicht kohärent sei. Im Gegenteil, das gehört fest zusammen. Das primäre Ziel ist, dass der Überschuss gar nicht erst entsteht, und wenn er dann entsteht, dann soll er an die Bevölkerung zurückverteilt werden. Ich sehe nicht, wo hier die Inkohärenz liegen soll. Aber natürlich ist die Rückverteilung Second Best. Ziel ist die schwarze Null.

Zur Wettbewerbsfähigkeit oder zum Steuervergleich: Man kann die Vergleiche schon so anstellen, dass sie positiv ausfallen. Ja, wir können uns ausschliesslich mit dem Kanton Basel-Landschaft vergleichen. In der Tat haben wir da vorwärts gemacht und können positiv abschneiden. Das ist so. Aber schauen Sie mal in den Kanton Aargau, Sie können nur schon nach Kaiseraugst schauen, da sieht dann die Rechnung schon ein bisschen anders aus. Oder vergleichen Sie uns mit dem Kanton Zug. Wir müssen hier nicht dieses Niveau des Kantons Zug erreichen, aber da zahlen Sie deutlich weniger Steuern, als wir es hier im Kanton Basel-Stadt machen. Es ist legitim, dass wir sagen, als Stadtkantone sind bei uns die Steuern höher als im Kanton Zug. Das ist schon legitim, aber ein bisschen tiefer und ein bisschen attraktiver, das liegt also bei weitem drin.

Natürlich brauchen wir noch Geld für verschiedene Aufgaben, die wir vor uns haben. Als Beispiel wird ja oft der Klimaschutz genannt. Aber sehen Sie sich doch an, was wir im Klimaschutz bereits alles tun, was wir finanzieren. Wir bauen die Stadt für eine halbe Milliarde Franken um und das haben wir alles unterstützt. Das ist finanziert, das machen wir. Wir haben rekordhohe Investitionsausgaben, auch die sind weitestgehend finanziert. Wir können uns das leisten, und trotzdem liegt es drin, dass wir diese Steuern weiterhin senken können. Wie gesagt, es ist eine Frage der Gerechtigkeit. Was wir heute hier haben, sind zu hohe Steuern. Es ist höchste Zeit, dass wir hier noch einen weiteren Schritt machen für das Portemonnaie der Bevölkerung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfragen an? Sie werden angenommen. Zuerst hat Tonja Zürcher das Wort.

Tonja Zürcher (GAB): Da Sie ja sehr sattelfest zu sein scheinen mit den Zahlen, würde mich wundernehmen, wie vielmal in den letzten vier Jahren Sie gesagt haben, dass wir uns etwas nicht leisten sollen, weil es zu viel kostet, beispielsweise wenn es darum geht, die Tarife beim U-Abo nicht weiter erhöhen zu lassen oder wenn es einen Corona-Bonus für das Pflegepersonal gibt, den wir uns offenbar nicht leisten wollen. Wie oft kam das vor?

Luca Urgese (FDP): Mein Argument hier am Rednerpult war das nie, soweit ich mich erinnern kann, ich fand es aus politischen Gründen falsch.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die zweite Zwischenfrage kommt von Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wenn Sie eine schwarze Null wollen, heisst das, dass Sie einverstanden sind mit der Höhe unserer Bruttoschulden und keinen weiteren Abbau möchten?

Luca Urgese (FDP): Ich höre es ja regelmässig, wie Sie uns erzählen, dass die Schuldensituation unseres Kantons hervorragend ist. Wir haben ein AAA, also klar, wenn es zu Überschüssen kommt, sollen Schulden abgebaut werden, auch Bruttoschulden, aber Ziel muss es sein, gar keine Überschüsse zu machen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Ich mache es in Anbetracht der fortgeschrittenen Stunde kurz. Wir Grünliberalen, in deren Namen ich spreche, können uns voll und ganz den Ausführungen von Luca Urgese anschliessen. Ich spreche gerade auch noch für die nächste Motion aus Effizienzgründen. Darum das geht es jetzt auch im Rest von meinem Votum, um Effizienz. Ich nehme gerne auf, was Beda Baumgartner gesagt hat. Er hat die Frage in den Raum gestellt hat, worum es uns eigentlich geht, ums Prinzip. Ja, es geht uns letztendlich wirklich ums Prinzip. Wir wollen keine unnötigen Überschüsse erzielen und wir glauben wirklich, die Staatsquote soll nicht steigen. Sie soll stabil bleiben, sie sollte tendenziell eher sinken. Es geht um das Prinzip, genau.

Und gleich noch zur nächsten Motion. Ich verstehe, dass es der Regierung unangenehm ist, wenn wir wieder eine Steuersenkung fordern, das schränkt natürlich den Spielraum ein, aber mit der nächsten Motion bringen wir mehr Flexibilität ins System.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zum Motionären Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Ich danke Ihnen herzlich für diese lebhafte Debatte zu später Stunde. Es ist spät, die Zahlen sind gross, aber trotzdem behält die Mathematik ihre Gültigkeit.

Punkt 1: Ja, wir haben ein Steuerpaket geschnürt, ja wir haben die Steuern bereits einmal reduziert, um ziemlich genau einen Fünftel des Überschusses des Jahres 2023, das heisst vier Fünftel Überschuss haben wir immer noch behalten.

Punkt 2: Geschätzte Frau Regierungsrätin, die 150 Millionen, die wir einsparen wollen bei den Erträgen, haben überhaupt nichts mit den Ausgaben zu tun. Wir müssen die Ausgaben nicht anfassen. Wenn wir Überschüsse machen, die deutlich über 150 Millionen sind, werden wir einfach weniger Überschüsse machen in Zukunft, ohne den geringsten Leistungsabbau, ohne irgendwo die Ausgaben anzufassen. Luca Urgese hat verdankenswerterweise die Zahlen genannt: Im Durchschnitt haben wir 362 Millionen Überschuss, also sprich deutlich mehr als das Doppelte von dem, was wir hier einsparen wollen. Das ist wunderbar für das Eigenkapital. Das ist gut für die Bilanz. Das ist auch gut für das Rating, aber das ist schlecht für die Bürgerinnen und einen Bürger, weil wir und alle Leute, die in Basel wohnen, zahlen dem Staat zu viel Geld, das sie nachher nicht mehr selber für ihre eigenen Bedürfnisse ausgeben können.

Diese Motion bietet eine Lösung an, die austariert ist. Danke an dieser Stelle den fünf Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner, dass sie da mitgearbeitet haben, eine für alle tragfähige Lösung auszutarieren, insbesondere auch eine Lösung, die eben gerade den Mittelstand entlastet. Ich helfe dann gerne auch noch beim Aufzeigen, wie diese Berechnung funktioniert, geschätzter Beda Baumgartner.

Das Budget wurde angesprochen: Minus 25 Millionen im 2025. In den letzten fünf Jahren – die einzelnen Zahlen hat Luca Urgese bereits erwähnt – hat der Kanton 209 Millionen mehr Gewinn gemacht als budgetiert. Und die 209 Millionen trotz Corona, wo erhebliche unbudgetierte Ausgaben angefallen sind, und ohne Berücksichtigung der Sondereffekte, die dann nach obendrauf kommen. Mit den Sondereffekten wären wir bei rund 300 Millionen. Der Kanton verdient viel zu viel Geld,

das er nicht braucht, und genau dieses Geld muss dort bleiben, wo es etwas bewirkt, nämlich bei unseren Einwohnerinnen und Einwohnern.

Zum Thema OECD: Das Standortpaket wird durch Unternehmenssteuern finanziert. Diese Motion hat mit Unternehmenssteuern gar nichts zu tun. Da wird überhaupt nichts berührt und man soll bitte diese zwei Themen auch zu später Stunde nicht vermischen. Was hingegen sehr wohl der Fall ist, das ist, dass die Konkurrenzfähigkeit des Werkplatzes Basel-Stadt profitiert, wenn wir diese Steuern senken, nicht gegenüber Birsfelden und Münchenstein, das ist schon klar, aber gegenüber anderen Standorten, wo internationale Grosskonzerne ihren Sitz haben. Einzelne Kantone wurden schon genannt. Es gibt auch noch andere, und es gibt auch im Ausland steuergünstige Ortschaften.

Nun, falls wir jetzt wider Erwarten völlig neben den Schuhen liegen und wider Erwarten zum ersten Mal in einem Jahrzehnt das Budget doch eintreffen sollte und wider jede statistische Vorstellungskraft plötzlich diese Überschüsse wegfallen, bevor man die Steuern senkt, dann bietet Ihnen die Motion von Luca Urgese, die wir verdankenswerterweise auch noch heute Abend behandeln, die Lösung an. Wenn wir plötzlich ins Defizit fliegen, dann können wir selbstverständlich in Zukunft jährlich die Steuern korrigieren und dann können wir das, was vielleicht falsch gelaufen ist bei dieser Abstimmung korrigieren.

Ich bin überzeugt, wir müssen das nicht korrigieren, denn ich bin überzeugt, dass der Kanton Basel-Stadt weiterhin massive Überschüsse machen wird, wenn wir hier diese Steuersenkungsmotion nicht überweisen. Ich danke Ihnen vielmals für die Unterstützung und ich freue mich auf das Resultat.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 45 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004431, 18.09.24 22:49:18]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion ist überwiesen mit 48 Ja-Stimmen gegen 45 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

40. Motion 13 Luca Urgese und Konsorten betreffend Einführung eines jährlichen Grossratsbeschlusses über den kantonalen Einkommenssteuerfuss

[18.09.24 22:49:32, 24.5275.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist auch hier nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte. Beda Baumgartner hat das Wort.

Beda Baumgartner (SP): Das Verhältnis wird wahrscheinlich etwa das gleiche sein, und es ist zehn vor elf. Schön, dass wir das jetzt hier auch noch beschliessen dürfen. Ich kann Ihnen nur sagen, überlegen Sie sich, auch wenn es zehn vor elf ist, überlegen Sie sich gut und ruhig noch einmal, ob Sie das hier beschliessen wollen. Ich weiss schon, welche Intention dahinter ist. Es geht darum, dass wir künftig jedes Jahr dann in diesem Parlament das, was wir sonst in im Rahmen von Motionsdebatten einfach anhand dieser Steuerfussdebatte führen können. Ich finde, es ist völlig der falsche Zeitpunkt, es ist völlig das falsche Instrument. Wir fahren gut mit diesem System, wie wir es momentan im Kanton Basel-Stadt gehabt haben und haben.

Ich würde Ihnen sehr beliebt machen, diese Motion nicht zu überweisen. Ich gehe aber auch nicht davon aus, dass mein Zusatzvotum ihre Stimmung und Ihre Entschlossenheit noch ändern wird. Vielleicht gibt es ja um zehn vor elf noch einen Erweckungsmoment, ob man das wirklich so beschliessen will und soll. Ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Fina Girard.

Fina Girard (GAB): Auch nur ganz kurz. Ich wollte eigentlich gleich starten wie Luca Urgese, denn auch uns wundert dieser Überschuss. Aber ich möchte auch kurz sagen, der Kanton ist in einer finanzpolitisch extrem privilegierten Lage. Mit Privilegierten gilt es reflektiert umzugehen. Das haben wir dieses Jahr schon mehrfach von unserem Grossratspräsidenten gehört. Und Sie denken sichjer, jetzt redet sie wieder vom Klima, und ja, das tue ich. Ich möchte Sie hier nicht dazu anhalten, Klimamassnahmen zu entscheiden, sondern sich einfach bewusst zu sein, egal ob Sie hier aufs rote oder auf das grüne Knöpfchen drücken, dass, wenn wir wieder übers Klima sprechen, Klimamassnahmen werden teuer und zwar sowohl wenn wir sie umsetzen als auch wenn wir sie nicht umsetzen. Wer das nicht glauben kann, dem reicht ein Blick nach Osteuropa. Und hier wundert es mich doch, wie die GLP das Grün und das Liberale in ihrem Namen abwägt, wenn sie beim aktuellen Steuersenkungspaket der Bürgerlichen mitspielt.

Und noch ganz kurz: Auch wenn Lorenz Amiet jetzt vorher gesagt hat, dass diese Steuerfusseinführung vor allem dazu dienen soll, dass man wieder nach oben korrigieren kann, machen wir uns nichts vor, hier geht es wieder darum, jährlich darum zu ringen, ob wir weitere Steuersenkungen haben werden im Kanton. Hier schliesse ich mich ganz Beda Baumgartner an. Ich glaube, hier gehen wir den falschen Weg, besonders angesichts all der Herausforderungen, die noch auf uns warten.

Wie gesagt, es wird sich wahrscheinlich nichts mehr gross ändern, aber dennoch, vom JGB und vom GAB wünschen wir uns sehr und bitten Sie, die vorliegende Motion abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich bin auch schon etwas müde. Hier geht es ja eigentlich nicht einmal direkt darum, die Steuern zu senken. Man könnte das ja dann auch umgekehrt machen. Gut, das ist illusorisch. Wir können das prüfen und danach diskutieren in der Stellungnahme, aber ich sage Ihnen schon, das ist dann nochmals ein bürokratischer Aufwand, noch einmal die Diskussion, jedes Jahr, den Steuerfuss eines Kantons anzupassen. Wenn, dann geht’s gegen unten oder es geht gar nicht. Basel-Landschaft hat den auch schon lange nicht mehr angepasst, das ist auf Kantonsebene jetzt wohl auch etwas zu aufwendig, vor allem auch bei unserem grossen Budget.

Ich schliesse mich da Beda Baumgartner an, vielleicht gibt es jetzt um sechs vor elf doch noch eine Wende. Ich bitte Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zum Motionären Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Ich gebe es zu, ich habe nicht alle Kantone abgeklappert, aber so weit ersichtlich, haben alle Kantone einen kantonalen Steuerfuss, über den jährlich beschlossen wird. Warum soll das bei uns nicht möglich sein? Ich habe versucht, ein bisschen in die Bücher zu gehen und der Frage auf den Grund zu gehen, warum das bei uns nicht so ist, warum das bei uns gesetzlich festgeschrieben ist. Eine Antwort darauf habe ich ehrlicherweise auch nicht gefunden, und mir erschliesst sich jetzt auch nach dem Votum von Beda Baumgartner nicht, weshalb es ein falsches Instrument sein soll, wenn es 25 andere Kantone durchaus so hinbekommen.

Es ist richtig, es ermöglicht mehr Flexibilität in der jährlichen Planung, und zwar in beide Richtungen. Klar, es ist offensichtlich, in welche Richtung ich mir das wünsche, aber je nach politischer Mehrheit in diesem Gremium ist eine andere Richtung durchaus möglich, und es kommt selbstverständlich auch auf die finanzielle Situation des Kantons an. Es ermöglicht vor allem uns als Parlament eine vollständige Debatte. Was wir Jahr für Jahr führen, ist eine Ausgabendebatte, aber was wir nicht diskutieren im Rahmen der Budgetdebatte ist die andere Seite der Bilanz, wie es mit den Einnahmen aussieht. Und diese Motion und die Einführung dieses jährlichen Grossratsbeschlusses würde es uns eben ermöglichen, diese vollständige Debatte zu führen.

Das würde uns dann auch ermöglichen, darüber zu entscheiden, ob wir uns etwas leisten wollen. Wenn wir uns vielleicht mal etwas nicht leisten könnten, weil die Steuereinnahmen zu knapp sind, aber wir es uns leisten wollen, dann können wir das bewusst entscheiden, wir wollen jetzt diesen Steuerfuss hochsetzen, damit wir uns eben eine Ausgabe leisten können. Andere Städte und Gemeinden haben wir das gemacht, das konnten Sie kürzlich in der Zeitung lesen, eine Gemeinde hat die Steuern erhöht, um ein Schulhaus finanzieren zu können. Natürlich sind bei uns die Dimensionen grösser, das ist klar, aber solche Diskussionen werden dann eben mit einem solchen Instrumente möglich.

Und was mir zum Schluss noch wichtig ist, ist der letzte Satz dieser Motion. Es ist selbstverständlich wichtig, dass wir bei unserem Staatsgefüge die Autonomie der Gemeinden bei der Ausgestaltung dieses Beschlusses mitberücksichtigen, dass wir die Gemeinden hier mit diesem Instrument nicht in finanzielle Schwierigkeiten bringen. Das wird dann bei einer allfälligen Umsetzung zu berücksichtigen sein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 45 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004434, 18.09.24 22:56:57]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion ist überwiesen mit 46 Ja-Stimmen gegen 45 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen. Ich wünsche Ihnen eine gute Heimreise und gute Erholung.

Schluss der 29. Sitzung

22:57 Uhr

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 11. September 2024 09:07:05
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	96	28	18	15	11	9	8	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	98	28	18	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	28	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 11. September 2024 09:09:59
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Ent	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	40	0	0	15	11	6	0	7	1	0
Nein	54	28	16	0	0	2	8	0	0	0
Ent	4	0	2	0	0	2	0	0	0	0
Abgestimmt	98	28	18	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	28	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 11. September 2024 09:13:08
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	95	27	18	15	10	10	8	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	27	18	15	10	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	28	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 2**
23.9055

Abstimmungsdatum 11. September 2024 09:15:58
Geschäft Entgegennahme der neuen Geschäfte

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ent	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	10	0	0	2	6	0	0	2	0	0
Nein	85	28	18	13	4	9	8	5	0	0
Ent	3	0	0	0	1	1	0	0	1	0
Abgestimmt	98	28	18	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	28	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
24.5357

Abstimmungsdatum 11. September 2024 09:17:13
Geschäft Wahl eines Mitglieds der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge Andreas Zappalà, FDP)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	96	28	17	15	11	10	8	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	28	17	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	28	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
24.5357

Abstimmungsdatum 11. September 2024 09:18:15
Geschäft Wahl eines Mitglieds der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge Andreas Zappalà, FDP)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ent
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	95	28	17	15	11	10	8	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	97	28	17	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	28	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
24.5358

Abstimmungsdatum 11. September 2024 09:19:16
Geschäft Wahl eines Mitglieds der Wahlvorbereitungskommission (Nachfolge Andreas Zappalà, FDP)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ent
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	96	28	18	15	11	10	8	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	98	28	18	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	28	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
23.9051

Abstimmungsdatum 11. September 2024 09:33:47
Geschäft Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch (Nr. 1737)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	64	29	18	0	0	10	7	0	0	0
Nein	33	0	0	15	10	0	0	7	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	98	29	18	15	10	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	29	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
24.5341

Abstimmungsdatum 11. September 2024 11:03:59

Geschäft Antrag der SP und des GAB auf Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) betreffend im Bericht Schefer aufgedeckte Missstände bei der Kantonspolizei Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ent	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ent	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	44	28	15	0	0	0	0	0	1	0
Nein	52	0	1	15	11	10	8	7	0	0
Ent	3	1	2	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	99	29	18	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	29	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 2.1**
24.0805

Abstimmungsdatum 11. September 2024 15:16:33
Geschäft Eurovision Song Contest (ESC) 2025 in Basel, Ausgabenbewilligung, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ent	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ent	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	89	27	16	14	9	9	7	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	4	0	1	0	2	1	0	0	0	0
Abgestimmt	94	27	17	14	11	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 136**
24.0805

Abstimmungsdatum 11. September 2024 15:16:33
Geschäft Eurovision Song Contest (ESC) 2025 in Basel, Ausgabenbewilligung, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ent
Fischer Patrick (SVP)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ent
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	89	27	16	14	9	9	7	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	4	0	1	0	2	1	0	0	0	0
Abgestimmt	94	27	17	14	11	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 2.1**
24.0805

Abstimmungsdatum 11. September 2024 15:17:16
Geschäft Eurovision Song Contest (ESC) 2025 in Basel, Ausgabenbewilligung, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ent
Fischer Patrick (SVP)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Ent
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Ent
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sieber Johannes (GLP)	Nein
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Ent
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	87	28	16	13	8	8	7	7	0	0
Ent	7	0	1	1	3	2	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	17	14	11	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 136**
24.0805

Abstimmungsdatum 11. September 2024 15:17:16
Geschäft Eurovision Song Contest (ESC) 2025 in Basel, Ausgabenbewilligung, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ent	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ent	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	87	28	16	13	8	8	7	7	0	0
Ent	7	0	1	1	3	2	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	17	14	11	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 2.1**
24.0805

Abstimmungsdatum 11. September 2024 15:18:08
Geschäft Eurovision Song Contest (ESC) 2025 in Basel, Ausgabenbewilligung, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	87	28	16	13	8	8	7	7	0	0
Nein	4	0	0	0	2	1	0	0	1	0
Ent	4	0	1	1	1	1	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	17	14	11	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 136**
24.0805

Abstimmungsdatum 11. September 2024 15:18:08
Geschäft Eurovision Song Contest (ESC) 2025 in Basel, Ausgabenbewilligung, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ent
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ent
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ent
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	87	28	16	13	8	8	7	7	0	0
Nein	4	0	0	0	2	1	0	0	1	0
Ent	4	0	1	1	1	1	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	17	14	11	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 2.1**
24.0805

Abstimmungsdatum 11. September 2024 15:18:55
Geschäft Eurovision Song Contest (ESC) 2025 in Basel, Ausgabenbewilligung, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ent
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	86	28	16	13	7	8	7	7	0	0
Nein	4	0	0	0	2	1	0	0	1	0
Ent	5	0	1	1	2	1	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	17	14	11	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 136**
24.0805

Abstimmungsdatum 11. September 2024 15:18:55
Geschäft Eurovision Song Contest (ESC) 2025 in Basel, Ausgabenbewilligung, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ent
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	86	28	16	13	7	8	7	7	0	0
Nein	4	0	0	0	2	1	0	0	1	0
Ent	5	0	1	1	2	1	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	17	14	11	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
24.5203

Abstimmungsdatum 11. September 2024 17:27:29

Geschäft Antrag des Gerichtsrats auf Erhöhung der Anzahl Richterinnen und Richter am Appellationsgericht gemäss § 87 GOG, Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	85	23	17	14	10	9	5	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	85	23	17	14	10	9	5	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	12	6	1	0	1	1	2	0	1	0
Stimmberechtigt	88	23	17	15	10	9	6	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
22.0282

Abstimmungsdatum 11. September 2024 17:33:03

Geschäft Kantonale Volksinitiative "50 Meter Hallenbad für Basel! - JETZT!", Antrag auf die erneute Verlängerung der Abstimmungsfrist, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	74	22	15	13	6	7	6	5	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	74	22	15	13	6	7	6	5	0	0
Nicht abgestimmt	12	1	2	1	3	2	0	2	0	1
Nicht anwesend	14	6	1	1	2	1	2	0	1	0
Stimmberechtigt	86	23	17	14	9	9	6	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
24.0770

Abstimmungsdatum 11. September 2024 17:44:18
Geschäft Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW): Berichterstattung 2023, Bericht der IPK FHNW

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	85	23	17	13	10	9	6	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	85	23	17	13	10	9	6	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	13	6	1	1	1	1	2	0	1	0
Stimmberechtigt	87	23	17	14	10	9	6	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 12**
23.0948

Abstimmungsdatum 11. September 2024 17:52:32

Geschäft Umgestaltung der Archäologischen Informationsstelle «Basel, 80 v. Chr. Murus Gallicus – Der Keltenwall», Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	84	23	17	13	10	8	6	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	84	23	17	13	10	8	6	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	14	6	1	1	1	2	2	0	1	0
Stimmberechtigt	86	23	17	14	10	8	6	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
23.1410

Abstimmungsdatum 18. September 2024 10:33:23
Geschäft Anpassung des Schulgesetzes vom 4. April 1929; Änderung §63b Förderangebote, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ent	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	87	28	10	14	11	9	8	7	0	0
Nein	4	0	4	0	0	0	0	0	0	0
Ent	5	0	4	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	96	28	18	14	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	1	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	14	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
23.1410

Abstimmungsdatum 18. September 2024 10:34:45
Geschäft Anpassung des Schulgesetzes vom 4. April 1929; Änderung §63b Förderangebote, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ent
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ent	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	27	16	14	11	9	8	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	4	1	2	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	96	28	18	14	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	1	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	14	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
23.1410

Abstimmungsdatum 18. September 2024 10:36:01
Geschäft Anpassung des Schulgesetzes vom 4. April 1929; Änderung §63b Förderangebote, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	18	0	0	0	11	0	0	7	0	0
Nein	76	28	18	14	0	8	8	0	0	0
Ent	2	0	0	0	0	1	0	0	1	0
Abgestimmt	96	28	18	14	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	1	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	14	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
24.0165

Abstimmungsdatum 18. September 2024 11:19:05

Geschäft Gemeindeinitiative der Gemeinde Riehen für eine vernünftige und verhältnismässige Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetztes im Bereich des öffentlichen Verkehrs, Bericht des RR zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Vorgehen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ent
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	78	29	3	13	9	9	8	7	0	0
Nein	15	0	13	0	2	0	0	0	0	0
Ent	2	0	2	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	18	13	11	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	0	0	1	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	14	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
24.0544

Abstimmungsdatum 18. September 2024 11:25:43
Geschäft Staatsbeitrag für den Erlen-Verein Basel für die Jahre 2025 bis 2028, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ent
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	85	26	18	11	10	9	5	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	3	0	0	1	0	0	1	1	0	0
Abgestimmt	88	26	18	12	10	9	6	7	0	0
Nicht abgestimmt	8	3	0	1	0	0	2	0	1	1
Nicht anwesend	4	0	0	2	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	18	13	10	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 14**
24.0087

Abstimmungsdatum 18. September 2024 11:43:24

Geschäft Ausgabenbewilligung zur Neugestaltung des Grün- und Freiraums Lysbüchelplatz - VoltaNord, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	28	17	12	10	9	8	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	28	17	12	10	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	1	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	0	0	3	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	29	18	12	10	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 15**
24.0468

Abstimmungsdatum 18. September 2024 11:48:10

Geschäft Ausgabenbewilligung zur Neugestaltung Grün- und Freiraum Saint-Louis-Park - VoltaNord, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	87	26	18	11	8	9	8	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	26	18	11	8	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	7	2	0	1	2	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	6	1	0	3	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	28	18	12	10	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 16**
22.0979

Abstimmungsdatum 18. September 2024 11:49:42
Geschäft Fristverlängerung kantonale Volksinitiative "Sicherere Velorouten in Basel-Stadt", Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	84	22	18	11	9	9	8	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	84	22	18	11	9	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	8	4	0	1	1	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	8	3	0	3	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	92	26	18	12	10	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 17**
24.0496

Abstimmungsdatum 18. September 2024 11:58:23

Geschäft Kantonale Volksinitiative "für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern (Zämme in Europa)", Bericht des RR zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Vorgehen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	88	24	18	12	10	9	8	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	24	18	12	10	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	9	4	0	3	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	91	25	18	12	10	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 17**
24.0496

Abstimmungsdatum 18. September 2024 11:59:28

Geschäft Kantonale Volksinitiative "für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern (Zämme in Europa)", Bericht des RR zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Vorgehen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	77	25	18	12	0	7	8	7	0	0
Nein	10	0	0	0	10	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	25	18	12	10	7	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	0	0	2	0	0	1	1
Nicht anwesend	9	4	0	3	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	91	25	18	12	10	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 18**
23.0331

Abstimmungsdatum 18. September 2024 15:23:06

Geschäft Projekt «Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen gegenüber Erwachsenen und Jugendlichen im Kanton Basel-Stadt», Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	95	29	18	14	11	9	7	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	18	14	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	11	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 19**
22.1229

Abstimmungsdatum 18. September 2024 15:30:55

Geschäft Investitionsbeitrag an die Erweiterung der Bibliothek Bläsi (Zweigstelle der GGG Stadtbibliothek Basel), Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	89	27	17	13	10	8	8	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	27	17	13	10	8	8	6	0	0
Nicht abgestimmt	10	2	1	2	1	1	0	1	1	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	29	18	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 20**
24.0179

Abstimmungsdatum 18. September 2024 15:44:02

Geschäft Ausgabenbewilligung für den gemeinsamen Fachausschuss Darstellende Künste der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft für die Jahre 2024 bis 2027, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	85	29	17	12	8	7	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	86	29	17	12	8	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	13	0	1	3	3	2	1	2	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	29	18	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 21**
22.0122

Abstimmungsdatum 18. September 2024 16:04:25
Geschäft Entwurf zum Wassergesetz, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	95	27	18	15	11	9	8	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	27	18	15	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	2	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	29	18	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.0429

Abstimmungsdatum 18. September 2024 16:20:53
Geschäft Photovoltaik im Verwaltungsvermögen - Erschliessung des Solarpotenzials bis 2030, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	95	29	17	15	11	9	8	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	17	15	11	9	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	29	18	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 23**
24.0076

Abstimmungsdatum 18. September 2024 16:30:14
Geschäft Mobile Gefahrstoffübungsanlage auf Wechselladeabrollbehälter, Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	28	16	13	11	9	8	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	16	13	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	6	1	2	2	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	29	18	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 24**
24.0712

Abstimmungsdatum 18. September 2024 16:59:05
Geschäft Universitätsspital Basel (USB) - Genehmigung der Jahresrechnung 2023, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	28	18	14	10	7	8	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	18	14	10	7	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	6	1	0	1	1	2	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	29	18	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 24.1**
24.0700

Abstimmungsdatum 18. September 2024 16:59:50
Geschäft Universitäres Zentrum für Zahnmedizin (UZB) - Genehmigung der Jahresrechnung 2023, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	86	25	16	13	10	7	8	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	25	16	13	10	7	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	12	4	2	2	1	2	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	29	18	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 24.2**
24.0646

Abstimmungsdatum 18. September 2024 17:00:35

Geschäft Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel (UPK) - Genehmigung der Jahresrechnung 2023, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	29	17	14	10	7	8	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	17	14	10	7	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	6	0	1	1	1	2	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	29	18	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 24.3**
24.0647

Abstimmungsdatum 18. September 2024 17:01:14
Geschäft Universitäre Altersmedizin Felix Platter (UAFP); Genehmigung der Jahresrechnung 2023, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	29	17	14	10	7	8	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	17	14	10	7	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	6	0	1	1	1	2	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	29	18	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 25**
22.5545

Abstimmungsdatum 18. September 2024 17:26:44
Geschäft Petition P457 "Gesundheit: Frische Luft an der frischen Luft", Bericht der PetKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	95	29	18	14	11	9	7	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	18	14	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	1	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	14	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 25**
22.5545

Abstimmungsdatum 18. September 2024 17:27:33
Geschäft Petition P457 "Gesundheit: Frische Luft an der frischen Luft", Bericht der PetKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	54	29	18	0	0	0	7	0	0	0
Nein	42	0	0	14	11	9	1	7	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	97	29	18	14	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	1	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	14	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 26**
23.5619

Abstimmungsdatum 18. September 2024 17:45:56
Geschäft Petition P474 "Ein Haus für alle - Begegnungsort für armutsbetroffene Menschen", Bericht der PetKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ent	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ent
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	59	29	18	1	0	3	7	1	0	0
Nein	32	0	0	12	11	4	1	3	1	0
Ent	3	0	0	0	0	0	0	3	0	0
Abgestimmt	94	29	18	13	11	7	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	0	2	0	2	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	18	13	11	8	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 29**
24.5205

Abstimmungsdatum 18. September 2024 20:11:16

Geschäft Motion 2 Fleur Weibel und Konsorten betreffend Erarbeitung einer kantonalen Strategie gegen Rassismus mit Massnahmenplan

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	80	27	17	13	1	9	7	6	0	0
Nein	13	0	0	1	10	0	0	1	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	27	17	14	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	28	17	14	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 30**
24.5206

Abstimmungsdatum 18. September 2024 20:21:49
Geschäft Motion 3 Franziska Roth und Jenny Schweizer betreffend finanzielle Stärkung der Spielgruppen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	85	27	18	13	10	9	7	1	0	0
Nein	7	0	0	1	1	0	0	5	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	27	18	14	11	9	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	1	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	96	28	18	14	11	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 31**
24.5208

Abstimmungsdatum 18. September 2024 20:40:14
Geschäft Motion 4 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Vertretung in Arbeitsstreitigkeiten

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ent	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ent	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	67	27	17	2	1	9	6	5	0	0
Nein	21	0	0	10	10	0	0	0	1	0
Ent	4	0	0	2	0	0	1	1	0	0
Abgestimmt	92	27	17	14	11	9	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	1	1	0	0	0	1	1	0	1
Nicht anwesend	3	1	0	1	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	18	14	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 32**
24.5209

Abstimmungsdatum 18. September 2024 20:45:21
Geschäft Motion 5 Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend Vertretung in Mietstreitigkeiten

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ent	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ent	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	74	28	18	1	6	9	7	5	0	0
Nein	17	0	0	11	5	0	0	0	1	0
Ent	4	0	0	2	0	0	1	1	0	0
Abgestimmt	95	28	18	14	11	9	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	3	1	0	1	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	18	14	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 33**
24.5210

Abstimmungsdatum 18. September 2024 21:00:28
Geschäft Motion 6 Béla Bartha und Konsorten betreffend Barrierenabbau auf Biotopverbundsachsen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	58	27	18	0	0	6	7	0	0	0
Nein	31	0	0	13	11	1	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	90	27	18	13	11	8	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	6	1	0	1	0	1	1	1	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	1	0	1	0	0	1	0
Stimmberechtigt	96	28	18	14	11	9	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 34**
24.5258

Abstimmungsdatum 18. September 2024 21:14:35

Geschäft Motion 7 Catherine Alioth und Konsorten betreffend einem adäquaten ÖV im Bereich der Hardstrasse während des Ausfalls des 14er Trams

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ent
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ent
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	50	0	12	14	11	6	0	7	0	0
Nein	40	27	5	0	0	0	8	0	0	0
Ent	3	0	0	0	0	3	0	0	0	0
Abgestimmt	93	27	17	14	11	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	1	0	1	0	0	1	0
Stimmberechtigt	95	27	18	14	11	9	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 35**
24.5259

Abstimmungsdatum 18. September 2024 21:34:19

Geschäft Motion 8 Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend Tramverkehr durch die Innenstadt jetzt beschleunigen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ent	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	36	1	0	4	10	9	8	4	0	0
Nein	56	26	18	10	1	0	0	1	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	0	2	0	0
Abgestimmt	94	27	18	14	11	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	1	0	1	0	0	1	0
Stimmberechtigt	95	27	18	14	11	9	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 36**
24.5261

Abstimmungsdatum 18. September 2024 21:40:56

Geschäft Motion 9 der Geschäftsprüfungskommission betreffend zentrale Verantwortlichkeit in der kantonalen Informatik

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	87	27	18	13	7	7	8	7	0	0
Nein	4	0	0	0	4	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	27	18	13	11	7	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	1	0	2	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	1	0	1	0	0	1	0
Stimmberechtigt	95	27	18	14	11	9	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 37**
24.5273

Abstimmungsdatum 18. September 2024 22:00:06
Geschäft Motion 10 Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Notlage im Asylwesen ausrufen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	11	0	0	0	11	0	0	0	0	0
Nein	80	26	17	13	0	9	8	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	26	17	13	11	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	1	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	1	0	1	0	0	1	0
Stimmberechtigt	95	27	18	14	11	9	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 38**
24.5274

Abstimmungsdatum 18. September 2024 22:21:05
Geschäft Motion 11 Joël Thüring und Konsorten betreffend keine Asylunterkünfte mehr in Wohnquartieren

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sieber Johannes (GLP)	Nein
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	24	0	0	10	11	2	0	1	0	0
Nein	69	27	18	3	0	7	8	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	27	18	13	11	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	1	0	1	0	0	1	0
Stimmberechtigt	95	27	18	14	11	9	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 38**
24.5274

Abstimmungsdatum 18. September 2024 22:22:51
Geschäft Motion 11 Joël Thüring und Konsorten betreffend keine Asylunterkünfte mehr in Wohnquartieren

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ent		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	45	0	1	13	10	7	7	7	0	0
Nein	44	27	17	0	0	0	0	0	0	0
Ent	4	0	0	1	1	2	0	0	0	0
Abgestimmt	93	27	18	14	11	9	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	1	0	1	0	0	1	0
Stimmberechtigt	95	27	18	14	11	9	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 39**
24.5276

Abstimmungsdatum 18. September 2024 22:48:56

Geschäft Motion 12 Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Neues Steuerpaket- Kaufkraft bei der Bevölkerung statt Überschüsse beim Kanton

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	48	0	0	14	11	9	7	7	0	0
Nein	45	27	18	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	94	27	18	14	11	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	1	0	1	0	0	1	0
Stimmberechtigt	95	27	18	14	11	9	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 40**
24.5275

Abstimmungsdatum 18. September 2024 22:56:35

Geschäft Motion 13 Luca Urgese und Konsorten betreffend Einführung eines jährlichen Grossratsbeschlusses über den kantonalen Einkommenssteuerfuss

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ent
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer-Reber Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	46	0	0	14	11	9	6	6	0	0
Nein	45	27	18	0	0	0	0	0	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0
Abgestimmt	93	27	18	14	11	9	8	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	1	0	1	0	0	1	0
Stimmberechtigt	95	27	18	14	11	9	8	7	0	1

Protokoll

der 30. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 16. Oktober 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Jo Vergeat (GAB), Gianna Hablützel-Bürki (SVP), Patrick Fischer (SVP), Tobias Christ (GLP), Edibe Gölgeli (SP), Lorenz Amiet (SVP), Eric Weber (fraktionslios).

Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung 2
2. Entgegennahme der neuen Geschäfte 2
3. Ersatzwahl von drei Strafgerichtpräsidien (100%, 100% und 50%) sowie Wahl von zwei zusätzlichen Strafgerichtspräsidien (80% und 50%) für den Rest der Amtsperiode 2022–2027, Validierung 3
4. Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut"" 4
5. Kantonale Volksinitiative für ein "Neues Stadttaubenkonzept Kanton Basel-Stadt"" 5
6. Schweizerische Rheinhäfen: Genehmigung des Jahresberichts und der Jahresrechnung 2023 Partnerschaftliches Geschäft 5
7. Universität Basel: Leistungsbericht 2023 8
8. Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW): Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2025–2028 Vierkantonales Geschäft 11
9. Volkshochschule und Senioren Universität beider Basel (VHSBB): Erneuerung der Leistungsvereinbarung für die Jahre 2025–2028 - Partnerschaftliches Geschäft 15
10. Neuorganisation des Amts für Justizvollzug, Anpassungen beim Personal und Ausbau der Betreuung in Basler Justizvollzugseinrichtungen 17
11. Blaulichtkorridore für die Rettung Basel-Stadt 24
12. Ermächtigung des Regierungsrates zur Aufnahme von langfristigen Schulden auf dem Kapitalmarkt bis zum Betrag von 4'000'000'000 Franken 27
13. Konsolidierte Rechnung des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2023 28
14. Digitale Unterstützung der Instandhaltung beim Tiefbauamt (ERP-I) 29
15. Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend integrale Signalisation von Tempo 30 in Basel-Stadt mit gleichzeitiger Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs gemäss Kantonsverfassung §30 31

Beginn der 30. Sitzung

Mittwoch, 16. Oktober 2024, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[16.10.24 09:00:19]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie herzlich zur Grossratssitzung und habe Ihnen folgende Mitteilungen zu machen: Unsere neue Gerantin ist da, herzlich willkommen. Ich freue mich sehr, dass Martha Furrer ihren Job antreten wird bei uns im «Käffeli», und sie wird Getränke und Snacks anbieten. Martha Furrer wird in den nächsten Tagen auch das Sortiment überprüfen. Wenn Sie spezielle Wünsche haben, dürfen Sie sie anmelden, auch wenn sie nicht alle wird erfüllen können. Ich wünsche Martha Furrer ganz viel Freude bei uns im Kaffee. Wir freuen uns sehr, dass du hier bist und ich freue mich schon auf das weitere Engagement.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erhöhung der Anzahl Richterinnen und Richter am Appellationsgericht. Wir haben an der Sitzung vom 11. September auf Antrag der JSSK der temporären Erhöhung der Anzahl Richterinnen und Richter am Appellationsgericht zugestimmt. Damit das nun umgesetzt werden kann, geht das Geschäft an die Wahlvorbereitungskommission, welche die Wahlvorschläge ausarbeiten wird.

Neue Interpellationen: Es sind 18 neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen Nummer 118, 120, 121, 123, 124, 127 bis 129, 131 bis 134 werden mündlich beantwortet. Das waren meine Mitteilungen.

Wir kommen damit zur Tagesordnung. Gibt es dazu Wortbegehren? das ist nicht der Fall. Sie haben die Tagesordnung stillschweigend genehmigt Geschäft 1 ist somit erledigt.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[16.10.24 09:02:34]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Zuweisungen: Der Präsident der Regiokommission möchte Mitbericht zum Geschäft Tramnetzerweiterung TNE Basel, dritter Bericht zum Stand der Umsetzung und zur Aktualisierung des Plans zum Tramstreckennetz sowie Ratschlag zur Ausgabenbewilligung für die weitere Planung und die Gesamtkoordination stellen. Er möchte begründen.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Bereits im zweiten Bericht zum Stand der Umsetzung Ausbau des Tramstreckennetzes und zur Aktualisierung des Plans Tramstreckennetz sowie Ratschlag zur Ausgabenbewilligung für die Planung und Gesamtkoordination verfasste die Regiokommission einen Mitbericht, der Hauptbericht lag auch damals bei der UVEK.

Auch für den aktuell vorliegenden Bericht erachtet es die Regiokommission als sinnvoll, einen Mitbericht zu erstellen, dies Hauptsitz tatsächlich aus folgenden Gründen: Die Tramnetz-Entwicklung umfasst auch grenzüberschreitende Projekte respektive auch das Ausbauprojekt in Weil. Es tangiert Projekte, die im Zusammenhang mit der S-Bahn-Entwicklung stehen und in einem grenzüberschreiten und überregionalen Kontext stehen. Es betrifft auch diejenigen Projekte, zu denen sich Basel im Rahmen des Aggloprogramms verpflichtet hat. Die Regiokommission beschäftigt sich regelmässig mit dem Aggloprogramm.

Aufgrund des oben erwähnten Sachverhalts ersucht die Regiokommission um die Erstellung eines Mitberichts. Mit dem Präsidenten der UVEK wurde das Anliegen bereits erörtert.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Gibt es dazu Gegenanträge? Das ist nicht der Fall. Wir haben keine weitere Wortmeldung dazu gehört, das heisst, dass ich ihrem Stillschweigen entnehme, dass Sie mit dieser Zuweisung und diesem Mitbericht einverstanden sind.

Der Grosse Rat beschliesst

Die Regiokommission erstellt einen Mitbericht zum Geschäft: 24.1095 Tramnetzentwicklung (TNE) Basel Dritter Bericht zum Stand der Umsetzung und zur Aktualisierung des Plans zum Tramstreckennetz sowie Ratschlag zur Ausgabenbewilligung für die weitere Planung und die Gesamtkoordination

Ihrem weiteren stillen Schweigen entnehme ich, dass Sie sonst mit den Zuweisungen einverstanden sind. Wir haben so beschlossen.

3. Ersatzwahl von drei Strafgerichtpräsidien (100%, 100% und 50%) sowie Wahl von zwei zusätzlichen Strafgerichtspräsidien (80% und 50%) für den Rest der Amtsperiode 2022–2027, Validierung

[16.10.24 09:05:12, 24.0991.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat und das Ratsbüro beantragen dem Grossen Rat, vom Ergebnis der Wahl Kenntnis zu nehmen und diese Wahl gemäss § 25 des Wahlgesetzes formell festzustellen. Demnach werden als gewählt erklärt: Als Präsidentin beziehungsweise Präsident mit je einem Pensum von 100 Stellenprozent Friederike Schoch, Jahrgang 1984, Grüne, Angelo Imperiale, Jahrgang 1987, SP. Als Präsidentin beziehungsweise Präsident mit je einem Pensum von 50 Prozent Derya Tokay Sahin, Jahrgang 1989, SP, Dr. iur.; David Mühlemann, Jahrgang 1986 Basta.

Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Wer die Wahl validieren will, stimmt JA, wer die Validierung ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004519, 16.10.24 09:07:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die im Kantonsblatt vom 3. Juli 2024 publizierte Ersatzwahl von in stiller Wahl gewählten drei Strafgerichtpräsidien (100%, 100% und 50%) sowie eines zusätzlichen Strafgerichtspräsidiums (50%) sowie die am 21. August 2024 publizierte Wahl einer zusätzlichen Präsidiumsstelle (80%) werden für gültig erklärt.

Demnach sind gewählt worden:

Als Präsidentin bzw. Präsident mit je einem Pensum von 100 Stellenprozent:

· Schoch Friederike

· Imperiale Angelo

Als Präsidentin bzw. Präsident mit je einem Pensum von 50 Stellenprozent:

· Tokay-Sahin Derya

· Mühlemann David

Als Präsidentin mit einem Pensum von 80 Stellenprozent:

· Lustenberger Simone

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben diese Wahl einstimmig validiert mit 88 Ja-Stimmen und ich wünsche den gewählten Strafgerichtspräsidien viel Freude und Erfüllung in diesem Amt.

4. Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut""

[16.10.24 09:07:25, 21.1247.06]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Regiokommission beantragt, die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung bis zum 28. September 2025 zu verlängern. Das Wort geht an den Präsidenten der Regiokommission Niggi Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Der vorliegende Bericht der Regiokommission beinhaltet lediglich den Antrag um Fristverlängerung zur Durchführung einer Volksabstimmung zur Volksinitiative 1 Prozent gegen globale Armut.

Nach der Überweisung des Geschäfts an die Regiokommission hat diese per Ende Mai die Beratungen zur Volksinitiative und zum Gegenvorschlag, der 1 Prozent-Initiative aufgenommen. In Anbetracht der vorgesehenen substantiellen Erhöhungen der bisherigen finanziellen Mittel für internationale Zusammenarbeit erachtet die Regiokommission eine fundierte Beratung zur Initiative und unserem Gegenvorschlag als wichtige Grundlage für ihren Entscheid. Da es sich um ein komplexes Thema handelt und verschiedene Akteure der internationalen Zusammenarbeit konsultiert werden beziehungsweise weiterführende Informationen eingeholt werden mussten, verzögert sich die abschliessende Behandlung des Geschäfts.

In Rücksprache und mit Zustimmung des Initiativkomitees beantragt die Regiokommission dem Grossen Rat daher die Fristverlängerung zur Durchführung einer Volksabstimmung bis zum 28. September 2025.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Regierungsrat Conradin Cramer, wünschen Sie für den Regierungsrat das Wort? Er verzichtet. Gibt es Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann nehme ich an, dass der Sprecher des Regierungsrates und der Kommission wieder verzichten und wir kommen bereits zur Detailberatung und zur Abstimmung, denn Eintreten ist obligatorisch und Rückweisung wurde nicht beantragt.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN .

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004522, 16.10.24 09:10:36]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung zur kantonalen Volksinitiative «1 % gegen globale Armut» wird bis zum 28. September 2025 verlängert.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wurde einstimmig angenommen mit 87 Ja-Stimmen.

5. Kantonale Volksinitiative für ein "Neues Stadttaubenkonzept Kanton Basel-Stadt""

[16.10.24 09:10:51, 24.0556.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Initiative neues Stadttauben Konzept Kanton Basel-Stadt als rechtlich zulässig zu erklären. Zudem beantragt er dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen. Das Wort ginge an den zuständigen Regierungsrat Kaspar Sutter. Er verzichtet. Gibt es Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Regierungsrat Kaspar Sutter verzichtet auch in der zweiten Runde.

Eintreten ist obligatorisch.

Damit kommen wir zur Abstimmung über die rechtliche Zulässigkeit.

Abstimmung

JA heisst rechtlich zulässig, NEIN heisst rechtlich unzulässig

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004524, 16.10.24 09:12:07]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die mit 3’035 Unterschriften zustande gekommene unformulierte kantonale Volksinitiative für ein "Neues Stadttaubenkonzept Kanton Basel-Stadt" wird für rechtlich zulässig erklärt.

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert zehn Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Entscheid ist einstimmig gefallen mit 86 Ja-Stimmen für rechtliche Zulässigkeit.

Der Regierungsrat beantragt wie gesagt ihm die Berichterstattung zu übertragen.

Dazu gibt es weiterhin keine Wortmeldungen. Sie haben die Initiative damit dem Regierungsrat stillschweigend zur Berichterstattung innerhalb von 6 Monaten überwiesen.

6. Schweizerische Rheinhäfen: Genehmigung des Jahresberichts und der Jahresrechnung 2023 Partnerschaftliches Geschäft

[16.10.24 09:12:35, 24.0619.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die IGPK Rheinhäfen beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht für die IGPK an Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Ich darf Ihnen den Jahresbericht 2023 der Schweizer Rheinhäfen vorstellen. Der Bericht bietet einen umfassenden Einblick in die Entwicklung und die Herausforderung, vor denen unsere Rheinhäfen stehen.

Erfreuliche Umsatzzahlen trotz schwierigem Umfeld: Im Jahr 2023 konnten die schweizerischen rein helfen, trotz eines herausfordernden globalen Umfeld ein positives Umschlagergebnis verzeichnen. Der Gesamtumschlag stieg im Vergleich zum Vorjahr um 8 Prozent auf 4,97 Millionen Tonnen an. Dieser Anstieg ist vor allem auf den Aufbau von Lagerbeständen bei der Mineralölproduktion zurückzuführen, die im Jahr 2022 aufgrund der Preissteigerung stark abgebaut wurden. Der Containerverkehr entwickelt sich hingegen weniger dynamisch. Das sehr hohe Ergebnis des Vorjahres konnte nicht mehr erreicht werden. Die schweizerischen Rheinhäfen verzeichnen einen Rückgang von 13,4 Prozent auf 108,718 Tonnen. Gründe dafür sind die ungünstige Weltwirtschaftslage, hohe Lagerbestände nach der Coronapandemie und fehlende Umschlagskapazitäten nach dem Rückbau des Contargo Süd-Key-Terminals.

Positive Entwicklung in der Kabinenschifffahrt: Erfreulich ist die Entwicklung bei der Kabinenschifffahrt. Die Anzahl der Ankünfte und Liegetage stiegen im Vergleich zum Vorjahr deutlich an und übertrafen sogar die Werte vor der Pandemie. Dies zeigt das wachsende Interesse an Flussreisen und das touristische Potenzial der Rheinhäfen. Die finanzielle Situation der schweizerischen Rheinhäfen ist solide. Das Ergebnis liegt mit knapp 7,2 Millionen Franken zwar unter dem Wert von 2022, aber immer noch auf einem guten Niveau. Die Investitionen beliefen sich im Berichtsjahr auf 7,3 Millionen Franken.

Die strategische Ausrichtung und zukünftige Entwicklung der Rheinhäfen: Die Rheinhäfen verfolgen eine klare strategische Ausrichtung, die auf Nachhaltigkeit, Digitalisierung und die Stärkung des multimodalen Verkehrs setzt. Die schweizerischen Rheinhäfen haben die Green-Port-Initiativen ins Leben gerufen, um die in der Eigentümerstrategie formulierte Zielsetzung zu erreichen. Im Rahmen der Initiative werden verschiedene Massnahmen ergriffen, um die Nachhaltigkeit der Rheinhäfen zu verbessern, beispielsweise die CO_2-Bilanzierung und die Unterstützung kleiner Hafenfirmen.

Im Jahr 2024 wird das Rheinport Planing Information System RPIS für den Datenaustausch für alle Hafenunternehmer und Reedereien in den schweizerischen Rheinhäfen verbindlich eingeführt. Damit wird ein wichtiger Schritt zur Digitalisierung der Hafeninfrastruktur und zur Optimierung der Prozesse im Hafenbereich gemacht.

Mit der Revision des Gütertransportgesetzes wird der Bund eine aktive Rolle bei der Finanzierungsgestaltung der Schweizer Rheinhäfen spielen. Der Bund wird sich durch Leistungsvereinbarungen bei den Häfen engagieren und sein Interesse ist, die Vorausleistungen für die Landesversorgung abzusichern. Diese Entwicklung wird auch eine Anpassung des Rheinhafenvertrags erfordern.

Aktuelle Herausforderung: Die Schweizer Rheinhäfen stehen vor auch vor Herausforderungen. Die ungünstigste Wirtschaftslage, steigende Energiepreise und der Fachkräftemangel sind nur einige der Faktoren, die den Hafenbetrieb beeinflussen. Die schweizerischen Rheinhäfen müssen sich diesen Herausforderungen stellen und innovative Lösungen finden, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und ihre strategische Ziele zu erreichen.

Die schweizerischen Rheinhäfen sind ein wichtiger Bestandteil der Schweizer Wirtschaft und leisten einen bedeutenden Beitrag zur Versorgung des Landes. Die schweizerischen Rheinhäfen sind gut aufgestellt, um die Herausforderung der Zukunft zu meistern und ihre Position als wichtiger Knotenpunkt im europäischen Güterverkehr weiter auszubauen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Ich möchte gerne auch noch aus Sicht des Regierungsrats die Schweizerischen Rheinhäfen rückblickend betrachten über ihr Geschäftsjahr 2023. Die Schweizerischen Rheinhäfen sind eine wichtige Infrastruktur, nicht nur für unsere Region, sondern für die gesamte Schweiz, da viele Importe und Exporte unseres Landes über diese Rheinhäfen geschehen. Ich bin auch sehr froh, dass diese Rheinhäfen fusioniert sind und gemeinsam mit unserem Partnerkanton Basel-Landschaft geführt werden und stetig auch an die Gegebenheiten und die Verantwortung der Zukunft angepasst werden.

Politisch der entscheidendste Punkt im letzten Jahr war das Gütertransportgesetz des Bundes. Der Bundesrat bekannte sich mit der Botschaft zum Gütertransportgesetz zur Stärkung der Güterschifffahrt auf dem Rhein. Das ist wichtig für uns als Eignerkantone. Das Gesetz ermöglicht auch die finanzielle Unterstützung und Förderung unserer Hafeninfrastruktur in der Region. Der Bundesrat erfüllte damit die Forderung aus der Motion von Ständerätin Eva Herzog zur Förderung des Gütertransports auf dem Rhein. Der Bund schafft damit eine rechtliche Grundlage, dass er als Besteller auch Verantwortung für die Hafeninfrastruktur übernehmen möchte. Mit seinen Beiträgen für Betrieb und Unterhalt will er die Wettbewerbsfähigkeit von Transportketten mit Rheinschifffahrt stärken und auch in die Modernisierung und Erneuerung investieren. Aktuell ist die Gesetzesrevision im Ständerat verabschiedet und wird nun im Nationalrat in der laufenden Session behandelt. Für uns als Eignerkantone ist dieser Prozess und dieses politische Vorwärtsgehen ein wichtiger Meilenstein für die Zukunft unserer Hafeninfrastruktur.

Diese Anpassungen bedingen auch, dass wir unseren unseren Rheinhafenvertrag zwischen den beiden Kantonen anpassen werden müssen, damit wir auch die rechtliche Grundlage haben, damit eben eine solche Förderung durch den Bund möglich ist. Gleichzeitig gibt es ja auch im Hafenareal diverse Veränderungen sowohl auf Baselbieter wie auf basel-städtischer Seite,

sodass es Sinn macht, diesen Hafenvertrag zu überarbeiten. Die vorbereitenden Arbeiten zwischen den beiden Kantonen haben begonnen, darüber haben wir auch die IGPK informiert. Sobald die Verhandlungen beginnen, werden wir selbstverständlich die Parlamente entsprechend informieren.

Ein weiterer Punkt ist der Strukturwandel im Bereich der Energieträger. Heute noch werden via Rheinhafen viele fossile Brennstoffe transportiert. Das ist ein guter Weg, um diese Treibstoffe in unser Land zu bringen, aber wir wissen alle, aufgrund der Klimaschutzziele werden diese Mengen zurückgehen in der Zukunft und ein Geschäftsfeld wird wegfallen. Deshalb sind die Schweizerischen Rheinhäfen sehr aktiv daran, die Strategie so auszurichten, dass die Rheinhäfen als Infrastruktur gut aufgestellt sind für zukünftige Energieträger, die erneuerbar sind und sein müssen. Entsprechend positiv ist zu werten, dass die IWB in einem Joint Venture mit der Fritz Meyer AG im Hafen Birsfelden, eine Wasserstoffproduktionsanlage bauen will, die mit erneuerbarem Strom funktioniert aus dem KWB, dem Kraftwerk Birsfelden. Hier hoffen wir, dass die Bewilligungen bis Ende dieses Jahres durch den Kanton Basel-Landschaft erfolgen. Die Schweizerischen Reinhäfen setzen damit gemeinsam mit der Hafenwirtschaft, mit der IWB und mit der Handelskammer auf die Weiterentwicklung des H2 Hubs hier bei uns in der Schweiz. Wir sind hier dran, weil wir wissen, für die Energiewende brauchen wir in den Bereichen von hoher Energiedichte erneuerbare Moleküle, die diese Energiedichte hinbekommen für die Prozesse, die nicht mit Strom gelöst werden können. Entsprechend wichtig ist auch, dass unsere Betriebe, sowohl die IWB wie auch die Schweizerischen Rheinhäfen hier vorausschauen und ihren Beitrag leisten in diesem Bereich.

Ein weiterer guter Träger für grüne Energieträger im Hafen erachten wir auch das mögliche Reserve-Kraftwerk im Auhafen, das zurzeit zur Diskussion steht. Für uns ist klar, dieses Reserve-Kraftwerk muss mit erneuerbaren Brennstoffen funktionieren. Die AXPO mit der Energiewirtschaft hat dem Bund ein Angebot unterbreitet für dieses Reserve-Kraftwerk. Nach der Aufhebung der Ausschreibung wird direkt verhandelt, also das Projekt ist nicht abgebrochen, aber die Ausschreibung wurde aufgehoben. Dies ist aus der Sicht des Rheinhafens kein Rückschlag, sondern einfach ein anderer Weg, um diesem Ziel näherzukommen.

Ziel ist es, mit der Vorhaltung für alle Fälle im Betrieb eine neue Energiequelle in den Hafen zu bringen und konkret geht es dabei um das grüne Methanol, ein Alkoholderivat des Wasserstoffes, die dieses Reserve-Kraftwerk als Brennstoff liefern würde. Wasserstoff war in diesem Fall kein Thema, da der Wasserstoff ohne Pipeline gar nicht geliefert werden kann und sehr schwierig zu speichern ist. Und deshalb ist das Methanol ein ein besserer Treibstoff für diesen Zweck des Ersatzkraftwerks. Zurzeit laufen diese Verhandlungen zwischen dem Bund und den möglichen Eigentümern dieser Infrastruktur.

Ein weiterer Bereich, der wichtig ist, ist die Digitalisierung auch im Hafenbereich. Hier ist der sind die Schweizerischen Rheinhäfen zusammen mit dem Duisburger Hafen, also mit dem grössten Binnenhafen Europas, dabei und schon auf sehr gutem Wege, die Datenaustauschplattform für Häfen und Binnenschifffahrt, das so genannte River Planing Information System fertigzustellen. Da wird es dann auch eine Schnittstelle geben zum Schweizer Zoll, und auch diese Schnittstelle wird demnächst fertiggestellt werden. Die Schweizerischen Rheinhäfen bereiten die flächendeckende und verbindliche Einführung des Systems als Port-Community-System ab Januar 2025 vor, so dass ebendiese Informationen fliessen können, dass ein einheitliches System da ist, das dann hoffentlich möglichst auf dem gesamten Rhein in Zukunft auch genutzt wird. Dies ist ein entscheidender Schritt für die konsequente Nutzung einer digitalen Hafeninfrastruktur.

Ich denke, das sind die wichtigsten Punkte, auch aus strategischer Sicht für die Schweizerischen Rheinhäfen. Auf den Geschäftsverlauf 2023 gehe ich nicht mehr ein, dass können Sie im Jahresbericht nachlesen und auch der der Sprecher der IGPK hat dies gut dargelegt. Auf jeden Fall sind wir zufrieden, auch dass die Schweizerischen Rheinhäfen sich sehr stabil entwickeln, auch finanziell auf stabiler Basis stehen und einen wichtigen Beitrag leisten für die Verlagerung und für den Import und Export in unser Land.

Ich möchte an dieser Stelle der IGPK danken für ihre Kontrollarbeit, die sie ausführen und ich möchte auch allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Schweizerischen Rheinhäfen danken, und ich möchte auch dem Partnerkanton danken für die gute Zusammenarbeit im Bereich der Rheinschifffahrt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Damit gehe ich davon aus, dass der Vertreter des Regierungsrats in der zweiten Runde verzichtet, und auch Olivier Battaglia verzichtet.

Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Detailberatung und Abstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004527, 16.10.24 09:26:40]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Jahresbericht, die Jahresrechnung und die Bilanz 2023 der SRH werden zur Kenntnis genommen.

2. Dieser Beschluss gilt unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch den Partnerkanton.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wurde einstimmig angenommen mit 87 Ja-Stimmen.

7. Universität Basel: Leistungsbericht 2023

[16.10.24 09:26:53, 24.0763.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die IGPK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidentin Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Ich darf Ihnen heute den Bericht der IGPK Universität zum Berichtsjahr 2023 präsentieren. In meinem Überblick habe ich sowohl allgemeine Aspekte als auch spezifische Themen herausgegriffen, die für das Verständnis von Bedeutung sind.

Die IGPK überprüfte den Vollzug des Staatsvertrages über die gemeinsame Trägerschaft der Universität, insbesondere die jährliche Berichterstattung des Universitätsrates. Am 21. Juni 2024 fand das Hearing statt, an dem die Vertreter der Universität in Anwesenheit des Erziehungsdirektors des Kanton Basel-Stadt und der Bildungsdirektorin des Kanton Basel-Landschaft umfassend informierten, einen Fragenkatalog ausführlich beantworteten und der Kommission für ergänzende Fragen zur Verfügung standen.

Das Berichtsjahr 2023 ist das zweite Jahr der Leistungsperiode 2022 bis 2025, die auf die gemeinsame Trägerschaft von Basel-Stadt und Basel-Landschaft seit 2006 folgt. Die IGPK stellt keine grundlegenden Mängel im Bereich Compliance und Good Governance fest und dankt der Universität für die konstruktive Zusammenarbeit.

Das Geschäftsjahr 2023 schliesst mit einem Verlust von 10,4 Millionen Franken ab, dies bei einem Betriebsaufwand von 777 Millionen Franken und einem Ertrag aus ordentlicher Geschäftstätigkeit von 766,5 Millionen Franken. Getrübt wird die Jahresrechnung durch sinkende Bundesbeiträge und den allgemeinen Teuerungsschub. Die beiden Trägerkantone finanzieren die Universität im Berichtsjahr gemeinsam mit 338,9 Millionen Franken. Mit diesem Betrag kommen die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft zusammen für 44,2 Prozent des Ertrags der ordentlichen Geschäftstätigkeit auf. Der Bund steuert 98 Millionen Franken oder in Prozenten sind es 12,8 Prozent.

Im Berichtsjahr ist es der Universität gelungen, die Gesamtsumme der eingeworbenen Drittmittel, dazu zählen sowohl kompetitiv eingeworbene Mittel als auch Legate, auf eindrückliche 193,9 Millionen Franken zu steigern. Damit erreicht die Universität eine Drittmittelquote von über 25 Prozent. Im nationalen Vergleich weist die Universität Basel die höchste Drittmittelpunkte pro Professur auf. Das ist sehr erfreulich und zeigt auf, dass diese Erfolgsquote nur dank der langjährigen Strategie der Universität möglich ist, talentierte und engagierte Forschende international anzuwerben, gute Rahmenbedingungen für die Forschung zu schaffen und ihren wissenschaftlichen Nachwuchs gezielt zu fördern.

Finanziell steckt die Universität aber in einer sehr heiklen Phase. Der Rückgang der Beiträge von Bund und Kantonen führt zu einem Fehlbetrag von insgesamt 12,8 Millionen Franken. Um diese finanzielle Herausforderungen zu bewältigen, verfolgt die Universität eine strikte Finanzverwaltung sowie ein moderates Wachstum durch die Steigerung der Studierendenzahlen. Die Universität ist bestrebt, die Zahl der Studierenden zu erhöhen, da die Grösse der Universität bei der Berechnung der Beiträge von Bund und Kantonen eine Rolle spielt. Gleichzeitig können durch höhere Studierendenzahlen die Kosten pro Studentin und Student intern gesenkt werden. Die hohe Drittmittelquote von über 25 Prozent zeugt von der erfolgreichen Anwerbung internationaler Forschender. Allerdings erfordert die Forschung auch erhebliche Infrastrukturkosten. Eine solide

Grundfinanzierung bleibt für die weitere erfolgreiche Entwicklung der Universität und den Erhalt ihrer Innovationskraft essentiell. Mögliche Kürzungen könnten sich langfristig negativ auf die Reputation und die Leistungsfähigkeit der Institution auswirken.

Die Universität engagiert sich aktiv für den Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in Innovationen und die Gründung von Spin Offs, um einen positiven Einfluss auf die Gesellschaft zu erzielen. Das 2018 gegründete Innovation Office unterstützt Studierende und Forschende beim Aufbau unternehmerischer Kompetenzen, koordiniert Förderangebote und stärkt Kooperationen mit der Privatwirtschaft. Bisher wurden 56 Unternehmen gegründet, von denen 52 noch aktiv sind. Diese Startup bieten über 1’400 hochwertige Arbeitsplätze und haben Investitionen von über 1,5 Milliarden Franken in der Region generiert.

Wichtige Einrichtungen wie das Europa-Institut Basel und das Institut für Bio- und Medizinethik fokussieren auf gesellschaftlich relevante Themen und arbeiten eng mit verschiedenen Partnern an Forschungsprojekten zusammen. Die Strategie 2022 bis 2030 der Universität fördert diesen interdisziplinären Ansatz durch neue Studiengänge und Kooperationen mit Fachhochschulen. Entscheidend für das Ranking der Universität im nationalen und internationalen Vergleich sind nicht nur herausragende Forschungsergebnisse, sondern auch die Qualität von Lehre und Forschung insgesamt. Zur Qualitätssicherung in Lehre und Forschung setzt die Universität auf wissenschaftliche Beratung durch internationale Gremien sowie jährliche Standortgespräche mit den Fakultäten, sie sichert die exzellente Ausbildung der Studierenden im nationalen und internationalen Kontext.

Die Rektorin informierte die IGPK über die Herausforderungen im Zusammenhang mit den propalästinensischen Demonstrationen, einschliesslich der Besetzung von Universitätsgebäuden. Die Universität sah sich gezwungen, in einer belasteten Krisensituation zu handeln. Sie ist nun gefordert, die Ereignisse zu analysieren, um in zukünftigen Krisen handlungsfähig zu bleiben. Die IGPK ist überzeugt, dass es sinnvoll ist, auch in möglichen zukünftigen Konfliktsituationen Dialogangebote zu unterbreiten. Hervorzuheben ist, dass Professorinnen und Professoren dies angeboten haben und weiterhin anbieten im Wissen, dass der Dialog entscheidend zum Abbau von Spannungen beitragen kann. Angesichts der Dynamik und der Unsicherheiten in der heutigen Welt ist es wichtig, dass die Universität darauf vorbereitet ist, auch in herausfordernden Zeiten als vertrauenswürdige Instanz wahrgenommen zu werden und das Vertrauen anderer in ihre Entscheidungen zu stärken und zu erhalten.

Bezüglich des Baufortschritts des Departements Biomedizin wurde die IGPK im Rahmen der jährlichen Berichterstattung darüber informiert, dass ist der Baubeginn des neuen Departements Biomedizin aufgrund fehlender Genehmigungen verzögerte. Diese Verzögerung führte zu Mehrkosten und notwendigen Anpassungen im Bauablauf. Die Projektverantwortlichen wiesen auf die bestehenden Kostenrisiken hin, während die bisherigen Auftragsänderungen und Termine im geplanten Rahmen liegen. Die Zusammenarbeit zwischen Totalunternehmer und Universität wird als konstruktiv und lösungsorientiert beschrieben.

In der Sitzung beantwortete die Rektorin auch gezielte Fragen der IGPK zu weiteren Themen. Zum Fachbereich Urban Studies gab sie eine detaillierte Darstellung der Ereignisse und hob die Bedeutung der objektiven wissenschaftlichen Arbeitsweise hervor. Zudem präsentierte sie den Bericht zur Überprüfung wissenschaftlichen Standards in den Urban Studies und anderen Bereichen. Diese Überprüfung ergab verschiedene Herausforderungen, jedoch keine grundsätzliche Defizite im Qualitätsmanagement der philosophisch-historischen Fakultät und der Universität. Zukünftige Schritte sind die Eingliederung des Fachbereichs Urban Studies in die philosophisch-historische Fakultät und die Erweiterung des Code of Contacts um ethische Richtlinien in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Die IGPK ist sich mit der Universitätsleitung einig, dass die Ombudsstelle der Universität, die für Beschwerden in inneruniversitären Angelegenheiten zuständig ist, bei den Universitätsangehörigen und den Studierenden besser bekanntgemacht werden muss.

Die IGPK liess sich auch über die aktuelle Entwicklung des Budgets 2024 informieren. Zu Beginn dieses Jahres gab die Universität bekannt, dass sie für 2024 laufende Reserven im Umfang von 43,9 Millionen Franken einsetzen muss, um es ausgeglichen zu gestalten. Diese erhebliche finanzielle Belastung resultiert aus Ertragsausfällen in der Grundfinanzierung und den nicht vorhersehbaren Teuerungsentwicklungen in den Jahren 2022 und 2023. Die Universität evaluiert derzeit Massnahmen im Bereich des Studierendenmarketings, der Gehälter und der Zweckbindung der Mittel für Lehre und Forschung. Darüber hinaus suchen die Regierungsvertreter den Dialog auf Bundesebene, um gemeinsam Lösungen zu entwickeln.

Die IGPK wurde im Hearing des Swiss TPH umfassend informiert über seine Rolle in der globalen Gesundheit, insbesondere in der Entwicklung von Medikamenten gegen tropische Krankheiten, wo Basel als Hotspot gilt und im aktiven Austausch zwischen Forschung und Politik, insbesondere auf dem Afrikanischen Kontinent, wo sich in hohen Ämtern Alumni des Swiss TPH befinden. In seiner strategischen Ausrichtung hat das Swiss TPH fünf Themen zur Bekämpfung tropischer sowie nicht übertragbarer Krankheiten für die Jahre 2025 bis 2028 definiert. Das neue Zentrum für Tropical and Travel Medicine konnte im Turmhaus am Aeschenplatz erfolgreich eröffnet werden, und im ersten Jahr wurden über 18’000 Beratungen durchgeführt. Das Swiss TPH musste im Berichtsjahr einen Betriebsverlust von 800’000 Franken hinnehmen. Das Eigenkapital reduzierte sich von 8,4 Millionen auf 7,6 Millionen Franken. Um die finanzielle Stabilität zu gewährleisten, werden nun gezielt Prioritäten gesetzt und verschiedene Sparmassnahmen eingehend geprüft. Dabei soll das Eigenkapital

nicht unter 6 Millionen Franken sinken. Trotz des Verlustes befindet sich das Swiss TPH nicht in einem Liquiditätsengpass. Die Finanzierung des Swiss TPH erfolgt mit einem Anteil von insgesamt 21,8 Prozent durch Beiträge der Trägerkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft sowie des Bundes. Darüber hinaus finanziert sich das Swiss TPH zu eindrücklichen 78,2 Prozent aus erfolgreich kompetitiv eingeworbenen Drittmitteln.

Die Universität steht, wie im vorliegenden Bericht dargelegt, vor enormen finanziellen Herausforderungen, die nicht ignoriert werden dürfen. Die finanziellen Reserven sind nahezu erschöpft, was die kommende Entwicklung der Institution stark gefährdet. Eine dringende Erhöhung des Globalbeitrags für die Jahre 2026 bis 2029 ist dringend notwendig, um die Entwicklung der Universität zu sichern und im Hochschulvergleich nicht ins Hintertreffen zu geraten. Steigende Studierendenzahlen jetzt im Herbstsemester 2024/2025, wo interessanterweise kantonal betrachtet der Kanton Basel-Landschaft 21 Prozent der Immatrikulierten stellt, gefolgt von 16 Prozent aus dem Kanton Basel-Stadt, je 14 Prozent aus den Kantonen Aargau und Solothurn, 23 Prozent aus der übrigen Schweiz und beeindruckende 26 Prozent aus dem Ausland. Dies belegt die Attraktivität der Universität. Diese diversifizierte Zusammensetzung der Studierendenschaft ist ein hervorragendes Zeichen für die nationale und internationale Anziehungskraft und die Wettbewerbsfähigkeit der Universität. Darüber hinaus belegen die zahlreichen Auszeichnungen, die Forschende der Universität Basel für ihre wissenschaftlichen Arbeiten erhalten haben, eindrucksvoll das herausragende Engagement der Institution für Wissenschaft und Gesellschaft. Diese Anerkennungen spiegeln sich ebenfalls in einer überaus hohen Drittmittelquote wider, die es der Universität ermöglicht hat, Projekte zu initiieren und innovative Ansätze zu verfolgen.

Die Universität spielt eine zentrale Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung und den Wissenschaftsaustausch in der Region Basel. Die Stärkung ihrer finanziellen Basis ist deshalb entscheidend, um ihren bedeutenden Einfluss auf Bildung und Gesellschaft langfristig zu gewährleisten. Investitionen in die Universität sind Investitionen in die ganze Region.

Damit möchte ich meine Ausführung zum Berichtsjahr der Universität 2023 beenden. An dieser Stelle möchte ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen der IGPK Universität für die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit herzlich bedanken. Mein Dank geht auch an die Verantwortlichen der Universität und der Swiss TPH sowie an die beiden Verwaltungen Basel-Stadt und Basel-Landschaft für ihren unermüdlichen Einsatz und die geleistete wertvolle Arbeit.

Die IGPK hat den Bericht einstimmig verabschiedet und bittet Sie, von diesem Bericht Kenntnis zu nehmen. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt eines gleichlautenden Beschlusses des Landrats, der den Bericht für morgen traktandiert hat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat spricht Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Gerne ergänze ich das Votum der Präsidentin der IGPK um einige Schlaglichter, die noch einmal aus Sicht des Regierungsrates besonders herauszustreichen sind. Die Universität Basel unterstreicht ihr Profil als Forschungsuniversität durch ihre beeindruckende Drittmittelquote. Die Präsidentin der IGPK hat es erwähnt, 2023 wurden rund 194 Millionen Franken für Projekte eingeworben. Jeder vierte Franken, der an der Universität umgesetzt wird, stammt aus Drittmitteln. Die Studierendenzahlen, die in der letzten Zeit stagniert sind, zeigen 2023 einen deutlichen Aufwärtstrend, der sich in diesem Jahr erfreulicherweise bestätigen durfte. 2023 waren 13’006 Studierende an der Universität Basel eingeschrieben.

Die von der Rektorin vorangetriebene Start-Up-Förderung trug im Berichtsjahr 2023 zum ersten Mal medial wirksame Früchte. Die T3 Pharmaceuticals AG, die aus einer Forschungsinitiative am Biozentrum entstanden ist, wurde an das deutsche Pharmaunternehmen Böhringer Ingelheim verkauft. Die hochwertigen Arbeitsplätze am Switzerland Innovation Park Basel Eria in Arlesheim bleiben erhalten.

Ein paar Worte zur Rechnung für das Jahr 2023: Die Betriebsrechnung schliesst wie im Vorjahr schon mit einem Fehlbetrag von rund 10 Millionen Franken. Wesentlicher Grund hierfür ist auf Ausgabenseite die Teuerung, die einen Anstieg des Personalaufwands um 15 Millionen Franken verursacht hat. Die Einnahmenseite stagniert, da sowohl die Bundesbeiträge wie auch die Beiträge der anderen Kantone rückgängig sind. Das ausgewiesene Jahresergebnis der Universität umfasst schliesslich Betriebs-, Finanz- und ausserordentliches Ergebnis. Ohne eigenständige Stiftungen und Vereine beträgt das Defizit 7,7 Millionen Franken.

Da bedeutsame zweckgebundene Mittel eingesetzt wurden, kommt es in der Bilanz zu einem gegenläufigen Effekt. Trotz des negativen Jahresergebnis resultiert ein positives Bilanzergebnis: Das freie Eigenkapital ist 2023 um 6,3 Millionen Franken gestiegen. Die Herausforderungen der Universität, allen voran die durch Teuerung steigenden Personalkosten und stagnierende Beiträge durch Bund und andere Kantone sind Thema der aktuellen Verhandlungen für die Leistungsperiode 2026 bis 2029. Die IGPK wird wie üblich fortlaufend über die erreichten Meilensteine informiert. Ich bedanke mich der Kommission für die gute Zusammenarbeit und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen der Fraktionen oder Einzelvoten vor. Damit kommen wir nochmals zum Regierungsrat, er verzichtet und die Kommissionssprecherin Catherine Alioth verzichtet ebenfalls.

Eintreten ist obig obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Detailberatung und Abstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004530, 16.10.24 09:47:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Bericht 2023 zum Leistungsauftrag der Universität Basel wird gemäss § 19 lit. b des Staatsvertrags über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel (Universitätsvertrag) vom 27. Juni 2006 zur Kenntnis genommen.

2. Ziffer 1 dieses Beschlusses steht unter dem Vorbehalt eines gleichlautenden Beschlusses des Landrates des Kantons Basel-Landschaft.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben auch hier einstimmige Zustimmung mit 91 Ja-Stimmen.

8. Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW): Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2025–2028 Vierkantonales Geschäft

[16.10.24 09:47:27, 24.0776.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bildungs- und Kulturkommission BKK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an die Präsidentin der BKK Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Nebst der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung, den Weiterbildungsangeboten und den Dienstleistungen bietet die FHNW als Kernauftrag eine praxisorientierte Ausbildung auf Bachelor- und Master-Stufe an. Die Forschungsaktivitäten des Instituts sind auf die Bearbeitung von praxisbezogenen Fragestellungen ausgerichtet und verfolgen das Ziel, Wertshöpfung zu erzeugen und zur Innovationsfähigkeit von Unternehmen und Organisationen beizutragen. So ist die FHNW Innovationstreiberin für Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur und nimmt entsprechend einen wichtigen Stellenwert ein.

Die FHNW ist bisher auf Effizienz getrimmt worden. Daher sind die Durchschnittskosten im Vergleich mit anderen Ausbildungsinstitutionen tief. Leider findet seit einigen Jahren eine Abwanderung aus den Kantonen Aargau und Solothurn nach Bern, Luzern und Zürich statt, was problematisch ist und gestoppt werden muss. Angesichts des grossen Bedarfs an gut ausgebildeten Fachkräften und der erwähnten Problematik der starken Konkurrenz in der Fachhochschullandschaft formuliert der neue Leistungsauftrag folgende Entwicklungsschwerpunkte: Die Gründung einer Hochschule für Informatik, die Erweiterung der Hochschule für Technik, die Stärkung der Hochschule für Wirtschaft und die Verschiebung den Standorts der Pädagogischen Hochschule von Solothurn nach Olten. Die BKK kann die Gründe für diese Entwicklungsschwerpunkte nachvollziehen und unterstützt sie.

Besorgt zeigt sich die Kommission allerdings in Bezug auf die Minderung des Eigenkapitals. Bei der Behandlung des jetzt ablaufenden Leistungsauftrags wurde erklärt, dass aufgrund des eher kurzen Bestehens der FHNW die richtige Grösse des

Eigenkapitals noch schwierig zu beziffern sei, dass in Anbetracht der Grösse der FHNW ein Eigenkapital von 30 Millionen wohl etwas zu gering sei, da so externe Schocks nur bedingt abgefedert werden können. Dass in Vergangenheit Überschüsse, die über die Eigenkapitaldecke von 30 Millionen erwirtschaftet wurden, für die Finanzierung des jeweils folgenden Leistungsauftrags herangezogen worden sind, kann die BKK nachvollziehen. Dass das Eigenkapital in der nun ablaufenden Leistungsperiode aber auf 19,8 Millionen Franken geschrumpft ist und vorgesehen ist, dass in der folgenden Leistungsperiode das Eigenkapital höchstwahrscheinlich noch weiter schrumpfen wird, ist aus Sicht der BKK alles andere als optimal.

Dass die FHNW ihr Eigenkapital so stark schrumpfen lassen muss, hat damit zu tun, dass die FHNW einen höheren Finanzierungsbedarf ausweist. Dieser Finanzierungsbedarf in der Höhe von einer Milliarde und 2,2 Millionen Franken wurde zwar von den Regierungen aller Trägerkantone anerkannt, kann aber, weil zwei Trägerkantone wegen ihrer finanzpolitischen Situation ein Kostendach von 995 Millionen Franken festgelegt haben, nicht ausfinanziert werden. Die FHNW muss die Differenz von 7,2 Millionen Franken über ihr Eigenkapital finanzieren. Dazu kommt, dass 50 Prozent der künftigen Teuerung auf den Lohnaufwand ebenfalls durch das Eigenkapital ausfinanziert werden muss. Die andere Hälfte der Teuerung wird über die Trägerkantone finanziert.

Aus heutiger Sicht wird das Eigenkapital am Ende dieser Leistungsperiode nahezu vollständig aufgebraucht sein. Nebst diesem Verbrauch des Eigenkapitals wird die FHNW aber auch mittels einer Verzichtsplanung und via Kürzungen und Kompensationen Kosten von rund 83 Millionen Franken einsparen müssen. Dass sich die FHNW derzeit mit zahlreichen Risiken konfrontiert sieht, die nebst der Teuerung und der höheren Miet- und die Energiekosten auch die Sparmassnahmen des Bundes im Bereich der Grundfinanzierung und die noch ausstehende Anpassung der Beiträge an die Hochschulen im Rahmen der interkantonalen Fachhochschulvereinbarung beinhalten, kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Institution innerhalb der Leistungsperiode ausserordentliche Beiträge gemäss den kantonalen Vorschriften beantragen muss.

Die BKK zeigt sich, wie bereits gesagt, besorgt über diesen grossen Verzehr des Eigenkapitals. Für die FHNW wird es so in Zukunft schwieriger, auf finanzielle Herausforderungen zu reagieren, was die Institution in ihrer Entwicklung hindern könnte. Die BKK fordert darum, dass die Eigenkapitalstrategie der FHNW überprüft wird. Ansonsten unterstützt die BKK die Institution, welche sich mit ca. 13’000 Studierenden als drittgrösste Fachhochschule der Schweiz etabliert hat, ausdrücklich und empfiehlt einstimmig, sowohl dem Leistungsauftrag wie auch dem Globalbeitrag zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat spricht Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Mit dem Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2025 bis 2028 an die FHNW berät der Grosse Rat heute ein Geschäft von einer grossen Tragweite, sowohl für die FHNW wie auch für die vier Trägerkantone. Die Trägerkantone verpflichten sich, der FHNW in den kommenden vier Jahren einen Globalbeitrag von 995 Millionen Franken auszurichten. Auf der anderen Seite erhält die FHNW mit der Erneuerung und Aufstockung des Globalbeitrags um 57,5 Millionen Franken nicht nur die notwendige Planungssicherheit, sondern auch die Möglichkeit, gezielt in ihr Angebot zu investieren.

Die Gründung einer neuen Hochschule für Informatik, die Erweiterung der Hochschule für Technik in den Bereichen Umwelt und die Stärkung der Hochschule für Wirtschaft sind wichtige Vorhaben, die die Träger gemeinsam mit der FHMW definiert haben. Es sind Entwicklungsziele, die die Standorte der FHNW im Aargau und in Solothurn gegenüber der Konkurrenz in Bern, Zürich und Luzern und damit auch die FHNW als ganzes stärken. Von dieser Erweiterung profitiert der Kanton Basel-Stadt ganz direkt. So erhält er auf dem Dreispitz im Neubau der Hochschule für Wirtschaft den Zweitstandort für die Hochschule für Informatik, was für die hiesige Region einen grossen Gewinn darstellt. Schön.

Ich bin froh, dass auch die BKK diese Entwicklungsschritte als gezielte Stärkung der FHNW anerkennt. Die BKK zeigt sich in ihrem Bericht zum Ratschlag jedoch besorgt über die Eigenkapitalsituation der FHNW. Ich verstehe diese Sorgen. Gleichzeitig bin ich zuversichtlich, dass der zum Beschluss vorliegende Globalbeitrag eine gute Ausgangsposition für eine stabile Entwicklung der FHNW bildet. Basel-Stadt hätte es angesichts der von den Trägerkantonen in Auftrag gegebenen neuen Entwicklung zwar begrüsst, wenn sich die Träger auf einen höheren Beitrag hätten einigen können. Es waren harte, aber transparente und faire Verhandlungen. Alles in allen tragen sie dem Entwicklungsbedarf der FHNW wie auch den unterschiedlichen finanzpolitischen Situationen in den Kantonen Rechnung.

Ein klarer Erfolg ist die Zusicherung an die FHNW, dass fast 50 Prozent der kommenden Teuerung von den Träger finanziert werden. Wie im vierkantonalen Bericht ausgeführt, kann mit dieser Regelung eines der Risiken, das in der laufenden Leistungsauftragsperiode 2021- 2024 hohe Kosten ausgelöst hat, in der kommenden Leistungsauftragsperiode abgefedert werden. Geplant ist in diesem Zusammenhang auch eine Überprüfung und Neuefinition der Eigenkapitalvorgabe der Träger. Das berechtigte von der BKK vorgebrachte Anliegen ist also bereits aufgenommen.

Vor diesem Hintergrund gehen die Regierungen davon aus, dass die Finanzierung der FHNW in der kommenden Leistungsauftragsperiode gewährleistet ist. Auch die FHNW schaut zuversichtlich in die Zukunft. Sollte es gegen alle

Erwartungen zu einem finanziellen Engpass kommen, sieht der Staatsvertrag die Möglichkeit von ausserordentlichen Beiträgen vor.

Der Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2025 bis 2028 an die FHNW wurden in den Kantonen Aargau, Solothurn und Basel-Landschaft schon beschlossen. Ich bedanke mich bei der Kommission für die gute Zusammenarbeit.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion FDP spricht Erich Bucher.

Erich Bucher (FDP): Als Präsident der interparlamentarischen Kommission der FHNW ist es mir ein Anliegen, Ihnen noch kurz aufzuzeigen, welche Rolle die IPK bei der Erarbeitung des Leistungsauftrages gespielt hat, weil vielen hier im Saal dies vermutlich nicht bewusst ist. Ich möchte dabei nicht auf den Inhalt des Leistungsauftrages eingehen. Die Präsidentin der BKK so wie der zuständige Regierungsrat, haben diesen ja bereits bestens dargestellt. Ich danke dafür.

Die IPK traf sich an drei Sitzungen um mit den Regierungsvertretern der vier Kantone, dem sogenannten RRA Regierungsratsausschuss, um den Inhalt und die Finanzvorgaben des Leistungsauftrages mitzugestalten. Bereits im letzten November konnte die Kommission verschiedene inhaltliche Änderungsanträge einbringen, welche grossmehrheitlich umgesetzt wurden. Im letzten Frühling setzte sich die Kommission mit den finanziellen Vorgaben der FHNW auseinander. Diese Diskussion führte dazu, dass der damalige Vorschlag zum Leistungsauftrag von den Regierungsvertretern und den Verwaltungen überarbeitet werden musste. Und schlussendlich im letzten Juni segnete die Kommission dann den Ihnen heute vorliegenden Leistungsauftrag ab.

Die IPK FHNW schätzte die Möglichkeit, dass sie bei der Ausarbeitung mitwirken konnte und dabei die Vertraulichkeit bis am Schluss des Prozesses einhalten konnte. Wären Informationen aus der IPK nach aussen gelangt, würde die Regierung diesen Prozess wohl nicht mehr so handhaben.

Zum Schluss möchte ich dem Regierungsausschuss und den involvierten Personen der Verwaltung für die ausgezeichnete Zusammenarbeit danken. Es wäre aus meiner Sicht begrüssenswert, wenn dieser Prozess auch bei der Universität Basel so durchgeführt werden könnte. Der Fachhochschule wünsche ich viel Erfolg in der anspruchsvollen Umsetzung dieser Vorgaben. Selbstverständlich empfehle ich auch, wie die BKK diesen Leistungsauftrag zu genehmigen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion LDP spricht Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Die Kommissionspräsidentin hat ausführlich berichtet. Ich möchte noch zwei Punkte hervorheben, die für die künftige Entwicklung der FHNW von grundlegender Bedeutung sind. Wir müssen uns bewusst sein, dass die nächsten vier Jahre für die FHNW in finanzieller Hinsicht äusserst anspruchsvoll sein werden. Geplant werden unter anderem Weiterentwicklungen in den Bereichen Informatik, Wirtschaft und Technik. Diese Vorhaben müssen jedoch ausreichend finanziert werden, damit sie vollumfänglich umgesetzt werden können. Besonders hervorzuheben ist die geplante Präsenz der Hochschule für Informatik mit einem Nebenstandort in Basel-Stadt. Das ist ein wichtiger Schritt, um den Studierenden und der regionalen Wirtschaft neue Perspektiven zu eröffnen und gleichzeitig die Attraktivität der Fachhochschule zu steigern.

Ein weiterer Punkt, den ich ansprechen möchte, ist das Eigenkapital der FHNW. Es ist bedauerlich, aber unumgänglich, dass dieses in den nächsten Jahren stark abnehmen wird oder dass die FHNW am Ende der Globalperiode 2028 gar kein Eigenkapital mehr haben wird. Grund dafür ist, wir haben es gehört, dass die FHNW die satte 50 Prozent der Teuerung über ihr Eigenkapital finanzieren muss. Der Bund verzichtet gänzlich auf einen Teuerungsausgleich. Auch die Kantone haben sich bei den Verhandlungen im Rahmen des Globalbeitrags 2025 bis 2028 knausrig gezeigt. Diese Entwicklung ist in der Tat problematisch und wirft Fragen auf hinsichtlich der Risikofähigkeit der FHNW und ihre Zukunftsfähigkeit. Sie wirft aber auch Fragen und auch Besorgnis auf, wie sich der Kanton Basel-Landschaft hinsichtlich der Erneuerung des Universitätsvertrags positionieren wird.

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen ist die LDP-Fraktion optimistisch, dass die FHNW aufgrund ihres hervorragenden Rufs in der akademischen und wirtschaftlichen Landschaft in der Lage sein wird, substanzielle Drittmittel zu akquirieren. Zudem bestehen grosse Hoffnungen, dass die FHNW vermehrt Kooperationen mit der Wirtschaft eingehen kann. Diese Partnerschaften könnten nicht nur eine finanzielle Entlastung bringen, sondern auch dazu beitragen, den Wissenstransfer zwischen den akademischen Institutionen und den Unternehmen zu intensivieren.

Die LDP-Fraktion stimmt den Ausgaben für die Weiterentwicklung der FHNW, die mit dem neuen Leistungsauftrags angestossen wird, zu und nimmt die Eignerstrategie 2025 bis 2028 des Kanton Basel-Stadt für die FHNW zur Kenntnis.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SVP spricht Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Aus Sicht der SVP spricht nichts für eine Zurückweisung. Deshalb heissen wir den Leistungsauftrag 2025 bis 2028 für die FHNW gut.

Die FHNW gehört zu den grössten und profiliertesten Fachhochschulen der Schweiz. Was uns Sorge bereitet, sind die vielen Abwanderungen nach Bern, Luzern und Zürich, die die Belegung in Solothurn an ihrem pädagogischen Hochschulstandard so minimiert hat, dass dieser nun nach Olten verlegt werden muss, was wiederum mit Kosten wegen eines nötigen Erweiterungsbaus verbunden sein wird, die jedoch erst nach dieser Leistungsperiode anfallen werden.

Unsere zweite Sorge gilt den unstabilen finanziellen Verhältnissen einiger Trägerkantone. So gilt für Basel-Landschaft und Solothurn das Kostendach von 545 Millionen als absolutes Maximum. Das wiederum hat zur Folge, dass das Eigenkapital der FHNW, wir haben es bereits mehrfach gehört, Ende Leistungsperiode praktisch aufgebraucht sein wird.

Wir schliessen uns somit dem Votum der BKK-Präsidentin und dem Bericht an, dass die FHNW nur ein moderates Wachstum für die nächste Periode anstreben soll.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ginge das Wort nochmals an Regierungsrat Mustafa Atici, er verzichtet, die Präsidentin der Kommission Franziska Roth verzichtet ebenfalls.

Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen zur Detailberatung und Abstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004532, 16.10.24 10:05:55]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Leistungsauftrag 2025–2028 der Regierungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn an die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) wird genehmigt.

2. Für den Trägerbeitrag des Kantons Basel-Stadt an die FHNW für die Leistungsauftragsperiode 2025–2028 wird eine Ausgabe von Fr. 204'693'868 mit folgenden Jahrestranchen bewilligt: 2025: Fr. 50'471'048, 2026: Fr. 50'867'572, 2027: Fr. 51'597'825, 2028: Fr. 51'757'423. Auf dem Lohnaufwand der FHNW (Bruttolöhne inklusive Arbeitgeberbeiträge des Vorjahres) wird jährlich zu 50% ein Teuerungsausgleich gewährt (Veränderung Landesindex für Konsumentenpreise September des Vorvorjahres gegenüber September des Vorjahres). Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um diese indexbedingten Mehr- und Minderaufwendungen.

3. Die Eignerstrategie 2025–2028 des Kantons Basel-Stadt für die Fachhochschule Nordwestschweiz wird zur Kenntnis genommen.

4. Die Beschlüsse 1 und 2 stehen unter dem Vorbehalt, dass die Parlamente der Kantone Aargau, Basel-Landschaft und Solothurn im gleichen Sinne entscheiden.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wurde angenommen mit 86 Ja-Stimmen, keiner Neinstimme und einer Enthaltung.

9. Volkshochschule und Senioren Universität beider Basel (VHSBB): Erneuerung der Leistungsvereinbarung für die Jahre 2025–2028 - Partnerschaftliches Geschäft

[16.10.24 10:06:08, 24.0894.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die BKK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das wird erläutert von Franziska-Roth, Präsidentin der BKK.

Franziska Roth (SP): Ich darf Ihnen mündlich zum Ratschlag zur Volkshochschule und der Seniorenuniversität berichten. Die BKK hat das Geschäft an einer gemeinsamen Sitzung mit der BKSK des Landrats vorstellen lassen. Die Stiftung Volkshochschule und Seniorenuniversität beider Basel ist eine gemeinnützige Stiftung, deren Stifter die beiden Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt sind. Sie hat zum Ziel, den Zugang zur Allgemeinbildung im Bereich der Grundbildung, der Sprachenkenntnisse und des wissenschaftlich fundierten Wissens für alle zu ermöglichen. So bietet die Volkshochschule und Seniorenuni Sprachkurse, allgemeine Kurse, die vielfältige Wissensbereiche abdecken, Kurse für die Erweiterung der Grundkompetenzen wie Lese- und Schreibkenntnisse, Kenntnisse in Alltagsmathematik und die grundlegende Anwendung der Informations- und Kommunikationstechnologie, dies um die Teilnahme in Beruf und Gesellschaft zu vereinfachen, an. Als vierter Bereich bietet die Institution das Unifenster mit der Seniorenuni und der Samstagsuni an. Im Jahr 2022/23 nahmen gut 8’900 Personen an 618 Kursen teil. Obwohl steigend, sind die Teilnehmer:innenzahlen noch etwas tiefer als vor Corona. Entsprechend sind auch die Einnahmen aus den Kursgeldern und somit auch der Selbstfinanzierungsgrad noch tiefer als vor Corona.

Der Antrag für die Weiterführung der Finanzhilfe der Volkshochschule basiert auf ihrer Strategie 2025 bis 2028. In dieser Strategie ist festgehalten, dass die Institution weiterhin ein breites Bildungsangebot anbieten möchte, dass sie aber auch neue Formate und Kommunikationskanäle erschliessen möchte, um neue Zielgruppen anzusprechen. Die Volkshochschule sieht da vor allem Personen zwischen 45 und 65 Jahren und Personen mit Migrationshintergrund vor. Zudem werden in der Strategie zwei hauptsächliche Herausforderungen genannt: Einerseits geht es darum, die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit langfristig bewahren zu können, und andererseits möchte man das Niveau von vor Corona wieder erreichen. Auch wenn die Zahlen im Moment noch tiefer sind, zeigen sie einen steigenden Trend, und die Verantwortlichen der Volkshochschule sind zuversichtlich, dass sie die Ziele der Strategie erreichen können.

Für die Berechnung der neuen Finanzhilfe hat als Ausgangslage der bisherige Globalbeitrag gedient. Beide Kantone haben sich darauf verständigt, die teuerungsbedingten Mehrkosten der Lohnaufwände für das gemäss Stellenplan angestellte Personal anzuerkennen. Somit steigt der bikantonale Globalbeitrag für die Jahre 2025 bis 2028 um 190’000 Franken. Zudem werden zum Ausgleich der prospektiven Teuerung zusätzliche Mehrausgaben von 104’000 Franken anerkannt. Der Aufteilungsschlüssel zwischen zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft richtet sich usanzgemäss nach dem Verhältnis der in den beiden Kantonen wohnhaften Teilnehmenden. Massgebend ist die Anzahl der Teilnehmenden in den vergangenen vier Jahren. Aus dem Kanton Basel-Stadt haben 11’867 Personen und aus dem Kantons Basel-Landschaft 11’336 Personen Kurse die Erfolgshochschule besucht. Das ergibt einen Aufteilungsschlüssel von 51,1 Prozent für Basel-Stadt und 48,9 Prozent für Basel-Landschaft.

Obwohl die genannten Mehrkosten von beiden Kantonen anerkannt worden sind, sieht sich der Kanton Basel-Landschaft aus finanzpolitischen Gründen nicht in der Lage, den Mehrbedarf auszufinanzieren und hält darum am bisherigen Betrag fest. Der Kanton Basel-Stadt hält gleichbleibende Trägerbeiträge angesichts der grossen Herausforderungen, mit denen die Volkshochschule und Seniorenuniversität beider Basel konfrontiert ist, für nicht vertretbar. Der Regierungsrat schlägt darum dem Grossen Rat die Erhöhung der Finanzhilfe auf der Basis des anerkannten Bedarfs vor. Allerdings übernimmt Basel-Stadt keine Finanzierungsanteile des Kantons Basel-Landschaft. Das Risiko trägt somit die Institution, die aber gemäss eigenen Aussagen damit umgehen kann.

Die BKK schätzt das Angebot und die Arbeit der Volkshochschule und Seniorenuniversität beider Basel sehr und unterstützt darum den Antrag für die Erneuerung und Erhöhung der Finanzhilfe von insgesamt 3'127’400 Franken mit 12 Stimmen bei einer Enthaltung. Dass der Kanton Basel-Landschaft seinen Erhöhungsanteil an der gemeinsamen Institution nicht ausfinanzieren wird, nimmt die Kommission kritisch zur Kenntnis. Da dieses Vorgehen leider vermehrt zum Tragen kommt, empfiehlt die Kommission dem Regierungsrat, eine Strategie zu entwickeln, wie bei bikantonal finanzierten Geschäften mit den unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten der beiden Kantone umgegangen werden kann.

Ich bitte Sie entsprechend dem Antrag des Regierungsrats und der BKK zu folgen und dem Geschäft zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Die aktuelle Leistungsauftragsperiode der Volkshochschule beider Basel läuft per Ende 2024 aus und muss für die Jahre 2025 bis 2028 erneuert werden.

Die siebte Leistungsauftragsperiode, die 2025 beginnt, wurde Ihnen per Ratschlag am 26. Juni überwiesen. Die Bedeutung der Volkshochschulidee ist unbestritten. Lassen Sie uns trotzdem kurz zurückblicken. 1919 hatte die Universität Basel angefangen, bestimmte Kurse für alle Bevölkerungskreise zu öffnen. Alle Fakultäten machten ihre Vorlesungen für ein interessiertes Publikum zugänglich und verfolgten damit die zukunftsweisende Strategie einer Demokratisierung von Bildung. Sie wollten wissenschaftliche Erkenntnisse nicht nur privilegierten Bildungseliten zugänglich machen, sondern allen Interessierten zur Verfügung stellen, unabhängig von Geschlecht, Herkunft und Bildungsstand.

Nachdem die Kurse lange Zeit unter dem Namen Zentrum für Erwachsenenbildung und unter dem Dach der Universität Basel angeboten wurden, gibt es seit 1988 eine bikantonale Stiftung und eine partnerschaftliche Trägerstruktur. Seit 2001 wird die Volkshochschule mit jeweils vierjährigen bikantonalen Leistungsvereinbarungen geführt. So erfüllt sie ihren Auftrag, einen niederschwelligen und für alle offenen Zugang zu anspruchsvoller Allgemeinbildung zu ermöglichen. Eine Erfolgsgeschichte.

Nun machen wir einen Bogen und kommen zu den Fakten, die Ihnen im Ratschlag des Regierungsrates unterbreitet wurden. Aufgrund der aktuellen schwierigen Finanzhaushaltslage in unserem Nachbarkantons Basell-Landschaft weicht die Aufteilung der bikantonalen Globalbeiträge auf die beiden Stifterkantone vom etablierten Modell ab. Beide Kantone anerkennen aber, dass die Volkshochschule beider Basel mit exogenen Mehrkosten konfrontiert sind. Seitens Basel-Landschaft kann aufgrund der finanziellen Lage den Anträgen auf Erhöhung des Globalbeitrags nicht mit einem erhöhten Beitrag begegnet werden. Basel-Landschaft hält am Beitrag der Leistungsauftragsperiode 2021 bis 2024 von 743 Millionen Franken fest.

Wir in Basel-Stadt erachten gleichbleibende Trägerbeiträge angesichts der bedeutenden Herausforderungen, mit denen die Volkshochschule konfrontiert ist, für nicht vertretbar. Die Beiträge von Basel-Stadt orientieren sich daher am bikantonal anerkannten Bedarf und berechnen sich gemäss dem gebräuchlichen Aufteilungsschlüssel. Wie die Kommissionspräsidentin erwähnt hat weist der Regierungsrat darauf hin, dass der Kanton Basel-Stadt dabei keine Finanzierungsanteile von Basel-Landschaft übernimmt. Der Staatsbeitrag Basel steigt in der Legislaturperiode 2025 bis 2028 somit gemäss anerkanntem Bedarf moderat um 56’850 Franken an auf einen Beitrag von jährlich total 741’850 Franken.Somit resultiert ein bikantonaler Globalbeitrag von rund 1,5 Millionen Franken jährlich beziehungsweise 6 Millionen Franken über die vier Jahre 2025 bis 2028. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber der Periode 2021 bis 2024 von knapp vier Prozent. Die Erhöhung des Globalbeitrags ist im veränderten wirtschaftlichen Umfeld namentlich in der über vier Jahre kumulierten allgemeinen Teuerung begründet. Ich bitte Sie, diese Finanzbeiträge für Volkshochschule und Seniorenuniversität Basel zu bewilligen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Für die LDP hat sich Catherine Alioth gemeldet.

Catherine Alioth (LDP): Die LDP-Fraktion stimmt dem Globalbeitrag an die Volkshochschule und die Seniorenuniversität beider Basel zu.

Sie bedauert, dass der Kanton Basel-Landschaft den finanziellen Mehrbedarf nicht im gleichen Umfang wie der Kanton Basel-Stadt deckt. Basel-Stadt übernimmt ihren bikantonal anerkannten Bedarf, wir haben es gehört, und sie übernimmt keine Finanzierungsanteile des Kanton Basel-Landschaft. Dies führt zu einer Erhöhung des Globalbeitrags um 8 Prozent für Basel-Stadt.

Die LDP-Fraktion erachtet es als äusserst problematisch, dass der anerkannte Finanzbedarf der Grund als Grundlage für die Verhandlungen der nächsten Leistungsauftragsperiode dient. Durch dieses Vorgehen wird die Asymmetrie zwischen den Trägerschaften immer offensichtlicher und es kann nicht mehr von einer Parität, wie sie im Staatsvertrag festgehalten ist, gesprochen werden.

Die LDP-Fraktion appelliert daher an alle Beteiligten, nicht nach so genannten kreativen Lösungen zu suchen, die Gräben verursachen. Stattdessen fordert sie ein echtes Bekenntnis zu den gemeinsam getragenen Institutionen. Es ist an der Zeit, Verantwortung zu übernehmen und eine Lösung zu finden, die das Wohl unsererer gemeinsamen Institution und nicht zuletzt unserer Region in den Vordergrund stellt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP hat sich Jenny Schweizer gemeldet.

Jenny Schweizer (SVP): Es handelt sich hierbei um eine Stiftung, die von Basel-Stadt und Basel-Landschaft gleichermassen gespiesen wird. Die Kurse decken vielfältige Wissensbereiche ab. Aufgrund der Teuerung gibt es eine Erhöhung des Globalbeitrages, wobei zu sagen ist, dass Basel-Landschaft dies nicht stemmen kann. Basel-Stadt bezahlt im Vergleich zur

letzten Vereinbarung 56’600 Franken pro Jahr mehr, Basel-Landschaft bleibt auf dem Niveau der bald vergangenen Leistungsperiode.

Es ist für uns sehr bedenklich, dass wir uns nun heute schon zum zweiten Mal dahingehend besorgt äussern müssen, dass unser Nachbarkanton seinen Verpflichtungen erschwert nachkommt. Es ist ja löblich, wenn der Kanton Basel-Landschaft uns versichert, dass er den ausstehenden Betrag bei der nächsten Leistungsvereinbarung nachbezahlen wird, falls sich seine finanzielle Lage bis dahin verbessert hat. Wir möchten aber davor warnen, dass die SVP-Fraktion nicht gewillt ist, zukünftigen Leistungsaufträgen zuzustimmen, wenn Basel-Landschaft seinen Verpflichtungen nicht nachkommt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. In der zweiten Runde verzichten der Regierungsrat und auch die Kommissionspräsidentin.

Eintreten ist nicht bestritten. Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses und zur Abstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004534, 16.10.24 10:21:03]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für die Stiftung Volkshochschule und Senioren Universität beider Basel (VHSBB) werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von Fr. 3'127'400 (jährlich Fr. 781'850), nicht indexiert, bewilligt.

2. Der Beschluss unter Ziffer 1 gilt unter dem Vorbehalt eines entsprechenden Beschlusses des Landrats des Kantons Basel-Landschaft.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Dem Grossratsbeschluss wurde einstimmig zugestimmt mit 91 Ja-Stimmen.

10. Neuorganisation des Amts für Justizvollzug, Anpassungen beim Personal und Ausbau der Betreuung in Basler Justizvollzugseinrichtungen

[16.10.24 10:21:17, 23.1356.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidentin Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Menschen im Freiheitsentzug stehen in einem sehr engen Abhängigkeitsverhältnis zum Staat, der ihre Lebensumstände während der Haft weitgehend kontrolliert und auch für ihre Grundbedürfnisse verantwortlich ist. Deshalb ist die Wahrung der Grund- und Menschenrechte in Gefängnissen eine besondere staatliche Herausforderung und wir als Politik stehen in der Pflicht, durch geeignete Strukturen, Ressourcen und Kontrollmechanismen die bestmögliche Aufsicht und Betreuung sicherzustellen.

Ausgangslage für den vorliegenden Ratschlag ist ein starker Anstieg der Vollzugszahlen und auch verschiedenste Änderungen bei den gesetzlichen und konkordatlichen Erwartungen an den Justizvollzug, dann aber haben natürlich auch ein Einfluss die Kritiken von Menschenrechtsorganisationen, Anti-Folter-Kommission und die sich verändernde Rechtsprechung.

Die JSSK begrüsst die Neuorganisation der vorgeschlagenen Bereiche des Justizvollzugs und wir haben keine Änderungen gegenüber dem Antrag des Regierungsrates beschlossen. Wir beantragen Ihnen also 3,846 Millionen Franken für die notwendig gewordene Neuorganisation des Amts für Justizvollzug, für Anpassungen beim Personal und für den Ausbau der Betreuung in den Basler Justizvollzugseinrichtungen.

Wir haben uns an drei Sitzungen mit der Vorlage beschäftigt. Ich bedanke mich an dieser Stelle auch für die immer gute Zusammenarbeit mit der Vorsteherin des JSD und auch den zuständigen verantwortlichen im JSD, die uns Rede und Antwort gestanden sind. Wir haben uns zudem entschieden, als Kommission uns in Besuchen der Justizvollzugseinrichtungen ein besseres Bild zu machen. Wir sind da dankenswerterweise der Gefängnisleitungen begleitet worden oder sie haben uns das ermöglicht. Wir waren im Untersuchungsgefängnis Waaghof und im Gefängnis Bässlergut. Für uns war das wichtig, die meisten Menschen auch einschliesslich Politikerinnen und Politiker haben kaum Einblicke in den Alltag hinter Gittern, wenig Vorstellungen vom Alltag der Inhaftierten und den Bedingungen im Gefängnis. Deshalb waren diese Besuche wirklich wichtig, um sich auch als Kommission verantwortungsvoll mit diesem sensiblen staatlichen Handlungsfeld auseinanderzusetzen. Ich möchte mich auch bei den Kommissionsmitgliedern bedanken, dass sie sich auf diese Begegnung mit den Justizvollzugseinrichtungen eingelassen haben.

Ich gehe jetzt auf verschiedene Elemente dieser Neuorganisation ein. Zum einen wird eine vollamtliche Leitung geschaffen. Aktuell ist die Leitung des Amtes für Justizvollzug in Personalunion mit der Bereichsleitung Bevölkerungsdienst und Migration. Daraus resultiert eine sehr grosse Führungsspanne und breites Aufgabenspektrum. Die JSSK begrüsst es, dass die Regierung hier entschieden hat, eine vollamtliche Leitung einzusetzen.

Aus staatspolitischer sicherheitspolitischer Sicht ist der wohl wichtigste Teil des Ratschlags das Insourcing der privaten Sicherheitsdienstleistungen. Aktuell ist es ja so, dass Mitarbeitende der Securitas AG an verschiedenen Stellen zum Einsatz kommen, auch als Aushilfen in Aufsichts- und Betreuungsdiensten, also wirklich auch direkten Kontakt mit Inhaftierten haben. Wir begrüssen es, dass die Regierung hier eine Kursänderung möchte und unterstützen das und beantragen Ihnen, das auch zu unterstützen. Diese Zulässigkeit der Delegation des staatlichen Gewaltmonopols an Private war bereits 2019 in der JSSK ein intensiver Teil der Kommissionsberatung, damals im Rahmen der Beratung zum Justizvollzugsgesetz. Wir begrüssen das Insourcing vor allem aus drei Gesichtspunkten und argumentieren dabei ähnlich wie die Regierung. Erstens gehört das Gewaltmonopol in staatliche Hände. Zweitens gibt es deutliche Vorteile in der politischen und organisatorischen Kontrolle und Qualitätssicherung durch die Integration aller Mitarbeitenden in den Betrieb und drittens geht es auch um Qualifikation, also dass Personen, die beim JSD direkt angestellt sind, eine justizvollzugsspezifische Ausbildung gemacht haben, was eben Mitarbeitende der Securitas nicht haben. Das trägt zu einer gesteigerten Qualität in den Justizvollzugseinrichtungen bei. Das ist aus Sicht der JSSK politisch deutlich höher zu gewichten als Kosten, die jetzt durch das Insourcing halt anstehen. Die Lohnkosten der staatlichen Mitarbeitenden sind höher und es gibt etwas weniger Flexibilität bei Personalausfällen.

Ein weiter wichtiger Punkt ist die Stärkung der Aus- und Weiterbildung des Justizvollzugspersonals. Das begrüssen wir auch sehr. Das hat einen sehr hohen Stellenwert in diesem hoch sensiblen Bereich. Konkret geht es um die Aufstockung des Führungsanteils von bestehenden Gruppenleiter:innen, so dass diese dann mehr Zeit haben für die Betreuung von Neueinsteiger:innen oder für die Begleitung von Mitarbeitenden.

Durch die ganzen Änderungen und auch durch das Insourcing entstehen allerdings Personallücken, und wir bewilligen heute deshalb auch übergangsmässig Gelder für zwei Jahre, um diese temporär zu füllen. Möglicherweise muss dann die Regierung dafür wiederum auf die Securitas AG zugehen. Es könnte also sein, dass dieses Insourcing dann erst nach dieser Übergangsphase, anzunehmen ab 2027, umgesetzt ist. Aber das ist limitiert auf diese Überbrückung von zwei Jahren.

Aus Sicht der Haftbedingungen und der Lebenssituation der Betroffenen ist der wohl wichtigste Teil des Ratschlags der Ausbau der Betreuung in den Justizvollzugseinrichtungen, insbesondere der deutliche Ausbau des Sozialdienstes und die verbesserte Betreuung der vorläufig Festgenommenen, die sich ja in einer extremen Vulnerabilität und starken Stresssituationen befinden. Wir haben in diesem Zusammenhang auch verschiedene Nachfragen zu Statistiken zu Suiziden gestellt. Der Schweizer Strafvollzug hat ja die zweithöchste Suizidrate in Europa. Die Datenlage, um schlüssige kantonale Vergleiche zu ziehen, ist etwas knapp, aber laut Verwaltung liegen die Zahlen in Basel-Stadt im Schweizer Durchschnitt. Es lässt sich dann auch bemerken, dass der gesamte Ratschlag zu einer Stärkung der Betreuungsqualität beiträgt, was für die Suizidprävention wichtig ist, und nicht zuletzt eben deshalb ist es wichtig, dass der Sozialdienst über genügende Ressourcen verfügt.

Aktuell hat die Bewährungshilfe, die diesen Sozialdienst anbietet, nur gerade 150 Stellenprozent. Deswegen gibt es auch lange Wartefristen für die ersten Folgegespräche und es kann aktuell keine aufsuchende Sozialarbeit angeboten werden, sondern es können nur Menschen unterstützt werden, die sich selber melden oder wo das Gefängnispersonal Betreuungsbedarf erkennt. Die JSSK unterstützt, dass jetzt das Konzept geändert wird. Das entspricht auch den Empfehlungen der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen- und direktorenkonferenz. Es geht jetzt eben darum, mehr Ressourcen zu sprechen, 300 zusätzliche Stellenprozente, um eine aufsuchende soziale Arbeit zu ermöglichen.

Es gab dann Stimmen in der Kommission, die etwas skeptisch waren betreffend diese Zahlen, also ob diese 300 Stellenprozente tatsächlich reichen. Das JSD hat dies errechnet, auch aufgrund der Übernahme des Betreuungsschlüssels des Sozialdienstes Lenzburg als Vergleichsgrösse. Wir haben das dann etwas ausführlicher angeschaut. Es gab auch die Argumentation in der Kommission, dass ja gerade Basel-Stadt schweizweit die meisten unbedingten Freiheitsstrafen ausspricht, dass es aktuell lange Wartezeiten für geeignete Haftplätze psychisch kranker Inhaftierter gibt und es kam die Frage auf, ob diese Institutionen wirklich vergleichbar sind, eben auch wegen der Zunahme der versuchten Suizide seit 2021, insbesondere auch im Untersuchungsgefängnis Waaghof.

Die Verwaltung hat dann aber erläutert, dass es sowieso noch eher wenig Erfahrung gibt in dem Bereich, dass die Justizvollzugsanstalt Lenzburg eines der wenigen kantonalen Gefängnisse ist, das bereits seit längerer Zeit einen Sozialdienst hat und dass es okay ist, sich somit an diese mehrjährige Erfahrung anzulehnen. Auch ist die Zusammensetzung der Inhaftierten im Zentralgefängnis Lenzburg ähnlich den Basler Verhältnissen. Wir liessen uns dann von diesen Darlegungen so überzeugen.

Ein weiteres Thema, das in diesem Zusammenhang angeschnitten worden ist, ist die Thematik der Angehörigen der inhaftierten Personen. Mit den heute zu sprechenden Ressourcen wird auch ein Ausbau der Angehörigenunterstützung ermöglicht. Eine Arbeitsgruppe ist daran, die Empfehlungen des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements zur Thematik umzusetzen. Wir waren uns in der Kommission nicht einig, ob die vom JSD angekündigten Verbesserungen in der Angehörigenthematik bereits ausreichen oder nicht. Ein Teil der Kommission war der Meinung, dass es hier mehr Effort braucht und der Grosse Rat wird dann im Zusammenhang mit einem Anzug zur Thematik Stellung beziehen können im nächsten Monat.

Dann begrüssen wir auch die Verbesserung der Betreuungssituation der vorläufig Festgenommenen in den Vorzellen des Untersuchungsgefängnisses Waaghof. Das Aufsichtspersonal wird dort aufgestockt. Bislang war die Betreuung dieser Vorzelle minimal, was eben problematisch ist, weil insbesondere vorläufig festgenommene Menschen sich in einem besonderen Ausnahme- und Stresszustand befinden, weswegen hier die Betreuung äusserst wichtig ist, nicht zuletzt auch mit Blick auf Suizidprävention.

Dann gibt es auch Ausbaubedarf im Bereich der medizinischen Betreuung, im Bereich der seelsorgerischen Betreuung. Im Zusammenhang mit dem Zugang zur psychiatrischen Grundversorgung sind wir auch über die Thematik gestolpert, dass bisher weibliche Inhaftierte einen schlechteren Zugang hatten, was jetzt geändert wird. Die Verwaltung hat dann erläutert, dass bei 95 Prozent männlichen Inhaftierten die Bedürfnisse der weiblichen Inhaftierten manchmal oder oftmals sogar zu kurz kommen. Das warf in der Kommission durchaus auch Fragen auf, und der Wunsch wurde geäussert, dass dies natürlich so nicht sein sollte.

Den Ausbau der seelsorgerischen Betreuung haben wir in der Kommission auch diskutiert. Der Ausbau in der seelsorgerischen Betreuung ist aktuell eigentlich noch ungelöst. Es gibt aber auch eine Bedarfsstudie, die wirklich aufzeigt, dass es Bedarf gibt an Seelsorge in den Gefängnissen, der aktuell nicht gedeckt ist, und wir werden diesbezüglich auch im Grossen Rat diskutieren im Rahmen von einem Anzug von mir, der auf der Traktandenliste dieser Session steht.

Dann informiert die Regierung im Ratschlag auch über die Infrastrukturstrategie vom Justizvollzug. Die haben wir als JSSK auch grundsätzlich wohlwollend zur Kenntnis genommen, auch wenn wir da jetzt nicht im Detail oder zu Details Stellung nehmen. Es ist so, dass diese ganzen veränderten Anforderungen, insbesondere für Untersuchungshaft und Administrativhaft in einem Folgeschritt jetzt auch Anpassungen der Infrastruktur nötig machen. Es wird dann ein Ratschlag zu diesen Infrastrukturmassnahmen folgen und vielleicht kann die Regierungsrätin nachher noch ergänzen, ob wir diesen Ratschlag weiterhin für 2025 erwarten können.

Schlussendlich geht es hier darum, dass neu Einzelzellen als Standard in der Untersuchungshaft eingeführt werden sollen, es soll neu auch ein Phasenmodell mit differenziertem Haftregime in der Untersuchungshaft gehen. Dadurch sollen dann ein Teil der Untersuchungshaft, also Personen im dritten Regime, vom Untersuchungsgefängnis Waaghof neu ins Bässlergut verlegt werden, so dass das Untersuchungsgefängnis Waaghof entdichtet werden kann. Diese Entdichtung scheint der JSSK wirklich sehr sinnvoll. Wir konnten bei unserem Besuch im Untersuchungsgefängnis auch selber die beengten Verhältnisse kennenlernen und zum Beispiel auch selber spüren, wie dringlich und wichtig es ist, dass jetzt auch der Einbau der Lüftungen zügig umgesetzt wird.

Daneben gibt es verschiedene und veränderte Erwartungen rund um die Administrativhaft. Das JSD geht davon aus, dass eine Liberalisierung der Administrativhaft ansteht wegen rechtlichen Entwicklungen, Kritik auch der Antifolterkommission und geht davon aus, dass Gefängnisstrukturen in Zukunft immer schwerer den Anforderungen gerecht werden. Da diese Plätze auch nur zu 50 Prozent ausgelastet sind, plant das JSD eine neue Lösung für die Administrativhaft zu finden und die Räumlichkeiten des Bässlerguts können dann für diese dritte Phase der U Haft genutzt werden.

Alles in allem nimmt die JSSK diese Informationen wohlwollend zur Kenntnis. Wir werden dann Details im Rahmen des Ratschlags zu den konkreten Massnahmen diskutieren können. Also wir begrüssen die Neuorganisation der vorgeschlagenen Bereiche des Justizvollzugs. Wir beantragen keine Änderungen gegenüber dem Antrag des Regierungsrats. Wir sind der Ansicht, dass mit dieser Neuorganisation die Qualität der Betreuung der Inhaftierten gesteigert

wird und erachten auch das Insourcing des Sicherheitspersonal als staatspolitisch wichtig. Wir beantragen dem Grossen Rat somit einstimmig, dem vorliegenden Grossratsbeschluss zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat spricht Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Besten Dank für die sehr umfassende Darstellung des Ratschlags durch die JSSK-Präsidentin und ebenfalls meinen besten Dank für die Begleitung des Geschäftes. Ich fand das wirklich sehr wertvoll, dass die JSSK sich detailliert mit diesen diversen Verbesserungsmassnahmen im Justizvollzug auseinandergesetzt hat, ebenfalls sich ein Bild vor Ort gemacht hat durch den Besuch der beiden Gefängnisse. Ich denke, es ist schon auch nochmals anders, wenn man die Gegebenheiten baulicher Art, aber auch der Abläufe einmal vor Ort auch gesehen hatte, ich habe das wirklich auch sehr geschätzt und danken, möchte auch danken für die einstimmige Empfehlung zur Annahme dieses Ratschlags.

Ich möchte nicht alles Wiederholen gestützt auf die umfassende Berichterstattung der Präsidentin, aber der Ursprung des Ratschlags lag in einer internen Analyse, die das JSD in in Auftrag gegeben hat, wirklich zu schauen, welche aktuellen Gegebenheiten und Herausforderungen sich im Justizvollzug stellen, wo wir in Basel-Stadt stehen im Vergleich zu anderen Kantonen. Wir sind ja auch eng vernetzt in den Konkordaten. Es gibt auch Bestrebungen, dass die Konkordate noch näher zusammenrücken und da hat man natürlich auch eine gewisse Best Practice in den verschiedenen Konkordaten, und deshalb war der Ausgangspunkt zu schauen, welche Stärkungen wir in Angriff nehmen müssen, um diesen hoch sensiblen Bereich der Gefängnisse insbesondere zu verbessern und da auch fortschrittlich unterwegs zu sein. Und deshalb ist der Ratschlag doch recht umfassend, den sie präsentiert bekommen haben, er beinhaltet verschiedene Massnahmen, bei denen wir doch der Meinung sind, dass wir uns gut für die Zukunft aufstellen.

Ich möchte einfach auch noch mal ganz kurz die wesentlichen Punkte erwähnen. Der Hauptteil ist dieses sogenannte Insourcing, dass wir die bis jetzt tätigen Securitas AG ablösen durch eigene kantonale Mitarbeitende. Das soll nicht ein Statement sein an die Qualität der Securitas AG. Ich denke, wir haben da gute Erfahrungen gemacht, aber es ist doch auch eine Philosophiefrage. Es ist eine staatspolitische Frage, wie man in diesem hoch sensiblen Bereich der Inhaftierung, doch das stärkste Mittel, das ein Staat hat, seinen Bürgern gegenüber zu begegnen, wie wir da die Betreuung sicherstellen. Der Regierungsrat ist der der Meinung des JSD insofern auch gefolgt und sieht hier die kernstaatliche Tätigkeit gegeben und damit auch eben die Ablösung dieser privaten Betreuung, die ja doch etwas Einzug gehalten hat in den letzten Jahren, zurück zur Verstaatlichung der Betreuungssituation.

Das hat, wie die Präsidentin der JSSK schon gesagt hat, natürlich Mehrkosten und mehr Stellenbedarf zur Folge. Aber vom Grundaufgabengebiet ist auch gewährleistet, dass die Ausbildung und die Weiterbildung wirklich aus einer Hand erfolgen und in diesem Kernbereich ist das doch ein wichtiges Anliegen, wie der Regierungsrat auch festgestellt hat. Der weitere Teil ist die Stärkung der Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden, auch das ein sehr wichtiger Bereich, denn wenn wir von den Gefängnissen reden, reden wir primär zuerst von den Inhaftierten, der Insassen. Aber es ist natürlich auf der anderen Seite auch ein sehr forderndes Arbeitsumfeld für Mitarbeitende. Und umso wichtiger ist es, dass man hier die Ausbildung und auch die stetige Weiterbildung hoch gewichtet, und durch diese Aufstockung auch der Führungspositionen können wir gewährleisten, dass wirklich auch die Führungsarbeit und die Weiterbildung gestärkt wird und damit auch beigetragen werden kann zu einem Arbeitsumfeld unter schwierigen Bedingungen, das aber doch auch sehr wichtig ist und auch die Mitarbeitendenzufriedenheit in den Vordergrund auch stellen kann.

Der Sozialdienst wird gestärkt, das wurde gesagt, auch das ist ein Anliegen, das doch auch vermehrt vorgebracht wird. Ich habe ja auch die Pflicht gemäss Verordnung, einmal im Jahr jedes Gefängnis zu besuchen, für alle Insassen, die ein Bedürfnis haben, wird ein direktes Vieraugengespräch mit mir ermöglicht und da kommen natürlich solche Anliegen auch auf, was die Betreuung angeht. Wir hätten hier jetzt auch die Chance, diesen Sozialdienst zu stärken. Davon profitieren würden nicht nur das Bässlergut, sondern auch das Untersuchungsgefängnis und ebenfalls auch das Vollzugszentrum Klosterfiechten, das ja auch zu unseren Justizanstalten gehört.

Im letzten Punkt wollen wir eine vollamtliche Amtsleitung einsetzen. Es war eine Spezialität, die jetzt 15 Jahre so gelebt wurde, dass die Bereichsleitung in Personalunion eben auch die Amtsleitung des Justizvollzugs wahrgenommen hat. Wir haben in der Komplexität der Herausforderungen, auch der Projekte, die in den Konkordaten laufen. ,doch auch festgestellt, dass das wirklich einer eigenen Amtsleitung bedarf, die sich diesen sehr wichtigen strategischen Themen aber eben auch den personellen Themen in der Führung der Gefängnisse wirklich zu 100 Prozent annehmen kann und damit auch eben eine Stärkung insgesamt stattfinden kann. Deshalb denken wir regierungsseitig, dass das ein wichtiger Ratschlag ist, um im Justizvollzug weiterzukommen und uns auch anzugleichen an andere Kantone.

Der zweite Teil, der angesprochen ist, aber heute ja noch nicht wirklich zum Beschluss geführt wird, ist diese Infrastrukturstrategie, die die Präsidentin der JSSK auch angesprochen hat. Hier geht es darum, zu schauen, wie wir auch mehr Platz schaffen können. Wir sind der Meinung, dass das Untersuchungsgefängnis Waaghof so halt gebaut ist, wie es gebaut ist in der Stadt, die Frage, ob man das heute gleich gemacht hätte, müssen wir heute nicht beantworten. Aber es ist

halt schon sehr begrenzt, was die Möglichkeiten angeht, es wirklich zu entdichten. Und es gibt ja auch die Empfehlung der KKJPD, dass diese Haftregime der Untersuchungshaft dreigeteilt werden sollen, in diese Drei-Phasen-Untersuchungshaft, und da würde sich die Chance bieten, indem wir die Infrastruktur ganz generell anschauen, eine zweite Haftphase dann gar nicht mehr im Waaghof anzubieten, sondern im Bässlergut, damit aber auch mehr Platz schaffen im Waaghof für Ersthaftphasen. Das sind aber die Gedanken, die wir erst angekündigt haben. Es hängt auch massgeblich noch davon ab, wie es mit der Administrativhaft weitergeht. Es wurde auch angesprochen, dass wir da auch bikantonal, vor allem mit dem Kanton Basel-Landschaft daran sind zu schauen, ob es eine andere Örtlichkeit gibt, weil Administrativhaft ja nicht eine eigentliche Haftstrafe im Gefängnisperimeter sein soll, sondern im ausländerrechtlichen Verfahren eben auch andere Gesetzmässigkeiten gelten. Es ist so, dass wir diesen Ratschlag 2025 dem Grossen Rat präsentieren möchten und dementsprechend auch jetzt die Vorarbeiten starten, damit wir hier auch in der baulichen Ebene einen wesentlichen Schritt weiterkommen.

Damit schliesse ich meine Ausführungen und bin gespannt auf die Debatte.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Oliver Thommen möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Sie wird angenommen.

Oliver Thommen (GAB): Vielen Dank für die Ausführungen. Im Bericht steht ja etwas ganz Kurzes zu den Wochenenddiensten und die GPK war ja auch 2022 im Waaghof. Könnten Sie noch etwas sagen zu den Einschliessung, insbesondere an den Wochenenden? Ist es sichergestellt, dass das nur noch in Ausnahmefällen vorkommt?

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ja, das wurde auch gegenüber der GPK ausgeführt, dass die Schwierigkeit halt ist, wenn wir zu wenig Personal haben. Wir wollen mit dieser Stärkung des Personals natürlich solche Einschliessung am Wochenende vermeiden. Das ist auch der Grund, dass wir, bis wir Vollbestand haben im Insourcing. ,auch noch diese Überbrückung durch die Securitas zulassen werden, damit wir nicht in die Situation kommen, dass wir wieder solche Einschlussphasen haben werden. Das ist das Ziel.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten und da hat sich Thomas Widmer-Huber für die Mitte/EVP zuerst gemeldet.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Die Fraktion die Mitte/EVP unterstützt den vorliegenden Ratschlag. Ich danke Regierungsrätin Stephanie Eymann und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Ausarbeitung der Vorlage und auch für das informative Gespräch in der Kommission. Da das Wesentliche von der Präsidentin der JSSK und von Regierungsrätin Stephanie Eymann bereits gesagt worden ist, halte ich mich kurz.

Ja, es braucht wieder eine vollamtliche Leitung des Amts für Justizvollzug analog zur Struktur vor 15 Jahren. Die Situation hat sich verändert. Die Aufgaben im im Justizvollzug sind umfangreicher geworden. Die Vollzugszahlen sind gestiegen. Die interkantonale Zusammenarbeit hat an Bedeutung gewonnen. Die Amtsleitung muss sich auf den Justizvollzug fokussieren können. Deshalb braucht es wieder eine vollamtliche Leitung.

Auch mit Blick auf die Anpassung bei der Aufsicht und Betreuung der Gefangenen unterstützen wir den Antrag der Regierung. Private Sicherheitsfirmen haben ihre eigene Philosophie und Betriebskultur. Und wenn der Kanton in diesem sensiblen Bereich neu alle Aufgaben im Strafvollzug übernimmt, wird das zwar etwas teurer, aber für die spezifische Ausbildung, Weiterbildung und Qualifikation der Mitarbeitenden ist eben neu das Amt für Justizvollzug dafür zuständig. Die Sicherheit kann so verbessert werden, auch die Qualität.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, in diesem Sinne werden wir von der Fraktion die Mitte/EVP den beantragten Ausgaben zustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Mahir Kabakci.

Mahir Kabakci (SP): Wir stehen heute vor einem wichtigen Schritt in der Weiterentwicklung unseres Justizvollzugssystem. Die vorgeschlagene Neuorganisation, die der Regierungsrat sowie die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission vorgelegt haben, ist aus sozialdemokratischer Sicht klar zu unterstützen. Der vorliegende Ratschlag legt einen Fokus auf wesentliche Verbesserungen im Bereich der Personalstruktur und der Betreuung in unseren Justizvollzugsanstalten. Diese Veränderungen sind nicht notwendig, sondern sie tragen auch zu einem gerechteren und humaneren Vollzug bei.

Wir begrüssen die Schaffung einer vollamtlichen Leitung für den Justizvollzug. Seit Jahren hat sich gezeigt, dass die Doppelfunktion der bisherigen Leitung, die gleichzeitig für den Bereich Bevölkerungsdienst und Migration verantwortlich ist, nicht mehr zeitgemäss ist. Die Anforderungen im Justizvollzug sind gestiegen, und es ist unerlässlich, dass eine klar fokussierte Führung diesen Herausforderungen gerecht wird. Die Schaffung dieser Position wird es ermöglichen, die Qualität und Effektivität des Justizvollzugs zu steigern und gleichzeitig eine wichtige Lücke zu schliessen.

Wir befürworten das Insourcing der privaten Sicherheitsdienstleistung. Dies ist ein entscheidender Schritt hin zur Stärkung des staatlichen Gewaltmonopols. Aufgaben, die so stark in die Grundrechte von Menschen eingreifen, gehören nicht in die Hände von privaten Firmen. Wir haben immer wieder auf die Problematik hingewiesen, dass private Sicherheitskräfte weder ausreichend ausgebildet sind, noch die notwendigen Kompetenzen für den sensiblen Bereich des Justizvollzugs mitbringen. Somit ist dieser Schritt begrüssenswert. Der Staat muss hier Verantwortung übernehmen, und die vorgeschlagenen zusätzlichen Vollzeitstellen sind eine sinnvolle Investition in die Sicherheit aber auch in die Qualität der Betreuung und Aufsicht. Ja, das führt zu höheren Kosten, aber diese Kosten sind notwendig, um die Würde und die Rechte der inhaftierten Personen zu gewährleisten.

Ich möchte besonders auch den Ausbau der sozialen Betreuung hervorheben. Es ist erfreulich, dass der Sozialdienst in den Gefängnissen verstärkt werden soll. Der Sozialdienst spielt eine zentrale Rolle, wenn es darum geht, Inhaftierte auf eine Rückkehr in die Gesellschaft vorzubereiten. Hier geht es um die Resozialisierung und nicht nur um die Verwahrung. Ein Ausbau um drei zusätzliche Vollzeitstellen wird es ermöglichen, eine bessere individuelle Betreuung zu gewährleisten, was insbesondere zu Beginn der Haftzeit essentiell ist, um Existenzsicherungsfragen zu klären oder behördliche Angelegenheiten zu regeln. In einem sozialen Rechtsstaat müssen wir sicherstellen, dass der Mensch im Mittelpunkt steht, auch wenn er in einer Justizvollzugseinrichtung ist. Und deshalb ist es wichtig, dass es kontinuierlich überprüft werden muss, ob der Bedarf des Sozialdienstes gerecht wird oder ob er eine Aufstockung braucht.

Ein weiterer bedeutender Punkt ist die Stärkung der Aus- und Weiterbildung des Justizvollzugspersonals. Diese Massnahme stellt sicher, dass die Mitarbeitenden über die nötigen Kompetenzen verfügen, um sowohl die Sicherheits- als auch die Betreuungsaufgaben angemessen zu erfüllen. Insbesondere die Herausforderung, mit Menschen in schwierigen Lebenssituationen zu arbeiten, erfordert eine professionelle und kontinuierliche Weiterbildung. Aus sozialdemokratischer Sicht ist dies ein besonders relevanter Aspekt. Der Staat hat die Verantwortung, seinen Mitarbeitenden gute Arbeitsbedingungen und die bestmögliche Unterstützung zu bieten, damit sie ihre anspruchsvolle Arbeit leisten können.

Der Ratschlag sieht Gesamtkosten von rund 3,8 Millionen Franken vor und es ist klar, dass solche Reformen nicht zum Nulltarif zu haben sind, doch wir sind überzeugt, dass diese Investitionen langfristig positive Auswirkungen haben werden, sowohl für die Sicherheit als auch für die soziale Integration der Inhaftierten. Eine gut organisierte und menschliche Gestalt der Justizvollzugsstruktur wird helfen, Rückfälle zu verhindern und die Wiedereingliederung in die Gesellschaft zu erleichtern.

Zusammengefasst stehen wir hinter dieser Neuorganisation des Amts für Justizvollzugs. Sie bringt Basel-Stadt einen grossen Schritt vorwärts in die Richtung eines modernen, fairen und effektiven Justizvollzugs. Wir unterstützen diese Vorlage vollumfänglich und bitten Sie, dies ebenfalls zu tun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GA B spricht die Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (GAB): Eigentlich wollte ich ja nach Felix Wehrli redet, weil ich gesehen habe, dass die SVP offen eingetragen hat, um noch darauf einzugehen. Das war jetzt doch nicht möglich. Mal schauen, was nachher gesagt wird.

Die Beratung dieses Geschäfts war sehr interessant und die Besuche in den Gefängnissen waren eindrücklich. Vielen Dank für die Möglichkeit. Das GAB begrüsst die aufgezeigten Massnahmen. Ich möchte nur ganz kurz auf einzelne Punkte eingehen, Mahir Kabakci hat auch schon einiges gesagt.

Es liegt in der Natur von Gefängnissen, dass inhaftierten Menschen durch die Inhaftierung sehr stark in die Grundrechte eingegriffen wird. Der Freiheitsentzug ist eine der einschneidendsten Sanktionen, die der Staat verhängen kann. Hier steht der Staat in der Pflicht, eine besondere Verantwortung zu übernehmen. Deshalb teilt das GAB die Einschätzung des Regierungsrates, dass kernstaatliche Tätigkeiten, die Eingriffe in die Grundrechte zur Folge haben, hinsichtlich Aufsicht, Schulung und Personalmassnahmen in staatlicher Hand behalten werden sollen. Folglich begrüssen wir das vollständige Insourcing des Personals in den Basler Gefängnissen.

Ein weiterer Punkt ist der Sozialdienst, auf den ich hier eingehen möchte. Hier stehen aktuell 150 Stellenprozent rund 2’500 Eintritten pro Jahr gegenüber. Dieses Missverhältnis verunmöglicht heute eine adäquate Betreuung der Inhaftierten. Der Ausbau des Sozialdienstes ist demnach nicht nur sinnvoll, sondern notwendig, um den Anforderungen an eine angemessene und professionelle Betreuung der Inhaftierten gerecht zu werden. Ob die zusätzlichen 300 Stellenprozente wirklich ausreichen, wird sich zeigen. Wir werden da genau hinschauen und das JSD stösst bei uns auf offene Türen, wenn bemerkt

wird, dass es doch noch mehr Stellen benötigt. Der Sozialdienst ist von grosser Bedeutung und hilft massgeblich bei der Resozialisierung mit. Es wäre der falsche Ort zu sparen.

Bei unserer Besichtigung des Untersuchungsgefängnisses Waaghof konnten wir uns auch selber ein Bild von den sehr beengenden Zuständen machen. Die Haftbedingungen sind aktuell speziell problematisch, weil dort viele Menschen sitzen, für welche die Unschuldsvermutung gilt. Deshalb begrüsst das GAB die Absicht zur Entdichtung des Untersuchungsgefängnisses Waaghof durch eine Reduktion der Plätze und eine Beschränkung der Aufenthaltsdauer. Die beengten Verhältnisse und die fehlende Entlüftung sind kein guter Zustand. Das Problem ist erkannt. Nun braucht es dringend Verbesserungen und hier erwarten wir eine rasche Umsetzung der Pläne.

Dringender Handlungsbedarf besteht auch beim Ausbau der Besuchsräume. Im Gefängnis Bässlergut steht ein Besuchsraum für 40 Personen zur Verfügung, was den Anforderungen an Privatsphäre und menschenwürdigen Kontakt mit den Angehörigen nicht gerecht wird. Die Verbesserung der Besuchsräumlichkeiten, insbesondere die Schaffung von Räumen mit angemessenen Beschäftigungsmöglichkeiten für Kinder, sollte daher mit hoher Priorität verfolgt werden und schnellstmöglich umgesetzt werden.

Und zum letzten Punkt, zur Administrativhaft: Noch immer sperren wir Menschen ein, die keine Straftäter sind, sondern lediglich keinen gültigen Aufenthaltsstatus haben. Die Administrativhaft wird deshalb von der Anti-Folterkommission und Menschenrechtsorganisationen zu Recht kritisiert, weil sie Gefängnischarakter mit hohen Sicherheitsstrukturen haben. Die heutige Praxis ist unverhältnismässig. Deshalb möchte ich die Regierung darin bestärken, gemeinsam mit Basel-Landschaft nach alternativen Möglichkeiten zu suchen und erwarte, dass Basel-Stadt hierbei eine aktive Rolle einnimmt.

In diesem Sinne möchte ich im Namen vom grünalternativen Bündnis unsere Zustimmung zu diesem Geschäft ausdrücken. Wir unterstützen den eingeschlagenen Weg zur Verbesserung der Haftbedingungen in Basel und hoffen auf eine schnelle Umsetzung der vorgesehenen Massnahmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die FDP spricht David Jenny.

David Jenny (FDP): Nur einige Worte zu Thematik In- und Outsourcing: Wir haben das wirklich ohne ideologische Scheuklappen angeschaut und sind alle zum Schluss gekommen, in diesem Kernbereich staatlicher Tätigkeit ist es sinnvoll, dieses Insourcing vorzunehmen. Aber wir sind auch nicht päpstlicher als der Papst. In einer Übergangsphase gibt es immer noch die Möglichkeit des Einsatzes zum Beispiel der Securitas. Da muss man sich auch bewusst sein, es ist kein Naturgesetz, dass direkt vom Staat angestelltes Personal besser ist als Personal, das von Privaten angestellt wird. Die Aufgabe hat jetzt voll das JSD, dass wirklich entsprechend gut rekrutiert wird, gut geschult wird, und dass dann der Betrieb auch wirklich so läuft, wie wir es erwarten. Alleine wenn man sagt, es sei der Staat, wird es nicht per se einfach besser.

Und dann haben wir ja einen weiteren Bereich des eher unfreiwilligen Insourcing der medizinischen Versorgung. Dort haben die mobilen Ärzte Konkurs gemacht. Jetzt macht jetzt das Gesundheitsdepartement. Das ist vielleicht ein Bereich, wo es durchaus wieder denkbar ist, dass eine private Lösung flexibler und sinnvoller wäre als eine staatliche Lösung. Dieses Ja zum Insourcing ist nicht carte blanche dafür, überall wieder einzugliedern, wo man vielleicht auch mal eine halbe Stelle im Staat ausgegliedert hat. Aber in diesem Bereich ist es sicherlich angezeigt und macht es Sin, und in diesem Sinne bitten wir auch um die Zustimmung zu den gestellten Anträgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP spricht Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Ich gebe Ihnen einen kleinen Einblick in das Offen der SVP-Fraktion, das ja interessiert, und in die verschiedenen Meinungen dazu. Sie konnten es lesen, Mehrausgaben von gegen 4 Millionen Franken müssen aus Sicht der SVP gut begründet werden werden, die Schaffung von neuen Stellen sowieso. Sie konnten es lesen, die Freiheitsstrafen haben zwischen 2010 und 2021 um 300 Prozent zugenommen. Unglaublich. Das Personal müsste bereits um 40 Prozent FDE erhöht werden und die Kosten stiegen dabei um 30 Prozent auf gegen 50 Millionen. Das heisst, dass die Kriminalität in Basel-Stadt ungebremst immer schlimmer wird. Und genau dagegen müsste etwas unternommen werden, denn dann müssten wir hier nicht über Mehrausgaben für die Gefängnisse diskutieren.

Das Problem muss an der Wurzel angegangen werden. Warum die Belegungszahlen unserer Gefängnisse so extrem gestiegen sind, wissen wir. Es hat mit offenen Grenzen und der illegalen Zuwanderung von Asylmigranten zu tun. Selbst die EU hat es nun viel zu spät bemerkt und reagiert darauf, wie sie gestern und heute in den Zeitungen lesen konnten. Unsere Nachbarn Deutschland und Frankreich haben das schon längst begriffen. Wenn mir dann die zuständige Verwaltung auf Fragen nicht sagen kann, was die Gründe für diesen extremen Anstieg der Freiheitsstrafen von 300 Prozent sind, dann stellen sich mir schon grundlegende Fragen der Prioritätensetzung.

Und ja, natürlich musste man dadurch eine Standortbestimmung in Auftrag geben, welche Angebot, Organisation und Infrastruktur unter den geänderten Bedingungen überprüft. Das beinhaltet nun, dass in einem ersten Schritt mehr Personalnot notwendig ist, auch weil man hier bei uns die Gefängnisplätze für die Insassen möglichst bequem mit persönlicher Betreuung, Fernseher in den Zellen und so weiter einzurichten hat.

Beim Insourcing waren die Meinungen auch verschieden. Bei Krankheiten eigener Mitarbeiter können diese nicht ersetzt werden. Ein Mix wäre hier für einige sinnvoller gewesen. Eine gute Ausbildung ist selbstverständlich. Das wird aber nicht das Ende sein. Es benötigt für infrastrukturelle Massnahmen noch viel mehr Steuergelder, welche in der unhaltbaren Lage, in welcher wir uns in Basel-Stadt befinden, notwendig ist.

Sie haben es schon gehört, die JSSK hat dieses Geschäft intensiv diskutiert und den Beschlussentwurf ohne Änderungsanträge einstimmig zur Genehmigung empfohlen. Ja, was blieb uns denn anderes übrig, solange die sehr hohen Kriminalität in unserem kleinen Kanton Bestand hat? Die Fraktion der SVP wird sich, der Not gehorchend, nicht gegen die Mehrausgaben zur Wehr setzen. Vielleicht verstehen Sie aber nun das Offen in der Kreuztabelle.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit kommen wir nochmals zur Sprecherin des Regierungsrates. Sie verzichtet. Die Präsidentin der Kommission verzichtet ebenfalls.

Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Detailberatung und Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

83 Ja, 2 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004536, 16.10.24 11:03:30]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Neuorganisation des Amts für Justizvollzug, Anpassungen beim Personal und den Ausbau der Betreuung in den Basler Justizvollzugseinrichtungen werden Ausgaben in der Höhe von Fr. 3’846'000 zu Lasten der Erfolgsrechnung, Justiz- und Sicherheitsdepartement, Dienststelle Bevölkerungsdienste und Migration, bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wurde angenommen mit 83 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

11. Blaulichtkorridore für die Rettung Basel-Stadt

[16.10.24 11:03:44, 24.0428.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht wiederum an deren Präsidentin. Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Gerne berichte ich Ihnen im Namen der Kommission mündlich zu diesem Geschäft, das wir in einer Sitzung behandelt haben. Es ist uns wiederum dankenswerterweise vorgestellt worden vom JSD in Anwesenheit der zuständigen Regierungsrätin Stephanie Eymann, des stellvertretenden Generalsekretärs des Departements, des Kommandanten der Rettung Basel-Stadt sowie des Leiters Projekt und Logistik bei der Rettung Basel-Stadt. Wir haben

einfach verschiedene Nachfragen gestellt, die über den Ratschlag hinausgehen. Da wir aber den Ratschlag so eigentlich unterstützen, werde ich mich eher kurz halten.

Wir empfehlen Ihnen einstimmig, dem Antrag des Regierungsrates zu folgen und die nötigen Gelder zu bewilligen. Die Gesamtsumme ist 1,731 Millionen und diese teilt sich auf in einmalige Investitionskosten von 1,7 Millionen und dann noch 31’000 zu Lasten der Erfolgsrechnung.

Die Rettung verfügt heute über keine Priorisierung bei den Lichtsignalanlagen im Gegensatz zu den Fahrzeugen des öffentlichen Verkehrs. Eine solche Priorisierung, wie wir sie hier dann bewilligen mit den Blaulichtkorridoren, erlaubt es, den Verkehr anzuhalten, damit Einsatzfahrzeuge ungehindert ausrücken können. Heute ist es so, dass es eine rudimentäre Lösung bei den Stützpunkten der Rettung bereits gibt und man damit gute Erfahrungen gemacht hat, aber bei den übrigen Anfahrten zu Einsatzorten gibt es das nicht, da sind die Rettungskräfte auf das korrekte Verhalten der übrigen Verkehrsteilnehmenden angewiesen.

Einsatzfahrzeuge geniessen bei der Nutzung von Blaulicht und Horn gegenüber anderen Fahrzeugen besondere Vortrittsrechte. Sie dürfen also sozusagen mit gebotener Sorgfalt die Verkehrsregeln missachten. Fahrzeuge mit eingeschalteten Sondersignalen bedeuten aber ein erhöhtes Risiko für andere Verkehrsteilnehmende und sind auch selber unter grossem Stress und höheren Gefahren ausgesetzt.

Damit die Rettung ihren Auftrag sicher erfüllen kann, auch unabhängig vom immer dichteren Verkehrsaufkommen möchten wir jetzt diese Blaulichtkorridore bewilligen. Konkret geht es um etwa 20 als kritisch eingestufte Lichtsignalanlagen, bei denen dann die Einsatzfahrzeuge der Sanität und Feuerwehr priorisiert werden sollen. Es geht vor allem um Sicherheit. Ein möglicher Zeitgewinn ist wirklich sekundär. Es können damit lediglich ein paar Sekunden pro Fahrt eingespart werden.

Installiert werden Sie auf wichtigen Achsen, einerseits solchen, die von den Standorten der Rettung wegführen und andererseits wichtige Korridore für die schweren Fahrzeuge der Sanität wie zum Beispiel Anfahrtswege zum Universitätsspital. In Zusammenarbeit auch mit der BVB soll dann diese Lösung realisiert werden und dabei werden auch Erfahrungen aus anderen Städten einbezogen.

Es wird in Basel eine dezentrale und keine einkaufbare Lösung geben, weil im Kanton Lichtsignalanlagen und die Steuerungen ganz unterschiedlicher Hersteller und unterschiedlichen Alters in Betrieb sind, zwar zentral verwaltet aber nicht zentral gesteuert. Wir haben da auch nachgefragt, ob nicht eine Gesamtlösung für Blaulichtorganisationen öffentlicher Verkehr sinnvoll wäre. Die Verwaltung hat dann aber ausgeführt, dass sie diese Frage ausführlich angeschaut haben, der komplette Umbau der Steuerung der Lichtsignalanlagen im Sinne einer zentralen Steuerung aber mit sehr hohen Kosten und auch einer langen Umsetzungszeit verbunden wäre. Deswegen ist das Vorliegende etwas Machbares in einem sinnvollen zeitlichen, sinnvollen finanziellen Rahmen und hat sich deshalb nur auf die Blaulichtkorridore der Rettung fokussiert. Wichtig ist dabei sicher, dass es immer im engen Austausch mit anderen Ämtern passiert. Es gibt verschiedene Umsetzungsvarianten, die uns auch vorgestellt worden sind. Da wird dann wohl das tatsächliche Marktangebot auch darüber entscheiden, welche dann gewählt wird.

Interessiert hat uns noch die Frage, wieso die Polizei von dieser Priorisierung an Lichtsignalanlagen ausgenommen ist. Die Verwaltung hat uns dann nachvollziehbar erläutert, dass sie diese Frage auch mit der Polizei ausführlich angeschaut haben, sich aber dagegen entschieden haben. Gründe sind, weil die Einsatzfahrzeuge der Kantonspolizei im Vergleich zu jener der Rettung leichter und flexibler sind, so dass Auswählen und Abbremsen einfacher ist. Dann rücken diese Einfahrtsfahrzeuge im Regelfall nicht im Konvoi aus – das ist eben bei der Rettung häufig anders – , sondern sie sind einzeln unterwegs. Der wichtigste Punkt ist wohl, dass Polizeifahrzeuge auf Dringlichkeitsfahrten nicht auf definierbaren Rettungsachten unterwegs sind, sondern häufig irgendwo auf Patrouillen eindringlicher Einsatz beginnt und an ganz unterschiedlichen Orten im Kanton enden und somit eben eigentlich nicht auf gewisse Korridore eingeplant oder sinnvollerweise beschränkt werden kann. Das hat uns letztlich dann überzeugt.

Studien aus Deutschland zeigen, dass die allermeisten Unfälle an Kreuzungen und Ampeln auf Blaulichtfahrten zurückzuführen sind und mit diesen Blaulichtkorridoren können wir also insbesondere die Verkehrssicherheit für die schwächeren Verkehrsteilnehmenden und auch für die Mitarbeitenden der Rettung erhöhen. Wir empfehlen Ihnen somit einstimmig, dem Antrag der Regierung zu folgen und diese beantragten Ausgaben zu bewilligen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat spricht der Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Vielen Dank für die umfassende Darlegung dieses Geschäfts durch die JSSK, und auch für die Beratung und die Diskussion in der Kommission.

Sie haben es gehört, es geht bei diesem Geschäft um Blaulichtkorridore, sprich um die Priorisierung der Lichtsignalanlagen für die Rettungsfahrzeuge, die Sanität und die Berufsfeuerwehr, die davon profitieren werden. Das Ansinnen dieses Geschäft ist wirklich der Aspekt der Sicherheit, weil Blaulichtfahrten, auch wenn sie privilegiert und mit Vortritt gefahren werden, immer

auch ein erhöhtes Risiko sind. Man ist abhängig davon, ob sich auch andere Verkehrsteilnehmende an die Vortrittsregeln halten, ob sie das wahrnehmen und dementsprechend ist auch der Stressfaktor unserer Mitarbeitenden sehr hoch bei solchen Einsatzfahrten.

Kommt dazu, dass gerade auch bei der Berufsfeuer und bei der Sanität sehr schwere Fahrzeuge unterwegs sind. Da sprechen wieder die Argumente vom Bremsweg und von der Übersichtlichkeit dafür, dass wir wirklich alles tun, damit diese Fahrzeuge sicher unterwegs sind, sicher für unsere Mitarbeitenden, aber auch sicher für die weiteren Verkehrsteilnehmenden. Wir haben es gehört, vor allem auch die Feuerwehr ist nicht selten oder häufig sogar im Konvoi unterwegs. Das erleichtert das Ganze auch noch, wenn man da nicht über Rot die Kreuzung passieren muss, sondern bei der normalen Verkehrsführung bei einer grünen Ampel.

Eine eindrückliche Zahl ist, dass wir doch pro Jahr etwa 1000 Rotlichtübertretungen der Rettungsfahrzeuge messen und dies bei nur 10 Prozent überwachten Ampeln. Dementsprechend sieht man auch, wie häufig, dass das vorkommt und der Regierungsrat ist auch der Meinung, dass es sinnhaft ist, diese rund 20 Notfallachsen, diese Strecken, die Berufsfeuerwehr und Sanität regelmässig befahren, zu privilegieren. Und es wurde schon gesagt von der Präsidentin, das ist der Unterschied auch zur Kantonspolizei, weil die Rettungung doch immer ausrückt und dann nach dem Einsatz auch wieder einrückt. Es gibt bei sowohl bei der Sanität als auch bei der Berufsfeuerwehr keine sogenannte Patrouillentätigkeit, dass man von irgendwo in der Stadt ausrückt, sondern es wird immer, im Moment bei der Sanität ab Zeughaus und bei der Berufsfeuerwehr ab Lützelhof, ausgerückt und entsprechend sind dann die Achsen auch definiert. Auch die Zusammenarbeit mit dem BVD bezüglich Ampelsteuerung ist gewährleistet.

Deshalb danke ich Ihnen, wenn Sie diesen Blaulichtkorridoren zustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Dann gehe ich davon aus, dass Regierungsrätin Stephanie Eymann und Barbara Heer auf ein zweites Votum verzichten.

Eintreten ist nicht bestritten. Rückweisung wurde nicht beantragt. Detailberatung und Abstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004538, 16.10.24 11:14:25]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Entwicklung, Umsetzung und den Betrieb einer Priorisierung von Einsatzfahrzeugen der Rettung Basel-Stadt während Einsatzfahrten bei Lichtsignalanlagen werden insgesamt Ausgaben in Höhe von Fr. 1'731'000 bewilligt. Diese teilen sich wie folgt auf:

- Einmalige Investitionskosten in Höhe von Fr. 1'700'000 zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich Übrige

- Wiederkehrende Ausgaben in Höhe von Fr. 31'000 zu Lasten der Erfolgsrechnung des Justiz- und Sicherheitsdepartementes, Dienststelle Rettung.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grosse Rat stimmt einstimmig zu mit 90 Ja-Stimmen.

12. Ermächtigung des Regierungsrates zur Aufnahme von langfristigen Schulden auf dem Kapitalmarkt bis zum Betrag von 4'000'000'000 Franken

[16.10.24 11:14:39, 24.0791.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Finanzkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidenten Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die Finanzkommission beantragt Ihnen einstimmig mit 13 zu 0 Stimmen, den Regierungsrat für die Jahre 2025 bis 2028 zur Aufnahme von langfristigen Schulden auf dem Kapitalmarkt bis zur Höhe von maximal 4 Milliarden Franken zu ermächtigen. Wir haben aufgrund der Einstimmigkeit des Geschäfts auf einen schriftlichen Bericht verzichtet.

Gemäss unserer Kantonsverfassung beschliesst der Grosse Rat über den Rahmen der Fremdmittelaufnahme, die für die Staatsbedürfnisse erforderlich sind. Als Fremdmittel gelten die auf dem Kapitalmarkt aufgenommenen langfristigen Schulden mit einer Laufzeit von länger als einem Jahr, nicht jedoch die kurzfristigen Verpflichtungen mit einer Laufzeit von höchstens 12 Monaten. Kurzfristige Schulden werden insbesondere zur vorübergehenden Sicherung der Zahlungsfähigkeit des Kantons benötigt und werden am Geldmarkt aufgenommen.

Am 9. Dezember 2020 hat der Grosse Rat beschlossen, den Regierungsrat zur Aufnahme von langfristigen Schulden auf dem Kapitalmarkt von ebenfalls insgesamt nicht mehr als 4 Milliarden Franken zu ermächtigen. Dieser damalige Beschluss und die damit verbundene Ermächtigung ist bis zum 31. Dezember 2024 befristet. Mit diesem Bericht nun und mit dem Antrag des Regierungsrates soll diese Ermächtigung durch den Grossen Rat wiederum erneuert werden.

Die Schulden- und Vermögensbewirtschaftung des Kantons Basel-Stadt erfolgt seit dem Jahr 2000 nach dem Reglement für Asset Liability Management. Ziel dieses Reglements ist es, die Zinsbelastung zu minimieren und sich gegen Schwankungen der Zinskosten abzusichern. Im Rahmen dieses Reglements wird eine langfristige Zinsstrategie definiert, die die Zinskosten in Abhängigkeit von Faktoren mit Zinssatz, Schuldenhöhe und Zinsbindungsfrist steuert. Der Kanton finanziert einen Teil seiner Schulden langfristig, um das Risiko von schnellen Zinssatzänderungen zu reduzieren. Diese Strategie führt jedoch zu höheren Durchschnittszinsen im Vergleich zu kurzfristigen Schulden. Dadurch entsteht ein Zielkonflikt. Während lange Laufzeiten eine Stabilität bieten, erschweren sie es, von sinkenden Zinsen zu profitieren. Bei kurzfristigen Laufzeiten kann der Kanton flexibler auf Marktveränderungen reagieren.

Der Kanton strebt eine durchschnittliche Restlaufzeit von etwa drei Jahren an, hat aber 2016 beschlossen, gezielt Fremdkapital mit längeren Laufzeiten aufzunehmen. Derzeit liegt die durchschnittliche Restlaufzeit der Schulden bei etwa sechs Jahren, was den Vorteil der niedrigen Zinssätze in den letzten Jahren nutzt. Diese Strategie hilft, die Zinskosten langfristig zu optimieren und die finanzielle Stabilität des Kantons zu gewährleisten.

Die beantragte Ermächtigung zur Aufnahme von langfristigen Schulden ist kein Mittel zur Steuerung der Verschuldung. Dafür gibt es gemäss unserer Verfassung eine Schuldenbremse. Diese besagt, dass die Verschuldung im Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Kantons einen festgelegten Wert nicht überschreiten darf. Gemäss § 4 Abs. 1 des Finanzhaushaltgesetzes von 2012 darf die Nettoschuldenquote des Kantons, also die Nettoschuld relativ zum Schweizer Bruttoinlandprodukt maximal 6,5 Promille betragen. Seit 2003 hat der Kanton seine Nettoschulden abgebaut und bis Ende 2023 ein Nettovermögen von 452 Millionen Franken erzielt, was einer Nettoschuldenquote von Minus 0,6 Promille entspricht. Neben der Schuldenbremse wird die Verschuldung auch durch die jährliche Budgetfestlegung und Investitionsentscheidungen beeinflusst.

Die bereits erwähnte, vom Grossen Rat bewilligte Aufnahme von Schulden auf dem Kapitalmarkt aus dem Jahre 2020: Der Grossratsbeschluss für die Jahre 2021 bis 2024 wurde wie folgt ausgeschöpft: Die Geldaufnahme wird Ende 2024 voraussichtlich 1’195 Millionen Franken betragen, was 30 Prozent der Gesamtlimite von 4 Milliarden ausmacht. Diese geringe Auslastung resultiert aus besseren Rechnungsergebnissen in den Jahren 2021 bis 2023, in denen statt des erwarteten negativen Finanzierungssaldos von 971 Millionen Franken ein kumulierter Überschuss von 571 Millionen Franken erzielt wurde. Der Kanton konnte zudem 580 Millionen Franken Schulden abbauen, von den geplanten 200 Millionen Franken für Beteiligungen wurden 12 Millionen abgerufen und die Reserven von 504 Millionen Franken blieben ungenutzt. So wurde der Rahmen also um 2,8 Milliarden Franken unterschritten.

Das Finanzierungsvolumen für die nächsten vier Jahre beläuft sich gemäss aktuellen Schätzungen wiederum auf 4 Milliarden Franken. Für die Jahre 2025 bis 2028 sind aufgrund hoher Investitionen negative Finanzierungssalden von 289 bis 417 Millionen Franken geplant. Der Finanzierungsbedarf beläuft sich auf rund 1,481 Milliarden Franken. Geplante Immobilienprojekte umfassen 500 Millionen Franken, darunter das Wohnbauprogramm 1’000 Plus und die Entwicklung des Rosental/Mitte Areals der Kanton unterstützt seine Tochtergesellschaften bei der Fremdfinanzierung, indem er am Finanzmarkt Gelder aufnimmt und als Darlehen weitergibt. Der Kapitalbedarf für Beteiligungen beträgt 200 Millionen Franken, insgesamt ergibt sich damit für die Jahre 2025 bis 2028 also ein Finanzierungsbedarf über rund 3,6 Milliarden

Franken, zusätzliche Reserven für Unsicherheiten von rund 400 Millionen Franken erhöhen den Gesamtbetrag auf besagte 4 Milliarden Franken.

Doch wie gesagt, es handelt sich hierbei nur um einen Rahmen. Mehr dazu kann Ihnen bei Bedarf sicherlich auch die Vorsteherin des Finanzdepartements Regierungsrätin Tanja Soland sagen. Wir als Finanzkommission beantragen Ihnen, wie bereits erwähnt, einstimmig, den Regierungsrat mit diesem Betrag zur langfristigen Aufnahme von Schulden auf dem Kapitalmarkt zu ermächtigen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Dann fragen wir die zuständige Regierungsrätin, ob sie das Wort wünscht. Sie verzichtet. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Dann fragen wir Regierungsrätin Tanja Soland nochmals, sie verzichtet nochmals und ich nehme an, auch Joël Thüring, Präsident der Finanzkommission verzichtet in der zweiten Runde.

Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Detailberatung und Abstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004540, 16.10.24 11:22:40]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Regierungsrat wird in den Jahren 2025 bis 2028 zur Aufnahme von langfristigen Schulden auf dem Kapitalmarkt von insgesamt höchstens Fr. 4’000’000’000 ermächtigt.

2. Diese Ermächtigung ist befristet bis zum 31. Dezember 2028.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss ist einstimmig angenommen mit 90 Ja-Stimmen.

13. Konsolidierte Rechnung des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2023

[16.10.24 11:22:54, 24.5431.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch hier beantragt die Finanzkommission, dder konsolidierten Rechnung 2023 zuzustimmen.

Joël Thüring (SVP): Die konsolidierte Jahresrechnung erlaubt als Führungsinstrument einen gesamthaften Überblick über die finanzielle Situation des Kantons, genannt Stammhaus unter Einbezug der Tochtergesellschaften sowohl in der Erfolgsrechnung als auch in der Bilanz. Sie gewährt somit eine andere Sichtweise in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des kantonalen Finanzhaushaltes.

Der vom Regierungsrat beschlossene Konsolidierungskreis umfasst neben dem Stammhaus die voll konsolidierten Einheiten Basler Verkehrsbetriebe BVB, die IWB, die universitäre Altersmedizin Felix Platter, die Universitären Psychiatrischen Kliniken, das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin und das Unispital Basel, sowie die mittels anteiligen Eigenkapital

konsolidierten Einheiten. Dazu gehören die BKB und wesentliche Minderheitsbeteiligungen, auf welche der Kanton einen massgeblichen Einfluss ausübt und die er gemeinschaftlich mit anderen Kantonen führt.

Im Jahr 2023 Produkt der Betriebsaufwand des Konzerns 7,0 Franken, aufgeteilt in 4,4 Milliarden Franken vom Stammhaus und 2,6 Milliarden Franken der Tochtergesellschaften. Der Anstieg um 174,7 Millionen Franken resultiert vor allem aus hören Personalaufwendungen und geringeren Abschreibungen. Der Betriebsertrag stieg auf 7,3 Milliarden Franken hauptsächlich durch höhere Fiskalerträge und gestiegene Umsätze. Das Gesamtergebnis des Konzerns zeigt einen Überschuss von 582,2 Millionen Franken, wobei das Stammhaus 413,4 Millionen Franken beitrug. Die Zunahme von 274,4 Millionen Franken resultiert vor allem aus höheren Steuereinnahmen.

Die Bilanzsumme des Konzerns beträgt 20,8 Milliarden Franken. Davon entfallen 14,3 Milliarden auf das Stammhaus. Das konsolidierte Eigenkapital liegt bei 12,2 Milliarden Franken, wovon 6,9 Milliarden auf das Stammhaus entfallen. Im Vergleich zum Vorjahr ist das Eigenkapital um 652,4 Millionen Franken gestiegen, wovon 433,7 Millionen auf das Stammhaus zurückzuführen sind. Der Anstieg resultiert zudem aus Zuwächsen bei der BKB und den IWB, während das Universitätsspital einen Rückgang von 44,6 Millionen Franken verzeichnete. Weitere Details können Sie der konsolidierten Rechnung entnehmen, die Ihnen auch zugestellt wurde.

Die Finanzkommission konnte die konsolidierte Rechnung mit der Finanzkontrolle besprechen, welche diese Rechnung prüfte und keine Unstimmigkeiten fand. Aufgrund des nachvollziehbaren und korrekten Ergebnisses verzichtete die Finanzkommission in diesem Jahr auf die Anhörung der Finanzverwaltung. Die konsolidierte Rechnung wird seitens der Finanzkontrolle zur Annahme empfohlen und dieser Empfehlung schliesst sich auch die Finanzkommission einstimmig an. Wir bitten Sie, heute der konsolidierten Rechnung ebenfalls zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet auf ein Votum. Auch Sie alle scheinen das zu tun. In der zweiten Runde verzichten Regierungsrätin Tanja Soland und Joël Thüring ebenfalls.

Eintreten ist auch hier obligatorisch. Rückweisung wurde auch hier nicht beantragt.

Detailberatung und Abstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004542, 16.10.24 11:27:30]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die konsolidierte Jahresrechnung 2023 des Kantons Basel-Stadt wird genehmigt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie genehmigen die konsolidierte Rechnung einstimmig mit 89 Ja-Stimmen.

14. Digitale Unterstützung der Instandhaltung beim Tiefbauamt (ERP-I)

[16.10.24 11:27:45, 24.0874.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidenten Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Wir sind mit dieser Vorlage beim Tiefbauamt im Geschäftsbereich Betrieb, es geht also um die Instandhaltung der Infrastruktur wie Strassen, Kanalisierung und so weiter, so wie auch der Kommunalfahrzeuge des Tiefbauamts, der Stadtgärtnerei und so weiter. Es geht um die Erneuerung eines bestehenden Systems, um die Verbesserung desselben und dann auch noch um die Verknüpfung mit der Sensorik. Es geht konkreter noch um die Ressourcenplanung, also um IT-Datenbanken.

Die UVEK hat sich mit diesem Ratschlag in einer Sitzung beschäftigt. Das Begehren ist für die UVEK nachvollziehbar. Wir beantragen darum mit 12 zu 0 Stimmen, dem Beschlussantrag zuzustimmen. Es ist ein Baustein in der Digitalisierung der Verwaltung und man erhofft sich dadurch mehr Effizienz gegenüber heute, einerseits weil wir da damit auf einem neueren Stand der Technik sind. Es schafft die Möglichkeit einer Harmonisierung mit anderen Instrumenten der kantonalen Verwaltung. Die verschiedenen Teilsysteme werden vereinigt und dadurch entfallen Schnittstellen und ebendiese Sensorik im Sinne von Smartcity, dass man mit den Elementen kommunizieren kann, schafft dann auch Vorteile in der Effizienz. Insgesamt resultiert so eine bessere Wirtschaftlichkeit und die Prozesse werden im Tiefbauwand erleichtert.

Man kann so die heutigen Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen. Alles beruht auf einer Feststellung aus dem GAP-Bericht 2017 bis 2021 und man setzt so diese Erkenntnisse um. Die Umsetzung wird circa 18 Monate ab dem GRB dauern und es fallen einmalig 3,8 Millionen Franken an, wiederkehrend knapp 200’000 Franken, dabei geht es vor allem um Lizenzen.

Das Nutzen-Kosten-Verhältnis ist eindeutig positiv mit 1,5. In der UVEK haben wir uns gefragt, wo dann konkret die Einsparungen anfallen und es wurde dann auf den damaligen Bericht verwiesen. Es sind rund 3,5 Stellen, die man so voraussichtlich einsparen kann. Man kann ein Reservefahrzeug einsparen und man sieht dann diverse Nutzen, wie zum Beispiel weniger Schäden, weil Leitungen weniger brechen sollten, die man jetzt nicht direkt beziffern kann.

Aus Sicht der UVEK überwiegen die Vorteile klar allfällige Risiken. Es ist ein Beispiel für einen angestossenen Prozess der Digitalisierung der Verwaltung. Darum hat die UVEK am Schluss mit 11 zu 0 Stimmen den Beschluss gefasst, dem Beschlussantrag zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Angesichts dessen, dass das Traktandum nicht umstritten ist, darf ich es sehr kurz halten. Sie haben es, wenn Sie einen Blick in den Ratschlag geworfen haben, gesehen, das Tiefbauamt ist wirklich sehr systematisch vorgegangen bei der Problemanalyse, auch beim Erarbeiten der Massnahmen und jetzt beim Entscheid auch darüber, wie weiter vorgegangen werden soll.

Die Digitalisierung in diesem Bereich wird wirklich eine grosse Hilfe sein bei der Organisation, auch in Bezug auf die Effizienz, und ich würde mich deshalb über Ihre Zustimmung sehr freuen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten ist nicht bestritten, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen zur Detailberatung und zur Abstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004545, 16.10.24 11:33:02]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Einführung SAP S4/HANA Logistikmodule im Tiefbauamt inkl. Anbindung Sensorik/Telematik-Lösungen werden Ausgaben in der Höhe von Fr. 3'964’000 bewilligt. Diese Ausgaben teilen sich wie folgt auf:

1. Fr. 3’294’000 für das Projekt ERP-Instandhaltung zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Investitionsbereich «Informatik» (Tiefbauamt, Geschäftsbereich Betrieb, Pos. 6170.400.51005).

2. Fr. 485’000 für das Projekt ERP-Instandhaltung zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Tiefbauamt, in der Periode 2025 – 2027.

3. Fr. 185'000 jährliche Folgekosten für Lizenzen, Serverbetrieb, Second Level Support sowie Gerätesupport zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Ver-kehrsdepartements, Tiefbauamt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch hier haben wir einen einstimmigen Entscheid für den Grossratsbeschluss mit 87 Ja-Stimmen.

15. Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend integrale Signalisation von Tempo 30 in Basel-Stadt mit gleichzeitiger Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs gemäss Kantonsverfassung §30

[16.10.24 11:33:18, 21.5840.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidenten Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Es geht um einen Auftrag des Grossen Rates, der aus zwei Teilen besteht, einerseits aus dem Konzept Integral Tempo 30 und andererseits dem Massnahmenplan Beschleunigung ÖV. Der Teil Integral Tempo 30 besteht seinerseits dann wieder aus einem Unterteil Anpassung Strassennetzhierarchie und dem eigentlichen Konzept. Die Anpassung der Strassennetzjierarchie liegt in der Kompetenz des Regierungsrates, das Konzept Integral Tempo 30 soll koordiniert werden mit der Strassenlärmsanierung, zu der der Grosse Rat bereits Mittel gesprochen hat.

Ich möchte kurz den Stand darlegen, den wir erfahren haben von Seiten Regierungsrat beziehungsweise Bau- und Verkehrsdepartement und dann kurz wiedergeben, welche Punkte wir in der UVEK diskutiert haben.

Bezüglich Strassennetzhierarchie liegt aktuell ein Entwurf vor. Er soll bis Mitte 2025 abgeschlossen sein. Auf der Seite Konzept Konzept Tempo 30 liegt ebenfalls ein Entwurf der Varianten vor, und auch das soll bis circa Mitte 2025 abgeschlossen werden. Bei der ÖV-Beschleunigung liegt die Schwachstellenanalyse vor und der Abschluss des Projektes ist auch für Mitte 2025 vorgesehen. Bei der Strassenlärmsanierung geht es ja darum, dass verschiedene Strassenabschnitte Tempo 30-Gutachten brauchen. Das sind rund 33 Kilometer Strassen in unserem Kanton, die verkehrsorientiert sind, wo man aus Lärmschutzgründen Tempo 30 prüft. Hier liegen erste Gutachten vor. Ausstehend ist der Abschluss dieses Teilprojektes und die Konsolidierung, eben die Kombination mit dem Konzept Tempo 30 und der ÖV-Beschleunigung. Ein entsprechender Ratschlag ist da auch in Erarbeitung. Kostenseitig bedeutet das, dass das exklusive Strassenlärmsanierung 590’000 Franken sind, wovon nun 410’000 Franken beantragt werden. Darüber stimmen wir heute ab, zusätzlich zur Fristerstreckung der Motionserfüllung bis Ende 2025.

In der UVEK gab es zu diesem Geschäft unterschiedliche Haltungen. Vier Personen sprechen sich gegen die beantragten Mittel aus, weil sie die Stossrichtung Integral Tempo 30 ablehnen. Neun Personen sind gegenteiliger Meinung. Ihrer Sicht nach soll die Planung abgeschlossen werden und die neue Frist eingehalten werden. Im Namen dieses Teil der UVEK möchte ich folgende Anliegen mitgeben: Bei der Strassennetzhierarchie besteht für den Kanton Spielraum. Er soll zugunsten der Siedlungsverträglichkeit und der Verkehrsberuhigung genutzt werden. Ebenfalls bei der Strassennetzhierarchie geht es um die Klassifizierung, die unter anderem abhängig von der Verkehrsbelastung ist. Hierzu hat der Regierungsrat im Rahmen der Klimaschutzstrategie eine behördenverbindliche MIV-Reduktion von einem Drittel bis 2037 vorgegeben. Auch das sollte berücksichtigt werden.

Der dritte Punkt ist Tempo 30, dies bedeutet weniger Lärm. Und weniger Lärm. bedeutet mehr Potenzial für verdichtetes Bauen in unserem Kanton, sprich mehr Wohnraum. Dieser Punkt kam bis jetzt in der Diskussion zu kurz und auch das wäre ein Wunsch, dass dem mehr Beachtung geschenkt wird. Zuletzt noch finden es diese neun Personen wichtig, dass die Koordination zwischen der Lärmsanierung, wo der Fokus vor allem in der Nacht ist, und dem Integral Tempo 30 wichtig.

Kurz noch weitere Punkte, die wir in der UVEK diskutiert haben. Die ausführliche Diskussion haben wir hier ja bereits zu Tempo 30 geführt. Ich werde nicht mehr auf diese Argumente eingehen. Wir haben diskutiert, ob Fussgängerstreifen in Tempo 30 Zonen oder bei Tempo 30 Strecken möglich sind. Und das ist so, gerade bei Haltestellen oder auch bei Schulen und Altersheimen kann man auch bei Tempo 30 Fussgängerstreifen anbringen. Wir haben über die Begrifflichkeiten verkehrsorientiert versus siedlungsorientiert, Haupt- versus Nebenstrassen oder die Kategorien gemäss VSS wie zum Beispiel eine Quartiersammelstrasse, diskutiert. Häufig ist ja zum Beispiel von Hauptstrassen die Rede. Eine entsprechende Petition wurde eingereicht. Gerade der Begriff Hauptstrasse ist sehr unpräzise. Wenn man zum Beispiel sich vor Augen führt, dass die Hauptsammelstrasse Strassburgerallee Tempo 30 ist und die Hauptstrasse Cityring einen ganz anderen Charakter hat. Am Schluss ist wesentlich, welche Funktion und welchen Charakter die Strasse hat, ob Tempo 30 sich anbietet oder nicht.

Wir haben mehrere Punkte diskutiert zu Tempo 30 und dem öffentlichen Verkehr. Wir konnten erfahren, dass auf der Feldbergstrasse, wo seit ein paar Wochen Tempo 30 gilt, bis jetzt keine signifikanten Fahrzeitverluste für die Busse festgestellt wurden. Der Bus 30 verliert vor allem Fahrzeit auf dem Cityring mangels einer eigenen Spur. Überhaupt fährt der ÖV in unserem Kanton an nur sehr überschaubaren Abschnitten wirklich schneller als Tempo 30. Häufige Kreuzungen, Haltestellen oder auch Fussgängerübergänge tragen dazu bei, dass dieser Fall relativ überschaubar vorkommt. Und wo es theoretisch durch Tempo 30 zu Fahrzeitverlangsamungen kommen könnte, kann man mit Hilfe von Lichtsignalanlagen, Eigentrassee oder einem besseren Fahrgastwechsel versuchen, diese Zeiten wieder auszugleichen. Tempo 30 kann auch zur Verstetigung des Verkehrs führen. Auch das kann dem ÖV zugute kommen. Und schliesslich führt Tempo 30 zu weniger Unfällen und Störungen, auch dadurch profitiert der öffentliche Verkehr. Das wird jedoch in der Analyse nicht berücksichtigt, denn das ist ein qualitativer Faktor.

Wir haben uns auch darüber unterhalten, was eigentlich ein Eigentrassee beim öffentlichen Verkehr ist, denn sobald der öffentliche Verkehr ein Eigentrassee hat, kann er auch schneller als 30 fahren selbst dann, wenn 30 auf der Strasse signalisiert ist. Voraussetzung für eine Eigentrasse ist eine bauliche Abtrennung. Das kann ein Randanschlag sein, der muss nicht gross sein wie ein normales Trottoir, aber die Abtrennung muss deutlich sein, eine Entsiegelung dieser Trassen hilft natürlich noch in der Erkennbarkeit.

Und zum Schluss haben wir noch diskutiert, dass unbestritten ist, dass aus Lärmschutzgründen Tempo 30 sinnvoll ist. Es gibt aber auch bundesgesetzliche Vorgaben, die die Eigner der Strassen – und der Kanton oder die Einwohnergemeinde Basel sind solche Eigner -, dazu verpflichten, aus Verkehrssicherheitsgründen eine Reduktion der Maximalgeschwindigkeit zu prüfen.

Das ist ein Endblick in die Diskussion. Neun Personen sind für die Beschlussvorlage, vier Personen sprechen sich dagegen aus.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Adrian Iselin möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Diese wird angenommen. Adrian Iselin hat das Wort.

Adrian Iselin (LDP): Wie gehen wir mit der auf Bundesebene hängigen Motion Schilliger um, mit der generell Tempo 50 auf Hauptstrassen gefordert wird? Nach meinem Verständnis würde Bundesrecht kantonales Recht brechen.

Raphael Fuhrer (GAB): Genau, das aktuelle Bundesrecht sieht die Möglichkeit vor, dass Kantone und Gemeinden auf ihren Strassen Tempo 30 einführen können und in einem Rechtsstaat gilt dasjenige Recht, das aktuell ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wichtig war dem Regierungsrat, Ihnen hier einen Zwischenstand der Arbeiten zu geben, und das machen wir mit diesem Bericht. Mitte 2025, also nicht Mitte nächstes Jahr, soll die überarbeitete Strassennetzhierarchie vorliegen. Es sollen auch erste Vorschläge vorliegen, wie das Tempo 30 Zielnetz aussehen soll und dieses Netz ist jetzt kantonsintern in Diskussion.

Wichtig sind uns auch die Massnahmen zur ÖV-Beschleunigung, Kommissionspräsident Raphael Fuhrer hat das erwähnt, denn wir wollen ja nicht, dass Tempo 30 die Busse und die Trams ausbremst. Auch da liegen erste Ergebnisse einer Schwachstellenanalyse vor und darauf basierend erarbeiten wir jetzt Beschleunigungsmassnahmen.

Das alles braucht etwas mehr Zeit und auch mehr Mittel. Ich denke, wir sind uns aber alle einig, dass diese Planung sehr sorgfältig gemacht werden muss, um sicherzustellen, dass wir keine unerwünschten Nebeneffekte haben. Vielen Dank an die

Kommission für die detaillierte Beratung und die grundsätzliche Zustimmung. Den Grundsatzentscheid zu diesem Geschäft haben Sie vor zwei Jahren gefällt und es macht Sinn, jetzt daran weiter zu arbeiten. Der Regierungsrat beantragt deshalb die Zustimmung zu diesen Anträgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP hat sich Pascal Messerli gemeldet.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP bittet Sie, diesen Zwischenbericht abzulehnen und die Motion Raphael Fuhrer als erledigt abzuschreiben. Wir waren ja auch schon bei der ersten und bei der zweiten Überweisung gegen diese Motion. Dementsprechend ist es auch nicht überraschend, dass wir diesen Zwischenbericht auch ablehnen.

Es benötigt aus unserer Sicht keine weiteren staatlichen Mittel, um weitere Tempo 30 Zonen zu planen. Es gibt in den Quartierstrassen schonbsehr viele Tempo 30-Zonen und wenn man der Meinung ist, dass es situativ vielleicht noch das eine oder andere mehr benötigt, dann kann man das im Einzelfall prüfen. Wir sind aber dagegen, und das fordert ja diese Motion, dass hier kollektiv Tempo 30 auf dem ganzen Kantonsgebiet eingeführt wird, auch auf Hauptstrassen, auch auf viel befahrenen Strassen. Das lehnen wir ab.

Es ist auch nicht so, dass man sich auf der linken Seite ganz stark für Verkehrssicherheit und für Lärmbelastung einsetzen möchte. Es geht bei diesem kollektiven Tempo 30 einzig und allein darum, es dem Autofahrer so schwer wie möglich zu machen, und bei dieser links-ideologischen Verkehrspolitik macht die SVP nicht mit. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass diese kompromisslose Anti-Autopolitik dank der GLP im Regierungsrat und dank der GLP im Grossen Rat mehrheitsfähig ist. Nehmen Sie aber zur Kenntnis, dass beispielsweise auch die Stadtklimainitiativen letztes Jahr deutlich abgeschmettert wurden von der Bevölkerung und sich die Bevölkerung keine ideologische Verkehrspolitik wünscht.

Zu guter Letzt möchte ich auch noch auf den Punkt von Adrian Iselin zurückkehren, der eine Zwischenfrage an Raphael Fuhrer, den Kommissionspräsidenten, gestellt hat. Wenn wir heute Gelder sprechen und 400’000 Franken bewilligen, damit der Regierungsrat weitere Tempo 30 Zonen planen kann, dann geschieht das und der Regierungsrat plant, um in Zukunft dann dem Bundesrecht zu widersprechen. Das ist doch völlig absurd, und alleine aus diesem Grund können wir doch hier dem nicht zustimmen, wenn gleichzeitig auf Bundesebene eine Motion hängig ist.

Also bitte, bleiben Sie vernünftig und lehnen Sie diesen Zwischenbericht ab und schreiben Sie auch die die Motion von Raphael Fuhrer ab, denn eines Tages werden wir sowieso dann vom Bundesgericht gerügt und dann können wir gerade jetzt schon diesen Schritt zurück machen. Das wäre das Sinnvollste.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Pascal Messerli, möchten Sie eine Zwischenfrage von Oliver Thommen annehmen? Sie wird angenommen.

Oliver Thommen (GAB): Haben Sie schon einmal an einer Tempo 50-Strasse gewohnt oder mit einem Kind versucht, über eine Tempo 50-Strasse zu gehen?

Pascal Messerli (SVP): Ich bin in Riehen aufgewachsen an einer Tempo 50-Strasse, also ja.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Tempo 30 bringt mehr Sicherheit, es gibt weniger Unfälle und wenn es trotzdem zu solchen kommt, sind sie weniger gravierend. Der Verkehr ist gleichmässiger. Es gibt weniger Stop and Go, und dadurch sinken auch die Emissionen. Die Luftqualität wird besser und es ist auch besser für das Klima und die Gesundheit. Nicht zuletzt wird es ruhiger, gerade in der Nacht, und die Lebensqualität steigt -genügend Gründe für Tempo 30, deshalb bin ich auch froh, dass wir vor zwei Jahren entschieden haben, dass dieses Konzept vorgelegt werden muss und im Kanton Basel-Stadt integral Tempo 30 eingeführt werden soll, wo dies überall möglich ist.

Es ist deshalb aus unserer Sicht absolut richtig, dass nun Geld gesprochen wird, um diese umfassende Planung für Tempo 30 und die Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs auf dem Kantonsgebiet voranzutreiben und die detaillierten einzelfallweisen Abklärungen bei verkehrsorientierten Strassen zu machen. Wir unterstützen natürlich auch sehr die Koordination der Arbeiten für Tempo 30 mit jener zur Strassenlärmsanierung und zur Strassennetzhierarchie. Diese hängen

sehr eng zusammen. Wir haben deshalb zu einem gewissen Grad auch Verständnis dafür, dass die Arbeiten länger gehen als in der Motion gefordert.

Es wundert uns aber schon ein bisschen, dass der Antrag für diesen Ausgabenbericht erst jetzt kommt, also zu dem Zeitpunkt, an dem die Motion eigentlich schon umgesetzt werden sollte und das Konzept vorgelegt werden müsste. Hat man es wirklich erst so spät gemerkt, also ein paar Tage vor Ablauf der Frist, dass die Finanzkompetenz des BVD nicht ausreicht, um diese Motion umzusetzen? Oder werden Vorstösse in diesem Parlament aus Prinzip immer erst auf den allerletzten Drücker beantwortet?

Anwohnende und Eltern, die Kinder über Tempo 50-Strassen begleiten müssen oder deren Kinder einen Schulweg entlang diesen Strassen machen müssen, warten schon lange darauf, dass Tempo 30 eingeführt wird und dass es mehr Verkehrssicherheit gibt. Es ist deshalb auch wenig überraschend, dass immer wieder die Petition für mehr Tempo 30 Strecken überreicht und auch hier drin überwiesen werden. Die letzte, die wir in der Petitionskommission behandeln durften, war jene für den sicheren Schulweg in Lysbüchel, die auch die Elsässerstrasse betrifft. Es ist also wirklich ein dringendes Anliegen aus der Bevölkerung, dass es hier vorwärts geht und wir hoffen, dass es jetzt auch wirklich passiert.

Denn es ist schon ein wenig auffällig, wenn es um den ESC geht, dann geht es plötzlich alles sehr schnell in diesem Kanton und es ist auch ziemlich egal, wie viel es kostet. Wenn es um die Verkehrssicherheit geht, wartet man Jahre, nicht nur jetzt bei dieser Motion, sondern auch bei den Motionen Wanner und Mösch zu sicheren Schulwegen, die bereits seit fünf beziehungsweise sechs Jahren auf ihre Umsetzung warten. Ich will damit nicht den zuständigen Fachpersonen einen Vorwurf machen, ich denke, die geben ihr Bestes oder sie versuchen es zumindest, diesen Auftrag umzusetzen. Es geht mir wirklich um die Prioritätensetzung in der politischen Führung bei der Departementsleitung, aber auch beim Gesamtregierungsrat.

Ich danke Ihnen für die Zustimmung zu dieser Ausgabenbewilligung, zu der Fristverlängerung der Motion, und ich freue mich, wenn die Motion dann tatsächlich bis spätestens Ende 2025 umgesetzt wird. Eine weitere Fristverlängerung wäre definitiv ein Affront gegenüber allen, die dringend auf Tempo 30 warten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Ich möchte mich kurz halten. Für die LDP sind die angedachten Massnahmen die falschen oder führen zu weit mit dem Temporegime. Die Strassennetzhierarchie, wie sie jetzt angewendet wird, macht doch durchaus Sinn, und der Verkehr funktioniert.

Noch kurz zum ÖV: Dieser verfügt teilweise über wenig eigene Trassees, das heisst, so ein Temporegime wird sich nicht unbedingt für eine Beschleunigung auswirken. Darum sind wir gegen diese Ausgabenbewilligung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Mitte/EVP spricht Daniel Albietz.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Die Vorlage, über die wir heute zu befinden haben, ist ein gutes Beispiel für das Ergebnis ideologischer Verkehrspolitik. Erlauben Sie mir vorweg die Bemerkung, dass wir uns als Fraktion nicht grundsätzlich gegen Tempo 30 oder sogar Tempo 20 stellen, wo dies angemessen ist und Sinn macht. Die Ideologie beginnt dort, wo integral Tempo 30 für den ganzen Kanton gefordert wird und nun mit weiteren finanziellen Mitteln unterfüttert werden soll.

Die Motion und der nun vorliegende Ausgabenbericht betrifft die «integrale Signalisation von Tempo 30 in Basel-Stadt (also nicht nur in Basel) mit gleichzeitiger Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs», also Verlangsamung mit Beschleunigung. Und wer den integralen Widerspruch diese Formulierung nicht erkennt, ist wahrscheinlich bereits verkehrsideologisch kontaminiert. Bei integral Tempo 30 werden auch die BVB-Busse und die in die Strasse eingebetteten Trams nie mehr schneller als 30 fahren, weder auf der Bäumlihofstrasse (Bus 34) noch auf der Grenzacherstrasse (Busse 31 und 38) noch in der Lörracherstrasse (Tram 6) noch an der Nauenstrasse (Bus 42) noch an der Gundeldingerstrasse-(Bus 36) noch an der Bettingerstrasse oder auf dem Chrischonarain (Bus 32). Wie dies zur Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs führen soll, bleibt das Geheimnis der Motionäre und der Regierung, die diese Motion umzusetzen hat.

Die Beispiele zeigen auch, dass es ein Unsinn ist, den ganzen Kanton über einen Kamm zu scheren, denn die Situation in der Stadt präsentiert sich nun mal anders als ausserhalb der Stadt, wo das Kantonsgebiet nicht gleich aufhört, etwa an der Lörracherstrasse oder auf dem Weg nach St. Chrischona. Gerade Angehörigen dieses Parlaments aus Riehen und Bettingen ist leider hinlänglich bekannt, dass sich die Stadt hin und wieder für den ganzen Kanton hält und dass Gesetze und Konzepte mit einer städtischen Optik verfasst werden, ohne zu überprüfen, ob diese auch für die beiden Landgemeinden sinnvoll sind und auf die doch noch vorhandenen ländlichen Gebiete dieses Kantons passen. Leider gehört es zur Aufgabe der Vertreter dieser Gemeinden, immer wieder daran zu erinnern: Der Kanton besteht nicht nur aus der Stadt.

Die Vorlage ist nicht nur ideologisch, sondern ärgerlich und auch gefährlich. Ärgerlich dort, wo die überwiesene Motion zu Tempo 30 heute schon, das heisst vor Ausarbeitung des Konzepts, regelmässig zum Anlass genommen wird, die Behinderung des Autoverkehrs zu erhöhen, Automobilisten (dazu gehören auch Handwerker und Baufirmen) zu vergrämen, indem Parkplätze in grosser Zahl aufgehoben, Strassen verengt, Einbahnregimes eingeführt werden und dergleichen mehr, was in gewissen Strassen dazu führt, dass deutlich mehr Weg zurückgelegt werden muss. Dies führt nicht zu weniger, sondern zu mehr Abgasen, zu mehr Lärm, zu mehr Zeitbedarf und es wird kritisch für Rettungsdienste. Ich habe gerade ein WhatsApp bekommen zu den Rettungsdiensten, ein Beispiel: Die Schönaustrasse war früher eine Durchgangsstrasse und eine Rettungsachse. Die wurde auf Tempo 30 beschränkt und nun wurde diese Herabstufung genutzt, um einen Richtungswechsel an einer Einbahnstrasse zu machen, und dies bremst die Sanität und die Feuerwehr massiv aus. Fahren für diese Strecke mal Sie können das auch mit dem Velo machen.

Bezüglich der Rettungsdienste wird es dann auf dem Gebiet der Landgemeinde ganz absurd. Nehmen Sie den Weg vom Eglisee nach St. Chrischona. Die Verlangsamung des Verkehrs auf dieser Achse macht keinen Sinn und ist gerade in Bezug auf die Rettungsdienste sogar gefährlich. 7 Kilometer mit 30 km/h geben 14 Minuten, 7 Kilometer mit 50 km/h etwas mehr als 8 Minuten. Wenn Sie bei einem Notfall auf Chrischona auf einen Rettungsdienst warten, können diese gut 5 Minuten unendlich lang sein, besonders in Anbetracht des Umstandes, dass eine Ambulanz selbst bei freier Bahn bei einem Tempolimit von 30 km/h nicht beliebig schnell fahren darf, weil sie sich dann strafbar machen.

Mit diesem Regime werden Rettungsfahrzeuge teilweise gefangen in Einbahnstrassen, gefangen in Tempo 30 Kolonnen, beschränkt durch ein Geschwindigkeitsregime, das an gewissen Orten dieses Kantons keinen Sinn macht und letztlich Leben gefährdet. Es sind Fälle bekannt, in welchen Strassenblockaden der letzten Generation dazu geführt haben, dass Rettungsdienste blockiert wurden und Menschen gestorben sind. Ähnliche Ergebnisse können sich aus der Behinderung und Ausbremsung von Rettungsdiensten durch ein Konzept ergeben, das dem ganzen Kanton Integral Tempo 30 verordnet, ohne Rücksicht auf die spezifischen Verhältnisse vor Ort.

Wir bitten Sie zu bedenken, dass manchmal Minuten über ein Menschenleben entscheiden und sich nicht aus ideologischen Gründen über diese Tatsache hinwegzusetzen. Aus Sicht der Fraktion Mitte/EVP ist es an der Zeit, diesen über einen Kamm gescherten Unsinn zu stoppen und sie beantragt, nicht auf die Vorlage einzutreten, den beantragten Kredit und die Verlängerung im Falle des Eintretens abzulehnen und die Motion Fuhrer im Zuge dessen abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen von Raffaela Hanauer und Lisa Mathys. Sie werden angenommen. Zuerst hat Raffaela Hanauer das Wort.

Raffaela Hanauer (GAB): Zu ihrem Beispiel Eglisee bis St. Chrischona: Ist Ihnen bewusst, dass sich die Motion auf das Siedlungsgebiet bezieht?

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Für mich gehört Riehen auch zum Siedlungsgebiet und zum Kanton Basel-Stadt, und das ist der Titel dieser Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort hat Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Von wegen Unsinn, Daniel Albietz: Wie kommen Sie darauf, Tempo 30 mit Strassenblockierungen gleichzusetzen? Tempo 30 ist ohne bauliche Massnahmen möglich.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Es geht nicht um Strassenblockierungen physischer Art, sondern durch Menschen, die dazu führen, dass Menschenleben gefährdet werden. Und wenn jemand stirbt in einem Rettungswagen, der blockiert ist, ist es eigentlich egal, ob das wegen Tempo 30 war oder wegen einer Strassenblockade.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort hat Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Mir geht es um diese 30 % Reduktion der Autos, welche der Kollege vorher angesprochen hatte und die Regierung in die Verantwortung nehmen will, dass dieses neue Ziel aus der Klimaschutzstrategie auch umgesetzt werden soll. Ich stelle die Frage: Vor Jahren mussten wir noch über die 10%-Reduktion eine Verfassungsänderung machen.

Regierungsrat Hans-Peter Wessels hatte noch gesagt, es funktioniere nicht. Heute reden wir von 30 %, und diese 30 % werden nicht mal hier drinnen besprochen, sondern die werden einfach vom Regierungsrat in ein Papier geschrieben, und Sie wollen ihn jetzt schon nicht die Verantwortung nehmen. Ich frage mich, wer steht dahinter? Wer trägt das Ganze? Da schiebt man sich einfach gegenseitig den Ball hin und her. Das funktioniert wirklich nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Raffaela Hanauer möchte auch Ihnen eine Frage stellen. Sie wird angenommen.

Raffaela Hanauer (GAB): Sie haben erwähnt, dass früher eine Verfassungsänderung notwendig war für solche Verkehrsreduktionsziele. Ist Ihnen bewusst, dass mit der Klimagerechtigkeitsabstimmung ebenfalls eine Verfassungsänderung angenommen wurde von der Stimmbevölkerung?

Daniel Seiler (FDP): Darin stand kein einziges Wort über Massnahmen im Autoverkehr.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich unterbreche an dieser Stelle die Sitzung. Wir werden um 15 Uhr mit Franz-Xaver Leonhardt und Lisa Mathys fortfahren und danach zu den Interpellationen übergehen.

Schluss der 30. Sitzung

12:00 Uhr

Protokoll

der 31. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 16. Oktober 2024, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Gianna Hablützel-Bürki (SVP), Tobias Christ (GLP), Philip Karger (LDP), Lorenz Amiet (SVP).

Verhandlungsgegenstände:

15. Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend integrale Signalisation von Tempo 30 in Basel-Stadt mit gleichzeitiger Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs gemäss Kantonsverfassung §30 3
15.1. Ausgabenbewilligung für die Erarbeitung eines Umsetzungskonzepts zur Einführung von integral Tempo 30 im Siedlungsgebiet sowie einen Massnahmenplan zur Priorisierung und Beschleunigung des ÖV 7
20.1. Interpellation Nr. 118 Tim Cuénod betreffend der Schaffung eines provisorischen Veloparkings im Postreiter-Gebäude 8
20.2. Interpellation Nr. 119 Eric Weber betreffend Verschwendung von Steuergeld 8
20.3. Interpellation Nr. 120 Beda Baumgartner betreffend was sind die gesetzlichen Grundlagen möglicher Sektorsperrungen im St. Jakob-Park und warum positioniert sich die Regierung für das Kaskadenmodell? 9
20.4. Interpellation Nr. 121 Daniel Seiler betreffend Willkommensatmosphäre nicht nur während dem ESC 12
20.5. Interpellation Nr. 122 Fleur Weibel zu den Auswirkungen der 10-jährigen Rheintunnel-Baustelle auf die Dreirosen-Quartierbevölkerung 13
20.6. Interpellation Nr. 123 Joël Thüring betreffend Rümelinsplatz, Baustellen und der ESC 13
20.7. Interpellation Nr. 124 David Jenny betreffend gesicherte Zukunft des Sommercasinos 14
20.8. Interpellation Nr. 125 Adrian Iselin betreffend falsche Prioritätensetzung des Bau- und Verkehrsdepartements bei baulichen Stadtklimaanpassungen 16
20.9. Interpellation Nr. 126 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend ist die Basler Praxis bezüglich Wohnschutz kompatibel mit dem BGE betreffend Mietzinserhöhungen bei Renovationen? 16
20.1. Interpellation Nr. 127 Raoul I. Furlano betreffend Spitexversorgung im Kanton Basel-Stadt 16
20.11. Interpellation Nr. 128 Melanie Eberhard betreffend Platzmangel im Breitenfussball – wie kann die Kapazität erhöht werden? 17
20.12. Interpellation Nr. 129 Pascal Messerli betreffend Antisemitismus und Islamismus: Wie ist die Situation in Basel? 19
20.13. Interpellation Nr. 130 Christine Keller betreffend Umgang mit einem vom Grossen Rat definitiv bewilligten Budgetpostulat (Hundefreilaufzone Merkuranlage) 21
20.14. Interpellation Nr. 131 Anina Ineichen betreffend Entfernung von Wahlplakaten auf privatem Grund 21
20.15. Interpellation Nr. 132 Harald Friedl betreffend Schutz der Bevölkerung vor Atomkraftwerken 22
20.16. Interpellation Nr. 133 Michela Seggiani betreffend Sparmassnahmen im Bundeshaushalt 23
20.17. Interpellation Nr. 134 Catherine Alioth betreffend administrative Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer . 24
20.18. Interpellation Nr. 135 Alex Ebi betreffend dem weiteren Vorgehen bei der Doppelturnhalle Hirzbrunnen . 25
16. Teilrevision des Gesundheitsgesetzes (GesG) betreffend das elektronische Patientendossier (EPD) sowie betreffend die finanzielle Unterstützung der EPD-Eröffnungen und weiterer Unterstützungsmassnahmen für die Jahre 2025 bis 2027 25
17. Petition P454 "Gratishygieneartikel auf öffentlichen Toiletten" 29
18. Petition P476 "Nein zum Rheintunnel" 30
19. Petition P477 "Für den Erhalt unserer Universität!"" 35

21. Anzug Alexandra Dill und Konsorten betreffend Schutz der persönlichen Integrität im Grossen Rat, Schreiben des Ratsbüros 36

Beginn der 31. Sitzung

Mittwoch, 16. Oktober 2024, 15:00 Uhr

15. Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend integrale Signalisation von Tempo 30 in Basel-Stadt mit gleichzeitiger Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs gemäss Kantonsverfassung §30

[16.10.24 15:00:23, 21.5840.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung. Wir sind stehen geblieben bei Traktandum 15. Motion Raphael Fuhrer und Konsorten. Die Fraktionsvoten sind schon durch und auch ein erstes Einzelvotum. Wir hatten auf der Liste für den Nachmittag aufgespart Franz-Xaver Leonhardt und Lisa Mathys. Franz-Xaver Leonhardt hat das Wort.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Tempo 30 integral, vielleicht erinnern Sie sich an die Diskussion an der Bündelitag-Sitzung vor gut zwei Jahren. Wir sind nun zwei Jahre später, wir behandeln dieses Geschäft nochmals und wie damals habe ich gesagt, man muss als Politiker manchmal auch mutig sein. Heute braucht es weniger Mut, weil das Geschäft nach «Chrüzlistich» überwiesen wird, darum können wir das etwas auf die inhaltliche Ebene bringen.

Ein Argument, das der Präsident der UVEK für ein Tempo 30, vielleicht nicht unbedingt integral, aber mehrheitlich gesagt hat, ist der Lärm. Es ist allen klar, dass eine Reduktion von Tempo 50 auf Tempo 30 eine massive Lärmreduktion ist. Ich war gestern an der Feldbergstrasse am Erasmusplatz und habe das beobachtet und es war ein guter Verkehr, flüssig und es war deutlich ruhiger. Und wenn man weniger Lärm hat, ist die Möglichkeit des verdichteten Bauens enorm gesteigert und ich glaube, in unserer Stadt ist das ein Argument, das wichtig ist, weil bei Tempo 50 die Lärmeinschränkung für verdichtetes Bauen massiv sind und diese Möglichkeit nicht besteht. Also das, denke ich, ist ein Argument, wo ich immer noch finde, das richtig ist, die Sicherheit müssen wir nicht diskutieren.

Da ist unsere Partei nicht so gespalten bei diesem Thema, wir sind für den Rheintunnel. Der wird mit Tempo 80 sein und der Rheintunnel wird auch gut für Autofahrer sein und wird auch für eine Verflüssigung des Verkehrs in der Innenstadt sein. Also das ist auch ein Argument, wo ich finde, man sollte diese Diskussion auch machen.

Etwas, das mich etwas ärgert, ist das Blaulicht bei Tempo 30, es sei nicht möglich, schnell zu fahren. Wenn Blaulichtorganisationen einen Alarm haben, dann können sie angemessen fahren und dann spielt die Temporeduktion keine Rolle, ob das 30 oder 50 sind, sie müssen einfach sicher und angemessen sein. Ich glaube, sie können auch 50 oder 60 fahren, also dieses Argument sehe ich jetzt hier nicht so.

Von dieser Seite bin ich immer noch für eine gute Umsetzung und ich habe auch damals gesagt, nicht alle Strassen sollen Tempo 30 sein. Bei einer Nauenstrasse ist allen klar, dass ist ein Zubringer zur Autobahn, hier Tempo 30 zu machen, ist nicht sinnvoll. Und wenn man sieht, was in Paris ist, wo das flächendeckend wirklich in vielen Strassen gemacht wird gegen den Widerstand von einigen, aber die Präsidentin von Paris zieht das durch und es ist eine Attraktivitätssteigerung von Paris und was Paris machen kann, können wir vielleicht auch machen.

Von dem her bitte ich Sie, diesem Geschäft zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Ich habe kurz nachgesehen, was wir als SP-Fraktion im Juni 2022 gesagt hatten, als die Mehrheit hier drin die Forderung nach 30 als dem neuen 50 zugestimmt hat und wir haben damals an einen Vorstoss erinnert, der seit damals 11 inzwischen seit 13 Jahren hängig ist und wir haben dafür plädiert, dass es nun wirklich vorwärts gehen muss. Bei jenem Vorstoss geht es um Tempo 30 nachts, dies wäre natürlich vor allem eine Lärmschutzmassnahme, und Esther Keller hatte damals betont, dass sie vorwärts machen will auf diesem Thema. Nun sind knapp zweieinhalb Jahre um und wir sprechen heute das Geld für die Planung. Wir finden das schade, wir hätten, wie Tonja Zürcher vom GAB das schon gesagt hat, wir

hätten gehofft, dass dieses vorwärts machen wollen auf der Strasse zu weniger Tempo führt, aber im BVD zu mehr Tempo und wir ermutigen Esther Keller erneut, die Priorisierung entsprechend zu überdenken.

Vor dem Mittagessen hatte ich, genau das muss ich vielleicht noch sagen, ich halte zwar ein Einzelvotum, spreche aber für die SP-Fraktion, weil ich eigentlich auch noch hören wollte, was der ACS noch sagt. Ich möchte hier einfach noch einmal ein paar Fakten festhalten, weil ich vor allem wirklich das Votum von Daniel Albietz, ich fand, es hatte sehr viele falsche Aussagen drin und ich finde, es ist einfach wichtig, noch einmal Tempo 30 inhaltlich auch zu bewerten.

Tempo 30 schafft Platz. Die Fahrbahnen müssen weniger breit sein und das löst dann auch den Widerspruch auf, den Daniel Albietz vermutet hatte. Es gibt eben Platz für mehr Eigentrassees zum Beispiel und deshalb ist es auch keine Behinderung für den ÖV. Und ich erlaube mir jetzt ganz am Rande im Rahmen des Wahlkampfs noch den Spruch, Daniel Albietz, dass ich glaube, Ihre Verkehrspolitik gehöre ins Museum.

Tempo 30 schafft Sicherheit. Insgesamt gibt es viel weniger Unfälle und vor allem auch viel weniger schwere Unfälle. Und in diesem Zusammenhang auch noch einmal kurz zum Blaulichtthema, damit Ambulanzen und andere Notfallfahrzeuge gut durchkommen, braucht es vor allem weniger Verkehr. Es stimmt nicht, was Daniel Albietz gesagt hat, das hat vorher Franz-Xaver Leonhardt auch erwähnt, im Notfall dürfen Ambulanzen schneller fahren, das ist überhaupt gesetzlich kein Problem.

Tempo 30 ist weniger laut. Wir haben grosse Lärmbelastungen und überschrittene Grenzwerte nach wie vor in unserem Siedlungsgebiet und wir schulden unseren Bewohnerinnen und Bewohnern diesen Lärmschutz. Einfacher als mit Tempo 30 geht Lärmschutz fast nicht.

Tempo 30 ist günstig. Es braucht längst nicht immer bauliche Massnahmen, man kann mit Markierungen arbeiten. Das ist also wirklich eine sehr einfache Umsetzung und Tempo 30 funktioniert. Es gibt so viele Städte, die bereits Erfahrung gemacht haben und die diese Errungenschaft seit der Einführung von Tempo 30 bei sich nie mehr würden preisgeben wollen. Basel tickt zumindest hier bestimmt nicht anders. Und wenn das die Links-Ideologie sein soll, die Pascal Messerli erwähnt hat, dann scheint Links-Ideologie ein neuer Begriff für Lebensqualität zu sein.

In diesem Sinne bitte ich Sie darum, das Geld zu sprechen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Daniel Seiler und Pascal Messerli möchten Fragen stellen. Es werden beide angenommen. Zuerst die Frage von Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Könnten Sie mir dann bitte die Frage beantworten, die der ACS vor der Mittagspause gestellt hat? Wie die Legitimation der 30 Prozent Autoreduktion aussieht?

Lisa Mathys (SP): Ich weiss jetzt wirklich gerade nicht, welche Frage, dass es ist, aber wir haben klare Ziele in unserem Kanton, die es zu verfolgen gilt und die Tempo 30-Massnahme ist aber eine Verkehrsverflüssigungs-/Beruhigungsmassnahme und bringt mehr Lärmschutz.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Lisa Mathys, Sie haben zum Schluss gesagt, Sie stehen für Lebensqualität. Ist das die Lebensqualität, welche die baselstädtische Stimmbevölkerung im Rahmen der Stadtklima-Initiativen deutlich abgeschmettert hat?

Lisa Mathys (SP): Wir haben sehr viele statistische Erkenntnisse, was Tempo 30 bringt und dass es weniger Unfälle und weniger Lärm bringt, ist sicher eine Steigerung der Lebensqualität.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Thomas Widmer-Huber meldet sich für ein Einzelvotum.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Ich wollte eigentlich nichts sagen, aber ein Punkt einfach nochmal zu den Blaulichtorganisationen. Da hatten wir vorhin zum Thema Tempo Franz-Xaver Leonhardt und Lisa Mathys. Das Problem ist ja, wenn die Strassen schmaler werden, wie können dann Blaulichtorganisationen angemessen fahren, also müssen sie dann im 30er oder 35er-Tempo fahren, weil die Strassen so schmal sind? Es geht einfach nicht auf. Das heisst, es ist

gefährlich, dann schneller zu fahren natürlich, es wird zum Problem und dort sehe ich ein grösseres Problem. Und das Thema Riehen, das hat Daniel Albietz schon angesprochen oder auch andere aus Riehen, es ist einfach wirklich nicht angemessen, diese Vorlage jetzt im Blick auf Riehen. Und von da her ist es mir klar, dass ich da nicht zustimmen kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Lisa Mathys an? Sie wird angenommen.

Lisa Mathys (SP): Thomas Widmer-Huber, wieso denken Sie, dass die Strassen schmaler werden mit Tempo 30? Es ist umgekehrt so, dass die Autos weniger Platz brauchen auf der gleich breiten Strasse mit Tempo 30.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Ja schon, aber das Problem ist ja, dass die Blaulichtorganisationen schnell fahren müssen, das ist das Problem. Also die müssen Tempo haben, die können auf einer schmalen Strasse nicht schnell fahren und dort sehe ich das Problem.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Noch ein Einzelvotum von Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Jetzt höre ich hier schon eine Zeit lang zu. Also wir hatten schon lustige Diskussionen hier drin, aber die ist jetzt eine von den ganz lustigen. Selbstverständlich, man kann ja da Meinungen haben, 30, 50, 60, 80, 10, das ist eigentlich alles gleich, aber am Schluss ist natürlich null am leisesten, dann hat man gar keinen Lärm mehr. Oder wir fahren null und dann haben wir selbstverständlich auf der Strasse Platz, das können wir drehen, wie wir wollen. Ich finde es natürlich nicht sehr klug, wenn wir auf 30 zurückgehen, aber die Argumentation dahinter, die finde ich mehr als komisch. Das habe ich jetzt sagen müssen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Alex Ebi, Lisa Mathys und Laurin Hoppler möchten Ihnen Zwischenfragen stellen. Sie werden angenommen.

Lisa Mathys (SP): Eine einfache Frage. Es ist erwiesen, dass bei einem Auto ab 30 km/h das Rollgeräusch lauter wird als der Motor. Deshalb ist diese Grenze schon eine relevante. Ich finde, Sie sollten einfach nicht Zahlen ins Lächerliche ziehen. Könnten Sie bitte darauf verzichten? Das ist eine einfache Frage.

Alex Ebi (LDP): Ja, die Frage ist einfach, die Antwort auch, nein.

Laurin Hoppler (GAB): Sind Sie in diesem Fall für eine autofreie Innenstadt?

Alex Ebi (LDP): Mit einem Konzept, das sage ich schon seit fast 40 Jahren, mit einem Konzept ist eine autofreie Innenstadt durchaus zu überlegen. Aber es muss ein Konzept haben und nicht einfach Parkplätze aufheben, die Autos verbieten, auf 30 zurück, das ist ohne Konzept, das ist einfach plagen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich glaube, die Diskussion ist erschöpft. Damit kommen wir zur Sprecherin des Regierungsrats, Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich möchte noch auf zwei Voten eingehen, das eine ist zum Votum von Pascal Messerli. Sie haben die Entwicklungen auf Bundesebene angesprochen und aus meiner Sicht gibt es dort unterschiedliche, ja schon fast widersprüchliche Entwicklungen. Auf der einen Seite ist ja die Stossrichtung des Kantons, dass wir wegen Lärm und Luftbelastung auch eine verkehrsorientierte Strasse verkehrsberuhigen dürfen, vom Bundesgericht gestützt worden, also sprich bei der Feldbergstrasse, so konnten wir das jetzt umsetzen und es hat schon merkbaren Effekt. Auf der einen Seite werden wir da gestützt, auf der anderen Seite sprechen Sie natürlich die Motion Schilliger an, die überwiesen wurde und die jetzt beim Bundesrat liegt zur Ausarbeitung. Wir werden sehen, was da zurückkommt. Beschlossen ist da noch nichts, wie

gesagt, das liegt beim Bundesrat und wir wissen nicht, wie und wann diese Regelung kommt. Aber es ist klar, alles, was wir hier tun, muss natürlich kompatibel sein mit den Vorgaben des Bundesgesetzes.

Dann zum Votum von Tonja Zürcher und Lisa Mathys. Ich kann Sie beide beruhigen, es läuft ja auch schon sehr viel. Wir haben fast zwei Drittel der Strassen verkehrsberuhigt. Das ist im Städtevergleich mit anderen Städten wirklich schon sehr viel und wir beantragen ja auch Gelder, um da weiterzumachen, also die laufende Überprüfung auch für Tempo 30-Strecken, um diese weiterzuführen.

Ja, den einen geht es zu langsam, den anderen zu schnell. Ich denke deshalb nochmal das, was ich auch im Eingangsvotum gesagt habe, wichtig ist Sorgfalt, dass wir diese wichtigen Aspekte wie auch Blaulichtorganisationen, ÖV, dass wir diese eben sorgfältig prüfen und auch Massnahmen ergreifen können, und deshalb wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie diesen zwei Anträgen, nämlich die Fristverlängerung, aber auch genügende Mittel, um diese Abklärungen jetzt eben sorgfältig zu machen, wenn Sie diese sprechen könnten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die UVEK spricht Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Ich möchte gerade bei den zwei Voten beginnen der beiden Juristen Pascal Messerli und Daniel Albietz, und zwar auch mit der Motion Schilliger. Heute Morgen waren Patricia von Falkenstein und Sarah Wyss hier und ich glaube, sie werden Ihnen beiden bestätigen können, dass in jeder Session des National- und Ständerates diverse verkehrspolitische Vorstösse überwiesen werden. Und wenn daraus folgen würde, dass die Kantone und Gemeinden jeweils dann ihre Verkehrspolitik wieder danach ausrichten müssen, was gerade in einer Session überwiesen wird, wäre eine vernünftige Verkehrspolitik nicht mehr nötig. Für uns Kantone und Gemeinden ist massgebend das aktuell geltende Gesetz und dieses sieht die Möglichkeit vor, Tempo 30 auch auf verkehrsorientierten Strassen einzuführen. Das haben wir hier im Kanton schon mehrmals gemacht. Eine Rüge durch das Bundesgericht sehe ich da nicht als Risiko, im Gegenteil, das Bundesgericht hat Kantone und Gemeinden gerügt, die auf Tempo 30 verzichtet haben. Das ist im Moment die Rechtslage.

Dann wurde der ÖV angesprochen. Hier verweise ich gerne nochmals auf die ersten Auswertungen der Buslinie 30 in der Feldbergstrasse. Es sind keine substanzielle Fahrzeitverluste bis jetzt feststellbar. Das wurde uns so in der Kommission gesagt und ich finde, wenn hier die Fachleute das sagen, dann sollten wir das zur Kenntnis nehmen und nicht gleich wie vor zwei Jahren mit den gleichen Argumenten wiederkommen.

Dann wurde angesprochen, die Blaulichtorganisationen und die Vermutung, dass dann mehr Leute sterben, weil die Ambulanz zu spät bei einem Notfall kommt. Die Motion zielt auf das Siedlungsgebiet, das ist das bebaute Gebiet. Ausserhalb des bebauten Gebietes hat die Motion keine Wirkung. Und selbst wenn also jetzt die Tempo 30-Signalisation für die Blaulichtorganisationen verbindlich wäre, würde das nicht vom Eglisee bis Chrischona gelten. Es ist aber auch so, dass die Rasergesetzgebung angepasst wurde. Dieser Automatismus, in einer 30er-Zone oder in einer 50er-Zone plus so viele Kilometer gleich automatisch zum Beispiel Führerscheinentzug, wurde letzten Sommer vom National- und Ständerat korrigiert. Massgebend ist, was die Einsatzleitung feststellt, wie dringend dieser Einsatz ist und dann muss die Fahrgeschwindigkeit der Baulichtorganisation angemessen sein und erst wenn diese Geschwindigkeit nicht mehr angemessen ist und billigend Risiken in Kauf genommen werden, besteht überhaupt die Möglichkeit, dass das Personal dann im Fahrzeug mit einer Busse gemäss Rasergesetzgebung rechnen muss. Das wurde entschärft und das ist auch richtig so. Also das Argument Blaulichtorganisationen fällt darum weg.

Tempo 30 ist kein Risiko für Leben, Tempo 30 rettet leben. Wir haben von der UVEK eine Delegation geschickt an eine Veranstaltung des Büros für Unfallverhütung und da ist eine Folie davon sehr eindrücklich. Wenn wir die vielleicht kurz einblenden könnten? Was bedeutet Tempo 30 für die Verkehrssicherheit: Ein Sterberisiko um minus 84 Prozent, der Anhalteweg wird fast halbiert und die Informationsdichte, die jede und jeder von uns verarbeiten muss, wenn wir uns im Verkehr bewegen, wird auch fast halbiert. In Summe bedeutet das, massiv weniger Unfälle, massiv weniger Schaden, massiv weniger menschliches Leid und das ist am Ende lebensrettend und nicht etwa, so wie das behauptet wurde, durch irgendeine angebliche Verzögerung der Blaulichtorganisationen lebensschädlich. Das war mir wichtig, das im Protokoll festzuhalten.

Ich möchte Sie darum im Namen der Mehrheit der UVEK bitten, diesen zwei Anträgen zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, die Frist zur Umsetzung der Motion bis am 31.12.2025 zu erstrecken. Es wurde ein Antrag gestellt von Pascal Messerli, die Motion als erledigt abzuschreiben. Andere Anträge liegen nicht vor. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung bis am 31.12.2025 gemäss Antrag UVEK, NEIN heisst als erledigt abschreiben

Ergebnis der Abstimmung

55 Ja, 35 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004549, 16.10.24 15:21:21]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist zur Umsetzung der Motion bis zum 31.12.2025 zu verlängern.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen 55 Ja-Stimmen gegen 35 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen vor. Damit wurde die Frist erstreckt.

15.1. Ausgabenbewilligung für die Erarbeitung eines Umsetzungskonzepts zur Einführung von integral Tempo 30 im Siedlungsgebiet sowie einen Massnahmenplan zur Priorisierung und Beschleunigung des ÖV

[16.10.24 15:21:35, 24.0774.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten auf den zweiten Beschluss wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Wir kommen damit zur Detailberatung (Seite 8 des Ausgabenberichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 36 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004551, 16.10.24 15:22:24]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Erarbeitung eines Umsetzungskonzepts zur Einführung von integral Tempo 30 und für einen Massnahmenplan zur Priorisierung und Beschleunigung des ÖV werden Ausgaben in Höhe von Fr. 410'000 zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepar-tements bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Resultat sind 56 Ja-Stimmen gegen 36 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen. Damit wurde der Grossratsbeschluss angenommen.

20.1. Interpellation Nr. 118 Tim Cuénod betreffend der Schaffung eines provisorischen Veloparkings im Postreiter-Gebäude

[16.10.24 15:22:34, 24.5392.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Dem Regierungsrat ist bewusst, dass am Bahnhof Basel SBB ein grosser Bedarf an Veloabstellplätzen besteht und das heutige Angebot nicht ausreicht. Er begrüsst deshalb den Ansatz, provisorische Veloabstellplätze im Postreitergebäude anzubieten und lässt dies prüfen. Wir stehen bereits im Austausch mit der Post, gemeinsam mit dem Kanton prüfen sie mögliche Flächen für provisorische Veloparkplätze, die für die Öffentlichkeit gut zugänglich sind. Der Regierungsrat entscheidet über die Umsetzung eines provisorischen Veloparkings, sobald die Machbarkeit sowie die Kostenschätzung für die Umnutzung und die Miete vorliegen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Tim Cuénod (SP): Ich erkläre mich mit der Antwort befriedigt, insofern als dass diese Idee positiv aufgenommen wird. Wie lange der Postreiter noch stehen wird, ist unklar, weil aus statischen Gründen einige Fragen offen sind im Zusammenhang mit dem Tiefbahnhof und ich denke, da ist auf jeden Fall damit zu rechnen, dass das noch einige Jahre leer stehen wird. Insofern wäre es sehr begrüssenswert, wenn man da eine Lösung erzielen kann. Es ist wirklich so, dass diese drei grossen Parkplätze fast vollständig leer stehen. Sie wurden früher häufig genutzt durch Angestellte der Post unter anderem, die vor Ort gearbeitet haben, und wenn man da eine provisorische Umnutzung zum Veloparking erreichen könnte, könnte man zumindest die Gleise 1 bis 12 sehr schnell erreichen, weil ja da von dieser Seite her ein Gleiszugang besteht. Wenn es hinter den Gleisen wäre, wäre es nicht der Fall und ich würde mich sehr freuen, wenn quasi eine solche Zwischennutzung möglich wäre. Mit dem Nauentor in einem nächsten Schritt ist ja dann sowieso vorgesehen, an gleicher Stelle ein grösseres Veloparking zu erstellen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

20.2. Interpellation Nr. 119 Eric Weber betreffend Verschwendung von Steuergeld

[16.10.24 15:25:42, 24.5402.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Wünscht der Interpellant das Wort? Er wünscht es.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich spreche heute nur zu dieser Interpellation und sonst spreche ich heute nicht. Es ist Zufall, dass es in dieser Interpellation um Wahlen geht. Sie finden den Text auf Seite 96. Als Grossrat haben Sie das Recht, auch als Freigänger im Parlament anwesend zu sein, auch wenn Sie im Gefängnis sind, zum Beispiel mit Fussfesseln. Ich komme zu meiner Interpellation. Meine Interpellation geht um Wahlen, um das Wahlzentrum. Ich habe selber Erfahrung als Wahlbeobachter in Belarus und dann muss man mich nicht fragen, warum ich nicht in Basel bin, wenn ich als

Wahlbeobachter in Belarus bin. Das war der Vorwurf heute Morgen von der Polizei und von drei Leuten, die das Wahlcouvert angeblich nicht bekommen haben. Aber weil ich angefragt wurde von vielen Kollegen, musste ich das sagen, es ist gar nichts. Ich kann nichts dafür, wenn drei Leute das Wahlcouvert nicht bekommen und bei mir in der Umgebung wohnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, bitte sprechen Sie zu Ihrer Interpellation.

Eric Weber (Fraktionslos): Das Wahlzentrum ist viel zu gross in Basel, es ist überdimensioniert und das möchte ich mit meiner Interpellation erklären. Und weil das Wahlzentrum viel zu gross ist, passieren dort verbotene Sachen, die nicht beantragt sind. Ich habe mich beschwert wegen diesem Wahlzentrum, und darum diese Interpellation, bei der Staatskanzlei Basel-Stadt. Es geht um Anstand. Und wenn in diesem Wahlzentrum, weil es zu gross ist, die Leute sich mit Fahnenständer aufbauen, SP und Grüne, das wird von mir nicht akzeptiert. Darum finde ich, wir sollten das Wahlzentrum im Rathaus haben, dann können sich die Leute nicht verbotenerweise mit ihren Fahnenständer aufbauen, weil hier kein Platz ist. Wir hätten dann im Rathaus oben ein Zimmer für Radio/Fernsehen, ein Zimmer für den netten Mann von der SDA und unten noch Zimmer für die Basler Zeitung. Aber wenn Sie es vergleichen mit anderen Parlamenten, sind wir nicht verantwortlich, dass wir den Medien Unterkünfte geben. Vergleichen Sie es mit anderen Parlamenten in Deutschland oder Europaparlament, dort bauen die Medien draussen im Hof des Rathauses ihr Häuschen auf und bezahlen das.

Darum frage ich die Regierung als Grossrat von Basel und als Gefängnisfreigänger, warum nimmt die Staatskanzlei nicht das Rathaus. Ich war anwesend am 3. März und am 7. April dieses Jahr in der Mustermesse, es waren ganz wenige Leute, es ging ja nur um die Regierungsratswahlen, und das ist überdimensioniert. Bei den Grossratswahlen vor vier Jahren habe ich einen Platz bekommen. Es waren kaum Leute im Wahlzentrum, gut, damals hatten wir Corona. Aber ich finde auch jetzt, was am Sonntag ist, könnte man auch hier im Rathaus machen und es hätte genügend Platz und der Kanton würde Geld sparen. Aber wenn man zu viel Geld hat und das Geld immer ausgibt, ich sehe das einfach nicht ein.

Ich möchte Ihnen sagen, was die Antwort von der Staatskanzlei auf meine Beschwerde war wegen den Grünen- und SP-Fahnenständern. Die Staatskanzlei hat mir geschrieben: Sehr geehrter Herr Weber, Sie haben Namenszettel der Grünen weggemacht. Das war die Antwort. Damit bin ich nicht einverstanden und darum möchte ich, dass die Resultate hier verkündet werden im Rathaus und nicht für 30’000 Franken im Wahlzentrum Mustermesse. Der Kanton hat zu viel Geld, aber irgendwann ist das vorbei.

20.3. Interpellation Nr. 120 Beda Baumgartner betreffend was sind die gesetzlichen Grundlagen möglicher Sektorsperrungen im St. Jakob-Park und warum positioniert sich die Regierung für das Kaskadenmodell?

[16.10.24 15:30:38, 24.5412.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen, er hat das Wort.

Beda Baumgartner (SP): Der Grund für diese Interpellation ist der Eindruck, den man gewinnt, dass wir es hier auf nationaler Ebene mittlerweile mit einer Behörde oder einer Regierungskonferenz im Bereich Fussball und Sicherheitspolitik zu tun haben, sie sich zumindest teilweise ein wenig verselbstständigt. Es gibt um das Kaskadenmodell und die möglichen Verschärfungen im Bereich des Hooligan-Konkordats und auch andere Massnahmen im Bereich des Fussballs teilweise Diskussionen, die mit Verhältnismässigkeit, aber vor allem auch mit einer Logik dahinter nichts mehr so viel zu tun haben. Und sehr interessant ist, dass heute Morgen die schweizerische Fussballliga dazu auch kommuniziert hat und sie hat drei Sachen kommuniziert, die ich hier noch kurz erwähnen möchte.

Erstens hat sie kommuniziert, dass der Rückgang von Gewalttätigkeiten im Rahmen von Fussballspielen in den letzten drei Jahren signifikant ist, obwohl die Zuschauer*innenzahlen in der Liga steigen. Sie hat sich ganz klar gegen die Personalisierung von Tickets gewehrt und sie hat sich auch ganz klar gegen die Verschärfung des Konkordats gewehrt. Warum sage ich das. Wir haben im Kanton Basel-Stadt die Verschärfung dieses Konkordats abgelehnt hier im Grossen Rat und ich sage das auch, weil wir in diesem Kontext uns überlegen müssen, inwiefern die Massnahmen der KKJPD und das sogenannte Kaskadenmodell wirklich die Situation rund um Fussballspiele verbessern oder inwiefern sie kontraproduktiv sind und sie verschärfen.

In diesem Kontext möchte ich Ihnen einfach noch schnell sagen, es gab ja viele Bemühungen, wo die Liga und die Vereine involviert waren zusammen mit den Bewilligungsbehörden und der Konferenz und da gab es auch eine Studie, in der zum Beispiel klar gesagt wurde, personalisierte Tickets sind nicht zielführend. Sie haben einen zu hohen Aufwand und sie erfüllen die Idee dahinter nicht. Die Liga hat sich aus dem Kaskadenmodell und die Vereine haben sich aus dem Kaskadenmodell zurückgezogen. Wir haben jetzt also eine KKJPD, die ein Kaskadenmodell in Eigenregie durchführt an den konkreten Stakeholdern vorbei. Und jetzt auf den Kanton Basel-Stadt bezogen haben wir die Situation, dass wir dem verschärften Konkordat, auf das sich die KKJPD explizit auch in ihrer Kommunikation bezieht, nicht beigetreten sind und gleichzeitig die Vorstellung des Departementes sich klar hinter das Kaskadenmodell gestellt hat. Und in diesem Kontext habe ich die Interpellation eingereicht.

Und etwas möchte ich auch noch sagen, das hat die Liga heute Morgen auch transparent gemacht, anscheinend gab es in der AG Bewilligungsbehörde einen einstimmigen Antrag der Polizeikommandanten, die Muttenzer Kurve für das nächste Heimspiel zu sperren. Was in der Woche nach diesem Antrag dann konkret passiert ist, wissen wir nicht, werden wir vielleicht jetzt nachher in den Antworten der zuständigen Regierungsrätin erfahren, aber es gab einen einstimmigen Antrag der Polizeikommandanten dafür. Und das ist doch bemerkenswert in diesem Kontext, dass wir eine AG Bewilligungsbehörde haben, die diesen Antrag stellt, und dann wurde die Muttenzer Kurve ja am Ende dann nicht gesperrt, kann man jetzt sagen, war vielleicht auch gut, wirft aber viele Fragen auf bezüglich der Kohärenz und der Stringenz, wie dieses Modell wirklich angewandt wird und was es wirklich für Ziele hat. Ich bin darum sehr gespannt auf die Antworten des Regierungsrates.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zur Frage 1. Die Erarbeitung und Einführung des sogenannten Kaskadenmodells fällt auf kantonaler Ebene in die operative Zuständigkeit des Justiz- und Sicherheitsdepartements und wurde nicht durch den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt, sondern unter koordinativer Leitung der KKJPD durch die Arbeitsgruppe Bewilligungsbehörden beschlossen. In dieser Arbeitsgruppe treffen sich die Bewilligungsbehörden, um unter anderem das Vorgehen gegen Gewalt im Umfeld von Fussballspielen abzusprechen. Weitere Mitglieder der Arbeitsgruppe Bewilligungsbehörden sind Vertreterinnen und Vertreter der KKJPD, der schweizerischen Staatsanwaltskonferenz sowie der SBB.

Zur Frage 2. Veranstaltungen auf Privatareal mit hohem erwarteten Zuschaueraufkommen oder zu erwartenden erheblichen Sicherheitsproblemen, die nicht mit den normalen polizeilichen Mitteln bewältigt werden können, sind gemäss § 66 des kantonalen Polizeigesetzes bewilligungspflichtig. Eine Bewilligung kann vollumfänglich oder teilweise erteilt werden.

Zur Frage 3. Für den Fall, dass der Dialog und die weiteren präventiven Mittel Ausschreitungen nicht verhindern, sollen die Bewilligungsbehörden auf ein Instrumentarium zurückgreifen können, dass ihnen verhältnismässige Massnahmen erlaubt. Die Wirkung des Kaskadenmodells ist grundsätzlich sowohl präventiv als auch reaktiv.

Zur Frage 4. Der sogenannte Basler Weg bleibt unverändert bestehen, aber er wird durch einen Massnahmenkatalog der Bewilligungsbehörden ergänzt. Der Dialog wird weiterhin als zentraler Bestandteil der Prävention gepflegt. Das Kaskadenmodell kommt erst dann zur Anwendung, wenn es zu einer Gefährdung oder einer Gewalttat gekommen ist und schafft Klarheit über die möglichen Massnahmen.

Zur Frage 5. Über die Absprachen der Bewilligungsbehörden wird keine Auskunft erteilt.

Zur Frage 6. Das Kaskadenmodell der Arbeitsgruppe Bewilligungsbehörden ist eine Wegleitung für die Liga, die Vereine und die Fans, damit sie wissen, welche Massnahmen folgen können, wenn es zu einem Fehlverhalten kommt. Es ist ein hilfreiches Modell, weil es die möglichen Massnahmen konkreter und verständlicher macht. Bei der Umsetzung ist immer auch dem Einzelfall Rechnung zu tragen und das Prinzip der Verhältnismässigkeit zu wahren.

Zur Frage 7. Die Arbeitsgruppe Bewilligungsbehörden hatte in der Medienmitteilung vom 14. März 2024 detailliert zum Kaskadenmodell informiert. So wird das Kaskadenmodell angewendet, wenn die betroffenen Fussballclubs oder die lokalen Bewilligungsbehörden nach einem Spiel zum Schluss kommen, dass eine schwerwiegende Handlung durch eine Fangruppe begangen wurde. Danach wird in einem strukturierten Prozess der Sachverhalt unter Anhörung der involvierten Parteien geklärt und gegebenenfalls eine der vier Kaskadenstufen festgelegt. Der finale Entscheid über die zu treffende Massnahme liegt in jedem Fall bei der zuständigen kantonalen Bewilligungsbehörde.

Zur Frage 8. Bewilligungsauflagen von Fussballspielen, wie etwa Sektorsperrungen, werden nicht gestützt auf das Hooligan-Konkordat, sondern auf das kantonale Polizeigesetz erlassen.

Zur Frage 9. Die Bewilligung von Veranstaltungen kann von der Kantonspolizei als Bewilligungsbehörde mit Einschränkungen erteilt werden. Deshalb stellt sich diese Frage nicht.

Zur Frage 10. Die Kantonspolizei.

Zur Frage 11. Der finale Entscheid über die zu treffenden Massnahmen liegt wie vorher erwähnt bei der kantonal zuständigen Bewilligungsbehörde. Für Spiele in Basel-Stadt ist das die Kantonspolizei.

Zur Frage 12. Die Vorsteherin des Justiz- und Sicherheitsdepartements und der Kommandant der Kantonspolizei.

Zur Frage 13. Die Arbeitsgruppe erteilt keine Bewilligungen, sondern ist das Gremium, in dem die Bewilligungsbehörden ihre Erfahrungen austauschen. Die Bewilligungen werden von den zuständigen Bewilligungsbehörden erteilt, die sich auf ihre geltende gesetzliche Grundlage stützen. Grundsätzlich kann jede behördliche Tätigkeit auf ihre Rechtmässigkeit hin überprüft werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Beda Baumgartner (SP): Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden, das schon mal vorneweg. Ich finde, die Antwort wirft die gleichen Fragen auf, warum ich die Interpellation überhaupt erst eingereicht habe. Zuerst mal zur Zusammensetzung der AG Bewilligungsbehörde. Ich finde diese Zusammensetzung zumindest sehr fragwürdig. Also da sind die Sicherheitsbehörden drin, dann die SBB und die Staatsanwaltschaftskonferenz. Okay. Das wirft schon einmal Fragen auf, wie genau soll diese Bewilligungsbehörde, die aber anscheinend, so wie ich jetzt die Antwort interpretiere, nur ein Diskussionsgremium ist, gleichzeitig aber Anträge formuliert, wie soll diese Bewilligungsbehörde wirklich im Dialog funktionieren.

Dann bei der Eskalation ist das Kaskadenmodell, so wie es dargestellt wird, nicht mehr der Dialog, sondern dann wird reagiert. Und Sie haben jetzt begründet, dass es nicht gestützt auf das Konkordat, sondern auf das Polizeigesetz erfolgt. Aber so wie ich es interpretiere, können Sie die Bewilligungsauflagen nicht als präventives Mittel nutzen. Also das ist nicht dafür da. Wenn Sie es nur als präventives Mittel nutzen, geht es, aber wenn es nicht geht, ist es bestrafend und das ist genau das ganze Problem an diesem Modell, weil die Massnahmen nach Gewalttaten ergriffen werden. Die zuständige Regierungsrätin hat jetzt wieder gesagt, es geht um Prävention, aber wenn Sie dann nachher einen Sektor sperren, dann ist das ja, auch wenn das die Vorsteherin der KKJPD anders sieht, aus meiner Sicht ganz klar eine Kollektivstrafe. Und wenn Sie dann in einer Bewilligung sagen, wir geben Ihnen die Bewilligung nur, Fussballclub XY oder hier FC Basel, wenn ihr einen bestimmten Sektor sperrt, dann bestrafen Sie damit den Club und das ist meines Erachtens nicht das Ziel der Bewilligung, wirklich nicht.

Dann bin ich auch noch irritiert, dass das Kaskadenmodell anscheinend nur im Justiz- und Sicherheitsdepartement diskutiert wurde, also dass das kein Thema war im Regierungsrat, obwohl das eine zentrale Änderung des Vorgehens ist, wie man im Bereich Fussballspiele und Sicherheit vorgehen will. Es wird auch gesagt, es gäbe einen strukturierten Prozess, nach dem vorgegangen werde. Der involvierte Club, der FC Basel hat öffentlich kommuniziert, dass er diesen strukturierten Prozess nicht nachvollziehen konnte, dass ihm nicht dargelegt wurde, wie und warum was entschieden wurde. Also sehr strukturiert kann dieser Prozess nicht sein.

Und dann gesetzlich politisch legitimiert, heisst das, man kann sich natürlich gegen jedes staatliche Handeln, das kann immer überprüft werden auf die Rechtmässigkeit, natürlich, aber wir müssen uns schon fragen, wenn wir eine AG Bewilligungsbehörde einsetzen und die dann Anträge stellt, aber eigentlich das Handeln dieser Behörde, dieser AG nirgends gesetzlich legitimiert oder verschriftlicht ist, dann stellt sich schon ein bisschen die grundsätzliche Frage aus meiner Sicht bezüglich der gesetzlichen und politischen Legitimation.

Und dann nochmal grundsätzlich, der Basler Weg soll bestehen bleiben, okay, und es geht nur um Prävention. Jetzt nehmen wir das Beispiel von Sion. Da wird im nächsten Auswärtsspiel der Fan-Sektor des FC Basels gesperrt. Das ist vielleicht im Jahr 2025, je nachdem, wo der FC Basel, unten oder oben spielt in der zweiten Hälfte der Saison. Dann soll also im Jahr 2025 die Sperrung des Sektors für die Auswärts-Fans des FC Basels eine präventive Wirkung haben. Also das geht für mich komplett nicht auf. Das ist eben keine präventive Wirkung, es ist eine bestrafende Wirkung und wenn es eine bestrafende Wirkung haben soll, auch hier im Kanton, dann fehlt aus meiner Sicht ganz klar die gesetzliche Grundlage dafür und das Polizeigesetz ist meines Erachtens hier nicht genügend.

Ich bin darum mit der Antwort nicht zufrieden und ich glaube, wir werden nicht herumkommen, in diesem Rat noch einmal über das Kaskadenmodell zu diskutieren, um dem Regierungsrat anscheinend mitgeben zu müssen, dass dieser Rat sich klar gegen das verschärfte Konkordat entschieden hat und dementsprechend auch nicht wünscht, das dieses Kaskadenmodell im Kanton angewendet wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

20.4. Interpellation Nr. 121 Daniel Seiler betreffend Willkommensatmosphäre nicht nur während dem ESC

[16.10.24 15:44:03, 24.5429.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen. Damit geht das Wort an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gerne beantworte ich diese Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt:

Der ESC ist der weltgrösste Musikanlass und bietet Basel eine einmalige Chance, eine gute Visitenkarte abzugeben und sich einem internationalen Publikum als gastfreundliche, offene und sichere Stadt zu präsentieren. Sowohl der EuroAirport als auch der Claraplatz sind während des ESC neuralgische Orte. Zum einen als Eingangstor für internationale Gäste, zum anderen als zentraler Platz inmitten verschiedener ESC-Schauplätze, wie etwa dem Rheinbord, dem ESC-Boulevard, zwischen den Bahnhöfen, dem Eurovision Village und dem EuroClub auf dem Messegelände. Sicherheit und eine hohe Aufenthaltsqualität an diesen Orten sind für ein positives Gästeerlebnis während des ESC essentiell.

Zur Frage 1. Dem Regierungsrat ist es ein Anliegen, dass der ESC zu einem Ereignis wird, bei dem sich Basel von seiner besten Seite zeigt. Der EuroAirport wird Eingangstor für viele der zu erwartenden Gäste sein, der Flughafen wird daher in die Projektorganisation des ESC einbezogen und am Gesamtauftritt des ESC beteiligt sein. Der Flughafen ist bereit, temporäre Beschriftungen und Kennzeichnungen vor Ort im gleichen Stil wie in der Stadt umzusetzen, damit bereits bei der Ankunft der Gäste das ESC-Ambiente entsteht.

Der Flughafen setzt bereits heute zahlreiche Vorhaben um, damit den Flugreisenden eine bessere Aufenthaltsqualität und mehr Komfort geboten werden. Dies umfasst etwa die Verbesserung der Kundeninformation, die Erneuerung der Beschilderung im Terminal, die Vergrösserung der Sitzplatzkapazitäten in den Wartebereichen, die Erneuerung des Mobiliars, zusätzliche Gastronomieangebote, die Erweiterung der Gepäckbandanlagen, neue Self Bag Drop-Anlagen oder die Renovierung der Toilettenanlagen. Ausserdem werden die Service-Prozesse mit den Airlines sowie den Dienstleistungen und Dienstleistern angepasst. In den kommenden Jahren soll die heutige Terminalinfrastruktur, die mehr als 20 Jahre alt ist, modernisiert werden, um mehr Platz und umfassend verbesserte Bedingungen für die Passagiere und die Kundinnen und Kunden des Flughafens zu schaffen.

Zur Frage 2. Der Regierungsrat ist sich der Tatsache bewusst, dass sich auf dem Claraplatz sozial benachteiligte Personen aufhalten und dass in Kleinbasel mitunter Drogenhandel stattfindet. Entsprechend ist die Kantonspolizei im Kleinbasel ganzjährig sehr präsent und hält die Kontrolldichte unter anderem mit Schwerpunktaktionen hoch. Zudem hat der Regierungsrat im März dieses Jahres ein breit abgestütztes Massnahmenpaket beschlossen, an dem Fachleute aus den verschiedenen Departementen mitgewirkt haben. Es wurden zusätzliche Konsumplätze in den Kontakt- und Anlaufstellen gebaut, um den Betäubungsmittelkonsum im öffentlichen Raum zu reduzieren. Auch wurde die aufsuchende Sozialarbeit gestärkt und die Öffnungszeiten der Notschlafstellen wurden verlängert. Schliesslich trägt auch die Videoüberwachung auf der Dreirosenanlage dazu bei, die Situation im Quartier so weit möglich zu stabilisieren.

Der Regierungsrat ist bereit, bereits ergriffene Massnahmen zu verstärken oder weitere zu prüfen, um die Aufenthaltsqualität am Clarplatz zu verbessern. Der Regierungsrat hat dabei nicht die Absicht, eine sogenannte Citypflege oder eine Verdrängung von sozial schwachen oder marginalisierten Gruppen aus dem Stadtbild zu betreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Daniel Seiler (FDP): Ja, eine tolle Visitenkarte wollen Sie abgeben. Ich bin sicher nicht ein Scharfmacher hier gegen Randständige, um die geht es gar nicht. Ich glaube, es ist auch klar durchgekommen, um was es geht. Es geht darum, dass auf diesem Platz tagtäglich bei Tageslicht, nicht um 4 Uhr morgens, Leute aggressiv angegangen werden, ob sie Drogen kaufen wollen. Ich habe jetzt mit vielen Leuten gesprochen in den letzten Wochen, ältere Menschen, Familien getrauen sich nicht mehr auf diesen Platz zu gehen. Und es geht nicht um Randständige, ich muss es nochmal betonen, das ist sicher nicht mein Fokus. Es geht darum, dass hier illegale Sachen einfach geduldet werden. Ganz offensichtlich hat man aufgegeben. Da fährt ein Polizeiauto vorbei, diese Nasen stehen da drüben und werden nicht behelligt. Es tut mir leid, da sind wir jetzt wirklich langsam an einem Punkt, wo wir wirklich die Visitenkarte einer schönen Stadt, eines schönen Claraplatzes nicht nur während des ESC brauchen, sondern eben auch während der 364 Tage davor und nachher. Ich bin überhaupt nicht zufrieden mit der Antwort, tut mir leid.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

20.5. Interpellation Nr. 122 Fleur Weibel zu den Auswirkungen der 10-jährigen Rheintunnel-Baustelle auf die Dreirosen-Quartierbevölkerung

[16.10.24 15:49:45, 24.5432.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte begründen und hat das Wort.

Fleur Weibel (GAB): Gerne begründe ich meine Interpellation zu den Auswirkungen der Rheintunnel-Baustelle auf die anwohnende Quartierbevölkerung. Der Grund für die Interpellation liegt natürlich auf der Hand. Die Schweiz stimmt Ende November über einen massiven Autobahnausbau ab, der Bau des Rheintunnels ist ein Teil davon. Die Regierung von Basel-Stadt befürwortet den Rheintunnel. Dies, obwohl der Ausbau im geradezu grotesken Widerspruch zum soeben veröffentlichten Klima-Aktionsplan und dem Ziel von Netto-Null bis 2037 steht. Da hilft all das bemühte Schönreden der Regierung nichts. Die SP ebenso wie die GLP auf nationaler Ebene sprechen sich deshalb gegen den klimaschädlichen Autobahnausbau aus. Das müsste bei den aktuellen Mehrheitsverhältnissen in unserer Regierung doch eigentlich ebenfalls zu einem Nein zum Rheintunnel führen.

Aber die Regierung agiert nicht nur widersprüchlich, sie hat bis jetzt auch keine Antworten dazu geliefert, wie sich der zehnjährige Autobahnausbau konkret auf die betroffenen Quartiere auswirken wird. Das ganze Quartier rund um die Dreirosenmatte ist inzwischen vollgehängt mit Protestfahnen gegen den Rheintunnel. Wie ein kleines gallisches Dorf stemmen sich die Anwohnenden gegen dieses aus der Zeit gefallene Autobahnausbau-Projekt, denn der Bau des Rheintunnels bedeutet für sie nicht nur zehn Jahre unberechenbare Baustellenemissionen, sondern auch die Zerstörung der einzigen Grünfläche in einem Quartier, das sonst keine Grünflächen hat. Und die Regierung von Basel-Stadt, die findet den Bau des Rheintunnels offenbar auch trotz diesen gravierenden Auswirkungen gut.

Dabei ist völlig unklar, was die zehnjährige Baustelle zum Beispiel für die beiden Schulhäuser bedeutet, die direkt an die Dreirosenmatte angrenzen. Hat die Regierung einen Plan für die zwei Generationen von Schüler*innen, die hier mitten im Lärm ihre Primarschul- respektive Sekundarschulzeit verbringen sollen? Können die Schulhäuser überhaupt weiterbetrieben werden? Gemäss dem Bundesamt für Umwelt macht Lärm nachweislich krank, weswegen die Bevölkerung davor geschützt werden muss. Welche Pläne hat die Regierung hierzu in der Schublade? Wie will sie die Anwohnenden davor schützen? Gibt es Schallisolierungen, temporärer Ersatzwohnraum? Insgesamt stellt sich mir schon die Frage, ob die Regierung überhaupt eine Vorstellung davon hat, wie sich der Bau des Rheintunnels auswirken wird.

Während die Regierung die klimaschädliche Verkehrspolitik aus dem 20. Jahrhundert schönzureden versucht, ist die direktbetroffene Bevölkerung massiv besorgt. Denn wenn wir ehrlich sind, dann ist jetzt schon klar, der zehnjährige Bau des Rheintunnels wird das Quartier zu einem kaum noch bewohnbaren Ort machen und es ist mit Sicherheit kein Ort, wo man seine Kinder zur Schule schicken will. Das heisst, die Leute sehen sich gezwungen, ihre Wohnungen und ihr Quartier in wenigen Jahren zu verlassen. Wie gedenkt die Regierung mit diesem quasi Shutdown des Dreirosenquartiers umzugehen? Welche Kosten wird die Aufgabe eines so beliebten Quartiers produzieren? Und was ist mit all denjenigen, die sich ein Umzug nicht so einfach leisten können?

Sehr geehrte Regierungsrätinnen und Regierungsräte, es ist an der Zeit, dass Sie Stellung beziehen gegenüber den Menschen, deren Wohn- und Lebensraum unmittelbar bedroht ist. Dass die Regierung die Interpellation heute nicht mündlich beantwortet, ist dabei kein gutes Zeichen, denn es erweckt den Eindruck, dass die Regierung noch keine Antworten auf die vielen drängenden Fragen hat, die sich angesichts des Rheintunnels stellen, über den wir im November abstimmen sollen. Es wäre gut, wir hätten die Antworten der Regierung vor der Abstimmung.

20.6. Interpellation Nr. 123 Joël Thüring betreffend Rümelinsplatz, Baustellen und der ESC

[16.10.24 15:54:21, 24.5433.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten die Interpellation wie folgt:

Zur Frage 1. Die Verschiebung der Bauarbeiten am Rümelinsplatz auf die Zeit nach dem Eurovision Song Contest ist bereits so vorgesehen. Damit erübrigt sich die Antwort auf Frage 2.

Zur Frage 3. Auch dem Kanton ist es ein Anliegen, dass Grossveranstaltungen nicht von grösseren Baustellen beeinträchtigt werden. Zu diesen Veranstaltungen zählen nächstes Jahr neben der Fasnacht im März, der Art Basel im Juni und dem Basel Tattoo im Juli auch der Eurovision Song Contest im Mai und die Women's Euro im Juli. Aktuell werden die von den Veranstaltungen beanspruchten Flächen mit den Perimetern der grösseren Baustellen abgeglichen. Wenn es Überschneidungen gibt, so wird die betroffene Baustelle zeitlich verschoben, pausiert oder es wird ein passierbares Provisorium eingerichtet.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, aber mit der Antwort zufrieden ist.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank, Regierungsrätin Esther Keller, für die Beantwortung meiner Interpellation. Sie haben mit der Antwort auf meine Frage 1 mich auch sehr zufrieden gestellt. Ich wurde tatsächlich von Gewerbetreibenden, die rund um den Rümelinsplatz ein Geschäft haben, darauf angesprochen, dass sie das sehr ungünstig finden würden, wenn die Baustelle nun kurz vor diesem ESC stattfinden würde und damit ein doch nicht ganz unattraktiver Teil der Basler Altstadt und Innenstadt dann durch eine Baustelle so belastet wäre, dass es für Besuchende nicht besonders attraktiv wäre, diesen Teil der Stadt zu besuchen oder dort dann auch etwas zu konsumieren, sich dort aufzuhalten. Insofern bin ich sehr froh, dass hier die Regierung einsieht oder sich bereit erklärt, diesen Baustellenbeginn etwas nach hinten zu verschieben und ich bin auch fest davon überzeugt, dass auch die Attraktivität unserer Innenstadt durch Massnahmen im Bereich der Baustellen so nicht gemindert wird, dass es für ESC-Besuchende kein Hürdenlauf wird, sich in unserer Stadt von A nach B zu bewegen. Insofern bin ich mit der Antwort der Regierung zufrieden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

20.7. Interpellation Nr. 124 David Jenny betreffend gesicherte Zukunft des Sommercasinos

[16.10.24 15:57:05, 24.5435.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Zur Frage 1. Nach der angekündigten Schliessung des Sommercasinos wurden zwei Prozesse ins Leben gerufen, die derzeit parallel laufen. Erstens prüft das Erziehungsdepartement ein Alternativangebot zum bisherigen Sommercasino, das Erziehungsdepartement evaluiert, wo und in welcher Form ein Angebot über die bereits bestehenden Fördermassnahmen hinaus unterstützt werden soll. Jugendliche und Akteure der Jugendkultur sind in diesem Prozess einbezogen. Zweitens evaluiert das Finanzdepartement die definitive Nutzung des Gebäudes. Dazu werden die Bedürfnisse der anderen Departemente abgeholt. Sobald die Nachnutzung feststeht, wird die Sanierung des Gebäudes aufgegleist und auf die neue Nutzung abgestimmt.

Zur Frage 2. Der Kanton evaluiert derzeit die künftige Nachnutzung des Gebäudes. Die Art und Weise, wie die Quartierbevölkerung in diesem Prozess einbezogen wird, ist noch nicht abschliessend geklärt. Sobald die Nachnutzung festgelegt ist, beginnt die Vorstudie zur Sanierung, die auf diese Nachnutzung abgestimmt wird. Die Denkmalpflege wird sowohl in der frühen Phase der Vorstudie als auch später in der Projektierung und Realisierung der Sanierung einbezogen werden. Der Kanton steht verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten offen gegenüber. Diese müssen jedoch auf ihre Vereinbarkeit mit dem Standort und der Liegenschaft geprüft werden. Zudem müssen die zonenrechtlichen Anforderungen

erfüllt sowie die erforderlichen Umbaumassnahmen mit der Denkmalpflege vereinbar sein. Eine Nachnutzung mit Gastronomie wird in diesem Zusammenhang nicht ausgeschlossen. Der Christoph Merian-Park befindet sich im Besitz der Christoph Merian Stiftung und wird von der Stadtgärtnerei unterhalten. Der Status als jederzeit öffentlich zugängliche Grünanlage soll weiterhin bestehen bleiben. Eine Ausweitung der definitiven Nachnutzung auf den Park ist daher nicht vorgesehen.

Zur Frage 3. Die Evaluierung der definitiven Nachnutzung des Gebäudes und die Aufgleisung der konkreten Sanierungsmassnahmen inklusive Bedarfsformulierung, Vorstudien, Projektierung und Finanzierung werden ungefähr vier Jahre in Anspruch nehmen. Die Dauer der Zwischennutzung ist auf diese Zeit abgestimmt und hat entsprechend keinen unmittelbaren Einfluss auf den Terminplan. Die Zwischennutzung stellt sicher, dass das Gebäude in den nächsten vier Jahren nicht leer steht und der Bevölkerung zugutekommt.

Zur Frage 4. Die derzeitige Zwischennutzung ist zeitlich beschränkt auf vier Jahre, die endgültige Nachnutzung wird frühestens nach Abschluss der Zwischennutzung und der anschliessenden Sanierung des Gebäudes einziehen. Für die Sanierung wird von einer Bauzeit von ungefähr zwei Jahren ausgegangen.

Zur Frage 5. Der Verein Château Solaire wurde Ende August 2024 unter anderem von Mitarbeitenden der Basler Musikagentur Sixteentimes Music gegründet. Der Vorstand setzt sich aus den folgenden Personen zusammen: Jeroen van Vulpen, Präsident, Ruedi Brunner, Kassier, Mandy, genannt Milli Zolnai, Geschäftsführung, Denise Wagner und Maude Meret. Der Verein Château Solaire finanziert sich durch Eintrittsgelder, Vermietungen und Fördergelder. Er hat keinen direkten Bezug zum Verein Junge Kultur Basel, die Beziehung ist jedoch gut und wohlwollend.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

David Jenny (FDP): Sie haben mit dem Wort wohlwollend geschlossen. Ich bin auch wohlwollend heute und sage, ich bin teilweise zufrieden. Vielleicht ein paar biografische Anmerkungen. Ich bin 220 Meter gemäss Google Maps Luftlinie vom Sommercasino aufgewachsen, habe dort auch nicht sehr erfolgreich Kurse handwerklicher Natur besucht und war als Co-Präsident der Basler Freizeitaktion, heute JuAr, teilweise auch mitverantwortlich für den Betrieb im Sommercasino unter der Basler Freizeitaktion. Ich habe nicht verstanden, wie die Regierung da Social Engineering gespielt hat und den Betreiber gewechselt hat. Ich glaube, das Debakel war dann absehbar und das ist auch eingetreten. Es kam noch die Pandemie und alles dazwischen. Das Sommercasino hat eine reiche Geschichte, es wurde eben nicht das Jugendhaus gebaut. Die Geschichte weiss auch Frau Keller, sie hat da ein Buch über das Casino geschrieben und das war ja auch Teil dieser Geschichte.

Und jetzt ist die Gelegenheit, das Ganze wieder mal anzuschauen, ob es jetzt wirklich einen Epochenwechsel braucht im Sommercasino und das ist einfach die Angst auch der Quartierbevölkerung, dass eben diese Zwischennutzungen, dann immer diese Provisoire, qui dure, und dann kommt das Gejammer nach vier Jahren und dann arbeitet der Kanton doch völlig überraschend ein bisschen langsamer als er jetzt ankündigt. Und Sie sagen, das Erziehungsdepartement ist am Prüfen, wo quasi das Angebot, der Betrieb Sommercasino sonst weitergeführt wird. Das ist toll, dort sind ja auch die Akteure schon eng einbezogen, ein Einbezug der Quartierbevölkerung, ja, da kommt grosse Zurückhaltung mir entgegen. Ich stelle auch fest, das ist ein Quartier, wo es ein paar bürgerliche Wählerinnen und Wähler hat, und wenn wir die Erfahrung anschauen, Bruderholz und in der St. Alban-Vorstadt, die Anwendung von Verfahren gemäss § 55 der Kantonsverfassung in eher bürgerlichen Quartieren wird von einer linken Regierung sehr zurückhaltend gehandhabt. Ich habe jetzt das sehr vornehm ausgedrückt.

Es gibt auch eine gewisse Gleichbehandlung. Ich habe im privaten Umfeld, da soll eine Liegenschaft neu gestrichen werden, die nur in der Schutzzone ist. Da verlangt die Denkmalpflege ein Gutachten von Privaten, wie dann dieser Anstrich war. Ich nehme an, die Denkmalpflege hat vor jedem Graffiti am Sommercasino auch ein Gutachten verlangt. Ich bin grundsätzlich positiv gegenüber dem Denkmalschutz, aber ich glaube, der Staat muss sich auch an die eigenen Regeln halten und da gab es sehr gute Gründe, als die BFA das geleitet hat, das nicht zu tun, aber das ist jetzt weggefallen.

Ich glaube, Sie müssen auch die Sorgen der Quartierbevölkerung ernst nehmen. Der Charakter hat sich auch ein bisschen verändert mit dem Rosenfeldpark, der ja auch offener geworden ist, das ist auch gut, aber es hat auch gewisse Auswirkungen und ich habe einfach Angst, wie Sie es jetzt machen, dann heisst es, ja ja, es ist ja gut gegangen mit diesem Château Solaire oder vielleicht nicht so gut, dann wechselt man nach zwei Jahren wiederum den Betreiber aus und man vergibt sich die Chance, jetzt etwas zu konzipieren, das wirklich dann für die nächsten Jahrzehnte in dieses Quartier passt.

Und nur noch eine Anmerkung, der Christoph Merian-Park befindet sich nicht nur im Besitz der Christoph Merian Stiftung, sondern auch im Eigentum.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

20.8. Interpellation Nr. 125 Adrian Iselin betreffend falsche Prioritätensetzung des Bau- und Verkehrsdepartements bei baulichen Stadtklimaanpassungen

[16.10.24 16:06:23, 24.5439.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung.

20.9. Interpellation Nr. 126 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend ist die Basler Praxis bezüglich Wohnschutz kompatibel mit dem BGE betreffend Mietzinserhöhungen bei Renovationen?

[16.10.24 16:06:41, 24.5440.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet.

20.1. Interpellation Nr. 127 Raoul I. Furlano betreffend Spitexversorgung im Kanton Basel-Stadt

[16.10.24 16:07:04, 24.5448.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich kann Ihnen diese Interpellation wie folgt beantworten:

Zu Frage 1. Bei Spitexleistungen besteht bereits heute eine Subjektfinanzierung. Sämtlicher Spitexleistungen, auch diejenigen von Spitex Basel, werden mengenbezogen und subjektorientiert abgegolten.

Zu den Fragen 2 und 4. Die Kriterien für die Vergabe des Leistungsauftrages an Spitex Basel sind kein Geheimnis. Der Leistungserbringer muss diejenigen Leistungen abdecken können, welche auf dem freien Markt nicht erbracht werden. Es sind dies folgende Bereiche: Erstens, die Gewährleistung einer Kundenaufnahmepflicht für die ganze Stadt Basel, insbesondere auch für Kurzeinsätze, da diese für die Grundversorgung essenziell aber wirtschaftlich unattraktiv sind. Zweitens, die Kinderspitex, drittens, pflegerischer Notfalldienst und viertens, spezialisierte Dienste wie insbesondere Onkologie und Palliativ-Spitex. Des Weiteren muss der Leistungserbringer mit den Zuweisern, beispielsweise Arztpraxen oder Spital-Sozialdiensten, effizient kooperieren können und selbstverständlich muss er die Leistungen effizient erbringen können und die geforderten Qualitätsstandards einhalten, zum Beispiel bezüglich Beschwerdewesen.

Diese Voraussetzungen wurden der Association Spitex privée Suisse ASPS auch schon mehrmals ausführlich dargelegt. Diese Association hatte sich ebenfalls für einen ähnlichen Leistungsauftrag beworben. Beim Antrag der ASPS bestand neben anderen Punkten die Hauptproblematik aber darin, dass die Antragstellenden nicht über genügend diplomiertes Pflegepersonal verfügten, um die Kundenaufnahmepflicht in der Behandlungspflege zu gewährleisten. Dies hätte bewirken können, dass Pflegebedürftige meist ältere Menschen in der Stadt Basel keine Spitexpflege erhalten hätten und je nachdem in ein Pflegeheim oder Spital hätten eintreten müssen. Der Kern des Leistungsauftrags hätte somit nicht erfüllt werden können.

Zu Frage 3. Die Tarife der Leistungsvereinbarung mit Spitex Basel werden nicht veröffentlicht, weil das Appellationsgericht Basel-Stadt im Februar 2018 festgehalten hat, dass diese Tarife ein Geschäftsgeheimnis des Leistungserbringers darstellen und daher nicht veröffentlicht werden dürfen.

Zu den Fragen 5, 6 und 9. Der Regierungsrat hat im laufenden Jahr ein externes Unternehmen damit beauftragt, die betriebliche und finanzielle Situation von Spitex Basel umfassend zu analysieren. Im Rahmen dessen wurde auch geprüft, ob die Versorgungssicherheit gewährleistet ist. Auf betrieblicher Ebene wurden, wo nötig, bereits Massnahmen definiert und umgesetzt.

Zu Frage 7. Dass Spitex Basel Teile seines Leistungsauftrags an andere Organisationen delegiert hat, trifft nicht zu. Es kann aber vereinzelt vorkommen, dass Spitex Basel einzelne Aufträge an andere Unternehmen weiterleitet. Diesen steht es aber frei, diese Aufträge anzunehmen oder auch nicht und sollte dies der Fall sein, so rechnen diese Unternehmen dann direkt mit der zuständigen kantonalen Stelle ab, und zwar gemäss dem regulären Tarif, nicht nach den mit Spitex Basel vereinbarten Ansätzen. Spitex Basel erhält dabei keinerlei Abgeltung oder ähnliches.

Zu Frage 8. Seit diesem Jahr läuft ein Pilotprojekt, in welchem Organisationen im Spitex-Partnernetz, darunter sind auch Mitglieder dieser ASPS, bei Übernahme von Kurzeinsätzen eine höhere Abgeltung weitergeleitet wird. Auf diese Weise sollen Erfahrungen mit einem Versorgungsmodell gesammelt werden, das die Versorgungssicherheit für die Zukunft stärken kann.

Zu Frage 10. Der geltende Leistungsvertrag mit Spitex Basel sieht keine Defizitdeckung durch den Kanton vor. Die Verhandlungen für den Leistungsauftrag von Spitex Basel ab 2025 sind noch nicht abgeschlossen, dementsprechend hat der Regierungsrat den Leistungsauftrag auch noch nicht genehmigt und eine Beschreibung der Vertragsinhalte im Rahmen der vorliegenden Beantwortung ist auch nicht möglich.

Zu Frage 11. Betreffend Curavis wurde das Gesundheitsdepartement in seiner Rolle als Aufsichtsbehörde dahingehend informiert, dass der Betrieb aufgrund personeller Engpässe und betriebswirtschaftlicher Aspekte im Nachgang der Pandemie eingestellt wurde. Spitex Basel spielte dabei keine Rolle.

Zu Frage 12. Das zuständige Departement ist und war selbstverständlich jederzeit bereit, einen offenen Dialog mit allen Akteurinnen und Akteuren zu führen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Raoul I. Furlano (LDP): Ich bedanke mich sehr für die sehr ausführlichen Antworten und ich bin zufrieden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

20.11. Interpellation Nr. 128 Melanie Eberhard betreffend Platzmangel im Breitenfussball – wie kann die Kapazität erhöht werden?

[16.10.24 16:13:11, 24.5451.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Die positive Entwicklung des Fussballsports vor allem bei Kindern und Jugendlichen nimmt der Regierungsrat mit Freude zur Kenntnis. Ebenso, dass im Hinblick auf die kommende UEFA Women's EURO 2025 immer mehr Mädchen und Frauen Fussball spielen möchten. Dies entspricht auch dem Ziel der Legacy-Projekte im Rahmen der UEFA Women's EURO 2025.

Zu den einzelnen Fragen. Zu Frage 1. Dem Regierungsrat ist bewusst, dass die im Kanton Basel-Stadt vorhandene Infrastruktur für den Breitensport begrenzt ist. Eine optimale Nutzung und ein guter Unterhalt der Infrastruktur sind aus diesem Grund zentral.

Zur Frage 2. Zurzeit führt das Sportamt in den fünf Sportanlagen mit den ansässigen Sportvereinen Workshops durch. In den Workshops werden die Nutzung und Belegung der Felder geprüft sowie Massnahmen entwickelt, um die Belegungskapazität zu optimieren. Im Rahmen der Legacy zur UEFA Women's EURO 2025 wurde das Ziel definiert, die Belegungen auf den bestehenden Anlagen um 15 Prozent zu erhöhen. Dies soll zum Beispiel mit einer höheren Anzahl an Trainingsschichten und mit zusätzlichen Belegungsstunden pro Feld erreicht werden. Insbesondere bei den letzten Trainingsschichten abends gibt es teilweise noch freie Kapazitäten. Zudem werden weitere Angebote ausserhalb der Haupttrainingszeiten geschaffen. Dazu gehören unter anderem Fussballkurse für Mädchen im Rahmen des freiwilligen Schulsports oder das niederschwellige Angebot Girls Football.

Die Optimierung der Belegungskapazitäten entspricht auch einem Grundsatz des Sportanlagenkonzepts. Dieses sieht vor, dass auch aus finanziellen Gründen zuerst organisatorische Massnahmen und erst danach bauliche Massnahmen umgesetzt werden. Alleine mit einer optimierten Belegung kann die aktuelle und zukünftige Entwicklung aber nicht angefangen werden. Es benötigt weitere Massnahmen. Deshalb ist zu prüfen, wo mit zusätzlichen Feldbeleuchtungen und Kunstrasenplätzen neue Kapazitäten geschaffen werden können.

Zu Frage 3. Mit Kunstrasenfeldern können neue Kapazitäten geschaffen und die Felder intensiver belegt werden. Dies auch unabhängig von Witterung und Temperaturen. Der Regierungsrat möchte deshalb die Realisierung von weiteren Kunstrasenfeldern prüfen. Neben den für den Liga-Betrieb erforderlichen Normfeldern können auch kleine Kunstrasenfelder für Trainings sinnvoll sein. Die Kunstrasenfelder müssen mit einer geeigneten Beleuchtung ausgestattet sein, um das ganze Jahr eine hohe Auslastung zu gewährleisten. Es ist allerdings zu beachten, dass neue Kunstrasenfelder jeweils auf bereits bestehenden Naturrasenfelder gebaut werden, da kaum zusätzliche Flächen zur Verfügung stehen.

Bei der Abwägung zwischen Natur- und Kunstrasen gibt es zudem verschiedene Vor- und Nachteile zu beachten. Ein Kunstrasen kann gemäss der von der Interpellantin erwähnten Studie der Zürcher Fachhochschule in der ökologischen Bilanz nur unter bestimmten Voraussetzungen mit einem Naturrasen mithalten. Wenn der Grosse Rat den Ratschlag betreffend Neubau Kunstrasen und Erneuerung der Beleuchtung auf der Sportanlage Rankhof zustimmt, kann ein Kunstrasen im Stadion Rankhof realisiert werden.

Zu Frage 4. In den erwähnten Workshops mit den Sportvereinen werden auch kurzfristige Massnahmen wie mobile Beleuchtungssysteme und mobile Kunstrasen diskutiert. Diese Massnahmen werden derzeit vertieft geprüft und nach Möglichkeit umgesetzt.

Zu Frage 5. Der Platz auf den bestehenden Sportanlagen ist begrenzt und ein Ausbau wird kaum möglich sein. Neben dem Fussball stehen die Anlagen auch vielen weiteren Sportarten zur Verfügung. Deshalb soll neben den erwähnten Massnahmen speziell für den Kinderfussball die Nutzung von weiteren Rasenflächen oder Allwetterplätzen geprüft werden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Melanie Eberhard (SP): Zuerst einmal freut es mich sehr zu hören, dass der Regierungsrat auch das grosse Interesse der fussballspielenden Kinder, aber auch Erwachsenen so sehr schätzt und das auch weiterhin ermöglichen möchte. Denn Sport ist sehr wichtig. Es ist wichtig für die Gesundheit, es ist auch wichtig gerade im Teamsport für den ganzen sozialen und gesellschaftlichen Wert, den es bringt. Damit dieser Sport aber auch möglich ist, braucht es, und das hat der Regierungsrat ja auch festgehalten, die entsprechende Infrastruktur. Es braucht Sporthallen, es braucht Schwimmhallen und es braucht eben auch Fussballplätze. Ich gehe ebenfalls mit dem Regierungsrat einig, dass in unserer Stadt der Platz beschränkt ist. Das ist eine Tatsache und deshalb braucht es andere Lösungen, als dies vielleicht in eher ländlichen Gemeinden der Fall ist. Ich gehe deshalb ebenfalls mit dem Regierungsrat einig, dass es sinnvoll ist zu schauen, was man machen kann, wie man den bestehenden Platz sinnvoller, besser, effizienter nutzen kann und ich gehe auch mit dem Regierungsrat einig, dass das nicht reicht.

Ich habe in meiner Interpellation ausgeführt, dass in den letzten zehn Jahren eine Zunahme im Fussball zu verzeichnen ist von über 30 Prozent und wie der Regierungsrat auch festhält, sollen mit diesen Massnahmen rund 15 Prozent Einsparung getroffen werden. Während zum einen ich von Seiten der Vereine gehört habe, dass noch nicht so ganz klar ist, ob das überhaupt machbar ist, die 15 Prozent einzusparen, ist auf der anderen Seite auch deutlich, dass damit immer noch ein grosses Manko an Plätzen vorhanden ist. Ich habe mich gefreut zu lesen, dass der Regierungsrat Möglichkeiten sieht, sei es mit dem Bau von Kunstrasenfeldern oder zusätzlicher Beleuchtung, zu schauen, dass da diese Kapazitäten ausgebaut werden können, finde es da aber auch sehr wichtig, dass dieser Ausbau auch in Zusammenarbeit mit den Vereinen erfolgt, dass die Vereine da einbezogen werden, dass sie angehört werden und dass da möglichst rasch Lösungen gefunden werden können, die auch den Vereinen und ihren Bedürfnissen Rechnung tragen.

Ich möchte in diesem Votum auch nochmal kurz erwähnen, wie wertvoll die Arbeit dieser Vereine ist. Ich habe in den letzten Wochen mit verschiedenen Vereinsvertretenden sprechen können und habe da auch wirklich nochmal eindrücklich gemerkt, wie viel sie leisten, wie viele Leute ehrenamtlich Abend für Abend in den Trainings sind, sich da einbringen, Engagement

zeigen und damit vielen Kindern und Jugendlichen sehr viel Wertvolles auch zurückgeben. Und für sie ist es halt sehr deprimierend, wenn sie dann Anfragen haben von Kindern, die gerne Fussball spielen würden, die sie abweisen müssen und es ist auch schwierig für sie, wenn sie wissen, dass es eigentlich das Ziel gibt, dass bis in drei, vier Jahren noch Tausend Mädchen und Frauen mehr zum Fussball kommen sollen über die EURO, die wir im kommenden Jahr dahaben, wenn sie jetzt schon eigentlich nicht wissen, wie sie den Kindern das Spielen ermöglichen sollen.

In dem Sinne bin ich teilweise befriedigt mit der Antwort des Regierungsrats, weil ich zum einen sehr schätze, dass er die Wichtigkeit für die Kinder und Jugendlichen des Sports anerkennt, dass er auch anerkennt, dass die Infrastruktur aktuell nicht ausreichend ist und er noch weiteren Lösungen suchen möchte, ich es aber eben auf der anderen Seite auch sehr wichtig finde, dass das jetzt möglichst rasch geschieht, denn bis im kommenden Jahr werden diese Kinder und Jugendlichen erwartet. Das heisst, es bleibt nicht mehr Unmengen an Zeit da Lösungen zu suchen und ich erwarte auch oder erhoffe mir auch, dass diese Lösungen gemeinsam mit den Vereinen gesucht und gefunden werden, damit wir im kommenden Jahr ein grosses Fussballfest hier feiern können und in Zukunft möglichst viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene auch Fussball spielen können.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

20.12. Interpellation Nr. 129 Pascal Messerli betreffend Antisemitismus und Islamismus: Wie ist die Situation in Basel?

[16.10.24 16:22:56, 24.5453.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zunächst grundsätzliche Bemerkungen. Die Bekämpfung von Antisemitismus ist dem Regierungsrat ein wichtiges Anliegen. Umso mehr ist er betroffen, dass an Demonstrationen im Zusammenhang mit der Gewalteskalation im Nahen Osten immer wieder antisemitische Parolen skandiert werden.

Zu den konkreten Fragen. Zu Frage 1. Gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung besteht ein Anspruch auf Bewilligung von gesteigertem Gemeingebrauch des öffentlichen Grundes, sofern dies für die Grundrechtsausübung erforderlich ist. Die Kantonspolizei darf deshalb keine Vorzensur vornehmen und Demonstrationen verbieten, weil sie mit dem Inhalt und den Botschaften der Gesuchstellenden nicht einverstanden ist. Eine Demonstrationsbewilligung kann gemäss § 14 Abs. 3 der Strassenverkehrsverordnung aber aus verkehrspolizeilichen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit verweigert werden. Nach sorgfältiger Lagebeurteilung und in Absprache mit den Gesuchstellenden hat die Kantonspolizei die Bewilligung nicht wie ursprünglich beantragt vom De-Wette-Park über den Marktplatz und die Mittlere Brücke durch die gesamte Innenstadt, sondern auf eine alternative Route via Wettsteinbrücke erteilt.

Zu Frage 2. Die Kantonspolizei kam im Bewilligungsverfahren nach sorgfältiger Lagebeurteilung zum Schluss, dass die Sicherheit der Bevölkerung bzw. von Teilen der Bevölkerung durch die Demonstration nicht gefährdet ist. Andernfalls wäre die Demonstration nicht bewilligt worden.

Zu Frage 3. An der samstäglichen Demonstration wurde mit einer Teilnehmerzahl zwischen 3’000 und 5’000 Personen gerechnet. Es wäre deshalb bei einer so grossen Teilnehmerzahl organisatorisch kaum möglich gewesen, die Manifestation auf einen einzigen Platz zu beschränken. In Absprache mit den Gesuchstellenden wurde aufgrund der polizeilichen Lagebeurteilung und unter Berücksichtigung der öffentlichen Sicherheit bewusst eine Route bestimmt, welche das öffentliche Leben nicht über Gebühr einschränkte, den Teilnehmenden aber trotzdem ermöglichte, eine vergleichbare Appellwirkung wie mit der ursprünglich von den Gesuchstellenden gewünschten Route zu erzielen.

Zur Frage 4. Sowohl auf israelischer als auch auf palästinensischer Seite führte die Gewalteskalation im Nahen Osten zu unsäglichem Leiden. Die Pro-Palästina-Demonstration vom 5. Oktober 2024 kann deshalb nicht grundsätzlich als antisemitisch motivierte Provokation betrachtet werden. Leider nahmen an der Demonstration aber offensichtlich auch Personen mit antisemitischem Gedankengut teil. Offizialdelikte wie Verstösse gegen die Diskriminierungsstrafnorm werden bei Kenntnis von Amtes wegen verfolgt.

Zu Frage 5. Ein Ausschuss, in dem verwaltungsinterne und externe Fachleute Einsitz nehmen, unterstützt die Fachstelle Integration und Antirassismus bei der Erarbeitung des Massnahmenplans zur Bekämpfung von Antisemitismus. Die Berichterstattung erfolgt voraussichtlich im Oktober 2025, dieser soll nicht vorgegriffen werden.

Zu Frage 6. Islamismus kann eine Motivation für Antisemitismus sein. Antisemitismus ist aber auch in politisch extremistischen Kreisen vertreten. Der Anteil der Schweizer Bevölkerung, die eine stark antisemitische Einstellung aufweist, liegt gemäss Bundeszahlen bei rund 10 Prozent. Die registrierten antisemitischen Vorfälle im Kanton Basel-Stadt sind aber auch im Rest der Schweiz immer noch auf einem höheren Niveau als vor dem 7. Oktober 2023.

Zu den Fragen 7 bis 10. Usanzgemäss äussert sich der Nachrichtendienst des Bundes weder zu Einzelfällen noch zu seinen operationellen Vorgehensweisen und Tätigkeiten. Er kommentiert nicht die Situation in einzelnen Städten und Kantonen und er äussert sich weder zu Einzelfällen noch zu seinen operationellen Tätigkeiten und Vorgehensweisen. Nach wie vor gültig ist aber der Sicherheitsbericht 2023 des NDB «Sicherheit Schweiz 2023».

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Pascal Messerli (SVP): Besten Dank für die Beantwortung der Interpellation. Ich dachte wirklich, wir wären nach dem 7. Oktober 2023 weiter und dass zukünftig entschlossen Antisemitismus und Judenhass bekämpft wird. In Tat und Wahrheit sind wir aber viele Schritte zurückgegangen, wir haben einen Rückschritt gemacht. Das liegt nicht an den zu wenigen Lippenbekenntnisse, welche es seitdem gibt, von denen gibt es gegenteilig genug davon, aber immer, wenn es konkret wird und antisemitischen Vorfälle sich ereignen, wird es von den Behörden geduldet und man schweigt es tot. Jedes Mal. Bei der Universität, bei der Besetzung haben die Rektorin der Universität und die zuständigen Regierungsräte geschwiegen. Eine Resolution von Kollege David Jenny wurde zu diesem Thema abgelehnt. Wenn Hamas-Versteher in der ganzen Stadt ihre antisemitischen Parolen skandieren wollen, dann legt ihnen der Kanton den roten Teppich aus. Bei Hakenkreuzen über dem Davidstern, der Instrumentalisierung von Kindern und beim Slogan von «From the river to the sea» macht der Regierungsrat das, was er am besten kann, schweigen.

Und wenn man dann eine Interpellation einreicht, bekommt man eine unfundierte Antwort auf Niveau Staatsrecht 1, made bei Professor Schäfer, dass das Demonstrationsrecht halt ein Grundrecht sei und man angeblich jeden Schwachsinn bewilligen muss. Und da, lieber Regierungsrat, macht man es sich zu einfach. Selbstverständlich kann man ein Demonstrationsrecht einschränken, wenn ein öffentliches Interesse gegeben ist, beispielsweise die Sicherheit der jüdischen Glaubensgemeinschaft. Und, meine Damen und Herren, wo leben wir eigentlich, wenn Juden im Tram während einer Demo den Davidstern verstecken müssen oder wenn in jüdischen WhatsApp-Gruppen kursiert, dass man die Innenstadt meiden soll, weil es an dieser Demonstration an diesem Tag zu gefährlich ist für die jüdische Glaubensgemeinschaft. Ist das ihre Art von Sicherheit, wenn Sie finden, dass diese gewährleistet sein soll? Das kann doch wirklich nicht Ihr Ernst sein.

Zudem kann man Demonstrationsrecht auch örtlich einschränken, beispielsweise mit einer Platzkundgebung, auch wenn sich 3’000 Menschen angemeldet haben. Wenn sie sich im De-Wette-Park versammeln und treffen können, dann können sie auch dort bleiben oder halt einfach auf dem Marktplatz stehen bleiben. Man muss dafür nicht die ganze Innenstadt lahmlegen. Und selbstverständlich kann man eine Demonstration auch zeitlich beschränken, dass man dann vielleicht sagt, nach dem grossen Massaker gegen die Juden, dass man das dann bewilligt am 5. Oktober, wo das Jahresdatum der 7. Oktober war. Die jüdische Glaubensgemeinschaft hat das im Übrigen auch getan, sie haben mehrere Platzkundgebungen am Marktplatz durchgeführt. Es war ruhig, es war sittlich, es war anständig und es war kein derartiger Klamauk, wie es diese Hamas-Versteher am Samstag zuvor getan haben. Man kann hier etwas tun, es benötigt halt einfach etwas mehr Wut statt dieses kollektive Schweigen.

Und da Sie auch zudem bezüglich Antisemitismus und Islamismus keine konkreten Angaben machen können, bestärkt das auch etwas meine Haltung, frei nach dem Motto, dort, wo wir nicht hinsehen, gibt es auch kein Problem. Man darf berechtigt die Frage stellen, gab es damals denn Konsequenzen für die Hassprediger in der König-Faysal-Moschee vor ein paar Jahren? Was tut der Regierungsrat gegen kriminelle Organisationen wie Samidoun? Werden kriminelle Islamisten konsequent ausgewiesen? Fragen über Fragen, keine Antworten, wahrscheinlich alles negativ. Und ich möchte hier den Regierungsrat schon auch daran erinnern, dass dies zentral sicherheitspolitische Fragen sind und die Sicherheitspolitik endlich schwerpunktartig in diesem Kanton behandelt werden muss. Beim Klima meinen Sie immer, wir sind hier eine grosse Loki, im Thema Sicherheit bleibt der Zug schon im Bahnhof stehen.

Ich bin mit der Beantwortung in keiner Art und Weise befriedigt und ich kann Ihnen garantieren, sollte ich am Sonntag wiedergewählt werden, dann wird es keine Vorstösse regnen, es wird Vorstösse hageln.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

20.13. Interpellation Nr. 130 Christine Keller betreffend Umgang mit einem vom Grossen Rat definitiv bewilligten Budgetpostulat (Hundefreilaufzone Merkuranlage)

[16.10.24 16:31:55, 24.5454.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin will begründen.

Christine Keller (SP): Verzeihen Sie den vielleicht etwas abrupten Themenwechsel von diesem ernsten Thema vorher. Ich wollte eigentlich mit Kollege David Jenny, der aber leider gerade nicht im Raum ist, nochmals unsere Diskussion darüber aufnehmen, ob das Hündchen da oben jetzt traurig ist oder nicht. Ich muss jetzt daran festhalten, jetzt ist es definitiv traurig, weil es hatte doch gehofft, mit der Gutheissung des Budgetpostulats von 55'000 Franken würde ihm nun der ohnehin schon angeblich vorgesehene Brunnen endlich bewilligt, ebenso eine Buddelecke, ein Licht und Spielsachen zum Hinlegen.

Das war ja der Beschluss des Grossen Rates, aber nein, statt Freudengebell nun für einmal wirklich ein lautes Wiehern des Amtsschimmels. Uns wurde im Sommer mitgeteilt, das sei ein ganz langes Bau- und Genehmigungs- und Bewilligungsverfahren und man sei vielleicht Ende Jahr fertig, aber eröffnet könne der Brunnen jedenfalls erst nächstes Frühjahr und deshalb ist unser Hündchen nun traurig. Definitiv, David Jenny, da Sie nun in den Raum zurückkommen sind. Spass beiseite.

Die Sache hat ja nun auch eine grundsätzliche Seite. Wir wurden auch schon von der Finanzdirektorin darauf hingewiesen, dass Budgetpostulate tendenziell ein schwieriges Instrument sind, weil sie ja eben erst im April des Budgetjahres hier verabschiedet werden und dass es dann natürlich knapp werden kann. Gut, dann müsste man aber meiner Meinung nach das klar sagen, das können wir nicht dieses Jahr verwirklichen, damit wir auch wissen, über was wir abstimmen. Und wenn man natürlich, wie die Stadtgärtnerei nach mehrmaligem nachbohren zugegeben hat, erst drei Monate nach Überweisung des Postulats überhaupt mit der Planung anfängt, ist es halt auch klar, dass es nicht reicht.

Meine Fragen zielen eigentlich auch darauf ab, was ist der Sinn eines Budgetpostulates, wie verbindlich ist es, soll man es womöglich abschaffen, wenn es ohnehin nichts bringt, und nur noch ein Vorgezogenes Budgetpostulat machen, was dann aber ja klarerweise erst recht eine Verschiebung bedeutet. In diesem Sinn bin ich, und sicher auch mein Hündchen hier oben rechts, gespannt auf die Antworten.

20.14. Interpellation Nr. 131 Anina Ineichen betreffend Entfernung von Wahlplakaten auf privatem Grund

[16.10.24 16:34:46, 24.5455.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten die Interpellation wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 4. Das Bau- und Planungsgesetz mit Verordnung und Ausführungsbestimmungen regelt das Anbringen von Reklamen auf privatem Grund. Die Grundlagen finden sich unverändert auf der Webseite des Bau- und Gastgewerbeinspektorats. Die Regelungen des NöRG betreffen das Anbringen von Wahlplakaten an privaten Gartensäulen in keiner Weise.

Zu den Fragen 5 bis 7. Gemäss einer internen Abklärung bei den in Frage kommenden Abteilungen ist niemandem bekannt, dass Mitarbeitende des Kantons am Gartenzaun einer Liegenschaft in Kleinbasel Wahlplakate entfernt haben sollen. Auch in der Vergangenheit wurden bei Wahlen keine Plakate auf Privatgrund durch den Kanton entfernt und entsorgt. Dazu besteht auch keine rechtliche Grundlage.

Zu Frage 8. Aus Sicht des Regierungsrats handelt es sich beim zitierten Fall um einen strafrechtlichen Tatbestand, den die Geschädigten bei der Polizei melden sollten.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Anina Ineichen (GAB): Ich bin mit der Antwort grundsätzlich zufrieden, nicht aber mit dem vorgefallenen Sachverhalt. Es wäre bedenklich gewesen, wenn es Mitarbeitende vom Kanton gewesen wären, es ist aber auch bedenklich, sollten es Personen sein, die sich als Mitarbeitende des Kantons ausgegeben haben. Das schwächt das Vertrauen in den Kanton. Fakt ist, hier wurden Plakate an einer prominenten Stelle entfernt und aufgrund der Aussage dieser Personen, die doch recht glaubhaft sich als Mitarbeitende ausgegeben haben, wurden die Plakate auch nicht mehr aufgehängt. Das ist sehr unschön und auch bedauerlich, aber ich nehme den Hinweis mit der Anzeige auf und werde ihn so weitermelden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

20.15. Interpellation Nr. 132 Harald Friedl betreffend Schutz der Bevölkerung vor Atomkraftwerken

[16.10.24 16:37:13, 24.5456.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Damit geht das Wort an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich darf Ihnen diese Interpellation im Namen des Regierungsrats wie folgt beantworten:

Der Regierungsrat hat die Pläne des Bundesrats, das bestehende Neubauverbot für Atomkraftwerke aufzuheben, Ende August zur Kenntnis genommen. Gemäss § 31 Abs. 3 der Kantonsverfassung und dem kantonalen Gesetz betreffend den Schutz der Bevölkerung vor Atomkraftwerken wendet sich der Kanton Basel-Stadt gegen die Kernenergie. Diese Position ist für den Regierungsrat selbstverständlich verbindlich und wir halten uns daran.

Der Regierungsrat hat die Pläne des Bundesrats diskutiert und entschieden, im Rahmen einer kommenden gemeinsamen Sitzung mit dem Vorsteher des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation, Herrn Bundesrat Rösti die Haltung des Kantons Basel-Stadt mitzuteilen. Der Regierungsrat wird diese Haltung auch im Rahmen des geplanten Vernehmlassungsverfahrens im Zusammenhang mit der Volksinitiative «Blackout stoppen» sowie im Rahmen der periodischen Treffen mit den Regierungen der Nordwestschweizer Kantone zum Ausdruck bringen.

Sodann sei darauf hingewiesen, dass der Kanton Basel-Stadt die Aktivitäten des trinationalen Atomschutzverbands (TRAS) gegen den Ausbau der Kernenergie auf regionaler und nationaler Ebene und insbesondere im Oberrhein-Gebiet weiterhin unterstützt, auch finanziell. TRAS setzt sich mittels Gutachten, Petitionen, Beschwerden oder weiterer zur Verfügung stehenden Rechtsmitteln zum Schutz der Bevölkerung im Sinne des Atomschutzgesetzes ein. So hat sich TRAS auch am Tag der Ankündigung der Pläne des Bundesrates gegen eine Aufhebung des Neubauverbots für Atomkraftwerke positioniert.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu begründen, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Harald Friedl (GAB): Der Widerstand gegen Atomkraftwerke ist historisch und sehr bedeutend für unsere Region. Sie wissen es bestimmt, mit wochenlangem Widerstand und Besetzungen auf dem Areal des geplanten AKW Kaiseraugst konnten tausende von Menschen hier aus der Region ein AKW vor unserer Haustüre verhindern. Für diesen Kampf sind ich und tausende weitere Menschen hier in der Region sehr dankbar bis heute und ich und weitere Menschen setzen sich nach wie vor täglich dafür ein, dass der Kanton und die Region sich eine fortschrittliche Energiepolitik gibt. Heute ist Basel deswegen auch ein Vorzeigekanton energiepolitisch. Sie wissen es, die IWB beliefert den Kanton mit Strom aus ausschliesslich erneuerbaren Quellen und der Strom ist auch atomfrei. Diese Haltung dieser Politik wurde von der baselstädtischen Stimmbevölkerung in sämtlichen nationalen energiepolitischen Abstimmungen bestätigt, bis auch in letzter Zeit.

Der lokale Widerstand hat auch dazu geführt, dass wir in Basel-Stadt in der Verfassung einen Artikel kennen, der den Kanton verpflichtet, sich gegen AKWs einzusetzen und zusätzlich gibt es noch das Gesetz betreffend dem Schutz der Bevölkerung vor Atomkraftwerken, das dann nochmals deutlicher ausführt, dass sich der Kanton mit allen ihm zur Verfügung stehenden politischen und rechtlichen Mitteln gegen den Bau von Atomkraftwerken auf Kantonsgebiet, aber auch in der direkten Nachbarschaft einsetzt.

Die Botschaft des Bundesrats, der das Neubauverbot von AKWs aufweichen will, hat medial viele Wellen geworfen. Das wäre in meinen Augen eine sehr gute Gelegenheit gewesen für den Regierungsrat, daran zu erinnern, was die Verfassung des Kantons Basel-Stadt sagt. Leider habe ich diesbezüglich nichts vernommen. Ich habe es schon gesehen, dass auch einzelne Mitglieder des Regierungsrats sich auf ihren persönlichen Accounts oder Blogs dazu geäussert haben, was mich sehr freut, und auch, dass sich der TRAS dagegen ausgesprochen hat, das habe ich zur Kenntnis genommen. Aber trotz der Nachfrage von lokalen Medien wurde Auskunft gegeben, dass der Kanton oder der Regierungsrat sich noch nicht zum Thema austauschen konnte. Ich finde, das wäre möglich gewesen aufgrund des Verfassungsartikels und aufgrund des Gesetzes, das wir hier haben.

Es freut mich, dass der Regierungsrat meine Interpellation entsprechend beantwortet, dass er sagt, dass er sich beim nächsten Treffen mit Bundesrat Albert Rösti und mit den Kolleginnen und Kollegen der Nordwestschweizer Kantone klar dazu äussern will, was die Haltung des Kantons ist. Auch begrüsse ich es sehr, dass er sich bei der Vernehmlassung zur Blackout-Initiative dazu äussern will in diesem Sinne, wie es in der Kantonsverfassung steht.

Mit diesen Aussagen beantwortet der Regierungsrat aber nicht sämtliche meiner in der Interpellation gestellten Fragen. Gerne hätte ich noch gewusst, ob er weitere Mittel sieht, zum Beispiel im Austausch mit regionalen Politikerinnen und Politikern im National- und Ständerat, zum Beispiel gemeinsam mit den trinationalen Partnern im Oberrheinrat, was noch weitere Möglichkeiten wären, um diese Botschaft zu verhindern.

In diesem Sinne erkläre ich mich als teilweise zufrieden mit der Beantwortung meiner Interpellation, bedanke mich aber nochmals für die Beantwortung.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

20.16. Interpellation Nr. 133 Michela Seggiani betreffend Sparmassnahmen im Bundeshaushalt

[16.10.24 16:43:50, 24.5457.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Das Wort hat Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1. Der Kanton Basel-Stadt erhält 2024 Zahlungen aus dem soziodemografischen Lastenausgleich in Höhe von 67 Millionen Franken. Die vorgeschlagene Kürzung würde für den Kanton Basel-Stadt einen jährlichen Einnahmenausfall von knapp 18 Millionen Franken bedeuten. Die Kantonsregierungen lehnen diese vorgeschlagene Änderung am Finanzausgleich strikt ab. Eine Kürzung des soziodemografischen Lastenausgleichs durch den Bund würden den 2020 in Kraft getretenen Kompromiss in Frage stellen und im Finanzausgleich zu erheblichen Unsicherheiten führen. Die Zentrumskantone bezahlen heute ihre Sonderlasten zum grössten Teil selber und müssen gleichzeitig hohe Beiträge in den Ressourcenausgleich zahlen.

Zu den Fragen 2 und 3. Die Auswirkungen der vom Bundesrat vorgeschlagenen Einsparungen sind noch nicht vollständig geklärt. Die Bundesverwaltung konkretisiert derzeit die Massnahmen, die ordentliche Vernehmlassung wird voraussichtlich erst im Januar 2025 eröffnet. Die Kantone lehnen direkte Lastenüberwälzungen ohne Handlungsspielraum ab und fordern zuerst eine Entflechtung der Aufgaben zwischen Bund und Kanton. Unser Kanton beteiligt sich aktiv an den interkantonalen Diskussionen. Aussagen zu einem möglichen Leistungsabbau oder zu Kompensationsmassnahmen auf kantonaler Ebene sind verfrüht. Dies hängt von den endgültigen Beschlüssen auf Bundesebene und den noch zu klärenden konkreten Auswirkungen ab. Zu beachten ist jedoch, dass die finanziellen Mittel des Kantons begrenzt sind, insbesondere wenn Kürzungen bei den Einnahmen wie beim Anteil an der direkten Bundessteuer beschlossen werden sollten.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin hat Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Michela Seggiani (SP): Grundsätzlich finde ich es ein interessantes Phänomen, dass Regierungen sich externe Berichte erstellen lassen, um direkt darauffolgend dann Massnahmen ergreifen zu können. Auf der Basis von Berichten werden politische Entscheidungen gefällt. Der Bund meint, es muss gespart werden, aber wo genau, das schlägt der Bericht Gaillard

dann fest oder vor. Das kann man auch als eine Kompetenzverschiebung und eine teilweise Abgabe der Verantwortung lesen. Ein Outsourcing, das viele Fragen aufwirft, aber um Outsourcing und möglicherweise damit einhergehende Sparmöglichkeiten innerhalb der Bundesverwaltung geht es in der vorliegenden Interpellation nicht. Unabhängig davon sind die Sparmassnahmen vom Bund nicht ohne und sie werden einen direkten Einfluss auf den Kanton Basel-Stadt haben.

Ich war nach Bekanntgabe der Sparvorschläge schon etwas beunruhigt, vor allem weil in Bereichen wie Bildung, Klimaschutz oder Gleichstellung gespart werden soll. Deshalb bin ich froh um die rasche mündliche Beantwortung meiner Fragen. Es ist mir bewusst, dass nach einer ersten Anhörung der Kantone und nach der Kommunikation der Massnahmen durch den Bundesrat nicht mehr direkt eingegriffen werden kann, respektive dass der Einfluss der Kantone wohl höchstens noch marginal ist, ausser natürlich durch die Vernehmlassung. Auch wenn noch nicht ganz klar ist, was genau die Sparmassnahmen bedeuten und für Folgen haben, ausser den 18 Millionen durch den Lastenausgleich, so der durchkommt, ist es doch gut zu wissen, wie der Kanton reagieren will, gerade auch, weil die finanziellen Mittel des Kantons nicht unendlich sind. So bin ich denn auch froh, wenn die Aufgaben zwischen Bund und Kanton zuerst entflechtet werden sollen und nicht im Namen eines falsch verstandenen Föderalismus dann alles auf die Kantone geschoben wird.

Mit der Situation bin ich natürlich nicht zufrieden, mit der Antwort der Regierung bin ich für den Moment auf jeden Fall zufrieden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

20.17. Interpellation Nr. 134 Catherine Alioth betreffend administrative Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer

[16.10.24 16:49:03, 24.5458.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Die Aufgaben der Lehrpersonen sind in der Ordnung über Auftrag und Arbeitszeit der Lehrpersonen festgelegt. Dort steht in Artikel 2, dass 85 Prozent der Arbeitszeit einer Lehrperson für den Unterricht und dessen Vor- und Nachbereitung aufzuwenden ist sowie 15 Prozent für Übrige im Zusammenhang mit dem Unterricht stehenden Arbeiten wie Elternzusammenarbeit, Schulentwicklung oder Weiterbildung. In beiden Arbeitsfeldern fallen administrative Arbeiten an, wie zum Beispiel das Erfassen der Noten oder Absenzen oder Erstellen von Protokollen und Berichte.

Zu den einzelnen Fragen. Zu Frage 1. Der Regierungsrat geht davon aus, dass sämtliche administrative Aufgaben einen notwendigen Zweck erfüllen. Die Volksschulleitung und die Schulleitungen versuchen heute schon, die administrativen Arbeiten für die Lehr- und Fachpersonen so gering wie möglich zu halten.

Zu Frage 2. Wie bereits ausgeführt, gehört es zum Berufsauftrag einer Lehr- und Fachperson, den Unterricht vor- und nachzubereiten sowie Abklärungen und Beurteilungen durchzuführen. Es ist jedoch unbestritten, dass die Abläufe in Zusammenarbeit von Schulleitungen, Schulverwaltungen sowie Lehr- und Fachpersonen an den einzelnen Schulen laufend optimiert werden müssen.

Zu Frage 3. Es gibt keine systematische Überprüfung der administrativen Belastung der Lehrpersonen durch das Erziehungsdepartement. An den einzelnen Schulen werden Abläufe laufend optimiert in Zusammenarbeit von Schulleitung, Schulverwaltung und Lehrpersonen. Insbesondere durch die flächendeckende Digitalisierung der Schulverwaltung auf der Sek 1, Sek 2 über das Noten- und Absenzenportal konnten viele Prozesse, insbesondere bei der Erfassung von Daten oder der Kommunikation mit den verschiedenen Anspruchsgruppen vereinfacht und automatisiert werden. Die Lehrpersonen werden im Rahmen der schulinternen Evaluation auf der Sekundarstufe 2 auch zu ihrer Zufriedenheit mit den Abläufen und der Zusammenarbeit an der Schule befragt.

In der Volksschule werden in den letzten Jahren diverse administrative Prozesse gestrafft und vereinfacht, insbesondere in Bezug auf die Schulung und Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Bildungsbedarf. Die Volksschulleitung hat zum Beispiel am Verfahren zur Zuteilung von verstärkten Massnahmen Verbesserungen vorgenommen. Im Weiteren konnte die schriftliche Kommunikation zwischen Schule und Erziehungsberechtigten vereinfacht werden, indem die Schulen Messenger-Dienste einsetzen.

Zu Frage 4. Es ist keine systematische Erhebung der administrativen Aufgaben von Lehrpersonen vorgesehen. Konkretes Feedback von Lehr- und Fachpersonen an die Schulleitungen bezüglich Prozesse, die optimiert werden können, ist stets willkommen.

Zu Frage 5. Das Erziehungsdepartement trifft sich regelmässig mit der KSBS und der FSS und bespricht auch schulorganisatorische Fragestellungen.

Zu Frage 6. Es sind keine umfassenden Massnahmen geplant. Wie bereits dargelegt, werden jedoch stetig Verbesserungen vorgenommen. So wird beispielsweise in der Volksschule ein in die Jahre gekommenes Arbeitsinstrument zur Notenerfassung durch ein besseres Instrument abgelöst werden. Auf Sekundarstufe 2 ist dies bereits umgesetzt und erfolgreich in Betrieb genommen worden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Catherine Alioth (LDP): Ich danke Regierungsrat Mustafa Atici für die rasche Beantwortung meiner Interpellation. Die Klage über den steigenden bürokratischen Aufwand rangiert weit oben im Sorgenparameter der Lehrpersonen. Nur wenn die Bürokratie auf ein vernünftiges Mass reduziert wird, können sich die Lehrpersonen auf ihren Kernauftrag konzentrieren, den Unterricht und die Vermittlung von Lerninhalten inklusive Vor- und Nachbereitung. Die integrative Schule ist anspruchsvoll für die Lehrpersonen. Die hier vor kurzem beschlossenen Massnahmen zur Verbesserung der integrativen Schule ist ein Schritt in die richtige Richtung, doch die Umsetzung wird weiterhin die Ressourcen binden. Erfreulich ist, dass diverse administrative Prozesse schon gestrafft wurden, doch meines Erachtens ist eine systematische Überprüfung der administrativen Belastung der Lehrpersonen wünschenswert. Andere Kantone haben das bereits durchgeführt oder sind daran dies durchzuführen.

Ich bin mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

20.18. Interpellation Nr. 135 Alex Ebi betreffend dem weiteren Vorgehen bei der Doppelturnhalle Hirzbrunnen

[16.10.24 16:55:00, 24.5459.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung.

16. Teilrevision des Gesundheitsgesetzes (GesG) betreffend das elektronische Patientendossier (EPD) sowie betreffend die finanzielle Unterstützung der EPD-Eröffnungen und weiterer Unterstützungsmassnahmen für die Jahre 2025 bis 2027

[16.10.24 16:55:21, 24.0812.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Vor vier Jahren wurde der Startschuss für eines der grössten nationalen Gesundheitsprojekte gegeben. Vier Jahre später, Ende September dieses Jahres, sind bisher in der ganzen Schweiz ganze 73’925 elektronische Patientendossiers eröffnet worden, was ehrlicherweise alles andere als berauschend ist. Bereits bei der Lancierung gab es einige kritische Stimmen, nicht wegen dem EPD an sich, sondern hinsichtlich der Art und Weise, wie die Umsetzung geplant worden ist. Mit dem elektronischen Patientendossier sollen wichtige Ziele verfolgt werden, das EPD soll die Qualität der

medizinischen Behandlung stärken, den Behandlungsprozess verbessern, die Patientensicherheit erhöhen, die Effizienz des Gesundheitssystems steigern sowie die Gesundheitskompetenz der Patienten und Patientinnen fördern.

In Anbetracht der stetig steigenden Gesundheitskosten wäre deshalb ein funktionierendes EPD absolut zentral und wichtig. Der Bund hat aber die Einführung des EPD an die Kantone delegiert und ich erlaube hier mir die Bemerkung, dass dies meines Erachtens ein gewichtiger strategischer Fehlentscheid war. Zusätzlich wurde entschieden, mittels unterschiedlichen privatrechtlichen Organisationen zum Ziel eines flächendeckenden EPD zu kommen. Nun, die Vergangenheit können wir nicht mehr verändern, deshalb müssen nun für die Zukunft die richtigen Massnahmen ergriffen werden, um die EPD-Abschlüsse auf ein gesundes Mass steigern zu können. Wahrscheinlich haben auch hier im Saal noch die wenigsten von uns bereits ein EPD abgeschlossen. Ende Juni hatten 0,62 Prozent der Bevölkerung in Basel-Stadt ein EPD.

Glücklicherweise hat sich in den letzten Jahren ein gewisser Zentralisierungseffekt bei den Stammgemeinschaften eingestellt und damit auch die Einzugsgebiete vergrössert. Die fehlende Verantwortung im EPD-Gesamtsystem und die fehlende Finanzierung führen aber weiterhin zu Schwierigkeiten und haben die gewünschte Ausbreitung stark gebremst. Unterdessen sind zwar 70 Prozent der Spitäler und 50 Prozent der Pflegeheime der Stammgemeinschaften angeschlossen, jedoch nur 17 Prozent der Arztpraxen und 3 Prozent der Apotheken.

Auf die geringe Verbreitung hat der Bund mit zwei Revisionen reagiert, die Kompetenzen, Aufgaben und Finanzierung zwischen den Kantonen und dem Bund klarer regeln sollen. Zudem sei beabsichtigt, die Anbietersysteme weiter zusammenzuführen. All diese Punkte werden nächstes Jahr in Bundesbern behandelt, aber frühestens per 2028 in Kraft treten können. Bis zu diesem Zeitpunkt ist geplant, die Finanzierung des EPD-Systems sicherzustellen. Angedacht ist, dass sich Bund und Kantone in der Zukunft paritätisch an der Unterstützung der Stammgemeinschaften mit je rund 30 Franken pro neu eröffnetes EPD beteiligen.

Dieses Vorgehen wird vom Regierungsrat begrüsst und es geht beim vorliegenden Ratschlag zur Teilrevision des Gesundheitsgesetzes zum elektronischen Patientendossier genau eben darum, diesbezüglich Unterstützung auf verschiedenen Ebenen zu leisten. Die Vorlage geht jedoch über den Vollzug des Bundesrechts hinaus und hat zum Ziel, das EPD und die Digitalisierung des kantonalen Gesundheitswesens noch vor 2028 voranzubringen.

Mit der Teilrevision soll also eine kantonale gesetzliche Grundlage zur Finanzierung und für Massnahmen zur Förderung des elektronischen Patientendossiers verankert werden. Der veränderte § 59 erlaubt nun neu Pilotprojekte und mit dem neuen § 59a wird festgehalten, dass der Kanton die Verbreitung des EPD fördert und zu diesem Zweck Beiträge für die Eröffnung und den Betrieb von EPD gewährleistet und sich an Projekten beteiligen kann. Zusätzlich beantragt der Regierungsrat Ausgaben in der Höhe von rund 1,5 Millionen Franken für die kommenden drei Jahre, also 2025 bis 2027, bzw. bis zum Inkrafttreten der geplanten Revision.

Der Kanton fördert die Verbreitung des EPD mit 15 Franken pro Neueröffnung, aktuell werden jährlich rund 1’200 EPD eröffnet. Ziel ist es aber, auf jährlich 4’000 Neueröffnungen zu kommen. Dazu noch weitere 1’500 assistierte Eröffnungen. Die Totalausgaben für die Neueröffnungen der EPD sowie für die weiteren geplanten Massnahmen wie beispielsweise Aktionswochen belaufen sich jährlich auf 170’000 Franken. Bei eröffneten 5’500 EPD im Jahr entspricht dies dem absehbaren maximalen Bundesbeitrag von 30 Franken pro EPD.

Für das Jahr 2025 wurde bis anhin vom Gesundheitsdepartement 100’000 Franken zur Förderung des EPD eingestellt. Mit heutiger Zustimmung zur Ausgabenbewilligung kann der Betrag auf jährlich 170’000 erhöht werden. Bei zukünftigen 5’500 EPD pro Jahr werden 2027 rund 10 Prozent der Basler Bevölkerung ein EPD besitzen. Was zwar immer noch überschaubar ist, aber doch deutlich eine andere Welt bedeuten würde als die aktuellen 0,7 Prozent.

Die GSK hat den Ratschlag an zwei Sitzungen beraten. Neben dem Vorsteher des Gesundheitsdepartements haben die Leiterin der Gesundheitsversorgung und der kantonale Beauftragte für eHealth teilgenommen. Die GSK hat keine Vorbehalte und unterstützt einstimmig die Vorlage sowie die geplanten gesetzlichen Verbesserungen auf den verschiedenen Ebenen. Aus Sicht der GSK darf der mangelhafte gesetzliche Rahmen des Bundes nicht dazu führen, dass das System wegen Unterfinanzierung zusammenbricht. Die GSK begrüsst daher, dass der Kanton Basel-Stadt mit eigenen finanziellen und kommunikativen Massnahmen dem entgegenwirken möchte.

Die GSK hat die Vermutung, dass die Zurückhaltung der Patientinnen bei der EPD-Eröffnung unter anderem auch aufgrund Bedenken gegenüber dem neuen digitalen Instrument und wegen dem Datenschutz besteht. Der Frage nach der Art und Weise der Weiterverwendung von Daten für die Forschung muss deshalb besonders Gewicht und Achtsamkeit gegeben werden.

Ebenso ein Thema für die GSK sind die Schnittstellen zwischen den EDV-Systemen und dem EPD, besonders in den Arztpraxen und Apotheken. Alle Beteiligten loben zwar die Sinnhaftigkeit des Nutzens eines EPD, aber die Anpassung der Infrastruktur und der IT-Systeme sowie die Schulung für das EPD bedeuten einen zu grossen und auch finanziellen Mehraufwand. Solange das EPD nicht wirklich ins Laufen kommt, warten alle Beteiligten ab, was die mit dem elektronischen Patientendossier verbundenen gesundheitspolitischen Zielsetzungen untergräbt. Die geplanten Fördermassnahmen sollen dieses gegenseitige Zuwarten durchbrechen und das System beschleunigen.

Die GSK begrüsst auch die assistierten EPD-Eröffnungen, weil viele Menschen mit der Digitalisierung der Behördenverpflichtungen überfordert sind, wie beispielsweise auch gerade bei der Errichtung eines Zugangs für die Steuererklärung. Sollte es gar zu einem EPD-Durchbruch kommen und die Abschlüsse höher als angenommen ausfallen, müsste das GD ein Nachtragskredit stellen. Die GSK hat sich vom GD generell regelmässige Rückmeldungen zu den jährlichen Abschlüssen gewünscht.

Die Kommission beantragt dem Grossen Rat einstimmig die Zustimmung zur Teilrevision des Gesundheitsgesetzes betreffend das elektronische Patientendossier mit der Schaffung eines neuen § 59a. Ebenso einstimmig beschliesst die GSK Zustimmung zur finanziellen Unterstützung der EPD-Eröffnungen und weiterer Unterstützungsmassnahmen für die Jahre 2025 bis 2027 in Höhe von insgesamt maximal 510’000 Franken. Besten Dank für Ihre Zustimmung und Ihre Aufmerksamkeit.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Wir wissen es alle, wir sind bei der Digitalisierung im Gesundheitswesen noch lange nicht am Ziel. Das elektronische Patientendossier (EPD) ist eine wichtige Etappe auf diesem Weg. Unabhängig von Ort und Zeit sind so behandlungsrelevante Informationen im EPD für die Leistungserbringerinnen und Leistungserbringer sowie für uns Patientinnen und Patienten selber abrufbar. Das EPD hilft die Kommunikation entlang der Behandlungskette zu vereinfachen und damit auch die Behandlungsprozesse zu verbessern, Behandlungsfehler zu vermeiden und nicht zuletzt natürlich die Effizienz des Gesundheitssystems zu steigern.

Der unbestrittene Nutzen des EPD oder den das EPD potenziell haben könnte, wird jedoch durch komplizierte Prozesse und auch einen gewissen Aufwand in der Umsetzung überlagert. Die Stammgemeinschaften, also die Anbieter des EPD, sind vor allem finanziell nicht in der Lage, das EPD weiterzuentwickeln und benutzerfreundlicher zu gestalten. Auch auf Seiten der Leistungserbringenden ist die Bereitschaft, sich für eine Verbesserung des Systems einzusetzen, eher gering, weil eben erst relativ wenige Dossiers eröffnet wurden. In Basel-Stadt sind es aktuell rund 1'600, schweizweit etwa 70’000.

Der Bundesrat hat deshalb beschlossen, das Bundesgesetz über das elektronische Patientendossier (EPDG), welches die Grundlage für das EPD bildet, in zwei Etappen zu revidieren. In einer ersten Etappe wurde eine Zwischenfinanzierung beschlossen, mit welchem verhindert werden soll, dass es bis zur grundlegenden Neustrukturierung des Systems zum Stillstand kommt. Diese grundlegende Weiterentwicklung wird mittels einer umfassenden Revision des Gesetzes angestrebt und längst hat der Bundesrat dazu einen wichtigen Richtungsentscheid gefällt und kommuniziert: Der Bund will die technische Infrastruktur künftig zentralisieren und zur Verfügung stellen. Damit soll insbesondere eine durchgehende Interoperabilität sichergestellt und das System vereinfacht werden.

Daneben soll die Teilnahme am System neu für alle Leistungserbringer verbindlich sein. Jede versicherte Person zudem erhält ein EPD, ausser sie spreche sich ausdrücklich dagegen aus. Es gibt also einen Wechsel zum sogenannten Opt-out-System. Nicht zuletzt sollen die Zuständigkeiten zwischen Bund, Kantonen und Stammgemeinschaften mit Bezug auf die Finanzierung und Weiterentwicklung klarer geregelt werden. Diese umfassende Revision wird allerdings erst ab 2028 in Kraft treten können.

Mit dieser ersten kleineren Teilrevision Übergangsfinanzierung, die jetzt seit dem 1. Oktober in Kraft ist, soll die finanzielle Tragfähigkeit des bestehenden Systems in der Übergangsphase sichergestellt werden. Der Bund ist bereit, den Betrieb und die Weiterentwicklung des EPD mit maximal 30 Franken pro eröffneten Dossier zu unterstützen, sofern sich die Kantone in mindestens gleichem Umfang daran beteiligen.

Der Regierungsrat begrüsst diese Lösung. Deshalb beantragt er mit vorliegendem Ratschlag die Schaffung einer rechtlichen Grundlage im Gesundheitsgesetz, welche Beiträge des Kantons zur Förderung und Verbreitung des EPD ermöglicht. Mit dem ebenfalls vorliegenden Ausgabenbericht werden die dafür notwendigen finanziellen Mittel in der Höhe von insgesamt 510’000 Franken für die Jahre 2025 bis und mit 2027 beantragt. Mit einem Beitrag von 15 Franken pro eröffneten Dossier und bei individuellem Bedarf zusätzlich 25 Franken für assistierte Eröffnungen möchte der Regierungsrat die schnellere Verbreitung des EPD in unserem Kanton fördern. Hinzu kommen Ausgaben für allfällige Sonderprojekte und Kommunikationsmassnahmen in der Höhe von maximal 50’000 Franken pro Jahr. Der Regierungsrat geht davon aus, dass dank diesem finanziellen und kommunikativen Schub während der nächsten drei Jahre in Basel-Stadt etwa 5’500 neue Dossiers eröffnet werden können pro Jahr, das wären dann etwa 450 pro Monat, aktuell stehen wir bei etwa 100 pro Monat.

Das EPD ist ein wichtiger Schritt zur Digitalisierung des Gesundheitswesens. Es muss gefördert, weiterentwickelt und auch bekannter gemacht werden, damit es seinen Nutzen entfalten und die Kommunikation im Gesundheitswesen optimieren kann. Dafür ist auch eine kantonale Mitfinanzierung notwendig und die wollen wir leisten. Im Namen des Regierungsrats bitte ich Sie deshalb, unseren Anträgen zuzustimmen.

Der Kommission und ihrem Sprecher danke ich für diese konstruktive und speditive Bearbeitung des Geschäfts in der GSK und auch für die Ausführungen des Präsidenten bin ich dankbar. Ich möchte dazu eine kleine Ergänzung machen. Ich habe eine EPD und ich bin gar nicht so unzufrieden damit, es kann nicht nichts. Ich würde also auch damit die Hoffnung und Erwartung verbinden, im Saal möge die EPD-Quote nicht so tief sein, wie er das vermutet hat oder möge insbesondere die EPD-Quote dann in den kommenden Tagen und Wochen vielleicht auch noch steigen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1 Teilrevision Gesundheitsgesetz (Seite 8 des Berichts).

Titel und Ingress

§ 59 Abs. 1 (geändert)

eHealth-Pilotprojekte (Überschrift geändert)

I.

§ 59a (neu)

Elektronisches Patientendossier

1.

2.

a)

b)

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004571, 16.10.24 17:10:59]*

Der Grosse Rat beschliesst

Das Gesundheitsgesetz (GesG) vom 21. September 2011 [1]) (Stand 1. März 2023) wird wie folgt geändert:

§ 59 Abs. 1 (geändert)

eHealth-Pilotprojekte (Überschrift geändert)

1 Der Kanton kann zur Erprobung von neuen Technologien und Anwendungen im Bereich eHealth Pilotprojekte durchführen.

§ 59a (neu)

Elektronisches Patientendossier

1 Der Kanton fördert die Verbreitung des elektronischen Patientendossiers.

2 Zu diesem Zweck kann der Regierungsrat insbesondere:

a) Beiträge für die Eröffnung und den Betrieb von elektronischen Patientendossiers gewähren;

b) sich an Projekten beteiligen.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und tritt am 1. Januar 2025 in Kraft.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wurde einstimmig angenommen mit 91 Ja-Stimmen.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 2 Finanzielle Unterstützung der EPD-Eröffnungen und weiterer Unterstützungsmassnahmen für die Jahre 2025 bis 2027 (Seite 9 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004573, 16.10.24 17:11:48]*

Der Grosse Rat beschliesst

Der Grosse Rat bewilligt für Förderbeiträge gemäss § 59a Abs. 2 Bst. a GesG (neu) sowie für weitere Unterstützungsmassnahmen von Leistungserbringern oder anderen Organisation zur Verbreitung des elektronischen Patientendossiers, vorbehaltlich der entsprechenden Beschlüsse des Grossen Rates zu den Budgets der Jahre 2025, 2026 und 2027, Ausgaben in Höhe von insgesamt maximal Fr. 510'000 für die Jahre 2025, 2026, und 2027 (maximal Fr. 170'000 p.a.).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wurde einstimmig angenommen mit 90 Ja-Stimmen.

17. Petition P454 "Gratishygieneartikel auf öffentlichen Toiletten"

[16.10.24 17:11:50, 22.5439.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Das Wort geht an deren Präsidenten Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich zur Petition P454 «Gratishygieneartikel auf öffentlichen Toiletten».

Zum Vorgehen. Der Grosse Rat hat die Petition P454 an seiner ersten Sitzung vom 19. Oktober 2022 der Petitionskommission zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen. Am 6. März 2023 hörte die Kommission im Rahmen eines Hearings eine Vertreterin der Petentschaft sowie die stellvertretende Leiterin der Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männern im Präsidialdepartement als Vertretung der Verwaltung an. Mit Bericht vom 27. März 2023 hat die Kommission dem Grossen Rat einen Antrag gestellt, die Petition mit verschiedenen ergänzenden bzw. offenen Fragen dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert eines Jahres zu überweisen. Diesem Antrag ist der Grosse Rat als dann gefolgt.

Am 7. Mai dieses Jahres hat der Regierungsrat der Petitionskommission sein Antwortschreiben zugestellt, in welchem er ausführlich zu den diversen Fragen der Petitionskommission Stellung genommen hat. Anlässlich der Sitzung vom 19. August hat sich die Petitionskommission mit den Antworten des Regierungsrates auseinandergesetzt. Die Petitionskommission stuft die erhaltenen Antworten als zufriedenstellend und nachvollziehbar ein. Sie stellt fest, dass seit dem Sommer 2023 an allen Primar- und Sekundarschulen kostenlose Periodenartikel verfügbar sind und viele im Kanton im Bereich Armut und Überlebenshilfe tätigen Institutionen kostenlos solche Artikel abgeben. Für Personen, die Sozialhilfe beziehen, sind die Auslagen für jene Produkte grundsätzlich über den sogenannten Grundbedarf, eine Pauschale für die persönliche Pflege, gedeckt.

Der Regierungsrat möchte zudem für Menschen in finanziell prekären Lebenssituationen, die keine Anlauf- und Beratungsstellen besuchen, ein Pilotprojekt durchführen und gedenkt, in diesem Rahmen die kostenlose Abgabe von Periodenartikel auf Quartier- und Jugendtreffpunkte auszuweiten. Allerdings will er sich auch bei der Abgabe von kostenlosen Periodenartikel auf die Bekämpfung der Periodenarmut sowie den Einflussbereich des Kantons beschränken.

Zum Antrag. Die Petitionskommission beantragt deshalb dem Grossen Rat einstimmig, die Petition «Gratishygieneartikel auf öffentlichen Toiletten» als erledigt zu erklären.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Die Petition P454 "Gratishygieneartikel auf öffentlichen Toiletten" wird als erledigt erklärt.

18. Petition P476 "Nein zum Rheintunnel"

[16.10.24 17:15:03, 24.5222.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert eines Jahres zu überweisen. Dies wird nun ausgeführt von Präsident Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Zum Anliegen der Petentschaft der Petition 476 «Nein zum Rheintunnel». Die Petition fordert, dass die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft den Bau des Rheintunnels ablehnen und stattdessen umweltfreundlichere Alternativen verfolgen. Ein unterirdischer Ausbau des Nationalstrassennetzes sei aus Sicht der Pendenten nicht zeitgemäss und widerspreche den Klimazielen von Bund und Kantonen. Der Bau würde zu erheblichen CO_2-Emissionen sowie Umweltbelastungen wie Lärm, Luftverschmutzung und einem Verlust von Grünflächen führen.

Die Petition zweifelt zudem an der erhofften Entlastung des Strassennetzes. Stattdessen befürchten die Petenten, dass der Rheintunnel mehr Verkehr anzieht, da es attraktiver würde, mit dem Auto in die Region zu pendeln. Dies würde nicht nur den Fernverkehr, sondern auch den lokalen Verkehr erhöhen. Erfahrungen, etwa mit der Nordtangente, hätte gezeigt, dass eine Erweiterung der Strassenkapazität langfristig zu mehr Verkehr führt. Dieser Effekt sei wissenschaftlich belegt und auch aus anderen Städten bekannt. Laut dem Umweltschutzgesetz von Basel-Stadt sollte die Verkehrsleistung des motorisierten Individualverkehrs nicht zunehmen, doch sehen die Pendenten keine Bemühungen, dies zu gewährleisten. Sie warnen ausserdem, dass der Bau des Rheintunnels weitere teure Strassenprojekte nach sich ziehen könnte, was zu mehr Verkehr in und um Basel führen würde.

Kritik wird auch an der Beeinträchtigung der Dreirosenanlage während der zehnjährigen Bauzeit geäussert. Zudem seien mögliche Auswirkungen auf Schulen und die Sicherheit der Schulwege unklar. Schliesslich bemängeln die Petenten die unzureichenden Lärmschutzmassnahmen entlang der Osttangente und fordern umfassende Schutzvorkehrungen.

Stellungnahme der Vertretung des Bau- und Verkehrsdepartements. Der Bau des Rheintunnels, der in der Zuständigkeit des Bundes liegt, soll die Engpässe auf der stark belastenden Osttangente in Basel beheben. Sie ist einer der grösseren Engpässe in im Schweizer Strassennetz, was regelmässig zu Staus und Ausweichverkehr auf die Stadtstrassen führt. Mit dem Rheintunnel könnte der Transitverkehr unterirdisch geleitet werden, was den Verkehr auf den Stadtstrassen reduzieren und den Lärm verringen würde, da vor allem Lastwagen durch den Tunnel fahren würden.

Das Projekt ist Teil des nationalen Entwicklungsprogramms für das Strassennetz, das 2023 vom Bundesparlament beschlossen wurde. Da gegen diesen Beschluss das Referendum ergriffen wurde, entscheidet das Stimmvolk bekanntermassen im kommenden November 2024 über die Umsetzung der sechs darin enthalten Projekte, einschliesslich des Rheintunnels. Basel-Stadt und Basel-Landschaft haben das Projekt in der Vernehmlassung unterstützt, da es eine Entlastung des städtischen Strassenverkehrs um 15 bis 30 Prozent ermöglicht. Dadurch könnte mehr Platz für alternative Verkehrsmittel, wie den öffentlichen Nahverkehr und Radwege, geschaffen werden. Der Kanton Basel-Stadt plant, flankierende Massnahmen zu ergreifen, um die Entlastung zu sichern. Allerdings sollen diese erst nach der Eröffnung des Tunnels voraussichtlich im Jahr 2040 umgesetzt werden. Diese Massnahmen werden umfassend entwickelt und sollen nicht nur den Strassenverkehr, sondern auch den öffentlichen Verkehr und regionale Entwicklungen wie den Ausbau des Bahnknotens Basel berücksichtigen.

Bezüglich des Lärms bzw. deren Schutzes an der Osttangente hat der Kanton bereits zusätzliche vom Grossen Rat beschlossene Massnahmen für die Zeit nach 2025 vorgesehen. Die vom Grossen Rat im Jahr 2022 beschlossene Projektierung einer teilweisen Einhausung der Osttangente wurde zurückgestellt, bis klar ist, ob der Rheintunnel erstellt, die Osttangente partiell rückgebaut wird und dabei eine Nationalstrasse bleibt oder eben nicht.

Die Dreirosenanlage, ein wichtiges Naherholungsgebiet, wäre während der Bauzeit des Tunnels nicht bzw. nur eingeschränkt nutzbar. Ersatzflächen sind noch nicht vollständig geklärt, aber es gibt Vorschläge, wie zum Beispiel die Umwandlung von Gleisflächen in eine Grünanlage. Der Kanton hat zugesagt, diese Ersatzmassnahmen umzusetzen, sobald der Tunnelbau sicher ist. Nach der Fertigstellung des Tunnels soll die Dreirosenanlage wieder vollständig für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Zum Thema Baulärm hat die Bauherrschaft des Projekts die Aufgabe, im Detailplan darzulegen, wie die Erhaltung der Umweltschutzrichtlinien des Bundesamts für Umwelt, vom BAFU sichergestellt wird, um die Auswirkungen auf die betroffenen Stadtteile zu minimieren.

Ich komme zu den Erwägungen der Petitionskommission. Die Petitionskommission hat zum einen über die Ausgangslage, zum anderen über den Inhalt der Petition diskutiert. Die Petition fordert, dass sich die Kantone Baselland und Basel-Stadt im Interesse ihrer Einwohnerinnen und Einwohner der Umwelt sowie einer lebenswerten Zukunft gegen den Rheintunnel einsetzt. Unabhängig davon, ob dieses Ansinnen eine politische Mehrheit finden würde oder nicht, lässt sich festhalten, dass das Schicksal des Rheintunnels nicht von der Haltung der beiden Kantone, sondern vom Ergebnis der eidgenössischen Volksabstimmung vom 24. November abhängt.

Die Petition zur abschliessenden Behandlung im Sinne der Petentschaft an den Regierungsrat zu überweisen, wäre deshalb bei der jetzigen Behandlung wenig ergiebig. Unrealistisch ist auch, dass der Regierungsrat vor der Volksabstimmung allfällige Fragen der Petitionskommission beantwortet. Klar ist dagegen, dass sich der Regierungsrat mit den von der Petition aufgeworfenen Fragen auseinandersetzen muss und wird, falls das Stimmvolk dem Bau des Rheintunnels zustimmt. Die Hauptforderung der Petition, sich gegen den Rheintunnel einzusetzen, ist in diesem Fall aber nicht mehr möglich.

Ausstehend ist die Antwort des Regierungsrates auf den vom Grossen Rat am 16. November 2022 überwiesenen Anzug Salome Bessenich und Johannes Sieber betreffend Sicherstellung von Grünflächen im Kleinbasel während der Baustelle Rheintunnel auf der Dreirosenanlage. Die Petition ist allerdings breiter ausgelegt. Die Ausführung der Vertretung der Verwaltung lassen darauf schliessen, dass sich der Regierungsrat bereits zu vielen im Raum stehenden Fragen Gedanken gemacht hat. Es liegen dazu allerdings noch keine insbesondere schriftlichen Antworten vor.

Deshalb spricht sich die Petitionskommission mehrheitlich dafür aus, die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen. Dies bedeutet nicht, dass sie sich hinter die Forderung der Petition stellt, es aber als wichtig erachtet, dass offene Fragen frühzeitig beantwortet werden. Die Fragen sind insofern hypothetischer Natur, als zum Zeitpunkt der Verabschiedung des vorliegenden Berichts nicht feststeht, ob der Rheintunnel gebaut wird oder nicht. Lehnt das Stimmvolk den Ausbauschritt 2023 für Nationalstrassen ab, kann der Regierungsrat aus Sicht der Petitionskommission mit Verweis darauf auf die die Beantwortung der Fragen verzichten.

Die Petitionskommission beantragt deshalb dem Grossen Rat mit 6 zu 3 Stimmen, die Petition «Nein zum Rheintunnel» an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert eines Jahres zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten und da hat sich für die FDP Daniel Seiler gemeldet.

Daniel Seiler (FDP): Nach der UVEK haben wir auch in der PetKo eine politische Kommission und keine Sachkommission mehr. Wir diskutieren wieder sehr politisch in diesen Kommissionen heute, da müssen wir uns alle ein bisschen dagegenstellen. Ich staune schon auch dieser Fragestellung, der Rheintunnel, falls er gebaut wird, ist dann 2040 fertig und wir wollen jetzt vom Regierungsrat wissen, was dann in 16 Jahren genau jetzt schon gemacht werden kann. Ich glaube, wir können die Leute auch im Baudepartement ein bisschen mit anderen Sachen beschäftigen lassen, die haben genügend zu tun.

Über die Vorteile des Rheintunnels muss ich jetzt nicht mehr diskutieren, aber vielleicht nochmal wiederholen, wie der Rheintunnel überhaupt entstanden ist in dieser Stadt. Der entstand hier im Saal bzw. aus der Politik, weil man seinerzeit ja die Osttangente erweitern wollte. Man wollte mehr Spuren da bauen und darum wollte der Kanton Basel-Stadt ein anderes Projekt, wollte nicht diese Ausweitung. Jetzt haben wir diesen Tunnel und Sie wollen diesen Tunnel nicht. Es ist einfach ein bisschen komisch. Die Nordtangente ist ein so tolles Projekt geworden, auf beiden Seiten vom Rhein hat der Verkehr deutlich abgenommen, für das muss ich nicht irgendwelche Studie von Bern haben, das sieht jeder Mensch. Das finde ich ein bisschen schade.

Und jetzt vielleicht noch ein abschliessender Kommentar zu der Dreirosenanlage und zu dieser Begründung. Die FDP fordert ja, dass wir vom Hafenkran bis zur Wiese einen grosszügigen grünen Park bauen. Wir haben nun diese Entlastung da und die Regierung ist ja auch schon daran, die Stadtgärtnerei hat ja auch schon gesagt, sie ist am Arbeiten daran. Was wollen wir denn jetzt noch fragen? Jetzt machen wir noch die Abstimmung und nach der Abstimmung können wir über die Sachen weiterdiskutieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Ich fange mal zuerst mit einem kurzen Widerspruch zu meinem Vorredner an. Also die Geschichtsklitterung ist ja schon interessant. Es gab diese Diskussion zur Osttangente, ob die oberirdisch ausgebaut werden soll oder nicht, und man war sich ziemlich schnell einig, dass man das nicht will, dass sie oberirdisch ausgebaut wird. Es gab dabei aber auch schon verschiedene Lager. Es gab diejenigen, die fanden, okay, egal wie, einfach nicht oberirdisch. Es gab diejenigen, die fanden, ein Tunnel wäre okay, aber nur dann, wenn oberirdisch zurückgebaut wird, was jetzt offensichtlich nicht der Fall ist. Und es gab diejenigen, die schon nie einen Autobahnausbau wollten. Und die alle kamen zusammen und jetzt haben wir eine Vorlage und jetzt gehen diese Gruppierungen auseinander. Es ist klar, es gibt hier verschiedene Vorstellungen dazu. Ich war schon immer gegen diesen Ausbau, auch unterirdisch, von dem her ist hier kein Widerspruch zu sehen.

Ich finde es auch interessant, dass mein Vorredner, dass ihm offenbar egal ist, was in ungefähr fünf, sechs Jahren passiert, weil dann spätestens beginnt diese Baustelle und dann haben wir ein Problem und auch was 2040 ist, könnte durchaus relevant sein für Menschen, die jetzt Kinder haben oder auch sonst irgendwie noch im unteren Kleinbasel leben möchten in Zukunft.

Wie der Kommissionspräsident und auch vorher schon Fleur Weibel bei ihrer Interpellation ausgeführt haben, gibt es zum Rheintunnel viele offene und auch schwierige Fragen. Ich beginne aber damit, was wir wissen. Ich denke, das ist die Ausgangslage dafür, was dann die Fragen sind. Wir wissen, dass die Dreirosenmatte die einzige Grünfläche im dicht bewohnten Matthäusquartier ist und direkt neben zwei Schulhäusern und deren Kindergärten liegt. Diese Dreirosenmatte würde für zehn Jahre zur Baustelle und dauerhaft verkleinert. Also es ist nicht, wenn man diese zehn Jahre überstanden hat, ist dann alles gut, sondern sie bleibt kleiner, in Zukunft würde die Autobahn direkt über die Matte führen.

Wir wissen auch, dass die Tunneleinfahrt im Bereich der Dreirosenmatte quer durch die Klybeckstrasse im Tagebau gebaut würde, also nicht mit der Tunnelbohrmaschine, sondern oberirdisch gebuddelt, was auch massive Auswirkungen auf den Strassen- und Tramverkehr hat. Sie wissen vielleicht, die Linie 8 geht da durch, eine Linie, die sehr intensiv genutzt wird und auch sehr wichtig ist. Und diese ganzen Bauarbeiten haben auch massive Lärmauswirkungen, Erschütterungen zur Folge, die im ganzen Quartier spürbar sein werden.

Und wir wissen, dass ungefähr, die genaue Masse wissen wir dann am Schluss, aber ungefähr 4,7 Millionen Tonnen Stein und Kies aus dem Boden geholt werden sollen und mindestens ein Drittel davon per Lastwagen abtransportiert wird. Das bedeutet, das wären über 100’000 Lastwagenfahrten, die alleine dafür gebraucht würden. Hinzu kommen noch die Lastwagenfahrten, die gebraucht würden, um den neuen Beton, usw. anzuliefern. Und wir wissen, dass die neue Strassenkapazität des Rheintunnels durch einen Rückbau auf dem Kantonsgebiet kompensiert werden muss, weil das nämlich im Gesetz steht, das vor drei Jahren von der Bevölkerung angenommen wurde.

Das ist die Ausgangslage. Wir wissen aber nicht, wie ein Unterricht in dem Dreirosen-Schulhaus und dem Theobald Baerwart möglich sein sollte, wenn da nebendran ein riesiger Tunnel gegraben wird. Wie wird mit dem Lärm umgegangen, welche Auswirkungen hat die Baustelle und die tausenden Lastwagen für die Schulwegsicherheit? Die Sorgen im Quartier sind

berechtigterweise gross. Kann man es wirklich zulassen, dass eine ganze Generation von Schulkindern vom Kindergarten bis zur Sekundarschule unter diesen Bedingungen zur Schule gehen müssen oder braucht es einen Alternativstandort?

Offen ist auch, wie die Dreirosenmatte ersetzt werden soll. Ein enger Weg entlang des Ciba-Gebäudes nördlich der Dreirosenbrücke, wie einmal vorgeschlagen wurde, ist klar kein Ersatz. Das ist ein Weg und kein Park. Aber auch die Grünfläche beim Hafenkran, die zur Diskussion steht, kann kein Ersatz für die Dreirosenmatte sein, weil sie erstens viel zu klein ist im Vergleich zu dem und zweitens unabhängig vom Autobahnausbau notwendig ist. Also wenn Sie eine Grünfläche sowieso beschlossen haben, sie sowieso gemacht werden muss, weil enorm viel mehr Menschen dorthin ziehen sollen und es sowieso viel zu wenig Grünflächen im unteren Kleinbasel hat, dann können Sie nicht so tun, als wäre es kein Problem, eine bestehende Grünfläche einfach so Platz zu machen, weil ja dann etwas anderes kommt.

Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Baustelle für den Rheintunnel mit den Bauplänen für Klybeck plus und den Klybeckquai überschneidet. Das Kleinbasel nördlich der Feldbergstrasse droht also zu einer riesigen Baustelle zu werden. Wer die finanziellen Möglichkeiten hat, überlegt sich jetzt schon wegzuziehen, das haben wir heute auch schon gehört und es wird mir von verschiedenen Stellen so zugetragen. Das gilt übrigens nicht nur für die Menschen, die direkt neben der Dreirosenmatte wohnen, sondern auch im weiteren Umfeld.

Und vollkommen offen ist es, wie der Kanton die Pflicht zum Rückbau der Strassenkapazität umsetzen will. Offenbar will dieses heisse Eisen momentan niemand in die Hand nehmen, sicher nicht vor der Abstimmung und offenbar auch nicht vor den übernächsten Wahlen. Dabei sollte es auch diejenigen interessieren, die jetzt hier für den Rheintunnel sind und gegen diese Petition, denn es ist klar, wer ja sagt zum Rheintunnel, sagt auch ja zur Kompensation auf dem bestehenden Strassennetz. Wir haben dieses Gesetz und dieses muss umgesetzt werden. Und das ist kein Pipifax. Schauen wir mal die Kapazität mit dem Rheintunnel, das wird ungefähr gleich viel sein wie auf der Osttangente, weil der ja redundant zur Osttangente sein soll. Also sprechen wir von ungefähr 120’000 Fahrzeugen am Tag. Das ist zehn Mal so viel, wie heute auf einer Feldbergstrasse oder auf einer Wettbeinbrücke fährt. Also Sie müssten eine zehnfache Feldbergstrasse kompensieren. Das ist nicht ganz einfach, es ist möglich, aber es ist nicht nur einfach mit ein paar klein wenigen Massnahmen und es ist deshalb schon erstaunlich, dass der politische Prozess dazu erst in ein paar Jahren starten soll und man dann erst in den 30ern wirklich mit der Umsetzung oder mit der Detailplanung beginnen will. Wir erwarten, dass in der Beantwortung dieser Petition jetzt schon aufgezeigt wird oder dann, wenn sie dann beantwortet wird, wie die massive Kapazitätssteigerung durch den Rheintunnel kompensiert wird, wo das angedacht wird und mit welchen konkreten Massnahmen.

Dank der Recherche von unabhängigen Verkehrsplanern wissen wir seit ungefähr einer Woche, dass das Bundesamt für Strassen gar nicht berechnet hat, wie viel mehr Verkehr der Rheintunnel nach Basel bringt. Es wird einfach behauptet, dass es keinen gibt und wenn man behauptet, es gibt keinen, dann muss man ja auch nicht rechnen. Es gibt aber keinerlei Grundlage für diese Behauptung. Was immerhin den Unterlagen zu entnehmen ist, die das ASTRA aufgelegt hat, dass es eine Verschiebung geben wird des Autoverkehrs und auch des Lastwagenverkehrs von der A98 in Deutschland auf den Korridor Osttangente. Warum das jetzt positiv für Basel sein soll, ist mir schleierhaft.

Das ist die eine Neuigkeit, die wir inzwischen wissen dank der Recherche, hier sind es Verkehrsplaner, aber auch die Medienschaffende haben recherchiert. Wir wissen inzwischen, dass der Autobahnausbau einen viel geringeren Nutzen hat, als behauptet wurde, weil die Staukosten zu hoch angerechnet werden, und wir wissen, dass die Kosten für die Klimafolgen klein geredet wurden, weil da auch mit veralteten Zahlen gerechnet wurde. Und wir wissen inzwischen auch, dass der Autobahnausbau insgesamt zu mehr Unfällen statt mehr Sicherheit führt. Das heisst, inzwischen sind noch viel mehr Fragen offen als zum Zeitpunkt, als wir diese Petition in der PetKo behandelt haben.

Wir vom GAB erwarten von der Regierung deshalb eine rasche Klärung der vielen offenen Fragen und eine eigene Beurteilung der Folgen des Rheintunnels für Basel. Auf die Aussagen von Bundesrat Rösti und dem Bundesamt für Strassen kann man sich ganz offensichtlich nicht verlassen, wie inzwischen mehr als deutlich wurde. Ich danke Ihnen für die Überweisung dieser Petition an den Regierungsrat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum Sprecher für die GLP Bülent Pekerman.

Bülent Pekerman (GLP): Der Abstimmungskampf ist lanciert, das haben wir vorhin schon gehört, ich mache es ganz kurz. Die Grünliberale Fraktion bittet Sie, die Petition «Nein zum Rheintunnel» zur Stellungnahme innert eines Jahres an den Regierungsrat zu überweisen. Dies aus einem einfachen Grund. Wir wissen zwar nicht, das ist schon gesagt worden, wie das Stimmvolk am 24. November über den Ausbau der Nationalstrassen entscheiden wird, aber wir möchten möglichst früh wissen, welche flankierenden Massnahmen der Regierungsrat im Falle einer Annahme der Vorlage nach dem Bau des Rheintunnels vorsieht. Wir erachten es deshalb als wichtig, diese und weitere Fragen der Petitionskommission beantworten zu lassen und empfehlen Ihnen auch, die Petition an den Regierungsrat zu überweisen.

Zu Daniel Seiler vielleicht ganz kurz. Ich hoffe, die Regierung soll auch in der Lage sein, langfristig planen zu können und ich denke, dass wir eine Regierung haben, die auch langfristig planen kann. Und 16 Jahre, das ist auch nicht ein langer

Zeithorizont. Von daher ist einiges planbar und wir hätten gerne auch gehört, was planbar ist, welche Ideen da im Raum stehen und deswegen ist es auch wichtig, dass wir diese Petition zur Stellungnahme überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP hat sich Beat K. Schaller gemeldet.

Beat K. Schaller (SVP): Ich rede hier auch für die LDP und ich stelle den Antrag, dass wir die Petition als erledigt erklären. Wie Sie dem Abstimmungsresultat der PetKo entnehmen können, war ich auch einer derjenigen, der die Petition eigentlich an den Regierungsrat zur Stellungnahme überweisen wollte. Die Idee und Absicht dahinter war, dass der Regierungsrat hier jetzt hoffentlich ein für alle Mal abschliessend Stellung beziehen kann und wir dann in die Zukunft schauen können, mit diesen immer wiederkehrenden Fragen aufhören können.

In der Zwischenzeit sind natürlich einige Dinge passiert. Ich habe Gespräche geführt, weitere Überlegungen sind hinzugekommen und diese Überlegungen, die waren mir damals gar nicht so bewusst, aber schlussendlich entscheidet sich alles an der Abstimmung im November. Wenn das Stimmvolk der Schweiz die STEP-Vorlage ablehnt, dann hat sich auch diese Petition erledigt, dann muss der Regierungsrat ja gar nicht auf diese Fragen eingehen. Sollte STEP angenommen werden, was immerhin möglich ist, dann haben wir ja auch die Interpellation von Frau Kollega Fleur Weibel, die jetzt hier im Raum steht, die grosso modo plus-minus die gleichen Fragen stellt. Es erscheint uns als nicht sehr effizient, wenn wir die Verwaltung mit zwei Mal den mehr oder weniger gleichen Fragen beschäftigen. Bei einer Petition haben wir als Grossrat die Möglichkeit zu sagen, als erledigt erklären oder an den Regierungsrat überweisen, bei einer Interpellation besteht diese Frage nicht, der Regierungsrat muss seine Antworten geben.

Deshalb, die Überlegung ist einfach, wir können dem Regierungsrat respektive der Verwaltung diese Doppelarbeit ersparen, die Petition als erledigt erklären und schauen, welche Antworten auf die Interpellation Fleur Weibel zurückkommen. Noch einmal namens LDP, SVP bitte ich Sie, die Petition als erledigt zu erklären.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP spricht Leoni Bolz.

Leoni Bolz (SP): Die Petition verlangt, dass sich die Kantone Basel-Stadt und Baselland gegen den Rheintunnel einsetzen. Die Gründe sind vielseitig. Unter anderem sagen Sie, dass der Ausbau des Autoverkehrs nicht mit den Klimazielen vereinbar sind und eine Kapazitätssteigerung langfristig zu mehr Verkehr führt. Die zehn Jahre andauernden Bauarbeiten belasten zudem die Bevölkerung in den betroffenen Quartieren stark und rund 50 Familiengärten würden geopfert werden. Die PetKo hat verschiedene Fragen an die Regierung unter anderem bezüglich der bis jetzt nicht kommunizierten flankierenden Massnahmen wie beispielsweise Tempo 60 auf der Osttangente, der Sicherstellung des Schulbetriebs Dreirosen und der Wohnqualität in den betroffenen Quartieren.

Die SP ist gegen den Bau des Rheintunnels. Der Tunnel ist aus ökologischer Sicht nicht sinnvoll. Wenn jedoch gebaut werden würde, sind flankierende Massnahmen zwingend. Das mindeste ist daher, dass die Fragen der Petitionskommission geklärt werden, denn diese Baustelle wird während mehr als zehn Jahren, da bin ich sicher, die Situation der Wohnbevölkerung einschneidend verschlechtern. Die Stimmbevölkerung muss wissen, zu was sie ja oder nein sagt und dazu gehören eben auch Wissen über die flankierenden Massnahmen. Diese sind zudem auch wichtig für eine sorgfältige und vorausschauende Planung.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der SP, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen, wie es die Kommission vorgesehen hat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert eines Jahres zu überweisen. Daniel Seiler und Beat K. Schaller hingegen beantragen, sie als erledigt zu erklären. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Erledigt, NEIN heisst an RR zur Stellungnahme gemäss Antrag PetKo

Ergebnis der Abstimmung

38 Ja, 52 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004576, 16.10.24 17:40:38]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Petition P476 "Nein zum Rheintunnel" wird dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert eines Jahres überwiesen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petition geht an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert eines Jahres. Das Resultat sind 52 Nein-Stimmen gegen 38 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

19. Petition P477 "Für den Erhalt unserer Universität!""

[16.10.24 17:40:48, 24.5223.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen. Das Wort geht an Petitionskommissionspräsident Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Ich berichte kurz über das Anliegen der Petentschaft. Die Petentschaft hat auf eine Erläuterung im Rahmen eines Hearings verzichtet. Sie hat der Petitionskommission jedoch auf Nachfrage zusätzlich zum Petitionstext ein paar schriftliche Stellungnahmen abgegeben. Sie fordert darin einerseits ein klares Bekenntnis des Grossen Rates zur gemeinsamen Uni sowie eine langfristige und stabile Finanzierung. Ihr ist natürlich bewusst, dass dies keine Forderungen sind, die man ohne weiteres erfüllen kann, sondern solche, die sich laufend immer wieder aufs Neue stellen. Es geht ihnen darum, dass der Grosse Rat sich in der Debatte um Sparmassnahmen frühzeitig gegen solche ausspricht, dass er sich gegen Abbaupläne wehrt, sich für eine Voll-Uni einsetzt, der Baselbieter Politik Paroli bietet und dem Regierungsrat in Basel klarmacht, dass man den Baselbietern nicht noch mehr entgegenkommen soll. Zitat.

Stellungnahme der Vertretung des Erziehungsdepartements. Die Leiterin des Bereichs Hochschulen hob hervor, dass die langfristige und stabile Finanzierung der Universität Basel durch die Trägerkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft das wichtigste Ziel des ED sei. Die Universität spiele als Wissenschaftszentrum und Innovationsmotor eine zentrale Rolle für die Region Basel und müsse entsprechend unterstützt und gefördert werden. In der laufenden Verhandlung mit Basel-Landschaft über den Leistungsauftrag und den Globalbeitrag für die Jahre 2026 bis 2029 gehe es weder um Sparmassnahmen noch um die Schliessung einzelner Fakultäten, wie vielleicht befürchtet wurde. Stattdessen stehe die strategische Weiterentwicklung der Universität Basel im Vordergrund. Die gemeinsame Trägerschaft der beiden Kantone sei ebenfalls nicht in Frage gestellt.

Der Finanzierungsmechanismus berücksichtigt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der beiden Kantone und der Kanton Basel-Landschaft leistet einen substanziellen Beitrag dazu. Würde dieser Kanton nur einen Betrag pro eingeschriebener Person gemäss interkantonalen Universitätsvereinbarung beisteuern, wie es nicht am Trägerschaftsmodell beteiligte Kantone tun, entstünden erhebliche finanzielle Lücken, die die Universität nicht tragen könnte. Ein solches Szenario stehe jedoch nicht zur Debatte, da der Austausch zwischen den beiden Kantonen konstruktiv und vertrauensvoll ablaufe.

Die Leiterin betonte, dass sie sich als Vertreterin der Verwaltung nicht dazu äussern könne, ob es ein klares Bekenntnis vom Landrat und Grossen Rat zur gemeinsamen Universität geben wird, da dies in den Zuständigkeitsbereich der politischen Gremien falle. Sie wies jedoch darauf hin, dass es bei bi- oder mehrkantonalen Trägerschaften oft eine Herausforderung sei, dass die finanziellen Möglichkeiten des schwächeren Kantons das Verhandlungsergebnis massgeblich beeinflussen. Daher müsse in Zukunft überlegt werden, wie dieser Mechanismus flexibler gestaltet werden könnte, um bessere Lösungen für beide Seiten zu ermöglichen.

Zu der Erwägung der Petitionskommission. Die Petitionskommission teilt die in der Petition geäusserten Befürchtungen nicht. Im Kanton Basel-Landschaft hat zwar eine Partei vorgeschlagen, den Vertrag zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über die gemeinsame Trägerschaft der Universität, den sogenannten Universitätsvertrag, zu kündigen. Dabei handelt es sich aber, wie auch von der Petentschaft festgestellt, eher um einen populistischen Vorschlag. Das in der Petition geforderte klare Bekenntnis zur Universität Basel hat der Grosse Rat am 27. Oktober 2021 mit der nahezu einstimmigen Genehmigung des Leistungsauftrages und Globalbeitrags an die Universität Basel für die Jahre 2022 bis 2025 zum Ausdruck

gebracht. Dessen Haltung dürfte sich seither nicht verändert haben. Unbestritten sein dürfte, dass der Grosse Rat keine populistischen und kurzsichtigen Sparvorschläge unterstützt.

Die Petitionskommission geht davon aus, dass der Regierungsrat in den anstehenden Verhandlungen über den Leistungsauftrag und den Globalbeitrag für die Jahre 2026 bis 2029 eine weiterhin ausreichende Finanzierung der Universität Basel anstrebt. Die von der Petition geforderte langfristige stabile Finanzierung der Universität Basel dürfte also nicht in Frage gestellt sein. Eine reale Gefahr, dass der Kanton Basel-Landschaft den Universitätsvertrag kündigt, erkennt die Kommission nicht.

Vor diesem Hintergrund beantragt die Petitionskommission dem Grossen Rat einstimmig, die vorliegende Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Stillschweigend, die Petition P477 "Für den Erhalt unserer Universität!" wird dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung überwiesen.

21. Anzug Alexandra Dill und Konsorten betreffend Schutz der persönlichen Integrität im Grossen Rat, Schreiben des Ratsbüros

[16.10.24 17:46:34, 21.5707.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Ratsbüro beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat der Subkommissionspräsident David Jenny.

David Jenny (FDP): Das Ratsbüro beantragt Ihnen einstimmig, § 18 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung durch eine neue Litera l zu ergänzen. Dadurch würden Sie das Ratsbüro beauftragen, Massnahmen zum Schutz der persönlichen Integrität der Ratsmitglieder zu ergreifen. In einem Reglement würden die Einzelheiten wie Anwendungsbereich, Massnahmen und Verfahren festgelegt werden. Den Entwurf zu diesem Reglement finden Sie in unserem Bericht.

Mit der vorgeschlagenen Änderung und dem darauf basierenden Reglement wollen wir dann Anzug Alexandra Dill und Konsorten so weit umsetzen, wie dies dem Ratsbüro rechtlich möglich und sinnvoll erscheint. Aus rechtlicher Sicht ist daran zu erinnern, dass wir Ratsmitglieder nicht Angestellte des Kantons sind und daher dem Personalgesetz nicht unterstehen. Die Mitarbeitenden des Parlamentsdienstes hingegen können sich auf die personalrechtliche Fürsorgepflicht gemäss § 14 unseres Personalgesetzes berufen. Sie sind daher von dieser Vorlage nicht erfasst.

Wir haben uns kundig gemacht, wie andere Kantonsparlamente die persönliche Integrität ihrer Mitglieder schützen. Wertvoll waren die Erfahrungen des Kantons Waadt. Wie dargestellt, waren das Waadtländer Reglement und die im Kanton Waadt gemachten Erfahrungen sehr hilfreich für die Erarbeitung unserer Vorlage.

Zentrales Element eines Reglements ist die Ernennung einer externen Vertrauensperson durch das Ratsbüro. Diese soll eine registrierte Anwältin bzw. Anwalt mit Zusatzausbildung im Bereich Mediation sein. Sie soll Mitgliedern, die sich in ihrer persönlichen Integrität verletzt fühlen, Unterstützung und Rat anbieten. Sie kann mit Einverständnis der beteiligten Personen ein Mediationsverfahren durchführen. Sie hat aber keinerlei Untersuchungskompetenzen.

Die im Anzug ebenfalls vorgeschlagene juristische Beratung durch den Parlamentsdienst und die Möglichkeit einer Kostenübernahme für rechtliche Massnahmen für das Opfer übernimmt das Ratsbüro nicht. Der Parlamentsdienst muss neutral bleiben. Er kann nicht klären, wer als Opfer Anspruch auf Rechtschutz hat. Es kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass sich bezüglich eines gewissen Vorfalls Ratsmitglieder als Opfer fühlen, die wiederum von anderen Mitgliedern als Täter eingestuft werden. Das Ratsbüro nimmt den Schutz der persönlichen Integrität der Ratsmitglieder sehr ernst. Rechtlich kann es diese aber nur eingeschränkt schützen. Ich bitte Sie insbesondere zu beachten, dass der Anwendungsbereich des Reglements notwendigerweise limitiert ist. Erfasst sind Situationen respektive Aktivitäten, an denen wir teilnehmen, die direkt mit der parlamentarischen Arbeit zusammenhängen.

Das Ratsbüro ersucht Sie, die Geschäftsordnung wie vorgeschlagen zu ändern und den Anzug Alexandra Dill und Konsorten abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP hat sich Alexandra Dill gemeldet.

Alexandra Dill (SP): Ich bin grossmehrheitlich zufrieden und ehrlich gesagt, fast ein bisschen begeistert mit dem, was aus meinem Anzug entstanden ist. Der Schutz der persönlichen Integrität ist ein sehr hohes Gut und meine Fraktion wie auch mir persönlich ein wichtiges Anliegen. Das neue Reglement trägt diesem ziemlich gut Rechnung und ich möchte mich darum beim Ratsbüro und der zuständigen Subko bedanken für dieses wirklich gute Resultat und auch den eher längeren Weg, den sie gegangen ist, auch im Austausch mit mir. Es ist für mich also ein feierlicher Moment heute, dass wir hier im Parlament nun ein Reglement schaffen und wir uns damit klar bekennen zu einem Klima der gegenseitigen Wertschätzung und auch der Achtung von Grenzen.

Ich habe bei aller Freude über das Reglement aber auch noch ein, zwei kritische Anmerkungen oder vielleicht eher so Wünsche für die Umsetzung mitgebracht. Bei § 4 Abs. 2: Wir in der Fraktion SP wollen es so verstanden wissen, dass dies nur geschieht, wenn die Betroffenen zustimmen. Das ist aus unserer Sicht ein ziemlich wichtiger Punkt und ich möchte diesen als Anzugsstellerin für die Praxis gerne so mitgeben.

Der zweite Punkt bezieht sich auf § 5: Ernennung und Qualifikation der externen Vertrauensperson. Hier erachtet es meine Fraktion als entscheidend, dass diese Person nicht nur Anwalt oder Anwältin ist und über eine Mediationsausbildung verfügt, sondern auch spezialisiert ist auf Opferhilfe oder anderweitig thematisch versiert.

Und zu § 4 Abs. 1: Um die persönliche Integrität der Mitglieder zu schützen, macht das Ratsbüro in geeigneter Form auf das vorliegende Reglement aufmerksam. Da möchte ich anregen, wie ich das auch mal in einem Gespräch mit der Subkommission schon getan habe, dass dies auch via Schulungsangebote läuft. Da denke ich auch ein bisschen an die Rolle der Kommissionspräsidien, welche Sitzungsleitungen innehaben, denn das Anwendungsgebiet des Reglements bezieht sich ja auch auf die Kommissionssitzungen und auch auf alle Situationen, in denen eines oder mehrere Mitglieder des Grossen Rates in ihrer Rolle involviert sind.

Dass das Reglement in den Köpfen verankert und auch tatsächlich verstanden wird, ist grundlegend dafür, dass es seine Wirkung tut. Jeder Angriff auf den Schutz der persönlichen Integrität ist einer zu viel und Prävention, auch in Form von Schulungen, darum Gold wert.

Ich fasse zusammen: Als Anzugsstellerin bin ich dankbar für das Erreichte und gemeinsam mit meiner Fraktion unterstütze ich die Abschreibung des Anzugs.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber hat sich für ein Einzelvotum gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe es in der Zeitung gelesen, Lex Eric Weber. Wir reden um einen Lex Eric Weber. Wegen einem einzigen Grossrat ein neues Gesetz. Ich sage Ihnen ehrlich, ich bin jetzt am Sonntag weg, darum hätten Sie das nächste Woche beraten müssen. Ich bin jetzt am Sonntag weg. Ich bin nicht mehr Grossrat, es bringt Ihnen nichts, einen Lex Eric Weber, wenn ich am Sonntag weg bin. Ich garantiere Ihnen, ich bin nicht Grossrat und ich bin nicht unglücklich darüber. Also hören Sie bitte auf, an einem neuen Gesetz zu schrauben, wenn der Grossrat einfach weg ist. Sie wollen heute ein Gesetz neu machen, das jetzt am Sonntag, 20. Oktober 2024, irrelevant wird. Ich bin weg, das Gesetz braucht es nicht. Ich bin nicht traurig, wenn ich weg bin, denn auf mich warten andere viel bessere Aufgaben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, bitte hören Sie auf, über die Wahlen zu reden. Reden Sie bitte zu diesem Anzug.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe zu diesem Anzug gelesen, das ist ein Gesetz, das Sie machen wollen wegen dem Grossrat Eric Weber und ich möchte Sie einfach daran erinnern, bitte arbeiten sind nicht an diesem Gesetz für viel Geld für den Papierkorb. Ich habe meinen Rücktritt als Grossrat gegeben auf Ende Jahr und darum sage ich, mit dem Gesetz, und das ist ordentlich und das darf ich als Mensch und Journalist und Wahlbeobachter in Belarus sagen, bitte schiessen Sie nicht mit Kanonen auf Spatzen, die es nicht einmal gibt, bitte. Es beeindruckt mich auch nicht im Wahlzentrum, den Jubelruf, wenn es heisst, Sitzverlust. Ein Gesetz, und das haben wir ja hier über Belästigung oder wie sich das nennt, das ist für mich erfunden. Es gibt keine Belästigungen hier im Grossen Rat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, ich erteile Ihnen einen ersten Ordnungsruf. Sie sprechen nicht zum Thema und Sie stellen hier Behauptungen auf, die nichts zur Sache tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich nehme diesen entgegen, aber ich wiederhole mich als Grossrat Eric Weber. In der Basellandschaftlichen Zeitung eine halbe Seite vor sechs Monaten über das Gesetz und es hat geheissen, eine Lex Eric Weber und darum bin ich nicht einverstanden. Aber ich fühle mich geehrt, wenn es das gibt. Alexandra Dill hat gesagt, für sie ist es ein glücklicher Moment. Für mich ist das ein nicht glücklicher Moment. Das darf ich sagen, Alexandra Dill ist glücklich, aber ich will das Gesetz nicht gegen mich, weil das ist eine Lex Eric Weber. Ich bin nicht einverstanden, aber ich habe ja gesagt, ich fühle mich geehrt, wenn das Parlament das macht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, ich erteile Ihnen einen zweiten Ordnungsruf und entziehe Ihnen hiermit das Wort.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort nochmals an den Sprecher für das Ratsbüro, David Jenny.

David Jenny (FDP): Ganz kurz. Ich danke der Anzugstellerin für ihr Votum und für die einzelnen Anregungen zum Reglement respektive zur Handhabung. Nur zu betonen, das Ratsbüro oder eben dann auch diese Vertrauensperson haben keinerlei Zwangsmittel. Das Ratsbüro kann sagen, können wir mal mit Ihnen darüber sprechen, wenn diese Person sagt, nein, dann hat es sich mit dem. Und dass die Hoffnung ist, dass es dieses Reglement in der Anwendung möglichst nie brauchen wird, ich glaube, das teilen wir alle.

Wie genau dann der Prozess ist mit der Suche der Vertrauensperson wird sich das Ratsbüro entsprechend überlegen müssen. Wir haben zwei Qualifikation genannt, das schränkt den, ich sage jetzt einmal, den Pool von Personen, die in unserer Region zur Verfügung stehen, schon relativ gross ein. Wir wollen ja zum Beispiel wahrscheinlich nicht jemanden, der selber im Grossen Rat ist oder dessen Kanzlei im Grossen Rat vertreten ist, etc., dann wird die Auswahl relativ klein sein, die wir haben werden. Aber ich danke Ihnen für die gute Aufnahme dieser Vorlage.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten ist nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 11 des Berichts)

Titel und Ingress

I. Änderung der Geschäftsordnung

§ 18 Abs. 2 lit. l (neu)

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Einführung anderer Erlasse

V. Schlussbestimmung

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004579, 16.10.24 18:00:22]*

Der Grosse Rat beschliesst

Das Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) vom 29. Juni 2006 [1]) (Stand 1. August 2023) wird wie folgt geändert:

§ 18 Abs. 2 lit. l (neu)

l) es ergreift Massnahmen zum Schutz der persönlichen Integrität der Ratsmitglieder und legt in einem Reglement die Einzelheiten wie Anwendungsbereich, Massnahmen und Verfahren fest.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Einführung anderer Erlasse

Reglement zum Schutz der persönlichen Integrität der Grossratsmitglieder des Kantons Basel-Stadt

V. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und tritt am fünften Tag nach der Publikation des unbenutzten Ablaufs der Referendumsfrist oder im Falle einer Volksabstimmung am fünften Tag nach der Publikation der Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 89 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

Das Ratsbüro beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es hat mich noch eine Nachricht aus dem Baselbiet erreicht. Unsere Kolleginnen und Kollegen haben Morgensitzung im Landrat und sie möchten, dass wir uns noch für das Landrats- und Grossrats-Jassturnier am 31. Oktober anmelden. Die Anmeldungen sind noch bis morgen offen. Mit dieser Mitteilung wünsche ich Ihnen einen schönen Abend.

Schluss der 31. Sitzung

18:01 Uhr

Protokoll

der 32. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 23. Oktober 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Anina Ineichen (GAB), Fina Girard (GAB), Lukas Faesch (LDP), Béla Bartha (GAB)

Verhandlungsgegenstände:

22. Motion Michael Hug und Konsorten betreffend mehr Transparenz bei projektbezogenen Beschäftigungsverhältnissen im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR 2
23. Motion Franz-Xaver Leonhardt für einen Neuanfang beim Areal Horburg, Stellungnahme des RR 6
24. Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Einführung von anonymisierten Bewerbungsverfahren in der Verwaltung Basel-Stadt, Schreiben des RR 11
25. Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend Angebot sicherstellen und Qualitätssicherung für Seelsorge in Gefängnissen, Spitälern und Asylunterkünften für Angehörige nicht anerkannter Religionen, Schreiben des RR 13
26. Anzug Laurin Hoppler und Konsorten betreffend Entlastung bei amtlichen Gebühren für Registerauszüge und offizielle Dokumente, Schreiben des RR 17
27. Motion Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Rückvergütungen von kantonalen Überschüssen an die steuerzahlenden Privatpersonen, Stellungnahme des RR 18
28. Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Vorgeburtlicher Mutterschutz, Schreiben des RR 23
29. Motion Pascal Messerli und Michael Hug betreffend der Polizeiberuf muss in Basel-Stadt wieder attraktiv werden: Lohnerhöhung jetzt!, Stellungnahme des RR 23
30. Motion Anina Ineichen und Konsorten für einen Klimafonds "New Green Deal für Basel" (NGDB), Stellungnahme des RR" 32

Beginn der 32. Sitzung

Mittwoch, 23. Oktober 2024, 09:00 Uhr

22. Motion Michael Hug und Konsorten betreffend mehr Transparenz bei projektbezogenen Beschäftigungsverhältnissen im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

[23.10.24 09:00:28, 24.5021.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen folgende Mitteilungen zu machen:

Wahlen am Sonntag

Im Namen des Grossen Rates möchte ich den sechs Mitgliedern des Regierungsrats, die bereits gewählt sind, und dem Regierungspräsidenten, der ebenfalls als solcher bereits gewählt ist, herzlich zur Wahl gratulieren. Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Freude im Amt und auch Freude bei der Zusammenarbeit mit dem Grossen Rat. [Applaus]

Natürlich gratuliere ich auch den gewählten Grossrätinnen und Grossräten und den Nachrückenden herzlich zu ihrem Ergebnis. Es ist mir aber auch ein Anliegen, allen, die für den Regierungsrat und für den Grossen Rat kandidiert haben in dieser Stadt, zu danken für ihr Engagement für die Demokratie. Das ist viel wert und hat auch einen Applaus verdient. Vielen Dank. [Applaus]

Ein freudiges Ereignis

Am 16.10. ist Helena Ada Lily Aurelia als Tochter von Tobias Christ zur Welt gekommen. Tobias Christ spendiert aus diesem freudigen Anlass heute Morgen den Kaffee und im Namen des Grossen Rates möchte ich ihm herzlich zur Geburt der Tochter gratulieren. [Applaus]

Führung Denkmalpflege

Heute findet über Mittag eine Führung durch die Denkmalpflege für Ratsmitglieder statt. Jene, die sich angemeldet haben, treffen sich um 13:30 Uhr im Innenhof. Es liegt eine Liste auf mit den Namen, die sich eingetragen haben. Wenn Sie Änderungen wünschen, können Sie sie eintragen und es dem Parlamentsdienst mitteilen.

Informationstagung der IPK Nordwestschweiz

Die diesjährige Informations- und Netzwerktagung der IPK findet diesen Freitag, 25. Oktober, in Solothurn statt. Die Einladung wurde Ihnen per Mail zugestellt. Einige Exemplare der Einladung liegen auf. Sie können sich bis morgen, Donnerstag, 12 Uhr, direkt über den in der Einladung angegebenen Link anmelden.

Das waren meine Mitteilungen.

Wir fahren fort in der Traktandenliste und kommen zu Traktandum 22. Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Das Wort geht an Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Regierungsrat ist nicht dagegen, dieses Thema mit Ihnen zu diskutieren und auch für mehr Transparenz zu sorgen. Ich glaube, das ist unbestritten, das habe ich auch bei der ersten Entgegennahme oder auf unseren Wunsch Nicht-Entgegennahme bereits so gesagt, dass wir das gerne vor allem auch mit der Finanzkommission diskutieren, auch um aufzuzeigen, was wir bereits alles machen. Natürlich haben wir ein Controlling, selbstverständlich werden die Projektstellen auch wieder aufgelöst, wenn sie nicht mehr gebraucht werden. Das würden wir gerne mit Ihnen anschauen.

Daher bitten wir Sie, die Motion in einen Anzug umzuwandeln, denn was Sie jetzt verlangen in der Motion, bereits das Gesetz anzupassen, bereits die Berichterstattung zu ändern, erscheint uns nicht zielführend. Insbesondere wenn Sie fordern, dass die Personen nur befristet angestellt werden können. Das ist wirklich etwas sehr Unattraktives, wenn Sie eine Person nur befristet anstellen, wenn Sie das ausschreiben, da erhalten Sie natürlich nicht die besten Arbeitskräfte. Und da wir ein grosser Betrieb sind, ist es bei uns auch kein Problem, im Rahmen der Fluktuation den Personen dann andere Aufgaben zu geben, wenn das Projekt zu Ende ist.

Das ist nur ein Beispiel. Der andere Grund, warum es nicht sinnvoll ist, es als Motion zu überweisen, der Grosse Rat steuert den Kanton über die Finanzen und nicht über die Stellen. Das ist ein Prinzip, das wir bisher so haben. Wenn wir das ändern wollten, müssten wir wahrscheinlich hier ein paar Grundsätze anpassen und ändern.

Daher bitte ich Sie, die Motion als Anzug zu überweisen und wir gehen dann gerne in die Diskussion vor allem über die Finanzkommission mit Ihnen, um zu klären, wie wir das in Zukunft transparenter machen können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten und da hat sich für das GAB Patrizia Bernasconi gemeldet.

Patrizia Bernasconi (GAB): Wir waren schon bei der ersten Traktandierung dieses Geschäfts gegen die Überweisung. Wir sind nicht gegen Transparenz, wir fanden aber, dass wenn es darum geht, bei den projektbezogenen Stellen Transparenz zu schaffen, die Motion das falsche Instrument ist. Die wahren Absichten hinter dieser Motion wurden jedoch im Laufe der damaligen Diskussion klar. Es ging und geht hier um die Steuerung des Personals bzw. um die Reduktion des Headcounts und das lehnen wir aber entschieden ab.

Wir begrüssen die Stellungnahme des Regierungsrates und stellen fest, und das haben wir jetzt auch noch gehört, dass vieles, zum Beispiel ein internes Controlling oder die Berichterstattung, schon vorhanden ist. Vieles anderes kann problemlos umgesetzt werden, es braucht keine Motion dafür. Auch erklärt der Regierungsrat aus unserer Sicht in genügender und nachvollziehbarer Art, wieso besser unbefristete Stellen für projektbezogene Arbeit ausgeschrieben werden und das wurde jetzt auch noch hier wiederholt. Wir können also sagen, der Vorstoss sei somit erledigt. Auch fragen wir uns, und da möchte ich an die Session im Frühling erinnern, wie viele Kontroll- und Steuerungsinstrumente der rechte Teil des Parlaments noch an sich reissen will.

Kurz, für uns besteht kein Grund, die Motion als Motion zu überweisen oder auch als Anzug.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Die Fraktion der SP wollte diese Motion schon beim ersten Mal nicht überweisen, genau wie das GAB. Wir bleiben auch heute dabei. Auch möchten wir den Vorstoss nicht wie von der Regierung vorgeschlagen als Anzug überweisen. Wenn ein zeitlich beschränktes Projekt auch temporäre Einstellungen erfordert, können Mitarbeitende bereits jetzt befristet eingestellt werden. Die Weiterführung einer solchen Stelle muss durch den Regierungsrat bewilligt werden. Das ist kein einfacher oder schneller Prozess und das geschieht auch nicht leichtfertig. Dass der Grosse Rat über Weiterführungen und befristeten Anstellungen entscheiden soll, ist, so in der Stellungnahme klar beschrieben, rechtlich nicht zulässig.

Auch unabhängig von der Unzulässigkeit finden wir die Forderung stossend. Erstens können wir mit Budgetpostulaten Einfluss auf das Budget nehmen. Zweitens scheint hier eine Kompetenzverschiebung von der Regierung zur Verwaltung weg hin zum Parlament Ziel zu sein. Ich bin sicher, das würde die Bürokratie noch erhöhen, die Wege verkomplizieren und eine Kontrolle über den wachsenden Headcount würden wir auch so nicht haben. Das müsste anders angegangen werden und da würde ich persönlich dann auch sofort dabei sein.

Für uns ist es primär, dass Mitarbeitende arbeitsrechtlich gut geschützt sind und durch ihre Berufsausübung eine gesicherte Existenz und Lebensplanung haben. Deshalb sollte es wenn möglich vermieden werden, zeitlich beschränkte Anstellungen zu generieren, wie das uns auch Tanja Soland erläutert hat vorher. Selbstverständlich heissen wir es auch nicht gut, dass Mitarbeitende für ein spezifisches Projekt angestellt und dann behalten werden und dass dadurch der Headcount aufgeblasen wird. Hier ist aber der Verdacht, dass dies getan wird, nicht zielführend. Ich habe schon bei der ersten Diskussion um diesen Vorstoss gesagt, dass eine schriftliche Anfrage mit der Frage, was mit den Stellen und den Stellenbesetzungen passiert, wenn das entsprechende Projekt abgeschlossen ist, passender gewesen wäre.

Das braucht keine Motion, die in Teilen noch rechtlich nicht zulässig ist. Das braucht auch keinen Anzug. Wir sind deshalb klar für nicht überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion LDP hat Michael Hug das Wort.

Michael Hug (LDP): Ich bedanke mich grundsätzlich bei der Regierung, welche den Vorstoss weiterbehandeln möchte als Anzug und mit der Finanzkommission mögliche Verbesserungen im Jahresbericht im Hinblick auf mehr Transparenz bei

projektbezogenen Stellen diskutieren möchte. Die Regierung möchte also das Thema aufnehmen, wie Regierungsrätin Tanja Soland soeben gesagt hat.

Trotz der Argumente der Regierung bleibe ich bewusst bei der Einreichung als Motion. Der Grund liegt in der Verbindlichkeit, die nur durch eine Motion gewährleistet wird. Gerade weil die Regierung in ihrer Stellungnahme ausführt, dass die projektbezogenen Stellen grundsätzlich im Jahresbericht ausgewiesen sind und sie eine transparentere Darstellung begrüssen, kann diese Motion ja auch erfüllt werden. Zudem möchte die Motion die Anstellungsverhältnisse nur nach Möglichkeit befristet anstellen, nicht in jedem Fall, wie soeben ausgesagt wurde. Ich zitiere aus dem Motionstext: «Grundsätzlich sind Arbeitnehmende, welche aufgrund eines terminierten Projektes benötigt werden, jeweils und nach Möglichkeit befristet einzustellen».

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache. Der Staat wächst überproportional und das hat reale Folgen für den Arbeitsmarkt sowie die finanzielle Nachhaltigkeit. Der Vorstoss adressiert eine konkrete Fehlentwicklung, nämlich das permanente Anwachsen des Staatsapparats durch projektbasierte Stellen, die nach Projektabschluss nicht aufgelöst werden. Nur eine verbindliche Vorgabe durch eine Motion kann sicherstellen, dass die Regierung tatsächlich handeln muss, statt die Thematik nur zu evaluieren und womöglich auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

Ein weiteres Argument der Regierung war, dass Flexibilität erforderlich sei, um auf neue Herausforderungen reagieren zu können. Dem stimme ich zu, aber genau aus diesem Grund enthält die Motion auch den Vorschlag, dass projektbezogene Stellen verlängert werden können, wenn dies sachlich gerechtfertigt ist. Es geht nicht darum, notwendige Stellen zu blockieren, sondern um Transparenz und Nachvollziehbarkeit zu erreichen.

Letztlich ist es nicht das Ziel, die temporären Stellen durch den Grossen Rat direkt zu managen, dies liegt gar nicht in unserer Kompetenz. Es geht darum, durch eine klare Ausweisung der temporären Stellen eine sinnvolle Grundlage für die Budgetprozesse zu schaffen, insbesondere über neue Stellen. Das ist der transparente und verantwortungsvolle Umgang mit Steuergeldern, den wir anstreben. Dies hat auch Ratskollegin Patrizia Bernasconi soeben in ihrem Votum unterstützt.

Ich bitte Sie daher, den Vorstoss als Motion zur Erfüllung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Eric Weber gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Wir sind schon bei meiner letzten Rede im Monat Oktober. Meine Vorredner haben zum Thema Vetternwirtschaft gesprochen, das Wort ist gefallen. Seit meiner Kindheit höre ich halt auch immer wieder und das jetzt seit 50 Jahren, dass im Kanton Basel-Stadt die Stellen nach Freundschaft vergeben werden. Wegen meinen Gästen auf der Tribüne habe ich vielleicht am Anfang den Einstieg von Regierungsrätin Tanja Soland nicht genau gehört, aber ich habe gehört, Tanja Soland hat gesagt, wir sind nicht bereit zu diskutieren. Also ich habe es so verstanden, wurde das gesagt? Ich glaube ja.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, wenn Sie nicht genau zugehört haben, müssen Sie nicht kommentieren, was gesagt wurde. Konzentrieren Sie sich auf Ihr Votum, sonst ist es wirklich das letzte.

Eric Weber (Fraktionslos): Wir sind ein Parlament und wir kontrollieren die Regierung. Und Michael Hug hat richtig gesagt, die Sache ist überproportional, wir haben zu viele Stellen und da muss wirklich einfach einmal aufgeklärt werden über die vielen Stellen, die da sind. Es ist meine feste Überzeugung als Grossrat, dass wir der Kanton und die Stadt weltweit mit den meisten Angestellten beim Kanton proportional zur Bevölkerungsanzahl sind. Ich bin nicht einverstanden als Grossrat von Basel, dass zu viele Leute für diesen Kanton arbeiten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Regierungsrätin Tanja Soland nochmals das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich möchte einfach nochmal festhalten, wenn es eine befristete Stelle für ein befristetes Projekt gibt, dann ist, wenn das Projekt zu Ende ist, auch die Stelle zu Ende. Selbstverständlich. Und das kontrollieren wir, es wird dann im Kanton nicht einfach weitergearbeitet, das geht ja nicht. Die Person, das muss man einfach trennen, die Person, der Herr Müller, der auf dieser Stelle war, wenn er nicht aufhört zu arbeiten, dann macht er eine andere Arbeit, weil mit der Fluktuation, die Sie in so einem grossen Betrieb haben, ist das in der Regel kein Problem. Also wir lassen sicher nicht

die Personen weiterarbeiten, das ist wirklich kein Thema. Das möchte ich wirklich von mir weisen, das machen wir nicht und eine befristete Anstellung ist unattraktiv für Personen, die kompetent sind und gut sind.

Und wenn Sie das Stellenwachstum ansprechen, dann müssen Sie schauen, Sie haben es auch in der Hand, die Finanzen, dann müssen Sie bei den Finanzen schauen. Sie bewilligen das Budget, dort werden auch die Stellen ausgewiesen, das liegt dann in Ihrer Hand. Und dann geht es darum bei einer Erstanstellung, wie viele Stellen schafft man, wie viele Finanzen, welche Leistungen machen wir, dann müssen Sie dort schauen. Aber das ist so ein Hintertür-Trick, der wird nicht funktionieren, er wird nur dazu führen, dass wir schlechtere Personen haben und man wird sogar überlegen, ob man nicht mehr unbefristet anstellt oder länger oder diese Projekte nicht mehr macht.

Also hier sind Sie einfach ein wenig auf dem Holzweg, es tut mir leid. Ich sehe Ihren Punkt, aber den müssen Sie bei den Finanzen machen. Da haben Sie jetzt im Dezember die Möglichkeit beim Budget zu sagen, diese Leistungen wollen Sie nicht mehr oder da wollen Sie weniger. Das ist ehrlich und das wäre transparent.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen zwei Mal ab, zuerst die Eventualabstimmung. Michael Hug beantragt Überweisung als Motion, der Regierungsrat beantragt Überweisung als Anzug.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 34 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004598, 23.10.24 09:19:46]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Anzug

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Geschäft wird als Anzug weiterbehandelt.

Patrizia Bernasconi beantragt Nichtüberweisung. Wir stimmen darüber ab.

Schlussabstimmung

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 44 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004599, 23.10.24 09:20:26]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Geschäft wird als Anzug überwiesen. Es liegen 48 Ja-Stimmen gegen 44 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung vor.

23. Motion Franz-Xaver Leonhardt für einen Neuanfang beim Areal Horburg, Stellungnahme des RR

[23.10.24 09:20:35, 24.5018.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres. Das Wort geht an Regierungsrätin Tanja Soland. Sie verzichtet. Damit kommen wir zu den Fraktionsvoten und da hat sich für die SP Ivo Balmer gemeldet.

Ivo Balmer (SP): Heute geht es in die dritte Runde für das Horburg-Areal. Wir diskutieren die Zweitüberweisung der Motion von Franz-Xaver Leonhardt und der lancierte mit diesem Vorstoss schon wirklich geschickt eine grundsätzliche Perspektive an einem konkreten Beispiel und das sind genau immer noch diese zwei Argumente, die unserer Ansicht nach zielführend sind und weitergeführt werden müssen. Zum konkreten Zankapfel Horburg hat Franz-Xaver Leonhardt hier die forcierte Bodenpolitik unseres Kantons als Lösungsweg vorgeschlagen, um diese Verwicklungen da zu lösen, und ich denke, das bleibt nach wie vor die konkrete Möglichkeit, weil mehr von einer endlichen Ressource Boden zu kaufen ist ja eigentlich nicht falsch aus der Perspektive eines flächenbegrenzten Kantons. Es war ein Angebot an die Regierung, hier nicht zu kaufen. Das hat sie bis jetzt nicht getan, aber wer weiss, vielleicht wird das ja noch passieren.

Jetzt komme ich zur zweiten der grundsätzlichen Perspektive auf eine aktivere Bodenpolitik in unserem Kanton und das ist genau das Argument, weshalb wir von der SP-Fraktion beantragen, diese Motion zum zweiten Mal zu überweisen und sie in einen Anzug umzuwandeln. Hierzu möchte ich erstmals wirklich betonen, wie erfreulich eigentlich auch die Beantwortung des Vorstosses durch den Regierungsrat ausgefallen ist. Denn im Grundsatz bekennt er sich zu einer aktiven Bodenpolitik und er verweist auch, dass das auf einem bereits existierenden rechtlichen Rahmen aufgebaut ist. Das heisst, die Grundsätze des prominenten Baslers Hans Bernoulli sind vorhanden und jetzt müssen sie an bestimmten Punkten weiter abgeklärt werden und konkretisiert werden. Und genau das können wir einfordern, wenn wir diesen Vorstoss als Anzug zum zweiten Mal überweisen.

Nehmen wir nochmals diese Bernoullischen Grundsätze aus seinem Buch «Die Stadt und ihr Boden» zu Hand, die hatten wir schon das letzte Mal. Erster Punkt, die Gemeinde verkauft kein Land, das ist geklärt. Seit 2016, Sie erinnern sich, die zweite Bodeninitiative, geht dies in unserem Kanton im Grundsatz nicht mehr. Und der zweite Punkt, die Gemeinde erwirbt in privatem Eigentum stehendes Land nach Möglichkeit. Hier wird es unklarer und diffuser. Der Grundsatz ist noch klar und ist auch im § 50a des Finanzhaushaltsgesetzes geregelt bzw. wird dort eine aktive Bodenpolitik beschrieben, und jetzt geht es genau mit dieser Zweitüberweisung darum zu klären, was nach Möglichkeit heisst. Der dritte Punkt, das ist dann das mit diesen Baurechtsverträgen und das Überlassen des kantonseigenen Bodens an Private. Das müssen wir nicht weiter vertiefen, das wird schön ausgeführt, dass der Kanton Basel-Stadt eine grosse Baurechtserfahrung hat mit verschiedensten Akteur*innen und hier auch eine sehr grosse Anzahl von Baurechten bewirtschaftet.

Deshalb bleibt dieser zweite Punkt und der muss jetzt abgeklärt werden und ich setze hier genau auf die Hoffnung, auch dass diese Einschätzung geteilt wird von vielen hier drin im Saal, dass wir abklären, was diese nach Möglichkeit heisst, und lade Sie ein zur zweiten Überweisung, dass wir hier weitermachen können. Deshalb Umwandlung von der Motion in einen Anzug, Überweisung an den Regierungsrat und dann können wir das Grundsätzliche weiter vertiefen und auch beim, sage ich mal, beim neuen Bonmot für Basel bleiben. Gestern Hans Bernoulli und heute ist es Franz-Xaver Leonhardt, der uns da den Weg bereitet in ein neues Bodenpolitik-Zeltalter. Ich danke also für die bürgerliche Zusammenarbeit hier und hoffe, dass das auch dann hier hinten auf der Abstimmungstafel ersichtlich wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Die Horburg-Überbauung, das ist heute ein Wohnraum von sehr hoher Qualität. Es ist grün vor den Fenstern und trotz der Lage in einem dichten Quartier sind die Wohnungen sehr attraktiv, bezahlbar, die Nachbarschaft ist sehr familiär, vielfältig und lebendig. Gleichzeitig finden in der nächsten Umgebung entscheidende und auch einschneidende Veränderungen statt. Ich denke hier zum Beispiel an den Rheintunnel, aber auch an die Veränderung im Klybeckareal und in dem Hafen, mit der der unterste Teil des Kleinbasels über Jahre, vielleicht sogar Jahrzehnte stark verändert wird mit grossen Baustellen.

Nun besteht hier die Möglichkeit, beim Horburg-Areal eine Entwicklung aufzugleisen, die dem Kontext des Quartiers gerecht wird und zu diesen zukünftigen Veränderungen passt. Der Kauf des Areals bietet damit eine optimale Rahmenbedingung, eine Stadtentwicklung im Sinne der Bevölkerung zu machen. Es muss nicht noch nebenbei auch noch auf die Rendite eines

Investors Rücksicht genommen werden, sondern man muss schauen, was passt ins Quartier, was wollen wir und das zusammen mit der Bevölkerung besprechen.

Es ist schon etwas erstaunlich, wenn wir dann die Antwort des Regierungsrats lesen und da steht, dass der Kauf des Horburg-Areals zu Konflikten im Quartier führen würde. Ich fände es schon noch interessant zu hören, was da die Gedanken dahinter sind. Ich glaube, eine Entwicklung im Sinne des Quartiers führt nicht zu Konflikten im Quartier, sondern kann diese Konflikte reduzieren. Was tatsächlich zu Konflikten im Quartier führt oder geführt hätte, wäre eine überrissene Überbauung, die ohne jeglichen Einbezug der Bevölkerung geplant wurde, diese konnte ja zum Glück so verhindert werden. Was auch tatsächlich zu Konflikten führt, ist eine renditegetriebene Verdichtung in einem der dichtesten Quartiere der Stadt oder eine Überbauung der wenigen verbleibenden Grünflächen, die im Sommer Kühlung und Platz für Spiel und Erholung bieten.

Wir sind im Gegensatz zur Regierung absolut davon überzeugt, dass ein möglicher Kauf des Areals durch den Kanton solche Konflikte verhindern könnte, wenn der Kanton Verantwortung übernimmt und eine Planung angeht, die von Beginn an gemeinsam mit der Bevölkerung entwickelt wird. Deshalb möchten wir vom GAB ein zweites Mal diese Forderung überweisen und die Chance packen, eine nachhaltige Quartierentwicklung zu ermöglichen.

Sie haben es gesehen, das GAB hat im «Chrüzlistich» auf Motion gesetzt, weil es uns wichtig ist, dass die Forderung dieser Motion hier ernst genommen wird und wirklich auch ernsthaft darüber nachgedacht wird, wie das Areal Horburg eine aktive Rolle in der Bodenpolitik einnehmen kann, wie die Raumplanung oder der Städtebau hier ausgelotet werden kann, um ein Optimum für die Bevölkerung zu erreichen und auch wie eine Kaufverhandlung aktiv geprüft und angegangen werden kann.

Wir sehen aber auch, dass die Motion gewisse Haken hat und sind deshalb bereit, sie als Anzug zu überweisen. Ich werde also keinen Antrag auf Motion stellen, obwohl wir inhaltlich nach wie vor sehr viele Sympathien für die Motion haben. Das darf aber nicht dazu führen, dass die Forderungen einfach wieder in der untersten Schublade verschwinden, wie es bei Anzügen in den letzten vier Jahren leider des öfteren zu beobachten war. Seien wir mutig, übernehmen wir Verantwortung für das Horburg-Quartier, fürs Matthäus, fürs Klybeck und überweisen den Neuanfang fürs Areal Horburg ein zweites Mal.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die FDP spricht Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ja, wir haben ein Problem im Wohnungsbau. Zu viele Restriktionen, Regeln, viel zu lange Prozesse. Mit dem Richtplan Umwelt und Klima verlängern wir diese zusätzlich und statt wir das Problem angehen und den Ursprung des Problems versuchen zu beseitigen, haben wir ein privates Projekt, in das wir versucht haben, den ganzen Giftschrank von marktfeindlichen und investorenfeindlichen Massnahmen packen zu wollen. Das war der Ursprung. Jetzt, statt man versucht, wirklich diese Probleme anzugehen, versuchen wir das Areal zu verstaatlichen, mehr Staat, noch mehr Regeln und dabei wissen wir, dass wir mit den Wohnschutzbestimmungen, die wir versucht haben anzupacken, nämlich schon zu viele Regeln haben. Wir erreichen ja gar nicht das, was wir dem Stimmvolk versprochen haben, dass wir mehr Wohnraum haben. Ich frage, haben Sie wirklich das Gefühl, dass wir jetzt mit mehr Staat da zusätzlich mehr Planwirtschaft eine bessere Lösung am Ende haben? Ich glaube, wir müssen wirklich das Problem bei den Wurzeln anpacken und darum ist diese Motion abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage vor von Franz-Xaver Leonhardt. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Daniel Seiler, Sie haben gesagt, wenn der Staat. Der Auftrag der Motion heisst ja nur, den Boden zu kaufen. Warum ist das Planwirtschaft? Es steht explizit, dass der Baurechtsnehmer dann ganz privat ist.

Daniel Seiler (FDP): Schlussendlich wird es so rauskommen, wie es immer halt rauskommt dann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Noch eine Zwischenfrage von Ivo Balmer. Sie wird angenommen.

Ivo Balmer (SP): Daniel Seiler, weil Sie eigentlich nur über diese Wohnbauziffer gesprochen haben, kennen Sie die in der Entwicklung in der Schweiz und im Kanton Basel-Stadt seit 2008?

Daniel Seiler (FDP): Ich habe die Frage nicht verstanden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum Sprecher für die SVP, Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Aus Sicht der SVP-Fraktion kann ich es heute eigentlich relativ kurz machen. Wir sind dagegen, dass wir diese Motion überweisen, auch nicht als Anzug. Der erste Punkt, warum wir dagegen sind, wenn wir jetzt diese Motion auch bei der Zweitüberweisung als Motion überweisen, dann hat doch der Kanton einen sehr schlechten Handlungsspielraum. Er muss kaufen, der Private kann jeden Preis anbieten. Es ist ein Parlamentsauftrag. Das bringt doch hier wirklich nichts, wenn wir hier wirklich dem Regierungsrat und dem Kanton das Messer an den Hals setzen und das als Motion überweisen.

Der zweite Punkt ist, wir haben den Ratschlag Horburg zurückgewiesen. Der Regierungsrat hat jetzt Handlungsspielraum, er muss wieder etwas Neues bringen, er kann auch wieder etwas Neues bringen, er ist jetzt im Lead, dementsprechend benötigt es nicht einfach noch eine Zweitüberweisung, welche explizit vorschlägt, was man jetzt mit diesem Areal machen muss.

Und der dritte Punkt ist, die Quartierbevölkerung in Kleinbasel war einfach gegen dieses Hochhaus, Punkt. Es ist völlig egal, ob jetzt hier ein Privater dieses Hochhaus geplant hat oder der Regierungsrat hier diesen Boden kauft und es dem Privaten abgibt, die Bevölkerung will dort kein Hochhaus und will dort nicht noch verdichteter bauen. Dementsprechend muss man so oder so einen Ratschlag bringen, der quartierverträglich ist, der bei der Bevölkerung auf Anklang stösst, völlig unabhängig jetzt davon, wer hier im Besitz oder im Eigentum von diesem Boden ist. Man soll ja sachrechtlich Besitz und Eigentum nicht verwechseln.

Aber es bringt nichts, wenn wir hier diese Motion überweisen und wir hier jetzt auch dem Regierungsrat und dem Kanton sagen müssen, er muss unbedingt kaufen. Dementsprechend warten wir doch ab, wir haben diesen Ratschlag zurückgewiesen, der Regierungsrat wird wieder mit etwas kommen. Es muss etwas sein, das quartierverträglich ist und deshalb braucht es diese Motion hier auch bei der Zweitüberweisung nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Franz-Xaver Leonhardt an? Sie wird angenommen.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Pascal Messerli, mit dem Handlungsspielraum, wenn wir es als Anzug überweisen, meinen Sie, dass dann die Regierung genug Handlungsspielraum hätte? Weil sie muss nicht.

Pascal Messerli (SVP): Er hätte mehr Handlungsspielraum, als wenn wir jetzt als Motion überweisen, aber die anderen Punkte sprechen dann trotzdem auch gegen die Überweisung als Anzug. Aber ja, der Handlungsspielraum wäre etwas grösser, das stimmt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP spricht Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Herr Kollege Ivo Balmer, in «Die Stadt und ihr Boden» von Hans Bernoulli setzt sich der Architekt und Stadtplaner intensiv mit der Bodenfrage in der Stadtentwicklung auseinander. Wie Sie selbst gesagt haben. Er kritisiert grundsätzlich die private Bodenverwertung als Ursache für spekulative Preistreiberei und städtebauliche Probleme. Bernoulli plädiert dafür, dass der Boden in öffentlicher Hand bleiben oder zumindest von der Gesellschaft und Gemeinschaft kontrolliert werden soll. Ich wiederhole, oder zumindest von der Gemeinschaft kontrolliert werden soll.

Dies ist bereits der Fall, und zwar im höchsten Masse. Richtungsplanung, Nutzungsplanung, Zonenplanung, Baugesetze, Denkmalschutz, Partizipationsverfahren und politische Kontrolle. Das sind sicher materiell rechtliche Vorgaben, die zur Zeit von Bernoulli noch nicht in diesem Ausmass bestanden haben. Es sind alle gemeinschaftlichen Interessen abgebildet. Darum zieht für mich dieses Argument nicht.

Ein weiteres Argument, wieso man gegen diese Motion sein muss aus einer liberalen Perspektive, ist die Preistreiberei durch den Kanton, Kollege Pascal Messerli hat es angesprochen. Ein gutes Beispiel dafür ist das Clara-Areal, wo immer noch nicht bekannt ist, inwiefern der Kanton hier Angebote gemacht hat, die dann überboten werden mussten von Privaten.

Ich fordere hier eine ganzheitliche Strategie von der Regierung, wie und was sie mit den Bodenkäufen beabsichtigen. Bisher ist nur wahrnehmbar, dass man punktuell Liegenschaften ins Finanzvermögen übernimmt ohne klaren Plan. Man

argumentiert dann mit Handlungsspielraum für die gesellschaftlichen Interessen und Aufgaben. Das geht mir zu wenig weit. Es kam das Clara-Areal vorletztes Jahr ins Finanzvermögen für mehrere hundert Millionen Franken, es kam die Gartenstrasse, wo jetzt noch die UBS eingemietet ist, in das Finanzvermögen, aber es gibt keine konkrete Planung und ein Konzept. Und solange dies nicht vorliegt, können wir diese Motion unter keinen Umständen unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Franz-Xaver Leonhardt gemeldet.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Heute ist es kein Gang nach Canossa. So habe ich angefangen damals im Januar mit meiner Motion und ich habe doch einiges einstecken müssen. Ivo Balmer hat auch gesagt, das ist beste bürgerliche Politik, das höre ich immer gerne und er hat das heute bestätigt und es ist auch gute, nicht beste, gute Politik für die Stadt.

Michael Hug hat gesagt, er möchte die Motion nicht überweisen. Ich bin mit ihm einig. Ich glaube, das war damals zu hart. Die Regierung wollte es nicht, ich möchte es heute auch nicht, weil die Idee von dieser Motion war der Gordische Knoten, den wir hier zusammen verursacht haben. Es war die Dezembersitzung, wir hatten das Geschäft, es war eigentlich in der Raumplanungskommission in Verhandlung, ein Geschäft, wo die Kommission dahinter gestanden ist und was ist passiert? Ganz Links und ganz Rechts haben noch andere Ideen und wir haben unserer Baudirektorin so unter Druck gesetzt, dass sie nur noch es zurücknehmen konnte und versprochen hat, uns einen neuen Ratschlag vorzubereiten. Ich nehme an, der ist bald bereit und wir werden darüber diskutieren. Wenn Regierungsrätin Esther Keller mit einem tollen Vorschlag kommt, dann wird mein Anzug, ich hoffe, er wird als Anzug überwiesen, abgeschrieben, weil dann haben wir das, was wir wollen, eine Entwicklung im Bestand mit eventuell einem Neubau am Horburg mit hoffentlich viel Grün und guter Wohnqualität, das ist gut für unsere Stadt.

Die Bodenpolitik, ich bin auch einverstanden, Michael Hug, dass wir ganzheitlich eine Strategie hier im Rat zusammen entwickeln und dieser Anzug, nenn ich es, sollte nicht das Mittel sein, sondern es war mal eine Idee, es war mal ein Ballon und der ist sehr gut. Und eine Frage an die Fraktion GLP, warum sie den Anzug nicht unterstützt, weil zusammen wäre ja das gut zu machen. Also ich lade ein, auch die GLP, diesen Anzug zu überweisen.

Und eine ganz kleine Geschichte noch zum Boden. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es einen Bauernhof in Reinach. Der hatte 80’000 Franken gekostet mit ganz viel Land. Dann haben unsere Kolleg*innen vom Baselbiet diskutiert, ob sie das kaufen möchten und dann haben sie gesagt, nein, das ist uns zu teuer, sie haben 70’000 Franken bezahlen wollen. Und die cleveren Basel-Städter haben gesagt, also das ist ein super Geschäft, wir kaufen es für 80’000 Franken. Sie können das nachlesen, ich kann es noch bringen. Jetzt können Sie sich vorstellen, was dieses Land heute, der Park in Reinach, wert ist, über einen zweistelligen Millionenbetrag. Also das war ein super Geschäft für Basel-Stadt, es ist im Finanzvermögen, das kommt heute allen unseren Bürgerinnen und Bürgern zugute, weil sie weniger Steuern bezahlen, weil wir Erträge auf diesem Land haben, das wir im Baurecht abgegeben haben. Das ist eine ganz kleine Geschichte. Und ich möchte Sie nur erinnern, Christoph Merian hat das gleiche System mit dem Dreispitz zum Beispiel gemacht. Aus diesen Erträgen werden heute enorm viele Sozialaufgaben getätigt und ich sage Ihnen, meine Rechnung vom Wohnen, zwei Drittel sind die Kosten des Bodens und wenn der Staat etwas mit dem Boden macht, dann wird es gut.

Ich bitte Sie, diese Motion in einen Anzug umzuwandeln und den Anzug zu überweisen, damit wir ein gutes Resultat haben für Horburg und nachher können wir zusammen schauen, wie wir die Bodenpolitik zusammen entwickeln.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als weiterer Einzelsprecher hat sich René Brigger gemeldet.

René Brigger (SP): Die Bodenpolitik jetzt im Bereich Horburg hat mich doch kurz ans Rednerpult geholt. Ich danke Franz-Xaver Leonhardt auch für die historische Aufarbeitung und die zwei, drei Beispiele, CMS und es gibt diverse andere Beispiele. Basel-Stadt hat ja sehr viel Land erworben und wir profitieren noch davon. Die Bodenpolitik ist bei uns ja im Wandel und der gute Bernoulli würde sich im Grab umdrehen, wenn er das hören müsste, was Michael Hug gesagt hat. Eine Demokratisierung, Vergesellschaftung des Bodens zugunsten des Nutzers sei heute nicht mehr aktuell, weil es zwischenzeitlich bezüglich Raumplanungen, etc. andere Vorschriften gibt. Also das ist natürlich schon sehr bei den Haaren herbeigezogen. Und dann ist auch noch ein grosser Vorteil, wenn der Kanton das Areal übernimmt, der würde das idealerweise wahrscheinlich im Baurecht übergeben und wenn das ein gemeinnütziger Bauträger ist, wäre auch das Gegenargument von Daniel Seiler, das WRFG, der Wohnschutz nicht relevant.

Und die Strategie, die kann man schon ausarbeiten, wir haben diverse Elemente. Wir haben das Programm 1000+, die IBS hat natürlich im Finanzvermögen ca. 2'000 Wohnungen, wir haben viele Areale im Baurecht, das sind eigentliche Goldesel, und zwar mehrfache Goldesel. Erstens mal ist das Land im Eigentum, zum Teil schon länger, da kommen 100 Jahre Baurechtszinse, indexiert steigend und nach 100 Jahren kommt der Heimfall. Da wohnen Leute drin, die zahlen Steuern, die partizipieren und bei einem Baurechtsvertrag kann der Kanton dann auch, es muss kein Gemeinnütziger sein, aber kann

dann auch sagen, was er will. Also zum Beispiel bei Horburg, die Quartierverträglichkeit, etc. kann man da reinschreiben und das wäre eine Möglichkeit.

Der Anzug ist gut, ich meine, eine Kaufpflicht, ich bin auch nicht für Kauf, es ist immer ein Preisschild. Wobei in den letzten Jahren hat sich zum Glück der Bodenmarkt ein bisschen beruhigt, es ist eine gute Zeit, Boden zu kaufen. Und wenn wir wirklich langfristig planen wollen, müssten wir strategische Grundstücke als Kanton kaufen. Meines Erachtens das nicht unbedingt selber bebauen und verwalten, das hingegen an Baurechtsnehmerschaften abgeben, die das besser machen können, und der Kanton kann weiter steuern, hat sichere Einnahmen, hat in diverser Hinsicht auch die Bodenrente auf sicher, nicht nur den Baurechtszins, sondern hat dann auch die ständige Bodenpreiserhöhung. Es ist jetzt so eine Beruhigung da, aber in den nächsten Jahrzehnten ist klar, dass der Bodenpreis, der Boden ist ja nicht vermehrbar, etc., es ist ein Zwangskonsum vorhanden, wird steigen, von daher ist gerade ein Stadtkanton meines Erachtens verpflichtet, hier aktiv zu sein.

Und historisch, sage ich, wenn wir es vergleichen mit Zürich, Zürich hat da viel mehr gekauft, auch historisch. Das rote Basel im zweiten Weltkrieg und vorher war da etwas nachlässig. Die Zürcher haben da sehr viel Boden gekauft und das abgegeben, darum hat Zürich ja einen Anteil von nicht gewinnorientierten Wohnungen von gut 25 Prozent. Wir sind bei 12, 13 Prozent. Das gäbe eine riesige soziale Unruhe, wenn ich zu 25 Prozent einen vernünftigen Mietpreis habe. Gut, das Mietpreisniveau ist in Zürich viel höher, aber wir müssen das steuern können und steuern und planerisch wirtschaften können wir nur, wenn wir den Boden haben. Von daher, aber der Anzug ist an sich okay.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Zuerst wird mir vorgeworfen, wir würden die befristeten Stellen nicht auflösen und jetzt wird mir vorgeworfen, wir betreiben Planwirtschaft. Daniel Seiler, ob der Kanton dieses Areal kauft und dort etwas entwickeln will oder ein Privater, das kommt ziemlich aufs Gleiche. Daher hätten wir auch die gleichen Probleme. Herr Messerli hat es gesagt, ich glaube, es ginge Ihnen hier vielmehr darum, was macht man dort genau, was wollen Sie dort planen, das spielt keine Rolle, wer der Eigentümer ist. Der jetzige Eigentümer kann das auch an einen gemeinnützigen Wohnbauträger übergeben, hat die gleichen Möglichkeiten.

Was wir nicht können, ist völlig subventionieren. Wir haben keine rechtliche Grundlage, das zu kaufen und nachher quasi zu verschenken an eine Genossenschaft, wir haben die gleichen Bedingungen wie die Privaten. Daher stellt sich die Frage, wie sinnvoll das wäre und wenn es sinnvoll wäre, würde ich es auch nicht hier mit Ihnen diskutieren. Weil im Gegensatz zu Michael Hug, der mir immer noch nicht glaubt und immer noch das Gefühl hat, wir hätten da beim Clara-Areal irgendwie eine völlig illusorische Summe geboten und alle anderen ausgestochen, nein, das ist nicht so, das können wir auch nicht vom Gesetz her. Wir befinden uns immer in den marktüblichen Preisen.

Der Grund, warum ein Verkäufer uns etwas verkauft oder auch jemand anderem, sind häufig noch andere Bedingungen. Es ist der Preis, es ist die Frage, wie gut waren die Verhandlungen, wie sicher ist der Vertragspartner, manchmal sind es auch Nebenwünsche, die sie haben, also das können wir gerne mal diskutieren. Sie sind ja der Präsident der BRK, wir können dort das gerne einmal etwas ausführen. Und Ihren Gordischen Knoten, ich glaube, den müssen Sie woanders lösen, nicht mit dieser Motion, ich glaube, da wird er nicht aufgelöst.

Daher danke ich Ihnen, wenn Sie diese Motion heute nicht überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ein Antrag auf Überweisung als Motion wurde nicht gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend Umwandlung in einen Anzug

Damit behandeln wir dieses Geschäft als Anzug weiter und stimmen über die Überweisung ab. Der Regierungsrat und weitere Sprechende haben Nichtüberweisung beantragt.

Abstimmung

Ja heisst Überweisung als Anzug, Nein heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 46 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004601, 23.10.24 09:51:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen**.**

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Geschäft wurde als Anzug überwiesen mit 47 Ja-Stimmen gegen 46 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

24. Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Einführung von anonymisierten Bewerbungsverfahren in der Verwaltung Basel-Stadt, Schreiben des RR

[23.10.24 09:52:04, 19.5530.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Tanja Soland verzichtet auf ein Votum in der ersten Runde. Das Wort geht damit an die Fraktionssprecherin für die SP, Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Die Fraktion der SP bittet Sie, diesen Anzug stehen zu lassen. In diesem Vorstoss geht es darum, dass die Verwaltung ein Bewerbungsprozedere ausprobiert, bei dem die Bewerbenden ihren Namen und/oder ihr Geschlecht nicht nennen müssen und dadurch auch nicht nach diesen Kriterien ausgesucht werden können. Die Gefahr der positiven wie negativen Beeinflussung durch diese Kategorien könnte dadurch verhindert werden. Welche Kategorien genau anonymisiert werden sollten, ist aber als Vorschlag und demnach offen formuliert. Dass es gemäss Regierungsbeschluss keine eindeutigen Beweise gibt, dass anonymisierte Bewerbungsverfahren dazu führen, dass Angehörige von Minderheiten öfters eingeladen werden zu einem Bewerbungsprozess, kann und darf nicht der Grund sein, das nicht zu tun. Es ist nachweislich so, dass Menschen aufgrund ihres Geschlechtes, ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihres Nachnamens oder wegen weiteren Aspekten nicht die gleichen Chancen erhalten im Stellenbesetzungsverfahren wie Menschen, die sich ausserhalb von diesen Diskriminierungskategorien befinden.

Was offensichtlich immer noch nicht eindeutig wissenschaftlich belegt ist, ist aber eindeutig gelebte Realität. Fragen Sie doch Menschen mit Migrationshintergrund, der aus dem Namen ablesbar ist oder aus der Hautfarbe sichtbar ist, wie es ist. Ja, auch heute noch. Eine Wohnung zu finden, für ein Amt zu kandidieren oder sich für eine Stelle zu bewerben. Da kommen plötzlich Kriterien ins Spiel, die sonst nicht gefragt werden. Im Bericht wird aufgezählt, was die Verwaltung schon alles macht, vor allem für die Frauenförderung, aber auch für weitere Chancengleichheit und die Diversity. Das ist toll. Vielen Dank.

Das reicht aber nicht. Warum kann die wohlhabende Stadt Basel nicht mit gutem Beispiel vorangehen und ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren ausprobieren? Als Pilot? Ich weiss, so ein Modul gibt es nicht, dann machen wir doch eines, lassen Sie uns doch innovativ sein. Wenn wir das gut machen, dann können das nachher alle anderen Kantone bei uns abschauen und auch so machen. Das wäre doch toll und es kann sogar über die Landesgrenzen hinaus ein Signal sein.

Deshalb möchte ich Sie bitten und das hiermit auch beantragen, den Anzug wiederholt stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GAB): Wissen, dass es einen Unterschied macht, ob Lisa Gerber oder Amala Kumari sich für eine Stelle bewerben. Verschiedene Studien, darunter eine der Universität Neuenburg und eine der ETH Zürich, haben gezeigt, dass Personen mit Migrationshintergrund trotz identischer Qualifikation deutlich benachteiligt werden. So sinkt nämlich die Wahrscheinlichkeit, zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen zu werden, allein aufgrund des Namens um bis zu 40 Prozent. Ebenso zeigt die ETH-Studie, dass Bewerbende mit ausländischen Namen auf Schweizer Jobportalen bis zu fünf

Mal seltener kontaktiert werden. Ich finde, diese Ergebnisse verdeutlichen doch klar, dass hier ein struktureller Nachteil besteht.

Der Kanton Basel-Stadt kann mit einem Pilot zu anonymisierten Bewerbungsverfahren eine Vorbildrolle erfüllen und hat vielleicht auch die Möglichkeit, das zu testen, wonach andere Unternehmen oder kleinere diese Ressourcen nicht haben, und somit dazu beitragen, dass fairere und diskriminierungsfreiere Personalentscheidungen getroffen werden. Diese anonymisierten Bewerbungsverfahren können ein starkes Zeichen gegen diese unbewussten Vorteile und Diskriminierungen setzen und das hätte wohl sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor eine Signalwirkung.

Die Regierung verweist auf Studien, die die Wirksamkeit anonymisierter Bewerbungsverfahren nicht eindeutig belegen, weil es vor allem auch im zweiten Teil der Bewerbungsverfahren, also nach den Vorstellungsgesprächen, zu unbewusster Diskriminierung kommt. Aber ich glaube, wir wissen alle, wie wichtig es ist, einmal diese erste Hürde überspringen zu dürfen und in einem Vorstellungsgespräch ankommen zu können und sich da verkaufen zu dürfen. Ich glaube, wir hätten hier die Chance, das einmal zu testen und somit auch diese erste Hürde für die Personen zu nehmen.

Die Regierung argumentiert auch, dass die technische Umsetzung schwierig sei und anonymisierte Verfahren eben nicht immer dieses gewünschte Ergebnis erfüllen. Dennoch gibt es bereits zahlreiche positive Erfahrungen aus anderen Ländern und Institutionen. Als ich vor zehn Jahren in Kanada mein Praktikum bei einem staatlichen Betrieb machte und mein CV geschickt habe, dann haben sie mir den mit ganz vielen Ausrufezeichen zurückgeschickt. Nein, das geht so nicht, da steht ja viel zu viel drin, das muss alles raus, das muss alles raus, es geht nur darum, was du für einen Schulabschluss gemacht hast und so. Es war sehr spannend für mich, ich musste den ganzen CV nochmal komplett überarbeiten, weil das da einfach schon seit zehn Jahren Standard ist.

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir uns bewusst sind, dass diese Anonymität in dieser ersten Bewerbung keine vollständige Lösung für das Problem ist. Wir dürfen uns nichts vormachen, unsere Diskriminierungsmuster sind tief in unserer aller Gedanken verwurzelt und auch mit einem anonymisierten Bewerbungsverfahren müssen wir weiter daran arbeiten, diese Muster zu erkennen und aufzubrechen. Aber ich glaube, wichtig ist es, dass diese Vorurteile in späteren Phasen des Bewerbungsprozesses wie auch dann bei einer Anstellung weiterhin reflektiert und hinterfragt werden.

Die Fraktion GAB sieht in diesen anonymisierten Bewerbungsverfahren also ein wichtiges Instrument, um unbewusste Diskriminierung zu reduzieren und Chancengleichheit zu fördern. Wir bitten Sie, den Anzug von Michela Seggiani nicht abzuschreiben, sondern stehen zu lassen und das anonymisierte Bewerbungsverfahren als Pilotprojekt zu testen und auf seine Wirksamkeit zu prüfen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP spricht Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Falls für die Arbeitsleistung unwürdige Faktoren wie Aussehen, Ethnie, Geschlecht, Namen, Alter, usw. einen Einfluss haben sollten darauf, wen der Kanton anstellt, dann ist das ein Arbeitgeberproblem und diesem Arbeitgeberproblem ist in der Tat mit Nulltoleranz zu begegnen. Die Regierung schreibt nachvollziehbarerweise in ihrem Bericht, dass sie diese Nulltoleranz auch einsetzt. (Ja, hoffentlich auch). Ich bin überzeugt, dass der Kanton als verantwortungsbewusster Arbeitgeber diese Nulltoleranz auch durchzieht und überall anwendet. Dass der Kanton, dass die Anstellenden des Kantons die Besten wählen, in Zeiten das Fachkräftemangels ohnehin.

Falls jetzt im Kanton trotz dieser Nulltoleranz aus unwürdigen Gründen die Falschen angestellt werden sollten, dann ist das ein Arbeitgeberproblem, das arbeitgeberseitig zu lösen ist und nicht arbeitnehmerseitig. Sei es durch Fortbildung im Minimum, sei es disziplinarisches Maximum. Es soll nicht auf der Arbeitnehmerseite gelöst werden, indem man verlangt, dass der Arbeitnehmer seine Identität verschleiern muss. Wenn also dieser Anzug etwas bekämpft, dann nicht, dass der Kanton nach falschen Kriterien anstellt, sondern die Selbstverständlichkeit einer diversen Gesellschaft.

In diesem Sinne bitte ich Sie, diesen Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Daniel Seiler gemeldet.

Daniel Seiler (FDP): Ich habe da irgendwie wieder falsch gedrückt heute Morgen, aber ich spreche schon für meine Partei. Es gibt eigentlich nicht mehr viel anzufügen, was der Kollege vorhin schon gesagt hat, vor allem im heutigen Kontext vom Fachkräftemangel. Jeder, der sich mit dieser Thematik doch beschäftigt und Leute anstellt, weiss doch ganz genau, dass er heute diese Dossiers sehr sorgfältig und mit gewisser Toleranz und mit all dem, was damit zusammenhängt, anschauen muss. Wir brauchen da wirklich jetzt nicht noch eine zusätzliche Lösung, vor allem auch, wenn alle sagen, es funktioniert so nicht, SAP funktioniert nicht, die Regierung sagt, wir brauchen das nicht, wir haben schon genug, sollen wir jetzt wieder eine einzelne Lösung hier in Basel machen. Ich glaube, wir brauchen das wirklich nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich glaube schon, dass wir Vorteile haben und dass sich diese auch auswirken in einem Rekrutierungsprozess. Ich glaube, das kann man nicht ganz wegreden. Und klar haben wir eine Nulltoleranz bei der Frage um die Diskriminierung, aber selbstverständlich hat man es in der Hand, wenn man die Namen sieht oder das Aussehen, ja, das ist so, ich glaube, da führt irgendwie aus meiner Sicht kein Weg daran vorbei und es wäre falsch, das zu leugnen.

Aber ich glaube, wir sind hier auf einem falschen Weg. Ich versuche sogar umgekehrt mir immer die Frauen herauszusuchen. Ich mache das sehr bewusst, ich schaue, wer hat einen speziellen CV, das könnte ich dann nicht mehr machen, das wäre dann schwierig. Ich habe beim Bankrat eine Frauenmehrheit, das war mir nicht mal bewusst. Ich habe die erste Direktorin einer Gebäudeversicherung besetzt, das war mir auch nicht bewusst, das sind alles Männer. Aber ich sage Ihnen, wo der schlimmste Punkt ist und das, finde ich, ist im Gespräch. Und ich weiss nicht, ich finde es sympathisch, wenn jemand kommt und ehrlich und offen ist und das sind häufig die Frauen, die stellen ihr Licht etwa zehn Prozent unter den Schemmel, bei den Männern ist das eher 10 Prozent höher. Das wirkt gut, die können alles. Ich habe viele Männer im Bewerbungsgespräch, die können alles ohne Probleme und die Frauen, ja, da habe ich Mühe und da. Ich finde das gut, ich lege darauf Wert, aber ich glaube, dass es ein Nachteil ist und dieser Nachteil werden Sie mit keinem anonymisierten Bewerbungsverfahren ausgleichen können. Daher bin ich grundsätzlich skeptisch.

Und dann bin ich jetzt ganz ehrlich zu Ihnen. Sie können den Anzug stehen lassen, ich werde es nicht machen. Wenn Sie wollen, dass wir so viel mehr Geld ausgeben, dann müssen Sie eine Motion machen. Das wäre jetzt ein typischer Fall für eine Motion. Wenn Sie mich zwingen wollen, mehr Geld auszugeben mit wenig Erfolg, machen Sie eine Motion. Aber wenn Sie den jetzt stehen lassen, es tut mir leid, wir haben es abgeklärt, wir ergreifen andere Massnahmen. Das Tool wird angeschafft, wir warten ja schon lange darauf, dass wir hier vorwärtsmachen. Da reicht jetzt der Anzug nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Michela Seggiani

Ergebnis der Abstimmung

39 Ja, 52 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004603, 23.10.24 10:05:49]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird stehen gelassen gemäss Antrag Michela Seggiani mit 52 Nein-Stimmen gegen 39 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

25. Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend Angebot sicherstellen und Qualitätssicherung für Seelsorge in Gefängnissen, Spitälern und Asylunterkünften für Angehörige nicht anerkannter Religionen, Schreiben des RR

[23.10.24 10:06:03, 19.5090.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Wünschen Sie das Wort, Tanja Soland? Sie haben es.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Das ist ein eher schwieriges Geschäft, wir haben das lange diskutiert. Sie sehen auch, wir haben nachher eine Studie gemacht. Dass wir die Seelsorge in Gefängnissen, Spitälern ausweiten, dass wir dort besser werden, das war keine Diskussion. Das werden wir machen, das sehen Sie auch. Wir werden auch den alten Vertrag, wir werden jetzt da richtige Staatsbeiträge machen, das werden wir einführen.

Was wirklich schwierig ist, ist die Frage, was wir machen für Angehörige nicht anerkannter Religionen. Und ich muss Ihnen sagen, wir haben ein Anknüpfungspunkt gesucht und ich glaube, was wirklich toll ist, wir haben hier die kleine Anerkennung im Kanton Basel-Stadt, ein Verfahren, wo jede Gemeinschaft ein Antrag stellen kann und dann erhält sie die kleine Anerkennung. Und das erscheint mir wirklich ein guter Anknüpfungspunkt. Wenn wir das gemacht haben, wenn wir eine gewisse Transparenz geschafft haben, das Finanzdepartement führt dann Gespräche, wir sehen die Rechnung, wir können die Statuten auch genehmigen, also das führt zu einer gewissen Transparenz und da macht es auch Sinn, dass diese Religionen auch einen Staatsbeitrag mit uns machen können. Das sind jetzt schon einige, für die das möglich wäre.

Aber ohne das, und wir reden jetzt vor allem von den muslimischen Gemeinschaften, dass der Kanton einen Imam beschäftigt, also ich muss Ihnen sagen, wenn Sie das von mir verlangen, ich sehe das nicht. Wer kontrolliert das, wer hat einen Einblick, wir können das nicht. Und dass eine andere Gemeinschaft das macht, wenn sie bereit ist, können wir gerne darüber reden, ich glaube das nicht. Und dass die Moslems die Möglichkeit haben, auch welche Gemeinschaft auch immer, auch die kleine Anerkennung zu verlangen, das scheint mir auch sinnvoll. Ich kenne das Problem, wir alle kennen das Problem in den Gefängnissen, den Spitälern, dass es dort sinnvoll wäre, Imame zu haben, die aber auch einer gewissen Kontrolle unterstehen. Wir können nicht einfach irgendjemanden, der im luftleeren Raum ist, ich glaube, das geht einfach nicht und wir als Staat können das nicht selbst machen. Daher sind wir, und ich finde es einen guten Weg, jetzt daran, die Gespräche zu führen, die Staatsbeiträge mit den Gemeinschaften. Da können auch die Aleviten kommen, alle, die die kleine Anerkennung haben.

Ich finde, das ist sinnvoll, ich habe keinen Anknüpfungspunkt gefunden und ich bin nicht bereit, diese Verantwortung zu tragen. Ich glaube, das können wir auch nicht als Staat, das muss eine Organisation machen, die dafür einstehen kann. Ich glaube, das macht dann auch wirklich Sinn und soweit ich jetzt höre, ist das wirklich auch in Diskussion. Das würde mich dann sehr freuen, wenn wir dann so ein Gesuch erhalten würden, dann könnten wir das anschauen.

Daher bitte ich Sie, den Anzug abzuschreiben, wobei ich sagen muss, dass wir das jetzt bereits schon angefangen haben mit den Staatsbeiträgen. Die werden dann je nach Betrag auch in den Grossen Rat kommen und dass wir dort die Ausweitung haben auch bei den Spitälern, auch bei den Privaten, ich glaube, das wird jetzt auch dank dieses Anzugs auf eine bessere Grundlage gestellt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GAB): Der Auftrag des Anzugs zur Sicherstellung und Qualitätssicherung von Seelsorge in Gefängnissen, Spitälern und Asylunterkünften für Angehörige nicht anerkannter Religionen ist in unseren Augen noch nicht abschliessend erfüllt und wir beantragen daher Stehenlassen.

Die in Auftrag gegebene Studie finden wir sehr spannend, auch sehr aufschlussreich, gut durchgeführt und wir sehen den darin erkannten Handlungsbedarf noch nicht ausreichend angegangen. Es gibt beispielsweise einen ungedeckten Bedarf in Gefängnissen. Die Gefängnis-Seelsorge deckt derzeit nicht den gesamten Bedarf ab. Eine Ausweitung der Seelsorge dort auf nicht anerkannte Religionsgemeinschaften wird empfohlen. Die Studie hebt auch hervor, dass eine bessere sprachliche Abdeckung notwendig ist, um den Bedürfnissen von Gefangenen, aber auch von Patient*innen gerecht zu werden und auch dort sind die sprachlichen Verfügbarkeiten nicht ausreichend auf das Klientel abgestimmt. Es wird auch empfohlen, das bestehende Seelsorgeangebot stärker auf interreligiöse Aspekte zu fokussieren. Auch da gibt es noch weitere Potenziale. Die Studie schlägt auch strukturelle Qualitätssicherungen vor, die in anderer Weise vielleicht umgesetzt werden könnten und auch in Asylunterkünften gibt es nach wie vor einen grossen Handlungsbedarf.

Wir finden, man könnte durchaus einiges verbessern. Wir sehen auch, wir anerkennen, dass gewisse Sachen gemacht wurden, aber wir sehen höheres Potenzial und einen grossen Bedarf und wir finden, die Studie hat wirklich gute Anhaltspunkte gegeben, wo man handeln könnte, und daher beantragen wir Stehenlassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Ich bedanke mich zuerst auch bei Regierungsrätin Tanja Soland für die doch ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Anliegen, dieser Bedarfsanalyse, die durchgeführt wurde. Das ist aufwendig und zeigt aber wirklich auch sehr eindrücklich die Lücken auf und wie gewisser Bedarf im Bereich der Seelsorge, auch gerade im Bereich der nicht-christlichen Seelsorge im Kanton heute nicht abgedeckt ist. Ich beantrage Ihnen aber ebenfalls, stehen zu lassen. Das Anliegen ist bei weitem noch nicht umgesetzt und wir würden sehr gerne in zwei Jahren hier einfach in dieser Gesamtschau hören, wie das jetzt weitergegangen ist, wie diese Verhandlungen für die neuen Staatsbeiträge wirklich dazu beitragen, diesen Bedarf auch tatsächlich abzudecken.

Da haben wir nämlich grössere Bedenken, der Weg, den die Regierung hier einschlägt, ist sehr stark in den bestehenden Strukturen, also wie der Kanton im Moment strukturell die Religionsvielfalt angeht, und da möchten wir wirklich eine Justierung. Die kleine Anerkennung ist natürlich sehr wichtig, das zeichnet den Kanton Basel-Stadt in dem Sinne aus, dass wir das machen, aber es ist ein Stück weit auch unrealistisch bei der grossen Religionsvielfalt und bei den verschiedenen Organisationsformen zu sagen, Seelsorge können diese erst durch Staatsgelder finanziert leisten, wenn sie den Weg der kleinen Anerkennung gegangen sind. Die Religionsvielfalt entspricht nicht diesen heute staatlichen Strukturen und es hat dann auch ein bisschen den Touch, als würde man dann die Seelsorge so ein bisschen auch als Steuerungsinstrument nutzen im Sinne von, wenn ihr Seelsorge möchtet, müsst ihr euch zuerst anerkennen lassen.

Die Frage ist hier ganz grundsätzlich, müssen sich die Organisationen den staatlichen Strukturen anpassen oder müssen nicht die staatlichen Strukturen hier so stimmen, dass die gesellschaftlichen Bedürfnisse tatsächlich abgedeckt sind. Ganz konkret heisst das aus unserer Sicht, dass bei diesen Verhandlungen mit den öffentlich-rechtlichen anerkannten Gemeinschaften entweder in diesen Beiträgen, diese so formuliert sind, dass wirklich der Bedarf grundsätzlich abgedeckt sein kann. Also dass nicht in den Verträgen einfach steht, sie müssen den Bedarf halt zum Beispiel bei der katholischen Bevölkerung abdecken, sondern dass die Öffentlich-rechtlichen Konzepte darlegen müssen, die systematisch aufzeigen, dass auch die Bedürfnisse zum Beispiel von muslimischen Gefangenen in den Gefängnissen, die arabisch sprechen, wirklich auch professionell abgedeckt sind. Und ja, aus meiner Sicht gehört es auch dazu, dass wenn Öffentlich-rechtliche das machen würden, sie dann zum Beispiel auch muslimische Seelsorgende anstellen würden.

Die zweite Option, die ich sehe, und das ist eigentlich auch das, was dieser Anzug fordert, ist, dass eine neue professionelle Dachstruktur geschaffen wird, die eigentlich nicht mehr gebunden ist an die Religionsgemeinschaften, sondern die eine Leitung hat zusammengesetzt aus verschiedenen Professionen der Seelsorge. Die klassische ist natürlich die Theologie, es gibt aber auch immer mehr Weiterbildungen auch in der muslimischen Seelsorge, also wir haben hier professionelle Standards. Es ist wirklich möglich, dass so ein Vorstand von einer Dachorganisation nachher Qualitätssicherungsstandards gemeinsam definieren kann, die stimmen für verschiedene Religionsgemeinschaften und dann diese Dachorganisation genau diese Verantwortung dann professionell übernehmen kann.

Ich sehe den Punkt, dass es nicht Aufgabe vom Staat ist, hier diese fachliche Verantwortung für die Seelsorge zu übernehmen, aber ich sehe nicht den Punkt, dass es eben nur anerkannte Religionsgemeinschaften sein sollen, sondern es gibt wirklich diese Entwicklung in der Seelsorge hin zu einer interreligiösen oder überreligiösen Seelsorge, wo es klare professionelle Standards gibt und auch eine professionelle Dachorganisation denkbar ist. Mein Appell ist, wenn jetzt solche Dynamiken unter den Religionsgemeinschaften entstehen, dass sie Vorschläge beginnen zu machen, sich zusammenzuschliessen, dass die Regierung hier sehr offen ist gegenüber diesen Formen und zum Beispiel dann auch bereit wäre zu sagen, wir schliessen dann auch mit so einer Dachorganisation einen Staatsbeitrag ab und nicht nur mit den Öffentlich-rechtlichen.

Hier möchte ich auch noch kurz sagen, der Anzug löst immer auch gewisse Ängste aus, das ist klar. Um es einfach nochmal zu sagen, es geht nicht darum zu sagen, dass die christliche Seelsorge, wie sie heute geleistet ist, dass diese nicht gut ist, das ist ein sehr gutes Angebot. Das zeigt die Bedarfsanalyse auch, ein grosser Teil vom Bedarf kann abgedeckt werden und so ist es auch richtig und wichtig, dass diese Verträge mit den öffentlich-rechtlichen Kirchen angepasst und aktualisiert werden.

Ich denke, das war es von meiner Sicht, deshalb beantrage ich Ihnen Stehenlassen und bedanke mich auch, dass die Regierung das Anliegen weiter ernst nimmt und ermutigt, das Stehenlassen des Anzuges zu nutzen und dann mit einer Gesamtschau zu berichten und wirklich aufzuzeigen, wie jetzt neue Verträge diesen Bedarf, der klar nachgewiesen ist, jetzt auch gedeckt werden kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Mitte/EVP spricht Thomas Widmer-Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Die Seelsorge in den öffentlichen Spitälern und Gefängnissen ist gut etabliert. Die vier öffentlich-rechtlich anerkannten Religionsgemeinschaften bieten Gespräche und geistliche Begleitung an und dieses Angebot besteht nicht nur für die Angehörigen der jeweiligen Konfession. Wie ich von verschiedenen Seiten gehört habe, nehmen darüber hinaus auch Angehörige von anderen Religionsgemeinschaften das Gesprächsangebot wahr. Die Seelsorgerin oder

der Seelsorger hat zuerst einmal ein offenes Ohr und steht Menschen zur Seite unabhängig von der Religion oder Konfession. Das erlebe ich auch persönlich als Seelsorger in der psychiatrischen Klinik Sonnenhalde, dem Privatspital in Riehen, und bei Bedarf ziehe auch ich Seelsorgerinnen und Seelsorger anderer Sprachen, Konfessionen oder Religionsgemeinschaften bei.

Ich begrüsse es, dass die Seelsorge künftig nicht nur in den öffentlichen Spitälern mitfinanziert wird, sondern neu auch in Privatspitälern. Es ist endlich Zeit für eine Gleichbehandlung. Es geht wie bei den öffentlichen Spitälern um einen Beitrag an die Seelsorgetätigkeit der öffentlich-rechtlich anerkannten Religionsgemeinschaften, den anderen Teil übernehmen die Religionsgemeinschaften wie bisher. Es wird nur ein Teil jetzt vom Kanton mitfinanziert. Es stellt sich schon die Frage, was Ihnen jetzt auch Barbara Heer ausgeführt hat oder auch von anderer Seite gehört wurde, was macht Sinn. Mir leuchtet das ein, was Tanja Soland eben auch gesagt hat, dass der Kanton jetzt einen Imam finanziell unterstützt, kann ich mir ebenfalls nicht vorstellen. Wir haben einen Weg über die kleine Anerkennung, die Religionsgemeinschaften können eine kleine Anerkennung beantragen und sich um finanzielle Unterstützung bewerben.

Ich bitte Sie, diesen Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die FDP spricht David Jenny.

David Jenny (FDP): Wir haben auf dem «Chrüzlistich» Stehenlassen. Nach gründlicher Anhörung von Frau Regierungsrätin Tanja Soland habe ich mich zumindest persönlich entschieden, auch hier abzuschreiben. Ich glaube, das Thema wird ernst genommen im Finanzdepartement als Kirchendepartement und daher glaube ich, wäre das Stehenlassen jetzt wirklich eine unnötige Beübung der Frau Kirchendirektorin. Sie hat heute ja schon so viel Unbill erfahren durch die Überweisung ungeliebter Anzüge, daher schlägt mein Herz heute nicht für meine Kommissionspräsidentin, sondern die Kirchendirektorin und ich bitte Sie, abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort nochmals an Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich bin nicht überzeugt, dass die Mitglieder des Grossen Rates Herr David Jenny folgen werden. Ich habe aber Raffaela Hanauer verstanden, dass wenn der Anzug stehen gelassen wird, es ist klar, Sie haben die Staatsbeiträge nicht gesehen, viele Themen werden dort in den Verträgen noch ausgeführt selbstverständlich. Das ist so, das wird jetzt ein Thema werden, das ist mir auch sehr wichtig, ich habe einen sehr guten Kontakt mit den diversen Kirchen und anderen Gemeinschaften, aber ich bin auch klar der Meinung, ja, die Religionsgemeinschaften haben sich dem Staat anzupassen. Da muss ich Ihnen sagen, nein, wir sind, glaube ich, nicht mehr in der Zeit, wo die Religionsgemeinschaften über dem Staat stehen. Wir haben eine gute Verzahnung, aber ja, da müssen sie sich halt ein wenig anpassen. Das haben bisher auch sehr viele geschafft, sehr gut und ich glaube, diese Zusammenarbeit ist wichtig. Und die kleine Anerkennung ist also eine wirklich kleine Hürde und sie steht für Transparenz und Zusammenarbeit und ich glaube, das kann man jeder Gemeinschaft zumuten.

Daher, wenn Sie jetzt nicht Herr David Jenny, seinem sehr guten Votum folgen und trotzdem stehen lassen wollen, nehme ich das so mit, dass wir das dann auch wieder diskutieren, wenn die Verträge vorliegen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Raffaela Hanauer

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 52 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004606, 23.10.24 10:24:29]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben 52 Nein-Stimmen gegen 41 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung. Damit wird der Anzug stehen gelassen.

26. Anzug Laurin Hoppler und Konsorten betreffend Entlastung bei amtlichen Gebühren für Registerauszüge und offizielle Dokumente, Schreiben des RR

[23.10.24 10:24:40, 22.5088.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Tanja Soland verzichtet auf ein Votum. Es hat sich Christine Keller als Einzelsprecherin gemeldet.

Christine Keller (SP): Namens der Fraktion auch möchte ich Sie doch bitten, diesen Anzug stehen zu lassen. Die Antwort ist recht kurz. Es wird meiner Meinung nach auf das eigentliche Anliegen, Menschen in besonderen Situationen wie etwa auf Stellensuche, auf Wohnungssuche oder eben junge Menschen in Ausbildung, die wirklich viele dieser Auszüge innert kurzer Zeit immer wieder aktualisiert nachfordern müssen, unter Umständen gezielt zu entlasten. Hier wäre zum Beispiel wirklich denkbar die Lösung einer Kontingentierung, die nicht zu grossem Aufwand führen würde. Dass man nicht Bedingungen mit zu erfüllenden Einkommensgrenzen, usw. für jede einzelne Gebühr einführen will, leuchtet mir ja ein, aber eine Kontingentierung könnte eine praktikable Sache sein, ein Mengenrabatt oder eine Anzahl von solchen Auszügen, die noch kostenlos ausgestellt werden könnte. Es wird auf das Erlassgesuch hingewiesen, aber auch das verursacht ja einigen Aufwand.

Der Regierungsrat äussert ja selbst, dass er an sich Verständnis für das Anliegen hat, ich meine, es hätte es verdient, dass man es nochmals etwas gründlicher prüft und bitte Sie daher, den Anzug von Laurin Hoppler stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der genannte ist der nächste Einzelsprecher, Laurin Hoppler.

Laurin Hoppler (GAB): Ich bin ein bisschen enttäuscht über die Antwort des Regierungsrats auf meinen Anzug. Ich finde, das Grundanliegen, junge Menschen zu entlasten, ist nicht wirklich angegangen worden. Es wird zwar gesagt, dass man das Problem anerkennt, aber wirklich vertieft finde ich oder lese ich aus der Antwort nicht wirklich eine Befassung damit. Ich denke, ich muss nicht mehr viel dazu sagen, ich habe schon bei der letzten Behandlung das Problem erklärt. Das Problem ist und bleibt so.

Ich möchte vielleicht noch kurz auf den Punkt, den ich eigentlich noch wichtig finde, eingehen, was die Digitalisierung angeht. Die Regierung verweist auf den Digitalisierungsprozess und ich erhoffe mir daraus eigentlich, dass sich die Situation dadurch verbessert. Ich erhoffe auch, dass sich die Kosten minimieren bzw. dass auch vielleicht die Kosten sogar ganz abgeschafft werden, gerade weil es durch die Digitalisierung vermutlich automatisierte Prozesse sein werden. Ich möchte einfach nochmal sagen, dass diese Gebühren, auch wenn sie als moderat eingeschätzt werden, selbst moderate Gebühren sind für junge Menschen eine zusätzliche Hürde und Belastung und auch für Menschen mit weniger Mittel.

Zusammengefasst bleibt mir wirklich der Eindruck, dass die Bedürfnisse der jungen Menschen da nicht ganz ausreichend berücksichtigt wurden und das finde ich schade. Ich bin froh, dass die SP und die SVP das auch so sieht und deshalb beantrage ich Ihnen hier, diesen Anzug nochmals stehen zu lassen und dass sich die Regierung diesbezüglich nochmals damit befasst und auch wirklich im Zusammenhang mit der Digitalisierung diesen Anzug nochmals anschaut.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort hat für den Regierungsrat Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich glaube nicht, dass wir über die Gebühren Sozialpolitik machen können und wenn Sie uns vorwerfen, wir hätten kein Gehör für junge Menschen oder Menschen, die nicht viel Geld haben, dann weise ich das

zurück. Wir machen das an anderer Stelle. Ich glaube, Sie haben auch ein verbilligtes U-Abo für mehrere Millionen gesprochen für junge Menschen, es gibt Möglichkeiten, Stipendien zu beziehen, x Möglichkeiten im sozialen Basel. Ich glaube, dort ist der richtige Ansatz. Über die Gebühren, ein Massengeschäft, wo alle über den gleichen Kamm geschoren werden, ist es einfach vollkommen unverhältnismässig, einen Teil, eine Gruppe auszunehmen. Dann schafft man es ehrlich gesagt lieber ab, weil der Aufwand wahrscheinlich um ein Vielfaches höher ist. Wir verlangen eine gewisse Gebühr, das hat auch einen Sinn, dass man einfach vielleicht etwas aufpasst, wie man mit den Dokumenten umgeht, dass man vielleicht das auch nicht trölerisch verlangt, usw. Die Gebühr ist ja meistens tief und wir versuchen über die Digitalisierung das günstiger zu machen. Das ist wirklich ein Anliegen.

Daher bitte ich Sie, ich bin heute nicht so erfolgreich, ich weiss, es ist irgendwie nicht mein Tag, ich bitte Sie trotzdem, es abzuschreiben. Und es tut mir leid, Laurin Hoppler, wir haben wirklich ein Ohr für junge Menschen, aber hier wäre der Aufwand einfach unverhältnismässig. Ich versuche es jetzt nochmal, daher bitte ich Sie abzuschreiben, vielleicht auch die SVP, die ja nicht gerne ein Stellenwachstum möchte im Kanton, sonst brauchen wir wieder zehn Stellen, die dann das überprüfen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Christine Keller.

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 48 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004608, 23.10.24 10:32:17]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch dieser Anzug wird stehen gelassen mit 48 Nein-Stimmen gegen 41 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

27. Motion Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Rückvergütungen von kantonalen Überschüssen an die steuerzahlenden Privatpersonen, Stellungnahme des RR

[23.10.24 10:32:25, 24.5056.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Tanja Soland verzichtet auf ein Votum. Damit sind wir bei den Fraktionsvoten und Niggi Daniel Rechsteiner macht den Anfang für die GLP.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Aufgrund der hohen Überschüsse der Staatskasse in den vergangenen Jahren sind verschiedene Bestrebungen im Gange, um das Gleichgewicht zu optimieren. Dies ist durchaus legitim, wenn die tatsächlichen Überschüsse dem zehnfachen derer im Budget entsprechen. Auch die Regierung scheint die Rückvergütung von kantonalen Überschüssen an steuerzahlende Personen als vielversprechenden Ansatz zu erachten, insbesondere da dies für die Bürger*innen einen spürbaren Effekt hat. Es ist auch erfreulich, dass der Regierungsrat den Vorschlag der Motion vertieft prüfen möchte und dabei auch andere Vorstösse im Kontext miteinbezieht. Somit ist die weitere Behandlung des Anliegens gewährleistet.

Die vorliegende Motion ist ausgewogen und verlangt Ausschüttungen bzw. Rückvergütungen unter klar definierten Vorgaben und insbesondere nur dann, wenn auch der Schuldenabbau gesichert ist. Dies ist grundsätzlich ein sinnvolles Anliegen, da es schwierig zu vertreten wäre, dass hohe Überschüsse erreicht werden und dabei die Steuerbelastung zum Beispiel beim Mittelstand nach wie vor hoch ist. Wie bei der Erstüberweisung wollen wir darauf hinweisen, dass der Schuldenabbau ebenso zentral ist wie eine Rückvergütung und in diesem Sinne aber ein höherer Sockelbeitrag für den Abbau der Bruttoschulden geprüft und auch eine Lösung für juristische Personen geprüft werden soll.

Unseres Erachtens ist die vom Regierungsrat genannte konservative Ausgestaltung der Motion ein positiver Aspekt. Der zeigt, dass mögliche Massnahmen in einem nachhaltigen Kontext gefordert werden. Die Bedingungen sollen geprüft werden, sind aber im Motionstext schon genügend definiert. Diese können selbstverständlich noch weiter überprüft und weiter differenziert werden. Hierbei sei noch darauf hingewiesen, dass die Rückzahlungen jeweils nicht durch einen Grossratsbeschluss legitimiert werden sollen, sondern automatisch umgesetzt werden.

Der Regierungsrat empfiehlt die Überweisung als Anzug, um die Fragestellungen gründlich zu erörtern und eine ausgewogene Lösung zu erarbeiten. Er möchte alle Optionen prüfen und keine Möglichkeit ausschliessen. Diese Gründe sind nachvollziehbar, aber die GLP-Fraktion ist der Ansicht, dass dies auch mit der Überweisung als Motion gewährleistet werden kann. Aus diesem Grund empfehlen wir die Überweisungen als Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Wie Sie dem «Chrüzlistich» entnehmen können, lehnen wir als Grün-Alternatives Bündnis auch die Zweitüberweisung des Vorstosses von Christian Moesch ab. Bei der Eventualabstimmung zwischen Motion oder Anzug, und ich habe eigentlich gerne Motionen, das kann ich Ihnen sagen, entscheiden wir uns logischerweise für eine Überweisung als Anzug. Denn die Regierung zeigt klar auf, dass ein Anzug die bessere Variante wäre, um diverse Fragestellungen vertiefter zu prüfen und vor allem auf die verschiedenen Optionen und Begehren, die jetzt auch schon bestehen, besser aufeinander abzustimmen.

Die Regierung hätte aus unserer Sicht viel deutlicher zum Ausdruck bringen müssen, dass eine solche Rückvergütung von Überschüssen die zukünftigen Steuereinnahmen des Kantons stark reduzieren wird und somit sich negativ auf die Bereitstellung von sozialer Infrastruktur in der nahen Zukunft auswirken wird. Dies wird mit kaum oder mit keinem Wort erwähnt, als ob eine Rückvergütung sozusagen kostenneutral zu haben wäre.

Wahrscheinlich nützt es nichts, aber falls es helfen würde, den Vorstoss als Anzug zu überweisen, bin ich überzeugt, dass auch unsere Fraktion grossmehrheitlich einem Anzug trotz grundsätzlicher Vorbehalte schlussendlich zustimmen würde. Ein solcher Kompromiss würde einem überlegten Vorgehen bei der Gestaltung und der Verwendung von Steuereinnahmen dienen. Dies sollte ja schliesslich auch im Sinne von der bürgerlichen Seite des Parlaments sein.

Unsere grundsätzliche Kritik an der Rückvergütung von finanziellen Überschüssen an die steuerzahlenden Privatpersonen haben wir bereits bei der Erstbehandlung zum Ausdruck. Ich verzichte darauf, nochmals alle Argumente von damals zu wiederholen. Unsere Hauptkritik aber, dass bei der Umsetzung dieser Motion nur diejenigen Menschen dieser Stadt profitieren, welche in der Lage sind, Steuern zu bezahlen, besteht für uns aber weiterhin und genau diesen Punkt finden wir aus einer Gesamtperspektive von mehr Gleichheit in einer Gesellschaft schwierig.

Grundsätzlich können wir das Anliegen des Motionärs nachvollziehen und es ist ihm anzurechnen, dass er gewisse regulierende Bestimmungen eingebaut hat und somit nicht als plumpe Steuersenkungsmotion daherkommt. Aber Fakt bleibt, in den kommenden Jahren kommen riesige gesellschaftliche Aufgaben auf uns alle zu und diese Aufgaben müssen mit Massnahmen eingeleitet werden und diese, meine Damen und Herren, sind nicht gratis zu haben. Wir werden jährlich höhere Millionenbeträge für den Klimaschutz-Aktionsplan, für die Umsetzung der Pflegeinitiative und für die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung, für den Aufbau der notwendigen Infrastruktur in der Bildung, in der sozialen Sicherheit und für das kulturelle Angebot benötigen. Also weshalb sollen wir diese erzielten Überschüsse nicht für die Zukunft verwenden. Denn wenn wir ein solches Vorgehen wählen würden, profitiert die gesamte Bevölkerung, unabhängig, ob die Einzelperson wirtschaftlich in der Lage ist, Steuern zu bezahlen oder nicht. Diese Art von Umverteilung leistet einen wichtigen Beitrag, damit etwas mehr Gerechtigkeit in einer Gesellschaft entstehen kann, die von Jahr zu Jahr ungleicher wird und dies führt auch zu Problemen in einer Demokratie.

Ich frage Sie, geschätzte Grossräte und Grossrätinnen, was ist falsch an einer solchen Vorgehensweise? Keine Einzelperson oder keine Gruppe, die ein Unternehmen oder eine soziale Organisation leitet und über 12 Monate hinausdenken kann und sich verantwortlich für die Zukunft des Unternehmens oder Organisation sieht, käme auf die Idee, den Gewinn einfach wieder zurück zu verteilen, ohne auf die notwendigen Investitionen der Zukunft zu achten.

Ich bitte Sie im Namen des GAB, die Motion nicht zu überweisen bzw. die Motion zumindest als Anzug zu überweisen. Ich beantrage trotzdem, nicht überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Nicole Amacher.

Nicole Amacher (SP): Wir von der SP-Fraktion, wir werden die Motion nicht als Motion überweisen. Das haben wir schon bei der Erstüberweisung gesagt, dass wir bei einer Zweitüberweisung maximal als Anzug überweisen werden. Aber es sieht ja so aus, als ob es als Motion überwiesen würde, was ich schade finde, vielleicht kann ich und nachher vielleicht auch noch Regierungsrätin Tanja Soland noch einige Leute überzeugen, wie sich ja Herr Jenny heute schon mal überzeugen liess, der Regierung zu folgen.

Sollten wir in Zukunft wieder in die Lage kommen, dass Überschüsse da sind, die dann rückvergütet werden sollen, was künftig eher ein bisschen unwahrscheinlich werden wird, da ja ab 2025 ein Minus prognostiziert ist, und dazu kommt, da Sie ja auch in der letzten Session sehr euphorisch eine Steuersenkungsvorlage überwiesen haben auch als Motion, wo Sie 150 Millionen dann schon wegnehmen würden von diesem Gewinn, wird das eher unwahrscheinlich. Aber kommen wir doch wieder in so eine Situation, dann wäre es wahrscheinlich ungerecht aus unserer Sicht, wenn wir diese Motion so umsetzen würden. Weil es wäre zum grössten Teil ein Steuergeschenk und das möchte ich erklären. Nehmen wir jetzt als Anschauungsbeispiel den Überschuss von 2023 von den 434 Millionen. Wie ist diese zusammengesetzt. Der Anteil der Einkommenssteuern der natürlichen Personen davon entspricht etwa 70,5 Millionen, hingegen der fette Anteil von 351 Millionen aufgrund höherer Unternehmenssteuereinnahmen.

Nun diese Motion will, dass der gesamte Überschuss, also die 20 Prozent, von denen weiss ich, dass das abgezogen werden soll, den steuerzahlenden natürlichen Personen zurückvergütet werden soll. Somit würden nicht «nur» diese 70,5 Millionen, sondern auch diese 351 Millionen nach dem Willen dieser Motion den natürlichen Personen in ihrem Verhältnis zum Steuerauskommen zurückbezahlt. Damit würden diejenigen ungerechtfertigt in unserem Sinn ein Mehrfaches zurückverteilt werden, als ihnen zustehen würden. Das ist aus unserer Sicht ungerecht und eine fragwürdige Umverteilung von Steuergeldern.

Wir finden das falsch und sind nicht dafür. Wenn Rückvergütung stattfinden soll, dann aus unserer Sicht solidarisch und allen zugutekommen muss. Und dies beispielsweise mittels Investition in die Forschung für Medikamente wie Antibiotika und in die Verbesserung der Versorgungssicherheit von Medikamenten, wie es zum Beispiel auch die Initiative Pharma für alle will. Auch in Investitionen in die Bekämpfung der Klimafolgen, was uns in Zukunft noch sehr viel kosten wird und für uns alle und auch die Lebensqualität hier in unserer Stadt sehr wichtig sein wird. Es gibt noch andere Möglichkeiten, wie es ja auch in der Motionsbeantwortung von der Regierung dargestellt wird. Und wenn Rückvergütung in Form von Geld, das ist für uns auch nicht ausgeschlossen, dann möchten wir das auch solidarischer haben, und zwar beispielsweise ähnlich wie als Beispiel beim Stromsparbonus, wie das dort gehandhabt wird, dass alle davon profitieren.

Wir werden also nicht überweisen als Motion und wenn als Motion überwiesen wird, würden wir das ablehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP spricht Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Wir von der Liberaldemokratischen Fraktion haben die Stellungnahme des Regierungsrats sehr positiv zur Kenntnis genommen und finden auch, dass weiterhin daran festgehalten werden sollte, dass diese Überschüsse zum Teil rückvergütet werden, wie das ja hier auch vorgesehen ist. Wir sprechen ja über eine konservativere Methode, als das die Avenir Suisse-Studie vorgesehen hatte.

Gewisse Formulierungen in der Stellungnahme finden wir dennoch etwas überraschend. Da steht zum Beispiel: Die Ermöglichung direkt spürbarer Bürgerbeteiligung am positiven Finanzergebnis. Das klingt so ein bisschen überrascht, dass es Überschüsse gibt in Basel-Stadt und dass es ja dann eigentlich so grosszügig wären, die Bürger daran zu beteiligen, aber das sind ja die Bürgerinnen und Bürger, die das bezahlen und die bezahlen mehr als gebraucht wird und das finden wir einfach nach wie vor in diesem grossen Rahmen, indem die Überschüsse ausfallen, stossend. Es geht ja deshalb auch nicht um den ganzen Betrag, der rückvergütet werden soll, sondern um einen Teil davon und das heisst, man hat immer noch viel übrig vom Überschussbetrag und man hätte auch noch was übrig, wenn das wie in den bisherigen Jahren ausfällt, wenn man weiterhin die Steuern senkt.

Wir von der LDP finden klar, das eine tun, das andere nicht lassen, hier als Motion überweisen, damit ein Teil des Überschusses künftig proportional zu dem, was man einbezahlt hat, rückvergütet wird und aber gleichzeitig auch weiterhin, wie in der letzten Session beschlossen, die Steuern weiter senken. Wenn es dann zu weiteren Ausgaben kommt, dann haben wir den Budgetprozess, dann können wir wieder über Steueranpassungen beschliessen, wenn das notwendig sein sollte, aber im Rahmen der jetzigen Überschüsse sehen wir von der LDP es als nicht wahnsinnig realistisch, dass wir plötzlich in rote Zahlen und in ein Finanzloch fallen werden.

Deshalb bitten wir Sie, weiter als Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Mitte/EVP hat das Wort Andrea Elisabeth Knellwolf.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Auch die Mitte/EVP-Fraktion bittet Sie, diesen Vorstoss weiterhin als Motion zu behandeln. Wir freuen uns über die grundsätzliche Bereitschaft der Regierung, Steuerrückzahlungen in Betracht zu ziehen. Wir verstehen aber das Zaudern nicht, alle Bedenken sind eigentlich in der Motion schon widerlegt. Die Freiheiten in der Umsetzung würden der Regierung gegeben sein mit dieser Motion, die technisch machbaren Ansätze dann zu finden, sich das genau zu überlegen, diese Abklärungen zu treffen. Die Motion hindert sie daran überhaupt nicht. Dass solche Überschüsse bezahlt werden quasi von den Steuerzahlenden über Jahre hinweg, halten wir für nicht legitim, ich halte sie sogar für verfassungsrechtlich fragwürdig und dass da etwas geschehen muss, ist klar. Es muss auch schnell etwas geschehen, weil dieser Zustand geht schon lange und wir denken, mit dieser Motion wird allen Sicherheitsaspekten auch Rechnung getragen mit diesen Hürden, die erfüllt sein müssen. Also wir werden dadurch unsere Staatsfinanzen nicht an die Wand fahren, wenn diese Motion jetzt zögerungsfrei umgesetzt wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die FDP spricht Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Vorab vielen Dank an die verschiedenen Vorredner und Voten, die hier gekommen sind. Besten Dank auch an Regierungsrätin Tanja Soland für die Beantwortung des Vorstosses. Als erstes, ich habe dann bei der Begründung auch mal ein bisschen durchgeschaut, was ins Feld geführt wird, warum man hier jetzt einen Anzug daraus machen muss und nicht die Motion direkt umsetzt.

Grundsätzlich, diese Motion ist risikofrei. Die Motion wird die Finanzplanung des Kantons nicht beeinflussen, das heisst, wenn am Ende des Tages die Abrechnung gemacht wird und Frau Soland am Fischmarkt 10 den Schlussstrich zieht und sagt, wir haben so und so viel Überschuss erzielt, erst dann kommt diese Motion zum Tragen. Wir riskieren nicht, dass wir an verschiedensten Stellen sparen müssen, das ist nicht der Fall. Sie können jederzeit Vorstösse bringen, man kann zusätzliche Ausgaben machen, nicht, dass ich das will, aber Sie können das und erst am Schluss, das, wo ganz, ganz, ganz am Ende übrig bleibt, das würden wir an die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler des Kantons zurücküberweisen.

Noch ein kurzes Wort, wieso man jetzt das Ganze als Anzug noch weiterbehandeln soll. Ich hege ein wenig den Verdacht, dass man dann damit das Ganze aufweichen will, obwohl, ich sage mal, der Vorstoss, und das wurde auch vorhin schon gesagt, sehr ausgewogen ist. Wir werden ja nie alles zurücküberweisen, ein Teil soll ja weiterhin zur Schuldentilgung zurückbleiben, wie eine Art Rückstellung, und ich glaube, wenn man den jetzt weiter aufweicht, dann haben wir von der Grundidee, nämlich die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler des Kantons Basel-Stadt zu entlasten, was wirklich notwendig ist, haben wir dann nichts mehr. Und die Entlastung, denke ich, die ist notwendig. Ich meine, Sie sind alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dieses Kantons und Sie wissen, wie viel es kostet jedes Jahr.

Wenn wir anschauen, noch kurz zum Thema juristische Personen, wieso dass die nicht hier berücksichtigt werden. Ja, ich habe ein Unternehmen, ich bezahle Gewinnsteuern bei diesem Unternehmen und die sind also ganz erträglich. Also wir sind da bei 13 Prozent. Jetzt haben wir die OECD-Steuerreform für die grösseren, das betrifft mich nicht oder meine Firma nicht, und das ist ein angenehmes Steuerniveau. Und dieses Niveau, das haben wir bei den natürlichen Personen nicht und das ist auch der Grund, weshalb diese Rückvergütung spezifisch an die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler des Kantons erfolgen soll.

In diesem Sinne bitte ich Sie, diesen Vorstoss weiterhin als Motion zu überweisen und auf jeden Fall weder abzulehnen noch als Anzug.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat das Wort Tanja Soland für den Regierungsrat.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Die Regierung freut sich immer ab einem Anzug, etwas mehr Handlungsspielraum, aber ich glaube, die Hauptdiskussion war ja, ob das Anliegen auf Interesse stösst und das ist es ja. Ich finde es wirklich eine sehr spannende Idee, weil es eben nicht die vielen Investitionen oder Ausgaben betrifft, die wir machen wollen, es kommt wirklich erst nachher, das stimmt. Das ist wirklich das spannende an diesem Konzept, dass wir hier keine Leistungen abbauen müssen, aber ganz risikofrei ist es natürlich nicht. Wir können die Bruttoschulden weniger abbauen und wir finanzieren natürlich die Investitionen damit, das kann man aber auch berücksichtigen in einen Vorschlag. Wir möchten es nicht

aufweichen, wir möchten Ihnen einen guten Vorschlag unterbreiten, vielleicht sogar Alternativen. Es ist so spannend, das Konzept, dass meine Mitarbeitenden richtig Freude haben an dem zu arbeiten, weil das ist mal etwas Neues, Spannendes. Wirklich, das machen wir gerne, daher sind wir eher für die Anzugslösung.

Einfach noch, wenn Frau Knellwolf sagt, es sei an der Grenze der Verfassungsmässigkeit. Die letzten Überschüsse, die kamen von den Unternehmen und ich würde mich wirklich sehr freuen, wenn die Kommission, die WAK, und der Grosse Rat sich bald zum Standortpaket bekennen würden, denn die Überschüsse kommen von den Unternehmen. Das möchte ich hier einfach noch gesagt haben. Daher freue ich mich, wenn Sie hier zusammen mit dem Regierungsrat auch bei der Standortpolitik so viel Herzblut aufwerfen, wie gerade eben und aus den genannten Gründen würde der Regierungsrat es bevorzugen, den Vorstoss als Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben zwei Abstimmungen. Zuerst die Eventualabstimmung. Niggi Daniel Rechsteiner beantragt Überweisung als Motion. Der Regierungsrat beantragt Überweisung als Anzug.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

44 Ja, 50 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004610, 23.10.24 10:54:14]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Geschäft wird als Motion weiterbehandelt. Es liegen 50 Nein-Stimmen gegen 44 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung vor.

Oliver Bolliger beantragt Nichtüberweisung. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 43 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004612, 23.10.24 10:54:59]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 4 Jahre

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Geschäft ist als Motion überwiesen. Wir haben 50 Ja-Stimmen gegen 43 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

28. Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Vorgeburtlicher Mutterschutz, Schreiben des RR

[23.10.24 10:55:09, 22.5121.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort hat für den Regierungsrat Tanja Soland. Sie verzichtet. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

29. Motion Pascal Messerli und Michael Hug betreffend der Polizeiberuf muss in Basel-Stadt wieder attraktiv werden: Lohnerhöhung jetzt!, Stellungnahme des RR

[23.10.24 10:55:39, 24.5145.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion bis 1. Mai 2025.

Für den Regierungsrat wünscht niemand das Wort. Damit sind wir bei den Fraktionsvoten. Zuerst Christoph Hochuli für die Mitte/EVP.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Die Basler Polizistinnen und Polizisten haben sich gefreut über diese Motion und auch, dass wir die Motion im Juni 2024 an den Regierungsrat überwiesen haben. Die Arbeitslast bei der Kantonspolizei, vor allem bei der Sicherheitspolizei und dem Einsatzzug ist in den letzten Jahren stark gestiegen, denn die gleiche Arbeit muss trotz 120 fehlenden Mitarbeitenden erledigt werden. Der Personalunterbestand hat auch zur Folge, dass die Polizei weniger Kapazitäten hat, um zum Beispiel Drogenfahndungen in Kleinbasel durchzuführen. Regelmässig müssen Personen, welche die Polizei gerufen haben, länger auf eine Patrouille warten, manchmal sogar bei Fällen von Körperverletzungsdelikten und häuslicher Gewalt. Dies ist für die beteiligten Personen, aber auch für unsere Polizisten und Polizistinnen nicht befriedigend. So darf es nicht weitergehen.

Wie Sie bestimmt in den Medien gelesen haben, wird die Polizei Baselland bis 2032 ganze 116 Stellen schaffen. Dies erhöht den Druck auf die Kantonspolizei Basel-Stadt zusätzlich, denn einige dieser Stellen werden bestimmt mit ausgebildeten Mitarbeitenden unserer Polizei besetzt und auch für die Rekrutierung wird es deshalb noch schwieriger, junge Menschen zu finden, welche die Polizeischule bei der Kantonspolizei Basel-Stadt absolvieren möchten. Deshalb ist es wichtig, dass die Löhne unserer Polizistinnen und Polizisten im Aussendienst baldmöglichst und markant erhöht werden. Natürlich ist der Lohn nicht alles, aber doch ein sehr wichtiger Bestandsteil der Arbeitgeberattraktivität, insbesondere bei jungen Bewerbenden.

Wir müssen auch bedenken, dass in den Polizeikorps Baselland, Solothurn oder im Fricktal nicht nur die Löhne besser sind, sondern dort auch weniger Nachtdienste und Wochenenddienste geleistet werden müssen. Dies aufgrund der 24-Stunden-Gesellschaft, den vielen Demonstrationen und Fussballspielen in der Stadt Basel. Wenn Bewerbende für die Polizei also die Wahl haben zwischen mehr Lohn und mehr freien Wochenenden in einem nahen Kanton oder weniger Lohn und weniger freien Wochenenden in Basel-Stadt ist ihre Wahl halt oft eindeutig nicht Basel-Stadt. Deshalb müssen die Polizeilöhne in Basel-Stadt höher werden als im Baselland.

Damit unsere Kantonspolizei konkurrenzfähig wird, braucht es neben den Lohnerhöhungen auch flexiblere Arbeitszeitmodelle für Teilzeit und Vollzeit. Denn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist wegen den unregelmässigen Arbeitszeiten schwierig, wenn beide Elternteile arbeiten.

Die Mitte/EVP-Fraktion bittet Sie, diese Motion nochmals als Motion zu überweisen. So hat das Finanzdepartement mehr Druck, endlich vorwärts zu machen und die Lohnsituation der Kantonspolizei zu verbessern. Damit wird auch die Sicherheit in unserem Kanton wieder erhöht. Ich selber werde mich wegen der eigenen Betroffenheit als Basler Polizist der Stimme enthalten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Jenny Schweizer an? Sie wird angenommen.

Jenny Schweizer (SVP): Sie haben zwar jetzt gesagt, dass Sie sich enthalten und das finde ich ja löblich, aber finden Sie es wirklich angebracht, hier über den eigenen Lohn zu sprechen?

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Ich spreche für alle meine Kolleginnen und Kollegen, von denen ich auch gewählt wurde in den Grossen Rat, und es geht um die beste Personalsituation, die Bekämpfung des Unterbestands des Korps und nicht zuletzt um die Sicherheit unseres Kantons.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Noch eine Zwischenfrage von Tim Cuénod? Sie wird angenommen.

Tim Cuénod (SP): Christoph Hochuli, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich fand vieles sehr nachvollziehbar, nur eines, sind Sie sich sicher, dass die Löhne bei der Kantonspolizei Baselland und Solothurn höher sind als in Basel-Stadt?

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Bei den jungen Angestellten ist es auf jeden Fall der Fall, mit dem höheren Alter wird es wieder etwas ausgeglichen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Hanna Bay.

Hanna Bay (SP): Bei der Erstüberweisung dieser Motion wurde im Wesentlichen damit argumentiert, dass der Unterbestand, welcher anerkannt und auch zu Recht problematisiert wird, von daherkommt, dass der Lohn zu tief sei, wir haben es vorhin auch wieder gehört, und dass wir aus diesem Grund wegen den Löhnen nicht konkurrenzfähig sind mit anderen Korps. Ich glaube, diese Argumentation ist wirklich nicht gut gealtert. Wo stehen wir nun drei Monate später nach der Erstüberweisung?

Erstens wissen wir, dass der Exodus am Personal und die gravierenden Probleme im Bestand bei weitem nicht nur eine Frage des Lohns ist. Ich glaube, der Bericht Schäfer ist uns allen bekannt und dieser kommt klar zum Schluss, dass der Lohn zwar ein Teil ist, der angeschaut werden muss, aber eben bei weitem nicht alles ist, insbesondere wenn man die Arbeitsmarktzulage überführt. Es ist eine fragliche Führungskultur, wir haben eine tiefe Vertrauenskrise, wir haben eine Einsatzplanung, die offensichtlich nicht funktioniert, wir haben offenen Sexismus und Rassismus, wir haben eine Angstkultur und eine mangelnde Kritikkultur. Hier muss Verantwortung übernommen werden, hier muss ein Wandel ernsthaft herbeigeführt werden.

Zweitens haben wir nun die Stellungnahme des Regierungsrats. Diese rechnet vor, dass unter Berücksichtigung der Arbeitsmarktzulage und ohne Berücksichtigung der weiteren Zulagen, Schicht-, Nacht-, Erziehungszulagen, etc. ein Einstiegslohn von 5'744 Franken Realität ist. An dieser Stelle zitiere ich gerne den Motionär Pascal Messerli, welcher in der Diskussion rund um die Erstüberweisung folgendes sagte, ich zitiere: Meiner Meinung nach kann es nicht sein, dass wir insbesondere bei den Einstiegslöhnen im schweizweiten Vergleich im unteren Drittel sind. Da gehören wir eher ins obere Drittel. Zitat Ende. Nun ja, gemäss der Rechnung des Regierungsrats sind wir da schon. Schon alleine deswegen erscheint es kaum als sinnvoll, die Motion als Motion zu überweisen. Sie ist nämlich, wenn es nach den Vorstellungen des Motionärs geht, nach den nackten Zahlen bereits erfüllt.

Die SP beantragt Ihnen trotzdem, die Motion als Anzug zu überweisen, denn die SP ist seit jeher die Partei, welche sich für gute Arbeitsbedingungen und gute Löhne einsetzt, aber eben nicht nur bei der Polizei, sondern gleichermassen auch bei der Kita-Mitarbeiterin, bei der Pflegefachperson oder bei den Mitarbeitern der Stadtreinigung. Aus diesem Grund begrüsst die SP auch, dass die Regierung die Arbeitsmarktattraktivität als Ganzes steigern möchte und wir begrüssen es auch, dass das Instrument der Arbeitsmarktzulage zeitnah ins reguläre Lohngefüge überführt werden soll. Aber hier nun ein undurchdachtes Hauruckmanöver zu vollziehen, welches wieder andere Ungleichheiten herbeiführt, welches nicht insgesamt ins Lohnsystem passt, ist weder sinnvoll noch nachhaltig.

Ich bitte Sie daher, die Motion als Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (GAB): In vielen Punkten kann ich meiner Kollegin Hanna Bay zupflichten, ja, bei der Basler Polizei liegt einiges im Argen, nicht nur die Löhne. An einer sauberen Aufarbeitung der Geschehnisse scheinen die bürgerlichen Kräfte hier im Saale nicht interessiert zu sein, wie sich bei der Abstimmung über eine parlamentarische Untersuchungskommission gezeigt hat. Die Aufarbeitung dessen, wie die Polizei unter bürgerlicher Departementsleitung in diesen besorgniserregenden Zustand geführt werden konnte, liegt nun vorerst bei der GPK.

Wie wir schon bei der Diskussion über die PUK oder bei der Erstüberweisung dieser Motionen betont haben, braucht es aber auch unmittelbare Massnahmen zur Verbesserung der Situation. Es muss jetzt unser Ziel sein, die Arbeitsbedingungen, wovon die Löhne ein Bestandteil sind, möglichst schnell, aber auch nachhaltig zu verbessern. Natürlich zusätzlich zu einem ganz grundsätzlichen Kulturwandel bei der Polizei und tiefgreifenden Massnahmen gegen sexistische und rassistische Verhaltensweisen im Korps.

Selbstverständlich unterstützen wir das in der Motion formulierte Ziel noch immer. Nur mit guten Arbeitsbedingungen finden wir auch gutes Personal oder überhaupt Personal. Doch die Probleme bei der Kantonspolizei sind vielschichtig und müssen auch entsprechend behandelt werden. Die Motion fordert eine Lohnanpassung spätestens bis am 1. Mai 2025. Das ist eine doch sehr kurze Frist, welche eine sauber ausgearbeitete und vor allem gut eingebettete Lösung erschwert. Der Regierungsrat schildert in seiner Stellungnahme aus unserer Sicht glaubhaft, dass ihm die Dringlichkeit bewusst ist und stellt in Aussicht, dass Verbesserungen bis zum Ablauf der befristeten Arbeitsmarktzulage umgesetzt werden sollen. Spätestens bis dann braucht es Massnahmen, um einen nahtlosen Übergang zu gewährleisten. Der Zeitrahmen für Verbesserung beim Lohn ist also mit dem Ablauf der Arbeitsmarktzulage festgelegt. Uns scheint es deshalb sinnvoll, dass die Umsetzung und Planung der Massnahmen gut abgestimmt und eingebettet sind in alles, was sonst noch läuft.

Aus diesem Grund folgen wir dem Antrag, dies als Anzug zu überweisen. Nicht, weil wir das Anliegen der Motion nicht wichtig fänden, sondern weil es wirklich gute qualitative und nachhaltige Lösungen braucht. Eine Lösung, die sauber ausgearbeitet und danach nach Ablauf der Arbeitsmarktzulage umgesetzt werden kann.

Und ja, die Kriminalpolizei profitiert aktuell nicht von der Arbeitsmarktzulage, sie ist aber bis zur Umsetzung der Motion Pascal Messerli auch nicht Teil der Kantonspolizei. Genauso wenig profitieren anderen Blaulichtorganisationen wie die Sanität von der Arbeitsmarktzulage und auch dort gibt es unbesetzte Stellen. Um solchen Situationen zu begegnen, werden wir auch dieses oder wahrscheinlich erst nächstes Mal im November die Möglichkeit haben, ergänzend hierzu auch meine Motion zur Lohnanalyse zu überweisen. Mit dieser kann frühzeitig dann erkannt werden, sollte es auch bei anderen Kantonsangestellten Handlungsbedarf geben, zum Beispiel bei der Kripo.

Das GAB empfiehlt daher, die vorliegende Motion als Anzug zu überweisen und erwartet von der Regierung rasches Handeln, wodurch spätestens mit Ablauf der befristeten Arbeitsmarktzulage im Februar 2026 Lohnanpassungen bei der Kantonspolizei vorgenommen werden können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfragen von Felix Wehrli und Pascal Messerli an? Sie werden angenommen. Zuerst Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Ist Ihnen bewusst, dass es nicht fünf vor zwölf, sondern schon lange halb eins gewesen ist und man auf ein Zeichen wartet bei der Polizei? Es sind jetzt 130 Stellen unbesetzt und es geht frisch und fröhlich weiter.

Nicola Goepfert (GAB): Ja, ich glaube, das habe ich auch geschildert, aber es braucht auch eine Lösung, die dann standhält und nicht eine Lösung, die dann ein Jahr später wieder angepasst werden muss, weil man merkt, es ist nicht abgestimmt mit allen anderen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Pascal Messerli hat Gelegenheit, seine Frage zu stellen.

Pascal Messerli (SVP): Nicola Goepfert, sind Sie sich bewusst, dass ich in meiner Motion explizit die Kriminalpolizei erwähnt habe und diese auch von dieser Motion profitieren könnte, völlig unabhängig davon, ob die jetzt aus der Staatsanwaltschaft ausgegliedert wird oder nicht?

Nicola Goepfert (GAB): Weil ich die Motion so genau gelesen habe, habe ich die Kripo auch erwähnt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommt Pascal Messerli wieder nach vorne für das Fraktionsvotum für die SVP.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion bittet Sie selbstverständlich, diese Motion auch bei der Zweitüberweisung als Motion zu überweisen. Ich denke, alle haben sich mittlerweile eine Meinung zu diesem Thema bilden können. Alle kennen die Situation mit dem Unterbestand und der Polizei und zumindest die meisten von Ihnen werden den Bericht von Herrn Schäfer gelesen haben. Heute haben wir als Parlament die Chance, den Polizistinnen und Polizisten ein wichtiges Signal der Wertschätzung zu senden. Es ist ja zumindest positiv, dass alle Fraktionen jetzt dieses Anliegen überweisen wollen, wenn auch nur als Anzug. Wir sind der Auffassung, dass jetzt dringender Handlungsbedarf besteht und dass wir jetzt nicht noch Jahre lang zuwarten können und sich der Unterbestand noch weiter verschlechtert.

Es stimmt zwar, dass es sicherlich nicht nur mit einem höheren Lohn getan ist, ja, aber in diesem Bereich haben wir nun mal als Parlament Handlungsspielraum. Die Situation im Korps, im Departement oder die Führungskultur, diese können wir nur indirekt oder teilweise gar nicht beeinflussen. Und ja, Sexismus und Rassismus, das mag auch ein Thema sein, das man bekämpfen muss, völlig einverstanden, wenn man dann aber auch die Berichterstattung gelesen hat, wie Marco Schäfer dann auch seinen Bericht kommentiert hat, dann hat er ganz klar gesagt, dass sich der grosse Teil der Polizistinnen und Polizisten absolut korrekt verhält. Also jetzt hier so zu tun, als wären jetzt alle Polizisten in einer Sexismus- und in einer Rassismusfalle, das wirkt dann einfach auch nicht gerecht.

Bei der Höhe der Löhne wird dann immer mal wieder gesagt, wir sind vielleicht gar nicht so schlecht, mit der Arbeitsmarktzulage sind wie im oberen Drittel. Das mag alles stimmen, aber wir müssen hier schon auch anerkennen, dass der Polizeiberuf im Kanton Basel-Stadt anspruchsvoller und schwieriger ist als in anderen Kantonen. Wir sind der kriminellste Kanton, wir haben jedes Wochenende eine Demonstration, ein Fussballspiel oder einen anderen grossen Event. Wir wollen im 2025 noch mehr Events. Wir sind für den Eurovision Song Contest, wir sind für die Fussball EM, ich denke, wenn ich jetzt Polizist wäre, würde ich mir gut überlegen, ob ich mir dieses 2025 wirklich antun soll, und da haben wir halt einfach eine völlig andere Situation als in weniger starken Hotspots wie in Stans, Saanen, Altdorf oder Buus.

Zudem kommt noch hinzu, dass eben die Kriminalpolizei von der Arbeitsmarktzulage nicht profitiert. Auch die Kriminalpolizei hat viele Wochenenddiensten. Sie müssen Einvernahmen machen, sie müssen die ganzen Protokolle schreiben, sie haben auch wenig Wochenende, dementsprechend müssen wir auch die Kriminalpolizei attraktiv gestalten, dass uns hier nicht die Leute wegfallen, weil auch die Kriminalitätsbekämpfung ein wichtiges Anliegen ist.

Beim Regierungsrat hatte man von Anfang an etwas das Gefühl, dass er diese Motion nie so wirklich wollte. Ich schätze grundsätzlich immer die völlig offene Kommunikation, auch heute von Regierungsrätin Tanja Soland, aber wenn man halt beim Regierungsrat derart merkt, dass man ein Anliegen nicht will, dann ist es wahrscheinlich auch als Parlament legitim, wenn man hier bei der Motion bleibt. Wenn wir jetzt die Motion weiter als Anzug behandeln, dann prüft und berichtet der Regierungsrat und in zwei Jahren haben wir dann eine Antwort, aber wir haben keine Garantie, ob es dann wirklich auch besser wird. Dass die Frist der Motion kurz ist, das stimmt, aber auch hier gibt es das Mittel der Fristenverlängerung, das man dann jederzeit auch beantragen kann und ich denke schon, dass im Sinne dieses Gesamtsignals es auch für die Polizistinnen und Polizisten wichtig ist, dass wir bei der Motion bleiben.

Ich möchte aber auch der linken Seite in diesem Parlament die Hand reichen, auch wenn meine Fraktion ein Minus in der Kreuztabelle in der Motion Goepfert hat, die er ja auch angesprochen hat. Ich persönlich würde diese Motion unterstützen, auch als Motion, damit wir auch in anderen Berufen interkantonale Lohnvergleiche haben. Da reiche ich persönlich die Hand, das kann man jetzt auch sehr gerne protokollieren, aber dafür braucht es hier heute schon auch eine Überweisung als Motion, weil gerade bei der Polizei wir dringenden Handlungsbedarf haben.

Dementsprechend bitte ich Sie, hier bei der Motion zu bleiben und diese so zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP spricht Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Sehr geehrte Frau Regierungsrätin Tanja Soland, glauben Sie mir, ich respektiere Ihre Arbeit wirklich, darum nehmen Sie es mir nicht persönlich, wenn ich heute Morgen schon wieder kritische Töne gegenüber Ihrem Departement äussern muss.

In der Motion von Tobias Christ und mir aus dem Jahr 2022 «Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für Kantonsangestellte im Schicht- und Wochenenddienst» habe ich unter anderem eine Gehaltserhöhung und die Erweiterung von Fringe Benefits wie kostenlose U-Abonnements, Parkmöglichkeiten im Nachtdienst, Ausbildungen, Zugang zu einer Mensa, Kinderbetreuung, Eintritt in Gartenbädern, etc. gefordert. Ebenfalls soll eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei der Polizei auch im Bereich der Arbeitsbekleidung und der Umkleidezeiten erreicht werden. Dieser Auftrag besteht. Das Argument, es liege nicht nur an den Löhnen, ist daher wenig stichhaltig. Das Geschäft ist seit 2022 hängig. Mehrere

Nachfragen über Interpellationen und schriftliche Anfragen erfolgten, passiert ist relativ wenig. Das einzig greifbare ist die befristete Arbeitsmarktzulage auf drei Jahre.

In der Interpellation vom 10. April mit dem Titel «Wann werden die Arbeitsbedingungen bei der Polizei und bei anderen Kantonsangestellten im Schichtbetrieb endlich verbessert» wurde vor allem auf das Projekt Arbeitsgeberattraktivität steigern verwiesen. Dieses möchte jedoch ganzheitlich die Arbeitsbedingungen bei den Kantonsangestellten verbessern. Wir möchten nun jedoch ganz bewusst und schnell die Löhne bei der Sicherheit erhöhen. Sicherheit ist eine absolut elementare Grundfunktion staatlichen Handelns und sie muss gewährleistet werden. Der Handlungsbedarf ist unbestritten.

Viele Fragen von Kolleg*innen, unter anderem von Kollegin Hanna Bay und anderen, stützen sich auf Lohnvergleiche. Diese wurden immer wieder in Aussicht gestellt, mir liegen diese aber nicht vor. Auf welche Infos sie sich stützen, die Aussagen, das weiss ich nicht. Ein spezifischer Lohnvergleich neben dem jährlichen allgemeinen Lohnvergleich soll spätestens im Herbst 2024 vorliegen, so die Antwort auf meine Interpellation vom April dieses Jahres. Ich habe nun den Wecker auf den 20. Dezember 2024 gestellt, der hört nämlich der Herbst auf.

Ich zitiere: Der Regierungsrat steht einer Veröffentlichung der Ergebnisse positiv gegenüber. Ebenfalls, die Verbesserung der Fringe Benefits wurde in Aussicht gestellt. Sie benötigten jedoch gesetzliche Grundlagen. Weshalb wurden diese gesetzlichen Grundlagen nicht bereits geschaffen oder vorgelegt? Eine Motion läuft bereits seit dem Jahr 2022. Dies ist denn auch wieder ein Beispiel dafür, wieso immer mehr Motionen eingesetzt werden und nicht Anzüge, was sehr bedauerlich ist, weil man einfach das Gefühl hat, es wird immer weiter verschleppt und nicht umgesetzt.

Die nun monierte Frist ist so angesetzt, da der Wunsch des Parlaments für eine Lohnerhöhung ja nicht neu ist, sondern bereits seit dem Jahr 2022 besteht. Da nie wirklich etwas passiert ist, müssen jetzt Nägel mit Köpfen gemacht werden. Das ist durchsetzbar. Wie Ratskollege Pascal Messerli auch gesagt hat, kann im Notfall ja auch die Frist noch erstreckt werden. Es ist jedoch aber jetzt nicht mehr Zeit, noch hundert theoretische Konzepte zu dem Thema zu schreiben. Der Auftrag ist relativ simpel, es braucht bessere Arbeitsbedingungen und die Lohnerhöhung ist ein Teil davon.

Darum bitte ich Sie, auch im Namen der Fraktion LDP, dieses Geschäft weiter als Motion zur Erledigung und Erfüllung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Regierungsrätin Tanja Soland an? Sie wird angenommen.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Michael Hug, ist Ihnen nicht bekannt, dass die gesetzliche Grundlage für die Lohnnebenleistungen in der WAK liegt und die Umkleidezeit für die Polizei in der JSSK?

Michael Hug (LDP): Das mit der Umkleidezeit ist mir bekannt, das mit der WAK ist mir bisher unbekannt. Besten Dank für die Aufklärung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum Sprecher für die GLP, Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Ich höre hier viel Einigkeit in der Sache hier im Saal, und das erleichtert mich, und nur sehr wenig Polemik oder weniger als ich erwartet hätte, aber nicht ganz ohne Polemik. Es wurde genannt, ich glaube, es war Nicolas Goepfert als Vorredner von mir, wir Bürgerlichen, es ist die Frage, die GLP zählt sich da nicht dazu, aber ich habe mich trotzdem angesprochen gefühlt, seien nicht an einer ernsthaften Aufarbeitung der Missstände interessiert. Das muss ich in aller Form zurückweisen. Dass wir eine PUK nicht unterstützt haben, war schlicht und einfach, weil wir das als nicht sachlich, sogar als kontraproduktiv eingeschätzt haben und dazu stehen wir immer noch. Natürlich sind wir daran interessiert, deshalb eigentlich weitgehend Einigkeit bis auf diesen Punkt.

Auch einig mit diversen Vorrednern, dass der Lohn nicht das einzige ist, aber da hat mir Pascal Messerli das wichtige Stichwort aus Sicht der GLP geliefert. Es geht um das Signal hier primär, das wir nach aussen senden, und damit erklären wir auch, warum wir als GLP hier ebenfalls eine Überweisung als Motion fordern. Es geht um dieses Signal, das würde unnötig abgeschwächt werden, wenn wir das jetzt als Anzug überweisen würden, wie ich die Regierung verstanden habe, aus technischen Gründen. Die können wir nicht ganz nachvollziehen, diese Problematik, die angesprochen ist im Bericht der Regierung. Wie auch schon vor mir die Vorredner gesagt haben, wenn es da einfach darum geht, dass eine Frist nicht ideal ist, darüber kann man dann reden, dass man die anpasst, da sind wir offen als GLP.

Aber wir bitten wirklich, senden wir dieses wichtige Signal nach aussen, dass wir wirklich das Problem sehen, dass die Arbeitsbedingungen nicht gut genug sind bei der Polizei, dass wir da was verbessern wollen und dass wir das schnell verbessern wollen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die FDP spricht David Jenny.

David Jenny (FDP): Die FDP schliesst sich dem Antrag auf Überweisung als Motion an. Es gibt das Sprichwort «Not kennt kein Gebot». Das ist, glaube ich, falsch in einem Rechtsstaat, aber die Not, die in dieser Frage vorliegt, die ist allgemein anerkannt, und es gibt eben ein Gebot, das ist, schnell und vor allem auch überzeugend zu handeln. Und wenn ich eben die Voten aus der linken Ratshälfte höre, dann fehlt mir der Glaube, dass Sie wirklich für die Situation in unserer Polizei etwas Positives tun wollen. Es wird dann immer gesagt, ja, zuerst hätte man eine PUK einsetzen müssen. Ich glaube, das wurde wirklich widerlegt, das hätte überhaupt nichts gebracht. Wir werden es dann wiederum sehen beim Geschäft, das im November kommt, Virtual Reality. Wenn es um etwas konkretes, was gut ist für das Polizeikorps, geht, dann werden alle Ausreden gefunden, warum das jetzt trotzdem nicht gut ist.

Ich glaube, wir können auch hier klar sagen, es geht hier wirklich um eine Konkurrenz zwischen den Polizeikorps der Kantone mit einer Anpassung der Löhne. Das schwächen wir jetzt hier nicht im Privatsektor. Da wurde von der Frau Regierungsrätin gesagt, ja, was überall verzögert wird in den Kommissionen. Ich kann nicht für die WAK sprechen, aber die Verzögerung vielleicht bezüglich den Umkleidezeiten in der JSSK, das ist jetzt ganz sicher nicht auf die Kommission zurückzuführen. Die Frau Präsidentin nickt, mehr will ich nicht sagen, das wäre Verletzung des Kommissionsgeheimnisses.

Die Frist, der 1. Mai des nächsten Jahres, ja, die ist nicht ganz realistisch. Ich gehe davon aus, die müssen wir erstrecken, ich hoffe auf den 1. Januar 2026. Aber ich glaube, das wichtige Zeichen an die Angehörigen unseres Polizeikorps ist, dass wir sagen, wir wollen dies und ob das jetzt auf den 1. Mai kommt oder auf den 1. Januar 2026, ich glaube, das ist nebensächlicher. Aber wenn Sie es nur als Anzug überweisen, dann ist ja das Zeichen, liebe Frau Soland, bitte vielleicht nicht die ganz unterste Schublade, aber die zweitunterste Schublade und das wollen wir heute nicht.

Daher bitte als Motion überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Patrick Fischer.

Patrick Fischer (SVP): Auch ich sage etwas dazu, obwohl ich Polizist bin. Es betrifft mich nicht ganz, weil die Arbeitsmarktzulage ja wie erwähnt nur die Kantonspolizei betrifft. Dennoch möchte ich dazu sprechen, weil ich werde ja von vielen Polizisten angegangen, ich werde angeschrieben und ich verleihe diesen Leuten eine Stimme.

Ich möchte die Arbeitsmarktzulage noch ein bisschen genauer definieren. Es handelt sich um 400 Franken für Polizisten bis 25 Dienstjahre und 200 Franken ab 25 Dienstjahre. Das heisst, es ist ähnlich wie bei einem Mobilfunkabonnement, die treuen Kunden werden eigentlich eher ein bisschen benachteiligt und die frischen werden somit angelockt. Diese 400 und 200 Franken sind notabene vor Abzügen und ich denke, genau diese Abstufung ab 25 Jahren, da fehlt mir ein bisschen der Respekt vor den altgedienten Polizisten, die eben nicht gewechselt haben, die die Treue halten und die immer noch draussen auf der Strasse ihren Dienst tun.

Vom Regierungsrat heisst es, es wird daran gearbeitet, es wird eine vertiefte Analyse gemacht. Man bittet um genügend Zeit, aber Zeit ist gerade das, was wir eben nicht haben. Wir verlieren jede Woche Mitarbeiter. Gerade letzte Woche wurde wieder bekannt, dass ein weiterer nach Baselland wechselt, und wir haben es schon gehört, Baselland schreibt Stellen aus und die werden problemlos aufgefüllt werden durch unzufriedene Mitarbeiter von der Kapo Basel-Stadt. Die Frist, 1. Mai 2025, wir haben es auch gehört, ist knapp. Aber am Beispiel ESC haben wir gesehen, wie schnell man hier über Millionen entscheiden kann. Da geht es plötzlich rasch und da kann man einfach dann das Geld mit vollen Händen ausgeben.

Ich bin auch der Meinung, wie gesagt wurde, dass man das sauber anschauen muss und dass es da nicht die Pflästerlipolitik zu machen gilt, aber der Kessel ist defekt und dann flicken wir ihn jetzt lieber mit einem Kaugummi und nachher halt dann noch mal richtig, aber wir brauchen die Meldung der Politik, dass etwas geschieht, die brauchen wir jetzt. Der Lohn ist nicht alles, aber was wurden denn ansonsten für Massnahmen ergriffen, was haben die Polizisten erhalten? Sie haben neue Bobby-Helme erhalten und neue Schirmmützen und haben im Gegenzug einen Waffengurt erhalten, den sie überhaupt nicht gebrauchen können, sie benutzen den alten weiter.

Und deswegen, auch wenn ich mich nachher auch enthalten werde, bitte ich Sie, die Motion auch als Motion zu überweisen und nicht als Anzug. Wir haben ja auch gehört, was mit Anzügen passieren kann, sie werden dann einfach nicht bearbeitet. Auch ich bin dafür, wie Herr Goepfert gesagt hat, seine Motion, es braucht nicht nur die Kantonspolizei, die wir anschauen,

es braucht wirklich sämtliche Bedienstete und auch da biete ich Hand, dass wir da genauer hinschauen und auch dem Pflegepersonal die entsprechende Wertschätzung zugutekommen lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nun hat Tanja Soland das Wort. Wir haben Sie gebeten, ihr Votum als Einzelsprecherin zu halten, weil sie einen Antrag zur Frist angekündigt hat. Das würde Ihnen dann nochmals die Gelegenheit geben, darauf zu reagieren, wenn es dafür ein Bedürfnis gibt. Frau Soland, Sie haben das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich wollte nicht die Kommissionsarbeit beleidigen. Ich habe nichts von Verzögerung gesagt, ich wollte nur Michael Hug erklären, dass wir diese zwei Vorlagen bereits ins Parlament gegeben haben. Das war wohl ein Missverständnis.

Dann vielleicht noch kurz dazu, dass wir nichts gemacht haben, es ist Not. Doch, der Regierungsrat hat ja reagiert mit der Arbeitsmarktzulage, 400 Franken, das war die Not, das konnten wir sofort machen, das haben wir gemacht. Und ja, die längeren Mitarbeitenden nicht genug berücksichtigt. Wir haben halt die Lohnvergleiche angeschaut und das Problem ist bei den Einstiegslöhnen und darum geht es dann eher etwas hoch und höher als in anderen Kantonen. Wir haben das vor allem berücksichtigt und wie Sie sehen, hilft das nicht in allem, aber es ist ein wichtiger Punkt. Und nein, es geht nicht in die untere Schublade. Wir sind daran, wir haben schon Vorschläge ausgearbeitet, wir werden, egal wie Sie oder nicht überweisen, völlig egal, wir sind dabei, das zu machen.

Wir möchten die Vorlage im Frühling verabschieden, das heisst, es reicht nicht, was Sie hier möchten, dass die Löhne ab 1. Mai erhöht werden, das schaffen wir nicht. Es ist ein Lohngesetz, es sind Lohngesetzanpassungen. Daher stelle ich Ihnen hier eventualiter den Antrag, die Frist auf Ende Februar 2026 zu erhöhen. Dabei geht es mir darum, die Frist für die Lohnerhöhung. Wir werden die Vorlage im Frühling bringen und dann werden Sie auch noch diskutieren.

Wir werden selbstverständlich, auch wenn wir das gerne etwas weitermachen würden, aber wir schauen natürlich die Lohnkurve an. Wir haben auch noch Rettungssanität, wir haben andere Schichtarbeiter. Wir haben das Problem im Kanton Basel-Stadt, also Problem, es ist einfach so, die Lohnkurve ist sehr tief. Sie beginnt sehr tief, dann ist sie extrem steil und dann flacht sie ab und das ist eines der Hauptprobleme, die sich jetzt zeigen in Konkurrenz auch mit anderen Korps, auch in anderen Branchen, die wir sehen. Und das können wir angehen, da sind wir daran, der Regierungsrat wird das bis Ende Jahr anschauen, dann werden die Vorlagen ausgearbeitet. Das machen wir, das fliesst in wirklich keine Schublade. Aber wir werden es so machen, weil wir müssen das Gesetz anpassen, weil die Notmassnahme, die Arbeitsmarktzulage, die haben wir schon gebracht, das war die Notmassnahme, jetzt bringen wir die allgemeine, die «Lohnerhöhung» und dann schauen wir, dass es auch etwas nachhaltiger ist.

Was wir nicht machen können, wenn Sie heute die Motion überweisen, ist, dass wir Ihre anderen Anzüge zusammen noch anschauen, andere Schichtarbeitenden, das wird jetzt wahrscheinlich dann zeitlich nicht reichen. Wenn Sie das als Motion überweisen, nehme ich das so auf, dass wir weder die Arbeitsgruppe berücksichtigen, die jetzt bereits arbeitet, da muss ich mich dann halt entschuldigen, und wir werden auch die anderen Vorstösse nicht integrieren können. Das werden wir nicht machen.

Dann zu den Lohnvergleichen, damit ich das gleich öffentlich hier auch noch für die Medien sage, die bei mir schon Anfragen stellen. Ja, die Lohnvergleiche liegen schon vor, wir haben Sie in der GPK und der Finanzkommission schon vorgestellt. Wir machen jedes Jahr Lohnvergleiche, wir haben jetzt einen Lohnvergleich gemacht, den man veröffentlichen könnte, der war nicht so befriedigend. Dann haben wir noch nachgemacht mit den wichtigen Städten, Kantone, die wir vergleichen wollten, den man veröffentlichen könnte. Wir werden das auch veröffentlichen, aber mit der Vorlage. Ich habe mit dem JSD vereinbart, dass wir auf die Vorlage warten.

Es ist uns einfach sehr wichtig und das werde ich aushalten müssen, Sie dürfen schreiben über mich, was Sie wollen, interpellieren was Sie wollen. Es ist mir wichtig, dass die gute Zusammenarbeit, die wir gerade im Moment haben mit der Kapo, mit dem JSD, dass die weiter fruchten kann, dass wir eine Vorlage bringen können, die wirklich zur Zufriedenheit unserer Mitarbeitenden auch bei der Kapo ist. Daher werde ich diese Lohnvergleiche noch unter Verschluss behalten und mit der Vorlage werden wir sie alle bringen. Sie dürfen anfragen, aber wir werden sie im Moment noch nicht herausgeben. Auch Michael Hug darf dann nochmal interpellieren und schimpfen mit mir, das ist okay. Es tut mir leid, das ist mir jetzt einfach wichtiger, unsere Mitarbeitenden, die Zufriedenheit, gute Vorlage ist mir wichtiger.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Vielleicht meldet sich dann noch einer der Motionäre als Einzelsprecher, wahrscheinlich haben wir eine gewisse Konfusion. Die Motionäre scheinen davon ausgegangen zu sein, dass das Ganze ohne Gesetzesänderung möglich

ist und sie haben eigentlich auch gesagt, Massnahmen im Finanzplan und Budget zu ergreifen und das bis spätestens per 1. Mai. 2025 substanziell zu erhöhen und da scheinen die Massnahmen im Finanzplan und im Budget, die Frage ist auch, Budget von welchem Jahr, nicht ganz zu genügen. Es braucht noch die gesetzliche Grundlage, die ist ja mit der Bearbeitung, Referendumsfrist, etc. wahrscheinlich schwierig zu erreichen, dass die am 1. Mai in Kraft gesetzt werden könnte. Ich meine, es ist immer noch denkbar, dass man natürlich dann die Lohnerhöhung rückwirkend gewähren würde.

Aber andererseits haben Sie explizit keine Frist zur Erfüllung der Motion. Die Motion ist ja dann erfüllt, wenn der Regierungsrat die Vorlage bringt, und da haben Sie eigentlich für das keine Frist gesetzt. Also eigentlich innerhalb von vier Jahren, es wäre dann einfach rückwirkend auf den 1. Mai 2025, das wäre dann ganz kompliziert, aber ich würde eigentlich jetzt die Frist so nicht erstrecken, wie im Antrag von Frau Soland gesagt hat. Die klare Frist wäre eigentlich das, sie hat ja Frühjahr gesagt, dass die Motion durch die Gesetzesvorlage erfüllt werden müsste bis Ende erstes Quartal 2025 und dann kommt es in eine Kommission und die muss dann möglichst schnell arbeiten, wenn wir es dann nicht direkt im Plenum behandeln.

Ich stelle jetzt keinen konkreten Antrag, weil ich das als Privileg der Motionäre erachte, aber es sind vielleicht ein bisschen unterschiedliche Ausgangslagen, Formulierung Motion, wo nicht beachtet wurde, dass es eine Gesetzesänderung braucht. Ich habe jetzt auch nicht nachgeprüft um die Aussage der Regierung, es braucht zwingend eine neue gesetzliche Grundlage, weil es sonst finanzrechtlich nicht zulässig ist, nur durch Finanzplan und Budget das so zu bewilligen. In diesem Sinne hoffe ich auch noch auf weitere Aufklärung durch die Motionäre als Einzelsprecher.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Joël Thüring gemeldet.

Joël Thüring (SVP): Ich bin zwar nicht Motionär, aber ich glaube, wir müssen jetzt aufpassen, dass wir uns nicht in eine Komplexitätsfalle begeben, die nicht notwendig ist. Wir überweisen heute hoffentlich diese Motion zum zweiten Mal an den Regierungsrat und geben ihm damit den Auftrag, den Lohn der Polizistinnen und Polizisten zu erhöhen. Wie das in der Umsetzung geschehen wird, das muss uns der Regierungsrat dann darlegen, wenn wir diese Motion zum zweiten Mal überweisen. Es gibt aber tatsächlich eine Möglichkeit, wie das passieren könnte, ohne dass es ein Problem wird mit der Grundforderung der Motion. Sie könnten theoretisch die Arbeitsmarktzulage, die bereits in diesem hohen Hause beschlossen wurde, entsprechend anpassen. Diese Möglichkeit besteht, das haben wir ja bereits auch schon einmal getan, dass wir diese temporär eingeführt haben, und diese Arbeitsmarktzulage könnte man quasi nun benutzen, um dem Regierungsrat dann über diesen Weg die Möglichkeit zu geben, die Motion so umzusetzen, wie sie auch angedacht war.

Bei den Neueinreihungen in einer Lohnklasse beispielsweise, wenn ein Angestellter einen Antrag gestellt, er sei eine Lohnklasse höher einzustufen, dann wird das ja auch zuerst vom HR BS beurteilt und es wird dann eine rückwirkende Auszahlung, wenn diese Lohnklassenerhöhung gewährt wird, ermöglicht ab Datum des Antrages. Insofern, glaube ich, müssen wir aufpassen, dass wir jetzt nicht grundlos in eine Komplexitätsfalle tappen und diese Forderung der Motionäre abschwächen, indem wir aufgrund dieser Aussagen von Frau Regierungsrätin Soland, die legitim sind, nun auf einen Anzug oder auf eine andere Frist umschwenken würden.

Ich würde also hier als Einzelsprecher sehr beliebt machen, dass wir am vorgegebenen Weg gemäss unserem «Chrüzlistich» festhalten und dann schauen, wie wir diese Situation so lösen können, dass es einerseits gesetzeskonform ist, dass es für Frau Regierungsrätin Soland kein Problem wird in der Umsetzung, aber dass der Kerngedanke der Motion, nämlich mit dieser Erhöhung des Lohnes auf Mai 2025, trotzdem auch Rechnung getragen wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Frau Soland, Sie haben nochmals das Wort, wenn Sie es wünschen, und Sie können mir sagen, ob Sie am Antrag festhalten.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ja, ich würde am Antrag festhalten. Mir ist ehrlich gesagt jetzt auch nicht ganz klar, ich habe bisher immer verstanden, dass Sie zum bisherigen bzw. alten Stand eine Lohnerhöhung wollten. Und jetzt höre ich etwas, nein, die Arbeitsmarktzulage, die 400 Franken pro Monat seien auch viel zu wenig. Da bin ich mir jetzt nicht sicher, ich habe das nämlich bisher anders verstanden. Ich habe verstanden, dass man da schnell eine Ablösung bringen soll und wenn Sie sagen, nein, Sie wollen nicht nur 400 Franken, Sie wollen viel mehr Geld, dann wäre das ein etwas anderes Verständnis. Dann können Sie sich überlegen, ob sie die erhöhen, ob das gesetzlich geht, Joël Thüring, müsste man dann noch schauen. Auch bei der Arbeitsmarktzulage muss man eigentlich den Wettbewerb beachten.

Ich gehe davon aus, dass Sie das anders gemeint haben, dass wir hier eine nachhaltige Lösung bringen und das reicht nicht auf 1. Mai. Ich wollte einfach ehrlich und transparent sein, aber die Vorlage werden wir bringen und wir haben ja schon die Arbeitsmarktzulagen, wir haben ja schon erhöht und Massnahmen getroffen. Wir können noch schauen, ob man das bei den Zulagen schneller macht, da haben wir auch eine Möglichkeit, das können wir noch anschauen.

Einfach, dass Sie wissen, die Lohnkurve, was wir machen würden, um das wirklich gesetzlich zu machen, ist eine Gesetzesänderung. Das kann dann aber auch schnell gehen, auch bei Ihnen, und dass man dann auf 2026 das wirklich so einführen kann. Aber die Vorlage sollte vor ihrer Frist kommen, das ist ja dann vielleicht auch schon zu Ihrer Zufriedenheit, hoffe ich.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Joël Thüring möchte Ihnen noch eine Frage stellen. Sie wird angenommen.

Joël Thüring (SVP): Ich bin einverstanden mit Ihnen, Frau Regierungsrätin, aber Sie sind mit mir auch einverstanden, hoffe ich, dass Sie, bis wir dieses Problem allenfalls bei einer Überweisung gelöst haben mit den gesetzlichen Bestimmungen, etc., dass man aber temporär über die Arbeitsmarktzulage diese Lohnerhöhung trotzdem irgendwie unterbringen kann? Sind Sie damit einverstanden, dass das grundsätzlich möglich wäre? Ich sage nicht, ob Sie es gut oder nicht gut finden würden.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Also das haben wir gemacht. Ich weiss nicht, wie hoch man gehen kann, das Gesetz ist mir gerade nicht so präsent.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Obwohl es viel Einigkeit gibt über die Bearbeitungsfristen, gibt es zwei verschiedene Anträge, über die wir zuerst abstimmen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion bis am 1. Mai 2025. Die Regierungsrätin beantragt, diese Frist auf Ende Februar 2026 zu setzen.

Eventualabstimmung

JA heisst Frist 1. Mai 2025, NEIN heisst Frist Ende Februar 2026

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 49 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004615, 23.10.24 11:43:19]*

Der Grosse Rat beschliesst

Frist wird bis 28.02.2026 verlängert

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die formelle Frist wird auf Ende Februar 2026 gesetzt. Wir haben 41 Ja-Stimmen gegen 49 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Christoph Hochuli beantragt Überweisung als Motion. Der Regierungsrat beantragt Überweisung als Anzug.

Abstimmung

JA heisst es Überweisung als Anzug, NEIN heisst Überweisung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

39 Ja, 51 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004617, 23.10.24 11:44:09]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 28.02.2026

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Geschäft wird als Motion weiterbehandelt. Es liegen 51 Nein-Stimmen gegen 39 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen vor. Da kein Antrag auf Nichtüberweisung gestellt wurde, ist die Motion damit überwiesen.

30. Motion Anina Ineichen und Konsorten für einen Klimafonds "New Green Deal für Basel" (NGDB), Stellungnahme des RR"

[23.10.24 11:44:27, 24.5177.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert 2 Jahren.

Das Wort geht zuerst an Regierungsrätin Tanja Soland. Sie verzichtet. Damit sind wir bei den Fraktionsvoten und hier hat sich Harald Friedl für das GAB gemeldet.

Harald Friedl (GAB): Ja, wir haben den «Chrüzlistich» auch gesehen und wir wissen, es wird schwierig, aber trotzdem möchte ich es nicht unversucht lassen, Sie doch noch von dieser Motion zu überzeugen. Daher beantragen wir Ihnen, hier auch die Motion als Motion weiterbehandeln zu lassen und ein zweites Mal zu überweisen.

Der grosse Vorteil eines Fonds liegt in seiner Zweckbindung. Die Gelder, die in einen solchen Fonds fliessen, sind explizit für dieses Thema, für diese Bestimmung reserviert und in diesem Fall wäre es eben der Klimaschutz. Wenn das Geld einmal geäufnet ist, stehen dann diese Mittel unabhängig von der wirtschaftlichen Lage, von den Einkommen des Kantons zur Verfügung. Wir finden das gerechtfertigt für dieses wichtige Thema. Das schafft nicht nur Planungssicherheit, sondern es erlaubt uns auch, die notwendigen Massnahmen langfristig und nachhaltig zu finanzieren, ohne dass wir das jedes Jahr wieder neu in der Budgetdebatte aushandeln müssen.

Zudem schafft ein Klimafonds die dringend nötige Transparenz. Sie haben alle die kürzlich veröffentlichte Klimastrategie gesehen. Wenn Sie das genauer angeschaut haben, werden da für Klimamassnahmen aus diversesten Quellen und Töpfen Gelder gesprochen. Diese Uneinheitlichkeit der Gelder führt dazu, dass niemand dann wirklich mehr den Überblick hat, wie viel Geld schlussendlich in den Klimaschutz kommt vom Kanton. Hier würde eben ein Fonds für Ordnung sorgen, weil es klar ersichtlich wäre, welche Mittel für welche Massnahmen eingesetzt werden. Das ist nicht nur effizienter, sondern erhöht auch die Glaubwürdigkeit gegenüber der Bevölkerung, die diese Mittel, diese Massnahmen in der Abstimmung auch eingefordert hat.

Die Regierung hat ja selber auch schon Fonds geschaffen. Sie sieht auch den Vorteil solcher Fonds. Ich mag da an die OECD-Gelder erinnern, wo wir auch gerade letzthin kürzlich vom Regierungsrat einen Vorschlag erhalten haben, einen Fonds zu eröffnen, wo Gelder geäufnet werden sollen. Diese Gelder sollen eben bei der Argumentation zu den OECD-Geldern nicht aus den Staatsausgaben genommen werden, sondern wirklich zielgerichtet in einem Fonds angelegt werden. Wenn es für die Wirtschaft gut ist, einen Fonds zu bilden, dann sollte es auch für die Finanzierung von Klimaschutzmassnahmen gut sein.

Und nicht zuletzt die öffentliche Diskussion, die Kontroverse um diese Motion, die geführt wird. Da geht es ja darum, soll ein Expertengremium eingesetzt werden. Wir sind der Meinung, dass diese Diskussion nebensächlich ist. Wenn Sie die Motion gelesen haben, ist das als Vorschlag zu verstehen, als Beispiel, wie dieser Fonds verwaltet werden könnte. Und das ist auch kein Novum, Sie wissen es wahrscheinlich, bei der internationalen Zusammenarbeit ist auch ein Expertengremium eingerichtet worden, das über die Vergabe der Gelder bestimmt.

Ich bitte Sie, diese Argumente in Ihre Überlegungen aufzunehmen und bitte Sie daher auch, die Motion als Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP spricht Jessica Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Bei der Erstüberweisung dieser Motion haben wir bereits angekündigt, dass wir die Einschätzung des Regierungsrates abwarten möchten, bevor wir uns zur Zweitüberweisung äussern. Mittlerweile hat der Regierungsrat nicht nur zu dieser Motion Stellung genommen, sondern auch den Klimaschutz-Aktionsplan vorgestellt. Es tut sich etwas in Sachen Klima in Basel und das ist auch gut so, denn wir haben nicht nur demokratisch beschlossene Ziele, die

wir erreichen müssen, sondern auch die Natur zeigt uns immer wieder ganz deutlich, dass mit dem Klima nicht alles zum Besten steht.

Die vorliegende Motion möchten wir als Anzug überweisen. Wir sind nicht vollends davon überzeugt, dass eine Expertenkommission ein gutes Gefäss ist, um Entscheide zu treffen, denn das würde dazu führen, dass Entscheide dem demokratischen Prozess entzogen würden. Wir denken, dass bisher immer dann gute und mehrheitsfähige Lösungen entstanden und gefunden wurden, wenn sie demokratisch gefällt wurden und auch so abgesichert wurden. Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass es wichtig ist, genügend und rechtzeitig Geld für Klimaschutzmassnahmen zur Verfügung zu stellen, weil Klimaschutz eben nicht gratis zu haben ist.

Darum stellen wir den Antrag auf Überweisung als Anzug.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Mitte/EVP spricht Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Swisslos vor Klimaschutz und Biodiversität. Zuschlag für die Elektrifizierung des motorisierten Verkehrs beim Strombezug. Machbarkeitsprüfung Carbon capture and storage (CCS). Energieförderfonds. Das sind einige der Finanzierungswege, wie sie der soeben publizierte Klimaschutz-Aktionsplan 2024 aufzählt. Manche Mittel sind bereits budgetiert, neue Mittel werden ins Budget fliessen, manche werden durch den Aktionsplan ausgelöst, andere nicht. Die Regierung nennt in ihrem Beschluss zur vorliegenden Motion weitere bereits beschlossene Ausgaben, etwa 110 Millionen für die Fernwärme, usw. All diesen Ausgaben gemein ist, dass sie auf dem ordentlichen Weg beschlossen und durch das Parlament genehmigt wurden.

Mit der hier vorliegenden Motion verlangen die Motionäre nun einen Paradigmenwechsel. Der Grosse Rat soll seine Kompetenz an eine Vergabekommission abtreten. Mit anderen Worten, budgetiert würde lediglich noch die Einzahlung an den hier angedachten Fonds. Was einbezahlt werden soll, wird nur vage umrissen. Es würde also an der Regierung liegen, jährlich einen Betrag zu definieren, der in einen Fonds fliessen soll, dessen präzise Verwendung aber nicht klar ist. Damit bestünden zwei Finanzierungsvarianten für die Erreichung der Klimaziele. Die gemäss Aktionsplan geplanten Massnahmen könnten entweder über das übliche Budget oder den Fonds finanziert werden. Dabei ist unergründlich, wie die Mittel vom Fonds in die Projekte fliessen sollen. Muss die Regierung der Kommission einen Budgetantrag stellen? Was, wenn die Kommission den ablehnt, kommt die Ausgabe dann wieder ins Budget des Grossen Rates?

Der Aktionsplan 2024 definiert klar, was wann zur Erreichung der Klimaziele vorgekehrt werden soll und wie die Finanzierung erfolgt. Es ist ein Gesamtkonzept, eine Struktur gegeben. Die Ausführung obliegt der Regierung, die Mittel sind im Budget klar auszuweisen und müssen vom Grossen Rat genehmigt werden. Mit einem Fonds wie dem hier vorgeschlagenen hätten wir eine Parallelinstitution. Wir würden blind Geld in wohl nicht unbeträchtlicher Höhe einer nicht bekannten Kommission zur Verfügung stellen. Diese könnte darüber irgendwie verfügen, zwar wohl im Sinne des Klimaschutzes, aber jeglicher weiteren Kontrolle durch Regierung und Parlament entzogen. Welche Projekte nun mit welchen Mitteln vom Grossen Rat bewilligten oder aus dem Fonds gesprochenen bezahlt werden sollen, ist völlig willkürlich. Kurzum, der ganze Vorschlag ist diffus und intransparent. Mit seiner Realisierung würden die ganzen Verfahren zur Finanzierung der Klimaschutzmassnahmen komplizierter und damit zeitaufwendiger. Das kann nicht im Sinne der Sache sein.

Es ist unerlässlich, dass die ganzen Klimamassnahmen koordiniert und kontrolliert umgesetzt werden. Eine Kommission, die jeder Koordination und Kontrolle durch Parlament und Regierung entzogen ist, trägt die Gefahr in sich, eine gefährliche Eigendynamik zu entwickeln und damit der Klimasache zu schaden. Das so abgezweigte Geld würde der Regierung zur Erreichung der Klimaziele, die sie als zwingende Aufgabe auferlegt erhalten hat, unter Umständen fehlen. Wir riskieren, dass mit viel Geld durch eine Kommission Nice-to-have-Aktionen gestartet werden und andere Massnahmen zurückgestellt werden müssen, weil diesen das Geld fehlt. Was wir im Klimaschutz nun aber am wenigsten brauchen können, sind Verzögerungen. Es muss speditiv koordiniert und kontrolliert gehandelt werden. Wir sind auf dem besten Weg, dies zu erreichen. Gefährden wir dies also nicht, indem wir seltsame Nebenschauplätze errichten.

Ich danke Ihnen dafür, dass Sie die vorliegende Motion nicht der Regierung überweisen, und zwar weder als Motion noch als Anzug.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Luca Urgese spricht für die FDP.

Luca Urgese (FDP): Ich kann mich vielem anschliessen, was meine Vorrednerin gesagt hat, aber ich möchte es noch etwas deutlicher sagen. Einen Klimafonds mit Vergabekommission einzuführen, wie er in dieser Motion vorgeschlagen wird, wäre ein krasses Misstrauensvotum gegen dieses Parlament, gegen die Regierung und Verwaltung und letztlich auch gegen das Volk. Und es verwundert mich schon, wie viele Kolleginnen und Kollegen bereit sind, diesen Affront einfach so hinzunehmen.

Wir entscheiden hier drin praktisch jeden Monat über Massnahmen zum Klimaschutz. Wir sprechen hier drin regelmässig grössere finanzielle Beiträge für den Klimaschutz. Ausbau der Fernwärme, Umstellung der BVB-Busflotte auf elektrische Busse, Ausbau der Solaranlagen auf Verwaltungsgebäuden, nur um ein paar Beispiele zu nennen.

Diese Geschäfte hatten in diesem Saal klare Mehrheiten, aber das scheint der Motionärin nicht genug zu sein. Sie will mehr. Sie sagt das ja auch öffentlich und deutlich und da wird die Motion dann eben problematisch. Wir haben in der Klimapolitik auch umstrittene Geschäfte. Geschäfte, bei denen es knapp wird, Geschäfte, bei denen vielleicht sogar das Volk einmal deutlich nein sagt, wenn ich so an die deutliche Ablehnung der Stadtklima-Initiative denke. Und es kann nicht sein, dass wir bei diesen Geschäften beginnen, das Parlament zu umgehen und darauf läuft der Vorschlag schliesslich hinaus, wenn man dem Wortlaut folgt.

Wenn wir eine Vergabekommission schaffen, wie das die Motion will, gibt es in der praktischen Umsetzung so grob zwei Möglichkeiten. Erstens, wir machen das wie beispielsweise beim Mehrwertabgabefonds. Diese Vergabekommission stellt dem Grossen Rat einen Antrag, dann bleibt das Parlament involviert, aber dann ist es ein Misstrauensvotum an den Regierungsrat und die Verwaltung, dass diese nicht in der Lage sind, richtig zu beurteilen, welche Geschäfte sie uns vorlegen sollen und welche nicht. In der Motion steht ja auch noch etwas von fair und unabhängig, im Umkehrschluss, die Motionärin hält den heutigen Prozess für unfair und auf irgendwelchen Abhängigkeiten beruhend. Dann frage ich mich halt, warum sie dann unbedingt Teil dieses Gremiums werden will.

Oder die zweite Möglichkeit, die Kommission entscheidet selber direkt, wie die Fonds-Gelder ausgegeben werden sollen. Und dann ist das nichts anderes, sagen wir es klar und deutlich, als eine Entmachtung dieses Parlaments und letztlich auch des Volkes in Klimaschutzfragen. Und das ist hochgradig undemokratisch. Wir haben das schon gehört oder gelesen bei Klimaaktivisten, die beim Thema Klima gerne die Demokratie ausschalten würden, weil ihnen alles zu langsam und zu wenig in ihrem Sinn vorwärtsgeht. Würde dieses Parlament sich dieser Haltung anschliessen, hätte das aber schon eine ganz neue Qualität und da bin ich froh, dass die SP zumindest so halb zur entsprechenden Einsicht gekommen ist. Und es ist auch nicht dasselbe wie die Fachkommissionen, die wir im Kulturbereich kennen. Dort geht es a) um kleinere Beiträge und b) sind die Förderentscheide dort politisch nicht umstritten. Das ist doch eine grosse und ziemlich relevante Differenz.

Wir haben vom Regierungsrat einen Klimaschutz-Aktionsplan vorgelegt bekommen. Eine lange Liste von geplanten Massnahmen inklusive Preisschild, welches so nebenbei deutlich tiefer ist, als Sie behaupten, 3,6 Milliarden. Über die dort vorgeschlagenen Massnahmen soll hier drin entschieden werden. Hier werden die Mehrheiten in der Bevölkerung abgebildet, hier ist das relevante demokratische Gremium, welches über Massnahmen zum Klimaschutz in einer Gesamtabwägung zu anderen berechtigten Interessen entscheiden soll und muss.

Und dann noch das Argument der Planungssicherheit. Es gibt diesbezüglich für die betroffenen Akteure keinen Unterschied zwischen Vergabekommission und Grossem Rat. Solange es ein Gremium gibt, das entscheidet, hat man keine bessere Planungssicherheit. Wenn es objektive Kriterien gibt, also wenn das und das der Fall ist, dann gibt es Franken X, dann haben Sie Planungssicherheit, aber dann brauchen Sie auch keine Vergabekommission und sonst hat man immer erst dann Sicherheit, wenn das Gremium entschieden hat.

Wie bitten Sie also mit Nachdruck, die demokratischen Rechte dieses Parlaments und des Volkes zu wahren und die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Oliver Thommen. Sie wird angenommen.

Oliver Thommen (GAB): Ihre Sorge um das Klima und um die Demokratie, ich habe fast Tränen bekommen. Meine Frage ist, Sie haben den Klimaaktionsplan genannt, dort werden ja verschiedenste Töpfe geschaffen und Fonds, unter anderem auch einen Scope-3-Treibhausgas-Fonds. Werden Sie diese Massnahmen dann alle ablehnen, weil das alles so undemokratisch und nicht funktionabel ist?

Luca Urgese (FDP): Wir werden das sehr kritisch anschauen und schauen, wie da die demokratischen Rechte des Parlaments gewahrt werden. Es kann einfach nicht sein, dass man einen Fonds mit Geld speist und dann sagt, ja, die Vergabekommission weiss dann schon, was gut und recht ist. Das lehnen wir ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir fahren um 15 Uhr fort mit diesem Traktandum. Einen schönen Mittag.

Schluss der 32. Sitzung

12:00 Uhr

Protokoll

der 33. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 23. Oktober 2024, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Lukas Faesch (LDP).

Verhandlungsgegenstände:

30. Motion Anina Ineichen und Konsorten für einen Klimafonds "New Green Deal für Basel" (NGDB), Stellungnahme des RR" 3
31. Antrag Claudia Baumgartner und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Massnahmen zur Aufwertung der beiden ehemaligen Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft (Volles Ständerecht), Stellungnahme des RR 5
32. Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Schaffung eines Bio-Stadt-Labels, Schreiben des RR .. 10
33. Anzug Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Strategie für die Stadtentwicklung im Kleinbasel (Webergasse, Claraplatz, Claramatte), Schreiben des RR 11
34. Gleichstellungsplan des Kantons Basel-Stadt Erarbeitung und Umsetzung, Bericht des RR 14
34.1. Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend einer kantonalen Gleichstellungsstrategie 2030, Bericht des RR 18
35. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend ungültige Stimmen vermeiden – Wahlunterlagen anpassen, Stellungnahme des RR 19
36. Anzug Johannes Sieber und Konsorten betreffend Stärkung der Teilhabe an Kultur durch Ausbau und Konsolidierung des Angebots der «KulturLegi», Schreiben des RR 19
37. Motion Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend ganzheitliche Sexualaufklärung im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR 20
38. Motion Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Gleichbehandlung der nachobligatorischen Schulzeit in Sachen Familienurlaub, Stellungnahme des RR 21
39. Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Beteiligung des Kantons Basel-Stadt am ICT Scouts/Campus, Schreiben des RR 22
40. Anzug Franziska Roth und Konsorten betreffend bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Familien mit behinderten und chronisch kranken Kindern, Schreiben des RR 22
41. Antrag Fina Girard und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend eine gesicherte Teilnahme der Schweiz an Erasmus+, Stellungnahme des RR 23
42. Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend Erlass eines Musikschulgesetzes, Stellungnahme des RR 23
43. Anzug Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Beleuchtung und Randmarkierungen auf Velowegen und -routen durch ein smartes Beleuchtungssystem, Schreiben des RR 25
44. Anzug Laurin Hoppler und Konsorten quartierbezogene autofreie Tage um die nachhaltige Mobilität stärker in die Bevölkerung zu tragen, Schreiben des RR 28
45. Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend ‘Trees in Cities Challenge’ – Noch mehr Bäume für Basel, Schreiben des RR 28
46. Anzug Pascal Messerli und Oliver Thommen betreffend Förderung des Baumbestands, Schreiben des RR 28
47. Motion Daniel Albietz und Konsorten betreffend faires Inventarisierungsverfahren, Stellungnahme des RR 30

48. Motion Jörg Vitelli und Konsorten Motion betreffend kein Zubringer Allschwil ohne Bachgrabentram, Stellungnahme des RR 32
49. Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Velosicherheitsmassnahmen in der Neubadstrasse, Schreiben des RR 33
50. Anzug Michael Hug und Konsorten betreffend Wiederaufnahme der Planung eines Tram-Schiffsverkehrs ("Vaporetto") auf dem Rhein, Schreiben des RR" 33
51. Motion Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Untertunnelung und Finanzierung der gesamten Osttangente durch das Stadtgebiet - A2 Underground - the way to the future, Stellungnahme des RR 36
52. Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend Anwohnerparkkartengebühren nach beanspruchter Parkfläche, Schreiben des RR 37
53. Motion Raffaela Hanauer und Konsorten betreffend Konzept für Baumpflanzungen sowie Begrünungs- und Entsiegelungsmassnahmen gegen die Sommerhitze, Stellungnahme des RR 38
54. Motion Lukas Bollack und Konsorten betreffend Erhöhung der Baumkronenbedeckung im Siedlungsgebiet, Stellungnahme des RR 40

Beginn der 33. Sitzung

Mittwoch, 23. Oktober 2024, 15:00 Uhr

30. Motion Anina Ineichen und Konsorten für einen Klimafonds "New Green Deal für Basel" (NGDB), Stellungnahme des RR"

[23.10.24 15:00:40, 24.5177.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie ganz herzlich zu unserer Nachmittagssitzung und bitte Sie um Ihre Aufmerksamkeit. Ich habe Ihnen vorerst eine Mitteilung zu machen. Diese Woche besuchen uns acht Klassen der bikantonalen Berufsfachschule Gesundheit in Münchenstein und drei der Klassen darf ich heute Nachmittag auf der Tribüne begrüssen, zwei davon habe ich auch schon gesprochen bei uns im Rathauskeller. Das war sehr interessant. Ich danke für die spannenden Fragen. Lehrperson ins Benjamin Walter. Schön, machen Sie eine Ausbildung im Gesundheitsbereich und schön, dass Sie sich für die Basler Politik interessieren. Herzlich willkommen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir sind stehengeblieben bei der Beratung von Traktandum 30, Motion Anina Ineichen und Konsorten für einen Klimafonds New Green Deal für Basel.

Die Anträge auf Nichtüberweisen Anzug und Motion wurden bereits gestellt und wir fahren fort mit den Fraktionssprechenden, und da ist Tobias Christ für die GLP an der Reihe. Er hat das Wort.

Tobias Christ (GLP): Bei der ersten Überweisung waren wir uns in der GLP nicht ganz einig, inwiefern das sinnvoll sein könnte. Wir waren uns aber einig, dass es Sinn macht, dass der Regierungsrat dazu berichtet. Wir danken der Regierung, dass sie das gemacht hat und haben uns auch überzeugen lassen, dass die Motion in dieser Form nicht sinnvoll weiterzuverfolgen ist. Insofern folgen wie hier der Regierung und werden die Motion nicht mehr überweisen.

Einige von uns, namentlich ich, die dieser Idee grundsätzlich positiv gegenübergestanden sind, hätten sich gewünscht, dass in der Beantwortung noch ein bisschen stärker der Blick aufgemacht wird, nicht nur kritisiert wird, warum diese Motion hier nicht sinnvoll ist. Wie gesagt, davon sind wir jetzt überzeugt, namentlich auch, weil mit dem mit dem Paket zur Standortförderung schon etwas auf dem Tisch liegt, das wir bald behandelt werden im Rat. Aber darüber hinaus denken wir, wird es doch noch Sachen brauchen. Ich spreche jetzt nicht mehr für die Fraktion, sondern nur noch in meinem Namen. Ich bin offen dafür, neue Ideen weiterzudenken, neue Ideen zu skizzieren und allenfalls eine Neuauflage zu machen, die vielleicht weniger auf die Bereitstellung von finanziellen Mitteln setzt, sondern eher in Richtung einer Lenkungsabgabe geht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SVP spricht Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Fast jeder Vorschlag, wie die Dekarbonisierung im Hinblick auf das Ziel Netto Null 2037 umgesetzt werden könnte, findet hier drin eine Mehrheit. Vorschläge aus der Verwaltung, von Experten, Vorschläge aus unserer Mitte, politische Vorschläge, technokratische Vorschläge, es spielt keine Rolle. Es spielt auch keine Rolle, ob ich diese Vorschläge immer gut oder schlecht finde. Wenn sie eine Mehrheit finden, sind sie demokratisch legitimiert.

Es findet hier drin ein öffentlicher Diskurs statt vor den Medien, die Öffentlichkeit sieht, was beraten wird, sieht, wer was denkt. Nun, mit dieser Idee, wenn wir diese als Motion überweisen, wird all das abgeschafft. Es ist eine Selbstkasteiung, und wir werfen unsere Kompetenzen als Parlament zum Fenster hinaus. Ich bin froh, dass auch die SP das so sieht und damit die Motion voraussichtlich vom Tisch sein dürfte.

Warum wollen wir von der SVP das auch nicht als Anzug überweisen? Wir sehen schlicht den Mehrwert gegenüber den bestehenden Prozessen nicht, denn die gleiche Regierung, welche uns das Budget vorlegt, würde auch ihre Ideen zu diesem Anzug vorlegen, vermutlich mit den gleichen Antworten auf die gleichen Fragen. Das gleiche Parlament, welches das Budget berät und am Schluss bewilligt, könnte dann auch über den Anzug oder die Anzugsbeantwortungen befinden. Also sprich, es

gibt Doppelspurigkeiten ohne Mehrwert. Aus diesem Grund bitte ich Sie, auch den Anzug nicht zu überweisen, sondern das Ganze abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecherin hat sich Anina Ineichen gemeldet.

Anina Ineichen (GAB): Ich habe Ihnen zugehört, so gut es möglich war, aber ich weiss auch, Fonds sind nicht unbeliebt im Kanton. Wir haben im Moment bei der WAK eine OECD-Vorlage, welche vorsieht, dass das Geld in einen Fonds fliesst. Wir haben bereits diverse Fonds, welche wir gerne bedienen und aus welchen wir uns gern bedienen. Wir planen in der Klimastrategie offenbar neue Fonds, oder es werden zumindest solche vorgeschlagen. Daraus entnehme ich, Fonds müssen auch etwas Positives haben.

Ich selber sehe viel Positives in Fonds. Fonds garantieren, dass das Geld, das dort drin ist, auch verwendet wird für die Zwecke, die vorgesehen sind, und es garantiert, dass auch bei mal nicht so guten Kantonsfinanzen das Geld vorhanden ist für wichtige Sachen wie beispielsweise die Klimakrise. Ein Fonds würde auch Transparenz schaffen und den Überblick erleichtern. Das ist demokratiepolitisch wichtig, weil man dann aus einer Hand sieht, wie viel Geld für was eingesetzt wird.

Zum Schluss noch etwas: Eine Motion hat einen Text und eine Motion hat eine Forderung. Was umgesetzt werden muss, ist die Forderung. Vorliegend geht es um die Einrichtung eines Klimafonds. Alles andere sind Vorschläge. Ich habe entnommen, der Grosse Rat und die Regierung sind nicht begeistert von diesem Vorschlag. Es würde der Regierung selbstverständlich frei stehen, diese nicht so umzusetzen. Umgesetzt werden müsste einfach dieser Klimafonds. Das ist die Forderung, mehr ist das nicht.

Ich würde es immer noch begrüssen, wenn Sie es als Motion oder zumindest als Anzug überweisen würden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an die Vertreterin des Regierungsrats Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Sie haben die Argumente jetzt noch einmal dargelegt, wir haben sie Ihnen auch schriftlich gegeben. Ich möchte hier einfach noch einmal diese Diskussion um den Fonds aufnehme n. Ein Fonds kann Sinn machen, aber nicht immer. Und ich bin der Meinung, beim Standortpaket ist das sehr sinnvoll, weil wir dort ja unsere Erfolgsrechnung nicht ganz durcheinander bringen möchten. Mit jedem Mal 100 oder 200 Millionen Mehreinnahmen und wieder Ausgaben wäre das sehr schwierig für unsere Budgetierung und für die Rechnung. Das ist vor allem ein finanzrechtlicher Grund. Ein anderer Grund ist, dass die Mittel dort begrenzt sein müssen, denn sonst ist es uferlos und der Fonds hilft das auch zu begrenzen

Sie sagen, die Gelder werden nur für das ausgegeben. Ja, die Gefahr besteht – das sehen wir auch bei anderen Fonds -, dass man, wenn man das Geld nicht gerade ausgeben kann, irgend etwas sucht, und das macht doch keinen Sinn. Ich kann mich nicht erinnern, dass wir bei diesem Thema je etwas blockiert haben. Es scheint mir eher alles, was von der Regierung kommt, wird auch gutgeheissen oder sogar noch mehr. Das scheint mir kein Problem zu sein, die Vorlagen, die Sinn machen, dann auch zu finanzieren. Aber man soll sich überlegen, wie viel Geld braucht es, und nicht einfach das Geld werfen. Da habe ich als Finanzdirektorin immer Angst, Fonds sind immer etwas heikel. Wenn das Geld einfach parkiert wird, ist das eine grosse Belastung für das Budget, und das wollen wir auch nicht.

Wir haben die Gelder immer bereitgestellt. Ich sehe also das Problem nicht und bitte Sie deshalb, den Vorstoss nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Jessica Brandenburger beantragt Überweisung als Anzug, Harald Friedl beantragt Überweisung als Motion.

Es findet nun zuerst eine Eventualabstimmung statt, ob wir das Geschäft als Anzug oder als Motion weiterverfolgen.

Eventualabstimmung

JA heisst Umwandlung in einen Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

75 Ja, 17 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004621, 23.10.24 15:11:07]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Anzug

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Geschäft wird als Anzug weiterbehandelt,. es liegen 75 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung vor.

Der Regierungsrat beantragt, wie erläutert, Nichtüberweisung. Wir kommen zur Schlussabstimmung zu diesem Geschäft.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Geschäft wurde nicht überwiesen mit 48 Nein-Stimmen gegen 45 Ja-Stimmen, bei einer Enthaltung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Anzug NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 48 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004623,]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

31. Antrag Claudia Baumgartner und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Massnahmen zur Aufwertung der beiden ehemaligen Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft (Volles Ständerecht), Stellungnahme des RR

[23.10.24 15:12:02, 23.5642.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Standesinitiative einzureichen.

Regierungspräsident Conradin Cramer verzichtet auf ein erstes Votum. Damit kommen wir zu den Fraktionen und da hat sich David Jenny gemeldet.

David Jenny (FDP): Wir beantragen Ihnen Nichtüberweisung. Der letzte Nationalratswahlkampf ist schon lange abgeschossen und das war wirklich ein GLP-Wahlkampfgag. Katja Christ hat ein entsprechendes Postulat eingereicht. Das wurde beerdigt im Nationalrat. Die Haltung des Bundesrates musste unser Bundesrat Beat Jans vertreten, und er ist also nicht in Ausstand getreten und gesagt, er mache Gewissensgründe geltend und könne hier dem Bundesrat nicht vertreten. Er hat Folgendes gesagt: Der Bundesrat hat stets eine konstante Haltung zur Frage der ehemaligen Halbkantonen gezeigt. Nach wie vor ist der Bundesrat der Ansicht, dass keine neuen Erkenntnisse vorliegen, die das bestehende Gleichgewicht zwischen den Kantonen ändern könnten. Eine Änderung des Status nur vom Basel-Stadt und Basel-Landschaft würden zudem das Feld für viele weitere Fragen öffnen und von den anderen Kantonen wahrscheinlich nicht akzeptiert werden.

Die Autorin des Postulates hat es erwähnt, die Schaffung des Kantons Jura in den Siebzigerjahren hätte zu einer neuen Ordnung des Föderalismus führen können. Sie tat es aber nicht. Der Nationalrat hat mit 118 gegen 66 Stimmen abgelehnt. Ich glaube, das würde sich auch nicht ändern, wenn man jetzt alle früheren Halbkantone einbeziehen würde. Die Meinungen in Bern sind gemacht, das kann man bedauern oder das kann man nicht bedauern, ausserhalb einer grundsätzlichen Neuordnung der Verhältnissen in unserem Bundesstaat, etwa ein Modell, wie es in Deutschland gilt im Bundesrat, ist wirklich illusorisch. Und eine solche Änderung ist nicht auf der Tagesordnung. Wir machen uns wirklich nur lächerlich. Wir sind ein trotzendes Kind, wenn wir diese Standesinitiative jetzt überweisen. Und warum die Regierung meint, Sie wolle da populistisch mitmachen, ist es mir auch unerfindlich.

Ich will jetzt nicht gross inhaltlich argumentieren, aber ich meine der verstorbene Hans-Ruedi Gysin jubeliert im Himmel, wenn wir das überweisen. Das einzige Ziel, dass damit verfolgt wird, ist, dass wir alle Hoffnung auf eine Fusion oder so aufgeben und ich meine immer noch, eine Fusion unserer beiden Kantone ist wahrscheinlicher in den nächsten 30 Jahren als eine Neuordnung unseres ganzen föderalistischen Systems. Und ich bitte Sie wirklich, das zu bedenken und diesen GLP-Wahlkampfgag endgültig zu versenken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP spricht Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich kann nahtlos weitermachen, wo David Jenny aufgehört hat. Wir haben es schon damals einen unsinnigen Wahlkampfgag gefunden. Daran hat sich nichts geändert. Es ist ein Vorstoss für die Galerie. Es gibt im Bundeshaus eine Galerie des Alpes. Vielleicht gehört dieser Vorstoss dorthin bei einem Glas Weisswein, aber er gehört sicherlich nicht als Standesinitiative an die eidgenössischen Räte übermittelt. Und ich muss David Jenny schon sehr unterstützen, ich bin auch ein wenig irritiert über die Ausführungen des Regierungsrates, der sich nun hier für diese Standesinitiative ausspricht. Ich muss den Regierungsrat, er ist ja in Form des Regierungspräsidenten hier anwesend, schon auch fragen: Was erhoffen Sie sich davon, wenn Sie dafür nach Bern in eine vorberatende Kommission eingeladen werden? Da machen Sie sich entweder lächerlich oder aber Sie haben einfach Ihre Zeit verschwendet, weil die Ausgangslage ist ja aufgrund dieses klaren Entscheides des Nationalrates mit 118 zu 66 bei 10 Enthaltungen nicht veränderbar. wenn Regierungspräsident Conradin Cramer mit seinem zweifelsohne grossen rhetorischen Talent in einer Ständerats- oder Nationalratskommission zu dieser Standesinitiative vorsprechen würde. Das ist nun wirklich ein Trotzen, wenn wir das nun auch aufgrund dieses erst sehr kurzfristigen oder noch nicht sehr alten Beschlusses des Nationalrates auf einen Vorstoss Ihrer Kollegin, von Frau Nationalrätin KatjaChrist, nun auf diesem Wege noch einmal probieren.

Und die Regierung geht ja in ihrer Stellungnahme sogar noch einen Schritt weiter. Das irritiert mich dann ganz besonders. Sie sagt, eigentlich müsste jeder Kanton, weil es ja die Halbkantone nicht mehr gibt, ein volles Standesrecht bekommen. Ja aber sind Sie sich bewusst, was Sie damit eigentlich anstellen würden? Mir wäre das vielleicht sogar noch recht, wenn die Kantone Appenzell Inner- Ausserrhoden, Nidwalden und Obwalden ein volles Standesrecht bekommen würden, dann wären die Vertretungen im Ständerat noch deutlich bürgerlicher, weil die Mehrheit dieser Sitze dann wahrscheinlich nicht den Linken, sondern in bürgerlichen Händen wären. Aber das ist ja dann nicht das Ziel, das sie eigentlich wollten, nicht wegen der parteipolitischen Zusammensetzung, sondern mehr auch wegen der Zusammensetzung des Ständerates, was das Gewicht der Städte anbelangt. Dieses Gewicht würde ja mit der Überlegung des Regierungsrates in seiner Antwort auf den Antrag der Standinitiative von Claudia Baumgartner sogar noch geschwächt werden, wenn wir von sechs ehemaligen Halbkantonen nun dann zumindest vier klare hätten, die sicherlich nicht städteorientiert sind und mit dem Kanton Basel-Landschaft ein Kanton, der auch nicht in seiner Gesamtheit besonders städteorientiert ist, zumindest dann nicht, wenn es um Zahlungen an diese Stadt geht.

Also Sie erreichen damit nichts im Sinne der Standesinitiative, weil der Nationalrat diese Standesinitiative erst vor kurzem in anderen Form in Form eines Vorstosses von Frau Nationalrätin Katja Christ abgelehnt hat, und wenn Sie ihn aber trotzdem überweisen möchten mit der Argumentation des Regierungsrates in seiner Antwort auf diesen Antrag, erreichen Sie fast langfristig eben genau das, was Sie wahrscheinlich eben nicht wollten. Die Stärkung des Kantons Basel-Stadt wird damit nicht erreicht werden, sondern Sie erreichen eine Stärkung der ländlichen Schweiz im Ständerat. Und ich glaube nicht, dass Ihnen dieses Ansinnen besonders wichtig erscheint.

Die Diskussion über das volle Ständerecht für diese sechs Kantone kann auch nicht über eine Standesinitiative eines betroffenen Kantons in erster Linie in einem Kantonsparlament geführt werden. Das muss mittel- und langfristig, wenn man das möchte, an anderer Stelle in den eidgenössischen Räten erfolgen. Hier wissen wir aber auch, David Jenny würde das wahrscheinlich unterschreiben, dass auch hierzu die Erfolgsaussichten eher gering sind, weil die Mehrheit der Kantone, die das ja dann ablehnen würde, nicht eine andere Mehrheit wäre wie die heutige.

Deshalb bitte ich Sie im Namen meiner Fraktion, auf diesen Antrag zur Einreichung einer Staatsinitiative zu verzichten und ich möchte wirklich auch den Regierungsrat bitten, wenn er sich schon über die Last der Vorstösse, die wir hier einreichen oder behandeln, teilweise beklagt, es dann nicht noch selber zu verschlimmern, indem er Vorstösse weiterbehandeln möchte, von denen er schon weiss, dass sie ohne Chance an der nächsten Stelle beim Adressaten sind.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Sie haben Recht, wir sind wie Sisyphos am Berg und haben einen Stein heraufzuschieben, und er ist schon einige Male wieder heruntergefallen. Und vielleicht fällt er auch dieses Mal wieder herunter und wir müssen ihn wieder raufschieben, und er fällt vielleicht noch einmal herunter und wir müssen ihn wieder hinaufschreiben, und er fällt vielleicht wieder herunter. Denn es wird nicht rechtens, wenn es so bleibt wie es ist, nur weil es so ist wie es ist.

Darum nehmen wir diesen Stein, schieben ihn noch einmal hinauf und wer weiss, vielleicht entfaltet sich dieses Mal etwas in der Kultur auf der anderen Seite und wir müssen ihn nicht wieder hochschieben. Und wenn dann halt alle sechs Halbkantone ein vollständiges Recht haben, dann freue ich mich für Sie oder Ihre Partei, dann haben Sie vielleicht ein bisschen mehr Macht im Ständerat. Aber alle sind dann gleichgestellt und wir können vielleicht dann auch in eine neu organisierte Zukunft schauen, die gerecht ist für alle.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Hanna Bay.

Hanna Bay (SP): Ich kann mich kurz halten. Natürlich müssen wir uns keine Illusionen machen. Diese Standesinitiative wird nicht dazu führen, dass der Kanton Basel-Stadt noch der Kanton Basel-Landschaft noch irgendein anderer Kanton, der es bis anhin nicht hat, das volle Standesrecht hat. Das Postulat von Katja Christ wurde mit aller Klarheit abgelehnt.

Vielleicht einfach kurz, wieso die SP diesen Antrag dennoch unterstützt: Weil das Anliegen im Kern richtig ist. Es ist für mich auch ein bisschen eine Eigenheit als ursprüngliche Bündnerin, dass sich Basel-Stadt immer darüber beklagt, dass man in den nationalen Parlamenten, dass man in Bundesbern zu wenig Gehör hat. Dann müssen wir doch jetzt Ja sagen, allein schon aus symbolischen Gründen. Ich fände es wirklich komisch, wenn man jetzt hier diesen Antrag ablehnt, auch wenn vielleicht David Jenny und seine Kollegen im Kern Recht hatten, dass sich an der Ausgangslage nichts ändern wird.

Genau daher bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen und vielleicht hat Oliver Thommen Recht, vielleicht kullert der Stein irgendwo anders herunter. Dann wäre es auch richtig und schön, und sonst: Steter Tropfen höhlt ein Stein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die GLP spricht Claudia Baumgartner.

Claudia Baumgartner (GLP): Einmal mehr danke ich für diese kurze, aber angeregte Debatte, und ich freue mich, dass auch der Regierungsrat in der zweiten Runde bereit ist, dieses Anliegen zu unterstützen.

Ich persönlich verstehe auch nicht, wieso man hier jetzt nicht aus Prinzip dafür sein kann, denn selbstverständlich ist das für mich ein politischer Kopfschuss, wenn ich sagen würde, ich gebe halt einfach auf, weil ich weiss, dass die Chancen gering sind. Wir wissen von vielen Geschichten, wie lange Jahrzehnte sie in der Schweiz brauchten, bis sie endlich zum Durchbruch kamen. Auch was betreffend Bundesrat Beat Jans gesagt wurde: Ja logisch, er musste das Dossier übernehmen von Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider, bemerkenswerterweise selber Vertreterin aus dem Kanton Jura im Bundesrat. Es ist logisch, dass Beat Jans gesagt hat, dass er da jetzt durch muss. Es ist schon klar, wie er selber sich persönlich dazu stellt. Man kann auch weiterhin hoffen,. dass Basel-Landschaft und Basel-Stadt irgendwann mal zu einem Vollkanton zusammenkommen würden. Ich glaube nicht daran, und ich glaube, man müsste jetzt wirklich endlich mal dieses Ungleichgewicht, das in der Verfassung immer noch steht, aufheben. Denn seit bald 200 Jahren leben wir zwei ehemaligen Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft mit zwischenzeitlich keiner sachlich, geschweige den juristisch haltbaren Begründung weiterhin mit nur der hälftigen Ständevertretung auf Bundesebene beziehungsweise bei Volksabstimmungen mit obligatorischem Ständemehr.

Seit bald einem Vierteljahrhundert leben wir mit einer total revidierten Bundesverfassung, die hinsichtlich der Gleichbehandlung aller bundesstaatlichen Gliedstaaten bewusst nicht konsequent zu Ende formuliert wurde, sondern sich mit Kosmetik begnügen musste. Als fortschrittliche Demokratie rühmen wir uns, Gleichberechtigung und Partizipation auf allen Ebenen zu fördern, Minoritäten besser zu inkludieren, der individuellen Chancengleichheit mit auch staatlicher Unterstützung Vorschub zu leisten und Diskriminierung jeglicher Art zu bekämpfen. Überall schauen wir glücklicherweise heutzutage hin und gehen Missstände aktiv an. Wir sind angesichts der aktuellen geopolitischen Lage sogar bereit, unsere heiligste Kuh, die schweizerische Neutralität, im Interesse einer Einbindung in die internationale Staatengemeinschaft neu zu denken und vielleicht sogar alte Zöpfe abzuschneiden.

Überall also machen wir uns als Gesellschaft gleichstellungspolitisch fit für die Zukunft, nur wenn es um die gleiche Thematik innerhalb unseres eigenen Staatswesens geht, schauen wir seit ewigen Zeiten gerne weg und nehmen diese bundesverfassungsmässig postulierte Diskriminierung der sechs ehemaligen Halbkantone weiterhin in Kauf. Ja, ich habe es schon letztes Mal gesagt, natürlich bin ich aus Prinzip auch dafür, dass es um die anderen vier ehemaligen Halbkantone geht. Es geht mir nicht darum, dass wir jetzt auch Basel besser stellen wollen und deswegen ist es auch ganz klar kein Wahlkampfthema, das Katja Christ letztes Jahr betrieben hat und selbstverständlich werden wir deswegen auf kantonaler Ebene nachdoppeln.

Ich weiss nicht, ob die Haltung, die wir im Moment haben, von einer reifen, modernen Nation zeugt. Nur weil es allenfalls etwas schwierige Diskussionen gibt, scheuen wir seit ewigen Zeiten, dieses Thema jetzt anzufassen. Und wieso sollen Gliedstaaten nicht in allen Belangen gleichbehandelt werden, da wo Gleiches gleich zu behandeln ist? Ist dieses Beharren auf einem staatsrechtlich und politischen Defizit angesichts unserer gemeinsamen heutigen Herausforderungen klug? Dieses Hoffen, dass bitte alles beim Alten bleiben möge und man mit Wegschauen das Problem lösen könnte, kommt mir manchmal schon ein bisschen vor wie das Märchen des Kaisers neue Kleider.

Eine Klammerbemerkung nebenbei: Auch 2025 werden drei ehemalige Halbkantone Nidwalden, Obwalden und Basel-Stadt auch weiterhin voll in den nationalen Finanzausgleich einzahlen, und ich denke nicht, dass wir hier von Zwängerei oder unterwürfigem Betteln sprechen müssen, wenn wir dieses Geschäft - und dabei geht es mir wirklich um das Prinzip – nun ein weiteres Mal aufbringen. Ja natürlich, seit der letzten Anfrage aus dem Appenzell gibt es logischerweise keine neuen Erkenntnisse. Die neue Faktenlage müsste eben endlich auf Bundesebene geschaffen werden, und ich wünschte mir nun, dass auf Bundesebene mehr Bewusstsein für dieses Ungleichgewicht und zumindest eine Dialogbereitschaft gegenüber dieser Thematik besteht. Ich möchte, dass wir irgendwie auch mit unserem Bundesstaat hier ins 21. Jahrhundert kommen.

Deshalb ist es wirklich ein staatspolitisches und juristisches Unding auf höchster demokratischer Ebene, und das würden wir gerne abschaffen. Wir Grünliberalen danken weiterhin für Ihren Mut zu mehr Demokratie auch bei dieser Zweitüberweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt Zwischenfragen von David Jenny und Joël Tühring. Sie werden angenommen.

David Jenny (FDP): Wenn geschichtliche Argumente für Sie demokratiepolitisch ein Unding sind, halten Sie es immer noch vertretbar, dass der Kanton Zürich im Vergleich zum Kanton Uri (Bevölkerung Faktor 40 zu 1) das gleiche Gewicht im Ständerat hat und bezüglich Ständemehr Uri wie Zürich?

Claudia Baumgartner (GLP): Ja finde ich schon, denn wir rechnen ja im Nationalrat genau nach diesen demografischen Verhältnissen, wer wie viele Stimmen zugute hat. Im Ständerat sind wir alle gleich gross.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage von Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Sie haben jetzt ganz viel von Gerechtigkeit und Diskriminierung gesprochen. Ist Ihnen bewusst, dass, wenn sämtliche Halbkantone zu einem Vollkanton werden, die lateinische Schweiz noch mehr in der Minderheit wäre, als jetzt?

Claudia Baumgartner (GLP): Auch da kann ich wieder gleich antworten, es gibt verschiedene Kriterien, aber die sind alle nicht messbar. Messbar wäre, wenn im Ständerat einfach gelten würde 2, 2, 2 für alle.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Joël Tühring ist an der Reihe.

Joël Thüring (SVP): Ich möchte Sie trotzdem noch einmal fragen: Was wollen Sie denn einem Nationalrat oder Ständerat sagen, weshalb er jetzt für diesen Vorschlag sein soll, nachdem er ihn erst vor gut einem Jahr abgelehnt hat? Wie wollen Sie ihn denn überzeugen?

Claudia Baumgartner (GLP): Ich bin überzeugt, dass unsere Regierung in Bern die richtigen Argumente finden wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Dann geben wir doch dem Regierungsrat das Wort. Es spricht Regierungspräsidebt Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Vielen Dank für das Vertrauen, dass wir es dann schon richten werden. Wir hatten ja diese kontroverse Diskussion schon in der Februarsitzung geführt , und die Meinungen sind teilweise auch durch die Parteien geteilt. Am Schluss war es dann aber doch eine sehr komfortable Mehrheit von Ihnen, welche die Standesinitiative überwiesen hat, und der Regierungsrat hat von Anfang an signalisiert, dass er bereit ist, diese Standesinitiative auch mitzutragen, entgegenzunehmen und dies aus inhaltlichen Gründen. Wir sind im Regierungsrat schon überzeugt, dass alle Kantone nicht nur die gleichen Pflichten, sondern auch die gleichen Rechte haben sollten und empfinden es als eine Benachteiligung, eine seit 200 Jahren andauernde Benachteiligung, dass Basel-Stadt als Kanton nur eine halbe Standesstimme in Bern und auch sonst bei Standesstimmenfragen hat. Die Situation ist ja umso mehr unverständlich, als der Kanton Jura als neu gebildeter Kanton auch das volle Ständerecht erhalten hat.

Inwiefern das alles ja auch für die anderen ehemaligen Halbkantone gilt, das kann hier offen bleiben. Wir reden jetzt hier über die Standesinitiative, die Basel-Stadt und Basel-Landschaft betrifft. Ich glaube nicht, dass eine mögliche Wiedervereinigung in wohl eher fernerer Zukunft gehindert wird, wenn beide Kantone ein volles Ständerecht haben. Wenn die Bevölkerung in Basel-Stadt und in Basel-Landschaft eine Wiedervereinigung mehrheitlich möchte, dann wird sie sich nicht daran hindern lassen, dass sie dann zusammen nur noch zwei statt dann wie bisher vier Ständeräte hätte. Ich glaube, da sind dann stärkere Kräfte im Spiel. Jedenfalls ist für den Regierungsrat klarerweise die Wiedervereinigung weiterhin eine historische Perspektive, die es weiter zu verfolgen gibt.

JoëlThüring hat gesagt, dass wir uns da quasi lächerlich in Bern machen, wenn wir da hinfahren. Das ist, meine ich, mehr eine polittaktische Frage, wie oft man in gewissen Themen auch mit dem Kopf gegen die Wand rennen muss, bis sich die Wand dann doch irgendwie verschiebt. Es gibt viele historische Beispiele in wichtigen Fragen, die auch hier oft angerufen werden, wo es so war, dass viele verschiedene Versuche über Jahrzehnte unternommen werden mussten, bis man dann zum politischen Erfolg kam. Vielleicht ist das hier auch so ein Beispiel. Mir wäre es jedenfalls nicht peinlich und auch keine Pein, nach Bern zu fahren, zumal ich das ja treuhänderisch für Sie alle tun würde. Ich glaube auch, ich müsste da gar nicht so viele rhetorische Register ziehen, weil die Argumente, finde ich, inhaltlich schon sehr gut sind und eine Zeitverschwendung ist es auch nie, in Bern für Interessen von Basel zu lobbyieren. Also ich würde das gerne machen, und da müssen Sie sich keine Sorgen um meinen Terminkalender oder mein Peinlichkeitsempfinden machen, im Gegenteil.

Der Regierungsrat ist bereit, die Standesinitiative der vereinigten Bundesversammlung zu übermitteln und dann zusammen mit dem Kanton Basel-Landschaft auch in Bern zu vertreten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es sind wieder Joël Thüring und David Jenny, die eine Zwischenfrage stellen möchten. Sie werden angenommen. Zuerst Joël Tühring.

Joël Thüring (SVP): Ich bin sicher, dass die Reisen nach Bern immer schön sind, aber ich möchte jetzt trotzdem noch einmal konkret Nachfrage stellen: Welches Argument können Sie jetzt vorbringen, das den Nationalrat und den Ständerat überzeugen wird, welches Katja Christ nicht vorbringen konnte. Können Sie mir bitte das schlagende Argument nennen, für welches es sich lohnt nach Bern zu reisen?

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ein neues Argument gibt es nicht, aber die alten Argumente bleiben gut.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: David Jenny hat das Wort.

David Jenny (FDP): Werden Sie zumindest einen Velohelm tragen, damit Ihr für unseren Kanton wertvoller Kopf nicht an den Berner Mauern allzu sehr beschädigt wird?

Regierungspräsident Conradin Cramer: Wenn ich nicht mit dem Velo nach Bern fahren muss, kann ich einen Velohelm tragen.

Johannes Sieber (GLP): Eigentlich wollte ich die Frage Joël Thüring die Frage stellen, aber Sie wissen es vielleicht auch. Mit wie vielen Vorstössen, die nicht mehrheitsfähig waren, ist denn die SVP in diesem Rat schon angerannt?

Regierungspräsident Conradin Cramer: Das müssen Sie wirklich Joël Thüring fragen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die nächste Frage kommt von André Auderset.

André Auderset (LDP): Sie haben erwähnt, dass man halt manchmal oft mit dem Kopf gegen die Mauer rennen muss, bis die Mauer etwas nachgibt. Rechnen Sie dabei aber nicht mit dem Sprichwort, der Klügere gibt nach?

Regierungspräsident Conradin Cramer: Nein, ich glaube wirklich, die Argumente sind die richtigen und nach meiner politischen Erfahrung werden irgendwann gute Argumente auch gewinnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Einreichung der Standesinitiative gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst nicht Einreichung gemäss Antrag David Jenny

Ergebnis der Abstimmung

64 Ja, 23 Nein, 6 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004625, 23.10.24 15:37:06]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Standesinitiative bei den Bundesbehörden einzureichen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Standesinitiative wird eingereicht, mit 64 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen haben Sie so entschieden.

32. Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Schaffung eines Bio-Stadt-Labels, Schreiben des RR

[23.10.24 15:37:18, 19.5427.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Er verzichtet auf ein Votum, das tun Sie ebenfalls.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

33. Anzug Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Strategie für die Stadtentwicklung im Kleinbasel (Webergasse, Claraplatz, Claramatte), Schreiben des RR

[23.10.24 15:37:47, 22.5122.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrat Conradin Cramer wünscht das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Die Situation in Teilen des unteren Kleinbasels war in den Sommermonaten des letzten Jahres teilweise sehr angespannt. Aus diesem Grund hat eine interdepartementale Arbeitsgruppe Massnahmen ausgearbeitet, um die Situation in der Sicherheit wie auch beim Handel und beim Konsum illegaler Substanzen im unteren Kleinbasel zu verbessern.

Für das Massnahmenpaket hat die Finanzkommission dem Antrag für eine dringliche Ausgabenbewilligung in Höhe vom 988’000 Franken einstimmig zugestimmt, und der Regierungsrat ist zuversichtlich, dass mit den damit möglich gemachten, bereits umgesetzten oder beschlossenen Massnahmen eine wirkliche Verbesserung auch spürbar sein wird.

Der Regierungsrat hat deshalb in seiner Beantwortung des Anzugs auf dieses Massnahmenpaket verwiesen. Er möchte eine Verbesserung im gesamten Perimeter des unteren Kleinbasels erreichen und damit auch im genannten Perimeter des Anzugs rund um die Webergasse, den Claraplatz und die Claramatte. Eine gesonderte isolierte Entwicklungsstrategie für diesen Perimeter erachtet der Regierungsrat aber nicht als zielführend, und ich bitte Sie deshalb, den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion GLP spricht Niggi Daniel Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Die Beantwortung des Anzugs ist nur punktuell erfolgt und den einzelnen Fragen wurde meines Erachtens zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Die Einreichung des Anzugs liegt mehr als zwei Jahre zurück und basierte auf den Beeinträchtigungen der Lebensqualität im Raum Webergasse, Ochsengasse, Claraplatz aufgrund der verstärkten Aktivitäten, Bezüge bezüglich Drogenhandel und dessen Folgeerscheinungen. In der Zwischenzeit hat sich einiges entwickelt und die Problemzonen haben sich auf mehrere Gebiete im unteren Kleinbasel, wie wir gehört haben, ausgeweitet. Es gibt dort auch Konzepte zur Verbesserung.

Zahlreiche Massnahmen wurden ergriffen und betroffene Personen und Fachleute aus allen Bereichen sind im Austausch. Dies wird ausführlich in der Beantwortung der Fragen 1 und 2 beschrieben. Hier werden die aktuellen Massnahmen im unteren Kleinbasel beschrieben und im weiteren wird auf verschiedene Austauschgremien zur Webergasse hingewiesen, welche Auslegeordnungen machten uns sich weiterhin regelmässig austauschen. Dies ist grösstenteils nachvollziehbar. Ob die genannte Polleranlage in der Kasernenstrasse tatsächlich eine brauchbare Massnahme gegen den Drogenhandel ist, darf hinterfragt werden. Dass im Bereich Claraplatz keine Massnahmen geplant sind mit Umgestaltungen ist nachvollziehbar.

Die Beantwortung der Fragen 3 bis 6 ist nüchtern und kurz, da man nicht beabsichtige, eine Entwicklung des Quartiers um die Webergasse zu prüfen. Dies ist insofern sehr erstaunlich, da man sich andernorts viele Gedanken über die Entwicklung von Quartieren, Begrünung, Entsiegelung und Superblocks macht und die Stadt eine Entwicklung zur Steigerung der Lebensqualität forciert. Ich habe erwartet, dass sich die Regierung beziehungsweise die Stadtentwicklung in einem grösseren Kontext Gedanken macht, wie das auch der Regierungspräsident vorher gesagt hat, nicht punktuell, und proaktiv Verbesserungsmassnahmen prüft. Ich verfolge die Entwicklung auf der Achse Rheingasse, Webergasse, Kasernenstrasse, Klybeckstrasse, Feldbergstrasse seit Jahren. Selbst nach dem Umbau des Kasernenhauptbaus sind die Problemzonen auf dem Kasernenareal noch präsent. Vielfach wurde im Austausch mit dem Präsidialdepartement darauf hingewiesen, dass eine ganzheitliche Planung auch unter Einbezug der Webergasse als Verbindung zu bereits belebten und allseits beliebten Rheingasse anzustreben sei. Dies ist bis jetzt einfach nicht erfolgt und mit der Beantwortung des Anzugs ist auch keine Absicht zu erkennen, etwas an der Situation zu verändern. Es werden punktuell einzelne Projekte in genau abgesteckten Perimetern bearbeitet und nicht in einem ganzheitlichen Kontext. Diese Resistenz bedaure ich sehr.

Fakt ist, dass die Webergasse und die Kasernenstrasse sei der Verkehrsberuhigung keine Veränderung erfahren hat, so als hätte man den Verkehr abgestellt und die Gestaltung der Fläche vergessen. Es ist eine triste Teerfläche mit Trottoirs und die Häuser spenden wenig Schatten und tragen eher weniger zu Aufhübschung bei. Es scheint so, als sei es dort nicht so wichtig, dass die Stadt begrünt wird und die Hitze im Sommer weniger heiss zu sein scheint als andereswo in der Stadt. Auch die älteren, teils vulnerablen Menschen im Altersheim haben den Anspruch, sich draussen bewegen zu können, auch im Sommer.

Ich nehme in diesem Zusammenhang eine Ungleichbehandlung von Quartieren und Stadtteilen wahr. Das bestärkt den generellen Eindruck der Bevölkerung, dass das Kleinbasel vernachlässigt werde. Eine nicht repräsentative Umfrage von Bajour bestätigt diese These. 65 Prozent der an der Umfrage teilnehmenden Personen vertraten diese Meinung.

Da diese Strasseninfrastruktur so keine Verwendung mehr findet, ist es selbstredend, dass auch dort eine Begegnungszone oder etwas ähnliches geplant und eingerichtet werden kann und Bäume gepflanzt werden können, beispielsweise. Bestehende fünf Bäume und ein paar Rabatten Reichen dabei weitem nicht aus. Auch für die gastronomische Weiterentwicklung der Meile Rheingasse bis Kaserne und weiter gegen die Feldbergstrasse wäre eine Entwicklung des dazwischen liegenden Gebietes sehr willkommen. Diese hätte eine Attraktivitätssteigerung zur Folge und erhöht die Begebung. Es ist auch denkbar, dass diese Massnahmen einen positiven Einfluss auf Nachtlärm und Nebenerscheinungen des Drogenhandels haben und somit grundsätzlich eine positive Auswirkung auf das Quartier entfalten.

Zusammenfassend möchte ich festhalten, dass in der Beantwortung von einzelnen Fragen zahlreiche Aspekte meines Erachtens nicht berücksichtigt wurden und der Bedarf an Entwicklung unbestrittenermassen existiert. Aus diesem Grunde möchte ich Sie bitten, den Anzug stehen zu lassen, damit die Verwaltung noch einmal die Gelegenheit erhält, die Fragen in Bezug auf die Entwicklung, die ganzheitliche Entwicklung rund um die Webergasse mit einem erweiterten Fokus zu beantworten und dabei die oben genannten Aspekte zu berücksichtigen, für eine proaktive und ganzheitliche Stadtteilentwicklung.

In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit und hoffe, Sie überzeugt zu haben, mit einem Stehenlassen die Chancen auf eine Verbesserung der Situation zu erhöhen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Ich kann mich meinem Vorredner ziemlich anschliessen, die Entwicklung in diesem Gebiet Webergasse, Claraplatz, Claramatte ist nicht besser geworden. Sie wird immer schlechter. Es gibt überhaupt keinen Grund, diesen Anzug abzuschreiben.

Viele Firmeninhaber haben Einbussen in den Einnahmen und Firmeninhaber haben mir gesagt, sie haben ehemalige Kunden von Grossbasel, die nicht mehr ins Kleinbasel kommen. Das kann es doch wirklich nicht sein. Ich bin wöchentlich mehrmals dort und ich sehe einfach immer dieselben Gesichter, die Kokain zum Kaufen anbieten usw. Es hat dort Randständige, es gibt tägliche Schlägereien und ich verstehe die Leute, die sich dort nicht mehr gern aufhalten und auch nicht dorthin gehen wollen. Und der Regierungsrat findet, man kann diesen Anzug abschreiben.

Die Fraktion der SVP ist gar nicht dafür. Bitte lassen Sie ihn stehen. Ich möchte andere Antworten und ich möchte endliche Ergebnisse sehen, die dort irgendetwas verbessern. Es sind unhaltbare Zustände.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die FDP spricht Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): In der Kreuztabelle steht Abschreiben. Ja, das war mal so, wir haben uns das noch einmal angeschaut. Auch im Hinblick auf die Antwort zu meiner Interpellation bezüglich dem ESC und den aggressiven Drogendealer auf dem Claraplatz können wir, wie die Vorredner schon gesagt haben, das nicht abschreiben. Ich glaube, wir müssen genau das machen, was uns vorher Regierungsrat Conradin Cramer empfohlen hat: Weiter an die Wand rennen, bis etwas geht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Mahir Kabakci.

Mahir Kabakci (SP): Als jemand, der oft sich in diesem Perimeter bewegt und oft in der Rheingasse oder Webergasse unterwegs ist und die unterschiedliche Bar- und Clubszene dort auch nahe verfolgt und auch besucht, kann ich sagen, ja, wir haben zum Teil dort gewisse Problematiken. Der Anzug fordert eine klare Strategie zur Verbesserung der Lebensqualität im Kleinbasel, insbesondere im Bereich der Webergasse, des Claraplatzes und der Claramatte. Die Anwohnerinnen und Anwohner sowie die Gewerbetreibenden in diesem Quartier haben seit langem unter Lärmbelästigung, Verschmutzung und teils Kriminalität zu leiden.

Die Antworten der Regierung zeigen zwar Verständnis für die Problematik und erwähnen verschiedene bereits ergriffene Massnahmen, bleiben jedoch in vielerlei Hinsicht unzureichend. Die Antwort der Regierung ist zu ungenau und nicht ausreichend geprüft. Ein Beispiel hierfür ist die unklare Positionierung zur gesamtstädtischen Entwicklung im Kleinbasel. Die Regierung sieht keine Notwendigkeit für eine gesonderte Entwicklungsstrategie für das Quartier rund um die Webergasse

und verweist stattdessen auf die Gesamtbetrachtung des unteren Kleinbasels. Diese Herangehensweise lässt jedoch die spezifischen Bedürfnisse und Herausforderungen des betroffenen Quartiers ausser acht.

Es fehlt an konkreten und sofort umsetzbaren Massnahmen, um die Lebensqualität der Anwohnerinnen und Anwohner zu verbessern. Massnahmen wie die Installation zusätzlicher Beleuchtungskörper und die verstärkte Präsenz der Kantonspolizei sind zwar aktuell begrüssenswert, aber sie reichen nicht aus, um die komplexen Probleme des Quartiers zu lösen. Es fehlt eine langfristige Vision, die auch Aspekte wie Begegnungszonen und Flaniermeilen einschliesst, die die Aufenthaltsqualität und die Sicherheit nachhaltig verbessern können.

Ein weiteres Beispiel für die ungenügende Antwort der Regierung ist die Frage nach der Gesamterneuerung des Claraplatzes. Trotz der 2018 in Aussicht gestellten Gesamterneuerung wurden bisher nur minimale Anpassungen vorgenommen. Eine umfassende Erneuerung ist laut Regierung derzeit nicht geplant, was den Anforderungen an eine moderne und lebenswerte Stadtentwicklung nicht gerecht wird.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in dieser Achse noch viel aufzuwerten ist und die bisherigen Bemühungen der Regierung nicht ausreichen. Es fehlen Begegnungszonen, Flaniermeilen, viel mehr Begrünung und andere innovative städtebauliche Massnahmen, die das Quartier lebenswerter aber auch sicherer machen könnte. All diese Gedanken fehlen in der Antwort der Regierung und deshalb bitten wir, den Anzug stehen zu lassen und nicht abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP spricht André Auderset.

André Auderset (LDP): Die Forderung von Niggi Rechtsteiner und Konsorten ist hier wirklich wärmstens zu begrüssen. Das ist das Minimum, das man machen muss. Eigentlich brauchen wir jetzt keine langfristige Strategie, die brauchen wir auch, aber was wir vor allem brauchen ist ein sehr schnelles Handeln. Lesen Sie mal die Kleinbasler Zeitung, in der vorletzten Ausgabe. Da ist einiges beschreiben, was auf diesem Claraplatz zurzeit zu- und her geht, mit der sogenannten Nigeria Connection. Da gibt es Geschäftsinhaber, bei denen die Leute sich nicht mehr ins Gebäude, beispielsweise am Claraplatz 1 trauen, da sind Arztpraxen drin, eine Frauenarztpraxis, eine HNO-Praxis, da sind Geschäfte drin, die haben wirklich das Problem, dass bereits frühmorgens die Dorthinstrebenden belästigt werden. Es gibt zwei Fasnachtscliquen, die dort ihre Übungslokale haben, einmal die Reds, die ihr Lokal genau unter dem Platz hat, zum anderen die Antike, die im Claraplatz 3 ihr Lokal haben. Die müssen mittlerweile Karawanen organisieren und Elterntaxis und Gruppenbildung, damit die Jungen dort zu den Übungen können und von den Übungen wieder nach Hause.Das sind Zustände, die einem städtischen Platz wirklich nicht würdig sind und das sind Zustände, die nun wirklich das Kleinbasel belasten. Wenn dann ein Polizeisprecher als Erklärung sagt, und das ist auch zitiert in der Kleinbasler Zeitung, dass letztes Jahr das die Anwohner eigentlich noch toleriert hätten und jetzt seien diese anscheinend intoleranter geworden. Es sei nämlich immer noch die gleiche Problematik. Das ist tragisch, dass es immer noch die gleiche Problematik ist, aber es ist sicher nicht die Toleranz der Anwohner, die hier gefragt ist, sondern hier muss wirklich etwas geschehen.

Also zum einen, auch um den Druck hoch zu halten oder höher zu halten, bitte ich, diesen Anzug zu überweisen resp. stehenzulassen, zum anderen aber auch die ganz dringende Bitte an alle Offiziellen, die das hören, dass man hier wirklich auch kurzfristig etwas tut. Das Kleinbasel erwartet das und braucht das.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ihr Kleinbasler Parteikollege möchte Ihnen eine Frage stellen. Sie wird angenommen.

Alex Ebi (LDP): Haben Sie auch das Gefühl, dass das ein hervorragendes Votum war?

André Auderset (LDP): Ich kann meinem Vorredner nur beipflichten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Einzelsprecherin Pasqualine Gallacchi.

Pasqualine Gallacchi (Mitte-EVP): Also ich kann mich diesen hervorragenden Voten von vorher auch nur anschliessen. Ich bin Gewerbetreibende am Claraplatz und ich kann nicht verstehen, wieso die Regierung diesen Anzug abschreiben möchte. Ich würde gerne jeden von Ihnen einladen, einmal einen Tag bei uns in Geschäft zu stehen und zu schauen, wie es wirklich zu und her geht. Meine Mitarbeiter müssen langsam Polizei spielen, schauen, dass nicht den ganzen Tag Sachen geklaut werden aus dem Geschäft, und es ist einfach unhaltbar und es ist wirklich viel schlimmer geworden in den letzten zwei Jahren. Also ich möchte wirklich bitten, den Anzug erstens stehenzulassen und zweitens wirklich etwas zu unternehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Alle Voten gingen in dieselbe Richtung. Wünschen Sie trotzdem nochmals das Wort? Der Regierungspräsident verzichtet, das heisst wir stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

11 Ja, 83 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004630, 23.10.24 15:56:14]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird stehengelassen mit 83 Nein-Stimmen gegen 11 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

34. Gleichstellungsplan des Kantons Basel-Stadt Erarbeitung und Umsetzung, Bericht des RR

[23.10.24 15:56:29, 22.1054.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben. Das Wort geht an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: In der Motion forderten die Unterzeichnenden den Regierungsrat auf, eine kantonale Gleichstellungsstrategie 2030 zu erarbeiten und innerhalb von zwei Jahren vorzulegen. Seit der Überweisung der Motion im Jahr 2021 hat der Kanton Basel-Stadt im Thema Gleichstellung wichtige Schritte gemacht. Lassen Sie mich darauf kurz zurückblicken und dabei nicht nur auf den Auftrag aus der Motion einzugehen, sondern auch auf das neue kantonale Gleichstellungsgesetz.

Bereits in seiner damaligen Stellungnahme hat der Regierungsrat darauf hingewiesen, dass sich die Anliegen der Motion Sieber begrüssenswerterweise mit der eigenen Planung decken. Im Legislaturplan 2021 bis 2025 sah der Regierungsrat nämlich vor, einen Aktionsplan Gleichstellung zu erarbeiten. Sie sind damals der Empfehlung auch des Regierungsrats gefolgt und haben die Motion Anfang 2022 zur Erfüllung innerhalb von zwei Jahren überwiesen. In der Zwischenzeit hat der Grosse Rat das kantonale Gleichstellungsgesetz intensiv beraten und einem neuen Gesetz im Januar dieses Jahres zugestimmt.

Dieses neue KLG verankert die Gleichstellung als Querschnittsaufgabe mit ganz verschiedenen Unterstützungsaufträgen. Die Departemente sind in ihren Fachbereichen zuständig, den Gleichstellungsauftrag umzusetzen. Der Regierungsrat legt einmal pro Legislatur die Schwerpunkte fest, um die Verwirklichung der Gleichstellung zu fördern. Der Regierungsrat erlässt einen Aktionsplan, bei dessen Erarbeitung sich alle Departemente beteiligen und der Regierungsrat soll einmal pro Legislatur zu den Massnahmenergebnissen aus dem Aktionsplan und zur Entwicklung der Gleichstellung generell berichten.

Heute kann Ihnen der Regierungsratsberichten über die Erfüllung von zwei Aufträgen, einer aus der Motion Sieber und einer aus dem kantonalen Gleichstellungsgesetz. Mit dem Gleichstellungsplan hat der Regierungsrat nämlich für die nächsten vier Jahre eine politische Schwerpunktsetzung vorgenommen. Der Gleichstellungsplan umfasst sechs Handlungsfelder. Der Regierungsrat setzt damit einen wichtigen Impuls für die Gleichstellung und verstärkt das Engagement der gesamten Kantonsverwaltung, die Gleichstellung aller Geschlechter sowie von Menschen mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen zu fördern. Das Ziel war die Schaffung eines strategischen und operativen Instruments, um eine verbindliche und umfassende Gleichstellungspolitik der Verwaltung in Basel-Stadt umzusetzen.

Wir haben Massnahmen umzusetzen in sechs Handlungsfeldern, Schwerpunktthemen. Diese sind 1. Gewalt und Sicherheit, 2. Vielfalt und Antidiskriminierung, 3. Bildung, Sport und Gesundheit, 4. bezahlte und unbezahlte Carearbeit, 5. das Erwerbsleben und 6. der Kanton als Arbeitgeber.vIn diesen sechs Handlungsfeldern wurden 16 konkrete Ziele und ganze 80 Massnahmen formuliert. Damit zeigt die kantonale Verwaltung, mit welchen Massnahmen sie welche Ziele bis 2027 erreichen will. Die Massnahmen sollen die Gleichstellung nochmals deutlich verbessern und der Kanton will als Arbeitgeber die Gleichstellung seiner Mitarbeitenden weiter fördern.

Wie in der Motion gefordert, haben wir die Handlungsfelder auf der Grundlage des aktuellen Handlungsbedarfs, den pendenten überwiesenen politischen Vorstössen, den Ergebnissen einer breiten Onlineumfrage bei zivilgesellschaftlichen Organisationen festgelegt. Wir haben auch eine spezifische Veranstaltung durchgeführt, an der mehr als 40 Organisationen teilnahmen, die aus ihrer Sicht den Handlungsbedarf darlegten, Massnahmenvorschläge formulierten und ins Gespräch mit der Verwaltung traten. Sie sehen, das wurde alles sehr partizipativ erarbeitet und das, was partizipativ zusammengetragen wurde, wurde anschliessend gebündelt. Der Regierungsrat hat dann eben mit richtungsweisenden Schwerpunkten in Form von Handlungsfeldern den Gleichstellungsplan erlassen.

In den kommenden vier Jahren soll die Gleichstellung in den eben erwähnten sechs Handlungsfeldern weiter gefördert und gestärkt werden. Der Plan verzichtet dabei auf Handlungsfelder für spezifische Gruppen wie zum Beispiel LGBTIQ-Personen, Kinder und Jugendliche, Armutsbetroffene oder Migrantinnen und Migranten. Stattdessen werden die spezifischen Anliegen der Gruppen mitberücksichtigt.

Aufgrund der Praxis und der Erfahrungen zum Beispiel der Städte Zürich und Bern mit ihren Gleichstellungsplänen hat sich der Regierungsrat entschieden, den Gleichstellungsplan mit einer vierjährigen Laufzeit vorzulegen. Die Laufdauer bis 2027 ist damit kürzer als der von der Motion geforderte Zeithorizont bis 2030. Ein Vierjahresrhythmus erlaubt uns aber jeweils auf neue Entwicklungen und politische Themen einzugehen und diese dann in einem zweiten Gleichstellungsplan für die Jahre 2028 bis 2031 aufzunehmen. Auch sieht das kantonale Gleichstellungsgesetz vor, dass der Regierungsrat einmal pro Legislaturperiode eine Schwerpunktsetzung vornimmt und zur Entwicklung der Gleichstellung im Kanton berichtet. Eine vierjährige Laufdauer, die wir ja kennen aus allen anderen Bereichen,. ist aus diesen Gründen einer Strategie bis 2030 vorzuziehen.

Die Massnahmen des Gleichstellungsplans werden grösstenteils im Rahmen der ständigen Aufgaben der verantwortlichen Departemente konzipiert und umgesetzt. Es erscheint dem Regierungsrat nicht zielführend, die einzelnen Budgets pro Handlungsfeld auszuweisen und die Handlungsfelder dadurch auch automatisch zu gewichten. Es gibt über den Gleichstellungsplan hinaus auch leistungsbezogene Massnahmen in der Verwaltung und eine Ausweisung des Aufwands pro Handlungsfeld wäre somit ohnehin nicht genau. Über kostenintensive Massnahmen zur Förderung der Gleichstellung wird der Regierungsrat selbstverständlich dem Grossen Rat jeweils in Form eines Ausgabenberichts oder Ratschlags berichten.

Der Regierungsrat beabsichtigt, einen öffentlichen Schlussbericht zum laufenden Gleichstellungsplan per Ende der Laufperiode zu erarbeiten. Dieser wird dann voraussichtlich im Frühjahr 2028 auch dem Grossen Rat unterbreitet. Der Regierungsrat hat sich entschieden, hier bereits dem gesetzlichen Auftrag im kantonalen Gleichstellungsgesetz zu folgen und eben einmal pro Legislatur dem Grossen Rat über die Umsetzung der Massnahmen und den Stand der Gleichstellung im Allgemeinen zu berichten. Damit kann der Regierungsrat einen aussagekräftigen Bericht vorlegen, aussagekräftiger als eine jährliche Berichterstattung im Jahresbericht der Verwaltung wäre, wie sie die Motion fordert. Gleichzeitig wird der Regierungsrat für den nächsten Gleichstellungsplan 2028 bis 2031 eine erneute Schwerpunktsetzung vornehmen und die Erarbeitung des darauffolgenden Plans in Auftrag geben. Der Regierungsrat geht davon aus, dass die zivilgesellschaftlichen Organisationen wiederum in geeigneter Art und Weise einbezogen werden.

Sie sehen die Abweichung zu den einzelnen ja teilweise sehr präzisen Aufträgen in der Motion erachtet der Regierungsrat durchwegs als begründet und entsprechend gut vertretbar. Dadurch, dass die Verwaltung regelmässig einen Gleichstellungsplan erarbeitet und präsentiert, werden wir in einem kontinuierlichen Prozess der Schwerpunktsetzung Zieldefinition und Umsetzung von Massnahmen treten. Wir werden Ihnen einmal pro Legislatur mittels eines Schlussberichts prominent zum Gleichstellungsplan berichten können und nicht einfach irgendwo auch noch im Jahresbericht. Damit werden wir Ihnen eine aussagekräftige Bilanz zum Umsetzungsstand der Massnahmen präsentieren.

Der Regierungsrat beantragt Ihnen deshalb, gestützt auf meine Ausführungen und auch auf die schriftlich vorliegenden Ausführungen, den Gleichstellungsplan für die Jahre 2024 bis 2027 zur Kenntnis zu nehmen und gleichzeitig die Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend einer kantonalen Gleichstellungsstrategie 2030 als erledigt abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP spricht Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Im Namen der SP-Fraktion beantrage ich Ihnen, die Motion stehen zu lassen. Wir nehmen den Gleichstellungsplan sehr wohlwollend zur Kenntnis, erachten ihn als ein sehr wichtiges Instrument für die Umsetzung von

Gleichstellung als Querschnittsaufgabe im Kanton und eben als einen wichtigen Teil der Umsetzung des neuen kantonalen Gleichstellungsgesetzes. Wir möchten aber, dass einige Detailforderungen aus der Motion noch umgesetzt werden.

Der Gleichstellungsplan genügt uns heute in Sicht der Verbindlichkeit und der Transparenz noch nicht ganz und wir möchten deshalb die Motion stehenlassen, dass der identische Gleichstellungsplan dann nochmals publiziert wird mit diesen kleinen Nachjustierungen. Der Regierungspräsident hat es ausführlich ausgeführt, wie es dazu kam, dass sich die gesetzlichen Grundlagen geändert haben. Uns in der JSSK war es damals auch wichtig, den Aktionsplan gesetzlich zu verankern, einen vierjährlichen Bericht gesetzlich zu verankern und wir sind dann auch gespannt auf diesen ersten Bericht zu diesen Massnahmen.

Seitens SP-Fraktion begrüssen wir es, dass die Motion nicht buchstabengetreu umgesetzt wird. Es ist ganz logisch, dass jetzt eine vierjährige Laufdauer gewählt wird, entsprechend der neuen gesetzlichen Grundlagen, auch folgen wir den Ausführungen der Regierung betreffend den Verzicht auf Budget pro Handlungsfelder. Es gibt ja auch Massnahmen im Bereich Gleichstellung, die den Alltag in einem Departement betreffen. Also es kann je nachdem auch gar nicht hohe Kostenfolgen haben, aber eine sehr relevante Massnahme trotzdem sein, also auch die Gewichtung von Massnahmen anhand vom Budget scheint uns nicht ein sehr guter Indikator sein. Und wir wollen auch, dass durchaus auch Massnahmen aufgenommen werden können, bei denen die Planung jetzt noch nicht so komplett fortgeschritten ist und vielleicht auch noch gar keine konkreten Zahlen da sind, wie viel das kostet. Also wir wollen auch einen Gleichstellungsplan, der einigermassen flexibel bleibt.

Bei der Wirkungsmessung sind wir der Meinung, dass die Ziele durchaus so genannt smart und messbar sein wollen. Einige der Zielformulierungen sind im Moment eher noch Aufgabenbeschriebe. Das könnte dann vielleicht beim nächsten Gleichstellungsplan etwas konkreter gemacht werden, aber wir sind jetzt auch der Meinung, es sollen nicht zu viel Ressourcen in eine komplexe Wirkungsmessung gehen, vielmehr ist es uns wichtig, dass dann eben auch die Ressourcen in die Innovation für den nächsten Gleichstellungsplan gehen. Wir haben zum Teil die Wahrnehmung, dass es doch vieles ist aus dem Status Quo und wir sind auch neugierig oder es ist auch wichtig, dass auch neue Massnahmen entwickelt werden und werden sicher auch seitens SP dann immer auch wieder mal mit Vorstössen selber auch neue Themen einbringen, wie wir das bei der Gleichstellung und Männerbilder gemacht haben, was aus unserer Sicht im jetzigen Gleichstellungsplan wirklich zu kurz kommt.

Jetzt noch zu den Punkten, die wir noch umgesetzt haben möchten. Für uns ist es wirklich wichtig, dass pro Massnahme das zuständige Departement klar ersichtlich ist. Uns ist nicht ganz klar, wieso das Departement hier die Intransparenz gewählt hat, also pro Departement soll diese Information klar da sein, pro Massnahme, welches Departement zuständig ist. Auch soll klar sein, ob es eine Daueraufgabe oder eine in Planung befindliche Aufgabe ist. Das ist zum Teil gar nicht ganz verständlich, wenn diese Information fehlt. Dann sollen auch pro Massnahme klare Meilensteine kommuniziert sein, also was man ungefähr erwarten kann, was bis zum Ende der Periode erfolgen soll. Auch hier geht es nicht um eine detailgetreue Vorplanung, aber einfach um die Verständlichkeit. Also damit Transparenz herrscht, müssen die Massnahmen noch einigermassen nachvollziehbar sein.

Dann wünschen wir natürlich auch, dass im Bericht 2027 durchaus auch eine Auseinandersetzung mit den allgemeinen Entwicklungen in der Gleichstellung stattfindet und dann daraus auch wieder hergeleitet wird, in welchen Handlungsfeldern man jetzt aktiv ist. Dies fehlt jetzt auch ein bisschen in der Strategie, aber da reicht es uns komplett, wenn das dann im nächsten Aktionsplan anders dargestellt wird. Es ist also nicht Sinn und Zweck, dass dieser Gleichstellungsplan komplett überarbeitet würde, da wären wir missverstanden, es geht nur um leichte Justierungen, die wir uns wünschen. Man kann es vielleicht schon fast redaktionelle Anpassungen nennen, die uns aber wichtig sind für die Transparenz.

Uns auf jeden Fall wichtig, dass die Departemente in ihren Jahresberichten regelmässig auch berichten zur Umsetzung von Gleichstellung als Querschnittsaufgabe in ihrem Departement. Das ist eine Daueraufgabe, die sich einfach nicht nur auf den Aktionsplan bezieht, aber wir finden es auch richtig, dass dann eine systematische Berichterstattung zu allen Massnahmen alle vier Jahre erfolgt.

Ja, zum Abschluss möchte ich mich bei allen Departementen bedanken, dass jetzt Massnahmen zum Gleichstellungsplan beitragen. Wir sind gespannt, die Ergebnisse zu lesen. Die thematische Breite und auch die Vielfalt der 80 Massnahmen drückt die Bereitschaft des Kantons aus, die Gleichstellung in Bezug auf Geschlecht und sexuelle Orientierung departementsübergreifend zu fördern, und es ist auch davon auszugehen, dass in dieser partizipativen Erarbeitung dieses aktuellen Gleichstellungsplans auch schon ein wichtiger Beitrag zur Sensibilisierung und Vernetzung zwischen den Departementen in Sachen Gleichstellung erreicht worden ist. In diesem Sinne bitte ich Sie, die Motion stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die GLP ist Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Ich kann mich dem Votum von Barbara Herr voll und ganz anschliessen. Ich brauche das auch gar nicht zu wiederholen. Ich möchte den Regierungsrat daran erinnern, dass wir ein Gleichstellungsgesetz verabschiedet

haben, das die Gleichstellung als Querschnittsaufgabe definiert. Er hat das auch erwähnt und wir würden halt einfach gerne wissen, wie diese Querschnittsaufgabe in den Departementen umgesetzt ist. Das hat Barbara Heer schon gesagt, ich möchte das jetzt einfach auch noch einmal von der GLP so zu Protokoll geben. In diesem Sinne stehenlassen gemäss SP.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP spricht Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Es ist schon hoch interessant, mit welchen unterschiedlich E¡llen der Regierungsrat misst, wenn es um das Thema Gleichstellung, Gender, Woke und Verwandtes geht. Hier hat er keinen Aufwand gescheut, einen grossen umfangreichen Plan zu erarbeiten, aber bei Fragen, welche nicht nur diese Gleichstellung und ähnliche Themen unkritisch beleuchten, da verweigert er Antworten. Seine Nicht-Antwort auf meine Interpellation zur Gender-Sprache in Verwaltung und Schulen lässt grüssen. Regierungspräsident Conradin Cramer ist da bereits vorgewarnt, er weiss, in meiner Antwort werde ich dann nicht nur Lobenswertes sagen.

Aber kommen wir zur Motion Sieber. Sie wirft die Frage auf, ob in unserem Kanton noch nicht genügend zum Thema Gleichstellung getan wird. Wir seitens SVP sind der Überzeugung, dieses Thema ist im Legislaturplan bereits ganz klar formuliert. Beim Legislaturziel 2, gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken ist in der Einleitung klar gesagt, dass für hier lebende Menschen die Gleichstellung und Inklusion ermöglicht werden soll. Die Massnahme 13 Gleichstellung, Diversität und Inklusion vertieft diesen Gedanken, die Massnahme 46 attraktiver Arbeitgeber des Legislaturziels 6 modernen kundenfreundlichen Service Public anbieten bestätigt dieses Bestreben des Regierungsrats, den Kanton als attraktiven Arbeitgeber auch bezüglich Gleichstellung und Inklusion zu etablieren. Alles in allem zu sagen, Gleichstellung und Inklusion würden in unserem Kanton zu kurz kommen, das leugnet Tatsachen.

Der Regierungsrat möchte die Laufdauer des Plans statt bis 2030 bis 2027 ändern. Wir halten das für vernünftig, lässt sich doch damit auf gesellschaftliche Änderungen zeitnah eingehen, als wenn der Plan bis 2030 festgenagelt würde. Auch die Frequenz der Berichterstattung, nämlich einmal pro Legislatur, erscheint uns als vernünftig und pragmatisch, da diese Frequenz einen guten Ausgleich von Aufwand und Ertrag bringt. Und dass der Regierungsrat auf separate Budget pro Handlungsfeld verzichtet und damit weniger staatlichen Aufwand betreiben will, das begrüssen wir seitens SVP natürlich auch. Er schreibt, falls kostenintensive Massnahmen anfallen, würde er sie dem Grossen Rat vorlegen. Anders gesagt, alle anderen Massnahmen muss er aus seinem ordentlichen Budget berappen. Wir werden auf alle diese Massnahmen seitens der SVP ganz klar ein scharfes Auge richten, angesichts der für viele in diesem Saal scheinbar unerschöpflichen Geldquellen unseres Kantons dürfen wir erwarten, dass da noch einige kostenintensive Begehrlichkeiten auf uns zukommen werden.

Ich komme wieder zurück auf den Plan selbst. Er ist nach Ansicht der SVP nichts anderes als eine Blaupause für staatliche Eingriffe in viele Bereiche, in welchen tatsächliche, vermeintliche oder zurzeit gerade gefühlte menschliche Unterschiede bestehen. Und damit ist er ein Freipass für eine Unzahl von Vorschriften Regeln, Massnahmen, Kampagnen oder anders gesagt für einen ungehinderten Ausbau von staatlichen Stellen. Der Regierungsrat leistet seinen Offenbarungseid, wenn er schreibt, er wolle mit den Mitteln des Gender-Mainstreaming die Verwirklichung der Gleichstellung in der Verwaltung noch stärker vorankern. Mit dem eindeutschen Kunstbegriff Gender-Mainstreaming wird aber nicht einfach die Gleichstellung der beiden naturgegebenen Geschlechter vorangetrieben, was selbstverständlich völlig richtig ist. Nein, Gender-Mainstreaming forciert vielmehr die absurde These, dass das Geschlecht ein mentales Konstrukt sei, welches jeder nach seinem Gusto gestalten und bei Bedarf beliebig ändern kann. Der hier vorliegende Plan, der sich auf das Gender-Mainstreaming beruft, betreibt unter dem Deckmantel von Gleichstellung die Abschaffung der beiden Geschlechter Mann und Frau. Natürlich, wenn es diese Unterschiede nicht mehr gibt, dann ist die Gleichstellung zu 100 Prozent erreicht. Nur ich sage Ihnen, dann ist die Welt ein trauriger und langweiliger Ort.

Ebenfalls interessant ist das Kapitel 4 Bezahlte und unbezahlte Carearbeit. Hinter diesem Titel stehen Verbesserungen von Arbeitsbedingungen in Kindertagesstätten und im Bereich der Pflege. Die Anerkennung der unbezahlten Carearbeit soll gestärkt werden. Die Vergütung von Betreuungsleistungen soll erbracht werden. Das sind tatsächlich alles wichtige und richtige Themen, die wir diskutieren müssen. Aber bitte, dann tun Sie das im offenen demokratischen Diskurs und schmuggeln sie dieses Thema nicht unter dem Deckmantel von Gleichstellung in einen solchen Plan in die Diskussion und Entscheidfindung ein.

Schliesslich und endlich noch zur Abteilung Gleichstellung und Diversität, welche ja dieses ganze erarbeitet hat. Im Studium habe ich gelernt, es gibt kein Perpetuum Mobile. Ich stelle mit Erstaunen fest, es gibt es doch. Der Staat kann mit seinen Regeln die Naturgesetze ausheben, diese Abteilung Gleichstellung erneuert sich ständig und erfindet neue Aufgaben für sich selbst. Sie hat ja gar kein Interesse daran, dass einmal Gleichstellung und Inklusion hundertprozentig umgesetzt wird, denn da hätte sie ja keinen Arbeitsinhalt mehr. Wir sind der Ansicht, wir können diese Abteilung ohne weiteres auflösen und die darin Beschäftigten dem freien Markt übergeben. Wir werden bei der Budgetdebatte ganz sicher wieder auf diesen Punkt zurückkommen.

Alles in allem, namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie, den Gleichstellungsplan zur Kenntnis zu nehmen und die Motion Sieber abzuschreiben.

Ich nehem die Zwischenfrage an.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat die Johannes Sieber das Wort für seine Zwischenfrage.

Johannes Sieber (GLP): Sie haben im Zusammenhang mit der Richtung der Gleichstellung Ihre Interpellation erwähnt. Ist Ihnen bewusst, dass Sie einen mehrheitsfähigen Vorstoss einreichen sollten, wenn sie eine Richtung bestimmen möchten?

Beat K. Schaller (SVP): Dazu ist es empfehlenswert, zuerst einmal eine Interpellation zu machen und den Puls zu fühlen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für das GAB ist Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GAB): Ich kann es eigentlich auch sehr kurz machen. Meine Vorrednerin Barbara Herr und dann in aller Kürze Johannes Sieber haben eigentlich schon begründet, warum wir die Motion Johannes Sieber und Konsorten stehenlassen möchten. Das beantragt auch das GAB.

Man kann Beat Schaller nicht vorwerfen, dass er die Dinge nicht gründlich lesen würde, die sich mit der Gleichstellung im Kanton befassen. Da unterscheidet er sich sicher von vielen anderen Kolleg:innen hier im Grossen Rat. Nur leider scheint Beat Schaller einfach nicht zu verstehen, worum es in diesen Gleichstellungsplänen geht, und deshalb kommen wir zum gegenteiligen Schluss der SVP-Fraktion.

Wir werden uns selbstverständlich gegen jegliche Budgetkürzungen Ende Jahr wehren und ich bin auch überzeugt, dass sie damit gegen Mauern rennen würden. Wir haben das heute schon einmal gehört, nur dass es sich hier nicht um politisch opportune Anliegen handeln wird, die sich irgendwann durchsetzen werden, sondern diese Mauern werden bestehen bleiben.

Ich möchte nochmal kurz unterstreichen, dass das, was Barbara Heer schon ausführlich ausgeführt hat, auch die Punkte sind für das GAB bezüglich dem Gleichstellungsplan. Wir beantragen das Stehenlassen der Motion Sieber nicht, weil wir alle die Forderungen jetzt noch umgesetzt sehen wollen würden, sondern wir möchten wirklich diese Punkte mit der fehlenden Transparenz durch die fehlende Departementszuordnung und die gewisse Unverbindlichkeit, die herrscht bezüglich der Dauer der Massnahmen – sind es neue Massnahmen, sind es bereits bestehende Massnahmen – diese Punkte möchten wir nachgebessert haben. Ich gehe jetzt aber nicht noch einmal auf alles im Detail ein, sondern verweise, darauf, dass sich die Verwaltung, wenn sie sich dann mit dem Bericht zum Gleichstellungsplan beschäftigt und auch mit der Ausarbeitung des nächsten Gleichstellungsplans 2028 bis 2031, doch auf die Details aus Barbara Heers Votum konzentrieren soll.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ginge das Wort nochmals zum Regierungspräsidenten, er verzichtet.

Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben. Barbara Heer beantragt Stehenlassen. Wir stimmen darüber ab.

34.1. Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend einer kantonalen Gleichstellungsstrategie 2030, Bericht des RR

[23.10.24 16:23:46, 21.5439.03]

Abstimmung

JA heisst erledigt gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

40 Ja, 56 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004633, 23.10.24 16:23:47]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion stehengelassen mit 56 Nein-Stimmen gegen 40 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung

35. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend ungültige Stimmen vermeiden – Wahlunterlagen anpassen, Stellungnahme des RR

[23.10.24 16:24:05, 24.5096.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Ich habe auch keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde damit kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion stillschweigend in einen Anzug umzuwandeln den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

36. Anzug Johannes Sieber und Konsorten betreffend Stärkung der Teilhabe an Kultur durch Ausbau und Konsolidierung des Angebots der «KulturLegi», Schreiben des RR

[23.10.24 16:24:36, 23.5090.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiten.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Johannes Sieber hat sich als Einzelsprecher gemeldet.

Johannes Sieber (GLP): Die Kreuztabelle ist klar für Abschreiben, wir beantragen auch nichts anderes. Ich wollte einfach kurz hier erwähnen, dass die Intention dieses Anzugs war, dass diese Kulturlegi gestärkt wird und ich finde nach wie vor, dass das getan werden sollte. Ich sehe aber, dass der Anzug irgendwie nicht dazu führt. Wieso soll die Kulturlege gestärkt werden? Sie soll gestärkt werden, weil sie den Zugang zur Kultur fördert von Menschen, die sich dies nicht so wirklich leisten können. Das halte ich sehr sinnvoll, und ich halte es auch darum für sinnvoll, weil ich denke, dass wir im Kanton Basel-Stadt eine gewisse Entwicklung haben, Kultur gratis oder sehr günstig anzubieten und ich finde durchaus, dass Menschen, die sich Kultur leisten können, diese Kultur auch bezahlen sollen, also Eintritt bezahlen sollen. Deswegen beobachte ich die Entwicklung mit diesen «Von bis-Preisen» – man kann zahlen, was man will - kritisch. Das möchte ich hier zu Protokoll geben. Da Sie mich noch ein paar Jahre aushalten müssen, möchte ich in diesem Bereich noch mit Vorstössen kommen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Besten Dank. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

37. Motion Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend ganzheitliche Sexualaufklärung im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

[23.10.24 16:26:24, 23.5543.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Nicht alle Kinder und Jugendliche werden durch die Erziehungsberechtigten und das soziale Umfeld in ausreichendem Masse aufgeklärt. Die schulische Sexualbildung leistet seit Jahrzehnten einen wichtigen Beitrag zur Chancengerechtigkeit. Die schulischen Präventionsmassnahmen zum Schutz vor sexuell übertragbaren Krankheiten, unerwünschten Schwangerschaften und vor sexueller Gewalt sind etabliert und werden stetig ausgebaut. Die Lehr- und Fachpersonen haben heute schon die Möglichkeit, für Unterrichtseinheiten externe Fachpersonen beizuziehen oder mit ihrer Klasse ausserschulische Lernorte zu besuchen.

Der Grosse Rat hat vor einem Jahr die Motion Karin Sartorius und Konsorten betreffend Sexualisierte Gewaltprävention soll bereits in der Schule beginnen zur Erfüllung überwiesen. In seiner Stellungnahme hat der Regierungsrat ein Konzept zu den Präventionsprogrammen an den Schulen in Aussicht gestellt. Dieses wird zurzeit erarbeitet. Eine interdepartementale Arbeitsgruppe analysiert die Angebotsstruktur, bestehend aus Schulmassnahmen, Pflichtsprogramm und ergänzenden Programmen und erarbeitet Vorschläge für die künftige Koordination und Bewirtschaftung aller Präventionsleistungen. Ziel ist es, die Lehr- und Fachpersonen im Bereich Sexualbildung und Prävention noch besser zu unterstützen. Die Verantwortung für den Unterricht muss aber bei den Lehrpersonen bleiben und kann nicht nach Gutdünken an externe Stellen delegiert werden. Der Regierungsrat erachtet es als wichtig, dass die Lehrpersonen bei diesem wichtigen Themenbereich fachlich und methodisch-didaktisch kompetent bleiben. Aus diesen Gründen bitten wir Sie, diese Motion als Anzug zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Als erstes hat sich gemeldet Jenny Schweizer von der SVP.

Jenny Schweizer (SVP): Ich bitte Sie, die Motion auch als Anzug nicht zu überweisen, sondern abzuschreiben. Die Regierung hat klar aufgezeigt, dass die Sexualaufklärung im Lehrplan 21 verankert ist und laufend angepasst und überprüft wird, genau wie alle anderen Schulfächer auch. Zudem bin ich überzeugt, dass die Arztpraxen sicherlich auch eine angemessene Sexualaufklärung bei jugendlichen Patientinnen und Patienten gewährleisten.

Wenn Sie nun argumentieren, dass eine Reihe von Schülerinnen und Schülern nicht oder nur ungenügend über HPV-Impfungen Bescheid wissen, dann liegt es auch in der Natur der Sache, dass die Schülerinnen und Schüler nicht alles merken, was sie lernen. So können wir auch sagen, dass sie beispielsweise nicht wissen, wann der Dreissigjährige Krieg stattgefunden hat, wie die Mitternachtsformel funktioniert oder wie der Subjonctif im Französischen gebildet wird. Und das, obwohl es ihnen gemäss Lehrplan 21 beigebracht wurde. Aber deshalb stellen wir nicht den Geschichts-, den Mathematik- oder den Französischunterricht in Frage und reichen gleich eine Motion ein. Ich finde die Argumentation in dieser Motion so absurd, dass wir diese Motion nur abschreiben können.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Fraktionssprecher ist der Adrian Iselin von der LDP.

Adrian Iselin (LDP): Bereits bei der Erstüberweisung dieser Motion hat die LDP betont, dass Lehrpersonen die Sexualaufklärung nicht an externe Stellen delegieren sollten. Die Kosten für externe Stellen müssten letztendlich vom Steuerzahler getragen werden, was zu einer doppelten Belastung führt. Es ist wichtig, dass Lehrpersonen generell befähigt sind, die Schülerinnen und Schüler altersgerecht in ihrer sexuellen Sozialisation zu begleiten.

Der Regierungsrat hält fest, dass die in der vorliegenden Motion enthaltenen Forderungen bereits weitgehend erfüllt sind. Zusätzlich hat der Regierungsrat ein Konzept zu den Präventionsprogrammen an den Schulen in Aussicht gestellt, das

derzeit erarbeitet wird. Daher erachtet die LDP eine Überweisung als unnötig. Die LDP-Fraktion bittet Sie daher, die Motion abzuschreiben.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Sprecherin für die SP ist Jessica-Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Die Kreuztabelle ist sehr eindeutig und ich denke, die Motion wird als Anzug überwiesen.

Mir ist noch wichtig zu sagen, dass bei der Überweisung vor einem wir uns hier drin sehr einig waren, dass vor allem mit der Überarbeitung des Leitfadens für die Schulen aus dem Jahr 2011 vorwärtsgehen muss, dass der wirklich überarbeitet werden muss. Und das war ein Auftrag an das ED. Jetzt sind wir ein Jahr später, ein neues Schuljahr hat gestartet und dieser Leitfaden wurde halt immer noch nicht überarbeitet und das beelendet mich schon ein bisschen. Ich weiss, es waren Wahlkämpfe dazwischen. Ich weiss, der Vorsteher hat gewechselt, aber wenn wir uns doch einig sind, wenn wir Aufträge erteilen an ein Departement, wenn wir sagen, es ist wichtig, dann ist doch das ein Auftrag. Ich würde mir wirklich wünschen, dass dieser Leitfaden jetzt bitte überarbeitet wird, wenn mir das jetzt als Anzug überweisen.

Ich danke Ihnen, wenn Sie diese Motion jetzt als Anzug überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen somit zur Abstimmung. Jenny Schweizer beantragt Nichtüberweisung. Wir stimmen somit ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

66 Ja, 27 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004637, 23.10.24 16:34:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben den Anzug mit 66 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen überwiesen.

38. Motion Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Gleichbehandlung der nachobligatorischen Schulzeit in Sachen Familienurlaub, Stellungnahme des RR

[23.10.24 16:34:23, 23.5643.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion auf das Schuljahr 2024/2025. Der Regierungsrat wünscht das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Die Idee, das Konzept des Familienurlaubs auch auf der Sekundarstufe 2 weiterzuführen, scheint auf den ersten Blick attraktiv zu sein. Allerdings stellt dieses Ansinnen die Berufsbildung vor unlösbare Schwierigkeiten. Schultage an der Berufsschule gelten als Arbeitszeit. Eine Freistellung vom Unterricht kann nicht nur von der Berufsfachschule alleine entschieden werden, sondern benötigt die Zustimmung des Lehrbetriebs. Hinzu kommt, dass

der Ferienanspruch der Lernenden im Obligationenrecht beziehungsweise im Lehrvertrag geregelt ist. Mehr freie Tage für zum Beispiel Familienurlaub ist Sache des Arbeitgebers oder des Lernbetriebs und damit Teil der Anstellungsbedingungen.

Wir können das den Lernbetrieben nicht vorschreiben. Zudem ist es bereits jetzt möglich, in begründeten Fällen einen Antrag für Urlaub zu stellen. Die kantonale Absenzen- und Disziplinarverordnung führt wesentliche Gründe auf, um Urlaub zu erhalten. Dazu gehören beispielsweise ausserordentliche Familienereignisse wie Hochzeiten, Runde Geburtstage der Grosseltern oder Beerdigungen, religiöse Feiertage, Amtstermine oder Schülerinnen- und Schüleraustausche gehören auch dazu, auch wenn kein Recht darauf besteht. Ein Urlaubsantrag beziehungsweise die Gewährung eines Urlaubs aus anderen Gründen ist auch bei den weiterführenden Schulen nicht ausgeschlossen, sofern die Schulleitungen und gegebenenfalls der Lehrbetrieb entsprechen entscheiden.

Eine Einführung von weiteren zu gewährenden zwei Tagen Familienurlaub würde die duale Berufsbildung gegenüber den Mittelschulen benachteiligen. Der Nachteil besteht darin, dass die duale Berufsbildung die zwei Tage Familien erlaubt nicht einführen könnte, während es den Mittelschulen grundsätzlich möglich wäre. In den Augen der jungen Menschen könnte dies als Nachteil beim Vergleich zwischen Lehre und Vollzeitschule gesehen werden, neben den sowieso schon längeren freien oder Volksschulzeiten, 14 Wochen Schulferien gegenüber fünf Wochen bei den Lehrlingen.

Diese Benachteiligung wollen wir vermeiden. Aus diesen Gründen beantragt der Regierungsrat Nichtüberweisung dieser Motion.

Balz Herter (Mitte-EVP): Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen

39. Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Beteiligung des Kantons Basel-Stadt am ICT Scouts/Campus, Schreiben des RR

[23.10.24 16:37:49, 22.5024.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben

40. Anzug Franziska Roth und Konsorten betreffend bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Familien mit behinderten und chronisch kranken Kindern, Schreiben des RR

[23.10.24 16:38:15, 19.5571.03]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Wünscht der Regierungsrat das Wort? Er wünscht es nichts. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben

41. Antrag Fina Girard und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend eine gesicherte Teilnahme der Schweiz an Erasmus+, Stellungnahme des RR

[23.10.24 16:38:44, 24.5063.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, die Standesinitiative einzureichen. Wünscht der Regierungsrat das Wort? Er verzichtet.

Es haben sich keine Sprechenden eingetragen. Wir müssen aber trotzdem abstimmen.

Abstimmung

JA heisst Einreichung gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst nicht Einreichung

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004643, 23.10.24 16:39:55]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Standesinitiative bei den Bundesbehörden einzureichen

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben der Einreichung einstimmig mit 93 Stimmen zugestimmt.

42. Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend Erlass eines Musikschulgesetzes, Stellungnahme des RR

[23.10.24 16:40:08, 24.5173.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Motion zu überweisen. Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Gerne fasse ich die Haltung des Regierungsrats zu dieser Motion zusammen. Wir sind der Überzeugung, dass es zur Sicherstellung des Bundesverfassungsauftrags keines separaten Musikschulgesetzes bedarf. Die bestehenden Strukturen der Förderungen ausserschulischen Musikunterrichts sind im Kanton Basel-Stadt grundsätzlich gut. Allerdings sehen wir durchaus Verbesserungs- und Weiterentwicklungsbedarf. Dieser betrifft nicht so sehr die Förderstrukturen selbst, sondern deren Grundlagen und vor allem deren Kommunikation.

Die zahlreichen politischen Vorstösse zu diesem Thema machen deutlich, die Zuständigkeiten und die Handhabung der privaten Leistungsträgerorganisationen, ausserschulische Musikförderung im Staatsbeitragsverhältnis sind gegen aussen nicht vollständig transparent und nachvollziehbar. Um dies zu verbessern, planen wir seit längerem eine umfassende Revision der teils historischen Bildungsgesetzgebung. Dabei ist auch vorgesehen, in einem neu zu schaffenden Bildungsrahmengesetz eine gesetzliche Grundlage zu schaffen für die Mitfinanzierung des Musikunterrichts für Kinder und Jugendliche an Musikschulen.

Dies festigt die Rechtsstellung von Anbieterinnen wie der Musikakademie und der weiteren vergleichbaren Institutionen der musikalischen Bildung. In diesem Zusammenhang soll auch, wie es die Motion fordert, eine Verordnung erstellt werden. Sie regelt das für alle Institutionen rechtliche Verfahren zum Zugang zu staatlichen Mitteln, die staatliche Finanzierung und gegebenenfalls auch die Anforderungen an die Zusammenarbeit mit dem Gemeinwesen, insbesondere den staatlichen Schulen.

Die Revision der Bildungsgesetzgebung schreitet voran und wird voraussichtlich nächstes Jahr in die öffentliche Vernehmlassung gegeben. Da es um die gesamte Bildungsgesetzgebung geht, ist aufgrund der Komplexität und Mehrstufigkeit dieser Revision praktisch ausgeschlossen, dass die Motionsforderungen binnen zwei Jahren bereits erfüllt werden können. Ich beantrage Ihnen daher, die Motion wie im Motionstext vorgesehen, ohne Fristvorgabe zu überweisen. Ich verweise auf Art. 43 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Grossen Rates, wo es wörtlich heisst: Überwiesene Motionen, die keine Frist erhalten, sind vom Regierungsrat so bald als möglich zu erfüllen. Das haben wir auch in diesem Fall vor.

Balz Herter (Mitte-EVP): Als erster Fraktionssprecher hat sich eingetragen Johannes Sieber von der GLP.

Johannes Sieber (GLP): Im Grundsatz sind wir uns ja einig, dass in diesem Feld etwas getan werden muss. Wir möchten aber trotzdem daran festhalten, dass diese Motion innerhalb von zwei Jahren erfüllt werden soll, und das werde ich jetzt beantragen. Wir sehen auch den Zusammenhang mit den anderen Revisionen nicht. Wir können das trotzdem jetzt angehen und jetzt durchführen. Wir möchten auch darauf hinweisen, dass die Motion eine Strategie fordert zur Annäherung von Angebot und Nachfrage der musikalischen Bildung. Wir sehen es durchaus für notwendig, dass die Umsetzung des Artikels 67a der Bundesverfassung, eben diese gesetzliche Verankerung, stattfinden soll. Deswegen beantragen wir die Zweitüberweisung als Motion und die Frist möchten wir auf zwei Jahre setzen, weil wir denken, dass die Dringlichkeit durchaus gegeben ist. In diesem Sinne freue ich mich auf die Unterstützung.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Fraktionssprecher ist David Jenny von der FDP.

David Jenny (FDP): Im Sinne der Zeitersparnis hat eine Kollegin aus der SVP-Fraktion, deren Vorname gleich geschrieben ist wie mein Nachname, mich gebeten, auch für sie zu sprechen.

Die Überweisung ist ja unbestritten. Wir halten an der üblichen Frist von vier Jahren fest. Es ist auch ein bisschen komisch im Motionstext selber wurde die Frist von zwei Jahren nicht erwähnt, und die gesetzliche Frist ist ja vier Jahr, die nun gekürzt wurde. Ich glaube, der Regierungsrat hat gut dargelegt, dass es Sinn macht, dies im Zuge der Totalrevision des Bildungsgesetzes zu behandeln und das nicht irgendwie unkoordiniert vorzuziehen. Vielleicht geht das ja schneller als vier Jahre, da hoffen alle darauf, aber diese künstliche Abtrennung wollen wir nicht und daher bitten wir Sie, bei vier Jahren zu verbleiben. Die inhaltlichen Anliegen sind ja unbestritten. Dann haben wir lieber gut und koordiniert eine Lösung als rasch und unkoordiniert.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit stimmen wir darüber ab, wie die Motion weiterbearbeitet wird, entweder mit einer Frist von zwei Jahren gemäss dem Antrag von Johannes Sieber oder vier Jahren.

Abstimmung

Ja bedeutet eine Frist von 2 Jahren nein heisst die Frist von 4 Jahren.

Ergebnis der Abstimmung

72 Ja, 23 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004645, 23.10.24 16:46:35]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 2 Jahre

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben sich mit 72 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen für eine Überweisung mit einer Frist von zwei Jahren entschieden.

43. Anzug Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Beleuchtung und Randmarkierungen auf Velowegen und -routen durch ein smartes Beleuchtungssystem, Schreiben des RR

[23.10.24 16:46:50, 22.5123.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Wünscht die Regierungsrätin das Wort? Sie hat es.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Die Regierung hat diesen Anzug zum Anlass genommen, um einerseits darüber zu berichten, welche Überlegungen hinter der heutigen und künftigen Beleuchtung, also hinter dem System stehen. Es ist vielleicht noch wichtig zu wissen, dass der Lied bei der öffentlichen Beleuchtung bei der IWB, also beim WSU liegt, in Absprache natürlich mit der Verkehrspolizei, die die konkrete Situation prüft und mit meinem Departement.

Wir haben den Anzug aber auch zum Anlass genommen, um ganz konkret zu den genannten Strassen zu berichten. Wir haben uns die genannten Strecken angeschaut mit externer Unterstützung und Sie haben die detaillierten Resultate hier vorliegen. Wo wir Schwachstellen identifiziert haben, haben wir Verbesserungen vorgenommen oder wir werden diese noch umsetzen. Die Umrüstung auf LED ist ein weiterer grosser Schritt.

Bei einigen Stellen wie beispielsweise bei den Langen Erlen stellen sich Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Naturschutz. Auch da finden Sie Details im Bericht und ich hoffe, dass der Regierungsrat Ihnen mit diesem Bericht nachvollziehbar darlegen konnte, was schon verbessert wurde und was auch noch geplant wird, und ich bitte Sie, mit dieser Berichterstattung den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Als erste eingetragen hat sich Annina von Falkenstein von der LDP.

Annina von Falkenstein (LDP): Vielen Dank an den Regierungsrat für die Berichterstattung zum vorliegenden Anzug. Offenbar besteht Handlungsbedarf in Sachen Beleuchtung von Velorouten und Wegen, was die vielen Erwähnungen über bereits laufende Massnahmen unterstreichen. Dass die Situation rund um die Sicht aufgrund der Beleuchtung noch nicht so gut ist, wie es in einer velofreundlichen Stadt sein sollte, so weit gehen der Regierungsrat und ich einig. Uneinigkeit besteht jedoch zum weiteren Vorgehen, denn ich beantrage Ihnen, diesen Vorstoss stehen zu lassen, während der Regierungsrat diesen abschreiben will.

Zu den Gründen: Für viele Teilbereiche, die in der Stellungnahme erwähnt sind, werden weitere Handlungsschritte angekündigt. Ein paar Beispiele, zitiert aus dem Schreiben des Regierungsrats:

Die Gemeinde Riehen prüft deshalb die gleichzeitige Markierung einer Randlinie. Die Stadtgärtnerei prüft, ob ein Rückschnitt der Bäume möglich ist, um die Situation zu verbessern. In einem Testversuch soll geprüft werden, ob die Führung der Velofahrenden durch den stellenweisen Einsatz von Leitpfosten mit Reflektoren verbessert werden kann. Weitere Massnahmen werden noch geprüft. Darüber hinaus sind Verbesserungen im Rahmen laufender Planungen vorgesehen beziehungsweise werden mit der Umrüstung auf LED geprüft.

Finden Sie wirklich, dass Abschreiben unter diesen Umständen ein guter Vorschlag ist? Macht es nicht mehr Sinn, das Thema in der hier vorliegenden Kompaktheit weiter zu behandeln, statt womöglich über die weiteren Monate einzelne schriftliche Anfragen oder Interpellationen¡ zu erhalten?

Ich bedaure es sehr, dass der Regierungsrat sehr oft zum Abschreiben tendiert, wenn die Arbeit des verantwortlichen Departements noch nicht im Rahmen der parlamentarischen Forderung erledigt wurde. Und dies zählt nicht nur für das BVD, sondern für alle Departemente. Ein weiteres Argument, um den Anzug stehen zu lassen, ist der anstehende Wechsel auf LED. Ich bin sicher, dass dies gewissenhaft umgesetzt wird, wie wir aber alle wissen, ist es oft erst der Erfahrungsbericht nach Installation und das entsprechende Ausmerzen von Kinderkrankheiten, die die Umsetzung optimieren und wirklich wirkungsvoll machen. Warum also nicht stehen lassen und nach Installation der LED leuchten nochmals berichten?

Einleitend wird erwähnt, dass dieses Thema in die Schnittstelle von BVD, WSU und JSD fällt. Falls der Wunsch des Regierungsrats, dieses Geschäft abzuschreiben, mit dieser Schnittstellenausgangslage zu tun hat, wäre das sehr schade. Ich bitte entsprechend den Regierungsrat darum, in Zukunft die Perspektive des Parlaments einzunehmen und weg vom «Gerade etwa gut genug-Abschreibemodus» zu kommen. Und Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, bitte ich, diesen Vorstoss stehen zu lassen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Sprecher ist Daniel Sägesser von der SP.

Daniel Sägesser (SP): Ich muss mich vielleicht schon jetzt ein bisschen entschuldigen, wenn das heutige Votum etwas unsortiert daherkommt. Das Geschäft ist seit etwa einem halben Jahr auf unserer Traktandenliste und ich habe mir immer vorgenommen, wenn es dann kommt, bereite ich dann noch etwas vor. Jetzt hatte ich seit dem Sonntag aus irgendeinem Grund ein bisschen etwas anderes im Kopf. Sie mögen es mir verzeihen.

Aber eigentlich müsste ich auch gar nicht gross sprechen, weil Annina von Falkenstein hat eigentlich schon alles gesagt, was ich auch sagen wollte. Ich finde es geradezu ein bisschen unanständig, wenn wir in diesem Parlament einen Anzug prüfen und berichten mit 70 zu 11 an den Regierungsrat überweisen und wenn die zwei Jahre dann abgelaufen sind, dann kommt eine Anzugsbeantwortung und dort steht dann fünf Mal, dass man Sachen prüfen wolle, wie wir eben gehört haben, zum Beispiel, dass man prüfen wolle, ob man Bäume zurückschneiden kann. Also da wäre jetzt mein spontaner Vorschlag, schnappen Sie sich jemanden von der Stadtgärtnerei und gehen Sie schauen, ob man diese Bäume zurückschneiden kann und dann geben Sie uns Bericht.

Ich glaube, Sie merken es. Es macht keinen Sinn, einen solchen Anzug zum jetzigen Zeitpunkt abzuschreiben. Ich möchte Sie bitten, dem Antrag von Annina von Falkenstein, den Anzug stehen zu lassen, zu folgen, auch im Namen der SP-Fraktion.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Fraktionssprechender ist Lukas Bollack von der GLP.

Lukas Bollack (GLP): Ich kann mich auch kurz halten und will nur rasch erklären, warum wir Grünliberalen ebenfalls den Anzug stehenlassen wollen. Es sind eigentlich dieselben Gründe, die schon genannt wurden. In der Antwort der Regierung wurde auf mehreren Strecken Verbesserungen angekündigt und es wurde darauf verwiesen, dass im Zuge der Umstellung auf LED vielerorts Verbesserungen sich einstellen würden und wir finden einfach sinnvoll, den Anzug stehen zu lassen, damit über den Fortschritt berichtet werden kann.

Entgegen der Antwort der Regierung finden wir zudem, dass smarte Beleuchtungssysteme mindestens einen Pilotversuch verdient hätten. Die grundlegende ablehnende Haltung der IWB können wir da nicht nachvollziehen. Wir werden deshalb für Stehenlassen stimmen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Fraktionssprecherin ist Anina Ineichen für das GAB.

Anina Ineichen (GAB): Eine gute Veloinfrastruktur ist in unser aller Sinn. Ich denke, hier hätten wir einen guten Vorschlag. Gerade smarte Beleuchtung wäre eigentlich etwas Spannendes und Prüfenswertes, doch das ist ja gar nicht vorgesehen. Es gibt noch ganz viele Punkte, die nur vorgesehen sind, aber noch nicht erledigt sind. All dies erachten auch wir nicht als Basis für ein Abschreiben und wir bitten Sie darum, den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Fraktionssprecher ist Felix Wehrli für die SVP.

Felix Wehrli (SVP): Die Kreuztabelle zeigt auf, es bringt nichts, aber ich will einfach kurz aufzeigen, weshalb wir für Abschreiben sind.

Die Beantwortung des Regierungsrates ist hier, für uns wenigstens, in diesem Fall nachvollziehbar und zeigt auf, dass es sehr wenige Zonen gibt, bei welchen die Velowege nicht genügend ausgeleuchtet sind. Die festgestellten Mängel wurden aufgenommen, werden in Kürze behoben oder sind es bereits. Wenn ich im Anzug aber lese, dass ältere Menschen Probleme mit dem Nachtsehen haben, dann erschliesst es sich mir nicht, weshalb man dann mit dem Velo unterwegs ist. Man gefährdet dabei nicht nur sich selbst, sondern auch Drittpersonen. Dasselbe gilt im Übrigen für alle für die Verkehrsteilnehmende. Also wäre hier wohl die Nutzung des ÖV besser. Dass bei Nässe und Nebel die Bedingungen nicht vorteilhaft sind, ist auch bekannt, und es haben sich auch hier alle Verkehrsteilnehmenden, alle, also auch Velofahrende, den Gegebenheiten anzupassen.

Niemand hier will unsichere Velowege, und einmal mehr stehen auch Bäume teilweise der Beleuchtung im Weg. Ich frage mich einfach, weshalb man dann mit dem Velo nicht etwas langsamer fahren kann. Bäume sollten nicht wegen einem

Veloweg gefällt werden müssen. Zudem haben die allermeisten Velos heute eine Flutlichtbeleuchtung, welche extrem hell ist und die Fahrbahn weit voraus und auch in der Breite voll ausleuchtet.

Wenn Sie nun auch noch die Langen Erlen, in welcher sehr viele, zum Teil geschützte Tierarten zu Hause sind, ausleuchten wollen und mit Lichtern versehen, welche ähnlich einer Lichtorgel an- und ausgehen, wenn Velofahrende vorbeifahren, dann muss ich mich schon fragen, ob sich die Unterzeichnenden bewusst waren, was das für die dortigen Tiere bedeutet.

Ich ersuche die Sie deshalb im Namen der SVP, diesen Anzug abzuschreiben und damit dem Regierungsrat zu folgen, welcher die Behebung der notwendigen Schritte, welche es im Kleinen gegeben hat oder noch gibt, bereits in Auftrag gegeben hat.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es haben sich keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Aber es gibt eine Zwischenfrage. Sie wird angenommen.

Raoul I. Furlano (LDP): Wissen Sie, dass Farbenblinde gerade besonders darauf angewiesen sind auf die Helligkeit? Wir wollen für Farbenblinde Helligkeit haben, die sind darauf angewiesen. Sie haben gesagt, sie sollen nachts nicht Velo fahren, aber wenn es hell ist, fahren sie sicher Velo.

Felix Wehrli (SVP): Also gut, man kann die ganze Stadt ausleuchten mit Flutleuchten, dass alle 24 Stunden fahren können, aber dann gibt es solche, die sich dann wegen der Lichtverschmutzung ärgern.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich wollte nur kurz sagen, dass ich das gerne mitnehme bezüglich dem Stehenlassen und dass ich das Bedürfnis auch verstehe. Es ist tatsächlich eine Diskussion, die wir im Regierungsrat häufiger führen und die Abwägung ist häufig, wie gross ist jetzt das Informationsbedürfnis noch? Haben wir einen grossen Teil der Fragen beantwortet, handelt es sich um kleinere Massnahmen? Dies übrigens auch, um die Traktandenliste zu entlasten, denn Sie sehen eben, was passiert, wenn über ganz viele Anzüge immer wieder berichtet wird.

Ich bin überzeugt, jetzt, in dem halben Jahr, seit dieser Bericht traktandiert ist aber nicht besprochen wurde, haben sich schon wieder neue Dinge ereignet. Deshalb gibt es in der Regierung auch immer ein Abwägen und ich denke, das wird uns bei den nächsten Vorstössen, die wir jetzt behandeln, gerade zum Thema Begrünung, noch begegnen, weil es zum Teil halt auch mehrere Vorstösse zum gleichen Thema gibt und dann doppelte und dreifache Berichterstattung.

Aber ich nehme das gerne mit, diesen Wunsch, der Antrag der Regierung lautet aber nach wie vor auf Abschreiben.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

12 Ja, 80 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004651, 23.10.24 16:59:47]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben den Anzug mit 80 Nein-Stimmen gegen 12 Ja-Stimmen stehengelassen.

44. Anzug Laurin Hoppler und Konsorten quartierbezogene autofreie Tage um die nachhaltige Mobilität stärker in die Bevölkerung zu tragen, Schreiben des RR

[23.10.24 17:00:04, 21.5509.03]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben

45. Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend 'Trees in Cities Challenge' – Noch mehr Bäume für Basel, Schreiben des RR

[23.10.24 17:00:23, 22.5085.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben

46. Anzug Pascal Messerli und Oliver Thommen betreffend Förderung des Baumbestands, Schreiben des RR

[23.10.24 17:00:50, 22.5158.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Esther Keller wünscht das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir behandeln heute gerade mehrere Anzüge und Motionen, die sich mit demselben Ziel befassen, nämlich mit einer stärkeren Begrünung. Der Regierungsrat hat das sehr gerne zum Anlass genommen, um darüber zu berichten, was aktuell alles am Tun ist. Und das ist nämlich sehr viel. Das Stadtklimakonzept, das wir 2021 verabschiedet haben und das seither gilt, wirkt auf mehreren Ebenen, nämlich kurz-, mittel- und langfristig und es wirkt auch auf verschiedene Player, also einerseits natürlich auf die Verwaltung selbst, aber auch auf Private und Unternehmen.

Bei diesem Anzug geht es ganz konkret um Bäume respektive um Bäume im öffentlichen Raum. Hier gibt es insofern ein Missverständnis, als es offensichtlich die Annahme hinter dem Anzug ist, dass öffentliche Bäume dem Baumschutzgesetz nicht unterliegen würden und es keine Ersatzpflanzungen bräuchte. Dem ist aber nicht so. Wenn wir öffentliche Plätze oder Strassen planen, müssen wir die Bäume, die wir nicht erhalten können, sei es aufgrund der Bauarbeiten oder aufgrund der Lage in der Strasse oder der Gleise danach, ersetzen. Wir listen das jeweils auch in den Ratschlägen an den Grossen Rat auf und Sie wissen es, gerade in jüngster Zeit gibt es auch immer wieder Anlass zu Diskussionen. Sie haben also Auskunft über diese Bäume und die Ersatzpflanzungen.

Wir machen Überfliegungen der Stadt, um auch Kenngrössen zur Baumkronenbedeckung zu haben, die so genannten LiDAR-Messungen und diese ermöglicht uns zu sehen, ob sich die Baumbilanz verbessert hat. Und das ist der Fall. Ein Vergleich zwischen 2012 und 2021 zeigt, dass die Baumkronenbedeckung zugenommen hat, dies übrigens im Gegensatz zur Stadt Zürich, wo der private Baumbestand zurückgeht, weil es eben kein solches Baumschutzgesetz gibt.

Ein wichtiges Augenmerk für uns insbesondere für die Stadtgärtnerei liegt darauf, die Bedingungen für die Bäume zu verbessern. Sie wissen, dass aufgrund des Klimawandels gerade Stadtbäume zu kämpfen haben mit Trockenheit oder umgekehrt mit Stürmen und Starkregenfällen, und deshalb verbessern wir laufen die Standortbedingungen, indem wir Baumrabatten vergrössern, mit Substraten experimentieren damit diese das Wasser besser speichern können und natürlich auch Schwammstadt-Projekte umsetzen.

Auch an einem weiteren Punkt sind wir intensiv daran, nämlich an der Erarbeitung eines Förderprogramms für Private. Und auch das ist ja Gegenstand dieses Anzugs und zwar sowohl beispielsweise für Fassaden, Begrünungen wie auch für Baumpflanzungen oder sonstige Begrünungen. Der Ratschlag dazu wird bald folgen.

Sie sehen, wir sind an vielem daran und werden im Rahmen des Stadtklimakonzepts auch wieder darüber berichten und im Rahmen von anderen Vorstössen, deshalb bitten wir Sie, diesen Vorstoss abzuschreiben.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen somit zum ersten Fraktionssprechenden, für das GAB hat Oliver Thommen das Wort.

Oliver Thommen (GAB): Ich habe einfach das Votum von Annina von Falkenstein aufgenommen und lasse es kurz auf meinem Handy laufen, denn es geht ja um das gleiche. Nein, natürlich nicht! Aber wie schon gesagt wurde, es leider wieder einmal so ein Anzug, der während zwei Jahren in einer Schublade verschwunden ist und wieder auftaucht. Wir würden Sie bitten, diesen noch einmal stehen zu lassen.

Sie haben einiges gesagt, was Sie machen und machen werden, also beispielsweise dieses Förderprogramm für Private und dass Sie demnächst einen Ratschlag vorlegen werden. Das ist zu begrüssen. Normalerweise wird ein Anzug dann abgeschrieben, wenn der konkrete Ratschlag da ist. Wir wissen nicht, wie dieses Förderprogramm aussieht, und ich es macht eigentlich keinen Sinn, diesen Anzug abzuschreiben, bevor nicht definitiv vorliegt, was Sie genau planen. Denn aus unserer Sicht ist es nach wie vor ein Probleme oder vielmehr vielleicht ein Desiderat vieler Menschen in dieser Stadt, auch von Privaten, wie es die vielen von Privaten lancierten Initiativen zeigen, dass die Begrünung auch im privaten Raum vorangetrieben wird.

Ich staune, wenn immer wieder der Alleenplan von 1980 vorgebracht wird, wenn beispielsweise die Bruderholzstrasse frisch saniert wird, sind im Alleenplan dort ganz viele Bäume eingetragen, aber auch über 40 Jahre später steht meines Wissens kein einziger Baum irgendwo in der Bruderholzstrasse. Und ich bin auch ein bisschen enttäuscht, dass diese Möglichkeit, darzulegen, wie das mit der Begrünung im öffentlichen Raum weitergehen soll, mit Verweis auf anderes einfach so abgegeben handelt.

Das Grünalternative Bündnis und die SP, für die ich auch sprechen darf, bitten Sie deshalb, den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Fraktionssprechender ist Pascal Messerli von der SVP.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP war schon immer eine umweltfreundliche Partei und hat sich für Grünflächen und für Bäume eingesetzt, sei das in Riehen, in Freizeitgartenarealen oder auch in der Stadt – Stichwort Innere Margarethenstrasse. Hier wollen wir auch unseren Beitrag weiter leisten und auch ich bitte Sie im Namen der SVP-Fraktion, diesen Anzug stehen zu lassen. Wir können in den meisten Punkten die Ausführung des Regierungsrates nachvollziehen. Es benötigt auch aus unserer Sicht nicht noch ein weiteres Konzept neben dem Alleenplan, aber man kann selbstverständlich diesen Alleenplan nochmals prüfen und aktualisieren und sicherlich schauen, ob dieser auch das geeignete Instrument und das geeignete Konzept in diesem Bereich ist.

Für die SVP-Fraktion ist es auch sehr wichtig, dass wir die Transformationsareale langfristig auch als Grünfläche und auch für mehr Bäume nützen. Dort haben wir sehr grosses Potenzial und dort gibt es auch keine Platzknappheit, es geht auch nicht auf Kosten von Parkplätzen wie beispielsweise in gewissen Strassen, die vielleicht etwas enger sind.

Hinsichtlich der letzten Frage kündigt der Regierungsrat an, dass weitere Förderungsprogramme in Bearbeitung sind und da möchten wir diesen Anzug schon auch aufrechterhalten. Oliver Thommen hat das gesagt. Es ist uns von der SVP-Fraktion sehr wichtig, dass wir diese Idee der freiwilligen Privatinitiative in diese zukünftige Planung einfliessen lassen, anders als es sonst in der Klimapolitik häufig der Fall ist, welche auf Bevormundung, Verbote oder höhere Abgaben beruht. Hier wollen wir diese freiwillige Privatinitiative fördern. Deshalb wäre es sinnvoll, wenn wir diesen Anzug stehenlassen und der

Regierungsrat dann in der Anzugsbeantwortung oder in diesem neuen Ratschlag, den er heute angekündigt hat, über dieses Förderprogramm berichten kann. Und wenn wir dann zufrieden sind mit diesem Förderungsprogramm, können wir den Anzug abschreiben. Aber heute bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, diesen noch einmal stehen zu lassen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein zweites Votum. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrates, NEIN heisst stehenlassen gemäss Oliver Thommen

Ergebnis der Abstimmung

33 Ja, 57 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004664, 23.10.24 17:09:43]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben den Anzug stehengelassen mit 57 Nein-Stimmen gegen 33 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

47. Motion Daniel Albietz und Konsorten betreffend faires Inventarisierungsverfahren, Stellungnahme des RR

[23.10.24 17:09:58, 23.5649.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Regierungsrätin Esther Keller wünscht das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Das Inventar der schützenswerten Bauten ist ein Verzeichnis derjenigen Gebäude, die für den Kanton von besonderem kulturellen Wert sind. Die kantonale Denkmalpflege hat den gesetzlichen Auftrag, dieses Inventar zu erstellen und zu aktualisieren. Es hat lediglich Informationszweck. Es soll signalisieren, dass eine Liegenschaft möglicherweise schützenswert ist und dass dies bei einem allfälligen Baubegehren geprüft werden muss. Die Inventarisierung hat also keine unmittelbare Rechtswirkung und ist auch keine Verfügung.

Die Motionärinnen und Motionäre fordern nun, dass die Eigentümer der Gebäude einbezogen werden in diesen Prozess. Dies wäre selbstverständlich richtig und wichtig, wenn die Inventarisierung eine unmittelbare Rechtswirkung hätte. Das ist aber eben nicht der Fall, sie ist lediglich ein Informationsinstrument. Sie ist eine Vororientierung über einen potenziellen Sachverhalt und sie ist gemäss Appellationsgerichtsurteil, wie ich gesagt habe, auch keine Verfügung.

Was passiert, wenn man diese Motion umsetzen würde? Heute hat der oder die Hausbesitzende die Möglichkeit, nach Inventaraufnahme die Denkmalpflege aufzufordern, die Schutzwürdigkeit zu überprüfen. Sie muss das jedoch nicht tun. Ich persönlich würde es nicht tun, sondern erst dann, wenn ich etwas umbauen möchte, denn neben der Schutzwürdigkeit untersucht die Denkmalpflege auch die Schutzfähigkeit, also ob ein Gebäude noch genügend intakt ist und genügend Originalteile beispielsweise aufweist, dass der Erhalt sinnvoll ist. Möglicherweise wird das in zehn Jahren anders eingeschätzt als heute. Deshalb macht eine frühzeitige Abklärung nicht unbedingt Sinn.

Falls dem so wäre, dass ein Gebäude als schutzwürdig und schutzfähig beurteilt würde, dann kann man den Rechtsweg beschreiten. Ich persönlich bin als Hauseigentümerin froh, dass es diese frühe Information über die Inventarisierung eben gibt, die noch nicht verbindlich ist, sondern eine Art Information, dass es diese Schutzwürdigkeit möglicherweise gibt. Mein Rechtsweg ist nach wie vor gesichert, falls ich das Haus umbauen möchte, kann ich dann das abklären.

Sowohl für die Hauseigentümer wie auch für den Kanton wäre der rechtsstaatliche Einbezug in dieser frühen Phase ein unverhältnismässiger und nicht sinnvoller Aufwand, denn wie gesagt, bis Sie dann ein konkretes Bauprojekt zehn Jahre später oder so planen könnte, die Ausgangslage eine ganz andere sein. Last but not least ist vielleicht wichtig zu wissen, dass die Inventarisierung in Basel bis Ende des Jahres fast vollständig abgeschlossen ist. Auch in diesem Licht scheint die Motion nicht sinnvoll.

Was wir aber gerne mitnehmen, was wir auch sehen und lesen aus dieser Motion ist, dass das Informationsbedürfnis bezüglich diesem Inventarisationsverfahren gross ist und wir werden besser informieren, was dies anbelangt, beispielsweise auch über eine Infoveranstaltung, damit man sich eben der Bedeutung aber auch der Nichtbedeutung dieses Instruments bewusst ist. Deshalb bitten wir Sie, diese Motion als Anzug zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Als erstes eingetragen hat sich Daniel Albietz für die Mitte/EVP.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Wie Sie meiner Motion nehmen können, zielt sie auf eine Gesetzesänderung respektive Ergänzung ab, weshalb ich mich samt meiner Fraktion und auch weiteren Fraktionen, insbesondere rede ich hier auch für die FDP-Fraktion, für die Zweitüberweisung als Motion ausspreche und dies auch beantrage.

Der Regierungsrat schreibt in seiner Stellungnahme unter anderem, die Aufnahme einer Liegenschaft ins Inventar ist keine eigentümerverbindliche Unterschutzstellung, sondern lediglich eine Denkmalvermutung. Das heisst, sie hat für die Eigentümerschaft keine Verpflichtungen zur Folge. Mit Verlaub, aber das ist eine formalistische und spitzfindige Argumentation. Formell hat die Eintragung zwar keine direkten Verpflichtungen zur Folge, das trifft zu wohl aber hat sie unmittelbare und nicht unerhebliche Konsequenzen.

Auch trifft die Behauptung der Regierung nicht zu, dass der Inventareintrag nur deklaratorisch sei und keine Auswirkungen zeitige. Ab Eintragung redet die Denkmalpflege bei jeder baulichen Veränderung rein und sei dies nur ein Fensterersatz. Weiter droht mit jedem Baugesuch das Verfahren auf Eintragung ins Denkmalverzeichnis.

Immobilienfachleute bestätigen zudem, dass die Inventarisierung zu einer Verminderung des Liegenschaftswerts führt, also einen direkten Eingriff in die Eigentumsrechte darstellt. Die Reduktion des Liegenschaftswerts kommt einer partiellen Enteignung gleich. Für Eingriffe ins Eigentum stellt der Staat in der Regel nicht nur ein Anhörungsrecht, sondern einen Rechtsmittelweg mit der Expropriationskommission eine eigene Instanz und mit dem Verwaltungsgericht eine gerichtliche Instanz zur Verfügung. Bei der Inventarisierung findet nicht mal zwingend eine Anhörung statt. Es geht nur um das rechtliche Gehör. Da reicht ein vor formlose Schreiben per B-Post und das erachte ich als rechtsstaatlich ungenügend und problematisch.

Mit dem auch schon gehörten fragwürdigen Argument der staatlichen Effizienz oder angeblicher Bürokratie müssten wir sämtliche Rechtsmittelwege straffen oder ganz abschaffen, was den Rechtsstaat grundsätzlich in Frage stellen würde. Daher spreche ich mich nach wie vor dezidiert dafür aus, dass die Eintragung nicht mehr einseitig und formlos erfolgen darf, sondern dass die Eigentümerschaft im Vorfeld auf geeignete Weise angehört werden muss.

Nun, es schaut gemäss Kreuztabelle nach einer Überweisung als Anzug aus. Ich bitte daher die Grünliberale Fraktion, welche das Eigentumsrecht sonst in der Regel noch hochhält, ihre Haltung mit Verweis auf die vorherige Argumentation zu überdenken und doch auf eine Weiterbehandlung als Motion umzuschwenken. Sollte es beim Anzug bleiben, wäre ich zufrieden, dass das Anliegen zumindest auf diese Weise deponiert ist, erwarte aber von den zuständigen Personen in Regierung und Verwaltung, dass das Anliegen mit dem nötigen Gewicht weiterbearbeitet und umgesetzt wird.

Erlauben Sie mir noch eine kurze Bemerkung zur Praxis der Inventarisierung überhaupt. Hier scheint mir eine Strategie des Regierungsrats oder des zuständigen Amts zu fehlen, welche Gebiete und Liegenschaften jeweils inventarisiert werden. Ich erinnere als Beispiel an das Gemeindehaus in Riehen, das lange nicht auf dem Radar der Denkmalschützer und Inventarisierer stand, und erst als der Gemeinderat überhaupt auch nur die Überlegung anstellte, das Gemeindehaus möglicherweise ganz oder teilweise abzubrechen, um einen Neubau am betreffenden Ort zu ermöglichen, war plötzlich die Inventarisierung zur Stelle und das Gebäude wurde am Ende inventarisiert. Auch so wird manchmal Politik gemacht. Ich wünschte mir aber eine klare, stringente Strategie und auch eine berechenbare Strategie der Denkmalpflege bei der Inventarisierung. Das möchte ich einfach noch deponieren.

Besten Dank, wenn Sie dem Antrag auf Weiterbehandlung als Motion folgen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Fraktionssprecherin ist Salome Bessenich für die SP.

Salome Bessenich (SP): Die SP-Fraktion ist klar gegen eine Überweisung dieses Vorstosses als Motion und ich darf an dieser Stelle auch für das GAB sprechen. Eine Überweisung als Anzug hingegen unterstützen wir, da wir eine Anpassung der Kommunikations- und Informationsmassnahmen im Rahmen des Inventarisierungsverfahrens für sinnvoll und für fair erachten. Das ist ja hier gefordert, Fairness. Die Argumente gegen eine Überweisung als Motion bleiben dieselben, wie ich sie bereits bei der Erstüberweisung im Februar hier kundgetan habe und die auch soeben von Regierungsrätin Esther Keller dargelegt wurden.

Die in Inventarisierung ist eine Triage, die primär eben einer Beschleunigung der Prozesse dient. Davon profitieren insbesondere auch die Eigentümerschaften der knapp 90 Prozent Gebäude, die nicht im Inventar sind. Ein Eintrag ist eine Denkmalvermutung, das haben auch Sie bestätigt. Sie hat Informationscharakter und die Interessensabwägung, das hat Regierungsrätin Esther Keller gut dargelegt, kann eben erst dann sinnvoll erfolgen, wenn ein konkretes Bauvorhaben vorliegt. Ob nämlich die Fenster ersetzt oder ein Haus abgerissen wird, das ist eben eine andere Abwägung und es ist auch hier im Interesse der Hauseigentümerschaften, dass Gebäude nicht auf Vorrat unter Schutz gestellt werden müssen, sondern die Situation bei einem konkreten Vorhaben geprüft wird.

Zudem gibt es ja schon heute die Option eines rechtsstaatlichen Einbezugs, indem nämlich die Prüfung der Schutzwürdigkeit bei einer Inventarisierung eingefordert wird. Und wird diese dann festgestellt, dann gibt es die Möglichkeit, diese Verfügung anzufechten. Ob das im Interesse der Eigentümerschaft ist oder nicht, das bleibt hier dahingestellt.

Hinzu kommt, was Regierungsrätin Esther Keller ebenfalls erwähnte, dass die Inventarisierung aktuell im Kanton Basel-Stadt zu 95 Prozent abgeschlossen ist und somit erst in 20 bis 30 Jahren wieder überprüft wird. Das Gesetz beziehungsweise die Verordnung jetzt anzupassen, wäre also wenig zielführend. Was wir hingegen sehr begrüssen, ist, dass der Regierungsrat die Kommunikation überarbeiten und die betroffenen Eigentümerschaften besser informieren und deren Fragen auch abholen will. Darum unterstützen wir die Überweisung als Anzug.

Ich danke Ihnen im Namen der SP und des GAB, wenn Sie uns so folgen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Ich habe keine keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet ebenfalls. Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

Ja heisst Weiterbehandlung als Anzug nein heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 38 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004666, 23.10.24 17:21:46]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Anzug

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben sich mit 53 Ja-Stimmen gegen 38 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen dafür entschieden, das Geschäft als Anzug weiter zu behandeln.

48. Motion Jörg Vitelli und Konsorten Motion betreffend kein Zubringer Allschwil ohne Bachgrabentram, Stellungnahme des RR

[23.10.24 17:22:01, 19.5446.03]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, die Frist bis am 30. Juni 2025 zu erstrecken.

Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine anderen Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Frist bis 30. Juni 2025 zu erstrecken

49. Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Velosicherheitsmassnahmen in der Neubadstrasse, Schreiben des RR

[23.10.24 17:22:32, 18.5200.04]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

50. Anzug Michael Hug und Konsorten betreffend Wiederaufnahme der Planung eines Tram-Schiffsverkehrs ("Vaporetto") auf dem Rhein, Schreiben des RR"

[23.10.24 17:22:53, 22.5221.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Wünscht die Regierungsrätin das Wort? Sie wünscht es.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Die Idee an sich ist nicht neu. Schon 2016 hat der Regierungsrat zu einem ähnlichen Anliegen Stellung genommen und es insbesondere mit Blick auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis verworfen. Der Regierungsrat hat den Anzug zum Anlass genommen, die damaligen Feststellungen nochmals zu überprüfen und wir kommen zu folgenden Schlüssen:

Eine der Ausgangslagen hat sich im Vergleich zu damals verbessert. Die Antriebstechnologie des Schiffes wäre mit erneuerbarer Energie und damit gesetzeskonform umsetzbar, nämlich mit einem Wasserstoffbatterie-Hybrid-System. Drei gewichtige Argumente sprechen jedoch nach wie vor gegen ein solches Projekt. Die Kosten für die Anschaffung der Schiffe wären sehr hoch. Auch müssten die Zugänge zu den Schiffen behindertengerecht ausgestaltet, sicherlich angepasst werden, was einiges an weiteren Kosten auslösen würde. Die Betriebskosten fielen höher aus als in der damaligen Studie von 2014 und das Potenzial für neue ÖV-Nutzende hingegen scheint uns als nicht besonders hoch. Primär würde es wohl Umsteiger geben, die Menschen, die heute mit dem Tram und Bus unterwegs sind, würden dann vielleicht das Schiff nehmen Und dies wiederum würde die Effizienz des ÖV-Netzes verringern.

Sie sehen am aktuellen Budget für den öffentlichen Verkehr, dass wir mit steigenden Kosten zu kämpfen haben und das bereitet dem Regierungsrat Sorgen. Es ist wichtig, dass wir unsere finanziellen Ressourcen deshalb in möglichst wirkungsvolle Systeme einsetzen, dies auch mit Blick auf den Klimaschutz. Deshalb darf ich Sie darum bitten, diesen Abzug abzuschreiben.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Eingetragen habe ich Michael Hug für die LDP.

Michael Hug (LDP): Nach Konsultation der Kreuztabelle und einigen Gesprächen habe ich das Gefühl, dass viele von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Vorteile eines Tramschiffverkehrs nicht verstanden haben oder den Vorstoss voreilig in die Kiste der Fasnachtssujets gelegt haben. Ich konnte mir in den letzten Jahren etliche lustige Sprüche anhören, zum Beispiel mit dem Cornetto auf dem Aporetto oder Vaporetto Mike usw. Gerne möchte ich dennoch euch alle dringend dazu

ermutigen, den Anzug betreffend Wiederaufnahme der Planung eines Tramschiffsverkehrs auf dem Rhein stehen zu lassen und keinesfalls aufzuschreiben.

Kürzlich wurde bekannt, dass weder der geplante Tramlinienausbau noch der S-Bahnausbau in einer absehbaren Frist realisiert werden kann, falls überhaupt. Dazu fallen bei der Ertstellung sehr hohe Kosten an. Der Rhein als Schiene ist jedoch bereits gebaut. Eine Nutzung kann relativ umgehend erfolgen, Netto Null, wie wir gehört haben, und erst noch relativ günstig im Verhältnis. Viele neue Wohn- und Arbeitsflächen sind in der Nähe des Rheins geplant. So sollen Areale beim Hafen, dem Klybeck, in Birsfelden oder im grenznahen Huningue transformiert werden. Der Rhein bietet eine ideale Verbindung zwischen grossen Arbeitsstätten wie der Roche oder Novartis und dem Stadtzentrum. Ein Linienschiffsverkehr auf dem Rhein ist ein günstiges Mittel, um all diese Stationen miteinander zu verbinden und gleichzeitig die wachsenden Pendlerströme aus dem Elsass vom Auto auf den ÖV zu bringen, was ein Ziel aller hier Anwesenden ist, da bin ich ziemlich überzeugt. Dazu muss nicht zuerst ein Tram gebaut wird.

In ihrer Beantwortung zeigt die Regierung auf, dass der Betrieb mit einem Zero-Emissionsschiff möglich wäre. Sie sieht jedoch die mangelnde Wirtschaftlichkeit, die Konkurrenz zu Tram und Bus und die erhöhte Rheinnutzung als Argument, den Anzug abzuschreiben. Aber auf den im Vorstoss geforderten Pilotversuch geht die Regierung nicht ein, was sehr bedauerlich ist.

Vor diesem Hintergrund soll der Anzug unbedingt stehengelassen werden. Nur mit einem Pilotversuch kann die effektive Nachfrage und das Potenzial eines solchen Verkehrsträger beurteilt werden. Der Linienschiffsbetrieb steht nicht als Konkurrenz zu Tram und Bus, sondern als sinnvolle Ergänzung. Ein gewichtiger Vorteil besteht darin, dass keine neuen Strassen oder Schienen gebaut und unterhalten werden müssen. Falls der Pilotversuch funktioniert, soll das Projekt in das nächste Agglomerationsprogramm gebracht werden. Bereits im Aggloprogramm 2 wurde ein solcher Linienschiffsverkehr durch den Bund auf die Liste gesetzt. Damit liesse sich ein Teil der Infrastruktur finanzieren. Einen anderen Teil könnte beispielsweise über das Programm Interreg oder den Mobilitätsfonds finanziert werden.

Alle, die den ÖV stärken wollen, insbesondere für den Pendlerverkehr aus dem ein Elsass von Birsfelden und neu vom Klybeck müssten eigentlich für dieses Projekt sein. Ausserdem würde ein touristischer Mehrwert entstehen. Ich beantrage ein Stehenlassen mit dem Auftrag, einen Pilotversuch durchzuführen. Dieser wurde in der Stellungnahme nicht einmal erwähnt.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit kommen wir zum nächsten Fraktionssprechenden Jerôme Thiriet vom GAB.

Jérôme Thiriet (GAB): Michael Hug hat tatsächlich auch von mir schon einen Spruch hören müssen. Er hat schon viel zu seinen Vaporetti gesagt. Auch wir vom Grünalternativen Bündnis sind daran interessiert, den Anzug stehenzulassen, vor allem auch weil wir ja jetzt sehr viele Argumente gehört haben, dass es machbar ist, den Rhein auch als ÖV-Achse zu nutzen. Wir sehen es auch nicht als Konkurrenz zu den bestehenden ÖV-Angeboten auf der Tramschiene oder im Bus. Uns würde es wirklich auch wundernehmen, ob das funktionieren kann, ob die Nachfrage da ist. Da kann mit der Einschätzung des Regierungsrats einig sein, es ist nicht ganz klar, ob das wirklich genutzt wird oder nicht. Es ist für uns aber auch störend, dass man die Forderung nach einem Pilotbetrieb gar nicht aufnimmt, sondern einfach mal die Kosten und die Machbarkeit abgeschätzt hat. Das wissen wir jetzt, aber wie die Auslastung oder die Nachfrage effektiv sein wird, wissen wir nicht. Michael Hug hat es auch gesagt, in der Stadtentwicklung geht einiges. Vielleicht ist dann bald einmal effektiv viel Wohnraum am Rhein, im Klybeck da, und wir sind dann vielleicht froh, den Fluss können als Verkehrsachse nutzen zu können.

Deshalb wären wir vom GAB froh, wenn der Anzug stehengelassen würde und der Regierungsratskons einen Vorschlag macht, wie ein Pilotprojekt aussehen könnte, um die effektive Nachfrage abschätzen zu können.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Jetzt bin ich etwas diejenige, die die Party verdirbt. Ich finde wirklich, dass wir uns nicht wirklich glaubwürdig machen, wenn wir diesen Vorstoss stehenlassen. Ich habe jetzt vieles gehört. Der Vergleich zur S-Bahn, die nicht so schnell ausgebaut werden kann wie man möchte. Also wirklich, ein Vaporettobetrieb ersetzt jetzt wirklich keine S-Bahn in unserer Region und auch dass die Pendler:innenströme Ströme aus dem Elsass mit dem Vaporetto kämen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben Trams, die ins Elsass fahren. Wir müssen dort schauen, dass wir dieses schon bestehende Netz erweitern und ausbauen und dort die Bedingungen schaffen, dass man eben ganz einfach und ganz bequem mit dem Tram pendeln kann.

Ich habe kurz noch einmal in mein Votum vom Juni 2022 geschaut und habe festgestellt, dass meine Argumente von damals sich verändert haben. Eines der wesentlichen Argumente ist ja zum Beispiel die Fliessgeschwindigkeit des Rheins. Die hat

sich nicht geändert in diesen zwei Jahren und die macht es ganz schwierig, dieses Anfahren von Haltestellen überhaupt sinnvoll zu gestalten. Dann haben wir das Rheinschwimmen, das auch nicht unbeliebter geworden ist in den letzten Jahren, im Gegenteil, sondern an Popularität immer weiter dazu gewinnt. Wir wissen alle, wie der Rhein im Sommer aussieht, wenn es warm ist. Es ist wunderbar, er ist voller Menschen, die sich dort abkühlen können und wenn wir dort eine Vaporettolinie reinpflanzen wollen, das geht doch nicht, das wissen wir alle.

Ich finde, wenn schon müsste man dazu stehen, dass es eine reine Tourismusidee ist, aber dafür haben wir ja schon die Rheintaxis. Da sehe ich auch den Mehrwert nicht. Und ich möchte einfach noch einmal daran erinnern: Sie haben sehr darauf gepocht, Michael Hug, dass es eine Erweiterung des ÖV-Angebots sein würde. Wir haben im Bereich des ÖV das Behindertengleichstellungsgesetz, das es zu respektieren gilt. Das heisst, wir müssten alle diese Haltestellen so bauen, dass man ganz eigenständig auf dieses Schiff gelangen kann. Das ist ja wirklich nicht realistisch, insbesondere wenn wir sehen, wie weit wir schon im Rückstand sind beim Umbau der bestehenden ÖV-Haltestellen in unserem Kanton.

Auch der Idee eines Pilot kann ich nichts abgewinnen, denn dann müssten wir ja diese Schiffe anschaffen, wir müssten diese Haltestellen bauen, um dann festzustellen, dass der Rhein immer noch gleich schnell fliesst und immer noch gleich viele Leute im Rhein schwimmen. Ich finde die den Gedanken schön, aber ich finde, es ist wirklich offensichtlich, dass das nicht funktioniert in unserer Stadt mit den Dimensionen, die sie hat und auf diesem Gewässer, das eben die erwähnte Fliessgeschwindigkeit hat. Deshalb sollten wir das nicht aus Prinzip einfach stehenlassen. In diesem Sinne bitte ich Sie, den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Ich finde es schade, dass man sich jetzt da dagegen stellt. Grundsätzlich aber die Frage: Die Personenschifffahrt muss ja auch behindertengerecht funktionieren, wieso sollte das mit dem Vaporettoschiff nicht funktionieren?

Lisa Mathys (SP): Da es bei dieser Idee ja um ein ÖV-Angebot gehen sollte, wäre die Haltestelledichte natürlich eine andere und bei Tourismusangeboten und bei ÖV-Angeboten gelten nicht ganz die gleichen Anforderungen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Michael Hug

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 39 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004670, 23.10.24 17:36:04]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 52 Ja-Stimmen gegen 39 Nein-Stimmen.

51. Motion Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Untertunnelung und Finanzierung der gesamten Osttangente durch das Stadtgebiet - A2 Underground - the way to the future, Stellungnahme des RR

[23.10.24 17:36:16, 19.5281.03]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, die Frist bis am 30. November 2025 zu erstrecken.

Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller, sie verzichtet. Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Eingetragen hat sich Harald Friedl für die Fraktion GAB.

Harald Friedl (GAB): Die vorliegende Motion wurde im Juni 2020, also vor über vier Jahren zum zweiten Mal vom Grossen Rat überwiesen. In dieser Motion gibt es zwei klare Aufträge, die bisher nicht umgesetzt wurden. Vier Jahre hätte der Regierungsrat Zeit gehabt, beim ASTRA für die Forderungen zu weibeln und diese ihm vorzubringen. Die wären gewesen erstens die totale Verlagerung der Osttangente und dem Boden plus den Rückbau einzubringen und dafür auch mit dem ASTRA zusammen ein Konzept für die Teil- oder die ganze Finanzierung zu erarbeiten.

Jetzt noch vier Jahren kommt der Antrag auf eine Fristverlängerung, aber nicht etwa, um diese Forderungen dann weiterzubearbeiten, sondern abgeschwächte Anliegen des Regierungsrats umzusetzen, eines davon ist die Temporeduktion von 80 auf 60 und die zweite ist, Berechnungen anzustellen, ob es Potenzial gibt, dann die A2 teilweise rückzubauen oder Verkehrsflächen freizugeben.

Das ist eben beides nicht das, was das Parlament damals vor vier Jahren wollte und verlangte und wir sind frustriert darüber. Wir verspüren da keine Bereitschaft des Regierungsrats, den Auftrag umzusetzen, wie er in der Motion steht und dem ASTRA da entsprechend Druck aufzubauen. Ein grosser Teil der Fraktion kann daher der Fristverlängerung nicht zustimmen und ein Teil der Fraktion beantragt daher, die Fristverlängerung abzulehnen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Das Geschäft ist schon ein bisschen älter, als ich hier bin , aber es ist interessant, dann müssten Sie doch jetzt für den Tunnel sein, oder?

Harald Friedl (GAB): Ja, es ist länger her, und ja, wenn man es nachliest, dann steht in der Motion eine vollständige Verlagerung der Osttangente in den Untergrund und das ist nicht das, was das ASTRA uns jetzt vorgeschlagen hat und zur Abstimmung gelangt.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Sprecherin für die SP ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Ich mache es überhaupt nicht lange Ich schliesse mich im Grundsatz natürlich dem Votum von Harald Friedl an. Wir haben trotzdem keine Ablehnung der Fristverlängerung vorgesehen, weil es nicht Sinn macht, aber natürlich geht es uns sehr ähnlich. Wir wünschen uns ein klares Bekenntnis der Regierung dazu, dass diese Osttangente der Vergangenheit angehören soll und dass man dort wirklich den Platz schlauer nützen wird und es nicht nur mal anschaut. Aber der Fristverlängerung stimmen wir zu.

Balz Herter (Mitte-EVP): Als Einzelsprecherin hat sich gemeldet Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Einfach, um es nochmals zu verdeutlichen: In diesen vier Jahren, die jetzt eigentlich die Regierung Zeit gehabt hätte, diese Motion umzusetzen, zum Beispiel die Planauflage vorzugelegen, also die Möglichkeit, mit der unsere Regierung unseren Auftrag hätte umsetzen können und die vollständige Verlagerung oder Rückbau der Ostangabe als Bedingung für den Rheintunnel zu verlangen, ist nicht viel passiert. Das machen andere Kanton oder andere Städte bei Autobahnausbauten, sie verlangen konkret den Rückbau von städtischen Autobahnen oder autobahnähnlichen Strassen. Wir können die Frist jetzt schon verlängern, natürlich ist es besser, wenn in Zukunft noch ein bisschen mehr gedacht, geplant

und konzipiert wird. Aber die wirklich klare Chance hat die Regierung verpasst, ganz willentlich und ich finde das ein Affront an unser Parlament.

Balz Herter (Mitte-EVP): BWir haben keine weiteren Einzelsprechenden mehr eingetragen. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich darf festhalten, dass sich an der Haltung des Regierungs seit 2020 nichts geändert hat. Schon dort finden Sie die Aussage, dass wir beabsichtigen, einen partiellen Rückbau der Osttangente anzuschauen und dass wir uns eben wirklich beim Bund einsetzen für Tempo 60 statt 80. Wir bekommen da sehr gute Zeichen, wir haben uns bei verschiedenen Gelegenheiten auch dafür eingesetzt und wir werden das weiterhin tun. Ich glaube, die Fristverlängerung macht im Moment Sinn. Wir stehen kurz vor der Abstimmung über den Strassenausbau und ich glaube, wir werden dann wissen, ob diese Planungen überhaupt nötig sind und deshalb bitte ich Sie sehr, der Fristverlängerung zuzustimmen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen somit zur Abstimmung. Harald Friedl möchte der Fristerstreckung nicht zustimmen.

Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung bis am 30. November 2025 gemäss Antrag Regierungsrat, oder NEIN zur Fristerstreckung

Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 13 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004672, 23.10.24 17:42:48]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Frist bis 30. November 2025 zu erstrecken

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben der Fristerstreckung mit 74 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

52. Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend Anwohnerparkkartengebühren nach beanspruchter Parkfläche, Schreiben des RR

[23.10.24 17:43:01, 20.5328.03]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

53. Motion Raffaela Hanauer und Konsorten betreffend Konzept für Baumpflanzungen sowie Begrünungs- und Entsiegelungsmassnahmen gegen die Sommerhitze, Stellungnahme des RR

[23.10.24 17:43:25, 24.5155.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert zwei Jahren. Regierungsrätin Esther Keller wünscht das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir haben auch diese Motion zum Anlass genommen, um über aktuelle Massnahmen zu berichten. Es geht ja hier darum, wie wir in den kommenden Jahren die Stadt Basel weiter begrünen wollen. Zum einen geschieht das im Gleichschritt mit dem Fernwärmeausbau. Wurden früher nur etwa 7 Prozent des Strassenraums im Zuge einer solchen Bauarbeit entsiegelt, sind es heute zwischen 14 und 18 Prozent, also eine deutliche Zunahme. Wo immer möglich pflanzen wir Bäume,. ganz aktuell sehen Sie das beispielsweise im Paulusquartier.

Bei der Realisierung von Strassenbau- und Fernwärmeausbauprojekten in den Jahren 2024 und 2025 werden pro Jahr eine Fläche von rund 4’000 m2 entsiegelt und begrünt, sowie rund 80 Bäume gepflanzt. Die Tendenz ist steigend, da sich die Prozesse und alle am Bau beteiligten Organisationen auf die neuen Grundsätze des Stadtklimakonzepts angepasst haben. Zur obengenannten Bilanzierung hinzu kommen auch Projekte des Mehrwertabgabefonds, denken Sie an den Winkelriedplatz, wo Bäume hinzugekommen sind und entsiegelt wurde oder auch beim Rosenfeldplatz, oder auch die ganzen Arealentwicklungen Volta Nord, Rosental Mitte oder auch das Areal Walkeweg, wo viel entstehen wird. Diese haben auch dank ihrer Grösse einen wirklich wesentlichen Effekt.

Es macht Sinn, dass wir uns bei der Begrünung auf diejenigen Projekte und Strassen konzentrieren, wo ohnehin schon intensive Bautätigkeiten stattfinden. Niemand würde verstehen, wenn wir parallel dazu weitere Strassen aufreissen würden. Wir müssen uns schon heute darauf konzentrieren, erstens möglichst viele der Fernwärmebaustellen zu nutzen und zweitens sicherzustellen, dass dadurch kein Verkehrschaos entsteht und beispielsweise auch der ÖV nicht im Stau steckenbleibt.

Im Rahmen der Motion Christ haben wir ambitionierte Ziele im Gleichklang mit dem Fernwärmeausbau und wir werden in diesem Rahmen auch berichten. Wir werden über die Entwicklung des Begründungsanteils berichten und natürlich auch über die Baumbilanz. Dies werden wir auch im Rahmen der UVEK-Motion zum Fernwärmeausbau und im Rahmen des Stadtklimakonzepts tun. Wo der Regierungsrat ein Konzept sinnvoll findet, ist nicht flächendeckend, wie das hier in der Motion gefordert ist, flächendeckend über die ganze Stadt, sondern in ganz bestimmten Fällen, wie beispielsweise dem Rosental Quartier. Dort ist ohnehin eine grössere Sanierung der Rosentalanlage geplant und in diesem Zug möchte die Regierung das ganze Strassengeviert, prüfen und schauen, wie das Stadtklima dort kurz- und mittelfristig verbessert werden kann. Das Rosental gehört zu den Gebieten mit einer sehr hohen Hitzebelastung.

Gerne werden wir auch zu diesem Projekt im Grossen Rat berichten und ich bitte Sie deshalb, die Motion als Anzug zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Als erster Fraktionssprecher hat sich gemeldet Luca Urgese für die FDP.

Luca Urgese (FDP): Ich werde gleich zu diesem und den beiden nachfolgenden Traktanden zusammen sprechen, da es ja in allen mehr oder weniger um dasselbe geht. Dementsprechend kann ich auch die Antworten des Regierungsrates zu diesen drei Vorstössen zusammenfassend, es sind eigentlich im Wesentlichen dre Punkte. Erstens, das machen wir bereits. Zweitens, es steht jetzt als behördenverbindliches Ziel im Stadtklimakonzept. Drittens, überweist uns alle drei Vorstösse als Anzug. Und dann erzählen wir euch in zwei Jahren, was wir alles gemacht haben und werden uns dann auf die Schultern klopfen. Das ist grob zusammengefasst der Inhalt dieser drei Regierungsantworten.

Ja, das können wir jetzt machen. Wir können diese drei Vorstösse als Anzug überweisen. Wir schleppen nun ja den Anzug Grossenbacher schon seit sieben Jahren mit und lassen ihn immer wieder stehen, damit dann der Regierungsrat wieder berichten kann, was er da alles beabsichtigt. Die Frage ist, ändern dann diese Überweisungen jetzt irgend etwas an der Praxis des Regierungsrates, ausser dass wir weitere Berichte bekommen, wo mehr oder weniger dann eben nochmals dasselbe drinsteht. Wir haben auf Seite 5 das Berichte zu dieser Motion die Karte mit dem Perimeter 2037, ganz viele rote Linien und werden dann im Zweijahresrhythmus berichtet bekommen, welche dieser roten Linien dann wahrscheinlich die grün sind und wo uns dann umgesetzt wird. Wir können auf dieser Karte sehen, dass in den nächsten 14 Jahren sehr viel gebaut und gegraben wird und gepflanzt in unserer Stadt.

Bei jedem Projekt Entsiegelungspotenziale zu prüfen, ist eine Daueraufgabe. Inzwischen ist es ist auch eine verbindliche Daueraufgabe. Das kann man ja attestieren, dass das auch ein Ergebnis ist des Druckes, der hier im Parlament entstanden ist, aber jetzt ist es ein verbindliches Ziel. Und das wird irgendwie nie fertig sein. Also wir werden nie an einem Punkt sein, wo dieser Grosse Rat sagen wird: ja, jetzt ist fertig gepflanzt, jetzt sind wir zufrieden, sondern es wird ja immer noch das Anliegen geben, hier und dort könnte man doch auch noch entsprechend einen Baum pflanzen. Deshalb können wir diesesVorstosswerk jetzt schon im Zweijahresrhythmus immer vor uns herschieben, ohne dass sich dann konkret etwas ändert an den Vorgaben, die wir dem Regierungsrat gegeben haben.

Besser wäre es, wenn wir dann konkrete Umsetzungen gesehen haben mit gezielten Vorstössen noch zu korrigieren und zu sagen, ja hier habt ihr es nicht gut, nicht richtig gemacht. Denn eben, die grossen Weichen wurden gestellt. Ich würde sagen, die Botschaft ist bei Regierung und Verwaltung angekommen. Die verbindlichen Aufträge sind auch da.

Daher frage ich mich schon, was hier eine Überweisung bringen soll und deshalb beantragen wir Ihnen , die beiden Motionen, diese und die nächste, nicht zu überweisen und dann den Anzug Grossenbacher abzuschreiben.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Fraktionssprecherin ist Leoni Bolz für die SP.

Leoni Bolz (SP): Dunkler Asphalt und Sonne -wir wissen alle, was aus dieser Kombination entsteht. Es ist im Sommer spürbar heisser, dies belastet die Bevölkerung. Massnahmen wie das Pflanzen von Bäumen und das Entsiegeln von Flächen sind daher sehr wichtig, um der Hitze entgegenzuwirken und auch die Biodiversität zu unterstützen. Ein Screening und darauf basierende Entsiegelung, so wie es die Motion fordert, ist daher ausschlaggebend, um zeitnah entsiegelbare Flächen zu identifizieren und zu entsiegeln.

Als Motion wäre der Vorstoss eine wertvolle Ergänzung zu den bestehenden Begrünungsbestrebungen und könnte schnell umsetzbare Lösungen hervorbringen. Die Motion lässt bewusst Spielraum bei der Ausarbeitung des Konzepts und der genauen Ausgestaltung des Screenings. Bestehende Geodaten, die Kenntnis über die Hitzeinseln und einfachen Entsiedlungsmassnahmen wie Rabatten können den Planungsaufwand und die Anzahl langanhaltender Bauarbeiten deutlich verringern. Es kann nicht sein, dass eine Strasse während 50 Jahren nicht entsiegelt wird, nur weil keine Erhaltungsmassnahmen oder Fernwärmearbeiten geplant sind. Ein ganzheitliches Vorgehen ist nun dringend nötig. Die bisherigen Bemühungen reichen nicht aus, da bin ich nicht einverstanden mit Luca Urgese.

Wo ein Wille, da ein Weg und dieser sollte nicht asphaltiert sein. In diesem Sinne bitte ich Sie deshalb im Namen der SP. die Motion zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Als Einzelsprecherin gemeldet hat sich Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GAB): Ich bedanke mich für die wirklich sehr breite Unterstützung aus allen Fraktionen bei der Erstüberweisung meiner Motion. Die Regierung schlägt nun vor, meine Motion als Anzug zu überweisen. Ich möchte jedoch ebenfalls beliebt machen, die Motion weiterhin als Motion zu überweisen und hierfür gibt es mehrere Gründe.

Eine zeitnahe Klimaanpassung ist sehr wichtig. Die Sommerhitze nimmt zu. Wir spüren das in der Stadt, und jeder Baum, je früher gepflanzt, gepflanzt, desto stärker wird er unsere Stadt kühlen. Auch Entsiegelungen, auch sonstige Begrünungen in Form von Büschen tragen einen grossen Beitrag bei zur Kühlung unserer Stadt.

Die Überweisung als Anzug wird keine Identifizierung des Baumpflanzungs- und Entsiegelungspotenzials auslösen. Dies wird den Bedürfnissen der Bevölkerung in den betroffenen Quartieren nicht ausreichend gerecht. Als Motion könnte der Vorstoss jedoch ein wichtiger Beitrag sein, um Low Hanging Fruits auch wirklich zu ernten.

Ich wäre mit der Überweisung als Anzug einverstanden gewesen, wenn man zum Beispiel gesagt hätte: Ja, wir machen ein Screening, aber im öffentlichen Raum geschieht schon viel, wir screenen den privaten Raum und werden die Eigentümerinnen und Eigentümer darauf hinweisen, wo zusätzliche Baumpflanzungen möglich sind, um so die von Hitze betroffenen Quartiere zu entlasten. Das wäre für mich ein gut gangbarer Weg gewesen. Dies wurde so nicht beantwortet.

Aber auch jetzt als Motion hat es immer noch sehr viel Flexibilität bei der Umsetzung des Konzeptes. Die Motion sagt nicht, wie gross das Screening sein soll. Die Motion kann daher auch sehr gut so interpretiert werden, dass man vor allem die im Stadtklimakonzept ausgewiesenen, von Hitze betroffenen Quartiere screent und dort wirklich schaut, wo man einfach entsiegeln kann, wo man noch begrünen kann. Das ist nichts, was bisher gemacht wurde und ich finde es schade, wenn die im Stadtklimakonzept sehr gut ausgewiesenen Hitzeschutzinselkarten einfach nur für die Bibliothek sind oder ad acta gelegt werden. Wir haben das, wir können es nutzen und ich bitte Sie daher wirklich, meine Motion als Motion zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf eine Wortmeldung. Ich habe auch sonst keine mehr eingetragen. Somit kommen wir zur Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 43 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004675, 23.10.24 17:55:23]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Anzug

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Anzug entschieden.

Luca Urgese beantragt Nichtüberweisung. Wir kommen somit zu einer zweiten Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst die Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 37 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004677, 23.10.24 17:56:07]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben das Geschäft mit 53 Ja-Stimmen gegen 37 Nein-Stimmen als Anzug an die Regierung überweisen.

54. Motion Lukas Bollack und Konsorten betreffend Erhöhung der Baumkronenbedeckung im Siedlungsgebiet, Stellungnahme des RR

[23.10.24 17:56:21, 24.5156.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich darf es hier etwas kürzer machen. Wir hatten ja schon einige Begrünungsvorstösse. Hier ist der Grund, dass wir das gerne als Anzug hätten, aber ein anderer. Wir haben nämlich das, was hier gefordert wird,

eigentlich schon umgesetzt. Der Regierungsrat hat sich ein Ziel gesetzt und wir haben diese Motion auch als Anlass dazu genommen, und zwar wollen wir bis 2040 einen Baumkronenbedeckungsgrad von 18 Prozent erreichen. Das ist im Vergleich zu heute doch eine beachtliche Steigerung, nämlich um 15 Prozent, oder anders gesagt um 2,3 Prozentpunkte.

Auf die Ausführungen dazu verzichte ich, Sie finden das auch im Schreiben, insbesondere auch Vergleiche mit anderen Städten und wie wir zu dieser Zahl gekommen sind. Gerne werden wir Ihnen im Rahmen eines Anzugs Bericht erstatten über die Entwicklungen bezüglich dieser Baumbilanz.

Balz Herter (Mitte-EVP): Luca Urgese hat anlässlich seines Votums im letzten Traktandum die Nichtüberweisung beantragt. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 33 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004679, 23.10.24 17:58:37]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben das Geschäft mit 49 Ja-Stimmen zu 33 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung als Anzug an den Regierungsrat überwiesen.

Schluss der 33. Sitzung

17:58 Uhr

Protokoll

der 34. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 23. Oktober 2024, um 20:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Tobias Christ (GLP), Fina Girard (GAB), Philip Karger (LDP), Lukas Faesch (LDP), Edibe Gölgeli (SP), Mahir Kabakci (SP), Salome Bessenich (SP), Jenny Schweizer (SVP).

Verhandlungsgegenstände:

54. Motion Lukas Bollack und Konsorten betreffend Erhöhung der Baumkronenbedeckung im Siedlungsgebiet, Stellungnahme des RR 2
55. Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Entsiegelungspotenziale in Basel-Stadt, Schreiben des RR 2
56. Motion Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend Stromsparbonus für Betriebe gerecht verteilen, Stellungnahme des RR 3
57. Motion Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Abbau von Hindernissen bei der Förderung von Photovoltaikinstallationen in den historischen Ortskernen von Basel, Riehen und Bettingen, Stellungnahme des RR 5
58. Anzug Johannes Sieber und Konsorten betreffend einer kantonalen Medienförderung, Schreiben des RR 5
59. Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend "Basel-Soli-Ticket" für Menschen mit tiefen Einkommen, Schreiben des RR" 13
60. Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend finanzielles Risiko des IWB-Erdgas-Netzes, Schreiben des RR 13
61. Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Einführung von Familien-Ergänzungsleistungen (FamEL) im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR 13
62. Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend keine finanziellen Fehlanreize für Fahrzeuge mit übermässigem Verbrauch von Ressourcen: Anpassung der Motorfahrzeugsteuer, Stellungnahme des RR 20
63. Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend PACS und Verantwortungsgemeinschaft für Basel-Stadt, Stellungnahme des RR 23
64. Anzug Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Kultur für alle - Swisslos-Fonds Unterstützung auch bei kulturellen Veranstaltungen mit Kollekte, Schreiben des RR 25
65. Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend Verkürzung der Antragsfrist für Kundgebungen und Demonstratlonen, Schreiben des RR 25
66. Anzug Joël Thüring betreffend Aufwertung für Gewerbe und Tourismus: Ein Taxistandplatz in Fussdistanz zum Marktplatz, Schreiben des RR 25
67. Motion Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Einführung eines zweiten Wiederholungsversuchs bei den Anwaltsprüfungen, Stellungnahme des RR 25
68. Motion Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Ausweitung der zulässigen juristischen Praktika für die Anwaltsprüfungen auch auf die Tätigkeit als Unternehmensjuristin und Unternehmensjurist, Stellungnahme des RR 26
69. Anzug Fleur Weibel und Konsorten betreffend Nachhaltige Stärkung der Pflege in der kantonalen Gesundheitsversorgung, Schreiben des RR 29
70. Anzug Jean-Luc Perret und Raoul I. Furlano zur Reduktion der Arbeitszeit in der Pflege, Schreiben des RR 32

Beginn der 34. Sitzung

Mittwoch, 23. Oktober 2024, 20:00 Uhr

54. Motion Lukas Bollack und Konsorten betreffend Erhöhung der Baumkronenbedeckung im Siedlungsgebiet, Stellungnahme des RR

[, 24.5156.02]

55. Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Entsiegelungspotenziale in Basel-Stadt, Schreiben des RR

[23.10.24 20:00:18, 17.5447.04]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur Nachtsitzung. Wir kommen zu Traktandum 55. Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Wünscht Esther Keller das Wort? Sie verzichtet. Das Wort wird gewünscht von Raphael Fuhrer von der Fraktion GAB.

Raphael Fuhrer (GAB): Namens GAB möchte ich beantragen, diesen Anzug noch einmal stehen zu lassen. Insbesondere wegen zwei Punkten. Punkt eins, Privatareale. Wir haben ganz viele Innenhöfe, die zum Beispiel komplett zu asphaltiert sind. Wir haben Vorplatzbereiche, auch dort könnte man sehr viel herausholen und wir glauben, dass da noch Abklärungsbedarf ist und auch Luft nach oben ist. Aber der eigentlich noch wichtigere Punkt ist diese Grünflächenziffer oder Grünflächenquote, wie der Anzug das nennt, und da geht es darum, dass wir schauen, wie sind die Grünflächen bei uns in der Stadt und den Quartieren verteilt. Da herrscht ein sehr grosses Ungleichgewicht. Und wenn wir uns vornehmen, und das sollten wir auch, unsere Stadt auch zukünftig zu verdichten, die planungsrechtlichen Anpassungen wurden ja vorgenommen, Richt- und Zonenplan und dann auch mit dem Aufstocken, usw., müssen wir uns einfach bewusst sein, die Bevölkerung akzeptiert weitere Verdichtung nur, wenn auch das Grünraumangebot Schritt hält. Und da haben wir massive Unterschiede in der Stadt und um dem nachzugehen, wäre es sehr gescheit, wenn man mit dieser Grünflächenziffer oder Grünflächenquote arbeiten würde, so wie das in anderen Städten auch ist.

Obwohl der Anzug schon x-Male stehen gelassen wurde, halte ich es trotzdem so, auch wie das Annina von Falkenstein vorhin gesagt hat, wenn es noch offene Punkte gibt, dann sollten wir einen Anzug stehen lassen und darum plädiert das GAB dafür, diesen Anzug stehen zu lassen und möchte das Ihnen auch beliebt machen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Leoni Bolz.

Leoni Bolz (SP): Ich halte mich kurz. Ich schliesse mich Raphael Fuhrer an und plädiere für die SP auch für Stehenlassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet. Damit stimmen wir über diesen Anzug ab. Der Regierungsrat beantragt, ihn als erledigt abzuschreiben. Raphael Fuhrer beantragt Stehenlassen.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Raphael Fuhrer

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 40 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004683, 23.10.24 20:03:45]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird abgeschrieben mit 46 Ja-Stimmen gegen 40 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

56. Motion Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend Stromsparbonus für Betriebe gerecht verteilen, Stellungnahme des RR

[23.10.24 20:03:54, 23.5645.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Für den Regierungsrat hat das Wort Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Die Motion Strahm betreffend Stromsparbonus für Betriebe gerecht verteilen. Die Lenkungsabgabe auf Strom ist eine Abgabe, die dieses Parlament 1998 eingeführt hat. Das ist ein sehr erfolgreiches Instrument, es ist staatsquotenneutral. Ziel ist ein möglichst effizienter Einsatz von Strom in den Betrieben. Das ist das Ziel. Dieser Vorstoss heute, der vorliegt, der spricht nicht über diesen Teil, sondern über die Rückverteilung dessen Teils, der an die Firmen geht. Es ändert nichts am Verhältnis zwischen Rückverteilung an die Haushalte, das soll gleichbleiben, sondern wie es unter den Firmen verteilt wird. Wir sprechen also um die Verteilungsfrage zwischen den verschiedenen Typen von Firmen, wie sie besteht.

Das heutige System ist eingespielt und es funktioniert gut und es funktioniert vor allem mit wenig Bürokratie sowohl für die betroffenen Firmen und KMUs wie auch für den Vollzug. Weil es baut auf, und hier ist das eine falsche Grundannahme der Motion, es baut nicht auf der AHV-Lohnsumme auf, sondern auf der ALV1-Lohnsumme, also von der Arbeitslosenversicherung. Das ist ein Betrag, der jeder Betrieb kennt, den man erheben muss für die Ausgleichskasse. Das ist also eine Grösse, die bekannt ist, die geprüft ist, die gefestigt ist und sich deshalb sehr gut eignet. Was auch gut daran ist, diese ALV1-Lohnsumme ist im Gegensatz zu AHV-Beiträgen gedeckelt. Das heisst, dieses Bild, das die Motion zeichnet, dass Betriebe mit sehr viel Hochverdienenden besonders bevorteilt werden, das stimmt nicht, weil es gilt eine Obergrenze beim Lohn von 148’200, Stand 2023.

Die Motion möchte das ändern, und zwar auf eine pro Kopf-Verteilung. Es geht hier nicht darum, irgendwie anderen Meccanos, sondern die Motion, die ist relativ klar, dass es pro Mitarbeiterin und Mitarbeiter verteilt werden soll. Das würde also bedeuten, dass wenn ein Betrieb eine Angestellte mit einem 100-Prozent-Pensum hat und der Konkurrenzbetrieb das verteilt auf fünf Mal 20-Prozentstellen, dass der Betrieb mit den fünf Teilzeitschaffenden fünf Mal so viel Geld zurückbekommen würde, wie der Betrieb mit 100 Prozent. Der Regierungsrat erachtet diese Verteilung nicht als sinnvoll, sondern findet die heutige Verteilung zielgerichteter.

Wenn ich diese Kritik gehört habe, dann kam sie vor allem von kleinen Detailhandelläden, die sich benachteiligt fühlen, aber es gibt auch andere Betriebe, die das ungerecht finden, wenn sie eher tiefe Lohnsummen haben und einen hohen Stromverbrauch. Da möchte ich einfach sagen zur Wettbewerbssituation, dass die gleichen Bedingungen für alle gelten. Nehmen wir den Detailhandel, da gelten die gleichen Bedingungen für alle und wenn ein Betrieb sich ein wettbewerblicher Vorteil erarbeiten will, dann erreicht er dies, indem er energieeffizienter wird und genau das ist Sinn und Zweck dieser Lenkungsabgabe.

Aus diesem Grunde beantragt Ihnen der Regierungsrat, an dem heutigen Verteilsystem, das eingespielt ist und vor allem auch sehr unbürokratisch ist, nichts zu ändern und bittet Sie deshalb, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP hat sich Nicole Strahm-Lavanchy gemeldet.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Ich danke Ihnen für die Stellungnahme zu meiner Motion betreffend Stromsparbonus für Betriebe. Gleich zu Beginn Ihrer inhaltlichen Stellungnahme zeigt sich die Kernproblematik und die dementsprechende Herausforderung, nämlich die Umsetzung der eigentlichen Absicht. Firmen mit Betriebsstätten sollen im Kanton Basel-Stadt einen Arbeitsplatzbonus erhalten. Dieser wird aufgrund der im Vorjahr bezahlten Arbeitslosenversicherung, Lohnsumme ALV1 berechnet. Sie betonen, dass Sie Firmen belohnen wollen, die sowohl effizient mit Strom umgehen, sprich effizient nutzen, aber auch zahlreiche Arbeitsplätze anbieten wollen. An sich ja sehr löblich, aber eben. Denn in diesem Zusammenhang scheint es dem Regierungsrat wohl nicht weiter zu stören, dass die Anzahl Arbeitsplätze nichts mit Energieeffizienz zu tun hat. Für Sie ist die Hauptsache, so im Bericht geschrieben, dass es sich leicht erheben lässt und rechnen lässt und nicht viel Aufwand bedeutet. Es ist bemerkenswert, dass die Anzahl Arbeitsplätze über die Lohnsumme bzw. prozentualer Anteile definiert wird und nicht über die tatsächliche Anzahl Mitarbeitende oder als Vollzeitäquivalent (FTE).

Genau hier setzt meine Motion an, um diese offensichtliche Diskrepanz zu korrigieren. Die Motion will nichts anderes, als was der Regierungsrat in seiner Begründung mitliefert, eine sachliche und gerechte Erfüllung des eingangs genannten Ziels und nicht eine willkürliche Grundlage ohne qualifizierende Parameter wie Lohnsumme oder Anteile davon. Ein Zusammenhang zwischen dem Energiekonsum und der an die ALV übermittelten Lohnsumme ist nämlich schlicht und einfach nicht sachlich zu rechtfertigen. Die Datenbeschaffung alleine kann nicht ein Argument dafür sein, einen willkürlichen Verteilschlüssel zu generieren, ist aber für gewisse anscheinend die bevorzugte Vorgehensweise und genau dies führt zwangsläufig zu ungleicher Behandlung.

Selbstverständlich könnte man auch noch kreativer werden und neben der ALV-Lohnsumme auch die Wertschöpfung und weitere Kennzahlen zur Berechnung heranziehen, aber das wäre dann ja wohl zu viel verlangt. Der Stromsparbonus sollte sich lieber ungeachtet weiterer Parameter auf den effizienten Stromverbrauch pro Kopf konzentrieren. Dabei versteht sich von selbst, dass pro Kopf als ein Vollzeitäquivalent gemeint ist. Und leider genau hier hat der Regierungsrat nun aber offenbar ein dünnes Haar in der Suppe bzw. in meiner Motion gefunden. Meines Erachtens lässt es die Motion aber zu, als Basis für die Anzahl Mitarbeitenden auch das heute gelebte Vollzeitäquivalent zu nehmen. Konkret würde dann der Verteilschlüssel derart angepasst, dass der Stromsparbonus für Betriebe pro Anteile Vollzeitäquivalent ausgezahlt wird. Wenn diese Berechnung, wie von der Regierung behauptet wird, nicht machbar oder zu aufwendig und zu teuer ist, sollte der Stromsparbonus grundsätzlich oder zumindest für juristische Personen per se in Frage gestellt werden.

Dies ist jetzt aber nicht das Thema und im Moment spielt es sich leider auf dem Buckel derjenigen Gewerbebetriebe oder Detailhandelsbetriebe und viele deren mehr ab, welche viel Strom für ihre tägliche Arbeit verbrauchen. Für unseren Wohlstand, notabene. Bei diesen KMUs nicht zu vergessen sind zuzüglich die stromkonsumierenden E-Nutzfahrzeuge, welche bereitwillig zugunsten unserer aller Lebensqualität und zur Zielerreichung Netto-Null in unserem Kanton angeschafft werden. Also bitte nicht auch noch über den Stromsparbonus das Rückgrat unserer Wirtschaft belasten. Da gibt es bereits übergenug andere Parameter.

Ich bitte Sie daher, diese Motion nochmals als Motion zu überweisen, damit wir dem Stromsparbonus auch wirklich seinen Namen rechtens und gerecht werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Daniel Sägesser an? Sie wird angenommen.

Daniel Sägesser (SP): Sie haben jetzt gerade eben noch die E-Fahrzeuge erwähnt, die ja auch Strom brauchen. Haben Sie vergessen, dass wir zusammen in der UVEK einen wunderbaren E-Mobilitäts-Ratschlag gemacht haben, welcher die E-Mobile von der Lenkungsabgabe befreit?

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Ja.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hätte Regierungsrat Kaspar Sutter nochmals das Wort. Er verzichtet. Der Regierungsrat beantragt, die Motion nicht zu überweisen. Nicole Strahm beantragt Überweisung als Motion. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 42 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004685, 23.10.24 20:14:45]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 4 Jahre

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird als Motion überwiesen mit 46 Ja-Stimmen gegen 42 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

57. Motion Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Abbau von Hindernissen bei der Förderung von Photovoltaikinstallationen in den historischen Ortskernen von Basel, Riehen und Bettingen, Stellungnahme des RR

[23.10.24 20:14:55, 23.5591.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Motion zu überweisen.

Wünscht der Regierungsrat das Wort? Er verzichtet. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 9 Monate

58. Anzug Johannes Sieber und Konsorten betreffend einer kantonalen Medienförderung, Schreiben des RR

[23.10.24 20:15:32, 22.5119.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrat Kaspar Sutter hat das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Eine vielfältige Medienlandschaft, auch regional, ist von zentraler Bedeutung für die Demokratie. Medien vermitteln Informationen, tragen zur Meinungsbildung bei und decken Fehler auf. Sie haben damit auch eine wichtige Kontrollfunktion. Gleichzeitig ist die Medienlandschaft heute einem starken Strukturwandel ausgesetzt. Das Nutzungsverhalten und auch die Einnahmenquellen verändern sich stark. Der Regierungsrat sieht diese Herausforderungen des strukturellen Wandels der regionalen Medien, kein Zweifel. Die Medienbranche ist in einem grossen Umbruch und steht auch unter Druck. Das ist aber weltweit so, schweizweit und auch regional.

Wenn wir auf unsere lokale Medienlandschaft schauen, dann stellen wir eine grosse Vielfalt fest. Wir haben eine vielfältige Eigentümer*innen-Struktur und das Angebot ist breit. Es gibt zwei nationale Zeitungen mit regionalen Redaktionen, es gibt Quartier-, Gemeinde- und Gratiszeitungen. Es gibt das SRF mit Fernsehen und Radio und wir, der Regierungsrat wehrt sich auch gegen den Abbau, die der Bundesrat anstrebt beim SRF. Zusätzlich gibt es drei private Radiosender, es gibt zwei Regionalfernsehstationen mit Telebasel und RegioTVplus und es gibt viele Onlinemedien und auch fast alle Medien haben

mittlerweile einen Online-Kanal. Im Vergleich zu anderen Kantonen haben wir wenig Medienkonzentration und eine breite Vielfalt an Medien.

Medienförderung ist insbesondere Bundesaufgabe. Da gibt es sehr viele parlamentarische Forderungen und Vorstösse, die vorhanden sind und auch diskutiert werden. Der Bundesrat ist bereit, Medien kanalunabhängig zu fördern, wie der Bericht des Bundesrates im Februar 2024 zeigte. Aufgrund der Situation auch der Aufgabenteilung zwischen Bund und Regionen und Kantonen und auch aufgrund der Situation hier bei uns in der Region ist der Regierungsrat der Meinung, dass es keine finanzielle Förderung durch Steuergelder an die Medien braucht. Wir haben eine bestehende Medienvielfalt und Qualität heute in der Region. Die Unabhängigkeit von Medien von der Politik ist zwingend, auch schon der Anschein ist dabei entscheidend.

Eine Finanzierung mit Steuermitteln und Verteilungsregeln würden dieses Verhältnis zwischen staatlichen Organen und den Medien verändern. Auch mit einer kantonalen Finanzierung lässt sich der Strukturwandel in der Medienlandschaft nicht aufhalten. Eine kantonale Finanzierung könnte Lösungen der Branche sogar hemmen. Es werden auch in beiden Medien selber viele Förderansätze diskutiert, aber die Branche in sich ist uneinig darüber, ob es eine Förderung überhaupt braucht und falls ja, wie diese aussehen sollte. Zudem, da der Medienraum definitiv nicht an der Kantonsgrenze Halt macht, müsste eine Medienförderung mindestens regional erfolgen, aber noch besser national. Aus diesem Grunde unterstützt der Regierungsrat die Massnahme auf nationaler Ebene, aber nicht auf rein kantonaler.

Aus diesem Grund beantragt Ihnen der Regierungsrat, den Anzug Sieber und Konsorten betreffend einer kantonalen Medienförderung abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort für die GLP hat Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Sie erinnern sich, die Schweiz hat das Paket zum Ausbau der bereits seit vielen Jahren bestehenden existierenden nationalen Medienförderung abgelehnt, nicht so Basel-Stadt. Mit deutlichem Mehr haben wir zugestimmt. Das war vor gut zwei Jahren und die positive Stimmung bezüglich Medienförderung ist der Ausgangspunkt dieses Anzugs.

Wir regten beim Regierungsrat mit diesem Vorstoss an, in Absprache mit der hiesigen Medienbranche, ein Modell zu entwickeln, das eine kantonale Medienförderung möglich macht. Erfreulicherweise hat unser Vorstoss in der Zivilgesellschaft einiges ausgelöst. Der Verein Medienzukunft, aus dessen Aktivitäten bereits vor Jahren die Publikation Bajour hervorging, initiierte mehrere Gesprächsrunden mit den Medienschaffenden. In Zusammenarbeit mit der Stiftung für Medienvielfalt und der Christoph Merian Stiftung führten diese Anstrengungen im März 2024 zum ersten Basler Medientag. Sämtliche Publikationen der Region Basel waren vertreten und tauschten sich aus über die Situation und die Herausforderung des Regionaljournalismus. Ein Austausch, der in dieser Form nicht nur in Basel, sondern schweizweit noch nie stattgefunden hat. Und was tut die Regierung? Statt wie im Anzug angeregt das Gespräch mit der Branche zu suchen und mögliche Lösungen in die anstehende Herausforderung aufgrund des Strukturwandels der Medienbranche zu diskutieren, macht der Regierungsrat Kaspar Sutter in einem flüchtigen Grusswort zum ersten Basler Medientag klar, kantonale Medienförderung kommt für den Regierungsrat nicht in die Tüte. Mutig, aber nicht gerade aufmunternde Worte zu einer Tagung, die sich mit diesem Problem beschäftigt. Die anschliessenden Diskussionen und Lösungsansätze hat er dann gar nicht mehr mitbekommen, zu kurz war sein Auftritt.

Auch in der Beantwortung dieses Anzugs macht der Regierungsrat klar und deutlich, dass er anders als andere Kantone nicht an einer kantonalen Medienförderung interessiert ist. In einer beachtlichen Semesterarbeit führt er aus, wie unnötig und ja gar unmöglich das Vorhaben sei. Mit Zitaten und farbigen Tabellen ist er bemüht, seine Position zu begründen. Bedeutende Studien jedoch, wie beispielsweise die sogenannte Mercator-Studie zum Lokaljournalismus, kommen gar nicht erst vor in dieser Semesterarbeit. Diese nämlich unterstreicht die prekäre Lage des Schweizer Lokaljournalismus und mehr noch, die Autoren skizzieren denkbare Lösungen, um lokale Medien zu stärken. Die zögerliche Haltung des Regierungsrats gegenüber der kantonalen Medienförderung ist aber auch nachvollziehbar, denn die Lösung für die Herausforderung des Journalismus kann nicht von der Politik vorgegeben werden, es ist die Branche, die erstens ihr Problem anerkennen muss und zweitens Lösungen vorschlagen soll. Denn wenn die Politik die Branche übersteuert, wird sie auf Widerstand stossen, wie vor zwei Jahren beim Ausbau auf nationaler Ebene.

Darum ist es sehr erfreulich, dass die Zivilgesellschaft und die Branche aktiv wurden. Nach dem ersten Basler Medientag fanden weitere Mediensalons statt und versierte Medienschaffende arbeiten aktuell ganz konkret an Modellen der Förderung im Verbund mit den Publikationen der Region. Es wäre darum sehr ungünstig, mit dem Abschreiben dieses Anzugs dieser Entwicklung den Stecker zu ziehen in diesem Moment. Es ist die Aufgabe der Politik, gegenüber der Medienförderung offen zu bleiben. Ich bin überzeugt, dass die Bemühungen fruchtbar sein werden und dass wir auch dem Regierungsrat nochmal eine Chance geben sollten, in eine etwas progressivere Haltung in das Thema zu kommen.

In diesem Sinne bitte ich Sie um das Stehenlassen des Anzugs.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Béla Bartha.

Béla Bartha (GAB): Eine gesunde und vielfältige und regional verwurzelte Medienlandschaft gehört zu den Grundpfeilern unserer Demokratie, das haben wir vorhin schon gehört, und daher ist es sehr wichtig meiner Meinung nach, dass sich der Staat, der sich als Beschützer demokratischer Werte verstehen sollte, nicht aus der Verantwortung nimmt, wenn es um die Erhaltung und Förderung der Medien in unserer Region geht.

Leider erhält man bei der Durchsicht der Antwort der Regierung aber genau diesen Eindruck. Auf eine sehr detaillierte Analyse der Ist-Situation in der Medienlandschaft und den vom Bund bereits praktizierten Fördermassnahmen folgt dann auf kantonaler Ebene gerade einmal gar nichts. Keine Massnahme, wie man lokale Medien gegenüber der Übermacht grosser Social-Media-Konzerne schützt bzw. fördern könnte. Keine Idee, wie man in Zukunft in den Medien auf die Vielfalt der bei uns ansässigen Bewohnerin eingehen kann und dieser eine besser angepasste Medienlandschaft anbietet, um sie besser in das lokale Geschehen einzubinden. Keine Strategie, wie beispielsweise ein angemessener Anteil des Angebotes für Menschen mit einer Sinnesbehinderung aufbereitet werden könnte. Das sind Dinge, die zum Teil im Bund stehen, aber leider eben auch verworfen wurden mit der Initiative und die in Basel angenommen wurde.

Das GAB bittet Sie, den Anzug daher stehen zu lassen und damit der Regierung die Möglichkeit zu geben, aus ihrer Passivität herauszufinden und sich aktiver in den Diskurs um eine notwendige kantonale Medienförderung einzubringen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die FDP spricht Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Entgegen den beiden Vorrednern bin ich froh, einerseits um die Analyse und andererseits vor allem um die ablehnende Haltung, die der Regierungsrat in seinem Bericht formuliert hat. Er stellt fest, wir haben in unserem Kanton eine grosse Medienvielfalt. Das ist eine Medienvielfalt, die mit den unterschiedlichsten Finanzierungsmodellen funktioniert, das eigentlich von aussen betrachtet noch sehr spannend ist zu beobachten, was funktioniert, was funktioniert nicht. Man sieht auch, wie die Medien auf unterschiedliche Finanzierungsmodelle reagieren. Man kann also sagen, hier spielt der Markt.

Ich denke, es ist unbestritten, wenn man sagt, dass Medien enorm wichtig sind in einer Demokratie und vor allem besonders wichtig in einer Demokratie sind unabhängigen Medien. Medien, die keine Angst haben müssen, dass ihnen bei zu viel Kritik der Geldhahn zugedreht wird, Medien, bei denen nicht die Förderung plötzlich an sachfremde Kriterien geknüpft werden. Und das ist kein Hirngespinst, das sehen wir konkret auf Bundesebene. Wir haben beispielsweise eine Interpellation aus der Grünen Partei, die gefordert hat, man soll die Medienförderung an eine Frauenquote knüpfen. Das hat mit Medienvielfalt, Medienfreiheit nicht viel zu tun. Sobald der Staat hier finanziert, kommen entsprechende sachfremde Kriterien hinzu und das ist falsch für die Unabhängigkeit, das ist kritisch für die Unabhängigkeit unserer Medien.

Und was ist dann mit Medien, die wir vielleicht auch etwas grenzwertig finden? Das muss in einer Demokratie auch Platz haben, auch wenn wir überhaupt nicht einverstanden sind. Fangen wir dann da an zu definieren, was ist jetzt ein gutes Medium, was ist jetzt ein schlechtes Medium, was ist unterstützungswürdig, was ist nicht unterstützungswürdig? Dann kommen wir in Teufels Küche. Was ist vielleicht mit Parteizeitungen? Das sind in einer gewissen Form auch Medien. Werden jetzt vom Staat an künftig, von unserem Kanton Parteizeitungen mitfinanziert, weil das eben auch zur Medienvielfalt gehört? Oder führen wir eine Qualitätskontrolle ein und sagen, wir unterstützen nur, wenn eine gewisse Qualität erreicht wird, und dann haben wir irgendein Gremium, das dann entscheidet, was ist jetzt ein guter Artikel und was ist jetzt ein schlechter Artikel, für was gibt es Geld, für was gibt es kein Geld? Also Sie sehen, wir kommen da wirklich in gröbere Probleme mit der medialen Unabhängigkeit, wenn wir solche Medienförderung einführen.

Medien müssen sich letztendlich an den Bedürfnissen und auch am Konsumverhalten der Menschen orientieren. Erst diese Woche eine neue Studie, die erschienen ist und die dargelegt hat, wie massiv sich das verändert hat, wie viel auch zu den sozialen Medien abgewandert ist und die Lösung dafür ist nicht, dass wir bestehende Medien jetzt beginnen zu fördern oder stärker fördern, weil dann die Konsumentinnen und Konsumenten zurückkommen, sondern die Medien müssen sich entsprechend orientieren und halt dort hingehen, wo die Leute sind. Aber das müssen Sie selber feststellen und identifizieren, da hinkt der Staat sowieso immer hinterher. Das bekommen wir mit staatlicher Förderung nicht hin, vor allem wenn wir überlegen, was sind denn jetzt objektive Förderkriterien, wie sie auch in der Motion oder im Anzug entsprechend formuliert werden.

Aber diese Förderkriterien, die muss irgendjemand formulieren und das führt dazu, dass sich die Medien an diesen Förderkriterien orientieren werden und nicht an dem, was auf dem Markt gefragt wird und nicht an dem, was von den Medienkonsumenten gefragt wird. Also wir führen hier, würden wir das tun, so wie es Kollege Johannes Sieber gerne hätte, wir würden hier eine Form von Strukturerhalt einführen. Wir würden uns überlegen, was ist die Struktur, die wir heute haben, es wäre schön, wenn wir das so erhalten könnten, auch in Zukunft. Das finanzieren wir jetzt in Zukunft und verhindern oder

verzögern damit den Strukturwandel, der aktuell halt nun mal stattfindet. Es ist Aufgabe der Medien, auf dem Markt herauszufinden, wie können wir unseren Inhalt, der unbestritten sehr wichtig ist für unsere Demokratie, wie können wir diesen so formulieren, dass er interessant ist, dass er gelesen wird und wie bringen wir ihn an Mann und Frau. Und das schaffen wir nicht, wenn wir eine kantonale staatliche Medienförderung einführen.

Deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug abzuschreiben und ja, Johannes Sieber, ich beantworte Ihre Frage sehr gerne.

Johannes Sieber (GLP): Sie sagen, dass eine staatliche Medienförderung uns in die Teufels Küche bringt. Ist Ihnen bekannt, dass es seit vielen Jahren eine nationale Medienförderung gibt und haben Sie das Gefühl, dass wir in uns in Teufels Küche befinden?

Luca Urgese (FDP): Sie kennen meine Haltung dazu. Die Antwort ist klarerweise Ja.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP hat das Wort Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Auch die SVP-Fraktion beantragt Ihnen, diesen Anzug von Johannes Sieber abzuschreiben. Es wurde vom Regierungsrat Kaspar Sutter, aber jetzt auch von meinem Kollegen Luca Urgese schon sehr viel gesagt. Auch wir sind der Meinung, dass eine solche kantonale Medienförderung nicht zielführend ist und in dieser Region auch gar nicht notwendig ist.

Denn wie auch der Regierungsrat in seiner Antwort auf Ihren Anzug ausführt, Herr Sieber, ist die Medienlandschaft in unserer Region überaus divers.

Sie ist sogar so divers, dass in den letzten Jahren verschiedene neuen Medien entstanden sind, beispielsweise Prime News, beispielsweise Bajour. Es gab Übernahmen von Plattformen, die schon lange existieren ohne staatliche Unterstützung, die weiter existieren konnten, das ist das Stichwort von OnlineReports. Wir haben mit Telebasel einen Anbieter im Bildbereich, der ja auch ein sehr innovatives, wenn vielleicht auch nicht ganz so nachgefragtes Onlineangebot mit Baseljetzt geschaffen hat, um auch in diesem Bereich aktiv zu sein. Und wir haben die bereits erwähnten grossen, auch nationalen Zeitungen mit einem Teil; in unserer Stadt, in unserer Region. Wir haben dazu verschiedene Quartierzeitungen, die gerade jetzt auch wieder sehr stark von den entsprechenden Parteien und der Wahlwerbung bei den Gross- und Regierungsratswahlen ja profitiert haben. Also ein Aussterben der Medienlandschaft in Basel stelle ich nicht fest, stellt auch der Regierungsrat in seiner Antwort nicht fest. Deshalb scheint mir auch die Notwendigkeit dieser Idee einer kantonalen Medienförderung tatsächlich nicht gegeben zu sein.

Und dann ist es einfach auch überall, Herr Sieber, das lernen Sie vielleicht auch einmal noch, Angebot und Nachfrage regelt auch ein bisschen den Markt und es kann auch halt einmal sein, dass ein Angebot ausstirbt und dann kann aber daraus auch wieder etwas gutes Neues entstehen. Das sehen wir immer wieder. Es gab in Kleinbasel eine Bereinigung einer Zeitung, die nicht mehr existiert, mit dem Vogel Gryff. Aber die Kleinbasler Zeitung hat sich trotzdem weiterentwickelt, wurde erst kürzlich gerade übernommen und steht wahrscheinlich dadurch auch mittel- und langfristig auf soliden Beinen. Das ist letztlich auch eine Art der Bereinigung des Marktes, welche von Zeit zu Zeit auch hilft und auch gut ist.

Der Medienkonsum, auch das führte der Regierungsrat in seiner Antwort aus, ist heute sehr vielfältig. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, wenn ich mit Personen spreche, die nicht in unserer Bubble leben, weder in Ihrer noch in meiner Bubble, Herr Sieber, die sich ja teilweise auch überschneidet, dann ist es ja nicht so, dass die meisten Sie darauf ansprechen, haben Sie jetzt gelesen bei sowieso oder bei X oder bei Y. Heute konsumieren gerade junge Menschen auf ganz vielen unterschiedlichen Wegen und eine kantonale Medienförderung würde diesem Ziel immer hinterherhinken. Wir sehen das auch in anderen Bereichen, wie schwierig es ist, beispielsweise gerade junge Menschen auch bei heiklen Themen an den Schulen auf diese neuen Gegebenheiten vorzubereiten oder sie darauf zu sensibilisieren, weil das ein Staat auch nicht machen kann. Und so ist es auch bei der Mediennutzung, der Staat soll, er kann nicht und ich finde, er soll auch nicht, die Mediennutzung in irgendeiner Art und Weise lenken. Und diese Nicht-Lenkung führt manchmal eben zu einer Bereinigung in der Medienlandschaft, aber sie kann auch dazu führen, dass Neues wieder existieren kann und Neues wieder sich auch aufbauen kann.

Eine kantonale Medienförderung, die dann auch noch staatlich kontrolliert werden müsste, und das schreibt ja auch der Regierungsrat in seiner Antwort, wäre natürlich, das sagt Luca Urgese richtigerweise, auch politisch und das wollen wir nicht. Die Medien in unserer Region müssen unabhängig sein und das sind sie dann eben nicht mehr, wenn es eine Medienförderung gibt, weil diese Medienförderung braucht Kriterien. Diese Kriterien müssen für alle gleichwertig sein, es darf niemand benachteiligt werden. Wird jemand benachteiligt, müsste diese Medienförderung für dieses Medium eingefroren oder eingestellt werden, sie müsste gekürzt werden. Aber nach welchen Kriterien ist das so? Wäre das so, wenn Sie nur

noch drei Mal statt fünf Mal erwähnt werden? Ist es so, wenn die linke Seite mehr Zeichen bekommt wie die rechte Seite? Wo kann das festgeschrieben werden, wer kontrolliert das? Wer ist das Gremium, das darauf dann allenfalls auch wieder Einfluss nehmen kann, dass die Kriterien dazu geändert werden? Das ist doch eine hoch politische Frage, die dem Journalismus nicht hilft und die auch den Medien am Ende des Tages nicht helfen wird.

Und Herr Sieber, Sie haben doch etwas despektierlich Kaspar Sutter und sein Grusswort an einer Tagung kritisiert oder erwähnt. Sie haben jetzt einfach auch vergessen, was an dieser Tagung gesagt wurde. Es ist keine einhellige Meinung, dass es eine solche Medienförderung benötigt, im Gegenteil. Wesentliche Kräfte in diesem Kanton, Medienkräfte lehnen eine solche staatliche Medienförderung ganz klar ab. Es ist nicht eine einhellige Meinung dazu, es gibt vielleicht einzelne, die das toll finden würden. Hier ist vielleicht auch damit verbunden die Angst eines Stellenverlusts. Die Medienlandschaft ist selbstverständlich heute unter Druck, das sehen wir ja auch, wenn wir immer wieder davon lesen, dass auch Journalisten abgebaut werden, aber jetzt einfach zu sagen, an dieser Medientagung sei dann irgendwie Herr Sutter mit einem komischen Votum aufgefallen und danach hätten sich alle darüber aufgeregt, dass der Kanton keine Medienförderung sprechen möchte, so einfach ist es ja nicht.

Es gibt vielleicht einzelne Akteure auf diesem Markt, die tatsächlich das gerne hätten. Das sind vielleicht gerade die Akteure, die aber auch in der Relevanz in der Region nicht herausstechen oder aber einfach in den vergangenen Jahren sehr viel Glück gehabt haben, dass sie nur dank Dritten überhaupt existieren konnten oder überleben konnten, weil sie sonst gar nicht überlebensfähig wären. Und hier nun den Staat quasi heranzuholen, das erinnert mich teilweise doch ein wenig an ganz komische andere Ideen aus der Küche in anderen Ländern, die ich nicht unterstützen würde. Die Medien müssen vom Staat und von der Politik unabhängig bleiben und wenn wir in andere Länder blicken, dann sehen wir ja genau, wie problematisch das in der heutigen Zeit eben geworden ist. Hier in der Region, hier in der Schweiz haben wir diese Unabhängigkeit und diese Unabhängigkeit muss gewahrt werden.

Wir haben gerade auch auf nationaler Ebene, Sie haben es ja mit ihrer Zwischenfrage letztlich auch ein bisschen provoziert, Herr Sieber, gesehen, wie problematisch das ist, zum Beispiel wenn Internet-Auftritte von Fernseh- oder Radiostationen der SRG versuchen, mit Witz Politik zu betreiben. Sie erinnern sich an diesen Post zu den Stauzeiten, ein Post in Zeiten einer Abstimmungskampagne zu dieser Abstimmung über die Nationalstrassen, den ich sehr schwierig und heikel finde. Und diese Gefahr werden Sie natürlich vergrössern, wenn Sie kantonale Medienförderung betreiben, weil dann jeder Kritiker, sei es von links oder von rechts, einen solchen Post, einen solchen Artikel oder was auch immer dann damit gemacht wird, auf die eine oder andere Seite auch dann benutzen kann, um ihn zu kritisieren. Und das, glaube ich, sollten wir nicht machen.

Wir sollten diese Unabhängigkeit bewahren und wir sollten aber auch nicht Angst davor haben, dass Journalismus ausstirbt. Ich glaube sogar, in der heutigen Zeit, gerade in der heutigen Zeit, wo wir sehen, dass viele Fake News auf dem Markt sind, nimmt die Wichtigkeit vom Qualitätsjournalismus wieder zu und ich bin überzeugt, dass mittel- und langfristig auch mehr Menschen bereit sind, für Journalismus wieder Geld zu bezahlen. Diese Bezahlschranken werden sich in den Medien durchsetzen und ich finde das auch richtig. Ich finde, guter Journalismus darf auch etwas kosten, aber das soll mich als Nutzer etwas kosten, das soll nicht den Steuerzahler etwas kosten, weil da wird dann wiederum die Problematik gross, wem geben wir was und eben zu welchen Kriterien.

Deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug heute abzuschreiben und dem Regierungsrat in dieser Frage zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Fragen von Johannes Sieber und Brigitte Gysin beantworten? Sie werden angenommen. Zuerst Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Joël Thüring, ich weiss nicht, ich habe Sie nicht gesehen an diesem ersten Medientag. Aber was sicher ist, dass doch ein Konsens darüber herrscht, dass man zum Beispiel in die Ausbildung investieren könnte, war sehr wichtig ist, weil Medienschaffende offenbar mit diesem Nachwuchs Probleme haben. Haben Sie das mitbekommen?

Joël Thüring (SVP): Jetzt haben Sie sich die Frage ein bisschen versaut, Herr Sieber, entschuldigen Sie für dieses Wort. Um Ihre Frage zu beantworten, ich war zwar nicht an dieser Tagung, aber ich habe die Artikel über diese Tagung gelesen, weil die waren sehr vielfältig in verschiedenen Zeitungen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur zweiten Frage.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Joël Thüring, die Unabhängigkeit der Medien scheint sehr wichtig zu sein. Wie würden Sie einschätzen, wie war die Unabhängigkeit der Medien, als Herr Berlusconi Ministerpräsident geworden war?

Joël Thüring (SVP): Mein Italienisch ist zu schlecht, um über die italienische Presselandschaft zu sprechen. Ich kann nur sagen, dass in der Schweiz die Medien immer sehr unabhängig waren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die SP ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Ich versuche jetzt wirklich verzweifelt, dieses Votum von Joël Thüring wieder zu vergessen und mich auf die eigentlichen Sachen zu konzentrieren, die ich sagen will und mich nicht so provozieren zu lassen. Ich muss wirklich sagen, diese ganze Diskussion oder dieses Lamentieren über einen allfälligen Verlust der inhaltlichen Unabhängigkeit, das ist ja jetzt wirklich eine Ausrede. Was wir haben, ist eine veritable Medienkrise, und zwar nicht, weil es zu wenige Titel gibt, sondern weil wir beobachten können, dass in sämtlichen Medienhäusern, auch in den grossen, ein enormer Druck herrscht, immer wieder redaktionelle Stellen abgebaut werden und die Leute, die dort arbeiten, unter noch mehr Zeitdruck mehr liefern müssen und Anreize bestehen, die wirklich entgegen der journalistischen Qualität stehen. Viele Journalistinnen und Journalisten erleiden Burnouts oder gelangen an den Rand eines Burnouts, weil es sich so nicht mehr gemäss den journalistischen Grundsätzen arbeiten lässt.

Nur weil sich der Inseratenmarkt verändert hat, heisst das nicht, dass sich der Bedarf an gutem Journalismus verändert hat. Weil eine Demokratie, wie die unsere, ist so stark angewiesen darauf, dass wir qualitativ gute Berichterstattung haben, dass wir Leute haben, die recherchieren können, die hinterfragen können, die den Sachen auf den Grund gehen können und das braucht alles wahnsinnig viel Zeit, wahnsinnig viel Wissen und all das bricht weg. Wir haben es auch schon gehört, dass wir insbesondere auch eine Nachwuchs- und Ausbildungsmisere erleben im Bereich des Journalismus und das wäre doch wirklich genau ein guter Anknüpfungspunkt zum Beispiel, dass man dafür sorgt, dass man in die Ausbildung der Journalistinnen und Journalisten investiert und das heisst nicht, dass sie dann nicht unabhängig berichten können, nicht unabhängig recherchieren können.

In Basel-Stadt sind wir zugleich am Rande der Schweiz, zugleich aber auch ein Zentrum. Ein Zentrum für Kultur, auch politisch natürlich ein Zentrum, weil wir auch Hauptort eines kleinen Kantons sind, und gerade hier ist es von höchster Bedeutung für die Demokratie in diesem Kanton, dass wir immer noch die Berichterstattung haben, die es braucht für die Meinungsbildung in den demokratischen Prozessen. Dass eine Interpellation der Grünen im Nationalrat als Beleg dafür herhalten muss, dass das so umgesetzt werden würde hier in Basel-Stadt, das finde ich jetzt wirklich schwach. Niemand spricht von einem solchen Kriterium bei uns. Es geht darum, dass wir sicherstellen müssen, dass die Medien weiterhin über die politischen Vorkommen und die Abläufe, etc. berichten können, über die Abstimmungen berichten können, über die Wahlen berichten können und dabei nicht abhängig davon sind, dass sie nur Sachen bringen können, die genügend Klicks bringen oder die im Radio innerhalb von 30 Minuten On Air sind und nicht länger sein dürfen als eine Minute und 5 Sekunden oder was auch immer.

Dann auch der Vergleich mit den Parteizeitungen. Ich bitte Sie, das ist nicht Journalismus, das ist klar. Nur weil etwas Zeitung heisst, heisst das noch lange nicht, dass es Anspruch erhält auf eine Medienförderung, wie sie hier gemeint ist. Selbstverständlich braucht es gute Kriterien, ich denke, Ausbildung könnte eine Möglichkeit sein für eine solche Förderung, es könnte aber auch sein, dass man einfach Geld bereitstellt für politische Berichterstattung, die eben zum Beispiel nicht Klicks generiert, und zwar nicht gemäss Inhalt, sondern dass man anschaut, wie viel Eigenleistung ist in einem Artikel drin oder hat jemand einfach das Medien-Communiqué abgeschrieben. Das ist ja selbstverständlich nicht das gleiche und das kann man also wirklich sehr sachlich, ohne inhaltliche Ausrichtung beurteilen und ich bin überzeugt, dass das ganz wichtig ist für die Demokratie.

Wir als SP-Fraktion sind deshalb ebenfalls dafür, dass wir an dieser Idee weiterdenken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Fragen von Felix Wehrli und Roger Stalder beantworten? Sie werden angenommen. Zuerst Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Lisa Mathys, was fehlt Ihnen an momentan qualitativem Journalismus hier in unserem Dreiland? Sie haben ihn schlecht geredet, was fehlt Ihnen momentan an dem Journalismus?

Lisa Mathys (SP): Ich stelle fest, dass den Journalistinnen und Journalisten oft die Zeit fehlt, für wirklich tiefgreifende Recherchen anzustellen, mit vielen Leuten zu reden und insbesondere gerade die Verknüpfung auch im Dreiland herzustellen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Roger Stalder.

Roger Stalder (SVP): Lisa Mathys, geht dieser Top-Journalismus, den Sie hier anprangern, nur mit staatlicher Hilfe?

Lisa Mathys (SP): Es braucht viel Zeit für diese aufwändigen Recherchen und der Inseratenmarkt gibt dieses Geld nicht mehr her. Es ist im Interesse der Demokratie, deshalb finde ich eine staatliche Finanzierung richtig.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erich Bucher möchte Ihnen noch eine Frage stellen.

Erich Bucher (FDP): Danke, dass ich die Frage stellen darf, aber Sie haben mich natürlich jetzt getriggert. Wieso funktioniert das alles bei der Neuen Zürcher Zeitung? Wieso funktioniert es dort und bei uns nicht?

Lisa Mathys (SP): Die Neue Zürcher Zeitung hat definitiv ein grösseres Einzugsgebiet und berichtet nicht über kantonale Angelegenheiten wie die, die wirklich lokalpolitisch sind.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum ersten Einzelsprecher. Das ist Gabriel Nigon.

Gabriel Nigon (LDP): Wir sind uns einig, dass die privatrechtlichen Medien sehr wichtig sind für das Funktionieren unserer Demokratie als vierte Gewalt. Wir wissen, es ist klar, es besteht eine gewisse Krise, weil der Investigationsjournalismus nicht mehr gefragt ist. Die Journalisten werden nur gewertet nach den Klicks, die sie erhalten, und dann müssen sie polarisieren, damit sie irgendwie ihre Stelle nicht verlieren. Das ist ein Missstand, aber ich denke nicht, dass es am Staat liegt, diesen Missstand zu beheben, weil sobald der Anschein nur von Befangenheit da ist, dann sind wir verloren und dann haben wir diese vierte Gewalt nicht mehr. Wir müssen nicht beweisen, dass die je nachdem befangen sind.

Ein plakatives Gegenbeispiel. Angenommen, wir alle hier im Grossen Rat denken, wir bekommen viel zu wenig Sitzungsgelder. Gewisse leben vielleicht etwas davon. Dann kommen die Medien, angenommen, es geht ihnen wirtschaftlich gut, und unterstützen uns mit Subventionen, damit wir höhere Sitzungsgelder erhalten. Das geht einfach nicht. Wir haben vier Gewalten, die fünfte, also die Kirchen mal aussen vorgelassen, deshalb müssen wir bei unserer demokratischen, seit Montesquieu, diese Gewaltentrennung, das müssen wir leben und falls die Demokratie wirklich Finanzbedarf hat im privatrechtlichen Medienbereich, dann werden sicher reiche Leute kommen, Stiftungen, die da Geld reinpumpen werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Johannes Sieber an? Sie wird angenommen.

Johannes Sieber (GLP): Können Sie mal Ihre Abhängigkeits- und Befangenheitsthese am Beispiel einer Weltwoche ausführen, wie das da steht zwischen Journalismus und Besitzer?

Gabriel Nigon (LDP): Da besteht überhaupt keine Unabhängigkeit. Der Köppel wäre Regierungsrat, dann hätten wir den Salat. Das weiss jeder.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Tim Cuénod hat sich gemeldet für ein Votum.

Tim Cuénod (SP): Es kann ja wahrscheinlich nicht darum gehen, dass man sagt, man will ein grosses Füllhorn der Medienförderung über alle ausschütten, aber man muss feststellen, erstens, dass wir ein Problem haben, und das wurde schon erwähnt, in Bezug auf diesen Rückgang der Inseratenzahl, den Rückgang der Medienvielfalt, auch Oligarchisierung schon fast im Medienbereich in dem Sinne, als dass quasi Medien aufgekauft werden. Wir haben zwar gewisse gegenläufige Tendenzen in Bezug auf Onlinemedien, die sicher positiv zu werten sind.

Allerdings muss man feststellen, dass manche Dinge heute nur ungenügend stattfinden, sei es an Gemeinleistungen, die nicht erbracht werden, Ausbildung der Journalisten. Aber um ein ganz konkretes Beispiel zu nehmen und an Felix Wehrli's Frage wegen dem Dreiland anzuknüpfen, ich stelle fest, dass wir heute in unserer Nordwestschweizer Medienlandschaft kaum noch irgendeine Berichterstattung haben über das Geschehen im Elsass und im Südbadischen. Ich denke, als Zentrum der trinationalen Agglomeration wäre es bei uns sehr gut, man hätte diese Information stärker. Interessanterweise muss ich sagen, dass es umgekehrt im Elsässischen und Südbadischen teilweise so ist. Dass deutlich mehr berichtet wird, liegt sicher daran, dass Basel zum Teil das Zentrum der trinationalen Agglomeration ist, es liegt daran, dass die Medienlandschaft vielleicht etwas weniger zersplittert ist, als sie es bei uns zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist, aber auf jeden Fall ist das ein Punkt, der eindeutig eine Schwäche ist.

Ich denke, es kann nicht darum gehen, überall das Füllhorn auszuschütten, aber eine gezielte Förderung, sei es im Bereich der Ausbildung, sei es im Bereich zum Beispiel der Förderung von Plattformen für gegenseitigen Austausch der Medien über die Grenzen hinweg, in solchen Bereichen, erscheint mir durchaus als zweckmässig und im Interesse unseres Gemeinwesens zu sein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Johannes Sieber hat sich nochmals gemeldet.

Johannes Sieber (GLP): Es wurde jetzt sehr viel geredet, ich möchte einfach noch einmal festhalten, dieser Anzug regt an, dass der Regierungsrat zusammen mit der Branche das Gespräch sucht, nach einer Lösung, wie man dieses Problem angehen könnte. Es wird hier nicht in einer Motion gefordert, es müssen so und so viele Millionen ab sofort ausgeschüttet werden. Nein, der Regierungsrat soll mit der Branche das Gespräch suchen und ich möchte nochmal darauf hinweisen, dass die Branche sich unterhält über mögliche Lösungen. Die sind unter anderem in der Ausbildung zu finden, da gibt es gewisse Einigkeiten, und ich finde einfach, der Regierungsrat sollte da eine Offenheit dieser Branche gegenüber signalisieren und nicht einfach die kantonale Medienförderung per se ausschliessen. Darum geht es in diesem Anzug und deshalb möchte ich doch mal bitten, diesen stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch Sie kriegen eine Zwischenfrage vorgesetzt von Joël Thüring. Sie wird angenommen.

Joël Thüring (SVP): Johannes Sieber, Sie haben jetzt wieder von der Branche gesprochen, haben Sie denn nicht begriffen, dass die Branche sich in dieser Frage gar nicht einig ist? Mit wem soll denn Herr Regierungsrat sprechen, wenn es in der Branche ganz unterschiedliche Haltungen zu dieser Frage gibt? Mit Herrn Keller von Prime News oder mit Frau Bullwinkel von Bajour?

Johannes Sieber (GLP): Meine Vorstellung wäre, dass der Regierungsrat an einem ersten oder einem zweiten Basler Medientag eine gewisse Offenheit an den Tag legt über die Diskussionen, die da stattfinden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es sind keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Möchte der Regierungsrat jetzt etwas sagen? Nein, er möchte nicht etwas sagen.

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Johannes Sieber beantragt, ihn stehen zu lassen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Johannes Sieber

Ergebnis der Abstimmung

33 Ja, 57 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004688, 23.10.24 20:54:42]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird stehen gelassen mit 57 Nein-Stimmen gegen 33 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.

59. Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend "Basel-Soli-Ticket" für Menschen mit tiefen Einkommen, Schreiben des RR"

[23.10.24 20:54:51, 22.5222.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Möchte er sich dazu äussern? Er verzichtet.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

60. Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend finanzielles Risiko des IWB-Erdgas-Netzes, Schreiben des RR

[23.10.24 20:55:16, 19.5401.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein erstes Votum. Dafür hat sich Lisa Mathys für die SP gemeldet.

Lisa Mathys (SP): Ich halte mich auch wirklich kurz. Wir stimmen der Abschreibung ja zu, ich finde es trotzdem wichtig, hier festzuhalten, dass es ganz wichtig ist, dass wir als Kanton Basel-Stadt mit einem ambitionierten Klimaziel, mit klaren Vorstellungen, wie schnell man zu Netto-Null kommen sollte, um der Klimakrise angemessen zu begegnen, dass wir uns nicht quasi über Verträge dazu zwingen lassen dürfen, dass wir in anderen Kantonen noch klimaschädlich wirtschaften müssen. Wie gesagt, wir geben uns zufrieden mit der Beantwortung, aber ich denke, wir müssen das schon im Hinterkopf behalten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

61. Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Einführung von Familien-Ergänzungsleistungen (FamEL) im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

[23.10.24 20:56:30, 24.5144.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert 2 Jahren.

Das Wort geht für den Regierungsrat an Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Wir reden hier über eine grundsätzliche Frage, wie Sozialpolitik hier bei uns im Kanton aussehen soll und was die Hauptziele sind unserer Sozialpolitik. Der Grundsatz des Regierungsrates in der Sozialpolitik ist, dass Arbeit mit Erwerbseinkommen zu fairen Bedingungen die beste Sozialpolitik ist. Wir sollten unsere Sozialpolitik so aufstellen, so organisieren, dass die Menschen möglichst bald auch wieder Zugang zur Arbeitswelt bekommen, dort ihre Einkommen generieren können, damit selbstbestimmt auch entscheiden können, ihr Selbstvertrauen stärken, eine soziale Integration stattfindet und eben dieses Erwerbseinkommen erarbeitet werden kann.

Arbeitsintegration ist dabei Ursachenbekämpfung der Armut und ist neben der Existenzsicherung der klare Fokus des Regierungsrates. Unser Modell heute ist klar auf diesen Fokus ausgerichtet. Das Basler Modell, es hat das Ziel, Existenzsicherung sicherzustellen und die Sozialleistung so auszurichten, dass die Arbeitsintegration rasch geschieht, damit wenn klare Anreize bestehen, auch zu arbeiten, dass jeder und jede, der arbeitet, am Ende des Tages auch mehr verfügbares Einkommen hat für sich und seine Familie.

Die Unterstützungsleistungen für Familien, sie sind vielfältig, denn die Bekämpfung der Armut, insbesondere dort, wo Kinder sind, ist ein sehr wichtiges Anliegen unseres Kantons und des Regierungsrates. Wir kennen dazu für die Existenzsicherung die Sozialhilfe, auch mit all ihren Beiträgen für Familien und Kinder, aber wir haben auch die bedarfsabhängigen Sozialleistungen. Die Familienmietzinsbeiträge, die gut etabliert sind, die Prämienverbilligungen, die Alimentenhilfe, die Ausbildungsbeiträge, die Betreuungsbeiträge an die Tagesbetreuung, die öffentlichen Zahnkliniken und es gibt auch bedarfsgerechte zahlreiche situationsbedingte Leistungen an Familien, zum Beispiel für Musikunterricht, Sport, Freizeitaktivitäten, Aufgabenhilfe, Stützkurse, etc. Diese Leistungen sind eng aufeinander abgestimmt und harmonisiert und sie wirken langfristig. Sie unterstützen gezielt die Familien, die es benötigen.

In diesem Bereich wurde auch ausgebaut, insbesondere bei den Familien in den letzten Jahren, es gab Steuerentlastungen für Familien, die Kitas wurden ausgebaut und die Betreuungsbeiträge an die Tagesbetreuung erhöht, die Familienzulagen, die wurden mit der SV 17 erhöht. Wir haben einen Mindestlohn eingeführt bei uns im Kanton, bei der Prämienverbilligung gibt es neue Einkommensgruppen, wir erhöhen auch die Prämienverbilligung konsequent mit der Krankenkassenteuerung und wir haben die Nebenkostenpauschale im Rahmen der Familienmietzinsbeiträge erhöht.

Ergänzungsleistungen, die kennen wir auch. Aber Ergänzungsleistung kennen wir dort, wo Menschen sind, wo wir nicht mehr erwarten, dass sie arbeiten, nämlich bei Seniorinnen und Senioren, die im AHV-Alter sind, und bei IV-Rentnerinnen und Rentnern, die aufgrund von einer Leistungseinschränkung, von Krankheit, von psychisch und physischen Einschränkungen nicht arbeiten können. Die Arbeitsintegration ist dort nicht im Vordergrund, wir müssen kein System haben, dass die Arbeitsintegration in diesem Bereich finanziell fördert. Deshalb kennen wir diese Ergänzungsleistungen in diesen Bereichen, dort sind sie bewährt, aber nicht in den Bereichen, wo wir es mit Menschen zu tun haben, die grundsätzlich arbeitsmarktfähig sind. Und der Arbeitsmarkt, der wird sich weiterhin, da bin ich Optimist und zuversichtlich und auch aufgrund des demografischen Wandels, der wird sich positiv entwickeln. Der Arbeitsmarkt wird da sein und Arbeitsplätze anbieten für die Menschen in unserem Kanton.

Mit dieser Motion findet auch wieder eine stärkere Differenzierung statt zwischen Haushalten mit und ohne Kinder. Bei den Mietzinsbeiträgen gehen wir genau in die andere Richtung, weil dort sagen wir, diese Differenzierung ist nicht nur gerecht, wenn Armutsbetroffene ohne Kinder keine Unterstützung bekommen und die mit Kindern eine viel höhere. Dort möchten wir diese Unterschiede reduzieren, indem wir die Familienmietzinsbeiträge auch auf Haushalte ohne Kinder übertragen. Hier soll es jetzt wieder in die andere Richtung gehen, es soll eine grösste Differenzierung stattfinden für Haushalte mit Kindern im Vergleich zu solchen ohne. Da stellt sich natürlich die Frage, was in den Brüchen passiert. Also wenn dann ein Haushalt plötzlich keine Kinder mehr hat, weil sie ausziehen und zu alt sind, dann kommt wieder dieses alte System zur Geltung und man verliert wieder sehr viele Beiträge.

Das grösste Problem heute von armutsbetroffenen Familien und Kindern ist der Nichtbezug. Dort, wo die Familien nicht die Unterstützung holen, auf die sie Anspruch haben. Und das haben wir sowohl bei der Sozialhilfe, das haben wir aber auch bei der Ergänzungsleistung etwa im gleichen Umfang. Der Nichtbezug ist bei allen Bereichen ein Problem und wird auch bei diesen Familienergänzungsleistungen höchstwahrscheinlich das gleiche Problem sein und die Armutsbetroffenheit ist dort, wo Haushalte aus freiem Willen nicht zum Staat möchten oder auch weil sie Angst haben, zum Beispiel aus auslandrechtlicher Perspektive, aber auch in diesem Bereich würde keine Änderung stattfinden durch die Überweisung dieser Motion.

Der Regierungsrat teilt das Anliegen der Motion, dass Kinder nicht in Armut aufwachsen sollen und gute Chancen haben sollen. Wir sind aber überzeugt, dass das bestehende System das gewährleistet. Wir sind aber auch bereit, dieses Anliegen

als Anzug entgegenzunehmen und das heute bestehende System anzuschauen und zu prüfen, ob es Orte gibt, wo es eine Verbesserung braucht, wo es Anpassungen braucht, um die Armut von Kindern zu reduzieren.

Aus diesem Grunde bittet Sie der Regierungsrat, diese Motion nicht als Motion, sondern als Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion GAB hat sich Oliver Bolliger gemeldet.

Oliver Bolliger (GAB): Wie Sie wissen, liegt mir diese Motion wirklich sehr am Herzen und es ist mir ein grosses Anliegen, dass ich Sie heute Abend zu später Stunde davon überzeugen kann, diese Motion als Motion ein zweites Mal dem Regierungsrat zu überweisen. Ja, es geht um eine grundsätzliche Frage, da gebe ich Regierungsrat Kaspar Sutter recht, ich sehe es aber grundsätzlich anders.

Ich danke der Regierung für die ausführliche Antwort sowie für die Aufzählung aller bestehenden Massnahmen, um armutsbetroffene Familien zu entlasten. Doch leider ist es so, dass diese Massnahmen nicht ausreichen. Schweizweit leben knapp 270’000 Kinder unter der Armutsgefährdungsgrenze und auch in Basel ist der Anteil der Kinder in der Sozialhilfe sehr hoch. Es ist die Altersgruppe mit der höchsten Sozialhilfequote und dies bestätigt auch die soeben veröffentlichte BASS-Studie, also die zeigt deutlich auf, dass Alleinerziehende und Familien ein erhöhtes Armutsrisiko haben und dass in unserem reichen Land zu viele Kinder und Jugendliche in Armut aufwachsen müssen. Kinder dürfen kein Luxus sein und ich finde da auch eine Differenzierung völlig berechtigt.

Armutsbetroffen bzw. armutsgefährdet zu sein, bedeutet ein deutlich tieferes Haushaltseinkommen als die Mehrheit der Gesellschaft zu haben, verbunden mit diversen Risiken. Beispielsweise sozialer Ausschluss, schlechtere physische und psychische Gesundheit, verringerte Bildungschancen und sozialer Teilhabe. Das soziale Existenzminimum für Kinder ist verfassungs- und völkerrechtlich geschützt. Die genannte Studie zeigt auf, dass in der kantonalen Sozialhilfe eben dies ungenügend berücksichtigt werden kann und besonders gerade beim Grundbedarf, beim Lebensunterhalt dieses jetzt zurzeit auch gar nicht mehr wirklich abdecken kann.

Die Position und die Argumentation in der Antwort der Regierung gegen die Schaffung von Familienergänzungsleistungen ist aus meiner Sicht nicht überzeugend und dies aus mehreren Gründen. Erstens beachtet der Regierungsrat die strukturellen Gründe von Familienarmut viel zu wenig bzw. ist der Meinung, dass mit einer Informationskampagne zum Nichtbezug so diese gelöst werden könnte. In der Tat, der Nichtbezug von Sozialleistungen in Basel-Stadt ist hoch, insbesondere der Sozialhilfe, diese liegt bei rund 30 Prozent. Der Nichtbezug von Sozialhilfe von alleinerziehenden Elternteilen ist für viele aber gar keine Option, denn es droht eine sehr prekäre finanzielle Situation.

Diese tiefe Quote ist also kein Argument gegen die Einführung von Familienergänzungsleistungen, sondern im Gegenteil, aus armutspräventiver Sicht macht es überhaupt keinen Sinn, Alleinerziehende und Familien mit tiefen Einkommen über viele Jahre von der Sozialhilfe abhängig zu machen. Es haben zwar alle Sozialleistungen ein Nichtbezugsrisiko, aber die Sozialhilfe hat deutlich ein höheres, weil der Bezug von Sozialhilfe sehr schambehaftet und stark stigmatisiert ist. Nicht in der Lage zu sein, den bescheidenen Lebensunterhalt für sich selber oder für seine Familie zu erwirtschaften und vom Staat von Leistungen abhängig zu werden, ist für ganz viele armutsbetroffene Menschen ein grosses Desaster. Armut macht krank, zerstört den Selbstwert und verursacht eine Armutsspirale, die sich über Generationen sozial vererben kann.

Zweitens ist der Regierungsrat der Meinung, dass Familienergänzungsleistungen systemfremd und kompliziert seien und deswegen soll nichts am bestehenden System verändert werden. Nun, meine Damen und Herren, dies wirkt auf mich ein wenig mutlos. Wenn wir mit einem solchen Denken der Klimakrise begegnen würden, kämen wir nie auf einen grünen Zweig. Ich bin fest davon überzeugt, dass eine Einführung von Familienergänzungsleistungen möglich ist und dazu führen würde, dass weniger Familien Sozialhilfe beziehen müssten. Diese positiven Effekte werden auch von den Kantonen, die bereits diese Ergänzungsleistungen eingeführt haben, beispielsweise Genf, Waadt, Solothurn und Tessin, bestätigt.

Überhaupt scheint die Schaffung von kantonalen Ergänzungsleistungen für Familien die sozialversicherungsrechtliche Wahl für die Zukunft zu sein. Die Bevölkerung vom Kanton Freiburg hat vor kurzem der Einführung von Familienergänzungsleistungen sehr deutlich zugestimmt und in den Kantonen St. Gallen und Zug laufen ebenfalls politische Bestrebungen in diese Richtung. Es ist klar, wir können die Kantone nicht 1:1 vergleichen, aber wie am Beispiel von Genf zu erkennen ist, sind bestehende Prämienverbilligungen und Mietzinsbeiträge kein Hindernis für die Schaffung dieser Familienergänzungsleistungen, im Gegenteil, sie sind eine sinnvolle Ergänzung, um die Sozialhilfe von langandauernder Unterstützung zu entlasten. Ich traue dem Regierungsrat und auch der Verwaltung zu, die Familienergänzungsleistungen entsprechend auszugestalten und diese auf die bestehenden Sozialversicherungen abzustimmen und anzupassen.

Familienergänzungsleistungen sind in Zukunft das bessere Mittel, um der Familienarmut zu begegnen. Die Familien werden finanziell bessergestellt, die Unterstützung ist weniger mit Stigmas verbunden und alle wesentlichen Unterstützungsleistungen, Prämienverbilligungen, Mietzinsbeiträge und Familienergänzungsleistungen könnten beispielsweise über das Amt für Sozialbeiträge berechnet und geleistet werden. Das heute sehr mühsame hin und her

zwischen den Ämtern könnte somit vermieden werden. Dies ist in der Praxis der sozialen Arbeit, und da könnte ich Ihnen x Beispiele nennen, mühsam, oft schwer nachzuvollziehen und für die Betroffenen schwierig auszuhalten. Mit ein Grund für hohe Nichtbezugsquoten.

Drittens fokussiert die meiste Kritik der Regierung rein auf Teilaspekte und Details bei der Umsetzung. Diese könnte ohne weiteres gelöst werden, wie beispielsweise mit der jetzt schon bestehen Möglichkeit des hypothetischen Einkommens, um Anreize, wie von Regierungsrat Kaspar Sutter genannt wurde, zur Wiederaufnahme von Arbeit zu fördern. Dies kennen wir zum Beispiel auch jetzt schon bei den Ergänzungsleistungen vomn Teil-IV-Rentenbezüger, auch die haben einen Druck oder müssten ihre Arbeit aufnehmen, wenn sie nur zu 50 Prozent berentet sind. Also das kennen wir schon. Unterstützungsangebote zur beruflichen Eingliederung, wie beispielsweise Coachings, sind nicht zwingend an die Sozialhilfe gebunden, sondern müssten sowieso unabhängig von der Sozialleistung angeboten werden können.

Berufsverbände und grosse schweizerische Hilfswerke, wie beispielsweise die Caritas Schweiz, sprechen sich seit Jahren und nun immer deutlicher für die Einführung von Familienergänzungsleistungen in den Kantonen aus und auch die genannten Studie, die ich schon erwähnt habe, von BASS untersuchte materielle Situationen von Kindern und Jugendlichen in der Sozialhilfe und stellt fest, dass dringend weitergehende Massnahmen getroffen werden müssen, um Kinder und Familien vor struktureller Armut zu schützen. Die Spätfolgen von Familienarmut sind uns allen bekannt und führen zu einem beträchtlichen Risiko für die kindliche Entwicklung. Ich bin wirklich überzeugt davon, dass nun nach Jahrzehnten der Diskussion die Zeit reif ist, bei der Verhinderung von Familienarmut einen Schritt weiterzugehen und endlich Familienergänzungsleistungen einzuführen und damit die Sozialhilfe auch zu entlasten.

Mit der Überweisung dieser Motion geben wir dem Regierungsrat den Auftrag, innert 2 Jahren die gesetzliche Grundlage zur Einführung von Familienergänzungsleistungen überhaupt erstmal zu schaffen. Es ist ja nicht gerade die Umsetzung, es geht mal darum, die gesetzliche Grundlage überhaupt zu erreichen. Bis zu diesem Zeitpunkt, davon bin ich sogar überzeugt, werden bereits weitere Kantone nachgezogen haben. Eine Überweisung als Anzug bringt in diesem Fall wirklich nichts. Der Regierungsrat schreibt zwar, dass er das bestehende Sozialleistungssystem prüfen und auf Wirkungen evaluieren möchte, allenfalls gar mit punktuellen Erhöhungen, doch aufgrund der immer gleichen Antworten auf sehr ältere Anfragen und Anzügen verspreche ich mir wirklich hier gar nichts. Der Regierungsrat möchte das bestehende System verteidigen und hat kein Interesse, neue Impulse in der Verhinderung von Familienarmut zu entwickeln. Deshalb bringt uns hier nur eine Motion weiter.

Herzlichen Dank für die Beauftragung der Regierung und für die Überweisung der Motion als Motion an den Regierungsrat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP hat Melanie Nussbaumer das Wort.

Melanie Nussbaumer (SP): Zwei Fakten vorneweg einfach zum Mitnehmen, währenddem Sie mir zuhören. 8,3 Prozent aller Kinder in Basel-Stadt beziehen Sozialhilfe. 8,3 Prozent, das ist die zweithöchste Quote in der ganzen Schweiz, nur Neuenburg hat eine höhere Quote. Innerhalb von der Sozialhilfe bedeutet das ein Drittel, also jede dritte Person in der Sozialhilfe ist ein Kind. Einfach damit das mal klar gesagt ist. Oliver Bolliger, vielen Dank für diese Brandrede. Ich gehe jetzt nochmals darauf ein, vielleicht auf einzelne Argumente etwas vertiefter.

Dass Familienergänzungsleistungen im Grundsatz sinnvoll und zielführend sind für die Armutsbekämpfung, das zeigen erste Erkenntnisse und Evaluationen aus anderen Kantonen, die bereits diese Ergänzungsleistung eingeführt haben. Familienergänzungsleistungen führen zu weniger Prekarität, weniger Sozialhilfe und weniger Stress sowie eine Verbesserung der Gesundheit für die betroffenen Familien. Das ist ein Fakt, das wurde evaluiert in den anderen Kantonen. Das sozialpolitische Instrument wird deshalb denn auch von Organisationen und Expert*innen, die sich mit Sozialpolitik auseinandersetzen, empfohlen. Das sind zum Beispiel die Caritas Schweiz vorneweg oder eben auch die SKOS. Aber auch die CMS, die Christoph Merian Stiftung aus Basel empfiehlt Familienergänzungsleistungen in ihrem letzten Fachbuch zum Thema Existenzminimum.

Warum werden diese Ergänzungsleistungen von der CMS und weiteren empfohlen? Weil es ein Instrument ist, das unkompliziert ist, unaufwändig und eben zielführend. Und das sagt ja sogar der Regierungsrat, das haben wir vorher gehört, und auch in der Stellungnahme kann man das nachlesen auf Seite 8, Zitat Anfang: Das Grundprinzip der Ergänzungsleistung ist einfach und hat sich seit deren Einführung bewährt. Reichen die Einnahmen nicht aus, um die Grundbedürfnisse zu decken, übernehmen die Ergänzungsleistungen die Differenz. So tragen die Ergänzungsleistungen gezielt und wirkungsvoll dazu bei, Armut in der Schweiz zu bekämpfen. Zitat Ende.

Und genau so ist es. Was für die AHV- oder IV-Rentnerinnen und -Rentner gilt, sollte eben auch für Familien respektive auch für deren Kinder gelten, Familien, die mit ihrem Einkommen nicht über die Runden kommen. Wenn der minimale Lebensbedarf höher ist als das Einkommen, besteht ein Haushaltanspruch auf Ergänzungsleistungen. Das Prinzip ist einfach, das Prinzip ist zielführend für die Armutsbekämpfung und Prävention, so wie das der Regierungsrat eben auch sagt.

Wo ich nicht einig bin mit dem Regierungsrat ist, dass er in seiner Stellungnahme behauptet, eine Komplettüberarbeitung des Systems wäre nötig, das wäre ganz aufwendig, das stimmt natürlich überhaupt nicht. Das wäre einfach eine neue Leistung mehr, wie es das in anderen Kantonen eben auch schon gibt. Es stimmt also überhaupt nicht, dass hier Basel irgendwie ein Alleingang macht oder irgendwie ganz speziell vorausgeht, wie in sonstigen Bereichen vielleicht schon, aber hier wirklich nicht. Natürlich ist es so, dass wir Familienmietzinsbeiträge haben und vielleicht auch bald Mietzinsbeiträge allgemein, das stimmt, und hier müsste man schauen, wie man das aneinander anpasst. Aber das ist etwas, das man lösen kann. Also auch im Kanton Genf wurde das gelöst, dort gibt es beide Instrumente und das kommt gut miteinander, das ist kein Problem, das ist lösbar.

Was aber festgehalten werden kann die, Familienergänzungsleistungen stellen einen umfassenderen Ansatz als die Mietzinsbeiträge dar, das stimmt so. Sie erlauben mehr Handlungsspielraum und mit einer sozialen Begleitung können die Familien gezielt in ihre Erwerbsintegration bzw. Erwerbsaufnahme unterstützt werden, und zwar erfolgreich, wie das auch andere Kantone mit Familienergänzungsleistungen bereits nachweisen konnten. Dort sind nämlich dank diesen Familienergänzungsleistungen die Erwerbsfähigkeit und das Erwerbseinkommen der Familien gestiegen. Der Kanton Waadt zum Beispiel hat eine Evaluation gemacht und bilanziert, dass 83 Prozent aller Familien, die Leistung bezogen haben, ihr Einkommen erhöhen konnten. Das ist darauf zurückzuführen, dass eben Familienergänzungsleistungen einen höheren Spielraum geben und dass es auch eben Coachings gegeben hat und soziale Begleitungen.

Freiwillige Beratungen mit dem Ziel, nachhaltige Lösungen zu finden, das könnte natürlich auch ein Teil sein der Basler Umsetzung. Das liegt in den Händen des Regierungsrats, er kann diese Umsetzung so fördern. Damit könnte man auch die individuellen Ursachen der Armut bekämpfen, wie es der Regierungsrat ja auch als Ziel hat berechtigterweise. Übrigens, die Sozialhilfe schneidet sehr viel schlechter ab beim Thema der nachhaltigen Erwerbsintegration als die Familienergänzungsleistungen. Das heisst, wenn man also wirklich diese Erwerbsintegration als Hauptziel hat, was ich durchaus unterstütze und der Regierungsrat ja auch hat, dann sollte man eben für die Familienergänzungsleistung stimmen. Wenn man Kaspar Sutter zugehört hat oder auch die Stellungnahme liest des Regierungsrats, dann muss man sich wirklich keine Sorgen machen, dass es keine Anreize mehr gibt für die Erwerbsarbeit in einer Umsetzung. Das wird er auf jeden Fall einbauen, wenn wir ihm zugehört haben.

Familienergänzungsleistungen schneiden aber nicht nur bezüglich Erwerbsintegration besser ab als die Sozialhilfe. Die tiefen Ansätze in der Sozialhilfe können auch negative Konsequenzen auf Kinder haben, zum Beispiel die eingeschränkte soziale Teilhabe, prekäre Wohnverhältnisse, usw. und das bedeutet auch schlechtere Startbedingungen. Mit den Familienergänzungsleistungen wird mehr für die Chancengleichheit getan und die Familien haben die Chance, beispielsweise in Bildung zu investieren und ihr Budget selbst einzuteilen. Die Sozialhilfe erlaubt das nicht. Jede zusätzliche Ausgabe muss beantragt werden, muss abgerechnet werden, usw. und so sind die Familien komplett vom Ermessen der Behörden abhängig. Bei den Familienergänzungsleistungen wird der Handlungsspielraum vergrössert und die Familien werden bestätigt und begleitet in ihrer Selbstbestimmung. Sie erlauben damit eine Förderung der Eigenverantwortung. In Genf, Solothurn, Tessin und Waadt hat die Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien dazu geführt, dass deutlich weniger Familien von Sozialhilfe abhängig wurden.

Lassen Sie mich also nochmals kurz zusammenfassen: Ergänzungsleistungen für Familien fördern die Selbstverantwortung, sie schaffen Anreize zur Erwerbstätigkeit und sie sind zudem mit weniger administrativen Aufwand verbunden als die Sozialhilfe. Sie wirken wirklich einer Chronifizierung und Vererbung von Armut entgegen. Viele Familien, das wissen Sie, sind nur während wenigen Jahren wirklich in einer sehr prekären Situation. Auch wenn die Kinder klein sind, ist es sehr eng für viele Familien. Es ist also nachhaltiger, sie in diesen Jahren so zu unterstützen, dass ihr Handlungsspielraum gewahrt bleibt und sie nicht ganz komplett in die Sozialhilfe runterfallen und dort abhängig werden. In anderen Kantonen konnte wirklich die Armutsquote dank diesen Ergänzungsleistungen reduziert werden. Es liegt also heute in unserer Verantwortung, den Kreislauf der Armut zu durchbrechen und denjenigen eine faire Chance zu geben, die sie am dringendsten brauchen. Lassen Sie uns weiterhin sicherstellen, dass unsere Kinder unabhängig von den finanziellen Verhältnissen ihrer Eltern die gleichen Chancen auf ein gesundes, glückliches und erfolgreiches Leben haben.

Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie deshalb, die Motion ein zweites Mal als Motion zu überweisen, ein Anzug daraus zu machen, wird leider relativ wenig bis gar nichts bringen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Melanie Nussbaumer, möchten Sie die Frage von David Jenny beantworten?

David Jenny (FDP): Melanie Nussbaumer, Sie haben den Eindruck erweckt, die CMS habe sich offiziell für diese Ergänzungsleistung ausgesprochen. Wenn ich diese Erkenntnisse und Empfehlungen der Publikation Existenzminimum lese, da heisst es aber, die Mitwirkenden haben eine Reihe von Empfehlungen für die Existenzsicherung formuliert. Es steht nichts von offizieller Empfehlung der CMS. Haben Sie uns in die Irre geführt?

Melanie Nussbaumer (SP): Das war eine kleine Abkürzung, aber die Publikation wurde natürlich von der CMS und von Fachpersonen der CMS, die sich sehr, sehr gut auskennen mit dem sozialpolitischen System, herausgegeben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelvoten und da hat sich Luca Urgese gemeldet.

Luca Urgese (FDP): Der guten Ordnung halber, damit wir hier gemäss «Chrüzlistich» uns auch ausdrücken können, beantrage ich Nichtüberweisung dieser Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Dann haben wir ein weiteres Einzelvotum von Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GAB): Ich dachte jetzt, ich lasse Luca Urgese den Vortritt, nachdem wir diese fundierten Voten von links für die Motion gehört haben, weil ich gedacht habe, es kommt jetzt vielleicht von bürgerlicher Seite noch eine Erklärung, warum sie diese Motion ganz ablehnen oder sie in einen Anzug umwandeln möchten. Aber dann führen wir die Diskussion einfach auf linker Seite weiter und ich möchte nochmal mich dafür aussprechen, dass wir die Motion ein zweites Mal als Motion überweisen.

Basel ist einer der wohlhabendsten Kantone, doch auch hier gibt es Armut. Armut ist aber meistens unsichtbar. Das zeigt aktuell eine spannende Dialogausstellung der Sozialkonferenz Basel, ein Runder Tisch aus Wirtschaft und sozialen Stellen. Ich empfehle Ihnen allen, diese Ausstellung zu besuchen. Wir hier drin sind oft sehr weit weg von diesen Realitäten. Das heisst aber nicht, dass es diese Realität nicht gibt und wir tun gut daran, uns damit auseinanderzusetzen, denn Armut ist ein Zustand, der nicht nur wirtschaftliche Schwierigkeiten mit sich bringt, sondern auch soziale und psychische Herausforderungen. Sie kann die Gesundheit gefährden und langfristig die sozialen Aufstiegsmöglichkeiten beeinträchtigen. Armut in der Kindheit hat oft weitreichende Folgen für die Zukunft eines Menschen. Kinder, die in Armut aufwachsen, haben geringere Bildungschancen und damit auch schlechtere Aussichten auf dem Arbeitsmarkt.

Familienergänzungsleistungen würden hier eine direkte Hilfe bieten, um diesen Kreislauf zu durchbrechen. Wenn wir den Eltern finanziellen Spielraum geben, ermöglichen wir den Kindern bessere Bildungs- und Lebenschancen. Der Regierungsrat macht es sich zu einfach, den Nichtbezug als ein Hauptgrund für Armut darzustellen, denn Armut ist ein strukturelles Problem. Sie ist meist das Resultat gesellschaftlicher Rahmenbedingungen und struktureller Hürden, die Betroffene kaum beeinflussen können. Und natürlich haben alle Sozialleistungen ein Nichtbezugsrisiko. Die Sozialhilfe ist aber sehr schambehaftet und stark stigmatisiert, was den Anteil an Nichtbezug auf jeden Fall erhöht, auch im Gegensatz zu allfälligen Familienergänzungsleistungen.

Deshalb bitte ich Sie, wie gesagt, diese Motion ein zweites Mal als Motion zu überweisen. Gerne möchte ich noch darauf hinweisen, dass Familienergänzungsleistungen nicht nur eine finanzielle Unterstützung sind. Sie sind ein Zeichen dafür, dass wir als Gesellschaft Verantwortung füreinander übernehmen und bereit sind, in die Zukunft unsere Kinder und Familien zu investieren. Jeder Kanton, der Familie in Not unterstützt, investiert nicht nur in das Wohl der betroffenen Menschen, sondern auch in die soziale und wirtschaftliche Stabilität der gesamten Region. Investitionen in Familien zahlen sich langfristig aus. Kinder, die in gesunden und stabilen Verhältnissen aufwachsen, haben bessere Chancen, gut ausgebildete und produktive Mitglieder der Gesellschaft zu werden. Das bedeutet weniger Kosten für den Staat in den Bereichen Sozialhilfe, Gesundheit und Bildung und eine stärkere lokale Wirtschaft durch gut ausgebildete Fachkräfte. Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Unterstützung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Raoul Furlano gemeldet.

Raoul I. Furlano (LDP): Fleur Weibel hat mich natürlich herausgefordert und wollte eine Erklärung haben, warum wir im «Chrüzlistich» sogar ein Abschreiben haben. Ich meine, Ihre Erzählungen, Fleur Weibel, mit Flammen und Feuer, Oliver Bolliger, das verstehen wir alles, das ist ganz klar und es wäre ja fast schon widerlich, wenn man sagen würde, das gibt es alles nicht oder wenn man die Armut verharmlosen würde oder sagen, selber Schuld oder die gibt es gar nicht, usw. Das ist ja uns allen klar hier drin, das müssen wir nicht begründen, wie oder was und untermauern, dass wir das auch nicht toll finden.

Warum sind wir ganz für Abschreiben. Und zwar hat Regierungsrat Kaspar Sutter das auch in seinem Votum erklärt, warum sie das noch prüfen werden. Wenn wir das als Anzug durchlassen gehen, dann werden genau die Antworten wiederkommen, da hat Oliver Bolliger recht, das ist so. Aber warum abschreiben, warum haben wir das gedacht? Weil wir eigentlich denken, dass unser Kanton, die Sozialhilfe und alles, was dort drin ist, schon relativ sehr viel abdeckt. Wir haben ein bisschen die

Befürchtung, dass das wieder eine Aufblähung ist der ganzen Bürokratie und dass dann das Geld, das wirklich dorthin müsste, wo es hin muss, durch die Kompliziertheit dieser Verteilung gar nicht dorthin geht, wo es hingehen muss. Und das ist ein Grund, wieso wir die Motion, die wirklich mit Feuer und Flammen von Oliver Bolliger präsentiert wurde, vieles richtig drin ist, aber ich glaube nicht, dass das das Ziel ist, dass wir dorthin kommen, um wirklich denen zu helfen, die das brauchen. Das ist die Aufblähung der Bürokratie, die ich mir hier als Notiz genommen habe.

Und dann, ich sage es jetzt trotzdem, vielleicht werde ich halb geköpft, wenn ich das sage, aber es könnte auch sein, dass da gewisse Fehlanreize kommuniziert werden könnten. Fehlanreize, nämlich vom Staat abhängig zu bleiben, anstatt selber zu schauen, wie kann ich aus dieser Falle herauskommen. Und da wäre aus liberaler Sicht eher dort anzusetzen und zu sagen, wie können wir da helfen, aus dieser widerlichen Spirale, die zur Armut führt, herauszukommen, also sprich in Bildung, usw. Und ich bin nochmal schwierig, was ich da sage wahrscheinlich, aber wenn ich schon nur an eine Familienplanung denke, ich komme aus einer sehr armen Familie und meine Eltern haben sich sehr gut überlegt, wie viele Kinder sie auch dürfen und machen sollen. Das ist ein heisses Eisen, das ist ein ganz, ganz heisses Eisen, ich weiss es, aber es ist die Wahrheit und darum sind wir für Abschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Regierungsrat Kaspar Sutter nochmals das Wort. Er verzichtet.

Der Regierungsrat beantragt, die Motion als Anzug zu überweisen. Oliver Bolliger fordert Motion. Luca Urgese hat einen Antrag auf Nichtüberweisung gestellt. Wir machen zuerst eine Eventualabstimmung.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

40 Ja, 50 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004692, 23.10.24 21:29:22]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Geschäft wird als Motion weiterbehandelt mit 50 Nein-Stimmen gegen 40 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

Luca Urgese beantragt Nichtüberweisung. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Die Abstimmung wurde abgebrochen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Abstimmung wird wiederholt.

Abstimmung

JA heisst Überweisung der Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 33 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004696, 23.10.24 21:30:19]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 2 Jahre

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird überwiesen mit 57 Ja-Stimmen gegen 33 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

62. Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend keine finanziellen Fehlanreize für Fahrzeuge mit übermässigem Verbrauch von Ressourcen: Anpassung der Motorfahrzeugsteuer, Stellungnahme des RR

[23.10.24 21:30:26, 23.5581.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert 18 Monaten.

Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Der Regierungsrat hat ja angekündigt, dass er in der Mobilitätsstrategie eine generelle Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer prüfen und die Ausrichtung der Besteuerung an die kantonalen Klimaziele angleichen möchte. Es ist also nicht eine generelle Opposition gegenüber der Motion, weshalb wir auf Anzug plädieren, sondern gestützt auf die konkreten Forderungen der Motion, weil wir regierungsseitig der Meinung sind, dass sie doch zu einschränkend sind respektive auch in der ersten Motionsforderung die Datenbasis gar nicht da ist, um da entsprechend dann auch die Besteuerung auszugestalten. Das ist eigentlich der Hauptgrund, weshalb wir gesagt haben, wir würden die generelle Erhöhung prüfen, allerdings eben losgelöst von den konkreten Forderungen, damit wir hier auch den Klimazielen natürlich näherkommen.

Aber auch gewisse Zielkonflikte, die wir sehen, insbesondere in der Motionsforderung 2. bezüglich des Ressourcenverbrauchs, weil wir doch auch der Meinung sind, dass wir die E-Mobilität fördern und E-Mobilität eben auch zur Folge hat, dass die Fahrzeuge schwerer werden, grösser werden, etc., dass da ein gewisser Konflikt ist. Da würden wir plädieren, dass wir vor allem einfachere Besteuerungsmöglichkeiten prüfen und auch bezüglich Forderung 3., was den Ressourcenverbrauch angeht und den Absenkpfad, irgendwo einfachere Handhabe haben als verschiedene Kriterien, wie Fläche, Gewicht, Emissionen, die wir in einem Absenkpfad dann irgendwo berücksichtigen müssen. Das ist einfach auch aufwendig und irgendwo auch einzigartig dann, dass wir in Basel-Stadt das genau so machen.

Deshalb beantragt der Regierungsrat, die Motion als Anzug zu überweisen, damit wir all diese Konflikte auch auflösen können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Im Namen der SP beantrage ich Ihnen eine erneute Überweisung als Motion dieses Vorstosses, denn er verfolgt eigentlich ein klares Ziel, die Motorfahrzeugsteuer so anzupassen, dass es wieder attraktiver wird, ein kleineres Auto mit weniger Umweltauswirkungen zu nutzen. Die erste Kurzantwort der Regierung bekräftigt, man sei sowieso am Thema, das hat jetzt auch Regierungsrätin Stephanie Eymann so bestätigt. Es gab ja sogar eine Vernehmlassung dazu, jedoch mit uneinheitlichen Rückmeldungen. Etwas Greifbares ist auch nicht herausgekommen und wir befürchten, dass es bei einer Umwandlung in einen Anzug eben genau so weitergeht, unkonkret und in die Länge gezogen.

Eine Zweitüberweisung als Motion wäre hingegen so etwas wie ein klares Zeichen, auf das der Regierungsrat ja offenbar seit Jahren wartet. Denn dann würden die folgenden drei Grundsätze fix in die Festlegung der Motorfahrzeugsteuer integriert. Erstens, sie soll das Verursachendenprinzip berücksichtigen, zweitens soll sie eine Lenkungswirkung hin zu

umweltfreundlichen und flächeneffizienten Fahrzeugen haben und drittens, der Erfolg soll überprüft werden mit einem Absenkpfad.

In der Motion steht auch ausdrücklich, dass das Gewerbe gesondert angeschaut werden soll und ein Handwerksbetrieb, der ein grosses Auto braucht, sicher nicht gleichviel zahlen muss wie jemand, der ein grosses Fahrzeug einfach zu seinem persönlichen Privatvergnügen kauft. Dasselbe gilt auch für die E-Mobilität. Natürlich, die schneiden in den Bereichen Emissionen und Klima besser ab, deshalb werden sie wahrscheinlich grundsätzlich eine tiefere Steuer als fossilbetriebene Autos haben, aber überdimensionierte E-Autos werden gegenüber kleinen effizienten E-Autos mehr belastet werden und das ist sicher auch richtig und im Sinne der Motion.

Auch Private werden nicht einfach aus dem nichts mit höheren Steuern belastet. Sie haben im Gegenteil beim Autokauf die Wahl, ob sie auf ihrem heutigen Niveau bleiben wollen oder eine höhere Steuer in Kauf nehmen wollen. Und es erscheint uns logisch, dass wer sich ein grosses und umweltschädliches Auto für 50’000 Franken oder mehr leistet oder leisten kann, auch entsprechend besteuert werden soll.

Wir glauben auch nicht, dass es besonders kompliziert ist, die Kriterien festzulegen, welche die Höhe der Steuer beeinflussen, wenn man pragmatisch an diese Sache geht. Und was wir schon gar nicht einsehen, ist, dass der Kanton Basel-Stadt auf den Bund warten soll, beispielsweise auf eine Ausweitung der CO_2-Abgabe. Im Gegenteil, wir sehen da eher unseren Kanton in einer Vorreiterrolle, der aufzeigt, wie so eine Steuer ausgestaltet werden könnte.

Deshalb nochmals bitten wir Sie um Zweitüberweisung als Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an Daniel Seiler für die FDP.

Daniel Seiler (FDP): Ich glaube, ich kann auch im Namen der SVP sprechen. Wir erinnern uns, bei der Erstüberweisung haben wir schon zu bedenken gegeben, dass eben die Motion nicht einfach umsetzbar ist. Der Regierungsrat hat das auch bestätigt, wenn man wirklich den Bericht liest, dann sind eigentlich alle diese drei Dimensionen so nicht umsetzbar, schlicht und einfach. Externe Kosten zu berechnen auf Basis eines einzelnen Autos, eines Autotyps geht nicht, ist nicht möglich.

Und dann haben wir diese Problematik mit der E-Mobilität, die wir eigentlich fördern wollen. Wir haben heute 3 Prozent Bestand, der ist ins Stocken geraten, der Zubau, also der Wachstum der E-Mobilität, weil diese Autos durch die Batterie schwerer sind und grösser sind. Also auch hier haben wir ein grosses Problem, wenn wir das so umsetzen wollen. Und beim dritten Bereich, wo es um diese Ressourcen, Absenkpfad geht mit diesen vier Dimensionen, ich glaube, dazu muss man fast schon eine Professur in Mathematik haben, um überhaupt zu verstehen, wie man das irgendwie berechnen könnte und dann auch umsetzen.

Also die Motion ist nicht umsetzbar, schadet eigentlich dem Ausbau der E-Mobilität und ist sozialverträglich auch nicht wirklich gut. Wir kennen das Beispiel vom Volkswagen, Passat-Fahrer, ein Familienvater bezahlt jetzt schon das dreifache bei den Anwohnerparkkarten, soll jetzt noch ein Vielfaches für das gleiche Auto für die Motorfahrzeugsteuer bezahlen und jetzt kommen die Kollegen und sagen, er soll sich ein neues Auto kaufen. Wahrscheinlich auch nicht ganz so einfach. Also diese ganze Geschichte ist so nicht umsetzbar.

Wir beantragen Nichtüberweisung und wenn schon dann bitte als Anzug, damit man wirklich eine vernünftige Lösung machen kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die GLP spricht Lukas Bollack.

Lukas Bollack (GLP): Ich vertrete hier den Geschäftsverantwortlichen Tobias Christ, der leider schon gehen musste, deshalb wird das Votum etwas kürzer. Mein Vorredner, Jean-Luc Perret, hat ja auch schon sehr viele gute Argumente ausgeführt. Ich bringe jetzt einfach noch so die spezifisch grünliberale Perspektive auf dieses Geschäft.

Wir Grünliberalen sind immer dafür, dass externe Kosten internalisiert werden, denn nur so kann der Markt richtig spielen. Im vorliegenden Fall ist es so, dass man mit dem Besitz eines grossen Fahrzeugs mit entsprechend grossem Ressourcenverbrauch zwar höhere Kosten in der Anschaffung und in Betrieb hat, die externen Kosten, sprich mehr Platzverbrauch in der blauen Zone und auf der Strasse, eine höhere Unfallgefahr, ein höherer Ausstoss von Schadstoffen, CO_2, Reifenabrieb, etc. trägt aber die Allgemeinheit. Das ist ungerecht und führt zu Fehlanreizen. Man sieht das auch an der Verkehrsstatistik. Die Autos werden immer grösser und schwerer mit den entsprechenden Folgen. Es ist aus Sicht der Grünliberalen auch falsch, hier mit dem Argument der Einschränkung der Freiheit zu argumentieren, denn mit den externen Kosten beeinträchtigt man eben die Freiheit von anderen.

Aus diesen Gründen stehen wir Grünliberalen weiterhin hinter der Motion und wollen diese auch in der Form einer Motion überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP spricht Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Ich möchte mich hier Daniel Seiler anschliessen und seinem Votum, die LDP ist gegen eine Überweisung. Der Regierungsrat hat es eigentlich gut ausgeführt, gewisse Ideen zur Besteuerung sind kaum oder nicht umsetzbar und auch jetzt in der Klimastrategie hat der Regierungsrat gewisse Sachen in Bearbeitung und das wird dort schon behandelt.

Deshalb bitte ich um Nichtüberweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir beim Sprecher fürs GAB, Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Kurz zur Erinnerung, diese Motion hat drei hauptsächliche Forderungen. Punkt 1. Kostenwahrheit, Verursachendenprinzip. Punkt 2. Lenkungswirksame Gestaltung dieser Besteuerung. Im Moment haben wir eine lineare Kurve, die funktioniert offensichtlich nicht, zum Beispiel eine progressive Kurve würde sich anbieten, kennen wir auch bei anderen Steuern. Und Punkt 3, dass man einen Absenkpfad hat, wo man überprüft, was bringt diese Steuer im Hinblick auf unsere Ziele.

Seit 2013 ist das Thema bei uns im Kanton auf dem Tisch. Wir hatten 2016 eine erste Anpassung, der Trend hin zu grösseren Autos ist ungebrochen. 2020 haben sich wahrscheinlich alle Parteien hier an der Vernehmlassung beteiligt, es ist wieder nichts geschehen. Das Westschweizer Radio und Fernsehen hat die Statistik ausgewertet. Pro Jahr werden im Kanton Basel-Stadt Autos im Schnitt ein bis zwei Zentimeter länger, breiter und höher. Wenn man das jetzt nur schon diese zehn Jahren anschaut, wo dieses Thema auf dem Tisch ist, ist das doch einiges.

Warum Motion. Punkt 1, die lange Dauer, die das Thema schon da ist und wir haben immer noch keine überzeugende Lösung. In der Beantwortung des Regierungsrates taucht keine Frist auf, es taucht kein Zeitplan auf. Es wird beschrieben, was man am Prüfen ist und was man denkt, in welche Richtung, dass es geht. Punkt 2 für die Motion ist die Umsetzbarkeit. Die Motion legt diese drei Grundsätze fest und wie das umgesetzt wird, das lässt die Motion offen. Die Motion sagt, diese Besteuerung orientiert sich an den externen Kosten. Da kann man einfach mal schauen, kommen wir überhaupt in diese Grössenordnung, wo diese externen Kosten sind.

Punkt 2 sagt, diese lenkungswirksame Gestaltung der Steuer. Auch das ist ein Grundsatz, wie der umgesetzt wird, lässt die Motion offen und die Orientierung an den Dimensionen Fläche, Luftverschmutzung, Lärm, Ressourcenverbrauch als Ganzes, auch das lässt die Motion offen. Wenn der Regierungsrat klar belegen kann, dass man das sehr gut mit Gewicht zum Beispiel oder anderen Kenngrössen approximieren kann, dann spricht nichts dagegen, dass man das auf diese Weise macht. Aber dass man jetzt mal mitdenkt und versucht, sich dem anzunähern, das wäre schon die Idee und darum bitte ich Sie, dieses Geschäft weiterhin als Motion zu überweisen.

Vielleicht noch zur Elektromobilität. Es gibt heute 250 Modelle auf dem Markt. Es gibt natürlich sehr grosse dort, es gibt auch sehr kleine. Ein Modell, Dacia Spring 65, hat eine Reichweite über 200 Kilometer, hat sogar Vierradantrieb, vier Plätze, ist 1,3 Tonnen schwer, das ist eine halbe Tonne weniger, als was heute im Schnitt gekauft wird. Also das Argument, mit dieser Motion würde man Steine der Elektromobilität in den Weg legen, stimmt so nicht.

Darum bitte ich Sie, das Geschäft als Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Regierungsrätin Stephanie Eymann verzichtet. Damit kommen wir zu den Abstimmungen. Zuerst die Eventualabstimmung.

Der Regierungsrat beantragt Anzug. Jean-Luc Perret beantragt Überweisung als Motion.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 48 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004698, 23.10.24 21:44:19]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für Motion entschieden mit 48 Nein-Stimmen gegen 42 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Daniel Seiler beantragt Nichtüberweisung. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung der Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 38 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004699, 23.10.24 21:44:58]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 18 Monate

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 51 Ja-Stimmen gegen 38 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

63. Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend PACS und Verantwortungsgemeinschaft für Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

[23.10.24 21:45:05, 23.5650.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert 3 Jahren.

Regierungsrätin Stephanie Eymann verzichtet. Damit sind wir bei Raphael Fuhrer für das GAB.

Raphael Fuhrer (GAB): Ich möchte mich ganz zuerst entschuldigen bei Regierungsrätin Stephanie Eymann. In meinem Votum damals bei der Erstüberweisung habe ich ein Durcheinander gemacht mit den Fristen. Sie hatte recht, ich hatte nicht recht. Zweitens, ich kann leben damit, dass wir diesen Vorstoss weiterbehandeln als Anzug. Ich möchte aber mitgeben, und es ist mir ein wichtiges Anliegen, das Thema, ich glaube, es ist nicht zielführend abzuwarten, was auf Bundesebene geht, sondern wirklich zu antizipieren, was auf Bundesebene kommen wird und uns als Kanton darauf vorbereiten.

Das ist das eine und das zweite, was mir ganz wichtig in dem Thema ist, es ist nicht alles, was mit diesem Thema zusammenhängt, auf Gesetzes- und Verordnungsebene abschliessend regelbar. Es hat sehr viel auch damit zu tun, wie bei uns die Praxis gelebt wird von Ämtern, von staatsnahen Betrieben, von Bereichen, wo der Staat immer wieder auch hinein reguliert, und ich glaube, auch dort liegt eben sehr viel Spielraum und gerade auf Kantonsebene. Und wenn wir diesem Spielraum uns bewusst sind und dem auch nachgehen und auch schauen, was wir dort machen können, wäre ich auch schon sehr viel glücklicher gegenüber der Situation heute, im Bewusstsein, und das hat ja die Antwort des Regierungsrats auch gezeigt, dass halt ein grosser Teil auch auf Bundesebene abschliessend zum Teil oder fast abschliessend geregelt ist.

Aber ich glaube, dass auch trotz diesen Rahmenbedingungen uns Spielraum bleibt und ich würde mir sehr wünschen, dass wir das hier im Kanton zuerst mal wahrnehmen und dann auch dem nachgehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Christine Keller von der SP.

Christine Keller (SP): Ich kann mich dem nur anschliessen, was Raphael Fuhrer gesagt hat. Ich finde das einen wichtigen Vorstoss, gerade weil er eben nicht «nur» den sogenannten PACS, oder wie man das aussprechen will, beinhaltet, sondern auch die Verantwortungsgemeinschaft und damit auch aufzeigt, dass die Möglichkeiten, wie Menschen heute zusammenleben, sehr viel bunter und vielfältiger sind, als es früher war oder als es früher wenigstens offen gezeigt wurde. Die Regierung hat das ja eigentlich auch ganz schön dargelegt, all diese Möglichkeiten und Konstellationen.

Und ja, ich denke, das Wesentliche rechtlich ist auf Bundesebene, aber ja, auch ich kann mir vorstellen, dass auf kantonaler Ebene etwas getan wird im Bereich von Spitälern, von Rechten da zu besuchen, Weisungen abzugeben, da ist wirklich möglich, etwas zu tun, etwas vorwegzunehmen. Auch deshalb will es der Regierungsrat ja wahrscheinlich durchaus als Anzug übernehmen und nicht etwa sagen, wir wollen da gar nichts tun.

Wir können dieser Entwicklung ein Stück weit die Türe öffnen und dazu möchte ich Sie mit dem beantragten Stehenlassen der Motion als Anzug, wie gesagt, ein wirklich wichtiger und wegweisender Vorstoss, ermuntern.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir bei Christian C. Moesch für die FDP.

Christian C. Moesch (FDP): Die Fraktion FDP beantragt die Abschreibung des vorstehenden Geschäfts. Ganz einfach deshalb, grundsätzlich, das PACS, da habe ich oder haben wir nichts dagegen, das ist eine gute Sache. Ich denke, das ist etwas, was in der heutigen modernen Welt des Zusammenlebens von Mann und Frau oder von Mann und Mann oder Frau und Frau, wie auch immer, auf jeden Fall Berechtigung hat, aber, und das hat ja die Regierung richtig festgestellt, es ist eine Sache, die auf Bundesebene geregelt werden muss. Und es macht doch keinen Sinn, wenn wir uns jetzt hier auf kantonaler Ebene Fragen stellen oder überlegen, was könnte man machen, wenn dann irgendwann vielleicht. Das macht keinen Sinn. Warten wir ab, was auf Bundesebene gemacht wird und lassen wir das auf uns zukommen und wenn dann das auf Ebene vom Bund entsprechend geregelt ist, dann können wir uns wieder mit einem neuen Anzug oder einem neuen Vorstoss an die Arbeit machen, um zu schauen, wie wir das gegebenenfalls in zusätzlichen Punkten dann auf kantonaler Ebene regeln möchten.

Daher bitte ich Sie, die Motion abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Regierungsrätin Stephanie Eymann verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 40 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004701, 23.10.24 21:51:42]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird überwiesen mit 50 Ja-Stimmen gegen 40 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

64. Anzug Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Kultur für alle - Swisslos-Fonds Unterstützung auch bei kulturellen Veranstaltungen mit Kollekte, Schreiben des RR

[23.10.24 21:51:50, 24.5040.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Stephanie Eymann verzichtet auf ein Votum. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

65. Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend Verkürzung der Antragsfrist für Kundgebungen und Demonstratlonen, Schreiben des RR

[23.10.24 21:52:17, 21.5768.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Stephanie Eymann verzichtet auf ein Votum. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

66. Anzug Joël Thüring betreffend Aufwertung für Gewerbe und Tourismus: Ein Taxistandplatz in Fussdistanz zum Marktplatz, Schreiben des RR

[23.10.24 21:52:42, 23.5398.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Stephanie Eymann verzichtet. Es gibt keine Wortmeldungen. Es wurde kein Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

67. Motion Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Einführung eines zweiten Wiederholungsversuchs bei den Anwaltsprüfungen, Stellungnahme des RR

[23.10.24 21:53:10, 24.5167.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Motion zu überweisen.

Stephanie Eymann verzichtet auf ein Votum. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 4 Jahre

68. Motion Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Ausweitung der zulässigen juristischen Praktika für die Anwaltsprüfungen auch auf die Tätigkeit als Unternehmensjuristin und Unternehmensjurist, Stellungnahme des RR

[23.10.24 21:53:43, 24.5168.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert 2 Jahren.

Für den Regierungsrat hat Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Vielleicht doch einfach kurz, weil der Regierungsrat ja Nichtüberweisung beantragt, warum wir zu diesem Schluss kommen. Es ist dieses Mal tatsächlich etwas eine inhaltliche andere Sichtweise auf die Thematik, weil an der rechtlichen Zulässigkeit haben wir ja nicht gezweifelt bei der Erstüberweisung, wir haben auch der Erstüberweisung eigentlich so zugestimmt. Es geht mehr darum, sich zu überlegen, was wir mit Unternehmenspraktika erreichen im Hinblick auf diese Anwaltsprüfung, ob die im eigentlichen Sinne dieses Knowhow vermittelt, das wir dann in einer Anwaltsprüfung auch abfragen. Und der Regierungsrat ist der Meinung, dass hier doch etwas ein zu weiter Kreis gezogen wird, weil ja doch im eigentlichen Sinne in allen Verfahrensrechten, die es zu lernen gibt, abgefragt wird und auch eben die Rechtspflege im eigentlichen Sinne und deshalb eigentlich die ganze Aufteilung in Verwaltung, Anwaltspraktika oder eben Gerichtspraktika sinnhaft ist, so wie sie heute ausgestaltet ist.

Wenn man so etwas in die kantonale Landschaft schaut, sind es nur wenige Kantone, die diese Praktika zulassen. Darunter ist unser Nachbarkanton, das ist korrekt, St. Gallen und Glarus ebenfalls. Alle anderen lassen diese Praktika nicht zu oder nicht zu in der geforderten Minimaldauer des Praktikums, das gefordert ist, dass absolviert sein muss für die Anwaltsprüfung. Und bei uns ist das in einem Jahr und da geht der Regierungsrat auch davon aus, dass wenn man in diesem Jahr praktisch noch das Unternehmenspraktikum reinpackt zu Lasten vielleicht eines anderen, dann ist irgendwo die ganze Praxis etwas einseitig respektive nicht mehr so ganzheitlich, wie sie hier gefordert wurde.

Was dem Regierungsrat auch nicht bekannt ist, ist, dass es einen wirklichen Mangel gäbe an Praktikumsplätzen, auch bei den Gerichten nicht laut unserer Abklärung. Was uns allerdings auch bekannt ist, dass wir ziemlich viele Verwaltungspraktika-Stellen offen haben. Wir haben Mühe, ich spreche insbesondere jetzt gerade aktuell auch für das Justiz- und Sicherheitsdepartement, diese Praktika mit Volontären, Volontärinnen zu besetzen. Das ist nicht mehr ganz so einfach, wie das war, was eigentlich auch schade ist, weil es doch auch einen Einblick gibt.

Was auch noch ein Punkt ist vielleicht, ist, dass die Motion erwähnt, es sei dann eine Einzelfallprüfung durch den Präsidenten der Aufsichtsbehörde zu vollziehen. Und der Regierungsrat ist der Meinung, dass das so einfach dann aber auch nicht umsetzbar ist, wie das dann von Einzelfallprüfungen abhängig sein soll. Hier muss doch auch irgendwo eine rechtsgleiche Behandlung stattfinden und das ist mehr ein Fragezeichen, das der Regierungsrat auch noch hat.

Zusammenfassend sehen wir inhaltlich keine stichhaltigen Gründe, weshalb das nötig sein soll, und bitten deshalb, die Motion kein zweites Mal zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten und da hat sich David Jenny gemeldet von der FDP.

David Jenny (FDP): Ich weiss nicht ganz, was die Regierung geritten hat, als sie diese Antwort formuliert hat. Wir sind ja früher in dieser Session belehrt worden, bei einer Motion ist das Dispositiv ausschlaggebend. Da steht einfach: beauftragt, eine Vorlage zur Anpassung des Advokaturgesetzes BS auszuarbeiten, welche die Zulässigkeit von Volontariaten als Unternehmensjuristin oder Unternehmensjurist ermöglicht. Ob es diese Einzelfallentscheidung braucht durch den

Appellationsgerichtspräsidenten oder nicht, das ist offen gelassen schlussendlich im Dispositiv. Das reicht also nicht zur Begründung der Ablehnung.

Ich war jahrelang Beisitzer beim Advokaturexamen, der jahrelange Vorsitzende der Prüfungskommission. Es wurde hier der Eindruck erweckt, es werde nur Verfahrensrecht geprüft. Also das habe ich nie den Eindruck gehabt, es wird sehr viel auch materielles Recht geprüft. Ich meine, wenn Sie sagen, man soll es wirklich auf Advokatur beschränken und auf Gerichte, dann bitte seien Sie ehrlich und schliessen dann die Verwaltung weitgehend aus. Ich meine, ich werde jetzt ein bisschen böse spät am Abend, das Volontariat, ich glaube, bei der Ombudsstelle ist zum Beispiel auch zugelassen. Was bringt dieses Volontariat für die Anwaltsprüfung, wenn man den Fokus legt wie Sie, Frau Regierungsrätin, dann sage ich unter null.

Und auch das Berufsbild des Anwaltes ist eben nicht nur die Scheidungsanwältin, der Strafverteidiger, etc., sondern ein grosser Teil ist sehr ähnlich wie bei Rechtsabteilungen unser Unternehmen hier in Basel und das erkennen Sie. Und ich glaube, der wahre Grund ist, Sie haben Angst vor Konkurrenz, dass unter Umständen dann qualifizierte Kandidatinnen und Kandidaten nicht zum Staat gehen, auch weil die Löhne, die der Staat bezahlt für die Volontariate, geringer sind, als sie teilweise in Unternehmen und in der Advokatur bezahlt werden. Das ist relativ simpel, dass dann vielleicht die Ombudsstelle keine Volontäre mehr findet zu den Löhnen, die sind jetzt bezahlen, aber das ist der Markt. Und schlussendlich ist ja jeder schlau genug, dass er etwa weiss, was die Anforderungen sind, die gestellt werden in der Praxis und der Advokaturprüfung, und wenn jemand nicht so schlau ist, dann wird er entsprechend einen Wiederholer haben und zukünftig zwei Wiederholer. Von daher, ich habe nur etwa hundert Mal den Kopf geschüttelt, als ich das gelesen habe.

Ich meine, unser Nachbarkanton ist uns da vorgegangen. Ich glaube nicht, dass die Absolventinnen und Absolventen in unserem Nachbarkanton die schlechteren nachher Anwältinnen und Anwälte sind, das müsst ja nach Ihrer Aussage der Fall sein. Das ist es nicht. Der Kanton muss eben auf dem Arbeitsmarkt in diesem Bereich auch konkurrenzfähig sein. Das ist nicht nur der Lohn, sondern auch die Attraktivität, ob man wirklich spannende Arbeit bekommt, wenn man in diese Praktika geht, oder nicht und da ist eben auch der Kanton aufgefordert als Arbeitgeber.

Dann noch zur Gleichbehandlung, ich meine, man kann auch sagen, es wird nur anerkannt, wenn zum Beispiel für die Ausbildung der oder die Verantwortliche in einem Unternehmen selber auch das Anwaltsexamen hat. Das ist relativ einfach nachprüfbar und in grossen Unternehmen, in Rechtsabteilungen haben praktisch alle das Anwaltsexamen.

In diesem Sinne bitte ich Sie wirklich, da dem Beispiel unseres geschätzten Nachbarkantons zu folgen und den doch schwer verständlichen Argumenten unserer Regierung nicht zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP spricht Nicole Kuster-Simon.

Nicole Kuster-Simon (LDP): Auch die zweite Motion von Bruno Lötscher betreffend Anrechnung der juristischen Praktika in Unternehmen wird von der LDP unterstützt. Die Regierung führt als Argumentation an, dass das Anwaltspatent eine Polizeibewilligung sei und somit dem Publikumsschutz diene. Einzig Praktika, welche auf die Prozessführung vor ein Zivil- oder Strafgericht vorbereiten, sollten massgebend sein. In dieser Begründung werden das gesamte verwaltungsrechtliche Verfahren, das zweitinstanzliche Verfahren und das Verfahren vor Bundesgericht ausgeblendet. Auch nicht erwähnt wird, dass bereits heute die Praktika bei den Behörden schweizweit angerechnet werden, obwohl diese dann vielleicht nicht der Vorbereitung auf eine Prozessführung vor einem Zivil- oder Strafgericht dienen. Die Antwort scheint in diesen Belangen widersprüchlich formuliert zu sein und nicht das Gesamtspektrum des Anwaltsberufes abzudecken.

Mit Blick auf unseren Nachbarkanton stellt man fest, dass diese Möglichkeit der Unternehmenspraktika im Kanton Basel-Landschaft bereits heute gegeben ist. Es kann nicht sein, dass wir nun mit dem Publikumsschutz argumentieren, zumal ohnehin eine Freizügigkeit im Anwaltsberuf gilt und in unserem Nachbarkanton diese Praktika üblich sind. Unter der Berücksichtigung der notorisch langen Wartezeiten bei den Gerichten, ich habe mir im Vorfeld den Spass gemacht, eine Anfrage beim Zivilgericht Basel-Stadt zu tätigen letzte Woche und kann Ihnen berichten, die aktuelle Wartezeit beträgt, man höre, zwei Jahre, sowie der Wertschätzung der in Basel ansässigen Unternehmen muss die vorgeschlagene Änderung auch in Basel Realität werden. In einem Praktikum wird einerseits prozessuales Wissen vermittelt, das ist richtig, aber auch die Argumentationsfähigkeit geschult. Dies alles kann eben in der Verwaltung, an den Gerichten, in der Advokatur und hoffentlich bald auch in einem Unternehmen gelernt werden.

Demgemäss ersuche ich Sie, die Motion von Bruno Lötscher als Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zu Bruno Lötscher. Er spricht für die Mitte-EVP.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich kann mich den Voten meiner Vorrednerin und meines Vorredners anschliessen. Frau Regierungsrätin, ich war tatsächlich sehr erstaunt über diesen Bericht des Regierungsrates. Ich habe gedacht, hat das

noch jemand gelesen? Das scheint mir aus der Feder eines Volontärs zu stammen. Auf jeden Fall sind die Argumente derart bescheiden, dass ich fast gar nicht weiss, wie ich anfangen soll, das auseinander zu nehmen. Das Klarste scheint mir, dass der Regierungsrat schreibt, ich möchte das zitieren, es sind nur zwei Linien, also es ist ja ein relativ langer Bericht und es sind aber etwa 20, 25 Linien dann, die relevant sind, ich lese nur zwei Zeilen: Öffnet der Kanton Basel-Stadt die zulässigen Praktikumsorte auf Unternehmen, ohne gleichzeitig die Praktikumsdauer zu erhöhen, und man redet da dann auf eineinhalb oder zwei Jahre zu erhöhen, führt dies im interkantonalen Vergleich zu einer Nivellierung nach unten.

Eine Nivellierung nach unten, wissen Sie, was wir alles erlauben als Praktika? Sie müssen jetzt ja nur in einer Verwaltung oder an einem Gericht tätig gewesen sein, bei einem Advokaten irgendwo in der Schweiz. Das heisst, wenn Sie im Veterinäramt des Kantons Uri, sagen wir mal, oder Nidwalden ein Volontariat machen von einem Jahr, dann gilt das als Zulassung für unsere Anwaltsprüfung. Und da sagt mir jemand, wir nivellieren nach unten, wenn jemand in einem Weltkonzern wie Roche beispielsweise ein Praktikum gemacht hat von einem halben Jahr, denn ich sage ja, dass zumindest ein halbes Jahr bei Gericht oder Verwaltung trotzdem noch nötig sind. Allein das zeigt mir, das ist eine Nivellierung nach oben. Was hier als Möglichkeit geschaffen wird in Basel, dass wir dann die Rechtsabteilungen der Weltkonzerne, aber auch der Banken oder auch eine Rechtschutzversicherung zulassen, das verbessert die Voraussetzung und es nivelliert nicht nach unten.

Was tatsächlich ein Argument sein könnte, man muss ja dann schon ein bisschen schauen, welche Rechtsabteilungen da genügen. Es kann ja nicht sein, dass irgendwie der Onkel oder die Tante eine Ein-Mann-Firma hat und man sagt dann, er habe da die Rechtsabteilung geführt. Da hat ja Baselland tatsächlich gewisse Erfahrungen und ich habe dann gedacht, ich habe da nichts gelesen in diesem Bericht, ich frage mal in Baselland an, es steht ja nichts von Baselland drin. Dann habe ich mal angerufen bei Roland Hoffmann, dem obersten Richter, und habe gesagt, haben Sie da Probleme, ist das schwierig für Sie, können Sie das managen? Dann sagt er mir, da hat tatsächlich jemand angerufen vom Kanton irgend aus einer Rechtsabteilung, da wird offenbar etwas geschrieben. Ich habe gesagt, dass das kein Problem ist, dass wir das ohne weiteres machen können, dass wir gewisse Vorgaben haben, dass zum Beispiel immer jemand einen Rechtsanwalt angestellt haben muss in der Rechtsabteilung, damit das dann auch tatsächlich anerkannt wird, also das können wir bestens managen, kein Thema. Davon lese ich nichts, dass man eigentlich gehört hat, dass es kein Thema ist, sondern ich lese, das könnte ein Thema sein.

Dann habe ich gedacht, gut, Sie haben sich sicher vorbereitet, Sie haben telefoniert, Sie haben sicher auch die Advokatenkammer gefragt, was die denken. Dann habe ich gedacht, ich rufe mal die Advokatenkammer an, haben die dort angefragt, was denken die und ich hätte das erwartet, muss ich sagen. Aber nein, da wurde nicht angefragt, was die Advokatenkammer denkt zu diesem Thema. Das wäre jetzt interessant gewesen. Ich will jetzt nicht sagen, was sie denkt, weil ich es nicht weiss, weil mir der Präses gesagt hat, wenn wir das als Frage gehabt hätten, dann hätten wir uns dazu geäussert. Als Präses allein getraue ich mich jetzt nicht, aber ich denke nicht, dass das ein Problem wäre. Aber er wollte sich nicht äussern. Also die nötigen Telefone sind zum Teil gemacht worden, zum Teil nicht, man hat sie dann aber nicht erwähnt oder nicht gemacht.

Das ist seit Jahren ein Anliegen der Wirtschaft und wir haben das in der Advokatenprüfungsbehörde immer wieder angeschaut und gesagt, ja, das bringen wir dann mal, wenn wir ein Gesamtpaket haben. Das pressiert dann immer, vertröstet und es gibt halt kein Gesamtpaket und jetzt ist zufällig meine Position hier möglich geworden, im Grossen Rat das vorzutragen, dass das ein Problem ist und dass das eine grossartige Lösung wäre, wenn wir das verbessern würden. Und deshalb ist es jetzt hier und es wäre schon wirklich eine Chance, das jetzt zu packen und nicht mit der Drohung verbinden, jetzt müssen wir die Volontariate ein halbes Jahr oder ein Jahr verlängern. Das ist überhaupt nicht nötig, im Gegenteil. Leute, die diese Praktika gemacht haben, werden ohne weiteres diese Prüfungen bestehen können.

Es ist keine Nivellierung nach unten, sondern eine massive Verbesserung nach oben und ich bitte Sie sehr, diese Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich möchte Sie bitten, über die Leute, die unsere Dokumente vorbereiten, hier respektvoll zu sprechen. Das ist keine Tadelung, das möchte ich einfach ganz allgemein an dieser Stelle sagen. Wir kommen zum nächsten Advokaten, als Einzelsprecher Gabriel Nigon.

Gabriel Nigon (LDP): Ich hätte nie gedacht, dass ich an so einem Abend zwei Mal spreche, aber wenn sich mal die Rechtsanwälte und Richter alle einig sind, das ist sehr selten, dann ist wirklich etwas dran. Zweite Vorbemerkung; wir können nicht 30 Jahre warten, bis wir mit dem Kanton Basel-Landschaft fusionieren, um diesen Missstand zu beheben.

Und in der Sache selbst folge ich natürlich meinen Vorrednern und es ist schon so, ein Unternehmensjurist, der wird viel mehr mit dem realen Leben konfrontiert, wie wenn einer ein Praktikum macht auf der Verwaltung. Da weht ein ganz anderer Wind, das muss ich einfach so sagen. Vor Gericht lernen sie auch viel, je nachdem, ob sie eingesetzt werden oder nicht, am meisten lernen sie auf einem Advokaturbüro. Das Problem ist da aber, es gibt zu wenig Volontariatsstellen. Wir haben eine

soziale Verantwortung. Das sind Kinder, die haben studiert und die haben einen Master gemacht und die sind dann zwei, drei Jahre blockiert, bis sie sich Richtung Anwalt bewegen können. Da haben wir eine soziale Verantwortung, ich wiederhole mich. Nebstdem, es ist ein Mehrwert, wenn sie als Unternehmensjuristen auch doch noch ihre Sporen abverdienen können, weil dann kann man sie auf die Leute loslassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecherin hat sich Claudia Baumgartner eingetragen.

Claudia Baumgartner (GLP): Einfach noch aus meiner eigenen Erfahrung. Ich habe meine Anwaltspraktika auch an verschiedenen Orten gemacht, unter anderem in einem grossen Anwaltsbüro. Da kam ich in einem halben Jahr, glaube ich, genau einmal ans Gericht, weil es halt wirklich mehr ein Büro war mit beratenden Tätigkeiten. Und ich hatte Kollegen, die waren in grossen Unternehmungen und bei grossen Unternehmen gibt es ja auch juristische Abteilungen, die wirklich Litigation genannt werden, wenn es darum geht, dass man vor Gericht auftreten soll. Also ich denke, es ist möglich, dass man hier auch einen Kriterienkatalog zusammenstellt, welche Unternehmen, wir sprechen selbstverständlich von grossen Unternehmen. Man kann das machen, ich sage jetzt mal, wie beim Beschaffungswesen, da hat man auch klare Kriterien oder akkreditierte Journalisten, was auch immer als Idee, aber ich denke, es sollte ja nicht am technischen liegen, weil ich höre es wirklich auch seit 30 Jahren von allen Seiten. Es wäre schon toll, wir hätten noch mehr Gelegenheiten, um unsere juristische Praxis auch auszuüben.

Darum bitte gerne als Motion überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es sind sich alle Voten einig. Stephanie Eymann, wünschen Sie nochmals das Wort? Sie verzichtet.

Der Regierungsrat beantragt Nichtüberweisung. David Jenny beantragt Überweisung als Motion. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 2 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004707, 23.10.24 22:14:53]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 2 Jahre

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird überwiesen mit 85 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

69. Anzug Fleur Weibel und Konsorten betreffend Nachhaltige Stärkung der Pflege in der kantonalen Gesundheitsversorgung, Schreiben des RR

[23.10.24 22:15:00, 22.5244.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Lukas Engelberger hat das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Themenwechsel von den Advokatinnen und Advokaten zu den Pflegeberufen. Sie fordern in diesem Anzug eine nachhaltige Stärkung der Pflege in unserer kantonalen Gesundheitsversorgung und wir haben uns bemüht, Ihnen dazu ausführlich zu berichten. Ich möchte aber nur kurz sprechen, ich glaube, wir konnten in unseren schriftlichen Darlegungen klarmachen, dass wir die Umsetzung des neuen Pflegeartikels sehr ernsthaft angehen, dass wir diese Bemühungen auch nicht erst jetzt beginnen, sondern schon wesentliche Aufbauarbeit in diesem Bereich geleistet haben in Zusammenarbeit mit den Gesundheitseinrichtungen, die Pflegepersonen beschäftigen, und wir werden selbstverständlich mit diesen Anstrengungen auch fortfahren. Sie haben in diesem Haus auch die dafür notwendigen Gesetzesgrundlagen und Finanzbeschlüsse gefasst und deshalb ist das fraglos für uns eine Priorität.

Das ist allerdings ein langfristiges Unterfangen und jetzt nicht gut in einer weiteren Zwei-Jahres-Berichterstattungsperiode für einen Anzug abzuhandeln. Wir bleiben an diesem Thema dran, ich glaube, wir haben Ihnen dargelegt zum jetzigen Zeitpunkt, was wir machen und wie wir weiterfahren wollen. Ich sehe wenig Beitrag an die Lösungsfindung oder Verbesserung der Situation, wenn wir in zwei Jahren erneut berichten und würde deshalb Ihnen vorschlagen, hier in diesem Geschäft jetzt Abschreiben zu beschliessen, wissend, dass wir über die Situation der Pflege noch vielfach uns unterhalten werden und darüber auch weiterhin sehr ernsthaft arbeiten müssen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Melanie Eberhard hat das Wort für die SP.

Melanie Eberhard (SP): Ich beantrage Ihnen namens der SP-Fraktion Stehenlassen. Und zwar, und das wurde jetzt vom Regierungsrat kurz ausgeführt und ist auch in der Beantwortung dieses Anzuges deutlich herausgekommen, hat sich der Kanton bereits bemüht. Es gibt Massnahmen, wir haben auch in der Kommission sonst schon darüber beraten, dass wir uns diesem Thema annehmen wollen und dass wir es wichtig finden, dass die Pflegenden gestärkt werden.

Was aber bisher der Fall ist, ist, dass wir ausschliesslich in erster Linie eigentlich über die Ausbildung reden. Es ist sehr wichtig, dass wir die Ausbildung stärken, es ist sehr wichtig, dass wir die Weiterbildung stärken, es ist auch sehr wichtig, dass wir den Wiederberufseinstieg ermöglichen und uns da engagieren. Es ist aber eben auch sehr wichtig und eigentlich noch fast wichtiger, dass die Leute, die eine Ausbildung machen in der Pflege, danach auch im Beruf bleiben und damit das möglich ist, müssen die Arbeitsbedingungen im Pflegeberuf eben auch verbessert werden. Und im Anzug von Fleur Weibel fordert sie genau das. Sie hat verschiedene Massnahmen aufgezeigt, wie der Verbleib im Beruf gestärkt werden kann.

Was jetzt in der Anzugsbeantwortung ausführlich dargelegt wurde, ist, was der Kanton alles schon gemacht hat, wenn es um die Ausbildung geht, auch schon sehr vorbildlich gemacht hat, bevor eben die Vorlage vom Bund da war. Da hat es noch Anpassungen, Erweiterungen gebracht und das freut mich ausserordentlich, aber ich sehe eigentlich da auch sehr grosses Potenzial, dass in diesem zweiten Paket, wo es darum geht, die Ausbildung bzw. nicht die Ausbildung, sondern den Verbleib im Beruf zu stärken, dass da der Kanton eigentlich wieder eine Vorreiterrolle einnehmen kann, da proaktiv mit den verschiedenen Gesundheitsinstitutionen zusammen schauen kann, was es für Möglichkeiten gibt, und da auch wie in der ersten Etappe eine Vorreiterrolle einnehmen kann.

Und da sehe ich durchaus auch sehr grosses Potenzial, dass wenn das alles gewillt und angegangen wird, der Regierungsrat da in zwei Jahren auch sehr gut berichten kann, was auch in diesem Bereich passiert ist. In diesem Sinne sehe ich durchaus sehr viel Potenzial in den Forderungen, die von Fleur Weibel im Anzug oder in den Möglichkeiten, die im Anzug dargelegt werden, und ich möchte Sie in diesem Sinne bitten, diesen Anzug hier stehen zu lassen, damit der Regierungsrat sich weiter diesem wichtigen Thema annimmt, die Pflege stärkt, da griffige Massnahmen ergreift, damit die Leute auch im Beruf bleiben, und in diesem Sinne dann in zwei Jahren auch wieder berichten kann, was er da alles getan hat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GAB): Die Fraktion GAB beantragt, dass der Anzug zur Stärkung der Pflege in der kantonalen Gesundheitsversorgung stehen gelassen und nicht als erledigt abgeschrieben wird. Melanie Eberhard hat es schon gut ausgeführt, was mein Anzug, den wir vor zwei Jahren überwiesen haben, vom Regierungsrat verlangt, nämlich dass der Kanton nicht nur in Sachen Umsetzung der ersten Etappe der Pflegeinitiative proaktiv handelt, was er ja gemacht hat, sondern dass er eben auch in der Umsetzung der Massnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen proaktiv Massnahmen ergreift, also die Etappe 2 der Pflegeinitiative angeht, die enorm wichtig ist. Die Berufsverbände, die weisen seit Jahren daraufhin, das riesige Problem, das wir in der Pflege haben, ist, dass die Pflegepersonen aus dem Pflegeberuf aussteigen und da hilft letztlich alle Investitionen in die Ausbildungen nicht, wenn nicht gleichzeitig die Arbeitsbedingungen verbessert werden und der Verbleib in der Pflege dadurch gestärkt wird.

Zwar anerkennt der Regierungsrat in seinem Schreiben, und ja, das ist sehr sorgfältig verfasst, den Handlungsbedarf etwa bezüglich der Verbesserung der Schichtarbeit oder der gesamtheitlichen Regelung von Arbeitsbedingungen. Leider schiebt der Regierungsrat die Verantwortung aber dem Bund zu, dessen Umsetzung der zweiten Etappe der Pflegeinitiative jedoch nach zwei Jahren immer noch sehr unkonkret und dessen Umsetzung in weiter Ferne ist. Und wenn der Regierungsrat nicht auf den Bund verweist, dann schiebt er die Verantwortung den Arbeitgebern zu, ohne dabei seine Rolle als Eigner der Spitäler oder als Halter der Leistungsvereinbarungen wahrzunehmen. Ich muss also leider konstatieren, dass der Regierungsrat genau das nicht macht, was der Anzug fordert, nämlich proaktiv eigene Massnahmen zu ergreifen und die Verantwortung für die Verbesserung der Pflegearbeitsbedingungen wahrzunehmen.

Melanie Eberhard hat das auch schon gesagt, bei der Ausbildung, und das schreibt der Regierungsrat auch in seinem Anzug, hat er das sehr wohl getan, da hat er nicht darauf gewartet, bis der Bund mit Lösungen kam und das ist auch sehr erfreulich und genau das wünschen wir uns aber auch bei der Umsetzung der zweiten Etappe. Mir scheint manchmal ein bisschen, dass die Umsetzung der zweiten Etappe wahrscheinlich auch voraussetzungsreicher und schwieriger ist, deshalb wollte sie der Bund vielleicht erst auch nicht und es war eine Errungenschaft, dass die Pflegeinitiative so überwiesen wurde und die Bevölkerung der so zugestimmt hat, wie das die Berufsverbände gefordert haben und nicht, wie der Bund den Gegenvorschlag präsentiert hat, der sich auf die Ausbildung konzentriert hätte.

Ich möchte gerne, dass die Verantwortlichen auf Ebene Bund und auf Ebene Kanton diesen Auftrag nun wirklich ernst nehmen und die Arbeitsbedingungen verbessern, weil wir haben einen grossen Handlungsbedarf im Pflegeberuf. Wir haben vor zwei Jahren darüber geredet, wir haben im Rahmen des Corona-Bonus darüber geredet, wir reden immer wieder darüber und so wahnsinnig viel Zeit haben wir nicht. Und wenn wir dann gleichzeitig über die Polizei sprechen und dass da die Arbeitsbedingungen verbessert werden, dann sind plötzlich alle dafür und wir sind auch dafür, aber ich erwarte eigentlich, dass wir die Pflegesituation genauso ernst nehmen. Auch wenn sie anders in die Kantonsstrukturen eingebunden sind, das ist mir schon auch klar, aber ich hätte mir mindestens gewünscht, dass der Regierungsrat ausführt, wie er Runde Tische geschafft hat, wo die Leistungserbringer daran beteiligt sind, wie er sich auf Ebene GDK einbringt, wie diese Dinge vorangehen. Und dass nach zwei Jahren jetzt lediglich eine Verantwortungsdelegation stattfindet, das ärgert mich ehrlich gesagt ein bisschen.

Ich bitte Sie deshalb, den Anzug stehen zu lassen, damit der Regierungsrat in ein bis zwei Jahren nochmal berichten kann, welche Massnahmen nun auch vom Kanton zusammen mit den Sozialpartnern und dem Bund ergriffen werden, um diese wirklich entscheidende Etappe 2 der Pflegeinitiative umzusetzen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben keine weiteren Wortmeldungen. Damit geht das Wort an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich nehme entgegen, dass der Wunsch nach zusätzlichen Massnahmen im Raum steht. Mir scheint allerdings, dass unsere Ausführungen in der Beantwortung des Anzugs jetzt sehr einseitig wiedergegeben wurden. Es ist nicht so, dass wir nur zur ersten Etappe Ausbildungsoffensive uns positioniert hätten. Wir haben Ihnen ausführlich dargelegt, was wir unternommen haben zur Stärkung der Nurse – Patient Ratio, Sie finden Zahlen dazu, da haben wir die Dotationsschlüssel, die hinterlegt sind im Rahmenvertrag, mit CURAVIVA überarbeitet und entsprechend diesen Hebel genutzt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Wir haben Ihnen auch dargelegt, dass es eine Verhandlungspflicht gibt für die Spitäler unseres Kantons, also dem ÖSpG unterstellten Spitäler für einen GAV. Das ist das, was der Kanton aktuell machen kann.

Und ja, wir müssen auch im kantonalen Parlament um Verständnis für die Kompetenzordnung im schweizerischen Bundesstaat bitten. Arbeitsrecht ist Bundessache und der Bund hat das nicht links liegenlassen, sondern er hat eine Vernehmlassung lanciert zu genau dieser Frage, wie in der Etappe 2 die arbeitsrechtlichen Vorgaben verändert werden können, um die Pflegesituation zu verbessern und das muss ich Sie bitten zu respektieren. Hier werden wir nicht kantonal legiferieren, das wäre ausserhalb unseres Kompetenzrahmens.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt Abschreiben. Melanie Eberhard beantragt Stehenlassen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 51 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004709, 23.10.24 22:27:46]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 51 Nein-Stimmen gegen 37 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

70. Anzug Jean-Luc Perret und Raoul I. Furlano zur Reduktion der Arbeitszeit in der Pflege, Schreiben des RR

[23.10.24 22:27:53, 22.5245.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Lukas Engelberger hat das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich kann anknüpfen an mein letztes Votum, die beiden Anzüge stehen ja in einem inhaltlichen Zusammenhang. Der vorliegende Anzug ist allerdings sehr viel gezielter auf die Arbeitszeit in der Pflege ausgerichtet und hier muss ich Ihnen sagen, kommen die Vorbehalte des Regierungsrats noch deutlicher zum Tragen. Wir sind nicht in einer Arbeitgeberrolle und wir sehen uns auch nicht in der Rolle des Arbeitsrechtsgesetzgebers. Die kommt qua Bundesverfassung den Bundesbehörden zu und das bitte ich einfach zu respektieren. Wir haben Ihnen dargelegt, wie unsere Spitäler, also die Spitäler des Kantons Basel-Stadt, sich in dieser Thematik positionieren, welche Fortschritte sie erzielt haben, welche Vereinbarungen sie abgeschlossen haben, aber jetzt zusätzliche verpflichtende Arbeitszeitreduktionsvorgaben seitens des Kantons möchte der Regierungsrat nicht erlassen.

Selbstverständlich bleiben wir in einem aktiven Dialog mit den Bundesstellen und auch mit den Leistungserbringer- und Arbeitgeberinstitutionen in unserem Gesundheitswesen. Wir sind alle an einer Verbesserung der Situation für die Pflegenden und auch für die übrigen Angehörigen der Gesundheitsberufe engagiert und entschlossen, hier Schritte herbeizuführen. Diesen konkreten Vorschlag jetzt Arbeitszeitverkürzungsvorgaben seitens Kanton zu erlassen, möchten wir allerdings nicht weiterverfolgen und deshalb möchte ich Sie bitten, diesen Anzug auch abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP hat sich Jean-Luc Perret gemeldet.

Jean-Luc Perret (SP): Ich werde jetzt halt doch noch ein bisschen ins selbe Horn blasen wie vorhin Fleur Weibel und Melanie Eberhard und ebenfalls Stehenlassen beantragen.

Wir haben ja schon vorhin darüber gesprochen über diesen Berufsstand, der ja zu einem kleinen Teil auch mein eigener ist. Und dieser Anzug, den ich zusammen mit Raoul Furlano einreichen durfte, bewegt sich aber nicht wie der vorherige auf einer übergeordneten Flughöhe, sondern spricht ein einzelnes spezifisches Problemfeld an, und zwar dass die Spitäler und auch die Langzeitinstitutionen kaum mehr Personal finden, das bereit ist, in einem 24-Stunden-Schichtbetrieb zu arbeiten. Und das passt jetzt eigentlich noch gut, dass ich das um 10:30 Uhr in der Nacht erzählen darf, wenn wir alle das Ende der Sitzung herbeisehnen und dann sind wir vielleicht gut in der Stimmung, um den Leuten nachzufühlen, die Tag und Nacht arbeiten müssen.

Die Gründe, dass es eben nicht so attraktiv ist, die sind nachvollziehbar. Die Arbeit ist aus Sicht der Freizeitgestaltung und der Vereinbarkeit eher schwierig und der allgemeine Fachkräftemangel macht es zudem einfach, eine andere Stelle zu finden, in der man keine Nacht- und Wochenendschichten mehr leisten muss. Um also sicherzustellen, dass auch in Zukunft noch Tag und Nacht jemand unsere kranken und pflegebedürftigen Mitmenschen betreut, braucht es aus unserer Sicht

dringend Verbesserungen und das müsste jetzt nicht unbedingt eine wortwörtliche Umsetzung im Sinne der 38-Stundenwoche sein.

Ich hätte mir, wie schon vorhin meine Vorrednerinnen, gewünscht, dass der Regierungsrat in seiner Antwort eine grundsätzliche Bereitschaft signalisiert, etwas zu verbessern, und zwar auch auf kantonaler Ebene. Aber da habe ich in dieser Deutlichkeit nichts gelesen, dafür ein ausführliches, und das sage ich auch gerne mit der nötigen Sorgfalt, zusammengestelltes Argumentarium, weshalb konkret eine Arbeitszeitverkürzung nicht gehe.

Die Gründe aber, die sind ausschliesslich finanzieller Natur. Die Spitäler, die nehmen an einem Wettbewerb teil, man wolle den freien Markt nicht beeinflussen, die Institutionen nicht gegeneinander ausspielen und die Wirtschaftlichkeit der Spitäler nicht gefährden. Ja, diese Punkte, die würden einleuchten, wenn wir hier von Betrieben reden würden, die im freien Markt Produkte, zum Beispiel Schuhe oder so etwas, herstellen. Wir reden aber von ohnehin zu einem sehr grossen Teil mit Steuergeldern finanzierten Institutionen, die kranke oder gebrechliche Menschen betreuen und dies betrifft uns alle halt ganz anders, als wenn es um eine reine Konsumentscheidung geht.

Später werden dann noch ein paar Lösungsansätze angesprochen, daraus schliesse ich immerhin auf ein Problembewusstsein, aber eine solche Lösung, die soll eben von oben, also vom Bund kommen und diese zweite Etappe der Pflegeinitiative, ich rede viel mit Leuten aus der Branche, die ist noch wirklich mehr als diffus bis unsichtbar. Also das wird noch lange dauern und der Ausgang wird fraglich sein. Oder dann soll die Lösung von unten, also von den Spitälern selbst gebracht werden, denen es mit den vorhandenen Mitteln natürlich freistehe, Massnahmen umzusetzen. Aber gerade bei diesem Punkt, finde ich, dreht sich die Argumentation im Kreis, denn genau der wirtschaftliche Druck und die Renditevorgaben binden den Spitälern die Hände und darum können sie ihre Ideen, die sie durchaus haben, nicht umsetzen, weil sie keine Mittel haben.

Ich wünsche mir also vom Kanton, dass er die Lösungen aktiv unterstützt, die Institutionen vernetzt, anstatt sie dem Wettbewerb einfach so auszusetzen, und auch unkonventionelle Ideen, die können einmal aufgenommen werden, gerne auch ohne Bundesvorgaben. Wir alle würden es sicher schätzen, wenn wir oder unsere Nächsten von ausgeruhten, motivierten und gut qualifizierten Fachleuten betreut werden zu jeder Tages- und Nachtzeit.

In diesem Sinne beantrage ich Ihnen, den Anzug stehen zu lassen und hoffe auf eine zweite Antwort, die ein bisschen motivierender ist und auch vielleicht sogar ankündigt, ein bisschen Geld dafür in die Hand zu nehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Lukas Engelberger nochmals die Gelegenheit etwas zu sagen. Er verzichtet.

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Jean-Luc Perret beantragt, ihn stehen zu lassen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Jean-Luc Perret

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 45 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004711, 23.10.24 22:35:27]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 45 Nein-Stimmen gegen 42 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

Schluss der 34. Sitzung

22:35 Uhr

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
24.0991

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 09:06:48

Geschäft Ersatzwahl von drei Strafgerichtpräsidien (100%, 100% und 50%) sowie Wahl von zwei zusätzlichen Strafgerichtspräsidien (80% und 50%) für den Rest der Amtsperiode 2022–2027, Validierung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	88	26	16	14	8	10	7	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	26	16	14	8	10	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	11	3	2	1	3	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	89	26	16	14	8	10	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
21.1247

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 09:10:15
Geschäft Kantonale Volksinitiative "1% gegen globale Armut""

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	87	25	16	15	7	10	7	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	25	16	15	7	10	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	5	2	1	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	2	1	0	3	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	92	27	17	15	8	10	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
24.0556

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 09:11:45
Geschäft Kantonale Volksinitiative für ein "Neues Stadttaubenkonzept Kanton Basel-Stadt""

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	86	23	17	15	7	10	7	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	86	23	17	15	7	10	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	6	4	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	2	1	0	3	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	92	27	17	15	8	10	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
24.0619

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 09:26:19

Geschäft Schweizerische Rheinhäfen: Genehmigung des Jahresberichts und der Jahresrechnung 2023
Partnerschaftliches Geschäft

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	87	26	16	15	8	9	6	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	26	16	15	8	9	6	7	0	0
Nicht abgestimmt	5	2	1	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	8	1	1	0	3	1	1	0	1	0
Stimmberechtigt	92	28	17	15	8	9	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
24.0763

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 09:46:51
Geschäft Universität Basel: Leistungsbericht 2023

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	28	17	14	8	10	7	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	28	17	14	8	10	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	1	1	0	3	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	93	28	17	15	8	10	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
24.0776

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 10:05:34

Geschäft Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW): Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2025–2028 Vierkantonales Geschäft

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ent

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	86	26	17	13	6	10	7	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	26	17	13	7	10	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	6	2	0	2	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	1	1	0	3	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	93	28	17	15	8	10	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
24.0894

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 10:20:42

Geschäft Volkshochschule und Senioren Universität beider Basel (VHSBB): Erneuerung der Leistungsvereinbarung für die Jahre 2025–2028 - Partnerschaftliches Geschäft

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	27	17	15	8	10	7	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	27	17	15	8	10	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	1	1	0	3	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	93	28	17	15	8	10	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
23.1356

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 11:03:08

Geschäft Neuorganisation des Amts für Justizvollzug, Anpassungen beim Personal und Ausbau der Betreuung in Basler Justizvollzugseinrichtungen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ent	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ent
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ent
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ent		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	83	27	17	13	2	10	7	7	0	0
Nein	2	0	0	0	2	0	0	0	0	0
Ent	4	0	0	0	4	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	27	17	13	8	10	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	2	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	1	1	0	3	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	93	28	17	15	8	10	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
24.0428

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 11:14:04
Geschäft Blaulichtkorridore für die Rettung Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	90	28	17	14	8	9	7	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	28	17	14	8	9	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	1	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	0	1	0	3	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	94	29	17	15	8	10	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 12**
24.0791

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 11:22:19

Geschäft Ermächtigung des Regierungsrates zur Aufnahme von langfristigen Schulden auf dem Kapitalmarkt bis zum Betrag von 4'000'000'000 Franken

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	90	27	17	14	8	10	7	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	27	17	14	8	10	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	4	2	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	0	1	0	3	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	94	29	17	15	8	10	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
24.5431

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 11:27:08
Geschäft Konsolidierte Rechnung des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2023

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	89	27	17	13	8	10	7	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	27	17	13	8	10	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	4	2	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	0	1	1	3	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	93	29	17	14	8	10	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 14**
24.0874

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 11:32:41
Geschäft Digitale Unterstützung der Instandhaltung beim Tiefbauamt (ERP-I)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	87	25	17	13	8	10	7	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	25	17	13	8	10	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	6	4	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	0	1	1	3	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	93	29	17	14	8	10	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 15**
21.584

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 15:21:00

Geschäft Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend integrale Signalisation von Tempo 30 in Basel-Stadt mit gleichzeitiger Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs gemäss Kantonsverfassung §30

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	55	29	17	0	0	3	6	0	0	0
Nein	35	0	0	14	9	5	0	7	0	0
Ent	4	0	0	0	0	2	1	0	1	0
Abgestimmt	94	29	17	14	9	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	0	1	2	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	18	14	9	10	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 15.1**
24.0774

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 15:22:03

Geschäft Ausgabenbewilligung für die Erarbeitung eines Umsetzungskonzepts zur Einführung von integral Tempo 30 im Siedlungsgebiet sowie einen Massnahmenplan zur Priorisierung und Beschleunigung des ÖV

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	56	29	18	0	0	3	6	0	0	0
Nein	36	0	0	14	9	6	0	7	0	0
Ent	3	0	0	0	0	1	1	0	1	0
Abgestimmt	95	29	18	14	9	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	0	1	2	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	18	14	9	10	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 16**
24.0812

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 17:10:36

Geschäft Teilrevision des Gesundheitsgesetzes (GesG) betreffend das elektronische Patientendossier (EPD) sowie betreffend die finanzielle Unterstützung der EPD-Eröffnungen und weiterer Unterstützungsmassnahmen für die Jahre 2025 bis 2027

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	26	18	14	9	10	7	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	26	18	14	9	10	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	4	3	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	0	0	1	2	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	95	29	18	14	9	10	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 16**
24.0812

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 17:11:26

Geschäft Teilrevision des Gesundheitsgesetzes (GesG) betreffend das elektronische Patientendossier (EPD) sowie betreffend die finanzielle Unterstützung der EPD-Eröffnungen und weiterer Unterstützungsmassnahmen für die Jahre 2025 bis 2027

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	90	27	17	13	9	10	7	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	27	17	13	9	10	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	5	2	1	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	0	0	1	2	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	95	29	18	14	9	10	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 18**
24.5222

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 17:40:16
Geschäft Petition P476 "Nein zum Rheintunnel""

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	38	0	0	14	8	9	0	7	0	0
Nein	52	28	17	0	0	1	6	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	91	28	17	14	8	10	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	0	0	1	3	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	94	29	18	14	8	10	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 21**
21.5707

Abstimmungsdatum 16. Oktober 2024 18:00:00

Geschäft Anzug Alexandra Dill und Konsorten betreffend Schutz der persönlichen Integrität im Grossen Rat, Schreiben des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	89	27	18	13	8	10	6	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	27	18	13	8	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	2	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	6	0	0	2	3	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	94	29	18	13	8	10	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.5021

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 09:19:24

Geschäft Motion Michael Hug und Konsorten betreffend mehr Transparenz bei projektbezogenen Beschäftigungsverhältnissen im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	59	28	15	0	1	2	8	5	0	0
Nein	34	1	0	14	10	7	0	2	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	29	15	14	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	3	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	15	14	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.5021

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 09:20:04

Geschäft Motion Michael Hug und Konsorten betreffend mehr Transparenz bei projektbezogenen Beschäftigungsverhältnissen im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	48	0	0	14	10	9	8	7	0	0
Nein	44	29	15	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	29	15	14	10	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	1	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	3	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	15	14	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 23**
24.5018

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 09:51:29
Geschäft Motion Franz-Xaver Leohnhardt für einen Neuanfang beim Areal Horburg, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sieber Johannes (GLP)	Nein
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	47	29	16	0	0	2	0	0	0	0
Nein	46	0	0	14	11	6	8	7	0	0
Ent	2	0	0	0	0	2	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	16	14	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	2	1	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	96	29	16	14	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 24**
19.553

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 10:05:27

Geschäft Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Einführung von anonymisierten Bewerbungsverfahren in der Verwaltung Basel-Stadt, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sieber Johannes (GLP)	Nein
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	39	0	0	14	9	9	0	7	0	0
Nein	52	29	15	0	0	0	8	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	15	14	9	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	2	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	0	3	1	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	95	29	15	14	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 25**
19.509

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 10:24:07

Geschäft Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend Angebot sicherstellen und Qualitätssicherung für Seelsorge in Gefängnissen, Spitälern und Asylunterkünften für Angehörige nicht anerkannter Religionen, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	41	0	0	14	11	10	0	6	0	0
Nein	52	29	15	0	0	0	8	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	15	14	11	10	8	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	5	0	3	1	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	95	29	15	14	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 26**
22.5088

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 10:31:54

Geschäft Anzug Laurin Hoppler und Konsorten betreffend Entlastung bei amtlichen Gebühren für Registerauszüge und offizielle Dokumente, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ent
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	41	0	0	14	3	10	8	6	0	0
Nein	48	27	14	0	7	0	0	0	0	0
Ent	2	0	1	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	27	15	14	11	10	8	6	0	0
Nicht abgestimmt	4	2	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	5	0	3	1	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	95	29	15	14	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 27**
24.5056

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 10:53:52

Geschäft Motion Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Rückvergütungen von kantonalen Überschüssen an die steuerzahlenden Privatpersonen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	44	29	15	0	0	0	0	0	0	0
Nein	50	0	0	14	11	10	8	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	15	14	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	0	3	1	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	95	29	15	14	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 27**
24.5056

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 10:54:37

Geschäft Motion Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Rückvergütungen von kantonalen Überschüssen an die steuerzahlenden Privatpersonen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	50	0	0	14	11	10	8	7	0	0
Nein	43	29	14	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	14	14	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	0	3	1	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	95	29	15	14	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 29**
24.5145

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 11:42:57

Geschäft Motion Pascal Messerli und Michael Hug betreffend der Polizeiberuf muss in Basel-Stadt wieder attraktiv werden: Lohnerhöhung jetzt!, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Ent	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ent	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	41	0	0	14	11	9	0	7	0	0
Nein	49	29	12	0	0	0	8	0	0	0
Ent	4	0	3	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	15	14	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	0	3	1	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	95	29	15	14	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 29**
24.5145

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 11:43:47

Geschäft Motion Pascal Messerli und Michael Hug betreffend der Polizeiberuf muss in Basel-Stadt wieder attraktiv werden: Lohnerhöhung jetzt!, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ent	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ent	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ent	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	39	29	10	0	0	0	0	0	0	0
Nein	51	0	3	14	10	9	8	7	0	0
Ent	4	0	2	0	1	1	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	15	14	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	0	3	1	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	95	29	15	14	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 30**
24.5177

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 15:10:45

Geschäft Motion Anina Ineichen und Konsorten für einen Klimafonds "New Green Deal für Basel" (NGDB), Stellungnahme des RR"

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	75	28	0	13	10	9	8	7	0	0
Nein	17	0	17	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	28	17	13	10	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	4	0	1	1	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	4	1	0	1	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	28	18	14	10	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 30**
24.5177

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 15:11:28

Geschäft Motion Anina Ineichen und Konsorten für einen Klimafonds "New Green Deal für Basel" (NGDB), Stellungnahme des RR"

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	45	28	17	0	0	0	0	0	0	0
Nein	48	0	0	14	10	9	8	7	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	28	17	14	10	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	1	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	28	18	14	10	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 31**
23.5642

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 15:36:44

Geschäft Antrag Claudia Baumgartner und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Massnahmen zur Aufwertung der beiden ehemaligen Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft (Volles Ständerecht), Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ent	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ent	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ent
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	64	26	14	8	0	7	8	1	0	0
Nein	23	0	1	4	11	1	0	6	0	0
Ent	6	2	1	1	0	2	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	16	13	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	5	1	1	1	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	0	1	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	17	14	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 33**
22.5122

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 15:55:12

Geschäft Anzug Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Strategie für die Stadtentwicklung im Kleinbasel (Webergasse, Claraplatz, Claramatte), Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Sieber Johannes (GLP)	Nein
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	10	0	9	0	1	0	0	0	0	0
Nein	81	28	6	14	10	10	6	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	28	15	14	11	10	6	7	0	0
Nicht abgestimmt	7	1	2	0	0	0	2	0	1	1
Nicht anwesend	2	0	1	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	17	14	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 33**
22.5122

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 15:55:51

Geschäft Anzug Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Strategie für die Stadtentwicklung im Kleinbasel (Webergasse, Claraplatz, Claramatte), Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ent
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sieber Johannes (GLP)	Nein
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	11	0	11	0	0	0	0	0	0	0
Nein	83	28	5	14	11	10	8	7	0	0
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	17	14	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	0	1	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	17	14	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 34.1**
21.5439

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 16:23:24

Geschäft Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend einer kantonalen Gleichstellungsstrategie 2030, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	40	0	0	14	11	8	0	7	0	0
Nein	56	29	17	0	0	2	8	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	97	29	17	14	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	1	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	17	14	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 37**
23.5543

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 16:33:47

Geschäft Motion Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend ganzheitliche Sexualaufklärung im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	66	27	16	0	0	8	8	7	0	0
Nein	27	0	0	14	11	2	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	27	16	14	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	5	2	1	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	0	1	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	17	14	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 41**
24.5063

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 16:39:32

Geschäft Antrag Fina Girard und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend eine gesicherte Teilnahme der Schweiz an Erasmus+, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	27	17	14	11	9	8	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	27	17	14	11	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	0	0	1	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	0	1	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	17	14	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 42**
24.5173

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 16:46:13
Geschäft Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend Erlass eines Musikschulgesetzes, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	72	26	17	11	0	10	8	0	0	0
Nein	23	2	0	3	11	0	0	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	17	14	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	0	1	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	17	14	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 43**
22.5123

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 16:59:25

Geschäft Anzug Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Beleuchtung und Randmarkierungen auf Velowegen und -routen durch ein smartes Beleuchtungssystem, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	12	0	0	0	11	1	0	0	0	0
Nein	80	28	16	14	0	8	7	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	28	16	14	11	9	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	5	1	1	0	0	1	0	0	1	1
Nicht anwesend	3	0	1	1	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	17	14	11	10	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 46**
22.5158

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 17:09:20
Geschäft Anzug Pascal Messerli und Oliver Thommen betreffend Förderung des Baumbestands, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht abgestimmt	Bollack Lukas (GLP)	Ent
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	33	0	0	13	0	7	6	7	0	0
Nein	57	26	17	0	11	3	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	91	26	17	13	11	10	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	1	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	96	28	17	14	11	10	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 47**
23.5649

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 17:21:24
Geschäft Motion Daniel Albietz und Konsorten betreffend faires Inventarisierungsverfahren, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ent	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ent	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	53	26	17	3	0	0	7	0	0	0
Nein	38	0	0	10	11	10	0	7	0	0
Ent	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	17	13	11	10	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	1	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	3	0	1	1	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	17	14	11	10	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 50**
22.5221

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 17:35:42

Geschäft Anzug Michael Hug und Konsorten betreffend Wiederaufnahme der Planung eines Tram-Schiffsverkehrs ("Vaporetto") auf dem Rhein, Schreiben des RR"

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	52	26	1	2	8	6	4	5	0	0
Nein	39	0	16	11	3	4	3	2	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	26	17	13	11	10	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	4	2	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	1	1	2	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	95	28	17	13	11	10	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 51**
19.5281

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 17:42:26

Geschäft Motion Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Untertunnelung und Finanzierung der gesamten Osttangente durch das Stadtgebiet - A2 Underground - the way to the future, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ent	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ent	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	74	27	2	12	11	9	7	6	0	0
Nein	13	0	13	0	0	0	0	0	0	0
Ent	2	0	2	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	27	17	12	11	9	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	5	1	0	0	0	1	0	1	1	1
Nicht anwesend	6	1	1	3	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	94	28	17	12	11	10	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 53**
24.5155

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 17:55:01

Geschäft Motion Raffaela Hanauer und Konsorten betreffend Konzept für Baumpflanzungen sowie Begrünungs- und Entsiegelungsmassnahmen gegen die Sommerhitze, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bessenich Salome (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	46	0	0	11	11	10	7	7	0	0
Nein	43	27	16	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	90	27	16	11	11	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	1	3	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	93	27	17	12	11	10	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 53**
24.5155

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 17:55:45

Geschäft Motion Raffaela Hanauer und Konsorten betreffend Konzept für Baumpflanzungen sowie Begrünungs- und Entsiegelungsmassnahmen gegen die Sommerhitze, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	53	27	17	1	0	1	7	0	0	0
Nein	37	0	0	10	11	9	0	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	27	17	11	11	10	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	7	2	1	3	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	93	27	17	12	11	10	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 54**
24.5156

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 17:58:15

Geschäft Motion Lukas Bollack und Konsorten betreffend Erhöhung der Baumkronenbedeckung im Siedlungsgebiet, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht anwesend
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	49	23	16	0	0	3	7	0	0	0
Nein	33	0	0	11	10	6	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	83	23	16	11	10	9	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	6	2	0	1	1	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	11	4	2	3	0	0	1	1	0	0
Stimmberechtigt	89	25	16	12	11	10	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 55**
17.5447

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 20:03:23

Geschäft Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Entsiegelungspotenziale in Basel-Stadt, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ent
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	46	0	0	13	10	10	6	7	0	0
Nein	40	23	17	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	87	23	17	13	10	10	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	4	2	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	9	4	1	2	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	91	25	17	13	10	10	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 56**
23.5645

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 20:14:23

Geschäft Motion Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend Stromsparbonus für Betriebe gerecht verteilen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	46	0	0	13	10	10	7	6	0	0
Nein	42	25	17	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	89	25	17	13	10	10	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	8	3	1	2	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	92	26	17	13	10	10	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 58**
22.5119

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 20:54:21
Geschäft Anzug Johannes Sieber und Konsorten betreffend einer kantonalen Medienförderung, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	33	0	0	13	10	3	0	7	0	0
Nein	57	26	18	0	0	6	7	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	91	26	18	13	10	10	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	3	0	2	1	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	92	26	18	13	10	10	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 61**
24.5144

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 21:29:01

Geschäft Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Einführung von Familien-Ergänzungsleistungen (FamEL) im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	40	0	0	13	10	8	2	7	0	0
Nein	50	26	18	0	0	2	4	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	91	26	18	13	10	10	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	3	0	2	1	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	92	26	18	13	10	10	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 61**
24.5144

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 21:29:42

Geschäft Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Einführung von Familien-Ergänzungsleistungen (FamEL) im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht abgestimmt	Bollack Lukas (GLP)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nicht abgestimmt	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GAB)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GAB)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt		
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht abgestimmt	92	26	18	13	10	10	7	7	0	1
Nicht anwesend	8	3	0	2	1	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	92	26	18	13	10	10	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 61**
24.5144

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 21:29:58

Geschäft Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Einführung von Familien-Ergänzungsleistungen (FamEL) im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	57	26	18	0	0	7	6	0	0	0
Nein	33	0	0	13	10	3	0	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	26	18	13	10	10	6	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	8	3	0	2	1	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	92	26	18	13	10	10	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 62**
23.5581

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 21:43:58

Geschäft Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend keine finanziellen Fehlanreize für Fahrzeuge mit übermässigem Verbrauch von Ressourcen: Anpassung der Motorfahrzeugsteuer, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	42	0	0	13	10	8	4	7	0	0
Nein	48	25	18	0	0	2	3	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	25	18	13	10	10	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	9	4	0	2	1	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	91	25	18	13	10	10	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 62**
23.5581

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 21:44:37

Geschäft Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend keine finanziellen Fehlanreize für Fahrzeuge mit übermässigem Verbrauch von Ressourcen: Anpassung der Motorfahrzeugsteuer, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	51	25	18	0	0	2	6	0	0	0
Nein	38	0	0	13	10	7	1	7	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	90	25	18	13	10	10	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	9	4	0	2	1	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	91	25	18	13	10	10	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 63**
23.565

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 21:51:20

Geschäft Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend PACS und Verantwortungsgemeinschaft für Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	50	26	17	0	0	0	7	0	0	0
Nein	40	0	0	13	10	10	0	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	26	17	13	10	10	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	9	3	1	2	1	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	91	26	17	13	10	10	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 68**
24.5168

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 22:14:32

Geschäft Motion Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Ausweitung der zulässigen juristischen Praktika für die Anwaltsprüfungen auch auf die Tätigkeit als Unternehmensjuristin und Unternehmensjurist, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ent	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	85	25	16	13	8	10	7	6	0	0
Nein	2	0	1	0	1	0	0	0	0	0
Ent	2	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	26	17	13	10	10	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	10	3	1	2	1	0	1	1	1	0
Stimmberechtigt	90	26	17	13	10	10	7	6	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 69**
22.5244

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 22:27:24

Geschäft Anzug Fleur Weibel und Konsorten betreffend Nachhaltige Stärkung der Pflege in der kantonalen Gesundheitsversorgung, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sieber Johannes (GLP)	Nein
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	37	0	0	11	10	10	0	6	0	0
Nein	51	26	17	1	0	0	7	0	0	0
Ent	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	26	17	13	10	10	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	10	3	1	2	1	0	1	1	1	0
Stimmberechtigt	90	26	17	13	10	10	7	6	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 70**
22.5245

Abstimmungsdatum 23. Oktober 2024 22:35:06
Geschäft Anzug Jean-Luc Perret und Raoul I. Furlano zur Reduktion der Arbeitszeit in der Pflege, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	42	0	0	9	10	10	7	6	0	0
Nein	45	25	17	3	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	25	17	13	10	10	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	11	4	1	2	1	0	1	1	1	0
Stimmberechtigt	89	25	17	13	10	10	7	6	0	1

Protokoll

der 35. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 13. November 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Anina Ineichen (GAB), Georg Mattmüller (SP).

Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung 2
2. Entgegennahme der neuen Geschäfte 4
3. Vorschlag für die Wahl einer Leitenden Staatsanwältin, Bericht der WVKo 4
4. Einführung einer gesetzlichen Grundlage zur Besoldung der/des Datenschutzbeauftragten, Bericht des Ratsbüros 6
5. Schweizerisches Tropen- und Public Health-Institut (Swiss TPH): Globalbeitrag für die Jahre 2025–2028, Bericht der BKK, Partnerschaftliches Geschäft 11
6. Musik-Akademie Basel (MAB): Staatsbeitrag für die Leistungsperiode 2025-2028, Bericht der BKK 14
7. Gesetz betreffend Lohngleichheitsanalysen (Lohngleichheitsanalysengesetz, LAG), Bericht der WAK 18

Beginn der 35. Sitzung

Mittwoch, 13. November 2024, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[13.11.24 09:00:36]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Rücktritt einer Richterin und eines Richters

David Mühlemann hat den Rücktritt als Richter am Strafgericht auf den 30. November 2024 erklärt. Der Rücktritt erfolgt gemäss § 19 Abs. 1 des Gerichtsorganisationsgesetzes von Gesetzes wegen. Herr Mühlemann wurde als Präsident des Strafgerichts gewählt. Ich danke dem Zurücktretenden für die dem Staat in seiner bisherigen Funktion geleisteten Dienste. Das Geschäft geht an die Wahlvorbereitungskommission.

Das gleiche ist der Fall mit dem zweiten Rücktritt. Derya Tokay-Sahin hat ihren Rücktritt als Richterin am Strafgericht auf den 31. Dezember 2024 erklärt. Auch hier ist das Vorgehen gemäss § 19 Abs. 1 von Gesetzes wegen, da Frau Tokay-Sahin als Präsidentin des Strafgerichts gewählt wurde. Ich danke auch ihr für die dem Staat in ihrer Funktion geleisteten Dienste.

Vorkommnisse nach der Nachtsitzung

Nach der Nachtsitzung im Oktober wurden viele Parlamentsmitglieder beim Verlassen des Rathauses beschimpft, einzelne gar bedroht und persönlich angegangen. Das Ratsbüro ist sich einig, dass dies inakzeptabel ist und ich kann Ihnen versichern, dass auch die Polizei bemüht ist, solche Vorkommnisse zu verhindern.

Kaffeespenden

Gestern hatte Michela Seggiani einen runden Geburtstag, heute feiert Pascal Messerli einen halbrunden Geburtstag. Wenn Sie heute Morgen einen Kaffee trinken, dürfen Sie sich bei Michela Seggiani bedanken. Heute Nachmittag ist das Geschenk von Pascal Messerli. Herzlichen Dank. Ich gratuliere beiden im Namen des Grossen Rates zu ihrem Geburtstag.

Rathausführung über Mittag

Heute über Mittag findet eine Rathausführung durch die kantonale Denkmalpflege für Ratsmitglieder statt. Es haben sich einzelne für diesen Rundgang angemeldet. Wenn Sie nicht mehr sicher sind, ob Sie dabei sind, bitte schauen Sie nach auf der Liste hier vorne. Ich kann Ihnen auch sagen, dass die bisherigen Führungen sehr spannend waren und sehr gut angekommen sind. Nutzen Sie die Gelegenheit, sich noch dazu zu gesellen, wenn Sie es bisher nicht geschafft haben. Es geht los um 13:30 Uhr im Innenhof. Tragen Sie sich ein, wenn Sie noch dazukommen möchten.

Neue Interpellationen

Es sind sechs neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen Nummer 136, 138, 139 und 141 werden mündlich beantwortet.

Das waren die Mitteilungen. Wir kommen damit zur Tagesordnung.

Hier liegt ein Antrag auf dringliche Traktandierung vor von der Finanzkommission, die beantragt, Traktandum 9. Nachtragskredit betreffend das Globalbudget des Kunstmuseums Basel als dringlich zu traktandieren. Dafür ist ein Zweidrittelmehr notwendig. Wir stimmen über diese dringliche Traktandierung ab.

2/3-Abstimmmung

Dringliche Traktandierung Traktandum 9

JA heisst dringliche Traktandierung, NEIN heisst keine dringliche Traktandierung.

Ergebnis der Abstimmung

81 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004812, 13.11.24 09:05:15]*

Der Grosse Rat beschliesst

dringliche Traktandierung Traktandum 9

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Zweidrittelmehr wurde erreicht mit 81 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

Eric Weber möchte einen Antrag zur Tagesordnung stellen. Er hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe zwei Anträge zu Tagesordnung. Antrag 1. Es ist ein wichtiger Antrag zur Tagesordnung. Seit 41 Jahren hatten wir in diesem Parlament nicht mehr so einen langen Stau an Geschäften. Das ist Rekord. Wenn es jetzt so weitergeht mit diesem Stau, dann haben wir bis Juni 2025 jeden Monat eine Nachtsitzung. Darum muss ich den Antrag stellen zur Tagesordnung. Es sind zu viele Motionen, es sind zu viele Anzüge. Ich kann Sie ja verstehen, Sie mussten sich vor der Parlamentswahl profilieren, aber Sie haben einen taktischen Fehler gemacht, Sie hätten lieber Wahlkampf gemacht.

Meinen Antrag stelle ich jetzt: Die Redezeit wird bei allen Rednern auf 3 Minuten begrenzt. Das betrifft alle Einzelsprecher und auch bei den Fraktionssprechern darf die Redezeit nicht über 3 Minuten gehen. Ich denke, meine Anträge sind klar gestellt, ich bitte Sie nun, darüber abzustimmen. Wenn Sie meinem Antrag nicht Folge leisten, bitte beklagen Sie sich dann nicht wegen Nachtsitzungen in jedem Monat bis Juni 2025.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, Sie haben einen Antrag gestellt, generell auf 3 Minuten. Führen Sie Ihren zweiten Antrag bitte auch gleich aus.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich muss noch einen weiteren Antrag stellen zur Tagesordnung. Es geht darum, wir haben ein Geschäft auf der Tagesordnung, das ich nicht auf der Tagesordnung haben will. Ich begründe: Im Oktober 2024 hat mich die Staatsanwaltschaft Basel gehindert, hier im Parlament zu sein. Darum möchte ich nicht, dass die Wahl heute der Staatsanwaltschaft durchgeführt wird und ich beantrage, Absetzung des Traktandums Wahl der Staatsanwaltschaft.

Ich begründe das noch ganz kurz: Mein Arm wurde mir gebrochen und ich habe ein ganzes Sitzungsgeld eingebüsst. Mir fehlen jetzt hunderte von Franken und so geht es nicht. Ich bin Grossrat von Basel und ich stelle den Antrag, das Geschäft zur Wahl der Staatsanwaltschaft muss von der Tagesordnung runter. Ich begründe: Wir können jetzt keine neue Staatsanwaltschaft wählen, die alte Staatsanwaltschaft muss zur Rechenschaft gezogen werden, warum ich kein Sitzungsgeld bekomme und warum man mir den Arm gebrochen hat. Ein Mann sprach mich vor dem Parlament an, ich rede nie mit Männern, er hat sich nicht vorgestellt, ich ging weiter und dann hat er mir den Arm gebrochen. Herr Präsident, Sie haben selber gesagt, die Grossräte wurden angegriffen vor dem Rathaus. Ich habe wegen diesen Palästina-Demonstranten der Polizei angerufen und darum heisst es, Missbrauch des Notrufs und die Staatsanwaltschaft hat mich eingeladen, das geht nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber stellt zwei Anträge. Das eine ist ein Ordnungsantrag auf generelle Limitierung der Redezeit auf 3 Minuten. Das ist nur möglich mit einem Zweidrittelmehr. Wir stimmen zuerst über diesen Antrag ab.

2/3-Abstimmmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 84 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004814, 13.11.24 09:10:46]*

Der Grosse Rat beschliesst

der Antrag wird abgelehnt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Antrag wird abgelehnt mit 84 Nein-Stimmen gegen 1 Ja-Stimme bei keiner Enthaltung.

Dann hat Herr Weber den Antrag gestellt auf Absetzung von Traktandum 3. Wahl Staatsanwältin. Wir stimmen darüber ab, da ist ein einfaches Mehr ausschlaggebend.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 83 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004816, 13.11.24 09:11:36]*

Der Grosse Rat beschliesst

der Antrag wird abgelehnt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Antrag wird abgelehnt mit 83 Nein-Stimmen gegen 1 Ja-Stimme bei keiner Enthaltung.

Es gibt keine weiteren Anträge und Wortmeldungen, damit ist Geschäft 1 erledigt.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[13.11.24 09:11:50]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen zur Entgegennahme der neuen Geschäfte und zu den Zuweisungen an Kommissionen vor.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die vom Büro vorgeschlagenen Zuweisungen der Geschäfte zu genehmigen.

3. Vorschlag für die Wahl einer Leitenden Staatsanwältin, Bericht der WVKo

[13.11.24 09:12:18, 24.5321.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Wahlvorbereitungskommission beantragt, lic. iur. Vera Milena Jossen als leitende Staatsanwältin für den Rest der laufenden Amtsdauer zu wählen.

Eine inhaltliche Diskussion über kandidierende oder vorgeschlagene Personen findet gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung nicht statt. Ich begrüsse an dieser Stelle auf der Tribüne den ersten Staatsanwalt Sasha Stauffer und Vera Milena Jossen.

Innerhalb der gesetzlichen Frist von 4 Wochen der Geschäftsordnung sind keine weiteren Wahlvorschläge eingegangen. Wir kommen damit zur Debatte. Zuerst hat das Wort der Präsident der Wahlvorbereitungskommission, André Auderset.

André Auderset (LDP): Da ja keinerlei Widerstand im Vorgang auszumachen war, kann ich mich recht kurzfassen. Ich kann auch das sagen, was ich sehr gerne als Präsident der vorberatenden Kommission jeweils sage, dass wir eine Auswahl hatten, bei der wir eigentlich bei zwei oder drei Kandidaturen durchaus ruhig geschlafen hätten, wenn wir sie Ihnen vorgeschlagen hätten. Das heisst, wir konnten wirklich wählen.

Es war im Wesentlichen, Sie können die Einzelheiten dem Bericht entnehmen, auch etwas die Frage einer externen oder internen Lösung. Wir haben uns schlussendlich, und da haben wirklich einige kleine Mys entschieden, für die interne Lösung entschieden und sind überzeugt, dass wir Ihnen hier eine sehr gute Lösung vorstellen mit Frau Vera Milena Jossen, die ja bereits seit längerem bei der Staatsanwaltschaft tätig ist und auch in leitender Stellung. Sie hat uns überzeugt durch ihr grosses Engagement, ja, man könnte direkt sagen, das Wort Herzblut wurde für sie erfunden. Das heisst, es ist wirklich eine sehr gute, eine sehr tatkräftige Kandidatur, die wir Ihnen wärmstens ans Herz legen und damit kann ich auch bereits schliessen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein Einzelvotum hat sich Eric Weber gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich kann mich ganz kurzfassen. Ich stimme dieser Wahl zu. Ich stimme für diese Staatsanwältin hier oben mit der Hoffnung, dass es fair zugeht. Ich habe nur drei Sätze aufgeschrieben, die möchte ich noch sagen. An Herr Auderset, er hat sich sehr kurzgefasst, ich hätte mir als Grossrat von Herrn Auderset erwartet, warum es eine Gegenstimme gegeben hat. Sie haben ja ein Gremium, wo Sie bestimmen, wer neuer Staatsanwalt wird und in der Pressemitteilung vom Grossen Rat habe ich gestern Abend durchgelesen, mit 6 Stimmen Ja und einer Stimme Nein. Warum hat es eine Gegenstimme gegeben?

Ich bin natürlich jetzt auch gespannt auf die Abstimmung, ob die eine Gegenstimme Ihrer Kommission jetzt auch Nein stimmt. Ich bin es nicht, Sie sehen ja, ich bin die Nummer 88 und ich stimme Ja mit der Hoffnung, dass die Staatsanwaltschaft sauber und fair arbeitet. Unser geschätzter Grossratspräsident hat ja gesagt, dass es so nicht geht, was vor dem Parlament passiert ist. Die Palästina-Aktivisten beschimpfen Grossräte.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, das tut hier nichts zur Sache.

Eric Weber (Fraktionslos): Wegen dieser Sache habe ich die Polizei angerufen und wurde zur Staatsanwaltschaft eingeladen wegen Missbrauch des Notrufs. Ich wollte Ihnen nur helfen und darum bitte ich die Staatsanwältin, dass man das fair behandelt und mich nicht bestraft wegen Missbrauch des Notrufs, weil ich mich für die Sicherheit des Grossen Rats einsetze. Und ich stimme Ja für die Staatsanwaltschaft. Ich strecke die Hände aus für einen fairen Deal und habe die Hoffnung, dass es gerecht und fair zugeht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. André Auderset verzichtet.

Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Gemäss § 31 Abs. 1 GO findet die Wahl geheim statt. Wenn nicht mehr Kandidatinnen oder Kandidaten vorgeschlagen sind, als gewählt werden können, kann der Grosse Rat mit zwei Dritteln der Stimmen offene Wahl beschliessen. Ich beantrage Ihnen offene Wahl. Wir stimmen über diesen Antrag ab.

2/3-Abstimmmung

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004820, 13.11.24 09:17:52]*

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahl

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Zweidrittelmehr wurde erreicht mit 91 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

Wir kommen damit zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer dem Antrag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl von **Vera Milena Jossen** zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004822, 13.11.24 09:18:37]*

Der Grosse Rat beschliesst

Anstelle des per 31. Dezember 2024 zurücktretenden Leitenden Staatsanwalts Dr. iur. Hans Ammann wird als Leitende Staatsanwältin für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. Dezember 2028 gewählt:

lic. iur. **Vera Milena Jossen** geb. 1978, in 4051 Basel.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Vera Milena Jossen ist einstimmig gewählt mit 91 Ja-Stimmen. Ich gratuliere ihr zur Wahl und wünsche ihr Freude und Erfolg im neuen Amt.

4. Einführung einer gesetzlichen Grundlage zur Besoldung der/des Datenschutzbeauftragten, Bericht des Ratsbüros

[13.11.24 09:18:55, 24.5460.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Ratsbüro beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für das Ratsbüro spricht Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GAB): Im Namen des Ratsbüros stelle ich Ihnen heute eine Vorlage zur Anpassung der Besoldung des Amtes der Datenschutzbeauftragten vor. Diese sieht vor, die Besoldung der Leitung der Datenschutzstelle auf gesetzliche Grundlage an jene der Zivilgerichtspräsidien anzupassen. Ziel dieser Regelung ist es, die Leitung des Datenschutzes analog zur Ombudsstelle und Finanzkontrolle einzureihen und so die Gleichstellung der sogenannten Kleeblattdienste im Kanton Basel-Stadt sicherzustellen.

Aus Sicht des Ratsbüros ist diese Anpassung vor dem Hintergrund der wachsenden Anforderungen an den Datenschutz von Bedeutung, die durch das revidierte Informations- und Datenschutzgesetz auch noch untermauert wird. Die Datenschutzstelle übernimmt eine tragende Rolle in der Unabhängigkeit und Wirksamkeit unseres Staatsgefüges und ihre

Gleichstellung in diesem Gefüge ist für das Ratsbüro zentral. Es ist wichtig zu betonen, dass innerhalb des Ratsbüros auch kritische Stimmen votiert haben, die eine Festschreibung der Besoldung im Gesetz eben kritisch sehen. Diese Mitglieder vertreten die Ansicht, dass die Einstufung des Datenschutzbeauftragten wie bei anderen Kantonsangestellten gemäss den Kriterien des zentralen Personaldienstes erfolgen sollten und nicht auf politischem Weg verbessert werden soll. Eine Erhöhung der Lohnklasse wird hier vor allem zusätzlich als Belastung für das kantonale Budget gewertet.

Das Ratsbüro hat aber nach intensiven Diskussionen am 14. Oktober 2024 mit 5 zu 0 Stimmen beschlossen, Ihnen die Anpassung gemäss Bericht vorzulegen. Die wachsende Verantwortung und der gestiegene Arbeitsaufwand und die Gleichstellung innerhalb der Kleeblattdienste rechtfertigen aus Sicht des Ratsbüros die angemessene Angleichung dieser Besoldung.

Im Namen des Ratsbüros bitte ich Sie deshalb, die Gesetzesänderung anzunehmen und die besondere Bedeutung des Datenschutzbeauftragten im Kanton Basel-Stadt anzuerkennen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: An dieser Stelle möchte ich kurz Besuch begrüssen auf der Tribüne. Da ist eine Klasse des Schulhauses Clara mit den Lehrpersonen Claude Wyler und Hüseyin Ucmak. Die Schülerinnen und Schüler sind im Berufsvorbereitungsjahr. Herzlich willkommen. Ich hoffe, Sie lassen sich hier sehr inspirieren für ihre Berufswahl. Wir freuen uns sehr über Ihren Besuch.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen damit zu den Fraktionsvoten und da hat sich für die SVP Joël Thüring gemeldet.

Joël Thüring (SVP): Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich Sie, diesem Antrag des Ratsbüros nicht zuzustimmen. Wir haben das in der Fraktion diskutiert. Es geht uns hier um eine grundsätzliche Auffassung und ich möchte gleich zu Beginn sagen, es hat nichts mit der aktuellen Stelleninhaberin zu tun. Wenn Sie den Bericht des Ratsbüros ja lesen, ist diese Diskussion über die Lohnklasse für den Datenschutzbeauftragten schon sehr lange ein Thema, auch im Ratsbüro. Wir haben darüber, das lesen Sie auch, im 2017 bereits diskutiert, also vor sieben Jahren, und haben danach, wie der Bericht auch ausführt, entschieden, dass wir das einmal genauer noch anschauen wollen, wenn die Stelle neu besetzt wird.

Wir haben die Ausführungen der Sprecherin des Ratsbüros zur Kenntnis genommen. Sie gibt ja auch das wieder, was im Bericht steht und tatsächlich erkennen wir kein Problem, wenn es in dieser Frage weiterhin eine Ungleichbehandlung gibt zwischen dem Datenschutzbeauftragten, der Datenschutzbeauftragten und den anderen Kleeblattdienststellen. Wir sind schon der Ansicht, dass wir bei solchen Besoldungen in erster Linie auf das hören sollten, was der Kanton hier vorgibt, und die Sprecherin des Ratsbüros, Jo Vergeat, hat das auch ausgeführt, hier hat auch der zentrale Personaldienst eine andere Auffassung als das Ratsbüro und wir sind in unserer Einschätzung dieser Auffassung eher gefolgt und sehen es nicht für gegeben an, diesen Lohn entsprechend zu erhöhen, diese Lohnklasse von LK 22 auf LK 25 zu erhöhen. Wir müssen uns auch einmal vergegenwärtigen, was das bedeutet. Die Lohntabellen des Kantons, die Lohnbänder sind ja öffentlich. Mit der jetzigen Lohnklasse, der Lohnklasse 22 verdient ein Datenschutzbeauftragter inklusive dem 13. Monatslohn im Jahr bis zu 225’000 Franken, das sind also über 17’000 Franken im Monat. Würden Sie ihm jetzt in die Lohnklasse 25 setzen, kommt diese Person fast auf 280’000 Franken pro Jahr, das sind 21’000 Franken pro Monat.

Wir glauben, diese Summe hört sich nach viel an, aber darum geht es uns gar nicht. Uns geht es darum, dass in der Argumentation ja auch des Ratsbüros unter anderem gesagt wurde, dass dies allenfalls auch helfen würde, künftig eine geeignete Person für dieses Amt zu finden. Wir setzen das in Zweifel, eine geeignete Person wird sich auch mit der Lohnklasse 22 finden lassen. Das haben wir auch jetzt gesehen, als wir die neue Datenschutzbeauftragte gewählt haben, da gab es ja auch diverse Bewerbungen, die, so wie ich mich erinnern kann, auch aus dem Bericht der damaligen vorberatenden Kommission, die durchaus fähig und geeignet gewesen sind. Also dass Sie keinen Datenschutzbeauftragten finden würden, der geeignet ist, wenn er in der Lohnklasse 22 eingereiht ist, das halten wir für nicht stichhaltig. Auch wenn Sie Vergleiche ziehen mit anderen Kantonen, die ebenfalls Datenschutzbeauftragte angestellt haben, so ist dieser Lohn doch deutlich höher angesiedelt als im Durchschnitt. Deshalb glauben wir, ist es richtig, wenn wir bei dieser Lohnklasse 22 bleiben.

Wir haben auch keinen Grund gesehen, weshalb jetzt nun diese Person dann irgendwie schlechter gestellt wäre, wenn er sich gegenüber den Amtsstellen durchsetzen müsste, auch das wird im Bericht erwähnt. Ich habe jetzt noch nie erlebt, dass jemand, wenn er ein Gespräch führt als Amtsperson, die Gegenseite dann fragt, ja, in welcher Lohnklasse Sie sind Sie eigentlich? Ah, Sie sind drei unter mir, ja, dann nehme ich Sie ein bisschen weniger ernst. Also das ist eine sehr theoretische Diskussion, die dann hier geführt wird. Ich bin überzeugt oder wir sind überzeugt, dass die Verantwortlichen in solchen Funktionen selbstverständlich a) genügend Kompetenz mitbringen, das ist bei allen Kleeblattdienststellen der Fall, und b) auch die entsprechende «Macht» haben, sich auch dann entsprechend durchzusetzen, wenn es unangenehm sein könnte. Da haben wir in der Vergangenheit kein Problem gesehen.

Wir geben dem Bericht des Ratsbüros insofern einen Punkt, als dass die Anforderungen an den Datenschutz in den letzten Jahren natürlich gestiegen sind. Das mag so sein und ist auch richtig, nichtsdestotrotz glauben wir, dass mit der jetzigen Entlöhnung, die, wie gesagt, bei fast 225’000 Franken im Jahr endet in der LK 22, trotzdem ausreichend Möglichkeiten bestehen, diesen Mehraufwand oder diesen Mehrbedarf trotzdem kompetent abzudecken.

Wir bitten Sie deshalb, den Antrag des Ratsbüros abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die FDP spricht David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich nehme Joël Thüring natürlich sehr ernst, erlaube mir trotzdem eine abweichende Auffassung. Ich glaube, dem Ratsbüro geht es auch mit einer gesetzlichen Regelung darum, dass Sie darüber befinden können, wie die richtige Einstufung ist. Das Ratsbüro hätte ad personam eine solche Einstufung vornehmen können, wie sie jetzt dann Folge des Gesetzes wäre. Da kann Joël Thüring dann auch noch das Referendum ergreifen.

Und der Verweis auf den zentralen Personaldienst, der ist halb richtig. Die haben sich bei der Bewerbung von Stellen an gewisse Schemen zu halten und dann kommt man zu einem gewissen Resultat. Die können aber nicht alle Argumente berücksichtigen, die bei solchen Positionen auch spielen, und die erste dieser Positionen war wahrscheinlich die Ombudsstelle. Da hat man mal mit der Besoldung in der Höhe eines Appellationsgerichtspräsidiums angefangen, dann hat man zu Recht korrigiert auf Zivilgerichtspräsidium. Das wurde dann auch festgeschrieben bei der Finanzkontrolle und jetzt wollen wir eine Gleichstellung auch bei der Datenschutzbeauftragten erreichen. Ich glaube, wenn man all diese drei Stellen nach ihren Kriterien beurteilen würde, dann käme man vielleicht zum Schluss, dass eine dieser Stellen, die jetzt im Zivilgerichtspräsidium eingestuft ist, zu hoch eingestuft ist.

Wenn man wirklich den Markt anschaut, zum Beispiel für Wirtschaftsprüfer, aber auch für Datenschutzrechtler, dann sind jetzt das keine übertriebenen Löhne, die da nach Gesetz bezahlt würden, was hypothetisch geschehen wäre, wenn diese Einstufung schon bestanden hätte, als die Stelle ausgeschrieben wurde von Herrn Rudin, darüber müssen wir jetzt nicht spekulieren. Ich glaube, es ist einfach ein Zeichen, dass in unserem staatsrechtlichen Gefüge, diese drei Ämter, Ombudsstelle, Finanzkontrolle, Datenschutzbeauftragte, alle von zentraler Bedeutung sind, dass sie gleich viel wert sind in Anerkennung und ein Teil der Anerkennung ist eben auch die Lohnklasse, das ist nicht weg zu bestreiten.

In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Ratsbüro zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP hat sich Michela Seggiani gemeldet.

Michela Seggiani (SP): Ich darf im Namen der SP-Fraktion und dem GAB sprechen und ich mache es maximal kurz. Der Antrag des Ratsbüros ist gemäss der Logik der Lohnklasseneinreihung korrekt. Alle Kleeblattdienste sollten gleichbehandelt werden, also ist es folgerichtig, dass die Leitung des Datenschutzes gleich eingestuft wird wie die Ombudsstelle und die Finanzkontrolle. Bei Themen wie diesem ist es sehr wichtig, eine sachliche und jeweils auf faktenbasierte Diskussion führen und darauffolgend eine Entscheidung fällen zu können. Und hier zählt ganz klar die Gleichstellung für uns.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Fraktionsvoten vor, damit geht das Wort an Einzelsprecher Eric Weber

Eric Weber (Fraktionslos): Ich beantrage Rückweisung und Nichteintreten und ich werde es erklären als Profi. Eventuell erinnern Sie sich noch, ich hatte einen Riesenerfolg hier in diesem Parlament, als wir zur neuen Chefin Datenschutz abgestimmt hatten. Das war der grösste Erfolg in meiner Zeit als Grossrat. 45 Prozent von allen Grossräten haben damals meinem Antrag zugestimmt trotz «Chrüzlistich», der anders gesprochen hat. Ich habe damals den Antrag gestellt, das geht nicht, und ich habe Ihnen damals erzählt, und darum sage ich das ganz sachlich und spreche nachher nicht mehr, aber das ist mir ganz wichtig, das Anliegen, dass es ein Geschmäckle hat, wenn wir Datenschutzchefs aus unseren Reihen nehmen, auch wenn es eine ehemalige Grossrätin ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Um das geht es nicht, Herr Weber, es geht um die Besoldung. Bitte beziehen Sie sich auf den Bericht, der vorliegt.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich komme zu meinen Vorrednern. Die Kommissionspräsidentin Jo Vergeat hat gesagt, der Arbeitsaufwand ist mehr. Das bestreite ich, dass der Arbeitsaufwand mehr ist. Es gibt immer weniger Leute, die sich für Demokratie interessieren, der Arbeitsaufwand wird darum kleiner. Ich komme zu Joël Thüring. Joël Thüring, mein Lieblings-Grossrat, hat richtig gesagt, nicht zustimmen. Ich unterstütze das. Ich liebe die Voten von Joël Thüring.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, sprechen Sie zur Sache.

Eric Weber (Fraktionslos): Joël Thüring hat richtig gesagt, seine Rede hat nichts zu tun mit der Inhaberin. Aber Herr Präsident, es ist im Protokoll festgehalten und ich möchte das ganz klar und sachlich festhalten, Joël Thüring hat richtig gesagt, seine Rede hat nichts zu tun mit der Inhaberin, die den Job hat, und die Inhaberin, er hat es ja gesagt, ist eine ehemalige Grossrätin. Joël Thüring hat uns aufgeklärt, und darum bin ich dankbar und sehr befriedigt, was er gemacht hat, indem er die Lohnklasse 22 gesagt hat. Die Frau bekommt, Sie müssen sich vorstellen, wie viel Geld das ist, 225’000 Franken pro Jahr. Das ist viel Geld und jetzt will sie 280’000 Franken pro Jahr.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, es geht nicht um eine Forderung der Datenschutzbeauftragten. Ich erteile Ihnen einen ersten Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe es nicht verstanden, könnten Sie es nochmals sagen bitte?

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es geht nicht um eine Forderung von irgendjemandem, es geht um diesen Bericht.

Eric Weber (Fraktionslos): Genau, vielleicht habe ich es falsch verstanden. Ich nehme entgegen, was Sie gesagt haben, aber Joë Thüringl hat gesagt, das ist zu viel Geld, das wir hier dieser Person geben wollen und da stimme ich vollkommen überein. Und ich muss sagen, es kommt bei der Bevölkerung nicht gut an, was wir da machen, dass wir da mit Geldern um uns werfen und andere Leute haben nichts zum Essen. Darum bin ich froh, dass wir jetzt wissen, was das für eine Lohnklasse ist.

David Jenny, Sie haben gesagt, Joël Thüring könnte ja das Referendum ergreifen. Aber Herr Jenny, da muss ich Ihnen sagen, das ist zu viel Arbeit, das macht keiner hier, das Referendum zu ergreifen. Da steht keiner auf die Strasse, die Leute sind alle müde vom Wahlkampf jetzt und da gibt es kein Referendum. Ich unterschreibe und ergreife auch kein Referendum und darum habe ich die Anträge gestellt, Rückweisung, Nichteintreten. Der Datenschutz darf nicht mehr Geld bekommen, wir müssen sparsam haushalten. Wenn wir nicht mehr die grossen Firmen haben in Basel, sind wir pleite und die grossen Firmen sagen ja, wenn wir nicht machen, was sie wollen, ziehen sie von Basel weg und dann sind wir ein Sozialkanton.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen drei Mal ab. Eintreten wurde bestritten durch Eric Weber, ebenso wie Rückweisung. Wir stimmen zuerst über das Eintreten ab.

Abstimmung

Wer auf das Geschäft eintreten will, stimmt JA. Wer nicht eintreten will, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004825, 13.11.24 09:37:01]*

Der Grosse Rat beschliesst

auf das Geschäft einzutreten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir treten auf das Geschäft ein. Es liegen 91 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme und keine Enthaltung vor.

Zweite Abstimmung ist über Rückweisung.

Abstimmung

Wer den Bericht zurückweisen will, stimmt JA. Wer nicht zurückweisen will, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

3 Ja, 88 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004826, 13.11.24 09:37:37]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Bericht wird nicht zurückgewiesen. Mit 88 Nein-Stimmen gegen 3 Ja-Stimmen wurde so entschieden.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 5 des Berichts)

I. Änderung Gesetz über die Information und den Datenschutz (IDG)

§ 39 Abs. 1 Satz 2 (neu)

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

77 Ja, 15 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004828, 13.11.24 09:38:35]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Das Gesetz über die Information und den Datenschutz (Informations- und Datenschutzgesetz, IDG) vom 9. Juni 2010 [1]) (Stand 4. Januar 2018) wird wie folgt geändert:

§ 39 Abs. 1 Satz 2 (neu)

Die Besoldung erfolgt analog den Zivilgerichtspräsidentinnen und Zivilgerichtspräsidenten des Kantons Basel-Stadt.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und tritt am fünften Tag nach der Publikation des unbenutzten Ablaufs der Referendumsfrist oder im Falle einer Volksabstimmung am fünften Tag nach der Publikation der Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 77 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung bedeuten, dass der Grossratsbeschluss angenommen wurde.

5. Schweizerisches Tropen- und Public Health-Institut (Swiss TPH): Globalbeitrag für die Jahre 2025–2028, Bericht der BKK, Partnerschaftliches Geschäft

[13.11.24 09:38:41, 24.0893.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Der Partnerkanton beschliesst morgen.

Das Wort geht an die Präsidentin der BKK Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): In Anbetracht der langen Traktandenliste versuche ich mich kurz zu fassen. Ihnen liegt der Ratschlag der Regierung und der schriftliche Bericht der BKK vor. Die BKK anerkennt die hervorragende Arbeit und die Entwicklung der Swiss TPH ausdrücklich. Dass sich das Institut so gut entwickelt und für die Region wichtig ist, ist daran zu erkennen, dass es so stark gewachsen ist, dass es einen neuen, grösseren Standort in Allschwil bauen und beziehen konnte und dass dank der Strahlkraft der Swiss TPH die Botnar-Stiftung entschieden hat, ein unabhängiges Forschungsinstitut, das neuartige immunbasierte Diagnostik- und Therapieverfahren entwickeln wird, in Allschwil zu gründen. Die Stiftung wird in den nächsten Jahren über eine Milliarde US-Dollar in der Region investieren.

Ein weiterer Hinweis, wie erfolgreich, dass Swiss TPH unterwegs ist, ist die Höhe der kompetitiv eingeworbenen Drittmittel. Diese belaufen sich zurzeit auf über 78 Prozent der benötigten Finanzierung. Sorgen bereitet der BKK allerdings die unsichere Finanzierung durch die öffentliche Hand. Diese Kernfinanzierung, die etwa 32 Prozent des Finanzierungsbedarfs beträgt, wird durch den Bund, die Universität Basel und die beiden Trägerkantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt getragen. Das Swiss TPH hat in seinem Gesuch für die Leistungsperiode 2025 bis 2028 sowohl beim Bund wie bei den beiden Trägerkantonen um eine Erhöhung der Kernfinanzierung ersucht. Begründet ist dieser erhöhte Finanzbedarf mit der allgemeinen Teuerung, dem Mehrverbrauch im neuen Gebäude bei Strom und Wärme und dem gestiegenen Zinsaufwand für die Amortisierung der Hypotheken für das neue Gebäude.

Ob der Bund dem Swiss TPH die zusätzlich beantragten Mittel sprechen wird, ist mehr als unsicher. Zum Zeitpunkt des Hearings der BKK war dieser Entscheid noch nicht gefällt. Falls die beantragte Erhöhung der Bundesmittel ausbleiben sollten, wird das Swiss TPH seine strategischen Ziele neu priorisieren müssen. Dazu erachtet es die BKK als wichtig, dass die beiden Trägerkantone, sollte sich der Bund auch in Zukunft in geringerem Masse engagieren, rechtzeitig Ausfallszenarien erarbeiten. Dass der Kanton Basel-Landschaft zwar den Mehrbedarf der Swiss TPH anerkennt, ihn aber nicht ausfinanzieren wird, nimmt die BKK zur Kenntnis, findet das aber mehr als unschön.

Um das Institut nicht noch mehr in Bedrängnis zu bringen, beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, den Teil des Mehrbedarfs, der auf den Kanton Basel-Stadt entfällt, auszufinanzieren. Dadurch entsteht in dieser eigentlich vertraglich festgehaltenen paritätischen Finanzierung ein Ungleichgewicht, dass hoffentlich in der übernächsten Leistungsperiode wieder ausgeglichen wird. Sofern aber die Finanzierung des Swiss TPH mittelfristig nicht sichergestellt werden kann, muss die bikantonale Eignerstrategie entsprechend angepasst werden.

Die BKK beantragt dem Grossen Rat einstimmig, dem Ratschlag des Regierungsrates zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Bevor ich Regierungsrat Mustafa Atici das Wort gebe, muss ich auch sagen, dass der aufmerksame Regierungsrat mir mitgeteilt hat, dass der Landrat bereits beschlossen hat. Ich habe da eine falsche Info verlesen. Der Landrat hat das Geschäft bereits behandelt und mit 79 Stimmen zugestimmt bei einer Enthaltung. Damit geht das Wort an Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Das Swiss TPH ist eine wahre Perle für die Region Basel und die ganze Schweiz. Im Kontext des zweiten Weltkriegs wurde das Tropeli zunächst als Forschungsinstitut gegründet, baute aber mit der Gründung von Feldlabors in Afrika sein Tätigkeitsgebiet bald schon auf die Entwicklungszusammenarbeit aus. Heute ist das Tropeninstitut eine der weltweit bedeutendsten Einrichtungen ihrer Art. Es ist zusammen mit vielen institutionellen Partnern in Forschung und Entwicklung, Dienstleistungen, gesundheitspolitischen Mandaten und in der Lehre und Weiterbildung fast auf dem ganzen Globus aktiv. Das Swiss TPH beschäftigt weltweit 952 Mitarbeitende, davon 736 in der Region Basel. Das Tropeninstitut wird seit 2017 vom Partnerkanton Basel-Landschaft mitgetragen. Es handelt sich vorliegend also um die dritte Leistungsperiode in gemeinsamer Trägerschaft. Der Landrat hat der Vorlage vor zwei Wochen einstimmig zugestimmt.

Der von uns vorgelegte Ratschlag hat, die Präsidentin der BKK hat es vorweggenommen, ein Makel. Die Finanzierung erfolgt nicht wie vom Staatsvertrag vorgesehen paritätisch. Wir beantragen bei Ihnen 4,178 Millionen Franken pro Jahr, während der Landrat nur 4 Millionen Franken pro Jahr gesprochen hat. In den Zeitungen war zu lesen, dass sich das eine oder andere Ratsmitglied über diese Ungleichheit geärgert hat. Angesichts dessen, dass der Hauptsitz des Swiss TPH seit 2022 nach Allschwil verlegt wurde, kann ich diesen Ärger gut verstehen.

Das Swiss TPH hat wie andere Institutionen auch Mehrkosten vor allem durch die Teuerung zu bewältigen. Hinzu kommt die Unsicherheit in Bezug auf die Finanzierung durch den Bund. National- und Ständerat haben bei der Beratung der BFI-Botschaft für Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung eine weniger starke Kürzung beschlossen, als der Bundesrat beantragt hatte. Wie viel Bundesbeiträge das Swiss TPH aber effektiv erhält, ist noch offen. Angesichts dessen haben beide Trägerkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft im Rahmen der Verhandlungen ein Mehrbedarf anerkannt. Dieser anerkannte Mehrbedarf wird auch die Basis für die Verhandlungen für die übernächste Leistungsperiode bilden.

Baselland finanziert diesen anerkannten Mehrbedarf aber in der kommenden Leistungsperiode nicht aus. Während der Verhandlungen hat der Gesamtregierungsrat BL eine Finanzstrategie zur Entlastung des Kantonshaushalts beschlossen. Auf diesen Teuerungsausgleich sei zu verzichten und die Ausgaben dürfen nicht erhöht werden. Dieser politische Entscheid wirkt sich leider auch auf das Swiss TPH aus. Baselland hat trotz unseres Protests daran festgehalten. Wir müssten uns also in den Verhandlungen entscheiden. Tragen wir die finanzpolitische Austerität unseres Partnerkantons zu Lasten der gemeinsamen Institution mit, nur mit dem Staatsvertrag Genüge zu tun, oder begreifen wir die vom Baselland gesetzte Obergrenze als Exogen und orientieren uns bei der Bemessung unsere Beiträge zum Schutz der Institution am gemeinsam anerkannten Bedarf.

Wir haben uns für die zweite Variante entschieden und schlagen Ihnen vor, den baselstädtischen Anteil am anerkannten Bedarf auszufinanzieren. Jede andere Lösung würde das Tropeninstitut unverschuldet in Bedrängnis bringen. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP spricht Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Wir haben jetzt schon einen ausführlichen Bericht erhalten, ich habe nichts hinzuzufügen. Die LDP-Fraktion stimmt dem Globalbeitrag von jährlich 4,178 Millionen Franken an der Swiss TPH für die Jahre 2025 bis 2028 zu und nimmt die bikantonale Eigentümerstrategie für das Swiss TPH zur Kenntnis.

Ich möchte aber hier nochmals ausführen, dass das Swiss TPH seit 2017 von den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft gemeinsam getragen wird. Diese partnerschaftliche Trägerschaft stellt einen wichtigen Fortschritt dar, da die Regierungen beider Kantone damit das gemeinsame Ziel verfolgen, den hohen internationalen Standard des Swiss TPH nicht nur zu erhalten, sondern auch in wichtigen Zukunftsbereichen weiter auszubauen. Es ist deshalb äusserst bedauerlich, dass der Kanton Basel-Landschaft nicht bereit ist, den ausgewiesenen Mehrbedarf von 178’000 Franken pro Jahr zu finanzieren und sich damit der vereinbarten paritätischen Finanzierung distanziert.

Das Einfrieren des Trägerbeitrags hat ernsthafte Folgen. Angesichts der steigenden Teuerung bedeutet dies, dass das Swiss TPH mit einer Kürzung seiner Mittel konfrontiert ist. Besonders gravierend ist in diesem Zusammenhang, dass die vertraglich vereinbarte paritätische Finanzierung nicht eingehalten wird. Die LDP-Fraktion bedauert diese Haltung des Kantons Basel-Landschaft zutiefst und erachtet es als dringend, dass der Kanton Basel-Landschaft die Bedeutung dieser wichtigen Institution anerkennt, die mit ihren hervorragenden Leistungen weit über die Grenzen unseres Landes hinausstrahlt.

Ein weiterer Punkt, dieser wurde schon erwähnt, ist die bewusste Wahl des Standortes in Basel-Landschaft in Allschwil für den Neubau der Swiss TPH. Mit diesem Entscheid wird der Wille zur gemeinsamen Trägerschaft unterstrichen und aktiv gelebt. Diese Erfahrung gilt es auch bei der Umsetzung der Ideen für die juristische und die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät zu berücksichtigen, für die Neubauten in Münchenstein geplant sind. Neue Gebäude nützen nichts, wenn später Lehre und Forschung nicht ausreichend finanziert werden.

Die LDP befürchtet negative Auswirkungen auf die nächste Globalbeitragsperiode der Universität. Sie erwartet vom Regierungsrat einen klaren Einsatz für eine deutliche Erhöhung der Beiträge beider Basel. Der geltende Staatsvertrag trägt der unterschiedlichen Finanzkraft der beiden Kantone bereits Rechnung. Weitere Zugeständnisse sind nicht angezeigt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Ich kann mich dem Gesagten eigentlich nur anschliessen, möchte trotzdem hier ein paar Punkte nochmals betonen. Die SP-Fraktion anerkennt und honoriert ausdrücklich die Arbeit und die Errungenschaften des Swiss Tropical and Public Health-Instituts. Das Swiss TPH nimmt als grösstes Public Health-Institut der Schweiz mit seinen 736 Mitarbeitern in der Schweiz nicht nur eine enorm grosse Bedeutung für die Region ein, sondern findet, wir haben es gehört, insbesondere als Forschungseinrichtung und Zentrum für Entwicklungszusammenarbeit weltweit höchste Anerkennung. Für den Erfolg des Swiss TPH ist dabei das Zusammenspiel von Forschung, Ausbildung und medizinischen Dienstleistungen entscheidend.

Seit rund acht Jahren basiert die Organisation der Swiss TPH auf der gemeinsamen Trägerschaft der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Vor zwei Jahren hat das Swiss TPH seinen Hauptsitz vom Kanton Basel-Stadt in den Kanton Basel-Landschaft nach Allschwil verlegt. Für den Neubau des Swiss TPH wurde mit Allschwil bewusst ein Baselbieter Standort gewählt. Dank der Strahlkraft der Swiss TPH entschied sich auch die Botnar-Stiftung dazu, das Botnar Institute of Immune Engineering als unabhängiges Forschungsinstitut in Allschwil zu gründen. Die Stiftung wird dazu in den nächsten 15 Jahren über eine Milliarde US-Dollar in der Region investieren. Der ökonomische Wert dieser Investition ist für die ganze Region Basel äusserst bedeutend.

Die Fraktion SP Basel-Stadt bedauert, dass der Kanton Basel-Landschaft die vertragliche Abmachung der paritätischen Finanzierung des Swiss TPH nicht einhält. Auch wenn das Swiss TPH im Unterschied zur Universität die Bundesbeiträge über das FIFG und nicht über das Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich erhält, so findet die nicht paritätische Aufteilung des Globalbeitrags und der damit zusammenhängende anerkannte Mehrbedarf zu einem ungünstigen Zeitpunkt statt. Denn wenn nicht nur der Bundesrat eine Kürzung des Zahlungsrahmens für Bildung, Forschung und Innovation für die Jahre 2025 bis 2028 um eine halbe Milliarde Franken beschliesst, sondern auch Kantone bei Bildung und Forschung sparen wollen, hat aus Sicht der SP-Fraktion dies eine problematische Signalwirkung. Es kann auch nicht sein, dass der Kanton Basel-Stadt die finanzielle Fehlplanung aufgrund von Steuersenkungen des Kantons Basel-Landschaft auffangen muss.

Wir befürchten zudem, dass das Sparen beim Nachbarkanton sich negativ auf die Finanzierung der Universität Basel auswirken wird. Wir haben es auch schon gehört. Bei Bildung und Forschung darf nicht gespart werden. Das sagen die Sozialdemokrat*innen mantramässig seit Jahrzehnten. Der Wert von Bildung und Forschung und Innovation lässt sich nicht monetär ausdrücken. Die Bedeutung für Mensch, Umwelt und Gesellschaft ist hingegen immens. Dass ausgerechnet die Liberaldemokrat*innen, die auch immer wieder für Steuersenkungen einstehen, nun ebenfalls zu dieser Kenntnis gelangen, erfreut die SP-Fraktion sehr.

In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen der SP-Fraktion, den nachfolgenden Grossratsbeschluss anzunehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Herr Atici und Frau Roth verzichten in der zweiten Runde. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung (Seite 6 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Globalbeitrag

2. Abweichung paritätische Finanzierung

3. Kenntnisnahme bikantonale Eigentümerstrategie

4. Vorbehalt Zustimmung Partnerkanton

Publikations- und Referendumsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004830, 13.11.24 09:55:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Dem Schweizerischen Tropen- und Public Health-Institut wird für die Leistungsauftragsperiode 2025 bis 2028 ein Globalbeitrag von insgesamt Fr. 16'712'000 (jährlich Fr. 4'178'000) gewährt.

2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass von der paritätischen Finanzierung abgewichen wird und der Kanton Basel-Landschaft für die Leistungsauftragsperiode 2025 bis 2028 einen Globalbeitrag von insgesamt Fr. 16'000'000 (jährlich Fr. 4'000'000) gewährt.

3. Die bikantonale Eigentümerstrategie 2025–2028 für das Schweizerische Tropen- und Public Health-Institut wird zur Kenntnis genommen.

4. Der Beschluss unter Ziffer 1 gilt unter dem Vorbehalt eines entsprechenden Beschlusses des Landrats des Kantons Basel-Landschaft.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 87 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme.

6. Musik-Akademie Basel (MAB): Staatsbeitrag für die Leistungsperiode 2025-2028, Bericht der BKK

[13.11.24 09:55:17, 24.0892.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Das Wort geht an Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Auch bei diesem Ratschlag versuche ich mich kurz zu halten, auch hier liegt Ihnen der schriftliche Bericht der BKK vor. Die Musik-Akademie Basel ist die grösste und sicher bedeutendste Musikschule in Basel. Sie ist eine private Institution in Form einer Stiftung, die unter anderem zum Stiftungszweck hat, den weitesten Kreisen Musikunterricht durch qualifizierte Lehrkräfte zu ermöglichen. Grundsätzlich hat der Staat aber keine Verpflichtung zur finanziellen Beteiligung an privaten Musikschulen. Allerdings gewährt er der Musik-Akademie Finanzhilfen zur Förderung der sehr guten Arbeit der Institution in den Bereichen der musikalischen Grundbildung und der Talentförderung. Und dies ist sehr wohl im öffentlichen Interesse, zumal in der Bundesverfassung festgehalten ist, dass Bund und Kantone die musikalische Bildung, insbesondere von Kindern und Jugendlichen zu fördern haben.

Das für uns wohl dringlichste Problem der Musik-Akademie ist die lange Warteliste für den Musikunterricht. Das wurde bereits in der laufenden Staatsbeitragsperiode aufgegriffen und der Staatsbeitrag 2021 bis 2024 wurde um jährlich 520’000 Franken erhöht, damit ein Lektionenausbau stattfinden kann. Irritiert hat die BKK, dass die Musik-Akademie einen Teil dieses Betrags zur Kompensation der Sachkostenteuerung umgewidmet und Lektionen wieder abgebaut haben. Für die BKK ist klar, dass ein Abbau der Warteliste über verschiedene Massnahmen angegangen werden muss. Es gibt verschiedene private Musikschulen im Kanton, so scheint es der BKK angebracht, dass sich diese Musikschulen untereinander besser vernetzen und in engerer Kooperation gemeinsam genügend Musikunterrichtslektionen anbieten, damit die Warteliste abgebaut werden kann.

Da aus Gründen der Rechtsgleichheit der Staat keine Musikschule einseitig finanziell fördern kann, um deren Kapazität zu steigern, erachtet es die BKK als notwendig, dass eine kantonale oder zumindest kommunale Strategie zur Bereitstellung eines genügend grossen und qualitativ guten Angebots an Unterrichtslektionen zur musikalischen Grundbildung und Talentförderung zur Verfügung steht. Ich sage hier bewusst kommunale Strategie, weil der ausserschulische Musikunterricht kommunal geregelt ist und Riehen tatsächlich eine Strategie hat und an dieser Vernetzung arbeitet. Hilfreich dürfte die Motion Sieber betreffend Erlass eines Musikschulgesetzes sein und darum soll sie auch möglichst zügig umgesetzt werden.

Die Musik-Akademie hat in ihrem Antrag für die Finanzhilfe der neuen Leistungsperiode einen jährlichen Mehrbedarf an finanziellen Mitteln ausgewiesen. Je nach Szenarium bewegt sich dieser zwischen gut 3 Millionen und nahezu 9 Millionen Franken. Die drei Szenarien sind im Ratschlag ausführlich beschrieben und ich gehe hier nicht darauf ein.

Der Regierungsrat ist nicht bereit, auf diesen grossen Mehrbedarf einzugehen. Trotzdem möchte er mit einer kleineren Erhöhung des Staatsbeitrags und verschiedenen Massnahmen die Musik-Akademie unterstützen. So schlägt er vor, den Staatsbeitrag um jährlich 527'000 Franken zu erhöhen. Mit dieser Erhöhung soll ein Teil der höheren Betriebswirtschaftskosten und der Räumlichkeiten abgedeckt und eine Anpassung der Personalstruktur ermöglicht werden.

Nebst dem höheren Staatsbeitrag überprüft die Verwaltung die Positionierung und Finanzierung des Schwerpunkts Fachmusik an den Basler Gymnasien. Die Musik-Akademie verwendet 150 Lektionen aus ihrem Pool für den gymnasialen Instrumental- und Vokalunterricht. Sollten diese Lektionen im Laufe der neuen Staatsbeitragsperiode als Abgeltung und nicht mehr als Finanzhilfe taxiert werden können, hat die Musik-Akademie einen grösseren Spielraum, um mehr Lektionen im ausserschulischen Musikunterricht anzubieten. Ebenfalls im Laufe der neuen Staatsbeitragsperiode soll das Mietmodell der vom Kanton an die Musik-Akademie vermieteten Liegenschaften überprüft werden. Es ist möglich, dass durch diese Überprüfung eine Mietzinsreduktion entsteht, was den finanziellen Spielraum der Institution ebenfalls vergrössert. Und zu erwähnen ist ebenfalls, dass ein allfälliger Ausgleich der anfallenden Teuerung auf den Personalkosten während der neuen Leistungsperiode zusätzlich gesprochen würde.

Die BKK kann all diese Überlegungen des Regierungsrats nachvollziehen und unterstützt sowohl die Erhöhung des Staatsbeitrages wie auch die angedachten und eingeleiteten zusätzlichen Unterstützungsmassnahmen. Zusätzlich möchte ich aber nochmals darauf hinweisen, dass die Weiterentwicklung der musikalischen Grundbildung und der Talentförderung eine gesetzliche Grundlage, aber auch eine Strategie braucht und dass eine Zusammenarbeit aller Musikschulen in Basel mit der Volks- und den weiterführenden Schulen notwendig sein wird, damit all die Kinder und Jugendlichen, die eine Gesangsausbildung machen oder ein Musikinstrument spielen lernen möchten, dies innert angemessener Frist und qualitativ gut machen können.

Die BKK beantragt entsprechend einstimmig mit 13 Stimmen, dem Ratschlag des Regierungsrates zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat spricht Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Der gute Ruf der Musik-Akademie Basel reicht weit über die Region hinaus. Ich habe die Musik-Akademie Basel seit meinem Amtsantritt als Institution auch von innen kennenlernen dürfen. Beeindruckt hat mich das Zusammenspiel von Laien- und Berufsausbildung auf dem Campus der Musik-Akademie. Obwohl die Hochschulausbildung formal in die FHNW ausgegliedert ist, sorgen die gemeinsamen Räume, die Konzertsäle des Hofs, der Bibliothek und der Cafeteria für wertvolle Synergien. Damit zusammenhängend beeindruckt die Vielfalt des Angebots der Musik-Akademie, das breiter und besser fundiert ist als anderer Musikschulen. Alte und klassische Musik, Jazz und elektronische Musik, neue Musik und Musik aus anderen Kulturen finden in der Musik-Akademie Basel selbstverständlich unter einem Dach zueinander.

Beeindruckend ist auch die äusserst grosszügige mäzenatische Unterstützung, welche die Musik-Akademie Basel geniesst. Das Engagement Privater für die Musik-Akademie Basel ist ein Hinweis darauf, wie sehr sie mit Basel verbunden ist und wie wichtig diese Institution für die Musikkultur und das städtische Leben ist. Die Musik-Akademie Basel ist zweifelsohne die wichtigste Basler Institution für ausserschulischen Musikunterricht. Sich musikalisch zu betätigen, ein Instrument zu lernen, im Chor zu singen und Auftritte zu absolvieren, ist für Kinder und Jugendliche ein Lernerlebnis, das weit über das Ausbilden musikalischer Fähigkeiten hinausgeht. Ich bin froh, dass der Kanton dabei auf eine so traditionsreiche und breit aufgestellte Schule wie die Musik-Akademie zurückgreifen kann.

Die Musik-Akademie Basel, wie die BKK richtig festhält, ist nicht die einzige Institution mit einem musikalischen Angebot und sie ist als Stiftung der GGG eine private Institution. Vor diesem Hintergrund haben wir bei der Beratung der Motion Sieber betreffend Erlass eines Musikgesetzes und anderer ähnlich gelagerte Vorstösse bereits berichtet, dass wir vorhaben, die Steuerung der kantonalen Förderung ausserschulischen Musikunterrichts transparenter und konziser auszugestalten. Hierfür werden wir zügig eine Strategie zur Annäherung von Angebot und Nachfrage erarbeiten.

Mit der Musik-Akademie Basel haben wir für die kommende Leistungsperiode 2025 bis 2028 folgende Parameter vereinbart, die auch von der Präsidentin der BKK erwähnt worden sind. Die Lektionen, die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten im

Rahmen des Schwerpunktfachs Musik an der Musik-Akademie Basel besuchen, sind heute noch Teil des Globalbeitrags. Diese Lektion wollen wir der Musik-Akademie so rasch wie möglich sachrichtig als Abgeltung finanzieren. Die freiwerdenden Mittel im Rahmen des noch zu beantragenden Budgets 2026 kann die Musik-Akademie im Rahmen ihrer betrieblichen und infrastrukturellen Möglichkeiten zum Ausbau ihrer Lektionen einsetzen. Im Zusammenhang mit der Lektionenfrage sollen die bestehenden Wartelisten von der Musik-Akademie regelmässig ausgewertet, die Auswertung von Akademierat überprüft und dem Erziehungsdepartement einmal pro Jahr vorgelegt werden. Die Auswertung der Wartelisten wird eine wichtige Grundlage für unsere gesamtkantonale Strategie in der ausserschulischen Musikerziehung bilden.

Bei der Infrastruktur der Musik-Akademie wird ihnen eine Aufstockung des Globalbeitrags um rund 134’000 Franken für die Abgeltung der Bewirtschaftungskosten für die Musik-Akademie eigenen Gebäuden. Bei den Gebäuden, die die Musik-Akademie Basel beim Kanton mietet, wird das Mietmodell angepasst. Unter Vorbehalt der regierungsrätlichen Zustimmung rechnen wir damit, dass der Mietzins ab 2025 gesenkt werden kann. Die Musik-Akademie ist angehalten, die Überschüsse als Rückstellungen für die Infrastruktur zur Seite zu legen. Auch bei der Professionalisierung der Verwaltungsstruktur sehen wir Handlungsbedarf. Mit dem Ratschlag beantragen wir Ihnen deshalb eine Aufstockung des Globalbeitrags um knapp 400’000 Franken für die notwendigen Verbesserungen.

Insgesamt beantragen wir eine Erhöhung des Staatsbeitrags um 527’000 Franken auf rund 14,75 Millionen pro Jahr. Der Teuerungsausgleich auf Personalkosten wird gemäss Staatsbeitragsgesetz jeweils jährlich gewährt. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und Unterstützung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Jenny Schweizer hat sich gemeldet als Fraktionssprecherin für die SVP.

Jenny Schweizer (SVP): Die SVP-Fraktion folgt der Regierung und stimmt ihrer Vorlage zu. Es handelt sich dabei unter anderem um einen stolzen Betrag von 14’753’088 Franken pro Jahr. Daher mutete es auch etwas komisch an für uns, den Mehrbedarf der drei Szenarien von der MAB zu lesen. Die MAB hat eine grosse Warteliste, bei Szenario 1 geht es um diese. Während der letzten Beitragsperiode erhielt die Akademie eine Erhöhung von 520’000 Franken pro Jahr, um genau diese Warteliste abzubauen, sprich den Lektionenausbau zu finanzieren. Stattdessen hat die Akademie jedoch damit die Sachkostenteuerung kompensiert und per Herbst 2023 67 Lektionen abgebaut, die sie nun mit 310’116 wieder aufbauen möchte. So wurde der gesprochene Betrag unseres Erachtens zweckentfremdet. Wir fragen uns, wie sie dieses Vorgehen ohne Rücksprache mit dem Erziehungsdepartement überhaupt durchführen durfte.

Bei Szenario 2 geht sie direkt auf den Abbau der Wartelisten ein. Wenn die MAB nun argumentiert, mit einer zusätzlichen Erhöhung von über 2 Millionen Franken 300 Lektionen der langen Warteliste entgegenwirken zu wollen, dann stellt sich uns die Frage, weshalb 361 Schülerinnen und Schüler ausserhalb unseres Kantons unterrichtet werden. Sollten nicht eigentlich diese 361 Lektionen den Schülerinnen und Schülern von Basel-Stadt zugutekommen? Dazu kommt, dass die Akademie diese 300 Lektionen mit 2 Millionen beziffert, wir also davon ausgehen können, dass sie von diesen anderen Kantonen zusammen zusätzliche 2 Millionen Einnahmen generiert. Auch Riehen bezahlt separat für ihre Schülerinnen und Schüler an der Musikschule.

Im Szenario 3 möchte die Akademie von 3’358 Schülerinnen und Schülern auf 5’000 aufstocken. Dieses Szenario wird mit einem Mehrbedarf von über 8 Millionen beziffert. Wie jedoch diese Aufstockung in ihren Räumlichkeiten überhaupt gewährleistet werden kann, erschliesst sich uns nicht, zumal Renovations- und Ausbauvorhaben anstehen. Also darauf einzugehen, wäre für die MAB überhaupt nicht leistbar und daher verstehen wir auch nicht, weshalb sie dieses Szenario überhaupt ins Feld führt.

Dass nun, um mehr Transparenz zu schaffen, eine Leistungsvereinbarung vereinbart wurde, macht aus unserer Sicht absolut Sinn, zumal es sich um einen enorm hohen Betrag handelt, der eine grössere Auskunftspflicht verlangen muss, um ihn zu rechtfertigen. Wir würden es sehr begrüssen, die MAB einer Betriebsanalyse zu unterziehen, da uns die Argumentation der Akademie etwas ratlos zurücklässt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Béla Bartha.

Béla Bartha (GAB): Ich spreche heute für das GAB und die SP-Fraktion. Wir begrüssen diesen Bericht sehr und unterstützen auch den Ratschlag der Regierung. Die rechtliche Verbindung des Kantons zu den verschiedenen Instituten auf dem Campus der Musik-Akademie erschliesst sich einem nicht auf den ersten Blick. So geht es hier im Ratschlag um die Unterstützung der Musik-Akademie Basel und nicht um die Hochschule für Musik, die sich ebenfalls auf dem Campus befindet, aber ein Teil der Fachhochschule Nordwestschweiz ist.

Wie im Bericht beschrieben, ist die MAB eine privatrechtliche Stiftung, deren Zweck es ist, der Bevölkerung professionellen Musikunterricht anzubieten. Etwas befremdlich kommt die Aussage im Bericht daher, dass die Stadt aus rechtlicher Sicht eigentlich gar nicht verpflichtet wäre, eine private Stiftung zu unterstützen. Bleibt dann aber die Frage, wer sich dann um die Sicherstellung der musikalischen Bildung, die in der Bundesverfassung Artikel 67a verankert ist, kümmern soll. Wir erinnern uns an den Hilferuf von Herrn Christ von der MAB um die mehr finanziellen Mittel für den Abbau der Warteschlangen, die im Mai auf scheinbar 1'000 Schulanwärter*innen angewachsen war. Ein Blick in die nationale Musiklandschaft zeigt, dass dieses Problem in verschiedenen Kantonen existiert und diesem auf ganz unterschiedliche Art und Weise begegnet wird. Manchmal erfolgreich, manchmal weniger. Interessant ist hier die Feststellung, dass es in Basel im Unterschied zu anderen Kantonen keine Verpflichtung bzw. die gesetzliche Grundlage gibt, für ein genügend grosses Angebot zu sorgen.

In Basel gibt es viele Anbieter von Musikunterricht. Musikschule Basel, die Musikschule Jazz und die Musikschule Schola Cantorum. Sie alle bieten Angebote für Ausbildung von Laien an. Sie alle bemühen sich nach Kräften, aber es fehlt eine koordinierende und ordnende kantonale Grundlage, die sich beispielsweise für eine bessere Verteilung der Schüler*innen zwischen den Institutionen einsetzt und darum kümmert.

Wir sehen in diesem Sinne der Umsetzung der Motion von Johannes Sieber und Konsorten betreffend Erlass eines Musikschulgesetzes mit Spannung entgegen, die hier, so hoffen die Motionär*innen, bessere Grundlagen und Abhilfe schaffen kann. Wir folgen dem Ratschlag der Regierung, der doch eine stattliche Summe für die Musik-Akademie bereitstellt und eine Anpassung der Personalstruktur in der Verwaltung für eine Professionalisierung der Betriebsführung beinhaltet. Es sei hier die ketzerische Frage erlaubt, weshalb eine Professionalisierung nicht zu einer Effizienzsteigerung und zu tieferen Kosten führt. Das ist wohl eine andere Geschichte, also wir werden daraus keinen Antrag stellen.

Das GAB und die SP unterstützen den Ratschlag der Regierung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP spricht Nicole Kuster.

Nicole Kuster-Simon (LDP): Es wurde schon viel Gutes gesagt, ich versuche mich kurz zu fassen. Vorliegend geht es um die Förderung von musikalischer Bildung, womit der Kanton seinem verfassungsrechtlichen Auftrag nachkommt. Auch wenn die Musik-Akademie in der Öffentlichkeit oft als Teil des staatlichen Apparates wahrgenommen wird, ist die Musikschule keine öffentliche Institution, sondern eine private Stiftung, deren Mittel der Öffentlichkeit gewidmet werden. Die Musik-Akademie ist eine bedeutende private Musikschule Basels, sie ist aber nicht die einzige. Grundsätzlich hat der Staat keinerlei Verpflichtung zur finanziellen Beteiligung an privaten Musikschulen, aber wenn er Private unterstützt, muss er dies im Rahmen der Rechtsgleichheit tun. Es gibt verschiedene private Musikschulen im Kanton, diese sollen im Rahmen einer Gesamtbeurteilung miteinbezogen werden. Es muss gesamtheitlich ein Konzept erarbeitet werden. Dies alles wird ja dank der überwiesenen Motion von Johannes Sieber geschehen.

Zusammengefasst begrüsst die LDP, dass eine sorgfältige Gesamtbeurteilung der Musikschullandschaft vorgenommen wird und empfiehlt den Staatsbeitrag gemäss Ratschlag zur Zustimmung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein Einzelvotum hat sich Eric Weber gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ganz kurz, ich spreche nur zu diesem Geschäft, weil ich sagen möchte, ich stimme zu. Ich war 1984 Mitglied der Kommission vom Grossen Rat für die Musik-Akademie und das vergesse ich ein Leben lang nicht, dass ich auch als Grossrat einmal in meinem Leben Mitglied war von der Kommission damals für die Musik-Akademie. Wir hatten Sitzungen bei der Musik-Akademie und der Umgang war immer sehr freundlich. Ich habe das in guter Erinnerung und darum stimme ich zu. Ich weiss gar nicht, ob es diese Kommission noch gibt. Als Schlussfrage, gibt es diese Kommission noch, Herr Präsident?

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich bin hier kein Auskunftsbüro, das kann man sonst mal behandeln. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. In der zweiten Runde verzichten der Regierungsrat und die Kommissionssprecherin. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 6 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Ausgaben

2. Teuerungsausgleich

3. Zinsloses Darlehen

Publikations- und Referendumsklausel.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004832, 13.11.24 10:17:23]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für die Musik-Akademie Basel werden Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 59'012'352 (Fr. 14'753'088 p.a.) für die Jahre 2025 bis 2028 bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss den Bestimmungen in § 12 Abs. 2 des Staatsbeitragsgesetzes wird vom Regierungsrat jährlich separat beschlossen.

3. Das zinslose Darlehen von Fr. 735'000 (Stand 31. Dezember 2023, Amortisation Fr. 5'000 p.a.) wird in Erneuerung des Grossratsbeschlusses vom 10. Dezember 1953 weitergeführt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wurde angenommen mit 92 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und einer Enthaltung.

7. Gesetz betreffend Lohngleichheitsanalysen (Lohngleichheitsanalysengesetz, LAG), Bericht der WAK

[13.11.24 10:17:30, 22.0834.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Das Wort geht an deren Sprecher Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Ich übernehme hier die Rolle als Kommissionssprecher entgegen dem Bericht von Andrea Knellwolf, die aus gesundheitlichen Gründen ihre Stimme schonen muss und danke Ihnen. Ich danke ihr aber für die gute Vorbereitung, auf die ich mich zu grossen oder zu praktisch ganzen Teilen stützen werde.

Obwohl der Grundsatz, dass Frauen und Männer Anspruch auf den gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit haben, seit 1981 in der Bundesverfassung verankert ist, besteht bis heute ein grosser Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern. Das 1996 in Kraft getretene Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann sollte die Durchsetzung des verfassungsrechtlichen Anspruchs auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit erleichtern. Trotz dieses Bundesgesetzes bestand und besteht ein unerklärter Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern weiter.

Zusammen mit dem Bund lancierten die Sozialpartner im Jahr 2009 das Projekt «Lohngleichheitsdialog». Ziel der Trägerschaft war es, Arbeitgebende zur Durchführung einer freiwilligen Lohngleichheitsanalyse zu motivieren. Allerdings haben sich nur äusserst wenig Arbeitgebende an diesem Projekt beteiligt, weshalb der Bundesrat 2017 beschloss, die

verfassungsrechtliche Lohngleichheit mit zusätzlichen Massnahmen mittels Revision des Gleichstellungsgesetzes durchzusetzen. Seit dem 1. Juli 2020 ist die Änderung des eidgenössischen Gleichstellungsgesetzes in Kraft, das die Unternehmen mit 100 oder mehr Angestellten verpflichtet, eine betriebsinterne Lohngleichheitsanalyse durchzuführen. Der Bundesrat hatte in seiner Botschaft ursprünglich einen Schwellenwert von 50 Angestellten vorgeschlagen, wodurch schweizweit 54 Prozent der Arbeitnehmenden unter die Lohngleichheitsanalysepflicht gefallen wären. Dieser Schwellenwert wurde allerdings in der parlamentarischen Debatte auf 100 Mitarbeitende angehoben.

Mit einer Motion Amacher wurde gefordert, dass der Kanton Basel-Stadt im Erreichen der Lohngleichheit eine Vorbildfunktion einnimmt und die Lohngleichheitsanalysepflicht strenger umsetzt als das Bundesgesetz es verlangt. Der Regierungsrat hat in Erfüllung seines Auftrags dem Grossen Rat Ende Oktober 2023 einen Gesetzesentwurf diesbezüglich vorgelegt.

Wie in der Motion gefordert, wird der Schwellenwert auf 50 Mitarbeitende gesenkt. Im Weiteren orientiert sich der Gesetzesentwurf des Regierungsrats weitgehend an Artikel 13a folgende Gleichstellungsgesetz. Dies führt dazu, dass der Entwurf zum Lohngleichheitsanalysegesetz in einigen Punkten von den Forderungen der Motion abweicht. So ist vorgesehen, dass auf eine Wiederholung der Analyse verzichtet werden kann, wenn gemäss dem Analyseresultat von der Einhaltung der Lohngleichheit ausgegangen werden kann. Zudem enthält der regierungsrätliche Gesetzentwurf eine sogenannte Sunset-Klausel. Die Geltungsdauer des Gesetzes wurde analog zur Regelung auf nationaler Ebene auf 12 Jahre ab in Kraft treten festgelegt. Die Motion sieht weder Ausnahmen von der Wiederholungspflicht noch eine Befristung der Geltungsdauer des Gesetzes vor. Um Doppelspurigkeiten zu verhindern, sieht der vorgelegte Gesetzesentwurf zudem vor, dass bereits bestehende Lohngleichheitsanalysen anerkannt werden, sofern sie nicht mehr als vier Jahre zurückliegen. In Bezug auf die Kommunikation der Ergebnisse verzichtet der Regierungsrat auf die Informationspflicht der Aktionärinnen und Aktionäre von börsenkodierten Gesellschaften.

Mit der Senkung des Schwellenwerts auf Arbeitgebende mit 50 Mitarbeitern im Kanton Basel-Stadt würden 169 Unternehmen unter das kantonale Lohngleichheitsanalysengesetz fallen, welche vom eidgenössischen Gleichstellungsgesetz nicht betroffen sind. Diese 169 Unternehmen umfassen knapp 12’000 Mitarbeitende. Insgesamt würden 403 Firmen im Kanton Basel-Stadt unter das LAG und Artikel 13a GlG fallen. Damit würden 79 Prozent der Mitarbeitenden mindestens einmal in einer Lohnanalyse berücksichtigt werden.

Kommissionsberatung. Die WAK hat das Geschäft an fünf Sitzungen beraten und sechs Hearings durchgeführt. Auf diese wird im schriftlichen Bericht ausführlich eingegangen. Es ging vor allem um die Bewertung der Analysetools, die Notwendigkeit von weitergehenden Lohnanalysen, bisherige Praxiserfahrung mit der Durchführung von betrieblichen Lohngleichheitsanalysen sowie die grundlegende Rechtsfrage, ob es sich bei der Regelung von Lohngleichheit um eine abschliessende Bundesaufgabe handelt oder daneben auf kantonaler Ebene noch Spielraum besteht.

Die Kommission hat sich ausführlich mit dem Thema auseinandergesetzt. Während der gesamten Beratung hat sich immer wieder gezeigt, dass die Einschätzung der Kommissionsmitglieder weit auseinandergehen. Obwohl die Motion vom Grossen Rat zur Ausarbeitung einer Vorlage überwiesen wurde, stiess der Gesetzesentwurf bei einem Teil der Kommissionsmitglieder auf Ablehnung.

Für die Mehrheit der Kommission ist klar, dass auch die Kantone in der Pflicht stehen, die seit 1981 in der Bundesverfassung verankerte Gleichstellung der Geschlechter zu fördern. Durch eine Lohngleichheitsanalyse könnten die Unternehmen ihre Lohnstruktur analysieren und werden in die Lage versetzt, allfällig historisch gewachsene Lohnungleichheiten zu bereinigen, wodurch sie sich von den Lohndiskriminierungsklagen schützen können. Ebenfalls ist für die Mehrheit der Kommission die Datenübermittlung an den Kanton, die im Gegensatz zur Bundesregelung im kantonalen Gesetzesentwurf vorgesehen ist, von zentraler Bedeutung. Bezüglich der Frage der Rechtsetzungskompetenz schliesst sich die Mehrheit der Beurteilung des Rechtsdienstes des Kantons an und er erachtet es als in der Kompetenz des Kantons zulässig an, hier gesetzgeberisch aktiv zu sein. Von der Mehrheit der Kommission wurde die Beschränkung der Geltungsdauer des LAG auf 12 Jahre bemängelt. Ein weiterer kritischer Punkt stellt die Lockerung der Wiederholungspflicht dar.

Trotz dieser festgestellten Mängel sieht die Mehrheit der Kommission von Änderungsanträgen am vom Regierungsrat vorgeschlagenen Gesetzesentwurf ab, da sie die Mehrheitsfähigkeit des Geschäfts im Plenum des Grossen Rates nicht gefährden will. Eine noch lockere Umsetzung des Anliegens der Motion erscheint der Mehrheit der Kommission nicht zielführend. Zu den weiteren Erwägungen der Kommissionsmehrheit verweise ich auf den schriftlichen Bericht und natürlich auch auf die folgende Debatte.

Das gleiche gilt für die Minderheit der Kommission, dennoch hier ein paar Ausführungen. Die Minderheit der Kommission stellt sich ganz grundsätzlich die Frage, ob in Bezug auf die Durchsetzung der Lohngleichheit überhaupt noch weiterer Handlungsbedarf generell und insbesondere auch auf Kantonsebene besteht. Zudem ist seit Publikation des Ratschlags des Regierungsrats die Lohnstrukturerhebung 2022 erschienen. Diese bestätigt einen langjährigen Trend, wonach die Lohnunterschiede seit Jahren rückläufig sind. Für die Minderheit der Kommission ist zudem die juristische Frage nach der Rechtsetzungskompetenz des Kantons klar.

Der Bund hat die Lohngleichheitsanalysepflicht abschliessend im eidgenössischen Gleichstellungsgesetz geregelt. Die Analysepflicht gilt für alle Unternehmen ab 100 Mitarbeitenden. Daher ist auf kantonaler Ebene weder die Erhöhung noch die

Senkung dieses Grenzwerts möglich. Darüber hinaus müssen im Kanton Basel-Stadt im Beschaffungswesen Unternehmen, die sich für einen öffentlichen Auftrag der kantonalen Verwaltung bewerben, einen Logib-Nachweis einreichen. Damit besteht im Bereich der Lohngleichheitsanalysen bereits eine ausreichende Regelungsdichte. Zudem hat gemäss Kommissionsminderheit die Wahl der Methode einen wesentlichen Einfluss auf das Resultat. Wertet man die gleichen Daten mit modernen Methoden aus, kommen Studien zum Schluss, dass der effektive Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern deutlich kleiner ausfällt. Auch für die weiteren Erwägungen der Minderheit wird ebenfalls auf den schriftlichen Bericht verwiesen.

Die Mehrheit der Kommission unterstützt vollumfänglich den vom Regierungsrat vorgelegten Gesetzesentwurf, während eine Minderheit der Kommission keinen Regelungsbedarf auf Kantonsebene sieht. Infolgedessen empfiehlt die Kommission dem Grossen Rat mit 7 zu 6 Stimmen die Zustimmung zum nachfolgenden Grossratsbeschluss. Einstimmig beantragt die Kommission die Abschreibung der Motion Nicole Amacher und zu den eingegangenen Anträgen hat die Kommission keine Meinung gefasst, weil sie erst nach der Kommissionsberatung eingegangen sind.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat spricht Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Im Anschluss an die Revision des Gleichstellungsgesetzes des Bundes haben Sie uns als Regierungsrat mit der Überweisung der Motion Amacher beauftragt, die Lohngleichheitsanalysen schon auch für Unternehmen ab 50 Mitarbeitenden einzuführen. Der Regierungsrat hat diese Motion so umgesetzt und Ihnen einen entsprechenden Ratschlag präsentiert.

Die Wirtschafts- und Abgabekommission, die sich verdankenswerterweise intensiv mit dem Bericht auseinandergesetzt hat, hat sich auch die Frage gestellt, ob der Kanton überhaupt die Kompetenz hat, in diesem Bereich zu legiferieren. Diese Frage hat sich natürlich auch der Regierungsrat gestellt in der Entwurfsphase des Gesetzes und ist unter anderem auch im Austausch mit dem Bundesamt für Justiz zum Schluss gekommen, dass so eine kantonale zusätzliche Legiferierung zulässig ist. Es gibt ein Gutachten, das sagt, dass das so nicht gehe. Auch dieses Gutachten haben wir seitens Regierungsrats geprüft. Wir kommen zum Schluss, dass der Kanton sich beim Lohngleichheitsanalysegesetz auf den Gesetzgebungsauftrag in der Bundesverfassung stützt. Dieser fordert nämlich Bund und Kantone auf, mittels Gesetz für die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter, vor allem in Familie, Ausbildung und Arbeit zu sorgen. Auch der Kanton ist also verpflichtet, Massnahmen zur Verwirklichung der Gleichstellung zu treffen. Die Herstellung der Überprüfung von Lohngleichheit stellt dabei ein Mittel dar, um dieses gesamtgesellschaftliche und sozialpolitische Ziel auch zu erreichen.

Der Bund hat mit dem GlG den Bereich der Lohngleichheitsanalyse nach Auffassung des Regierungsrats nicht gestützt auf eine umfassende Bundeskompetenz abschliessend geregelt, sondern es gibt hier keine umfassende Bundeskompetenz. Der Kanton verfügt über die Kompetenz, im Bereich der Lohngleichheitsanalyse ein kantonales Gesetz zu erlassen. Nun ist das eine rechtliche Frage. Die Meinungen gehen hier auseinander. Die rechtliche Überprüfung des Gesetzes durch unser Verfassungsgericht, unser Appellationsgericht wäre bei einer Annahme des Gesetzes selbstverständlich möglich und man darf oder muss wohl davon ausgehen, dass es zu so einer rechtlichen Überprüfung auch käme. Insofern denke ich, dass Sie als Grosser Rat heute politisch entscheiden können, ob Sie das wollen, diese zusätzliche Ausweitung der Lohngleichheitsanalysen oder ob Sie das nicht wollen. Die rechtlichen Fragen, meine ich, kann man dann dem überprüfenden Gericht auch überlassen.

Nun, was regelt der Gesetzesentwurf in Ergänzung zu den Ausführungen des Kommissionssprechers; das neue Gesetz sieht, und das ist der Kern des Ganzen, Lohngleichheitsanalysen in Unternehmen schon ab 50 Arbeitnehmenden vor. Damit werden zusätzlich kleinere Unternehmungen erfasst, die es in Basel natürlich in zahlreichem Ausmass gibt. Es ist auch so, dass häufig kleinere Unternehmen nicht über ein systematisches Lohnsystem verfügen, wodurch das Risiko grösser ist, dass eben Löhne nicht aufgrund von Anforderungen und Belastungen einer Funktion bestimmt werden und somit auch das Risiko von geschlechtsspezifischen Verzerrungen in der Tendenz erhöht ist. Lohngleichheitsanalysen gelten als geeignete Massnahme, da Lohndiskriminierungen meist unbewusst geschehen und mindestens ein Teil der Unternehmen nach einer Analyse dann auch freiwillig Massnahmen ergreift.

Das Gesetz enthält, wie in der Motion gefordert, drei zentrale Schritte. Erstens, die Unternehmen führen eine betriebsinterne Analyse der Löhne durch. Zweitens, die Durchführung dieser Analyse wird von Dritten geprüft, und drittens, die Arbeitnehmenden werden über die Ergebnisse informiert. Die Analyse wird von den Unternehmungen also eigenverantwortlich durchgeführt und welche Methode oder welches Instrument sie für die Analyse nutzen, das wird vom Gesetz nicht vorgegeben. Vorgabe ist einzig, dass es sich um eine wissenschaftliche und rechtskonforme Methode handelt. Die Analyse wird anschliessend, je nach Wahl des Unternehmens, durch die Arbeitnehmendenvertretung, durch ein Revisionsunternehmen oder eine Organisation nach Artikel 7 des Gleichstellungsgesetzes, das kann beispielsweise eine Gleichstellungsorganisation sein, überprüft. Privatrechtliche Arbeitgebende kommunizieren das Ergebnis ihren Angestellten, öffentlich-rechtliche Arbeitgebende veröffentlichen das Ergebnis zusätzlich.

Dem Regierungsrat war es wichtig, den Mehraufwand für die Unternehmen möglichst gering zu halten und auch Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Wir haben deshalb das Gesetz, wo immer das möglich war, analog zum Gleichstellungsgesetz des Bundes ausgearbeitet. In Abweichung von der Motion, der Kommissionssprecher hat es auch schon erwähnt, schlägt der Regierungsrat auch vor, dass auf eine generelle Wiederholungspflicht verzichtet wird, wie das auch im GlG des Bundes nicht vorkommt, diese Wiederholungspflicht. Die Analyse soll nur dann wiederholt werden, wenn das Ergebnis Probleme aufzeigt. Damit wird auch der Kritik hinsichtlich Aufwand bei den Unternehmen Rechnung getragen, die in der Vernehmlassung geäussert wurde. Ausserdem hat der Regierungsrat Ihnen vorgeschlagen, das Gesetz analog zum GlG auf Bundesebene auf 12 Jahre zu befristen. Bei der Erarbeitung des Gesetzes wurde ausserdem darauf geachtet, dass bestehende Lohngleichheitskontrollen und Analysen vom Gesetz anerkannt werden. In diesem Punkt bietet der Gesetzesentwurf sogar mehr Flexibilität als das GlG.

Schliesslich ist vorgesehen, dass die wichtigen Sachdaten dem Kanton übermittelt werden. Dies betrifft beispielsweise das Ergebnis der Analyse oder die gewählte Methode, aber keine Personenangaben, keine konkreten Löhne, keine detaillierten methodischen Auswertungen. Die Sachdaten, die ermöglichen dem Kanton die Umsetzung des Gesetzes zu analysieren, der Kanton kann zudem Empfehlungen aussprechen. Dabei handelt es sich aber tatsächlich nur um Empfehlungen allgemeiner Art und wird eine Empfehlung dann nicht umgesetzt, hat der Kanton keine Möglichkeit, Massnahmen direkt einzufordern. Der Staat hat hier keinen Kontrollauftrag, das LAG setzt auf die Eigenverantwortung der Arbeitgebenden, entsprechend enthält das Gesetz auch keine Sanktionsmöglichkeiten.

Wenn Sie das Gesetz heute so beschliessen, dann wird Basel-Stadt eine zusätzliche Vorbildfunktion einnehmen im Bereich der Lohngleichheitsanalysen. Wir sind mit diesem Basel Finish aber nicht ganz allein in der Schweiz. Es gibt auch den Kanton Jura, der entsprechend auch Lohngleichheitsanalysen für Unternehmen ab 50 Mitarbeitenden bereits eingeführt hat.

Wichtig ist auch zu betonen, dass der Regierungsrat einen moderaten Vorschlag vorlegt. Die in der Vernehmlassung geäusserte Kritik hinsichtlich des Mehraufwands wurde ernst genommen, der Entwurf trägt die Rechnung und verzichtet eben insbesondere, wie erwähnt, auf eine generelle Wiederholungspflicht.

Aus all diesen Gründen beantragt Ihnen der Regierungsrat, das vorliegende Lohngleichheitsgesetz zu genehmigen und die Motion Amacher und Konsorten abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen damit zu den Fraktionsvoten und da hat sich zuerst gemeldet und steht bereit, Lorenz Amiet für die SVP.

Lorenz Amiet (SVP): Namens der SVP beantrage ich Ihnen Nichteintreten auf diesen Ratschlag, Ablehnung des Geschäftes und ich nehme es vorweg, auch Ablehnung des Abänderungsantrages, welcher auf Ihrem Pult gelegen ist. Weiter, wo wir uns einig sind mit den Anträgen, die schon auf dem Tisch liegen, wir sind mit dem Abschreiben der Motion Amacher selbstverständlich einverstanden.

Ich habe zum Thema Lohngleichheit schon bei anderen Geschäften hier betont, Lohngleichheit zwischen den Geschlechtern ist unternehmerische Vernunft, ist gesellschaftliche Verpflichtung und ist moralische Selbstverständlichkeit. Das sage ich als Arbeitgeber, das sage ich als Unternehmer und das sehen mittlerweile auch die allermeisten Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber so, weil, das sieht man im Bericht deutlich, seit 2008 hat sich die Lohnungleichheit zwischen Geschlechtern nahezu halbiert. Das ist die Lohnungleichheit, das ist noch nicht die unerklärliche Lohnungleichheit. Wenn man die unerklärten Lohnunterschiede anschaut, dann stellt man fest, diese sind bereits nahezu verschwunden. Das ist auch irgendwo logisch mit dem Fachkräftemangel. Da schauen Sie als Arbeitgeber dazu, dass Sie Ihre guten Leute behalten. Da wollen Sie ganz sicher nicht jemanden verärgern, indem Sie einer Person weniger Lohn zahlen, nur weil es eine Frau ist. Der Anspruch auf Fairness ist bei den Generationen X, Y und Z auch deutlich höher als bei früheren Generationen und wenn man sich als Arbeitnehmerin ungerecht behandelt fühlt, weil man das Gefühl hat oder feststellen musste, dass man weniger verdient als der männliche Arbeitnehmer gleich nebenan, ja, dann zieht man Konsequenzen. Kommt noch dazu, dass mit den sozialen Medien das Suchen und Finden von neuen Arbeitsplätzen deutlich einfacher geworden ist. Also Sie sind dann ziemlich schnell weg, wenn Sie das Gefühl haben, dass Sie ungerecht behandelt werden.

Worüber sprechen wir hier also. Wir sprechen über ein Gesetz gegen ein Problem, welches dabei ist, sich selbst abzuschaffen. Wir sprechen über ein Gesetz, welches mittelgrosse Unternehmen, also solche mit 50 bis 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, etwa zwei Tage beschäftigt. Und wir sprechen über ein Gesetz, welches dem Staat Daten zuschanzen will, welche dieser nicht braucht und welche diesem nicht zustehen. Falls Sie nun den Verdacht haben sollten, dass ich hier in eigener Sache spreche, kann ich Ihnen versichern, Staatsausschreibungen sei Dank habe ich die Arbeit schon zweimal gemacht. Für mich also kommt dieser Entscheid ohnehin zu spät. Was ich Ihnen bestätigen kann, ist der Aufwand, die zwei Tage, die stimmen etwa so, und was ich Ihnen aber auch sagen kann, ist die Aussagekraft, wenn Sie dann eine solche Analyse machen mit dem Logib-Modul 2, ist äusserst dürftig. Es handelt sich hier nicht um eine Radarfalle, welche entscheidet auf den Stundenkilometer genau, ob Sie ein bisschen zu schnell gefahren sind oder nicht, sondern je nachdem,

mit welchen Daten, wie Sie das System füttern, kommen da zum Teil ziemlich abstruse Aussagen zum Vorschein. Eine Aussage war einmal, dass ich meinen Mitarbeiterinnen massiv zu viel zahle.

Wie wenn das alles also nicht schon genug Argumente wären, kommt nun Professor Uhlmann, eine sehr eine kompetente Person auf dem Feld, und spricht uns als Kanton die Rechtsetzungskompetenz ab. Wenn Sie den Bericht gelesen haben, dann haben Sie vielleicht gesehen, dass die Vertreterin des Bundesamtes für Justiz sich ebenfalls in diesem Sinn geäussert hat. Wir dürfen also davon ausgehen, das wurde auch schon bereits vom Regierungspräsidenten gesagt, dass bei einem Ja heute, das Gesetz juristisch angefochten wird und Jahre lang eine juristische Auseinandersetzung droht. Falls das Bundesgericht dann in etwa vielleicht im Jahr 2028 plus-minus wider Erwarten zum Entschluss kommen sollte, dass uns diese Gesetzgebungskompetenz zusteht, dann dürfte, bis das Gesetz dann in Kraft ist 2029 oder 2030, auch noch das letzte bisschen unerklärte Lohnungleichheit verschwunden sein. Und spätestens dabei stellen Sie auch fest, es geht ja nicht nur um eine juristische Frage, es geht auch um eine politische Frage, wenn ein Gesetz erst dann in Kraft tritt, wenn das Problem definitiv sich selbst abgeschafft hat.

Ich fasse also zusammen, wir stimmen hier über ein Gesetz ab, das wir nicht brauchen, und wenn ich wir sage, dann meine ich alle, nicht nur die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, auch die Arbeitnehmerinnen, das rechtlich mutmasslich unzulässig ist und dessen Durchsetzung keine Werkzeuge hat, welche wirklich taugen und funktionieren. Ich bin Ihnen selbstverständlich dankbar, wenn Sie das ähnlich sehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Zwischenfragen von Nicole Amacher und Johannes Sieber werden angenommen. Zuerst Nicole Amacher.

Nicole Amacher (SP): Sie haben gesagt, die unerklärte Lohngleichheit ist quasi nicht mehr vorhanden und schafft sich selber ab. Was für Quellen haben Sie da, weil laut Bundesamt für Statistik ist die seit etwa zehn Jahren gleichgeblieben. 2014 7,4 Prozent und heute immer noch 7,8 Prozent.

Lorenz Amiet (SVP): Es gibt eine Studie zu dieser Frage, ich meinte, sie ist von der Universität St. Gallen dieses Jahr publiziert worden, welche von einer Zahl spricht um die 2 Prozent.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wie es aussieht, wurde die zweite Zwischenfrage zurückgezogen. Wir kommen damit zur Sprecherin für die LDP Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Die LDP beantragt Ihnen Nichteintreten auf dieses Geschäft, obwohl wir Lohngleichheit wichtig finden und uns auch freuen, dass der Lohnunterschied in den letzten Jahren zurückgegangen ist. Massnahmen, die diese Entwicklung sinnvoll und statistisch valide vorantreiben, prüfen wir sehr gerne. Hier sehen wir diese Punkte aber leider nicht erfüllt. Wo macht es wirklich Sinn, KMU staatlich bürokratische Massnahmen aufzuerlegen, und wo ist das zu erwartende Resultat und dessen Aussagekraft den Aufwand schlicht nicht wert. Als Partei, die sich seit jeher unter anderem stark dem Gewerbe verpflichtet, ist die geforderte Lohngleichheitsanalyse für Firmen mit mehr als 50 Mitarbeitenden für uns eine hindernde und schädliche Bürokratieauflage, ohne wissenschaftlich zweifelsfreie Wirkung. Ein weiteres Paradebeispiel für unser kleines Streber-Basel, das alles sicherheitshalber noch etwas gründlicher machen will als bereits vorgesehen, auch wenn der Nutzen, wie in diesem Fall, sehr beschränkt ist.

Aus vielen Gesprächen, aber auch aus eigener Erfahrung weiss ich, dass die könnte, sollte, müsste, würde gerne noch Liste in vielen KMU sehr lange ist und die Phasen der Möglichkeit zur Abarbeitung aufgrund der kleinen Teams und oftmals ausgelasteter Strukturen sehr rar. Die rund zwei Tage, die die Lohngleichheitsanalyse einer kleinen Unternehmung stiehlt, könnten für Konstruktiveres genutzt werden, als für eine statistisch sehr beschränkt aussagekräftige Lohngleichheitsanalyse. Dass dies so ist, wurde in den Hearings gemäss Bericht von Professorin Conny Wunsch bestätigt.

Eine ungenaue Lohngleichheitsanalyse, wie sie in kleinen Unternehmen aufgrund der geringen Datenmenge und Vergleichbarkeit entstünde, bringt schlicht und einfach nichts, insbesondere dann, wenn sie bei Vorhandensein sehr vieler oder sehr weniger Personen eines Geschlechts weiter drastisch an Aussagekraft verliert. Einzig über das Risiko einer möglichen Lohndiskriminierung Bescheid zu erhalten, aber keine eindeutig bezifferten Resultate zu erhalten, bringt kaum den hier gewünschten Fortschritt. Gerade KMUs müssen für konkrete und weiterführende Einsichten teure externe Expertise beiziehen oder weit mehr Zeit aufwenden. Das ist unrealistisch und hilft somit der Bekämpfung von Lohnungleichheit nicht weiter. Die vorliegende Idee stellt zudem die Kleinen der KMUs unter eine Art unterschwelligen Generalverdacht, Lohnungleichheit als Erfolgsfaktor zu nutzen. Der Staat will das durch die Überwachung der Daten genau beobachten. Das tut den Kleinkraftwerken unserer Wirtschaft schlichtweg Unrecht.

Leider ändert auch der Änderungsvorschlag der GLP nichts an der aufgezeigten Ausgangslage, auch wenn die Stärkung von Teilzeitstellen grundsätzlich sinnvoll und auch im Sinne der Politik der LDP ist. Wir lehnen ihn dennoch ab. Gerne erinnere ich an dieser Stelle an den Wahlkampfauftakt der GLP im August, sowohl Parteipräsident als auch Fraktionspräsidentin teilten dort medial mit, dass die Partei in wirtschaftsliberalen Angelegenheiten stärker werden möchte. Und ja, liebe GLP, das wäre nun eine gute Gelegenheit, diesen Worten Taten zu folgen, bevor die neue Legislatur angebrochen ist. Wäre das nicht was?

Wir sehen den Schlüssel zur Vorantreibung von Lohngleichheit in der informativen Sensibilisierung von Arbeitgebern und nicht in weitestgehend wirkungslosen zeitfressenden und wenig aussagekräftigen Bürokratie-Baustellen. Des Weiteren sehen wir die bereits bestehende Möglichkeit, beim Verdacht auf Lohnungleichheit rechtlich vorzugehen, als zu Recht unangenehmen und notwendigen Weckruf für Arbeitgebende, die die Lohngleichheit noch nicht einhalten. Möglichkeiten, diesen Rechtsweg einzuschlagen, gibt es viele, auch niederschwellig zugängliche.

Aus diesem Grund beantragen wir Nichteintreten, werden den Änderungsantrag der GLP ablehnen und im Falle des nicht Zustandekommens von Nichteintreten, den Ratschlag ablehnen. Wir bitten Sie, dies uns gleichzutun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die GLP spricht Niggi Daniel Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Die Lohngleichheit ist ein wichtiges Anliegen und es gilt zu verhindern, dass für gleiche Arbeit unterschiedliche Löhne ausgerichtet werden, unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder sonstigen Faktoren. In der Gesellschaft darf Lohnungleichheit keinen Platz haben, diesbezüglich sind sich alle einig. Die Fraktion der GLP unterstützt dieses Anliegen auch, wo immer es Sinn macht.

Mit dem nationalen Gleichstellungsgesetz hat der Bund im Bereich Arbeitnehmer*innenschutz eine gesetzliche Grundlage geschaffen, aufgrund derer Betriebe ab 100 Mitarbeitenden eine Lohngleichheitsanalyse durchführen müssen, um den Nachweis zu erbringen, dass es keine Ungleichheit bei der Lohnbemessung gibt. Nun soll im Kanton Basel-Stadt, wie in der Motion gefordert, der Schwellenwert auf 50 Mitarbeitende gesenkt werden, da die nationale Gesetzgebung nicht genügend Effekt habe und dass trotz dieser noch ein hoher Anteil an und Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau bestünde. Die damalige Fraktion der GLP hat das Anliegen aktiv unterstützt, da man selbstverständlich der Lohnungleichheit entgegenwirken wollte.

Seit der Überweisung an den Regierungsrat im Juni 2020, also vor vier Jahren, wurde die Vorlage ausgearbeitet und in der WAK beraten. Diese Beratung enthielt zahlreiche Hearings von Verbänden, Vollzugsbehörden und Unternehmen. Die umfassenden Informationen aus den Gesprächen mit Expert*innen zeigten einige Fakten, welche an der Sinnhaftigkeit einer Senkung des Schwellenwertes zweifeln lassen. Um hier nur einige Beispiele zu nennen, welche dazu anregen müssen, die Senkung zu hinterfragen: Ein juristisches Kurzgutachten hat aufgezeigt, dass der Kanton in diesem Falle keine Gesetzgebungskompetenz hat und Bundesrecht nicht verschärfen könne. Es ist das Ziel, einer systematischen Lohndiskriminierung entgegenzuwirken, welches statistisch aber bei einem kleinen Anteil der Arbeitsverhältnisse zu verordnen sind.

Neben den Lohnunterschieden aufgrund objektiver Faktoren, unterschiedliche Bildung, Berufserfahrung, Alter und Jobprofil, beträgt der unerklärte Anteil der Lohnunterschiede bei der Lohnstrukturerhebung 2020, auch vor vier Jahren, rund 8,6 Prozent. Im vorliegenden Fall würde das bedeuten, dass das 14 Unternehmen wären, die noch ungeklärte Lohnunterschiede haben, was nicht unbedingt auf das Geschlecht hinzuweisen scheint. Der ungeklärte Lohnunterschied kann eine geschlechterspezifische Lohndiskriminierung darstellen, kann aber auch andere Ursachen haben, zum Beispiel Herkunft, Grenzgänger, etc. Das Analysetool wurde analysiert und es wurde die Aussage gemacht, dass die statistischen Analysen keine Aussagekraft bei Unternehmen mit weniger als 100 Mitarbeitenden haben. Daraus lässt sich schliessen, dass das vorhandene Instrument ungeeignet ist und Alternativen zu denselben Konditionen angeboten werden müssen. Letztlich sei auch eine Studie zu erwähnen, welche ausweist, dass 99,3 Prozent der Unternehmen, welche das Logib-Tool benutzen, keine Lohnunterschiede ausweisen. Dies zeigt doch, dass ein grosser Aufwand für einen äusserst kleinen Impact notwendig ist.

Diese Beispiele gehören ebenso in die Güterabwegung wie die Berücksichtigung des Aufwandes für die Unternehmen und Organisationen. Da sind auch NPOs davon betroffen. Es kann durchaus sein, dass ein Betrieb mit 38 Vollzeitstellen an der Lohngleichheitsanalyse teilnehmen muss, der zahlreiche Personen in Teilzeitpensen beschäftigt und so die Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf, Studium, Weiterbildung, Care-Arbeit, ehrenamtlichen Engagement in Vereinen, aber auch den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt ermöglicht. Diese arbeitnehmer*innenfreundliche Haltung wird damit belohnt, dass der Betrieb an der Lohngleichheitsanalyse teilnehmen muss. Für diesen Betrieb ist es sehr relevant, ob seine Teilzeitmitarbeiter*innen im Personalwesen zwei Tage aufwenden, um den Kanton mit Daten zu beliefern, welche gemäss Aussagen der Regierung lediglich auf das Thema sensibilisieren sollen. Eine Konsequenz einer Zuwiderhandlung ist meines Wissens nicht vorgesehen.

Es wird argumentiert, dass diese zwei Tage nicht überbewertet werden sollen, es sei ja für eine sinnvolle Sache. Das kann man so sehen, wenn wir nicht in der Summe immer mehr Auflagen und administrative Aufwände auf die Betriebe überwälzen würden. Die nächste gute Sache ist mit dem Steuerabzug bereits in der Pipeline, wieder ein Zusatzaufwand für die Betriebe. Nicht zu vergessen sind die Lohnmeldungen an den Kanton, welche in jüngster Vergangenheit eingeführt wurden. Haben Sie sich schon mal überlegt oder nachgefragt, wozu und ob diese Daten überhaupt genutzt werden? Gehen wir davon aus, dass nun zusätzliche 170 Unternehmen mit Sitz in Basel-Stadt jeweils zwei Tage zur Erhebung aufbringen müssen, dann sprechen wir hier von einem Arbeitsvolumen von 68 Wochen, beeindruckende 1,3 Jahre. 1,3 Jahre werden Daten gesammelt, die niemand wirklich benötigt. Es wäre für unsere Gesellschaft von Interesse, wenn dieses Arbeitsvolumen wertschöpfend oder sinnstiftend eingesetzt würde.

Zusammengefasst sind das eigentlich alles gute Gründe, die eine Ablehnung nahelegen. Ich bedaure es sehr, dass in der Kommission keine Einigung zustande gekommen ist und auch eine Modifikation zu Vollzeitäquivalenten keine Zustimmung fand. In diesem Geschäft scheint zumindest auf einer Seite kollektiv das Augenmass verloren gegangen zu sein.

Die Grünliberale Fraktion nimmt das Anliegen nach wie vor ernst, ist aber dezidiert der Meinung, dass Verhältnismässigkeit und Augenmass ein wichtiger Faktor bei der Umsetzung von Massnahmen sind, welche zusätzliche administrative Aufwendungen verursachen, wie im vorliegenden Fall für Unternehmen und Organisationen. Einige werten die Verschärfung als unnötig und belastend, andere gehen davon aus, dass mit dieser Massnahme vielleicht auch etwas erreicht werden kann. Einig ist sich die Fraktion aber in der Tatsache, dass eine mögliche Verschärfung bei den Lohngleichheitsanalysen bei der Reduktion, übrigens analog zur Vernehmlassungsantwort, der Schwellenwert zwingend in Vollzeitäquivalenten fixiert werden muss und nicht anhand der angestellten Personen, was mit dem eingereichten Änderungsantrag gefordert wird. Folgen Sie aufgrund der dargelegten Fakten und der Entlastung von Betrieben und Organisationen diesem Änderungsantrag.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie nehmen die Zwischenfrage an, entnehme ich Ihrem Fokus auf den Bildschirm. Damit darf Franz-Xaver Leonhardt eine Frage stellen.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Ich habe eine Frage, Sie haben vorher von Augenmass geredet. 38 wäre noch machbar und finden Sie, ab 50 wäre das Augenmass nicht mehr relevant?

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Grundsätzlich würde die Reduktion mit wenig Augenmass erfolgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Heidi Mück.

Heidi Mück (GAB): Einfach noch einmal, um einen Schritt zurück zu machen, es geht hier um die Erfüllung einer Motion, die zwei Mal erfolgreich in diesem Hause überwiesen wurde. Der Ratschlag, über den wir hier diskutieren, orientiert sich stark am nationalen Gleichstellungsgesetz, welches Lohngleichheitsanalysen für Unternehmen ab 100 Mitarbeitenden verlangt. Interessant ist dabei ja noch, dass der Bundesrat, der ja nicht dafür bekannt ist, die KMU einfach zu plagen, schon vor über zehn Jahren ein Gesetz vorschlug, das Lohngleichheitsanalysen schon für Unternehmen ab 50 Mitarbeitenden verlangte. Dieser Vorschlag wurde ja dann, das haben wir gehört, vom bürgerlich dominierten Parlament auf nationaler Ebene abgeschwächt. Der Hintergrund für den Vorschlag des Bundesrats war die Erkenntnis, dass die Bemühungen, bei der Lohngleichheit mittels Lohngleichheitsanalysen vorwärtszukommen, auf freiwilliger Basis nichts fruchteten, also wurde eine gesetzliche Regelung geschaffen.

Nun präsentiert der Regierungsrat also ein neues kantonales Lohngleichheitsanalysegesetz, das einen klar sozialpolitischen Zweck verfolgt und zusätzlich zur bundesrechtlichen Bestimmung gelten soll. Das liegt, genau wie die Festlegung eines Mindestlohns, in der Kompetenz des Regierungsrats, obwohl es da ja auch andere Meinungen gibt. Ja, das mit den anderen Meinungen ist so eine Sache. Es ist ja eigentlich spannend, wenn in einer Kommission verschiedene Meinungen geäussert werden und es dann zur Diskussion und sogar zu Verhandlungen kommt. Die Beratung dieser Vorlage in der WAK fand ich aber ziemlich frustrierend, weil es zwei komplett auseinandergehende Seiten gab, die sich auch nach mehreren Hearings mit sehr kompetenten, klugen Menschen keinen Schritt annähern konnten. Also ich verzichte jetzt noch Beispiele aus den Hearings zu bringen, ich hätte zwar ein Gegengewicht geben können zu meinem Vorredner, doch ich möchte den Bogen nicht überspannen.

Die vorliegende Lösung ist aus unserer Sicht schon ziemlich weichgespült. Der Regierungsrat wollte den Unternehmen so weit als möglich entgegenkommen. So ist die Geltungsdauer des neuen Gesetzes auf 12 Jahre beschränkt und Unternehmen, die einmal eine positive Analyse hatten, müssen sie nie mehr wiederholen. Doch es hat überhaupt keinen Sinn, in der WAK über allfällige Verbesserungsmassnahmen zu diskutieren, so grundsätzlich war die Ablehnung dieser

Vorlage, was mich angesichts der zweimaligen Überweisung der zugrundeliegenden Motion schon ein wenig überrascht, wenn nicht zu sagen, befremdet hat. Klar ist es eine politische Frage. Die Meinungen gingen aber so weit auseinander, dass wir nicht in die Verhandlungen einsteigen konnten.

Es ist eine politische Frage, weil die nicht erklärbaren Lohnunterschiede zwischen Frau und Mann, die sind tatsächlich real und die Lohndiskriminierung wurde im Jahr 2024 noch nicht überwunden und ich finde es ein bisschen ärgerlich, wenn hier einfach der Handlungsbedarf negiert wird und sogar eine so schwache Massnahme wie das vorliegende Gesetz zur Katastrophe für die betroffenen Unternehmen hochstilisiert wird. Es geht doch darum, Wissen zu generieren, es geht darum, zu sensibilisieren, es hat ja nicht einmal Sanktionsmöglichkeiten drinnen.

Ich möchte Ihnen einfach zum Schluss sagen, es tut den Unternehmen doch nicht so weh, Wissen zu generieren, wie es bei ihnen konkret mit der Lohngleichheit steht. Lohndiskriminierung tut den Betroffenen aber ziemlich weh und deshalb bitte ich Sie, der Vorlage, so wie sie jetzt kommt, zuzustimmen, darauf einzutreten und in der Schlussabstimmung ihr auch zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die FDP hat Luca Urgese das Wort.

Luca Urgese (FDP): Die FDP-Fraktion beantragt Ihnen ebenfalls, nicht auf dieses Geschäft einzutreten und wird das, sofern wir darauf eintreten, in der Schlussabstimmung ablehnen.

Lassen Sie mich zuerst festhalten, dass auch eine zweimalige Überweisung einer Motion kein Präzedenzfall oder ein Vorentscheid ist, sondern dass das Parlament nach wie vor frei ist darüber zu entscheiden, ob dann die konkrete Vorlage unterstützt wird oder nicht, sonst werde ich Sie dann gerne daran erinnern, wenn wir über Steuerfragen hier drin wieder entscheiden, die ebenfalls zweimal überwiesen wurden von diesem Gremium. Aber ich möchte mich hier nachfolgend auf vier Punkte noch konzentrieren, weil ich möchte nicht so repetitiv werden gegenüber den Vorrednerinnen und Vorreden.

Zuerst die rechtliche Frage. Das eidgenössische Gleichstellungsgesetz hat eigentlich sehr klar festgeschrieben, wo die kantonalen Regelungsmöglichkeiten sind und implizit damit auch gesagt, wo nicht. Insofern das Gutachten, das uns jetzt vorliegt, spricht eine sehr deutliche Sprache. Es gibt Unterschiede zu anderen Fällen, wie beispielsweise der Mindestlohn, wo ja der Bund explizit nicht geregelt hat, also keinen Mindestlohn festgelegt hat und das Bundesgericht mal entschieden hat, aus sozialpolitischen Überlegungen, aus sozialpolitischen Gründen dürfen die Kantone deshalb in diesem Bereich entsprechend legiferieren.

Sozialpolitisch hat zuerst auch der Regierungsrat in diesem Fall argumentiert im Ratschlag, hat aber, und das darf man hier schon auch explizit festhalten, eine interessante, ich nenne es jetzt mal Kehrtwende vorgenommen, weil seit diesem Ratschlag haben wir von sozialpolitischen Gründen nichts mehr gehört, wenn es um dieses Gesetz geht, sondern jetzt wird in der Kommission und auch heute im Votum des Regierungspräsidenten verfassungsrechtlich argumentiert, dass man sich auf verfassungsrechtliche Gründe stützt und nicht auf sozialpolitische Gründe. Also es scheint, dass man diese Position irgendwie aufgegeben hat. Aber nochmal, der Kanton darf aus sozialpolitischen Gründen legiferieren, wenn es um Arbeitnehmendenschutz geht. Und letztendlich geht es auch bei diesen Lohngleichheitsanalysen um Arbeitnehmendenschutz. Weil ja eine Diskriminierung verhindert werden soll, ist die Bundeskompetenz abschliessend und deshalb ist klar, dass der Kanton in diesem Bereich nicht legiferieren kann.

Interessant ist auch, was die Vertreterin des Bundesamtes für Justiz festgehalten hat. Der Regierungspräsident hat uns ja ausgeführt, dass das Bundesamt der Regierung gesagt hat, grundsätzlich gibt es da Möglichkeiten für den Kanton, grundsätzlich okay, aber die Vertreterin des Bundesamtes für Justiz hat dann im konkreten Fall, als sie das konkrete Gesetz angeschaut hat, auf mehrere Punkte hingewiesen, wo sie gesagt hat, ja, das erachten wir eher als problematisch, eher als schwierig, geht eher nicht. Also da dürfen wir schon festhalten, so klar ist die Position des Bundesamtes für Justiz dann doch nicht, wie es hier dargelegt worden.

Der zweite Punkt ist, auch das wurde bereits angesprochen, die Frage der Notwendigkeit. Ist es jetzt wirklich notwendig, dass wir hier in unserem Kanton ein zusätzliches Gesetz erlassen? Haben wir in unserem Kanton jetzt einen so grossen Missstand gegenüber dem Rest der Schweiz, dass es notwendig ist, weiterzugehen, als es das Bundesgesetz vorsieht. Und da kann man zunächst festhalten, der Trend auch auf nationaler Ebene, wenn es um diese Frage geht, ist positiv. Wir finden im Ratschlag die Zahlen aus der Lohnstrukturerhebung von 2020. Inzwischen liegen Ergebnisse der Lohnstrukturerhebung 2022 vor und wir haben Ihnen das Balkendiagramm abgedruckt im Teil der Minderheit im Kommissionsbericht. Der Trend ist positiv, also die Lohndiskriminierung in diesem Land nimmt ab.

Es wird auch heute noch argumentiert mit einem Lohnunterschied von 18 Prozent, diese Zahl basiert auf der Lohnstrukturerhebung 2020. Man darf festhalten, dass «nur» die Hälfte davon unerklärt ist, 8,6 Prozent, man darf ebenfalls festhalten, diese 8,6 Prozent bedeuten nicht automatisch, dass es sich um Lohndiskriminierung handelt. In diesen Berichten steht immer, es kann sich um Lohndiskriminierung handeln, im Umkehrschluss, es muss keine Lohndiskriminierung sein, es

können auch andere Gründe vorliegen, auch das hat mein Vorredner bereits angesprochen. Also es gibt keine Gründe, wieso dass wir hier jetzt explizit noch ein Basel Finish machen müssen und ja, es hilft den Unternehmen in unserem Kanton nicht viel, wenn es der Kanton Jura auch macht, weil es gibt auch noch andere Kantone um uns rum, die haben das eben nicht und da sehen sich Unternehmen in unserem Kanton dann im Nachteil, weil sie einen zusätzlichen Aufwand leisten müssen, ohne dass es sachlich gerechtfertigt wäre.

Drittens bezüglich bürokratische Belastung. Man kann schon sagen, das sind ja nur zwei Tage, das ist ja nicht viel. Ja, es sind vielleicht hier zwei Tage, es sind bei anderen Punkten, dann ist ein Tag dort, hier sind es dann nochmals zwei Tage, vom Lohnabzug wegen den Steuern wurde auch bereits gesprochen, das steht ja auch noch in der Pipeline, das werden wir hier auch noch diskutieren. Das Problem bei der Bürokratie ist selten, dass die einzelne bürokratische Massnahme schlimm ist, das Problem ist, dass die Summe aller bürokratischen Massnahmen, die wir regelmässig beschliessen, sei es national, sei es international, sei es auch in diesem Gremium, dass sich das summiert und die Unternehmen letztendlich in der Bürokratie untergehen.

Und wir als Vertreterinnen und Vertreter des Standorts Basel-Stadt müssen uns überlegen, was wir unseren Unternehmen in unserem Kanton noch zusätzlich gegenüber dem, was ohnehin schon national und international vorgegeben ist, zusätzlich an Bürokratie aufbürden. Und das ist jetzt typischerweise ein Beispiel, wo wir unseren Unternehmen in unserem Kanton einen zusätzlichen bürokratischen Aufwand und damit einen Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Kantonen aufbürden. Das betrifft selbst Unternehmen, die heute bereits dem Bundesgesetz unterstehen, weil ja gesagt wird, dass diese nicht älter als vier Jahre sein dürfen. Es wird auch bereits gesagt, wann ungefähr dieses Gesetz in Kraft treten könnte, da sind diese Lohngleichheitsanalysen zu grossen Teilen dann wohl abgelaufen, wenn sie nicht bereits erneuert wurden. Ja, also auch Unternehmen mit über 100 Angestellten werden aufgrund diesem kantonalen Gesetz eine neue Lohngleichheitsanalyse machen müssen, obwohl sie vom Bundesrechts wegen gar nicht dazu verpflichtet werden.

Und einen Punkt dieses Gesetzes möchte ich noch besonders hervorheben und das ist diese Datensammlung in § 12, also dass künftig vorgeschrieben ist, und das ist, soweit ich weiss, ein Unikum schweizweit, dass die Unternehmen von unserem Kanton künftig sämtliche Rohdaten dieser Lohngleichheitsanalyse an den Kanton übermitteln müssen. Ja, was soll denn das? Was hat der Kanton jetzt mit diesen Daten zu tun? Was gibt ihm das Recht, jetzt alle Lohndaten dieses Kantons von all diesen Unternehmen zu kennen und dann sich anzumassen, den Unternehmen Empfehlungen abzugeben, wie sie jetzt das Lohngefüge in ihrem Unternehmen ausgestalten sollen? Woher nimmt denn der Kanton die Kompetenz, es besser zu wissen als die Unternehmen, wie das entsprechend ausgestaltet werden soll? Da fehlen doch die Kenntnisse über die konkreten Verhältnisse in den verschiedenen Unternehmen, als dass sie sich da anmassen könnte, entsprechende Empfehlungen abzugeben.

All diese Gründe und vielmehr sprechen klarerweise dafür, dass wir auf dieses Gesetz nicht eintreten sollten. Wir lehnen auch, das kann ich auch hier vorwegnehmen, den Änderungsantrag ab, der uns vorgelegt wurde. Das führt zu einer ungerechtfertigten Differenz zwischen den bundesrechtlichen Vorgaben und den kantonalen Vorgaben. Das macht es also nochmals ein bisschen komplizierter, auch das erachten wir als nicht gerechtfertigt. Also bitte geschätzte Kolleginnen und Kollegen, treten Sie nicht auf dieses Gesetz ein und falls Sie es doch tun, lehnen Sie Änderungsanträge ab und lehnen Sie in der Schlussabstimmung ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Christine Keller.

Christine Keller (SP): Auch nochmal der Blick zurück, er geht hier weit zurück. Um was geht es, um ein Grundrecht. Frau und Mann haben Anspruch auf gleichen Lohn, das seit 1981 in unserer Verfassung steht. Damals noch BV 4.2, so habe ich das noch gelernt als Studentin, heute ist es BV 8.3 und bis heute unverwirklicht. Nach wie vor haben wir diese Lohnstrukturerhebungen, da differieren die Zahlen, aber es gibt immer noch bezogen auf den Unterschied mindestens 7,8 Prozent unerklärliche Lohndifferenz. Und jetzt können viele unter Ihnen sagen, ja, aber das ist noch keine bewiesene Lohndiskriminierung, nein, aber es ist, das hat uns auch Frau Wunsch als Kritikerin von Logib gesagt, natürlich ganz klar ein Indikator für die Wahrscheinlichkeit, dass es eben eine geschlechtsspezifische Diskriminierung ist. Mehr kann man nicht erwarten, die innere Motivation lässt sich nicht beweisen. Für Betroffene macht das halt 717 Franken im Portemonnaie weniger und das ist auch der sozialpolitische Aspekt des Ganzen, der keiner weiteren Begründung bedarf. Es ist so, dass es mit diesem Lohngleichheitsanalysegesetz eben auch um sozialpolitische Anliegen geht.

Halten wir also fest, ein Grundrecht ist mehr als 40 Jahre nach seiner Postulierung noch nicht verwirklicht und da stellt sich die Frage, was ist es uns wert, das durchzusetzen. Wollen wir nicht als fortschrittlicher Kanton, der schon in anderen Bereichen der Geschlechtergerechtigkeit voranging, auch hier mutig einen Schritt weitergehen, einen Schritt weiter als der Bund? Aber nicht, das wurde auch schon gesagt von Heidi Mück, nicht etwa als der Bundesrat, dieser, der ja nicht gerade als linkes Gremium verschrien ist oder als KMU-feindliches. Dieser Bundesrat wollte ja mit guten Gründen die Mindestgrenze von 50 und das Parlament hat dann das auf 100 hinaufgesetzt. Der Bundesrat hat das wohl auch vorgeschlagen, weil er

nicht wollte, dass ein grosser Teil der Mitarbeitenden dann eben doch wieder nicht davon profitieren kann, weil mit der jetzigen Grenze sind weniger als die Hälfte der Arbeitnehmenden betroffen.

Ich frage mich schon, ja, es ist möglich, dass man nicht eintritt heute, aber es ist doch eine erstaunliche Verweigerungshaltung, dass man nach wie vor nicht einverstanden sein kann mit dem, was einmal als Motion durchging. Das wird uns wohl auch so gehen, aber dass man dann gar nicht in die Detailberatung einsteigen will, dass man keine Anträge stellen will dazu, dass man auch heute offenbar sagt, alle Anträge, selbst wenn sie uns entgegenkommen, lehnen wir ab, da empfinde ich eine gewisse Verweigerungshaltung, die mich erstaunt. Heidi Mück hat es gesagt, wir konnten ja eigentlich über das Gesetz, da hätte man in gewissen Sachen vielleicht sogar sich finden können, hätte man machen können, diskutieren können, aber das war nicht möglich und scheint auch heute nicht möglich zu sein.

Noch mehr frage ich mich aber, warum wird die ganze Sache nur negativ als zusätzliche bürokratische Schikane gesehen. Warum wird der Mehrwert nicht gesehen, den eine solche Lohnanalyse für das Unternehmen haben kann. Hören Sie doch auf die Betroffenen, wir haben die Rheinhäfen angehört, die mit 63 Mitarbeitenden freiwillig eine Analyse durchgeführt haben. Sie haben gesagt, eine hohe Zufriedenheit hätte das hergestellt, dass die Mitarbeitenden das wissen, das Arbeitsklima hat sich verbessert. Sie haben weniger Diskussionen um den Lohn, sie können sich als attraktiver Arbeitgeber positionieren am Markt. Die Fachfrau, die Arbeitspsychologin Frau Schär Moser hat gesagt, die haben wir auch angehört, es gibt wichtige Einblicke in die eigene Lohnpraxis, so eine Analyse, auch über das Gleichstellungsgesetz hinaus. Das Tool Logib ist kostenlos zur Verfügung gestellt, der Bundesrat steht hinter Logib, also auch der Bundesrat, für die kleinen Unternehmen gibt es das Logib-Modul 2, das für sie angemessener ist.

Ich glaube, kein Arbeitgeber will doch Frauen diskriminieren. Alle Arbeitgeberschaften haben doch sicher das Anliegen, ein faires gutes Lohnsystem zu haben. Warum darf jetzt das nicht 1000 bis 2000 Franken kosten und maximal zwei Arbeitstage beanspruchen? Die Regierung versuchte ja wirklich, den Aufwand so tief wie möglich zu halten, so nahe am Bundesgesetz wie möglich. Regierungsrat Conradin Cramer hat es gesagt, es gibt keine Vorschrift einer Methode, es gibt im Normalfall keine Wiederholungspflicht und all jene Unternehmen, und das werden viele sein, die an einem Submissionsverfahren je teilnehmen werden, werden ohnehin, das hat Lorenz Amiet ja auch gesagt, werden ohnehin diese Lohnanalyse vorlegen müssen. Und die Motionär*innen, das sei dann schon noch gesagt, haben da grosse Einbussen gegenüber Ihrer Idee akzeptiert, um eben hier eine Mehrheit zu finden. Es gibt auch keine Sanktionsmöglichkeit und wie gesagt, eine Wiederholung nur bei Abweichungen.

Noch ganz kurz zum Rechtlichen, meine Zeit reicht wohl nicht, um das noch ganz auszuführen, aber es ist eben so, dass der Bund einzig eine Kompetenz beim Zivilrecht und beim Arbeitnehmerschutz hat, nicht aber bei der Sozialpolitik und nicht beim Gleichstellungsgebiet, da ist der Kanton zuständig. Der Bund hat das Gleichstellungsgesetz erlassen gestützt auf Artikel 8 Abs. 3 BV natürlich, aber insbesondere auf den Arbeitnehmerschutz. Ich verweise auf den Bundesgerichtsentscheid zum Mindestlohn, wo gesagt wurde, ja, wir haben hier eine Bundeskompetenz beim Arbeitnehmerschutz, aber der Kanton ist berechtigt, sozialpolitisch zu legiferieren.

Und es ist nicht so, dass das Bundesrecht nichts sagt zum Mindestlohn, schauen Sie Artikel 360a folgende OR an. Da ist auch einiges zum Mindestlohn gesagt, unter welchen Voraussetzungen eine Anhörung einer tripartiten Kommission ein Mindestlohn verfügt werden kann wie am Normalarbeitsvertrag. Nichtsdestotrotz war es zulässig nach Meinung des Bundesgerichtes, dass der Kanton Basel-Stadt ganz in Abweichung von OR Artikel 360a folgende einen Mindestlohn festlegt. Das hat es geschützt und ich bin sehr zuversichtlich, dass es auch unser Gesetz hier schützen würde. Wenn man natürlich jetzt Jahre lang das hinauszögern will, muss man sich auch überlegen, was man damit anrichtet. Was den GLP-Antrag schliesslich angeht, ist das halt eine weitere Verbesserung. Der Massstab der Vollzeitäquivalente macht das Ganze noch komplizierter, das wurde im Bund auch abgelehnt, deshalb sind auch wir sehr kritisch.

Zusammenfassend, wir halten dieses Gesetz wirklich für einen Fortschritt, nicht «nur» für die Frauen und gegen Frauenarmut, sondern auch für die Wirtschaft. Gleiche Löhne fördern den Zugang der Frauen zum Arbeitsmarkt und die Vereinbarkeit ist gerade in Zeiten des Fachkräftemangels wichtig. Also sagen wir doch, es ist eine Win-Win-Situation, sagen wir doch deshalb heute mutig Ja.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage an? Luca Urgese darf sie stellen.

Luca Urgese (FDP): Christine Keller, Sie haben jetzt herausgestrichen, wie viele Vorteile es für ein Unternehmen hat, wenn man sich einer solchen Lohngleichheitsanalyse unterzieht, Arbeitgeberattraktivität, etc. Wenn wir dieses Gesetz heute nicht verabschieden, ist es dann verboten diesen Unternehmen, sich freiwillig einer solchen Lohngleichheitsanalyse zu unterziehen?

Christine Keller (SP): Es liegt in der Natur des Menschen, dass man ihn manchmal zu seinem Glück zwingen muss. Das heisst, er macht es dann mit einem gewissen Widerwillen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir beim Sprecher für die Fraktion Mitte-EVP, Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Zwingen ist so eine Sache. Ich spreche hier für die Mitte-EVP und ich bin doch sehr erstaunt, wie wenig Zuhörerinnen und Zuhörer hier sind und ich kann vielleicht mit meinem Vortrag etwas aufmuntern und für den Sprecher der Kommission gibt es dann sicher auch noch einen Kaffee, dass es noch spannend wird.

Meine Kolleginnen und Kollegen, was haben wir hier, haben wir ein Problem? Scheinbar haben wir ein Problem. Es gab eine Motion, die hat gefordert, dass wir das Gesetz, das wir endlich im Bund gemacht haben, von 100 auf 50 Personen runtersetzen. Das ist ja scheinbar das Problem. Meine Vorrednerin, Annina von Falkenstein, hat gesagt, sie möchte keine Streberin sein in Basel. Doch, ich möchte Streber sein und den ESC nach Basel bringen, weil das uns guttut. Aber Basel ist auch bekannt für ihre Unternehmen und ein solcher bin ich auch und dann fühle ich mich sehr direkt betroffen. Also wir haben ein Problem und hier haben wir scheinbar eine Lösung, nämlich ein Gesetz, und Heidi Mück hat gesagt, es ist weichgespült. Jetzt haben wir hier ein Gesetz, über das wir abstimmen, und die, die dafür sind, finden es weichgespült. Warum machen wir ein Gesetz, das, die es beantragen, weichgespült ist? Mutig wäre gewesen, Christine Keller, hier dieses Gesetz ganz abzulehnen und etwas Neues zu fördern, weil etwas weichgespültes zu machen, finde ich nicht gut.

Ich mache eine kleine Rechnung. Sie sagen, zwei Tage, das wäre für ein Unternehmen machbar. Natürlich ist es machbar, aber ich komme aus der Gastronomie, Hotelbranche und wir sind ein Niederlohn- und ein Niederproduktivitätsbranche. Wir haben einen durchschnittlichen Gewinn, ich sage mal, von 5 Prozent. Und wenn ich einen Kaffee verkaufe, kostet es 5 Franken und 5 Prozent Gewinn sind 25 Rappen. Also pro Kaffee verdiene ich 25 Rappen. Wenn ich jetzt einen Tag, ich sage nur einen Tag, weil wir sind schnell bei uns, weil wir sind das gewohnt, ich muss einen Tag arbeiten, dass ich einfach zeigen kann, dass ich die Lohngleichheit einhalte. Wenn ich das übertrage, ich muss 800 Kaffees verkaufen, nur um dieses Gesetz umzusetzen bei halb so viel Arbeit, wie Sie sagen. 800 Kaffees, jetzt können Sie sich mal vorstellen, wie viel Arbeit das ist, die ich machen müsste.

Und ich sage Ihnen, wie wir es gelöst haben, die Lohnungleichheit zu bekämpfen. Wir haben einfach ein sehr transparentes Lohnsystem. Unsere Mitarbeiter wissen voneinander, was sie verdienen, und die würden sofort kommen, wenn sie weniger verdienen als die Person nebenan und das Geschlecht ist manchmal nicht mal so aussagekräftig. Also ich glaube, dieses Gesetz, es ist nicht so schlimm, wenn es kommt, es ist einfach ärgerlich und ich glaube, ich als Unternehmer, ich brauche nicht noch mehr Ärger, sondern ich möchte mich gerne freuen für die Arbeit.

Und liebe GLP, ich verstehe nicht ganz, warum Sie jetzt von 50 auf 100 Prozent Äquivalenz steigern möchten. Das nützt dem Problem nicht, nur ist dann die Differenz vom Bund zum Kanton noch kleiner und dann haben wir so ein kleiner Basler Finish, das bringt es wirklich nicht. Ich bin ja auch sehr sozial unterwegs und ich glaube, das kann man auch sagen, dass wir auch als Mitte-EVP sehr sozial denken und es gibt andere Themen, da würden wir sofort die linke Ratsmehrheit oder knappe noch nicht Mehrheit unterstützen in sozialen Themen, aber hier ist das wirklich ein weichgespültes Gesetz, ich wiederhole Heidi Mück.

Ich bitte Sie, dieses Gesetz nicht anzunehmen, zurückzuweisen und dann eine bessere Forderung, weil das Problem ist hier, aber ist nicht gross und dieses Gesetz löst es nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit haben sich alle Fraktionen geäussert. Wir kommen zu den Einzelvoten und da hat sich Nicole Amacher gemeldet.

Nicole Amacher (SP): Ich fand die Diskussion sehr interessant, aber auch irritierend. Ich fand die Argumente der Gegner zum Teil unwahr und falsch, ich gehe nachher noch auf einige ein, einiges wurde aber auch ganz gut von Christine Keller und Heidi Mück schon quasi dagegen argumentiert. Irritierend finde ich das geschlossene Nichteintreten von Ihnen Bürgerlichen. Nichteintreten in diesem gesellschaftsrelevanten und jetzt wirklich leider auch im negativen Sinne Gleichstellungs-Evergreen der Lohngleichheit. Wir haben es gehört, wie lange das schon im Gesetz steht und immer noch nicht verwirklicht ist. Und Lohngleichheit ist wirklich diese Forderung, die eigentlich in der Bevölkerung die Einhaltung unbestritten ist und das haben Sie ja auch erwähnt, niemand will Lohnungleichheit, alle sind sich da einig. Aber es braucht eben auch die Massnahmen dazu, dass wir das endlich erreichen. Ich weiss nicht, wie Sie das dann Ihren Töchtern, Enkelinnen, Nichten erklären, wenn die dann irgendwann zu Ihnen kommen in der Zukunft und sagen, diese Lohnungleichheit, das ist wirklich ungerecht, die ist immer noch so, und Sie dann ihnen sagen, ja, ich hätte eigentlich 2024 als Grossrätin und Grossrat in Basel-Stadt mich dafür einsetzen können, dass man noch mehr tut, dass diese sinkt, aber ich fand es damals als zu viel Aufwand und nicht nötig. Und wir reden von einem Gesetz, das eingehalten werden soll.

Die Erreichung der Lohngleichheit ist nicht einfach ein Nice-to-have, es ist ein Gesetz, das wurde mehrheitlich jetzt auch erklärt, und ist nicht umgesetzt. Auch wenn viele gesagt haben oder einige von den Bürgerlichen, die Massnahmen, die reichen, wir sind auf gutem Weg und die Lohnungleichheit, die ist am Sinken und das wird sich von selbst erledigen, das stimmt nicht, weil einzig der Lohnunterschied gemessen am Median fällt leicht, gemessen am Mittelwert ist man immer noch bei 18 Prozent. 2014 waren es 18,1 Prozent, wo ist da die Entwicklung, wo ist da das Sinken? Es hat sich also seither quasi nichts verändert. Was aber noch aussagekräftiger ist, die unerklärte Lohndifferenz hat sich in den vergangenen zehn Jahren eben kaum verändert. Von 7,4 Prozent im 2014 ist die unerklärte Lohndifferenz im 2020 sogar auf 7,8 Prozent wieder raufgegangen. Es ist so ganz in einem kleinen Bereich ein bisschen so eine Wellenbewegung.

Wir müssen uns also anstrengen und wenn wir so weiterfahren wie bis anhin, dann werden nicht mal unsere Grosskinder der Jüngsten hier im Saal die Lohngleichheit irgendwann noch erleben und deshalb braucht es eben jetzt Lohngleichheitsanalysen ab 50 Mitarbeitende, wie es auch der Bundesrat damals schon gefordert hat. Und das aus gutem Grund, denn es sind gerade die kleineren und mittleren Unternehmen, denen häufig eine Lohnsystematik fehlt und ja, Franz-Xaver Leonhardt, es ist natürlich schön, wenn Lohntransparenz herrscht und alle wissen voneinander, wie viel sie verdienen, das ist vorbildlich und löblich und das ist leider aber nicht die Realität in den meisten Unternehmen.

Es fehlt in den kleinen Unternehmen oft eine Lohnsystematik und Löhne werden dann oft auch situativ verhandelt und das ist auch verständlich, aber das öffnet eben auch Tür und Tor für Lohndiskriminierung, potenzielle Lohndiskriminierung und ich unterstelle nicht, dass das absichtlich geschieht. Deshalb braucht es eben Lohngleichheitsanalysen, weil diese zeigen dann den Unternehmen, ob eine Diskriminierungsgefahr besteht und welche Massnahmen getroffen werden müssen, um allfällige Probleme dann zu beseitigen. Und das ist keine Strafe, wie es auch Christine Keller vorhin schon gesagt hat, und keine Schikane. Die Ergebnisse können von den Unternehmen durchaus sehr positiv genutzt werden, wenn sie das wollen.

Zum Aufwand komme ich vielleicht noch dazu, das wurde auch schon viel gesagt, ja, es ist ein gewisser Aufwand, aber es bringt auch Nutzen, die Arbeitnehmenden, die schätzen diese Transparenz und dass die Unternehmen zeigen, dass ihnen dieses Anliegen auch wichtig ist.

Und deshalb bitte ich Sie, auf das Geschäft einzutreten und jetzt diesen Ratsschlag, wie es die Regierung vorschlägt, auch anzunehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat nochmals Regierungspräsident Conradin Cramer das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Der Debatte habe ich nichts beizufügen, aber ich möchte einen Fehler korrigieren, der sich in meinem Votum eingeschlichen hat. David Jenny hat mich darauf hingewiesen. Wenn es eine gerichtliche Überprüfung dieses Gesetzes geben sollte, dann würde diese nicht durch unser kantonales Appellationsgericht als Verfassungsgericht durchgeführt, sondern es ist so, dass gemäss unserem Gesetz über die Verfassungs- und Verwaltungsrechtspflege Gesetze des Grossen Rates eben nicht kantonal überprüft werden können, sprich, es wäre das Bundesgericht, das dieses kantonale Gesetz auf Bundesrechtskonformität dann überprüfen müsste. Das als Korrektur.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat der Fraktionssprecher das Wort. Er verzichtet. Eintreten wird bestritten durch Lorenz Amiet und weitere. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Eintreten, NEIN heisst Nichteintreten.

Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 43 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004834, 13.11.24 11:30:39]*

Der Grosse Rat beschliesst

auf das Geschäft einzutreten

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir treten auf das Geschäft ein. Es wurde 53-mal Ja gestimmt gegen 43-mal Nein und einer Enthaltung.

Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 15 des Berichts)

Titel und Ingress

§ 1 Gegenstand und Zweck, Abs. 1 bis 2

§ 2 Geltungsbereich, Abs. 1

§ 3 Pflicht zur Durchführung einer Lohngleichheitsanalyse, Absatz 1 bis 4

Hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion GLP vor. Sie beantragt, statt das Wort Arbeitnehmende, Mitarbeitende das Wort Vollzeitäquivalente einzufügen. Der Änderungsantrag liegt Ihnen schriftlich vor.

Wir eröffnen hierzu die Debatte und das Wort geht zuerst an den Antragsteller, falls er es wünscht, Niggi Daniel Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Ich habe bereits im Fraktionsvotum ausgeführt, was es bedeutet für Unternehmen und Organisationen, die Verschärfung des Schwellenwertes. Ich denke, es wäre eine Abschwächung, wenn man, wie bereits schon in der Vernehmlassung gefordert, auf die Vollzeitäquivalente gehen würde.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Sprecher für die Kommission verzichtet. Dafür wünscht Regierungspräsident Conradin Cramer das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Auch im Regierungsrat hatten wir wie in der Kommission nicht die Gelegenheit, diesen kurzfristig eingereichten Antrag diskutieren zu können, dennoch möchte ich als zuständiger Departementsvorsteher dazu etwas sagen. Das Ziel des Regierungsrates war ja, möglichst nah am Gleichstellungsgesetz des Bundes zu legiferieren. Das ist auch sinnvoll im Sinne der Rechtsklarheit für die Unternehmungen, für die ja beide Gesetze gelten. Wenn jetzt hier eine neue Systematik eingebracht wird, das eben nicht auf Arbeitsplätze, Arbeitsstellen, sondern auf Vollzeitäquivalente abgestellt wird, dann ist das ein Systembruch. Der ist vielleicht nicht hochdramatisch, aber dennoch, wir haben hier eine zusätzliche Abweichung auch zu den anderen Kantonen, bis jetzt ist es nur der Kanton Jura, die hier ergänzend regulieren.

Und ich frage mich auch inhaltlich, ob jetzt dieser zusätzlicher Finish des Basel Finishs das noch irgendwie verbessert, denn die Frage der Lohnungleichheit hängt ja nicht vom Arbeitspensum einer Person ab, sondern im Gegenteil, es gibt auch Tendenzen, dass eben gerade in Teilzeitverhältnissen Lohnungleichheiten möglicherweise verbreiteter sein können oder auch die Anteile von Teilzeitverhältnissen eben unter den Geschlechtern nicht gleichmässig verteilt sind. Insofern glaube ich, ist es sinnvoller, hier einen wenn schon, denn schon Entscheid zu treffen, also entweder den Basel Finish mit der Kontrolle bereits ab 50 Mitarbeitenden oder dann aber die Bundesregelung mit 100 und nicht noch eine zusätzliche Zwischenkategorie hier einzuziehen, die ja dann die Differenz zur Bundesgesetzgebung, die Differenz der betroffenen Unternehmen nochmals verkleinern würde.

Insofern glaube ich, wäre das eine zusätzliche Inkonsequenz, die der Qualität des Gesetzes nicht guttun würde und ich bitte Sie deshalb namens des Regierungsrats, diesen Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine Fraktionsvoten, aber ein Einzelvotum von Nicola Amacher.

Nicole Amacher (SP): Conradin Cramer, Sie haben mir aus dem Herzen gesprochen. Es ist total unsinnig, dieser Antrag eigentlich, und für uns ist es extrem schwierig jetzt, weil die Argumentation ist für mich nicht stimmig. Ich stimme voll zu, was Conradin Cramer gesagt hat, aber wir sind jetzt in der Situation, wo wir diesen Antrag annehmen müssen, weil wir nicht mit wehenden Fahnen quasi das Gesetz untergehen lassen können. Aber es macht null Sinn, muss ich Ihnen sagen. Klar, wir erreichen eine kleine Verbesserung, es werden ca. 100 Unternehmen mehr Lohngleichheitsanalysen durchführen müssen, aber die ganze Argumentation von Ihnen, dass es zu viel Aufwand ist und so, also ich verstehe das nicht, weil für die ist es ja trotzdem Aufwand. Und in der heutigen Zeit geht es nicht darum, für Unternehmen Teilzeitpensen zu schaffen und die Vereinbarkeit zu fördern, nein, wir nehmen, was wir bekommen. Ich bin auch Geschäftsführerin, wir müssen diese Leute anstellen, die überhaupt noch arbeiten wollen und das sind auch viele Frauen. Also dieses Argument spielt auch nicht. Aber wir müssen jetzt diese Kröte schlucken und werden wahrscheinlich diesen Antrag jetzt annehmen als SP.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Christine Keller hat sich noch gemeldet als Einzelsprecherin.

Christine Keller (SP): Ich wollte einfach darauf hinweisen, dass der GLP-Antrag zusätzlich die Gefahr bietet bei kleinen Teilzeitpensen, dass nicht einmal die bundesrechtliche Lösung eingehalten wird und das würde dann dem Sinn und Zweck der Bundesregelung widersprechen. Deshalb haben wir für den Fall, dass jetzt dieser Antrag angenommen wird, noch einen Zusatzantrag, der klarstellt, dass die bundesrechtliche Grenze auf jeden Fall gelten muss, denn sonst laufen wir Gefahr, dass etwas passiert, was wahrscheinlich einfach nicht überlegt wurde von den Antragstellenden, dass die Bundesgrenze ausgehebelt wird. Aber diesen Antrag wollten wir erst verteilen, wenn der erste Antrag der GLP obsiegt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie reichen damit einen Antrag ein, der noch verteilt werden muss im Fall der Annahme des Antrags der GLP.

Wir kommen nochmals zu Regierungsrat Conradin Cramer. Er verzichtet. Der Kommissionssprecher Pascal Pfister verzichtet ebenfalls. Damit kommen wir zur Abstimmung über diesen Änderungsantrag.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 42 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004836, 13.11.24 11:38:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

Dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderungsantrag wurde angenommen mit 53 Ja-Stimmen gegen 42 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

Damit bitte ich um Verteilung des eben eingereichten Antrags von Christine Keller und wir unterbrechen die Sitzung für zwei Minuten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir setzen die Beratung fort. Zuerst hat die Antragstellerin das Wort, falls sie es wünscht. Sie wünscht es, Christine Keller kommt zum Mikrofon.

Christine Keller (SP): Das Ziel dieses Antrages ist es natürlich, sicherzustellen, dass wenn 100 Arbeitnehmende bei 50 Vollzeitäquivalenten erreicht werden, und das ist ja durchaus möglich bei kleinen Pensen, dass dann das Bundesrecht gelten muss, weil alles andere sonst tatsächlich dem Sinn und Zweck des Bundesrechts widersprechen würde. So war es wohl auch gemeint, aber es ist sicher besser, wenn wir es ausdrücklich auch noch hier hineinschreiben, sonst entstehen im Falle einer Anfechtung, die ja ohnehin angedroht wird, noch weitere Unklarheiten im Raum. Das spricht, glaube ich, sonst für sich. Das Fettgedruckte ist das, was dazu käme, und das Nicht-Fettgedruckte ist das, was wir vorhin beschlossen haben gemäss Antrag der GLP.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Kommissionssprecher verzichtet, damit geht das Wort an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Nach meinem juristischen Verständnis gilt der Vorbehalt des Bundesrechts ohnehin, insofern glaube ich, dass es diesen Zusatz nicht zwingend braucht, vielleicht ist er zur Verdeutlichung sinnvoll. Was mir aber jetzt doch auffällt, wir legiferieren hier in einem sensiblen Bereich an der Schnittstelle zwischen Bundesrecht und kantonalem Recht. Die Zulässigkeit kantonalen Rechts ist ja umstritten, wie wir gehört haben aus der Kommissionsberatung, wir müssen davon ausgehen, dass das einmal vom Grossen Rat beschlossene Gesetz bundesgerichtlich überprüft wird und insofern stellt sich für mich die Frage, ob das jetzt ein Anwendungsfall für eine zweite Lesung des Gesetzes sein könnte. Ich stelle diesen Antrag namens des Regierungsrats nicht, aber möglicherweise wäre das sinnvoller, als diese sehr kurzfristig eingereichten Anträge, die weder juristisch noch politisch überprüft werden konnten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelvoten und da hat sich David Jenny gemeldet.

David Jenny (FDP): Die Kombination von SP- und GLP-Schlauheit, ich kommentiere nicht. Ich meine, das hätte einen Rückkommensantrag gebraucht, denn als wir diesen Paragrafen Absatz 1 beraten haben, lagen nicht alle Anträge dazu vor, das hätte entsprechend in Eventualabstimmungen ausgemehrt werden müssen, ein Rückkommensantrag wurde nicht gestellt. Ich glaube, wir können nicht über diesen Antrag diskutieren, es sei denn, ein Rückkommensantrag würde, ich glaube, mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Ansonsten bleibt es bei dem, was schon die GLP leider mit Unterstützung der SP, die es eigentlich nicht will, in das Gesetz reingeschrieben hat und das ist von der SP wirklich nur erfolgt, um damit sich die Stimmen der GLP zu sichern für die Schussabstimmung und das ist wirklich ein Manöver, da fehlen selbst mir die Worte.

Ich meine, dass das Bundesrecht gilt, ist sowieso klar und dass in diesem Bereich der Bund legiferiert hat, dass wir nicht die Bundesvorgaben verwässern dürfen, das ist, glaube ich, so klar und dass hier der GLP-Antrag völlig überschiessend war, sollte jedem klar sein ausserhalb der GLP-Fraktion. In diesem Sinn bitte ich Sie, dieses Drama zu beenden, stellen Sie einen Rückkommensantrag, sonst darf nicht darüber abgestimmt werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich möchte die Beratung trotzdem fortsetzen. Es wurde erwähnt, dass es diesen Antrag gibt, bevor darüber abgestimmt wurde. Der Parlamentsdienst hat das auch so begleitet. Ich sehe Ihren Punkt, Herr Jenny. Nächster Einzelsprecher ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Zunächst schliesse ich mich der Beurteilung meines Fraktionskollegen an, aber jetzt haben wir vorhin gehört, wie unsinnig eigentlich der Antrag ist, den wir vorhin angenommen haben. Das haben die Vertreterinnen der Sozialdemokraten ausgeführt und haben jetzt eine spektakuläre Kapriole vorgenommen und dann trotzdem zugestimmt, damit sie dann am Schluss möglicherweise doch noch das Gesetz durchbringen. Wir haben jetzt vorhin eine Differenz beschlossen zum Bundesrecht, haben also nochmals zusätzlichen Mehraufwand beschlossen. Unternehmen, die eigentlich nicht diesem Gesetz unterlegen wären, unterliegen jetzt zusätzlich auch noch diesem Gesetz, müssen auch noch prüfen, ob es dann stimmt, und das, das darf man schon auch noch festhalten, durchaus auch aus Eigeninteresse gewisser direkt betroffener GLP-Fraktionsmitglieder.

Was die SP jetzt macht, ist, sie hat Angst jetzt plötzlich vor dem Bundesgericht, also nachdem sie vorher uns lang und breit ausgeführt hat, das ist ja alles gar kein Problem mit dem Bundesgericht, das geht ja alles glatt durch, bekommt sie jetzt plötzlich doch kalte Füsse und möchte hier gesetzlich festhalten, was ja eigentlich sowieso gilt, nämlich Bundesrecht geht kantonalem Recht vor. Lassen Sie uns diesem Spektakel ein Ende bereiten und lehnen Sie einfach dieses Gesetz am Ende ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Das wird Sie nicht erstaunen, dass ich ins gleiche Horn blase. Ich muss sagen, ich bin jetzt sechs Jahre hier Mitglied und das ist also keine Sternstunde parlamentarischer Arbeit, die wir hier gerade erleben. Wir sind dort, wo mein Vater mir als Teenager immer gesagt hat, jetzt bist du beim Haudern und Wursteln. Gott sei Dank sitze ich neben einem Juristen, da konnte ich mich immerhin noch kurz beraten lassen. Die Fraktion konnte selbstverständlich diesen Antrag nicht beraten und der Jurist an meiner Seite hat das bestätigt, was vorhin der Regierungspräsident schon gesagt hat, dieser Antrag, der ist vollständig und komplett unnötig. Weil das Bundesrecht ist nicht dispositiv, das Bundesrecht gilt in jedem Fall, weshalb man das jetzt hier noch hineinschreiben will, das müssen hier dann die SP-Juristinnen schon noch sehr gut begründen. Lehnen Sie das ab und lehnen Sie am Schluss das Ganze ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Christine Keller.

Christine Keller (SP): Nein, Luca Urgese, wir haben gar keine Angst vor dem Bundesgericht. Es schien uns einfach, nachdem dieser Antrag doch recht kurzfristig aufgetaucht ist, nicht von uns, sondern seitens der Grünliberalen, schien es uns einfach richtig, wenigstens erkennbar auszuschliessen, dass das Bundesrecht nicht verletzt wird. Wenn Sie das alle klar finden und finden, das sei ohnehin selbstverständlich, dann ist das für uns nicht eine absolute Notwendigkeit, aber es schien uns wirklich sinnvoll. Ich habe auch mit Juristen gesprochen hier im Saal im Vorfeld, die auch fanden, also das müsse dann noch gesagt werden. Ich nicke meinem alten Chef hier zu. Also wir fanden, doch, das müsse dann schon präzisiert werden, wenn man es als unnötig ansieht, nun ja, vielleicht ist es dann unnötig.

Möglicherweise wäre das alles nicht passiert, hätte man wie eigentlich üblich eine Detailberatung in der Kommission vorgenommen, hätte man sich dort nicht allem verweigert, einfach gesagt, wir treten nicht ein, obwohl es ein Vorschlag dieses Parlaments war, der zur Diskussion stand. Aber gut, das ist jetzt vorbei.

Was man jetzt noch entscheiden muss neben diesem Antrag hier, ist, ob es ein Fall für eine zweite Lesung ist, wie Regierungsrat Cramer gesagt hat, es ist jetzt nicht möglich, mich mit der ganzen Fraktion abzusprechen, aber dafür hätte ich Sympathie, dass man eine zweite Lesung macht. Das war es von meiner Seite.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich habe mich entschieden, dass wir diese Abstimmung heute Vormittag nicht mehr durchführen. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen vom Ratsbüro um eine kurze Besprechung bezüglich des weiteren Vorgehens.

Die Einzelsprecher kommen so weit noch dran. Der nächste ist Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Ich bin vier Jahre hier und ich lese nochmal das und ich verstehe es nicht. Dieser Antrag ist hinfällig, wenn der Antrag der GLP abgelehnt wird. Ich verstehe das nicht und ich möchte als Grossrat Abstimmungen machen, wo ich weiss, was das ist. Und ja, das nennt man bei der Excel-Tabelle ein Quellkonflikt und ich sehe das hier und ich möchte gerne, dass wir das wirklich analysieren, bevor wir weiter abstimmen, aber ich bin froh, dass der Präsident das auch so sieht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich denke, was hier Christine Keller gemacht hat, ist an sich richtig überlegt und offen. Jetzt hat sie gezeigt, was mit diesem Antrag der GLP eigentlich inhaltlich nicht stimmt. Ich glaube aber, und wir haben das auch kurz vorher besprochen gestern, dass man da tatsächlich dann in das Bundesrechtswidrige hineinläuft, aber so wie es jetzt gekommen ist, geht es meines Erachtens nicht, weil wir bei der Diskussion über den GLP-Antrag eigentlich schon hätten den Inhalt dieses Antrags kennen müssen. So ist es aus meiner Sicht ein Rückkommensantrag, der gemäss den Regeln der Geschäftsordnung behandelt werden muss und es kann nicht quasi erst nachdem die Diskussion gegangen ist, der Antrag so eingereicht werden.

Deshalb, es ist richtig, was Christine Keller sagt, im GLP-Antrag drinsteckt die Möglichkeit der Bundesrechtswidrigkeit, aber so wie es jetzt eingebracht worden ist, entspricht es meines Erachtens nicht der Geschäftsordnung und ich denke, wir müssen einen Rückkommensantrag haben und dann nochmals darauf eintreten, falls dann die Zweidrittelmehrheit zustande kommt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Claudia Baumgartner hat das Wort.

Claudia Baumgartner (GLP): Ich möchte nur inhaltlich einfach für alle klären, selbstverständlich wollten wir als GLP sicher nicht darüber hinausschiessen und irgendwie Bundesrecht verletzen. Wir haben das bei der Formulierung schlicht einfach nicht berücksichtigt, weil es auch für uns eigentlich so klar ist, dass Bundesrecht vor kantonalem Recht gilt. Von daher können alle beruhigt sein, wir wollten nichts Böses mit dem Bundesrecht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wünscht Regierungspräsident Conradin Cramer nochmals das Wort? Der Sprecher der Kommission verzichtet ebenfalls, damit unterbrechen wir die Sitzung und setzen um 15 Uhr fort.

Schluss der 35. Sitzung

11:54 Uhr

Protokoll

der 36. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 13. November 2024, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Tobias Christ (GLP), Anina Ineichen (GAB), Georg Mattmüller (SP).

Verhandlungsgegenstände:

7. Gesetz betreffend Lohngleichheitsanalysen (Lohngleichheitsanalysengesetz, LAG), Bericht der WAK 2
15.1. Interpellation Nr. 136 Daniel Seiler betreffend Umgestaltung der Römergasse 4
15.2. Interpellation Nr. 137 Eric Weber betreffend unhaltbarer Zustand am Claraplatz 5
15.3. Interpellation Nr. 138 Pasqualine Gallacchi betreffend Leistungsauftrag des Stadtteil-Sekretariates Kleinbasel (STS KB) 6
15.4. Interpellation Nr. 139 Jenny Schweizer betreffend innovativer Unterricht an der Primarschule Gotthelf 7
15.5. Interpellation Nr. 140 Felix Wehrli betreffend personelle Situation bei der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt 8
15.6. Interpellation Nr. 141 Christian C. Moesch betreffend divergierende Aussagen der Initianten zur Begründung und insbesondere hinsichtlich der Auswirkungen der Initiative «Für mehr Musikvielfalt» 9
8. Bewilligung von Staatsbeiträgen an das Kulturbüro Basel für die Jahre 2025 bis 2028, Ausgabenbericht des RR 10
9. Nachtragskredit betreffend das Globalbudget des Kunstmuseums Basel, Bericht der FKom Antrag auf dringliche Behandlung gemäss § 20 Abs. 2 AB 12
10. Generelle Aufgabenüberprüfung 2021-2025; Schlussbericht zur GAP 2021-2025, Bericht der FKom 21
11. Kantonale Volksinitiative betreffend «Erhalt des Musical Theater Basel» - Antrag auf Fristverlängerung, Bericht der BRK 23
12. Nutzung des technologischen Fortschritts zwecks Steigerung der Qualität der Polizeiarbeit Basel-Stadt und Beschaffung eines Virtual Reality-Systems und von vier Ganzkörperscannern, Bericht der JSSK 24

Beginn der 36. Sitzung

Mittwoch, 13. November 2024, 15:00 Uhr

7. Gesetz betreffend Lohngleichheitsanalysen (Lohngleichheitsanalysengesetz, LAG), Bericht der WAK

[13.11.24 15:00:21, 22.0834.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung und habe Ihnen vorerst eine Mitteilung zu machen:

Besuch auf der Tribüne

Auf der Tribüne begrüsse ich Sozialarbeitende der Sozialhilfe Basel unter der Leitung von Mohan Buser. Sie machen heute eine Weiterbildung bei uns zu den politischen Entscheidungsprozessen. Schliesslich müssen sie diese Entscheide ja dann auch umsetzen. Herzlich willkommen.

Wir sind stehen geblieben bei Traktandum 7. Ich bin nicht der erste in dieser Debatte, der David Jenny recht geben muss in einer Verfahrensfrage, leider wurde der Antrag zu spät gestellt oder leider waren da auch nicht alle Infos richtig, die die Antragstellenden erhalten haben. Das heisst, wir können nur über diesen Antrag auch abstimmen, wenn ein Rückkommen beschlossen würde. Deshalb frage ich in die Runde und namentlich auch Christine Keller, ob sie einen Rückkommensantrag stellen möchte.

Christine Keller (SP): Tatsächlich entschuldige ich mich, ich wurde so instruiert, dass das reiche, den Antrag hatten wir eigentlich schon bereit. Nun, wie dem auch sei, es wurde dann noch von Pirouetten gesprochen von dem lieben Kollegen Luca Urgese, was ich etwas lustig fand, jedenfalls ausgerechnet seine Partei, die doch auch einige Kapriolen vollzogen hat im Hinblick auf den zweiten Wahlgang der Regierungsratswahlen. Vielleicht haben es gewisse Parteien respektive ihre Kandidat*innen oder Anträge an sich, dass sie hin und wieder als das kleinere Übel angesehen werden und deshalb unterstützt.

Nun, wie dem auch sei, leider aufgrund dieses Versehens vorhin möchte ich Sie nun bitten, einen Rückkommensantrag gutzuheissen. Es ist eigentlich, finde ich, nicht schlimm, wenn wir hier drinnen über Anträge debattieren. Schauen Sie das Bundesparlament an, das macht das andauernd. Es ist ungewöhnlich hier, dass man diese in der Kommissionssitzung nicht schon behandelt hat, dann wäre man vielleicht klüger geworden, aber wie gesagt, es wurde nicht eingetreten, das ist das Unübliche in meinen Augen und deshalb konnte man ja auch keine Details behandeln in der Kommission.

Jetzt finde ich aber, dieser Antrag sollte doch die Chance erhalten, bereinigt zu werden in unserem Sinne, und zwar, ja, es stimmt wohl schon, dass es klar ist, dass das Bundesrecht hier vorgeht, aber das wissen ja nicht alle. Uns ging es um die Lesbarkeit des Gesetzes. Da denkt dann ein Betrieb, der vielleicht 50 Vollzeitäquivalente hat, aber 120 Mitarbeitende, ich falle nicht darunter, ich habe ja nur 50 Vollzeitäquivalente und wenn er aber dann sieht, ab 100, wenn das dort festgehalten ist, dann weiss er, was für sie gilt oder weiss sie, was für ihn gilt, wie auch immer.

Darum bitte ich Sie doch jetzt einfach nochmal zurückzukommen, Sie können ja immer noch ablehnen oder werden auch immer noch ablehnen, wenn Sie dagegen sind, aber damit dieser Antrag noch die Chance hat im Sinne dieser Klarstellung, bereinigt zu werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Christine Keller beantragt, auf die Beratung von § 3 Abs. 1 bis 4 zurückzukommen.

Für ein Zurückkommen braucht es ein Zweidrittelmehr. Wir stimmen darüber ab.

2/3-Abstimmmung

JA heisst Zustimmung zum Rückkommensantrag, NEIN heisst Ablehnung (2/3 Mehr)

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 42 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004839, 13.11.24 15:05:39]*

Der Grosse Rat beschliesst

Ablehnung des Antrags

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben 45 Ja-Stimmen, 42 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen. Damit wird das Zweidrittelmehr verfehlt und es gibt kein Rückkommen.

Wir führen die Detailberatung weiter.

§ 4 Anerkennung bestehender Lohngleichheitskontrollen, Abs. 1 bis 2

§ 5 Anerkennung bestehender Lohngleichheitsanalysen, Abs. 1 bis 2

§ 6 Methode der Lohngleichheitsanalyse, Abs. 1

§ 7 Überprüfung der Lohngleichheitsanalyse, Abs. 1 bis 2

§ 8 Überprüfung durch ein zugelassenes Revisionsunternehmen, Abs. 1 bis 3

§ 9 Überprüfung durch eine Organisation oder eine Arbeitnehmendenvertretung, Abs. 1

§ 10 Information für die Arbeitnehmenden, Abs. 1

§ 11 Veröffentlichung der Ergebnisse im öffentlich-rechtlichen Sektor, Abs. 1

§ 12 Übermittlung der Sachdaten an den Kanton, Abs. 1 bis 4

§ 13 Ausführungsbestimmungen, Abs. 1

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmungen

Damit wir nicht wieder denselben Fehler machen, möchte jemand eine zweite Lesung beantragen? Das ist schon wieder allerletzte Chance.

Christine Keller (SP): Ich greife da gerne die Idee von Regierungspräsidenten Conradin Cramer auf. Wir haben jetzt einen etwas merkwürdigen Widerspruch da zum Bund, den wir jetzt nicht aufklären konnten mit diesem Antrag, und das fände ich jetzt, auch wenn man das nicht gerne macht, aber es muss ja auch nicht dann Stunden lang dauern, aber das fände ich jetzt einen Anlass für eine zweite Lesung und möchte dies damit beantragen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Christine Keller stellt den Antrag auf eine zweite Lesung. Wenn Sie sich für eine zweite Lesung entscheiden, geht das Geschäft nochmals zur Vorberatung in die WAK. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zu einer zweiten Lesung, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 43 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004841, 13.11.24 15:08:38]*

Der Grosse Rat beschliesst

Zustimmung zu einer zweiten Lesung, das Geschäft geht an die WAK.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben mit 48 Ja-Stimmen gegen 43 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen entschieden, das Geschäft in eine zweite Lesung zu geben. Damit entfällt die Schlussabstimmung.

15.1. Interpellation Nr. 136 Daniel Seiler betreffend Umgestaltung der Römergasse

[13.11.24 15:08:50, 24.5467.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Das seit Juli 2021 behördenverbindliche Stadtklimakonzept beinhaltet nicht nur ortsbezogene, sondern auch generelle Handlungsanweisungen. Seit Beschluss des Stadtklimakonzepts werden bei allen Projekten für Strassen und Plätze Massnahmen zur Begrünung und Entsiegelung geprüft. Gemäss Stadtklimaanalyse ist auch das Wettsteinquartier und der nördliche Abschnitt der Römergasse von Hitze betroffen. Um die Baustellenanzahl nicht zusätzlich zu erhöhen, werden Begrünungsmassnahmen, wenn immer möglich, bei ohnehin laufenden Strassenbauarbeiten umgesetzt. Dies wird auch bei weiteren Fernwärmeausbaumassnahmen im Wettsteinquartier der Fall sein.

Zu Frage 2. Rechtzeitig eingegangene Einsprachen werden behandelt, sprich gutgeheissen oder abgelehnt. Gegebenenfalls werden sie auch durch eine nächste Instanz beurteilt. Sollte das Bewilligungsverfahren für diesen Strassenabschnitt nicht rechtzeitig abgeschlossen sein, würde die Strasse provisorisch instand gestellt, so dass sie wieder befahrbar ist. Die Baustelle würde unterbrochen und die Arbeiten an der Oberfläche dann fertiggestellt werden, wenn das Verfahren abgeschlossen ist.

Zu Frage 3. Bei Umgestaltungen von Strassen im Rahmen von Erhaltungsmassnahmen wird die Quartierbevölkerung üblicherweise nicht eingebunden, da es dazu klare Vorgaben gibt, unter anderem aus der Mobilitätsstrategie und aus dem Stadtklimakonzept. Bei den Begegnungszonen ist ein Einbezug der Bevölkerung deshalb sinnvoll, weil der Strassenraum der Begegnung der Anwohnenden gewidmet ist und es in erster Linie um gestalterische Fragen geht, zum Beispiel die Platzierung von Möblierungen. Durch die Möglichkeit einer Einsprache bei der öffentlichen Planauflage können sich jedoch Anwohnende und Liegenschaftsbesitzende bei allen Vorhaben des Kantons einbringen.

Zu Frage 4. Der Regierungsrat hat mit dem Stadtklimakonzept im Juli 2021 eine behördenverbindliche und öffentlich einsehbare Grundlage zur Klimaanpassung geschaffen und damit diverse Aufträge an die Verwaltung erteilt. Unter anderem umfassen diese Aufträge die klimagerechte Gestaltung von allen öffentlichen Strassen- und Platzprojekten. Ebenso werden grössere Arealentwicklungen mit ihrem neuen Strassen- und Freiraum von Anfang an klimagerecht gestaltet. Diese in Handlungsfeld 5 festgehaltenen Kriterien für eine Umgestaltung sind also klar nachvollziehbar und öffentlich einsehbar.

Zu Frage 5. Der Regierungsrat strebt eine Auslastung der Strassenparkplätze von 90 bis 95 Prozent an, um den öffentlichen Raum effizient zu nutzen. Im umliegenden Geviert der Römergasse lag die Auslastung Ende 2023 bei 87 Prozent. Mit der Umgestaltung des nördlichen Abschnitts der Römergasse fallen insgesamt 13 Parkplätze weg. Dadurch erhöht sich die Auslastung im besagten Gebiet nur minim auf 89 Prozent.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Daniel Seiler (FDP): Danke Frau Regierungsrätin für die Ausführungen. Ich kann damit natürlich nicht zufrieden sein. Ich stelle fest, bei einer Erhaltungsmassnahme, da wird die Bevölkerung nicht einbezogen, das ist richtig, aber wir reden hier von einer Veränderungsmassnahme. Die Einsprachen der Bevölkerung wurden ja eingereicht, Sie haben diese schon bekommen. Die stellen Ihnen genau diese Fragen, wie ich sie stelle, und das machen sie übrigens unabhängig von mir.

Ich stelle hier zusätzlich fest, bei diesen Begrünungen machen wir genau das, was das Volk vor einem Jahr nicht wollte. Das Volk hat nein gesagt, zwei Mal nein zu den Stadtklimainitiativen. Diese beiden Initiativen haben genau das gefordert, Umwidmung von Strassenraum in Begrünung. Warum das jetzt trotzdem umgesetzt wird, dies ist mir eigentlich unverständlich, ich glaube, es ist bei der betroffenen Bevölkerung auch unverständlich.

Ein weiterer Punkt, wo ich noch feststelle, so wie ich das jetzt gehört habe, soll bei jeder Strasse eine Begrünungsmassnahme gemacht werden. Ist das wirklich das Konzept? Und dann würde ich gerne wissen, wenn das so ist, von was für einer Umgestaltungsmassnahme oder wie es zynisch heisst, von was für einer Menge von Parkplatzabbau man dann spricht. Es kann ja nicht sein, dass man mit einem Konzept am Schluss bei jeder Strasse diese Begrünung macht. Das ist für mich unverständlich und ich bin somit nicht zufrieden mit der Antwort.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

15.2. Interpellation Nr. 137 Eric Weber betreffend unhaltbarer Zustand am Claraplatz

[13.11.24 15:14:30, 24.5468.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Eric Weber (Fraktionslos): Diese Interpellation finde ich sehr spannend und ich bin sehr stolz. Jetzt müssen Sie genau zuhören, ich bin sehr stolz, denn die Grüne Partei hat meinen Satz zum Claraplatz übernommen und hat geschrieben in ihrem Text; Politiker reden von No-go-Area. Ich habe das gelesen jetzt im August oder September, dass die Grünen das geschrieben haben, dass das Thema von Politikern als No-go-Area bezeichnet wird. Sie wissen, mein Hauptthema ist der Claraplatz, der Claraplatz ist ein Zentrum von unserem Kleinbasel. Und wenn du jeden Tag am Claraplatz bist, um 7 Uhr morgens 20 Minuten holst und dann siehst du dort diese Drogendealer, und ich bin wirklich nicht der Einzige, der das sagt, also ich habe hunderte von Leuten, die sagen, es kann doch nicht sein, dass dort diese Leute stehen. Dann heisst es oft, ja, wir können nichts machen, die Polizei, die sind dann am nächsten Tag wieder frei. Aber das Thema Claraplatz beschäftigt uns und ich muss Ihnen sagen, ich habe geschrieben auf meinem Flugblatt, Zitat: Was sich rund um den Claraplatz abspielt, spottet jeder Beschreibung. Schwarzafrikaner wickeln dort völlig unbehelligt ihre Drogengeschäfte ab. Mitten in Kleinbasel ist eine No-go-Area entstanden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Würden Sie darauf verzichten, Ihr Flugblatt zu verlesen. Das tut nichts zur Sache.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich muss einfach sagen, dieser Begriff No-go-Area, der ist von mir entworfen, ich habe das Copyright und die Grünen haben diesen Begriff benutzt und haben gesagt, Politiker reden über das, aber sie haben nicht gesagt, dass dieser Begriff von Grossrat Eric Weber ist. Darum habe ich den Artikel auch nicht ausgeschnitten und gesammelt, aber ich habe es gelesen und habe gestaunt, dass dann auch andere Parteien auf das Thema eingehen.

Der Claraplatz ist für Frauen, Touristen, Einheimische, aber auch für Männer nicht angenehm. Auch ich wurde schon öfters angesprochen, ich laufe dann einfach weiter und sage good morning zu diesen Leuten und rede nicht weiter. Darum möchte ich in dieser Interpellation wissen, wie ist das möglich. Warum wird da nichts gemacht, warum stehen rund um die Uhr diese Leute und verkaufen dort irgendetwas? Wenn Sie mit dem 6er kommen von Grossbasel, fahren Richtung Badischen Bahnhof, sehen Sie das, beim Kiosk stehen die dort, beim Kiosk links und rauf bis zum Holzschopf Restaurant vom früheren Karli Odermatt. Und die sind den ganzen Tag dort und darum frage ich mich, warum wird da nicht einmal einen Platzverweis erteilt? Wo ist die Polizei am Claraplatz? Ich habe ein Flugblatt herausgegeben wegen dem Claraplatz, wo ist die Polizei? Mir hat einer auf den Kopf geschlagen, ich bin umgefallen, bis die Polizei am Caraplatz gekommen ist, sind 20 Minuten vergangen. Und da frage ich mich natürlich schon, was da am Claraplatz abgeht.

Oder jetzt die letzte Frage, ich weiss nicht alles, aber ist das legal, dass dort diese Geschäfte öffentlich betrieben werden? Man kann mir nicht ein Märchen erzählen, die stehen nur dort, weil es Touristen sind. Die stehen den ganzen Tag dort, in der Nacht auch, aber in der Nacht gehe ich nicht mehr raus. Die stehen den ganzen Tag dort und verkaufen etwas und da passiert nichts und das macht die Leute verrückt. Und ich muss wirklich sagen an die Polizeidirektorin, wenn das nicht aufhört, gibt es eine Kampagne; Stopp Claraplatz 2028. Weil mich regt das auf, es passiert nichts am Claraplatz und das

sieht man jeden Tag und es werden immer mehr. Und das ist einfach unfair gegenüber den anderen, die da redlich ihr Geld verdienen und redlich lieb sind zur Stadt.

15.3. Interpellation Nr. 138 Pasqualine Gallacchi betreffend Leistungsauftrag des Stadtteil-Sekretariates Kleinbasel (STS KB)

[13.11.24 15:19:43, 24.5472.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Das Wort geht an Regierungsrat Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gerne beantworte ich diese Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt:

Zu Frage 1. Stadtteilsekretäre unterstützen eine nachhaltige Stadtteil- und Quartierentwicklung. Sie sind Schnittstellen zwischen Verwaltung und Stadtteil. Als solche verfolgen sie den Ansatz der Allparteilichkeit. Gemäss Konzept gilt für ihre Mitfinanzierung durch den Kanton auch der Grundsatz, dass sie in Bevölkerung und Gewerbe ihres Stadtteils möglichst breit abgestützt sind. Sie versuchen alle involvierten Akteure in einen Prozess einzubeziehen und gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Sie können somit einen wichtigen Beitrag leisten, damit die Mitwirkung der Quartiere, die im § 55 unserer Kantonsverfassung festgeschrieben ist, auch funktioniert. Es ist deshalb bedauerlich, wenn für den Stadtteil wichtige Gruppierungen austreten. Das gilt umso mehr, wenn die politische Ausgewogenheit als Ganzes auf dem Prüfstand steht. Sofern der Grundsatz der breiten Abstützung nicht gegeben ist, ist eine zentrale Voraussetzung für die Mitfinanzierung durch den Kanton nicht erfüllt.

Zu Frage 2. Der Regierungsrat schätzt die wertvolle Arbeit der Stadtteilsekretäre und anerkennt ihre anspruchsvolle intermediäre Rolle. Umso mehr nimmt er die unterschiedlichen Rückmeldungen und Kritikpunkte zu den Stadtteilsekretariaten ernst. Das zuständige Präsidialdepartement wird deshalb das gesamtstädtische Konzept der Stadtteilsekretariate im Jahr 2025 überprüfen und bei Bedarf Anpassungen vornehmen. Im Hinblick auf die kommende Subventionsperiode wird gleichzeitig geprüft, ob die Stadtteilsekretariate die Anforderungen für die Mitfinanzierung durch den Kanton, insbesondere auch hinsichtlich der breiten Abstützung erfüllen.

Zu Frage 3. Wie erwähnt formuliert § 55 der Kantonsverfassung, dass der Staat die Quartierbevölkerung in seine Meinungs- und Willensbildung einbezieht, sofern ihre Belange besonders betroffen sind. Alle Organisationen können sich auch unabhängig von einer Mitgliedschaft beim Stadtteilsekretariat bei konkreten Partizipationsprozessen einbringen. Die zuständige Verwaltungsstelle ist jeweils federführend für den Partizipationsprozess zuständig. Die Geschäftsstellenleitenden der Stadtteilsekretariate unterstützen dabei die Verwaltung fachlich und organisatorisch und tragen die gesammelten inhaltlichen und prozessbezogenen Anliegen ihrer Mitgliederorganisationen und der Quartierbevölkerung weiter.

Zu Frage 4. Der Regierungsrat begrüsst die Gesprächsbereitschaft des Stadtteilsekretariats Kleinbasel und der ausgetretenen Organisationen um die konkreten Umstände, die zum Austritt geführt haben, sowie die künftige Zusammenarbeit auch ohne Mitgliedschaft zu klären. Bei Bedarf steht auch die Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung im Präsidialdepartement für einen Austausch zur Verfügung.

Zu Frage 5. Im Hinblick auf die kommende Staatsbeitragsperiode werden die Stadtteilsekretariate, insbesondere auch auf ihre breite Abstützung in Bevölkerung und Gewerbe überprüft.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort geht an die Interpellantin Pasqualine Gallacchi. Sie kann mitteilen, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Pasqualine Gallacchi (Mitte-EVP): Ich bin mit dieser Antwort zufrieden. Wir werden dann gespannt schauen, wie diese Prüfung dann durchgeführt wurde und paritätisch und ausgewogen dann das Ganze wieder in diese richtige Richtung gebracht wird. Die Gesprächsbereitschaft ist da von beiden Seiten, von dem her sind wir positiv und hoffen, dass das dann auch wieder die ganze Kleinbasler Bevölkerung dort eingebunden wird und auch die Meinung an die Verwaltung so getragen werden kann.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

15.4. Interpellation Nr. 139 Jenny Schweizer betreffend innovativer Unterricht an der Primarschule Gotthelf

[13.11.24 15:24:11, 24.5479.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Das Wort geht somit an Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Einleitend ist festzuhalten, dass es sich beim besagten Unterricht in Klassen der Primarstufe Gotthelf nicht um ein Unterrichtskonzept ausserhalb der Norm handelt, sondern um Unterricht, der so aufbereitet ist, dass die Schülerinnen und Schüler möglichst individuell gefördert und gefordert werden. Sowohl Unterricht als auch Beurteilung erfolgen innerhalb der rechtlichen Vorgaben und gemäss Lehrplan 21. Gemäss Schullaufbahnverordnung müssen alle Lehrpersonen ab der 5. Klasse der Primarschule im Zeugnis eine Note setzen. Unter dem Schuljahr gibt es verschiedene Beurteilungsmöglichkeiten. Am Ende des Schuljahres wird pro Fach eine gesamte Note gesetzt und ein Zeugnis aufgestellt.

Zu den Fragen 1 und 2. Auf den Webseiten der einzelnen Schulstandorten werden keine Informationen über den Unterricht einzelner Lehrpersonen veröffentlicht. Die Eltern werden am Elternabend über die Art des Unterrichts informiert und sind zu Unterrichtsbesuchen eingeladen, wie dies in allen Klassen der Fall ist.

Zu Frage 3. Im laufenden Schuljahr arbeiten die Lehrpersonen in einer von sechs 5. Klassen mit alternativen Beurteilungsformen. Wie bereits erwähnt, findet dieser Unterricht innerhalb der rechtlichen Vorgaben statt. Ob und wie viele Hausaufgaben Lehrpersonen geben, liegt in ihrem pädagogischen Handlungsspielraum. Es gibt dazu keine Vorgaben und wird auch nicht erhoben.

Zu den Fragen 4 und 5. Die Erziehungsberechtigten können die Unterrichtsform nicht wählen. Die Unterrichtsgestaltung liegt im Ermessen und in der Verantwortung der Lehrpersonen. Sie setzen alle vielfältigen Unterrichtsmethoden und Arrangements ein.

Zu Frage 6. Die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler ist jederzeit gewährleistet, unabhängig davon, ob sie zum Lernen an Tischen oder auf dem Boden sitzen.

Zu Frage 7. Wie gut diese Schülerinnen und Schüler im Vergleich zu anderen Standorten auf der Sekundärstufe 1 vorbereitet sind, wurde nicht erhoben. Der Regierungsrat plant auch keine Erhebungen dazu. Generell erhalten alle Primarschulen eine Rückmeldung, welche ihre Schülerinnen und Schüler nach einem Jahr in der Sekundarschule in ihrem zugewiesenen Leistungszug verbleiben konnten bzw. nicht verschlechtert oder verbessert haben.

Zu Frage 8. Ob Konzepte einer Prüfungsnote in anderen Klassen angewendet werden, ist dem Regierungsrat nicht bekannt. Wie bereits erwähnt, liegt die Unterrichtsgestaltung bei den einzelnen Lehrpersonen.

Zur Frage 9. Da das Unterrichtskonzept sehr individuell auf die Bedürfnisse der Kinder zugeschnitten ist, geht der Regierungsrat davon aus, dass es sich insbesondere auf die Entwicklung der Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bildungsbedarf positiv auswirkt.

Zu Frage 10. Die Schulleitung hat die zuständige Stufenleitung in der Volksschulleitung über das Unterrichts- und Bewerbungskonzept informiert. Nachdem eine Klasse über zwei Jahre sehr positive Erfahrungen mit dem stark individualisierten Unterricht hatte, haben sich auf das Schuljahr 2024/25 vier weitere Klassen entschieden, den Unterricht in dieser Art zu erteilen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Jenny Schweizer (SVP): Ich danke Regierungsrat Mustafa Atici für die Beantwortung meiner Interpellation. Ich kann schon einmal vorausschicken, dass ich eigentlich nur teilweise befriedigt bin. Dass es verschiedene Unterrichtsformen gibt in den vereinzelten Schulstandorten, das leuchtet mir natürlich schon ein, ist mir auch bekannt, aber ich denke doch, im Schulhaus Gotthelf weichen die zwei Lehrpersonen gemäss Berichterstattung, immerhin heisst es, es gibt keinen Notenzwang, es gibt keinen Hausaufgabenzwang, doch entscheidend von der Unterrichtsform ab. Und nun kommen auch noch vier weitere

Klassen dazu, die diese Unterrichtsform dann praktizieren, dass ich schon der Meinung bin, dass dies auch auf der Homepage des Schulhauses eigentlich vermerkt sein muss, dass die Erziehungsberechtigten auch entscheiden dürfen sollten, ob sie wollen, dass ihre Kinder in dieser Form unterrichten werden. Ich glaube auch, dass es eine Grundsatzdiskussion braucht, ob eine solche Beschulung nun von allen Beteiligten auch wirklich gewollt ist, da sie doch meiner Ansicht nach in hohem Masse abweicht, als was die Erziehungsberechtigten von der Schule erwarten können und dürfen und auch offiziell kommuniziert wird. Ich danke Ihnen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Felix Wehrli (SVP): Ich erinnere Sie an den BaZ-Artikel vom 2. November 2024. Zitat: Die Arbeit bei der Basler Staatsanwaltschaft gilt mittlerweile als gesundheitsschädigend. Und: Die Basler Stawa setzt einen Hilfeschrei ab. Wegen fehlender Ressourcen würden sie die gesetzlichen Vorgaben in ihrer Arbeit systematisch verletzen. Ja, die Stawa, die für das Gesetz zuständig ist. Wird das von der zuständigen Regierungsrätin Stephanie Eymann wahrgenommen? Ich zweifle mindestens ein bisschen daran, sonst müsste ja das schon lange behoben sein, auch wenn das Parlament für die Stellen zuständig ist. Das wäre ja vielleicht auch ein Thema für die GPK.

Aufgrund der von mir gestellten Fragen in der Interpellation habe ich gewisses Verständnis für die schriftliche Beantwortung. Allerdings ist hier auch eine Verzögerungstaktik nicht ganz auszuschliessen. Sie können aber sicher sein, dass ich und weitere trotz der Verzögerung der Antworten an diesem Thema dranbleiben werden. Es gibt nämlich noch weitere Unstimmigkeiten, aber dazu zu einem späteren Zeitpunkt.

Eine kurze Erklärung zu den Arbeitsbedingungen. Vor zwei Jahren musste von dem Detektivpersonal eine Anwältin eingeschaltet werden, um die unhaltbaren Arbeitsbedingungen vor dem Arbeitgeber als Regierung, erster Staatsanwalt und Chef Kripo aufzuzeigen und hoffentlich gesetzeskonform anzupassen, was leider bis heute nicht vollumfänglich erfolgt ist, wodurch die anwaltliche Vertretung noch immer am Arbeiten ist. Das Detektivpersonal arbeitet bei Wochenend-Pikett während 12 Tagen am Stück mit nicht selten 110 Arbeitsstunden. Gesetzlich müssten sie nach sechs Arbeitstagen zwingend einen Ruhetag einlegen. Es gibt da gewisse Ausnahmen, aber die gehen nicht so weit.

Dieses gesetzeswidrige Arbeiten wird aber von der Leitung Kripo akzeptiert. Man will ganz offensichtlich nichts daran ändern. Ich frage mich, wie steht es mit der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers? Offensichtlich ist diese zumindest ungenügend, man muss sagen, bei der Stawa sogar gesetzeswidrig. Eine wichtige Verwaltungsleitung im HR sagte einmal, es war illegal, es ist illegal und es wird auch in Zukunft illegal bleiben. Die Krankheitsfälle werden zunehmen oder haben bereits zugenommen, da bin ist mir eigentlich sicher.

Bei der Kripo besteht schon lange Handlungsbedarf. Vielleicht hat es die Regierung auch erkannt oder offensichtlich, denn offenbar war der Chef Kripo mit der Situation überfordert, weshalb man ihm vor einiger Zeit für ein Jahr ein Coach und Berater, ja, in Form von Thomas Würgler, zur Seite gestellt hat. Genützt hat es gemäss meinen Informationen wohl nichts. Nun, der Chef Kripo folgt nun an den Ort, wo Thomas Würgler arbeitet, er wird ab Januar 2025 in der Rechtsabteilung des Kommandos der Kapo arbeiten. Es musste ja eine neue Stelle für ihn gefunden werden, da seine Frau Strafgerichtspräsidentin wird und er dieses Amt nicht mehr ausführen kann.

Aber ich wollte nochmals in Erinnerung rufen, es ist gesundheitsschädigend, bei der Stawa zu arbeiten und die Arbeiten werden systematisch verletzt. Das muss man sich einfach mal vor Augen halten.

15.5. Interpellation Nr. 140 Felix Wehrli betreffend personelle Situation bei der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

[, 24.5483.01]

15.6. Interpellation Nr. 141 Christian C. Moesch betreffend divergierende Aussagen der Initianten zur Begründung und insbesondere hinsichtlich der Auswirkungen der Initiative «Für mehr Musikvielfalt»

[13.11.24 15:34:02, 24.5484.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gerne beantworte ich diese Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt:

Grundsätzlich erachtet der Regierungsrat die Stossrichtung der Initiative für mehr Musikvielfalt kulturpolitisch nicht als sinnvoll. Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass die Trennung von Institutionen und Freischaffenden nicht zielführend ist, um die Musikförderung voranzubringen und die Kulturstadt Basel zu stärken. Denn diese Trennung existiert so nicht. Institutionen geben Freischaffenden eine Bühne und Plattform, sie geben ihnen Aufträge und Sichtbarkeit. Zugleich sind sie auf Freischaffende als temporäre Mitarbeitende angewiesen und könnten ihren Auftrag gar nicht ohne sie erfüllen. Das gilt insbesondere für die Institutionen der Hochkultur, also das Sinfonieorchester und das Theater Basel. Das Sinfonieorchester allein zahlt bis zu einer Million Franken an Gagen an Freischaffende pro Jahr. Die Initiative verpasst es, diese Symbiose zu berücksichtigen und korrekt darzustellen.

Zu den einzelnen Fragen, Frage 1. Im laufenden Jahr sind total 23,25 Millionen Franken für den engeren Bereich der Musikförderung im kantonalen Budget eingestellt. Nicht enthalten sind darin die Finanzierungsanteile an den Gesamtkosten der Mehrspartenhäuser, Theater, Basel und Kaserne Basel. Beim Theater sind es namentlich die Opernproduktionen, bei der Kaserne sind es die im Leistungsauftrag vorgesehenen Konzerte im Bereich Pop, Rock, Hiphop, etc. Jährlich werden darüber hinaus rund 2 Millionen Franken aus dem Swisslos-Fonds für Musikprojekte und Festivals eingesetzt. Das von der Initiative geforderte Drittel für direkte Beiträge an Freischaffende, also nicht via Aufträge durch Institutionen, beträgt somit aktuell rund 8 Millionen Franken, exklusive Finanzierungsanteile an den Gesamtkosten der Mehrspartenhäusern Theater und Kaserne und exklusive Beiträge via Swisslos-Fonds. Die genaue Berechnung der Kosten bei einer Umsetzung der Initiative hängt unter anderem davon ab, was als Institution gilt und was nicht. Der Regierungsrat geht aktuell davon aus, dass bei gleichbleibendem Kulturbudget rund 6 bis 8 Millionen von den Institutionen zur freien Szene umgelagert werden müssten.

Zu Frage 2. Die Differenz ist wie folgt zu erklären: Das Initiativkomitee zählt auch Programmbeiträge als Fördermittel für Institutionen und die Klassik. Damit kommt es auf die erwähnten 90 Prozent. Damit widerspricht es aber der eigenen Systematik, denn gemäss Initiativtext wäre die Förderung durch Programmbeiträge eben eine Förderung der freien Szene. Der Regierungsrat ist hingegen der Ansicht, dass Programmbeiträge ganz massgeblich zur Finanzierung von Projekten der freischaffenden Musikerinnen und Musikern beitragen und somit nicht zu den Institutionen gezählt werden soll. Wenn zusätzlich noch die rund 2 Millionen Franken aus dem Swisslos-Fonds einberechnet werden, ergibt dies 27 Prozent. Es kommt heute also ein Anteil von 27 Prozent den freischaffenden Musikerinnen und Musikern aus allen Musikgenres zugute und nicht einen Anteil von nur 10 Prozent, wie von den Initiantinnen und Initianten behauptet.

Zu Frage 3. Diese Behauptung ist falsch. Alle Musikgenres haben heute bereits Zugang zur Förderung. Der Regierungsrat kann sich die Falschaussage nur so erklären, dass das Initiativkomitee spartenübergreifend offene Fördergefässe wie die Kulturpauschale, die Jugendkulturpauschale und den Swisslos-Fonds nicht berücksichtigt. Aus diesen Gefässen können nicht nur alle Musikgenre, sondern auch alle anderen Sparten und Ausdrucksformen wie Literatur, Spoken Word, bildende Kunstprojekte, der angewandten Künste, der darstellenden Künste, Videos, etc. unterstützt werden.

Zu Frage 4. Der Regierungsrat hat in seinem Bericht vom Juni 2023 an den Grossen Rat ausführlich dargelegt, dass seiner Meinung nach die von der Initiative vorgeschlagenen Massnahmen nicht zielführend sind, um die Angebotsvielfalt für das Basler Publikum zu erhöhen. Die Interessen der Bevölkerung spielen im Sinn einer Nachfrageorientierung und Publikumserweiterung bei der Beurteilung von Förderanträgen bereits heute eine wichtige Rolle. Kultur für alle und von vielen zu ermöglichen, ist dem Regierungsrat ein Anliegen. Gesonderte Massnahmen ausschliesslich für den Musikbereich zu implementieren, hält der Regierungsrat nicht für zielführend. Einen gesetzlich verankerten Sonderweg für eine einzelne Sparte lehnte er ab.

Zu Frage 5. Nein, es gibt kein Anrecht auf Kulturförderung. Das Kulturfördergesetz hält dies unter § 12 Abs. 2 ausdrücklich fest, Zitat: Dieses gewehrt keinen Rechtsanspruch auf staatliche Leistung. Zitat Ende.

Zu Frage 6. Der Initiativtext macht keine Aussagen über eine Mittelverteilung nach Musikgenre. Er spricht ausschliesslich von Institutionen und Freischaffenden. Grundsätzlich ist bei der Umsetzung einer Volksinitiative vom Wortlaut der Initiative auszugehen. Eine allfällige Begründung des Volksbegehrens und Erläuterungen der Initiantinnen und Initianten dürfen dabei mitberücksichtigt werden, massgeblich ist jedoch der Initiativtext. Es ist somit denkbar, dass von einer Umverteilung auch

Institutionen der Alternativkultur betroffen sein könnten, die gerade eben erst durch die Umsetzung der Trinkgeld-Initiative gestärkt wurden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Christian C. Moesch (FDP): Herr Regierungsrat Cramer, vielen Dank für die Beantwortung. Die Initiative für mehr Musikvielfalt hat ja bereits im Vorfeld verschiedenste Diskussionen ausgelöst und teilweise natürlich auch grosse Fragen ergeben, wer jetzt am Ende bei der Annahme dieser Initiative wie viel verlieren wird, wer wie viel gewinnen wird. Und da sind ja auch zum Teil mit verschiedenen Zahlen gespielt worden, die letztendlich zum Teil sehr grosse Differenzen aufgewiesen haben. Das war eigentlich auch der Grund, wieso wir diese Interpellation eingereicht haben. Ich bin jetzt froh, dass wir hier zumindest auf einige dieser Fragen Antworten bekommen haben, vor allem dort, wo es dann zum Teil sehr grosse Differenzen gibt, und dass wir zumindest hier vom Regierungsrat eine gute Darlegung haben, was schlussendlich die Folgen sind, wo sie wie gravierend sind oder in welchen Bereichen sie dann eben doch nicht so einen grossen Einfluss haben könnten. Insofern danke ich für die Arbeit seitens Regierungsrat Cramer und die Beantwortung und ich bin damit zufrieden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

8. Bewilligung von Staatsbeiträgen an das Kulturbüro Basel für die Jahre 2025 bis 2028, Ausgabenbericht des RR

[13.11.24 15:41:54, 24.0630.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an die Präsidentin der BKK, Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Zum Ausgabenbericht für Staatsbeiträge an das Kulturbüro Basel darf ich Ihnen mündlich berichten. Die BKK hat sich den Ratschlag vom Präsidialdepartement vorstellen lassen und ihn an einer Sitzung beraten. Das Kulturbüro unterstützt seit 2008 semiprofessionelle und professionelle Kulturschaffende jeden Alters und aus allen Sparten und Genres bei der Realisierung ihrer Projekte. So bietet es den Kulturschaffenden ein Coworking Space, eine offene digitale Werkstatt, vermietet Geräte für die audiovisuelle Kunst- und Kulturproduktion und fungiert als Vernetzungs- und Informationsdrehscheibe. Das Angebot des Kulturbüros Basel stösst auf anhaltendes Interesse und wird von der regionalen Kulturszene sehr geschätzt. Voraussetzung, das Angebot in Anspruch zu nehmen, ist eine nicht kommerzielle Nutzung mit öffentlicher oder halböffentlicher Sichtbarkeit.

Die Staatsbeiträge an das Kulturbüro Basel fallen vollumfänglich in den Bereich der Alternativkultur. In den letzten Jahren hat der Verein bewusst Finanzreserven abgebaut und damit zusammen mit Drittmitteln den Ersatz und Neuanschaffung von Gerätschaften für den Verleih finanziert. Da der Verein die Löhne der Teuerung angeglichen hat und auch ein organisatorischer Mehraufwand im Betrieb aufgefangen werden musste, wurde in den letzten zwei Jahren ein Verlust ausgewiesen und die Vereinsreserven haben sich weiter reduziert.

Um das strukturelle Defizit auffangen zu können, hat die Trägerschaft mit dem Antrag um Erneuerung der Staatsbeiträge deshalb um eine jährliche Erhöhung der Finanzhilfe von 30’000 Franken gebeten. Ebenfalls hat die Trägerschaft beim Migros-Kulturprozent den Antrag auf eine Erhöhung der Beiträge gestellt. Ohne diese Beitragserhöhung würden dem Kulturbüro die Mittel für den Unterhalt und die Erneuerung der technischen Gestaltungswerkzeuge sowie für die Betreuung der neu gewonnenen Kundschaft fehlen.

Wie der Regierungsrat ist auch ein Grossteil der BKK überzeugt davon, dass das Angebot des Kulturbüros eine wichtige Angebotslücke für die Arbeit vieler Kulturschaffenden schliesst und auch als niederschwelliges Kompetenz- und Dienstleistungszentrum einen nachhaltigen und nachgefragten Service bietet.

Die BKK beantragt entsprechend mit 10 zu einer Stimme bei einer Enthaltung, dem Staatsbeitrag, so wie der Regierungsrat es vorschlägt, zuzustimmen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort geht an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ich danke der Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission für die zügige Beratung durch die Kommission und ihr Votum, mit dem sie das Wesentliche auch schon gesagt hat. Sie können es selbstverständlich ja alles auch noch im Ausgabenbericht nachlesen. Ich möchte diesen jetzt hier nicht noch mal rezitieren, sondern einfach auch nochmal bestärken, dass auch der Regierungsrat das Angebot und das Engagement des Kulturbüros Basel hoch schätzt und würdig. Wir sind davon überzeugt, dass jetzt mit einem aktualisierten Angebot auch an technischer Gerätschaft und an Dienstleistungen die Relevanz gross ist und künftig auch noch weiter gesteigert werden kann. Das Kulturbüro ist ein niederschwelliges Kompetenz- und Dienstleistungszentrum, das einer ganz breiten Kundschaft einen Service kostengünstig anbietet. Das sind sinnvolle Angebote, weil sie eben Ressourcen bündeln, Synergien nutzen und damit auch im besten Sinne nachhaltig sind.

Wir haben den Antrag auch der Institution sorgfältig geprüft und kommen zu dieser Erhöhung um 30’000 Franken pro Jahr. Diese Erhöhung wird vollumfänglich an die zusätzlich gesprochenen Mittel im Rahmen der Umsetzung Trinkgeld-Initiative angerechnet, da das Kulturbüro klar in den Definitionsbereich Alternativkultur fällt. Die vom Kulturbüro erbrachten Leistungen sind für viele Kultur-Initiativen und Festivals mit kleinen Budgets, namentlich in der Jugend- und Alternativkultur, sehr wichtig, so dass dieser Staatsbeitrag direkt sehr breiten Kreise zugutekommt.

Ich bitte Sie, dem Antrag der BKK, der ja dem Antrag des Regierungsrats entspricht, Folge zu leisten.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort geht an die Fraktionssprecherin der SVP, Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Gemäss «Chrüzlistich» ist ja die SVP-Fraktion die Einzige, die hier nicht die Zustimmung geben wird und daher möchte ich eigentlich das auch noch schnell begründen. Jahr für Jahr verzeichnet das Kulturbüro ein Defizit und es stellt sich uns schon die Frage, weshalb in den vergangenen Debatten, und ich habe diese nachgehört, jedes Mal die Frage aufkam, ob es sich überhaupt lohnt, eine solche Institution zu unterstützen und nach weiteren vier Jahren und einem erneuten Defizit einer Erhöhung immer wieder nachgekommen wird. Die SVP-Fraktion hat sich daher entschlossen, dieser Erhöhung nicht nachzukommen.

Es handelt sich hier nicht um einen hohen Betrag, aber jede Erhöhung muss gerechtfertigt sein und da sie von der Trinkgeld-Initiative getragen wird, wird auch diese Erhöhung wiederum den Topf der Trinkgeld-Initiative vergrössern. Zumal auch eine stetige Erhöhung keine Motivation sein kann, Drittmittel zu akquirieren, was sich in diesem Fall auch bestätigt, da diese im Musterbudget mit 1000 Franken beziffert werden, was ja gleich einer Akquisitionsverweigerung gleichkommt. Und dazu kommt auch, dass es auch private Anbieter gibt und der Kanton diese eigentlich mit dem Kulturbüro direkt konkurrenziert. Es kommen eben nicht nur Kulturschaffende aus Basel-Stadt in den Genuss der günstigen Konditionen des Kulturbüros, sondern wie immer auch Kulturschaffende aus Baselland und immer hier wieder darauf zu bestehen, dass wir bei Kulturinstitutionen grosszügig regional denken und bezahlen müssen, erschliesst sich uns nicht.

Balz Herter (Mitte-EVP): Als nächste Fraktionssprecherin für die SP kommt Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Dass es in Basel ein Kulturbüro gibt, das freut mich und auch die SP-Fraktion sehr. Es ist wirklich eine sehr sinnvolle Sache und zur Transparenz, ich war auch schon Nutzniesserin des Angebots sowohl einer Videokamera wie auch technischer Beratung und Unterstützung beim Schneiden. Die SP-Fraktion stimmt dem Antrag vollumfänglich zu und die Kommissionspräsidentin der BKK hat das auch gut formuliert, um was es geht, ich möchte das also nicht wiederholen. Es geht ja im Angebot um 180 Stellenprozente und ehrenamtliche Arbeit, die gewährleistet wird, und die kommt vielen Kulturschaffenden ja zu Nutze und in der Folge auch Ihnen, denn Sie sind ja Kulturgeniessende.

Niederschwellig ist es, kostengünstig und sinnvoll. Es ist für uns als Gesellschaft elementar, dass sich Institutionen mit Themen wie KI oder anderen technischen Entwicklungen auseinandersetzen, aber dafür braucht es nicht nur Knowhow und ein Wille, sondern natürlich auch Hardware. Das Kulturbüro ist unter anderem ein Verleihbetrieb und das ist umwelt- und allgemein natürlich ressourcenschonend und sehr bewusst. Es geht nicht um den Konsum und Verbrauch, sondern Nutzen und Gebrauch. Das steht im Fokus. Gewinnbringend soll es eben nicht sein, sonst schlägt es ja wieder auf den Preis nieder und ist nicht mehr bezahlbar für Kulturschaffende. Privatanbieter müssen ja profitabel sein, also wäre das ja ein Widerspruch, wenn man sagt, ihr müsst zu jemandem gehen, der wirklich Profit machen muss.

Es geht hier auch nur um eine Erhöhung von 120’000 Franken für vier Jahre. Also das sind pro Jahr 30’000 Franken. Das ist natürlich für mich und für einige hier drin sehr viel Geld als Privatperson, aber es ist für den Kanton nicht wirklich viel Geld und es ist eine Investition in die Kulturstadt Basel und unterstützt die, die diese Stadt zur Kulturstadt Basel machen, die

Kulturschaffenden. Und einfach so zur Einordnung, gerade haben wir der Musik-Akademie 60 Millionen Franken gesprochen und dem Tropeninstitut 16,7 Millionen Franken und auf unserer Traktandenliste steht noch einiges mehr mit viel in hohen Beträgen, zum Beispiel auch das Kunstmuseum. Diese hohen Beträge, sie werden, so hoffe ich doch, wirklich gut und sinnvoll eingesetzt, so auch beim Kulturbüro und genau so wie die 30’000 Franken mehr sind, denken wir, dass sich das lohnt, und meine Argumente habe ich dazu schon gebracht.

Ich bitte Sie, diesen Antrag zu unterstützen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Liste der Sprechenden ist erschöpft. Der Regierungsrat und die Kommissionspräsidentin verzichten auf ein zweites Votum. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 11 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

77 Ja, 11 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004850, 13.11.24 15:53:08]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für das Kulturbüro Basel werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt

Fr. 600'000 (Fr. 150'000 p. a.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 77 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt. Ich übergebe an dem Präsidenten.

9. Nachtragskredit betreffend das Globalbudget des Kunstmuseums Basel, Bericht der FKom Antrag auf dringliche Behandlung gemäss § 20 Abs. 2 AB

[13.11.24 15:53:14, 24.1385.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Finanzkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das wird uns erläutert von deren Präsidenten Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Sie haben heute Vormittag diesen Nachtragskredit auf die Traktandenliste setzen lassen, dafür danken wir Ihnen sehr herzlich. Damit ist sichergestellt, dass das Kunstmuseum möglichst rasch Finanzklarheit erhält und nicht in eine finanzielle Schieflage gerät. Der Regierungsrat hat dem Grossen Rat sehr kurzfristig mit Bericht am 20. September einen Nachtrag für das Globalbudget 2024 des Kunstmuseums in Höhe von 2,55 Millionen Franken beantragt. Gemäss Finanzhaushaltsgesetz ist die Finanzkommission für die Beratung von Nachtragskrediten zuständig.

Die Finanzkommission war sich der Dringlichkeit des Geschäfts, wie auch bereits erläutert, sehr bewusst und hat trotz der laufenden Behandlung und Beratung des Budgets 2025 versucht, das Geschäft einerseits rasch möglichst und speditiv zu behandeln und andererseits angesichts der doch Brisanz dieser Thematik nicht nur mit dem zuständigen Präsidialdepartement im Rahmen eines Hearings in den Austausch zu gehen, sondern auch hier Ihnen einen schriftlichen Bericht vorzulegen, um die Diskussionen und die Erwägungen der Kommission darzulegen. Dies scheint uns angesichts kommender Diskussionen rund um dieses und anderen staatlichen Museen notwendig zu sein.

Dem Präsidialdepartement war es gleich zu Beginn sehr wichtig festzuhalten, dass dem Kunstmuseum im Rahmen des gesetzlichen Bildungs- und Kulturauftrags gemäss Museumsgesetz inhaltliche, organisatorische, personelle und finanzielle Selbständigkeit zukomme. Entsprechend sei das Kunstmuseum auch grundsätzlich autonom und für das Controlling selbst verantwortlich. Das Präsidialdepartement legte gegenüber der Finanzkommission die Chronologie der Ereignisse dar, so meldete das Kunstmuseum erstmalig am 19. August 2024 mit der Hochrechnung 2 eine entsprechende Kostenüberschreitung von 2,55 Millionen Franken. Es handelte sich hierbei um die erste Hochrechnung unter der neuen Direktorin, der vormalige Direktor, welcher sich für das Budget 2024 verantwortlich zeichnete, ging per Ende 2023 in Pension.

Der Kommission vorgelegte Vergleich zwischen Rechnung 2023, Budget 2024, Hochrechnung 1 und Hochrechnung 2 offenbarte eine entsprechende Abweichung beim Transferertrag, das sind die sogenannten Drittmitteleinnahmen, sehr deutlich. Nachdem man dort ursprünglich Erträge in Höhe von knapp 7,2 Millionen Franken einstellte, ging man noch in der Hochrechnung 1 davon aus, dass man dieses Ziel nur knapp verfehlen werde. Erst mit besagter Hochrechnung 2 wurde ersichtlich, dass dieses Ziel deutlich verfehlt wird und voraussichtlich lediglich Transfererträge in Höhe von knapp 3 Millionen Franken erzielt werden. Es entstand also zwischen Budget und Hochrechnung eine Differenz von 58 Prozent, was Massnahmen zur Folge hatte.

Als Hauptursache machte das PD deutlich geringe Einnahmen aus Drittmitteln geltend, weiter sei auch eine allgemeine Kostensteigerung im internationalen Leihverkehr und im Ausstellungswesen feststellbar. Darüber hinaus sei es zu einer allgemein sehr hohen Ressourcenbelastung durch Sonderprojekte, insbesondere durch die Vorbereitung der Sanierung des Hauptbaus des KMB gekommen. Weiter hielt das PD fest, dass die heutigen Besucherzahlen und die damit verbundenen Entgelte diesen Mehraufwand nur teilweise ausgleichen und auch unterjährige, aufwandseitige Massnahmen die Differenz nicht auffangen konnten, auch aufgrund bereits bestehender Verbindlichkeiten.

Die Finanzkommission wurde auch ein Überblick über die Entwicklung der Transfererträge übermittelt, wobei die Jahresrechnungen im 2019, 2022 und 2023 verglichen wurden, dazwischen lag bekanntlich ja Corona. So zeigt sich ein deutlicher Rückgang der Transfererträge von 5,7 Millionen im Jahr 2019 auf besagte Hochrechnung im September 2024 auf 3 Millionen Franken. Gleichzeitig stiegen aber die Beiträge der Stiftung für das Kunstmuseum für Ankäufe von 0,445 Millionen auf 2,231 Millionen Franken, was auch in der Finanzkommission zu Fragen führte. Dies wurde seitens des PD aber auf Spenden zum Abschied des langjährigen Direktors zurückgeführt.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist aber auch, dass die finanziell angespannte Situation im KMB nicht neu ist. Schon im Jahr 2023 lag eine Budgetüberschreitung von 1,29 Millionen Franken vor. Um diese auszugleichen, wurden Rücklagen aufgelöst und die Abteilung Kultur forderte Sparmassnahmen, woraufhin das KMB ein revidiertes Budget mit Einsparungen vorlegte. So sollte das Programm angepasst, Projekte verschoben und Ausstellungsflächen temporär geschlossen werden. Diese Massnahmen reichten aber nicht aus. So wurden weitere Abklärungen zu diesen Fehlplanungen getroffen und auch eruiert, wie diese künftig vermieden werden können. Gemeinsam mit der neuen Direktorin wurden externe Prüfungen des Budgets 2025 und der Hochrechnung 2024 in die Wege geleitet, zudem wurde das interne Finanz-Controlling und die Organisation des Bereichs Finanzen & Operations extern analysiert und verbessert. Diese Massnahmen wurden vom PD finanziert. Für das Budget 2025, das der Grosse Rat dann im Dezember verabschieden wird, sind Ausstellungsreduktionen, betriebliche Anpassungen, Eintrittspreiserhöhungen und neue Drittmittel-Initiativen geplant. Die Transferträge wurden, so viel darf gesagt werden, jetzt vorsichtig für 2025 auf 4,625 Millionen Franken budgetiert.

Fakt ist aber, dass eine externe Analyse ein enges finanzielles Korsett identifiziert hat und die Notwendigkeit verbindlicher Budgetvorgaben und eine realistische Projektauswahl betont. Weiter sei ein Steuerungsausschuss eingesetzt worden, teilte uns das Präsidialdepartement mit, um die Überarbeitung der Planungs- und Controllingprozesse, die Reorganisation des Bereichs Finanzen & Operations sowie die Umsetzung der Massnahmen für 2025 und die Folgejahre zu begleiten.

Für die Finanzkommission ist die wichtige Funktion des Kunstmuseums in der Kultur- und Kunstszene für die Reputation auch unserer Stadt, für die hiesige Bevölkerung unbestritten. Entsprechend besorgt ist die Finanzkommission, dass der finanzielle Zustand derzeit nicht gut ist. Wir konnten uns überzeugen lassen, dass die Abteilung Kultur den Handlungsbedarf erkannt hat und die Planungs- und Controllingprozesse verbessern will. Wichtig und sehr deutlich festzuhalten gilt aber auch, selbst wenn den fünf staatlichen Museen diese besagte Selbständigkeit gemäss Gesetz zukommt, dass dies das Präsidialdepartement nicht aus der Verantwortung entlässt.

Wir sind entsprechend irritiert, dass das Ausmass des Defizits erst mit der Hochrechnung 2 bekannt wurde, nachdem doch schon im Rechnungsjahr 2023, also spätestens mit Abschluss desselbigen, offensichtlich wurde, dass eine finanziell

angespannte Situation vorliegt. Anders ist es nicht zu erklären, dass dieses Rechnungsjahr mit einem Defizit abgeschlossen hat. Entsprechend wäre es auch aus unserer Sicht notwendig gewesen, weitere Massnahmen frühzeitig zu implementieren und diese enger zu begleiten. Weshalb eine derart hohe Abweichung zwischen ist und soll bei den Transfererträgen erst so spät im Jahr 2024 festgestellt werden konnte, erschliesst sich der Finanzkommission deshalb nicht abschliessend.

Neu ist auch nicht, dass die Akquise von Drittmitteln zunehmend herausfordernd ist. Darauf weist beispielsweise auch die BKK in ihren Berichten zu Budget und Rechnung regelmässig hin. Vor dieser Herausforderung stehen alle staatlichen Museen und nicht nur das Kunstmuseum. Es versteht sich dabei von selbst, dass in den allermeisten Fällen die Drittmittelbeschaffung hauptsächlich für Sonderausstellungen möglich ist, nicht aber für den laufenden Betrieb und den Personal- und Sachaufwand. Ebenfalls nicht nachvollziehbar ist, weshalb für das Jahr 2024 trotz rückläufigen Transfererträgen in den Vorjahren mit Mehrerträgen von 1,8 Millionen Franken im Vergleich zum Vorjahr budgetiert wurde. Wir müssen daher davon ausgehen, dass unter dem per Ende 2023 in Pension gegangenen ehemaligen Direktor des KMB die internen Controllingprozesse ungenügend waren. Dieser zeichnet sich schliesslich, ich habe es erwähnt, auch für das Budget 2024 verantwortlich. Dass eine externe Analyse zum Schluss kommt, dass keine Projekte durchgeführt werden sollten, deren Finanzierung nicht gesichert ist, unterstreicht besagte Umstände und die ungenügenden Prozesse.

Mit dem neuen Museumsgesetz, das wir verabschiedet haben, und welches ein vierjähriges Globalbudget für die staatlichen Museen einführt, könnten sich Probleme verschärfen, wenn keine besseren Planungs- und Controllinginstrumente implementiert werden. Ein Globalbudget bietet Chancen, birgt aber auch Risiken, wenn Abweichungen nicht frühzeitig erkannt und Gegenmassnahmen ergriffen werden. Insbesondere im vierten Jahr eines solchen Globalbudgets könnten Finanzierungslücken auftreten, die Nachtragskredite erforderlich machen. Die Finanzkommission empfiehlt deshalb dringend, die Prozesse für die Globalbudgets 2026 bis 2029 zügig zu definieren und den Austausch mit den zuständigen Kommissionen des Grossen Rates zu suchen.

In Anbetracht der Notwendigkeit dieses Nachtrags hat die Finanzkommission deshalb oder trotzdem beschlossen, Ihnen diesen einstimmig zur Annahme zu empfehlen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Es ist gewiss kein Standardgeschäft, das wir jetzt beraten. Es ist vielmehr ein Geschäft, das wir alle Beteiligten gerne vermieden hätten. Wir beantragen Ihnen einen Nachtragskredit betreffend das laufende Globalbudget 2024 des Kunstmuseums Basel. Zunächst möchte ich der Finanzkommission danken für die Priorisierung des Geschäfts, für die ausserordentlich rasche Behandlung und für die bei aller berechtigten Kritik von Wohlwollen für die Institution getragene Beurteilung. Auch danken möchte ich Ihnen, dass Sie das Geschäft heute dringlich traktandiert haben, es ist wichtig für das Kunstmuseum, dass es bald Sicherheit bekommt.

Das Kunstmuseum Basel benötigt für das laufende Jahr 2024 einen Nachtragskredit von 2,55 Millionen Franken. Dies, weil es eine Budgetüberschreitung gewärtigen muss, die nicht vom Regierungsrat mittels Kreditüberschreitung bewilligt werden kann und die auch nicht durch Reserven gedeckt werden kann. Nun, was ist passiert. Das Kunstmuseum hat das zuständige Präsidialdepartement mit der zweiten Hochrechnung am 19. August dieses Jahres darüber informiert, dass es die Budgetvorgabe 2024 nicht wird einhalten können. Die neue Direktorin Elena Filipovic sah sich gezwungen, diesen Schritt zu gehen und diese Meldung zu machen. Die Abteilung Kultur im Präsidialdepartement hat dann nach umgehender Prüfung des Sachverhalts schnell reagiert, die notwendigen Schritte eingeleitet, um das Museum zu unterstützen, zu stabilisieren und eben den Antrag für den heute zu behandelnden Nachtragskredit ausgelöst.

Warum ist das passiert. Der wesentliche Grund für die Budgetüberschreitung ist, dass das Museum sehr viel geringere Einnahmen aus Drittmitteln hat, als es erwartet hatte. Ursprünglich budgetierte das Museum 7,2 Millionen Franken, die aktuelle Prognose liegt bei lediglich rund 3 Millionen Franken per Ende Jahr. Aufgrund von bereits bestehenden Verbindlichkeiten und weil die Situation museumsintern erst sehr spät entdeckt wurde, können kostenseitige Massnahmen nicht mehr im genügenden Ausmass ergriffen werden. Ich möchte aber betonen, dass das Museum selbst sich in hohem Masse engagiert, um dem Missstand entgegenzuwirken. So hat es kostenseitige Einsparungen von rund einer Million Franken realisiert und es rechnet mit höheren Entgelten als budgetiert. Dies aufgrund des hervorragenden Programms des Museums, das viele Besucherinnen und Besucher anzieht.

Das Kunstmuseum wird seinen Leistungsauftrag im laufenden Jahr vollumfänglich erfüllen, teilweise übertreffen. Die Einnahmen aus dem Ticketing, die Einnahmen aus dem Shop liegen zusammen um rund 700’000 Franken über Budget. Die Möglichkeiten zur Ertragssteigerung sind bei kantonalen Museen jedoch beschränkt, da wir ja von ihnen auch erwarten, dass reduzierte Eintritte und Gratiseintritte für Schulklassen möglich bleiben, aber auch für Geringverdienende. Das ist kulturpolitisch wichtig, uns wichtig, um eben eine Teilhabe der ganzen Gesellschaft zu ermöglichen. Alles in allem genügen die beträchtlichen und beachtlichen Ertragssteigerungen somit nicht, um die fehlenden Drittmittelerträge auszugleichen und

dazu kommen signifikante Kostensteigerungen im internationalen Ausstellungswesen und im Leihverkehr sowie Mehraufwände aufgrund der Vorbereitung der Sanierung des Hauptbaus.

Die grosse Frage, die der Präsident der Finanzkommission zu Recht natürlich auch gestellt hat und stellt, warum wurde das nicht früher entdeckt. Das Kunstmuseum hat, es wurde gesagt, bereits 2023 sein Budget überschritten um 1,92 Millionen Franken inklusive der zentral eingestellten Personalkostenteuerung von knapp einer halben Million. Das war bei einem Gesamtbudget von knapp 22 Millionen Franken. Die Höhe der Überschreitung wurde museumsintern erst mit dem Jahresabschluss 2023, also im Januar 2024, erst erkannt und dem zuständigen Präsidialdepartement kommuniziert. Die Überschreitung von 2023 konnte dann einmalig durch die Auflösung von Rücklagen getragen werden.

Die kantonalen Museen sind, Sie wissen es, als Dienststellen angesiedelt bei der Abteilung Kultur im Präsidialdepartement. Sie sind jedoch gemäss Museumsgesetz selbstständig. Dies beinhaltet ausdrücklich auch die finanzielle Ergebnisverantwortung. Aufgrund des negativen Ergebnisses in der Jahresrechnung 2023 wurde das Kunstmuseum im Rahmen seiner gesetzlich festgelegten Autonomie vom Präsidialdepartement dann unmittelbar nach Vorliegen der Jahresrechnung Anfang 2024 aufgefordert, das Budget 2024 nochmals zu überprüfen, um eine erneute Budgetüberschreitung zu verhindern. Im Frühjahr 2024 legte das Museum ein revidiertes Budget vor, mit der ersten Hochrechnung meldete es noch ein ausgeglichenes Ergebnis. Erst mit der zweiten besagten Hochrechnung im August dieses Jahres meldete dann die neue Direktorin, die ja bekanntlich erst seit April im Haus ist, die Überschreitung.

Für die Aufsicht über die fünf kantonalen Museen ist das Präsidialdepartement zuständig. Auf Basis der Hochrechnungen erstattet das Museum der Abteilung Kultur drei Mal jährlich Bericht über seine finanzielle Situation und die Prognose per Ende Jahr. Die Abteilung Kultur ist dabei selbst somit angewiesen auf korrekte Auskünfte und ein wirksames internes Controlling in dem Museum. Nun liegt uns bereits die Hochrechnung 3 des Kunstmuseums vor. Immerhin eine erfreuliche Mitteilung hier, die Prognose hat sich nicht verschlechtert, sie wird sich ganz leicht verbessern.

Wie können solche Situationen künftig verhindert werden. Es wurden bereits mehrere Massnahmen ergriffen, damit solches nicht noch einmal eintritt. Diese Massnahmen zielen einerseits kurzfristig auf Analyse, Korrektur und Stabilisierung, zweitens dann aber langfristig auf eine Verbesserung der Organisation und der Prozesse und drittens auf eine Optimierung der Reportings gegenüber dem Departement. Das Ziel muss sein, Fehlentwicklungen rascher zu erkennen. Nur so hat die Direktion eines Museums die Möglichkeit, auch rechtzeitig Gegensteuer zu geben. Von der Museumsdirektorin wurden gemeinsam mit der Leiterin der Abteilung Kultur externe Analysen beauftragt, die wichtige Empfehlungen zur Verbesserung der Finanzplanungs- und Controllingprozesse im Museum geben. Das Museum hat externe Unterstützung erhalten, um diese Empfehlungen auch umzusetzen und die Organisation im Bereich Finanzen & Operations grundlegend neu aufzustellen. All diese Massnahmen wurden vom Departement, also ausserhalb des Globalbudgets des Museums finanziert.

Wie sieht es nun aus in Bezug auf das Budget 2025. Der Grosse Rat wird dieses Budget ja im Dezember verabschieden können. Hier wurden von Seiten des Museums bereits Massnahmen zur Kostenreduktion ergriffen. Programme werden vorübergehend reduziert, die Eintrittspreise sollen erhöht werden. In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass das Kunstmuseum seine Ticketpreise seit 2016 nicht mehr angepasst hat und dass diese deutlich unter den Preisen vergleichbarer Museen wie dem Kunsthaus Zürich oder der Fondation Beyeler liegen. Dabei wird selbstverständlich das Programm für Schulklassen aufrechterhalten, ebenso weiter geben wird es den Gratistag und die Familientage und auch alle die Vergünstigungen für Geringverdienende. Die neue Direktorin engagiert sich zudem stark mit neuen Initiativen zur Drittmittelgenerierung, ebenso engagiert sich die Stiftung für das Kunstmuseum, deren Handlungsspielraum aktuell jedoch limitiert ist. Derzeit werden alle diese Massnahmen für 2025 nochmals auf ihre Realisierbarkeit hin geprüft. Das Korsett im nächsten Jahr, das ist auch schon klar, ist sehr eng und es wird auch nur für ein Jahr lang realistischerweise möglich sein, einen solchen Kurs zu fahren, andernfalls resultierte daraus eine Attraktivitätsverminderung, die sich negativ auf das Museum auswirken würde.

Eine wichtige Information, wenn wir vorausblicken, das waren die Informationen zu 2025, per 2026 soll das Budget des Museums neu aufgebaut werden. Basis dafür ist die Betriebsanalyse aus dem Jahr 2019, die im Wesentlichen ja immer noch Aktualität hat. All diese Prozesse werden nun begleitet von einem Steuerungsausschuss, indem neben der Direktorin und neben der Leitung der Abteilung Kultur und neben dem Leiter Finanzen & Controlling des Präsidialdepartements auch der Kommissionspräsident der Kunstkommission sowie der Präsident der Stiftung für das Kunstmuseum tätig sind.

Eine Frage, die sich stellt, ist, steigt eigentlich das Risiko mit Einführung des Vierjahresglobalkredits. Sie wissen, per 2026 sollen die kantonalen Museen jeweils einen Vierjahresglobalkredit vom Grossen Rat gesprochen erhalten. Das erhöht die Flexibilität der Mittelverwendung innerhalb der Periode, es stärkt auch die Selbstständigkeit der Museen in ihrer Planung. Zugleich steigt damit potenziell das Risiko von Fehlentwicklungen und auch, dass diese im schlechten Fall zu spät erkannt werden. Die Abteilung Kultur arbeitet deshalb derzeit intensiv daran, das System der departementalen Aufsicht und das Berichtswesen zwischen Museen und Departement neu aufzustellen. Auch wird die Verordnung zum revidierten Museumsgesetz einige wesentliche Präzisierung zur Aussichtsfunktion beinhalten. Beides soll vom Regierungsrat im ersten Quartal 2025 verabschiedet werden.

Darüber hinaus wurde bereits dieses Jahr ein neues Austauschgefäss initiiert, indem das Präsidialdepartement gemeinsam mit dem Präsidenten der Museumskommission die Planung des Museums und die Finanzkennzahlen betrachten. Damit soll sichergestellt werden, dass alle Seiten über transparente und gleichlautende Informationen verfügen. Die Finanzkommission hat recht, wenn sie fordert, dass allfällige Budgetabweichungen künftig rascher identifiziert werden sollen. Ich möchte jedoch darauf hinweisen, dass die gesetzlich garantierte Autonomie der Museen in einem grundsätzlichen Zielkonflikt steht zu einem engmaschigen Controlling durch das Departement. Es muss uns bewusst sein, dass es dem politischen Willen entspricht, den Museen eine möglichst grosse Handlungsmöglichkeit zu geben und entsprechend das Controlling eben nicht derart engmaschig sein kann, wie es das bei anderen, bei normalen kantonalen Dienststellen ist. Was das Kunstmuseum angeht, so habe ich entschieden, dass dieses für das Jahr 2026 nochmals ein einjähriges Budget erstellen wird und dann erst ab 2027 einen Mehrjahreskredit beantragen soll.

Noch ein paar Bemerkungen zum Thema des Bauprojekts, wie soll nun das Museum das grosse Sanierungsprojekt stemmen. Wie Sie gestern der Medienmitteilung des Regierungsrats entnehmen konnten, wird sich das Bauprojekt Sanierung Hauptbau verzögern. Wir rechnen mit einem Start frühestens ab 2029. Der Regierungsrat hat gestern mit Genehmigung der Finanzkommission eine Erhöhung des Planungskredits als gebundene Ausgabe bewilligt. Dieser dient insbesondere auch dazu, die Auslagerung von Kunstwerken und Arbeitsbereichen während der Schliesszeiten zu planen und dafür gute Lösungen zu finden. Der neuen Direktorin bleiben somit noch einige Jahre, das Haus zu bespielen, neu zu positionieren, bevor dann die akute Bauphase beginnt. Alle Verantwortungsträgerinnen und -Träger sind sich vollumfänglich ihrer grossen Verantwortung bewusst. Das Kunstmuseum Basel, es ist unser Flaggschiff, es ist ein kultureller Leuchtturm von besonderer Güte. Das Kunstmuseum beherbergt kulturelle Schätze, die von Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt gestiftet wurden. Es beherbergt, Sie wissen es, eine der bedeutendsten Kunstsammlungen weltweit. Wenn man das monetär ausdrücken würde, dann würde man von Milliarden Werten sprechen.

Der Hauptbau unseres Kunstmuseums, das Mutterschiff sozusagen, stammt aus dem Jahr 1936 und ist grundlegend sanierungsbedürftig. Hier geht es neben dem Schutz der Kulturgüter auch um die Steigerung der Energieeffizienz. Die neue Direktorin des Kunstmuseums, Frau Elena Filipovic, ist heute auch auf der Tribüne anwesend. Sie hat sich zu Recht enorm darauf gefreut, ihre neue Tätigkeit zu starten, hat auch mit viel Elan begonnen, entsprechend hat sie auch die Herausforderung, die bekannten Herausforderungen des Sanierungsprojekts mit Freude angenommen, sieht darin eine Chance für die Zukunft des Museums und man kann sich vorstellen, dass die Entdeckung dieser finanziellen Situation diese Freude natürlich getrübt hat, dass das auch ein schockartiges Erlebnis war für die neue Direktorin, übrigens durchaus auch für den neuen Vorsteher des zuständigen Departements. Da hätten wir uns und ihr einen anderen Start gewünscht. Es ist aber wirklich hervorzuheben, und deshalb betone ich das hier so, dass Elena Filipovic bereit ist, diese Herausforderungen zusammen mit der Geschäftsleitung des Museums anzunehmen, sie mit Hochdruck daran arbeitet, das Schiff so rasch wie möglich wieder auf Kurs zu kommen und diese Tatkraft, auch diese Unerschrockenheit, die verdient unseren Respekt. Mir ist es wichtig von Seiten des Departements und der Respektierung der Autonomie und Selbstständigkeit des Museums, dass wir gut begleiten, dass wir gut unterstützen, das Museum in seinen Bestrebungen hier wieder auch die finanzielle Situation auf eine gute Ebene zu bringen.

Ich bitte Sie deshalb im Namen des Regierungsrats und auch explizit im Namen des Kunstmuseums, dem Antrag der Finanzkommission zu folgen, diesen Nachtragskredit in der Höhe von 2,55 Millionen Franken für das Kunstmuseum Basel aufgrund der absehbaren Budgetüberschreitung, die hoffentlich dann leicht geringer ausfallen wird für das Jahr 2024, zu bewilligen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zu den Fraktionsvoten und zuerst zu Pascal Messerli für die SVP.

Pascal Messerli (SVP): Der Präsident der Finanzkommission spricht in seinem Votum von einer finanziellen Schieflage, in welcher sich das Kunstmuseum befindet. Ich würde es anders formulieren, wir stehen erneut vor einem finanziellen Debakel beim Kunstmuseum und es ist leider nicht das erste, entsprechend löst dieser Nachtragkredit in Höhe von zweieinhalb Millionen innerhalb von der SVP-Fraktion grosses Kopfschütteln aus. Kopfschütteln, weil es nicht nur nicht das erste Mal ist, wo wir als Steuerzahler Löcher in diesem Museum stopfen müssen, Kopfschütteln auch, weil es nicht das erste Mal ist, dass wir den fünf staatlichen Museen unter die Arme greifen müssen und die Betriebsmittel erhöhen müssen.

Seit Jahren schon wiederholen sich diese Ereignisse, neben dem Kunstmuseum waren Erhöhungen und Nachträge auch für alle anderen vier staatlichen Museen in unterschiedlicher Dimension notwendig. Einmal war es, weil man den Museen zu wenig personelle Ressourcen zur Verfügung stellte, ein anderes Mal vergass man, dass Provenienz halt doch ein sehr wichtiges Anliegen ist, dann weil man beim protzigen Neubauprojekt vergass, die Betriebsmittel eben auch anständig einzukalkulieren, ein anderes Mal, weil man die Digitalisierung und die Archivierung nicht genügend berücksichtigt hatte, ein anderes Mal, weil man zu wenig Aufsichtspersonal hatte und wie in einem aktuellen Fall, weil man bei der Berechnung von Arbeitsplätzen sich verkalkulierte. Es ist dabei völlig irrelevant, welche Schilderungen hier zu welchen staatlichen Museen gehören, es zeigt sich aber ein wiederkehrendes Schema. Die Verantwortlichen in den Museen und die Verantwortlichen im

Präsidialdepartement können nicht rechnen, sie können nicht budgetieren, sie können nicht sorgsam haushalten und sie können offensichtlich auch nicht controllen.

Es ist doch in keinster Art und Weise glaubhaft, dass ein Museum in der Grössenordnung des Kunstmuseums, ein Museum mit Weltruf und unzähligen Angestellten in allen Bereichen erst im September 2024 feststellen konnte, dass man sich bei den Erträgen derart massiv verkalkuliert hat. Was ist das bitte für ein Controlling im Haus und was ist das für eine Aufsicht in der Abteilung Kultur. Wie kann es sein, dass man auf Basis von Wunschdenken ein Budget erstellt, dieses dem Präsidialdepartement vorlegt und dieses Departement, welches in der Verantwortung steht, nicht einmal auf die Idee kommen könnte, dass hier etwas nicht stimmen kann, nachdem doch schon in den Vorjahren die Drittmittelerträge rückläufig waren und das Haus nicht in bester Finanzlage war. Wie kann es sein, dass ein Direktor sich derart aus der Verantwortung schleicht und nicht frühzeitig, also im Jahr 2023, als er noch da war, sich um diese Schieflage kümmerte und stattdessen lieber seine Nachfolgerin ein unaufgeräumtes Haus hinterlässt. Hier hat der Direktor ganz klar und eindeutig versagt.

Doch nicht nur dieser Direktor hat versagt, sondern auch ganz offensichtlich die Dienststelle, welche ihn zu beaufsichtigen hat. Es ist dies immer die gleiche Abteilung Kultur, die immer gleichen Verantwortlichen seit Jahren. Diese scheinen offenkundig sehr Mühe damit zu haben, auf Missstände zu reagieren. Wenn doch alle staatlichen Museen und auch die Bildungs- und Kulturkommission seit Jahren darauf hinweisen, dass die Drittmittelgenerierung schwierig ist, wie kann man dann ausgerechnet bei der Drittmittelbudgetierung eine solche hohe Annahme des Kunstmuseums akzeptieren und durchflutschen lassen, wenn es doch seit Jahren sinkende Zahlen und keine steigenden Zahlen sind. Wird hier nach dem Prinzip Hoffnung gearbeitet? Man weiss es nicht.

Deshalb bleibt auch für die SVP-Fraktion fraglich, wie und weshalb diese Missstände nicht früher erkannt werden konnten. Sich jetzt mit der Auszurede zu begnügen, ja, die Museen sind halt autonom, das ist geradezu ein Hohn und ich bin auch der Meinung, da macht es sich der neue Regierungspräsident etwas zu einfach. Bei der Budgetierung sind die Museen alles andere als autonom und in vielen anderen Bereichen auch nicht. Weshalb sonst hätte das Präsidialdepartement denn bitte im Historischen Museum einen Direktor freigestellt und danach auf Kosten des Steuerzahlers jahrelange Arbeitsprozesse geführt? Und weshalb sonst wäre nun quasi als Sündenbock der Finanzchef des Kunstmuseums entlassen worden? Wir konnten davon ja auch aus den Medien lesen. Selbstverständlich geschieht dies und geschah dies auch auf Anweisung des Präsidialdepartements und selbstverständlich ist die Autonomie keine Ausrede für derartiges Fehlverhalten im Präsidialdepartement.

Die SVP-Fraktion wird diesem Nachtragskredit trotzdem zustimmen, sie wird ihm zustimmen, weil wir gar keine andere Wahl haben, ihr zuzustimmen und weil auch dieses Museum für die Region viel zu wichtig ist, um hier diesem Nachtragskredit nicht zuzustimmen und weil wir auch der neuen Direktorin keine unnötigen Steine in den Weg wegen wollen. Wir sagen damit aber nicht Ja zu weiteren Budgeterhöhungen in den kommenden Jahren, die Museen, nicht nur das Kunstmuseum, müssen endlich lernen, mit den Betriebsmitteln, die wir ihnen gewähren, auch auszukommen. Sie müssen lernen, den Gürtel auch einmal enger zu schnallen.

Gleichzeitig erwartet die SVP-Fraktion, dass die Finanzkommission in dieser Frage dranbleibt. Es ist dringend notwendig, dass die Controlling-Abläufe nicht nur im Museum, sondern generell auch in der Abteilung Kultur verbessert werden. Der neue Vorsteher des Departements ist hierzu gefragt, er soll sich auch nicht davor scheuen, hierfür personelle Massnahmen zu ergreifen. Der Finanzkommission empfiehlt die SVP-Fraktion zudem, die Finanzkontrolle einzuschalten und diese mit den offenkundigen Schwächen im Controlling in der Abteilung Kultur und Finanzen im PD zu konfrontieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP hat sich Philip Karger gemeldet.

Philip Karger (LDP): Das Kunstmuseum Basel überzieht sein Budget um 2,55 Millionen Franken, das ist nicht gerade wenig. Wenn man dann auch noch weiss, dass drei Mal im Jahr eine Hochrechnung gemacht wird, ist das überhaupt nicht nachvollziehbar. 2,55 Millionen Franken werden kaum innerhalb von vier Monaten auflaufen. Erklärungen für den hohen Nachtragskredit gibt es viele. Bei genauem Hinsehen hätten alle Punkte früher entdeckt werden können, ja, sogar müssen. Der Wechsel im Direktorium als Erklärung ist für mich ebenso wenig nachvollziehbar wie die fehlenden Transfererträge.

Gerade bei den erwartenden Drittmitteln, also Sponsoring und Geld von Stiftungen, kann es nicht sein, dass diese innerhalb von vier Monaten um 58 Prozent zurückgehen, ohne dass es eine frühzeitige Vorwarnung gibt. Auch allgemeine Kostensteigerungen müssen vorhersehbar gewesen sein, zum Beispiel werden die Kosten im internationalen Leihverkehr sicher nicht in so kurzer Zeit verhandelt. Dass auch noch höhere Ressourcen für Sonderprojekte im Rahmen der Sanierung des Hauptbaus aufgeführt werden, ist für Basler Verhältnisse leider schon normal. Man darf gespannt sein auf weitere Erklärungen, wie es zu dieser Fehlplanung kommen konnte und viel interessanter, wie solche in Zukunft vermieden werden können. Immerhin hat die Direktion schnell gehandelt. Die Eintrittspreise wurden erhöht und Massnahmen, wie die Verschiebung von Ausstellungen und die Schliessung für Ausstellungsflächen eingeleitet, um das Budget 2025 einzuhalten. Ob es 2024 noch zu Einsparungen und damit zu einem geringeren Nachtragskredit kommen wird, ist eher zu bezweifeln.

Wir werden das Budget 2025 des Kunstmuseums im Dezember in der Finanzkommission diskutieren und dieses Budget sicher zusammen mit dem Präsidialdepartement eng begleiten. Immerhin scheint sich die Direktion des Kunstmuseums bereits Gedanken gemacht zu haben, wie ein tieferes Budget eingehalten werden kann. Die Finanzkommission anerkennt, dass der Handlungsbedarf sowohl vom Museum als auch vom Präsidialdepartement erkannt wurde und erste Massnahmen umgesetzt werden.

Aus diesen Gründen beantragt die LDP-Fraktion dem Grossen Rat, dem Nachtragskredit zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die FDP ist Daniel Seiler an der Reihe.

Daniel Seiler (FDP): Wir haben jetzt viel über Planung, Controlling gesprochen, ich möchte kurz auf das Jahr 2015 zurückblicken. Das Kunstmuseum lädt ein zur Finissage, bevor das Museum während einem Jahr wegen einer Sanierung geschlossen wird. Der damalige Direktor Bernhard Mendes Bürgi sprach von einem Riesensprung, den das Museum nach der Sanierung in die Zukunft macht. Im gleichen Jahr wurde ein Planungskredit für die umfassende Sanierung des Hauses verabschiedet, heute bald zehn Jahre später liegt noch kein fertiges Projekt vor. Mehrkosten für die Planung, wir haben es gehört, 7 Millionen mussten gesprochen werden. Die Sanierung wird wohl am Ende gegen 200 Millionen kosten.

Blicken wir noch ins Jahr 2018. Der damaligen Direktor Helfenstein äusserte sich in einem Interview in der BZ im Rahmen der gerade erfolgten Betriebsanalyse zu dem fehlenden Businessplan. Ich zitiere: Ich kenne kein einziges Museum auf der Welt, das einen Businessplan hat. Beängstigend wäre, wenn wir keine Kontrolle über die Finanzen hätten. Dem ist aber zum Glück nicht so. Seit vor einem Jahr die Leitung des Finanzwesens neu besetzt wurde, bekomme ich monatlich Bericht über den Finanzstand. Wenn wir jetzt zum Heute zurückkommen, heute müssen wir diesen Nachtragskredit sprechen, weil wohl der ehemalige Direktor zu optimistisch budgetiert hat und das niemandem aufgefallen ist. Nicht in der Abteilung Kultur, nicht im Präsidialdepartement.

Die FDP stimmt diesem Nachtragskredit zu, weil auch der FDP das Kunstmuseum am Herzen liegt. Die FDP macht sich aber Sorgen um die Zukunft des Kunstmuseums und hofft, dass die Massnahmen auch greifen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Patrizia Bernasconi für das GAB.

Patrizia Bernasconi (GAB): Die Fraktion GAB stimmt diesem Nachtragskredit zu und nimmt den Bericht der Finanzkommission zur Kenntnis. Wir bedanken uns auch für die gründliche Ausführungen seitens des Präsidenten der Finanzkommission und des Regierungspräsidenten. Für uns ist jetzt nicht der Moment, Schuldige für die finanzielle Misslage des Kunstmuseums zu suchen. Probleme haben bereits mit der Projektierung des Erweiterungsbaus angefangen, schon damals haben wir die mangelnde Betriebsfinanzierung kritisiert. Mit diesem Nachtragskredit lösen wir aber noch nichts. Wir sehen weiter Unheil auf uns zukommen, Altlasten, die laufend mitgeschleppt werden, Massnahmen, die das Personal hart betreffen, Projekte und Ausstellungen, die nicht durchgeführt werden, ganze Stockwerke, die geschlossen werden, Eintrittspreise, die erhöht werden müssen und so weiter und so fort.

In ein paar Jahren werden wir auch das vierjährige Globalbudget diskutieren müssen, also die zukünftige Finanzierung des Kunstmuseums. Schon das Budget im Dezember, Budget 2025, wird zur Diskussion führen. Eine weitere grosse Debatte wird die kostenmässige nicht unbedeutende und nicht unproblematische Sanierung sein. Ich möchte jetzt aber kein Fass aufmachen, wir möchten am Schluss nur feststellen, dass es dem Basler Kunstmuseum nicht gut geht.

Abschliessend sagen wir auch noch, dass auch wenn wir die Museen in die Selbständigkeit geschickt haben, erwarten wir vom Präsidialdepartement, dass Verantwortung übernommen wird, damit das Kunstmuseum nicht in eine Abwärtsspirale gerät.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jessica Brandenburger für die SP.

Jessica Brandenburger (SP): Wenn es gut läuft, dann sind wir eine Kulturstadt und sind alle ganz Kunst affin. Wir gehen alle an diese tollen Apéros und sind immer ganz vorne mit dabei. Und wenn es schlecht läuft, dann stehen Sie hier vorne und kritisieren und beleidigen die Verantwortlichen, indem Sie sagen, Sie können nicht rechnen und das Controlling sei falsch und Budgetieren könne hier sowieso niemand. Ich weiss ja nicht.

Dass das Ziel verfehlt wurde, darin sind wir uns einig, aber ich glaube, wir müssen auch darum reden, warum das Ziel verfehlt wurde. Die Drittmittel konnten nicht generiert werden und warum ist das so, weil die Abhängigkeit von Spender*innen

einfach ziemlich gross ist. Alle, die hier drinnen schon mal Drittmittel generieren mussten, die wissen, wie schwierig das ist. Und gerade in der Kulturbranche hängt das manchmal einfach von Einzelpersonen ab und wenn die abspringen, dann ist ein ziemlich grosser Betrag einfach nicht da. Vielleicht müssen wir uns auch einmal überlegen, wollen wir das den Museen zumuten. Das ist eine aktive Entscheidung, wenn wir sagen, okay, wir möchten, dass die Museen Drittmittel einwerben müssen, dann muten wir das den Museen zu, dann sagen wir, okay, ihr müsst das so machen und wenn es nicht klappt, dann bedeutet das auch, dass da vielleicht einfach viel Geld fehlt. Und dieses Risiko gehen wir ein, indem wir das so organisieren, und ich finde es nicht in Ordnung, wenn wir dann hier stehen und diesen Leuten vorwerfen, dass sie nicht budgetieren können.

Ich finde, sie haben das so gut gemacht, wie sie konnten, und ich finde auch, sie haben schnell reagiert. Die neue Direktorin hat alles gemacht, was sie konnte und es wurden, wenn Sie Herrn Cramer zugehört haben, ziemlich viele Massnahmen auch ziemlich schnell umgesetzt. Und dass Ausstellungen abgesagt werden müssen, das ist traurig, aber das ist halt dann auch die Realität. Ich glaube, wir müssen mal eine ernsthafte Debatte darüber führen, wie viel uns die Kultur wert ist in diesem Kanton, denn Kunst und Kultur, alles was die Seele berührt, das gibt es nicht gratis zu haben und es ist nicht einfach Nice-to-have. Denn wenn wir eine Kulturstadt sein wollen, auf die man stolz sein kann, dann müssen wir auch Geld darin investieren. Die Massnahmen wurden getroffen und Herr Cramer wird mit seinem Departement auf jeden Fall daran arbeiten, dass es dem Kunstmuseum besser gehen wird.

Ich wünsche der Direktorin und ihrem Team alles Gute auf ihrem Weg und die SP wird natürlich dem Nachtragskredit zustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Regierungspräsident Conradin Cramer nochmals das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Vielen Dank für diese intensive Debatte und Ihre Voten, aus denen ja allen die grosse Sorge um das Kunstmuseum gut herauskam. Wir spüren alle, wie wichtig uns dieses Haus ist und das ist eine gute Ausgangslage schon mal für die Zukunft. Ich kann Ihnen einfach versichern, dass alle Involvierten, seien es diejenigen, die schon etwas länger dabei sind und vor allem aber auch diejenigen, die neuer dabei sind, alles geben werden, damit dieses Museum auf eine gute Basis wieder kommt, auch finanziell, Von der Ausstrahlung her, von dem künstlerischen, kulturvermittelnden Wert ist es das ja schon jederzeit und wird es auch bleiben.

Ich möchte oder muss noch einfach zwei, drei Sachen auch richtigstellen. Das betrifft das Votum von Herrn Messerli, er hat das Wort Fehlverhalten gegenüber Mitarbeitenden in meinem Departement gebracht. Das möchte ich einfach auf das Schärfste zurückweisen, von einem Fehlverhalten kann keine Rede sein. Und einfach auch noch ein paar Hinweise zu den Sachen, die Herr Messerli behauptet hat. Die Finanzkontrolle selbstverständlich war und ist involviert, unter anderem mit einer vom Präsidialdepartement in Auftrag gegebenen Sonderprüfung der Rechnung 2023, die auch einiges an Erkenntnissen uns gebracht hat. Also wir nutzen selbstverständlich all die Möglichkeiten, die uns das kantonale Controlling auch bietet.

Und noch zu dieser Budgetierung 2024, wie konnte man denn so budgetieren, wurde ja dort jetzt gesagt. Tatsache ist, dass im Jahr 2022 der Transferertrag 6,6 Millionen betragen hat und aufgrund dieser Grösse, 6,6 Millionen im Jahr 2022, wurde im Jahr 2023 das Budget 2024 erstellt, eben diese 7,2 Millionen, die sich dann sehr deutlich, sehr deutlich nicht verwirklicht haben. Trotz allem ist es ein Unterschied, ob einfach zu viel Geld leichthin ausgegeben wird oder zu hohe Drittmittel gestützt auf Erfahrungswerten aus der Vergangenheit, die sich als nicht realistisch erwiesen, eingestellt wurden, ich glaube, das ist schon ein kategorischer Unterschied, den es auch zu beachten gibt, vor allem auch, wenn man eben das Management oder die Mittelverwendung durch das Museum hier kritisiert.

Nun, wir blicken mit Optimismus in die Zukunft. Ich blicke mit Optimismus in die Zukunft, vor allem auch, weil es in der kurzen Zeit, in der ich in der Verantwortung stehen darf, gelungen ist, die Transparenz zwischen den verschiedenen Akteuren noch deutlich zu erhöhen und mit Akteuren meine ich natürlich in erster Linie das Verhältnis Museum, Departement, aber auch das Verhältnis zur eng begleitenden Kunstkommission und zur für die Drittmittelgenerierung immens wichtigen Stiftung für das Kunstmuseum. Hier war der Informationsfluss in der Vergangenheit mangelhaft und teilweise nicht gegeben, das haben wir jetzt korrigieren können und das ist eine gute Grundlage, dass wir eben mit engerer Zusammenarbeit aller Akteure in die Zukunft gehen können. Ich weiss, dass Elena Filipovic hier auch voll dahintersteht, auch betriebswirtschaftlich mit Kompetenz dieses Museum führen wird, abgesehen von der völlig unbestrittenen Kompetenz, die sie in künstlerischer und kuratorische Hinsicht hat, ist eben auch die betriebswirtschaftliche Kompetenz auf Direktionsebene so gut vorhanden.

Deshalb Grund zu Optimismus gibt es, wir möchten diese Situation alle so nicht mehr haben und wir werden alle alles darangeben, dass wir nicht mehr bei Ihnen vorbeischauen müssen für einen Nachtragskredit, sondern dann mit anderen positiven Neuigkeiten rund um das Kunstmuseum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit ist Finanzkommissionspräsident Joël Thüring an der Reihe.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank für die Debatte und für die Ausführungen. Es gibt eigentlich nichts hinzuzufügen. Es ist einfach ein einziger Satz im Votum von Herrn Regierungspräsident Cramer, der natürlich schon ein bisschen auch den Zielkonflikt gut widerspiegelt. Einerseits spricht man von einer grossen Autonomie, die diese Museen haben, die wird mit dem neuen Museumsgesetz auch nicht kleiner, aber wenn es darum geht, etwas auszufinanzieren, dann kommt man natürlich schon wieder zum Parlament. Insofern ist diese Autonomiefrage auch ein bisschen schwierig, dann in der Umsetzung tatsächlich zu leben. Wir unterstützen ja die Museen sehr stark mit unseren Staatsbeiträgen über das Budget, welches wir jedes Jahr sprechen, und wir werden ja auch heute voraussichtlich, wenn ich den «Chrüzlistich» anschaue, diesem Nachtragskredit so zustimmen. Aber diese Frage der Autonomie und auch des Erkennens von solchen Zahlen, das glauben wir schon, muss im Hinblick auf das Globalbudget noch deutlich verschärft werden, aber das hat der Regierungspräsident ja auch gesagt, dass das der Fall sein wird.

Ich glaube deshalb, dass wir fast schon vorweihnachtlich schliessen können und sagen können, dass alle hier im Saale, die jetzt gesprochen haben, sich aber klar auch dafür ausgesprochen haben, dass das Kunstmuseum eine wichtige Kulturinstitution für unsere Stadt, für unsere Region, für unser Land ist und man dieser Institution auch nicht schaden möchte, sondern auch bereit ist, hier auch diesen Nachtrag zu sprechen und gemeinsam zu schauen, dass eben auch das Kunstmuseum weiterhin so erfolgreich wirken kann gegen aussen. Ich glaube, das sollte vielleicht das Positive zum Abschluss des Tages sein, vielleicht auch für die neue Direktorin auf der Tribüne, dass der Grosse Rat und auch die vorberatende Finanzkommission dieses grosse Engagement des Kunstmuseums selbstverständlich sehr schätzt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 8 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss Nachtragskredit Kunstmuseum, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004852, 13.11.24 16:42:24]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Erhöhung des Globalbudgets des Kunstmuseums Basel aufgrund einer absehbaren Budgetüberschreitung wird für das Jahr 2024 ein Nachtragskredit in der Höhe von Fr. 2'550'000 bewilligt (Präsidialdepartement, Dienststelle Kunstmuseum Basel, Globalkredit).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 91 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

10. Generelle Aufgabenüberprüfung 2021-2025; Schlussbericht zur GAP 2021-2025, Bericht der FKom

[13.11.24 16:42:29, 21.0412.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Finanzkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an Präsident Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die Verfassung des Kantons Basel-Stadt fordert eine periodische Überprüfung der Erfüllung der öffentlichen Aufgaben auf ihre Notwendigkeit, Wirksamkeit und Effizienz sowie ihren finanziellen Auswirkungen und deren Tragbarkeit. Dafür wird einmal pro Legislatur ein sogenanntes GAP, eine generelle Aufgabenüberprüfung durchgeführt. Dieser Bericht für die Jahre 2021 bis 2025 liegt nun vor. Sie können auch im Bericht der Finanzkommission respektive auch im Schreiben des Regierungsrates bereits lesen, welche Bereiche dort dieses GAP umfasst hat. Ich möchte hier jetzt etwas kürzen und nicht weiter darauf eingehen.

Wichtig ist festzuhalten, dass die generelle Aufgabenüberprüfung kein Sparprogramm ist, sondern die GAP dient der Verbesserung von Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit staatlicher Leistungen sowie einer zweckmässigen Organisation. Ziel ist eine kontinuierliche Überprüfung und effiziente Durchführung der Aufgaben. Die Finanzkommission liess sich die Resultate respektive die Ergebnisse von Regierungsrätin Tanja Soland und Vertretung der Finanzverwaltung präsentieren. Gleichzeitig fand auch ein Austausch mit der Finanzkontrolle statt, gemeinsam mit der anderen Oberaufsichtskommission, der Geschäftsprüfungskommission, und die Finanzkontrolle beiden Kommissionen berichtet hat.

Die Finanzkommission begrüsst die Fortführung des GAP nach dem bewährten Konzept der vorherigen Periode, insbesondere auch die departementsübergreifende Schwerpunktsetzung. Sie sieht das Thema Digitalisierung als richtigen Fokus zur Verbesserung von Dienstleistungen für Bevölkerung und Unternehmen. Zudem wird die verstärkte Überwindung der departementalen Denkweise durch das neue Konzept zum Mitarbeitenden-Einbezug positiv hervorgehoben.

Zu den 31 Überprüfungen in den Departementen und den 59 daraus abgeleiteten Massnahmen hält die Finanzkommission fest, dass die Flughöhe der eingeleiteten Aufgabenüberprüfungen sich teilweise substanziell unterscheiden. Anerkennend anzumerken gilt es, dass die durch den Regierungsrat zur Teilnahme an der GAP eingeladenen Gerichte ebenfalls teilgenommen und auch dort Überprüfungen in verschiedenen Bereichen vorgenommen haben.

Die Finanzkommission begrüsst ausdrücklich, dass im Rahmen der GAP der Finanzhaushalt einem interkantonalen Benchmarkt unterzogen wird. Der Vergleich wurde wieder durch BAK Economics durchgeführt. Die BAK hat gegenüber der Vorperiode die Methodik verbessert und die Daten aktualisiert. Der Regierungsrat weist in seinem Bericht darauf hin, dass bei der Interpretation zu beachten ist, dass die funktionale Gliederung der Finanzstatistik nicht den Aufgabenbereichen des Kantons Basel-Stadt entspricht. Dem Spezialfall des Stadtkantons wird damit nicht Rechnung getragen, was einen interkantonalen Vergleich erschwert. Die Finanzkontrolle hielt ihrerseits in ihrem Bericht fest, dass seitens Regierungsrats darauf verwiesen wird, dass diese Erkenntnisse nicht repräsentativ seien, sie regt deshalb an, auf diese künftig zu verzichten, auf diese Studie.

Die Finanzkommission teilt grundsätzlich die Einschätzung, dass die Benchmark-Studie in dieser Form nicht zielführend ist. Sie regt jedoch an, nicht auf eine vergleichende Studie zu verzichten, denn eine solche liefert wichtige Anhaltspunkte für eine GAP. Vielmehr begrüsst die Finanzkommission die Bestrebungen des Regierungsrats, die Studie neu aufzusetzen. Vorstellbar wäre aus Sicht der Finanzkommission, dass Schwerpunkte gesetzt werden und Teilbereiche vertieft untersucht werden, anstatt eine breit angelegte Studie durchzuführen. Die Finanzkontrolle regt in ihrem Bericht sogar weiter an, dass der Regierungsrat eine Pendenzenliste bestehend aus früheren, noch nicht abgeschlossenen Massnahmen integriert. Die Finanzkommission teilt diese Einschätzung.

Die GAP wird, wie gesagt, alle vier Jahre durchgeführt und der Bericht des Regierungsrats wird in der zweiten Hälfte des letzten Amtsjahres der Legislatur den Kommissionen respektive der Kommission und dem Grossen Rat vorgelegt. Die Finanzkommission würde es begrüssen, wenn der Bericht etwas früher, zumindest zu Beginn des letzten Amtsjahres und nicht in der Mitte dem Parlament vorgelegt werden würde, um die Umsetzung der Massnahmen besser nachverfolgen zu können. Der jeweilige Legislaturwechsel erschwert die Nachverfolgbarkeit, da die Neukonstituierung der Kommissionen zu Wissensverlust führen kann. Die erwähnte Pendenzenliste, so wie sie die Finanzkontrolle empfiehlt, könnte deshalb helfen, die Umsetzung älterer Massnahmen zu überwachen.

Die Finanzkommission hält abschliessend fest, dass eine zeitlich frühere Berichterstattung durch den Regierungsrat zur GAP und die Integration einer Pendenzenliste, wie bereits erwähnt, nicht nur die Finanzkommission, sondern ganz generell auch das Parlament in dieser Frage stärken würde.

Wir beantragen Ihnen einstimmig die Annahme des nachstehenden Beschlussentwurfs, welcher eine Kenntnisnahme vorsieht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat spricht Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich möchte nur noch zwei, drei Punkte ergänzen. Der Präsident der Finanzkommission hat das sehr ausführlich dargestellt und ich möchte hier vielleicht nur noch betonen, dass es für uns dieses Mal sehr wichtig war, dass wir sehr departementsübergreifend gearbeitet haben, dass wir einen gemeinsamen Schwerpunkt hatten, die Digitalisierung, und da es ja bei der Aufgabenüberprüfung bisher nicht in erster Linie darum ging, Mittel einzusparen, sondern die Mittel wirksam und wirtschaftlich einzusetzen, glaube ich, sind wir wirklich einen Schritt weitergekommen, weil wenn wir departementsübergreifend arbeiten, dann ist das am Ende auch günstiger.

Gerade bei der Digitalisierung, dort konnten wir wirklich übergreifend Schritte machen. Wir haben eine Digitalstrategie ausgearbeitet, wir haben das Digital Lab, wir konnten die IT-Steuerung anfangen zu überprüfen, da sind wir noch auf dem Weg dazu. Wir haben eingeführt, dass wir Digitalisierungsvorhaben priorisieren, das macht ein Gremium für den ganzen Kanton, das ist für uns ein grosser Schritt und ich glaube auch wichtig, dass man diese Vorhaben priorisiert. Wir konnten endlich die HR-Prozesse beginnen zu digitalisieren, da hat man lange gestaut und das hat jetzt endlich geklappt, dass es auf gutem Weg ist, und die digitale Rechnung einführen.

Also ich glaube, auch wenn das kleine Schritte sind und wenn man den Bericht anschaut und denkt, ja, wo sind jetzt die Millionen, die man gespart hat, die sind da nicht aufgeführt. Ich glaube, es ist ein Erfolg, der sich mittelfristig zeigt, es ist wichtig, dass wir im Kanton zusammenarbeiten bei grösseren Themen, weil sonst kommt es schlussendlich teurer oder man kommt nicht vorwärts. Daher scheint mir wirklich, wir sind weitergekommen. Zudem haben wir angefangen, eine interaktive Ideensammlung mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu machen, das war noch ein Pilot, aber der war sehr motivierend für die Mitarbeitenden und das würden wir gerne beibehalten.

Als Klammerbemerkung vielleicht, Sie haben ja eine Motion überwiesen, wo wir aufgefordert werden, Entlastungsziele zu setzen. Daher denke ich, werden wir die GAP, wie wir sie bis jetzt gemacht haben, wahrscheinlich nicht mehr haben. Wir werden jetzt versuchen, das auch schon auf die nächste zu bringen, weil es macht ja keinen Sinn, wenn wir ein Entlastungsziel setzen müssen, dann ist das eine ganz andere Voraussetzung. Wir schauen jetzt an, wie schnell wir sind und dann werden wir eine andere Art von Aufgabenüberprüfung haben. Aber da können wir dann, denke ich, über den Prozess und wie wir das machen, können wir dann noch diskutieren. Jedenfalls danke ich der Finanzkontrolle und der Finanzkommission für die kritische Betrachtung des Berichts und auch für ihre Inputs, das ist für uns immer wieder wertvoll.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004854, 13.11.24 16:52:06]*

Der Grosse Rat beschliesst

Der Bericht zur Generellen Aufgabenüberprüfung für die Legislatur 2021-2025 wird zur Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wurde angenommen mit 93 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

11. Kantonale Volksinitiative betreffend «Erhalt des Musical Theater Basel» - Antrag auf Fristverlängerung, Bericht der BRK

[13.11.24 16:52:11, 23.1354.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidenten Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Die Bau- und Raumplanungskommission behandelt derzeit die kantonale Volksinitiative «Erhalt des Musical Theater Basel». Die BRK hat nach Anhörung des Initiativkomitees und weiteren Interessensgruppen erste Schritte zur Formulierung eines Gegenvorschlags zur Initiative unternommen. Als anspruchsvoll gestaltet sich die Koordination mit den anderen Geschäften. Zum einen der Kreditbeschluss des regierungsrätlichen Ratschlags und zum anderen die Initiative «50 Meter Hallenbad für Basel - jetzt».

Obwohl wir optimistisch sind, eine Lösung zu finden, besteht ein Restrisiko, dass dieses nicht rechtzeitig gelingt. Die Situation, wie sie sich jetzt gestaltet, ist nicht ganz befriedigend, da eine Abstimmung über die Initiative zum Erhalt des Musical Theaters einen unschönen Nebeneffekt mit sich bringt. Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, welche gegen das Hallenbad an diesem Standort sind, haben derzeit kaum eine andere Wahl als für das Musical Theater zu stimmen. Nun ist es doch so, dass sie damit jedoch nicht automatisch für den Weiterbetrieb eines Musical Theaters wären. Diesen Umstand möchte die Kommission in ihren Beratungen ebenfalls miteinbeziehen.

Da die Frist zur Behandlung des Geschäfts im November 2024 ausläuft, beantragt die BRK mit Einverständnis des Initiativkomitees, die Frist zur Volksabstimmung auf den 26. September 2025 zu verlängern. Damit soll auch die Behandlungsfrist im Grossen Rat bis zum 26. Juni 2025 verlängert werden, falls kein Gegenvorschlag entsteht. Wir bitten Sie aus genannten Gründen, diesem Antrag zuzustimmen und eine Fristverlängerung zu gewähren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Tanja Soland, wünschen Sie das Wort? Sie verzichtet. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 2 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss Fristverlängerung Volksinitiative, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

83 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004857, 13.11.24 16:55:34]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Fall, dass die Bau- und Raumplanungskommission der kantonalen Volksinitiative «Erhalt des Musical Theater Basel» keinen Gegenvorschlag gegenüberstellt, wird die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung bis zum 26. September 2025 verlängert.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wurde angenommen mit 83 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

12. Nutzung des technologischen Fortschritts zwecks Steigerung der Qualität der Polizeiarbeit Basel-Stadt und Beschaffung eines Virtual Reality-Systems und von vier Ganzkörperscannern, Bericht der JSSK

[13.11.24 16:55:38, 23.1074.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an Barbara Heer, Präsidentin der JSSK.

Barbara Heer (SP): Die Digitalisierung macht vor unserem Alltag nirgendwo halt, auch nicht vor dem polizeilichen Alltag. Wir diskutieren deshalb heute Investitionen, auch Betriebskosten für technische Infrastruktur, welche die Qualität der Polizeiarbeit steigern soll und auch den polizeilichen Alltag ein Stück weit erleichtern soll.

Wir haben uns an drei Sitzungen mit der Vorlage beschäftigt und ich bedanke mich an dieser Stelle für die immer gute Zusammenarbeit mit der Vorsteherin des JSD und den zuständigen Verantwortlichen im Departement, die uns Rede und Antwort gestanden haben. Beim Verfassen des heutigen Votums habe ich etwas bereut, dass wir keinen Besuch des Pilotprojektes in Zürich gemacht haben, um die virtuellen Welten selber zu erleben, wir haben verschiedene eindrückliche Videos gesehen. Vielleicht können wir ja als JSSK in der nächsten Legislatur das VR-System mal testen und über den Stand der Umsetzung informiert werden.

Die Beschaffung der vier Ganzkörperscannern war gar nicht bestritten in der Kommission, aber die Beschaffung des Virtual Reality Systems hat zu sehr intensiven Diskussionen geführt mit einem knappen Abstimmungsergebnis von 6 Ja-Stimmen zu 5 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung. Ich habe persönlich in der Kommission dagegen gestimmt, die JSSK hat aber dennoch gewünscht oder mir das Vertrauen geschenkt, dass ich hier im Namen der Kommission die Annahme beider Grossratsbeschlüsse empfehle, was ich sehr gerne tue. Ich gebe mir Mühe, die kontroverse Diskussion, bei der dann eben schlussendlich die Ja-Argumente obsiegt haben, adäquat darzustellen.

VR-Systeme sind bereits etabliert, zum Beispiel in der Pilot*innen-Ausbildung, auch in medizinischen Ausbildungen, in Polizeikorps weltweit ist es langsam am Kommen. Der Einsatz von Virtual Reality in der polizeilichen Aus- und Weiterbildung hat insbesondere das Ziel, diese zu intensivieren und da qualitativ zu steigern. Der grosse Vorteil ist, dass häufig in Settings geübt werden kann, die physisch sehr selten oder aus Sicherheits- und logistischen Gründen gar nicht beübt werden können.

Die vorliegende Beschaffung findet statt im Rahmen einer gemeinsamen Beschaffung mit anderen Kantonen über das Projekt PolVR von PTI Schweiz. PTI Schweiz ist eine öffentlich-rechtliche Körperschaft, die der Harmonisierung der gemeinsamen Bereitstellung von Lösungen der Polizeitechnik und -informatik dient.

Zuerst einmal haben wir die Kosten und den Umfang des Projektes intensiv diskutiert. Es geht ja um 2 Millionen Investitionskosten, damit möchte die Regierung das sogenannte Grund-Set, zusätzliche Module und bauliche Massnahmen finanzieren. Die jährlichen Betriebskosten sind Brutto 860’000 Franken, 340’000 Franken sind Sachaufwendungen für Lizenzen, Wartung, 520’000 Franken sprechen wir für die Schaffung von drei Stellen, welche dann zuständig sind für Systemunterhalt, Support und Programmierung. Beantragen tut die Regierung aber 620’000 Franken, also etwas weniger wegen Einsparungen bei den physischen Trainings im Rahmen von 50’000 Franken und betrieblichen Optimierungen, also der Kürzung einer Stelle im ähnlichen Zusammenhang.

Der kritische Teil der Kommission hat diese Ausgaben als sehr hoch bis zu hoch beachtet, ist der Ansicht, dass gerade wegen dem rasanten Fortschritt in der Technologie das anzuschaffen, dieses System noch sehr teuer sei, innert kürzester Zeit wieder veraltet sei, die Verwaltung geht von einer Nutzungsdauer von fünf Jahren aus. Es solle deshalb die stärkere Etablierung der Technologie abgewartet werden. Der Zeitpunkt sei unpassend, auch weil ein neuartiges Digitalisierungsprojekt mit sehr viel Personalressourcen einhergehe und eben die Situation im Polizeikorps aktuell andere Prioritäten verlange.

Die Ansicht, die sich aber letztlich in der Kommission dann durchgesetzt hat, ist die Haltung, dass diese Ausgaben durchaus adäquat sind. Die Befürworter*innen erachten die Beschaffung als unerlässlich für die Verbesserung der Polizeiarbeit, auch im Hinblick auf den Unterbestand als logisches Mittel zur Ressourcenoptimierung und Steigerung der Arbeitgebendenattraktivität. Ein VR-System bietet nämlich die Möglichkeit, gerade im Unterbestand sehr viel Zeit einzusparen und somit die Einsatzbereitschaft zu steigern. Ein Unteraspekt der Diskussion war eben der Umfang der Kapazitäten für Weiterbildungen, die hier geschaffen werden.

Das JSD geht davon aus, dass das JSD einen Eigenbedarf hat an 72 Prozent an Trainingsstunden, die restlichen 28 Prozent können dann vermietet werden an andere Polizeikorps oder auch innerhalb des Departementes, wie zum Beispiel die Sanität. Ein Teil der Kommission ist der Ansicht, dass fast 30 Prozent freie Kapazitäten für Vermietungen bedeuten, dass das Projekt überdimensioniert ist und die Kantonspolizei doch aktuell eigentlich nicht in der Situation sei, Bildungsangebote für andere Kantone zu schaffen. Durchgesetzt hat sich in der Kommission dann aber der befürwortende Teil, der die Vermietungen als sehr positiv bewertet, denn dadurch können die Netto-Betriebskosten für den Kanton Basel-Stadt sinken. Das JSD geht im Ratschlag von 240’000 Einnahmen durch die Mieten jährlich aus.

Uns hat dann auch die Frage beschäftigt, ob die Basler Polizei eigentlich die richtige Umsetzungsebene für dieses Projekt ist. Die Entwicklung der Szenarien, die dann beübt werden, erfolgt nämlich dezentral durch den Polizeikorps in Basel. Das wird laut Verwaltung ungefähr vergleichbar sein mit einem Raumplaner von Ikea, den man dann eben befüllen kann. Die Verwaltung hat aber auch darauf hingewiesen, dass die Erstellung solcher Szenarien sehr aufwendig sein wird. Die Verwaltung hat erläutert, dass die Qualitätssicherung dann in einem gewissen Grad über die Fachspezialisten des Polizeikorps erfolgen, letztlich aber für eine umfangreiche Qualitätssicherung der internen Weiterbildung die Ressourcen fehlen. Ein Teil der Kommission kam deswegen dann zum Schluss, dass eine überzeugende Darstellung der Regierung fehlt, wie diese Entwicklung der Szenarien erfolgen soll und erachtet es als problematisch, dass keine Qualitätssicherung und noch keine Qualitätsstandards für die Szenarien bestehen, was erstaunt, da doch die Gefahr, dass Stereotypen verstärkt werden können, ein bekanntes Risiko von virtuellen Welten seien.

Es wurde dann auch diskutiert, ob ein solches System nicht besser zentral, zum Beispiel durch die interkantonale Polizeischule Hitzkirch, didaktisch und technisch entwickelt werden sollte und dann den dezentralen Polizeikorps zur Verfügung gestellt werden sollte. Die Verwaltung hat dann aber ausgeführt, dass halt die interne Weiterbildung nach der Grundausbildung im Aufgabenbereich der Kantone liegt und nicht bei der interkantonalen Polizeischule Hitzkirch. Zudem sei die Polizeischule nicht gerade ein Zugpferd in der Digitalisierung.

Dann ist auch ein wichtiges Argument, das die Beschaffung durch PTI Synergien mit anderen Kantonen ermöglicht. Es ist geplant, dass die Szenarien untereinander ausgetauscht werden. Die Mehrheit der Kommission fand letztlich die Haltung der Verwaltung überzeugend, also eine Mischung von zentralem, gemeinsamen Denken und Weiterentwicklung und dezentraler Anwendung scheint sinnvoll.

Dann haben wir noch die Frage diskutiert, ob es ein Pilotprojekt gebraucht hätte, auch in Basel, um das umfangreiche Projekt besser zu planen. Die Kommission wurde teilweise kritisiert, wieso nicht ein Pilotprojekt durchgeführt wurde.

Abstimmung

ungültige Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004859, 13.11.24 17:04:48]*

Der Grosse Rat beschliesst

ungültige Abstimmung

Barbara Heer (SP): Die Idee des Pilotprojekts war nicht etwa, um herauszufinden, ob es einen Mehrwert gibt, sondern eher, um erste Erfahrungen zu sammeln, wie ein solch umfangreiches und kostspieliges IT-Projekt in der Gesamtorganisation verankert werden soll und auch, um Erfahrungswerte über die zusätzlichen Personalaufwände zu sammeln, die nötig sind, um diese neue Technologie zu beschaffen und zu betreiben und diese auch den Bedürfnissen der Organisation anzupassen.

Die Verwaltung hat dann aber ausgeführt, dass aus ihrer Sicht, und das hat letztlich die Mehrheit der Kommission überzeugt, ein solcher Pilot nicht nötig ist, Zürich und Bern haben Pilotprojekte durchgeführt, dass der Polizeikorps Basel-Stadt auch von diesen Erfahrungen profitieren durfte, die dort das VR-System in Zürich zum Beispiel testen, und verschiedenste Hinweise gibt es, dass der Mehrwert tatsächlich klar gegeben ist. Der Vorschlag eines Pilotprojektes hat sich somit in der Kommission nicht durchgesetzt und wurde von der Mehrheit der Kommission als unnötig gesehen.

Schlussendlich hat dann die JSSK mit einem Abstimmungsergebnis von 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung entschieden, dem Grossen Rat diese Annahme des Grossratsbeschlusses 1 zu empfehlen. Mit der Einführung von diesem VR-System solle die Basler Polizei eine Vorreiterrolle einnehmen, quasi Schritt halten mit den Polizeikorps von Bern und Zürich. Die Kommission kam also zum Schluss, dass die Anschaffung dieses Systems ein wichtiger Teil des Gesamtpakets sei, welches die Arbeitgebendenattraktivität der Basler Polizei fördere. Es gebe zwar gewisse Risiken bei solchen Software-Projekten, aber die Vorteile überwiegen ganz klar.

Nun komme ich zum Grossratsbeschluss 2, der Beschaffung der vier Ganzkörperscannern. Dieser Grossratsbeschluss war in der JSSK nicht umstritten, wir empfehlen dem Grossen Rat einstimmig, zuzustimmen. Konkret geht es bei den Ganzkörperscannern um eine Erleichterung der Personendurchsuchungen im Rahmen von Anhaltungen gemäss Polizeigesetz. Wenn gewisse Voraussetzungen gemäss dem Polizeigesetz erfüllt sind, werden Kleider und Taschen der angehaltenen Person durchsucht zur Findung von Gegenständen, wie beispielsweise kleine Messer oder Betäubungsmittel. Solche Kontrollen sind für alle Beteiligten unangenehm, für die kontrollierte Person, aber auch für die Polizist*innen. Auch die heute praktizierte Teilentkleidung stellt weiterhin einen tiefen Eingriff in die Privat- und Intimsphäre der kontrollierten Person dar. Deswegen der Bedarf für diese Ganzkörperscanner, die vergleichbar eigentlich wie die Scanner, die wir auch von den Flughäfen kennen, funktionieren.

Die Auswahl der gewählten Technologie hat die Regierung aufgrund einer in Auftrag gegebenen Studie getroffen. Der Datenschutzbeauftragte wurde einbezogen und zusammen wurde dann definiert, dass die Ganzkörperscanner kein reelles Körperbild visualisieren dürfen. Das gewählte Modell generiert vielmehr eine generische Avatar ähnliche Darstellung eines Körpers und die vom Scanner erhobenen Daten werden dann nur für die Kontrolle der Person verwendet und gleich wieder gelöscht.

Die Kommission begrüsst diese Beschaffung einstimmig, insbesondere weil der Eingriff in die Persönlichkeitsrechte und die Intimsphäre dadurch reduziert werden kann. Ein Anliegen der Kommission war es aber auch, zu fragen bei der Verwaltung oder festzustellen, dass die neue Möglichkeit dieses milderen Mittels nicht zu einer Erhöhung der Anzahl Kontrollen führen darf, sondern die bisherigen Regeln weiterhin gelten. Die Verwaltung hat uns dann versichert, dass dieser Einsatz der Technologie tatsächlich nicht zu mehr Kontrollen führen wird.

Wir empfehlen einstimmig, dem Grossratsbeschluss zuzustimmen, die 1,3 Millionen Investitionskosten zu bewilligen sowohl auch die einmaligen Schulungs- und die jährlichen Betriebskosten, die Details zu diesen Zahlen können Sie dem Grossratsbeschluss entnehmen, ebenfalls zu bewilligen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Vielen Dank an die JSSK-Präsidentin für die ausführliche Beratung des Geschäfts in der Kommission, aber auch zur ausführlichen Berichterstattung jetzt heute. Ich werde nicht alle Punkte wiederholen, aber doch auf ein paar Aspekte der beiden Geschäfte gerne eingehen. Zum einen, Frau Präsidentin, Sie wollten eine Einladung haben, falls das Geschäft heute überwiesen wird. Sie müssen mir dann noch sagen, ob für den Bodyscanner oder für die Virtual Reality, gerne können wir auch beides Ihnen dann zeigen. Ich denke, das wäre auch wichtig, um das auch einmal gesehen zu haben.

Vielleicht, was die Ganzkörperscanner angeht. Es war tatsächlich schon länger ein Anliegen der Kantonspolizei, diese Teilentkleidungen irgendwie minimieren zu können und ich kann vielleicht gleich hier sagen, dass das nicht zu einer Mehrkontrolltätigkeit führen wird, weil es geht ja primär darum, wenn Leute nach einer Kontrolle auch in eine Zelle geführt werden müssen, also inhaftiert werden müssen, da zu verhindern, dass es zu einer Selbst- oder eben auch zu einer Fremdgefährdung kommt. Deshalb werden wir nicht mehr Leute irgendwie inhaftieren wollen, aber die Art und Weise für beide beteiligten Parteien kann so doch sehr viel verhältnismässiger ausgestaltet werden. Natürlich kann nicht in jedem Fall dann verhindert werden, dass wenn man etwas findet, dennoch auch eine Teilentkleidung stattfindet, aber ich denke, in der Summe wird das doch sehr viel angenehmer für beide.

Ich denke auch, dass wir ein gutes System jetzt gefunden haben in Absprache mit dem Datenschutzbeauftragten. Es geht ja da nicht darum, irgendwelche Daten auch zu speichern, sondern wirklich diese Ad-hoc-Kontrolle zu machen, zu schauen, gibt es da Gegenstände, die auf dem Körper getragen werden, seien es Messer, seien es Klingen, etc., die man so einfacher entdecken kann. Es geht nicht darum, dass man diese Bilder oder diese Fundstelle dann auch speichert, kann man dann auch nicht, sondern wirklich nur ums Auffinden. Ich denke, das ist eine gute Lösung, die auch nicht irgendwie mit Strahlen verbunden ist. Es gibt ja verschiedene Systeme, die dann Röntgenstrahlen noch aussenden, das haben wir alles jetzt so vermeiden können.

Ich denke, mit diesen vier Geräten, eines wird auf der Polizeiwache Clara, eines auf der Polizeiwache Kannenfeld stationiert sein, sind aber semiportabel im Notfall, und zwei im Waaghof. Ich denke, damit haben wir sicher eine gute Abdeckung, wenn es um Inhaftierungen geht. Deshalb sind wir hier der Überzeugung, dass das ein gutes Mittel für die Polizei auch sein wird und respektive auch für die Bevölkerung und die kontrollierten Personen.

Zum anderen Geschäft, zu Virtual Reality. Ich denke, es muss in unser allen Interesse sein, eine bestens ausgebildete und eben auch weitergebildete Polizei zu haben. Arbeitgeberattraktivität hat bekanntlich ja viele Facetten und wir wissen, wir haben einige Dinge, die wir angehen in der Kantonspolizei. Das ist spätestens seit Ende Juni jetzt wirklich allen bekannt, aber für mich ist es doch schade, wenn ich höre, vielleicht ist es der falsche Zeitpunkt. Ich denke, das darf nicht einsetzen, dass wir jetzt das eine nicht mehr tun, weil wir andere brachliegende Probleme ebenfalls haben. Im Gegenteil, ich denke, wir müssen mit Hoch- und mit Nachdruck an allen Themen arbeiten. Und eben auch Arbeitsmittel, die modern sind, die die Sicherheit erhöhen im Einsatz, gehört genauso zur Attraktivität des Arbeitgebers wie attraktive Arbeitsbedingungen in Lohnbelangen, in Zulagenbelangen, im kulturellen Umgang, aber auch in einer guten Rekrutierung, die wir stärken müssen. Das gehört alles gleichermassen dazu und ich denke, wir dürfen nicht das eine nicht mehr tun, weil das andere noch nicht gelöst ist.

Was die Qualitätskontrolle angeht, die auch angesprochen wird, möchte ich einfach noch erläutern, es geht ja nicht darum, dass wir plötzlich jetzt gänzlich neue Dinge üben im virtuellen Raum, also es wird heute auch trainiert. Ganz viele Szenarien werden heute trainiert und werden auch abgesprochen. Die schweizerische Polizeilandschaft ist sehr vernetzt, auch im Weiterbildungsbereich über das Schweizerische Polizeiinstitut und natürlich findet eine Qualitätskontrolle statt, finden Szenarienabsprachen statt und so wird das auch im virtuellen Raum geschehen. Es ist ja nicht gemeint, dass man diese Virtual Reality-Brille, die übrigens dem Herrn Präsidenten vorzüglich gestanden hat, dass die einfach aufgesetzt wird und dann trainieren die Leute alleine, sondern das sind Szenarien, die begleitet werden, die angeleitet werden, die kommentiert werden und die dann eben auch im Nachgang zu einer Nachbesprechung führen. Das ist heute nicht anders, einfach im analogen Leben, und heute ist es halt auch verbunden mit grossen Transportwegen. Also wenn wir irgendwo trainieren oder die Polizei trainieren muss, brauchen wir Örtlichkeiten. Das ist in der Regel Oberbaselbiet oder irgendwo im Aargau. Das ist ressourcenintensiv, auch jetzt gerade in Zeiten des Unterbestandes eine grosse Herausforderung, wenn wir viele Leute verschieben müssen, zeitaufwendig und eine solche Virtual Reality-Möglichkeit gibt ja eben auch die Möglichkeit, dass man unabhängig von der Tageszeit Trainingssequenzen auch einbauen kann, wenn man das hier in der Stadt machen kann mit relativ geringem Aufwand.

Noch ein Wort zur IPH, die Interkantonale Polizeischule Hitzkirch, die thematisiert wurde, warum nicht diese Schule das anbietet. Ich denke, wir müssen hier die Fertigkeiten unterscheiden. Die Interkantonale Polizeischule ist ja auch für die Grundausbildung zuständig, also für das Erlernen des Handwerks der Polizistin, des Polizisten, und das bereits in den virtuellen Raum gänzlich zu verlegen, wäre der falsche Ansatz. Ich denke, man muss diese ganzen Fertigkeiten in der Ausbildung, sei es der rechtlichen oder der ethischen Schulung, aber auch in Selbstverteidigungskursen, in Taktik, in Schiessen, das muss man analog lernen und in der Repetition und in der Weiterbildung, die genauso wichtig ist im täglichen Dienst, da kann man ergänzend dann eben auch über den virtuellen Raum üben. Und wichtig ist das auch deshalb, weil man doch in diesen virtuellen Szenarien auch wieder darauf achten muss, wie ganz einfache Kontrolltätigkeiten, die eigentlich zum Daily Business gehören, und etwas des Gefährlichsten ist eine Fahrzeugkontrolle oder das Szenario der häuslichen Gewalt. Tagtägliche Szenarien bei uns in der Stadt, wo man doch einiges an Sicherheitsdenken mitbringen muss, weil wenn man in eine Wohnung kommt, wo hochemotional ein Streit tobt, ist auch die Frage, wie geht man um. Man kennt die Örtlichkeit nicht, man weiss nicht, gibt es irgendwelche Angriffsmöglichkeiten aus der Emotion raus und da kann man schon mit solchen Szenarien, die dann eben auch rundum in diesem 3D-Szenario stattfinden, sehr viel üben und deshalb ist das sicher ein sehr gutes Einsatzmittel.

Ich denke, die Ressourcenschonung ist ein grosses Argument, dass wir niederschwellig etwas leisten können zur Gesunderhaltung respektive zur Fiterhaltung unseres Korps in Zeiten, wo wir nicht wirklich grossflächige Verschiebungen an der Tagesordnung leider abhalten können. Deshalb beantragt der Regierungsrat Ihnen, diese beiden Geschäfte, Ganzkörperscanner und Virtual Reality, gutzuheissen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir machen weiter mit den Fraktionsvoten und da hat sich Thomas Widmer-Huber für die Mitte-EVP gemeldet.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Als Fraktion Mitte-EVP unterstützen wir die Beschaffung von vier Ganzkörperscannern für die Kantonspolizei und des Virtual Reality-Systems. Zum Virtual Reality-System wurden Vorbehalte eingebracht, das hat gerade auch Barbara Heer ausgeführt, und die Einwände sind aus unserer Sicht bedenkenswert, aber die Argumente für die Beschaffung überwiegen deutlich. Die aktuell genutzten Trainingsgelände für die taktischen Einsatzausbildungen, das hat auch gerade unsere Regierungsrätin Stephanie Eymann gesagt, befinden sich im Oberbaselbiet und im Kanton Aargau. Die langen Reisezeiten sind mit grossem personellem und zeitlichem Aufwand verbunden. In Zeiten des Unterbestands im Polizeikorps bietet das Virtual Reality-System die Möglichkeit, Zeit einzusparen. Die Einsatzausbildung kann vor Ort in einem bestehenden Gebäude der Kantonspolizei direkt hier in Basel durchgeführt werden. Mit der Zeitersparnis wird ja auch die Einsatzbereitschaft gesteigert.

Wesentlich ist zudem die Qualität der Einsatzausbildung. Bei den bestehenden Übungsanlagen besteht das Risiko eines Gewöhnungseffekts. Ein Virtual Reality-System hingegen bietet zahlreiche Vorteile, wie im Ratschlag der Regierung ausgeführt wird. Es ermöglicht zum Beispiel die Simulation einer nächtlichen Verkehrskontrolle mit schlechter Sicht. Das Verwenden einer realen Umgebung, wie etwa dem Marktplatz oder vielleicht auch dem Bahnhof, und im Blick auf Szenarien bei häuslicher Gewalt ermöglicht das System die Simulation diverser Wohnungsumrisse. Die Sicherheitsdirektorin und die leitenden Mitarbeiter haben überzeugend dargelegt, dass die Anschaffung eines Virtual Reality-Systems die Effizienz und Qualität der Polizeiarbeit steigern wird.

In diesem Sinne bitte ich Sie von der Fraktion Mitte-EVP her, den beratschlagten Ausgaben zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir fahren fort mit Fleur Weibel für das GAB.

Fleur Weibel (GAB): Lassen Sie mich eines vorwegnehmen, die Fraktion Grün-Alternatives Bündnis unterstützt den Schwerpunkt Digitalisierung der Regierung in der laufenden Legislatur und begrüsst auch das Ansinnen des JSD, den technologischen Fortschritt zur Steigerung der Qualität der Polizeiarbeit in Basel-Stadt zu nutzen, sehr. Entsprechend unterstützen wir denn auch die Beschaffung von vier Ganzkörperscannern und werden dem Grossratsbeschluss 2 vorbehaltlos zustimmen.

Der positive Nutzen der vier Ganzkörperscanner zur Steigerung der Qualität der Polizeiarbeit konnte vom JSD überzeugend dargelegt werden. Die Scanner können bei Personendurchsuchungen im Rahmen von Anhaltungen anstelle der bisherigen händischen Durchsuchung durch Polizeibeamte und -beamtinnen eingesetzt werden. Damit kann die Notwendigkeit der teilweisen Entkleidung und das für beide Seiten unangenehme Prozedere der händischen Durchsuchung stark reduziert und der Schutz der Persönlichkeitsrechte sowie der Intimsphäre besser gewährleistet werden. Mit den Ganzkörperscannern kommt also eine neue Technologie zum Einsatz, die sich für alle Beteiligten positiv auswirkt und dem Grundsatz entspricht, dass zur Erreichung eines polizeilichen Zwecks die am wenigsten belastende Massnahme gewählt wird. Hinzu kommt, dass für den Einsatz der Scanner und der durch sie produzierten Visualisierungen eine datenschutzkonforme Handhabung gewährleistet werden kann, indem auf reelle Körperbilder verzichtet und die Visualisierungen nach der Kontrolle wieder gelöscht werden. Bei dieser Beschaffung ist die Steigerung der Qualität der Polizeiarbeit und damit auch der Nutzen einer Investition von insgesamt 1,5 Millionen Franken aus Sicht der Fraktion Grün-Alternatives Bündnis klar gegeben.

Kontrovers hat die Fraktion ebenso wie die JSSK, das haben wir gehört, hingegen die ebenfalls von der Regierung beantragte Beschaffung eines Virtual Reality-Systems zur Steigerung der Qualität der polizeilichen Aus- und Weiterbildung diskutiert. Nach längerer Diskussion beantragen wir Ihnen, den Grossratsbeschluss 1 und damit die hohen zusätzlichen Investitionen von 2,6 Millionen Franken für die Beschaffung des VR-Systems abzulehnen, wobei sich ein Teil der Fraktion bei dieser Abstimmung enthalten wird oder auch zustimmen wird.

Lassen Sie mich die Argumente, die doch für eine Mehrheit zu der Nein-Parole geführt haben, kurz darlegen. Gemäss Regierung erlaubt der Einbezug eines Virtual Reality-Systems zum einen eine Steigerung der Effizienz der Polizeiarbeit und insbesondere der Aus- und Weiterbildung sowie die Erhöhung der Arbeitgeberattraktivität, wobei die Regierung dabei vermutlich vor allem auch auf die Konkurrenzsituation mit der Stadtpolizei Zürich und der Kantonspolizei Bern anspielt, wo VR-Systems nach Pilotversuchen bereits im Einsatz sind. Zum anderen, so fügt die Regierung weiter an, führe eine realitätsnähere Übung von Einsätzen in immer wieder neue Umgebungen letztlich zu einer eingriffsärmeren Ausgestaltung der polizeilichen Massnahmen hinsichtlich der Grundrechte.

Vielleicht könnte man sagen, steckt genau in dieser spezifischen Darlegung und Anordnung der Argumente für uns oder respektive für einen Teil der Fraktion die Hauptproblematik, was letztlich auch zu einer Ablehnung der Beschaffung eines Virtual Reality-Systems führt. Denn wir sind nicht gegen den Einsatz neuer Technologien und wir sind natürlich auch nicht gegen eine bestens ausgebildete Polizei, im Gegenteil. Es blieb für uns aber bis zum Schluss die Frage offen, wie genau die neue Technik in die Gesamtstrategie der Weiterentwicklung der Kantonspolizei Basel-Stadt eingebettet ist und welches Ziel letztlich primär im Vordergrund steht. Die Nennung der Arbeitgeberattraktivität vor der verbesserten Wahrung der

Grundrechte durch eine eingriffsärmere Polizeiarbeit ist genau der Punkt, der letztlich bei einem Teil unserer Fraktion eben nicht zu mehr Vertrauen in die Polizei und ihrer Betriebskultur führt. Ein solcher Vertrauensaufbau wäre aber aus unserer Sicht nicht erst seit Erscheinen des Berichts Schäfer dringend angezeigt.

In diesem Zusammenhang wurde für uns denn auch die Qualitätssicherung der programmierten Situationen und die Übungsdurchführung im Korps nicht überzeugend dargelegt. Es fehlen Massnahmen zum Controlling und Monitoring der Ausbildungs- und Trainingseinheiten, sei das im interkantonalen Austausch oder auch durch externe Instanzen. Gerade weil die Korps ihre eigenen Szenarien entwickeln können, was grundsätzlich ja sinnvoll sein kann, wäre aber die Kontrolle dieser Szenarien wichtig. Der Verweis, dass eine solche Qualitätssicherung auch in analogen Trainingssituationen nicht gegeben ist, macht die Sache aus unserer Sicht nicht besser. Schliesslich konnte auch das Bedenken bezüglich Gamification nicht restlos widerlegt werden, weswegen eine externe Kontrolle zusätzlich wichtig wäre. Da angesichts des «Chrüzlistichs» davon auszugehen ist und auch aufgrund der Haltung meiner Fraktion, dass der Grosse Rat auch der Beschaffung dieses Virtual Reality-Systems zustimmen wird, werden wir uns vorbehalten mit einem weiteren Vorstoss darauf hinzuwirken, dass die Qualitätssicherung gewährleistet werden kann.

Was uns auch noch fehlt, ist eine konkrete Angabe dazu, wie sich die Einrichtung dieser komplizierten neuen Technologie auf die personellen Ressourcen des eh schon durch einen Unterbestand belasteten Korps auswirken wird. Wir sehen, dass es einen Effizienz- und Flexibilitätsgewinn geben wird, wenn die Reisen zu den Trainingsgeländen wegfallen. Es ist für uns aber nicht ganz klar, wie die Einrichtung und Betreuung der wahrscheinlich auch sehr wartungsintensiven Technologie gestemmt wird von einem Korps, das jetzt schon sehr viele Projekte und weitere Entwicklungsmassnahmen durchzuführen hat. Dieser Punkt ist für uns ebenfalls offen geblieben.

Während also ein Teil der Fraktion der Ansicht ist, dass die Kantonspolizei im Moment andere Probleme prioritär zu lösen hat und zudem die Frage der Einbettung der Technologie in die Gesamtstrategie der zukünftigen Weiterentwicklung und Verbesserung der Kultur im Polizeikorps geklärt werden müssen, gewichtet ein anderer Teil der Fraktion den Nutzen der Beschaffung des VR-Systems für die Qualität und Effizienz der Weiterbildung und Ausbildung höher und wird folglich auch dem Grossratsbeschluss 1 zustimmen. Ein dritter Teil der Fraktion wird sich aufgrund der Gleichzeitigkeit von Pro und Kontras enthalten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: David Jenny spricht für die Fraktion FDP.

David Jenny (FDP): Es wird Sie nicht überraschen, die FDP wird beiden Grossratsbeschlüssen zustimmen. Ich danke der Frau Kommissionspräsidentin für die faire Darlegung der Argumente auf beiden Seiten bezüglich des Virtual Reality-Systems. Ich gehe nicht mehr auf die unbestrittenen Bodyscanner ein.

Ich bin aber immer noch voller Bewunderung, wie fantasievoll meine linken Ratskollegen und -kolleginnen in der Kommission Bedenken aller Art gesammelt hat. Fleur Weibel hat es nochmals wirklich sehr gut dargelegt. Wir finden es auch im Bericht, da heisst es ja, es wird kritisiert, also eine glaubhafte Vermittlung, wie die Entwicklung der Szenarien und die Überprüfung der Szenarien auf ihre Qualität hinsichtlich Didaktik und der Gefahr der Verstärkung von Stereotypen hin erfolgen soll. Ja, mir fehlt der Glaube, dass das je für Sie glaubhaft erklärt werden kann. Wir leben in anderen Welten, in Ihrer Parallelwelt kann man der Polizei nie glauben, sie kann nie etwas glaubhaft vermitteln. Da gibt es die Welt A, die ein gewisses Zutrauen in die Polizei hat, und die Welt B, die vielleicht gute Löhne bezahlen will, aber da möglichst alles dafür tun will, dass die Polizei dann nicht arbeiten kann. Sie kann dann die Gewerkschaftsbeiträge höher bezahlen.

Ich meine, sonst wird immer von der Vorreiterrolle von Basel gesprochen, wie toll das ist, etc., da habe ich mal auch eine gewisse andere Meinung. Hier sind wir nicht unbedingt Vorreiter, denn die Berner sind schon lange vorgeritten und wenn wir den Berner nachfolgen sollen, dann wird gesagt, das ist alles noch nicht getestet und etc., etc. Ja, wenn wir nicht mal den langsamen Bernern nacheilen dürfen, dann können wir ja sagen, wir wollen immer bezüglich Polizeiarbeit das Schlusslicht in Basel sein.

Ich glaube, es gibt keine vernünftigen Argumente, jetzt da Nein zu sagen, ausser dem prinzipielle Argument, dass wir die Polizeiarbeit nicht verbessern sollen. Und ich glaube wirklich, diese Szenarien, Fleur Weibel hat es selber gesagt, das Problem analog oder digital stellt sich genau gleich, bei jedem Lehrplan stellt es sich genau gleich, das hat nichts mit dieser Beschaffung zu tun. Und ich meine, die Ökobilanz ist ja hier gut, Sie sparen sehr viele Fahrten in das obere Baselbiet und in den Aargau ein. Wenn das nicht genügend Argumente sind, um hier zuzustimmen, dann fehlt mir der Glaube in die Vernunft dieses Parlaments.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Fleur Weibel möchte Ihnen eine Frage stellen. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen. Fleur Weibel hat das Wort.

Fleur Weibel (GAB): David Jenny, ich mag ja grundsätzlich Ihre humoristischen Darstellungen immer wieder sehr. Wer ist aus Ihrer Sicht in der Lage zu entscheiden, ob jetzt Sie oder ich in einer Parallelwelt leben?

David Jenny (FDP): Ich lasse den Entscheid darüber unseren geschätzten Freunden und Freundinnen aus dem Baselbiet auf der Tribüne.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zur Fraktionssprecherin für die SP, Hanna Bay.

Hanna Bay (SP): Nutzung des technischen Fortschritts zwecks Steigerung der Qualität der Polizeiarbeit, klingt gut, da kann man ja fast nicht dagegen sein. Und David Jenny, auch der SP fällt es schwer, wer möchte nicht, dass die Arbeit der Polizistinnen und Polizisten möglichst effizient und attraktiv gestaltet wird. Wer möchte nicht, dass es effizient ist und trotzdem, dass das Personal top geschult ist und auf möglichst viele Szenarien vorbereitet. Und wer möchte nicht, dass die Arbeit effizient ist und dennoch möglichst Grundrecht wahren. Genau, das wollen wir alle. Auch für die SP ist es wichtig, dass die Vorteile und Chancen der technischen Revolution, in welcher wir uns befinden, für die Menschen und für das Positive genutzt werden. Und genau das war das Versprechen oder ist das Versprechen der Regierung im eingangs erwähnten Ratschlag. Die SP hat sich intensiv damit auseinandergesetzt und kommt daher bei der Bewertung der vorliegenden Beschaffungsbegehren zu einem differenzierten Ergebnis. Bei der Beschaffung des VR-Übungssystems sieht die SP-Fraktion sowohl Vorteile und Chancen wie auch Risiken und Gefahren. Ich komme darauf gleich noch zu sprechen.

Ich möchte aber mit dem für die SP einfacheren Grossratsbeschluss beginnen, nämlich jenem über die vier Ganzkörperscanner. Hier kann der technologische Fortschritt dafür genutzt werden, um eine für alle Beteiligten doch eher unangenehme Situation, nämlich eine Personendurchsuchung nach Polizeigesetz ein My angenehmer zu gestalten. Denn heute bedürfen, wir haben es gehört, diese Personenkontrollen oft Teilentkleidungen, was ein massiver Eingriff in die Intims- und Privatsphäre der betroffenen Person darstellt. Wenn in Zukunft möglichst darauf verzichtet werden kann, ist dies sehr begrüssenswert. Wenn die Arbeit der Polizei dadurch sogar noch effizienter wird, umso besser. Zwei Sachen sind jedoch für die SP wichtig zu erwähnen, nämlich dass die Ganzkörperscanner willkürfrei eingesetzt werden und dass die bisherigen gesetzlichen Voraussetzungen für eine Personenkontrolle nicht aufgeweicht werden, nur weil ein Grundrechtseingriff weniger intensiv ist. Es ist und bleibt ein Eingriff in die Privatsphäre, welcher bei den betroffenen Personen bleibende Spuren hinterlässt. Die SP wird folglich diesem Grossratsbeschluss Nummer 2 zustimmen.

Bei der Beschaffung des VR-Systems ist die SP jedoch geteilter Meinung. Ein Teil wird zustimmen, ein grösserer Teil wird voraussichtlich ablehnen, vermutlich werden sich auch einige von uns enthalten. Einig waren wir uns aber auch hier, dass das Grundziel dieser Beschaffung, nämlich eine qualitativ und quantitativ hochstehende Weiterbildung, klarerweise unterstützungswert ist. Beim konkreten Beschaffungsprojekt hat jedoch ein Teil der Fraktion erhebliche Bedenken. Einerseits, ich möchte es trotzdem nochmals betonen, fehlen sowohl im Ratschlag wie auch im Bericht verbindliche Standards und Mechanismen im Bereich der Qualitätssicherung. Das Erstellen der Übungsszenarien ist anspruchsvoll. Es besteht die Gefahr, dass durch die künstlich hergestellten Welten bestehende Stereotypen verstärkt werden. Hier fehlt es an konkreten Massnahmen und der Zusicherung, dass diesem Punkt besonders Rechnung getragen wird.

Weiter erachtet ein Teil der SP die Kosten für das VR-System als enorm, wenn nicht zu hoch. Die Polizei geht selbst davon aus, dass bereits in fünf Jahren das System überholt ist und ersetzt werden muss. Das ergibt neben den stattlichen Betriebskosten von 600’000 Franken pro Jahr Kapitalkosten in der Höhe von über 400’000. Das ergibt insgesamt eine Million pro Jahr, für das im Gegenzug jede Polizistin und jeder Polizist rund 12 Stunden pro Jahr mit Brille und Sensoren üben kann. Das ist teuer, für einen Teil zu teuer.

Schliesslich haben Teile der SP-Fraktion grosse Fragezeichen betreffend dem Zeitpunkt. Der Interimskommandant Würgler hat gerade jüngst gegenüber den Medien nochmals bestätigt, dass nach wie vor rund 70 Projekte innerhalb der Polizei einer Prüfung unterzogen werden, um Zeit- und Personalressourcen für die zentralen Polizeiaufgaben frei zu schaffen. Es besteht nun die Gefahr, dass die Einführung eines neuartigen Tools, bei dem vieles noch unklar ist, weil wir das schlicht nicht im Detail kennen, wiederum Man- und Woman-Power bindet, welches derzeit schlicht nicht vorhanden ist. Der Fokus für die Arbeitgeberattraktivität muss anderswo gelegt werden. Niemand kommt wegen zwei VR-Übungsnachmittagen zur Kantonspolizei. Um wieder ein attraktiver Arbeitgeber zu werden, müssen die Missstände behoben und in Menschen statt in Maschinen investiert werden.

Diese drei Gründe führen dazu, dass die Mehrheit der SP dem Projekt sehr kritisch bis ablehnend gegenübersteht. Für einen anderen Teil der Fraktion überwiegen dennoch die positiven Aspekte des Projekts. So wurde positiv gewertet, dass durch das neue System geübt werden kann, was sonst nicht oder nur unter grossem Aufwand geübt werden kann und dass so ein tatsächliches und echtes Plus für die Ausbildung entsteht. Sie vertrauen darauf, dass das Fachpersonal der Polizei die Szenarien mit der gebotenen Sorgfalt entwickelt und überprüft. Weiter ist dieser Teil der Fraktion zuversichtlich, dass der Kostenrahmen nicht gesprengt wird und dass das Projekt als positives Beispiel in die Annalen der

Digitalisierungsbemühungen der Verwaltung eingeht. Und schliesslich ist ja nicht zuletzt die Einschätzung, dass dieses Projekt vielleicht wirklich das Arbeitgeberimage der Polizei zum besseren kehrt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, Gefahr, Risiken, Hoffnung, Vertrauen liegen teilweise nahe beieinander, so dass die Linie bei uns durch die Fraktion geht, weshalb die SP bei diesem Grossratsbeschluss offen ist.

Mit Blick auf den «Chrüzlistich» möchte ich aber folgende Wünsche respektive Erwartungen an die Umsetzung formulieren. Erstens, es soll ein adäquates Risiko- und Qualitätsmanagement und Projektmonitoring betrieben werden, wie es für ein umfangreiches IT- und Weiterbildungsprojekt dazu gehören sollte. Zweitens, als Teil des Risikomanagements gilt es zudem, die Datenschutzbeauftragten miteinzubeziehen, um allfällige Risiken zu eruieren und anzugehen. Drittens empfehlen wir für die Entwicklung der sensiblen Module oder Szenario, zum Beispiel gerade in Bezug auf häusliche Gewalt, Opfersensibilität, Anti-Bias-Thema, den Einbezug von externen Fachorganisationen, wie das weltweit in den Polizeikorps üblich ist. Der sogenannte Ikea-Baukasten, von dem wir jetzt öfter gehört haben, muss ja auch noch gefüllt werden. Und zugeben, dass man vielleicht nicht alles weiss, das ist nicht ein Zeichen von Schwächen, sondern zeigt vielmehr, dass man sich selbst und seine Grenzen kennt und das wiederum, das stärkt das Vertrauen. Ich hoffe hier, dass die verantwortlichen Personen bei der Polizei diese Bedenken und diese Wünsche vielleicht ein bisschen weniger ins Lächerliche ziehen werden, wie das Kollege David Jenny getan hat.

In jedem Fall wird die SP aber die Umsetzung dieses Projekts in den nächsten Jahren genau weiterverfolgen. Wir erwarten, dass die zuständigen Oberaufsichtskommissionen die Umsetzung des Projekts im Auge behält und wir behalten uns selbst vor, in einigen Jahren eine Evaluation zu beantragen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP spricht Gabriel Nigon.

Gabriel Nigon (LDP): Ich bewege mich in beiden Parallelwelten, damit das mal vorausgeschickt ist, und nicht so sehr in der virtuellen, aber trotzdem muss ich dazu folgendes sagen. Die LDP unterstützt beide Grossratsbeschlüsse. Was den Scanner anbelangt, muss ich da keinen Kommentar abgeben, wir sind uns alle einig, dass das nötig ist und notwendig. Dann zur sogenannten Virtual Reality. Es geht darum, dass das Verhalten trainiert wird von Polizeikräften in gewaltbeladenen Situationen. Diese Beamtinnen und Beamten, die müssen die besten Trainingsbedingungen vorfinden und dabei ist dieses Virtual Reality-Training ein zusätzliches Modul, es ist keine Substitution für das analoge Training, und damit wird eine bessere Auftragserfüllung angestrebt. Aber dann, was niemand je erwähnt hat, es geht eben auch um den Schutz dieser Einsatzkräfte, es geht um den Schutz der Gesundheit dieser Personen und dazu sind wir moralisch und nicht zuletzt auch rechtlich verpflichtet. Es besteht ein Risiko der Staatshaftung. Wenn wir jemanden im Wissen darum, dass es bessere Trainingsmethoden gäbe, diese ihm nicht anbieten oder es passiert etwas, da bin ich sicher, dann kommen die Anwälte auf den Plan und klagen den Staat ein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP spricht Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Über die Ganzkörperscanner, die sind ja unbestritten, werde ich hier nicht sprechen, die SVP befürwortet natürlich den Kauf. Die Polizeiarbeit steht in einem ständigen Wandel. Meine ehemaligen Kolleginnen und Kollegen werden täglich mit komplexeren und unvorhersehbaren Situationen konfrontiert. Wir sind also aufgefordert, in Punkt der Ausbildung und Trainingsmethoden auf die stetig steigenden Anforderungen zu reagieren und innovative Wege zu ermöglichen.

Ein Virtual Reality-System bietet genau diese innovative Möglichkeit, um die Qualität und Sicherheit der Polizeiarbeit zu steigern. Es schafft eine kontrollierte Umgebung, in der Polizistinnen und Polizisten realistische Szenarien durchspielen und dabei wertvolle Erfahrungen sammeln können und das auf eine sichere Weise, ohne dass sie oder andere Personen einem Risiko ausgesetzt sind. VR-Simulationen ermöglichen es, gefährliche Situationen so realitätsnah wie möglich zu erleben, um auf Herausforderungen, wie sie im Alltag auftreten, optimal vorbereitet zu sein. Ein wesentlicher Vorteil von VR-Trainings ist die Flexibilität und Vielseitigkeit, die sie bieten. Unsere Polizistinnen und Polizisten können Einsätze in verschiedenen Szenarien üben, die im realen Leben kaum reproduzierbar wären. Von Verhandlungen mit bewaffneten Personen über Menschenmengen-Management bis hin zu Verkehrskontrollen oder Geiselbefreiungen, zum Beispiel Kinder in Schulhäusern.

Durch den Einsatz von VR kann die Stressresistenz der Polizistinnen und Polizisten gezielt geschult werden, wodurch ihre Handlungssicherheit und Entscheidungsfähigkeit in echten Gefahrensituationen entscheidend verbessert wird. Mit einem VR-System wird ausserdem der Lerneffekt erhöht. Es ist interaktiv und vor allem immersiv, was das Lernen verstärkt und langfristig die Qualität der Ausbildung hebt. Die Möglichkeit, Fehler zu machen und das eben zu lernen, ohne dass es reale Konsequenzen gibt, ist von unschätzbarem Wert. So können Polizistinnen und Polizisten in einem sicheren Raum agieren, auf das Feedback der Ausbildner reagieren und ihre Fähigkeiten kontinuierlich verbessern. Ich bin überzeugt, dass ein VR-

System die Effizienz und die Qualität der Polizeiarbeit in Basel-Stadt langfristig steigern wird. Es ist eine Investition in die Zukunft, in die Sicherheit unserer Stadt und deren Bewohnerinnen und Bewohner, aber auch der Polizistinnen und Polizisten.

Es ist nicht verwunderlich, dass das GAB und die SP voller Misstrauen gegen die Polizei versucht, das VR-System schlecht zu reden, was wir uns hier ja gewohnt sind. Es ist extrem schädigend, vor allem in der momentanen Situation, in welcher wir uns in Basel-Stadt befinden. Bedenken Sie, die Polizistinnen und Polizisten schauen ganz genau hin, was hier im Grossen Rat vor sich geht und was gesagt wird.

In diesem Sinn bitte ist Sie, den Ganzkörperscannern wie auch dem Virtual Reality-System zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: An dieser Stelle möchte ich hohen Besuch auf unserer Zuschauertribüne aus dem Nachbarkanton begrüssen. Sie wurden schon angesprochen und vielleicht haben Sie es beim Kommen gesehen, wir haben auch die rote Baselbieter Stabfahne gehisst. Ich freue mich sehr, die Geschäftsleitung des Landrates des Kantons Basel-Landschaft zu begrüssen. Die Delegation wird angeführt durch den lieben Landratspräsidenten, den geschätzten Peter Hartmann.

Die Fraktionen sind vertreten mit Roman Brunner für die SP, Stephan Ackermann für die Grünen, Simon Oberbeck für die Mitte, Manuel Ballmer für die GLP und Balz Stückelberger für die FDP. Natürlich ist auch der Leiter Parlamentsdienst Alex Klee mit dabei und die Landschreiberin Elisabeth Heer Dietrich, die, glaube ich, wieder entführt wurde von unserer Staatskanzlerin. Herzlich willkommen. Wir freuen uns sehr auf den gemeinsamen Austausch und vielen Dank auch fürs lange Ausharren in unserer Debatte. [Applaus]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelvoten und da hat sich Eric Weber gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin der Grossrat, der sich am meisten nackt ausziehen musste vor der Polizei. Daher bin ich prädestiniert, oder wie man dem sagt, hier genau zu erklären und zu berichten, um was es geht und was wir diskutieren, denn nur ich habe diese Erfahrung, kein anderer Grossrat. Und genau um dieses Ausziehen geht es ja. Ich kann mich kurzfassen, aber ich möchte als Beispiel sagen, was mir passiert ist. Ich musste mich nackt ausziehen. Die Polizei wollte sehen, ob ich einen Wahlumschlag verstecke unter meiner Kleidung. Das ist kein Witz, meine Damen und Herren. Ein Scanner nützt nichts, es wären nur unnötige Ausgaben. Denn der Scanner kann nicht erkennen, wem der Wahlumschlag gehört. Es braucht keinen Scanner, das Geld würde die Polizei lieber anders investieren. Ich habe mir aufgeschrieben und das wissen Sie nicht, bitte genau zuhören, in 70 Prozent der Zellen, in denen ich eingesperrt war, geht der Notknopf nicht. Es ist wichtig, dass wir das Geld richtig investieren und nicht in einen Scanner, der die Leute durchleuchtet. Ich finde, es ist wichtiger, dass die Grundfunktionen, das haben Sie auch in der Schule gelernt, Grundfunktionen, Rechnen, Lesen, Schreiben ist wichtig und bei der Polizei funktioniert nicht einmal die Grundfunktion, der Alarmknopf in der Zelle, wo man mich immer einsperrt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, das tut hier nichts zur Sache. Haben Sie noch etwas zu sagen zum aktuellen Ratschlag?

Eric Weber (Fraktionslos): Ganz kurz zum Schluss, es gibt ein Wort auf Deutsch, das heisst Firlefanz. Das ist keine Beleidigung, die Scanner sind für mich nicht wichtig. Ich bin bei klarem Verstand, ich nehme kein Medikament, ich muss sagen, da stimmt etwas nicht, ich mache nicht mit. Darum beantrage ich Rückweisung und Nichteintreten. Ich bin Experte, darum muss ich die gesamte Redezeit ausnutzen. Auch ein zweites Votum nach meinem Kollegen, der von der Polizei nachher spricht, Herr Hochuli, behalte ich mir vor.

Es geht um vier Ganzkörperscanner. Fleur Weibel hat das auch angesprochen, die Entkleidung kann verhindert werden, hat sie gesagt und hat aber noch gesagt, zu welchem Preis. Ich habe auch über die Entkleidung gesprochen, dass ich da ein Experte bin und darum rede ich, weil ich finde, ich darf dazu reden, weil man mir das angetan hat. Und meine Vorredner haben ja gesagt, dass es für die Leute unangenehm ist, wenn sie sich entkleiden müssen. Das wurde gesagt, aber mir ist das nicht unangenehm, aber ich muss trotzdem dazu reden. Auch Hanna Bay hat das Wort unangenehm gesagt. Sie hat von Teilentkleidung gesprochen, sie hat über einen Eingriff, der in die Privatsphäre geht, gesprochen und sie hat gesagt, das hinterlässt Spuren. Ich habe das gut gefunden, dass Hanna Bay gesagt hat, das hinterlässt Spuren und es hat auch bei mir Spuren hinterlassen, wenn Sie sich in Ihrem Leben schon vier Mal entkleiden haben müssen. Ich habe mich vier Mal

entkleiden müssen, weil man bei mir einen Wahlumschlag gesucht hat und das geht einfach nicht. Das geht nicht und darum Rückweisung, Nichteintreten und ich melde mich an zum zweiten Votum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Christoph Hochuli.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Ich möchte als Polizist auch für die Beschaffung eines Virtual Reality-Systems werben. Ich bin überzeugt, dass diese eine zwar teure, aber sehr sinnvolle Investition in die Kantonspolizei und in die Sicherheit unseres Kantons ist. Aktuell müssen wir lange Autofahrten zu den Trainingsgeländern in den Kanton Aargau oder ins Oberbaselbiet auf uns nehmen. Das verbrennt viel Diesel und viele Arbeitsstunden. Es muss jeweils einiges an Material organisiert und dorthin gebracht und die Szenarien vor Ort eingerichtet werden. Gerade im Hinblick auf unseren Personalunterbestand ist dies von grosser Relevanz. Mit einem VR-System in Basel könnten wir wirklich sehr viele Arbeitsstunden einsparen.

Ich bin überzeugt, dass mit einem VR-System komplexe und gefährliche Situationen besser trainiert werden können. So kann die Qualität der polizeilichen Ausbildung und somit auch die erfolgreiche Bewältigung von schwierigen Einsätzen im Ernstfall verbessert werden, denn ein VR-System kann Situationen viel realistischer darstellen. Durch das Erleben des Stresses in einer 3D simulierten Einsatzlage kann ein viel höherer Lerneffekt bezüglich der Einsatztaktik und der Kommunikation erzielt werden, als es durch rein gestellte Szenarien heute möglich ist. Heute kennen wir Polizistinnen und Polizisten die Umgebung bei den Übungen bereits. Im VR-System hingegen können Simulationen in wechselnden Umgebungen durchgeführt werden und es wird auch möglich sein, reale Gebäude unseres Kantons, wie Schulhäuser oder das Rathaus, für die Übungsszenarien einzuspielen.

Ein weiteres grosses Plus des VR-Systems ist, dass auch Katastrophenszenarien, wie zum Beispiel ein Flugzeugabsturz, simuliert werden können. Das ist bis jetzt natürlich nicht möglich. Auch können zur Übung der taktischen Einsatzmedizin künftig mit dem VR-System Szenarien kreiert werden, um die Wundversorgung von verletzten Personen in lebensbedrohlichen Einsatzlagen, zum Beispiel bei einem Amoklauf, realitätsnah geübt werden. Der Regierungsrat schreibt es im Ratschlag treffend: Im Fazit sinkt durch die intensivierte und qualitativ gesteigerte Ausbildung das Risiko von Fehleinschätzungen der Polizistinnen und Polizisten im Ereignisfall. Dadurch verbessert sich die Fehlerquote in Ausnahmesituationen, zum Beispiel Schiessen, Nichtschiessen oder geringe Eigengefährdung durch korrektes, taktisches Verhalten. Zitat Ende.

Zusammengefasst kann man sagen, die realitätsnahe Ausbildung, die ein VR-System ermöglicht, trägt wesentlich zur Steigerung der Sicherheit der Polizeimitarbeitenden und zur Sicherheit der Bevölkerung bei. Übrigens konnten bei der Stadtpolizei Zürich und bei der Kantonspolizei Bern sehr gute Erfahrungen gemacht werden mit VR-Systemen. Deshalb müssen wir nicht zuerst ein Pilotprojekt durchführen. Die Ganzkörperscanner sind auch eine sehr gute, sinnvolle und zeitsparende Anschaffung, welche ich natürlich auch sehr begrüsse. Auf diese gehe ich nicht näher ein, denn diese sind im Rat unbestritten.

Ich bitte Sie, dem JSSK-Bericht respektive den beiden Grossratsbeschlüssen zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich möchte dieses Geschäft oder diese beiden Beschlüsse nach aller Möglichkeit noch fertig beraten. Wir haben noch einen Einzelsprecher eingetragen. Für ein zweites Votum ist es Eric Weber und Herr Weber, Sie haben unsere Geduld schon ziemlich strapaziert, ich dulde keine Wiederholungen mehr.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe das gehört, Sie dulden keine Wiederholungen mehr, aber wenn mich eine Sache betrifft, darf ich dazu reden, auch wenn die Frau Polizeiministerin hier anwesend ist. Ich komme, wie ich darf, auf meinen Vorredner zu sprechen, zu Christoph Hochuli. Er hat gesagt, wenn sie in einen anderen Kanton fahren müssen, verbrennt das viel Diesel und Arbeitsstunden. Christoph Hochuli, das ist nicht unser Problem, wenn es viel Diesel verbraucht und Arbeitsstunden. Herr Präsident, ich will Sie nicht nerven, aber gestatten Sie mir einen Satz. Wenn Herr Hochuli wortwörtlich sagt, die Polizei könnte das Rathaus für Übungsszenarien nehmen, finde ich das okay. Aber wenn ich dann Anrufe bei der Polizei, den Notruf und sage, da sind Demonstranten vor dem Rathaus, dann werde ich eingeklagt wegen Missbrauch des Notrufs, geht das nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Stephanie Eymann und Barbara Heer verzichten auf ein Votum.

Wir kommen damit zu vier Abstimmungen. Eintreten wurde bestritten durch Eric Weber. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Eintreten, NEIN heisst Nichteintreten

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004861, 13.11.24 17:59:05]*

Der Grosse Rat beschliesst

Eintreten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir treten auf das Geschäft ein. Es liegen 89 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung vor.

Eric Weber hat Rückweisung an die Kommission beantragt. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 90 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004863, 13.11.24 17:59:49]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 90 Nein-Stimmen, 1 Ja-Stimme und keine Enthaltung bedeuten, dass es keine Rückweisung an die Kommission gibt.

Ein Hinweis zur Detailberatung. In den beiden Grossratsbeschlüssen sind die Beträge in Millionen auf eine Nachkommastelle gerundet. Wir werden die ungerundeten Beträge gemäss der Detailaufstellung Absolute Zahlen im Kantonsblatt publizieren.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1 (Seite 12 des Berichts)

Titel und Ingress

- Investitionen

- Wiederkehrende Ausgaben

Publikations- und Referendumsklausel

Schlussabstimmung zu Grossratsbeschluss 1.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss 1, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 21 Nein, 7 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004865, 13.11.24 18:00:58]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Beschaffung eines Virtual Reality-Systems durch die Kantonspolizei Basel-Stadt werden Gesamtkosten in der Höhe von Fr. 2'620’000 bewilligt. Diese Ausgaben teilen sich wie folgt auf:

- Fr. 2'000’000 als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich Informatik.

- Fr. 620'000 jährlich wiederkehrende Ausgaben zu Lasten der Erfolgsrechnung des Justiz- und Sicherheitsdepartements, Dienststelle Kantonspolizei.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 62 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 2 (Seite 13 des Berichts)

Titel und Ingress

- Investitionen

- Wiederkehrende Ausgaben

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss 2, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004867, 13.11.24 18:01:47]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Beschaffung von vier Ganzkörperscannern für die Kantonspolizei Basel-Stadt werden Gesamtkosten in Höhe von Fr. 1'453’500 bewilligt. Diese Ausgaben teilen sich wie folgt auf:

- Fr. 1'297'000 als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich Übrige

- Fr. 40'000 für Schulung und jährlich wiederkehrende Betriebskosten in Höhe von Fr. 30'000 im Jahr 2025 und Fr. 86'500 in den Folgejahren zu Lasten der Erfolgsrechnung des Justiz- und Sicherheitsdepartements, Dienststelle Kantonspolizei.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss 2 wird einstimmig angenommen mit 90 Ja-Stimmen.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Schluss der 36. Sitzung

18:01 Uhr

Protokoll

der 37. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 20. November 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Jérôme Thiriet (GAB), Georg Mattmüller (SP).

Verhandlungsgegenstände:

13. Ausgabenbericht betreffend Ausgabenbewilligung für die Projektierung der Neugestaltung der St. Jakobs-Strasse im Zusammenhang mit der Arealentwicklung Wolf, Ausgabenbericht des RR ... 3
13.1. Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Veloverbesserungsmassnahmen zur besseren Erschliessung des Güterbahnhofs Wolf, Ausgabenbericht des RR ... 6
14. Petition P478 "Für einen sicheren Schulweg und direkten Spielplatzzugang im Lysbüchel-Süd", Bericht der PetKo ... 6
16. Interpellation Nr. 37 Lukas Faesch betreffend das Aechzen über das Krächzen ... 9
17. Interpellation Nr. 38 Daniela Stumpf-Rutschmann betreffend Kosten des S-Status für den Kanton ... 10
18. Interpellation Nr. 63 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend IWB Gas abschalten 2037 koordinieren und möglich machen ... 10
19. Interpellation Nr. 66 Thomas Widmer-Huber betreffend Verbesserung der Arbeitsintegration von ukrainischen Geflüchteten ... 11
20. Interpellation Nr. 72 Bruno Lötscher-Steiger betreffend vollständige oder teilweise Rückerstattung der Gewinn-Überschüsse der IWB an die Kundinnen und Kunden ... 11
21. Interpellation Nr. 82 Heidi Mück betreffend Inselstrasse 62-66: legitimiert der Kanton missbräuchliche Kündigungen? ... 11
22. Interpellation Nr. 86 Daniela Stumpf Rutschmann betreffend Zahlen und Fakten zum Asylchaos ... 12
23. Interpellation Nr. 45 Oliver Thommen betreffend wann klappt's mit der Schulkommunikation? ... 12
24. Interpellation Nr. 57 Gabriel Nigon betreffend Lobbying für höhere Bundesbeiträge an die Universität Basel und die Fachhochschule Nordwestschweiz sowie für die Berufsbildung ... 13
25. Interpellation Nr. 61 Harald Friedl betreffend Sportanlage Schorenmatte ... 13
26. Interpellation Nr. 62 Laurin Hoppler betreffend Zukunft und Förderung von Jugendkultur in Basel ... 13
27. Interpellation Nr. 70 Brigitte Gysin betreffend Französisch an den Gymnasien BS im Zusammenhang mit dem Projekt WEGM ... 14
28. Interpellation Nr. 79 Alex Ebi betreffend stärkere finanzielle Unterstützung von Basler Sportvereinen mit Teams in den zwei obersten nationalen Ligen ... 15
29. Interpellation Nr. 108 Oliver Bolliger betreffend der geplanten Zulassungsbeschränkung zur Matura-Prüfung an den Basler Gymnasien ... 15
30. Interpellation Nr. 135 Alex Ebi betreffend dem weiteren Vorgehen bei der Doppelturnhalle Hirzbrunnen ... 15
31. Interpellation Nr. 33 Adrian Iselin betreffend zusätzliche Tramverbindung durch den Claragraben ... 16
32. Interpellation Nr. 67 Ivo Balmer betreffend Eigentumsverhältnisse in Basel-Stadt ... 17
33. Interpellation Nr. 71 René Brigger betreffend gesetzeswidrige Fristüberschreitungen des Bau- und Gastgewerbeinspektorates ... 17
34. Interpellation Nr. 87 Sandra Bothe betreffend Verbesserung des Pausenplatzes Schulhaus Rittergasse im Kontext der Umgestaltung der Archäologischen Informationsstelle „Murus Gallicus" ... 18
35. Interpellation Nr. 89 Lorenz Amiet betreffend Hilferuf der Architekten wegen den Zuständen im Bauinspektorat ... 18
36. Interpellation Nr. 94 Christian C. Moesch betreffend Ausbau der Elsässerbahn ... 19

37. Interpellation Nr. 111 Christine Keller betreffend Erneuerung Geviert Wettsteinallee / Grenzacherstrasse 19
38. Interpellation Nr. 114 Tonja Zürcher betreffend Volkswirtschaftlicher Schaden durch den Bau der Rheintunnel-Autobahn ... 20
39. Interpellation Nr. 117 Michael Hug betreffend Aufwertung der Lokalstrassenebene auf der Dreirosenbrücke ... 21
40. Interpellation Nr. 122 Fleur Weibel betreffend den Auswirkungen der 10-jährigen Rheintunnel-Baustelle auf die Dreirosen-Quartierbevölkerung ... 21
41. Interpellation Nr. 125 Adrian Iselin betreffend falsche Prioritätensetzung des Bau- und Verkehrsdepartements bei baulichen Stadtklimaanpassungen ... 22
42. Interpellation Nr. 130 Christine Keller betreffend Umgang mit einem vom Grossen Rat definitiv bewilligten Budgetpostulat (Hundefreilaufzone Merkuranlage) ... 23
43. Interpellation Nr. 50 Felix Wehrli betreffend Entstehung einer grossen Container-Asylbewerberunterkunft im Stettenfeld auf DEU-Seite (Lörrach-Stetten), direkt an der Landesgrenze zu Riehen ... 24
44. Interpellation Nr. 42 Eric Weber betreffend Vorfall bei der Basler Polizei ... 24
45. Interpellation Nr. 48 Eric Weber betreffend Peinlichkeit bei der Basler Polizei ... 25
46. Interpellation Nr. 52 Beat K. Schaller betreffend Gendersprache in Verwaltung und Schulen des Kantons Basel-Stadt ... 25
47. Interpellation Nr. 53 Brigitte Kühne betreffend Quartiers-Abendmärkte ... 26
48. Interpellation Nr. 58 Nicole Amacher betreffend Anpassung des betreibungsrechtlichen Existenzminimums ... 26
49. Interpellation Nr. 97 Eric Weber betreffend ständige Pannen im Basler Wahlbüro ... 27
50. Interpellation Nr. 99 Heidi Mück betreffend Platz für Boule-Spiel und weitere unkommerzielle Aktivitäten auf dem Vorplatz vor dem K-Haus ... 27
51. Interpellation Nr. 100 Patrizia Bernasconi betreffend gesetzwidrige und mietfeindliche Grundhaltung der Basler Regierung gegenüber einzelnen bundesrätlichen Mieterschutzmassnahmen ... 28
52. Interpellation Nr. 109 Jo Vergeat betreffend nach Bscene Pause und Gässli Filmfestival aus – wo bleibt das Festivalkonzept? ... 29
53. Interpellation Nr. 110 Fleur Weibel betreffend ESC in Basel - eine grosse Chance! ... 29
54. Interpellation Nr. 116 Luca Urgese betreffend Wohnraumentwicklungsstrategie ... 30
55. Interpellation Nr. 119 Eric Weber betreffend Verschwendung von Steuergeld ... 30
56. Interpellation Nr. 126 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend ist die Basler Praxis bezüglich Wohnschutz kompatibel mit dem BGE betreffend Mietzinserhöhungen bei Renovationen? ... 31
57. Interpellation Nr. 77 Melanie Nussbaumer betreffend mehr Ressourcen für Kinder und Jugendliche in einer Krise ... 31
58. Interpellation Nr. 69 Eric Weber betreffend Steueramt im Stresstest ... 31
59. Antrag Luca Urgese und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Ausweitung der Definition von Familienbetrieben ... 32
60. Antrag Tobias Christ und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative zur Reduktion von unnötigen Kurzstreckenflügen ... 32
61. Motion 1 Christine Keller und Konsorten betreffend Anpassung des Maximalalters beim Anspruch auf Ausbildungsbeilagen ... 35

Beginn der 37. Sitzung

Mittwoch, 20. November 2024, 09:00 Uhr

13. Ausgabenbericht betreffend Ausgabenbewilligung für die Projektierung der Neugestaltung der St. Jakobs-Strasse im Zusammenhang mit der Arealentwicklung Wolf, Ausgabenbericht des RR

[20.11.24 09:00:27, 24.0846.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie herzlich zu unserem heutigen Sitzungstag und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Kaffeespende: Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass wir auch heute eine Jubilarin haben, die uns den Kaffee am Morgen spendiert. Ich gratuliere Barbara-Heer ganz herzlich im Namen des Grossen Rates zu ihrem Geburtstag und bedanke mich für die grosszügige Geste.

Weiter habe ich noch einen Veranstaltungshinweis: Sie alle wurden heute Abend eingeladen ins Historische Museum und die Präsidentin der Kommission des HMB Patricia von Falkenstein hat mich gebeten, nochmals darauf hinzuweisen, dass auch spontane Teilnahmen ohne Anmeldungen willkommen sind.

Wir kommen damit zu Traktandum 13. Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Bevor ich das Wort dem Präsidenten der UVEK übergebe, bitte ich Sie nochmals hier drin keine persönlichen Gespräche zu führen.

Raphael Fuhrer (GAB): Die UVEK beschliesst dies mit 12 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung. Sie schliesst sich überdies dem Regierungsrat betreffend Anzug Thiriet an und plädiert für Stehenlassen.

Wir möchten uns beim Bau- und Verkehrsdepartement bedanken, der Delegation aus dem Amt für Mobilität für die gute Begleitung. Wir haben dieses Geschäft am 18. September und am 23. Oktober beraten. Die Vorstudie liegt nun vor.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich bitte um Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

Raphael Fuhrer (GAB): Der Grund dahinter ist der anstehende Handlungsbedarf. Auf dem Areal Wolf soll sich ja ein neuer Teil unserer Stadt entwickeln. Es ist darum zentral, dass von Anfang an eine gute Erschliessung, insbesondere was den ÖV und den Fuss- und Veloverkehr betrifft, mitgedacht wird. Beim ÖV soll in Zukunft die Buslinie 42 auf der St. Jakobs-Strasse verkehren und in Sachen Fuss- und Veloverkehr kann man ja dem Anzug Thiriet schon entnehmen, dass heute gewisses Optimierungspotenzial da ist.

Weiter ist auch die Klimaschutzstrategie Basis dieser Vorstudie, die Mobilitätsstrategie und das Stadtklimakonzept. Die Vorstudie kommt zum Schluss, dass der Raum dort heute kein stadtverträglicher Strassenraum ist. Inhaltlich geht es um Aspekte wie Sicherheit, Lückenschluss von Netzen, um die Zuverlässigkeit des Verkehrsbetriebs, um die Attraktivität des Raumes, um Entsiegelung und um den Verkehrsfluss. Der Perimeter reicht auf der St. Jakobs-Strasse von und inklusive Knoten mit der Zeughausstrasse bis zur Grosspeter-Anlage.

Die Vorstudie verfolgt folgende Stossrichtungen: Es wird eine Bushaltestelle brauchen und die soll so platziert werden, dass sie gut zugänglich ist und die Umgebung, insbesondere das Areal, gut erschliesst. Es braucht zum Teil eine Busspur und an gewissen Orten eine Buspriorisierung. Es wird möglich sein, in der Unterführung eine MIV-Spur zu reduzieren. Der Verkehrsfluss wurde auch mit dieser Änderung nachgewiesen. Entlang des Areals Wolf ist ein Fuss- und Veloweg vorgesehen, sodass in beiden Richtungen das Velo verkehren kann. Es sind verschiedene Optimierungen und Verbesserungen in Sachen Sicherheit bei den Knoten vorgesehen und es soll einen neuen Fuss- und Velosteig in Richtung Bahnhof SBB geben. Zudem sollen durchgängige Baumreihen entlang beider Strassenseiten realisierbar werden. Die Umsetzung all dieser Massnahmen sind schon jetzt koordiniert mit der Entwicklung des Areals Wolf vorgesehen, mit einer Inbetriebnahme erst nach 9 Jahren, so Stand heute.

In der Diskussion der UVEK haben wir uns auf folgende vier Aspekte fokussiert: Wir haben zum einen die Schnittstellen in Sachen Fuss- und Veloverkehr mit dem Perimeter Rand angeschaut und für gut befunden. Wir haben auch festgestellt, dass die Möglichkeiten für den Fuss- und Veloverkehr innerhalb des Perimeters gegenüber heute eine deutliche Verbesserung bedeuten und auch, dass die Sicherheit markant gesteigert werden kann.

Wir haben uns Gedanken gemacht zur Abstimmung mit weiteren Planungen, zum Beispiel zur damaligen Idee eines Fernbusterminals oder der Verlegung der City-Logistik weiter stadtauswärts. Die Antworten, die wir dazu erhalten haben, haben die UVEK überzeugt.

Der dritte Punkt ist der ASTRA-Perimeter. Praktisch das ganze Projekt liegt im Perimeter, der in der Hoheit des Bundesamts für Strassen liegt, in dem Sinne, dass das ASTRA mitsprechen darf, wie zum Beispiel Ampelsteuerungen sind oder wie die Kapazität auszusehen hat. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass das ASTRA mit dem Vorliegen mit der vorliegenden Vorstudie einverstanden ist und dass sich aufgrund dieser Konstellation das ASTRA auch an den Kosten oder zumindest an gewissen Kosten beteiligen wird. Und was schon auch deutlich erkennbar war, ist, dass das ASTRA neu nun eben auch an das nationale Veloweggesetz gebunden ist und sich diesem verpflichtet fühlt, wenn man eben sieht, wie auch von Anfang an an den Veloverkehr gedacht wird und Optimierungen gesucht werden.

Dann noch der letzte Punkt, zu den Rettungsfahrzeugen. Wir haben dort auch nachgefragt und haben die Antwort erhalten, dass diese im Falle, wenn es eben zeitweise doch zu Autokolonnen kommen sollte, dort gut passieren können, weil von Anfang an auch ein Blaulichtskorridor mitgedacht wird. Der entsprechende Ratschlag ist ja vor kurzem auf Antrag der JSSK hier im Grossen Rat verabschiedet worden, also dass Blaulichtorganisationen die Steuerung der Lichtsignalanlagen beeinflussen können, so dass sie einen Weg über diesen Querschnitt gut finden können.

Alles in allem unterstützt die UVEK den eingeschlagenen Weg. Konkret für das Protokoll, es geht um die Variante B der in der Vorstudie angeschauten Varianten und was man auch schon sagen kann, es wird dann in ein paar Jahren ein entsprechendes Vorprojekt wieder in den Grossen Rat kommen, das dann die Stossrichtungen konkretisieren wird und dann wird der Grosse Rat wieder Gelegenheit haben, über dieses Thema zu befinden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht für den Regierungsrat an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Sie kennen den Perimeter sicher. Heute ist das ein reiner Verkehrsraum. Ich glaube, wir müssen realistisch sein, nachher wird es auch ein Verkehrsraum sein, es wird also keine Paradiesecke werden, aber es wird deutlich besser, mit den Baumalleen, mit den verbesserten Velowegen und ebendieser Sicherheit auch für Fussgänger.

Deshalb würde Sie der Regierungsrat bitten, diesem Ratschlag zuzustimmen und das Geld zu holen und vielen Dank an die Kommission für die Beratung und die Zustimmung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Für die SVP hat sich Pascal Messerli gemeldet.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion wird diesen Ratschlag ablehnen. Die Stossrichtung bezüglich Erschliessung des Wolfsareals und des öffentlichen Verkehr die stimmt zwar, deshalb weisen wir hier nicht zurück, das würde die ganze Situation wahrscheinlich nur verschlimmbessern, aber wir können nicht einem Projekt zustimmen, mit dem einmal mehr der motorisierte Individualverkehr zu kurz kommt. Es ist auch in diesem Ratschlag so, dass eine Reduktion einer Spur stattfindet, gerade unterirdisch in der St. Jakobs-Strasse dort, wo es eigentlich gar nicht nötig ist und dort, wo der motorisiert der Individualverkehr eigentlich auch überhaupt nicht stört. Das zeigt aus Sicht der SVP-Fraktion einmal mehr, dass man hier einfach nur eine einseitige Verkehrspolitik zu Lasten der Autofahrerinnen und Autofahrer vorantreibt, und bei dieser einseitigen Verkehrspolitik macht die SVP-Fraktion selbstverständlich nicht mit.

Wir teilen auch nicht das Märchen dieser Idee, dass wir weniger Verkehr haben in den nächsten 10 bis 20 Jahren. Alle wollen eine 10 Millionen Schweiz, die aktuellen Strassen sind eigentlich konzipiert für eine 7 Millionen Schweiz. Wir werden am Sonntag das Ergebnis sehen, ob wir den Rheintunnel erhalten oder nicht, der ist konzipiert für eine 9 Millionen Schweiz und dort ist der Widerstand riesig. Dementsprechend denken wir auch nicht, dass es diese Spur in der Zukunft nicht benötigen wird. Gerade in Stosszeiten ist in diesem ganzen Bereich sehr viel Stau und sehr viel Verkehr unterwegs. Es kommen halt auch nicht alle mit dem Kistenvelo in die Schweiz. Auch das ist ein Märchen, das man hier immer mal widerlegen muss und dementsprechend macht einfach diese Spurreduktion in diesem Bereich keinen Sinn.

Und erlauben Sie mir noch vielleicht eine Bemerkung zum zweiten Wahlgang: Es ist jetzt der X-te Ratschlag, der aus dem Departement Keller kommt, der hier gegen den motorisierten Individualverkehr gerichtet ist, und das ist eigentlich ein Grund dafür, weshalb wir bereits eine rotgrüne Regierung haben und dementsprechend hat die SVP auch keine Wahlempfehlung ausgegeben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GAB): Auf das Votum meines Vorredners möchte ich nicht eingehen. Ich möchte noch zwei Punkte fürs Protokoll mitgeben für das konkrete Bauprojekt zu diesem Geschäft und nicht zu den Wahlen. Ich möchte mich bedanken, dass die Beratung in der UVEK so toll war, dass auch das vorliegende Projekte in der Vorstudie wirklich sehr vorbildlich ausgeführt wurde.

Einerseits ist uns für das schlussendliche Projekt wichtig, dass es zwischen Zeughausstrasse und Areal City-Gate schlussendlich dann eine Protected Bike Lane geben wird. Dort wird es auch in Zukunft immer noch viel Verkehr haben und der Veloverkehr wird dort diese Strecke oft benutzen. Daher wäre es sinnvoll, mit baulichen Massnahmen auch dort und nicht nur dort, wo es vor den Bäumen oder hinter den Bäumen Platz hat, sondern wirklich überall trennen zu können.

Und als zweiter Punkt mitgeben möchten wir gerne, dass darauf geachtet werden soll, dass die zukünftigen beiden Passerellen, die vom Dreispitz über den Wolf und die andere ins Gellert, wirklich gut verbunden werden in Zukunft und dass das Bauprojekt diese beiden Verbindungen berücksichtigt. Natürlich werden wir entsprechend überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Es handelt sich ja da doch um eine wichtige Hauptverkehrsachse. Wie soll das funktionieren, wenn Sie jetzt diese kappen und dann meinen, dass wir nachher nicht mehr Rückstau haben?

Raffaela Hanauer (GAB): Die Vorstudie kappt den Verkehr dort nicht. Es wird weiterhin möglich sein, dort mit dem Auto durchzufahren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: In der zweiten Runde geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielleicht nur ganz ganz kurz: Also von Kappen des Verkehrs in diesem Perimeter kann keine Rede sein, im Gegensatz, es ist auch eine Rettungsachse. Es ist absolut wichtig, dass der Güterverkehr, aber auch der sonstige Verkehr dort weiterhin gut durchkommt. Wir sehen aber auch anhand der Verkehrsindizes, dass der Veloverkehr deutlich zunimmt. Und tatsächlich hat sich in den vergangenen Jahren etwas geändert und die Veränderung nennt sich E-Bikes. Viele Leute, die früher mit dem Auto gependelt sind, nehmen heute das E-Bike und das bedingt neue und bessere und breitere Velowege, damit diese Entwicklung, die Zunahme dieser Velofahrten weiter zunimmt. Das waren 20 Prozent Zunahme in den vergangenen Jahren. Ich glaube, dass da wirklich eine starke Verlagerung vom Auto stattgefunden hat. Auch das sehen wir in den Verkehrsindizes. Aber natürlich Logistik MIV ist nach wie vor möglich, das haben wir auch gerechnet. Wir werden das im Vorprojekt alles noch genauer ausführen und deshalb wären wir sehr dankbar für ihre Zustimmung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat der Kommissionspräsident Rahpael Fuhrer noch einmal das Wort.

Raphael Fuhrer (GAB): Auf die Befürchtung der SVP, der MIV komme einmal mehr zu kurz und der Spurabbau sei nicht verantwortbar beziehungsweise der MIV würde ja nicht stören, möchte ich Folgendes sagen.Das haben wir natürlich in der UVEK besprochen, der Spurabbau bei der MIV-Unterführung eröffnet den Spielraum, dass eben zusätzliche Massnahmen gegenüber heute umgesetzt werden können. Würde man diesen Spurabbau nicht machen, hätte man zu wenig Platz und es würde zu einer Rodung von Wald kommen oder man müsste private Parzellen in Anspruch nehmen, also was auf eine Enteignung oder zumindest eine Dienstbarkeit hinauslaufen würde.

Und angesichts der Tatsache, dass das doch beides recht einschränkende Stossrichtungen wären, ist ein Spurabbau eben das Vernünftige in diesem Fall und eben auch das Machbare. Das hat die Simulation gezeigt. Das auch im Hinblick auf die Zwischenfrage von Daniel Seiler. Wir sind ja im ASTRA Perimeter. Das ASTRA unterstützt die Vorstudie, und ich glaube ein Bundesamt für Strassen, das Interesse hat, den Verkehr von der Autobahn in die Stadt zu leiten, würde dem nicht zustimmen können, wenn dort von einer Kappung oder von einer künstlichen Verengung oder eine Lösung zu lasten des MIV vorgeschlagen würde.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten,. Rückweisung nicht beantragt. Detailberatung und Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 13 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004939, 20.11.24 09:17:17]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für das Vorprojekt Areal Wolf werden zur Anpassung St. Jakobs-Strasse und Behebung Netzlücken Veloverkehr, einmalige Ausgaben von Fr. 350'000 zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich IB1 «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur» bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 79 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen. Die UVEK und der Regierungsrat beantragen, den Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten stehenzulassen.

13.1. Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Veloverbesserungsmassnahmen zur besseren Erschliessung des Güterbahnhofs Wolf, Ausgabenbericht des RR

[20.11.24 09:17:29, 21.5098.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend den Anzug stehen zu lassen.

14. Petition P478 "Für einen sicheren Schulweg und direkten Spielplatzzugang im Lysbüchel-Süd", Bericht der PetKo

[20.11.24 09:17:52, 24.5325.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen. Das Wort geht an den Präsidenten der Petko Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Zur Petition P478 berichte ich Ihnen wie folgt:

Zum Anliegen der Petition: Die Petentschaft hat in ihrem Anliegen die erheblichen Belastungen hervor, die für das Quartier Lysbüchel und insbesondere die Kinder auf ihrem Schulweg durch die umfangreichen Bauaktivitäten der Arealentwicklung Volta Nord entstehen. Aufgrund der zahlreichen Baustellen und des damit verbundenen Verkehrs sei die Sicherheit auf den Schulwegen stark gefährdet. Besonders die Kinder, die das Primarschulhaus Lysbüchel besuchen, seien täglich diesen Gefahren ausgesetzt. So führt der Baustellenverkehr zu einer erhöhten Belastung der stark befahrenen Elsässerstrasse, auf der weiterhin eine Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h gilt, was das Überqueren der Strasse für Kinder besonders riskant macht. Diese Situation hat sich durch den Baufortschritt weiter verschärft, da viele Wege blockiert oder nur schwer zugänglich sind.

Die Petition betont zudem, dass den Kindern und den Anwohnenden des Quartiers ausreichend Spielflächen fehlen. Zwar sind mit dem Lysbüchelplatz und dem Saint Louis-Park zwei grössere Grünflächen geplant. Jedoch werden diese voraussichtlichen erst ab 2027 zur Verfügung stehen. Bis dahin gibt es keine gesicherten und direkt zugänglichen Freiflächen in der unmittelbaren Umgebung. Auch der Pausenplatz des Schulhauses steht ausserhalb der Schulzeiten nicht zur Verfügung, wodurch die einzige nutzbare Fläche die Voltamatte bleibt. Diese befindet sich allerdings jenseits der Elsässerstrasse und ist für Kinder ohne erwachsene Begleitung kaum sicher zu erreichen. Dieser Mangel an Spielflächen und Freiflächen führt im Quartier zu einem Dichtestress, da die wenigen nutzbaren Bereiche übermässig beansprucht werden.

Ein besonders kritischer Punkt ist für die Petentschaft die Verkehrssicherheit entlang des Schulwegs. Vor allem die Elsässerstrasse, die Teil der Route vieler Schulkinder ist, stellt mit ihrer aktuellen Verkehrsführung und dem hohen Tempo eine potenzielle Gefahr dar. Schon vor Beginn der Bauarbeiten sei es in diesem Bereich häufig zu Unfällen gekommen, insbesondere unter Beteiligung von Fussgängern und Radfahrern. Die Petentschaft sieht in der Senkung der Höchstgeschwindigkeit und in der Installation weitere Fussgängerübergänge eine mögliche Verbesserung. Die Relevanz dieser Forderungen haben einen Unfall an der Kreuzung Elsässer- und Hüningerstrasse kurz vor den Sommerferien 2024 leider auf tragische Weise bestätigt.

Neben den Anliegen zur Sicherheit und Nutzung von Freiflächen äussert die Petentschaft auch die Hoffnung, dass die Erfahrung und Herausforderung des Quartiers Lysbüchel in die Planung und Entwicklung zukünftiger urbaner Transformationsprojekte einfliessen.

Zur Stellungnahme der Vertretung seitens BVD, JSD und ED: Die Vertreter des Tiefbauamts, der Kantonspolizei und des Erziehungsdepartements äusserten sich zu den Forderungen der Petentschaft und bestätigten die Priorität der Schulwegsicherheit im Quartier Volta Nord angesichts der intensiven Bauaktivitäten. Der Vertreter des Tiefbauamtes erklärte, dass Gespräche mit der Petentschaft bereits zu Massnahmen geführt haben. Eine vollständige Umleitung des Baustellenverkehrs auf die Lysbüchel-Strasse ist jedoch topografisch nicht machbar. Viel Bauverkehr werde zwar über wenig frequentierte Strassen geleitet, doch bleibt eine Belastung des Quartiers durch Bauverkehr bestehen. Die Errichtung einer temporären Passarelle über die Weinlagerstrasse soll den Schulweg sicherer machen, während für künftige Bauphasen noch Lösungen erarbeitet werden.

Die Kantonspolizei betonte anlässlich des Hearings die hohe Bedeutung der Schulwegsicherheit und hat nach dem Unfall an der Elsässerstrasse/Hüningerstrasse Massnahmen umgesetzt, um Gefahren durch Ampelschaltungen und Markierungen zu verringern. Stadtweit werden nun Kreuzungen auf Schulwegen überprüft, um die Sicherheit von Kindern weiter zu erhöhen. Verkehrsunterricht soll zudem das Bewusstsein der Schüler für die sicheren Wege stärken.

Die Vertreterin des Erziehungsdepartements räumt ein, dass die Kommunikation mit Anwohnern bislang unzureichend war und kündigte häufigere Informationen über Baufortschritte an. Die Nutzung des Pausenplatzes auf dem Dach des Schulhauses ausserhalb der Schulzeiten sei aktuell aus baulichen Gründen nicht möglich, was bei künftigen Schulbauprojekten besser berücksichtigt werden soll. Das Departement möchte die Einbindung des Schulhauses ins Quartiers langfristig fördern und die Sicherheit auf Schulwegen über die Bauphase hinaus garantieren.

Zu den Erwägungen der Petitionskommission: Die Petitionskommission ist sich bewusst, dass Arealentwicklungsprojekte wie jenes in Volta Nord komplex und mit Herausforderungen auf verschiedenen Ebenen verbunden sind. Eine der Forderungen der Petition betrifft die Schulwegsicherheit. Dabei handelt es sich um kein neues Thema, hat der Grosse Rat dem Regierungsrat doch schon im Jahr 2017 die Motion Aneas, Wanner und Konsorten betreffend Durchsetzung von Geschwindigkeitsbegrenzung und Tempo 30 im Bereich von Schulhäusern und Kindergärtnen und im Jahr 2018 die Motion von meiner Wenigkeit und Konsorten betreffend Sicherheit für Kindergartenkinder und Verkehrssignalisation, Markierung auf öffentlichen Strassen im Umkreis von Kindergärten überwiesen.

In seinem bisher letzten Bericht zu den beiden Motionen vom Januar 2023 hat der Regierungsrat die Verbesserung der Verkehrssicherheit bei Schulen und Kindergärten als betriebliche Daueraufgabe zur Optimierung der Schulwegsicherheit des departementübergreifenden Koordinationsgremiums Schulwegsicherheit bezeichnet. Er verwies weiter auf eine durchgeführte umfassende Schwachstellenanalyse und legt dar, welche kleineren Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit in der Umgebung von Schulhäusern und Kindergärten bereits umgesetzt wurden und welche

weitergeplant sind. Zur Erfüllung der beiden Motionen beantragte er eine Fristerstreckung um weitere zwei Jahre. Diesem Antrag hat der Grosse Rat dann stillschweigend zugestimmt.

Die Petitionskommission ist der Meinung, dass die Schulwegsicherheit auch in der Planung von neuen Schulhäusern ein wichtiger Aspekt sein müsste. Würden sie von Anfang an mitgeplant, müssten nicht im Nachhinein notfallmässig Sofortmassnahmen ergriffen werden. Zum Standort des Schulhauses Lysbüchel gab es auch vor diesem Hintergrund Warnende Stimmen. Auch wenn es schwierig ist, in der Stadt geeignete Standorte für neue Schulhäuser zu finden, müsste auch deren Umfeld in die Evaluation miteinbezogen werden und die Schulwegsicherheit von Anfang an gewährleistet sein.

Die Petitionskommission erwartet und fordert, dass in künftigen Ratschlägen zu Schulhausbauten in einem separaten Kapitel auf die Schulwegsicherheit eingegangen wird und die Schulwege zu einem integralen Bestandteil der Schulhausplanung werden. Darüber hinaus bietet die Petitionskommission dann Regierungsrat aufgrund der Dringlichkeit der in der Petition geäusserten Anliegen um Beantwortung von diversen offenen Fragen.

Zum Antrag: Die Petitionskommission beantragt dem Grossen Rat einstimmig, die Petition für einen sicheren Schulweg und direkten Spielplatzzugang im Lysbüchel Süd Basel an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sls Sprecherin für das GAB hat sich Tonja Zürcher gemeldet.

Tonja Zürcher (GAB): Ich darf auch gleich für die SP sprechen.

In der Petitionskommission kam immer mal wieder der Gedanke auf, dass zuerst etwas passieren muss, bis etwas passiert, und leider wurde das bis jetzt auch nicht wirklich entkräftet. Es sind nach dem tragischen Unfall doch inzwischen einige Sachen passiert. Es ist plötzlich schnell gegangen. Die Aufhebung des Konfliktgrunds an der Kreuzung ist eine Sache, aber auch die Passerelle, die inzwischen eingerichtet wurde, ist eine wichtige Verbesserung für die Schulwegsicherheit im Bereich des Lysbüchels. Es fragt sich aber, warum hat man das nicht vorher gemacht?

Und auch jetzt anschliessend an das was der Präsident der Petitionskommission gesagt hat: Warum plant man nicht, bevor solche Riesenbaustellen da sind, wie die Schulwegsicherheit oder generell die Verkehrssicherheit im Umfeld umgesetzt werden kann. Ich denke, es ist nicht nur bei neuen Schulhäusern das Problem, sondern generell bei Grossbaustellen im Umfeld von Schulhäusern. Ich denke hier auch beispielsweise an die je nach Ausgang des Abstimmungssonntag anstehende Riesenbaustelle im Bereich der Dreirosenmatte im direkten Umfeld von Schulhäusern. Auch da ist das bis jetzt überhaupt kein Thema, wie da die Verkehrssicherheit angegangen werden soll.

Es wurde gesagt, es werde geprüft, wie mit dem Konfliktgrün auch bei anderen Kreuzungen umgegangen werden soll. Ich denke, es ist sehr wichtig, dass man das überprüft. Ich hoffe aber, dass das nicht Ewigkeiten geht, wie der Umgang mit den Motionen, die der Kommissionspräsident aufgeführt hat. Ich kenne diverse Kreuzungen, sehr stark befahrene Kreuzungen, auch schnell befahrene Kreuzungen, wo es noch Konfliktgrün gibt, die direkt im Umfeld von Schulhäusern liegen. Da wurde bis jetzt nichts angepasst und ich hoffe wirklich, dass da auch nicht erst etwas passiert, wenn etwas passiert ist.

Dasselbe gilt für Tempo 30 auf der Elsässerstrasse. Es ist klar, dass diese Prüfung jetzt angestossen wurde, weil sie auf allen Strassen angestossen wurde. Wir stellen aber auch hier die Frage: Kann man das etwas beschleunigt angehen oder müssen wir auch hier noch Jahre warten, bis diese Prüfung abgeschlossen wird und dann vielleicht nochmals mehrere Jahre, bis man es tatsächlich umsetzt?

Und dann noch eine ganz generelle Frage: Wie wird mit Meldungen von Eltern oder Lehrpersonen umgegangen, wenn sie sagen, dass ein Schulweg oder ein Umfeld eines Schulhauses nicht sicher ist? Wir wissen von verschiedenen Eltern, dass sie das Gefühl haben, dass ihre Anmerkungen nicht ernstgenommen werden oder dass man zwar etwas prüft, etwas macht, sich aber die Situation nicht wirklich verbessert. Ich denke, hier müsste man wirklich diese Rückmeldungen nicht nur vordergründig ernst nehmen, nicht nur etwas prüfen, sondern wirklich so weit arbeiten, bis die Situation sich verbessert. Es kann nicht sein, dass man einfach nur mal eine Verkehrskontrolle macht, und wenn man dann keinen Effekt bemerkt, es dann bleiben lässt. Es braucht längerfristige Massnahmen.

Also, ich bin sehr froh, dass wir hier diese Petition vorliegen haben und warte gespannt auf die Antworten der Regierung und nicht nur auf die Antworten, es geht hier wirklich nicht nur um Worte, sondern um Taten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, der Präsident der Petko verzichtet auf eine zweite Wortmeldung.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen

16. Interpellation Nr. 37 Lukas Faesch betreffend das Aechzen über das Krächzen

[20.11.24 09:29:47, 24.5127.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der schriftlichen Antwort des Regierungsrats zufrieden ist.

Lukas Faesch (LDP): Liebe Krähen, vorweg, ich habe nichts gegen euch, ihr seid höchst interessante, gescheite und schöne Tiere. Es geht aber darum, das Zusammenleben im engen urbanen Umfeld zu gestalten und unter einer massiven Überpopulation der Krähen leiden Mensch und Tier gleichermassen.

Nichts tun reicht da nicht. Und das schiesst der Leiter der Stadtgärtnerei spricht wörtlich den Vogel ab. Noch bevor die Regierung meinen Vorstoss behandelt hat, will diese Amtsstelle in einem Interview im Regionaljournal das Problem auf die betroffene Bevölkerung abwälzen, indem den Anwohnern belehrende völlig realitätsfremde Ratschläge von oben herab erteilt werden. Die Stadtgärtnerei fordert nämlich die Bevölkerung auf, doch tatsächlich in die Bebbisäcke nur noch Abfälle rein zu tun, welche die Krähen nicht mögen und auch nicht essen. Alles andere könne man ja kompostieren.

Man könnte fast meinen, die Krähen bezahlen die Löhne dieser staatlichen Ratgeber. Zu diesem Bild passt, dass der Informationsflyer der Stadtgärtnerei betreffend Saatkrähen aus im Jahr 2014, also von vor 10 Jahren stammt. Vor 10 Jahren kündigte die Stadtgärtnerei darin an, es werde weiterhin nach Lösungen zum Problem gesucht. Seit 2014 wurde aber abgesehen vom Rückschnitt der Bäume, der teilweise nur alle zwei Jahre vorgenommen wird, nichts unternommen.

Alle Betroffenen berichten von einer massiven Zunahme der Population, doch über die Bestände gibt es keinerlei Statistik in unserem sonst so Zahlen verliebten Staat. Dass diese Problematik aus falsch verstandener Tierliebe verniedlicht bis verneint wird, zeigen die vielen erschreckenden Meldungen, die ich von Betroffenen erhalten habe. Ich rate dem Chef der Stadtgärtnerei, einmal auf einer Tour mit dem Mistkübelwagen mitzufahren und dann vielleicht auf der Route Spalenring/ Steinenring mitzufahren und am Schluss als Höhepunkt dann noch in der Eulerstrasse vorbeizufahren. Da ist jeden Montag Donnerstag Morgen kaltes Buffet angerichtet für die Krähen, die mit ihren Schnäbeln alle Säcke aufhackken, was dann wirklich zu einer Riesenschweinerei führt und zu massiver Meharbeit führt. Und ich bedaure diese Mitarbeiter der Müllabfuhr, die dann diese Sauerei wegräumen müssen.

Im Erlenmatt werden jeden Morgen um 4 Uhr 400 bis 600 Haushalte geweckt durch das Gekrächze der Krähen. In der Erlenmatt müssen heute ganze Wohnblöcke mit Netzen überzogen werden zum Schutz gegen diese Krähen. Also wenn man da sagt, man solle doch einfach bitte keine keine Abfälle mehr raus tun, die die Krähen mögen, dann weiss ich nicht, wer das Problem nicht erkannt hat.

Eine Familie, die am Spalenring in der Nähe der Heinrichsgasse wohnt, hat mir geschrieben, der Nistbaum der Krähen sei in Armdistanz zu ihrer Terrasse, die wegen dem Lärm, Dreck und Gestank überhaupt nicht mehr benutzbar sei. Die Fenster müssen auch im Sommer ständig geschlossen gehalten werden, um das Eindringen dieser Vögel in die Wohnung und vor allem in die Küchen zu verhindern.

Eine andere Familie wohnt bei der Puntrutermatte und leidet massiv unter dem Lärm, Dreck und Gestank der übermässigen Krähenpopulation. Diese Familie wendet sich jedes Jahr Hilfe suchend an die zuständigen Behörden und wird stets mit den gleichen Floskeln abgespiesen. Es seien keinerlei staatliche Bemühungen feststellbar, die Situation zu verbessern, erklärt mir diese Familie.

Ein älteres Ehepaar hat mir geschrieben. Es wohnt seit 50 Jahren in der Nähe des Bundesplatzes direkt vis-à-vis einer grossen Plantane mit zurzeit über 20 Nestern. Verzweifelt beobachten diese Anwohner, wie die Anzahl der Nester jedes Jahr zunimmt. Weiter hat das Ehepaar festgestellt, dass dort, wo die Platanen im Herbst 2023 zurückgeschnitten wurden, und an der Arnold Böcklin-Strasse am Spalenring auch, aber am Viadukt bis Weiherweg eben nicht. kein einziges Krähennest zu sehen ist. Dort, wo die Bäume nicht zurückgeschnitten wurden, sei ein intensiver Nestbau im Gange. Und diese Anwohner kommen zum Fazit, dass wenn alle Platanen rund um die Schützenmatte regelmässig zurückgeschnitten würden, das Problem grösstenteils gelöst wäre.

Also, liebe Regierung, nehmen Sie die Alltagssorgen der Bewohner ernst und tun Sie etwas. Das Augenmerk muss auf dem regelmässigen Zurückschneiden der Bäume und auf der zeitnahen Reinigung der Haushaltsabfälle und der verdreckten Strassenzüge liegen. Es gibt eine einfache, pragmatische Lösung. Die Bebbisäcke können in reissfesten Gartenabfallbehältern oder Blechkübeln, wie früher die Ochsner Mistkübel, bereitgestellt werden und die Müllabfuhr

verpflichtet sich, diese gesicherten Bebbisäcke aufzunehmen. Das ist dann ein kleiner Mehraufwand für die Müllabfuhr, aber eine grosse Wirkung gegen die Verdreckung unserer Stadt.

Das Ächzen und übermässige Krächzen geht weiter und ich bin absolut nicht zufrieden mit der regierungsrätlichen Beantwortungen meiner Interpellation.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

17. Interpellation Nr. 38 Daniela Stumpf-Rutschmann betreffend Kosten des S-Status für den Kanton

[20.11.24 09:35:24, 24.5128.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch hier ist die Antwort schriftlich eingegangen. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit, ihr Statement abzugeben.

Daniela Stumpf Rutschmann (SVP): Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Fragen. Ich kann es kurz machen, ich bin mit den Antworten zufrieden.

Die Kosten für den Kanton, das zeigen diese Zahlen, sind aber doch sehr erheblich. Nach Abzug der finanziellen Abgeltung durch den Bund durch die sogenannte Bundespauschale und der ebenfalls vom Bund finanzierten Integrationspauschale verbleiben die Kosten von über 6,5 Millionen Franken für den basel-städtischen Steuerzahler. Das ist fast eine Verdreifachung der Kosten von 2022 auf 2023.

Es wird deshalb Zeit, dass man sich auf Bundesebene schleunigst Gedanken zum Schutzstatus S macht. Die Forderung der SVP in diesem Zusammenhang auf nationaler Ebene ist sehr eindeutig und diese Forderung ist auch richtig. Angesichts ansteigender Gefahren von Defiziten im Kantonshaushalt braucht es deshalb sehr regelmässige Überprüfungen der Aufrechterhaltung des Schutzstatus S und allenfalls auch Einschränkungen. Durch das Asylchaos, welches nicht im Zusammenhang mit diesen Schutzsuchenden aus der Ukraine steht, sind die Kosten ohnehin schon sehr hoch. Wir müssen deshalb auf allen Ebenen schauen, dass die Kosten sinken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

18. Interpellation Nr. 63 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend IWB Gas abschalten 2037 koordinieren und möglich machen

[20.11.24 09:37:04, 24.5195.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch hier ist die Antwort der Regierung schriftlich eingegangen. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Ich möchte der Regierung und der Verwaltung für die Beantwortung der Interpellation danken und kurz auf die Beantwortung eingehend.

Die Antworten sind grundsätzlich plausibel und nachvollziehbar. Über das Vorgehen zur Stilllegung des Gasnetzes ab 2028 – rund 1000 Anschlüsse sollen jährlich vom Netz genommen werden – wurde informiert. Die Kundinnen und Kunden sollen früh über die Stilllegung informiert werden, mindestens 3 bis 4 Jahre vor dem Zeitpunkt der Stilllegung. Es gebe keine geheime Liste, wie vermutet wurde und wie das die Medien geschrieben haben, aber es bestünde eine Planung über das gesamte Projekt.

Wo genau liegt jetzt da der Unterschied zwischen einer Planung und einer Liste? Und es ist als Kunde nur schwer schwer verständlich, weshalb die IWB nicht transparent über diese Planung orientieren kann. Sie könnte ja auch darauf hinweisen, dass sich die Terminierung der Projektschritte verändern beziehungsweise verzögern kann. Da hat man ja auch Verständnis dafür.

Allenfalls ist es den verantwortlichen Personen, die mit der Planung beschäftigt sind, nicht bewusst, was die Eigentümer:innen von Liegenschaften beschäftigt, wenn es darum geht, eine Investition zur Systemveränderung zu tätigen, beispielsweise die Umstellung auf Fernwärme. Da man mit Fernwärme nicht kochen kann und in den Liegenschaften von Gas- auf Elektroherd umgestellt werden muss, kann das eine grundlegende Sanierung der elektrischen Installationen mit höherer Absicherung nach sich ziehen. Wie ich von Liegenschaftsbesitzer:innen vernehmen konnte, ist es diesbezüglich nicht einfach bzw. kundenfreundlich, die Informationen zu finden und zu erhalten.

Ich erhoffe mir, dass die IWB durch die Interpellation angeregt werden, die Kommunikation über die verschiedenen Kanäle zu verbessern. Wie aus meinen Ausführungen zu folgern ist, bin ich mit der Beantwortung nur teilweise zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

19. Interpellation Nr. 66 Thomas Widmer-Huber betreffend Verbesserung der Arbeitsintegration von ukrainischen Geflüchteten

[20.11.24 09:39:52, 24.5198.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat eine schriftliche Stellungnahme zu den Antworten eingereicht, die mit dem Protokoll veröffentlicht wird. Die Interpellation ist erledigt.

20. Interpellation Nr. 72 Bruno Lötscher-Steiger betreffend vollständige oder teilweise Rückerstattung der Gewinn-Überschüsse der IWB an die Kundinnen und Kunden

[20.11.24 09:40:08, 24.5226.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Gleiches gilt für die Interpellation von Bruo Lötscher-Steiger. Auch hier wurde eine schriftliche Stellungnahme eingereicht. Die Interpellation ist erledigt.

21. Interpellation Nr. 82 Heidi Mück betreffend Inselstrasse 62-66: legitimiert der Kanton missbräuchliche Kündigungen?

[20.11.24 09:40:27, 24.5238.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort der Regierung zufrieden ist.

Heidi Mück (GAB): Ich bedanke mich beim Regierungsrat für die Beantwortung meiner Interpellation. Es ist wirklich eine schwierige Geschichte. Der Kanton ist dringend auf Unterbringungsmöglichkeiten für geflüchtete Menschen angewiesen, denn sie sollen nicht in unterirdischen Bunkern wohnen müssen. Da sind wir uns ja, glaube ich, alle alle einig. Aus diesem Blickwinkel kann ich das Verhalten des Kantons durchaus nachvollziehen. Ich erlebe auch die Arbeit der Zuständigen in Bezug auf die Unterbringung der geflüchteten Menschen in den angemieteten Wohnungen als sehr sorgfältig. Im Quartier habe ich bis jetzt keine negative Stimmung wahrgenommen, am Nachbarschaftsfest, das im September im Hof der

Überbauung stattgefunden hat, waren zwar leider kaum Geflüchtete präsent, doch die Stimmung der Nachbar:innen war durchaus entspannt, zumindest was ihre Haltung zu den Geflüchteten betrifft.

Die Wohnsituation ist aber weiterhin angespannt und viele Bewohner:innen dieser Überbauung hadern mit den Kündigungen, die sie selbst erlitten oder bei ihren Nachbar:innen erlebt haben. Viele äussern Sorgen, wie es weitergehen soll, weil ihre Mieten so stark angestiegen sind.

Obwohl ich wirklich Verständnis habe für die Situation des Kantons bleibt auch eine gewisse Wut übrig. Ich bin wütend, weil die Besitzer der Häuser an der Inselstrasse, die Varia Serve AG, mit ihrer Masche durchkommen und von der angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt und dem Druck des Kantons für die Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete profitiert. Und ich bin wütend, weil der Kanton dieses unsägliche Verhalten auch noch stützt und finanziert.

Weiter ärgert mich, dass bis jetzt erst ein kleiner Teil der Wohnungen belegt ist und der Kanton diese Abzockerfirma also noch für leerstehende und zum Teil ziemlich schäbige Wohnungen viel Geld rüberschiebt Eine durch und durch ungute Situation, die nicht nur bei mir, sondern auch bei den vielen von Sanierungen, Leerkündigungen und Mietaufschlägen betroffenen Menschen in meinem Quartier ein bitteres Gefühl hinterlässt. Ich erkläre mich deshalb als teilweise befriedigt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

22. Interpellation Nr. 86 Daniela Stumpf Rutschmann betreffend Zahlen und Fakten zum Asylchaos

[20.11.24 09:43:32, 24.5242.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der schriftlichen Beantwortung ihrer Fragen zufrieden ist.

Daniela Stumpf Rutschmann (SVP): Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Fragen. Ich bin mit den Antworten zufrieden, mit der Situation aber ganz und gar nicht, weil der Bund, namentlich die linke Mehrheit und Bundesrat Beat Jans, das Asylchaos nicht beheben will, müssen basel-städtische Steuerzahler immer tiefer in die Kasse greifen.

Die Kosten für die Unterbringung, Betreuung und Unterstützung von Asylmigranten ist im Jahr 2023 auf über 54 Millionen Franken angestiegen. Dazu kommen Personalkosten und Sach- und Betriebsaufwand in Höhe von über 25 Millionen Franken. Im Vergleich zum Jahr 2020 ist das eine Verdoppelung der Kosten und zeigt einmal mehr auf, was die SVP schon lange sagt, das Asylchaos macht unsere Bürgerinnen und Bürgern immer ärmer. Wir geben im Jahr 2023 fast 90 Millionen Franken in Basel-Stadt aus. Auch wenn der Bund davon fast zwei Drittel übernimmt, ist das noch immer viel zu viel, zumal auch Bundesgelder letztlich Steuergelder sind. Und die Zahlen zeigen deutlich auch, dass das Asylwesen nicht mehr viel zu teuer ist, sondern wir auch bei den Asylmigranten einen unfassbar grossen Anstieg haben. In allen angefragten Kategorien explodieren die Zahlen, sie haben sich zwischen 2021 und 2023 verdoppelt.

Die Folgen des Asylchaos sind also deutlich. Der basel-städtische Steuerzahler muss immer stärker finanziell bluten, währenddem man unter den steigenden Lebenshaltungskosten zu leiden hat. Gleichzeitig wird Wohnraum knapp, günstige und leerstehende Wohneinheiten werden vom Kanton umgenutzt, bestehenden Mittel aus ihren Wohnungen vertreiben. Ich fordere den Regierungsrat, wie meine Partei schon lange tut, erneut dazu auf, dass er endlich mitwirkt, dass die Zahlen endlich wieder abnehmen und das Asylchaos gestoppt wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

23. Interpellation Nr. 45 Oliver Thommen betreffend wann klappt’s mit der Schulkommunikation?

[20.11.24 09:46:16, 24.5137.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat auch hier Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Oliver Thommen (GAB): Der Regierungsrat hat diese Interpellation im Frühjahr beantwortet. Mir ist jetzt nicht ganz klar, ob das noch unter der alten Ägide war oder schon unter der neuen. Ich bin sehr unzufrieden mit dieser Beantwortung, weil sie eigentlich sehr vielmehr Fragen aufwirft als Antworten gibt. Deswegen habe ich zusammen mit Sandra Bothe auch eine entsprechende Motion eingereicht.

So wird behauptet, man habe eigentlich gar nie etwas gemacht im Bereich Schulkommunikation. Man habe auch keine Analyse erstellt dazu, aber komischerweise hat man dann eine Verordnung gemacht 2022 und entschieden, dass man die Schulkommunikation nicht zentral für alle Eltern regelt, was doch sehr komisch ist, wenn man keine Analyse und keine Offerten und nichts eingeholt haben soll. Es scheint wirklich sehr unklar, warum die Regierung so antwortet .

Auch die Qualität der Antworten lässt zu wünschen übrig. So stellen sich mir Fragen, warum man eine Lizenzierung ablehnt für alle Schulen und warum einzelnen Schulstandorten eine ngeblichen Schulautonomie zukommen soll. Das erinnert mich etwas an den Schweizer Föderalismus manchmal, da muss jede Schule noch etwas eigenes machen und jeder Skaleneffekt verpufft so und man gibt einfach sinnlos viel Geld aus oder man zahlt dann mit den Daten der Eltern an irgendwelche Tech-Konzerne in den USA.

Weitere Fragen stellen sich, das werden wir dann zu einem späteren Zeitpunkt noch diskutieren. Ich bin sehr unzfrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

24. Interpellation Nr. 57 Gabriel Nigon betreffend Lobbying für höhere Bundesbeiträge an die Universität Basel und die Fachhochschule Nordwestschweiz sowie für die Berufsbildung

[20.11.24 09:48:30, 24.5183.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Er ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

25. Interpellation Nr. 61 Harald Friedl betreffend Sportanlage Schorenmatte

[20.11.24 09:49:06, 24.5191.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat eine schriftliche Stellungnahme eingereicht. Die Interpellation ist erledigt.

26. Interpellation Nr. 62 Laurin Hoppler betreffend Zukunft und Förderung von Jugendkultur in Basel

[20.11.24 09:49:18, 24.5194.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch hier wurde eine Stellungnahme eingereicht. Die Interpellation ist erledigt.

27. Interpellation Nr. 70 Brigitte Gysin betreffend Französisch an den Gymnasien BS im Zusammenhang mit dem Projekt WEGM

[20.11.24 09:49:31, 24.5221.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Um es gleich vorwegzunehmen, ich bin leider gar nicht zufrieden mit der Antwort. Seit Jahrzehnten haben wir in unserem Kanton eigentlich unbestritten eine gewisse Priorisierung des Französischen beim Fremdsprachenerwerb. Nicht zuletzt ist dies durch die Grenzlage zu Frankreich begründet. Dies zeigt sich zum Beispiel darin, dass an der Primarschule zuerst Frühfranzösisch und erst dann Frühenglisch unterrichtet wird. Es zeigt sich auch daran, dass bis heute die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten eine Französisch-Matur ablegen.

Im Zusammenhang mit der eidgenössischen Weiterentwicklung der gymnasialen Maturitätsprüfungen wurde nun bei der kantonalen Umsetzung, ohne dass da irgendeine öffentliche Debatte oder ein Gespräch stattgefunden hätte, neu die Wahl zwischen Französisch und Italienisch jetzt auch aufgenommen für unseren Kanton. Das heisst, wenn jemand die obligatorische Schulzeit beendet hat, kann er wählen, ob er Französisch oder Italienisch bis zum Ende der Schulzeit besuchen wird. Aus diesem Grund scheint mir die Frage berechtigt zu fragen, warum nun hier diese langjährige Tradition und Praxis einfach geändert worden ist.

Als Antwort wird auf das neue Maturitätsreglement verwiesen und damit suggeriert, als wäre dort im Hinblick auf diese Frage eine neue Regelung formuliert geworden. Das ist aber nicht so bereits 1995 im eidgenössischen Maturitätsanerkennungsreglement, heisst es im Grundlagenfach zweite Landessprache müssen mindestens zwei Sprachen angeboten werden. In mehrsprachigen Kantonen kann eine zweite Kantonssprache als zweite Landessprache bestimmt werden. Damals hat der Kanton Basel-Stadt in der EDK durchsetzen können, dass er wie die zweisprachigen Kantone das Französisch-Obligatorium beibehalten kann.

Zudem sagt dieser Verweis auf diese Regelung auch wenig über die Gründe über das Warum aus. Hat man versucht wie bis anhin diese Ausnahme durchzusetzen, aber in der EDK das nicht durchsetzen können? Das wäre ja möglich. Oder hatte man inhaltliche sachliche Gründe, neue Erkenntnisse über die Bedeutung der verschiedenen Sprachen in unserer Region, die dazu geführt haben, dass man gesagt hat, nein, neu sollen die Schülerinnen und Schüler wählen können? Leider sagt die Antwort nichts dazu aus.

Nun ist es also so, dass die Schülerinnen und Schüler wählen können. Sie haben in beiden Sprachen vier Jahre und die gleiche Stundendotation, um die fast identischen Lernziele zu erreichen. Dies, obwohl man im Französisch schon sieben Jahre-Französisch-Unterricht hatte und im Italienisch noch überhaupt keine Vorkenntnisse.

Das war der Grund, warum ich als zweites gefragt habe, wie man denkt, dass dieses Ziel erreicht werden kann. Die Antwort war, das Ziel ist. Es wurde nichts über das Wie gesagt und nur das, was im Rahmenlehrplan nun steht, was nun erreicht werden soll. Wenn ich bei einer Geschichtsprüfung nach den Ursachen des zweiten Weltkriegs frage und jemand als Antwort schreibt, er fand von 1939 bis 1945 statt, kann ich keine Punkte für diese Antwort geben, obwohl sie sprachlich und inhaltlich korrekt ist, aber leider nicht die Antwort auf die Frage. Das ist auch hier der Fall.

Die Bekanntgabe des Ziels sagt nichts darüber aus, wie man das nun ermöglichen will. Gut zugegebenermassen, das Problem ist schon eidgenössisch angelegt in dieser Wahlmöglichkeit und das gilt ja nicht nur für Basel-Stadt, dass man bei Französisch Vorkenntnisse hat und bei Italienisch nicht, wenn man dann Italienisch wählt. Aber ich hätte erwartet, dass man nach 30 Jahren, in denen man diese Regelung anders umgesetzt hat und jetzt wechselt, dass man sich Gedanken dazu gemacht hat, wie das denn möglich werden könnte. Immerhin inzwischen wurde vom Erziehungsdepartement eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die die Best Practice in anderen Kantonen anschauen soll, die überlegen soll, wie das hier in Basel-Stadt umgesetzt werden kann.

Warum in der Antwort auf meine Frage 2 die Ziele bekanntgegeben werden, statt die Absicht, eine Arbeitsgruppe zu bilden, ist mir schleierhaft. Ich muss fast vermuten, dass diese Idee erst nach der Interpellation irgendwann entstanden ist. Nun die Welt sich wandelt sich und dann muss sich auch die Bildung wanden. Ich sage nicht, dass man aus Prinzip eine jahrelange Tradition immer weiterführen muss, aber wenn man sie ändert, sollte man doch das wohl überlegt tun. Die Antworten auf die Interpellationen lassen leider nicht darauf schliessen, dass diese Entscheidung wohl überlegt war.

Als Optimistin hoffe ich, dass die Überlegungen differenzierter waren als die Antwort auf meine Interpellation. Ich bin darum mit dieser Antwort nicht zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

28. Interpellation Nr. 79 Alex Ebi betreffend stärkere finanzielle Unterstützung von Basler Sportvereinen mit Teams in den zwei obersten nationalen Ligen

[20.11.24 09:54:40, 24.5235.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Alex Ebi: Es geht um den Sport, und ich beobachte seit Jahrzehnten, was diesbezüglich in dieser Stadt passiert resp. nicht passiert. Die Infrastruktur ist ein entscheidender Punkt. Immer mehr Sportarten haben das Gefühl, mit einer guten Infrastruktur und einer guten Location könne man viele Zuschauer und Sponsoren in die Halle locken. Das brauchen wir, das kostet aber Geld, die Hallen müssen umgebaut werden, es braucht einen schönen VIP-Bereich und die Zuschauer müssen sich wohl fühlen. Dafür braucht der Verein jedes Mal viel Geld, viel Prozent seines Gesamtbudgets.

Der Spitzensport als Aushängeschild jeder Sportart ist elemantar. Wenn so eine Sportart neben dem FC Basel eine tolle Location hinzaubert, dann braucht es nicht nur Geld, sondern auch Man- und Woman-Power. Ich habe gesehen, wie der Uni Hockey seine Heimspiele macht. Sie müssen mit etwa zehn oder fünfzehn Helfer ein paar Kisten umbauen und dann wird das VIP-Bereich genannt. Das ist gut gemeint, und auch ganz toll gemacht, aber mit einem richtigen tollen Event hat das wenig zu tun, auch wenn sie unglaublich viel machen und meine ganze Wertschätzung haben.

Das meine ich mit Infrastruktur. Ich war am Eishockey Match. Dort ging es ganz anders, das meiste ist gemacht, vieles ist bereit. Auch sie brauchen viel Geld, damit so ein Heimspiel ausführen können. Der Rankhof ist das gleiche in Grün. Da gibt es eine kleine Halle. Man hat das Gefühl, wenn man im November kommt, mit etwas Nebel, da kommt dann gleich noch der Weihnachtsmann. Aber nein, das sind die Heimspiele, und die Vereinsvorstände müssen einen tollen Event bereiten.

Für all das braucht es Geld. Es geht nicht darum, dass der ausländische Spitzensport mehr Geld bekommt, aber dafür ist der Kanton da, die Sportvereine so zu unterstützen, dass sie für die Infrastruktur nicht auch noch Geld in die Hand nehmen müssen. Darum bin ich mit der Antwort nicht zufrieden, denn nur alles auf den Swisslos-Fonds zu schieben, geht nicht, das reicht nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

29. Interpellation Nr. 108 Oliver Bolliger betreffend der geplanten Zulassungsbeschränkung zur Matura-Prüfung an den Basler Gymnasien

[20.11.24 09:58:04, 24.5373.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat seine Stellungnahme schriftlich eingereicht. Die Interpellation ist erledigt.

30. Interpellation Nr. 135 Alex Ebi betreffend dem weiteren Vorgehen bei der Doppelturnhalle Hirzbrunnen

[20.11.24 09:58:20, 24.5459.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Alex Ebi: Ich habe eine Motion eingereicht, alle haben unterstützt, dass im Hirzbrunnen aus den beiden kleinen Turnhallen aus den 1950-er Jahren eine Dreifachhalle macht anlässlich der Sanierung. Alle wissen, dass es zu wenig Wasser- und Sportflächen und zu wenig Hallen gibt. Wenn es schon mal eine Gelegenheit gibt, eine Dreifachturnhalle zu schaffen, wird das mit juristischem Geplänkel verhindert.

Ich wünsche mir von Regierung und Verwaltung eine Grundhaltung, wie das ermöglicht werden kann. Ich habe immer ein bisschen das Gefühl, dass die Grundhaltung ist, wie eine gute Idee verhindert werden kann. Das ist natürlich nur ein Bauchgefühl, aber viele haben dieses Bauchgefühl.

Weiter haben wir einen Sportstättenplan 2022, der extern in Auftrag gegeben wurde, und die haben gesagt, dass es zu wenig Hallenkapazitäten gebe. Es gibt eine Motion, die behauptet, dass es genügend gäbe. Wir haben nachgewiesen, dass das nicht stimmt. Wir haben mit dem Schulleiter geredet, der das bestätigt hat. Nun machen wir eine Interpellation, fragen nach, ob sich etwas geändert habe. Nein, nun kommt als Antwort lapidar die gleiche Antwort, die wir schon erhalten haben.

Ich spüre keine Bewegung, es ist bedauerlich. Wir haben im Sommer 2025 eine Frauen Fussball-EM, eine Frauen Handball-EM in einer Woche. Die Regierung sagt uns, dass es 12,5 Millionen braucht, um eine tolle Frauen Fussball-EM durchzuführen. Das ist nicht aus dem Fenster geworfenes Geld, sondern es ist nachhaltig eingesetzt worden, indem mehr Frauenmannschaften und Frauenteams der Region erhalten bleiben.

Alle Sportarten in der Stadt beklagen sich über zu wenig Plätze. Wie soll man angesichts des Frauenbooms dies auffangen? Wenn wir nicht mehr Infrastruktur bauen, wird es nichts. Ich verstehe nicht, warum die Grundhaltung im Sportamt nicht ist, dass es grundsätzlich ermöglicht wird. Das stört micht sehr, und deshalb bin ich auch mit den Antworten auf diese Interpellation echt unzufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Dank der Interpellant ist nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

31. Interpellation Nr. 33 Adrian Iselin betreffend zusätzliche Tramverbindung durch den Claragraben

[20.11.24 10:02:28, 24.5120.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Adrian Iselin (LDP): Der Claragraben in Basel ist eine wichtige Verkehrsachse zwischen dem Unteren und Oberen Kleinbasel. Durch die geplante Erweiterung der Tramgleise müssten jedoch sichere Strassenüberquerungen für Schülerinnen und Schüler, ältere Menschen und so weiter neu errichtet werden. Auch die rasche Durchfahrt von Blaulichtsfahrzeugen wäre behindert, Parkplätze würden aufgehoben und der individual- sowie Busverkehr Nummer 31, 33, 34, 38 und 55 würden stärker beeinträchtigt. Die Feldbergstrasse und der Riehenring würden zusätzlich belastet und mehr Lärm wäre die Folge. Die Anwohnerschaft müsste mit erhöhtem Tramlärm und stehenden Kolonnen zurechtkommen.

Eine Tramlinie kann sich insbesondere auf das Gewerbe negativ auswirken. Die geplante Erweiterung der Tramgleise im Claragraben könnte zu Beeinträchtigungen führen, wie zum Beispiel der Aufhebung von Parkplätzen, die für das Gewerbe und die Gastronomie im Kleinbasel wichtig sind. Diese Veränderungen könnten die Erreichbarkeit für Kunden und Lieferanten beeinträchtigen und somit negative Auswirkungen auf die Geschäfte haben. Es ist daher wichtig, alle Aspekte sorgfältig abzuwägen, um eine nachhaltige Lösung zu finden.

Der Regierungsrat betont die Bedeutung von Veränderungen im Verkehrsbereich zur Erreichung der Klimaziele. Während der Innenstadttramgleissanierung fuhren zusätzliche Trams über den Wettsteinplatz zum Bankverein. Am Kreisel Kunstmuseum wurde dadurch der Verkehr Richtung Dufourstrasse Aeschenplatz oft durch das Rotlicht am Kreisel gestoppt. Die Folge war eine Kolonne stehender Autos auf der gesamten Länge der Wettsteinbrücke, teilweise bis in den Claragraben. Das ist in etwa die Situation, die sich ergibt, wenn zusätzliche Tramlinien die Wettsteinbrücke überqueren. Wird dann noch die Elisabethenstrasse für den Durchgangsverkehr Richtung Markthalle und Leimental gesperrt, ergibt sich noch mehr Stau zum Aeschenplatz mit entsprechendem Rückstau und zusätzlicher Umweltbelastung.

Dabei wird auch die graue Energie ausser acht gelassen. Diese umfasst den Energieaufwand für die Herstellung, den Transport, die Lagerung, den Verkauf und die Entsorgung von Produkten oder Infrastrukturen. Beim Bau von Tramgleisen sind erhebliche Ressourcen und Energie erforderlich. Die gesamte Lebenszyklusbetrachtung einschliesslich der grauen Energie sollte bei der Bewertung verschiedener Verkehrsmittel berücksichtigt werden. Alternativen wie umweltfreundliche Busse könnten eine bessere Bilanz aufweisen. Insgesamt ist eine umfassende Analyse notwendig, um die Auswirkungen abzuwägen und nachhaltige Lösungen zu finden. Dass das Tram gemäss Fahrgastbefragung angeblich beliebter als der Bus sei, da es ruhiger fährt und damit ein angenehmeres Fahrgefühl vermittelt, halte ich in diesem Kontext für irrelevant.

Ähnlich verhält es sich auch beim Tram für den Petersgraben. Bei Verbesserungen im Tramsystem müssen die Interessen und die Bedürfnisse der Anwohner berücksichtigt werden. Es ist wichtig, die möglichen negativen Auswirkungen auf die Lebensqualität zu untersuchen. Eventuelle Probleme, die eine Tramverbindung für Veranstaltungen wie die Herbstmesse und den Flohmarkt verursachen könnten, müssten gründlich geprüft und gelöst werden. Die zusätzlichen Belastungen durch eine Tramverbindung im Petersgraben einschliesslich der Auswirkungen auf Radfahrer und den Individualverkehr müssen sorgfältig abgewogen werden. Die Planung der Tramverbindung muss sicherstellen, dass Rettungsfahrzeuge im Notfall uneingeschränkt Zugang haben. Es ist wichtig, alle potentiellen Lösungen objektiv zu bewerten, um die bestmögliche Entscheidung zu treffen. Das BVD sollte sich nicht über die Interessen der Anwohnenden und der übrigen negativ Betroffenen hinwegsetzen und einsehen, dass es Alternativen zum Tram für den ÖV in der Stadt gibt.

Vor diesem Hintergrund bin ich mit der Antwort nicht zufrieden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

32. Interpellation Nr. 67 Ivo Balmer betreffend Eigentumsverhältnisse in Basel-Stadt

[20.11.24 10:07:32, 24.5202.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat eine schriftliche Stellungnahme eingereicht. Die Interpellation ist somit erledigt.

33. Interpellation Nr. 71 René Brigger betreffend gesetzeswidrige Fristüberschreitungen des Bau- und Gastgewerbeinspektorates

[20.11.24 10:07:46, 24.5225.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

René Brigger (SP): Es ist ein Evergreen, die übernächste Interpellation ist von Lorenz Amiet, der auch den Hilferuf der Architekten des Berufsverbandes aufgenommen hat. Meine Interpellation geht in die gleiche Richtung. Ich bin vorab gesagt mit der Antwort nicht zufrieden.

Das BVD ist der Ansicht, dass mit der Digitalisierung, dem Einbau und der Einführung der neuen Bauinspektorinnen und Bauinspektoren Mitte 2025 die Sache besser wird. Das BVD ist auch der Ansicht, dass ein Zielkonflikt besteht zwischen den längeren Öffnungszeiten des BGI mit der Behandlungsfrist. Weil der Kundenkontakt besser ist, geht also die Behandlungszeit länger. Dann wird noch an der Gebietszuständigkeit festgehalten. Die Gebietszuständigkeit ist, glaube ich, die Frau Regierungsrätin, überholt. Ich verweise auf die Motion Albietz, gemäss Kreuztabelle dich wird diese Motion angenommen, das heisst, Sie müssen dann die Gebietszuständigkeit wieder einführen. Die Gebietszuständigkeit, das wird auch hier in dieser Antwort verteidigt, ist meines Erachtens eine ganz schlechte und unlogische organisatorische Massnahme.

Dann passieren gewisse Schlaumeiereien. Im Gesetz steht, dass ein normales Baugesuch – und die Interpellationsantwort geht einfach richtig davon aus, dass circa 90 Prozent der Baugesuche nicht komplex sind, gemäss Paragraph 87 Bau- und Planungsgesetz – innert drei Monaten behandelt werden müssten. Gemäss Antwort werden nur 62 Prozent innert Frist behandelnt also 38 nicht. Die Erhebung des SIA geht davon aus, dass nur 17 Prozent innert drei Monaten beantwortet werden und 83 nicht. Es werden dann aber nicht die Zahlen 38 Prozent und 83 Prozent gegenübergestellt, sondern die 62

Prozent, die gemäss Gesetz und Stellungnahme des BVD in der Frist sind, werden den 83 Prozent gegenübergestellt, die gemäss SIA eben länger als drei Monate dauern. Das ist so ein kleiner Trick. Aber oft stimmen die Zahlen nicht.

Ich kann mir vorstellen, wo das Problem liegt. Die Zählweise ist eine andere. Die Frage ist, wie man die drei Monate zählt. Zählt man sie ab Eingabe des Baugesuchs? Nein. Wenn das Baugesuch eingegeben wird, dauert es mehrere Wochen, bis es überhaupt publiziert wird. Diese paar Wochen werden vom Bauinspektorat nicht einberechnet. Das ist aber eine Vorprüfung, ein ein kleines Verfahren. Wenn man diese drei bis vier Wochen nicht dazu zählt, dann ist man schon falsch, denn in diesem Vorverfahren werden schon viele Sachen abgeklärt.

Dann kommt ein sogenannter Zwischenbericht. Die Bauherrschaft wird kontaktiert, das eine oder andere fehle noch. Zwischen Zwischenbericht und Eingang der Antwort stoppt das Bauinspektorat die Zeit, nur so ist es überhaupt denkbar, dass eine knappe Mehrheit der Baugesuche innert drei Monaten beantwortet werden. Aber die gesetzliche Frist wird nicht eingehalten und ich will die gesetzliche Grundlage auch nicht ändern. Das ist die Zielvorgabe, und die Zielvorgabe sehe ich leider mit der Antwort und mit der abwehrenden Antwort, mit der meines Erachtens nicht sachgerechten Begründung nicht gegeben. Meine Prognose wird sein, dass das auch Mitte 2025 mit den neuen Beininspektorinnen und Bauinspektoren nicht besser wird. Und da wäre eigentlich eine Remedur nötig auch seitens der politischen Führung von Regierungsrätin Esther Keller. Und das spüre ich leider nicht. Ich habe ständig Fälle auf dem Tisch, bei denen einem die Haare zu Berge stehen. Und ich wäre schon froh, wenn Regierungsrätin Esther Keller oder wer auch immer in der nächsten Legislatur politisch aktiv wird.

Balz Herter (Mitte-EVP): Gehe ich richtig in der Annahme, dass Sie nicht zufrieden sind? Das ist der Fall. Die Interpellation ist somit erledigt.

34. Interpellation Nr. 87 Sandra Bothe betreffend Verbesserung des Pausenplatzes Schulhaus Rittergasse im Kontext der Umgestaltung der Archäologischen Informationsstelle „Murus Gallicus“

[20.11.24 10:13:15, 24.5244.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin hat eine schriftliche Stellungnahme eingereicht. Die Interpellation ist erledigt.

35. Interpellation Nr. 89 Lorenz Amiet betreffend Hilferuf der Architekten wegen den Zuständen im Bauinspektorat

[20.11.24 10:13:36, 24.5246.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Lorenz Amiet (SVP): Bis zu 47 Fachinstanzen werden bei einem Baubewilligungsverfahren einbezogen. Kein Wunder, können die gesetzlichen Fristen nicht eingehalten werden. Bei dieser Zahl ist es schlicht unmöglich, einen Prozess zu finden, welcher dem Gesetz Genüge tut.

Entsprechend wird in der Beantwortung meiner Interpellation auch zugegeben, dass 38% der Verfahren nicht innert der dreimonatigen Frist abgewickelt werden können, also gut ein Drittel. Dazu gäbe es Statistiken. Es ist Künstlerpech, dass diese ausgerechnet diese Seite heute Morgen nicht auffindbar war, deswegen kann ich nicht überprüfen, ob diese 38% immer noch gelten. So oder so, und das rechne ich der Regierung an, wird zugegeben, dass diese Zahlen nicht befriedigend sind.

Die Beantwortung meiner Interpellation wurde gewissenhaft und detailliert gemacht, und dafür danke ich ganz herzlich. Aus der Sicht könnte man eigentlich befriedigt sein. Wenn ich anschaue, welche Gründe für die Schwierigkeiten angegeben werden, dann sind das zwei. Das eine ist die personelle Krise im Bau- und Gastgewerbeinspektorat. Personelle Krisen gibt es, sowohl in der Verwaltung wie in der Privatwirtschaft, aber personelle Krisen sind zu lösen. Personelle Krisen wurden

auch anderswo schon gelöst – ich erinnere an unsere Polizei – und wenn man das Gefühl hat, dass sich personelle Krisen nicht innerhalb von Monaten lösen lassen, dann muss man halt vielleicht mit dem Stahlbesen dahintergehen. Da habe ich gewisse Hoffnungen und Erwartungen an die zuständige Regierungsrätin.

Man schreibt weiter ganz deutlich, dass man vereinfachte Prozesse nur durch Veränderungen auf Gesetzes- und Verordnungsebene erreichen wird und dass man diese auch möchte. Die Worte höre ich gerne, ich freue mich auf die Taten. Wenn der Grosse Rat hier allenfalls mit Vorstössen nachhelfen soll, dann bin ich sehr dankbar für entsprechende Hinweise. Wenn ich Ihre Worte richtig verstehe, haben Sie das gleiche Ziel wie wir und die SIA.

Der Runde Tisch Einfacher bauen klingt sehr gut und diesen Marketingslang finde ich toll. Jetzt geht es darum, ihn umzusetzen. Für heute kann ich mich teilweise zufrieden erklären, aber wenn René Brigger Recht behält und es in einem Jahr immer noch gleich aussehen wird, dann werde ich nicht mehr zufrieden sein mit einer entsprechenden Beantwortung.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

36. Interpellation Nr. 94 Christian C. Moesch betreffend Ausbau der Elsässerbahn

[20.11.24 10:17:10, 24.5312.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Christian Moesch: Ich danke für die sehr umfangreiche Beantwortung der Interpellation. Ich möchte auf den Punkt der Lärmemission zurückkommen. Ich habe nachgefragt, wie es einzuschätzen sei, wenn der sogenannte Viermeterkorridor umgesetzt ist. Dieser kommt einher mit grösserem Verkehr entlang dem aktuellen Bahndamm. Ich kenne Anwohner, die in der Nähe des Bahndamms wohnen, und die Lärmbelästigung besteht. Sie werden gemäss Prognose der SBB sicher zunehmen. Aktuell hat man von 220 Zügen gesprochen, bis 2040 sollen es 565 Züge sein.

Was ich extrem spannend finde ist, dass man in dieser Berechnung bereits sagen kann, welches Rollmaterial dereinst verwendet wird. Es wird offensichtlich neues Rollmaterial sein. Und dass die Emissionen im 2040 am Tag 70,7 Dezibel und nachts 63,5 Dezibel sein werden und somit die zulässigen Emissionen nicht überschreiten werden. Ich frage Regierungsrätin Esther Keller an, ob sie bei der SBB nachfragen kann, ob die Kristallkugel allenfalls auch für die Lottozahlen der nächsten Woche taugen.

Ich bin teilweise zufrieden, ich werde im Jahr 2040 mit einem Dezibelmesser vorbeigehen und messen und allenfalls jemanden einen neuen Vorstoss zur Überdeckung machen lassen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

37. Interpellation Nr. 111 Christine Keller betreffend Erneuerung Geviert Wettsteinallee / Grenzacherstrasse

[20.11.24 10:20:27, 24.5384.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Christine Keller (SP): Ich danke für die Antworten. Ich hänge gerade beim ersten Satz in der Einleitung zur Antwort ein, da steht, bei allen bereits vor Inkrafttreten des Klimaschutzkonzeptes geplanten Projekte wurde und wird geprüft, ob es weiteres Potenzial für Klimaadaptionsmassnahmen gibt. Das ist ja auch etwas, was Regierungsrätin Esther Keller schon öffentlich betont hat. Das ist aber leider – und da sehe ich einen Widerspruch beim Erneuerungsprojekt im vorderen Teil der Grenzacherstrasse, nicht der Fall. Es wird einfach geschrieben, hier seien keine Begrünungs- und

Umgestaltungsmassnahmen ausgelegt worden und der Grosse Rat hat dies so bewilligt. Ich höre, das sei auch bei anderen Projekten häufig der Fall, dass man intern sagt, das sei schon bewilligt, da könne man nichts mehr machen. Aber wo fehlt den hier der Wille zu sagen, dass das Klimaschutzkonzept nicht erst seit gestern bestehe und warum es hier nicht angewendet werden solle?

Es geht ja konkret um eine Haltestelle, die nun wirklich wieder genauso hässlich versiegelt wird wie vorher. Die Regierung schreibt in der Antwort auf Frage 5, dass der Regierungsat aus heutiger Sicht zur selben Feststellung gelangen, nämlich dass man ohne weiteres etwas Grün hätte anlegen können. Also warum wird hier nicht ernst gemacht und nicht immer wieder geprüft, gerade bei kleinen Projekten.

Diese mangelnde Konsequenz ist das eine, das mich stört. Dann die ganze Sache, was Roche betrifft. Rein optisch präsentiert sich die ganze Strasse schon als zweigeteilt. Oben bei der Roche hat man einen hellen Strassenbelag und Tempo 30. Beides dient gemäss Aussage des Baudepartements der Verkehrssicherheit. Da sollte man sich schon nicht wundern, wenn die Eltern der Kinder, die den Kindergarten gerade nach dieser Rochekreuzung, sich ärgern. Da entsteht schon eine gewisse Missstimmung. Die Regierung sagt, der helle Strassenbelag sei ein Pilot, und dieser Pilot solle nun wertvolle Hinweise über den helleren Strassenbelag geben. Kann man wirklich einfach sagen, ich zahle das? Sicher, die Roche ist wichtig für unseren Kanton, dennoch hat es einen etwas eigenartigen Beigeschmack, dass sie auf einer öffentlichen Strasse bestimmen kann, welcher Belag verwendet wird. Ich frage, ob es eine Praxis gibt und andere Fälle, wo Private eine Strasse nach ihrem Gusto gestalten. Diese Frage wurde nicht beantwortet. Es gebe keine eigentliche Praxis dazu.

Tempo 30 wird schon sehr lange verlangt, nun wieder vertieft. Wir sind wirklich gespannt auf die Vorlage, die Ende 2025 kommen soll, ob dann wirklich endlich in dieser Grenzacherstrasse beim Kindergarten Tempo 30 eingeführt wird. Wir hoffen es doch sehr. Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

38. Interpellation Nr. 114 Tonja Zürcher betreffend Volkswirtschaftlicher Schaden durch den Bau der Rheintunnel-Autobahn

[20.11.24 10:25:58, 24.5387.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Tonja Zürcher (GAB): Wir haben in den letzten Wochen viel lesen können zum Autobahnausbau. Der Nutzen ist kleiner als behauptet, die Klimakosten doppelt so hoch wie bisher angenommen. der Mehrverkehr vom Rheintunnel, der durch den Autobahnausbau des Rheintunnels hervorgerufen wird, wurde nicht berechnet, obwohl vor zwei Jahren das ASTRA selber noch angenommen hat, dass es eine zusätzliche Belastung der Quartierstrassen geben wird. Die Stauzahlen sind aufgebauscht und die realen Kosten deutlich höher als im Abstimmungsbüchlein angenommen.

Das sind so ein paar Fakten, ich habe nicht alles aufgezählt, aber ich denke die wichtigsten im Bereich der Kosten. Trotzdem verlässt sich der Regierungsrat offenbar weiterhin voll und ganz auf die Behauptungen von Bundesrat Rösti und den PR-Agenturen des Bundesamt für Strassen. Der Regierungsrat übernimmt sogar die Behauptung von der angeblichen Entlastung, obwohl diese Ebene wie gesagt gar nicht berechnet wurde und sogar höchst unwahrscheinlich ist, wenn man die Unterlagen des Bundesamt für Strassen selber liest. Und die massive Klimabelastung, die durch den Autobahnausbau hervorgerufen wird soll durch etwas Kohle im Teer kompensiert werden. Zur Erinnerung: Alleine der Autobahnausbau, also die massive Verwendung von Beton, Teer und Stahl in diesem Bereich, stösst etwa gleichviel CO_2 aus wie der ganze Kanton Basel-Stadt in einem Jahr, und das zu einem Zeitpunkt, in dem Basel-Stadt mehr oder weniger klimaneutral sein soll, also bis der Autobahnausbau fertig ist, müsste Baselstadt längst Netto Null erreicht haben.

Ich denke, wenn man sich ein bisschen mit den Fakten auseinandergesetzt hat, dann kann man leider die Antwort des Regierungsrates auf meine Interpellation nicht wirklich ernstnehmen. Ich bin deshalb nicht zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

39. Interpellation Nr. 117 Michael Hug betreffend Aufwertung der Lokalstrassenebene auf der Dreirosenbrücke

[20.11.24 10:28:18, 24.5391.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Michael Hug (LDP): Ich möchte mich für die Beantwortung bedanken und an dieser Stelle würde ich sagen, dass ich teilweise zufrieden bin. Ich verstehe, dass die Planung der Bebauung einer Brückenfläche nicht einfach ist, gerade wenn es um eine Begrünung geht, aber ich möchte auch mitteilen, dass wir eine eigene Planung gemacht haben mit einem renommierten Ingenieurbüro, das auch gesagt hat, dass die Traglast erhöht werden könnte mit einfachen baulichen Massnahmen. Diese baulichen Massnahmen werden momentan sowieso vorgenommen über die Erdbebenertüchtigung der Brücke und es ist mir ein Anliegen zu sagen, dass an dieser Fläche eine Verbesserung vorgenommen werden kann, nicht nur im Bereich der Begrünung, sondern auch, wie erfreulicherweise auch der Regierungsrat sieht, dass man Nutzungen auf diese Brücke bringen kann. Das alles ist ja auch im Interesse der Regierung, die immer wieder betont, dass das umgesetzt wird.

Je nachdem wie diesen Sonntag abgestimmt wird, ist es natürlich noch wichtiger, möglichst rasch eine Ersatzfläche zu finden für die Dreirosenanlage. Da gibt es verschiedene Pläne. Das stimmt mich leicht positiv, dass man die Dreirosenbrücke nicht ganz vergessen will. Man möchte auch eine bessere Schallisolation erreichen durch eine Vorglasung, und man möchte auch schauen, ob man die Brücke in irgendeiner Form besser nutzen kann, auch für die Bevölkerung. Darum ist es ganz wichtig, dass man diese in Aussicht gestellte eventuelle Vorprojektierung für eine Verbesserung der Situation an die Hand nimmt. Ich wünsche mir, dass dies sehr rasch geschieht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

40. Interpellation Nr. 122 Fleur Weibel betreffend den Auswirkungen der 10-jährigen Rheintunnel-Baustelle auf die Dreirosen-Quartierbevölkerung

[20.11.24 10:31:17, 24.5432.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat auch hier die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der schriftlichen Antwort des Regierungsrates zufrieden ist.

Fleur Weibel (GAB): Ich habe die Interpellationsantwort von Regierungsrätin Esther Keller und dem BVD erhalten und lange darüber nachgedacht. Ich wusste nicht so recht, wie ich darauf antworten soll und versuche es jetzt spontan.

Die Antwort ist eigentlich ein weiterer Beschwichtigungs Versuch der Regierung. Es ist eigentlich ein bisschen ähnlich wie Tonja Zürcher dies vorhin auch aufgezeigt hat. Wenn die Regierung die Klimabelastung, die der Rheintunnel bedeutet, nicht ernst nimmt, dann nimmt sie jetzt auch die Belastung, die der Rheintunnel für die Quartierbevölkerung im Dreirosenquartier bedeuten wird, nicht ernst. Geschrieben wird etwa, dass der Rheintunnel, dessen Bau sich nicht gross unterscheiden wird hinsichtlich der Emissionen von einem konventionellen Hochbau mit mehreren Untergeschossen, nicht zu ausserordentlichen oder kaum zu ausserordentlichen Lärm- und Erschütterungsbelastungen führen wird. Die Regierung ist auch zuversichtlich, dass alles nicht so schlimm wird. Was denken Sie, wie das jetzt bei der Quartierbevölkerung ankommt ? Oder anders gefragt, werden Sie in den nächsten zehn Jahren vielleicht ins Dreirosenquartier ziehen wollen, weil ich kann Ihnen sagen, viele Leute, die es sich leisten können, werden das Quartier verlassen, weil sie keine Lust haben, zehn Jahre lang neben dieser Riesenbaustelle zu wohnen. Haben Sie schon mal an die ungefähr 80’000 Lastwagenfahrten gedacht, die es brauchen wird, um diese ganze Erde, die unter dem Rhein ist, irgendwie herumzufahren? Es ist mir wirklich ein bisschen schleierhaft.

Die Regierung verweist darauf, dass man sich dann schon dafür einsetzen wird beim ASTRA, dass irgendwie Massnahmen getroffen werden. Es befriedigt mich alles überhaupt nicht. Und es zeigt einfach einmal mehr, dass wir nach wie vor eine Regierung haben, deren Politik sich am Auto ausrichtet, die das Auto ins Zentrum der Verkehrsplanung stellt, und die

Menschen, die in den Quartieren wohnen, deren Grünflächen verbaut werden, werden vernachlässigt. Es ist ja alles nicht so schlimm. Es ist ja nur eine zehnjährige Baustelle.

Den fast fast schlagendsten Punkt finde ich den Abschnitt, wo es um die Schulen geht, die ja direkt an der Dreirosenmatte angrenzen. Da wird geschrieben, die Lärmbelastung sei aktuell nicht als übermässig einzustufen. Deshalb wurden für die beiden Schulhäuser keine verstärkten Lärmschutzmassnahmen ergriffen. Also wie stellen Sie sich das vor, dass diese beiden Schulhäuser während zehn Jahren von zwei Generationen von Kindern benutzt werden, und Sie denken, weil die Lärmbelastung nicht ausserordentlich ist, sondern nur ein bisschen, die Baustelle halt da ist, die Grünfläche weg ist, braucht es keine Massnahmen, die getroffen werden müssen, um für diese Kinder die Situation zu verbessern.

Und jetzt ganz ernsthaft: Wer von Ihnen hier drin wird im Dreirosenquartier wohnen während dem Bau des Rheintunnels- Wehr von Ihnen wird mit mir die Wohnung tauschen? Ich ziehe dann ins Gellert oder auch ins Bruderholz oder irgendwohin. Wer möchte gerne meine Wohnung neben der Dreirosenbrücke haben? Ich kann Ihnen sagen, ganz viele Menschen werden dieses Quartier verlassen und dersoziodemographische Wandel, der sich in diesem Quartier vollziehen wird, ist gravierend und die Regierung sagt kein einziges Wort dazu, obwohl danach gefragt wurde.

Also bitte übernehmen Sie Verantwortung dafür, wenn Sie diesen Rheintunnel bauen wollen, der nicht nur klimatechnisch sondern auch für die Quartierbevölkerung ein Riesenärger ist. Ich bin nicht zufrieden.

Claudio Miozzari: Die Interpellantin ist nicht zufrieden mit der Antwort, die Interpellation ist erledigt.

41. Interpellation Nr. 125 Adrian Iselin betreffend falsche Prioritätensetzung des Bau- und Verkehrsdepartements bei baulichen Stadtklimaanpassungen

[20.11.24 10:36:45, 24.5439.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Adrian Iselin (LDP): Dem Kantonsblatt vom 25. September ist zu entnehmen, dass in der Römergasse im Wettsteinquartier nach Abschluss der Arbeiten für den Ausbau des Fernwärmenetzes als permanente Massnahme eine Rabatte mit Bepflanzung erstellt werden soll. Dafür werden alle Parkplätze auf einer Strassenseite der Römergasse ersatzlos aufgehoben. Das Wettsteinquartier ist ein Stadtteil mit überdurchschnittlich viel Grünraum, auch öffentlich zugänglichem. Fast alle Wohnbauten haben Gärten, das Rheinufer ist dicht begrünt, der Blick von oben zum Beispiel vom Rocheturm zeigt, wie grün dieses Quartier ist. Andere Kleinbasler Quartiere weisen deutlich weniger Grünraum auf. Jetzt soll in diesem hinsichtlich Begrünung privilegierten Quartier noch mehr Grün in Rabatten gepflanzt werden, was hinsichtlich des Nutzens für das Klima zweifelhaft ist.

Im Wettsteinquartier werden in den nächsten Jahren in weiteren Strassenzügen während längerer Zeit durch Arbeiten für den Fernwärmeanschluss Parkplätze nicht verfügbar sein. Der Suchverkehr im Quartier wird dadurch zunehmen. Bereits heute besteht ein Mangel an öffentlichen Parkplätzen, was vom Bau- und Verkehrsdepartement früher bereits bestätigt wurde. Von Koordination der Bau- und Verkehrsmassnahmen kann keine Rede sein. Es scheint, dem BVB sei es gleichgültig, ob Leute, die auf ihr Auto angewiesen sind, parkieren können oder nicht. Wenigstens hätte mit dieser Massnahme zugewartet werden können bis nach Abschluss der Fernwärmeanschlussarbeiten.

In der Antwort des Regierungsrats wird argumentiert, dass die Begrünung im Rahmen der kantonalen Klimastrategie und des Stadtklimakonzepts notwendig sei, um den negativen Auswirkungen der Klimaerwärmung entgegenzuwirken. Es wird betont, dass die Massnahme zur Verbesserung des Mikroklimas und zur Entlastung bei Starkregen beitragen soll. Zudem wird darauf hingewiesen, dass eine Verschiebung der Massnahme zusätzlich Kosten und CO_2-Emissionen verursachen würde.

Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden und zwar aus folgenden Gründen: Erstens, Verschärfung der Parkplatzsituation: Die Aufhebung der Parkplätze wird die ohnehin prekäre Parkplatzsituation im Wettsteinquartier weiter verschärfen. Dies betrifft nicht nur die Anwohnerinnen und Anwohner, sondern auch die Gewerbetreibenden und Besucherinnen und Besucher, die auf Parkmöglichkeiten angewiesen sind. Die Antwort des Regierungsrates berücksichtigt diese Problematik nicht ausreichend.

Zweitens, ungleichmässige Verteilung der Begrünungsmassnahmen: Es ist unverständlich, warum in einem bereits stark begründen Quartier wie in dem Wettsteinquartier zusätzliche Grünflächen geschaffen werden sollen.

Drittens, fehlende Berücksichtigung der Anwohnerbedürfnisse: Die Antwort des Regierungsrates zeigt wenig Verständnis für die Bedürfnisse der Anwohnerinnen und Anwohner, die auf ihr Auto angewiesen sind. Es wäre sinnvoll gewesen, die Umsetzung der Begrünungsmassnahmen auf den Zeitpunkt nach Abschluss aller Tiefbauarbeiten zu verschieben, um die Belastung für die Anwohnerschaft zu reduzieren.

Viertens mangelnde Koordination der Bau- und Verkehrsmassnahmen: Die Antwort des Regierungsrates betont die Koordination der Bauvorhaben, um unnötige Kosten und Emissionen zu vermeiden. Dennoch wird nicht ausreichend darauf eingegangen, dass die Fernwärmeanschlussarbeiten in den benachbarten Strassen in den nächsten Jahren weitere Parkraumaufhebungen mit sich bringen werden. Eine bessere Planung und Abstimmung der Massnahmen wäre notwendig gewesen, um die Belastung für die Anwohnerschaft zu minimieren.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Antwort des Regierungsrates die wesentlichen Bedenken und Bedürfnisse der Anwohnerschaft nicht ausreichend berücksichtigt. Ich bin deshalb, wie bereits erwähnt, mit der Antwort nicht zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

42. Interpellation Nr. 130 Christine Keller betreffend Umgang mit einem vom Grossen Rat definitiv bewilligten Budgetpostulat (Hundefreilaufzone Merkuranlage)

[20.11.24 10:41:32, 24.5454.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist bereit, um zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Christine Keller (SP): Alle, die denken, ach schon wieder die Hunde, möchte ich doch daraufhin weisen, dass die Regierung in ihrem Ratschlag zur Einführung der obligatorischen Hundekurse für Hundehalter ausgerechnet hat, dass wir immerhin pro Jahr 1,9 Millionen Gesundheitskosten einsparen durch die gesundheitsfördernden Effekte der Hundehaltung. Dazu kommt dann noch die Hundesteuer, die auch nicht ganz unerheblich ist bei 7’000 Hunden. Deshalb bin ich der Meinung, man soll. und das wurde ja auch in diesem Ratschlag versprochen, wirklich etwas machen, dass die Hunde hier in Basel artgerecht leben und sich auch frei bewegen können. und dass die betreffenden Parke auch anständig aus gestattet sind. Dazu gehört selbstverständlich in erster Linie ein frisches Trinkwasser. Deshalb wurde das auch schon lange versprochen. Ich hatte dann Ende letztes Jahr Kontakt zur Stadtgärtnerei. Die Dame dort war ausgesprochen freundlich und hilfsbereit, das möchte ich da auch betonen, es wird ja oft genug nur gemeckert. Sie teilte mir die Kosten mit für diesen Trinkbrunnen, es war immer von einem Trinkbrunnen die Rede. Diese würden 30’000 betragen. Das schien einer Fraktion hier reichlich viel zu sein. Ich fragte deshalb noch einmal nach und man sagte mir doch, die Erfahrungswerte mit Grabung und so weiter seien 30’000. Seltsamerweise können Sie jetzt aber der Antwort entnehmen, dass es in Tat und Wahrheit nun 77’000 Franken kosten soll. Und das kann ja wohl nicht allein durch dieses kleine Nebenbecken verursacht sein, sondern die grossen Sachen sind natürlich die Bauarbeiten. Also das ist schon mal seltsam.

Dann wird gesagt, wir wollten immer einen Brunnen, der nicht nur im Sommer, sondern auch im Winter frisches Wasser bringt. Hunde müssen auch im Winter trinken, nicht nur im Sommer. Das wird gesagt, da käme ja nur ein Basiliskenbrunnen in Frage und dafür sei nicht der richtige Standort. Ich bitte um etwas mehr Fantasie. Es ist doch ganz sicher denkbar, einen Brunnen mit laufendem Wasser einzurichten, mit einem Nebenbecken, wie es jetzt ja auch vorgesehen ist für das Baden. Niemand verlangt einen Basiliskenbrunnen, dessen ästhetischen Wert die Hunde wohl nicht zu schätzen wüssten.

Dann ist die Antwort in gewissen Punkten nicht korrekt. Zum Beispiel gibt es halt nach wie vor keine Buddelstelle, diese stand nur ganz kurz zur Verfügung. Es ist nicht wahr, dass diese Forderung bereits erfüllt worden wäre. Und dann habe ich ja vor allem danach gefragt, warum man denn ganze drei Monate gewartet hat, bis man überhaupt mit der Planung und Ausführung begonnen hat, nachdem man ja wusste, dass das offenbar ein äusserst aufwendiges Verfahren mit Bewilligungen und Planungen ist, drei Monate nach der Bewilligung des Budgetpostulates, das, wie die Regierung auch schreibt, wenn immer möglich in diesem Jahr zu erfüllen war.

Diese Antwort ist doch interessant, man habe dafür eben zunächst die nötigen Ressourcen für all diese Arbeiten bereitstellen müssen. Also wenn halt schon die Bereitstellung von Ressourcen, bevor man überhaupt planen kann, schon drei Monate braucht, dann wundert es mich nicht, wenn wie in anderen Interpellationen heute thematisiert die Fristen halt nicht immer eingehalten werden können beim Bauinspektorat zum Beispiel. Also das verstehe ich nicht, vor allem darum nicht, weil die Antwort der Regierung auf das Budgetpostulat seinerzeit war, man sie sei ja gerade schon am Planen dieses Brunnens und dieses Budgetpostulat sei gar nicht nötig. Dann geht aber trotzdem schon mal drei Monate nichts, und zur Begründung sagt

man, man hätte halt eine einfache und nicht eine ganzjährig verfügbare Lösung geplant, deshalb habe man die andere Lösung nicht weiterverfolgt. Dabei geht eine ganzjährige Lösung ja offenbar nicht.

Ich bin deshalb mit der Antwort nur teilweise zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

43. Interpellation Nr. 50 Felix Wehrli betreffend Entstehung einer grossen Container-Asylbewerberunterkunft im Stettenfeld auf DEU-Seite (Lörrach-Stetten), direkt an der Landesgrenze zu Riehen

[20.11.24 10:47:28, 24.5158.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Beantwortung zufrieden ist.

Felix Wehrli (SVP): Nachdem man aus der Presse erfahren musste, dass direkt an der Landesgrenze im Stettenfeld bei Riehen eine grosse temporäre Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber erstellt wird., stellen sich mir schon einige Fragen. und die habe ich ja auch gestellt. Es hat mich deshalb bestätigt, dass die Zusammenarbeit halt schon gelitten hat seit Corona und der Grenzschliessung. Man ist jetzt dabei, das zu verbessern, aber man hat keine Informationen halten, also der Regierungsrat keine Information erhalten, der Gemeinderat von Riehen hat keine Informationen erhalten, und das ist nicht normal eigentlich, weil die Zusammenarbeit vorher viel besser war. Ich muss sagen, das hat sich in der Zwischenzeit wieder etwas gebessert.

Wir haben ja auch die Oberrheinkonferenz, wo solche Sachen besprochen werden oder die direkten Kontakte nach Deutschland und vor allem nach Deutschland, das für uns einfach noch sehr wichtig ist. Ich habe keine andere Antwort erwartet, man wurde nicht informiert, aber ich bin mit der Antwort, so wie sie der Regierungsrat gegeben hat, zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

44. Interpellation Nr. 42 Eric Weber betreffend Vorfall bei der Basler Polizei

[20.11.24 10:49:12, 24.5134.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch hier hat er Interpellant die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Eric Weber (Fraktionslos): Die Interpellation ist eigentlich nicht beantwortet worden. Ich stelle nur 4 Fragen. Die Frage 1 war, wie viele Deutsche für die Basler Polizei arbeiten. Das ist eine ganz normale Frage, das erfährt man in anderen Parlamenten auch. Die Frage ist nicht beantwortet worden. Die Frage 2 lautete, wie viele Franzosen für die Basler Polizei arbeiten. Auch diese Frage ist nicht beantwortet worden. Und Frage 3 lautete, und das ist ganz wichtig, wie viele Menschen aus anderen Nationen für die Basler Polizei arbeiten. Ich bitte um eine genaue Auflistung. Ich frage mich dann schon, ob unsere Anfragen überhaupt noch gelesen werden. Es ist klar, wir haben in der Schule gelernt, dass ein Grossrat bezahlt wird, damit er die Regierung kontrolliert. Und es kann mir keiner einen Vorwurf machen, dass ich nichts mache für mein Geld.

Jetzt sind meine Fragen nicht beantwortet worden. Und das nennt sich Interpellation. Jetzt muss ich nächste Woche,. wenn wir keine Grossratssitzung haben, wegen dieser Interpellation die Polizei anrufen, anschreiben und ich frage das die Polizei direkt. Ich möchte das wissen. Das sind normale Fragen, die die Personalabteilung eruieren kann, wie man das so schön sagt. Nächste Woche habe ich Zeit und werde der Polizei sagen, dass die Interpellation nicht beantwortet worden sei und ich wissen möchte auf dem Privatweg, wie viele Personen bei der Polizei arbeiten und aus welchen Ländern die Leute kommen.

Vor elf Jahren habe ich in der Zeitung gelesen, dass die Regierung meine Anfragen bewusst mit einem Satz beantworte. Aber das geht nicht. Ich bin gewählt. Und dann habe ich aber gelesen im gleichen Zeitungsartikel, dass die Regierung extra zwei Leute mehr angestellt habe, weil ich so viele Anfragen stelle. Und das werde ich jetzt nächste Woche privat abklären. Ich sehe, ich muss keine Interpellationen mehr machen. Es bringt einfach nichts, und ich muss auch nicht Grossrat sein. Aber wie gesagt, es ist einmalig, dass das nicht beantwortet wird.

Die 4. Frage ist beantwortet worden. Ich habe mich geärgert, dass man hier die Deutschen als Schwaben beschimpft hat, auf einem Cliquewagen, auf dem sich Regierungsrätin Stephanie Eymann hat abfotografieren lassen. Und ich habe ja gesagt, dass Schwabe ein Schimpfwort ist. Das wäre meine Antwort. Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

45. Interpellation Nr. 48 Eric Weber betreffend Peinlichkeit bei der Basler Polizei

[20.11.24 10:54:14, 24.5152.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Eric Weber (Fraktionslos): Auch mit dieser Antwort bin ich nicht zufrieden. Es sind Kinderausweise von der Polizei hergestellt worden, die dem echten Polizeiausweis ähnlich sehen, die Kinder gehen dann Polizei spielen. Ich habe ja nur gefragt, wie viele solche Polizeikinderausweise hergestellt wurden und zu welchem Betrag. Auch hier Fehlanzeige, man sagt mir nicht, wie viele Ausweise hergestellt worden sind und auch nicht, was das gekostet hat.

Ich komme zum Schluss. Ich war dann an der Berufsmesse, an der es ja auch um die Polizei geht, einen Tag vor der Grossratswahl. Ich bin dort zum Stand der Polizei gegangen. Ich mache keine Anfrage, aber was ich dort gesehen habe, was dort alles verteilt worden ist von der Polizei, für Tausende von Franken, teure Schokolade aus Deutschland und sonstige Sachen. Ich mache keine Interpellation mehr. Wie gesagt, ich bin mit dieser Antwort nicht zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

46. Interpellation Nr. 52 Beat K. Schaller betreffend Gendersprache in Verwaltung und Schulen des Kantons Basel-Stadt

[20.11.24 10:56:24, 24.5166.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Beat K. Schaller (SVP): Für meine Reaktion auf diese Nichtantwort des Regierungsrats musste ich doch einiges überlegen, um ein Wort zu finden, welcher der Würde dieses Hohen Hauses angemessen ist. Ich habe ich für respektlos entschieden. Dieses Schreiben des Regierungsrats ist eine Respektlosigkeit sondergleichen. Die Interpellation enthält eine Reihe von konkreten Fragen, welche in einleitenden Sätzen klar begründet sind. Der Regierungsrat ist nicht willig, die Fragen zu beantworten, sondern er ergeht sich in Allgemeinplätzen. Das bewährte Schema einer Interpellationsantwort mit Einleitung und konkreten Antworten auf die konkreten Fragen, hat er als unnötig erachtet. Mit ein paar lapidaren Sätzen wird das Thema beiseite gewischt und mit einem gewählten Volksvertreter auf solche Art verbal den Mittelfinger zu zeigen, erachte ich als respektlos und einem Basler Regierungsgremium nicht angemessen. Lesen Sie die Antwort durch, dann werden Sie verstehen, warum ich so verärgert reagiere.

Diese Nichtantwort zeigt beim ganzen Themenbereich Gender, Woke, Geschlechtsidentität, dass der Diskurs verweigert wird, und leider schwimmt auch der Regierungsrat in diesem zeitgeistigen Wasser und wischt Fragen, die nicht in seinen Baukasten passen, einfach beiseite. Er erachtet die Fragen nicht einmal einer Antwort würdig.

Ich habe zum Beispiel nicht nur nach der Verwendung von Sonderzeichen in der Verwaltung sondern auch in den Schulen gefragt, und zu den Schulen äussert sich der Regierungsrat nicht. Ich habe gefragt, wie er den Einfluss der Gendersprache auf das Erlernen, Verstehen und Anwenden des Deutschen für nichtmuttersprachlich Deutsche beurteilt, und er gibt keine Antwort. Mit anderen Worten, der Regierungsrat findet diese Frage anscheinend zu blöd, als dass er sie beantworten will. Das darf er so finden, aber dann soll er das bitte auch so sagen.

Ich habe auch eine Mail aus dem Präsidialdepartement erwähnt. Die Begrüssungsformel lautet: Sehr geehrte Damen bis Herren. Das ist eine Formulierung aus dem urgenderistischen Sprachbaukasten. Eine meiner Fragen dazu war, wo der Regierungsrat die Grenze zieht zwischen Sprachregelung und politischer Einflussnahme. Er hat sich als unwillig erwiesen, auf diese Frage eine Antwort zu geben. Und er soll jetzt nicht nachträglich kommen und sagen, er habe nicht genügend Zeit gehabt, darauf zu antworten. Wenn dem so wäre, dann hätte er es ja schreiben können in seiner Antwort.

Dass der Regierungsrat unwillig ist, in der Genderpolitik kritische Fragen genauso detailliert zu beantworten wie unkritische, spricht Bände. Er verschwendet lieber in seiner Verwaltung Zeit und Geld, um politische Pamphlete zu erstellen, welche die Transideologie in unsere Schulzimmer hineindrücken, wie wir diese Woche gesehen haben. Aber eine Antwort auf kritische Genderfragen, dagegen verweigert er sich. Das ist bezeichnend für den öffentlichen Umgang mit diesem Thema. Ich verspreche Ihnen, ich bleibe am Ball.

Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

47. Interpellation Nr. 53 Brigitte Kühne betreffend Quartiers-Abendmärkte

[20.11.24 11:00:56, 24.5169.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Brigitte Kühne (GLP): Seit eineinhalb Jahren gibt es einen Abendmarkt auf dem Rütimeyerplatz, eine wahre Bereicherung für unseren Rütimeyerplatz und für das Quartierleben. Der Clou daran ist, dass das Initiativkomitee aus freiwilligen Quartierbewohnerinnen und -bewohnern, besteht, die sich mit viel Freude und grossem Engagement um die nötigen Bewilligungen. den Kontakt zu den Anbietenden und die Organisation kümmern.

Ja, es ist nicht ganz einfach, den Spagat zwischen Markt und gemütlichem Beisammensein zu schaffen. Aber ich hoffe doch sehr, dass die Bürokratie dem so wichtigen sozialen Kontakt in den Quartieren keine Streiche spielen wird. Es ist nun klar, das Vollzugsproblem ist da, lösen wir es auf gesetzlicher Ebene, so wie dies in der Antwort des Regierungsrates geschrieben steht. Der Wille der Involvierten der unterschiedlichen Quartiers- und Feierabendmärkte ist definitiv da, der politische Wille in Kürze hoffentlich ebenso. Ich bin mit der Antwort zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

48. Interpellation Nr. 58 Nicole Amacher betreffend Anpassung des betreibungsrechtlichen Existenzminimums

[20.11.24 11:02:45, 24.5186.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Nicole Amacher (SP): Die Interpellation ist schon etwas älter, aber sie hat an Brisanz überhaupt nicht verloren. Im Gegenteil, es spitzt sich nämlich die Situation jetzt wieder zu, weil wir wissen, dass die Krankenkassenprämien sich nochmals erhöhen

werden. Ich bin klar nicht zufrieden mit der Antwort der Aufsichtsbehörde über das Betreibungs- und Konkursamt Basel-Stadt am Zivilgericht und die obere Aufsichtsbehörde am Appellationsgericht. Das sind nämlich die zuständigen gerichtlichen Organe und somit in Basel-Stadt zuständig für die Festlegung des betreibungsrechtlichen Existenzminimums.

Diese können nämlich das betreibungsrechtliche Existenzminimum sofort der Teuerung anpassen, wenn sie dies denn nur wollten. Sie sagen aber in ihrer Antwort, und das ist ein Zitat: «Ein Alleingang in einem Kanton wird allerdings als nicht sinnvoll erachtet, da ein Bundesgesetz im Sinne der Gleichbehandlung schweizweit möglichst einheitlich angewendet werden sollte.» Das verstehe ich wirklich nicht, denn das steht im klaren Gegensatz zu dem, was der Bundesrat in der Beantwortung der Motion Rossini festhält, nämlich: «Anlässlich der letzten grossen Revision des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs, die im Januar 1997 in Kraft trat, wurde darauf verzichtet, den betreibungsrechtlichen Notbedarf im einzelnen gesetzlich zu regeln oder das Bundesgericht für den Erlass gesamtschweizerischer Richtlinien für zuständig zu erklären.» Interessant ist, dies wurde vom Bundesrat damit begründet, dass zum einen gesamtschweizerische Ansätze den regionalen Unterschieden hinsichtlich der Lebenskosten zu wenig Rechnung getragen werden könnte, und zum anderen wurde befürchtet, dass eine detaillierte Regelung des Notbedarfs im Gesetz, und das ist wirklich interessant, schon bald überholt wäre.

Ich erkläre mich also, wie ich eingangs schon gesagt habe, klar nicht zufrieden mit Beantwortung und fordere, dass die zuständigen Aufsichtsbehörden ihre Haltung im Sinne der von Lohnpfändung Betroffenen nochmals zu überdenken und das betreibungsrechtliche Existenzminimum jetzt endlich der Teuerung anzupassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

49. Interpellation Nr. 97 Eric Weber betreffend ständige Pannen im Basler Wahlbüro

[20.11.24 11:05:43, 24.5329.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant erklärt, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Eric Weber (Fraktionslos): Auch hier bin ich mit der Antwort nicht zufrieden. Als Grossrat hat man gewisse Rechte und Pflichten und das Wahlbüro müsste eigentlich den Abgeordneten zu Füssen liegen und einen Grossrat nicht auf WhatsApp, wie es tatsächlich passiert ist, blockieren. Ich komme zur Interpellation. Auch da stelle ich fest, dass ich nicht der einzige bin, der mit den Antworten unzufrieden ist, sondern auch meine Vorredner. Die Antwort ist ganz kurz, da steht: Die Partei des Interpellanten wünscht als ja einzige einen Ausdruck der Wahlvorschlagsformulare, um diese von Hand auszufüllen. Das Formular war korrekt. Der Fehler lag beim Drucker angeblich.

Es hat einen Infotag gegeben im April. Ich war da gerade nicht anwesend., Ich hätte sofort gemerkt, dass das Formular nicht richtig ist, dass auf dem Formular ein Satz fehlt. Dann habe ich die falschen Formulare ausgefüllt und habe den Fehler gemerkt. Dann sagt das Wahlbüro, es müsse alles neu gemacht werden und da habe ich gesagt, ich könne ja nicht alles neu ausfüllen, ich würde einfach den fehlenden Satz mit Hand dazuschreiben. Aber da sind wirklich unklare Verhältnisse im Wahlbüro, bei denen man dann selbst als Grossrat nicht weiss, ob das eigene Wahlformular gültig ist oder nicht.

Darum habe ich diese Interpellation gemacht. Ich bitte einfach um mehr Dienstleistungen auch vom Wahlbüro, dass man da nicht immer betteln muss, wenn man etwas will.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

50. Interpellation Nr. 99 Heidi Mück betreffend Platz für Boule-Spiel und weitere unkommerzielle Aktivitäten auf dem Vorplatz vor dem K-Haus

[20.11.24 11:08:56, 24.5331.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat das Wort, um zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Heidi Mück (GAB): Die Antwort des Regierungsrats auf meine Interpellation erweckt irgendwie den Anschein, als sei jetzt alles gut für die Boulespieler:innen vor dem K-Haus. Das ursprüngliche Gesuch wurde zurückgewiesen und die Fläche von 210 m2 auf 53 m2 reduziert. Nun ist esaber leider nicht so, dass jetzt alles gut ist. Auch mit einer kleineren Fläche für die Gelateria wäre das Boule-Spielen stark eingeschränkt, denn es braucht ja einerseits einen gewissen Sicherheitsabstand zu den Spielenden, weil ja immerhin Metallkugeln mit einigem Gewicht herumfliegen, andererseits sind je nach Wetter mehrere Gruppen am Spielen. Und es werden auch Spassturniere organisiert, alles Aktivitäten, die verdrängt werden, wenn zu wenig Spielfläche vorhanden ist.

Der Vorplatz des K-Hauses ist ein gern genutzter und unkommerzieller Freiraum, dazu gehört auch das sogenannte Stadtfenster, das nach dem ursprünglichen Konzept des K Hauses ein niederschwelliger Ort für Aktivitäten der Quartierbevölkerung sein soll. Jetzt heisst es aber, dass der Betrieb an die Nachfrage angepasst werden soll, was auch eine allfällige Anpassung der Nutzung des Stadtfensters bedeuten soll. Und da stelle ich mir halt schon die Frage, ob die Betreiber des K-Hauses wirklich verstanden haben, was niederschwellig heisst. Oder vielleicht haben sie es schon verstanden, aber sie haben schliesslich nicht die Mittel, also den finanziellen Spielraum, um die Möglichkeiten niederschwellig, und das heisst halt eben auch zu günstigen Bedingungen, für die Quartierbevölkerung anzubieten.

Ich stelle mir auch die Frage, ob es wirklich eine weitere Gelateria am Rheinufer braucht, ob die vielen Buvetten, die auch Gelati verkaufen, nicht einfach genügen und die Allmend Allmend bleiben soll. Ich erinnere mich, dass zu Beginn nicht die Rede davon war, noch ein Gastrounternehmen im K Haus zu platzieren. Bei der Bespielung des K-Hauses ist vieles im Argen, und nicht nur auf der Aussenfläche. Es gab viele Versprechungen im Vorfeld. Wir erwarten eigentlich immer noch, dass das Projekt zum Fliegen kommt, um die finanziell schwierige Lage zu stabilisieren wird aber immer mehr auf fixe Vermietungen gesetzt. Ob das der Idee eines Hauses voller Möglichkeiten entspricht, das ist wirklich die Frage.

Aber zurück zum Bereich, der meine Interpellation berührt. Es wurde erneut Einsprache gegen das korrigierte Gesuch eingereicht und ich finde das eigentlich richtig. Der Vorplatz vor dem K Haus wird rege genutzt, für vielfältige, unkommerzielle Aktivitäten und er ist damit ein wichtiger sozialer Treffpunkt für ein breites Publikum. Diese Nutzung ist für mich höher zu gewichten als die kommerziellen Interessen, die hier vorherrschen. Deshalb erkläre ich mich für nicht zufrieden mit dieser Antwort.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

51. Interpellation Nr. 100 Patrizia Bernasconi betreffend gesetzwidrige und mietfeindliche Grundhaltung der Basler Regierung gegenüber einzelnen bundesrätlichen Mieterschutzmassnahmen

[20.11.24 11:12:34, 24.5332.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellation hat das Wort um zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Patrizia Bernasconi (GAB): In den letzten 20 Jahren sind die Mietzinsen um 24 Prozent gestiegen, obwohl sie hätten sinken müssen. Studien belegen, dass die Mieter:innen allein im Jahr 2023 rund 10,6 Milliarden Franken zu viel Miete bezahlt haben. Die Umverteilung zwischen Mieter:innen und Vermieter:innen beträgt also im Jahr 2023 durchschnittlich 4’350 Franken pro Wohnung. Das sind 360 Franken pro Monat. Das liegt unter anderem auch daran, dass die Vermieterseite die missbräuchliche Praxis der Kostensteigerung anwendet. Diese Praxis habe ich bereits mehrfach bei der IBS kritisiert und anders als in der Interpellationsbeantwortung fälschlicherweise behauptet wird, habe ich diese Kritik auch in meiner 20-jährigen Tätigkeit als ordentliche Schlichterin in der Schlichtungsstelle gemeinsam mit meinen mieterseitigen Kolleg:innen ständig eingebracht.

Gerade diese langjährige missbräuchliche Praxis der Schlichtungsstelle führt dazu, dass auch bei Mietzinssenkungen in Folge sinkender Referenzzinssätze die Vermieter:innen automatisch 1 Prozent pro Jahr verrechnen, obwohl diese Pauschalisierung missbräuchlich ist. Das bedeutet, dass Mieter:innen, die sich nicht wehren oder sich nicht gewährt haben beziehungsweise die ungenügende Senkung nicht angefochten haben, einen missbräuchlichen Mietzins bezahlen. Die beiden Referenzzinssatzerhöhungen im Jahr 2023 haben zusammen mit den missbräuchlichen Kostensteigerungspauschelen zu massiven Mietzinserhöhungen geführt. Wer sich nicht gewährt hat, wird diese missbräuchlichen erhöhten Mietzinsen für immer bezahlen müssen.

Aufgrund der massiv gestiegenen Wohnkosten will der Bundesrat nun endlich eine Minirevision vornehmen. Diese sieht unter anderem vor, dass die missbräuchliche Pauschalisierung ausdrücklich als unzulässig bezeichnet wird. Es ist mir deshalb absolut unverständlich, dass der Regierungsrat in der Vernehmlassung an der missbräuchlichen Pauschalisierung, die sogar vom Bundesgericht nicht gutgeheissen wird, festhalten will und damit missbräuchliche Mietzinse nicht nur duldet, sondern geradezu fordert. Dies wird auch in der Beantwortung meiner Interpellation so festgehalten. Er sollte aber dafür dafür sorgen, dass die Mietzinsen für alle Mieter:innen korrekt festgelegt werden und nicht nur für diejenige, die sich vor der Schlichtungsstelle wehren.

Ich bin über die Beantwortung meiner Interpellation durch den Regierungsrat sehr enttäuscht. Meine differenzierten Fragen wurden überhaupt nicht beantwortet. Dazu hätte die Regierung genügend Zeit gehabt. Die Interpellation wurde bereits im Juli eingereicht und der Regierungsrat antwortet schriftlich. Der Output ist gelinde gesagt mickrig. Ich kann am Schluss nur nochmals festhalten, dass der Regierungsrat eine Politik führt, die klar gegen die berechtigten Interessen aller Mieter:innen gerichtet sind, eine Politik, die deutlich missbräuchliche und steigende Mietzinsen duldet und sogar fördert. Und gerade jetzt, da nach zwei Erhöhungen des Referenzzinssatzes eine Senkungsrunde bevorsteht, wäre ein korrekter, nicht missbräuchlicher Umgang mit Pauschalen ganz wichtig. Ich bin mit der Beantwortung überhaupt nicht zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

52. Interpellation Nr. 109 Jo Vergeat betreffend nach Bscene Pause und Gässli Filmfestival aus – wo bleibt das Festivalkonzept?

[20.11.24 11:16:28, 24.5374.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat das Wort um zu erklaren, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Jo Vergeat (GAB): Ich nehme es vorweg, ich bin teilweise zufrieden. Ich bin sehr froh, dass der Regierungsrat den Standortfaktor anerkennt, aber auch die kulturelle und gesellschaftliche Bedeutung unserer Festival-Vielfalt in der Stadt. Und ich bin auch froh, dass die Abteilung Kultur jetzt schon sehr viel macht, um Festivals in Schwierigkeiten zu begleiten und sie zu unterstützen. Ich finde dieses Engagement toll und ich finde es sehr spürbar. Was mich nicht so zufrieden macht, ist, dass wir auf dieses Festival-Konzept schon sehr lange warten. Es sind sehr wichtige Fragen, die sich uns stellen, die sich der dem ganzen Kanton Basel-Stadt stellen darüber, welche Festivals wir eigentlich finanzieren wollen, wer da mitfinanzieren soll. Die ganze Frage um die Gratiskultur ist eine, die immer wieder aufflammt und ganz viele Diskussionen hervorbringt. Ich glaube, es ist uns gut angetan, wenn wir uns als Kanton oder sich eben die Regierung einen Plan macht, was wir wie fördern wollen, damit wir auf diese Herausforderungen, die immer mehr werden – man sieht bei jeder Festivalanfrage, dass die Kosten steigen, dass die Schwierigkeiten grösser werden – reagieren können und man auch ganz gut weiss, was man antwortet und welche Pläne man hat in diesem sehr grossen Bereich.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

53. Interpellation Nr. 110 Fleur Weibel betreffend ESC in Basel - eine grosse Chance!

[20.11.24 11:18:14, 24.5378.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat eine schriftliche Stellungnahme eingereicht. Die Interpellation ist erledigt.

54. Interpellation Nr. 116 Luca Urgese betreffend Wohnraumentwicklungsstrategie

[20.11.24 11:18:20, 24.5390.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat das Wort, um zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Luca Urgese (FDP): Ich danke für die ausführliche Beantwortung meiner Interpellation. Ich denke, man kann daraus vier Punkte festhalten: 1. Der Regierungsrat bestätigt, dass die Umsetzung der Wohnraumentwicklungsstrategie einseitig erfolgte. Alle im Schreiben aufgeführten Schritte des Regierungsrates, Verankerung des Zielwerts preisgünstiger Wohnraum im Richtplan, Zielwert 25 Prozent Genossenschaftswohnungen, neue Wohnbaustiftungen, Wohnbauprogramm 1'000 Plus usw., bedienen Pfeiler 1 und Pfeiler zwei der Strategie, nämlich die Förderung des gemeinnützigen Wohnangebots und die Unterstützung von Menschen auf dem Wohnungsmarkt. Konkrete Schritte und Erfolge um Pfeiler 3, also die Rahmenbedingungen für private Investitionen zu verbessern, kann der Regierungsrat nicht nennen.

2. Die Zahlen zur Wohnbautätigkeit verschleiern die Realität der letzten Jahre.Die Studie des Instituts Sotomo vom Mai 2024 zum Potenzial von Transformationsarealen für Basel bringt das so auf den Punkt: «Tatsächlich zeigt sich hier jedoch bei der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung und vor allem auch beim Wohnungsbau eine unterdurchschnittliche Entwicklung. Dies hat unter anderem zur Folge, dass der Anteil junger Erwachsener und Familien in Basel-Stadt im Städtevergleich zurückfällt. Junge Erwachsene und junge Familien sind aufgrund ihrer veränderten Lebenssituation auf freie Wohnungen angewiesen. Aufgrund der eher schwachen Wohnbaudynamik und dementsprechend bewegungsarmen Wohnungsmarkt finden diese Bevölkerungssegmente oft keinen geeigneten Wohnraum in der Stadt.» Dieses Malaise ist auch die Folge der einseitigen Politik. Der Regierungsrat hat es verpasst, ausgleichende Schritte zu definieren und umzusetzen, welchem Neubau die negativen Auswirkungen der restriktiven Wohnschutzgesetzgebung hätten kompensieren können und damit die Dynamik auf dem Wohnungsmarkt zu erhalten.

3. Der Regierungsrat verschleiert die tatsächlichen Probleme bei den Grossprojekten. Die kantonale Verwaltung sei laufend bestrebt, die Planungsprozesse zu optimieren. So würden zum Beispiel im BVD für grössere Arealentwicklungen mit neuer Erschliessungen und Allmend spezielle Organisationsform geschaffen, die eine effizientere Koordination der beteiligten Fachstellen ermöglichen. Wer mit Arealentwicklern und Verwaltungsangestellten redet, erhält ein ganz anderes Bild, ein Bild der Überforderung, der fehlenden Koordination und der Unklarheit von Verantwortlichkeiten. Ein jüngstes Beispiel: Die Berichterstattung zu den Standortbelastungen auf dem Klybeckareal. Hier ist das Problem nicht die Sache selber, sondern die defensive, unkoordinierte und lückenhafte Kommunikation der politisch Verantwortlichen.

4. Es ist positiv, dass der Regierungsrat eine neue Strategie entwickeln will. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass es eine neue Wohnraumentwicklungsstrategie braucht. Diese soll bis Ende 2025 vorliegen. Das ist eine Chance. Ich wünsche mir, dass nach Jahren der einseitigen Fixierung auf den preisgünstigen Wohnungsbau endlich auch konkrete Schritte erfolgen, um private Investitionen zu erleichtern. Ja, das ist die Vereinfachung des Bewilligungsverfahrens durch eine digitale Lösung, aber ausgewogene Wohnraumentwicklung, welche wieder eine gute Dynamik in den Wohnungsmarkt bringt, geht weit darüber hinaus. Es braucht die Klärung bei der Mehrwertabgabe, wie sie Kollege Hug bereits in seiner Interpellation angemahnt hat, und es braucht gerade mit Blick auf den Klimaschutzaktionsplan, gute Ideen und gesunden Pragmatismus, um den Zielkonflikt zwischen gewünschten und notwendigen Investitionen auf der einen und Dekarbonisierungskosten auf der anderen Seite nicht einseitig zu lösen, und die Dynamik nicht abzuwürgen. Mit der Antwort erkläre ich mich teilweise zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist teilweise zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

55. Interpellation Nr. 119 Eric Weber betreffend Verschwendung von Steuergeld

[20.11.24 11:22:26, 24.5402.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Weil ich gerade zweimal drankomme, sage ich bereits dass ich mit der Antwort zur Interpellation betreffend Steueramt im Stress zufrieden bin. Darum jetzt nur noch zu dieser letzten Interpellation, die es aber in sich hat.

Auch da sind Fragen nicht beantwortet worden. Ich werde darum nächste Woche bei der Mustermesse persönlich vorbeigehen. Ich würde die Mustermesse anrufen, ich will die Mustermesse anschreiben und ich werde fragen, wie viel Geld hat die Mustermesse Basel bekommen hat für den 3. März 2024, Wahlzentrum. Ich werde auch fragen, wie viel Geld sie bekommen haben am 7. April 2024. Diese Fragen sind alle nicht beantwortet worden.

Das Geld ist weg. Der Kanton hat die Mustermesse bezahlt. Die Sache ist nicht in Ordnung und es ist einfach zu gross in der Mustermesse und es ist überdimensioniert. Auch jetzt am 24. November. Es geht um eine Wahl, die uns beschäftigt, wer Regierungsrat wird. Das kann man im Rathaus verkünden. Da muss man nicht die Mustermesse mieten für 35'000 Franken. Wenn man sparen will, kann man sparen, aber das Geld wird einfach hinausgeschossen. Ich will nicht wissen, was die Regierungsratswahl am 3. März und am 7. April 2024 gekostet haben. Und in dieser Interpellation habe ich gefragt, warum wir es nicht im Rathaus machen können. Das Rathaus ist gratis, das gehört dem Kanton.

Ich habe dann die Antwort gelesen von der Regierung. Meine Fragen sind nicht beantwortet worden, was der Kanton an die Mustermesse gezahlt hat. Ich habe die gleiche Frage gestellt, was der Kanton bezahlt hat an die Mustermesse wegen dem Corona-Parlament. Ich war auch dabei, am Anfang dieser Legislatur haben wir über ein Jahr in der Mustermesse getagt. Und darauf hat die Regierung dann geantwortet, so und so viele 1000 Franken und ich habe gestaunt, es war ja fast so viel Geld wie wir Sitzungsgeld bekommen haben für einen Sitzungstag, so viel Geld ist gerade noch zusätzlich an die Mustermesse gegangen. Aber das ist eine andere Geschichte.

Ich komme zum Schluss. Die Regierung schreibt dann eigentlich nur noch zum Thema von mir und da muss ich widersprechen, die Aussage der Regierung stimmt nicht. Ich habe so ein Schreiben noch nie bekommen und ich gebe zu Protokoll. was da die Regierung sagt, ist eine falsche Aussage. Ich beziehe mich auf den Satz: «Nachdem die Staatskanzlei den Interpellanten wiederholt vergeblich aufgefordert hat, auf die Störmanöver zu verzichten» – ich bin noch nie im Vorfeld vor dem 20. Oktober 2024 von der Regierung aufgefordert worden, mündlich oder per Brief, ich soll auf etwas verzichten. Also diese Aussage stimmt nicht Darum muss ich auch da sagen, ich bin mit dieser Antwort der Regierung nicht zufrieden und nicht einverstanden, weil hier sogar mit Falschaussagen gehandelt wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledig.

56. Interpellation Nr. 126 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend ist die Basler Praxis bezüglich Wohnschutz kompatibel mit dem BGE betreffend Mietzinserhöhungen bei Renovationen?

[20.11.24 11:27:42, 24.5440.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist. Er verzichtet. Die Interpellation ist damit erledigt.

57. Interpellation Nr. 77 Melanie Nussbaumer betreffend mehr Ressourcen für Kinder und Jugendliche in einer Krise

[20.11.24 11:28:03, 24.5233.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat eine schriftliche Stellungnahme eingereicht. Die Interpellation ist erledigt.

58. Interpellation Nr. 69 Eric Weber betreffend Steueramt im Stresstest

[20.11.24 11:28:17, 24.5218.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat erklärt, dass er mit der Antwort zufrieden ist. Die Interpellation ist erledigt.

59. Antrag Luca Urgese und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Ausweitung der Definition von Familienbetrieben

[20.11.24 11:28:36, 24.5408.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde damit kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Antrag auf eine Standesinitiative dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

60. Antrag Tobias Christ und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative zur Reduktion von unnötigen Kurzstreckenflügen

[20.11.24 11:29:07, 24.5411.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist auch hier bereit, den Antrag entgegenzunehmen. Es gibt Personen, die sich melden, um das Wort zu ergreifen. Machen Sie das bitte als Einzelsprecher. Lorenz Amiet hat sich gemeldet.

Lorenz Amiet (SVP): Die Fussballfans unter Ihnen erinnern sich vielleicht an das Tor von Mohamed Dräger gegen YB: Flanke von Rechts, Volley genommen, scharf unhaltbar in den Dachhimmel des Tors. Dummerweise nur ins falsche Tor. Genau die Szene ist mir in den Sinn gekommen, als ich diesen Antrag auf die Standesinitiative durchgelesen habe und ich erkläre Ihnen gerne, warum.

Wenn man Flüge penalisieren will, die ab der Schweiz abfliegen, dann trifft das Zürich, dann trifft das Genf, dann trifft das Basel nicht, weil Sie in Basel mit französischen Flugrechten auf der gleichen Piste, ab dem gleichen Gate, mit dem gleichen Fluggerät zur gleichen Destination fliegen können. Und mit dieser einfachen Massnahme umschiffen sie jegliche Penalisierung, jegliche allfällig eingeführte CO_2-Abgabe oder andere Steuer auf Flugverkehr, welche die Schweiz einführt.

Was hat das zur Folge? Das hat zur Folge, dass insbesondere Billigfluglinien oder Charter-Linien, die heute noch Zürich anfliegen, dann halt auf Basel ausweichen werden und mit französischen Flugrechten wesentlich günstiger nach Pristina oder anderswohin fliegen werden. Das Ziel, dass man ab Basel weniger Fluglärm hat, erreichen Sie mit einer solchen Massnahme definitiv nicht, sondern wenn etwas, dann das Gegenteil. Kommt dazu, dass die aufgelisteten Destinationen in diesem Antrag allesamt mit der Ausnahme von Venedig mit dem leisest möglichsten, kleinsten und damit auch umweltfreundlichsten Fluggeräte angeflogen wird. Also das heisst, die Massnahmen, die Sie erreichen wollen, erreichen Sie ganz sicher nicht mit den Destinationen, die Sie hier auflisten. Was sind das für Destinationen? zum Beispiel Frankfurt, zum Beispiel Paris. Schon heute fliegt niemand nach Frankfurt oder Paris, der nach Frankfurt oder Paris will. Sie reisen bequemer, günstiger und schneller mit dem Zug. Dann nehmen Sie sicher nicht das Flugzeug, ich auch nicht. Das heisst, hier müssen Sie gar keine Massnahmen ergreifen. Warum gibt es trotzdem Flüge in diese Städte und nach Amsterdam und nach München? Das sind Anschlussflüge für Passagiere, die anschliessend einen Langstreckenflug nehmen, zum Beispiell nach S. Francisco für die Basler Chemie, zum Beispiel nach Shanghai oder anderswohin. Da müssen Sie diesen Anschlussflug nehmen, weil Sie, wenn Sie auf dem Zug sind und den Flug verpassen, weil die Bahn nicht pünktlich ist oder weil Sie bei der Passagierkontrolle bei der Sicherheitskontrolle zu lange anstehen müssen oder wenn Sie das Gepäck abgeben müssen in Paris oder Frankfurt oder München, zu lange anstehen müssen, dann einen Tag verlieren und nicht ein oder zwei Stunden. Und dieses Risiko gehen Sie insbesondere als Geschäftsfliegender mit Sicherheit nicht ein.

Ich habe die Zahlen gesehen. Bei diesen Destinationen, die ich jetzt aufgezählt habe, sind über 90 Prozent der Passagiere Umsteigepassagiere. Es sind noch knapp 10 Prozent Leute, die dann tatsächlich in Paris oder Frankfurt oder München bleiben. Ich kann Ihnen sagen, selbst wenn diese 10 Prozent nicht fliegen würden, würde genau die gleiche Anzahl Flugzeuge und die gleich grossen Flugzeuge in diese Städte fliegen. Wenn Sie jetzt also das tatsächlich mal probieren wollen und mit dem Zug nach Paris Charles-de-Gaulle gehen, um dann dort den Langstreckenflug zu nehmen, dann sprechen wir von zusätzlichen vier bis fünf Stunden, zusätzlich zum Risiko, dass Sie dann je nach dem den Flug verpassen. Und das können Sie weiss Gott niemandem zumuten. Ja, dem, der nach Paris will, können Sie das zumuten und der nimmt heute schon, wie ich erklärt habe, den Zug.

Sie erreichen also mit dieser Standesinitiative das pure Gegenteil von dem, was sie erreichen wollen und deshalb bitte ich Sie sehr, ersparen Sie uns den Umsteigeverkehr ab Zürich oder den Ausweichverkehr ab Zürich hier in Basel und ersparen Sie uns dieses Eigentor, weil Eigentore sind schön anzusehen, aber in aller Regel erreichen Sie das Gegenteil von dem, was sie bezwecken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Ich versuche mich auch an einem bildlichen Vergleich,. um das Problem darzulegen. Stellen Sie sich vor, Sie möchten ein Leck in einem Wasserrohr reparieren, doch statt das Loch zu stopfen, drehen Sie den Wasserhahn weiter auf. Genau das würde eine Lenkungsabgabe am binationalen Flughafen Basel Mulhouse bewirken.

Die Idee ist nicht neu. Bereits im abgelehnten CO_2-Gesetz war eine Ticketabgabe enthalten. Das Schweizer Stimmvolk hat diese jedoch zurückgewiesen. Einer der Gründe ist, dass solche Abgaben in einem Umfeld wie dem EAP ins Leere greifen. Flüge könnten problemlos auf französisches Verkehrsrecht wechseln, wie nicht nur der EAP selbst, sondern auch Airlines wie Easyjet bestätigt haben. Für die Passagiere ändert sich nichts. Sie fliegen weiter nur unter französischer Gesetzgebung. Lorenz Amiet hat es bereits erwähnt.

Doch die Folgen reichen weiter. Statt weniger Flugverkehr am EAP würde Mehrverkehr entstehen. Die Abgabe würde den Standort Basel Mulhouse im Vergleich zu Zürich und Genf kostengünstiger machen, was zu einer Verlagerung von Flugbewegungen führen könnte. Ausgerechnet eine Massnahme, die den Flugverkehr reduzieren soll, würde ihn am anderen Ort steigern. Ein Blick nach Frankreich zeigt, dass selbst deren Flugverbot für Kurzstreckenflüge enge Grenzen hat. So gilt dieses Verbot nur, wenn eine Zugverbindung von unter 2,5 Stunden verfügbar ist. Zudem sind wichtige Drehkreuze wie Paris Charles-de-Gaulle explizit ausgenommen, da sie klassische Umsteigeflughäfen sind. Genau das Gleiche trifft auf den EAP zu. Bis zu 90 Prozent der Passagiere auf Destinationen wie Paris Charles-de-Gaulle, München oder Frankfurt sind Umsteigepassagiere, die keine Alternative zur Luftfahrt haben. Die Destination Paris Orly hingegen, die keine solche Umsteigfunktion hat, wird seit Jahren nicht mehr bedient. Ein klarer Hinweis, dass gute Zugverbindungen wie jene des TGW bereits heute Fluggäste auf die Schiene bringen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, der Versuch mit einer Lenkungsaufgabe am EAP einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, gleicht dem Versuch, Wasser mit einem löchrigen Eimer zu transportieren. Statt ineffektive Massnahmen aus der Mottenkiste des abgelehnten CO_2-Gesetzes wiederzubeleben, sollten wir in den Ausbau einer lenkungsfähigen, grenzüberschreitenden Bahninfrastruktur investieren. Das ist nachhaltig sinnvoll und bringt den gewünschten Klimanutzen. Deshalb bitte ich Sie, die Überweisung der Standesinitiative nicht zu unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Dem Grünalternativen Bündnis sind solche Kurzstreckenflüge schon lange ein Dorn im Auge, natürlich aus Klimasicht, aber auch wenn wir den Lärm am Startort und übrigens dann auch wieder am Zielort anschauen für die Bevölkerung. Wir möchten sowohl die Klimabelastung wie auch den Lärm für die Bevölkerung reduzieren.

Frankreich hat ja bereits eine Abgabe auf gewisse Flugverbindung. Das Argument, dass wir in der Zwickmühle sind bei uns wegen Schweizer Recht und französischem Recht, das sich überschneidet, und dass die Fluggesellschaften dann einfach ausweichen können dort, wo es finanziell attraktiver ist, geht nur insofern auf, indem Frankreich die Abgaben vielleicht viel billiger machen würde als die Schweiz. Aber wir haben im Moment ja noch gar keine und wir können uns an Frankreich orientieren, dass dieses Spiel dann eben nicht gehen kann. Das wird ja im Antrag auch so erwähnt.

Machen wir uns nicht vor, wenn nur noch Leute ab dem Euroairport fliegen würden, die einen Anschlussflug irgendwo in Europa hätten, dann wären wir bei einer ganz anderen Anzahl Flugbewegungen ab unserem Flughafen. Der mit Abstand grösste Teil der Leute, die ab unserem Flughafen fliegen ist im Bereich Leute besuchen und auch Freizeitverkehr, und das sind mit Abstand Destinationen, die angeflogen werden, weil man dort vor Ort etwas machen möchte, weil man in Barcelona

Sonne im Winter auftanken möchte, weil man in London an ein Konzert geht übers Wochenende oder in Berlin im Ausverkauf noch etwas einkaufen möchte. Das ist der Hauptteil dieser Strecken, die ab unserem Flughafen geflogen werden und die dann lärmmässig und klimamässig zu Buch erschlagen. Dagegen kann man etwas tun,. und wir vom GAB finden, dass man diese Diskussion wieder aufnehmen muss. Darum unterstützen wir den Antrag von Tobias Christ.

Lorenz Amiet (SVP): Wie hoch ist die Abgabe, die bei einem Air France-Flug nach Charles-de-Gaulle mit Umsteigeverbindung erhoben wird?

Raphael Fuhrer (GAB): Es fällt am Ende nicht ins Gewicht und Frankreich ist sicher nicht in dem Sinn ein Vorbild, dass dies das Ende der Fahnenstange sein muss. Aber sie sind den ersten Schritt gegangen und ich glaube, es wird einfacher für Gesamteuropa eine Lösung zu finden, wenn wir als Schweiz auch mitgehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Leonie Bolz.

Leoni Bolz (SP): Kurzstreckenflüge, die problemlos durch Zugverbindungen ersetzt werden können, sollten aus meiner Sicht verboten werden. Die vorgelegte Standesinitiative fordert lediglich eine Lenkungsabgabe für Kurzstreckenflüge. Diese Massnahme stellt ein vergleichsweise mildes Steuerungsinstrument dar, das darauf abzielt, den Flugverkehr auf klimafreundlichere Verkehrsträger zu lenken und dies verursachergerecht. Ein Bekannter hat mir erst kürzlich berichtet, dass er aus Kostenoptimierungsgründen nach Milano geflogen sei, um da mit dem Flugzeug zurück nach Zürich zu fliegen, um dort dann den eigentlich beabsichtigten Langstreckenflug anzutreten, da dieses Angebot insgesamt weit günstiger war als den Langstreckenflug direkt in Zürich anzutreten. Dass das System dies überhaupt ermöglicht ist, entschuldigen Sie den Ausdruck, hirnrissig.

Angesichts der Dringlichkeit, den CO_2-Ausstoss deutlich zu senken, um den Klimawandel zu bekämpfen, ist es erschreckend, dass nicht alle Parteien diese Initiative unterstützen. Die Erderwärmung schreitet rapide voran und der Verkehrssektor zählt zu den wesentlichen Verursachern klimaschädlicher Emissionen, insbesondere die Luftfahrt. Laut dem Weltklimarat ist die Reduktion von CO_2-Emissionen in sämtlichen Sektoren unerlässlich, um die Klimaziele von Paris zu erreichen. Hierzu könnten vor allem innerstaatlich und grenznahe Kurzstreckenflüge, die auch bequem und klimafreundlicher mit der Bahn erreichbar sind, einen relevanten Beitrag leisten.

Zudem ist der Rückgang des Fluglärms ein weiterer entscheidender Vorteil einer solchen Massnahme. Gerade bei uns in Basel, wo es sehr viele Kurzstreckenflüge gibt, ist dies ein wichtiger positiver Aspekt, der die Lebensqualität hier vor Ort verbessern könnte. Ich bin nicht einverstanden mit Lorenz Amiet bezüglich der Zubringerflieger. Auch ein Zubringerflug kann zu spät kommen, und ich kann es aus eigener Erfahrung sagen, ich bin auch schon mit dem Zug zum Flughafen nach Zürich oder von Paris zurückgekommen, wenn ich dann fliege, was ich vermeide, und das hat wunderbar geklappt.

Ein anderer Aspekt, den ich aber auch betonen möchte, sind die privaten Fliege, die sollten nämlich auch stärker in den Blick genommen werden. Privatjets sind oft besonders klimaschädlich, da sie pro Passagier erheblich mehr Treibstoff verbrauchen als kommerzielle Linienfliege. Die Sinnhaftigkeit solcher Flüge ist vor dem Hintergrund des CO_2-Ausstoss ebenfalls kritisch zu hinterfragen. Auch die Einführung einer Kerosinsteuer wäre zentral. Doch zumindest die vorgeschlagene Lenkungsabgabe stellt ein Minimum an notwendiger Klimapolitik da. Andere Länder haben erfolgreich gezeigt, dass eine solche Abgabe umsetzbar ist. Aus Basel muss also ein klares Signal mit einer klaren Aufforderung an Bern gesendet werden. Daher bitte ich Sie, diese Standesinitiative zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es haben sich keine weiteren Einzelsprechenden gemeldet. Damit geht das Wort an Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Ich danke meinen Vorrednern, die thematisch das meiste schon dargelegt haben. Ich kann deshalb mit einer Frage starten: Wie wollen Sie die Klimaziele erreichen? Die Frage geht natürlich vor allem auch an die bürgerlichen Parteien. Wie wollen Sie das erreichen? Ich lasse mir gerne Kritik gefallen mit dem Bild des Eigentors. Natürlich, diese Probleme, die Lorenz Amiet angesprochen hat, will ich nicht wegreden, teiilweise hat Raphael Fuhrer darauf schon geantwortet. Was die Problematik betrifft mit dem Ausweichen auf französisches Recht kann ich noch hinzufügen, das ist nicht das Ende der Geschichte. Wir alle wissen, wenn wir diese Standesinitiative einreichen, fliesst noch viel Wasser den Rhein hinunter, bis dann in Bern etwas geht. Es geht wirklich darum, dass steter Tropfen den Stein höhlt, dass wir hier ein

Zeichen setzen aus der Region, das in die richtige Richtung geht. Und bis dahin wird sich auch in Europa einiges bewegen. Es geht hier um grundsätzlich ein Zeichen, welchen Weg wir beschreiten wollen, um diese Problematik anzugehen.

Zugegebenermassen ist der Fluglärm nur der Aufhänger von diesem Antrag. Wir alle wissen, um den Fluglärm zu reduzieren, gäbe es auch andere Möglichkeiten, aber das ist schwierig und wir wissen auch, dass die Regierung macht, was sie machen kann. Da sind viele Bemühungen im Gange. Aber das ist nicht so einfach. Das einzige, was wir wirklich machen können auf grundsätzlicher Ebene ist unnötige Flüge zu reduzieren. Wie erreichen wir das? Entweder mit Verboten, vereinfacht gesagt oder aber mit Lenkungsabgaben. Und Lenkungsabgaben, das wissen auch. Sie, sind grundsätzlich ein sinnvolles Instrument. Damit Sie wirken, müssen sie schmerzhaft sein. Und da kann ich bei Lorenz Amiets Kritik anhängen.Wir wollen genau, dass es schmerzhafter wird, einen Anschlussflug zu nehmen. Man soll eben einen Anreiz haben, dass man direkt an den nächsten Flughafen geht, dass man eben von Zürich aus in die USA fliegt und nicht von Paris Charles-de-Gaulle aus, wenn das dort zu schwierig ist. Wir wollen eben auch, dass es dazukommt, dass die Fluggesellschaften dafür sorgen, dass man mit dem Zug anreisen kann, um einen Flug zu erwischen.

Das ist alles möglich, das sind alles langfristige Sachen, aber da wollen wir hin und dazu braucht es eben eine Lenkungsabgabe, die durchaus eben auch schmerzhaft ist. Denn die Alternative, und das wollen wir als GLP insbesondere nicht, ist, dass Flüge verboten werden. Wir wollen nicht, dass wir in Basel eine Politik machen, langfristig, die den Euroairport abwürgt und ihm die wirtschaftliche Grundlage entzieht. Das wollen wir vermeiden. Deshalb ist es wichtig, dass wir aus Basel heraus hier das richtige Signal setzen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Standesinitiative zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Hingegen haben Lorenz Amiet und weitere diese Überweisung bestritten. Wir stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 41 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004994, 20.11.24 11:47:15]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag auf eine Standesinitiative dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Antrag wird überwiesen mit 52 Ja-Stimmen gegen 41 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

61. Motion 1 Christine Keller und Konsorten betreffend Anpassung des Maximalalters beim Anspruch auf Ausbildungsbeilagen

[20.11.24 11:47:30, 24.5277.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir eröffnen dazu die Debatte. Ich bitte Sie, sich als Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher anzumelden, wenn Sie das Wort wünschen. Das Wort geht an Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Ich spreche hier auch für die SVP-Fraktion. Auch wenn die Altersgrenze von 25 Jahren heute dazu führt, dass nicht alle Jugendlichen Ausbildungszulagen erhalten, erachten wir eine Anpassung als nicht notwendig. Studierende, die nicht genug Geld haben, können beim Kanton und/oder beim Bund-Stipendien und Darlehen beantragen.

Dennoch empfindet ein nicht unbedeutender Teil der Studierenden, die Ausbildungsbeiträge erhalten, ihre finanzielle Situation als schwierig. Allerdings sind viele Studierende ab 26 Jahren in der Lage, ihre Ausgaben durch eigene Erwerbstätigkeit zu decken. Eine Erhöhung der Altersgrenze würde viele Studierende begünstigen, ohne diese effektiv zu benötigen. Ausserdem halten wir die Anhebung der Altersgrenze auch aus dem Grund nicht für zielführend, weil sie frustrierend sein kann, da es immer Personen geben wird, die diese Grenze um ein halbes Jahr verfehlen. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels ist es wichtig, dass Studierende so schnell wie möglich in den Arbeitsmarkt einsteigen.

Hinzu kommt, das mit der Ausweitung der Zulage auf 26- und 27-Jährige eine zusätzliche kantonale Regelung geschaffen werden muss, wie die Motionäre selbst festzustellen. Das lehnen wir ab, auch vor dem Hintergrund des bürokratischen Aufwands für die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und die Ausgleichskasse sowie der damit anfallenden Kosten, die unseres Erachtens in keinem Verhältnis zum möglichen Nutzen stehen.

Aus diesen Gründen sehen wir keine Notwendigkeit für diese Motion, unterstützen sie nicht und empfehlen Ihnen, diese nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Stellen Sie sich unser Schul- und Ausbildungsleben als einen Baum vor. Die Wurzeln sind der Kindergarten und die Primarschul Stamm ist dann die Sek 1 und dann beginnt die Verzweigung, eine Lehre, eine weiterführende Schule, das 10. Schuljahr. Fertig ist der Baum aber noch nicht. Weitere Äste müssen wachsen können. Ein Studium, eine späte Lehre trotz Matur, Zivildienst Militär oder auch ein Zwischenjahr gehören für mich zu den Ästen.

Junge Menschen lernen ja auch Brauchbares nicht einfach nur in einer Ausbildung, sondern auch mit dieser praktischen Arbeit. Und Äste, meine Damen und Herren, sind ja nicht so geradlinig, sondern sind kurvig, verzweigt und verdreht, und wir wissen ja das nicht im Vornhinein, wie die wachsen werden. und es wird viele Zweige brauchen und es muss auch welche geben.

Ich gehe also davon aus, dass wir alle wissen, dass der Beruf nicht geradlinig ist, wie man den lernt und welchen man lernt, und ich gebe auch davon aus, dass wir uns einig sind, dass es wichtig ist, dass der Baum weiterwachsen kann und sich verzweigen kann. Die Frage ist, ich habe es gerade gehört. natürlich einerseits die Finanzierung, der Arbeitsmarkt und so weiter. Ich bitte Sie trotzdem im Sinne eines blühenden Baumes in unserem Kanton die Motion zu unterstützen. Christine Keller wird bestimmt auf die inhaltlichen Sachen noch mehr eingehen. Mit dieser kleinen Anpassung von ein maximal zwei Jahren länger Ausbildungszulage zu zahlen, können wir dafür sorgen, dass es möglich ist, Weiterbildungen, Zusatzausbildungen oder Zweitausbildungen zu gewährleisten.

Der Text der Motion sagt eigentlich alles. Ich danke Ihnen im Namen der SP für die Unterstützung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Heidi-Mück.

Heidi Mück (GAB): Leider kann ich keine so poetische Performance hinlegen wie meine Vorrednerin. Das GAB möchte diese Motion einfach überweisen, weil sie ein aktuelles Problem aufgreift und eine konkrete Lösung vorschlägt. Ich kenne die Situation aus eigener Erfahrung, nicht alle meine Kinder haben ihre Ausbildung mit 25 Jahren abgeschlossen. Einer hat zum Beispiel ein Studienfach gewählt, bei dem der Bachelorabschluss eigentlich kaum zu gebrauchen ist und das Masterstudium deshalb fast zwingend war. Ein Masterabschluss vor dem 25. Geburtstag war schon allein aufgrund des Zivildienstes, der ja auch noch geleistet werden musste, illusorisch. Es gibt aber auch zahlreiche andere Gründe, warum ein junger Mensch sein Studium nicht in einem Zug und dann auch noch im Schnellzugstempo durchziehen kann.

Als ich persönlich die Mitteilung der Ausgleichskasse bekam, dass die Zahlung Ende des Monats, in dem der 25. Geburtstag ist, nicht mehr nicht mehr überwiesen wird, musste ich zuerst schon einmal leer schlucken, obwohl ich wusste, dass das kommt. Es macht wirklich einen Unterschied aus im Familienbudget, ob die 325 Franken Ausbildungszulage pro Monat überwiesen werden oder nicht. Und ich weiss, dass ich da nicht die einzige bin, die die so erlebt hat. Es gibt einige Familien, die in derselben Situation sind, weil ihre Kinder länger brauchen, um ihre Ausbildung abzuschliessen und finanziell unabhängig zu werden.

Wenn das Maximalalter jetzt schon nur um ein oder zwei Jahre erhöht würden, dann würde das die Situation in Zukunft entschärfen. Ich selber werde ja nicht mehr in den Genuss kommen, aber ich bitte Sie trotzdem, diese Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Sie hören, meine Stimme ist immer noch nicht ausgeheilt, aber ich hoffe, sie kommt trotzdem bei Ihnen an, vor allem inhaltlich.

Welch interessante Vorlage haben wir heute? Ich muss Ihnen sagen, ich bin kein Freund von beliebigem Ausbau von Sozialleistungen, aber hier hat Christine Keller einen Nerv getroffen, der eigentlich präziser nicht angezielt werden könnte. Wir alle reden davon und sind dafür, dass Ausbildungswege verkürzt werden, dass die Leute schneller in den Arbeitsprozess kommen. Seit ich das verfolge, machen wir aber das Gegenteil. Systematisch verlängern wir die Ausbildungswege eigentlich wo wir können, aber immer positiv gedacht, aber vom Resultat her führt es dazu, dass Ausbildungsgänge ständig länger werden.

Beispiel 1: HarmoS, die Schulharmonisierung, wir haben das alle gewollt. Was hat das für eine für eine Auswirkung? Wir haben heute ein Jahr Schule länger in Basel, das heisst, man kommt ein Jahr später an die Uni. Dann Einführung des Bologna-Systems, ein grossartiges System europaweit, alles macht da mit, auch wir selbstverständlich. Ziel: Verkürzung der Ausbildung. Was ist geschehen? Die Ausbildungszeit hat sich massiv verlängert. Niemand hört auf mit dem Bachelor, den man jetzt frühestens nach drei Jahren erzielt, sondern man muss den Master-Anhängen. Statt vier Jahre ist jedes Studium nun mindestens fünf Jahre lang.

Dann ermöglichen wir die Durchlässigkeit in unserem Bildungssystem. Ja, das ist hervorragend, das ist richtig und wichtig und gut, aber was hat das zur Folge? Man ist länger in der Ausbildung und schliesslich und das stimmt auch, ist vor allem kurz angetönt worden, für die jungen Männer kommt natürlich dazu, dass sie genau in dieser Phase etwa ein Jahr im Militärdienst sind. Vor allem wenn sie noch weitermachen kann das mehr als ein Jahr dauern.

Also wir wollen, dass die Leute schneller in die Arbeitswelt kommen. Wir machen systematisch aber alles so, dass es länger geht. Nur ändern wird das System mit den Ausbildungszulagen nicht. Und das ist natürlich falsch und verheerend für die betroffenen jungen Menschen.

Wenn wir die Durchschnittszahlen anschauen, aus der Schweiz und vom Bundesamt für Statistik erhoben, wissen Sie, wie lange es im Durchschnitt geht, bis man zum Bachelor kommt in der Schweiz? An der Uni macht man im Schnitt den Bachelor mit 24,5 Jahren und den Master mit 27,2 Jahren. An der Fachhochschule, wo wir uns das ja auch wünschen, macht man den Bachelor mit 26,6 Jahren und den Master mit 30 Jahren.

Jetzt habe ich vorhin gehört, das ist ja wieder willkürlich, wenn man da um ein oder zwei Jahre nur erhöht. Das stimmt, man kann nicht beliebig erhöhen, aber es ist ein Weg in eine Richtung, die wir selber systematisch so gemacht haben, insbesondere mit dem Bologna System und insbesondere mit HarmoS haben wir die Ausbildungsgänge um zwei Jahre verlängert und es ist nur folgerichtig und konsequent, wenn wir nach hinten halt auch die Ausbildungszulagen um maximal zwei Jahre verlängern.

Deshalb muss ich Ihnen sagen, aus bildungspolitischer Sicht finde ich das absolut notwendig und sinnvoll und richtig und wichtig und ich bitte Sie als Einzelsprecher, aber ich darf im Namen der grünliberalen Fraktion und im Namen der Fraktion Mitte/EVP sprechen, ich bitte Sie, diese Motion zu unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: An dieser Stelle unterbreche ich die Sitzung. Wir fahren um 15 Uhr fort mit diesem Traktandum und Regierungsrat Kaspar Sutter als nächstem Sprecher.

Schluss der 37. Sitzung

11:59 Uhr

Protokoll

der 38. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 20. November 2024, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Raoul I. Furlano (LDP), Jérôme Thriet (LDP), Georg Mattmüller (SP).

Verhandlungsgegenstände:

61. Motion 1 Christine Keller und Konsorten betreffend Anpassung des Maximalalters beim Anspruch auf Ausbildungsbeilagen 2
62. Motion 2 Nicola Goepfert und Konsorten betreffend Durchführung einer Lohnanalyse für Kantonsangestellte 4
63. Motion 3 Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Entlastung der Prämienlast in Basel-Stadt 7
64. Motion 4 Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Werkleitungsumlegungen/-bündelungen zugunsten von Bäumen 12
65. Motion 5 Roger Stalder betreffend Anwohnerparkkarte: Stopp der massiven Gebührenerhöhung! 16
66. Motion 6 Christine Keller und Konsorten betreffend Einführung einer Schlichtung bei Gesuchen gemäss dem Öffentlichkeitsprinzip 23
67. Motion 7 Beat Braun und Konsorten betreffend Prävention in der Schule: häusliche Gewalt 23
68. Motion 8 Beat Braun und Konsorten betreffend Erhöhung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgungsplätze 25
69. Motion 9 Tonja Zürcher und Konsorten betreffend ganze Bevölkerung am Überschuss des Kantons beteiligen 27
70. Motion 10 Joël Thüring betreffend Ausbildungsobligatorium – zur Erhöhung der Abschlussquote im Kanton Basel-Stadt 31

Beginn der 38. Sitzung

Mittwoch, 20. November 2024, 15:00 Uhr

61. Motion 1 Christine Keller und Konsorten betreffend Anpassung des Maximalalters beim Anspruch auf Ausbildungsbeilagen

[20.11.24 15:00:15, 24.5277.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir waren fort mit unserer Sitzung. Wir sind bei Traktandum 61, Motion Christine Keller und Konsorten betreffend Anpassung des Maximalalters beim Anspruch auf Ausbildungsbeilagen stehengeblieben. Unser nächster Einzelsprecher ist Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Familienzulagen sind sozial und familienpolitisch ein sinnvolles Instrument. Ziel ist die Unterstützung von Familien mit Kindern und dies insbesondere in der Ausbildungsfrage. Und jetzt kommt die entscheidende gesellschaftspolitische Frage, wie lange man Kind ist und wann man ein Individuum wird. Heute ist das bei 25 Jahren. Das soll jetzt noch weiter erhöht werden. Um das Bild des Baumes zu verwenden von heute Morgen. Wann ist der Mensch wirklich ein Baum, der auf seinen eigenen Wurzeln steht? Kinder, die dem Haushalt zugeordnet werden, sind wohl eher Äste als eigene Bäume. Ich denke, mit 25 Jahren ist es wirklich Zeit, dass man Baum ist und nicht mehr nur Ast eines Baumes.

Das ist die Frage, die sich heute stellt bei diesem Vorstoss, und dass die Kindheit immer länger gehen soll und man immer länger noch der Familie zugeordnet wird ist nicht die sozialpolitische Struktur, die wir haben sollen, wenn es um die Fragen geht, wer finanzielle Unterstützung vom Staat braucht und wer nicht. Deshalb lehnt der Regierungsrat die Erhöhung dieser Grenze ab.

Es gibt dann auch ganz viele Fragen der Umsetzung. Ich möchte ein paar streifen. Die Familienzulagen sind an den Arbeitsort gebunden. Es soll aber laut Motion höchstwahrscheinlich über Steuern finanziert sein. Das bedeutet, wenn die Eltern nicht im Kanton Basel-Stadt arbeiten und es über Steuern finanziert ist, dann müsste man ja trotzdem auch Unterstützung geben. Das heisst, es ist ein anderes System, also eher ein neues Sozialwerk als wirklich eine Familienzulage, weil die Familienzulagen werden von den Arbeitgebern finanziert und sind an den Arbeitsort der Eltern geknüpft und nicht an den Wohn- und Steuerort der Eltern. Das ist ein Problem.

Man schafft mit diesem Vorstoss ein neues Sozialwerk für diese ein, zwei Jahre von jungen Menschen, die dann auch noch unterstützt werden sollen. Und wir haben da bessere Unterstützungsinstrumente, die bereits bestehen und wenn ein Bedarf besteht, dann sollte eigentlich die Frage sein, ob man insbesondere bei den Stipendien Handlungsspielraum hat, aber nicht dieses Konstrukt der Familienzulage.

Es ist auch eine Verteilungsfrage. Die Population der Familien, die Ausbildungszulagen bekommen für junge Erwachsene von 24 Jahren haben gemäss Statistik höhere Durchschnittseinkommen als die Familien insgesamt bei den Familienzulagen. Es ist also eine Verteilung von Steuermitteln an Haushalte, die nicht die tiefsten Einkommen haben, sondern die eine bessere finanzielle Ausgangslage haben als der Durchschnitt der Familien. Auch diese Verteilungsfrage ist, glaube ich, wichtig und führt dazu, dass wir bei Bedarf Mittel gezielt dort einsetzen sollten, wo Menschen in Ausbildung sind und die finanzielle Situation nicht ausreicht, diese zu finanzieren.

Auch hier macht die Motion eine Regel auf, nämlich dass man das noch ans Einkommen koppeln soll. Dann wird es aber wirklich schwierig. Dann ist es wirklich ein neues Sozialinstrument, das dieser Kanton einfügt und deshalb bittet Sie der Regierungsrat, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an die Motionärin.

Christine Keller (SP): Regierungsrat Kaspar Sutter macht es mir hier nicht einfach. Es gab in letzter Zeit Themen, wo wir näher beieinander lagen, nämlich bei den älteren Menschen. Jetzt geht es halt um junge Menschen beziehungsweise es geht um ihre Eltern. Die Frage, die Regierungsrat Kaspar Sutter vorher gestellt hat, wie lange man Kind ist, sollte ja wohl besser heissen, wie lange die Eltern, Adoptiveltern, Pflegeletern, Unterhaltspflichtige für ein Kind aufkommen sollen. Diese

Frage ist im Zivilgesetzbuch geregelt, und das Zivilgesetz sagt ja ganz klar, dass die Eltern unterhaltspflichtig sind, bis die erste Ausbildung in ordentlicher Weise abgeschlossen werden kann. Das ist , wie wir auch von Bruno Lötscher eindrücklich gehört haben, eben heute in aller Regel nicht mehr mit 25 Jahren der Fall bei einem Studiengang. Vielmehr ist das Durchschnittsalter zum Zeitpunkt des Fachhochschule Bachelorabschlusses bereits 26,6 Jahre, das ist erst der Bachelorabschlus, der Master bei der Universität 27,2 Jahre. Verantwortlich für diese Entwicklungen sind, wie Bruno das auch gesagt hat, HarmoS, Bologna und andere Reformen.

25 Jahre reicht nicht mehr, damit kommen Sie auch vor Gericht nicht durch, wenn Sie als Eltern nicht mehr zahlen wollen. Und da ist jetzt eben die Frage, wie lange unterstützt dann aber der Staat wiederum diese Eltern und diese Eltern, das weiss ich wirklich, darauf wurde ich angesprochen fühlen sich sehr betroffen, insbesondere auch Eltern von jungen Männern, weil einfach bei diesen jungen Männern bereits schon der Zivildienst, der nicht bis beliebig verschoben werden kann, dazu führen kann, dass diese Altersgrenze von 25 Jahren nicht mehr reicht. Und wenn Sie dann unter Umständen zwei Söhne in Ausbildung haben, dann zwei Mal 325 Franken fehlen, dann hat das eine Nase, aber um auch wieder auf Regierungsrat Kaspar Sutter einzugehen, das heisst halt noch lange nicht, dass man dann auch Anspruch auf ein Stipendium hat. Das ist dann wirklich nur bei den bei den Allerwenigsten und bei den Allerärmsten der Fall.

Die Einkommensquellen der Studierenden sind zu 52 Prozent die Familie und zu 39 Prozent Erwerbstätigkeit lediglich zu 4 Prozent Stipendien und Darlehen. Es wurde ja auch gesagt, die Menschen könnten arbeiten. Das machen sie, die durchschnittlich aufgewendete Zeit pro Semesterwoche für die Erwerbstätigkeit ist 9,7 Stunden, für das Semester, 35,4 Stunden. Diese Zahlen stammen aus der Untersuchung über die soziale und wirtschaftliche Lage der Studierenden aus dem Jahre 2020. Diese Menschen arbeiten, aber sie brauchen auch die Unterstützung von zu Hause, und deren Eltern wiederum sind sehr froh, wenn sie das Geld dann eben in Form einer Ausbildungszulage selbstverständlich nicht vollumfänglich zurückerhalten, aber doch einen wesentlichen Beitrag daran erhalten.

Was die angesprochenen Probleme betrifft, so ist zu sagen, dass wir auch jetzt schon eine kantonale Leistung bei den Ausbildungsbeiträgen haben, nämlich diese Leistung bei den Nichterwerbstätigen. Das zahlt der Kanton auch jetzt schon. Und dann macht er es halt auch für diese ein bis maximal zwei Jahre, die wir hier entgegenkommen würden. Die Kosten dürften sich in Grenzen halten. Der Bund hat einmal ausgerechnet 70 Millionen für ein Jahr kostet das bundesweit, das bedeutet grob herabgebrochen auf die Einwohner von Basel-Stadt ein bis zwei Millionen. Ich finde sehr wohl, dass es ein Gebot der Chancengleichheit ist. Dass heute eben bei den 24-Jährigen vor allem gutverdienende Eltern da sind, ist ja eben weil die Chancengleichheit nicht erreicht ist, weil es eben immer noch Kinder von nicht so gut gestellten Eltern eher nicht schaffen, ein Studium zu beginnen. Und gerade darum sind die Ausbildungszulagen als ein kleiner Teil der sozialen Gerechtigkeit wichtig. Ich bitte Sie also, diese Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 27 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004997, 20.11.24 15:11:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird überwiesen mit 63 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

62. Motion 2 Nicola Goepfert und Konsorten betreffend Durchführung einer Lohnanalyse für Kantonsangestellte

[20.11.24 15:11:25, 24.5278.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Als erster Sprecher hat sich Michael Hug gemeldet.

Michael Hug (LDP): Ich unterstütze das Anliegen der Motionäre aus Konsequenz, als Folge der mehrfach von der Partei geäusserten Forderung nach der Erstellung und Offenlegung von Lohnvergleichen bei der Polizei. Ebenfalls aus Konsequenz meiner Forderung nach Verbesserungen für Kantonsangestellte im Schicht- und Wochenenddienst.

Ich erachte die Forderung, die Gehälter der Kantonsangestellten mit anderen Kantonen zu vergleichen sowie eine bereichsübergreifende Betrachtung innerhalb aller Departemente vorzunehmen in diesem Zusammenhang als wichtig. Dies ist auch im Sinne der aus liberalen Überzeugungen gebotenen Transparenz.

Es ist mir jedoch wichtig zu betonen, dass ich keinesfalls die Arbeitsbedingungen für alle Kantonsangestellten grundlegend attraktiver gestalten möchte, vielmehr stehe ich für Transparenz und faire Vergleiche von Löhnen und Arbeitsbedingungen in unserem Kanton ein. Da die Arbeitsbedingungen der Kantonsangestellten laut mehreren Aussagen der Regierung ohnehin überprüft werden, kann eine Offenlegung der Lohnvergleiche nicht schaden. Eine automatische Anhebung aller Löhne unterstütze ich jedoch keinesfalls.

Insgesamt gehe ich davon aus, dass wir in vielen Bereichen bereits über sehr gute Arbeitsbedingungen und Einstiegslöhne verfügen, ausser bei der Polizei natürlich. Ich bitte Sie daher auch im Namen der LDP, die Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Gerne führe ich kurz aus, wieso die FDP diese Motion bestreitet und zur Ablehnung empfiehlt. Wir müssen bis zum Absender schauen bei dieser Motion. Es geht hier nicht um eine Ergebnis offene Lohnanalyse, sondern es geht um eine komplexe Analyse, die die These der Motionäre doch stützen soll. Diese lautet, dass in Basel-Stadt die Kantonsangestellten schlechter bezahlt sind als in anderen Kantonen oder in der Privatwirtschaft. Wirklich schlechter als in der Privatwirtschaft – sämtliche Studien führen ja aus, dass es genau umgekehrt ist, dass der Staat der Privatwirtschaft Arbeitnehmende mit höheren Löhnen weglockt und ködert oder mit besseren Vorsorgelösungen. Die Motionäre fordern ja nicht nur eine komplexe Analyse der Gehälter und der Funktionen, nein, sie fordern sogar, was die Analyse zeigen soll. Die Analyse soll aufzeigen, wo die Löhne der Kantonsangestellten angehoben werden müssten.

Alle die hier meinen auf der bürgerlichen Seite, dass am Ende die Analyse das Gegenteil zeigen wird, die könnten sich da schon noch täuschen. Darum lehnt die FDP die Motion ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): In der Basler Kantonsverwaltung sind viele gut ausgebildete und erfahrene Fachkräfte beschäftigt. Das ist unbestritten. Sie alle tragen massgeblich dazu bei, dass es unserem Kanton gut geht. Zu ihnen müssen wir Sorge tragen. Auch gerade im Hinblick auf den vorherrschenden Fachkräftemangel und Personalengpass in zahlreichen Berufsgruppen ist es besonders wichtig, dass wir faire und gerechte Anstellungsbedingungen und Lohngleichheit für gleichwertige Arbeit beim Kanton anbieten.

Es gilt als Schweizer Gepflogenheit, nicht über den eigenen Lohn zu sprechen. Zum Glück halten sich Arbeitskolleginnen und -kollegen nicht mehr daran, vor allem solche mit einem englischen Job-Profil. denn indem wir offen über Löhne und Lohnklassen sprechen und somit für Lohntransparenz sorgen, lassen sich Lohndiskriminierungen und Lohnungleichheiten aufdecken. Systematische Ungleichbehandlungen bei Lohn, sei es zwischen den Geschlechtern, Berufen oder Branchen erregen zuverlässig Aufmerksamkeit und Emotionen. Zu Recht. Alle Angestellten haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Dieser Grundsatz ist in der Bundesverfassung und der Kantonsverfassung festgehalten.

So führen auch die Lohnunterschiede nicht nur zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Sektor regelmässig zu hitzigen Debatten, sondern auch im interkantonalen Vergleich und sogar innerhalb der kantonalen Departemente, wenn diese festgestellt werden. Für Kantonsangestellte ist es besonders stossend und nicht nachvollziehbar, wenn sie davon Kenntnis

erhalten, dass bei einer gleichwertigen Arbeit Lohnunterschiede und insbesondere unterschiedliche Lohnklasseneinstufungen innerhalb und über alle Departemente hinweg stattfinden. Es kann einfach nicht sein, dass eine Person in eine tiefere Lohnklasse eingestuft wird, nur weil sie in «Pech» hat mit ihrem Beruf in einem bestimmten Departement zu arbeiten, wo dies so gehandhabt wird. Es braucht dringend eine Vereinheitlichung der Einstufung und die Lohnklassen für vergleichbare Berufsgruppen in allen Departementen und auch bestehende Begründungen, weshalb Lohnungleichheite bestehen, müssen überprüft werden.

Wir dürfen auch nicht davon ausgehen, dass sich Bewerbende bei der Einstufung in die Lohnklassen gut auskennen. Die Kriterien bei einer Einstufung in eine bestimmte Lohnklasse sind zudem sehr fein. Für Kantonsangestellte lassen sich diese Ungleichheiten bei der Einstufung in eine Lohnklasse nicht auf Anhieb erkennen. Diese Unkenntnis darf nicht ausgenutzt werden, denn in ihrer Unzufriedenheit verlassen viele Angestellte den Kanton. Das können wir uns beim hiesigen Fachkräftemangel nicht leisten.

Als einer der wichtigsten Arbeitgebenden, wer zudem eine Vorbildfunktion hat, muss der Kanton deshalb hinter diese Bücher, denn der oft proklamierten Grundsatz des Kantons Basel-Stadt «Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit» wird nicht immer erfüllt. Auch wenn in der vorliegenden Motion nur von einzelnen Berufsgruppen die Rede ist, so dienen sie lediglich als Beispiele. Selbstverständlich sollen die Lohnklassen aller Berufe analysiert werden.

Die letzte Revision des Lohnsgesetzes ist schon lange her. Deshalb ist es an der Zeit, dass die Löhne aller Kantonsangestellten überprüft werden und wo nötig, Verbesserungen bei den Löhnen bzw. Lohnklassen sowie im Lohngesetz vorgenommen werden. Hierzu sollen, wie in der Motion gefordert bin, innert zweier Jahren in einer umfassenden Analyse die Gehälter der Kantonsangestellten mit anderen Kantonen verglichen sowie innerhalb und über alle Departemente hinweg angeschaut werden.

Die SP-Fraktion unterstützt deshalb diese vorliegende Motion und bittet Sie, dasselbe zu tun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage von Lorenz Amiet annehmen? Sie wird angenommen.

Lorenz Amiet (SVP): Wenn sich zeigen sollte, dass es Ausreisser nach oben gibt, aber die meisten Löhne tiefer sind, sind Sie dann auch einverstanden, dass man Korrekturen nach unten vornimmt?

Amina Trevisan (SP): Selbstverständlich nein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: BNächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Also mir ist nicht ganz klar, was Sie wollen. Wenn Sie eine Systempflege wollen, die hatten wir, die war sehr teuer und ging etwa 10 Jahre. Man hat gesagt, jetzt kommt die grosse Gerechtigkeit. Tag 1 nach diese Systempflegen kommt die Person X: «Ich bin unzufrieden, ich brauche mehr Lohn, meine Funktion hat sich verändert in den letzten 10 Jahren.» Ja logisch, das passiert dauernd. Und ich werde so eine Systempflege nicht mehr durchführen. Das ist vollkommen sinnlos, eine Lohnanalyse über alle Kantonsangestellte, das ist ein Wahnsinnsprojekt.

Und mit wem sollen wir das vergleichen? Mit den anderen Kantonen? Ja, mit welchem hätten Sie es gern? Basel-Landschaft, Zug, Nidwalden, Zürich? Zürich hat ja das höchste Lohnniveau. Ah, aber die haben auch die höchsten Mieten. Ist es denn fair, ist das ein fairer Lohn, wenn wir gleich viel verdienen wie in Zürich? Dann kommen die Wirtschaftsverbände: «Geht es euch noch.? Wir sind hier in Basel-Stadt, ihr könnt nicht das Lohnniveau vom Kanton Zürich haben.» Also mit wem vergleichen wir? Das ist keine einfache Frage.

In den Kantonen ist das Lohnniveau unterschiedlich. Bei uns im Kanton ist es unterschiedlich. Zwischen KMU und grossen Firmen ist es auch unterschiedlich. Jetzt werfen Sie mir noch vor, wir würden unter den Departementen verschiedene Löhne haben für die gleiche Funktion. Was wir seit Jahren machen im öffentlichen Personalrecht, wir vergleichen die Löhne unter uns. Da sind aber einzelne unzufrieden, weil sie sagen, ihre Funktion sei anders. Wir müssten mit einem anderen Kanton vergleichen und nicht innerhalb.

Ja, was wollen Sie jetzt? Wollen wir innerhalb des Kantons Gleichheit, oder gegenüber anderen Kantonen, gegenüber der Privatwirtschaft? Das ist keine einfache Fragen. Wir machen hier ein wenig einen Spagat und innerhalb gibt es bei jeder neuen Einreihe einen Vergleich. Das gibt es, das ist so seit Jahren und das führt zu Unzufriedenheit bei Gewissen, weil sie der Meinung sind, ihre Aufgabe sei anstrengender oder sie leisten mehr. Wir haben keinen Leistungslohn in dem Sinne, sondern nach Funktion.

Also die Unzufriedenheit ist immer dabei Löhnen, aber wenn Sie eine Lohnanalyse wollen, dann möchte ich dann auch wissen, spätestens bei der Zweitüberweisung, mit wem Sie sich vergleichen wollen, an welches Niveau wollen Sie. Einfach ans höchste Innerschweiz, Nordwestschweiz, über die Grenze schauen wir gar nicht, die sind alle schon wütend auf uns, weil wir viel mehr bezahlen.

Aber ich kann Ihnen sagen, es gibt überall Unzufriedenheit und ein riesiges Projekt einfach für viel Geld erachte ich wirklich für sinnlos. Wir schauen dort, wo wir den grössten Mangel haben. Wir sind jetzt bei den Schichtarbeitenden. Das ist auch nicht einfach. Mit wem vergleicht man sich? Wenn wir da nur mit Zürich vergleichen, dann ist Basel-Landschaft, Solothurn und Aargau sehr wütend, wenn wir so viel mehr bezahlen.

Wir sind dort, wo das grösste Problem besteht, daran zu schauen, was wir machen können. Das ist viel gezielter, einfacher, es geht schneller als ein neues Zehnjahresprojekt zu haben, das dann nach 10 Jahren nämlich wieder veraltet ist. Daher bitte ich Sie schon im ersten Umgang. auch wenn es sinnlos ist, diese Motion nicht zu überweisen. Und sonst hoffe ich, dass wir dann bei der Zweitüberweisung mit einer Stellungnahme von uns vielleicht klären können, was Sie wirklich wollen, damit wir das, wenn wir einen Auftrag bekommen, auch richtig machen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir beim Motionär Nicola Goepfert angelangt.

Nicola Goepfert (GAB): Es freut mich, dass voraussichtlich eine deutliche Mehrheit hier im Saal meine Motion unterstützt und inzwischen auch die SVP zum Schluss gekommen ist, sie zu unterstützen. Nur die FDP lehnt es ab, weil ihnen scheinbar der Absender nicht passt. Und Frau Regierungsrätin Tanja Soland, wenn Sie noch Fragen haben, können Sie gerne zu mir kommen, dann können wir das auch vertieft anschauen, damit wir die Zweitüberweisung vorbereiten können.

Die Motion ist entstanden, nachdem wir die Motion zur Verbesserung der Löhne bei der Polizei überwiesen haben, denn wir müssen darauf achten, dass der Kanton als Arbeitgeber attraktiv bleibt. Deshalb fordert meine Motion, dass der Kanton die Löhne seiner Angestellten umfassend überprüft und wo notwendig, also nicht überall, sondern dort, wo es wirklich notwendig ist, Verbesserungsvorschläge zu machen.

Die Prognosen für den Fachkräftemangel in der Verwaltung sehen schlecht aus. Bis 2030 fehlen in der Schweiz voraussichtlich mehr als 130’000 Fachkräfte für den Service Public. Das entspricht 15 Prozent des benötigten Personals, so die Prognose einer Studie von 2023, die das Beratungsunternehmen PWC zusammen mit der Universität St. Gallen erstellt hat. Der Absender bin nicht ich, sondern sind in ihren Augen wahrscheinlich glaubwürdige Absender. Die öffentliche Verwaltung dürfte vom Fachkräftemangel noch härter getroffen werden, also der öffentliche Sektor insgesamt. So ist anzunehmen, dass im Jahr 2030 schweizweit über 30’000 Fachkräfte fehlen. Das sind etwa 25 Prozent des zu jenem Zeitpunkt erforderlichen Personals. Und auch bei den Ausführungen zur Kantonspolizei zum Budget sagen Sie ja, dass einige aufgrund des Alters in den nächsten Jahren gehen werden. Auch dort wird sich das wieder zuspitzen und das Personal wird fehlen.

Die Frage, die sich uns also stellt, ist, wie können wir in Basel-Stadt auf diese Herausforderung reagieren? Wo stehen wir als Kanton? Und das müssen wir wissen am besten, bevor es zu spät ist. Diese Motion schafft also ein Werkzeug, mit dem gezielt Massnahmen ergriffen werden können. Dabei muss festgehalten werden: diese Motion bietet keine Grundlagen, um weiteren Fragen schon entgegenzuwirken, um den Lohn von irgendeiner oder irgendeinem Kantonsangestellten zu verschlechtern. Sie lässt lediglich Massnahmen zu, welche die Arbeitsbedingungen verbessern. Ziel ist es ja auch, attraktive Arbeitsbedingungen sicherzustellen und qualifiziertes Fachkräftepersonal für den Kanton Basel-Stadt zu gewinnen und auch langfristig zu halten und nicht umgekehrt.

Deshalb bedanke ich mich, dass Sie diese Motion überweisen. Mit dieser Motion schaffen wir uns einen Überblick über die aktuelle Situation und wappnen uns für die Zukunft.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 28 Nein, 6 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0004999, 20.11.24 15:28:09]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 62 Ja-Stimmen gegen 28 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen.

63. Motion 3 Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Entlastung der Prämienlast in Basel-Stadt

[20.11.24 15:28:22, 24.5279.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch hier ist der Regierungsrat nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Als erster Einzelsprecher eingetragen hat sich Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Es ist richtig, die Gesundheitskosten sind in Basel hoch. Aber zumindest eine Teillösung für die Dämpfung wäre in Sicht. Leider stellen sich die SP und Basta gegen die EFAS-Vorlage und sagen Nein zur einheitlichen Finanzierung. Das vielleicht noch vorab zu einer Möglichkeit, die Kosten zu senken.

Basel-Stadt gehört aber heute schon zu den Kantonen mit dem höchsten Anteil an Prämienverbilligungen. Heute ist fast jeder dritte Basler und jeder dritte Baslerin bezugsberechtigt und die Verbilligungen betragen plus/minus 200 Millionen Franken. Einen Teil der Prämienverbilligung übernimmt bekanntlich der Bund, abhängig von den Bruttokosten der Krankenkassenkosten total. Und da sieht man im Kantonsvergleich, wenn wir wieder beim Kantonsvergleich von vorher bleiben, dass in Basel-Stadt heute schon 70 Prozent vom Kanton übernommen werden. Im Kanton Zürich sind das vergleichbar 40 Prozent. Das zeigt auch da, wir sind heute schon sehr grosszügig in diesen Prämienverbilligungen.

Vielleicht noch eine Anmerkung. Wenn wir immer mehr Bezugsberechtigte haben für die Prämienverbilligung, lösen wir wahrscheinlich das Problem dann auch nicht, dass wir die steigenden Gesundheitskosten senken beziehungsweise in den Griff bekommen können. Und dann noch abschliessend, ob es dann sehr demokratisch ist, wenn die Schweiz diese Initiative ablehnt und wir jetzt einfach das lokal umsetzen wollen, ist dann noch eine andere Frage. Die FDP lehnt die Motion ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Die stimmberechtigten Einwohner und Einwohnerinnen unseres Kantons haben dieses Jahr am 9. Juni die Prämienentlastungsinitiative mit etwas mehr als 54 Prozent angenommen, einmal mehr im Verbund mit der Westschweiz und dem Tessin. Leider wurde auf nationaler Ebene aufgrund auch massiver Lobbyarbeit und finanzschwerer Kampagne die Initiative abgelehnt. Der politische Wille, die Belastung bei den Krankenversicherungsprämien im Kanton Basel-Stadt zu minimieren, wurde aber von der Bevölkerung klar ausgesprochen. Dies erstaunt ja auch nicht wirklich. Die Gesundheitskosten und die Krankenversicherungsprämien stehen mindestens seit zwei Jahren unangefochten auf Platz 1 des Sorgenbbarometers der schweizerischen Bevölkerung, und dies deutlich mit knapp 42 Prozent liegen die Gesundheitskosten dieses Jahr fast um 10 Prozent vor dem zweiten Platz. Dies sind übrigens die steigenden Mietkosten.

Und es wird sich leider auch in der Zukunft nicht entspannen, auch mit Efas nicht. Auch in den kommenden Jahren werden sich die Gesundheitskosten und die Belastung durch Krankenkassenprämien auf Platz 1 stehen. Für das kommende Jahr steigebn die Krankenkassenprämien im Vergleich zum schweizerischen Durchschnitt in Basel-Stadt unterdurchschnittlich. Anstatt 6 Prozent steigt die Witwenprämie im Kanton nur um eineinhalb Prozent und die Standortprämien um knapp 1 Prozent. Dies ist zwar wirklich erfreulich und sozialpolitisch unbedingt notwendig. Es ist auch ein Beweis dafür, dass staatliches Eingreifen und Regulierungen im Gesundheitswesen eben halt wichtig sind.

Trotzdem müssen wir festhalten: die Standardprämien betragen in Basel-Stadt im kommenden Jahr 674 Franken und somit sind wir neben Genf und dem Tessin immer noch auf dem Podest. Die teuersten Prämien sind immer noch knapp 100 Franken monatlich über dem schweizerischen Durchschnitt.

Höhere Prämien sind einfach nicht mehr tragbar. Die Krankenkassenprämien wie auch die selbst getragenen Gesundheitskosten bleiben eine starke finanzielle Belastung für die basel-städtische Bevölkerung und eine Deckelung dieser Kosten ist unerlässlich und wäre politisch verantwortungsvoll. Der Kanton Basel-Stadt schüttet im Vergleich zu anderen Kantonen die Prämienverbilligungen, wie auch schon von Danbiel Seiler erwähnt, grosszügiger aus und passt zudem jährlich die Verbilligungen der Krankenkassenprämien der Erhöhung an. Das ist wichtig und auch richtig, aber die Grundproblematik lösen wir mit damit überhaupt nicht oder nur ein bisschen bedingt, würde ich sagen. Wir wissen es eigentlich alle, es müssten schon lange grundsätzliche Lösungen entwickelt werden, anstatt die bisherige notwendige Praxis der staatlichen Subventionierung eines nicht funktionierenden Systems einfach immer weiter auszubauen. Denn auch in Zukunft wird das Haushaltsbudget von immer mehr Familien und Einzelpersonen durch den jährlichen hohen Anstieg der Krankenkassenprämien stark belastet. Insgesamt beziehen zurzeit jedoch nur rund 16’000 Personen Prämienverbilligungen. Es ist davon auszugehen, dass viele Bewohner und Bewohnerinnen der Stadt deutlich mehr als 10 Prozent ihres Einkommens für die Krankenkassenprämien bezahlen müssen. Der Durchschnitt liegt bei rund 17 Prozent.

Die Motion verlangt vom Regierungsrat, Massnahmen zu ergreifen, um eine Deckelung der Prämienlast auf 10 Prozent zu beschränken. Die Motion lässt die Art und Weise der Massnahmen offen. Ich verstehe es deshalb wirklich nicht, weshalb der Regierungsrat die Gelegenheit nicht nutzen möchte, eine Antwort hierzu abzugeben. Der Regierungsrat kennt das kantonale Abstimmungsresultat zur Prämienentlastungsinitiative wie auch das jährliche Sorgenbarometer, von dem gehe ich einfach mal aus, und deshalb wäre es eine verpasste Chance mit der Beantwortung der Motion die Art und Weise einer Deckelung mittels Prämienverbilligungen sowie weitere kantonale Massnahmen zu entwerfen und die Prämienlast der Bevölkerung stärker als bisher zu reduzieren.

Deshalb befürworten die BastA und die grüne Partei die Überweisung der Motion. Das Problem ist zu real und wirklich zu gross, um einfach darüber wegzusehen. Diejenigen Grossräte und Grossrätinnen, welche vielleicht in Detailfragen noch skeptisch sind, aber das Problem der Prämienlast und hohen Gesundheitskosten anerkennen, lade ich ein, die Motion zumindest ein erstes Mal zu überweisen. Allen anderen wünsche ich Gemütlichkeit im politischen Elfenbeinturm.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Ich darf dieses Votum für meinen Fraktionskollegen Raoul Furlano halten, der aktuell gerade nicht hier ist. Diese Motion mag auf den ersten Blick wie eine Lösung erscheinen, jedoch birgt sie einige Risiken und Nebenwirkungen – er hat Herausforderungen geschrieben, aber ich denke, Nebenwirkungen passen auch gut -, die wir nicht ignorieren dürfen. Zunächst müssen wir die grundlegende Funktionsweise unseres Gesundheitssystems berücksichtigen. Die Finanzierung der Grundversicherung über Kopfprämien stellt sicher, dass alle Versicherten im Krankheitsfall die gleiche Grundversorgung erhalten. Eine Deckelung der Prämien könnte dazu führen, dass wir in der Finanzierung der Krankenkassen und damit in der Qualität der Gesundheitsversorgung Abstriche machen müssen. Wir müssen sicherstellen, dass unser Gesundheitssystem leistungsfähig bleibt und die bestmögliche Versorgung für alle gewährleistet ist.

Zudem könnte die vorgeschlagene Entlastung für Haushalte, die über 10 Prozent ihres Einkommens für Prämien ausgeben, zu einer zusätzlichen finanziellen Belastung für den Kanton führen. Wir müssen uns fragen, woher die Mittel kommen sollen, um die Differenz zu decken. Dies könnte letztlich auf Kosten anderer wichtiger Bereiche wie Bildung oder Infrastruktur gehen. Eine nachhaltige Lösung erfordert langfristige Strategien, nicht kurzfristige finanzielle Entlastungen.

Darüber hinaus müssen wir uns mit den Ursachen der steigenden Prämien auseinandersetzen. Es ist wichtig, dass wir nicht nur Symptome bekämpfen, sondern auch an die Wurzel des Problems gehen. Wir brauchen Reformen im Gesundheitswesen, die eine bessere Kostenkontrolle und effizientere Strukturen ermöglichen. Statt Prämien zu deckeln, sollten wir darüber nachdenken, wie wir das gesamte System optimieren können. Darum empfehle ich im Namen von Raoul Furlano und der LDP, diese Motion abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Oliver Bolliger an? Sie wird angenommen.

Oliver Bolliger (GAB): Sie können auch im Sinne von Raoul Furlano antworten. Beim grundsätzlichen Problem bin ich voll bei Ihnen. Würden Sie es denn begrüssen, auch eine Einheitskrankenkasse in der Schweiz zu prüfen?

Annina von Falkenstein (LDP): Grundsätzlich glaube ich nicht, dass der Markt hier versagt hat, und deshalb bin ich nicht für die Einheitskrankenkasse.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Leoni Bolz.

Leoni Bolz (SP): Wir haben es gehört, die Krankenkassenprämien steigen stetig und belasten die Haushalte zunehmend, besonders bei uns in Basel-Stadt. Die Motion fordert eine Deckelung der Prämien bei 10 Prozent des Einkommens. Dies würde vor allem jene entlasten, die unter den hohen Prämien am stärksten leiden.

Der Zugang zur Gesundheitsversorgung muss ermöglicht werden, damit nötige Arztbesuche nicht wegen Angst vor zu hohen Kosten aufgeschoben werden. Denn dies belastet nicht nur die Gesundheit der betroffenen Menschen, sondern auch das System. Doch nicht nur einkommensschwache Haushalte und die untere Mittelschicht würde profitieren. Generell würde sich die Haushaltskasse der Menschen in Basel verbessern, so dass andere wichtige Posten bezahlt werden können.

Wenn schon immer von Standortattraktivität geredet wird, muss man festhalten, dass die hohen Prämien von Basel-Stadt diese nicht verbessern, liegt Basel doch neben verschiedenen Kantonen mit tieferen Prämien und ist zudem Grenzkarton. Standardattraktivität bedeutet eben nicht nur Privilegien für die Unternehmen oder Gutverdienende, sondern auch für die potenziellen Mitarbeitenden ein attraktives Lebensumfeld zu schaffen. Dies würde mit der Motion geschehen.

Mit der Annahme der Motion müsste der Kanton die zusätzlichen Kosten übernehmen. Dies schafft jedoch auch den Anreiz, die steigenden Gesundheitskosten effektiver in den Griff zu bekommen. Der Kanton hätte also ein gesteigertes Interesse daran, die Kostenexplosion zu stoppen. Die erwähnten erhöhten Ausgaben könnten übrigens auch ohne Leistungseinbrüche zu einem Teil mit Hilfe beispielsweise einer Einheitskasse kompensiert werden.

Unser Kanton kann sich aber auf jeden Fall eine Prämiendeckelung leisten, und davon würden alle profitieren. Wenn wir uns ansehen, wofür unsere Steuergelder verwendet werden, ist dies eine sinnvolle Investition, die der gesamten Bevölkerung zugute kommt. Es wäre eine soziale und gerechte Lösung, die sich an den Einkommen orientiert.

Die Basler Bevölkerung hat bereits durch das Abstimmungsresultat zur nationalen Initiative gezeigt, dass sie sich eine solche Entlastung wünscht. Jetzt liegt es an uns, diesen Wunsch auf kantonaler Ebene zu realisieren: Salus Publica Suprema Lex – so steht es hier im Saal und bedeutet so viel wie Das Gemeinwohl ist oberstes Gesetz. Salus kann auch als Gesundheit übersetzt werden. In beiden Fällen trägt die Motion zu diesem aus meiner Sicht wichtigen Grundsatz bei. Ich bitte Sie deshalb im Namen der SP, die Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Wir Grünliberalen anerkennen durchaus das Problem, das Oliver Bolliger angesprochen hat. Wir haben ein Problem gerade bei den mittleren Einkommen, die Krankenkassenprämienlast ist dort viel zu hoch. Dieses Problem wollen wir nicht wegreden. Wir wollen uns auch hier der politischen Verantwortung, die angesprochen wurden, ist durchaus stellen. Soweit sind wir uns auch einig. Die Frage ist, was der richtige Weg ist und insbesondere auch, was hier unsere Aufgabe auf kantonaler Ebene ist. Können oder sollen oder müssten wir hier auf die Bundesebene verweisen?

Was ich nicht verstehe, ist, warum insbesondere von der linken Seite das nicht angesprochen worden ist. Es ist es von der Einheitskasse gesprochen worden. Dazu äussere ich mich nicht. Aber was Sie hätten ansprechen sollen aus meiner Sicht ist die Frage nach einkommensabhängigen Prämien, denn darum geht es in dieser Motion. Wenn wir das annehmen und so umsetzen würden, hiesse das letztendlich nichts anderes, als dass wir im Kanton bis weit in mittlere und hohe Einkommen hinein faktisch einkommensabhängige Prämien machen würden, und dieser Idee ist stehen wir Grünliberalen durchaus offen gegenüber. Aber wir wollen das wenn schon richtig umsetzen. Und das wäre dann natürlich auf der Ebene des KVG, auf Bundesebene.

Aber das wäre die richtige Frage hier. Ist es richtig, das jetzt hier auf kantonaler Ebene, nur weil wir hier andere Mehrheitsverhältnisse haben, einfach durchzudrücken? Da hört uns die Einigkeit auf. Ein Teil der Fraktion wird diese Motion voraussichtlich überweisen, insbesondere weil sie sich auch eine Berichterstattung des Regierungsrats in dieser Frage wünschen. Andere lehnen es ab, ich eingeschlossen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Daniela Stumpf Rutschmann.

Daniela Stumpf Rutschmann (SVP): Ich bitte Sie im Namen der SVP-Fraktion, die Motion abzulehnen. Was Melanie Eberhard in der Motion fordert, ist alter Wein in neuen Schläuchen. Die entsprechende nationalen Volksinitiativen ihrer Partei, der SP, wurde vor Monaten abgelehnt. Nun probiert Melanie Eberhard, was bei nationalen Volksinitiativen nicht zur

Regel werden sollte, das Geforderte im Kanton Basel-Stadt einzuverlangen, quasi als Insellösung, weil Basel-Stadt, so wird sie es begründen, der Initiative ja zugestimmt hat.

Dabei verkennt Melanie Eberhard, weshalb die Bevölkerung Ja gesagt hat: Ja, die Initiative wurde damals angenommen, weil tatsächlich die Prämienlast nirgends höher als in Basel-Stadt ist. Diese Belastung nimmt Jahr für Jahr zu und führt dazu, dass sich immer mehr Menschen aus dem Mittelstand den Kanton nicht mehr leisten können. Nicht wenige ziehen deshalb gerade auch wenn sie Kinder haben weg. Eine vierköpfige Familie gibt es heute gut 1000 Franken pro Monat für die Krankenkassenprämien aus. Das ist zu viel, und hier sind wir uns mit der SP sogar einig. Doch leider ist die SP auch in diesem Kanton in der Vergangenheit nicht dadurch aufgefallen, die Lebenshaltungskosten im Kanton zu senken, im Gegenteil, mit immer neuen Vorschriften und Bürokratie in sämtlichen Lebensbereichen macht sie das Leben teurer, sei es bei der Gesundheit, beim Wohnen, beim Arbeiten oder beim Autofahren.

Die Kosten, die bei Annahme dieser Motion für die Steuerzahler entstehen würden, wären entsprechend hoch. Damit würden wieder diejenigen zusätzlich belastet werden, die schon heute die Hauptlast zu tragen haben. Vielmehr geht es darum, dass wir alles unternehmen, um die Gesundheitskosten zu senken. Das von Ihrer Parteifreundin SP Bundesrätin Dreyfuss eingeführte KVG muss reformiert werden, es muss sich wieder lohnen, gesund zu sein und es müssen mehr Anreize geschaffen werden, damit wir gesund bleiben. Hier gibt es auf Bundesebene diverse Vorschläge, wie die Straffung des KVG-Katalogs, eine höhere Mindestfranchise oder eine Gebühr für unnötige Besuche auf der Notfallstation.

All diese Dinge belasten unser Krankenkassensystem. Die Interpellation von Gianna Hablützel hat aufgedeckt, dass der basel-städtische Steuerzahler wegen dem von der SP verantworteten Asylchaos im Jahr 2023 für Krankenkassenprämien und Gesundheitskosten von Asylmigranten rund 13,08 Millionen Franken ausgab, ein Drittel mehr als im Jahr 2022. Gleichzeitig müssen wir aufpassen, dass wir nicht unnötig Sogwirkung schaffen. Wenn wir auch in diesem Bereich – wir sind schon bei den Prämienverbilligungen enorm grosszügig – im schweizerischen Vergleich grosszügiger sind wie die restliche Schweiz, kommen mehr Menschen in unseren Kanton, die von uns die Prämien bezahlt erhalten wollen. Der Anreiz, sich eigenverantwortlich um tiefere Gesundheitskosten zu kümmern, sinkt somit nochmals. Ich bitte Sie daher, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage von Beda Baumgartner annehmen? Sie wird abgelehnt. Ich entschuldige mich auch bei Beda Baumgartner, er wollte vorher schon eine Zwischenfrage stellen und ich habe sie übersehen. Wir kommen zum Sprecher des Regierungsrat, Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Die steigenden Prämien sind eine Herausforderung für viele, für alle und insbesondere für Haushalte mit tiefen Einkommen. Wir sind dabei gefordert, die Massnahmen zu ergreifen, die möglich sind, um dieses Kostenwachstum zu dämpfen. In diesem und im kommenden Jahr steigen die Prämien in Basel-Stadt weniger stark als im Schweizer Durchschnitt. Das ist zumindest auch eine gute Botschaft. Und es gilt auch festzuhalten, dass aufgrund der Alterung der Gesellschaft und aufgrund des Fortschrittes der Medizin wir steigenden Gesundheitskosten ausgesetzt sind und man kann auch eigentlich in allen Ländern beobachten, dass mit steigendem Wohlstand auch der Anteil an Gesundheitsausgaben steigt. Da gibt es auch gewisse Parameter, die nicht nur negativ zu bewerten sind.

Gesundheit ist ein elementares Gut und deshalb kennt unser Kanton ein ausgeklügeltes und gutes und gerechtes System von Prämienverbilligungen, das auch gut abgestimmt ist mit anderen bedarfsabhängigen Sozialleistungen. Wir haben das auch erhöht, das letzte Mal mit der SV 17, wir haben da neue Einkommensklassen eingeführt, so dass die Unterstützung weiter in den mittleren Mittelstand geht. Und es gibt auch einen Bonus für diejenigen Prämienzahlenden, die ein alternatives Versicherungsmodell wählen. Das wurde mit der SV 17 eingeführt.

Wir sind als Regierungsrat auch sehr konsequent wenn es darum geht, die Prämiensteigerungen abzubilden bei den Prämienverbilligungen. Wir machen das jedes Jahr sehr konsequent, selbst als die Premien gesunken sind haben wir auch die Prämienverbilligungen leicht gesenkt. Aber grundsätzlich geht es nach oben und wir erhöhen jeweils konsequent um den gleichen Prozentsatz unsere Prämienverbilligungen, die wir auszahlen.

Das bedeutet, dass Basel-Stadt schon heute 3’742 Franken pro beziehende Person und Jahr bezahlt. In der Schweiz liegt der Durchschnitt bei 2’421, wir sind da deutlich höher als andere Kantone. Das führt dazu, dass ein Viertel der Bevölkerung Prämienverbilligungen bezieht insgesamt 53’500 Personen, sei es via Ergänzungsleistungen, vie Sozialhilfe oder was allen Haushalten zur Verfügung steht über die entsprechenden Einkommen. Wir investieren damit über 220 Millionen heute schon für die Prämienverbilligung. Ich denke, das ist ein sehenswerter Betrag. Der Bundesbeitrag dabei liegt bei 79 Millionen, den Rest bezahlt der Kanton.

Dieser Vorstoss, der heute vorliegt, will das System ziemlich umkrempeln, von den heutigen Haushaltskategorien hin zu einem proportionalen Prozentsatz, diese 10 Prozent. Wir haben am heute Haushaltskagegorien, die mehr Prämienverbilligung bekommen als 10 Prozent. Aber ja, es gibt auch ganz viele Haushalte in Basel-Stadt, die mehr als 10 Prozent ihres Einkommens für die Prämienrechnungen verwenden müssen. Aber um dies vor Augen zu führen: Diese 10

Prozent bedeuten, je nach Ausgestaltung, dass wir bei vierköpfigen Familien bis zu einem massgebenden Einkommen von 200’000 Franken subventionieren und Prämienverbilligung zahlen. Wenn dann noch ein Kind über 18 Jahre ist und in Erstausbildung, dann reden wir von 240’000 Franken. Also wir gehen dann sehr weit bei der Unterstützung mit Prämienverbilligungen.

Dieser Vorstoss ist teuer, je nach Ausgestaltung sogar sehr teuer. Wir werden dann die Zahlen, wie teuer das ist, vorlegen bei der Zweitüberweisung. Der Rückschluss vom kantonalen Stimmverhalten auf eine kantonale Vorlage geht natürlich auch nicht eins zu eins, weil diese Vorlage kommt uns als Kanton drei Mal so teuer für die gleichen Leistungen wie die Bundesvorlage, über die wir bereits abgestimmt haben. Denn bei der Bundesvorlage hätte der Bund zwei Drittel der Kosten übernommen, und bei dieser Vorlage müsste selbstverständlich der Kanton 100 Prozent dieser Mehrkosten tragen. Also das Preisschild ist drei Mal höher im Vergleich zur Bundesvorlage.

Aus diesem Grunde möchte ich Sie im Namen des Regierungsrats bitten, uns diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wie bei der Motionärin Melanie Eberhard.

Melanie Eberhard (SP): Herzlichen Dank für die Diskussion zu dieser Motion, die ich im Sommer im Nachgang an die nationale Abstimmung eingereist habe. Selbstverständlich ist mir auch nicht entgangen, dass die Initiative damals abgelehnt wurde von einer Mehrheit der Schweizer Bevölkerung und dennoch habe ich es auch als Auftrag aufgefasst, dass das Abstimmungsverhalten im Kanton Basel-Stadt sehr eindeutig war und das Bedürfnis nach mehr Prämienentlastung sehr deutlich war.

Vielleicht gerade an dieser Stelle auch dieses Argument, dass wir ein sehr ausgeprägtes System, ein sehr gutes System haben. Dem kann ich in Teilen zustimmen. Tatsächlich ist es so, dass die Prämie jeweils angepasst wird. Das begrüsse ich auch durchaus, aber im interkantonalen Vergleich ist der Beziehendenkreis jetzt nicht so überragend. Es gibt relativ wenige Leute, die davon profitieren, und das haben wir gerade im Vorfeld der Abstimmung auch sehr deutlich gesehen, dass im Kanton Basel-Stadt eben die Prämienlast sehr hoch ist. Und das erklärt eben auch, weshalb sich die Basler:innen diese Initiative gewünscht hätten und das eben auch gebraucht haben.

Denn der Kanton Basel-Stadt nimmt seit vielen Jahren eine Spitzenposition bei den Kosten für die Krankenkassenprämien ein. Die mittlere Prämie für Erwachsene, also die mittlere Prämie über alle Versicherungsmodelle und Franchisestufen hinweg, liegt in Basel im aktuellen Jahr monatlich bei 551 Franken. Das sind rund 125 Franken mehr pro Monat als die mittleren Prämie im gesamtschweizerischen Durchschnitt. Auf das Jahr hochgerechnet heisst das, dass die Menschen in Basel-Stadt fast 1’500 Franken mehr ausgeben für die Gesundheitskosten, für die Krankenkassenprämien, und diese Kosten steigen und damit eben auch die Sorgen.

Als ich die Motion im Sommer eingereicht habe sind dann auch sehr viele Menschen auf mich zugekommen und haben mir erzählt, wie enttäuscht sie waren vom Abstimmungsergebnis auf nationaler Ebene und wie sehr sie hoffen, dass wir nun in Basel eine Lösung für ihre Sorgen finden. Denn für junge Familien mit zwei Kindern fallen im Kanton Basel-Stadt mit der doppelten Durchschnittsprämie und zweimal den Prämien für die Kinder monatlich Kosten von 1’658 Franken an. Das ist für viele Haushalte so viel, dass aufgrund der Prämie beispielsweise Geld für den Schulausflug oder Geburtstagsgeschenke einfach fehlt. Und diese hohe Belastung ist eine sehr grosse Sorge für die Menschen.

Immer mehr Menschen wählen deshalb, und das nicht nur in Basel, die tiefste Prämie, um Kosten zu sparen und sie verzichten dann eben auch auf den nötigen Besuch bei der Ärztin, da sie die Kosten schlicht nicht tragen können aufgrund des hohen Selbstbehaltes. In der Sotomoufrage vom letzten Frühling haben fast 20 Prozent der Bevölkerung angegeben, im letzten Jahr aus finanziellen Gründen auf einen Besuch bei der Ärztin verzichtet zu haben. Diese Entwicklung führt zu einer Zweiklassenmedizin, bei der sich finanziell gut situierte Menschen eine hohe Krankenkassenprämie und damit auch regelmässige Besuche beim Arzt, bei der Ärztin leisten können, während bei Menschen mit geringen finanziellen Mitteln das Geld für die Gesundheitsversorgung fehlt. In unserer reichen Schweiz und insbesondere in Basel, das grundsätzlich über solide Finanzen verfügt und wo wir eine gute Gesundheitsversorgung haben, sollten doch alle Menschen Zugang haben.

Und vielleicht noch einen Hinweis auf das Argument, das von der GLP angeführt würde. Selbstverständlich finde ich die Kopfprämie ein Problem und selbstverständlich wäre es sinnvoll, da etwas zu ändern. Aber wie auch bereits ausgeführt wurde, haben wir dieses System so verankert und müssen wir damit arbeiten, was wir jetzt haben. Und das ist, dass wir bei der Prämienentlastung ansetzen können, dass wir da schauen können, dass eben nicht 17 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommen für die Krankenversicherung aufgewendet werden müssen, sondern dass wir da eben darunter kommen. Und die 10 Prozent waren eben auch historisch. Damals hat der Bundesrat festgehalten, dass man nicht über 8 Prozent kommen soll. Wir sind heute mit 17 Prozent weit davon entfernt.

Ich bitte Sie deshalb, dass Sie heute dieser Motion zustimmen, dass wir diese ein erstes Mal überweisen können. Selbstverständlich, wenn sich herausstellen sollte, dass die Kosten sehr hoch sein sollten, dass es eine alternative

Möglichkeit gibt, die dann vielleicht nicht ganz bei 10 Prozent ist, aber die den Menschen hier im Kanton hilft, dann bin bereit, dafür Hand zu bieten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie dürfen noch eine Zwischenfrage beantworten, wenn Sie möchten.

Lydia Isler-Christ (LDP): Aus Erfahrung weiss ich, dass es doch einige gibt, die Prämienverbilligung erhalten und sich dafür eine Zusatzversicherung leisten können, zumindest im ambulanten Bereich sehe ich das. Wie kann man das verhindern?

Melanie Eberhard (SP): Konkret kenne ich jetzt diesen Fall nicht. Ich kenne eher die Leute, die sich eben ihren Schulausflug nicht mehr leisten können aufgrund der hohen Prämien. Aber ich bin sicher, dass wir das bei einer Zweitüberweisung mit den weiteren Argumenten klären können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 44 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005001, 20.11.24 15:58:28]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird überwiesen mit 49 Ja-Stimmen gegen 44 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

64. Motion 4 Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Werkleitungsumlegungen/-bündelungen zugunsten von Bäumen

[20.11.24 15:58:43, 24.5280.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist wiederum nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Gibt es Wortmeldungen? Zuerst hat das Wort Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Es ist eine aus unserer Sicht gut gemeinte, aber unnötige Motion. Es gibt schon genügend Leit- und Richtlinien im Zusammenhang mit der Klimaveränderung und derer Strategie, an die sich die Ämter und Firmen halten müssen in der Planung. Ich würde mal behaupten, wo es möglich ist und sinnvoll erscheint, wird für die Begrünung schon geschaut und man versucht, den Platz zu ermöglichen, wo es wirklich Sinn macht.

Die Menge an Leitungen, die unter den Strassenbelägen liegen, sind nicht zu unterschätzen und es braucht daher immer ein Abwägen, was nun Priorität hat. Eine planerische, schwierige, teure und nicht einfache Aufgabe. Man muss auch immer sehen, was unter dem Boden liegen muss, muss irgendwann wieder erneuert werden. Also man reisst die Strassen periodisch wieder auf. Und das führt natürlich auch wieder zu Kosten noch zu Risiken für Bäume, die dann zu nahe stehen.

Wir leben nun mal nicht im Wald, sondern in einer dicht bebauten Stadt mit all ihrer Infrastruktur, die wir brauchen, die wir schätzen und die wir im Grossen Rat ja auch teilweise so bestellt haben. Machen wir es den Planern nicht noch schwieriger und noch aufwendiger mit dieser Motion. In diesem Sinne bitte ich Sie, diese nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GAB): Als ich die Motion von Brigitte Kühne las, musste ich sofort an die Bruderholzstrasse denken, an der ich selbst einige Jahre gewohnt habe und die vor einigen Jahren von Grund auf zwischen dem Tellplatz, entlang des Gundeldinger Feldes erneuert wurde. Nach langer Umbauphase sieht die Strasse fast genau so aus wie vor dieser Sanierung. Ausser dass sämtliche Autoparkplätze aus der Strasse verbannt wurden, beherrscht nun Verkehr das Bild so weit das Auge reicht. Man könnte meinen, wir hätten hier im Rat noch nie etwas über die Verbesserung des Stadtklimas gehört, geschweige denn über dessen Verbesserung. Ich habe mir nach diesem Anblick schon fast die Autos wieder zurück gewünscht, die wenigstens etwas Abwechslung in die ganze vorherrschende Einöde zurückgebracht hätten. Nun aber wollte ich wissen, wie Christine Keller für ihre Interpellation heute Morgen eben auch ausgeführt hatte, weshalb man hier wirklich nichts, aber auch gar nicht zur Verbesserung des Stadtklimas gemacht hat. Wir haben uns in der Sachgruppe Umwelt und Energie der Grünen mal den Leitungskatasterplan von Basel-Stadt und im Speziellen der Bruderholzstrasse angeschaut und siehe da, sowohl auf der rechten als auch auf der linken Strassenseite lagen überall Leitungen, genau so wie eh und je, die scheinbar jegliche Pflanzung und Entsiegelung verhinderten.

Am Beispiel dieser Strasse muss, muss man nachträglich feststellen, wäre aber vielmehr möglich gewesen, hätte man die von dieser Motion geforderten Werkleitungsumlegungen realisiert. Ja, sie hätten sehr wahrscheinlich mehr gekostet. Ja sie hätten mehr Koordination und Planung gefordert. Für das Klima, das sich leider in den vergangenen Jahren geändert hat, und die Lebensqualität der hier ansässigen Bevölkerung hätten sich diese Mehrkosten aber allemal ausbezahlt.

Fussend auf dieser Erfahrung muss sich Brigitte Kühne zugestehen, dass sie mit ihrer Motion eine wichtige und entscheidende Frage stellt und den Finger auf die richtige Wunde legt. Wollen wir weiterfahren, ökonomische Gesichtspunkte über alles zu stellen oder endlich beginnen, Klima taugliche Lösungen als ein Mittel zu sehen, das jetzt vielleicht zu Mehrausgaben führt, aber in der Zukunft betrachtet weitaus nachhaltiger ist und für die Gesundheit der Bevölkerung, für die Biodiversität und die Lebensqualität eines Ortes einen unschätzbaren Mehrwert bringt und zusätzlich auch zu Einsparung bei den Gesundheitskosten, Klimafolgeschäden usw. führen wird?

Diese Motion fordert die Regierung auf, genau diese Überlegung vermehrt in die Planungen einzubeziehen und Massnahmen zum Klimaschutz und zur Klimafolgenreduktion mehr Gewicht zu geben. Ich und das GAB bitten Sie daher, diese Motion an die Regierung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Christine Keller.

Christine Keller (SP): Nach dem Votum von Bàla Bartha erübrigt sich das meine beinahe, ich stimme ihm natürlich vollkommen zu und auch ich habe natürlich an die Interpellationsantwort von heute Morgen gedacht betreffend das Geviert Wettsteinallee/Grenzacherstrasse, wo eben genau diese Chance verpasst wurde, die Chance, wie immer wieder gesagt wird, immer wiederholt wird, dass man bei Fernwärmeausbau bei jeder Baustelle sie nutzen wolle für eine Begrünung. Und da wurde es eben nicht getan und an vielen anderen Stellen leider auch nicht.

Und es ist sicher nicht immer so, dass man das nicht noch nachholen konnte. So weit aber das wirklich nicht möglich ist, bietet diese Motion jetzt wirklich eine Lösung an, sie sagt, wo auch immer möglich sollen Werkleitungen gebündelt werden, eben nicht immer wieder eine einzelne, so dass dann wirklich Platz geschaffen wird, um einen Baum zu pflanzen.

Und da es offensichtlich bis jetzt noch zu wenig gelungen ist, dem wirklich nachzuleben, finde ich es sehr wichtig, dass diese Motion überwiesen wird, damit wirklich mehr Grünflächen bei jeder nur möglichen Gelegenheit geschaffen werden können und es nicht bei einem Konzept bleibt. Und Nein, das Geld darf da am Schluss nicht der ausschlaggebende Faktor sein, die Klimafolgeschäden sind sonst viel höher.

Also ich danke, wenn Sie diese Motion von Brigitte Kühne überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage von Daniel Seiler annehmen? Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Haben Sie gesehen, dass da, wo Sie einen Baum pflanzen wollten in der Grenzacherstrasse, jetzt ein Bushaltestellenhäuschen steht?

Christine Keller (SP): Ich wollte dort nicht unbedingt einen Baum pflanzen, ich wollte einfach eine Rabatte haben, die sicher auch neben der Haltestelle Platz gehabt hätte.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir bei Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Mehr Bäume tun dem Klima gut, sie spenden bei Hitze Schatten und sind auch sonst wertvoll für Flora und Fauna. Jährlich nimmt der Baumbestand zu, was deutlich aufzeigt, dass man in Basel dies eh bereits wissen und danach handeln.

Nur gibt es halt eben auch weitere Ansprüche in einer dicht besiedelten Stadt wie Basel, welche aufgrund der Zuwanderung immer dichter besiedelt werden muss. Sie erwähnen die verschiedenen Werkleitungsbetriebe, welche für die Versorgung der Bevölkerung einen wichtigen Beitrag leisten. Genau diese Betriebe sitzen jährlich an diversen Sitzungen zusammen, um das zu gewährleisten. Dabei ist, und das erwähnen Sie auch, die Wirtschaftlichkeit ein wichtiges Thema, aber nicht das einzige. Wer im Kanton soll denn die noch höheren Kosten für Strom, Fernwärme, Wasser und ÖV bezahlen, wenn diese, sollte die Wirtschaftlichkeit, so wie Sie sie verlangen, kein Thema mehr sein und damit viel teurer werden? Und wie ist es weiter logisch und selbst für Laien erkennbar, dass unterirdische und oberirdische Werkleitungen natürlich in Konkurrenz zu anderem wie auch Bäumen bestehen.? Die Werkleitungen müssen teilweise auch aus Sicherheitsgründen Mindestabstände einhalten, dürfen somit gar nicht miteinander verlegt werden. Es geht dabei auch darum, dass bei einem Defekt, einem Wasserrohrbruch, Gasleitungsundichte oder Elektrobrand nicht gleich alle Leitungen Schaden nehmen.

Sie sehen, wenn man das grosse Ganze sieht und nicht nur ideologisch das Eine, dann kommt man auf gute, intelligente Lösungen, welche für alle tragbar sind, selbst auch für mehr Bäume. Auch ich würde als Beispiel in der Freien Strasse gerne Bäume sehen. Ja es ärgert mich, dass es keine hat. Liebe Unterzeichnende der GLP, Ihre Regierungsrätin Esther Keller kann Ihnen sicher erklären, weshalb man dies nicht tun konnte oder wollte. Hier wäre ich für Vorstösse durchaus offen, aber nicht einmal mehr für unverhältnismässige wie diese. Werkleitungen müssen nun mal im öffentlichen Raum eingebaut werden. Wir alle sind abhängig davon. Die Stadt ist voll davon.

Nochmals, in der Stadt Basel wie auch in Riehen werden jährlich zusätzliche Bäume gepflanzt, einfach dort, wo ist es sinnvoll und möglich ist. Ich bitte Sie, diese Motion nicht zu überweisen und wenn Sie weitere Antworten dazu wollen, dann reichen Sie doch bitte dazu einen Anzug ein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir bei Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Der Regierungsrat lehnt diese Motion insbesondere auch aus formellen Gründen ab. Es kommt wirklich immer häufiger vor, dass bei Motionen kürzere Fristen gesetzt werden. Ursprünglich hatte eine Motion vier Jahre Zeit zur Erfüllung, und immer häufiger treffen wir dann zwei Jahre oder gar ein Jahr an. Das scheint uns wirklich auch gerade bei Fragestellungen von dieser Dimension wirklich zu kurz.

Inhaltlich beschäftigen wir uns natürlich selbstverständlich bereits mit dieser Fragestellung und das ganz konkret bei jeder Strasse beim Fernwärmeausbau. Und dies können wir üblicherweise auch über die Rahmenausgabenbewilligung finanzieren. Sie haben die Interpellation von heute Morgen angesprochen, Christine Keller. Wir müssen hier korrekt sein. Wir hatten heute Vormittag zwei Interpellationen. Eine hat sich beklagt, dass wir zu wenig gemacht hat und eine hat sich beklagt, dass wir zu viel gemacht haben, und beides im Wettsteinquartier. Ich glaube, das zeigt, dass die Vorstellungen auch noch immer ziemlich weit auseinandergehen, aber wir sind dran. Ich kann Ihnen sagen, dass wir heute im Vergleich noch zu vor wenigen Jahren doppelt so viel Flächen entsiegeln im Rahmen des Fernwärmeausbaus, wie das früher bei solchen Strassenunterhaltsmassnahmen üblich war. Also es läuft wirklich einiges.

Wenn es etwas mehr an Geld braucht, sind wir auch bereit, das einzusetzen und das ist mit ein Grund oder eine Formulierung, über die wir auch in der Motion gestolpert sind. Das ist der Begriff kostenintensiv. Es hat eine Grenze, wo wir sagen, jetzt ist es wirklich nicht mehr sinnvoll, in einer Strasse Leitungen zu bündeln -das übrigens nicht nur aus ökonomischen, sondern auch aus ökologischen Gründen. Wenn wir beliebig Leitungen, die noch gut in Schuss sind und noch lange liegen könnten, rausreissen und ersetzen, dann ist das CO_2 intensiv und dann steht das unserem CO_2-Ziel im Kanton entgegen. Deshalb machen wir diese Güterabwägung. Wir machen die heute schon und in grösseren Fällen, namentlich auch in grösseren Projekten kommen diese sowieso hier zu Ihnen in das Parlament. Wenn wir einen

Leitungstunnel planen, dann können wir das ohnehin nur mit Ihrer Zustimmung tun, weil das etwas Teures ist. Und deshalb bittet sie der Regierungsrat, die Motion abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir bei der Motionärin Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Bei dieser Motion geht es für einmal nicht darum, mehr Bäume oder mit Prozentzahlen mehr Grünflächen zu fordern. Hier geht es darum, das Problem an der Wurzel zu packen, jetzt mal real und nicht als Metapher wie vorhin bei der Motion betreffend das Maximalalter beim Anspruch auf Ausbildungszulagen. Ja im wahrsten Sinne des Wortes, den Wurzeln von Bäumen mehr Platz zu geben, damit sie überhaupt gross, kräftig alt, somit Schatten spendend und Biodiversität fördernd werden können. In Landschaftsarchitektenkreisen wird darüber diskutiert, ob es nicht einfach besser respektive möglich sei, Bäume über Leitungen zu Pflanzen, quasi Bäume auf Zeit. Dies erachte ich als eine Möglichkeit, aber sie ist eben weniger nachhaltig, als von Anfang an bei jeder Umgestaltung den Wurzelraum mitzudenken.

In der Antwort zu meiner schriftlichen Anfrage vom Dezember 2023 antwortet der Regierungsrat. «Das Umlegen von bestehenden Werkleitungen zugunsten von neuen Baumstandorten ist seit Jahren eine gängige Praxis in den Bauprojekten. Für die Projektierung von neuen Baumstandorten gelten zwei Planungsinstrumente als wesentliche Grundlage für die involvierten Planer. Dies ist zum einen das Leitbild Strassenbäume im öffentlichen Raum und zum anderen das relativ neue, 2021 verabschiedete Stadtklimakonzept.» Ja, warum hatten wir in der UVEK denn in den in den letzten bald vier Jahren keinen einzigen Ratschlag, in dem stand. dass es bei dieser Umgestaltung die Möglichkeit gäbe, für X Franken die Leitungen zu bündeln und es somit Platz für X neue Bäume gäbe?

Mit meinem Vorstoss sollen planungsrechtliche Grundsätze für die Nutzung des Untergrunds festgelegt werden, Werkumleitungen geprüft und dies dann auch im Ratschlag explizit erwähnt werden, insbesondere für wichtige Orte in unserer Stadt, zum Beispiel bei der Transformation des Aeschenplatzes. Bei einem Eingangstor zu unserer Innenstadt ist das eine wichtige Frage, die es zu klären gilt. Und genau bei der wir als Politiker und Politikerinnen entscheiden sollen, ob Geld gesprochen werden soll oder eben auch nicht.

Lieber Gewerbeverband, ihr versteht meine Motion nicht korrekt. Es geht hier nicht um eine pauschale Priorisierung von Baumpflanzungen. Auch torpediert der Vorstoss nicht eine kosteneffiziente Planung respektive technische und sicherheitstechnische Anforderungen. Auch führt diese Motion nicht zu längeren Projektlaufzeiten und -verzögerungen. Wenn Wurzelraum von Anfang an mitgedacht wird, dann ist er in der Planung drin und das ist schliesslich essentiell.

Ja, Regierungsrätin Esther Keller hat es erwähnt, es mag ein Fehler sein, die Bearbeitung der Motion in einem Jahr zu fordern, aber aus Fehlern lernt man. Sehr geehrter Regierungsrat, eine Fristverlängerung ist kein Problem. Es sind viele Vorstösse zum Thema Begrünung hängig, zum Beispiel der Vorstoss Toya Krummenacher und Konsorten betreffend Begrünung der Innenstadt, der nota bene vier Mal stehengelassen wurde, in dessen letzter Beantwortung des Regierungsrates vom 26. April 2023 steht: «Entsprechend setzt sich die Verwaltung intensiv mit dem Thema von mehr Grün im öffentlichen Raum auseinander.»

Ja aber, nicht alle Abteilungen in der Verwaltung nehmen dies gleich ernst. Dies zeigt sich in Formaten wie in den Dialogtagen 2023. Da wurde intensiv darüber diskutiert, wie wir eine grünere Stadt erreichen können. Diverse Departemente und Abteilung der Verwaltung waren da vertreten und haben sich engagiert eingebracht. Fachpersonen aus dem Tiefbauamt fehlten, für mich symptomatisch.

Zusammengefasst, aus meiner fachpolitischen Sicht ist diese Motion ein wichtiges Zahnrad im ganzen Mecano für mehr Bäume im genutzten dichten Stadtraum. Dieses Zahnrad fehlte bis jetzt noch. Überweisen wir also diese Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

54 Ja, 40 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005003, 20.11.24 16:17:33]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch diese Motion wird überwiesen mit 54 Ja-Stimmen gegen 40 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

65. Motion 5 Roger Stalder betreffend Anwohnerparkkarte: Stopp der massiven Gebührenerhöhung!

[20.11.24 16:17:46, 24.5301.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte. Zuerst hat sich Michael Hug gemeldet.

Michael Hug (LDP): Ich unterstütze die Motion ausdrücklich und möchte betonen, dass auch meine Fraktion hinter diesem Anliegen steht.

Die aktuelle Verkehrspolitik belastet Menschen, die auf ein Auto angewiesen sind, zunehmend. Besonders Familien mit mehreren Kindern und Personen mit eingeschränkter Mobilität haben oft keine Alternative. Für sie ist das Auto nicht nur praktisch, sondern auch eine finanzielle Notwendigkeit. Der öffentliche Verkehr ist gerade für Familien häufig sehr teuer und umständlich. Gleichzeitig sind die Strukturen oft zu unflexibel. Eltern, die ihre Kinder ins Training, zur Schule oder zu Freizeitaktivitäten bringen müssen, stossen mit dem ÖV an Grenzen. Auch für Menschen mit Behinderungen, die nicht auf jeder Strecke barrierefreie Angebote finden, bleibt das Auto unverzichtbar.

Gleichzeitig wird die Infrastruktur für Autofahrende immer weiter eingeschränkt. In vielen Quartieren gibt es nicht genügend Parkplätze, obwohl die Anwohner:innen dafür teure Parkkarten kaufen müssen. Mit der geplanten Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern wird dieser Druck noch weiter erhöht. Dabei wird oft argumentiert, dass Parkplätze Flächen der Allgemeinheit entziehen. Ein Argument, das ich nur gelten lasse, wenn diese Flächen sinnvoll genutzt werden. Ein Beispiel: Die Adlerstrasse wurde vollständig von Parkplätzen befreit. Stattdessen wurden zwei Velostreifen markiert. Doch diese werden kaum genutzt, weil Velofahrende andere, sinnvollere Routen bevorzugen, zum Beispiel durch die Sissacherstrasse. Eine Begrünung oder eine echte Aufwertung des öffentlichen Raums – Fehlanzeige. Stattdessen hat die Strasse nun den Charakter einer Rennstrecke, da die parkenden Autos als natürliche Geschwindigkeitsbremse fehlen.

Darüber hinaus möchte ich auch auf eine Ungleichbehandlung hinweisen: Während Autofahrer zunehmend zahlen müssen, gibt es viele andere Fahrzeuge, die ebenfalls Bodenflächen beanspruchen, ohne dafür etwas zu bezahlen. Das betrifft nicht nur die viel zitierten Kistenvelos, die teilweise ungenutzt in der Altstadt herumstehen, sondern auch riesige Veloflächen, die zentrale Plätze blockieren. Ein gutes Beispiel ist der Veloteppich vor dem Elsässertor war beim Bahnhof. Diese Flläche könnte auch für andere Nutzungen zur Verfügung stehen, bleibt jedoch exklusiv für Velos reserviert ohne Gebühren oder Beiträge. Ich habe auch überhaupt nichts gegen Velos, aber wenn Sie immer das Argument mit der Fläche, die gebraucht wird, bringen, finde ich, muss man das auch fair beurteilen und auch die andere Seite sehen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen nicht zulassen, dass Menschen, die auf ein Auto angewiesen sind, weiter belastet werden, während für andere Verkehrsteilnehmende keinerlei Kosten entstehen. Eine faire Verkehrspolitik muss alle Verkehrsteilnehmenden geich behandeln und echte Alternativen schaffen, statt einseitige Belastungen zu fördern. Ich bitte Sie daher auch im Namen meiner Fraktion, der LDP, diese Motion zu unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage an? Sie wird angenommen. Oliver Thommen hat das Wort.

Oliver Thommen (GAB): Ihnen ist schon bewusst, dass beim Elsässertor jahrelang ein grosser Veloparkplatz war, der dann einfach entfernt wurde. Irgendwo müssen die Velos ja stehen.

Michael Hug (LDP): Das ist mir schon bewusst, mein Punkt ist auch nicht, gegen Velos zu argumentieren, sondern das Argument, dass Flächen besser genutzt werden könnten, nicht nur bei Autos anzuwenden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: An dieser Stelle möchte ich eine Klasse des Foyers Bildung und Beruf auf der Tribüne begrüssen. Vielen Dank für den Besuch und ich wünsche spannende Einblicke.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir fahren fort mit Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Erlauben Sie mir kurz einen Blick nach Biel zu werfen. In Biel wurde diesen Sommer eine Initiative lanciert, die in Parkhäusern für die erste Stunde Gratisparkieren fordert, begründet mit der Steigerung der Attraktivität der Stadt bezüglich Erreichbarkeit für Besuch und für das Gewerbe. Ich weiss, der Zeitgeist in unserer Stadt lässt so etwas im Moment nicht zu. Das Gegenteil ist der Fall. Täglicher Parkplatzabbau, wir können ihn kaum zählen, laufende Tempo- oder heute Morgen wieder Spurreduktionen und laufende Verteuerung für die Autofahrer.

Bei den Anwohnerparkkartenpreiserhöhung geht es unter anderem auch um die Bestrafung von Familien. Der Volkswagen Passat – jeder von Ihnen kennt ihn hoffentlich, er ist die Familienlimousine und ihn gibt es auch als Kombi – wird heute in Basel-Stadt so verteufelt, dass er in die dritte Kategorie kommt, die teuerste Kategorie für Anwohnerparkkarten ab 2027. Wenn Sie jetzt diese Motion ablehnen, kostet für ein Auto die Parkkarte drei Mal so viel. Vor ein paar Wochen haben wir für den VW Passart, auch da wird er in eine höhere Kategorie gehören, die SUV-Steuer verabschiedet. Wir gehen hier von einer Vermehrfachung von diesen Kosten aus für das Autofahren.

Vorhin haben wir über Familien gesprochen, wie wir diese unterstützen müssen. Finden Sie es sozialpolitisches okay, wenn Sie jetzt hier die autofahrende Bevölkerung, die auf das Fahrzeug angewiesen ist, nicht unterstützen? Ich habe vorher Zeit gehabt, Prime News zu lesen. Ich mache gerne ein bisschen Werbung. Der TCS, meine Freunde, haben heute eine Petition zum gleichen Thema eingereicht. Da wird zitiert, dass bei der Einkommensklasse unter 4’000 Franken jeder vierte ein Auto fährt. Wenn wir das mit unserer Prämiendiskussion vergleichen, die wir vorhin geführt haben, müssen wir uns wirklich die Frage stellen, ob das wirklich sozialverträglich ist.

Ich bitte Sie wirklich in Zukunft, wenn es um die Verkehrspolitik geht, auch ein bisschen mehr Gemeinsinn zu zeigen und appelliere daher an die Vernunft. Stoppen Sie bitte diese massive Mehrbelastung für Familien.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Raphael Furrer hat das Wort.

Raphael Fuhrer (GAB): Ich habe drei wesentliche Punkte, warum ich mit Rückendeckung des GAB hier als Einzelsprecher diese Motion bekämpfen und für eine Nichtüberweisung plädieren darf.

Aber vorweg möchte ich auf zwei Sachen eingehen, die schon genannt wurden. Das Beispiel Biel, wo man Einstellhallen attraktiver machen möchte. Bei uns sind ja auch ganz viele Einstellhallen nur halb oder noch weniger gefüllt und der Grund ist eben, weil die Parkplätze auf öffentlichem Grund so billig sind und die Konkurrenz so hoch ist, dass die Leute eben lieber dort parkieren statt in der Einstellhalle.

Und zum zweiten Punkt, den Michael Hug angesprochen hat mit der Kostenwahrheit, warum die Cargovelos und die Velos überhaupt generell nichts zahlen: Also die Diskussion über Kostenwahrheit können wir sehr gerne führen. Bundesrat Albert Rösti hat ja versucht, gewisse Zahlen nicht an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Das sind über 10 Milliarden, die der MIV uns alle jedes Jahr kostet. Krankenkassenprämien, Lernsachen im Zusammenhang mit den Immobilien, wo der Preis dann sinkt und so weiter. Diese Kostenrechnung können sehr gerne führen, dazu sind wir sicher gerne bereit.

Jetzt aber zu meinen drei Punkten. Punkt 1: Wenn wir schauen, wie wir die Gebühren erheben, erfasst das Strom, Energie. Wer einen Pool hat zum Beispiel und jede Woche das Wasser wechselt, zahlt einfach mehr Abwassergebühr als ein Singlehaushalt, wo ab und zu mal geduscht wird und etwas abgewaschen wird. Und das ist auch fair und das finden wir auch richtig. Wer im Winter mit dem T-Shirt seine Wohnung auf 28 Grad hoch heizt, der oder sie wird dann aEnde Saison auch mehr bezahlen dafür. Wer Abfallsäcke en masse braucht, weil halt viel Abfall anfällt, wird auch mehr bezahlen als jemand, der oder die versucht Abfall zu vermeiden. Es geht hier immer um begrenzte Ressourcen. Die Ressource Raum ist auch begrenzt. Warum sollen wir dort nicht auch mit so einem Prinzip arbeiten? Wer mehr Raum braucht. bezahlt mehr. Bei den Boulevard-Restaurants ist das auch so, ein Stuhl aussen kostet weniger als 100 Stühle.

Punkt 2, die soziale Gerechtigkeit, die Familien, die jetzt auch wieder angeführt wurden. Ich bin aufgewachsen mit einer alleinerziehenden Mutter mit sehr wenig Geld und es ist für meine Mutter gar nicht in Frage gekommen, an ein Auto zu

denken. Immer wieder kommt dieses Argument von bürgerlicher Seite, aber wo war dieses Argument beim Corona-Bonus, beim Gesetz über kantonale Familienergänzungsleistungen, jetzt gerade vorhin bei der Erhöhung der Sozialhilfe aufgrund von Teuerung und so weiter. Dort sind Sie dann plötzlich wieder auf der Nein-Seite. Und dazu noch eine Grafik. Daniel Seiler hat das angesprochen. Wie viele Autos gibt es in Basler Haushalten. Das sind die blauen Balken. Je nach Einkommenskategorie. In Basel sind es 0,11, das heisst also, 9 von 10 Haushalten haben kein Auto mit einem Haushaltseinkommen unter 4’000 und bei über 12’000 sind es dann sogar eben nicht nur ein Auto sondern 1,3 Autos pro Haushalt. Also es ist ganz eindeutig, dass je reicher der Haushalt umso mehr sind Autos da und umso mehr würden dann auch diese Gebühren bei diesen Leuten einschenken. Das finde ich fair.

Und der dritte Punkt: Wir haben im Umweltschutzgesetz als Grosser Rat vor drei oder vier Jahren die Verursachendengerechtigkeit und die Kostenwahrheit ins Gesetz geschrieben. Jetzt hat die Regierung das umgesetzt und jetzt machen wir als Grosser Rat eine Motion und verlangen vom Regierungsrat, dass er genau das Gegenteil des Gesetzes machen soll. Also dann können wir jetzt nach Hause gehen, wenn unsere Erwartungshaltung diejenige ist, dass der Regierungsrat sich nicht ans Gesetz hält und genau das Gegenteil macht. Also ist das wirklich euer Ernst, FDP, LDP und SVP, dass man so Politik macht? Dass man etwas ins Gesetz schreibt, dann wird es umgesetzt und dann macht man eine Motion dagegen. Das können wir vom GAB überhaupt nichtvverstehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Ich dachte immer, hier geht es nur um Allmendgebühren, da geht es nur um Flächen. Sie kommen mit Umweltbelastung. Das sind zwei verschiedene Sachen.

Raphael Fuhrer (GAB): Nein, das Prinzip ist, dass der Raum eine begrenzte Ressource ist, genauso wie Energie, Strom, Wasser, Und wer mehr Ressourcen verbraucht, bezahlt mir, wer spart, zahlt weniger. Das ist ein allgemeines Prinzip, das logisch ist.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:*Lukas Bollack hat das Wort.

Lukas Bollack (GLP): Die letzte Verkehrsstatistik hat es wieder gezeigt, die Autos werden jedes Jahr grösser. Damit haben auch immer weniger Autos in der blauen Zone Platz. Die wird aber nicht grösser, im Gegenteil, sie muss sich zunehmend gegen andere Ansprüche behaupten. Die Bevölkerung wünscht sich mehr Bäume, mehr Velowege, mehr Grünflächen. Und wenn das Gewerbe für einen Kundentermin einen Parkplatz sucht, ist alles vorgestellt mit privaten Fahrzeugen. Oft wird gesagt, auf privaten Flächen gebe es zu wenig Parkmöglichkeiten. Was stimmt ist, dass es in Basel im Vergleich zu anderen Städten weniger Parkplätze auf privaten Flächen gibt im Verhältnis zu den Parkplätzen im öffentlichen Raum. Das liegt zum einen daran, dass wir in Basel keine Erstellungspflicht für Parkplätze bei Bauprojekten kennen. Zum anderen, und diesen Punkt wollen viele nicht gerne einsehen, unsere Parkplätze im öffentlichen Raum waren lange einfach viel zu billig im Vergleich zu privaten Parkplätzen. Wie soll sich jemals der Bau eines Parkhauses amortisieren, wenn der Staat Parkplätze im öffentlichen Raum für wenigen weniger als einen Franken am Tag hergibt?

Eine solche Subventionierung des Parkierens von privaten Fahrzeugen im öffentlichen Raum kann nur zu einer Marktverzerrung und damit zu einer Verschwendung dieses Raums führen. Man kann das in jeder Quartierstrasse beobachten. Es gibt viele Fahrzeuge, die offensichtlich nur wenige Male pro Monat oder sogar pro Jahr genutzt werden und den Rest der Zeit wertvollen öffentlichen Raum belegen.

Auch beobachten kann man das in den privaten Parkhäusern und Parkplätzen, die oftmals schlecht ausgelastet sind, während man in der blauen Zone regelmässig kaum mehr einen Platz findet, was insbesondere für das Gewerbe ein Problem darstellt. Es wäre doch viel sinnvoller, wenn wenig genutzte private Fahrzeuge in Zukunft in Parkhäusern abgestellt oder durch Carsharing ersetzt würden.

Es ist deshalb aus Sicht der Grünliberale nur richtig, dass das Parkieren in der Planzone teurer und abhängig von der Grösse des Fahrzeugs wird. So gibt es einen grösseren Anreiz zur Nutzung privater Parkhäuser, zur Schaffung von Parkmöglichkeiten auf privaten Flächen und zur Anschaffung kleinerer Fahrzeuge. Der Markt kann zukünftig besser spielen, der öffentliche Raum wird effizienter genutzt und als Handwerkerin oder Handwerker findet man bei Terminen eher eine Parkmöglichkeit.

Ein weiteres Argument, das gerne angeführt wird, ist, dass die Anpassung der Parkgebühren Familien mit wenig Geld unnötig belastet. Raphael Fuhrer hat vorher gut gezeigt, dass das überhaupt nicht stimmt. Denn Familien mit kleinen Einkommen haben meistens gar kein Auto. Die grösseren Autos werden vor allem von wohlhabenden Personen gefahren.

Wenn wir Sozialpolitik machen wollen, dann gibt es dafür bessere zielgerichtete Mittel als per Giesskannenprinzip günstige Parkplätze im öffentlichen Raum für alle zur Verfügung zu stellen, auch für die, die es finanziell überhaupt nicht nötig haben.

Wir Grünliberalen unterstützen deshalb die Revision der Parkraumbewirtschaftungsverordnung. Sie hilft uns, die Verkehrs- und Klimaziele des Kantons zu erreichen und lässt uns den öffentlichen Raum effizienter nutzen. Wir stimmen deshalb für Abschreiben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:*Nächste Sprecherin ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Ihr Bürgerlichen seid ja manchmal wirklich lustig. Seit Monaten ereifert ihr euch laut und wortreich über den Wohnschutz und versucht auf allen Ebenen zu verhindern, dass es genügend günstigen Wohnraum gibt. Diese Wohnpolitik führe zu einer Blockade und verhindere vieles, sagt ihr. Im Gegensatz zum Wohnen ist aber das Parkieren eines privaten Autos kein Grundbedürfnis aller Menschen. Aber wenn es um den Preis von Parkkarten geht, wollt ihr Rechten sogar eine Extremform von Wohnschutz für Autos. Ihr wollt den Preis für parkiertes Blech einfrieren und das auch noch unabhängig davon, wie gross die Autos sind, ob es ein Mini ist oder ein Hammer-Ungetüm. Egal, alle sollen so lange sie wollen zu Dumpingpreisen im öffentlichen Raum in unserer Stadt rumstehen dürfen.

Der Grund dafür ist natürlich, dass im Fall Wohnen private Investoren von der Preiserhöhung profitieren, beim Fall Parkieren jedoch der Kanton, die Lebensqualität der Menschen oder der Klimaschutz, also keine bürgerlichen Kernanliegen. Das wirklich Absurde an der Argumentation ist aber, dass ihr das als Begründung nun plötzlich glaubt, eure soziale Ader zu entdecken. Meine Vorredner haben es auch schon angesprochen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kosten, die Familien mit wenig Geld wirklich plagen, das sind nicht die Kosten für die Parkkarten, falls sie überhaupt ein privates Auto haben, auch das haben Raphael Fuhrer und und Lukas Bollack ausgeführt. Es braucht nicht jede Familie ein Auto, das stimmt einfach nicht. Ich habe selber drei Kinder, es ging super mit Sharing und Miete in den Ferien überall die Jahre, vielleicht hat es sogar meine Kinder ein bisschen selbstständiger gemacht, weil ich sie eben nicht in das Training oder in die Pfadi fahre, sondern weil sie selbstständig mit dem ÖV, dem Trottinett oder dem Velo dorthin gehen.

Aber noch einmal, jene Familien mit wenig Geld, die wirklich ein Auto brauchen, die gibt es. Und diese Familien leiden in erster Linie unter den explodierenden Krankenkassenprämien und unter steigenden Mieten. Das sind die grossen Posten. Zum Prämiendeckel haben Sie allesamt Nein gesagt gerade vor wenigen Minuten wieder, und den Schutz bezahlbarer Mieten wollen Sie auf allen Ebenen aushöhlen. Es ist einfach unpassend und etwas scheinheilig, es zur sozialen Frage zu machen, wenn die Parkkarten teurer werden.

Aktuell ist der Anreiz viel zu gross, das eigene private Auto auf Kosten der Allgemeinheit im öffentlichen Raum abzustellen, auch zum Beispiel, wenn man sogar eine eigene Garage hätte, diese aber lieber als erweiterten Keller nutzt, weil das Parkieren auf der Strasse so günstig ist. Wir verfolgen in Basel das Ziel, dass möglichst viele Autos künftig auf privatem Grund und in Parkhäusern abgestellt werden, weil wir die Allmend für bessere Dinge gebrauchen können, welche die Lebensqualität der Quartierbewohner:innen verbessern und für Massnahmen, die die Verkehrssicherheit erhöhen. Das entspricht der Parkierungs- und Verkehrspolitik, wie sie in diesem Kanton beschlossen wurde. Demokratie, ihr wisst schon! Der Vorstoss hier ist nur ein Knebel in die Speichen, so dass nicht umgesetzt werden kann, was eine Mehrheit beschlossen hat.

Und noch ein paar Worte zu den höheren Preisen für grössere, respektive längere Autos. Ich kann auch hier gerne noch einmal die Wohnpolitik beiziehen als Ergänzung zu meinen Vorrednern: Es ist einfach logisch, dass es mehr kostet, wenn man mehr Platz in Anspruch nimmt. Wenn ich mir eine Dreizimmerwohnung gönne als Einzelperson, dann habe ich auch nicht Anspruch auf den Preis für eine Einzimmerwohnung. Unser Umweltschutzgesetz schreibt vor, dass wir umweltfreundliche Mobilität fördern sollen. Flächeneffizient ist als eines der Kriterien definiert. Lesen Sie es nach im USG Artikel 13. Es ist demnach ein klarer gesetzlicher Auftrag, hier einen bestehenden Fehlanreiz zu beheben und die Erhöhung vorzunehmen. Es werden aktuell im Durchschnitt immer noch grössere Autos gekauft und Nein, der tatsächliche durchschnittliche Platzbedarf pro Mensch in einem Fahrzeug drin ist in dieser Zeit nicht angewachsen. Die SP-Fraktion lehnt entsprechend die vorliegende Motion ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Sägesser.

Daniel Sägesser (SP): Für wirksamen Klimaschutz ist der konsequente Abbau klimaschädlicher Subventionen absolut alternativlos. Und ich weiss, liebe Bürgerliche, Sie hören das gar nicht gern, aber die aktuellen Dumpingpreise für Parkkarten stellen eine massive Subvention für den Autoverkehr dar. Im Jahr 2017 hat der Regierungsrat in seiner Beantwortung der schriftlichen Anfrage Anita Lachenmeier die wahren Kosten für einen Allmendparkplatz auf 1’040 bis 1'845 Franken geschätzt. Mit der vom Regierungsrat kommunizierten Preiserhöhung für 2025 aber auch für 2027 eliminieren wird die

öffentliche Subventionierung also bei weitem nicht vollständig, sondern wir reduzieren sie nur ein wenig. Auch nach 2027 werden wir das private Parkieren auf der Allmend noch immer mit über 50 Prozent Kostenübernahme öffentlich subventionieren.

Auch fühle ich mich noch genötigt, etwas zum viel genannten Familienargument zu sagen. Ich habe hier nämlich eine andere Lebenserfahrung als das, was uns hier drin die Autolobby mit Krokodilstränen in den Augen erzählt. Ich bin nämlich in einer Familie aufgewachsen, die schon ein riesiges Auto hatte, lange bevor das cool war. Lieber Kollege Seiler, ein Volkswagen T4, langer Radstand, 11 Sitzplätze, gerade genug Platz für Mama, Papa, Klein Daniel und seine acht Geschwister. Gesamtlänge 5 Meter und 10 cm. Ab kommendem Jahr würde die Parkkarte für dieses Auto in Basel um 228 Franken teurer, ab 2027 456 Franken. Und ja, ich kann aus eigener Erfahrung bestätigen, dass monatlich 20 bis 40 Franken Mehrkosten viel Geld ist für eine Familie, die knapp dran ist. Ich bin selber in entsprechend sehr einfachen Verhältnissen aufgewachsen.

Aber es steht mir aber auch nicht zu, mich zu beklage, denn anders als in vielen Familien hat es bei uns immer gereicht zumindest für das Nötigste. Ich kann Ihnen aber auch erklären, weshalb es immer gereicht hat. Das lag nicht daran, dass in Münchenstein der Neunzigerjahre das parkieren von Autos auf der Allmend gratis war, sondern das lag daran, dass mein Vater stets einen fairen Lohn für seine Arbeit in der Chemie bekommen hat, auch wenn er nicht zum Management gehörte. Es lag daran, dass wir das Privileg hatten, in einem Haus leben zu dürfen, das uns von einer nicht gewinnorientierten Institution zu sehr günstiger Kostenmiete vermietet wurde und nie renditesaniert wurde. Es lag daran, dass die Krankenkassenprämien noch bezahlbar waren. In den Neunzigerjahren konnte man ein Kind für 50 Franken im Monat grundversichern.

Und wenn ich jetzt Ihnen zuhöre, dann frage ich mich: wo waren Sie, als wir in dieser Stadt den Mindestlohn beschlossen haben? Sie haben wie eine Wand gegen den Mindestlohn gestimmt. Sie setzen sich konsequent gegen funktionierenden Wohnschutz ein, Sie torpedieren den auf allen Ebenen. Sie haben eben, wir haben es auch schon gehört, gegen die Entlastung der Familien bei der Prämienfrage gestimmt. Wenn Ihnen die Familien wirklich ein Anliegen sind, dann kämpfen Sie zusammen mit der Sozialdemokratie für bezahlbare Wohnungen, für bezahlbare Krankenkassenprämien, für hohe Löhne und hören Sie auch auf, konsequent gegen Familien zu politisieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Mindestens die letzten beiden Redner sind ja sehr stark vom Thema abgewichen und haben jetzt den Wohnschutz und andere Dinge mit dieser konkreten Forderung des Motionärs verwechselt. Ich habe mich ein bisschen im Klassenkampf gefühlt. Sie scheinen bei diesem Thema wirklich sehr emotional zu sein und ich weiss auch nicht, in welcher Realität Lisa Mathys beispielsweise lebt. Menschen aus dem unteren Lohnsegment, mit denen ich spreche, verfügen alle über ein Auto, weil sie zum Beispiel irgendwo arbeiten, wo der ÖV nicht hinfährt, weil er beispielsweise dort nicht ausgebaut ist, das ist meistens dann nicht im Kanton Basel-Stadt. oder weil die Personen in Schicht arbeiten. Diese Menschen haben ein Auto. Das ist vielleicht in der mittleren Grösse oder in der grösstenGrösse, weil man zu Hause noch zwei Kinder hat. Und die sind keineswegs gut situiert. Die gehören zu diesen Menschen mit einem kleinen Einkommen in Basel-Stadt. Und diese Gebühren sind ja auch für die kleine Kategorie bereits erhöht worden, nämlich erst gerade vor drei Jahren von 184 auf 284 Franken. Und jetzt soll diese Parkkarte noch einmal teurer werden. Sie soll nämlich auch für die kleine Kategorie auf 380 Franken erhöht werden, und das ist auch eine erhebliche, eine substanzielle Erhöhung und eine erhebliche Mehrbelastung für Familien und für Menschen, die auf dieses Auto angewiesen sind.

Deshalb finde ich diese Vermischung mit Wohnschutz und Krankenkassenprämien nun wirklich nicht fair. Wir können das hier in diesem Zusammenhang überhaupt nicht erwähnen, weil das am Thema vorbeizieht. Es geht darum, dass wir Menschen haben, die in diesem Kanton auf ein Auto angewiesen sind. Ich will diesen Menschen nicht vorschreiben, was für ein Auto sie zu fahren haben. Es gibt Gründe, weshalb man ein grösseres Auto hat. Das ist nicht, weil man es vielleicht toll findet, sondern weil man es braucht, und diese Menschen, die das brauchen, wollen Sie jetzt quasi noch dazu bringen, ein kleineres Auto zu kaufen. Wenn er das vor zwei Jahren gekauft hat, weiss ich nicht, ob es umweltpolitisch sehr sinnvoll ist, wenn er das Auto jetzt am besten verschrottet, um sich ein kleineres Auto zu kaufen, nur um ihren um Ihrem Bedürfnis nach weniger Parkraum im öffentlichen Raum gerecht zu werden.

Die Antwort ist doch einfach, meine Damen und Herren. Sie haben etwas gegen das Auto, Sie wollen das Auto aus der Stadt verdrängen, Sie hassen das Auto, so kann man es zusammenfassen. Und Sie wollen eine asoziale Parkkartengebührenerhöhung durchboxen, die diejenigen trifft, die in diesem Kanton Steuern bezahlen, die etwas für diesen Kanton leisten, die auch hier Arbeitsplätze teilweise generieren oder aber einen Arbeitsplatz haben, für welchen sie ein Auto benötigen.

Wir erachten das als unfair. Wir erachten das als asozial und deshalb glaube ich, ist es richtig, wenn wir diese massive Gebührenerhöhung rückgängig machen. Sie können das Auto in anderer Art und Weise weiter aus der Stadt verdrängen. Sie

machen das regelmässig, Raphael Fuhrer als UVEK-Präsident an vorderster Front, da brauchen Sie jetzt nicht noch diejenigen, die auf das Auto angewiesen sind, zusätzlich zu schröpfen.

Was Lukas Bollack gesagt hat von der GLP ist ja ein Hohn. Jetzt haben Sie gesagt, man soll dann diese privaten Parkhäuser bauen und unterstützen, denn wenn die Parkgebühren im öffentlichen Raum so günstig sind, würden diese Parkhäuser ja immer leerstehen und überhaupt, man müsste ja das mehr fördern. Also ich habe jetzt noch nie erlebt, dass die GLP ein Parkhausprojekt gefördert oder hier unterstützt hat. Das Gegenteil ist der Fall, Sie und ihre Regierungsmehrheit haben unter anderem ein wichtiges Parking in unmittelbarer Nähe des Kinderspitals unterhalb der Tschudimatte verhindert. Das waren Sie, das waren wir nicht wir. Also bitte hören Sie auf zu behaupten, Sie seien noch für Parkhäuser oder Quartierparkings. Da ist jetzt zumindest die SP und die Grüne Fraktion konsequenter, die sind auch gegen das. Aber sie zumindest behaupten nie etwas anderes. Deshalb bitte ich Sie diese Motion dem Regierungsrat zur Erfüllung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfragen an? Sie werden angenommen. Zuerst hat Lisa Mathys das Wort.

Lisa Mathys (SP): Ich staune erneut, wie faktenresistent Sie sind. Sie haben die statistischen Zahlen eingeblendet gesehen Bestreiten Sie, dass die Krankenkassenprämien und die Mieten einen viel grösseren Anteil an der finanziellen Last einer Familie ausmachen als eine Parkkarte?

Joël Thüring (SVP): Selbstverständlich bestreite ich das nicht, aber das macht das Argument der Erhöhung deshalb nicht richtiger. Es ist eine zusätzliche Belastung, die verhindert werden soll.

Raphael Fuhrer (GAB): Von wegen am Thema vorbeisprechen. Sie haben Menschen erwähnt, die Schicht arbeiten und fleissig sind. In meinen Augen ist das das Gesundheitspersonal, Menschen, die mir sehr am Herzen liegen. Wie haben Sie und Ihre Partei im Fall des Corona-Bonus gestimmt?

Joël Thüring (SVP): Wie gesagt, Sie vermischen jetzt hier wieder Dinge, die nichts miteinander zu tun haben. Es geht hier um eine asoziale Gebührenerhöhung, die lehnen wir ab, Sie unterstützen Sie, das ist das Resüme des Tages.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Die FDP, LDP und SVP hat plötzlich die kleinen Leute entdeckt. Wir haben jetzt vorher schon ganz viele Beispiele gehört, wie scheinheilig das ist. Ich möchte aber nicht nachtragend sein. Wir werden jetzt diese Motion ablehnen. Sie haben dann aber ein bisschen später, vielleicht wird es heute Abend werden, bei meiner Motion die Gelegenheit, den Überschuss dieses Kantons fair an die ganze Bevölkerung zu verteilen. Mit diesem Geld können Sie sich sogar mehrere Parkkarten leisten als Familie. Es ist kein Problem. Also ich gebe Ihnen die Chance, stimmen Sie nachher meiner Motion zu und dann haben Sie das Problem gelöst und bevormunden damit nicht einmal die Menschen. Sie können selber entscheiden, wofür sie das Geld ausgeben wollen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich glaube, viele Argumente wurden in dieser doch eher emotionalen Debatte schon genannt. Ich möchte deshalb noch auf etwas eingehen, das noch nicht genannt wurde. Sie wissen, dass der Regierungsrat sie darum bittet, die Motion nicht zu überweisen. Unter anderem wird in der Motion ja kritisiert, dass der Regierungsrat diesen Beschluss ohne Mitwirkung des Parlaments getroffen habe. Aber per Gesetz obliegt dem Regierungsrat eben die Festsetzung dieser Gebühren, das liegt tatsächlich in der Kompetenz der Regierung und ich darf Sie auch daran erinnern, dass es einen entsprechenden Vorstoss aus dem Parlament gab, mindestens auch mit der Forderung nach der grössenabhängigen Gestaltung der Parkgebühren. Und dieser Forderung sind wir hier nachgekommen. Auch gibt es, und darauf hat Raphael Fuhrer vorher korrekt hingewiesen, die Bestimmung im Umweltschutzgesetz, die eben die Förderung der Flächeneffizienz fordert. Deshalb glaube ich, hat die Gebührenerhöhung durch die Regierung sehr wohl ihre Legitimation.

Dann vielleicht noch zum Argument der Konkurrenzierung der Quartierparkings: Das ist tatsächlich ein Problem und zwar nicht nur bei den Quartierparkings, die natürlicherweise sehr umstritten waren, weil sie unter Grünflächen liegen. Das war beim Landhof der Fall das ist beim UKBB-Parking der Fall, das ist natürlich auch aus diesen Gründen umstritten. Aber wir sehen auch, dass Investoren zurückhaltend sind, wenn es darum geht, beispielsweise unter neuen Gebäuden grössere Tiefgaragen zu erstellen und da beispielsweise etwa als Quartierparking anzubieten, da eben die Konkurrenz durch die Strasse zu gross ist. Also ich glaube, da lassen wir tatsächlich den Markt zu wenig spielen heute.

Und auch noch etwas, was mir wichtig ist. Es geht heute nicht darum, ob wir Parkplätze abbauen. Das ist keine Parkplatzabbauvorlage, im Gegenteil, das letzte Mal ging die Nachfrage nach Parkplätzen bei der letzten Erhöhung um 10 Prozent zurück. Das bedeutet mehr Platz fürs Gewerbe, mehr Platz für Anwohnende. Also wir erhoffen uns wirklich einen Rückgang dadurch, dass eben auch die Differenz zu anderen Möglichkeiten, das Auto zu parkieren, beispielsweise in Tiefgaragen, kleiner wird.

Wir gleichen uns mit dieser Erhöhung anderen Städten an. Wir sind im Vergleich mit anderen Städten immer noch relativ günstig. Ich denke da an Luzern mit 600 Franken pro Jahr. Und deshalb, aus all diesen Gründen bittet Sie die Regierung, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit halt der Motionär Roger Stalder das Wort.

Roger Stalder (SVP): Vielen Dank für diese Debatte. Vor längerer Zeit haben Sie die noch verweigert, jetzt haben Sie sie geführt, sehr emotional, das fand ich auch sehr gut gefunden. Ich finde natürlich die linke Seite gar nicht gut, weil sie, wie Joël Thüring gesagt hat, natürlich voll an dieser Motion vorbeigeht.

Es ist ganz klar eine Abzocke, was man jetzt da macht. Man hat das erst erhöht und und auf 284 Franken nicht wenig, und jetzt will man diese Erhöhung noch einmal steigern, um 34 Prozent für kleinere, 50 Prozent für mittlere und 160 Prozent für grosse Wagen. Und Ihnen geht es rein nur darum, dass Sie die Auto nicht wollen und deswegen erhöhen Sie die Preise.

Und wir haben gerade noch gehört, dass Sie wollen, dass das Gewerbe da parkieren kann. Frau Regierungsrätin Keller, Sie haben gerade vor Kurzem einem Unternehmer aus Aesch oder aus dem Laufental gesagt, er könne da nicht parkieren, Sie haben ihm die Parkkarte nicht bewilligt. Warum? Sie haben ihm gesagt, das Auto, das er jetzt gekauft hat, das wollen Sie hier in Basel nicht. Das ist ja unglaublich, was Sie da machen. Und so geht es weiter und genau darum geht es Ihnen nämlich. Sie wollen jetzt einfach die Autos weghaben und mit den Preisen probieren Sie das natürlich zu pushen. Das ist ganz klar.

Und trotzdem bitte ich Sie natürlich, die Motion zu überweisen. Es ist auch kein Wahlkampf, es ist ein Fakt. So teuer wird es.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat möchte die Motion nicht zur Stellungnahme entgegennehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

39 Ja, 51 Nein, 5 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005007, 20.11.24 16:55:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird nicht überwiesen mit 51 Nein-Stimmen gegen 39 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen.

66. Motion 6 Christine Keller und Konsorten betreffend Einführung einer Schlichtung bei Gesuchen gemäss dem Öffentlichkeitsprinzip

[20.11.24 16:55:25, 24.5297.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte. Da sich niemand gemeldet hat, sind wir schon bei Christine Keller, der Motionärin.

Christine Keller (SP): Wenn ich die Kreuztabelle richtig im Kopf habe, hat ausser der Regierung niemand etwas gegen diese Motion einzuwenden. Ich empfehle sie selbstverständlich aus Überzeugung zur Annahme. Wir haben wirklich auch in anderen Rechtsgebieten immer sehr gute Erfahrungen mit Schlichtungen gemacht und das Öffentlichkeitsprinzip ist ein sehr wichtiges für das Funktionieren der Demokratie. Wir sind überzeugt, dass ein solches Schlichtungsverfahren auch bei Gesuchen um Einsicht sehr hilfreich sein kann, insbesondere auch darum, weil die schlichtende Persons Empfehlungen aussprechen kann, das Gespräch suchen kann. Ich habe gehört von einer internen Datenschutzbeauftragten, die dieselbe Funktion wie die Datenschutzbeauftragte im Kanton in einem Betrieb eingenommen hat, dass diese Gespräche immer als sehr hilfreich empfunden werden, und auch in anderen Kantonen hat man sehr gute Erfahrungen gemacht mit dieser Schlichtungsstelle. Darum bitte ich Sie, diese Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005009, 20.11.24 16:58:00]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 94 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme ohne Enthaltung.

67. Motion 7 Beat Braun und Konsorten betreffend Prävention in der Schule: häusliche Gewalt

[20.11.24 16:58:16, 24.5302.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Gianna Hablützel-Bürki.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Das Anliegen ist wohl gut gemeint, aber es ist nicht ausreichend konkretisiert und wichtige Aspekte bleiben unklar. Insbesondere fehlt eine detaillierte Klärung der notwendigen Ressourcen, finanziell und personell, um ein solches Konzept zu entwickeln und umzusetzen. Auch bleibt unklar, wie die vorgeschlagenen Massnahmen effektiv koordiniert werden sollen, insbesondere zwischen Schulen, Jugendpolizei, KESB und anderen Stellen. Die Integration in bestehende Präventionsprogramme, wie das zur sexualisierten Gewalt, könnte zu einer Überfrachtung und damit zu einer

Verzettelung der Massnahmen führen. Darüber hinaus fehlen klare Indikatoren, anhand derer der Erfolg des Konzepts später evaluiert werden kann.

Schliesslich ist der Fokus auf geschlechterspezifische Ansprechpersonen zwar interessant, doch es bleibt fraglich, ob dies tatsächlich zielführend und praktisch umsetzbar ist, insbesondere bei der hohen Dunkelziffer, die eine umfassende Indikation betroffener Kinder erschwert. Im Namen der SVP-Fraktion danke ich Ihnen deshalb für die Nichtüberweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Sprecherin hat sich Melanie Nussbaumer gemeldet.

Melanie Nussbaumer (SP): Für einmal bin ich ein bisschen einverstanden mit Gianna Hablützel. Ich finde die Motion eigentlich nicht nur perfekt geschrieben, und trotzdem bitten wir Sie als SP-Fraktion, die Motion mindestens einmal zu überweisen, denn wir sehen Potenzial darin, dass hier etwas Gutes daraus gemacht werden kann im Kampf gegen häusliche Gewalt. Und da müssen wir wirklich unbedingt vorwärtsmachen. Der Begriff Prävention im Zusammenhang mit den Schulen ist aber in diesem Zusammenhang ein bisschen schwierig, denn der Begriff suggeriert ja eigentlich, dass man an Schulen dementsprechend häusliche Gewalt verhindern könne. Aber das ist natürlich nicht möglich. Also Kinder können nichts tun gegen häusliche Gewalt. Die Verantwortung ist immer bei den gewaltausübenden Personen und das sind immer die Erwachsenen.

Was die Schulen aber tun können, das liegt im Präventionsbereich der Früherkennung und Frühintervention. Prävention an Schulen in diesem Bereich würde also darum gehen, dass Kinder lernen, dass Gewalt nicht okay ist und dass man sich Hilfe holen kann. Damit Kinder in der Schule offen über ihre erlebten Geschehnisse von zu Hause erzählen können, braucht es aber Vertrauen und eine gute Beziehung, und was sehr wichtig ist, die Hilfestellung, wenn dann ein Kind wirklich Hilfe sucht, muss unbedingt gewährleistet sein. Denn der worst case wäre eigentlich, wenn sich ein Kind getraut, von der Gewalterfahrung von zu Hause zu berichten und zu erzählen, und dann aber im Schulkontext nicht richtig darauf reagiert wird. Das kann verheerende Folgen haben. Deshalb ist es eben wichtig, dass allfällige Vertrauenspersonen für Kinder, ob das die Schulsozialarbeit ist oder die Lehrpersonen, geschult sind im Umgang mit Kindern, die von häuslicher Gewalt betroffen sind.

So sehen wir in einem ersten wichtigen Schritt vor allem die Sensibilisierung von Lehrpersonen, der Schulleitung und der Schulsozialarbeit. Denn nur so können wir Kinder vor einer längerfristigen Aussetzung von häuslicher Gewalt schützen und nur so können wir so früh wie möglich intervenieren. Damit Lehrpersonen erkennen können, ob ein Kind von häuslicher Gewalt betroffen ist, braucht es Sensibilisierung und Wissen über das Problem sowie eben auch Wissen über Opferverhaltensweisen.

Wir wissen aber auch alle, dass viel Druck im Schulsystem ist, dass Lehrpersonen sich um sehr viel kümmern müssen heutzutage. Wenn es also Programme und Weiterbildungen für Lehrpersonen gibt in diesem Bereich, dann sollte das unbedingt im Sinne einer Entlastung sein und sollte nicht zu noch mehr Belastung führen. Entlastung gibt es natürlich dann, wenn die Lehrpersonen Lehrpersonen Instrumente und Wissen zur Hand bekommen, um in solchen Momenten gut intervenieren zu können und dadurch eben auch persönlich weniger überfordert sind. Ein Kind zu unterstützen, das häusliche Gewalt erlebt, ist nämlich überhaupt nicht einfach und sehr oft überfordernd.

In diesem Sinne würde ich mich freuen, wenn wir in der Stellungnahme des Regierungsrates lesen können, wie die Fachpersonen an den Schulen unterstützt werden im Umgang mit traumatisierten, von häuslicher Gewalt verletzten Kindern. Wenn wir damit die Früherkennung und Frühintervention stärken können, dann sind wir wirklich einen Schritt weiter im Kampf gegen häusliche Gewalt, und in diesem Sinne bedanke ich mich bei Beat Braun und den FDP-Männern für die Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Dann sind wir bei Beat Braun. Er darf als Motionär das letzte Votum halten.

Beat Braun-Gallacchi (FDP): Ich danke Melanie Nussbaumer für das gute Votum. Es gibt fast nichts hinzuzufügen. Es stimmt natürlich, die Prävention ist Freierkennung. Ich glaube, wir reden vom Gleichen. Aber das sind so Details, die man ja noch gehen anpassen kann. Einfach noch eine Bemerkung zum Votum von Gianna Hablützel, die bemängelt, dass die Massnahmen und Kosten unklar sind. Das ist ja logisch. Das ist ja eine erste Überweisung einer Motion, dann schauen wir die Antwort der Regierung an und können sehen, ob das denn auch Sinn macht.

Aber also das Wichtigste ist gesagt. Das Thema häuslich Gewalt darf nicht länger tabuisiert werden und es ist wirklich unsere Pflicht, betroffene Kinder zu schützen und Ihnen eine Zukunft ohne Gewalt zu ermöglichen. Dnd darum glaube ich, dass das ein wichtiges Thema ist an den Schulen. Darum bitten wir Sie, diese Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung der Motion wurde bestritten von Gianna Hablützel-Bürki. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 8 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005011, 20.11.24 17:05:15]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 85 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung.

68. Motion 8 Beat Braun und Konsorten betreffend Erhöhung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgungsplätze

[20.11.24 17:05:29, 24.5303.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte . Zuerst hat das Wort Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Die Motion spricht ein sehr wichtiges Thema an. Das anerkennen wir seitens Regierungsrat selbstverständlich. Wir sind am Übergang von diesen Gewaltfrüherkennungs-, Unterstützungs-, Beratungs-, und Therapieangeboten hin zu den psychotherapeutischen Strukturen und wir stehen voll hinter diesen Strukturen. Wir können auch sagen, dass wir im interkantonalen und erst recht im internationalen Vergleich in Basel-Stadt eine sehr hohe Angebotsdichte haben an psychotherapeutischen Beratungs- und vor allem auch Therapieangeboten und wir wollen auch in Zukunft in dieses Angebot investieren.

Wir haben heute Vormittag die Interpellation von Melanie Nussbaumer betreffend mehr Ressourcen für Kinder und Jugendliche in der Krise beantwortet und auch erledigt mit einer schriftlichen Erklärung der Interpellantin. Ich glaube, wir haben dort in einer gewissen Ausführlichkeit dargestellt, wie wir unser Angebotsnetz noch dichter machen wollen. Wir anerkennen, es gibt eine zusätzliche Nachfrage, es gibt einen zusätzlichen Bedarf insbesondere von besonders vulnerablen Kindern und Jugendlichen und wir sind auch aktiv daran, verbessernde und stärkende Massnahmen zu ergreifen.

Wenn wir jetzt erfolgversprechende praktikable Massnahmen finden, dann setzen wir sie um respektive wir beantragen bei Ihnen die dafür notwendigen Mittel. Wir finden jetzt einfach im Zusammenhang mit dieser konkreten Motion den spezifischen Auftrag nicht so zielführend, Ihnen dazu innerhalb von einem Jahr noch separat zu berichten und einen Mittelbedarf aufzulisten. Die Mittel wären damit ja dann auch nicht gesprochen. Wir sind der Meinung, dass wir diesen Berichtsschritt nicht unbedingt brauchen und würden uns deshalb gerne auf die Daueraufgabe, die das ja ist, konzentrieren, im Gespräch mit den verschiedenen Institutionen und Personen, die diese Leistungen erbringen, Massnahmen zu entwickeln, die das Angebot noch verstärken können.

In diesem Sinne bitte ich Sie um Verständnis, wenn wir diesen Auftrag eher nicht annehmen wollen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die nächste Sprecherin ist Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Die vorliegende Motion greift ein wichtiges Problem auf. Es ist allerseits bekannt, dass gegenwärtig ambulante Psychotherapieplätze fehlen. Die Wartezeiten für einen Therapieplatz ist für psychisch belasteten oder erkrankten Menschen unendlich lang, insbesondere höchst vulnerable Menschen wie Kinder und Jugendliche sowie Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung müssen lange auf eine ambulante psychotherapeutische Behandlung warten. Das darf so nicht sein. Der Bedarf an einer Psychotherapie ist grösser als das Angebot. Es besteht dringender Handlungsbedarf auf der politischen Ebene

Aber eine einfache Lösung gibt es nicht. Es braucht einen Strauss an Massnahmen. Auch wenn diese Motion auf ein wichtiges Thema eingeht, so muss sie dennoch auch inhaltlich kritisch betrachtet werden. In dieser Motion werden zahlreiche Aspekte miteinander vermischt, um schliesslich zu einer Forderung zu gelangen, die nicht deutlich hergeleitet wurde. Bevor ist inhaltlich auf die Motion zu sprechen kommen, möchte ich an dieser Stelle darauf verweisen, dass die FDP noch vor den Sommerferien am Bündelitag die vorliegende Motion betreffend fehlende Psychotherapieplätze einreichte, ohne auf die Antwort des Regierungsrates auf meine im April eingereichte schriftliche Anfrage zu warten, die genau dieses Problem der mangelnden Psychotherapieplätze bereits aufgegriffen hat. Im Unterschied zur FDP haben wir anschliessend in einer Motion, die auf der schriftlichen Anfragen basiert, konkreten Lösungen formuliert, wie das Problem betreffend mangelnde Psychotherapieplätze behoben werden kann. Vorab haben wir einen Lösungsweg mit Fachverbänden diskutiert und erarbeitet.

Nach diesem kurzen Exkurs komme ich wieder auf die vorliegende Motion zu sprechen. In der Motion ist anfänglich die Rede von häuslicher Gewalt. Häusliche Gewalt ist in der Schweiz, wir haben es gehört, ein weit verbreitetes Problem, welches grosses Leid verursacht. Jedes Jahr sterben durchschnittlich 25 Personen infolge häuslicher Gewalt. Die Mehrheit der getöteten sind Frauen. Betroffene von häuslicher Gewalt brauchen Unterstützung. Häusliche Gewalt wird in der vorliegenden Motion im Zusammenhang mit der Kriminalitätsbekämpfung in Verbindung gebracht. Dabei wird darauf verwiesen, dass Fachpersonen fehlen, die auf Gewaltdynamiken spezialisiert sind und traumaorientiert arbeiten und insbesondere im Kinder und Jugendbereich ist es derzeit sehr schwer, einen Therapieplatz zu erhalten. Das trifft alles zu. Im letzten Teil der Motion, unter den Forderungen, soll aber der Regierungsrat damit beauftragt werden, innerhalb eines Jahres ein Konzept auszuarbeiten, wie die Zahl der ambulanten Therapieplätze kurz- und langfristig erhöht werden kann. Von einem spezifischen Problem ausgehend, wurden die Forderungen auf alle Bereiche ausgeweitet. Das heisst, in der Motion wurden nicht mehr Psychotherapieplätze mit Fachpersonen für häusliche Gewalt gefordert, sondern insgesamt mehr Psychotherapieplätze.

Dass wir mehr Psychotherapie jetzt brauchen, stimmt auch aber die Fraktion SP Basel-Stadt überzeugt in dieser Motion die Herleitung und die Formulierungen für die Forderungen nicht. Dabei wurde zudem eine Frist von einem Jahr für die Erarbeitung eines Konzeptes gefordert, die nicht einzuhalten und somit nicht realisierbar ist.

Trotz dieser Kritik Kritik unterstützt die SP-Fraktion die vorliegende Motion bei der Erstüberweisung, denn das Thema ist viel zu wichtig. Es braucht dringend Lösungen für die mangelnden Psychotherapieplätze. Die SP-Fraktion wird die Motion überweisen. Wie bitten Sie, dasselbe zu tun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Motionär Beat Braun das Wort.

Beat Braun-Gallacchi (FDP): Ich danke meinen Vorredern, die bestätigen, dass das ein sehr ein wichtiges Thema ist. Regierungsrat Lukas Engelberger, Sie sagen, es gebe schon heute eine hohe Dichte und ein gutes Angebot, aber Sie bestätigen auch, dass es Massnahmen braucht und dass auch Massnahmen ergriffen werden, aber dass kein Bericht notwendig sei. Aber ich glaube, genau bei diesem Thema ist Transparenz wichtig, sodass man weiss, wo man steht oder wo es vielleicht noch weitere Unterstützung bedarf aus der Politik. Darum finde ich die Motion wichtig.

Ich danke Amina Trevisan für die guten Ausführungen und Präzisierungen. Ich habe diese Motion auch mit den Fachverbänden diskutiert und die unterstützen sie auch. Die Herleitung her kann man diskutieren. Ich hätte sie auch noch ausführlicher beschreiben können, ich probiere jedoch, in den Motionen kein Buch zu schreiben, sondern das irgendwie zusammenzufassen. Aber ich danke schon einmal für die Unterstützung und bitte Sie, die Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat möchte die Motion nicht überwiesen haben. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

80 Ja, 13 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005013, 20.11.24 17:14:55]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird überwiesen mit 80 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

69. Motion 9 Tonja Zürcher und Konsorten betreffend ganze Bevölkerung am Überschuss des Kantons beteiligen

[20.11.24 17:15:09, 24.5310.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat möchte die Motion nicht zur Stellungnahme erhalten. Wir eröffnen die Debatte. Zuerst hat sich Oliver Bolliger gemeldet.

Oliver Bolliger (GAB): Wir alle wissen es und haben es schon mehrmals gehört, alles wird teurer, die Lebenskosten steigen und steigen und immer mehr Menschen und Familien müssen ihre Ausgaben einschränken. Für einen grösseren Teil der Bevölkerung wird es immer schwieriger, über die Runden zu kommen.

Auf der anderen Seite haben wir im Jahr 2023 434 Millionen Franken Überschuss erzielt, was in Anbetracht der Weltlage ein wenig merkwürdig ist, vielleicht gar ein bisschen absurd. Und mit den neuen OECD-Einnahmen wird unsere Staatskasse auch in Zukunft weiterhin gut gefüllt sein. Es liegt deshalb auf der Hand, einen Teil des im Jahr 2023 erzielten Überschusses an die Bevölkerung weiterzugeben. Die Motion von Tonja Zürcher will 10 Prozent des Überschusses zu gleichen Anteilen an jeden Einwohner und jede Einwohnerin auszahlen, für das Jahr 2023 wären das dann 200 Franken pro Person. Wir kennen diese Praxis vom Stromsparfonds, der Ihnen allen gut bekannt ist.

Mit einer solchen Ausschüttung könnte zum Beispiel eine fünfköpfige Familie diverse Ausgaben tätigen. Ich mache Ihnen ein ganz konkretes Beispiel. Die Kinder werden ja gross mit der Zeit, und dann wechseln sie von einem Kinderzimmer zu einem Jugendlichenzimmer und dann braucht es eine gewisse neue Möblierung. Das kostet sehr schnell mal, auch wenn man günstig einkauft in einem schwedischen Unternehmen, sicher um die 1000 Franken. Also man könnte mit diesen 1000 Franken, die eine fünfköpfige Familie mit dieser Ausschüttung bekommen würde also ein neues Bett, Matratze, Duvet usw. einkaufen.

Es ist aber auch klar, dass damit die gestiegenen Mietkosten, höheren Krankenkassenprämien, Energiekosten und so weiter nicht wirklich ausgeglichen werden. Aber für viele wäre es eben ein wichtiger Zustupf zum Haushaltsbudget, besonders natürlich für armutsbetroffene Familien mit vielen Kindern, Menschen, die auf Prämienverbilligung und Ausbildungszulagen oder Mietzinsbeiträge angewiesen sind. Wichtig dabei zu erwähnen ist, dass natürlich ein solcher Betrag bei der Sozialhilfe nicht als Einnahme gerade wieder angerechnet werden würde.

Der Vorteil gegenüber der Motion von Christian Moesch, den wir ja letzten Oktober überwiesen haben, zur Rückvergütung von kantonalen Überschüssen an die steuerzahlenden Privatpersonen ist, dass diese Motion einen kleinen Beitrag zur Stärkung der sozialen Gerechtigkeit ermöglicht. Steuern haben immer einen Gerechtigkeitsaspekt, bei einer Ausschüttung der Gelder nur an Steuerzahlende profitieren einmal mehr jene Menschen, die in der Lage sind, Steuern zu bezahlen. Es ist eine Form einer versteckten Steuersenkung, wenn Menschen, die keine Steuern bezahlen können, nicht in irgendeiner Form an einer Ausschüttung oder Rückvergütung beteiligt werden. Ein Überschuss resultiert aus zweierlei Gründen, das ist Ihnen wahrscheinlich sehr bekannt: Steuereinnahmen sind höher und Ausgaben sind tiefer als budgetiert. Es ist ja schon erstaunlich, die Bürgerlichen kommen immer mit dem gleichen Ansatz, sofort Einnahmen und Ausgaben senken, was zur

Folge hat mit der Zeit, dass der Service Public ausblutet und geschwächt wird. Dies schwächt insgesamt aber auch die Demokratie, was in den politischen Verschiebungen zu den extremen Rechten zum Ausdruck kommt und ich denke, da ist es auch ein wichtiger Ansatz hier gegenzusteuern.

Aus unserer Sicht ist es also viel zielführender, die Einnahmen nicht noch weiter zu senken, sondern mit den Überschüssen die notwendigen Investitionen in die Zukunft zu tätigen sowie hier mit dieser Motion die ganze Bevölkerung an den guten Zeiten zu beteiligen. Denn die Idee, dass nur ein steuerzahlender Mensch einen wertvollen Beitrag an die Gesellschaft leistet und deshalb am Wohlstand des Kantons teilhaben darf, ist aus einer menschlichen, sozialen und gerechten Perspektive höchst problematisch. Aus diesen Gründen bitten Sie das GAB, die Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Ich bin tatsächlich ursächlich für den ersten Vorstoss zum Thema. Was machen wir mit all diesen überschüssen, die in den letzten Jahren beim Kanton angefallen sind. Ich habe heute wieder ein Interview geben dürfen, es sind ja schon enorme Summen, und wenn man das gewissen Leuten erzählt aus Ländern, wo nur Schulden gemacht werden, dann fallen ihnen die Augen aus dem Kopf.

Tatsächlich habe ich mir die Idee, die jetzt in der Motion von Tonja Zürcher steht, auch überlegt als ich den ursprünglichen Vorstoss geschrieben habe. Es gibt aber einen Grund, wieso ich diese Idee nicht weiter verfolgt habe. Das Thema, wie es jetzt in diese Motion steht, ist eigentlich grundsätzlich interessant. Ich schaue jetzt zu Regierungsrätin Tanja Soland und ihr Budget für die kommenden Jahre. Das sieht nicht toll aus. Wir rechnen im nächsten Jahr kaum noch mit einem Überschuss, wenn wir den ESC durchführen, wird es ein Minus sein. Dann wird es nichts mehr zum Zurückerstatten geben, also auch nicht für die Steuerzahler. Mit der grundsätzlichen Idee, dass man jemandem dann etwas zugute haben möchte, die das auch nötig haben, bin ich absolut einig, das das soll auch geschehen, aber wir dürfen das einfach nicht abhängig machen vom Resultat des Kantons. Eine erste Hochrechnung zeigt, für dieses Jahr sind es noch 100 Millionen. Wenn wir die 10 Millionen aufteilen auf die 200’000 Einwohnenden, dann gibt es nur noch 50 Franken pro Person. Dann reicht es wahrscheinlich auch nicht mehr für den Einkauf bei diesem schwedischen Möbelhersteller. Wenn wir dann bei 0 sind, dann haben wir zwar eine nette Idee, aber von denen wird nichts mehr übrigbleiben.

Ich denke, wenn Sie die Kundschaft oder die Klientel begünstigen wollen, die effektiv auf dieses Geld angewiesen ist, dann machen Sie das bitte auf eine andere Art und Weise und nicht mit einem Bonussystem, abhängig von den Überschüssen des Kantons. Ich finde das persönlich schade und es ist eigentlich unnötig. Daher ist unser Antrag, diese Motion in dieser Form, wie sie vorliegt, abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Ich muss Ihnen schon sagen, Christian Moesch, ich bin jetzt schon ein bisschen erstaunt. Jetzt haben Sie wirklich gesagt, Sie machen und sich Sorgen um das Budget für die kommenden Jahre. Geschätzte bürgerliche Ratskolleginnen und Ratskollegen, es gab eine Sitzung hier im Parlament, und da haben Sie in einer Nachtsitzung zwischen 22.35 und 22,50 Uhr zwei Motionen überwiesen, bei der einen haben Sie auch noch schön reingeschrieben, was sie uns kostet bezüglich Steuersenkung, nämlich 150 Millionen Franken. Dass man sich in diesem Kontext Sorgen über das Budget macht wegen dieser Motion, heisst, dass Sie noch einmal selber über die Bücher müssten, weil Sie unter anderem in dieser Motion, die Sie damals überwiesen haben, auch die Vermögenssteuern senken wollen.

Lassen Sie mich kurz etwas dazu sagen, weil sie ja gesagt haben, wir sollen diesen Leuten auf andere Weise Geld zurückgeben. Also wenn wir etwas nicht tun sollten in diesem Kanton, dann, die Vermögenssteuern zu senken, wenn wir die zweithöchste Vermögensungleichheit haben in der Schweiz. In diesem Kontext machen Sie in einer Motion, in der Sie anscheinend anscheinend Ihre finanzpolitische Verantwortlichkeit nicht wahrgenommen haben, etwas, was hoch problematisch ist, und sagen dann, das muss man jetzt so machen, denn wir müssen die Attraktivität des Standorts sichern.

Das war die Diskussion um diese Motionen. Jetzt sind wir bei der Diskussion um den Überschuss. Ich kann Ihnen ganz ehrlich sagen, ich war und bin kein Fan von der Motion Moesch noch noch bin ich ein flammender Verfechter der Motion Zürcher. Ich finde es nicht richtig, dass wir diese Diskussion anhand von Rückverteilen von Überschüssen führen. Ich glaube in diesem Rat gibt es viele anwesende Personen, die wie ich denken, dass es viele Investitionen und Ausgaben gibt, die wir in diesem Kanton tätigen könnten, die wichtig sind und die wir tätigen müssten, sei es in das soziale Wohnen, sei es in das soziale Basel, sei es in die Infrastruktur, sei es in den Service Public. Es gibt viele Investitionen, die wir angehen müssen, sei es in einen Umbau beim Klima. Aber wenn wir schon die Diskussion darüber führen, dass wir Überschüsse rückverteilen möchten, dann müssten wir sie eigentlich rückverteilen, wie es in der Motion von Tonja Zürcher gefordert wird.

Und lassen Sie mich etwas sagen zur Definition, we, man wie helfen soll und wer wie Steuern zahlt. Oliver Bolliger hat es schon ausgeführt, es wird einfach immer wieder unterschlagen, dass diese Personen, die keine Einkommenssteuern zahlen, sehr wohl Steuern zahlen, Konsumsteuern nämlich, die asozialsten aller Steuern, die Mehrwertsteuer. Diese Steuern zahlen diese Personen. Und zweitens, wer trägt was wozu bei. Wenn wir wirklich an den Punkt kommen, an dem wir sagen, dass die Überschüsse nur von den Leuten generiert werden, die Steuern zahlen, dann haben wir ein grundsätzliches Verständnisproblem darüber, wie Wohlstand und wie auch Wachstum erarbeitet wird. Das wird nämlich nicht erarbeitet nur von den Leuten, die Steuern zahlen. Es gibt viele Menschen, die arbeiten und vielleicht nur wenige oder keine Steuern zahlen, und die tragen genau so etwas dazu bei zum Wohlstand in diesem Kanton, zum Wachstum in diesem Kanton.

Und dann noch etwas Grundsätzliches zur Frage, ob wir uns das leisten können und sollen. Wir haben letztes Mal eine Diskussion über die Familienergänzungsleistungen geführt. Ich habe nicht gehört, dass man das mit wehenden Fahnen unterstützen möchte und dass man ebendiesen Personen, die Sie vorher angesprochen haben, konkret helfen möchte. Ich muss ja auch gar nicht weit gehen. Wir werden bald wieder in diesem Saal sozialpolitische Dinge diskutieren und entscheiden, wo Sie dann wortreich begründen, warum wir das nicht ausgeben können, warum wir uns dort nicht exponieren können, warum wir uns das jetzt nicht leisten können.

Aber wenn wir darüber reden, wie Überschüsse, die übrigens auch die Unternehmenssteuererträge beinhalten, zurückzuverteilen sind, dann verteilen wir sie gerecht zurück und zwar an alle Menschen, die in diesem Kanton leben und etwas beitragen. Spielen Sie da um die Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Lorenz Amiet an? Sie wird angenommen.

Lorenz Amiet (SVP): Ich darf schon davon ausgehen, dass Ihnen bekannt ist, dass die Mehrwertsteuer eine Bundessteuer ist und mit dem, was wir hier debattieren, nicht das Geringste zu tun hat?

Beda Baumgartner (SP): Ja danke, Wirtschaft und Recht hatte ich auch in der Schule, der Punkt ist aber. dass man es trotzdem bezahlen muss.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Dann sind wir bei Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Warum nehmen wir diesen Vorstoss nicht entgegen, wenn wir doch den Vorstoss von Christian Moesch entgegengenommen haben? Es liegt nun einiges bei uns auf dem Tisch und ja, es ist der Regierung lieber, wenn sie diese Rückvergütung machen, wie sie im System Moesch vorgeschlagen wird, denn das ist für den Finanzhaushalt weniger riskant.

Diese Motion nehmen wir schon deshalb nicht entgegen, weil darin gefordert wird, dem Grossen Rat innert 6 Monaten eine Vorlage zu unterbreiten. Es tut mir leid, das ist schlicht unmöglich. Sie wissen ja auch, wie lange Sie in den Kommissionsberatungen an einem Geschäft haben, das schon ausgearbeitet vorliegt und wo Sie vielleicht Änderungen anbringen wollen. Und wir fangen hier bei Null an. Also es ist unmöglich im Prozess, das müsste das müsste in zwei oder drei Monaten in der Regierung sein und dann macht es da zwei oder drei Durchläufe. dIch weiss nicht, warum Sie immer so kurze Fristen einsetzen. Da müssen wir aus Prinzip dagegen sein.

Wenn Sie schreiben, dass die Bevölkerung an den Überschüssen beteiligt werden soll, habe ich immer den Eindruck, dass Sie uns vorwerfen, wir hätten ein grosses schwarzes Loch, wo das Geld verschwindet. Es verschwindet nicht. Es erhöht unseren Handlungsspielraum, wir haben weniger Schulden, die Bruttoschulden werden reduziert, wir müssen weniger Geld aufnehmen. Das erhöht den Handlungsspielraum für zukünftige Generationen, auch schon für die aktuellen. Wir sind bereits wieder etwas am Limit mit unserer Planung der Investitionen. Die sind sehr hoch, sogar sehr hoch, das heisst, wir brauchen diese Überschüsse, um unseren Finanzierungsgrad der Investition zu sichern. Das ist also nicht einfach für nichts, das das Geld wird gebraucht und auch sinnvoll eingesetzt.

Nichtsdestotrotz kann man darüber diskutieren, aber es ist nicht so, dass Sie sich Sorgen machen müssen, dass ich es sonst verbrenne, weil ich nicht weiss, was ich damit machen soll. Nein, es wird eingesetzt, ganz sicher, glauben Sie mir, Sie profitieren davon, die Unternehgmen profitieren davon. Ich bitte Sie, die Motion nicht zu überweisen. Das Thema ist bei uns angekommen, und innert 6 Monaten schaffen wir es schlicht nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Die Argumente haben Sie gehört. Ich kann mich sehr kurz fassen. Ich möchte einfach ein Bild korrigieren. Oliver Bolliger hat gemeint, dass man nicht nur Wohlhabende am Wohlstand beteiligen lassen möchte. Geschätzte Damen und Herren, in Basel-Stadt beteiligen sich alle am Wohlstand unseres Kantons. Indem wir uns die teuersten Schulen der Schweiz leisten, am meisten pro Kopf für Kultur ausgeben in der Schweiz, das grosszügigste Sozialsystem zum Beispiel im Bereich der Kitas haben der Schweiz und so weiter und so fort, und an diesen Dingen beteiligen sich alle, egal ob sie keine Steuern im Kanton bezahlen oder ob sie Millionen an den Kanton abliefern.

Wir müssen also auf keinen Fall jetzt noch mit irgendwelchem Helikopter-Geld, wo jeder noch einen Batzen bekommen soll, Leute für etwas entschädigen, das sie nicht zugute haben oder nicht bekommen. Alle Einwohnerinnen und Einwohner in unserem Kanton profitieren vom Wohlstand unseres Kantons und ich bin überzeugt – und in dem Punkt teile ich die Meinung der Basta und nicht die Meinung von Christian Moesch -, dass wir auch weiterhin und viele Jahre in der Zukunft von einem sehr guten Wohlstand und von guten Steuereinnahmen ausgehen können. Und die Erkenntnis, die ich jetzt gewonnen habe aus dieser Diskussion ist, dass diese Tatsache doch auch linksaussen angekommen ist und das freut mich.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir bei der Motionärin Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Wir sind in unserem Kanton in einer aussergewöhnlichen Situation. Während andere Städte in der Schweiz, andere Gemeinden sich überlegen müssen, ob sie Schulhäuser sanieren können oder nicht, diskutieren wir darüber, was wir mit dem jährlich anfallenden Überschuss im Bereich von mehreren 100 Millionen anfangen sollen. Wie sollen wir das verteilen oder eben nicht verteilen? Was wollen wir machen? Ja und auch ich, ganz ehrlich, wäre absolut dafür, dass wir in Zukunft keinen Überschuss mehr machen, wenn wir dieses Geld, das dieser Kanton hat, dafür einsetzen, um den Menschen zu helfen, die es brauchen. Familien wurden genannt, wir haben heute über Prämienverbilligungen diskutiert und so weiter und so fort.

Aber wenn sich der Regierungsrat und die bürgerliche Mehrheit in diesem Kanton sich weiterhin mit Händen und Füssen gegen diese wichtigen Investitionen, diese wichtigen Förderungen sträuben, dann werden wir auch in Zukunft Überschuss machen und dafür sollten wir schauen, dass wir damit etwas Sinnvolles anfangen.

Ich bin schon etwas erstaunt, dass die Regierung findet, dass eine Motion, die 10 Prozent des Überschusses verteilen wird, finanzhaushaltspolitisch viel riskanter ist als eine, die viel mehr davon verteilen will. Vielleicht kann mir das Tanja-Soland mal genauer erklären. Und zu den Fristen. Das ist halt so eine Sache. Wir haben heute schon verschiedene Geschäfte gehabt, deren Fristen schon mehrmals verlängert wurden und dann immer noch nicht umgesetzt wurden. Ich glaube, wir sind einfach langsam ungeduldig. Wir möchten, dass dieser Überschuss, wenn er dann auch in 10 Jahren noch ist, irgendwann auch mal zurückverteilt wird an die Bevölkerung und nicht weiterhin einfach gemacht wird. Und Tanja Soland, Sie wissen auch, dass bei einer zweiten Überweisung die Frist verlängert werden könnte, wenn das die Regierung unbedingt wollte. Also einfach hier beleidigt sein, weil wir eine strenge Frist gemacht haben, finde ich jetzt schon etwas peinlich.

Aber zur Motion selber. Oliver Bolliger und auch Beda Baumgarten haben sehr vieles schon sehr klar gesagt. Es geht hier um die Frage der sozialen Gerechtigkeit. Es ist aus meiner Sicht absolut nicht akzeptabel und auch nicht verständlich, warum wir ungefähr einen Viertel der Bevölkerung von diesem Überschuss ausschliessen wollen, warum wir das Geld den Menschen geben sollen, die es nicht brauchen und nicht denen, die es brauchen, Und ja, es ist schade, wenn das Geld dann vielleicht nicht jedes Jahr kommt, oder vielleicht in einem Jahr mal weniger und einmal mehr. Aber geben wir das Geld doch lieber einmal oder zweimal oder dreimal den Menschen, die es brauchen statt den Menschen, die es nicht brauchen, und dann können sie sich einmal ein neues Bett leisten oder einmal eine neue Zahnspange für ein Kind. Das wäre dann immerhin besser als ein Rolls-Royce oder ein Picasso auf dem WC.

Also es geht hier tatsächlich um soziale Gerechtigkeit und vielleicht können Sie sich damit auch eine Parkkarte leisten, wenn das so wichtig ist. Auch das dürfen diese Familien machen. Also bitte stimmen Sie Ja, wenn Sie das soziale Gewissen und den Blick für die kleinen Leute in der letzten halben Stunde nicht wieder vergessen haben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 50 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005015, 20.11.24 17:36:55]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird nicht überwiesen mit 50 Nein-Stimmen gegen 45 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

70. Motion 10 Joël Thüring betreffend Ausbildungsobligatorium – zur Erhöhung der Abschlussquote im Kanton Basel-Stadt

[20.11.24 17:37:08, 24.5333.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte und Sandra Bothe-Wenk hat das Wort.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Obwohl wir kantonal bereits zahlreiche Massnahmen ergriffen haben, erreichen wir lediglich eine Abschlussquote von 85,4 Prozent bis zum Alter von 25 Jahren. Wir liegen damit deutlich unter dem Ziel von neu 95 Prozent, das Bund und EDK gesetzt haben und unter dem schweizweiten Durchschnitt von 19,7 Prozent. Ein Abschluss auf Sekundarstufe ist die Voraussetzung für einen erfolgreichen Eintritt ins Erwerbsleben und zentral für eine nachhaltige Stellung auf dem Arbeitsmarkt. Wir sind wirklich auf alle Fachkräfte angewiesen, denn auch diese Zahlen sind besorgniserregend.

Die GLP begrüsst, dass das Erziehungsdepartement im Rahmen des Fokusthemas Laufbahnentscheide eine Abschlussquote von 95 Prozent in seine strategischen Ziele aufgenommen hat. Auf die geplante Evolution des Ausbildungsobligatoriums bis zum 18. Lebensjahr im Projekt Laufbahnoptimierung im integrativen Bildungsmodell LiB unterstützen wir ein Blick auf die Informationen zu LiB im Netz, zeigt aber, dass es vor allem um die Formulierung von Visionen für die Volksschule geht. Konkrete Massnahmen werden nicht aufgezeigt, hingegen wird angedeutet, dass bestehende Beurteilungs- und Bewertungssysteme für die Selektion zu überdenken sind. Bei uns Grünliberalen entsteht der Eindruck, dass die Volksschule möglicherweise erneut einer Reform unterzogen werden könnte. Wir fragen uns, ob der Weg über Visionen kurz- und mittelfristig tatsächlich zielführend ist, um der Verantwortung gerecht zu werden, junge Menschen bis zur Volljährigkeit verlässlich und realitätsnah in ihrer Ausbildung zu begleiten. Dabei verstehen wir ein Ausbildungsobligatorium nicht als zusätzliche staatliche Regulierung, sondern als einen Fokus darauf, dass Jugendliche auf ihrem Bildungsweg nicht ins Stocken geraten, ohne wieder zurückzufinden.

Dies geschieht, wenn Jugendliche nach der obligatorischen Schulzeit direkt arbeiten um die Familie zu unterstützen oder ein halbjähriges Praktikum absolvieren, aber keine Anschlusslehrstelle finden. Ein Indiz dafür ist die verzögerte Übertrittsquote im Basler Lehrstellenbericht 2023, die zeigt, dass Jugendliche Jahre nach der obligatorischen Schulzeit keinen Ausbildungsweg eingeschlagen haben. Dies führt zu verlorenen Jahren, erhöht das Risiko sozialer Isolation und verlängert die Abhängigkeit vom sozialen Unterstützungssystem. Weiter sehen wir in der Einführung einer Ausbildungspflicht eine Massnahme, um dem Problem des vorzeitigen Schulabbruchs entgegenzuwirken, denn Jugendliche, die nach der obligatorischen Schulzeit eine weiterführende Schule besuchen, laufen dann Gefahr, ins Abseits zu geraten, wenn sie mit den Anforderungen oder dem Leistungsdruck nicht zurechtkommen und ohne Plan abbrechen.

Der Bildungsbericht Schweiz 2023 zeigt, dass solche Schulabbrüche häufig die Abschlussquoten senken und die Zukunftsperspektiven der betroffenen Jugendlichen gefährden. Eine Ausbildungspflicht könnte dem entgegenwirken, indem sie allen Jugendlichen einen begleiteten und verbindlichen Rahmen bietet, der insbesondere den Übergang in die Berufsbildung erleichtert und erfolgreicher gestaltet. Die Sorge, Jugendliche könnten unvorbereitet in eine Ausbildung gedrängt werden, lässt sich durch eine Ausbildungspflicht entschärfen, wenn diese mit gezielten Massnahmen zur Motivation und intensiver Unterstützung beim Übergang von der Schule in die Ausbildung begleitet wird. Um die Wirtschaft besser einzubeziehen, liegen bereits Vorstösse vor.

Diese Ansätze sollten aber nicht nur auf die Sekundarstufe 1 beschränkt werden, sondern auch auf die Mittelschulen der Sekundarstufe 2 ausgeweitet werden. Die Ausbildung von Jugendlichen unabhängig von ihren familiären oder sozialen Voraussetzungen ist zweifellos das wichtigste Mittel zur Sicherung sozialer Gerechtigkeit, bekämpft den Fachkräftemangel und trägt entscheidend zu einem harmonisierten Zusammenleben in unserer Gesellschaft bei.

Wir unterstützen das in der Kreuztabelle, das haben Sie gesehen. Wir wollen eigentlich dem Regierungsrat die Möglichkeit geben, über die einzelnen Massnahmen und die Kostenfolge zu berichten, um eine abschliessende Entscheidung in Bezug auf eine verbindliche Umsetzung treffen zu können. Für die Frist der Umsetzung von einem Jahr kann zudem Verlängerung beantragt werden. Ausserdem findet sich in der Antwort der Regierung auf den Anzug von Melanie Nussbaumer nur zur Erhöhung der Abschlussquote auf Sekundarstufe 1 lediglich ein kurzer Abschnitt zum Stand der Umsetzung in Genf und im Tessin. Diese basieren jedoch nicht auf Standort spezifischen Voraussetzungen, die für Basel erst noch evaluiert werden müssen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Fina Girard.

Fina Girard (GAB): Es ist nicht zu bestreiten, eine Abschlussquote von 85 Prozent in unserem Kanton ist viel zu tief. Dahinter verbergen sich zerbrochene Träume, steinige Lebenswege, eine unsichere Zukunft und viel zu viele Talente, die unentdeckt geblieben sind und die wir eigentlich auf dem Arbeitsmarkt brauchen. Diese Entwicklung bereitet wohl allen hier drin Sorgen. Es ist keine Frage, dass sich etwas bewegen muss, aber ein Ausbildungsobligatorium?

Ich bin Schulrätin des Zentrums für Brückenangebote, eine Schule, die Enormes leistet genau für diejenigen Jugendlichen, die nach dem Abschluss der Sekundarschule noch Zeit brauchen, Zeit, um sich mehr Wissen anzueignen, um Lücken zu schliessen, Zeit, um herauszufinden, welcher Weg zu ihnen passt. Damit so ein Brückenangebot funktioniert, braucht es aber vor allem eines, die Jugendlichen selbst, Sie sind die, die diese Chance packen müssen, sie müssen die Motivation für eine Ausbildung selber finden. Vielleicht können wir Jugendliche zwingen, in einem Schulzimmer zu sitzen, aber können wir sie zwingen, dabei auch etwas mitzunehmen?

Ich halte ein Ausbildungsobligatorium deshalb für den falschen Weg. Wir dürfen nicht vergessen, es ist kein Zufall, wenn ein junger Mensch mit 25 Jahren noch keine Ausbildung auf Sek 2 abschliessen konnte. Die Zahl der Jugendlichen, die unter psychischen Belastungen leiden, steigt. Schulabsentismus ist ein Symptom davon. Nicht alle Jugendliche funktionieren in unserem Schulsystem und nicht alle erhalten die Förderung, die sie verdienen und die zu ihnen passt. Und wir dürfen die Jugendlichen nicht vergessen, die dramatische Fluchterfahrungen machen mussten, die in ihrem Heimatland vielleicht kaum beschult wurden, die zum Teil überhaupt erst einmal alphabetisiert werden müssen.

All diese Jugendlichen brauchen Unterstützung. Auch wir sind bereit, Massnahmen zu unterstützen, welche den Ausbildungsstand der Jugendlichen erfassen, die sie beraten und eng begleiten, damit niemand durch die Maschen fällt. Als GAB halten wir es aber nicht für sinnvoll, mit einem Obligatorium Jugendliche durch Ausbildungen zu drängen, die nicht zu ihnen passen oder wo ein erfolgreicher Abschluss kaum gelingen wird. Wir glauben, ein Ausbildungsobligatorium produziert nicht gut ausgebildete Fachleute, sondern eher Bildungswege, die zum Auffangbecken oder zum Abstellgleis werden. Wie eine solche Umwälzung unseres Ausbildungssystem innert der Frist eines Jahres gelingen soll, ist uns ebenfalls ein Rätsel. Deshalb, Begleitung und Unterstützung unbedingt Ja, ein Obligatorium aber bitten wir Sie abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Entgegen der Kreuztabelle ist die SP für eine Erstüberweisung dieser Motion. Es wurde bereits angesprochen, Melanie Nussbaumer hat einen Anzug eingereicht, der ebenfalls ein Ausbildungsobligatorium angesprochen hat, hat aber in ihrem Anzug noch ganz viele andere Themen angesprochen. Und da danke ich Fina Girard für ihr Votum, obwohl wir das sehr stützen aber zu einem anderen Schluss kommen. Ein Ausbildungsobligatorium kann helfen, hilft aber nur, wenn es begleitet wird, wenn es Begleitmassnahmen, Unterstützungsmassnahmen für die Jugendlichen dazu gibt. Ich denke da zum Beispiel an die Schulsozialarbeit auf der Sek Stufe 2. Die gibt es noch nicht. Das wäre ein ganz wichtiges Instrument, um Jugendliche auf dem Weg zu einer Ausbildung zu begleiten, dass sie nicht aus dem System fallen.

Darum möchte die SP-Fraktion eine Stellungnahme des Regierungsrats hören, möchte auch etwas tiefer hören, was denn das Projekt LiB wirklich beinhaltet. Das wird nur kurz angesprochen in der die Beantwortung des Anzugs von Melanie Nussbaumer. Da würden wir gerne etwas mehr hören. Ich würde auch gerne von Joël Thüring danach hören, ob er bereit ist, die Frist von einem Jahr zu verlängern, weil es nicht möglich ist, in einem Jahr ein Ausbildungsobligatorium umzusetzen. Also auch da wäre ich sehr froh um ein Signal.

Die SP-Fraktion ist für diese Erstüberweisung, was wir nachher machen mit der Stellungnahme des Regierungsrats, ob wir sie ein zweites Mal überweisen oder für einen Anzug sind, werden wir dann sehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Eine Umsetzung innerhalb eines Jahres ist nicht machbar. Wir kennen in der Schweiz zwei Beispiele aus den Kantonen Tessin und Genf. Was heisst das für die vorliegende Forderunge nach einem Ausbildungsobligatorium bis zum Alter 18 im Kanton Basel-Stadt? Wir sind überzeugt, die Idee eines Ausbildungsobligatoriums muss sorgfältig geprüft werden. So stellen sich viele Fragen. Welche Vorteile ergeben sich daraus? Welche Wirkungen sind zu erwarten? Welche Kosten hätte ein Ausbildungsobligatorium zur Folge? Wie liesse sich ein Ausbildungsobligatorium durchsetzen? Welche Sanktionen wären für das Nichtbefolgen eines Ausbildungsobligatorium möglich und durchsetzbar?

Klar ist auch, ein allfälliges Ausbildungsobligatorium hätte verschiedene Gesetzesänderungen zur Folge. Ich kann Ihnen mitteilen, eine Prüfung des Themas Ausbildungsobligatorium ist im Rahmen des Projekts Laufbahnoptimierung im integrativen Bildungsmodell im ED sowieso vorgesehen. Wir sind jetzt in der Startphase. Das führt mich zum Hauptargument, warum die Motion abzulehnen ist. Und dazu kommt noch, dass das Vorlegen einer Gesetzänderung innerhalb eines Jahres völlig unrealistisch ist. Daher beantragen wir Ihnen, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Ich habe vor allem aufgrund des Votums von Fina Girard auf den Knopf gedrückt. Franziska Roth hat auch schon vieles gesagt, was ich als Reaktion darauf sagen wollte. Mir scheint vor allem wichtig zu sehen, dass das Wort Obligatorium nicht heisst, dass man mit einem Baseballschläger die Jugendlichen mit Gewalt bedroht und sie zwingt, irgendetwas zu tun, was sie nicht tun wollen. Sonst müssten wir auch das Schulobligatorium in der Volksschule abschaffen. Es geht darum, Zugriff auf sie zu behalten. Es gibt ja das Gap–Case Management, um Leute zu begleiten, die Mühe haben, einen Berufsausbildungsweg zu finden. Aber das beruht darauf, dass die Jugendlichen auch Willens sind, da teilzunehmen und wenn sie dann mal nicht mehr in Kontakt stehen, dann gibt es keine Möglichkeit, bei ihnen dran zu bleiben und sie weiter zu unterstützen.

Ich sehe in der Möglichkeit der Prüfung dieses Obligatoriums auch die Möglichkeit, eben mehr Zugriff zu behalten, um zu unterstützen, wie das auch Franziska Roth dargelegt hat. Dass das Jahr für die Umsetzung zu knapp bemessen ist, das sieht auch die Fraktion Mitte/EVP. Wir wollen vor allem der Idee eine Chance geben und denken auch, dass dann bei einer zweiten Überweisung ein Verlängerungsantrag möglich wäre.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Ich habe mich jetzt auch spontan noch gemeldet, weil ich bei diesem Thema wirklich auch meine grosse Bedenken habe. Man kann sagen wie Franziska Roth, dass man unter dem Ausbildungsobligatorium eigentlich etwas anderes versteht, Unterstützungsmassnahmen, die wir ja schon lange kennen, das Gap-Case gibt es jetzt auch nicht erst seit gestern schon so schon seit langem. Und trotzdem, aus meiner Realität, aus der sozialen Arbeit mit Menschen, die wirklich nicht den Schullaufbahnweg machen, den wir uns alle vorstellen, und sonst keine Probleme haben, bekommen sie im Ausbildungsobligatorium, wie ich das Obligatorium halt auch verstehe und ich gehe mal davon aus, dass Joël Thüring da trotzdem ein bisschen ein Obligatorium sieht, nicht einfach nur Unterstützungsmassnahmen.

Darin sehe ich eine grosse Gefahr. Wenn die Regierung zu diesem Thema etwas machen möchte, dann denke ich, müsste es eigentlich aus ihrer Sicht um die Frage gehen, wie wir eine gute Ausbildungsquote für Jugendliche und junge Menschen erreichen, welche Massnahmen nötig sind für Personen, die gar keine Probleme haben und für Personen, die richtig grosse Probleme haben. Und ich fände schon spannend zu wissen, was ein Ausbildungsobligatorium heisst für einen Jugendlichen oder jungen Erwachsenen, der mit 19 Jahren auf der Sozialhilfe ist und unterstützt werden muss und zurzeit nicht in der Lage ist, irgend an etwas teilzunehmen oder vielleicht auch nicht möchte aufgrund seiner aktuellen Situation. Wird dann die Sozialhilfe in Frage gestellt? Das könnte ja ein Ausbildungsobligatorium auch bedingen.

Deshalb bin ich weiterhin, auch nach den Voten von Seiten der SP, immer noch gegen die Überweisung dieser Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage an? Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Ich bin ja auch Präsident der Schulkommission von der Gewerbeschule. Haben Sie das Gefühl, mit so einem Obligatorium würden wir diese Quote von 15 Prozent junger Menschen, die eben keinen Abschluss haben, wirklich verbessern können?

Oliver Bolliger (GAB): Nein, das glaube ich nicht. Es braucht Massnahmen und eine Wirtschaft, die entsprechend reagiert.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Motionär Joël Thüring hat nun das Wort.

Joël Thüring (SVP): Ich kann mich auch relativ kurz halten, weil insbesondere auch Sandra Bothe sehr viel in ihrem Votum gesagt hat, was dafür spricht, dass Sie diese Motion bitte an den Regierungsrat zumindest für eine Erstüberweisung überweisen, damit er uns berichten kann.

Es ist tatsächlich so, dieses Ausbildungsobligatorium soll dazu führen, dass wir auch Erkenntnisse dazu sammeln, weshalb eben gewisse Jugendliche oder junge Erwachsene auch nicht einen Abschluss zustande bekommen haben. Es soll dem Kanton auch ein stückweit die Möglichkeit geben, aufgrund dieser Zahlen oder aufgrund dieser Erhebungen Rückschlüsse auf Risikofaktoren zu treffen und dann auch allenfalls die entsprechenden Massnahmen in die Wege zu leiten, damit diese verbessert werden können damit diese Abschlussquote, die im Kanton Basel-Stadt mit 85 Prozent sehr tief ist, erhöht werden kann. Das ist eigentlich der Kern des Anliegens, weil wir eben zu viele junge Erwachsene haben, die eben diesen Abschluss nicht haben, dass wir diese Quote erhöhen.

Und ich glaube, es ist auch wirklich eine Investition in diese jungen Menschen, damit diese nicht durch die Maschen des Ausbildungssystems fallen. Es erhöht auch die Chance, dass wir junge Erwachsene im Ausbildungssystem behalten, wenn wir sie mit diesem Ausbildungsobligatorium auch ein bisschen besser «im Griff» haben. Und deshalb freut es mich auch, dass Franziska Roth im Namen der SP-Fraktion kundgetan hat, dass sie für eine erste Überweisung wäre. Ich kann auch versichern, dass diese Frist von einem Jahr nicht sakrosankt ist. Selbstverständlich haben wir Verständnis dafür, dass eine Einführung des Obligatoriums nicht von heute auf morgen geschehen kann und da bin ich sehr gerne bereit, auch als Motionär, einer allfälligen Verlängerung der Frist auch zuzustimmen.

Und es gibt ja da auch tatsächlich, wie es auch schon gesagt wurde, Beispiele aus dem Kanton Tessin, die mann dann bei der Umsetzung auch mitberücksichtigen kann. Ich hoffe, dass die Regierung, sofern diese Motion dann auch überwiesen wird, das dann auch macht, hier auch profitieren kann von Erkenntnissen und Erfahrungen, die schon an anderer Stelle gemacht worden sind. Und deshalb glaube ich auch ist diese Motion eine Ergänzung zum bereits erwähnten Anzug von Melanie Nussbaumer, die ja einen breiteren Fächer in ihrem Vorstoss angesprochen hat. Hier liegt in der Zwischenzeit die Antwort des Regierungsrates vor. Und ich muss kritisch an die Adresse der Regierung festhalten, dass sie mich jetzt nicht überzeugt hat, dass diese Motion der falsche Weg ist, im Gegenteil, sie hat mich auch eher darin bestärkt, dass es wichtig ist, an dieser Motion für den Moment auch festzuhalten. Und hier habe ich auch Hoffnung, dass Regierungsrat Mustafa Atici diesem Anliegen sehr wohlwollend gegenübersteht. Er hat ja als Nationalrat ähnliches oder gleiches auch bereits gefordert und ich glaube, er wird auch als jetzt zuständiger Departementsvorsteher diesen Geist, den er in Bern hatte und in Bern vertrat, nicht vergessen und dieses Anliegen auch vielleicht so angehen, wie es auch aus meiner Sicht und auch aus Sicht der Mitvotantinnen und -votanten gemeint ist.

Deshalb bitte ich Sie, geben Sie dieser Motion eine Chance bei der Erstüberweisung. Wir können dann schauen, was der Regierungsrat dazu berichtet. Ich würde mir aber jetzt auch an die Adresse des Erziehungsdepartements wünschen, dass die Antwort substanziell ausfällt und dann auch nicht die Situation allzu sehr relativiert oder gar beschönigt, weil diese ist in Basel-Stadt mit dieser doch sehr tiefen Abschlussquote tatsächlich nicht zufriedenstellen. Das beunruhigt uns, wir haben damit ein grosses Risiko, dass wir Menschen auch in prekären Arbeitsverhältnissen nachher haben, weil sie keinen Abschluss haben. Und wenn wir über dieses Ausbildungsobligatorium etwas zur Erhöhung der Abschlussquote beitragen können, dann glaube ich, ist dies der richtige Weg.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat nimmt die Motion nicht entgegen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 31 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005018, 20.11.24 17:59:34]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird überwiesen mit 59 Ja-Stimmen gegen 31 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Ich wurde gebeten, darauf hinzuweisen, dass auch heute Abend eine politische Kundgebung angekündigt ist auf dem Marktplatz zu einem anderen Thema, als wir es im Oktober auf dem Marktplatz hatten. Auch die Polizei hat uns darüber informiert. Diese ist also im Bilde.

Schluss der 38. Sitzung

18:00 Uhr

Protokoll

der 39. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 20. November 2024, um 20:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Raoul I. Furlano (LDP), Jérôme Thiriat (LDP), Raphael Fuhrer (GAB), Georg Mattmüller (SP), Salome Bessenich (SP), Lorenz Amiet (SVP).

Verhandlungsgegenstände:

71. Motion 11 Catherine Alioth und Konsorten betreffend Einrichtung einer öffentlichen Bibliothek für die Quartiere Kleinhüningen und Klybeck 2
72. Motion 12 Laurin Hoppler und Konsorten betreffend gezielte Unterstützungsmassnahmen für Junge Lehrpersonen während des Studiums 4
73. Motion 13 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Förderung von Psychotherapieplätzen durch die Subventionierung der Weiterbildung von psychologischen und ärztlichen Psychotherapeut:innen 8
74. Motion 14 Daniel Albietz und Michael Hug betreffend Wiedereinführung des Gebietsprinzips im Bau- und Gastgewerbeinspektorat (BGI) 8
75. Motion 15 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Verbot von Einweg-E-Zigaretten 12
76. Motion 16 Nicole Kuster und Konsorten betreffend Unterstützung der Schulen und der Lehrpersonen bei der Anwendung von KI-Systemen in der Bildung 18
77. Motion 17 Oliver Thommen und Sandra Bothe betreffend Messenger Dienst für die Basler Volksschulen 21
78. Motion 18 Daniel Albietz und Konsorten betreffend Restfinanzierungsdarlehen für gemeinnützige Wohnbauträger 24

Beginn der 39. Sitzung

Mittwoch, 20. November 2024, 20:00 Uhr

71. Motion 11 Catherine Alioth und Konsorten betreffend Einrichtung einer öffentlichen Bibliothek für die Quartiere Kleinhüningen und Klybeck

[20.11.24 20:00:09, 24.5350.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Wir eröffnen die Debatte. Das Wort geht an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Die Motion von Catherine Alioth und Konsorten fordert ja, dass auf der Basis eines Vorschlags des Dorfvereins Kleinhüningen im Einkaufszentrum Stücki eine Quartierbibliothek Kleinhüningen als neue Zweigstelle der GGG Stadtbibliothek eingerichtet wird und die Motionäre fordern den Regierungsrat auf, innert Jahresfrist dazu eine Vorlage zu unterbreiten.

Die Motion stellt in Aussicht, dass so ein neuer lebendiger und integrativer Ort der kulturellen Bildung entstehen könnte, dies auch vor dem Hintergrund der Schliessung der Quartierbibliothek Kleinhüningen im Jahr 2005 aufgrund von Sparmassnahmen durch die GGG. Der Dorfverein Kleinhüningen hat in diesem Zusammenhang auch eine Petition lanciert, in der er auch auf die anstehenden Entwicklungen im Zusammenhang mit Klybeck Plus und dem daraus resultierenden Bevölkerungswachstum verweist.

Der Regierungsrat schätzt die Arbeit der GGG Stadtbibliotheken sehr und er stellt das integrative Potenzial der hervorragenden Arbeit, die an der Hauptstelle und in den Zweigstellen geleistet werden nicht in Frage. Dennoch möchte der Regierungsrat nicht auf diese Motion eintreten und das aus folgenden Gründen: Wir schätzen das zivilgesellschaftliche Engagements sehr, gleichzeitig sollte es nicht ohne Absprache mit den betroffenen Institutionen im Hinblick auf deren eigene Vorstellung zu einer neuen strategischen Entwicklung führen. In diesem Fall wären die Hauptakteure die GGG und der Kanton Basel-Stadt. Zweitens, Sie haben hier in der Septembersitzung einen Investitionsbeitrag zur Erweiterung der Bläsi Bibliothek der GGG gesprochen, und zwar einstimmig. Der Ausgabenbericht des Regierungsrats hatte ausführlich und auch allgemein überzeugend deshalb die Einstimmigkeit dargelegt, weshalb der Ausbau der Quartierbibliothek Bläsi als eine von sieben Zweigstellen der richtige Weg ist für die Verstärkung der Leseförderung und der Integration im Matthäusquartier und in den angrenzenden Quartieren.

Die GGG hat sich mit Zustimmung des Regierungsrats und von Ihnen dafür entschieden, aufgrund des steigenden Bedarfs und der erfreulich grossen Nachfrage in Kleinbasel zum jetzigen Zeitpunkt nicht einen zusätzlichen Standort zu eröffnen, sondern einen bestehenden Standort zu erweitern und auszubauen. Im Ratschlag zur Investition wird auch transparent dargelegt, dass die Betriebskosten dagegen nach der Erweiterung um rund 180’000 Franken pro Jahr steigen werden und dass die GGG dafür dann auch korrekterweise eine Erhöhung der Staatsbeiträge für die Periode 2026 bis 2029 beantragen wird. Die GGG müssen in diesem Herbst 2024 ihren Antrag um Erneuerung der Staatsbeiträge für die nächste Periode ab 2026 einreichen. Sofern es für die GGG ein zentrales Anliegen ist und im Rahmen ihrer strategischen Gesamtentwicklung auch begründet wird, dass in Kleinhüningen kurzfristig ein zusätzlicher Standort etabliert werden soll, so erwartet der Regierungsrat, dass dieser Antrag dann durch die GGG entsprechend eingebracht wird, damit er im Rahmen der regulären Staatsbeitragsverhandlungen auch diskutiert werden kann.

Ich erlaube mir zudem, daran zu erinnern, dass der Grosse Rat den Regierungsrat in der Debatte um die letzte Staatsbeitragserneuerung im Januar 2021 explizit dazu aufgefordert hat, die strategische Entwicklung der Zweigstellen der GGG enger zu begleiten und ihr mehr Beachtung zu schenken. Dies betrifft besonders Anpassungen im Filialnetz der Bibliotheken. Sie haben uns den Auftrag gegeben, einen intensiveren Austausch über die Strategie und den Leistungsauftrag der GGG zu führen. Entsprechend wäre es sonderbar, wenn jetzt isoliert zusätzlich ultimativ die Errichtung einer neuen Zweigstelle innerhalb eines Jahres gefordert würde. Wir haben übrigens diesen Ball des Grossen Rates sehr gerne aufgenommen. Daraus ist ja der bereits erwähnte Investitionsantrag zum Ausbau und zur Erweiterung der Quartierbibliothek Bläsi entstanden.

Der Regierungsrat ist sich natürlich auch bewusst, dass die Entwicklungen auf dem Klybeckareal zusätzlichen Wohnraum schaffen werden und damit die Bevölkerungszahlen und die Bevölkerungsdichte in Kleinbasel erhöhen werden. Der Regierungsrat ist entsprechend gern bereit, im Dialog mit der GGG in diesem Zusammenhang den Bedarf nach einem zusätzlichen Standort im Kleinbasel respektive in Kleinhüningen zu prüfen. Dafür ist die Zeit aktuell aber noch nicht reif. Man sollte das sorgfältig zusammen überlegen, sobald die künftig nötigen Kapazitäten besser abschätzbar sind.

Ich bitte Sie deshalb aus all diesen Gründen, nicht auf die Motion einzutreten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat die Motionärin Catherine Alioth das Wort.

Catherine Alioth (LDP): Ich bedanke mich mal für diese Ausführungen und die Gründe, die ich teilweise nachvollziehen kann, aber eben doch nicht ganz. Ich fahre mit meinen Gründen fort. Es ist ja so, dass diese Stadtbibliothek, in Kleinhüningen gab es schon einmal eine Filiale, die wurde dann aus finanziellen Gründen geschlossen. Seither ist das Quartier ohne öffentliche Bibliothek, das war im 2005. Die nächstgelegenen Alternativen, wir haben es eben gehört, ist die Bibliothek Bläsi und eventuell die Bibliothek Hirzbrunnen, aber das ist schon ziemlich weit weg. Wenn man kleinere Kinder in die Bibliotheken entsendet, dann ist das Bläsi schon weit weg, also das finde ich keinen Grund. Und in den fast 20 Jahren seit der Schliessung hat sich auch das Quartier Kleinhüningen stark verändert und jetzt mit der Aufhebung der Industriezone im Klybeck entsteht zudem das neue Wohnquartier, wir haben es auch gehört, mit neun Kindergärten und Primarschulen.

Dass die Quartiere Kleinhüningen und Klybeck eine öffentliche Bibliothek dringend wünschen, zeigt die Petition, die eben auch vorher erwähnt wurde, die der Dorfverein Pro Kleinhüningen letzte Woche eingereicht hat. Über 1'000 Personen haben diese innerhalb von zwei Monaten unterschrieben, das zeigt schon auch, dass der Wunsch da ist. Und noch zum Filialnetz der GGG Stadtbibliotheken. Es zeigt eigentlich deutlich, dass diese dichtbesiedelten Quartiere Kleinhüningen und Klybeck, dass dort das Angebot fehlt, man kann das auf einer Karte anschauen und ich glaube, das wäre wirklich dringend, dass man dies macht.

Und wie gesagt, neben Bücher kann eine Bibliothek auch Veranstaltungen, Workshops und kulturelle Programme anbieten, die das kulturelle Leben im Quartier bereichern. Eine solche Einrichtung würde nicht nur die Attraktivität des Quartiers steigern, sondern auch einen wichtigen Beitrag zur Bildungsförderung und zur Stärkung der Gemeinschaft leisten sowie den sozialen Austausch fördern und die Zusammengehörigkeit stärken. Auch die Einbindung von Organisationen, die in der offenen Kinder- und Jugendarbeit tätig sind, sollte geprüft werden. Dies würde einen zusätzlichen Mehrwert schaffen, wie es an einigen Standorten der GGG Staatsbibliothek bereits erfolgreich umgesetzt wird.

Die Motionärinnen und Motionäre beauftragen den Regierungsrat, dem Grossen Rat innert Jahresfrist eine Vorlage zur Errichtung einer Zweigstelle der GGG Stadtbibliothek für die Quartiere Kleinhüningen und Klybeck zu unterbreiten. Es ist mir klar, das ist relativ sportlich, innert eines Jahres, weil es doch noch einige Dinge abzuklären gibt, aber da gibt es ja immer noch die Möglichkeit, dass man auch die Frist verlängern kann und ich finde da kann man auf jeden Fall darüber reden. Wir erachten diesen Auftrag nicht nur als Schritt in die richtige Richtung, sondern auch als notwendigen Ausdruck des Engagements für die Zukunft dieser Quartiere.

Im Namen der Motionärinnen und Motionäre bitte ich Sie deshalb, die Motion an den Regierungsrat zu überweisen, um diese positive Veränderung für die Quartiere Kleinhüningen und Klybeck in die Wege zu leiten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005022, 20.11.24 20:10:36]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird überwiesen mit 85 Ja-Stimmen gegen keine Nein-Stimme und 2 Enthaltungen.

72. Motion 12 Laurin Hoppler und Konsorten betreffend gezielte Unterstützungsmassnahmen für Junge Lehrpersonen während des Studiums

[20.11.24 20:10:42, 24.5367.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Wir eröffnen die Debatte und geben das Wort an Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Im Namen der Liberal-Demokratischen Fraktion bitten wir Sie, diese Motion zu überweisen. Dies aus mehreren Gründen. Einerseits haben wir unterdessen junge Lehrpersonen, die im Rahmen der gegebenen Regelungen bereits aushelfen oder bereits arbeiten in den Schulen. Dort ist es aber so, dass das bestehende Angebot an Unterstützung oft nicht genügend bekannt gemacht wird und ein Angebot, das nicht bekannt gemacht wird, kann auch nicht in vollem Ausmass genutzt werden und deshalb nicht die Wirkung entfalten, die eigentlich angedacht wäre davon. Andererseits haben wir aber auch angehende Lehrpersonen, die bereits vor dem letzten Drittel des Studiums unterrichten in den Schulen und dort ist es so, dass sie aktuell einfach durch die Maschen des vorgesehenen Unterstützungs- und Mentoring-Angebot fallen, was heisst, dass sie gar nicht unterstützt werden im Gegensatz zu den Personen, die im letzten Drittel des Studiums bereit Anspruch darauf hätten.

Die ersten Erfahrungen im Beruf sind jedoch entscheidend für das Erfolgserlebnis, das die Personen später haben, und ich denke, wir sind uns alle einig, dass ein erfolgreicher Berufseinstieg für Lehrpersonen, die unsere Zukunft die nächsten Generationen betreuen, definitiv massgebend ist für unsere Gesellschaft als Ganzes. Und Lehrpersonen haben viele Anspruchsgruppen um sich herum. Da gibt es Eltern, da gibt es aber auch andere Instanzen in den Schulzimmern, die unsere Schulkinder unterstützen, und parallel gibt es bei diesen Personen noch das Studium, das durchaus mit dem Beruf nebenbei, mit dem Berufseinstieg sehr beanspruchend sein kann. Das Ziel muss es sein, dass wir da ein Erfolgserlebnis generieren, damit die Berufswahl, die diese jungen Leute eingeschlagen haben, eben bestätigt wird, damit sie dabeibleiben, nicht abbrechen und nicht aus dem System herausfallen, denn wir brauchen Lehrpersonen aktuell fast mehr denn je.

Allgemein ist der Berufseinstieg ein sehr wichtiger Schritt, ein Schritt, der oft zu wenig Beachtung erfährt in unserer Gesellschaft, in unserem System. Man geht über von einer Ausbildung in den Beruf, den man hoffentlich lange ausführt und deshalb denke ich, dass gerade hier bei den Lehrpersonen es am falschen Ort gespart ist, wenn man nicht genauer hinschaut und ich bitte Sie deshalb, dass wir diese Motion überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Ich möchte kurz sagen, weshalb bei der Fraktion Mitte-EVP ein Offen steht. Wir teilen grundsätzlich das Anliegen sehr, sehen auch die Problematik, wie sie jetzt auch Annina von Falkenstein dargelegt hat. Die Frage war bei uns ein bisschen, ob explizit auf die FHNW ausgerichteten Forderungen, ob das der richtige Weg ist. Erstens ist die Frage schon nur, es ist ja vierkantonal, können wir als basel-städter Parlament da einfach so einen Auftrag übermitteln, und zweitens, dass vielleicht das drängendere Problem wäre, an den Schulstandorten die notwenigen Rahmenbedingen und Ressourcen zu haben, um vor Ort in der Praxis dann gerade so Fälle, wenn Lehrpersonen schon unterrichten, während sie eigentlich noch in der Ausbildung sind, um die gezielter und in der Praxis unterstützen zu können. Von daher sind wir jetzt unsicher, ob das so, wie es in der Motion beschrieben ist, der ideale Weg ist. Das ist der Grund für das Offen und es werden sicher einige auch zustimmen. Wir werden sehen, wie das dann genau ausfällt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Jenny Schweizer ist die nächste Sprecherin.

Jenny Schweizer (SVP): Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich Sie, diese Motion nicht zu überweisen. Was auf den ersten Blick logisch tönt, ist in der Praxis in unseren Augen nicht umsetzbar. Die FHNW ist ja nicht nur eine basel-städtische Institution, sondern eine vierkantonale. Daher kann Basel-Stadt beim Leistungsauftrag während des Studiums nicht alleine etwas ändern, da dieser zusammen mit den vier Trägerkantonen definiert werden muss. Die Motion fordert eben, dass die Unterstützungsmassnahmen während des Studiums angeboten werden müssen und dies würde dann in den Leistungsauftrag fallen. Es kann nur bei der Weiterbildung und Beratung, also nach dem Studium, kantonale Vereinbarungen geben und gerade hier beim Berufseinstieg ist Basel-Stadt sehr gut aufgestellt. Und wenn man einen Blick in diesen Weiterbildungs- und Beratungskatalog wirft, kommt man zum Schluss, dass dieser während des Studiums schon aus Zeitressourcen nicht möglich ist. Zudem sollte darauf hingearbeitet werden, dass zuerst die Ausbildung als Lehrperson abgeschlossen wird. Diese würde die Unterrichtsqualität an unseren Schulen massiv erhöhen. So aber müssten noch mehr Mentoren und Mentorinnen abdelegiert werden und auch dies würde Lehrpersonenressourcen unnötig belasten, was wir uns wegen dem Fachkräftemangel nicht erlauben können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Sandra Bothe.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Das bestehende Angebot «Begleitender Berufseinstieg» umfasst bereits ein umfassendes Mentoring und auch Supervision. Dennoch habe ich mich von Laurin Hoppler vom Anliegen überzeugen lassen und Annina von Falkenstein hat bereits viele gute Gründe dazu genannt. Wobei sich für uns noch immer die Frage stellt, ob der Ausbau der Unterstützungsangebote tatsächlich der richtige Weg ist. Es scheint uns viel schlauer, Verbesserungen gezielt vor dem Berufseinstieg vorzunehmen. Andererseits ist es eben, wir haben es gehört, eine Tatsache, dass der Lehrkräftemangel zunehmend dazu führt, dass Studierende bereits während ihrer Ausbildung in den Beruf einsteigen. Schon jetzt arbeitet die Mehrheit der Auszubildenden an Schulen und diese Entwicklung wird sich weiter verschärfen. Nur überbrückt der Ausbau von Unterstützungsangeboten beim Berufseinstieg das Problem nur kurzfristig und löst es nicht nachhaltig. Hier liegt denn auch der eigentliche Knackpunkt unserer Ansicht nach. Die Attraktivität des Berufs sinkt und die Belastungen für angehende Lehrkräfte steigen erheblich. Es ist folglich nur ein Tropfen auf den heissen Stein, wenn kostenintensive Unterstützungsangebote ausgeweitet werden, statt grundlegende Verbesserungen in Bezug auf die Berufsattraktivität anzustreben.

Der Motionär hält auch fest, dass der Übergang von der Theorie zur Praxis herausfordernd ist. Damit weist er auf ein weiteres Problem hin. Eine Fachhochschule soll praxisorientierte Studiengänge mit berufsqualifizierenden Abschlüssen anbieten. Die Motion macht zudem deutlich, dass die Belastung bereits während des Studiums und beim Berufseinstieg so gross ist, dass neben dem bestehenden Angebot des begleitenden Berufseinstiegs ein weiterer Ausbau psychologischer und fachlicher Unterstützung für angehende Lehrkräfte gefordert wird. Uns Grünliberalen stellt sich hier konkret die Frage, ob nicht ganz grundsätzlich etwas im Argen liegt, wenn der Beruf schon während der Ausbildung als belastend empfunden wird.

Trotz der Argumente zeigt sich die GLP heute offen gegenüber der Erstüberweisung der Motion, weil sie sich auf die aktuelle ungünstige Situation bezieht, die wegen dem Fachkräftemangel entsteht. Ein Teil der Fraktion hofft, dass der Bericht der Regierung aufzeigt, wie die Herausforderungen von Studierenden, die bereits berufstätig sind oder als Quereinsteiger starten sowie der Schulen, an denen sie tätig sind, aktuell angegangen werden. Dabei sollte geprüft werden, ob genügend Lehr- und Fachpersonen für das Mentoring zur Verfügung stehen und ob die Entschädigung im Vergleich zu anderen Kantonen konkurrenzfähig ist. Nur so kann sichergestellt werden, dass erfahrene Lehrpersonen bereit sind, die Aufgabe eines Mentorats zu übernehmen.

Aber unabhängig davon, ob wir diese Motion überweisen oder nicht, muss der Beruf wieder an Attraktivität gewinnen und das Theorie-/Praxis-Problem der Pädagogischen Hochschule gelöst werden. Dies ist längerfristig viel bedeutender als die Schaffung weiterer Unterstützungsangebote, die letztlich nur deshalb eingesetzt werden müssen, weil die beruflichen Qualifikationen eventuell nicht ausreichen, die Belastungssituationen zunehmen und in der Konsequenz langfristig immer weniger Menschen für den Beruf gewonnen werden können. Das schwächt die Bildungsqualität und dies führt zu gesellschaftlich schwerwiegenden Folgen.

Wir sind offen, weil wir gespannt waren auf die anderen Voten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Zuerst muss ich den Motionär tadeln. Das ist nicht der einzige, aber das ist keine Motion. Eine Motion, mit ihr kann ein Ratsmitglied oder eine ständige Kommission den Regierungsrat verpflichten, dem Grossen Rat eine Vorlage zur Änderung der Verfassung oder zur Änderung eines bestehenden Erlasses oder eines neuen Gesetzes oder eines Grossratsbeschlusses zu unterbreiten. Ich denke, das ist ein klarer Prüfauftrag im Sinne eines Anzuges und kommt hier

vielleicht zu Unrecht von mir ins Visier, aber es gibt hier in diesem Haus die Unsitte, wegen jeder Kleinigkeit eine Motion einzureichen. Ich weiss, der Anzug wird einfach deutlich zu wenig verwendet, er wäre hier passender.

Gleichwohl stimmen wir einer Erstüberweisung der Motion, wie sie hier vorliegt, zu, weil wir es wirklich wichtig finden, dass man junge Lehrpersonen stärker unterstützt beim Berufseinstieg, weil es gerade auf der Sekundarstufe 1 ganz besonders, aber auch an anderen Stellen momentan besonders viele junge Lehrpersonen gibt, weil wir die Idee vom Mentoring-Programm eigentlich für sinnvoll erachten und da hat Jenny Schweizer nicht ganz unrecht, wenn sie darauf hinweist, dass auch Lehrpersonen heute häufig überlastet sind.

Es gäbe eine einfache Lösung für dieses Problem. Ich habe vor noch nicht so langer Zeit den Vorschlag gehört der freiwilligen Schulsynode, man solle doch frischpensionierte Lehrpersonen probieren zu gewinnen für Mentorats-Programme, die quasi nicht mehr die volle Berufsbelastung haben und bereit sind, ihr Knowhow weiterzugeben an junge Lehrpersonen. Natürlich ist das nicht gratis, natürlich muss man ihnen ein bisschen etwas bieten, aber ich halte das nach wie vor für eine hervorragende Idee und fände es sehr sinnvoll, wenn das Erziehungsdepartement versuchen würde, das anzugehen. Weil ich denke, die jungen Leute, die bei uns Lehrerinnen und Lehrer werden, brauchen eine bessere Unterstützung und wir haben kein Interesse daran, da eine hohe Drop-out-Quote zu haben. Viele von uns wissen, dass die Zuständigen an der Pädagogischen Hochschule nicht immer ganz so gut sind, wie wir uns das wünschen, und entsprechend ist eben die Unterstützung beim Berufseinstieg, gerade auch bei erfahrenen Lehrpersonen unglaublich wichtig und kann sehr hilfreich sein und es ist sinnvoll, wenn sie durch Leute vorgenommen wird, die nicht ungeheuer stark gestresst, sonst belastet sind und keine Zeit haben.

In diesem Sinne bitten wir einer Erstüberweisung zuzustimmen und werden aber bei einer Zweitüberweisung für einen Anzug sein, weil wir denken, dass der vorliegende Text keine Motion ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Tim Cuénod, eine Zwischenfrage von Johannes Sieber, nehmen Sie sie an? Und von David Jenny.

Johannes Sieber (GLP): Tim Cuénod, ich wollte nur kurz fragen, ob Sie sich erinnern, von welcher Partei die Regierungsrätin ist, die einmal gesagt hat, sie könne uns nicht zwingen, ein Anliegen aufgrund eines Anzugs umzusetzen?

Tim Cuénod (SP): Ich habe eine Vermutung, stelle aber fest, dass der Regierungsrat an der Inflation von Motionen vielleicht auch nicht immer ganz unschuldig ist, wenn er Anzüge entsprechend mit dieser Geisteshaltung beantwortet. Aber ich weiss nicht, wer das war.

David Jenny (FDP): Tim Cuénod, würden Sie einen Anzug auf Einführung eines Mentoring beim Schreiben parlamentarischer Vorstösse unterschreiben?

Tim Cuénod (SP): Ein verführerischer Gedanke. Dennoch denke ich, man müsste da auf Freiwilligkeit setzen, aber ich bin sicher, der Sprechende ist bereit, sich da zur Verfügung zu stellen, also der vor mir Sprechende.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Der Regierungsrat teilt die Ansicht uneingeschränkt, dass junge Lehrpersonen, die Studium und Berufseinstieg unter einen Hut bringen müssen, mit besonderen Herausforderungen konfrontiert sind. Allerdings sieht er keinen Bedarf, die bereits bestehenden Studien- und Unterstützungsangebote zu erweitern. Das Studium mit begleitetem Berufseinstieg ist bereits für die Kindergarten-/Unterstufe und die Primarstufe sowie für die Sekundarstufe 1 in allen Studienvarianten etabliert, als Bachelor+ oder Master+ im regulären Studium oder im Quereinstieg. Damit können Studierende bereits während ihrer Ausbildung einen zweijährigen begleitenden Berufseinstieg beginnen. Ein Mentoring ist darin zusätzlich zur Begleitung durch eine Praxis-Lehrperson an der Schule bereits vorgesehen und gerade im Kanton Basel-Stadt gut eingespielt.

Das Angebot ist also vorhanden, die zentralen Motionsforderungen sind damit bereits erfüllt. Tatsächlich aber, das finde ich persönlich schade, werden diese beiden Angebote immer wenig genutzt. Während die Quereinsteigerausbildung gut nachgefragt wird, besteht zu Bachelor+ oder Master+ eine viel zu geringe Nachfrage. Jenny Schweizer und Brigitte Gysin haben es ja klar erwähnt, eine wortwörtliche Umsetzung dieser Motion sollte durch vier Kantone erfolgen. Tim Cuénod wollte

es vielleicht mit anderen Wörtern erwähnen. Selbst wenn die anderen Kantone sich den Forderungen politisch anschliessen würden, wäre innerhalb eines Jahres so etwas unmöglich.

Ich bitte Sie deshalb, Ablehnung dieser Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Laurin Hoppler, der Motionär hat das Wort.

Laurin Hoppler (GAB): Der Effizienz halber halte ich hier das Votum der Fraktion und als Motionär, obwohl ich nicht das Gefühl habe, dass viel auf Effizienz heute schon in dieser Nachtsitzung gesetzt wird. Besonders in Zeiten des Lehrkräftemangels verdienen junge Lehrpersonen, die schon während ihres Studiums Verantwortung übernehmen, unsere Rückendeckung. Es ist erfreulich, wie einige den Mut und die Energie aufbringen, während ihrem Studium den Berufseinstieg in Form von Stellvertretungen oder bereits Anstellungen gleichzeitig zu meistern. Das verdient Respekt und viel Unterstützung unserer Seite. Doch die Realität, die sieht ein bisschen anders aus. Einige dieser jungen Lehrpersonen stehen vor einem doppelten Balanceakt zwischen Theorie und Praxis, Studium und Beruf. Sie übernehmen Verantwortung, gestalten unsere Schulen aktiv mit und tragen zu unserem Lehrkräftemangel bei. Gleichzeitig kämpfen sie aber mit Überforderung und Vorurteilen und das nicht, weil sie nicht kompetent sind, sondern weil sie oft auf sich alleine gestellt sind.

Und ja, es gibt bestehende Angebote und man kann sagen, das Anliegen ist erledigt und ich stimme auch zu, dass diese Motion nicht das grundlegende Problem löst. Das wird sie nicht, da hat Brigitte Kühne recht. Es ist vielleicht ein Pflaster für eine momentane Situation, die unbefriedigend ist, aber diese Menschen, die betroffen sind, brauchen dieses Pflaster momentan und wenn sie es nicht bekommen, dann werden sie kündigen und sich eine andere Arbeit suchen und das ist nicht das, was wir wollen.

Vielleicht kann ich hier einfach mal auf die Situation noch eingehen. Es wurde viel gesagt, ja, es geht eigentlich um die Fachhochschule, es geht darum, dass wir eh keinen Einfluss haben. Das wird ja eh immer gesagt, wenn es um eine Institution geht, an dem noch andere beteiligt sind, dann sagt man einfach, ja, okay, wir, Basel, wir können eh nichts machen, es sind ja noch andere Kantone dabei. Nein, das stimmt nicht. In dieser Motion fordere ich Massnahmen, da sehe ich den Kanton als Hauptplayer, der die FHNW miteinbezieht und Massnahmen erstellt, die für diese Menschen, die hier in unserem Kanton angestellt sind.

Und ja, vielleicht haben wir da wirklich eine grosse allgemeine Problematik, was diese Ausbildung angeht. Lassen Sie mich vielleicht kurz ein Beispiel machen: Wenn eine studierende Person nach ihrem Studium da steht und ein Elterngespräch hat, aber in ihrem Studium nicht einmal gelernt hat, wie man ein solches Elterngespräch führt und wie man mit Problemen, die vielleicht damit aufkommen, umgeht, dann haben wir doch ein Problem, dann läuft doch irgendetwas falsch und diese Menschen einfach alleine zu lassen mit solchen Problemen, ist einfach verantwortungslos, auch wenn es ein grösseres Problem ist, das Schuld an dieser Situation ist. Es gibt viele solche Beispiele und ich könnte jetzt hier eine ganze Liste aufarbeiten und das mache ich nicht, aber es ist einfach so, dass das, was an der Hochschule gelernt wird, zu theoretisch ist und viel zu wenig praktisch.

Und bis das sich verändert hat, brauchen diese Menschen Unterstützung und darum bitte ich Sie, dass Sie diese Motion wenigstens für eine Erstüberweisung überweisen und dann von mir aus in der richtigen Form als Anzug. Und bezüglich des Angebots für Unterstützung für das Schreiben von Vorstössen, das nehme ich sehr gerne an, weil ich dafür bin, dass junge Menschen unterstützt werden, wenn sie nicht alles schon können und wissen, wie es geht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat möchte die Motion nicht zur Stellungnahme überwiesen haben. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

65 Ja, 22 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005024, 20.11.24 20:33:26]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird überwiesen mit 65 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

73. Motion 13 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Förderung von Psychotherapieplätzen durch die Subventionierung der Weiterbildung von psychologischen und ärztlichen Psychotherapeut:innen

[20.11.24 20:33:34, 24.5395.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

74. Motion 14 Daniel Albietz und Michael Hug betreffend Wiedereinführung des Gebietsprinzips im Bau- und Gastgewerbeinspektorat (BGI)

[20.11.24 20:34:17, 24.5396.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Wir eröffnen die Debatte mit Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich darf diese Motion im Namen der SVP-, aber auch im Namen der GLP-Fraktion bestreiten. Ja, das kommt manchmal vor, dass wir da gleicher Meinung sind, das zeigt, dass es eine gute Sache ist, wenn Sie mir da jetzt folgen, und damit möchte ich Ihnen auch kurz mitteilen, weshalb diese beiden Fraktionen in ihrer Weisheit gegen Überweisung dieser Motion sind.

Einerseits sind wir der Meinung, dass dies in erster Linie eine Aufgabe ist, die eindeutig und klar in der Kompetenz des Regierungsrates liegt. Ich bin sogar der Meinung, dass diese Motion rechtlich unzulässig ist, weil die Organisation, wie sich die Verwaltung organisiert, wie was aufgeteilt ist, Sache der Exekutive und nicht der Legislative ist. Das ist ein gewichtiges Argument gegen die Überweisung dieser Motion. Nun könnte man aber sagen, das kann uns der Regierungsrat ja dann in seiner Antwort auch entsprechend mitteilen. Das wird er voraussichtlich auch tun, aber es gibt eben auch inhaltliche Gründe, die dagegensprechen.

Diese Aufhebung des Gebietsprinzips im Bau- und Gastgewerbeinspektorat ist nichts, was schon sehr lange andauert. Das sagt ja auch der Motionär oder die Motionäre in ihrem Text und wir sind der Meinung, man muss dieser Aufhebung des Gebietsprinzips eine Chance geben. Das ist etwas Neues, das soll sich auch zuerst entwickeln. Ich bin überzeugt, dass die Kritik, die auch vom einen oder anderen Architekten kommt, das wird in ihrer Motion ja auch erwähnt, nicht Architekten, aber diejenigen, die mit dem Amt in Kontakt kommen, dass dies gelöst werden kann, indem man das System noch weiter optimiert. Das ist ein Lernprozess, der dort angefangen hat im Bau- und Gastgewerbeinspektorat und hier finden wir, ist es sinnvoller, wenn man zuerst von diesen Erfahrungen quasi lernt und dann schaut, wie man dieses Modell allenfalls noch verfeinern kann. Ich könnte mir vorstellen, dass Frau Regierungsrätin Keller das auch so sieht und auch bereit ist, wenn es dort die eine oder andere Kritikstelle noch gibt, auch an diesem System noch ein bisschen zu «schräubeln».

Das soll aber nicht bedeuten, dass die Idee der Aufhebung dieses Gebietsprinzips im Grundsatz falsch ist, sondern im Gegenteil, dass es eben auch von Vorteil sein kann, wenn man einerseits diese Baubegehren und die damit verbundene Baubegehrenslast auf mehrere Schultern verteilen kann, so dass auch eine etwas gleichmässige Aufteilung der Pendenzen oder der Dossiers möglich ist einerseits, und andererseits soll es auch möglich sein, dass wenn man einmal eine längere

Abwesenheit hat, diese Gebietsaufteilungen nicht so starr sind, dass derjenige, der eine Auskunft haben muss, diese auch rasch erhält und nicht lange darauf warten muss.

Deshalb glauben wir, dass diese doch sehr organisatorische Forderung der Motionäre zum falschen Zeitpunkt kommt. Ich würde Ihnen deshalb empfehlen, diese Motion nun nicht dem Regierungsrat zu überweisen und ihm die Gelegenheit geben, an diesem System noch etwas weiter zu schrauben, so dass es dann für alle Involvierten passt und stimmig ist. Wir glauben aber, dass der Weg, der Frau Regierungsrätin Keller mit dieser Aufhebung des Gebietsprinzips eingegangen ist, nicht per se der falsche ist und bitten Sie, diese Motion abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der nächste an der Reihe ist Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Zunächst zur rechtlichen Zulässigkeit. Ratskollege Joël Thüring hat gesagt, dass er der Meinung ist, dass das gar nicht in der Kompetenz des Parlaments ist, eine solche organisatorische Frage vorzugeben. Über eine Motion kann man natürlich auch eine Massnahme anregen und wir wollten eigentlich nicht primär das Mittel der Motion wählen, um hier direkt in die Organisation der Verwaltung rein zu puschen sozusagen, es ist aber auch so, und das ist, was ich nicht einverstanden bin mit meinem Vorredner, es ist nämlich wirklich so, dass die Branche eine deutliche Sprache spricht und ich habe über verschiedene Möglichkeiten auch einen guten Puls da dran, was die Architektinnen und Architekten, die Planungsbehörden, etc. wollen und das war auch schon mal verschriftlicht worden.

Die Fakten sprechen eine klare Sprache. Am 17. Mai 2024 veröffentlichte der Schweizerische Ingenieur- und der Architektenverein, SIA Basel die Ergebnisse einer Umfrage. Die Zustände beim BGI erhielten die Note ungenügend. Besonders alarmierend, 89,1 Prozent der Befragten lehnen die Aufhebung der Gebietszuständigkeiten als nicht zielführend ab und das waren mindestens über 160 Teilnehmende. Zahlreiche Beispiele aus der Praxis unterstreichen diese Kritik. Ein Zitat aus der Umfrage beschreibt das Problem treffend: «Nach dem Wechsel der zuständigen Person waren alle Angaben, die der Vorgänger gemacht hatten, nicht mehr gültig». Solche Rückmeldungen verdeutlichen, dass das aktuelle System nicht nur Ineffizienz, sondern auch das Vertrauen der Bauherrschaften und Fachleute in das BGI negativ beeinträchtigt.

Bis vor kurzem war das Gebietsprinzip Standard. Bauinspektoren und Bauinspektorinnen waren fest einem bestimmten Gebiet zugeteilt und kannten die lokalen Gegebenheiten sowie die speziellen Anforderungen dieser Gebiete. Dieser direkte Bezug zu Quartieren und Bauprojekten zu Häusern, Liegenschaften und speziellen architektonischen Gebäuden war ein entscheidender Synergiegewinn für alle Beteiligten. Die Aufhebung des Gebietsprinzip mag als Sofortmassnahme aufgrund von Personalmangel gerechtfertigt gewesen sein. Ja, es war wirklich sinnvoll, in der Zeit, als man beim BGI personell enger besetzt war, so vorzugehen. Ansonsten lagen Dossiers über lange Zeiträume still, wenn beispielsweise ein Bauinspektor, eine Bauinspektorin in den Ferien war. Doch inzwischen hat sich die Personalsituation nachweislich entspannt. Es gibt also keinen Grund, an einem System festzuhalten, dass 89,1 Prozent der Befragten als unzureichend empfinden. Wir schlagen eine pragmatische Lösung vor, die Wiedereinführung des Gebietsprinzips mit ergänzenden Springerpersonen, die bei Ferien oder Ausfällen einspringen können. Damit schaffen wir eine effiziente und verlässliche Basis für die Bearbeitung von Baubegehren und Baukontrollen.

Die Rückkehr zum Gebietsprinzip ist keine nostalgische Forderung, sondern eine dringende Notwendigkeit, welche direkt aus der Branche kommt. Lasst uns gemeinsam die Effizienz und Qualität im BGI zum Wohle aller durch diesen Schritt verbessern. Weitere Schritte müssen folgen, das ist auch politisch erkannt. Ich bitte Sie daher im Namen der Motionäre, die Motion zu unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Frau Regierungsrätin Esther Keller, Sie haben das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich denke, angesichts der Zeit darf ich es kurz machen. Tatsächlich hat Joël Thüring vieles erwähnt, das ich auch ins Feld führen wollte. Insbesondere wirklich, dass wir denken, dass hier mit der Motion Sie wirklich die Gewaltenteilung verletzen. Natürlich können Sie den Regierungsrat zu einer Massnahme auffordern, aber hier greifen Sie wirklich in die Freiheit des Regierungsrats ein, unser Departement so zu organisieren, wie wir es für richtig halten. Und ich glaube, hier so eine einzelne Massnahme vorzuziehen, wie die Aufhebung der Gebietszuständigkeit wieder aufzuheben, das ist wirklich eine sehr spezifische und eben auch vorzeitige Massnahme. Wir sind uns absolut einig, dass Bauen wieder einfacher werden muss, der ganze Bewilligungsprozess muss schneller werden.

Seit der viel zitierten Umfrage des SIA ist einiges gelaufen. Wir sitzen wirklich am Tisch mit den Vertretenden dieser Branche und wir werden auch Mitte Dezember ein Bündel an Lösungen präsentieren können, wie wir wirklich das Bauen wieder einfacher machen können. Und Sie wissen, einige der Massnahmen haben wir schon ergriffen, auch die Verlängerung der Öffnungszeiten oder den Online-Erfassungsassistenten. Einiges ist gelaufen und dank eben der Aufhebung der Gebietszuständigkeit konnten wir die grosse Bugwelle an alten Dossiers aus den letzten Jahren abarbeiten. Also ich glaube,

da ist wirklich einiges gelaufen. Lassen Sie uns an dem weiterarbeiten, lassen Sie uns dann auch anschauen, wie das System läuft, ob auch da Justierungen vorgenommen werden müssen. Ich glaube aber auch, wenn dann die neuen Mitarbeitenden noch besser eingearbeitet sind, vertrauter sind, mehr wie früher, als man die ganz langjährigen Mitarbeitenden hat, die man so lange gekannt hat, ich glaube, das ist das, was auch die Architektinnen und Architekten vermissen, dass man den oder die eine gekannt hat, heute sind es mehr, es sind auch mehr Fälle, komplexere Fälle. Also ich glaube, da muss man auch das jetzt beobachten und dann reagieren.

Aber wie gesagt, insbesondere aufgrund der vermuteten Nichtzulässigkeit der Motion und auch der Bitte, dass Sie uns jetzt arbeiten lassen in diesem Bereich, im Austausch mit Branchenvertretenden, darf ich Sie bitten, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an René Brigger.

René Brigger (SP): Wie haben von der SP-Fraktion für Eintreten, für die Überweisung votiert. Wir haben sehr lange diskutiert, zwei, drei Aspekte. Frau Keller sagt jetzt, es kommt im Dezember, in wenigen Wochen ein Bündel an Lösungen, da sind wir gespannt. Ich erinnere nur daran, dass die Bau- und Raumplanungskommission vor acht Jahren bezüglich Vereinfachung des Bauverfahrens vor allem im Bereich der Sanierungen eine Kommissionsmotion eingereicht hat. Wir haben in einer Subkommission diverse Gesetzes- und Forderungsbestimmungen formuliert nach Anhörung von Spezialisten, dann kam ein Gutachten respektive das BVD sagte, das geht nicht, wir wollen nicht. Gut, jetzt kommt offenbar etwas. Es ging also mehr als eine Legislatur.

Interessant ist auch Joël Thüring, genau in diesem Bereich hat er ja auch vor zwei, drei Jahren eine Motion eingereicht zwecks längerer Öffnungszeiten des BGI und da ging Joël Thüring durch dick und dünn und schlussendlich wurde die auch umgesetzt. Ich bin ja froh, dass das Inspektorat wieder ansprechbar ist, aber betreffend Kompetenz, betreffend Zulässigkeit der Motion, es ist die gleiche Amtsstelle, ungefähr die gleiche Eingriffstiefe, dort ging es um die verlängerten Öffnungszeiten, hier nehme ich mal an, die Gebietszuständigkeit ist vielleicht sogar noch etwas Grundsätzlicheres. Es ist ein bisschen seltsam, vor zwei Jahren hatte er zu einem ähnlichen Thema noch eine andere Meinung. Aber Sie müssen das schon überweisen, dann soll der Regierungsrat doch darlegen, wieso dass die Gewaltenteilung behindern oder verhindern soll.

Und wie gesagt, die Gebietszuständigkeit ist klar. Dann hat man grundsätzlich einen Ansprechpartner, eine Ansprechpartnerin und zum Beispiel in Riehen oder in einem Einfamilienhausgebiet stellen sich andere Fragen als im Gundeli oder im Matthäusquartier und wenn der Bauinspektor Meier bei einem Jahrhundertwende-Bau ein Gaube bewilligt und drei Jahre später, zwei Häuser weiter oder vis-à-vis kommt das gleiche Problem, dann weiss er das, dann ist er auch schneller und vor allem kommt keine andere Person, die Bauinspektorin Müller und sagt, das geht nicht. Also es ist auch die Gefahr von widersprüchlichen Entscheiden. Unser Kanton oder die Stadt oder der ganze Kanton ist ja baulich nicht ganz gleich und es wäre schon sehr sinnvoll, dass die Gebietszuständigkeit, die jahrzehntelang unbestritten war und jetzt offenbar nicht mehr zulässig ist, also was Michael Hug gesagt hat, ist richtig, ich meine, die kann man nicht 100 Prozent durchziehen. Man hat einen Springer, wenn wirklich einer krank ist im Gebiet Gundeli, dann kann ein Springer mal einspringen, aber grundsätzlich wissen auch die Planer vor dem Baubegehren, wen sie ansprechen müssen. Dann wird das gebüschelt und Widersprüche oder gewisse Probleme werden kompetent, man kann auf Entscheide zurückgreifen, auf das Nachbarhaus, etc., das macht wirklich Sinn. Die Entscheide werden besser, werden schneller und widerspruchsfreier.

Dass man die Gebietszuständigkeit im Rahmen der Verschnellerung der Entscheide durchgezogen hat, war nur der Grund, weil man schlichtweg keine Leute hatte. Es haben diverse gekündigt oder hatten ein Burnout und jetzt offenbar ist wieder ein Vollbestand vorhanden respektive hat es noch mehr Leute im Bauinspektorat, also muss man doch weiter auf diese Gebietszuständig zukommen, für das Verfahren, aber auch schon bei der Beratung. Dann weiss man doch auch, der Meier ist zuständig und nicht der Müller. Ich weiss, es ist vollkommen unlogisch, dass man diese Gebietszuständigkeit, es ist notfallmässig jetzt ein, zwei Jahre geändert worden, aber man soll doch zurück auf dieses Schema und das ist eine ganz entscheidende Sache für das Bauverfahren, Rechtssicherheit, Konsistenz, etc. Von daher ist die Thematik eben auch wichtiger als die Öffnungszeit. Ich bitte Sie, das zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Ich kann das nur unterstützen, je schneller hier eine Änderung kommt, je besser. Wenn ich jetzt mal ganz klein wenig den Hut wechsle, Riehen ist da besonders betroffen, wie das René Brigger angeschnitten hat, unsere Wohnzone, unsere Bauzone, da merkt man, da fehlt was und je schneller da eine Änderung kommt, je besser. Wir haben das Gespräch auch schon gesucht, aber bewirkt hat es nichts und ich erhoffe mir von dieser Motion, dass da vielleicht der

Druck wirklich so gross wird, dass da eine Änderung kommt, und ich wünsche mir das auch so und ich hoffe auf die Unterstützung, dass die Motion so überwiesen wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: David Jenny hat das Wort.

David Jenny (FDP): Wahrscheinlich haben die Frau Regierungsrätin und unser begnadeter Hobbyjurist Joël Thüring recht. Wir ritzen wahrscheinlich hier die Gewaltenteilung. Es wären auch andere sinnvolle Organisationsmethoden denkbar, wir könnten an einen Hochhaus-Bauinspektor denken, an eine Gewerbebauten-Bauinspektorin, an einen Einfamilienhaus-Bauinspektor, das wäre wahrscheinlich auch eine sinnvolle Einteilung. Aber ich glaube, es geht einfach um den Ausdruck des Willens dieses Departements, das wirklich dieses Bauinspektorat endlich wieder mal so arbeitet, wie es arbeiten sollte und da wurden wir leider in den letzten Jahren mehrfach enttäuscht. Es braucht diesen Anstoss jetzt des Parlamentes, dass wirklich etwas geschieht.

Und wenn jetzt alle sich nach dem Territorialprinzip zurücksehnen, dann soll das bitte auch die Frau Baudirektorin so aufnehmen und dann wird das vielleicht in einen Anzug umgewandelt. Aber ich glaube, es wäre wirklich verfrüht, schon jetzt aus formaljuristischen Überlegungen, das Baudepartement und vor allem das Bau- und Gastgewerbeinspektorat, warum das zusammen ist, weiss ich immer noch nicht, zu schonen und ich bitte hier ein bisschen die Peitsche einzusetzen. Ob wir dann milder gesinnt sind bei der Zweitüberweisung, das sehen wir dann noch. In diesem Sinne bitte ich auch Joël Thüring, eine bisschen härtere Gangart gegenüber dem Bau- und Gastgewerbeinspektorat trotz seiner wohlbegründeten juristischen Bedenken heute einzuschlagen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Motionär Daniel Albietz hat das Wort.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Ich danke vor allem meinen Vorrednern für die engagierten Voten und auch viel Zutreffendes, was gesagt wurde. Ich war natürlich als Jurist im Dilemma, ob man diese Motion wählen soll, aber die Vorgeschichte war so deutlich und auch der Wahlkampf derart in Betrieb, nein, natürlich nicht, sondern die Vorgeschichte war so klar, dass ich einerseits angesichts der Fraktionsmeinungen die Diskussion nicht übermässig verlängern möchte, aber doch noch einfach zwei, drei Gründe nennen will nebst denen, die schon genannt wurden, warum Sie das überweisen sollten. Inhaltlich wird der Motion ja offenbar viel Zustimmung entgegengebracht, es sei denn, Sie hätten sich durch diese unheilige Allianz von SVP und GLP beeinflussen lassen, was ich nicht hoffe.

Mühe macht offenbar der operative Charakter der Motion. Zudem steht wie so oft die Frage im Raum, ob sie hier das richtige Instrument ist. Zunächst zum operativen Charakter. Unbestritten ist die Organisation der Verwaltung grundsätzlich Sache der Regierung. Hier geht es aber um ein Inspektorat mit erheblicher Aussen- und Kundenwirkung und der Aufschrei war in der Branche gross, als das Gebietsprinzip aufgehoben wurde. Er war auch in der Gemeinde, die ich vertrete, gross. Ich weiss, dass die hier anwesenden Gemeinderäte auch der Meinung sind, dass das problematisch ist mit dieser Gebietsaufhebung, weil eben genau dieser spezifische Charakter aufgegeben wurde.

Die Aufhebung des Gebietsprinzips ist einer der Hauptkritikpunkte auch des Branchenverbandes, wir haben es gehört, der Architektinnen und Architekten, und auch nicht im Sinne der Bauherrinnen und Bauherren. Ob es das richtige Mittel ist, diese Diskussion führen wir ja immer mal wieder und ich bin auch gegen den inflationären Gebrauch einer Motion, aber hier handelt es sich tatsächlich um einen Wink mit dem Zaunpfahl durch Überweisung ein erstes Mal dieser Motion und es ist auch tatsächlich die Reaktion auf Aussagen in einem Interview, in welchem unsere Baudirektorin apodiktisch gesagt hat, wir denken nicht daran, auf diesen Entscheid zurückzukommen. Ich glaube, wenn es dort ein bisschen selbstkritischer gewesen wäre, jawohl, wir haben die Kritik gehört und wir nehmen das ernst und prüfen die Organisation ja laufend, dann wäre wahrscheinlich auch diese Motion unterblieben.

Ich möchte bei aller berechtigten Kritik daran erinnern, dass der Grosse Rat in seiner Weisheit mal dann Absatz 1 bis in § 42 eingesetzt hat, wonach in der Form einer Motion jedes Mitglied des Grossen Rates oder eine ständige Kommission den Antrag stellen kann, es sei der Regierungsrat zu verpflichten, eine Massnahme zu ergreifen. Ist der Regierungsrat für die Massnahme zuständig, so trifft er diese oder unterbreitet dem Grossen Rat den Entwurf eines Erlasses, mit dem die Motion umgesetzt werden kann. Also wir dürfen auch den Regierungsrat verbindliche Aufträge erteilen für Dinge, die in seiner Zuständigkeit liegen.

Und wenn ich jetzt höre, dass schon gewisse Denkarbeit geleistet wurde und im Dezember je nachdem uns Neuigkeiten erreichen, kann uns ja Frau Regierungsrätin Keller in drei Monaten berichten, ob das Gebietsprinzip zumindest im Grundsatz wieder eingeführt wurde und falls die Jahresfrist ein Problem darstellen sollte, was ich mir nicht vorstellen kann, kann sie ja zudem dann eine Verlängerung der Frist verlangen, wobei diese sehr gut begründet sein müsste.

Ich danke Ihnen für die Überweisung der Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat möchte die Motion nicht überwiesen haben. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 13 Nein, 5 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005027, 20.11.24 20:57:50]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird überwiesen mit 74 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen.

75. Motion 15 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Verbot von Einweg-E-Zigaretten

[20.11.24 20:57:55, 24.5397.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Wir eröffnen die Debatte wiederum mit Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich oute mich, ich bin einer dieser ganz bösen Menschen, die teilweise eine Einweg-E-Zigarette konsumieren. Weil ich nicht so oft rauchen möchte, sind diese Einweg-E-Zigaretten für mich sehr praktisch. Ich kann eine rauchen, dann sie anständig da zurückbringen, wo man sie kauft, und dann bin ich wieder von meiner Last für eine ganz lange Zeit befreit. Das ist aber nicht der Grund, weshalb die SVP-Fraktion gegen die Überweisung dieser Motion ist, sondern es gibt ein sehr gewichtiges übergeordnetes Argument dagegen und dann auch noch viele kleine.

Zuerst zum übergeordneten, wichtigsten Argument. Wir sind nicht der Meinung, dass das ein Thema ist, das über eine kantonale Motion, über ein kantonales Gesetz geregelt werden soll. Wenn Sie ein solches ein Einweg-E-Zigaretten-Verbot wollen, ich würde es nicht wollen, aber wenn Sie das wollen, dann sollen Sie das bitte auf nationaler Ebene anstreben. Das ist ja bereits der Fall, das wird auf nationaler Ebene angestrebt und deshalb finden wir, ist es auch in erster Linie ein Thema für das nationale Parlament.

Nun gibt es tatsächlich einzelne Kantone, die das bereits beschlossen haben. Es gibt eine gleichlautende Motion im Kanton Basel-Landschaft, aber trotzdem stehen wir, wenn wir heute und dann bei einer allfälligen Zweitüberweisung diese Motion dann erfüllen, vor einem Flickenteppich und das eigentliche Anliegen von Christoph Hochuli wäre damit ja überhaupt nicht erreicht. Diejenigen Konsumentinnen und Konsumenten, die eine Einweg-E-Zigarette wollen, können diese, wenn wir im Kanton Basel-Stadt dieses Verbot implementieren würden, selbstverständlich weiterhin kaufen. Sie könnten nach Allschwil, wenn Baselland Nein sagt, Sie könnten nach Rheinfelden, nach Dornach und Sie können selbstverständlich auch weiter im Internet diese E -Zigaretten kaufen, da gibt es gängige Schweizer Onlineshops dafür. Und deshalb glauben wir, ist diese Frage in erster Linie eine nationale Frage.

Und dann gibt es auch andere Gründe, die dagegensprechen. Ganz generell blutet mein liberales Herz, wenn man einem Verbot zustimmen soll, deshalb hoffe ich, dass all jene, die in ihrem Namen auch liberal im Parteinamen drin haben, heute ebenfalls mit mir gemeinsam Nein stimmen werden. Ich finde, man sollte grösstmöglichst liberal sein, wenn es bei solchen Themen um Einschränkungen der privaten Freiheit geht. Das ist der zweite Grund, der dagegenspricht.

Und dann spricht Herr Hochuli auch noch den Jugend- und den Umweltschutz an. Nun mag er nicht ganz unrecht haben, dass natürlich so Einweg-E-Zigaretten eine gewisse Umweltbelastung sind. Das ist aber bei ganz vielen Produkten der Fall, die wir auch nicht verbieten. Übrigens sind Teslas, Sie fahren damit als Polizist, eine weitaus grössere Umweltbelastung wie eine E-Zigarette. Wir beschaffen in grossem Masse E-Mobilität im Kanton Basel-Stadt und belasten damit, diese Batteriefrage ist nicht geklärt, die Umwelt sehr stark. Also dieses Argument mit dem Umweltschutz kann man bei jedem letztlich E-Gerät heutzutage auch anbringen. Das ist das eine Argument.

Und beim Jugendschutz, da kann ich Ihnen insofern recht geben, als dass das für die unter 18-Jährigen natürlich tatsächlich problematisch ist, aber ich bin schon etwas älter als 18 und traue mir zu, mit diesen Einweg-E-Zigaretten und dem Umgang damit vernünftig zu sein und überall dort, wo es ein Jugendschutzproblem gibt, gibt es bereits heute Regeln und überall dort, wo Jugendliche involviert sind, haben auch die Eltern eine gewisse Verantwortung zur Aufklärung und auch der Staat kann im Rahmen von Präventionskampagnen darauf aufmerksam machen, dass E-Zigaretten und nicht nur die Einweg-E-Zigaretten nun nicht besonders gesund respektive sogar gesundheitsschädigend sind. Dafür braucht es aber aus meiner Sicht kein Verbot. Es ist ein bisschen lustig, ich musste ein bisschen schmunzeln, als ich den «Chrüzlistich» angeschaut habe, all jene, die sonst glühend für die Cannabis-Legalisierung sind, weil sie finden, das ist ja völlig unproblematisch, wenn man den Umgang damit den Menschen beibringt, sind die jetzt dafür, dass man E-Zigaretten verbietet. Das erschliesst sich mir nicht.

Und das letzte Argument, das betrifft Sie als Polizist ganz spezifisch, Herr Hochuli, nun klagen Sie zu Recht, dass die Polizei überlastet ist und nun wollen Sie der Polizei noch eine zusätzliche Vollzugsaufgabe aufbürden, denn irgendjemand muss dieses Verbot ja dann auch kontrollieren. Das heisst, da müssen Polizisten oder andere Mitarbeiter der Verwaltung in Läden gehen, kontrollieren, ob diese Einweg-E-Zigaretten verkauft werden. Wenn es verboten wird, werden Sie unter dem Tisch verkauft, dann braucht es Undercover-Razzien, wo man dann das prüft, und ich glaube, da hat jetzt der Kanton Basel-Stadt mit seinen knappen Ressourcen doch die eine oder andere wichtigere Aufgabe auch bei der Polizei zu bewältigen und deshalb schiesst diese Motion auch aus diesem Grunde zum jetzigen Zeitpunkt weit über das Ziel hinaus.

Ich bitte Sie deshalb, diese Motion nicht zu überweisen und sich gegebenenfalls auf nationaler Ebene für ein Verbot, wenn Sie das möchten, stark zu machen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Joël Thüring, es stellen sich Zwischenfragen. Sie werden angenommen. Zuerst Jo Vergeat, dann Michael Hug.

Jo Vergeat (GAB): Joël Thüring, glauben Sie denn, die Polizei wirft jeden Abend Teslas weg und kauft sich am nächsten Morgen einen neuen?

Joël Thüring (SVP): Das müssen Sie vielleicht Herrn Hochuli nachher fragen, aber ich glaube, die Umweltbelastung eines grossen Teslas ist dann noch ein bisschen grösser wie von einer kleinen E -Zigarette. Also die, die ich paffe, sind kleiner wie ein Tesla.

Michael Hug (LDP): Joël Thüring, ich kann mir die Frage nicht verkneifen, aber hört Ihr liberales Gewissen bei der Lachgasthematik auf, als Sie ein nationales Lachgasverbot gefordert haben?

Joël Thüring (SVP): Jeder ist ja immer so liberal, wie es ihm gerade in den Kram passt, aber bei mir war es eine Standesinitiative und keine Motion für ein kantonales Verbot. Das ist ein kleiner, aber sehr feiner Unterschied.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die zweite, die sich gemeldet hat, war Anouk Feurer.

Anouk Feurer (GAB): Im Namen der Grün-Alternativen Fraktion spreche ich mich hier für die Unterstützung dieser Motion aus. Einweg-E-Zigaretten schaden einerseits der Umwelt, andererseits eben auch der Jugend. Die Produkte sind nicht nur leicht zugänglich und darum sehr verlockend für junge Menschen, sondern bergen auch erhebliche Umweltgefahren, weil sie oft nicht sachgemäss entsorgt werden und darum sehr wertvolle Rohstoffe verschwendet werden. Ein Verbot in Basel-Stadt wäre ein kleiner, aber ein wirksamer Schritt für den Jugend- und Umweltschutz.

Ich möchte kurz noch auf die Kritikpunkte eingehen. Ein kantonales Verbot würde wenig bewirken, weil Jugendliche weiterhin grenzüberschreitend zu solchen E-Zigaretten kommen. Natürlich stimmt das, aber ist das ein Grund, untätig zu bleiben,

einfach gar nichts zu machen? Ein Verbot würde vielen Jugendlichen den Konsum erschweren, weil sie längere Wege gehen müssten, um an eine solche E-Zigarette zu kommen, und es könnte auch andere Kantone dazu bewegen, auch zu handeln. Dann könnte ein solches Verbot die persönliche Freiheit einschränken. Aber das ist ja nicht mega fest so, es gibt ja immer noch die wiederverwendbaren Zigaretten, die speziell Jugendliche anziehen und Umweltprobleme verursachen, das sind diese Einweg-E-Zigaretten und die werden verboten. Der Schutz der Jugend und der Umwelt darf also schon über dem Konsumrecht von Einzelpersonen stehen.

Die Umweltbelastung durch Einweg-E-Zigaretten ist eben doch gravierend. Ein Akku einer Einweg-E-Zigarette landet selten im Recycling. Um ein Bild dazu zu machen, zehn falsch entsorgte Einweg-Vapes entsprechen einem Akku von einem iPhone 14. Würden Sie einfach so ein iPhone 14 in den normalen Abfall oder in die Natur werfen? Wahrscheinlich nicht. Die Schwermetalle und die giftigen Stoffe wie Quecksilber und Blei landen also bestenfalls im Recycling, allerschlechtesten Fall direkt im Rhein. Die Substanzen belasten die Natur und unsere Gesundheit langfristig und eigentlich sollte uns jede einzelne verhinderte Falschentsorgung wert sein, so etwas zu verbieten.

Eine nationale Regelung ist sicher ideal und wie auch mein Vorredner erzählt hat, ist das schon im Gang. Der Nationalrat hat das im Juni befürwortet. Aber bis der Ständerat entscheidet und der Bund wirklich handelt, könnten wir da als Vorreiterkanton mit dem Jura schon einmal ein gutes Zeichen setzen und falls der Bund dann doch schneller ist wie wir, dann können wir mit gutem Gewissen die Motion abschreiben. Insgesamt überwiegen darum die Vorteile für ein Verbot für das GAB. Es schützt die Jugend, verhindert Umweltschäden und setzt ein klares Signal gegen das gezielte Verführen von jungen Menschen zu Nikotinprodukten.

In diesem Sinne bitte ich Sie, die Motion zu unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich habe wie meine Vorrednerin ein kritisches und deutlich weniger wohlwollendes Bild von Einweg-E-Zigaretten als Joël Thüring, aber ich komme in der regierungsrätlichen Haltung, die ich Ihnen vorschlage, zum selben Schluss wie er, nämlich dieser Motion bitte nicht Folge zu geben. Hauptargument ist das neue Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten. Es ist gerade erst am 1. Oktober, also vor zwei Monaten, in Kraft getreten und das hat eine längere Geschichte hinter sich, ein eigentlicher Kraftakt, muss man fast sagen, und das Gesetz hat jetzt nun erstmals eine eidgenössische Regelung dieses Stoffs der Tabakprodukte ermöglicht und bringt uns auch wichtige Fortschritte, etwa das Abgabeverbot für Jugendliche unter 18 Jahren, Einschränkungen bei der Werbung und der Verkaufsförderung, das Verbot von Sponsoring bei Veranstaltungen mit internationaler Reichweite und auch die gesetzliche Grundlage für Testkäufe.

Das ganze Gesetz war eigentlich auch getrieben vom Willen, für diesen Markt eine gesamtschweizerische Regelung zu finden und die haben wir jetzt und ich finde, die sollten wir auch respektieren. Das kann man politisch so sehen, sollte man meines Erachtens politisch so sehen und wird man dann wahrscheinlich auch juristisch so sehen müssen. Der Bund hat hier jetzt von seiner Kompetenz Gebrauch gemacht, diese Materie zu regeln, und ich vermute, dass wir Ihnen bei einer Erstüberweisung dann in unserer Stellungnahme werden darlegen müssen, dass dies ein Fall ist der derogatorischen Kraft des Bundesrechts, wo eben ein Bundeserlass umfassende Geltung einer bestimmten Materie in Anspruch nimmt und somit bleibt dann kein Raum für kantonale ergänzende Regelungen.

Ich finde das auch politisch richtig. Wir sollten gerade im Föderalismus sorgsam mit unseren Kompetenzen umgehen, dem Bund überlassen, wofür er zuständig ist und dafür sorgfältig das tun, was unserer Aufgabe entspricht. In dieser föderalistischen Logik würde ich absehen wollen von einer kantonalen Regelung in diesem Bereich, obwohl ich auch, ich habe es einleitend gesagt, der Meinung bin, dass die Einweg-E-Zigaretten eher zum Unintelligenteren gehören, was wir derzeit an Marktprodukten bei uns haben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Auch wir Freisinnigen tun uns bekanntlich schwer, wenn es um Verbote geht und um neue Verbote geht. Es ist schon vieles gesagt worden, ich bin auch der Überzeugung, dass wir dieses Thema nicht auf unseren 637 km2 lösen sollten. Es ist schon vieles im Gange in diesem Thema, national, international, der Regierungsrat hat es gesagt, es wird wahrscheinlich in Kürze da auch Lösungen geben. Daher sind wir auch der Meinung, wir sollten jetzt nicht auch noch unsere Verwaltung und Experten damit beschäftigen, sondern die Experten, die schon daran arbeiten, weiterarbeiten lassen, dann gibt es dann eine Lösung für das ganze Land. Daher sind wir gegen die Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Melanie Eberhard.

Melanie Eberhard (SP): Wie Sie dem «Chrüzlistich» entnehmen können, hat die SP-Fraktion bei diesem Geschäft ein Offen drin. Wir haben diese Diskussion relativ ähnlich, wie wir sie auch hier heute im Grossen Rat hören, bei uns in der Fraktion geführt und die Meinungen waren auch da sehr verschieden, weshalb wir heute unterschiedlich abstimmen werden.

Die Hauptargumente aus Sicht der SP-Fraktion gegen eine Überweisung der vorliegenden Motion haben sich insbesondere auf die kantonale Lösung fokussiert, also dass man eben, wie wir es auch schon gehört haben, dann sich diese Einweg-E-Zigaretten einfach im Nachbarskanton beschaffen kann. Auch über das Gesetz haben wir ausführlich gesprochen, dass jetzt erst in Kraft getreten ist und auch die Verbote, gerade Verbote im Bereich der Sucht wurden auch sehr kritisch dargelegt. Da waren wir uns aber alle einig, dass es durchaus in diesem Bereich, wie das auch vorhin schon angetönt wurde, durchaus schlauere Massnahmen gäbe als diese Einweg-E-Zigaretten und dass es da auch sehr viele Lösungen braucht, beispielsweise mehr Präventionsarbeit oder dass man schaut, wie man diese Einweg-E-Zigaretten vielleicht nicht so mit Werbung, etc. auf Junge und Jugendliche ausrichtet. Für eine Überweisung, und auch das haben wir vorhin von Anouk Feuer schon gehört, haben aus unserer Sicht sowohl die Gesundheitsschädlichkeit gesprochen als dann eben insbesondere auch die Umweltschädlichkeit dieser Einweg-E-Zigaretten.

Wir haben diese verschiedenen Argumente lang und breit diskutiert. Unsere unterschiedlichen Fraktionsmitglieder sind zum Schluss auf unterschiedliche Ergebnisse gekommen und werden entsprechend auch unterschiedlich in dieser Abstimmung das Knöpfchen drucken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Nur kurz von meiner Seite vielleicht ein kleiner Zeitsprung. Vor 20 Jahren wurde das Alkopopsteuergesetz erlassen und eingeführt, um den Jugendschutz wieder sicherzustellen und zu gewährleisten und das Verbot der Abgabe von Spirituosen in lustigen, farbigen Fläschchen wieder zu verhindern. Und um den Jugendschutz sicherzustellen, hat man auf nationaler Ebene reagiert und das war sehr wichtig. Denn was war damals die Wirkung, durch diese Steuer wurden Alkopops wieder teurer und deshalb nicht mehr gekauft und dann auch nicht mehr produziert oder nicht mehr in diesem Masse produziert, wie es zu dieser Zeit gewesen ist. Zum Beispiel hat Bacardi Breezer dann vor zehn Jahren ihre Produktion ganz eingestellt. Das führte also dazu, dass die Produktion zurückging und auch die aggressive Werbung und Trend-Werbung in der Öffentlichkeit dann auch abnahm. Nicht weil es die Jugendlichen nicht sind, die diese Spirituosen gerne konsumiert hätten, sondern weil die Industrie den Absatzmarkt nicht mehr dazu hatte.

Und das steckt auch immer hinter diesen neuen trendigen Produkten. Es geht da nicht um den Tabakkonsum per se, sondern es geht um Absatzmärkte einer sehr aggressiven Produktion, Firma, Lobbying, etc., die den Nikotinkonsum verbreiten möchten. Schon allein wegen dieser positiven Erfahrung der Alkopops-Regulierung müssen wir eigentlich dasselbe tun und auch hier regulierend versuchen einzuwirken. Denn der Nikotinkonsum ist wieder am Steigen, das war relativ lange stabil und hat sogar abgenommen und in den letzten fünf Jahren steigt er wieder sehr und vor allem insbesondere bei den jungen Frauen. Also die haben wirklich aufgeholt, die waren immer sehr weit hinten und die sind jetzt eigentlich gleich wie bei den jungen Männern, also Nikotinkonsum steigt wieder.

Nun, man kann natürlich antworten, ja, das müsste auf nationaler Ebene gehen. Herr Regierungsrat Engelberger hat auch schon erwähnt, dass das Tabakproduktegesetz, ich weiss auch nicht, sicher zehn Jahre hin- und hergeschoben wurde und es ging überhaupt nicht vorwärts. Jetzt hat man eine Lösung, gut und recht, das ist sicher mal gut, das heisst aber nicht, dass man jetzt einfach wieder zehn Jahre wartet, bis dann eventuell wirklich diese idiotischen E-Zigaretten wieder vom Markt genommen werden, die wirklich nur dazu da sind, um junge Menschen an das Nikotin zu gewöhnen.

Das Argument, dass nicht alle Kantone die gleiche Regelung haben, ja, das kenne ich von früher. Früher war es auch so, im Solothurn war es 16 und nicht 18, das heisst, man hätte auch in Dornach Tabak kaufen können und in Basel-Stadt und Baselland war das 18. Trotzdem führt es dazu, dass man mit solchen Massnahmen eine Regulierung macht, auch ein Bewusstsein schärft, einerseits für die Jugendlichen, aber auch bei den Eltern und deshalb finde ich, auch wenn es jetzt nicht die optimale Lösung ist, wenn wir in Basel-Stadt eine andere Lösung hätten, wäre es ein erstes gutes Zeichen, allenfalls folgen ja dann die anderen Kantone nach, weil sie wissen, dass es ewig geht in Bundesbern.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Bolliger, Joël Thüring möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Sie wird angenommen.

Joël Thüring (SVP): Herr Bolliger, Sie haben gesagt, weil es dann ewig gehen würde. Aber finden Sie nicht, dass Herr Hochuli, der ja keine Frist in seine Motion hineingeschrieben hat, jetzt auch nicht wahnsinnig rasch vorwärts macht? Weil der Regierungsrat hat vier Jahre Zeit für ein solches Verbot.

Oliver Bolliger (GAB): Ja, das hat er, aber schon allein mal die erste Beantwortung dieser Motion, wie er auf das würde eingehen müssen, wollen, können, wenn er das kann, fände ich das schon interessant.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat der Motionär Christoph Hochuli das Wort.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): E-Zigaretten haben sich in den letzten Jahren gegenüber herkömmlichen Tabakzigaretten als möglicherweise weniger schädliche Alternative und gleichzeitig als neue Nikotin-Suchtmittel etabliert. Zielpublikum der Einweg-E-Zigaretten sind ganz offensichtlich Jugendliche. Einweg-E-Zigaretten sind billig, bunt, schmecken süss nach Früchten oder Schokolade und sie werden nach einer bestimmten Anzahl Zügen weggeworfen. Untersuchungen zeigen, dass die fruchtig-süssen Aromen viele junge Menschen zum Ausprobieren und schliesslich zur Nikotinsucht verführen. Mit dem neuen Tabakproduktegesetz ist der Verkauf von E-Zigaretten an Minderjährige seit dem 1. Oktober zwar schweizweit untersagt, dennoch werden die Einweg-E-Zigaretten auf den sozialen Netzwerken aggressiv beworben, um gezielt Kinder und Jugendliche anzusprechen. Bei 50 Testkäufen dieses Jahr im Kanton Basel-Stadt wurden an ganze 66 Prozent der jugendlichen Testkäuferinnen und Testkäufer verbotenerweise Einweg-E-Zigaretten verkauft.

Einweg-E-Zigaretten bestehen aus einer Kunststoff- oder Metallhülle, einer Lithiumbatterie, Nickel, Zink und Aluminium. Anstatt im Recycling landen die gebrauchten Einweg-E-Zigaretten millionenfach im Müll, wenn nicht sogar in der Natur. Eine korrekte Entsorgung der Bestandteile und der Batterie wäre aber wichtig, um die Rohstoffe möglichst vollständig zurückzugewinnen und Risiken für die Umwelt zu vermeiden. Die Idee mit der Einführung eines Pfandes, die es gibt, sehe ich kritisch. Wenn die Geräte korrekt dem Recycling zugeführt werden, benötigt es dennoch einen sehr grossen Aufwand und viel Energie, um die Geräte in ihre Einzelteile zu zerlegen und die Rohstoffe wieder aufzubereiten.

Die geäusserte Kritik, dass ein Verkaufsverbot schweizweit eingeführt werden müsste, kann ich gut verstehen. Ein nationales Verbot wäre natürlich die beste Lösung. Im Nationalrat wurde eine entsprechende Motion eingereicht und der Nationalrat hat ihr im letzten Juni sehr deutlich zugestimmt. Irgendwann wird der Ständerat darüber befinden. Bis ein nationales Verkaufsverbot allenfalls mal umgesetzt wird, dauert es aber bestimmt noch lange. Deshalb wurden in sieben Kantonen, unter anderem Baselland und Solothurn, Vorstösse für ein kantonales Verkaufsverbot von Einweg-E-Zigaretten eingereicht. Das Kantonsparlament von Jura hat anfangs September und der Grosse Rat des Kantons Wallis letzte Woche bereits ein kantonales Verbot für Einweg-E-Zigaretten beschlossen. In beiden Kantonen sehr deutlich, im Jura sogar mit 55 gegen 2 Stimmen. Und Liebe SVP, die Motion im Jura wurde von einem SVP-Parlamentarier eingereicht. Wenn wir und viele andere Kantone nun kantonale Verkaufsverbote für Einweg-E-Zigaretten einführen, erhöht dies den Druck auf Bundesbern für ein nationales Verbot.

Noch ein Blick über die Landesgrenze. In Deutschland, Grossbritannien, Irland und Frankreich sind ebenfalls Bestrebungen im Gange, um ein Verbot einzuführen. Die EU-Kommission hat die Einführung des Verbots in Frankreich im letzten September bereits genehmigt und Belgien führt schon ab 2025 ein Verbot von Einweg-E-Zigaretten ein. Bei meiner Motion geht es nur um ein Verkaufsverbot von Einweg-E-Zigaretten. Die wieder aufladbaren und nachfüllbaren E-Zigaretten sollen selbstverständlich erlaubt bleiben. Es ist doch ein ökologischer Unsinn, ein Einwegprodukt herzustellen, wenn es dasselbe Produkt als aufladbare und nachfüllbare Version gibt.

Ich bitte Sie nun, die Motion an den Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen, um den Jugendschutz und den Umweltschutz zu stärken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Joël Thüring an? Sie wird angenommen.

Joël Thüring (SVP): Die mir bekannten Argumente, die für die Motion sprechen, haben Sie genannt, die waren auch nicht neu, Sie haben sich auch schon in den Medien dazu geäussert. Aber einen Punkt haben Sie jetzt ausgelassen, gerade auch an die Adresse als Polizist, wie wollen Sie dieses Verbot dann kantonal umsetzen und kontrollieren, ohne nicht zusätzlich die Polizei stärker zu belasten?

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Bis jetzt führt das Blaue Kreuz in Zusammenarbeit mit dem GD Testkäufe durch und dann liegt es entweder am GD oder am Lebensmittelinspektorat, das zu ahnden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Hochuli, möchten Sie noch eine Zwischenfrage von Gabriel Nigon? Sie wird angenommen.

Gabriel Nigon (LDP): Als leidenschaftlicher Passivraucher folgende Frage, was macht süchtiger? Einweg- oder Mehrweg-E-Zigaretten?

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Ich würde sagen beides gleich oder je nachdem, wie oft man raucht, weil Einweg-Zigaretten werden ja weggeworfen und dann kauft man wieder eine neue und wird süchtig.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat möchte die Motion nicht entgegennehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 35 Nein, 11 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005029, 20.11.24 21:25:26]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird überwiesen mit 45 Ja-Stimmen gegen 35 Nein-Stimmen bei 11 Enthaltungen.

Ihrer motivierten Debatte entnehme ich, dass Sie weitermachen möchten. Roger Stalder stellt den Antrag, dass wir nach 22 Uhr keine weiteren Traktanden neu anfangen. Ich beantrage Ihnen angesichts unserer langen Traktandenliste, dass wir noch eine halbe Stunde länger machen. 22:30 Uhr wäre dann das Zieldatum. Sie möchten nicht begründen, dann stimmen wir gleich über diesen Antrag ab.

Abstimmung

Ordnungsantrag:

JA heisst keine neuen Geschäfte nach 22 Uhr, NEIN heisst bis 22:30 Uhr.

Ergebnis der Abstimmung

28 Ja, 56 Nein, 5 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005031, 20.11.24 21:26:41]*

Der Grosse Rat beschliesst

Den Ordnungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es ist 22:30 Uhr. Wir haben 56 Nein-Stimmen gegen 28 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen.

76. Motion 16 Nicole Kuster und Konsorten betreffend Unterstützung der Schulen und der Lehrpersonen bei der Anwendung von KI-Systemen in der Bildung

[20.11.24 21:26:55, 24.5398.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Wir eröffnen die Debatte. Mustafa Atici hat das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Ich glaube, ich werde leider meine fünf Minuten Redezeit benützen, damit ich einiges zu diesem Bereich erzähle, was wir alles machen. Das Thema KI wird aktuell sehr breit diskutiert und die Entwicklungen in diesem Bereich schreiten mit hoher Geschwindigkeit voran. Inzwischen ist es normal, dass wir alle auf unseren Geräten teilweise mit KI unterstützten Systemen arbeiten oder uns über alle möglichen Themen mit Hilfe von KI-Plattformen informieren. Diese Entwicklung macht selbstverständlich nicht halt vor unseren Schulen und stellt auch unser Bildungssystem vor Herausforderungen. Die verschiedenen Akteure im Bildungssystem sind sich dessen bewusst und es werden im Kanton Basel-Stadt bereits eine Reihe von Massnahmen umgesetzt und weitere befinden sich in der Entwicklung. Lassen Sie mich in Bezug auf die drei Motionsforderungen kurz ausführen, wie unsere Schulen und Pädagogische Hochschule der FHNW mit dieser Thematik umgehen.

Auf Stufe der Volksschulen haben sich die Schulleitungen der Sekundarschulen in diesem Jahr mit dieser Thematik auseinandergesetzt und häufig gestellte Fragen diskutiert. Des Weiteren ist für das Jahr 2025 eine Tagung zum Thema KI für die Volksschule geplant. Parallel dazu bietet das Pädagogische Zentrum Basel Weiterbildungen für Lehrpersonen zu diesem Thema an. Bei den Volksschulen ist zudem eine aus Datenschutzgründen vom Restsystem von Microsoft 365 separierte Möglichkeit zur Nutzung von Microsoft Copilot im Einsatz. Eine zur Verfügungstellung von weiteren KI-Systemen wird derzeit an den Volksschulen als nicht notwendig angesehen und würde zudem allenfalls mit hohen Lizenzgebühren einhergehen, für die aktuell keine Mittel budgetiert sind.

Für die Mittel- und Berufsschulen kann ich folgendes berichten: Seit 2023 besteht eine kantonale Themengruppe KI mit ausgewählten Lehrpersonen der Mittelschule. Die Themengruppe hat eine Handreichung erstellt, die den Lehrpersonen der Mittelschulen Antworten und Denkanstösse zu wichtigen Fragestellungen gibt, die in diesem Zusammenhang auftauchen. Wegen der raschen Fortschritte in der KI-Technologie werden die Inhalte dieser Handreichung regelmässig hinterfragt, überarbeitet und aktualisiert. Dem Einsatz von KI im Rahmen von Abschlussarbeiten an den Mittelschulen wird Rechnung getragen, indem der schulinterne Leitfaden auf das Schuljahr 2023/2024 mit einem Passus zu KI erweitert, die Bewertungsmodalitäten angepasst und die Maturitätsprüfung und Verordnung entsprechend angepasst wurden. Aktuell prüft der Bereich Mittelschulen und Berufsbildung mit der Abteilung DIG-IT des Erziehungsdepartements zudem, ob Copilot als Bestandteil der Microsoft 365-Lizenzen an der Schulen der Sek 2 zur Verfügung gestellt werden soll. Im September 2024 fand eine Weiterbildung der Lehrpersonen der Mittelschulen und Berufsfachschulen zum Umgang mit dem KI im Unterricht im Rahmen der durch das Pädagogische Zentrum BS organisierten Netzwerk statt und auch der Dienstagmorgen des Dreitageblocks 2025 werden alle Mittelschulen sich dem Thema KI widmen.

Der Einsatz von KI an den Mittelschulen und Berufsfachschulen soll nicht verboten werden, sondern ein sinnvoller Umgang damit ermöglicht und geregelt werden. Es soll darum gehen, nach Wegen zu suchen, wie KI pädagogisch sinnvoll, bereichernd, ethisch und datenschutzkonform an den Schulen der Sek 2 eingesetzt und thematisiert werden können. Dies entspricht auch den Überlegungen der Motionärinnen und Motionären, was sie auch alles vorgeschlagen haben. In Bezug auf die Pädagogische Hochschule der FHNW ist zu berichten, dass die Forderungen der Motion im Wesentlichen bereits erfüllt sind.

Aus diesen Gründen beantragt der Regierungsrat, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jessica Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Ich bestreite diese Motion auch im Namen meiner Fraktion. Nicht, weil wir finden, dass das Thema unwichtig ist, sondern weil wir finden, dass eine Motion das falsche Instrument ist und dass die Motion, so wie sie formuliert ist, auch nicht umsetzbar ist. Lassen Sie mich ausführen.

In Punkt 1 fordern Sie Aus- und Weiterbildungsmodule für alle Lehrkräfte. Darf ich Sie daran erinnern, wie Sie, liebe LDP, vor zwei Monaten argumentiert haben, als es um die Motion zur sexuellen Gesundheit ging? Da haben Sie gesagt, man solle nicht in den Lehrplan eingreifen, man solle die Lehrpersonen nicht mit zusätzlichen Weiterbildungen belasten. Ups, haben Sie wohl vergessen. Plötzlich ist es also kein Problem, wenn man zusätzliche Weiterbildungen fordert, wenn man in den Lehrplan eingreift.

In Punkt 2 fordern Sie die Bereitstellung von KI-Systemen für alle Schulstufen. Haben Sie sich wirklich vertieft mit dieser Forderung auseinandergesetzt? Wissen Sie, was ein KI-System ist? Es gibt tausende von KI-Systemen. Wollen Sie ein textbasiertes System, wollen Sie ein bildbasiertes System, was muss das Systeme können? Ist Ihnen bewusst, was ein solches System kosten wird, wenn man es von Grund auf programmieren muss? Dann können Sie schon mal die Millionen bereitstellen für das Erziehungsdepartement.

Und dann in Punkt 3 fordern Sie dann die Regierungen der Trägerkantone der FHNW auf, etwas zu tun. Die Regierungen, Mehrzahl, das geht halt nicht, wir können nicht anderen Kantonen vorschreiben, was sie machen müssen. Aber es gibt die IPK FHNW, da können wir etwas einbringen, aber doch nicht über eine Motion. Wir haben vier Mitglieder in der IPK oder sogar fünf, glaube ich, genau fünf und Regierungsrat Atici natürlich. Sie können den fünf Mitgliedern ein Anliegen mitgeben, aber auch dazu braucht es keine Motion. Sie sehen, sympathisches Anliegen, völlig falsches Instrument.

Wir werden deshalb diese Motion ablehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Wenn ich den Vorstoss geschrieben hätte, hätte ich vielleicht auch nicht alles 1:1 so geschrieben und gefordert, aber ich möchte doch zum Beispiel 2 Jessica Brandenburger etwas widersprechen. Natürlich ist es sehr offen formuliert, aber es geht darum, dass aktuell auf der Mittelschule zum Beispiel, wenn man KI im Unterricht einsetzt, und das ist ja von allen Seiten erwartet, dass wir unseren Schülerinnen und Schülern selbstverständlich beibringen, wie man mit diesem Instrument sinnvoll umgeht, dass man das eigentlich im Moment mit keinem Instrument tun kann, ohne dass man damit KI füttert mit Schülertexten, mit den Tätigkeiten, was Schüler tun, Texte, Bilder, egal was, die dann das KI trainieren sozusagen. Also es gibt keinen gesicherten Bereich, der auch datenschutzrechtlich sicher wäre, den wir benutzen können. Also wir müssen es eigentlich machen, aber es gibt es nicht. Und wenn man es machen möchte, ich habe zum Beispiel bei «fobizz», das ist eine Plattform, ein Abo gelöst, das kostet etwas über 100 Euro. Wenn das alle in der Fachschaft wollten, dann wäre der Fachschaftskredit weg und Bücher könnte man nicht mehr kaufen.

In dem Sinn gibt es einen Bedarf und das wirklich nicht nur auf der pädagogischen Ebene, da gebe ich Herrn Regierungsrat Atici recht, da läuft schon sehr viel und am Schluss ist ja die Kapazität und die Ressourcen, wie viel man aufs Mal aufnehmen und im Unterricht umsetzen kann, tatsächlich begrenzt. Aber die Rahmenbedingungen finanziell, rechtlich, die haben doch noch einige offene Fragen und da denke ich, ist es wichtig, dass man etwas vorwärts macht, auch auf dieser Ebene und nicht nur auf die Frage, wie verhindern wir Betrug bei Abschlussarbeiten und solchen Dingen.

Darum, auch wenn es ein paar Schwachpunkte hat, bin ich der Meinung, dass wir diese Motion überweisen sollten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Gabriel Nigon.

Gabriel Nigon (LDP): Ich bin auch der Meinung, dass man diese Motion überweisen muss, zumal ja Herr Regierungsrat Atici gesagt hat, eigentlich wären sie auf dem gleichen Weg unterwegs. Und es ist eigentlich wie ein Zweikampf zwischen KI und ND, künstliche Intelligenz und natürliche Dummheit. Und deshalb ist es wichtig, dass wir als Vertreter der natürlichen Dummheit uns positionieren und lernen umzugehen mit der KI.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motionärin Nicole Kuster hat das Wort.

Nicole Kuster-Simon (LDP): Die Regierung will die Motion nicht überweisen. Sie findet, das Angebot sei gross genug. Ja, das Angebot ist gross, es ist riesig und unstrukturiert und ich finde, eine Tagung im 2025 reicht mir nicht. Die Prüfungsordnung anpassen reicht mir nicht. Weitere Massnahmen sind geplant, das reicht mir einfach nicht. Und ja, wir wollen den Lehrplan

nicht anpassen, Frau Brandenburger, es gibt das Fach Medien und Informatik und da gehört eine zeitgemässe KI heute dazu. Also es ist etwas anderes.

Die vorliegende Motion ist nicht entstanden, weil ich persönlich KI schick finde. Nein, ganz im Gegenteil, ich begegne KI mit einer grossen Portion an Skepsis, denn ich wünsche mir eine Generation von Schülerinnen und Schülern, die verknüpft denken und vor allem kritisch hinterfragen können. Sie sollen den Enter-Knopf bewusst drücken und das gelieferte Ergebnis kritisch hinterfragen. Dies erfordert aber eine systematische Herangehensweise und viel Wissen und gute Systeme auf Seiten der Schulen und geschulte Lehrpersonen. Und genau aus diesem Bedürfnis heraus ist diese Motion entstanden, nicht unüberlegt. Lehrpersonen kontaktierten mich und schilderten mir ihr Anliegen. Es ist also kein moderner Schnickschnack, sondern ein zukunftsorientiertes Bedürfnis der Schulen.

Es gibt kein einheitliches KI-System in den Basler Schulen. Dies, obwohl es beispielsweise, und ich habe mich sogar kundig gemacht und wurde beraten, ein St. Galler System namens Brian, der Name ist etwas ungünstig, eine gute Schweizer Lösung gibt damit. Stand heute arbeiten gewisse mehr mit KI, gewisse weniger. Es entsteht ein Wildwuchs, welcher in Anbetracht der Relevanz und Grösse der Thematik gesellschaftlich nicht verantwortbar ist. Letztendlich arbeiten gewisse Schülerinnen und Schüler mit besseren Systemen, gewisse mit schlechteren oder mit gar keinen. Dies ist genau die digitale Erziehung, welche wir nicht wollen. So haben wir uns doch mit den eduBS-Book für eine einheitliche Hardware entschieden. Wir wollen, dass alle Schülerinnen und Schüler dieselben Endgeräte haben. Bitte schauen wir doch nun auch, dass alle diese Geräte auch gleich intelligent sind.

So wie der Taschenrechner nicht aufgehalten werden konnte, so können wir auch die KI nicht aufhalten und versuchen wir diesen Weg doch strategisch anzugehen, damit haben wir die KI in der Hand und nicht diese uns. Besten Dank, dass Sie die Motion überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Frau Brandenburger. Möchten Sie sie annehmen? Sie wird angenommen.

Jessica Brandenburger (SP): Wenn Ihre Motion dann angenommen wird, sind Sie dann auch bereit, die finanziellen Mittel dafür zur Verfügung zu stellen? Also trägt Ihre Fraktion das dann mit?

Nicole Kuster-Simon (LDP): Wenn es finanzielle Mittel braucht, dann sicher.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat möchte die Motion nicht überwiesen haben. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 33 Nein, 11 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005033, 20.11.24 21:41:42]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird überwiesen mit 47 Ja-Stimmen gegen 33 Nein-Stimmen bei 11 Enthaltungen.

77. Motion 17 Oliver Thommen und Sandra Bothe betreffend Messenger Dienst für die Basler Volksschulen

[20.11.24 21:41:47, 24.5423.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Wir eröffnen die Debatte mit Alexandra Dill.

Alexandra Dill (SP): Ich darf im Namen der SP und des GAB reden. Diese Motion spricht mir total aus dem Herzen. Der Mental Load von Familien und Lehrpersonen ist enorm und wenn ich an der Digitalisierung irgendwo ein Potenzial erkenne, dann genau dort, wo sie uns entlasten kann und von Aufgaben befreien.

Ich will Sie dazu mal mitnehmen in meinen Alltag zu Hause. Früher haben wir so ausgedruckte Zettel aus den Schulsäcken geklaubt, teilweise ein bisschen zerfleddert, manchmal hat man eine Notiz auf dem Handrücken entdeckt, eine Mail ist hineingeflattert oder ein Postbrief, eine WhatsApp, eine SMS, manchmal ein Hefteintrag bei einem Kind oder ein farbiger Punkt auf der Nase, der geheissen hat, dass das Kind eine Mitteilung zu überbringen hat. Um die Übersicht zu behalten, haben wir Eltern das alles in unseren digitalen Familienkalender integriert, der uns rechtzeitig daran erinnert hat, dass wir heute das Schwimmzeug für einmal nicht mitgeben müssen oder der Treffpunkt an der Bushaltestelle ist oder wir das Kind in der Tagesstruktur abmelden müssen, weil es einen Ausflug über den Mittag hat. Wenn das Kind krank gewesen ist, hat das ein Telefon ins Sekretariat bedeutet. Diese Person ist dann ins Klassenzimmer vier Stöcke hinaufgelaufen, was super ist für ihre Fitness, aber schlecht, weil sie das Telefon vom nächsten kranken Kind nicht hört, und hat es der Lehrperson mitgeteilt. Manchmal haben wir auch eine SMS geschrieben, aber dann hat es auch sein können, dass in der 10-Uhr-Pause das Sekretariat uns angerufen hat und gefragt hat, wo unser Kind steckt, weil die Lehrperson, der wir geschrieben haben, heute ausnahmsweise an einer Weiterbildung ist und unsere Krankmeldung nicht angekommen.

Auch für Lehrpersonen, Schulleitungen und Sekretariate ist die Kommunikation mit den Eltern ein riesiger Posten ihrer Arbeit. Auch sie sind oft am Anschlag mit der Arbeitslast, mit Kanälen und Koordination. Wenn die Kommunikation mit Eltern über private Accounts und Geräte geht, bedeutet das auch für Lehrpersonen eine ständige Vermischung von privat und beruflich, was datenschutztechnisch, aber auch gesundheitlich problematisch sein kann. Die zunehmende Belastung von Lehrpersonen ist besorgniserregend und Abgrenzung und genügend Erholung wichtig und genau für das braucht es Tools. Am Schulhaus von meinen Jungs haben wir darum seit gut einem Jahr eine App, die heisst Klapp und seither klappt es. Mit dem Mental Load in unserer Familie, alles lässt sich direkt in den Kalender befördern, die Tagesstruktur liest auch gerade schon mit, wenn ein Klassenausflug gemacht wird, bestellt weniger Mittagsmenüs, also auch in Punkto Food Waste eine gute Sache, eine Abwesenheitsmeldung läuft automatisiert. Jede Nachricht lässt sich mit einem Klick in alle Sprachen übersetzen und wird niederschwellig verstanden von allen, eine Lesebestätigung klärt, dass die Nachricht auch verstanden worden ist und stärkt Vertrauen und Verlässlichkeit. Auch die Trennung von Arbeit und Freizeit für die Lehrpersonen klappt wesentlich besser mit Klapp, weil man den Schullaptop mit dem Messenger-Dienst darauf einfach zuklappt und keine WhatsApps mehr von Eltern hineinflattern.

Natürlich gibt es auch andere gute Messenger-Dienste, es geht in dieser Motion ja auch nicht konkret um Klapp, auch wenn ich mich ein bisschen als Fan geoutet habe. Aber ernsthaft, was einfach sehr wenig Sinn ergibt, ist, wenn jedes Schulhaus eine eigene Lösung hat. Erstens ist das in der Beschaffung ineffizient und teuer und zweitens ist in den Augen von der SP und vom GAB IT jetzt nicht dieser Bereich, wo die Teilautonomie der Schulen unbedingt gewahrt werden muss. Im Gegenteil, es ist eher ein, wo man einzelne Schulleitungen entlasten darf und die Vorteile der Zentralisierung nutzen soll. Auch gerade mit Blick auf das Schonen von den im Schulbereich doch eigentlich im Kerngeschäft dringend benötigten Ressourcen. Für den Mental Load in der Familie ist es auch nur erschwerend, wenn ich für jedes Kind eine andere App haben muss, weil sie an verschiedenen Standorten sind, was bei mehreren Kindern zeitweise zwingend der Fall ist, ausser man hat Zwillinge und Drillinge.

Die Mittel für den Ausbau der Schulleitungen haben wir hier drinnen eigentlich auch schon gesprochen, 2012 und dann noch einmal 2019. Die Kommunikation zwischen Schule und Eltern ist aus meiner Sicht eben auch einer der Schlüsselfaktoren für die optimale Bildung und Begleitung der Schülerinnen und Schülern und hat es verdient, über professionelle Tools zu laufen zur Entlastung von allen Beteiligten.

Ich beantrage darum eine Überweisung der Motion, das im Namen der SP und des GAB.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Namens der SVP bitte ich Sie, diese Motion an den Regierungsrat zu überweisen. Sie nimmt ein wichtiges Thema auf, welches in den letzten eigentlich wenigen Jahren immer mehr in den Vordergrund getreten ist. Diese Messenger-Dienste, zumindest WhatsApp ist ja allgegenwärtig, man könnte sich fast als von der Welt abgeschnitten betrachten, hat man kein WhatsApp. Ich wage die Behauptung, dass niemand von uns in diesem Saal nicht eine solche App auf seinem Handy hat. Ich habe selbst mal nachgezählt, ich habe sechs verschiedene Messenger-Dienste auf meinem Handy.

Ja klar, diese Apps, sie haben E-Mail als die ehemalige moderne Kommunikationsplattform abgelöst. Sie sind viel direkter, sie erlauben auch Telefon- und Videoanrufe, sie sind intuitiv zu gebrauchen, es ist kein Wunder, dass sich diese Apps wie wild vermehrt haben. Im Vordergrund steht da die Einfachheit und die Bedienung, die Sicherheit kommt dabei irgendwann weiter hinten. Mit Sicherheit meine ich zum Beispiel den Schutz vor Fake-Profilen. Im Namen einer anderen Person etwas zu posten, kann für diese betroffene Person immensen persönlichen und öffentlichen Schaden anrichten. Das nur ein Beispiel für eine der negativen Seiten der Messenger-Apps. Natürlich besteht die gleiche Gefahr auch für alle anderen ähnlichen Dienste, aber das heisst ja nicht, dass wir die Augen davor verschliessen müssen, sondern wir müssen alles unternehmen, um ein Maximum an Sicherheit zu erreichen.

Dass sich bei den Volksschulen ein Zoo von Messenger-Diensten etabliert hat, das erstaunt ja nicht. Einerseits bedingt durch die Überlegungen, die ich gerade gemacht habe, andererseits aber auch bedingt durch den Unwillen von Behörden und Politik, hier für eine klare Linie zu sorgen. Es steht nicht zur Frage, ob eine messengerbasierte Kommunikation zwischen Schule und Eltern etabliert werden soll. Natürlich sollen die Schulen mit einer App mit den Eltern kommunizieren können, dass hier aber keine einheitliche Linie gefahren wird, das erstaunt doch sehr. Meine Damen und Herren, für die, die vielleicht nicht so vertraut sind mit IT, IT, egal bei welchem Anwendungsgebiet, zeigt seine Stärken dann, wenn die Einheitlichkeit vorhanden ist. Einheitlichkeit der Benutzerdaten, der Strukturen der Abläufe, der Installation. der Wartung. der Fehlersuche. Das ist, was gefragt ist, also genau das Gegenteil eines Wildwuchses von verschiedenen Anwendungen.

Die Regierung schreibt ja in der Beantwortung der IP Thommen, der Technologie-Entscheid solle nicht kantonal erfolgen, sondern sei Verantwortung der teilautonomen Schulen. Die Schulleitung hat dafür diesen ihren vollkommen artfremden Entscheid getroffen, das überrascht sehr, und dass die zuständigen politischen Instanzen das zugelassen haben, das überrascht noch mehr. Es zeigt einen doch bedenklichen Mangel an IT-Wissen und Erfahrung. Ich habe mir die Antwort auf die IP Thommen zu Gemüte geführt und erinnere mich an Antworten, die ich vor 30 Jahren noch bekommen habe auf Fragen über den Computer, wo es geheissen hat, ja, da frage ich den Göttibueb, der kann PC. Also diese Einstellung, die wir hier sehen, tendiert doch sehr stark in diese Richtung. Es ist höchste Zeit, dem entgegenzutreten. Die Forderung der Motionäre ist legitim, sie ist sinnvoll und sie ist umsetzbar.

Deshalb bitte ich Sie namens der Fraktion der SVP, die Motion an den Regierungsrat zu überweisen und ich danke Ihnen dafür.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Vielen Dank meinen Vorrednern und Vorrednerin für die wohlwollenden Voten. Der Ratschlag von 2019 zur Digitalisierung der Volksschule hätte tatsächlich den Weg für eine zentrale IT-Kommunikation ebnen können, doch bisher bleibt er ungenutzt. Dabei stehen längst spezialisierte Schul-Messenger wie SchoolFox oder eben auch Klapp, das klappt zur Verfügung, die auf die komplexen Anforderungen des Schulalltags abgestimmt sind. Der Bedarf ist offensichtlich. E-Mails sind für personenbezogene Mitteilungen aus Datenschutzgründen ungeeignet und datenschutzkonforme Dienste wie Threema sind nur sehr bedingt für die vielfältigen Kommunikationsbedürfnisse der Schulen geeignet. Über Schul-Messenger-Dienste können aber Nachrichten mit links, Informationen mit Lesebestätigung, Absenzen-Meldungen, Terminvereinbarung sowie sensible Daten datenschutzsicher und flexibel zwischen der Schule und den Eltern ausgetauscht werden.

Ein kantonales Schulkommunikations-Tool stellt also eine reibungslose Kommunikation zwischen der Schule, den Lehrpersonen, einer Klasse, einzelnen Lehrpersonen und den Erziehungsberechtigten effizient sicher, insbesondere jenen, die mehrere Kinder in verschiedenen Schulen haben. Dadurch werden Lehrpersonen und Eltern administrativ entlastet, da es keine unterschiedlichen Kanäle mehr braucht, sondern alles an einem Ort gebündelt wird. Allerdings wird der Einsatz dieser Dienste derzeit jeder Schule und damit oft jeder Klasse und jeder Lehrperson einzeln überlassen, was neben zusätzlichen Kosten auch zusätzlichen administrativen Aufwand in Bezug auf die Systempflege verursacht.

Ich bin auch überzeugt, dass eine zentrale Schul-App-Lösung nicht die Teilautonomie der Schulen aufheben, sondern diese stärken würde, da die Schulen die Möglichkeit hätten, datenschutzsicher bezahlbare Lösungen ohne grossen Mehraufwand zu nutzen. Es kann doch nicht ernsthaft sinnvoll sein, dass jede Schule in unserem kleinen Kanton ihre digitale Kommunikation mit den Eltern individuell regelt und hierfür eigene Konzepte erstellt. Es führt nicht nur dazu, dass Eltern die Kinder an mehreren Schulen und/oder Klassen haben, unterschiedliche Kommunikationsdienste nützen müssen, sondern die

Anschaffung solcher Messenger-Dienste belastet das Schulhausbudget enorm. Dies, weil die teilautonomen Schulen für die Einführung der Kommunikationsformate die Kosten übernehmen müssen, ohne entsprechendes Budget zu erhalten. Das Geld fehlt dann einfach in einem anderen Bereich, zum Beispiel für Exkursionen mit den Schülerinnen und Schülern.

Wir bedauern es sehr, dass ausgerechnet im Bereich der Schulkommunikation nicht vorausschauend eine kantonale, ganzheitliche Lösung gemeinsam mit den Schulleitungen gefunden wurde, sondern nur über eine Motion erreicht werden muss. Eine einheitliche Lizenzlösung spart Kosten, reduziert den Aufwand, gewährleistet den Datenschutz und fördert Synergien. Das wäre effizient, konsistent und würde die Schulen spürbar administrativ entlasten. Genau das sollte doch unser grundsätzlicher Ansatz sein. Ich bedanke mich sehr für Ihre Unterstützung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wir beantragen Ihnen, die vorliegende Motion betreffend Messenger Dienst für die Basler Volksschulen nicht zu überweisen. Der Regierungsrat hat kürzlich in seiner Beantwortung der Interpellation von Oliver Thommen betreffend «Wann klappt es mit der Schulkommunikation» dargelegt, dass er die Beschaffung von Kommunikations-Apps nicht kantonal organisieren, sondern den Entscheid über den Einsatz in der Verantwortung der teilautonomen Schulen belassen will. Ich möchte diese Haltung nochmals bekräftigen.

Gemäss der Verordnung Kooperation Erziehungsberechtigte legt die Schulleitung fest, wie die Kooperation mit den Eltern an ihrer Schule umgesetzt wird. Dazu gehört auch die Wahl des passenden Kommunikationsweges. Für alle Schulen gilt gleichermassen, die Kooperation und Kommunikation zwischen der Schule und den Erziehungsberechtigten soll den Bildungs- und Erziehungserfolg der Schülerinnen und Schüler unterstützen. Die Schulen organisieren Elternabende, die Lehr- und Fachpersonen führen Gespräche mit den Eltern respektive Erziehungsberechtigten und sie tauschen sich zudem mit den Elternräten aus. Und nicht zuletzt werden die Erziehungsberechtigten angemessen und rechtzeitig informiert. Auf welche Weise und wie dies im Einzelnen erfolgt, soll den Schulen überlassen werden.

Ich bitte Sie deshalb, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat der Motionär Oliver Thommen das Wort.

Oliver Thommen (GAB): Danke für die gute Aufnahme des Geschäfts. Inhaltlich hat jetzt vor allem Sandra Bothe auch ziemlich klar ausgeführt, warum es das braucht. Ich möchte da eigentlich gar nicht mehr so viel hinzufügen. Vielleicht noch, wenn ich es richtig gesehen habe, hat die LDP ein Minus im «Chrüzlistich» und da bin ich schon etwas überrascht. Wenn man sagt, ja, alle Schüler brauchen die gleichen Endgeräte, alle müssen gleich intelligent sein, aber dann soll jede Schule selber schauen, ob sie per WhatsApp oder per Threema, per Signal, per Klapp, ich weiss nicht, was es alles gibt, kommuniziert und so eigentlich ein absolutes Wirrwarr schafft und ich verstehe in diesem Sinne auch nicht, was den Regierungsrat immer noch an seine Position festhält.

Vielleicht nur ein Beispiel, ein persönliches. Ich hatte die Ehre, auch in einen Elternrat gewählt zu sein, eine zweifelhafte Ehre, weil sich da immer die meisten wegducken, aber ich habe das per Zufall damals nicht gemacht und war ein Jahr lang dabei, und das ist immer wieder ein Thema gewesen, auch in der interschulrätischen, elternrätischen Auseinandersetzung von den verschiedenen Standorten, die es tatsächlich gibt, und sich einige wenige verdienstvolle Eltern tatsächlich auch noch dort einsetzen. Und was man festgestellt hat, selbst diese Standorte, die Klapp nutzen, die haben das Problem, dass Klapp ist nicht einfach Klapp, das gilt auch für die anderen Messenger-Dienste, sondern das ist ein Paket von verschiedenen Funktionen und dann muss sich die Schule bei jeder Funktion überlegen, wollen wir dieses Budget noch drauflegen, weil es so wichtig ist oder machen wir das nicht, machen wir dafür, keine Ahnung, einen Adventsbasar. Das ist doch nicht das, was wir an unseren Schulen wollen. Also ich verstehe die Position des Regierungsrats in dieser Sache überhaupt nicht.

Wie das auch von Kollegin Alexandra Dill gesagt wurde, der Messenger-Dienst ist ja nicht nur ein Messenger-Dienst, sondern er ist auch eine Agenda und viel wichtiger noch jetzt aus meiner Sicht, er ist auch ein Ablageordner. Früher hatten wir alle diese Ordner mit all den Schreiben, die wir von der Schule bekommen haben, heute habe ich eine App, da kann ich alles nachschlagen und finde es sogar noch viel, viel schneller, bei einem Ordner habe ich keine Schlagwort-Suche. Also ich verstehe es wirklich nicht.

Letzter Punkt, man muss einfach verstehen, das meiste, was dann kommuniziert wird, wenn es gratis sein soll, ist WhatsApp. Das ist datenschutzmässig ein Albtraum und wenn dann die Eltern noch vielleicht zu ungeschickt sind in diesem Bereich, dann haben sie noch lustige Namen auf WhatsApp, wie das mit einem Recht auf Privatheit dann in einen Klassenchat abgehen soll, ich weiss es nicht, Sie werden es mir sagen. Auf jeden Fall, vielen Dank all denen, die das unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie möchten sicher die Zwischenfrage von André Auderset annehmen.

André Auderset (LDP): Stichwort ungeschickt. Sie wollen also eine einheitliche Lösung, die der Kanton macht. Angesichts unserer gemeinsamen Erfahrung, auch in der GPK, trauen Sie es dem Kanton wirklich zu, eine digitale Lösung zu machen?

Oliver Thommen (GAB): Ich traue es dem aktuellen Vorsteher des ED zu, ja.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat möchte die Motion nicht überwiesen haben. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

80 Ja, 5 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005035, 20.11.24 22:01:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird überwiesen mit 80 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

78. Motion 18 Daniel Albietz und Konsorten betreffend Restfinanzierungsdarlehen für gemeinnützige Wohnbauträger

[20.11.24 22:01:54, 24.5424.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Wir eröffnen die Debatte mit Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Stellen Sie sich den Wohnungsmarkt wie ein kompliziertes Verkehrssystem vor. Um gut zu funktionieren, braucht es Strassen, Brücken, Tunnels, Fahrradwege und öffentliche Verkehrsmittel. Also eine ausgewogene Infrastruktur, die den unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht wird. Die vorliegende Motion jedoch setzt alles auf eine einzige Spur, den gemeinnützigen Wohnungsbau. Das ist als würde man die gesamte Verkehrsplanung nur noch auf Velowege ausrichten und dabei die anderen Verkehrsträger ignorieren.

Neue Wohnungen sind teuer, ob sie nun gemeinnützig oder renditeorientiert gebaut werden. Die neueste Mietpreisstatistik der Stadt Zürich zeigt, dass die Mieten für günstige, nicht gemeinnützige Wohnungen oft genauso hoch sind wie die der teuersten gemeinnützigen Wohnungen. Zusätzlich haben Genossenschaftswohnungen ein strukturelles Problem, das sogenannte Lock-In-Syndrom. Menschen bleiben oft in diesen Wohnungen, auch wenn ihre Lebensumstände sich längst geändert haben. Etwa wenn die Kinder ausgezogen oder die Einkünfte stark gestiegen sind. Dazu gab es gerade eine mediale Berichterstattung aus dem Kanton Zürich. Dadurch blockieren sie Wohnraum, der für andere dringend gebraucht wird.

Das Wohnraumfördergesetz sieht bereits erhebliche Vorteile für gemeinnützige Bauträger vor. Sie erhalten beispielsweise Zugang zum Fonds de Roulement. Der Fonds de Roulement ist ein zentrales Förderinstrument des Bundes für den

gemeinnützigen Wohnungsbau. Er ermöglicht Darlehen für Neubau und Erneuerungsprojekte sowie den Kauf von bestehenden Objekten und von Bauland. Die Basler Verordnung über die Wohnraumförderung sieht zudem viele Fördermassnahmen vor, so beispielsweise Bürgschaften durch den Kanton, Darlehen für Projektentwicklungen und Abgabe von Grundstücken im Baurecht. Zudem gibt es auch in Basel einen Fonds. All diese Instrumente stehen privaten Investoren nicht zur Verfügung.

Mit dieser Motion wird diese Privilegierung noch ausgeweitet zu Lasten einer Vielfalt an Wohnformen und Lösungen. Die geforderten Restfinanzierungsdarlehen verstärken diese Ungleichheit. Statt preisgünstigen Wohnraum gezielt zu schaffen, fördert die Motion nur eine bestimmte Bauform, ohne zu prüfen, ob dies tatsächlich die Bedürfnisse des Marktes deckt. In Zürich zeigt die Praxis, dass Genossenschaften oft eine spezifische Bevölkerungsgruppe anziehen, Haushalte mit stabilen Einkommen und langfristigen Perspektiven. Doch was ist mit jungen Familien, Studierenden oder älteren Menschen, die flexible und kurzfristige Wohnlösungen suchen? Diese Gruppen werden oft übersehen.

Mit der Initiative und dem Kompromiss zu «Basel baut Zukunft» hat der Grosse Rat das Prinzip der Bauträgerneutralität beschlossen. Die vorliegende Motion jedoch will zurück und da bemühe ich nochmals mein Vergleich zu einer einspurigen Verkehrsführung, die nur einem Verkehrsmittel dient, den Genossenschaften. Selbst erfahrene Wohnpolitiker wie Walter Angst aus Zürich betonen, dass private Investoren Teil der Lösung sein müssen. Warum sollten wir in Basel also diesen Kurs verlassen? Die Regierung arbeitet zudem an einer neuen Wohnraumentwicklungsstrategie, die bis Ende 2025 vorliegen soll. Es wäre nun unklug, voreilige Entscheidungen zu treffen, ohne das Gesamtbild zu kennen. Der Boden in Basel ist begrenzt und kostbar, darum muss auch jede Überlegung gut überlegt sein.

Bestehende Instrumente wie der Fonds de Roulement oder vergünstigte Baurechte bieten gemeinnützigen Bauträgen bereits gute und ausreichende Möglichkeiten, Liegenschaften zu erwerben und Wohnungen zu bauen. Neuen Fördermittel sind nicht die Lösung, sondern eine ausgewogene Strategie, die alle Wohnform berücksichtigt. Wir brauchen keinen einspurigen Wohnungsmarkt, sondern ein vielfältiges System, das auf die Bedürfnisse aller eingeht. Genossenschaften sind ein wichtiger Teil davon, aber sie können nicht die einzige Lösung sein.

Ich bitte Sie deshalb, diese Motion abzulehnen zugunsten eines dynamischen und ausgewogenen Wohnungsmarktes.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Ich muss sagen, ich bin hocherfreut. Ich gratuliere Kollege Daniel Albietz für diesen sehr gelungenen und aus sozialpolitischer Sicht sehr wichtigen Vorstoss. Seit dem 10. Juni 2018 haben wir das Recht auf Wohnen in unserer Verfassung und dies verpflichtet uns, unter anderem mit anderen Massnahmen, den gesamtkantonalen Anteil an preisgünstigen Wohnraum bis 2050 auf 25 Prozent zu erhöhen. In den kommenden Jahren müssen wir also vorwärtsmachen, um den Anteil um mindestens 10 Prozent in den nächsten 25 Jahren zu erhöhen.

Nun, dies passiert nicht von alleine und die gemeinnützigen Wohnbauorganisationen, also Genossenschaften, aber auch Stiftungen brauchen Unterstützungsmassnahmen, um den dafür notwendigen Beitrag überhaupt leisten zu können. Damit Liegenschaften dem spekulativen Wohnungsmarkt entzogen werden können, braucht es viel Geld und oftmals ist die entsprechende Finanzierung eben nicht sichergestellt. Die Gefahr, dass bezahlbarer oder preisgünstiger Wohnraum damit verschwindet, kann oftmals nicht abgewendet werden. Deshalb ist die Idee von Restfinanzierungsdarlehen bestechend und wenn es sie schon gäbe, hätte sie schon seit Jahren ihre positive Wirkung entfalten können. Anstatt also Kredite über Banken aufnehmen zu müssen, um eine Liegenschaft für das soziale und preisgünstige Wohnen zu sichern, könnte ein staatliches verzinsliches Darlehen diese Funktion übernehmen.

In meiner Funktion als Geschäftsleiter einer Stiftung in der Obdachlosenhilfe kann ich untermauern, dass eine solche Massnahme auch in diesem Bereich ein grosser Hebel wäre, so dass nützliche Liegenschaften durch Stiftungen und Genossenschaften erworben werden können und in Zusammenarbeit mit Organisationen des sozialen Wohnens zwecks Vermittlung von Wohnraum für Menschen ohne Chancen auf dem Wohnungsmarkt betrieben werden könnte.

Am gestrigen Drogenstammtisch in Kleinbasel wurde deutlich, dass die zur Verfügungstellung von Wohnraum für die Schadensminderung entscheidend ist, um eine persönliche Situation zu stabilisieren und nächste integrierende Schritte einzuleiten. Ich glaube, da sind wir alle froh, wenn da eine Beruhigung stattfinden kann und für die Menschen auch eine Lösung. Ein Dach über den Kopf ist hier von entscheidender Bedeutung. Aber es ist nicht nur für das soziale Wohnen von Bedeutung, sondern insgesamt wäre eine solche Mitfinanzierung für die Förderung von preisgünstigem Wohnen und für die Entwicklung von Transformationsarealen in unserer Stadt entscheidend. Es kommt also der ganzen Bevölkerung zugute.

Nochmals zu diesem Bild von Herrn Kollege Michael Hug von einer Einbahnstrasse. Ja, ich hatte eigentlich bis jetzt das Gefühl, das war es eigentlich bis jetzt. Man hat kaum Zugriff auf Häuser, die man vielleicht auch nicht mehr so bewirtschaftet hat in den letzten zehn Jahren, weil der Verkaufspreis beim Bieterverfahren es unmöglich gemacht hat, diese Liegenschaft

überhaupt zu erwerben, und auch für die Genossenschaften das Bauen auf Transformationsarealen eine grosse Herausforderung darstellt, weil, wie Sie es richtig gesagt haben, das Bauen einfach auch nicht günstig ist.

Es ist schwierig, überhaupt hier vorwärtsmachen zu können und deshalb ist es eine gescheite Massnahme und deshalb unterstützt das GAB mit Freude diese Motion und bittet Sie, diese der Regierung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Silvia Schweizer.

Silvia Schweizer (FDP): Ich darf hier für die Fraktionen der FDP und SVP sprechen. Ich kann es gleich vorwegnehmen, die Forderung der Motionäre, gemeinnützigen Bauträgern einseitig Restfinanzierungsdarlehen zu gewähren, lehnen wir von den Fraktionen SVP und FDP ab. Die Regelung des Wohnraumfördergesetzes prägen den heutigen Wohnungsbau schon sehr stark. Dazu kommt, dass gemeinnützige Bauträger aktuell profitieren, indem sie weitgehend von den Restriktionen des Wohnraumfördergesetzes ausgenommen sind und zusätzlich, Michael Hug hat es gesagt, durch kantonale Bürgschaften zur Sicherstellung der Finanzierung unterstützt werden. Eine einseitige Bevorzugung von gemeinnützigen Bauträgern durch die Gewährung von Restfinanzierungsdarlehen führt zu einer Wettbewerbsverzerrung.

Die im Kompromiss zu «Basel baut Zukunft» verankerte Bauträgerneutralität, auch das ist Michael Hug sehr wichtig, ermöglicht auch privaten Investoren im preisgünstigen Wohnungsbau tätig zu sein. Die Fraktionen der SVP und der FDP sehen darum in der Forderung der Motionäre einen Widerspruch zu den bisher gefundenen Grundsätzen. Sie gefährdet die Diversität im Wohnungsbau und kann langfristig die Innovationskraft der Branche beeinträchtigen. Wir haben heute viel über Bäume gesprochen, auch ich habe hier ein Bild. Auch in der Natur sind Monokulturen langfristig nicht optimal, sondern die Diversität setzt sich durch. Darum plädiere ich auch beim Wohnungsbau für Diversität.

Die FDP-Fraktion und die SVP-Fraktionen empfehlen Ihnen, die Motion abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Zu später Stunde geht es um Restfinanzierungsdarlehen und die sollen gemeinnützige Bauträger*innen beim Kauf von Liegenschaften unterstützen. Ich glaube, es überrascht Sie wenig, dass ich das eine Supersache finde und auch hocherfreut bin, dass wir diesen Vorstoss heute behandeln können. Ich denke, Daniel Albietz hat mit diesem Vorstoss wirklich ein konkretes Instrument angesprochen, was jetzt in unserem Kanton gebraucht wird. Weil es um den Kauf von bestehenden Liegenschaften geht, ist es eine konkrete Massnahme, um dieser Spekulation mit Boden entgegenzutreten. Gleichzeitig macht man es dann noch den Menschen, die in diesen Liegenschaften wohnen, die bisher genau diesen Prozessen ausgesetzt sind, die Wohnsituation erträglicher. Das hat Oliver Bolliger schön ausgeführt, die Bandbreite ist dort riesig und vor allem werden diese Wohnverhältnisse langfristig bezahlbar bleiben, sie werden also stabil.

Der Boden in unserem Kanton, der ist endlich, ich glaube, das ist allen klar, und deshalb sind es genau diese Bodenpreise, die einfach seit der Finanzkrise sich vervielfacht haben. Und ja, seit der Zinswende, je nachdem, welche Statistik man nimmt, stabilisieren sich diese oder in gewissen Kreisen sagt man, dass sie sogar leicht zu sinken beginnen. Jetzt ändern sich die Zinsen wieder, wir werden sehen, wie das weitergeht, es ist also genau jetzt eine Opportunität, die sich auftut, dass eben rein der Bodenmarkt eine Atempause eingelegt hat und ich hoffe, sie wird auch noch ein bisschen dauern.

Und deshalb ist jetzt genau der Zeitpunkt, dass man mit diesem Restfinanzierungsdarlehen alle Bauträger*innen unterstützt, wenn sie sich zum gemeinnützigen Wohnungsbau bekennen. Und das ist ein Verfassungsauftrag, das hat Oliver Bolliger auch gesagt, wir haben «Recht auf Wohnen» in der Umsetzung und auch bei «Basel baut Zukunft», ich sehe das nicht als Aufweichung von diesem Kompromiss mit «Basel baut Zukunft». Es ist nochmal klar verdeutlicht, unser Kanton braucht 25 Prozent gemeinnütziger Wohnungsbau bis 2050. Und übrigens, auch in unserer Bundesverfassung steht die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus, in Artikel 108 ist sie da auch verankert, also wir machen eigentlich hier nur einen Vollzug von diesem Verfassungsauftrag, den wir haben.

Und ich möchte schon nochmal sagen, dieses Instrument ist langfristig angelegt. Es ist ja auch nicht so, dass diese Darlehen nicht mehr zurückkommen. Es sind Darlehen, es ist ausgeliehenes Geld, das auch quasi verzinst wird. Also von einer Subvention oder was auch immer, Marktverzerrung habe ich gehört, Einbahnstrasse habe ich gehört, ist hier nicht zu sprechen. Und wenn, dann profitiert sogar langfristig der Kanton, weil diese Menschen in diesen Wohnungen weniger Mietzinsbeihilfen brauchen, gerade, das hat Herr Bolliger auch schön ausgeführt, wenn man da Menschen fördern kann mit diesen Restfinanzierungsdarlehen, wenn sie gekauft werden quasi durch gemeinnützige Bauträger*innen, wenn sie einkommensmässig nicht gut dastehen.

Und einfach diese Einbahnstrasse oder dass dieses Marktumfeld verzerrt wird, wissen Sie, wie viele Handänderungen es in unserem Kanton gibt? Das sind 500. Wenn man jetzt diese 20’000 pro Wohnung nimmt, dann 10 Prozent, nehmen wir

einfach einmal an, bei diesen 500 Handänderungen, die es gibt, werden jetzt 50 gefördert. Das ist sicherlich nicht marktverzerrend und dann ist dieser Rahmenkredit nach zwei bis drei Jahren, je nachdem, wie gross diese Liegenschaften sind, aufgebraucht.

Ich denke, heute können wir hier dieser Erstüberweisung zustimmen und ich bedanke mich dafür.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Regierungsrat möchte die Motion nicht entgegennehmen. Wir wären aber nicht grundsätzlich dagegen, das Anliegen zu prüfen. Also das heisst, vielleicht nicht das konkrete, Sie fordern ja, Sie wollen eben keine Überprüfung, sondern Sie fordern und Sie fordern auch bereits mehr Geld. Und ja, es ist aber so, wir haben den Auftrag, dass wir den Bestand an genossenschaftlichen Wohnungsbau erhöhen müssen. Das ist ein Auftrag, den wir haben, dass wir dort überprüfen, ob es andere Mittel oder Wege gibt. Ich denke, das ist legitim, das könnte man fordern. Man darf auch mal einen Anzug machen, wo wir das prüfen könnten, wäre auch möglich. Und auch diese 20 Millionen, die es ja schon gibt, dort vielleicht nochmals zu klären, wie man die einsetzen soll, das wäre an sich sicher auch sinnvoll.

Aber Sie fordern wieder und das ist in dieser Ziffer 2, es sind alles konkrete Prinzipien oder konkrete Gesetzesbestimmungen, die Sie fordern. Sie wollen schon mehr Geld, obwohl wir noch nicht genau wissen, was wir mit den 20 Millionen machen, da muss alles innerhalb eines Jahres kommen, das ist ein Korsett. Da können Sie zwar sagen, wir sollen es nicht ernst nehmen, wir seien da zu pingelig, aber auf der anderen Seite werfen Sie es uns dann wieder vor, wenn wir das nicht ernst nehmen. Daher müssen wir das bei der Erstüberweisung, beim Eintreten eben schon bestreiten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat der Motionär Daniel Albietz das Wort.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Mein Vorstoss hat ja zu einer ziemlichen Dynamik geführt, schon im Vorfeld. Offenbar, weil man überrascht war und eine gewisse Verwunderung sichtbar wurde, dass ich einen solchen Vorstoss lanciere. Dann gab es gewisse Kritik von institutionellen Anlegern im Wohnungsbau, heute gab es, und das bin ich mir wirklich nicht so gewöhnt, ein Lob von linker Seite. Ich bin fast etwas rot geworden, aber ich kann Sie beruhigen, das ist kein rotes Anliegen, das ich Ihnen hier präsentiere, sondern es ist eben auch ein bürgerliches Anliegen. Es entspricht bürgerlichen Grundsätzen und es entspricht auch der Wohnpolitik der Mitte und das würde ich Ihnen gerne kurz noch erläutern.

Diese Politik ist nämlich auch in unserem alten wie dem neuen Parteiprogramm verankert. Wir haben unlängst vor den Wahlen das Parteiprogramm erneuert. Vor allem gilt ein Augenmerk darauf, dass auch für Familien preisgünstiger Wohnraum zu schaffen und zu erhalten ist. Erlauben Sie, dass ich kurz aus diesem Programm zitiere, da es einigen Stakeholdern offenbar nicht vertraut ist. Hier steht drin: «Die Politik des Kantons muss darauf ausgerichtet sein, den Wohnungsbau im Kanton zu fördern und sich für eine genügende Anzahl an Wohnungen zu tragbaren Bedingungen zu engagieren, indem man den vorhandenen Wohnungsbestand regelmässig saniert und den Neubau von Wohnungen fördert». Sodann wird im Programm die Förderung von gemeinnützigem Wohnungsbau explizit gefordert. Wohnungsbau soll auf privater Initiative beruhen, das ist ein wichtiger Grundsatz, und mit privatem Kapital erfolgen. Dabei ist die Förderung von gemeinnützigen Wohnbauträgern angezeigt. Ich kann also guten Gewissens behaupten, dass ich voll im Einklang bin mit dem Programm, das meine Partei vertritt. Und genau darum geht es in diesem Vorstoss, den ich Ihnen heute unterbreite.

Ich bin ein Fan von privaten Wohnbauträgern und einem guten Mix, nicht eine Einbahnstrasse, keine Ausschliesslichkeit, einem guten Mix zwischen institutionellen Investoren, Privatpersonen und gemeinnützigen Wohnbauträgern. Darum engagiere ich mich auch für die Förderung von Wohnbaugenossenschaften als private Bauträger, und zwar eben nicht als einzige Lösung, sondern als Teil dieses bunten Mixes. Damit ist auch gleich und ganz grundsätzlich gesagt, Wohnungsbau, auch sozialer, ist nach meiner Auffassung nicht Staats-, sondern Privatsache. Entsprechend liegt ein Akzent darauf, den im Vorstoss erwähnten Staatsfonds von 20 Millionen, der bisher nie in Anspruch genommen wurde, obwohl er schon lange beschlossen ist, dem mit der vorliegenden Motion angestrebten Zweck zuzuführen.

Zum Hintergrund noch dieses 20-Millionen-Fonds, der geht auf den Grossratsbeschluss im Zuge der Umsetzung der Initiative «Recht auf Wohnen» zurück. Dort wurde durch den Grossen Rat eine Rahmenausgabenbewilligung für den Erwerb von Grundstücken unter anderem im Verwaltungsvermögen des Kantons für die Erstellung von preisgünstigem Wohnraum gefordert. Und da finde ich eben, das sollte nicht der Staat lösen, sondern das sollen private Wohnbauträger machen, darum die Überführung dieser 20 Millionen in diesen angedachten Fonds, den Sie hier finden.

Im Vorfeld der heutigen Debatte zu diesem Thema wurde ich wiederum auf die Frage angesprochen, was unter gemeinnützigem Wohnungsbau zu verstehen sei respektive ob dieser ausschliesslich genossenschaftlichen Bauträgern offenstehe. Diese Frage hatten wir auch schon, beispielsweise bei der Motion des Kollegen René Brigger zur Frage, wie

preisgünstiger Wohnraum zu definieren ist und ich kann nur bekräftigen, dass gemeinnütziger Wohnungsbau grundsätzlich bauträgerneutral ist nach meiner Auffassung. So kann gemeinnütziger Wohnungsbau nebst Wohnbaugenossenschaften auch durch Stiftungen oder sogar durch Aktiengesellschaften erstellt werden, solange das Prinzip der Kostenmiete beachtet wird. Das finden Sie sogar auf der Homepage der Wohnbaugenossenschaften Schweiz, dem Dachverband der Wohnbaugenossenschaften in diesem Land.

So gesehen können sogar institutionelle Bauträger der Motion etwas abgewinnen, soweit sie etwa nach dem Kompromiss zu «Basel baut Zukunft» einen gewissen Anteil preisgünstigen Wohnraum erstellen müssen. Soweit ihre Bautätigkeit in diesem Sinne gemeinnützig ist, ist sogar denkbar, dass auch solche Bauträger von Restfinanzierungsdarlehen profitieren können, weshalb ich Sie freundlich bitte, diese Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat möchte die Motion nicht überwiesen haben. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

55 Ja, 32 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005037, 20.11.24 21:26:16]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird überwiesen mit 55 Ja-Stimmen gegen 32 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung.

Ich wünsche Ihnen eine schöne Nacht.

Schluss der 39. Sitzung

22:26 Uhr

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 13. November 2024 09:04:51
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	81	25	11	13	11	8	6	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	82	25	11	13	11	8	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	15	3	6	2	0	2	2	0	0	0
Stimmberechtigt	85	26	12	13	11	8	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 13. November 2024 09:10:22
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	84	22	16	15	10	8	6	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	85	22	16	15	10	8	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	7	5	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	2	2	0	0	2	2	0	0	0
Stimmberechtigt	92	27	16	15	11	8	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 13. November 2024 09:11:11
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	83	20	16	15	11	8	6	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	84	20	16	15	11	8	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	8	7	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	2	2	0	0	2	2	0	0	0
Stimmberechtigt	92	27	16	15	11	8	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
24.5321

Abstimmungsdatum 13. November 2024 09:17:27
Geschäft Vorschlag für die Wahl einer Leitenden Staatsanwältin, Bericht der WVKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	25	17	15	11	8	8	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	25	17	15	11	8	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	3	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	17	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
24.5321

Abstimmungsdatum 13. November 2024 09:18:12
Geschäft Vorschlag für die Wahl einer Leitenden Staatsanwältin, Bericht der WVKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	25	17	14	11	8	8	7	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	25	17	14	11	8	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	6	3	0	1	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	17	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
24.5460

Abstimmungsdatum 13. November 2024 09:36:36

Geschäft Einführung einer gesetzlichen Grundlage zur Besoldung der/des Datenschutzbeauftragten, Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	27	17	13	11	8	8	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	17	13	11	8	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	6	1	0	2	0	2	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
24.5460

Abstimmungsdatum 13. November 2024 09:37:12

Geschäft Einführung einer gesetzlichen Grundlage zur Besoldung der/des Datenschutzbeauftragten, Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sieber Johannes (GLP)	Nein
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	3	0	0	2	0	0	0	0	1	0
Nein	88	27	16	11	11	8	8	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	27	16	13	11	8	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	7	1	1	2	0	2	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
24.5460

Abstimmungsdatum 13. November 2024 09:38:11

Geschäft Einführung einer gesetzlichen Grundlage zur Besoldung der/des Datenschutzbeauftragten, Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	77	27	17	10	0	9	7	7	0	0
Nein	15	0	0	3	11	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	17	13	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	6	1	0	2	0	1	1	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
24.0893

Abstimmungsdatum 13. November 2024 09:54:46

Geschäft Schweizerisches Tropen- und Public Health-Institut (Swiss TPH): Globalbeitrag für die Jahre 2025–2028, Bericht der BKK, Partnerschaftliches Geschäft

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	87	23	17	12	11	9	8	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	23	17	12	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	10	5	0	3	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
24.0892

Abstimmungsdatum 13. November 2024 10:16:59
Geschäft Musik-Akademie Basel (MAB): Staatsbeitrag für die Leistungsperiode 2025-2028, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	26	17	15	11	9	7	6	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	93	26	17	15	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	0	0	1	1	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
22.0834

Abstimmungsdatum 13. November 2024 11:30:15
Geschäft Gesetz betreffend Lohngleichheitsanalysen (Lohngleichheitsanalysengesetz, LAG), Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	53	28	17	0	0	0	8	0	0	0
Nein	43	0	0	15	11	10	0	7	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	97	28	17	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
22.0834

Abstimmungsdatum 13. November 2024 11:37:49
Geschäft Gesetz betreffend Lohngleichheitsanalysen (Lohngleichheitsanalysengesetz, LAG), Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	53	28	17	0	0	0	8	0	0	0
Nein	42	0	0	15	11	9	0	7	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	96	28	17	15	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
22.0834

Abstimmungsdatum 13. November 2024 15:05:14
Geschäft Gesetz betreffend Lohngleichheitsanalysen (Lohngleichheitsanalysengesetz, LAG), Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ent
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ent
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ent
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	45	27	16	0	0	0	2	0	0	0
Nein	42	0	0	15	11	10	0	6	0	0
Ent	4	0	0	0	0	0	4	0	0	0
Abgestimmt	91	27	16	15	11	10	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	0	0	0	1	1	1	1
Nicht anwesend	5	2	2	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	95	27	16	15	11	10	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
22.0834

Abstimmungsdatum 13. November 2024 15:08:14
Geschäft Gesetz betreffend Lohngleichheitsanalysen (Lohngleichheitsanalysengesetz, LAG), Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ent
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	48	27	16	0	0	0	5	0	0	0
Nein	43	0	0	15	11	10	0	7	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0
Abgestimmt	93	27	16	15	11	10	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	2	2	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	95	27	16	15	11	10	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
24.0630

Abstimmungsdatum 13. November 2024 15:52:44

Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an das Kulturbüro Basel für die Jahre 2025 bis 2028, Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	77	27	17	12	0	7	8	6	0	0
Nein	11	0	0	1	10	0	0	0	0	0
Ent	2	0	0	1	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	90	27	17	14	10	7	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	7	0	0	1	1	3	0	1	0	1
Nicht anwesend	3	2	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	27	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
24.1385

Abstimmungsdatum 13. November 2024 16:42:00

Geschäft Nachtragskredit betreffend das Globalbudget des Kunstmuseums Basel, Bericht der FKom Antrag auf dringliche Behandlung gemäss § 20 Abs. 2 AB

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	28	17	13	9	10	7	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	28	17	13	9	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	0	0	1	2	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	17	14	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
21.0412

Abstimmungsdatum 13. November 2024 16:51:41
Geschäft Generelle Aufgabenüberprüfung 2021-2025; Schlussbericht zur GAP 2021-2025, Bericht der FKom

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	28	16	13	11	10	8	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	28	16	13	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	2	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	28	16	14	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
23.1354

Abstimmungsdatum 13. November 2024 16:55:09

Geschäft Kantonale Volksinitiative betreffend «Erhalt des Musical Theater Basel» - Antrag auf Fristverlängerung, Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	83	24	12	13	10	9	8	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	84	24	12	13	10	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	10	3	4	1	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	2	2	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	27	16	14	10	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 12**
23.1074

Abstimmungsdatum 13. November 2024 17:58:41

Geschäft Nutzung des technologischen Fortschritts zwecks Steigerung der Qualität der Polizeiarbeit Basel-Stadt und Beschaffung eines Virtual Reality-Systems und von vier Ganzkörperscannern, Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	89	25	16	14	11	9	7	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	25	16	14	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	3	2	1	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	92	26	16	14	11	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 12**
23.1074

Abstimmungsdatum 13. November 2024 17:59:25

Geschäft Nutzung des technologischen Fortschritts zwecks Steigerung der Qualität der Polizeiarbeit Basel-Stadt und Beschaffung eines Virtual Reality-Systems und von vier Ganzkörperscannern, Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	90	26	16	14	11	9	7	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	26	16	14	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	3	2	1	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	92	26	16	14	11	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 12**
23.1074

Abstimmungsdatum 13. November 2024 18:00:33

Geschäft Nutzung des technologischen Fortschritts zwecks Steigerung der Qualität der Polizeiarbeit Basel-Stadt und Beschaffung eines Virtual Reality-Systems und von vier Ganzkörperscannern, Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Ent	Brandenburger Jessica (SP)	Ent
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ent	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ent	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	62	11	3	14	11	9	7	7	0	0
Nein	21	12	9	0	0	0	0	0	0	0
Ent	7	3	4	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	26	16	14	11	9	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	9	3	2	1	0	1	1	0	1	0
Stimmberechtigt	91	26	16	14	11	9	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 12**
23.1074

Abstimmungsdatum 13. November 2024 18:01:23

Geschäft Nutzung des technologischen Fortschritts zwecks Steigerung der Qualität der Polizeiarbeit Basel-Stadt und Beschaffung eines Virtual Reality-Systems und von vier Ganzkörperscannern, Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	90	26	16	14	11	9	7	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	26	16	14	11	9	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	9	3	2	1	0	1	1	0	1	0
Stimmberechtigt	91	26	16	14	11	9	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
24.0846

Abstimmungsdatum 20. November 2024 09:16:55

Geschäft Ausgabenbericht betreffend Ausgabenbewilligung für die Projektierung der Neugestaltung der St. Jakobs-Strasse im Zusammenhang mit der Arealentwicklung Wolf, Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	79	26	17	15	0	8	7	6	0	0
Nein	13	0	0	0	11	0	0	1	1	0
Ent	2	0	0	0	0	2	0	0	0	0
Abgestimmt	94	26	17	15	11	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	2	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 60**
24.5411

Abstimmungsdatum 20. November 2024 11:46:53

Geschäft Antrag Tobias Christ und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative zur Reduktion von unnötigen Kurzstreckenflügen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	52	27	17	0	0	0	8	0	0	0
Nein	41	0	0	14	11	9	0	7	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	27	17	14	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	17	14	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 61**
24.5277

Abstimmungsdatum 20. November 2024 15:10:51

Geschäft Motion 1 Christine Keller und Konsorten betreffend Anpassung des Maximalalters beim Anspruch auf Ausbildungsbeilagen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Nicht abgestimmt
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	63	28	16	2	0	9	8	0	0	0
Nein	27	0	0	11	10	0	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	91	28	16	13	10	9	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	6	1	1	2	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	28	17	13	10	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 62**
24.5278

Abstimmungsdatum 20. November 2024 15:27:46
Geschäft Motion 2 Nicola Goepfert und Konsorten betreffend Durchführung einer Lohnanalyse für Kantonsangestellte

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ent
Alioth Catherine (LDP)	Ent	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ent	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ent
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	62	28	17	3	4	2	8	0	0	0
Nein	28	0	0	7	7	6	0	7	1	0
Ent	6	0	0	4	0	2	0	0	0	0
Abgestimmt	96	28	17	14	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	17	14	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 63**
24.5279

Abstimmungsdatum 20. November 2024 15:58:06
Geschäft Motion 3 Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Entlastung der Prämienlast in Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	49	28	17	0	0	0	4	0	0	0
Nein	44	0	0	13	11	10	3	7	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	28	17	13	11	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	17	14	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 64**
24.5280

Abstimmungsdatum 20. November 2024 16:17:11

Geschäft Motion 4 Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Werkleitungsumlegungen/-bündelungen zugunsten von Bäumen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	54	27	17	1	0	1	8	0	0	0
Nein	40	0	0	13	11	9	0	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	27	17	14	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	3	1	1	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	17	14	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 65**
24.5301

Abstimmungsdatum 20. November 2024 16:54:48
Geschäft Motion 5 Roger Stalder betreffend Anwohnerparkkarte: Stopp der massiven Gebührenerhöhung!

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ent	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ent	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ent
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ent	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	39	0	0	14	11	6	0	7	1	0
Nein	51	24	17	0	0	3	7	0	0	0
Ent	5	4	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	17	14	11	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	17	14	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 66**
24.5297

Abstimmungsdatum 20. November 2024 16:57:38

Geschäft Motion 6 Christine Keller und Konsorten betreffend Einführung einer Schlichtung bei Gesuchen gemäss dem Öffentlichkeitsprinzip

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	94	27	17	14	11	10	8	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	27	17	14	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	17	14	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 67**
24.5302

Abstimmungsdatum 20. November 2024 17:04:53
Geschäft Motion 7 Beat Braun und Konsorten betreffend Prävention in der Schule: häusliche Gewalt

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	85	27	16	13	4	10	8	7	0	0
Nein	8	0	0	0	7	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	27	16	13	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	1	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	27	17	14	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 68**
24.5303

Abstimmungsdatum 20. November 2024 17:14:33

Geschäft Motion 8 Beat Braun und Konsorten betreffend Erhöhung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgungsplätze

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	80	28	17	13	2	5	8	7	0	0
Nein	13	0	0	0	9	4	0	0	0	0
Ent	2	0	0	1	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	95	28	17	14	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	17	14	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 69**
24.5310

Abstimmungsdatum 20. November 2024 17:36:33
Geschäft Motion 9 Tonja Zürcher und Konsorten betreffend ganze Bevölkerung am Überschuss des Kantons beteiligen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	45	28	17	0	0	0	0	0	0	0
Nein	50	0	0	14	11	10	8	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	17	14	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	96	28	17	14	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 70**
24.5333

Abstimmungsdatum 20. November 2024 17:59:11

Geschäft Motion 10 Joël Thüring betreffend Ausbildungsobligatorium – zur Erhöhung der Abschlussquote im Kanton Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	59	26	0	4	9	10	8	2	0	0
Nein	31	0	17	9	1	0	0	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	26	17	13	10	10	8	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	2	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	1	1	2	1	0	0	1	1	0
Stimmberechtigt	93	28	17	13	10	10	8	6	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 71**
24.5350

Abstimmungsdatum 20. November 2024 20:10:14

Geschäft Motion 11 Catherine Alioth und Konsorten betreffend Einrichtung einer öffentlichen Bibliothek für die Quartiere Kleinhüningen und Klybeck

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	85	24	16	14	8	8	8	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	2	0	0	0	0	1	0	0	1	0
Abgestimmt	87	24	16	14	8	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	2	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	10	3	2	1	3	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	90	26	16	14	8	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 72**
24.5367

Abstimmungsdatum 20. November 2024 20:33:04

Geschäft Motion 12 Laurin Hoppler und Konsorten betreffend gezielte Unterstützungsmassnahmen für Junge Lehrpersonen während des Studiums

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ent
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ent
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	65	24	16	13	0	8	4	0	0	0
Nein	22	0	0	0	10	2	3	7	0	0
Ent	4	2	0	0	0	0	1	0	1	0
Abgestimmt	91	26	16	13	10	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	2	2	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	27	16	14	10	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 74**
24.5396

Abstimmungsdatum 20. November 2024 20:57:28

Geschäft Motion 14 Daniel Albietz und Michael Hug betreffend Wiedereinführung des Gebietsprinzips im Bau- und Gastgewerbeinspektorat (BGI)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ent
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ent
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ent	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ent		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	74	27	12	13	4	10	0	7	1	0
Nein	13	0	2	0	4	0	7	0	0	0
Ent	5	0	2	1	2	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	16	14	10	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	6	2	2	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	27	16	14	10	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 75**
24.5397

Abstimmungsdatum 20. November 2024 21:25:04
Geschäft Motion 15 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Verbot von Einweg-E-Zigaretten

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ent	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ent	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Yilmaz Semseddin (SP)	Ent	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ent	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ent	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ent
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ent
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	45	13	16	4	0	7	5	0	0	0
Nein	35	6	0	8	11	3	1	6	0	0
Ent	11	7	0	1	0	0	1	1	1	0
Abgestimmt	91	26	16	13	11	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	2	2	1	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	94	27	16	14	11	10	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 75**
24.5397

Abstimmungsdatum 20. November 2024 21:26:19
Geschäft Motion 15 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Verbot von Einweg-E-Zigaretten

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ent
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ent
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ent
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	28	2	0	10	9	3	2	2	0	0
Nein	56	19	16	4	1	6	4	5	1	0
Ent	5	3	0	0	0	1	1	0	0	0
Abgestimmt	89	24	16	14	10	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	3	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	2	2	1	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	94	27	16	14	11	10	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 76**
24.5398

Abstimmungsdatum 20. November 2024 21:41:19

Geschäft Motion 16 Nicole Kuster und Konsorten betreffend Unterstützung der Schulen und der Lehrpersonen bei der Anwendung von KI-Systemen in der Bildung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ent
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ent
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ent
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ent
Wirz Lea (GAB)	Ent
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ent
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ent
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ent
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Nein
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Ent
Roth Franziska (SP)	Ent
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	47	0	7	13	10	9	2	6	0	0
Nein	33	25	2	0	0	1	4	1	0	0
Ent	11	2	7	0	1	0	1	0	0	0
Abgestimmt	91	27	16	13	11	10	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	2	1	0	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	93	27	16	14	11	10	7	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 77**
24.5423

Abstimmungsdatum 20. November 2024 22:01:29
Geschäft Motion 17 Oliver Thommen und Sandra Bothe betreffend Messenger Dienst für die Basler Volksschulen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ent
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ent
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	80	27	15	9	8	10	7	4	0	0
Nein	5	0	0	3	0	0	0	2	0	0
Ent	4	0	0	2	2	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	27	15	14	10	10	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	2	2	1	0	0	1	1	1	0
Stimmberechtigt	92	27	16	14	11	10	7	6	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 78**
24.5424

Abstimmungsdatum 20. November 2024 22:25:54

Geschäft Motion 18 Daniel Albietz und Konsorten betreffend Restfinanzierungsdarlehen für gemeinnützige Wohnbauträger

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	55	27	16	0	0	7	5	0	0	0
Nein	32	0	0	13	11	2	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	88	27	16	13	11	9	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	10	2	2	2	0	1	1	1	1	0
Stimmberechtigt	90	27	16	13	11	9	7	6	0	1

Protokoll

der 40. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 11. Dezember 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Claudia Baumgartner (GLP), Anina Ineichen (GAB), Stefan Suter (SVP), Johannes Sieber (GLP).

Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung 2
2. Entgegennahme der neuen Geschäfte 4
3. Erneuerung der Staatsbeiträge an neun Trägerschaften im Bereich Armut und Überlebenshilfe für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK 5
4. Finanzhilfen für präventive und niederschwellige Tagesstrukturangebote der Stiftung Rheinleben für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK 12
5. Areal Tennisclub Old Boys, Schützenmatte West, Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich St. Galler-Ring, Neubadstrasse, General Guisan-Strasse, Bericht der BRK 15
6. Teilrevision des Bau- und Planungsgesetzes im Hinblick auf die Übernahme des Winterdienstes auf Trottoirs durch die öffentliche Hand sowie betreffend Ausgabenbewilligung für die Beschaffung von Winterdienstaggregaten (Pflüge und Salzstreuer) und die Durchführung des Winterdienstes auf Trottoirs der Stadt Basel durch die öffentliche Hand, Bericht der UVEK 29
6.1. Motion Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Winterdienst auf Trottoirs ist Staatsaufgabe! Bericht der UVEK 37
7. Ausgabenbewilligung Friedhof am Hörnli – Zaun- und Tormanagement, Ausgabenbericht des RR 37
8. Ausgabenbewilligung Elektromobilität in der Stadtgärtnerei; Ersatz von zwei vollelektrischen Hubarbeitsbühnen; Ersatz eines vollelektrischen multifunktionalen Geräteträgers, Ausgabenbericht des RR 39
9. Neubau Kunstrasen und Erneuerung der Beleuchtung auf der Sportanlage Rankhof – Erhöhung der Ausgabenbewilligung aufgrund neuer Gegebenheiten, Ratschlag des RR 40

Beginn der 40. Sitzung

Mittwoch, 11. Dezember 2024, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[11.12.24 09:00:17]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen folgende Mitteilung zu machen:

Neue Interpellationen

Es sind elf Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen Nummer 142, 144, 147, 148 und 152 werden heute Nachmittag mündlich beantwortet.

Damit kommen wir zur Tagesordnung.

André Auderset möchte einen Ordnungsantrag stellen, dass wir auf die Nachtsitzung heute verzichten. Herr Auderset, Sie dürfen gerne begründen.

André Auderset (LDP): Weil ich grad draussen vorhin gefragt wurde, ob das irgendwelche taktischen Gründe hat oder parteipolitischen Gründe, nein. Warum ich jetzt schon komme, ist, damit nicht wieder das Argument kommt, jetzt habe ich doch den Babysitter schon bestellt, dann können wir jetzt gleich mal schauen. Ich finde, nachdem wir jetzt eigentlich nur Nachtsitzungen hatten, wäre es mal eine gute Gelegenheit, es mal nicht zu tun. Zum einen, wir haben zwar eine relativ volle Traktandenliste, aber sehr vieles davon, ich glaube, über ein Drittel oder sogar die Hälfte sind Anzüge, die werden ja erfahrungsgemäss nicht so wahnsinnig diskutiert, da sagt man schon mal, prüfen und berichten, das kann man ja auch mal durchlassen. Also ich gehe mal davon aus, wir kriegen das einigermassen durch. Vor allem haben wir ja insgesamt drei Tage in diesem Monat und das Budget wird uns auch nicht jetzt wirklich einen ganzen Tag beschäftigen und in der Vorweihnachtszeit haben wir vielleicht auch alle einmal eine kleine Auszeit verdient.

Ich bitte Sie also darum, dass wir heute um 18 Uhr Schluss machen können. Trotz einer Traktandenliste mit viel Plunder erhoffe ich mir ein vorfasnächtlich Wunder, nämlich einen freien Abend mit viel Genuss, mit der Familie zu Hause oder mit einem Glühwein duss. Drücken Sie bitte den richtigen Knopf.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich vertrete die Gegenposition. Ich nehme all die Geschäfte, die wir auf der Traktandenliste haben, sehr ernst. Die sind ja auch zu einem grossen Teil aus Ihrer Feder und ich finde, wenn wir uns diese Aufgaben stellen, sollten wir auch die Arbeit erbringen, diese möglichst abzuarbeiten. Ich möchte Sie auch darauf hinweisen, dass wir anders als im vergangenen Januar und im zukünftigen Januar keinen zusätzlichen Sitzungstag haben und auch der potenzielle zusätzliche Sitzungstag im September war uns dieses Jahr nicht vergönnt. Ich glaube, wir müssen die Zeit nutzen, die wir haben, auch wenn ich es auch selber anstrengend finde. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Ordnungsantrag, NEIN heisst Ablehnung und somit Nachtsitzung.

Ergebnis der Abstimmung

23 Ja, 59 Nein, 5 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005137, 11.12.24 09:03:56]*

Der Grosse Rat beschliesst

Eine Nachtsitzung durchzuführen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir machen eine Nachtsitzung. Mit 59 Nein-Stimmen gegen 23 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen haben Sie so entschieden.

Antrag auf dringliche Traktandierung. Die BKK beantragt Ihnen, das Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Kaserne Basel für die Jahre 2025 bis 2028 auf nächsten Mittwoch, 18. Dezember, als letztes Sachgeschäft zu traktandieren. Die Präsidentin der BKK, Franziska Roth, hat das Wort für eine Begründung.

Franziska Roth (SP): Gerne begründe ich ganz kurz. Wir haben den Bericht für die Staatsbeiträge an die Kaserne Basel letzte Woche genehmigt in der BKK und wir haben festgestellt, dass die Liquidität der Kaserne Basel nicht ausreichend sichergestellt ist, um die Löhne zu zahlen. Wir wissen, es gäbe auch andere Wege, man könnte einen Antrag an den Regierungsrat aus dem PD stellen, die Kaserne könnte einen Kredit aufnehmen, für uns ist der Weg über die dringliche Traktandierung der effizienteste und einfachste Weg. Darum bitte ich Sie, dem zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen ab. Eine dringliche Traktandierung benötigt ein Zweidrittelmehr.

Abstimmung

JA heisst dringliche traktandierung, NEIN heisst keine dringliche Traktandierung.

Ergebnis der Abstimmung

82 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005139, 11.12.24 09:05:52]*

Der Grosse Rat beschliesst

dringliche Traktandierung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Geschäft wird auf nächsten Mittwoch auf die Traktandenliste genommen. Sie haben mit 82 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen so entschieden.

Nun liegt zur Tagesordnung noch eine Wortmeldung von Eric Weber vor. Haben Sie einen Antrag?

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe zwei Anträge. Ich rede sonst nicht heute und nächste Woche, aber zu diesen Anträgen möchte ich reden. Der erste Antrag ist, ich möchte meine Interpellation zur Polizei gleich jetzt begründen und nicht erst um 15 Uhr. Ich begründe, ich habe kein Handy mehr. Die Staatsanwaltschaft hat mir mein Handy weggenommen. Ich lebe im Gefängnis. Es kann sein, dass ich jeden Moment hier in diesem hohen Haus wieder abgeholt werde zum nächsten Verhör. Dazu sage ich nur einen Satz, damit es klar ist, ich habe keine drei Wahlumschläge gestohlen. Darum möchte ich jetzt reden. Ich habe kein Handy mehr, es wurde mir alles weggenommen, ich werde eingesperrt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, bitte geben Sie uns die Gründe, wieso wir diese Inhalte jetzt traktandieren sollen und sprechen Sie nicht über ihre Situation.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte jetzt meine Interpellation begründen, denn am Nachmittag bin ich eventuell nicht mehr hier.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das haben wir gehört. Was ist Ihr zweiter Antrag?

Eric Weber (Fraktionslos): Ich komme zum Schlusssatz. In der Zelle geht nicht der Notruf. Ich habe Angst, dass ich in einer Gefängniszelle getötet werde.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, das tut hier nichts zur Sache. Haben Sie einen zweiten Antrag?

Eric Weber (Fraktionslos): Der zweite Antrag ist ganz kurz, dass man meine Verabschiedung als Grossrat jetzt macht, damit ich es mir anhören kann. Denn im Gefängnis oder bei der Staatsanwaltschaft darf ich den Livestream des Grossen Rates nicht schauen. Ich beantrage, dass man mir für die laufende Legislaturperiode, wo ich den Rücktritt gegeben habe, hier jetzt die Verabschiedung in zwei Sätzen macht, dann bin ich glücklich. Wenn Sie im Januar die Grossratssitzung haben, bin ich eh nicht hier, weil ich Wahlbeobachter bin.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, das müssen Sie uns jetzt nicht mehr sagen. Den zweiten Antrag auf die Verabschiedung von Herrn Weber, der liegt in meiner Kompetenz und ich komme dem gerne entgegen. Herr Weber hat seinen Rücktritt erklärt auf Ende Jahr, das heisst, er wird im Januar eine Pause machen und ab Februar wieder ins Parlament stossen. Wir wünschen ihm einen schönen Januar.

Der erste Antrag, der braucht ein Zweidrittelmehr. Das wäre das Vorziehen der Interpellation von Eric Weber auf jetzt unmittelbar nach diesem Traktandum. Darüber stimmen wir ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag von Eric Weber, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 84 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005141, 11.12.24 09:10:34]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir bleiben bei der Tagesordnung, wie sie ist. Wir haben 84 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme bei keiner Enthaltung.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Sie haben die Tagesordnung damit genehmigt, Geschäft 1 ist erledigt.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[11.12.24 09:10:49]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die vom Büro vorgeschlagenen Zuweisungen der neuen Geschäfte zu genehmigen.

3. Erneuerung der Staatsbeiträge an neun Trägerschaften im Bereich Armut und Überlebenshilfe für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK

[11.12.24 09:11:13, 24.0600.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Das Wort geht an deren Präsidenten Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): In der reichen Schweiz leben rund 735'000 Menschen unterhalb der Armutsgrenze, dies entspricht knapp 9 Prozent der schweizerischen Bevölkerung. Wie schon mehrmals erwähnt wurde, hat die Covidpandemie in den Jahren 2020 und 2021 einen Teil dieser Realität stärker ans Tageslicht gebracht. Von Armut betroffen sind überdurchschnittlich viele alleinerziehende Rentner und Rentnerinnen sowie Menschen mit tiefer Ausbildung und in prekären, schlecht bezahlten Berufen. Die Armut in der Schweiz steigt seit zehn Jahren von Jahr zu Jahr an, wir sollten uns also nicht von den tiefen Sozialhilfequoten täuschen lassen. Armut hat zugenommen und ist sichtbarer geworden, auch bei uns in Basel.

Die Sozialziele in der Bundesverfassung, namentlich die Artikel 12 und 41, sind insgesamt sehr schwach, es lassen sich daraus keine verbindlichen Sozialrechte auf Bundesebene ableiten. Der Auftrag aus der Bundesverfassung ist somit klar nicht erfüllt und die Ziele aus der Agenda 2030, die Armut zu halbieren, wird leider meistens verfehlt. Armut ist ein strukturelles Problem und kein rein individuelles, deshalb sind neben all den richtigen und wichtigen Unterstützungsleistungen für armutsbetroffene Menschen dringend auch strukturelle Verbesserungen zu erschaffen und staatliche Hindernisse abzubauen.

In Basel tun wir das sehr gut. Es bestehen spezifische Herausforderungen, wie beispielsweise das Fehlen von bezahlbarem und günstigen Wohnraum, zudem ist trotz Mindestlohn die Zahl an Working Poor angestiegen. Es bestehen vielseitige soziale Risiken, die sich auch im Nichtbezug von Sozialhilfe ausdrücken. Neben den staatlichen finanziellen Unterstützungsleistungen und kantonalen Angebote der Überlebenshilfe sind die von den Betroffenen gut genutzten Hilfsangebote und privaten Trägerschaften im Bereich Armut von entscheidender und grosser Bedeutung. Die erneute Verlängerung des Gesamtpakets von sozialen Einrichtungen ist deshalb ein ganz wichtiges Paket. Vor allem im Bereich der Armut und der Überlebenshilfe ist die Prävention und die Hilfeleistung von Armutsbetroffenen entscheidend und aus dem sozialen Basel nicht mehr wegzudenken. Das Gesamtpaket unterstützt niederschwellige Organisationen mit unterschiedlichen Hilfsangeboten, Ausrichtungen und Zielgruppen.

Der Regierungsrat beantragt für insgesamt neun Einrichtungen im Bereich Armut und Überlebenshilfe für die kommenden vier Jahre bis 2028 Staatsbeiträge von insgesamt 7'654'855 Franken. Dies sind pro Jahr rund 1,9 Millionen Franken. Die Beträge an die Trägerschaften variieren von jährlich 628'000 Franken, zum Beispiel an die IG Wohnen, als höchster Beitrag bis zu 60'000 Franken an die Winterhilfe Basel als tiefster Beitrag. Die Erhöhung gegenüber dem bisherigen Staatsbeitrag beträgt insgesamt knapp 200'000 Franken inklusive den Teuerungsausgleich pro Jahr. Sechs der neun Einrichtungen erhalten einen höheren Staatsbeitrag, zwei haben keine Erhöhung beantragt und bei einer Einrichtung wurde die Erhöhung abgelehnt.

Die GSK hat den Ratschlag an drei Sitzungen behandelt. Der Departementsvorsteher des WSU sowie der Leiter der Sozialhilfe haben an den Beratungen teilgenommen. Zusätzlich hat die Kommission stellvertretend zwei Einrichtungen, namentlich die Genossenschaft Overall und der Verein Treffpunkt Gundeli zu einem Hearing eingeladen. Dieser Einblick war sehr spannend und sehr lehrreich. Wir haben uns dieses Mal bewusst für kleinere Organisationen, die der GSK noch nicht so bekannt waren, entschieden, um sie einzuladen.

Die GSK begrüsst es, dass der Regierungsrat für die neue vierjährige Leistungsperiode Staatsbeiträge an die im sozialen Basel bekannten Organisation der Armut und Überlebenshilfe spricht. Diese sind gut begründet und werden von der Kommission gar nicht in Frage gestellt. Die Erhöhung bei den sechs Einrichtungen begründen sich unterschiedlich. Im Vordergrund steht dabei eine grössere Beanspruchung der Leistungen und des Personals sowie aufgrund der Anpassung des Angebots und der notwendigen Ausweitung des Stellenetats. Ebenso spielen auch bei den sozialen Einrichtungen der Rückgang von Drittmitteln und die Gefahr von strukturellen Defiziten eine entscheidende Rolle für die Erhöhungsanträge.

Die GSK beantragt Ihnen einstimmig, allen einzelnen Grossratsbeschlüssen zu den neuen Einrichtungen zuzustimmen. Die Enthaltungen bei den Abstimmungen in der Kommissionsberatung beruhen allein auf den Befangenheitsgründen von

einzelnen Kommissionsmitgliedern, die durch das Ausüben von Funktionen in der Leitung oder der strategischen Führung bei den einzelnen Institutionen innehat. Besten Dank für die Zustimmung zu allen neun einzelnen Grossratsbeschlüssen, für die Einrichtungen, die ich nun hiermit einzeln erwähne, und gleichzeitig für ihre wertvolle Arbeit für die armutsbetroffenen Menschen im Namen der Gesundheits- und Sozialkommission verdanke.

Es betrifft den Grossratsbeschluss 1, der Verein Budget und Schuldenberatung Basel, Fachstelle Plusminus mit einem Betrag von insgesamt 1'417'220 Franken, Verein für Gassenarbeit Schwarzer Peter mit einem Beitrag von insgesamt 1’116’833 Franken, Verein Gassenküche Basel mit einem Beitrag von insgesamt 880’000 Franken, Verein IG Wohnen mit einem Beitrag von insgesamt 2’500’000 Franken, Verein Internetcafé Planet13 mit einem Beitrag von insgesamt 320’000 Franken, die Genossenschaft Overall, das Angebot Wörking mit rund 412’000 Franken, der Verein Treffpunkt Glaibasel mit einem Beitrag von insgesamt 376’000 Franken und der Verein Treffpunkt Gundeli mit einem Beitrag von insgesamt rund 380’000 Franken und abschliessend den Verein Winterhilfe Basel-Stadt mit einem Beitrag von insgesamt 224’000 Franken.

Das heisst, Sie müssen neun Mal gemäss der GSK und dem Antrag der GSK diesen Beiträgen zustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Wir sprechen hier heute jetzt über das soziale Basel. Trotz unserem Wohlstand, unserem gut funktionierenden Wirtschaftsstandort gibt es Armut bei uns in der Stadt, Menschen, die mit tiefen Einkommen auskommen müssen. Wir als Stadt und als Kanton haben die Aufgabe und auch die Pflicht, hier eine finanzielle Grundsicherung zu leisten. Wir tun dies als Staat bei der finanziellen Existenzsicherung mittels der Sozialhilfe, aber auch mit ganz vielen Transferleistungen, die es gibt, sei es für die Mietzinsbeiträge, für die Krankenkassenprämienverbilligungen, sei es aber auch bei Menschen mit AHV- oder IV-Renten, mit der Ergänzungsleistung, dies für die finanzielle Sicherstellung der Menschen mit tiefen Einkommen oder tiefen Renten.

Darüber hinaus ist es aber gut und wichtig, dass es auch private Anbietenden gibt im Bereich der Armuts- und Überlebenshilfe. Heute sprechen wir über diesen Sammelantrag für alle diese neun Institutionen, die in diesem Bereich tätig sind. Das sind Organisationen, die ein sehr grosses Engagement an den Tag legen, auch mit Freiwilligenarbeit, mit Spendengeldern und wir unterstützen das zusätzlich mit finanziellen Mitteln aus Steuermitteln. Dabei geht es um Treffpunkte in den Quartieren, wo Menschen hinkommen. Auch wenn die finanzielle Sicherung sichergestellt ist, ist es wichtig, dass hier die sozialen Kontakte stattfinden können.

Es geht um den Verein Gassenküche, der einen sehr günstigen Zugang zu Essen sicherstellt, oder auch um die Gassenarbeit Schwarzer Peter, der aufsuchende Sozialarbeit macht hier auf den Strassen und Plätzen unserer Stadt. Es geht um die Budget- und Schuldenberatung der Fachstelle plusminus, es geht um Unterstützung im Bereich des Wohnens durch IG Wohnen, es geht um den Bereich des digitalen Zugangs im Internetcafé Planet13 und auch im Bereich der Arbeitsintegration durch das Projekt Wörking. Alles Organisationen, die wichtig sind, einen wichtigen Beitrag leisten. Die meisten dieser Organisationen habe ich auch in den vergangenen vier Jahren besucht und ganz direkt erlebt, was für einen wichtigen Beitrag sie leisten für diese Menschen mit tiefen Einkommen bei uns in unserer Stadt.

Nicht ganz einverstanden bin ich mit der Aussage, dass die Armut gestiegen ist im Kanton Basel-Stadt. Ich habe diese Zahlen nicht. Die Sozialhilfezahlen sind sinkend seit Jahren bei uns und auch die Anzahl der Anspruchsberechtigten ist sinkend. Und wir wollen ja gerade sicherstellen, auch mit unseren Transferleistungen, dass nach diesen Leistungen eben das Existenzminimum gesichert ist.

Wichtig sind diese Institutionen aber auch insbesondere, und da haben wir wirklich einen grossen Punkt bei den Menschen, die Anspruch hätten, aber diesen nicht beziehen, weil dort reden wir wirklich von Armut von Menschen, die dieses Geld nicht haben, die zu wenig haben zum Leben und gerade bei diesen Menschen, die aus irgendwelchen Gründen nicht diese soziale Leistungen in Anspruch nehmen, dort leisten diese neun Organisationen einen enorm wichtigen Beitrag, weil da haben sie eine Möglichkeit, ohne dass sie zur Sozialhilfe kommen müssen oder einen Antrag stellen müssen für Sozial-, Transferleistungen, dass sie Unterstützung bekommen. Da leisten diese neun Organisation einen noch wichtigen Beitrag, nämlich bei den Menschen, die wir als staatliche Institution nicht erreichen.

Ich bin der Kommission sehr dankbar um das Behandeln dieser Staatsbeiträge, auch um die quasi einstimmige Unterstützung der Anträge des Regierungsrates. Die sind im Einklang auch mit diesen Institutionen ausgehandelt, auch sehr klar geschaut, was notwendig ist, wo Erhöhungen notwendig sind und wo auch nicht, und wir haben hier einen sehr breiten Konsens, der mich sehr freut. Es zeigt, dass wir im Bereich der Armutsbekämpfung in diesem Kanton gemeinsam unterwegs sind. Deshalb danke ich auch in diesem Bereich insbesondere all diesen Organisationen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihre Arbeit, die sie tätigen für das soziale Basel, ich danke auch der Sozialhilfe und den anderen sozialen Organisationen im Kanton und der Stadt und ich danke der Kommission und ihrem Präsidenten für die Behandlung dieses Geschäfts und beantrage Ihnen, dem Antrag des Regierungsrates und der GSK zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir bei den Fraktionsvoten und es hat sich zuerst Fleur Weibel für das GAB gemeldet.

Fleur Weibel (GAB): Ich möchte nur kurz zu den Staatsbeiträgen an die neun privaten Trägerorganisationen sprechen und weil es ein unumstrittenes Geschäft ist, dem trotzdem auch den Platz geben, den es verdient, und ich freue mich auch sehr, dass diese Staatsbeiträge so unumstritten durch den Grossen Rat gehen.

Wir vom GAB möchten die Bewilligung der Staatsbeiträge und auch der Erhöhung der Staatsbeiträge mit unserem grossen Dank verknüpfen an diese Einrichtungen, die im sozialen Basel unverzichtbar sind. Im Namen der Fraktion GAB danke ich also den neun Institutionen, ich erwähne sie jetzt nicht nochmals namentlich, für ihr professionelles Angebot, das sie bereitstellen für die Menschen am Rande der Gesellschaft und ihnen eine Teilnahme am sozialen Leben ermöglichen, die Räume schaffen, die ohne Stigmatisierung besucht werden können, und für das Schaffen von Stabilisierung für Menschen, die in prekären Lebenssituationen am Rande des Existenzminimums leben. Nicht selbstverständlich und besonders verdankenswert ist dabei auch das hohe Mass an freiwilligem und ehrenamtlichem Engagement, das in diesen Einrichtungen geleistet wird. Das kann man nicht genug hervorheben, wie wichtig dieser Einsatz und dieses Engagement ist.

Mit einer gewissen Sorge nehmen wir zur Kenntnis, dass in allen Einrichtungen eine zunehmende Belastung durch psychisch auffällige Personen verzeichnet und berichtet wird. Diese Zunahme und überhaupt das Thema psychische Gesundheit muss der Kanton in den nächsten Jahren im Auge behalten und, wo immer möglich, unterstützend und begleitend eingreifen und zur Seite stehen. Auch muss sich der Kanton und wir Steuerzahler*innen uns darauf einstellen, dass in Zukunft mehr Mittel für diese wichtige Arbeit dieser neun Trägerschaften bereitgestellt werden müssen, da sich abzeichnet, dass Stiftungen und Kirchen mit ihren Spendenbeiträgen rückläufig sind. In diesem Sinne begrüssen wir von Seiten des GAB, dass die Regierung auf die meisten Erhöhungsanträge der Einrichtungen eingegangen ist und dass die Regierung auch hier die Teuerung ausgleicht, um eine versteckte Beitragskürzung zu verhindern.

Wir stimmen dem Ratschlag in dieser vorliegenden Form sehr gerne zu.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Melanie Eberhard.

Melanie Eberhard (SP): Wie sowohl der Kommissionspräsident als auch der Regierungsrat und nun gerade Fleur Weibel bereits ausgeführt haben, beantragt Ihnen die GSK, die Staatsbeiträge für neun wichtige soziale Einrichtungen im Bereich Armut und Überlebenshilfe für die Jahre 2025 bis 2028 zu sprechen. Diese Einrichtungen sind nicht nur Anlaufstellen, sondern ein Ort der sozialen Interaktion für Menschen in prekären Lebenslagen. Ob obdachlos, von Armut betroffen, psychisch belastet oder von sonst Problemen gezeichnet, die neun Organisationen bieten Menschen in Not Unterstützung dabei, wieder Halt zu finden und ihr Leben möglichst selbstbestimmt zu gestalten. Die finanziellen Mittel an Organisationen wie unter anderen an die Gassenküche, die Gassenarbeit Schwarzer Peter oder die Winterhilfe sind nicht nur eine Unterstützung, sondern eine wichtige Voraussetzung, um die sozialen Dienstleistungen, die sozialen Angebote in unserem Kanton aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln.

Die Arbeit dieser Organisationen, das haben uns die Hearings mit Overall zum Angebot Wörking und dem Treffpunkt Gundeli eindrücklich gezeigt, gehen weit über die unmittelbare Hilfe hinaus. Sie bedeutet für viele Menschen die Möglichkeit, wieder Teil der Gesellschaft zu werden und Anschluss und Unterstützung zu finden. Institutionen wie plusminus oder das Internetcafé Planet13 sind Orte, an denen Armut nicht nur gemildert, sondern auch aktiv bekämpft wird. Und auch die IG Wohnen und der Treffpunkt Glaibasel bieten wie alle genannten Angebote nicht nur materielle Unterstützung, sondern sind auch ein Ort der sozialen Kontakte und der Beratung.

Die Armut in Basel hat sich in den letzten Jahren verschärft. Die steigenden Lebenshaltungskosten, insbesondere für Mieten und tägliche Grundbedürfnisse, treffen gerade die Haushalte mit den geringsten Einkommen besonders hart. Immer mehr Menschen, die ohnehin schon in prekären Verhältnissen leben, sind auf Unterstützung angewiesen. Eben solche Unterstützung bieten die genannten neun Organisationen, alle mit einem etwas anderen Fokus, aber alle mit den Menschen im Zentrum. Und die Menschen stehen dabei nicht bloss im Zentrum der Angebote, sondern es setzen sich auch sehr viele Menschen ehrenamtlich mit viel Herzblut und Engagement ein. An dieser Stelle ist es mir deshalb ein Anliegen, auch im Namen der SP-Fraktion, den Menschen zu danken, die sich engagieren und mit ihrer Arbeit und ihrem Einsatz das Leid anderer tagtäglich mindern. Herzlichen Dank.

Die finanzielle Unterstützung durch den Kanton ist ein Beitrag, denn wir hier und heute für die Menschen in weniger privilegierten Situationen leisten können. Im Namen der SP-Fraktion empfehle ich Ihnen deshalb, den insgesamt neun Staatsbeiträgen zuzustimmen, damit die Organisationen ihre wichtige Arbeit zur Linderung der Not von Menschen in unserer

Stadt weiterführen können. In einer Zeit, in der immer mehr Menschen am Rande der Gesellschaft stehen, sind diese Angebote ein unverzichtbarer Teil des sozialen Netzwerks von Basel-Stadt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. In der zweiten Runde verzichten die beiden Herren zu meinen Rechten. Damit kommen wir zu insgesamt neun Abstimmungen. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1, Verein Budget- und Schuldenberatung (Seite 8 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005145, 11.12.24 09:29:37]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein Budget- und Schuldenberatung Basel (Fachstelle Plusminus), werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 1'417'220 (Fr. 354’305 pro Jahr) zuzüglich einen allfälligen Teuerungsausgleich bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 93 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

Wir kommen zur Beratung des Grossratsbeschlusses 2, Verein Gassenarbeit (Seite 9 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005146, 11.12.24 09:30:15]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein für Gassenarbeit Schwarzer Peter werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 1'116'833 (Fr. 279'208 pro Jahr) zuzüglich einen allfälligen Teuerungsausgleich als Staatsbeitrag bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 92 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 3, Verein Gassenküche (Seite 10 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005147, 11.12.24 09:30:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein Gassenküche Basel werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 880‘000 (Fr. 220’000 pro Jahr) zuzüglich einen allfälligen Teuerungsausgleich bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 92 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 4, Verein IG Wohnen (Seite 11 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikations- und Referendumsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005148, 11.12.24 09:31:31]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein IG Wohnen werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 2'512'000 (Fr. 628’000 pro Jahr) zuzüglich einen allfälligen Teuerungsausgleich bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 91 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei einer Enthaltung.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 5, Internetcafé Planet13 (Seite 12 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005149, 11.12.24 09:32:09]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein Internetcafé Planet13 werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 320’000 (Fr. 80’000 pro Jahr) zuzüglich einen allfälligen Teuerungsausgleich bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 93 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 6, Genossenschaft Overall (Seite 13 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005150, 11.12.24 09:32:46]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Genossenschaft Overall für das Angebot Wörking werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 412'280 (Fr. 103’070 pro Jahr) zuzüglich einen allfälligen Teuerungsausgleich bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 91 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei einer Enthaltung.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 7, Treffpunkt Glaibasel (Seite 14 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005151, 11.12.24 09:33:25]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein Treffpunkt Glaibasel werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 376'524 (Fr. 94'131 pro Jahr) zuzüglich einen allfälligen Teuerungsausgleich bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 92 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 8, Treffpunkt Gundeli (Seite 15 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005152, 11.12.24 09:34:02]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein Treffpunkt Gundeli werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 380'000 (Fr. 95’000 pro Jahr) zuzüglich einen allfälligen Teuerungsausgleich bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 93 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 9, Verein Winterhilfe (Seite 16 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005153, 11.12.24 09:34:38]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein Winterhilfe Basel-Stadt werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 240’000 (Fr. 60’000 pro Jahr) zuzüglich einen allfälligen Teuerungsausgleich bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 94 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

4. Finanzhilfen für präventive und niederschwellige Tagesstrukturangebote der Stiftung Rheinleben für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK

[11.12.24 09:34:42, 24.0710.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an den Präsidenten der GSK, Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Für uns ist es wahrscheinlich selbstverständlich, eine Tagesstruktur zu haben. Der Tag ist entweder durch unsere Arbeit, durch Übernahme von Sorgeaufgaben für Kinder, Angehörige oder Partner und Partnerinnen oder auch eines politischen Amts strukturiert. Manchmal braucht es aber wenig und eine Tagesstruktur ist plötzlich nicht mehr so selbstverständlich. Bei längerer Erwerbslosigkeit, Krankheit oder Erwerbsunfähigkeit stellen sich sehr schnell existenzielle Fragen und eine sinnerfüllte Tagesstruktur ist nicht mehr zwingend vorhanden. Deshalb sind tagesstrukturierende Angebote wie beispielsweise Arbeitsplätze im zweiten Arbeitsmarkt oder aktivierende unterstützende und niederschwellige Angebote zur Gestaltung des Tages bei Menschen mit Einschränkungen von grosser Bedeutung. Eine Tagesstruktur ermöglicht soziale Teilhabe, bringt Menschen in Kontakt zueinander, fördert den Selbstwert und die Selbstbestimmung, ergibt Sinnhaftigkeit und ist schlussendlich entscheidend für die Gesundheit. Menschen ohne Tagesstruktur sind einsamer und kränker.

Die Stiftung Rheinleben ist eine der grössten und in der Region anerkannte Leistungsanbieterin in Behindertenhilfe mit Fokus auf Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen. Die vielfältigen Angebote der Stiftung Rheinleben fördern die soziale Teilhabe, die Selbstbestimmung und die Eigenverantwortung. Ihre Angebote dienen der Prävention und der Frühintervention und haben den Zweck, Folgekosten zu verhindern. Zudem stabilisieren sie die Gesundheit der Betroffenen und verhindern stationäre Eintritte. Insgesamt bietet die Stiftung Rheinleben niederschwellige Leistungen für psychisch beeinträchtigte Menschen mit oder ohne IV-Leistungen.

Der Regierungsrat beantragt die Weiterführung der Finanzhilfen zugunsten der Stiftung Rheinleben für zwei Tagesstrukturangebote für psychisch beeinträchtigte Personen für die kommenden vier Jahre von 2025 bis 2028. Mit der erhöhten Finanzierung soll dem zu erwartenden Anstieg der Nutzungszahlen vorausschauend begegnet werden. Gesamthaft belaufen sich die Finanzhilfen für die vier Jahre auf maximal 7’285’044 Franken. Es handelt sich dabei aber um Kostendächer. Es handelt sich dabei um das Tagesstrukturangebot für präventive Leistungen an noch nicht IV-Rentner in der Höhe von insgesamt 5’800’000 Franken sowie um das Tagesstrukturangebot für niederschwellige Leistungen an IV-Renten und Rentnerinnen in der Höhe von insgesamt 1’400’000 Franken.

An zwei Sitzungen hat die GSK den Ratschlag behandelt und begrüsst die Vorlage und erachtet die Tagesstrukturangebote für beide Zielgruppen als sehr wichtig. Es sind keine grundsätzlichen Bedenken oder Fragen aufgetaucht. Besonders für Menschen, die noch nicht eine IV-Rente zugesprochen haben, sind die präventiven Leistungen entscheidend, um eine Tagesstruktur sicherstellen zu können und somit den Selbstwert aufrechtzuerhalten bzw. diesen zu stärken. Wie Sie wissen, können langwierige IV-Abklärungen über mehrere Jahre dauern und dies führt oft zu einer Verschlechterung des Gesundheitszustands.

Die für die kommenden vier Jahre geplante Angebotsausweitung reagiert auf die Entwicklung dieser Nachfrage. Die ist wieder so hoch wie vor der Pandemie und die gesamtgesellschaftliche Entwicklung lässt auf einen weiteren Zuwachs schliessen. Die Soll-Zahlen 2023 wurden überfüllt und die zusätzlichen Leistungen mussten aus Drittmittel finanziert werden. Die Nachfragesteigerung entsteht insbesondere bei den jüngeren Alterskategorien und gerade hier ist die Sicherstellung der Leistungen einer Tagesstruktur von grosser Bedeutung. Die Angebotsausweitung hat zur Folge, dass die maximale Ausgabenhöhe wesentlich erhöht werden musste. Wie erwähnt, es handelt sich um ein Kostendach und es werden nur die effektiven Arbeitsstunden bezahlt werden. Es ist aber richtig, das Kostendach entsprechend den Prognosen zu erhöhen, damit nicht plötzlich die Leistungen nicht mehr in Anspruch genommen werden können, wenn denn der Bedarf da ist.

Der Leistungsbezug bei den beiden Tagesstrukturangeboten ist sehr unterschiedlich und hängt wesentlich von der individuellen Situation ab. Von kurzer intensiver Inanspruchnahme bis hin zu regelmässigen länger dauernden Besuchen mit kleinem Aufwand. Die Verteilung der Standorte ist für die Bezugsdichte ebenfalls von Bedeutung, neu hat die Stiftung Rheinleben ein Tagesstrukturangebot auf dem Gelände der UPK. Dies ist sehr erfreulich, diese Leistung wird von der Stiftung Rheinleben selbstständig finanziert.

Im Namen der GSK bedanke ich mich bei der Stiftung Rheinleben für ihre wertvolle Arbeit für Menschen mit psychischer Erkrankung. Die GSK beantragt Ihnen einstimmig, beiden Grossratsbeschlüssen zuzustimmen, dem Grossratsbeschluss 1 für präventive Tagesstrukturangebote der Stiftung Rheinleben für die kommenden vier Jahre sowie dem Grossratsbeschluss 2 für die niederschwelligen Tagesstrukturangebote der Stiftung Rheinleben ebenfalls für die kommenden vier Jahre. Besten Dank für Ihre Zustimmung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat Kaspar Sutter für den Regierungsrat das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Auch hier sprechen wir über das soziale Basel. Wir stellen fest, die Anzahl an psychischen Beeinträchtigungen, sie nimmt stetig zu und das ist auch der Grund, weshalb wir Ihnen hiermit eine deutliche Erhöhung des Beitrags an die Stiftung Rheinleben beantragen. Die Zusammenarbeit mit der Stiftung Rheinleben, die funktioniert sehr gut. Sie leistet ein wichtiges Angebot im unterstützenden und präventiven Bereich und wir wollen entsprechend den steigenden Zahlen bei den Menschen, die das benötigen, auch hier die Leistung der Stiftung Rheinleben erhöhen. Deshalb dieser Erhöhungsantrag, den wir Ihnen hier vorlegen.

Das Ziel ist die Förderung der sozialen Integration. Es ist die Unterstützung von Menschen in Krisen und in Übergangsphasen und damit möchten wir auch vermeiden, dass stationäre Unterbringungen notwendig sind oder vielleicht auch sogar, dass eine Berentung einer IV-Rente nicht gesprochen werden muss. Es leistet also auch im Sinne des Staates einen sehr wichtigen Beitrag und natürlich einen sehr enorm wichtigen Beitrag für die betroffenen Menschen. Es handelt sich dabei einerseits um ein präventives Angebot, das geht um eine Frühintervention. Man will damit auch einen Drehtüreffekt verhindern, das heisst, dass ein stetiger Ein- und Austritt aus einer Akuteinrichtung notwendig ist, und es soll eine soziale Stabilisierung stattfinden. Diese Leistungen, die sollen niederschwellig sein, so dass sie von den Menschen auch beansprucht werden.

Wie der Präsident der Kommission bereits ausgeführt hat, die Anzahl an Menschen, die diese Leistungen benötigen, sie ist deutlich gestiegen und entsprechend erhöhen wir auch für die nächste Leistungsperiode die Kontingente um 46 Prozent bei den präventiven Leistungen und um 18 Prozent bei den niederschwelligen Leistungen. Die Gesamtkosten für vier Jahre belaufen sich dann auf 7,3 Millionen Franken. Wir haben da ein öffentliches Interesse. Ich habe es schon angesprochen, die präventiven Angebote, sie tragen seit vielen Jahren bei zur Stabilisierung des Gesundheitszustandes der Betroffenen. Sie können damit Individualität, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfeabhängigkeit verhindern oder verringern. Auch eine Unterbringung in stationären Einrichtungen soll dank den vorbeugenden Angeboten möglichst verhindert werden.

Wie gesagt, der Bedarf ist hoch, so hatten wir in den Jahren 2019 jeweils eine Auslastung von 140 Prozent und von 108 Prozent, je nach Leistungsgruppe, nach dem Rückgang während der Coronazeit sind wir heute wieder auf den Vor-Covid-Zahlen mit leicht steigender Tendenz und deshalb ist es wirklich wichtig, dass wir diese Leistungen ausdehnen und ausweiten. Das Geld wird aber nur ausbezahlt, wenn auch wirklich diese Fälle da sind, also von dem her, wenn, was ja auch zu hoffen wäre, wir nicht diese hohen Zahlen haben, wenn das der Fall wäre, dann wäre entsprechend auch der finanzielle Beitrag wieder tiefer.

Die Stiftung Rheinleben, sie ist eine verlässliche Leistungserbringerin in diesem Bereich und von uns sehr geschätzt. Das öffentliche Interesse, es ist dargelegt, die GSK hat das geprüft und ist zum gleichen Schluss gekommen, ohne diese finanzielle Unterstützung wäre eine Aufrechterhaltung dieser notwendigen Leistung nicht möglich. Wir haben damit auch eine Leistung, die eigentlich einzigartig ist, auch in der Schweiz. Es ist ein sehr gutes und ein sehr wichtiges Angebot und deshalb möchte ich Sie bitten, dem Antrag des Regierungsrates zuzustimmen und auch ich möchte mich bedanken bei der Stiftung Rheinleben, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und auch der Kommission für die gemeinsame Behandlung dieses Geschäftes.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich gebe der ersten Fraktionssprecherin das Wort, es ist Fleur Weibel für das GAB.

Fleur Weibel (GAB): Ich mache es ganz kurz, möchte aber auch diese Finanzhilfe für die präventiven und niederschwelligen Tagesstrukturangebote der Stiftung Rheinleben nicht unkommentiert lassen. Das GAB stimmt dieser Finanzhilfe vollumfänglich zu und möchte auch diese Finanzhilfe mit einem sehr grossen Dank verknüpfen. Dieser Dank geht an die Stiftung für ihre wichtigen Unterstützungsangebote. Der Regierungsrat und auch der Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission haben es ausführt, die Stiftung Rheinleben trägt einen wichtigen Beitrag dazu bei für die soziale Teilhabe und die Förderung der Selbstbestimmung und sie wirkt präventiv und stabilisierend und das ist in diesem Bereich von enorm grosser Wichtigkeit. In diesem Sinne bedanken wir uns sehr herzlich für die wichtige Arbeit und stimmen dieser Finanzhilfe selbstverständlich zu.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. In der zweiten Runde verzichten Regierungsrat Kaspar Sutter und Kommissionspräsident Oliver Bolliger. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1, präventive Tagesstrukturangebote (Seite 6 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Gesamtausgaben

2. Teuerungsausgleich

Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005155, 11.12.24 09:46:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für die Leistungen der Stiftung Rheinleben zugunsten von Erwachsenen mit psychischen Beeinträchtigungen ohne IV-Rente werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 5'849'200 (jährlich Fr. 1'462'300), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG), bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 90 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei einer Enthaltung.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 2, niederschwellige Tagesstrukturangebote (Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Gesamtausgaben

2. Teuerungsausgleich

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005157, 11.12.24 09:46:57]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für niederschwellige Leistungen der Stiftung Rheinleben ohne individuelle Bedarfsermittlung zugunsten von Erwachsenen mit psychischen Beeinträchtigungen werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben in der Höhe von Fr. 1'436'240 (jährlich Fr. 359'060), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG), bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 88 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei einer Enthaltung.

5. Areal Tennisclub Old Boys, Schützenmatte West, Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich St. Galler-Ring, Neubadstrasse, General Guisan-Strasse, Bericht der BRK

[11.12.24 09:47:02, 24.0185.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidenten Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Mit dem vorliegenden Ratschlag soll ein Bebauungsplan im Bereich St. Galler-Ring, Neubadstrasse, General Guisan-Strasse festgesetzt werden, um den Bau einer Tennishalle durch den Tennisclub Old Boys Basel zu ermöglichen. Die Schützenmatte ist in Basel vor allem als Sportanlage bekannt. So gibt es hier ein Leichtathletik- und Fussballstadion, drei Rasensportfelder unterschiedlicher Grösse, ein Kunstrasenfeld, einen Tennenplatz, einen Allwetterplatz mit Beleuchtung, eine Leichtathletikhalle mit Kraftraum sowie zwei Restaurants. Auf dem vorwiegend für sportliche Zwecke genutzten Areal befinden sich ausserdem die Polizeiausbildungsstätte, ein Magazin des Tiefbauamts sowie ein Jugendzentrum. Der TCOB ergänzt das Sportangebot im westlichen Teil des Areals mit heute neun Tennisfeldern. Das Areal befindet sich in der Zone für Nutzungen im öffentlichen Interesse (NöI). Die Zweckbestimmung erlaubt dort grundsätzlich die Nutzungen Sport, Sicherheit, Bildung, Betreuung und Kultur sowie Infrastruktur, Versorgung und öffentliche Verwaltung. Während der Wintermonate beim Tennisclub wird seit Jahrzehnten eine Ballonhalle betrieben, die jedoch mit fossilen Brennstoffen beheizt wird.

Um den steigenden Bedarf an gedeckten Plätzen zu decken und den administrativen Aufwand der Anmietung externer Hallen zu minimieren, plant der TCOB eine dauerhafte Tennishalle. Die geplante Halle wird vollumfänglich privat finanziert. Das Projekt durchlief eine lange und sehr aufwändige Planungsgeschichte. Es wurde bereits eine Baubewilligung ausgestellt, welche wiederum über den gerichtlichen Weg durch Rekurs aberkannt wurde. Insbesondere aus Zonen rechtlichen Überlegungen musste die Bauherrin einen neuen Anlauf nehmen und eine Sondernutzungsplanung durchführen. Nur deswegen hat dieses Geschäft nun zu uns gefunden.

Während der Erarbeitung des vorliegenden Bebauungsplans wurde das Hallenprojekt im Dachbereich angepasst. Damit nimmt der Tennisclub wesentliche Kritikpunkte auf, die gegen die damalige Baupublikation eingebracht wurden. So wurden in den Einsprachen damals Sorgen zu Gebäudehöhen sowie zu störenden Lärm- und abendlichen Lichtimmissionen aufgrund der mit entsprechenden Installationen versehenden Dachplätzen formuliert. Das überarbeitete Projekt entspricht nun grundsätzlich immer noch dem Ursprungsprojekt. Anders in Erscheinung tritt jedoch das Dach, da auf die technischen Aufbauten wie Ball-Fang-Zaun und die Beleuchtungsmasten verzichtet werden kann. Stattdessen wird das Dach nun grossflächig begrünt und wie beim Ursprungsprojekt bereits vorgesehen wird, auf einem untergeordneten Teil des Daches ausserdem eine Photovoltaikanlage installiert.

In den Beratungen in der Kommission nahm eine fehlende Gesamtplanung für den gesamten Perimeter der Schützenmatte einen grossen Stellenwert ein. Insbesondere die im Ratschlag aufkommende gleichzeitige Evaluation eines Sekundarschulstandorts auf demselben Areal führte zu grosser Verunsicherung, dass das Areal in Zukunft noch weiter und unkoordiniert überbaut wird. Gemäss der Kommissionsmehrheit soll die Schulraumplanung jedoch nicht dazu führen, dass an den aktuell 27 kantonal evaluierten Schulstandorten ein Planungs- und Entwicklungsstopp für andere Nutzungen eintritt. Es ist aber absehbar, dass künftig nur ein kleiner Teil dieser Standorte tatsächlich für Schulen genutzt wird. Zudem erachtet die Kommissionsmehrheit es als unwahrscheinlich, dass das Planungsamt nach einer Rückweisung des Geschäfts wesentlich konkretere Aussagen vorlegen würde. Ein Teil der Kommission stört sich explizit an der Praxis, dass eine Parzelle in der Zone für Nutzungen im öffentlichen Interesse im Baurecht an Private abgegeben werden soll. Der Bedarf einer Tennishalle wird von diesem Teil der Kommission anerkannt. Zudem verstärkte sich der Trend, dass unentgeltlich genutzter Raum zunimmt, solchem mit Konsumzwang weichen muss.

Aus diesen Überlegungen heraus wurde Antrag auf Rückweisung des Ratschlags an den Regierungsrat mit der Vorgabe der Ausarbeitung einer Gesamtplanung der gesamten Sportanlagen gestellt. Die BRK hat den Antrag auf Rückweisung des Geschäfts mit dem Auftrag zur Erstellung einer Gesamtplanung für den Perimeter mit 7 zu 5 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Ein weiterer Antrag betrifft eine öffentliche Nutzung der Plätze. Der Antrag wurde damit begründet, dass der TCOB auf Kosten des derzeit polysportiv genutzten Rasens eine Halle mit zusätzlichen zwei Plätzen, einer Zuschauertribüne und Fitnessbereich errichten möchte. Die Antragstellenden beanstandeten, dass die Zonenkonformität in der NöI ohne den Zugang für Nichtmitglieder nicht ausreichend gegeben seien. In seiner Stellungnahme erklärte der TCOB, dass auch Nichtmitglieder Zugang zu den Plätzen erhalten sollen. Diese Absichtserklärung wurde zudem im Ratschlag vermerkt. Es wurde daher als folgerichtig angesehen, diese Regelung im Bebauungsplan noch konkreter festzuhalten.

Ein Teil der Bau- und Raumplanungskommission vertrat jedoch die Auffassung, dass die Aufnahme eines solchen Details in den Bebauungsplan zu weit gehe, obwohl das Anliegen selbst als berechtigt angesehen wurde. Die Erwähnung der Absicht im Kommissionsbericht wurde dennoch begrüsst. Betriebswirtschaftlich sei sinnvoll, die Halle optimal auszulasten, daher spreche nichts dagegen, die Nutzung der Halle gegen Entgelt auch Nichtmitgliedern zu ermöglichen. Aus der Diskussion heraus wurde ein Gegenantrag formuliert, den Zugang für Nichtmitglieder auf die zwei neu geschaffenen Plätze zu beschränken. Zudem wurde angemerkt, dass die bisherigen Rasenflächen, die der Halle weichen müssen, kaum genutzt würden, da sie häufig gesperrt seien.

Die Kommission unterstützt mit deutlicher Mehrheit die Ergänzung des Bebauungsplans, wonach die geplante Halle im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten für eine breite Öffentlichkeit zugänglich ist. Insbesondere sollen auch Nichtmitglieder die Plätze mieten können. Dieser Antrag wurde mit 10 zu 2 Stimmen gutgeheissen. Diese Anpassungen sollen die Quartierverträglichkeit verbessern und den rechtlichen Anforderungen der Planung auf der Zone für die Nutzung im

öffentlichen Interesse entsprechen. Die aktuelle Planung schafft die Grundlage für eine modernisierte und nachhaltigere Nutzung der Schützenmatte im westlichen Teil des Areals. Die Kommission erkennt den hohen Stellenwert der sorgsamen Flächennutzung im dichtbesiedelten Kanton Basel-Stadt. Sie würdigt das Engagement des TCOB, eine moderne und nachhaltige Infrastruktur in Eigenregie zu schaffen. Die Halle wird insbesondere für die Tennisschule mit über 300 Kindern und Jugendlichen eine wichtige Rolle spielen.

Die Kommission hat die Anliegen der Einsprechenden sorgfältig geprüft. Durch die Redimensionierung des Projekts einschliesslich einer niedrigen Bauhöhe und dem Verzicht auf Dachplätze wurde die Quartierverträglichkeit verbessert. Der Bedarf an Tennisplätzen bleibt jedoch unbestritten, gerade in der Peripherie werden immer mehr Tennishallenplätze verdrängt durch andere Nutzungen. In der Folge werden weite Fahrwege notwendig, was umständlich und nicht ökologisch ist. Das Projekt stellt auch eine nachhaltige Alternative zur bisherigen fossilen Beheizung der Ballonhalle dar.

Die BRK beantragt dem Grossen Rat mit 7 zu 5 Stimmen bei einer Enthaltung, den vorliegenden Bebauungsplan anzunehmen. Die geplante Tennishalle bietet eine zukunftsweisende Lösung für den Tennissport in Basel und trägt zur Diversität des Sportangebots bei, ohne die öffentliche Hand finanziell zu belasten. Die Kommission dank dem Regierungsrat und beteiligten Fachpersonen für die Zusammenarbeit und ersucht den Grossen Rat um Zustimmung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht für den Regierungsrat an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Der Tennisclub Old Boys hat eine hundertjährige Geschichte und zehn dieser 100 Jahre ist er jetzt schon dran, die alte Ballonhalle abzulösen, die alte Ballonhalle, die auch nicht mehr zeitgemäss ist und nicht mehr ökologisch ist. Der Kommissionspräsident hat die lange Geschichte geschildert, ich denke, ich gehe jetzt da nicht mehr im Detail darauf ein, aber es ist mir doch sehr wichtig festzuhalten, dass die Regierung dieses Projekt unterstützt. Einerseits, weil es eben vielen Menschen eine Sportmöglichkeit gibt im Winter, auch jungen Menschen, und wir haben das Projekt deswegen auch aus dem Swisslos-Sportfonds unterstützt. Es ist ein wirklich sehr sinnvolles Projekt und es ist sehr viel Herzblut und auch privates Engagement da dabei. Wir finden es wichtig, dass auch diese Wintertrainingsmöglichkeiten unterstützt werden und ich bitte Sie deshalb, diesem Bebauungsplan zuzustimmen und ich bin jetzt gespannt auf eine lebhafte Debatte und werde mich zu einzelnen Punkten je nach Verlauf da nochmals zu Wort melden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion wird diesem Projekt zustimmen. Es wird Zeit, dass wir nun endlich auch als Kanton Basel-Stadt zeigen können, dass wir eine Sportstadt sind und dass wir Sportstadt können. In vielen anderen Bereichen wollen wir das ja auch sein, aber hier mangelt es immer mal wieder in einzelnen Bereichen. Wir haben sehr viele verschiedene Sportarten, wo wir tätig werden müssen, sei es beim Tennis, sei es beim Schwimmen, sei es bei Eisflächen und man hat es wahrscheinlich auch im privaten Umfeld gesehen, dass die Nachfrage nach Tennis in den letzten Jahren oder Jahrzehnten doch ganz klar angestiegen ist und da ist es auch wichtig, dass wir hier als Kanton Basel-Stadt reagieren und hier entsprechend gute Infrastruktur genehmigen bzw. zur Verfügung stellen.

Wenn wir jetzt dieses Projekt ansehen, dann muss ich Ihnen sagen, verstehe ich den starken Widerstand hier nicht wirklich. Das Projekt wurde sehr stark redimensioniert, man hat es so ausgestaltet, dass es quartierverträglich sein wird. Es stimmt zwar, dass Grünflächen verschwinden, allerdings werden hier nicht verschiedene Sportarten gegeneinander ausgespielt. Die Möglichkeit für die Fussballvereine bleibt weiterhin erhalten und es ist auch nicht so, dass der Nutzungsdruck an diesem Ort derart gross ist. Wir haben dort einen grossen Park, wo auch sehr viele andere Freizeitangebote stattfinden können. Es ist eine andere Angelegenheit, wie beispielsweise in Kleinbasel, wo wir viel weniger Grünflächen haben. Und, das hat auch Regierungsrätin Keller gesagt, wir haben dort auch eine gewisse Sporttradition, dass dort verschiedene Sportarten funktionieren und laufen, das hat sich hier im Kanton Basel-Stadt auch stark eingebürgert. Zudem, und das hat auch der Kommissionspräsident gesagt, haben wir hier auch einen Kompromiss in der BRK erzielen können bzw. die Mehrheit konnte sich durchsetzen, dass wir im Bebauungsplan auch diese öffentliche Zugänglichkeit noch etwas konkretisieren konnten. Dementsprechend haben wir hier auch bei dieser Halle einen Mehrwert für die Gesamtbevölkerung.

Und dann kommt jetzt noch diese Argumentation mit dieser Gesamtschau, dass eventuell auch mal ein Schulraum geplant wird und da muss ich dann schon sagen, da greift dann schon auch etwas die Meinung der BRK-Minderheit etwas zu kurz. Wenn wir jetzt sagen, es fehlt an Gesamtschau, eventuell könnte hier eines Tages mal ein Schulraumprojekt geplant werden, ja, dann müssten wir ja jedes Projekt in diesem Kanton bekämpfen, weil irgendeinmal in zehn oder 20 Jahren vielleicht mal ein Schulhaus dort stehen könnte. Also das kann jetzt wirklich nicht die Argumentation sein, dann müssen wir jetzt jedes Projekt, welches in den Grossen Rat kommt, zurückweisen, nein, in 20 Jahren kann dann irgendwie ein Schulprojekt dort geplant werden und deshalb lehnen wir das ab. Das ist doch keine Argumentation, weshalb wir hier dringend benötigte

Sportinfrastruktur ablehnen. Selbstverständlich soll die Schulraumplanung hier weiterlaufen parallel dazu, das unterstützen wir auch und es wird auch sicherlich in diesem Bereich genügend Angebote geben.

Und wenn ich Sie bis jetzt noch nicht überzeugt habe, dann erlaube ich mir zum Schluss vielleicht noch folgendes, ich gehe mal davon aus, sehr viele in diesem Raum haben in den besten Zeiten von Roger Federer am Fernseher gehangen, teilweise Grand Slams gesehen über mehrere Stunden, bei diesen Duellen zwischen Federer und Nadal oder Federer und Djokovic und was würden wir jetzt hier als Kanton Basel-Stadt für ein Signal senden, wenn wir hier jetzt sagen, dass wir eine Tennishalle ablehnen, den Breitensport ablehnen, es sehr vielen Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen verunmöglichen, Tennis zu spielen, weil wir nicht bereit sind, die nötige Infrastruktur dafür bereitzustellen. Bei den Swiss Indoors waren wir immer bereit für dieses Turnier, wir haben in den letzten Jahren unseren politischen Fokus sehr stark auf dieses Turnier gelegt, sei es beim Bau der St. Jakobshalle oder auch beim finanziellen Beitrag, dass dort auf dem Platz das Wort Basel steht. Dort waren wir bereit dafür, hier gibt es grosse Opposition gegen den Breitensport, gegen den Sport für Kinder und Jugendliche und das ist dann schon auch etwas widersprüchlich.

Dementsprechend, wenn wir für Spitzensport auch in Zukunft sind, wenn wir auch wollen, dass wir in zehn oder in 20 oder in 30 Jahren vielleicht wieder einen Roger Federer aus Basel haben, dann sollten wir doch dem hier zustimmen, dass wir hier auch zeigen können, dass wir heute Sportstadt sein können und sind. Wir haben heute eigentlich einen Grand Slam und wir haben gerade Matchball. Verwerten wir doch diesen Matchball direkt mit einem Ass, stimmen diesem Projekt zu, welches sehr sinnvoll ist und ich bin davon überzeugt, die Mehrheit der Bevölkerung wird uns dabei applaudieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Lea Wirz.

Lea Wirz (GAB): Im Namen des GAB beantrage ich Ihnen die Rückweisung des vorliegenden Ratschlags an den Regierungsrat. Sollte dieser Antrag scheitern, werden wir das Geschäft in einer weiteren Abstimmung ablehnen. Es ist mir an dieser Stelle sehr wichtig zu betonen, dass es uns nicht gegen den Tennissport geht. Wir können sehr gut nachvollziehen, dass der Tennisclub diese Ballonhalle, die in die Jahre gekommen ist, ablösen will durch eine neue Halle. Darum geht es uns hier nicht, auch wenn wir vielleicht nicht alle passionierte Tennisspieler*innen sind. Vielmehr geht es uns um die mangelnde Gesamtplanung und den Verlust der öffentlich nutzbaren Fläche.

Im Rahmen der Veröffentlichung des Ratschlages wurde zum ersten Mal publik, dass die Schützenmatte als potenzieller Standort für eine dringend benötigte Sekundarschule evaluiert wird. Und das stimmt nicht, Herr Messerli, dass in Zukunft an jeder Stelle, wo ein Projekt entstehen soll, dass dort auch vielleicht noch eine Schule vorgesehen ist, sondern diese Standorte sind wohl vorgelegt, die sind uns nicht bekannt, sondern die werden uns tröpfchenweise bekanntgegeben. Es wurde aus unserer Sicht versäumt, für den gesamten Perimeter der Schützenmatte eine umfassende und zukunftsorientierte Gesamtplanung zu erstellen. Angesichts der vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten und der Bedeutung der Fläche für das öffentliche Interesse ist dies unverständlich, entscheiden wir hier heute doch über einen Bebauungsplan, einen Bebauungsplan, der faktisch ein Baugesuch ist. Darüber, wie es zu dieser Ausgangslage gekommen ist, hat der Präsident der BRK bereits ausführlich berichtet, weshalb ich darauf verzichten werde.

Ohne eine entsprechende Gesamtplanung drohen aus unserer Sicht in Zukunft Nutzungskonflikte, die langfristig sowohl sportliche als auch schulische und andere öffentliche Interessen beeinträchtigen können. Die geplante Tennishalle führt zu einer Einschränkung von öffentlich zugänglichem Raum. Ein Teil der bestehenden Sportrasenfläche, die heute polysportiv genutzt wird, soll weichen, um den Bau zu ermöglichen. Diese Fläche erfüllt heute eine wichtige Funktion für die allgemeine Freizeitgestaltung und wird sowohl von Vereinen als auch von Anwohnerinnen und Anwohnern rege genutzt. Wir begrüssen, dass der Tennisclub eine Öffnung der Halle für Nichtmitglieder vorsieht, dies kann die Umwidmung der öffentlichen Fläche zugunsten eines privaten Vereins jedoch nicht aufwiegen und widerspricht unserer Ansicht nach dem Gedanken der Zone für Nutzungen im öffentlichen Interesse.

Im Sinne der ausgeführten Punkte beantrage ich im Namen des GAB die Rückweisung des Geschäftes an den Regierungsrat mit dem Auftrag, eine behördenverbindliche Gesamtplanung für die Schützenmatte zu erarbeiten. Diese Planung muss alle aktuellen und potenziellen Nutzungen einschliesslich Sport, Bildung und Freizeit in Einklang bringen und sicherstellen, dass die Fläche im Sinne des öffentlichen Interesses nachhaltig genutzt wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Pascal Messerli und Andrea Strahm möchten Ihnen Zwischenfragen stellen. Sie werden angenommen. Zuerst Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Lea Wirz, sind Sie sich bewusst, dass die Schulraumplanung Aufgabe des Regierungsrates ist und der Regierungsrat dieses Projekt unterstützt? Das heisst, dass dieser Zielkonflikt, welcher Sie hier erläutert haben, gar nicht, existiert?

Lea Wirz (GAB): Es ist mir bewusst, dass es Aufgabe des Regierungsrates ist. Ich habe den Eindruck, dass die verschiedenen Departemente nicht genügend miteinander kommunizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Andrea Strahm stellt ihre Frage.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Ist Ihnen bewusst, dass die fragliche Ecke praktisch gar nicht genutzt wird, dass dort eine Baracke steht und dass es ein ziemlich chaotischer Platz ist, der nicht geprüft werden kann vom Hallenwart?

Lea Wirz (GAB): Ich muss ganz ehrlich sagen, ich habe den Schluss der Frage nicht ganz verstanden. Es ist heute eine Wiese dort, die von allen genutzt werden kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die GLP ist Bülent Pekerman.

Bülent Pekerman (GLP): Die ganze Diskussion um den Bau der neuen Tennishalle auf der Schützenmatte West zeigt, wie schwierig, aber auch wie wichtig es ist, in einem dichtbebauten Kanton wie Basel-Stadt einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen zu finden. Die Grünliberale Fraktion unterstützt den Antrag der Bau- und Raumplanungskommission und spricht sich für die Annahme des Bebauungsplans und die Abweisung der Einsprachen aus. Lassen Sie mich unsere Haltung kurz begründen.

Die geplante Tennishalle wird einem dringenden Bedürfnis gerecht. Die heutige Infrastruktur des TCOB mit neun Aussenplätzen und einer veralteten mit fossilen Brennstoffen betriebenen Ballonhalle reicht nicht mehr aus. Insbesondere im Winter kann der Tennis-Betrieb nur durch das Mieten externen Hallen ausserhalb Basels sichergestellt werden. Eine umständliche, ineffiziente, unökologische und finanziell belastende Situation für den Verein, der über 800 Mitglieder zählt, davon über 300 Kinder und Jugendliche. Der Neubau mit den neuen Hallenplätzen und die Verbesserung der Infrastruktur schafft hier Abhilfe.

Diese Tennishalle soll die erste ihrer Art in unserem Kanton werden. Es ist an der Zeit, diese Sportart, nämlich Tennis auch im Winter in unserer Stadt zu ermöglichen. Die geplante Tennishalle ersetzt die bestehende Ballonhalle, das wurde auch schon x-mal gesagt, und setzt auf innovative, nachhaltige Technologie. Die Fassade besteht aus nachwachsenden Rohstoffen, die Dachfläche wird begrünt und mit einer Photovoltaikanlage ausgestattet. Damit integriert das Projekt ökologische und klimatische Aspekte, die für unsere Stadtentwicklung zentral sind. Gleichzeitig werden die umliegenden Grünflächen naturnah gestaltet und ökologisch aufgewertet, so dass auch Lebensräume für Flora und Fauna sogar entstehen. Diese Massnahmen entsprechen modernen Prinzipien wie der Schwammstadt und sind ein wichtiger Schritt in Richtung nachhaltige Stadtentwicklung.

Der TCOB verpflichtet sich, die neue Infrastruktur nicht nur für Vereinsmitgliedern, sondern auch der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Bereits heute stehen die Plätze den Basler Sportklassen im Sommer kostenlos zur Verfügung, mit der neuen Halle wird dieses Angebot auch im Winter natürlich gelten. Zudem können künftig auch Nichtmitglieder Plätze mieten und das ist ein klares Bekenntnis zu einer inklusiven Sportinfrastruktur.

Der Planungsprozess der Tennishalle ist geprägt von intensiven Diskussionen und Anpassungen, um den Anliegen der Nachbarschaft gerecht zu werden. Das ursprüngliche Projekt wurde deutlich redimensioniert, auf Dachplätze wurde verzichtet, die Gebäudehöhe wurde reduziert und die gesamte Anlage wurde optimiert, um störende Immissionen wie Lärm und Licht zu minimieren. Diese Verbesserungen machen das Projekt quartierverträglich. Natürlich ist uns bewusst, dass durch den Bau der Tennishalle die nutzbare Sportrasenfläche reduziert wird. Es handelt sich jedoch um eine moderate Anpassung und die verbleibenden Flächen bieten weiterhin ausreichend Raum für verschiedene Sportarten wie Fussball.

Die sorgfältige Abwägung hat für uns ergeben, dass die Vorteile des Projektes überwiegen. Wir wollen den Jugend- und Breitensport fördern. Der Tennisclub Old Boys leistet einen wertvollen Beitrag zu Sport- und Bewegungsförderung. Die neue Tennishalle stärkt dieses Engagement und ermöglicht Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, auch bei schlechtem Wetter Sport zu treiben. Diese ist eine Investition in die Gesundheit, Integration und Lebensqualität unserer Bevölkerung.

Abschliessend möchte ich sagen, dass die geplante Tennishalle ein zukunftsorientiertes Projekt ist, das Sport, Nachhaltigkeit und öffentliche Interessen miteinander verbindet. Der TCOB übernimmt die Finanzierung der Tennishalle weitgehend selbst und die öffentliche Hand wird somit nicht belastet. Stattdessen profitieren wir von einer modernen Infrastruktur, die einen echten ökologischen und sozialen Mehrwert schafft. Die Forderung nach einer Gesamtplanung erscheint auf den ersten Blick

nachvollziehbar, ist aber in diesem konkreten Fall weder notwendig noch zielführend. Eine Verzögerung würde dem Tennisclub und dem Tennissport in Basel massiv schaden, ohne einen Mehrwert zu schaffen.

Deshalb bitte ich im Namen der Grünliberalen Fraktion, dem Antrag der BRK zuzustimmen und den Weg für den Bau der Tennishalle freizumachen. Und die Zwischenfrage nehme ich gerne entgegen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit geht die Zwischenfrage an Leoni Bolz.

Leoni Bolz (SP): Sie erwähnten die vorteilhaften ökologischen Aspekte. Sind Sie sicher, dass der Bau und Unterhalt der Halle ökologischer ist als der Ballon?

Bülent Pekerman (GLP): Ich würde sagen, in der Gesamtbetrachtung, ja.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Fraktionssprecher ist Stefan Wittlin für die SP.

Stefan Wittlin (SP): Am Bau dieser Tennishalle ist grundsätzlich nichts auszusetzen. Wir anerkennen den Bedarf und den Nutzen des Projekts. Gleichzeitig kritisieren wir aber die Vorgehensweise des Bau- und Verkehrsdepartements bei dieser Planung. Und um diese Kritik zu verstehen, ist es eben wichtig, die Vorgeschichte zu kennen. Wir haben es gehört, die Baubewilligung war bereits erteilt. Die Baurekurskommission und das Appellationsgericht kamen dann aber zum Schluss, dass die nutzungsplanerische Grundlage nicht ausreiche und mit diesem Bebauungsplan wird diese rechtliche Grundlage nun geschaffen für den Neubau der Tennishalle.

Hier zeigt sich bereits, dass die Anwendung des Instruments des Bebauungsplans in diesem Fall ziemlich unüblich daherkommt. Normalerweise geht es bei Bebauungsplänen um die Entwicklung und Gestaltung ganzer Gevierte oder Areale. Hier geht es um ein einziges Gebäude und der Perimeter des Bebauungsplans erstreckt sich nur über einen kleinen Teil des ganzen Sportareals Schützenmatte. Und spätestens, wenn man bedenkt, dass das Areal als Standort für eine neue Sekundarschule in Frage kommt, ist klar, dass es eine Gesamtplanung über das ganze Areal braucht und diese wollen wir vom BVD einfordern. Deshalb möchte die SP-Fraktion den Ball an den Regierungsrat zurückspielen und folgt dem Rückweisungsantrag des GAB.

Wir fordern nicht eine Ausweitung des Perimeters des Bebauungsplans. Wir erachten es aber als zwingend nötig, dass im Sinne eines Masterplans Zukunftsszenarien entwickelt und die Bedürfnisse aller Nutzenden des Areals abgeholt werden und die Nutzungen, die sind vielfältig. Das Stadion und die Trainingsplätze für Leichtathletik und Fussball, polysportiv genutzte Rasenfläche, eine Sporthalle, Clubhäuser und Restaurants, eine Polizeiausbildungsstätte und ein Jugendzentrum sind heute auf dem Areal angesiedelt.

Wir erhoffen uns von einer Gesamtplanung eine höhere Akzeptanz für einzelne Vorhaben, wie jenes der Tennishalle, und wir wissen, dass es viele weitere Wünsche gibt. Seien es mehr öffentlich nutzbare Flächen oder ein neues Kunstrasenfeld, das dringend benötigt wird. Und wenn tatsächlich auf dem Areal eine Sekundarschule gebaut werden sollte, dann würden andere verdrängt. Im Nachhinein müsste man dann eingestehen, am Arealteil des Tennisclubs gibt es nichts mehr zu rütteln. Das Baurecht ist vergeben, der Bebauungsplan gilt, das Gebäude steht womöglich schon und dann haben wir nichts mehr dazu zu sagen, wie dieser Teil des öffentlichen Bodens genutzt wird. Das entspricht eben nicht unserer Vorstellung, wie wir über die Nutzung des öffentlichen Raums bestimmen wollen.

An dieser Stelle erlaube ich mir zwei Nebenbemerkungen. Diese Offenheit zum Thema der Standortevaluation des Schulhauses, also dass das BVD bereits im Ratschlag dargelegt hat, das rechne ich dem BVD wirklich hoch an. Das wäre ja nicht nötig gewesen, das hat aber wirklich geholfen, diese Auseinandersetzung mit der Entwicklung des Areals fundiert zu führen und es hat auch dazu geführt, dass eben andere Sportvereine plötzlich alarmiert waren und in Frage gestellt haben, ob dieses Areal zukünftig noch für alle dann zur Verfügung stehe. Und selbstverständlich haben die anderen Sportvereine nicht das Vorhaben des Tennisclubs Old Boys in Frage gestellt, das ist sicher auch eine Frage der Solidarität, das habe ich auch gut verstanden, aber wenn dann schon mit diesem Ratschlag kommt, Achtung, hier hat es zu wenig Platz künftig für alle Nutzenden, dann sind auch wir in der Kommission sehr aufmerksam geworden auf dieses Thema.

Sicher nicht geholfen, und das ist meine zweite Nebenbemerkung zu diesem Thema, hat die Berichterstattung einer der beiden grossen Basler Tageszeitungen zu dieser Veröffentlichung dieser Information der Schulraumplanung. Diese Zeitung hat Fakten durcheinandergebracht und hat in ihrem Artikel von einer Infopanne gesprochen und zudem die BRK missverständlich zitiert. Da wünschte ich mir ein bisschen eine seriösere Arbeit.

Nun zurück zum eigentlichen Geschäft. Die von der BRK eingebrachte Ergänzung im Bebauungsplan, die begrüssen wir sehr. Indem im Bebauungsplan festgehalten wird, dass auch Nichtmitglieder Tennisplätze mieten können, wird dem Umstand Rechnung getragen, dass in der Bauzone auf der Schützenmatte eben nur Nutzungen im öffentlichen Interesse zulässig sind. Dennoch bleibt der Eindruck haften, dass die Halle nur von einem kleinen und privilegierten Teil der Bevölkerung genutzt werden wird und dies auf Kosten einer Fläche, die heute frei zugänglich und polysportiv nutzbar ist.

Diese Verbesserung, die löst eben das grundlegende Problem der Vorlage nicht, weshalb wir am Rückweisungsantrag festhalten. Falls dieser keine Mehrheit findet, wird sich die SP-Fraktion in der Schlussabstimmung enthalten. Das Vorhaben ohne Überarbeitungsauftrag einfach abzulehnen, das fänden wir nun doch etwas sehr streng und formalistisch und vor allem wäre es dem grossen Engagement, dass der Tennisclub Old Boys, der ja heute auch auf der Tribüne anwesend ist, nicht angemessen. Oder anders gesagt, sollte unser erster Aufschlag nicht im Feld landen, werden wir den zweiten Aufschlag etwas sanfter spielen und dem Tennisclub Old Boys damit die Chance bieten, den Matchball erfolgreich zu retournieren.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Fraktionssprecherin für die FDP ist Silvia Schweizer.

Silvia Schweizer (FDP): Der Tennisclub mit seinen rund 850 Mitgliedern blickt auf eine fast hundertjährige Geschichte zurück und ist im Quartier stark verankert. Die Förderung der Junioren hat beim Tennisclub eine sehr lange Tradition. Schon seit längerem strebt der Tennisclub auf dem Areal der Schützenmatte den Bau einer Tennishalle an und reichte dazu im Jahre 2016, also mittlerweile vor über acht Jahren, ein generelles Baugesuch ein.

Das Hallenprojekt bietet dem Tennisclub eine langfristige Perspektive, damit das Angebot für den Tennissport in moderatem Umfang ausgebaut, attraktiver gestaltet und damit den Tennissport auch im Winter betrieben werden kann. Ein weiterer positiver Aspekt ist, dass nach der Fertigstellung der Tennishalle auf die Ballonhalle, die bisher mit fossilen Brennstoffen beheizt wurde, verzichtet werden kann und damit ein positiver Beitrag zur Erreichung der Klimaziele geleistet wird. Zusätzlich wird das Flachdach der Halle begrünt und mit einer PV-Anlage ausgestattet.

Auf wesentliche Kritikpunkte aus der Nachbarschaft, die gegen die damaligen Baupublikation eingebracht wurden, hat der Tennisclub mit der Überarbeitung des Projekts reagiert. Das Bauprojekt wurde im Dachbereich angepasst und das Projekt redimensioniert. Zwar wird die Tennishalle auf einem Teil der Fläche errichtet, die heute polysportiv benutzt wird, dies wird jedoch durch die Zusage des Tennisclubs ausgeglichen, dass die Aussenflächen auch weiterhin für Kindercamps, Basler Sportklassen zur Verfügung stehen und zudem ist geplant, dass die Plätze auch weiterhin durch Nichtmitglieder gemietet werden können.

Die FDP-Fraktion begrüsst das Engagement des Tennisclubs im Sport und im speziellen die Förderung im Bereich des Jugendsports. Wir unterstützen den Bau der Halle ausdrücklich, auch weil es aktuell in Basel-Stadt inklusive Riehen und Bettingen zurzeit keinen einzigen Hallenplatz man gibt. Besonders hervorheben möchten wir an dieser Stelle, dass der Bau der 7,6 Millionen teuren Halle ausser durch die Unterstützung durch Swisslos ausschliesslich durch Sponsoren, Bankkredite und durch den Tennisclub selber finanziert wird. Es fliessen also keine Steuergelder.

Die FDP beantragt dem Grossen Rat, den nachfolgenden Grossratsbeschluss zur Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisungen von Einsprachen im Bereich St. Galler-Ring, Neubadstrasse, General-Guisan-Strasse anzunehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die LDP ist Gabriel Nigon.

Gabriel Nigon (LDP): Wir bezeichnen uns als eine Sportstadt, zu Recht. In Sachen Spitzensport sind wir im kantonalen Vergleich schweizweit sehr erfolgreich und im Breitensport auch. Womit hängt das zusammen? Um sich von den Alltagssorgen zu erholen, brauchen wir Plattformen, um positive Emotionen zu erleben, wie zum Beispiel in Berg- und Seelandschaften. Da wir in unserer Region solche natürlichen Plattformen nicht haben, müssen wir sie künstlich kreieren, so etwa in der Kultur oder eben im Sport. So waren wir der erste Kanton, der sich ein Sportkonzept und später ein Sportgesetz gegeben hatte. Damit wir weiterhin in der Champions League mithalten können, müssen die Sportarten gefördert werden, die in unserem Kanton einen Leistungsausweis aufweisen.

Der Tennissport ist eine solche Sportart und deshalb förderungswürdig. Die Resultate von früher und heute sprechen für sich, die Anzahl Tennisspieler auch, nicht zuletzt auch die Swiss Indoors. Damit eine Sportart erfolgreich gedeihen kann, braucht es motivierte Athletinnen und Athleten sowie Funktionäre, Turnierorganisatoren, Trainer mit Visionen und eine gute Infrastruktur. Im Tennissport fehlt es in unserem Kanton leider an der notwendigen Infrastruktur. Insbesondere bei schlechter Witterung und im Winter kann nicht Tennis gespielt werden. Im Winter höchstens in unökologischen Ballonhallen. Der Tennisclub Old Boys hat deshalb vor Jahren die Initiative ergriffen, die Vision einer Tennishalle mit sechs Plätzen

umzusetzen, und zwar nicht wie im Ausland oder in gewissen Kantonen auf Staatskosten. Nein, der Verein bzw. seine Mitglieder und Sponsoren bzw. Mäzenen stemmen das Vorhaben mit eigenen Mitteln.

Nach vielen Rückschlägen und einer Redimensionierung des Projektes um einen Drittel auf vier Plätze liegt nun heute ein Bebauungsplan vor, hinter dem sowohl die Regierung als auch die BRK stehen. Im Ergebnis erhält der Tennisclub jedoch nur zwei zusätzliche Plätze, da die Tennishalle auf zwei bereits bestehenden Aussenplätzen erstellt wird. Hervorzuheben ist so dann, dass das Hallendach begrünt wird und wichtig, dass die Halle auch Nichtclubmitgliedern und Schulen offensteht. Das Argument, wonach den Freizeitsportlern eine Gratisrasenfläche weggenommen würde, sticht nicht. Dort, wo die Halle geplant ist, steht heute eine alte Geräte- und Umkleidebaracke mit Kieseldach und geteerter Umgebung und die wenigen grünen Quadratmeter sind überdies meistens gesperrt. Auch das Argument eines potenziellen Standortes von 2027 für eine Sekundarschule ist unbehelflich, zumal die Schule in frühestens 15 bis 20 Jahren und erst noch an einem anderen Standort als die Tennishalle zu stehen käme und diese könnte zudem auch von den Schülerinnen und Schülern genutzt werden.

Aus all diesen Gründen spricht eine Interessensabwägung im vorliegenden Fall klar für den Bebauungsplan und die Tennishalle, notabene die erste in unserem Kanton. Wir Liberale folgen deshalb dem Antrag der Regierung und der BRK, den hier diskutierten Grossratsbeschluss anzunehmen. Alles andere käme einem Sperren ohne Ball gleich. Die Eigeninitiative und das Engagement des TC Old Boys müssen belohnt werden, wir sind schliesslich eine Sportstadt. In diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und stehe für Fragen gerne zur Verfügung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Letzter Fraktionssprecher für die Mitte-EVP ist Christoph Hochuli.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Bereits im Jahr 2016, also vor acht Jahren, reichte der Tennisclub Old Boys ein erstes Gesuch für den Bau einer Tennishalle ein. In dieser neuen Halle sollen vier Tennisplätze eingereicht werden, womit die Anzahl Plätze von neun auf elf erhöht wird. Der Regierungsrat und die BRK unterstützen den Bebauungsplan, welche die Erstellung der Tennishalle ermöglicht. Wichtig zu betonen ist, dass Old Boys die Tennishalle selber finanziert. Sie erhält lediglich einen Beitrag des Swisslos-Sportfonds. Wir bewilligen heute also nur den Bebauungsplan der Tennishalle, sprechen jedoch kein Geld für das Projekt.

Die Schützenmatte befindet sich in der Zone für Nutzungen im öffentlichen Interesse. Die Zweckbestimmung erlaubt dort grundsätzlich auch Sportnutzungen. Somit ist die Tennishalle zonenkonform. Nach mehreren Einsprachen wurde die Tennishalle in redimensionierter Form und unter Berücksichtigung der Hauptanliegen der Einsprechenden überarbeitet. So wurde auf die Tennisplätze auf dem Dach mit Ball-Fangnetz und Lichtmasten verzichtet und die Halle wird einen Meter weniger hoch gebaut. Somit wird es für die Anwohnenden weniger Sichteinschränkung und fast keine Lichtemissionen geben. Die Mitte-EVP-Fraktion erachtet das redimensionierte Projekt als quartierverträglich. Die Halle wurde übrigens auch durch die Stadtbildkommission beurteilt und genehmigt. Da zukünftig zwei der heute bestehenden Aussentennisplätze in die Halle integriert werden, dürften die Lärmbelastung und Lichtemissionen für die Nachbarschaft im Vergleich zu heute sogar reduziert werden.

Ein Einsprachepunkt war der Verlust der Grünfläche. Dazu wurde im Einspracheentscheid des BGI festgehalten, dass dieser durch eine naturnahe und strukturreiche Umgebungsbegrünung zu kompensieren sei. So wird die Dachfläche der Tennishalle begrünt und die Flächen um Tennisanlage ökologisch aufgewertet, womit neuer Lebensraum für Pflanzen und Tiere entstehen kann. Auch sonst ist dieses Projekt ökologisch sinnvoll, denn die Ballonhalle, welche der Tennisclub Old Boys für das Winterhalbjahr jeweils aufstellt, wird derzeit mit fossilen Brennstoffen geheizt. Die neue Halle wird mit klimafreundlichen Luftwasserwärmepumpen beheizt werden. Ausserdem wird auf dem Dach eine Photovoltaikanlage installiert.

Der Tennisclub Old Boys hatte in seiner Anhörung erläutert, dass auch Nichtmitgliedern Zugang zu den Plätzen gewährt werden sollte. Dies stand auch bereits im Ratschlag und ist bereits heute der Fall. Um diesem Punkt mehr Gewicht und Verbindlichkeit zu geben, hat die BRK ihn in den Bebauungsplan geschrieben. Das bestehende durch den Bürger-Turnverein genutzte Gebäude für Garderoben muss beim Bau der Tennishalle weichen. Doch der Turnverein darf nach dem Bau die Garderoben der neuen Tennishalle mitbenutzen und erhält dort einen neuen Geräteraum.

Durch den Ratschlag erfuhren wir, dass das Schützenmatt-Areal als eines von 27 Standorten für die Erstellung eines neuen Sekundarschulstandorts evaluiert wird. Das Schulhaus würde bei der Hammerwurfanlage der Leichtathletiksektion von Old Boys auf der Seite General-Guisan-Strasse zu stehen kommen. Diese Idee gefällt mir gar nicht, denn die Schützenmatte ist ein wichtiger Standort für den Leichtathletik-Nachwuchs von Basel-Stadt und der ganzen Region. Dies soll auch so bleiben und deshalb muss aus unserer Sicht der Standort Schützenmatte für ein neues Schulhaus verworfen werden.

Den Rückweisungsantrag lehnen wir ab. Wir können uns nicht vorstellen, dass der Regierungsrat respektive das BVD bei einer Rückweisung innert nützlicher Frist wesentlich konkretere Aussagen zur Schulhausevaluation machen kann, denn diese scheint noch nicht sehr weit im Prozess zu sein. Im konkreten Fall der Schützenmatte wurde von der Verwaltung klar

darauf hingewiesen, dass sich der Bau der Tennishalle nicht mit dem allenfalls benötigten Flächenbedarf für ein neues Schulhaus überschneiden würde.

Tennis ist als Breitensport bei Erwachsenen wie Jugendlichen und Kindern beliebt. Der Tennisclub Old Boys hat 800 Mitglieder, die Mitgliederzahl ist wachsend, vor allem im Juniorenbereich. Auch spielen die Basler Sportklassen regelmässig auf den Tennisplätzen des Tennisclubs Old Boys. Die geplante Tennishalle wird ihnen allen und auch weiteren Interessierten zugutekommen. Heute gibt es übrigens im ganzen Kanton Basel-Stadt keine einzige Tennishalle.

Die Mitte-EVP-Fraktion bittet Sie deshalb, dem BRK-Bericht zuzustimmen und die Rückweisung abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir bei den Einzelvoten und zuerst bei Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ja, ich bin hier nicht ganz unbedarft. Ich bin seit Jahren Mitglied vom TC Old Boys, ich bin im Sommer mindestens ein bis zweimal auf dem Tennisplatz am Tennis spielen. Auf dieser Tennisanlage trifft man oft auch Grossratskolleginnen und -kollegen, Hampe Wessels ist oft auch da und auch in den letzten Wochen, Weibel und Vitelli geniessen offensichtlich auch die Küche von unserem Restaurant, welches öffentlich ist. Die ganze Tennisanlage hat oft auch Zuspruch von Besuchern. Es gibt oft Juniorenturniere und diese Anlage ist wie alle Sportanlagen gratis für alle Zuschauer. Als langjähriges Mitglied kann ich gewisse Sachen, die wir heute gehört haben, ein bisschen einordnen.

Ich beurteile diese Rückweisung auch etwas. Ich habe mich zwar erfreut, dass die SP gesagt hat, wenn die Rückweisung nicht erfolgt, dass sie das Projekt trotzdem unterstützen, das ist eigentlich sehr erfreulich, trotzdem sehe ich ein bisschen Scheinkampf hier. Wenn man jetzt ein Schulhaus, also die Kinder der Schule ausspielen will gegen die Kinder vom Tennisclub, dann finde ich das ein bisschen traurig. Wir haben es gehört, 300 Kinder spielen bei diesem Tennisclub. Durchaus Kinder mit Potenzial, einmal ein junger Roger Federer zu werden. Diese Kinder müssen bei schlechtem Wetter teils blitzartig ihre Sachen zusammenräumen und in eine Tennishalle in die Agglo gehen, das ist doch kein Zustand.

Die Halle, wir haben es gesehen, der Präsident war ja vor ein paar Wochen auch da, die ist beim Schnee fast eingestürzt. Also diese Halle hat the End of Life längst erreicht und es braucht dringend eine Lösung. Der Club versucht jetzt seit zehn Jahren bald diese Halle zu realisieren, langsam wird es eng. Die Zeit wird eng, auch die finanziellen Mittel werden langsam eng. Die Einsprachen wurden angeschaut, man kam sehr grosszügig entgegen, man dachte, man hätte eine Lösung und im letzten Moment sagten die, nein, wir wollen trotzdem nicht, wir machen weiter und wir gehen auch davon aus, dass gewisse Leute bis vor das Bundesgericht weitergehen wollen.

Alles in allem ein Trauerspiel für alle und darum würde ich sagen, setzen wir dieser Leidensgeschichte ein Ende, für die Kinder, für den Breitensport und für die ganze Stadt Basel.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Ich werde nun nicht wiederholen, was bereits x-fach gesagt worden ist, sondern ich schildere meine Eindrücke als Anwohnerin. Ich wohne beim Hammerwurffeld, das heisst, genau in der Mitte ungefähr des Sportzentrums. Ich höre den ganzen Sommer hindurch die Speaker, die Scheinwerfer scheinen mir aufs Bett, das ist so, ich höre das Plop-Plop des Tennisclubs und wissen Sie was, ich habe meinen Spass daran. Das ist Leben. Ich freue mich jedes Mal, auch wenn wieder Musik läuft, da läuft etwas, da ist einfach Bewegung drin. Soweit zu den störenden Immissionen. Was ich auch nicht begreife, diese Tennishalle, dort, wo sie hinkommt, schützt ja gerade die Anwohnenden des St. Galler-Rings vor dem Lärm, der allenfalls vom Fussballstadion her oder vom Leichtathletikstadion herkommt. Also ich verstehe nicht, dass Sie dagegen sein können. Das ist das eine.

Dann der Ballon, also der ist nun wirklich auch nicht schön und da könnte man auch sagen, der stört mein ästhetisch geschultes Auge. Zudem muss er ersetzt werden, ist teuer. Wenn wir dieses Gebäude nicht bauen, dann muss der Tennisclub einen neuen Ballon dahin stellen mit fossilen Energien betrieben, teuer, wollen wir das? Nein, wollen wir nicht.

Dann wurde gesagt, an der fraglichen Stelle, das sei ein intensiv benutzter Platz, usw., stimmt überhaupt nicht, das ist eine tote Ecke. Ich habe es vorher schon angetönt, dort steht eine Baracke, es hat eine Drehtüre und irgendwie kommen da manchmal ein paar Jugendliche rein, suchen sich ein Goal, die sind in der Regel angekettet, können gar nicht benutzt werden. Wir hatten kürzlich eine Petition, die werden Sie dann noch vorgeführt erhalten irgendwann im Sommer. Kurzum, diese Ecke wird kaum benutzt. Wenn dort jetzt dieses Gebäude hinkommt, wird nur ein kleines Stück des Terrains abgetrennt für einen riesigen Gewinn für alle, auch für uns Anwohnende, ich spiele ja nicht Tennis. Die öffentliche Nutzung wird neu möglich sein. Wir haben es gehört, Schulsport, Unisport, also auch da eine Verbesserung auch zugunsten der Allgemeinheit.

Dann haben wir immer diese Hitzefrage. Der Ballon steht im Sommer nicht, die Leute müssen bei brütender Hitze auf dem Platz herumhetzen. Wenn ich zuweilen im Vongola sitze und ein Bierchen trinke, dann wundere ich mich, wie die das aushalten auf diesen Plätzen bei dieser Hitze. Ich denke, das ältere Semester wie ich, falls ich den Tennis spielen würde, dann auch die Halle benützen könnten, um nicht vom Hitzeschlag getroffen zu werden

Last but not least, ich wünsche mir von Ihnen wirklich, dass Sie das jetzt gutheissen, dass der Tennisclub jetzt dort bauen kann und ich denke, es wird auch für uns Anwohnende ein Gewinn sein und nicht eine weitere Belästigung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Tonja Zürcher. Sie wird angenommen.

Tonja Zürcher (GAB): Es ist schon schön zu sehen, wie jetzt dieser Flecken Erde da so schlecht gemacht wird, aber Sie haben es angesprochen, die Goals, die nicht genutzt werden können, haben wir da in der Petitionskommission, ich verrate jetzt ein Geheimnis, aber der Bericht kommt bald, nicht gehört, dass es dafür eine Lösung geben soll und wenn es diese Lösung gibt, denken Sie nicht, dass dann diese Ecke sehr viel intensiver genutzt wird, weil es einem öffentlichen Interesse entspricht?

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Nein, weil da steht ja noch eine Baracke und der neue Bau kommt ganz an den St. Galler-Ring hin. Also das Feld bleibt zum grössten Teil erhalten. Nein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit ist die Reihe an André Auderset.

André Auderset (LDP): Ich oute mich auch als Tennisspieler, im Gegensatz zu Kollege Daniel Seiler beim TC Novartis, wir haben eine Tennishalle. Die Aussage, dass Basel keine einzige Tennishalle hat, stimmt trotzdem, weil unsere befindet sich ein paar Meter bereits auf dem Gebiet der Gemeinde Saint-Louis. Was mich aber motiviert hat, hier noch nach vorne zu gehen, obwohl eigentlich schon alles gesagt wurde, ist die Reaktion und die Aussagen der Gegner, die sie in Telebasel getätigt haben. Es ist immer so, dass wenn man in unserem engräumigen Kanton baut, irgendjemandem auf die Zehen tritt, irgendein anderes Interesse verletzt und der Sinn eines Bauverfahrens ist ja, dass man dann ein Kompromiss ausarbeitet, dass man eine Lösung findet, die für alle irgendwie stimmt oder die Unzufriedenheit zumindest gleichmässig verteilt.

Der Kompromiss ist also das Ziel eines solchen Bauverfahrens und die Gegner, die jetzt wirklich seit Jahrzehnten, kann man fast sagen, gegen dieses Anliegen opponieren, die haben da ganz klar und wörtlich erklärt, ihr Kompromiss ist keine Halle. Und das ist kein Kompromiss, das ist einfach sturer Fanatismus oder Durchsetzen der eigenen Interessen. So kann es meines Erachtens nicht gehen. Wir haben zwar in der Schweiz das System der fünften Landessprache, das ist die Einsprache, aber hier wird nun mal wirklich lokaler kompletter Fundamentalismus betrieben. Old Boys hat sich, wir haben es schon ein paar Mal gehört, Mühe gegeben, hier den Gegnern entgegenzukommen, Lösungen zu finden, die auch sie befriedigen könnten, mit denen man leben könnte, trotzdem gibt es zumindest einige dort, die nun einfach alles wollen respektive gar nichts, sie wollen einfach, dass sie in Ruhe gelassen werden von dieser Halle. Und dieses Recht meines Erachtens haben sie nicht.

Deswegen bitte ich Sie, hier nun diesem Kompromiss zuzustimmen und dem Sinn des Baurechts, nämlich eine Kompromisslösung zu finden, auch entgegenzukommen, in diesem Falle für ein Ja zu sein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bin auch Tennisspieler, aber in keinem Club. Ich bin zu schlecht dafür und getraue mich nicht, Mitglied zu werden. Aber darum geht es gar nicht. Ich habe jetzt sehr aufmerksam zugehört und ich muss ehrlicherweise immer noch sagen, ich verstehe die Rückweisungsanträge der linken Fraktionen wirklich überhaupt nicht. Wir müssen doch feststellen, und ich glaube, deshalb hat sich jetzt auch noch Alex Ebi als Sprecher eingetragen, wir haben in diesem Kanton eine Sportplatzkrise. Alle Interessen haben heute zu wenig Platz. Wir diskutieren und zerreden seit Jahren die Schwimmhallen, wir zerreden seit Jahren die Kunsteisbahnen. Wir haben, das hat mein Fraktionssprecher Messerli schon gesagt, dort überall zu wenig Möglichkeiten und haben Projekte, die nicht ins Laufen kommen.

Und jetzt mit dieser Rückweisung, Stefan Wittlin, lösen Sie doch genau dasselbe wieder aus. Ich nehme Ihnen ja sogar ab, dass Sie nicht gegen eine Tennishalle sind auf diesem Standort. Nur was ist denn der Fakt, wenn wir diese Rückweisung durchsetzen heute? Sie werden dieses Projekt über Jahre, wenn nicht vielleicht sogar Jahrzehnte wieder verzögern. Es gibt

wieder dann wahrscheinlich, wenn etwas Neues kommen wird, neue Einsprachen von Anwohnerinnen und Anwohnern. Es wird wieder komplizierter werden und der Tennisclub Old Boys hat das Bedürfnis, heute einen Entscheid zu bekommen, damit diese Halle endlich weitergeplant werden kann. Es wurde mehrfach erwähnt, dieses Projekt ist schon sehr alt, es wurde redimensioniert, es wurde auf Ansprüche anderer Kreise eingegangen und nun sollten wir doch endlich einmal zu einem Entscheid kommen.

Wir haben in Basel-Stadt, das muss man sich einmal vorstellen, das wurde auch schon gesagt, keine einzige Tennishalle und ich muss Ihnen ehrlicherweise sagen, die Tennishalleninfrastruktur in unserer Region ist ohnehin sehr schlecht. Gehen Sie einmal nach Allschwil, dort regnet es in diese grosse Tennishalle, die VITIS heisst, in der Zwischenzeit schon rein. Dort werden in den kommenden Jahren wahrscheinlich weitere Plätze unbespielbar sein und viel mehr Möglichkeiten in der Region gibt es dann also nicht. Und wenn wir doch immer wieder uns gross auf die Fahne schreiben wollen, dass wir eine Sportstadt sind, dann finde ich es schon sehr beachtlich, dass wir bei jedem Projekt, das auch für den Breitensport ist und Tennis ist in der Zwischenzeit auch eine Breitensportart, es eben nicht schaffen, Projekte zu realisieren. Ich finde das ehrlich gesagt für Basel etwas «gschämig».

Und heute haben wir die Möglichkeit, mit einem Ja zu diesem Projekt, diesem Bebauungsplan endlich einen Schritt in die richtige Richtung zu machen. Und diese Halle, dieser Tennisclub leistet auch im öffentlichen Interesse eine wichtige Funktion. Sie bietet J+S Kurse an, junge Menschen können dort Tennis spielen gehen. Das muss also auch all jenen, die jetzt vielleicht etwas die Nase rümpfen, weil dahinter ein Tennisclub steht, der vielleicht nicht für Sie als erstes gerade zugänglich erscheint, wenn Sie aus dem ganz linken Ecken kommen, wobei ich habe gehört von Daniel Seiler, dass das ja auch in linken Kreisen sehr beliebt zu sein scheint. Es ist auch für die Jugend wichtig, dass wir diese Möglichkeiten haben. Wo sollen denn all diese jungen Menschen Tennis spielen gehen? Auch im Fussball-Bereich sehen wir es. Wir haben eine grosse Warteliste bei fast allen Vereinen, weil auch dort zu wenig Plätze zur Verfügung stehen und gerade wenn es schlechtes Wetter ist, eben zu wenig Plätze zur Verfügung stehen, sowohl beim Fussball wie ganz bestimmt eben auch beim Tennis.

Deshalb glaube ich, ist es mehr als recht, dass wir jetzt heute diese Tennishalle «bewilligen» respektive es ermöglichen, dass dieses Projekt nun endlich realisiert werden kann. Ich finde das wirklich ein Trauerspiel, wenn wir jetzt mit einer Rückweisung hier weiter verzögern. Andere Interessen, die es auch gibt in diesem Quartier, ich wohne im 4054, gehören selbstverständlich berücksichtigt, aber lassen Sie uns jetzt hier einen Schritt vorwärtsgehen und schauen wir nachher gemeinsam, dass wir für die anderen Fragen, die sich für dieses Quartier, das wächst, stellt, auch eine Lösung finden. Aber eine Rückweisung wird dieses Problem, Stefan Wittlin, nicht lösen und es wird im Gegenteil zu einer langen Verzögerung kommen und das, glaube ich, ist in wirklich fast niemandem Interesse.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Stefan Wittlin möchte Ihnen eine Frage stellen. Sie wird angenommen.

Stefan Wittlin (SP): Joël Thüring, wir sehen ja auch ein, dass es nicht optimal ist, dass jetzt nach zehn Jahren Planungszeit ein weiteres Problem auftaucht. Aber wie erklären Sie, falls dann das Schulhaus tatsächlich da gebaut werden soll dereinst, dem Leichtathletikclub Old Boys, dass sie vielleicht weichen müssen und dass man an den Tennisplätzen nichts mehr ändern kann?

Joël Thüring (SVP): Ja, Sie sprechen natürlich ein valides Argument an, aber ich sage, wir können es uns nicht immer leisten, mit diesem Argument auf alles zu verzichten, was sich schon sehr lange in der Planung befindet. Dafür muss und soll dann, wenn es so weit ist, eine andere Lösung gefunden werden und ich bin überzeugt, dass wir hier auch eine andere Lösung finden können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Bereit steht der nächste Einzelsprecher Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Schön sind alle hier. Ich habe viel zugehört heute, auch wieder, wenn es um den Sport geht, da gehen ja immer die Emotionen hoch. Ich weiss jeweils gar nicht, warum die Emotionen immer so hochgehen, weil wir alle wissen, dass der Sport etwas ganz Wichtiges ist für eine Gesellschaft. Jetzt werden noch Schulhäuser gegen Sportanlagen und Vereine gegeneinander ausgespielt, das scheint mir dann doch ganz weit hergeholt. Und wenn halt dann ein Schulhaus wieder irgendwo gebaut werden muss, dann wird es halt wieder irgendwo gebaut.

Jetzt reden wir aber vom Tennis. Seit neun Jahren geht jetzt das los, seit 2025 Jahren vermisse ich eine Tennishalle im Kanton Basel-Stadt. Ich war im Schänzli, das gibt es unterdessen auch nicht mehr, und das fokussiert sich immer mehr auf wenige Vereine, die noch hierbleiben. Und jetzt haben wir hier einen Verein mit den 0ld Boys, der selber in die Tasche greift,

selber diesem Missstand von dieser fehlenden Tennishalle Herr werden will und selber Geld auftreibt. Und was machen wir? Wir finden da wieder irgendeine Idee, um das wieder irgendwo noch einmal hinauszuzögern und noch einmal zurückzuschieben. Das ist äusserst bedauerlich mit eigenartigen Argumenten und ich will es wirklich nicht länger machen, es wurde alles schon gesagt, nicht von mir, darum reduziere ich mich da auf das Wesentliche.

Wie können wir, wenn wir doch alle immer wieder da vorne stehen und wissen, dass wir zu wenig Sportanlagen haben, jede Gelegenheit nutzen, um wieder irgendwo einen Winkel zurückzumachen, um das hinauszuzögern. Das finde ich mehr als bedauerlich und es hat einen unglaublichen Wiederholungscharakter.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die sicher schwierige Zwischenfrage von David Jenny an? Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Sehr einfach, auch für einen Sportler. Sie haben gesagt, wir finden immer neue Argumente, wollten Sie nicht sagen, die Linken finden immer neue Argumente?

Alex Ebi (LDP): Da haben Sie recht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben noch einen Einzelsprecher eingetragen, es ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Eine spannende Debatte muss ich mal sagen, viele Leute hier, tolle Redner, das finde ich sehr selten und darum, weil es mich persönlich betrifft, möchte ich auch sprechen. Ich habe eine Vorrednerin gehört, sie hat gesagt, sie wohnt dort, sie hört den Sport. Ich bin für die Tennishalle und stimme mit der SVP. Als Ein-Thema-Partei beschäftigt mich normalerweise das Geschäft nicht, weil das nicht mein Thema ist, weil ich nur ein Thema habe und mit diesem Thema hier im Grossen Rat bin. Trotzdem spreche ich, warum? Ich bin Old Boys sehr dankbar. Ich kenne die Geschichte zur Tennishalle, weil als ich 16 Jahre jung war, war ich Fussballer bei Old Boys. Ich wollte Fussballer werden, aber es gab bessere Spieler bei Old Boys und ich wurde dann halt Grossrat. Diese Geschichte Old Boys schreibe ich auch in meinem Buch; Jüngster Abgeordneter Europas.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, legen Sie das weg, sprechen Sie zur Sache oder verlassen Sie das Rednerpult.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte einfach meinen Dank zurückgeben, jetzt auch in der Weihnachtszeit, 2. Advent. Ich wollte einfach danke sagen den Old Boys und gestatten Sie, dass ich einen Satz noch zitiere aus meinem Buch?

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nein. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Regierungsrätin Esther Keller nochmals das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich glaube, ich möchte vor allem nochmal auf diesen Zusammenhang zwischen Sekundarschulstandort und Tennishalle eingehen. Es ist wirklich so, dass diese Erkenntnis sehr spät kam. Bei der Erarbeitung war das noch nicht klar, dass das ein potenzieller Schulstandort sein könnte und erst wirklich in den letzten Zügen auch schon bei der Regierungsberatung wurde uns klar, Achtung, da gibt es eine Standortevaluation und möglicherweise ist das ein potenzieller Schulstandort. Und es ist so, wie Herr Wittlin auch gesagt hat, wir haben dann aus Transparenzgründen uns entschieden, das reinzunehmen, weil wir wussten, wenn das dann während der Beratung irgendwann bekannt werden würde, das würde logischerweise für Ärger sorgen. Aber es ist mir wirklich nochmal wichtig festzuhalten, es handelt sich nicht um dieselbe Fläche, es ist nebendran und wenn eine potenzielle künftige Sekundarschule dann Auswirkungen hätte auf diese Sportflächen, dann müssen wir diese lösen.

Und das zweite ist wirklich die ganz unterschiedliche Zeitschiene. Ich sage Ihnen, wenn wir bei allen Standorten, wo möglicherweise nebendran irgendwann mal noch was geplant wird, aufhören etwas zu realisieren, dann wird es sehr schwierig. Die Sekundarschule, das ist dort einer von möglichen Standorten, ein anderer möglicher Standort ist beispielsweise der Erlenmatt-Platz. Es gibt viele Fragezeichen, ob diese Sekundarschule bei der Schützenmatte wirklich realistisch ist und die Planung dort würde sich über Jahre hinziehen.

Deshalb, glaube ich, macht es nicht Sinn, jetzt dieses Projekt, das sehr weit fortgeschritten ist, zu stoppen. Man kann auch dann diese Tennishalle in einen übergeordneten Masterplan, wenn Sie das wünschen, natürlich integrieren, aber hier dieses Projekt, das wirklich dem Sport dient, vielen Menschen zugutekommt und eben auch auf starkem zivilgesellschaftlichem Engagement ruht, das auch den Staat entlastet, weil hier eben Sportflächen auch für die Allgemeinheit geschaffen würden, wir fänden es falsch, diesen Ratschlag hier zurückzuweisen, dies auf sehr lange Zeit. Wir bitten Sie deshalb um Unterstützung für diesen Bebauungsplan.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat nochmals der Sprecher der Kommission, Präsident Michael Hug das Wort.

Michael Hug (LDP): Nach mehreren hart umkämpften Sätzen möchte die Mehrheit der BRK nun den Matchball verwerten und den Bebauungsplan genehmigen. Der Tennisclub Old Boys hat nach mehreren Rückschlägen den Schläger immer wieder in die Hände genommen und neue planungsrechtliche Anforderungen umgesetzt sowie das Projekt im Sinne der Quartierverträglichkeit redimensioniert. Auch einer öffentlichen Nutzung gegenüber hat sich der TCOB nicht verwehrt. Dies zeigt, wie sorgfältig das Projekt immer wieder den Rahmenbedingungen angepasst wurde. Die vielen nun geäusserten Bedenken hat die Kommission innerhalb der Beratungen mit den Planungsbehörden, dem TCOB und den Rekurrenten vertieft angeschaut und in ihrem Bericht gewürdigt. An dieser Stelle möchte ich noch die Vertreterinnen und Vertreter des Tennisclub Old Boys und die Rekurrenten auf der Tribüne begrüssen und danke für die Bereitschaft zur Anhörung während der Beratungen.

Wir müssen aus Sichtweise der BRK weiterhin fähig sein, Gebäude und Infrastrukturen bauen zu können. Darum bitte ich Sie im Namen der BRK-Mehrheit, die Rahmenbedingungen nun so zu setzen, damit die einzige oder fast einzige Tennishalle auf Kantonsgebiet errichtet werden kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung hingegen wurde beantragt von Lea Wirz, und zwar Rückweisung an den Regierungsrat. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Wer den Bericht zurückweisen will, stimmt JA, Wer nicht zurückweisen will, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

39 Ja, 49 Nein, 7 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005159, 11.12.24 10:58:42]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Bericht wird nicht zurückgewiesen. Es liegen 49 Nein-Stimmen gegen 39 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen vor.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 8 des Berichts)

Titel und Ingress

I. Festsetzung eines Bebauungsplans

1. Bebauungsplan

2. In Ergänzung/Abweichung Zonenvorschriften

a. Zugänglichkeit Tennisanlage

b. Freiluft-Tennisanlage

c. Baubereich B

d. Flächen um die Tennisanlage

3. Abweichungen vom Bebauungsplan

II. Abweisung der Einsprachen

III. Publikation und Rechtsmittelbelehrung

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 5 Nein, 31 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005161, 11.12.24 11:00:02]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Festsetzung eines Bebauungsplans

1. Der Bebauungsplan Nr. 14’413 von Städtebau & Architektur vom 16. Mai 2023 wird verbindlich erklärt.

2. In Ergänzung/Abweichung zu den gültigen Zonenvorschriften der Zone für Nutzungen im öffentlichen Interesse gelten die folgenden Vorschriften des Bebauungsplans:

a. Die Tennisanlage im Sportzentrum Schützenmatte, bestehend aus den Baubereichen A und B, ist zur sportlichen Betätigung im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten allgemein für eine breite Öffentlichkeit zugänglich. Insbesondere können auch Nichtmitglieder Tennisplätze mieten.

b. Im Baubereich A ist eine Freiluft-Tennisanlage mit den dazu notwendigen und üblichen Infrastrukturen und Nebennutzungen erlaubt.

c. Im Baubereich B ist ein Gebäude von hoher architektonischer Qualität mit einer maximalen Grundfläche von 3’050 m2 erlaubt. Die Wandhöhe darf die Höhenkote von 285.50 m ü. M. nicht überschreiten. Die Bruttogeschossfläche und die Anzahl Geschosse sind frei. Dachgeschosse sind nicht zulässig. Die Dachfläche ist arten- und strukturreich zu begrünen. Zwingend notwendige technische Anlagen sind zweckmässig in die Begrünung zu integrieren. Die Photovoltaik muss aufgeständert erstellt werden. Mittels eines Energiekonzepts ist aufzuzeigen, wie die Energieversorgung CO2-neutral erfolgt und wie die indirekten Treibhausgasemissionen im Rahmen der wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten Richtung Netto-Null reduziert werden.

d. Die Flächen um die Tennisanlage innerhalb des Planungsperimeters sind als Kompensation für die verlorengehende Sportrasenfläche und im Sinne des ökologischen Ausgleichs naturnah und strukturreich zu gestalten und zu bepflanzen sowie für die Regenwasserbewirtschaftung nach dem Schwammstadtprinzip zu nutzen.

3. Das zuständige Departement kann Abweichungen vom Bebauungsplan zulassen, sofern dadurch die Gesamtkonzeption nicht beeinträchtigt wird.

II. Abweisung der Einsprachen

Die im Ratschlag Nr. 24.0185.01 im Kapitel 5 aufgeführten Einsprachen werden abgewiesen, soweit darauf eingetreten werden kann.

III. Publikation

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum und tritt am fünften Tag nach der Publikation des unbenutzten Ablaufs der Referendumsfrist oder im Falle einer Volksabstimmung am fünften Tag nach Publikation der Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diesen Beschluss kann Rekurs beim Verwaltungsgericht erhoben werden. Neue Einwände sind ausgeschlossen, wenn sie bereits im Einspracheverfahren hätten vorgebracht werden können.

Den Einsprecherinnen und Einsprechern ist dieser Beschluss zusammen mit dem zugrundeliegenden Ratschlag und dem dazu ergangenen Bericht der Bau- und Raumplanungskommission als Einspracheentscheid persönlich zuzustellen. Die Zustellung erfolgt nach unbenütztem Ablauf der Referendumsfrist oder, im Falle eines Referendums, nach der Annahme

dieses Beschlusses in der Volksabstimmung. Wird der Beschluss in der Volksabstimmung abgelehnt, so ist den Einsprecherinnen und Einsprechern eine persönliche Mitteilung zuzustellen, dass ihre Einsprache obsolet geworden ist.

Der Rekurs ist innerhalb von zehn Tagen nach der Zustellung dieses Beschlusses beim Verwaltungsgericht anzumelden. Innerhalb von 30 Tagen, vom gleichen Zeitpunkt angerechnet, ist die Rekursbegründung einzureichen, welche die Anträge der Rekurrentin oder des Rekurrenten und deren Begründung mit Angabe der Beweismittel zu enthalten hat.

Bei völliger oder teilweiser Abweisung des Rekurses können die amtlichen Kosten, bestehend aus einer Spruchgebühr sowie den Auslagen für Gutachten, Augenscheine, Beweiserhebung und andere besondere Vorkehren, der Rekurrentin oder dem Rekurrenten ganz oder teilweise auferlegt werden.

Hinweis:

Pläne und Berichte zu diesem Beschluss sind unter folgendem Link einsehbar:
https://grosserrat.bs.ch/ratsbetrieb/geschaefte/200113112

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 59 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen bei 31 Enthaltungen.

6. Teilrevision des Bau- und Planungsgesetzes im Hinblick auf die Übernahme des Winterdienstes auf Trottoirs durch die öffentliche Hand sowie betreffend Ausgabenbewilligung für die Beschaffung von Winterdienstaggregaten (Pflüge und Salzstreuer) und die Durchführung des Winterdienstes auf Trottoirs der Stadt Basel durch die öffentliche Hand, Bericht der UVEK

[11.12.24 11:00:08, 23.1770.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das wird uns erläutert von deren Präsidenten Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Ich gehe davon aus, dass das Anliegen bekannt ist, handelt es sich ja um eine Motion des Grossen Rates. Im Rahmen dieser Motion wurden ja mehrere Diskussionen bereits geführt. Es liegt nun ein Umsetzungsvorschlag des Regierungsrats vor, den wir in der Kommission geprüft haben und uns eine Haltung dazu erarbeitet haben. Es geht um einerseits eine Gesetzesanpassung und auf der anderen Seite um Ausgaben im Zusammenhang mit Mehraufwand.

Zunächst möchte ich noch auf eine Begrifflichkeit eingehen. Im Gesetz wird ja sehr Wert daraufgelegt, eine Trennung zwischen Kanton und Gemeinde zu machen. Das ist der Gemeindeautonomie geschuldet, die auch in unserem Kanton gilt. Die Einwohnergemeinde Basel gibt aber einen guten Teil ihrer Aufgaben an den Kanton ab und das heisst nun in diesem Fall, dass auch wenn im Gesetz vom Kanton die Rede ist, dass am Ende dann eben die Trottoirs sowohl bei den Kantons- wie auch bei den Gemeindestrassen in der Gemeinde Basel gemeint sind. Das vorweg.

Nun noch zu den Punkten, die wir in der UVEK angeschaut haben. Es sind vor allem dann die Frage, wie hoch die Kosten anfallen und warum. Die Kosten sind proportional abhängig zu den Qualitätsstandards, die man sich mit diesem Winterdienst, der nun neu durch den Kanton erfolgen soll, erhofft. Vom Regierungsrat vorgeschlagen sind folgende Eckwerte, nämlich dass fünf Stunden nach einem Winterereignis die Schnee- bzw. Eisräumung durchgeführt ist. Wenn das Ereignis in der Nacht stattfindet, dass dann der Beginn der Arbeiten um 7 Uhr am Morgen anfängt und dass in diesen Fällen ein Streifen von einem Meter auf dem Trottoir schwarz geräumt wird. Diese Qualität wäre gewährleistet für drei aufeinanderfolgende Tage. Vorbehalten bleiben natürlich aussergewöhnliche Ereignisse wie ein extrem hoher Schneefall oder andere Ereignisse, die über die üblichen Erfahrungen der letzten Jahre hinausgehen.

Die ganzen Schätzungen zu den Kosten basieren genau auf den Erfahrungswerten der letzten fünf Jahre. Es wurde also geschaut, wie oft im Winter in unserem Kanton überhaupt und wie lange und in welchem Umfang, also wie viele Zentimeter konkret Schnee liegen oder es zu Eistagen kommt. Basierend auf diesen Auswertungen wurden dann die Kosten geschätzt. Die Kosten teilen sich auf auf einerseits 1,2 Millionen Franken für 20 neue Aggregate, das sind Ausgaben und dann hat man

diese Aggregate, und dann gibt es jährlich wiederkehrende Kosten und die werden nun basierend auf den Erfahrungswerten auf rund 750’000 Franken pro Jahr geschätzt, wovon gut 300’000 Franken Bereithaltungskosten sind. Diese Kosten würden in jedem Fall anfallen, unabhängig davon, wie viel Schnee oder Eis wir dann pro Winter antreffen werden.

Wir haben das in der UVEK diskutiert. Es ist natürlich so, der Anteil der quasi ohnehin Kosten bei den jährlich wiederkehrenden Kosten, der ist sehr hoch. Das ist dem Umstand geschuldet, dass man nicht weiss, in welcher Form, also in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt dann so ein Winterereignis stattfinden wird. Das wurde von gewissen Leuten in der UVEK als nachteilig angeschaut und auch darauf hingewiesen, dass man sich die Frage wirklich stellen muss, soll das vom Tiefbauamt des Kantons Basel-Stadt ausgeführt werden. Es handelt sich aber um einen Auftrag des Grossen Rates und es ist so, dass wenn man das möchte, dann kommt man nicht um diese Kosten herum. Die sind Teil der Ausgaben, damit diese Leute, die dann innerhalb von fünf Stunden den Schnee räumen müssen oder das Eis beseitigen müssen, dass die dann zur gegebenen Zeit anfangen können.

Insgesamt, wie das ja unserem Bericht zu entnehmen ist, haben wir dann als UVEK gefunden, wenn man das möchte, dann sind diese Kosten gerechtfertigt und nachvollziehbar im Hinblick auf diese Qualitätsstandards, die man anstrebt. Möchte man bei den Kosten etwas senken, dann müsste man auch bei den Qualitätsstandards Abstriche machen, aber egal, wie tief man bei diesen Qualitätsstandards gehen wird, es wird immer diese Komponente geben, dass man einfach eine Bereitschaft brauchen wird und entsprechend gibt es immer Kosten, die anfallen, unabhängig davon, was dann wirklich passiert, ob es Schnee oder Eis gibt. Zum Schluss noch ein Punkt, den wir auch angeschaut haben. Was passiert bei Unfällen, wie sieht die Haftungsfrage aus und es ist so, dass in jedem Fall der Eigner, also der Kanton haftet, wenn Mängel an der Infrastruktur bestehen und ein Mangel kann eben auch sein, dass Eis oder Schnee auf dem Trottoir ist.

Insgesamt war die Diskussion in der UVEK so, es gab natürlich diese Grundsatzdiskussion, die ist wieder aufgekommen, wie das damals auch im Grossen Rat war. Der Vorschlag des Regierungsrates ist in sich für die UVEK stimmig. Wenn man diese Qualitätsstandards anstrebt, dann fallen diese Kosten als Konsequenz an, im Wissen darum, dass ein Teil davon diese Bereithaltungskosten sind, die jeden Winter anfallen werden, unabhängig davon, was in Sachen Schnee und Eis anfallen wird.

Insgesamt war die UVEK dann am Ende für diese Ausgaben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat spricht Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Die Regierung beantragt hier Geld und eine Gesetzesänderung, damit wir künftig die Trottoirs räumen können durch den Staat. Die Regierung bittet hier um Zustimmung, damit wir die Ausschreibung starten können, einerseits für die Geräte, aber eben auch für die Dienstleistung. Denn man muss sich ganz klar sein, intern können wir das nicht leisten, bei einem Schneeereignis wie vor zwei Wochen sind alle Mann und alle Frau auf Platz, arbeiten schon, alle Maschinen sind im Einsatz, also wir laufen da sowieso am Anschlag und können auch nicht immer alle Wünsche an die Räumung, die wir gerne hätten, schon heute erfüllen. Über hundert Personen waren im Einsatz bei diesem Schneeereignis vor zwei Wochen und dennoch bleibt an vielen Stellen der Schnee länger liegen, als dass wir uns das wünschen würden.

Jetzt muss man das kurz übertragen auf die Trottoirs. Heute räumen Private diese Trottoirs. Ich mag mich erinnern, beim Schneeereignis stand ich nachts um 11 auf der Strasse und habe mein Trottoir geräumt und meine Mitbewohnerin morgens um 8 Uhr. Das werden wir mit dem Staat nicht leisten können in dieser Frequenz und ich glaube, man muss sich klar sein, dass einige der Trottoirs künftig weniger gut geräumt sein werden, als sie es heute sind, wenn es viele Private vor der eigenen Haustüre machen.

Ich möchte da deshalb auch etwas Expectation-Management, wenn man das so Neudeutsch formulieren darf, machen. Sie sehen das im Vorschlag der Regierung, tagsüber würden wir die Trottoirs sicherstellen, dass sie fünf Stunden nach Ende des Schneeereignisses, also wenn der Schneefall fertig ist, fünf Stunden danach möchten wir sicherstellen, dass alle Trottoirs geräumt sind. Nochmals, wenn Private es tun vor der eigenen Haustüre, wäre das möglicherweise schneller und wenn es nachts ist, dieses Schneeereignis, dann machen wir die Räumung ab 7 Uhr morgens. Natürlich wäre früher möglich und noch schneller möglich, aber das würde bedeuten, dass wir noch mehr Maschinen und noch mehr Leute auf Pikett hätten und die Kosten dann deutlich steigen würden und das halten wir als Regierung wirklich für unverhältnismässig gemessen daran, dass es doch immer weniger Schneeereignisse sind, für die wir uns auch bereit machen müssen.

Ich danke der Kommission für die Auseinandersetzung mit diesem Geschäft, auch für die Beratung und die rasche Beratung, damit wir nach voraussichtlicher Zustimmung durch das Parlament hier in die Ausschreibung gehen können und das ab nächstem Jahr umsetzen können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: André Auderset hat eine Zwischenfrage, möchten Sie sie beantworten? Sie wird angenommen.

André Auderset (LDP): Esther Keller, was ich jetzt vermisse in den Ausführungen, sowohl bei Ihnen wie auch bei der Kommission, ist, ob man die Frage abgeklärt hat, muss man solche Geräte, solche grossen Maschinen, die dann mehrheitlich rumstehen, wirklich kaufen oder könnte man die nicht auch zumieten im Bedarfsfall?

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Die Frage nach Make-or-Buy, die stellen wir uns immer bei solchen Dingen. Es sind häufig gar nicht neue Geräte, sondern einfach Aggregate, also Bestandteile, die man vorne auf die Maschinen drauf macht. Wenn Buy günstiger ist, werden wir das machen und nicht intern lösen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: André Auderset darf gleich wieder sprechen, er spricht für die LDP.

André Auderset (LDP): Ich habe mit etwas Erstaunen den Ausführungen des Kommissionspräsidenten entnommen, dass Teile der Kommission die Unberechenbarkeit des Wintereinbruchs als nachteilig erachten, vor allem die Organisatoren von Skirennen.

Wir haben uns in der Kommission nach einigen Diskussionen dazu entschieden, für diese Vorlage zu sein, das vor allem aus einem Grund. Wir reden ja hier nicht darüber, ob man diese Schneeräumung auf den Trottoirs durch den Staat machen soll oder nicht, darüber haben wir schon beschlossen. Kollege Jérôme Thiriet hatte da mit einer Motion Erfolg. Nun geht es nur noch um das wie und es ist einigermassen mühsam, dass wir erst jetzt über das wie reden. Es ist wirklich schon einige Zeit her, Jérôme Thiriet wird das wahrscheinlich noch mehr ausdeutschen, seit diese Motion durch ist, nun können wir aber endlich mal loslegen. Den ersten kräftigen Schnee haben wir ja schon verpasst, wäre schön gewesen, wenn es da schon geklappt hätte.

Sie haben es vorher in einer Zwischenfrage gehört, eigentlich haben wir uns wirklich gefragt, muss das Ganze denn so teuer sein. Wenn immer der Staat das macht, wird es viel teurer, aber hier ist wirklich jetzt gerade auch mit dem Kauf von Geräten ein Teil der Antwort jetzt geliefert, ist es wirklich sehr teuer. Wir hatten manchmal etwas den Verdacht in der Fraktion, dass man das so teuer und kompliziert ausgestaltet hat, weil man es eigentlich gar nicht will. Das wäre dann also der falsche Weg. Und wir haben uns im Moment eine Rückweisung überlegt, uns dann aber entschieden, nein, es soll jetzt nun mal endlich losgehen, das soll nämlich getan werden und darum sagen wir, bitte, vorwärts, marsch und vielleicht überlegt man sich doch noch im zuständigen Departement, ob es nicht doch etwas günstiger ginge.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GAB): Das Grün-Alternative Bündnis unterstützt den Antrag der Regierung und der UVEK. In unseren Augen «verhebt» dieser Vorschlag, gerne möchten wir zwei Punkte für die Umsetzung noch mitgeben.

Zum ersten Punkt; die stehenden Bereithaltungskosten wirken auf uns ziemlich hoch. Die Schätzung, auf die sich diese Kostenanträge berufen, die wurde von einer Firma gemacht. Der Auftrag soll ja im Nachhinein ausgeschrieben werden, wir erhoffen uns durch diese Ausschreibung eine Kostensenkung.

Zum zweiten Punkt; das Salz streuen, um gegen Eisbildung vorzuwirken, ist insgesamt nicht so gut für die Umwelt, vor allem nicht für die umliegenden Bäume und Grünräume. Wir denken jedoch, dass insgesamt die Umweltbelastung sinkt durch eine Ausübung durch den Staat, weil Private oft sehr viel mehr Salz streuen, als eigentlich notwendig ist und wir wünschen uns natürlich eine möglichst umweltschonende Umsetzung des Salzstreuens, falls das notwendig ist.

Noch ein Blick in die Zukunft. Die Klimakrise bewirkt, dass wir im Schnitt weniger häufig und weniger stark Schneeereignisse haben werden. Klar ist aber auch, wenn es schneit, dann braucht es eine Räumung, weil es dient der Sicherheit vor allem des Fussverkehrs auf den Trottoirs. Schneefälle werden jedoch sozusagen ausserordentlich, auch das Schneeereignis, das wir erst kürzlich hatten, war etwas Ausserordentliches und diese Tatsache wird zunehmen. Wir möchten daher als Fraktion die Idee noch einbringen, dass künftig auch der Zivilschutz bei solchen ausserordentlichen Ereignissen die Schneeräumung machen könnte.

Alles in allem werden wir dem Antrag zustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die FDP ist Silvia Schweizer.

Silvia Schweizer (FDP): Die FDP-Fraktion wird der Teilrevision nicht zustimmen. Wir sind der Meinung, dass der geforderte Winterdienst durch die öffentliche Hand ein ungünstiges Kosten-Nutzenverhältnis aufzeigt und auch dem Klimaschutz entgegenläuft. Zur weiteren Argumentation, die jährlichen Kosten von 750'000 Franken sowie die Initialkosten in Höhe von 1,2 Millionen Franken sind viel zu hoch und aus wirtschaftlicher Sicht fragwürdig. Es wurde gesagt, aufgrund der Klimaveränderung ist mit einer weiteren Abnahme der Schneefälle in Basel zu rechnen. In Anbetracht dieser aktuellen Situation ist es sicher nicht sinnvoll, hohe Ausgaben für eine Infrastruktur und Organisation zu tätigen.

Im Gegensatz zu einer Räumung durch Private lässt sich auch eine nur annähernd ähnliche Leistung durch die öffentliche Hand nur unter Einsatz von Maschinen bewerkstelligen. Zudem, und das empfindet die FDP-Fraktion als besonders stossend, dass einmal mehr die Privatwirtschaft durch die öffentliche Hand konkurrenziert wird. Eine Vielzahl der Schneeräumungen wird bereits durch private Firmen wie Hauswartungen, Gärtnereien, usw. erledigt. Die benötigte Infrastruktur ist dort bereits vorhanden. Ebenso enthalten Vorhaltekosten, wir haben es vorher gerade gehört, wenn man das zumieten will später mal, dann muss für die Reservation dieser Geräte auch Geld bezahlt werden. Gerade bei Schlechtwetter ist die Schneeräumung für private Firmen, die sonst ihre Arbeit einstellen müssen, ein willkommener Arbeitseinsatz.

Die FDP-Fraktion lehnt den Grossratsbeschluss betreffend Teilrevision des Bau- und Planungsgesetzes ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die GLP spricht Lukas Bollack.

Lukas Bollack (GLP): Es sind sich, denke ich, alle einig, dass die heutige Lösung zu keinen guten Ergebnissen führt. Es braucht nur eine Liegenschaft, vor der der Schnee nicht geräumt wird, damit ein Trottoir gefährlich wird. Für mobilitätseingeschränkte Personen oder Menschen mit Kinderwagen unter Umständen sogar unpassierbar. Das ist schnell passiert. Liegenschaftsbesitzende sind vielleicht gerade abwesend oder aus gesundheitlichen oder Altersgründen nicht mehr in der Lage, das Trottoir zu räumen. Was oft vergessen geht, heute kann man als Liegenschaftsbesitzer oder Liegenschaftsbesitzerin durchaus haftbar gemacht werden, wenn jemand aufgrund mangelnder Schneeräumung vor dem eigenen Haus verunfallt. Der Kanton ist zwar, wie vorher korrekt gesagt wurde, Eigner und damit haftbar, kann aber allenfalls Rückgriff auf die für die Räumung zuständigen Personen nehmen.

Starke Schneeereignisse gibt es in Basel zwar selten und sie werden in Zukunft wohl nur noch seltener, trotzdem können die Auswirkungen einschneidend sein, wie wir es gerade erst wieder erlebt haben. Die Anschaffung der benötigten Maschinen und die Bereitstellung und gegebenenfalls dann Ausführung des Winterdienstes verursacht Kosten, das ist klar. Die Grünliberale Fraktion ist aber der Meinung, dass es uns dieses Geld wert sein sollte, dass mobilitätseingeschränkte Personen sich auch bei Schnee noch selbstständig bewegen können, dass die Unfallgefahr für alle reduziert wird und dass man mit einem Kinderwagen vorankommt und dass Liegenschaftsbesitzer*innen keine kostspieligen Schadensersatzforderungen befürchten müssen.

Wir werden deshalb für die Annahme des Beschlusses stimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Felix Wehrli an? Sie wird angenommen.

Felix Wehrli (SVP): Lukas Bollack, ist Ihnen aber bewusst, dass das Räumen der Trottoirs in Zukunft dann schlechter werden wird?

Lukas Bollack (GLP): Ich denke, es könnte ein bisschen langsamer vorwärtsgehen, aber dafür dann auch flächendeckend und eben nicht mit solchen Lücken, wie es sie heute gibt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP spricht Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ich kann es hier eigentlich einigermassen kurz machen, auch die SVP-Fraktion befürwortet diesen Ratschlag grossmehrheitlich. Wir haben das auch diskutiert, bereits schon bei der Motion Jérôme Thiriet, als es zu zwei Überweisungen der Motion kam, ob das jetzt eine Staatsaufgabe ist oder nicht. Grossmehrheitlich ist die SVP-Fraktion zum Entschluss gekommen, dass es eine Staatsaufgabe ist und dementsprechend müssen wir hier auch die entsprechenden Kosten dafür verantworten und dem so zustimmen.

Jetzt kann man darüber diskutieren, ob sich jetzt hier der Kanton einmischen soll oder nicht. Auf der anderen Seite kann man aber auch sagen, ob das jetzige System korrekt ist, wo Grundeigentümer auf Allmend räumen müssen, weshalb das überhaupt gerecht ist oder nicht. Denken Sie gerade an Menschen, welche vielleicht einen älteren Jahrgang haben und vielleicht dafür gar nicht mehr in der Lage sind, Menschen mit einer Behinderung, welche Liegenschaftsbesitzer sind, Menschen, welche gerade in den Ferien sind. Daraus hat dann die SVP-Fraktion grossmehrheitlich dann schon auch die Haltung gehabt, dass das nicht die Aufgabe von Privaten sein kann, auf Allmend hier zu räumen und entsprechend müssen wir jetzt dem so auch zustimmen.

Aber auch die Erwartungshaltung, da habe ich etwas eine andere Meinung wie Regierungsrätin Esther Keller, selbstverständlich ist dann auch die Erwartung dahinter, wenn wir so viel Geld auch sprechen, dass dann nicht schlechter oder weniger geräumt wird, sondern dass es mehr wird, weil der Kanton ja dann auch die Kompetenz hat, das zu tun. Er kann das über breite Flächen viel effizienter auch tun und es gibt ja auch bereits heute sehr viele Liegenschaftsbesitzer, welche gar nicht dafür in der Lage sind zu räumen und dementsprechend soll das dann schon auch eine Verbesserung sein und nicht direkt auch an eine Verschlechterung zu denken.

Da hat die Mehrheit der SVP-Fraktion dann schon auch eine andere Meinung, eine andere Erwartung, dass wir hier auch in Zukunft einen Mehrwert für die Gesamtbevölkerung schaffen und uns das auch so wert sein soll.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch Sie dürfen, wenn Sie möchten, eine Frage beantworten. Das ist der Fall, Andrea Strahm wird sie stellen.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Geben Sie mir recht, dass gemäss den üblichen Mietverträgen die Schneeräumung in aller Regel den Mietern überbunden wird?

Pascal Messerli (SVP): Da gibt es viele verschiedene Verhältnisse. Es gibt auch ältere Hauseigentümer, welche keine Mieter haben, dementsprechend wäre das individuell anzuschauen. Aber wir wollen ja hier jetzt eine grundsätzliche Lösung und wir müssen uns halt einfach die Frage stellen, ob es eine Staatsaufgabe ist oder nicht und wir kommen zum Entschluss, grossmehrheitlich ja.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelvoten und da zu Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Ob es sich beim Winterdienst auf Trottoirs um eine Staatsaufgabe handelt oder nicht, ist ja, wie im UVEK-Bericht erwähnt, eine politische Frage. In einer dicht bebauten Stadt kann das eine Lösung sein, um im Winter eine Verbesserung zu erreichen. Die Kosten für die kurze Zeit sind, wie wir ja sehen, nicht unerheblich und es stellt sich halt trotzdem die Frage, wo fängt die Bürgerpflicht an, an der Strassenkante, der Hauswand oder an der Türschwelle sogar. Aber lassen wir das. Wichtig ist mir in diesem Geschäft, dass Riehen mit Bettingen zusammen mit seinem Einwohnerrat das für sich selber entscheiden kann. Da ist die Topografie anders und es muss auch anders geregelt werden können und das wurde im Antrag so berücksichtigt und ich danke dafür und danke fürs Zuhören.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Es erstaunt schon, wie eine breite Koalition so enthusiastisch sein kann, wenn es darum geht, Staatsgelder für nichts herauszuschmeissen. Und ja, es wurde vom Expectation-Management geredet und ich meine, es ist ja ganz klar, denken wir an dieses kürzliche Ereignis zurück. Dann wäre um 7 Uhr mit der Räumung begonnen worden durch den Staat und diese Vorgaben gelten aber nur für ein durchschnittliches Winterereignis. Das war kein durchschnittliches Winterereignis, da wäre auch so niemand gekommen, sicherlich nicht in irgendwelche Quartierstrassen. Es wurde auch von der Topografie gesprochen. Ich wohne auf dem Bruderholz, das auch relativ gebirgig und hügelig ist, da wird niemand kommen.

Und wenn Sie jetzt diese Regelung einführen, ich muss André Auderset widersprechen, das ob ist noch nicht entschieden, wenn es um eine Gesetzesänderung geht, ist die zweimalige Überweisung einer Motion eine Voraussetzung, aber über das ob entscheiden wir heute und wir können diesen Unsinn heute noch mit gutem Gewissen bremsen. Ich meine, Sie erwecken damit die Erwartung, es wird irgendwo, wenn Sie um 7:30 Uhr aus dem Haus gehen wollen, Herr Wermuth geht ja erst um 9 Uhr aus dem Haus, vielleicht ist dann für ihn geräumt, dass dann alles aper ist, das ist doch nicht der Fall. Und als

Hauseigentümer sage ich, ja gut, dann spare ich alles, etc. und mache nichts, der Staat kommt ja. Das ist ja gut gesagt, aber ist völlig absurd bei einem solchen Ereignis. Sie setzen wirklich das Geld besser ein, dass die BVB wieder irgendein Schneeräumungsgerät hat. Sie erwecken hier Erwartungen, die nicht erfüllbar sind. Ich habe vor knapp fünf Jahren beim Winterereignis vor der Haustüre meinen Oberschenkel gebrochen. Das hätte der Staat nicht verhindert, der wäre nicht rechtzeitig da gewesen. Und ich meine, Expectation-Management, beim ersten Ereignis werden alle klagen, dass irgendwo um 7 Uhr bei ihrer Haustüre nicht begonnen wurde. Das wird so sein.

Dann höre ich, Zivilschutz aufbieten. Wie wollen Sie das bewerkstelligen? Also es wird immer absurder. Und ich meine, ich habe nichts dagegen, wenn man sagt, eine gewisse subsidiäre Pflicht des Staates besteht, mitzuhelfen, aber quasi die primäre Pflicht des Staates und alle völlig aus der Verantwortung zu entlassen, Sie werden dann die sein, die Schuld sind an allen Beinbrüchen, weil die Leute sagen, ich darf ja vor die Türe gehen, der Staat räumt schon. Also jetzt wirklich, solchen Blödsinn habe ich selten gehört. Und dann die Haftung, dann machen Sie doch eine separate Vorlage, positive Regressmöglichkeit abschaffen für den Staat. Und ich bitte Herrn Bollack mir irgendwo zehn Fälle zu nennen, wo das wirklich zu einem Gerichtsfall geführt hat. Der Herr Zivilgerichtspräsident wird auch noch sprechen, er kann auch mitteilen, ob das ihm je in der Praxis begegnet ist.

Ich weiss, ich spreche da völlig vergebens, aber das ist also wirklich geballter Populismus ohne irgendeine positive Auswirkung für unsere Bevölkerung, ausser falsche Erwartungen zu erwecken. Vielen Dank, dass Sie das unserer Bevölkerung antun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir beim genannten Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich kann eigentlich jedes Wort unterstreichen, das David Jenny gesagt hat, wir haben uns nicht abgesprochen. Ich liebe es, wenn es schneit. Ich finde es grossartig, wenn es schneit. Und ich muss Ihnen sagen, ich ziehe dann oftmals eine Mütze über den Kopf und gehe vor das Haus und schippe den Schnee etwas weg und das machen andere links und rechts auch und es wird fast so wie zu einem sozialen Event. Und was machen wir jetzt? Wir haben den Eindruck, für alles brauchen wir den Staat. Wir verlernen den Umgang mit dem Normalen, mit der Natur, mit dem, was uns geschehen kann. Es ist eine Illusion, dass um 7 Uhr, wenn es dann wirklich in der Nacht geschneit hat, vor Ihrer Haustür der Schnee weggeräumt sein wird. Da wird irgendwo angefangen und dann geht es fünf Stunden als Zielvorgabe. Ja, jetzt ist es so, dass Sie in der Regel um 8 Uhr an den meisten Orten in der Stadt zumindest relativ gut über das Trottoir gehen können. Ich weiss, dass es zum Teil eine Zumutung ist für ältere Menschen und da muss man sich nachbarschaftlich, nachbarnett absprechen, aber das geschieht auch häufig. Wir verlernen es nur, weil wir immer sofort nach dem Staat rufen, der da eine Lösung bringt und er bringt ja auch eine, sie kostet gigantisch viel und wir werden dann aber mit einer Staatsverdrossenheit weiterleben, weil wir sehen, der schafft es ja gar nicht. Es ist unmöglich, dass er es schafft. Jetzt helfen tausende von Leuten, dass das geschieht und nachher müssen das ein paar wenige mit Maschinen tun. Das kann nicht funktionieren, wir wecken falsche Erwartungen.

Das wollte ich Ihnen einfach mitgeben. Ich habe Verständnis, auch bei uns in der Fraktion sind die Meinungen sehr unterschiedlich. Ein Teil von uns findet, natürlich soll das der Staat machen, das ist doch nicht unsere Aufgabe. Und ich plädiere für etwas mehr Gemeinsinn. Man kann solche Dinge auch als Bürgerin oder als Bürger machen und man profitiert selber sogar noch davon. Ich empfehle Ihnen, diese Vorlage nicht anzunehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Jérôme Thiriet, Sie haben das Wort.

Jérôme Thiriet (GAB): Vielen Dank an alle Vorredner*innen für die viele Voten. Ich habe das auch in den letzten Wochen wieder gemerkt, dass das doch ein Thema ist, das bewegt. Das liegt vielleicht daran, dass es tatsächlich wieder einmal geschneit hat, und zwar nicht zu knapp und wir haben dort auch wieder gesehen, dass es nicht so wahnsinnig gut funktioniert.

Ich möchte sehr gerne auf die FDP eingehen. Ich verstehe das, dass man dort auf die Eigenverantwortung auch der Bürger und Bürgerinnen setzt, aber in diesem Fall müssen wir ja sagen, man sieht, es funktioniert nicht, die Eigenverantwortung. Die Trottoirs sind wirklich nicht geräumt und Regierungsrätin Esther Keller hat ja gesagt, gewisse machen das und dort ist es in dem Fall vielleicht sogar besser geräumt, als wenn es der Staat macht, aber es ist halt nicht flächendeckend. Also es wird vermutlich etwa zehn Mal besser sein nach Umsetzung dieser Gesetzesänderung, weil dann nämlich überall geräumt ist und gut geräumt ist. Und jetzt ist es so, dass etwa 70 Prozent der Trottoirs nicht geräumt sind und das ist auch der Grund, warum man diese Motion machen musste und wo wir jetzt wollen, dass das umgesetzt wird.

Bruno Lötscher hat auch so geredet, als wäre das das Exotischste und eine dümmste Idee, die es überhaupt gibt auf der Erde, aber ich glaube, es ist eher das umgekehrte, weil in allen anderen Städten und Gemeinden und Kantonen funktioniert

es so. Also wenn ich mich umhöre bei meinen Kollegen in Bern oder St. Gallen, die sagen, ja, das ist kein Problem, Trottoirs sind Grund von uns, von der Gemeinde, vom Staat und es ist eine Staatsaufgabe, fertig, und es ist überhaupt nichts Exotisches. Wir wollen jetzt einfach, dass das in Basel auch funktioniert.

Und Silvia Schweizer kann ich vielleicht noch die Angst nehmen, das ist so ein bisschen der Punkt, dass das wahnsinnig viel kostet und es uns so viel kostet, aber es geht, so wie ich das aus dem Ratschlag entnehme, eigentlich direkt wieder zur Wirtschaft zurück. Also die Firmen, die dort vielleicht ihre Aufträge von Privaten verlieren, kriegen sie dann einfach vom Kanton. Also das Geld geht an Privatfirmen. Und dort ist es mir vielleicht auch noch ein Anliegen, dass die hohen Kosten, die wiederkehrend sind, auch wenn es keine Schneeereignisse gibt, dass man diese Kosten vielleicht bei einer Ausschreibung dann noch ein bisschen herunterbekommt.

Raffaela Hanauer hat gesagt, vielleicht gibt es ja eine Möglichkeit, dass wenn es, das klingt ja auch immer so wie ein Katastrophenfall, der nur all Schaltjahr eintritt, dass man dann den Zivilschutz aufbieten könnte. Oder, das habe ich auch schon einmal in einem Votum gesagt bei der Erst- oder Zweitüberweisung, dass es eine Möglichkeit ist, mit Sozialintegrationsfirmen zu arbeiten, die Arbeitskräfte zur Verfügung haben. Aber ich glaube, die Baufirmen, die der FDP nahestehen, würden sich auch freuen, wenn sie die Aufträge bekommen und sie würden es sicher auch gut machen.

Ich gönne Riehen auch, dass sie das nicht umsetzen müssen. Mir wäre es natürlich lieber gewesen, wenn wir es kantonsweit hätten machen können, ich respektiere aber hier die Gemeindeautonomie. Ich will dann aber nichts hören, wenn die Riehener Einwohner und Einwohnerinnen sich beklagen, dass bei ihnen nicht geräumt ist, aber in Bettingen und in Basel-Stadt das wunderbar klappt, das wollen wir dann noch sehen, wie das ankommt.

Alles in allem bin ich zufrieden mit der Ausarbeitung der Regierung und der Gesetzesänderung und bin froh, wenn wir das Thema jetzt abschliessen können. André Auderset hat es eingangs auch gesagt, wir sind schon wahnsinnig lange daran und es ist ein Evergreen. Auch in den Medien, jedes Mal, wenn es schneit, kommt das Thema wieder und der Kanton ist immer noch nicht bereit. Also ich bin dann froh, wenn wir den Hauseigentümer*innen sagen können, dass es jetzt der Kanton übernimmt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Jérôme Thiriet, Joël Thüring möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen und er ist nicht der Einzige, auch Silvia Schweizer. Joël Thüring, die Zwischenfrage.

Joël Thüring (SVP): Jérôme Thiriet, Sie haben gesagt, es würde dann ja viel besser funktionieren, wenn es der Staat macht. Gerade im Rückblick auf das letzte Ereignis mit Schnee vor einigen Tagen, haben Sie den Eindruck, dass es damals auf dem öffentlichen Grund, Allmend, aber auch bei der BVB gut funktioniert hat, als es tatsächlich wieder einmal geschneit hat?

Jérôme Thiriet (GAB): Unterschiedlich, also ich glaube, die Fahrbahnen waren sehr gut schwarz geräumt. Bei der BVB war es schlecht, da gehe ich mit David Jenny einig, vielleicht sollten sie wieder einen Schneepflug kaufen, und auf den Velowegen und auf den Trottoirs war es eine Katastrophe, wie immer.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Silvia Schweizer, bitte Ihre Frage.

Silvia Schweizer (FDP): Jérôme Thiriet, Sie haben erwähnt, dass die privaten Firmen dazukommen, da gebe ich Ihnen recht, weil der Kanton oder die öffentliche Hand das gar nicht leisten kann. Aber haben Sie den Eindruck, dass bei unverhofftem Schneefall plötzlich alle ihre Mitarbeiter zum Schneeräumen schicken können? Man muss auch bedenken, wenn Sie die Baufirmen erwähnen, dass die Winterferien machen, die arbeiten meistens im Januar nicht.

Jérôme Thiriet (GAB): Ja, natürlich, ich habe sogar mit Andy Lutz, Bauunternehmer, gesprochen und er hat gefunden, das ist ein super Auftrag im Winter, wenn er eh nicht so gut ausgelastet ist. Und das letzte Mal hat er das, glaube ich, 2006 machen dürfen. Das ist eine Zeit lang her, aber die machen das gerne und gut.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir wieder bei Frau Regierungsrätin Esther Keller. Sie verzichtet, der Sprecher für die Kommission Raphael Fuhrer verzichtet ebenso. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung der Änderung des Bau- und Planungsgesetzes (Seite 8 des Berichts)

Titel und Ingress

I. Änderung Bau- und Planungsgesetz

§ 161 Abs. 2 (geändert)

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 15 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005163, 11.12.24 11:37:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Das Bau- und Planungsgesetz (BPG) vom 17. November 1999 [1]) (Stand 1. August 2022) wird wie folgt geändert:

§ 161 Abs. 2 (geändert)

2 Der Winterdienst des Kantons beschränkt sich auf die Freihaltung der Fahrbahnen der Kantonsstrassen. Die Gemeinden sind zur Schneeräumung und zur Glatteisbekämpfung auf den Trottoirs an Kantonsstrassen innerhalb des Baugebietes verpflichtet. Die Abfuhr des Schnees von Fahrbahnen und Trottoirs ist Sache der Gemeinden. Die Gemeinden können die Schneeräumung und Glatteisbekämpfung auf den Trottoirs durch Gemeindereglement den Anstösserinnen und Anstössern überbinden.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderung wird zugestimmt mit 74 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses betreffend Ausgabenbewilligung (Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress

- Beschaffung Winterdienstaggregate

- Durchführung Winterdienst

- Investitionen der Gemeinde Bettingen

- Winterdienst Trottoir an Kantonsstrassen

Publikations- und Referendumsklausel.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

72 Ja, 17 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005165, 11.12.24 11:38:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Durchführung des Winterdienstes auf Trottoirs werden Ausgaben in der Höhe von gesamthaft Fr. 1'959'000 bewilligt. Diese Ausgaben teilen sich wie folgt auf:

- Fr. 1'200'000 für die Beschaffung von zwanzig Winterdienstaggregaten zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Investitionsbereich 1 «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur»

- Fr. 741’000 als jährliche Ausgabe für die Durchführung des Winterdienstes auf Trottoirs zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements

- Fr. 7'000 als Beitrag an benötigte Investitionen der Gemeinde Bettingen (einmalig)

- Fr. 11'000 als Beitrag an den Winterdienst auf den Trottoirs an Kantonsstrassen

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 72 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

6.1. Motion Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Winterdienst auf Trottoirs ist Staatsaufgabe! Bericht der UVEK

[11.12.24 11:38:54, 21.5319.04]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Mit dem Entscheid über Eintreten auf dieses Geschäft haben Sie die Motion Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Winterdienst auf Trottoirs ist Staatsaufgabe gemäss § 43 Abs. 5 der Geschäftsordnung als erledigt abgeschrieben.

7. Ausgabenbewilligung Friedhof am Hörnli – Zaun- und Tormanagement, Ausgabenbericht des RR

[11.12.24 11:39:11, 24.1323.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Es geht hier um Massnahmen gegen Rehe auf einem Teil des Friedhofes, und zwar dem Teil, wo es Grabpflanzungen hat. Aktuell haben die Zäune offensichtlich Durchgänge und so sammeln sich immer wieder Rehe in diesen Gebieten an. Es geht also darum, diese Zäune zu erneuern und zu erweitern inklusive Toranlagen, die neu automatisch schliessen und öffnen sollen und in den Zeiten dann möglichst auch geschlossen sein sollen. Sie können aber automatisch

ausgelöst werden, also Personen, die zum Beispiel mobilitätseingeschränkt sind, können trotzdem die Eingänge gut passieren.

In der UVEK haben wir folgende Punkte diskutiert: Wir haben uns gefragt, wie sieht das aus, wie dicht sind quasi diese Zäune, können dann auch andere Tiere, die eigentlich nicht gemeint sind, wie zum Beispiel Igel, dann auch nicht passieren. Das ist nicht der Fall. Die Zäune sollen so ausgestaltet werden, dass Kleintiere nach wie vor in und aus dem Friedhof hinausgehen können.

Der zweite Punkt, den wir auch angeschaut haben, ist die Frage, der Zaun und die Hecken sind ja sehr miteinander verwachsen, was bedeutet das für die Hecken. Wir mussten zur Kenntnis nehmen, dass die Hecken wahrscheinlich in Mitleidenschaft gezogen werden, wenn man diese Erneuerung der Zäune macht. Es ist aber so angedacht, dass die Hecken wieder nachwachsen und am Schluss die Zäune auch wieder in den Hecken verschwinden und optisch möglichst nicht sichtbar sein sollen.

Am Schluss hat die UVEK dann mit 11 zu 0 Stimmen beschlossen, dem Beschlussantrag zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Esther Keller hat das Wort für den Regierungsrat.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich kann es auch kurz machen. Ich freue mich sehr, dass wir die Rehfrage auf dem Hörnli mit einer zugegebenermassen ungewöhnlichen Massnahme gelöst haben mit dieser Verschiebung in den Jura. Es kann aber natürlich jetzt nicht das Ziel sein, jedes Jahr Rehe in den Kanton Jura zu schicken, sondern wir möchten diese Lösung jetzt auch nachhaltig und dauerhaft sichern. Zurzeit haben wir keine oder kaum Rehe auf dem Friedhof Hörnli. Wir möchten das weiterhin auf dem unteren Teil, das ist mir auch wichtig zu sagen, auf dem unteren Teil sicherstellen, auf dem oberen Teil, der ja sehr oder noch naturnah ist, dürfen diese Rehe natürlich weiterhin sein.

Es ist mir auch klar, der Zaun ist nicht ganz günstig, aber ich glaube, man muss auch sehen, es ist erstens eine grosse Fläche, zweitens hatten wir gerade mit den Rehen grosse Frassschäden, also auch laufende Kosten. Wir werden künftig wahrscheinlich nicht mehr die Möglichkeit haben von Privatpersonen, die diesen Schliessdienst übernehmen und mit diesem neuen Zaun ist all dies eben möglich.

Deshalb bitte ich Sie, diesem Ausgabenantrag zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie nehmen sicher die Zwischenfrage von André Auderset an? Sie wird angenommen. André Auderset hat das Wort.

André Auderset (LDP): Frau Regierungsrätin, ist dem Kanton bekannt, wie viele Hörnli-Rehe den Umzug dann auf dem Teller von jurassischen Feinschmeckern beendeten?

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Danke für die Frage, tatsächlich habe ich mich mit meinem jurassischen Amtskollegen ausgetauscht. Tatsächlich sind einige gestorben, aber sehr viele haben sich am neuen Ort erfolgreich integriert und sprechen fliessend Französisch.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress

Gesamtbetrag

- neue Ausgaben

- jährlich wiederkehrende Ausgaben

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005168, 11.12.24 11:43:50]*

Der Grosse Rat beschliesst

Es wird ein Gesamtbetrag von Fr. 1´335'000 für den Friedhof am Hörnli – Zaun- und Tormanagement bewilligt. Diese Ausgabe teilt sich wie folgt auf:

- Fr. 1´315'000 neue Ausgaben für das Zaun- und Tormanagement zu Lasten der Investitionsrechnung Bau- und Verkehrsdepartement, Stadtgärtnerei, Investitionsbereich «Übrige»

- Fr. 20'000 jährlich wiederkehrende neue Ausgaben für den Unterhalt der automati-sierten Toranlage beim Friedhof am Hörnli zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Stadtgärtnerei

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird einstimmig angenommen mit 89 Ja-Stimmen.

8. Ausgabenbewilligung Elektromobilität in der Stadtgärtnerei; Ersatz von zwei vollelektrischen Hubarbeitsbühnen; Ersatz eines vollelektrischen multifunktionalen Geräteträgers, Ausgabenbericht des RR

[11.12.24 11:43:55, 24.1380.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Es geht hier um drei Fahrzeuge. Die sollen nun in elektrischer Ausführung gekauft werden, sie sind darum etwas teurer als vergleichbare fossile Modelle. Sie haben aber gleichzeitig natürlich diverse Vorteile, angefangen von der Klimabelastung über Lärm, über tiefere Unterhaltskosten, usw.

Wir haben uns in der UVEK gefragt, wird es jetzt so sein, dass für verschiedene Fahrzeuge wieder Ratschläge, Ausgabenbewilligungen nötig sind und wurden so informiert, dass dieser Umstieg dieser drei Fahrzeuge nun in ein Gesamtkonzept eingebettet ist. Es wurde konzeptionell durchdacht, wo und wie macht es Sinn, beim Fuhrpark der Stadtgärtnerei diesen Umstieg auf Elektromobilität zu machen. Was gibt der Markt her und was ist die Entwicklung, welche Fahrzeuge sind für welche Tätigkeit wirklich die richtigen, der Fuhrpark besteht ja nicht nur aus grossen Fahrzeugen, es kann auch mal ein Cargovelo sein, wenn kleinere Arbeiten anfallen. Und es ist so, dass nun ein Rahmenvertrag angestrebt wird und das dann im Rahmen dieses Gesamtkonzepts dieser Umstieg weiter vorangetrieben wird.

Bei diesen drei Fahrzeugen ist es nun aber dringender Ersatz, zwei davon, wenn ich mich richtig erinnere, sind schon nicht mehr im Einsatz und darum ist nun diese Ausgabenbewilligung auf dem Tisch und wir als UVEK haben das nachvollziehbar gefunden und auch die Mehrkosten als gerechtfertigt betrachtet und sind darum mit 13 zu 0 Stimmen dafür, dem Beschlussantrag zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung (Seite 9 des Ausgabenberichts)

Titel und Ingress

Ersatzbeschaffung Hubarbeitsbühnen

Ersatzbeschaffung multifunktionaler Geräteträger

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

80 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005170, 11.12.24 11:47:02]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Ein Betrag von Fr. 605'000, Ersatz für die Ersatzbeschaffung von zwei vollelektrischen Hubarbeitsbühnen für die Stadtgärtnerei zu Lasten der Investitionsrechnung Bau- und Verkehrsdepartement, Stadtgärtnerei, Investitionsbereich «Übrige» wird bewilligt.

2. Ein Betrag von Fr. 495'000, Ersatz für die Ersatzbeschaffung von einem vollelektrischen multifunktionalen Geräteträger für die Stadtgärtnerei zu Lasten der Investitionsrechnung Bau- und Verkehrsdepartement, Stadtgärtnerei, Investitionsbereich «Übrige» wird bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird einstimmig angenommen mit 80 Ja-Stimmen.

9. Neubau Kunstrasen und Erneuerung der Beleuchtung auf der Sportanlage Rankhof – Erhöhung der Ausgabenbewilligung aufgrund neuer Gegebenheiten, Ratschlag des RR

[11.12.24 11:47:03, 24.0772.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an die Präsidentin der JSSK Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Gerne berichte ich im Namen der JSSK mündlich zu diesem Geschäft. Immer mehr Mädchen und Buben wollen Fussball spielen, die Fussballplätze der Stadt sind sehr dicht belegt. Aus diesem Grund ist seit längerem auf der Sportanlage Rankhof ein Kunstrasenfeld geplant, der Grosse Rat hat die nötigen Gelder im Jahr 2021 bereits bewilligt. Nicht zuletzt aber wegen einem Baum und wegen unerwarteten Altlastensanierungen musste das Projekt jetzt überarbeitet werden, was Kostenfolge hat. Neu soll das Sportrasenfeld im Stadion zu einem Kunstrasenfeld gemacht werden, dieser sogenannte Stadionrasen ist heute selten genutzt. Mit seiner Umwandlung zu einem Kunstrasenfeld können die Trainings-Kapazitäten für die Kleinbasler Sportvereine dann deutlich erhöht werden. Der Kunstrasen soll neu mit Kork gefüllt werden, das hat gegenüber anderen Kunstrasen Vorteile im Wasserrückhalt und auch eine geringere Wärmeentwicklung. Es werden ein paar bauliche Massnahmen nötig im Stadion, die alle dem Ratschlag entnommen werden können.

Die JSSK unterstützt den vorliegenden Antrag der Regierung einstimmig und beantragt Ihnen somit mündlich, die bestehende Ausgabenbewilligung zu erhöhen. Das war damals am 14. Januar 2021 bewilligt worden. Wir erhöhen nun auf Antrag der JSSK hoffentlich um 515’000 Franken, die Ausgabenbewilligung umfasst dann am Schluss neu 2'290’000 Franken.

Wir haben uns an einer Sitzung mit der Vorlage beschäftigt, sie wurde uns dankenswerterweise durch die Leiterin Gebäudemanagement vom BVD und durch den Leiter des Sportamtes des Erziehungsdepartementes vorgestellt. Wir stimmen dem Erhöhungsantrag einstimmig zu, möchten dann aber in aller Kürze doch ein paar grundsätzliche Bemerkungen anbringen.

Erstens ist es der JSSK ein wichtiges Anliegen, dass höchste Transparenz bei Themen wie Kontaminierung von Böden gemacht wird. Tatsächlich hat nach dem ersten Ratschlag die Verwaltung Bodenproben gemacht und festgestellt, dass im Feld 3, wo der Kunstrasen zuerst geplant war, aber wegen dem Baum jetzt nicht gemacht werden kann, und auch im Stadion, wo das Kunstrasenfeld jetzt gemacht wird, dass da der Boden unerwarteterweise verschmutzt ist. Wir haben dann erst auf Rückfrage erfahren, um was für eine Verschmutzung es geht. Es geht um die Überreste einer alten, teilweise darunterliegenden Aschenbahn, also konkret einer Laufbahn. Vor vielen, vielen Jahren, genau weiss man das nicht, wurde diese nicht entfernt, sondern neue Bodenschichten darüber gemacht. Diese Kontaminierung bedeutet, dass der Boden nicht einfach jetzt entfernt und weiterverwendet werden kann, sondern sachgerecht entsorgt werden muss. Deshalb müssen wir jetzt Entsorgungskosten von 320’000 Franken bewilligen.

Die Kommission ist der Ansicht, dass diese Information betreffend die Art und Bedenklichkeit der Verschmutzung und auch dem Ausmass der Verschmutzung im Ratschlag spärlich bis schon fast intransparent dargestellt ist. Der Ratschlag nennt nur die Verschmutzungen im Feld 3, aber nicht die im Boden des Stadions. Es ist auch ein wichtiges Anliegen nochmals zu betonen, dass es sich um Verschmutzung durch eine alte Laufbahn handelt und dass von dieser aber keinerlei Gefahr ausgeht und auch unterhalb des Naturrasens vom Feld 3 belassen werden bleibt.

Dann möchte die JSSK auch noch auf die lange Dauer des Projektes kritisch hinweisen und auch gewisse Mängel in der Planung. Das Vorprojekt für den Kunstrasen im Rankhof ist bereits 2019 gemacht worden. Vorabklärungen mit dem Bauinspektorat zur grossen Schwarzpappel am linken Rand im sogenannten Gefahrenbereich des Spielfeldes ergaben damals keine klaren Aussagen. Es wurde dann entschieden, den Ratschlag an den Grossen Rat zu machen im Jahr 2020. Erst dann im Rahmen des Baugesuches wurde dann die Fällung des Baums durch die kantonale Baumschutzkommission abgelehnt. Die zuständigen Departemente mussten dann deswegen prüfen, die Feldgrösse zu reduzieren, was diverse Nachteile hätte, oder auf das Stadion zu wechseln und erst dann kam die Kontaminierungsthematik noch zum Vorschein. Wieso es aber letztlich bis ins Jahr 2024 dauerte, bis dann die Erhöhung der Ausgabenbewilligung aufgrund der neuen Gegebenheiten beantragt wurde, ist uns letztlich unklar geblieben. Wichtig ist jetzt natürlich, dass das jetzt umgesetzt werden kann im Frühling/Sommer 2025, also zügig.

Der JSSK ist es aber ein Anliegen, unser Unverständnis für die lange Dauer und auch dieser in gewisser Weise nicht ideale Planung auszudrücken. Der Bedarf der Vereine ist seit Jahren dringend. Zudem hätte wirklich auch schon früher erkannt werden müssen, dass der Boden kontaminiert ist und die Planung hätte stärker berücksichtigen können oder berücksichtigen müssen, dass, wie gewisse Kommissionsmitglieder es ausdrücken, Bäume in Basel einen gewissen Sakral-Charakter haben. Während ein Teil der Kommission der Ansicht ist, dass Rekurs hätte eingelegt werden müssen gegen den Entscheid der Baumschutzkommission, ist es einem anderen Teil der Kommission wichtig darauf hinzuweisen, dass sie bereits 2021 auf die Baumthematik aufmerksam gemacht und alternative Lösungen gefordert hatten. Auch wenn die JSSK das jetzt einstimmig unterstützt, ist es uns wichtig zu betonen, dass die Vorlage keinen besonders guten Eindruck der involvierten Departemente hinterlässt.

Dann hat die JSSK sich auch mit der Frage auseinandergesetzt, ob die Sanierung von Sportplätzen in kleinen Schritten wirklich sinnvoll ist. Zum Beispiel wird die Sanierung von Tribünen verschiedener Stadien in Zukunft zusammengenommen und nicht pro Sportplatz vorgegangen. Wir bewilligen jetzt einen neuen Kunstrasen, Bewässerung, Beleuchtung, aber die Tribünensituation und Garderobensituation auf dem Rankhof wird jetzt nicht angeschaut. Das bedeutet, dass, wie es in der Kommission ausgedrückt wurde, die Bagger immer wieder von neuem auffahren und wir möchten hier die Frage aufwerfen, ob dies wirklich so effizient ist.

Zum Schluss möchten wir nochmal zum Ausdruck bringen, dass der Bedarf nach mehr Fussballflächen wirklich gross ist, der Ausbau von Sportflächen ein wichtiges politisches Anliegen. Kunstrasen ist dabei ein wichtiges Element, auch wenn es natürlich Nachteile hat, wie die Versiegelung des Bodens oder Erhitzung im Sommer. Mit 14 Prozent Kunstrasenanteil befindet sich Basel aber deutlich unter dem Schnitt anderer Schweizer Städte und aus Sicht der JSSK sollte oder darf es dann wirklich noch das eine oder andere Kunstrasenfeld mehr in der Stadt geben.

In diesem Sinne empfehle ich dem Grossen Rat mit diesem mündlichen Bericht die Annahme dieses Grossratsbeschlusses und wir begrüssen es, dass die jungen Fussballer*innen hoffentlich bald mit Freude dann davon profitieren können, dass die Platzknappheit durch das neue Kunstrasenfeld etwas abnimmt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat spricht Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Es ist aus sportlicher Sicht ein ergiebiger Vormittag. Wir haben jetzt schon das zweite Sportprojekt, wenn auch ein deutlich kleineres. Wir haben auf den Fussballplätzen wirklich einen hohen Nutzungsdruck, viele Menschen, auch junge Menschen, die ihn benutzen möchten, und es ist natürlich so, dass ein Kunstrasen eine deutlich höhere Belegung zulässt als ein Naturrasen.

Vielleicht zum Thema, weshalb das so lange ging. Einiges wurde angesprochen, es ist aber schon auch so, dass wir uns diesen Entscheid, ob es einen Kunstrasen gibt oder ein Naturrasen nicht ganz einfach machen. Es ist eine zusätzliche Versiegelung und wo immer möglich möchten wir natürlich weiter auf diese Naturrasen setzen. Aber hier, glaube ich, macht es jetzt Sinn, hier werden dann bis zu vier Teams gleichzeitig trainieren können. Auch mit der erneuten Beleuchtungsanlage wird sich vieles deutlich verbessern und das wird spürbar sein und auch auf der Mieteinnahmenseite erwarten wir doch bis zu 10 Prozent mehr Mieteinnahmen.

Ich denke, insgesamt spricht deshalb vieles für diese Erhöhung der Ausgabenbewilligung. Ich danke der JSSK für die Beratung, auch für die kritische Auseinandersetzung, für die kritischen Anmerkungen, die wir sehr gerne mitnehmen und ich würde Ihnen danken für die Zustimmung zu diesem Antrag.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher für die LDP ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Wir haben nochmal Sport heute Morgen, das finde ich super und es geht genau wieder um das gleiche und darum möchte ich schnell etwas dazu sagen, auch wenn Barbara Heer eigentlich genau alles gesagt hat, wie wir das besprochen haben.

Vor 15 Jahre hat man gemerkt, dass man zu wenig Fussballplätze im Rankhof hat. Es ist immer schwierig, wenn es regnet, vor allem im Herbst und im Frühling und es früh dunkel wird, dann sind die Plätze gesperrt und man kann dann nicht auf diese Plätze gehen. Kunstrasen, im Kanton Basel-Stadt haben wir am wenigsten von der ganzen Schweiz, ist eine Lösung zusammen mit der Flutlichtanlage und das geht jetzt tatsächlich schon über 15 Jahre, bis irgendwann einmal so ein Kunstrasenplätzchen auf dem Rankhof kommt. Es ist ein Baum im Weg, dann heisst es gerade, Halt, Stopp, und da beziehe ich mich auf die erste Rede von heute Morgen, auch hier wieder, man findet wieder irgendetwas, wo es heisst, jetzt müssen wir noch warten, wir müssen es nochmal analysieren, müssen es nochmal zurückschieben und nochmal Zeit vergehen lassen und die Rasenplätze, die gehen und kommen nicht.

Letzte Woche hatten wir eine Handball EM hier in Basel, wo man gesagt hat, die Nachhaltigkeit sei wichtig, weil die jungen Menschen dann hier Vorbilder sind und dann auch Handball spielen wollen, aber wir haben zu wenig Hallen, damit wir diese aufnehmen können. Der RTV hat jetzt schon wieder 40 junge Kinder nach Hause schicken müssen, weil sie gesagt haben, wir können nicht mit 80 Kindern in einer Schuhschachtel-Turnhalle trainieren und es sind wieder 40 nach Hause. Wir haben im nächsten Sommer eine Fussball EM in Basel, wo man auch sagt, wir machen Nachhaltigkeit, eine Frauen EM, die jungen Mädchen sollen in die Vereine gehen, Sport treiben, Fussball spielen, ja, und wir brauchen 15 Jahre, um eine Kunstrasenfläche zu machen.

Ich glaube, das ist einfach nicht der Weg. Entweder sagen wir, wir sind eine Sportstadt Basel, Daniel Seiler hat da ein Wort in den Mund genommen, wo ich eigentlich nicht erkennen kann, dass Basel eine Sportstadt ist, auch vom Sinn her, wir möchten eine werden oder wir lassen es sein und das muss die Bevölkerung vielleicht auch einmal entscheiden. Wir sind Vertreter der Bevölkerung und wenn wir immer dagegen handeln, aber immer nur reden für den Sport, aber dann jede Gelegenheit nutzen, um das wieder hinauszuzögern, kommen wir gar nirgends hin. Dann sind wir alle schon längstens irgendwo auch auf dem Hörnli mit der neuen Zaunanlage, aber dort haben wir dann auch kein Interesse mehr.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort hat Fleur Weibel für das GAB.

Fleur Weibel (GAB): Ich mache es ganz kurz, damit wir noch abstimmen können. Esther Keller, ich habe jetzt schon nicht ganz folgen können mit der Begründung der Verzögerung des Projekts, dass es lange gegangen ist zum Prüfen, ob man einen Kunstrasen macht oder nicht, weil das ja eigentlich die Entscheidung gewesen ist, die man im 2021 schon gefällt hat.

Das, was hingegen das Problem gewesen ist, ist, dass man das Problem mit dem Baum unterschätzt hat, mit dieser grossen Schwarzpappel, und obwohl die Grünen damals schon darauf hingewiesen haben, dass es keine gute Idee wahrscheinlich ist, die Pappel fällen zu wollen, und die Baumschutzkommission hat dem auch zugestimmt, dann geht es noch einmal mehrere Jahre, bis nachher die Regierung die ganze Sache noch einmal prüft.

Erst dann kommt zum Vorschein, dass der Boden verschmutzt ist und was mich besonders aufgeregt hat, ist, dass nachher in diesem Ratschlag drin auch noch falsch dargestellt wird, welches Feld verschmutzt ist. Es ist dort nicht die Rede davon, dass es der Stadionrasen ist, sondern es wird nur vom Feld 3 gesprochen, dort bleibt der Boden aber bestehen, die Verschmutzung bleibt auch bestehen. Was auch nicht im Ratschlag drinsteht, ist, dass die Verschmutzung eigentlich unbedenklich ist. Das ist vielleicht auch noch wichtig, das jetzt zum Ausdruck bringen, dass der Rankhof grundsätzlich nicht bedenklich ist, sondern dass die Entsorgung von dem Ganzen bedenklich ist.

Darum möchte ich schon der Regierung mitgeben, dass man doch in Zukunft solche Planungsdebakel verhindert, damit wir in Sachen Kunstrasen in Basel-Stadt vorwärtskommen und den Sportbedürfnissen und den Fussballbedürfnissen entsprechen können. Das in aller Kürze, es wäre eigentlich ein bisschen fundierter gewesen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Esther Keller, Sie haben das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ganz kurz, ich nehme das absolut mit, ich sehe auch oder höre auch, dass Sie sich jetzt gerade in so einem Fall detailliertere Ausführungen in diesen Berichten wünschen und ich nehme das gerne mit für die weitere Zusammenarbeit auch mit dem Sportamt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 7 des Ratschlags)

Titel und Ingress

Gesamtbetrag

- Investitionsbereich Hochbauten

- einmalige Ausgaben zulasten der Erfolgsrechnung

Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005172, 11.12.24 12:01:49]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Neubau des Kunstrasens und die Erneuerung der Beleuchtung auf der Sportanlage Rankhof werden die mit GRB 21/2/20G bewilligten Ausgaben von Fr. 1'775’000 um Fr. 515'000 auf insgesamt Fr. 2'290’000 erhöht. Die Erhöhung teilt sich wie folgt auf:

- Fr. 265’000 zulasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich Hochbauten im VV

- Fr. 250'000 einmalige Ausgaben zulasten der Erfolgsrechnung

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird einstimmig angenommen mit 87 Ja-Stimmen.

Schluss der 40. Sitzung

12:01 Uhr

Protokoll

der 41. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 11. Dezember 2024, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Patrizia Bernasconi (GAB), Claudia Baumgartner (GLP), Tobias Christ (GLP), Anina Ineichen (GAB), Gabriel Nigon (LDP), Edibe Gölgeli (SP), Stefan Suter (SVP), Johannes Sieber (GLP), Daniel Albietz (die Mitte/EVP).

Verhandlungsgegenstände:

17. Neue Interpellationen ... 2
17.1. Interpellation Nr. 142 Joël Thüring betreffend Vergabe des Kulturförderpreises Basel-Stadt an mutmassliche Unterstützerin der Hamas-Terroristen und Israel-Gegnerin ... 2
17.2. Interpellation Nr. 143 Eric Weber betreffend Loyaler Vize-Kommandant der bei der Polizei auch gehen musste ... 5
17.3. Interpellation Nr. 144 Oliver Bolliger betreffend der Absage der Preisverleihung des Kulturförderpreises aufgrund politischen Drucks ... 5
17.4. Interpellation Nr. 145 Daniela Stumpf Rutschmann betreffend Schneefall legt die BVB lahm ... 7
17.5. Interpellation Nr. 146 Jean-Luc Perret betreffend Aufrechterhaltung des Trambetriebs bei extremen Wetterereignissen ... 8
17.6. Interpellation Nr. 147 Amina Trevisan betreffend Spielplatzverbot für Asylsuchende im Neubad ... 8
17.7. Interpellation Nr. 148 Lorenz Amiet betreffend Subsidiärer Einsatz der Armee während dem ESC ... 10
17.8. Interpellation Nr. 149 Catherine Alioth betreffend den Baukubus auf dem Dach des Globus ... 11
17.9. Interpellation Nr. 150 Heidi Mück betreffend Wartefristen für das Zentrum für Brückenangebote (ZBA) ... 12
17.10. Interpellation Nr. 151 Jenny Schweizer betreffend Kulturvermittlungsprojekte und ihre Unterstützungsbeiträge seitens Abteilung Kultur ... 12
17.11. Interpellation Nr. 152 Beat K. Schaller betreffend Transpropaganda macht Schule ... 12
10. Erneuerung des Staatsbeitragsvertrags zwischen dem Kanton Basel-Stadt und den Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel für die Modellprojekte Home Treatment High Utilizer und Home Treatment bei Übergangsbehandlung nach stationärer Behandlung für das Jahr 2025, Bericht der GSK ... 14
11. Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB) - Genehmigung der Jahresrechnung 2023;Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der IGPK UKBB ... 16
12. Nachtragskredit für das Jahr 2024 betreffend Staatsbeiträge für 20 Trägerschaften der Quartierarbeit in den Jahren 2024 bis 2027, Bericht des RR ... 17
13. Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Basler Papiermühle für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der BKK ... 19
14. Lehrstellensituation und die Situation im Bereich der Beruflichen Nachholbildung im Kanton Basel-Stadt 2022, Bericht der BKK ... 24
15. Petition P470 "Umnutzung leere Bürogebäude zu Wohnraum", Bericht der PetKo ... 26
16. Petition P479 "Gestaltung und Aufwertung der Claramatte", Bericht der PetKo ... 27
18. Antrag 1 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend höhere Sicherheit für die Bevölkerung durch effizientere Bekämpfung der Kriminalität ... 29

Beginn der 41. Sitzung

Mittwoch, 11. Dezember 2024, 15:00 Uhr

17. Neue Interpellationen

[11.12.24 15:00:59]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Dann wurde ich gebeten, darauf hinzuweisen, dass es an verschiedenen Orten hier im Saal zieht, insbesondere auf diese Seite. Ich kann das aus eigener Erfahrung berichten und es wäre schön, wenn Sie die Vorhänge hinter dieser Tür geschlossen lassen.

Damit kommen wir zu den Interpellationen. Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten, will der Interpellant begründen. Er möchte und hat das Wort.

17.1. Interpellation Nr. 142 Joël Thüring betreffend Vergabe des Kulturförderpreises Basel-Stadt an mutmassliche Unterstützerin der Hamas-Terroristen und Israel-Gegnerin

[11.12.24 15:01:48, 24.5489.01]

Joël Thüring (SVP): Um es vorwegzunehmen, wer Kritik am Vorgehen Israels übt oder mit der Regierung Israels nicht einverstanden ist, ist selbstverständlich kein Antisemit. Wer mit den Handlungen Netanyahus nicht einverstanden ist, ist nicht automatisch ein Israel-Hasser. Das ist mir wichtig zu betonen. Doch es gibt Grenzen, und diese Grenzen wurden im Fall von Leila Moon leider überschritten. Der Kulturförderpreis, den der Kanton Basel-Stadt jährlich vergibt und mit 10’000 Steuerfranken dotiert ist, zeichnet Künstler aus, die für ihre vernetzende Arbeit im Kulturbereich auffallen. Dieses Vernetzende, Vermittelnde kann man bei Leila Moon nicht feststellen, weshalb mich dies nach Bekanntgabe der Verleihung gleichentags zu einer Interpellation veranlasst hat. Ich bin mit den Kritikern dieser Interpellation in einem Punkt einig, Kulturengagement muss nicht der Politik per se gefallen und es steht der Politik auch nicht zu, sich inhaltlich einzumischen. Doch auch Kultur muss Grenzen kennen und diese Grenze wurde hier überschritten. Denn Leila Moon bezieht auf ihrem Instagram-Profil einseitig Stellung gegen Israel. Alle diese Posts stützen das Narrativ der Hamas-Terroristen, welche behaupten, dass Israel ein Apartheid-System gegen Palästinenser errichtet habe. In einem Post macht sie explizit auf eine Veranstaltung in Basel aufmerksam, bei welcher sie von einer Kolonialisierung der Palästinenser durch Israel spricht. Und aus gleichem Anlass hat sie ein Konzert abgesagt und dies damit begründet, dass der Veranstaltungsort «die israelisch amerikanische Band Jemen Blues gebucht habe» und sie arbeite nicht mit Institutionen oder Veranstaltungsorten zusammen, die israelische Künstler buchen, die sich nicht offen gegen das israelische Siedlungskolonialprojekt und den anhaltenden Völkermord an den Palästinensern stellen. Diese besagte israelische Band gilt übrigens als weltoffen und progressiv. In ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen, die sie im selben Post erwähnt, der kurzzeitig gelöscht war, macht sie darauf ebenfalls explizit aufmerksam.

Es trifft also nicht zu, wie nun auch einige linke Politiker behaupten, dass sich Leila Moon nur gegen die Regierung Netanyahu gestellt oder den Einsatz Israels kritisiert hat. Sie geht weiter. Und auffällig ist auch, dass Frau Moon nicht einsichtig ist. So hetzt sie seit der Mitteilung, dass die Vergabe überprüft wird, gegen die SVP und behauptet, es sei eine Medienschmierenkampagne im Gang. Wir alle seien rassistische Clowns. Seither und auch vorher hat sie es aber in keinem einzigen Post für nötig gefunden, den schrecklichen Terrorangriff auf Israel zu verurteilen. Zur Erinnerung, am 7. Oktober 2023 fand in Israel ein Progrom mit mehr als 1’200 toten, Hunderten von Geiseln, vergewaltigten Frauen und missbrauchten Babys statt.

Und sie hat es in all ihren Posts nach der Sistierung und selbst gegenüber der Basler Zeitung weiterhin nicht geschafft, sich von diesem Boykottaufruf gegen israelische Künstler zu distanzieren. Sie blendet diese Frage aus. Das, meine Damen und Herren, ist das Problem. Ihre Haltung lautet, etwas vereinfacht übersetzt, musiziert nicht mit Juden. Das ist gefährlich, das ist anti-israelisch und ja, vermutlich auch antisemitisch. Deshalb war für mich klar, dass Leila Moon diesen Preis auf keinen Fall erhalten darf. Gerade Basel mit seiner persönlichen Geschichte und Verbundenheit zu Israel kann sich so etwas nicht

erlauben. Der Aufschrei nach der Vergabe war deshalb auch in der gesamten schweizerischen jüdischen Gemeinschaft richtig und riesig. Das müssen wir ernst nehmen und nicht, wie jetzt versucht wird, weggewischt werden.

Doch Frage muss sich eben auch die Abteilung Kultur gefallen lassen. Die Haltung von Leila Moon war ersichtlich. Die Recherche auf ihrem Profil dauerte wenige Minuten. Sie arbeitet beispielsweise seit Jahren für ein palästinensisches Radio, welches zur Verherrlichung von Terrorismus neigt und die Hamas-Symbolik verbreitet. Dieses Radio verbreitet auch Botschaften von Samidoun, eine vielerorts verbotene Terrororganisation. Weshalb also hat man das nicht vorgängig geprüft? Weshalb hat man, leider in der Abteilung Kultur nicht zum ersten Mal, heikle Positionen einer Person durchflutschen lassen. Bei Alain Claude Sulzer, der sich erdreistet, in einem Buch das Z Wort zu verwenden, war man kritischer. Wieso nicht auch hier? Darauf muss Regierungspräsident Conradin Cramer nun Antworten liefern, er muss die Abläufe in dieser Abteilung neu sortieren und dort für Ordnung sorgen. Die Aberkennung des Preises war heute ein erster Schritt dazu.

Es geht deshalb dabei um das Ansehen in unserer Stadt, denn es sollte jedem und jeder klar sein, Antisemitismus ist ein No-Go, nie wieder ist jetzt erst recht jetzt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird Interpellation nun mündlich beantworten.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gerne beantworte ich die Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt.

Zunächst einleitend: Die Künstlerin und DJ Leila Moon wurde von einer von der Abteilung Kultur eingesetzten Jury für den Kulturförderpreis im Jahr 2024 vorgeschlagen. Die Vergabe des Kulturförderpreises durch die Abteilung Kultur ist zwar mit einem vorgängigen Vorschlag durch die eingesetzte Jury verbunden, die Abteilung Kultur zeichnet als Fachbehörde jedoch verantwortlich dafür, dass die Vergabe der Auszeichnung den Voraussetzungen gemäss Kulturfördergesetz entspricht.

Im vorliegenden Fall geht es nicht um die Kulturförderung im Allgemeinen, also beispielsweise nicht um die Förderung von kulturellen Projekten wie Konzerten, Ausstellungen oder Veranstaltungen, es geht in diesem Fall vielmehr spezifisch um die Vergabe von Auszeichnungen auf Grundlage von § 4 Abs. 2 des Kulturfördergesetzes. Gemäss dieser Bestimmung zeichnet der Kanton Personen oder Institutionen aus, die sich um die Kultur besonders verdient gemacht haben. Für eine Auszeichnung kann man sich nicht bewerben, sondern wird dafür vorgeschlagen. Mit einer Auszeichnung soll eine Wertschätzung für besondere kulturelle Leistungen zum Ausdruck gebracht werden. Dies umfasst sowohl ausserordentliche Leistungen in Bezug auf das kulturelle Schaffen als auch die Vermittlung von Kultur und die Förderung des kulturellen Austauschs.

Im vorliegenden Fall sollte die Künstlerin gemäss Begründung der Jury insbesondere für ihre vernetzende Arbeit in der Basler Musik- und Clubszene gewürdigt. Weder der Jury noch der Abteilung Kultur war zum Zeitpunkt der Jurierung im September ein Instagram-Statement der Künstlerin vom Oktober bekannt. In diesem Statement schreibt die Künstlerin, es sei unerlässlich, Aufrufen zum Boykott von Institutionen und Kulturveranstaltern zu folgen, die mit israelischen Kunstschaffenden zusammenarbeiten, welche sich nicht in einer bestimmten Weise zum Nahostkonflikt äussern. Die öffentlichen Aussagen der Künstlerin fallen unter die Meinungsäusserungsfreiheit. Da ihre Handlungen und Meinungsäusserungen aber Öffentlichkeitscharakter haben und sich insbesondere auf ihr kulturelles Engagement in einer Gemeinschaft beziehen, dürfen sie von der zuständigen Abteilung Kultur bei der finalen Beurteilung des Vorschlags durch die Jury berücksichtigt werden. Schliesslich soll mit dem Preis ja gerade auch die Förderung des kulturellen Austauschs ausgezeichnet werd.

Die Abteilung Kultur hat aufgrund der neuen Informationen seit dem 14. November eine Abklärung des Sachverhalts eingeleitet. Sie hat die Künstlerin angehört und mit der Jury das Gespräch geführt. Sie ist nach sorgfältiger Prüfung zum Schluss gekommen, dass der Kulturförderpreis 2024 nicht vergeben wird, da die Voraussetzungen für die Auszeichnung nicht umfassend erfüllt sind. Die Abteilung Kultur ist nach Abwägung aller vorliegenden Informationen zum Schluss gekommen, dass der Widerspruch zwischen den Aussagen der Künstlerin und dem gesetzlichen Zweck der Preisverleihung nicht ausgeräumt werden kann. Im weiteren sei auch auf die heute Vormittag publizierte Medienmitteilung der Abteilung Kultur betreffend «Der Kulturförderpreis 2024 wird nicht vergeben» verwiesen.

Zu Fragen 1 bis 4: Weder der Jury noch der Abteilung Kultur war zum Zeitpunkt der Jurierung das fragliche Instagram-Statement der Künstlerin bekannt. Für die Vergabe des Kultur, Förderpreises ist die Abteilung Kultur verantwortlich. Der Regierungsrat hatte entsprechend vorgängig keine Kenntnis. Der Kulturförderpreis. 2024 wird nicht vergeben.

Zu Frage 5 Nein, die Künstlerin hat in den Jahren seit 2019 keine direkten Förderbeiträge erhalten. Die Künstlerin ist in Festivals und Programmen aufgetreten, die durch die Abteilung Kultur oder den Swisslos-Fonds Basel-Stadt unterstützt wurden.

Zu Frage 6: Politische Meinungsäusserungen von Künstlerinnen und Künstlern sind grundsätzlich zu respektieren. Die Auszeichnung mit Preisen durch den Kanton oder eine kantonale Behörde ist nicht gleichzusetzen mit einer Förderung von Projekten auf Antrag von Kunst- und Kulturschaffenden. In der Projektförderung ist die Beurteilung des konkreten Projekts

massgeblich. Bestehen Zweifel, ob ein Projekt mit der Rechtsordnung vereinbar ist, so nimmt die Abteilung Kultur die notwendigen Sachverhaltsabklärungen vor.

Mit einer Auszeichnung hingegen wird eine Wertschätzung für besondere kulturelle Leistungen zum Ausdruck gebracht. Dies umfasst die gesamte Tätigkeit einer Person im kulturellen Kontext. Dabei dürfen auch Handlungen oder Meinungsäusserungen berücksichtigt werden, wenn diese Meinungsäusserungen Öffentlichkeitscharakter haben und sich direkt auf das kulturelle Engagement beziehen. Im vorliegenden Fall konnte der Widerspruch zum Zweck und Anliegen der Auszeichnung nicht ausgeräumt werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Joël Thüring (SVP): Ich danke Regierungspräsident Conradin Cramer für seine Stellungnahme. Heute Vormittag, – ich vermute, das liegt an den Interpellationen, die dazu eingegangen sind -, hat das Präsidialdepartement mitgeteilt, dass Leila Moon der Kulturförderpreis 2024 nicht vergeben wird. Ich begrüsse diese Entscheidung sehr ausdrücklich und ich kann Ihnen nur sagen, Herr Regierungspräsident Conradin Cramer, seit heute 11 Uhr oder wann auch immer diese Medienmitteilung veröffentlicht wurde, habe ich diverse E-Mails von Bürgerinnen und Bürgern erhalten, die sich darüber auch sehr erfreut gezeigt haben, dass Sie diesen Entscheid nun gefällt haben. Das zeigt also das ist der Entscheid richtig und vielleicht sogar auch überfällig war.

Sie haben mir die Fragen insofern beantwortet, als dass ich sagen kann, die Antwort ist zufriedenstellend, aber es wird auch in Ihrer Antwort nun etwas zu wenig stark deutlich, was die Verantwortung der Abteilung Kultur ist. Und hier müssen wir einfach feststellen, ich habe das bereits vor erwähnt, dass es in der Vergangenheit auch schon andere schwierige Situationen gegeben hat, wo die Abteilung Kultur involviert war, wo es danach auch öffentliche Diskussionen und Debatten gegeben hat und das zeigt eben doch sehr deutlich, dass hier eine gewisse Sensibilität in der Abteilung Kultur fehlt, und deshalb ist es auch aus meiner Sicht wichtig, dass dieser Vorfall auch intern noch einmal über angeschaut wird, aufgearbeitet wird und auch Schlussfolgerungen daraus gezogen werden.

Die Richtlinien für eine solche Preisvergabe können angepasst werden. Das ist eine Kompetenz, die Sie haben. Dafür müssen Sie nicht die Verantwortung an die Jury übertragen. Die Jury kann nur in dem Rahmen vergeben, in dem sie überhaupt die Kompetenz dazu hat und im Rahmen dessen, was Sie einer Jury vorgeben. Und hier ist der Ansatz schon der, dass man sagen muss, hier sollte die Kulturabteilung nachbessern, nachjustieren und sich auch Gedanken machen, wie man künftig solche Situationen vermeiden kann.

Es ist ein bisschen einfach zu sagen, Frau Moon habe diesen heiklen Post erst im Oktober 2024 nach der Vergabe gemacht. Das ist zwar korrekt, dieser eine besagte heikle Post ist tatsächlich erst im Oktober, ich glaube konkret am 12. Oktober 2024, gemacht worden. Aber sie hat, wenn man ihr Instagram-Profil anschaut, eben schon vorher sehr grenzwertige Posts abgesetzt, und ich finde ein Post mit der palästinensischen Flagge und dem Hinweis, dass man gegen ein Apartheid-System kämpft, lässt doch recht deutlich auch die Meinung oder die Gesinnung einer Person zum Vorschein bringen. Das finde ich per se auch nicht schlimm. Aber es geht uns ja darum – und das haben Sie in ihrer Antwort nun auch bestätigt –, dass es eben einen Unterschied gibt zwischen einem kulturellen Schaffen und der damit verbundenen Meinungsäusserungsfreiheit und der Vergabe eines Preises. Und hier haben wir nicht nur diesen einen Post von Frau Moon. Wir haben ihre Tätigkeit für ein Radio, das nun also wirklich grenzwertig ist von der Ausrichtung her, und wir haben weitere Positionierungen von Frau Moon vor diesem 12. Oktober und dem besagten Post, der nun wahrscheinlich Anlass war, ihr den Preis abzuerkennen.

Und hier braucht es aus meiner Sicht eben die Sensibilität in der Abteilung Kultur und die, dabei bleibe ich, fehlt aus meiner Sicht weiterhin und hier wünsche ich mir, dass Sie als neuer Departementsvorsteher auch Einfluss nehmen, dass Sie in dieser Abteilung Kultur in diesem Bereich nun wieder für Ordnung sorgen und hier auch diese Richtlinien vielleicht so geschärft werden, dass solche Peinlichkeiten künftig vermieden werden können. Das schadet nicht nur Ihrer Abteilung Kultur, sondern das schadet auch unserem Kanton im Gesamten, wenn wir solche öffentlichen Diskussionen über Wochen und Monate haben, wenn solche Preisvergaben an fragwürdige Personen angedacht sind.

Ich bin mit der Beantwortung der Interpellation zufrieden, wünsche mir aber, dass meine Anmerkungen vom Regierungspräsidenten so zur Kenntnis genommen werden, dass sie auch weitere Handlungen zur Folge haben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

17.2. Interpellation Nr. 143 Eric Weber betreffend Loyaler Vize-Kommandant der bei der Polizei auch gehen musste

[11.12.24 15:16:35, 24.5497.01]

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe am 5. Dezember ein Gespräch bei der Geschäftsleitung Polizei Basel verlangt. Ich dieses Gespräch dann auch gehabt in diesem Ausweichgebäude bei der Mustermesse. Denn viele Grossräte beklagen sich ja immer, dass wir auf unsere Fragen keine Antworten mehr bekommen von der Regierung, und wir müssen die Regierung kontrollieren und mehrere Grossräte beklagen sich seit mehreren Monaten, dass die Antworten der Regierung nicht passen. Darum gehe ich persönlich beim Departement vorbei und verlange die Antworten auf meine Interpellation. Also ich nehme zwei Wege, das persönliche Gespräch wie jetzt bei der Polizeileitung oder die Interpellation über die Regierung.

Die Polizeileitung hat sich bei mir bedankt für mein Versprechen, dass ich nie mehr eine Demonstration in Basel mache. Daran halte ich mich. Die Basler Polizei ist verzweifelt. Sie ist führungslos. Wie kam es dazu? Das muss erklärt werden. Ein Grossrat, nennen wir ihn Eric Weber, bekam im September 2018 eine Rechnung der Staatsanwaltschaft von 6'000 Franken. Sofort sagte ich der Polizei, ich mache eine Demo bei der Mustermesse und diese Demo ist am 24. November 2018. Was danach passierte, wissen Sie. Die Polizei übergab dann meine Demo an eine anderen Partei, aber ich war der Erfinder des Ortes und des Datums. Es ist mein Kind, es ist meine Erfindung. Der Kostenpunkt für den Steuerzahler, betrugen 800'000 Franken und über 3 Millionen für die zahlreichen 150 Strafprozess, was letzte Woche in der Basler Zeitung gestanden ist. Sie sehen, wie ein einzelner Grossrat die Polizei aushebeln kann.

Warum mache ich das? Weil ich keine drei Wahlcouverts gestohlen habe. Blicken wir noch weiter zurück. Ich habe auch hier bei der Polizei eine Demo beantragt vor dem Rathaus 2016. Und ich nahm bewusst einen Grossratstag. Das hat die Polizei gar nicht bemerkt. Es waren an diesem Tag rund 600 Polizisten im Einsatz, Kosten weitere 800'000 Franken. Warum berichte ich Ihnen das? Weil sich die Polizei mit nur einem Grossrat beschäftigt, seit Jahren und da spiele ich nicht mit. Ich überlege mir genau was ich mache und ich überlege mir genau, wie ich der Polizei die bekannten drei Schritte voraus bin. Und weil die Polizei einen falschen Fokus hat, haben wir die Probleme mit dem Kommandanten – ständig ein neuer Kommandant, noch einmal ein neuer Kommandant und noch einmal ein neuer Kommandanten. Man kann sich die Namen kaum mehr merken. Ich muss jetzt auch schon anfangen, mir die Namen aufzuschreiben.

Es kann doch nicht sein, dass sich die Polizei nur mit einem Grossrat beschäftigt seit 41 Jahren. Darum ist die Polizei nicht handlungsfähig, weil man ja nur fokussiert ist auf Eric Weber. Die Folgen, die Polizeiführungen werden ausgetauscht. Ich zitiere aus der Basler Zeitung vom 23. November 2024: Marc Pieth, Professor für Strafrecht an der Uni Basel, ordnete gegenüber dem Beobachter ein, die Basler Justiz werde hochgradig überfordert, von der Staatsanwaltschaft über die erstinstanzlichen Gerichte bis zum Appellationsgericht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu Interpellation Nummer 144 von Oliver Bolliger.

17.3. Interpellation Nr. 144 Oliver Bolliger betreffend der Absage der Preisverleihung des Kulturförderpreises aufgrund politischen Drucks

[11.12.24 15:21:12, 24.5508.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird auch diese Interpellation zu diesem Thema mündlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

*Oliver Bolliger (GAB):*Trotz der Bekanntgabe des PD von heute morgen begründe ich meine Interpellation wie geplant. Vielleicht denken Sie, dass es sich um eine Gegeninterpellation handelt, und da haben Sie gar nicht so Unrecht.

Bei beiden Interpellationen ging es nicht nur um die Preisverleihung. Der SVP geht es auch darum, immer wieder die Deutungshoheit über den Diskurs zum Palästina-Israel-Konflikt zu gewinnen, Druck auf die Regierung auszuüben und Menschen, die sich für Palästina äussern, einzuschüchtern, um eine differenzierte Debatte schon von Beginn an zu verunmöglichen, wie wir heute sehen, nicht ohne Erfolg.

Seit rund vier Wochen befassen sich die Basler Medien nun mit der Preisverleihung und der damit verbundenen Debatte. Gleichzeitig eskaliert der Naoskonflikt immer weiter und hat unterdessen noch grössere Ausmasse angenommen. Darunter

leidet in besonderem Masse die Zivilbevölkerung in Gaza. Es ist alles zerstört, es droht eine Hungerkatastrophe und es gibt keine Zukunftsperspektive. Aber auch im Libanon und aktuell in Syrien besteht grosses Leid und viele Menschen sind auf der Flucht. All das macht mich ohnmächtig, und vielleicht ist meine Interpellation auch ein kläglicher Versuch, dieser Ohnmacht zu begegnen.

Aus zwei Gründen habe ich meine Installation eingereicht. Zuallererst natürlich wegen dem peinlichen Vorgehen rund um den Kulturförderpreis. Die Absage der Preisverleihung durch die Abteilung Kultur sowie das aus meiner Sicht Einknicken der Regierung einen Tag nachdem die SVP ihre Interpellation zur Vergabe eingereicht hat, ist aus demokratiepolitischer Sicht ein fragwürdiges und hoch problematisches Vorgehen. Die Abteilung Kultur hat ihren Entscheid zur Preisvergabe auf Empfehlung einer unabhängigen Fachjury gefällt und so das musikalische Schaffen einer junge Künstlerin auszeichnen wollen, welche sich ja auch politisch äussert und sich für Palästina einsetzt. Es ging, wie Regierungsrat Conradin Cramer gesagt hat, um die Würdigung dieses künstlerischen Schaffens. Dass die Abteilung Kultur ihren Entscheid nicht antizipieren kann und der zuständige Vorsteher in einem Tweet in den sozialen Medien indirekt die Künstlerin dem Antisemitismusvorwurf aussetzt und somit auch die Interpellation der SVP legitimiert, ist wirklich irritierend. Wo bleibt hier die Seriosität und die politische Weitsicht unserer Regierung gerade bei diesem Thema?

Aber ich habe diese Interpellation, da bin ich ehrlich, auch eingereicht, weil ich nicht länger schweigen möchte. Die Debatte um Israel-Palästina muss die völkerrechtlichen Kriterien berücksichtigen und die Menschenrechte sind universal und müssen für alle gelten. Die SVP nutzt diesen Konflikt immer wieder, um grossen politischen Druck auf unsere Institutionen und die Regierung auszuüben mit dem Ziel, dass erst gar keine Kritik an der israelischen Regierung und Staat aufkommen kann. Und es passiert oft dasselbe- dies als Kritik an uns selbst –, wir überlassen das Feld mit der Idee, ihr ja keine öffentliche Bühne für die Debatte zu liefern. Nur so funktioniert das halt nicht und verfehlt komplett die Wirkung.

Es kann nicht sein, dass die berechtigte Kritik gegen die israelische Regierung, gegen Krieg und die Zerstörung von Gaza mit den Zigtausenden von zivilen Opfern mit Antisemitismusvorwürfen, Israelhasser- und Hamasversteherkommentaren zum Schweigen gebracht werden kann. Eine solche instrumentalisierende Antisemitismusdefinition verunmöglicht Dialog und stärkt eben all die Kräfte auf allen Seiten, die an einem Frieden gar kein Interesse haben und den Konflikt benötigen, um weiter an der Macht zu bleiben. Die von fort schriftlichen israelischen Wissenschaftler:innen veröffentlichte Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus ist zum Beispiel eine differenzierte Alternative zur unklaren IHRA-Definition und bringt unter anderem zum Ausdruck, dass eine faktenbasierte Kritik an Israel als Staat nicht per se antisemitisch ist.

Ich möchte Sie zudem auch daran erinnern, dass gegen den aktuellen israelischen Präsidenten, ein Ex-Verteidigungsminister, sowie gegen einen Hamas-Anführer ein internationaler Haftbefehl ausgesprochen wurde, weil alle rote Linien der Kriegsführung missachtet worden sind. Wir müssen hier im Grossen Rat und in der Regierung politisch in die Lage kommen, zwischen der zu verurteilenden israelischen Regierungspolitik und den klar in ihren Rechten zu schützenden jüdischen Menschen in Basel, weltweit und in Israel zu unterscheiden. Mir ist klar, dass dieser Konflikt nicht hier im Grossen Rat und schon gar nicht mit einer Interpellation gelöst werden kann, aber es prägt unsere Haltung und unser Denken, wie wir über diesen Konflikt sprechen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat der Regierungspräsident Conradin Cramer das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gerne beantworte ich diese Interpellation namens des Regierungsrats und verweise zunächst für die einleitenden Bemerkungen vollumfänglich auf meine Bemerkungen zur soeben beantworteten Interpellation Nummer 142 und auch auf die heute Morgen veröffentlichte und schon erwähnte Medienmitteilung der Abteilung Kultur.

Zu Frage 1: Die Jury wurde durch die Abteilung Kultur vor Versand der Medienmitteilung informiert, dass neue Informationen dazu geführt haben, dass die Abteilung Kultur die Preisvergabe überprüfen wird.

Zu Frage 2: Wie bereits erwähnt, ist die Abteilung Kultur für die Ausrichtung des Kulturförderpreises zuständig und hat auch in eigener Kompetenz die Überprüfung eingeleitet. Der zuständige Departementsvorsteher, der Sprechende, hat diesen Entscheid der Abteilung Kultur vollumfänglich mitgetragen und den Regierungsrat darüber informiert.

Zu Frage 3: Nein, die Verantwortung liegt bei der für die Umsetzung des Gesetzes zuständigen Behörde, in diesem Fall bei der Abteilung Kultur.

Zu Frage 4: Das Präsidialdepartement und die Abteilung Kultur bedauern, dass die Künstlerin durch die öffentliche Exponiertheit negativen Konsequenzen ausgesetzt ist.

Zu Frage 5: Leitend für das Handeln der Abteilung Kultur als Fachbehörde sind die gesetzlichen Grundlagen und nicht politische oder mediale Kampagnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat der Interpellant Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Oliver Bolliger (GAB): Es ist selten, aber es gibt Tage, da frage ich mich, was ich hier eigentlich mache, und heute ist so ein Tag. Ich bedanke mich für die mündliche Beantwortung der Interpellation, bin aber wirklich verärgert und irritiert. Ich finde es befremdlich, dass das Präsidialdepartement und die Abteilung Kultur heute Morgen vor der Interpellationsbeantwortung schon mal ihren Entscheid veröffentlichen. Das kann man so machen. Die Abteilung Kultur begründet ihren Entscheid, den bereits vergebenen Kulturförderpreis an Leila Moon nun doch nicht zu vergeben mit der Absage der Künstlerin eines persönlichen Auftritts im Oktober und einer Boykottäusserung in den sozialen Medien aufgrund des herrschenden Konflikts in Israel-Palästina. Gemäss der Medienmitteilung sieht die Abteilung Kultur und das PD einen Widerspruch zwischen der persönlichen Meinungsäusserungsfreiheit der Künstlerin und der öffentlichen Art der Preisverleihung. Das bedeutet also, dass, sobald eine Künstlerin, ein Künstler von der Fachjury vorgeschlagen wird und ab dann in der Öffentlichkeit steht, die Meinungsäusserungsfreiheit nur noch bedingt gegeben ist und bitte auf politische Äusserung verzichtet werden soll.

Hier stellt sich auch die Frage, für wie lange dies gilt. Kann ein Preis auch nach zwei Jahren aufgrund eines persönlichen Statements beispielsweise zu Israel aber auch zu einem anderen Thema wieder zurückgenommen wird. auch wenn es klar ist, dass man mit den Äusserungen nicht unbedingt einverstanden sein muss, stellt sich diese Frage trotzdem. Ich nehme an, die Fachjury hat nach einer bestehenden Logik die Künstlerin für den Preis vorgeschlagen und die Abteilung Kultur hat dies so bestätigt. EineÜberprüfung der Vergabe, und das sehe ich vielleicht anders als die Regierung, kann ja dann nur bei der Fachjury liegen. Nur diese wäre sozusagen berechtigt auf ihren Entscheid der Empfehlung zurückzukommen. Es zeigt sich also klar, die Fachjury ist irrelevant, und ich frage mich wirklich, was Sinn und Zweck einer solchen Jury in Zukunft sein soll.

Schlussendlich wurde die Preisvergabe aufgrund einer Interpellation der SVP aus meiner Sicht klar ausgehebelt und mit dem Tweet des zuständigen Regierungsrats wurden, ohne eine tiefere Debatte zu führen, die Fakten eigentlich schon geschaffen. Daraufhin wurde die Künstlerin inklusive dazu gehörender Debatte rund vier Wochen lang durch die Presse gereicht, und aus meiner Sicht endet alles in einem grossen Schlamassel. Die negativen persönlichen Konsequenzen für Leila Moon aufgrund der Rücknahme des Kulturförderpreises durch das PD sind gross und ich vermute mal, dass sie liebend gerne auf die Nominierung verzichtet hätte. Die Abteilung Kultur sowie der zuständige Regierungsrat tragen aus meiner Sicht schon die Verantwortung für diesen Prozess und müssten eine viel grössere Sensibilität an den Tag legen und garantieren können, dass auch bei einer Rücknahme alle Beteiligten besser geschützt werden.

Künstler:innen werden sich in Zukunft 100 Mal fragen, ob sie überhaupt einen solchen Preis annehmen sollen, weil nicht garantiert werden kann, dass aufgrund der Öffentlichkeit die negativen Konsequenzen den Preis schlussendlich überwiegen. Dass die Regierung die und die Abteilung Kultur ist als nicht notwendig erachten, die Künstlerin von den nun vorhanden negativen Konsequenzen zu schützen, finde ich wirklich ein bisschen skandalös. Es zeigt eben auf, dass die Sensibilität fehlt.

Weil kein Schutz vor politischen Kampagnen gegeben ist, empfehle ich dem Gesamtregierungsrat dringend, in den kommenden fünf Jahren auf die Vergabe von weiteren Kulturpreisen zu verzichten. Ich bin von der Beantwortung der Interpellation überhaupt nicht befriedigt und vom Vorgehen des zuständigen Regierungsrates und der Abteilung Kultur enttäuscht.

Zum Schluss, einfach, damit man vielleicht den Bogen trotzdem noch in eine andere Richtung biegen kann, empfehle ich uns allen hier, die SRF-Sendung der Sternstunde Religion vom 9. November mit zwei Menschen aus Palästina und Israel, welche beide sehr nahestehende Familienmitglieder aufgrund des Konflikts verloren haben und beide eine eindrückliche persönliche Geschichte und Einsatz für einen zukünftigen Frieden verkörpern. An solche Menschen sollten wir uns orientieren und anstatt in Zukunft Kulturförderpreise zu vergeben, würden wir die finanziellen Mittel besser für solche Projekte und Friedensmassnahmen aus Basel sprechen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

17.4. Interpellation Nr. 145 Daniela Stumpf Rutschmann betreffend Schneefall legt die BVB lahm

[11.12.24 15:32:09, 24.5511.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung.

17.5. Interpellation Nr. 146 Jean-Luc Perret betreffend Aufrechterhaltung des Trambetriebs bei extremen Wetterereignissen

[11.12.24 15:32:24, 24.5512.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch diese Interpellation wird schriftlich beantwortet. Der Interpellant möchte begründen und hat das Wort.

Jean-Luc Perret (SP): Auch ich starte mit einer Vorbemerkung. Mir ist natürlich völlig klar, dass bei solch starke Schneefall, wie er am 22. November fiel, an einen normalen Trambetrieb nicht mehr zu denken ist. Es ist klar, dass es zu Verspätungen kommt oder gar zu Unterbrüchen, und ebenso klar ist, dass zuerst die Rettungsachsen freigeräumt werden müssen. Aber danach, und das finde ich tatsächlich, sollte mit relativ hoher Priorität das Tram wieder fahren können. Ich habe diese Interpellation deshalb eingereicht, weil ich mich wirklich gewundert habe, dass die BVB den Traumbetrieb einfach bis auf weiteres eingestellt und auch am nächsten Morgen noch alle Trams im Depot stehen liessen. Erst im Lauf des folgenden Nachmittags lief der Betrieb dann wieder einigermassen regulär.

Das Tram hat als Schienenfahrzeug gegenüber allen anderen Verkehrsträgern grosse Vorteile und viele Menschen haben deshalb ihr Auto oder auch ihr Velo stehengelassen und wollten das Tram nehmen. Diese Menschen sollten sich darauf verlassen können, dass die BVB und das Tiefbauamt alle Hebel in Bewegung setzen, damit irgendeine Form von Trambetrieb als Service Public möglich bleibt. Wir haben es auch an verschiedenen Stellen gelesen bei anderen Verkehrsbetrieben auch bei städtischen, offenbar war es möglich, mit rund um die Uhr verkehrenden Fahrzeugen die Schienen und die Fahrleitungen schnee- und eisfrei zu halten. Bei uns hingegen fehlten scheinbar die Kapazitäten oder der Wille oder ein taugliches Notfallkonzept, oder man war einfach nicht genügend vorbereitet.

Ich hoffe, meine Fragen bringen dazu etwas genauere Informationen und ich freue mich deshalb schon fast darüber, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird, dass lässt doch ein bisschen Zeit für fundiertere Abklärungen. Mich interessiert vor allem, wie man es ein nächstes Mal besser machen könnte und auch möchte. Und mich interessiert, welche Notfallkonzepte die zuständigen Stellen für solche Fälle haben, nicht nur bei starkem Schneefall, sondern auch bei anderen starken Wetterereignissen, wie sie uns in Zukunft sicher häufiger bevorstehen werden.

17.6. Interpellation Nr. 147 Amina Trevisan betreffend Spielplatzverbot für Asylsuchende im Neubad

[11.12.24 15:34:56, 24.5514.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin möchte begründen und hat das Wort.

Amina Trevisan (SP): Betretungs- und Zutrittserbote: Welche Wirkung haben wir diese Verbote für Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung? Was machen diese Verbote mit einer Person und was bedeuten erst recht Spielplatzverbote für junge Menschen im Teenageralter, die bei uns Schutz und Sicherheit suchen? Wie gehen wir als Gesellschaft mit solchen Verboten um?

Ich bin während einer Zeit in Basel geboren, als kurz zuvor migrierten Menschen aus Südeuropa das Betreten eines Restaurants verwehrt blieb, denn sie standen vor Schildern mit der Aufschrift «Für Hunde und Italiener verboten». Auch meine italienischen Eltern waren damit konfrontiert. Abgesehen davon, dass eine Entmenschlichung italienischer Arbeitsmigrantinnen stattfand, denn sie wurden mit Tieren gleichgesetzt, wies dieses Betretungsverbot eine rassistisch konnotierte Diskriminierung auf. Restaurants waren auch in diesem Fall kein öffentlich zugänglicher Raum, sondern gehörten dem privaten Raum an.

Sie fragen sich nur vermutlich, was diese Erinnerung an ein Kapitel der Schweizer Geschichte mit dem Spielplatzverbot für minderjährige, unbegleitete Asylsuchende zu tun hat, die ab Januar im ehemaligen Hotel Balegra im Neubad wohnen werden. Ich verrate es Ihnen gerne, die soziale Dimension eines Zutritts- und Betretungsverbots ist der gemeinsame Nenner. Verbote haben eine grosse Wirkung auf Menschen, die von diesem Verbot betroffen sind, insbesondere wenn es sich um junge minderjährige Menschen handelt. Zutrittsverboten haben die Botschaft, ihr seid nicht willkommen. Wir wollen euch hier

nicht. Ihr stellt eine potenzielle Gefahr dar, vor der wir uns schützen wollen. Und Menschen, die mit Zugangsverboten konfrontiert sind, fühlen sich ausgegrenzt, vorverurteilt und nehmen eine Ungleichbehandlung wahr, die für sie rassistisch konnotiert sein kann. Oder bestand auch schon vorher ein Spielplatzverbot für Kinder und Jugendliche von Gästen des ehemaligen Hotel Balegra?

In der Wissenschaft sprechen wir einer Orderingerfahrung, der diese jungen Menschen mit Fluchterfahrung ausgesetzt sind. Der Mechanismus des Orderings besteht nicht nur in der Differenzierung des Eigenen vom Anderen, sondern dient auch dazu, bestimmte Menschen von einer Gesellschaft dominanten Wir-Gruppe als nicht dazu gehörig abzugrenzen.

Aber warum wird überhaupt ein generelles präventives Spielplatzverbot für minderjährige Asylsuchend ausgesprochen? Warum erkannte der Kanton ist, dass dieses Verbot gefühlt einer Ungleichbehandlung von Menschen entspricht? Und ist sich der Kanton bewusst, dass sich dieses Verbot auch auf das psychische Wohlbefinden der UMA auswirkt? Junge Menschen, die bereits traumatischen Erlebnissen ausgesetzt waren, Isolation und Perspektivlosigkeit und Ohnmacht wahrnehmen? All das schadet ihrer psychischen Gesundheit. Ein Teil der Anwohnenden begründen das Aussprechen des Spielplatzverbots damit, dass es auf dem privaten Spielplatz nicht genügend Platz für alle Kinder und Jugendliche habe und befürchten auch Konflikte, Littering und Lärm.

Offenbar spielen vielmehr Ängste und stereotype Zuschreibungen eine Rolle für das Aussprechen eines Spielplatzverbots. Dabei wurde ein Fehlverhalten der UMA antizipiert. Aber ja, Ängste müssen wir ernstnehmen, aber Ängste lassen sich nicht durch Verbote überwinden. Wir wissen aus der Wissenschaft seit Jahrzehnten, dass Begegnungen und ein gemeinsamer Austausch Ängste vor Migrierten und Geflüchteten abbaut und gegenseitiges Verständnis, Wertschätzung und Respekt fördert. Und woher stammen diese Ängste? Wenn rechte Parteien, Ängste von Menschen mit Migration- und Fluchterfahrung schüren und sie für das Elend der Welt verantwortlich machen, werden sie schnell zur sogenannten Sündenböcke gemacht, denn Geflüchtete eignen sich ideal als Projektionsfläche für eigene Ängste und Wut. Dadurch werden Ängste nicht nur befeuert, sondern auch politisch instrumentalisiert.

Ich kann die Entscheidung der Sozialhilfe des Kantons Basel-Stadt insofern nachvollziehen, dass das Spielplatzverbot als Kompromiss akzeptiert wurde, um das viel wichtigere Anliegen des Wohnens im ehemaligen Hotel nicht zu gefährden und Ruhe einkehren zu lassen. Aber Kompromisse haben manchmal einen sehr hohen Preis, so dass der Kompromiss nicht immer die Lösung ist. Es braucht in Basel eine Allianz der Solidarität und des Anstands, die anerkennt, dass Geflüchtete zunächst einmal Menschen sind, die unseren Respekt, unsere Zuwendung und Anerkennung verdienen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht nun an Regierungsrat Kaspar Sutter für die Beantwortung der Interpellation.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt:

Beim Spielplatz im Innenhof des Häuserdreiecks Reiterstrasse, Alpstrasse und Laupenring handelt es sich nicht um einen öffentlichen, sondern um einen privaten Spielplatz. Das Nutzungsrecht ist in einem Servitut geregelt, welche zugunsten der an den Innenhof angrenzenden Liegenschaften gilt. Die Sozialhilfe als Mieterin der Liegenschaft Reiterstrasse 1 verzichtet auf das Nutzungsrecht, da die künftigen Bewohnerinnen und Bewohner, also unbegleitete minderjährige Asylsuchenden zwischen 15 und 18 Jahre alt sein werden und sich in ihrer Freizeit erfahrungsgemäss nicht auf Kinderspielplätzen aufhalten. Sie werden im Rahmen der Hausordnung des Wohnheims dazu angehalten werden, den Spielplatz nicht zu betreten.

Zu Frage 2: Das Servitut ermöglicht den Bewohnerinnen und Bewohnern der berechtigten Liegenschaften den Zugang zum Innenhof.

Zu Frage 3: Wenn sich der Betrieb im Wohnheim eingespielt hat und gut funktioniert, behält sich die Sozialhilfe vor, in Absprache mit der Nachbarschaft den Passus wieder aus der Hausordnung zu streichen.

Zu Frage 4: Der gesamte öffentliche Raum steht den Bewohnerinnen und Bewohnern des Wohnheims an der Reiterstrasse 1 offen. Mit dem Jugendzentrum Neubad, dem nahe gelegenen Sportplatz, mit zahlreichen Vereinsaktivitäten und dem Quartierzentrum Bachletten gibt es viele Möglichkeiten, dass die jugendlichen Bewohnerinnen und Bewohner in Kontakt mit anderen Personen kommen können. Auch der Schützenmattpark ist zu Fuss gut erreichbar und bietet grosszügig Raum für Aufenthalt, Spiel und Begegnung

Zu Frage 5: Begegnungen sind immer dann bereichernd, wenn sie freiwillig stattfinden. Die Sozialhilfe hat diesbezüglich schon sehr gute Erfahrungen mit privaten Initiativen gemacht, wie zum Beispiel mit dem Café 103. Das Café 103 findet einmal pro Monat im Erstaufnahmezentrum am Dreispitz statt. Es ist ein Ort der Begegnung und Verbundenheit, wo sich jeweils 30 bis 50 Geflüchtete und Quartierbewohnerinnen und -bewohner treffen, sich austauschen, Kaffee trinken und gemeinsam Aktivitäten organisieren. Entstanden ist das Café 103 im Jahr 2017 dank einer Nachbarschaftsinitiative aus dem Gundeldingerquartier, als das kantonale Erstaufnahmezentrum für 250 geflüchtete Personen in Betrieb genommen wurde.

Auch für das Wohnheim an der Reiterstrasse 1 sind Anfragen von Privaten aus dem Quartier eingegangen, ob und in welcher Form ein guter Empfang der Jugendlichen vorbereitet und ein gelingendes Zusammenleben gestärkt werden könnten. Die Sozialhilfe wird die Entwicklung von passenden Begegnungsformaten aktiv begleiten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat und Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Amina Trevisan (SP): Ich bin teilweise befriedigt. Ich möchte an dieser Stelle noch kurz vorausschicken, dass ich selber fünf Jahre lang als Leiterin der Koordination Prekäre Wohnverhältnisse beim Kanton Basel-Stadt, also bei der Sozialhilfe gearbeitet habe und ich finde, dass sie eine hervorragende Arbeit leistet und bin sehr zufrieden auch mit ihrer Asylpolitik. Das will ich jetzt einfach kurz vorausschicken.

Ich bin nach wie vor der Meinung, dass dieses Spielplatzverbot erst gar nicht in die Hausordnung hätte aufgenommen werden sollen. Ein Spielplatz mit einem Ping Pong-Tisch für Teenager ist sehr wohl interessant für sie. Zudem dienen Spielplätze auch als integrative Orte, an denen Kinder und Jugendliche unterschiedlicher, ethnischer und sozialer Herkunft miteinander in Kontakt kommen können und so interagieren können. Das gemeinsame Spielen oder Austauschen fördert den Abbau von Vorurteilen und trägt zur Inklusion bei.

Anstatt Verbote zu erlassen, können Ängste durch Dialog, Aufklärung und Begegnung abgebaut werden. Ich begrüsse hingegen sehr, dass sich der Kanton vorbehält, das Verbot aufzuheben, sollte das Zusammenleben wie zu erwarten sein wird gut gelingen. Auch gefällt mir sehr, dass eine Art Café 103 auch im Neubad entstehen könnte, das vom Kanton unterstützt und begleiten wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit den Antworten teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

17.7. Interpellation Nr. 148 Lorenz Amiet betreffend Subsidiärer Einsatz der Armee während dem ESC

[11.12.24 15:44:50, 24.5515.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Stephanie Eyman.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zunächst grundsätzliche Bemerkungen. Der Regierungsrat freut sich über die Austragung des Eurovision Song Contest 2025 in Basel sowie über den starken Rückhalt, den der Anlass in der Bevölkerung geniesst. Mit der Durchführung des weltweit grössten Musikwettbewerbs wird sich Basel einem Weltpublikum als weltoffene Kulturstadt sowie als attraktiver und moderner Veranstaltungsort präsentieren können. Die Sicherheit des ESC 2025 in Basel und aller Beteiligten hat oberste Priorität und wird sorgfältig geplant.

Zu Fragen 1, 2 und 9: Bis dato hat der Regierungsrat beim Bund kein Gesuch um Unterstützung mit militärischen Mitteln gestellt. Nähere Auskünfte werden usanzgemäss nicht erteilt.

Zu Fragen 3, 7 und 8: Für die Beurteilung der Bedrohungslage stützt sich der Regierungsrat auf die Einschätzung der Sicherheitsbehörden, welche die Entwicklungen aufmerksam verfolgen und die Lagebeurteilung laufend anpassen. Das Risiko eines Luftangriffs wird derzeit vergleichbar hoch wie bei ähnlich gelagerten Grossveranstaltungen eingeschätzt.

Zu Fragen 4, 5 und 6: Usanzgemäss gibt der Regierungsrat keine Auskunft zum vorgesehenen Mitteleinsatz. Es ist jedoch davon auszugehen, dass zur Unterstützung sowohl Einsatzkräfte, gestützt auf das Konkordat über die polizeiliche Zusammenarbeit in der Nordwestschweiz PKNW als auch solche gestützt auf die Vereinbarung über die interkantonalen Polizeieinsätze IKAPOL beigezogen werden.

Zu Frage 10: Die Planung erfolgt fortlaufend und ist erst abgeschlossen, wenn der Einsatz rund um den ESC beendet ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat der Interpellant die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Beantwortung zufrieden ist.

Lorenz Amiet (SVP): Interpellationen sind dazu da, um auf dringliche Fragen rasche Antworten zu bekommen. In diesem Sinne bin ich der Regierung sehr dankbar, dass sie nach wenigen Tagen schon meine Fragen mündlich beantwortet hat. Hier endet hingegen meine Zufriedenheit.

Ich respektiere selbstverständlich, dass die Regierung keine operativen Details bekanntgeben möchte. Um mit der Antwort nicht zufrieden zu sein reicht mir jedoch die Aussage, dass bisher keine militärischen Mittel bestellt wurden. Zu keiner Zeit meines Lebens, und ich bin jetzt dann bald 50 Jahre alt,. war die Welt weniger sicher als heute. Russland aber auch eine zunehmende Anzahl anderer Staaten haben sich aus einem regelbasierten Wertesystem verabschiedet. Diese Länder bedrohen unsere westliche freie Gesellschaft mit verschiedenen Mitteln, im Cyberraum jeden Tag aber auch mit Explosionen in Frachtflugzeugen und anderen schwierigen Dingen.

Die Regierung, und das nehme ich gerne zur Kenntnis, beurteilt das Risiko eines Luftangriffs als derzeit vergleichbar hoch wie bei ähnlich gelagerten Grossveranstaltungen. So schätzt sie es ein. Wenn man eine Bedrohung hoch einschätzt, da muss man sich fragen, wie begegnet man dieser Bedrohung. Unsere Polizei, alle Polizeikorps der Schweiz haben keine Mittel gegen die Bedrohung aus der Luft, also ganz konkret gegen Drohnen. Das ist auch verständlich und richtig so. Das einzige Mittel in der Schweiz gegen eine solche Bedrohung ist die Armee. In der Schweiz kann die Armee richtigerweise nur subsidiär zum Einsatz gebracht werden. Das heisst, ohne Antrag des Kantons gibt es keinen Armeeeinsatz. Das unterscheidet uns zum Beispiel von den Schweden, wo dieses Jahr der ESC durchgeführt wurde. Das Milizsystem, das wir in der Schweiz haben, bedeutet aber auch, dass man Mittel rechtzeitig anfordern muss, so dass nicht nur die Militärs in Bern Zeit haben, um einen Einsatz zu planen, sondern dass man auch Zeit hat, Milizsoldaten aufzubieten auf genau dann, wenn man sie braucht.

Heute in genau fünf Monaten beginnt die sogenannte ESC-Woche. Dreieinhalb Monate sind vergangen, seitdem der Entscheid gefällt wurde, dass der ESC in Basel durchgeführt wird. Meine Aufforderung deshalb, geschätzte Frau Regierungsrätin Eymann, bestellen Sie so schnell wie möglich die nötigen Mittel und dann bin ich vielleicht nachträglich sogar teilweise befriedigt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist nicht zufrieden mit den Antworten. Die Interpellation ist erledigt.

17.8. Interpellation Nr. 149 Catherine Alioth betreffend den Baukubus auf dem Dach des Globus

[11.12.24 15:50:17, 24.5516.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird diese Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte begründen.

Catherine Alioth (LDP): Vielen Dank für die Gelegenheit, kurz begründen zu dürfen. Meine Interpellation betrifft den Baukubus auf dem Dach des Globus, der in der Sanierung des Globus erstellt wurde. Es stellt sich hier die Frage, weshalb dieser so gross und das Volumen so gross geworden ist. Ich bin mehrfach darauf angesprochen worden und ich habe mich in der Folge mit dem Thema auseinandergesetzt.

Es interessiert mich, welche Faktoren zu dieser Bewilligung geführt haben. Vom Nadelberg aus zum Beispiel ist die Sicht auf die Martinskirche sehr eingeschränkt und es fragt sich wirklich, weshalb, weil der Globus ja in einer Schutzzone ist und das historische Ensemble in dieser Schutzzone doch hohe Priorität hat.

Ich bin sehr gespannt auf die Antworten und bedanke mich im Voraus für die Bemühungen.

17.9. Interpellation Nr. 150 Heidi Mück betreffend Wartefristen für das Zentrum für Brückenangebote (ZBA)

[11.12.24 15:52:01, 24.5517.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte nicht begründen.

17.10. Interpellation Nr. 151 Jenny Schweizer betreffend Kulturvermittlungsprojekte und ihre Unterstützungsbeiträge seitens Abteilung Kultur

[11.12.24 15:52:18, 24.5518.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch diese Interpellation wird schriftlich beantwortet. Die Interpellantin möchte nicht begründen.

17.11. Interpellation Nr. 152 Beat K. Schaller betreffend Transpropaganda macht Schule

[11.12.24 15:52:33, 24.5520.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen. Damit hat das Wort Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Einleitend ist festzuhalten, dass an unseren Schulen immer das Kindeswohl im Zentrum steht. Die Schulen haben den Auftrag, die Kinder und Jugendlichen neben der Vermittlungen von fachlichen und überfachlichen Kompetenzen gemäss Lehrplan 21 zu unterstützen und zu begleiten. Die Umsetzung des Bildungsauftrags in den Volksschulen erfolgt immer in enger Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten.

Zu Frage 1: Die Erarbeitung des Leitfadens dauert rund drei Jahre. Das Thema Transition ist seit Jahren an den Schulen präsent. In der letzten Zeit haben die Schulen vermehrt Anfragen von Schülerinnen und Schülern sowie von Erziehungsberechtigten dazu erhalten. Deshalb haben insbesondere die Mitarbeitenden in den Schulen den Wunsch gehört, Informationen zu Thematik zu erhalten, da diese Themen komplex und sensibel sind. Ein Einbezug von Elternorganisationen fand nicht statt, jedoch wurden Erziehungberechtigte von den betroffenen Jugendlichen befragt.

Zu Frage 2: Schule ist eine pädagogische Institution. Die Mitarbeitenden an den Schulen wissen, dass die Identitätsfindung bei Jugendlichen auch zu Verunsicherungen führen kann. Es gehört zum grundsätzlichen Auftrag und professionellen Vorgehen der pädagogischen Fachpersonen, dies zu berücksichtigen und situationsgerecht damit umzugehen. Es ist nicht notwendig, dies speziell im Leitfaden zu erwähnen.

Zu Frage 3: Ist die Beziehung der Erziehungsberechtigten untereinander oder zwischen ihnen und ihrem Kind hoch strittig, so stellt dies eine Belastung für Kinder und Jugendlichen dar, unabhängig von der Thematik. In solchen Situationen steht auch die Schule in der Pflicht zu prüfen, wie sich die Situation für die Schülerinnen und Schüler und ihre Familien verbessern lässt. Deshalb wurden entsprechende Empfehlungen in den Leitfaden aufgenommen.

Zu Fragen 4 und 5: Sorgen und Bedenken der Erziehungsberechtigten werden immer ernstgenommen. Wie bereits erwähnt, erfolgt die Umsetzung des Bildungsauftrags in den Volksschulen immer in enger Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus trägt massgeblich zu einer erfolgreichen Entwicklung und Schullaufbahn bei. Die Lehr- und Fachpersonen gehen mit der gebotenen Sensibilität vor. Diskriminierung wird an den Schulen grundsätzlich nicht geduldet, unabhängig davon, gegen wen sich eine solche richtet.

Zu Frage 6: Das Risiko, aufgrund einer Trans Identität die betroffene Person zu stark in den Fokus rücken, lässt sich minimieren, wenn die Kommunikation sorgfältig besprochen und geplant wird. Auch dazu finden sich Empfehlungen im Leitfaden.

Zu Frage 7: Eine solche temporären Massnahme kann als ultima ratio zum Schutz der Betroffenen in speziellen Situationen ergriffen werden. Bisher kam es zu keinem solchen Fall.

Zu Frage 8: Der Leitfaden soll Informationen im Umgang mit schulischen Fragen bieten und keine medizinischen Fragestellungen beantworten. Die Begriffe Therapie und Behandlung werden synonym verwendet.

Zu Frage 9: Es gehört zum Grundauftrag von Lehr- und Fachpersonen auf alle Schülerinnen und Schüler möglichst individuell einzugehen.

Zu Fragen 10 und 11: Seit Inkrafttreten von Art. 30b ZGB am 1. Januar 2022 können Transmenschen, sofern sie 16 Jahre alt sind, ihren Geschlechtseintrag und ihren Vornamen und Personenstandregisters mittels Erklärungen gegenüber dem Zivilstandsamt rasch und unbürokratisch und ohne Einwilligung der gesetzlichen Vertretung ändern. Sie haben auch das Recht, diese Angaben in ihren schulischen Dokumenten nach Abschluss der Schullaufbahn zu ändern.

Zu Fragen 12, 13 und 14: Das Erziehungsdepartement erachtet den Leitfaden als praxistaugliches Dokument im Umgang mit den erwähnten Fragestellungen und sieht keine problematischen Forderungen darin. Dementsprechend werden wir den Leitfaden nicht zurückziehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit den Antworten zufrieden ist.

Beat K. Schaller (SVP): Wenn ich dem Regierungsrat danken würde, wäre ich nicht ehrlich, denn ich sehe in dieser ganzen Angelegenheit, auch in den Antworten – nennen wir sie mal Antworten – nichts für dass ich dankbar sein kann. Diese so genannte Handreichung kommt ja aus dem tiefsten Leitfaden der fundamentalen Transideologie und bevor jetzt hier ein grosser Aufschrei kommt von wegen Transphobie, ich wiederhole es immer wieder ja, es gibt Menschen in unserer Gesellschaft, die trans sind, sie haben unsere Hilfe, unsere Unterstützung verdient. Ich sage klar Ja zu Transmenschen, aber Nein zur Transideologie. Und ich bin erschüttert, wie weit diese Ideologie sich schon ins Erziehungsdepartement hineingefressen hat.

Die Handreichung beginnt ja bereits schon beim Kindergarten. Die Kinder in der Früh- und Mitteladoleszenz, 12-, 14-, 15-Jährige sind in einer labilen Phase, machen aus welchen Gründen auch immer eine Selbstdiagnose und diese Selbstdiagnose darf nicht hinterfragt werden. Damit bereiten wir den Weg für furchtbare Dinge, die da gemacht werden, tatsächlich gemacht werden. Amputationen an Mädchen, Cross-Sex-Hormone, Pubertätsblocker oder sonstige Doktor Frankensteinsche Experimente von durchgeknallten Gesellschaftsingenieuren. Ich finde es entsetzlich, was hier abgeht.

Zu den Bemerkungen von Regierungsrat Mustafa Atici: Ich habe zum Beispiel gefragt, wieso Elternorganisationen nicht einbezogen worden sind. Wieso nicht – die Antwort ist, sie fand nicht statt. Die Fachpersonen würden situationsgerecht damit umgehen. Nein, Sie machen das affirmativ, ohne irgendwie zu hinterfragen. Wenn Eltern damit nicht einverstanden sind, werden sie als schwierig klassifiziert. Ich finde das furchtbar. Die Regierung schreibt von einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus. Lesen Sie diese Handreichung, wenn Eltern nicht einverstanden sind, dann soll die KESB beigezogen werden, weil das Kindswohl gefährdet sei. Das ist nichts anderes als eine totalitäre Massnahme. Da wird den Eltern das Erziehungsrecht ihrer Kinder abgesprochen. Ich glaube, ich habe es schon einmal gesagt, ich finde das unfassbar. Mir fehlen fast die Worte. Nein, ich habe Worte dafür, aber ich sage sie nicht, sonst würde ich zu Recht einen Ordnungsruf des Präsidenten fassen.

Wenn sich jemand nach der Schullaufbahn als Trans outet – das ist okay, das ist sein Recht, das kann er machen – dann sollen nachträglich seine schulischen Unterlagen angepasst werden. Ich habe gefragt, wie schätzt der Regierungsrat Aufwand und Komplexität ein angesichts der möglichen Geschlechtsfluidität – dieses Jahr so, dieses Jahr so. Es ist machbar, dann die schulischen Unterlagen anzupassen. Aber wieso reagiert oder antwortet der Regierungsrat nicht auf meine konkrete Frage, ganz abgesehen davon, dass diese nachträgliche Geschichtsklitterung höchst problematisch ist. Zudem sieht der Regierungsrat keine problematischen Forderungen in der Handreichung. Ja ich bitte Sie, den Eltern das Erziehungsrecht wegzunehmen, wenn Sie nicht mit der Handreichung einverstanden sind, das ist nicht problematisch? Wenn Eltern nicht einverstanden sind, dann sind Sie schwierig und dann müssen Sie auf Linie gebracht werden. Das ist nicht problematisch? Ich kann da nur den Kopf schütteln und sagen, ich bin nicht zufrieden mit der Antwort.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

Ich möchte an dieser Stelle festhalten, dass ich es schwierig finde, wenn dem Staat totalitäres Handeln unterstellt wird. Ich nehme aber Ihre Haltung zur Kenntnis. Damit sind die Interpellationen erledigt und ich übergebe das Wort dem Statthalter.

10. Erneuerung des Staatsbeitragsvertrags zwischen dem Kanton Basel-Stadt und den Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel für die Modellprojekte Home Treatment High Utilizer und Home Treatment bei Übergangsbehandlung nach stationärer Behandlung für das Jahr 2025, Bericht der GSK

[11.12.24 16:03:42, 24.1065.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidenten Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Über die beiden aufsuchenden Home Treatment-Angebote der UPK haben wir uns im Grossen Rat bereits in den vergangenen Jahren befasst und auch darüber abgestimmt. Seit 2019 unterstützt der Grosse Rat diese zwei Modellprojekte mit bis anhin jeweils dreijähriger Finanzhilfe.

Unter Home Treatment versteht man eine aufsuchende ambulante psychiatrische Behandlung durch ein multiprofessionelles Team nach einem stationären Aufenthalt in der Klinik. Es gibt zwei Angebote Home Treatment als Übergangsbehandlung von maximal drei Monaten bis ein Tagessetting aufgebaut ist oder das längerfristige Home Treatment für schwerst erkrankte Menschen, welches sich über einen längeren Zeitraum erstrecken kann. Ziel ist es, durch dieses Angebot Rückfälle und Drehtüreffekte zu verhindern.

Unterdessen wurden die Projekte evaluiert und verbessert, weitere Optimierungen wie beispielsweise die Verstärkung der Team-Strukturen oder die Erweiterung der Zielgruppen aus dem ambulanten Setting der UPK sind nun geplant und wären sehr sinnvoll.

Vorgesehen ist, dass die beiden Modellprojekte per 1. Januar 2026 in den Regelbetrieb überführt werden und nicht mehr separat, sondern im Rahmen der gemeinwirtschaftlichen Leistungen GWL für die Periode von 2026 bis 2029 finanziert werden. Damit die Finanzierung für das Jahr 2025 sichergestellt werden kann, braucht es jedoch eine Übergangsfinanzierung und für diese Übergangsfinanzierung beantragt der Regierungsrat eine Ausgabenbewilligung im bisherigen Rahmen in der Höhe von 1’468’205 Franken für die universitären psychiatrischen Kliniken, damit die beiden Modellprojekte fortgesetzt werden können.

Die GSK kann die vorliegende Übergangsfinanzierung für das Jahr 2025 sowie auch die Integration in die ordentliche GWL-Finanzierung sehr gut nachvollziehen. Es ist wichtig, die Projektphase nun abzuschliessen. Der GSK ist es wichtig, sich im Rahmen der Überführung der beiden Home Treatment Projekte im kommenden Jahr intensiv inhaltlich mit dem Angebot, den Zielsetzungen, den Zielgruppen und der Finanzierung der aufsuchenden Behandlungsangebote auseinanderzusetzen. Die GSK erachtet diese Angebote als sehr interessant und sinnvoll.

In der Beratung wollte die Kommission vom Gesundheitsdepartement wissen, weshalb die Krankenkassen sich nur in geringem Masse am Home Treatment beteiligen, denn eine stärkere Beteiligung wäre zu begrüssen. Die GSK erachtet Home Treatment als ein wichtiges Angebot der integrierten Versorgung und sollte unabhängig von der herrschenden Finanzierungslogik für die Zukunft gesichert werden können, ebenso interessant wie die Auseinandersetzung mit den inhaltlichen Ausrichtungen und den Zielgruppen der bestehenden Angebote sein. Nach 48 Monaten werden zwischen den beiden Home Treatment Angebote unterschiedliche Erfolgsfaktoren festgestellt. Hier wird es interessant sein, inwiefern sich die Zeitdauer und die Auswirkung auf bestimmte Zielgruppen entsprechend ausgewirkt haben.

Bisherige Hauptzielgruppen waren Menschen mit Depressionen, Sucht und Psychosen waren deutlich weniger vertreten als mit den Ein- und Ausschlusskriterien zusammenhängen. Dies wurde bereits zu Beginn der Pilotprojekte kritisch hinterfragt, die Abgrenzung zur Psychiatrie Spitex beziehungsweise deren gegenseitiger Ergänzung wird auch für die zukünftige Ausrichtung sehr spannend werden.

Es stehen im 2025 entscheidende Fragen und Antworten für die Zukunft der Home Treatment Projekte der UPK an. Im Namen der GSK spreche ich der UPK unseren Dank für die Lancierung der beiden Home Treatment-Projekte und deren Weiterentwicklung aus. Die GSK beantragt Ihnen einstimmig, dem vorliegenden Grossratsbeschluss zuzustimmen und für die Fortführung der beiden Home Treatment Angebot der UPK für das Jahr 2025 insgesamt 1,4 Millionen Franken zu bewilligen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort geht an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Sie haben ja jetzt bereits ausgeführt, worum es bei diesen beiden Modellprojekten Home Treatment geht, ich werde deshalb etwas abkürzen und das nicht wiederholen. Wir sind uns inhaltlich ja auch einig, dafür bin dankbar dafür. Mit beiden Home Treatment-Projekten wird das Prinzip ambulant vor stationär auch auf akut und schwer psychisch belastete Patientinnen und Patienten ausgedehnt, die ansonsten eben nur in einem stationären Umfeld behandelt werden könnten.

Durch die seit 2019 bestehende Mitfinanzierung der beiden Versorgungsangebote zu Home Treatment hat der Kanton Basel-Stadt in den letzten Jahren einen bedeutenden Schritt in Richtung einer intermediären und damit wohnort- und patientennahen Versorgung von Personen mit psychischen Erkrankungen machen können. Die Erfahrungen mit den beiden Modellen sind positiv. Hinsichtlich der Reduktion symptomatischer Beeinträchtigung, der Wiedererlangung sozialer Kompetenzen sowie der Patienten- und Angehörigenzufriedenheit sind die beiden Angebote gegenüber der stationären Behandlungsoption mindestens gleichwertig. Der Vorteil der Home Treatment-Angebote besteht aber in der Möglichkeit, dass Patientinnen und Patienten in ihrem gewohnten Umfeld bleiben und die bestehenden Belastungen und Herausforderungen direkt in ihrem Alltag angehen können. So können sie nachhaltig für einen besseren Umgang mit Schwierigkeiten befähigt werden. Vorhandene Ressourcen sowie Angehörige, der Freundeskreis oder das berufliche Umfeld können zudem gut in die Behandlung integriert werden. Die Patientinnen und Patienten erleben das Angebot als niederschwellig und wenig stigmatisierend und das Behandlungsteam schätzt die Möglichkeit, flexibel und individuell auf die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten eingehen zu können.

Auch in anderen Kantonen wurden in den letzten Jahren ähnliche Home Treatment-Angebote eingeführt. Eine flächendeckende Integration solcher intermediärer Angebote in die Regelversorgung stellt jedoch aufgrund fehlender nationaler Finanzierungsgrundlagen, Stand heute, eine grosse Schwierigkeit dar. Das aktuelle Tarifsystem für ambulante Einzelleistungen reicht nicht für eine kostendeckende Finanzierung aus. Insbesondere die Vorhalteleistungen, der Fall spezifische Austausch des multidisziplinären Teams sowie die Anfahrtskosten sind in diesem Tarifsystem zu wenig abgebildet. Daher müssen Angebote wie eben diese bei den Basler Home Treatment-Projekte durch kantonale Finanzhilfen unterstützt werden. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie die Finanzen dafür von 2019 bis 2024 schon gesprochen haben und jetzt geht es eben um die Weiterführung dieser Projekte in einer Regelfinanzierung. Mit dieser Perspektive prüfen wir derzeit, diese beiden Projekte ab 2026 im Rahmen der so genannten gemeinwirtschaftlichen Leistungen zu finanzieren. Dafür werden wir Ihnen im Verlauf des nächsten Jahres entsprechende Anträge stellen.

Jetzt geht es um das Folgejahr, und dafür sollen eben diese Übergangsmittel jetzt gesprochen werden. Ich bin Ihnen sehr dankbar, wenn Sie unseren Anträgen nachkommen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 6 des Berichts und zur Abstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005189, 11.12.24 16:12:53]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Fortführung der beiden aufsuchenden Angebote «Home Treatment bei High Utilizer» und «Home Treatment bei Übergangsbehandlung nach stationärer Behandlung» der Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel werden für das Jahr 2025 Ausgaben von insgesamt Fr. 1’468’205 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben dem Grossratsbeschluss einstimmig mit 86 Stimmen zugestimmt.

11. Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB) - Genehmigung der Jahresrechnung 2023;Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der IGPK UKBB

[11.12.24 16:13:09, 24.0713.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Die IGPK Universitätskinderspital beider Basel beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Der Landrat wird das Geschäft in seiner Budgetsitzung am 11. Dezember Dezember behandeln.

Das Wort hat die Sprecherin für die IGPK Lydia Isler-Christ.

Lydia Isler-Christ (LDP): Ich darf als Vizepräsidentin der interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission des UKBB zu Ihnen sprechen. Die Kommission hat den Bericht des Regierungsrates zum UKBBe zusammen mit Vertretern der Departemente und des UKBB besprochen. Das Jahr 2023 war seit 2019 erstmals wieder ein Jahr, das nicht unmittelbar von der Coronapandemie betroffen war. Zusammenfassend kann erwähnt werden, dass sich nach den Pandemiejahren die Situation im UKBB weitgehend normalisiert hat. Die Jahresrechnung schloss mit einem Verlust von 2,2 Millionen, ein Verlust, welcher erfreulicherweise nicht so hoch ausfällt wie die ursprünglich budgetierten 7,1 Millionen. Ein Grund dafür ist die Entwicklung der Fallzahlen. Die Anzahl Besuche stieg im ambulanten Bereich um 1,7 Prozent. Die stationären Erträge blieben stabil, die ambulanten haben sich auch dank Rückstellungseffekten erhöht. Und für Interessierte, alle weiteren genauen Zahlen können im Bericht nachgelesen werden.

Ich möchte gerne noch zwei Punkte erwähnen, welche das UKBB auch in Zukunft beschäftigen werden. Ein Thema ist das Parking unter dem Tschudi-Park, welches in der Kommission intensiv diskutiert wurde. Die Kommission schätzt die kurz- und mittelfristigen Lösungen, die gefunden werden, seitens Basel-Landschaft wird das Tschudi-Parking aber weiterhin gewünscht und als beste Lösung angesehen. Seitens Basel-Stadt wird gewünscht, dass die Auswirkungen der kurz- und mittelfristigen Lösungen in die weitere Evaluation einfliessen sollen.

Ein weiteres Thema betrifft einen Fachkräftemangel. Es gibt Vermittlungsfirmen, welche gezielt Personal abwerben im Spital, um dann die gleichen Personen zu höheren Kosten, aber weniger Flexibilität dem Spital wieder zur Verfügung stellen. Das ist eine höchst problematische, natürlich auch sehr störende Entwicklung. Das UKBB reagiert entsprechend mit verschiedenen Massnahmen darauf.

An dieser Stelle möchte ich nur noch allen Menschen vom UKBB, die sich rund um die Uhr für die kleinen Patienten einsetzen, ganz herzlich danken für ihren grossen Einsatz. Den Kommissionsmitgliedern danke ich für ihre Arbeit und ich bitte Sie, den vorliegenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Noch eine kleine Zwischenbemerkung: Der Landrat hat das Geschäft heute Morgen einstimmig verabschiedet. Das Wort geht somit an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich möchte mich dem Dank von Frau Kommissionsvizepräsidentin Isler anschliessen. Ich glaube, das ist eigentlich fast das Wichtigste. Wir sollten die Arbeit würdigen, die im UKBB erbracht wird von den Mitarbeitenden tagein nachtaus kann man sagen, über das ganze Jahr hindurch, und jetzt dann auch durch die anstehenden Festtage sorgen sie für die Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen und dafür verdienen sie unseren Dank und unsere Anerkennung. Diese Versorgungsleistung ist das Zentrale. Für diesen Zweck haben wir Spitäler und nicht für irgendwelche finanziellen Ziele. Die sind entsprechend nachrangig. Da geht es darum, dass die Versorgungsleistung, die so zentral ist, nachhaltig finanziert werden kann.

Da kommen nun dunklere Wolken auf. Sie sehen im Bericht, den die Kommissionssprecherin zusammengefasst hat und der auch für sich selber spricht, dass das UKBB im Jahr 2023 in die Verlustzone abgerutscht ist. Das ist bedauerlich und entsprechend macht uns das auch Sorgen. Es ist auch eine Entwicklung, die wir – also die Spitalverantwortlichen und die Vertreterinnen und Vertreter der beiden Eignerkantone – sehr eng begleiten und auch Lösungsansätze dazu diskutieren.

Vielleicht kann ich dazu den Blick noch etwas öffnen, auf der Zeitschiene zuerst rückwärts. Das UKBB war über viele Jahre auch finanziell erfolgreich, was alles andere als eine Selbstverständlichkeit ist. In den Jahren 2014 bis 2016 konnten sogar Dividenden an die Trägerkantone ausgerichtet werden und Mittel in einen Forschungsfonds eingebracht werden. Inzwischen haben sich allerdings die Strukturen verschoben und es gibt ein strukturelles Defizit. Insbesondere liegt dieses in der tarifarischen Unterdeckung der ambulanten Behandlungsleistungen begründet aber auch in einem jetzt Fachkräftemangel bedingten Anstieg der Personalkosten. Dazu kommt die allgemeine Teuerung und es kommt dazu ein eher starres Tarifsystem, welches eben nur mit grosser Verzögerung derartige Bewegungen auffangen kann. Und so stellt sich jetzt eben diese Herausforderung, dass wir das UKBB in einer Verlustzone leider sehen. Das wird auch im laufenden Jahr sehr

höchstwahrscheinlich so sein und wir sind jetzt, wie ich gesagt habe, gemeinsam mit den Spitalverantwortlichen und auch den Kantonsvertreterinnen und -vertretern von Basel-Landschaft in einer in einer intensiven Arbeit, um zu sehen, wie sich die die tarifarischen Perspektiven verändern, insbesondere mit Einführung dann von Tardoc und wie wir dann auch unsere Eignerverantwortung in finanzieller Hinsicht in Zukunft wahrnehmen werden.

Ich möchte die Bemerkung betreffend dieses Parkierungsthemas nicht ganz unkommentiert lassen. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass die Spitalverantwortlichen jetzt in Absprache mit der Universität eine gute Lösung gefunden haben für unterirdische Parkplätze in unmittelbarer Nachbarschaft des Spitals. Es sind noch weitere, jetzt zusätzliche Parkplätze in Umwidmung begriffen, auch in der Nähe des Spitals und darüber hinaus stehen die Parkplätze im Cityparking zur Verfügung. Das ist in internationalen Dimensionen gesprochen gleich nebenan. Wir müssen uns hier nicht irgendwelche Distanzen dazu einbilden. Insofern kann ich verstehen, dass man noch diesem früheren Plan des Tschudi-Parkings nachhängt. Ich möchte so sagen, dass das eine sehr gute Lösung gewesen wäre für das Spital, für die Patientinnen und Patienten und ihre Angehörigen. Aber wir möchten bitten zur Kenntnis zu nehmen, dass wir jetzt für die absehbare Zeit eine andere Lösung gefunden haben, die auch gut ist und die den Patientinnen- und Patienteninteressen also auch gut gerecht wird. Wir werden dann sehen müssen, längerfristig, ob es reicht oder ob es dann zusätzliche Elemente braucht. Für diese Neubeurteilung bleiben wir selbstverständlich offen. Ich danke Ihnen für die Kenntnisnahme des Berichts.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005191, 11.12.24 16:22:44]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Bericht des Regierungsrats betreffend Information über die Rechnung 2023 des Universitäts-Kinderspitals beider Basel wird gemäss § 11 Abs. 5 lit. a und b des Staatsvertrags über das Universitäts-Kinderspital beider Basel (Kinderspitalvertrag) vom 22. Januar 2013 zur Kenntnis genommen.

2. Ziffer 1 dieses Beschlusses steht unter dem Vorbehalt eines gleichlautenden Beschlusses des Landrates des Kantons Basel-Landschaft.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

12. Nachtragskredit für das Jahr 2024 betreffend Staatsbeiträge für 20 Trägerschaften der Quartierarbeit in den Jahren 2024 bis 2027, Bericht des RR

[11.12.24 16:22:58, 23.0849.03]

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Finanzkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidenten Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Mit diesem vorliegenden Nachtragskredit beantragt Ihnen die Finanzkommission, dem Antrag des Regierungsrates zu folgen und die Staatsbeiträge für 20 Trägerschaften der Quartierarbeit für das Jahr 2024 in der Höhe von 269’000 Franken zu bewilligen. Das ist die Höhe des Nachtrags.

Der Grosse Rat hat in seiner Sitzung vom 13. Dezember 2023 im Rahmen der Behandlung des besagten Geschäfts für die Leistungsperiode 2024 bis 2027 in Abweichung zum Ratschlag des Regierungsrats diverse Erhöhungen beschlossen. In der Summe wichen diese um rund 301’000 Franken vom Ratschlag ab. In der am Folgetag stattgefundenen Budgetberatung, manche von uns mögen sich daran noch erinnern, wurden von diesen 301’000 Franken nur 32’000 Franken noch ins Budget

aufgenommen. Diese entsprechend der seitens der Bildungs- und Kulturkommission beantragten Erhöhung des Budgets für den Verband Quartiertreffpunkte Basel. Die übrigen 269’000 Franken, um welche die Ausgabenbewilligung gegenüber dem Ratschlag und entsprechend auch gegenüber dem Budget des Regierungsrats erhöht wurde, wurden jedoch im Budget nicht noch zusätzlich aufgenommen. In der Summe ergibt sich gegenüber dem Budget 2024 daher eine Differenz von 269’000 Franken, die mit diesem Begehren nach einem Nachtragskredit nun ausgeglichen werden soll.

Es geht hier also nicht um eine neuerliche inhaltliche Debatte, sondern lediglich um einen finanzrechtlichen Nachvollzug eines bereits gefällten Beschlusses, weshalb die Finanzkommission diesen Nachtragskredit auch nicht inhaltlich bewertet. Sie finden im Bericht des Regierungsrates auf den Seiten 3 und 4 eine Übersicht, welche Institutionen davon profitieren werden. Es handelt sich dabei vor allem um die Quartiertreffpunkte mit jeweils 6’000 respektive 3’000 Franken und die Kindertankstellen Claramatte und Ökolampad. Die Finanzkommission beantragt Ihnen deshalb einstimmig, dem Antrag des Regierungsrates zu folgen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort geht an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Wie der Präsident der Finanzkommission ausgeführt hat, geht es hier eher um eine budgetäre Technizität. Das Geld wurde von Ihnen gesprochen, diese Erhöhungsanträge, die ja aus Ihren Reihen kamen, materiell genehmigt. Sie müssen nun aber auch zur Verfügung stehen im Jahresetat für das Jahr 2024, deshalb dieser Nachtragskredit.

Ich danke der Finanzkommission, dass sie das einstimmig auch so bereinigen möchte und bitten Sie ebenfalls um Zustimmung zum Beschlussantrag.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit geht das Wort an die Fraktionssprecher und wir starten mit Daniel Seiler von der FDP.

Daniel Seiler (FDP): Ich mache es kurz, die Kreuztabelle zeigt ja ein klares Bild. Aber wir waren damals schon dagegen, daher sind wir eigentlich auch jetzt wieder dagegen. Über den Trägerverein des Stadtteilsekretariats Kleinbasel können wir jetzt nicht diskutieren, daher einfach so viel: Wir lehnen diese Ausgabenbewilligung, diesen Nachtragskredit ab.

Balz Herter (Mitte-EVP): Gibt es noch Wortmeldungen von Joël Thüring und Regierungspräsident Conradin Cramer? Sie verzichten. Somit ist die Rednerliste erschöpft.

Eintreten ist nicht bestritten. Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 4 Nein, 6 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005193, 11.12.24 16:28:01]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Staatsbeiträge für 20 Trägerschaften der Quartierarbeit in den Jahren 2024 bis 2027 wird für das Jahr 2024 ein Nachtragskredit in der Höhe von Fr. 269’000 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 74 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen bei sechs Enthaltungen zugestimmt. Das Geschäft ist erledigt.

13. Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Basler Papiermühle für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der BKK

[11.12.24 16:28:18, 24.0640.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Die Basler Papiermühle wird getragen von der privaten Stiftung Basler Papiermühle. In der Institution arbeiten 24 Festangestellte, 26 Menschen sind im Stundenlohn angestellt und zusätzlich leisten 23 Freiwillige ihren Beitrag, um das steigende Publikumsinteresse zu bewältigen. Seit 1984 leistet die Basler Papiermühle Pionierarbeit in den Bereichen Inklusion und kultureller Teil habe. Ein Teil der Festangestellten sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit IV-Rente, welche im Rahmen integrierter geschützter Langzeitarbeitsplätze in allen Bereichen des Museums beschäftigt sind.

2017 wurde das Museum für diese Leistung von Pro Infirmis mit dem Label Kultur inklusive geehrt. Zudem erhielt die Institution im selben Jahr den Prix schappo des Kantons Basel-Stadt als Auszeichnung für das grosse ehrenamtliche Engagement der freiwilligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nebst dem musealen Kerngeschäft ist die Basler Papiermühle auch ein Forschungszentrum, dessen Expertise im Bereich der historischen Maschinen für Druckerzeugnisse und Papierherstellung national und international gefragt ist.

Grundsätzlich ist die finanzielle Situation stabil. Die Institution profitiert von erhöhten Staatsbeiträgen in der laufenden Periode und war erfolgreich in der Akquise von Drittmitteln. Zudem ist das Museum erfolgreich in seinem Wirken. So weisen die Erträge in der Rechnung 2023 eine Steigerung bei den Ticketeinnahmen von 36 Prozent und beim Warenverkauf von rund 12 Prozent aus. Allerdings sind die Personalkosten um rund 5 Prozent und der Sachaufwand um 30 Prozent gestiegen.

Die Basler Papiermühle hat für die Weiterführung ihres Leistungsauftrags mit dem Kanton Basel-Stadt um eine Erhöhung der Staatsbeiträge um 82’000 Franken pro Jahr ersucht. Begründet hat das die Institution mit der Kompensation von wegfallenden kantonalen Beiträgen des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt im Rahmen der Behindertenhilfe. Bis Ende 2023 war das Museum als Institution von der Behindertenhilfe Basel-Stadt anerkannt und erhielt Betriebsbeiträge der Behindertenhilfe der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaftschaft. Die Papiermühle ist im Kern aber keine soziale Institution, sondern ein Kulturbetrieb und wird deshalb auch vom Präsidialdepartement mit Kantonsbeiträgen unterstützt. Da sich mit Umsetzung des neuen Behindertenhilfegesetzes die Anforderungen der Behindertenhilfe für Agogik und Dokumentation stark erhöht haben, ist der Aufwand für diese sehr kleine Institution unverhältnismässig gross geworden. In Zusammenarbeit mit der Stiftung Rheinleben setzt die Institution dafür nun das Pilotprojekt Supported Employment um. So ist die Basler Papiermühle als Museumsbetrieb nicht mehr eine Institution der Behindertenhilfe, die geschützte Werkstätte mit integrativen Arbeitsplätzen anbietet, sondern ein Ort, welcher inklusive Arbeitsplätze auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt anbietet.

Durch diesen Modellwechsel erfährt die Papiermühle darum eine finanzielle Einbusse, welche mit dem Erhöhungsantrag ausgeglichen werden soll. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat eine Erhöhung des Staatsbeitrags um 60’000 Franken. Damit soll ein Beitrag an Infrastrukturanpassungen, die regelmässig nötig sind, um die inklusiven Arbeitsplätze laufend den Bedürfnissen der Menschen mit Rente anzupassen, geleistet werden. Die verbleibenden 22’000 Franken für die Schulung der Vorgesetzten von Menschen mit IV-Rente und die Personalkosten für Tandemlösungen sollen von der Basler Papiermühle selber getragen werden.

Ein Teil der BKK ist der Ansicht, dass es nicht hinnehmbar ist, dass die Institution trotz beispielhafter inklusiver Arbeit einen Teil der Ausfälle selber tragen muss. Ein Antrag auf Erhöhung des Staatsbeitrages um zusätzlich 22’000 Franken wurde in der Kommission aber mehrheitlich abgelehnt. Allerdings stützt die BKK den Erhöhungsantrag des Regierungsrats und würdigt ausdrücklich die hervorragende Arbeit, welche die Basler Papiermühle leistet.

Die Kommission beantragt mit 11 Stimmen bei einer Enthaltung, dem Ratschlag, wie er vom Regierungsrat vorgelegt wurde, zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an Regierungspräsident Conradin Cramer für den Regierungsrat.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Heute steht mit der Neuerung des Staatsbeitrags für die Basler Papiermühle eine für den Kanton Basel-Stadt sehr traditionsreiche Institution und deren Förderung zur Debatte. Die Basler Papiermühle sammelt, bewahrt und erforscht materielles und immaterielles Kulturerbe im Bereich Papier, Schrift und Druck und ist damit nicht nur bei uns im Kanton, nicht nur in der Schweiz sondern in ganz Europa einzigartig in dem, was sie tut. Und darüber hinaus, die

Präsidentin der BKK hat es erwähnt, ist sie seit 1984 als sogenannte geschützte Werkstatt anerkannt. Sie leistet da Pionierarbeit bei der Inklusion und kulturellen Teilhabe. 7 Mitarbeitende mit IV-Rente sind im Rahmen geschützte Arbeitsplätze in allen Bereichen des Museums beschäftigt und es ist nur konsequent, dass die Papiermühle dafür auch mehrfach ausgezeichnet wurde, für Inklusion, für die Freiwilligenarbeit und für ihre Museumsarbeit und auch nicht zu vergessen ist, sie belegt regelmässig die besten Rankings in der Basel Card von Basel Tourismus, ist also namentlich eben auch von Touristen sehr geschätzt und genutzt.

Die Trägerschaft des Betriebs ist eine Stiftung, die Stiftung Basler Papiermühle. Sie beschäftigt total 73 Personen, verteilt auf rund 16 Vollzeitäquivalente. Mit ihrer Ausstrahlung als ausserschulische Basler Bildungsinstitution mit freiem Eintritt für Schulen und Ausgebildete generiert die Papiermühle, gemessen an ihrer Grösse, insgesamt eine bemerkenswerte Berichterstattung, auch internationale Berichterstattung.

Die Papiermühle war immer schon ein echtes Hands-On-Museum, noch bevor dieser Begriff im deutschen Sprachraum präsent war. Ich durfte mich da auch davon überzeugen bei meinem Antrittsbesuch – Videos davon kursieren in den sozialen Medien harmlose Videos. Auch die Entwicklung der Publikumszahlen ist höchst erfreulich. 2023 gelang es mit über 50’000 Besuchenden, einen neuen Höchstwert im langjährigen Durchschnitt zu erreichen.

Auch die finanziellen Lage der Papiermühle ist grundsätzlich stabil. Das Gesamtbudget beträgt rund 2,3 Millionen, mit einem guten Mix, 20 Prozent Eintritte, 20 Prozent Verkäufe, Produkte, was sehr nennenswert ist, 23 Prozent Staatsbeitrag, 5 Prozent die Behindertenhilfe aus dem WSU und 25 Prozent kommen von der Christoph Merian Stiftung.

Die Basler Papiermühle befindet sich jetzt aktuell in einer wichtigen Phase der Neuausrichtung und eines Generationenwechsels und sie hat dafür mit der letzten Staatsbeitragsbewilligung eine gestaffelte Erhöhung von Total 265’500 Franken erhalten. Das Grossprojekt «Generationenwechsel und Wissenstransfer» wurde übrigens auch mit Mitteln aus dem Kanton Basel-Landschaft finanziert, aus dem sogenanntem Dispoanteil der Kulturvertragspauschale. Die insgesamt mit der Erhöhung des Staatsbeitrags verbundenen Ziele wurden erreicht beziehungsweise befinden sich in Umsetzung, sind gut auf dem Weg. Und parallel zu den betrieblichen Entwicklungen plant die Papiermühle eine neue Dauerausstellung, da die aktuelle aus dem Jahr 2011 teilweise doch überholt ist.

Jetzt, mit dem aktuellen Ratschlag, beantragt der Regierungsrat Ihnen die Weiterführung und Erhöhung der bisherigen Staatsbeiträge, eine Erhöhung um 60’000 Franken pro Jahr für die Jahre 2025 bis 2028. Die Präsidentin der BKK hat das auch schon ausgeführt. Die Papiermühle selbst hatte für die Weiterführung der Betriebsbeiträge eine Erhöhung von 82’000 Franken beantragt. Begründet wird dies ausschliesslich mit der Kompensation von weiteren wegfallenden kantonalen Beiträgen aus dem Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt im Rahmen der Behindertenhilfe. Der erwartete Mittelausfall soll durch die entsprechende Erhöhung der Staatsbeiträge an die Institution aufgefangen werden.

Die etwas komplizierte Detailbegründung für die Entstehung des Erhöhungsbetrags finden Sie im Ratschlag in Kapitel 4.2. Ich möchte es dennoch noch kurz zusammenfassen, weil es ja jetzt auch Gegenstand der Debatte sein wird. Statt wie bisher 185’000 Franken pro Jahr bekommt die Papiermühle künftig mit dem Wechsel von einer geschützten Werkstatt der Behindertenhilfe zu einem Ort mit inklusiven Arbeitsplätzen auf dem freien Arbeitsmarkt nur noch 64’700 Franken direkte Zahlungen der Behindertenhilfe. Das ist eine Differenz von gut 120’000 Franken. 20’000 Franken hat der Kanton bereits im Rahmen der laufenden Periode kompensiert, die Differenz beträgt also noch 100’000 Franken. Die Papiermühle kann mit dem Modellwechsel 18’000 Franken einsparen. Die Differenz ist also noch 82’000 Franken. Und das sind genau die 82’000 Franken, die Gegenstand des Erhöhungsantrags an den Kanton waren.

Dem Regierungsrat, ist es wichtig, dass die Papiermühle ihren anerkannten Status als attraktive Arbeitgeberin für Menschen mit Beeinträchtigung und als vorbildliche Pionierinstitution mit inklusivem Angeobt auf allen Ebenen auch halten kann. Deshalb unterstützen wir den Antrag grundsätzliche und möchten 60’000 Franken übernehmen, die den Umfang der Objektkosten des Museumsgebäude mit spezieller Bausubstanz und die Anforderungen für die speziellen Arbeitssituationen abdecken. Die übrigen Aufwände, das sind vor allem Personal- und Schulungskosten von 22’000 Franken, sollen aber vom Museum selbst getragen werden.

Die Basler Papiermühle zeigte sich in den Gesprächen mit uns erfreut über die Erhöhung, gleichzeitig hat sie Respekt vor der Finanzierungslücke von weiteren 22’000 Franken, die durch eine zusätzliche Drittmittel-Akquise gefüllt werden soll. Das ist anspruchsvoll, wird als anspruchsvoll betrachtet, da keine entsprechende Planungssicherheit besteht. Man kann an dieser Stelle sagen und es auch noch einmal betonen, alle reden ja über Inklusion, die Papiermühle macht das wirklich seit langer Zeit, und deshalb übernimmt der Kanton hier auch mit Überzeugung drei Viertel der notwendigen Kosten, um dieses richtige und wichtige System aufrechterhalten zu können. Ein Viertel, beziehungsweise eben die Schulungskosten für die Vorgesetzten und die Personalkosten für Tandemlösungen, soll die Papiermühle gemäss Antrag des Regierungsrats und der BKK selbst übernehmen. Das verlangt nach zusätzlichen Anstrengungen der Institution, ist aber aus Sicht der befassten Menschen beim Kanton auch klar machbar.

Die Basler Papiermühle soll auch künftig ihre Position als Pionierinstitution für kulturelle Teil habe sowie als nationales Kompetenzzentrum für die Geschichte von Papier, Schrift und Druck halten beziehungsweise auch weiterentwickeln können.

Die erfolgreiche Kombination soll an eine neue Publikumsgeneration vermittelt werden, unter anderem mit der Erarbeitung der neuen Dauerausstellung, mit der Aktualisierung des Vermittlungsangebots und nicht zuletzt auch des Webauftritts.

Das Budget 2025 und folgende Jahre gibt Auskunft über die künftige Finanzierung, neben dem um den Vorschlag des Regierungsrats erhöhten Betriebsbeitrags des Kantons sind weiterhin der Beitrag der Christoph Merian Stiftung wichtig, die Warenverkäufe sowie Drittmittelspenden, Legate als tragende Elemente. Mit den letzteren, also mit Drittmittelspenden und Legaten, soll das jährlich ausgewiesene Defizit von 30’000 bis 40’000 Franken gedeckt werden. Auch wenn dies anspruchsvoll ist, zeigt doch die langjährige Erfahrung, dass die Papiermühle dieses Ziel erreichen kann.

Ich freue mich, dass auch die BKK als vorbereitende Kommission den Ratschlag so engagiert und sorgfältig geprüft hat und in ihrem Fazit auch zum gleichen Schluss kommt, wie der Regierungsrat und den Antrag des Regierungsrats unterstützt. Ich bitte Sie auch, diesen Antrag so zu stützen und damit mit Überzeugung die positive Entwicklung der Papiermühle als eine der attraktivsten Institutionen unserer Stadt weiterhin zu unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Das Wort hat Heidi Mück für das GAB.

Heidi Mück (GAB): Die Leistungen der Papiermühle sind wirklich unbestritten. Sie gehört zu den beliebtesten Attraktionen in Basel und zwar sowohl für Touristinnen und Touristen wie auch für die Baslerinnen und Basler, insbesondere für die Familien. Das alles haben wir vorher gehört und ich beschränke mich deshalb auf die Argumentation für den Antrag, den Sie alle auf ihren Tischen haben.

Das GAB bittet Sie, den Staatsbeitrag für die Basler Papiermühle um 22’000 Franken pro Jahr zu erhöhen. Die Papiermühle ist ein Vorzeigebetrieb, was die Inklusion betrifft. Wir haben das vorher schon gehört, aber das kann man nicht genug betonen. Sie leistet seit vielen Jahren Pionierarbeit in den Bereichen Inklusion und kulturelle Teilhabe. Kein anderes Museum bietet so viele Arbeitsplätze für Menschen mit einer Beeinträchtigung an und die Mitarbeitenden mit IV-Rente arbeiten selbst als Vermittelnde an den öffentlich zugänglichen Mitmachstationen des Museums und erfüllen damit selbst auch eine wichtige Aufgabe im Bereich der inklusiven Kulturarbeit.

Das muss diesem Betrieb hoch angerechnet werden. Aber statt dickem Lob bekommt die Papiermühle eigentlich eine Kürzung aufgebrummt, denn was wir hier vom Regierungsrat vorgeschlagen bekommen, ist nicht anders als eine Kürzung. Im Bereich der Museen ist die Papiermühle ein grosses Vorbild im Bereich der Inklusion, aber aus der Sicht der Behindertenhilfe ist sie ein sehr kleiner Betrieb und der administrative Aufwand wurde als zu hoch angesehen, so dass die Anerkennung als geschützte Werkstatt nicht mehr aufrechterhalten werden konnte. Die Papiermühle hat daraufhin selbst eine Lösung gefunden in Kooperation mit der Stiftung Rheinleben, und sie hat dort einen Ansatz gefunden, das Pilotprojekt Supported Employment. Ich erspare Ihnen die Details, Regierungspräsident Conradin Cramer hat das, glaube ich, so gut als möglich zusammengefasst. Aber der langen Rede kurzer Sinn, es gibt noch eine Finanzierungslücke von 82’000 Franken gegenüber dem Beitrag der Vorjahre, den sie bekommen hatten. Das Präsidiadepartement hat sich ja bereit erklärt, 60’000 Franken davon zu übernehmen. Das ist keine Erhöhung gegenüber dem letzten Mal, sondern eine Kürzung um 22’000 Franken. Wir finden das nicht in Ordnung.

Die finanzielle Situation der Papiermühle wird immer auch als stabil bezeichnet. Sie weist jedoch ein strukturelles Defizit auf, das wurde auch gesagt, und wir wissen, dass der Markt für Drittmittel im Moment sehr volatil ist. Das wissen wir alle. Wir haben diesen Antrag schon in der BKK gestellt, sind aber unterlegen. Als Begründung wurde insbesondere genannt, dass die Papiermühle selbst sich mit dem regierungsrätlichen Vorschlag einverstanden gezeigt hat. Nach diversen Gesprächen kann ich Ihnen versichern, dass das so nicht ganz stimmt. Selbstverständlich sind die Verantwortlichen froh und auch dankbar, dass ein Teil der Kosten übernommen werden soll, doch die Sorge wegen den fehlenden 22’000 Franken wurde klar kommuniziert, denn sie ist gross.

Die BKK-Mehrheit stützte sich bei dieser Argumentation eigentlich einzig auf die Aussagen der Vertreterinnen des Präsidialdepartements und wir müssen zugeben, wir haben nicht selbst mit den Vertreterinnen des Museums geredet. Die fehlenden 22’000 Franken, und das haben wir auch gehört, sind für die Schulung der Vorgesetzten aber auch für die Personalkosten. Wenn Sie hier jetzt sparen müssen, dann werden letztendlich inklusive Arbeitsplätze gefährdet oder sogar zerstört und wir wollen das nicht und wir sind überzeugt, dass Die das auch nicht wollen. In diesem Sinne würden wir uns sehr freuen, wenn Sie diesen Antrag unterstützen würden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP spricht Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Die SVP-Fraktion bittet Sie, der Regierung zu folgen und der Basler Papiermühle einen jährlichen Staatsbeitrag von 597’637 Franken auszurichten. Dies entspricht einer jährlichen Erhöhung von 60’000 Franken. Die

Papiermühle Basel hat selbst um eine Erhöhung von 82’000 Franken gebeten, da zukünftig Gelder aus der Behindertenhilfe wegfallen.

Die SVP attestiert, dass der Wegfall der Gelder einschneidend sein kann. Dadurch aber, dass der Differenzbetrag von 12’000 Franken lediglich für Schulungen von Vorgesetzten und 10’000 Franken für Lohnanpassungen eingesetzt würden, sind wir überzeugt, dass der fehlende Betrag für den Museumsbetrieb keinen grossen Einfluss hat. Auch glauben wir nicht, dass jährlich quasi wiederkehrend die Vorgesetztenschulungen 12’000 Franken benötigen und auch können wir uns nicht vorstellen, dass für die Infrastrukturanpassungen, die jährlich mit 60’000 Franken entschädigt werden, dieser Betrag jährlich auch ausgeschöpft wird und dass dadurch auch von diesen 60’000 Franken Gelder übrigbleiben können.

Das Museum selbst ist unseres Wissens mit der Erhöhung von 60’000 Franken einverstanden und zudem verfolgt es auch den richtigen Ansatz, und den möchten wir hier auch wirklich betonen, den fehlenden bei Betrag mit der Drittmittelakquise wieder aufzufangen. Das Museum möchte darauf achten, zukünftig neue Stiftungsräte mit grösseren Netzwerken aufzunehmen. Dies ist aus unserer Sicht eine sehr gute Strategie und wir möchten andere kulturelle Institutionen, die die Drittmittelakquise stets niedrig budgetieren oder sogar vernachlässigen, auffordern, sich daran ein Beispiel zu nehmen. Wir sind überzeugt, dass dem Museum mit seiner stabileren finanziellen Situation und seinen hohen Besucherzahlen und somit dank seiner Beliebtheit weiterhin viel gelingen kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Fraktionssprecherin für die SP ist Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Was ist Papier, wie entsteht Papier und wie kommen die Buchstaben auf das Papier in meinem Lesebuch? Im Zusammenhang mit der Papiermühle müsste es zwar heissen, wie kamen früher die Buchstaben auf das Papier? Trotzdem und genau deswegen, die Papiermühle leistet in der Vermittlung auch für Kinder viel. Ich war schon mit meiner Klasse da und auch unruhige Kinder entdecken beim Schöpfen von Papier Ruhe und Fokus - also für alle ein lohnender Besuch.

Das ist nur ein Aspekt. Die Papiermühle leistet auch viel bezüglich der Integration und inklusiven Arbeit, für die Wissenschaft und Forschung und als Museum. Das haben wir alles von der Präsidentin und dem Regierungsrat gehört. Von Heidi-Mück vom GAB haben wir die ausführliche Begründung gehört, warum sie für einen Erhöhungsantrag ist. Die SP begrüsst diesen Erhöhungsantrag und unterstützt ihn. Wir unterstützen ihn aus verschiedenen Gründen.

Als Mitglied der BKK möchte ich einfach die kulturelle Notwendigkeit dieser Institution nochmals hervorheben. In der Betriebsanalyse, die gemacht wurde, wurde darauf verwiesen, dass es dort zwingend notwendige Massnahmen und strategisch notwendige Massnahmen gibt. Schulung und Personalkosten gehören für uns auch dazu. Wir sind nicht überzeugt, dass man das in der heutigen Situation mit der Drittmittelakquise so schnell bereinigen kann. Eine interessante Überlegung von der SVP, die man vielleicht noch tiefer diskutieren könnte in der BKK.

Übrigens auf die perspektivische Massnahme hat die Stiftung Papiermühle verzichtet. Also Sie haben schon eine Sparmassnahme ergriffen oder wie von bürgerlicher Seite wahrscheinlich kommen wird, ein Nicht-Ausgeben. Da die SP nicht nachvollziehen kann, warum die Regierung diesen Beitrag jährlich für die Papiermühle nicht gewährleistet, trotz der Betriebsanalyse und der sichtbaren Notwendigkeit, unterstützt die SP den Erhöhungsantrag des GAB und ich bitte Sie, für die Sache, für die Menschen, für das Museum und für die Papiermühle, natürlich die Stiftung Papiermühle, diesen vorliegenden Antrag auf Erhöhung ebenfalls zu unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP spricht Nicole Kuster-Simon.

Nicole Kuster-Simon (LDP): Die Papiermühle ist beliebt. Das Angebot wird breit genutzt. Das zeigen auch die Besuchendenzahlen, welche stetig ansteigen und im 2023 erstmals die 50’000-Grenze überschritten haben. Die Papiermühle beschäftigt 7 Mitarbeitende mit einer IV-Rente. Die laufende Umsetzung des Gesetzes über die Behindertenhilfe führt nun zu einem Modellwechsel von einer geschützten Werkstatt hin zum inklusiven Arbeitsplatz, was eine Reduktion von Beiträgen an das Museum aus der Behindertenhilfe von rund 100’000 Franken zur Folge hat. Grösstenteils wird der Fehlbetrag durch den um 60’000 Franken erhöhten Staatsbeitrag und durch administrative Einsparungen ausgeglichen. 22’000 Franken sind jedoch nicht durch den vorgeschlagenen Staatsbeitrag der Regierung gedeckt.

Dieser Systemwechsel sollte nicht dazu führen, dass die Papiermühle plötzlich defizitär wird. Es gibt keine Änderung bei den Anstellungsverhältnissen. Es bleiben dieselben Menschen wie unter dem alten System in der Papiermühle beschäftigt. Obwohl der Regierungsrat die besondere Leistung im Bereich Inklusion hervorhebt, auferlegt er aber der Papiermühle die Übernahme des neu entstandenen Fehlbetrags von 22’000 Franken. Gleichzeitig hat die Papiermühle wie alle privaten

Museen mit Kostensteigerungen bei Energie, Papier und Personal zu kämpfen und hat zunehmend Finanzierungsschwierigkeiten.

Es ist nicht ersichtlich, wie weitere Einsparungen ohne Kürzungen des Angebots vorgenommen werden können. Besonders hervorzuheben ist auch der hohe Eigenwirtschaftlichkeitsgrad des Museums von 75 Prozent. Die LDP nimmt auch zur Kenntnis, dass der Stiftungsrat motiviert ist, noch mehr Drittmittel einzuwerben und wird dies bei der nächsten Beitragsperiode in die Prüfung miteinbeziehen. Die LDP anerkennt die Gesamtsituation der Papiermühle und empfiehlt Ihnen, die Staatsbeiträge gemäss Erhöhungsantrag des GAB zu sprechen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit frage ich den Regierungspräsidenten und die Kommissionspräsidentin, sie verzichten beide auf ein weiteres Votum.

Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses.

Änderungsantrag der Fraktion GAB. Sie beantragt eine Erhöhung der Ausgaben auf die 2’478’548 Franken, das sind jährlich 619’637 Franken. Der Änderungsantrag liegt Ihnen schriftlich vor. Wir eröffnen dazu die Debatte. Möchte Heidi Mück den Antrag nochmals begründen? Sie verzichtet. Ich nehme an, Kommissionssprecherin und Regierungspräsident verzichten ebenfalls, sie alle tun das auch. Damit kommen wir bereits zur Abstimmung über diesen Antrag.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

71 Ja, 22 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005195, 11.12.24 16:55:50]*

Der Grosse Rat beschliesst

Zustimmung zum Änderungsantrag.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Antrag wurde angenommen mit 71 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung. Wir führen die Detailberatung weiter und kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem *bereinigten* Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005199, 11.12.24 16:57:02]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Basler Papiermühle werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 2'478'548 (Fr. 619’637 p. a.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Beschluss wird angenommen mit 93 Ja-Stimmen keiner Nein-Stimme und einer Enthaltung.

14. Lehrstellensituation und die Situation im Bereich der Beruflichen Nachholbildung im Kanton Basel-Stadt 2022, Bericht der BKK

[11.12.24 16:57:15, 23.1834.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, von ihrem Bericht Kenntnis zu nehmen.

Franziska Roth (SP): Dass wir erst im Dezember 2024 die Lehrstellenberichte zu den Jahren 2022 und 2023 zur Kenntnis nehmen können, ist definitiv zu spät. Die BKK hat das mehrfach erwähnt und kritisiert. Die Kommission hat aber auch zur Kenntnis genommen, dass es Gründe für diese Verspätung gab. Ich möchte noch einmal die Erwartung der Kommission formulieren, dass die Lehrstellenberichte in Zukunft jeweils wieder vor der Sommerpause dem Grossen Rat zur Kenntnis zugestellt werden sollten.

Ebenfalls diskutiert hat die BKK darüber, ob es Sinn macht, dass der Lehrstellenbericht jedes Jahr mit Copy-Paste- Teilen aus den Vorjahren tatsächlich so informativ ist und einen Mehrwert statt einfach nur Verwaltungsaufwand bringt. Eine Mehrheit der Kommission ist allerdings der Ansicht, dass es angesichts der anhaltend angespannten kantonalen Lehrstellensituation ein falsches Signal wäre, nicht mehr jährlich zu berichten.

Obwohl in den nun vorliegenden zwei Berichten das Anliegen der BKK aufgenommen worden ist, dass über getätigte oder geplante Massnahmen zur Verbesserung der Lehrstellensituation berichtet wird, möchte die Kommission anregen, dass in Zukunft noch stärker auf diese Massnahmen und vor allem auf deren Wirksamkeit eingegangen werden soll.

In den vorliegenden Berichten ist unter anderem ausgewiesen, dass die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die den Direkteinstieg in die Berufs- oder Allgemeinbildung wählen, in den vergangenen Jahren von knapp 60 Prozent auf 70 Prozent gestiegen ist. Der Anteil der Jugendlichen, die direkt nach der obligatorischen Schulzeit eine Lehre beginnen, ist um über 8 Prozentpunkte auf 23 Prozent angestiegen, und die Zahl jener Jugendlicher, die sich für ein Brückenangebot entscheiden, ist zurückgegangen.

Es ist aber auch ersichtlich, dass sowohl im Leistungszug A als auch im Leistungszug E der prozentuale Anteil der Jugendlichen, die keine Anschlusslösung oder aber eine Anschlusslösung im Bereich Arbeit oder Praktikum haben, auf relativ hohem Niveau liegen. Hier sind in Zukunft vermehrt Anstrengungen nötig und diese Jugendlichen auf dem Weg zu einem Ausbildungsabschluss auf Sek 2-Stufe besser zu begleiten.

Am Hearing haben uns die verantwortlichen des Erziehungsdepartements berichtet, dass im Herbst 2024 ein Projekt zur Laufbahnoptimierung im integrativen Bildungsmodell gestartet ist, welches vom Bereich Berufsbildung zusammen mit der Volksschule getragen wird. Die BKK erwartet, dass im Lehrstellenbericht 2024 über die Massnahmen dieses Projekts und über deren Wirksamkeit berichtet wird.

Die BKK empfiehlt einstimmig, von den Lehrstellenberichten 2022 und 2023 Kenntnis zu nehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit gibt das Wort an Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Ich bedanke mich bei der Bildungs- und Kulturkommission für ihren Bericht zu den beiden Lehrstellenberichten für die Jahre 2022 und 2023. Die späte Einreichung des Lehrstellenberichts tut uns Leid und wir bedauern diese Verspätung. Ein personeller Wechsel im betroffenen Bereich sowie eine ausserordentliche hohe Arbeitslast sind dafür mitverantwortlich. Im Jahr 2025 wird dieser wieder fristgerecht zur Verfügung stehen.

Aber nun möchte ich Ihnen doch einige Fakten zur Lehrstellensituation und zur Situation im Bereich der beruflichen Nachholbildung zum besten geben. Wie die Kommissionspräsidentin erwähnt hat, am Übergang der Volksschule in die Berufsbildung sind die Direkteintritte in eine Lehre weiterhin angestiegen und zwar auf 23 im Jahr 2023. Damit stieg diese Zahl seit 2016 um 8 Prozent. Knapp ein Fünftel der Jugendlichen entscheidet sich für ein Brückenangebot nach der obligatorischen Schulzeit, um danach grösstenteils mit einer Lehre zu beginnen.

Der Lehrstellenmarkt ist gut unterwegs. Die Anzahl der ausgeschriebenen Lehrstellen ist seit Corona markant angestiegen. Der Gesamtbestand an Lehrverträgen im Kanton ist stabil. Seit dem Jahr 2020 ist die Zahl an Berufsmatura 1-Absolventinnen und -Absolventen stark rückgängig in der Tendenz. Im Jahr 2023 scheint sich diese Zahl aber auf tiefstem Niveau zu stabilisieren. Die Anzahl Prüfungskandidatinnen und -kandidaten für den Berufsabschluss für Erwachsene war in den vergangenen Jahren insgesamt stabil. Die Vereinbarkeit von Schule, Beruf und Familie ist für diese Personen die grösste Herausforderung. Basel-Stadt unternimmt grosse Anstrengungen, die Berufsabschlüsse für Erwachsene weiter zu optimieren und damit auch die Anzahl der Interessierten zu erhöhen.

Wie Sie wissen, liegt mir die Berufsbildung sehr am Herzen und die präsentierten Zahlen sind noch lange nicht dort, wo wir sie haben möchten. Aber ich weiss, dass die Berufsbildung eine Verbundsaufgabe ist und deswegen versuchen wir mit der Wirtschaftsverbänden, mit dem Gewerbe, mit der Schule und mit dem Elternhaus möglichst intensiv zusammenzuarbeiten.

Wie der Bericht aufzeigt, arbeiten wir im ED einerseits mit bewährten Fördermitteln, um unseren Jugendlichen eine optimale Berufswahl zu ermöglichen. Wir sind aber auch mit viel Energie daran, den Bereich der Berufsbildung weiter zu stärken, so dass möglichst viele jugendliche und junge Erwachsene bis zum 25. Altersjahr einen Berufs- oder Mittelschulabschluss erreichen.

In diesem Sinne beantragt der Regierungsrat, die beiden Lehrstellenberichte der Jahre 2022 und 2023 zur Kenntnis zu nehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Joël Thüring hat sich für die SVP gemeldet.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank für die Ausführungen. Der Kommissionsbericht macht schon ein bisschen bemerkbar, was aus Sicht auch der SVP-Fraktion an diesen beiden Berichten kritisch ist. Die Kommissionspräsidentin Franziska Roth hat es schon erwähnt. Wir finden es schon sehr bedenklich, wenn ein Lehrstellenbericht aus dem Jahr 2022 erst im Februar 2024 dem Parlament überwiesen wird und wir finden es auch bedenklich, dass ein Bericht 2023 erst im Herbst 2024 erstellt werden kann. Und wenn schon diese Berichte so spät kommen, dann sollten Sie wenigstens auch fehlerfrei sein. Nicht einmal das hat das Erziehungsdepartement geschafft. Ich finde, geschätzter Herr Regierungsrat Mustafa Atici, das sollte sie schon dazu anhalten zu schauen, dass das in Ihrem Departement besser wird. Es kann nun wirklich nicht sein, dass ausgerechnet in einem Bereich, wo wir ja sowieso schon schweizweit nicht sonderlich gut dastehen, die Leistung in Ihrem Departement nicht den Ansprüchen genügen kann, die sie wahrscheinlich auch selber an Ihr Departement stellen.

Hier geht es letztlich einzig und alleine darum, statistische Zahlen zusammenzutragen und sie dem Grossen Rat in dieser jährlichen Berichterstattung zur Verfügung zu stellen. Das muss der Politik auch raschmöglichst zur Verfügung gestellt werden, weil wir ja im wie ich bereits gesagt habe, in diesem Bereich sehen, dass nicht alles zum Besten steht. Die Zahlen der Berufsbildung im Kanton Basel-Stadt sind aus unserer Sicht, auch wenn sie sich etwas verbessert haben, immer noch sehr schlecht im schweizerischen Vergleich. Wir haben eine sehr tiefe Quote im Kanton und das sorgt uns, weil wir eben schon der Meinung sind, dass die Berufsbildung eine zentrale Stütze unserer Wirtschaft ist. Es bringt uns nichts, wenn wir Dutzende, Abertausende von Studentinnen und Studenten haben, die sich dann in einem Bereich engagieren, der unserer Wirtschaft wenig bis gar nichts bringt. Wir müssen schauen, dass wir wieder mehr Praktiker haben, die für unsere Betriebe eine wichtige Stütze sein können und auch helfen, dass dieser sogenannte Fachkräftemangel nicht noch grösser wird.

Und dazugehören eben auch Massnahmen, die wir im Bereich der Berufsbildung ergreifen müssen, ergreifen sollen. Hier glauben und vertrauen wir, dass die Gewerbebetriebe im Kanton Basel-Stadt, die Lehrbetriebe im Kanton Basel-Stadt, die Lehrstellen anbieten, alles mögliche unternehmen, um das tatsächlich auch zu verbessern. Hier kann der Kanton natürlich nicht steuern. Hier muss die Gesellschaft letztlich auch bereit sein anzuerkennen, dass eine Lehre genau so viel wert hat wie der akademische Weg, den ein Schüler, eine Schülerin einschlagen möchte. Hier braucht es die gesellschaftliche Akzeptanz. Hier müssen wir alle daran arbeiten, dass dies sich verbessert und nicht in der Gesellschaft der Eindruck entsteht, «Ah, du hast ja nur eine Lehre gemacht». Dieses «nur» ist eben falsch. Eine Lehre ist genau gleich viel Wert und das muss sich auch in der Gesellschaft wieder verfestigen.

Und das ist auch meine Hoffnung, die ich an die Adresse von Regierungsrat Mustafa Atici habe, der sich in seiner Vergangenheit nicht nur als Gewerbetreibender, sondern auch als Nationalrat immer sehr stark für die Berufsbildung eingesetzt hat und ich kaufe ihm das auch ab, dass ihm die Berufsbildung sehr wichtig ist. Und deshalb ist der Appell der SVP-Fraktion auch an die Adresse des Regierungsrates: Schauen Sie einerseits, dass diese Berichte wieder etwas frühzeitiger in den Grossen Rat kommen. Das ist das eine, das ist der kleinere Teil unseres Wunsches, der grössere Teil unseres Wunsches ist aber, dass Sie wirklich alles unternehmen, dass die Berufsbildung in Baselstadt einen höheren Stellenwert erhält, eine höhere Anerkennung erhält, und dazu sind allenfalls eben auch Massnahmen notwendig wie eine weitere Erhöhung der Anforderungen für das Einleiten des akademischen Weges bei Schülerinnen und Schülern. Hier glauben wir braucht es höhere Hürden, höhere Quoten, um diesen Weg bestreiten zu können, um eben auch zu helfen, dass die Berufsbildung diesen Wert wieder erhält, den die Berufsbildung eigentlich auch verdient hätte.

Das sind unsere Wünsche zur Weihnachtszeit an den Departementsvorsteher. In diesem Sinne bitten wir Sie, den Bericht der BKK anzunehmen, aber diese kritischen Bemerkungen durchaus auch zur Kenntnis zu nehmen, und wir freuen uns, wenn der Lehrstellenbericht 2024 spätestens im Frühjahr 2025 dann fehlerfrei vorliegt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die FDP hat das Wort David Jenny.

David Jenny (FDP): Wir haben Berichte erhalten, die ein bisschen den Eindruck erwecken, dass das Departement Strafaufgaben gefasst hat, die dann verspätet und in teilweise fraglicher Qualität abgeliefert worden sind. Den Tadel haben wir in gebührender Form ausgesprochen. Vielleicht müssen wir uns als Parlament auch selber tadeln, wenn wir diese Berichte in jährlicher Kadenz fordern. Vielleicht wäre das auch mal zu überprüfen, ob nicht zwei Mal in der Legislatur auch reichen würde und dann erhielten wir nicht nur so Copy-Paste-Berichte mit Textbausteinen, die dann wirklich nicht sehr viel bringen. Und dann würden sie vielleicht auch mit ein bisschen mehr Lust und Laune geschrieben vom ED, aber auch von anderen Departementen. Ich glaube, die Qualität der Berufsausbildung würde nicht darunter leiden, wenn wir manchmal sagen würden, weniger wäre auch mehr. Aber ja, wir nehmen jetzt einfach zur Kenntnis und hoffen wirklich auf die schnelle Ablieferung des nächsten Berichtes und dass das nicht nur als Strafaufgabe verstanden wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hätten die Sprecherin und der Sprecher von Regierungsrat und Kommission nochmals das Wort. Sie verzichten.

Eintreten ist obligatorisch. Rückweisung wurde nicht beantragt. Sie haben den Bericht damit zur Kenntnis genommen. Das Geschäft ist erledigt.

15. Petition P470 "Umnutzung leere Bürogebäude zu Wohnraum", Bericht der PetKo

[11.12.24 17:11:46, 23.5549.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen. Das wird uns erläutert vom Präsidenten der Petitionskommission Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich zur Petition P470 und dem Vorschlag der Kommission zum weiteren Vorgehen.

Der Grosse Rat hat die vorliegende Petition an seiner Sitzung vom 8. November 2023 der Petitionskommission zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen. Vor rund einem Jahr hörte die Kommission im Rahmen eines Hearings eine Vertretung der Petentschaft sowie als Vertreterin des Präsidialdepartements die Leiterin der Fachstelle Wohnraumentwicklung in der Kantons- und Stadtentwicklung an. Mit Bericht vom 29. Januar hat die Kommission dem Grossen Rat den Antrag gestellt, die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme und insbesondere der Beantwortung von noch offenen Fragen innert sechs Monaten zu überweisen. Diesem Antrag folgte der Grosse Rat. Im vergangenen August hat die Petitionskommission die Antwort des Regierungsrats erhalten, wo er ausführlich Stellung nimmt zu dann noch offenen bestehenden Fragen, in welchen es insbesondere darum ging, inwiefern eine Umnutzung von Büro- in Wohnraum möglich ist und welche Hindernisse dabei bestehen können.

Einschätzung der Petitionskommission: Die Petitionskommission dankt dem Regierungsrat für die ausführliche und informative Beantwortung der gestellten Fragen. Sie kann nachvollziehen, dass eine Umnutzung von Büroflächen in Wohnraum aufgrund der Gebäudestruktur oder anderen Gegebenheiten in vielen Fällen schwierig oder nicht wirtschaftlich ist. Viele private Investoren sehen deshalb trotz leerstehenden Flächen von Umnutzungen ab. Unrealistisch sein dürfte insbesondere, wie von der Petition gefordert, leerstehende Bürogebäude in für alle bezahlbaren, sprich günstigen Wohnraum, umzunutzen. Dennoch ist die Petitionskommission der Ansicht, dass die Umnutzung von Büroflächen im Wohnraum in Basel angesichts der Wohnungsknappheit ein Thema bleiben sollte.

Mit Überweisung des Anzugs Adrian Iselin und Konsorten betreffend Umnutzung von Büroflächen zu Wohnraum hat der Grosse Rat den Regierungsrat am 15. November 2023 aufgefordert, zu prüfen und zu berichten, wie sich die Leerstände von Büroräumlichkeiten in Zukunft entwickeln und wie gross das Potenzial in Bezug auf die Umnutzung von Büroflächen zu

Wohnraum sein könnte. Im Sinne der Nachhaltigkeit dürfte zudem eine Umnutzung bestehender Gebäude sinnvoller sein als der Abriss und Neubau. In die entsprechenden Überlegungen können auch die Forderung der Petition einbezogen werden.

Die Petitionskommission beantragt deshalb dem Grossen Rat mit 11 zu 0 Stimmen, also einstimmig, die Petition Umnutzung leerer Bürogebäude zu Wohnraum an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung im Rahmen der Beantwortung des erwähnten Anzugs Adrian Iselin und Konsorten zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an die Tonja Zürcher für das GAB.

Tonja Zürcher (GAB): Ich darf auch noch gleich für die SP sprechen. Die Sache ist unbestritten, dieses Thema soll weiterverfolgt werden. Uns ist einfach noch wichtig, zwei Punkte mitzugeben. Ob eine Umnutzung wirtschaftlich ist oder nicht, ist nicht die einzige Frage. Unsere Stadt kann durchaus investieren, wenn es darum geht, bezahlbaren Wohnraum oder günstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, auch bei einer Umnutzung eines Gebäudes. Also ich denke, hier kann man durchaus im Bereich des sozialen oder des bezahlbaren Wohnens mehr machen.

Und dann einfach noch der Hinweis, weil ja gerade bei der Wohnungsnot auch das Projekt Housing First genannt wird, aus unserer Sicht ein sehr wichtiges Projekt. Die Ausweitung scheitert aber eben gerade daran, dass es zu wenig bezahlbaren Wohnraum gibt und nicht nur Housing First, sondern auch andere Anbietende von solchen und ähnlichen Angeboten das Problem haben, bezahlbaren Wohnraum zu finden für ihre Angebote. Das heisst, es ist wirklich sehr wichtig, hier vorwärts zu machen. Das gilt auch bei der Umnutzung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Es wurde damit kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen

16. Petition P479 "Gestaltung und Aufwertung der Claramatte", Bericht der PetKo

[11.12.24 17:16:50, 24.5326.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert sechs Monaten zu überweisen. Kommissionspräsident Christian Moesch erklärt uns wieso.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich zur Petition 479 Gestaltung und Aufwertung der Claramatte.

Zum Anliegen der Petentschaft: Die drei die Petentschaft vertretenden Schüler aus der Primarschule Theodor haben den Untergrund des für das Fussballspielen definierten Bereichs der Claramatte als ungeeignet bezeichnet. Sie kritisieren dabei die Hackschnitzel als ungeeigneten Belag für den Fussballbereich der Claramatte. Der Boden sei uneben, erhöhe das Verletzungsrisiko und werde bei Regen rutschig. Die Jugendlichen fordern stattdessen Kunstrasen, der wetterbeständig, sicherer, pflegeleicht und optisch ansprechend sei. Da es im Quartier keine Alternative zur Claramatte gibt, würde ein Kunstrasenfeld mit seiner langen Lebensdauer vielen Kindern und Jugendlichen zugutekommen. Ausserdem sei Kunstrasen hygienischer, da Abfälle besser erkennbar und leichter zu beseitigen seien. Zusätzlich äusserten die Schüler Wünsche nach Toren mit Netzen, dem Zurückschneiden überhängender Äste und der Reparatur eines Wasserspenders.

Zur Stellungnahme der Verwaltung: Die Vertreterin des Bau- und Verkehrsdepartements erklärte, dass die Claramatte 2012 umgestaltet und mit sogenannten Öko-Color-Holzschnitzeln ausgestattet wurde, die auch auf dem Spielplatz verwendet wird. Diese Hackschnitzel seien zwar nicht optimal für Fussball, jedoch für die alten Kastanienbäume essenziell, da sie eine Wassersurchlässigkeit und Boden schonende Lösung bieten. Das Wurzelwerk der Bäume ist weit verzweigt und eine Versiegelung oder maschineller Eingriff könnte die Vitalität der Bäume erheblich gefährden. Erfahrungen auf anderen Flächen wie der Liesbergermatte zeigen, dass Kunstrasen mit der Zeit zum Absterben von Bäumen führen kann. Zudem

widerspricht Kunstrasen den Nachhaltigkeitsprinzipien der Stadtgärtnerei und hat eine begrenzte Lebensdauer von circa 10 bis 15 Jahren. Der Einbau eines Kunstrasenfeldes würde rund 200’000 Franken kosten, einschliesslich Schutzmassnahmen für die Bäume, jedoch ohne Erfolgsgarantie. Naturrasen ist aufgrund der intensiven Nutzung der Fläche ebenfalls ungeeignet, da er schnell unbespielbar wird. Die Vertreterin erkannte die Kritik an den Toren ohne Netze als nachvollziehbar, weist jedoch daraufhin, dass die Netze häufig durch Vandalismus beschädigt. Metalltore mit Gittern können eine Lösung sein. Sie schlug vor, den Unterhalt des Hackschnitzelbelags zu verbessern, um das Fussballspielen zu erleichtern, während der Einbau von Kunstrasen ausgeschlossen wurde. Als Alternative für Fussballspiele nannte sie öffentliche Grünflächen wie den Landhof oder den Horburgpark, die für solche Aktivitäten geeignet sind. Ausserdem könnten mobile Soccer Courts zusätzliche Spielmöglichkeiten schaffen, wie zuletzt auf dem Messeplatz gezeigt wurde.

Zu den Erwägungen der Petitionskommission: Die Petitionskommission kann es nachvollziehen, wenn sich die Stadtgärtnerei in einer Güterabwägung zwischen dem Erhalt des wertvollen Baubestandes auf der Claramatte und der Verbesserung der Bedingungen für das Fussballspielen für das erstere ausspricht. Alte Bäume sind für viele Leute identitätsstiftend und für das Stadtklima wichtig. Der Einbau eines Kunstrasens hätte vermutlich zur Folge, dass die Bäume eingehen. Nachvollziehen kann die Kommission auch, dass eine abschlägige Antwort für die Präsentschaft nicht einfach zu akzeptieren ist. Ein unter Einbezug aller Interessen bessere Lösung als die bestehende dürfte es für die Claramatte aber nicht geben. Allenfalls lässt sich der Unterhalt optimieren, damit der Hackschnitzelbelag besser bespielbar ist.

Vor diesem Hintergrund bittet die Petitionskommission den Regierungsrat nach anderen Möglichkeiten zum Fussballspielen in der näheren und weiteren Umgebung der Claramatte zu suchen. Neben dem bereits erwähnten Landhof kann sie sich die Rasenfläche auf der Kaserne und in der Theodorsgrabenanlage,. die beiden Fussballfelder im Areal des Waisenhauses und als unkonventionelle Idee die Dachfläche des Parkhauses Claramatte vorstellen. Auch weitere mobile Soccer Courts könnten den Mangel an Flächen zu Fussballspielen reduzieren, beispielsweise auf der asphaltierten Fläche des Kasernenhofs. Allerdings sind insbesondere Kinder auf fixe Treffpunkte angewiesen, die sich in ihrem Quartier und in der Nähe ihres Wohnortes befinden.

Die Petitionskommission bittet den Regierungsrat zur Verbesserung der Möglichkeiten zum Fussballspielen die Eignung der von ihr eingebrachten und von weiteren in Frage kommende Flächen in Kleinbasel zu prüfen und ihr die Ergebnisse und Erkenntnisse in einer Stellungnahme zukommen zu lassen. Als Erkenntnis aus dem Austausch mit der Petentschaft kann sich die Petitionskommission zudem vorstellen, dass sich die kindergerechte Information über die vorhandenen Möglichkeiten zu Fussballspielen verbessern lässt. Auch hierzu bittet sie den Regierungsrat um eine Stellungnahme.

Ich komme zum Antrag: Die Petitionskommission beantragt dem Grossen Rat mit 11 zu 0 Stimmen, also ebenfalls einstimmig, die Petition Gestaltung und Aufwertung der Claramatte an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert sechs Monaten zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP hat sich Leoni Bolz gemeldet zu diesem Thema.

Leoni Bolz (SP): Die Förderung des Sports, also ein universelles Gut, ist zentral. Sport ist nicht nur Bewegung in all seinen Facetten, sondern auch ein zentrales Element der Gesundheitsförderung, von sozialer Integration und Chancengleichheit. Besonders Kinder und Jugendliche in urbanen Quartieren wie dem Kleinbasel sind auf öffentliche, Wohnort nahe und gut erreichbare Flächen angewiesen, um sich zu treffen und gemeinsam zu spielen. Genau diese Flächen werden in dieser wie auch in anderen Petitionen in der ganzen Stadt jedoch beanstandet oder stark vermisst.

Leider besteht auf der von der Petition betroffenen Claramatte ein Konflikt zwischen dem Erhalt des wertvollen Baumbestands und der Verbesserung der Fussball-Möglichkeiten. Die Bäume brauchen wie erwähnt Raum für ihre Wurzeln und sind daher auf die Hackschnitzel als Bodenbelag angewiesen. Der gewünschte Kunstrasen, der das Fussballspiel verbessern würde, ist entsprechend leider nicht umsetzbar. Ich kann Ihnen sagen, die Jungen haben sehr vehement diesen Kunstrasen gefordert. Der Landhof, die Kaserne oder die Theodorsgraben-Anlagen können als Alternative nur bedingt dienen, denn sie sind zum Teil auch stark belegt, nicht unmittelbar in der Nähe oder auch nicht mit geeignetem Fussballrasen ausgestattet. Mobile Soccer Courts wären aber eine Möglichkeit, die beispielsweise auf dem Kasernenareal auf dem Platz geprüft werden sollten.

Wir fordern daher den Regierungsrat auf, nicht nur bestehende Flächen zu prüfen, sondern auch in innovative und nachhaltige Lösungen zu investieren, die Sport für alle zugänglich machen. Dass intakte Tore und funktionierende Wasserspender zur Verfügung gestellt werden, sehen wir also ein Muss an und gehen davon aus, dass dies angepasst wird.

Ich bitte Sie im Namen des GAB und der SP, die Petition an den Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wenn ich das richtig verstehe, haben Sie, Leoni Bolz, das gleiche beantragt wie die Petitionskommission. Damit wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 6 Monaten zu überweisen

18. Antrag 1 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend höhere Sicherheit für die Bevölkerung durch effizientere Bekämpfung der Kriminalität

[11.12.24 17:25:22, 24.5478.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Es gibt dazu Wortmeldungen. Die erste ist von Patrick Fischer von der SVP.

Patrick Fischer (SVP): Der Kanton Basel-Stadt ist vom Thema Kriminalität besonders betroffen. In Statistiken zu diesem Thema belegt unser Kanton immer wieder den unrühmlichen ersten Platz. Die Strafverfolgung ist massiv strukturell überlastet, Verfahren dauern zu lange und manchmal verjähren sie auch. Die Ursachen dafür sind vielschichtig. Heute geht es um die Art und Weise, wie wir damit umgehen.

Ich komme nun zu den einzelnen Punkten. Ich möchte dabei vor allem die praktische Sicht darauf, welche ich als Kriminalpolizist in meinem Alltag erlebe, hervorheben. Der Kriminalpolizei geht es um Wahrheitsfindung, die Teilnahmerechte. Hier möchte ich Ihnen eine kurze Geschichte erzählen, die sich vor langer langer Zeit abgespielt hat.

Eine Frau badet in einem Park, zwei ältere Männer spazieren durch diesen Park, beobachten die Frau und drängen sie dazu, mit ihr zu schlafen. Sollte sie nicht einwilligen, würden die Männer behaupten, die Frau hätte Ehebruch begangen. Die Frau weist die Männer ab und in der Folge kommt es zur Anklage. Der Frau wird der Prozess gemacht und sie wird zum Tode verurteilt. Auf einmal erscheint ein junger Mann, er lässt die beiden alten Männer voneinander trennen und befragt sie getrennt voneinander. Wo soll dieser Ehebruch den stattgefunden haben, fragt er den einen. Unter einem Mastixbaum antwortet er. Er fragt den zweiten. Unter einer Eiche, behauptet der andere. Somit hat er mit der getrennten Befragung die Falschaussagen der Männer und die Unschuld der jungen Frau bewiesen. Nicht nur Bibelkundige, auch Grossratsmitglieder, welche an der Rathaus-Führung teilgenommen haben, kommt diese Geschichte vielleicht ein bisschen bekannt vor. Es ist die Geschichte der Susanna im Bade, welche als Bildnis im Rathaus zu sehen ist, gleich vor dem Regierungsratssaal auf der linken Seite. Bei dem jungen Mann handelte es sich um den Propheten Daniel.

Die Geschichte gilt auch in der Entwicklung der Rechtsprechung als wegweisend, weil sie den wichtigen Grundsatz einer unabhängigen Zeugenbefragung betont. Sobald Zwangsmassnahmen, wie zum Beispiel eine Hausdurchsuchung, Beschlagnahmung, Vorführung oder Haft angeordnet wurden, ist die Untersuchung eröffnet und damit gelten auch die Teilnahmerechte. Sind bei einem Delikt mehrere Beschuldigten beteiligt, kommt es zu Einvernahmen, bei dem alle Beschuldigten wie auch die Opfer mit ihren jeweiligen Dolmetschern und Anwälten anwesend sind. Zusammen mit den Mitarbeitern der Kriminalpolizei sind das dann gut und gerne 10 Personen. Sie können sich vorstellen, dass eine Terminfindung dementsprechend schwierig ist. Die Folgen sind Verfahrensverzögerung und vor allem eine erhebliche Erschwerung der Wahrheitsfindung.

Stellen Sie sich die Befragung des ersten Einbrechers vor, bei dem der zweite Einbrecher zuhören kann und genau mitbekommt, was ihm dabei zur Last gelegt wird. Oder stellen Sie sich die Einvernahme eines Opfers einer Vergewaltigung von, welches die Tat in jedem Detail schildern soll, während der mutmassliche Täter zusammen mit seinem Anwalt zugegen ist das

Zu den Vorschriften bezüglich der Siegelung. Diese wird immer inflationärer eingesetzt. In den meisten Fällen werden Mobiltelefone, Laptops oder Datenträger gesiegelt, manchmal auch ganze Aktenschränke. Der Betroffene kann die Sieglung als Sofortmassnahme verlangen. Der Anwalt erklärt dann, weshalb eine Sieglung nötig ist. Der Staatsanwalt erklärt, warum nicht, und am Schluss entscheidet das Zwangsmassnahmengericht, meistens zu Gunsten der Staatsanwaltschaft. Für die Sicherstellung oder Beschlagnahme benötigt es einen hinreichenden Tatverdacht, und auch hier ein Beispiel aus der Praxis. Einem Beschuldigten wird die Verbreitung von Kinderpornografie zur Last gelegt, beantragt die Sieglung seines Mobiltelefons und seines Laptops. Was würden Sie als Richter entscheiden? Es geht vor allem darum, das Verfahren zu verzögern.

Zum Weiterzug von Verfügung und Verfahrenshandlung. Vielfach sind auch hier Beschwerdeverfahren völlig aussichtslos und werden dennoch geführt. Damit werden Staatsanwälte, Gerichte und Ermittler beschäftigt und von der eigentlichen Tatsaufklärung abgelenkt. Es vergehen Tage und Wochen bis erneut entschieden wird.

Zu den bedingten Geldstrafen. Obwohl wir dem Antrag zustimmen, hat unsere Fraktion grosse Vorbehalte gegen die im Antrag verlangte Abschaffung der Geldstrafe. Mit einer solchen Forderung wird der kaskadenartige Aufbau der Strafen durcheinandergebracht, das führt dazu, dass Gefängnisstrafen bedingt ausgesprochen werden und für viel geringere Vergehen eine bedingte Geldstrafe die Sanktion darstellt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich bitte um Verzeihung. Ich hätte darauf achten sollen, dass zuerst bestritten wird, bevor wir die Debatte eröffnen, aber ich glaube, das holt nun Hanna Bay nach.

Hanna Bay (SP): Das ist korrekt, ich bestreite diesen Antrag wenig überraschend. Ich bin eine dieser Anwältinnen und sehe das deswegen ein bisschen anders. Deswegen bitte ich Sie im Namen der SP-Fraktion, diesem Antrag keine Folge zu leisten, such wenn der Titel ultraverlockend klingt.

Es wird versprochen, dass wir eine höhere Sicherheit bekommen für die Bevölkerung durch effizientere Bekämpfung der Kriminalität. Sicherheit, Effizienz alles wunderbar, wer möchte das schon nicht? Aber mit Verlaub, dieser Antrag ist ein Etikettenschwindel, denn was der Antrag im Kern fordert, ist eine massive Schwächung der beschuldigten Rechte im Strafprozess. Und er beruht auf zwei vollkommen falschen Grundannahmen, einerseits, dass die aktuell geltende Strafprozessordnung unverhältnismässig beschuldigtenfreundlich sei und andererseits, dass diese Beschuldigtenrechte der Grund seien, wieso unsere Staatsanwaltschaft überlastet ist.

Ich möchte vorab auf den ersten Punkt kurz eingehen und da wir ja alle wissen, dass der werte Antragsteller Bruno Lötscher in seiner Laufbahn eher mit dem Zivilrecht als mit dem Strafrecht zu tun hatte, erlaube ich mir eine kurze Analogie. Stellen wir uns einen Zivilprozess vor, in welchem der Kläger vom Staat unlimitierte finanzielle Mittel bekommt, ein Zivilprozess, in welchem der Kläger Zwangsmassnahmen anordnen kann, tief bis in den Geheimbereich hinein ja, in welchem man den Kläger sogar ins Gefängnis stecken kann, um die Abklärungen nicht weiter zu stören, in dem sämtliche Mails durchsucht werden können, Bankdaten etc., ein Zivilprozess, in welchem der Kläger vor Prozessbeginn Gutachten in Auftrag geben kann, sogar den Gutachter noch selbst auswählen und ihn dann auch gerade noch bezahlen darf. Ein Zivilprozess, in welchem der Kläger, sofern das dann alles trotzdem zu nichts führt, die Sache einfach tel quel unter den Tisch wischen kann. ohne Prozessrisiko, ohne Kostenrisiko. Ja, wäre so ein Zivilprozess fair, wäre die Waffengleichheit gegeben? Ich stelle das mal so in den Raum.

Und natürlich, man kann einen Zivilprozess und einen Strafprozess nicht miteinander vergleichen, aber liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist die Realität in einem Strafprozess. Die Staatsanwaltschaft ist im Vorverfahren übermächtig. Sie hat von Beginn an direkten Zugang zu Akten, zu Informationen, sie hat die Spurenhoheit, sie hat eine Vielzahl von Mitarbeitern. Sie hat keine direkte Beschränkung der Finanzen, sie kann Zwangsmassnahmen anordnen, Gutachter beauftragen Sachverständige beiziehen.

Und hier kommt nun der Antrag und will unter dem Deckmantel der Kriminalitätsbekämpfung die ohnehin schon beschränkten Beschuldigtenrechte im Vorverfahren weiter einschränken. Diesem Vorhaben kann die SP keine Hand bieten. Und ich möchte auch kurz auf die einzelnen Punkte eingehen.

Erstens zu den Teilnahmerechten: Hier hat es der Bundesgesetzgeber nicht verpasst, in der letzten StPO-Revision Änderung vorzunehmen, sondern es war eine bewusste Entscheidung, und diese Entscheidung war richtig. Denn die Teilnahmerechte sind eben gerade ein elementares Gegengewicht zu der starken Stellung der Staatsanwaltschaft, wie ich sie eingangs geschildert habe, und sie leisten einen wichtigen Beitrag im Rahmen der strafprozessualen Wahrheitssuche, da der ohnehin schon unsichere Personalbeweis so sur place hinterfragt werden kann.

Dann zweitens zu der Siegelung: Auch hier sagt es der Antrag richtig, das Siegelungsrecht wurde erst gerade revidiert. Es wurden gesetzlich nicht erststreckbare Fristen eingeführt, die eine Beschleunigung herbeiführen sollen und die Sieglungsgründe würden auch wurden auch nochmals eingeschränkt.

Und dann noch kurz zum Vorschlag Nummer 3: Hier weiss ich nämlich wirklich nicht, wo ich beginnen soll. Das Recht, die verfahrensleitende Verfügung von einem unabhängigen Gericht überprüfen zu lassen, ist elementar. Die Staatsanwaltschaft hat weitreichende Befugnisse und das muss richterlich überprüft werden können. Und wenn hier gesprochen wird von einer Überschwemmung der Gerichte, möchte ich nur kurz die Zahlen vom Appellationsgericht nennen: 2019 277 strafrechtliche Beschwerden, 2023 175. Wie hier von einer Überschwemmung gesprochen werden kann, ist mir wirklich schleierhaft, und auch 42 Prozent dieser Beschwerden werden gutgeheissen. Sie sind also auch nicht aussichtslos.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat Fleur Weibel das Wort.

Fleur Weibel (GAB): Im Prinzip ist dem jetzt eigentlich nichts mehr anzufügen, aber ich möchte es mir nicht nehmen lassen, in dieser juristischen Debatte mich ebenfalls für die Fraktion des GAB zu Wort zu melden.

Wir teilen grundsätzlich die Einschätzung, dass es eine Überlastung der Strafverfolgungsbehörde gibt und erachten es ebenfalls als unbefriedigend und problematisch, dass die Urteile in den Untersuchungs- und Gerichtsverfahren im Strafrecht oftmals nicht innert Kürze ergehen können, was aus zahlreichen Gründen wünschenswert wäre. Allerdings liegt dies nicht nur an den in der Standesinitiative angesprochenen Punkten, die Problematik ist unseres Erachtens vielschichtiger. Eine Effizienzsteigerung zu Lasten der Rechte der Beschuldigten scheint uns keinesfalls angebracht. Auch wenn das von den Initianten vorgebrachte Unbehagen angesichts der immer aufwendiger zu führenden Verfahren im Strafrecht auf gewisses Verständnis stossen mag und offensichtlich auch von der Regierung zu der Annahme der Standesinitiative führt, so sind wir dennoch klar der Meinung, dass die vorliegende viel zu allgemein gehaltenen Standesinitiative in dieser Form nicht zu einer zielführenden Diskussion führt, sondern vielmehr als politisches Statement um der Aufmerksamkeit Willen zu qualifizieren ist.

Als besonders problematisch erachten wir zudem die unzutreffende Bezeichnung der Teilnahmerechte als unbestritten täterfreundlich. Erstens ist jede Person bis zu ihrer Verurteilung unschuldig, das heisst, es ist falsch, beschuldigte Personen als Täter zu bezeichnen. Zweitens kommt das Recht, an Beweiserhebungen teilzunehmen, nicht nur den beschuldigten Personen zu, sondern allen Personen, das heisst auch Opfern und geschädigten Personen. Die relativ ausgebauten Teilnahmerechte haben den Sinn, die fehlende Unmittelbarkeit des Strafverfahrens vor Gericht auszugleichen. Denn gemäss geltender StPO müssen die Strafgerichte die Beweise grundsätzlich nicht mehr selber erheben, was der Verfahrenseffizienz vor Gericht dienen soll. Umso wichtiger ist es, dass die Staatsanwaltschaft die Beweise in einem fairen Verfahren rechtmässig erhebt und die Parteien bei diesen Beweiserhebungen dabei sein können. Teilnahmerechte übernehmen damit eine wichtige Aufgabe der Verfahrensfairness und sie dienen zudem auch der Wahrheitsfindung im Sinne eines diskursiven Prozesses. Bestehen Hinweise auf Kollusionsgefahr, können Sie auch heute schon eingeschränkt werden.

Zur Kritik an den Vorschriften bezüglich der Siegelung von Beweismitteln möchten wir anmerken, dass diese in der Standesinitiative zu wenig klar formuliert ist, als dass wirklich Position dazu genommen werden könnte. Auch bezüglich der Kritik am Rechtsmittel gegen Verfügungen und Verfahrenshandlungen wird nicht klar, worauf die Standesinitiative eigentlich abzielt. Anzumerken ist aber, dass zum einen die Einsprachequote gemäss aktuellem Aufsichtsbericht der Staatsanwaltschaft Basel so tief ist wie noch nie, zum anderen ist bezüglich der Möglichkeit, Verfügungen und Verfahrenshandlungen der Staatsanwaltschaft anzufechten der Hinweis wichtig, dass mit diesem Rechtsmittel ein Gegenpol zur Macht der Staatsanwaltschaft im Vorverfahren hergestellt wird. Denn nach aktueller StPO ist die Staatsanwaltschaft gleichzeitig untersuchende und anklagende Behörde, mit der Möglichkeit, Strafbefehle zu erlassen, wird die Staatsanwaltschaft sogar auch noch zur entscheidenden Behörde, was für sie noch mehr Machtkonzentration bedeutet.

Auch die Kritik, dass bedingte Geldstrafen grundsätzlich keinen nachhaltigen Eindruck hinterlassen und ihr Ziel weitgehend verfehlen würden, teilen wir nicht. Es gibt zahlreiche Fälle, in denen Beschuldigte prompt wieder rückfällig werden. Dies ist aber auch bei unbedingten Geld- und sogar Freiheitsstrafen regelmässig der Fall.

Kurzum, die Gründe der Überlastung der Strafverfolgungsbehörden sind vielfältig, aber die Verfahrensgarantien im Strafprozess einzuschränken, erscheint uns sicherlich der falsche Weg, etwas dagegen zu tun. Man könnte sich stattdessen auch fragen, ob gewisse Überlastungen nicht vermeidbar wären, etwa durch den Verzicht auf eine überaus harte Verfolgung von Demonstrationsteilnehmer:innen oder die erhöhte Kriminalisierung von Verstössen gegen das Migrationsrecht.

All diese kritischen Einwände unsererseits hätte man ausserdem im Vorfeld während der Ausarbeitung der Standesinitiative, einholen können, wäre man denn auf die Fraktionen links der Mitte zugegangen.

In diesem Sinne beantrage ich im Namen des GAB, die Standesinitiative nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Stefan Suter.

Stefan Suter (SVP): Es geht um das Thema Sicherheit. Das ist ein Kernthema meiner Fraktion, und dennoch weiche ich hiermit von meiner Fraktion ab mit Zustimmung meiner Fraktion. Das ist eine sehr tolerante Organisation, der ich hier angehöre.

Nun, warum bin ich dagegen? Ich habe es Bruno Lötscher schon persönlich gesagt, leider hat er dann keine Änderungen mehr vorgenommen. Es sollen nun bedingte Geldstrafen nicht mehr möglich sein, sondern nur unbedingte. Das kann man beim ersten Durchdenken noch verstehen. Bedingte Geldstrafen, das scheint ja recht harmlos zu sein. Solche Geldstrafen werden nach Tagessätzen festgelegt, das heisst man bekommt 30, 60 oder etwas anderes. Der Landstreicher bekommt à 10

Franken, der Millionär vielleicht à 1000 Franken. Das heisst der Millionär, der straffällig geworden ist, bezahlt vielleicht 50’000 oder 60’000 Franken. Und jetzt kommt diese Standesinitiative, die sagt, das muss dann unbedingt sein.

Was ist jetzt das praktische Problem? Da haben wir also jemanden, der 60’000 Franken bezahlen müsste für eine relativ kleine Tat. Wenn er aber ein grösseres Verschulden hat, dann bekommt er eine Gefängnisstrafe und die ist dann bedingt. Also ich müsste als Anwalt sagen, liebes Gericht, es ist noch viel schrecklicher, als alle meinen, geben Sie ihm die höhere Strafe. Es ist dann bedingt und da muss er nicht 60’000 Franken hinlegen.

Und deswegen kann ich, obwohl ich das Anliegen grundsätzlich verstehe, dem nicht zustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wie beim Antragsteller Bruno Lötscher Steiger.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Es ist so gelaufen, wie es in diesen Debatten jeweils läuft. So ist es auch in Bern gelaufen. Wir haben ein hervorragendes Votum gehört von Hanna Bay, wir haben Anwälte, die sich hier zu Wort melden und die worteich und mit fester Überzeugung darlegen, weshalb das falsch ist, was wir hier andenken. Und ich muss Ihnen sagen, wenn ich die Optik des Anwalts innehabe, dann verstehe ich das und würde es genauso sagen.

Aber die Prozessordnung, die Strafprozessordnung hat nicht nur die Optik der Anwälte, die Strafprozessordnung hat auch die Optik der Opfer angemessen zu berücksichtigen. Und das ist das Spezielle an der Prozessordnung. Wir haben eine Prozessordnung, die selbstverständlich von den Anwälten verteidigt werden soll in dieser Art. Wo sind die Opfer hier drin, die Opfer eines Delikts geworden sind und die sich beklagen darüber, dass ihre Tat nie aufgeklärt wurde, nicht behandelt wurde, nicht rechtzeitig angezeigt wurde, weil wir überformalisierte Verfahren haben? Die sind hier nicht vertreten.

Eine Strafprozessordnung dient der Sicherheit der Rechtsordnung. Der Staat ist eine Friedensmacht, der Staat beansprucht für sich das Gewaltmonopol. Er muss da sein für seine Bürger und ihnen Schutz bieten, wenn sie diesen brauchen. Und den brauchen sie in hohem Masse dann, wenn sie Opfer eines Verbrechens geworden sind.

Und wenn wir eine Strafprozessordnung haben, die ausklammert, dass wir nicht nur die Betroffenen haben (es ist richtig, dass wir nicht einfach von Tätern Reden dürfen im Moment einer ersten Verfahrensphase, sondern von Angeschuldigten), ist es ein Problem. Man muss auch daran denken, dass unsere gesamte Gesellschaftsordnung davon lebt, dass wir einen Staat haben, der die Sicherheit möglich macht und der es dem Bürger möglich macht, dem Staat zu vertrauen. Was haben wir davon, wenn die Leute am Schluss zur Selbstjustiz greifen, weil wir Tausende von Verfahren verjähren lassen? Was haben wir davon, wenn wir am Schluss davon ausgehen, dass jeder zu Hause irgendeine Pistole hat oder ein Gewehr wie in Amerika, weil er sich selber verteidigen will?

Ich muss Ihnen sagen, ich glaube an den Staat und ich glaube an den Rechtsstaat und ich möchte, dass dieser Rechtsstaat überlebt und die Schweiz ist bis jetzt ein Vorbild gewesen. Wir haben aber hier eine Situation geschaffen, die wir alle so nicht gewollt haben. Wir haben eine Situation geschaffen, die davon ausgeht, dass die Staatsanwaltschaft eine molochartige Organisation ist, die mit aller Macht ausgestattet ist und über die armen unschuldigen Menschen herzieht. An sich ist die Staatsanwaltschaft zur Objektivität verpflichtet. Die Staatsanwaltschaft ist verpflichtet, die materielle Wahrheit herauszufinden, sie darf gar nicht nur einseitig ermitteln. Das ist nicht ihre Aufgabe, das ist ihr sogar verboten.

Also die Staatsanwaltschaft ist nicht so darzustellen, dass man den Bürger vor ihr schützen muss. Die Staatsanwaltschaft ist dazu da, Verbrechen aufzuklären. Wenn wir Verbrechen nicht mehr aufklären, wenn wir davon ausgehen können in einer Gesellschaft, dass wir kein Risiko mehr haben, dass wir erwischt werden bei einem Delikt und dass wir innert vernünftiger Zeit zu einem Urteil kommen, dann schaffen wir Nachahmerdelikte. Eine vernünftige Strafprozessordnung ist in hohem Masse generalpräventiv, sie ist in hohem Masse eine Präventionsmassnahme und es geht hier nicht um eine Repressionsmassnahme, wenn wir sagen, hier müssen wir nochmals weiterdenken. Das Problem ist schweizweit ein Problem, selbst die Konferenz der Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren hat dieses Problem erkannt und bildet nun eine Arbeitsgruppe, die den Bundesratsvorschläge machen will. Wir müssen in Bern den Druck aufrechterhalten, damit hier etwas geschieht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie dürfen noch mindestens eine oder zwei Zwischenfragen beantworten, wenn Sie das möchten. Zuerst hat das Wort Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Danke für das tolle Votum, dem ich eigentlich sehr zustimme, jedoch habe ich eine Frage. Sie sagen, wir müssen die StPO verschlanken und fast schon abschaffen, damit man wieder die Verfahren richtig machen kann. Wenn Sie die Fahrraddiebstähle anschauen, haben Sie ja eine ganz tiefe Quote der Aufklärung. Das hat nichts mit der StPO zu tun. Was machen Sie dann dort, wo wir wirklich handeln sollen?

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Das ist eine Frage, die ausführlicher beantwortet werden müsste, als es eine Zwischenfrage erlaubt. Ich will nicht die StPO verschlanken. Ich will, dass man sie anschaut dort, wo die Probleme offenkundig sind und alle Fachleute sich einig sind, dass es Probleme gibt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage stellt Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GAB): Nur für das Protokoll und weil Sie so stark darauf referenziert haben, dass das nur aus Anwaltsperspektive anders gesehen würde, möchte ich Sie gerne fragen, was Sie dann dazu sagen, Wenn aus Anwaltsperspektive, dass das jetzt nur als Anwaltsperspektive anders gesehen würde, möchte ich dich gerne fragen, was Sie dazu sagen, dass ich mir Feedback von ganz unterschiedlichen, ins Strafrecht involvierten Personen eingeholt haben, die einhellig der Meinung waren, dass diese Standesinitiative das Ziel verfehlt?

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich weiss nicht, bei wem Sie Feedback eingeholt haben. Ich habe mit sehr vielen Juristinnen und Juristen geredet und ich habe sehr viel Unterstützung gehört zu diesem Vorhaben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Das wird bestritten von Hanna Bay. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Frage

JA heisst Überweisung , NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

44 Ja, 48 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005208, 11.12.24 17:51:45]*

Der Grosse Rat beschliesst,

Die Standesinitiative nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben 48 Mal Nein, 44 Mal Ja und kein einziges Mal Enthaltung gestimmt. Damit wird der Antrag nicht an den Regierungsrat überwiesen.

Schluss der 41. Sitzung

17:52 Uhr

- Protokoll

der 42. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 11. Dezember 2024, um 20:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	René Brigger (SP), Claudia Baumgartner (GLP), Anina Ineichen (GAB), Johannes Sieber (GLP), Felix Wehrli (SVP).

Verhandlungsgegenstände:

19. Motion 1 Oliver Thommen und Konsorten für ein Grundrecht der digitalen Integrität 2
20. Motion 2 Michael Hug und Konsorten betreffend 10-Minuten-Nachbarschaften für Basel 4
21. Motion 3 Heidi Mück und Konsorten betreffend Vision Zero in der Basler Verkehrsplanung 8
22. Motion 4 Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Schulwegsicherheit rasch und konkret umsetzen 11
23. Anzug 1 Heidi Mück und Konsorten betreffend stärkere Sensibilisierung der Lehrpersonen für geschlechtsunabhängige Leistungseinschätzung 14
24. Anzug 2 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Verbesserung der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen sowie Chancengleichheit an der Universität Basel 16
25. Anzug 3 Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Unterstützung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit finanziellen Schwierigkeiten durch frühzeitige Information über bestehende Hilfs- und Beratungsangebote in Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern 20
26. Anzug 4 Oliver Thommen und Konsorten betreffend die Beantwortung von Interpellationen 21
27. Anzug 5 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Prostatakrebs-Vorsorge 25
28. Anzug 6 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Evaluation und möglicher Anpassung des Taxigesetzes 25
29. Anzug 7 Daniel Seiler und Konsorten betreffend Stärkung der dualen Berufsbildung durch besseren Einbezug der Wirtschaft 29
30. Anzug 8 Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Auswirkungen der künstlichen Intelligenz auf den Staat und sein Verhältnis zu den Bürgern 29

Beginn der 42. Sitzung

Mittwoch, 11. Dezember 2024, 20:00 Uhr

19. Motion 1 Oliver Thommen und Konsorten für ein Grundrecht der digitalen Integrität

[11.12.24 20:00:11, 24.5430.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zu unserer Nachtsitzung. Wir machen nun in unserem Sitzungsadventskalender jenes Türchen auf, für das es im November nicht mehr gereicht hat. Das ist Traktandum 19 Motion 1, Oliver Thommen und Konsorten für ein Grundrecht der digitalen Integrität. Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Olivier-Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Ich darf hier im Namen der LDP und der SVP zu diesem Thema reden.

Die Forderung nach einem Grundrecht für die digitale Integrität ist eigentlich ein wichtiger Schritt zum besseren Schutz unserer Privatsphäre, sofern wir nicht schon alles hineingeworfen haben, was wir können, weil wir sehr intensiv unsere Daten freiwillig und grosszügig im ganzen Internet verteilen, auch in rechtsfreien Zonen.

Wenn man allerdings sagt, wir möchten das umsetzen, dann ist einfach die Frage, wie man das umsetzt und welche Herausforderungen anstehen. Was ist digitale Integrität? Der Begriff ist vielseitig und umfasst viele Aspekte wie den Punkt Datenschutz, den die Motionäre aufgeführt haben, aber auch Datensicherheit, Anonymität, das Recht auf Vergessenwerden und das Recht auf ein Offline-Leben. Und da stellt sich die Frage, wie präzise die Definition überhaupt, ist, dass man damit etwas machen kann. Es besteht die Gefahr von Überschneidungen im bestehenden Grundrecht, wie zum Beispiel das Recht auf die freie Meinungsäusserung. Es ist auch das Recht der informationellen Selbstbestimmung zu nennen und es gibt relativ viele Aspekte, die sich überschneiden, die zum Teil zu Konflikten führen können.

Wir haben auch einen Konflikt in Sachen Innovation, also unvorhersehbare Entwicklungen. Ich denke jetzt jetzt gerade aktuell an Passwörter, dann kommt plötzlich die Quantenhaben wir hier unsere Passworte alle schön brav drin und jetzt kommen dann plötzlich Quantenrechner und die 20 Ziffern-Passwörter sind überhaupt nicht mehr gültig, weil man hacken könnte. Ich muss ehrlich sagen, wenn wir jetzt von Innovation sprechen, ich würde gut leben, wenn ich eine Firma gründen würde und sagen würde, dass ich die Identitäten im Internet reinigen würde. Die Frage ist nur, wie man das kann, weil die Daten sind überall und omnipräsent sind und die Durchsetzbarkeit eines nationalen Grundrechts auf digitaler Ebene ist schon schwierig genug, geschweige denn, dass wir das auf kantonaler Ebene durchsetzen könnten.

Die digitale Welt ist sehr hoch komplex. Die Überwachung und Durchsetzung von Datenschutzbestimmungen zeigen aktuell gerade auf, dass das Ganze einerseits technisch anspruchsvoll ist und dass es enorm viele Ressourcen fordert, um überhaupt nur den einen Teilaspekt bewältigen zu können.

Es geht auch um die Eigenverantwortung. Der Nutzen selber ist ja verantwortlich für das, was einen ins World Wide Web hineinhaut und dort haben wir einfach das Problem, dass die digitale Integrität wahrscheinlich schon sehr anspruchsvoll voll geworden ist. Wenn ich jetzt für alle 100 Leute hier drin das gerne bereinigen möchte, dann ist das heute technisch fast unmöglich.

Das Grundrecht auf digitale Integrität ist ein wichtiges Ziel, darüber müssen wir nicht streiten. Aber die Herausforderungen, die das auf kantonalen Ebene bietet, sind so vielfältig, dass man wirklich überlegen muss, wie das funktioniert, wenn wir es in die Verfassung nehmen würden. Wenn man sagen kann, dass ich ein Recht darauf habe, dann heisst das noch lange nicht, dass ich das Recht geltend machen kann. Wenn man das eher skeptisch anschaut, sieht man, dass die digitale Integrität in Sachen Grenzsetzung durchaus ein Riesenproblem darstellt. Wenn man den Datenschutz einfach noch als Teilbereich anschaut, sieht man, dass das US-Datenschutzrecht, das EU-Datenschutzrecht, an das sich die Schweiz jetzt angeschlossen hat, relativ schwierig umzusetzen ist.

Wenn man jetzt den Regierungsrat beauftragt, einen Vorschlag zu machen, wie das in die Verfassung hineinkommen könnte, werden sie am Schluss zur Schlussfolgerung kommen, dass es auch nicht umsetzbar ist und dass man aktuell auch keine Möglichkeiten hat, das bewältigen zu können.

In dem Sinn bitte ich Sie, das abzulehnen und Nein zu stimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der nächste Sprecher ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Es geht hier darum, dass wir uns bei dieser Überweisung wirklich vertieft Gedanken darüber machen, dass der Staat die digitale Integrität fördert. Dies zu tun, wird heute nicht immer von staatlichen Stellen als besonders notwendig erachtet oder ist genügend notwendig. Der entscheidende Satz im Vorstoss ist im Grunde, dass mit dem Erlass eines Grundrechts zwar keine Wirkung auf Dritte entsteht, sondern dass diese sich auf das staatliche Handeln bezieht. Selbstverständlich gibt es eine Eigenverantwortung, selbstverständlich kann eine digitale Integrität nicht absolut geschützt werden, aber zumindest in Bezug auf Daten, die der Staat selbst sammelt über viele Bürgerinnen und Bürger, wäre es sehr wichtig, dass wir eine übergeordnete Zielvorgabe haben, dass der Staat dafür zu sorgen hat, dass diese Daten geschützt werden.

Gerade aus diesem Grund fände ich einen Verfassungsartikel zumindest sehr prüfenswert, weil es einer solchen Zielvorgabe in stärkerem Mass bedarf, als das heute der Fall ist, das heisst sowohl im präventiven Handeln (ich denke an den Datenschutz aber auch an das Handeln verschieden Ämter) als auch in Sachen Datensicherheit hat der Kanton in mancherlei Beziehung Nachholbedarf, und eine grundsätzliche Rechtsnorm könnte hier doch förderlich wirken. Dass das nicht vollkommen bis ins letzte Detail einklagbar wäre, erscheint mir auch klar, aber ich denke, es ist zumindest ein sehr prüfenswerter Gedanke.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Olivier Battaglia. Sie wird angenommen.

Olivier Battaglia (LDP): Es gibt eine Differenzierung zwischen Staatsaufgaben und privaten Aufgaben und wie der Staat mit seinen Daten umzugehen hat. Wir müssen ihm die Daten geben und er hat auch heute schon eine eine Sorgfaltspflicht. Die Frage ist, wieso muss das in die Verfassung? Reichen die bestehenden Gesetze nicht, die sehr umfassend und detailliert sind?

Tim Cuénod (SP): Da bin ich mir nicht hinreichend sicher, zumindest fühlen sich manche denen vielleicht auch ungenügend verpflichtet.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Motionär Oliver Thommen das Wort.

Oliver Thommen (GAB): Danke für die Diskussion. Ich möchte nur noch einige Punkte, die Olivier-Battaglia angesprochen hat, aufnehmen. Vielleicht gleich zum ersten Punkt, der jetzt schon in der Zwischenfrage anklang und das als Eigenverantwortung deklariert wurde. Das mag vielleicht sein, aber die Daten sind schon da. Es ist nicht, dass etwas Neues geschaffen wird, sondern die Daten sind beim Staat. Und deswegen braucht es auch aus unserer Sicht diesen Schutz

Warum in die Verfassung? Wir haben ein sehr gutes Datenschutzgesetz, aber ich habe immer wieder den Eindruck, dass die ganze Frage der Digitalisierung, die Frage des Datenschutz nicht den Stellenwert hat, den es in Zeiten eines globalen Internets, globalen Kommunikationsmöglichkeiten, globalen Daten in globalen Clouds wirklich hat. Deswegen braucht es meiner Meinung einen Verfassungsgrundsatz, denn sonst ist der oder die Datenschutzbeauftrage die Kehrmaschine für uns, der oder die dann immer wieder die Verfehlungen ausbügeln muss und sich eigentlich nur mit dem beschäftigt und nicht, dass das von Anfang an von den Verwaltungsstellen oder der Regierung so angedacht wird.

Es ist in dem Sinne auch jetzt nichts Neues. Es gibt ja schon bereits zwei Verfassungsbestimmungen. Es gibt eine in Genf, die von der FDP dort angestossen wurde, die sehr breit abgestützt war. Vor ein paar Wochen wurde im Kanton Neuchâtel abgestimmt 91 Prozent, alle Parteien waren dort dafür, ausser der FDP, glaube ich, es ist kantonal offenbar ein bisschen verschieden. Aber ich glaube, es gibt schon eine Diskussion darüber, es gab sie auch schon auf nationaler Ebene, was alles in einen solchen Verfassungstext zur digitalen Integrität gehört, was dieser umfassen könnte. Und ich glaube die jetzt vorgelegte Motion bildet diesen sehr gut ab, auch wenn gewisse Dinge schon drin sind. Wenn Sie die Steuererklärung anschauen, das Recht auf ein Offline-Leben gibt es, aber das hätte nun einen Verfassungsrang, den es bei zunehmender Digitalisierung der Verwaltung auch immer noch braucht.

Wie wird das umgesetzt? Es ist ein Grundrecht in der Verfassung, aber das hat natürlich eine indirekte Wirkung auf das ganze Verwaltungshandeln, auf das ganze Handeln des Staates, und das ist auch beabsichtigt, auch wenn man das dann

vielleicht nicht konkret auf einzelne Fälle oder ein konkretes Beispiel herunterbrechen kann. Das ist wie das Grundrecht auf eine physische oder eine psychische Integrität, die sich überschneiden kann oder mit anderen Grundrechten in Konflikt stehen kann bei spezifischen Fällen, und das muss ausgehandelt werden. So wie wir jetzt als Kanton aufgestellt sind, glaube ich, ist dieser Zusatz zu den Grundrechten am Schluss für die Bürgerinnen und Bürger des Kantons ein Mehrwert, auch wenn ich mir wünschen werde, dass wir diese Regelung nicht brauchen würden, weil sie auf eidgenössischer Ebene ist. Aber solange dies nicht der Fall ist, ist es umso wichtiger, dass das im Kanton klar geregelt ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Olivier Battaglia an.? Das ist der Fall und er darf sie stellen.

Olivier Battaglia (LDP): Sie und Tim Cuénod haben immer die Verwaltung und die öffentliche Hand genannt. In der Motion ziehen Sie auch die Privatpersonen mit ein. Wäre es dann nicht sinnvoll, nur etwas für die Verwaltung zu machen?

Oliver Thommen (GAB): Es handelt sich um ein Grundrecht und das betrifft alle, aber es geht natürlich um das Grundrecht der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem staatlichen Handeln.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Olivier Battaglia. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

65 Ja, 25 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005211, 11.12.24 20:15:27]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird überwiesen mit 65 Ja-Stimmen gegen 25 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

20. Motion 2 Michael Hug und Konsorten betreffend 10-Minuten-Nachbarschaften für Basel

[11.12.24 20:15:41, 24.5463.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Sie wird bestritten von Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Diese Motion beziehungsweise das darin beworbene Konzept der 10-Minuten-Nachbarschaften spricht ein Problem an, dass wir schon seit Jahren immer wieder benennen, das aber bisher systematisch ignoriert wurde, auch von der Partei und dem Arbeitgeber des Motionärs.

Basel-Stadt hat im Vergleich zur Einwohnendenzahl viel zu viele Arbeitsplätze. Das führt nicht nur dazu, dass auf dem Wohnungsmarkt, der ja sowieso nicht als Markt wirklich funktioniert, ein sehr grosser Druck besteht und dazu, dass ungefähr

90’000 Menschen in die Stadt pendeln müssen, um hier zu arbeiten, um all diese Arbeitsplätze, die hier vorhanden sind, auch zu besetzen.

Warum ist das so? Hier ist diese Broschüre zur 10-Minuten Nachbarschaft sehr spannend. Es steht darin: 1960 hatten die Schweizer Städte genügend Wohnraum, auf zwei Einwohnende kam eine voll beschäftigte Person, ein ideales Verhältnis. Seither liess die Raumplanung aber ungleich mehr Arbeitsplätze als Wohnraum zu. Das Verhältnis ist heute oft 1 zu 1. Das trifft auch in etwa auf Basel zu. Ursache des Problems ist also nicht, dass zu wenig Wohnraum gebaut wurde, sondern die zu starke Konzentration von Arbeitsplätzen auf wenige Zentren in unserem Land, Basel ist eines davon.

Das Missverhältnis zwischen Arbeiten und Wohnen wird auch in den aktuellen Planungen der Entwicklungsareale weitergeführt. So sind beispielsweise im Dreispitz Nord oder im Klybeck plus jeweils fast so viele Arbeitsplätze wie Einwohnende geplant, und das bereits bei einer massiven Verdichtung. Einfach mehr Wohnraum einzugeben geht also nicht. Es braucht eine Verschiebung von Arbeitsplätzen zu Wohnflächen.

Diese Idee mit den 10-Minuten-Nachbarschaften oder diese Konzentration oder Überlegungen auf einzelne Quartiere ist interessant, es bringt aber relativ wenig, wenn in einem Quartier ein ideales Verhältnis besteht, wenn im Quartier daneben massiv viel zu viele Arbeitsplätze sind. Also noch wichtiger als dieser Nachbarschaftsgedanken ist, mal die ganze Stadt oder vielleicht die Situation im ganzen Kanton anzuschauen. Wir sind hier doch immer noch relativ nahe zusammen. Die meisten Orte lassen sich doch auch in 10, vielleicht auch 15 Minuten erreichen.

Überlegen wir mal, was es heissen würde, wenn wir das Verhältnis von Einwohnenden und Arbeitsplätzen einseitig mit einem Bevölkerungswachstum zu einem idealen Verhältnis bringen wollten, würde das eine Verdoppelung der Bevölkerungszahl unseres Kantons bedeuten. Seien wir doch ehrlich, das ist weder möglich noch sinnvoll und auch nicht so gewollt. Es würde einen massiven Eingriff in den Baubestand bedeuten und eine massive Vertreibung der heute hier wohnenden Menschen. Auch die Auswirkung auf den Baubestand, auf die graue Energie und so weiter ist sicher nicht zu verachten.

Wenn man also die Tatsache akzeptiert, dass eine Verdoppelung der Bevölkerung nicht das Ziel sein kann, muss man die Motion eigentlich als Aufforderung für eine Neuorientierung der Kantonsentwicklung auf eine Postwachstumsgesellschaft und ein grundlegendes Hinterfragen der Basler Standortpolitik verstehen.

Wenn das so gemeint ist, dann sind wir Feuer und Flamme für diese Motion. Aber irgendwie habe ich da meine Zweifel. Wer 10-Minuten-Nachbarschaften fordert, müsste konsequenterweise auch darauf verzichten, neue Strassen zu fördern oder sich dafür einzusetzen, dass diese gebaut werden, und auch beim ÖV muss das Ziel nicht immer schneller und immer weiter sein, sondern ein zuverlässiges Angebot in allen Quartieren, das den Umstieg vom Auto auf den ÖV fördert und auch mobilitätseingeschränkten Menschen ermöglicht, die Ziele ihres täglichen Lebens selbstständig zu erreichen. Es geht um lebendige und begrünte öffentliche Räume, um die aktive Reduktion des Autoverkehrs, um Treffpunkte und nicht zuletzt um bezahlbaren Wohnraum.

Zusammengefasst kann man sagen, diese Motion spricht ein wichtiges Problem an, fokussiert aber zu einseitig auf die Verdichtung als angebliche Lösung. Unsere Fraktion ist deshalb offen in der Konsequenz, die einen sehen es als Chance, endlich mal das grundlegende Problem anzuschauen und ein sinnvolleres Verhältnis von Wohnen und Arbeitsplätzen gerade in den Entwicklungsarealen anzuschauen, die anderen lehnen die Motion ab, weil sie trotz vordergründig offener Formulierung einseitig auf eine maximale Verdichtung ausgerichtet ist, anstatt die starke und weiter zunehmende Konzentration von Arbeitsplätzen in Basel zu hinterfragen. Die Forderung nach einem Verhältnis von zwei Einwohnenden pro Arbeitsplatz ist richtig, aber wenn sie dazu missbraucht werden soll, eine weitere maximale Verdichtung und Verdrängung der Bevölkerung durchzusetzen, dann werden wir uns dagegen wehren müssen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfragen von den Herren Jenny und Seiler an? Sie werden angenommen.

David Jenny (FDP): Können Sie mir bitte die Top 5 der Arbeitgeber angeben, die Sie aus Basel vertreiben wollen?

Tonja Zürcher (GAB): Nein, das kann ich nicht, denn es geht darum, ein sinnvolles Verhältnis zu erreichen und das ist eine Frage der Planung nicht der Vertreibung von bestimmten Arbeitgebern.

Daniel Seiler (FDP): Meinen Sie nicht, dass es eher die Arbeitsplätze sind, die Wohnen ermöglichen oder haben Sie das Gefühl, es ist umgekehrt, dass es der Wohnraum ist, der Arbeitsplätze ermöglicht?

Tonja Zürcher (GAB): Ich glaube, Räume produzieren keine Arbeitsplätze und Arbeitsplätze auch keine Räumen, schlussendlich sind es immer Menschen, die beides brauchen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich muss zugeben, vieles, was Tonja Zürcher gesagt hat, trifft zu. Ich muss ihr da Recht geben und das ist auch der Grund, weshalb die SVP-Fraktion Ihnen beantragt, diese Motion nicht zu überweisen. Michael Hug bringt eine Idee im Spiel, die von einer Professorin erarbeitet worden ist, die natürlich bis zu einem gewissen Grad als Wissenschaftlerin einen gewissen visionären Charakter haben kann, aber in der praktischen Umsetzung hätte dieser Vorstoss dann doch sehr gravierende Auswirkungen -sie wurden teilweise auch von Tonja Zürcher bereits erwähnt -, sodass wir hier die Sinnhaftigkeit nicht sehen, diese Motion an den Regierungsrat zu überweisen, nicht einmal für eine Erstüberweisung, denn ich muss Ihnen ganz ehrlicherweise sagen, ich finde das Instrument der Motion sehr skurril, weil der Regierungsrat uns dann innerhalb von 3 Monaten berichten müsste. Aber was soll er innerhalb von 3 Monaten uns dazu berichten, ausser dass er uns dann vielleicht sagen würde, es ist nicht umsetzbar, schreiben Sie ab oder überweisen Sie es als Anzug. Dann sind wir wieder etwa gleich weit. Auch die in der Motion gesetzte Frist von glaube ich 18 Monaten, scheint mir für dieses doch sehr grosse Fass, das Michael Hug hier aufmacht, etwas schwierig. Ich sehe nicht, wie der Kanton Basel-Stadt, der ja schon bei teilweise einfacheren Planungen wie zum Beispiel einer Tennishalle sehr viel länger braucht, uns innert 18 Monaten etwas Kluges und Geeignetes auf den Tisch legen kann.

Deshalb glaube ich, dass die Idee aus einem Denklabor stammen könnte, wo sehr viel kluge Menschen sich Gedanken darüber machen, wie die Welt in der Zukunft aussieht. Das ist sicherlich sehr spannend. Ich finde, das ist aber eine Ebene, auf welcher wir uns im Grossen Rat nicht bewegen sollte, auch wenn natürlich das Grundthema, das Michael Hug mit diesem Vorstoss adressieren möchte, durchaus seine Berechtigung hat. Wir zweifeln aber, ob dies das richtige Instrument ist und ob diese 10-Minuten-Nachbarschaft das richtige Konzept wäre. Denn - und das werden jetzt viele hier nicht gerne hören wollen - , ein grosses oder fast das grösste Problem der fehlenden Wohnungen, der Wohnungsknappheit, auch der Gentrifizierung unserer Gesellschaft ist die Zuwanderung. Sie wollen die Zuwanderung nicht begrenzen und haben zugelassen, dass in den letzten Jahrzehnten unser Land auf über 9 Millionen Menschen angewachsen ist. Sie wollen die Zuwanderung weiterhin nicht bremsen, obschon es dazu auch ein Verfassungsauftrag gibt seit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative der SVP. Sie lehnen mutmasslich, auch Michael Hug, die Nachhaltigkeitsinitiative der SVP ab, die Massnahmen einverlangt, wenn die Bevölkerung über 9,5 Millionen in unserem Land anwächst.

Das wäre eine konkrete Antwort auf Ihren Vorstoss. Wir müssen die Zuwanderung begrenzen. Wir merken, dass diese Zuwanderung negative Effekte hat. Nicht per se ist die Zuwanderung etwas Schlechtes, verstehen Sie mich nicht falsch, aber wir spüren, dass diese Zuwanderung in dieser Grössenordnung unser System überfordert. Und auf diese Frage müssten Sie zuerst eine Antwort finden. Dann können wir auch über Themen wie Arbeitswege, pendeln, über die Gentrifizierung, aber beispielsweise auch über die anhaltende Vernichtung von Grünflächen, auch in unserem Kanton sprechen.

Aber bevor wir dieses Problem nicht lösen, glaube ich, bleibt Ihr Vorstoss eine gut gemeinte Utopie. Wir sehen nicht, wie der Regierungsrat hier uns auch nur ansatzweise etwas Substanzielles dazu berichten kann und haben uns deshalb entschieden, Ihnen zu beantragen, die Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Also ich muss entschieden dem widersprechen, dass die Zuwanderung das Wohnungsproblem verursacht. Schweizweit sieht man das, es wurde mehr gebaut als die Zuwanderung war, das können Sie in absoluten Zahlen nachlesen, und nehmen Sie unseren Kanton. Wir haben immer noch eine vergleichsweise hohe Leerstandsquote, also die Zuwanderung nach Basel ist ja quasi dann auch nur bei 1'000 Menschen pro Jahr.

Wo ich aber Joël Thüring recht gebe, ist, dass Professorin Sibylle Wälty ein interessantes Konzept macht. Ja, es kommt aus der Laborküche, ja, es ist super akademisch und ja, man könnte sich das mal anschauen mit diesen 10-MinutenNachbarschaft. Denn es ist eine interessante Idee. Und das ist auch der Grund, weshalb die SP heute Abend hier für die erste Überweisung dieser Motion sich stark macht. Eigentlich wir das eher als Thema für einen Anzug wäre, aber ja machen wir jetzt einmal diese Erstüberweisung.

Und da möchte ich auch dem Autor dieser Motion, die Ausführungen von Sibylle Wälty schon noch mitgeben. Sie leitet ihr Hauptargumente aus einem Verhältnis ab zwischen Arbeitsplätzen und Wohnraumangeboten und daneben quasi die Erreichbarkeit in diesen 500 Metern, in dieser 10-minütigen Gehdistanz. Und das ist genau die Laborsituation. Es ist eigentlich eine sehr vereinfachte Angebot-Nachfrage-Setzung. und dann sind wir genau wieder im Problem. Auf der einen Seite haben wir die Zuwanderung, die schuld ist am Wohnproblem und auf der anderen Seite haben wir die, bauen, bauen

und bauen wollen, um die Wohnungsfrage zu lösen. Und jetzt muss man den Text von Sibylle Wälty genau lesen. Sie sagt nämlich, dass nämlich noch etwas anderes wichtig ist, dass nämlich ganz viel Wohnraum zu teuer ist. .Und zu Teure ist dann schon der Mechanismus, wo wir über diese grösseren stadtentwicklerischen Perspektiven von Gentrifizierung sprechen könnten.

Gehen wir mit unserer Motion, überweisen wir die heute. Ich habe auch eine sehr hoffnungsvolle Perspektive, die gibt uns Sibylle Wälty auch gerade mit, weil sie sagt, dass es schon 10 Minuten-Nachbarschaften bei uns im Kanton gibt. Das Matthäusquartier entspricht dem, das Gundeli entspricht dem, entsprechend diesem sehr theoretischen Konzept.

Ich denke, das jetzt dem Regierungsrat mitzugeben, die Verwaltung eine Antwort auszuarbeiten, eine Stellungnahme innert 3 Monaten, ist sicherlich der richtige Weg. Und dann nehme ich den Motionären beim Wort, dass, wenn es dann weitergehen würde, der Einbezug der ansässigen Menschen ein wichtiger Bestandteil ist. Und somit denke ich, haben wir hier wirklich einen interessanten theoretischen Ansatz in eine Motion verpackt, und ich hoffe, wir werden sie mal zur Stellungnahme erstüberweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Zwischenfrage von David Jenny wird angenommen.

David Jenny (FDP): War eine zehnminütige Debatte nicht genug der Ehre für eine solche Idee?

Ivo Balmer (SP): Das ist eine sehr interessante Frage und ich beantworte sie in 3 Monaten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ivo Balmer, vielleicht haben Sie einmal das Wort Dichtestress gehört, Wort des Jahres vor sechs oder sieben Jahren. Ich bin sehr dankbar, dass Joël Thüring die Zuwanderung angesprochen hat. Im Bild am Sonntag vom 28. November 2024 steht, dass die Migrationspolitik längst sozialer Sprengstoff geworden ist. Das dürfte mittlerweile auch dem letzten Träumer klar geworden sein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wie beim Motionär angelangt, der nun das Wort hat.

Michael Hug (LDP): Ich meine an David Jenny gerichtet, dass diese Idee mehr wert ist als eine 10-minütige Diskussion, weshalb ich nun noch ein paar Worte dazu sagen möchte.

Vielleicht ganz kurz an Tonja Zürcher: Ja, wir haben viele Arbeitsflächen, im Vergleich zu anderen Regionen kann ich nicht sagen zu viele, denn sie sind entscheidend für den Wohlstand, den wir in unserer Region haben, den Wohlstand, der auch soziale Aufgaben finanzieren kann und das ist sehr wichtig so. Diese Grundlagen wollen wir nicht in Frage stellen.

Zur Zuwanderungsdebatte will ich nur sagen, dass eine Studie von Sotomo klar aufzeigt, dass, wenn neue Wohnungen gebaut werden, die meisten Personen, die in diese neuen Wohnungen ziehen, Personen sind, die bereits im Umfeld leben und zwar ist dieser Wert signifikant. Und diese Wohnungen werden dann wieder von Personen im weiteren Umfeld bezogen. Dies hat übrigens auch den Effekt, dass die Preise nicht weiter gegen oben getrieben werden, also ein Effekt, der aus wohn- und sozialpolitischen Massnahmen sicher gewünscht wird, das heisst bauen wir Wohnraum dort, wo es sinnvoll ist zu entwickeln.

Noch kurz eine Bemerkung an Ivo Balmer und Joël Thüring: Ich habe bewusst die Form einer Motion gewählt und nicht den Anzug, weil wir haben Zeitproblem. Wir haben grosse Planungen bei den Transformationsarealen. Mein Punkt ist nicht, dass es umgesetzt ist innerhalb von 3 Monaten. Mein Punkt ist, dass ein Konzept vorgelegt wird. Sie wissen alle, die Richtplanung ist nicht in der Kompetenz des Parlaments, sondern in der Kompetenz der Regierung. Das ist in jedem Kanton unterschiedlich, bei uns ist es so. Unsere Kompetenz ist die Nutzungsplanung und die will ich nicht direkt anfassen. Das heisst mit einem Konzept habe ich die Hoffnung, dass die Regierung auch aufzeigt, wo beispielsweise es sinnvoll ist, Entwicklungen stattfinden zu lassen. Denken Sie an die Nauenstrassen, wo hohe Häuser schon geplant oder gebaut sind, denken Sie an die Clarastrasse Richtung Messe. Dort macht es Sinn zu entwickeln, aber unsere Baugesetze und weitere Faktoren verunmöglichen dies, erschweren dies und das ist nicht im Sinne einer nationalen Volksabstimmung wo aus dem Jahr 2000 getragen sind, die das neue Raumplanungsgesetz umsetzte. Das wurde durch das Stimmstimmvolk mit einer

extrem hohen Mehrheit angenommen. Es waren über 70 Prozent, wenn ich mich nicht täusche. Und diese Vorlage wollte, dass der Zersiedelung und der Verbauung unserer noch bestehenden Landschaftsflächen entgegengewirkt wird.

Dennoch täglich werden in der Schweiz Grünflächen von der Grösse von etwa sieben Fussballfeldern neu überbaut und auch mit unwiederbringlich zerstört. Basel trägt dazu bei durch eine fehlgeleitete Wohnpolitik, die den Wohnungsbau hemmt. Dies ist erheblich. Wir müssen aber dort bauen, wo bereits Siedlungsstrukturen existieren, das ist sehr logisch aus diesem Auftrag heraus, und wo die Menschen arbeiten. Sonst sind Sie eben angewiesen auf das Auto, was wieder Stau generiert und jetzt, wo das Stimmvolk die nationale Vorlage des Strassenausbaus abgelehnt haben, wird sich dieses Problem noch akzentuieren, was wiederum dafür ein Argument ist, dass wird dort entwickeln sollen, wo die städtischen Gebiete, wo die Siedlungen bereits sind.

Das Konzept der 10-Minuten-Nachbarschaft bietet die Möglichkeit, unsere Stadt nachhaltig, lebendig und zukunftsorientiert zu gestalten. Es schafft Quartiere, in denen alles Wesentliche von Schulen über Einkaufsmöglichkeiten bis hin zu kulturellen Angeboten und Grünflächen innerhalb dieser 10 Minuten zu Fuss oder mit dem Velo erreichbar ist. Dieses Konzept bedarf einer Bevölkerung in einem Quartier von 10’000 Menschen, die dort wohnen und 5’000, die dort arbeiten. Es wurde schon gesagt, im Matthäusquartier ist dies schon bereits der Fall, im Gundeli ebenfalls. Und jetzt geht es darum, in einem Konzept zu schauen, wo man dies auch noch möglich machen kann. Ich rede nicht vom Bruderholz, wo vor allem gewohnt wird, aber es gibt noch andere Gebiete, wo das sinnvoll ist.

Ich bitte Sie, diese Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung wird bestritten von Tonja Zürcher. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

64 Ja, 24 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005213, 11.12.24 20:38:34]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wurde überwiesen mit 64 Ja-Stimmen gegen 24 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

21. Motion 3 Heidi Mück und Konsorten betreffend Vision Zero in der Basler Verkehrsplanung

[11.12.24 20:38:48, 24.5464.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von André Auderset.

André Auderset (LDP): Ich darf auch im Namen der FDP sprechen. Die Fraktionen der FDP und der LDP lehnen diese Motion ab.

Es ist ein bisschen fast schon gemeines Anliegen oder gemeine Betitelung, denn selbstverständlich sind wir nicht dagegen, dass man die Zahle der Toten und Verletzten im Strassenverkehr möglichst verringert, von mir aus gerne die Vision Zero, die ja damals schon Verkehrsminister Leuenberger einmal vorgestellt hat, dass man dies als Ziel nimmt. Selbstverständlich sind auch wir dafür. Wir sind aber der Meinung, dass dies eine Bundessache ist, dass das schweizerische Strassenverkehrsgesetz eine Bundesangelegenheit ist und dass man, wie auch im Text der Motion beschrieben, hier den Bund, der ja bereits daran ist, entsprechend Regeln zu machen, gewähren lässt.

Ausserdem wird ja schon sehr viel auf kantonaler Ebene getan, das ist auch Teil der Legislaturplanung. Hier noch mit einer Motion einfach nur für Arbeit zu sorgen und für eine weitere Motivation zu sorgen, dass möglichst viele Umleitungen und Verkehrshindernisse für den motorisierten Verkehr gemacht werden unter dem Vorwand der Vision Zero, das sehen wir gar nicht ein.

Lassen Sie bitte die begonnenen Arbeiten weiterfahren und bürden Sie nicht sinnlose neue Arbeit auf.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Christine Keller.

Christine Keller (SP): André Auderset hat es soeben gesagt, niemand kann im Ernst hier finden, es brauche nicht weniger Tote und Schwerverletzte. Da sind wir uns doch absolut einig.

Seit dem Jahr 2020 haben wir hier leider eine betrübliche Trendwende, sowohl die Zahl der Schwerverletzten wie auch die Zahl der Toten nimmt zu. Wir hatten im Jahr 2023 drei Tote und 108 Schwerverletzte mehr, also eine Zunahme einer Person bei den Toten und 14 bei den Schwerverletzten. André Auderset hat sich soeben widersprochen. Einerseits sagt er, es sei eine Sache des Bundes und andererseits sagt er, kantonal werde ja schon genug getan. Der Kanton kann etwas machen und er soll etwas machen. Er ist ja auch im kantonalen Legislaturplan, und ich verstehe nicht, dass man jetzt dagegen sein soll, dass der Kanton für diese Vision so viel macht wie er kann und unternimmt, was nur unternommen werden kann. Es ist wirklich auch konkret wichtig, dass vor allem die Zufussgehenden und die Velofahrer:innen besser geschützt werden.

Und somit bitte ich Sie doch herzlich, dieser Vision ein Ja zu geben. Das ist wahrscheinlich eine der wichtigeren und sicher nicht eine der unnötigen Arbeitsbeschaffungsmotionen, über die wir hier manchmal auch reden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lukas Bollack.

Lukas Bollack (GLP): Es widerspricht hier offenbar niemand, wenn man sagt, dass jede im Strassenverkehr verletzte oder getötete Person eine zu viel ist. Im Strassenverkehr getötete und verletzte Personen sind aber nicht einfach unausweichlich. Wie viele Opfer der Strassenverkehr fordert, hängt von verschiedenen Faktoren ab, zum Beispiel von der Sicherheit der Fahrzeuge, dem Verhalten der Verkehrsteilnehmenden, der Gestaltung des Verkehrsraums, den Verkehrsregeln und deren Durchsetzung, dem Verkehrsregime etc.

Und auf viele dieser Faktoren hat die Politik Einfluss, auch die kantonale Politik. Das zeigt sich daran, dass es zwischen den Ländern grosse Unterschiede gibt. in den Verkehrsunfallzahlen, beispielsweise auf 1 Million Einwohner gerechnet sterben in den USA jedes Jahr 129 Personen im Strassenverkehr. In der EU sind es im Durchschnitt 46, in Deutschland 34 und in der Schweiz 22. Das waren die Zahlen von 2023.

Heisst das nun, dass wir uns auf unseren Lorbeeren ausruhen können? Die GLP-Fraktion ist der Meinung, dass wir das natürlich nicht können, denn auch wir hatten schon gefährlichere Strassen als heute. Diese Verbesserungen, die wir erreicht haben, haben sich eingestellt durch strengere Sicherheitsvorschriften für Fahrzeuge, strengere Verkehrsregeln, inklusive einer konsequenteren Durchsetzung, eine sicherere Gestaltung des Verkehrsraums, niedrigere Tempolimits und diverse weitere Massnahmen. Diesen Weg müssen wir weitergehen mit dem Ziel vor Augen Null Verkehrstote oder eben Vision Zero. Denn wie anfangs gesagt, jede im Strassenverkehr getötete und verletzte Person ist eine zu viel, und dagegen soll man wirklich einfach alles machen, was man kann.

Wir Grünliberalen werden deshalb für die Überweisung dieser Motion stimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die zwei Zwischenfragen werden angenommen. Zuerst hat Daniel Seiler das Wort.

Daniel Seiler (FDP): In der Motion reden wir allgemein von Verkehr. Sie haben jetzt nur über Strassenverkehr geredet. Wenn ich mir die letzten Todesopfer anschaue, die wir leider zu verzeichnen haben, betreffen diese vielfach auch in dieser Stadt Tram und Fussgänger. Wie schätzen Sie das ein bzw. wie wollen Sie das einbinden?

Lukas Bollack (GLP): Genau gleich, das sind auch Verkehrssituationen, die man sicherer oder gefährlicher gestalten kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die zweite Zwischenfrage war ein Versehen. Damit sind wir bei Raphael Fuhrer für ein Einzelvotum.

Raphael Fuhrer (GAB): Das schweizerische Strassenverkehrsgesetz wurde von André Auderset für die LDP und FDP genannt, und weil es ein nationales Gesetz ist, heisst das ja noch lange nicht, dass es den Kanton nicht betrifft. Dort steht für mich drin, dass die Strasseneigner zuständig sind für die Sicherstellung bei der Planung und bei Betrieb des Strassennetzes. Also damit ist es eigentlich klar und der Kanton Basel-Stadt ist nun mal der Strasseneigner, und weil die Bürgergemeinden Basel die Kompetenzen weitergegeben hat eben auch nicht nur für die Kantonsstrassen, sondern auch für die kommunalen Strassen.

Und der zweite Punkt, der alte Legislaturplan, der bereits abgelaufen ist, beinhaltete tatsächlich eine Aussage zur Verkehrssicherheit. Es gab dann auch einen sogenannten Verkehrssicherheitsplan, wozu wahrscheinlich alle Parteien, die hier vertreten sind, eine Stellungnahme abgegeben haben, sich Gedanken gemacht haben in ihren Arbeitsgruppen das angeschaut haben, und das war 2019/2020. Seither hat man gar nichts mehr gehört.

Was ich schon auch bezeichnend finde ist, dass sich niemand mehr von den weiteren bürgerlichen Fraktionen eingetragen hat, und auch im Votum von André Auderset für FDP und LDP habe ich eigentlich gar nichts Konkretes gehört, was denn jetzt schon genug gemacht wird. Es wurde von den angelaufenen Arbeiten und von den laufenden Massnahmen gesprochen, aber was konkret genug ist, das weiss ich bis jetzt nicht und darum habe ich bis jetzt auch kein Argument gehört, warum man hier dagegen sein soll. Es ist eben nicht so, dass die Massnahmen offensichtlich auf dem Tisch liegen und wie das auch Christine Keller richtig gesagt hat, der Trend in die richtige Richtung zeigt, sondern eben in die andere.

Und hier geht es um die verletzlichsten Verkehrsteilnehmer:innen, konkret um den Fuss- und Veloverkehr. Die sind natürlich besonders exponiert, weil sie einfach sehr ungeschützt im Verkehrsraum unterwegs sind. Und wenn ich schon bei dem Thema bin, würde ich gerne für die nächste Motion auch noch ein, zwei Sätze sagen. Schulkinder, sind natürlich innerhalb der verletzlichen Verkehrsteilnehmer:innen dann noch die, die erst am Lernen sind, was eine gefährliche Situation heisst und was es heisst, dass auch mein eigenes Verhalten gefährlich sein kann. Und gerade dort ist es natürlich besonders wichtig, dass wir konkrete, zielführende und wirksame Massnahmen haben. Und es ist die Erfahrung von vielen Eltern, dass das nicht so vorwärts geht, wie es sein sollte. Und darum gibt es diese zwei Emotionen. ,und ich bitte Sie im Namen des GAB, beide zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir bei der Motionärin Heidi Mück.

Heidi Mück (GAB): Die Vision Zero verfolgt das Ziel eines Verkehrs ohne Tote und Schwerverletzte und sogar das ASTRA, das ja nicht gerade extrem gegen der Autoverkehr ist, setzt sich als Ziel, die Toten und Schwerverletzten im Verkehr zu verringern. Aber das ist sicher keine reine Bundessache, sondern da hat der Kanton wirklich ein Wörtchen mitzureden und hat auch Aktivitäten zu ergreifen.

Ich bin nun wirklich keine Verkehrspolitikerin und daher völlig unverdächtig. Doch die Vision Zero bewegt mich schon seit sehr langer Zeit. Als dreifache Mutter, mittlerweile zweifache Grossmutter und bis vor Kurzem Begleiterin meiner betagten Mutter, die mit dem Rollator unterwegs war, kenne ich die Perspektive der schwächsten Verkehrsteilnehmer:innen sehr gut, und mich erfüllt mit Sorgen, wenn ich mit bekomme, dass die Verkehrsstatistik im Bereich der Toten und Verletzten keine Verbesserung, sondern sogar eine Zunahme zeigt oder die Zahlen im besten Fall so vor sich hindümpeln.

Ich bin mit meiner Sorge nicht allein. Das zeigt auch die Petition mit dem Manifest für eine Vision Zero für Basel, die kürzlich eingereicht wurde. Auch die Absichtserklärungen des Regierungsrats im Legislaturplan dümpeln eben auch so vor sich hin. Es wurde uns mal ein Verkehrssicherheitsplan versprochen, wie Raphael Fuhrer erwähnt hat. In welcher Schublade ist denn der verschwunden? Stattdessen wird im aktuellen Legislaturplan von einer effizienten, stadtgerechten und sicheren Mobilität mit kurzen Wegen gesprochen.

Immerhin ist der Regierungsrat bereit, diese Motion entgegenzunehmen, also die Schublade wieder aufzumachen und sich diese schlimme Arbeit wieder aufzubürden. Aber für mich ist es dann schon eine Frage. Im Legislaturplanplan ist die Rede von effizienter Mobilität. Was heisst denn das? Heisst das einfach, dass Autofahrende möglichst rasch von A nach B kommen sollen? Effizienz beisst sich vielleicht mit der gewünschten Sicherheit, und das müssen wir halt an auch anschauen.

Die Petition, die ich vorher erwähnt habe, stellt konkrete und meiner Ansicht nach sehr kluge Forderungen, aber meine Motion ist da viel offener. Mich würde eigentlich sehr beruhigen, wenn wir einen Verkehrssicherheitsplan hätten. Denn ich stelle mir vor, dass dies Einfluss hätte auf die zukünftige Verkehrsplanung. Und das wäre ein Schritt in die richtige Richtung, ein kleiner Schritt in Richtung der Erfüllung der Vision Zero.

Es ist wirklich an der Zeit, dass wir die Verkehrsplanung, die allgemeine Sicherheit und insbesondere die Sicherheit der Fussgänger:innen und Velofahrer:innen ins Zentrum stellen. Deshalb bitte ich Sie, diese Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung der Motion wird bestritten von André Auderset. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 39 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005215, 11.12.24 20:52:43]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion ist überwiesen mit 52 Ja-Stimmen 39 Nein-Stimmen.

22. Motion 4 Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Schulwegsicherheit rasch und konkret umsetzen

[11.12.24 20:52:56, 24.5465.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Gianna Hablützel-Bürki.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Im Namen der SVP-Fraktion spreche ich mich gegen die Überweisung dieser Motion aus. Lassen Sie uns die Dinge beim Namen nennen. Diese Motion geht nicht um die Sicherheit der Schulwege. Das behauptete Ziel ist lediglich ein Vorwand. In Wahrheit dient dieser Vorstoss einzig und allein dazu, die ideologisch motivierte Verkehrspolitik voranzutreiben. Die ewigen Autohasser greifen hier wieder einmal tief in die populistische Trickkiste, um den motorisierten Individualverkehr aus unseren Städten zu verdrängen. Diese Strategie ist nicht nur altbekannt, sondern schlicht unseriös. Jede Gelegenheit wird genutzt, um das Auto zum Sündenbock zu machen, ohne Rücksicht auf die Fakten oder die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen.

Diese Motion ist nicht nur eine Fortsetzung dieser einseitigen Kampagne, sondern auch inhaltslos, haltlos. Sie ignoriert grundlegende Zusammenhänge der Verkehrssicherheit und konzentriert sich ausschliesslich auf das Tempo des motorisierten Verkehrs. Doch wie ich Ihnen gleich aufzeigen werde, liegen die tatsächlichen Probleme an ganz anderer Stelle. Ein genauer Blick auf die Unfallstatistik verdeutlicht, dass die Herausforderungen im Verkehr keineswegs allein beim

Autoverkehr liegen. 2023 wurden 110 Unfälle zwischen Velofahrenden und Fussgängern registriert. Bemerkenswert dabei, in rund 75 Prozent der Fälle waren Velofahrer die Hauptverursacher. Tragischerweise endeten zwei dieser Unfälle tödlich.

Diese Zahlen zeigen klar, dass das wachsende Sicherheitsrisiko im Verkehr zunehmend von Velofahrenden ausgeht. Dies ist insbesondere angesichts der steigenden Zahl schneller E Bikes und schwerer Lastenvelos alarmierend. Diese Fahrzeuge werden immer schwerer, schneller und stellen eine zunehmende Gefahr dar, insbesondere für ältere Menschen, Kinder und Menschen mit Behinderungen, weil viele Fahrer oft weniger aufmerksam oder rücksichtsvoll unterwegs sind.

Doch statt hier endlich aktiv zu werden, wird erneut allein das Auto ins Visier genommen. Im gleichen Zeitraum ereigneten sich zwei tödliche Unfälle mit Autos, bei denen Seniorinnen auf Fussgängerstreifen angefahren wurden. Jedes einzelne Opfer ist eine Tragödie und dennoch zeigt der Vergleich: Wir haben kein systematisches Problem mit dem Autoverkehr. Die pauschale Verteufelung des motorisierten Verkehrs ist daher wieder gerechtfertigt noch zielführend. Stattdessen gilt, Tempo allein ist nicht der Schlüssel zur Verkehrssicherheit. Aufmerksamkeit, vorausschauendes Verhalten und Bremsbereitschaft aller Verkehrsteilnehmenden sind entscheidend. Wer diese Motion unterstützt, blendet diese Realität aus und verfolgt eine einseitige, ideologisch getriebene Agenda, die den Gesamtzusammenhang ignoriert.

Vision Zero ist ein wichtiges Ziel, doch es braucht eine realistische und differenzierte Verkehrspolitik. Anstelle populistischer Vorstösse, die ausschliesslich den Autoverkehr ins Visier nehmen, sollten wir die Sicherheit durch Sensibilisierung, Prävention und Infrastrukturmassnahmen fördern, die ein respektvolles Miteinander ermöglichen. Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Verkehrspolitik weiterhin durch ideologische Scheuklappen verzerrt wird. Das Auto ist und bleibt ein wesentlicher Bestandteil moderner Mobilität, und diese Realität können auch die Autohasser nicht wegdiskutieren.

Ich danke Ihnen im Namen der SVP-Fraktion für die Nichtüberweisung dieser Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Alexandra Dill.

Alexandra Dill (SP): Es geht tatsächlich um den Schulweg, tatsächlich, das darf mir meine Vorrednerin glauben und sicher auch der Motionärin. Der Schulweg ist ein ganz besonderer Erlebnisraum und allen kommen bestimmt viele Erinnerungen auf an Erlebnisse auf unseren Schulwegen. Freund- und Liebschaften, die entstanden und vergingen, Streiche, Gespräche, Streitereien, alles war dabei. Der Schulweg bietet enorm viel für das Soziale, aber auch als Übergangs- und Bewegungsraum zwischen Schule und Zuhause, wo man den Kopf lüften kann und sich früh selbstständig im Stadtraum bewegen darf.

Ich als Baselbieter Dorfkind war immer neidisch auf die Kinder und Jugendlichen, die in der coolen Stadt aufgewachsen sind, und ich stellte mir ihre Schulwege viel spannender vor als meinen durch die Einfamilienhäuserreihen. Mir war damals nicht bewusst, wie wenig Schulkinder als Verkehrsteilnehmende mitgedacht werden, wie klein sich ein Schulkind in der Stadt fühlt, Lastwagen, Baustellen, Anlieferungen, Tram, Autos, E-Trottinetts, Velos, sie alle wuseln um einen herum, sind grösser und beachteter.

In mir drinsitzt ein tiefer Glaube an das Recht eines Schulkindes auf eine sichere Teilnahme am Stadtverkehr, ein Recht auf einen selbstständigen Schulweg. Es gibt ja auch die Schulpflicht. Wir können mehr tun, um diesem Recht gerecht zu werden. Wir haben schon 2017 eine Motion überwiesen, aber wir warten immer noch auf die Antworten. Ein schrecklicher Unfall hat mich und mein Quartier seither kräftig durchgerüttelt und dabei schmerzlich verdeutlicht, welche Lücken das System in der Schulwegsicherheit hat.

Was diese Motion will, ist nicht das Ende des Autoverkehrs. Es ist schlussendlich, dass mehr mit Kinderaugen geplant wird, Velo- und Fusswege getrennt werden, Übergangszeiten verlängert, Mittelinseln geschaffen, Konfliktgründe vermieden und Fahrzeuge langsamer werden, dass Unterrichtszeiten sensible Zufahrtenregelungen gefunden werden, und dass, und das liegt mir besonders am Herzen, Rückmeldungen zu Gefahrenstellen schneller geprüft und ernstgenommen werden. Eltern nehmen nämlich die Gefahren oft wahr und melden sie auch. Das ist doch eine Ressource, eine kostenlose noch dazu, die viel ernsthafter einfliessen muss. Auch wir Eltern brauchen definitiv mehr Gehör in der Stadtplanung.

Die Kinder können sich hier nicht selber vertreten, aber sie haben einen sicheren Stadtraum verdient. Sie sollen unbeschwert in die Schule gehen und auf dem Schulweg Freundschaften knüpfen oder kündigen können. Der Regierungsrat muss sich dem Thema jetzt annehmen und Kinder als Verkehrsteilnehmende höher Gewichten.

Darum bitte ich Sie um Überweisung dieser Motion und ich bin sehr froh, dass der Regierungsrat bereit ist, sie zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GAB): Ich habe mir fest vorgenommen, diese Nachtsitzung nicht weiter in die Länge zu ziehen, aber ich möchte hier schon nochmal ganz kurz das Wort für die Kinder, die jüngsten in unserer Gesellschaft ergreifen. Ich weiss nicht, wer diese Motion lesen kann und behauptet, es sei eine Motion, die sich gegen das Auto stellt. Ich glaube, gerade hier ist es unsere Verantwortung, dass wir aufhören, die Verkehrsteilnehmer aufzuspalten. Es ist wichtig, dass unsere Kinder einen sicheren Weg, einen sicheren Platz in dieser Stadt haben, und das ist die Verantwortung von uns allen, ja auch von den Velofahrer:innen, die müssen sich auch an diese Massnahmen und Regeln halten, aber auch für die Autofahrer:innen.

Ich verwehre mich einfach dagegen, dass wir daraus jetzt irgendeinen Spaltungskampf machen. Es geht um die Jüngsten unserer Gesellschaft und es ist unsere Verantwortung, dass wir diese Schulwege sichern. Ich kann Ihnen versichern, ich habe auch viele Erfahrungen gerade in der Innenstadt mit jungen Kindern, diese Schulwege sind nicht sicher, sie sind nicht einfach, sie sind extrem komplex, sie sind extrem unklar und wir müssen da dringend und schnell Verbesserung schaffen in der ganzen Stadt und nicht erst reagieren, wenn schlimme Unfälle passieren.

Das hat hier also nichts zu tun damit, wer lieber Auto oder Velo oder E-Trottinett fährt, sondern mit der Sicherheit der Kleinsten, und das ist unsere Verantwortung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Das ist richtig spannend, Jo Vergeat, weil Sie sagen, Sie wollen es nicht in die Länge ziehen. Aber wir sind ja hier, um zu reden. Was die Person von der SVP gesagt hat, ist vollkommen richtig. Das ist ein ideologisches Projekt. In den Zeitungen, auch linken Zeitungen, steht, dass die Grünen ideologische Projekte für ihre Gesinnung im Deckmantel missbrauchen. Das ist eine Deckmantelpolitik, mit der andere Sachen verschleiert werden. Ihnen geht es gar nicht um die Kinder. Ihnen geht es um Ideologie.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Ja, wir haben es heute Abend schon ein einige Male gehört. Es müsste eigentlich selbstverständlich sein, dass unsere Kinder sicher und selbstständig zur Schule, in den Kindergarten, zum Spielplatz oder zum Sportplatz gehen können. Und niemand würde bewusst sagen, es ist okay, dass auf unseren Strassen in unserem Kanton Kinder verletzt oder getötet werden. Aber trotzdem geschieht es, wobei, «es geschieht» nicht wirklich die richtige Formulierung ist. Die meisten Unfälle passieren nicht einfach. Sie sind die Folge einer falsch ausgerichteten Infrastruktur, zum Beispiel, weil die Sicht auf Strassenquerungen, versperrt ist oder von zu hohen Geschwindigkeiten oder von der Verkehrssteuerung wie beispielsweise mit einem gefährlichen und stark verunsichernden Konfliktgrün.

Viele, ich würde sogar sagen, die meisten dieser Unfälle könnten wir verhindern, wenn der Verkehr Fehler reduzierend und fehlerfrei gestaltet werden könnte. Das heisst, dass auch eine kleine Unaufmerksamkeit ohne schwerwiegende Folgen bleiben wird. Das Ziel muss sein Null Verkehrstote und Null Schwerverletzte, egal, mit welchem Verkehrsmittel sie unterwegs sind, aber hier ganz besonders für die Schulkinder.

Natürlich kann auch die beste Infrastruktur, Signalisation, Verkehrssteuer und so weiter das Risiko nicht ganz auf Null senken, aber wir sollten jeden Unfall verhindern, den wir verhindern können. Ein sicherer Schulweg, das wurde auch bereits erwähnt, ist nicht nur wichtig für das Verhindern von Unfällen, sondern auch für das Erlernen der Selbständigkeit. Durch das selbstständige Unterwegssein lernen Kinder wichtige Handlungsfähigkeiten, entwickeln ihre kognitiven Fähigkeiten, und es ist auch wichtig für ihre Identitätsentwicklung und ihre soziale Entwicklung.

Wir listen in dieser Motion extra konkrete Umsetzungsmassnahmen auf, weil wir wollen, dass es rasch und konkret vorwärtsgeht. Das heisst aber nicht, dass überall und immer alle diese Massnahmen, die aufgeführt sind, umgesetzt werden müssen. Es muss das gemacht werden und so viel gemacht werden, wie notwendig ist, um den Schulweg oder den Weg zum Kindergarten sicher zu machen. Das heisst, oft wird es wahrscheinlich auch eine Kombination von verschiedenen Massnahmen brauchen. Entscheidend ist, dass die Schulwegsicherheit höchste Priorität hat, also auch dann, wenn dadurch die Verkehrsleistung der Strasse reduziert wird oder man von A nach B etwas länger braucht. Menschenleben müssen wichtiger sein als Fahrzeiten. Und wenn Sie das Ideologie nennen wollen, von mir aus, machen sie das.

Uns ist es bewusst, dass die Frist von zwei Jahren nicht ganz ohne Herausforderung ist, aber es ist ja auch nicht so, dass die Forderung nach sicheren Schulwegen neu ist. Wir haben hier Motionen, die schon ziemlich lange auf dem Tisch oder in der Schublade liegen. Deshalb muss zum Glück auch nicht ganz bei Null angefangen werden. Unser Ziel muss es sein, die Schulwege sicherer zu machen oder ganz sicher zu machen, bevor etwas passiert und nicht erst danach. Deshalb ist es auch so wichtig, dass neben den offiziellen Unfallzahlen oder dem, Plan zur Schulwegsicherheit auch die Rückmeldungen der Eltern und Lehrer berücksichtigt und aktiv eingeholt werden. Sie wissen aus dem Alltag, wo die Probleme sind und sind

oft auch bereit, aktiv an der Lösungssuche mitzuarbeiten. Viele von ihnen berichten aber, dass sie sich nach dem Kontakt mit der Verwaltung oft ohnmächtig und entmutigt fühlen, dass sie das Gefühl haben, nicht ernstgenommen zu werden. Ich denke, in der Verwaltung findet langsam ein Umdenken statt, aber konkrete Resultate lassen leider immer noch viel zu lange auf sich warten. Ich danke deshalb der Regierung, dass sie bereit ist, die Motion entgegenzunehmen und danke Ihnen allen für die Überweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung der Motion wird bestritten von Gianna Hablützel-Bürki. Wir stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 36 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005217, 11.12.24 21:07:14]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird überwiesen mit 53 Ja-Stimmen gegen 36 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

23. Anzug 1 Heidi Mück und Konsorten betreffend stärkere Sensibilisierung der Lehrpersonen für geschlechtsunabhängige Leistungseinschätzung

[11.12.24 21:07:28, 24.5211.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Ich bitte Sie, den Anzug nicht an die Regierung zu überweisen. Es ist ja immer wieder erstaunlich, wie von linker Seite die Lehrpersonen mit einem Rundumschlag schlecht gemacht werden. Ich erinnere Sie zum Beispiel an den hängigen Vorstoss von unserem Grossratspräsidenten, der unter anderem fordert, dass die Lehrpersonen geschult werden müssen, da es von ihrer Seite zu Diskriminierungsfällen und Ausgrenzungen kommt. Er spricht in seinem Vorstoss sogar von psychischer und seelischer Gewalt und Mobbing. Dann hatten wir zwei Petitionen. Die eine fordert eine diskriminierungsfreie Schule, die andere ist gegen Diskriminierung aufgrund von Aussehen, Geschlecht und so weiter an Schulen. Und nun kommt Heidi Mück und erklärt uns, dass die Lehrpersonen stigmatisieren.

Ich frage mich schon, ob solche Rundumschläge bezüglich den Lehrpersonen angebracht sind. Ich glaube nicht, und daher komme ich auch zur Schlussfolgerung, dass es sich eben nicht um Massen von Lehrpersonen handelt, die hier so schlecht dargestellt werden. Es sind sicherlich einzelne darunter, und diesen muss entgegengetreten werden. Aber deswegen brauchen nicht alle 3’500 Lehrpersonen während des Drei-Tage-Blocks Vorträgen über Stigmatisierungen zu lauschen und es müssen auch nicht alle Lehrpersonen an ihren Standorten deswegen obligatorische Weiterbildungen zu diesem Thema über einen gewissen Zeitraum besuchen. Es ist wichtig, und da gebe ich Heidi Mück absolut recht, dass eine Stigmatisierung nicht stattfinden darf, aber es kann doch erwartet werden, dass die jeweiligen Schulleitungen angewiesen sind, Massnahmen gegen die renitenten Lehrpersonen zu ergreifen, sei es durch Schulung, Sensibilisierung oder auch Abmahnungen. Denn was ganz sicher gewährleistet sein muss, ist, dass die Schulleitungen solche Gebaren nicht dulden. Aber der Anzug zielt nicht dahingehend ab und daher bitte ich Sie, den Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Der Vorstoss nimmt ein berechtigtes Anliegen auf. Wir sind auch der Meinung, dass jede schulische Beurteilung unvoreingenommen und neutral erfolgen soll. Ich möchte hier aber auf den Gleichstellungsplan 2024 bis 2027 hinweisen, den die Regierung im Mai dieses Jahres vorgestellt hat. Im Handlungsfeld Bildung, Sport und Gesundheit stehen folgende Ziele im Vordergrund: Das eine Ziel ist Diskriminierung in der Bildung abbauen und gendersensiblen Unterricht fördern. Das zweite ist Berufswahl ohne Geschlechterstereotype fördern.

Nach meiner Auffassung fällt das Anliegen dieses Vorstosses direkt in den Kontext der Umsetzung dieser wichtigen Ziele. Der Umsetzungsprozess wird von der Fachstelle Gleichstellung koordiniert und ein Abschlussbericht wird im Jahr 2027 vorliegen.

Dann möchte ich auch erwähnen, dass die Schulstandorte die Möglichkeit haben, im Rahmen ihrer Teilautonomie selbst zu entscheiden, ob sie schulhausinterne Weiterbildungs- und Sensibilisierungsmassnahmen implementieren möchten.

Also lassen wir die Fachstelle Gleichstellung ihre Massnahmen zur erfolgreichen Umsetzung erarbeiten und verzichten wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf ähnliche Forderungen. In diesem Sinne bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GAB): Ich darf heute für das GAB und die SP sprechen.

Während der Anteil der Frauen an den Universitäten mittlerweile in vielen Bereichen den der Männer übertrifft, verharrt der Anteil Frauen zum Beispiel an der ETH seit Jahren bei 32 Prozent. Sehr interessant ist dabei, dass sich der Anteil, wenn dann bei den studierenden Frauen aus dem Ausland erhöht hat. Im Fach Life Science sind Frauen mit 46 Prozent sehr gut vertreten, während sie in den Fächern Technik und Informatik seit Jahren bei circa 15 Prozent steckenbleiben.

Spätestens seit dem Film Hidden Figures – unerkannte Heldinnen, die in der NASA angestellt waren, um die Flugbahnen der später ins all geschickten Apollo Raketen zu berechnen, wissen wir, dass es am Kopf nicht liegen kann. Daher müssen es andere Faktoren sein, die zu einem Missverhältnis führen.

Der Anzug von Heidi-Mück möchte einer möglichen Ursache auf den Grund gehen, indem sie eine Studie zitiert, die auf das Phänomen eingeht, dass Mädchen von den Lehrpersonen in den MINT-Fächern eher unterschätzt und Buben eher überschätzt werden. In der Studie wird darüber hinaus aber auch festgestellt, dass die Forschungsgrundlagen zu den Auswirkungen voreingenommener Urteile und Erwartungen auf die Leistungen von Mädchen und Jungen eher spärlich sind. Sie sagt aber auch weiter, dass die wenigen vorhandenen Studien vor allem darauf hindeuten, dass voreingenommene Erwartungen der Lehrkräfte zu geschlechtsspezifischen Leistungsunterschieden beitragen können.

Es ist daher sehr sinnvoll, dass man die Lehrer:innenschaft auf diesen Punkt hin sensibilisiert. Wichtig ist es aber auch, dass man die Entwicklung dann auch überprüft, ob die Massnahmen wirklich zu einer Veränderung der Anteile von Mädchen in den MINT-Fächern führen oder eben nicht. Wäre dem so, dann wäre der Gewinn für die Mädchen aber auch für die Gesellschaft gross, da gerade in diesen Berufsgattungen Arbeitskräfte gebraucht werden und daher dieser Anzug auch positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben könnte.

Das GAB und die SP empfehlen Ihnen daher, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wie bei der Anzugstellerin Heidi Mück.

Heidi Mück (GAB): Die Studie, die ich in meinem Anzug erwähnt habe, ist einerseits brisant und andererseits nicht weiter erstaunlich. Als ich Unterschriften für diesen Vorstoss gesammelt habe, haben einige der Unterzeichnenden bestätigt, dass sie selbst auch solche Erfahrungen gemacht haben. Ihre mathematischen oder sprachlichen Fähigkeiten wurden unterschätzt, je nachdem welches Geschlecht sie hatten. Das hatte vielleicht nicht immer dramatische Auswirkungen auf die schulischen Leistungen der damals Betroffenen oder auf die weitere Karriere, aber die Verletzungen waren bei diesen Gesprächen, die ich geführt habe, tatsächlich immer noch spürbar.

Unbewusstes Übernehmen von tradierten Rollenmodellen durch Lehrpersonen hat einen Einfluss auf das Wohlergehen von Schülerinnen und Schülern. Für mich ist es deshalb eigentlich unbestritten, dass es eine stärkere Sensibilisierung der Lehrpersonen für geschlechtsunabhängige Leistungseinschätzungen braucht. Die Leistungseinschätzung ist ein anderes

Thema, als es im Gleichstellungsplan erwähnt ist. Da geht es um den Unterricht, aber hier geht es konkret um die Leistungseinschätzung. Ich möchte damit auch nicht die Lehrpersonen kritisieren, wenn ich sage, sie müssen sensibilisiert werden. Ich denke auch uns allen tut Sensibilisierungsarbeit manchmal gut und das heisst ja nicht, dass wir schlechte Menschen sind.

Jetzt stellt sich aber die Frage, wie wird diese Sensibilisierung in den ohnehin schon sehr gefüllten Arbeitsalltag der Lehrpersonen integrieren können. Ich wollte auf keinen Fall ein zusätzliches freiwilliges oder auch obligatorisches Weiterbildungsmodul oder so etwas ähnliches vorschlagen. Ich erfahre nämlich von vielen Lehrpersonen, dass es einfach zu viele Aufgaben gib, die die Schule neben dem Bildungsauftrag noch leisten muss, also Gesundheitsförderung, Gewaltprävention, Suchtprävention, Umgang mit KI, Umgang mit Social Media und so weiter. Aber ich erfahre von den Lehrpersonen auch, dass es bei den Präsenzzeiten neben dem eigentlichen Unterricht, also während des Drei-Tage-Blocks, der Schulhauskonferenzen oder sonstiger Anlässe durchaus noch Raum für inhaltliche Schwerpunktsetzungen gibt.

Deshalb schlage ich mit diesem Anzug vor, dass die entsprechenden Sensibilisierungsarbeiten in diesen Gefässen stattfinden sollen. Hier kann es aber durchaus in regelmässigen Abständen und auch obligatorisch sein. Wir haben ja im November zahlreiche Vorstösse überwiesen im Bildungsbereich. Ich wusste ja, dass diese pendent sind. Ich habe auch bewusst das Mittel des Anzugs gewählt, weil ich nicht noch mehr Druck aufbauen wollte. Mich nimmt einfach die Haltung des ED dazu Wunder und auch die Ideen, die sie zu einer konkreten Ausgestaltung von solchen Sensibilisierungsmassnahmen haben. Ich bitte Sie auch deshalb, den Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung des Anzugs wird bestritten von Jenny Schweizer. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

55 Ja, 36 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005219, 11.12.24 21:18:56]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug ist überwiesen mit 55 Ja-Stimmen, 36 Nein-Stimmen und keine Enthaltung.

24. Anzug 2 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Verbesserung der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen sowie Chancengleichheit an der Universität Basel

[11.12.24 21:19:08, 24.5212.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich bestreite die Überweisung dieses Anzuges und blende zurück. Vor etwa 37 Jahren, am 12. oder 13. Dezember 1987 ist der damalige Immediate Passpräsident Immediatepasspräsident der Assistentenvereinigung der Universität Basel nach Bielefeld gepilgert und hat einer Tagung mit dem Namen «Umsetzung der dritten HRG-Novelle, Erfahrung aus früheren Veränderungen und mit der neuen Personalstruktur bundesweiten Erfahrungsaustausch unter Einbeziehung europäischer Nachbarstaaten, unter anderem was folgt ausgeführt zum Rotationssystem für die

Mittelbaupolitik. Das grundsätzlich akzeptierte Rotationssystem und die Tatsachen, dass sie grosse Mehrzahl der Assistenten realistischerweise keine universitäre Karriere anstrebt, bewirken, dass die Nachwuchspolitik und die intrauniversitären Karrieremöglichkeiten nicht alleiniges Schwergewicht der Arbeit einer Interessenvertretung des Mittelbaus sein können. Anliegen des Mittelbaus muss sein zu verhindern, dass Anstellungsdauer und die effektiv für Promotion oder auch Habilitation benötigte Zeitdauer nicht übereinstimmen. Je länger ein Assistent oder eine Assistentin an der Universität verweilt, desto wichtiger wird die Einschätzung der assistentischen Arbeit durch potenzielle ausseruniversitäre Arbeitgeber. Wird eine assistentische Tätigkeit nicht als qualifiziert eingestuft, dann wird ein längerer Aufenthalt im universitären Mittelbau zur biografischen Hypothek und die Verbesserung der beruflichen Aussichten nach dem Ausscheiden aus dem Mittelbau muss somit ein zentrales Anliegen der Interessenvertretungen des Mittelbaus sein.

Ich habe dies nochmals gelesen und ich komme zu keinen anderen Schlüssen als dieser ehemalige Präsident vor 37 Jahren gekommen ist. Es ist nicht Aufgabe der Universität, Leute ewig zu beschäftigen, die nicht irgendwann eine Professur bekommen, und der Vergleich mit der Wirtschaft ist völlig unbehelflich. Im Mittelbau ist man als Assistent oder Assistentin, um nachher sich zu qualifizieren für einen Beruf ausserhalb der Universität. Darum geben wir das Geld aus.

Wenn Sie jetzt eine Petrifizierung von Anstellungen im Mittelbau fordern, dann kreieren Sie eine intergenerationelle Ungerechtigkeit. Wir haben nicht die Mittel dazu, die Universität aufzublähen, damit jeder und jeder im Mittelbau verharren kann. Das schadet der Qualität unserer Universität. Und dieser Anzug ist ein Eingriff in die Autonomie der Universität. Wir sollen alles tun, dass die Assistierenden innerhalb der gesetzten Frist sich weiter qualifizieren können und nachher gut ausgebildete Kräfte sind für den Arbeitsmarkt und nicht verharren in der Universität, es sei denn, sie qualifizieren sich wirklich für eine universitäre Karriere, und dort ist es auch empfehlenswert, wenn sie zwischendurch einmal in der freien Wildbahn waren.

Ich bitte Sie wirklich, diesen Ladenhüter nicht zu überweisen, das kommt jeden paar Jahre wieder auf und es bleibt Unsinn, und ich bitte Sie, diesen Unsinn hier wiedermal einmal zu begraben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (GAB): Vor den erwähnten 37 Jahren war ich noch nicht geboren, war auch nicht an dieser Tagung. Trotzdem bin ich überzeugt, dass wir uns alle weiterentwickeln können, dass sich unsere Haltung und unsere Meinung auch weiterentwickeln kann nach 37 Jahren oder auch weniger.

Die im VPOD gewerkschaftlich organisierten Mitarbeitenden aus dem sogenannten universitären Mittelbau machen schon seit einiger Zeit mit Aktionen, Schreiben an das Rektorat und Veranstaltungen auf ihre schwierige Situation aufmerksam. Weil es nicht vorwärts ging, konnten sie ihre Kritik und ihre Sorgen mit Amina Trevisan besprechen, was sie wiederum mit dem vorliegenden Anzug im Grossen Rat einbringt. Vielen Dank dafür.

Beim universitären Mittelbau handelt es sich um die Doktorierende Postdoktorierende, Lehrbeauftragte und Privatdozent:innen, also um die Personen, welche den universitären Alltag aufrechterhalten. Ohne sie gäbe es keine Universität, ohne sie würde die Forschung kaum Ergebnisse liefern und könnte den Studierenden kaum Wissen weitergegeben werden. Der universitäre Alltag ist ohne den Mittelbau nicht vorstellbar.

Die Arbeitsbedingungen im universitären Mittelbau sind jedoch prekär. Der Anzug benennt eines der grössten Probleme, und zwar die befristeten Anstellungen, den im akademischen Bereich der Universität gibt es kaum Festanstellungen. 67 Prozent aller Angestellten mit Doktorat haben einen befristeten Vertrag, und das ist eine unglaublich hohe Zahl. Da sind wir nicht annähernd an der Privatwirtschaft, die bei rund 8 Prozent liegt.

Die Universität Basel hat inzwischen erkannt, dass es eine Mittelbaureform braucht. Sie hat sogar extra dafür eine neue Stelle geschafft. Wohin diese Reform führen wird, bleibt aber kritisch abzuwarten. Die jüngsten Signale aus dem Rektorat zumindest deuten darauf hin, dass sie das grösste Problem, die extrem hohe Quote an befristeten Anstellungen, nicht angehen möchte. Die Universität möchte damit zwar vom Wissen und der hervorragenden Arbeit ihrer Angestellten profitieren, selbst aber die volle Flexibilität behalten, was die Anstellung anbelangt. Die Wirkung dieser Praxis ist, die Anstellung ist unsicher, die Bedingungen sind prekär mit all ihren Auswirkungen auf die Angestellten, auf die Gesundheit und auf ihre Aussicht auf eine längerfristige Anstellung.

Aber vor allem, eine wissenschaftliche Karriere bleibt exklusiv, nicht etwa wegen des hohen akademischen Standards, sondern wegen der Arbeitsbedingungen. Es betreiben nicht per se die Personen Forschung, welche am besten dafür geeignet sind, sondern die, welche es sich leisten können. Menschen, die ohnehin schon in prekären Verhältnissen leben, wird eine akademische Karriere unter solchen Arbeitsbedingungen kaum möglich sein.

Mit der Überweisung dieses Anzugs können wir heute uns stark machen für einen Wissenschaftsstandort in Basel, für eine Universität, die weiterhin international bestehen kann und für hoch qualifiziertes Personal attraktiv bleibt. Und dafür braucht es jetzt Veränderung und das können wir mit der Überweisung dieses Anzugs starten. Vielen Dank für die Unterstützung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Ich darf hier auch im Namen der SVP sprechen.

Die Anliegen, die in diesem Anzug thematisiert werden, werden immer wieder aufgegriffen. Wir haben es eben gehört. Es ist wichtig, diese Aspekte immer wieder zu hinterfragen, starke Ungleichheiten aufzudecken und gegebenenfalls geeignete Massnahmen zu ergreifen.

Der Mittelbau ist ein unverzichtbarer Bestandteil des Hochschulsystems. Einerseits hat die Universität den Auftrag sowohl qualitativ hochstehende Forschung zu betreiben als auch anspruchsvolle Lehre anzubieten. Hierfür sind die Assistenten und die Lehrbeauftragten im Mittelbau besorgt. Die beste Nachwuchsförderung besteht darin, Junge wissenschaftlich auszubilden, die in der Lage sind, im internationalen Wettbewerb eine erfolgreiche wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen. Die Universitäten sind deshalb bestrebt, ein optimales Umfeld zu schaffen, in dem der wissenschaftliche Nachwuchs sein Potenzial voll entfalten kann.

Andererseits werden viele Promovierende und Postdocs über eingeworbene Drittmittel-Projekte finanziert. An der Universität Basel sind es rund 39 Prozent, die über Drittmittel-Projekte finanziert sind. Die Drittmittelprojekte sind in der Regel zeitlich befristet. Diese Wissenschaftler qualifizieren sich im Rahmen ihrer befristeten Anstellung an der Universität weiter, um sich anschliessend auf neue Stellen innerhalb oder ausserhalb der Akademie zu bewerben.

Unbefristete Verträge für Doktorierende und Postdocs könnten vor diesem Hintergrund dazu führen, dass weniger Stellen an der Universität zur Verfügung stehen, da die entsprechenden Stellen über einen längeren Zeitraum besetzt bleiben. Damit könnte die Universität ihrem Auftrag zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses nicht mehr in gleichem Masse nachkommen.

Bei Doktorierenden und Postdocs handelt es sich um Qualifikationsstellen. Es ist daher von vornherein klar, dass diese Personen nach der Qualifikationsphase auf eine andere Stelle wechseln, sei es an der Universität oder eben an einer anderen Institution. Nur ein Teil der Postdocs bleibt in der Wissenschaft. Denjenigen, die keine Professur erhalten, können die Hochschulen zwar keine berufliche Perspektive bieten, aber es gibt vielfältige Beschäftigungsmöglichkeiten ausserhalb der Wissenschaft, zum Beispiel in der Privatwirtschaft oder in der Verwaltung.

Die Universität ist sich des Anliegens dieses Anzuges bewusst, als Forschungsuniversität mit einem sehr hohen Anteil an Doktoranden und Postdocs und einem grossen Forschungsoutput. Sie hat hierfür zusätzlich zu den bereits getroffenen Massnahmen mit dem Ressort Nachwuchsförderung eine Anlaufstelle geschaffen, welche die Postdocs in ihrer Karriereentwicklung begleitet. Unseres Erachtens wird dieser Anzug keine unmittelbaren Verbesserungen bringen. Viel wichtiger ist es, im Dialog zu bleiben und diesen zu stärken. Ungleichheiten und Ungleichbehandlungen sollen an die zuständigen Stellen gemeldet werden.

Im Namen der Fraktionen der LDP und der SVP bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Wir von der SP denken, es ist durchaus Zeit für eine Modernisierung der Anstellungsbedingungen an den Universitäten, auch wenn vor 37 Jahren mal anders gedacht wurde, ist seither ist sehr viel Zeit ins Land gegangen und es gibt eine andere Vorstellung davon.

Man muss heute wirklich auch sagen, dass der sogenannte Mittelbau – und das hatten auch meine Vorredner:innen gesagt – einen grossen Teil der Lehr- und Forschungstätigkeit bestreiten und es ist in meiner Sicht etwas überaltert, dass nur die oberste Ebene der Professorinnen und Professoren die Sicherheit hat und der Mittelbau nicht.

Das Hauptproblem sind die befristeten Anstellungen. Wir haben das gehört und wir haben auch im Anzug lesen können, dass es andere Universitäten gibt, die bereits Massnahmen ergriffen haben. Es steht auch im Anzug, dass es ein Thema ist, das der Bundesrat in der BFI-Botschaft thematisiert hat. Natürlich gibt es eine Autonomie der Universität, aber es geht hier darum, die politische Unterstützung zu signalisieren und die Bereitschaft, dieses Thema ernstzunehmen, vorwärts machen zu wollen und zu zeigen, dass wir auch bereit sind, im Parlament diesem Thema Beachtung zu verschaffen, je nachdem auch mit Mitteln, wenn es notwendig sein sollte. Und deshalb bitte ich Sie, dass wir hier als Parlament diesen politischen Willen ausdrücken und den Anzug überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wie bei der Anzugsstellerin Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Auch wenn einige Personen in diesem Plenum die Verbesserung der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen des Mittelbaus als Unsinn bezeichnen, so sind sie für Angehörige des Mittelsbaus enorm wichtig.

Die Universität Basel liegt mir sehr am Herzen, nicht nur, weil ich dort studiert und doktoriert habe, sondern weil ich sie wirklich für eine exzellente Uni halte, mit hervorragenden Mitarbeitenden, sehr engagierten Studierenden und mit einer tollen Rektorin. Und nun möchte ich kurz von einer Begegnung erzählen, die mich nachdenklich stimmte. Vor rund zwei Monaten unterhielt ich mich mit einem 56-jährigen Mann nach einer Veranstaltung. Er sprach mich auf dem vorliegenden Vorstoss an, über den er in den Medien gelesen hatte. Er ist Lehrbeauftragter und arbeitet seit 29 Jahren an der Uni Basel, erzählte er mir. Die ersten sechs Jahre habe er als wissenschaftlicher Assistent gearbeitet, danach wurde er Lehrbeauftragter mit einem kleinen Pensum, das von Semester zu Semester zwischen zwei bis sechs Stunden pro Woche variierte. Gegenwärtig arbeitet er in einem 23 Prozent-Pensum an der Uni. Er berichtete, dass, obwohl er seit beinahe drei Jahrzehnten an der Uni unterrichte, er immer noch keinen Arbeitsvertrag habe. Er erhalte lediglich einen Auftrag, der jedes Semester erneuert wird. Er sagte mir, dass er wortwörtlich von der Güte des Departements und von zwei Professor:innen abhänge. Ich zitiere ihn: «Meines Erachtens zeigt diese Vertragssituation die Prekarität des universitären Mittelbaus pur. Sie ist hart auszuhalten und ist vor allem gesetzeswidrig.»

Dieses Beispiel verdeutlicht eindrucksvoll die prekäre Arbeitssituation eines Angehörigen des Mittelbaus. Diese Situation, wir haben es von Nicola Goepfert gehört, betrifft rund 67 Prozent der Angestellten mit Doktorat. Schweizweit sind aber nur 8,6 Prozent aller Arbeitnehmenden befristet angestellt. Es ist an der Zeit für einen wissenschaftspolitischen Paradigmenwechsel im Interesse der Mitarbeitenden der Universität Basel, um der Qualität ihrer Arbeit, um in Forschung und Lehre weiterhin hervorragende Leistungen zu erbringen. Die Universität Basel muss begreifen, dass sie davon profitiert, wenn sie die prekären Arbeits- und Anstellungsbedingungen des akademischen Mittelbaus beendet.

Die Universität Basel hat das Problem begriffen, denn nun scheint endlich Bewegung in die seit längerem geforderte Reform des Mittelbaus zu kommen, dies dank dem unermüdlichen Einsatz der Mitglieder der Basisgruppe Mittelbau der Gewerkschaft für Angestellte im Service Public, des VPOD. Die Uni ist sich der prekären Anstellungs- und Arbeitsbedingungen bewusst. Sie weiss, dass keine Festanstellungen, fehlende Zukunftsaussichten, keine Zeiterfassung, viele Überstunden und ein hoher Druck, der innerhalb des Mittelbaus an der Uni Basel zu Abhängigkeitsverhältnissen und Konkurrenzdruck führen, sich negativ auf die Gesundheit der Mitarbeitenden und auf die Forschung auswirken.

Prekäre Arbeitsbedingungen mindern zudem auch die Attraktivität des Wissenschaftsstandorts Basel. Zahlreiche herausragende Wissenschaftler:innen, darunter überdurchschnittlich viele Frauen, beenden aufgrund der untragbaren Arbeitsbedingungen und der Unvereinbarkeit von Karriere und Familie vorzeitig ihre wissenschaftliche Laufbahn. Es braucht jetzt Veränderungen.

Ein erster Schritt wurde gemacht, indem die Uni Anfang Oktober eine Stelle im Bereich Projektleitung besetzte, die sich mit der Reform des Mittelpass befassen soll. Die Schaffung dieser Stelle sendet ein positives Zeichen an alle Mitarbeitenden des Mittelbaus der Uni.

Um weiterhin für nationale und internationale Forschende attraktiv zu bleiben, ist eine Modernisierung der Anstellungsstrukturen an der Universität Basel notwendig. Zürich hat es vor gemacht. Sie haben unbefristete Lecture-Positionen in Lehre und Forschung geschafft. Basel kann das auch. Ich bitte Sie, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung wird bestritten von David Jenny. Wir stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 41 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005221, 11.12.24 21:38:53]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug ist überwiesen mit 47 Ja-Stimmen gegen 41 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

25. Anzug 3 Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Unterstützung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit finanziellen Schwierigkeiten durch frühzeitige Information über bestehende Hilfs- und Beratungsangebote in Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern

[11.12.24 21:39:06, 24.5213.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich gebe das Wort gleich dem Vertreter des Regierungsrats Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Wenn ich die Kreuztabelle anschaue, dann wird das jetzt eine schwierige Sache. Ich bin trotzdem an die Nachtsitzung gekommen, um auch die Position des Regierungsrates zu vertreten.

Das soziale Basel, wir haben heute Morgen schon darüber gesprochen, ist ein unglaublich breites Angebot von Leistungen und Unterstützung für Menschen in Not, in finanziellen Krisen, in psychischen Lebenskrisen, Menschen, die Fragen haben, die Beratung brauchen im Bereich von Schulden, im Bereich von Familienproblemen usw.

Es geht ja in diesem Vorstoss nicht darum, dass dieses Angebot ausgeweitet werden muss, sondern um die Frage, wie diese Information in Hülle und Fülle zu den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern kommt. Der Anzug fordert namentlich ein Informationstool. Das gibt es bereits, daher ist dieser Anzug aus unserer Sicht nicht notwendig. Es besteht keine Lücke in diesem Bereich. Auf www.sozialesbasel.ch sind all diese Angebote zu finden, einfach nach Kategorien geordnet, zum Beispiel unter dem Thema Finanzen die Budget- und Schuldenberatung, die Unterstützung, soziale Beiträge, Stipendien, Fonds, Stiftungen, man findet dort das reiche soziale Basel mit all seinen Angeboten.

Dass so ein Angebot elektronisch und online sein muss, versteht sich von selbst. Auch dieses Angebot machen wir nicht selber als Kanton. Das macht die GGG. Sie sammelt all diese Informationen zusammen. Sie stehen allen Firmen, Arbeitgebern, Verbänden, Institutionen, Organisationen und Menschen dieser Stadt und dieses Kantons zur Verfügung. Wir finanzieren es auch, zusammen mit der CMS und der GGG.

Dieses Angebot gibt es also, und aus diesem Grunde ist dieser Anzug bereits erfüllt und nicht notwendig. Deshalb möchte ich Sie bitten, diese Forderung nach mehr Staat in diesem Bereich, die nicht notwendig ist, nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit hat die Anzugstellerin das Wort.

Annina von Falkenstein (LDP): Ich danke, dass Sie zu dieser späten Stunde hierher gekommen sind. Das schätze ich sehr, auch wenn ich natürlich an die vielen Plus in der Kreuztabeller appelliere und gerne kurz Stellung nehme zu Ihrer Sicht. Ja, wir haben sehr viele Angebote, das ist super. Dennoch muss ich sagen, dass ich, die relativ lange im HR-Bereich tätig war, bemerkt habe auch im Austausch mit Gleichgesinnten, die beruflich gleich unterwegs sind, dass die Brücke nicht geschlagen wird, dass eben oft im Alltag gerade in kleinen Firmen, wo es vielleicht gar kein HR gibt, die Zeit fehlt, um auf diese Angebote aufmerksam zu machen. Und wenn man einfach den Link weiterschickt, dann kann das für eine Person in Not auch einfach eine riesige Last sein, die richtige Info zu finden.

Sie wissen, ich bin sehr kritisch, wenn man die Staatsaufgaben ausdehnt, aber deshalb bitte ich Sie wirklich einfach um die Zusammenfassung und um die Aufbereitung dieser bereits bestehenden Ressource, die man stärken muss, weil es eben in der Praxis so ist, dass diese Superseite, die ich auch kenne, zu wenig an die Personen in Not kommt. Und genau dort können die Arbeitgeber eine Schlüsselposition einnehmen, wenn sie das unkompliziert und praktisch weitergeben können, sodass dann eben die Personen diese vielzähligen Angebote auch wahrnehmen können. In der Realität sind es eben wirklich Arbeitgebenden, die diese finanziellen Nöte bemerken, sei es durch Abteilungsleitende, die merken, dass die Leistung abfällt ab oder dass die Person etwas beschäftigt, oder in KMU dann auch die Patrons, männlich und weiblich mitgezählt, die bemerken, dass etwas nicht stimmt, aber auch nicht zwingend sich die Zeit nehmen können oder auch einfach überfordert

sind mit der Situation, um sich der Person anzunehmen und um eben frühzeitig reagieren zu können. Das ist aber zentral, wenn es darum geht, die Probleme wirklich effizient und effektiv zu bekämpfen.

Ich bitte Sie deshalb trotz dem Votum von Regierungsrat Kaspar Sutter und trotz der super Seite und trotz der vielen Angebote bei ihrem Plus zu bleiben und diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat möchte den Anzug nicht entgegennehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

83 Ja, 6 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005223, 11.12.24 21:44:34]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 83 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

26. Anzug 4 Oliver Thommen und Konsorten betreffend die Beantwortung von Interpellationen

[11.12.24 21:44:47, 24.5214.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Nun ich muss mit einem Geständnis anfangen. Ich habe diesen Vorstoss mitunterschrieben, vielleicht aus einer Mischung von tiefer Sympathie für den Anzugstellenden und geistiger Umnachtung und blindem Vertrauen. Aber ich möchte Sie fragen: halten Sie eine solche massive Aufwertung des Instrumentes der Interpellation wirklich für sinnvoll? Sicher, es ist ärgerlich, wenn eine Interpellation dann bei der Beantwortung kalter Kaffee ist. Das hatte ich auch schon einmal, dass es so viele Nachtsitzungen gab und so viele nicht erledigte Traktanden, dass ich erst 7 oder 8 Monate, nachdem ich eine Interpellation gestellt habe, Stellung dazu nehmen durfte.

Das ist nicht zweckmässig. Deswegen sollte das Ratsbüro das, was es glaube ich letzten Monat gemacht hat, nämlich die Traktandenliste umstellen, häufiger machen. Aber wenn jetzt alle Interpellationen grundsätzlich mündlich beantwortet werden müssen, führt das dazu, dass die Interpellation derart aufgewertet wird, dass es sie viel attraktiver macht. Das ist sicher gut für das Sitzungsgeld und es verschafft einen stärkeren Show-Moment. Bei mancher Interpellationm, auch von mir selbst, bin ich eher froh, dass sich die Beamten vielleicht ein bisschen mehr Zeit genommen haben, um sie zu beantworten als gerade einmal die zwei Tage und drei Stunden, die sie zur Verfügung hätten zwischen Montag 12 Uhr und Mittwoch 15 Uhr. Manchmal ist es auch bei Interpellationen sinnvoll, eine längere Abklärung zu machen. Daher ist es zwar finanziell gut, es stärkt das Show-Moment, aber es kostet die öffentliche Hand auch einiges.

Es ist der Qualität der Antworten nicht unbedingt dienlich und es ist auch nicht unbedingt zweckmässig, dass Regierungsräte, die sonst an einem Nachmittag kein anderes Geschäft haben einzig und allein wegen einer Interpellation aufkreuzen müssen, zumal ja das Risiko besteht, dass man ihnen verweigert, dass sie das schriftlich beantworten dürfen.

Daher möchte ich Sie trotz Kreuztabelle darum bitten, noch einmal zu bedenken, ob Sie diese massive Aufwertung der Interpellation wirklich für sinnvoll erachten. Ich hätte einen anderen vielleicht sparvolleren Gegenvorschlag, ich wäre sehr für eine Aufwertung des Instrumentes der schriftlichen Anfrage, dass man schriftliche Anfragen schnell eine beantworten muss, als das heute der Fall ist. Das würde uns nämlich eher Sitzungszeit sparen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Habe ich das jetzt richtig verstanden? Sie haben den Anzug unterschrieben, aber Sie haben nicht genau gewusst, was Sie unterschreiben? Also Sie sind gegen den Anzug?

Der Anzug ist sehr wichtig und ich möchte nur zu zitieren, was ich zu dem Thema geschrieben habe.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Bitte keine Zitate vorlesen, Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Noch einmal zu Tim Cuénod: Sie haben von Show-Momenten gesprochen. Ich gebe Ihnen vollkommen recht, Sie haben das als Gymnasiallehrer gut eingeschätzt. Aber Sie haben gesagt, der Regierungsrat würde sich nachmittags herquälen. Aber als Gymnasiallehrer wissen Sie sehr viel, Sie wissen auch, dass wir den Regierungsrat kontrollieren müssen. Das ist Aufgabe Nummer eins. Wir sind keine Bittsteller, die Regierung muss uns zu Füssen liegen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Bitte sprechen Sie jetzt zu diesem Anzug, sonst gibt es einen ersten Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich war in Staatskunde im KV spitzenmässig.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das ist ein erster Ordnungsruf. Sprechen Sie zu diesem Anzug.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich finde ganz sachlich, dass das Parlament die Regierung kontrollieren muss, und dann muss die Regierung da sein, wenn wir das wollen. Und Sie wissen, dass ich gerne mit Interpellationen die Regierung befrage oder auch quäle, weil ich das parlamentarische Fragerecht wichtig finde. Und das parlamentarische Fragerecht, lieber Tim Cuénod, ist ein scharfes Schwert. Und das führe ich gerne. Und der Anzug ist wie aus meinem Herzen.

Ich habe Erfahrung in Fragenstellen an die Regierung, mündliche, schriftliche, dringliche und ich stelle jetzt auch fest, dass meine Interpellationen seit dem Jahr 2016 nur noch schriftlich beantwortet werden. Mein Lieblingsregierungsrat Baschi Dürr hat meine Fragen alle noch oft mündlich beantwortet.

Ich möchte auch als Grossrat, als Mensch, dass meine Fragen sofort beantwortet werden von den Regierungsräten, damit ich dem Regierungsrat ins Auge schauen kann, damit der Regierungsrat für mich greifbar ist und damit ich sagen kann, nein, Sie haben nicht geantwortet auf meine Frage.

Ich möchte noch zwei Beispiele bringen. Meine Fragen sind nicht beantwortet worden, was das Wahlzentrum gekostet hat im Frühling zur Regierungsratsersatzwahl. Die Fragen sind gar nicht beantwortet worden, also muss ich noch einmal fragen in Form einer Interpellation. Die Regierung muss uns Antworten geben und ich bin stolz, dass viele Grossräte sagen, sie seien mit den Antworten nicht einverstanden, weil die Antworten einfach nichtssagend sind. Darum bitte ich alle Grossräte, möglichst viele Fragen zu stellen und das werde ich auch machen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort hat David Jenny.

David Jenny (FDP): Angesichts dessen, dass Tim Cuénod gestanden hat, dass er vielleicht ein bisschen bedauert, dass er unterschreiben hat, kann ich schon sagen, dass das Ratsbüro sich in grosser Hochachtung von all den vielen sehr intelligenten Unterzeichneten entschieden hat, diesen Anzug entgegenzunehmen. Und diese Gewissheit ist jetzt ein bisschen zerbröckelt.

Ich kann auch ein paar Worte dazu sagen, warum ich glaube, dass dieser Anzug nicht der Weisheit letzter Schluss ist. Tim Cuénod hat ja schon vieles selber gesagt. Olivier Thommen sagt, es läge dann an der interpellierenden Person, die Fragen so zu stellen, damit die Regierung die Fragen auch in der gegebenen Frist beantworten kann. Nun gut, wenn er von Anfang gesagt hätte jede Interpellation, die bis 14 Tage vor dem Sitzungstermin eingereicht wird, ist mündlich zu beantworten, dann könnte ich ja damit leben. Aber die Frist gemäss Geschäftsordnung ist, Eingabe bis Montag 12 Uhr und Beantwortung am Mittwoch 15 Uhr und in der Regierung am Dienstag rund um 9 Uhr verabschiedet werden. Das einfach nicht realistisch.

Dann haben Sie auch immer alle Beschränkungen abgelehnt. Wir haben früher grosse Spezialisten mit etwa 10-seitigen Interpellationen mit 100 Fragen. Das ist einfach unmöglich und dann stellt immer die Regierung den Antrag, ihr ausnahmsweise zu gestatten, schriftlich zu antworten. Dann diskutieren wir über das und dann aus Trotz sagen wir nach einer halbstündigen Diskussion, Nein, die Antwort muss mündlich erfolgen. Dann sagt die Regierung zwei nichtssagende Sätze und dann ist die Interpellation erledigt. Was bringt das? Das ist wirklich ein Leerlauf.

Ich werde nicht mehr im Büro sein nächste Legislatur, aber wenn ich wäre, würde ich mich für eine solche Antwort einsetzen. Ich verstehe gewisse Aufregungen manchmal,. aber schlussendlich bringt das im Sinne des Parlamentes und der Qualität der Antworten nichts, ausser man macht wirklich eine strikte Fristen und sagt zum Beispiel 14 Tage vorher und höchstens eine Seite Interpellationstext. Aber alles andere ist ein Leerlauf und nur eine Beübung der Regierung, ohne eine Verbesserung der Qualität. Wir werden viel mehr nichtssagende Antworten erhalten, um pro Forma eine solche Vorgabe zu erfüllen.

Ich hoffe, das wird Ihnen irgendwann mal ein Ratsbüro mitteilen und dann können Sie dann darüber befinden. Insofern bitte Sie, dem reuigen Tim Cuénod zu folgen und schon heute diese Übung zu beenden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Das Votum meines Ratsbürokollegen David Jenny hat mich jetzt ein bisschen herausgefordert. Ich erlebe ihn im Ratsbüro nicht als derjenige, der nicht auch manchmal etwas entgegennimmt, das auch viel Leerlauf produziert. Da hätte ich ihn mir manchmal mehr auf meiner Seite des Ratsbüros gewünscht, ohne jetzt zu viel aus dem Ratsbüro zu verraten. Insofern finde ich Ihr Votum gegen den Anzug Oliver Thommen jetzt doch, entschuldigen Sie das Wort, ein bisschen scheinheilig.

Sie haben aber nicht mit allem was Sie sagen. ganz unrecht. Tatsächlich gibt es gewisse Punkte, die es im praktischen Alltag dieses Mechanismus, zu dem Oliver Thommen und seine Mitunterzeichnenden, zu denen ich übrigens auch gehöre, hingehen möchten, gewisse Hürden. Das muss man anschauen. Deshalb ist es ja ein Anzug an das Ratsbüro, um zu prüfen und zu berichten. Und so, wie ich David Jenny im Ratsbüro immer erlebt habe, ist er ja sehr gerne bereit, so etwas auch zu prüfen und darüber zu berichten. Und weshalb man jetzt diese Idee hier gleich abwürgen muss, hat mir David Jenny auch nicht wirklich erklären können, auch wenn ich seine Bedenken teilweise etwas nachvollziehen kann.

Aber es ist in den letzten Jahren etwas die Tendenz entstanden, dass der Regierungsrat es sich mit der schriftlichen Beantwortung manchmal etwas einfach macht. Die wird dann irgendwann einmal beantwortet und bis wir dann im Grossen Rat wieder darüber befinden können mit der Erklärung, ob wir zufrieden sind oder nicht, dauert es teilweise mehrere Monate. Und das ist eine für die Idee der Interpellation doch sehr unbefriedigende Situation.

Die Idee einer Interpellation ist nämlich, eine Anfrage über etwas einzureichen, das sehr dringend ist, das vielleicht auch kurzfristig erfolgt ist, und da erwarte ich von der Verwaltung, die ja letztlich diese Interpellationsbeantwortung schreibt und in den allermeisten Fällen nicht der Regierungsrat selber, dass sie hier relativ kurzfristig Antwort geben kann. Es ist in der Tat so,. die Substanz der Antwort könnte darunter vielleicht etwas leiden, dda müssen wir schauen, ob wir eine Lösung finden würden im Ratsbüro. Dies zumindest im Ratsbüro zu diskutieren scheint mir angesichts der aktuellen Situation doch sehr angemessen zu sein.

Es gibt auch unterschiedliche Verhaltensweisen der Regierungsräte. Gewisse Regierungsräte sind eher geneigt, immer schriftlich zu antworten, andere lieben es eher immer mündlich. Einige geben Ihnen dann vor der Beantwortung das Skript, dass sie ablesen, ab, andere wieder nicht. Also hier ist auch der Regierungsrat in seinem eigenen Wesen nicht ganz konstant. Das muss er auch nicht sein, aber ich glaube, das berechtigt uns auch, dieses Thema einmal vertieft anzuschauen.

Und ich möchte schon auch darauf hinweisen (Tim Cuénod hat das in seinem Votum schon angesprochen), dass es für Anliegen, die etwas umfangreicher sind, auch noch die Möglichkeit einer schriftlichen Anfrage gibt. Diese Möglichkeit ist mit der Interpellation und den Fragen teilweise verschwommen. Also die eine oder andere Interpellation wäre wahrscheinlich eher eine schriftliche Anfrage, wobei ich sagen muss, der eine oder andere Anzug wäre auch eher eine Interpellation. Auch da sind wir dann nicht immer der reinen Lehre folgend, die unsere Geschäftsordnung wahrscheinlich vom Geist her vorgegeben hat.

Deshalb will ich Sie im Namen meiner Fraktion bitten, einmal eine Überweisung zu wagen, damit das Ratsbüro uns in neuer Zusammensetzung dann darüber berichten kann. Und dann können wir immer noch schauen, ob wir tatsächlich etwas ändern wollen in der Geschäftsordnung dieses Hauses.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir beim Anzugsteller Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Es gibt jetzt nach dem Votum von Joël Thüringen nicht mehr so viel zu sagen. Er hat eigentlich das Wesentliche zusammengefasst, warum dieser Vorstoss überwiesen werden sollte. Ich muss aber doch etwas meine Enttäuschung ausdrücken, dass offensichtlich das grosse Latein nicht mehr so weit reicht, denn mein Anzug verweist ziemlich deutlich darauf, dass es eigentlich um etwas Mündliches geht, um einen Zwischenruf oder eine Unterbrechung. Aber das lassen wir jetzt mal.

Die Enttäuschung darüber, dass man diesen Anzug nicht als Anzug verstehen will, sondern quasi als Motion ansehen möchte, kann ich nicht nachvollziehen. Es ist eine Aufforderung, ein Anliegen zu prüfen, das wieder mehr Interpellationen mündlich beantwortet werden. Und das ist ja eigentlich der Sinn von Interpellationen, dass man eine schnelle Antwort bekommt. Es ist auch keine Erfindung, die wir jetzt in Basel machen, es kommt mir etwas vor wie das Schneeräumen. Interpellationen oder wie auch immer sie heissen, gibt es in fast allen Parlamenten. Sie heissen manchmal Fragestunden oder anders. Das gibt es im Landrat, es gibt es im Einwohnerrat Riehen, es gibt es im National- und Ständerat, also das gibt es überall.

Und es gibt keinen Grund, warum wir nicht auch ein mündliches Instrument haben sollen. Man kann sagen, dass in den letzten Jahren die Qualität der Interpellationen schlechter geworden ist. Vielleicht ist aber auch die Qualität der Anzüge schlechter geworden. Ich finde sogar, auch die Motionen könnten manchmal besser sein, aber das heisst ja nicht, dass man daran nichts ändern soll. Der Anzug möchte, dass mehr Interpellationen mündlich beantwortet werden und dass das Ratsbüro prüft und berichtet, wie das möglich wäre.

Einen Hinweis, den ich erhalten habe aufgrund der Einreichung dieses Anzugs von Personen, die eher der Verwaltung näher sind, ist, dass das eigentlich gut wäre. Das hat mich etwas überrascht. Das Ratsbüro könnte sich überlegen, dass man die Interpellation grundsätzlich mündlich beantwortet, dass man aber einen entsprechenden Modus findet, zum Beispiel einen zweiten Sitzungstag, damit mehr Zeit ist. Oder David Jenny hat von einer anderen Frist gesprochen, wie das andere Parlamente machen. Es gibt ganz viele Parlamente, die solche Regelungen haben. Wir können hier vielleicht noch etwas verbessern, auch wenn wir die GO erst letztes Jahr revidiert haben.

Ich bitte Sie, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Tim Cuénod. Sie wird angenommen.

Tim Cuénod (SP): Das generelle Anliegen ist ja verständlich, aber Sie möchten in Ihrem Anzug, dass ein ganz bestimmter Anpassungsvorschlag betrachtet wird. Und der Text ist doch sehr eindeutig, ,der sieht schon vor, was man anpassen müsste. Ist dem so oder nicht?

Oliver Thommen (GAB): Ja, der Anzug macht einen Vorschlag, aber das Ratsbüro muss prüfen und berichten. Es ist keine Motion. Das ist ein anderes Instrument.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 31 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005225, 11.12.24 22:06:16]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Ratsbüro zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird überwiesen mit 52 Ja-Stimmen gegen 31 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

27. Anzug 5 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Prostatakrebs-Vorsorge

[11.12.24 22:06:30, 24.5219.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

28. Anzug 6 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Evaluation und möglicher Anpassung des Taxigesetzes

[11.12.24 22:06:55, 24.5224.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das wird bestritten von Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion bittet Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen. Eine Evaluation klingt immer gut und toll, aber die Frage, ob das wirklich sinnvoll ist, darf man sich dann schon auch stellen. Es ist klar, dass die rot-grünen Fraktionen nie wirklich Fan waren von dem aktuellen Taxigesetz. Und wenn man das Taxigesetz ändern will, dann soll man aber auch konkret sagen, wo. Dass der Anzugsteller grundsätzlich Uber auf allen Ebenen bekämpfen will, ist auch nichts Neues. Er hat ja schon mehrere Vorstösse in diesem Bereich eingereicht.

Wenn man sich nun den Anzugstext durchliest, welche Dinge in dieser Evaluation geprüft werden sollen, was dann wiederum Grundlage für eine Änderung des Taxigesetzes sein soll, dann kann man drei Punkte herauslesen.

Der erste Punkt ist, wie eine Evaluation und Analyse des aktuellen Taxigesetzes in Bezug auf die derzeitigen Marktbedingungen, die wirtschaftliche Gesundheit der Branche und die Arbeitsbedingungen der Fahrerinnen und Fahrer durchgeführt werden kann. Ich weiss ja nicht, was Sie alles in ein kantonales Taxigesetz hineininterpretieren wollen, aber in einem kantonalen Taxigesetz werden keine Arbeitsbedingungen für Taxifahrer und auch keine wirtschaftliche Gesundheit der Branche geregelt. Im aktuellen Taxigesetz werden neben den allgemeinen Bestimmungen die öffentlichen Taxistandplätze, die Bewilligungen, die Transportpflicht, Tarife, Fahrzeuge und Gebühren sowie die Strafbestimmungen gegen dieses Gesetz geregelt, und nicht mehr. Sie werden auf kantonaler Ebene weder arbeitsrechtliche noch sozialversicherungsrechtliche Fragen klären im Bereich der Taxibranche.

Im zweiten Punkt wird gefragt, wie die aktuelle Regelung bezüglich Lizenzvergabe und Vergabe der Bewilligung angepasst werden können, um eine Übersättigung des Marktes zu verhindern. Der Markt reguliert sich nach dem Prinzip Nachfrage und Angebot, dafür benötigt es keine Evaluation. Und wenn man dann in einem zweiten Punkt auch dieses Angebot oder den Markt regulieren will, dann sind wir relativ schnell bei der Einschränkung der Gewerbe- beziehungsweise der Wirtschaftsfreiheit. Und da macht die SVP nicht mit. Im Übrigen sind wir eigentlich froh, dass wir ein gewisses Angebot haben in unserem Kanton, auch ein gewisses Angebot von Uber. Denken Sie an dieses Schneechaos vor ein paar Wochen, damals waren wir eigentlich froh, dass es auch Uber gab, dass es dieses Angebot gab, oder denken Sie auch an eine Demonstration an einem Samstag, wenn wegen einer linken Demo wieder mal die ganze Stadt lahmgelegt wird durch den öffentlichen Verkehr, dann kommt man ja gar nicht mehr von A nach B ohne Uber oder ohne ein Taxi. Also ich bin eine Sicht der Meinung, dass es hier noch zusätzliche Regulierungen braucht, um den Markt einzuschränken.

Und der dritte Punkt ist, wie weitere Fahrdienstleister dem Taxigesetz unterstellt werden können, um eine faire Wettbewerbslandschaft zu gewährleisten und den Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten zu verbessern. Ja, auch dafür braucht es keine Evaluation. Es ist ganz einfach. Wenn Sie hier weitere Fahrdienstleister dem Taxigesetz unterstellen wollen, dann müssen Sie den Taxbegriff in Paragraph 2 des Taxigesetzes ändern, den sachlichen Geltungsbereiches ausweiten. Ob man das will oder nicht, ist auch noch politische Frage, dafür benötigen Sie auch eine Mehrheit. Diese Mehrheit hatten Sie nicht und deshalb versuchen Sie es hier mit dieser Evaluation. Aber eigentlich ist es klar, wenn Sie hier Uber oder anderen Fahrdienstleister oder -unternehmer diesem Taxigesetz unterstellen wollen, dann müssen Sie hier im Paragraph 2 ansetzen.

Sie sehen also diese Verwaltungsbeschäftigung können wir uns das wirklich sparen, wenn Sie das Gesetz ändern wollen, dann reichen Sie eine Motion ein, dann sagen Sie uns, was Sie genau wollen, dann lassen wir das mit den aktuellen Mehrheiten aus oder mit der Mehrheit in der nächsten Legislatur. Eine Evaluation zu diesem Thema benötigt es aus Sicht der SVP-Fraktion nicht. Dementsprechend bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Bülent Pekerman.

Bülent Pekerman (GLP): In unserem Rechtssystem ist es üblich, dass Gesetze nicht unverändert bleiben, sondern regelmässig auf ihre Aktualität und Wirksamkeit überprüft werden. Der rasche Wandel gesellschaftlicher, technologischer und wirtschaftlicher Bedingungen macht eine Anpassung der Regelung an neue Gegebenheiten unabdingbar. Nur so können wir sicherstellen, dass unser Rechtsrahmen zeitgemäss bleibt, Innovationen fördert und Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit gewährleistet.

Das aktuelle Taxigesetz ist aus dem Jahre 2015, fast 10 Jahre alt. In dieser Zeit hat sich das Taxigewerbe stark verändert, nicht zuletzt durch die zunehmende Digitalisierung und das Aufkommen neuer Fahrdienstleister wie Uber usw. Als das Taxigesetz 2015 in diesem hohen Hause beraten wurde, sagte SVP-Grossrat Alexander Gröflin damals: «Angesichts des technologischen Fortschritts wird die Innovation dieses Gesetz überholen. Wir werden es wahrscheinlich in drei oder vier Jahren wieder beraten.» Heute, neun Jahre später, kann ich sagen, er hatte recht.

Die Herausforderungen, von denen das Taxigewerbe heute steht, wurden damals nicht vollständig erkannt oder waren zu ideologisch geprägt. Heute hat das Taxigewerbe mit strukturellen und wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen. Diese reichen von unfairen Wettbewerbsbedingungen durch neue Anbieter bis hin zu einer möglichen Sättigung des Marktes. Es ist unsere Aufgabe dafür zu sorgen, dass der Markt fair bleibt, dass die Kundinnen und Kunden geschützt werden und nicht zuletzt, dass die Arbeitsbedingungen der Fahrerinnen und Fahrer tragbar sind.

Aus diesem Grund erachten die Grünliberalen es als wichtig, das Taxigesetz zu evaluieren und gegebenenfalls anzupassen. Diese Überprüfung ist nicht nur eine rechtliche oder wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern auch eine Frage der Fairness und Gerechtigkeit. Wir müssen einen Rechtsrahmen schaffen, der allen Beteiligten, ob Kunden, Fahrerinnen und Fahrer oder Unternehmer, gleiche Chancen und einen stabilen Markt bietet. Nur so kann das Taxigewebe auch in Zukunft ein vernachlässigter Bestandteil unseres städtischen Verkehrs bleiben.

Daher bitte ich Sie, den Anzug an die Regierung zu überweisen. Es geht nicht darum, ein System zu destabilisieren, sondern es für die Zukunft zu stärken. Es ist ein Beitrag für eine nachhaltige innovative und faire Mobilität in Basel.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort hat Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Lassen Sie mich einleitend folgendes festhalten: Als wir 2015 das Taxigesetz beraten haben, da gab es Uber schon und das ist keine Neuerung, die seither eingetreten ist. Uber gibt es seit 2009. Wir müssen die Forderung dieses Anzuges anschauen, dann wird daraus ein grundsätzliches Problem erkennbar. Es soll etwas in ein enges regulatorisches Korsett gezwängt werden, wo es nicht hingehört und wo es auch nicht hingehören will. Wir haben Anbieter, die Privilegien, die einem das Taxigesetz verleiht, nicht wollen. Das Taxigesetz verleiht Taxifahrerinnen und Taxifahrern gewisse Privilegien. Sie dürfen durch die Innenstadt fahren, sie dürfen auf gewissen Positionen parkieren, anhalten, auf Kundinnen und Kunden warten. sie dürfen sich beschriften mit diesen gelben Tafeln. All das dürfen sie nur, wenn sie sich unter das Taxigesetz freiwillig unterstellen und sie können eben auch heute auf das verzichten, dann haben sie diese Privilegien nicht, dafür haben Sie ein bisschen mehr Freiheit. Diese Anbieter wollen diese Privilegien eben nicht.

Und auf der anderen Seite gibt es halt eben auch Fahrerinnen und Fahrer, die sich dem nicht unterstellen wollen, die die entsprechende Ausbildung nicht absolvieren wollen. Sie schätzen die Freiheit, die sie hier entsprechend haben. Und die Gegenleistung dafür ist eben, auf diese Privilegien zu verzichten.

Wenn man diesen Anzug liest, dann wird sehr schnell offensichtlich, dass das eigentlich hauptsächlich aus Taxiperspektive kommt und auch wenn es nicht explizit drinsteht, sich primär gegen Uber richtet. Man kann schon zugestehen, dass sich die Taxibranche in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation bewegt oder befindet. Aber es kann nicht unsere Aufgabe als Politiker sein, hier den Markt künstlich knapp zu halten. Und darum geht es letztendlich, wenn hier die Rede ist von Übersättigung des Marktes. Dann heisst es, es gibt zu viel Angebot für die Kundschaft, die vorhanden ist, und wir müssen einen Teil des Angebotes wegnehmen, damit irgendwie eine Balance stattfindet. Der Staat soll dann wissen, was jetzt diese richtige Balance, was das richtige Angebot ist. Das kann nicht unsere Aufgabe sein.

Jetzt kann man zugestehen, dass, wenn man von fairem Wettbewerb spricht, es dazu gehört, dass geltendes Recht eingehalten werden muss und man kann ebenfalls festhalten, dass es da in der Vergangenheit zu Verstössen gekommen ist. Das ist ja auch gerichtlich inzwischen festgestellt, dass da gewisse Regelungen verletzt worden sind, insbesondere bezüglich Sozialversicherungsrecht. Aber das ist kein Rechtsproblem, das ist kein Regulierungsproblem, das ist ein Vollzugsproblem.

Und wir haben vor einiger Zeit die Motion von Beda Baumgartner überwiesen, die eine Kennzeichnung forderte so wie es beispielsweise Zürich oder Luzern kennen. Das ist ein Ansatz, den man wählen kann und wenn man da mit Vertretern von Uber spricht dann, da kann man da auch eine gewisse Offenheit wahrnehmen, dass man da bereit ist, entsprechende Kennzeichnungen zu machen.Und das würde ja dann auch den Vollzug wiederum erleichtern, ohne dass wir Regulierungen entsprechend anpassen.

Was aber nicht funktionieren wird – und das kann ich Ihnen jetzt schon sagen -, ist, Anbieter wie Uber in eine Arbeitgeberposition zwingen zu wollen. Beobachten Sie ganz genau, wie sich Uber anhand von Gerichtsentscheiden verhält. Sie passen sich laufend an die Rechtsprechung an, so dass sie eben nicht unter die entsprechenden Regulierungen fallen müssen. Dafür gibt es diverse Beispiele. Zum Beispiel gibt es Uber Pop nicht mehr. Das war eines dieser prominenten Beispiele, wo praktisch jeder und jede fahren konnte, egal ob gewisse Voraussetzungen gegeben waren, die ja auch ursächlich waren für gewisse Gerichtsverfahren. Das gibt es heute nicht mehr. Das ist eine Konsequenz aus diesen Gerichtsentscheiden. Es wird kontrolliert, dass Fahrtenschreiber installiert sind. Es gibt mehr Flexibilität bei der Preisgestaltung, dass die Fahrerinnen und Fahrer selber entscheiden können in einem gewissen Spektrum, was was der angemessene Preis ist. Es wird geprüft, ob man den entsprechenden Eintrag im Führerschein hat, ob man gewerbsmässig Personen transportieren kann. Da wird sehr viel unternommen, weil man eben explizit nicht die Arbeitgeberstellung haben will, in welchen die Anzugssteller insbesondere Uber unbedingt zwingen wollen.

Also wir brauchen einen sinnvollen, offenen Umgang mit der Plattformökonomie und das bedeutet nicht, solche Anbieter unter das Taxigesetz zu zwingen. Deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Tim Cuénod an? Sie wird angenommen.

Tim Cuénod (SP): Wenn es so ist wie es ist, dass es zum Beispiel basel-landschaftliche Taxis gibt, die als Uber unterwegs sind mit einem nicht unwesentlichen Teil dieser Privilegien, bräuchte es dann auch aus einer freisinnigen Perspektive nicht ein etwas orderliberaleren Ansatz, um ein bisschen mehr Ordnung in dieses Chaos hineinzubringen?

Luca Urgese (FDP): Auch das ist kein Regulierungsproblem, es ist ein Vollzugsproblem. Die Baselbieter Taxis sind als solche gekennzeichnet, die kann man entsprechend überprüfen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir sind damit bei der nächsten Einzelsprecherin Heidi Mück.

Heidi Mück (GAB): Also ich war auch dabei, als wir die Totalrevision des Taxigesetzes im Jahre 2015 beraten haben und es war ja schon ziemlich umstritten. Es gab einen Mehrheits- und einen Minderheitsbericht der WAK. Und es ging hauptsächlich um drei Sachen: Es ging um die Anpassung an Bundesvorgaben, aber es ging auch um Qualitätssteigerung, und es ging um bessere Arbeitsbedingungen für die Taxifahrer:innen. Und um letzteres wurde ja am meisten gestritten im 2015. Die aus meiner Sicht durchaus moderaten Vorschläge der WAK wurden allesamt abgeschmettert. Und ja, auch Uber war damals schon ein Thema, und die Ratsmehrheit hat auch hier sich einfach geweigert, diesen Bereich zu regeln, auch wenn wir damals es schon gekonnt hätten.

Inzwischen ist wieder einige Zeit vergangen und die Situation in der Taxibranche, das hat Bülent Pekerman sehr gut gesagt, hat sich nicht wirklich zum Guten verändert. Die Stimmung bei den Taxifahrerinnen und Taxifahren ist weiterhin nicht gut, die wirtschaftliche Lage auch nicht. Diese Branche ist., sagen wir jetzt mal positiv, sehr dynamisch unterwegs. Wir wollen aber mit diesem Anzug ja nichts kaputtmachen oder zu Tode regulieren. Es ist einfach unsere Aufgaben, Menschen vor Prekarisierung zu schützen. Also das ist meine Meinung. Vor diesem Hintergrund ist es für mich nur logisch, dass das

Taxigesetz nochmals überprüft werden soll. Es soll ja überprüft werden und gegebenenfalls angepasst werden. Ich bitte Sie deshalb, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Luca Urgese. Sie wird angenommen.

Luca Urgese (FDP): Das klang jetzt, als hätten die Bürgerlichen hier drin etwas durchgedrückt. Trifft es zu, dass das Referendum ergriffen worden ist und das Volk diesem Gesetz zugestimmt hat?

Heidi Mück (GAB): Ja, ich gebe es zu, aber wir waren uns bewusst, dass wir das in wenigen Jahren wieder angehen müssen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch hier hat der Anzugsteller das letzte Wort.

Beda Baumgartner (SP): Lassen Sie mich einsteigen damit, was Pascal-Messerli aus meiner Sicht richtig festgestellt hat. Ja, ich habe immer wieder Vorstösse zu dieser Thematik gemacht und ja, wir sind schon lange mit dieser Thematik in diesem Rat beschäftigt, auch schon viel länger als der Verabschiedung des neuen Taxigesetzes im Jahr 2015.

Warum sind wir so lange beschäftigt? Ich glaube, ein Realitätscheck wäre auch noch gut in diesem Saal. Sehr lange würden diese Vorstösse zu dieser Thematik von bürgerlicher Seite einfach rundherum komplett abgelehnt. Ich bin froh, dass Luca Urgese heute auf die Motion referenziert, die eine Beschriftung der Uberfahrzeuge fordert. Lange war das auf bürgerlicher Seite einfach nicht vorstellbar zu unterstützen. Das ist die Realität. Wir haben neun Jahre in diesem Kanton einen Zustand gehabt und toleriert, der hoch problematisch ist. Lassen Sie mich das auch noch anfügen. Ich kenne das auch mit diesen zwei Kurven, die unser Leben bestimmen mit dem Angebot und Nachfrage. Das Taxigewerbe ist einfach nicht so ein gutes Beispiel dafür, weil das Taxigewerbe ist schon enorm stark reguliert. Und Sie können jetzt natürlich sagen, die grösste Freiheit und die grösste Entwicklung läge darin, dass wir alle Regulierungen abschaffen, dann würden in diesem Markt endlich das spielen, das ja sonst überall auf der Welt, in allen Bereichen perfekt funktioniert. Die Realität ist aber eine andere. Und das wissen wir alle.

Wir vergeben zum Beispiel Lizenzen. Wir kreieren damit einen Markt, der auf ganz vielen Ebenen nicht funktioniert. Das ist mal zu den Taxis. Dann zu den Fahrdienstleistern: Jemand hat gesagt, eigentlich gehe es in diesem Anzug nur gegen Uber. Nein, die Realität ist ein bisschen komplizierter. Wenn Sie am EuroAirport beispielsweise Fahrdienstleister bestellen, dann haben Sie eine grosse Auswahl an Apps, die Sie mittlerweile bestellen können, die die haben alle dieses Prinzip der Uberisierung kopiert.

Was ich wirklich nicht verstehe, ist, wie die bürgerliche Seite dieses Businessmodell ernsthaft verteidigen kann. Es wird gesagt, Plattform-Anbieter wissen dann, wie sie sich anpassen müssen bei einer Regulierung. Aber ist das wirklich Ihre Argumentation? Das heisst, weil sich Plattformen dann der der Gesetzgebung entziehen können, weil sie sich den Realitäten, die wir demokratisch festlegen, entziehen können, sollen wir nicht mehr regulieren? Das ist die Grundlage, warum wir nicht mehr regulieren sollen?

Die Verwaltungsbeschäftigung wurde genannt, ein schönes Ablenkungsmanöver. Ich bin dann gespannt, wie die Fraktion der SVP bei Motionen oder Eingriffen, wo wir dann anscheinend wirklich direkt am Taxigesetz schrauben, Hand bieten, weil dann ist es ja definitiv, in den Worten von Pascal Messerli, nicht mehr Verwaltungsbeschäftigung Ich glaube einfach, Sie haben da ein Problem.

Ist das wirklich sinnvoll? Fragen Sie die Betroffenen in der Branche. Oder fragen Sie den Gewerbeverband. Also ich kann Ihnen sonst schnell die Stellungnahme des Gewerbeverbands vorlesen: «Durch die Evaluation wird sichergestellt, dass das Gesetz den Veränderungen des Marktes gerecht wird und zur Wiederherstellung eines funktionsfähigen Marktes im gewerblichen Personentransport erscheinen Gesetzesänderungen erforderlich.» Es ist nicht die Gewerkschaft, die hier kommuniziert, oder Beda Baumgartner von linksaussen, es ist der Gewerbeverband. Vielleicht müssten Sie wirklich auch mal mit der Branche und den Interessenvertreten und den Stakeholdern der Branche reden.

Und zuletzt, damit wir hier nicht einfach ein Schattenboxen haben über Wirtschaftsfreiheit, es geht wie Heidi Mück gesagt hat um Menschen, die in einem sehr prekären Arbeitsbereich arbeiten in unserer Stadt und die laut Taxigesetz eine Ergänzung des öffentlichen Verkehrs sicherstellen. Und das ist auch der Grund, warum der Kanton so viel reguliert im Taxi-Bereich. Es ist eben nicht irgendein Markt, es ist eine Markt, der als Ergänzung zum öffentlichen Verkehr so definiert ist. Und darum haben wir auch einen entsprechenden Anspruch an diesen Markt und daran, wie es diesen Menschen, die in diesen Markt arbeiten, geht. Darum bitte ich Sie, den Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage an? Sie wird angenommen. Pascal Messerli hat das Wort.

Pascal Messerli (SVP): Können Sie mir einmal erklären, wie Sie die sozialversicherungsrechtlichen und die arbeitsrechtlichen Fragen, die Arbeitsbedingungen der Taxifahrerinnen und Taxifahrer in einem kantonalen Taxigesetz regeln möchten?

Beda Baumgartner (SP): Ja sehr gerne. Wenn wir zum Beispiel anfangen über die Lizenzvergaben zu reden, dann haben wir einen starken Hebel, wie es bezüglich den Arbeitsbedingungen in diesem Bereich aussieht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Pascal Messerli bestreitet die Überweisung. Anzugsteller Beda Baumgartner hat schon gesprochen. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Niuchtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

64 Ja, 23 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005229, 11.12.24 22:29:08]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 64 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

29. Anzug 7 Daniel Seiler und Konsorten betreffend Stärkung der dualen Berufsbildung durch besseren Einbezug der Wirtschaft

[11.12.24 22:29:20, 24.5248.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

30. Anzug 8 Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Auswirkungen der künstlichen Intelligenz auf den Staat und sein Verhältnis zu den Bürgern

[11.12.24 22:29:42, 24.5249.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Auch hier habe ich keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Schluss der 42. Sitzung

22:30 Uhr

Protokoll

der 43. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 18. Dezember 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Tim Cuénod (SP), Jérôme Thiriet (GAB), Raffaela Hanauer (GAB), Anina Ineichen (GAB).

Verhandlungsgegenstände:

94. Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK 2

Beginn der 43. Sitzung

Mittwoch, 18. Dezember 2024, 09:00 Uhr

94. Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

[18.12.24 09:00:17, 24.5488.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Abstimmungskarten

Der Parlamentsdienst wird aus technischen Gründen ab sofort wieder die Abstimmungskarten nach jeder Sitzung einsammeln. Damit dies nicht notwendig ist, bitten wir Sie, Ihre Karten jeweils mitzunehmen, wenn Sie den Raum verlassen und beim Sitzungsbeginn wieder mitzubringen und wieder einzustecken. Vergessene Karten können beim Ratssekretariat abgeholt werden. Wird eine Karte innerhalb der ersten 30 Minuten einer Sitzung ins Lesegerät gesteckt, gelten Sie im Protokoll als anwesend.

Heutiger Sitzungsablauf

Wir beginnen nun mit Traktandum 94, das ist das Budget, und behandeln danach die Traktanden 95 bis 98. Danach fahren wir, wenn wir so weit sind, mit Traktandum 31 fort, wo wir letzte Sitzung stehengeblieben sind.

Wir kommen zu Traktandum 94.

Die Finanzkommission beantragt dem Grossen Rat, auf ihren Bericht einzutreten und das Budget 2025 des Kantons Basel-Stadt mit den Änderungen der Finanzkommission zu genehmigen.

Die Bildungs- und Kulturkommission hat zuhanden der Finanzkommission einen Mitbericht zu den staatlichen Museen verfasst.

Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission berichtet zum Globalbudget Öffentlicher Verkehr mündlich.

Das Vorgehen der Budgetberatung ist wie folgt von uns vorgeschlagen: Zuerst eine allgemeine Eintretensdebatte zum Bericht der Finanzkommission und zum Budget. Erste Referenten sind der Präsident der Finanzkommission, die Präsidentin der BKK und der UVEK, die Vorsteherin des Finanzdepartements und der Vorsitzende des Gerichtsrats. Anschliessend folgen Fraktions- und Einzelvoten. Eintreten auf das Budget ist obligatorisch. Die Detailberatung jeweils mit Fraktions- und Einzelsprechenden kommt danach.

Zuerst Gesamtkantonale Feststellungen (Kapitel 4 des Berichts der Finanzkommission), danach departementsweise Beratung. Das Globalbudget der kantonalen Museen ist im Präsidialdepartement integriert. Das Globalbudget Öffentlicher Verkehr ist im Bau- und Verkehrsdepartement enthalten. Das Vorgezogene Budgetpostulat zum Budget 2025 wird bei dem entsprechenden Departement schon vorher beraten. Danach kommt Kenntnisnahme der Investitionsübersichtsliste und schliesslich die Schlussabstimmung über das Budget 2025.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Tagesordnung zu genehmigen.

Damit sind wir bei der Eintretensdebatte und ich gebe dem Präsidenten der Finanzkommission Joël Thüring, das Wort.

Joël Thüring (SVP): In der heutigen Beratung des Budgets 2025 werden Sie wie üblich mit verschiedenen Zahlen konfrontiert werden und einige dieser Zahlen haben sich in der Zwischenzeit auch bereits mehrfach überholt. Darunter auch die wichtigste Zahl, die die wohl alle am meisten interessiert, nämlich diejenige des prognostizierten Jahresergebnisses. Das vom Regierungsrat vorgelegte Budget ging ursprünglich von einem Überschuss von 9 Millionen Franken aus. Der Regierungsrat budgetierte für das Jahr 2025 zuerst einen Überschuss in der Erfolgsrechnung in dieser Grössenordnung, da dann aber Basel den Zuschlag zur Durchführung des Eurovision Song Contest 2025 durch die SRG Ende August erhielt, waren diese Mittel noch nicht im Budget eingestellt gewesen und mit diesem Budgetnachtrag zum ESC hätte das Budget

dann ein Defizit von 25 Millionen Franken ausgewiesen. Weitere Nachträge seitens des Regierungsrates sowie die Anträge der Finanzkommission, über welche Sie heute ebenfalls beschliessen werden und über welche ich Ihnen nachher noch ausführen werde, führten letztlich zu einem budgetierten Defizit von 30 Millionen Franken. Dies ist auch das, was nun im Budgetbericht der Finanzkommission abgebildet ist.

Dieses Defizit hat sich nun aber noch einmal verändert und wird deutlich kleiner. Grund dafür ist die Jahresteuerung. Gemäss dem Schreiben des Statistischen Amtes vom 3. Dezember beträgt die November-Jahresteuerung im Kanton 0,5 Prozent. Diese Zahl ist bekanntlich massgebend für die teuerungsbedingte Lohnerhöhung in der kantonalen Verwaltung per 1. Januar 2025. Das regierungsrätliche Budget wurde noch mit einer Teuerungsannahme von 1,5 Prozent erstellt und auf dieser Basis wurde beim Personalaufwand eine teuerungsbedingte Steigung von 27,5 Millionen Franken für Personal- und Staatsbeiträge budgetiert. Aufgrund der definitiven Teuerung von 0,5 Prozent ergibt sich eine Verminderung um 18,3 Millionen Franken auf 9,2 Millionen Franken. Der entsprechende Änderungsantrag, der hierfür notwendig ist, liegt Ihnen auf und wurde von mir wie üblich unterschrieben.

Diese doch deutliche Veränderung der Zahlen im Nachgang zur Verabschiedung des Budgetberichts führt nun also wiederum dazu, dass sich die Zahl des Defizits noch einmal deutlich verringert. Folgen Sie den Änderungsanträgen des Regierungsrates, resultiert ein Defizit von gut 8 Millionen Franken, wenn Sie unseren Anträgen, den Anträgen der Finanzkommission folgen, dann ein Defizit von knapp 12 Millionen Franken. Wir nähern uns also der schwarzen Null wieder deutlich an, was zeigt, dass die Finanzlage des Kantons weiterhin erfreulich ist und es Basel-Stadt, und wir dürfen das auch mit Blick auf andere Kantone, ohne dabei hämisch zu sein, sagen und deutlich machen, weiterhin finanziell gut dasteht.

Der Regierungsrat budgetiert also für das kommende Jahr bei einem Aufwand von 5,2 Milliarden Franken ziemlich genau auch einen Ertrag von 5,2 Milliarden Franken. Der Saldo der Investitionsrechnung ist mit 502,9 Millionen Franken um 76,2 Millionen Franken höher als im Vorjahr. Der Kanton kann die Investitionen zu 51 Prozent selbst finanzieren. Das Nettovermögen sinkt auf 96,5 Millionen Franken, wobei die Nettoschuldenquote mit minus 0,1 Promille deutlich unter der Vorgabe der Schuldenbremse von 6,5 Promille verbleibt.

Was sind die wichtigsten Mehrausgaben. Neben der bereits erwähnten Teuerung auf den Löhnen des Staatspersonals und den Staatsbeiträgen zählen zu den wichtigsten Mehrausgaben der Ausbau der Kinderbetreuung mit 34 Millionen Franken, der nationale Finanzausgleich mit 25 Millionen Franken, ein gesetzlich vorgeschriebenes zusätzliches Teuerungsprozent auf den Löhnen des Staatspersonals von 14,3 Millionen Franken sowie der neue Leistungsauftrag für die FHNW von 6,6 Millionen Franken zusätzlich und der Kantonsbeitrag für die stationären Spitalbehandlungen von 6,5 Millionen Franken zusätzlich. Das sind sogenannt wiederkehrende höhere Ausgaben. Die beiden Grossevents, die wir im 2025 erfreulicherweise in Basel durchführen werden können, die Women's EURO mit 11 Millionen und die Durchführung des ESC mit, ich habe es bereits erwähnt, 34 Millionen Franken führen hingegen nur zu einmaligen Mehrkosten für den Kanton Basel-Stadt. Diese bilden sich im Budget 2025 ab.

Aufgrund des guten Rechnungsergebnisses 2023, das war letztlich Basis auch für die Erstellung des Budgets 2025, geht der Regierungsrat von nachhaltig höheren Steuereinnahmen aus. Es sind deshalb gegenüber dem Vorjahr 92 Millionen Franken höhere Erträge aus Gewinnsteuern und um 43 Millionen Franken höhere Einkommenssteuern eingestellt. Bei den Vermögenssteuern wird hingegen ein Rückgang von 17 Millionen Franken erwartet. Ungewiss bleibt die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank.

Nach einem Verlust 2023 beträgt der Gewinn im ersten Halbjahr 2024 50 Milliarden Franken, der Kanton budgetiert aber wie immer jeweils die mittlere Gewinnausschüttung, also 45 Millionen Franken und das tut der Kanton auch für das Jahr 2025. Zusätzlich erhält unser Kanton im nächsten Jahr einmalig 10 Millionen Franken von der SNB aus nicht umgetauschten Banknoten der 6. Serie, irgendwelche Banknoten, die dann also zurückgebracht wurden, weil man sie noch unter einem Kopfkissen fand. Erneut mehr bezahlt der Kanton 2025 in den nationalen Finanzausgleich ein. Die Zahlungen liegen mit beachtlichen 223 Millionen Franken so hoch wie nie seit der Einführung des NFA.

Eine grosse Unsicherheit, wir haben es im Bericht Knacknuss genannt, ist die OECD-Steuerreform. Diese Umsetzung wird auf das Rechnungsergebnis des Kantons Einfluss haben. Die Schweizer Stimmbevölkerung stimmte im Juni dieser Mindestbesteuerung gemäss OECD-Regeln zu. Der Bundesrat setzte die entsprechende Verordnung per 1. Januar 2024 in Kraft und sie gilt ab dem Steuerjahr 2024 und wird somit ab 2025 verbucht werden. Die erwarteten Einnahmen für Basel-Stadt sind, auch weil wir hier sehr grosse Unternehmen haben, deshalb aber unsicher zu budgetieren, werden vom Regierungsrat für dieses Budget auf 300 Millionen Franken geschätzt.

Sie alle wissen, dass der Regierungsrat mit dem sogenannten Basler Standortpaket auf diese Einführung reagiert hat. Das Standortpaket umfasst Fördermassnahmen im Bereich Innovation, Gesellschaft und Umwelt sowie weitere steuerliche Massnahmen für den Kanton Basel-Stadt. Die Finanzierung dieser Fördermassnahmen soll über einen neuen Fonds erfolgen, welche mit mindestens 150 und maximal 300 Millionen Franken zu äufnen ist. Im Jahr 2025 ist eine erstmalige Äufnung in der Höhe von 300 Millionen vorgesehen. Der Vorschlag des Regierungsrates, das wissen Sie, befindet sich derzeit in der parlamentarischen Beratung, weshalb die Finanzkommission dies inhaltlich nicht weiter bewertet.

Fakt ist aber, dass die effektiven Mehreinnahmen durch die OECD-Ergänzungssteuer unbekannt bleiben. Unter der Annahme, dass diese Mittel einen Fonds zugewiesen werden, ist dieser Umstand für die Erfolgsrechnung jedoch saldoneutral. Andernfalls hätte dies jeweils erhebliche Auswirkungen auf die Rechnung, so wird wohl erst in ein paar Jahren bekannt sein, was die OECD-Mindestbesteuerung für Auswirkungen auf den Staatshaushalt haben wird. Die Steuererklärung der Unternehmen nehmen schliesslich teilweise, bis sie zu einem Abschluss kommen, mehrere Jahre in Anspruch. Dies führt dann auch jeweils dazu, dass auch einige Jahre später noch Erträge in die Staatskasse durch diese Unternehmensbesteuerung fliessen.

Wie bereits angesprochen, bleibt das Investitionsniveau in unserem Kanton hoch. Der Kanton plant im 2025 Netto-Investitionen in Höhe von 503 Millionen Franken, geplante grosse Projekte umfassen, beispielsweise die Fortsetzung des Neubauprojekts Naturhistorisches Museum und Staatsarchiv, die Anschaffung von Elektrobussen, neue Trams, für die ARA Basel, für den Ausbau der Fernwärme, ausserdem ist eine 21 Millionen Franken-Tranche für das Universitätsspital vorgesehen, in diesem Darlehen auch, dass Sie gesprochen haben. Etwa die Hälfte der Investitionen wird selbst finanziert, der Rest erfordert eine zusätzliche Verschuldung. Bis 2027 könnten die Investitionen gemäss Plan im Kanton auf 627 Millionen Franken ansteigen.

Weiter zunehmend ist die Entwicklung der Beschäftigtenzahl. Für das Jahr 2025 sind 9'928,8 Vollzeitstellen budgetiert, was einer Zunahme von knapp 200 Vollzeitstellen im Vergleich zum Budget 2024 entspricht. Sie finden dazu weitere Informationen in den einzelnen Kapiteln unseres Berichts.

Budget und Finanzplan basieren auf Annahmen, auf fundierten Annahmen, doch die Herausforderung der heutigen Zeit, auch geopolitisch, erschweren die Budgetierung. Der Finanzplan prognostiziert für das Jahr 2026 ein positives Ergebnis von 56 Millionen Franken, während für die Jahre 2027 und 2028 ein ausgeglichenes respektive ein leicht negatives Ergebnis erwartet wird. Das geplante hohe Investitionsniveau, ich habe es bereits erwähnt, führt zu einem Anstieg der Nettoschuldenquote, die bis 2028 von minus 0,1 auf 1,0 Promille ansteigen soll, jedoch weiterhin deutlich unter der maximal zulässigen Grenze von 6,0 Promille verbleibt.

Die Finanzkommission hat diesen Finanzplan diskutiert und ist zu unterschiedlichen Beurteilungen der künftigen Entwicklung gekommen. Eine Minderheit der Kommission macht sich Sorgen zu den budgetierten negativen Kennzahlen. Der Selbstfinanzierungsgrad nimmt ab, die Verschuldung nimmt stark zu, im Jahr 2028 wird mit einem Defizit gerechnet. Die Minderheit der Kommission versteht, dass nicht alle Investitionen mit den laufenden Einnahmen finanziert werden können, aber bei den nach wie vor sehr hohen Steuereinnahmen sollte zumindest der Haushalt ausgeglichen sein. Eine Mehrheit der Kommission teilt diese Perspektive nicht.

Bevor wir zu den Departementen gelangen, möchte ich nun noch einige allgemeine Bemerkungen zum Budget machen, welche wir in unserem Bericht auch abgebildet haben. Sie wissen, dass der Regierungsrat in den vergangenen Monaten diverse Massnahmen implementiert hat, um die Anstellungsbedingungen zu verbessern respektive neue Arbeitskräfte zu rekrutieren. Die Finanzkommission ist darauf bereits in früheren Berichten eingegangen und wollte deshalb nun vom Regierungsrat ein erstes Follow-up erhalten. Die bereits im 2024 umgesetzten Massnahmen haben laut Regierungsrat noch keine messbare Wirkung gezeigt, was angesichts der Kürze auch nicht erstaunt. Es gibt aber, das ist positiv, sehr viele gute Rückmeldungen der Mitarbeitenden, die Evaluation der Mitarbeitenden-Befragung läuft und eine erste Bilanz beispielsweise des Pilotprojekts Vermittlungsprämie wird auf Ende dieses Jahres erwartet. Andere Massnahmen werden im Laufe des kommenden Jahres umgesetzt werden, so sind auch Massnahmen wie Entlöhnung und Führung und Entwicklung für 2025 geplant. Die Finanzkommission begrüsst, dass im Bereich der Anstellungsbedingungen Massnahmen ergriffen worden sind, weitere Massnahmen ergriffen werden und wird das Thema weiter beobachten.

Unterhalt von Liegenschaften. Die Finanzkommission hat festgestellt, dass im Zusammenhang mit dem Unterhalt und der Bewirtschaftung von Liegenschaften sowohl im Finanz- als auch im Verwaltungsvermögen und auch in den sogenannten Transformationsarealen an diversen Stellen der Personal- und Sachaufwand deutlich angestiegen ist. Wir fragten deshalb nach, wo dies im 2025 konkret vorgesehen ist, wie sich diese Zahlen in den letzten fünf Jahren entwickelten und von was einer Prognose man für die kommenden Jahre ausgeht. Der Regierungsrat liess darauf mitteilen, dass in den letzten fünf Jahren es im Verwaltungsvermögen zu Mehrausgaben von gut 10 Millionen Franken kam, dies vor allem wegen der Technisierung, dem Ausbau der Schulen, der Kindergärten, Sicherheitsvorschriften und den Energiepreisen. Insbesondere die Energiekosten seien um 2,5 Millionen Franken gestiegen. Im Finanzvermögen stieg der Sachaufwand wegen den diversen Transformationsarealen, aber auch wegen verschiedenen Grossratsbeschlüssen um 18,8 Millionen Franken. Der Headcount bei Immobilien Basel-Stadt erhöhte sich in den letzten fünf Jahren hierfür um 14,7 Vollzeitstellen. Die Finanzkommission wünscht sich, dass insbesondere der Stellenzuwachs, welcher dafür nicht nur bei IBS feststellbar ist, möglichst zurückhaltend erfolgt und vor allem interne Synergien genutzt werden.

Nun gerne kurz zu einzelnen Departementen und unseren Anträgen.

Im Präsidialdepartement bemängelte die Finanzkontrolle in einem Bericht, dass die vom Kanton gegründete Stiftung für preisgünstiges Wohnen ihre Liegenschaften mit einer Abschreibungsdauer von 200 Jahren führt. Die Finanzkommission stellte die Frage, weshalb die Abschreibung über eine so lange Zeitspanne getätigt werde und ob dies nicht angepasst

werden könnte. Das Präsidialdepartement erklärte, dass diese Praxis von einer Zürcher Stiftung übernommen wurde, nun aber geändert wird. So soll künftig nicht mehr 0,5 Prozent auf dem Gebäudeversicherungswert, sondern 0,5 Prozent direkt auf dem höheren Anlagewert abgeschrieben werden, weshalb sich die jährlichen Abschreibungen damit erhöhen werden. Die Finanzkommission begrüsst diese Änderungen.

Zum Bau- und Verkehrsdepartement. Die kantonale Klimaschutzstrategie setzt Ziele für die Reduktion von Treibhausgasemissionen in Bau- und Betriebsphasen. Dabei verursacht der Bau deutlich höhere Emissionen, insbesondere durch Fassade, Haustechnik, Decken, Wände und Fundamente. Untergeschosse, wurde uns mitgeteilt, machen 9 bis 15 Prozent der indirekten THG-Emissionen eines Gebäudes aus, tiefes Bauen erhöht die baulichen Anforderungen sowie die Kosten. Mit einem speziellen Tool soll nun das Potenzial von Baumaterial berechnet werden. Dieses Tool ermöglicht einfache Berechnungen und soll damit auch für kleinere Architekturbüros zu keinem grösseren Aufwand führen und praxisnah und präzise gestaltet werden, um da auch den Aufwand zu minimieren. Dabei sollen Lenkungsabgaben als hilfreiches Mittel benutzt werden, um Projekte nicht zu behindern. Statt detaillierter Vorschriften werden Grenzwerte gesetzt, die Bauherren und Architektinnen und Architekten einhalten müssen, wobei diese Architektinnen und Architekten dann die Grenz- und Zielwerte berechnen und dokumentieren sollen. Massnahmen zur Erreichung von Netto-Null bei kantonalen Bauprojekten werden direkt in den Projekten umgesetzt und finanziert. Eine vertiefte Studie zu Lenkungsabgaben und Grenzwerten werde aktuell erarbeitet, um mögliche Ausgestaltungsoptionen zu prüfen. Die Ausschreibung der Studie soll bald erfolgen und das Ziel sei, dass Lenkungsabgaben in Projekte reinvestiert werden und nicht in die Staatskasse fliessen. Die Finanzkommission begrüsst, dass diese Massnahmen keinen erheblichen Mehraufwand für die Branche verursachen sollen.

Weiterhin eng verfolgt die Finanzkommission auch die Geschichte rund um das Bau- und Gastgewerbeinspektorat. Wir erkundigten uns, wie das BGI im Jahr 2025 plant, die Altlasten und die Anzahl der noch hängigen Baubewilligungsgesuche abzubauen, die gemäss Budgetbericht weiter bestehen. Gemäss der Departementsvorsteherin des BVD schreitet die Abarbeitung der Altlasten seit Januar 2024 gut voran, dies vor allem dank der Reorganisation, der Aufhebung der statischen Gebietszuteilungen und personeller Verstärkungen. Derzeit haben 89 Prozent der Fälle das Eingabedatum 2024. Zur Fristeinhaltung werden manuelle Hilfsmittel wie Excel genutzt, ab 2025 wird die Digitalisierung des Baubewilligungsverfahrens die Fristenkontrolle automatisieren. Die Finanzkommission wird auch unter Berücksichtigung der nun erstüberwiesenen Motion betreffend Gebietszuteilungen sich weiterhin laufend über diese Pendenzenlast informieren lassen.

Wir kommen zur Digitalisierung von den Hilfsmitteln wie Excel zur allgemeinen Digitalisierung. Wir sind beim Finanzdepartement angelangt. Diese Digitalisierung bleibt wenig überraschend für uns alle ein grosses Thema. So wird auch die Einführung des Authentifizierungsdienstes der Schweizer Behörden, das heisst AGOV, von uns als wichtiger Schritt in Richtung E-Government betrachtet. Bisher haben sich aber nur 16’000 Nutzerinnen und Nutzer, das war beim Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichtes, erfolgreich registriert und identifiziert im Kanton Basel-Stadt. Dazu ist zu bemerken, dass die Download-Variante der Software BalTax für die Steuererklärungen für die Steuerperiode 2023 ein letztes Mal zur Verfügung gestanden ist. Ab 1. Februar 2025 wird vollständig auf «BalTax Online» umgestellt. Daher wird ein Grossteil der Steuerpflichtigen in Basel-Stadt zeitnah AGOV verwenden müssen. Sie sehen, das kann bei dieser tiefen Zahl der bereits registrierten Nutzerinnen und Nutzer durchaus noch zu einigen Komplikationen führen. Die gute Kommunikation für die Umstellung auf AGOV erachtet die Finanzkommission deshalb als unbedingt notwendig.

Aufgefallen ist der Finanzkommission auch der hohe Anteil von externen, auch langjährigen Mitarbeitenden bei IT Basel-Stadt, nämlich 131 an der Zahl. Die Finanzkommission stellt diese hohe Zahl in Frage und fordert konkrete Massnahmen zur deutlichen Reduzierung dieses Anteils. Die Bemühungen zur Stärkung der Berufsbildung im Bereich Informatik werden als unzureichend angesehen und zusätzliche Anstrengungen zu Gewinnung und Bindung qualifizierter Fachkräfte gefordert.

Zum WSU. Die Finanzkommission liess sich im Hearing mit dem WSU die Unternehmenspflege und Innovationsförderung des Kantons Basel-Stadt präsentieren. Laut dem aktuellen Wettbewerbsindikator der UBS liegt Basel-Stadt auf dem zweiten Platz der Wettbewerbsfähigkeit knapp hinter Zug, was wir vielleicht noch verbessern können, und/aber, was ja besonders erfreulich ist, vor Zürich. Gründe sind die hohe Erreichbarkeit, Innovationskraft, exzellentes Humankapital und ein grenzüberschreitendes Einzugsgebiet. Die Innovationskraft kommt zu 68 Prozent aus der Privatwirtschaft, zu 28 Prozent aus den Hochschulen, zu 3 Prozent aus privaten Organisationen und zu 1 Prozent vom Bund. Die Felder der Innovationsförderung umfassen digitale Innovation, nachhaltige Wirtschaft und Innovation in Life Sciences. Die Ausrichtung zum Umgang mit den hier ansässigen Betrieben sei gemäss WSU geschärft worden und würden einen hohen Stellenwert geniessen. Mit den Unternehmen gebe es einen abgestuften regelmässigen Austausch, was die Finanzkommission sehr begrüsst.

Zu den Gerichten. Der Gerichtsrat liess mitteilen, dass der bisherige Anbieter der Geschäftsverwaltungssoftware Juris die Verträge ohne Rücksprache per 1. Februar 2024 auf eine andere Firma übertragen habe. Gegen diese ohne ihre Mitwirkung erfolgte Vertragsübergabe haben sich die betroffenen Gerichte und Staatsanwaltschaften gemeinsam gewehrt. Dabei ging es primär darum, den weiteren Betrieb von Juris bis zu seiner Ablösung durch eine neue Software sicherzustellen. Die Wartung sei bis Ende 2028 noch gewährleistet, nun müsse aber eine Neuanschaffung evaluiert werden. Die Finanzkommission,

vielleicht auch geprägt von anderen Projekten, befürchtet hohe Kosten für den Kanton. Wir sind entsprechend über das Vorgehen des bisherigen Anbieters irritiert, weil ja der Kanton eine Minderheitenbeteiligung an der Firma hat und da sich diese Firma zu 100 Prozent im Besitz der öffentlichen Hand befindet, hätten wir uns ein anderes Vorgehen erwünscht. Die Finanzkommission erwartet, dass in Bezug auf die Ablösung dieser bisherigen Software nach Möglichkeit eine Lösung mit anderen Behörden inner- und ausserhalb des Kantons gefunden wird, damit diese möglichst kostengünstig wird.

Nun kommen wir noch zu den drei Departementen, in welchen wir Ihnen Änderungsanträge vorgelegt haben. Ich werde diese Änderungen nun bereits in der Eintretensdebatte darlegen, damit allenfalls danach nichts mehr gesagt werden muss.

Zum Gesundheitsdepartement. Die Finanzkommission beantragt Ihnen einstimmig bei 2 Enthaltungen, dass angehende Hebammen im Rahmen der Ausbildungsoffensive zur Umsetzung des Verfassungsartikels zur Pflege eine finanzielle Unterstützung über gesamthaft 120’000 Franken erhalten sollen. Gestützt auf das Gesundheitsgesetz § 60a hat die Finanzkommission beschlossen, für die Ausbildung von Hebammen diese zusätzlichen Mittel zu sprechen. Die Kommission erkennt in diesem Bereich einen ausgewiesenen Bedarf, der Beruf der Hebamme beinhaltet Pflegeleistungen vor und nach der Geburt, was den entscheidenden Unterschied zu weiteren medizinisch-therapeutischen Berufsbereichen wie beispielsweise Physio- oder Ergotherapie ausmacht. Die regionalen Institutionen und Organisationen in der Geburtshilfe haben heute ein Problem mit der Rekrutierung ausgebildeter Fachkräfte in der täglichen Arbeit. Dieses Problem kann ohne laufend neue Fachkräfte und Ausbildung und Anstrengungen in diesem Bereich auch nicht entschärft werden, weshalb Ihnen die Finanzkommission diesen Antrag heute stellt und wir hoffen selbstverständlich, dass Sie unserem Antrag dann folgen werden.

Zum zweiten Antrag, dem Antrag im Erziehungsdepartement. Die anhaltende Teuerung wirkt sich auf die Kosten für Lehrmittel aus. Das Budget für Lehrmittel wurde aber seit 2015 nur einmal, und zwar im Jahr 2022 erhöht. Die Finanzkommission erachtet die damalige Erhöhung aufgrund der Teuerung und den zusätzlich anfallenden Kosten für digitale Lehrmittel und deren Lizenzen als nicht ausreichend. Durch den Wandel in der Bildung verschiebt sich der Fokus zunehmend auf digitale und hybride Lernlösungen, wie auch in allen anderen Bereichen in unserer Gesellschaft. Neben analogen Büchern werden auch digitale Lernprodukte angeboten, häufig als jährliche Lizenzen, die pro Kopf bezahlt werden müssen. Dies wird die künftigen Kosten für Lehrmittel beeinflussen, da analoge Materialien oft mehrfach genutzt werden können, während digitale Lizenzen diese Möglichkeiten nicht bieten. Auch das kennen wir aus unserem Alltag, wenn Sie dort selber in irgendeiner Form tätig sind.

Die aktuelle Situation führt dazu, dass Lehrpersonen oft für Lehrmittel und Materialien anderweitige Mittel zweckentfremden müssen oder aber diese von ihrem eigenen Geld bezahlen, auch weil das Lehrmittelbudget nicht automatisch der Teuerung angepasst wird. Auf Anfrage der Finanzkommission hielt der Regierungsrat im Nachgang zum Hearing mit den Verantwortlichen aus dem Erziehungsdepartement fest, dass vermehrt Lehrmittel mit unterrichtsbegleitendem Arbeitsmaterial auf den Markt kommen und neue Unterrichtsfächer respektive Fächerkombinationen die Anschaffung von zusätzlichem Lehrmittel notwendig mache. Die von der Finanzkommission eingeforderten Angaben betreffend den effektiven Kosten wurden durch den Regierungsrat hingegen nicht beantwortet.

Hingegen hat das Erziehungsdepartement gegenüber der FSS, also der Freiwilligen Schulsynode bereits zu einem früheren Zeitpunkt eine aktuelle Berechnung der eigentlich benötigten Lehrmittelkosten zugestellt. Sie finden diese im Budgetbericht auf den Seiten 30 und 31 abgebildet. Uns erstaunt, dass diese Berechnungen der Finanzkommission nicht zur Verfügung gestellt wurden. Die Finanzkommission sieht hier aber entsprechend einen Handlungsbedarf und sie beantragt Ihnen deshalb heute mit 9 zu einer Stimme bei 2 Enthaltungen, eine Budgeterhöhung um gesamthaft 1,573 Millionen Franken.

Zum Justiz- und Sicherheitsdepartement. Zuerst noch etwas zu einem Thema, welches die Politik in der Vergangenheit und sicher auch in Zukunft weiterhin sehr stark beschäftigen wird, der Vollbestand der Kantonspolizei und die Budgetzahlen bei der Kantonspolizei. Der genehmigte Stellenbestand der Kantonspolizei für das Jahr 2025 beträgt 937 Vollzeitstellen, zuzüglich 69 Ausbildungsstellen und 13 Praktikums- oder anderen befristeten Stellen. Diese kalkulierten 1’019 Vollzeitstellen, das ist ein sogenannt effektiver Bestand, führen zu einem rechnerischen Personalaufwand von 146,1 Millionen Franken. Für das Budgetjahr 2025 stehen für den Personalaufwand nun aber 136,4 Millionen Franken zur Verfügung. Daraus resultiert also bei Personalvollbestand eine theoretische Differenz von 9,7 Millionen Franken. Dieser theoretische Fehlbetrag kann aktuell, und das wissen Sie bestens, kompensiert werden, rund die Hälfte dieser Mehrkosten sind nämlich direkte Folgen des Unterbestandes und damit verbundenen weiteren temporären Effekten. Diese Ausgaben entfallen direkt bei einem Vollbestand. Der Abbau des Unterbestandes wird sich somit schrittweise im Budget auswirken. So wurden bereits die nicht gedeckten Kosten der Systempflege über die nächsten zwei Jahre im Budget aufgenommen. Durch die Berücksichtigung der natürlichen Fluktuation wird die verbleibende Lücke von rund 4,5 Millionen Franken voraussichtlich noch geringer ausfallen.

Wir haben Ihnen die verschiedenen Einflussfaktoren, die sind aus unserer Sicht relativ interessant, in unserem Bericht nach Rücksprache mit dem Justiz- und Sicherheitsdepartement erstmalig abgebildet. Sie sehen nun also zum ersten Mal, weil dies auch, ich glaube, bei der Debatte zur Rechnung 2023 in diesem hohen Hause Thema war und diskutiert wurde, wie sich dieser sogenannte «Fehlbetrag» von gut 9 Millionen Franken konkret zusammensetzt. Die Finanzkommission ortet in diesem Bereich weiteren Gespräch- und Informationsbedarf, nicht zuletzt auch, weil das Justiz- und Sicherheitsdepartement respektive der Regierungsrat kurz vor Veröffentlichung unseres Berichts eine Medienmitteilung mit doch sehr gleichem Inhalt

veröffentlicht hat, und hat deshalb bereits nach dieser Budgetberatung und nach Verabschiedung des Budgetberichts begonnen, sich diesbezüglich mit dem JSD weiter auszutauschen. Wir werden diesen Austausch sicherlich auch im 2025 und dann auch im Rahmen der Berichterstattung zur Rechnung 2024 weiter intensivieren.

Wir kommen zum dritten Antrag, bleiben also im JSD, dieser dritte Antrag, Sie wissen das, betrifft die Staatsanwaltschaft. Die Finanzkommission betrachtet den Anstieg der Pendenzen und die Personalsituation als kritisch. Gemäss Ausführung des ersten Staatsanwalts sei die Situation schwierig und die Fallbelastung permanent über die Jahre hinweg schon hoch und dies habe wenig überraschend Auswirkungen auf die Gesundheit der einzelnen Mitarbeitenden bei der Staatsanwaltschaft. So liege in einzelnen Bereichen die Zahl der pendenten Fälle bei durchschnittlich 87 Fällen pro Person. Und seit 2021, auch das ist ein Fakt, sind die Anzeigen kontinuierlich in sämtlichen Bereichen der Delikte angestiegen. Sie sehen das auch in der jährlich veröffentlichten polizeilichen Kriminalstatistik. Sie sind angestiegen sowohl bei den Verstössen gegen das Strafgesetzbuch, gegen das Betäubungsmittelgesetz, als auch gegen das Ausländer- und Integrationsgesetz. Dies führt, das ist ebenfalls aus unserer Sicht logisch, nicht nur bei der Kantonspolizei an diversen Orten zu einer hohen Belastung, sondern eben auch in der Staatsanwaltschaft in der Konsequenz zu mehr Pendenzen.

Die mit Budget 2023 bewilligten Stellen haben erfreulicherweise zu höheren Erledigungszahlen geführt. Es handelt sich dabei um einen Anstieg von plus 12 Prozent, dennoch sind die Pendenzen weiter angestiegen und auch bei den Rückständen, dabei geht es um Fälle, die sechs Monate nach Anzeigeneingang noch pendent sind, ist die Zahl gegenüber dem Vorjahr um 7 Prozent erfreulich gesunken. Das ist an dieser Stelle sicherlich zu erwähnen. Dennoch ist die eingangs geschilderte Situation weiterhin sehr unbefriedigend, und zwar für alle, für die Mitarbeitenden der Staatsanwaltschaft, für die Strafverfolgung insgesamt, aber auch für die Beschuldigten, also die Täter, und/aber auch für die Opfer. Im Budget 2025 wurden durch den Regierungsrat der Staatsanwaltschaft insgesamt 4,5 Stellen zugesprochen, davon 3,0 bei der Jugendanwaltschaft und 0,5 im Erwachsenenbereich sowie 1,0 Stellen für den Stab. Die Finanzkommission fragte in der Folge nach, wie viele Stellen denn die Staatsanwaltschaft beantragt habe, worauf uns mitgeteilt wurde, dass sie insgesamt 20,6 Stellen beantragt hätten, davon 7,0 für die Jugendanwaltschaft und den Rest für den Erwachsenenbereich.

Obwohl also in den vergangenen Jahren die Personalressourcen der Staatsanwaltschaft substanziell erhöht worden sind, es handelt sich beim Headcount zwischen 2019 und 2023 um einen Anstieg von 53,7 Vollzeitstellen, also 22 Prozent. Und obwohl bei den Rückständen, ich habe es erwähnt, per 2023 eine Besserung zu verzeichnen ist, war die von der Staatsanwaltschaft erneut beklagte Ressourcenknappheit und die diesbezüglich mit Ausnahme der Jugendanwaltschaft aus unserer Sicht vernachlässigbaren Anpassungen im Budgetantrag der Regierung Anlass für vertiefte Diskussionen in der Finanzkommission. Ich vermute, diese Diskussionen werden sich heute in ähnlicher Form auch hier vorne dann am Rednerpult noch einmal abbilden.

Eine Mehrheit der Finanzkommission ist der Ansicht, dass angesichts der weiter zunehmenden Arbeitslast die Staatsanwaltschaft nicht über ausreichende Personalressourcen verfügt und auch die Erhöhung des Regierungsrates hier zu wenig ist. Sie beantragt Ihnen deshalb mit 8 zu 3 Stimmen bei einer Enthaltung, den Headcount um 8,0 Vollzeitstellen aufzustocken. 2,0 Stellen sind dafür bei der Jugendanwaltschaft vorzusehen, 6,0 Stellen im Erwachsenenbereich, dort in diesen Abteilungen, wo es am dringendsten notwendig ist. Dafür hat die Finanzkommission den Personalaufwand des Justiz- und Sicherheitsdepartements um 1,748 Millionen Franken erhöht.

Der vierte Antrag, ich habe es bereits erwähnt, betrifft eine Verbesserung des Budgets um 18,33 Millionen Franken für den Teuerungsausgleich auf den Personalkosten und den dazu berechtigten Staatsbeiträgen. Ich habe das bereits ausgeführt, wir bitten Sie hier als Finanzkommission, die auch darüber vorgängig informiert wurde, im Dezember einstimmig um Zustimmung.

Nun bleibt mir zum Schluss zu danken den Mitarbeitenden der Verwaltung für ihre umsichtige Arbeit im Dienste unseres Gemeinwesens, dem Regierungsrat und dem Gerichtsrat für den stets konstruktiven Austausch und die Beantwortung unserer teils auch nicht immer einfachen Fragen. Danken möchte ich aber auch meiner Kommission, die in den vergangenen Monaten sich wieder in vielen Arbeitsstunden in das Budget hineingekniet hat und so dazu beitrug, dass wir heute hier diesen Budgetbericht besprechen und das Budget 2025 beschliessen können. Mein letzter, aber vermutlich wichtigster Dank gilt unserem Kommissionssekretär, der wie immer die Arbeit der Finanzkommission eng begleitet und koordiniert hat.

Die Finanzkommission beantragt Ihnen einstimmig, das Budget 2025 des Kantons Basel-Stadt zu genehmigen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist die Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Alle fünf Museen budgetieren für das Jahr 2025 im ähnlichen Rahmen, wie sie es für das Jahr 2024 gemacht haben. Zu den einzelnen Museen picke ich zwei, drei Details aus dem schriftlichen Bericht der BKK heraus.

Beim Antikenmuseum beschäftigt man sich bereits mit der Pensionierung des Direktors, die im Jahr 2027 erfolgen wird. Da die Beschaffung von Drittmittel ja immer auch mit dem Netzwerk eines Direktors zusammenhängt, wird dieser Bereich bereits jetzt weiter professionalisiert und personell aufgestockt. Nebst den Arbeiten an den neuen Dauerausstellungen beschäftigt das AMB auch die Provenienzforschung weiterhin intensiv. Da die Ergebnisse dieser Forschungsarbeit publiziert werden müssen, ist auch eine datenschutzrechtliche Abklärung notwendig, vor allem auch dann, wenn Menschen, die eine Schenkung getätigt haben, noch leben.

Die Generalinventur im Historischen Museum verläuft planmässig und wird bis Ende 2025 abgeschlossen sein. Mit der Inventarisierung ist auch die Digitalisierung der Sammlung fortgeschritten. Leider sind die Daten noch nicht öffentlich abrufbar, weil die Infrastruktur und die dazu benötigten Mittel fehlen. Für die Provenienzforschung ist eine Person befristet angestellt. Allerdings wäre es für die Planungssicherheit sowohl im HMB wie auch in den anderen Museen wichtig, dass die Gelder für die Provenienzforschung ins ordentliche Budget überführt werden könnten.

Zur finanziellen Situation des Kunstmuseums haben wir während der letzten Session ausführlich diskutieren können. Das Budget 2025 enthält einige Massnahmen zur Erreichung einer ausgeglichenen Finanzrechnung. Weitere zusätzliche Massnahmen sind getroffen und weitere werden geplant. Gemäss Museumsleitung werde aber die Einhaltung der Budgetvorgaben 2025 kurzfristig zu einer wesentlichen reduzierten Leistungsfähigkeit des Museums führen und eine vollständige Erfüllung des Leistungsauftrags sei so kaum zu gewährleisten. Ebenfalls formuliert die Leitung, dass für die zukunftsorientierte Entwicklung und um das Museum als internationalen Leuchtturm erhalten zu können, verschiedene Grundlagen wichtig seien und dass ohne zusätzliche Ressourcen diese Weiterentwicklung leiden werde. Der schriftliche Bericht der BKK geht näher auf diese Grundlagen ein. Ich mache das jetzt nicht.

Dank der Stärkung der Provenienzforschung konnte im Museum der Kulturen eine neuartige Projektreihe konzipiert werden. Gewisse Forschungs- und Restaurierungsarbeiten an Objekten werden im Museum öffentlich sicht- und erlebbar gemacht, was auf grosses Interesse der Besucherinnen und Besucher stösst. So haben die Möglichkeiten, die mit der Rahmenausgabenbewilligung für die Provenienzforschung geschaffen wurden, einen grossen Einfluss auf das Budget. Für das MKB hat die Provenienzforschung grundsätzlich aber eine wichtige Bedeutung. Zusammen mit der Erfahrung dieser Projektreihe würde es auch das MKB begrüssen, wenn die Ressourcen für die Provenienzforschung verstetigt und entsprechend in das ordentliche Budget überführt werden könnten.

Der moderate Anstieg der Ausgaben und der leichte Rückgang der Einnahmen des Naturhistorischen Museums haben mit den Massnahmen im Zusammenhang mit dem Neubau zu tun. Auch die personellen Ressourcen des Museums werden weiterhin stark durch die Planung und Realisierung des Neubaus beansprucht. Die Inventarisierung der Sammlungsobjekte schreitet voran und die vollständige Erfassung der Human Remains mit kolonialen Hintergrund und die Provenienzforschung liegen im Zeitplan.

Alle fünf Museen beschäftigen sich zudem mit den neuen Mehrjahres-Globalbudgets, die ausser im Kunstmuseum ab 2026 gelten werden. dass diese Mehrjahresbudgets gut umgesetzt werden können und dass gegen Ende der jeweiligen Budget-Periode keine bösen Überraschungen auftauchen, auf die dann mit Nachtragskrediten reagiert werden muss, ist das Controlling innerhalb der Museen wesentlich. Diese internen Abläufe sollten überprüft, allenfalls angepasst und verstärkt werden. Ausserdem sind zur Umsetzung der Mehrjahres-Globalbudget die Prozesse in der Verwaltung und die Zusammenarbeit mit der Politik zu definieren. Dazu muss rechtzeitig ein Austausch mit den zuständigen Kommissionen des Grossen Rates stattfinden.

Die BKK beantragt einstimmig, die Vorlage des Regierungsrats zu dem Globalbudget 2025 der fünf kantonalen Museen zu verabschieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat das Wort der Präsident der UVEK Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Ich darf für die UVEK berichten, dass wir uns mit dem ÖV-Globalbudget auseinandergesetzt haben und nach Austausch mit dem Amt für Mobilität folgende Feststellungen gerne Ihnen darlegen möchten. Wir haben die vier Produktegruppen angeschaut und sind zum Schluss gekommen, dass es Sinn macht, diese vier Produktegruppen separat anzuschauen, dass das mehr aussagt als am Schluss die resultierenden Zahlen.

Der allergrösste Teil der Ausgaben geht auf die bestellten Verkehrsleistungen zurück, das ist bei der S-Bahn, vor allem beim Tram- und Busverkehr, also das gefahrene Angebot gemäss Fahrplan. Hier gibt es kleinere Veränderungen in diesem Bereich, zum Beispiel, die Energie ist etwas günstiger geworden, dafür ist die Teuerung gestiegen, das gleicht sich plus-minus wieder aus. Was hier der grosse Hebel ist, und das ist auch der Grund dafür, dass wir seit etwa 2019 diesen Anstieg sehen, ist die Schere, die aufgeht zwischen Erlösen und den Kosten, die einfach da sind, um das Angebot zu fahren, und das hat sich seit Corona noch nicht erholt. Wir sind jetzt, wenn wir schauen, was man pro Kilometer ausgibt, etwa auf dem doppelten Niveau wie vor Corona und das erholt sich erst langsam wieder. Das wurde in der UVEK sehr unterschiedlich aufgenommen. Allgemein war die Sorge da, dass diese Kosten weiter steigen können, was sich jetzt zum Glück nicht zeigt.

Es zeichnet sich ein leichter Rückgang ab, die Leute kommen auch wieder zurück auf den ÖV, sie verhalten sich aber anders.

Und da sind wir bei einer anderen Produktegruppe, die Tarife und Verbünde und hier ist eigentlich ein Anstieg aus Sicht der UVEK nicht per se als negativ zu werten. Das heisst nämlich, weil der Kanton ja die U-Abos subventioniert, wenn dort die Ausgaben ansteigen, dann bedeutet das auch, dass mehr U-Abos auf Monatsbasis bezogen werden und insbesondere hat die UVEK dort interessiert, wie das ist bei dem neuen Angebot für Kinder und Jugendliche bis 25, das wir ja seit diesem Frühling vergünstigt als Kanton abgeben. Hier hat sich gezeigt, dass das bis jetzt sehr gut läuft und dass hier die Nachfrage sehr stark gestiegen ist und entsprechend wird auch im nächsten Budget das so berücksichtigt. Hier ist ein Anstieg der Kosten anders zu bewerten als bei den ersten zwei Produktegruppen, S-Bahn, Tram- und Busverkehr.

Der letzte Punkt, der Baustellenverkehr und die Abschreibungen des Tramnetztes, da gibt es ja seit mehreren Jahren eine Änderung, die automatisch dazu führt, dass hier die Zahlen steigen. Das wird anders abgebildet in der Buchhaltung. Das bedeutet nicht, dass die Ausgaben steigen, sondern bis das ganze Tramnetz einmal mit diesem neuen System abgebildet ist, wird hier ein natürlicher Trend der zunehmenden Zahlen gering sein. Auch das ist der UVEK wichtig, nochmals in Erinnerung zu rufen.

Insgesamt über das ganze ÖV-Globalbudget ist die UVEK sehr unterschiedlicher Ansicht, wie das politisch zu beurteilen ist. Wir haben als gemeinsame Basis zur Kenntnis genommen, dass die Kosten in den letzten Jahren überdurchschnittlich stark gestiegen sind. Die Gründe dafür sind nachvollziehbar, wir haben zum Beispiel hier im Grossen Rat auch verlangt, dass das Abendangebot oder auch am Wochenende das Angebot verbessert wird. Trotzdem gibt es in Teilen der UVEK die Befürchtung, dass diese Kosten auch langfristig so hoch bleiben. Bei anderen Teilen der UVEK ist die Perspektive auf die Kosten so, dass die auch wieder sinken werden, wenn die Leute zurück auf den ÖV gehen. Gerade das erfolgreiche U-Abo bei Kindern und Jugendlichen weist in diese Richtung. Und diesem Teil der UVEK ist es auch sehr wichtig, die Kosten in einem Gesamtkontext zu setzen. Zum Beispiel, die Elektrobusse, die führen zu einer Kostensteigerung im überschaubaren Rahmen, sparen aber aus volkswirtschaftlicher Sicht sehr viele Kosten ein, wenn man Luftreinhaltung, Lärm, usw. berücksichtigt, die ganzen Klimakosten natürlich sowieso.

So ist aus Sicht der UVEK das Budget nachvollziehbar mit den Einschränkungen, die ich gemacht habe für einen Teil der UVEK. Die anderen wünschen sich, dass vermehrt die volkswirtschaftliche Sicht berücksichtigt wird. Vielleicht nicht im Rahmen des Budgets, aber dann sicher in der Klimastrategie, was kann der ÖV leisten an Kostensenkung aus volkswirtschaftlicher Sicht in Sachen Klima, Lärm. Luft, usw.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat Regierungsrätin Tanja Soland für den Regierungsrat das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich fange mal mit dem Dank an zur Abwechslung, und zwar möchte ich der Finanzkommission danken für ihren sehr ausführlichen Bericht, auch ihre sehr ausführliche Beratung des Budgets und dem ausführlichen Votum des Präsidenten der Finanzkommission. Damit kann ich mir einige Ausführungen ersparen, denn er hat dies bereits sehr kompetent und ausführlich gemacht. So möchte ich nur ein paar Punkte nochmals zur Verdeutlichung erwähnen und dort, wo wir vielleicht anderer Ansicht sind, das sind nicht so viele Punkte, die möchte ich auch herausstreichen.

Wir haben das erste Mal ein Defizit budgetiert. Aktuell ist es 8 Millionen und wenn Sie der Finanzkommission folgen, dann 12 Millionen, das ist eigentlich eine schwarz-rote Null. Bei einem so grossen Haushaltsbudget ist dieses kleine Defizit nicht wirklich relevant. Was Sie aber sehen, ist, dass es wirklich etwas enger wird, der strukturelle Überschuss ist weg. Das sehen Sie auch, wenn Sie die Medienmitteilung zur Hochrechnung gelesen haben, auch wenn in den Medien gesagt wurde, ja, schon wieder mehr als budgetiert, muss man sagen, diese 25 Millionen mehr sind auch recht unwesentlich. Es sind nicht 100, 200 Millionen mehr, es sind 25, das lässt sich nie so genau budgetieren.

Daher sind wir jetzt in einem Bereich, wo wir davon ausgehen, in Zukunft ausgeglichenere Rechnungen zu haben. Wir haben aber nicht vor, ein Defizit grundsätzlich zu budgetieren, das heisst, was Sie sehen im Finanzplan, das möchten wir natürlich verhindern. Wir werden dann schauen, dass wir das Budget ausgeglichen machen. Dieses Mal hat es nicht geklappt, aber ich glaube, es wäre nicht anders gegangen. Wir wollten den ESC, die Bevölkerung wollte das und der Entscheid kam zu spät, als dass wir das bereits in das Budget hätten aufnehmen können. Daher ist es uns nicht gelungen, ein positives Budget vorzulegen, ist aber ein Anspruch des Regierungsrates, dies in Zukunft so wieder zu machen.

Was auch noch bemerkenswert ist, ist das Investitionsvolumen. Das steigt an, das steigt stark an, wir haben sehr viele Investitionen. Wir sind in einem Bereich der Höhe, dass der Regierungsrat das zukünftig sehr aufmerksam beobachten möchte. Auch wenn wir uns das leisten können, auch wenn wir eine zusätzliche Verschuldung tragen können, möchten wir trotzdem schauen, dass es in Zukunft nicht eine gewisse Höhe überschreitet, weil zusätzliche Schulden machen, ist nie vollkommen positiv, sondern wir wollen da in einem gewissen Rahmen bleiben. Es ist auch so, dass es schwierig ist, manchmal all diese Investitionen auf die Reihe zu kriegen, gleichzeitig müssen wir sicher mehr priorisieren. Wir müssen vor

allem schauen, wann etwas kommt, ob wir es verzögern sollen, was wir alles gleichzeitig überhaupt leisten können. Der Regierungsrat wird den Anstieg der Investitionen aufmerksam beobachten und wir schauen, dass es nicht aus dem Rahmen fällt.

Die wichtigsten Veränderungen hat der Präsident der Finanzkommission auch schon erwähnt. Was ich dazu noch sagen möchte, ist, bei der Ergänzungssteuer und dem Standortpaket, diese 300 Millionen, die wir budgetiert haben, das ist keine Schätzung. Wir können es im Moment wirklich noch nicht schätzen. Wir haben einfach den Maximalbetrag genommen, welchen wir im Ratschlag des Standortpakets haben. Dort haben wir geschrieben, wir gehen davon aus, dass wir Mehreinnahmen von 150 bis 300 haben und so haben wir das vorgeschlagen im Gesetz, darum haben wir diese 300 genommen. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass es sehr schwierig ist, im Moment diese Zahl der Mehreinnahmen der Ergänzungssteuer zu schätzen, wir werden es erst wahrscheinlich frühestens im 2026 wissen. Wir werden jetzt im Laufe der Zeit immer etwas näher an den Betrag kommen durch die Gespräche mit den Firmen., aber das ist wirklich eine grössere Herausforderung.

Was auch noch massiv angestiegen ist, sind die Zahlungen in den nationalen Finanzausgleich. Da bezahlt Basel-Stadt deutlich mehr. Dort haben wir wirklich höhere Ausgaben, seit 2022 sind diese Zahlungen um 85 Millionen gestiegen und werden weiter ansteigen.

Eine grosse schwarze Wolke, die auf uns zukommt, ist das Entlastungsprogramm des Bundes. Das könnte noch für Schwierigkeiten sorgen, wird aber erst nächstes Jahr in die Vernehmlassung gegeben, daher hoffen wir, dass wir dort auch noch Einfluss nehmen können. Es wird sich aber allenfalls schon auf das Budget 2026 auswirken.

Bei der SNB, wie es der Präsident der Finanzkommission gesagt hat, haben wir uns erlaubt, nochmals die mittlere Gewinnausschüttung zu budgetieren. Es sieht ja auch schon wieder etwas positiver aus, als man das anfangs Jahr dachte, aber im Moment ist es immer noch sehr unsicher. Wir hoffen natürlich, dass die Entwicklung auch für die SNB positiver sein wird.

Zu den Steuerannahmen haben Sie die Ausführungen schon gehört. Wir sind da wohl in einem Bereich, dass wir recht gut budgetiert haben. Wir gehen davon aus, dass die Steuereinnahmen nicht mehr massiv steigen werden, sondern dieses Niveau, auf welches wir jetzt unser Budget nachvollzogen haben.

Daher Finanzplan und Ausblick. Ich finde, es gibt weder Sorgenfalten noch ein Grund, jetzt die Ausgaben noch mehr zu steigern. Ich glaube, wir sind auf einem sorgfältigen Weg. Es ist aber tatsächlich so, dass der strukturelle Überschuss weg ist, daher heisst es, wirklich sorgfältig zu budgetieren, sorgfältig zu überlegen, welche Ausgaben wir tätigen wollen.

Die Finanzkommission stellt dann noch drei Anträge, um das Budget zu verschlechtern. Der Regierungsrat lehnt alle drei Anträge ab und wird in der Detailberatung dazu noch Stellung nehmen.

Zu einem Änderungsantrag möchte ich aber jetzt schon kurz Stellung nehmen und das ist der Änderungsantrag der SVP-Fraktion, der Verzicht auf die 0,8 Stellen bei den HR der Departemente. Ich mache das, weil es alle Departemente betrifft. Soweit wir gesehen haben, nicht das ED nicht das JSD, warum weiss ich nicht, das wird dann sicher der Antragsteller noch erklären, ob es Absicht war oder nicht, das ist mich nicht ganz klar, aber da wir diese Stellen für alle gesprochen haben und das die gleiche Begründung ist, erlaube ich mir, hier schon Stellung zu nehmen.

Wir haben länger im HR-Bereich keine zusätzlichen Stellen gesprochen und dieser Bereich hat sich gewandelt. Es ist nicht mehr wie früher, dass man hier administrativ tätig ist und einfach die Eintritte notiert und Austritte und die Zeugnisse verschickt und Verträge verschickt. Dieses Berufsbild hat sich sehr gewandelt. Das sind heute Business Partner, die begleiten die Dienststellen, sie begleiten bei schwierigen Gesprächen, bei Rekrutierungen, bei sehr vielen Themen, die in den Abteilungen präsent sind, wie Kulturwandel oder eine Reorganisation, da ist wirklich Begleitung dabei, Beratung. Ich persönlich darf das auch wahrnehmen, ich werde auch persönlich beraten, es wird auch geholfen, wenn es um schwierige Personalentscheide geht. Also hier haben wir wirklich ein vollkommen neues Berufsbild, das sich sehr gewandelt hat. Und das ist auch wichtig für die Arbeitgeberattraktivität, das ist wichtig für unsere Mitarbeitenden, dass wir bei den HR gut aufgestellt sind. Was wir dort vor allem noch brauchen, ist das eHR, die ganze moderne Zeiterfassung, dass der Rekrutierungsprozess digital verläuft, das Personaldossier elektronisch zur Verfügung steht, dass die Mitarbeitenden dies auch elektronisch nachvollziehen können. Dort sind wir tatsächlich im Kanton etwas hintennach und sind dabei, das aufzuholen.

Diese ganzen neuen Tools und diese Veränderungen, die brauchen auch Ressourcen. Wir haben das diskutiert und haben entschieden, dass wir daher jedem Departement diese 0,8 Stellen zusätzlich geben wollen. Man könnte sagen, man hätte das nach Grösse der Departemente anders machen können, wir haben aber die Schwierigkeit, dass bei kleinen Departementen es schwieriger ist, auch Verschiebungen vorzunehmen oder wenn es dann zum Beispiel nur 30 Prozent sind, überhaupt jemanden zu finden. Und aus diesem Grund, mit dieser ganzen Entwicklung des Berufsbildes und die zusätzlichen Anforderungen, die jetzt mit dem eHR auf uns zukommen, hat der Regierungsrat entschieden, dies bei allen Departementen gleich zumachen, diese Aufstockung. Wir wollen auch ein Zeichen geben, weil die Departemente arbeiten im Moment sehr gut zusammen in diesem Bereich, das hat früher vieles blockiert. Wir kommen hier aber sehr gut vorwärts und daher war das

ein Entscheid, das bei allen gleich zu machen. Daher bitte ich Sie sehr, diesen Antrag heute der SVP-Fraktion bei den verschiedenen Departementen abzulehnen.

Gut, das war es auch schon von meiner Seite. Ich bin gespannt auf die Diskussion und bitte Sie, dem Budget, so wie vom Regierungsrat beantragt, ohne die Änderungsanträge der Finanzkommission und allen anderen Parlamentariern zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat der Präsident des Gerichtsrats Stephan Wullschleger das Wort.

Stephan Wullschleger: Ich kann mich darauf beschränken, der Finanzkommission für ihre sorgfältige Prüfung des Budgets der Gerichte, die kritische Begleitung unserer Herausforderungen, zunehmend wachsenden Herausforderungen im Bereich der Gerichts IT und die angenehme Zusammenarbeit zu danken. Ich kann auf ein Votum verzichten an dieser Stelle.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir bei den Fraktionsvoten und es hat sich Pascal Messerli für die SVP zuerst gemeldet.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion hat wie jedes Jahr das Budget kritisch begutachtet und ist der Meinung, dass noch ein paar Punkte abgeändert werden können. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass der Regierungsrat für das Jahr 2025 ein leichtes Minus budgetiert, können aber gleich vorwegnehmen, dass uns diese Zahl jetzt nicht sehr gross beeindruckt. Diese sehr negative Budgetierung scheint vielmehr in den letzten Jahren auch Regierungspraxis zu sein, um weitere Steuersenkungen zu verhindern. Wir sehen es ja auch beim Budget 2024, aber auch in den Jahren zuvor, dass die Rechnung dann meistens deutlich positiver ist als budgetiert. Selbstverständlich wird auch die SVP-Fraktion zukünftige Steuersenkungen begrüssen.

Unabhängig von der Frage, ob jetzt zu negativ budgetiert wird oder nicht, ist die SVP ohnehin der Meinung, dass wir nicht zu wenig Einnahmen haben, ganz im Gegenteil, sondern massiv zu viele Ausgaben. Und wenn man sich jetzt die Entwicklung des Headcounts anschaut, dann haben wir hier in diesem Kanton ein strukturelles Problem, was dazu führt, dass wir eben keine strukturellen Überschüsse mehr haben, wie es Finanzdirektorin Tanja Soland gesagt hat. Auch wenn es der Regierungsrat in den letzten Jahren immer mal wieder verneint hat, aber es ist Fakt, dass der Kanton Basel-Stadt komplett uferlos wächst. Beim heutigen Budget sprechen wir von einer Headcount-Erhöhung von 200, im Budget 2024 waren es 200, im Budget 2023 waren es 300 und beim Budget 2022 waren es wiederum 200. Das sind fast 1'000 Stellen in einer Legislatur. Der Kanton wächst innerhalb von vier Jahren in Höhe von einem ganzen Konzern. Und da, geschätzte Frau Regierungsrätin Tanja Soland, kann man jetzt wirklich nicht sagen, dass wir heute negative Zahlen haben wegen dem Eurovision Song Contest. Das ist ein strukturelles Problem, das sind diese 1'000 Stellen mehr in den letzten vier Jahren, wo wir einfach uferlos wachsen. Hier ist nicht nur das Departement und der Regierungsrat in der Pflicht, hier ist die gesamte Politik in der Pflicht, dies auch kritisch anzuschauen. Und hier darf man auch durchaus die Finanzkommission kritisieren. Sie hat es nämlich in den letzten vier Jahren geschafft, einen einzigen Kürzungsantrag zu stellen und das war bei einer Covid-Stelle im Gesundheitsdepartement und das ist bei 1'000 Stellen in vier Jahren bescheiden und unkritisch.

Die SVP-Fraktion hingegen weist schon lange darauf hin, dass dieses Staatswachstum problematisch ist, deshalb haben wir auch in diesem Jahr Kürzungsanträge eingereicht. Ich kann Sie beruhigen, wir stellen in diesem Jahr keinen Kürzungsantrag in der Abteilung Gleichstellung, sind aber der Meinung, dass im Bereich der Digitalisierung dort departementübergreifend diese Stellen nicht gesprochen werden müssen. Es sind insgesamt fünf Anträge. Wir werden dann die anderen Anträge zurückziehen, wenn der erste Antrag keine Mehrheit findet und wir werden auch beim BVD noch einen zusätzlichen Antrag stellen.

Selbstverständlich anerkennt die SVP, dass es Bereiche gibt, in welchem ein Wachstum auch rational begründet ist. Wir haben beispielsweise im Rahmen der steigenden Schülerzahlen im Erziehungsdepartement nie interveniert und Kürzungsanträge bzw. Anträge gegen das Wachstum gestellt, aber heute werden wir bei den Lehrmitteln dem Regierungsrat folgen. Es ist auch eine Tatsache, dass wir in verschiedenen Bereichen, beispielsweise auch in rechtlichen Verfahrensbereichen mehr Ressourcen benötigen, ganz unabhängig an welcher Stelle das ist, sei es bei den Gerichten, sei es bei der KESB, sei es im Bereich Schuldbetreibung und Konkurs und ja, sei es auch im Bereich der Staatsanwaltschaft, hier benötigt es zusätzliche Ressourcen.

Deshalb wird auch die SVP hier dem zustimmen und dies auch noch in der Detailberatung dann noch genauer kommentieren. Auch der Mehrbedarf zur Umsetzung der Pflegeinitiative im Bereich der Hebammen-Ausbildung ist aus Sicht der SVP legitim, das werden wir unterstützen. Zu den anderen Bereichen werden wir uns im Detail äussern, auch zu unseren Kürzungsanträgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die FDP spricht Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Spare in der Zeit, dann hast du in der Not, das habe ich letztes Jahr hier im Budget 2024 gesagt. Ein Jahr später diskutieren wir hier drinnen darüber, was eine schwarze Null ist und was keine schwarze Null ist, das ist auch eine spannende Diskussion.

Ich möchte kurz auf den Finanzplan eingehen. Im Finanzplan 2028 steht eine schwarze Null drin könnte man sagen, wenn man das jetzt so interpretiert, wie wir vorhin darüber diskutiert haben, aber es steht eine rote Null drin, und zwar geht es um 36 Millionen Defizit, das wir heute schon im Finanzplan 2028 vorsehen, trotz weiterer Zunahmen bei den Steuereinnahmen und nicht nur bei den OECD-Steuern. Die Investitionen nehmen weiter zu, was per se ja nicht schlecht ist, aber wenn wir den Selbstfinanzierungsgrad anschauen, der stürzt ab von 160 Prozent im 2023 auf bescheidene 39 Prozent im 2028. Die Schulden nehmen stark zu im Finanzplan, wir reden von Nettoschulden wieder von gegen 1 Milliarde im 2028 und Bruttoschulden von 6 Milliarden, also deutlich mehr als der gesamte Haushalt. Bei der pro-Kopf-Verschuldung nimmt der Kanton trotz all den Einnahmen, die wir generieren, einen Spitzenplatz ein, einen absoluten Spitzenplatz bei der Brutto-pro-Kopf-Verschuldung.

Wir haben in der Finanzkommission den Finanzplan diskutiert und sind zu unterschiedlichen Ansichten oder Beurteilungen gekommen. Eine Minderheit der Kommission macht sich Sorgen. Ich habe vorhin bei der Regierungsrätin auch gewisse Sorgen gespürt, was ich positiv finde. Wir verstehen, dass wir nicht alle Investitionen bei diesen ambitionierten Zielen mit den laufenden Einnahmen finanzieren können, aber einen ausgeglichenen Haushalt sollten wir doch erwarten können. Wir werden da ein Auge darauf haben.

Der Präsident hat es ausgeführt, im Budget nehmen fast alle Ausgabenpositionen weiter zu, alles wächst, die Stellen, die Ausgaben und auch die Einnahmen. Quasi das Einzige, was gleichgeblieben ist, ist der Umfang des Budgetberichts mit den 350 Seiten. Nur diese kann man leider wahrscheinlich auch nicht noch weiter ausdehnen, sonst versteht niemand mehr am Ende, was da wirklich drinsteht. Der Wille, etwas zu reduzieren, auf eine Ausgabe oder auf eine Aufgabe mal zu verzichten, dieser Wille ist nicht erkennbar. Das Gegenteil ist der Fall, immer neue Ausgaben und Aufgaben werden an die Verwaltung delegiert, alles wird immer teurer. Die Teuerung ist jetzt bei 0,5 Prozent für das Jahr. Wir hatten dieses Jahr x Bauprojekte, wo wir 40-prozentige Teuerungen überwiesen haben in der Finanzkommission. Wenn man nicht sparen will und hier drin im Saal immer wieder neue Staatsaufgaben erfunden werden, dann muss man auf der Einnahmeseite ansetzen. Für die FDP heisst das, Einkommenssteuern senken und den Menschen die Kaufkraft zurückgeben.

Grosse Sorgen bereiten uns nach wie vor die Bauprojekte. Die Sanierung des Spiegelhofs verzögert sich weiter, die Mitarbeitenden, die ins Kleinbasel umziehen mussten, die 150 Leute, die bleiben jetzt da statt 24 Monate 43 Monate. Das Ganze verursacht Mehrkosten von 1,4 Millionen, der Umzug zurück in den Spiegelhof ist scheinbar nicht klar, ob überhaupt jemand da zurückgeht. Das JSD ist gleichzeitig an der Standortstrategie der Kantonspolizei, wir wissen also heute nicht, ob in fünf bis zehn Jahren überhaupt noch Polizisten im Spiegelhof sein werden und ob wir den Spiegelhof am Ende für 100 Millionen umsonst saniert haben.

Auch beim Neubau des Naturhistorischen Museums und Staatsarchiv ist mit Verzögerung und Mehrkosten zu rechnen. Hier warten wir jetzt dann bald über ein halbes Jahr mit Informationen, wie die Mehrkosten ausschauen und wenn der neue Termin feststeht. Da muss man schon fast von einer Salamitaktik reden. Dann noch ein Wort zum Kunstmuseum. Diese Sanierung startet im 2029, da wissen wir heute schon, dass mit Teuerung wir wahrscheinlich von 200 Millionen sprechen, die diese Sanierung kostet. Die Baukosten wachsen scheinbar in dieser Stadt wie ein Wolkenkratzer und ich muss mir wirklich die Frage stellen, können wir in Zukunft all diese Ausgaben noch finanzieren, wenn wir so weitermachen.

Ich verweise hier nochmal auf meine Ausführungen zum Finanzplan, nichtsdestotrotz unterstützt die FDP das Budget und auch die drei Änderungsanträge der Finanzkommission.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Die finanzielle Lage des Kantons Basel-Stadt ist gut und wie im Bericht genannt und seither sehr viel zitiert, solide. Die stabile Ausgangslage haben wir dank der bedachten Budgetierung und der Einhaltung des Budgets seitens Departemente und Gerichte. Fraglos muss auch weiterhin sorgfältig mit dem Geld und den Ausgaben umgegangen werden, gerade auch, weil wir ein grosses Ausgabenwachstum haben. Ich bin davon überzeugt, dass diese Sorgfalt gegeben ist, auch wenn die Ausgaben kontinuierlich steigen und sogar die Finanzkommission zum ersten Mal Anträge für Mehrausgaben stellt.

Davon abgesehen ist vieles ähnlich wie letztes Jahr, überall steigen die Kosten. Fast hätte ich das Votum vom letzten Jahr copy/pasten können. Aber ein bisschen anders ist es dieses Jahr halt schon und sorry, Scherz, es ist natürlich sehr anders. So schlagen denn auch die Kosten für den ESC von 34 Millionen Franken und die 11 Millionen Franken für die Frauen Europameisterschaft zu Buche. Bei den wiederkehrenden Ausgaben sind der Ausbau der Kinderbetreuung von 33,6 Millionen und der nationale Finanzausgleich zu nennen. Dann natürlich auch die Teuerungen auf Löhne und Staatsbeiträge von 27,5 Millionen Franken, die 44 Millionen Franken für den Neubau des Naturhistorischen Museums und des Staatsarchivs. Als grosses Investitionsvorhaben auf jeden Fall zu nennen ist sicher die Hafen- und Stadtentwicklung nach wie vor. Wir haben ein hohes Investitionsvolumen von 503 Millionen Franken und das Nettovermögen sinkt auf 96,5 Millionen. Die Nettoschuldenquote, auch diese haben wir bereits ein paar Mal gehört heute, mit minus 0,1 Promille ist aber immer noch deutlich unter der Vorgabe der Schuldenbremse, die ja dann bei 6,5 Promille starten würde.

Ich gehe nun punktuell auf Bereiche einzelner Departemente ein. Zu den Departementen werden wir eventuell dann noch zusätzlich in Einzelvoten Stellung nehmen, sicher im JSD.

Zum Präsidialdepartement. Die Abteilung Kultur hat eine Betriebsanalyse machen lassen, aufgrund der Ergebnisse die Organisationsstruktur angepasst und eine zweite Führungsebene eingeführt wurde. Diese Massnahme soll helfen, die Arbeits- und Führungseffizienz zu unterstützen und klärt auch die Verantwortungsebenen der Portfoliosteuerung. Wir von der SP begrüssen diesen Schritt und hoffen, dass die Reorganisation dazu beiträgt, den angekündigten Mehraufwand zu bewältigen. Auch positiv erwähnen möchte ich die Umsetzung der Trinkgeld-Initiative und den Aufbau Fachbereich LGBTIQ als Teil der Umsetzung des neuen kantonalen Gleichstellungsgesetzes. Ebenso den Aktionsplan Barrierefreie Kommunikation, welcher den barrierefreien Zugang zu Informationen und Kommunikation sicherstellen soll.

Das BVD hat das hehre Ziel, Basel innerhalb des Netto-Null-Ziels fit für wärmere Temperaturen und trockene Sommer zu machen. Wir werden niemals fit für die Schäden und Belastungen durch den Klimawandel sein, aber es sind zahlreiche Massnahmen geplant, um einen Umgang damit zu finden. Die Verwendung der Mittel aus dem Mehrwertabgabefonds im Zuge des Stadtklimakonzeptes soll Investitionen zu nachhaltigen, nämlich mindestens fünf Jahre dauernden Begrünung evozieren. Ein Rückbau hätte eine Rückzahlung zur Folge und ob wir mit dieser gesetzlichen Grundlage dann auf einen grünen Zweig kommen, das wird sich noch zeigen.

Zum ED. Einer der Hauptfaktoren, warum der Personalaufwand um fast 20 Millionen gestiegen ist, ist die Weiterentwicklung der integrativen Schule. Auch gibt es eine leichte Zunahme der Schüler*innen. Der grösste Anstieg im Transferaufwand findet sich mit 53,8 Millionen bei der familienergänzenden Kinderbetreuung, also der Umsetzung der Kita-Initiative. Eine beispielhafte Investition in die Zukunft. Die Teuerung wirkt sich auch auf die Kosten der Lehrmittel aus. Das Budget für Lehrmittel wird jedoch nicht automatisch an die Teuerung angepasst und durch den digitalen Wandel, der ebenfalls in der Bildung zum Glück stattfindet, findet auch bei den Lehrmitteln eine Verschiebung in den digitalen Bereich statt. Das und auch die dazugehörenden Lizenzen sind Kosten, die im Budget für Lehrmittel nicht berücksichtigt wurden. Wir unterstützen deshalb den Antrag der Finanzkommission, den Sach- und Betriebsaufwand zu erhöhen.

Zu teuren Softwarelizenzen kann auch das Finanzdepartement ein Lied singen, wo 3,5 Millionen Franken auf massgeblich höhere Erlöse durch die Verrechnung eben derer zu vermerken sind. Lange war das Job-Ticket in der Verwaltung nicht möglich, jetzt ist es als Massnahme zur Arbeitgeberattraktivität mit Mehrkosten von 1,7 Millionen eingeführt worden. Eine moderne und kundenfreundliche Verwaltung ist ein wichtiger Faktor für die Standortattraktivität. Deshalb gibt es neben dem Job-Ticket auch noch weitere Goodies für die Verwaltungsangestellten. Woran man gut erkennt, dass die Finanzdirektorin aus der linken Ecke kommt, ist das Wohnbauprogramm 1000+ und der Fokus auf Kreislaufwirtschaft, womit eine soziale Stadtentwicklung möglich ist.

Zum GD. Wir unterstützen den Antrag, den Transferaufwand im Gesundheitsdepartement für die Ausbildungsoffensive im Rahmen der ersten Etappe der Umsetzung der Pflegeinitiative zu erhöhen. Damit soll die Ausbildung des Berufs der Hebammen finanziert werden. Der Beruf der Hebamme beinhaltet Pflegeleistungen vor und nach der Geburt, was den entscheidenden Unterschied zu weiteren medizinisch-therapeutischen Berufsbereichen wie zum Beispiel der Physio- oder Ergotherapie ausmacht.

Zum JSD. Hier wird ein Anstieg des Personalaufwandes um 13,5 Millionen erwartet. Generiert unter anderem durch die Neuorganisation des Justizvollzugs, Mehraufwände bei der Stawa, Personalaufstockungen bei der Jugendanwaltschaft und der Einsatzzentrale Rettung und, zwar mit einem vergleichsweise bescheidenen Betrag von 722’000 Franken, aber dennoch sehr relevant, die neu bezahlte Umkleidezeit bei der Kantonspolizei und der Rettung. Der Unterbestand bei der Kantonspolizei und die direkten und indirekten Folgen daraus sind ein grosses Thema und wir wissen es, ein Problem. Bei der Staatsanwaltschaft beschäftigt die Fallbelastung und die Personalsituation. Hier werden wir dann bei den Stellenanträgen noch diskutieren. Zu nennen sind sicher die Rückstände bei der Fallbearbeitung. Es wäre eine sichtbare Prioritätensetzung und eine höhere Transparenz angezeigt, da die Staatsanwaltschaft nicht als unabhängige Instanz, sondern als Teil des JSD agiert.

Nun noch zum WSU. Das Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz ABES stellt eine widererwartete Zunahme der Fälle quantitativ und eine Zunahme der Komplexität fest. Aus diesen Gründen können Mandate nicht so weitergegeben

werden, wie dies ursprünglich geplant war. Letztes Jahr wurde ein Teil des Stellenbedarfs genehmigt und dieses Mal ist die zweite Tranche fällig.

Ich möchte mich im Namen der SP-Fraktion bei allen Departementsleitenden und den Gerichten und bei allen Mitarbeitenden der Verwaltung für ihre immer saubere Arbeit und ihr grosses Engagement bedanken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für das GAB ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Mit dem Beschluss, den Eurovision Song Contest in Basel mit Steuermitteln zu finanzieren, bestätigt durch die Volksabstimmung vom 24. November, steht uns ein Budget 2025 mit roten Zahlen bevor. Das ist weder überraschend noch ein Drama. Dass wir damit, also mit dem ESC, in rote Zahlen geraten würden, war allen bekannt und allen bewusst gewesen, und das Wichtigste, wir können uns diese roten Zahlen leisten. Wir können uns leisten, grosse Vorhaben wie die familienergänzende Kinderbetreuung, die Beschaffung von E-Bussen oder die hohen Beiträge für den neuen Spitalbau zu finanzieren, selbst wenn wir sie 2025 nicht vollständig aus Eigenmitteln decken können. Wir bleiben deutlich unter der Nettoschuldenquote und die Steuereinnahmen sind nachhaltig stabil. Es gibt keinen Spardruck. Wir können problemlos den im Rahmen der PK-Revision beschlossenen Sanierungsbeitrag personalseits von 1 Prozent auslaufen lassen.

Statt Kürzungen sehen wir viele Möglichkeiten. Die Abstimmung über den Rheintunnel hat dies eindrucksvoll bestätigt. Investitionen in Klimamassnahmen wie den Ausbau um die Vergünstigung des öffentlichen Verkehrs, eine klimagerechte Stadtentwicklung oder die Förderung der Biodiversität sind dringend und vor allem machbar. Genau so können wir Potenziale ausschöpfen, um den Reichtum unseres Stadtkantons gerechter und solidarischer zu verteilen. Im bezahlbaren Wohnraum, eine öffentliche Arzneimittelversorgung, Chancengleichheit, kulturelle Vielfalt oder die Unterstützung unserer Jugend, etwa durch den Ausbau des schulpsychologischen Dienstes.

Doch hier kommen wir zum wunden Punkt dieses Budgets, den OECD-Millionen. Der Regierungsrat budgetiert 300 Millionen Franken an OECD-Mindeststeuereinnahmen. Aber statt diese Mittel der Allgemeinheit zugutekommen zu lassen, will er mit dem Basler Standortförderungsfonds faktisch Subventionen für die grossen Basler Firmen schaffen. Bis zu 300 Millionen Franken jährlich sollen in diesen Fonds fliessen, mindestens 80 davon für Innovation, maximal 20 Prozent für Gesellschaft und Umwelt. Diese Budgetierung und Fondsbildung machen die OECD-Millionen saldoneutral, das Geld ist also bereits fest verplant.

Wir sehen schon heute klar, dass massiv Druck ausgeübt wird. Die Handelskammer zum Beispiel, bekannt als Sprachrohr der grossen Firmen, fordert in seinen Publikationen, dass alle Mittel in den Bereich Innovation fliessen sollen. Sie fordert auch, dass der Fonds über 300 Millionen hinaus aufgestockt werden soll sowie, dass die zweite Tarifstufe bei der Gewinnsteuer erst ab einem deutlich höheren Gewinn greifen soll. Kurz, noch mehr Geschenke für die Wirtschaft, finanziert de facto von der Allgemeinheit. Und dazu sagen wir ganz klar, nicht mit uns. Sollte die Wirtschafts- und Abgabekommission diese Forderungen in ihrem Bericht aufnehmen, können sie mit unserem starken Widerstand rechnen.

Zu den Anträgen der Finanzkommission. Wir unterstützen den Antrag zur Förderung der Hebammen-Ausbildung. Gleichzeitig betonen wir, dass dies nur ein Tropfen auf den heissen Stein ist. Bereits heute könnte der Regierungsrat Massnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege und zur angemessenen Entlohnung ergreifen, ohne auf eine Regelung vom Bund zu warten. Ebenso stimmen wir die Budgetanpassung zugunsten von Schulmaterial zu.

Beim Antrag zur Budgeterhöhung für die Staatsanwaltschaft möchten wir jedoch Kritik äussern. Die Stawa hat zweifellos einen erhöhten Arbeitsaufwand, nicht zuletzt durch die neue Strafprozessordnung. Doch vieles davon ist durch falsche Prioritätensetzung hausgemacht. Ein Beispiel. Statt ihre begrenzen Ressourcen für ernsthafte Vergehen einzusetzen, betreibt die Staatsanwaltschaft aufwändige Ermittlungen gegen Teilnehmende von Demonstrationen wie der Nazi-frei-Demo 2018 oder der Frauen-Demo 2023. Selbst die Aufsichtskommission der Stawa fragt sich, wie solche Prioritäten angesichts fehlender Kapazitäten zustande kommen. Im Gegensatz dazu blieben antisemitische Hetzreden des Kaders jahrelang unbehelligt.

Ein Teil meiner Fraktion wird trotzdem in Anerkennung des Mehraufwands, dem Antrag der Finanzkommission folgen. Einen weiteren Teil wird dem Antrag der SP folgen, das heisst, lediglich die Mittel für die Jugendanwaltschaft zu sprechen. Bei der Jugendanwaltschaft ist zumindest klar, wofür diese zusätzlichen Stellen eingesetzt werden, bei der Stawa ist dies nicht der Fall. Zuerst soll die Stawa über die Bücher gehen, zumal sie Pendenzen bereits abgebaut hat und der Regierungsrat in seinem Budget zusätzliche Stellen vorgesehen hat.

Ansonsten stimmen wir diesem Budget 2025 zu, ohne vergessen zu betonen, dass wir Prioritäten setzen müssen für eine gerechtere Verteilung des Wohlstand, für dringend notwendige Investitionen in Klima, Bildung, bezahlbares Wohnen und Soziales und gegen das Erfinden von neuen Subventionsmustern zugunsten weniger grossen Firmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die GLP spricht Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Das wichtigste vorweg, die GLP unterstützt die Anträge der Finanzkommission vollumfänglich und wir können uns auch zu einem grossen Teil den Ausführungen des Präsidenten der Finanzkommission zum Budget anschliessen. Deshalb werde ich es, wie Sie es von mir gewohnt sind, sehr kurzfassen und nur einige grobe Punkte zur Finanzpolitik der GLP sagen und die dann anhand einiger weniger Beispiele noch detaillieren.

Die GLP steht für eine nachhaltige Finanzpolitik. Was bedeutet das, das bedeutet primär, wir wollen einen ausgeglichenen Haushalt das ist im Moment einigermassen gegeben, wir wollen langfristig möglichst wenig Staatsschulden, Bruttoschulden ganz konkret, sowieso keine Nettoschulden. Da teilen wir mit Blick auf den Finanzplan durchaus die Sorge, die von Vorrednern von mir angesprochen worden sind, von Daniel Seiler, wir wünschen uns einen Finanzplan, der auch langfristig ausgeglichen ist. Uns ist klar, dass das mit sehr viel Unsicherheit behaftet ist und wir können uns auch vorstellen, dass die Regierung das auch ein bisschen als Zeichen macht, den Finanzplan so zu gestalten, wie er jetzt gerade ist, aber wir wollen klar sagen, das ist nicht der Finanzplan, den wir uns wünschen. Da erinnere ich auch nochmal an den Vorstoss von unserer Seite, dass wir als Parlament auch auf den Finanzplan einen stärkeren Einfluss haben wollen. Aus unserer Sicht ist das die richtige Form, wie man Finanzpolitik betreiben sollte, langfristiger und nicht erst bei der «Diskussion» des Budgets, wo es für viele Sachen eigentlich zu spät ist.

Weiter zum Thema nachhaltige Finanzpolitik. Da steht der Vorwurf im Raum oder diese Problematik, die auch angesprochen worden ist von meinen Vorrednern, dass man nicht gleichzeitig für einen Schuldenabbau sein könne und die Investitionen möglichst aus eigener Hand finanzieren kann und gleichzeitig dann auch mit Steuersenkungen liebäugeln kann, wie das in der Motion auch jetzt der Fall ist, die wir als GLP auch unterstützt haben bis jetzt. Ich verstehe diesen Punkt, aber es ist nicht in dem Sinne ein Widerspruch, es sind zwei verschiedene Stossrichtungen. Eigentlich hat es Pascal Messerli von der SVP sehr gut gesagt, es geht hier um verschiedene Sachen. Man kann schauen, was ist mit den Einnahmen des Kantons, sind sie zu hoch, sind sie zu tief, und was ist mit den Ausgaben und das sind zwei verschiedene Stellschrauben.

Natürlich wollen wir grundsätzlich Einnahmenüberschüsse, die wollen wir unter anderem auch verwenden, um Schulden abzubauen. Wir wollen sie teilweise auch zurückzahlen, auch das unterstützen wir, auch das steht nicht im Widerspruch dazu, aber wir finden, dass das Ausgabenwachstum des Kantons ganz grundsätzlich gesehen besorgniserregend ist. Unsere Bewertung ist vielleicht nicht so absolut wie die der SVP, dass wir auch sagen, das ist schlecht, Staatsquote ist schlecht, auch wenn mein Vorredner das Wort Staatsquote nicht so verwendet hat. Ausgaben können berechtigt sein, wenn sie mit einem konkreten Mehrwert verbunden sind, wenn sie politisch gewollt sind und mit einem Mehrwert verbunden sind, dann stehen wir auch aus GLP dahinter. Aber es besteht da doch die Tendenz oder der Verdacht steht im Raum, dass gewisse Mehrausgaben, insbesondere auch, wenn man den Stellenwachstum des Kantons anschaut, nicht wirklich gerechtfertigt sind, sondern dass sie aus dem Effekt heraus entstehen, den man auch durch den Budgetprozess ein Stückchen weit erklären kann.

Wenn ich Verantwortlicher einer Dienststelle wäre oder für irgendeinen Budget-Bereich und ich sehe, ah, ich habe endlich wieder ein bisschen Luft zum Atmen, weil wir effizienter geworden sind, zum Beispiel dank Digitalisierung sind wir effizienter geworden, dann ist nicht mein erster Reflex zu sagen, okay, ich brauche weniger Budget, sondern dann schaue ich, dass meine Leute vernünftige Sachen machen mit den zusätzlichen Ressourcen, die ich jetzt habe, dass da was Gutes gemacht wird. Und ich habe immer Ideen in meinem Bereich, was ich besser machen könnte, ich kenne das auch von meiner Arbeit in der Privatwirtschaft. So läuft es. Ich bin nur dann bereit, runterzugehen mit dem Budget, wenn ich von aussen einen Druck habe und diesen Druck, den müssen wir als Politik aufbauen, sonst passiert das nicht. Sonst macht der Staat im Idealfall mit den freiwerdenden Ressourcen sinnvolle Sachen, im weniger guten Fall vielleicht auch teilweise wirklich nicht so sinnvolle oder es entsteht Leerlauf und Ineffizienzen. Und daher auch nochmal die Erinnerung an den Vorstoss der GLP, der auch schon in Bearbeitung ist, wo wir auch sehr begrüssen, dass die Regierung das schon jetzt direkt in die nächste generelle Aufgabenüberprüfung einfliessen lassen will, nämlich dass dort das mit einem konkreten Entlastungsziel verbunden wird. Da danke ich nochmal der Regierung für die Bereitschaft, das jetzt umzusetzen, auch wenn das gegen den Willen war. Und wir versprechen uns davon, dass das ein Schritt in die richtige Richtung ist, dass man wirklich auch einen gewissen Druck aufbaut, effizienter zu werden oder diese Effizienzgewinne, dass die auch wieder frei werden für neue Sachen, die wir uns wünschen.

So viel zum generellen, dann noch einige Punkte zu den einzelnen Departementen.

Zuerst zum Thema BVD. Da kann ich einfach noch einmal exemplarisch sagen bei einem Thema, dass wir hier im Parlament behandelt haben, bei der Gebietszuteilung im Bau- und Gewerbeinspektorat. Da ist wirklich ein Punkt, da versucht die Verwaltung effizienter zu werden, versucht etwas und wir können es nicht lassen als Parlament, da schon wieder einzuwirken und wir meinen, es besser zu wissen. Da sind wir ganz klar der Meinung, wir müssen die Regierung arbeiten lassen an solchen Sachen.

Auch ein Punkt, da gibt es auch noch einen Änderungsantrag danach von der SVP, ich denke, ich werde dann im Detail nicht mehr dazu reden müssen, wenn ich das jetzt schnell abhandeln kann als weiteres Beispiel, ist der zusätzliche Aufwand, der

sich ergibt in der Gebäudeverwaltung. Das war ein Thema in der Finanzkommission. Wir haben uns das erklären lassen, warum das nötig ist und es leuchtet uns ein. Die verwaltenden Flächen nehmen stark zu, die Gebäudetechnik wird komplexer, leuchtet uns ein, dass da mehr Stellen benötigt werden und das ist ein gutes Beispiel, wo wir klar sehen, okay, der Personalaufwand geht hoch, aber es ist auch ein Mehrwert dabei. Entsprechend werden wir natürlich auch diesen Änderungsantrag nicht unterstützen als GLP.

Weiter zum Erziehungsdepartement. Dort unterstützen wir den Antrag der Finanzkommission, wie ich das schon anfangs gesagt habe. Da finden wir es richtig inhaltlich, dass da mehr Geld gesprochen wird für die Lehrmittel. Auch dort ist der Bedarf, auch wenn wir keine klaren Zahlen bekommen haben in der Finanzkommission, ziemlich klar gegeben und ersichtlich und da sind wir für diese Erhöhung.

Ein weiterer Punkt, der wirklich ein bisschen ein Detail ist, aber den ich trotzdem betonen möchte, weil er uns sehr wichtig ist, der GLP, ist die Sorge, die wir haben, die auch angesprochen ist im Bericht der Finanzkommission, wegen des zusätzlich grossen Bedarfs im schulpsychiatrischen Dienst und beim Schulsozialdienst und Kinder- und Jugenddienst, dass dort offenbar Ressourcen fehlen. Da wollen wir nochmal nachdrücklich fordern, dass da wirklich Abhilfe geschaffen wird, diese Ressourcen müssen bereitgestellt werden. Ein weiteres Beispiel, wo für uns klar ist, da ist der Bedarf vorhanden, er ist ganz klar begründet, er ist unbestritten und da dürfen die Ausgaben auch hochgehen. Wenn sich da abzeichnet, dass da nichts passiert in diese Richtung, werden wir natürlich auch ein Auge darauf haben und allenfalls weitere Vorstösse machen.

Und schliesslich noch zum Justizdepartement. Dort unterstützen wir ebenso besonders nachdrücklich den Antrag der Finanzkommission. Für uns ist klar, die Staatsanwaltschaft braucht mehr Ressourcen. Es ist für uns zentral und wichtig und entsprechende Anträge der SP, das nur in gewissem Umfang zu machen, oder auch der Antrag der Regierung lehnen wir natürlich ab, das wieder auf das ursprüngliche Niveau zurückzustufen. Auch dort ist für mich immer noch ein bisschen unbefriedigend, dass mir nicht ganz klar ist, warum man diese Stellen nicht von Anfang an schon gesprochen hat im Budget. Ich hoffe, es wird jetzt in der Detaildiskussion noch ein bisschen klarer. Jedenfalls werden wir das unterstützen.

Dann noch letztlich das Thema Polizei, das hier auch dazu gehört. Da stehen jetzt keine konkreten Anträge im Raum, aber wir als GLP sind hier auch klar der Meinung, die Polizei braucht die nötigen Ressourcen und wir werden zusehen, dass das auch in Zukunft der Fall sein wird. Wir sehen, dass da schon richtige Bemühungen im Gang sind, aber könnten uns gut vorstellen, dass es da noch mehr braucht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Pascal Messerli an? Sie wird angenommen.

Pascal Messerli (SVP): Tobias Christ, Sie haben jetzt ein paar Mal gesagt, dass die GLP auch Potenzial für Kürzungen sieht. Können Sie mir drei Beispiele nennen, wo Sie das möchten und wo Sie das ansatzweise auch nur angestrebt haben in den letzten Jahren?

Tobias Christ (GLP): Ich danke für diese Zwischenfrage, die beinahe schon eingeplant ist. Ich sehe es nicht als meine Aufgabe, hier konkrete Beispiele zu nennen, sondern ich sehe es als Aufgabe der Regierung und der Verwaltung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die LDP ist Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Die Zahlen wurden ausführlich erläutert, weshalb ich auf eine Wiederholung verzichten möchte. Es kann festgehalten werden, es geht uns gut. Das Budget für das Jahr 2025 ist mehr als nur eine Zahlenreihe. Es ist ein Ausdruck unserer Werte, unserer Ziele und unserer Vision für die Zukunft. Es ist ein Kompass, der uns durch die komplexen herausfordernden kommenden Jahre navigiert. Die Pandemie hat uns jedoch aufgezeigt, wie fragil unser System sein könnte. Gleichzeitig öffnet die digitale Revolution neue Möglichkeiten und fordert uns heraus, uns anzupassen. Die vergangenen Jahre haben diese Veränderungen mit sich gebracht, was eigentlich auch einen grossen Einfluss auf Budget und Vorhaben hat. Aus der heutigen Tageszeitung sticht eine Schlagzeile hervor: Es herrscht Alarm im einstigen Steuerparadies. Die Baselbieter Gemeinde Bottmingen hat finanzielle Probleme. Es ist sehr rasch gegangen vom Klassenprimus bis in die Problemzone hineinzugelangen. Deshalb ist eine nachsichtige und zukunftsorientierte Finanzplanung von zentraler Bedeutung.

Aus Sicht der LDP ist die Steuerpolitik ein zentraler Aspekt der Wirtschaftspolitik. Die LDP setzt sich traditionell für niedrige Steuerniveau ein, um die individuelle Freiheit zu maximieren und ökonomische Initiativen zu fördern. Im Kontext des Budgets 2025 für den Kanton Basel-Stadt und die Einführung der OECD-Mindeststeuer sind mehrere Punkte zu beachten. Die Einführung der OECD-Mindeststeuer ist ein Teil des globalen Bemühens, die Steuerbasis zu verbreitern und Gewinnverlagerungen und Erosionen, Base Erosion and Profit Shifting zu bekämpfen. Die LDP könnte besorgt sein, dass

eine höhere Besteuerung multinationaler Unternehmen den Standort weniger attraktiv für Geschäftsaktivitäten macht, was langfristig zu einer Verringerung der Wettbewerbsfähigkeit führen könnte. Im Rahmen des Standortpakets sind Fördermassnahmen in den Bereichen Innovation, Gesellschaft und Umwelt vorgesehen. Die LDP fordert, dass solche Massnahmen marktorientiert sind und nicht eine Verzerrung des Wettbewerbs mit sich bringen.

Ein wichtiges liberales Anliegen ist die Transparenz der Steuerpolitik und der Rechtsstaatlichkeit. Die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer sollte transparent erfolgen und die Rechtsstaatlichkeit gewährleisten, um das Vertrauen der Steuerzahlenden zu erhalten. Zusammengefasst könnte die Einführung der OECD-Mindeststeuer und die Reaktion des Kantons Basel-Stadt darauf als ein Balanceakt gesehen werden, der gleichzeitig abzielt, die fiskalische Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, um gleichzeitig internationalen Verpflichtungen nachzukommen.

Ein zweites Thema, welches ich anschneiden möchte, ist das Thema Digitalisierung und ich glaube, das wird fast von mir erwartet, dass ich das anschneide. Die Digitalisierungsvorhaben betrachtet die LDP kritisch. Zuerst sollte ein Chief Digital Officer die eierlegende Wollmilchsau sein und alle Probleme lösen. Die GPK und die Finanzkommission haben mehrfach von den Ineffizienzen gehört und auch darüber berichtet. Die Regierung möchte, wie diese Woche mitgeteilt worden ist, ihre Informatik neu aufstellen und wieder einmal alle Probleme damit lösen. Wir stehen heute an einem Entscheidungspunkt in der digitalen Transformation des Kantons.

Der Regierungsrat möchte die Governance übernehmen mit diesem Vorhaben und Einfluss nehmen auf die Ausgaben, die wir in unserem Budget haben. Die vorgestellten Pläne sind ambitioniert, das haben wir auch von Regierungsrätin Tanja Soland gehört, da steht der Kanton Basel-Stadt noch hinten an, dass wir dort fast ein bisschen einen Entwicklungsstatus haben. Die Investitionen in die digitale Infrastruktur und die Umsetzung des Digitalkonzepts zeigen schon, dass der Kanton bemüht ist. Dieser letzte Punkt mit der Governance und mit dem Steuern der Informatik ist sicher ein zentraler Punkt, der uns noch finanziell zu schaffen geben könnte, wenn wir das nicht richtig machen.

Gleichzeitig werden Fragen aufgestellt, reichen die Mittel aus, die geplanten Investitionen sind im Anfang, aber bleibt es dabei oder sind da noch Abweichungen zu erwarten. Ähnlich wie bei den Bauprojekten haben wir festgestellt, dass in den letzten Jahren viele IT-Projekte massiv oben ausgeschossen sind, die Budgetierung da dann immer als zu optimistisch angeschaut worden ist oder die Führung nicht konkret durchgeführt worden ist. Was zur nächsten Frage führt, sind die Mitarbeitenden im Kanton qualifiziert, um solche Umsetzungen in der Digitalisierung zu machen. Und da haben wir in der Finanzkommission auf Nachfrage mitbekommen, dass man dort wirklich versucht, die bestehenden Personen auszubilden, dass sie auch in der Lage wären für solche Aufgaben.

Wir haben auch Risiken und ich denke, jetzt im nächsten Jahr mit der Euro und ESC werden digitale Angriffe ein zunehmender Faktor sein, was eigentlich Investitionen in die Infrastruktur mit sich bringen. Problematisch hier ist, dass man nicht auf die kurze Frist einfach alles, was man bisher verpasst und versäumt hat, dass man das nicht einfach jetzt schnell in vier Monaten einfach retten kann.

Und schlussendlich, wenn es um die Digitalisierung geht, da vielleicht einfach noch ein positiver Punkt. Die Digitalisierung, wir haben einige Angebote, die neu in digitalisierter Form daherkommen. Mit den neuen digitalen Technologien erhofft sich die LDP, dass die Möglichkeiten ausgeschöpft werden, dass die Bürger einfacher zu ihren Dienstleistungen kommen, dass Geschäftsprozesse optimiert werden, dass wir im Budget 2026 erfahren, dass wir einiges an Mittel einsparen konnten durch digitale Effizienzen, die erreicht worden sind.

Unser Budget ist ein Ausdruck unseres Engagements für die nachhaltige und gerechte und zukunftsorientierte Gesellschaft. Es ist ein Budget, das uns ermöglicht, die Herausforderungen für die Zukunft zu meistern und die Ziele, die wir haben, die sehr unterschiedlich sein können in diesem Grossen Rat, zu erreichen. Und hier ist eine Bitte, wir haben das auch in der Finanzkommission festgestellt, dass die Kommission durchaus auch einen Beitrag leisten zur Verteuerung unseres Apparats und dass wir hier im Grossen Rat auch durch unsere Vorhaben, die wir umsetzen möchten, dass wir hier auch einen grossen Beitrag leisten zu einer Verteuerung und deshalb die Bitte, dass man in Zukunft, auch im Jahr 2025 mit Umsicht neue Geschäfte aufgleist und nicht irgendwelche Partikularinteressen in den Vordergrund stellt, die dem Kanton auf längere Frist teuer zu stehen kommen und sollte ein Fall wie heute in der Tageszeitung aufkommen, dass wir da nicht dastehen und sagen, oh, wir hätten es ahnen können.

Die LDP fordert einen behutsamen Umgang mit den finanziellen Ressourcen des Kantons. Sie bedankt sich auch an dieser Stelle an alle Steuerzahler, ohne die dieses ganze Vorhaben überhaupt nicht möglich wäre. Sie bedankt sich auch bei der Verwaltung, dass sie dort sehr engagiert für unseren Kanton einstehen und alle Beteiligten, die sich am Wohlergehen des Kantons beteiligen, dass wir dort denen auch ein grosses Dankeschön sagen möchten.

Die LDP stimmt dem Budget zu und den Anträgen und bedankt sich an dieser Stelle.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelvoten und da hat sich Eric Weber gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bekomme als Grossrat und als Mensch viele Nachrichten auf Social Media und bei diesen Nachrichten geht es um unser Budget, um unseren Haushalt. Und was sagen mir die jungen Menschen? Macht die Preise runter, macht den Döner billiger, das ist der Trend der jungen Menschen, Preise runterzusetzen. Ich sage, ich bin nicht von der Regierung, ich kann nicht allzu viel ändern. Ich spreche als Grossrat, aber ich möchte auch als Präsident der Volksaktion gegen zu viele Ausländer und Asylanten in unserer Heimat, Liste Ausländerstopp sprechen. Ich möchte auch als Mitglied von der Nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat, NA.

Ich kann mich kurzfassen, ich habe keine Rede geschrieben, ich mache das aus dem Stehgreif. Ich war früher oft in Abu Dhabi. Das ist ein Vorbild bezüglich den Steuern und Budget, in Abu Dhabi zahlst du keine Steuern, in Abu Dhabi zahlst du auch keine Krankenkasse. Das gleiche ist auch in meinem Lieblingsland Belarus.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, sprechen Sie bitte zum Budget Basel-Stadt, sonst gibt es einen Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber ich möchte mit anderen Ländern vergleichen und das darf ich. Ich muss einfach sagen, was bei uns an Geldern verschenkt wird, das ist nicht in meinem Sinn. Ich zahle Steuern und darum spreche ich. Würde ich keine Steuern zahlen in Basel-Stadt, würde ich mich in Demut halten und nichts sagen.

Ich höre dann immer, wir haben zu wenig Leute bei der Polizei. Nein, das geht gar nicht, wir haben zu viel Personal bei der Polizei und bei der Justiz, wenn das Personal eingesetzt wird, um unliebsame Politiker wie Eric Weber zu verhindern. Tanja Soland, Basel wäre pleite ohne Roche und Novartis und den FC Basel. Ich habe jetzt die Anfrage gestellt und bin gespannt, wie viele Steuern eigentlich der FC Basel zahlt. Er macht ja pro Jahr 90 Millionen Euro durch Transfer aus. Da bin ich gespannt auf die Antwort oder werden wir da auch hinters Licht geführt und der FC Basel sagt, er muss keine Steuern zahlen? Tobias Christ, GLP, hat gesagt, die Polizei braucht Ressourcen. Ich muss das abstreiten, nein, die Polizei braucht nicht mehr Ressourcen, sie haben genügend Kräfte.

Olivier Battaglia von Bettingen hat gesagt, die Pandemie hat sehr viel verändert und er hat auch gesagt, die Steuerzahlenden wollen vertrauen. Aber Olivier Battaglia von Bettingen, ich muss sagen, der Steuerzahler hat längstens das Vertrauen verloren in den Kanton. Wenn ich unterwegs bin in meinem Wahlkreis Kleinbasel, muss ich mir täglich Beschimpfungen anhören, wo die Leute sagen, der Bürger, der Steuerzahler, der sagt, es ist alles zu teuer, er muss Steuern zahlen. Und bitte mir keinen Ordnungsruf geben, der Steuerzahler sagt mir dann, er sieht nicht mehr ein, dass er für Asylanten Gelder zahlen muss. Es gibt halt gewisse Länder, die keine Asylanten haben, auch nicht Belarus.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben keine weiteren Wortmeldungen und kommen damit wieder zu den Vertreterinnen und Vertretern der verschiedenen Behörden und Institutionen. Der Präsident des Gerichtsrates Stephan Wullschleger verzichtet, damit sind wir wieder bei Regierungsrätin Tanja Soland. Sie hat das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Besten Dank für Ihre Voten. Ich habe vor allem zwei Punkte. Das erste ist der Finanzplan. Ich kann Ihnen schon einen Finanzplan präsentieren, der immer positiv ist. Dann werde ich aber manuell Änderungen daran vornehmen und das ist einfach falsch, das machen wir nicht. Was wir machen, ist, wir planen das Budget ganz konkret und beim Finanzplan haben wir fixe Kriterien, die wir einfach weiterziehen. Wir ziehen die Teuerung nach Prognose weiter, das Steuerwachstum nach Prognose weiter und dann kommt die Zahl heraus, die herauskommt. Wir können Ihnen erklären bzw. das steht auch irgendwo, was sind die Eckdaten, die wir weiterziehen und dann kommt manchmal ein Plus, manchmal ein Minus und meistens, je weiter Sie nach hinten gehen, je mehr Minus. Wir haben nicht vor, Ihnen Defizite zu bringen. Und wenn Sie das beruhigt, dann könnte ich auch manuell eingreifen und dann hauen wir einfach irgendwo 20, 80 Millionen drauf und dann ist er immer positiv und alle glücklich.

Aber das ist ja nicht die Idee der Sache. Die Idee ist, das Budget ist konkret, dort machen wir das, wenn wir merken, es wird knapp, dann müssen wir in einem Bereich weniger wachsen, aber beim Finanzplan wird einfach weitergezogen und das ist eine ungefähre Ausrichtung. Die NFA-Zahlen, die wir haben, und die SNB, wenn wir da bessere Prognosen haben, wird einfach weitergezogen. Daher, wenn Sie verlangen, dass der ausgeglichen sein muss, dann mache ich Ihnen das problemlos auf nächstes Jahr. Kann ich, aber scheint mir nicht sinnvoll, dass man das manuell so verändert, sondern man muss wissen, wenn wir mit diesen Prognosen schaffen, wohin kommen wir in etwa und dann richten wir manuell das Budget aus.

Dann bin ich etwas irritiert. Ich höre, wie wachsen uferlos, auch von der GLP, das Aufgabenwachstum ist besorgniserregend, das teile ich nicht und die Regierung teilt das auch nicht, wir machen das sehr sorgfältig. Und ich kann Ihnen sagen, der interne Budgetprozess, da werden in jeder Abteilung Anträge geschrieben, da wird geschaut, was braucht es. Alle Regierungsräte schauen zuerst in ihrem Departement, häufig sind die Anträge höher zuerst und dann werden sie etwas eingedampft, etwas gekürzt und dann kommt man am Schluss zu uns und wir vom FD machen noch mal einen Vorschlag

und dann geht das in die Regierung. Also wir schauen das sorgfältig an und wir sprechen nicht einfach so pauschal irgendwo Ressourcen und dann werfen Sie uns vor, an anderer Stelle, wo es nötig gebraucht wäre, würden wir es nicht machen. Wir versuchen wirklich überall, wo wir das Gefühl haben, es ist absolut notwendig, das abzuwägen.

Und wir schauen uns alles an, alle Departementsvorsteher in ihrem Departement, dann schauen wir vom Finanzdepartement nochmal drauf, dann geht es nochmal in die Regierung und wird nochmal abgewogen. Das ist ein langwieriger Prozess, da wird alles angeschaut. Und klar kann man die Prioritäten anders setzen, das können Sie machen, aber uns vorzuwerfen, auf der einen Seite, Ausgabenwachstum sei völlig besorgniserregend, auf der anderen Seite, wir würden nicht die nötigen Ressourcen geben und jetzt erhöhen Sie noch mehr. Selbstverständlich haben wir die Anträge, die kommen, diskutiert, wir diskutieren das alles. Und ich möchte jetzt nicht sagen, dass mir manchmal auffällt, dass je nachdem, wer, das sieht man auch bei den Staatsbeiträgen, sich gross beschwert, der hat dann mehr Chancen als der andere. Das machen wir nicht, bei uns geht es von unten nach oben, wird alles einzeln angeschaut. Das heisst nicht, dass es immer das Beste ist, aber wir machen das.

Und es ist nicht willkürlich und zufällig, wir haben den Eindruck, dass das, was wir sprechen, notwendig ist. Und manchmal finden Sie, nein, es braucht noch mehr, okay, können Sie finden, aber wir schauen das wirklich beim Budget sehr genau an. Es ist ein langwieriger und anstrengender Prozess, kann ich Ihnen sagen. Ich kenne daher auch viele Themen in den Departementen, weil wir das zusammen besprechen und wirklich anschauen. Selbstverständlich weiss eine Abteilung am Ende das immer besser, wie Sie das Beispiel geschildert haben, Herr Christ, der Einzelne weiss das selbstverständlich besser, aber ich glaube, wir versuchen trotzdem abzuwägen, was hat auch Platz, damit das eben nicht passiert, damit wir nicht komplett uferlos wachsen, wie uns die SVP vorwirft. Das machen wir nicht, weil dann hätte ich das halbe Jahr frei, dann würden wir einfach die Anträge übernehmen und das ins Budget einstellen, dann hätte ich ja keine Arbeit. Also das machen wir nicht.

Ich möchte einfach nochmal sensibilisieren, weil da arbeiten sehr viele Menschen daran mit. Die Finanzexperten in den Departementen, die Vorgesetzten, da arbeiten so viele Menschen an diesem Budget und das ist nicht einfach willkürlich, das ist es wirklich nicht. Wir geben uns Mühe und wir versuchen das Beste zu machen, dass wir am Ende hier drin dann diskutieren, wo braucht es mehr oder weniger. Ich möchte einfach, dass Sie das auch etwas berücksichtigen. Und was wir nicht wollen, das wurde uns auch von der Finanzkommission leicht vorgeworfen, wir wollen diese Anträge nicht publik machen. Das würde unseren internen Prozess erschweren, wenn jede Abteilung kommt und sagt, ich wollte fünf Millionen, habe nur eine bekommen, das ist einfach schwierig, weil wir diesen Prozess intern vertraulich machen wollen. Und wir haben jetzt versucht, das beste Budget, wie wir es richtig fanden, Ihnen vorzustellen. Das war mir jetzt einfach noch wichtig zu sagen und ich sehe, ich habe Ihr Interesse geweckt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfragen an? Sie werden angenommen. Zuerst Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Besten Dank für die Ausführungen und Erklärungen, wie so ein Finanzplan funktioniert. Kann ich davon ausgehen, dass sich die Regierung doch auch mindestens ein bisschen Sorgen macht, wenn man diesen Finanzplan anschaut?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Als Finanzdirektorin mache ich mir immer Sorgen, das wirft man mir ja vor, aber nein, wir machen uns keine, wenn wir den Finanzplan anschauen, weil es ausgeglichene Ergebnisse sind. Und wir wissen, dass wir im Kollegium in der Lage sind, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Wir sind auch in der Lage, wenn es notwendig wäre, das Ruder herumzureissen. Wir wissen, dass wir im Kollegium gut zusammenarbeiten und daher haben wir Vertrauen darauf, dass es auch gut kommt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Frau Regierungsrätin, der Kanton ist in den letzten vier Jahren um 1'000 Stellen gewachsen. Bei der zentralsten Aufgabe des Staats, die Sicherheit, wollen Sie elf Stellen nicht sprechen, obwohl dort der Missstand riesig ist. Ist das nicht eine völlig falsche Prioritätensetzung?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir haben steigende Schülerzahlen bei der Bildung, dort sind die meisten Stellen bei den Tagesstrukturen, Bildung, ich glaube, das ist eine sinnvolle Priorität. Bei der Sicherheit haben wir zusätzliche Stellen gesprochen, da kommen wir nachher noch in der Detailberatung dazu, das haben wir gemacht. Wir werden nachher noch ausführen, warum der Regierungsrat nicht gleich wie die Finanzkommission entschieden hat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir beim Präsidenten der Finanzkommission Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank für die angeregte Diskussion, die sich natürlich auf einer Metaebene so bewegt, wie es auch zwischen unseren Parteien natürlich unterschiedliche Meinungen zum Budget gibt, gerade auch was vielleicht die genannte Langfristigkeit des Finanzplans anbelangt. Ich möchte nur ganz kurz auf ein, zwei Punkte eingehen, die nun von Fraktionssprechern erwähnt wurde.

Zuerst vielleicht auch die Kritik, dass die Finanzkommission zu wenig genau schaut, wo Stellen unnötig angewachsen sind und die Finanzkommission habe in dieser Legislatur nur eine einzige Stelle gestrichen. Also ich glaube, die Qualität der Arbeit einer Finanzkommission wird nicht daran gemessen, wie viele Stellen sie Ihnen zur Streichung beantragt, sondern wie substanziell sie an einzelnen Stellen in ihrem Bericht auch Kritik äussert und ich glaube, das haben wir in den letzten Jahren in dieser Legislatur und auch in diesem Bericht der Finanzkommission wieder getan. Die eine oder andere Kritik ist etwas feiner formuliert, aber sie soll trotzdem den Regierungsrat nicht davor «verschonen», sie ernst zu nehmen, die Kritik.

Und dann vielleicht auch zu diesem Stellenwachstum von Pascal Messerli mit diesen 1'000 Stellen. Ich habe es jetzt nicht nachgerechnet, aber ich vermute natürlich, dass Sie da vollkommen recht haben, dass es etwa 1'000 Stellen waren in den letzten vier Jahren, aber wie Frau Regierungsrätin Tanja Soland natürlich auch schon jetzt in ihrem zweiten Votum angesprochen hat, sind ja viele dieser Stellen deshalb geschaffen worden, weil wir ein Bevölkerungswachstum haben, weil wir steigende Schülerzahlen haben und diese Schüler müssen ja zum Beispiel eben auch beschult werden und das können Sie nicht mit der gleichen Anzahl Lehrkräfte machen, wie wenn Sie weniger Schülerinnen und Schüler haben. Das dünkt mich sehr logisch zu sein.

Dann der zweite Punkt, der da ein bisschen hineinspielt in diesen Stellenzuwachs bei der Verwaltung, den wir ja auch in jedem Jahr sehr transparent darlegen in unserem Finanzkommissionsbericht, sind natürlich auch wir selber und da appelliere ich jetzt schon auch an die Mitglieder des Grossen Rates und weniger an die Mitglieder des Regierungsrates. Wir haben das sogar versucht in diesem Jahr, der Sprecher der LDP-Fraktion, Oliver Battaglia hat das erwähnt, wir haben es sogar versucht in diesem Jahr ein bisschen aufzubröseln in unserem Bericht auf Seite 18, was für Mehraufwendungen im 2025 auffallen, auch durch Beschlüsse des Grossen Rates, auch teilweise durch Gesetzesumsetzungen, die notwendig sind, und da kommen Sie dann auf Seite 18 doch auch auf eine beachtliche Zahl. Ich möchte das auch im Namen der Finanzkommission gar nicht werten und wir haben es auch nicht gewertet, sondern wir haben es einfach transparent gemacht.

Ich möchte zum Beispiel, um nur ein sehr aktuelles Beispiel herauszugreifen, den Beschluss von letzter Woche betreffend der Schneeräumung erwähnen. Diese Entscheidung des Grossen Rates basiert auf einem parlamentarischen Beschluss und dieser Beschluss hat zur Folge, dass nun eben auch die Aufgaben des Kantons grösser werden und wenn ich es richtig in Erinnerung habe, war es der Regierungsrat, der diesen Antrag, Frau Regierungsrätin Esther Keller wird mich sonst korrigieren, der diesen Antrag ursprünglich abgelehnt hat. Also wir als Parlament sind hier selber auch ein Teil des Rädchens.

Ich habe vorher noch einmal kurz mit Frau Regierungsrätin Tanja Soland darüber gesprochen, aber auch sonst schon, es wäre ja vielleicht auch einmal interessant aufzuschlüsseln, wie viele Stellen mehr geschaffen wurden aufgrund von Beschlüssen des Grossen Rates. Das ist nicht sehr einfach darzustellen, deshalb verzichtet der Regierungsrat darauf, das zu tun, was ich nachvollziehen kann. Aber wenn wir das dann einmal vielleicht demgegenüber stellen würden, was der Regierungsrat Ihnen beantragt respektive dem, was vielleicht auch aufgrund des Bevölkerungswachstums notwendig ist, dann weiss ich nicht, ob dann diese Stellen tatsächlich überall so überflüssig, oder wie es genannt worden ist, geschaffen worden sind. Wir haben, das kann ich Ihnen versprechen, aber trotzdem ein kritisches Auge darauf und werden das auch als Finanzkommission weiterhin haben.

Und auch die Finanzkommission ist in diesem Jahr, ich habe das ja im Eingang erwähnt, selber etwas «ausgabenfreudiger» wie der Regierungsrat. Das kann im Einzelfall tatsächlich sinnvoll sein und aus unserer Sicht ist es bei diesen drei Anträgen eben auch sinnvoll und da sind wir dann auf dieser Metaebene vom Sprecher der Fraktion GLP, von Tobias Christ. Diese Worte, die Sie hier als Sprecher der GLP-Fraktion vorne am Mikrofon verwendet haben, sind vermutlich inhaltlich nicht in jedem Einzelfall falsch, aber Sie alle hier drin, alle diese 100 Mitglieder haben die Gelegenheit mitzuentscheiden, ob es so notwendig ist oder nicht. Und diese Grundsatzdiskussion immer nur zu führen an die Adresse gerichtet von Tanja Soland oder dem Gesamtregierungsrat, ist natürlich etwas schwierig, wenn man dann, wie ich es eingangs erwähnt habe, eigene Anträge stellt oder eben auch selber dazu führt, das ist keine Kritik an Ihnen, Herr Christ, selber dazu führt, dass eben das Wachstum oder das Aufgabengebiet steigt.

Hier bitte ich vielleicht auch ein bisschen um Nachsicht, wenn der Regierungsrat das Budget präsentiert. Da sind tatsächlich auch wir als Grosser Rat teilweise mitverantwortlich, was ja auch nicht per se schlecht sein soll, aber Sie müssen dem Regierungsrat vielleicht dann schon auch konkreter sagen, wo er denn verzichten soll, wenn Sie der Meinung sind, dass er verzichten muss. Also diese Diskussion oder dieser Widerspruch, der lässt sich auch heute wahrscheinlich nicht auflösen

und ich erlebe Frau Regierungsrätin Tanja Soland zumindest auch nicht so, als würde sie das Budget einfach durchwinken und dann ein halbes Jahr pro Jahr frei haben, sondern ich erlebe sie da durchaus oder auch die Finanzkommission, glaube ich, als sehr kritisch und auch teilweise sehr zurückhaltend. Zumindest was die Antworten an die Adresse der Finanzkommission betrifft, wäre ja etwas weniger Zurückhaltung vielleicht manchmal sinnvoll, Frau Regierungsrätin, dann würde der eine oder andere Antrag vielleicht dann auch der Finanzkommission nicht so ausfallen, wie er nun eben auch heute zum Beispiel gestellt wurde.

Dann zum Votum von Patrizia Bernasconi. Ja, die OECD, das ist ein grosses Thema. Die Finanzkommission möchte hier nicht politisch eingreifen, möchte es auch nicht politisch werten, es ist ein hängiges Geschäft in der WAK. Was wir als Finanzkommission einfach sagen können, ist, wenn wir diese Gelder im ordentlichen Staatshaushalt zu budgetieren hätten, wird das einfach für die kommenden Jahre, und da widerspreche ich dann Daniel Seiler mit dem Finanzplan, enorm schwierig. Wir haben gehört, die Regierung hat einmal jetzt 300 Millionen für 2015 vorgesehen. Wenn Sie mit Unternehmen sprechen, die dann davon betroffen sind, sprechen die eher von 600 Millionen Franken, die da zu leisten sind, und wie wollen Sie dann, wenn Sie das in das ordentliche Budget einfliessen lassen würden, noch ein Budget erstellen, das dann heute so beschlossen werden kann und dann ein Jahr später oder etwas mehr wie ein Jahr später dann, wenn wir die Rechnung diskutieren, wirklich noch eine grosse Gültigkeit hat. Sie sehen, das ist auch ein bisschen dieses Problem, das wir auch haben als Finanzkommission mit dieser OECD-Umsetzung, da werden wir in den kommenden ein, zwei Jahren wahrscheinlich schon noch auch das eine oder andere Mal etwas überrascht werden. Das versuchen wir in unserem Bericht auch möglichst neutral darzustellen.

Dann der letzte Punkt, die Digitalisierung, ein Lieblingsthema von Oliver Battaglia. Das wissen wir, auch die Mitglieder der Finanzkommission wissen das, mein Lieblingsthema, das sage ich ganz offen, ist es nicht. Ich erlebe es einfach so, in den letzten Jahren wurde viel in die Digitalisierung investiert, auch im Kanton Basel-Stadt, aber irgendetwas günstiger wurde dadurch nicht und es wurde auch nichts einfacher. Das ist wahrscheinlich auch ein bisschen das Problem bei diesem Themenfeld und deshalb haben wir auch eine sehr hohe Zahl an externen Mitarbeitern, 131, das haben wir gehört, die alleine bei IT BS für diese Digitalisierung im weitesten Sinne involviert sind. Und da ist aus meiner Sicht auch noch besonders beachtlich, dass der Regierungsrat auch gar nicht in der Lage ist, uns eine sehr konkrete Zusammenstellung zu machen, wer überhaupt wo, auch in den Departementen für solche Digitalisierungsprojekte als externe Mitarbeiter für was und für wie lange angestellt ist. Und da wünschen wir uns als Finanzkommission, deshalb möchte ich das noch einmal erwähnen, dass sich das deutlich ändert. Wir hoffen, dass da auch vielleicht die Medienmitteilung des Regierungsrates zur Digitalisierung von letzter Woche auch ein weiterer Bestandteil ist, dieses Thema genauer dann wieder anzuschauen. Dieses Thema wird uns aber sicherlich auch im kommenden Jahr und in den nächsten Jahren nicht verlassen.

Ich werde dann im Anschluss bei den Anträgen noch einmal kurz etwas sagen, weil auch einzelne Fraktionssprecher jetzt schon zu den Anträgen etwas inhaltlich wurden. Da möchte ich dann das eine oder andere vielleicht auch noch richtigstellen, wenn wir dann aber bei der Debatte zu den Anträgen sind.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit ist die Eintretensdebatte abgeschlossen und wir gehen weiter. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Budgets 2025, Erfolgsrechnung

Die Detailberatung des Budgets erfolgt wie erläutert nach Departementen gemäss dem Bericht der Finanzkommission und subsidiär gemäss dem Budgetbericht. Bei jedem Departement werden zuerst die eingegangenen Anträge benannt. Danach erhält das Wort der Referent der Finanzkommission und der Vertreter oder die Vertreterin des Regierungsrates. Dann folgt die Beratung der Anträge und deren Bereinigung. Das Vorgezogene Budgetpostulat wird beim Präsidialdepartement besprochen. Am Schluss der Detailberatung steht die Investitionsübersichtsliste.

Wir beginnen mit den allgemeinen Themen (Kommissionsbericht, Seiten 4 bis 15).

Wünschen Sie dazu das Wort? Es wird verzichtet, es sind keine Wortmeldungen eingetragen.

Damit sind wir bei den gesamtkantonalen Feststellungen (Kommissionsbericht, Seite 16 bis 19).

Auch hier wird verzichtet, auch hier haben wir keine Wortmeldungen.

Wir kommen damit zum Präsidialdepartement (Kommissionsbericht, Seite 20).

Hier liegt ein Änderungsantrag der SVP vor, der schon benannt wurde. Wir führen zuerst die allgemeine Debatte zum Departement und beraten danach den Änderungsantrag.

Und dann kommt auch noch das Vorgezogene Budgetpostulat.

Zuerst allgemeine Debatte zum Präsidialdepartement. Das Wort hat Joël Thüring, er verzichtet. Der Regierungspräsident Conradin Cramer verzichtet ebenfalls und es liegen keine Wortmeldungen vor.

Damit sind wir beim Änderungsantrag der SVP. Es geht um die Dienststelle eHR-Projekte (Budgetbericht, Kapitel 3.2.1, Seite 49), Erfolgsrechnung, Verbesserung um 133’500 Franken. Der Antragsteller der SVP Pascal Messerli hat das Wort.

Pascal Messerli (SVP): Hier bei diesem Antrag geht es nicht um steigende Schülerzahlen, wie auch bei sehr häufigen Abänderungsanträgen beim Budget der SVP. Wir beantragen, dass hier im Rahmen der Umsetzung der eHR-Projekte neugeschaffene Stellen in den Departementen, dass darauf zu verzichten sei und die Massnahmen sowie einen etwaigen Mehraufwand mit den bereits vorhandenen Ressourcen abzufangen sind. Entsprechend beantragt die SVP, auf die entsprechende Personal- und Sachaufwandsteigerung im PD, aber auch im BVD, im GD und im WSU zu verzichten, insgesamt in fünf Departementen.

Ich verweise hier auf das gute Votum von Oliver Battaglia, der sich ja im Eintretensvotum zur Digitalisierung geäussert hat und dort auch gewisse Punkte kritisiert hat, dass wir hier gewisse Probleme haben. Es ist auch so, dass in den letzten Jahren zahlreiche Digitalisierungsprojekte in der Budgetdebatte auch diskutiert wurden und diese neuen Stellen auch geschaffen wurden. Wir werden hier einfach das Gefühl nicht los, das jedes einzelne Departement sein eigenes Süppchen kocht, trotzdem gibt es aber noch überall externe Mitarbeiter. Wir von der SVP-Fraktion erhoffen uns eigentlich von der Digitalisierung auch eine gewisse Effizienz und Einsparungen. Aber was wir in den letzten Jahren hier im Bereich der Digitalisierung haben, sind Ausgaben, Ausgaben, Ausgaben, jedes Jahr neue Projekte und irgendwann muss man dann auch einmal sagen; Stopp, zurück an den Absender oder das sprechen wir jetzt hier nicht.

Aus diesem Grund haben wir hier diese fünf Departemente ausgesucht und sind der Meinung, dass hier das nicht gesprochen werden soll und wir hier vielleicht eher mal auch eine gewisse Gesamtschau in der Regierung benötigen, was es denn wirklich im Digitalisierungsprozess braucht und was nicht, aber jedes Jahr neue Stellen in unterschiedlichen Departementen, das erachten wir auch als ausufernd und dementsprechend sind wir hier der Meinung, dass wir hier diese Stellen nicht sprechen sollten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission spricht Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die Finanzkommission hat diesen Antrag nicht vorliegen gehabt, sie hat deshalb ihn auch nicht beraten können. Die Finanzkommission hat aber, wie ich in meinem Eintretensvotum gesagt habe, natürlich das gesamte Budget des Kantons angeschaut und war nicht der Ansicht, dass diese 0,8 HC im PD, und wie ich Pascal Messerli richtig verstanden habe, dann auch in den anderen Departementen respektive dort würde er dann den Antrag zurückziehen, wenn dieser hier keine Mehrheit findet, deshalb kann ich das jetzt auch noch für die anderen vier Anträge gleich sagen, wir haben nicht den Eindruck, dass diese je 0,8 HC gestrichen werden sollen und deshalb bitte ich Sie, den Antrag der SVP-Fraktion abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat Präsident Conradin Cramer das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Die Finanzdirektorin hat in der Eintretensdebatte bereits einlässlich Stellung genommen zu diesen Änderungsanträgen, die Sie ja bei fünf von sieben Departementen einbringen. Sie hat geschildert, dass das Projekt als solches wichtig ist, um auch in HR-Themen als riesiger Arbeitgeber, der der Kanton ist, auf einem aktuellen guten Stand zu sein, die gute Aufnahme des Projekts und/aber auch die Notwendigkeit von zusätzlichen Ressourcen, auch mit dem Hinweis, dass gerade im Human Resources-Bereich im Kanton in den letzten Jahren kaum investiert werden konnte. Und um es nochmals deutlich zu sagen, auch aus Sicht meines Departements, der Aufbau und die Betreuung der Systeme kann ohne die im Budget beantragten zusätzlichen Stellen nicht umgesetzt, nicht realisiert werden. Deshalb bitte ich Sie, diesen Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir stimmen über den Änderungsantrag der SVP zur Dienststelle eHR-Projekte im Präsidialdepartement ab.

Abstimmung

JA: heisst Zustimmung zum Antrag der SVP, NEIN: heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

13 Ja, 75 Nein, 7 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005247, 18.12.24 11:19:16]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Antrag wird abgelehnt mit 75 Nein-Stimmen gegen 13 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen.

Wir kommen zum Vorgezogenen Budgetpostulat Oliver Bolliger, Präsidialdepartement, Dienststelle 350 Kantons- und Stadtentwicklung, Quartierjobs, über 40’000 Franken.

Der Regierungsrat hat das Vorgezogene Budgetpostulat erfüllt mit einer Budgeterhöhung um 40’000 Franken. Das ist im Budgetbuch auf Seite 308. Gibt es dazu Anträge? Das ist nicht der Fall, damit ist das Vorgezogene Budgetpostulat erledigt.

Daniel Seiler möchte einen Antrag stellen. Er hat das Wort.

Daniel Seiler (FDP): Wir diskutieren jetzt über dieses Budgetpostulat Quartierjobs schon wieder und müssen wieder eigentlich darüber abstimmen. Ich weiss, wir haben das im Februar oder die Mehrheit hat das überwiesen, jetzt kommt das wieder. Ich verstehe nicht alles ganz richtig, ich bin ja immer noch relativ neu, aber ich frage mich schon, ob wir jetzt fast ein Jahr später nicht zumindest einen Zwischenstand hätten haben können über diese Quartierjobs. 2022 gab es ein Neustart, wir haben noch nicht mal gehört, wie es 2023 lief, geschweige denn eine Hochrechnung über das Jahr 2024. Also von dem her ist es ein bisschen irritierend für mich und daher lehnt die FDP und auch die LDP das Ganze ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat das Wort der Präsident der Finanzkommission Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Daniel Seiler, dass wir darüber heute abstimmen müssen, das müssen wir jetzt wegen Ihnen, weil Sie einen Antrag stellen. Aber dass wir heute darüber sprechen müssen, das ist korrekt, weil es ein Vorgezogenes Budgetpostulat für das Jahr 2025 ist. Deshalb kann ich jetzt in Ihrem Votum, «jetzt kommt das schon wieder», relativ wenig anfangen. Dass es schon wieder kommt, liegt daran, dass es ein Vorgezogenes Budgetpostulat 2025 ist. Deshalb kommt es jetzt schon wieder. Das einfach vielleicht zur Einordnung des Prozesses, vielleicht für das nächste Mal.

Die Finanzkommission nimmt dazu ja auch Stellung in ihrem Budgetbericht auf Seite 51 und 52 und wir weisen darauf hin, dass der Regierungsrat, und ich vermute, Regierungspräsident Conradin Cramer wird das jetzt auch noch sagen, dieses Budgetpostulat vom Regierungsrat erfüllt wird. Aber der Wunsch dieses Budgetpostulats war durch Abstimmung in diesem Grossen Rat entsprechend schon so geäussert worden, deshalb vollzieht auch hier der Regierungsrat das, da sind wir wieder bei der vorherigen Debatte vielleicht, was wir hier drinnen beschlossen haben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Conradin Cramer, möchten Sie das sagen, was Joël Thüring gesagt hat?

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ich sage das gerne, aber nicht, weil Herr Thüring gesagt hat, dass ich es sagen soll, sondern weil tatsächlich nicht mehr allzu viel Diskussionsbedarf hier wahrscheinlich ist. Mit der Weiterführung dieses jährlichen Beitrags von 40’000 Franken kann der Verein seine finanzielle Lage stabilisieren, das Angebot etablieren, ausbauen. Der Regierungsrat sieht das auch so und hat deshalb diesen Betrag von 40’000 Franken ins Budget 2025 eingestellt. Das, und da kann ich vielleicht auch Daniel Seiler beruhigen, entlastet nicht den Verein von der Erwartung, dass weiterhin selbstverständlich Stiftungsgelder und auch andere Drittmittel generiert werden, aber was das Budgetpostulat angeht, besteht hier Einigkeit. Wir haben das so ins Budget aufgenommen und entsprechend ist es bereits vollständig erfüllt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Oliver Bolliger gemeldet.

Oliver Bolliger (GAB): Einfach nur kurz vielleicht zu Daniel Seiler, genau deswegen habe ich ja das schon vorausschauend für zwei Jahre so gemacht, weil ich dachte, ich will nicht jedes Jahr mit einem Budgetpostulat kommen und auch irgendwie indirekt mit diesen zwei Budgetpostulaten die Regierung beauftragen, diese Fragenstellung mit den Quartierjobs endgültig mal zu klären, damit das nicht immer wiederholt daherkommt. Ich bedanke mich bei der Regierung, dass sie vorausschauend auch diese Fragestellung jetzt geklärt haben, sogar den Betrag erhöht haben auf diese notwendigen 40’000 Franken, um der Institution Quartierjobs wirklich für die Zukunft diese Fragestellung abschliessend zu klären. Wie auch Herr Regierungsrat Cramer gesagt hat, Quartierjobs müssen weiterhin Drittmittel finanzieren, damit sie über die Runden kommen, und sie müssen auch weiterhin ihre Leistungen, ein Teil ist auch leistungsbasiert, diese müssen sie auch erbringen, um überhaupt sich zu finanzieren und von dem her ist es wirklich ein vorausschauendes Budgetpostulat gewesen, das jetzt die Regierung umsetzt und ich bedanke mich dafür.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eine Bemerkung zum Ablauf. Der Antrag von Daniel Seiler ist eigentlich ein Budget-Verbesserungsantrag, der schriftlich eingereicht werden muss, wie alle anderen auch. Das ist nicht der Fall, aber ich gehe davon aus, dass wir das alle so richtig verstanden haben, wie es ist, und dass wir darüber abstimmen können. Sonst müssten wir jetzt die Sitzung unterbrechen und es allen schriftlich noch vorlegen. Es geht um die 40’000 Franken, die Daniel Seiler in einem Budget-Verbesserungsantrag wieder streichen möchte. Es hätten Conradin Cramer und Joël Thüring nochmals das Wort, sie verzichten. Wir stimmen über diesen Antrag ab. Eric Weber hat sich noch für ein Votum gemeldet und hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Es ist mir neu nach 41 Jahren Grossrat, dass man da einfach mündlich einen Antrag stellen kann. Ich war um 8 Uhr morgens hier, ich habe meine zwei Anträge gestellt. Ich verlange Rückweisung des Antrages und Nichteintreten, der muss schriftlich vorliegen. Ich bitte um Unterbrechung. Wir können nicht einfach hier Fantasieanträge stellen und dann abstimmen. Das geht nur schriftlich, sonst ist es nicht richtig und gültig.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen zuerst über den Ordnungsantrag von Eric Weber ab, ob Sie diesen Antrag schriftlich benötigen.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung Ordnungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

2 Ja, 83 Nein, 5 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005249, 18.12.24 11:27:01]*

Der Grosse Rat beschliesst

Den Antrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 93 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen führen dazu, dass wir jetzt über diesen Antrag von Daniel Seiler abstimmen.

Abstimmung

JA heisst die Zustimmung zur Budgetverbesserung Quartierjobs, das heisst Streichen von 40’000 Franken. NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

19 Ja, 75 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005251, 18.12.24 11:27:43]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 75 Nein-Stimmen gegen 19 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Damit kommen wir zum Bau- und Verkehrsdepartement (Kommissionsbericht, Seite 23).

Hier liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion SVP vor, wenn sie daran festhält. Wir führen zuerst die allgemeine Debatte zum Departement und beraten danach die Änderungsanträge. Zuerst zum Departement. Joël Thüring verzichtet, Regierungsrätin Esther Keller verzichtet ebenso.

Damit sind wir beim Änderungsantrag. Alle Anträge zum eHR werden zurückgezogen. Es gibt aber noch einen anderen Änderungsantrag und der geht um die Dienststelle 601 Generalsekretariat, 651 Grundbuch- und Vermessungsamt sowie 661 Städtebau und Architektur, Personal- und Sachaufwand (Budgetbericht, Kapitel 3.3, Seite 87) Erfolgsrechnung. Es geht um eine Verbesserung über 180’000 Franken. Das Wort hat der Antragsteller Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Das ist schon der letzte Antrag von uns. Tobias Christ hat es ja auch schon in der Eintretensdebatte thematisiert, diesen Antrag, er hat dort gesagt, dass ihn die Ausführung innerhalb der Finanzkommission überzeugt habe. Es ist so, dass es bei der SVP-Fraktion anders war, uns hat die Ausführung der Finanzkommission in diesem Bereich nicht überzeugt, weshalb hier dieser Headcount von 1,0 Stellen gesprochen werden soll. Wir hatten auch in den letzten Jahren nicht nur bei der Digitalisierung, sondern auch im Bauwesen zahlreiche Mehrausgaben in diesem Bereich und immer wieder neue Stellen gesprochen. Bei den letzten Jahren war es häufig in den Transformationsarealen so und dementsprechend sind wir hier der Meinung, dass wir auch hier einmal kürzen sollten. Es gibt immer wieder die gleichen Ausreden, das Bauen wird aufwändiger und komplizierter, der Klimaschutz wird aufwändiger und komplizierter, die Architektur wird aufwändiger und komplizierter, die Infrastruktur wird aufwendiger und komplizierter und so sprechen wir Jahr für Jahr basierend auf diesem Narrativ einfach neue Stellen.

Hier ist die SVP-Fraktion entschieden der Meinung, dass es auch hier einmal einen Stopp benötigt, gerade auch, wenn man die Gesamtfinanzen des Kantons anschaut, dann muss man irgendwann auch mal b) sagen und nicht immer nur kritisieren, sondern auch wirklich mal überlegen, wo könnte man vielleicht das eine oder andere einsparen. Hier sind wir zum Entschluss gekommen, dass das auch departementsintern kompensiert werden kann und dementsprechend bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, diesem Antrag zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission hat Joël Thüring das Wort.

Joël Thüring (SVP): Dieser Antrag lag nicht vor, die Finanzkommission konnte ihn deshalb nicht beraten. Wir haben aber, wie das ja auch Pascal Messerli und auch vorher schon in der Eintretensdebatte andere Fraktionssprecher ausgeführt haben, zu diesem Themenkomplex durchaus in unserem Finanzkommissionsbericht etwas festgehalten und damit wurde aus Sicht der Finanzkommission für den Moment alles gesagt.

Wir bitten Sie deshalb, den Antrag der SVP-Fraktion abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Esther Keller ist die nächste Sprecherin für den Regierungsrat.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich kann die Anforderung der SVP, dass wir natürlich auf mehr Flächen auch mit Effizienzgewinnen reagieren, absolut nachvollziehen und ich kann Ihnen versichern, das tun wir auch. Es ist nicht so, dass wir für jede paar 100 oder 1'000 m2 mehr Stellen erwarten. Wir haben sehr viel mehr Flächen auch abgefangen über Effizienzsteigerungen, das hat aber irgendwann auch eine Grenze. Ich glaube, es ist objektiv nachweisbar, dass die Flächen zugenommen haben, die wir betreuen. Es ist auch so, dass Sie im gleichen Budget, also in diesem Budget 2025 dem Finanzdepartement auch Mittel sprechen für den Unterhalt dieser zusätzlichen Fläche und das ist auch wichtig, weil Sie möchten ja auch in diese Gebäude investieren. Und deshalb, ich glaube, hier jetzt wirklich einen Headcount, um diese zusätzlichen Mittel auch wirklich umzusetzen, um in diese Gebäude zu investieren, ist sehr wichtig.

Und tatsächlich haben die Anforderungen zugenommen, ich nenne vielleicht zwei, drei als Beispiel. Wir haben zusätzliche Photovoltaikanlagen, die wir betreuen, aber auch Anlagen für die Elektromobilität oder Fassadenbegrünung. Ich glaube, das sind alles Ziele, die Sie uns auch mit auf den Weg gegeben haben und das braucht natürlich mehr Pflege. Ich denke aber auch daran, dass Gebäude heute höher technisiert sind als früher und generell auch höhere Anforderungen bestehen.

Deshalb bittet Sie der Regierungsrat, diesen Kürzungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Diese Stellen sind für die energetische Transformation und Klimaneutralität von Gebäuden im Verwaltungsvermögen. Klimaneutralität, die bis 2037 erreicht werden muss. Das ist nötig und das ist dringend. Deshalb lehnen wir diesen Antrag der SVP ab.

Ich möchte die Gelegenheit nehmen, aber zu betonen, dass die Transformation der Staatsverwaltung in eine klimabewusste und Klimaschutz gerichtete Organisation nicht durch die Schaffung einer neuen Stelle geschehen soll, sondern durch einen Kulturwandel innerhalb der Verwaltung. Wir nehmen also den Regierungsrat beim Wort, wenn es heisst, dieser Kulturwandel braucht Zeit und wir nehmen die Absicht wahr, dass der Regierungsrat diesen Kulturwandel auch intern durchzuziehen gedenkt. Ich hoffe, dass keine grossen Stellenerhöhungen mehr in dieser Frage stattfinden werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Esther Keller verzichtet, Joël Thüring verzichtet ebenfalls. Wir stimmen über diesen Änderungsantrag ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag der SVP, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

33 Ja, 63 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005253, 18.12.24 11:34:49]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderungsantrag wurde abgelehnt mit 63 Nein-Stimmen gegen 33 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

Damit kommen wir zum Globalbudget Öffentlicher Verkehr.

Joël Thüring, wünschen Sie das Wort? Er verzichtet. Raphael Fuhrer hat in der Eintretensdebatte für die UVEK schon gesprochen. Esther Keller verzichtet ebenfalls. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Damit sind wir beim Erziehungsdepartement (Kommissionsbericht, Seite 29).

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Wir führen zuerst die allgemeine Debatte zum Departement und kommen dann zum Änderungsantrag. Joël Thüring, wünschen Sie das Wort? Mustafa Atici wünscht es ebenfalls nicht. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Damit sind wir beim Änderungsantrag angelangt. Der Regierungsrat beantragt eine Verbesserung um 1’000’573 Franken, Dienststelle 230 Volksschulen, Sach- und Betriebsaufwand (Budgetbuch, Kapitel 3.4)

Zuerst der Antragsteller Mustafa Atici für den Regierungsrat.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Lassen Sie mich zu Beginn nur ganz kurz etwas zur Thematik der Lehrmittel sagen. Lehrmittel spielen eine entscheidende Rolle in der Steuerung und Gestaltung des Unterrichts. Ein Lehrmittel hat die Funktion,

den Stoff zu bündeln, zu portionieren und didaktisch so aufzubereiten, dass den Lehrpersonen das Unterrichten erleichtert wird. In den letzten Jahren fanden zudem immer mehr digitale Lehrmittel Eingang in den Unterricht. So werden heute im Unterricht oft analoge und digitale Lehrmittel parallel und ergänzend zueinander verwendet.

Kommen wir nun zum Antrag der Finanzkommission über eine Erhöhung des ED-Budgets für Schulmaterial. Für die kommenden Jahre rechnet der Regierungsrat mit einem ausgeglichenen, wenn nicht gar leicht negativen Jahresergebnis. Trotz der jeweiligen sehr guten Rechnungsabschlüsse der letzten Jahre müssen wir somit eine gewisse Budgetdisziplin für die kommenden Jahre praktizieren. Des Weiteren hat das Erziehungsdepartement in den letzten Jahren in diversen Bereichen stetig und nachhaltig investiert. So wurden viele Angebote auf- und ausgebaut, zum Beispiel Tagesbetreuung, integrative Schule und Digitalisierung.

Aus finanzpolitischen Gründen lehnt der Regierungsrat den Antrag der Finanzkommission auf Erhöhung des Lehrmittelbudgets ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission spricht Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Sie haben den Antrag der Finanzkommission im Bericht ausgeführt erhalten. Ich habe jetzt dem Votum von Regierungsrat Mustafa Atici auch noch zugehört. Wir haben in unserem Bericht geschildert, weshalb wir finden, dass dieses Lehrmittelbudget entsprechend erhöht werden soll. Wir haben unter anderem ja auch zur Kenntnis nehmen müssen, dass dies seit 2015 erst einmal der Fall war, nämlich 2022, und wir haben natürlich auch zur Kenntnis nehmen können, dass der gesellschaftliche Wandel dahingehend ist, dass eben sehr viel mehr auch digital stattfindet und dass diese Lizenzen etwas kosten und dass diese Lizenzen letztlich fast, weil sie pro Kopf sind, dann teurer sind wie das altklassische Bauch, das man auf dem Tisch hat.

Ich möchte da nur ganz kurz einfach noch auf den zweiten Punkt eingehen, das haben wir auch in unserem Bericht noch aufgeschrieben, dass Lehrpersonen dann für den Bezug oder für den Kauf von Lehrmitteln und Materialien teilweise das dann auch noch aus dem eigenen Sack bezahlen müssen. Das ist aus unserer Sicht ein Unding und wenn wir über diese 5,2 Milliarden sprechen, die der Kanton pro Jahr ausgibt und auch einnimmt, dann sind wir der Meinung, dass das nicht sein kann.

Deshalb bitten wir Sie, unserem Antrag zu folgen, der ja auch sehr detailliert aufschlüsselt, in welchen Bereichen, das wie notwendig ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es wurden keine Fraktionsvoten gemeldet, aber ein Einzelvotum. Jessica Brandenburger hat das Wort.

Jessica Brandenburger (SP): Wir sind als Kommission zum Schluss gekommen, dass dieser Antrag sehr wichtig ist, gerade deshalb, weil wir wirklich mit sehr vielen Lehrpersonen gesprochen haben und wir wirklich keine einzige Lehrperson gefunden haben, die gesagt hat, dass sie noch nie eigenes Geld aufgewendet hat für ihren Beruf und das ist schon ein sehr spezieller Umstand. Ich weiss nicht, wie es Ihnen geht, aber eigentlich sollte es ja schon nicht so sein, dass privates Geld aufgewendet werden muss, damit ein funktionierender Schulunterricht stattfinden kann. Früher war es so, man hat ein Buch gekauft, ein Mathematikbuch 5. Klasse, und wenn die 5. Klasse fertig war, dann hat man das Buch an den nächsten Fünftklässler weitergegeben. Heute funktioniert das mit dem Buch halt immer noch so, aber die Lizenz, also das digitale Produkt, das es zu dem Buch gibt, das ist auf eine E-Mailadresse abgeschlossen und die E-Mailadresse, die funktioniert nur für dieses eine Kind. Das haben die Verlage sehr clever gemacht. Und wenn das nächste Kind kommt, dann muss die nächste digitale Lizenz abgeschlossen werden und das kostet.

Das führt dazu, dass dann die Budgets der einzelnen Klassen angezapft werden, und im Umkehrschluss führt das dazu, dass für andere Dinge kein Geld mehr übrig ist, also zum Beispiel für Ausflüge, und je nach Klassenstufe macht das einen grossen Unterschied. In einem P-Zug, also in der Sek zum Beispiel, da bleibt dann nicht mehr viel übrig in der Klassenkasse, weil die Klassenkasse, das ist auch die Kasse, die von den Eltern bestückt wird. Da haben mir Lehrpersonen gesagt, ja, weisst du, unsere Klassenkasse, die ist einfach leer, weil meine Eltern, die haben gar kein Geld, da kann ich schon fragen, aber eigentlich, die Klassenkasse, das gibt es bei mir gar nicht und darum wird die Klassenkasse einfach von mir gefüllt und das Geld, das fehlt, das schiesse ich einfach ein.

Ich finde, das geht einfach nicht. Wir können doch nicht von den Lehrpersonen erwarten, dass sie dieses Geld einschiessen. Es geht da wirklich nicht um Luxus-Dinger, es geht wirklich nicht darum, dass wir den Lehrpersonen irgendwie ein schön eingerichtetes Klassenzimmer finanzieren oder irgendwelche super tollen Stifte oder irgend sowas. Es geht wirklich darum, dass wir unseren Schülerinnen und Schülern das Schulmaterial, das sie für den Unterricht brauchen, finanzieren.

Darum haben wir jetzt diesen Antrag gestellt und ich bin wirklich froh, dass wir eine solide Mehrheit für diesen Antrag haben. Die Lehrpersonen sind Ihnen sehr dankbar, wenn Sie diesen Antrag unterstützen und es ist wirklich Zeit, dass wir unser Budget den Realitäten in den Schulzimmern anpassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Mustafa Atici und Joël Thüring verzichten. Wir stimmen ab über den Änderungsantrag des Regierungsrates, Volksschulen, Sach- und Betriebsaufwand.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

17 Ja, 79 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005255, 18.12.24 11:43:27]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Antrag wurde abgelehnt mit 79 Nein-Stimmen gegen 17 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

Damit sind wir beim Finanzdepartement angekommen (Kommissionsbericht, Seite 32).

Der Änderungsantrag der SVP wurde zurückgezogen. Wir führen deshalb nur eine allgemeine Debatte zum Departement. Zuerst Joël Thüring, der verzichtet, dann Tanja Soland, die ebenfalls verzichtet. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit sind wir beim Gesundheitsdepartement (Kommissionsbericht, Seite 33).

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Der Änderungsantrag zum Gesundheitsdepartement der SVP wurde ebenfalls zurückgezogen. Zuerst die allgemeine Debatte. Joël Thüring, wünschen Sie das Wort? Er verzichtet. Lukas Engelberger verzichtet ebenfalls. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Damit sind wir beim Änderungsantrag des Regierungsrates, Dienststelle 30 Gesundheitsversorgung, Transferaufwand (Budgetbuch, Kapitel 5.5.1) Erfolgsrechnung. Es geht um eine Verbesserung um 120’000 Franken. Zuerst hat der Antragsteller Regierungsrat Lukas Engelberger das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Die Finanzkommission beantragt dem Grossen Rat, die Mittel im Budget 2025 für die Ausbildungsoffensive zur Umsetzung des Verfassungsartikels Pflege um 120’000 Franken zu erhöhen, wir haben es gehört, um damit die Ausbildung von Hebammen zu fördern. Darin ist zunächst eine berechtigte Anerkennung dieses Berufsstands zu sehen. Dem möchten wir uns insofern durchaus anschliessen, wir stellen jedoch Gegenantrag und möchten Ihnen vorschlagen, von dieser Erhöhung gegenüber dem regierungsrätlichen Budget abzusehen. Ich führe das etwas aus.

Die gesetzliche Grundlage der Ausbildungsoffensive Pflege ist das Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege. Dieses beschränkt die Förderung, diese Extraförderung sozusagen, auf die Ausbildung von Pflegefachpersonen und das ist definiert. Das betrifft den Bildungsgang Pflege an einer höheren Fachschule sowie den Bachelor-Studiengang Pflege an einer Fachhochschule. Die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft haben die Förderung dieser Bildungsgänge auf kantonaler Ebene ergänzt um die Ausbildung zur Fachfrau oder zum Fachmann Gesundheit EFZ. Das ist eine Erweiterung. Wir haben das gemacht, weil diese Ausbildung eine mögliche Vorstufe zu den beiden vom Bund geförderten Pflegeausbildungen ist und somit ein wichtiger Zubringer sozusagen für diese Pflegeberufe.

Gestützt auf den neuen seit 1. August geltenden § 60a Abs. 7 des kantonalen Gesundheitsgesetzes hat der Kanton Basel-Stadt die Möglichkeit, bei ausgewiesenem Bedarf zusätzliche Ausbildungen zu fördern. Diese Möglichkeit beschränkt sich jedoch ebenfalls auf weitere Ausbildungen im Bereich der Pflege. Beispiele hierfür wären etwa Nachdiplom-Studiengänge wie Anästhesie oder Intensivpflege sowie die Ausbildung zur Assistentin bzw. zum Assistenten Gesundheit und Soziales. Das wäre abgedeckt von diesen spezifischen Bestimmungen zur Ausbildungsoffensive Pflege.

Der Beruf der Hebamme oder des Geburtshelfers beinhaltet zwar Elemente der Pflege, ist jedoch kein Pflegeberuf an sich. So ist auch die Ausbildung zur Hebamme in der Bildungssystematik gesondert von derjenigen zur Pflegefachperson geregelt. Die Ausbildung zur Hebamme ist somit nicht zu den Ausbildungen im Bereich der Pflege zu zählen und kann deshalb auch nicht so ohne weiteres unter diese Bestimmungen und unter diese Sondermittel Ausbildungsoffensive Pflege subsumiert werden. Die Förderung der Hebammen-Ausbildung gestützt auf die Grundlagen zur Ausbildungsoffensive Pflege ist somit zumindest rechtlich fraglich. Die von der Finanzkommission beantragte Erhöhung der Mittel im Budget des Gesundheitsdepartements würde demnach wahrscheinlich ins Leere laufen.

Dies bedeutet nun nicht, dass eine kantonale Förderung der Hebammen-Ausbildung nicht trotzdem sinnvoll sein könnte, dafür müsste aber zunächst die Versorgungs- und Ausbildungssituation der Hebammen eingehend analysiert werden. Zudem müsste eine allfällige Förderung der Hebammen-Ausbildung vorgängig mit den zuständigen Fachpersonen und Fachorganisationen und auch den politischen Partnern, namentlich aus dem Bildungsbereich, vertieft geprüft werden. Dies unter anderem eben auch mit Blick auf die Rechtsgrundlagen. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, dass die Ausbildungsförderung auch weiterer Gesundheitsberufe diskutiert wird und insofern wäre eine systematischere Betrachtungsweise in Zukunft sinnvoller und zielführender, unserer Meinung nach, als diese jetzt schon eher willkürliche Fokussierung auf die Hebammen-Ausbildung.

Ich möchte Ihnen deshalb beliebt machen, jetzt auf diese Budgeterhöhung nicht einzugehen und beim regierungsrätlichen Vorschlag zu bleiben. Danke für das Verständnis.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission hat das Wort Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Wir bitten Sie, weiterhin am Antrag der Finanzkommission festzuhalten und diese 120’000 Franken für angehende Hebammen zu sprechen.

Wir haben jetzt Regierungsrat Lukas Engelberger gehört, der in erster Linie auch etwas juristisch argumentiert hat. Wir interpretieren es juristisch anders. Wir verweisen auf § 60a des Gesundheitsgesetzes, das das aus unserer Sicht auch tatsächlich so ermöglicht. Dort geht es um die Förderung der Ausbildung und auf diesen entsprechenden Gesetzesartikel nehmen wir auch Bezug. Wir sind der Meinung, dass es hier eine entsprechende Unterstützungsleistung oder zusätzliche Mittel benötigt, die der Kanton sprechen kann und auch sprechen soll. Wir erkennen dort in diesem spezifischen Fall, der ja tatsächlich auch nicht so wahnsinnig viele Menschen letztlich betrifft, wir sprechen hier nicht von 1’000 Hebammen, um vielleicht auch das Ganze wieder ein bisschen zusammenzurücken, deshalb ist ja auch der Betrag sehr gering. Wir sprechen hier von wenigen Personen, nur zumeist Frauen, die Hebammen sind. Dass es dort einen Bedarf gibt, das zeigt sich auch, wenn man mit Vertreterinnen und Vertreter der Branche spricht und auch mit Personen, die in diesem Bereich selber tätig sind, dass wir dort auch in die Ausbildung investieren müssen, investieren sollen und wir sind der Meinung, dass dies mit der Gesetzgebung im § 60a unseres kantonalen Gesundheitsgesetzes so sicher möglich ist und auch aus unserer Sicht, fern der juristischen Beurteilung, richtig und notwendig erscheint.

Deshalb bitten wir Sie, diesen Antrag der Finanzkommission mit Ihrer Ja-Stimme zu stützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Georg Mattmüller, der sich als Einzelsprecher gemeldet hat.

Georg Mattmüller (SP): Ich möchte das Votum des Finanzkommissionspräsidenten insofern stützen und ergänzen, dass ich einfach sagen möchte, bei den Hebammen ist das Feld dünn in der Ausbildung. Man muss schauen, dass da auch in naher Zukunft genügend Ausbildungswillige ihre Ausbildung machen können. Noch dünner ist das Angebotsfeld der Institutionen und Organisationen, die diese Praxis-Module anbieten, die es im Rahmen der Hebammen-Ausbildung braucht, die dann für die pflegespezifischen Ausbildungsinhalte am Bett, in der Pflege, und das auch zum Unterschied zu anderen Gesundheitsberufen, dann auch wirklich ausbilden. Da ist wichtig, dass wir nicht weitere Jahre ins Feld ziehen lassen und deshalb diesen Antrag unterstützen, auch wenn die juristische Subsumtion ein bisschen hinken mag, wobei in einer erweiterten Ausgangslage dann weitere Gesundheitsberufe unter eben den genau gleichen Artikel 60a Abs. 7 subsumiert werden müsste.

Insofern, bitte unterstützen Sie den Antrag, diese Hebammen-Ausbildung zu finanzieren, und lehnen den Antrag des Regierungsrates ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Lukas Engelberger, wünschen Sie nochmals das Wort? Er verzichtet, der Präsident der Finanzkommission verzichtet ebenfalls. Damit stimmen wir über den Änderungsantrag des Regierungsrates ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

2 Ja, 91 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005257, 18.12.24 11:54:06]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Antrag des Regierungsrates wird abgelehnt mit 91 Nein-Stimmen gegen 2 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

Damit kommen wir zum Justiz- und Sicherheitsdepartement (Kommissionsbericht, Seite 36)

Ich möchte einleitend sagen, dass sich Stephanie Eymann hat entschuldigen müssen, sie ist krank und wir wünschen ihr von Herzen gute Besserung.

Hier liegen Änderungsanträge vor. Einer von Eric Weber, einer des Regierungsrates und der Fraktion SP zum selben Thema.

Wir kommen nach dem allgemeinen Teil zum Departement zum ersten Antrag von Eric Weber. Joël Thüring, wünschen Sie zum JSD allgemein das Wort? Er verzichtet. Für den Regierungsrat verzichtet Tanja Soland ebenfalls.

Damit sind wir beim genannten Änderungsantrag. Es geht um die Dienststelle Staatsanwaltschaft (Budgetbericht, Kapitel 3.7.7, Seite 233) Erfolgsrechnung und um eine Verbesserung von 25'520’950 Franken. Herr Weber, Sie haben das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich kann mich kurzfassen. Ich muss aber trotzdem darauf aufmerksam machen, dass ich in einer gleichen Sache vor etwa acht Jahren das Wort entzogen bekommen habe, obwohl ich nur die Begründung vorgelesen habe. Die Begründung wurde ja schriftlich abgegeben und geprüft und wenn Begründung draufsteht, darf ich die auch vorlesen. Ich habe den Antrag gestellt, weil ich ständig eingesperrt werde. Ich habe keine drei Wahlcouverts gestohlen. Die Staatsanwaltschaft hat zu viel Personal. Darum habe ich den Antrag gestellt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Joël Thüring, wünschen Sie das Wort? Tanja Soland verzichtet ebenfalls. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir stimmen über den Antrag von Eric Weber ab.

Abstimmung

JAheisst Zustimmung zum Antrag von Herrn Weber, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 88 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005259, 18.12.24 11:56:57]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Antrag wird abgelehnt mit 88 Nein-Stimmen gegen 1 Ja-Stimme.

Es liegen noch zwei Änderungsanträge vor, die aber jetzt nicht mehr behandelt werden können, weil wir in die Mittagspause gehen. Wir fahren damit um 15 Uhr fort.

Schluss der 43. Sitzung

11:57 Uhr

Protokoll

der 44. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 18. Dezember 2024, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Gianna Hablützel-Bürki (SVP), Anina Ineichen (GAB), Olivier Battaglia (LDP).

Verhandlungsgegenstände:

94. Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK 2
95. Teilrevision des Gesetzes betreffend Einreihung und Entlöhnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons Basel-Stadt vom 18. Januar 1995 (Lohngesetz, SG 164.100) betreffend gesetzliche Grundlage für Lohnnebenleistungen, Bericht der WAK 17
97. Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Zoo Basel für die Jahre 2025 bis 2028 sowie Nachtragskredit für 2025, Bericht der BKK 19
98. Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Kaserne Basel für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der BKK 28

Beginn der 44. Sitzung

Mittwoch, 18. Dezember 2024, 15:00 Uhr

94. Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

[18.12.24 15:00:18, 24.5488.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie herzlich zu unserer Nachmittagssitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilung zu machen:

Besuch auf der Tribüne

Ich begrüsse ganz herzlich eine Gruppe der FMS Basel. Sie ist sogar schon zum zweiten Mal hier. Sie hatte eine Führung und wollte uns auch noch im Betrieb sehen. Ich durfte mich kurz austauschen und sie waren auf dem Turm. Wir freuen uns sehr über dieses Interesse von Ihnen allen und hoffen, Sie haben spannende Einblicke in unsere Budgetdebatte. Herzlich willkommen.

Wir sind stehengeblieben in der Beratung beim Justiz- und Sicherheitsdepartement bei den Anträgen, die zur Staatsanwaltschaft vorliegen, einerseits vom Regierungsrat und andererseits von der Fraktion SP. Es geht um Dienststelle Staatsanwaltschaft, Personalaufwand (Budgetbuch, Kapitel 5.6.4) Erfolgsrechnung, Verbesserung um 1,748 Millionen, respektive zur gleichen Thematik von der SP eine Verbesserung um 1,27 Millionen Franken.

Wir führen die Debatte zu beiden Anträgen, da sie dasselbe betreffen, gemeinsam durch und stimmen dann in einer Eventualabstimmung über die beiden Anträge ab. Der obsiegende Antrag wird dann dem Antrag der Finanzkommission gegenübergestellt. Zuerst hat der Regierungsrat das Wort für den Antrag und da gebe ich Tanja Soland das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Regierungsrat hat seinen Budgetantrag sorgfältig abgewogen und möchte usanzgemäss an diesem festhalten. Unbestritten ist die Strafverfolgung schweizweit massiv überlastet. Die Situation wird als derart problematisch erachtet, dass nun auch die Plenarversammlung der KKJPD am 12. April 2024 ein Projekt verabschiedet hat, das die Ursachen analysieren und Massnahmen zur Verbesserung der Situation vorschlagen soll. Auch in Basel-Stadt bringt die stetig steigende Anzahl an Anzeigen und Pendenzen die Staatsanwaltschaft an den Anschlag. Gleichzeitig binden Grossprojekte wie die Reorganisation der Strafverfolgung oder die Digitalisierung der Schweizer Justiz Ressourcen.

Seit 2019 wurden bei der Staatsanwaltschaft insgesamt 51 Stellen bewilligt, was einem Stellenwachstum von über 20 Prozent entspricht. Im Budget 2025 sind drei zusätzliche Stellen bei der Jugendanwaltschaft, wo der grösste Handlungsbedarf besteht, eine zusätzliche Stelle für drei Jahre befristet bei der Personal- und Organisationsentwicklung sowie eine halbe zusätzliche Stelle für drei Jahre befristet bei der Strafbefehlsabteilung eingestellt. Somit lässt sich also nicht begründen, dass der Regierungsrat keine Stellen sprechen möchte, er hat das bisher auch gemacht und auch für das Budget 2025, sondern was uns wichtig ist, ist, dass der Personalausbau nach unserem Wunsch mit Blick auf die begrenzten finanziellen Ressourcen nur schrittweise und möglichst zielgerichtet erfolgen soll.

Das heisst, die Problematik ist erkannt, wir haben einfach entschieden, dass wir das schrittweise machen, wirklich aufmerksam beobachten, weil wir auch sehen, dass es nicht so einfach ist, die Stellen zu finden bei der Staatsanwaltschaft und wir haben bisher jedes Jahr auch Stellen gesprochen. Das ist der Grund, warum wir an unserem Antrag festhalten möchten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Antragsteller für die SP ist Ivo Balmer, der hiermit das Wort hat.

Ivo Balmer (SP): Ich stelle im Namen der SP bei der Staatsanwaltschaft einen weiteren Änderungsantrag zum Budget 2025. Die von der Finanzkommission geforderten zusätzlichen Stellen möchten wir auf den Teil der Jugendstaatsanwaltschaft

begrenzen. Grundsätzlich haben wir die gleiche Haltung wie alle hier drin, wir wollen, dass die Staatsanwaltschaft funktioniert.

Zur konkreten Ausgangslage. Die Staatsanwaltschaft hat einen zu grossen Pendenzenberg mit Rückständen, das ist klar. Die Verfahren dauern lange, Opfer von Straftaten warten zu lange und es passieren Fehler. Das ist die Ausgangslage. Aber diese Herausforderung wurde in den letzten Jahren politisch erkannt und es wurde auch bereits finanziell gehandelt. Es wurde gesagt, seit 2019 sind rund 51 neue Stellen bewilligt worden, das ist eine Zunahme des Personalbestandes um 22 Prozent. Auch die SP hat dazu die Hand gereicht, denn eine gut funktionierende Strafverfolgung ist uns allen wichtig.

Heute verhandeln wir das Budget 2025 und grundsätzlich teilen wir hierzu die dargelegte Haltung der Regierung. Die SP-Fraktion findet weiter, dass ein allfälliger nächster Erhöhungsschritt mit einer präziseren Analyse einhergehen sollte, mit welcher aufgezeigt werden kann, in welchen Bereichen konkret Ressourcen gebraucht werden und welche betrieblichen Optimierungen bereits ergriffen wurden oder noch werden. Diese Auslegeordnung kann als Grundlage gut funktionieren. Es sind somit primär organisatorische und betriebliche Fragen, die uns zu diesem Antrag bewogen und die Ressourcensteuerung in den Fokus rücken sollten.

Eine Erhöhung, wie sie jetzt von einer Mehrheit der Finanzkommission vorgeschlagen wird, entspricht eher dem Prinzip der Giesskanne und das ist aus unserer Sicht zum jetzigen Zeitpunkt nicht zielführend. Es braucht Übersichten zu betrieblichen Abläufen und Informationen zu erfolgten oder geplanten Optimierungsmöglichkeiten bzw. Anhaltspunkte, in welchen Bereichen die zusätzlichen Stellen auch tatsächlich eingesetzt würden. Das, was jetzt vorliegt, ist uns noch zu wenig ausgereift. Aber wir wollen mit der Erhöhung bei der Jugendstaatsanwaltschaft für ein erstes Hand bieten, in diesem konkret zu benennenden Bereich die Ressourcen zu erweitern. Wir werden auch zukünftig wieder Hand bieten, wenn vertieft analysiert wurde und klarer ersichtlich wird, wie Stellenerhöhungen betrieblich und organisatorisch zielführend wirken können.

Der jetzige Informationsstand genügt noch nicht für alle Bereiche und wir bitten Sie deshalb, unseren abgeschwächten Änderungsantrag zum Budget zu unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission ist nun Joël Thüring an der Reihe.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank für die Diskussion bis zum jetzigen Zeitpunkt. Es ist sicherlich der Antrag, und das sieht man jetzt auch an der Rednerliste, der natürlich am meisten zu diskutieren gibt, auch in der Finanzkommission am meisten zu diskutieren gab, das wird Sie auch wenig überraschen, dass die Diskussion natürlich ähnlich verlaufen ist, was die inhaltliche Bewertung des Antrages anbelangt. Ich möchte trotzdem sagen, dieser Antrag der Finanzkommission hat eine doch breite Zustimmung in der Finanzkommission gefunden. Die Finanzkommission empfiehlt mit 8 zu 3 Stimmen bei einer Enthaltung, diese Personalaufstockung um total acht Stellen.

Es ist auch so, ich möchte das vielleicht klarstellen, aber vielleicht hat Frau Regierungsrätin Soland auch nicht uns oder die Finanzkommission gemeint, selbstverständlich haben wir nicht behauptet, dass der Regierungsrat nicht auch daran ist, dort bei der Staatsanwaltschaft neue Stellen zu schaffen. Sie hat es dann auch ausgeführt, dass der Regierungsrat 3,0 zusätzliche Stellen bei der Jugendanwaltschaft vorgesehen hat, 0,5 Stellen zusätzlich für drei Jahre temporär befristet im Erwachsenenbereich und dann ebenfalls temporär befristet für drei Jahre im Stab der Staatsanwaltschaft. Die Finanzkommission hat diese Ausführung des Regierungsrates, so wie sie Frau Regierungsrätin Soland heute noch einmal auch getätigt hat im Namen des Regierungsrates, selbstverständlich zur Kenntnis genommen.

Wir haben aber auch den ersten Staatsanwalt gehört, der uns gesagt hat, was er insgesamt beantragt hat bei der Regierung, das waren 20,6 Stellen, und deshalb würde ich auch sagen, geschätzter Herr Kollege Balmer, Sie haben es, glaube ich, Giesskanne genannt, ich würde jetzt nicht behaupten, dass der Antrag der Finanzkommission Giesskanne wäre, sondern er ist sehr gezielt auf diese zwei Bereiche verteilt, nämlich zusätzlich zwei weitere Stellen bei der Jugendanwaltschaft und eben sechs weitere Stellen im Erwachsenenbereich. Die Situation der Pendenzenlast, die hat sich, wie ich eingangs erwähnt habe, zwar verbessert, aber sie ist natürlich trotzdem immer noch enorm hoch und das hat die Finanzkommission in einer Mehrheit bewogen, dass wir heute über den Antrag des Regierungsrates hinausgehen. Der Antrag der SP-Fraktion lag uns nicht vor, die Finanzkommission konnte ihn deshalb auch nicht beraten. Die Finanzkommission hält aber an ihrem Antrag entsprechend auch fest.

Ich möchte einfach noch ganz kurz aus dem letztjährigen, aus dem vorletzten Bericht der Aufsichtskommission der Staatsanwaltschaft zitieren. Diese Aufsichtskommission ist ja gerade auch was diese Thematik der Staatsanwaltschaft insgesamt anbelangt, wahrscheinlich oft sehr viel näher wie ein politisches Gremium und sie hat damals im Bericht 2023 festgehalten: Zusammenfassend hält die Aufsichtskommission fest, dass die Kripo, die allgemeine Abteilung und die Wirtschaftsabteilung strukturell überlastet sind. Aufgrund der statistischen Indikatoren geht die Aufsichtskommission davon aus, dass sich die Situation weiter verschärfen wird. Und jetzt, und ich finde dieser Satz oder dieser Teil sollte eben auch eine gewisse Berücksichtigung finden bei Ihrer Entscheidung, was Sie heute abstimmen werden, zu besonderer Besorgnis

gibt dabei Anlass, dass die strukturelle Überlastung zunehmend Auswirkungen auf die Gesundheit von einzelnen Mitarbeitenden zu haben scheint und deshalb mit weiteren Ausfällen und Kündigungen zu rechnen ist, was die angespannte Pendenzensituation weiter verschärfen würde. Die Aufsichtskommission empfiehlt den politischen Instanzen, damit sind auch wir gemeint, diesen Befund zur Kenntnis zu nehmen und die entsprechenden Schlüsse daraus zu ziehen.

Nun kann man andere Schlüsse daraus ziehen, das ist selbstverständlich legitim. Die Finanzkommission ist zum Schluss gekommen, dass eine moderate, zusätzliche Personalaufstockung von sechs und zwei Stellen in diesen beiden Bereichen sinnvoll ist. Wir gewähren nicht das, was die Staatsanwaltschaft ursprünglich wahrscheinlich insgesamt sich gewünscht hätte, sondern versuchen ihr einen Mittelweg zu bestreiten, auch im Wissen, das hat Frau Soland gesagt und da hat sie natürlich recht, dass ja nicht alle diese Stellen bereits dann, wenn wir sie heute sprechen würden, am 1. Januar oder am 1. Februar 2025 besetzt sein werden. Das heisst, wir geben damit nur den Headcount frei, die Stellen müssen danach auch zuerst besetzt werden und auch das wird nicht von heute auf morgen geschehen. Aber die Zahl der Delikte, das haben Sie gesehen in diesen Diagrammen, die uns die Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellt hat, zeigen, dass sowohl im Strafgesetzbuch, beim Betäubungsmittelgesetz, aber auch beim AIG die Zahlen nicht rückläufig sind und deshalb hat die Finanzkommission entschieden mit 8 zu 3 Stimmen bei einer Enthaltung, dass man diese zusätzlichen 1,748 Millionen einstellen soll, um insgesamt acht Stellen zu schaffen.

Deshalb bitte ich Sie im Namen dieser Mehrheit, diesem Antrag der Finanzkommission Folge zu leisten. Und auf die Frage, die dann der Grossratspräsident stellen wird, es ist ja eine Eventualabstimmung, Regierung gegen SP-Antrag, dazu hat die Finanzkommission keine Haltung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir bei den Fraktionsvoten und Pascal Messerli angelangt für die SVP.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion wird hier dem Antrag der Finanzkommission zustimmen und den Antrag des Regierungsrates und derjenigen der SP-Fraktion ablehnen. Bei der Haltung des Regierungsrates kann die SVP-Fraktion wirklich nur den Kopf schütteln, nicht nur finanzpolitisch, sondern hier auch sicherheitspolitisch. Der Regierungsrat hat hier eine völlig falsche Prioritätensetzung. Darauf haben wir auch schon beim Legislaturplan hingewiesen, in welchem die Sicherheit nicht einmal erwähnt wird. Wir sind seit Jahren der kriminellste Kanton, bei der Staatsanwaltschaft existieren über 13’000 pendente Fälle. Niemand kann mit der jetzigen Situation zufrieden sein und deshalb benötigt es dringenden Handlungsbedarf. Es ist doch schon auch eine absolute Farce, ich habe es heute Morgen schon gesagt, wenn wir es fertig bringen, in den letzten vier Jahren 1'000 neue Staatsstellen zu sprechen und gleichzeitig nicht bereit sind, in der Sicherheitspolitik, der zentralsten Staatsaufgabe überhaupt, derartige Missstände zu beheben.

Und wenn ich dann den Abänderungsantrag der SP sehe, dann muss ich hier etwas weniger den Kopf schütteln, weil immerhin der Bedarf bei der Jugendanwaltschaft anerkannt wird. Aber trotzdem, auch wenn ich Ivo Balmer normalerweise immer sehr schätze für seine genialen Voten, hier eiert die SP schon genau gleich herum bei Sicherheitsfragen, wie es die GLP in finanzpolitischen Fragen tut. Sie sprechen von einer Gesamtschau. Sie sprechen davon, dass wir Ressourcen gezielt einsetzen sollen, was in einem Umkehrschluss heissen soll, die Staatsanwaltschaft soll Prioritäten setzen. Das würde ja dann im Umkehrschluss aber bedeuten, dass die Staatsanwaltschaft in gewissen Bereichen weniger tätig sein soll und da frage ich schon in die Runde der SP-Fraktion, welche jetzt hier diesen Antrag unterstützt, in welchen Bereichen soll die Staatsanwaltschaft bei den 13’000 offenen Fällen nicht prioritär handeln? Soll die Staatsanwaltschaft Gewaltdelikte gegen Männer weniger prioritär behandeln? Soll die Staatsanwaltschaft Strassenverkehrsdelikte ignorieren oder benötigt es etwa weniger Ressourcen bei Betrugsfällen, bei Schockanrufen oder benötigt es weniger Ressourcen bei Raub- und Einbruchsdelikten, wo die Staatsanwaltschaft weniger aktiv sein soll? Sie sehen ja schon bei der Fragestellung, dass dies völlig absurd wäre.

Selbstverständlich ist es eine zentrale Staatsaufgabe, dass bei der Staatsanwaltschaft sämtliche pendente Fälle nach Möglichkeit abgeschlossen werden und hier nicht irgendwelche Triagen stattfinden, das kann doch nicht in unserem Sinne sein. Und dass Fälle abgeschlossen werden zu einer richtigen Zeit, das ist im Sinne von allen. Es ist im Sinne der Behörden, es ist im Sinne der Mitarbeiter, es ist im Sinne der Opfer, der Opferhilfe, der Geschädigten und auch im Sinne der Beschuldigten. Ich bin in der Strafverteidigung tätig. Wenn ich Anrufe von meinen Klienten bekomme, sind die meisten Fragen dann immer, wann ist der Fall endlich abgeschlossen, wann bekomme ich meine Gegenstände zurück, wann kann ich dieses Kapitel endlich abschliessen, etc. Es kann doch nicht in Ihrem Sinne sein, dass wir hier nicht derartige Missstände beheben und hier endlich einmal diese benötigten Ressourcen sprechen, damit dieser Pendenzenberg schnell abgebaut werden kann und wir langfristig hier eine gute Lösung finden.

Und im Übrigen ist Ihr Verhalten hier schon auch etwas widersprüchlich. Beim Strafgericht haben Sie erst vor kurzem mehr Stellenprozente für Gerichtspräsidien gesprochen, weil der Aufwand zugenommen hat, ja, er hat zugenommen, und dann macht es doch auch Sinn, dass wir bei der Staatsanwaltschaft diese Ressourcen sprechen, weil 95 Prozent aller Fälle werden im Strafbefehlsverfahren beendet. Dementsprechend benötigt es diese Ressourcen bei der Staatsanwaltschaft.

Ich bitte Sie hier im Namen der SVP-Fraktion, der Finanzkommission zu folgen, den SP-Antrag und auch den Antrag der Regierung abzulehnen, um hier endlich diese Sicherheit prioritär zu behandeln im Sinne unserer Bevölkerung, welche das hier auch erwarten darf.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die FDP spricht David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich wiederhole jetzt, ich gebe es zu, ein bisschen Herr Messerli, bringe vielleicht teilweise Science Speech ein bisschen im FDP-Slang rüber. Aber ich glaube, wir müssen einfach sehen, die Arbeit ist vorhanden und wenn die SP plötzlich von Betriebswirtschaft redet, dann ist das sehr verdächtig. In anderen Bereichen unseres Staates ist die Betriebswirtschaft der Teufel per se. Wenn es mehr Schülerinnen und Schüler gibt, dann ist für alle auf der linken Seite klar, dann erhöhen sich automatisch die Stellen der Lehrerinnen und Lehrer. Wenn da jemand von uns sagen würde, könnte man nicht prüfen, ob es nicht betriebswirtschaftlich besser wäre, wenn die Klassengrössen wieder erhöht werden, dann würden wir ausgebuht aus diesem hohen Hause. Wenn aber die Kriminalität, die Anzeigen steigen, dann sagen Sie, jetzt müssen wir zuerst alles analysieren, grosse Studien machen, optimieren. Das ist sicherlich in einem gewissen Masse richtig, aber während der Zeit, in der Sie studieren, analysieren lassen wollen, wachsen einfach die Pendenzenberge, es wird noch schlimmer.

Das ist nicht Arbeit, die sich die Staatsanwaltschaft selber macht. Wir haben ein sehr begrenztes Opportunitätsprinzip. Wir haben gewisse Grenzen, gewisse Schwergewichte, die gesetzt werden, auch von der Regierung, aber das ist im Bereich, wie die immer gesagte Hohl-Kriminalität, wo wirklich aktiv nach Anzeigen gesucht wird, aber der normale Diebstahl, Raub, etc., der wird herangetragen an die Polizei und an die Staatsanwaltschaft und da haben sowohl Opfer wie Beschuldigte wie die gesamte Gesellschaft einen Anspruch darauf, dass dies in vernünftiger Qualität, in vernünftiger Zeit durch die zuständigen Instanzen abgearbeitet wird.

Ich erinnere mich daran, der Antrag mit den Strafgerichtspräsidien wurde enthusiastisch von den Linken aufgestockt. Wir haben es auch unterstützt, aber da war eine andere Begründung, als Steigerung der Parteiabgaben, wenn ich Sie jetzt ernst nehme, wahrscheinlich war es das nicht. Dort wurde auch begründet, das kommt mehr in dem ganzen System durch und das muss bewältigt werden. Und das ist wirklich eine Vertrauenskrise in den Staat, wenn Sie da die Ressourcen, die, glaube ich, wirklich ausgewiesen sind, zurückhalten. Ihr prinzipielles Misstrauen gegenüber der Strafverfolgung können Sie nicht mit diesem betriebswirtschaftlichen Slang vertuschen, so naiv sind wir hier nicht. Dann ist die Jugendanwaltschaft vielleicht politisch korrekter als die Strafverfolgung bei Erwachsenen.

Ich bitte Sie, den Schalmeienklängen der SP da nicht zu folgen. In der Eventualabstimmung müssen wir leider, die SP ist das geringere Übel als die Regierung, der SP folgen, aber dann der Finanzkommission, um wirklich einen Schritt vorwärtszumachen. Und analysieren und studieren dürfen Sie da noch, solange Sie wollen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Mitte-EVP spricht Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich danke Ivo Balmer zunächst. Er hat mir aus dem Herzen gesprochen, indem er gesagt hat, wir wollen, dass die Stawa funktioniert. Das ist es, das ist der Hauptsatz, den wir uns heute immer wieder sagen müssen, wir wollen, dass die Stawa funktioniert. Aber wir wissen, dass sie seit 2011 auf dem Zahnfleisch läuft und dass es irgendwann einfach nicht mehr geht und dieser Punkt ist überschritten. Wir haben einen Notstand in der Strafverfolgung. Dem können wir nicht einfach immer wieder aus dem Wege gehen, indem wir sagen, ja, die sollen jetzt mal da betriebswirtschaftliche Analysen machen.

Es hat drei Untersuchungen gegeben in dieser Zeit über die Arbeitstätigkeit der Staatsanwaltschaft. 2011 hätte man über 60 Stellen gebraucht mit dem Einführen der neuen StPO, es sind etwas über 20 damals bewilligt worden. Jetzt sind in den letzten vier Jahren, das ist richtig gesagt worden, tatsächlich einige Stellen neu bewilligt worden, aber in dieser Zeit seit 2018, wenn Sie die Anzeigestatistik anschauen, sind die beanzeigten Delikte um 38 Prozent gestiegen. Weniger, viel weniger Stellen sind neu bewilligt worden und wir haben aber immer noch das System und da haben wir leider letztes Mal eine kleine, es war eine winzige Chance verpasst, damit man in Bern die Strafprozessordnung nochmals hätte anschauen können. Das Hauptproblem liegt ja dort, das wissen wir. Es ist nicht die Organisationsform der Stawa und wir überprüfen ja diese im Übrigen jetzt auch, indem wir es überführen in eine neue Struktur der Polizei, aber wir können nicht warten, bis das geschehen ist. Es sind tausende von Delikten, die nicht bearbeitet werden können. Das ist doch unwürdig für einen Kanton wie Basel, das ist doch unwürdig für die Schweiz. Wir sind doch keine Bananenrepublik.

Wir haben Unterschriften gesammelt für die Mitte im Zusammenhang mit der Aufstockung der Stellenprozente bei der Staatsanwaltschaft, haben eine Petition eingereicht. Ich war auch auf der Strasse und da hat eine ältere Dame, sie hat dann mit mir geredet, 83 ist sie, hat plötzlich Tränen in den Augen gehabt und hat mir gesagt, wissen Sie, das ist genau das, was

mir geschehen ist. Mir ist die Handtasche gestohlen worden und dann habe ich die Anzeige gemacht und nichts mehr gehört bis zur Verjährung des Delikts. Wir riskieren doch, dass unsere Menschen in diesem Kanton das Vertrauen in die Justiz verlieren, das Vertrauen in den Rechtsstaat verlieren, das Vertrauen in unseren Staat verlieren. Was nützt uns das, was haben wir da für einen Profit, wenn wir das weiter pflegen offenen Auges.

Ich plädiere also sehr dafür, dass wir zumindest dem Antrag der Finanzkommission folgen heute. Die Staatsanwaltschaft bräuchte wesentlich mehr Stellen und das ist nicht das Problem einer ineffizienten Behörde, sondern es ist das Problem einer sehr komplizierten Prozessordnung und es ist das Problem von stark gestiegenen beanzeigten Delikten.

Und ich habe natürlich auch gehört, die sollen doch besser priorisieren. Aber was heisst denn konkret, priorisieren in diesem Zusammenhang. Das heisst doch nichts anderes, als einen Teil der Delikte liegenlassen und das darf doch nicht sein. In einem Rechtsstaat sind doch alle Delikte grundsätzlich zu verfolgen, egal, ob Arme oder Reiche, ob Linke oder Rechte oder wer auch immer betroffen ist. Justitia ist deshalb blind, sie soll auch blind sein. Und ich glaube nicht, dass wir uns einen Gefallen tun, wenn wir sagen, wir priorisieren und es wurde letztes Mal dann auch gesagt, man muss ja nicht alle Delikte im Zusammenhang mit Demonstrationen, also Sachbeschädigungen und so verfolgen. Doch, auch diese Delikte müssen verfolgt werden, es sei denn, wir ändern zuerst das Strafgesetzbuch. Das Gesetz gilt für alle gleich und das sollten wir einfach pflegen und an dem sollten wir nicht ritzen. Und wenn hier nun mehr Stellen, mehr Ressourcen nötig sind, müssen wir diese doch im Interesse unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger zur Verfügung stellen.

Ich plädiere also sehr dafür, unabhängig von der Partei, unabhängig von der Herkunft, blind zu überlegen, ist es das wirklich wert, dass wir riskieren, dass die Menschen das Vertrauen in unseren Staat verlieren, weil wir nicht in der Lage sind zu erkennen, dass seit nunmehr etwa 13 oder 14 Jahren hier ein Problem gewachsen ist und immer noch grösser wird. Ich plädiere dafür, nicht zu warten, nicht weitere Untersuchungen zu machen, es gibt genügend Belege dafür, dass es dringend notwendig ist. Also unterstützen Sie den Antrag der Finanzkommission, der ist moderat, ist weit unter dem, was die Staatsanwaltschaft brauchen würde, aber es ist immerhin mehr als ein Tropfen auf den heissen Stein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelvoten und zu Anouk Feurer.

Anouk Feurer (GAB): Ich kann nicht ganz der Logik folgen, dass bei gleichbleibenden Stellenprozenten die Staatsanwaltschaft plötzlich Zeit zum Aufräumen haben sollte. Ich persönlich habe erst dann Zeit zum Aufräumen, wenn ich eben weniger zu tun habe. Im Bericht der Aufsichtskommission der Staatsanwaltschaft wird auf die Überlastung in den verschiedenen Bereichen hingewiesen. Ein beträchtlicher Teil des Mehraufwands der Staatsanwaltschaft ist mit der neuen Strafprozessordnung verbunden. Diese hat diverse Prozessrechte für Beschuldigte eingeführt, welche zu einem Mehraufwand bei den Gerichten und bei der Staatsanwaltschaft führte. Damit diese Rechte der Beschuldigten gewahrt werden können, braucht die Staatsanwaltschaft genügend Stellenprozente. Würden wir nun der Staatsanwaltschaft die entsprechenden Ressourcen nicht gewähren, schwächen wir die neue StPO, welche im Grundsatz eigentlich sehr gut ist. Letzte Woche haben wir ja zum Beispiel zum Schutz der StPO eine Standesinitiative abgelehnt.

Die Berichte pro Beschuldigte haben sich in den letzten Jahren unter anderem wegen zum Beispiel psychologischen Gutachten in der Länge zugenommen und längere Berichte führen zu mehr Zeit pro Bericht und das führt natürlich auch zu einer steigenden Arbeitslast. Priorisierung ist wichtig, aber wenn die Anzahl Pendenzen pro Staatsanwält*innen dermassen ansteigt, in gewissen Bereichen sind es fast 90 pendente Fälle pro Staatsanwältin, kann es natürlich sein, dass Opfer von Delikten im Stich gelassen werden und ewig warten müssen. Und im schlimmsten Fall verjährt irgendwann ein Delikt, was besonders stossend wäre, wenn es dann wegen der Belastung und wegen der Priorisierung der Staatsanwaltschaft nicht zur Verhandlung gekommen wäre.

Man kann die Prioritätensetzung und die Arbeitsweise der Staatsanwaltschaft durchaus kritisieren. Gleichzeitig muss man aber anerkennen, dass die Arbeitslast der Mitarbeitenden enorm hoch ist und man muss diese ernst nehmen. Für die Gesundheit der Angestellten ist es zentral, dass zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Wenn eine klare Überlastung vorliegt, sehe ich es als unsere Aufgabe an, die nötigen Ressourcen zur gesetzmässigen Umsetzung zur Verfügung zu stellen.

Aus diesen Gründen empfehle ich Ihnen, diesen Änderungsantrag der SP abzulehnen, aber natürlich in der Eventualabstimmung zuzustimmen, eine Mehrheit der Grün-Alternativen Fraktion wird dem Antrag der Finanzkommission folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Patrick Fischer.

Patrick Fischer (SVP): Der Vorteil des Milizparlamentes ist es, dass verschiedene Berufe hier ihre Blickwinkel aufzeigen können. Ich arbeite genau dort, wo diese vielen ominösen Ordner stehen, und würden Sie morgen, anstatt hierher zu kommen, bei uns beginnen, könnte ich jedem von Ihnen einen Fall zuteilen, der sofort eine Verhaftung zur Folge hätte.

Zur Staatsanwaltschaft. Nicht alle hier drin mögen die Staatsanwaltschaft, nicht alle sind begeistert davon, aber es braucht sie nun mal. Mit einer massiv strukturell überlasteten Staatsanwaltschaft erhalten wir nicht keine Staatsanwaltschaft, sondern eine schlechte Staatsanwaltschaft. Wir brauchen mehr Personal, damit wir auch richtig arbeiten können. Es ist wichtig, dass die Verfahren ordentlich bearbeitet werden können und nicht verjähren. Zur Jugendstaatsanwaltschaft. Genau diese ist wichtig, weil hier bereits am Anfang einer kriminellen Karriere Grenzen aufgezeigt werden. Und zur Kantonspolizei. Die Staatsanwaltschaft respektive die Kriminalpolizei arbeitet eng mit der Kantonspolizei zusammen und wird das in Zukunft noch mehr tun. Die Kantonspolizei wird mit Schwerpunktaktionen beauftragt, wie zum Beispiel die Drogenproblematik in Kleinbasel einzudämmen. Daraus resultieren aber Verfahren, welche durch die Staatsanwaltschaft bearbeitet werden müssen.

Hier wurde vielfach auch die Prioritätensetzung angesprochen. Die Staatsanwaltschaft und damit auch die Kriminalpolizei wird vielfach kritisiert. Zuständig dafür ist der erste Staatsanwalt und die leitende Staatsanwältin und Chefin der Kriminalpolizei. Beide Personen wurden hier drin mit überwältigender Mehrheit gewählt und zuvor von der Wahlvorbereitungskommission sorgfältig geprüft.

Dann noch zum Bevölkerungszuwachs. Auch das wurde bereits erwähnt, mehr Einwohner bedeuten mehr Schüler, das wiederum mehr Lehrer. Das haben wir mehrfach gehört heute. Mehr Einwohner bedeutet aber leider auch mehr Kriminalität, mehr Täter und mehr Opfer. Und bevor ich Sie nun darum bitte, dem Antrag der Finanzkommission zu folgen, noch eine Zahl. 13’149 pendente Verfahren. Das bedeutet, 13’149 Opfer von Straftaten, die auf Gerechtigkeit hoffen. Das bedeutet, 13’149 mutmassliche Täter, die nicht zur Rechenschaft gezogen werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Endlich haben wir einmal eine Diskussion, die einem Parlament würdig ist. Ich komme zu Ivo Balmer. Er hat gesagt, er bittet darum, dass man seinen abgeschwächten Antrag unterstützt. Lieber Ivo Balmer, das mache ich, ich unterstütze Ihren abgeschwächten Antrag. Ich möchte mit Links wählen und ich begründe auch warum. Es heisst oft, ich bin rechtspopulistisch. Aber lieber Ivo Balmer, als Politiker muss man fischen, wo man fischen kann und nur das mache ich. Wir müssen fischen und wer den besten Fisch hat, kann da vorne stehen und reden.

Wir reden zum Thema Staatsanwaltschaft. Ich darf mit Stolz sagen, ich bin der Grossrat, der der meisten Kontakt mit der Staatsanwaltschaft Basel hat. Seit meiner Kindheit, seit ich 20 Jahre jung war, das war vor 41 Jahren, und ich denke, auch die nächsten 40 Jahre werde ich Stammkunde sein bei der Staatsanwaltschaft. Ich bin, das wissen Sie ganz genau, nicht kriminell, ich möchte nur bei Ihnen sein in diesem wunderschönen Parlament. Das ist mein einziger Wunsch, aber gewisse Leute wollen das nicht und dann sage ich, nein, das geht nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, bitte sprechen Sie zum vorliegenden Antrag.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich komme zu meinem Vorredner, Grossrat Bruno Lötscher. Er hat gesagt, die Staatsanwaltschaft funktioniert nicht so richtig, die Staatsanwaltschaft ist auf dem Zahnfleisch, wir haben einen Notstand. Ich muss das bestreiten, die Staatsanwaltschaft hat genügend Kapazitäten, um unliebsamen Politiker vorzuladen. Die Staatsanwaltschaft sagt ja auch immer, wir müssen Prioritäten setzen. Und Sie haben gesagt, Bruno Lötscher, was wir haben mit der Staatsanwaltschaft, sei unwürdig und wir sind keine Bananenrepublik. Ja gut, wenn es so ist, dann ist es so. Sie haben auch gesagt, das Vertrauen ist verloren gegangen. Herr Lötscher, der Bürger von Basel hat schon längstens das Vertrauen in unseren Kanton Basel-Stadt verloren.

Und dann wurde von meinem Vorredner noch gefragt, welcher Profit haben Sie, wenn die Staatsanwaltschaft schwach ist. Das wurde besprochen und ich sage es Ihnen, es sind Wählerstimmen und das ist ein Profit, den man hat, zum Beispiel bei der nächsten Grossratswahl am 22. Oktober 2028. Dann noch zu Patrick Fischer. Sie haben gesagt, Kriminalität, Drogen in Kleinbasel, aber ich habe da meine Interpellation, in der ich gefragt habe, warum keine Polizei am Claraplatz ist. Ich sehe jeden Tag die Drogendealer und keine Polizei am Claraplatz, das ist meine Interpellation. Sie haben richtig gesagt, nicht jeder liebt die Stawa, das ist okay, mehr Personal wird von mir bestritten, und Sie haben gesagt, die Kantonspolizei macht etwas gegen die Drogenkriminalität in Kleinbasel. Das wird von mir bestritten, weil ich jeden Tag am Claraplatz bin und dort mein Postfach mache.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir bei Thomas Widmer-Huber als Einzelsprecher angelangt.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Bei der Staatsanwaltschaft waren Ende 2023 13'000 Fälle pendent, wir haben es vorher schon gehört, und das trotz Aufstockung des Personals in den letzten Jahren und trotz einer guten Erledigungsquote. Insbesondere wegen der zunehmenden Delikte und Anzeigen sowie der neuen Strafprozessordnung hat der Aufwand für die Strafverfolgungsbehörden massiv zugenommen. Die enorme Arbeitslast hat Auswirkungen auf die Gesundheit der Mitarbeitenden, das haben wir auch schon gehört, einige leiden an einem Burnout, andere sind nahe daran und nicht wenige sehr erfahrene Staatsanwälte und Staatsanwältinnen haben die Kündigung eingereicht.

Bei den schweren Gewalt- und Sexualdelikten sind die Strafanzeigen in den letzten Jahren signifikant gestiegen. Auch diese Fälle müssen zeitnahe vor Gericht gebracht werden. Die Opfer dürfen nicht wegen Personalmangel im Stich gelassen werden. Der Bericht der Aufsichtskommission Staatsanwaltschaft über die Tätigkeit und Feststellungen für das Jahr 2023/2024 zeigt ein düsteres Bild. So ist etwa bei der Kriminalpolizei die Rede von inakzeptablen Verzögerungen bei der Bearbeitung von Fällen. Auch bei der Jugendanwaltschaft sind gemäss dem erwähnten Bericht die Rückstände markant angestiegen. Das Mass der Arbeitsbelastung sei nicht mehr tragbar und machbar.

In meiner schriftlichen Anfrage im Mai dieses Jahres habe ich eine Aufstockung des Personals bei der Staatsanwaltschaft und der Jugendanwaltschaft gefordert. Die Regierung hat im Budget nur eine knappe Aufstockung vorgesehen. Das können wir von der EVP hier nicht nachvollziehen. Aufgrund der vorgängigen Ausführungen unterstützen wir den Antrag der Finanzkommission auf zusätzliche Stellen. In diesem Sinne bitten wir Sie, der Aufstockung des Personals bei der Staatsanwaltschaft und der Jugendanwaltschaft zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (GAB): Seit Jahren können wir in den Berichten der Aufsichtskommission darüber lesen, wie die Staatsanwaltschaft kritisiert wird. Kritisiert für ihre Prioritätensetzung, kritisiert dafür, wie sie sich intern organisieren. In den letzten vier Jahren wurden bereits, wir haben es gehört, 50 Stellen zusätzlich geschaffen. Wir haben dem zugestimmt mit der Erwartung, dass auch in der Organisationsform der Staatsanwaltschaft etwas passiert. Die Rückstände sind zurückgegangen, das können wir lesen, die Belastung in der Staatsanwaltschaft ist, je nachdem, wen es betrifft, sehr unterschiedlich. Wir haben die Kritik, was fehlt ist eine griffige Aufsicht der Staatsanwaltschaft, eine Aufsichtskommission, die wirklich Kompetenzen hat. Unabhängig davon, wie wir heute entscheiden, ist das bestimmt ein Thema, das angegangen werden muss.

Und wenn dann gefragt wird, auf was verzichtet werden kann, ich habe da gewisse Ideen, zum Beispiel, wenn es um riesige Prozesse bei Basel Nazifrei geht, die über Jahre lang hingezogen werden, wir sind wieder auf Welt 1, weil die Arbeit unsauber gemacht wurde mit einem riesigen Ressourceneinsatz. Ein anderer Fall, zum Beispiel, wenn sich die Staatsanwaltschaft mit Ressourcen dafür einsetzt, dass die Immunität von Nationalrätin Sibel Arslan aufgehoben wird, das natürlich abgeschmettert wird, weil ihr Einsatz für einen Dialog bei Demonstrationen natürlich rechtens war.

Und was kommt jetzt? Es kommt ein Antrag für, wenn sie frei wählen könnten, 50 Stellen, wenn es dann um den Antrag geht, um 20 Stellen und jetzt in der Finanzkommission um sechs Stellen, die irgendwo eingesetzt werden sollen. Ja, schon in der Erwachsenen Staatsanwaltschaft, aber wo? Und das spielt genau in das hinein, was wir seit Jahren kritisieren, was die Aufsichtskommission seit Jahren kritisiert, es fehlt die Struktur, es fehlt die Ordnung bei der Staatsanwaltschaft. Und bevor wir irgendetwas sprechen können mit gutem Gewissen, müssen wir doch anschauen, muss die Staatsanwaltschaft die Führung der Staatsanwaltschaft anschauen, wie sie organisiert ist, wie sie sich Ressourcen effizient organisieren können und erst dann, wenn ganz klar ist, wo die Ressourcen eingesetzt werden sollen, mit welchen Zielen sie überhaupt eingesetzt werden, wir haben keine Zielvorstellung für diese sechs zusätzlichen Stellen, erst dann können wir überhaupt darüber reden, ob wir diese Ressourcen aufstocken wollen.

Deshalb werde ich und werden wir von Basta dem Antrag der SP folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfragen an? Sie werden angenommen. Zuerst Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Lieber Nicola Goepfert, bezüglich des Riesenprozesses Nazifrei. Es ist Ihnen schon auch bewusst, dass das nicht bei der Staatsanwaltschaft am Schluss aufgelaufen ist, sondern dass das Strafgericht letztlich ursächlich ist, dass wir wieder auf Feld Null sind?

Nicola Goepfert (GAB): Ja, das Strafgericht spricht sich ab, die Stawa fälscht Beweise. Ich glaube, alle haben da einen Finger im Spiel.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Zweite Frage bitte.

Pascal Messerli (SVP): Herr Goepfert, Sie haben jetzt zwei Fälle genannt, die Ihnen nicht gepasst haben. Ist das Ihre fundierte Analyse der Prioritätensetzung im Rahmen der Frage, dass noch 13'000 andere Fälle offen sind?

Nicola Goepfert (GAB): Der Staat muss überall Prioritäten setzen und ich glaube, wenn wir vermehrt Verfahren haben, die zu keinem Ziel führen, ja, dann ist dort ein Punkt, wo sie die Verfahren vielleicht nicht mit diesem Aufwand führen sollten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich möchte an dieser Stelle Sie alle bitten, mit Vorwürfen gegenüber der Verwaltung zurückhaltend und sehr vorsichtig zu sein. Jetzt werden noch mehr Begehren für Zwischenfragen gestellt. Nehmen Sie sie an? Sie werden angenommen. Zuerst Franz-Xaver Leonhardt. Ich bitte um kurze Fragen und kurze Antworten.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Lieber Nicola Goepfert, habe ich richtig verstanden, dass Sie gesagt haben, dass die Staatsanwaltschaft Beweise fälscht?

Nicola Goepfert (GAB): Wir kennen den Fall des Videos, dass sie vor dem Gericht vorgelegt hat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Nicola Goepfert, habe ich Sie auch richtig verstanden, dass Sie als Politiker der Staatsanwaltschaft vorschreiben wollen, wo sie ermitteln soll und wo nicht?

Nicola Goepfert (GAB): Die Kritikpunkte, die ich geäussert habe, kommen aus der Aufsichtskommission und die können Sie im Bericht der Aufsichtskommission nachlesen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Ich wollte nur noch schnell zu den Priorisierungen etwas sagen. Das ist nicht einfach so Handgelenk mal Pi. Vielmehr müssen die Staatsanwälte zuerst die Fälle von inhaftierten Tätern abarbeiten. Das heisst, wenn ein Staatsanwalt in einer grösseren Angelegenheit involviert ist und es kommt ein Haftfall hinein, dann muss er sofort alles stehen und liegenlassen und den Haftfall bearbeiten. Sie wissen, dass die Haft nicht einfach nach der Schwere des Delikts ausgesprochen wird, sondern auch wegen Kollusionsgefahr, Fluchtgefahr und anderen Kriterien. Wir haben ja heute vorher gehört, wer auch noch so inhaftiert wird ab und an.

Ich bitte Sie, dem Antrag der Finanzkommission nun zu folgen. Es ist wichtig, dass die Staatsanwaltschaft nun besser dotiert wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für ein zweites Votum ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Andrea Strahm, wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie Bezug auf mich genommen. Ich habe es so verstanden, Sie haben gesagt, wer inhaftiert war, wissen wir hier, aber Sie haben keinen Namen genannt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Her Weber, es geht nicht immer um Sie, sprechen Sie zur Sache oder ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte Bezug nehmen auf meine Vorredner. Thomas Widmer-Huber, Sie haben gesagt, bei der Staatsanwaltschaft leiden viele an Burnout. Es wäre interessant, wenn Sie recherchiert hätten, wie viele Fälle das sind. Und lieber Thomas Widmer-Huber, das ist nicht unser Problem, die Leute haben einen tollen Lohn. Besser hat mir die Rede von Nicola Goepfert gefallen. Er hat richtig gesagt, wir haben 50 Stellen mehr der Staatsanwaltschaft gegeben. Ich werde noch ein SP-Politiker. Prioritäten hat er gesagt, 50 Stellen zugestimmt, Rückstände sind zurückgegangen und jetzt komme ich zum Knackpunkt, Nicola Goepfert hat richtig gesagt, es fehlt die Aufsicht. Das Thema Aufsicht hat mich beschäftigt. Ich habe keinen Ansprechpartner, weil eine Aufsichtsbehörde fehlt. Darum zum Thema Staatsanwaltschaft, ich war beim Chef Staatsanwalt, bei Herrn Fabbri, und wollte solche Sachen diskutieren und was sagt mir Herr Fabbri, es ist die Wahrheit, Herr Weber, mein Kind ist Ihr grösster Fan.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Sprecherin des Regierungsrats, wenn sie es wünscht. Sie verzichtet. Der Sprecher der Finanzkommission hat das Wort, Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank für diese Diskussion, die Sie hier nun geführt haben. Ich kann Ihnen versichern, die Finanzkommission möchte nicht entscheiden, wo diese Stellen geschaffen werden. Wir schreiben in unserem Bericht explizit, diese zusätzlichen Stellen sollen dort eingesetzt werden, wo der Bedarf am grössten ist. Die Finanzkommission glaubt, dass diese Entscheidung letztlich eine operative ist, die die Staatsanwaltschaft selber entscheiden muss. Ich glaube auch nicht, dass das die Flughöhe sein sollte einer politischen Kommission und auch nicht des Grossen Rates zu entscheiden, wo denn diese Stellen sein sollten. Aber es scheint logisch zu sein, dass sie dort eingesetzt werden sollten, wo der Bedarf am grössten ist, also sprich vielleicht auch die stärkste Pendenzenlast besteht.

Und es ist auch richtig, das wurde von verschiedenen Rednern erwähnt, wir können uns nicht vor dem Fakt verschliessen, dass die Bevölkerungszahl in den letzten Jahren gestiegen ist. Das hat Kollegin Anouk Feuer auch in ihrem Votum gesagt, aber auch Bruno Lötscher, dass natürlich die Strafprozessordnung einen Einfluss darauf hat mit den zusätzlichen Rechten, die da geschaffen worden sind, das muss man nicht bewerten, das ist ein Fakt, und dass dadurch auch vielleicht insgesamt die Lust, sich gegenseitig anzuzeigen oder Verfahren anzustreben, in unserer Gesellschaft etwas angewachsen ist. Und diese Realität, die bildet sich eben auch bei diesen Zahlen bei der Staatsanwaltschaft ab. Das kann man schlimm finden, das kann man irrelevant finden, man kann sagen, es ist einzig und alleine zu bewältigen durch eine Reorganisation. Eine Reorganisation wird anstehen, das wurde auch erwähnt, diese hängige Motion zur Wiedereingliederung der Kriminalpolizei bei der Kantonspolizei, vielleicht andere Prozesse, die innerhalb der Staatsanwaltschaft initiiert werden, die auch eine Beschleunigung der Situation zur Folge haben.

Aber wir glauben als Finanzkommission, dass ungeachtet der politischen Diskussion, die Sie hier heute geführt haben, es im Interesse aller sein sollte, den Mitarbeitenden der Staatsanwaltschaft, uns als Gemeinwesen, den Angeklagten respektive Beschuldigten, aber und vor allem auch den Opfern, dass solche Fälle möglichst rasch erledigt sein können. Und dafür, glauben wir, ist es sinnvoll, wenn wir heute eine entsprechend grössere Aufstockung des Personals vornehmen als das, was der Regierungsrat Ihnen beantragt hat, und als das, was sonst noch nun hier als Vorschlag auf dem Tisch liegt. Deshalb ersuche ich Sie noch einmal im Namen der Finanzkommission, unserem Antrag zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Abstimmungen. Zuerst die Eventualabstimmung. Da wird der Antrag der SP, der das Budget um 1,27 Millionen Franken verbessern will, dem Antrag des Regierungsrates gegenübergestellt, der das Budget um 1,748 Millionen Franken verbessern wird.

Eventualabstimmung

Ja heisst Zustimmung zum Antrag SP, NEIN heisst Zustimmung zum Antrag Regierungsrat

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005261, 18.12.24 15:56:06]*

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter den Antrag der SP weiter zu verfolgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Antrag der SP hat mit 94 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen und keiner Nein-Stimme obsiegt.

Damit kommen wir zur zweiten Abstimmung. Hier wird der obsiegende Antrag der SP dem Antrag der Finanzkommission gegenübergestellt.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag SP, NEIN heisst Zustimmung zum Antrag der Finanzkommission.

Ergebnis der Abstimmung

32 Ja, 62 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005263, 18.12.24 15:56:53]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag der SP abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grosse Rat folgt der Finanzkommission mit 62 Nein-Stimmen gegen 32 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Damit kommen wir zum Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (Kommissionsbericht, Seite 41).

Da der Antrag der SVP zurückgezogen wurde, gibt es nur die allgemeine Debatte zum Departement. Joël Thüring verzichtet, Kaspar Sutter ebenfalls. Wir haben aber eine Wortmeldung als Einzelsprecher von Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Ich möchte kurz noch zu der OECD-Mindestbesteuerung sprechen. Die finanziellen Mehreinnahmen aus der Ergänzungssteuer aufgrund der OECD-Mindestbesteuerung betrifft ja eigentlich das gesamte Budget des Kantons. Sowohl im Budgetbericht der Regierung wie auch im Bericht der Finanzkommission zum Budget 2025 wird diese Thematik im WSU verortet, deshalb nun mein Einzelvotum zum geplanten Umgang mit den OECD-Steuereinnahmen. Am 18. Juni 2023 hat die schweizerische Stimmbevölkerung der Einführung der OECD-Mindeststeuer zugestimmt, die nun ab 2025 erstmals budgetrelevant wird. Die OECD-Mindeststeuer verpflichtet grosse international tätige Unternehmen dazu, in jedem Land, wo diese tätig sind, mindestens 15 Prozent Steuern auf ihre Gewinne zu bezahlen.

Auf diese Steuer haben sich über 130 Staaten weltweit geeinigt. Weshalb. Mit der Mindeststeuer soll das sogenannte «race to the bottom», welches in den letzten Jahrzehnten dazu geführt hat, dass sich Staaten mit Gewinnsteuersenkungen gegenseitig überboten haben, um Konzerne und Investitionen anzuziehen, abgebremst werden. Jedoch ist die Mindeststeuer mit 15 Prozent eigentlich viel zu tief angesetzt, liegt der globale Durchschnitt doch bei 25 Prozent. Das führt dazu, dass international ein Druck besteht, sich in Richtung 15 Prozent zu bewegen, was aus internationaler Perspektive dann doch zu einer Steuerentlastung der grossen Konzerne führen wird. Deshalb bestand auch damals bei der Abstimmung aus Perspektive des globalen Südens und globaler Steuergerechtigkeit eine grosse Kritik gegenüber der Höhe der OECD-Mindeststeuer, wie wir sie nun eingeführt haben, aber nicht am Grundgedanken des Steuerwettbewerbs, diesen zu verhindern.

Wenn wir uns also aufgrund der OECD-Mindeststeuer in Richtung 15 Prozent Gewinnsteuer bewegen, wandern die Unternehmen deswegen morgen nicht einfach ab und unsere Standortattraktivität ist deshalb auch nicht zerstört, schon allein deshalb nicht, weil 75 Prozent der Steuereinnahmen beim Kanton bleiben. Im Einleitungstext zum Budget steht im zweiten Abschnitt: Das Basler Standortpaket soll die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons trotz der Herausforderung durch die OECD-Mindeststeuern sichern. Es wird der Eindruck erweckt, dass die Wettbewerbsfähigkeit also bedroht ist. Diese Bedrohung ist aber aus meiner Sicht schlichtweg ein wenig konstruiert.

Das Basler Standortpaket soll die Einnahmen aus der neuen Ergänzungssteuer, im Budget mal mit 300 Millionen Franken veranlagt, also in einen Fonds leiten und aus diesem dann wieder zurück zu den grossen internationalen Konzernen.

Grundsätzlich habe ich nichts oder haben wir nichts gegen Fonds, bieten diese doch die Möglichkeit, Steuereinnahmen zweckgebunden, vorausschauend und auf die Zukunft ausgerichtet zu binden, um gesellschaftliche grosse Herausforderungen zu finanzieren. Obwohl, ehrlich gesagt, wir es auch schon zum Ausdruck bringen müssen, dass diese Art und Weise des Fonds auch ein Ausdruck ist, dass es in Basel-Stadt uns gut geht finanziell, und auch demokratiepolitisch sich zu überlegen ist, wie lange und wie viel denn in diesen Fonds denn einbezahlt werden müsste, weil es hat auch schon die Erwähnung gegeben, vielleicht sind es auch mehr als 300 Millionen Franken, vielleicht sind es auch 600 Millionen Franken und dann geht es schon darum, bleibt das einfach in diesem Fonds oder geht das zurück in die Erfolgsrechnung.

Dass nun die geschätzten Einnahmen von 300 Millionen Franken saldoneutral gebucht werden, ist für mich jetzt in diesem Budget nicht unbedingt das Problem, jedoch wird im Budgetbericht die politische Auseinandersetzung vorweggenommen und dies ist aus demokratiepolitischer Sicht sehr wohl problematisch und fragwürdig. Im Bericht wird bereits skizziert, wie die Mehreinnahmen zu verwenden sind und wer davon hauptsächlich profitieren soll. Das Geschäft liegt zurzeit bei der zuständigen Kommission und die politische Diskussion ist also noch offen. Es dreht sich also nicht um die Frage, ob die Steuer gerecht ist oder nicht, sondern darum, was mit den Mehreinnahmen durch diese gerechte Steuer finanziert werden soll und ob der Zweck der Steuer überhaupt eigentlich auch noch berücksichtigt werden soll bei der Etablierung eines Fonds.

Aus einer Perspektive, welche über die 37 km2 unseres Kantons hinausreicht, fragen wir uns schon, was mit diesen zusätzlichen Einnahmen aus einer internationalen Gewinnsteuer finanziert und angestossen werden kann bzw. werden sollte. Wir hätten da einige Ideen, wie der Kanton Basel-Stadt und die hiesigen internationalen grossen Konzerne ihren Beitrag für eine soziale, gerechtere, für eine gesündere und für eine zukunftsfähigere Welt leisten könnten. Gerade wir als Pharmastandort könnten explizit in diesem Bereich das Notwendige endlich anstossen. Stichwort; weltweite Antibiotika-Krise, Sicherstellung der Medikamentenversorgung. Aber es geht auch vieles mehr.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Bolliger, Ihre Zeit ist um, Sie haben sich als Einzelsprecher gemeldet. War das ein Irrtum? Sagen Sie Ihren Satz und das gilt als Fraktionsvotum für das GAB.

Oliver Bolliger (GAB): Denn es ist nun wirklich nicht so, dass die hohen Gewinne der grossen internationalen Konzerne einzig und allein in Basel-Stadt erwirtschaftet wurden, also weshalb sollen diese Einnahmen aus der Gewinnsteuer nicht auch eine internationale Wirkung erzielen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Luca Urgese für die FDP.

Luca Urgese (FDP): Ich bin jetzt ein bisschen verwundert, dass jetzt hier quasi die Beratung über das Basler Standortpaket beinahe vorgezogen wird. Ich will jetzt da nicht zu viel ins Detail gehen, weil wir mit der Kommissionsberatung ja noch gar nicht fertig sind, aber ein paar Dinge kann ich jetzt schon nicht unwidersprochen stehen lassen.

Das erste ist die Aussage, selbst diese 15 Prozent sind eigentlich zu tief, auf die man sich global geeinigt hat. Das erstaunliche daran ist, die OECD selber hat mal festgestellt, die schädlichste Steuer von allen ist eigentlich die Gewinnsteuer für Unternehmen, weil sie direkt 1:1 weiterverrechnet wird an die Konsumentinnen und Konsumenten. Da darf man sich keine Illusionen machen. Dass jetzt da trotzdem dieses Projekt entstanden ist, das ist halt so, da müssen wir uns auch entsprechend fügen, aber das darf man festhalten. Und man darf auch nicht naiv sein. Das ist jetzt nicht ein Projekt, diese OECD-Mindeststeuer. Das ist jetzt kein Projekt für den globalen Süden, das ist eine Mär, das war schon immer eine Mär. Und da geht es auch nicht darum, Steuerwettbewerb zu verhindern oder zu reduzieren, da geht es schlicht und einfach darum, dass Industriestaaten ihre Ausgaben nicht im Griff haben, deshalb Schulden angehäuft haben und deshalb drängend auf der Suche nach zusätzlichem Steuersubstrat sind. Und auf wen geht man da los? Da geht man auf die kleinen Erfolgreichen los, die dieses Steuersubstrat haben, weil sie erfolgreiche Rahmenbedingungen aufgestellt haben. Das ist der Hintergrund dieser Vorlage, die wir international uns jetzt vorgelegt bekommen haben und nicht Fairness für den globalen Süden oder gegen den Steuerwettbewerb entsprechend vorzugehen.

Und wenn man dann tatsächlich hier nach vorne geht und behauptet, ja, die Wettbewerbsfähigkeit unseres Kantons oder unseres Landes ist nicht bedroht, wenn wir jetzt einfach diese zusätzlichen Erträge 1:1 in die Staatskasse fliessen lassen und nichts für die Unternehmen machen, das ist dann also schon relativ starker Tobak. Halten wir fest, wir haben Unternehmen, die heute mit den Möglichkeiten, die es gibt, in der Grössenordnung um die 11 Prozent Gewinnsteuer zahlen, und es sind auch nicht die kleinsten Unternehmen in unserem Kanton, die zahlen sehr viel schon heute in unserer Kantonskasse. Viele dieser Ausgaben oder ein grosser Teil dieser Ausgaben, die wir heute im Rahmen des Budgets verabschieden, sind auch von dort entsprechend finanziert, also da dürfen wir auch ein bisschen sorgfältig sein im Umgang mit diesen Steuerzahlenden.

Und jetzt können wir, das ist eben der etwas simple Blick, nur Steuersätze miteinander vergleichen und sagen, ja, die anderen Länder, die sind ja von den Steuersätzen alle viel höher als wir und ja, die gehen jetzt vielleicht sogar noch auf 15 runter. Fakt ist, der Wettbewerb hat sich schon lange auf eine andere Ebene verlagert, der findet nicht mehr um die Steuersätze statt. Der Wettbewerb findet jetzt um die Subventionen statt, das, was andere Länder schon lange seit vielen Jahren machen, etwas völlig Intransparentes. Ja, klar, es gibt vielleicht Länder, die haben 21, 23, 20 oder sogar mehr Prozent Gewinnsteuer und da nehmen sie es mit der einen Hand, aber mit der anderen Hand geben sie es dann direkt in Form von Subventionen wieder an die Unternehmen zurück. Das passiert heute global, wir haben einen globalen Subventionswettbewerb. Sich hier rein auf die Gewinnsteuersätze zu fokussieren und zu behaupten, da findet ja dann eine Angleichung statt, da müssen wir nichts tun, wieso sollen den Unternehmen von hier abwandern, das spielt ja alles gar keine Rolle, das ist eine völlige Illusion und da gefährdet man den Standort Basel massiv, wenn man nicht bereit ist, entsprechend auch zu investieren in die Unternehmen. Und wie wir das dann machen werden, das werden wir dann diskutieren, wenn wir die Beratung in der WAK abgeschlossen haben. Ich nehme die Frage an.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Oliver Bolliger, Sie dürfen fragen.

Oliver Bolliger (GAB): Luca Urgese, nur damit ich es richtig verstanden habe, Sie begrüssen in dem Fall die Subventionierung von grossen internationalen Konzernen durch die OECD-Mindeststeuer, so wie das jetzt angedacht ist. Also die Subventionierung von grossen Konzernen.

Luca Urgese (FDP): Ich bin dafür, dass wir uns als Standort attraktiv positionieren und wenn man uns jetzt verunmöglicht, dass wir auf der Steuerebene attraktiv sind, dann bin ich dafür, dass wir mit gleichen Spiessen kämpfen, ja.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat Regierungsrat Kaspar Sutter das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Ich dachte, wir sprechen über das Budget des WSU vom kommenden Jahr. Das scheint nicht in Ihrem Fokus zu sein, auch wenn es das Zweithöchste ist der Departemente von den Ausgaben, aber ein Departement auch, das im nächsten Jahr kein Wachstum hat, sondern gleich viel ausgibt wie in diesem Jahr. Das möchte ich hier doch noch kurz erwähnen.

Herr Bolliger, er spricht die OECD-Steuerreform an und das Basler Standortpaket. Ja, das hat sehr wohl etwas mit der Finanzplanung zu tun. Ich möchte Sie daran erinnern, dass die Firmen in unserem Kanton 800 Millionen Steuersubstrat bringen und ganz viele Arbeitsplätze schaffen, die dann wieder zu Steuereinnahmen führen, nicht nur bei uns, sondern auch in den umliegenden Gegenden. Es ist also essenziell, dass wir als Standort attraktiv bleiben, dass es uns weiterhin gelingt, dass Forschung und Innovation hier stattfinden und genau das ist der Ansatz des Basler Standortpakets. Wir wollen Geld ganz gezielt ausgeben für Forschung, für Innovation, dort, wo das geschieht, dort gibt es Unterstützung durch den Staat.

Ja, es ist nicht mehr eine tiefe Gewinnsteuer, sondern es ist eine gezielte Inputförderung für die Firmen, und das sind nicht nur die grossen, sondern die Firmen, die Innovation schaffen und die Wertschöpfung der Zukunft und die Arbeitsplätze der Zukunft hier bei uns im Kanton Basel-Stadt sicherstellen. Um das geht es beim Basler Standortpaket und da brauchen wir eine klare Antwort. Das ist, bin ich der Meinung, das wichtigste Geschäft in der kommenden Legislatur dieses Kantons, weil es sehr entscheidend für den Wohlstand ist und auch die Möglichkeiten, die wir haben, um andere Staatstätigkeiten zu finanzieren. Wir finanzieren damit die Innovation und Forschung, das habe ich schon gesagt, aber das ist der Vorschlag des Regierungsrates, was Sie dann entscheiden, das ist dann der demokratiepolitische Entscheid, den Sie im kommenden Jahr fällen werden, wie dieses Geld verwendet wird. Das ist ein normaler demokratischer Prozess, der stattfinden wird.

Unser Vorschlag, der sieht vor, dass Elternzeit finanziell unterstützt wird und auch Umweltmassnahmen zur Energieeffizienz und Senkung des CO_2-Ausstosses gezielt gefördert wird. Das ist das Gesamtpaket, das man im gesamten anschauen muss mit dem klaren Ziel, wir wollen auch in Zukunft ein Wirtschaftsstandort sein, der erfolgreich ist, der wettbewerbsfähig ist, der die Arbeitsplätze zur Verfügung stellen kann und auch Innovation in Zukunft ermöglicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat das Wort der Finanzpräsident Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die Finanzkommission beteiligt sich an dieser Eintretensdebatte zum Standortpaket nicht. Wir haben alles dazu in unserem Bericht festgehalten und freuen uns dann, wenn das Standortpaket im Grossen Rat behandelt wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt nichts abzustimmen.

Wir sind damit bei den Gerichten (Kommissionsbericht, Seite 46).

Herr Wullschleger verzichtet, Herr Thüring ebenfalls.

Damit gehen wir weiter zu Behörden und Parlament (Kommissionsbericht, Seite 47).

Hier liegt ein Änderungsantrag von Eric Weber vor. Wir haben zuerst die allgemeine Debatte, falls Herr Thüring das Wort wünscht oder sonst jemand, das ist nicht der Fall. Damit sind wir gleich beim vorgenannten Antrag. Es geht um Dienststelle Grosser Rat und Parlamentsdienst (Budgetbericht, Kapitel 3.10.3, Seite 273) Erfolgsrechnung, Verbesserung um 25’000 Franken. Herr Weber, Sie haben das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Diese 25’000 Franken pro Jahr sind 2'000 Franken pro Monat. Juli/August ist kein Parlament, also sind es pro Monat 2’500 Franken für zwei Tage im Ratscafé arbeiten zu gehen, das sind 12 Stunden, das ist ein Stundenlohn von 250 Franken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, ich erteile Ihnen einen ersten Ordnungsruf. Sie verbreiten hier falsche Informationen.

Eric Weber (Fraktionslos): Dann erklärt mir das bitte. Das Ratscafé wurde bisher auf eigene Rechnung gemacht und jetzt nicht mehr. Herr Flury hat mich gebeten, nichts zur Person zu sagen, ich sage auch nichts zur Person. Aber ich habe gemeint, diese 25’000 Franken sind der Lohn, Herr Präsident, deshalb wäre ich Ihnen dankbar, wenn man diesen Ordnungsruf sistiert. Hier steht, Personalaufwand für das Ratscafé und wenn ich diese 25’000 Franken umrechne, dann ist es so und dann muss ich einfach darauf aufmerksam machen als Grossrat.

Nochmal. Wir Grossräte sind hier, um die Regierung zu kontrollieren und wir dürfen auch etwas sagen zu Interna. Ich stelle fest, das Ratscafé ist nicht öffentlich zugänglich und das ist natürlich auch wichtig, wenn man hier eine Entlöhnung machen will. Es ist nur für Grossräte. Wir wurden nicht gefragt, ich wurde nicht gefragt. Es ist rechtlich wichtig zu wissen, ist es öffentlich oder nicht. Ich bin jeden Mittag hier im Ratshaus und sehe, dass die Bediensteten auch das Ratscafé reinigen, und das ist das Personal des Ratshauses. Die ganze Sache ist mir einfach zu schwammig. Ich möchte wirklich keinen Krach schlagen, aber es steht hier mit diesen 25’000 Franken, ich möchte mich entschuldigen, wenn ich etwas Falsches gesagt habe, aber das ist ein Kostenpunkt und ich ging davon aus, dass das der Lohn für die Person ist, die dort arbeitet. 70 Jahre hatten wir das Ratscafé ehrenamtlich und jetzt plötzlich soll jemand eingestellt werden, 70 Jahre ging es ohne. Ich habe sehr viel Schriftverkehr geführt mit Stellen des Kantons wegen dem Ratscafé, weil ich zum 60. Geburtstag eingeladen habe.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, das tut nichts zur Sache. Ich erteile Ihnen einen zweiten Ordnungsruf und erziehe Ihnen hiermit das Wort.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag von Eric Weber.

Abstimmung

Änderungsantrag Eric Weber

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 92 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005265, 18.12.24 16:15:23]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Antrag wird abgelehnt mit 92 Nein-Stimmen gegen 1 Ja-Stimme bei keiner Enthaltung.

Damit kommen wir zum Regierungsrat (Kommissionsbericht, Seite 47).

Hier liegt der Änderungsantrag der Finanzkommission zum Teuerungsausgleich auf den Personalkosten vor.

Zuerst wieder die allgemeine Debatte. Joël Thüring verzichtet, Tanja Soland ebenfalls.

Dann sind wir beim genannten Antrag der Finanzkommission. Sie beantragt, den Personalaufwand um 18'333'509 Franken zu reduzieren, da die Teuerung nicht wie prognostiziert 1,5 Prozent, sondern 0,5 Prozent beträgt. Das Wort hat für die Finanzkommission Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Das Budget wird ja jeweils mit einer geschätzten Teuerung seitens des Regierungsrates überwiesen und wie der Grossratspräsident ausgeführt hat, ging man von 1,5 Prozent aus und relevant aber für dann die Beratung des Budgets hier in diesem hohen Hause ist jeweils die vom Statistischen Amt uns gemeldete Teuerung per Ende November. Diese Teuerung per Ende November 2024 beträgt nun «nur» 0,5 Prozent, weshalb sich die ursprüngliche Annahme verändert und sich dadurch auch das Budget verbessert in der genannten Höhe von gut 18,3 Millionen Franken. Deshalb, und damit kann man fast eigentlich den heutigen Budget-Tag schliessen, sind wir eben auch aufgrund dieser Reduzierung mit einer Budgetverbesserung fast bei der von Frau Regierungsrätin Soland genannten schwarzen respektive roten Null. Wenn man den Sondereffekt des ESC wegdenkt, dann sind wir sogar in einer schwarzen Zahl und ich glaube, damit können wir die heutige Budgetdebatte vielleicht dann auch schon fast beenden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Frau Soland hat nichts hinzuzufügen, Sie alle offenbar auch nicht. Damit stimmen wir über diesen Antrag zum Teuerungsausgleich ab.

Abstimmung

Änderungsantrag der Finanzkommission betreffend dem Teuerungsausgleich

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Finanzkommission, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005267, 18.12.24 16:18:21]*

Der Grosse Rat beschliesst

Dem Antrag Zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Antrag wird angenommen mit 92 Ja-Stimmen gegen keine Nein-Stimme bei einer Enthaltung.

Wir kommen zur Detailberatung der Investitionsrechnung. Investitionen (ab Seite 309 des Budgetberichts unter Berücksichtigung der Änderungen im Anhang 2 des Berichts der Finanzkommission ab Seite 49)

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Damit ist die Beratung des Budgets abgeschlossen.

Damit kommen wir zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Budget, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

96 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005269, 18.12.24 16:20:48]*

Der Grosse Rat beschliesst

Das gesamtkantonale Budget 2025 wird wie folgt genehmigt:

Erfolgsrechnung

Betriebsergebnis Fr. -259'979'054

Finanzergebnis Fr. 248’319’006

Gesamtergebnis Fr. -11'660’049

Investitionsrechnung

Ausgaben Fr. -532’195’505

Einnahmen Fr. 29’323’550

Saldo Investitionsrechnung Fr. -502’871’955

2. Die Globalbudgets und die Soll-Werte 2025 der Wirkungsziele der fünf kantonalen Museen sowie das Globalbudget Öffentlicher Verkehr werden genehmigt.

3. Von den Änderungen der Investitionsübersichtsliste (IÜL) wird Kenntnis genommen.

Publikationsklausel

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Beschluss wurde mit 96 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

Es gibt einen Ordnungsantrag von Michael Hug zur Absetzung eines Geschäfts von der Traktandenliste. Herr Hug, Sie können kurz begründen.

Michael Hug (LDP): Nachdem aus der Kreuztabelle klar wurde, dass das Geschäft, wir reden vom Vollausbau der Kaserne, droht, an die Regierung zurückgewiesen zu werden oder abgelehnt wird, hat die BRK anlässlich ihrer vergangenen Sitzung darüber beraten, inwiefern ein gemeinsames Vorgehen der Kommission sinnvoll wäre. Die Kommission ist sich nämlich sehr einig darüber, dass die derzeitige Situation mit dem Leerstand eines grossen Teils des Gebäudes sehr nachteilig wirkt auf die ganze Entwicklung der Kaserne und auch finanziell belastend wird. Ein gemeinsames Vorgehen konnte letztlich nicht gefunden werden. Die Gründe für eine Rückweisung oder Ablehnung sind unterschiedlich. Zum einen wird der Vergabeprozess kritisiert, zum anderen die Einschränkung der öffentlichen Nutzungsplätzen, welche ohne Konsumzwang derzeit zur Verfügung stehen. Letztlich gibt es viele Stimmen, die sagen, der Betrag, der gefordert ist über 3 Millionen sei zu hoch für einen solchen Ausbau.

In den letzten Stunden wurden noch einige Änderungsanträge formuliert, welche sich auch mit der Ausschreibung befassen. Eine Beurteilung der Konsequenzen der formulierten Anträge ist jedoch so rasch zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr möglich und auch nicht mehr seriös. Eine Neutraktandierung ermöglicht es, die geplanten Änderungsanträge seriös zu beurteilen. Eine Rückweisung heute birgt hingegen die Gefahr, dass die Regierung nicht klar weiss, was sie überhaupt damit machen sollen, wie das Geschäft weiterbearbeitet würde. Der geplante Restaurationsbetrieb wäre dann wohl gänzlich vom Tisch. Es ist jedoch so, ohne den Vollausbau bleibt die Fläche weiterhin ungenutzt, was nicht nur Kosten für den Kanton verursacht, sondern auch den Gesamtcharakter des Kasernenhauptbaus beeinträchtigt. Das ursprüngliche Konzept sah ausdrücklich die Nutzung der Fläche als Restaurant vor, um zur Belebung des Perimeters beizutragen.

Wir wollen dem im nächsten Monat, weil die Neutraktandierung wäre im Januar geplant, nochmals eine Chance geben und im Zusammenspiel mit der Regierung und der Verwaltung abtiefen, welche Änderungsanträge jetzt sinnvoll wären. Und da wir ein qualifiziertes Mehr brauchen, wären wir sehr froh, Sie würden dieses Vorgehen unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Michael Hug beantragt, die Geschäftsnummer 96 auf nächsten Monat zu verschieben und er hat richtig gesagt, dafür braucht es eine qualifizierte Mehrheit von einem Zweidrittelmehr. Wir stimmen darüber.

2/3-Abstimmmung

Ordnungsantrag Verschiebung Traktandum 96 auf Januar 2025

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

75 Ja, 12 Nein, 8 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005271, 18.12.24 16:24:54]*

Der Grosse Rat beschliesst

dem Antrag zuzustimmen und das Geschäft im Januar erneut zu traktandieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Ordnungsantrag zugestimmt mit 75 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen. Ich übergebe das Wort an den Statthalter.

95. Teilrevision des Gesetzes betreffend Einreihung und Entlöhnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons Basel-Stadt vom 18. Januar 1995 (Lohngesetz, SG 164.100) betreffend gesetzliche Grundlage für Lohnnebenleistungen, Bericht der WAK

[18.12.24 16:25:03, 24.0748.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidentin Andrea Knellwolf.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Ich komme direkt zu den Erwägungen der Kommission. Das grundsätzliche Anliegen, die Gesetzesgrundlage für die Einführung von Lohnnebenleistungen zu schaffen, war in der Kommission unbestritten. Da im Ratschlag allerdings nicht viel über die konkreten Massnahmen zu lesen war, hat die Kommission diesbezüglich weitere Informationen eingefordert. Bisher ist nur die Einführung des Jobtickets per 2025 vorgesehen, dafür sind im Budget 1,7 Millionen Franken eingestellt. Die Kommission wurde bei der Präsentation des Ratschlags darüber informiert, dass es sich beim Jobticket um die einzige Lohnnebenleistung handelt, die per nächstes Jahr eingeführt werden soll. Weitere Massnahmen sind in der Projektgruppe Arbeitgeberattraktivität in Diskussion, aber vor 2026 ist mit der Einführung von weiteren Lohnnebenleistungen zu rechnen.

Obschon die Einführung von Lohnnebenleistungen in der Kommission unbestritten blieb, so machte dennoch die Diskussion klar, dass der Umfang und die konkreten Massnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität durchaus umstritten sein könnten. Aus der Kommission wurde der Vorschlag geäussert, dem Regierungsrat eine finanzielle Obergrenze aufzuerlegen. Vorgeschlagen wurde die Festlegung eines maximalen Prozentsatzes der Lohnkosten, der künftig für die Lohnnebenleistungen aufgewendet werden darf. Der Vorschlag wurde nicht weiterverfolgt, da, wie von der Vorsteherin des Finanzdepartements ausgeführt wurde und wir haben es ihr auch geglaubt, voraussichtlich alle Lohnnebenleistungen dem Grossen Rat zur Genehmigung vorgelegt werden müssen.

Um dennoch einschätzen zu können, welches Ziel der Regierungsrat verfolgt, wurde die Frage gestellt, wo sich der Kanton als Arbeitgeber zwischen den KMU und den Grossfirmen positionieren wolle. Wie der Kommission dargelegt wurde, sei es das oberste Ziel, überhaupt Lohnnebenleistungen einführen zu dürfen. Der erste Schritt sei die Einführung des Jobtickets, andere Kantone haben bereits das Jobticket eingeführt und kennen weitere Lohnnebenleistungen. Im Zusammenhang mit der Einführung von Lohnnebenleistungen wurde der Kommission die bestehende Rabattliste für die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung erklärt und erläutert, so dass die Kommission das Funktionieren dieser Rabattliste auch gut nachvollziehen konnte.

Die Kommission spricht sich einstimmig für die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für die Einführung von Lohnnebenleistungen aus. Auch wird das Jobticket als konkrete Massnahmen begrüsst. Von der Formulierung einer Obergrenze wurde abgesehen, da voraussichtlich, wie eben erwähnt, über alle weiteren Massnahmen die politische Diskussion im Grossen Rat geführt werden kann.

Die WAK beantragt Ihnen also einstimmig, den nachstehenden Grossratsbeschluss anzunehmen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort geht an Regierungsrätin Tanja Soland. Sie verzichtet. Wir haben keine Sprechenden eingetragen. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 4 des Berichts)

Titel und Ingress

I. Änderung Lohngesetz

Titel (geändert)

§ 17a (neu)

Titel

1.

2.

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005274, 18.12.24 16:30:49]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Gesetz betreffend Einreihung und Entlöhnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons Basel-Stadt (Lohngesetz) vom 18. Januar 1995 [1]) (Stand 1. Januar 2024) wird wie folgt geändert:

Titel **(geändert)**

Lohngesetz (LG)

§ 17a (neu)

Lohnnebenleistungen

1 Der Regierungsrat kann zur Gewinnung und zum Erhalt der Mitarbeitenden Lohnnebenleistungen ausrichten.

2 Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten in einer Verordnung.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren. Sie unterliegt dem Referendum und tritt am fünften Tag nach der Publikation des unbenutzten Ablaufs der Referendumsfrist oder im Falle der Volksabstimmung am fünften Tag nach der Publikation der Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 90 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

97. Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Zoo Basel für die Jahre 2025 bis 2028 sowie Nachtragskredit für 2025, Bericht der BKK

[18.12.24 16:30:54, 23.1578.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Sprecherin Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Der Regierungsrat beantragt, dem Zoo Basel für die Jahre 2025 bis 2028 einen Betriebsbeitrag von insgesamt 5,8 Millionen Franken zu gewähren, was einem jährlichen Beitrag von 1,45 Millionen entspricht. Die BKK hat den Antrag an zwei Sitzungen beraten. An den Beratungen nahmen der Vorsteher des Präsidialdepartements, die Leiterin der Abteilung Kultur und die Leiterin der Kulturinstitutionen teil. Zudem hörte die Kommission eine Delegation des Zoos an.

Der Zoo Basel, der Zolli, wurde 1874, also vor 150 Jahren eröffnet. Der Zolli ist der älteste Zoo der Schweiz und engagiert sich aktiv für die Erforschung der Tierwelt sowie für den Schutz und die Erhaltung bedrohter Tierarten und ihrer Lebensräume. Insbesondere erfreut sich der Zolli bei der Bevölkerung grosser Beliebtheit und leistet eine wichtige Bildungsarbeit, indem er auf niederschwellige Art und Weise den Zugang zur Natur kritisch reflektiert und so zum Schutz der Natur und der Biodiversität beiträgt.

Dieses Jahr feiert der Zoo Basel, wie gesagt, sein 150-jähriges Bestehen. Das breite Angebot des Zolli, das sich durch Naturschutz, Naherholung, Forschung und Bildung auszeichnet, ist aus dem kulturellen Leben der Region nicht mehr wegzudenken. Die grosse Beliebtheit in vielen Gesellschaftsschichten zeigt sich auch in der traditionell hohen Bereitschaft, den Zoo Basel mit Legaten und Spenden zu unterstützen, die unter anderem den Betrieb und die Erweiterung ermöglichen. Dieser Umstand wird es dem Zoo auch in naher Zukunft ermöglichen, seine Attraktivität für die Besucherinnen und Besucher weiter zu steigern. Durch den Bau eines Parkhauses am Erdbeergraben kann der Zoo auf dem heutigen Parkplatz um rund 6’000 m2 expandieren. Der Bau des Parkhauses wird vollständig aus Drittmittel finanziert. Zudem erhält der Zoo auf der gegenüberliegenden Seite des Dorenbach-Viadukts eine Fläche im Baurecht, die sogenannte Schutzmatte. Mit diesen Massnahmen kann sich der Zoo erstmals seit 60 Jahren räumlich erweitern. Die Fläche des Zoos vergrössert sich dadurch um 110’000 m2 auf 131’000 m2.

Ob der Zolli aber auch langfristig so grosszügig mit Drittmitteln bedacht wird, ist fraglich. Dies liegt nicht an einer abnehmenden Popularität des Zolli, sondern unter anderem an der stetig wachsenden Zahl von Institutionen, die aktiv Drittmittel einwerben. Hinzu kommt, dass die nachwachsenden Generationen potenzieller Geldgeber häufig weniger ortsgebunden sind und sich dadurch ein weniger traditionelles Verständnis hinsichtlich des Einsatzes ihrer Mittel zum Wohle der Gesellschaft auszeichnen. Diese Entwicklung ist ernst zu nehmen, da der Zoo in der Vergangenheit einen wesentlichen Anteil seiner Einnahmen aus Drittmittel erzielt hat. Der Kanton muss diesen schleichenden Prozess aktiv begleiten und gegebenenfalls bereit sein, in Zukunft mehr finanzielle Verantwortung zu übernehmen.

Hervorzuheben ist auch, dass dem Zolli gelungen ist, sich im Laufe der Zeit zu verändern und sich vorbildlich für eine artgerechte Tierhaltung einzusetzen. Durch grössere, den Bedürfnissen der Tiere angepasste Gehege konnten die Haltungsbedingungen in den letzten Jahren deutlich verbessert werden. Darüber hinaus leistet der Zoo durch die aktive Bewirtschaftung seiner weitläufigen Flächen einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung einer vielfältigen heimischen Flora und Fauna, was in den kommenden Jahrzehnten eine immer wichtigere Rolle spielen wird.

In der BKK ist man sich einig, dass sich der Kanton mit einem Staatsbeitrag an den Aktivitäten des Zolli beteiligen soll. Die Vertreterinnen und Vertreter des Präsidialdepartements betonten im Rahmen des Hearings die Bedeutung und die grosse Beliebtheit des Zoos in der Bevölkerung. Zudem erfülle er seinen Leistungsauftrag in den Bereichen Bildung, Erholung, Naturschutz und Forschung professionell. Ein zentraler Aspekt für die Ablehnung des Erhöhungsgesuchs durch den Zoo ist aus Sicht der Regierung die überaus positive finanzielle Situation des Zoos. Darüber hinaus erfüllt der Zoo nicht die Voraussetzungen für einen automatischen Teuerungsausgleich der Personalkosten.

Im Rahmen der Anhörung wurde darauf hingewiesen, dass der Zoo Basel neben dem Staatsbeitrag das von ihm bewirtschaftete Land zu einem symbolischen Baurechtszins von 125 Franken pro Jahr erhält. Gemäss Ratschlag hat die zur Verfügungstellung dieser Grünfläche nach vorsichtigen Schätzungen ein Wert von rund 790’000 Franken pro Jahr. Dieser Umstand ist als erhebliche geldwerte Leistung an den Zoo Basel zu werten.

Nach der Veröffentlichung des regierungsrätlichen Ratschlags haben Vertreter des Zoo Basel die BKK gebeten, ihren vom Regierungsrat abgelehnten Antrag näher zu erläutern. In der Anhörung wiesen die Vertreter des Zoos darauf hin, dass der Staatsbeitrag seit 15 Jahren unverändert geblieben ist, obwohl der Zoo zahlreiche Leistungen und Angebote für die Öffentlichkeit erbringt. So übernehme er beispielsweise im Bereich der Förderung der Biodiversität sowie des Arten- und Naturschutzes Aufgaben, die eigentlich vom Kanton wahrgenommen werden müssten. Der Zoo hat bewusst auf eine Erhöhung der Eintrittspreise verzichtet, damit der Besuch für breite Bevölkerungskreise erschwinglich bleibt. Darüber hinaus wurden die stark gestiegenen Strompreise sowie die allgemeinen inflationsbedingten Kostensteigerungen, insbesondere im Personalbereich, als zusätzliche Belastung genannt. Schliesslich wiesen die Vertreter des Zoos darauf hin, dass der Aufwand zur Erwirtschaftung eines Spendenfrankens von Jahr zu Jahr steigt.

Die Vertreter des Zoos machten zudem deutlich, dass die für den Kanton Basel-Stadt erbrachten Leistungen korrekterweise mit mindestens 2’402’000 Franken im Jahr 2023 beziffert werden können. Sie beantragten jedoch nur 2 Millionen und verzichteten auf den effektiven Betrag von 2,4 Millionen Franken. Abschliessend betonten die Vertreter des Zoos, dass die zweckgebundenen Mittel im Wesentlichen gebunden sind und nicht zur Deckung des laufenden strukturellen Betriebsdefizits verwendet werden dürfen. Es bestehen keine Defizitgarantien von Mäzenen.

Der Zoo Basel wird von der Abteilung Kultur des Präsidialdepartements betreut. Obwohl diese Zuordnung auf den ersten Blick ungewöhnlich erscheint, wird dieses Modell vom Zolli geschätzt. Dennoch hat die Kommission den Eindruck, dass der Zolli im Vergleich zu klassischen Kulturbetrieben eher stiefmütterlich behandelt wird. Dies erstaunt umso mehr, als der Zoo der grösste Besuchermagnet des Kantons ist und rund 49 Prozent aller Kulturbesuche ausmacht.

In der BKK besteht, wie bereits erwähnt, Einigkeit darüber, dass die Weiterführung des Staatsbeitrags an den Zoo unbestritten ist. Bei der Festlegung der Höhe des Staatsbeitrags war sich die Kommission jedoch nicht ganz einig. Die auf den ersten Blick stabile finanzielle Situation des Zoos darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch für den Zoo immer schwieriger wird, Drittmittel zu akquirieren. Zudem sind sowohl das Leistungsspektrum als auch die allgemeinen Betriebskosten deutlich gestiegen. Ein gewichtiger Grund für eine Erhöhung des Staatsbeitrags ist aus Sicht der Kommission die Tatsache, dass dieser seit 15 Jahren nicht mehr erhöht wurde und somit inflationsbedingt real sogar gesunken ist. Zudem leistet der Zoo unbestritten wichtige Arbeit. In Zukunft soll der Zoo eine noch wichtigere Rolle bei der Erforschung und Erhaltung tiergenetischer Ressourcen spielen. Die Erweiterungspläne des Zoos unterstreichen zudem seine Zukunftsfähigkeit und werden ihn in Zukunft noch attraktiver machen.

Die Kommission ist sich einig, dass der Zoo die nächste Staatsbeitragsperiode auch ohne Erhöhung des Staatsbeitrags finanziell gut überstehen kann. Angesichts seiner Bedeutung kann dies jedoch kein Argument sein, ihn nicht stärker zu unterstützen. Das von der Verwaltung immer wieder vorgebrachte Argument, das Land werde dem Zoo zu einem symbolischen Preis überlassen, ist nicht stichhaltig. Ohne Land gäbe es keinen Zoo Basel.

Aus der Diskussion wurden zwei Anträge zur Erhöhung des Staatsbeitrags an den Zoo Basel formuliert.

Antrag 1. Für den Zoo Basel werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt 8 Millionen Franken, das heisst, 2 Millionen Franken pro Jahr bewilligt. Dieser Antrag kommt den Anliegen des Zollis vollumfänglich entgegen und anerkennt die vorgebrachten Argumente für eine jährliche Erhöhung des Staatsbeitrags um 550’000 Franken auf 2 Millionen Franken.

Antrag 2. Für den Zoo Basel werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt 7,4 Millionen Franken, das heisst 1,85 Millionen Franken pro Jahr bewilligt. Die Befürworter dieses Gegnerantrags konnten die Begründung des Antrags des Zoos nicht im Detail nachvollziehen, um ihn vollumfänglich zu unterstützen. Um dennoch dem Erhöhungsantrag im Bereich der Personalkosten Rechnung zu tragen, wurden die Personalkosten des Jahres 2023 mit 3 Prozent multipliziert. Das Ergebnis von 396'328,84 wurde auf 400’000 Franken pro Jahr aufgerundet. Mit diesem Erhöhungsantrag soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass der Zolli über ungebundene Mittel verfügt, die frei verwendet werden können.

Die Anträge wurden einander gegenübergestellt. Der erste Antrag auf einen Staatsbeitrag von 2 Millionen Franken pro Jahr wird mit 10 zu 2 Stimmen angenommen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort geht an die Vizepräsidentin der Finanzkommission Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Da es sich hier um einen Nachtragskredit handelt, muss des in der Finanzkommission behandelt und auch beschlossen werden und deshalb informiere ich hier als Vizepräsidentin der Finanzkommission ganz kurz und ziemlich formell. Die Finanzkommission hatte den Bericht der BKK, der ja eine Erhöhung des Staatsbeitrags an den Zoo gegenüber dem Regierungsrat beantragt, zur Kenntnis vorliegen.

Die Finanzkommission hat dem Nachtragskredit einstimmig mit 11 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen zugestimmt.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort geht an den Regierungspräsidenten Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Auch ich freue mich, dass wir heute über den Ratschlag zur Weiterführung der Staatsbeiträge an die Zoologischer Garten Basel AG, wie es formell heisst, für die Jahre 2025 bis 2028 diskutieren können.

Der Zolli erbringt, wir haben es gehört und ich möchte es bestätigen und bestärken, eine äusserst wertvolle Leistung für Bildung, Erholung, Naturschutz und Forschung im Kanton. Der Zolli ist ausserordentlich beliebt beim einheimischen Publikum und beim auswärtigen Publikum. Er hat pro Jahr über eine Million Besucherinnen und Besucher und er ist führend auch in der Erforschung sowie mit Schutzprogrammen von bedrohten Tierarten. Nicht zuletzt vermittelt der Zolli mit seinem vielfältigen zoopädagogischen Angebot, besonders auch an Schulklassen aus der Region, wertvolles Wissen an Kinder, an Jugendliche, an Erwachsene. Das hilft, die Menschen für die Anliegen des Tier- und Artenschutzes zu sensibilisieren.

Nun ist der Zolli dieses Jahr 150 Jahre alt geworden. Er hat ein umfangreiches Jubiläumsprogramm realisiert. Auch der Kanton hat sich daran mit einem zusätzlichen Beitrag aus dem Swisslos-Fonds beteiligt und die beiden Teilprojekte «Zolli hinter den Kulissen» sowie «Zoo-Nächte» mit insgesamt 200’000 Franken unterstützt. Der Zolli hat schliesslich auch diesen Herbst seinen Masterplan 2049 bekannt gemacht, seine Entwicklungspläne in der Stadt, die hocherfreulich sind, allerdings aber nicht Teil der heutigen Beratung sind. Das alles zeigt, dass der Zoo Basel für den Kanton ein wichtiger Akteur, ein unbestritten unterstützungswürdiger Akteur ist, der viele vielfältige Leistungen zugunsten der Öffentlichkeit erbringt.

Die finanzielle Struktur des Zollis gestaltet sich wie folgt: Das Gesamtbudget umfasst aktuell rund 22 Millionen Franken. Die Erlöse aus den Eintritten und Abos decken davon fast die Hälfte, nämlich 45 Prozent des reinen Zoobetriebs. Der Rest, der wird durch weitere Einkünfte durch das Zoorestaurant, den Zolli-Laden, Vermietung von Liegenschaften und eben durch die auch schon prominent erwähnten Drittmittel erwirtschaftet. Die Bedeutung und Verwendung der Drittmittel in zweckbestimmten Fonds, teilweise aber auch für die Deckung der Betriebskosten, ist wichtig zu erwähnen. Der Kantonsbeitrag ist darin ein Element für die Deckung des Betriebs und macht rund 7 Prozent aus. Die Eigenwirtschaftlichkeit des Zolli Basel beträgt also rund 93 Prozent. Das ist beachtlich und natürlich eine ganz andere finanzielle Situation, als wir sie aus den auch zum Vergleich herbeigezogenen Kulturbetrieben kennen. Insofern ist das ein Vergleich, der etwas hinkt. Der Beitrag des Kantons Basel-Landschaft, der ist auch kontinuierlich. Er beträgt 85’000 Franken und wird für Aufwände von Schulklassenbesuchen verwendet. Dazu kommen noch Beiträge der basellandschaftlichen Gemeinden sowie von Riehen, die machen zusammen rund 65’000 bis 80’000 Franken aus.

Der Regierungsrat hat den Antrag des Zolli sorgfältig geprüft und er schlägt Ihnen vor, die Staatsbeiträge für eine nächste Subventionsperiode von vier Jahren in gleicher Höhe wie bisher, also im Umfang von 1,45 Millionen Franken weiterzuführen. Bekanntlich entspricht das nicht dem Antrag der Trägerschaft, auch nicht dem Antrag der Bildungs- und Kulturkommission, die eine Pauschalerhöhung um 550’000 Franken pro Jahr, also auf 2 Millionen Franken pro Jahr beantragt. Das Hauptargument für den Mehrbedarf, wir haben es gehört, sind gestiegene Stromkosten, teuerungsbedingte Anpassungen in Lohn- und Personalaufwänden. Der Zolli hat darauf selbst bereits mit einer Erhöhung der Eintrittspreise reagiert. Er macht als Begründung der Erhöhung aber geltend, dass die kantonalen Staatsbeiträge angesichts des laufend ausgebauten Angebots als einzig planbare Finanzhilfe anzupassen seien. Dies auch, um die strukturelle Abhängigkeit von Spenden, Legaten und Nachlässen zu reduzieren.

Auch der Regierungsrat kann das vom Zolli geäusserte Bedürfnis nach höherer Planbarkeit verstehen. Zugleich ist festzuhalten, dass der Zolli finanziell sehr stabil aufgestellt ist und immer wieder auch laufend grosse Begünstigungen von Privaten erfährt. Trotz Verständnis für die teuerungsbedingten Mehraufwände hat der Zolli eine grundsätzliche stabile Liquidität. Er verfügt mit rund 62 Millionen zweckbedingten Fonds und 4,6 Millionen Franken Eigenkapital über substanzielle Reserven. Auch hier, kein Vergleich mit einer Kulturinstitution, die Staatsbeiträge erhält, ist hier irgendwie angemessen, solche Eigenkapitalsituationen finden wir im Kulturbereich nirgends. Ich erwähne das deshalb so, weil die Sprecherin der BKK diesen Vergleich auch herangezogen hat. Aus diesem Grund ist der Regierungsrat denn auch nicht auf den Pauschalerhöhungsantrag der Trägerschaft eingegangen. Dabei ist unbestritten, dass der Beitrag des Kantons Basel-Stadt, der eben unter 10 Prozent des Gesamtbudgets liegt, in erster Linie eine Anerkennung der öffentlichen Relevanz des Zoo Basels darstellt. Er begründet sich, Sie wissen das, historisch gesehen ja in einer Umwandlung des früheren Erlasses von Gebühren und der allgemeinen Versorgungsleistungen, also vor allem der Dienstleistungen der IBB, in einen Staatsbeitrag.

Ich möchte auch noch eingehen auf den Landwert des dem Zoo im Baurecht zur Verfügung gestellten Landes. Es sind rund 113’000 m2 an bekanntlich bester städtischer Lage. Dieses Baurecht geht an den Zoo zu einem symbolischen Baurechtszins von eben 100 Franken pro Jahr. Der Wert des Landes, wenn man ihn normal in ein Baurecht abgeben würde, wären 790’000 Franken pro Jahr und das ist natürlich ein weiterer wesentlicher Beitrag des Kantons. Ich habe die Argumentation im Bericht der BKK nicht verstanden. Das Argument sei müssig, es gäbe ohne Land keinen Zoo. Es wurde jetzt auch wiederholt, dieses Argument, ohne es zu erläutern, ja, ohne Land gäbe es auch keinen Kanton Basel-Stadt und wenn Landwerte und Zinsen

und diese Kosten keine Rolle spielen würden, dann hätten wir wohl dieses Jahr keine Nachtsitzungen hier gehabt. Natürlich ist das eine geldwerte Leistung. Ich glaube, das ist ökonomisch eindeutig und ich finde, wir dürfen sie durchaus auch betonen, denn wir möchten ja auch zeigen, wie wichtig uns der Zoo ist und was wir für ihn alles tun. Übrigens haben die Baurechtsverträge eine Laufzeit bis 2070 und es ist keine Anpassung vorgesehen, also selbstverständlich ist keine Erhöhung des Baurechtszinses vorgesehen. Das erklärt vielleicht auch, warum wir jetzt hier auch nicht eine Erhöhung vorschlagen für die ja unbestrittenermassen aufgelaufene Teuerung.

Der Regierungsrat anerkennt, dass die BKK auf Basis des Ratschlags eine differenzierte und engagierte Diskussion geführt hat und eben jetzt mit ihrem Bericht auch diese Erhöhung um namhafte 550’000 Franken pro Jahr beantragt. Trotzdem bleibt der Regierungsrat bei seinem Antrag, er bittet um Genehmigung der Weiterführung des bisherigen Staatsbeitrages für die nächsten vier Jahre, eben dies vor dem Hintergrund der Reservenlage des Zoos, der Ertragslage des Zoos und auch der Spezialkonditionen beim Baurechtszins, die bis 2070 festgelegt sind. Wir sind überzeugt, dass wir dem Zolli mit einer Weiterführung auf bisheriger Höhe die absolut gerechtfertigte Bedeutung und Wertschätzung seiner vielfältigen Leistungen für den Kanton zum Ausdruck bringen können und ihn in keiner Weise, wie das jetzt heute auch gesagt wurde, stiefmütterlich behandeln werden würden. Das glaube ich, ist nicht angemessen gegenüber allen Stiefmüttern, aber auch nicht gegenüber dem Kanton Basel-Stadt.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen damit zu den Fraktionssprechenden. Erste Sprecherin ist Sasha Mazzotti für die SP.

Sasha Mazzotti (SP): Entgegen dem «Chrüzlistich» folgt die Fraktion der SP in diesem Geschäft der Regierung. Danke Conradin Cramer für Ihr Votum, daher kann ich mich etwas kürzer fassen.

Wir haben in den Kommissionen und wahrscheinlich hier im Rat recht unterschiedliche Auffassung, wenn es um Geld vergeben geht und warum wir Geld vergeben. Was auch logisch ist und ich absolut nachvollziehen kann, auch beim Zolli. Auf der linken Seite wollen wir die engagierte Arbeit des Zoos honorieren und horchen auf, wenn wir befürchten, die Vermittlung könnte leiden und braucht finanzielle Unterstützung oder das Personal noch immer keinen Teuerungsausgleich bekommen hat oder bekommen wird. Ein linker Reflex und ein berechtigter. Auf der bürgerlichen Seite stelle ich einen anderen Reflex fest. Mit der Erhöhung des Staatsbeitrages an den Zolli will man mit einer Art Anerkennung, also einen Anerkennungspreis vergeben. Ein Leuchtturm soll doch noch mehr leuchten können. So kommt es mir vor. Das klingt jetzt sehr vereinfacht und auf beiden Seiten werden Kolleginnen und Kollegen aus der BKK mir sagen wollen, das ist schon etwas komplexer und dass es andere Argumente und mehr Argumente gegeben hat, die sie dazu bewogen haben, der Erhöhung zuzustimmen.

Die SP anerkennt, dass der Zoo vielfältige Leistungen zugunsten der Wissenschaft und der Öffentlichkeit erbringt. Die Präsentation der Vertretung des Zoos in der Kommission war interessant und professionell und bis zu einem gewissen Grad ja auch nachvollziehbar. Allerdings, und das ist bewundernswert, die Finanzierung des Zoos durch Eintritte und Drittmittel wie Spenden und Legate ist sehr hoch. Daher gibt die SP der Regierung recht, die finanzielle Situation und die Liquidität sind intakt. Im Jahre 2023 gab es eine Umsatzsteigerung durch vermehrte Eintritte. Das klingt ja erstmal positiv, aber es gab auch eine Steigerung der Ausgaben, der Personal-, Energie- und PR-Kosten.

Da der Zoo wie andere Institutionen, die dem Staatsbeitragsgesetz unterlegen, keinen Teuerungsausgleich bekommt, hätte die SP bei so einer Erhöhung eventuell zustimmen können. Sie erinnern sich, unser linker Reflex. Und nun zum bürgerlichen Reflex und dem Leuchtturm, der den rechtlichen Grundlagen des Staatsbeitragsgesetz § 3 Abs. 2 lit. b widerspricht. Die Gewährung von Finanzhilfen setzt voraus, dass b, die Leistung ohne die Finanzhilfe nicht hinreichend erbracht werden kann. In Anbetracht der finanziellen Situation des Zoos, ihren Legaten, ihren Nachlässen und die nicht nur zweckgebundenen Fonds finde ich es zwar eine mögliche Geste, dass erfolgreiches Wirtschaften belohnt wird, also eben dieser Anerkennungspreis sozusagen vergeben wird, aber es widerspricht dem Staatsbeitragsgesetz, wie oben erwähnt.

Der Zoo ist nun beim PD angesiedelt und damit erhöht sich das oft kritisierte Kulturbudget und dies auf Kosten von Institutionen, die es trotz ihrer Strahlkraft und ihrer Leuchtturmfunktion in einem kulturellen Bereich tatsächlich brauchen. Es kommt mir so vor, wenn man jetzt dringend auf Staatsbeiträge angewiesen ist, wird man einfach abgestraft. Ja, man ist ja nicht wirtschaftlich und finanziell erfolgreich, egal, ob man kulturell erfolgreich ist. Ich denke, wir sind uns wahrscheinlich einfach nicht so einig, was ein Leuchtturm ist oder welche Institutionen hier in Basel alles Leuchttürme sind.

Ich bitte Sie im Namen der SP, der Regierung zu folgen und die Weiterführung der Staatsbeiträge zu bewilligen.

Ich danke Ihnen auch, Conradin Cramer, Sie haben es erläutert, auch der Vergleich mit den Kulturinstitutionen und den Legaten, sehr wichtig, und es ist eine seltene Gelegenheit, ich bin mit Conradin Cramer einig und ich unterstütze die Regierung. Bitte tun Sie dies auch.

Balz Herter (Mitte-EVP): Als nächster Fraktionssprecher kommt Joël Thüring für die SVP.

Joël Thüring (SVP): Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag der BKK zu. Ich war jetzt ein bisschen irritiert nach dem Votum von Frau Mazzotti, sie hat jetzt immer von den Bürgerlichen und dann von den Linken gesprochen. Also ich habe die Kommissionsberatung, und die bildet sich ja letztlich im Bericht unserer Kommission auch ab, und mit dem Abstimmungsresultat, es war 10 zu 2 beim Antrag und ich glaube, es sind mehr wie zwei Linke in der BKK, insofern ist diese Differenzierung zwischen links und rechts nicht ganz für mich nachvollziehbar. Da müssen irgendwelche Personen vielleicht, ich weiss nicht, jetzt anderer Meinung plötzlich sein, wenn Sie jetzt immer von den Linken und den Bürgerlichen sprechen, sind vielleicht gewisse Leuchttürme umgekippt, ich weiss es nicht. Jedenfalls, wir sind standhaft, wir sind für diesen Staatsbeitrag an den Zoo Basel in der Höhe, den die BKK Ihnen beantragt.

Ich finde, diese Vermischung, jetzt auch nicht nur von Frau Mazzotti, auch schon ein wenig von Regierungspräsident Cramer, aber auch schon im Bericht des Regierungsrates, der finanziellen Situation über die Finanzierung mit Drittmitteln, Legaten, etc. und den Betriebsmitteln etwas schwierig. Diese Drittmittel, und das wissen wir alle, die im Kulturbereich tätig sind, in einer Kommission, diese Drittmittel werden vor allem für ganz konkrete Dinge gesprochen. Sie finden praktisch niemand, der etwas Ihnen mitfinanziert für die laufenden Betriebskosten. Das sind vor allem Drittmittel, die dafür verwendet werden, um beispielsweise ein neues Vogelhaus zu finanzieren, um beispielsweise etwas Neues auf den Tieranlagen zu erstellen und nicht dafür, dass Hansli Meier oder Vroni Müller einen angemessenen Lohn für ihre Tätigkeit im Zoo erhält. So verhält es sich auch bei allen anderen Institutionen im Kulturbereich, die auch im Präsidialdepartement angesiedelt sind. Fragen Sie einmal den Direktor des Kunstmuseums oder den Direktor des Antikenmuseums, wenn der Drittmittel einwerben muss, dann geben ihnen diese Geber von Drittmitteln das nicht für den laufenden Betrieb des Hauses, sondern sie geben ihnen das für Sonderausstellungen. Und so ist es eben auch beim Zoo und deshalb finde ich diese Diskussion über das «Kässeli», die der Zoo Basel hat, und über die er dann allenfalls auch verfügen soll, etwas schwierig.

Dass der Zoo Basel finanziell gut dasteht, zeigt in erster Linie für den Moment, dass er in der Bevölkerung sehr breit akzeptiert ist. Aber wir haben vom Zoo Basel auch gehört, diese Drittmittelakquise wird a) immer schwieriger, sie wird immer aufwendiger, sie wird übrigens vielleicht auch immer aufwendiger, weil auch die fünf staatlichen Museen bei den ziemlich gleichen Drittmittelgebern anklopfen, um Drittmittel zu erhalten, und es kommt auch dazu, und das betrifft eben den Zoo Basel vielleicht noch etwas ganz speziell in den kommenden Jahren, dass diese Legate nicht mehr in der gleichen Grössenordnung vielleicht fliessen werden, fliessen können, weil wir eben auch sehen, dass heute die Verbundenheit zu lokalen, regionalen Institutionen etwas abnimmt. Die, die Ihnen heute ein Legat übermitteln, sind ja morgen nicht mehr da und die, die allenfalls heute da sind, sind eben nicht mehr so verankert, dass sie an den Zoo Basel oder auch an eine an andere Institution denken.

Deshalb ist es aus Sicht der SVP-Fraktion jetzt richtig, diesen Staatsbeitrag zu erhöhen. Ich musste ein wenig schmunzeln, als Regierungspräsident Cramer gesagt hat, wir behandeln den Zoo Basel nicht stiefmütterlich und er hat sich gewehrt, dass wir das behaupten. Ich bin schon sehr lange in diesem hohen Hause und auch schon sehr lange in der Bildungs- und Kulturkommission und ich kann Ihnen also sagen, wenn eine Institution vom Regierungsrat sehr stiefmütterlich behandelt wurde, dann ist es der Zoo Basel. Wir erinnern uns, blicken wir zurück, der vorletzte Staatsbeitrag, er war noch unter Guy Morin, dem damaligen Regierungspräsidenten, hätte vorgesehen, dass dem Zoo Basel sogar die Mittel gekürzt worden wären. Die BKK hat diesen Kürzungsentscheid danach rückgängig gemacht und der Grosse Rat ist der BKK damals gefolgt.

Also der Regierungsrat hat sich in den letzten, man muss jetzt schon fast sagen, Jahrzehnten, was den Zoo Basel und den Staatsbeitrag an den Zoo Basel anbelangt, nun wirklich nicht von seiner spendabelsten Seite gezeigt. Das muss er auch gar nicht, er muss nicht spendabel sein, aber die Wertschätzung für den Zoo Basel, nun ja, sie ist vielleicht nicht überall ganz gleich gross im Regierungsrat wie für andere Institutionen. Das hören Sie übrigens nicht nur von mir hier an diesem Mikrofon, sondern das hören Sie durchaus auch von Personen, die beim Zoo Basel etwas näher sind. Das ist aber keine Kritik an Conradin Cramer, der dieses Amt ja erst vor wenigen Monaten übernommen hat, sondern vielleicht mehr eine Kritik allgemein an den Regierungsrat gerichtet. Und wir haben es auch gehört und es steht auch im Bericht, auch der Zoo Basel leidet unter den gleichen Problemen wie alle anderen Institutionen auch, die Teuerung schlägt auf vieles, die Lohnkosten werden dadurch nicht geringer und auch an anderer Stelle, beispielsweise bei den Energiepreisen wird alles sehr viel teurer.

Das sind eben genau die Dinge, die der Zoo Basel über seine Betriebsmittel finanzieren muss und genau da sind wir der Ansicht, sollte der Betrag nun endlich nach über fast zwei Jahrzehnten einmal erhöht werden, um eben auch diesen Herausforderungen gerecht zu werden. Der Zoo Basel, das wurde ja von niemandem bestritten, hat eine wichtige Funktion in unserem Kanton, in unserer Region, es ist die meistbesuchte Kulturinstitution in unserer Region. Der Zoo Basel leistet einen wesentlichen und wichtigen Beitrag in der Vermittlung, für die Artenvielfalt, für die Biodiversität, und all diese Aufgaben übernimmt der Zoo Basel mit seinen Betriebsmitteln. Das sind Mitarbeitende des Zoo Basels, die hier für die Vermittlung einstehen, die hier diesen Aufwand haben, der Kinderzoo beispielsweise, der der Zoo Basel anbietet, das wird alles über ihre Betriebsmittel finanziert. Der Zoo Basel könnte dort auf dem Areal des Kinderzoos vielleicht auch etwas anderes anbieten und wäre damit vermutlich vielleicht sogar wirtschaftlich besser abgestützt. Er macht das nicht, weil er eben auch einen Beitrag zur Artenvielfalt, zum Naturschutz leisten will.

Deshalb glauben wir, ist es richtig, diesen Staatsbeitrag nun zu erhöhen. Wir sprechen hier immer noch von einem sehr moderaten Staatsbeitrag von maximal 2 Millionen Franken pro Jahr. Das dünkt uns jetzt im Kontext der Diskussionen über die Wichtigkeit dieser Institution für angemessen und deshalb bitten wir Sie, heute diesem Staatsbeitrag so zuzustimmen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort geht an Béla Bartha für das GAB.

Béla Bartha (GAB): Ich bin jetzt natürlich ein bisschen verwirrt, weil ich sicher jemand war, der mit Herzblut für diese BKK-Vorlage gestimmt hat, weil ich hier natürlich wählen muss zwischen vielleicht eher einer linken Position oder eben einer grünen, biodiversitätsfördernden Position. Ich hoffe natürlich auch, nachdem ich Joël Thüring jetzt gehört habe, dass er vielleicht in manchen Gelegenheiten, wenn es zum Beispiel beim nächsten Punkt 97 dann um die Kaserne geht, auch einen Schritt in Richtung vielleicht einmal mehr nach links macht und dort auch ein Wunsch hervorbringt, der vielleicht nicht immer seiner sonstigen Einstellung entspricht und da auch vielleicht grosszügiger ist.

Ob wir das hören wollen oder nicht, heute stehen wir vor einem erschreckenden weltweiten Rückgang der Vielfalt von Pflanzen und tiergenetischen Ressourcen. Ich verzichte hier, die vielen Zahlen herunterzubeten, die diese Aussage stützen. Dort, wo sich die Wildtiere noch in freier Wildbahn bewegen können, gehen ihre Habitate, ich erinnere hier mal wieder an die fast nicht mehr existierenden Regenwälder, in rasantem Tempo zurück. Im Zuge dessen werden in vielen Fällen die jeweiligen Populationsgrössen so klein, dass ihr langfristiges Überleben auch in freier Wildbahn nicht gesichert werden kann. Gleichzeitig haben wir eine Situation, wo immer mehr Menschen auf diesem Planeten immer weniger die Möglichkeit haben, Wildtiere in ihren natürlichen Habitaten anzutreffen und wenn Sie dies beispielsweise als Safari-Tourist versuchen, die Gefahr besteht, dass Sie eben diese letzten Gebiete auch noch zerstören.

Natürlich wünschen wir uns alle, dass es den Wildtieren wieder besser geht, die natürlichen Habitate global geschützt werden und die genetischen Ressourcen, von denen wir als Menschen direkt abhängen, nachhaltig gesichert sind, aber leider ist die Realität eine andere. Im Übrigen sind das häufig lokale Konflikte, die zur Gefährdung der letzten Population führen und von denen haben wir gerade im Moment leider eher mehr als weniger.

Hier kommen eben die Zollis ins Spiel. Zollis können speziell in einer solchen Biodiversitäts-Krisenzeit eine wichtige Rolle spielen und ich bin der Überzeugung, dass gerade diese Rolle als Retterin von gewissen Populationen in der heutigen Zeit sehr nötig ist und so leid es mir tut, wohl auch noch wichtiger werden wird. Es besteht natürlich die Hoffnung, und ich bin sicher der erste, der freudig alle Zollis der Welt abschaffen wird, dass sich die natürliche Umwelt in einer späteren Zukunft wieder erholt. Aber diese Perspektive sehe ich im Moment nicht. Daher ist es heute notwendiger denn je, dass es Beispiele gibt, wo Zollis, wenn sie global zusammenspannen, im Verbund befähigt sind, zumindest während einer gewissen Zeit Populationsgrössen zu stützen und die Anzahl von Individuen auf einem global gesehenen überlebensfähigen Niveau zu halten. Dieses Engagement wird durch die IUCN in einem Positionspapier bestätigt und für die Zukunft bekräftigt. Auch der WWF würdigt diese Arbeit der Zoos und bringt das Beispiel des Goldenen Löwenäffchens ins Spiel, das ohne den temporären Einsatz von Zuchtprogrammen in Zoos heute sehr wahrscheinlich ausgestorben wäre.

Nun wurde ich auch mit dem Vorwurf von unseren SP-Freunden konfrontiert, dass nirgends im BKK-Bericht erwähnt werde, für was der Unterstützungsbeitrag verwendet werden soll. Dem ist mitnichten so. Ich zitiere: «Als gewichtiges Argument für eine Aufstockung des Staatsbeitrages erachtet die Kommission den Umstand, dass der Staatsbeitrag an den Zoo seit 15 Jahren nicht mehr erhöht worden ist und inflationsbedingt somit sogar gesunken ist. Weiter leistet der Zoo unbestrittene Massnahmen, bedeutende Arbeit im Bereich des Artenschutzes und der Artenvielfalt. Künftig wird im Zoo wohl eine noch wichtigere Rolle in der Forschung und der Erhaltung tiergenetischer Ressourcen zukommen.» Nun, wenn das nicht im Bericht stehen würde, dann müsste ich zugeben, dass ich meinen Job nicht gemacht hätte, aber so?

Investieren wir in diesen Zolli, investieren wir in diese genetischen Ressourcen, in diese Tiere, geben ihnen ein würdiges Umfeld und investieren auch in ihre Gehege und in ihre artgerechte Haltung, aber investieren wir eben zusätzlich in die weiteren Erhaltungsbemühungen des zoologischen Gartens und die nicht nur in der Schweiz, sondern eben auch weltweit. Deshalb bitte ich den Grossen Rat, dem Bericht und dem Erhöhungsantrag der BKK zu folgen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Für die FDP hat das Wort David Jenny.

David Jenny (FDP): Der Zolli ist Teil der Basler DNA. Er ist wirklich die Institution, die von fast allen geliebt und auch besucht wird. Das zeigen die Zahlen, da kommt keine andere Institution heran. Für gross und klein, für Stiefmütter und Nichten und Neffen und alles, was sonst noch kreucht und fleucht. Ich glaube, Basel an mym Birsig ist nur mit dem Zolli denkbar. Das war eine etwas pathetische Einführung, jetzt gehen wir zu den Niederungen des Staatsbeitragsgesetzes. Das wurde ja schon von Frau Mazzotti vorgebracht und wird dann noch fachkundiger von Frau Keller vertieft werden.

§ 3 des Staatsbeitragsgesetzes sagt, Finanzhilfe ist ein geldwerter Vorteil, der einem Empfänger ausserhalb der kantonalen Verwaltung gewährt wird, um freiwillig erbrachte Leistungen im öffentlichen Interesse zu erhalten oder zu fördern. Der Zolli erbringt freiwillig sehr grosse Leistungen, Béla Bartha hat das hier aufgezeigt, auch mit Schulklassen, etc., Vermittlungen, das heisst, er könnte diese auch nicht erbringen. «Im öffentlichen Interesse erbracht» zu definieren, etc., hat eine gewisse, ja, wahrscheinlich, Geschichte. Wahrscheinlich alles, was der Zolli tut, ist freiwillig im öffentlichen Interesse. Er ist ja auch eine gemeinnützige Aktiengesellschaft.

Dann wird darauf hingewiesen, dass diese ohne die Finanzhilfe nicht hinreichend erbracht werden kann. Da ist jetzt die Frage, auf was fokussieren wir, immer auf das Gesamtbild oder sagen wir, es gibt mehr oder weniger eine Abteilung im Zolli, das sind diese Leistungen, die hier beschrieben wurden. Und da ist eben das Argument schon so, für diese braucht es auch zusätzliche Mittel und nicht nur die Mittel, die aus den Tickets und den Zolli-Klassen und den Mäzeninnen und Mäzenen erwirtschaftet werden. Wir schauen auch bei anderen Institutionen auf einen Ausschnitt der Rechtsperson hin. Ich meine, zum Beispiel die Bibliotheken der GGG haben keine eigene Rechtspersönlichkeit, da rechnen wir auch nicht immer das gesamte Vermögen der GGG hinzu. Da ist unser Zolli vorbildlich transparent, es ist nämlich praktisch alles innerhalb der AG. Wir könnten uns andere Strukturen vorstellen. Es gibt andere Institutionen, die haben nebendran eine Stiftung, dort sind all diese Mittel parkiert, werden dann ausgerechnet, da könnte man ja noch eine Tochtergesellschaft schaffen für Vermittlungsangebote und die möglichst dürftig ausstatten, damit die Armut auch dem Staat klar wird. Ich meine, das wollen wir alles nicht.

Und dass wir bei Institutionen mit grosser Strahlkraft, die wirklich viel für uns bringen, viel für die breite Bevölkerung, vielleicht manchmal, ich gebe es zu, nicht ganz am Buchstaben des Gesetzes haften, haben wir praktisch einstimmig unter Einschluss der SP bei der Fondation Beyeler gemacht. Dort hat die SP nicht geschrien, hier wird eklatant das Staatsbeitragsgesetz verletzt. Also dieser Vorwurf ist jetzt wirklich reserviert worden für den Zolli. Ich glaube, wir verletzen es nicht, wir setzen etwas fort und wenn es wirklich verletzt ist, dann hätte die SP sagen müssen, null, und das getraut sie sich ja dann auch nicht ganz. Also wenn Sie wirklich sagen, die einzig richtige Auslegung ist, dass eine Institution wie der Zolli, der sorgfältig wirtschaftet, der wirklich sich bemüht um Drittmittel, kein Geld gegeben werden darf, dann bitte, stellen Sie diesen Antrag und machen Sie sich entsprechend lächerlich. Ich glaube, die Regierung hätte diese, ich sage aus meiner Sicht, auch relativ grosszügige Erhöhung vermeiden können, wenn Sie einfach den Inflationsausgleich gewährt hätte. Auch die Geschichte, diese quasi Sparaktion, da war sie quasi konsequent, ganz zu streichen. Ja, die hallen natürlich auch ein bisschen nach.

Ich glaube nicht, dass die Regierung den Zolli stiefmütterlich behandelt, aber eine gewisse klassenkämpferische Attitüde gegen den Zolli schimmert nicht bei Herrn Cramer, aber vielleicht bei denen, die das Geschäft vorbereiten, etwas durch. Die sagen, da sollen doch die Reichen alles finanzieren, aber ich glaube, die Reichen müssen eben auch den Eindruck haben, dass diese Institution geschätzt wird. Ich glaube, dieses Geld ist wirklich gut investiert, damit auch in weiteren 150 Jahren wir Freude haben an einem Zolli, der wirklich ein Auftrag erfüllt für unsere Bevölkerung und für die ganze Welt, wie es vorher Béla Bartha besser geschildert hat, als ich es kann.

In diesem Sinne bitte ich Sie, diesem Antrag zu folgen. Der Landwert, ja, aber ich meine, wenn wir jetzt kommen, bitte hebt den Zolli auf, rodet alle Bäume dort und baut irgendwo, statt auf Konkurrenzieren, in Allschwil was auf, das ist ja völlig illusorisch, das wird immer eine grüne Lunge von Basel sein, mit oder ohne Zolli. Von daher ist der Landwert wirklich nur theoretischer Natur. Ich glaube, dieses Argument sticht nicht und in diesem Sinne bitte ich Sie wirklich, hier mal nicht der Regierung zu folgen und auch nicht der SP zu folgen, sondern einer Mehrheit in der BKK, die wirklich nicht rein bürgerlich zusammengesetzt war.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Sprecherin für die LDP ist Nicole Kuster.

Nicole Kuster-Simon (LDP): Der Zolli Basel hat seit 150 Jahren eine grosse Strahlkraft und lockt jährlich 1,2 Millionen Besuchende an. Die Wertschöpfung für die Region ist gross und liegt bei bis zu 1,9 Millionen pro Jahr. 49 Prozent der Kulturbesuchenden in Basel besuchen den Zoo. Der Staatsbeitrag wurde seit 15 Jahren nicht angepasst, währenddem sich die Kostenstruktur erheblich verändert hat. Im Städtevergleich ist der Zoo Basel mit 1,22 Franken Subventionen pro besuchende Person im Vergleich zu 5,95 Franken pro Person in Zürich eher tief. Besonders zu erwähnen ist die 12 Hektaren grosse Parkanlage mit 1’100 Bäumen. Der Zoo ist eine grüne, gut gepflegte Lunge mitten in der Stadt Basel. Diese trägt dazu Sorge, was wiederum mit einem fairen Baurechtszins abgegolten wird.

Der Zoo Basel hat einen Mehrbedarf von 2,4 Millionen glaubhaft darlegt und danach schlüssig argumentiert, weshalb eine Erhöhung des Staatsbeitrages auf 2 Millionen zielführend ist. Der Einwand, dass der Zoo erhebliche Drittmittel einwirbt, ist nur teilweise zutreffend. Denn Geschenke, Spenden und Legate sind oft mit Auflagen verbunden, können nicht geplant werden und realisieren meist spezifische Projekte wie die Realisation eines bestimmten Tiergeheges. Es gibt keine Defizitgarantie durch Gönnerinnen und Gönner.

In Anbetracht der hohen Wertschöpfung für die Region, der Zoo wirtschaftet seinen Staatsbeitrag fast selbstständig wieder ein, und den gestiegenen Sachkosten mit den Strompreisen, erachtet es die LDP für angebracht, der Erhöhung gemäss BKK zuzustimmen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Als erste Einzelsprecherin hat sich Christine Keller gemeldet.

Christine Keller (SP): Wir haben nun einiges durchaus auch amüsantes gehört, von klassenkämpferischer Attitüde von Conradin Cramer oder seinen Mitarbeitern bis zu geradezu rabulistischen Argumenten. Ja also, wenn man der Meinung ist, diese Erhöhung sei nicht gesetzeskonform, dann müsse man natürlich konsequenterweise gerade alles ablehnen, das heisst, man will einen Gesetzesbruch mit dem bisher begangenen rechtfertigen. Alles etwas amüsant. Lieber Béla Bartha, Sie wissen von mir, dass die Biodiversität mir wirklich sehr am Herzen liegt. Diskutieren kann und sollte man, welche Rolle die Zoos dabei einnehmen sollen, dürfen, können. Welche Tiere soll er züchten? Macht es Sinn, Tiere zu züchten, die nachher nicht mehr ausgewildert werden können? Macht es Sinn, Elefanten oder Oran Utans zu züchten? Diese Diskussion wurde, das bedauere ich, nicht geführt gemäss BKK und auch Bericht des Regierungsrates. Schade, aber darum geht es ja heute nicht.

Heute geht es darum, ob wir diesen Staatsbeitrag, der bisher schon an der Grenze des Staatsbeitragsgesetzes war, auch noch doch deutlich erhöhen sollen. Es wurde nun mehrfach zitiert, David Jenny hat nur den ersten Absatz des Staatsbeitragsgesetzes zitiert, aber im § 3 Abs. 2 lit. b steht nun einmal, dass der Nachweis erbracht werden muss, dass die Leistung, die im öffentlichen Interesse liegt, ohne diese Finanzhilfe, das heisst, diese erhöhte Finanzhilfe nicht hinreichend erbracht wird. Und mit entwaffnender Offenheit sagt ja die BKK selbst in ihrem Bericht, man sei sich einig darüber, dass der Zoo auch ohne diese Erhöhung die nächsten vier Jahre unbeschadet überstehen würde. Damit ist einfach glasklar, dass die Voraussetzung für diese Erhöhung nicht gegeben ist und die ist auch nicht gegeben, wenn man sagt, das sei jetzt seit so langer Zeit nicht erhöht worden. Das ist keine Begründung. Die Aufgaben, die Béla Bartha gesagt hat, die können auch mit dem bisherigen Staatsbeitrag erfüllt werden.

Dass man jetzt sagt, ja, wir könnten ja anfangen, irgendwelche Abteilungen und Scheinkonstrukte zu machen, damit wir dann eine defizitäre Abteilung haben und die dann subventionieren, das kann ja nicht wirklich eine zielführende Argumentation sein. Tatsache ist, dass der Zoo 4,63 Millionen Eigenkapital hat und 62,5 Millionen gebundene Fonds. Wie gesagt, die Kommission ist sich einig darüber, dass das nicht nötig ist. Es ist eine Anerkennung, eine aus Sicht der Kommission offenbar sicher gut gemeinte Anerkennung für diese Leistung, aber das widerspricht nicht unserem Gesetz. Wir haben im Zusammenhang mit dem Budget wiederholt gesagt, wie wichtig der Rechtsstaat sei und wir seien keine Bananenrepublik, aber das gilt nicht nur für den Staat, der nimmt oder für den Staat, der eingreift, das gilt auch für den Staat, der gibt. Er muss willkürfrei diese Subventionen vergeben, sonst begibt er sich einfach ins Unrecht. Und wenn das in anderen Fällen zitiert wurde, dass das bei Beyeler auch schon gemacht wurde, so muss ich darauf hinweisen, es gibt keinen Anspruch auf Gleichheit im Unrecht. Das lernt man ziemlich früh mal in der Jurisprudenz. Und wenn man sagt, dieser Staatsbeitrag wurde nicht erhöht, ja, aber erstens ist das finanzrechtlich kein Argument und zweitens dürfte der Wert des Landes doch gestiegen sein. Das heisst, die Subventionen wurde sogar erhöht.

Ich bitte Sie also wirklich, jetzt für einmal bei der Regierung zu bleiben und danke Ihnen dafür.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Liste der Rednerinnen und Redner ist erschöpft, somit kommen wir zum Regierungsrat. Möchte er das Wort? Er wünscht es.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Vielen Dank für die angeregte Diskussion und die Unterstützung von teilweise unerwarteter Seite. Ich glaube tatsächlich, es geht bei dem Staatsbeitrag an den Zoo Basel und bei den Fragen der Wertschätzung nicht um Klassenkampf und solche Geschichten. Ich glaube auch, dass sich Wertschätzung an Institutionen, in denen Freiwilligenarbeit geleistet wird, nicht ausschliesslich in Geld bemisst. Es gibt in diesem Kanton unendlich viel Gutes, was getan wird und keinen Staatsbeitrag bekommt. Der Zolli Basel bekommt einen Staatsbeitrag, einen betraglich gesehen auch durchaus namhaften in Relation zu den Eigenmitteln, nicht so Risiken im Vergleich zu anderen Institutionen, aber eben deshalb, weil der Zoo Basel in der Lage war und in der Lage ist, diesen hohen Eigenfinanzierungsgrad zu erreichen und zu halten. Und falls das in Zukunft einmal nicht mehr der Fall sein sollte, falls sich die Befürchtungen, die teilweise geäussert wurden, bezüglich der Lage bei den Spenden oder den Legaten oder den ganzen Nachlässen ändern sollte, dann besteht ja auch jederzeit bzw. nach vier Jahren die Möglichkeit, einen Staatsbeitrag anzupassen.

Das Staatsbeitragsgesetz als solches, das ist tatsächlich kein Wertschätzungsgesetz, sondern hat seine Kriterien und nach diesen Kriterien ist der Regierungsrat zum Schluss gekommen, Ihnen den unveränderten Staatsbeitrag zu beantragen. Und wenn ich von einem Sprecher höre, dass der Regierungsrat sich sozusagen diesen Erhöhungsantrag selbst eingebrockt hat,

weil er nicht die Teuerung gewährt hat, dann muss sich schon die Gegenfrage stellen, möchten Sie jetzt dem Zoo mehr geben oder möchten Sie dem Regierungsrat da eins auswischen? Ich meine, das kann es ja nicht sein. Die BKK wäre selbstverständlich frei gewesen und die Fraktion FDP wäre heute frei gewesen, einen entsprechenden anderen Erhöhungsantrag zu stellen. Also ich halte dieses Argument wirklich nicht für zielführend.

Und dann auch nochmals zu diesem Baurecht, auf dem ich jetzt da bewusst ein bisschen rumreite, selbstverständlich ist das eine geldwerte Leistung. Wir sollten da vielleicht mehr die Ökonomen und weniger die Juristen darüber sprechen lassen, aber wenn ich höre, das ist ja nichts wert, weil man könnte da ja nichts anderes machen, das würde ja immer grün bleiben, dann gilt das ja für ganz viele Orte in unserer Stadt. Auch ein denkmalgeschütztes Haus können Sie kaum verändern und trotzdem selbstverständlich ist die Überlassung etwas wert.

Ich finde, wir dürfen das auch anerkennend feststellen, dass wir als Gemeinwesen etwas tun für unseren Zoo, dass wir ihn wertschätzen ideell in Wort und Tat und auch finanziell, auch übrigens mit dem Antrag des Regierungsrats, den ich Ihnen nochmals ans Herz legen möchte.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Vizepräsidentin der Finanzkommission verzichtet auf ein Votum, die Sprecherin der BKK ebenfalls. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses Nachtragskredit für 2025 (Seite 7 des Berichts).

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Der Regierungsrat beantragt, den Nachtragskredit nicht zu beschliessen.

Wir eröffnen hierzu die Debatte. Gibt es Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Daher kommen wir gleich zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Grossratsbeschluss 1 Nachtragskredit

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

58 Ja, 33 Nein, 6 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005276, 18.12.24 17:28:24]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Zoo Basel wird ein Nachtragskredit in Höhe von Fr. 550‘000 für das Jahr 2025 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben den Grossratsbeschluss angenommen mit 58 Ja-Stimmen gegen 33 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 2 Beiträge für 2025 bis 2028 (Seite 8 des Berichts).

Titel und Ingress

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt einen Gesamtbetrag von 5,8 Millionen Franken, jährlich 1,45 Millionen Franken.

Wir eröffnen hierzu die Debatte. Gibt es Wortmeldungen? Nein. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

31 Ja, 59 Nein, 7 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005278, 18.12.24 17:29:42]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben den Änderungsantrag mit 59 Nein-Stimmen gegen 31 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt.

Wir fahren fort in der Detailberatung.

Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 2 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005280, 18.12.24 17:30:30]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Zoo Basel werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 8’000’000 (Fr. 2’000’000 p. a.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 92 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

98. Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Kaserne Basel für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der BKK

[18.12.24 17:30:39, 24.0701.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Seit 1980 ist die Kulturwerkstatt Kaserne Basel der zentrale Produktions- und Spielort für die regionale Freie Szene in den Bereichen Tanz, populäre zeitgenössische Musik und Theater. Nebst dem kulturellen Angebot leistet die Institution einen entscheidenden Beitrag zu einem guten gesellschaftlichen und sozialen Miteinander im Quartier und durch

die Bespielung des Areals wird ein hoher Grad an sozialer Kontrolle erreicht. Hinlänglich bekannt ist, dass nach der Sanierung und Umgestaltung des Kasernenhauptbaus dieser von der kHaus AG betrieben wird. Die kHaus AG hat sowohl operativ wie auch betrieblich nichts mit dem Kulturbetrieb des Vereins Kulturwerkstatt Kaserne Basel zu tun.

Die Kaserne Basel fällt zu einem Drittel in den Bereich der Jugend- und Alternativszene. Im Leistungsauftrag ist darum auch verankert, dass sie sich mit einem Drittel ihrer Tätigkeit als Partnerin zur besseren Sichtbarkeit für Bands und Gruppen aus der Region Basel einsetzen muss. Ein Drittel einer allfälligen Erhöhung des Staatsbeitrages an die Kaserne Basel würde entsprechend den Mitteln der Trinkgeldinitiative zugeordnet werden.

Die Kaserne Basel hat in ihrem Gesuch für die neue Staatsbeitragsperiode um eine Erhöhung von jährlich 447’393 Franken ersucht. Mit dieser Erhöhung soll ein Ausgleich der Teuerung und eine Lohnentwicklung für die Mitarbeitenden ermöglicht werden. Die Vertreterinnen und Vertreter der Kaserne Basel haben am Hering erklärt, dass die Institution in den vergangenen Jahren eine ausserordentlich hohe Personalfluktuation zu verzeichnen hatte, häufig begründet mit den tiefen Löhnen. Zudem sei die Rekrutierung von qualifiziertem Personal enorm anspruchsvoll. Aktuell seien zwar alle Stellen besetzt, das bleibe aber nur so, wenn eine Lohnerhöhung gewährt werden könne.

Der Regierungsrat zeigt sich bereit, etwa einen Drittel der beantragten Erhöhung zu gewähren. Damit soll das Lohnniveau angehoben werden können. Die Vertreterinnen und Vertreter der Kaserne Basel erklärten, dass etwa zwei Drittel dieser Erhöhung gebraucht würden, um die auflaufende Teuerung auszugleichen. Der dritte Drittel reiche aber nicht aus, um die Tieflohnsituation nachhaltig zu ändern. Man habe mittels eines bundesbasierten Modells faire Löhne modelliert und könne darum festhalten, dass eine Erhöhung des Staatsbeitrages um 450’000 Franken notwendig wäre, um eine nachhaltige und faire Lohnentwicklung zu garantieren.

Nach dem Entscheid des Regierungsrats haben die Verantwortlichen der Kaserne Basel nochmals eine neue Berechnung des Lohnmodells gemacht und am Hearing dann der BKK einen Kompromissvorschlag vorgelegt. Gemäss diesem Vorschlag wäre eine Erhöhung des Staatsbeitrages um 312’986 Franken notwendig. Ebenfalls äusserten die Verantwortlichen der Kaserne Basel, dass sollte der Staatsbeitrag nicht erhöht werden, würden die Löhne trotzdem angehoben, damit die Institution nachhaltig gestärkt und das Knowhow gehalten werden kann. Dies müsste dann aber über interne Einsparungen und allenfalls einem Abbau von Leistungen geschehen.

Wie der Regierungsrat schätzt die BKK die professionelle Arbeit der Kaserne Basel insbesondere in den Bereichen Kultur, Kreativität und Diversität, aber auch hinsichtlich seiner Wirkung auf die umliegenden Quartiere im Kleinbasel ausdrücklich. Für einen Grossteil der BKK ist eine Erhöhung des Staatsbeitrages nachvollziehbar. Es ist der Kommission bewusst, dass die Löhne in den allermeisten Kulturbetrieben sehr tief sind und dass es für die Institutionen entsprechend schwierig ist, gut ausgebildetes Personal zu finden und zu halten. Allerdings ist sich die Kommission über die Höhe des neuen Staatsbeitrages nicht einig, ich komme nachher noch dazu.

Die BKK hat rund um die Finanzen der Kaserne Basel noch andere Themen diskutiert. Dass die Kaserne Basel keinen Anspruch auf einen Teuerungsausgleich hat, ist als kritisch zu betrachten. Dies vor allem, weil die Kaserne hohe Mietkosten hat, die in der Betriebsrechnung ausgewiesen sind. Dadurch fallen die Personalkosten unter die geforderten 70 Prozent der Gesamtkosten. Da wird gespannt auf die Umsetzung der Motion Eberhard gewartet. Problematisch ist zudem, dass gewisse Institutionen für ihre Lokale eine Miete entrichten müssen und andere nicht, was sich dann auf die 70 Prozent Lohnkosten auswirkt.

Die Eigenfinanzierung der Kaserne Basel liegt bei 18 Prozent. Die BKK erachtet das als eher tief und regt an, dass sich die Institution auch in diesem Bereich Gedanken macht. So können mittels einer Betriebsanalyse Potenziale ausgemacht und Prozesse optimiert und durch das Erkennen von Stärken und Schwächen und von Chancen und Risiken der Eigenwirtschaftlichkeitsgrad gesteigert werden. Auch die Pachteinnahmen könnten überprüft und allenfalls angepasst werden.

Wie bereits erwähnt, ist sich die BKK nicht einig über die Höhe des Staatsbeitrags. Ein kleiner Teil der Kommission möchte gar keine Erhöhung, da sie der Meinung ist, dass die Kaserne Basel als privater Verein die benötigten Mittel eigenverantwortlich erwirtschaften soll. Die grosse Mehrheit der Kommission erachtet es aber als angebracht und notwendig, die Löhne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kaserne anzuheben. Eine Mehrheit der Kommission ist sogar der Ansicht, dass der Erhöhungsantrag des Regierungsrats nicht reicht. So sind in der Kommissionsdiskussion zwei Anträge gegenübergestanden.

Antrag 1 beinhaltete eine zusätzliche Erhöhung des Staatsbeitrages um 163’855 Franken. Damit wäre die gesamte Erhöhung beim zweiten Antrag der Kaserne Basel gewährleistet und die Löhne könnten gestärkt werden. Antrag 2 beinhaltete eine Erhöhung um 50’000 Franken. Mit dieser Erhöhung soll es der Kaserne Basel ermöglicht werden, dass ihr Betrieb, wie schon heute, bis drei Uhr nachts aufrechterhalten werden kann. Dies ist der BKK wichtig, weil durch die Bespielung des Areals die soziale Kontrolle und somit die allgemeine Sicherheit im gesamten Perimeter rund um die Kaserne steigt. Der zweite Antrag obsiegte mit 7 zu 6 Stimmen.

Darum beantragt die BKK mit 10 zu 2 Stimmen bei einer Enthaltung, für die Kaserne Basel insgesamt 15’398’148 Franken zu bewilligen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Auderset möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Diese wird angenommen.

André Auderset (LDP): Frau Roth, wenn ich es recht verstanden habe, würde die Kaserne die Löhne der Mitarbeiter auch anpassen, wenn wir hier keine Erhöhung beschliessen. Ist das nicht das beste Argument dafür, darauf zu verzichten, weil es geht ja auch ohne?

Franziska Roth (SP): Herr Auderset, haben Sie mir gut zugehört? Ich habe gesagt, die Kaserne müsste die Löhne erhöhen, müsste dann aber irgendwo kürzen und vielleicht auch Leistungen kürzen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat Regierungspräsident Conradin Cramer das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Vorab möchte ich der BKK danken für ihre Beratung und ihren Einsatz, dass wir jetzt diese Beratung noch in diesem Jahr abschliessen können, auch Ihnen, dem Plenum für die Zustimmung zur dringlichen Behandlung. Das hilft, dass die Kaserne nicht Anfang des nächsten Jahres möglicherweise mit Liquiditätsengpässen kämpfen muss und ist sicher im Sinne aller Beteiligten.

Die Präsidentin der BKK hat es schon ausgeführt, die Kaserne ist ein international etabliertes, ein prägendes Produktionshaus. Dank ihr, dank der Kaserne konnte sich in den letzten Jahren eine Stärkung all dieser Szenen in Tanz, Theater und populärer zeitgenössischer Musik entwickeln. Die Kaserne ist auf dem schweizerischen und europäischen Markt eine feste Grösse. Sie hat sich als attraktiver Co-Produktions- und Gastspielort für nationale und internationale Theater- und Tanzkompanien etabliert. Sie hat einen hohen Stellenwert in der Populärmusik für die ganze Region. Sie ist, man kann das so sagen, sozusagen ein alternatives Dreispartenhaus. Man kann auch sagen, dass die Kaserne dafür subventioniert wird, der Popmusik eine Plattform zu geben und mit Popmusik, da sind durchaus die grossen Namen gemeint, aber auch die lokalen Bands und diejenigen, die international zusammenarbeiten. Gesamthaft trägt die Kaserne mit diesem Mix zu einem lebendigen und dynamischen Basler Kulturleben bei.

Zu erwähnen ist auch, dass die Kaserne ein Festivalzentrum ist. Sie ist das für das Theaterfestival Basel, an dem sich alle zwei Jahre rund sieben Spielstätten in der Region beteiligen, und sie ist Kooperationspartnerin für viele besonders wichtige Festivals in der Stadt. Ich nenne das Offbeat Jazzfestival, das Nachwuchsfestival Treibstoff, aber auch das HipHop-Festival beispielhaft für die zahlreichen neuen Festivals.

Die Finanzierungssäulen der Kaserne sind mit gut zwei Dritteln, also 68 Prozent, die kantonalen Staatsbeiträge. Die Eintritte und Aufführungen machen rund 12 Prozent aus, 15 Prozent entfallen auf sonstige Einnahmen. Das sind namentlich die Pachteinnahmen aus dem sehr erfolgreichen Gastronomiebetrieb. Dann gibt es noch 4 Prozent Liegenschaftsertrag, also sprich Vermietungen. Die Ausgabepositionen sind zu gut einem Drittel, 37 Prozent, das Personal, zu 22 Prozent, der schon erwähnte Liegenschaftsaufwand, zu 20 Prozent die Veranstaltungen. Das Gesamtbudget, das liegt aktuell bei rund 5,5 Millionen Franken pro Jahr.

Zu erwähnen ist, dass mit Inkrafttreten des neuen Kulturvertrags zwischen den beiden Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft per Anfang 2022 die Kaserne zu den drei Institutionen gehört, die aktuell Beiträge aus der Abgeltung für kulturelle Zentrumsleistungen durch den Kanton Basel-Stadt erhalten. Das ist gut 1 Million Franken derzeit. Die Kaserne ist übrigens auch anderweitig wichtig in der Kulturpartnerschaft, denn sie ist vertraglich dazu verpflichtet, ihr Programm mit rund 30 Prozent Kulturschaffenden, Theatergruppen, Companies und Bands aus der Region zu buchen und das sichert Auftrittsmöglichkeiten für Gruppen, die aus dem Fachausschuss Darstellende Künste beider Basel oder vom Musikbüro unterstützt werden.

Zu betonen sind auch noch die Investitionen in die Räume der Kaserne. Mit Zustimmung der Finanzkommission hat der Regierungsrat entschieden, für die bauliche Sanierung das oberen Rossstalls total rund 13,6 Millionen Franken vorzusehen. Der Löwenanteil davon, 12 Millionen Franken, geht in die Sanierung der Fassade und des Dachstocks. Beides ist nötig aus Gründen des Bestandeserhalts. Der kleinere Anteil von noch rund 1,6 Millionen Franken dient zur Erneuerung technischer Anlagen und dem Einbau einer Lüftung für die Reithalle. Dieser Prozess, dieser Investitionsprozess läuft parallel zur Staatsbeitragsbewilligung, aber ich glaube, für die Gesamtsicht ist es immer gut, wenn auch solche Informationen hier in der Debatte vorliegen.

Für die nächste Staatsbeitragsperiode hat die Kaserne einen Erhöhungsantrag um 447’000 Franken pro Jahr gestellt, dem der Regierungsrat nur teilweise entsprechen möchte. Der Antrag fokussiert vollumfänglich auf die Anpassung von Personalkosten. Die Trägerschaft hat einen Vorschlag entwickelt, der die Gleichbehandlung durch Lohnbänder je nach Funktion, Belastungsgrad und Einforderungen ermöglichen soll.

Der Regierungsrat beantragt Ihnen, die Staatsbeiträge an die Kaserne für die nächste Subventionsperiode um 149’131 Franken pro Jahr zu erhöhen. Damit soll eine Anpassung des Lohnniveaus für das Personal der Kaserne ermöglicht werden. Diese Anpassung, sie ist auch nach Überzeugung des Regierungsrats notwendig aufgrund des grundsätzlich niedrigen Lohnniveaus und des Personalmangels, der herrscht, der es für die Kaserne schwierig macht, die fähigen Fachkräfte zu finden. Wie gesagt, die Trägerschaft der Kaserne hätte sich mehr gewünscht. Der Regierungsrat ist aber der Meinung, dass mit einem Antrag, der eine Steigerung des Gesamtstaatsbeitrages von 12 Prozent entspräche, dass das dann doch zu hoch wäre. Mit dem vom Regierungsrat beantragten zusätzlichen Betrag von gut 149’000 Franken pro Jahr kann der Personalaufwand im Vergleich zum Jahr 2022 um 7,5 Prozent angehoben werden. Das ist doch auch substanziell und damit kann die Rolle der Kaserne als faire Arbeitgeberin mit einem transparenten Lohnsystem gestärkt werden. Den konkreten Einsatz der Mittel selbstverständlich soll die Trägerschaft gemäss ihrer Priorisierung bestimmen.

Der Antrag der BKK, der nun höher leitet, sich annähert an den Antrag der Trägerschaft, den hat der Regierungsrat zur Kenntnis genommen. Er hält aber auch im Lichte der von der BKK vorgebrachten Argumente an seinem Antrag fest, dies auch im Sinne einer verhältnismässigen Entwicklung der Staatsbeiträge und einer Entwicklung, die dennoch einen Spielraum schafft für notwendige Anpassungen von Löhnen für Mitarbeitende. Ich bin überzeugt, dass der Vorschlag des Regierungsrats den gewünschten Akzent setzt für eine schrittweise Verbesserung des Lohnniveaus und damit für eine Stärkung der Kaserne als attraktiver und fairer Arbeitgeber. Vielen Dank, dass Sie diese Entwicklung unterstützen und vielen Dank, dass Sie sie im moderateren Sinne des Regierungsrats unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Sprecher für die FDP ist auf dem Weg ans Rednerpult, es ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Die FDP-Fraktion unterstützt den Vorschlag der BKK. Sie ist aber insofern moderat, dass sie sich weiteren Erhöhungen widersetzen wird. Dass bezüglich der Entlöhnung des Personals, ich sage jetzt immer abgekürzt Kaserne, ein Nachholbedarf besteht, den die Kaserne nicht vollständig alleine decken kann, wurde vom Regierungsrat anerkannt. Er ist bereit, einen gewissen Spielraum für Lohnanpassungen zu geben, der ist auch durchaus substanziell. Warum der Regierungsrat gerade in diesem Umfang den Forderungen der Kaserne nachkommen will, hat er nicht detailliert begründet. Auf der anderen Seite halten wohl die Lohnvergleiche, die die Kaserne Basel selber angestellt hat, nicht den allerstrengsten Anforderungen statt. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass die Kaserne in einem Sektor tätig ist, indem das gesamte Lohnniveau in unserem Kanton nicht massgeblich vom Staat und seinen Betrieben bestimmt wird, wie dies zum Beispiel bei Pflegeberufen der Fall ist. Die BKK anerkennt aber, dass eine zeitliche Einschränkung der Aktivitäten der Kaserne Basel auch Auswirkungen auf die Sicherheitslage im Kasernenareal haben könnte. Dies ist ein bisschen auch eine weitere Antwort auf die Zwischenfrage von Herrn Auderset.

Zudem zeigt sich wiederum am Beispiel der Kaserne Basel, dass die geltende Regelung im Staatsbeitragsgesetz betreffend Teuerungsausgleich wirklich nicht die glücklichste aller Lösungen ist. Alleine auf einen gewissen Prozentsatz der Personalkosten abzustellen, ist insbesondere dann nicht zielführend, wenn die Sachkosten im Wesentlichen durch Mietzinszahlungen an, und hier ist es, glaube ich, der Staat selbst, verursacht werden, und dass natürlich ein sesshafter Kulturbetrieb relativ grosse Räumlichkeiten braucht und auch relativ wenig Spielraum da ist, das liegt in der Natur der Sache. Aus diesen Gründen können wir einer moderaten weiteren Aufstockung zustimmen, aber eine weniger moderate Aufstockung, wie es jetzt auch beantragt wird, lehnen wir ab.

Noch ein paar grundsätzliche Bemerkungen zu Veränderungen in unserer Kulturlandschaft, wie Sie bei uns in der Beratung vorgetragen wurden.

Zur Sparte Tanz. Auf dem Franck Areal entsteht oder entstand ja ein privat finanziertes Tanzhaus, welches vielleicht auch einige Überschneidungen mit dem Angebot der Kaserne haben wird. Diese Konkurrenzsituation wurde wahrscheinlich noch nicht analysiert, kann natürlich dann auch ein Thema sein, wenn es um die Erneuerung des Staatsbeitragsverhältnisses gehen wird. Da ist die Frage, wenn dann Private finanzieren, aber die kommen ja dann vielleicht auch und klopfen noch um Staatsbeiträge an, aber ich glaube, die Situation wird nicht einfacher werden in vier Jahren bezüglich der Sparte Tanz und wie viel Angebot wir in Basel davon brauchen, auch in der eher freien Szene, und wer diese erbringen wird, zu welchem Preis.

Dann vielleicht etwas eine Feststellung, dass doch in letzter Zeit einige Betriebe und Festivals auch eingestellt wurden, mehr oder weniger freiwillig, und da ist auch die Frage, besteht wirklich dieses ganz grosse Angebot, geht das Angebot dann manchmal ein bisschen am Publikum vorbei. Das sind alles Fragen, denen wir uns wirklich auch widmen müssen in den letzten Jahren, damit wir dann als Steuerzahlerin und Steuerzahler ein Angebot finanzieren werden, das nicht nur tolle

Erwähnungen in der internationalen Kulturpresse finden wird, sondern eben im Wesentlichen auch vom hiesigen Publikum nachgefragt und geschätzt wird.

Aber in diesem Sinne danken wir der Kaserne für die gute Arbeit, die geleistet wurde, und hoffen, dass mit dieser Erhöhung, wie von der BKK vorgeschlagen, auch eine Grundlage gelegt wird für sehr gute Arbeit in der nächsten Staatsbeitragsperiode.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die LDP ist die Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Die LDP betrachtet die Freie Szene als wichtige Bereicherung des kulturellen Angebots in unserem Kanton. Sie fördert eine vielfältige Palette künstlicher Ausdrucksformen und Stile, die oft abseits des Mainstreams entstehen und so innovative Ansätze ermöglichen. Diese Szene ist ein wichtiger Nährboden für aufstrebende Künstlerinnen und Künstler, die hier ihre Fähigkeiten entwickeln und sich einen Namen machen können. Die Kaserne fördert die Teilhabe an kulturellen Angeboten und ist durch ihre Niederschwelligkeit, insbesondere durch weniger formelle Räume und niedrigere Eintrittspreise einem breiten Publikum zugänglich. Das ist zu würdigen.

Allerdings, das von der Kaserne vorgeschlagene Lohnmodell ist im Detail nicht nachvollziehbar, um es vollumfänglich zu unterstützen. Zur Stärkung und Weiterentwicklung der Kaserne sprechen wir uns aber für eine teilweise Erhöhung des Lohnniveaus des Personals um 150’000 Franken pro Jahr aus. Damit kann die Teuerung ausgeglichen und den Herausforderungen des Kulturbetriebs Rechnung getragen werden. Zudem erwarten wir, dass das Vermittlungsangebot, das in der letzten Staatsbeitragsperiode mit einem Zusatzbeitrag unterstützt wurde, weitergeführt wird. Wir sind auch überzeugt, dass die Kaserne über zusätzliches Potenzial verfügt, um ihre Eigenwirtschaftlichkeit weiter zu steigern.

Im Hinblick auf die positive Wirkung der Kaserne auf die umliegenden Quartiere in Kleinbasel erachten wir es als sinnvoll und angemessen, den Staatsbeitrag um weitere 50’000 Franken zu erhöhen, die auch zur Verbesserung der Löhne der Mitarbeitenden der Kaserne verwendet werden sollen. Dies ist umso wichtiger, als die Kaserne mit ihrem Betrieb bis 3 Uhr morgens zur sozialen Kontrolle und damit zur öffentlichen Sicherheit beiträgt.

Die LDP-Fraktion beantragt Ihnen deshalb, dem Antrag der BKK zuzustimmen und den Beitrag an die Kaserne um insgesamt 200’000 Franken pro Jahr zu erhöhen. Damit kann für die Jahre 2025 bis 2028 ein Gesamtbeitrag von 15’398’148 Franken zur Verfügung gestellt werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die SP, wenn sie nicht länger als fünf Minuten hat, ist Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Ich versuche mich kurz zu fassen. Basel ohne die Kaserne ist für viele von uns unvorstellbar und das ist gut so. Die Bedeutung der Kaserne für unseren Kanton und darüber hinaus ist unbeschreiblich hoch und enorm. Wir haben es bereits gehört, seit 1980 ist die Kulturwerkstatt Kaserne Basel der zentrale Produktions- und Spielort für die regionale freie Szene in den Bereichen Tanz, populäre zeitgenössische Musik und Theater. Das 3-Spartenhaus ist heute ein national und international etablierter und prägender Produktions- und Gastspielort. Das Areal ist zudem längst identitätsstiftend für die umliegenden Quartiere geworden. Nebst der Bereicherung des kulturellen Angebots Basels leistet die Institution einen wesentlichen Beitrag zu einem besseren gesellschaftlichen und sozialen Miteinander im Quartier. Durch die Bespielung des Areals wird ein hoher Grad sozialer Kontrolle erreicht, welcher zur allgemeinen Sicherheit auf dem Perimeter beiträgt.

Die Kaserne beantragte eine Beitragserhöhung um 450’000 Franken jährlich. Dies mit der Begründung, dass es dem Betrieb gegenwärtig nicht möglich sei, das Personal, unter anderem im Dienstleistungssektor wie Technik, in einem angemessenen Ausmass zu entlöhnen. Es werden deshalb vorwiegend Unqualifizierte oder Quereinsteiger*innen angestellt. Sobald sie aber besser qualifiziert sind, gehen sie oftmals weiter. Es ist schwierig, qualifiziertes Personal zu halten bei prekären Lohnverhältnissen. Für die SP-Fraktion und das GAB sind prekäre Arbeitsverhältnisse in der Kaserne nicht tragbar. Wir begrüssen zwar die Erhöhung der Staatsbeiträge im Umfang von 150’000 Franken für die Kaserne durch den Regierungsrat sehr. Die BKK entschied sich für eine Erhöhung um zusätzlich 50’000 Franken. Die SP-Fraktion vertritt zusammen mit dem GAB aber die Ansicht, dass aufgrund der grossen Bedeutung der Kaserne die Staatsbeiträge zusätzlich um 163’000 Franken pro Jahr angehoben werden sollen.

Hier möchte ich noch anmerken, dass die Kaserne ihre Ausgaben sehr plausibel dargelegt hat und sie sehr nachvollziehbar waren. Deshalb stelle ich an dieser Stelle, wenn ich das darf, ein Änderungsantrag. Ist das an dieser Stelle möglich?

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderungsantrag liegt uns bereits schriftlich vor, er ist gestellt.

Amina Trevisan (SP): Die SP-Fraktion anerkennt den grossen Stellenwert der Kaserne für Kultur und für das gemeinsame Zusammenleben in Basel. Deshalb bitte ich Sie im Namen der SP und der GAB, die Antragsänderung zu sprechen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Frau Trevisan, nehmen Sie die Zwischenfrage von Jenny Schweizer an? Sie wird angenommen.

Jenny Schweizer (SVP): Sie haben gesagt, dass mit dem Erhöhungsbeitrag, der gesprochen werden soll für die Kaserne, qualifiziertes Personal für die Technik gefunden werden kann. Jetzt frage ich Sie, haben Sie das Gefühl, dass das bereits bestehenden Personal für die Technik nicht qualifiziert ist, wird dann das entlassen oder was soll mit dem geschehen?

Amina Trevisan (SP): Darum geht es nicht und ich will auch gar nicht in die operative Arbeit der Kaserne reinreden. Es geht einfach darum, einen Beitrag zu leisten, qualifiziertes Personal zu finden, das auch längerfristig dort bleiben soll.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich unterbreche an dieser Stelle unsere Debatte. Wir führen sie aber genau hier fort. Ich habe mir notiert, dass Frau Gysin, Herr Bartha und Herr Thüring auf der Liste waren und so fahren wir morgen früh fort.

Schluss der 44. Sitzung

17:59 Uhr

Protokoll

der 45. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Donnerstag, den 19. Dezember 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Anina Ineichen (GAB), Brigitte Gysin (die Mitte/EVP).

Verhandlungsgegenstände:

98. Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Kaserne Basel für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der BKK 2
31. Anzug 9 Erich Bucher und Konsorten betreffend neue Schulraumoffensive 9
32. Anzug 10 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Verkehrssicherheit in der Peter Merian-Strasse 9
33. Anzug 11 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Gendermedizin: gesundheitliche Benachteiligung von Frauen im Bereich Erkennung und Diagnostik 10
34. Anzug 12 Daniel Sägesser und Konsorten betreffend Überprüfung der Regulierung von Anlagen zur Gebäudekühlung bei Bestandsbauten 11
35. Anzug 13 Laurin Hoppler und Konsorten betreffend Einführung eines Thementags zur direkten Demokratie an den Volksschulen in Basel-Stadt unter Nutzung von neuen und bestehenden Angeboten 11
36. Anzug 14 Georg Mattmüller und Konsorten betreffend bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderungen 14
37. Anzug 15 Fleur Weibel und Konsorten betreffend niederschwellige und zeitgemässe Informationen für alle Familien 15
38. Anzug 16 Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Einrichtung eines Gender-Medizin-Instituts in Basel-Stadt 16
39. Anzug 17 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend “Ein Bus” für Basel 20
40. Anzug 18 Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Entlastung der Lehrpersonen durch «Supportteams Elternarbeit» 21
41. Anzug 19 Michela Seggiani und Konsorten betreffend Haus der Vereine in Basel 24
42. Anzug 20 Melanie Eberhard und Konsorten betreffend geschlechtsspezifischem Fokus bei der medizinischen Prävention und Nachsorge 26
43. Anzug 21 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Gauben erlauben – und auch Dacheinschnitte, bitte 27
44. Anzug 22 Patrick Fischer und Konsorten betreffend Überprüfung hoheitlicher Aufgaben zur Entlastung der Kantonspolizei 27
45. Anzug 23 Pascal Messerli und Konsorten betreffend Sicherheitsempfinden der Bevölkerung durch Massnahmen bei Brücken, Unterführungen u.Ä. stärken 29
46. Anzug 24 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Zugang zu Informationen nach IDG 30
47. Anzug 25 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Lohntransparenz bei Stellenausschreibungen für Stellen beim Kanton Basel-Stadt in Form eines Online-Gehaltsrechner und durch Angabe der Lohnklasse 33
48. Anzug 26 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Hass, Beleidigungen, Abwertungen und Drohungen – schützt unser Kanton unsere Politiker:innen? 35

Beginn der 45. Sitzung

Donnerstag, 19. Dezember 2024, 09:00 Uhr

98. Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Kaserne Basel für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der BKK

[19.12.24 09:00:15, 24.0701.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie herzlich zu unserem letzten Sitzungstag im Jahr 2024 und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilung zu machen:

Kaffeespende: Jenny Schweizer feiert morgen einen schönen Geburtstag, ich hoffe einen wunderschönen, und aus diesem Anlass spendiert sie uns heute den Kaffee. Ich danke ihr für diese grosszügige Geste. Sie hat ein schönes Geburtsdatum, ich sage das aus eigener Erfahrung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir fahren weiter mit der Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Kaserne Basel für die Jahre 2025 bis 2028. Wir sind mitten in den Fraktionsvoten. Zuerst hat Béla Bartha das Wort.

Béla Bartha (GAB): Die Kaserne hat im Ratschlag der Regierung um eine Erhöhung der jährlichen Unterstützung von 447’393 Franken gebeten. Diese Unterstützung wurde von der Regierung abgelehnt und im Gegenzug einen Drittel dieser Summe, 149’000 Franken, bewilligt. Worauf dieser Betrags fusst, bleibt bis heute ein Rätsel.

Dieses Unbehagen hat eine Mehrheit der BKK geteilt und eine Erhöhung dieses Betrags um 50’000 Franken per anno beantragt. Auch hierzu gibt es keine nachvollziehbaren Begründungen. Die einzigen verwertbaren Anhaltspunkte als Basis einer Entscheidungsfindung erhielten wir von der Kasernenleitung selbst, und diese wies einen dringenden Erhöhungsbedarf von jährlich 312’000 Franken aus.

Man kann nun trefflich darüber streiten, ob ein Lohn von 5’500 oder 6’000 Franken für eine Administrationskraft oder ein Lohn von 5’500 oder 6’500 Franken für einen Bühnen- Licht- oder Tontechniker angemessen ist oder nicht. Klar ist, dass diese Löhne, die durch die technischen Berufe durch die Kasernenleitung gefordert wurden, immer noch moderat und in keinem Fall anmassend sind. Lassen Sie mich hier kurz sagen, dass ein Lehrabgänger im technischen Beruf in einem mittleren Betrieb mit 6’000 Franken etwa beginnt, und hier haben wir einen Bruttolohn, und was wir hier vor uns haben, ist ein Brutto-Brutto-Lohn. Sie können hier auf diese Zahlen noch einmal 15 Prozent dazurechnen, dann sehen Sie, dass da also absolut nicht übertrieben wird mit den Lohnforderungen.

Klar ist auch, dass es eine Erhöhung braucht, sonst würden wir heute nicht hier stehen und über einen dringlichen Beschluss die Finanzierung der Kulturwerkstatt Kaserne sicherzustellen versuchen, die schon einen Monat völlig klamm und unfähig wäre, die Löhne ihrer Angestellten zu bezahlen. Kurz, die Kaserne ist läuft am Limit.

Liest man aber das Portfolio der Kasernen durch, so muss man anerkennend feststellen, dass der Bevölkerung für die Unterstützung auch ein einmalig vielseitiges Programm angeboten wird. Seit Jahren beweist die Kaserne auf eindrückliche Weise, dass sie auch imstande ist, mit der Angebotsvielfalt umzugehen und die Institution Kaserne erfolgreich in der schweizerischen, ja internationalen Kulturszene zu positionieren, um mit dieser als Spiel- und Produktionsstätte auf hohem Niveau mitzuhalten.

Dies unterstreicht auch die neuerliche Anstellung von Sarah Mehler als Geschäftsführerin, die wohl nicht von der Roten Fabrik nach Basel gezogen wäre. Auch die Regierung selbst anerkennt die gute Arbeit und Professionalität, welche die Mitarbeitenden der Kaserne seit Jahren an den Tag legen. In der Kulturlandschaft von Basel-Stadt steht die Kaserne mit einem klaren eigenen Profil mit zeitgenössischen experimentellen Tanz-, Sprech und Performance-Aufführungen und einem breiten Konzertangebot da und ergänzt das etablierte Theater hier vortrefflich.

Nur eben, die entsprechenden Löhne möchten die Kulturabteilung und eine knappe Mehrheit der BKK dafür nicht bereitstellen. Schade eigentlich, denn die Einsatzbereitschaft des heutigen Teams erlaubt einen 13 Stunden-Rundumbetrieb, ohne den das Kasernenareal jeweils schon um 22 Uhr nach den jeweiligen Produktionen den Betrieb einstellen würde und

wie bei den etablierten Spielstätten Theater, Schauspielhaus oder allen Museen die Schoten dicht gemacht würden und öde Nachtruhe auf dem Kasernenareal einkehren würde.

Meine beiden Söhne, 22 und 24 Jahre alt, würden sich bedanken, denn für sie fängt das Nachtleben um Mitternacht erst an. Die Kaserne ist für sie ein sicherer Ort inmitten eines ansonsten eher aufregenden Umfelds, an dem sie mit Freunden das Nachtleben unbeschwert erleben können. Wie schwierig es ist, einen solchen Langzeitbetrieb zu stemmen, davon kann man sich einige Meter in Rheinrichtung ein Bild machen, wo immer noch nach einem gut funktionierenden Konzept gesucht und gerungen wird.

Ich bitte das Parlament daher, lasst uns ein vorbildliches funktionierendes Konzept mit einem tollen Team entsprechend ausstatten, damit es auch in der Zukunft strahlen kann und nicht auf selbst ausbeuterische Weise überdauern muss. Daher unterstützt, das GAB den Antrag von Amina Trevisan, den Unterstützungsbeitrag von 200’000 auf 312’000 Franken pro Jahr zu erhöhen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Wir haben ja gestern und auch heute eine Modeschau der Spendierhosen erlebt, begonnen mit der BKK bis hin zu diesem Antrag jetzt der SP und des GAB. Selbst die FDP, die sonst bei solchen Modeschauen nicht mitmacht, hat plötzlich vergessen, dass man vielleicht ein bisschen weniger Modeschau betreiben sollte. Die SVP-Fraktion beantragt Ihnen, auf diese Anträge zu verzichten. Sie lehnt auch den Antrag der Bildungs- und Kulturkommission ab, sie lehnt den Antrag des Regierungsrates ab, der ja auch bereits eine Erhöhung vorgesehen hat und möchte Ihnen beliebt machen, den Staatsbeitrag in der Höhe zu behalten, in welcher er sich in der jetzigen Staatsbeitragsperiode befand.

Ich habe diese Diskussionen gestern und heute Morgen angehört. Es widerspiegelt letztlich das, was wir bereits in der Bildungs- und Kulturkommission gehört haben, was auch im Bericht des Regierungsrates steht. Ehrlicherweise muss ich Ihnen sagen, ja, diese Diskussion über die Löhne ist eine aus unserer Sicht sehr operative Diskussion. Wir sprechen einen Staatsbeitrag und wie eine Institution mit diesem Staatsbeitrag hantiert, ist letztlich nicht die Aufgabe des Grossen Rates. Der Rahmen, den wir abstecken, muss eingehalten werden und ob man dies nun macht, indem man Löhne erhöht oder eben nicht erhöht oder anderweitig diese Staatsbeiträge einsetzt, das ist aus meiner Sicht und aus Sicht der SVP-Fraktion Aufgabe der Institution. Das soll die Arbeit der Kaserne nicht schmälern, darum geht es nicht, sondern darum, wie wir hier beurteilen, wie wir einen Staatsbeitrag treffen. Wir haben gestern über einen anderen Staatsbeitrag gesprochen, wo die Regierung fast zwei Jahrzehnte lang keine Erhöhung vornehmen wollte, sogar eine Kürzung vornehmen wollte, und hier bei der Kaserne Basel haben wir nun drei Ratschläge für drei Legislaturen, und in jedem dieser Ratschläge fand eine Erhöhung statt. Vor acht Jahren eine sehr substanzielle, vor vier Jahren eine nicht mehr ganz so grosse, aber trotzdem auch einen Staatsbeitragserhöhung, und damals sogar mit dem Auftrag verbunden, diese zusätzlichen Mittel für Vermittlungsarbeit einzusetzen, übrigens etwas, von dem man nun bei der Kaserne uns gesagt hat, dass man das nicht mehr machen möchte, wenn man den Staatsbeitrag nicht erhöht, obwohl man ihnen damals explizit dafür das Geld gesprochen hat.

Also das ist die Ausgangslage. Wir haben bei der Kaserne jetzt dreimal hintereinander den Staatsbeitrag erhöht oder wollen ihn dreimal hintereinander erhöhen. Das mag bei einigen von Ihnen jetzt auf Goodwill stossen. Deshalb gibt es ja auch noch weitere Erhöhungsanträge. Die SVP-Fraktion findet das aber in der Tat nicht sinnvoll und kann insbesondere auch mit der Argumentation der Erhöhung wenig anfangen. Da bin ich sogar jetzt ehrlicherweise etwas näher bei den Anträgen der SP und dem GAB und vielleicht auch der BKK, diese vom Regierungsrat festgelegte Zahl ist ja auch nicht sehr gut begründet. Man gibt ihnen einen Drittel von dem, was sie an Bedarf haben. Das ist ein bisschen gewürfelt, so kommt es uns vor, so ganz fundiert ist diese Staatsbeitragserhöhung, wie sie vom Regierungsrat beantragt wurde, nicht.

Dann zu dieser Tabelle, die vorgelegt wurde und die jetzt auch Basis des Antrages der Bildungs- und Kulturkommission ist, mit diesen Median-Löhnen. Das mag vielleicht stimmen, wir haben es nicht kontrollieren können, wir wissen es nicht, die SVP-Fraktion bestreitet nicht, dass es vielleicht im einen oder anderen Bereich dort tatsächlich Löhne gibt, die etwas unterdurchschnittlich sind. Aber auch das wiederum ist dann Aufgabe der Institution zu schauen, dass man dort, wo allenfalls andere höhere Löhne notwendig sind, diese dann auch gewährt. Dafür muss man vielleicht bei anderen Dingen etwas abschneiden.

Und dann zu dem doch auch vielleicht etwas gesuchten Argument, dass die Kaserne zur Nachtsicherheit auf dem Claraplatz oder dem Umfeld der Kaserne beiträgt. Nun gut, also wenn wir gerade die Deliktzahlen in diesem Bereich uns anschauen, dann müssen wir sagen, das ist nun wirklich auch ein Argument, das ganz und gar nicht überzeugt und wahrscheinlich nicht stichhaltig genug ist, um deshalb den Staatsbeitrag zu löhnen.

Wir kennen die Kreuztabelle. Wir wissen, dass sie wahrscheinlich heute diese Anträge mindestens der Bildungs- und Kulturkommission gutheissen werden. Wir sind der Ansicht, das ist nicht richtig. Das soll wie gesagt kein Votum gegen die Kulturinstitution Kaserne Basel sein, sondern da geht es uns wirklich auch darum, wie man einen Staatsbeitrag spricht und wie man einen Staatsbeitrag und eine Leistung dann auch vereinbart zwischen Kanton und einer Institution, und hier glauben

wir drücken viele hier in diesem hohen Hause, vielleicht auch aus persönlicher Sympathie zur Kaserne, beide Augen zu. Deshalb bitten wir Sie, unserem Antrag zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Luca Urgese und David Jenny dürfen ihre Zwischenfragen stellen.

Luca Urgese (FDP): Ich freue mich, dass der Grosse Rat den Anträgen der Finanzkommission gefolgt ist und die Mittel für Lehrmittel, Hebammen und zusätzliche Stellen bei der Staatsanwaltschaft erhöht hat. Ein Post von gestern Abend von Ihnen, Joël Thüring. Sind Sie heimlich auch ein Freund von Modeschauen?

Joël Thüring (SVP): Schauen Sie, ein Gemeinwesen muss immer schauen, wo Prioritäten gesetzt werden. Und die Sicherheit unserer Kantonsbevölkerung gewichte ich höre als zusätzliche Staatsbeiträge für die Kaserne. Da bin ich relativ klar.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage stellt David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich bin nicht frisch genug, um die Modeschau-Metapher wirklich zu durchschauen. Gestern noch mit Krawatte, um für diese Erhöhung beim Zolli und heute ohne Krawatte, um Sparsamkeit zu demonstrieren?

Joël Thüring (SVP): Das ist eine sehr gute Frage. Ich werde mir das überlegen und Ihnen später noch eine Antwort zukommen lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie auch die Zwischenfrage von Frau Weibel an? Das ist der Fall.

Fleur Weibel (GAB): Joël Thüring, es geht ein bisschen in die gleiche Richtung. Sie haben sich gestern wortreich für die Hansli Müllers und Vreni Meyers und deren faire Löhne beim Zolli ausgesprochen, und jetzt stellen Sie einen Antrag, der nicht einmal wie die Regierung die Teuerung für die Löhne der Hansli Meiers und Vreni Müllers bei der Kaserne ermöglichen würden?

Ja, wie bereits ausgeführt, haben wir bei einer anderen Institution die Staatsbeiträge fast 2 Jahrzehnte nicht erhöht und bei der Kaserne Basel alle 4 Jahre doch in nicht unerheblichem Ausmass. Das ist ein wesentlicher Unterschied, wenn es um die Beurteilung dieser Anträge geht.

Joël Thüring (SVP): Wie bereits ausgeführt haben wir bei einer anderen Institution die Staatsbeiträge fast zwei Jahrzehnte lang nicht erhöht und bei der Kaserne Basel alle vier Jahre doch in nicht unerheblichem Ausmass. Das ist ein wesentlicher Unterschied, wenn es um die Beurteilung dieser Anträge geht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Andrea Strahm für die Mitte-EVP.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Nicht nur die Kinder von Béla Bartha sind nach Mitternacht munter sondern auch Brigitte Gysin. Sie hat mir ihr Votum geschickt, weil sie heute Morgen verhindert ist. Die Haltung der Fraktion die Mitte/EVP legen wir nur kurz dar, denn viele wichtige Überlegungen zur Haltung unserer Fraktion wurden durch die Kommissionssprecherin der BKK und von David Jenny und Catherine Alioth schon gesagt. Die Fraktion die Mitte/EVP wird ebenfalls dem Antrag der BKK folgen, zusätzlich zur vom Regierungsrat vorgeschlagenen Erhöhung des Beitrags jährlich weitere 50’000 Franken zu sprechen. Wir anerkennen wie alle bisherigen Sprechenden zu diesem Geschäft die Bedeutung der Kaserne als Dreispartenbetrieb der Freien Szene und ihren wertvollen Beitrag zum Kulturleben in unserem Kanton. Wie die Regierung anerkennen wir die Notwendigkeit, mit einer Erhöhung des Beitrags an die Kaserne einen Beitrag zur Lohnentwicklung zu leisten. Wir teilen aber auch die Einschätzung des Fraktionssprechenden von FDP und LDP, dass die genaue Höhe dabei nicht in allen Teilen zu 100 Prozent nachvollzogen werden kann.

Die Fraktion die Mitte/EVP anerkennt, dass die Kaserne für ihren Antrag nach klaren Bezugsgrössen gesucht hat, um diesen nachvollziehbar zu machen. Wie manche Vorredner:innen aber schon deutlich gemacht haben, ist dabei zu beachten, dass der kantonale Medianlohn zu einem sehr hoch angesetzten Massstab führt. David Jenny hat gestern darauf hingewiesen, dass im Unterschied zu anderen Sektoren, wie zum Beispiel der Pflege im Tätigkeitsbereich der Kaserne die Löhne nicht durch ein staatlich beeinflusstes Lohnniveau konkurrenziert werden. Die Fraktion die Mitte/EVP folgt den Überlegungen der BKK, dass die Kaserne mit dem Bespielen des Areals während ihrer langen Öffnungszeiten einen Beitrag zur Sicherheit leistet und dies rechtfertigt, über die im Ratschlag vorgeschlagene Erhöhung des Staatsbeitrages hinauszugehen. Die zusätzlichen 50’000 Franken pro Jahr können dazu dienen, dass die Öffnungszeiten trotz Lohnerhöhungen nicht eingeschränkt werden müssen.

Die Fraktion die MItte/EVP weiss um die Herausforderung in der Drittmittelakquise, ist aber überzeugt, dass die Kaserne den Anteil der Eigenfinanzierung noch ausbauen kann. Darum werden wir, wie eingangs erwähnt, den Antrag der BKK unterstützen und bitten Sie, dies auch zu tun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Wir Grünliberalen unterstützen den Erhöhungsantrag der BKK. Der Antrag trägt zur Sicherstellung der Attraktivität der Kaserne als Arbeitgeberin bei. Die zusätzlichen Mittel ermöglichen den Teuerungsausgleich und eine Anpassung der Lohnstruktur, um Mitarbeitende zu halten und der Kaserne als Institution eine stabile Grundlage zu sichern. Ihr Betrieb trägt zur sozialen Kontrolle bei und steigert die Sicherheit im Perimeter. Die Kaserne leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität in Basel.

Aufgrund der beantragten Erhöhung halten wir Grünliberalen es aber für entscheidend, dass die Kaserne ebenfalls ihre Eigenwirtschaftlichkeit steigert und langfristig auf eine solidere finanzielle Basis stellt. Eine systematische Analyse der Betriebsstruktur wäre wünschenswert, um Klarheit über die internen Prozesse und Strukturen zu schaffen, einschliesslich der Neubeurteilung der Pacht- und Mietverträge. Für letzteres liegt eine schriftliche Anfrage von Johannes Sieber vor, die sich mit der Berechnungsgrundlage für die von Kulturinstitutionen genutzten Räumlichkeiten der Immobilien Basel-Stadt befasst. Es zeigt sich, dass ein erheblicher und zunehmender Teil des Budgets der Kulturinstitutionen in Mietkosten fliesst, die von einer Staatskasse in die andere transferiert werden. Diese hohen Mietkosten binden Mittel, die weder der betrieblichen Organisation der Institution noch den Kulturschaffenden zugutekommen. Zusätzlich führen hohe Mieten dazu, dass die Institutionen nicht zum Teuerungsausgleich berechtigt sind. Hier wurde der Handlungsbedarf erkannt, die Motion Eberhard zur Umsetzung überwiesen. Wir bauen darauf, dass auch die Kaserne bereits in der kommenden Legislaturperiode davon profitieren wird.

Ebenso erachtet die GLP eine externe Überprüfung der Lohnberechnung für sinnvoll, auch wenn wir die Arbeit ausdrücklich anerkennen, die die Leitung der Kaserne in Bezug auf ihre erstellte Lohnanalyse geleistet hat. Durch den Kompromissvorschlag der BKK wird die Wettbewerbsfähigkeit der Kaserne als Arbeitgeberin gestärkt und auch ihre Rolle als kultureller und sozialer Mittelpunkt unserer Stadt gefestigt. Wir erachten aber eine Betriebsanalyse als vorteilhaft, um ein Bild der effektiven Situation zu erhalten, das nachhaltig tragfähige Entscheidungen ermöglicht und eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung sicherstellt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelvoten. Jo Vergeat hat sich gemeldet.

Jo Vergeat (GAB): Ich möchte hier noch einmal kurz festhalten, dass die gesamte Kulturbranche von dieser Teuerung extrem heftig getroffen wird und ich glaube und wir wissen alle, dass es in dieser Kulturbranche im Moment noch verstärkt zu prekären Situationen kommt. Die Coronakrise war ein extremer Brandbeschleuniger in der ganzen Branche. Wir wissen das, es trifft das Theater Basel, es trifft die Museen, die einfach anders abgerechnet werden und es trifft die Kaserne, es trifft die kleinen Institutionen, die Staatsbeiträge erhalten und es trifft auch alle jene, die keine erhalten.

Hier haben wir einen Betrieb, der es nach der Coronakrise geschafft hat, extrem Fahrt aufzunehmen. Der Kaserne geht es wieder gut, sie wächst, sie zieht Besucher an, aber sie hat ein extremes Problem in der Fluktuation der Mitarbeitenden. Und das ist ein Problem, das sich durch die ganze Kulturbranche zieht. Wir haben uns einmal darauf geeinigt, dass es okay ist, dass in der Kulturbranche die Löhne so prekär sind, denn die Leute arbeiten für das grosse Ganze. Und das kann man noch sagen bei der künstlerischen Leitung und das sagt man vielleicht auch noch beim Regisseur oder bei der Tänzerin, die da auftritt, dass das ganz fest mit ihrer Leidenschaft zu tun hat. Aber der Buchhalter oder der Kassier und diese vielen administrativen Jobs, die es dringend braucht, um einen solchen Betrieb am Leben zu halten, sagen das nicht. Und da kann man auch sagen, ja der Staat der beeinflusst in dieser Branche die Löhne nicht. Das ist doch nicht wahr. Also wir haben doch in dieser Branche auch eine Beeinflussung der Löhne genau von diesen Berufen, die vielleicht gar nicht direkt abhängig sind,

aber auch von Techniker:innen, die weiterziehen an andere Institutionen, die schon eine Erhöhung haben, die da ein stabiles Lohnverhältnis haben und das gibt es und da ist eine extrem grosse Fluktuation am Laufen. Das sind jetzt schon qualifizierte Leute, die da vielleicht auch noch dazulernen und weiterwachsen, aber die dann abwandern, weil sie nicht genug Lohn erhalten.

Das ist eigentlich der tragende Punkt und ich finde es wichtig und ich anerkenne, dass die BKK und auch die Regierung das sehen. Wir haben dieses Teuerungsproblem. Der Teuerungsausgleich wird nicht abgedeckt. Ich finde das ärgerlich. Das führt immer wieder dazu, dass wir hier extrem lange über die Teuerung diskutieren müssen und gar nicht wirklich über diese Staatsbeiträge.

Das gleiche hat Sandra Bothe-Wenke schon gesagt zu den Mietzinsen. Auch da haben wir riesige Beträge. Das tönt noch unendlich viel Geld, aber ein riesiger grosser Teil geht einfach wieder irgendwo ein einen anderen Topf des Kantons, weil es einfach diese hohen Mieten abdeckt.

Das finde ich ärgerlich. Ich finde es wichtig, dass sowohl die Regierung als auch die BKK das erkennen. Trotzdem muss ich auch sagen, diese Beträge tönen alleine immer sehr gross, und am Ende ist es aber weniger als ein Drittel oder ein Teil mehr von einem viel grösseren Betrag. Und natürlich kann man sagen, die Kaserne verlangt ja sehr viel, es wird auch mit der SP/GAB-Antrag nicht die ganze Erhöhung gewährt, aber es wird ganz klar argumentiert, dass diese Erhöhung in die Löhne gehen muss, damit diese Kaserne stabil in die Zukunft gehen kann. Wir wollen doch alle nicht, dass der Betrieb ansonsten im Programm einsparen muss, das extrem vielfältig ist, nicht nur internationalen Ruf hat, wie das gestern geklungen hat, sondern auch lokal besucht wird. Die Kaserne wird gut besucht. Gerade am Freitag ist eine Brassband aufgetreten und hat mehr als 300 Tickets verkauft für ihre Brassparty. Ich glaube, wir müssen da wirklich sehen, was die Kaserne leistet für die Stadt, für die lokale Bevölkerung. Ich sehe einen Riesenmix an Altersdurchschnitt, der die Kaserne besucht und aber auch für das Kleinbasel, auch für die soziale Sicherheit. Ich bin überzeugt, dass Belebung immer zu Sicherheit führt und bitte Sie deswegen eigentlich inständig, sich hier mit der SP und dem GAB für diese Erhöhung auszusprechen im Wissen, dass die Kaserne sehr wichtige Arbeit leistet für unsere Stadt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist André Auderset.

André Auderset (LDP): Ich habe jetzt so viel gehört, dass ich einfach nicht mehr sitzen bleiben kann. So viel wurde auf die Tränendrüsen gedrückt wegen dieser armen Kaserne. Wir haben es von der Kommissionspräsidentin ja am Anfang gehört, diese Lohnerhöhung die anscheinend dringend notwendig ist, wird so oder so gewährt. Wenn wir das Zusatzgeld nicht sprechen, dann wird man halt noch einmal über die Bücher gehen und sehen, wo man Einsparung machen kann, auf was man allenfalls verzichten kann.

Es ist also eine ganz normale marktwirtschaftliche Überlegung, dass man seine Leistung nach den vorhandenen Mitteln richtet und nicht, wie es leider halt in der Kulturszene, auch beim Stadttheater und anderen, so üblich ist, dass man seine Leistung definiert, diese erbringt und dann bei uns hier einfach sagt, wir brauchen mehr Geld, und das nicht einmal, sondern jedes Mal. Ich weiss, es ist hoffnungslos, aber ich werde trotzdem Nein stimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum Regierungspräsidenten, wenn er es wünscht. Regierungspräsident Conradin Cramer hat das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Vielen Dank für diese Debatte. In allen Voten kam die Wertschätzung der Arbeit der Kaserne zum Ausdruck, unabhängig davon, ob man jetzt für den zusätzlichen Erhöhungsantrag ist zum Erhöhungsantrag des Regierungsrats. Ich freue mich auch, dass der eigentliche Erhöhungsantrag, der Ihnen ja auch der Regierungsrat schon vorgeschlagen hat, an sich nicht bestritten ist und ich freue mich auch, dass die Institution Kaserne so prominent auf der Tribüne vertreten ist und sich für unsere Debatte und den demokratischen Prozess interessiert. Das ist eben auch ein Beispiel gegenseitiger Wertschätzung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Kommissionspräsidentin Franziska Roth hat das Wort.

Franziska Roth (SP): Einerseits zum Votum von André Auderset, weil er mich nochmals namentlich erwähnt hat. Der Kanton hat einen Leistungsauftrag mit der Kaserne und möchte gewisse Leistungen, und wenn die Kaserne jetzt die Löhne erhöhen muss, damit sie stabil bleiben kann und weiterarbeiten kann, dann muss sie an diesem Leistungskatalog abbauen und vielleicht kann sie dann den Leistungsauftrag so nicht erfüllen. Wenn der Kanton etwas bestellt und sagt, das möchten wir

gerne von euch, dann muss dafür auch das Geld zur Verfügung stehen. Darum ist diese Überlegung für mich nicht ganz richtig.

Und dann noch zu den verschiedenen Anträgen, die auf dem Tisch liegen. Den Antrag der SVP haben wir in der Kommission nicht diskutiert, r ist nicht gestellt worden. Im Bericht steht zwar, dass wenige Mitglieder gar nicht einverstanden sind mit einer Erhöhung. Der Antrag der SP ist derselbe Antrag, den wir in der Kommission diskutiert haben und der mit 7 zu 6 Stimmen abgelehnt worden ist. Dies einfach, um nochmals zu sagen, was wir in der Kommission diskutiert haben und was wir im Bericht auch erwähnt haben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses.

Es liegen drei Änderungsanträge vor, auch der Antrag natürlich der BKK. Das heisst, wir werden mehrmals abstimmen.

Die SVP-Fraktion beantragt eine Kürzung der gesamten Ausgaben auf 14’801’624 Franken.

Der Regierungsrat beantragt eine Kürzung auf Gesamtausgaben von 15,198’148 Franken.

Die SP und die GAB-Fraktion wiederum beantragen eine Erhöhung gegenüber der BKK auf 15’853’568 Franken.

Die Änderungsanträge liegen Ihnen alle schriftlich vor.

Das Vorgehen ist so, dass wir zwei Eventualabstimmungen haben. Zuerst wird der Antrag der SVP, der tiefste, dem der Regierung gegenübergestellt. Das obsiegende wird dann dem Antrag der SP/GAB gegenübergestellt und wiederum das Obsiegende dem Antrag der Kommission.

Wir eröffnen die Debatte zu allen Anträgen gemeinsam, wenn es da nochmals etwas zu sagen gäbe. Ich frage die Antragstellenden, das sind Jenny Schweizer, Amina Trevisan, Regierungspräsident Conradin Cramer, ob sie nochmals etwas sagen möchten. Das ist nicht der Fall. Dann frage ich die Kommissionssprecherin, die ebenfalls verzichtet.

Damit kommen wir zur Eventualabstimmung 1.

Eventualabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der SVP, NEIN heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates.

Ergebnis der Abstimmung

16 Ja, 81 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005289, 19.12.24 09:32:08]*

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter den Antrag des Regierungsrates weiter zu verfolgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt 81 Nein-Stimmen gegenüber 16 Ja-Stimmen und keine Enthaltung. Damit geht der Änderungsantrag des Regierungsrates in die nächste Eventualabstimmung. Hier wird ebendieser Kürzungsantrag des Regierungsrat dem Erhöhungsantrag von SP/GAB gegenübergestellt.

Eventualabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Zustimmung zum Antrag der SP/GAB.

Ergebnis der Abstimmung

38 Ja, 57 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005291, 19.12.24 09:33:03]*

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter den Antrag der SP/GAB weiter zu verfolgen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch hier gibt es mehr Nein-Stimmen, nämlich 57 gegenüber 38 Ja-Stimmen und einer Enthaltung. Damit kommen wir zur nächsten Abstimmung. Der Antrag der BKK wird dem obsiegenden Antrag der SP/GAB gegenübergestellt.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der BKK, NEIN heisst Zustimmung zum Antrag der SP/GAB.

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 54 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005293, 19.12.24 09:33:58]*

Der Grosse Rat beschliesst

dem Antrag der SP/GAB zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Hier haben wir 54 Nein-Stimmen gegen 42 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

Wir fahren in der Detailberatung fort. Da gibt es nämlich noch die Publikations- und Referendumsklausel. Und jetzt kommen wir zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

71 Ja, 16 Nein, 10 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005295, 19.12.24 09:34:43]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Kaserne Basel werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 15'853’568 (Fr. 3'963’392 p.a.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 71 Ja-Stimmen gegen 16 Neinstimmen bei 10 Enthaltungen bedeuten Annahme des Grossratsbeschlusses.

31. Anzug 9 Erich Bucher und Konsorten betreffend neue Schulraumoffensive

[19.12.24 09:35:08, 24.5250.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das wird nicht bestritten. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

32. Anzug 10 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Verkehrssicherheit in der Peter Merian-Strasse

[19.12.24 09:35:23, 24.5251.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch hier ist der Regierungsrat bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Gianna Hablützel-Bürki und sie hat das Wort.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Ich stehe heute hier, um die geplante Aufhebung der Parkplätze in der Peter Merian-Strasse abzulehnen. Es ist mittlerweile ein bekanntes und bedenkliches Muster. Immer wieder wird die vermeintliche Sicherheit der Velofahrenden als Vorwand genutzt, um Parkplätze abzubauen. Doch wir müssen uns ernsthaft fragen: Wird immer die Sicherheit zum Vorteil einer bestimmten Gruppe, der Velofahrenden durchgesetzt? Warum wird stets suggeriert, dass diese Massnahmen zwangsläufig zu Lasten der Autofahrer und Anwohner getroffen werden müssen?

Die Peter Merian-Strasse ist nicht nur eine Veloroute, sondern auch eine wichtige Verbindungsstrasse für den motorisierten Verkehr. Wenn wir die wenig verbleibenden Parkplätze in diesem Bereich auch noch abbauen, schaffen wir nicht nur unnötige Ärgernisse, sondern verschärfen die ohnehin schon prekäre Parksituation weiter. All jene, die auf ihr Auto angewiesen sind, sei es aus beruflichen oder privaten Gründen, werden dadurch zusätzlich belastet und de facto aus dem öffentlichen Raum verdrängt.

Es ist absolut inakzeptabel, dass Sicherheit immer einseitig interpretiert wird. In dieser Diskussion wird ständig auf den Vorteil der Velofahrer fokussiert, während die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer, insbesondere der Autofahrer und Fussgänger, konsequent ignoriert werden. Auch diese Gruppen haben ein Recht auf sichere und bequeme Verkehrswege.

Es existieren bereits wirksame Massnahmen wie etwa Tempo 30-Zonen, die die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer erhöhen. Anstatt die Parkplätze, die im übrigen auch für das lokale Gewerbe essentiell sind, zu opfern, sollten wir endlich alternative Lösungen ins Auge fassen. Intelligente Verkehrsregelungen können sicherstellen, dass die Bedürfnisse aller berücksichtigt werden, ohne eine Gruppe systematisch zu bevorzugen. Es darf nicht sein, dass das Autoschritt für Schritt für Schritt nicht nur aus der Innenstadt, sondern auch in den Quartieren verdrängt wird.

Eine Verkehrspolitik, die einseitig auf die Förderung des Veloverkehrs ausgerichtet ist und andere systematisch benachteiligt, ist weder nachhaltig noch gerecht. Nicht jeder hat die Möglichkeit oder den Wunsch, das Velo als primäres Verkehrsmittel zu nutzen, und dennoch werden genau diese Menschen durch solche einseitige Entscheidungen zunehmend ausgegrenzt. Eine Stadt, die nur noch für Velofahrer attraktiv ist, verliert ihre Vielfalt und Funktionalität. Diese Politik treibt uns in eine falsche Richtung.

Ich appelliere daher im Namen der SVP-Fraktion an Sie, die Parkplätze zu erhalten und eine faire, ausgewogene Verkehrspolitik zu verfolgen, die den Bedürfnissen aller Verkehrsteilnehmer gerecht wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat der Anzugsteller Christoph Hochuli das Wort.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Die Peter Merian-Strasse ist eine stark befahrene Veloroute vom Gundeli in Richtung Aeschenplatz, Innenstadt und auch über die Wettsteinbrücke ins Kleinbasel. In dieser nur 6 Meter breiten Strasse sind die

Autoparkfelder versetzt angeordnet, wodurch das Kreuzen mit dem zahlreichen Autoverkehr ein Gefahrenpotenzial für Velofahrende darstellt. Andere Städte verzichten deshalb auf versetztes Parkieren zu Gunsten eines Velostreifens.

Mit meinem Anzug schlage ich vor, dass in der Peter Merian-Strasse die auf der rechten Fahrbahnseite markierten Parkfelder in Richtung Sankt Jakob-Strasse gesehen entfernt und auf der linken Fahrbahnseite neu markiert werden. Ich habe die Situation an Ort genau angeschaut, es müssten ca. 9 Parkfelder auf der rechten Fahrbahnseite entfernt werden, und dafür würden auf der linken Seite 7 bis 8 Autoparkfelder neu markiert werden. Netto gingen somit nur 1 bis 2 Autoparkfelder verloren.

Mit dieser einfachen Massnahme würde die Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden, insbesondere für die Velofahrenden stark verbessert. Sie könnten dann neu auf dem Velostreifen auf der rechten Fahrbahnseite in Richtung Sankt Jakob-Strasse fahren. Aber auch für Zufussgehende würde die Strasse zum Überqueren übersichtlicher und somit sicherer, weil dann nur auf einer Fahrbahnseite Autos parkiert werden.

Ich danke Ihnen auch im Namen der Mitte/EVP-Fraktion für die Überweisung des Anzugs.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug von Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Verkehrssicherheit in der Peter Merian-Strasse entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Gianna Hablützel-Bürki. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

78 Ja, 10 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005299, 19.12.24 09:41:33]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 78 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

33. Anzug 11 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Gendermedizin: gesundheitliche Benachteiligung von Frauen im Bereich Erkennung und Diagnostik

[19.12.24 09:41:45, 24.5254.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist wieder bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird nicht bestritten. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

34. Anzug 12 Daniel Sägesser und Konsorten betreffend Überprüfung der Regulierung von Anlagen zur Gebäudekühlung bei Bestandsbauten

[19.12.24 09:42:14, 24.5255.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird nicht bestritten. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

35. Anzug 13 Laurin Hoppler und Konsorten betreffend Einführung eines Thementags zur direkten Demokratie an den Volksschulen in Basel-Stadt unter Nutzung von neuen und bestehenden Angeboten

[19.12.24 09:42:50, 24.5256.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Ich bitte Sie, den Anzug nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

Wir wissen, dass an unseren Basler Schulen die politische Bildung gelehrt wird. Das Demokratieverständnis wird gestärkt und wir sehen es ja auch an den vielen Schulklassen, die uns immer wieder hier besuchen. Nun, es gab schon einige Vorstösse betreffend politischer Bildung, unter anderem von Johannes Sieber oder Sasha Mazzotti und immer wieder ging es darum, dass die Schülerinnen und Schüler politisch zu wenig gebildet sind. Und dann, ich schwenke auf ein anderes Thema, kommt aber von genau dieser linken Seite exakt das entgegengesetzte Argument, nämlich dass die Schülerinnen und Schüler politisch so allwissend sind, dass wir das Stimmrechtsalter 16 einführen sollen.

Nun müssen Sie sich aber einfach einmal entscheiden, wie politisch geschult unsere Jugendlichen wirklich sind oder aber Sie verfolgen heute und hier mit Ihren Vorstössen das Ziel, die Jugendlichen für das Stimmrechtsalter 16 so fit zu machen, damit danach dies wiederum für Sie als Argument dient. So quasi die Jugendlichen werden durch uns und dank uns politisch so gut gebildet, dass sie auch abstimmen können.

Ich bin immer dafür, dass die Schülerinnen und Schüler gute Bildung erhalten, aber dieses Vorgehen des Anzugstellenden und seiner Mitunterzeichnenden ist mir nun doch zu widersprüchlich und zu durchsichtig.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Jo Vergeat an? Sie wird abgelehnt. Wir haben eine nächste Einzelsprecherin, und das ist Zaira Esposito.

Zaira Esposito (SP): Mehr Demokratie, ja wir möchten noch mehr Demokratie. Immer wieder diskutieren wir hier im Grossen Rat über Vorstösse, die zur Stärkung unseres demokratischen Systems beitragen sollen. Kürzlich haben wir hier mehrere Stunden über die Einführung des Einwohner:innenstimmrechts debattiert, eine Vorlage, die leider am 24. November abgelehnt worden ist. Heute steht im Zentrum der Diskussion die Einführung eines Thementags zur direkten Demokratie in den Schulen.

Heute stehen im Zentrum der Diskussion Jugendliche und Kinder, unsere Zukunft. Für mich ist es klar, der auf verwende Begriff der Nachhaltigkeit findet dann seine wahre Bedeutung, wenn es uns gelingt, Jugendliche und Kinder auf dem Weg hin zu aktiven und demokratisch interessierten Erwachsenen zu unterstützen. Die Stärkung des Bewusstseins und des Verständnisses für die Grundlagen unseres politischen Systems ist eine Grundvoraussetzung dafür. In der Schweiz ermöglicht die direkte Demokratie der Bevölkerung über das Stimm- und Wahlrecht hinaus eine direkte Mitsprache bei Entscheiden auf allen politischen Ebenen.

Diese ausgebauten Möglichkeiten der Mitbestimmung sind entscheidend für ein Land, welches sich geografischer, sprachlicher und kultureller Vielfalt erfreut. Direkte Demokratie fördert die Akzeptanz der politischen Entscheide und ermöglicht in einem so diversen Land die Einheit in der Diversität. Die Vermittlung dieser Werte an junge Menschen ist dementsprechend ausschlaggebend für die Pflege und die Stärkung unserer Demokratie.

Schulen sollen ein Ort sein, an welchen demokratische und Menschenrechte, Werte und Normen vorgelebt und gelernt werden. Schulen sollen ein Ort sein, an welchen Kinder und Jugendliche ein Demokratiebewusstsein und ein respektvolles Miteinander erlernen. Nur wer weiss, was unsere Demokratie ausmacht und welche Rechte ihr oder ihm zustehen, kann er oder sie ein wahrer Handwerker der Demokratie oder eine wahre Handwerkerin der Demokratie Wert.

Vor einiger Zeit habe ich gehört, dass politisches Engagement reifen soll, so wie ein guter Schweizer Käse. Ja, die Einführung eines Thementags zur direkten Demokratie in unserem Kanton bietet in diesem Sinne einen wirksamen nachhaltigen Anschluss für das politische Interesse der Kinder und Jugendlichen. Er ist ein wichtiger Schritt zur Förderung einer aktiven und lebendigen Demokratie.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der SP-Fraktion, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Die politische Bildung und die Stärkung der Demokratie ist auch der Fraktion Mitte/EVP ein grosses Anliegen. Trotzdem lehnen wir diesen Vorstoss ab. Warum?

Es ist bereits Auftrag der Volksschulen, politische Bildung zu fördern. So steht im Lehrplan 21 zum Beispiel zum Fach Räume Zeiten Gesellschaft RZG, die Schülerinnen und Schüler können die Schweizer Demokratie erklären und mit anderen Systemen vergleichen. Im Rahmen dieses Fachs lernen die Schüler:innen auch wesentliche Demokratisierungsprozesse in historischer Perspektive kennen und so auch den Wert der Demokratie schätzen.

Aber auch ausserhalb von RZG geschieht die Vermittlung von Kompetenzen im Bereich politische Bildung und wird das Verständnis für den Wert demokratischer Mitwirkung bereits auf vielfältige Weise geweckt. An der Sekundarschule wird zum Beispiel im Deutschunterricht vieler Klassen debattiert. Dabei werden neben politischen Themen im engeren Sinn auch eher dem Schüleralltag naheliegende Fragen wie «Sollte an den Schulen ein Handyverbot gelten» diskutiert. Wesentlich ist dabei vor allem, dass die Schüler:innen beide Positionen zu solchen Fragen vorbereiten müssen, da ihnen für die Debatte eine Position zugelost wird. Sie lernen also nicht nur das Recherchieren und argumentieren, sondern auch verschiedene Perspektiven und Haltungen zu verstehen, sich in die gegnerische Position zu versetzen, was in einer Demokratie zweifellos eine grundlegende Kompetenz darstellt.

Besonders nachhaltig sind die an vielen Schulen eingerichteten Mitwirkungsmöglichkeiten für die Schüler:innen. Klassen wählen zum Beispiel Delegierte, welche zu schulischen Themen die Meinung in der eigenen Klasse abholen und diese an einem Schülerparlament oder einem ähnlichen Gefäss vertreten. Oder Schüler:innen können in einem neu erstellten Primarschulhaus bei der Gestaltung von gemeinsam genutzten Flächen im Schulhaus mitreden. So erfahren sie den Wert der Möglichkeiten, an der Gestaltung des Umfeldes mitwirken zu dürfen.

Dies sind nur Ausschnitte dessen, was an den Volksschulen zur Förderung der politischen Bildung und damit Demokratie vermittelt wird. Ja, und manche Lehrpersonen nutzen mit ihren Klassen Angebote wie den im Vorstoss genannten Politbaukasten, und tatsächlich könnte eine Schule auch einen Thementag Demokratie durchführen. Nur, wir sind als Grosser Rat die gesetzgebende Behörde und sollten weder den Lehrplan schreiben noch die Unterrichtsvorbereitung für die Lehrpersonen übernehmen. Die Schulleitungen und Kollegien sollten in der Umsetzung des Lehrplans die Freiheit haben, Formen zu wählen, die für ihre Schüler:innen und den Schulstandort eben passen. Wenn wir für alle uns wichtig erscheinenden Themen Spezialtage und Spezialwochen beschliessen, wird der Gestaltungsraum für die Lehrpersonen immer kleiner und irgendwann fehlt die Zeit auch eine normale Unterrichtswochen zu haben, um Nebensächlichkeiten wie Mathematik, Deutsch und andere Fächer zu unterrichten.

Darum wird die Fraktion Mitte/EVP gegen die Überweisung stimmen und ich wünsche mir das auch von Ihnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Anouk Feurer.

Anouk Feurer (GAB): Dieser Anzug stellt eine sinnvolle Ergänzung unseres Bildungsangebots dar. Die politische Bildung ist ein zentraler Bestandteil unseres Bildungsauftrags und dennoch sehen wir in der Umsetzung bislang auch Defizite, insbesondere wenn es darum geht, den Schülerinnen und Schülern die direkte Demokratie als Kernstück unseres politischen Systems näherzubringen. Ein solcher Thementag bietet eine kompakte und zielgerichtete Möglichkeit, Kinder und

Jugendliche nachhaltig für unsere politische Kultur zu sensibilisieren. Die direkte Demokratie, die uns als Gesellschaft die Möglichkeit gibt, aktiv an der Gesetzgebung teilzunehmen, muss erlebbar gemacht werden. Die frühzeitige Auseinandersetzung mit Themen wie Abstimmungen, Petitionen, Initiativen und Referenden stärkt nicht nur ein Verständnis für unsere politischen Prozesse, sondern legt auch den Grundstein für eine aktive mündige Bürger:innenschaft.

Der Anzug schlägt vor, auf bestehenden Angebote wie den Politbaukasten zurückzugreifen. Das ist ein guter Ansatz, denn der Politbaukasten bietet bereits bewährte, altersgerechte und praxisorientierte Materialien, die flexibel genutzt und weiterentwickelt werden können. So können Inhalte durch Rollenspiele, Diskussionen oder Exkursionen vermittelt werden, ohne dass zusätzliche administrative Hürden für die Lehrpersonen entstehen.

Der zentrale Punkt ist die Berücksichtigung der bereits hohen Arbeitsbelastung der Lehrpersonen. Der Thementag soll deshalb so gestaltet werden, dass er flexibel in den Unterrichtsalltag integriert werden kann und nicht als zusätzlicher Aufwand empfunden wird. Indem Lehrpersonen selbst entscheiden können, wie stark sie sich in die Gestaltung einbringen, bleibt der Fokus auf einer praktikablen Umsetzung. Ein weiterer Vorteil des Vorschlags ist die geplante Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bildungsinitiativen. Diese Kooperation ermöglicht es, wertvolle Expertise und Ressourcen in die Gestaltung des Thementags einzubringen, wodurch dessen Qualität und Effektivität gesteigert wird.

Die Einführung eines Thementags zur direkten Demokratie ist mehr als nur ein symbolischer Akt. Es ist ein wichtiger Schritt, um das politische Interesse und die Partizipationsbereitschaft unserer jungen Generation zu fördern. Wir alle wissen, Demokratie lebt vom Mitmachen, und das muss früh gelernt werden.

Ich bitte Sie deshalb im Namen des GAB diesen Anzug zu unterstützen und zu überweisen. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass unsere Schülerinnen und Schüler nicht nur die Grundlagen unsere Demokratie verstehen, sondern auch die Begeisterung dafür entwickeln, diese aktiv mitzugeschalten. Und dann dürfen wir sie vielleicht auch mal in unseren Reihen begrüssen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich kann mich ganz kurz fassen. Den Anzug braucht es wirklich nicht. Wichtig ist, dass die Wahlbeteiligung erhöht wird. Auch gut, dass Andrea Strahm gesagt hat, sie lehnt das ab. Und an alle, bitte ein bisschen kürzer reden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nun hat der Anzugsteller Laurin Hoppler das Wort.

Laurin Hoppler (GAB): Mit diesem Anzug und dem Votum möchte ich eine Lanze brechen für die politische Bildung und die Zukunft unserer Demokratie. Die direkte Demokratie ist eines der zentralen Elementen unserer Gesellschaft und ein Grundpfeiler unseres politischen Systems. Aber sie lebt davon, dass Menschen sie verstehen, sie schätzen und auch aktiv nutzen.

Diese Verantwortung fängt nicht erst bei der ersten Stimmabgabe an, sondern viel früher, nämlich als Kind und darum eben auch in der Schule. Vor ein paar Wochen durfte ich wieder einmal am PolitKids-Anlass des Kinderbüros teilnehmen, wo jeder von uns regelmässig eingeladen wird. Und an dieser Stelle kann ich es nur empfehlen, dort einmal teilzunehmen. In meiner Gruppe ging es darum, dass die Kinder mehr Mitbestimmungsrecht haben wollen und wie sie mehr Teil unserer gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse werden können.

Die Aussage eines Kindes lässt mich irgendwie nicht mehr los. Es hat gesagt. «Es würde ja schon mega helfen und es wäre mega schön, wenn wir einfach mehr informiert wären und mehr Informationen hätten, was gerade so passiert, denn dann würden wir uns mehr als Teil der Gesellschaft fühlen. Und das wäre schön.» Mich hat das noch einmal sehr bestärkt darin, dass der Vorstoss und das Ausbauen und Pflegen der Demokratiebildung wichtig ist. Schaut man über den Tellerrand hinaus in andere Länder, so sieht man sehr gut, wie wichtig Bildung und der Zugang zu Informationen und der Umgang mit Informationen ist, ein sehr wichtiges Instrument, um unsere direkte Demokratie zu pflegen.

Das Kinderbüro, das Formate wie PolitKids und PolitTeens anbietet, zeigt, wie erfolgreich solche Angebote sind. Die Programme sind nicht nur bei den Schüler:innen, sondern eben auch bei den Lehrpersonen sehr beliebt. Sie bieten eine grossartige Möglichkeit, die Kinder und die Jugendlichen altersgerecht über die Grundlagen unserer Demokratie zu informieren.

Der von mir vorgeschlagene Thementag für die direkte Demokratie ist ein kleiner Schritt, dass Schüler:innen während ihrer gesamten Schulzeit regelmässig und eben jedes Mal altersgerecht mit der Demokratie und den politischen Themen in Kontakt kommen. Mir geht es nicht darum, ein aufwendiges Angebot und ein meganeues Angebot zu schaffen, sondern dass

man eben genau die bereits bestehenden Institutionen, die solche Angebote anbieten, nutzt und mit ihnen gemeinsam so einen Tag durchführt. Mir ist es wichtig zu sagen, dass es nicht an den Lehrpersonen hängenbleiben darf und bei ihnen ein grosser Mehraufwand entstehen darf. Es sollte ihnen eher eine Hilfe sein, genau den Auftrag, der im Lehrplan 21 bereits steht, eben auch wirklich umzusetzen und diese Themen zu behandeln

Ich habe mich eben für den Thementag entschieden, weil ich der Überzeugung bin, dass das ein unkomplizierter Weg ist und eine Regelmässigkeit mit sich bringt. Und das Ziel ist, dass man sich mit dieser Regelmässigkeit jedes Mal auf der altersgerechten Weise mit dem Thema befasst und so eine Entwicklung stattfinden kann. Es ist wichtig, Kinder und Jugendliche zu sensibilisieren und das funktioniert am besten, wenn man regelmässig mit einem Thema in Kontakt kommt und man sich damit befassen muss. Gerade in einer Zeit von plus/minus 60 Prozent Stimmbeteiligung ist es wichtig, dass wir möglichst früh dafür sensibilisieren, dass unser politisches System genutzt und gepflegt wird. Die Demokratiebildung fängt in der Schule an und ist essenziell für die Zukunft unserer Gesellschaft und unserer Demokratie. Und darum bitte ich Sie, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Jenny Schweizer. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 34 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005303, 19.12.24 10:01:34]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wurde überwiesen mit 56 Ja-Stimmen gegen 34 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

36. Anzug 14 Georg Mattmüller und Konsorten betreffend bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderungen

[19.12.24 10:01:47, 24.5263.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird nicht bestritten und es wird kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

37. Anzug 15 Fleur Weibel und Konsorten betreffend niederschwellige und zeitgemässe Informationen für alle Familien

[19.12.24 10:02:10, 24.5264.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Bestritten wird dies durch Roger Stalder.

Roger Stalder (SVP): Die SVP bittet Sie, den Anzug nicht zu überweisen.

Gerade im Thema Familien- auch wir sind für Familien, und nur weil wir das jetzt ablehnen, sind wir nicht dagegen -, und im Thema Geburten bin ich auch etwas involviert. Da holt man sich halt auch Informationen, die man noch nicht hat, bei Freunden und Bekannten, die schon eine Familie gegründet haben. Ob da jetzt der Kanton der beste Anspruchspartner ist, das bezweifeln wir und es ist ja auch so, dass es nicht machbar ist, für jede Frage irgendeinen Link aufzuschalten. Ich glaube, die Informationen, die man bereits holen kann, reichen, und die anderen holt man sich halt noch persönlich bei Freunden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Lea Wirth hat sich als Sprecherin eingetragen.

Lea Wirz (GAB): Seit dem Einreichen des vorliegenden Anzuges ist einige Zeit verstrichen. Der Kanton hat in der Zwischenzeit einen neuen Webauftritt erhalten, was grundsätzlich als positiv zu bewerten ist. So ist beispielsweise die im Anzug angesprochenen teilweise sehr triste Bildgebung auf gewissen Seiten etwa im Zusammenhang mit der Adoption verschwunden. Allerdings zeigt sich bei genauer Betrachtung, dass wesentliche Herausforderungen, die der Anzug anspricht, weiterhin bestehen. Die Navigation und Themenfindung sind auf der Website je nach Inhalten nach wie vor kompliziert und teilweise wenig benutzer:innenfreundlich.

Die auf der Website präsentierten Inhalte in Bezug auf Themen rund um Familie sind fragmentiert und folgen der Logik der Verwaltungsstruktur und den Zuständigkeiten in der Verwaltung. Suche ich als Laie beispielsweise nach Informationen zur Adoption, finde ich in den Themen, welche mir eigentlich helfen sollten, mich besser zurechtzufinden, nirgends eine Angabe dazu. Auch wenn ich über die Organisation gehe und beispielsweise beim JSD Einsteige, wo das Zivilstandesamt angegliedert ist und ich Themen rund um Geburt, Kindsanerkennung etc. finde, finde ich keine entsprechenden Informationen. Nein, dazu muss ich wissen, dass das ED für das Verfahren rund um eine Adoption zuständig ist.

Es fehlt daher trotz neuem Webauftritt weiterhin an einer klaren, übersichtlichen Struktur, die alle Themen von Geburt über Elternschaft bis hin zu Erziehungsfragen bündelt. Zudem sind zentrale Angebote wie Familien-, Paar- und Erziehungsberatung oder Informationen zu rechtlichen Regelungen rund um die Elternschaft nicht einfach auffindbar. Gerade Familien, die in belastenden Situationen schnelle Orientierung und Unterstützung suchen, stehen somit weiterhin vor Hürden. Dieses Problem trifft insbesondere auf jene Familien zu, deren Lebensrealitäten vom klassischen Familienmodell abweichen.

Darüber hinaus spiegelt die Webseite nicht die Vielfalt moderner Familien wieder. Unterschiedliche Familienmodelle wie von Patchwork- und Regenbogenfamilien bis hin zu Alleinerziehenden werden nicht ausreichend berücksichtigt. Diese Vernachlässigung führt dazu, dass betroffene Familien sich nicht repräsentiert beziehungsweise angesprochen fühlen und die benötigten Informationen nur schwer finden.

Aus diesen Gründen braucht es weiterhin eine Plattform, die Themen rund um die Familie bündelt, die sich an der Vielfalt der Lebensrealitäten aller Familien orientiert. Diese Plattform sollte nicht nur umfassende Informationen zentral und übersichtlich bereitstellen, sondern auch durch eine ansprechende Sprache alle Familien ansprechen, die hier bei uns im Kanton wohnen. Eltern werden ist ein einschneidendes Erlebnis. Mitarbeitende von Verwaltungsstellen und externen Angeboten sollten deshalb für die Anliegen und für die Vielfalt der Familien sensibilisiert und geschult werden. Nur so können wir sicherstellen, dass die Diversität unserer Gesellschaft auch in der Praxis anerkannt und unterstützt wird.

Der Regierungsrat soll dazu berichten, wie er dies sicherstellen will. In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen des GAB, den Anzug zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Nehmen Sie diese an? Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Sie reden einerseits von Vielfalt und haben andererseits das Gefühl, diese könne auf einer Plattform für die ganze Region abgebildet werden. Wie stellen Sie sich das vor?

Lea Wirz (GAB): Ich habe ganz viele Ideen, wie das aussehen könnte und bin überzeugt, die Verwaltung schafft dies auch.

Balz Herter (Mitte-EVP): Ich habe keine weitere Sprechenden eingetragen. Somit hat das Wort die Anzugstellerin Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GAB): Ich habe dem Votum von Lea Wirz eigentlich nichts mehr hinzuzufügen und möchte dazu beitragen, dass die Nachtsitzung im Januar vielleicht nicht stattfinden muss und danke deshalb einfach für die breite Unterstützung des Anzugs.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

65 Ja, 29 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005306, 19.12.24 10:09:17]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben den Anzug mit 65 Ja-Stimmen gegen 29 Nein-Stimmen und einer Enthaltung überwiesen.

38. Anzug 16 Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Einrichtung eines Gender-Medizin-Instituts in Basel-Stadt

[19.12.24 10:09:33, 24.5265.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Die Gender Medizin ist ein globales absolut wichtiges Thema., das ist unbestritten. Wir lernen jetzt wirklich, wie unterschiedlich wir Menschen sind je nach Geschlecht, was sich auch natürlich in den Krankheiten widerspiegelt. Ein Herzinfarkt bei einer Frau ist nicht der gleiche Herzinfarkt wie bei einem Mann, ganz andere Symptome, ganz andere Folgen. Das ist schon etwas sehr Wichtiges, das einfach zur Einleitung, damit Sie nicht meinen, hier steht ein Arzt, der gegen ein Gender-Medizin-Institut ist.

Das Problem ist, dass wir das zwar fördern wollen, aber wir wollen die Kräfte bündeln in den schon bestehenden Institutionen. Es gibt den Fokus Innovation des Unispital. Das ist ein wahnsinniges Projekt, bei dem Vieles schon sehr gut läuft, mit einer guten Vernetzung, es gibt ein Nationalfondsprojekt, das gesamtschweizerische gefördert wird mit diesem Schwerpunktthema. Wenn ich liberal denke, dann versuche ich immer zuerst zu schauen, ob es schon bestehende Institutionen oder Projekte gibt, damit wir nicht zwei-, drei- oder viergleisig fahren und unnötig Geld ausgeben. Stellen Sie

sich doch einmal vor, was so ein Institut kostet und mit welchen Zielen und welchen welchen Ergebnisse? Es ist ja völlig ergebnisoffen, ob das etwas bringen würde. Und darum kann ich so etwas nicht einmal als Anzug unterstützen.

Das Kosten-Nutzen -Verhältnis ist sehr wichtig. Natürlich kann man mal anfragen, aber man könnte sich auch vorher informieren, wo man da steht. Es sind laufende Projekte. Vielleicht wäre es sinnvoll, in diese Projekte noch etwas mehr Geld zu bringen und diese zu unterstützen, anstatt dies doppelt oder dreifach laufen zu lassen.

Darum lehnen wir Liberale das wirklich ab.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort geht an Beat K. Schaller von der SVP.

Beat K. Schaller (SVP): Ich rede hier nicht nur zum Anzug Trevisan, sondern gerade auch zu den Anzügen Gölgeli und Eberhard. Diese drei Anzüge haben wir ein gemeinsames Thema, das Thema der frauenspezifischen Medizin und sie nehmen damit ein berechtigtes Thema auf.

Ich kann hier meinem Vorredner sehr wohl beipflichten, ein Thema, für welches sich in den medizinischen Disziplinen in letzter Zeit deutliche Zeichen gezeigt haben, dass es sich bei diesem ganzen Themenkomplex um mehr als nur die rein biologisch begründeten Unterschiede zwischen Mann und Frau handelt. Ich betone also ausdrücklich, dass wir seitens SVP die Fragestellung dieser drei Anzüge legitim finden. Wir stellen einfach die Frage in den Raum, ob jetzt der richtige Zeitpunkt ist, diesen Fragen nachzugehen.

Allen drei Anzügen gemeinsam ist der Ruf nach Forschung. Und dieser Ruf ist richtig. Das hat auch der Bund erkannt und mit dem nationalen Forschungsprojekt 83 namens Gendermedizin und Gesundheit entsprechende Forschungen ausgelöst. Das Projekt hat einen Finanzrahmen von 11 Millionen und hat zum Ziel, «in der Schweiz eine Evidenz basierte Wissensgrundlage für die Berücksichtigung der Dimension Geschlecht und Gender in den Bereichen Gesundheitsforschung, Medizin und Public Health zu schaffen».

Das ist also sehr wohl deckungsgleich mit diesen drei Anzügen, die ja im Wesentlichen das gleiche verlangen. Und bevor wir hier konkrete Massnahmen ergreifen, ist es unseres Erachtens zu früh, um konkrete Massnahmen seitens Kanton auszulösen.

Ich zitiere ein paar Auszüge aus den Anzügen. Anzug Trevisan: «Forschungsprojekte, Evidenz basierte Umsetzung der Erkenntnisse». Aus dem Anzug Gölgeli: «Die finanziellen infrastrukturellen Voraussetzungen». Anzug Eberhard: «Schliessung der bestehenden Forschungslücken». Das sind alles legitime Fragen, die im NFP 83 erforscht werden, aber bevor wir hier Aktionen auslösen, müssen wir zuerst Ergebnisse haben. Bevor wir zum Beispiel Forschungslücken schliessen können, müssen überhaupt erst Forschungsergebnisse vorliegen. Und es erschliesst sich auch der SVP nicht, weshalb unser Kanton jetzt die gleichen Forschungen machen soll wie der Bund. Wenn die Ergebnisse der NFP vorliegen, dann ist es der richtige Moment, diese drei Anzüge mit den dazumal aktualisierten Ergebnissen wieder aufs Tapet zu bringen.

Deshalb namens der SVP bitte ich Sie, den vorliegenden Anzug sowie die Anzüge Gölgeli und Eberhard vorerst nicht zu überweisen und dann auf die Resultate des Forschungsprogramms 83 zu reagieren. Ich bestreite die Überweisung dieses Anzugs.

*Balz Herter (Mitte-EVP):*Nächste Sprecherin ist Nicole Amacher.

Nicole Amacher (SP): Ich möchte einiges, was Raoul Furlano vorher schon angedeutet hat, noch mal verdeutlichen. Ein Stechen in der Brust, Schmerzen im linken Arm, die ausstrahlen, kalter Schweiss, das sind bekannte Anzeichen für einen Herzinfarkt. Betroffene oder Angehörige reagieren meist sofort und rufen die Ambulanz. Aber würden Sie das auch bei Übelkeit, Schulter- und Kieferschmerzen tun? Die Statistik zeigt Nein. Doch genau das sind bei Frauen typische Symptome für einen Herzinfarkt. Frauen werden daher im Schnitt erst zwei Stunden später in eine Klinik eingewiesen als männliche Herzinfarktpatienten, und selbst dort werden ihre Symptome oft nicht erkannt. Und das ist nur ein Beispiel. Aber viele Krankheiten können sich bei Männern und Frauen unterschiedlich zeigen, und die Wirkung von Medikamenten wirken sich dementsprechend auch anders aus, weil eben immer noch am männlichen Körper vorwiegend geforscht wird.

Und dennoch wird in der medizinischen Forschung und Praxis oft immer noch der männliche Körper als Massstab angesehen, was zu einer unzureichenden Behandlung und Gesundheitsversorgung von Frauen führt. Dies hat auch der Bund erkannt, das haben wir auch gehört, und hat gehandelt. Der Bundesrat hat vier neue nationale Forschungsprogramme ins Leben gerufen, und eines davon befasst sich mit Gender Medizin, das nationale Forschungsprogramm Gender Medizin und Gesundheit. Das wird vom Bund mit einem Budget von 11 Millionen Franken gefördert und zielt darauf,

Wissensgrundlagen für die Berücksichtigung von Geschlechts- und Gender Aspekten in der medizinischen Forschung und in der Gesundheitsversorgung in der Schweiz zu schaffen.

Der Kanton Basel-Stadt trägt als wichtiger Forschungs- und Bildungsstandort in der Schweiz eine grosse Verantwortung für die gleichberechtigte medizinische Versorgung, Forschung und Prävention. Und der Regierungsrat hat 2022 in seiner Antwort auf die schriftliche Anfrage von Jessica Brandenburger zu dieser Thematik betont, dass dieses Thema in der medizinischen Forschung und Versorgung bis anhin vernachlässigt wurde.

Wir sind überzeugt, dass es nun Zeit ist, diesen Missstand zu beheben und eine gerechte sowie effektive medizinische Versorgung für alle Geschlechter sicherzustellen und schlagen eben deshalb die Gründung dieses Gender Medizin Instituts in Basel-Stadt vor, damit dieser Forschungsbereich aktiv unterstützt und ermöglicht werden kann. Und es ist ein Anzug. Wenn Sie sagen, Raoul Furlano, es passiere schon viel, es gebe Innovationsprojekte, in denen dieses Thema auch berücksichtigt wird, dann sagen wir ja, das ist gut. Wir denken aber, dieses wichtige Thema verdient auch ein eigenes Institut, denn wir sind total im Rückstand und es ist wichtig, jetzt wirklich entsprechend zu handeln.

Ich bedanke mich für die Überweisung.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es gibt eine Zwischenfrage von Raoul Furlano. Sie wird entgegengenommen.

Raoul I. Furlano (LDP): Sie haben am Anfang mit der Klinik angefangen, haben von den verschiedenen Symptomen gesprochen. Denken Sie nicht, dass wir als Professoren in der Medizin auch zuständig sind für die Ausbildung Richtung Gender Medizin und dass es dafür kein Forschungsinstitut braucht?

Nicole Amacher (SP): Ich spreche Ihnen die Verantwortlichkeit als Professor nicht ab. Ich denke aber, wenn mehr Wissen da ist, was Sie vermitteln können an Ihre Studentinnen und Studenten, ist das sehr vorteilhaft auch für Sie.

Balz Herter (Mitte-EVP): Fleur Weibel hat sich als Sprecherin gemeldet.

Fleur Weibel (GAB): Dass die SP drei Anzüge zum Thema Gender Medizin eingereicht hat, kann man unterschiedlich einschätzen, man hätte die vielleicht auch mehr bündeln können. Gleichzeitig zeigt dies aber auch, welche Leerstellen wir hier nach wie vor haben und wie wichtig das Thema ist. Und deshalb teile ich die Einschätzung der SVP beispielsweise, dass es noch nicht Zeit wäre, sich jetzt mit dem Thema auseinanderzusetzen, nicht.

Wir unterstützen selbstverständlich die drei Anzüge, wobei bei dem Gender-Medizininstitut schon auch sich zu überlegen wäre, wie man das in Basel-Stadt umsetzen möchte, ginge es vielleicht auch darum, sich über einen Lehrstuhl Gedanken zu machen, wie der bereits jetzt an der Universität Zürich geschaffen wurde oder über diese Einheit, die es an der Uni Lausanne gibt, und dass hier auch Kooperationen zwischen den Universitäten stattfinden können.

Ich würde der Regierung zutrauen, dass sie die Anliegen so erkennt und weiterbehandeln wird und ich glaube gerade auch im Curriculum in der Ausbildung wird im Moment noch zu wenig ausgebildet, zumindest wie ich das vor ein paar Jahren mitbekommen habe. Man müsste das einfach weiter fördern und deshalb werden wir auch diesen Anzug unterstützen und geben der Regierung mit, wirklich auch in Zusammenarbeit mit der Universität Basel zu überlegen, wie dieses wichtige Thema in Zukunft gefördert werden kann.

Balz Herter (Mitte-EVP): Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Somit hat die Anzugstellerin Edibe Gölgeli das Wort.

Edibe Gölgeli (SP): Herzlichen Dank für diese Diskussion. Ich glaube, wir sind uns einig, dass das Thema eine gewisse Notwendigkeit hat. Auf Bundesebene haben wir positive Signale erhalten. Am 2. Juni 2023 wurde durch den Bundesrat mit der Einrichtung des nationalen Forschungsprogramms Gender Medizin und Gesundheit mit einem Budget von 11 Millionen Franken Wissensgrundlagen geschaffen. Aber vielleicht noch einmal zu Beat K. Schaller: Es ist natürlich schon so, auch in der Postulatsbeantwortung wird darauf hingewiesen, dass die Wichtigkeit, die Kantone in Verantwortung zu nehmen, auch relevant ist. Ich möchte mir nicht anmassen, als Betriebsökonomin irgendwelche Forschungsdetails hier in die Debatte einzubringen, aber als Politikerin die Verantwortung wahrzunehmen, dass es auch ein politischer Auftrag ist. Raoul Furlano,

ich habe mich selbstverständlich mit einigen Organisationen aus der Forschung ein bisschen auseinandergesetzt und Informationen geholt und auch akut erkannt, dass wir auch in der Politik hier einen Auftrag platzieren müssten.

Deswegen ist es ein Anzug. Ich bitte Sie auch die weiteren Anzüge anzunehmen und zu überweisen – den von Amina Trevisan haben Sie ja bereits schon stillschweigend überwiesen. Und ich möchte noch einmal darauf hinweisen, meine Kollegin Jessica Brandenburger hat ja schon eine schriftliche Anfrage gestellt. Die Regierung hat sich auch dort geäussert, dass sie diese Bestrebungen wahrnehmen und sie sich das vorstellen können. Es ist jetzt nicht in Stein gemeisselt, ob das eine Institution in dieser Form ist, aber irgendwo müssen wir das fassbarer machen und den Kanton in die Pflicht nehmen. Dementsprechend wünsche ich mir, dass wir heute alle drei Anzüge überweisen, wir dann konkret einen Vorschlag erhalten und dann weiterschauen können.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es gibt eine Zwischenfrage von Raoul Furlano. Sie wird entgegengenommen.

Raoul I. Furlano (LDP): Sind Sie aber auch meiner Meinung, dass die Politik sich nicht ins Operationelle, in Lehrstuhlschaffungen einmischen sollte?

Edibe Gölgeli (SP): Das ist so schwierig zu beantworten, in anderen Kantonen hat man das auch so gemacht.

Balz Herter (Mitte-EVP): Eine kleine Zwischenmeldung: Auf der Tribüne begrüsse ich eine Klasse von «Link zum Beruf» der Gewerbeschule Basel mit Lehrperson Dominic Federer. Schön sind Sie da, herzlich Willkommen.

Wir kommen damit zur Abstimmung des Anzugs Gölgeli.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 41 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005308, 19.12.24 10:26:46]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Anzug wurde mit 53 Ja-Stimmen gegen 41 Nein-Stimmen überwiesen.

Wir kommen somit zu Traktandum 39. Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen, dies wird dies bestritten durch Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bestreite diesen Anzug im Namen meiner Fraktion und auch der Fraktion der Liberaldemokraten. Die vom Vorstosseinreichenden genannte Begründung dafür ist für uns nicht ganz so schlüssig.

Es gibt tatsächlich ein Problem in Basel-Stadt. Das hat ja auch diese Studie gezeigt, die im letzten Jahr veröffentlicht wurde, dass nicht allen bekannt ist, welche Angebote man in Anspruch nehmen kann. Das WSU hat ja auch bereits mitgeteilt, dass man das sich überlegt, wie man dass breiter bekanntmachen kann, wer überhaupt für welche Sozialleistungen im Kanton Anspruch hat. Ich glaube, das ist ein guter Weg, ein guter Schritt. Vielleicht gibt es dort dann auch Potenzial und Möglichkeiten, dass man es insgesamt vereinfacht, also beispielsweise, dass man sich nicht an ganz viele verschiedene Orte wenden muss, sondern dass man es vielleicht schafft, dass man nur einmal einen Antrag einreichen muss, der dann gleich von den verschiedenen Abteilungen und Dienststellen begutachtet werden kann, ohne dass man viele verschiedene Formulare teilweise auch nur so halb digital einreichen kann oder muss.

Einen solchen Bus, der dann quasi durch die Quartiere fährt, erachten wir als nicht zielführend. Die Kleinräumigkeit unseres Kantons spricht nicht dafür, dass es das braucht. Wir glauben, dass es auch nicht nötig ist, dass man die Angebote quasi in den Quartieren, oder wie es der Anzugsteller nennt, «bei den Leuten» bekannter macht, sondern dass man wirklich schaut, dass die Bezugsmöglichkeiten dahingehend bekannt sind, dass jemand, der allenfalls auch Sozialleistungen benötigt, diese dann auch rasch bekommen kann durch vereinfachte Verfahren beim Kanton und nicht bei anderen Organisationen, die dann dort noch eine Beratungstätigkeit ausüben. Die Beratungsmöglichkeit ist bereits heute gut abgedeckt, auch gut bekannt dort.

Probleme sehen wir insofern, dass es oft für die Leute etwas zu umständlich daherkommt, wenn viele verschiedene Abteilungen dafür zuständig sind und der Weg zum Antrag teilweise aufwendig, wenn ich gar umständlich kompliziert ist. Deshalb würden wir eher dort ansetzen und nicht bei dieser Idee eines Busses für Basel und bitten Sie, den Anzug nicht zu überweisen.

39. Anzug 17 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend “Ein Bus” für Basel

[19.12.24 10:29:56, 24.5266.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Sprecher ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Wenn der Prophet nicht zum Berg kommt, dann muss der Berg zum Propheten kommen. Eine wichtige Möglichkeit ist es, wenn man zu den Menschen hingeht, zum Beispiel mit einem Bus, mit einer mobilen aufsuchenden Arbeit den Menschen das bekannt macht. Das GAB bittet Sie, diesen Anzug deshalb zu überbeweisen.

Vielleicht noch bezugnehmend auf Joël Thüring: Es sind ja nicht alles hippe Lastenrad fahrende Menschen, die sich überall super auskennen, sondern es gibt auch in Basel Menschen, die vielleicht nicht so einen guten Zugang haben, die sich vielleicht nicht so einfach informieren können und dann vielleicht bei einem mobilen Angebot besser abgeholt sind und vielleicht direkter abgeholt sind. Deswegen möchten wir gerne, dass der Regierungsrat dies prüft.

Balz Herter (Mitte-EVP): Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Somit hat der Anzugsteller Beda Baumgartner das Wort.

Beda Baumgartner (SP): Ich bin mit vielem, was der bestreitende Kollege Joël Thüring gesagt hat, einverstanden. Ich bin auch dafür, dass man den Bezug zu Angeboten des Kantons vereinfachen soll. Ich bin auch dafür, dass man das vereinheitlichen soll. Ich bin auch dafür, dass man die Sprache entsprechend vereinfachen soll. Die Frage ist nur, ob die Angebote, wenn man das alles tut, trotzdem zu den Menschen kommen.

Und ich möchte anknüpfen an das, was Oliver Thommen gerade gesagt hat. Es geht hier ja nicht darum, ein Sozialangebot auszubauen, sondern es geht darum, die Triagefunktion, um zu den Angeboten zu kommen, auszubauen. Und wie wir beim Verein Fundus sehen, ist das bei der aufsuchenden Altersarbeit ein enorm erfolgreiches und enorm stark nachgefragtes Konzept. Das ist einfach die Realität. Das Problem ist einfach, dass viele der nachgefragten Leistungen eben nicht nach den Formularen und Webseiten funktionieren und nach der Vorstellung, dass die Leute zum Amt hingehen. Es ist ja irgendwann auch die Frage, wie wir die Angebote, die wir haben zu den Leuten bekommen. Und darum ist dieser Bus, so speziell und verkürzt er auch als Idee scheinen mag, eine mögliche Alternative, um diese Angebote unter die Leute zu bringen.

Ich bitte Sie daher im Namen der SP-Fraktion, den Anzug zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Dieser Anzug wurde bestritten von Joël Thüring. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 34 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005311, 19.12.24 10:33:40]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben den Anzug mit 56 Ja-Stimmen gegen 34 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen überwiesen.

Ich komme damit zum nächsten Traktandum.

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Roger Stalder möchten den Anzug bestreiten.

Roger Stalder (SVP): Die SVP-Fraktion bittet Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen. Im ersten Moment sieht das sehr gut aus, und wenn man es dann richtig anschaut, muss man halt schon sagen, das ist Lehrersache, das muss er können, das muss er bewältigen können.

Wir sagen sogar, dass es sehr gefährlich ist, wenn Eltern zu anderen Eltern Elterngespräche führen gehen sollen. Wie soll denn das aussehen? Welche Fähigkeiten müssen Eltern mitbringen, um mit anderen Eltern über heikle Themen sprechen zu können?

Darum denken wir, dass das keine Entlastung für Lehrer ist, sondern eine klare Belastung. Darum bitten wir Sie, den Anzug nicht zu überweisen.

40. Anzug 18 Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Entlastung der Lehrpersonen durch «Supportteams Elternarbeit»

[19.12.24 10:35:00, 24.5267.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Sprecherin ist Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Wir finden auch, es führt eher zu mehr Arbeit und nicht zu weniger. Die Grünliberalen teilen die Einschätzung des Anzugsstellenden, dass die Elternarbeit an den Volksschulen zunehmend anspruchsvoller wird, insbesondere für die Klassenlehrpersonen. Wir stimmen ebenso zu, dass diese entlastet werden sollen, da der organisatorische und kooperative Aufwand im Team nicht zuletzt durch die integrative Schule stark zugenommen hat.

Die Elternarbeit ist aber ein zentraler Bestandteil des pädagogischen Auftrags und Verantwortung der Lehrperson und soll nicht delegiert werden. Die Zusammenarbeit mit den Eltern schafft, eine Brücke zwischen schulischen Lernen und dem familiären Umfeld, was besonders für Kinder und Jugendliche in schwierigen Situationen von grossem Wert ist.

Eine vertrauensvolle Kooperation zwischen Eltern und Lehrpersonen ist denn auch entscheidend für den schulischen und persönlichen Erfolg der Schülerinnen und Schüler. Nur so kann eine ganzheitliche Förderung sichergestellt werden. Wo zusätzlicher Support erforderlich ist, stehen bewährte Strukturen wie die Schulsozialarbeit oder das Programm Brückenbauerinnen des Heks zur Verfügung. Diese interkulturellen Vermittler und Vermittlerinnen stärken Väter und Mütter in ihrer Rolle und unterstützen Eltern mit Migrationshintergrund, die weniger Kenntnisse über unser Bildungssystem haben und/oder nicht über die nötigen Ressourcen oder Informationen verfügen, um ihre Kinder auf deren Entwicklungsweg bestmöglichst zu begleiten.

Eine Lanze brechen möchten wir Grünliberalen auch für die Delegierten im Elternrat und ebenso in den Schulräten. Sie sind in ihrer Funktion ebenso wichtige Ansprechpersonen für Eltern und aber auch für die Lehrpersonen. Ihre Funktion darf ruhig weiter gestärkt werden. Das Einführen von zusätzlichen Support-Teams führt hingegen paradoxerweise nur dazu, den Koordinationsaufwand für Lehrpersonen weiter zu erhöhen, was deren Arbeitsbelastung in der Folge verstärkt, aber eben nicht vermindern würde. Eine wirksame Entlastung bestünde darin, den administrativen und organisatorischen Aufwand zu verringern und Klassenlehrpersonen mehr zeitliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen, damit sie ihrer pädagogischen

Arbeit voll gerecht werden können. Dies würde die Qualität des Unterrichts und die individuelle Betreuung der Schülerinnen und Schüler einschliesslich der Elternarbeit deutlich verbessern. Eine Ausweitung der bereits bestehenden Entlastung für Klassenlehrpersonen wäre denn auch ein Ansatz, den wir unterstützen könnten.

Wir empfehlen aus dargelegten Gründen, den Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Sprecherin ist Nicole Kuster-Simon.

Nicole Kuster-Simon (LDP): Die LDP anerkennt die Belastung der Lehrpersonen und der Schulen. Es braucht Verbesserungen, über die wir mit dem Massnahmepaket integrative Schule bereits entschieden haben. Ich bin zuversichtlich, dass diese Massnahmen neue Ressourcen bringen und die Lehrpersonen entlasten.

Die vorgeschlagenen Support-Teams sind jedoch weniger zielführend. Nach unserem Erachten sind diese in der Praxis nur schwer umsetzbar. Grundsätzlich schenken Eltern den Lehrpersonen ihr Vertrauen, weil diese die Kinder aus dem Alltag kennen und aufgrund ihres Fachwissens gut einschätzen können. Eltern vertrauen den Lehrpersonen und wollen nicht mit Support-Teams reden, die ja nicht die Hauptansprechperson der Kinder sind. Zudem müsste das Wissen der Support-Teams wieder zurück zu den Lehrpersonen gelangen. Dieser Wissenstransfer birgt die Gefahr von Vergessenem und Unvollständigem.

Es scheint, dass hier ein Mehraufwand generiert wird, welcher nicht von einem signifikanten Mehrwert profitieren kann. Entsprechend lehnt die LDP den Anzug ab.

Balz Herter (Mitte-EVP): Für den Regierungsrat hat Regierungsrat Mustafa Atici das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Es ist eine Tatsache, dass die Elternarbeit aus Sicht der Lehrpersonen aufwendiger und anspruchsvoller geworden ist. Die Schulen haben in den letzten Jahren neue Betreuungs- und Erziehungsaufgaben übernommen. Die Schulen sehen sich auch mit gestiegenen gesellschaftlichen Erwartungen konfrontiert. Mit diesen neuen Anforderungen verändern sich auch die Art und Weise der Zusammenarbeit mit den Eltern und somit der Auftrag der Lehr- und Fachpersonen.

Die Anzugsstellen schlagen vor, spezifische mehrsprachige Support-Teams einzurichten, welche die Lehrpersonen bei der Zusammenarbeit mit den Eltern entlasten und ihnen gezielt einen Teil dieser Arbeit abnehmen können. Der Aufbau einer neuen, separaten Organisation, die zwischen den Fachstellen, den Fachexpertinnen und -experten, den Lehr- und Fachpersonen sowie den Eltern vermitteln soll, ist aus unserer Sicht keine gute und auch keine praktikable Lösung. Es ist unklar, in welchen Bereichen und mit welchen Leistungen solcher Teams die Lehrpersonen konkret entlassen könnten. Der Aufwand für Absprachen und Koordination wäre voraussichtlich sehr hoch. Würden zudem für solche Teams Ressourcen verwendet, die heute bei den Schulen und an Fachstellen eingesetzt werden, würden wir die bestehenden eingespielte und gut funktionierende Zusammenarbeit schwächen.

Das ist nicht im Interesse der Schulen und Eltern. Die Elternarbeit gehört zum Kernauftrag einer Lehrperson. Diese Aufgabe ist grundsätzlich nicht an andere delegierbar. Den Schulen stehen viele Informations-, Beratungs- und Begleitangebote zur Verfügung, welche von Fachstellen des Erziehungsdepartements und von anderen Departementen bereitgestellt werden. Beispielsweise können ihr Lehrpersonen, wie der Anzug erwähnt, Dolmetscherdienste in Anspruch nehmen. Bei Konflikten kann die Schulsozialarbeit beigezogen werden und unterstützen.

Die Anzugsstellenden fragen, ob Verfahren vereinfacht und Bürokratie abgebaut werden können. Aus unserer Sicht sind Support-Teams mit unklarem Auftrag an einer gut funktionierenden Schnittstelle nicht geeignet, diesbezüglich etwas zu bewirken. Aus diesen Gründen bitten wir Sie, diesen Ansatz nicht zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Sprecherin ist Jessica Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Ich kann gut verstehen, was Christian Moesch mit seinem Anzug bewirken möchte, eigentlich ein sehr gutes Anliegen, Lehrpersonen entlasten, aber der Vorschlag, wie das geschehen soll, den kann ich gar nicht unterstützen.

Ich arbeite in einem Kindergarten und ich probiere Ihnen das mal ein bisschen plastisch darzustellen. Die Zusammenarbeit mit Schüler:innen und Eltern können Sie sich wie ein Dreieck vorstellen. In jeder Ecke ist eine Person, also hier die

Lehrperson hier die Schülerin oder der Schüler und hier die Eltern, und in jede Richtung müssen die Informationen fliessen, und in jede Richtung muss auch eine Beziehung stattfinden, weil Elternarbeit ist Beziehungsarbeit. Wenn eine Richtung gestört ist, dann funktioniert das Dreieck nicht mehr. Vor allem in der obligatorischen Schulzeit ist dieses Dreieck extrem wichtig. Sobald die obligatorische Schulzeit abgeschlossen ist, ist die eine Ecke, die der Eltern, nicht mehr so wichtig, weil dann die Schülerinnen und Schüler mündig sind, für sich selber verantwortlich.

Wenn jetzt da ein Support-Team hinzukommt, dann wird es entweder zu einem Viereck, das heisst eine Ecke ist nicht mehr verbunden, das wird dann kompliziert, oder das Support-Team ist dann irgendwie in der Mitte und dann wird das auch kompliziert. Diese Idee geht nicht ganz auf.

Es ist wichtig, dass ich die Eltern oder die Erziehungsberechtigten kenne. Im Kindergarten sind das eigentlich die Personen, die ich jeden Morgen an der Türe sehe. Wenn ich nicht weiss, was zu Hause los ist, dann weiss ich auch nicht, was mit den Kindern los ist. Es ist für mich zentral, dass ich die Eltern und auch die Erziehungsberechtigten kenne, denn wenn ich weiss, was zu Hause los ist, dann weiss ich auch was mit den Kindern los ist, dann kann ich die Situation besser einschätzen. Wenn jetzt diese Elternarbeit an eine andere Person übertragen werden soll, dann ist ein Teil dieser Elternarbeit ausgelagert, dann sehe ich mehr Probleme als Lösungen.

Jetzt sollen da zusätzliche Personen installiert werden, die dann irgendwie über diese Lehrperson hinweg arbeiten sollen. Wie stellen Sie sich das vor? Ich habe ein bisschen das Gefühl, Christian Moesch ist in ein Lehrerzimmer gesessen und hat während einer Pause zugehört, wie die Lehrer halt so ein bisschen geschnödet haben. Ja, das machen wir in der Pause, aber wer macht das nicht? Ich glaube, da haben Sie irgendwie etwas falsch aufgenommen.

Die Elternarbeit kann mühsam sein, aber das ist wirklich nicht der mühsamste Teil der Lehrpersonenarbeit, und das ist wirklich auch nicht der Teil, der ausgelagert werden soll, weil sie ist ein zentraler Teil und ich glaube nicht, dass das eine gute Idee ist, weil diese Beziehung muss aufgebaut werden und es ist zentral, dass die Lehrpersonen das selbst machen.

Ich frage mich auch, wie das dann laufen soll, wenn es die Lehrperson dann selbst braucht. Bei einem Elterngespräch sitzt dann dieses Support-Team auch beim Elterngespräch dabei? Machen wir dann einfach riesig lange Tische und dann sitzen da 5 Personen? Also ich weiss nicht, ich finde das kompliziert. Und dann hatten wir gestern die Budgetdebatte, bei der von bürgerlicher Seite der Vorwurf kommt, der Staat wachse ständig, wir müssen Stellen abbauen, und jetzt wollen Sie Support-Teams einführen und noch mehr Staatsstellen schaffen? Ich glaube, das ist keine gute Idee.

Es klingt für mich einfach kompliziert. Es klingt für mich nicht sinnvoll, ich muss meine Schüler:innen und ihr Zuhause und ihre Familien kennen. Darum bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit hat der Anzugsteller Christian Moesch das Wort.

Christian C. Moesch (FDP): Vielen Dank für die Boten. Wenn man diese einzelnen Voten hört oder auch die Begründungen, weshalb vielleicht ein Anzug nicht so eine gute Idee ist, kommt man irgendwann zum Schluss, dass man sich je nachdem auch anders besinnen könnte. Die Grundidee war ja, wie man die Eltern beziehungsweise die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Lehrpersonen verbessern kann, welche Möglichkeiten es da gibt. Da kam natürlich am Schluss die Idee auf mit diesen sogenannten Support-Teams, welche Möglichkeiten oder welche Tätigkeiten oder Aufgaben, die zwischen den fremdsprachigen Eltern und den Lehrpersonen übernehmen könnten, um die Lehrerinnen und Lehrer zu entlasten.

Letztendlich geht es natürlich darum, dass die Lehrer am Ende ihren Grundauftrag wahrnehmen können und so gut wie möglich. Wenn da mögliche Unterstützung durch Support-Teams machbar ist, hätten wir gedacht, dass das ein Ansatzpunkt wäre, um etwas Neues aufzugleisen. Ich bin aber durchaus offen, wenn andere Ideen bestehen, dass man das wieder aufnehmen kann und hier ebenfalls mit neuen Ideen auch einen weiteren Vorstoss bringen kann.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

15 Ja, 74 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005314, 19.12.24 10:49:00]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 74 Nein-Stimmen gegen 15 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

41. Anzug 19 Michela Seggiani und Konsorten betreffend Haus der Vereine in Basel

[19.12.24 10:49:15, 24.5268.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte mit Roger Stalder.

Roger Stalder (SVP): Auch hier bittet Sie die SVP, den Anzug nicht zu überweisen. Was in Riehen ja gut und eine tolle Sache sein mag, will man jetzt in allen Quartieren in Basel-Stadt auch machen. Ich wohne in einem Quartier, wo es genug Möglichkeiten gibt, um Räumlichkeiten zu mieten. Sehr wahrscheinlich kosten sie zum grössten etwas, der Unterhalt von einem solchen Raum kostet halt auch. Das ist halt einfach so. Wir sind da nicht der Meinung, dass das jetzt in jedem Quartier braucht, weil es schon Möglichkeiten gib.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GAB): Wir vom GAB unterstützen den Anzug von Michela Seggiani zur Abklärung eines Hauses der Vereine. Ich glaube, wir anerkennen alle die vielfältigen und grosszügigen Ehrenämter, die geleistet werden in dieser Stadt, und ich persönlich kenne von der Fasnacht über die Sportvereine bis zu Musikvereinen eigentlich kaum Vereine, die nicht die Problematik haben, nur schon Sitzungszimmer zu mieten. Ich glaube, wir könnten hier auch ein Potenzial erkennen für die Förderung, die Vernetzung und für die Unterstützung des Know-How-Austausches. Vielleicht müssten wir uns irgendwann vom K House als Haus der Kultur und des Kulturaustausches verabschieden und haben dann da die Möglichkeit, ein Haus der Vereine zu integrieren, was ich natürlich nicht hoffe und ich hoffe, wir finden da im Januar eine gute Lösung. Aber ich glaube, es ist eine berechtigter Möglichkeit, dieses Ehrenamt zu stärken und zu fördern, was uns ja allen sehr wichtig ist.

Ich glaube auch nicht, dass es hier irgendwie so in eine Megasubvention von irgendwelchen Mietflächen, die nicht mehr genutzt werden können, kommt. Es gibt ja einerseits sehr viel. Zum Beispiel im Ökolampad gibt es jetzt auch wieder neue Räume. Man merkt aber auch, da ist ein sehr hoher Nutzungsdruck, also sehr viele verschiedene Vereine möchten solche Räume nutzen können und vielleicht schafft man hier noch ein weiteres Angebot.

Grundsätzlich glaube ich, dass das der ganzen Breite unserer Gesellschaft zugutekommen würde, weil das Ehrenamt eben über alle Themen und über alle Bereiche sich ausbreitet. Man sieht in Riehen sehr gut, wie ihre Vereinsförderung auch die Vereine stärkt, Riehen hat ein sehr lebendiges Vereinsleben. Ich glaube auch, dass das Haus der Vereine dazu beiträgt, genau gleich wie der Tag der Vereine. Und dass man da sich mal etwas abschauen kann und sich damit auseinandersetzen kann, finden wir vom GAB richtig.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Georg Mattmüller.

Georg Mattmüller (SP): Ich bestreite den Antrag der Regierung, die den Anzug nicht überwiesen haben möchte. Vereine haben allermeistens einen gesellschaftlichen Zweck, der allgemein in der Freizeit gemeinschaftsbildend, im Bereich Sport zusätzlich gesundheitsfördernd ist. Auch hat der Zweck von Vereinen oft einen sozialen Charakter. Es werden Aufgaben und Leistungen übernommen beziehungsweise erbracht, die der Allgemeinheit dienen und zuweilen auch Kosten sparen.

Viele Vereine verfügen über wenig finanzielle Mittel und haben keine Geschäftslokalitäten. Entsprechend muss bei grösseren Zusammenkünften oder auch bei Veranstaltungen jeweils eine Lokalität gemietet werden. Das Beispiel Riehen, wo 55 Vereine jährlich rund 2000 Belegungen buchen, zeigt, dass es diesen gesellschaftlichen Bedarf gibt. Auch in der Stadt Basel und in den Quartieren gibt es zahlreiche Vereine, die kein eigenes Domizil haben, an denen diese Sitzungen oder Veranstaltungen organisieren und abhalten können.

Um die viele ehrenamtliche Arbeit der Menschen wertzuschätzen, könnte der Kanton die Tätigkeiten von Vereinen mit einem Haus der Vereine unterstützen und deren Tätigkeiten stärken. Zudem würde es die Vernetzung unter den Vereinen fördern. In welcher Form der Kanton ein Haus der Vereine umsetzen würde, ist die Fragestellung des Anzuges, ein Haus pro Stadtteil oder Quartier? Das ist Teil der Umsetzung, sollte es dann als sinnvoll erachtet werden.

Unverständlich ist deshalb, weshalb die Regierung den Anzug noch nicht mal annehmen will. Weshalb soll die Frage eines Vereinshauses nicht angeschaut werden? Gegen die Prüfung und Annahme eines quer durch die Parteien unterzeichneten Anzuges spricht nun wirklich nichts. Ich bitte um Überweisung des Anzuges.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Nicole Strahm an? Sie wird angenommen.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): In Riehen zahlen die Vereine, wie soll das zukünftig in Basel aussehen?

Georg Mattmüller (SP): Anzug heisst in der Regel prüfen und berichten, und das kann dann ein Teil der Anzugsbeantwortung sein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nun hat Regierugnsrat Conradin Cramer als Einzelsprecher das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Mit dem Anzug soll geprüft werden, ob ein Haus der Vereine für Basel beziehungsweise sogar jeweils ein Haus pro Quartier oder pro Stadtteil in Frage käme. Als Referenzbeispiel wird dafür das Haus der Vereine in Riehen erwähnt, das ja seit 1983 erfolgreich betrieben wird. Dieses stellt Vereinen wie auch Privatpersonen günstige Räumlichkeiten für Sitzungen, Seminare, kulturelle Veranstaltungen und auch Privatanlässe zur Verfügung.

Wie die Anzugsstellerin selbst erwähnt, bestehen in Basel-Stadt 16 vom Kanton mitfinanzierte Quartiertreffpunkte. Diese vermieten ihre unterschiedlichen Räumlichkeiten bereits heute zu günstigen Konditionen und können auch für Vereinszwecke genutzt werden. Auf der lokalen Internetplattform raumfinden.ch gibt es einen guten Überblick zu zahlreichen weiteren Räumlichkeiten, die in Basel-Stadt entsprechend günstig gemietet werden können.

Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass mit den vorhandenen Raumangeboten bereits genügend Mietmöglichkeiten für die Vereine im Kanton bestehen und ich bitte Sie daher namens des Regierungsrats, den Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nun sind wie bei der Anzugstellerin. Michela Seggiani hat das Wort.

Michela Seggiani (SP): Der Bedarf für ein Haus der Vereine ist da, davon bin ich überzeugt und das haben mir auch zahlreiche Menschen, die in Vereinen aktiv sind, bestätigt. Sonst hätte ich diesen Vorstoss auch nicht einfach ins Blaue geschrieben. Dass die Vereine Räumlichkeiten brauchen, darüber sind wir uns, glaube ich, alle einig. Jetzt kam aber noch der Punkt auf mit den Quartiertreffpunkten. Das stimmt, aber die haben eine andere Aufgabe. Und deshalb ist es wichtig, nicht nur in Riehen so ein super tolles Haus für Vereine zu haben, sondern eben entweder eines in der Stadt oder in verschiedenen Quartieren.

Alleine schon hier in meinem Wording merken Sie, dass es notwendig ist, diese Möglichkeit jetzt erst einmal zu prüfen und berichten, und deshalb ist es auch ein Anzug, nicht eine Motion. Es ist mir auch wichtig, dass einmal abgeklärt wird, wie teuer das sein würde und welche Optionen wir hätten als Kanton. Alles weitere können wir dann im Anschluss bei einer möglichen zweiten Überweisung dann auch noch definieren und beschliessen. Ich bitte Sie deshalb jetzt diese erste Überweisung zu unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

55 Ja, 39 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005316, 19.12.24 10:59:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird überwiesen mit 55 Ja-Stimmen gegen 39 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

42. Anzug 20 Melanie Eberhard und Konsorten betreffend geschlechtsspezifischem Fokus bei der medizinischen Prävention und Nachsorge

[19.12.24 10:59:25, 24.5269.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Damit der Form Genüge getan ist: Die SVP bestreitet diesen Anzug. Die Gründe habe ich bereits erläutert. Ich bin hundertprozentig überzeugt, Sie wissen noch im Detail, was ich gesagt habe und ich wiederhole es nicht noch einmal.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine Wortmeldungen. Damit hat die Anzugstellerin Melanie Eberhard das Wort.

Melanie Eberhard (SP): Wir haben schon über dieses Thema gesprochen, deshalb halte ich mich auch entsprechend kurz. So viel dazu: Es geht in diesem Anzug sehr spezifisch um Präventionsarbeit und Langzeitpflege. Es sind beides Themenbereiche, bei denen es sehr grosse Geschlechterunterschiede gibt. Der Anzug fordert, dass man Präventionsmassnahmen prüfen und darüber berichten soll, auch das ein Thema, wo ganz spezifisch die Kantone in der Verantwortung stehen. In diesem Sinne danke ich Ihnen für die Überweisung dieses Anzugs.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Beat K. Schaller bestreitet die Überweisung dieses Anzugs. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

77 Ja, 12 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005318, 19.12.24 11:01:39]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen 77 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen vor. Damit ist der Anzug überwiesen.

43. Anzug 21 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Gauben erlauben – und auch Dacheinschnitte, bitte

[19.12.24 11:01:56, 24.5270.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist breit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen vorliegen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

44. Anzug 22 Patrick Fischer und Konsorten betreffend Überprüfung hoheitlicher Aufgaben zur Entlastung der Kantonspolizei

[19.12.24 11:02:14, 24.5271.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GAB): Meine Fraktion lehnt diesen Anzug ab. Wir sind ebenfalls besorgt über den Unterbestand bei der Kantonspolizei. Den falschen Weg finden wir jedoch, dies über diesen Anzug zu regeln. Der Anzug fordert nicht nur, dass die Kantonspolizei überprüft, welche Aufgaben effizienter ausgeführt werden könnten. Das ist etwas, was ja grundsätzlich sinnvoll ist und was die Regierung auch regelmässig mit der generellen Aufgabenprüfung überprüfen sollte. Bei dem dermassen hohen Unterbestand ist es auch absolut angebracht, nach Effizienzsteigerungen zu suchen, und ich hoffe doch schwer, dass der Regierungsrat dies auch längst gemacht hat und hoffentlich weiterhin tut.

Der Anzug fordert jedoch auch, dass die Aufgaben, die gemäss Übertretungsstrafgesetz der Kantonspolizei zufallen, hinterfragt werden sollen, und dabei handelt es sich um ein Gesetz und um Gesetzesbestimmungen, die der Anzug hinterfragt. Sauber wäre hier in meinen Augen ein Vorgehen, entsprechend transparent eine Motion zu hinterlegen zu einer Änderung oder mehreren Änderungen des Übertretungsstrafgesetzes. Welche Aufgaben man aus dem Gesetz streichen will, könnte man über eine Motion regeln, aber nicht über einen Anzug zu fordern, sich zu überlegen, welche Gesetzesartikel man ignorieren kann. Das ist in meinen Augen unsauber.

Hinzu kommt, dass hoheitliche Aufgaben etwas sind, welches in unseren Augen grundsätzlich auch beim Staat bleiben sollen. Ganz allgemein zu fordern, dass man überprüfen soll, welche hoheitlichen Aufgaben an Private ausgelagert werden sollen, unterstützen wir demnach nicht. Wir hätten es begrüsst, wenn im Vorstoss entsprechend klarer beschrieben worden wäre, an welche Aufgaben man denkt bei einer Auslagerung. Es macht einen Unterschied, ob der Staat Private beauftragt, beispielsweise Hausbesuche bei der Bevölkerung bei Ruhestörungen zu machen, oder ob der Staat Private damit beauftragt, Bussen für falsch geparkte Autos oder besitzlose Velos, die niemandem gehören, auszusprechen und dies entsprechend auslagert.

Aufgrund dieser Ausführung können wir dem Anzug so nicht zustimmen und ich bestreite die Überweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Mahir Kabakci.

Mahir Kabakci (SP): Ja, die Problematik des Personalunterbestands bei der Kantonspolizei Basel-Stadt ist ein ernstes Anliegen. Trotz zahlreicher Massnahmen, darunter auch die Einführung einer Arbeitsmarktzulage, bleiben rund 100 bis 120 Stellen unbesetzt. Aus unserer Sicht ist es daher wichtig, dass wir die Effizienz der vorhandenen Ressourcen steigern, um die Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit in unserem Kanton zu gewährleisten.

Der vorliegende Anzug schlägt eine umfassende Überprüfung der Aufgaben der Kantonspolizei vor, mit dem Ziel, ihre Kernaufgaben zu stärken und mögliche weniger zentrale Aufgaben an Dritte auszulagern oder automatisieren. Dies erachten wir im ersten Schritt als eine vernünftige Massnahme, auch wenn Auslagerungen in diesem Bereich sehr vorsichtig geschehen müssen. Gerade in einem Bereich wie dem Polizeiwesen, wo der persönliche Einsatz der Mitarbeitenden unter starker psychischer und physischer Belastung steht, ist die Fokussierung auf wesentliche Aufgaben entscheidend. Unsere Polizeikorps stehen im täglichen Einsatz für die Gesellschaft und sind dabei oft mit anspruchsvollen stressigen Situationen konfrontiert. Es ist daher nur fair und richtig, dass wir den Fokus der Polizei auf die wichtigen Aufgaben lenken und die Belastung durch andere Tätigkeiten verringern.

Diese Entlastung etwa durch den gezielten Einsatz automatisierter Prozesse kann der Polizei ermöglichen, ihre Ressourcen noch effektiver zu nutzen. Jedoch, die Aufsicht muss weiterhin in den Händen der Polizei bleiben, was uns extrem wichtig ist, da hoheitliche Aufgaben nicht ohne Kontrolle und Verantwortung abgegeben werden sollen. Und hier möchte ich klar feststellen, die Kantonspolizei ist ein zentraler Bestandteil des Service Public. Wir stehen zum staatlichen Gewaltmonopol, Privatisierungen von Sicherheitsaufgaben lehnen wir klar ab. Durch den Einsatz moderner Technologien, etwa Prozessautomatisierungen oder durch die Übergabe geeigneter Aufgaben an Akteure, können wir dafür sorgen, dass der Dienst am Menschen im Mittelpunkt bleibt und die Mitarbeitenden im Polizeidienst die nötigen Entlastungen erhalten.

Nicht alle Aufgaben können oder sollen in private Hände gegeben werden, denn hoheitliche Verantwortung erfordert auch öffentliche Rechenschaft und Kontrolle. Eine klare Aufgabenteilung mit strenger Überwachung und Anleitung durch die Polizei ist daher der Schlüssel zum Erfolg dieses Anzuges. Einige Bereiche, die zur Entlastung der Polizei überdacht werden können, sind beispielsweise einfache administrative Aufgaben wie die Aufnahme von Ordnungsbussen bei geringfügigen Vergehen oder die Bearbeitung gewisser Formalitäten. Auch können Automatisierungstechnologien, die in anderen Verwaltungsbereichen bereits erfolgreich eingesetzt werden, sinnvoll auf polizeiliche Prozesse angewendet werden.

Daher unterstützen wir eine Evaluierung, welche Aufgaben tatsächlich von der Polizei selbst ausgeführt werden müssen und welche delegiert werden können. Dies ist auch aus unserer Sicht nicht nur eine effiziente, sondern auch eine sozial gerechte Lösung, die ist sowohl das Personal schütz als auch die öffentliche Sicherheit gewährleistet. Und da muss man auch halt einfach mal klar sagen, das JSD hat sich in den letzten Jahren überhäuft mit vielen Projekten und mit unterschiedlichen Aufgaben, die übernommen worden sind. Zum Teil hat man da auch von 70 bis 80 Projekten geredet, und dann nach dem Bericht Schefer kam es ja mal zur Zahl 57 Projekte, die noch laufen. Und da muss man halt einfach klar definieren, was die Aufgabe sein soll, welche Projekte nimmt man auf, welche Projekte werden neu gestartet, damit man auch eine klare Linie hat und eben auch weiss, wo die vorhandenen Ressourcen gebraucht werden können.

Aufgrund dessen eben erwarten wir auch vom Regierungsrat, dass man diese Aufgabe überprüft und eben so, dass es für die Aufteilung gerecht werden kann, dass man sagen kann, auf der einen Seite soll es evaluiert werden, was von Dritten in dem Sinne übernommen werden kann und was nicht. Daher bitten wir Sie, den Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzugsteller Patrick Fischer hat nun das Wort.

Patrick Fischer (SVP): Die Einsatzkräfte haben einen Grundsatz Boots on The Ground-Stiefel auf den Strassen und Stiefel stehen besser, wenn die Person dazu steht und nicht in einem Büro sitzt und dort administrative Arbeit erledigt. Ich mache ein Beispiel aus meiner Polizeikarriere. Als junger Polizeiaspirant war es Usanz, dass die Polizei am Spalentor oder auch am Aeschenplatz den Verkehr geregelt hat. Das wurde dann irgendwann auf Sicherheitsassistenten abgewälzt und die haben das erledigt, und nun machen das mehr oder weniger Private. Es gibt sehr viele Institutionen oder sehr viele Gruppen bei der Polizei, die in der Vergangenheit von der Strasse wegtransferiert worden und die jetzt in einem Büro arbeiten. Und dort gibt es beispielsweise sieben Personen. Da kann man sich wirklich fragen, ob es wirklich sieben voll ausgebildete Polizisten braucht oder ob da vielleicht auch zwei oder drei reichen und der Rest kann administrativ ausgebildet sein. So hätten wir die ausgebildeten Polizisten wieder auf der Strasse.

Ich gehe jetzt nicht auf alle Punkte ein, Vieles wurde schon gesagt. Wichtig ist, dass wir uns auf die Kernaufgaben konzentrieren und dass die Effizienz gesteigert wird. Einige Beispiele vielleicht noch: Die Ordnungsbussen sind etwas, was man überprüfen kann, was Raffaela Hanauer gesagt hat mit den Lärmklagen, das ist etwas, das entschieden nicht durch Private erledigt werden kann. Gerade das ist die klassische Requisition: Lärm im Hause Müller. Das kann alles sein, das kann sein, dass der Fernseher zu laut eingestellt ist, das kann aber auch sein, dass Herr Müller gerade seine Frau umgebracht hat. Und deswegen ist es da entschieden wichtig, dass da Einsatzkräfte und ausgebildete Polizisten an Ort gehen.

Wo wir aber nicht zwingend ausgebildete Polizisten haben können, da sollten wir auf sie verzichten und diese entlasten. Die automatisierten Prozesse wurden ja bis jetzt nicht bestritten. Auch das ist etwas, was wir anschauen können, und wir haben bewusst den Weg eines Anzugs gewählt, um hier möglichst grossen Handlungsspielraum offen zu behalten, dass hier auch die Regierung schauen kann, was wir wo tun können und nicht gezielt schon gesagt wird, was sie zu tun oder zu lassen hat. Bei der allfälligen Beantwortung durch die Regierung kann man dann immer noch entsprechende Schritte einleiten.

In diesem Sinne bedanke ich mich für die Unterstützung meines Anzugs.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung wurde bestritten von Raffaela Hanauer. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 36 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005321, 19.12.24 11:13:20]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 57 Ja-Stimmen, 36 Neinstimmen und eine Enthaltung bedeuten, dass der Anzug überwiesen ist.

45. Anzug 23 Pascal Messerli und Konsorten betreffend Sicherheitsempfinden der Bevölkerung durch Massnahmen bei Brücken, Unterführungen u.Ä. stärken

[19.12.24 11:13:32, 24.5272.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Sie haben keinen Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

46. Anzug 24 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Zugang zu Informationen nach IDG

[19.12.24 11:13:54, 24.5298.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte mit Regierungsrat Conradin Cramer als Einzelsprecher.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gemäss dem Anzugstext des vorliegenden Anzugs werden Protokolle bei einem Informationszugangsgesuch in der Regel nicht zugänglich gemacht und um dies zu ändern, sei eine entsprechende Verordnungsänderung zu prüfen. Zudem will der Anzug die Niederschwelligkeit von Zugangsgesuchen allgemein anpassen und senken.

Der Regierungsrat beantragt Ihnen, den Anzug nicht zu überweisen. Zum ersten Punkt ist festzuhalten, dass Protokolle von Sitzungen innerhalb der Departemente grundsätzlich schon heute uneingeschränkt dem Öffentlichkeitsprinzip unterstehen und verlangt werden können. Es gibt keine Sonderbestimmung, die den Informationszugang zu diesen Protokollen beschränken würde. Geht ein Zugangsgesuch betreffend Protokolle von Gremien der Departemente ein, wird dieses somit nach den allgemeinen Grundsätzen geprüft. Die Feststellung im Anzug, dass diese Protokolle in der Regel nicht zugänglich gemacht werden, trifft also so nicht zu.

Wurden in der Vergangenheit solche Gesuche abgewiesen, dann beruhte die Abweisung immer auf den generellen gesetzlichen Einschränkungsgründen des IDG. Dazu zählen unter anderem eine besondere gesetzliche Geheimhaltungspflicht oder ein überwiegendes öffentliches oder privates Interesse. Allerdings ist bei Protokollen von behördlichen Gremien eine sinnvolle Anonymisierung teilweise nicht möglich, wenn man aus den einzelnen Wortmeldungen zweifelsfrei erschliessen kann, welche Person was gesagt hat, auch wenn die Namen geschwärzt werden. Ist eine Information nicht anonymisierbar, so darf sie gemäss IDG nur herausgegeben werden, wenn insbesondere ein öffentliches Interesse am Zugang zu dieser Information besteht, das den Persönlichkeitsschutz überwiegt. Sonst darf das Protokoll, zumindest teilweise, nicht herausgegeben werden. Sofern ein Protokoll aber eben anonymisierbar ist, dann muss es entsprechend herausgegeben werden. Das im Anzug vorgebrachte Anliegen entspricht also vollständig der geltenden Rechtslage, weshalb sich die Prüfung einer Anpassung des IDG beziehungsweise der IDV erübrigt.

Und nun noch zum zweiten Punkt. Der Anzug möchte die Niederschwelligkeit von Öffentlichkeitsgesuchen allgemein verbessern. Dieses Anliegen wird nicht weiter ausgeführt oder begründet. Für den Regierungsrat ist das Anliegen so auch nicht nachvollziehbar, da das Informationszugangsrecht bereits denkbar niederschwellig ausgestaltet ist. Gesuche können ohne Formanforderungen, also sowohl schriftlich, elektronisch, telefonisch oder persönlich gestellt werden und dies bei jeder Stelle der Kantonsverwaltung, denn es besteht eine Weiterleitungspflicht. Der Kanton erklärt all das auf seiner Webseite und stellt für Gesuche ein einfaches Onlineformular zur Verfügung. Die Gesuche müssen auch gar nicht begründet werden. Jede Person kann ein Gesuch zu jeder Information stellen. Es muss kein besonderes Interesse geltend gemacht werden. Die Gesuche können sogar von einer anonymen E-Mailadresse ausgestellt werden. Gesuchstellende müssen also nicht einmal ihre Identität preisgeben.

Zum Stellen eines Gesuches sind somit weder Rechtskenntnisse noch Kenntnis der zuständigen Behörde noch die Einhaltung irgendeines Verfahrens notwendig. Erforderlich ist einzig die möglichst genaue Bezeichnung der ersuchten Information, damit erkennbar ist, welche Information konkret verlangt wird Und schliesslich sei zu erwähnen, dass auf die Erhebung von Gebühren auch bei aufwendigen Verfahren in der Praxis bis anhin generell verzichtet wurde, ungeachtet der gesetzlichen Grundlage, die Gebühren erlauben würde. Dementsprechend ist für den Regierungsrat nicht ersichtlich, wie das Zugangsrecht noch niederschwelliger ausgestaltet werden könnte.

Nach dem Gesagten ist hoffentlich deutlich, dass beide verlangten Änderungen nicht nötig sind, da die geltende Rechtslage und Praxis die Anliegen bereits abdecken. Dazu kommt auch noch, dass der Grosse Rat erst vor Kurzem eine umfassende IDG-Revision beschlossen hat. Diese wird nun bald in Kraft treten können, zusammen mit den entsprechenden Verordnungsanpassungen mit der IDV. Auch vor diesem Hintergrund erscheint es nicht sinnvoll, nun bereits eine erneute Änderung der rechtlichen Grundlagen in Betracht zu ziehen.

Aus all diesen Gründen beantragt Ihnen der Regierungsrat, den Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Hanna Bay.

Hanna Bay (SP): Ich halte mich kurz, ich möchte aber trotzdem noch auf diesen Vorstoss eingehen. Es wurde gesagt, das Öffentlichkeitsprinzip in Basel-Stadt gelte erst seit 12 Jahren. Ich dachte, dass hier Basel-Stadt schneller gewesen wäre, das ist offensichtlich nicht der Fall. Aber ich glaube, es ist nach 12 Jahren durchaus an der Zeit, dass geprüft werden kann, wie das Öffentlichkeitsprinzip noch mehr gelebt werden kann und der Zugang niederschwelliger gestaltet werden kann.

Wir haben einen ersten Grundstein letzten Monat mit der Überweisung der Motion von Christine Keller gelegt, welcher ein Schlichtungsverfahren fordert. Und ich glaube, hier ist es nun der Schwestervostoss. Es wäre kohärent, wenn wir diesen auch überweisen, denn es gibt eben eine bisherige Praxis, die zeigt, dass das Öffentlichkeitsprinzip in gewissen Teilen noch harzt. Die Erfahrungen haben eben gezeigt, dass sich die Praxis eingeschlichen hat – und es ist eine Praxis, es ist nicht eine gesetzliche Regelung -, dass eben Gesuche um Einsicht in die Protokolle von Sitzungen innerhalb der Departemente in aller Regel abgelehnt werden. Hier muss man anerkennen, dass diese Protokolle gerade bei der Nachvollziehbarkeit der Entscheide wichtig sind und der Kernidee des Öffentlichkeitsprinzips, nämlich der Transparenz und der Rechenschaft, entsprechen würde.

Ich traue dem Regierungsrat und der Verwaltung zu, dass sie hier es durchaus noch schaffen, mit ein bisschen Überlegen doch noch einige Konkretisierungen zu finden, mit welchem das mehr gemacht werden könnte, und keine Angst, es geht nicht darum, einzelne Mitarbeiter:innen an den Pranger zu stellen. Natürlich muss der Persönlichkeitsschutz gewahrt bleiben und natürlich muss auch die freie Meinungsbildung und -äusserung innerhalb einer Behörde geschützt werden. Es ist für uns aber einfach schlicht unverständlich, wieso eine ganze Dokumentenkategorie mit dem Hinweis auf den Meinungsbildungsprozess und den Persönlichkeitsschutz a priori nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll oder wieso das aktuell so gemacht wird.

Es wäre sinnvoll, wenn wir die Regierung auffordern, hier nochmals über die Bücher zu gehen und zu prüfen, ob das irgendwie möglich ist und wenn ja wie, damit wir das Öffentlichkeitsprinzip nachhaltig stärken können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Bruno Lötscher ist der nächste Sprecher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Das ist ein schwieriges Thema, ein interessantes Thema und das mit den Protokollen ist gar nicht so einfach. Ich glaube, da macht man sich falsche Vorstellungen. Es ist ja nicht so, dass Protokolle nicht herausgegeben werden dürfen. Nur muss man bei den Protokollen immer eine Reihe von Überlegungen voranstellen. Man kann ja nur über abgeschlossene Geschäfte Einblick erhalten. Slso sind die Geschäfte abgeschlossen oder nicht? Und wenn man einfach sagt, Protokolle müssen grundsätzlich leichter herausgegeben werden, ist das sehr problematisch. Dann kann man ja nicht generell einfach Einblick verlangen, sondern man muss ganz konkret angeben, wofür man den Einblick haben will. Deshalb kann man auch nicht sagen, wir wollen generell die Protokolle sehen. Das scheint mir auch problematisch.

Wir haben hier tatsächlich eine gewisse Dreifachproblematik, es kommt nämlich noch die Anonymität dazu. Die Anonymisierung ist in Protokollen bei Geschäftsleitungen oder tiefer gelegenen Verwaltungseinheiten praktisch sinnlos oder sind entleert, weil man in der Regel relativ einfach zurückverfolgen kann, mit wenigen Überlegungen, wer das gesagt haben wird .Und all das führt natürlich dazu, dass Protokolle nicht einfach tel quel herausgegeben werden können. Ich denke, die Praxis, wie sie heute ist, ist sehr subtil, sehr vorsichtig. Es gibt auch eine klare Gerichtspraxis dazu.

Ich würde Ihnen nicht empfehlen, bei den Protokollen eine grosse Ausweitung zu machen, weil wir sonst natürlich das Öffentlichkeitsprinzip in einer Art und Weise auslegen, die das Gesetz so gar nie vorgesehen hat und auch nicht will und auch nicht sinnvoll ist, denn die freie Meinungsbildung muss ja irgendwie doch noch möglich sein. Es muss ja irgendwie noch möglich sein, die Gedanken mal zusammenzutragen, ohne dass man riskieren muss, dass man dann, weil die Anonymisierung eben nichts nützt, in der Öffentlichkeit steht, wo man eigentlich gar nicht hingehört.

Deshalb, ja, das ist ein Thema und ich glaube, es ist auch ein Thema vielleicht einmal zu schauen, wie effizient eigentlich das Öffentlichkeitsprinzip ist. Ich finde es eine wichtige Einrichtung, aber einfach tel quel zu sagen, Protokolle müssen von jetzt an viel einfacher herausgegeben werden, scheint mir der falsche Weg zu sein, weshalb ich hier für eine Ablehnung plädiere.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:*Wir sind damit beim Anzugsteller angelangt. Die Beda Baumgartner hat das Wort.

Beda Baumgartner (SP): Viele wichtige Punkte, die für den Anzug sprechen, wurden von meiner Vorrednerin Hanna Bay bereits gesagt. Nochmals kurz, es geht ja eben einfach auch darum, wie das Öffentlichkeitsprinzip konkret gelebt wird. Was ich nicht ganz verstehen kann bei der Argumentation der Regierung, ist folgendes. Die Motion von Christine Keller wurde ja entgegengenommen und die steht im gleichen Kontext. Die Argumentation, dass das IDG gerade revidiert wurde, greift ja in dem Kontext eigentlich auch. Also ich finde, das ist nicht wirklich das stärkste Argument.

Dann noch auf Bruno Lötscher bezogen. Es ist ein Missverständnis, es geht eben nicht darum, tel quel alle Protokolle herauszugeben. Es geht auch nicht um Fishing Expeditions, überhaupt nicht. Die Frage ist einfach, wenn ich Ihnen zuhöre, heisst es eigentlich faktisch, dass Protokolle nie herausgegeben werden. Und das kann nicht sein, das ist die Problematik, die der Anzug anzugehen versucht.

Momentan wird es eben so gelebt, wie ich es aus dem Votum von Bruno Lötscher herausgehört habe, und diese Ausführungen führen eigentlich faktisch dazu, dass man Protokolle zum Beispiel von Geschäftsleitungssitzungen nie herausgeben kann. Da muss man sich natürlich schon grundsätzlich fragen, wie man mit dem Öffentlichkeitsprinzip in diesem Bereich verfahren will, wenn das die Voraussetzung ist.

Und dann die allgemeine Niederschwelligkeit: Ich höre gerne, was Regierungsrat Conradin Cramer dazu gesagt hat. Es ist aber auch so, dass die Bekanntheit des Öffentlichkeitsprinzip längst nicht an dem Punkt ist, wie es jetzt dargestellt wird von der Regierung. Es gibt kein breites Aufmerksammachen über diese Möglichkeiten. Es ist doch einfach auch die Realität, dass wir beim Öffentlichkeitsprinzip ein sehr stabiles Gesetz haben, das aber noch sehr oft nicht gelebt wird. Und dieser Anzug ist eine kleine Verbesserung auf einer Ebene, die sehr wichtig und relevant ist.

Es geht auch nicht darum, tel quel alle Protokolle von allen Sitzungen immer zugänglich zu machen. Das ist wirklich nicht so, das können Sie ganz einfach nachvollziehen, wenn Sie die Forderung des Anzugs genau lesen. Sondern es geht darum, dass man diese Praxis, die momentan so ist, wie sie von Bruno Lötscher gut beschrieben wurde, ein bisschen aufweicht und anders lebt. Darum geht es, und dass man gleichzeitig von Seiten Regierung überlegt, wie man die Niederschwelligkeit von diesen Öffentlichkeitsgesuchen verbessern kann, indem man zum Beispiel auch die Möglichkeiten, dass man das überhaupt nutzen kann, bekannter macht.

Ich bitte Sie daher im Namen der SP-Fraktion, den Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie eine Frage von Andreas Strahm beantworten? Sie wird angenommen.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Befürchten Sie nicht, dass durch Ihren Anzug die Qualität der Protokolle leiden könnte, dass dann einfach nur noch stichwortartig und allgemein protokolliert wird, so dass man das auch unbesorgt herausgeben kann?

Beda Baumgartner (SP): Nein, damit würde ich nämlich der Verwaltung unterstellen, dass sie nicht transparent arbeiten will, was ich niemals machen würde.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat möchte den Anzug nicht entgegennehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 41 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005324, 19.12.24 11:28:25]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 49 Ja-Stimmen gegen 41 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen bedeuten, dass der Anzug überwiesen wird.

47. Anzug 25 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Lohntransparenz bei Stellenausschreibungen für Stellen beim Kanton Basel-Stadt in Form eines Online-Gehaltsrechner und durch Angabe der Lohnklasse

[19.12.24 11:28:38, 24.5304.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Die SVP-Fraktion bestreitet dies, aber ich habe auch die FDP-Fraktion im Rücken, die Sie auch bittet, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Ziel des Anzuges ist ja die Durchsetzung der Lohngleichheit zwischen den Geschlechtern im Kanton. Das darf nicht nötig sein und es ist auch nicht nötig. Der Kanton ist, wie private nota bene auch, von der Verfassung her zu Lohngleichheit verpflichtet. Der Kanton als moderner guter Arbeitgeber wird diese Lohngleichheit auch durchsetzen. Es ist ja nicht so, dass irgendein Teamleiter Arbeitsverträge ausstellt und irgendein Salär einsetzt. Diese Verträge werden, da bin ich überzeugt, professionell von den entsprechenden Abteilungen geprüft, die sicherstellen, dass die Lohngleichheit zwischen Geschlechtern eingehalten wird.

Wir sind auch überzeugt, dass der Kanton bei den Neuanstellungen – und nur für Neuanstellungen ist ja dieser Anzug gedacht – sicher kein Problem hat in diesem Bereich. Wo allenfalls noch Differenzen sein könnten ist bei Leuten, die vor Jahren angestellt wurden. Nur, da wird dieser Anzug keine Abhilfe bieten. So weit so unnötig also dieser. Anzug.

Jetzt könnte man ja sagen, nützt es nichts, so schadet es mindestens nicht. Weit gefehlt. Die Kollateralschäden dieses Anzuges sind beträchtlich. Wenn man Löhne publiziert, weckt dies Begehrlichkeiten, Neid und nicht einfach zwischen den Geschlechtern, nicht die Frauen, die dann neidisch sind auf die Männer oder umgekehrt, sondern der Abteilungsleiter eine Tür weiter gegenüber dem Abteilungsleiter, der neu eingestellt wurde auf der anderen Seite des Ganges. Es kann sogar so weit kommen, dass Bewerber abgeschreckt werden, vor allem in Kaderpositionen will man vielleicht nicht, dass der Nachbar weiss, wie viel man verdient.

Bei Bewerbungen ist der Lohn wichtig, das ist ganz klar und es ist auch immer ein Thema bei Bewerbungsgesprächen, selbstverständlich, aber der Lohn darf nicht der Trigger sein, um einen Arbeitsplatz anzunehmen. Die Aufgabenstellung, der Arbeitsplatz, der Arbeitsort, der Chef, das sind die Faktoren, die Leute langfristig am Job und am Arbeitsplatz halten, nicht der Lohn. wenn der Lohn der Hauptgrund ist, um einen neuen Job anzunehmen, dann ist die Halbwertszeit eines Arbeitnehmers, einer Arbeitnehmerin an einer solchen Position kurz. Deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Zaira Esposito.

Zaira Esposito (SP): Über den Lohn zu reden, ist in der Schweiz ein Tabu. Lohntransparenz ist nicht nur sprachlich ein Fremdwort. Doch warum ist es so? Denn Lohntransparenz fördert den Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Die Offenlegung von Gehältern schafft Vertrauen und ist Teil einer guten Unternehmenskultur. Sie kann ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu Gleichberechtigung und Fairness im Arbeitsleben sein. Das gilt sowohl für das Verhältnis zwischen Geschlechtern als auch für jegliche Personen, die bei der Lohnberechnung noch zu oft benachteiligt werden. Gemäss Studien hat Lohntransparenz einen direkten Einfluss darauf, ob sich Kandidatinnen und Kandidaten überhaupt auf eine Stelle bewerben. Besonders die jüngere Generation drängt auf Transparenz, die nicht nur das Vertrauen in Arbeitgebende stärkt, sondern als Voraussetzung dafür gilt.

Durch die Einführung eines realen Gehaltsrechners bei Ausschreibungen für kantonale Stellen können wir in unserem Kanton einen einfachen und auch wichtigen Schritt zur Stärkung der Lohntransparenzunternehmen. Der Kanton Bern kennt bereits eine solche Lösung, an der sich auch der Arbeitgeber Basel.Stadt orientieren könnte. Um als Arbeitgeber möglichst gerecht und transparent zu sein, gibt der Kanton Bern den potenziellen Lohn direkt im Stellenportal an, mittels eines Online-Gehaltrechners kann zudem das Gehalt für die ausgeschriebene Stelle provisorisch berechnet werden. Für die Berechnung sind Angaben wie Alter sowie Beschäftigungsgrad notwendig.

Unser Kanton nimmt eine Vorbildrolle als Arbeitgeber ein. So stellt er sicher, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wohlfühlen und zufrieden sind, und dies ab dem ersten Arbeitstag oder sogar früher, ab Anstellungsbeginn. Im Zeitalter des Arbeitskräftemangels sind Massnahmen nötig, um neue Talente als Mitarbeitende zu gewinnen, die Freude und Motivation an der Arbeit haben. Nur mit solchen Mitarbeitenden kann der Staat die Leistung erbringen, die unsere Unternehmen,

Bürgerinnen und Bürger verdient haben. Nutzen wir die Chance und stellen wir sicher, dass der Arbeitgeber Basel-Stadt auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig und attraktiv bleibt. Ich bitte Sie deshalb im Namen der SP-Fraktion, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Es gibt dem Votum von meiner Vorrednerin nicht mehr so viel beizufügen. Vielleicht noch als Reaktion auf Lorenz Amiet. Vielleicht gibt es da einen Generationengraben, ich rechne mich jetzt mal zu einer jüngeren Generation. Ich hoffe, das stimmt auch, in der vielleicht dieses Tabu des Lohns, das vorhin auch angesprochen wurde, vielleicht nicht mehr so gross ist. In meinem Umfeld wird über Löhne eher offener gesprochen und es findet ein offener Umgang statt. Ich glaube auch, wir müssen sehen, dass in Basel-Stadt viele Menschen leben, die aus einem anderen Land hierhergekommen sind, auch wenn es nur über die Grenze von Lörrach her ist, wo die die Lohnfrage viel offener behandelt wird als das in der Schweiz eigentlich sehr lange der Fall war.

Der Anzug möchte ja eigentlich nur einen zusätzlichen Service schaffen für die Interessierten und für die, die sich auf eine Stelle bewerben möchten. Das Lohngesetz ist ja schon da. Wenn man das möchte, kann man ja heute schon selber ausrechnen, wie viel man etwa verdienen würde. Aber ein attraktiver Arbeitgeber, der der Kanton sein möchte, gerade in Bereichen, wo man lange nach Mitarbeitenden suchen muss, ist es einfach ein weiterer Service, der jetzt niemandem weh tut.

Und dieser Anzug erfindet nicht die Welt neu, sondern möchte ein zusätzliches Angebot schaffen, das dann noch eine Nebenwirkung haben könnte und zusätzliche transparent schafft. Ich glaube nicht, dass das jetzt zu so viel Missgunst führen wird aus den gleichen Gründen, wie dass neu Bewerbende eigentlich heute schon herausfinden könnten, wie viel sie verdienen können. Für Arbeitnehmende ist der Lohn einfach auf dem Papier zumindest ein sehr wichtiger Anreiz, auch wenn zugegebenermassen die Effekte, die man sich manchmal erhofft durch höhere Löhne, vielleicht nicht so relevant sind, aber für diejenigen, die eine Stelle suchen ist, dass am Schluss eine relevante Zahl und dieser Service kann der Kanton bieten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wenn keine weiteren Wortmeldungen kommen, schliesse ich die Liste und gebe der Anzugsstellerin Amina Trevisan das Wort.

Amina Trevisan (SP): Wichtig ist einfach noch einmal zu betonen, dass die Lohngleichheit in Artikel 8 der Bundesverfassung verankert ist. Dennoch ist sie noch nicht Realität, und wir haben schon oft hier darüber gesprochen. Im interdepartementalen Vergleich sind zudem immer wieder Unterschiede in der Einreihung der Lohnklassen für eine vergleichbare Stelle festzustellen. Dadurch wird der vom Kanton Basel-Stadt proklamierte Grundsatz «gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit» nicht erfüllt.

Um Lohngleichheit zu erreichen, müssen verschiedene Massnahmen ergriffen und geprüft werden. Eine mögliche Massnahme wäre die Lohntransparenz bei Stellenausschreibungen im Kanton Basel-Stadt. Sie verhindert, dass schon beim Arbeitsbeginn diskriminierende und die unfaire Löhne festgesetzt werden. Verschiedene Länder kennen entsprechende Vorschriften bezüglich Lohntransparenz oder haben sie kürzlich eingeführt. Vor allem aber auch diverse Studien sind zum Schluss gekommen, dass diese Massnahme einen wichtigen Beitrag gegen Lohndiskriminierung leisten kann.

Zudem sind als ungerecht empfundenen Löhne oder Lohnsysteme häufig ein Grund für Unzufriedenheit am Arbeitsplatz. Und um es schon einmal vorab zusagen: Ja, der Lohn ist nur eine von verschiedenen Komponenten, welche die Attraktivität einer Stelle bestimmen, das ist richtig. Aber es geht nicht nur um die Höhe des Lohns, sondern auch, dass die Stellen richtig eingestuft werden. Mit diesem Verfahren wird mehr Transparenz geschaffen.

Für mich ist es wichtig, nochmals darauf hinzuweisen, dass es als Abgebende Öffentliche Hand wichtig ist, eine Vorbildfunktion einzunehmen. Deshalb wird der Regierungsrat mit diesem Anzug beauftragt, zu prüfen und zu berichten, wie bei allen Stellenausschreibungen für Stellen beim Kanton Basel-Stadt der zu erwartende Lohn beziehungsweise die Lohnbandbreite in Form eines Online-Gehaltsrechners und die Lohnklasse angegeben werden kann. Im Kanton Bern wird dies erfolgreich umgesetzt.

Ich bitte Sie, den vorliegenden Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung wird bestritten von Lorenz Amiet. Wir stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 39 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005326, 19.12.24 11:40:37]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 56 Ja-Stimmen und 39 Nein-Stimmen bedeuten, dass der Anzug überwiesen wird.

48. Anzug 26 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Hass, Beleidigungen, Abwertungen und Drohungen – schützt unser Kanton unsere Politiker:innen?

[19.12.24 11:40:50, 24.5305.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte mit Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe mir lange überlegt, ob ich zu dieser Sache reden soll, weil es auch ein bisschen privat und intern ist. Der Anzug hat es in sich und ich hoffe, die Betroffenen reden. Ich habe lange recherchiert zu dem Thema, seit vielen Jahren. Schaut man genau in die Statistik, egal in welchem Land, dann sieht man in ganz Europa, es betrifft vor allem die Grünen und die Rechtspopulisten.

In grossen Bevölkerungsschichten sind halt gewisse Randparteien nicht so beliebt. Trotzdem hat man Sympathisanten, aber auch ich spüre Hass, obwohl ich beliebt bin. Man hat Fans, man hat Hater und viele Leute fühlen sich irgendwie nicht richtig behandelt. Und dann was passiert? Man liest in der Zeitung, die Scheiben des Büros der SVP Basel werden zwei Mal pro Jahr zerstört.

Man muss als Politiker eine Lagebeurteilung vor sich nehmen, vor allem wenn man in Randgruppen wie Grüne oder Rechtspopulisten ist. Was mich anbelangt, und darum stehe ich noch da und ich möchte das in aller Ruhe sagen, so bin ich gerne im Grossen Rat, aber ich möchte nicht im Rollstuhl hier vorne hingefahren werden. Ich sitze auch im Restaurant nie draussen, ich gehe abends nicht raus. Ich drehe mich auch immer um, um zu sehen, ob mir jemand nachrennt.

Ich war gerade einen Monat Grossrat im 2021, da hat mich jemand am Claraplatz am helllichten Tag von hinten geschlagen. Ich habe dann den Aufruf gemacht «versuchter Totschlag».

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, legen Sie das weg und sprechen Sie zum Anzug.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber darf ich noch kurz sagen, was mir passiert ist am Claraplatz?

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nein.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich weiss, wovon ich rede. Ich muss nicht unbedingt Grossrat sein, ich wäre sogar froh, wenn ich es nicht bin, denn dann lebt man viel ruhiger. Und das mit dem Rollstuhl habe ich auch gesagt, das sind die Nachteile vom Politikerleben. Auch jetzt bei der Grossratswahl 2024 sind mir zwei Personen hinterhergerannt. DAs ist alles nicht schön.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir beim nächsten Einzelsprecher Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Wie auch der Regierungsrat beantragt Ihnen die SVP-Fraktion, diesen Anzug nicht an die Regierung zu überweisen. Amina Trevisan hat in ihrem Vorstoss ein Thema angesprochen, das natürlich sehr relevant ist. Das wollen wir auch gar nicht abstreiten. Das gibt es auch auf allen Ebenen. Das gibt es auch gerichtet und adressiert an Politikerinnen und Politiker auf allen Seiten des politischen Spektrums.

Offen gestanden finde ich das, was die Amina Trevisan hier in diesem Anzug fragt, wäre vielleicht eher eine Interpellation gewesen in einem ersten Schritt. Sie fragt ja zum Beispiel, ob Daten bereits erhoben wurden im Kanton Basel-Stadt oder wie sich der Regierungsrat zu einem allfälligen Pilotprojekt stellen würde. Das könnte man allenfalls auch mit einer Interpellation vom Regierungsrat erfragen.

Ganz grundsätzlich ist es klar, dass solche Beleidigungen, Abwertungen oder auch Drohungen nicht gehen. Ich selber bin wahrscheinlich etwas überdurchschnittlich davon betroffen. Ich kann Ihnen sonst gerne meine Instagram-Messages der letzten sieben Tage zeigen seit diesem Kulturförderpreis und der Diskussion um Leila Moon. Da bekomme ich jetzt jeden Tag allerlei Drohungen und Beleidigungen, Beschimpfungen und ich überlege mir dann tatsächlich auch immer, wie ich damit umgehe. Ich frage dann meistens noch, wenn es etwas sehr grenzwertig ist, einen Juristen, zum Beispiel unseren Parteipräsidenten, ob ich dagegen vorgehen soll. Bisher habe ich eher den Standpunkt vertreten, dass ich möglichst wenig Aufwand betreiben und auch den Strafverfolgungsbehörden wenig Aufwand bescheren möchte. Es gibt Grenzen, wenn man auf dem Marktplatz nach Verlassen des Rathauses mit dem Tode bedroht wird, dann muss man wahrscheinlich dagegen tatsächlich vorgehen. Das ist dann auch im Bereich des Offizialdelikts.

Aber ganz konkret jetzt in Bezug auf das, was Amina Trevisan vorschwebt. Grundsätzlich sind natürlich die Strafverfolgungsbehörden dafür zuständig, solche Dinge zu ahnden und zu verfolgen. Es liegt aber auch an uns als Politikerinnen und Politiker, wenn wir der Ansicht sind, dass etwas quasi auch strafrechtlich relevant sein könnte, Anzeige zu erstatten und entsprechend dagegen vorzugehen. Solche Daten können insofern ja auch gar nicht erfasst werden, weil jeder damit anders umgeht. Wer meldet es? Wer meldet es nicht? Wer findet etwas bereits eine Hassrede? Auch da gibt es ja unterschiedliche Bewertungen. Wenn Sie angegangen werden, hat nicht jeder die gleiche Schwelle an Erträglichkeit. Das ist auch eine sehr subjektive Wahrnehmung bis zu einem gewissen Grad. Aber dann, wenn es strafrechtlich relevant wird, dann schwindet die subjektive Wahrnehmung geht über in die Wahrnehmung einer Strafverfolgung. Und dann ist es eine Bewertung letztlich auch der Strafverfolgungsbehörde.

Wie jetzt da der Regierungsrat weiter darüber hinaus auch noch eingreifen kann, erschliesst sich uns aufgrund dieses Anzugstextes nicht. Vielleicht hat Regierungsrätin Tanja Soland, die als Sprechen des Regierungsrates sich auch eingetragen hat, noch eine substanzielle Meinung dazu, weshalb sie als Regierung diesen Anzug nicht entgegennehmen wollen.

Wir glauben deshalb, dass der Anzug sicher ein sehr gutes Thema aufgreift, auch im Zeitalter der digitalen Medien natürlich ein stärkeres Gewicht erhält, aber aus unserer Sicht sind eigentlich die bestehenden Werkzeuge bereits vorhanden. Es ist die Frage, ob man sie nutzen möchte, diese Werkzeuge. Das muss aber letztlich jeder selber entscheiden und da sind wir als Politikerinnen und Politiker auch nicht in irgendeiner Art und Weise zu privilegieren, sondern hier sind wir gleich zu behandeln wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger, die Hass, Beleidigungen oder Abwertungen erfahren. Aber dass das ein wichtiges Thema ist, das scheint mir selbstverständlich unbestritten zu sein. Wir bitten Sie aber trotzdem, den Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber möchte eine Zwischenfrage stellen. Sie wird angenommen.

Eric Weber (Fraktionslos): Hast du dann Anzeige erstattet gegen diesen Vorfall vor dem Rathaus?

Joël Thüring (SVP): Nein, da eine Morddrohung ein Offizialdelikt darstellt, muss ich keine Anzeige erstatten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Hass und Hetze, persönliche Beleidigungen, das ist auf der individuellen Ebene extrem belastend. Es ist gesundheitsschädigend. Es ist auch sehr schwierig, damit umzugehen. Mein Vorredner hat bereits ausgeführt, dass es

nicht immer ganz einfach ist zu entscheiden, wo man sich da strafrechtlich wehren soll und wo nicht. Ich denke aber, es ist auch entscheidend, dass es hier eben nicht nur um strafrechtlich relevante Punkte geht, auch Sachen, die hier nicht unter das Strafrecht fallen, können Menschen davon abhalten, sich politisch zu engagieren, können sie persönlich sehr belasten.

Es ist aber nicht nur auf der persönlichen Ebene schlimm. Es ist vor allem auch für unsere Demokratie, für unser Milizsystem problematisch, weil es immer schwieriger ist, Menschen zu finden, die sich das antun wollen. Wir alle haben bei den Wahlen Menschen davon zu überzeugen versucht, oder es ist uns auch teilweise gelungen, für die Wahlen zu kandidieren. Ich habe aber auch sehr oft gehört, ich möchte mich sehr gerne politisch engagieren, aber ich möchte nicht so persönlich im Fokus stehen. Das ist nicht mehr nicht recht, das ist schwierig. Und das liegt natürlich auch daran, dass man hier vor allen stehen muss und das gehört irgendwie dazu, aber es hat Grenzen, was man sich antun muss.

Dieser Hass, abwertende Kommentare und so weiter betreffen vor allem Frauen und Minderheiten, auch wenn wir vorher andere Beispiele gehört haben, die es auch betreffen kann. Deshalb ist es besonders schwierig, Menschen dieser Bevölkerungsgruppen dafür zu gewinnen, auf Wahllisten zu kandidieren oder hier sich im Grossen Rat oder anderen politischen Gremien zu engagieren. Das ist ein ernsthaftes Problem für unser Parlament, weil eigentlich sollte dieses Parlament ja die Bevölkerung repräsentieren, also alle Bevölkerungsgruppen anteilsmässig sollten hier vertreten sein. Wenn wir uns umschauen, sehen wir, das ist definitiv nicht der Fall. Das liegt nicht nur daran, dass man solchem Hass oder Beleidigungen ausgesetzt ist, aber es ist eben auch ein Grund und es macht es zunehmend schwierig.

Deshalb finde ich es sehr wichtig, dass wir hier diesen Anzug überweisen und bitte Sie das zu tun, auch wenn die Antwort darauf, was getan werden kann, vielleicht nicht ganz einfach ist. Es kann nicht die Lösung sein, einfach wegzuschauen und zu tun, als wäre es kein Problem, und irgendwann finden wir gar niemanden mehr, der oder die sich politisch engagieren möchte.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Alexandra Dill.

Alexandra Dill (SP): Eine Demokratie lebt davon, dass Menschen bereit sind, sich einzubringen. Wir alle hier achten sie und scheuen auch den Aufwand nicht, denn es bedeutet eine besondere Rolle in der Demokratie einzunehmen.

Ich zumindest verstehe mein Amt stark so, dass ich der Bevölkerung eine Stimme gebe, sie vertrete, mein Quartier, mein Umfeld, meine Wähler:innenschaft, aber auch gerade solche, die nicht wählen dürfen und trotzdem betroffen sind von unseren Entscheidungen, und die auch gehört und vertreten werden sollen.

Dafür exponieren ich mich hier. Wir alle tun das, wir alle hier exponieren uns, indem wir Stellung beziehen, Haltung zeigen, Partei ergreifen. Wir haben verschiedene Perspektiven, die wir hier teilen und verhandeln. Wir treten für Lösungen ein und finden Kompromisse. Das ist harte und natürlich auch schöne und ehrenvolle Arbeit für unseren Kanton, für die Bevölkerung. Nicht alle Haltungen, die wir beziehen, passen allen. Das liegt in der Natur einer Demokratie und ist per se nicht schlimm und auch nicht vermeidbar. Aufgrund verschiedener gesellschaftlicher, medialer und wirtschaftlicher Entwicklungen nehmen aber Angriffe, Beleidigungen, Hass und Hetze gegen Personen, die sich exponieren, zu, im digitalen, aber auch im analogen Raum.

Dies ist nicht nur erschwerend für das Leben von uns Politiker:innen, sondern auch für die Demokratie. Wir brauchen diesen sicheren Rahmen, um unsere Perspektiven zugunsten der politischen Verhandlungen und Debatten einzubringen. Hier drin haben wir uns ein neues Reglement zum Schutz der persönlichen Integrität gegeben. Das ist wichtig und hilft uns untereinander. Aber auch Hass und Hetze von aussen ist nicht okay und kann uns alle treffen. Besonders betroffen sind dabei gerade Personen, die in der Politik aus strukturellen Gründen untervertreten sind: Frauen, genderqueere Menschen, migrierte Personen oder People of Color. Sie setzen sich durch ihr politisches Engagement einem noch höheren Risiko aus. Für eine funktionierende Demokratie erachte ich es aber als essenziell, dass alle sicher teilhaben können und sehe uns als Gesellschaft sowie die öffentliche Hand in der Pflicht, dies sicherzustellen.

Was dieser Anzug will, ist erstens eine Datengrundlage zu unserem Kanton bezüglich Hassreden, Beleidigungen, Abwertungen oder Drohungen gegen politisch Engagierte und zweitens in einem Pilotversuch ein digitales Meldeverfahren und eine Anlaufstelle für Beratung zu testen. Ich halte dies für äusserst sinnvolle Anliegen für das Funktionieren unserer Demokratie und bitte auch im Namen der SP-Fraktion um Überweisung des Anzugs.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Regierungsrat ist der Überzeugung, dass die vorhandenen rechtsstaatlichen Mittel ausreichen, um sich als Politikerin oder Politiker wirksam gegen Hassreden und andere Formen von Anfeindungen zur Wehr setzen zu können. Zusätzliche Massnahmen hält er nicht für erforderlich. Insbesondere ist ungewiss, welchen

weiterführenden Nutzen ein Benchmark hätte und ob sich die Urheberschaft solcher Aggressionen durch eine Öffentlichkeitskampagne massgeblich in ihrem Verhalten beeinflussen liesse.

Und ein weiteres Argument, das vielleicht auch Joël Thüring schon genannt hat: Es stellt sich schon die Frage, warum Politikerinnen und Politiker hier privilegiert werden sollen, ob man das wirklich auf uns so speziell ausrichten sollte.

Der Regierungsrat bittet Sie daher, den Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: An dieser Stelle sehe ich, dass es keine weiteren Wortmeldungen gibt ausser jene der Anzugsstellerin. Das heisst, die Redeliste ist geschlossen, es reicht aber trotzdem nicht für die Abstimmung. Wir eröffnen am Nachmittag mit der Anzugstellerin und stimmen dann ab.

Schluss der 45. Sitzung

11:57 Uhr

Protokoll

der 46. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Donnerstag, den 19. Dezember 2024, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Seyit Erdogan (SP), Anina Ineichen (GAB), Beat Braun (FDP).

Verhandlungsgegenstände:

48. Anzug 26 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Hass, Beleidigungen, Abwertungen und Drohungen – schützt unser Kanton unsere Politiker:innen? 3
49. Anzug 27 Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend Solarstrom via IWB-Contracting-Vertrag auch auf Dachflächen von Einfamilienhäusern, Mehrfamilienhäusern und Genossenschaften 4
50. Anzug 28 Leoni Bolz und Konsorten betreffend Vermittlung fürsorgerischer Zwangsmassnahmen in den Schulen 8
51. Anzug 29 Anouk Feurer und Konsorten betreffend Kleinkinder und Bildschirme 12
52. Anzug 30 Lisa Mathys und Konsorten betreffend "Für selbständige Kinder: Mehrfahrtenkarten im TNW erhalten" 13
53. Anzug 31 Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Markierung von sicheren Fussgänger Übergängen bei Tram-Haltestellen 14
54. Anzug 32 Philip Karger und Konsorten betreffend Erhöhung des Angebots an Sitzplätzen in der Innerstadt im öffentlichen Raum 15
55. Anzug 33 Eric Weber betreffend Freikarten für Grossräte für den Eurovision Song Contest in Basel 15
56. Anzug 34 Eric Weber betreffend Ordnung im Grossen Rat 16
57. Anzug 35 Amina Trevisan und Konsorten betreffend «Wohnen für Hilfe» - intergenerationales Projekt gegen Wohnungsnot und Einsamkeit 17
58. Anzug 36 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Mammografie-Screening-Programm soll auch jüngere und ältere Frauen miteinbeziehen 19
59. Anzug 37 Lukas Bollack und Konsorten betreffend die Anpassung der Praxis zur Einrichtung von Veloabstellplätzen in den Quartieren 20
60. Anzug 38 Jenny Schweizer und Konsorten betreffend Neubeurteilung der Frühlingsferien 23
61. Anzug 39 Tobias Christ und Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Anstellung pflegender Angehöriger durch Spitex Organisationen 23
62. Anzug 40 Daniel Sägesser und Konsorten betreffend «Fernwärme Basel2037» – Kehricht-Saisonspeicher + Wärmepumpen für die Basler Fernwärme 23
63. Anzug 41 Joël Thüring und Konsorten betreffend Fr. 35.- statt 75.- in Basel-Landschaft: Überprüfung der Gebühren für den Führerausweis im Kanton Basel-Stadt 25
64. Anzug 42 Hanna Bay und Konsorten betreffend Unterstützung für Angehörige und Kinder von inhaftierten Personen 25
65. Anzug 43 Fina Girard und Konsorten betreffend angemessene Löhne für Praktikant:innen der PH 25
66. Anzug 44 Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Kompetenzzentrum für geschlechterreflektierte Männerarbeit 29
67. Anzug 45 Barbara Heer und Konsorten betreffend Gutscheine für werdende Väter für Geburtsvorbereitungskurse 33
68. Anzug 46 Christine Keller und Konsorten betreffend Förderung, Stärkung und Anerkennung von Freiwilligenarbeit und freiwilligem Engagement durch einen kantonalen Freiwilligenausweis (gestützt auf das Generationenleitbild der Basler Alterskonferenz) 36

69. Anzug 47 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Förderung von Literatur für Kinder und Jugendliche 38
70. Anzug 48 Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend die Bewirtschaftung öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur für E-Nutzfahrzeuge 38

Beginn der 46. Sitzung

Donnerstag, 19. Dezember 2024, 15:00 Uhr

48. Anzug 26 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Hass, Beleidigungen, Abwertungen und Drohungen – schützt unser Kanton unsere Politiker:innen?

[19.12.24 15:00:09, 24.5305.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zu unserem Schlussspurt vor Weihnachten und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen.

Zur Nachtsitzung im Januar: Es ist so, dass ich aktuell nicht abschätzen kann, wie die Traktandenliste wirklich aussieht. Da sind noch gewisse Fragen offen, die sich erst später klären werden. Deshalb erlaube ich mir ausnahmsweise eine eventuelle Nachtsitzung auf das Programm zu nehmen und wir werden dann im Januar möglichst früh in der Sitzung entscheiden, ob es eine gibt oder nicht.

Und das zweite betrifft auch den Januar: Wir haben heute vor einer Stunde geübt, wir haben gesungen und wir werden den Januar gemeinsam singend eröffnen. Ich schicke Ihnen dazu dann noch weitere Infos. Es ist so, dass man einfach am Platz sein darf und so gut mitmacht wie das von dort geht, oder Sie dürfen sich auch ein bisschen einsingen und sich zu den anderen Singenden gesellen, die stehen. Ich bin gerührt und dankbar, dass so viele so gut mitmachen. Vielen Dank.

Wir sind stehengeblieben bei Traktandum 48 Anzug Amina Trevisan und Konsorten. Die Anzugsstellerin hat noch das Schlusswort offen. Sie hat damit das Wort.

Amina Trevisan (SP): Einleitend möchte ich betonen, dass es mir bei diesem Anzug nicht darum geht, eine Ungleichbehandlung zwischen Politiker:innen und der Zivilbevölkerung zu erwirken. Alle Menschen haben einen Anspruch auf Schutz vor Hass, Beleidigungen, Abwertungen und Drohungen, selbstverständlich. Denn Hate-Speeches und Hetze verbreiten sich unkontrollierbar und sind leider alltäglich und salonfähig geworden. Solche Reden überschreiten zudem die Grenzen der Meinungsäusserungsfreiheit. Sie tragen in sich den Keim der Gewalt. Es ist somit im Interesse unserer liberalen Demokratie gegen sie vorzugehen.

Betroffene von Hate-Speeches und Hetze wiederum werden psychisch und emotional verletzt, was oft nur schwer auszuhalten ist. Hate-Speeches im Kontext der Politik birgt aber auch eine Gefahr für die Demokratie. Hate-Speech wirkt sich negativ auf die Qualität des öffentlichen Diskurses aus. Sie schafft ein feindseliges Klima, in dem sich immer weniger Menschen zu äussern wagen. Dies schwächt die Demokratie.

Als migrantische, linke, feministische und aus der Arbeiter:innenschicht stammende Frau bin ich auch Ziel von Abwertungen, Diffamierungen, Hass und weiss, wie sich das anfühlt. Joël Thüring hat heute Vormittag ein Beispiel gebracht. Ich möchte auch meine Erfahrung mit einem Beispiel belegen. Als ich mich erst kürzlich für die integrativen Schulen einsetzte oder auch gerade kürzlich mich gegen ein Spielplatzverbot gegenüber Umas äusserte, erhielt ich zahlreiche E-Mails aber auch Kommentare und Nachrichten auf Social-Media, die mich persönlich angriffen, herabsetzten und mir Kompetenzen absprachen. Ziel dieser Hater ist es, mich durch persönliche Attacken zu demütigen und einzuschüchtern, sowie mich zum Schweigen zu bringen, so dass ich mich aus einen Diskurs zurückziehe. Das ist eine gefährliche Praxis, die System hat.

Ich kann mit solchen persönlichen Angriffen gut umgehen, ohne dass ich mir einen Mantel aus Teflon aufbauen muss, der alle Anfeindungen abprallen lässt. Vielleicht liegt es am Alter, vielleicht daran, weil ich zu oft mit Anfeindungen umgehen musste. Aber bei meinem Vorstoss geht es mir insbesondere um jüngere Menschen, unabhängig der Parteizugehörigkeit, die sich politisch einbringen möchten, egal auf welcher politischen Ebene, so wie um politisch Engagierte, unabhängig ihres Alters, die bereits in die Politik eingetreten sind. Denn eine Befragung im Kanton Zürich im Rahmen des Pilotprojekts Stop Hate Anfang dieses Jahres hat dargelegt, dass jede dritte gewählte Politikerin beziehungsweise jeder dritte gewählten Politiker bereits Hassrede erlebt hat. Eine von vier der betroffenen Personen hat sogar von Androhung von Gewalt berichtet.

Obwohl eine gewisse, manchmal auch polemische Streitkultur zur Politik gehört, liegt ebenso auf der Hand, dass Hassnachrichten, Beleidigungen, Beschimpfungen und Drohungen eine ernst zu nehmende Gefahr für die Demokratie darstellen. Über politische Positionen darf und muss gestritten werden. Das ist essentiell für unsere Demokratie. Was jedoch

immer und überall inakzeptabel und zu verurteilen ist, sind Hass und Hetze. Es kommt immer wieder vor, dass Politiker:innen ihr Amt deswegen niederlegen oder sich gar nicht erst für eine Kandidatur zur Verfügung stellen.

Auch kann es einen Einfluss darauf haben, zu welchen Themen sich Politiker:innen exponieren und zu welchen auch nicht. Das trifft insbesondere auf die Politik zu. Eine Zunahme von Hass und Hetze gegen Politiker:innen gefährdet das Milizsystem, weil weniger Menschen bereit sind, ein politisches Amt zu übernehmen. Hinzu kommt, dass bestimmte Gruppen von Personen, die in der Politik aus strukturellen Gründen untervertreten sind, durch ihr politisches Engagement einem nochmals erhöhten Risiko ausgesetzt sind, zur Zielscheibe von Hass, Beleidigungen oder Drohungen zu werden. Es sind dies in erster Linie Frauen, queere Menschen, Menschen mit Migrationsgeschichte sowie People of Color, aber auch aufgrund ihres Aussehens werden Frauen vermehrt angegriffen und blossgestellt. Die Parteien stehen in der Pflicht, ihre Exponentinnen in solchen Situationen zu unterstützen, doch ist es eine Aufgabe, der Gesamtgesellschaft, die demokratische Partizipation von verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu fördern und die Politiker:innen von Hass und Beleidigung zu schützen. Die öffentliche Hand steht hier in der Pflicht. Ich bitte Sie, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

44 Ja, 43 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005330, 19.12.24 15:07:47]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 44 Ja-Stimmen gegen 43 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben Besuch. Auf der Tribüne begrüsse ich eine Klasse des Wirtschaftsgymnasiums Basel mit Lehrperson David Schreiber. Sie haben vorher schon fleissig mit zwei Ratskollegen debattiert, ich hoffe, das war spannend. Ich finde es super, dass Sie hier sind, wir freuen uns immer über Besuch im Rathaus.

49. Anzug 27 Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend Solarstrom via IWB-Contracting-Vertrag auch auf Dachflächen von Einfamilienhäusern, Mehrfamilienhäusern und Genossenschaften

[19.12.24 15:08:27, 24.5308.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das heisst, wir eröffnen die Debatte und fangen mit Daniel Sägesser an.

Daniel Sägesser (SP): Zunächst möchte ich mich, obwohl ich sogleich gegen eine Überweisung dieses Anzugs votieren werde, bei Thomas Widmer-Huber für den Input bedanken. Ich freue mich über alle Ideen, welche das Ziel haben, die Erreichung der Klimaziele, die Energiewende oder die Solaroffensive sozialverträglich zu gestalten. Der Anzug nimmt nämlich auch einen Punkt auf, der im bisherigen Ratschlagsentwurf zur Solaroffensive des Regierungsrats zu wenig berücksichtigt wurde. Die Solaroffensive sieht ja, wie von diesem Parlament gefordert, eine PV-Nachrüstpflicht für

bestehende Gebäude vor. Dies wird dazu führen, dass auch Menschen zum Bau einer PV-Anlage verpflichtet werden, die nicht über genügend Eigenmittel verfügen. Dies werden wohl nicht sehr viele Fälle sein, aber es wird sie geben. Die SP-Fraktion ist klar der Meinung, dass wir hier für diese Fälle eine Lösung bereit haben müssen. Dies hat meine Partei auch in ihrer Vernehmlassungsantwort zur Solaroffensive klar gefordert.

Trotzdem muss ich Ihnen von der Überweisung dieses Anzugs abraten. Thomas Widmer-Huber, Sie wissen, ich habe Ihnen meine Bedenken bereits vor Einreichung des Anzugs genannt. Ich halte den in diesem Anzug vorgeschlagenen Weg für falsch. Der Anzug muss als Aufforderung an die IWB verstanden werden, ihr bestehendes Contracting-Angebot auszubauen. Contracting-Lösungen gehören aber klar nicht zum Grundversorgungsauftrag, sondern sind ein Marktprodukt, bei dem die IWB schon heute im Wettbewerb mit privaten Anbietern steht. Die Aufforderung, die IWB solle ihr Angebot im freien Markt ausbauen, ist das exakte Gegenteil dessen, was dieser Rat letzten Juni mit der einstimmigen Überweisung des Anzugs Urgese betreffend fairen Wettbewerb zwischen kantonalen Unternehmen und Privaten gefordert hat.

Ich habe mich bei diesem Anzug denn auch gleich dreifach gewundert. Zunächst als ich gesehen habe, wer den Vorstoss alles mitunterzeichnet hat, darunter geschätzte Kollegen, die ich bisher eher dem Gewerbe zugeordnet habe, ich nenne hier jetzt keine Namen. Zum zweiten, als ich verdutzt zur Kenntnis nahm, dass sich der Gewerbeverband scheinbar nicht dazu berufen fühlt, sich in seinem Empfehlungsschreiben zu diesem Anzug zu äussern. Zuletzt aber auch, als ich in der Kreuztabelle vom Oktober gesehen habe, dass die Gewerbler:innenfraktion Nummer 1 in diesem Parlament, das ist übrigens die sozialdemokratische Fraktion, scheinbar als einzige mit einem Minus die Fahne der Privatwirtschaft hochhält. Alle anderen Fraktionen hatten ein Plus eingetragen.

Nun, wie Sie wissen, bin ich nicht nur ein sehr liberaler, sondern auch ein sehr neugieriger Mensch und so habe ich in den letzten Wochen in den verschiedenen bürgerlichen Fraktionen noch Antworten gesucht, wie man eine Überweisung dieses Anzugs mit wirtschaftsliberalen Argumenten begründen könnte. Antworten habe ich nicht wirklich gefunden, allerdings scheint aber etwas Bewegung in die Sache gekommen zu sein, denn nach aktueller Kreuztabelle haben inzwischen, zumindest die FDP und die SVP ,ins Gewerbelager gewechselt. Stand jetzt steht die Kreuztabelle aber immer noch auf Überweisung.

Deshalb und für den Fall, dass ich Sie bisher noch nicht von einem Nichtüberweisen überzeugen konnte, erlauben Sie mir bitte noch folgenden Hinweis. Selbstverständlich dürfen Sie die Meinung vertreten, dass die öffentlichrechtliche IWB in diesem Feld ihr Angebot im freien Markt ausbauen sollte und diesen Anzug überweisen. Der Regierungsrat will aber, anders als im Juni den Anzug Urgese, diesen Anzug gar nicht überwiesen bekommen. Es ist wohl nicht damit zu rechnen, dass der Regierungsrat in den nächsten zwei Jahren seine Meinung dazu ändert. Viel wahrscheinlicher ist es jedoch, dass der Regierungsrat in zwei Jahren gleichzeitig zum Anzug Urgese berichtet, dass er nach wie vor nicht der Meinung ist, dass die Politik die IWB auffordern sollte, in diesem Feld ihr Marktangebot auszubauen.

Ich denke also, wir können der Verwaltung und auch diesem Parlament diese Extrarunde sparen. In dem Sinne appelliere ich insbesondere an die LDP und an die GLP: Kehren Sie noch einmal in sich und stellen Sie sich die simple, aber alles entscheidende Frage: What the ell...

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben nicht ganz sicher eruieren können, an welcher Stelle sich Regierungsrat Kaspar Sutter registriert hat, aber wir haben ihn nach Lukas Bollack eingeordnet. Damit hat jetzt Harald Friedl das Wort.

Harald Friedl (GAB): Nach dem interessanten Votum von Daniel Sägesser mache ich es relativ kurz. Das GAB ist für Überweisung dieses Anzugs, wir haben ihn auch unterstützt mit der Unterschrift. Ich kann Ihnen aber auch sagen, dass zunächst die Version einer Motion vorlag, da war ich auch kritisch.

Für mich geht es primär einmal darum, dass der Kanton oder wir im Parlament entschieden haben, wir wollen diese Solaroffensive. Und es gibt wahrscheinlich Fälle, das hat Daniel Sägesser hat ja auch schon ausgeführt, von Personen oder von Eigentümer:innen, die da Mühe haben, das zu finanzieren. Wir denken, der Kanton sollte zusammen mit der IWB prüfen, ob sie das Angebot mit dem Contracting, wie sie es schon bei Unternehmen machen, auch auf Privathaushalte oder auf Genossenschaften ausweiten können.

Daher sind wir für Überweisung, damit der Regierungsrat das darlegen kann. Vielleicht kann das Regierungsrat Kaspar Sutter Regierungsrat das jetzt schon machen, aber trotzdem, ich denke, das bedarf einer vertieften Erklärung, wie das gehen könnte oder warum es dann auch nicht gehen kann.

Daher bitten wir Sie als GAB, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lukas Bollack.

Lukas Bollack (GLP): Bereits in unserer Antwort zur Vernehmlassung der Solaroffensive haben wir Grünliberale festgehalten, dass die Finanzierung von Solaranlagen für Besitzer:innen von Liegenschaften mit kleinen Dächern schwierig sein kann. Das betrifft insbesondere ältere Personen, die oftmals keinen Kredit mehr bekommen. Wir sind uns da einig, dass es offenbar Schwierigkeiten gibt.

Als eine mögliche Lösung dieses Problems haben wir die Bereitstellung eines Contracting-Angebots seitens der IWB vorgeschlagen. Dadurch würden die Investitionskosten von der IWB getragen, die würde aber natürlich dann auch zur Nutzniesserin des produzierten Stroms. Eine solche Lösung finden wir attraktiv, da sie ohne staatlichen Zwang, jedenfalls nicht für die Liegenschaftsbesitzenden, auskommt und auch kein Einsatz von Steuergeldern erfordert. Wir finden das dann doch noch einigermassen liberal.

Wir befürworten deshalb, dass die Regierung dieses Anliegen prüft und werden für Überweisung des Anzugs stimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Wir möchten das Solarpotenzial in unserem Kanton möglichst ausschöpfen. Sie haben uns auch den Auftrag gegeben, eine Solarpflicht einzuführen. Wie Sie wissen, hat der Regierungsrat seinen Vorschlag in die Vernehmlassung geschickt und wir sind zurzeit daran, diese Vernehmlassungsantworten auszuwerten und dann Ihnen den überarbeitenden Ratschlag im kommenden Jahr vorzulegen, damit Sie entscheiden können, wie die Solarpflicht und die Solaroffensive aussehen wird, mit dem Ziel, möglichst viel des hier möglichen Strompotenzials zu nutzen.

Jetzt zum Vorstoss. Es ist so, dass es auch eine gute Möglichkeit ist, wenn man selber das Kapital nicht investieren will, dass das jemand anders macht, dass man seine Dachfläche zur Verfügung stellt, einer anderen Firma oder auch der Nachbarin oder dem Nachbarn oder einer Genossenschaft oder wem auch immer. Aber wie diese Ausführung schon zeigt, das ist ein liberaler Markt. Da gibt es eine Nachfrage, da gibt es auch verschiedene Angebote und ja, das soll auch so bleiben.

Und hier setzt auch der Antrag des Regierungsrates an, weshalb wir Ihnen beantragen, diesen Anzug uns nicht zu überweisen. Es geht einerseits um eine ordnungspolitische Überlegung und andererseits auch um die Überlegung, dass es das bereits gibt.

Zum ordnungspolitischen Aspekt: Die IWB hat einen Monopolteil mit Versorgungspflichten und sie hat einen Wettbewerbsteil. Und das Contracting ist klar im Wettbewerbsteil. Da gibt es ganz viele Anbieter, KMU, auf diesem Markt, und die IWB ist ein Player. Und mit diesem Vorstoss lösen Sie diese eigentlich klare und richtige Trennung innerhalb des IWB-Konstruktes auf, indem sie im Wettbewerbsteil politisch beeinflussen möchten, das heisst einwirken möchten, dass die IWB da tätig wird, selbst wenn es sich nicht rentiert oder selbst wenn es da Angebote gäbe und gibt von privaten Anbieterinnen und Anbietern.

Das möchte der Regierungsrat nicht. Wir sind der Meinung auch aus einer Public Coperate Governance-Sicht, wie das auch der Vorstoss Urgese fordert, dass man hier klar ist und diese Vermischung nicht macht. Deshalb beantragen wir Ihnen, diesen Anzug nicht zu überweisen und nicht in diese Vermischung zu gehen und nicht die IWB oder besser gesagt das Kleingewerbe hier zu schaden, indem die IWB hier einer anderen Rolle des staatlichen Versorgers übernehmen soll.

Der zweite Punkt ist, dass es das bereits gibt. Ja die IWB hat in diesem Wettbewerbsteil heute bereits Contracting-Angebote. Das gilt auch für Genossenschaft und Mehrfamilienhäuser, und sie prüft zurzeit auch, und das macht sie unternehmerisch, ob sie dieses Contracting weiter ausdehnen wird. Die IWB macht das selbstständig in ihrem Wettbewerbsteil. Da darf sie nur aktiv sein, wenn sich das auch rechnet für sie als Unternehmen. Und es darf nie eine Quersubventionierung stattfinden aus dem Monopolbereich. Das sind die Bedingungen und in diesen Rahmenbedingungen handelt die IWB auch im Interesse, dass diese Angebote hier bestehen.

Aber wie schon gesagt, es gibt ganz viele, auch Sie können ein Contactring machen mit ihrem Nachbarhaus, wenn Ihr Nachbar oder Ihre Nachbarin Ihnen diese Fläche zur Verfügung stellt. Dieser Markt ist offen und das soll er auch bleiben, ohne dass wir hier von der Politik her stärker intervenieren.

Aus diesem Grund möchte ich Sie bitten, diesen Vorstoss nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Wer von Ihnen hat noch nie einen Vorstoss unterschrieben, der auf den ersten Blick saugut ausgesehen hat. Ja, die Idee hat mich überzeugt, Thomas Widmer-Huber hat das auch sehr gut und freundlich verkauft. Ich habe da gutgläubig wie ich bin meine Unterschrift geleistet.

Aber ich kann Ihnen also sagen, es schmerzt dann schon, wenn ausgerechnet Daniel Sägesser einen an sein liberales Gewissen erinnern muss. Nun gut, zur Politik gehört, dass man gute Argumente austauscht, und manchmal hat Daniel Sägesser die besseren Argumente als ich. Und es freut mich natürlich sehr, dass ich jetzt da zum Besten geben kann, dass ich mich überzeugen liess von seinen Argumenten, dass auch ich wieder mich zum liberalen Feld zähle und deshalb Ihnen auch beliebt mache, diesen Vorstoss nicht zu überweisen.

Nachdem Daniel Sägesser mir gezeigt hat, um was es wirklich geht, habe ich selbst ein bisschen recherchiert für alle die von Ihnen, die das nicht gemacht haben. Ja, es gibt einen privaten Markt. Ja, dieser private Markt ist genügend stark. Nein, es braucht wirklich nicht noch ein zusätzliches Produkt von der IWB. Nein, wir können mit bestem Gewissen auf diesen Anzug und die Überweisung desselben verzichten, und wir dürfen uns alle hier drin von der SP bis SVP liberal nennen. Das ist doch wunderschön in dieser vorweihnächtlichen Zeit.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Das Urteil darüber, wer jetzt gewerbefreundlich oder gewerbenah ist, das überlasse ich gerne den Vertretern des Gewerbes ist. Nur so viel, ein kleiner Spoiler, die SP schneidet da nicht ganz so gut ab, wie Kollege Sägesser sich hier aufspielt. Aber das weiss er ja auch.

Nun die FDP-Fraktion kann Contracting-Lösungen für Solaranlagen einiges abgewinnen. Das kann durchaus sinnvoll sein, aber die entscheidende Frage ist, wer soll das machen? Wer soll das anbieten? Und da möchte ich in das gleiche Horn blasen wie der Wirtschaftsdirektor und wie mehrere Vorredner. Wir sind aus grundsätzlichen Überlegungen gegen die Ausdehnung der Geschäftstätigkeit der IWB in Bereichen, wo es private Anbieter gibt, und dass es solche in diesem Bereich gibt, das wurde uns entsprechend dargelegt. Das wäre jetzt ein ganz konkretes Beispiel dafür, wie private Anbieter von einem Unternehmen im öffentlichen Eigentum konkurrenziert oder sogar vom Markt verdrängt werden.

Und natürlich hätte die IWB hier entsprechende Wettbewerbsvorteile. Es muss ja nicht immer direkt Steuergeld fliessen, damit ein solcher Wettbewerbsvorteil besteht. Er besteht zum Beispiel darin, dass man auf den Finanzmarkt attraktivere Konditionen hat, es geht hier um eine doch kapitalintensive Tätigkeit, wenn man hier solche Contracting-Lösungen macht. Natürlich hat ein Unternehmen im öffentlichen Eigentum mit den Sicherheiten, die dahinterstehen, bessere Möglichkeiten als ein Gewerbe. Natürlich hat man als Teilmonopolist Adressen zur Verfügung, die andere eben nicht haben, sondern sich teuer entsprechend erkaufen müssen.

Also, diese Wettbewerbsvorteile sind gegeben, das möchten wir nicht, und deshalb bitten wir Sie, diesen Anzug abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Zwischenfrage von Oliver Bolliger wird angenommen.

Oliver Bolliger (GAB): Würden Sie auch so antworten, wenn wir die IWB privatisieren würden und dann auf den Markt schicken würden, wäre dann die IWB aus Ihrer Sicht der richtige Partner, um dieses Contracting für die Kleinen und Genossenschaften machen zu können?

Luca Urgese (FDP): Natürlich ist das eine rhetorische Frage. Wäre die IWB ein privates Unternehmen, könnte sie frei entscheiden, ob sie sich in diesen Wettbewerb begeben will und ob das in ihrem Geschäftsmodell rentabel ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, damit geht das Wort an den Anzugssteller Thomas Widmer-Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Ich danke für die Diskussion. Mir ging es natürlich nicht darum, die IWB auch staatlich zu fördern oder zu unterstützen, sondern mein Ansatzpunkt war eher, dass die IWB das mal prüft und dass nachher eben die Privaten das je nachdem selber anbieten. Für mich ist es auch klar, wenn die IWB zum Beispiel findet, dass für Einfamilienhäuser die Dachfläche zu klein wäre, dann kann ja die IWB sagen, nein, das machen wir nicht und das machen andere auch nicht. Mir geht es jetzt nicht um die grundsätzliche Frage, ob das die IWB oder ein Privater macht, mir geht es darum, dass die IWB einmal prüft, was möglich ist, was sie machen möchte, und die WB kann ja immer noch sagen, wir machen das nur in einem gewissen Teil. Ich gehe auch davon aus, dass Private nachziehen und profitieren werden, falls die IWB etwas entwickelt.

Es geht um das Grundsätzliche, das zu fördern, und das finde ich eben gerade auch für Private, die finanziell nicht so gut dastehen, wichtig, dass sie die Möglichkeit erhalten. Aber eben wie gesagt, die IWB wird einfach gebeten, zu prüfen und zu berichten und ich möchte Sie bitten, diesem Anzug auch zu zustimmen. Wenn Sie vielleicht gewisse Vorbehalte haben, es geht ja nur um Prüfen und Berichten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat möchte den Anzug nicht entgegennehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

33 Ja, 59 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005332, 19.12.24 15:27:38]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 50 Nein-Stimmen, 33 Ja-Stimmen und eine Enthaltung führen dazu, dass der Anzug nicht überwiesen wird.

50. Anzug 28 Leoni Bolz und Konsorten betreffend Vermittlung fürsorgerischer Zwangsmassnahmen in den Schulen

[19.12.24 15:27:50, 24.5309.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte mit Gianna Hablützel-Bürki.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Diskussion um die fürsorglichen Zwangsmassnahmen und ihre langfristigen Auswirkungen auf die Betroffenen ist zweifelsohne von grosser gesellschaftlicher Relevanz. Es ist unsere moralische Verpflichtung, dieses dunkle Kapitel der Schweizer Geschichte aufzuarbeiten und im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Trotzdem lehnt die SVP-Fraktion den vorliegenden Antrag, ein verpflichtendes Modul zu diesem Thema in den Lehrplan aufzunehmen, entschieden ab.

Lassen Sie mich die Gründe dafür darlegen. Die Einführung eines neuen Moduls würde das ohnehin schon stark belastete Bildungssystem zusätzlich strapazieren. Lehrpersonen, Schulleitungen und Bildungsbehörden auf kantonaler Ebene wären gezwungen, umfangreiche Planungs- und Abstimmungsprozesse zu bewältigen, die Ressourcen von zentralen Aufgaben abziehen. Schon heute klagen viele Lehrpersonen über einen überfüllten Lehrplan, der kaum Raum für zusätzliche Themen lässt. Ein verpflichtendes Modul würde zwangsläufig dazu führen, dass andere Inhalte vernachlässigt werden müssten, eine Situation, die wir nicht verschärfen dürfen.

Es ist zudem fraglich, ob ein neues Modul tatsächlich einen Mehrwert bietet. Die relevanten Aspekte könnten bereits heute im Rahmen bestehender Fächer wie Geschichte, Sozialwissenschaften oder Ethik behandelt werden. Ein weiteres Modul könnte unnötige Überschneidungen schaffen, ohne signifikant zur Wissensvermittlung beizutragen.

Darüber hinaus erfordert die Entwicklung und Einführung eines solchen Moduls erhebliche finanzielle und personelle Ressourcen. Diese könnten weitaus sinnvoller eingesetzt werden, etwa durch die Unterstützung bestehender Projekte, die bereits bewährte Arbeit leisten, beispielsweise Zeitzeugenprojekte oder Workshops, die Schülerinnen und Schüler direkt

ansprechen. Solche Ansätze fördern nicht nur die inhaltliche Auseinandersetzung, sondern schaffen auch eine emotionale Verbindung zu den historischen Themen.

Ein weiterer zentraler Punkt ist die Motivation der Lehrpersonen. Historische Themen wie die fürsorgerischen Zwangsmassnahmen leben davon, dass Lehrpersonen das Thema freiwillig und aus Überzeugung aufgreifen. Eine verpflichtende Einführung könnte diese Motivation untergraben und das Thema zu einer reinen Pflichtübung degradieren. Es wäre weitaus sinnvoller, Lehrpersonen durch Fortbildungsangebote und Informationskampagnen zu ermutigen, sich eigeninitiativ und mit Begeisterung damit auseinanderzusetzen.

Es gibt bereits fundierte und gut aufbereitete Materialien zu diesem Thema. Das Problem liegt weniger in deren Verfügbarkeit, sondern vielmehr darin, dass diese Angebote zu wenig bekannt sind. Statt zusätzliche Strukturen zu schaffen, sollten wir verstärkt darauf setzen, bestehende Angebote bekannter zu machen und deren Nutzung zu fördern. Initiativen wie der nationale Demokratiebaustein oder der kantonale Politbaukasten haben gezeigt, dass flexible und dezentrale Ansätze deutlich effektiver sind. Sie ermöglichen es, Inhalte individuell auf die Bedürfnisse der Schulen und Regionen zuzuschneiden. Ein verpflichtendes Modul hingegen würde diese Flexibilität einschränken und könnte in der Praxis auf Widerstand stossen.

Die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen ist zweifellos wichtig, daran besteht kein Zweifel, doch der vorliegende Antrag ist der falsche Weg. Statt neue Vorschriften zu schaffen, sollten wir die bestehenden Ansätze stärken, besser koordinieren und die eigene Initiative fördern. Nur so können wir sicherstellen, dass dieses wichtige Thema nachhaltig in der schulischen Bildung verankert wird, ohne das Bildungssystem weiter zu überlasten.

Im Namen der SVP-Fraktion danke ich Ihnen für die Nichtüberweisung des Anzugs.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Ich spreche für das GAB und für die Fraktion der SP.

Die Geschichte der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen der Heim- und Verdingkinder, aber auch die Aktion der Kinder der Landstrasse gehört zu den düstersten Kapiteln der schweizerischen Geschichte. Wir reden hier von staatlichem Missbrauch statt Fürsorge. Es waren unzählige Kinder, Jugendliche und Erwachsene bis in die Anfänge der Achtzigerjahre davon betroffen. Die Ausstellung «Verdingkinder reden» tourte 9 Jahre durch die Schweiz, 150’000 Personen haben diese Ausstellung besucht, darunter auch 820 Schulklassen. Diese Ausstellung war damals für die Schweiz enorm wichtig und hat das lange Schweigen der Betroffenen durchbrochen. Die Ausstellung hat bei den noch lebenden Betroffenen viel ausgelöst und ich kann bestätigen, dass auch als Nachkomme einer solchen familiären Geschichte diese erlebten traumatischen Erfahrungen auf unterschiedliche Weise auch noch über Generationen hinaus nachwirken.

Das Thema der Verdingkinder und der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen ist immer auch ein Teil der schweizerischen Geschichte im Umgang mit struktureller Armut im Allgemeinen und Armutsbetroffenen im Speziellen. Es ist die Geschichte von unrechtem staatlichem Handeln und dies muss uns interessieren. Vor 3 Jahren hat sich die Basler Regierung bei den Verdingkindern und Opfern von Fremdplatzierungen entschuldigt und die Gedenktafel im Innenhof des Rathauses vor circa 100 Anwesenden enthüllt. Ich erinnere mich noch sehr gut, weil es war extrem kalt, an einem sehr kalten Oktobermorgen, und diese Kälte passte sehr gut zur Kälte des staatlichen Versagens.

Ob diese Thematik in der Schule unterrichtet wird, hängt zurzeit allein von der Lehrperson ab und seitdem die Wanderausstellung nicht mehr unterwegs ist, droht dieses dunkle Kapitel wieder in Vergessenheit zu geraten. Wenn wir uns daran erinnern, wer in der Schule wirklich davon gehört, ich glaube so verbreitet wie man das annimmt, ist es wirklich nicht, und der Anzug von Leoni Bolz lässt aus meiner Sicht offen, wie die Thematik in den Schulen verankert werden kann. Es steht hier nicht darin, dass es ein verpflichtendes, neues Modul geben muss, sondern es soll geprüft werden, wie es besser verankert werden könnte.

Es erstaunt mich ein wenig, dass der Regierungsrat sich diesen Anzug nicht überweisen lassen will. Aus meiner Sicht steht er in der Pflicht, darauf zu antworten und hier bemüht zu sein, in irgendeiner Form sicherzustellen, dass dieses dunkle Kapitel nicht vergessen geht. Und es erstaunt mich auch, dass es überhaupt Fraktionen gibt, welche diesen Anzug nicht überwiesen haben wollen. Besonders erstaunt bin ich trotzdem auch von der SVP, waren am Gedenkanlass an diesem Oktober vor drei Jahren doch auch etliche SVP-Politiker und Politikerinnen von Stadt und Land anwesend.

Besten Dank für die Überweisung des Anzugs.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Der Anzug verlangt, dass die fürsorgerischen Zwangsmassnahmen, die in der Schweiz bis in die Achtzigerjahre in verschiedenen Formen stattgefunden haben, im Unterricht flächendeckend thematisiert werden.

Es ist inhaltlich richtig, dass dieses dunkle Kapitel aufgearbeitet und die Öffentlichkeit darüber informiert wird. Entsprechende Untersuchungen sind auf Ebene des Bundes auch bereits im Jahr 2019 erfolgt und publiziert worden.

In Basel-Stadt werden auf Beschlüsse des Grossen Rates die fürsorgerischen Zwangsmassnahmen gegenüber Erwachsenen und Jugendlichen in einem gross angelegten Forschungsprojekt aufgearbeitet. Dieses Forschungsprojekt wird mit 600’000 Franken finanziell durch den Kanton unterstützt und beinhaltet auch die Informationsvermittlung an den Schulen. Das Staatsarchiv kann dazu weitere Auskunft geben.

Zum Anliegen der Vermittlung dieser Thematik an den Schulen: Einleitend ist zu sagen, dass an den Schulen Lehrmittel im Rahmen des kantonalen Lehrplans herrscht, der durch den Erziehungsrat bewilligt wird. Der kantonale Lehrplan sichert die Ausgewogenheit der didaktischen Inhalte und eine langfristige Planung des Unterrichts. Im Rahmen des Lehrplans sind die Lehrpersonen verantwortlich für die Auswahl der Themen und deren didaktische Umsetzung. Es ist also auch heute schon möglich, dass eine Lehrperson zum Beispiel im Geschichtsunterricht auf die fürsorgerischen Zwangsmassnahmen eingeht. Auch ist es denkbar, dass private Vereine oder Interessengruppen den Schulen Module zu diesem Thema anbieten, welche die Lehrpersonen nutzen können. Wir kennen dies aktuell zum Beispiel bei den Themen Armut in der Schweiz, Nachhaltigkeit oder Klima.

Wir erarbeiten in der Verwaltung des Erziehungsdepartements jedoch keine pädagogischen Inhalte für die Schulen. Wir möchten aus grundsätzlichen Überlegungen nicht, dass über politische Vorstösse Einzelthemen in den Lehrplan eingebracht werden. Dies öffnet Tür und Tor für alle möglichen Gruppen, die Themen, die für sie wichtig sind, obligatorisch und flächendeckend im Unterricht zu verankern. Die Lehrplanarbeit muss über den ordentlichen Weg erfolgen, denn nur so ist sichergestellt, dass die Lehrpläne ausgewogen und nicht von partikulären Interessen bestimmt werden.

Daher beantragt der Regierungsrat, den Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Ich möchte kurz begründen, warum die Mitte/EVP-Fraktion hier auch ein Minus hat. Ich hatte, als es um die Einreichung des Anzugs ging, schon intensiven Kontakt mit der Anzugstellerin, darum habe ich dann am Schluss auch unterschrieben, aber als ich es dann vor der Sitzung wieder anschaute, kamen wieder viele Fragen auf, vieles wurde jetzt schon aufgegriffen.

Ich glaube, es ist zweifellos noch so, dass das Thema an sichwichtig ist, das ist ja nicht bestritten, und ich glaube auch niemand von denen, die ein Minus haben, bestreiten die Bedeutung dieses Themas. Ich denke, am Schluss ist die wirklich die Frage, wer den Lehrplan macht und die Lerninhalte bestimmt und wie genau unterrichtet werden soll. Das ist so ein Aspekt darin, dass wir nicht anfangen als Grossrat Lehrpläne zu schreiben und zu füllen. Für mich bleibt es etwas unklar am Schluss, was jetzt genau gefordert wird. Ich habe es auch nicht als ein verpflichtendes Modul verstanden, aber doch, dass man da ganz viel Material bereitstellt, Dinge organisiert, obwohl im Text selbst auch darauf hingewiesen wird, dass zum Beispiel von der PH Bern schon Materialien bestehen und dann manchmal tatsächlich eher die Frage ist, wie man auf das Material stösst. Aber ich bin überzeugt, dass auch heute schon Lehrpersonen, die zum Beispiel in diesem Themabereich etwas vermitteln wollen, dann beim Recherchieren auch dieses Material finden.

Im Lehrplan sind ja oft Kompetenzen formuliert, nicht unbedingt Stoffinhalte. Und es sollte nicht sein, wenn Lehrpersonen dann aus einem aktuellen Anlass oder aus irgendwelchen Gründen an einem bestimmten inhaltlichen stofflichen Thema eine Kompetenz vermitteln wollen, gezwungen sind, das plötzlich an einem vorgegebenen anderen Thema vermitteln zu müssen. All das sind Fragen, die mit hineinspielen, ob wir nun als Grosser Rat hier ein Thema sozusagen pushen sollen und am Schluss stellen wir den Lehrplan für die Schulen zusammen.

Das sind so verschiedene Überlegungen, die bei unserer Fraktion dazu geführt haben, dass wir hier ein Minus haben und diesen Anzug nicht überweisen wollen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht nun an die Anzugsstellerin Leoni Bolz.

Leoni Bolz (SP): Ich greife nur zwei Punkte dieses düsteren Kapitels der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen heraus. Kinder und Jugendliche wurden in streng geführten Heimen oder Strafanstalten platziert und dort häufig misshandelt. Junge Frauen, vor allem arme und unverheiratete oder andere als damals minderwertig betrachtete Frauen, wurden unter grossen

psychischen Druck gesetzt und gezwungen, einer Abtreibung, einer Sterilisation oder einer Adoption eines oder mehrerer ihrer Kinder zuzustimmen.

Längst wissen nicht alle, in welchem Umfang damals grosses Unrecht passierte und was für Auswirkungen dies noch immer für den Alltag der Betroffenen hatte und hat. Auch Basel war betroffen. Unsere Vorgänger:innen im Grossen Rat haben das Gesetz betreffend Versorgung in Zwangsarbeits- und Besserungsanstalten am 21. Februar 1901 verabschiedet, welches bis am 31. Dezember 1980 in Kraft war. Unsere Vorgänger:innen und die Behörden haben das Leid von 5'000 bis 6'000 Kindern wie auch Erwachsenen aus Basel geduldet beziehungsweise aktiv mit verschuldet.

Das erfahrene Leid der Betroffenen können wir nicht rückgängig machen. Wir können aber unseren Teil in dem jetzigen Grossen Rat dazu beitragen, dass es sich nicht wiederholt. Mit der Ausarbeitung des Bundesgesetzes über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierung vor 1981 wurde die wissenschaftliche Aufarbeitung und die Unterstützung der Opfer mit unter anderem 25'000 Solidaritätsbeitrag 2017 eingeleitet und Sie haben hier im Grossen Rat erst vor kurzem das Budget für die Aufarbeitung in Basel-Stadt gesprochen.

Damit sich dieses Unrecht nicht wiederholt, reicht jedoch eine wissenschaftliche Aufarbeitung nicht. Das Thema muss vermehrt in die Gesellschaft getragen werden und daher auch möglichst in die Schule kommen, und zwar bald und nicht erst in fünf Jahren. Auch das Bundesgesetz sieht eine Vermittlung vor. Das Thema ist vorgespurt. Wir können uns dem nicht verwehren, das ist schon vorgegeben, und Lehrmittel wurden auch im Zusammenhang mit dem Bundesgesetz bereits erarbeitet, wie schon erwähnt von Pädagogischen Hochschulen und Vereinen. Im Herbst 2025 soll auch jetzt neu eine Webplattform entstehen, die die Infos und Lehrmaterialien bündelt, so wie ich es auch schon gefordert habe im Anzug. Das Problem bleibt aber weiterhin die Implementierung in den Kantonen, weil das ist halt in den verschiedenen Kantonen unterschiedlich.

Und hier müssen wir die nationalen Bemühungen unterstützen, damit diese Efforts mit dem jetzt neuen Lehrmaterial nicht einfach in der Schublade verschwinden. Es braucht daher eine Einbindung des Themas in eine bereits existierende lokale Struktur, wie zum Beispiel den kantonalen Politbaukasten und eine Sensibilisierung der Lehrperson. Das wurde von Gianna Hablützel erwähnt. Das fordere ich in meinem Anzug. Es ist kein Pflichtmodul oder ein Pflichtfach oder eine Regelung im Lehrplan gefordert. Ich weiss nicht, wo Sie das herhaben, das steht in meinem Anzug nicht drin.

Es geht mir darum, dass die Lehrpersonen unterstützt werden, dass man über die Unterrichtsmaterialien, die schon bereits existieren, Bescheid weiss und dass dann die Lehrperson vielleicht eher das Thema auswählt und in die Klasse trägt, aber von einer Pflicht wird nicht gesprochen in meinem Anzug.

Ich verstehe dementsprechend auch nicht, dass der Anzug nicht von der Regierung entgegengenommen wird und auch im Zusammenhang damit, dass verschiedene kontaktierte Fachpersonen, die in kantonal wie nationalen Projekten beschäftigt sind, den Vorstoss auch begrüssen.

Ich bitte Sie daher, den Anzug zu überweisen, und als Schlussbemerkung: Vielleicht sehen Sie sich ja die erwähnte Gedenktafel im Rathaus Innenhof mal an.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 35 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005334, 19.12.24 15:45:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug ist überwiesen mit 53 Ja-Stimmen gegen 35 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

51. Anzug 29 Anouk Feurer und Konsorten betreffend Kleinkinder und Bildschirme

[19.12.24 15:46:03, 24.5319.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Gianna Hablützel-Bürki.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der vorliegende Anzug, der eine umfassende Sensibilisierungs- und Präventionskampagne so wie verschiedene Informationsmassnahmen zur Nutzung digitaler Medien bei Kleinkindern fordert, mag gut gemeint sein. Dennoch lehnt die SVP-Fraktion diesen Vorschlag aus mehreren wesentlichen Gründen ab.

Zunächst fehlen verlässliche Belege für die Wirksamkeit der vorgeschlagenen Massnahmen. Zwar machen internationale Studien auf die Risiken eines übermässigen Bildschirmkonsums für Kleinkinder aufmerksam, doch gibt es keine klaren Hinweise darauf, dass Sensibilisierungskampagnen, Informationsflyer oder ähnliche Materialien, wie sie hier vorgeschlagen werden, das Verhalten von Eltern langfristig positiv beeinflussen. Ohne wissenschaftlich fundierte Nachweise bleibt fraglich, ob der Einsatz öffentlicher Mittel in diesem Bereich gerechtfertigt ist.

Darüber hinaus ist zu beachten, dass im Kanton Basel-Stadt bereits zahlreiche Beratungsangebote und Unterstützungsmassnahmen für Eltern existieren. Diese werden von Kinderärzten, Erziehungsberatungsstellen und anderen Fachorganisationen bereitgestellt. Der Anzug verkennt, dass die Einführung weiterer Programme nicht nur unnötig ist, sondern auch zu Überschneidungen führt. Stattdessen wäre es sinnvoller, bestehende Strukturen gezielt zu stärken und besser zu koordinieren.

Ein weiterer Kritikpunkt ist die mangelnde Zielgenauigkeit der vorgeschlagenen Massnahmen. Die breite Verteilung von Informationsmaterialien über Baby-Boxen, Kinderarztpraxen oder Geburtsvorbereitungskurse erreicht alle Eltern, unabhängig von deren spezifischem Informationsbedarf oder Verhalten. Dies führt unweigerlich zu erheblichen Streuverlusten und einer ineffizienten Verwendung öffentlicher Mittel. Erfahrungswerte zeigen zudem, dass solche allgemeinen Informationsmaterialien häufig unbeachtet bleiben und keinen nennenswerten Einfluss auf das Verhalten haben.

Hinzu kommt, dass die Forderung, sich bereits vor der Geburt eines Kindes mit der Nutzung digitaler Medien auseinanderzusetzen, die Prioritäten verfehlt. In dieser Phase sollten vielmehr grundlegende Aspekte der Kindererziehung im Vordergrund stehen, dazu zählen die Förderung einer starken Bindung, die Entwicklung von Erziehungskompetenzen und die Vorbereitung auf eine stabile und vertrauensvolle Eltern-Kind-Beziehung. Diese Grundlagen schaffen nicht nur eine solide Basis für die Erziehung, sondern tragen auch langfristig dazu bei, den übermässigen Bildschirmkonsum zu reduzieren.

Zusammenfassend sprechen fehlende Wirksamkeitsnachweise, die bereits vorhandenen Angebote, die ineffiziente Mittelverwendung und die unklare Priorisierung gegen den vorliegenden Anzug. Statt allgemeiner Kampagnen soll der Fokus auf gezielte Bildung und Unterstützung liegen, um Eltern als Partner zu begleiten und deren Eigenverantwortung zu stärken.

Im Namen der SVP-Fraktion danke ich Ihnen deshalb für die Nichtüberweisung des Anzugs.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:*Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit hat die Anzugstellerin das Wort.

Anouk Feurer (GAB): Bildschirm, Medien und Kleinkinder, die Thematik beschäftigt nicht nur mich. Seit ich den Vorstoss eingereicht habe, habe ich aus verschiedensten Fachkreisen davon gehört, dass auch Forschende bis Praxispersonen die Auswirkungen von Bildschirmmedien auf die Kleinkinder spüren. Seit den 2000-er Jahren wird geforscht, was Bildschirmmedien auf Kleinkinder ausüben. Mittlerweile wissen wir, unter dreijährige Kleinkinder sollten eigentlich nicht an den Bildschirm gelassen werden. Es gibt mehrheitlich auch langfristige schlechte Auswirkungen.

Falls man sich dafür mehr interessiert, ich habe im Vorstoss acht Studien hinterlegt, die das ziemlich klar belegen. Der Klimawandel ist ein gutes Beispiel dafür, was passiert, wenn man über mehrere Jahre die Wissenschaft einfach ignoriert und dann irgendwann merkt, dass es eigentlich relativ spät ist. Die Wissenschaft muss darum in der Gesellschaft ankommen, gerade in dem Thema. und darum finde ich, dass wir auch nachhelfen dürfen. Die Schwierigkeit ist natürlich, wie wir die Eltern von Kleinkindern erreichen, da sie ja eben noch nicht in einem Kindergarten oder in einer Schule sind. Das Ziel ist auch nicht, den Eltern vorzuschreiben, wie sie mit den Mildbildschirmmedien umgehen, sondern das Ziel ist, die breite

Gesellschaft über die Chancen und Risiken aufzuklären, damit sie eben selber den Umgang mit Bildschirmmedien bewusst entscheiden können.

Aber wieso ist denn das unsere Verantwortung? Einerseits bin ich mir sicher, dass die wenigsten Eltern Zeit haben oder wissen, dass sie sich in die verschiedensten Studien einlesen können und dann auch sich noch mit Fachpersonen treffen und über das diskutieren können. Andererseits sind die Auswirkungen von diesen Bildschirmen in diesem Alter teils so schwerwiegend, dass es in unserem Interesse für die Gesellschaft sein sollte, dass die Kinder davon verschont bleiben. Denken Sie an Gesundheitsprobleme wie zum Beispiel Augenbelastung oder Schlafstörungen. Denken Sie an die Probleme mit der Emotionsregulation, Bindungsprobleme auch zu den Eltern und schlechtere motorische, sprachliche und mathematische Kompetenzen. Wenn Kinder und später dann eben die Erwachsenen mehr und mehr unter diesen Auswirkungen leiden, dann spüren wir das spätestens in einem Jahrzehnt auch im Arbeitsmarkt, und dann zu handeln ist eindeutig zu spät.

Wie genau dann eben das vermittelt werden soll, die Chancen und Risiken, das überlasse ich es sehr gerne der Regierung. Die Ideen sind ja auch darum nur Ideen und darum ist es auch nur ein Anzug. Und ich hoffe natürlich, dass die bestehenden Fachpersonen dann dort eingespannt werden bei diesem Entscheid.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, angesichts der Kreuztabelle bin ich sehr froh, dass Sie diese Sorgen auch ernstnehmen und teilen, aber dass Sie auch die Hoffnung haben, dass dort noch nicht alles verloren ist und dass wir noch etwas ändern können. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung dieses Anzugs wird bestritten von Gianna Hablützel-Bürki. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 13 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005336, 19.12.24 15:53:12]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird überwiesen mit 74 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

52. Anzug 30 Lisa Mathys und Konsorten betreffend "Für selbständige Kinder: Mehrfahrtenkarten im TNW erhalten"

[19.12.24 15:53:28, 24.5320.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Anzugstellerin macht uns zuerst eine Mitteilung.

Lisa Mathys (SP): In Rücksprache mit sämtlichen Unterzeichnenden dieses Anzugs würden wir diesen Vorstoss zurückziehen können. Die Alliance Swiss Pass hat bereits gehandelt und die Vorgabe, dass Mehrfahrtenkarten abgeschafft werden müssten, besteht nicht mehr, sowohl die Alliance als auch der TNW haben zugesichert, dass diese weiter bestehen können. Entsprechend können die neuen Automaten so ausgeschrieben werden, dass auch künftig Kinder, bevor sie ein Handy haben, selbständig unterwegs sein können mit dem ÖV, was uns wichtig erscheint.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wurde zurückgezogen, und wenn niemand der Mitunterzeichnenden Einspruch erhebt, ist er damit erledigt.

53. Anzug 31 Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Markierung von sicheren Fussgänger Übergängen bei Tram-Haltestellen

[19.12.24 15:54:49, 24.5342.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Ich möchte mich nur ganz kurz äussern, weshalb die SVP als einzige Fraktion die Überweisung bestreitet.

Markierungen und Fussgängerstreifen sollen zur Sicherheit und zum Schutz der Fussgänger beitragen. Markierungen oder gar Fussgängerstreifen anzubringen, ohne dass ein Vortrittsrecht eingeräumt wird, ist zu vermeiden, dass diese zu gefährlich sind. Gerade Schulkinder verlassen sich darauf, dass sie bei Fussgängerstreifen Vortritt haben, da sie das im Verkehrsunterricht auch so gelernt haben und so anwenden. Ihnen nun klar zu machen, dass dies nicht für alle Fussgängerstreifen gelten soll, scheint mir sehr schwierig. Zudem, wenn solche Markierungen auch hinter dem Tramzug ein sicheres Überqueren vorgaukeln, dann muss ich schon sagen, dass es nichts Gefährlicheres gibt als das, weil nämlich der entgegenkommende Tramzug nicht zu sehen ist und somit eine noch viel gefährlichere Situation entsteht und auch nicht alle Tramzüge gleich lange sind.

Daher machen meines Erachtens solche Markierungen keinen Sinn, sondern sie verschlimmern die Situationen noch zusehends. Ich danke Ihnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es hat sich nur die Anzugstellende gemeldet. Sie hat damit das Schlusswort.

Annina von Falkenstein (LDP): Ich kann es relativ kurz halten. Sowohl die hohen Tramhaltekanten aufgrund des Behindertengleichstellungsgesetzes wie auch die Einfachtramhaltestellen sind relativ neu, und alles was neu ist, muss sich zuerst in der Praxis bewähren. Und da merkt man auch, wo es allenfalls noch Korrekturkurse braucht.

Es ist schön, dass die SVP hier schon geprüft und berichtet hat. Allerdings würde ich das trotzdem sehr gerne dem entsprechend zuständigen Departement überlassen, das dann sicher auch mit Präventionskursen für den Strassenverkehr für junge Kindern vereinbaren und auf diese Konzepte prüfen wird, bevor wir das hier jetzt einfach schon abschreiben, weil es offenbar von der SVP so befunden wurde.

Entsprechend bitte ich Sie, bei der Meinung der Kreuztabelle zu bleiben und diesen Anzug an die Regierung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung des Anzugs wird bestritten von Jenny Schweizer. Wir stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

78 Ja, 10 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005348, 19.12.24 15:57:55]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird überwiesen mit 78 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

54. Anzug 32 Philip Karger und Konsorten betreffend Erhöhung des Angebots an Sitzplätzen in der Innerstadt im öffentlichen Raum

[19.12.24 15:58:08, 24.5343.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

55. Anzug 33 Eric Weber betreffend Freikarten für Grossräte für den Eurovision Song Contest in Basel

[19.12.24 15:58:34, 24.5403.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Ratsbüro möchte den Anzug nicht entgegennehmen. Eric Weber hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich finde es schade, dass das Ratsbüro nicht bereit ist, den Anzug entgegenzunehmen. Ich werde als Grossrat eine Anfrage stellen, wie viele Freitickets die Regierung für den Eurovision Song Contest erhält. Warum wird davon nichts an Grossräte weitergegeben? Das sind ganz legitime, ganz berechtigte Fragen, das bestätigen mir auch Juristen.

Ich werde zu diesem Thema auch überall Briefe und E-Mails schreiben. Ich habe auch schon telefoniert mit der VIP-Pressestelle Sankt Jakob. Das steht ja in meinem Anzug, und E-Mails geschickt.

Sie erinnern sich alle, Anfang Jahr 2024 haben Sie ein dickes Heft bekommen mit 30 Veranstaltungen der Sankt Jakob-Halle, Musical, Swiss Indoor, wo Sie zwei Tickets aussuchen konnten. Und ich finde es wichtig, dass wir etwas erhalten, weil wir ja auch die Gelder geben.

Bis jetzt habe ich kein Ticket vom Eurovision Song Contest bekommen. Ich bin schon oft angefragt worden von Kindern, von Fans, von Wählern, ob ich ihnen die Tickets geben könne. Die Älteren von uns wissen noch, dass jeder Grossrat zwei Tickets bekommen hat vom ZDF, als Thomas Gottschalk zu «Wetten dass…» in Basel war. Wir haben früher auch 20 Tickets bekommen für das Theater Basel.

Das Thema ist ja der ESC. Ich stelle fest, der Regierungsrat bekommt Tickets in grösserer Anzahl. Und ich muss einfach sagen, ich fühle mich als Grossrat hintergangen. Und darum habe ich diesen Anzug eingereicht und diese E-Mails geschrieben und Telefonate gemacht. Die Frage ist berechtigt, was mit uns Grossräten ist. Die Nationalräte in Bern kommen nach Basel, weil sie ein Ticket erhalten, aber wir Grossräte in der eigenen Stadt bekommen nichts.

Wenn es um Freitickets geht, haben Sie mir immer zugehört und ich spüre Ihre Sympathien, weil ich mich melde und Freitickets fordere. Wenn Sie bei einer Zeitung tätig sind, erhält der Chefredaktor viele Einladungen, und der Chefredaktor gibt diese Einladungen. Reiseeinladungen weiter an die Journalisten. Und so müsste das eigentlich auch die Regierung weitergeben. Aber ich habe noch nie einen Brief bekommen, in dem stand, dass ich zwei Freikarten für den ESC bekomme, mit freundlichen Grüssen, Die Regierung Basel-Stadt. Auf so ein Schreiben warte ich seit 41 Jahren.

Darum bin ich enttäuscht, dass das Büro des Grossen Rats selber nicht den Mut hat und sagt, doch der Eric hat recht mit dem Thema. Wenn ich da im Grossen Rat nicht weiter komme, mache ich es einfach auf anderen Wegen. Und ich weiss genau, was ich mache.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen über den Anzug ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

3 Ja, 78 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005351, 19.12.24 16:04:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird nicht überwiesen mit 78 Nein-Stimmen gegen 3 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

56. Anzug 34 Eric Weber betreffend Ordnung im Grossen Rat

[19.12.24 16:04:28, 24.5404.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Ratsbüro möchte den Anzug nicht entgegennehmen. Eric Weber hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Sie sehen, auf der Seite 43 habe ich den Anzug begründet und ich muss einfach sagen Schuhe auf das Bänkchen da draussen im Vorzimmer legen, das macht man nicht. Ich habe es heute wieder zwei Mal gesehen und ich würde mir nie erlauben, meine Schuhe hier draussen auf diese Bänke im Vorzimmer zu legen. Sie wissen, wir haben es gelernt auf der Schulreise, bei der SBB, wenn Sie die Füsse auf die Bank legen, ziehen Sie bitte die Schuhe aus. Sonst sitzt man danach auf die Bank und hat Flecken auf der Hose. Ich habe hier die Basler Zeitung vorliegen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie müssen uns das nicht vorlesen. Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 70 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005354, 19.12.24 16:06:42]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 70 Nein-Stimmen eine Ja-Stimme und keine Enthaltung bedeuten, dass der Anzug nicht überwiesen wird.

57. Anzug 35 Amina Trevisan und Konsorten betreffend «Wohnen für Hilfe» - intergenerationales Projekt gegen Wohnungsnot und Einsamkeit

[19.12.24 16:07:05, 24.5405.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Studierende suchen bezahlbaren Wohnraum. Ältere Menschen wiederum verfügen oft über Wohnraum, den sie selbst nicht mehr nutzen. Der vorliegende Anzug fordert den Regierungsrat auf, Massnahmen zu ergreifen, um ein kantonal subventioniertes Projektwohnen für Hilfe im Kanton Basel-Stadt anzubieten. Es soll eine Trägerorganisation eingesetzt werden, um diese beiden Gruppen zusammenzubringen.

Was auf den ersten Blick wie eine vielversprechende Idee aussieht, wurde bereits mehrfach versucht und die Erfahrungen mit den bisherigen Projekten muss als ernüchternd bezeichnet werden. Deshalb würden wir Ihnen abraten, uns das zur weiteren Prüfung zu überweisen.

Als einer der ersten Kantone hat Basel-Stadt bereits im Jahr 2016 ein solches Projekt mit dem Namen Wohnen für Hilfe initiiert. Die Idee dahinter war, dass der gemeinnützige Verein für studentisches Wohnen, der günstigen Wohnraum an junge Menschen in Ausbildung vermietet und vermittelt, nun auch Wohnpartnerschaften zwischen Studierenden und Seniorinnen und Senioren vermittelt. Bei der Rekrutierung von Wohnungsanbietern wurde der Verein für studentisches Wohnen vom Verein 55 Plus Basler Alterskonferenz und dessen angeschlossenen Organisationen sowie den beteiligten Gemeinwesen unterstützt. Am Projektbeteiligten sich damals neben Basel-Stadt auch die Gemeinden Riehen, Aesch, Pfeffingen und Reinach. Die Vermittlungen erwiesen sich als sehr aufwendig, insbesondere im Hinblick auf die Abklärung individueller Bedürfnisse und Anliegen der beteiligten Wohnparteien sowie hinsichtlich der Abgrenzung von Hilfe und den Wohnraumvergünstigungen. Das Projekt fand in den Medien und bei den umliegenden Gemeinden zwar viel Beachtung, es kam aber nur zu wenigen erfolgreichen Abschlüssen. Das Angebot wurde 2018 schliesslich nicht mehr weitergeführt.

Auch dem Basler Pilotprojekt Zieh um - Zimmer zur Untermiete, welches 2020 gestartet wurde, gelang es trotz intensiver Bemühungen nicht, genügend potenzielle Vermietende zu finden, dies unter anderem, da die Hemmschwelle, die jemanden permanent ins eigene Haus oder in die eigene Wohnung zu holen, vermutlich sehr hoch ist. Das Projekt wurde entsprechend in diesem Jahr beendet.

Ähnlich erging es auch dem Pilotprojekt Wohnen für Hilfe der Stadt Bern. Trotz einer eigens von der Stadt dafür eingerichteten Koordinationsstelle wurde das Projekt Ende 2019 eingestellt, da ebenfalls nur sehr wenige Vermittlungen zustande kamen. Ein anderer Ansatz, um das Interesse junger Menschen in Ausbildung an günstigem Wohnraum mit den Bedürfnissen älterer Menschen zu verbinden, wird aktuell vom Bürgerspital Basel verfolgt. An der Socinstrasse 55 wird künftig Wohnen mit Service für ältere Menschen mit einem Wohnen für Menschen mit Behinderung und mit Studios für Studierende kombiniert. Die Studierenden verpflichten sich dabei, auch Betreuungsaufgaben zu übernehmen. Im Sinne eines Community-Care-Modells werden die Bewohnenden professionell unterstützt und gleichzeitig wird die gegenseitige Hilfe der älteren Menschen, der Menschen mit Behinderung und der Studierenden gefördert. Dieser Ansatz scheint vielversprechend zu sein und sollte aufmerksam weiterverfolgt werden. Hingegen hat sich gezeigt, dass Vermittlungen durch eine aussenstehende Partei, also zusätzlich zu Mieter und Vermieterschaft, sehr aufwendig und eben nicht erfolgsversprechend sind.

Aufgrund dieser Erfahrungen und Überlegungen würden wir Ihnen vorschlagen, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort geht an Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Das GAB unterstützt diesen Vorstoss, er bringtverschiedene Anliegen miteinander in Verbindung, und wie auch schon erwähnt von Regierungsrat Lukas Engelberger gab es dieses Projekt schon einmal vor acht Jahren. Es wurde damals ins Leben gerufen und musste dann wieder eingestellt werden. Das ist so.

Die Gründe sind sicher unterschiedlicher Art und Weise. Vielleicht braucht es da wirklich auch eine Offenheit in Bezug auf wie allfällig ein solches Angebot, in welche Richtung auch immer, vielleicht auch ein bisschen losgelöster vom Anzugstext, dann wieder in die Richtung gehen könnte, um allfällige Projekte, wie sie auch von Regierungsrat Lukas Engelberger erwähnt worden sind, in anderen Bereichen umzusetzen. Vielleicht könnte auch die neu geschaffene Fachstelle Soziales Wohnen beim Kanton eine Rolle übernehmen diesbezüglich, da ist ja auch noch vieles offen.

Gesellschaftliches Ziel ist es ja schon, dass ältere Menschen die nötige Unterstützung erhalten sollten um so lange wie möglich selbstständig und teilhabend in der eigenen Wohnung zu leben. Dieses Projekt würde ja dem wirklich schon auch entsprechen. Gut und gemeinsam älter werden im Kanton Basel-Stadt lautet ja auch unsere Vision. Also ein solches intergenerationelles Projekt, auch wenn es nicht einfach ist umzusetzen, würde eine solche Vision und Zielsetzung mit Sicherheit unterstützen können.

Ich erlaube mir vielleicht einen Blick in unsere Gemeinde Riehen. Diese ist ja eine Gemeinde mit einem sehr hohen Anteil an Rentner und Rentnerinnen, wahrscheinlich einer der höchsten in der Schweiz. Schon allein wegen dieser Tatsache ist es ja eigentlich sehr naheliegend, ein solches Projekt nochmals. vielleicht unter anderen Vorkehrungen und Bedingungen, genauer zu prüfen, vielleicht ist es dann sogar ein Projekt das auf Riehen ausgerichtet ist. Gerade in Riehen mit einer tendenziell vermögenden Bevölkerung könnte ich mir sehr gut vorstellen, dass ein solches Projekt erfolgsversprechend umgesetzt werden könnte. Auch hat es dort eher den notwendigen leerstehenden Wohnraum in entsprechenden grösseren Liegenschaften mit dem entsprechenden Umschwung und so besteht auch die Gelegenheit, entsprechende Arbeiten im Tausch übernehmen zu können. Aber natürlich sollte dieses Projekt nicht nur auf Riehen ausgerichtet sein, dennoch könnte ich mir vorstellen, dass es da ein gewisses Interesse geben könnte. Aber es kann auch in anderen Quartieren unserer Stadt funktionieren. Es muss wahrscheinlich dann, da hat Regierungsrat Lukas Engelberger wahrscheinlich sehr recht, nochmals genau geprüft werden, woran es gelegen ist, dass es damals nicht wirklich zum Fliegen gekommen ist und welche Anpassungen man vornehmen muss, um es nochmals zu prüfen.

Dies gäbe es noch einmal zu prüfen und ich bitte Sie, diesen Anzug zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Die Tauschwohnung Miete gegen Arbeit – ist das nicht ein mietrechtlich verpöntes Koppelungsgeschäft?

Oliver Bolliger (GAB): Mietrechtlich wahrscheinlich schon, aber auf Freiwilligkeit basierend wahrscheinlich nicht.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Sprecher ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Meines Erachtens und im Erachten der LDP hat der Regierungsrat bereits jetzt alles beantwortet. Das muss man nicht noch einmal eingeben. Ich habe Mühe, wenn Oliver Bolliger dann sagt, man könnte es ja noch einmal prüfen. Acht Jahre sind lange, einverstanden, aber die Situation hat sich nicht verändert. Liberale Grundprinzipien setzen ja immer wieder auf Eigenverantwortung und es steht doch jedem frei, den Wohnraum so zu nutzen, so wie er oder sie will. Senioren sollten selber entscheiden, ob sie sie solche Partnerschaften eingehen wollen, ohne dass der Staat da Projekte lenkt.

Grossen Respekt habe ich bei solch subventionierten Projekten, dass es zwangsläufig eine vermehrte Bürokratie gibt. Oliver Bolliger ja auch davon gesprochen, dass andere Institutionen eingreifen könnten in dem Moment. Da habe ich eher dann Respekt davor, dass denen das Geld zu kurz ist und dass dann Ressourcen falsch angewendet werden und zusätzlich nach oben darauf kommen. Das Parlament ist dafür da, dass das Budget wieder erhöht wird.

Also im Grossen und Ganzen, auch im Namen der FDP, bitte ich Sie, den Anzug abzulehnen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Somit die hat die Anzugstellerin das Wort.

Amina Trevisan (SP): Dieser Anzug entstand aus einem Austausch mit der Basler Seniorenkonferenz 55 Plus, die ein Generationenleitbild entworfen hat. Rund 42 Prozent der Senior:innen in Basel-Stadt leben laut dem Bundesamt für Statistik alleine. Viele davon leiden nicht nur unter Einsamkeit, sondern benötigen vermehrt Unterstützung im Alltag. Zudem haben sie oftmals 1 oder 2 leere Zimmer in der Wohnung oder im Haus. Gleichzeitig wird bezahlbarer Wohnraum, insbesondere für Studierende und Auszubildende, in den Städten immer knapper. Das Projekt Wohnen für Hilfe bringt diese beiden Gruppen zusammen. Das Prinzip dahinter ist so einfach wie nachvollziehbar: Senioren und Seniorinnen, die ein Zimmer übrig haben, stellen es Studierenden oder jungen Menschen in der Ausbildung, die nur ein geringes Einkommen aufweisen, zur Verfügung. Als Gegenleistung helfen diese ihnen im Haushalt oder Garten oder übernehmen andere kleine Dienstleistungen und Hilfeleistungen im Alltag. Als Tauschregel gilt, eine Stunde Hilfe pro Monat pro m2 Wohnraum. Im Vordergrund steht der Austausch zwischen den Generationen.

In der Schweiz können in mehreren Kantonen, wie zum Beispiel St. Gallen oder Zürich Studierende bereits jetzt ein freistehendes Zimmer einer älteren Person beziehen und dieser als Gegenleistung im Alltag unter die Arme greifen. Dieses Projekt wurde auch von der Fachhochschule überprüft und für gut befunden. Ein wesentlicher Punkt ist die finanzielle Unterstützung. Im Kanton Zürich wird das Projekt von Pro Senectute durchgeführt und in St. Gallen macht es der Verein Benevol. Sie vermitteln diese Zimmer an Junge, und es ist erfolgreich. Ich sehe jetzt im Vergleich zu Basel-Stadt vor acht Jahren das Problem darin, dass damals WOVE keine finanzielle Unterstützung erhalten hatte. Deshalb lief das Projekt damals nicht gut an.

Ich persönlich bin überzeugt, dass dieses Projekt eine zweite Chance verdient, aber mit den nötigen finanziellen Mitteln ausgestattet sein muss. Ich bitte Sie deshalb, diesen Anzug zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 37 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005356, 19.12.24 16:20:28]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben den Anzug überwiesen mit 52 Ja-Stimmen gegen 37 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

58. Anzug 36 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Mammografie-Screening-Programm soll auch jüngere und ältere Frauen miteinbeziehen

[19.12.24 16:20:40, 24.5406.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Sie sind auf den Anzug eingetreten.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

59. Anzug 37 Lukas Bollack und Konsorten betreffend die Anpassung der Praxis zur Einrichtung von Veloabstellplätzen in den Quartieren

[19.12.24 16:21:05, 24.5407.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Beat K. Schaller. Er hat das Wort.

Beat K. Schaller (SVP): Der Velogott in unserem Kanton treibt wieder einmal seltsame Blüten. In diesem Anzug wird in einer Selbstverständlichkeit von Zwangsmassnahmen zur Einrichtung von Veloabstellplätzen gesprochen, und das noch von einer Partei, welche das Wort liberal im Namen führt, bedenklich. Doch der Reihe nach.

Zuerst zur Forderung, die Regelung zur Einrichtung von Veloabstellplätzen auf öffentlichem Grund abzuändern: Damit verbunden ist eine Aufweichung des Nachweises, dass auf Privatgrund keine Veloabstellplätze eingerichtet werden können. Die dazugehörende Forderung des Anzugs lautet, ob und wie alternativ dazu die Vermieterschaft stärker in die Pflicht genommen werden kann, Veloabstellplätze für ihre Mieter:innen zu schaffen, wenn auf der Liegenschaft genügend Platz dafür vorhanden ist. Jedem, der noch nicht ganz dem Staatswahn verfallen ist, läuten hier die Alarmglocken. Stärker in die Pflicht nehmen ist ein Euphemismus für Zwangsmassnahmen, und das lehnen wir von der SVP kategorisch ab. Will der private Grundbesitzer auf seinem privaten Grundstück keine Veloabstellplätze einrichten, dann gibt es keine Veloabstellplätze, fertig, Punkt, Schluss, Ende der Diskussion. Mit dem Gedanken von Zwangsmassnahmen zeigt die GLP doch ein sehr bedenkliches Verständnis von liberal (das Protokoll möge vermerken, der Votant schüttelt den Kopf).

Weiter im Anzug: Die Abstellplätze auf öffentlichem Grund sollen mit Anschliessmöglichkeiten versehen werden. Es ist tatsächlich so, dass in einer hoch kriminellen Stadt wie Basel nicht angebundene Velos schnell einmal gestohlen werden, und das ist das Risiko des Velo-Besitzers. Es gibt genügend Vorrichtungen auf dem Markt, welche ein Velo funktionsuntüchtig machen und damit für den potenziellen Dieb unattraktiv machen. Und sollte dieser Punkt des Anzugs umgesetzt werden, dann fordere ich namens der SVP, dass auch für Autos diebstahlsichere Abstellmöglichkeiten von Staates wegen angeboten werden.

Weiter die Forderung, dass der Steuerzahler Velos vor Regen schützen soll.Das können wir unter «es darf gelacht werden» ablegen. Immerhin zeigt der Anzugsteller hier etwas Humor. Ganz bedenklich wird es aber bei der nächsten Forderung: Velos sollen auch auf Trottoirs abgestellt werden dürfen, sogar wenn kein direkter Zugang von der Strasse bis zum Abstellplatz besteht. Um also zu einem solchen Abstellplatz zu gelangen, muss zwingend auf dem Trottoir gefahren werden, da ja wie gesagt kein Zugang von der Strasse her besteht. Und dass dann jemand sein Velo schiebt, gerade in Basel, das dürfen wir mit circa hundertprozentiger Sicherheit ausschliessen. Damit wird das Velofahren auf dem Trottoir für alle durch die Hintertür erlaubt. Dann fährt man auf das Trottoir und sagt, ich darf auf dem Trottoir fahren, denn dort hinten, in 100 Metern, hat es einen Abstellplatz und da kann ich ja dazukommen. Und alle, die Behinderten, Fussgänger, Jüngere und Eltern sind dann die Gelackmeierten, aber wen kümmert das schon, Hauptsache, dem Velogott wird gehuldigt.

Also ich bitte Sie namens der Fraktion der SVP, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Sprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Beat K. Schaller hat schon einiges gesagt und eines können Sie mir auch glauben, Autofahrende können ihr Auto selber abschliessen und werden da in Zukunft auch keine Lösungen fordern. Aber wenn wir schon von Autofahrern reden, wir hatten im November hier eine Diskussion, wo es um Autoparkplätze ging. Diese sollten mehr verursachungsgerecht abgegolten werden. Heute fordern Sie hier Abschliessmöglichkeiten und Überdachungen für Velos. Werden diese dann auch verursachungsgerechter bezahlt von den Nutzern?

Und wenn Sie dann von den Vermietern fordern, dass sie zusätzlich zur Erstellungspflicht bei Neubauten auch noch bei bestehenden Bauten Veloabstellplätze einrichten, werden auch diese dann verursachergerechter von den Nutzern bezahlt? Sie können mir nachher die Antwort darauf geben.

Noch ein paar Worte von Vermietern, wie die heutige Situation ausschaut bei diesen Veloabstellplätzen. Vielfach werden diese nicht genutzt, weil sie vielleicht nicht ganz ideal direkt vor der Haustüre sind und man ein bisschen in den Hinterhof gehen muss, weil die Velofahrer ja verständlicherweise das Fahrzeug direkt vor der Haustür platzieren wollen. Es ist auch so,

dass viele von diesen Veloabstellplätzen zweckentfremdet werden. Man hört von Kinderwagen und eben von alten und defekten Velos. Das sieht man übrigens auch bei den Bahnhöfen, wie viele Velos da defekt sind und nicht gebraucht werden. Das könnten wir auch einmal anschauen.

Würden sich also die Velofahrer auch verursachergerechter an den Parkplätzen beteiligen? Ich fordere das nicht, ich stelle nur die Frage. Ich glaube, wir können uns diese Diskussion sparen hier drin.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es gibt eine Zwischenfrage von Jérôme Thiriet.. Sie wird entgegengenommen.

Jérôme Thiriet (GAB): Wissen Sie, wie viel ein m2 für den Veloparkplatz kostet und wie viel das für das Velo ausmachen würde?

Daniel Seiler (FDP): Wenn wir es beim Cargovelo angehen würden, dann gehen wir von etwa 20 bis 25% eines Autoparkplatzes aus. Man könnte das mal verrechnen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Sprecher ist Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Ich sehe das einiges entspannter als meine Vorredner und werde nicht an die Dramatik von Beat K. Schaller herankommen. Ich spreche auch für das GAB und wir möchten beide den Anzug unterstützen.

Der Anzug möchte eine Reihe von dringenden Anpassungen der Praxis für Veloabstellplätze in den Quartieren prüfen. Die Frage, wo Velofahrende ihre Fahrräder sicher und nicht als Verkehrshindernis abstellen können, betrifft nicht nur die Innenstadt, sondern auch die Aussenquartiere, die eben Lukas-Bollack anspricht. Dieser Vorstoss nimmt genau diese Problempunkte in den Blick, denn aktuell kann es vorkommen, dass weder auf privatem noch auf öffentlichem Grund Veloabstellplätze zur Verfügung stehen. Auf Privatgrundstücken liegt es im Ermessen der Vermieterschaft, ob Abstellplätze eingerichtet werden oder nicht, und von einem Zwang habe ich jetzt Weissgott nichts gelesen im Anzug.

Wenn aber keine Veloabstellplätze angeboten werden, dann sind die Velobesitzenden eben gezwungen, auf die Allmend auszuweichen. Doch auf öffentlichem Grund sind die Bedingungen zur Einrichtung oft so eng gefasst, dass kaum praktikable Lösungen entstehen. Es fehlen häufig Witterungsschutz und Anschliessmöglichkeiten, was zu einer erhöhten Diebstahlgefahr führt und den Nutzungskomfort stark einschränkt.

Der Antrag fordert aus unserer Sicht eine pragmatische Lösung, die es erlaubt, Veloabstellanlagen auch ohne direkte Zufahrt von der Strasse auf öffentlichem Grund einzurichten, sofern ausreichend Platz besteht. Unserer Meinung nach kann man das Velo dann auch schieben, oder den Zugang verstehe ich auch so, dass man zwischen zwei Autos hindurch aufs Trottoir gelangt, dass also nicht Hunderte von Metern über das Trottoir gefahren werden muss.

Diese flexible Handhabung könnte den Strassenraum entlasten und vorhandene Flächen effizienter nutzen, ohne den Fussverkehr einzuschränken und ohne dass Parkplätze dafür weichen müssen. Deshalb bitten wir Sie, dem Vorstoss zuzustimmen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Sie wird entgegengenommen.

David Jenny (FDP): Für mich ist «in die Pflicht nehmen» ein Euphemismus für Zwingen. Liege ich da völlig falsch?

Jean-Luc Perret (SP): Für mich ist Prüfen eben kein Euphemismus für «in die Pflicht nehmen». Es ist ein Anzug, keine Motion.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Sprecherin ist Lydia Isler-Christ.

Lydia Isler-Christ (LDP): Es gibt zwei Punkte, die ich noch einmal betonen möchte. Erstens, wenn auf öffentlichem Grund Parkplätze für Velo eingerichtet werden sollen, dann ist zu erwarten, dass es gleich gehandhabt wird wie bei den Autos. Und

es gibt Parkplätze für Cargovelos, zwei Cargovelos brauchen so viel Platz wie mindestens ein Kleinwagen, wenn es also darum geht, dass man ausrechnen will, wie viel das kostet.

Und dann ein wichtiger Punkt ist, dass es für mich nicht sinnvoll ist, dass Velos auf dem Trottoir fahren sollen. Das funktioniert nicht. Selbst auf Wegen, wo auf der einen Seite Fussgänger gehen und auf der anderen Seite Velofahrer, funktioniert es nicht, selbst wenn steht, nur Schritttempo fahren. Und Trottoirs sind nicht nur da für Behinderte und ältere Personen, es geht auch um Kinder, die das Trottoir benützen, man bringt ihnen bei, dass sie sich auf den Trottoirs frei bewegen dürfen. Ich rede auch als Hundebesitzerin. Selbst wenn ich ihn an der Leine führe, darf er das Trottoir ausnutzen. Wenn dann von hinten ein Velo kommt, dann kann das ganz dumm herauskommen, weil das einfach so nicht funktioniert. Also Velos auf den Trottoirs fahren zu lassen ist nicht sinnvoll.

Und deswegen ist die LDP ganz klar gegen die Überweisung dieses Anzugs.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es haben sich keine weiteren Sprechenden eingetragen. Somit hat der Anzugssteller Lukas Bollack das Wort.

Lukas Bollack (GLP): Da stehen jetzt einige wilde Behauptungen und Befürchtungen im Raum. Ich erkläre Ihnen jetzt deshalb kurz, worum es mir eigentlich geht in diesem Anzug.

Wie Jean-Luc Perret vorher schon ausgeführt hat, gibt es heute einfach Situationen, in denen Mieterinnen und Mieter bei den Veloabstellplätzen «zwischen Stuhl und Bank fallen», dann nämlich, wenn auf ihrer Liegenschaft zwar Platz für ein Veloabstellplatz vorhanden wäre, ihr Vermieter oder ihre Vermieterin aber keinen einrichtet. Dann hat man heute nach der geltenden Praxis keinen Anspruch auf die Einrichtung eines Veloabstellplatzes auf öffentlichem Grund. Hier hätte ich gerne, dass die Regierung prüft, ob man die Praxis zur Gewährung von Veloabstellplätzen auf öffentlichem Grund anpassen kann, um diesen Menschen zu helfen, oder ob es möglicherweise Werkzeuge gäbe, um die Vermieterschaft dazu zu motivieren, Abstellplätze einzurichten. Das muss auch kein Zwang sein. Positive Anreize sind auch erlaubt, auch wenn ich zugebe, dass die Formulierung im Anzug da vielleicht ein bisschen unsensibel war. Aber ich denke, in Form eines Anzugs kann man da ein bisschen Flexibilität walten lassen.

Zudem soll es ermöglicht werden, dass Abstellplätze auf dem Trottoir eingerichtet werden, auch wenn kein direkter Zugang von der Strasse her besteht. Es gibt zum Beispiel viele Situationen in Baumalleen mit vorgelagerten Autoparkplätzen, wo nach der geltenden Praxis keine Abstellplätze zwischen den Bäumen eingerichtet werden dürfen. Der einzige Ausweg ist in diesem Fall, Autoparkplätze zugunsten von Veloabstellplätzen aufzuheben. Das finde jetzt sogar ich unnötig. Es ist wirklich nicht schlimm, wenn man das Velo ein paar Meter auf dem Trottoir schieben muss bis zum Abstellplatz.

Viele Leute stellen ihr Velo heute in solchen Situationen sowieso auf dem Trottoir ab, was auch völlig legal ist, solange man noch genügend Platz übrig lässt. Aber teilweise lässt man den Platz dann eben nicht übrig, was dann zu Konflikten führt. Das will ja auch niemand. Auf dem Trottoir abgestellte Velos sind zudem sehr Diebstahl gefährdet, was gerade in unserem Kanton, wie wir alle wissen, ein sehr grosses Problem ist.

Also geordnet auf Veloabstellplätzen statt wild auf dem Trottoir abgestellte Velos mit besserer Diebstahlsicherung und vielleicht sogar Witterungsschutz und weniger aufgehobene Autoparkplätze – dagegen jetzt wirklich niemand sein. Ich freue mich, dass die meisten Fraktionen das auch so sehen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

54 Ja, 33 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005359, 19.12.24 16:36:19]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben den Anzug mit 54 Ja-Stimmen gegen 33 Nein-Stimmen überwiesen.

60. Anzug 38 Jenny Schweizer und Konsorten betreffend Neubeurteilung der Frühlingsferien

[19.12.24 16:36:33, 24.5413.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf den Anzug eingetreten.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

61. Anzug 39 Tobias Christ und Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Anstellung pflegender Angehöriger durch Spitex Organisationen

[19.12.24 16:36:47, 24.5414.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Ich habe auch hier keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

62. Anzug 40 Daniel Sägesser und Konsorten betreffend «Fernwärme Basel2037» – Kehricht-Saisonspeicher + Wärmepumpen für die Basler Fernwärme

[19.12.24 16:37:13, 24.5415.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das wird bestritten von Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Man hat mir vor Kurzem beschieden, dass man Anzüge, bei denen man als einzige Fraktion eine andere Meinung hätte, nicht bestreiten solle. Ich sehe das nicht ganz so. Einerseits haben Sie alle ein Anrecht darauf zu wissen, weshalb bestreiten. Zweitens, wenn wir bestreiten wollen, dann wollen wir eben gegen ein solches Ansinnen stimmen, also sollte man das auch dürfen und drittens muss ich schliesslich auch noch den Tatbeweis antreten, dass ich nicht in allem Daniel Sägesser folge.

Iudex non calculat. Und in diesem Saal sitzen jede Menge Juristen. Ich rechne fürs Leben gern. 60 Gigawattstunden Energie, die offensichtlich verpufft werden. Ich glaube, diese Zahl. Das entspräche dem Abfall von etwa 100’000 m3, oder anders formuliert einem Würfel von 50 Metern Kantenlänge, oder wenn Sie es lieber als Becken machen. ein Becken von 100 mal 100 Meter etwa 12 Meter hoch.

Wenn Sie die gleiche Energie in Form von zum Beispiel Heizöl speichern wollen, brauchen Sie rund einen Zwanzigstel des Volumens. Keine Angst, ich schlage Ihnen nicht vor, dass wir in Zukunft Fernwärme per Heizöl produzieren. Aber wir können die überschüssige Energie dazu nutzen, eFuse zu produzieren – das ist ein Steckenpferd von mir – und dieses eFuse braucht dann eben einen Zwanzigstel des Volumens des Abfalls in diesem grossen Speicher. Und diese Überlegung haben wir uns gemacht und aus diesem Grund empfehlen wir Ihnen, auch wenn es chancenlos ist, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Somit hat der Anzugsteller Daniel Sägesser das Wort.

Daniel Sägesser (SP): Ich war bis zum Schluss nicht ganz sicher, ob ich hier überhaupt sprechen darf zu diesem Vorstoss und ich war gespannt wie ein Flitzerbogen, auf welchen Einwand dass ich reagieren muss und ich habe tatsächlich nicht mit dem Thema E-Fuels gerechnet, zudem Lorenz Amiet und ich gemeinsam einen Vorstoss gemacht haben vor nicht allzu langer Zeit.

Ich bin aber mit Ihnen einig, ich habe das ja auch in der Medienarbeit mit einer schönen Visualisierung versucht darzustellen, dass das tatsächlich eine sehr sehr grosse Halle wird, wenn man das so macht, wie ich mir der das vorstelle. Ich habe ausgerechnet, dass die die Nutzung des unverbrannten Kehrichts als saisonaler Speicher eine sehr günstige Geschichte ist, um sehr grosse Mengen Energie zu speichern. Und da sind wir bei den E-Fuels noch nicht so weit.

Aber es ist ja ein Anzug, zu prüfen und zu berichten, und wenn der Regierungsrat das Protokoll lesen wird, kann der dieses Thema ja bei der Anzugsberatung mitdenken. Daran bin ich auch sehr interessiert und würde mich deshalb freuen, wenn Sie diesen Anzug nun dem Regierungsrat überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Nehmen Sie diese entgegen? Sie wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Meinen Sie nicht, dass es extrem geruchsproblematisch wird, diese ganze Geschichte?

Daniel Sägesser (SP): Nein, ich glaube nicht. Sie können sich vermutlich vorstellen, dass ich mich sehr intensiv mit der Materie beschäftigt habe bei der Erarbeitung dieses Vorstosses, und ich habe meiner Meinung nach eine Lösung gefunden, dass wir den Abfall trocknen können und so sehr geruchsarm einlagern können.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

66 Ja, 11 Nein, 11 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005363, 19.12.24 16:42:20]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben den Anzug mit 66 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen an den Regierungsrat überwiesen.

63. Anzug 41 Joël Thüring und Konsorten betreffend Fr. 35.- statt 75.- in Basel-Landschaft: Überprüfung der Gebühren für den Führerausweis im Kanton Basel-Stadt

[19.12.24 16:42:32, 24.5417.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf den Anzug eingetreten.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

64. Anzug 42 Hanna Bay und Konsorten betreffend Unterstützung für Angehörige und Kinder von inhaftierten Personen

[19.12.24 16:43:03, 24.5418.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldung eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf den Anzug eingetreten.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

65. Anzug 43 Fina Girard und Konsorten betreffend angemessene Löhne für Praktikant:innen der PH

[19.12.24 16:43:28, 24.5419.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Sandra Bothe Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Der Praxisteil der Ausbildung zur Lehrperson an der Pädagogischen Hochschule ist ein integraler Bestandteil des Studiums und ermöglicht den Studierenden, ihre theoretischen Kenntnisse direkt im schulischen Alltag zu erproben und zu vertiefen. Dabei spielen die Praxislehrpersonen eine entscheidende Rolle. Sie begleiten, fördern und reflektieren gemeinsam mit den Studierenden deren berufliche Entwicklung im Prozess des Lehrens und Lernens. Für diese anspruchsvolle und verantwortungsvolle Aufgabe erhalten die Fachpersonen eine Entschädigung, die im Vergleich zu anderen Kantonen eher bescheiden ausfällt.

Das Ziel der Antragstellenden, die Ausbildung der Lehrperson aufzuwerten, kann wirksam erreicht werden, wenn verstärkt in die Vergütung der Praxislehrpersonen investiert würde. Wir würden damit nicht nur die Ausbildungsqualität verbessern und die Attraktivität des Lehrberufs erhöhen, sondern würden ebenso dafür sorgen, dass genügend qualifizierte Praxislehrpersonen gewonnen werden.

Eine Vergütung der Praktika würde aber Ungleichheit innerhalb der PH FHNW schaffen. Studierende aus Basel-Stadt, die in Basel-Landschaft, Solothurn oder Aargau ihr Praktikum absolvieren, erhielten keine Entschädigung, während Studierende aus diesen Kantonen im Kanton Basel-Stadt entschädigt würden. Eine Harmonisierung mit den anderen Trägerkantonen der FHNW soll zwar geprüft werden, wäre aber mit administrativem und hohem finanziellen Aufwand für die Kantone verbunden, womit die Chancen für eine Umsetzung leider sinken. Die Grünliberalen dünkt deshalb den Weg über die Stärkung der Praxislehrpersonen sinnvoller und erfolgsversprechender.

Der Vorstoss zielt weiter auf die Gleichbehandlung aller Studierenden ab, die ein Praktikum absolvieren, unabhängig von ihrer Studienrichtung an der FHNW oder der Universität Basel. Es dünkt mich aber wichtig zu erwähnen, dass sich die Form und Ausgestaltung eines Praktikums sowie dessen Zweck deutlich unterscheiden können. Bei den Praktika der

Pädagogischen Hochschule beispielsweise steht nicht die Arbeitsleistung der Studierenden im Vordergrund, sondern die Beurteilung ihrer Kompetenzen. Auch der Vergleich mit einem Praktikum als Klassenassistenz greift zu kurz, da es sich hierbei nicht um ein Ausbildungsverhältnis handelt.

Auch wenn die GLP das Anliegen der Antragstellerin, das PR-Studium attraktiver zu gestalten zu wollen, nachvollziehen kann, halten wir die Entschädigung der Praktika nicht für den richtigen Weg. Aufgrund dieser Überlegungen empfehlen wir trotz der Sympathien für den Vorstoss, ihn nicht zu überweisen.

Ich möchte noch eine Anmerkung zur finanziellen Belastung der PH-Studierenden aufgrund der fehlenden Praktikumsentschädigung machen. Grundsätzlich haben alle Studierenden die Möglichkeit, neben ihrem Studium einer Arbeit nachzugehen, unabhängig von ihrer Studienrichtung und Art der Tätigkeit. Für Studierende der Pädagogischen Hochschule ergibt sich dabei jedoch ein besonderer Vorteil. Aufgrund des Fachkräftemangels finden sie bereits ab dem ersten Studientag eine Anstellung an einer Schule. Mittlerweile arbeitet die Mehrheit der PH-Studierenden nebenbei in Schulen und verdient so einen Teil ihres Lebensunterhalts. Ob diese Entwicklung im Hinblick auf die Ausbildungsqualität sinnvoll ist, möchte ich an dieser Stelle nicht bewerten. Fest steht jedoch, dass Studierende, die auf ein zusätzliches Einkommen angewiesen sind, die Möglichkeit haben, dies zu realisieren.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es gibt eine Zwischenfrage von Jo Vergeat. Sie wird entgegengenommen.

Jo Vergeat (GAB): Wissen sie, wie gut vereinbar es ist, an der PH zu studieren und nebenbei zu arbeiten?

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Ich weiss, es ist schwierig, es betrifft aber nicht nur die Studierenden, sondern auch die Quereinsteiger. Ich weiss, an der PH ist es schwierig, aber auch in anderen Studienrichtungen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Sprecherin ist Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Ich bitte Sie auch im Namen der SVP-Fraktion, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Eine Lehrerausbildung soll mit Lohn aufgewertet werden. Soll dies nun als Motivationsinstrument eingeführt werden? Grundsätzlich stellt sich ja die Frage, inwieweit die Praktikanten tatsächlich eine grosse Unterstützung sind. Praktikanten werden vermehrt eingesetzt, weil wir einen Lehrermangel haben. Das ist ungerecht, aber ist vor allem der Unterrichtsqualität nicht dienlich. Es ist auch von Seiten der Praxislehrpersonen ein enormer Aufwand, die Praktikanten durch die praktische Ausbildung zu begleiten. Vielmehr sollte man sich hier die Frage stellen, ob nicht die Vergütung der Praxislehrpersonen überprüft werden soll.

Wenn Basel-Stadt Praktikantenlöhne für PH-Studierende einführen würde, haben die Praktikanten in den anderen drei Trägerkantonen immer noch keine Löhne. Hier hinzuwirken kann man machen, aber erreichen wird man nichts, vor allem wenn wir bedenken, wie wir vor einem Monat bereits in Bezug auf die FHNW die finanzielle Situation der Nachbarkantone besorgt zur Kenntnis nehmen mussten, weil sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Wir können nicht den Steuerzahlern zumuten, allen Praktikanten, egal welcher Studienrichtung, zwecks Ausbildung einen Praktikumslohn zu bezahlen. Es ist auch schwierig abzuschätzen, wo eine tatsächliche Arbeitsleistung erbracht wird. Nicht alle Praktikanten sind mit ihrer Arbeit quasi gleichviel wert. Auch hier können wir nicht einfach pauschalisieren. Oft ist eine Betreuung der Praktikanten teuer, weil sehr viele Ressourcen dafür benötigt werden. Dies kann sich die Privatwirtschaft vielleicht eher leisten, aber wir dürfen nicht vergessen, dass es sich bei uns um Steuergelder handelt und daher hinkt der Vergleich enorm.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Sprecherin ist Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Die LDP hat versehentlich in der Kreuztabelle ein Plus eingetragen. Wir werden den Anzug aber nicht überweisen. Ich begründe: Die Praktika im Rahmen des Studiums an der PH FHNW haben Ausbildungscharakter, wir haben es bereits schon von meinen Vorrednerinnen gehört. Sie dienen dem Sammeln von Praxiserfahrung und sind Teil des Studiums. Sie sind vorgeschrieben, um den Abschluss zu erlangen. Aus diesem Grund schliessen die Studierenden eine Praktikumsvereinbarung mit der FHNW ab und keinen Arbeitsvertrag mit dem ED beziehungsweise mit dem Kanton. Meines Wissens sind die Voraussetzungen für eine Entlöhnung, dass das Praktikum freiwillig ist und länger als drei Monate dauert.

Das trifft auf die Praktika im Rahmen des Studiums an der PH FHNW nicht zu. Die Praktika der Klassenassistenz sind meines Wissens länger und werden daher anders gehandhabt.

Wir sehen also keine Umsetzungsmöglichkeiten für das Anliegen dieses Anzugs und beantragen Ihnen, diesen nicht zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Sprecherin des Leoni Bolz.

Leoni Bolz (SP): Die Praktika sind in der Ausbildung zur angehenden Lehrperson, das kenne ich aus eigener Erfahrung, sehr wertvoll. Dass es innerhalb der Praktika in den verschiedenen Hochschulausbildungen Lohndifferenz gibt, ist nicht hinnehmbar. Praktikant:innen sind nicht fertig ausgebildete Fachkräfte, ja, aber dies ist auch bei anderen vergleichbaren Praktika an Hochschulen der Fall. Das heisst, wir müssen hier vereinheitlichen und nicht willkürlich entlöhnen oder eben gar nicht entlöhnen.

Dass die Lehrpersonen oder die angehende Lehrpersonen, die auf dem Arbeitsmarkt gesucht sind, zusätzlich beim Studium behindert werden, da die Finanzierbarkeit von Teilzeitstudien erschwert wird, ist nicht nachvollziehbar. Es ist daher nur folgerichtig, dass hier eine Anpassung angestossen wird. Die PH hat immer wieder mit ihrem Ruf zu kämpfen, dies erhöht die Attraktivität der Lehrpersonenausbildung nicht.

Eine angemessene Entlöhnung und eine Harmonisierung ist daher in jeder Hinsicht unterstützenswert. Ich bitte Sie daher, diesen Anzug zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Sprecher ist Erich Bucher.

Erich Bucher (FDP): Ich möchte noch einen anderen Aspekt einbringen als das, was bereits diskutiert wurde. Gemäss Aussage der FHNW in der Presse dieser Woche zu den offenbar immer noch nicht beendeten Diskussionen rund um die IT-Probleme im letzten Sommer zeigen auf, dass das grösste Problem der FHNW ist, dass die Studierenden eine maximale Flexibilität bei der Vorlesungsbelegung fordern. Einer der Gründe für diese geforderte Flexibilität ist die Tatsache, dass die meisten Studierenden an der PH FHNW bereits feste Anstellungen haben und so versuchen, den Einklang zwischen Beruf und Studium zu optimieren. Gemäss Aussage der PH geht es so weit, dass die Studierenden dabei die Priorität zuerst auf die Berufsausführung setzen und erst danach auf das Studium. Man braucht ja schlussendlich doch ein Papier.

Wenn also das Gros der PH-Studierenden bereits im Beruf arbeitet, braucht es diesen Anzug wirklich nicht. Sie sind ja bereits bestens entlöhnt. Falls jetzt der Vorwurf kommt, dass nicht alle angestellt sind, dann bitte ich den Regierungsrat, sollte der Anzug überwiesen werden, auf diese Klientel zu fokussieren und den Rest liegen zu lassen. Ich bitte Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Sprecher ist Laurin Hoppler.

Laurin Hoppler (GAB): Bei den einen ist es länger her, bei den anderen noch nicht so lange, aber wir hier haben vermutlich alle schon einmal ein Praktikum gemacht. Studiert man an der PH, ist ein Praktikum ein sehr zentraler Teil des Studiums. Die Praktika sind wichtig und es ist eben auch richtig, dass sie so ein zentraler Teil des Studiums sind und das auch bleiben.

Aber sie bringen ein Problem mit sich. Sie ermöglichen einem in vielen Fällen nicht, neben dem Studium zu arbeiten und Geld zu verdienen, um den Lebensunterhalt und das Studium zu finanzieren. Es ist offensichtlich, dass das die Vereinbarkeit von Ausbildung und Lebensunterhalt erschwert, und genau das trifft wieder Menschen am meisten, die in finanziell weniger privilegierten Verhältnissen leben. Das kann einfach nicht sein.

Wir müssen uns wirklich fragen, ob wir den Zugang zum Studium zur Lehrperson mit solchen Missständen und Ungleichheiten erschweren wollen oder ob wir die Situation verändern und den Zugang attraktiver und einfacher machen wollen.

Es ist halt einfach nicht ganz fair, während man in einer anderen Ausbildung, sei es in der Medizin, in der sozialen Arbeit und vielen weiteren Studiengängen etwas verdient, geht man bei einem Praktikum an der PH einfach leer aus. Und ich sehe nicht ganz den Unterschied zwischen einem Praktikum, das man in der sozialen Arbeit macht, das genauso Teil des Studiums ist, bei dem man auch bewertet wird und es auch um die Arbeitsleistung geht, nicht ganz. Wieso soll man dort bezahlt werden und an der PH nicht? Am Schluss arbeiten beide zusammen wieder im Schulzimmer und mache einen ähnlichen Job und

haben eine ähnliche Ausbildung hinter sich, einfach in zwei verschiedenen Bereichen. Und das ergibt für mich einfach keinen Sinn.

Und es ist jetzt oft gesagt worden, man habe wieder keinen Einfluss darauf oder man sei nicht beim Kanton angestellt, oder in anderen Kantonen sei es ja auch nicht so. Okay, in anderen Kantonen mag es auch nicht so sein. Da gibt es zwei Sachen. Erstens, Basel-Stadt könnte hier eine Vorreiterrolle einnehmen und zweitens machen wir Politik für unseren Kanton, wir können nicht über andere Kantone entscheiden, aber wir und vor allem der Regierungsrat kann ein Signal senden an. die FHNW und dann vielleicht auch zum Denken in anderen Kantonen anregen.

Ich glaube, es ist einfach Realität und man muss die Bedingungen verändern, um ein modernes Hochschulstudium anbieten zu können. Es ist schade, dass jetzt noch Abweichungen von der Kreuztabelle kommen. Ich persönlich möchte jetzt einfach wirklich noch einmal alle, die vielleicht noch unentschlossen sind, zum Überlegen anregen, ob es wirklich fair ist, dass jemand in der sozialen Arbeit ein bezahltes Praktikum macht und ein Studierender oder eine Studierende an der PH ein unbezahltes Praktikum macht, und diese Leute sich nachher wieder im Schulhaus treffen und zusammenarbeiten.

Überlegen Sie sich, welches Signal Sie senden wollen. Es ist ein Anzug. Die Regierung soll sich damit befassen. Sie will es ja offensichtlich auch, da Sie bereit ist, den Anzug entgegenzunehmen, und daher möchte ich Sie im Namen des GAB bitten, den Anzug zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Somit hat die Antragstellerin Fina Girard das Wort.

Fina Girard (GAB): Danke für die unterstützenden Voten. Ich finde, es war eine spannende und sehr wichtige Debatte. Auch ich bin einverstanden, die Praxisausbildung ist ein entscheidender Teil der Lehrpersonenausbildung und enorm wertvoll, und ich bin einig mit Erich Bucher, dass sich die Haltung, wie Ausbildung und Beruf vereinbart werden können im PH-Studium, verändert hat. Das ist logisch, weil auch die PH sich verändert hat. Es ist kein Lehrerseminar mehr mit fixen Klassen und Stundenplänen, sondern es ist eine Pädagogische Hochschule, die flexibel gestaltet werden kann. Jeder kann selbst entscheiden, an welchen Tagen man studiert, welche Module man wann belegt und das hat natürlich eine Verhaltensveränderung der Studierenden zur Folge. Heute arbeiten 70 Prozent der PH-Studierenden neben dem Lehrpersonenstudium und finanzieren sich so ihre Ausbildung zu einem grossen Teil selbst. Diese Entwicklung kann man gut oder schlecht finden, ich finde sie sehr begrüssenswert für die Chancengleichheit, aber wie es auch schon gesagt wurde, die Möglichkeit der Quereinsteiger, die enorm wichtig sind in Zeiten des Lehrpersonenmangels, dort eine Ausbildung weiterhin zu machen, muss bleiben.

Aber natürlich, es verändert die Art und Weise, wie diese Ausbildung strukturiert werden soll und dort hinkt der aktuelle Lehrplan eben auch noch nach. Das Praktikum wird zur Herausforderung, wenn plötzlich Vollzeit ein Praktikum geleistet werden soll, während man sonst ein, zwei, drei Tage pro Woche arbeitet und in dieser Zeit dann auch noch der Lohn ausfällt. Das führt zu finanziellen Engpässen und erschwert die Vereinbarkeit von Studium und im Lebensunterhalt.

Solche unbezahlte Praktika sind nicht zeitgemäss und Laurin Hoppler hat das bereits aufgezeigt, im sozialen Arbeitsstudium haben wir eine sehr vergleichbare Situation, wo die Praktika gezahlt werden. Auch ich bin aktuell in einer ähnlichen Situation. Ich habe einen Vertrag mit der Universität, dass ich für den Abschluss meines Bachelors ein Praktikum absolvieren muss. Dieses Praktikum hat eine Mindestdauer von zehn Wochen, also ebenfalls weniger als drei Monate, und ich werde bezahlt und bin froh darüber. Es wurde gesagt, diese jungen Lehrpersonen seien keine Unterstützung im Berufsalltag. Auch im Hebammenstudium werden die Praktikantinnen bezahlt und auch dort muss zu jedem Zeitpunkt eine erfahrene Praxislehrperson, eine erfahrene Hebamme dahinterstehen, jeden Handgriff kontrollieren. Das ist eine Situation, die es in verschiedenen Ausbildungen gibt, und auch dort werden sie bezahlt. Diese Situation haben wir einfach in der PH nicht.

Ich möchte noch zum Abschluss sagen, ich erwarte ja auch keinen Mindestlohn, mir ist das komplett bewusst, dass das nicht so ausgerichtet werden kann. Es geht um eine Wertschätzung der Arbeit, die diese jungen Menschen leisten, die einen Beitrag leistet dazu, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Ausbildung möglich ist. Und Sie können es gerne in meinem Anzug nachlesen, natürlich müssen wir das zwischen den Kantonen abstimmen. Natürlich braucht es eine Harmonisierung, und deshalb soll dieser Anzug auch prüfen und berichten, wie der Regierungsrat hier eine Harmonisierung vorantreiben kann zwischen den verschiedenen Kantonen. Es ist auch nicht in meinem Interesse, dass dann Studierende auslosen müssen, ob sie jetzt im Kanton Basel-Stadt bezahlt werden oder in Basel-Landschaft eben nicht. Das kann es nicht sein und das ist auch mir bewusst.

Sandra Bothe, ich bin sehr offen für eine Zusammenarbeit, um die Praxislehrpersonen besser zu entlöhnen. Ich finde das auch einen wichtigen Aspekt, aber da müssen wir auch zusammenarbeiten auf beiden Ebenen. Das widerspricht sich ja auch gegenseitig nicht.

Ich möchte mich noch bei der Regierung bedanken, dass sie auch hier den Handlungsbedarf anerkannt hat und bereit ist, den Anzug entgegenzunehmen und ich hoffe, sollte es nicht reichen heute mit diesem Anzug, dass trotzdem diese Sache angeschaut wird und man nach innovativen Modellen sucht, wie diesen jungen Lehrpersonen auf ihrem Weg zu wichtigen Personen für die Zukunft unseres Kantons ein bisschen Wertschätzung entgegengebracht werden kann.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen damit zur Abstimmung.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es gibt einen Stichentscheid.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Da der Statthalter schon abgestimmt hat, muss ich ihn fällen. Das ist immer so, solange der Präsident im Haus ist und ich stimme für Überweisung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung (Stichentscheid des Präsidenten)

46 Ja, 45 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005367, 19.12.24 17:04:35]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter (Mitte-EVP): Damit ist der Anzug überwiesen.

66. Anzug 44 Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Kompetenzzentrum für geschlechterreflektierte Männerarbeit

[19.12.24 17:04:47, 24.5420.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Ich staune ich schon immer wieder, welche Kreativität die Genderbewegten beim Umgang mit der deutschen Sprache an den Tag legen. Nicht nur massakrieren sie unsere Sprache, nicht nur wollen sie die Öffentlichkeitszwingen zu einer speziellen Sprache, nein, sie erfinden auch immer wieder neue Wortungetüme. Rund um uns herum bricht die Welt bald auseinander, und der Grosse Rat von Basel diskutiert über geschlechterreflektierte Männerarbeit.

Ein solcher Ausdruck ist weit entfernt vom täglichen Sprachgebrauch und für die nicht Gender-Woke- Bewegten schlicht unverständlich. Ich habe das in meinem privaten Umfeld getestet. Die meisten haben überhaupt nicht verstanden, was dieses Wort bedeutet, die wenigen, die damit etwas anfangen konnten, haben den Kopf geschüttelt. Ja gut, die anderen haben auch den Kopf geschüttelt.

Wer eine solche Sprache benutzt, der zeigt, wie weit er sich von den Problemen unserer Bevölkerung entfernt hat. Solche theoretischen Gedanken und Wortungetüme entstehen in den universitären Elfenbeintürmen der Gender-Woke-Bewegten und haben mit dem täglichen Leben nichts zu tun. Sie sind Elfenbeinturmideen von Elfenbeinturmbewohnerinnen, und trotzdem,ich bitte Sie, meine lieben Freunde der linken Politik, bitte machen Sie weiter so, zeigen Sie uns, wie weit sie sich

entfernt haben vom täglichen Leben unserer Mitmenschen und vor allem tun Sie das auch in vier Jahren noch, dann können wir von der SVP uns die Wahlplakate sparen.

Der Inhalt des Anzugs entspricht dem Titel. Es braucht schon eine ganz spezielle Männerverachtung, um solche Forderungen zu stellen. Männer werden in der Gedankenwelt dieses Anzugs als das ewig Böse dargestellt, welche nicht wertvoller Bestandteil unserer Gesellschaft sein können, ohne dass sie in der Tiefe studiert, ihr Verhalten seziert und sie vom Staat via Kompetenzzentrum an der Hand durchs Leben geführt werden. Und statt dass Sie das gemeinsame Leben von Männern und Frauen hervorheben und fördern, stellen Sie Männer und Buben unter Generalverdacht, Sie spalten mit solchen Anzügen die Gesellschaft statt dass Sie vereinen. Und wenn Sie das unbedingt tun wollen, ja natürlich, dann tun Sie das, aber ich verspreche Ihnen, ohne die SVP.

Wir müssen als Parlamentarier, als Mitbürger, als Menschen das Gemeinsame betonen und nicht das Trennende. Wir stehen wie gesagt am Rande eines dritten Weltkriegs. Wir waren schon lange nicht mehr so nahe daran und Sie bringen solchen Flachsinn ins Parlament, weit weg von jeder Realität, vom gesunden Menschenverstand, weg von zwischenmenschlicher Gemeinsamkeit. Statt zu vereinen, spalten Sie. Namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Johannes Sieber. Sie wird angenommen.

Johannes Sieber (GLP): Könnte es sein, dass Sie jetzt gerade ein sehr gutes Beispiel abgegeben haben für die Notwendigkeit dieses Anzugs?

Beat K. Schaller (SVP): Nein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Ich bin schon immer wieder erstaunt, wie dieses Thema offenbar Gewisse hier drin aufrüttelt. Ich hoffe jetzt, mit meinem Votum das Ganze ein bisschen nüchtern auf den Boden zurückzubringen,

Ich finde, Gleichstellung betrifft uns alle, Männer, Frauen und alle Geschlechtsidentitäten. Ich finde auch, wir sind dabei noch nicht am Ziel. Natürlich geht es bei der Gleichstellung zuerst einmal darum, dass alle Menschen die gleichen Rechte und Pflichte haben sollen. Viele denken dabei automatisch an die Privilegien, wenn man sie denn so nennen möchte, die Männer historisch durch patriarchale Strukturen innehatten. Das habe ich auch im vorherigen Votum so durchsickern gehört. Doch die Realität sollten wir differenzierter betrachten. Die Rollenbilder, was ein Mann sein soll – stark, unemotional, erfolgreich – sind bei näherer Betrachtung ebenso einschränkend wie die traditionellen Rollenbilder für Frauen. Aus diesem Grund nennt das kantonale Gleichstellungsgesetz Männer explizit als Zielgruppe des Gleichstellungsauftrags.

Es ist verständlich, dass sich nicht alle Männer unmittelbar betroffen fühlen, doch darum geht es auch gar nicht. Entscheidend ist die gesamtgesellschaftliche Perspektive. Die Zahlen und Studien sprechen eine deutliche Sprache. Stereotype Männlichkeitsbilder führen nachweislich zu ungesundem Verhalten, einer höheren Suizidrate und einer geringeren Lebenserwartung bei Männern. Zudem sind Männer überproportional oft in Gewalt- und Kriminalstatistiken vertreten, sowohl als Täter wie auch als Opfer.

Um also bei der Gleichstellung einen weiteren Schritt nach vorne zu machen, müssen wir auch aus dieser Perspektive über diese Strukturen sprechen und sie gezielt angehen. Die Schaffung des in diesem Anzug geforderten Kompetenzzentrums wäre dafür eine wichtige Schnittstelle. Es könnte nicht nur Forschung und Aufklärung betreiben, sondern auch Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit leisten, Gewaltprävention betreiben und Institutionen wie Schulen, Polizei oder Beratungsstellen in der Geschlechter reflektierten Arbeit unterstützen. So schaffen wir eine Basis, um stereotype Rollenbilder aktiv abzubauen.

Ja, es gibt in Basel den Verein Männerbüro, der sowohl für die Gewaltberatung als auch für die polyvalente Sozialberatung Finanzhilfen vom Kanton erhält. Das ist eine wichtige Funktion, aber ein Kompetenzzentrum im Sinn, wie es der Anzug fordert, ist es noch nicht. Es könnte es aber werden, wenn der Aufbau von Praxis orientiertem Fachwissen, Öffentlichkeitsarbeit und Beratung in den Leistungskatalog des Männerbüros aufgenommen würde, oder aber eine andere Institution könnte mit diesem Auftrag versehen werden. Genau dafür sollten wir diesen Anzug überweisen.

Die Stärkung der geschlechterreflektierten Männerarbeit hat nichts mit Umerziehung zu tun, wie es Beat K. Schaller gesagt hat, sondern es wäre ein Fortschritt, der allen zugutekommt. Beide Geschlechter und auch alle anderen

Geschlechtsidentitäten profitieren davon, wenn Stereotype abgebaut und diskriminierende Strukturen verändert werden, damit alle Menschen frei von starren Rollenbildern leben können.

Sehen Sie also diesen Vorstoss nicht als eine Bedrohung für Männer, sondern als Chance für eine gerechtere Gesellschaft.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Die Frage steht im Raum, was dieser Anzug mit dem Alltag zu tun hat. Schon nur wenn ich auf den Titel schaue, geschlechterreflektiert, also Nachdenken – , ich denke im Alltag nach, ich beobachte im Alltag und ich stelle mir Fragen dazu, was ich im Alltag erlebe und beobachte und wie mein Alltag auf mich wirkt, wie wohl der Alltag auf andere Menschen wirkt. Und da bin ich eigentlich genau beim Thema dieses Anzugs und ich bin im Alltag genau gleich und die Frage war anscheinend eine rhetorische Frage. Und wenn ich sehe, dass die SVP und die anderen bürgerlichen Parteien hier ein Minus eingetragen haben, dann frage ich, wie denn ihr Alltag aussieht. Wirkt der nicht Sie euch ein und bringt er Sie nicht zum Nachdenken? Es interessiert mich ja nicht nur, warum ist etwas so, wie ich das beobachte oder wie ich das erlebe, sondern auch woher kommt das und wie können wir das ändern und wie können wir das verbessern? Ich frage mich, warum Sie das nicht möchten oder nicht mehr dazu wissen möchten. Der Anzug möchte ja genau diese Basis legen, und dann jeder und jede von uns damit macht, ist uns überlassen. Aber dass wir zumindest diese Basis haben, wäre für uns vom GAB ein sehr grosser Gewinn und entsprechend werden wir diesen Anzug auch unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Die GLP unterstützt diesen Anzug und ich möchte kurz erwähnen oder erläutern, wieso wir das tun oder wie das zu verstehen ist, dass wir das tun.

Wir denken, dass dieses Thema ein inhärenter Bestandteil der Gleichstellungsarbeit ist und nicht erst seit diesem Anzug, sondern eigentlich schon seit sehr vielen Jahren. Es ist deshalb auch ein bisschen, wenn ich mir die Kritik erlauben darf, erstaunlich, dass dieser Anzug überhaupt eingereicht wird, weil eigentlich die Abteilung Gleichstellung für Männer und Frauen sich mit diesem Thema seit 20 Jahren beschäftigen müsste, das aber offenbar zu wenig tut oder zu wenig kann, weil die Kompetenz sogar fehlt. Ich weiss es nicht. Ich finde das sehr erstaunlich. Ich finde den Anzug, wenn ich das so formulieren darf, etwa ähnlich, wie wenn Erich Bucher ein Windows-Update bei IT Basel-Stadt fordern würde. Es ist wirklich so, dass dieses Thema zur Gleichstellungsarbeit gehört und deshalb auch unterstützt werden soll.

Jetzt ist es aber so, dass dieser Aspekt im Wahlkampf lanciert wurde und irgendwie wir den Eindruck nicht loswerden, dass jetzt verschiedene Aspekte der Gleichstellungsarbeit lanciert werden, um schlussendlich halt Budgeterhöhungen zu fordern für die Umsetzung. Und damit die GLP ein bisschen ein Problem, weil wir halt eben finden, dass das bereits ein Auftrag ist, der dem Kanton übergeben wurde und eigentlich einfach gemacht werden soll. Deswegen überweisen wir, möchten aber, dass die Umsetzung kostenneutral realisiert werden kann. Wir glauben auch, dass das möglich ist und vielleicht braucht es da ein gewisse Strukturveränderung auf der Abteilung und die sieht man ja auch im Geschlechterverhältnis, dass sie da nicht ganz ausgeglichen ist.

Das würde auch helfen. In diesem Sinne über unterstützen wir diesen Antrag und hoffen, dass wir noch ein paar andere Männer dazu motivieren können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nun hat die Anzugsstellerin Melanie Nussbaumer das Wort.

Melanie Nussbaumer (SP): Zuerst einmal vielen Dank an die GLP für die Unterstützung. Ich habe die Kritik gehört und verstehe sie auch. Ich bin auch einverstanden, dass das eigentlich schon längst hätte gemacht werden sollen, aber es ist halt Fakt, dass das nicht so ist. Es gibt dort eine Lücke in der Männerarbeit, die leider bisher noch nicht geschlossen wurde, und deshalb habe ich diesen Anzug eingereicht.

Und vielleicht kann ich auch Beat Schaller erklären, was diese Wörter alle bedeuten. Es ist ja nicht so, dass ich alle immer von A bis Zeit von Anfang an verstehe, aber wenn wenn ich dazu rede, dann gehe ich halt recherchieren und versuche mich damit auseinanderzusetzen. Das hat er anscheinend nicht gemacht, so schwierig ist es auch wieder nicht. Das Wort Kompetenzzentrum ist in dem Sinne gemeint, als dass es dringend einen Ort geben muss, wo bestehendes Wissen gebündelt wird, bei dem neues Wissen gesammelt wird und bei dem aber auch, und das ist wichtig, praxisnah erforscht wird und dieses Wissen oder eben dann diese gesammelten Kompetenzen direkt in die Praxis, in den Alltag zu den Männern

zurückgeht. Es ist eben kein Elfenbeinvorstoss. Wir wollen nicht das Institut für Gender Studies ausbauen. Es soll kein Forschungszentrum im engen Sinn sein, weil es eben das Ziel hat, dass dieser Transfer zurück zu den Leuten relativ rasch eingesetzt wird. Es soll auch keine reine Verwaltungsaufgabe sein, weil eben auch dort das näher an den Männern dran sein muss. Deshalb fände ich persönlich zum Beispiel eine Zusammenarbeit mit dem Männerbüro eine gute Lösung. Ob das kostenneutral möglich ist, bezweifle ich, aber ich bin da offen. Vielleicht hat ja dann die Regierung eine gute Idee.

Und jetzt kommen wir zum Thema geschlechterreflektiert. Wir haben uns ja im Rahmen des Gleichstellungsgesetzes ausführlich mit den verschiedenen Ebenen von Geschlecht auseinandergesetzt und vielleicht haben wir da ja auch zusammen etwas gelernt, und ich habe auf jeden Fall gelernt, dass es nicht nur die biologische Ebene gibt von Geschlecht, sondern es gibt eben auch die soziale Ebene, respektive die Frage, was genau unter männlich verstanden wird, was genau unter weiblich verstanden wird. Und diese Ebene ist eben dynamisch, und um diese Ebene würde es auch in diesem Kompetenzzentrum gehen.

Wir wissen alle, dass schon lange über die Rolle der Frauen reflektiert und diskutiert wird, und das hat natürlich auch mit der Emanzipationsbewegung der Frauen selbst zu tun. Daraus entstanden dann auch viele wissenschaftliche Studien, politische Forderungen und auch Strukturen wie Gleichstellungsbüros, aber auch da vor allem mit dem Fokus auf Frauen einverstanden. Das will ich auch nicht schlechtreden, das war wichtig und ist weiterhin richtig, aber es reicht nicht, denn auch die gesellschaftlichen Rollen und Erwartungen von Männern befinden sich im Wandel. Es gibt widersprüchliche und vielfältige Erwartungen an Männer. Auf der einen Seite stehen Sie häufig unter dem Druck traditioneller oder stereotyper Rollenerwartungen – sie müssen das Geld heimbringen, sie müssen stark sein, dürfen nicht weinen. Sie wissen, wovon ich rede. Auf der anderen Seite gibt es aber auch neuere Erwartungen wie zum Beispiel, dass sie auch aktive Väter sein sollen, sie sollen neu auch Gefühle wahrnehmen können und darüber sprechen, auch das eine hohe Erwartung.

Und die Frage ist nun, wie gehen die Männer mit diesen vielfältigen Erwartungen um, welchen Einfluss haben diese Rollenbilder auch auf ihre Gesundheit, ihre Beziehungen und ihr Verhalten? Inwiefern können Männer eben auch bewusste Entscheide diesbezüglich fällen? Mir geht es also keinesfalls darum, ein spezifisches Männerbild durchzusetzen. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass die bewusste Reflexion über diese gesellschaftlichen Erwartungen zu selbstbestimmteren Entscheidungen führt und damit auch zu einem Freiheitsgewinn. Das Ziel ist also schlussendlich, dass wir alle nicht einfach irgendwelchen Normen folgen, sondern frei entscheiden, wie wir uns erleben, unsere Beziehungen und unsere Familienkonstellationen leben wollen und wie wir auch mit unseren Körpern und unserer Gesundheit umgehen.

Ein Kompetenzzentrum für geschlechterreflektierte Männerarbeit würde also genau hier ansetzen. Es könnte Wissen und Kompetenzen bündeln, Präventionsarbeit leisten und Weiterbildung für Fachpersonen anbieten. Wenn wir also insgesamt in der Frage der Gleichstellung weiterkommen wollen, müssen wir jetzt endlich, ja endlich auch bei den Männern hinschauen. Ein solches Kompetenzzentrum könnte hierzu einen Schritt beitragen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird bestritten von Beat K. Schaller. Wir stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 37 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005369, 19.12.24 17:21:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 51 Ja-Stimmen und 37 Nein-Stimmen bedeuten, dass der Anzug überwiesen ist.

67. Anzug 45 Barbara Heer und Konsorten betreffend Gutscheine für werdende Väter für Geburtsvorbereitungskurse

[19.12.24 17:22:08, 24.5421.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte. Da hat sich Regierungsrat Lukas-Engelberger gemeldet.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Wir sind sehr einverstanden mit den Anzugstellerinnen und Anzugstellern, dass Väter eine wichtige Verantwortung haben und diese auch wahrnehmen sollen und zwar eben auch, wenn sie erst werdende Väter sind, und wir sind auch einverstanden, dass Hilfsangebote für werdende Väter ebenfalls Sinn machen. Wir kommen aber jetzt trotzdem zum Schluss, Ihnen zu empfehlen, diese Gutscheinsidee für den Besuch von Schwangerschaftsvorbereitungskursen nicht weiter zu verfolgen.

Die Hauptüberlegung hinter unserer Haltung ist, dass Geburtsvorbereitungskurse auch weiterhin auf die Gesundheit der Schwangeren fokussieren müssen. Es geht um die Gesundheit der Schwangeren, eine Schwangerschaft ist eine Belastung, eine Geburt ist medizinisch gesprochen eine Gesundheitsgefährdung und die Geburtsvorbereitungskurse wollen diesen Risiken spezifisch für die Gesundheit der Schwangeren entgegenwirken. Und das soll so bleiben.

Da sind wir wirklich auf der biologischen Ebene von Geschlecht und die ist unterschiedlich. Die Betroffenheit hier von werdenden Müttern und werdenden Vätern ist wirklich unterschiedlich. Ich glaube, es könnte hier ein Missverständnis im Raum stehen. Wir reden bei den Geburtsvorbereitungskursen nicht über allgemeine Kurse von Elternschaft. Das ist es nicht, sondern es sind spezifisch medizinisch ausgerichtete Angebote zum Schutz der Gesundheit eben der Schwangeren. Daneben gibt es auch die allgemeineren Aspekte, die dann natürlich auch für die Männer gleichermassen relevant sind, aber die stehen nicht im Vordergrund und die können übrigens auch heute schon von den werdenden Vätern auch mitbesucht werden. Es ist ja nicht so, dass das den Vätern heute nicht möglich wäre.

Es gibt auch andere beratende Angebote für werdende Väter, das ist richtig so und auch für junge Familien ja im weiteren Sinn, nicht nur für die Väter, sondern auch für die Mütter. Auch die haben vielleicht noch weitere Beratungsbedürfnisse als nur die Geburtsvorbereitungskurse. Aber hier reden wir über die Geburtsvorbereitungskurse und die möchten wir weiterhin auf die Interessen der schwangeren Frauen beziehen, fokussieren und da haben jetzt unseres Erachtens die Männer heute schon ausreichend Möglichkeit, teilzunehmen, wenn sie sich dafür interessieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Als Vater von drei nun erwachsenen Töchtern kann ich aus Erfahrung sagen, dass die Teilnahme am Geburtsvorbereitungskurs – das war schon damals möglich – wirklich sehr hilfreich war, um mich mit der bevorstehenden Geburt, der Zeit danach und auch hinsichtlich der neuen Vaterrolle auseinanderzusetzen. Damals vor 25 Jahren aber, ich muss es ehrlicherweise sagen, haben nur wenige werdende Väter am Geburtsvorbereitungskurs teilgenommen und ich vermute es wirklich, die meisten haben sich entsprechend schon irgendwie damit auseinandergesetzt. Es war mit Bestimmtheit nur ein Ausschnitt aus der Gesellschaft.

Ich bin mir nicht ganz sicher, aber auch aus Beobachtung meines persönlichen Umfelds von Kindern, die auch wieder Kinder haben, habe ich den Eindruck, dass es aktuell nicht viel anders aussieht und werdende Väter auch jetzt schon an Geburtsvorbereitungskursen teilnehmen könnten, aber in der Regel das halt nicht tun. Wer weiss, vielleicht nehmen sogar weniger Männer daran Teil als dies noch vor 10 bis 20 Jahren der Fall war, denn zurzeit erleben wir ja eher wieder ein Erstarken traditioneller Rollenbilder.

Deshalb ist der Anzug von Barbara Heer wichtig und unterstützenswert. Manchmal braucht es Anreize, um etwas in Bewegung zu bringen. Ein staatlicher Zwang wäre hier sicher eher kontraproduktiv, aber ein Gutschein könnte Wirkung erzeugen. Und jetzt eine Antwort auf den vielleicht berechtigte Einwand von Regierungsrat Lukas Engelberger. Vielleicht braucht es auch entsprechende Geburtsvorbereitungskurse für Männer. Vielleicht heissen die dann. ein bisschen anders, aber darum geht es ja gar nicht, es geht um die Idee, dass mehr werdende Väter sich in einem Kurs mit dieser Rolle, mit diesen Herausforderungen auch auseinandersetzen, einen sogenannten Vater-Crash-Kurs, eventuell auch von Vätern für Väter, um sich mit der Vaterrolle auseinanderzusetzen und vielleicht ist bei einem solchen Angebot auch die Hemmschwelle niedriger, um Unwissenheit zu zeigen, mögliche Ängste zu äussern und Fragen zu stellen.

Schlussendlich dient die Teilnahme an einem Vater-Crash-Kurs oder an einem Geburtsvorbereitungskurs der Gesundheitsprävention und ist aus einer gesamt gesellschaftlichen Perspektive überaus sinnvoll und wirkungsorientiert. Wir

bieten ja auch auf für Darmscreening und Mammographie, weshalb sollen wir nicht auch beim Vaterwerden präventiv unterstützen.

Also ich bin überzeugt, in einer finanziellen Unterstützung, in einer guten, Zielgruppen orientierten entsprechenden Kommunikation könnte dies sehr gut ins Laufen kommen und auch neue Zielgruppen angesprochen werden, die bis anhin nicht erreicht wurden . Ich ermutige den Regierungsrat bei der Beantwortung des Anzugs auch über den Geburtsvorbereitungskurs hinauszudenken und auch die Idee eines Vater-Crash-Kurses oder wie man auch das immer nennen möchte, einzuarbeiten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Stefan Wittlin.

Stefan Wittlin (SP): Bei mir ist es etwas weniger lange her als bei Oliver Bolliger, aber auch ich habe einen Geburtsvorbereitungskurs besucht und ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung berichten, wie wichtig und wie es sinnvoll dies ist und wie sehr ich auch davon profitiert habe. Ich bin überzeugt, viele andere hier im Saal haben das ähnlich oder gleich erlebt.

Ich war ziemlich überrascht, als ich gesehen habe, dass der Regierungsrat diesen Anzug nicht entgegennehmen möchte. Ich bin froh, dass Regierungsrat Lukas Engelberger sich dazu geäussert hat. Allerdings verstehe ich diese Argumentation noch nicht ganz, ich werde später noch darauf zurückkommen. Wir haben jetzt gehört, es geht darum, dass Gutscheine ausgestellt werden sollen für die Teilnahme an Geburtsvorbereitungskursen für Väter beziehungsweise auch Partnerinnen der Mütter. Es geht auch um zusätzliche Informationen, die in diesem Rahmen zur Verfügung gestellt werden können.

Nun, was beinhaltet ein Geburtsvorbereitungskurs? Es geht darum, dass man lernt, wie eine Geburt abläuft. Man lernt, wie man helfen kann, was man tun kann in welcher Situation. Es geht natürlich um die medizinischen Möglichkeiten und Risiken, die es gibt während einer Geburt, es geht aber auch und explizit um die Zeit danach. Es geht eben auch um das Wochenbett und die erste Babypflege. Und da möchte ich auf das Votum von Regierungsrat Lukas Engelberger zurückkommen. Ich gebe Ihnen ja recht, dass diese Kurse auf die Gesundheit der Schwangeren fokussiert sind, aber was ist denn das für eine Schlussfolgerung, wenn Sie sagen, dass die Männer da nichts zu suchen haben? Ich weiss, Sie haben es nicht so formuliert, das ist jetzt ein bisschen überspitzt. Aber es ist doch umso wichtiger, dass dann die Männer da sind, weil während der Geburt spielen die Männer zwar eine untergeordnete Rolle, aber sie können eben die gebärenden Mütter unterstützen und das können sie nur beziehungsweise das können sie nur ausreichend, wenn sie eben informiert sind und die Mutter nicht noch während der Geburt ihren Partner oder ihre Partnerin anleiten muss, was jetzt als nächstes kommt und was jetzt wichtig ist.

Ich bitte Sie, diesen Anzug zu überweisen. Es geht um ein niederschwelliges Angebot. Ein Kurs ist viel niederschwelliger beispielsweise als die Lektüre von Fachliteratur. Da spreche ich ebenfalls aus eigener Erfahrung. Dieser Anzug schafft einen Anreiz. Gerade für gering Verdienende sind vielleicht diese 150 Franken eine zu grosse Hürde, und da wäre es eben wichtig, wenn wir als Kanton eine Unterstützung leisten könnten. Wenn man diese Idee mit den Gutscheinen umsetzen würde, bräuchte das sehr überschaubare Mittel. Wir haben in Basel-Stadt rund 2000 Geburten pro Jahr. Gehen wir davon aus, dass die Hälfte der werdenden Väter oder Partnerinnen der Mütter von diesem Angebot Gebrauch machen würden, würde uns das also rund 150’000 Franken kosten pro Jahr. Das sind genau 7,5 Prozent des Geschenks, dass Sie gestern dem Zolli gemacht haben. Dies zur Einordnung dieser Grössenordnung. Ich danke Ihnen, wenn Sie diesen Anzug überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Der Regierungsrat hat auch hier wirklich schon erklärt und ich will es jetzt einfach einmal wiederholen: Es gibt zwei mögliche Vorbereitungskurse. Das eine ist das rein medizinische, wo der Partner oder die Partnerin auch unterstützen kann bei einer Geburt. Aber das ist rein medizinisch. Und dann gibt es die edukativen Kurse, die es jetzt schon verbreitet gibt und auch von Privaten angeboten werden. Und dann gäbe es schon wieder im Markt eine Ungleichheit, weil ich Gutscheine nur von staatlich subventionierten Geschichten mache, dann habe ich auch das Probleme und auch die ganze Bürokratie. Wem gebe ich es jetzt genau, wer sorgt für die Gutscheine? Wer hat diese zu Gute und wie meldet man sich? Das ist ein riesiger Monster, das wir da kreieren für welches Ergebnis? Es steht ja nirgends, dass edukative Kurse wirklich dazu beitragen, aber es ist einfach eine Selbstverständlichkeit, die man aus Eigenverantwortung übernimmt, vielleicht auch aufgrund vorheriger Generationen. Und die Geburt hat sich vielleicht schon eine wenig geändert. Ich kann mich auch noch erinnern, ich bin nämlich auch mit vor 26 Jahren, und da habe ich mich ziemlich alleine gefühlt, weil ich der einzige Mann gewesen bin unter schwer atmenden Schwangeren in diesem Raum und ich habe mich eher als Fremdkörper dort gefühlt, ganz ehrlich gesagt, weil ich dort mitgeatmet habe und habe eigentlich auch nicht genau gewusst, wieso ich jetzt mitatme. Aber das war vor 26 Jahren und das hat sich sicher auch geändert.

Der Regierungsrat hat gesagt, eines ist das Edukative, das man vielleicht eher unserer allgemeinen Bildung überlässt, wie eine Geburt halt vonstatten gehen soll oder wie man auch als Mann oder als Partnerin oder als Partner da mithelfen kann. Und das andere ist das rein Medizinische und beim rein Medizinischen macht es wirklich total Sinn. Und darum finde ich den Anzug jetzt wirklich völlig unnötig und wieder einmal mehr eine Verschwendung des viel zu grossen Wohlstands und wir würden lieber das Geld wirklich dort einsetzen, wo wir es wirklich brauchen.

Darum, die LDP lehnt sogar eine erste Überweisung dieses Anzugs zurück.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir sind bei der Anzugstellerin Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Es ist speziell jetzt das Schlusswort zu dieser Debatte halten zu können. Wir haben jetzt zwei Anzüge zum Thema Männer und Gleichstellung diskutiert und was ich jetzt eben auch gerade beobachtet habe, ist eben das, was so wichtig ist in diesem Gleichstellungsthema, nämlich dass sich die Diskussionen weiterentwickeln und Männer eben auch das Thema für sich zu «ownen» und anders damit umzugehen beginnen.

Darum möchte ich noch kurz auf den einen Punkt eingehen, der in der vorherigen Debatte genannt wurde, dass nämlich, wenn wir über geschlechterreflektierte Männerarbeit beginnen zu sprechen, Männer unter Generalverdacht gestellt würden oder dass wir anstatt zu vereinen jetzt spalten. Da möchte ich jetzt schon einfach nochmals kritisch aufwerfen, dass wir in unserer Gesellschaft halt tatsächlich viel Gewalt haben und dass viel verlinkt ist mit Männlichkeitsvorstellungen, und dass diese Gewalt unsere Gesellschaft spaltet und nicht das Benennen der Ursachen von Gewalt, die wir natürlich alle gemeinsam angehen müssen.

Männer und Gleichstellung als Windows Update sich vorzustellen, also als etwas, das eigentlich selbstverständlich sein müsste, fände ich auch schön, wenn es denn so wäre. Aber ich finde gerade jetzt wieder bei dem Verständnis der Geburtsvorbereitungskurse, das jetzt auch von der Regierung hier vertreten wurde, sieht man halt wieder, dass es doch immer noch so stark in den Köpfen verankert ist, dass die Geburt etwas ist, das vor allem die Frauen betrifft. Wenn Sie die Geburtsvorbereitungskurse am Unispital von heute anschauen, sind diese heute vorwiegend auf Paare ausgerichtet, also von sechs Abendterminen sind bei vier Abendterminen die Männer dabei, die Fachpersonen haben heute auch schon erkannt, dass es dann bei diesen Geburtsvorbereitungskursen ganz wichtig ist, auch Gefässe zu haben, wo Männer auch untereinander sprechen und reflektieren. Damit Männer während der Geburt, diesem Extremereignis, emotionale und praktische Unterstützung leisten können, müssen auch sie wirklich all das Know-how haben, wie so eine Geburt abläuft, denn sonst ist man einfach im Gebärsaal und komplett überfordert von der Situation, die halt einfach eine Überforderung ist. Und die Geburtsvorbereitungskurse helfen eben genau, aus einer Überforderung wieder in eine Handlungsfähigkeit zu kommen. Und deshalb ist es eben wirklich sehr wohl im Interesse der Frauen, wenn ich eine Person an meiner Seite habe, die weiss, was passiert, die nicht einfach Angst kriegt, sondern wirklich begleitend und unterstützend ist. Dann ist das sehr wohl eine sehr wichtige Rolle.

Und einfach um es noch einmal zu sagen: Die Idee, dass Frauen alleine gebären gemeinsam mit den Hebammen und Ärztinnen im Spital, ist eine sehr neue Idee. Früher fand eine Geburt immer eingebettet statt, Mütter, Schwester, Freundinnen und hatten eine wichtige Rolle, und jetzt sind wir in einer sich verändernden Gesellschaft und deshalb ist es eben auch so wichtig, dass auch die Väter diese aktive Rolle übernehmen.

Dann zur Aussage, dass dies irgendwie kompliziert sei: die Idee ist ja, dass dieser Gutschein auch ein Kampagnenelement ist, um über das Thema Vaterschaft zu sprechen. Natürlich muss man dann schauen, ob man einfach gewisse Anbieter auswählt wie zum Beispiel das Unispital, wo dann diese Gutscheine eingelöst werden können, oder eben auch gerade Anbieter, die spezifisch für Väter Geburtsvorbereitungskurse machen. Das sollte jetzt wirklich nicht so kompliziert sein.

Es gibt viele Studien, die halt einfach zeigen, dass ein ganz früher Einbezug von Väter ab Beginn der Schwangerschaft ihr väterlichen Engagement über die Jahre hinweg beeinflussen. Auch in meiner persönlichen Erfahrung, beim Gang eben durch diese Institution, habe ich immer wieder gemerkt, dass der Fokus sehr stark auf den Frauen ist und die Männer immer wieder um Aufmerksamkeit kämpfen müssen und die Institutionen, wie sie funktionieren, die Paare ein bisschen hineindrängen in traditionelle Rollen.

Ich habe jetzt eben viele Unterschriften auch von Vätern hier drin gesammelt und würde mich freuen, wenn Sie sich entscheiden, den Anzug zu überweisen und wir deshalb auch als Grosser Rat einen Schritt machen können, um an diesen immer noch stereotypen und starren Erwartungen an die männliche Vaterschaft zu rütteln.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie eine Frage von Johannes Sieber beantworten? Die Zwischenfrage wird angenommen.

Johannes Sieber (GLP): Ich wollte wissen, ob sich bei der SP auch Männer mit Gleichstellung befassen und Anzüge zu diesem Thema einreichen dürften.

Barbara Heer (SP): Selbstverständlich und das tun sie. Wir hatten jetzt eine wirklich männerdominierte Debatte und ich habe mich bemüht, kurz zu sein, um nicht die Männer zu konkurrieren, die jetzt hier ihre Redezeit schön genutzt haben .

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat möchte den Anzug nicht entgegennehmen. Wir stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 34 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005371, 19.12.24 17:41:00]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird überwiesen mit 53 Ja-Stimmen gegen 34 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

68. Anzug 46 Christine Keller und Konsorten betreffend Förderung, Stärkung und Anerkennung von Freiwilligenarbeit und freiwilligem Engagement durch einen kantonalen Freiwilligenausweis (gestützt auf das Generationenleitbild der Basler Alterskonferenz)

[19.12.24 17:41:15, 24.5422.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Warum ist die LDP gegen die Überweisung des Anzuges von Christine Keller? Ich habe es nicht verstanden, denn ich verstehe freiwillige Arbeit so, dass dies auf Freiwilligkeit basiert, auf selbstbestimmter Entscheidung, anderen helfen zu können. Und das – und das ist das Entscheidende – immer ohne irgend etwas Materielles oder einen extrinsischen Anreiz, der mich dazu führt, dass ich Freiwilligenarbeit leiste.

Ein offizieller Ausweis könnte das Freiwillige und das Altruistische, das dahintersteckt in dieser in Basel hochgelobten Arbeit, kompromittiert werden und in Frage gestellt werden. Das ist dann wie so eine institutionelle Überregulierung, die das Engagement vom Einzelnen und von der Einzelnen beeinflusst. Die primäre Motivation einer solchen Freiwilligenarbeit könnte auch untergraben werden aus dem reinen Wunsch nach Hilfe und Solidarität. Und auch da wieder enorm viel Bürokratie.

In welcher Form soll denn das geschehen, dass man dann gratis in den Zolli geht oder dass man gratis ins Theater geht oder dass man reduziert dort und dort hingeht. Auch da wieder Staat und Privat, die gegeneinander ausgespielt werden für nichts. Ich sehe den Sinn dahinter nicht.

Ein Freiwilligenausweis mit vergünstigten Eintritten oder Sonderaktionen könnte einfach die Freiwilligenarbeit zunehmend abhängig machen sogar von staatlichen Anreizen und das wollen wir doch nicht. Wir wollen doch einfach das, was die Menschen aus Altruismus heute bei uns im Kanton machen eher fördern und fordern, aber nicht durch Gutscheine und nicht durch Anreize. Denn die Anreize bestehen ja schon und dann wäre es schon fast nicht mehr freiwillig.

Es ist für mich einfach eine Entwertung der Freiwilligenarbeit schlussendlich und die LDP und auch die SVP, in deren Namen ich auch sprechen darf, lehnen die Überweisung des Anzugs ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Anzugsstellerin hat das Schlusswort.

Christine Keller (SP): Das ist jetzt schade, dass Raul Furlano die Absicht dieses Anzuges so versteht, dass das zu einer Entwertung der Freiwilligenarbeit führt. Es ist natürlich das Gegenteil der Fall. Wir haben im Anzug ausgeführt, dass die Gesellschaft sehr angewiesen ist auf diese Freiwilligenarbeit, und diese ist sehr wohl nicht nur im Interesse der Menschen, die vielleicht im Rahmen solch eines Einsatzes betreut werden, sondern immer auch im Interesse der freiwilligen Person, die dadurch auch Einblick in Arbeitsbereiche erhält, in meinem Fall in ein Palliativspital, die sie sonst nicht erhalten würde. Und selbstverständlich macht man das freiwillig und das würde doch nicht korrumpiert durch einen vielleicht zu 10 Prozent vergünstigten Eintritt. Ich sage jetzt vielleicht lieber nicht in den Zoo, sondern in ein Museum, aber selbstverständlich darf auch der Zoo dabei mitmachen, wenn er das dann will.

Es geht geht aber darum, einen Anreiz zu setzen. Es gibt schon einen Anreiz, den Prix Schappo, aber ich glaube, es würde wirklich nicht schaden, wenn da noch mehr dazu käme. Ich habe es im Anzug geschrieben, es ist einer derjenigen Vorstösse, die in Zusammenarbeit mit der Basler Alterskonferenz zustande kam, und eben ein Generationenleitbild, weil gerade die Freiwilligenarbeit eine Brücke schlägt zwischen oft jüngeren, freiwillig Helfenden und der älteren Generation, die mindestens im Sozialbereich darauf besonders angewiesen ist. Was den immer wieder befürchteten bürokratischen Aufwand betrifft, so ist zu sagen, es im Präsidialdepartement bereits diese Koordinationsstelle gibt und ich denke, der Aufwand, den sie nun betreiben müsste, um aufgrund einer Bestätigung der Institution, dass jemand eine Stunde oder zwei Stunden pro Woche (die Grenze wäre zu definieren) freiwillig tätig ist, den Anspruch auf so eine Karte zu geben, wie wir sie ja schon kennen mit dem Familienpass oder bei der Kulturlegi, ist nicht so gross. Wir fanden das eine gute Idee.

Es steht auch immer wieder die die Idee der Steuerabzüge, der Zeitspenden im Raum. Mal abgesehen davon, dass dies kantonal nicht geht aufgrund des Steuerharmonisierungsgesetzes, könnte man da eher von Lohn sprechen. Aber hier geht es ganz offensichtlich auch einfach um eine weitere Anerkennung. Wir haben das natürlich auch mit GGG Benevol abgesprochen. Die finden das eine gute Idee, der bürokratische wie auch der finanzielle Aufwand würden sich ganz sicher in Grenzen halten. Vielleicht würden sich dann auch Private, vielleicht sogar Beizen, private Kulturveranstalter gerne anschliessen und sagen, doch Freiwillige willkommen bei uns, mit dem Ausweis habt ihr eine kleine Vergünstigung. Das gibt dann wieder einen Werbeeffekt.

Ich danke der Regierung, dass sie das prüfen will. Ich bitte Sie, den Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung des Anzugs wird bestritten von Raoul Furlano. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 35 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005373, 19.12.24 17:48:27]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird überwiesen mit 52 Ja-Stimmen gegen 35 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

69. Anzug 47 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Förderung von Literatur für Kinder und Jugendliche

[19.12.24 17:48:39, 24.5447.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen vorliegen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Sie sind auf den Anzug eingetreten.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

70. Anzug 48 Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend die Bewirtschaftung öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur für E-Nutzfahrzeuge

[19.12.24 17:49:05, 24.5466.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen vorliegen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle unterbreche ich die Sitzung. Ich wünsche Ihnen wunderbare Feiertage und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Schluss der 46. Sitzung

17:49 Uhr

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 09:03:34
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ent	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ent
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	23	1	1	14	4	0	1	2	0	0
Nein	59	24	14	0	5	9	2	4	1	0
Ent	5	0	1	0	1	0	2	1	0	0
Abgestimmt	87	25	16	14	10	9	5	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	1	0	0	1
Nicht anwesend	10	4	2	1	1	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	90	25	16	14	10	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 09:05:30
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	82	24	16	14	10	6	5	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	3	0	0	0	0	3	0	0	0	0
Abgestimmt	86	24	16	14	10	9	5	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	0	0	1	1	0	0	1
Nicht anwesend	9	3	2	1	1	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	91	26	16	14	10	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 09:10:12
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	84	26	13	15	10	9	5	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	85	26	13	15	10	9	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	10	2	4	0	0	1	1	1	0	1
Nicht anwesend	5	1	1	0	1	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	95	28	17	15	10	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
24.0600

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 09:29:14

Geschäft Erneuerung der Staatsbeiträge an neun Trägerschaften im Bereich Armut und Überlebenshilfe für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	29	17	15	9	10	6	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	17	15	9	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	1	0	1	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	17	15	10	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
24.0600

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 09:29:52

Geschäft Erneuerung der Staatsbeiträge an neun Trägerschaften im Bereich Armut und Überlebenshilfe für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	28	17	15	9	10	6	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	17	15	9	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	1	0	1	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	17	15	10	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
24.0600

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 09:30:28

Geschäft Erneuerung der Staatsbeiträge an neun Trägerschaften im Bereich Armut und Überlebenshilfe für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	28	17	15	9	10	6	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	17	15	9	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	1	0	1	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	17	15	10	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
24.0600

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 09:31:08

Geschäft Erneuerung der Staatsbeiträge an neun Trägerschaften im Bereich Armut und Überlebenshilfe für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ent	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	27	17	15	9	10	6	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	17	15	9	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	1	0	1	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	17	15	10	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
24.0600

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 09:31:46

Geschäft Erneuerung der Staatsbeiträge an neun Trägerschaften im Bereich Armut und Überlebenshilfe für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	29	17	15	9	10	6	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	17	15	9	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	1	0	1	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	17	15	10	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
24.0600

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 09:32:23

Geschäft Erneuerung der Staatsbeiträge an neun Trägerschaften im Bereich Armut und Überlebenshilfe für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	29	17	15	9	9	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	93	29	17	15	9	9	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	1	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	1	0	1	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	17	15	10	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
24.0600

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 09:33:02

Geschäft Erneuerung der Staatsbeiträge an neun Trägerschaften im Bereich Armut und Überlebenshilfe für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	28	17	14	10	10	6	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	17	14	10	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	1	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	0	1	0	0	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	17	15	11	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
24.0600

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 09:33:39

Geschäft Erneuerung der Staatsbeiträge an neun Trägerschaften im Bereich Armut und Überlebenshilfe für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	28	17	15	10	10	6	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	28	17	15	10	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	0	1	0	0	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	17	15	11	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
24.0600

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 09:34:15

Geschäft Erneuerung der Staatsbeiträge an neun Trägerschaften im Bereich Armut und Überlebenshilfe für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	94	29	17	15	10	10	6	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	17	15	10	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	0	1	0	0	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	17	15	11	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
24.0710

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 09:45:49

Geschäft Finanzhilfen für präventive und niederschwellige Tagesstrukturangebote der Stiftung Rheinleben für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ent
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	90	28	16	15	8	10	6	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	16	15	8	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	0	1	0	3	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	0	1	0	0	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	17	15	11	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
24.0710

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 09:46:35

Geschäft Finanzhilfen für präventive und niederschwellige Tagesstrukturangebote der Stiftung Rheinleben für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ent
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	88	27	16	14	8	10	6	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	28	16	14	8	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	7	1	1	1	3	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	0	1	0	0	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	17	15	11	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
24.0185

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 10:58:19

Geschäft Areal Tennisclub Old Boys, Schützenmatte West, Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich St. Galler-Ring, Neubadstrasse, General Guisan-Strasse, Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ent	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ent	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ent	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ent	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ent	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	39	27	12	0	0	0	0	0	0	0
Nein	49	0	0	14	11	10	6	7	1	0
Ent	7	2	5	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	17	14	11	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	0	1	0	0	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	17	15	11	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
24.0185

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 10:59:39

Geschäft Areal Tennisclub Old Boys, Schützenmatte West, Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich St. Galler-Ring, Neubadstrasse, General Guisan-Strasse, Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ent	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ent	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ent	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ent	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ent	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ent	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ent	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ent
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ent
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ent
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ent
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ent
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ent
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ent
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ent
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ent	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ent	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ent	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ent	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ent	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ent	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ent	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ent	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ent	Mazzotti Sasha (SP)	Ent
Hanauer Raffaela (GAB)	Ent	Roth Franziska (SP)	Ent
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ent	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ent	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	59	1	8	15	11	10	6	7	1	0
Nein	5	0	5	0	0	0	0	0	0	0
Ent	31	27	4	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	17	15	11	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	0	1	0	0	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	17	15	11	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
23.1770

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 11:37:28

Geschäft Teilrevision des Bau- und Planungsgesetzes im Hinblick auf die Übernahme des Winterdienstes auf Trottoirs durch die öffentliche Hand sowie betreffend Ausgabenbewilligung für die Beschaffung von Winterdienstaggregaten (Pflüge und Salzstreuer) und die Durchführung des Winterdienstes auf Trottoirs der Stadt Basel durch die öffentliche Hand. Beri

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ent
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ent
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	74	29	17	9	8	6	5	0	0	0
Nein	15	0	0	5	3	2	0	5	0	0
Ent	4	0	0	1	0	1	1	1	0	0
Abgestimmt	93	29	17	15	11	9	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	5	0	1	0	0	1	2	0	1	0
Stimmberechtigt	95	29	17	15	11	9	6	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
23.1770

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 11:38:28

Geschäft Teilrevision des Bau- und Planungsgesetzes im Hinblick auf die Übernahme des Winterdienstes auf Trottoirs durch die öffentliche Hand sowie betreffend Ausgabenbewilligung für die Beschaffung von Winterdienstaggregaten (Pflüge und Salzstreuer) und die Durchführung des Winterdienstes auf Trottoirs der Stadt Basel durch die öffentliche Hand. Beri

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ent
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ent	Hettich Daniel (LDP)	Ent
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	72	29	16	7	8	6	5	1	0	0
Nein	17	0	0	7	3	2	0	5	0	0
Ent	4	0	1	1	0	1	1	0	0	0
Abgestimmt	93	29	17	15	11	9	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	5	0	1	0	0	1	2	0	1	0
Stimmberechtigt	95	29	17	15	11	9	6	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
24.1323

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 11:43:27
Geschäft Ausgabenbewilligung Friedhof am Hörnli – Zaun- und Tormanagement, Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	89	28	15	15	10	9	6	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	28	15	15	10	9	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	5	0	2	0	1	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	6	1	1	0	0	1	2	0	1	0
Stimmberechtigt	94	28	17	15	11	9	6	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
24.1380

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 11:46:40

Geschäft Ausgabenbewilligung Elektromobilität in der Stadtgärtnerei; Ersatz von zwei vollelektrischen Hubarbeitsbühnen; Ersatz eines vollelektrischen multifunktionalen Geräteträgers, Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	80	24	14	14	9	8	6	5	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	80	24	14	14	9	8	6	5	0	0
Nicht abgestimmt	12	3	3	1	1	1	0	2	0	1
Nicht anwesend	8	2	1	0	1	1	2	0	1	0
Stimmberechtigt	92	27	17	15	10	9	6	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
24.0772

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 12:01:27

Geschäft Neubau Kunstrasen und Erneuerung der Beleuchtung auf der Sportanlage Rankhof – Erhöhung der Ausgabenbewilligung aufgrund neuer Gegebenheiten, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	87	28	16	14	8	8	6	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	28	16	14	8	8	6	7	0	0
Nicht abgestimmt	4	0	1	0	2	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	9	1	1	1	1	2	2	0	1	0
Stimmberechtigt	91	28	17	14	10	8	6	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
24.0772

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 14:28:30

Geschäft Neubau Kunstrasen und Erneuerung der Beleuchtung auf der Sportanlage Rankhof – Erhöhung der Ausgabenbewilligung aufgrund neuer Gegebenheiten, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Bollack Lukas (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht anwesend
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nicht anwesend	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht anwesend	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nicht anwesend	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GAB)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nicht anwesend	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP, P)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nicht anwesend	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend		
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht abgestimmt	17	6	5	1	2	1	0	2	0	0
Nicht anwesend	82	23	13	14	9	9	8	5	1	0
Stimmberechtigt	18	6	5	1	2	1	0	2	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
24.1065

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 16:12:31

Geschäft Erneuerung des Staatsbeitragsvertrags zwischen dem Kanton Basel-Stadt und den Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel für die Modellprojekte Home Treatment High Utilizer und Home Treatment bei Übergangsbehandlung nach stationärer Behandlung für das Jahr 2025, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	86	25	14	14	10	10	6	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	86	25	14	14	10	10	6	7	0	0
Nicht abgestimmt	9	4	3	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	0	1	0	1	0	2	0	1	0
Stimmberechtigt	95	29	17	15	10	10	6	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
24.0713

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 16:22:21

Geschäft Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB) - Genehmigung der Jahresrechnung 2023;Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der IGPK UKBB

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	86	28	12	13	11	10	5	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	28	12	14	11	10	5	7	0	0
Nicht abgestimmt	9	1	5	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	1	0	0	0	2	0	1	0
Stimmberechtigt	96	29	17	15	11	10	6	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 12**
23.0849

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 16:27:38

Geschäft Nachtragskredit für das Jahr 2024 betreffend Staatsbeiträge für 20 Trägerschaften der Quartierarbeit in den Jahren 2024 bis 2027, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ent
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	74	24	16	11	9	8	5	1	0	0
Nein	4	0	0	0	1	0	0	3	0	0
Ent	6	0	0	2	1	0	0	3	0	0
Abgestimmt	84	24	16	13	11	8	5	7	0	0
Nicht abgestimmt	12	5	1	2	0	2	1	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	1	0	0	0	2	0	1	0
Stimmberechtigt	96	29	17	15	11	10	6	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
24.0640

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 16:55:27
Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Basler Papiermühle für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	71	29	16	14	1	6	5	0	0	0
Nein	22	0	0	1	10	3	1	7	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	16	15	11	10	6	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	1	0	0	0	2	0	1	0
Stimmberechtigt	96	29	17	15	11	10	6	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
24.0640

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 16:56:40
Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Basler Papiermühle für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ent		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	29	16	15	10	10	6	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	16	15	11	10	6	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	1	0	0	0	2	0	1	0
Stimmberechtigt	96	29	17	15	11	10	6	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 18**
24.5478

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 17:51:22

Geschäft Antrag 1 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend höhere Sicherheit für die Bevölkerung durch effizientere Bekämpfung der Kriminalität

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	44	0	0	13	10	10	4	7	0	0
Nein	48	28	17	0	1	0	2	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	28	17	13	11	10	6	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	2	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	1	0	0	0	2	0	1	0
Stimmberechtigt	95	28	17	15	11	10	6	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 19**
24.5430

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 20:15:05
Geschäft Motion 1 Oliver Thommen und Konsorten für ein Grundrecht der digitalen Integrität

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	65	26	17	0	1	10	6	5	0	0
Nein	25	0	0	15	9	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	91	26	17	15	10	10	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	6	2	1	0	1	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	94	27	17	15	10	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 20**
24.5463

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 20:38:12
Geschäft Motion 2 Michael Hug und Konsorten betreffend 10-Minuten-Nachbarschaften für Basel

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ent	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	64	27	4	15	0	10	6	2	0	0
Nein	24	0	10	0	9	0	0	4	1	0
Ent	4	0	3	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	17	15	10	10	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	6	2	1	0	1	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	94	27	17	15	10	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 21**
24.5464

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 20:52:20
Geschäft Motion 3 Heidi Mück und Konsorten betreffend Vision Zero in der Basler Verkehrsplanung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ent
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	52	27	17	0	0	2	6	0	0	0
Nein	39	0	0	15	10	7	0	6	1	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	17	15	10	10	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	6	2	1	0	1	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	94	27	17	15	10	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.5465

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 21:06:52
Geschäft Motion 4 Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Schulwegsicherheit rasch und konkret umsetzen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ent		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	53	27	17	1	0	3	5	0	0	0
Nein	36	0	0	14	9	6	0	6	1	0
Ent	2	0	0	0	1	1	0	0	0	0
Abgestimmt	91	27	17	15	10	10	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	0	1	1	0	1
Nicht anwesend	6	2	1	0	1	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	94	27	17	15	10	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 23**
24.5211

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 21:18:34

Geschäft Anzug 1 Heidi Mück und Konsorten betreffend stärkere Sensibilisierung der Lehrpersonen für geschlechtsunabhängige Leistungseinschätzung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	55	27	17	0	1	5	5	0	0	0
Nein	36	0	0	15	9	5	0	6	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	27	17	15	10	10	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	0	1	1	0	1
Nicht anwesend	6	2	1	0	1	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	94	27	17	15	10	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 24**
24.5212

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 21:38:31

Geschäft Anzug 2 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Verbesserung der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen sowie Chancengleichheit an der Universität Basel

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	47	27	15	0	0	0	5	0	0	0
Nein	41	0	0	14	10	10	0	6	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	89	27	15	14	10	10	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	2	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	7	2	1	1	1	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	93	27	17	14	10	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 25**
24.5213

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 21:44:12

Geschäft Anzug 3 Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Unterstützung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit finanziellen Schwierigkeiten durch frühzeitige Information über bestehende Hilfs- und Beratungsangebote in Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	83	27	17	14	7	9	6	3	0	0
Nein	6	0	0	0	3	0	0	2	1	0
Ent	2	0	0	0	0	1	0	1	0	0
Abgestimmt	91	27	17	14	10	10	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	7	2	1	1	1	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	93	27	17	14	10	10	6	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 26**
24.5214

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 22:05:54
Geschäft Anzug 4 Oliver Thommen und Konsorten betreffend die Beantwortung von Interpellationen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ent
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	52	0	15	10	10	9	4	3	1	0
Nein	31	27	0	1	0	0	1	2	0	0
Ent	3	0	0	2	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	86	27	15	13	10	10	5	5	1	0
Nicht abgestimmt	6	0	2	1	0	0	1	1	0	1
Nicht anwesend	8	2	1	1	1	0	2	1	0	0
Stimmberechtigt	92	27	17	14	10	10	6	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 28**
24.5224

Abstimmungsdatum 11. Dezember 2024 22:28:46

Geschäft Anzug 6 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Evaluation und möglicher Anpassung des Taxigesetzes

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ent	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	64	27	17	4	1	9	6	0	0	0
Nein	23	0	0	8	9	1	0	5	0	0
Ent	2	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	27	17	14	10	10	6	5	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	9	2	1	1	1	0	2	1	1	0
Stimmberechtigt	91	27	17	14	10	10	6	6	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 94**
24.5488

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2024 11:18:53

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ent
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ent	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ent
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ent
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	13	0	0	0	8	1	2	1	1	0
Nein	75	29	17	15	2	7	5	0	0	0
Ent	7	0	0	0	0	0	1	6	0	0
Abgestimmt	95	29	17	15	10	8	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	0	1	2	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	29	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 94**
24.5488

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2024 11:26:38

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Ent
Thommen Oliver (GAB)	Ent
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ent
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ent
Bollack Lukas (GLP)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Feurer Anouk (GAB)	Nicht abgestimmt
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	2	0	1	0	0	0	0	0	1	0
Nein	83	27	12	13	9	8	7	7	0	0
Ent	5	0	2	0	2	1	0	0	0	0
Abgestimmt	90	27	15	13	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	9	2	2	2	0	1	1	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	29	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 94**
24.5488

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2024 11:27:21

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	19	0	0	5	6	1	0	7	0	0
Nein	75	29	17	8	5	9	7	0	0	0
Ent	3	0	0	1	0	0	1	0	1	0
Abgestimmt	97	29	17	14	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	29	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 94**
24.5488

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2024 11:34:27

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	33	0	0	13	10	3	0	7	0	0
Nein	63	29	17	2	1	7	7	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	97	29	17	15	11	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	29	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 94**
24.5488

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2024 11:43:04

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	17	0	0	6	9	0	0	2	0	0
Nein	79	29	17	8	2	10	8	5	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	97	29	17	14	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	29	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 94**
24.5488

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2024 11:53:44

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	2	0	0	1	0	0	0	1	0	0
Nein	91	27	17	13	10	10	8	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	27	17	14	10	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	1	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	29	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 94**
24.5488

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2024 11:56:34

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht anwesend	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	88	26	14	14	11	9	8	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	26	14	14	11	9	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	8	3	2	1	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	3	0	2	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	16	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 94**
24.5488

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2024 15:55:43

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ent		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	94	28	17	15	9	10	8	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	2	0	0	0	2	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	28	17	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	29	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 94**
24.5488

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2024 15:56:30

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ent	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ent
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	32	26	6	0	0	0	0	0	0	0
Nein	62	0	11	15	11	10	8	7	0	0
Ent	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	28	17	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	29	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 94**
24.5488

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2024 16:15:01

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	92	27	17	14	11	10	7	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	27	17	14	11	10	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	1	0	1	0	0	1	1	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 94**
24.5488

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2024 16:17:59

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	26	16	14	11	10	8	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	26	16	14	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	6	3	1	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	29	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 94**
24.5488

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2024 16:20:26

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	96	29	17	14	11	10	8	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	29	17	14	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	29	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 94**
24.5488

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2024 16:24:32

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ent	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ent
Bucher Erich (FDP)	Ent	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ent
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	75	28	11	11	1	10	8	6	0	0
Nein	12	0	2	1	9	0	0	0	0	0
Ent	8	0	4	1	1	0	0	1	1	0
Abgestimmt	95	28	17	13	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	2	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	29	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 95**
24.0748

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2024 16:30:26

Geschäft Teilrevision des Gesetzes betreffend Einreihung und Entlöhnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons Basel-Stadt vom 18. Januar 1995 (Lohngesetz, SG 164.100) betreffend gesetzliche Grundlage für Lohnnebenleistungen, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	90	28	16	12	10	9	8	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	91	28	16	12	10	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	8	1	1	3	1	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	99	29	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 97**
23.1578

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2024 17:28:02

Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Zoo Basel für die Jahre 2025 bis 2028 sowie Nachtragskredit für 2025, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ent
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Ent	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ent	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	58	1	10	14	11	9	6	7	0	0
Nein	33	28	3	1	0	0	0	0	1	0
Ent	6	0	5	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	97	29	18	15	11	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	0	2	0	0	1
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	29	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 97**
23.1578

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2024 17:29:20

Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Zoo Basel für die Jahre 2025 bis 2028 sowie Nachtragskredit für 2025, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ent
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ent	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ent	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	31	28	3	0	0	0	0	0	0	0
Nein	59	0	10	15	11	9	7	7	0	0
Ent	7	0	5	0	0	1	0	0	1	0
Abgestimmt	97	28	18	15	11	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	29	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 97**
23.1578

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2024 17:30:09

Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Zoo Basel für die Jahre 2025 bis 2028 sowie Nachtragskredit für 2025, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ent
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ent
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	25	18	15	11	9	7	7	0	0
Nein	2	1	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	3	2	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	97	28	18	15	11	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	29	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 98**
24.0701

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 09:31:46
Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Kaserne Basel für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	16	0	0	3	11	1	0	0	1	0
Nein	81	29	17	12	0	8	8	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	29	17	15	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	17	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 98**
24.0701

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 09:32:42
Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Kaserne Basel für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	38	0	0	14	11	4	3	6	0	0
Nein	57	28	17	1	0	5	5	1	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	96	28	17	15	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	17	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 98**
24.0701

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 09:33:36
Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Kaserne Basel für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	42	0	0	14	11	5	7	5	0	0
Nein	54	29	17	1	0	4	1	2	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	97	29	17	15	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	17	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 98**
24.0701

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 09:34:21
Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Kaserne Basel für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ent
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ent
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ent	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ent
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	71	29	17	9	0	6	8	2	0	0
Nein	16	0	0	5	10	0	0	0	1	0
Ent	10	0	0	1	1	3	0	5	0	0
Abgestimmt	97	29	17	15	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	17	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 32**
24.5251

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 09:41:12
Geschäft Anzug 10 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Verkehrssicherheit in der Peter Merian-Strasse

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	78	28	17	12	1	7	7	6	0	0
Nein	10	0	0	0	9	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	28	17	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	9	1	0	2	1	2	1	1	0	1
Nicht anwesend	3	0	1	1	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	17	14	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 35**
24.5256

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 10:01:12

Geschäft Anzug 13 Laurin Hoppler und Konsorten betreffend Einführung eines Thementags zur direkten Demokratie an den Volksschulen in Basel-Stadt unter Nutzung von neuen und bestehenden Angeboten

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ent

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	56	26	16	6	0	0	8	0	0	0
Nein	34	0	0	8	10	8	0	7	1	0
Ent	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	26	16	14	11	8	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	7	3	1	1	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	17	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 37**
24.5264

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 10:08:55

Geschäft Anzug 15 Fleur Weibel und Konsorten betreffend niederschwellige und zeitgemässe Informationen für alle Familien

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	65	29	17	7	0	5	7	0	0	0
Nein	29	0	0	7	11	4	0	7	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	95	29	17	14	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	17	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 38**
24.5265

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 10:26:24
Geschäft Anzug 16 Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Einrichtung eines Gender-Medizin-Instituts in Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	53	28	17	0	0	0	8	0	0	0
Nein	41	0	0	14	11	9	0	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	28	17	14	11	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	1	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	2	0	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	17	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 39**
24.5266

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 10:33:18
Geschäft Anzug 17 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend “Ein Bus” für Basel

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ent
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	56	28	16	0	0	5	7	0	0	0
Nein	34	0	0	14	10	3	0	7	0	0
Ent	3	0	0	0	0	1	1	0	1	0
Abgestimmt	93	28	16	14	10	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	1	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	0	1	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	17	15	10	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 40**
24.5267

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 10:48:38

Geschäft Anzug 18 Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Entlastung der Lehrpersonen durch «Supportteams Elternarbeit»

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ent
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ent
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nicht abgestimmt
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ent
Sieber Johannes (GLP)	Nein
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	15	0	6	0	0	1	1	7	0	0
Nein	74	29	8	15	10	6	5	0	1	0
Ent	3	0	2	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	92	29	16	15	10	7	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	0	1	0	0	2	1	0	0	1
Nicht anwesend	3	0	1	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	17	15	10	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 41**
24.5268

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 10:58:49
Geschäft Anzug 19 Michela Seggiani und Konsorten betreffend Haus der Vereine in Basel

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	55	28	17	2	0	1	7	0	0	0
Nein	39	0	0	13	10	8	0	7	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	28	17	15	10	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	3	0	1	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	17	15	10	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 42**
24.5269

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 11:01:17

Geschäft Anzug 20 Melanie Eberhard und Konsorten betreffend geschlechtsspezifischem Fokus bei der medizinischen Prävention und Nachsorge

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	77	27	15	13	0	8	7	7	0	0
Nein	12	0	0	1	10	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	27	15	14	10	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	8	2	2	1	0	1	1	0	0	1
Nicht anwesend	3	0	1	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	17	15	10	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 44**
24.5271

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 11:12:58

Geschäft Anzug 22 Patrick Fischer und Konsorten betreffend Überprüfung hoheitlicher Aufgaben zur Entlastung der Kantonspolizei

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ent	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	57	27	0	2	10	9	1	7	1	0
Nein	36	0	16	13	0	0	7	0	0	0
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	27	17	15	10	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	28	17	15	10	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 46**
24.5298

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 11:28:04
Geschäft Anzug 24 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Zugang zu Informationen nach IDG

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ent	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ent
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	49	27	16	0	3	0	3	0	0	0
Nein	41	0	0	14	6	9	5	7	0	0
Ent	3	0	1	1	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	27	17	15	10	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	4	1	1	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	28	17	15	10	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 47**
24.5304

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 11:40:15

Geschäft Anzug 25 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Lohntransparenz bei Stellenausschreibungen für Stellen beim Kanton Basel-Stadt in Form eines Online-Gehaltsrechner und durch Angabe der Lohnklasse

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	56	28	17	1	0	2	8	0	0	0
Nein	39	0	0	14	10	7	0	7	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	17	15	10	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	28	17	15	10	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 48**
24.5305

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 14:53:40

Geschäft Anzug 26 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Hass, Beleidigungen, Abwertungen und Drohungen – schützt unser Kanton unsere Politiker:innen?

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend
Brigger René (SP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GAB)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht anwesend
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Nicht abgestimmt
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht anwesend
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht anwesend

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt
Bollack Lukas (GLP)	Nicht abgestimmt
Kühne Brigitte (GLP)	Nicht anwesend
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Urgese Luca (FDP)	Nicht anwesend
Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Nicht anwesend
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Mück Heidi (GAB)	Nicht anwesend
Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend
Weibel Fleur (GAB)	Nicht abgestimmt
Friedl Harald (GAB)	Nicht abgestimmt
Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Hettich Daniel (LDP)	Ent
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	2	1	0	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	3	2	0	1	0	0	0	0	0	0
Nicht abgestimmt	35	11	8	5	3	2	2	3	0	1
Nicht anwesend	62	16	10	9	8	8	6	4	1	0
Stimmberechtigt	38	13	8	6	3	2	2	3	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 48**
24.5305

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 15:07:25

Geschäft Anzug 26 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Hass, Beleidigungen, Abwertungen und Drohungen – schützt unser Kanton unsere Politiker:innen?

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sieber Johannes (GLP)	Ent
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	44	27	16	0	0	0	0	0	1	0
Nein	43	0	0	12	11	10	4	6	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0
Abgestimmt	89	27	16	12	11	10	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	2	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	2	2	1	0	0	2	1	0	0
Stimmberechtigt	92	27	16	14	11	10	6	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 49**
24.5308

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 15:27:15

Geschäft Anzug 27 Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend Solarstrom via IWB-Contracting-Vertrag auch auf Dachflächen von Einfamilienhäusern, Mehrfamilienhäusern und Genossenschaften

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	33	0	16	0	0	10	7	0	0	0
Nein	59	28	0	14	11	0	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	28	16	14	11	10	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	28	17	14	11	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 50**
24.5309

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 15:45:29

Geschäft Anzug 28 Leoni Bolz und Konsorten betreffend Vermittlung fürsorgerischer Zwangsmassnahmen in den Schulen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	53	25	17	1	0	1	8	0	1	0
Nein	35	0	0	12	11	7	0	5	0	0
Ent	2	0	0	0	0	1	0	1	0	0
Abgestimmt	90	25	17	13	11	9	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	3	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	1	1	0	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	28	17	14	11	9	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 51**
24.5319

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 15:52:50
Geschäft Anzug 29 Anouk Feurer und Konsorten betreffend Kleinkinder und Bildschirme

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	74	26	17	11	3	8	7	2	0	0
Nein	13	0	0	2	8	0	0	2	1	0
Ent	2	0	0	0	0	0	0	2	0	0
Abgestimmt	89	26	17	13	11	8	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	6	1	1	1	0	2	0	1	0	0
Stimmberechtigt	94	28	17	14	11	8	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 53**
24.5342

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 15:57:33

Geschäft Anzug 31 Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Markierung von sicheren Fussgänger Übergängen bei Tram-Haltestellen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	78	25	17	13	1	8	8	6	0	0
Nein	10	0	0	0	9	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	25	17	13	10	8	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	1	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	1	1	0	2	0	1	0	0
Stimmberechtigt	93	27	17	14	11	8	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 55**
24.5403

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 16:03:51
Geschäft Anzug 33 Eric Weber betreffend Freikarten für Grossräte für den Eurovision Song Contest in Basel

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	3	0	0	0	0	0	2	0	1	0
Nein	78	23	13	12	11	8	6	5	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	81	23	13	12	11	8	8	5	1	0
Nicht abgestimmt	12	4	4	2	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	7	2	1	1	0	2	0	1	0	0
Stimmberechtigt	93	27	17	14	11	8	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 56**
24.5404

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 16:06:20
Geschäft Anzug 34 Eric Weber betreffend Ordnung im Grossen Rat

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	70	17	12	12	11	7	7	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	71	17	12	12	11	7	7	4	1	0
Nicht abgestimmt	22	10	5	2	0	1	1	2	0	1
Nicht anwesend	7	2	1	1	0	2	0	1	0	0
Stimmberechtigt	93	27	17	14	11	8	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 57**
24.5405

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 16:20:05

Geschäft Anzug 35 Amina Trevisan und Konsorten betreffend «Wohnen für Hilfe» - intergenerationales Projekt gegen Wohnungsnot und Einsamkeit

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	52	27	17	0	0	1	6	0	1	0
Nein	37	0	0	13	11	7	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	90	27	17	13	11	8	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	1	1	0	2	0	1	0	0
Stimmberechtigt	93	27	17	14	11	8	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 59**
24.5407

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 16:35:56

Geschäft Anzug 37 Lukas Bollack und Konsorten betreffend die Anpassung der Praxis zur Einrichtung von Veloabstellplätzen in den Quartieren

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	54	27	16	0	0	4	7	0	0	0
Nein	33	0	1	13	11	3	0	5	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	27	17	13	11	7	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	6	0	0	1	0	1	1	1	1	1
Nicht anwesend	7	2	1	1	0	2	0	1	0	0
Stimmberechtigt	93	27	17	14	11	8	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 62**
24.5415

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 16:41:58

Geschäft Anzug 40 Daniel Sägesser und Konsorten betreffend «Fernwärme Basel2037» – Kehricht-Saisonspeicher + Wärmepumpen für die Basler Fernwärme

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ent
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ent	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ent	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ent
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ent	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ent	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ent	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	66	26	17	6	1	6	7	3	0	0
Nein	11	0	0	0	9	0	0	1	1	0
Ent	11	0	0	7	1	1	0	2	0	0
Abgestimmt	88	26	17	13	11	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	1	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	2	1	1	0	2	1	1	0	0
Stimmberechtigt	92	27	17	14	11	8	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 65**
24.5419

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 17:03:55
Geschäft Anzug 43 Fina Girard und Konsorten betreffend angemessene Löhne für Praktikant:innen der PH

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	46	27	17	0	0	1	0	0	0	1
Nein	45	0	0	14	10	7	7	6	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	27	17	14	10	8	7	6	1	1
Nicht abgestimmt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht anwesend	9	2	1	1	1	2	1	1	0	0
Stimmberechtigt	91	27	17	14	10	8	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 66**
24.5420

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 17:21:30

Geschäft Anzug 44 Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Kompetenzzentrum für geschlechterreflektierte Männerarbeit

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	51	27	17	0	0	1	6	0	0	0
Nein	37	0	0	14	10	7	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	27	17	14	10	8	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	10	2	1	1	1	2	1	1	1	0
Stimmberechtigt	90	27	17	14	10	8	7	6	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 67**
24.5421

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 17:40:39

Geschäft Anzug 45 Barbara Heer und Konsorten betreffend Gutscheine für werdende Väter für Geburtsvorbereitungskurse

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	53	27	17	0	1	1	7	0	0	0
Nein	34	0	0	14	9	6	0	5	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	88	27	17	14	10	8	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	11	2	1	1	1	2	1	2	1	0
Stimmberechtigt	89	27	17	14	10	8	7	5	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 68**
24.5422

Abstimmungsdatum 19. Dezember 2024 17:48:06

Geschäft Anzug 46 Christine Keller und Konsorten betreffend Förderung, Stärkung und Anerkennung von Freiwilligenarbeit und freiwilligem Engagement durch einen kantonalen Freiwilligenausweis (gestützt auf das Generationenleitbild der Basler Alterskonferenz)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	52	27	17	0	0	1	7	0	0	0
Nein	35	0	0	13	10	7	0	5	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	27	17	13	10	8	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	11	2	1	1	1	2	1	2	1	0
Stimmberechtigt	89	27	17	14	10	8	7	5	0	1

Protokoll

der 47. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 15. Januar 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	

Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung 2
2. Entgegennahme der neuen Geschäfte 3
3. Gesamterneuerungswahl des Regierungsrates und Wahl des Regierungspräsidiums für die Amtsperiode 2025–2029 vom 20. Oktober 2024 und vom 24. November 2024; Validierung, Schreiben des RR 4
4. Gesamterneuerungswahl der 100 Mitglieder des Grossen Rates für die Amtsperiode 2025–2029 vom 20. Oktober 2024; Validierung, Schreiben des RR 4
5. Rahmenausgabenbewilligung Kulturvermittlung Basel-Stadt für die Jahre 2025–2028/2030, Ausgabenbericht des RR 5
6. Wahlvorschlag zur Wahl einer nebenamtlichen Richterin am Appellationsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022-2027, Bericht der WVKo 7
7. Totalrevision des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen an Familien mit Kindern, Bericht der GSK 8
7.1. Anzug Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend eine soziale Wohnpolitik: das Instrument der Mietzinsbeiträge nutzen, Bericht der GSK 25
8. Staatsbeitrag für das Projekt Gastfamilien für Geflüchtete von GGG Benevol für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK 25
9. Luftreinhalteplan 2024 der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft - Partnerschaftliches Geschäft Bericht des RR 28
9.1. Anzug Oliver Thommen und Konsorten betreffend die Anpassung des Luftreinhalteplan zum Schutz der Bevölkerung, Bericht des RR 31
10. Kantonale Volksinitiative "Sicherere Velorouten in Basel-Stadt", Bericht der UVEK sowie Bericht der Kommissionsminderheit 32

Beginn der 47. Sitzung

Mittwoch, 15. Januar 2025, 09:06 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[15.01.25 09:06:49]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Unterstützerinnen und Unterstützer, ich bin sehr dankbar und froh, dass wir das zusammen haben machen können. Vielen Dank für den grossen Einsatz, denen, die hinten dabei waren und denen, die vorne ein bisschen dabei waren oder zumindest zugehört haben. Ich möchte an dieser Stelle unseren Sängerinnen und Sänger, die extra gekommen sind und uns unterstützt haben, und vor allem auch unsere Anleiterin Julia Baumgartner ganz herzlich verdanken. Wir wünschen Ihnen einen schönen Tag. [Applaus]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Viele von Ihnen müssen jetzt wahrscheinlich wieder an die Arbeit gehen, so ist das auch mit den Grossratsmitgliedern. Wir legen also los mit unserer Sitzung und ich habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Neues Ratsmitglied

Ich habe die Freude, das neue Mitglied zu begrüssen und bitte die Angesprochene, sich ganz kurz von ihrem Sitz zu erheben. Jennifer Schmid ist anstelle des zurückgetretenen Eric Weber nachgerückt und ist diesen Monat Teil des Parlaments. Ich heisse Sie ganz herzlich willkommen. Vielen Dank, dass Sie hier sind. [Applaus]

Nachtsitzung

Nach Rücksprache mit dem Statthalter und vor allem nach rechnen sind wir zum Schluss gekommen, dass auch wenn wir das schnellste Szenario nehmen, immer noch Traktanden übrigbleiben, die in die nächste Legislatur gezügelt werden müssen. Das heisst, wir machen eine Nachtsitzung, ausser Sie zwingen uns mit einer Abstimmung dazu, dass wir die absagen müssen, aber es braucht einfach eine.

Zwei Hinweise für heute Abend

Zwischen Nachmittagssitzung und Nachtsitzung gibt es zwei Einladungen, an die ich Sie gerne erinnere. Zum einen sind es die scheidenden Mitglieder, die uns zu einem Apéro eingeladen haben im Vorzimmer. Wenn Sie sich da noch dazu gesellen möchten, können Sie das tun oder das absprechen mit Daniel Sägesser, Gabriel Nigon, Raphael Fuhrer, Beat Braun und Lukas Bollack.

Dann gibt es auch die Einladung des Alevitischen Kulturvereins. Seyit Erdogan hat mir gesagt, man kann das auch kombinieren und dann einfach schnell wieder kommen zur Nachtsitzung. Sie dürfen sich gerne an ihn wenden, wenn Sie noch Fragen haben, wo das ist und wann das ist. Da sind Sie auch herzlich eingeladen.

Noch ein Veranstaltungshinweis, der nicht heute betrifft, sondern den Schlussabend. Heute müssen wir angeben, wie viele Leute mit dabei sind. Wenn Sie sich noch nicht angemeldet haben, aber trotzdem kommen möchten oder nicht mehr sicher sind, dann fragen Sie Beat Flury. Er weiss Bescheid und kann auch noch Meldungen entgegennehmen.

Neue Interpellationen

Es sind fünf neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen Nummer 153 bis 156 werden heute Nachmittag mündlich beantwortet.

Das waren meine Mitteilungen. Wir kommen damit zur Tagesordnung und hier liegt ein Antrag auf dringliche Traktandierung vor.

Die BKK beantragt, ihren Bericht, 24.1513.02, betreffend die Ausrichtung einer Finanzhilfe für das Talentförderungsprogramm «Unternehmer Campus» des Gewerbeverbands Basel-Stadt in der dualen Ausbildung für die

Jahre 2024 bis 2027 dringlich zu traktandieren und dies nach Traktandum 17 zu machen. Möchte die Präsidentin der BKK begründen? Sie möchte nicht. Für die dringliche Traktandierung ist ein Zweidrittelmehr notwendig, das heisst, es müssen doppelt so viele Stimmberechtigte Ja als Nein sagen.

Wir stimmen darüber ab.

2/3-Abstimmmung

JA heisst dringliche Traktandierung, NEIN heisst keine dringliche Traktandierung

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005432, 15.01.25 09:11:53]*

Der Grosse Rat beschliesst

eine dringliche Traktandierung von einem neuen Traktandum 94 welches nach Traktandum 17 terminiert wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Geschäft wird dringlich traktandiert. Es liegen 93 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung vor.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Tagesordnung zu genehmigen.

Geschäft 1 ist erledigt.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[15.01.25 09:12:10]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch hier liegt ein Antrag vor, und zwar von der WAK. Sie möchte das Geschäft Teilrevision Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Familienzulagen (Familienzulagengesetz) der WAK statt der GSK zuweisen. Dazu gibt es eine Wortmeldung der Präsidentin der WAK, Andrea Knellwolf hat das Wort.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): In Absprache mit dem Präsidenten der GSK möchten wir Ihnen beantragen, dieses Geschäft der WAK zuzuweisen und nicht der GSK. Das Thema wurde in der WAK bereits behandelt im Rahmen des Steuerkompromisses 2017 und es wäre sinnvoll, dass die WAK hier auch diese Teilrevision dann berät, damit die Einheit der Materie, quasi der Beratungsmaterie gewahrt ist. Das macht absolut Sinn und ich hoffe, Sie können dem zustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wenn es keinen Gegenantrag gibt, den noch jemand am Redepult formulieren müsste, dann entnehme ich Ihrem Stillschweigen, dass Sie mit dieser Umteilung zur WAK einverstanden sind.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Zuweisungen zu genehmigen.

3. Gesamterneuerungswahl des Regierungsrates und Wahl des Regierungspräsidiums für die Amtsperiode 2025–2029 vom 20. Oktober 2024 und vom 24. November 2024; Validierung, Schreiben des RR

[15.01.25 09:13:46, 24.1826.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat und das Ratsbüro beantragen dem Grossen Rat, vom Ereignis der Gesamterneuerungswahl Kenntnis zu nehmen und diese Wahl gemäss § 25 des Wahlgesetzes formell festzustellen. Eintreten ist obligatorisch. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Validierung der Wahl, NEIN heisst Ablehnung der Validierung

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005436, 15.01.25 09:14:57]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die am 20. Oktober 2024 und am 24. November 2024 durchgeführten Wahlen des Regierungsrates und des Regierungspräsidenten, welche im Kantonsblatt vom 26. Oktober 2024 und vom 27. November 2024 publiziert worden sind, werden für gültig erklärt.

Der Regierungsrat besteht für die Amtsperiode 2025 – 2029 somit aus folgenden Personen:

Dr. **Conradin Cramer**, Präsident

Dr. **Tanja Soland**

Kaspar Sutter

Dr. **Lukas Engelberger**

Mustafa Atici

Stephanie Eymann

Esther Keller

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grosse Rat stimmt der Validierung einstimmig mit 94 Ja-Stimmen zu.

4. Gesamterneuerungswahl der 100 Mitglieder des Grossen Rates für die Amtsperiode 2025–2029 vom 20. Oktober 2024; Validierung, Schreiben des RR

[15.01.25 09:15:01, 24.1827.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat und das Ratsbüro beantragen, vom Ergebnis der Gesamterneuerungswahl Kenntnis zu nehmen und diese Wahl gemäss § 25 des Wahlgesetzes formell festzustellen. Eintreten ist obligatorisch. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Validierung der Grossratswahlen, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005439, 15.01.25 09:15:58]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die im Kantonsblatt vom 26. Oktober 2024 publizierte Gesamterneuerungswahl der 100 Mitglieder des Grossen Rates wird für gültig erklärt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grosse Rat validiert die Grossratswahlen einstimmig mit 95 Ja-Stimmen.

5. Rahmenausgabenbewilligung Kulturvermittlung Basel-Stadt für die Jahre 2025–2028/2030, Ausgabenbericht des RR

[15.01.25 09:16:05, 24.1334.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Ich darf Ihnen in aller Kürze mündlich zur Rahmenausgabenbewilligung Kulturvermittlung berichten. Die Förderung der Kulturvermittlung trägt dazu bei, dass das professionelle Kulturschaffen der breiten Bevölkerung zugänglich gemacht werden kann. Mit niederschwelligen Angeboten im Freizeit- und Schulbereich bezieht die Kulturvermittlung die Beteiligten und deren Lebenswelten aktiv ein und regt eine gemeinsame Auseinandersetzung mit kulturellen Inhalten und Praktiken an. Da diese Kulturangebote ihr gemeinschaftsbildendes und inklusives Potenzial ins Zentrum stellen, können sie gerade im schulischen Kontext positive Auswirkungen auf diverse schulische Disziplinen haben und sie regen die Kreativität der Beteiligten an. Antragsberechtigt sind Kulturinstitutionen in Basel-Stadt ohne Staatsbeitragsverhältnisse mit dem Kanton und professionelle freischaffende Kulturschaffende.

In der vergangenen Beitragsperiode hat die Abteilung Kultur insgesamt 57 Vermittlungsprojekte unterstützt und so Gelder in der Höhe von 1’224’850 Franken gesprochen. Wie bereits erwähnt, können nur Kulturschaffende und Institutionen ohne Staatsbeitragsverhältnis Unterstützung bei der Kulturvermittlung beantragen. Für Staatsbeitragsinstitutionen, die ein Vermittlungsprojekt durchführen möchten, das über ihren Leistungsauftrag hinausgeht, besteht eine Förderkooperation mit dem Swisslos-Fonds.

Die BKK unterstützt die Erneuerung der Rahmenausgabenbewilligung in der Höhe von 1,2 Millionen Franken für die Jahre 2025 bis 2028 einstimmig und beantragt dem Grossen Rat, dem Ausgabenbericht zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat Conradin Cramer das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Auch ich beantrage Ihnen namens des Regierungsrats, diese 300’000 Franken pro Jahr für die Kulturvermittlung wiederum zu sprechen.

Unter der Bezeichnung Kulturvermittlung schafft der Kanton seit rund 25 Jahren kulturelle Teilhabe in Form von verschiedenen Förderformaten und seit 2021 durch die entsprechende ordentliche Rahmenausgabenbewilligung. Die Präsidentin der BKK hat es schon ausgeführt, diese Förderung richtet sich an professionelle freie Kulturschaffende und an Kulturinstitutionen ohne Staatsbeitragsverhältnis mit dem Kanton. Ergänzend dazu gibt es die sogenannten Impulsprojekte, die Vermittlungsvorhaben in Staatsbeitragsinstitutionen unterstützen können, sofern diese das Feld der Kulturvermittlung über den konkreten Leistungsauftrag hinaus erweitern und diese Förderung, die wird aus dem Swisslos-Fonds bestritten, sie ist entsprechend nicht Bestandteil des vorliegenden Berichts.

Aus der Rahmenausgabenbewilligung, die wir Ihnen heute vorlegen, werden Kulturvermittlungsprojekte ausserhalb von Staatsbeitragsinstitutionen in allen Sparten unterstützt. Sie adressieren Menschen in Basel-Stadt und finden sehr häufig im schulischen Kontext oder sonst im Freizeitbereich statt. Die Vergabe erfolgt mittels einer beratenden Fachjury. Die Präsidentin der BKK hat es gesagt, es waren 57 Projekte, die so unterstützt werden konnten. Zwei Beispiele dazu, eine 5. Primarklasse im Schulhaus Dreirosen konnte sich unter Beizug vom theaterpädagogischen Spiel mit eigenen und überlieferten Geschichten befassen, diese neu interpretieren, neu erfinden. Das ist ein wunderbar beispielhaftes Projekt. Ein anderes, Jugendliche und junge Erwachsene aus dem Zentrum für Brückenangebote und/oder der Universitären Psychiatrischen Kliniken kreieren zu einem selbst gewählten Thema ein Buch.

Man kann sich die inklusive Wirkung dieser Projekte gut vorstellen. Sie tragen auch zur Persönlichkeitsentwicklung bei, zur emotionalen, sozialen Persönlichkeitsentwicklung und sie zeigen wiederum den Durchführenden aus den Kulturinstitutionen und der freien Szene, wie ihre eigene Arbeit wirkt, regen so zur Reflexion auch bei den Kulturschaffenden an und diese Wechselwirkung, die ist auch ein sehr positiver Aspekt der Fördertätigkeit.

Die Auswertung der Tätigkeit, die wir natürlich gemacht haben in den letzten Jahren, sie zeigt, dass die Kulturvermittlung ein nachgefragtes Fördergefäss ist und mit den Projekten viele Leute in Basel-Stadt erreicht werden können. Es geht darum, Kulturvermittlungsprojekte der Bevölkerung über alle Altersgruppen hinweg zugänglich zu machen. Kinder und Jugendliche bleiben dabei aber die zentralen Anspruchsgruppen für die Vermittlungsprojekte. Mit dem Fördergefäss Kulturvermittlung verfügt der Kanton über ein wirksames Förderinstrument in Sachen Teilhabe und über eine sinnvolle Ergänzung zur traditionell gewachsenen Bildungsarbeit in den Kulturinstitutionen unserer Stadt.

Ich bitte Sie deshalb im Einklang mit der BKK, dem Antrag um Erneuerung der Rahmenausgabenbewilligung zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SVP hat sich Jenny Schweizer gemeldet.

Jenny Schweizer (SVP): Die SVP-Fraktion bittet Sie, dieser Rahmenausgabenbewilligung zur Kulturvermittlung nicht zuzustimmen. In der Kommissionsberatung, die BKK-Präsidentin hat die Einstimmigkeit erwähnt, stimmte mein Kollege Joël Thüring und ich der Bewilligung zu. Was hat uns also bewogen, nun eine Kehrtwendung zu machen?

Nach der Präsentation durch die Abteilung Kultur und des Präsidialdepartements habe ich mir ein begünstigtes Projekt, das mit dem Höchstbetrag von 30’000 Franken unterstützt wurde, näher angeschaut und es hat sich herausgestellt, dass dieses Projekt gar nicht stattfand. Ich habe daraufhin eine Interpellation eingereicht. Es stellte sich bei deren Beantwortung heraus, dass die Projekte, schon bevor sie stattfinden und zu einem erfolgreichen Abschluss gelangen, mit einem Förderbetrag bedacht werden. Das heisst, ein Projekt wird unterstützt, ohne zu wissen, ob schlussendlich die Zielgruppen in der Bevölkerung daran Interesse haben oder nicht. Wird ein Projekt nicht durchgeführt, erhält es den Geldbetrag erstattet, der bis zur Absage aufgewendet wurde. Wir können hier treffend von ausser Spesen nichts gewesen sprechen.

Die SVP-Fraktion ist nicht gewillt, einem solchen Vorgehen mit Steuergeldern zuzustimmen. Ein Projekt ist in unseren Augen nur dann finanziell unterstützungswürdig, wenn es zu einem erfolgreichen Abschluss kommt. Es ist doch so, dass nicht nur die Idee hinter einem Projekt für eine finanzielle Unterstützung reichen kann, sondern dass das Interesse aus der Zielgruppe auch vorhanden sein muss. Dazu kommt, dass das besagte Projekt auf der offiziellen Homepage immer noch auf der Liste der unterstützten Projekte aufgelistet ist. Dies wiederum ist ein Vorgaukeln falscher Tatsachen. Auch die Tatsache, dass bei der Präsentation in der Kommission dieses Vorgehen nicht dargelegt wurde, sondern uns alle im Glauben liess, dass es bei allen unterstützten Projekten auch zu einem erfolgreichen Abschluss kam, befremdet uns sehr.

Wir bitten daher die Abteilung Kultur und die Regierung, den Meccano bei diesen Vergaben von Steuergeldern zu überdenken und entsprechend anzupassen. Bis dies aber nicht geschehen ist, sollen keine Gelder mehr gesprochen werden und deshalb ist aus unserer Sicht diese Rahmenausgabenbewilligung abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Der Regierungspräsident verzichtet, die Kommissionssprecherin verzichtet ebenfalls. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung (Seite 9 des Ausgabenberichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zur Rahmenausgabenbewilligung Kulturvermittlung, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

84 Ja, 11 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005443, 15.01.25 09:25:50]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für Staatsbeiträge an die Kulturvermittlung Basel-Stadt wird für die Jahre 2025 bis 2028/2030 eine Rahmenausgabenbewilligung von insgesamt Fr. 1'200'000 (Fr. 300'000 pro Jahr) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 84 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

6. Wahlvorschlag zur Wahl einer nebenamtlichen Richterin am Appellationsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022-2027, Bericht der WVKo

[15.01.25 09:25:58, 24.5322.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Wahlvorbereitungskommission beantragt, Katharina Zimmermann als nebenamtliche Richterin am Appellationsgericht zu wählen.

Eine inhaltliche Diskussion über kandidierende oder vorgeschlagene Personen findet gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung nicht statt. Innerhalb der gesetzlichen Frist von vier Wochen gemäss § 76 Abs. 2 der Geschäftsordnung sind keine weiteren Wahlvorschläge eingegangen. Das Wort geht an den Präsidenten der Kommission. Er verzichtet. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Gemäss § 31 Abs. 1 GO findet die Wahl geheim statt. Wenn nicht mehr Kandidatinnen und Kandidaten vorgeschlagen sind, als gewählt werden können, kann der Grosse Rat mit zwei Drittel der Stimmen offene Wahlen beschliessen. Ich beantrage Ihnen entsprechend offene Wahl.

2/3-Abstimmmung

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl

Ergebnis der Abstimmung

96 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005446, 15.01.25 09:27:44]*

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahl.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der einstimmige Entscheid mit 96 Ja-Stimmen erfüllt das Zweidrittelmehr.

Wir kommen zur Abstimmung über die Wahl.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zur Wahl, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

96 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005447, 15.01.25 09:28:23]*

Der Grosse Rat beschliesst

Katharina Zimmermann als nebenamtliche Richterin am Appellationsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. Dezember 2027.

Die Wahl ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Wahl wird einstimmig mit 96 Ja-Stimmen vorgenommen.

Ich gratuliere Katharina Zimmermann zur Wahl als nebenamtliche Richter am Appellationsgericht und wünsche ihr Freude und Erfolg im neuen Amt.

7. Totalrevision des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen an Familien mit Kindern, Bericht der GSK

[15.01.25 09:28:46, 22.1446.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidenten Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Der vorliegende Ratschlag zur Totalrevision des Mietbeitragsgesetzes ist für das soziale Basel von grosser Bedeutung und aus sozialpolitischer Sicht eines der wichtigsten Geschäfte dieser nun zu Ende gehenden Legislatur. Es erstaunt deshalb nicht, dass sich die GSK für die Beratung Zeit genommen und sich intensiv mit der Thematik und dem Ratschlag auseinandergesetzt hat.

Wie wir alle wissen, belegen die steigenden Krankenkassenprämien und die steigenden Wohnkosten die ersten Plätze auf der Sorgen-Rangliste der Bevölkerung. Beide Themen dominieren seit Jahren die sozialpolitische Debatte in Basel und in der Schweiz. Wohnen ist ein Grundbedürfnis und seit der Abstimmung über die Initiative «Recht auf Wohnen» im Jahr 2018 ist dieses Recht in unserer Kantonsverfassung verankert. Kommt nun dieses elementare Bedürfnis unter Druck, weil es zu wenig bezahlbaren Wohnraum hat oder die Wohnkosten kaum mehr finanzierbar sind, wirkt sich dies massiv auf das Leben der einzelnen Personen oder der Familien aus. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt hat sich in den letzten Jahren durch Mietzinssteigung, tiefer Leerstandsquote und allgemeiner Inflation weiter verschärft. Deshalb wurden diverse Massnahmen ergriffen, um die soziale Wohnpolitik im Kanton zu fördern. Einerseits handelt es dabei um Objekthilfe, wie beispielsweise das Wohnbauprogramm 1000+ oder die Abgabe von Land an genossenschaftliche Wohnbauträger, andererseits um Subjekthilfe, wie beispielsweise Mietzuschüsse durch die Sozialversicherung oder eben die bekannten Mietzinsbeiträge an Familien.

Das aktuelle Mietzinsbeitragsgesetz leistet finanzielle Unterstützung für Familien in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen. Bei mehr als einem Drittel der Haushalte handelt es sich dabei um Einelternfamilien. Ende 2023 wurden knapp 2’200 Haushalte mit Familienmietzinsbeiträgen unterstützt. Das sind rund 8’000 Personen in unserem Kanton. Die Ausgaben hierfür betrugen im 2023 12,8 Millionen Franken. Weil die Armutsquote bei Haushalten ohne Kinder auffallend hoch ist und die klare Mehrheit der Armutsbetroffenen darstellt, stellt sich die Frage, ob eine Ausweitung von

Mietzinsbeiträge an Haushalte ohne Kinder nicht von Vorteil wäre, um die sozialpolitischen Ziele in der Wohnpolitik des Kantons besser zu erreichen.

Der Anzug von Thomas Widmer-Huber und Konsorten, welcher 2020 überwiesen wurde, verlangt genau diese Prüfung und dies hat gezeigt, dass eine Erweiterung der Mietbeiträge auf Haushalte mit geringem Einkommen ohne Kinder zu einer gezielten Entlastung von armutsgefährdeten Personen führen würde. Diese Analyse sowie die durchgeführte Vernehmlassung führten zum vorliegenden Ratschlag, welcher das bestehende Mietzinsbeitragsgesetz erweitert.

Der Regierungsrat beantragt mit dem vorliegenden Ratschlag nun eine Totalrevision des Mietbeitragsgesetzes, welches nun Gesetz über die Ausrichtung von Mietbeiträgen heissen soll. Dabei wurden folgende Inhalte auf Gesetzesebene formuliert: Einerseits, wie schon erwähnt, der Begriff Mietbeiträge bringt anstelle der alten Bezeichnung Mietzinsbeiträge besser zum Ausdruck, dass es sich dabei um Beiträge an die Mietkosten handelt. Mietbeiträge werden neu auch für Einzel- und Paarhaushalte ohne Kinder gesprochen. Die Anspruchsberechtigung beginnt mit 25 Jahren und dauert wie bisher bis zum Rentenalter. Bedingung ist eine volle Erwerbstätigkeit. Haushalte mit Besuchsrecht werden neu bessergestellt und erhalten auch Mietbeiträge. Weiterhin ist der Mietbeitrag vom Einkommen, vom Mietzins und der Wohnungsgrösse abhängig wie schon bisher.

Mit dem totalrevidierten Gesetz können rund 1’700 Haushalte zusätzlich von Mietbeiträgen profitieren. Es ergeben sich zusätzliche Ausgaben von insgesamt 5 Millionen Franken pro Jahr, dabei werden 4 Millionen Franken für die Mietbeiträge aufgewendet, 400’000 Franken für die Verwaltung und 600’000 Franken für die verbesserte Gleichbehandlung der Haushalte mit Besuchsrechten. Für die Zukunft bleibt es aber aus sozialpolitischer Sicht weiterhin sehr wichtig, dass neben der Subjektfinanzierung intensiv eine soziale Wohnpolitik gefördert und mehr bezahlbarer Wohnraum in unserer Stadt entstehen wird. Es ist alles andere als ein Ziel, dass Mieten zukünftig nur noch mit Mietbeiträgen bezahlbar werden. Eine Situation wie bei den Krankenkassenprämien wäre sicher zwingend zu vermeiden.

Wie schon erwähnt, hat sich die GSK intensiv mit dem Ratschlag befasst und diesen an fünf Sitzungen behandelt. Der Departementsvorsteher des WSU sowie die stellvertretende Leiterin des Amts für Sozialbeiträge haben an den Beratungen teilgenommen. Hiermit möchte ich im Namen der Kommission unseren Dank aussprechen für die qualifizierte Beantwortung unserer Fragestellungen und die Rückmeldungen und Berechnungen zu den in der Kommission gestellten Anträgen durch die Verwaltung.

Zur Kommissionsberatung. Die GSK ist sich einig, dass es sich hier um ein bedeutsames Geschäft handelt. Wie sich schon in der Vernehmlassung gezeigt hat, besteht eine breite Unterstützung gegenüber der Öffnung der Mietzinsbeiträge auf Haushalte ohne Kinder und auch die GSK begrüsst diese Richtung. Mit der Einführung von Mietbeiträgen soll eine möglichst schwellenlose Ablösung von der Sozialhilfe möglich werden bzw. schon im vornherein Sozialhilfeabhängigkeiten verhindert werden. Die bestehenden negativen Schwelleneffekte sollen damit reduziert werden. Aufgrund des Armutsrisikos wegen hohen Mietzinsen ist eine Ausweitung von Mietbeiträgen an Einzelhaushalte ohne Kinder offensichtlich und sozialpolitisch sinnvoll.

In der Kommissionsberatung wurde von einem Teil der GSK mehrere Anträge gestellt, um die vom Regierungsrat vorgelegten Massnahmen auszuweiten, mit dem Ziel, noch mehr Personen zu erreichen. Der andere Teil der GSK möchte beim Vorschlag der Regierung bleiben. Die Anträge führten daher zu sehr knappen Entscheidungen sowie zu zwei Stichentscheiden durch mich als Präsident. Konsens war aber, dass wir als GSK auf einen Mehr- und Minderheitenbericht verzichten.

Mit ausreichenden Massnahmen profitieren mehr Personen von Mietbeiträgen, die einerseits zu mehr Kosten bei den Mietbeiträgen, aber andererseits zu einer Entlastung bei der Sozialhilfe führen. Die mit den Anträgen verbundenen Gesetzparagraphen wurden durch das Departement zuhanden der Kommission neu formuliert und geprüft. Ich werde Ihnen die Anträge im Detail vor der jeweiligen Abstimmung erläutern und die jeweiligen Pro- und Kontra-Argumente sowie die entsprechenden Mehrkosten darlegen. Deshalb beschränke ich mich in meinem Eintretensvotum auf eine erste Übersicht.

In der Kommissionsberatung wurden insgesamt fünf Anträge zur Ausweitung der vorgelegten Massnahmen gestellt, die jeweils zu knappen Mehr- und Minderheitspositionen geführt haben. Es handelt sich dabei um folgende Anträge:

Antrag zur Karenzfrist. Diese soll die Karenzfrist auf Gesetzesebene regeln und bei 2 Jahren festschreiben anstelle 5 Jahre auf der Verordnungsebene.

Antrag zur Wohnungsbelegung. Bei getrennt lebenden Eltern sollen die Berechnung der Mietbeiträge und der Zimmerzahl nicht zwischen den Elternteilen unterscheiden werden, also unabhängig vom Hauptobhut oder Besuchsrecht.

Antrag zur Ersetzung des Anspruchskriteriums der vollen Erwerbstätigkeit zugunsten einer Berechnung mittels hypothetischen Einkommens.

Und der letzte Antrag zur Streichung der Altersschwelle von 25 Jahren, so dass bereits ab Volljährigkeit Mietbeiträge möglich wären.

Der eine Antrag zum Haushaltsabzug wurde im Verlauf der Beratung wieder zurückgezogen. Der Antrag hätte vorgesehen, dass für Einzel- oder Paarhaushalte ohne Kinder der gleiche Abzug wie für Haushalte mit Kindern gelten, also 24’000 Franken anstatt die vorgesehenen 12’000 Franken. Begründet wurde dies aufgrund der Gleichstellung und der Tatsache von Working Poor-Haushalte, die trotz Einkommen auf Sozialhilfe angewiesen sind. Damit hätten nochmals mehr Haushalte von der Sozialhilfe abgelöst werden können. Gemäss Departement hätte dies ungefähr einer Verdreifachung der Bezugsberechtigten bedeutet und Mehrkosten von rund 11,6 Millionen Franken zur Folge gehabt. Eine Reduktion der Ausgaben wäre nur mit einer Verschlechterung auf Kosten der Familien möglich, was nicht erwünscht ist. Die Ungleichbehandlung von Haushalten mit und ohne Kinder konnte nachvollziehbar und begründbar aufgezeigt werden und deswegen wurde der Antrag wieder zurückgezogen.

Die finanziellen Auswirkungen unterscheiden sich von Antrag zu Antrag. Werden alle Anträge gemäss GSK umgesetzt, ergeben sich Kumulierungen. Falls nun die vorliegende Variante gemäss dem GSK-Bericht umgesetzt wird, profitieren 3’250 Haushalte gegenüber 1’700 Haushalte gemäss Variante der Regierung. Also rund 1’550 mehr Haushalte könnten zukünftig Mietbeiträge beantragen. Die Kosten für die Mietbeiträge steigen von 4,6 Millionen auf neu 8,1 Millionen Franken und die Verwaltungskosten steigen auf 712’500 Franken gegenüber 400’000 Franken gemäss der Regierung. Insgesamt resultieren aus der Erweiterung gemäss den vier Anträgen Mehrausgaben von 3,2 Millionen Franken. Anderseits werden sich bei der Sozialhilfe Ausgabenreduktionen einstellen, weil einzelne Haushalte von der Sozialhilfe abgelöst werden können oder gar nie dort landen werden. Die Anzahl Haushalte, welche direkt von der Sozialhilfe abgelöst werden, kann jedoch aktuell nicht beziffert werden, deswegen ist zurzeit auch keine Budget-Verschiebung vorgesehen. Die Daten werden aber laufend ausgewertet.

Da es keinen Mehrheit- und Minderheitenbericht gibt, möchte ich gegenüber Ihnen meine Position transparent machen. Ich befürworte klar die Erweiterung des Ratschlags, das haben Sie auch gesehen beim Stichentscheid im Bericht, gemäss der GSK-Mehrheit. Aus sozialpolitischer Sicht ist diese Erweiterung sehr sinnvoll und unterstützt die Zielsetzung der Regierung nochmals entscheidend. Besonders gerade für Menschen, die sich mit Sozialhilfeunterstützung und mit tiefen Löhnen und prekären Arbeitsbedingungen irgendwie über die Runden bringen und hin- und herwechselnd, haben diese ergänzenden Anträge eine entscheidende Wirkung und entlastet die Sozialhilfe der Stadt Basel.

Die GSK beantragt Ihnen, also dem Grossen Rat mit 6 zu 2 Stimmen, der durch die Kommission veränderte Beschlussvorlage gemäss Bericht der GSK zuzustimmen und den Anzug von Thomas Widmer-Huber als erledigt abzuschreiben. Aufgrund einiger Abwesenheiten bei der Schlussabstimmung zum Geschäft besteht eine Differenz zu den Abstimmungen über die einzelnen Anträge eine Kommissionssitzung zuvor, falls Sie sich das gefragt haben, wenn Sie den Bericht gelesen haben. Besten Dank für Ihre Zustimmung zur vorliegenden erweiterten Beschlussvorlage und für Ihre Aufmerksamkeit.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat erhält Kaspar Sutter das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Basel-Stadt ist ein reicher Kanton. Basel-Stadt geht es gut, wir haben einen grossen Wohlstand hier, wir haben sehr innovative und erfolgreiche Firmen, die Arbeitsplätze anbieten, die auch ermöglichen, dass die Leute gute Einkommen generieren können. Es geht uns hier in Basel-Stadt gut, verglichen mit der Welt sowieso. Das gibt uns auch eine Verantwortung, eine Verantwortung denjenigen Menschen gegenüber, die trotz Arbeit oder auch ohne Arbeit nicht so viel zum Leben haben und auch diese Menschen gibt es bei uns im Kanton Basel-Stadt. Deshalb kennen wir als Kanton ein breites soziales System, das eben möchte, dass ein Teil dieses Reichtums, den wir haben, auch den Menschen zugutekommt, die nicht ganz so auf der erfolgreichen Seite sind wie andere, die diese Möglichkeiten haben.

Wenn wir Menschen und Haushalte und Familien anschauen mit tiefen Einkommen, dann gibt es dort zwei Blöcke, die sehr zu Buche fallen. Das eine, das ist das Wohnen, und das andere, das sind die Gesundheitskosten, das sind die Krankenkassenprämien. Diese beiden Bereiche sind bei vielen Haushalten grosse Blöcke, aber natürlich verhältnismässig bei Haushalten mit tiefen Einkommen verstärkt.

Was machen wir als Kanton in diesen beiden Bereichen. Bei den Krankenkassenprämien, die auch stetig steigen, da haben wir die Prämienverbilligungen. Das ist ein System, das funktioniert, da kann man noch über die Höhe diskutieren, das ist mir klar, das zeigt auch die Motion Eberhard, die Sie uns überwiesen haben. Aber wir haben ein System, das die Menschen unterstützt, je tiefer das Einkommen ist, desto stärker, sowohl Familien mit Kindern, aber auch Einzel- und Zweipersonenhaushalte. Wir haben dort ein funktionierendes System. Beim Wohnen ist das nicht ganz gleich. Wir haben zwar den Verfassungsgrundsatz von Recht auf Wohnen und haben durch die Verfassung auch die Verpflichtung, beim Wohnen zu schauen, dass wir ein System haben, das funktioniert und auch den Haushalten mit tieferen Einkommen ermöglicht, dass sie weiterhin hier in Basel-Stadt wohnen können.

Bei Familien haben wir ein System, das funktioniert, eben die Mietzinsbeiträge für Familien, die gelten aber heute ja nur für Haushalte mit Kindern. Ohne Kinder keine Mietzinsbeiträge. Wir haben eine Sozialhilfe beim tiefsten Einkommen, dort sind

Wohnen und Gesundheitskosten auch berücksichtigt. Und wir haben die Ergänzungsleistung bei Menschen mit IV- oder AHV-Rente, auch dort sind die Wohn- und die Gesundheitskosten abgebildet. Wo wir heute eine Lücke haben, das ist bei Menschen, Haushalten ohne Kinder, die keine Sozialhilfe beziehen und die auch keine IV-Rente oder AHV-Rente haben. Also Menschen, die arbeiten, oft in prekären Arbeitssituationen, in verschiedenen Jobs, mit Teilzeitpensen, dort haben wir heute eine Lücke und mit diesen Mietzinsbeiträgen möchten wir exakt diese Lücke schliessen.

Der eine Grund habe ich schon erwähnt, der Anspruch von Wohnen für alle. Wir kennen dort die Objekt- und die Subjekthilfe bei uns im Kanton. Die Objekthilfe, die will schauen, dass die Mietpreise, die Mietzinsen nicht zu hoch werden. Sei es mit kommunalem Wohnungsbau, wie dem Wohnbauprojekt 1000+, sei es mit Unterstützung von Genossenschaften oder sei es auch mit privaten Vermieterinnen und Vermietern, die bezahlbaren Wohnraum anbieten bei uns im Kanton. Aber nicht alle haben die Chance, in einer solchen Wohnung zu wohnen und hier hilft die Subjekthilfe. Im Gegensatz zur Objekthilfe ist die Subjekthilfe. Wenn man die Voraussetzungen erfüllt mit einem tiefen Einkommen und den Wohnkosten und dem Rahmen, den das Gesetz zulässt, dann hat man einen Anspruch und das ist der wesentliche Unterschied auch zur Objekthilfe. Es braucht beides, aber die Subjekthilfe schafft hier auch eine stärkere Gleichbehandlung, weil es für alle gilt. Und das ist die grosse Stärke der Subjekthilfe, die wir hier stärken möchten.

Ein weiterer Punkt ist, dass wir ja ein grosses Interesse haben, den Bereich von Menschen, die eben keine Sozialhilfe brauchen, sondern vielleicht gleich darüber liegen, dass wir diese stärken. Dieser Bereich ist selbstständiger, dieser Bereich ist selbstbestimmter, er ist auch günstiger für uns als Stadt und Kanton und wir haben ein grosses Interesse, dass die Haushalte in diesem Einkommensbereich, dass die gestärkt werden durch unser soziales Unterstützungssystem und auch hier sind die Mietzinsbeiträge neben den Prämienverbilligungen ein wesentlicher Teil.

Heute haben wir bei den Familien, bei Erwachsenen mit Kindern quasi erreicht, dass es keinen Einkommens-Gap gibt, keine Schwelle gibt zwischen Sozialhilfe und den vorgelagerten Bereichen. Also jemand, der dann mehr verdient und aus der Sozialhilfe entlassen wird, zum Glück, der hat auch am Ende des Monats mehr Geld in seiner oder ihrer Tasche. Diese Schwelle, die wir alle nicht möchten, die haben wir bei Familien nicht. Aber heute gibt es diese Schwelle noch bei Haushalten, Ein- und Zweipersonenhaushalte, es gibt dort eine Schwelle. Es ist möglich, dass Sie arbeiten und am Ende des Tages weniger Geld in der Tasche haben, als wenn Sie Sozialhilfe beziehen würden. Weil die Sozialhilfe, die finanziert Wohnung und sie finanziert Krankenkasse. Wenn Sie nicht bei der Sozialhilfe sind, dann finanzieren Sie das selber mit ihrem Lohn.

Und da gibt es diesen Gap, weil wir alle wissen, Mieten und Krankenkassenprämien, das sind hohe Beträge und aus diesen Gründen haben wir ein grosses Interesse, diese Schwelle zu schliessen und mit diesen Mietzinsbeiträgen schaffen wir es auch, diese Schwelle quasi zum Verschwinden zu bringen. Ein wichtiger Grund, auch aus liberaler Sicht, Arbeit soll sich lohnen, wer mehr verdient, soll auch mehr verfügbares Geld haben. Wir haben ein Interesse, dass die Menschen arbeiten, für uns aus Kostensicht, aber auch für die Menschen, weil eine Arbeit mit einem fairen guten Lohn ist immer noch die beste Sozialhilfe in unserem Kanton.

Das ist der Grund, weshalb der Regierungsrat diese Totalrevision des Gesetzes Ihnen vorschlägt, um diese Ziele damit zu erreichen. Ich bin sehr froh, dass dieser Vorschlag der Regierung auf sehr breite Unterstützung gestossen ist. Bereits in der Vernehmlassung bekamen wir nahezu nur zustimmende Rückmeldung. Auch im Grundsatz in der GSK, die Einführung und die Erweiterung dieser Mietzinsbeiträge von Familien auf Einzel- und Zweipersonenhaushalte ist nicht umstritten, weil es eben aus den vorgenannten Gründen eine Lücke ist, die wir heute im System haben, die wir alle gemeinsam schliessen möchten.

Jetzt gibt es diverse Minderheitsanträge oder Mehrheitsanträge, also es gibt Differenzen bei gewissen Punkten in diesem Gesetz. Ich werde mich dazu in der Detailberatung äussern und die Position des Regierungsrates jeweils darlegen. Jetzt spreche ich zum Eintreten und da freut es mich, dass Sie als Grossen Rat eintreten möchten. Ich beantrage Ihnen das auch im Namen des Regierungsrates, damit wir diese wichtige und grosse und auch wichtige Lücke, die es noch gibt, dass wir die schliessen können in unserem sozialen Basel.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten und da hat zuerst Melanie Nussbaumer für die SP das Wort.

Melanie Nussbaumer (SP): Heute ist ein guter Tag. Wir kommen nämlich gemäss «Chrüzlistich» einen grossen sozialpolitischen Schritt vorwärts. Es ist ein guter Tag, weil diese Totalrevision des Mietbeitragsgesetzes für viele Personen eine Erleichterung bedeutet. Wir sprechen heute nämlich über eine Gruppe von Menschen, über Bewohner*innen von Basel-Stadt, die am Existenzminimum leben. Diese Gruppe ist unsichtbar in unserem reichen Kanton. Es sind nicht diejenigen, die uns vielleicht mal um einen Stutz bitten auf der Strasse. Nein, es sind Menschen, die Einkommen aus Erwerbsarbeit haben, vielleicht auch mehrere Anstellungen, weil ein Job alleine nicht reicht, weil in diesem Niedriglohnsektor die Anstellungs- und Lohnbedingungen so schlecht sind, dass es nur knapp ausreicht, um über diese Sozialhilfeschwelle zu kommen.

Es geht um Menschen, die jeden Franken dreimal umdrehen müssen. Das sind Menschen, die eine Inflation von 1 bis 2 Prozent massiv spüren, weil damit nicht einfach ihr Sparvermögen verkleinert wird, sondern diese kleinen, aber feinen Preiserhöhungen bei jedem Einkauf ihr Portemonnaie verkleinern. Es sind Menschen, denen Energiekostenerhöhungen um bis zu 10 Prozent massive Sorgen und schlaflose Nächte bereiten. Es sind vielleicht auch Menschen, die unerwartete Rechnungen nicht zahlen können und deshalb verschuldet sind. Und es geht um Menschen, die meistens mindestens einen Drittel ihres bereits sehr tiefen Einkommens für die Miete draufgeben, weil es einfach keine günstigeren Wohnungen gibt in Basel-Stadt, wie Sie ja alle wissen.

Und genau für diese Gruppe von Menschen macht es eben viel aus, ob sie für ihre Miete einen Zustupf erhalten oder nicht. Bisher konnten nur Familien von staatlichen Mietzinsbeiträgen profitieren und wenn wir heute diesem Gesetz zustimmen, können eben neu auch alleinstehende Personen oder Paare ohne Kinder, die unter dem Existenzminimum leben, davon profitieren. Und deshalb ist es ein guter Tag. Das bedeutet nämlich schlussendlich genau für diese Personen weniger Stress, mehr finanzielle Sicherheit, Stabilität, vielleicht sogar ein etwas gesünderes Leben und möglicherweise sogar mal dazwischen einen Kaffee auswärts. Und deshalb ist es ein guter Tag, wie Stromae sagt: À ceux qui n'en ont pas. Es ist aber nicht nur für diese betroffene Gruppe ein wichtiger Schritt, sondern es macht eben auch sozial- und finanzpolitisch Sinn, wie Regierungsrat Sutter bereits ausgeführt hat.

Damit es nochmals visuell klarer wird, worum es geht, habe ich die Abbildung 3 vom Ratschlag des Regierungsrats mitgebracht. Sie können es auch im Ratschlag auf Seite 8 – das ist es nicht, aber das ist auch schön, die Grafik ist nicht ganz so schön, muss ich zugeben – egal, Sie können es wirklich im Ratschlag nachlesen auf Seite 8. Die Grafik zeigt eben gut auf, worum es bei den vorgelagerten Sozialleistungen geht. Sie sehen hier auf der linken Seite diese gelb-hellgrüne Linie, das ist das verfügbare Einkommen in der Sozialhilfe. Hier auf dieser Grafik ist als Beispiel eine alleinstehende Person ohne Kinder und Sie sehen dort, in der Sozialhilfe beginnt das bei einem verfügbaren Einkommen von etwa 10’000 Franken pro Jahr. Wenn man Sozialhilfe bezieht und ein wenig arbeitet, kann man diesen Grundbedarf ein wenig erhöhen, wie Sie wissen. Deshalb geht diese grüne Linie ein bisschen hoch, wenn man mehr arbeitet.

Dann kommen wir in den von mir Rot umkreisten Bereich. Dort, wo diese gelbgrüne Linie aufhört, dort wäre dann die Ablösung aus der Sozialhilfe, wenn jemand dann eben zu arbeiten beginnt und zum Beispiel ein Bruttoeinkommen von 32’000 Franken erhält. Einfach damit das klar ist für alle, das sind 2’600 Franken pro Monat, das ist ein sehr, sehr tiefes Einkommen. Aber ja, damit kann man sich von der Sozialhilfe oder muss man sich von der Sozialhilfe ablösen.

Das Ziel der Mietzinsbeiträge ist nun zusammen mit den Prämienverbilligungen, dass man hier nicht eben nach der Sozialhilfe runterfällt auf die graue Linie, wie Sie sehen, und damit faktisch dann weniger verfügbares Einkommen hat, auch wenn man arbeitet, als wenn man in der Sozialhilfe bleiben würde. Das Ziel der vorgelagerten Sozialleistungen ist es eben, dass dieser Schwelleneffekt nicht entsteht, das heisst, dass man nicht runterfällt auf ein tieferes, reales Einkommen, und das heisst eben auch, dass es das Ziel ist, einen Anreiz zu haben, selbstständig zu sein, zu arbeiten und sich aus der Sozialhilfe zu lösen.

Diese Ablösung macht eben nicht nur für die Betroffenen Sinn, sondern es macht eben auch finanzpolitisch Sinn, denn Sozialbeiträge sind logischerweise um ein Vielfaches günstiger für den Staat als die Sozialhilfe ist. Das hat Regierungsrat Sutter vorher auch ausgeführt. Aber es macht natürlich auch armutspolitisch Sinn, und das ist mir sehr wichtig, dass niemand unter dem Existenzminium leben muss. Denn das Sozialhilfeniveau, diese grüne Linie, das ist eigentlich das tiefste Existenzminimum, das wir haben in der Schweiz, dass wir als Gesellschaft bestimmt haben als tiefstes Existenzminimum. Und diese Leute hier, die sich ablösen von der Sozialhilfe und dann runterfallen auf diese untere graue Linie, die fallen schlussendlich unter dieses Existenzminimum, das heisst unter die Armutsgrenze. Und das waren eben bisher vor allem Alleinstehende ohne Kinder, weil diese keinen Zugang hatten zu Mietzinsbeiträgen. Und das soll sich heute ändern und deshalb ist es ein guter Tag.

Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie deshalb, dieser Vorlage zuzustimmen. Leider, leider hat die Vorlage des Regierungsrates grosse Lücken, die dem Zweck und Ziel dieser Sozialleistung gegenüberstehen und das Gesetz auch zu einem gewissen Grade aushöhlen, so dass man eben dann trotzdem wiederum viele Leute hat, die auf diese unsere Linie fallen. Deshalb unterstützen wir als SP alle vier Erweiterungen der GSK. Lassen Sie mich hier kurz zusammenfassen, worum es geht, wir werden danach auch einzeln auf die Anträge eingehen.

Zu Antrag 1, der Karenzfrist. Armut muss dringend dann bekämpft werden, in dem Moment, wenn sie anfällt. Wir verstehen, dass es eine Karenzfrist braucht, aber fünf Jahre sind viel zu lange, um auf eine Sozialleistung zu warten und unter dem Existenzminium zu leben.

Zu Antrag 2, der Zimmeranzahl. Die meisten Menschen in dieser Einkommensschicht werden eher keine grösseren Wohnungen finden und zahlen können, damit sie allen ihren Kindern, wenn sie mehrere haben, ein Zimmer zur Verfügung stellen können. Vor allem, wenn es zwei Haushalte zu finanzieren gibt, also die Eltern getrennt sind oder geschieden sind, ist das oft viel zu teuer, wie Sie wissen. Wenn es aber trotzdem mal dazu kommt, wäre es ja schön und wichtig, dass dann für jedes Kind ein Zimmer angerechnet werden kann, und zwar bei beiden Elternteilen, fürs Kindswohl und aus Gleichstellungssicht.

Zu Antrag 3, dieser künstlichen Eintrittsschwelle, die der Regierungsrat hier eingeführt hat für alleinstehende Personen ohne Kinder. Diese Eintrittsschwelle schliesst ein Drittel der Zielgruppe aus. Ein Gesetz mit dem Ziel zu schaffen, Armut zu bekämpfen, das dann aber nur für zwei Drittel der Zielgruppe angewandt werden kann, ist einfach, nett gesagt, nicht so gut. Dazu werde ich später noch mehr sagen.

Zum Antrag 4, auch bei unter 25-Jährigen gibt es natürlich Personen, die in prekären Verhältnissen leben trotz Ausbildung. Damit diesen Personen nicht noch mehr Steine mit auf den weiten Lebensweg gegeben werden, ist es wichtig, dass auch sie Zugang haben zu dieser Sozialleistung.

In diesem Sinne schliesse ich und bedanke mich herzlich für ihre Offenheit, nochmals alle Erweiterungen der GSK zu prüfen. Diese Erweiterungen machen Sinn und verbessern das Gesetz massgeblich, so dass das Ziel der Armutsbekämpfung auch wirklich erreicht wird, und zwar für drei Drittel und nicht nur für zwei Drittel der alleinstehenden Armutsbetroffenen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Sprecherin für das GAB, Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GAB): Gerade wenn es so kalt ist wie heute, bin ich besonders froh, eine warme Wohnung zu haben. Ich denke, es geht uns allen so. Wohnen ist ein Grundbedürfnis und es ist eine zwingende Ausgabe, welche alle, aber insbesondere wir Mieter und Mieterinnen monatlich haben und bei welcher wir kaum Flexibilität haben. Eine günstigere Wohnung zu finden, ist schwierig, gerade in Basel, je nach Haushaltsgrösse brauchen wir auch eine bestimmte Grösse der Wohnung und die grösseren Wohnungen sind bekanntlich immer teurer. Auch örtlich haben wir nicht wirklich Freiheit. Häufig bestimmen externe Umstände, wo wir wohnen können und wo wir unsere Wohnungen suchen.

Für viele Basler Haushalte sind die Kosten für die Miete der grösste Kostenblock im Budget neben der Krankenkasse. Grundsätzlich gilt die Empfehlung in meinem Berateralltag, dass die Kosten für die Mieter nicht höher als 30 Prozent des Brutto-Verdienstes sein sollten. Für viele Haushalte ist diese Empfehlung ausser Reichweite, gerade in Basel. Schweizweit zum Beispiel geben die Einkommensschwächsten 20 Prozent über die Hälfte ihres verfügbaren Einkommens für Miete aus. Ich denke, in Basel dürften es mehr sein, gerade bei unserer Wohnmarktsituation. Es sind also deutlich mehr als die empfohlenen 30 Prozent, die viele Haushalte ausgeben müssen. Dies ist eine grosse Belastung, nicht nur finanziell, sondern auch psychologisch und kann sich auf den ganzen Alltag der Familie und der Einzelpersonen ausweiten. Die Mietbeiträge sind darum eine wichtige Ergänzung für jene Haushalte und sie sind ein wichtiges Instrument in der Armutsbekämpfung und in der Entlastung dieser Haushalte.

Der nun vorliegende Vorschlag für das neue Mietbeitragsgesetz zahlt diesem Umstand Rechnung, indem der Anspruchskreis geöffnet wird und somit auch der Schwelleneffekt für alleinstehende Personen oder Personenhaushalte ohne Kinder neu davon profitieren werden. Wir begrüssen das sehr. Der Vorschlag der Regierung enthält bereits gute Verbesserungen zum bestehenden Gesetz. Ich habe es bereits hervorgehoben, dass diese Ausweitung auf die Einzelpersonen ein sehr wichtiger Schritt in der Armutsbekämpfung ist. Es gibt aber noch weitere kleinere Änderungen, die wir auch begrüssen. Das GAB bittet Sie darum, dieser Vorlage zuzustimmen.

Die Kommission hat in der Beratung jedoch noch ganz wichtige Punkte hinzugefügt, über welche wir im späteren noch einzeln diskutieren werden. Ich kann hier aber schon einmal vorwegnehmen, dass das GAB alle diese Anträge unterstützt. Auch diese sind eine sinnvolle und wichtige Ergänzung für die Entlastung der Haushalte von Familien und Einzelpersonen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die GLP ist Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Im Namen der GLP beantragen wir auch Eintreten auf diese Vorlage und der Vorlage zuzustimmen. Ich kann mich den Vorrednern, dem Präsidenten der GSK und natürlich insbesondere auch dem Regierungsrat, weitgehend anschliessen, aber auch den sehr detaillierten Ausführungen nochmal von Melanie Nussbaumer. Die Problematik mit dem Schwelleffekt, die zeigt, dass diese Vorlage sachlich grundsätzlich richtig und sinnvoll ist, wirklich auch aus pragmatischer Sicht, auch aus liberaler Sicht.

Ein weiterer Zusammenhang hat Oliver Bolliger kurz angetönt, das ist den grösseren Bogen zur Wohnungspolitik, dass es da diesen Zusammenhang gibt. Das ist sachlich natürlich richtig, diesen Zusammenhang gibt es und er ist sehr wichtig, auch insbesondere auf was er hingewiesen hat, nämlich dass es hier jetzt bei dieser Vorlage um eine Subjektfinanzierung geht. Aber unsere Beurteilung der Situation ist natürlich eine komplett andere. Wir Grünliberalen finden, dass mit der Subjektfinanzierung ist absolut richtig, gerade im Hinblick auf die Objektfinanzierung. Das heisst, die ganzen Diskussionen, die wir in der Wohnungspolitik sonst führen, wo wir verhärtete Fronten haben, dass es die im Idealfall langfristig überflüssig machen würde, dass sich da alles in Wohlgefallen auflöst.

Deshalb unterstützen wir diese Vorlage, insbesondere auch, weil sie diesen Druck aus dieser Debatte rausnimmt in der Wohnungspolitik und weil wir die Subjektfinanzierung für richtig halten, für den richtigen Weg halten, um wirklich auch diesen verfassungsmässigen Anspruch an das Recht auf Wohnen einzulösen, weil da ist der Staat in der Pflicht, etwas zu tun. Auch ganz konkret im Hinblick auf die Situation, dass ich nicht gezwungen sein sollte aus wirtschaftlicher Sicht, dass ich den Kanton verlassen muss. Es ist ja wirklich ein Recht auf Wohnen im Kanton Basel und da stehen wir als Grünliberale voll und ganz dahinter.

Zu den einzelnen Anträgen, die umstritten sind, werden wir uns auch nachher noch in der Detailberatung äussern. Aber schon vorweg so viel, wir werden die ungeraden, das heisst, 1 und 3, da folgen wir der Regierung und nicht den Anträgen der GSK, bei den geraden Anträgen folgen wir den Anträgen der GSK. Die können wir unterstützen, das werde ich im Detail nachher noch ausführen. Auch die Leute, die aufmerksam den Bericht der GSK gelesen haben, sehen auch, dass die Abstimmungsverhältnisse da jeweils ein bisschen anders waren. Dort, wo der Stichentscheid nötig war, da folgen wir der Regierung, dort, wo kein Stichentscheid nötig war, unterstützen wir die GSK. Details folgen noch.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die LDP ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Ich mache es kurz und bündig, Regierungsrat Kaspar Sutter hat es gesagt, wir sind wohlhabend in diesem Kanton, mehrheitlich wohlhabend, wir sind privilegiert in diesem Kanton und wir haben eine riesige Verantwortung für die, die in unserem Kanton das nicht sind. Und das sieht die LDP völlig auch so und darum, diese Mietzinsbeiträge, die man vielleicht nicht als liberalste Idee anschauen wird, aber doch, wir sind absolut dafür. Wo wir nicht dafür sind, und da kommen wir dann in der Detailberatung daraufhin und Frau Nussbaumer hat mich da nicht überzeugen können bis jetzt, mit diesen vier Anträgen der GSK, wo wir nicht einig sind und wo der Kommissionspräsident fairerweise gesagt hat, dass es nicht so aussieht wie auf dem Papier. Es ist tatsächlich, wenn man es so liest, ist es die Mehrheit gewesen, durch diverse Absenzen ist es aber zu diesem Gap gekommen, dass das vielmehr so aussieht, als wäre es eine riesige Mehrheit gewesen, die dafür gewesen wäre. Aber wir kommen dann in der Detailberatung dazu.

Und darum mache ich wirklich im Namen von der LDP beliebt, dass wir auf das wichtige Geschäft, ob das jetzt ein guter oder ein schlechter Tag ist, eingehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist die Pasqualine Gallacchi für die Mitte-EVP.

Pasqualine Gallacchi (Mitte-EVP): Ich spreche für die Mitte. Wir haben es in der Fraktion diskutiert und ich halte das Votum für die Mitte. Wir sind mit dem Ratschlag, der uns vorliegt von der Regierung, sehr einverstanden. Wir möchten auch, dass im Niedriglohnsektor, dass sich Arbeit lohnen soll, und befürworten die Mietzinsbeiträge für diese Menschen. Die Anträge, die dann von den Linken eingebracht wurden in die Diskussion, die lehnen wir alle ab oder mehrheitlich ab und möchten auch beliebt machen, dass der Ratschlag der Regierung so angenommen wird, wie er vorliegt. Zu den einzelnen Geschäften oder zu den einzelnen Anträgen werden wir dann nachher noch sprechen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die FDP ist Christian C. Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Ich will es auch nicht wahnsinnig in die Länge ziehen. Ich kann mich an sich meiner Vorsprecherin und meinem Vorsprecher anschliessen seitens des bürgerlichen Teils der Kommission und natürlich auch dem Regierungsrat. Ich glaube, es ist unbestritten, dass wir die Vorlage hier behandeln und die Notwendigkeit von dem, was gefordert wird, ist absolut gegeben. Wo wir Mühe haben oder wo wir ein Problem natürlich auch haben seitens der FDP, sind die zusätzlichen Anträge, die von der linken Seite gekommen sind. Wir denken, der Vorschlag, so wie ihn die Regierung präsentiert hat und auch am Schluss in die Kommission gekommen ist, ist eine runde Vorlage, die man so weitergeben kann und die zusätzlichen Anträge, die von der linken Seite dann hineingekommen sind, denken wir, dass es ein bisschen zu viel ist.

Von dem her gesehen sind wir absolut auf der Linie des Regierungsrats und würden auch beliebt machen, das entsprechend so dann bei den einzelnen Abstimmungen zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die SVP ist Patrick Fischer.

Patrick Fischer (SVP): Der Form halber jetzt auch noch von der SVP, auch wir treten auf das Geschäft ein und machen beliebt, dass Sie das auch machen. Zu den einzelnen Änderungsanträgen komme ich nachher noch. Was mir wichtig ist, der geschätzte Kommissionspräsident hat es richtig gesagt und auch der geschätzte Regierungsrat hat es richtig gesagt, es ist ein wichtiges Geschäft und die Frage ist nicht, ist etwas schlecht oder nicht, die Frage ist, wie viel will man ausgeben. Man kann natürlich mehr machen, man könnte noch mehr machen, aber man muss eine Balance finden und das ist in unseren Augen auch wichtig, weil das Geld ja auch von anderen Steuerzahlern kommt. Und da finde ich es wichtig, dass eine Balance stattfindet zwischen denjenigen, die zahlen und denjenigen, die empfangen. Und die Frage, die sich nachher in der Detailberatung stellen wird, ist einfach, wie viel man geben möchte. Dass das wichtig ist, das ist unbestritten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit ist die Liste erschöpft. Wir kommen nochmals zu Regierungsrat Kaspar Sutter, er verzichtet, der Kommissionspräsident Oliver Bolliger verzichtet ebenfalls. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 14 des Berichts)

Titel und Ingress

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Zweck und Gegenstand

Abs. 1

§ 2 Wohnsitz und Mindestdauer

Abs.1

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Der Antrag ist in der Synopse des Kommissionsberichtes aufgeführt. Ebenso wurde Ihnen der Antrag zugestellt.

Wir eröffnen dazu die Debatte. Zuerst hat der Antragsteller Kaspar Sutter das Wort. Er verzichtet. Damit geht das Wort an Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Der Antrag betrifft die Karenzfrist, also die Zeitdauer, die abgewartet werden muss, bis überhaupt ein Antrag auf Mietbeiträge gestellt werden kann. Zurzeit wird die Karenzfrist vom Regierungsrat auf der Verordnungsstufe geregelt. Er kann frei zwischen 0 und 10 Jahren wählen und dynamisch darauf reagieren. Mit dem Ratschlag wird eine Mindestkarenzfrist neu ins Gesetz festgeschrieben, jedoch ohne eine Zeitdauer zu nennen. Der Regierungsrat möchte bei der bestehenden Frist von 5 Jahren bleiben. Aus Sicht der Regierung und der Minderheit der GSK haben sich die 5 Jahre bewährt und die Unterstützungsleistungen des Kantons Basel-Stadt gehen jetzt schon über die Leistungen der Agglomeration und des Kantons Basel-Landschaft hinaus. Es muss mit einem Pull-Effekt gerechnet werden, die Beibehaltung der 5 Jahre stelle sicher, dass Menschen nicht kurzfristig in den Kanton ziehen, um staatliche Leistungen zu beziehen.

Aus Sicht der Mehrheit hat eine verkürzte Karenzfrist von 2 Jahren grosse Vorteile und entspricht auch bereits bestehenden Fristen, wie beispielsweise bei den Ausbildungsbeiträgen. Zudem sind 2 Jahre eine weitverbreitete übliche Frist für Bezug von Sozialleistungen. So liegt die Karenzfrist bei Mietzinsbeiträgen in Baselland und Solothurn ebenfalls bei 2 Jahren. Eine 5-jährige Frist schafft aus Sicht der Mehrheit eine unnötige Verlängerung einer prekären Situation. Es wäre sinnvoller, mit Mietzinsbeiträgen anstatt mit Sozialhilfe darauf zu reagieren. Bei einem hochkomplexen Unterstützungssystem, das ausserhalb des Kantons kaum bekannt ist, ist nicht mit einem Pull-Effekt zu rechnen. Eine Karenzfrist von 2 Jahren ermöglicht, dass die Mietbeiträge gezahlt werden können, dann, wenn sie nötig sind. Verschuldungsrisiken können so besser minimiert werden. Mit einer reduzierten Karenzfrist von 2 Jahren werden zusätzlich 400 Haushalte von Mietbeiträgen profitieren. Die Mehrkosten würden inklusive Mehrausgaben bei der Verwaltung um insgesamt 887’500 Franken ansteigen auf neu 5,4 Millionen Franken für Mietbeiträge und Verwaltungskosten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP hat Jessica Brandenburger das Wort.

Jessica Brandenburger (SP): Bei diesem Antrag geht es um die Karenzfrist, also darum, wie lange man im Kanton wohnhaft sein muss, um eine vorgelagerte Sozialleistung, wie in diesem Fall die Mietzinsbeiträge, beantragen zu können. Ich bin der Meinung, wir müssen Armut dann bekämpfen, wenn sie anfällt. Gerade bei Familien machen fünf Jahre einen extremen Unterschied. Ich möchte Ihnen den Unterschied, den diese Frist machen kann, gerne anhand eines Beispiels erläutern.

Stellen Sie sich eine neuzugezogene Familie vor, Mutter, Vater, ein Kind. Sie leben von der Sozialhilfe, da die Eltern gerade eine schwierige Phase hinter sich haben. Sie hatten Mühe, sich zurechtzufinden als Familie. Nach kurzer Zeit findet die Mutter eine Stelle, die finanzielle Situation entspannt sich langsam. Nun läge das Einkommen der Familie eigentlich knapp über der Einkommensschwelle der Sozialhilfe und sie könnten sich ablösen. Die Familie bekommt in dem Moment aber keine Mietzinsbeiträge, weil sie eben neu zugezogen sind und die Karenzfrist 5 Jahre beträgt. Schlussendlich haben sie trotz selbst erwirtschafteten Einkommen real weniger Einkommen als vorher in der Sozialhilfe. Das ist doch eben eine absurde Situation und kein Ansporn für niemandem.

Situationen wie diese könnten vermieden werden, indem wir die Karenzfrist auf 2 Jahre senken, wie es die GSK in ihrem Antrag verlangt. Es führt dazu, dass sich Menschen schneller aus der Sozialhilfe lösen können und dadurch kann wiederum Geld gespart werden, weil sich Menschen eben schneller aus der Sozialhilfe lösen können. Es wird also frühzeitiger unterstützt, was auch nachhaltig ist, weil damit die zugezogenen Personen weniger lange am unteren oder knapp unter dem Existenzminimum leben und damit in gesundheitsschädigenden prekären Verhältnissen leben.

Zur Frage des Pull-Effekts. Unser Sozialstaat ist sehr kompliziert, das zeigt zum Beispiel die hohe Nichtbezugsquote. Dazu kommt noch, dass jeder Kanton unterschiedliche Systeme und Leistungen hat. Ein Forschungsprojekt an der FHNW wollte mal die unterschiedlichen Systeme in den Kantonen analysieren. Das war ein dreiköpfiges Forschungsteam und die haben über drei Jahre lang die unterschiedlichen Systeme in den Kantonen untersucht und in den drei Jahren hat sich so viel verändert, dass sie eigentlich wieder von vorne anfangen konnten. Also wenn Profis innerhalb von drei Jahren nicht herausfinden konnten, wie die Systeme funktionieren, wie wollen das Laien machen? Es stimmt einfach nicht, dass Personen in die Kantone ziehen, wo es die besten Sozialleistungen gibt. Das ist einfach ein Märchen, das erzählt wird, das stimmt einfach nicht.

Zudem ist die Karenzfrist von 2 Jahren sehr verbreitet. Zum Beispiel in unseren angrenzenden Kantonen Baselland und Solothurn sind die Ergänzungsleistungen für Familien bei 2 Jahren. Es gibt übrigens keine einzige Studie, die von einem Pull-Effekt zwischen den Kantonen berichtet. Bisher konnte das noch nie nachgewiesen werden, obwohl das immer wieder erzählt wird. Ich frage mich, wie Sie zur Einschätzung kommen, dass die Verkürzung der Karenzfrist auf 2 Jahre zu einem Pull-Effekt führen soll, wenn doch unsere Nachbarkantone diese Frist schon haben. Mir ist nicht bekannt, dass diese Kantone über einen Pull-Effekt berichten. Dieses Argument können Sie also gleich wieder einpacken. Es stimmt schlicht und einfach nicht.

Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie darum, dem Antrag der GSK zu folgen und die Karenzfrist auf 2 Jahre zu senken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die GLP spricht wiederum Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Ich kann gerade versuchen, hier an meine Vorrednerin anzuschliessen. Diese Frage war bei uns in der Fraktion umstritten. Wir haben die nochmal intensiv diskutiert in jüngster Zeit und auch schon vorher natürlich intensiv in der Kommission und im Rahmen dessen habe ich mich auch mit dieser schwierigen Frage auseinandergesetzt. Zugegebenermassen ist es nicht ganz klar, wie man das mit diesem Pull-Effekt konkret bewerten soll. Dass es ein Problem ist, dass man das drin hat, diese Karenzfrist, das kann ich nachvollziehen, also das Beispiel, das Jessica Brandenburger gemacht hat. Die Frage ist wirklich, wie bewertet man diese Problematik mit dem Pull-Effekt. Da haben meine Abklärungen, die zugegebenermassen eher anekdotischer Natur sind, ergeben, dass das durchaus real ist und dass das passiert, dass es ein Thema ist bei Leuten, die sich in diesem Gebiet gut auskennen. Und es entspricht halt auch dem, was die Regierung und die Spezialisten der Verwaltung angenommen haben bei der Ausarbeitung dieses Gesetzesentwurfs und da vertraue ich eher denen und muss aber letztendlich klar offenlassen, es ist eine Bauchentscheidung. Aber wir finden, die Karenzfrist von 5 Jahren ist richtig, wir wollen daran nichts ändern.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Jessica Brandenburger an? Sie wird angenommen.

Jessica Brandenburger (SP): Vertrauen Sie eher Ihrem Bauch als wissenschaftlichen Studien?

Tobias Christ (GLP): Die wissenschaftlichen Studien gibt es ja eben nicht, wie Sie gesagt haben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir bei der Sprecherin für das GAB, Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GAB): Wie schon gesagt, das GAB unterstützt ebenfalls diesen Antrag der Mehrheit der GSK, die Karenzfrist auf 2 Jahre zu beschränken. Einerseits, weil es ja, wie schon ausgeführt wurde, üblich ist, andererseits möchte ich auch nochmals darauf hinweisen, dass fünf Jahre eine sehr lange Zeit sind. In fünf Jahren kann man Kinder bekommen, die Stelle wechseln, Lohnerhöhungen, Lohnsenkungen, es geschieht viel in fünf Jahren. Und fünf Jahre mit einem knappen Budget sind fünf Jahre grosses Leid in Familien und in Einzelhaushalten. Ich kann hier auch aus meinem Beraterалltag berichten, nicht in Basel, aber im Baselbiet.

Leute, die immer ein bisschen am Strampeln sind, Menschen und Familien, die immer knapp sind, die haben eigentlich nicht die Ressourcen, um sich gross Gedanken zu machen, wo sie am meisten Sozialleistungen beziehen können. Sie haben so viel zu tun, einen günstigen Wohnraum zu finden, dass sie in erster Linie einfach schauen, wo finden sie einen günstigen Wohnraum und dann ganz erstaunt und ganz erschrocken anrufen, was, jetzt muss ich zwei Jahre wechseln, weil ich von einer Baselbieter Gemeinde in die andere gezogen bin. Hier ist es genau dasselbe. Wir wissen, man sieht von aussen die Grenzen nicht. Man sieht nicht, ist das jetzt Binningen, ist das Bottmingen, Basel, das ist nicht erkennbar. Und die Leute werden nur auf die Wohnungen schauen und schauen, ist das Hobby der Kinder noch in der Nähe, ist mein Berufsweg noch gut und nicht, wo sind die günstigsten Bedingungen für mich. Ich glaube, Wohnraum oder die Wohnung zu suchen, dort, wo sie dann am günstigsten ist, ist ehrlich gesagt ein Privileg der Reichen, die sich beraten lassen können und die besten Steueroptionen finden.

Ich bitte Sie darum im Namen des GAB, diesem Antrag der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Mitte-EVP geht das Wort wieder an Pasqualine Gallacchi.

Pasqualine Gallacchi (Mitte-EVP): Nur kurz, einfach um da eine Replik zu geben. Wir möchten am Ratschlag festhalten und bitten Sie, den Antrag abzulehnen, einfach auch um nicht falsche Anreize zu schaffen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Raoul Furlano für die LDP ergreift das Wort.

Raoul I. Furlano (LDP): Ich mache es kurz, wir lehnen den Antrag ab und ich will ganz kurz auf Jessica Brandenburger Stellung nehmen mit diesen wissenschaftlichen Studien. Das ist ja immer die Politik, wenn man über wissenschaftliche Studien redet, was ich manchmal auch mache, leider, finde ich, aber wenn es gute Studien sind, ist es okay. Jetzt bei Ihren Studien, Jessica Brandenburger, die Sie wahrscheinlich erwähnen, weil Sie haben sie ja nicht zitiert, aber ich könnte mir vorstellen und ich habe diese nachgeforscht und mal geschaut, die handeln von Migration. Wir reden da von Migranten aus anderen Ländern, die zu uns kommen und hier reden wir nicht nur von Migranten, wir reden da von Einheimischen, wir reden aber auch von Schweizern, die einfach von einer anderen Gemeinde zu uns kommen. Und darum bin ich nicht ganz so einverstanden, dass das wissenschaftlich belegt ist, dass der Pull-Effekt eben nicht vorhanden ist. Ich denke eher, auch vom Gefühl her, zugeben, das ist keine Studie, noch schlimmer, da gebe ich Ihnen recht, aber ich denke, der Pull-Effekt ist möglich und darum lehnen wir das ab. Insbesondere auch, weil das einfach wieder Kosten sind, die, wie ich gesagt habe, die ein System auch irgendwann einmal tragen können muss. Und diese Anreize auch sich integrieren zu versuchen, wenn man weiss, es geht fünf Jahre, ist man, das ist schwierig, wenn ich das so sage, aber ich für mich, wenn ich das persönlich so wäre, es ist immer schwierig, wenn man sagt, wenn ich es wäre, ich bin es nicht in dieser Situation, aber wenn ich in dieser Situation wäre, würde ich sagen, okay, ich muss nur zwei Jahre beissen oder so und es geht mir schlecht, usw., aber die Motivation auch, die ich dann hätte, wäre eine andere wahrscheinlich, wenn ich fünf Jahre lang das nicht tolle, nicht schöne, nicht angenehme Leben leben müsste und darum lehnt die LDP den Antrag ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Thomas Widmer-Huber gemeldet. Er hat das Wort.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Zuerst danke ich auch Regierungsrat Sutter und seinen Mitarbeitern für den Ratschlag und die Ausarbeitung des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietbeiträgen. Danke, dass mein Anzug so positiv aufgenommen wurde. Von der EVP her unterstützen wir die Verkürzung der Karenzfrist auf 2 Jahre. Ich bringe jetzt nicht alle Argumente, wir haben einige gehört, einfach der Punkt ist, dass für uns fünf Jahre, gerade für Personen in prekären Situationen und unter dem Existenzminimum, zu lange ist, gerade auch für Familien. Die Verkürzung ist für uns von der EVP eine notwendige Entlastung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Redeliste ist erschöpft. Damit machen wir nochmals die Runde. Zuerst beim Vertreter des Regierungsrats, Kaspar Sutter hat das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Formal stimmen wir hier nicht über 5 oder 2 Jahre ab, sondern wir stimmen ab, der Regierungsrat schlägt Ihnen vor, dass wie bisher die Kompetenz der Festlegung der Karenzfrist dem Regierungsrat obliegt. Das ist der Gesetzestext, über den Sie abstimmen, und der Antrag der GSK in der Mehrheit, der möchte, dass es fix auf 2 Jahre im Gesetz steht. Also das ist formal, was da steht. Inhaltlich stimmen die 2 oder 5 Jahre. Bis anhin kennen wir diese 5 Jahre, die möchte der Regierungsrat in naher Zukunft auch so fortführen. Ob das dann immer ist, das obliegt dem Entscheid der zukünftigen Regierungsräte. Von dem her, es geht um Regierungskompetenz und zurzeit 5 Jahre oder es geht um im Gesetz festlegen durch Sie, den Gesetzgeber, auf 2 Jahre.

Es ist eine Leistung, die unsere regionalen Nachbarn nicht kennen und das ist so, die kennen das nicht für Ein- und Zweipersonenhaushalte, von dem her, wir gehen hier weiter als andere. Das ist so und das ist auch der Grund, weshalb der Regierungsrat es als richtig erachtet, hier eine Karenzfrist von 5 Jahren vorzusehen. Das ist der Grund. Keine wissenschaftliche Studie, aber ja, in Entscheiden ist das ein Teil, wo man ist, wenn man rational informiert ist, das ist natürlich stückweise die Bedingung.

Wir haben die Diskussion auch bei den Kitas. Dort möchte man ja stückweise diesen Pull-Effekt, dass mit guter Unterstützung in Kitas wir attraktiver werden für Familien und auch solche Entscheide auslösen. Bei den Mietzinsbeiträgen möchten wir die unterstützen, die hier sind primär, und wenn sie dann auch hier sind und ein Weilchen bei uns sind, dann werden sie auch unterstützt. Das ist der Unterschied. Auch bei Familien, also wenn man zusammenkommt, da muss diese Karenzfrist nicht von beiden Elternteilen erfüllt werden, sondern nur von dem einen. Es reicht also, dass jemand diese fünf Jahre hier wohnt, wenn dann diese Beziehung entsteht und die Familie entsteht oder die zurzeit dann gilt, also die Wohnsitzdauer von demjenigen, der schon länger oder die schon länger hier bei uns wohnt.

Deshalb bittet Sie der Regierungsrat, dem Regierungsrat zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Kommissionssprecher hat nochmals das Wort, Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Ich habe noch vergessen zu erwähnen, dass die GSK sich bei 5 zu 5 Stimmen per Stichentscheid des Präsidenten dann zugunsten des Antrags für eine reduzierte Karenzfrist von 2 Jahren entschieden hat. Noch kurz möchte ich erwähnen, es stellt sich ja aus sozialpolitischer Sicht auch vor allem die Frage, mit welchen Leistungen die Notlage, die ja dann schon besteht, finanziert werden soll bzw. überbrückt werden soll. Sind das in Zukunft Mietzinsbeiträge oder halt weiterhin Sozialhilfe. Es ist nicht so, dass dann keine Leistung zum Teil beantragt werden, ausser man geht nicht zur Sozialhilfe, was man ja auch vermeiden möchte. Also es geht vor allem auch darum, welches Mittel sozialversicherungstechnisch dann zum Greifen kommt aus Sicht der Mehrheit.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 54 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005450, 15.01.25 10:27:14]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Änderungsantrag des Regierungsrates abgelehnt mit 54 Nein-Stimmen gegen 42 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter.

§ 3 Anspruch und Festsetzung des Mietbeitrags

Abs. 1 und 2

Abs. 3

Hier liegt ein Änderungsantrag wiederum des Regierungsrates vor. Er beantragt, den zweiten Satz in Absatz 3 zu streichen. Wir eröffnen dazu die Debatte. Kaspar Sutter verzichtet bei der ersten Runde. Oliver Bolliger hat das Wort.

Oliver Bolliger (GAB): Dieser Antrag betrifft die Berechnung der Zimmerzahl und Mietbeiträgen bei getrennt lebenden Eltern. Gemäss Gleichstellungsprinzip sollte hier keine Unterscheidung mehr stattfinden, unabhängig von Hauptobhut und Besuchsrecht. Jetzt ist es so, dass Elternteile mit Besuchsrecht, meist Väter, gar keine Mietbeiträge für die Unterbringung der Kinder erhalten. Diese Situation schafft oft die Grundlagen für Streit zwischen den Elternteilen.

Der Ratschlag der Regierung ändert dies in zwei wesentlichen Punkten. Erstens besteht neu ein grundsätzlicher Anspruch auch für Elternteile mit Nebenobhut und zweitens bekommen sie den Beitrag für ein zusätzliches Zimmer. Gemäss Ratschlag können neu Personen mit Besuchsrecht maximal ein Kinderzimmer anmelden lassen. Die vorliegende Anpassung möchte, dass die Zimmerzahl gemäss Anzahl Kinder anrechenbar ist. Das Prinzip Anzahl Familienmitglieder plus ein Zimmer sollte für alle gelten. Da die Anzahl der Kinder meist bei eins bis zwei liegt, schafft der Antrag keine völlig neue Situation. Verhältnisse, bei denen Zimmer für drei oder mehr Kinder in eine Berechnung einfliessen, sind überschaubar. Kommt hinzu, dass jedes Elternteil immer noch ein Grossteil des Mietzinses einer grösseren Wohnung selber tragen muss.

Gemäss der Mehrheit der GSK liegt hier kaum eine Schwierigkeit vor und die Möglichkeit, Kindern gerade in der Pubertät eigene Zimmer zu ermöglichen, ist wichtig, damit auch beim Elternteil mit Nebenobhut die Möglichkeit nach Rückzug besteht. Es sollen keine Nachteile aufgrund finanzieller Überlegungen bei diesem Elternteil entstehen, weil sich dies negativ auf die Beziehung zu den Kindern auswirken kann.

Die Minderheit folgt dem Ratschlag der Regierung und ist damit zufrieden, dass eine Verbesserung gegenüber der aktuellen Situation geschaffen wird. Es sei eine Realität, dass ein Elternteil deutlich mehr Betreuung als der andere ausübt. Eine Gleichstellung der beiden Elternteile, unabhängig von der tatsächlichen Nutzung der zusätzlichen Zimmer, würde sich zusätzlich belastend auf den Wohnflächenbedarf im Kanton auswirken. Zudem müsste bei Sinken der Belegung sichergestellt werden, dass der Mietbeitrag geprüft wird. Es könnte die Verwaltung des Systems zusätzlich verkomplizieren.

Die Anzahl Haushalte bleiben bei diesem Antrag unverändert. Die zusätzlichen Kosten können nicht verlässlich geschätzt werden. Etwa 70 Prozent der Einelternhaushalte mit Mietzinsbeiträgen haben mehr als ein Kind im Haushalt. Der Ratschlag rechnet mit einem Mehraufwand von rund 600’000 Franken für die Ausübung des Besuchsrechts mit einem zusätzlichen Raumbedarf. Eine Kostenabschätzung für die Erweiterung um weitere Zimmer ist derzeit nicht möglich. Die Mehrheit der GSK geht nach der Beratung und den Auskünften des Departements davon aus, dass die Mehrausgaben in der bisherigen Budgetieren Platz haben sollten.

Die GSK hat sich bei 5 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung zugunsten des Antrags für eine Erweiterung des Raumbedarfs gemäss Anzahl Kinder entschieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten und da zu Anina Ineichen für das GAB.

Anina Ineichen (GAB): Wir haben es gehört, die Familienkonstellationen sind heute sehr vielfältig. Uns ist wichtig, dass das Gesetz dieser Vielfalt angemessen begegnet. Das Ziel im Familienrecht ist ja, dass die Kinder ein möglichst gutes Verhältnis zu beiden Eltern haben. Das muss gefördert werden und hier ist halt der Wohnraum sehr wichtig. Bei geteilten oder beim Besuchsrecht ist es wichtig, dass die Kinder sich wohlfühlen, einen Ort haben, an dem sie sein können und auch gerne wiederkommen. Ansonsten wird dieses Ziel verfehlt und hier ist es wichtig, dass der neue Vorschlag des Gesetzes keine Steine in den Weg legt in anderen Bestrebungen im Familienrecht.

Das GAB bittet Sie darum, diesen Antrag zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat Georg Mattmüller für die SP das Wort.

Georg Mattmüller (SP): Ich möchte meine Vorredner*innen nicht wiederholen, deshalb gehe ich vor allem auf einen Punkt noch ein. Die Version des Regierungsrates, also der Ratschlag des Regierungsrates sah eine Gesetzes- oder eine Regelungsdelegation auf Verordnungsstufe vor, wie beim ersten Antrag auch, und letztendlich wird auch im Ratschlag die

Besuchsrechtssituation anerkennt, allerdings wäre dann einfach eine Härtefalllösung oder eine Härtefallregelung im Einzelfall dann organisiert, was letztlich das gleiche eingefordert hätte wie der Antrag jetzt von unserer Seite her, der die Regelung einfach im Gesetz haben möchte, damit man nicht im Einzelfall entscheiden muss, sondern sichergehen kann, dass das Besuchsrecht nicht zu Nachteilen führt in der Beziehungsgestaltung von Eltern und Kindern.

Ich bitte daher, beim Antrag der GSK zu bleiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die GLP spricht Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Auch aus Sicht GLP will ich hier nochmal bestätigen, dass wir das eine sinnvolle Vereinfachung finden, hier der Antrag der GSK, den wir deshalb auch unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Raoul Furlano für die LDP hat das Wort.

Raoul I. Furlano (LDP): Und auch da muss ich leider wieder sagen, dass wir nicht für die Überweisung dieses Antrags sind und aus welchen Gründen. Es sind vor allem zwei. Der eine, der als Argument dient, ist einerseits, dass man vielleicht auch plötzlich in den Wohnungsmarkt eingreift und dass der Steuerzahler, der auch knapp am Limit ist, am Schluss eine kleinere Wohnung hat von jemandem, der dann ein Anrecht auf eine grössere Wohnung hat mit noch mehr Zimmer. Und das ist einfach eine Ungerechtigkeit, finde ich, finden wir. Das andere Argument war vor allem die Gerechtigkeit gegenüber dem Steuerzahler. Ich glaube, das ist einmal das primäre. Darum lehnen wir den Antrag ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat Bruno Lötscher das Wort.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Es ist eine interessante Überlegung, die hier gemacht wird, aber wir greifen da in Systeme ein, die eigentlich miteinander zusammenpassen sollten. Wenn wir von besuchsberechtigten Elternteilen reden, ist es so, dass die Gerichte bei der Festlegung von Unterhaltsbeiträgen den Existenzbedarf des Besuchsberechtigten in der Regel berücksichtigen und den Existenzbedarf dem besuchsberechtigten Elternteil in der Regel belassen und dort, wo die Kinder sind, auch ein Betrag eingesetzt, der dem Rechnung trägt, dass die Kinder bei diesem Elternteil, häufig dem Vater, vielleicht einmal oder zweimal pro Monat oder viermal oder fünfmal, aber in der Regel nicht halb/halb übernachten sollen. Das heisst, der Existenzbedarf des Besuchsberechtigten ist in der Regel schon so ausgelegt, dass es mehr Platz für die Wohnung hat, als es für ihn nötig wäre, mit einer Person oder im Einpersonenhaushalt.

Was die Gerichte aber nicht machen und auch der Rechtsprechung des Bundesgerichts entsprechen, es ist nicht so, dass jedes Kind Anspruch auf ein Zimmer hat. Hier wird eine Luxuslösung angedacht, die eigentlich im Normalfall auch häufig nicht gelebt wird. Viele Eltern leben, vor allem, wenn die Kinder noch kleiner sind, so, dass die Kinder nicht alle das eigene Zimmer haben. Und wenn wir jetzt hier ein System schaffen, wo einerseits nicht berücksichtigt wird, dass eigentlich dieser Betrag beim Existenzbedarf des in der Regel besuchsberechtigen Vater schon drinnen ist und zweitens in der Regel vor allem bei kleineren Kindern, vorpubertären Kindern, das gar nicht nötig ist, dass jedes Kind ein eigenes Zimmer hat in dieser Phase, was sogar sehr häufig der Fall ist, wenn die Leute zusammenleben, scheint mir das tatsächlich so, dass hier Systeme dann nicht mehr korrelieren und der Antrag des Regierungsrates eigentlich der Sinnvollere ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Raoul Furlano. Sie wird angenommen.

Raoul I. Furlano (LDP): Es ist mir nämlich wieder eingefallen, ein anderes Argument. Gehen Sie mit mir einig, dass es nicht zwingend ist, jetzt immer mehr zu haben für ein Kind, für eine stabile Eltern-/Kindbeziehung? Und das ist erwiesen, das ist ein Luxusproblem.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Natürlich ist es oftmals, wenn die Kinder grösser sind, schwieriger, die Kinder zu begeistern, zu zweit oder zu dritt in einem Zimmer zu schlafen, aber es ist für die Beziehung der Eltern nicht notwendig.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit gibt es keine weiteren Wortmeldungen. Regierungsrat Kaspar Sutter hat das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Die heutige Situation, die ist sicher unbefriedigend, weil heute bei getrennt lebenden Eltern nur der eine oder die andere Anspruch auf Mietzinsbeiträge hat, weil man ja Kinder haben muss und das gleiche Kind nicht an zwei Orten zugeteilt werden kann. Das führt im heutigen System wirklich zu Ungerechtigkeiten, die nicht gut sind, weil dann die Eltern auch streiten, wer hat dann die Hauptobhut und bekommt dann Mietzinsbeiträge als Ganzes, als Haushalt. Weil derjenige, der das nicht bekommt, der hat dann, auch wenn er ein sehr tiefes Einkommen hat, kein Anspruch auf Mietzinsbeiträge, weil er dann von unserem System als Einpersonenhaushalt qualifiziert wird. Von dem her, dieser Zustand heute, der ist wirklich nicht gut und den ändern wir hier jetzt ja grundlegend, da auch in diesem Fall ja beide Haushalte grundsätzlich Anspruch auf Mietzinsbeiträge haben. Also ich denke, das ist eine wichtige Änderung und auch, dass im zweiten Haushalt ein Raum ja angerechnet wird und im System abgebildet wird.

Aus reiner Gleichstellungssicht ist eine Ungleichbehandlung nach wie vor drin, weil im einen Haushalt eben ein Zimmer pro Kind angerechnet wird und beim anderen Haushalt nur eines. Das ist der Vorschlag des Regierungsrats. Wie finden, das ist zumutbar und höchstwahrscheinlich entspricht es auch der Realität. Herr Lötscher hat es noch ausgeführt mit dem Zivilgericht und Zuteilung, auch höchstwahrscheinlich von den sonstigen Systemen und Zuteilungen, aber es ist zumutbar, weil in den meisten Gründen, ich meine, Wohnungen mit mehr Zimmer kosten auch mehr und ein grosser Teil dieser Mehrkosten muss ja dieser dann meistens Vater ja trotzdem selber zahlen und ob er dann, und wir reden von Haushalten mit tiefen Einkommen, sonst haben sie ja gar keinen Anspruch auf Mietzinsbeiträge, ob Haushalte mit tiefen Einkommen für dieses Besuchsrecht dann für jedes Kind ein Zimmer nehmen, egal, für welche Lösung sie sich entscheiden, ist es fraglich.

Von dem her, in der Realität wird sich höchstwahrscheinlich durch diesen Antrag nicht allzu viel ändern. Aber ja, wir finden es zumutbar, die Kinder, die haben ein eigenes Zimmer, wenn diese Person sich das leisten kann, nämlich an ihrem Erstort, sie haben einfach am Zweitort nur ein geteiltes Zimmer. Und dann ein Punkt, das ist dann ja vielleicht doch noch die Suffizienz, bei der ganzen Diskussion von Wohnfläche, die hat ja auch noch ein kleines Thema da in dieser Vorlage drin.

Aus diesem Grunde bittet Sie der Regierungsrat, dem Regierungsrat zu folgen und diesen GSK-Antrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat Oliver Bolliger nochmals das Wort.

Oliver Bolliger (GAB): Ich habe nichts mehr inhaltlich zu ergänzen. Ich möchte einfach kurz erwähnen, dass wir in der Debatte einen kleinen Umweg machen, weil wir nicht chronologisch vorgehen gemäss Gesetz. Ich wurde gerade darauf aufmerksam, wir haben jetzt reagiert gemäss dem Bericht und da kommt der Paragraph 5 vor Paragraph 3. Ich glaube, wir müssen einfach wechseln, es ging um den Paragraph 5 und nicht um den Paragraph 3.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es ist so, dass wir wie immer in einer Detailberatung die Paragraphen Stück für Stück durchgehen. Es ändert nichts daran, dass es eine Mehrheit gibt der GSK, die weitergehen möchte als der Regierungsrat, der Regierungsrat stellt entsprechende Änderungsanträge. Und da gewisse Änderungsanträge mehrere Paragraphen betreffen, müssen wir auch über zum Beispiel das Thema Karenzfrist und Eintrittsschwelle vielleicht mehrmals abstimmen. Sie führen die Debatte jetzt nach Bericht, aber der Entscheid, den wir jetzt fällen, ist jener für Paragraph 3 Abs. 3. Das ist eigentlich ein Folgeantrag aus dem Thema Eintrittsschwelle. Das ändert nichts, es ist wie bei jeder Beratung wie immer so, dass wir dem Kommissionsbericht folgen und dass Änderungsanträge des Regierungsrates eines Ja bedürfen, damit sie aufgenommen werden.

Wir sind jetzt bei Paragraph 3 Abs. 3. Es geht um einen Streichungsantrag des Regierungsrates, den Sie hier eingeblendet finden und der auch in der Beschlussvorlage und in der Synopse ersichtlich war. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 54 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005452, 15.01.25 10:42:23]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderungsantrag wird abgelehnt mit 54 Nein-Stimmen gegen 43 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter.

§ 4 Beginn und Ende des Anspruchs

Abs. 1 bis 2

§ 5 Belegung der Wohnungen

Abs. 1

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor, den Sie eben gerade besprochen haben. Er beantragt, den zweiten Satz in Absatz 1 zu streichen, wie auch hier ersichtlich ist in Ihren Unterlagen.

Möchten Sie die Debatte dazu nochmals führen? Kaspar Sutter verzichtet am Anfang, Oliver Bolliger, Sie haben nochmals das Wort. Das wurde schon diskutiert, einfach bei Paragraph 3, deshalb verzichtet er. Die Fraktions- und Einzelsprecher*innen sind auch schon durch. Regierungsrat Kaspar Sutter hat nochmals das Wort in der zweiten Runde, er verzichtet, der Kommissionssprecher Oliver Bolliger ebenfalls. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 54 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005454, 15.01.25 10:44:07]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderungsantrag wird abgelehnt mit 54 Nein-Stimmen gegen 43 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter.

Abs. 2

Abs. 3

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt eine Ergänzung gemäss Synopse und ausgeteiltem Antrag.

Wir eröffnen dazu die Debatte. Herr Sutter verzichtet in der ersten Runde. Herr Bolliger hat das Wort.

Oliver Bolliger (GAB): Ich hoffe, dass ich jetzt am richtigen Ort bin. Es geht um den Antrag zur Altersschwelle?

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir sind bei Paragraph 5 Abs. 3 und da geht es um die Kompetenz des Regierungsrates, für besondere Verhältnisse wie Fremdplatzierung weitere Bestimmungen zu erlassen oder nicht.

Oliver Bolliger (GAB): Nein, dann ist gut.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprecher*innen, die verzichten. Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher verzichten ebenfalls. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 53 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005456, 15.01.25 10:46:12]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderungsantrag wird abgelehnt mit 53 Nein-Stimmen gegen 43 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Die Detailberatung geht weiter.

§ 6 Sicherstellung der bestimmungsgemässen Verwendung

Abs. 1 bis 2

§ 7 Subsidiarität

Abs. 1 bis 4

Der Regierungsrat beantragt eine Ziffer 2. Mietbeiträge an Haushalte mit Kindern mit Paragraph 8 Abs. 1 bis 3 sowie Paragraph 9 Abs. 1 bis 3. Zudem beantragt er eine Ziffer 3. Mietbeiträge an Haushalte ohne Kinder mit Paragraph 10 Abs. 1 bis 2 sowie Paragraph 11 Abs. 1 bis 2.

Wir führen die Debatte über diese Paragraphen 8 bis 11 gerade zusammen und eröffnen dazu die Debatte. Kaspar Sutter hat das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Das Ganze ist jetzt ein bisschen kompliziert, aber das Ganze ist ein Paket. Sie haben jetzt Ja gesagt, dass Sie nicht dem Regierungsrat folgen bei der Zimmerbelegung bei getrennt lebenden Eltern. Unsere Anträge machen in dem Lichte keinen Sinn mehr, weil wir können jetzt nicht in einem Teil dem Regierungsrat folgen und im anderen nicht. Also von dem her, ich kann jetzt nicht formal diese Anträge zurückziehen, weil ich das Kollegium nicht bei mir habe, aber es macht inhaltlich keinen Sinn mehr. Sie haben zu diesem Themenblock jetzt entschieden, dass Sie eine absolute Gleichbehandlung wollen von beiden Eltern und dann ist es nichts als logisch und konsequent, dass Sie bei all diesen Detailanträgen dann dieser Logik folgen, weil das geht nicht, dass man jetzt unterschiedlich da Sachen macht. Wir müssen dann inhaltlich widersprechen, wenn es dann um die nächsten Themen geht, da bin ich dann froh, wenn Sie uns klar darauf hinweisen, wenn wir dort sind, aber jetzt, das ist ein Gesamtänderungsantrag gewesen, der ja auch wir erarbeitet haben, obwohl wir ihn inhaltlich nicht unterstützt haben, aber damit er konzis und konsistent ist und Sie ein gutes Gesetz verabschieden können. Von dem her müssen wir formal das jetzt durchführen, aber man sollte hier jetzt grundsätzlich der GSK-Mehrheit folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Bolliger verzichtet. Uns liegen nach dieser Abstimmung keine weiteren Anträge des Regierungsrats mehr vor. Wir kommen zu den Fraktionsvoten und da hat Raoul Furlano für die LDP das Wort.

Raoul I. Furlano (LDP): Ich weiss jetzt rein formell nicht, ob das richtig ist, was ich jetzt da beantrage, aber wenn ich die Ausführungen jetzt von unserem Regierungsrat gehört habe, dass er alle Anträge zurückzieht, dann wäre die LDP für eine zweite Lesung. Kann ich das beantragen?

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie können eine zweite Lesung beantragen, aber die Anträge wurden nicht zurückgezogen.

Raoul I. Furlano (LDP): Okay.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Beantragen Sie eine zweite Lesung, Herr Furlano? Herr Furlano beantragt eine zweite Lesung. Wir stimmen am Schluss vor der Schlussabstimmung darüber ab, aber führen die Detailberatung zuerst fort und da sind wir jetzt bei diesen Anträgen, zu denen es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt. In der zweiten Runde verzichten Herr Sutter und Herr Bolliger auch. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 54 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005458, 15.01.25 10:50:16]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Antrag wird abgelehnt mit 54 Nein-Stimmen gegen 43 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter anhand des GSK-Antrags.

§ 8 Mitwirkung beim Vollzug

Abs. 1 bis 2

§ 9 Meldepflicht bei geänderten Verhältnissen

Abs. 1 bis 2

§ 10 Rückerstattung und Erlass

Abs. 1

§ 11 Bearbeiten von Personendaten

Abs. 1

§ 12 Rechtsmittel

Abs. 1

3. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 13 Vollzug und Ausführungsbestimmungen

Abs. 1 bis 2

§ 14 Übergangsbestimmungen

Abs. 1

II. Änderung anderer Erlasse

Gesetz über die Harmonisierung und Koordination von bedarfsabhängigen Sozialleistungen (Harmonisierungsgesetz Sozialleistungen, SoHaG) wird wie folgt geändert:

§ 1 Abs. 1 (geändert) lit. c (geändert) Mietbeiträge

§ 6 Abs. 2 lit. c (geändert)

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Sschlussbestimmung

Wenn ich jetzt nicht ganz falsch liege, müssen wir jetzt die Abstimmung über eine zweite Lesung durchführen.

Raoul Furlano beantragt eine zweite Lesung. Wenn Sie dem zustimmen, geht das Geschäft nochmals an die GSK, bevor es dann im Grossen Rat in einer zweiten Lesung behandelt wird.

Abstimmung

JA heisst zweite Lesung, NEIN heisst keine zweite Lesung.

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 48 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005460, 15.01.25 10:52:24]*

Der Grosse Rat beschliesst

eine zweite Lesung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine zweite Lesung, damit fällt die Schlussabstimmung aus.

7.1. Anzug Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend eine soziale Wohnpolitik: das Instrument der Mietzinsbeiträge nutzen, Bericht der GSK

[15.01.25 10:52:43, 20.5353.04]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die zweite Lesung betrifft nicht den Anzug Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend eine soziale Wohnpolitik.

Die GSK beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.

8. Staatsbeitrag für das Projekt Gastfamilien für Geflüchtete von GGG Benevol für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK

[15.01.25 10:53:15, 24.0706.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die GSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an den Sprecher der GSK, Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Im Namen der Kommission danke ich in diesem Rahmen allen Menschen, die sich als Gastfamilien engagieren und geflüchtete Menschen bei sich in den letzten Jahren aufgenommen haben. Dieses Engagement ist ausserordentlich und dient der sozialen Integration von geflüchteten und zum Teil auch emotional sehr belastenden Menschen. Diese gelebte Solidarität der Zivilbevölkerung ist gerade in den aktuellen Zeiten, wo die Demokratie, unsere solidarischen Grundwerte, die Menschenrechte und der Frieden in Europa bedroht sind, von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Das Gasfamilienprojekt der GGG wurde Ende 2015 in Kooperation mit der Sozialhilfe Basel-Stadt ins Leben gerufen und hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. Die GGG Benevol ist somit beauftragt, eine Kontaktstelle für die Unterbringung von Flüchtlingen bei Privaten aufzubauen und zu betreuen. Auf die Freiwilligenarbeit im Flüchtlingsbereich kann nicht verzichtet werden, sie ist eine unentbehrliche Ergänzung zum staatlichen Versorgungsauftrag. Das Angebot Benevol entlastet direkt die Sozialhilfe, welche nicht über die notwendigen Ressourcen und das Wissen in der Freiwilligenarbeit verfügt. Ein effizientes und gut koordiniertes Engagement der Zivilgesellschaft im Asylwesen fördert zudem eine positive Grundhaltung in der Bevölkerung gegenüber Geflüchteten und ist zudem ein Integrationsbooster. Soziale Integration ist eines der fünf Wirkungsziele der Integrationsagenda Schweiz, die Kantone sind entsprechend verpflichtet, entsprechende Angebote sicherzustellen und die Kontakte zur Gesellschaft aktiv zu fördern.

Das Gastfamilienprojekt hat zwei Standbeine, das klassische Programm, welches 2015 lanciert worden ist, und das Programm für die ukrainischen Geflüchteten, welches im 2022 begonnen hat. Im Programm Klassik sind bisher rund 100 Personen in Gastfamilie vermittelt worden. Es handelt sich dabei vor allem um junge Menschen aus Afghanistan, Eritrea und Syrien. In rund 80 Prozent der Fälle bleibt der Kontakt auch nach Ende des Gastverhältnisses bestehen. Nach dem Angebotseinbruch aufgrund der Pandemie hat die Informationskampagne 2023 wieder zu mehr Neuvermittlungen geführt. Der Aufwand ist deswegen nun gestiegen. Der Staatsbeitrag lag in diesem Programm bisher bei jährlich maximal 92’600 Franken. Im Programm Ukraine wurden bisher rund 1'000 Personen in über 400 Gastfamilien vermittelt. Die Mehrheit der Gastroverhältnisse dauern drei bis sechs Monate. Die Vermittlungen haben nach 2022 kontinuierlich nachgelassen und ab 2023 musste Personal abgebaut werden. Im letzten Jahr belief sich das Kostendach noch bei 188’600 Franken.

Die beiden Programme haben sich unterdessen stark angeglichen. Die Integrationsphase steht nun bei beiden deutlich mehr im Vordergrund. Ab 2025 sollen nun die beiden Programme zusammengeführt werden. Prozesse und Regelungen werden vereinheitlich und die Geflüchteten werden unabhängig von ihrer Herkunft gleich behandelt und gleich finanziert. Es kommt dabei zudem zu Synergieeffekten, die sich auch finanziell positiv auswirken. Das Budget ab 2025 liegt neu nun bei 300’000 Franken pro Jahr als Kostendach. Der gestiegene Aufwand aufgrund der höheren Nachfrage beim Programm Klassik wird dabei schon berücksichtigt. Für den Kanton fallen nur die effektiven Gesamtkosten an und auch die Dynamik bei schwankender Nachfrage kann damit gut begegnet werden.

Der Regierungsrat beantragt Ausgaben für das Projekt GGG Benevol Gastfamilien für Geflüchtete für die Jahre 2025 bis 2028 von jährlich maximal 300’000 Franken. Die bisher separat geführten finanzierten Projekte Gastfamilien Klassik und Unterkunft Ukraine sollen zu einem einheitlichen Projekt Geflüchtete aller Herkunftsländer zusammengeführt werden.

Die GSK hat den Ratschlag an zwei Sitzungen behandelt und begrüsst einmal mehr den Staatsbeitrag für das Projekt Gastfamilien für Geflüchtete der GGG Benevol und die Beratung beschränkte sich vor allem auf Verständnisfragen. Das WSU hat entsprechend Auskunft erteilt und so wurde deutlich, dass aus rechtlichen Gründen Gastverhältnisse nur mit Erwachsenen stattfinden können, und zwar erklärbar, dass das klassische Angebot typischerweise von gerade eben volljährig gewordenen Geflüchteten wahrgenommen wird. Unbegleitete minderjährigen Asylsuchende befinden sich entweder in einem Zentrum oder in einer Pflegefamilie. Typische Careleavers gehören ebenfalls nicht zur Zielgruppe dieser Gasverhältnisse.

Die GSK ist überzeugt, dass das Projekt erfolgreich ist und mit diesem Angebot die Zivilgesellschaft mit dem sensiblen Bereich des Asylwesens in Verbindung bringt. Die Gastverhältnisse sind seit der hohen Nachfrage nach dem Ausbruch des Kriegs gegen die Ukraine zwar zurückgegangen, aber es ist aus sozialpolitischer Sicht wichtig, dass es weiterhin eine andauernde Bereitschaft von Seiten der Zivilbevölkerung gibt, geflüchtete junge Menschen und Menschen aus der Ukraine in einem Gastverhältnis aufzunehmen. Das Projekt unterstützt die Bevölkerung und hat eine nachhaltige positive Wirkung bei den Geflüchteten wie auch bei den Gastgebenden.

Die GSK beantragt Ihnen deshalb einstimmig, dem vorliegenden Grossratsbeschluss zuzustimmen und für das Projekt GGG Benevol Gastfamilien für Geflüchtete für die folgenden vier Jahre Ausgaben von jährlich maximal 300’000 Franken in Form eines Kostendachs zu sprechen. Besten Dank für Ihre Zustimmung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Menschen, die auf der Flucht sind und die dann nach dem abgeschlossenen Asylverfahren uns zugewiesen werden durch den Bund, da haben wir ein sehr grosses Interesse, dass diese Menschen sich rasch und gut integrieren hier bei uns, in unserer Gesellschaft. Und hier leisten Gastverhältnisse bei Privathaushalten einen sehr wichtigen Beitrag. Zahlenmässig bei der Ukraine war riesig, jetzt ist er wieder an einem kleineren Ort, aber sie leisten trotzdem einen sehr wichtigen Beitrag und wir möchten das weiterhin unterstützen. Wenn Menschen, und oft sind das auch unbegleitete Minderjährige gleich beim Erreichen der Volljährigkeit, die Unterstützung von einer Familie bekommen oder ein Paar oder auch eine Einzelperson, die schon hier ist bei uns in Basel-Stadt, dann hilft das dieser betroffenen Person sehr direkt und es hilft auch uns als Gesellschaft, weil diese Menschen sich rascher und einfacher integrieren können.

Der Kanton hat zum Glück schon im 2015 dieses Programm entwickelt gemeinsam mit GGG Benevol, also noch vor der Ukraine-Krise, weil wir diese Wichtigkeit und dieser Beitrag gesehen haben und auch mit GGG Benevol eine sehr gute Partnerin haben, die das vollzieht. Und das hat uns ja dann in der Ukraine-Krise unglaublich geholfen, als nahezu alle Kantone ja Gastfamilienprojekte hatten, weil es sonst gar nicht bewältigbar gewesen wäre, weil die Ukrainerinnen und Ukrainer in sehr kurzer Zeit bei uns waren. Und da waren wir sehr froh, dass es dieses Verhältnis bereits gab, die Strukturen etabliert waren und man einfach das noch hochskalieren musste.

Jetzt wurde es wieder zurückskaliert, weil die Zahlen wieder deutlich gesunken sind, aber sie sind höher als vor der Ukraine-Krise, was mich freut und wir möchten das gerne weiterführen gemeinsam mit der GGG Benevol, die hier die kompetente Stelle ist und dies im Auftrag der Stadt und des Kantons erledigt. Deshalb bin ich sehr froh über diese breite Zustimmung in der GSK. Ich möchte mich auch bedanken für die Behandlung in der GSK.

Ich möchte Sie im Namen des Regierungsrats bitten, diesen Staatsbeitrag so zu sprechen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Damit gehe ich davon aus, dass Herr Sutter nicht nochmals etwas sagen möchte und Herr Bolliger auch nicht. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 6 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Abstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005464, 15.01.25 11:02:06]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für das Projekt GGG Benevol Gastfamilien für Geflüchtete werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von jährlich maximal Fr. 300'000 (insgesamt Fr. 1'200'000) in Form eines Kostendachs bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird einstimmig angenommen mit 92 Ja-Stimmen.

9. Luftreinhalteplan 2024 der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft - Partnerschaftliches Geschäft Bericht des RR

[15.01.25 11:02:08, 24.1166.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Das Wort geht an den Präsidenten der UVEK, Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Die UVEK hat sich mit dem Bericht zum Jahr 2024 beschäftigt. Wir möchten uns an dieser Stelle beim WSU und vor allem auch bei Andrea von Känel bedanken, der das Lufthygieneamt beider Basel leitet.

Es geht um Luftschadstoffe. Sie sind schädlich für den Menschen, aber können auch für die Umwelt schädlich sein. Zum Beispiel, wenn wir an den Wald denken oder an die Landwirtschaft, wenn es zu Ernteausfällen kommt. Beim Menschen sind typischerweise Erkrankungen der Atemwege die Folge, sie können sich aber auch im Körper anreichern und weitere Organe betreffen. Es gibt auch belegte Forschungen, dass es den Zusammenhang gibt zwischen Umwelteinflüssen, wie eben Luftschadstoffe, und den sogenannten Zivilisationskrankheiten.

Die Tendenz, die wir zur Kenntnis genommen haben, ist positiv. Je nach Standort ist die Entwicklung zwar etwas unterschiedlich, in der Tendenz gehen aber alle zurück. Warum gibt es diese Varianz, weil die Quellen für die Luftschadstoffe sehr unterschiedlich sind. Es ist einerseits der Strassenverkehr, es sind Feuerungen aller Art, Maschinen, die nicht dem Transport dienen, wie zum Beispiel Traktoren oder Baumaschinen, und dann gibt es diverse übrige Quellen, ein Beispiel davon das Feuerwerk.

Welche Schadstoffe werden überwacht. Stickstoffdioxid, Ozon, Feinstaub, da gibt es zwei verschiedene Grössen, der etwas gröbere PM10 und der sehr feine PM2.5, flüchtige organische Verbindungen, das sind zum Beispiel Lösungsmittel, die in die Luft übergehen, Russ und Ammoniak, dort geht es vor allem um den Stickstoffeintrag in den Boden. Das Ganze wird mit sieben Messstationen in Baselland und Basel-Stadt überwacht. Es gibt auch ergänzend dazu Passivsammler, gewisse Messreihen gehen zurück bis 1980.

Entscheidend in dieser ganzen Sache sind die Grenzwerte. Das ist eine Schwelle für eine Konzentration, man kann das auch als Ziel verstehen. Ob wir über oder unter dem Messwert sind, sagt grundsätzlich nichts darüber aus, ob der Stoff bedenklich oder unbedenklich ist, sondern die Grenzwerte werden in der eidgenössischen Verordnung festgelegt und so festgelegt, dass man sagt, bis dahin ist es akzeptabel, dass wir eine gewisse Belastung in Kauf nehmen unter Betrachtung aller Aspekte, wie zum Beispiel der Wirtschaftlichkeit von weiteren Massnahmen, dem Wohlbefinden der Bevölkerung, der Gesundheit, usw. Es besteht aber grundsätzlich abgeleitet aus dem Vorsorgeprinzip die Verantwortung der Kantone, der Gemeinden, Massnahmen zu ergreifen, um möglichst diese Konzentrationen tief zu halten.

Bei den Grenzwerten ist es auch wichtig zu unterscheiden zwischen Emissionen und Immissionen, also der Gesamtmenge, die ausgestossen wird und der Menge, die dann am Schluss bei uns im Menschen oder im Boden bei den Pflanzen ankommt. Bei den Immissionsgrenzwerten, also bei der Menge, die wir als Menschen einatmen zum Beispiel, gibt es Werte pro Stunde, es gibt auch Werte, die sich auf Tage beziehen oder eine Anzahl Tage pro Jahr, wo ein gewisser Wert nicht überschritten werden darf.

In diesem Zusammenhang und wenn wir schon bei den Zahlen sind, das ist natürlich, das kann man im Bericht nachlesen, das sind viele Tabellen, das sind viele Abbildungen, eine Zahl, die wir auch diskutiert haben. Warum kümmert uns das? Natürlich, unsere Gesundheit ist wichtig, aber aus einer volkswirtschaftlichen Betrachtung, dahinter stehen immer auch Kosten und auch diese werden ausgewiesen. Da gibt es Schätzungen, das ist klar, die basieren auf Annahmen, auf Modellen und die gehen sehr hoch bis zu einer Milliarde Gesundheitskosten in unserem Kanton wegen der Luftverschmutzung pro Jahr. Das Ganze zeigt, und das hat die UVEK auch zur Kenntnis genommen, die Tendenz ist gut, die Richtung stimmt, aber das Problem ist nach wie vor da und es ist ein Problem, das uns auch etwas angeht. Es betrifft uns direkt in der Gesundheit, es betrifft uns aber auch indirekt über die volkswirtschaftlichen Kosten. Massnahmen sind weiterhin angezeigt, auch wenn die Grenzwerte unterschritten sind, sofern die Massnahme adäquat ist.

Zum aktuellen Stand. Wir haben im Moment, also 2024, Überschreitungen bei Stickstoffdioxid, beim Feinstaub, beim Ozon, bei Ammoniak und beim Russ, das heisst, dort bestehen Ziellücken. Die bisher nötigen und auch erfolgreichen Massnahmen, die werden weitergeführt, die sind auch aufgelistet im Bericht. Die sind kantonsspezifisch, es gibt Massnahmen, die nur in Basel-Stadt stattfinden, andere, die nur in Baselland umgesetzt werden und dazu kommen nun auch neue Massnahmen. Hier eine kurze Zusammenfassung. Bei Feuerungen soll eine neue Regel eingeführt werden, wo es um Pellets geht, mit einer Leistung, die geringer ist als 70 Kilowatt. Der Kanton Basel-Stadt möchte auch beim Bund anregen, dass die Euro-7-Norm bei den Fahrzeugen zügig eingeführt wird, auch dass es Emissionsbegrenzungen bei Notstromaggregaten gibt.

Dank den bewährten und vorgeschlagenen Massnahmen und den internationalen Bemühungen, es ist ja immer so, dass die Luft sich über Kantonsgrenzen und Landesgrenzen hinwegbewegt, sollte dann die Situation weiter verbessert werden und es besteht die Aussicht, dass bis 2030 tatsächlich bei vielen Schadstoffen die aktuellen Grenzwerte eingehalten werden können. Denn die WHO, die hat 2021 basierend auf den neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen Richtwerte herausgegeben, die eindeutig tiefer sind als die heutigen Grenzwerte, die in der Schweiz gelten. Sie hat das für Stickstoffdioxid, Feinstaub, Ozon, Schwefeldioxid und Kohlenstoffmonoxid gemacht. Die Kompetenz für diese Grenzwerte, die liegt beim Bundesrat, die sind in einer Verordnung festgelegt.

Der Kanton Basel-Stadt regt an, dass man sich mit diesen neuen Erkenntnissen in der WHO, die übrigens auch von der eidgenössischen Kommission für Lufthygiene so beurteilt und auch so aufgenommen wurde und ihrerseits dann wiederum Empfehlungen formuliert wurde, dass man diese anpasst in der Verordnung. Würde man das machen, das ist auch im jetzigen Luftreinhaltebericht ausgewiesen, dann hätten wir bei zum Beispiel Stickstoffdioxid oder auch beim Feinstaub feiner als 2.5 eine flächendeckende Überschreitung bei uns im Kanton, also 100 Prozent der Bevölkerung würde dann über dem Immissionsgrenzwert leben. Das zeigt, es ist schon auch sehr davon abhängig, wie diese Grenzwerte definiert sind.

Wir haben in der UVEK all diese Erkenntnis und diese Resultate diskutiert. Wir haben sie zur Kenntnis genommen und empfehlen darum auch, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Wir haben uns noch einige mehr Details, die ich jetzt schon ausgeführt habe, geben lassen, wie dann die Massnahmen konkret angedacht sind. Das ist aber auch sehr gut beschrieben in den sehr ausführlichen Unterlagen, darum verzichte ich darauf.

Wir haben dieses Geschäft in einer Sitzung beraten und beantragen Ihnen mit 9 zu 2 Stimmen, den Anzug von Oliver Thommen abzuschreiben und den Luftreinhaltebericht des Regierungsrates mit 11 zu 0 Stimmen zur Kenntnis zu nehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Herr Sutter hat das Wort in der ersten Runde.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Vielen Dank für das Votum der Kommission und für die Behandlung in der Kommission. Wir sind auf einem guten Weg bei der Luftreinhaltewerte. Ich glaube, das ist die positive Botschaft, die man aus diesem Bericht rausnehmen kann, wir haben überall sinkende Werte. Die geltenden Grenzwerte für Feinstaub und der Partikelgrösse kleiner als 10 Mikrometer und bei Stickstoffoxiden werden weitgehend eingehalten. Wo wir aber weiterhin zu hohe Werte haben, das ist bei dem kleinen Feinstaub, der Partikelgrösse kleiner als 2.5, und beim Ozon. Dort sind wir noch nicht an dem Punkt. Was man auch sagen muss, ist, dass die WHO strengere Grenzwerte empfiehlt, der Bund das aber nicht vorgibt. Für uns entscheidend sind die Bundesgrenzwerte, das sind die, an die wir uns halten und wo wir die Massnahmen ergreifen. Aber ich bin sehr froh, dass die Luft immer besser wird bei uns im Kanton. Das ist die gute Botschaft, die ich gerne hier setzen möchte.

Der Luftreinhalteplan 2024, der sieht die Weiterführung von sechs bisherigen Massnahmen vor, die es schon im 2016 gab, dort wollen wir noch tiefer gehen. Bei der Elektrifizierung der Schiffliegeplätzen sind wir noch nicht bei allen dort, aber wir sind auf dem Weg dazu, auch die zu elektrifizieren. Es sind neue Massnahmen vorgeschlagen bei den Holzfeuerungen und der Landwirtschaft und wir fordern auch in diversen Bereichen den Bund auf, Massnahmen zu ergreifen, weil in vielen Bereichen ist die Kompetenz nicht bei den beiden Kantonen, sondern beim Bund. Zum Beispiel die Einführung der Euro-7-Norm, die einen wichtigen Beitrag leisten würde, da fordern wir vom Bund klare Massnahmen.

Als Fazit insgesamt zeigt sich, dass die Bemühungen und Massnahmen der letzten Jahrzehnte für saubere Luft sich in der Region deutlich bemerkbar machen. Der eingeschlagene Weg mit den gewählten Massnahmen hat sich als richtig erwiesen und auch die technologische Entwicklung spielt da mit, zum Beispiel bei der Elektrifizierung des Verkehrs, der auch einen wichtigen Beitrag leistet, und die höheren Normen auch bei den Verbrennungsmotoren.

Vielleicht noch grundsätzlich. Das ist ein gemeinsamer Luftreinhalteplan. Sie haben ja lesen können, dass der Kanton Baselland das gemeinsame Lufthygieneamt beenden möchte. Das bedauert der Regierungsrat Basel-Stadt, das habe ich auch bereits so kommuniziert. Wir sind jetzt aber dabei, diese Rekantonalisierung, sage ich jetzt mal, der Luftreinhalteverordnung aufzugleisen. Wir sind daran, um zu schauen, dass wir dann das innerhalb der kantonalen Strukturen vollziehen können. Das wird auch möglich sein, also wir können die Luftreinhaltefunktionen und die Gesetzgebung, die es gibt in diesem Bereich, auch alleine sicherstellen. Ich bedaure das, ich fand es richtig und gut, das gemeinsam zu machen, Luft macht bekanntlich kein Halt an der Kantonsgrenze. Es gab auch gewisse Synergien und von dem her werden wir das aber rekantonalisieren.

Ich weiss nicht, ob dann der nächste Luftreinhaltebericht auch noch gemeinsam ist, das ist auch mit zwei kantonalen Ämtern durchaus möglich, machen wir zum Beispiel im Abfallbereich auch, das ist aber heute noch nicht entschieden und wird sich weisen, ob dann der nächste Luftreinhaltebericht ein baselstädtischer ist oder wiederum einer der beiden Kantone. Jedenfalls hier bei diesem Bericht hat die Zusammenarbeit sehr gut geklappt, das gemeinsam Lufthygieneamt hat einen guten Job gemacht und ich möchte auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Lufthygieneamts beider Basel danken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der nächste Sprecher für das GAB steht bereit, es ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Die Fraktion GAB nimmt den Luftreinhalteplan zur Kenntnis und wir danken dem Kommissionssprecher und auch dem Regierungsrat für die Ausführungen und können diesen weitestgehend folgen und danken für die genaue Betrachtung und die Ausarbeitung dieses neuen Luftreinhalteplans nochmals gemeinsam sicher mit Baselland. Hoffen wir, dass das auch so bleibt, aber das werden wir ja noch sehen.

Wir beantragen Ihnen aber, den Anzug nochmals stehen zu lassen und das hat einen Grund, nämlich sehen wir das etwas weniger optimistisch. Wir möchten hier nicht für dicke Luft sorgen, aber auffallend ist doch, dass auch in der Beantwortung des Anzugs sehr oft das Foto zwei vorkommt und das Foto zwei war für mich in der Schule immer so etwas, wo ich nie gewusst habe, was soll das eigentlich genau und jetzt habe ich es gerade wieder bei dieser Anzugsbeantwortung gesehen. Es passiert irgendwann etwas und dann wird es abgeschlossen sein und das kann man mit dem Foto zwei abbilden und die Grenzwerte werden dann irgendwann eingehalten sein. Das weiss man jetzt heute schon und das kann einen optimistisch stimmen, mich stimmt das nicht ganz so optimistisch.

Ich denke, wir sind auf einem guten Weg, aber wir haben immer noch ein immenses Problem. Der Kommissionssprecher hat es gesagt, die Gesundheitskosten, die entstehen, sind wahrscheinlich mehr als eine Milliarde. Es sind wirklich hohe Kosten, es gibt eine hohe Exposition, die Menschen sind langfristig dem ausgesetzt und wir können zum Teil auch nur erahnen, was die Schäden sind und durch was das bewirkt wird. Aber wir wissen es aus der Forschung und wir haben hier ja auch ausgezeichnete Forschungsinstitute dazu in unserer Region, die das auch belegen können. Und da verstehen wir dann nicht ganz, wie man dann in dieser Beantwortung eigentlich zum Schluss kommen kann, dass die Vermittlung an die Bevölkerung zum Beispiel, dass die einen so geringen Nutzen haben soll.

Wenn wir das jetzt ansehen können, natürlich, die WHO-Grenzwerte, die müssen wir im Moment nicht einhalten. Hier sehen Sie, Sie können ja selber schauen, wo Sie etwa wohnen, der Grenzwert, die gestrichelte Linie, das ist der Grenzwert heute, an den wir uns halten müssen. Aber wir wissen seit drei Jahren, dass der Grenzwert der WHO bei 10 ist, das ist jetzt das NO2, und das ist ja kein politischer Grenzwert, sondern das wird von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern erstellt zuhanden der WHO, die WHO gibt dann nach einem langen Prozess diese Grenzwerte oder diese Empfehlungen für Grenzwerte heraus. Und in diesem Sinne wäre es ja eigentlich angezeigt, dass wenn wir es schon wissen, dass das passiert, wir wissen um die Schäden im Kanton von einer Milliarde, dass wir dann auch mehr machen, um diese Schäden zu minimieren.

Es ist mir klar, dass auch in der Abstimmung der beiden Kantone es nicht so einfach ist, Massnahmen zu ergreifen, die dann eine Minderung dieser Emissionen haben, aber was wir machen können, ist die Personen davon in Kenntnis setzen und schützen und hier bin ich mit der Anzugsbeantwortung wirklich nicht einverstanden. Sie geben zwar an, was der Kanton alles macht, das ist auch sehr zu begrüssen, dass er das macht, aber die Frage ist doch, ob das bei den Menschen ankommt und da habe ich meine Zweifel. Gerade die Menschen, die eine hohe Exposition haben, sind wahrscheinlich nicht die Menschen, die um 9 Uhr abends von der Arbeit heimkommen und dann noch schauen, wie sieht morgen auf dieser Webseite die Exposition aus für NO2. Das interessiert die vielleicht gar nicht. Aber der Kanton, der so hohe Kosten trägt und der auch eine Fürsorgeaufgabe hat für diese Menschen, müsste mehr machen, damit sie sich schützen können.

Ganz besonders finde ich das dann bei den besonders betroffenen Berufsgruppen. Ich sehe im Kanton immer wieder Menschen, die den Verkehr regeln. Ich habe noch nie jemanden gesehen, der dazu eine Maske trägt und ich frage mich seit Jahren, warum eigentlich, warum ist das nicht bei einer Ausschreibung Pflicht? In anderen Städten, die zugegebenermassen natürlich höhere Werte haben, ist es Pflicht, aber gerade die feinen und die ultrafeinen Partikel, die wir alle so einatmen, die sind besonders schlimm für eine lange Exposition und ich finde, der Regierungsrat sollte wirklich bei diesen betroffenen Berufsgruppen nochmals berichten, was er dort machen möchte. Und er könnte vielleicht auch diese Rekantonalisierung als Chance nehmen, hier vielleicht einen baselstädtischen Schwerpunkt zu setzen, auch wenn es vielleicht nicht im Rahmen des Luftreinhalteplans ist, aber vielleicht gibt es ja noch andere Orte, wo man diese Massnahmen ergreifen kann, um die Menschen wirklich konkret zu schützen, weil das sowohl für die Menschen als auch für uns als Kanton hohe Kosten sind.

Wir bitten Sie deshalb, den Plan zur Kenntnis zu nehmen und diesen Anzug stehen zu lassen, damit der Regierungsrat hier nochmals berichten kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die SP ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Die SP-Fraktion nimmt den Bericht ebenfalls zur Kenntnis. Im Namen der SP möchte ich an dieser Stelle aber doch noch zwei, drei Sätze auch an die Adresse unseres Nachbarkantons verlieren. Es gibt fast kein anderes Thema, bei dem weniger offensichtlich ist, dass die Kantonsgrenze willkürlich ist im Behandeln des Themas und die Luftreinhaltung

bikantonal zu überwachen, machte sehr viel Sinn und wäre auch weiterhin sinnvoll. Die verschmutzte Luft macht, wie es Kaspar Sutter ebenfalls bereits ausgeführt hat, keinen Halt an der Kantonsgrenze. Dass man das nun wieder neu organisieren muss, erfordert auch Investitionen, die wir etwas bedauern. Wir finden auch das Signal etwas speziell, das mit diesem Move gesendet wird. Kaspar Sutter hat ebenfalls erwähnt, auch mit getrennten Lufthygieneämtern, die wir aufgrund des aus unserer Sicht wenig sinnvollen Entscheids der freundlichen Regierung in Baselland haben werden, ist künftig ein gemeinsamer Bericht zur Lage möglich, aus unserer Sicht nicht nur möglich, sondern auch wünschenswert. Ein gemeinsames Verständnis der Situation zu haben, ist sinnvoll und hilfreich in dieser Sache, auch in Zukunft. Es wird sich zeigen, wie das kommt.

Die erzielten Verbesserungen in den statistischen Werten hat der Kommissionspräsident ausführlich ausgeführt. Eine deutliche Sprache sprechen die Werte im Bereich der Mobilität. Die Werte sind in verkehrsexponierten Lagen deutlich schlechter und entsprechend auch über den Grenzwerten, über den bereits geltenden sogar. Wer sich also gegen weitere Massnahmen für den umweltfreundlichen Verkehr und einen besseren Modalsplits-Wert, der verhindert damit auch das Einhalten bereits geltenden Grenzwerte und nimmt die gesundheitliche Gefährdung der Menschen in unserem Kanton in Kauf. Ich finde das wichtig, dass man sich das beim Behandeln dieses Berichts auch wieder vor Augen führt.

Noch zwei, drei Worte zur Frage, ob es richtig ist, den vorliegenden Vorstoss abzuschreiben. Die SP-Fraktion ist ebenfalls irritiert, dass der Bund die neuen Grenzwerte der WHO noch nicht übernommen hat. Wir finden das falsch. Das sollte ganz sicher so schnell wie möglich passieren und damit können diese Grenzwerte dann auch in unserem Kanton übernommen werden, das wird passieren automatisch, das muss man ja, und das hilft dann auch zur Definition der weiteren Massnahmen. Weil hier das Handeln auf Bundesebene, des Bundes erforderlich ist, sehen wir keinen Mehrwert im Stehenlassen des Anzugs und ziehen es vor, in Bern die Übernahme der Grenzwerte einzufordern. Ein entsprechender Vorstoss ist angedacht und in Vorbereitung, eben auf Bundesebene.

In diesem Sinne stimmt die Fraktion der Kenntnisnahme und dem Abschreiben des Vorstosses zu.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat verzichtet, der Kommissionspräsident ebenfalls. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir stimmen über die Kenntnisnahme ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschlusskenntnisnahme, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005466, 15.01.25 11:24:59]*

Der Grosse Rat beschliesst

Kenntnisnahme

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben einstimmig Kenntnis genommen mit 92 Ja-Stimmen.

9.1. Anzug Oliver Thommen und Konsorten betreffend die Anpassung des Luftreinhalteplan zum Schutz der Bevölkerung, Bericht des RR

[15.01.25 11:25:06, 22.5089.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug Oliver Thommen als erledigt abzuschreiben. Oliver Thommen hat den Antrag auf Stehenlassen gestellt.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

78 Ja, 17 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005468, 15.01.25 11:26:02]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird abgeschrieben mit 78 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

10. Kantonale Volksinitiative "Sicherere Velorouten in Basel-Stadt", Bericht der UVEK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

[15.01.25 11:26:12, 22.0979.05]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Mehrheit der UVEK beantragt, der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen und die Initiative der Gesamtheit der Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Verwerfung zum Entscheid vorzulegen. Die Minderheit der UVEK beantragt, die Initiative der Gesamtheit der Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Verwerfung und ohne Gegenvorschlag zum Entscheid vorzulegen.

Zuerst führen wir eine Eintretensdebatte durch und beraten dann den von der Mehrheit vorgelegten Gegenvorschlag zur Initiative. Danach entscheiden Sie, ob der beratene Gegenvorschlag der Initiative gegenübergestellt werden soll oder ob die Initiative ohne Gegenvorschlag dem Volk vorgelegt wird, wie dies die Minderheit beantragt. Allenfalls ist dann der Beschluss zur Abstimmungsempfehlung zu fassen.

Wir kommen zu den Kommissionssprechern und da hat zuerst für die Mehrheit der Präsident der UVEK, Raphael Fuhrer, das Wort.

Raphael Fuhrer (GAB): Ich beginne mein Votum noch im Namen der Gesamtkommission zum allgemeinen Teil und werde dann bekanntgeben, ab wann ich nur noch für die Mehrheit sprechen werde.

Wir haben eine unformulierte Initiative vorliegen und sie fordert durchgehende, sichere und einheitlich ausgestaltete Velorouten in unserem Kanton. Sie formuliert quasi ein Zielbild auf Gesetzesstufe und gibt die Details an, wie das geschehen soll. Sie zeigt auch auf, wo sie Ressourcenbedarf sieht, wo es Organisationsbedarf gibt und bringt auch das zu Papier im Initiativvorschlag. Das Velo-Angebot soll bis 2035 markant verbessert werden und die Standards einheitlich und flächendeckend angewendet werden.

Wir in der UVEK haben uns mit diesem Initiativbegehren in sieben Sitzungen zwischen Mai und September des vergangenen Jahres beschäftigt und haben dann basierend auf dem Gegenvorschlag des Regierungsrates die Diskussion geführt. Der Gegenvorschlag des Regierungsrates sieht vor, dass 40 Kilometer Velovorzugsrouten innerhalb von zehn Jahren umgesetzt werden und er verankert das im kantonalen Umweltschutzgesetz. Finanziert soll das werden über zusätzliche Mittel in der sogenannten Rahmenausgabenbewilligung Langsamverkehr II, die bereits läuft, von 20,5 Millionen Franken.

Natürlich haben wir auch das Initiativkomitee eingeladen und eine Delegation war bei uns in der Kommission. Das Initiativkomitee hat noch einmal Wert gelegt festzuhalten, dass die heutige Veloinfrastruktur mangelhaft ist, vor allem bezüglich der Sicherheit, und dass wenn diese Sicherheit verbessert werden könnte, auch viel mehr Leute Velo fahren würden und das wiederum positive Auswirkungen hat, weil dann weniger Leute zum Beispiel Auto fahren, weniger Stau, die

Leute bewegen sich, wir haben gerade vorhin gehört, Luftverschmutzung, Gesundheitskosten, usw. Der Regierungsrat wiederum weist daraufhin, dass er mit seinem Gegenvorschlag gemäss Regierungsrat das Hauptanliegen der Initiant*innen aufnimmt und ein Fokus legt auf die Velovorzugsrouten.

Das Initiativkomitee hat aber mehrmals betont, dass ein gesamthaftes Netz wichtig ist, gerade auch im Hinblick auf die Sicherheit, und dass, wenn wir uns mit der Sicherheit auseinandersetzen, wir der Realität ins Auge schauen müssen. Die ganz grosse Mehrheit der schwerverletzten Personen in unserem Kanton sind Velofahrer*innen oder Fussgänger*innen und wir reden da von einer Person pro Woche, die im Schnitt leider dann schwer verletzt wird im Strassenverkehr. Das Initiativkomitee hat uns auch aufgezeigt anhand von Fotos, dass es noch sehr viele gefährliche Stellen in unserem Kanton gibt und es ist der Ansicht, dass der Gegenvorschlag des Regierungsrats einerseits zu unverbindlich ist und was zum Beispiel die Standards anbelangt, zu wenig konsequent ist. Es soll ja tatsächlich mehr Priorität der Verkehrssicherheit im Veloverkehr gegeben werden und dass der Netzgedanke nicht komplett gedacht wird.

Wir als UVEK haben das Mal so zur Kenntnis genommen und sind dann ins Thema eingetaucht und mussten feststellen, dass das ganze Thema Veloverkehrsplanung sehr im Wandel ist. Der Grund dafür ist natürlich das eidgenössische Veloweggesetz. Wir haben versucht, im Kapitel 6 unseres Berichts das möglichst nachvollziehbar und kurz zusammenzufassen. Einerseits ist das eidgenössische Veloverkehrsgesetz relativ neu, es gibt aber eine Praxishilfe des ASTRA, dass auch weitere Details gibt. Das Veloweggesetz setzt aber sehr klare Fristen. Bis 2042 müssen die Kantone das Velowegnetz gemäss Mindestanforderungen, die die Planungshilfe des ASTRA detailliert wiedergibt, umgesetzt haben und bis 2027 muss die Planung angegangen sein. Es muss also ein Netzplan vorliegen.

Der Bund sieht vor, dass es Hierarchiestufen gibt in diesem Velonetz. Es gibt zuoberst die Velovorzugsroute, dann gibt es Hauptverbindungen, Nebenverbindungen und das übrige Netz ist das Erschliessungsnetz. Sämtliche Netz-Elemente, also auch das Erschliessungsnetz, müssen sicher sein für Velofahrende. Wir haben vom Bau- und Verkehrsdepartement erfahren, dass sie bei den Velovorzugsrouten bereits erste Ideen haben, wo diese hinkommen sollen, ob die radial oder eher kreisförmig sind und auch was dort für Führungsformen zur Anwendung kommen sollen. Und das ist eine wichtige Sache. Es gibt eben diese Hierarchiestufen, die Netz-Typen und dann gibt es Führungsformen wie zum Beispiel ein Velostreifen oder ein Velo-Bypass oder eine Aufstellfläche für Velofahrende bei Kreuzungen. Da sind dann Eigenschaften, wie der Strassenraum gestaltet wird.

Bei den Velovorzugsrouten hatten wir bereits ersten Einblick, wie das angedacht ist und dort konnte uns zum Beispiel das Bau- und Verkehrsdepartement sagen, dass für 40 Kilometer Velovorzugsrouten würde das bedeuten, dass so und so viele Kilometer Strassenraum umgestaltet werden müsste, dass zum Beispiel um die 900 Parkplätze dann auch weggehen müssten zugunsten von diesen Velovorzugsrouten. Für die anderen Bereiche konnten wir noch nicht so ins Detail gehen wie bei den Velovorzugsrouten. Ein wichtiger Punkt sind auch die Standards, die dann die Netzelemente beschreiben, also wie diese Führungsformen genau auszusehen haben. Diese werden vom Kanton festgelegt und sie sind behördenverbindlich. Wir haben auch diskutiert über die Velofachstelle. Diese hat einen Fokus auf dem strategischen Konzeptuellen. Im Gegensatz dazu soll die Umsetzungsgruppe aktive Mobilität sich vor allem mit Sofortmassnahmen beschäftigen. Es braucht also beide, Sie haben unterschiedliche Aufgabengebiete.

Und nun zur Umsetzung der Initiative. Sie ist eine unformulierte Initiative, das heisst, würde die Initiative angenommen, dann müsste eine Vorlage ausgearbeitet werden. Diese könnte dann wiederum einem Gegenvorschlag gegenübergestellt werden und man geht davon aus, dass alles in allem eine Verzögerung von etwa zwei Jahren in diesem Fall stattfinden würde, gegenüber, wenn wir heute einen Gegenvorschlag beschliessen würden.

Das waren meine allgemeinen Ausführungen ab. Hier werde ich nun für die Mehrheit weitersprechen. Das sind neun Personen, die am Mehrheitsbericht gearbeitet haben. Die vier anderen Personen haben am Minderheitsbericht gearbeitet, der eigentlich von meiner geschätzten Vizepräsidentin Nicole Strahm hätte vorgetragen werden sollen. Nun ist Daniel Hettich eingesprungen. Vielen Dank. Ich rede nun jetzt für die Mehrheit weiter.

Wir haben geschaut, was waren die Anliegen des Initiativkomitees, was war der Ansatz des Regierungsrates und haben versucht, daraus einen geeigneten Gegenvorschlag abzuleiten. Uns war wichtig, dass die Anliegen der Initiative aufgenommen werden, dass der Gegenvorschlag aber abgestimmt ist auf die kantonalen Instrumente, dass analog des Gegenvorschlags vom Regierungsrat eine schlanke Umsetzung im Umweltschutzgesetz möglich ist, dass eine zeitnahe Umsetzung daraus resultiert und dass die benötigten Ressourcen sichergestellt sind. Im Vergleich zum Regierungsrat möchte die UVEK-Mehrheit 3 Millionen mehr in den Beschluss packen. Das wäre pro Jahr, wenn man das herunterbricht, eine relativ geringe Differenz zu den beantragten Mitteln des Regierungsrates.

Warum hat sich die Mehrheit der UVEK nicht mit dem Gegenvorschlag des Regierungsrats zufrieden gegeben. Er sagt nichts zu den Haupt- und Nebenverbindungen aus und gerade diese sind wichtig, damit die Leute überhaupt dann auf den Velovorzugsrouten unterwegs sein können. Denn man ist es ja immer von A nach B unterwegs mit dem Velo und ist darum auch angewiesen auf sichere Verbindungen von A nach B. Wir sind der Ansicht, dass die Haupt- und Nebenverbindungen genauso wichtig sind und dass eine Verankerung der Sicherheitsbedürfnisse des Fuss- und Veloverkehrs im Gesetz zwingend ist. Wir haben dazu einen Vorschlag. Der Regierungsrat hat dazu keine Gesetzesänderung beantragt.

Warum braucht es aus Sicht der UVEK-Mehrheit einen Gegenvorschlag? Warum sind wir nicht einfach auf die Initiative gegangen? Wie ich ausgeführt habe, würde die Initiative angenommen, müsste man zuerst dann wieder Vorlagen ausarbeiten. Wir würden es vorziehen, wenn wir direkt mit einem heute beschlossenen Gegenvorschlag loslegen können, und es ist uns wichtig, dass die Standards zwar als Standard so im Gesetz auftauchen, dass die Behördenverbindlichkeit im Gesetz festgeschrieben wird, wir sind aber nicht der Ansicht, dass die einzelnen Masse, usw. im Gesetz auftauchen müssen. Dann noch, warum ein Gegenvorschlag, wenn es ja das Bundesgesetz gibt, das bis 2042 die Kantone zum Velonetz verpflichtet?

Die UVEK-Mehrheit ist der Ansicht, dass wenn die Schweiz bis 2042 das umsetzen soll, dann sollten wir als Kanton Basel-Stadt schneller sein. Wir sind ein Stadtkanton, in unserem Kanton hat der Veloverkehr eine hohe Bedeutung. Wir hatten den Eindruck, dass im Moment das Bau- und Verkehrsdepartement den Fokus auf die Velovorzugsrouten legt. Wir möchten aber auch auf Gesetzesstufe die Hauptrouten und die Nebenrouten wirklich auch mitdenken und parallel dazu planen. Wir dürfen nicht in eine Rücklage kommen. Wir haben das bei anderen Bundesvorgaben beobachten müssen, wie zum Beispiel beim BehiG. Ein weiterer Punkt ist auch, dass unser Kanton bis 2037 im Verkehr Netto-Null erreichen möchte. Dazu braucht es eine Verlagerung auf den Veloverkehr. Ein Drittel aller Autofahrten sind aktuell kürzer als drei Kilometer, also in Velo-Distanz. Wir sind auch der Ansicht, dass wenn man Haupt- und Nebenrouten von Anfang an mitdenkt, dass dann auch ein gewisser Mehrbedarf da ist an Ressourcen und den schlagen wir ja mit unserem Antrag vor.

Darum also ein Gegenvorschlag der UVEK-Mehrheit, der versucht, die Vorzüge der Initiative und des Ansatzes des Regierungsrats unter ein Dach zu bringen und auch konsistent zu sein mit den weiteren kantonalen Planungsinstrumenten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an den Vertreter der UVEK-Minderheit, Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Wie Raphael Fuhrer schon gesagt hat, halte ich das Votum an der Stelle von Nicole Strahm, die heute ihre Stimme leider schonen muss. Ich rede als Sprecher der Minderheit zum Bericht der Volksinitiative Sichere Velorouten in Basel-Stadt und des Gegenvorschlags der Regierung. Allgemeines zum Bericht werde ich nicht mehr wiederholen.

Die genannten Anliegen der Kommissionsmehrheit erscheinen auf den ersten Blick schlüssig, nachvollziehbar und auch vielversprechend. Doch bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass die Initiative und auch der Gegenvorschlag der Regierung zu massiv und zu unausgewogen sind und zu unverhältnismässigen Eingriffen in unseres bestehendes Mobilitätssystem führen und dies einseitig zu Gunsten des Veloverkehrs, ungeachtet, was das für den öffentlichen Verkehr, den motorisierten Individualverkehr, den Fussverkehr sowie für das Gewerbe und ganz gravierend auch für die Blaulichtorganisationen bedeutet. Die UVEK-Minderheit ist deshalb der Ansicht, dass in unserem knappen Strassenraum eine ganzheitliche Verkehrspolitik angestrebt werden muss, die den Bedürfnissen aller Verkehrsteilnehmenden gerecht wird.

Die Initiative und der Gegenvorschlag der Regierung setzen jedoch auf eine einseitige Bevorzugung des Veloverkehrs. Das ist nicht nachhaltig und wird zu einer Verschärfung der bereits heute tagtäglichen bestehenden Behinderung führen. Warten wir doch besser zuerst einmal ab, bis überall die x Baustellen fertig sind und auch der Fernwärmeausbau abgeschlossen ist, denn auch in diesem Rahmen wird jede Strasse hinsichtlich Veloinfrastruktur und Begrünung angepasst.

2023 ist das Veloweggesetz auf Bundesebene in Kraft getreten und die einzelnen Kantone müssen sich an gewisse Vorgaben halten. Es gilt jedoch an dieser Stelle klar festzuhalten, dass die Kantone eine grosse Autonomie bei der Umsetzung des Bundesgesetzes haben und es weder die Initiative noch den Gegenvorschlag der Regierung bzw. der UVEK-Mehrheit benötigt, um als Kanton bundesrechtskonform zu agieren. Das Veloweggesetz des Bundes ist eine Grundsatzgesetzgebung, die dem Kanton einen grossen Handlungsspielraum lässt. Es zwingt Basel-Stadt keineswegs, die in diesem genannten Ausmass geforderten Massnahmen umzusetzen. Wir haben bereits seit Jahren eine starke und anerkannte Veloinfrastruktur mit qualitativ hohen Anforderungen an das Veloroutennetz. Der Aufwärtstrend an Velofahrenden ist ja der beste Beweis dafür.

Der bestehende Teilrichtplan Velo mit bereits heute weit über 200 Kilometer Velorouten wird weiter aktualisiert, geplant und umgesetzt, auch ohne zusätzliche Massnahmen einer Initiative oder eines Gegenvorschlags der Regierung. Und auch hier, es besteht kein Zwang und es gibt keine Notwendigkeit, diese Velorouten als erneutes Basler Finish in so unverhältnismässiger Weise weiter auszubauen. Denn fast 85 Prozent des kantonalen Veloroutennetzes sind bereits mit geeigneten Massnahmen versehen und die weitere Umsetzung im öffentlichen Strassenraum soll in den nächsten Jahren beendet sein. Es wäre also sinnvoll, diesen Zeitpunkt abzuwarten, bevor weitere Massnahmen ergriffen werden.

Die Initiative fordert des Weiteren, dass Velorouten mit einer Mindestbreite von 2,4 Metern pro Fahrtrichtung ausgestattet werden sollen. Das würde zwangsläufig zu einem weiteren Abbau von Strassenflächen, Parkplätzen, Fusswegen und Baumrabatten führen. Städte wie Zürich und Luzern haben bereits gezeigt, dass solche Massnahmen zu mehr Staus, Verzögerungen und einem schlechteren Verkehrsfluss führen. Eine Situation, die wir in Basel unbedingt vermeiden müssen. Auch die Wirtschaft wäre erheblich betroffen. Viele Gewerbebetriebe und Dienstleistungsunternehmen sind auf eine reibungslose und effiziente Mobilität angewiesen. Werden Strassenraum und Parkplätze weiter abgebaut, damit Lieferzonen

reduziert, geraten unsere Gewerbebetriebe unter Druck. Das führt zu zeitaufwendigem Suchverkehr, höhere Kosten und eine Beeinträchtigung des Umsatzes.

Der weitere unbehinderte Ausbau des Velonetzes geht auch mit Einschränkungen für Anwohnerinnen und Anwohner einher. Familien, ältere Menschen und Personen, die auf das Auto angewiesen sind, werden dadurch stark beeinträchtigt. Die 900 Parkplätze, welche laut Regierungsrat geopfert werden müssen, sind nur auf dem Velovorzugsrouten beachtet. Der Abbau von Parkplätzen in den Quartierstrassen wurde in dieser Zahl noch nicht mitgezählt. Darüber hinaus betreffen die Einschränkungen auch unsere Blaurichtorganisationen, Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste müssen im Ernstfall schnell und ohne Hindernis zum Einsatzort gelangen können. Die Umverteilung des Strassenraums würde diese Einsatzfähigkeit behindern und mit möglicherweise lebensbedrohlichen Konsequenzen.

Weiter fordert die Initiative die Schaffung neuer Verwaltungsstrukturen, darunter ein Velo-Expressteam und eine Fachstelle für Veloverkehr. Das ist unnötige Bürokratie, die dem Kanton jährlich wiederkehrende Kosten von 180’000 Franken verursacht, zusätzlich zu den über 30 Millionen Franken Investitionskosten in den nächsten zehn Jahren. Die UVEK-Minderheit findet diese hohen Ausgaben als nicht verhältnismässig. Wir finden, sie stehen im Widerspruch zum Prinzip einer schlanken und effizienten Verwaltung. Gerade in einer Zeit, in der wir vor anderen dringenden Herausforderungen stehen, fehlen hier jegliche transparente Kosten-Nutzenanalysen zur Begründung dieser Investitionen.

Die Initiative Sichere Velorouten in Basel-Stadt und der Gegenvorschlag der Regierung mögen gut gemeint sein, denn wie alle möchten sicher Velo fahren können. Sie sind aber in ihrer Ausgestaltung unverhältnismässig, ideologisch motiviert und für alle übrigen Verkehrsteilnehmenden kontraproduktiv und sogar gefährlich. Basel-Stadt hat bereits eine sehr fortschrittliche Velostruktur. Es braucht weder eine übertriebene Initiative noch den nahezu gleich überladenen Gegenvorschlag der Regierung, um die Vorgaben des Bundes zu erfüllen. Die UVEK-Minderheit ist überzeugt, dass Basel-Stadt ohne einseitige Zusatzmassnahmen weit besser in der Lage ist, alle Interessen sorgfältig gegeneinander auszuwägen und Lösungen für unsere öffentliche als auch für unsere individuelle Mobilität zu finden. Lösungen vor allem, welche für alle Verkehrsteilnehmenden sinnvoll und akzeptabel sind.

Deshalb beantragt die UVEK-Minderheit dem Grossen Rat, die Initiative Sichere Velorouten in Basel-Stadt als auch den Gegenvorschlag der Regierung abzulehnen. Und wie manchmal Nicole Strahm so schön sagt am Schluss, herzlichen Dank fürs Zuhören.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat die Sprecherin des Regierungsrats Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich glaube, man hat schon gehört, dass die Meinungen doch relativ weit auseinandergehen in diesem Thema, aber immerhin in einem Punkt sind wir uns einig, nämlich die Zahl der Velofahrenden, die nimmt in Basel weiterhin zu, und zwar alleine im Jahr 2022 um rund 10 Prozentpunkte. Ich denke, das sind sehr eindrückliche Zahlen. Auch im Vergleich mit anderen grösseren Städten, in der Deutschschweiz schneiden wir sehr gut ab.

Das ist aber kein Grund, sich irgendwie auszuruhen. Wir sind auf gutem Weg und das ist sicher auch dem zu verdanken, dass wir in den vergangenen Jahren im Bereich der Infrastruktur vorwärtsgemacht haben. Sie können sich vielleicht, man nimmt die Dinge dann so schnell wieder als selbstverständlich, aber Sie kennen sicher die Velostrassen, die wir eingeführt haben, die bekannteste ist sicher die entlang des Rheinufers auf Kleinbasler Seite, aber wir haben auch wirklich gefährliche Situationen entlang der Tramgleise entschärft, ich denke da an die Thiersteinerallee, und in zahlreichen Strassen neu Velostreifen markiert. Möglicherweise ist Ihnen auch aufgefallen, dass es immer mehr Kreuzungen gibt mit sogenannten Aufstellbereichen. Das ist gerade, wenn man links abbiegen möchte, angenehm, weil man sich vor die wartenden Autos begeben kann und dort auch gesehen wird. Umgangssprachlich werden die Velosack genannt. Und entlang der Kapphaltestellen arbeiten wir mit Velo-Inseln oder Velo-Lichtinseln.

Wie gesagt, wir sind stetig daran, wir dürfen uns aber nicht ausruhen, wir möchten das Velofahren weiter fördern, so übrigens auch, wie das unser Umweltschutzgesetz vorgibt. Und mit dem vorliegenden Gegenvorschlag zur Initiative gibt sich eben die Chance, den Anteil des Velos am Gesamtverkehrsaufkommen weiter zu steigern und, das ist auch ein wichtiger Punkt, das Velofahren in Basel sicher zu machen. Die Veränderungen an der Infrastruktur sind auch deshalb nötig, weil eben mehr Menschen mit dem Velo unterwegs sind und das bedeutet auch, dass wir natürlich mehr Fläche brauchen.

Was möchten wir tun? Wir werden das Veloroutennetz überarbeiten und wir möchten eine klarere Struktur reinbringen. Es soll die genannten Velovorzugsrouten geben, sozusagen die Hauptachsen des Velofahrens, die komfortabel sind, die auch sicher befahrbar sind, man sagt so umgangssprachlich für 8 bis 88-jährige und das soll eben zeigen, dass es einfach intuitiv, dass die gut lesbar sind, dass es einfach ist, auf denen zu fahren und eben auch besonders sicher. Es ist uns auch sehr bewusst, dass wir das nicht im Alleingang tun sollten, sondern in Zusammenarbeit mit den Gebietskörperschaften rund um Basel-Stadt herum, also natürlich mit den Nachbarkantonen, aber auch mit Deutschland und Frankreich und da sind wir schon dran. Denn gerade bei den täglich Pendelnden liegt grosses Potenzial auch wegen dem Boom der E-Bikes. Als

weitere Kategorien soll es sogenannte Haupt- und Nebenverbindungen geben. Diese Struktur folgt auch der Empfehlung des Bundes.

Und hier komme ich jetzt auch zur vorliegenden Initiative. In der Stossrichtung sind wir mit den Initiantinnen und Initianten einverstanden. Die Initiative schiesst jedoch übers Ziel hinaus, insbesondere weil sie viel zu detaillierte Angaben ins Gesetz schreiben möchte. Das nimmt uns die nötige Flexibilität auch für die Zukunft, denn die Ansprüche an die Veloinfrastruktur, die ändert sich ja stetig. So wie wir heute im Gegensatz noch vor zehn Jahren die E-Bikes mitplanen müssen, so wird sich das Velofahren weiterentwickeln und wir müssen darauf reagieren können und eine Festschreibung von Massnahmen im Gesetz ist einfach viel zu starr. Das Gesetz ändert man nicht in wenigen Monaten, sondern eher in Jahren, wie wir jetzt hier an diesem konkreten Beispiel auch sehen.

Bezüglich Finanzierung möchten wir an einem bewährten Instrument festhalten, nämlich der Rahmenausgabebewilligung, und beantragen somit eine neue Rahmenausgabebewilligung zur Umsetzung der jetzt eben anstehenden Massnahmen. Auch bezüglich Fristen hält der Regierungsrat es nicht für realistisch, innert zehn Jahren alle Velorouten auf allen Stufen fertig zu gestalten, also sowohl die Velovorzugsrouten wie auch die Pendler- und Basisrouten. Wir werden später als nächstes Traktandum auch den Ausgabenbericht zur Koordination der Baustellentätigkeit im Rahmen der Fernwärme behandeln und auch hier möchten wir diese Arbeiten koordinieren und wo immer die Baustellen nutzen, die ohnehin anstehen, um dieses Netz umzusetzen. Und zahlreiche der heute problematischen Stellen lassen sich eben nur mit baulichen Massnahmen auch verbessern.

Der Gegenvorschlag der Regierung nimmt diese genannten Punkte auf. Der Regierungsrat beantragt Ihnen, die konkrete Forderung nach mindestens 40 Kilometern Velovorzugsrouten im Gesetz zu verankern und die bestehende Rahmenausgabebewilligung um 20,5 Millionen zu erhöhen, damit wir diese Arbeiten in den kommenden Jahren vorantreiben können. Dies umfasst sowohl die personellen Ressourcen, die wir brauchen, wie auch finanzielle Mittel zur Umsetzung. Mit diesen beiden Anträgen sind wir überzeugt, dass wir zentrale Forderungen der Initiative in eine zielführende Form giessen können.

Ich möchte der UVEK ganz herzlich für die ausführliche Behandlung des Gegenvorschlags und der Initiative danken. Es war eine sehr intensive Beschäftigung und eine gute kritische Auseinandersetzung. Es gibt, sie Sie jetzt wissen nach langer Diskussion, einen Mehr- und Minderheitsbericht der UVEK. Ich darf Ihnen an dieser Stelle mitteilen, dass die Regierung am ursprünglichen Gegenvorschlag festhält. Das halten wir für einen pragmatischen und effizienten, aber auch guten Weg, um das Velofahren im Kanton weiter zu fördern. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und für die Unterstützung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erste Sprecherin für die Fraktionen ist Raffaela Hanauer für das GAB.

Raffaela Hanauer (GAB): Ich freue mich sehr, dass wir heute über eine wichtige Initiative und einen guten Gegenvorschlag hier im Grossen Rat beraten können, denn im Kanton Basel-Stadt müssen wir dringend mehr fürs Velo tun. Es war demnach auch im Sinne der GAB-Fraktion, dass die Initiative für sichere Velorouten lanciert wurde.

Ziel der Initiative ist es, dass mehr Menschen dank sicheren Velorouten Velo fahren können. Wir haben heute schon einen hohen Anteil an Veloverkehr, das haben wir bereits mehrfach schon gehört, jedoch getrauen sich längst nicht alle Menschen aufs Velo und es gibt weiterhin Todesfälle. Ob wir nun schon genügend sichere Infrastruktur haben oder nicht, für die, die sich diese Frage nach wie vor stellen und um dem Minderheitsvotum auch etwas entgegenzuhalten, können Sie gerne auf Ihrem Nachhauseweg oder in der Mittagspause, wer auf dem Velo ist, selbst den Laura-Test durchführen. Der Laura-Test ist ein Test, wo man fährt und sich überlegt, könnte hier die 11-jährigen Laura selbstständig über diese Kreuzung fahren, würde sich die 11-jährige Laura hier sicher fühlen. Und wenn Sie diese Frage mit nein beantworten, und ich denke, das ist nach wie vor in Basel-Stadt oft auf unseren Strassen der Fall, dann ist klar, gibt es Handlungsbedarf und wir brauchen mehr und bessere Infrastruktur, damit alle von 8 bis 80 Velo fahren können.

Das Anliegen der Initiative ist daher primär auch die Sicherheit der Velofahrenden und dieses Anliegen ist wichtig und ernst zu nehmen. Die GAB-Fraktion freut es demnach auch, dass die Regierung sich deshalb auch die Mühe gemacht hat, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten und dass die UVEK-Mehrheit diesen noch mit wichtigen Aspekten ergänzte und nun ein austarierter Vorschlag vorliegt, welcher meine Fraktion unterstützen wird. Demnach wird die GAB Fraktion auch den Abänderungsantrag der Regierung ablehnen, denn in unseren Augen ist der Gegenvorschlag der UVEK-Mehrheit sehr austariert und schlägt gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe.

Wir schaffen durch diesen Gegenvorschlag für alle Menschen sichere Velorouten und damit auch die individuelle Freiheit, mit dem Velo unterwegs sein zu können. Wir legen den Fokus damit auf den Netz-Gedanken, was sehr wichtig ist, denn von der Haustüre kann es eine Weile dauern, bis man irgendwo dann eine Velovorzugsroute auffindet. Deshalb, der Weg auf die Velovorzugsrouten muss auch mitgedacht werden, es braucht ein Netz an Veloverbindungen und nicht nur einzelne Routen, damit alle unterwegs sein können.

Wir bringen mit dem Gegenvorschlag die nötigen Finanzmittel auf den Weg, um das nationale Veloweggesetz auch innert der Frist umsetzen zu können. Wir leisten auch einen wichtigen Beitrag an die Klimaziele, denn das Velo ist eine Klimaschutzmaschine und ohne Veloverkehr werden wir unsere Klimaziele bestimmt nicht erreichen. Der Gegenvorschlag bringt auch für Menschen zu Fuss Verbesserungen. Die Arbeitsgruppe aktive Mobilität wird auch den Fussverkehr miteinbeziehen und auch rechtlich soll der Fussverkehr als besonders gefährdete Verkehrsteilnehmenden bessergestellt werden.

Der Gegenvorschlag verzichtet auf die von der Initiative geforderten diversen Mindestmassnahmen, damit eine schlanke Umsetzung möglich ist, er schlägt gleichzeitig auch ein realistischeres Zieljahr vor. Anders als der Regierungsrat 2035 möchte der Gegenvorschlag 2037 Velovorzugsrouten bauen und spätestens 2042 dann auch die Haupt- und Nebenverbindungen umgesetzt haben. Diese sind enorm wichtig und wir von der GAB-Fraktion hoffen, dass das nicht erst spätestens 2042 ist, sondern im Optimalfall auch schon 2037 der Fall sein wird.

Kurzum, wird der Gegenvorschlag angemessen umgesetzt, werden die Kinder, die heute geboren werden, als Jugendliche sicher mit dem Velo zu ihren Ausbildungsstätten fahren können. Trotz Überzeugung, dass der Gegenvorschlag gut ist, wird die GAB-Fraktion aber auch die Initiative zur Annahme empfehlen, da sie ein sehr wichtiger Anstoss ist und es ein wichtiges Signal wäre an die Politik, wenn auch sie in der Abstimmung angenommen werden würde. In der Stichfrage werden wir jedoch den Gegenvorschlag der UVEK-Mehrheit bevorzugen, sofern er dann in der Beratung auch angenommen wird, was wir hoffen, da er schneller umsetzbar ist, schlank und austariert daherkommt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir merken uns die Herren Bollack, Messerli, Perret, Braun und Leonhardt als Fraktionssprechende für den Nachmittag und Herrn Seiler als ersten Einzelsprecher.

Schluss der 47. Sitzung

11:58 Uhr

Protokoll

der 48. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 15. Januar 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	

Verhandlungsgegenstände:

10. Kantonale Volksinitiative "Sicherere Velorouten in Basel-Stadt", Bericht der UVEK sowie Bericht der Kommissionsminderheit 2
21.1. Interpellation Nr. 153 Adrian Iselin betreffend Zukunft der Studios SRF im Meret Oppenheim-Haus in Basel 13
21.2. Interpellation Nr. 154 Silvia Schweizer betreffend Schutz vor K.O.-Tropfen: Dringende Massnahmen für sichere (Gross)anlässe in Basel 14
21.3. Interpellation Nr. 155 Jennifer Schmid betreffend immer mehr Drohnen fliegen über Basel 15
21.4. Interpellation Nr. 156 Lisa Mathys betreffend Kulturwandel und Vorbildsfunktion der neuen Polizeileitung 16
21.5. Interpellation Nr. 157 Luca Urgese betreffend Schluss mit dem App-Wildwuchs im öffentlichen Verkehr! 18
11. Ausgabenbewilligung zur Reduktion der Baustellenbelastung sowie der Nutzung des Stadtraum-Umgestaltungspotenzials durch Nutzung von Synergien beim Fernwärme-Ausbau, Bericht der UVEK.... 18
11.1. Motion der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission betreffend der Reduktion der Baustellenbelastung sowie der Nutzung des Stadtraum-Umgestaltungspotenzials durch Nutzung von Synergien beim Fernwärme-Ausbau, Bericht der UVEK 22
12. Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug" - Fristverlängerung, Bericht der WAK 23
13. Ausgabenbewilligung für die Projektierung und Realisierung für den Vollausbau des Restaurant Kaserne Kasernenhof 6, 4058 Basel, Bericht der BRK 23

Beginn der 48. Sitzung

Mittwoch, 15. Januar 2025, 15:00 Uhr

10. Kantonale Volksinitiative "Sicherere Velorouten in Basel-Stadt", Bericht der UVEK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

[15.01.25 15:00:11, 22.0979.05]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucher, ich begrüsse Sie zu unserer Nachmittagssitzung. Wir sind stehen geblieben in Traktandum 10. Kantonale Volksinitiative «Sichere Velorouten in Basel-Stadt» und da sind wir in der Eintretensdebatte bei den Fraktionsvoten. Der nächste auf der Liste steht bereit, es ist Lukas Bollack für die GLP.

Lukas Bollack (GLP): Die Initiative für sichere Velorouten bringt aus Sicht der Grünliberalen wichtige Forderungen auf den Tisch. Die Veloinfrastruktur soll sicherer und komfortabler sein und ein zusammenhängendes Netz bilden, das die Quartiere und das Stadtzentrum miteinander verbindet. Kreuzungssituationen sollen entflochten und sicher gemacht werden und das Ganze soll natürlich auch finanziert sein. Diese Anliegen teilen wir Grünliberalen mit dem Initiativkomitee.

Bis 2037 soll unser Kanton CO_2-neutral werden. Dazu soll das Volumen des MIV um ein Drittel reduziert werden. Bis 2050 muss der gesamte Verkehr in Basel emissionsarm, klima- und ressourcenschonend abgewickelt werden. Das geht nicht ohne Förderung der aktiven Mobilität, also Fuss- und Veloverkehr. Wir bringen nicht mehr Leute aufs Velo, wenn wir unsere Infrastruktur nicht zusammenhängend, durchgehend attraktiv und sicher gestalten, denn viele Leute steigen heute nicht aufs Velo, weil sie sich auf der angebotenen Infrastruktur nicht sicher genug fühlen oder mit gewissen Kreuzungssituationen überfordert sind. Es geht also nicht nur darum, dass die Infrastruktur den Anforderungen der heute schon Velofahrenden genügt und die heute stattfindenden Unfälle reduziert, sondern explizit auch darum, die Anforderung derer, die sich heute noch nicht aufs Velo trauen, zu erfüllen. Unser Grundsatz muss deshalb das Prinzip 8 bis 80 sein. Die Veloinfrastruktur soll also sicher und komfortabel genug sein, damit auch ein 8-jähriges Kind oder eine 80-jährige Seniorin sie komfortabel nutzen können.

Bei der konkreten Initiative können wir Grünliberalen aber nicht mitgehen. Die Initiative schreibt aus unserer Sicht viel zu detaillierte Vorgaben zur Gestaltung der Veloinfrastruktur auf Gesetzes- respektive Verordnungsstufe fest. Das ist nicht stufengerecht und erlaubt es nicht mehr, bei konkreten Projekten, wo oftmals nicht genug Platz vorhanden ist, um alle Anforderungen zu 100 Prozent zu erfüllen, die nötige Güterabwägung vorzunehmen. Zudem ist die Initiative unformuliert, der Grosse Rat müsste also erst eine Vorlage ausarbeiten und bis zum Inkrafttreten einer entsprechenden Bestimmung würde es mindestens zwei Jahre dauern. Wir Grünliberalen freuen uns deshalb, dass die Regierung einen Gegenvorschlag formuliert hat, der bei Annahme zeitnah umgesetzt werden könnte. Die schlanke Umsetzung mit einer Ergänzung im Umweltschutzgesetz sowie der Auslagerung der Qualitätsanforderungen in eine behördenverbindliche Planungshilfe finden wir sinnvoll.

Wir finden es aber auch wichtig und richtig, dass die UVEK-Mehrheit den Gegenvorschlag der Regierung im Umweltschutzgesetz um einige zentrale Anliegen der Initiative ergänzt hat. Namentlich die Berücksichtigung der besonderen Schutzwürdigkeit des Aktivverkehrs, die Ergänzung der Velovorzugsrouten mit den beiden untergeordneten Netzebenen Haupt- und Nebenverbindungen, die Festschreibung der Qualitätsmerkmale durchgehend, sicher, direkt und attraktiv für das Velowegnetz sowie das Ergreifen von Sofortmassnahmen, zur zeitnahen Behebung von Gefahrenstellen. Zudem sollen die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden, um neben den Velovorzugsrouten auch die Haupt- und Nebenverbindungen zügig umzusetzen. Die Ergänzungen der UVEK-Mehrheit wurden bewusst so gehalten, dass gleichzeitig die Anliegen der Initiative in einer machbaren und pragmatischen Form aufgenommen, der Regierung aber auch keine unlösbaren Aufgaben aufgebürdet und die Vorgaben des Veloweggesetzes des Bundes zeitnah umgesetzt werden können.

Wir Grünliberalen werden deshalb für die Verabschiedung des vorliegenden Beschlusses ohne weitere Änderungen stimmen und bitten Sie, es uns gleich zu tun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion lehnt sowohl die Initiative wie auch sämtliche existierende Gegenvorschlagsvarianten entschieden ab. Wir beraten heute nach den beiden Stadtklimainitiativen schon die dritte autofeindliche Initiative innerhalb von eineinhalb Jahren und wir beraten leider auch schon den dritten autofeindlichen Gegenvorschlag, der ursprünglich im Bau- und Verkehrsdepartement kreiert wurde unter der Leitung einer stramm linken Regierungsrätin. Die UVEK hat den Gegenvorschlag dann noch stärker konkretisiert, dass er aus Sicht der SVP erst recht zur Ablehnung empfohlen werden muss.

Aus Sicht der SVP ist es klar, dass dieser Gegenvorschlag, in welcher Form auch immer, inhaltlich relativ nahe an der Initiative ist und dass man hier dem Initiativkomitee diesen Gegenvorschlag auf dem Silbertablett serviert. Sowohl die Initiative als auch der Gegenvorschlag beabsichtigen unter dem Deckmantel für sichere Velorouten, dass weitere tausende von Parkplätzen abgeschafft werden. Und was mich in dieser Debatte und auch die SVP-Fraktion immer am meisten stört, ist diese Intransparenz sowohl von der Regierung, aber auch von den politischen Mehrheiten.

Geschätzte Kommissionsmehrheit, geschätzte Fraktionssprecher von GAB, GLP und SP, geschätzte Regierungsrätin Keller, wenn Sie solche Vorlagen kreieren oder unterstützen, dann sagen Sie doch einfach auch mal den Menschen konkret, und zwar von Anfang an konkret, was Sie genau wollen und nicht erst im Rekursverfahren. Sagen Sie doch den Menschen konkret, in der Bäumlihofstrasse, in der Wanderstrasse, in der Hardstrasse, im Hegenheimerquartier, dass Sie die Parkplätze vor ihrem Haus weghaben wollen. Sagen Sie das denen konkret und nicht erst im Rekursverfahren. Sagen Sie dem Kleingewerbler XY, dass er seine Kunden nicht mehr anliefern und bedienen darf und auch nicht mehr empfangen darf und er halt Umsatzeinbussen erleiden und erdulden muss. Sagen Sie das denen und nicht erst im Rekursverfahren, wo Sie dann sowieso alles schriftlich und völlig unbegründet dann wieder ablehnen. Das ist nicht der ehrliche und demokratische Weg. Am Anfang sagen Sie dann immer, ja, wir wollen hier etwas ganz Grundsätzliches und am Schluss hat dann die Bevölkerung die Suppe auszulöffeln.

Die SVP-Fraktion stellt sich schon seit Jahren auf den Standpunkt, dass es in der Verkehrspolitik ein Miteinander braucht und dieses Miteinander wird mit dieser Initiative ein weiteres Mal von linker Seite in Frage gestellt. Es ist klar, dass es verschiedene Mobilitätsformen gibt, die berücksichtigt werden müssen, und mit dieser Initiative und mit dem Gegenvorschlag zieht sowohl das Gewerbe, der öffentliche Verkehr, der Fussverkehr als auch der Individualverkehr massiv den kürzeren. Basel ist engräumig und der Boden ist knapp und da versteht es sich ja von selbst, dass wenn man bei einem derartigen Rundumpaket für Velofahrer dann anderen etwas wegnehmen muss, beispielsweise Flächen für den öffentlichen Verkehr oder für den Fussverkehr. Diese Einseitigkeit ist nicht zielführend und schiesst massiv über das Ziel hinaus.

Lassen Sie mich noch ein paar Punkte ausführen zum Bundesrecht. Es wird jetzt immer so getan, als ob diese Initiative und der Gegenvorschlag benötigt wird, damit wir überhaupt als Kanton bundesrechtskompatibel sind. Sie können das von der Regierungsseite und von der Mehrheitsseite der UVEK auch noch 100-mal behaupten, es wird nicht wahrer. Es gibt keine Bundeskompetenz, welche den Kantonen vorschreibt, dass man eine autofeindliche Politik betreiben muss. Diese Bundeskompetenz existiert nicht, Sie können es noch 100-mal behaupten. Was stimmt, ist, dass es ein neues Veloweggesetz gibt, ja, dieses lässt den Kantonen aber einen sehr breiten Handlungsspielraum zu, insbesondere in einzelne Situationen oder in einzelnen Strassenzügen, dort hat der Kanton Autonomie und kann selbstverständlich sämtliche Zielgruppen auch berücksichtigen. Und so soll es ja auch sein. Wenn es einen Strassenabschnitt gibt, wo es Sinn macht, Velowege qualitativ aufzuwerten oder gefährliche Situation zu entschärfen, da ist auch die SVP selbstverständlich dafür. Aber sowohl die Initiative wie auch der Gegenvorschlag wollen ja gerade einen Absolutismus schaffen und er soll einseitig lediglich die Ansprüche der Velofahrer berücksichtigen.

Frau Regierungsrätin Keller, wenn Sie jetzt heute etwas harmlos die Initiative kritisiert haben und gesagt haben, das geht viel zu weit, weil man dann situativ im Einzelfall nicht mehr schauen kann. Sie machen ja mit Ihrem Gegenvorschlag genau das gleiche, wenn Sie diese Zahl 40 ins Gesetz schreiben wollen und dann anschliessend sämtliche Rekurse noch unbegründeter und einfach abwimmeln zu können. Das ist genau die gleiche Form, einfach etwas in einer anderen schlankeren Version, zugegeben, aber der Gegenvorschlag sowohl vom Regierungsrat wie auch von der UVEK-Mehrheit ist sehr nahe an der Initiative, er wird in Zukunft dafür sorgen, dass einseitig nur der Velofahrer berücksichtigt wird und dass situative Möglichkeiten gar nicht mehr abgewogen werden können.

Das ist das Problem an dieser Initiative und deshalb lehnen wir diesen Absolutismus ab und empfehlen, sowohl die Initiative wie auch den Gegenvorschlag zur Ablehnung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Jean-Luc Perret für die SP.

Jean-Luc Perret (SP): Viele Menschen in Basel wünschen sich eine sichere und gut ausgebaute Veloinfrastruktur und oft fühlen sie sich auf dem Velo unsicher und das bestimmt auch mit gutem Grund, denn ein Blick auf die Statistik zeigt, dass das Risiko, als Velofahrerin oder als Fussgänger in einen Unfall verwickelt zu werden, deutlich höher ist als für Menschen im

Auto oder im Tram. Und auch wenn wir hier in Basel ja grundsätzlich sicher unterwegs sind, bleibt diese Sorge berechtigt. Die Initiative war deshalb bestimmt kein Zufall, sondern vielleicht sogar notwendig. Gleichzeitig wächst auch der Veloverkehr in Basel seit Jahren stetig und das ist auch eine Chance und ich persönlich sehe unsere Stadt in Zukunft nicht mehr als Autostadt, sondern als Stadt der aktiven Mobilität und viele kurze Autofahrten sind schlicht unnötig. Dieses Potenzial sollten wir Nutzen für das Klima, für die Lebensqualität und natürlich auch für unser Netto-Null-Ziel.

Der Gegenvorschlag, den uns der Regierungsrat vorgelegt hat, nahm diese Herausforderungen auf, blieb jedoch aus unserer, und damit meine ich die UVEK-Mehrheit, zu der ich gehöre, aus unserer Sicht zu eng gefasst. Er konzentrierte sich ausschliesslich auf die neuen Velovorzugsrouten. Diese sind zweifellos wichtig, insbesondere für den Pendelverkehr und für längere Strecken, doch sie allein reichen nicht aus, um das Sicherheitsempfinden und die Attraktivität des Veloverkehrs nachhaltig zu verbessern. Ein Netz, das funktioniert, muss ganzheitlich gedacht werden, nicht nur mit Velovorzugsrouten, sondern auch mit sicheren Haupt- und Nebenverbindungen. Die UVEK-Mehrheit will daher das gesamte Netz gesetzlich verankern, um ein durchgängiges und sicheres Angebot für alle Velofahrerinnen und Velofahrer zu schaffen.

Ein wichtiger Unterschied betrifft auch die Prioritäten in der Umsetzung. Während der Regierungsrat die Velovorzugsrouten klar priorisierte, möchte die UVEK-Mehrheit parallel dazu auch Lücken im Haupt- und Nebenroutennetz schliessen. Nur so können Velofahrende ihre Wege sicher und direkt planen, von ihrem Startpunkt bis zum Ziel. Für diesen Ausbau fordern wir zusätzliche Ressourcen, um sicherzustellen, dass bis zur Umsetzung nicht entscheidende Jahre verloren gehen. Das nationale Veloweggesetz gibt uns bis 2042 Zeit. Basel kann und sollte schneller sein.

Ein weiterer Punkt ist die Qualität der Veloinfrastruktur. Die Initiative setzt grosse Hoffnungen auf Standards, die garantieren, dass Velowege ausreichend breit und Kreuzungen sicher sind. Die UVEK-Mehrheit sieht dies genauso und möchte, dass diese Standards gesetzlich verankert werden. Die letztes Jahr veröffentlichte praktische Hilfe des Bundes kann und soll dafür eine wichtige Grundlage bilden. Kinder, ältere Menschen und Velopendler sollten sich gleichermassen sicher fühlen, auf jeder Strecke und zu jeder Zeit.

Auch Sofortmassnahmen sind ein zentraler Bestandteil unseres Vorschlags. Der Regierungsrat zieht in seinem Gegenvorschlag zwar die Bildung einer Umsetzungsgruppe vor, doch wir wollen betriebliche und bauliche Verbesserungen verbindlich im Gesetz verankern, wie zum Beispiel bessere Signalisation oder kleinere Anpassungen an gefährlichen Stellen. Solche Massnahmen sind schnell umsetzbar und haben ein hervorragendes Kosten-Nutzenverhältnis. Sie sorgen für spürbare Sicherheit, auch bevor die grossen Projekte realisiert sind.

Die UVEK-Mehrheit ist überzeugt, dass wir mit diesem Gegenvorschlag die Anliegen der Initiative aufgreifen und in eine umsetzbare Form bringen. Gleichzeitig verhindern wir Verzögerungen, wie sie bei einer Annahme der Initiative entstehen würden, da dann erst ein Gesetzestext erarbeitet werden müsste. In der Abstimmung wird die SP-Fraktion aber nicht nur den Gegenvorschlag unterstützen, sondern auch die Initiative zur Annahme empfehlen. Dies ist so zu verstehen, dass wir dann am Ende doch lieber die Initiative hätten als gar nichts.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die FDP ist Beat Braun.

Beat Braun-Gallacchi (FDP): Ich rede hier für die LDP und die FDP. Sie haben den Minderheitenbericht schon ausführlich von Daniel Hettich gehört und Daniel Hettich ist ein ganz bekannter Elektrovelofahrer, ein überzeugter Velofahrer. Ich fahre auch immer Velo, ich finde die Vorzugsroute super, ich finde, die Sicherheit müssen wir erhöhen und trotzdem, ich muss meine Interessensbindung da noch kundtun, ich bin in der Politischen Begleitgruppe Velo vom Grossen Rat, trotzdem bin ich da in der Minderheit. Und das hat einfach den Grund, weil in der Initiative und im Gegenvorschlag steht einfach Velo, Velo, Velo, es geht um das Velo, aber so macht man keine Verkehrsplanung. In der ganzen Stadt gibt es auch noch den MIV und den ÖV und die Behinderten und Blaulicht und das muss man anschauen, was das für Auswirkungen hat. Diese Auswirkungen kommen 0,5 Prozent vielleicht im Bericht vor und das ist viel zu wenig. Man weiss nicht, was das alles für andere Auswirkungen hat.

Das ist wirklich eine ideologische Velo-Initiative, die schön in der Theorie ist, aber in der Praxis brauchen wir da mehr Realitätssinn und auch Pragmatismus. Und auch in der Initiative, ich meine, mit diesen Normen, die da gesetzt werden, das kann man vielleicht in Kopenhagen oder Paris umsetzen, wo die Strassen breit sind. Es ist auch interessant, wenn man auf Google Maps geht und diese Velo-Städte anschaut, das wird dort super umgesetzt, aber in Basel mit den engen Plätzen, die wir haben, und engen Strassen funktioniert das nicht. Das gibt wirklich extreme Auswirkungen auf die anderen Verkehrsteilnehmenden.

Darum sind wir überzeugt, dass wir eine umfassende Verkehrsplanung brauchen und lehnen die einseitige Initiative und auch den Gegenvorschlag ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Franz-Xaver Leonhardt für die Mitte-EVP.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Es ist schwierig, nach meinem geliebten Kommissionsmitglied Beat Braun zu sprechen. Wir waren sehr lange immer einig, aber bei diesem sind wir nicht einig, das ist meine persönliche Meinung, aber ich halte hier auch ein Votum als Mitte-EVP-Fraktion. Wie Sie wissen, in diesen Velo-Themen sind wir traditionell nicht gleicher Meinung und darum haben wir auch ein Offen. Sie kennen vielleicht noch Markus Lehmann und Helen Schai, das sind so die Exponenten auf jeder Velo-Seite, dafür und mehr das Auto, so ist es auch in unserer Fraktion. Von dem her sind wir offen und wir stimmen frei ab.

Ich selber bin aber in der UVEK-Mehrheit und ich habe mich schwer getan mit dieser Vorlage. Weil, wie vielfach gesagt wurde, die Initiative ist sehr velofokussiert, auch unglaublich detailliert und diese Forderungen, die in dieser Initiative sind, sind einfach zu einschränkend. Der Regierungsrat hat dann einen Gegenvorschlag gemacht und entgegen Beat Braun, ja, es war eine Initiative hier und nicht ein Gesamtpaket für den Verkehr, also der Gegenvorschlag hat nur die Initiative zum Thema und ich denke, der Regierungsrat hat doch eine gute Arbeit geleistet, weil das Velo ein sehr populäres Fortbewegungsmittel ist. Ich glaube, die Zahlen in der Stadt Basel und Region vor allem sind enorm gewachsen und für diese enorme Mehrbelastung, und das ist ja wirklich erfreulich, das ist wirklich sehr gut für die Umwelt, für viele Sachen, dass wir einfach hier eine ausgebaute Infrastruktur haben. Das machen wir auch beim ÖV, bei der S-Bahn, wir machen das auch bei der Autobahn, leider nicht beim Rheintunnel, da ist die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung nicht dafür, die Autobahn auszubauen, aber ich glaube, in Basel ist eine deutliche Mehrheit für den Velo-Ausbau. Also wenn diese Abstimmung Initiative kommen würde, dann würde die höchstwahrscheinlich eine Mehrheit finden. Aber sie ist eben zu extrem und darum habe ich an diesem Gegenvorschlag mitgearbeitet.

Und für einmal, und da habe ich mich auch eingesetzt, geht der Gegenvorschlag von der UVEK-Mehrheit nur in zwei Punkten weiter als die Regierung. Eines ist die behördenverbindliche Verordnung, dass die öffentlich ist, und das andere ist etwas die Zeit und die Priorisierung. Ich denke, mit diesen zwei Erweiterungen kann auch wahrscheinlich die Regierung leben. Die Regierungsrätin hat relativ kurz festgehalten, dass die Regierung bei ihrem Gegenvorschlag bleiben möchte, aber sie hat das nicht vehement verteidigt. Also ich nehme an, die Regierung ist hier auch mit dem Gegenvorschlag nachher einverstanden.

Es ist uns aber auch klar von der EVP-Mitte-Fraktion, es kostet Parkplätze. Es ist auch im Bericht eine Zahl genannt worden und das sind 1'000 von 25’000 Parkplätzen auf öffentlichem Grund und das ist doch relativ viel. In zehn Jahren sind das 1'000 Parkplätze und da haben wir ein Problem. Wir haben wirklich ein Problem, weil da sind wir nicht der gleichen Meinung wie Jean-Luc Perret, dass das Auto keinen Platz mehr hat in Basel. Das Auto ist auch ein wichtiger Bestandteil von einer guten Mobilitätslösung und wir können nicht einfach nur den Autos immer den Platz wegnehmen. Wir von der Mitte-EVP-Fraktion sind vehement dafür, dass wir parallel Quartierparkings bauen, irgendwo vielleicht unter einem Infrastrukturbau, den die Regierung machen muss. Es kann ein Schulhaus sein und unten dran macht man nicht eine Turnhalle, haben wir, glaube ich, genug, sondern wir könnten mal einen Parkplatz machen mit einer Einfahrt auf der Rückseite. Irgendwie kreativ sein, aber es ist wichtig, dass wir auch weiterhin Möglichkeiten haben, das Auto in der Stadt zu parkieren. Also hier kommt ein Vorstoss von unserer Fraktion.

Ich möchte nicht länger bleiben, wir haben ein Offen, aber ich persönlich hoffe, dass der Gegenvorschlag der UVEK eine Mehrheit findet.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Joël Thüring an? Sie wird mit Vergnügen angenommen.

Joël Thüring (SVP): Herr Leonardt, als Vertreter einer aus meiner Sicht, zumindest habe ich das vermutet, immer noch gewerbefreundlichen Partei möchte ich Sie schon fragen, was sagen Sie denn den Gewerbetreibenden, die jetzt aufgrund Ihrer Stimme mit der Kommissionsmehrheit ihren Parkplatz verlieren werden, welcher notwendig ist, um das Gewerbe aufrechtzuerhalten, was sagen Sie denen?

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Nein, ich glaube, das Gewerbe muss Platz haben, um ihre Arbeit zu machen und das braucht oft noch ein grosses Fahrzeug. Also Parkplätze für das Gewerbe prioritär behandeln.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es haben alle Fraktionen direkt oder indirekt gesprochen und wir hatten heute Morgen noch Herrn Seiler als Einzelsprecher auf der Liste. Er darf sprechen.

Daniel Seiler (FDP): Ich weiss gar nicht, wo ich anfangen soll hier bei diesem Thema. Ich muss natürlich einmal mehr dem Kollegen Messerli ein Kränzchen winden und selbstverständlich auch meinem Kollegen Beat Braun. Sie haben eigentlich alles gesagt. Ich habe mich mit diesem Thema der Velovorzugsrouten in den letzten Wochen, nicht über Weihnachten, aber in den letzten Wochen auch ein bisschen intensiv ausserhalb der UVEK beschäftigt und ich habe festgestellt, es herrscht sehr viel Uneinigkeit, was eine Velovorzugsroute sein soll. Ich glaube, das Einzige, was man sich so primär einig ist bei der Mehrheit und bei der Regierung, ist, dass die Autos da weg sollen.

Wir reden von 50 Kilometer Velovorzugsrouten. Ich habe mir erlaubt, mal zu googeln, wieso kommen wir überhaupt auf 50 Kilometer. Ich glaube, das liegt daran oder ich bin ziemlich sicher, weil in Zürich gab es die gleiche Initiative, da hatte man 50 Kilometer. Jetzt wenn man bei Google mal nachschaut, wie viele Strassenkilometer, also die Länge der Strassen in Zürich sind, dann sind das etwa 750 Kilometer. In Basel-Stadt sind es etwa weniger als die Hälfte, etwa 300 Kilometer. In Luzern, das steht auch im Bericht, hatte man die gleiche Initiative auch gemacht, da hat man 20 Kilometer gefordert bei 240 Kilometer. Wir können alle da den Dreisatz machen und ich mache jetzt nicht den Dreisatz, was es heisst, der Unterschied zwischen 40 Kilometer und 50 Kilometern, aber wir sehen, alleine die Menge an Forderungen in Kilometern, von denen wir hier sprechen, die ist eigentlich immens. Wir reden etwa von 17 Prozent von allen Strassen in dieser Stadt. Nur leider, wenn ich anschaue, was das für Strassen sind, Kollege Messerli hat es gesagt, wir wissen es nicht. Irgendwo steht der Untere Rheinweg, irgendwo steht die Wettsteinallee, dann steht die Wettsteinbrücke, wo man vielleicht den Fussgängerweg ein bisschen schmäler machen kann und dafür die Velospur ein bisschen breiter. Das sind alles solche Informationen, die man so liest, wenn man diese Unterlagen durchblättert, aber um was es wirklich geht, das steht wirklich nirgends.

Ich habe wieder den Eindruck, dass wir beim gleichen Punkt sind wie bei der Klimagerechtigkeitsinitiative, das Stimmvolk wird am Schluss wieder die Katze im Sack kaufen. Niemand wird wissen, was genau passiert. Man hat jetzt Zeit seit 2022, wo die Initiative eingereicht wurde, bis heute und wir haben nicht einmal ein kleines Netzchen hier auf dem Beamer, über was wir eigentlich diskutieren. Und über das wollen Sie jetzt hier entscheiden im Saal? Ich meine, Sie haben die Meinungen gemacht, ich sage nur, wir machen es wieder gleich wie in der Vergangenheit. Wir wissen nicht, über was wir entscheiden, wir entscheiden primär, die Autos sind böse. Wie wollen Sie zum Beispiel auf einem Knotenpunkt das Vorrecht von Velos auf den Velovorzugsrouten sicherstellen? Wollen Sie die Autos anhalten mit Lichtsignalen im Feierabendverkehr von 5 Uhr bis 7 oder 8 Uhr und wenn dann alle Velopendler zu Hause sind, machen Sie die Lichtsignale wieder auf Grün? Das steht da drin, wenn man das anschaut, ich weiss nicht genau, wie Sie das Ganze umsetzen wollen und auch in der Realität in der heutigen Zeit mit all unseren Baustellen, auch das steht im Bericht, die Regierungsrätin geht davon aus, dass es zusätzlich sehr viele Baustellen braucht.

Auch steht im Bericht, dass die Regierung sagt, Basel-Stadt hat gar kein Sicherheitsproblem verglichen mit anderen Städten. Da steht drin, im Gegensatz zu anderen Schweizer Städten verzeichnet der Kanton Basel-Stadt trotz zunehmendem Veloverkehr weniger polizeilich rapportierte Unfälle mit Velobeteiligung. Sie reden von Sicherheit, die Regierung sagt, wir haben kein Sicherheitsproblem. Seit ich hier im Saal bin, ich darf hierhin kommen, das freut mich, ich darf auch sprechen, das ist auch sehr schön, in jeder zweiten Sitzung werden Velomassnahmen verlangt. In jeder zweiten Sitzung werden Velomassnahmen durchgewunken. Im Amtsblatt jede Woche Velomassnahmen gegen Autos. Wir können jedes Jahr zwei Bände von Büchern füllen für Velomassnahmen gegen die Autos und Sie sagen, das reicht nicht. Ich finde, es reicht, wir brauchen das nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Seiler, Sie dürfen sogar Zwischenfragen annehmen oder ablehnen. Sie werden angenommen.

Lisa Mathys (SP): Herr Seiler, Sie sagen, dass es irgendwie diese Notwendigkeit nicht gibt und dass es immer nur gegen das Auto geht. Wir haben einen gültigen Teilrichtplan Velo, wo ein Velowegnetz drin ist, das noch nicht umgesetzt ist und wir haben ein Umweltschutzgesetz. Bestreiten Sie, dass man diese Sachen umsetzen sollte?

Daniel Seiler (FDP): Dann setzen Sie doch bitte das um, was vorhanden ist und kreieren nicht irgendetwas künstliches Neues.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die zweite Frage wurden zurückgezogen. Damit sind wir mit den Wortmeldungen durch und kommen nochmals zu Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielen Dank für die lebhafte, es war auch zu erwarten, die lebhafte Debatte. Es ist wie so häufig und wie es wahrscheinlich auch richtig ist, den einen geht der Gegenvorschlag deutlich zu wenig weit, es ist zu langsam, zu wenig konsequent und die andere Seite sagt, das geht viel zu schnell und wir investieren da zu viel rein und

setzen die Ziele zu hoch. Der Regierungsrat sieht das relativ nüchtern. Wir verfügen schon heute über die nötigen rechtlichen Grundlagen, die uns den Weg auch vorgeben. Neben dem genannten Bundesgesetz über die Velowege gibt es das kantonale Gesetz, das uns eben vorgibt, flächeneffiziente und umweltschonende Verkehrsmittel zu bevorzugen. Und das ist ja das Gute auch an diesem Gesetz, es ist relativ neutral gegenüber, ob jetzt das kleine Auto oder grosse Velo oder Fussgänger sind, es geht darum, dass flächeneffizient unterwegs sein eben besser gewichtet sein soll als weniger flächeneffiziente Arten und Weisen. Und das ist, Herr Messerli, umso wichtiger, weil wir in einer dichten Stadt wohnen. Wenn wir Fläche hätten nach Belieben, wäre das gar nicht so ein grosses Problem. Wir haben auch die Netto-Null-Ziele, und, und, und, also die rechtlichen Rahmenbedingungen sind gegeben.

Wir sind auf diesem Weg schon gut unterwegs, ja, das ist so, wir haben einen hohen Anteil an Menschen, die mit dem Velo unterwegs sind. Wir möchten aber auf diesem Weg auch weitergehen, eben weil die Zahl der Menschen zunimmt, die auch so unterwegs sind und die haben Ansprüche. Und diesen Weg möchten wir weitergehen mit dieser erneuerten Rahmenausgabebewilligung und auch mit dieser Zielvorgabe der Velovorzugsrouten im Netz.

Wo ich ihn recht gebe, ich glaube, es war im Votum auch von Herrn Braun, es braucht an jedem Ort, bei jedem Projekt eine Güterabwägung. Es ist eben nicht sinnvoll, und deshalb darf ich Sie nochmal in aller Deutlichkeit bitten, die Initiative abzulehnen, es ist nicht sinnvoll, solche Masse ins Gesetz zu schreiben. Und zwar nicht nur in der Abwägung gegenüber dem Autoverkehr, was man gerne mal vergisst, es geht auch um Abwägungen gegenüber Entsieglung. Immer wieder haben wir die Herausforderung, dass wir gerne noch Bäume pflanzen möchten, aber irgendwann ist dann die Strasse zu breit, wenn man überall die Mindestmasse vorsieht. Also ich glaube, es geht wirklich um die Güterabwägung vor Ort und deshalb bitten wir Sie sehr, die Initiative abzulehnen. Wir haben diese Standards, wir möchten die und werden die anwenden, aber es braucht eine Beurteilung, eine sorgfältige vor Ort.

In diesem Sinne bitte ich Sie sehr, den Mittelweg der Regierung, den Gegenvorschlag zu unterstützen und auch wenn ich keine Viertelstunde zu dem referiert habe, Herr Leonhardt, ich meine das sehr ernst und ich bitte Sie, die Initiative abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Minderheit hat Daniel Hettich das Wort.

Daniel Hettich (LDP): Ich glaube, jetzt wurde heftig debattiert, vielen Dank. Wenn Sie etwas für alle machen wollen, für das Gewerbe, dann stimmen Sie doch einfach mit der Minderheit und dann kommt das gut.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die UVEK-Mehrheit hat Raphael Fuhrer das Wort.

Raphael Fuhrer (GAB): Ich möchte gleich mit der Frage beginnen, haben wir ein Sicherheitsproblem, ja oder nein. Was vielleicht ganz interessant ist, ist zu wissen, dass 90 Prozent aller Unfälle mit Velo-Beteiligung polizeilich nicht registriert werden. Das steht im Sinus-Report, das ist eine Veröffentlichung des Büros für Unfallverhütung, eine unabhängige Stiftung, in der Fachleute arbeiten, worauf sich ganz viele Behörden in unserem Land beziehen. Die Zahl von einer schwerverletzten Person pro Woche bei uns im Kanton, meistens sind es Velofahrer*innen, die da hinter dieser Zahl stehen, finden wir von der UVEK-Mehrheit, das ist eine Zahl, die zu hoch ist und wenn man da etwas machen kann, und wir sind überzeugt, wir können das mit der geeigneten Infrastruktur und den vorgeschlagenen Massnahmen, dann sollen wir das auch tun.

Der zweite Punkt, der angesprochen wurde, die Blaulichtorganisationen, die werden angeblich behindert, wenn man das Velo fördert. Es gibt ja Städte, in denen tatsächlich das Velo bereits heute sehr stark gefördert wird und auch dort kommen die Blaulichtorganisationen an ihr Ziel. Innerhalb von einer nützlichen Frist eine Rettungsgasse zu bilden, ist, wenn Velos auf der Strasse sind, viel einfacher zu bewerkstelligen, als wenn einer Autokolonne dort steht.

Dann habe ich herausgehört, dass uns vorgeworfen wird von der UVEK-Minderheit, dass das Velo mit der Annahme unseres Gegenvorschlages zu viel Raum einnehmen würde in Zukunft. Ich meine, Luftbilder kennen wir heute alle, Google Maps, usw. Wenn wir in irgendein Quartier in unserem Kanton reinzoomen und uns mal anschauen, wie die Flächen sind, wie viel Fläche nimmt ein Velostreifen ein im Gegensatz zu einem Autostreifen, wie viele Parkplätze sind für das Auto da gegenüber dem Velo, dann ist da für uns alle augenfällig, dass der Platz heute genau umgekehrt verteilt ist. Und was wir jetzt mit dem Gegenvorschlag versuchen, ist ein wenig dort zu korrigieren, weil eben der Veloverkehr in den letzten Jahren massiv zugenommen hat und ein schlummerndes Potenzial da ist, dass noch viele mehr Leute umsteigen können.

Und ja, es ist natürlich eine gewisse Verschiebung der Gewichtung hin zum Velo in Sachen Sicherheit und auch in der Strassenraumgestaltung. Aber wenn wir uns anschauen, was das Bundesgesetz verlangt, und das ist der nächste Punkt, der uns ja vorgeworfen wird, man müsse gar nicht so viel machen als Kanton, also wenn wir schauen, was die planungsrechtlichen Grundlagen vom Bund her vorschreiben, dann ist es ein durchgehendes, sicheres, direktes und

attraktives Velonetz. Durchgehend; zum Beispiel, der City-Ring von der Johanniterbrücke bis zum Bahnhof, ist das eine durchgehende Veloinfrastruktur? Auf keinen Fall. Sicher, eine schwerverletzte Person pro Woche, die meisten davon Velofahrende, also ist es auch nicht sicher. Direkt; uns fehlen Querungen wie zum Beispiel über Gleise, über den Rhein, usw., auch dort sind wir nicht, wo wir sein müssen. Und attraktiv; alle, die mit dem Velo regelmässig zum Beispiel über den Aeschenplatz fahren, wissen, attraktive Orte in unserem Kanton gibt es, aber es gibt auch viele, die nicht so sind. Also wir sind nicht dort, wo das Bundesgesetz uns als Kanton bis 2024 haben möchte und wenn wir heute nicht starten, werden wir das auch nicht bis dann schaffen und als Stadtkanton müssen wir den Anspruch haben, das auch bis 2037 zu schaffen.

Darum möchte ich nochmals dafür werben, dass wir heute mit dem Gegenvorschlag der UVEK-Mehrheit dieses Problem angehen und auf eine saubere Lösung abstützen, wie wir das im Gesetz relativ knapp festhalten können und direkt ab Beschluss dann auch bald mit den Arbeiten beginnen können, damit eben möglichst bald mehr Leute Velo fahren in unserem Kanton. Was dann auch wieder für die Autofahrerinnen und Autofahrer den Vorteil hat, dass weniger Autos unterwegs sind, dass der eine oder andere Parkplatz dann auch frei bleibt, wo dann auch das Gewerbe Güterumschlag, Anlieferung, usw. machen kann. Von mir aus, dass man diese Parkplätze danach gelb markiert, damit das Gewerbe dort auch Vorrang hat. Also von einem gewerbefeindlichen, autofeindlichen oder auch irgendwie übertriebenen und extremen Vorschlag kann nicht die Rede sein. Wir nehmen die Anliegen der Initiative auf und setzen sie auf eine massvolle Art um und setzen sie so um, dass wir dem Bundesgesetz gerecht werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Wir kommen zu Detailberatung und wir tun das anhand des Berichts der Mehrheit der UVEK.

Da gibt es verschiedene Anträge. Das sind Anträge des Regierungsrates, der etwas streichen möchte oder etwas anders haben möchte. Wenn Sie der UVEK-Mehrheit nicht folgen möchten, dann müssen Sie diesen Anträgen zustimmen. Das als Vorbemerkung.

Detailberatung (Seite 16 des Berichts)

Titel und Ingress

I. Gegenvorschlag, Text der Initiative

1. Änderung des Umweltschutzgesetzes

§ 13 Abs. 2 lit. e (geändert)

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt, Litera e zu streichen. Wir eröffnen dazu die Debatte. Zuerst hat Frau Keller das Wort, falls sie es wünscht. Sie verzichtet. Herr Fuhrer verzichtet nicht.

Raphael Fuhrer (GAB): Ich würde gerne präzisieren, das auf der Folie, das stimmt nicht ganz. Der Regierungsrat möchte nur den Teil streichen ab: der erhöhten Schutzbedürftigkeit der besonders gefährdeten Verkehrsteilnehmenden, usw. Der erste Satz ist heute schon im Umweltschutzgesetz drin, einfach zur Klärung.

Trotzdem möchte ich noch kurz begründen, warum die UVEK-Mehrheit an diesem zweiten Satz festhalten möchte. Es ist aus unserer Sicht eindeutig so, dass eben gerade Velofahrende, aber auch Fussgänger*innen nicht in der gleichen Situation sind wie jemand, der im Auto ist mit 1,7 Tonnen Stahl um sich oder in einem Bus, im besten Fall ein Velohelm und das sollte auch im Gesetz abgebildet sein, das hier ein Gefälle besteht und dass man der besonderen Schutzbedürftigkeit dieser Verkehrsteilnehmer*innen auch das nötige Gewicht beimisst. Das war ja eines der Kernpunkte in der Initiative, die Sicherheit als Argument, warum Leute sich für oder gegen das Velo im Alltag entscheiden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Minderheit verzichtet Daniel Hettich auf das Wort. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es ist richtig, was Herr Fuhrer gesagt hat. Es gibt einen Satz, den die UVEK-Mehrheit hinzufügen möchte, den der Regierungsrat nicht hinzufügen möchte. Die Folie war falsch. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 58 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005474, 15.01.25 15:40:07]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderungsantrag wird abgelehnt mit 58 Nein-Stimmen gegen 37 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter.

Abs. 5 lit. e (neu)

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt eine eigene Formulierung für Litera e. Der Antrag liegt Ihnen vor. Zuerst hat die Antragstellerin Frau Keller das Wort, sie verzichtet. Herr Fuhrer wünscht es.

Raphael Fuhrer (GAB): Ganz kurz, der Gedanke der UVEK-Mehrheit ist, dass ein Velonetz nur als Ganzes funktioniert. Velovorzugsrouten sind gut und recht, unterstützen wir, aber die Haupt- und Nebenrouten sind genauso wichtig, denn jede Velofahrt startet bei mir zu Hause, endet beim Coop, bei der Schule, wo auch immer, da muss das ganze Netz von Anfang an angegangen werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Sprecher der Minderheit verzichtet. Es gibt keine Wortmeldungen. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 58 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005476, 15.01.25 15:41:40]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderungsantrag wird abgelehnt mit 58 Nein-Stimmen gegen 37 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Wir kommen zum nächsten Antrag.

Abs. 5 lit. f (neu)

Hier ist es so, dass die UVEK-Mehrheit etwas einfügen möchte, das im Umweltschutzgesetz noch nichts steht. Der Regierungsrat möchte es nicht einfügen. Zuerst hat die Antragstellerin Esther Keller das Wort, sie verzichtet. Herr Fuhrer verzichtet ebenfalls und Herr Hettich auch. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

38 Ja, 58 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005478, 15.01.25 15:42:42]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderungsantrag wird abgelehnt mit 58 Nein-Stimmen gegen 38 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Abs. 5 bis (neu)

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt, Abs. 5 bis zu streichen. Im Umweltschutzgesetz steht dieser Absatz bis heute nicht. Es gibt einen Antrag der UVEK, etwas einzufügen und der Regierungsrat möchte das streichen.

Wir eröffnen die Debatte. Auch hier wird verzichtet, ausser von Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Auch kurz. Da geht es um die Standards und das ist wirklich der Kern der Sache, was am Ende darüber entscheidet, wie velotauglich die Infrastruktur ist. Da ist es aus Sicht der UVEK-Mehrheit wichtig, dass diese behördenverbindlich sind und somit auch Anwendung finden bei der Planung und bei der Umsetzung in den nächsten Jahren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir stimmen über diesen Änderungsantrag ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

39 Ja, 57 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005480, 15.01.25 15:44:20]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderungsantrag wird abgelehnt mit 57 Nein-Stimmen gegen 39 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter.

2. Ausgabenbewilligung

- Erhöhung Rahmenausgabenbewilligung

- Erhöhung ZBE Langsamverkehr

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt, bei Alinea 1 eine Rahmenausgabenbewilligung von 20,5 Millionen Franken und bei Alinea 2 einen Betrag von 180’000 Franken.

Wir eröffnen dazu die Debatte. Frau Keller verzichtet und hält am Antrag fest. Herr Fuhrer und Herr Hettich verzichten ebenfalls. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

38 Ja, 58 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005482, 15.01.25 15:45:44]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderungsantrag wird abgelehnt mit 58 Nein-Stimmen gegen 38 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter.

Die Kommissionsmehrheit beantragt, der Initiative den Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Die Kommissionsminderheit beantragt, keinen Gegenvorschlag. Wir kommen zur Schlussabstimmung über den Gegenvorschlag. Wenn Sie den Gegenvorschlag in der Schlussabstimmung annehmen, wird dieser der Initiative so gegenübergestellt. Wenn Sie den Gegenvorschlag ablehnen, kommt die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst mit Gegenvorschlag, NEIN heisst Verzicht auf Gegenvorschlag

Ergebnis der Abstimmung

72 Ja, 24 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005484, 15.01.25 15:46:54]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Das Umweltschutzgesetz Basel-Stadt (USG BS) vom 13. März 1991 wird wie folgt geändert:

§ 13 Abs. 2, Abs. 5, Abs. 5 bis (neu)

2 Der Kanton und die Gemeinden Bettingen und Riehen sorgen dafür, dass

e) **(geändert)** alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer vor Gefährdungen und vermeidbaren Behinderungen geschützt werden. Der erhöhten Schutzbedürftigkeit der besonders gefährdeten Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer ist dabei Rechnung zu tragen.

5 Der Kanton und die Gemeinden Bettingen und Riehen ergreifen insbesondere folgende Massnahmen, um die Zielsetzungen gemäss Abs. 2 bis 4 zu erfüllen:

d) **(geändert)** Fördermassnahmen zugunsten von umweltfreundlichen Verkehrsmitteln;

e) **(neu)** ein durchgehendes, sicheres, attraktives und angemessen dichtes Velowegnetz, wovon bis spätestens 10 Jahre nach Inkrafttreten dieser Bestimmung mindestens 40 km Velovorzugsrouten umgesetzt sind; parallel werden Haupt- und Nebenverbindungen bis spätestens 2042 ausgebildet; der Kanton veröffentlicht bis zur Fertigstellung des Netzes alle drei Jahre einen Bericht;

f) **(neu)** verkehrstechnische Sofortmassnahmen zur zeitnahen Behebung von Gefahrenstellen im Fuss- und Veloverkehr.

5 bis Das zuständige Departement legt Standards für die Planung, Projektierung und Umsetzung von kantonalen Fuss- und Veloverkehrsprojekten fest. Diese sind für die Behörden verbindlich.

2. Ausgabengenehmigung

Der Grosse Rat genehmigt zur Umsetzung des Gegenvorschlags Ausgaben in Höhe von insgesamt Fr. 23'940'000. Diese teilen sich wie folgt auf:

- Fr. 23'740’000 als Erhöhung der zweiten Rahmenausgabenbewilligung Langsamverkehr (RAB LV II) von Fr. 10'000’000 auf insgesamt Fr. 33'740’000 zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 1 «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur». Davon entfallen Fr. 16'000’000 auf die Projektierung und Umsetzung von Veloverkehrsmassnahmen und Fr. 7'740’000 auf Personalkosten beim Bau- und Verkehrsdepartement und beim Justiz- und Sicherheitsdepartement. 4'500'000 der internen Mittel für Personalressourcen sind auf 10 Jahre und 3'240'000 bis im Jahr 2042 befristet.

- Fr. 200'000 Franken ab 2025 als jährliche Erhöhung des ZBE Langsamverkehr bis im Jahr 2042.

II. Weitere Behandlung

Die Volksinitiative «Sichere Velorouten in Basel-Stadt» ist, sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberechtigten gleichzeitig mit dem unter I. aufgeführten Gegenvorschlag zum Entscheid vorzulegen.

Der Grosse Rat empfiehlt den Stimmberechtigten, die Volksinitiative zu verwerfen und den Gegenvorschlag anzunehmen.

Für den Fall, dass sowohl das Initiativbegehren als auch der Gegenvorschlag angenommen werden, haben die Stimmberechtigten zu entscheiden, welche der beiden Vorlagen sie vorziehen. Der Grosse Rat empfiehlt, bei der Stichfrage den Gegenvorschlag vorzuziehen.

Bei Annahme der Volksinitiative arbeitet der Grosse Rat unverzüglich eine entsprechende Vorlage aus. Bei Annahme des Gegenvorschlages bestimmt der Regierungsrat den Zeitpunkt des Inkrafttretens der entsprechenden Gesetzesänderung.

Wenn das Initiativbegehren zurückgezogen wird, sind die Änderung des Umweltschutzgesetzes und der Ausgabenbeschluss (Gegenvorschlag) nochmals zu publizieren. Beides unterliegt dann dem fakultativen Referendum. Nach Eintritt der Rechtskraft der Änderung des Umweltschutzgesetzes bestimmt der Regierungsrat den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

IV. Publikation

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Gegenvorschlag hat eine Mehrheit gefunden mit 72 Ja-Stimmen gegen 24 Nein-Stimmen.

Wir fahren fort.

II. Weitere Behandlung

Die Kommissionsmehrheit wie auch die -minderheit beantragen, die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen.

Vom GAB und der SP wurden andere Anträge gestellt, und zwar die auf Annahme der Initiative.

Wir eröffnen auch hier nochmals die Debatte. Die Antragstellenden verzichten. Herr Fuhrer, Herr Hettich und Frau Keller verzichten ebenso. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

NEIN heisst Empfehlung auf Verwerfung, JA heisst Empfehlung auf Annahme.

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 52 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005486, 15.01.25 15:48:14]*

Der Grosse Rat beschliesst

Empfehlung auf Verwerfung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Initiative wird zur Verwerfung empfohlen mit 52 Nein-Stimmen gegen 41 Ja-Stimmen.

III. Publikation

Damit ist der Grossratsbeschluss bereinigt und das Geschäft ist erlegt. Bei einer Empfehlung auf Verwerfung gibt es keine Empfehlung zur Stichfrage.

21.1. Interpellation Nr. 153 Adrian Iselin betreffend Zukunft der Studios SRF im Meret Oppenheim-Haus in Basel

[15.01.25 15:48:41, 24.5547.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen. Damit geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt:

Der Regierungsrat anerkennt die Bedeutung der verschiedenen Einheiten von SRF am Basler Standort für den Kanton und für die Region. Ein starker SRF-Standort in Basel mit nationaler Strahlkraft ist für die Wahrnehmung der Region in der Schweiz von grundlegender Bedeutung und das SRF leistet einen wichtigen Beitrag für die mediale Berichterstattung in der Region.

Der Regierungsrat setzt sich deshalb stark für SRG und SRF ein. So lehnte er Anfang letzten Jahres in der Vernehmlassung zur Teilrevision der Radio- und Fernsehverordnung die vom Bundesrat vorgeschlagene und nun beschlossene Senkung der Haushaltsabgabe entschieden ab. Mit diesem Vorgehen wird der Service Public für alle Sprachregionen gefährdet und die Präsenz und die Verankerung der SRG in den Regionen geschwächt. Der Regierungsrat wies darauf hin, dass dem SRF-Standort Basel negative Folgen drohen würden, sowohl bei der regionalen Berichterstattung als auch bei den Arbeitsplätzen in den übrigen Bereichen von SRF. Auch in der Vernehmlassung vom letzten Oktober zur Änderung der Abgabenanteile für lokale Radio- und regionale Fernsehveranstalter und Fördermassnahmen zugunsten der elektronischen Medien setzte der Regierungsrat sich für SRG und SRF und für ihre Standorte in der Region ein. Des Weiteren hatte sich der Regierungsrat im Dezember 2017 dezidiert gegen die No Billag-Initiative ausgesprochen.

Zur Frage 2. Das zuständige Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt nahm wegen der durch die SRG kommunizierten Sparmassnahmen und der Kommunikation des Transformationsprojektes «Enavant SRG SSR» Kontakt mit der SRF-Leitung auf. Beim Gespräch Mitte November 2024 liess sich der Departementsvorsteher von der Leitung der SRF über diese Massnahmen und deren möglichen Auswirkungen auf den SRF-Standort Basel informieren. Dabei betonte er, dass der Standort für den regionalen Service Public-News-Bereich für die mediale Ausstrahlung der Region Basel in die Schweiz sowie als inhaltliches Kompetenzzentrum für Kulturwissenschaft und Religion von grosser Bedeutung ist und auch in Zukunft sein muss. Ebenso hat der Regierungspräsident beim Austausch mit Spitzenvertretungen von SRG und SRF am 18. November 2024 im Rahmen einer Ausschusssitzung der Nordwestschweizer Regierungskonferenz gegenüber der SRG-Delegation die Wichtigkeit des Standortes Basel betont. Der Regierungspräsident hat die SRG-Vertretung bei dieser Gelegenheit an den bei der Antwort auf Frage 1 erwähnten Einsatz des Kantons Basel-Stadt für eine starke SRG erinnert.

Zur Frage 3. Wir verweisen auf die obigen Ausführungen. Zusätzlich wirkt die Vertretung des Kantons im Vorstand der SRG Region Basel, der regionalen Trägerschaft aktiv mit und setzt sich in diesem Gremium für einen starken SRF-Standort Basel ein. Der Vorstand der SRG Region Basel steht ein für einen starken, überregionalen SRF-Standort in Basel, der einen wesentlichen Beitrag zum SRF-Programm leistet.

Zur Frage 4. Der Regierungsrat ist nach Rücksprache mit den weiteren Nordwestschweizer Kantonen Basel-Landschaft, Aargau, Solothurn und Jura bereit, erneut bei der SRG und bei SRF vorstellig zu werden. Ein erstes Treffen von Ausschussmitgliedern in der Nordwestschweizer Regierungskonferenz mit hochkarätigen Vertreterinnen und Vertretern von SRG und SRF hat wie erwähnt am 18. November 2024 stattgefunden. Auch dort haben die Vertreterinnen und Vertreter der Nordwestschweizer Kantone das Anliegen eines starken Service Public in der Nordwestschweiz vorgebracht. Ein Folgegespräch ist noch nicht vereinbart, da die genauen Folgen von «Enavant SRG SSR» für die Region Basel gemäss SRG und SRF noch nicht feststehen.

Zur Frage 5. Die Zahlungen des Kantons für die Durchführung des Eurovision Song Contests (ESC) in Basel stehen in keinem direkten Zusammenhang mit dem zum SRG-Standort in Basel. Basel hat sich unter anderem aus wirtschaftlichen Gründen bei der SRG für die Durchführung des ESC in Basel beworben. Die Zusammenarbeit zwischen den Projektteams des Kantons und der SRG verläuft partnerschaftlich und konstruktiv. Der Regierungsrat geht davon aus, dass die SRG das substanzielle Engagement des Kantons für die Durchführung des ESC in Basel wie auch der Einsatz des Kantons für eine

starke SRG insgesamt anerkennt und richtig einzuordnen weiss. Der Regierungspräsident hatte dies der SRG-Delegation anlässlich des bereits erwähnten Treffens mitgeteilt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit den Antworten zufrieden ist.

Adrian Iselin (LDP): Regierungsrat Sutter, zuerst einmal vielen Dank für die Beantwortung meiner Interpellation. Ich glaube, es ist für uns alle klar, dass ein starker SRF-Standort hier in Basel wichtig ist, einerseits für den Journalismus, aber andererseits auch aufgrund von den Arbeitsplätzen, die es da hat. Insbesondere, wenn man das Meret Oppenheim-Haus einmal besucht, sieht man, wie viele Leute dort wirklich arbeiten und das ist recht beeindruckend und es freut mich, dass der Regierungsrat das auch so sieht.

Dann finde ich es auch sehr gut, dass der Regierungsrat bereits in Kontakt steht mit der SRF-Leitung und vor allem auch, dass es Rücksprachen gegeben hat mit den anderen Nordwestschweizer Kantonen. Ich glaube, es ist jetzt besonders wichtig, dass man dann die Folgegespräche, die da noch nicht aufgesetzt sind, dass man das angeht und dass man wirklich gemeinsam mit der Region sich stark macht für den SRF-Standort. In diesem Sinne vertraue ich der Regierung, dass Sie das gut machen werden und hoffe, dass wir hier alle diesen Standort behalten können.

In dem Sinn bin ich zufrieden mit der Antwort.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist zufrieden mit den Antworten. Die Interpellation ist erledigt.

21.2. Interpellation Nr. 154 Silvia Schweizer betreffend Schutz vor K.O.-Tropfen: Dringende Massnahmen für sichere (Gross)anlässe in Basel

[15.01.25 15:55:04, 25.5004.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Damit hat Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Einleitende Bemerkungen: K.O.-Tropfen stellen eine ernst zu nehmende Gefahr dar, da sie sedierend wirken und Opfer vorübergehend handlungsunfähig machen können. Vorfälle wie zuletzt im Hirscheneck verdeutlichen die Bedeutung von Prävention und konsequenter Strafverfolgung. Die zuständigen Behörden im Kanton Basel-Stadt sind diesbezüglich geschult und sensibilisiert. Die Polizei rät dazu, Getränke in Lokalen nicht unbeaufsichtigt zu lassen, um das Risiko einer Kontamination zu minimieren. Damit sich bei einem Verdacht, es seien K.O.-Tropfen verabreicht worden, der Sachverhalt erhärten und damit die Grundlage für ein Strafverfahren legen lässt, bedarf es einer raschen Beweissicherung. Allen Betroffenen wird empfohlen, bei Verdacht möglichst umgehend ein Spital aufzusuchen, denn ein erfolgreicher Nachweis von K.O.-Tropfen steht und fällt mit einer möglichst raschen Asservierung von Blut und Urin. Bei erbrachtem Nachweis rät der Regierungsrat, unbedingt Anzeige zu erstatten.

Zu den einzelnen Fragen, Fragen 1 und 2. Die Abgabe der K.O.-Armbänder erfolgte in vergangenen Jahren schwerpunktmässig im Sommer an stark frequentierten Orten im Rahmen von Kampagnen wie Relax. Derzeit werden keine Armbänder mehr verteilt, da die Kantonspolizei auf der Suche nach einem zuverlässigen und nutzerfreundlichen Produkt ist.

Zu Frage 3. Der Regierungsrat nimmt die Besorgnis der Bevölkerung ernst. Gleichzeitig ist zu beachten, dass die bisherigen Erfahrungen mit K.O.-Armbändern gezeigt haben, dass deren Schutzwirkung begrenzt ist. Verschiedene Substanzen können potenziell als K.O.-Tropfen genutzt werden, davon werden aber nicht alle von den Armbänder-Schnelltests erkannt. Ihr Einsatz kann aber sinnvoll sein, wenn er in einem Massnahmenpaket von Prävention und Unterstützung eingebettet wird.

Zu Frage 4. Die Abgabe von Armbändern bietet aus Sicht des Regierungsrats aus vorgenannten Gründen nur begrenzt Schutz. Falls jedoch ein verlässliches und benutzerfreundliches Produkt gefunden worden ist, ist in Ergänzung zu Sensibilisierungs- und Präventionsmassnahmen die Gratisabgabe an Abgabestellen denkbar.

Zu Frage 5. Für den ESC in Basel wurde bereits ein integriertes Schutz- und Massnahmenpaket zur Prävention und Unterstützung von Opfern sexualisierter Gewalt und Feindlichkeit entwickelt. Es beinhaltet unter anderem Schulungs- und Sensibilisierungsmassnahmen, sogenannte Safe Spaces auf dem Festivalgelände, und zusätzlich Beratungs- und Begleitungsdienstleistungen für Opfer sexualisierte Gewalt. Ein Gesuch um finanzielle Unterstützung wurde beim Bund eingereicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit den Antworten zufrieden ist.

Silvia Schweizer (FDP): K.O.-Tropfen sind ein ernst zu nehmendes gesellschaftliches Problem, auch bei uns. Das hat die Berichterstattung der verschiedenen Medien in den letzten Tagen eindrücklich gezeigt. Viele Opfer von Vorfällen mit K.O.-Tropfen zögern, Anzeige zu erstatten. Oft aus Angst vor Stigmatisierung, Scham oder dem Gefühl, nicht ernst genommen zu werden. Dies führt zu einer grossen Dunkelziffer.

Um das Sicherheitsgefühl der Menschen zu stärken und die Dunkelziffer zu reduzieren, müssen entsprechend verschiedene Massnahmen ergriffen werden. Dazu gehört mittelfristig der Aufbau eines Netzwerkes zwischen Polizei, Veranstaltern, Gesundheitsdiensten, sozialen und Opferschutzeinrichtungen, aber auch den Fokus auf die Täterschaft zu legen, wie das auch der Regierungsrat in seiner Beantwortung bemerkt hat. Die Wahrung der Sicherheit an Grossveranstaltungen wie der ESC, der Frauen EM oder anderen erfordert hingegen auch kurzfristige, proaktive Massnahmen und die Zusammenarbeit aller Beteiligten. Durch Aufklärung, präventive Massnahmen, wie zum Beispiel die K.O.-Armbänder, und einer engen Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden kann das Risiko von Vorfällen mit K.O.-Tropfen erheblich reduziert werden. Davon bin ich überzeugt.

Mir ist sehr wohl bewusst, wie das der Regierungsrat in seiner Antwort erwähnt hat, dass die K.O.-Tropfen umstritten sind. Deshalb braucht es eine begleitende Aufklärung über die Limitationen der Armbänder. Es soll ein zusätzliches Hilfsmittel zur Prävention sein. Unser aller Ziel ist ein sicheres Umfeld, in dem alle Teilnehmer unbeschwert feiern können, denn ein einziger Vorfall genügt, um aus einem positiven Bild einer Stadt ein negatives Bild zu transportieren. Entsprechend danke ich der Regierung, dass sie proaktiv ein Schutz- und Massnahmenpaket plant. Ich hoffe trotzdem, dass auch die Armbänder mit entsprechender Aufklärung zum Einsatz kommen.

Ich bin mit der Interpellationsbeantwortung zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit den Antworten zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

21.3. Interpellation Nr. 155 Jennifer Schmid betreffend immer mehr Drohnen fliegen über Basel

[15.01.25 16:01:30, 25.5005.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Damit hat Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zu Frage 1. Bei Drohnenflügen wird zwischen zwei Kategorien unterschieden, der offenen und der speziellen. Diese unterscheiden sich hauptsächlich durch das Risikoprofil und der damit verbundenen Anforderungen. Die meisten Drohnen können in der offenen Kategorie geflogen werden. Dabei gilt eine maximale Flughöhe von 120 Metern über Grund. Zudem muss die Drohne stets im direkten Sichtkontakt betrieben werden. Um höher fliegen zu können, ist eine Bewilligung des Bundesamts für Zivilluftfahrt (BAZL) notwendig.

Zu Frage 2. In Basel sowie der gesamten Schweiz gelten für Drohnen bestimmte Flugeinschränkungen. Diese umfassen die Umgebung rund um Flughäfen und Flugplätze, Vollzugseinrichtungen, bestimmte Naturschutzgebiete, der Umkreis von Kernkraftwerken, militärische Gebieten, gewisse Infrastruktur der Energie- und Gasversorgung sowie weitere kantonale Gebietseinschränkungen. Eine genaue Übersicht findet sich auf der interaktiven Drohnenkarte des BAZL.

Zu Frage 3: Der Regierungsrat verweist hierzu auf die Webseite des BAZL. Diese bietet eine umfassende Informationsquelle zum Thema Drohnen, insbesondere für Einsteigerinnen und Einsteiger sowie für Touristinnen und Touristen.

Zu den Fragen 4 und 5. Betreiberinnen und Betreiber von Drohnen, die mit einer Kamera oder einem Sensor ausgestattet ist, mit denen personenbezogene Daten erfasst werden können, müssen sich auf dem Schweizer Online-Drohnenportal (dLIS) registrieren und die Drohne mit der UAS-Betreibernummer kennzeichnen. Die Registrierung ist kostenlos. Wie viele Drohnenpilotinnen und Drohnenpiloten im Kanton Basel-Stadt registriert sind, ist dem Regierungsrat nicht bekannt, da die Registrierung durch das BAZL erfolgt.

Zu Frage 6. Die Drohnenpilotinnen und Drohnenpiloten sind Luftraumnutzende und sind verpflichtet, sicherheitsrelevante Zwischenfälle oder Unfälle zeitnah zu melden. Sofern kein grobfahrlässiges oder vorsätzliches Verhalten vorliegt, sind keine strafrechtlichen Konsequenzen zu befürchten. Der Fokus liegt auf der Untersuchung der Unfälle und den entsprechenden Erkenntnissen. Im Kanton Basel-Stadt sind bisher keine Drohnenunfälle bekannt.

Zu Frage 7. Für die Beurteilung der Bedrohungslage stützt sich der Regierungsrat auf die Einschätzung der Sicherheitsbehörden, welche die Entwicklungen aufmerksam verfolgen und die Lagebeurteilung laufend anpassen. Das Risiko eines Luftangriffs wird derzeit vergleichbar hoch wie bei ähnlichen gelagerten Grossveranstaltungen eingeschätzt. Ein Drohnenflugverbot ist in Prüfung.

Zu Frage 8. Drohnen werden nicht abgeschossen. Die Drohnenabwehr erfolgt durch den Einsatz technischer Mittel.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit den Antworten zufrieden ist.

Jennifer Schmid (Fraktionslos): Es ist meine einzige Rede als Grossrätin, aber ich rede jetzt zu meiner Interpellation. Es geht um Drohnen. Es gibt immer mehr Drohnen über Basel und die Drohnen können auch Ihr Grundstück überfliegen. Es kann auch zu Unfällen mit Drohnen kommen. Vieles ist nicht klar geregelt. Ich sehe immer mehr Drohnenfotos von Basel in Social Media, daher habe ich diese Interpellation gestellt.

Ich wünsche Ihnen allen noch nachträglich einen guten Start in das neue Jahr und ich freue mich, dass Sie mich alle im Parlament so nett aufgenommen haben und ich hoffe natürlich, dass ich bei der nächsten Grossratswahl 2028 gewählt werde und zu Ihnen zurückkehren werde. Denn die Volksaktion machte im Jahr 2012 schon einmal zwei Sitze. Ich danke meinem Chef, Grossrat und Parteipräsident Eric Weber, der gerade als Wahlbeobachter in Belarus weilt. Und ich bin einverstanden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit den Antworten zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

21.4. Interpellation Nr. 156 Lisa Mathys betreffend Kulturwandel und Vorbildsfunktion der neuen Polizeileitung

[15.01.25 16:06:36, 25.5006.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Damit hat Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Einleitende Bemerkungen. Die Kantonspolizei hat sich schon lange das Ziel gesetzt, eine bevölkerungsnahe Polizei zu sein. Dazu gehört die Diversität im Korps auf allen Stufen zu erhöhen, um den Querschnitt der Bevölkerung besser abzubilden. So ist die Kantonspolizei Basel-Stadt seit den 90er-Jahren eines der wenigen Korps, das Ausländerinnen und Ausländer mit Niederlassungsbewilligung C aufnimmt. Am 3. Juli 2018 hat das Justiz- und Sicherheitsdepartement kommuniziert, dass die damals vier vakanten Stellen in der Polizeileitung mit je zwei Männern und erstmals zwei Frauen neu besetzt werden. Um die Diversität zu erhöhen, braucht es aber neben den Anstrengungen der Arbeitgeberin auch die entsprechenden Bewerbungen und Zugänge.

Zu den einzelnen Fragen, Frage 1. Die Polizeileitung bestand bis im Juni 2024 aus den Polizeikommandanten und sechs Hauptabteilungsleitenden, davon zwei Frauen. Aktuell sind unter den 23 Abteilungsleitenden zwei Frauen, unter den 84 Ressortleitenden 12 Frauen.

Zu Frage 2. Der Beirat besteht aus vier Männern. In der Arbeitsgruppe von Mitarbeitenden, welche die Grundlage für weitere Massnahmen gegen Diskriminierung erarbeitet und der rund ein Dutzend Personen angehört, ist das Geschlechterverhältnis ausgeglichen.

Zu Frage 3. Auf der obersten Führungsstufe der Kantonspolizei gestaltet sich Teilzeitarbeit, etwa mit Blick auf Anforderungen an die ständige Verfügbarkeit und den hohen Koordinationsbedarf, erfahrungsgemäss schwierig. Dennoch werden geeignete Kandidatinnen und Kandidaten nicht vom Bewerbungsprozess ausgeschlossen, wenn sie nicht in einem 100-Prozent-Pensum arbeiten möchten.

Zu Frage 4. Selbstverständlich wird von allen Führungspersonen erwartet, dass sie in den Bereichen Gleichstellung, Diversität und Prävention von sexueller Belästigung oder Mobbing sensibilisiert sind. Das ist ein Anspruch, den die Kantonspolizei als Arbeitgeberin an alle sich bewerbenden Personen hat. Entsprechende Nachweise erhöhen die Chancen im Bewerbungsverfahren weit vorzustossen, solange alle anderen erforderlichen Kompetenzen ebenfalls nachgewiesen werden können.

Zu Frage 5. Die Durchsetzung von Anstand und Respekt gegenüber Mitarbeitenden sowie Kolleginnen und Kollegen ist eine Führungsverantwortung, die in der Vergangenheit gemäss den Schilderungen im Bericht Schefer nicht konsequent wahrgenommen wurde. Diese Fähigkeiten werden bei allen Rekrutierungen, egal ob interne oder externe, überprüft. Der Kommandant hat die bis im Sommer praktizierte automatische Beförderung von Mitarbeitenden ab einem gewissen Dienstalter gestoppt. Eine Beförderung muss an Leistungskriterien, Einstellung und Verhalten gebunden sein.

Zu Frage 6. Der Bericht Schefer hat in diversen Punkten Fragen aufgeworfen und Empfehlungen ausgesprochen, darunter zu diskriminierendem Verhalten. Eine externe Anlaufstelle steht wie angekündigt seit dem Sommer allen Mitarbeitenden der Kantonspolizei für anonyme Meldungen über diskriminierendes Verhalten und Mobbing zur Verfügung. Eine erste Zwischenstandmeldung zum Jahresende hat ergeben, dass in dieser Zeit drei Personen die Anlaufstelle kontaktiert haben, alle wegen Meldungen von mutmasslichem Mobbing. Nulltoleranz gegenüber Diskriminierungen ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, nach der aber im Bewerbungsverfahren gezielt gefragt wird. Der Kommandant fordert von allen Mitarbeitenden der Kantonspolizei, die Kolleginnen und Kollegen zu respektieren und mit Anstand zu behandeln. Das wird auch von den Bewerberinnen und Bewerbern auf die ausgeschriebenen Hauptabteilungsleitungen verlangt, ohne dass diese Selbstverständlichkeit explizit erwähnt wird.

Zu Frage 7a. Die Leitung der Kantonspolizei gewichtet den Diskriminierungsschutz hoch. Bevor eine Strategie entworfen werden kann, muss aber zuerst die Führungsverantwortung wahrgenommen werden. Der Fokus liegt auf der Förderung einer Arbeitskultur, die von Respekt und Chancengleichheit geprägt ist.

Zu Frage 7b. Die Thematik wird organisatorisch in den Führungsstrukturen verankert, indem klare Verantwortlichkeiten definiert und Kontrollmechanismen eingeführt werden. Das interne Knowhow soll durch verpflichtende Weiterbildungen und den Einbezug von externen Expertinnen und Experten kontinuierlich erweitert werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit den Antworten zufrieden ist.

Lisa Mathys (SP): Regierungsrätin Eymann, ich bedanke mich herzlich für die mündliche Beantwortung dieser Interpellation. Ich möchte es gleich vorneweg sagen, wir finden es sehr gut, sehr begrüssenswert und sehr wichtig, dass dieser Nulltoleranzgrundsatz von Ihnen so stark geäussert wurde und dass die externe Anlaufstelle geschaffen wurde. Ich möchte das vorneweg gleich sagen, dass wir das sehr gut und sehr wichtig finden. Jetzt versuche ich ein bisschen chronologisch gemäss Ihren Antworten vorzugehen, beim Erklären, wo dass ich vielleicht noch nicht ganz zufrieden bin mit dem, was aktuell läuft.

Gleich in der einleitenden Bemerkung sagen Sie schon, dass neben den Anstrengungen der Arbeitgeberin auch die entsprechenden Bewerbungen nötig sind, um eine ausgeglichene Geschlechterverteilung zu erzielen in einem Korps. Und hier möchte ich gleich schon ein bisschen Vorgreifen auf Frage und Antwort 3. Wenn man nur 100 Prozent ausschreibt, eine Stelle, dann schreckt das ab und man schliesst wie ein ganzes bewerbendes Feld aus, das sich nicht auf eine Stelle bewerben wird, die nur 100 Prozent ausgeschrieben ist. Ich denke, da setzt man zu falsche Hürden, falsche Signale und da könnte man das wirklich noch besser gestalten, wenn man wirklich mehr Frauen auch einbeziehen will.

Bei der Frage 1 haben Sie ausgeführt, dass die Hauptabteilungen zu einem Drittel von Frauen geführt wurden, als sie noch besetzt waren. Das finde ich einen guten Wert, das ist ein erstrebenswerter Wert und gleichzeitig sehen wir dann auch, dass wir bei den Abteilungsleitenden nicht einmal 10 Prozent Frauen haben und das kann ja selbstredend nicht zufriedenstellend

sein. Und da würde ich mir wünschen, dass Sie sich, Frau Eymann, eben auch wirklich noch Ziele setzen, welchen Frauenanteil Sie anstreben wollen. Diese Frage haben Sie nicht beantwortet, was sind die Ziele, die man sich selber setzt.

Bei der zweiten Frage oder der zweiten Antwort sieht man dann gleich ein bisschen klischeemässig, exemplarisch, was halt wie oft schief läuft in unserer aktuellen Gesellschaft, der Beirat, der besteht aus vier Männern und die Arbeitsgruppe, dort haben wir dann ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis. Und ich denke, das ist eben schon ein bisschen symptomatisch dafür, wie es oft läuft, wo dass die Frauen eben fehlen und wir hoffen, dass wir da mit unserer Polizei künftig eine bessere Vorbildrolle einnehmen können.

Bei der Frage 3 ist neben der 100-Prozent-Ausschreibung noch etwas angesprochen worden, dass es schwierig sei, eben unter 100 Prozent zu arbeiten in einem Job, wo die ständige Verfügbarkeit und der hohe Koordinationsbedarf nötig sind. Das ist in allen Kaderfunktionen ein bisschen so und ich finde, gerade in einem Betrieb wie der Polizei, wo wir einen 24/7-Betrieb haben, auch wenn man 100 Prozent arbeitet, ist man nicht an allen Tagen, an denen der Betrieb läuft, anwesend, weil ja eben 24/7, und gerade dort finde ich es eigentlich umso einfacher einzusehen, dass man auch mit 80 Prozent eine verantwortungsvolle Position besetzen kann, weil ob man vier oder fünf Tage von sieben da ist, das wird nicht so stark gespürt wie ein 5-Tage-Betrieb, wo es abgesehen davon auch möglich ist.

Bei der Frage 4 haben Sie gesagt, dass gewisse Sensibilisierungen nachgefragt werden bei Bewerbenden, dass man erwartet, dass die Leute sensibilisiert sind. Da würde ich mir wünschen, dass man nicht nur Sensibilisierungen erwartet, sondern auch wirklich Kompetenzen.

Dann bei Frage 5 möchte ich noch einmal etwas sehr Gutes hervorheben, dass die automatischen Beförderungen gestoppt wurden. Das ist natürlich sehr begrüssenswert, das ist sehr wichtig, dass das nicht mehr so läuft.

Bei der Nulltoleranz gegenüber Diskriminierungen, die Sie als Selbstverständlichkeit bezeichnen und die man deshalb auch nicht erwähnt in der Ausschreibung. Wir hatten alle gedacht, das sei eine Selbstverständlichkeit, dann kam der Bericht Schefer, der wirklich systemische Veränderungen aufgezeigt hat, die dringend notwendig sind. Kulturwandel braucht systemische Veränderungen und entsprechend sollte man das halt vielleicht wirklich nicht mehr mit Selbstverständlichkeit voraussetzen, sondern wirklich einbeziehen in die Prozesse, auch explizit.

In diesem Sinne erkläre ich mich für teilweise zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

21.5. Interpellation Nr. 157 Luca Urgese betreffend Schluss mit dem App-Wildwuchs im öffentlichen Verkehr!

[15.01.25 16:16:39, 25.5007.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen.

11. Ausgabenbewilligung zur Reduktion der Baustellenbelastung sowie der Nutzung des Stadtraum-Umgestaltungspotenzials durch Nutzung von Synergien beim Fernwärme-Ausbau, Bericht der UVEK

[15.01.25 16:16:54, 24.0781.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidenten Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Es handelt sich, wie eben gerade gehört, um eine Motion aus dem Grossen Rat. Der Regierungsrat hat einen schriftlichen Bericht dazu vorgelegt, wir als Kommission auch, ich möchte mich darum so kurz als möglich halten.

Zunächst möchte ich mich bedanken beim Bau- und Verkehrsdepartement, einerseits für die Aufnahme unserer Motion, Umsetzung und dann auch in der Kommission für die Beratung.

Der Fernwärme-Ausbau ist aufgegleist. Es handelt sich um eine Schlüsseltechnologie, damit wir als Kanton bis 2037 Netto-Null erreichen. Das ist gut. Was heisst das für den öffentlichen Raum? Das heisst, 80 Prozent Baustellenzunahmen auf neu dann im Durchschnitt 9 Baustellenkilometer pro Jahr. Ohne diese Motion, haben wir damals erfahren, würden circa 30 Prozent der Baustellen genutzt, um Wirkungsveränderungen dann auch umzusetzen. Das heisst umgekehrt, dass 70 Prozent der Baustellen reine Fernwärme-Baustellen wären. Das hat uns dann dazu veranlasst in der UVEK, diese Motion zu machen.

Nun haben wir erfahren, dass mit der Motion bzw. dem Ratschlag um die 55 bis 60 Prozent der Baustellen im Zusammenhang mit der Fernwärme mit einer Wirkungsveränderung, das heisst, Massnahmen zugunsten von Begrünung und Entsiegelung oder auch des umweltfreundlichen Verkehrs, koordiniert werden können und so auch umgesetzt werden. Das bedeutet dann in letzter Konsequenz, dass dann nicht zwei, drei oder ein paar Jahre später wiederum eine Baustelle kommen müsste, wenn man noch Bäume wollte oder irgendeinen Unfallschwerpunkt für den Fuss- und Veloverkehr sanieren möchte. Was auch noch ein grosser Erfolg dieser Motion ist, ist, dass jedes Fernwärme-Bauprojekt auf das Potenzial überprüft wird und möglichst dann geschaut wird, dass man, wenn man nicht direkt etwas verändern kann, zumindest das Potenzial nicht verbaut wird und man dann in späteren Jahren nicht plötzlich den Konflikt hat zwischen Leitungen im Boden und zum Beispiel einer Baumpflanzung.

Das definierte Vorgehen hat für die UVEK Sinn ergeben, es wurde uns vorgestellt, wie geht man jetzt sofort vor, wie geht man dann ab der Zeit vor, wo die zusätzliche Ressourcen auch da sind. Wir haben uns das erklären lassen und für uns ist das soweit schlüssig. Uns ist wichtig, dass auch jetzt in dieser Zeit bis 2028, bis also die Motionsforderungen voll greifen können, auch da schon Verbesserungen umgesetzt werden und die Potenziale möglichst genutzt werden. Wir haben das in unserem Bericht im Kapitel 2.1 ausgeführt.

Der zweite Teil, der betrifft das Verkehrssimulationstool. Mehr Baustellen könnten auch bedeuten, dass der Verkehr dadurch beeinträchtigt wird, je nachdem, wie die Baustellen zusammenfallen, und da möchte der Regierungsrat vorbeugen und Szenarien rechnen können, wie die Baustellen optimal angeordnet und auch zeitlich verschoben werden können, damit der Verkehr möglichst wenig beeinträchtigt wird. Auch das hat der UVEK eingeleuchtet und wir haben dort noch die eine oder andere Nachfrage gehabt. Wir haben das auch mit einer Vertretung aus dem JSD anschauen können, an dieser Stelle auch Danke für diese Antworten, die wir dort erhalten haben. Es ist so, dass einerseits Ressourcenbedarf besteht beim JSD selber, aber dann auch für den Einkauf des Produkts und dann auch für externe Unterstützung in der Anwendung. Das hat den Vorteil, dass man dort relativ flexibel ist, wie man dann das Tool einsetzt.

Fazit für uns, die Motion war richtig, wir konnten eine Verbesserung damit erreichen. Wir sind froh, dass der Regierungsrat das so aufgenommen hat und einen Vorschlag gemacht hat, wie das umzusetzen ist. Wir können so den Fernwärme-Ausbau als Impuls nutzen, Potenziale für Verbesserungen nutzen und Baustellen koordinieren.

Wir als UVEK möchten darum ohne Gegenstimme beantragen, dem Beschlussentwurf zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Der Fernwärme-Ausbau der IWB, der läuft auf Hochtouren. Das ist erfreulich, weil es bedeutet, dass wir unserem Netto-Null-Ziel näherkommen. Es ist aber ganz klar auch eine Belastung für die Bevölkerung und für die Unternehmen hier mit Lärm, Staub und Verkehrsbehinderungen. Der vorliegende Ausgabenantrag der Regierung, der auf der Motion der UVEK fusst, zielt darauf, diese Belastung zu verringern und Chancen zu nutzen.

Die Belastung wollen wir verringern, indem wir die Baustellen, wo immer möglich, stärker koordinieren und der Kanton sich im Bereich der Verkehrsprognosen und Verkehrsmodelle verstärkt, um die Baustellen so zu planen, dass im Umfeld der Baustellen einerseits die Sicherheit gewährleistet ist, aber auch damit der Verkehrsfluss möglichst wenig eingeschränkt wird für alle und/aber auch insbesondere übrigens für den ÖV, namentlich die Busse, die sonst schnell einmal im Stau stehen. Die Chancen nutzen wollen wir auch, indem wir die ohnehin anstehenden Arbeiten nutzen, um die Situation in den jeweiligen Strassen zu verbessern. Einerseits bezüglich Verkehrsflächen, Sie wissen, wir haben es vorhin gerade diskutiert, dass wir den Auftrag haben, den umweltschonenden Verkehr in Basel zu fördern. Es gibt also Gelegenheit zur Verbesserung der Sicherheit von Fussgängerinnen, Fussgängern, von Velofahrenden, auch des MIV und Stärkung des ÖV.

Der Fernwärme-Ausbau gibt aber auch Gelegenheit, zahlreiche Strassenzüge zu entsiegeln und Bäume zu pflanzen. Das machen wir seit Beginn des Fernwärme-Ausbaus mit sogenannten Quick Win-Massnahmen. Gerade aktuell kann ich da die Schalerstrasse, die Sängergasse, den Laupenring, Holeestrasse sowie die Rotbergerstrasse als jüngste Beispiele nennen, wo wir deutlich begrünen können. Weitere Beispiele kennen Sie vielleicht aus dem Wettsteinquartier und zahlreiche weitere werden folgen. So kommen jährlich Dutzende Bäume und hunderte Quadratmeter dazu, die wir entsiegeln können.

Die Kehrseite des Tempos dieser Veränderung ist, dass die Leute in der Planung beim Kanton wirklich am Anschlag laufen, um mit diesem massiven Tempo der Fernwärme mithalten zu können und andere Projekte müssen im Moment zurückstehen. Mit dem heutigen Antrag ermöglichen Sie, dass wir diese Quick Wins weiterführen, uns im Bereich der Planung verstärken und diese Chancen im Zuge der Fernwärme nicht verpassen.

Der Regierungsrat beantragt bis 2037 rund 51 Millionen Franken, sprich jährliche Ausgaben von 4 Millionen Franken. Ich bitte Sie dafür für Unterstützung und ich möchte auch nochmal der Kommission und dem Präsidenten danken für die kritische Auseinandersetzung und insbesondere auch für die speditive Bearbeitung dieses Geschäfts.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten und da zur Sprecherin für die GLP, Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Wir Grünliberalen möchten diese Ausgaben bewilligen und sind sehr froh, dass die UVEK mit ihrer Motion eine bessere Koordination von Fernwärme-Ausbau und Erhaltungsausbauprojekten angestossen hat, und danken dem Regierungsrat für den Ratschlag. Mit dieser Ausgabenbewilligung wird die bisherige Arbeit des GMI, des Geschäftsmodells Infrastruktur, nicht in Frage gestellt, sondern angesichts der Mammutaufgabe, die ansteht, deutlich gestärkt. Eine bessere Projektkoordination braucht zusätzliche monetäre Ressourcen, dafür ist die Nutzung und Gestaltung besser aufeinander abgestimmt. Das Augenmerk liegt auf das gleichzeitige Planen von Umgestaltungspotenzialen sowie die Reduktion von Belastungen durch Baustellen. Dies erachten wir als ausserordentlich sinnvoll.

Wir Grünliberalen bitten Sie deshalb, die Ausgaben zu bewilligen und die Motion abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für das GAB ist Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GAB): Es gibt nichts Nervigeres, als eine Baustelle lange vor der Türe zu haben und danach, wenn die Baustelle endlich wieder verschwindet, sieht die Strasse wieder gleich aus. Man fragt sich in einer solchen Situation, weshalb überhaupt gebaut wurde. Wird wenige Jahre später erneut dieselbe Strasse aufgerissen, sinkt die Akzeptanz für Baustellen noch tiefer. Dieses Problem kennen wir und es wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auch noch zunehmen, wenn wir nichts unternehmen, denn Basel baut zurzeit viel. Wir haben uns sehr viel vorgenommen mit dem Gas-Ausstieg, dem Ausbau der Fernwärme, den laufenden Strassensanierungs- und Werkleitungsarbeiten, den Begrünungen und den Verbesserungen für den Fuss- und Veloverkehr.

Wir bauen aber nicht nur um des Bauens Willens, sondern klar zur Steigerung der Lebensqualität in Basel. Doch Lebensqualität und Baustellen gehen nicht logisch miteinander einher. Um möglichst viele Baustellen auch direkt spürbar danach erlebbar zu machen, dass es Verbesserungen gab und dass es im Sinne der Lebensqualität war, hat die UVEK damals eine bessere Baustellenkoordination mit der vorliegenden Motion gefordert und nach einer Baustelle sollen gemäss der Motion möglichst auch Begrünungen, neue Velowege oder breitere Trottoirs realisiert sein.

Schon damals hat die GAB-Fraktion dieses wichtige Anliegen unterstützt. Meine Fraktion ist zufrieden mit dem Vorschlag der Regierung, diese Millionen Franken in eine bessere Koordination der Baustellen zu investieren. Es gibt, wie gesagt, nichts Nervigeres als eine Baustelle, von der die Bevölkerung nach Abschluss der Bauarbeiten keinen Mehrwert sieht. Mit einer besseren Koordination dürfen wir zudem auch unter dem Strich auf weniger Baustellen hoffen, als nötig wären, um all unsere Vorhaben umzusetzen, wenn wir es über einen längeren Zeitraum betrachten. Und wir dürfen uns freuen auf mehr direkt sichtbare Verbesserungen im Strassenraum direkt nach einer Baustelle, so dass wir in Zukunft vielleicht weniger die Baustellen und mehr die Baumpflanzungen sehen. 50 Millionen sind viel Geld, doch das Geld ist für die GAB-Fraktion an einem sehr sinnvollen Ort über viele Jahre hinweg investiert und sichert, dass wir nicht bauen um des Bauens Willens, sondern zur Steigerung der Lebensqualität.

In diesem Sinne werden wir dem Finanzbeschluss zustimmen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Sprecher ist Daniel Hettich für die LDP.

Daniel Hettich (LDP): Ja, gefühlt ist Basel eine riesengrosse Baustelle. Diese Ausgaben könnten Sinn machen und vermutlich sparen sie Kosten und fordern die Effizienz. Synergien hätten ja eigentlich schon jetzt erwartet werden können, aber ja, wenn das der Sache hilft, ist die LDP dafür und unterstützt das Anliegen. Wenn das Ergebnis in geordnete Bauabläufe und effiziente Bauplanungen mündet, dann wurde das Ziel am Schluss erreicht. Wir sind gespannt auf das Ergebnis der Übung.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Sprecher ist Daniel Sägesser für die SP.

Daniel Sägesser (SP): Ich kann es im Namen der SP-Fraktion auch relativ kurz machen. Die Vorlage wurde vom Präsidenten der UVEK und auch von den Kolleginnen Kühne und Hanauer bereits ausführlich erläutert. Auch die SP-Fraktion freut sich sehr, dass durch die Erfüllung dieser UVEK-Motion nun deutlich mehr Fernwärme-Baustellen im gleichen Aufwisch zur Begrünung, Entsiegelung sowie Massnahmen für den Fuss- und Veloverkehr genutzt werden können. Wir finden die nun zu sprechenden rund 51 Millionen Franken über 13 Jahre sehr sinnvoll investiert.

Etwas Erstaunen und auch Raunen ausgelöst hat bei uns, dass mit insgesamt 6,7 Millionen Franken deutlich mehr als 10 Prozent der beantragten Mittel für die Anschaffung, den Betrieb und den Unterhalt sowie die Bedienung eines Verkehrssimulationstools ausgegeben werden soll. Eine digital unterstützte Verkehrsplanung rund um Baustellen macht in der heutigen Zeit sicherlich Sinn. 6,7 Millionen Franken dünken uns aber sehr teuer. Auch scheint es uns etwas sachfremd, dass diese Mittel im Ratschlag zu dieser UVEK-Motion beantragt werden. Die UVEK-Motion ist sicherlich nicht ursächlich für den Bedarf eines solchen Tools. Auch in Anbetracht des hohen Betrags hätte das gut auch in einem eigenen Ratschlag sein dürfen.

Die SP-Fraktion freut sich aber sehr auf die zusätzlichen und rascheren Begrünungs- und Velo- und Fussverkehr-Massnahmen und kann in dem Sinne auch diesen Teil des Ratschlags im Sinne eines Ratschlags für alle Verkehrsteilnehmenden mittragen. Die SP-Fraktion wird deshalb dem Grossratsbeschluss gerne zustimmen und die UVEK-Motion als erledigt abschreiben und bittet Sie, das gleiche zu tun.

Balz Herter (Mitte-EVP): Als nächstes hat das Wort Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich darf es ganz kurz machen, ich möchte nur etwas nicht im Raum stehen lassen. Es ist also nicht so, dass wir heute die Baustellen nicht koordinieren würden, im Gegenteil, das ist über das Geschäftsmodell Infrastruktur heute schon der Fall. Aber wir reden von einer massiven Zunahme und damit steigt auch die Komplexität natürlich der Zusammenhänge. Also wir reden da von der Zunahme der Baustellen, die wir abfangen möchten.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort geht an den Kommissionspräsidenten der UVEK, Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Besten Dank für die Diskussion zu dieser Motion. Für mich war diese Motion beispielhaft für die gute und sachliche Zusammenarbeit, die wir in der UVEK in den letzten Jahren hatten. Die war immer auf Augenhöhe und mit Respekt. Wir haben sehr effizient und zielorientiert gearbeitet und trotzdem dabei immer mit Freude. Ich möchte mich bedanken bei meiner tollen Vizepräsidentin Nicole Strahm, bei unserem super Kommissionssekretär Niklaus Wunderle, bei allen Mitgliedern der UVEK, die immer so schön mitdiskutiert und mitgedacht haben, bei unseren häufigen Gästen, Regierungsrätin Esther Keller und Regierungsrat Kaspar Sutter, bei ihren Mitarbeitenden für ihr breites Fachwissen. Ich kann auf eine sehr erfüllende und produktive Legislatur zurückblicken. Ich habe sehr viel von Ihnen allen gelernt und wünsche Ihnen alles Gute. [Applaus]

Balz Herter (Mitte-EVP): Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 8 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Bewilligung Gesamtbetrag

-

-

-

-

-

2. Berichterstattung

Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer den wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer ihm nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005494, 15.01.25 16:35:25]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für die Reduktion der Baustellenbelastung sowie die Nutzung des Stadtraum-Umgestaltungspotenzials durch die Nutzung von Synergien beim Fernwärme-Ausbau werden Mittel in Höhe von insgesamt Fr. 50'822’750 von 2025 bis 2037 bewilligt. Diese teilen sich wie folgt auf:

- Fr. 857'250 als Ausgabenbewilligung in Form von jährlichen Personalkosten (450%) für die Planung und Koordination der Projekte des Fernwärme-Ausbaus mit der Erhaltungsplanung sowie mit Nutzungs- und Gestaltungsänderung zu Lasten der Erfolgsrechnung (ZBE) des Bau- und Verkehrsdepartements befristet ab 2028 bis Ende des Fernwärme-Ausbaus 2037

- Fr. 31'040’750 als Rahmenausgabebewilligung Fernwärme-Ausbau für Strassenbauersatzmassnahmen von jährlich Fr. 1'000’000, welche aufgrund des erhöhten Bauvolumens durch den Fernwärme-Ausbau anfallen, und für Personalkosten (750%, jährlich Fr. 1'390’000) für die Planung und Realisierung der Projekte des Fernwärme-Ausbaus mit der Erhaltungsplanung, Nutzungs- und Gestaltungsänderung zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 1 «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur» des Bau- und Verkehrsdepartements befristet bis Ende des Fernwärme-Ausbaus 2037

- Fr. 346'500 als Aufgabenbewilligung in Form von jährlichen Personalkosten (200%) für die Planung, Koordination und Realisierung der Projekte des Fernwärme-Ausbaus zu Lasten der Erfolgsrechnung (ZBE) des Justiz- und Sicherheitsdepartements, Kantonspolizei befristet bis Ende des Fernwärme-Ausbaus 2037

- Fr. 485’000 als unbefristete Ausgabenbewilligung in Form von jährlichen Personalkosten (100%), jährlichen Betriebskosten von Fr. 200'000 eines Verkehrssimulationstools sowie von jährlichen Sachaufwänden von Fr. 100'000 für Verkehrssimulationen im nahen Umfeld von Baustellen zu Lasten der Erfolgsrechnung (ZBE) des Justiz- und Sicherheitsdepartements, Kantonspolizei

- Fr. 400'000 als einmalige Ausgabenbewilligung für die Beschaffung und Einführung eines Verkehrssimulationstools zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 5 «Informatik» des Justiz- und Sicherheitsdepartements, Kantonspolizei.

2. Der Regierungsrat erstattet dem Grossen Rat alle drei Jahre Bericht über die aktuelle Realisierung von Synergien beim Fernwärme-Ausbau hinsichtlich des Umgestaltungspotenzials des Stadtraumes zu Gunsten der Lebensqualität (Stadtklima, Lärmschutz und Aufenthaltsqualität).

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben das Geschäft mit 92 Stimmen einstimmig angenommen.

11.1. Motion der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission betreffend der Reduktion der Baustellenbelastung sowie der Nutzung des Stadtraum-Umgestaltungspotenzials durch Nutzung von Synergien beim Fernwärme-Ausbau, Bericht der UVEK

[15.01.25 16:35:32, 21.5638.04]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat und die UVEK beantragen, die Motion der UVEK als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine anderen Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion wird als erledigt abzuschreiben.

12. Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug" - Fristverlängerung, Bericht der WAK

[15.01.25 16:35:54, 23.1670.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die WAK beantragt, die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung bis zum 22. November 2025 zu verlängern. Die Kommissionssprecherin verzichtet, Frau Soland verzichtet ebenso. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Grossratsbeschluss (Seite 2 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Abstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss Fristverlängerung, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005497, 15.01.25 16:37:07]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Fall, dass die Wirtschafts- und Abgabekommission der kantonalen Volksinitiative «Keine Steuerschulden dank Direktabzug» keinen Gegenvorschlag gegenüberstellt, wird die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung bis zum 22. November 2025 verlängert.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Entscheid ist mit 89 Ja-Stimmen einstimmig. Das Geschäft ist erledigt.

13. Ausgabenbewilligung für die Projektierung und Realisierung für den Vollausbau des Restaurant Kaserne Kasernenhof 6, 4058 Basel, Bericht der BRK

[15.01.25 16:37:13, 21.1360.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die BRK beantragt, der Tischvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an den Präsidenten der BRK, Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Der Grosse Rat hat im Jahr 2016 für die Gesamtsanierung und den Umbau des Kasernenhauptbaus eine Ausgabe von über 44 Millionen Franken bewilligt. In diesen Kosten war der Rohbau für das geplante Restaurant im Kasernenhauptbau enthalten. Ursprünglich war vorgesehen, dass die zukünftigen Pächterinnen und Pächter die Räumlichkeiten auf eigene Kosten ausbauen, was in dem vorgesehenen Café und Bistroteil sowie in der Bar, welche im Turm liegt, geschehen ist. Aufgrund des damals coronabedingt angespannten Marktumfeldes und der hohen Kosten für den Ausbau gegen 2 Millionen Franken konnte dieses Konzept im grössten Flächenteil, wo ein Restaurant geplant ist, jedoch nicht umgesetzt werden. Es fand sich offenbar niemand, welcher die Fläche zu diesen Konditionen übernehmen wollte. Dabei sind Auflagen wie ausgeprägte Öffnungszeiten und Bespielungspflichten auch mitursächlich für die geringe Nachfrage gewesen.

Generell, aus der Perspektive der BRK wurde das Prozedere der Ausschreibung von Anfang an falsch gewählt. Das Präsidialdepartement wählte einen Prozess mit einer Ausschreibung bzw. einer Einladung zur Konzepteinreichung. Dies ist mitursächlich, dass die Situation heute so unbefriedigend ist. Nachdem es keine Interessenten gab, wurde die Fläche erneut ausgeschrieben, diesmal mit der Absicht, den Vollausbau durch den Kanton durchführen zu lassen. Der vorliegende Ratschlag des Regierungsrates ist das Ergebnis dieser Anpassung. Zuständig ist nun das Finanzdepartement, welches sich in der aktuellen Planung eng an eine Nutzerperspektive orientiert.

Die BRK hat das Geschäft in fünf Sitzungen beraten. Dabei wurden sämtliche Aspekte des Projekts eingehend geprüft, darunter die finanziellen Auswirkungen, die angestrebte Nutzung der Räumlichkeiten sowie die Auswirkungen auf die Nutzung des Aussenraumes. Vertreterinnen und Vertreter des Finanzdepartements und des Bau- und Verkehrsdepartements standen der Kommission für Fragen zur Verfügung. Darüber hinaus hat die BRK die Gelegenheit genutzt, sich bei einer Besichtigung vor Ort ein Bild den Gegebenheiten zu machen.

Die hohen Kosten des Vollausbaus in Höhe von 3,43 Millionen Franken wurden von der BRK sehr kontrovers diskutiert. Einige Mitglieder der Kommission erachten den Betrag als zu hoch und den Ausbau zweier Küchen als nicht notwendig an. Ausserdem soll nach deren Ansicht kein staatlich subventioniertes Restaurant entstehen, während andere Gastronomen viel höhere Mieten und Amortisationen bzw. selbst einen Ausbau finanzieren müssten.

Die geplante Nutzung der Räumlichkeiten als Restaurant wurde von der BRK als sinnvoll erachtet. Alternative Nutzungen, wie beispielsweise die Schaffung von Quartiertreffpunkten oder anderen öffentlichen Angeboten, wären gemäss Aussagen der Verwaltung realistische Alternativen. Die Mehrheit der Kommission hat eine solche Nutzung als weniger geeignet eingestuft. Insbesondere wurde betont, dass auch bei einer alternativen Nutzung erhebliche Ausbaukosten anfallen würden. Die Fläche befindet sich derzeit in einem Rohbau 2. Das heisst, es wurden Fenster eingebaut, es gibt ein Dach und es gibt Versorgungsanlagen, aber grosse Ausbauaufwendungen stehen in jedem Fall an. Die einzigartige Lage direkt am Rhein muss zudem bei der Nutzung unbedingt berücksichtigt werden.

Ein weiterer zentraler Diskussionspunkt war die Nutzung der Allmend vor der Kaserne. Die geplante Aussenbestuhlung des Restaurants wird den verfügbaren Raum für andere Nutzungen, wie beispielsweise das Boule-Spiel oder Tischtennis, reduzieren. Dies führte zu langen Diskussionen innerhalb der Kommission, aber auch ausserhalb in der Öffentlichkeit und in der medialen Berichterstattung. Dabei wurde auch viel emotional argumentiert. Die BRK konnte sich jedoch davon überzeugen, dass auch nach dem Umbau ausreichend Raum für eine Nutzung ohne Konsumzwang zur Verfügung stehen wird. Etwa ein Viertel wird künftig durch die Gastronomieflächen genutzt. Es wurde zudem darauf hingewiesen, dass ohne die umsatzstarken Sommermonate, in denen die Aussenplätze genutzt werden können, ein wirtschaftlicher Betrieb des Restaurants kaum möglich wäre. Die Mehrheit der Kommission ist der Ansicht, dass die geplante Nutzung des Aussenraums vertretbar ist und im Einklang mit den Zielen des Gesamtprojekts steht.

Eigentlicher Knackpunkt ist die vorgesehene Abgeltung des Mieters. Die kalkulatorische Miete sowie eine Umsatzbeteiligung der Pächterin oder des Pächters sollen sicherstellen, dass die Investitionskosten gedeckt werden. Dies soll insbesondere neben der Grundmiete durch eine Amortisation und eine Umsatzbeteiligung gewährleistet werden. Allerdings wurden von einigen diese Beiträge als zu tief erachtet. Einige Kommissionsmitglieder wollten insbesondere eine Ungleichbehandlung gegenüber anderen Mietern im Haus, aber auch gegenüber anderen Gastronomen in der Umgebung nicht durch statische Hilfen ungleich behandeln müssen. So legte die Kommission im Bericht fest, dass eine Harmonisierung der Mietpreise innerhalb des Gebäudes angestrebt wird und ebenfalls die Konditionen marktüblicher ausgestaltet werden. Dies war der Kommission ein zentrales Anliegen und soll bei der finalen Aushandlung des Mietvertrags berücksichtigt werden.

Nachdem schon im Dezember aus der Kreuztabelle klar wurde, dass das Geschäft droht, an die Regierung zurückgewiesen zu werden oder abgelehnt wird, hat die BRK anlässlich ihrer vergangenen Sitzung darüber beraten, inwiefern ein gemeinsames Vorgehen der BRK sinnvoll wäre. Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass man das Gesamtkonzept Kaserne jedoch nicht über den Haufen werfen möchte. Auch wenn niemand gänzlich zufrieden ist mit dem ursprünglichen Nutzungskonzept und den finanziellen Aspekten soll an dieser Stelle wie vorgesehen ein Restaurant einziehen und nicht etwa ein Quartierzentrum. Wenn man das anders sieht, so müsste man konsequenterweise den Reset-Knopf drücken und die Kaserne ganz neu denken. Die Kommission ist sich nämlich sehr einig darüber, dass die derzeitige

Situation mit dem Leerstand eines grossen Teils des Gebäudes sehr nachteilig auf die ganze Entwicklung der Kaserne und auch finanziell belastend wirkt.

Nachdem das Traktandum an der Dezembersitzung abgesetzt wurde, konnten sich die Mitglieder der Bau- und Raumplanungskommission auf einen gemeinsamen Änderungsantrag einigen, welcher die Gründe einer Rückweisung und Ablehnung adressieren möchte. Der von vielen kritisierte Vergabeprozess wird dadurch adressiert, dass eine neue Ausschreibung gemacht werden soll. Eine Ausschreibung unter Berücksichtigung der Ausbaukosten. Diese ist rechtlich möglich, wie das Finanzdepartement uns bestätigte. Im Zuge der Neuausschreibung können die Schnittstellen nochmals überprüft und das Projekt entsprechend den Bewerbenden kostenmässig angepasst werden. Die 3,4 Millionen sieht die BRK das Kostendach an.

Beim Gesamtausbau der Kaserne wurde der Kostenrahmen um fast 2,5 Millionen unter der teuerungsbereinigten Ausgabenbewilligung unterschritten. Rein argumentativ gesehen wurden diese 2,5 Millionen für den Vollausbau nicht verwendet. Nun benötigt es für die Finalisierung des Konzepts einen Ausbau durch den Kanton, da sich ansonsten kein Bewerber, keine Bewerberin finden lässt. Ein Antrag innerhalb der BRK, den Wert der Ausgabe von 3,4 auf 2,356 Millionen zu reduzieren und als neues Kostendach festzulegen, wurde zwar mit 5 gegen 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt, aber die BRK möchte bei einer neuen Ausschreibung klar den Auftrag mitgeben, dass sich der Kanton nach Möglichkeit mit einem Beitrag nahe der 2,5 Millionen an den Ausgaben beteiligt und die Bewerbenden darüberliegende Beiträge selbst finanzieren oder diese marktgerecht amortisieren müssen. Dies schafft gleich lange Spiesse zu anderen Gastronomiebetrieben.

Ein dritter Punkt sind die durch die Aussenbewirtschaftung geplanten Einschränkungen der öffentlichen Nutzungsplätze, welche ohne Konsumzwang derzeit zur Verfügung stehen, beispielsweise für das Boule-Spiel. Die Kommission möchte die Massgabe, dass im gesamten Vorbereich des Kasernenhauptbaus gesamthaft maximal 425 m2 für gastronomische Aussenraumsitzplätze bewilligt werden und somit insbesondere Flächen für öffentliche Nutzungen gewährt bleiben, in der Ausgabenbewilligung festsetzen. Dadurch gibt es eine Maximalnutzung über die gesamte Aussenfläche vor der Kaserne. Die durch Aussenbestuhlung künftig genutzten Aussenflächen werden somit weniger als ein Viertel der Gesamtaussenfläche einnehmen. Ein Änderungsantrag für eine Reduktion auf 300 m2 fand hingegen keine Mehrheit, weil dadurch die Wirtschaftlichkeit der Betriebe kaum mehr möglich wäre, was wiederum die Risiken von Ausfällen und Mehrkosten für den Steuerzahler generieren würde. Ohne den Vollausbau bleibt die Fläche weiterhin ungenutzt, was nicht nur Kosten für den Kanton verursacht, sondern auch den Gesamtcharakter des Kasernenhauptbaus beeinträchtigt. Das ursprüngliche Konzept sah ausdrücklich die Nutzung der Fläche als Restaurant vor, um zur Belebung des Perimeters beizutragen.

Die BRK ist mehrheitlich der Ansicht, dass der vorgeschlagene Vollausbau des Restaurants im Hauptbau der Kaserne Basel ein wichtiger Schritt zur Vollendung des Projekts ist. Die Kommission beantragt daher dem Grossen Rat, der Ausgabenbewilligung mit dem nachträglich eingereichten Änderungsantrag zuzustimmen und die notwendigen Mittel in der Höhe von 3,43 Millionen Franken zu bewilligen. Dieser Beitrag versteht die BRK als Kostendach.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat geht das Wort an Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Präsident der BRK hat das jetzt sehr ausführlich dargestellt, die Sachlage dieser Ausgabenbewilligung. Ich möchte daher nur ergänzen. Ich glaube, was wirklich ein wichtiger Punkt ist, es liegt nun über acht Jahre her, dass der Ratschlag zum Kasernenhauptbau vorgelegt wurde. Es ist viel Zeit vergangen, es gab auch Veränderungen, es gab Corona, wir haben jetzt auch intern gewechselt, es gab einen Zuständigkeitswechsel. Das haben wir gemacht, weil normalerweise im Dreirollenmodell ist es so, dass Immobilien Basel-Stadt, also das Finanzdepartement die Gewerberäume für ein Restaurant, für die Gastronomie auch vermietet. Das ist üblicherweise so. Man ist damals abgewichen und hat das aus einer Hand gemacht aus dem Präsidialdepartement und hat das dann weiter an IBS quasi untervermietet oder abgegeben. Das Konstrukt wurde etwas kompliziert, das haben wir alle auch mitbekommen, es gab auch Schwierigkeiten bei der Umsetzung, das konnte man aus den Medien entnehmen, das wissen Sie zum Teil auch. Und wir haben uns intern in der Regierung auch das angeschaut, wie wir das aufstellen wollen, wir wollen wieder näher an unser normales Modell und das finden wir auch sinnvoll.

Daher gibt es jetzt die Ausgangslage, und das hat die BRK auch erwähnt, dass die Bedingungen für die Mietenden, für die Gastronomie nicht gleich sind im Gebäude. Das ist mir ein wichtiger Punkt, da sind wir auch daran, das anzuschauen, weil damals die Ausschreibung darunter lief, dass man den Meistbietenden die Flächen angeboten hat. Und ich glaube, diese Illusion kann man heute nicht mehr haben, vor allem nach Corona weiss man, dass es bei der Gastronomie schwierig ist. Wir haben auch viel gelernt während Corona, weil wir die ganzen Zahlen erhalten haben von den Gastronomen. Wir haben auch gesehen, dass die Marge nicht extrem hoch ist und dass es ein schwieriges Umfeld ist, damit man wirklich ein sinnvolles Restaurant, ein sinnvoller Betrieb machen kann, der auch einen Umsatz generiert. Das alles konnten wir erfahren.

Man hat ja dann gesehen, der Vollausbau, diese Idee, dass jemand kommt und da investiert und alles selber umbaut, das hat sich gezeigt, das geht nicht. Und jetzt sind wir mit dem Konzept gekommen, wir bringen Ihnen einen konkreten Vorschlag, weil was mir wichtig ist, ich wollte nicht als Staat vorausgehen und sagen, was wir umbauen sollen und einfach ins Blaue hinaus einen Umbau finanzieren und nachher ein Pächter suchen. Das ist schwierig, weil ich finde, wir als Kanton, wir sind nicht Gastronomen, das sollen die Gastronomen entscheiden. Das wäre der Hauptgrund für diesen Modellwechsel. Der hat jetzt auch zu gewissen Irritationen geführt, das kann ich verstehen, war bei uns ja auch eher ein Experiment, das erste Mal so, daher bin ich auch bereit, dass wir hier jetzt etwas darauf eingehen, was uns auch die Kommission sagt und versuchen, einander näher zu kommen und einen Kompromiss zu finden. Das ist auch der Grund, warum ich bereits auf den Antrag eingehen möchte, weil es mir ein Anliegen ist, dass Sie das Geschäft nicht zurückweisen, sondern dass wir heute hier in der Eintretensdebatte einen Kompromiss finden.

Die Regierung hat sich da zwar nicht dazu benommen, also wir halten an unserem Antrag fest. Wir haben das jetzt nicht nochmal aufgerollt, aber der Antrag der BRK ist so möglich und umsetzbar. Wir unterliegen nicht dem Beschaffungsgesetz und haben daher auch eine gewisse Freiheit, welche Bedingungen wir setzen und wie wir das konkret umsetzen. Es wird das Projekt zwar etwas verzögern, ein halbes Jahr bis ein Jahr, aber immerhin wäre es schneller, als wenn wir es jetzt zurückweisen. Und ich glaube, alle, die den Kasernenhauptbau kennen und die Problematik, wissen, dass es wichtig ist, dass es dort weitergeht, dass wir es schaffen in absehbarer Zeit, dort in diesem Westflügel ein Restaurant machen können, dass auch diese tolle Terrasse genutzt werden kann, dass der Raum besser bespielt wird, ich glaube, alle, die das kennen, wissen, dass das wirklich wichtig wäre.

Vielleicht zuerst unten angefangen beim Aussenraum. Da ist es mir wichtig zu sagen, dass die 300 m2, der Antrag, das wäre schwierig, weil bereits der jetzige Gastronom hat 289 m2, da wäre dann eigentlich nichts mehr möglich. Beim Antrag der BRK, das ist machbar. Ich denke, es ist auch aus unserer Sicht wichtig, dass wir nicht etwas verdrängen, was bis jetzt gut funktioniert. Dort ist aber auch die Stadtgärtnerei und das BVD dabei zu schauen, wir haben dort das Thema Tischtennistisch, wir haben dort noch andere Themen, ich denke, dass man dort einen guten Kompromiss finden kann. Daher ist der Raum, der vorgeschlagen wird in der BRK, aus unserer Sicht machbar.

Die Ausschreibung ist auch machbar und jetzt, welche Bedingungen. Ich kann Ihnen heute zusichern, das ist, soweit ich weiss, in meiner Kompetenz, wir werden eine fixe Basismiete, das wären sowieso die Idee gewesen, machen, das gibt es immer. Es gibt eine Umsatzmiete, ich denke, das macht auch immer Sinn, wenn es wirklich gut läuft, damit wir nahe am Markt sind und wir auch davon profitieren, und dann werden wir dann Amortisationsbeitrag für den vorfinanzierten Mieterausbau erhöhen. Es sind 3,43 Millionen und wie der Präsident der BRK ausgeführt hat, sind wir zu rund 2,4, 2,5 Millionen unter der Gesamtabrechnung. Wir haben das jetzt mit diesen 2,5 Millionen gerechnet. Die 2,5 Millionen würden wir weiterhin beitragen, das war auch so vorgesehen, und dann diese restliche Million, diese 930’000 würden wir auf den Mieter abwälzen. Das kann man entweder als Einmalbeitrag bezahlen, was zum Teil eher schwierig ist, oder als Amortisationsbeitrag. Dies würden wir als Bedingung in der Ausschreibung nehmen, da ich gehört habe, das wäre wichtig für den Kompromiss und das kann ich Ihnen hier zusichern und zu Protokoll geben, dass wir das so machen werden.

Was ich aber auch machen werde, da es wirklich jetzt ein schwierigeres Geschäft war und ich auch gespürt habe, dass das Vertrauen in unser Vorgehen nicht immer da war, das kann ich auch verstehen, weil da man zweimal ausgeschrieben und alles gewechselt und geändert hat und man weiss dann nicht so genau, was ist passiert, was waren die Bedingungen, warum hat sich kaum jemand gemeldet, da gab es viele Fragen. In der Kommission konnten wir das gut diskutieren und diese anscheinend auch grösstenteils überzeugen, aber das Parlament war da sehr viel skeptischer. Daher möchte ich, wenn wir das machen, wenn Sie uns diesen Auftrag geben, dann werden wir ausschreiben und wir werden den Präsidenten der BRK, die Präsidentin, das wird ja neu gewählt, und der oder die Vizepräsidentin einladen, an der Jury teilzunehmen. Ich glaube, für das Vertrauen und für diese spezielle Situation scheint mir das ein guter Vorschlag. Den müssen Sie dann nicht annehmen, aber es wäre für uns auch einfacher, damit wir hier wirklich am Ende einen guten Vorschlag haben und für unsere Stadt auch den Kasernenhauptbau verbessern können. Das ist mir einfach wichtig, ich wollte, dass Sie das jetzt wissen.

Ich werde das zusichern, vor allem den Amortisationsbeitrag, dass hier quasi die Schlussabrechnung der Kaserne dann wirklich abgeschlossen hat mit dem Budget, das wir hatten. Wir investieren diesen Beitrag à fonds perdu, diese 2,5 Millionen und den Rest, den wir vorfinanzieren, schlagen wir dann entweder auf die Miete oder ein Pächter übernimmt ihn. Das war mir jetzt sehr wichtig. Das heisst, ich bitte Sie hier, vor allem das Geschäft nicht zurückzuweisen, dass wir das heute so zu Ende beraten können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten und da zuerst zur FDP und Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Heute zerbröckelt ein weiterer Baustein des rot-grünen Prestige-Projekts Kaserne, welches unter Führung von Guy Morin entgegen allen Warnungen von unserer Seite durchgedrückt wurde und nun konfrontiert mit der Realität Stück für Stück betriebswirtschaftlich in sich zusammenfällt. Heute zeigt sich ein weiteres Mal, dass die

selbsttragende Finanzierung des Betriebs im Kasernenhauptgebäude ohne weitere Steuergelder, wie es uns damals versprochen wurde, ein Märchen ist. Vielleicht kommt auch daher das fehlende Vertrauen.

Heute sollen wir also weitere fast 3,5 Millionen Franken sprechen, ohne die es angeblich nicht geht. Hierfür werden allerlei akrobatische Verrenkungen vorgeführt, die mich, wäre ich Zirkusbesucher, schwer beeindrucken würden, nachvollziehbar sind sie jedoch nicht. So hat die Verwaltung uns vorgerechnet, dass die Investitionskosten amortisiert werden sollen. Wenn Sie die Angaben im Ausgabenbericht nachrechnen, kommen Sie auf eine Amortisationsdauer von über 67 Jahre und im gleichen Bereich steht dann allerdings, dass nach 50 Jahren das Gebäude erneuert werden muss. Das wirft vielleicht schon mal grundsätzliche Fragen auf.

Dann machen wir weiter mit der Aussenraumnutzung, vor allem auf der Rheinebene vor der Kaserne. Da gibt es im Kommissionsbericht eine klare Ansage. Ich zitiere: «Die Aussenraumplätze sind für das Funktionieren des Betriebskonzepts unerlässlich». Und die vorgesehene Pächterin, zumindest bisher vorgesehene Pächterin sagt in der Zeitung klar und deutlich, eine wirtschaftliche Nutzung ohne Aussenbestuhlung an dieser Lage ist so nicht möglich. Im Sommer wäre das ein Witz. Mit anderen Worten, kann dieser Aussenraum nicht oder nur eingeschränkt genutzt werden, bricht das ganze Finanzierungskonzept in sich zusammen.

Nun wissen wir aber jetzt schon, dass gegen diese Aussenraumnutzung erheblicher Widerstand angekündigt wurde. Ein Teil dieses Widerstands findet sich hier im Saal, ein Teil kommt von Boule-Spielerinnen und -Spieler vor Ort. Was sind die Konsequenzen? Es wird Einsprachen geben, welche die ganze Inbetriebnahme des Aussenraums vielleicht nicht verhindern, aber sicher erheblich verzögern werden. Es geht mir nicht darum zu beurteilen, ob diese Einsprachen erfolgreich sein werden oder nicht, das müssen die zuständigen Behörden und Gerichte entscheiden, aber das ist Zeit, in der von diesem Aussenbereich keine Einnahmen fliessen werden. Wie soll dann die Pächterin ihre Miete bezahlen?

Dann habe ich Kollege Brigger im Fernsehen gehört, dass es im Innenhof der Kaserne «tötelet» und dieses Restaurant für Belebung sorgen werde. Nur, das Restaurant würde gar nicht in Richtung Innenhof rausstuhlen, sondern auf die Terrasse und vielleicht dann nach vorne zum Rhein. Inwiefern das den Innenhof der Kaserne beleben würde, bleibt mir ein Rätsel. Und dann kommt nun noch der Antrag der BRK, der versucht zu retten, was eigentlich nicht zu retten ist. Maximal 425 m2 sollen für gastronomische Aussenraumsitzplätze bewilligt werden und es soll eine neue Ausschreibung geben. Ob letzteres rechtlich auf diesem Weg überhaupt möglich ist, nachdem man eigentlich ja bereits entschieden hat, kann ich nicht beurteilen, muss ich hier also offen lassen, Frau Regierungsrätin Soland sagt, es ist so und darauf verlassen wir uns.

Also lassen wir das mal beiseite und fokussieren wir auf den Aussenraum. Die Kommission hat uns hierzu verdankenswerterweise in ihrem Bericht eine grafische Darstellung abgedruckt. Rechnen wir zusammen, das Café Walther nutzt heute 271 m2, das Restaurant soll 158 m2 nutzen, macht 429 m2, also 4 m2 mehr als im Antrag vorgesehen. Diese 4 m2 liessen sich wohl verschmerzen, nur, wir haben ein laufendes Einspracheverfahren über die Nutzung desselben Aussenraums durch eine Gelateria. Sie wollen also direkt in ein laufendes Verfahren eingreifen und die Gelateria für das Restaurant opfern. Dann fehlen halt dort wieder Mieteinnahmen. Oder die Gelateria setzt sich durch, dann muss beim Restaurant entsprechend Raum abgezwackt werden, um die Vorgabe zu erfüllen, damit dann dort wieder weniger Einnahmen resultieren, wodurch die finanzielle Rentabilität des Restaurantbetriebs in Frage gestellt wird. Egal, wie Sie es drehen und wenden, es geht vorne und hinten einfach nicht auf, mit dem Antrag des GAB erst recht nicht. Und dann haben wir ja noch die Frage, neue Ausschreibung gegen Verlässlichkeit gegenüber Zusagen, die man eigentlich bereits getätigt hat. Das ist dann nochmals eine andere Frage.

Es braucht, davon sind wir überzeugt, für diese Räumlichkeiten eine kommerzielle Nutzung mit einem Finanzierungskonzept, welches Hand und Fuss hat. Dabei könnte es helfen, sich von der Fixierung auf ein gastronomisches Angebot zu lösen und sich für andere Möglichkeiten zu öffnen, die keinen derart teuren Innenausbau fordern und mit weniger Investitionen, die man dann privat auch stemmen kann, Mietertrag generieren. Da wehren wir uns auch gegen diese Drohung, die da im Raum steht, wenn man heute nein sage, kommt da dann halt eine Kita oder ein Quartierzentrum rein. Mal abgesehen davon, dass daraus eine gewisse Geringschätzung für diese beiden Institutionen durchdrückt. Wenn der Regierungsrat nicht bereit ist, seriös zu prüfen, ob es alternative kommerzielle Nutzungen gibt, wäre das, sofern es heute zu einer Rückweisung kommt, eine Arbeitsverweigerung.

Die FDP-Fraktion ist nicht bereit, weitere fast 3,5 Millionen Franken Steuergelder in die Kaserne zu stecken. Wir haben nachdrücklich davor gewarnt, dass das Betriebskonzept, welches uns damals vorgelegt wurde, nicht funktionieren wird, leider haben wir recht behalten. Vielleicht sind Sie aufgrund der Erfahrung der letzten Jahre heute ja etwas empfänglicher für unsere Warnung. Die FDP-Fraktion beantragt Ihnen jedenfalls die Rückweisung dieser Ausgabenbewilligung. Dies gibt dem Regierungsrat die Gelegenheit zu erkennen, dass er sich hier wirklich verrannt hat und einen neuen wirtschaftlichen Weg einzuschlagen, sozusagen den Reset-Knopf zu drücken, wie es der Kommissionspräsident genannt hat. Sollte die Rückweisung keine Mehrheit finden, werden wir die Ausgabenbewilligung ablehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die Fraktion Mitte-EVP ist Christoph Hochuli.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Die Mitte-EVP-Fraktion hat ein Offen bei diesem Geschäft. Ein grösserer Teil der Fraktion möchte den BRK-Bericht an den Regierungsrat zurückweisen. Ein kleinerer Teil will dem Änderungsantrag der BRK zustimmen und dann den BRK-Bericht gutheissen.

Ein Argument gegen das neue Restaurant in unserer Fraktion war, dass es am Rhein bereits genügend Buvetten und Restaurants gibt und ein neues Restaurant wohl nicht rentieren würde. Ein anderes Argument war, dass der Ausbau des Restaurants mit zwei Küchen unnötiger Luxus sei. Eine Küche würde reichen. Das Argument für zwei Küchen ist jedoch, dass bei schönem Wetter wohl nur die Aussenfläche am Unteren Rheinweg offen hat und dann die Küche auf der Ebene des Kasernenhofs zu weit weg und umständlich für das Servicepersonal wäre. Deshalb brauche es auch eine Küche auf dem Niveau Unterer Rheinweg. Wenn es eine Neuausschreibung gibt, kann meiner Ansicht nach gerne mit den neuen bewerbenden Gastronomen und Gastronominnen nochmals diskutiert werden, ob es unbedingt zwei Küchen braucht. So könnten allenfalls die Investitionskosten für den Kanton reduziert werden.

Ein weiteres Argument ist das Vorgehen der Ausschreibung respektive der Vergabe. Nach dem Entscheid, dass der Vollausbau des Restaurants durch den Kanton finanziert wird, hätte die Vergabe neu ausgeschrieben werden müssen. Dieser Meinung ist auch die Mitte-EVP-Fraktion. Als BRK haben wir unter anderem deshalb den vorliegenden Änderungsantrag eingereicht. Mit diesem soll es eine Neuausschreibung geben, wo sich alle Interessierten bewerben können und eine Marktmiete festgelegt werden soll.

Wichtig zu wissen ist, dass dieses neue Restaurant in der Kaserne, über welches wir heute befinden, bereits bei der im Jahr 2016 durch den Grossen Rat bewilligten Gesamtsanierung geplant wurde. Wenn hingegen ein Quartiertreffpunkt oder ähnliches in diese Räumlichkeiten gebaut wird, muss trotzdem ein Ausbau durch den Kanton finanziert werden und dann würde es keine monatlichen Mieteinnahmen für die Staatskasse geben wie bei einem Restaurant. Übrigens wurde der Kostenrahmen, wie wir es schon gehört haben, der Gesamtsanierung der Kaserne um 2,356 Millionen Franken unterschritten. Wenn man diesen Betrag anrechnet, würde der Ausbau des Kasernen-Restaurants netto nur noch 1,074 Millionen Franken kosten.

Mit dem BRK-Änderungsantrag wird die Aussenwirtschaftsfläche auf dem ganzen Perimeter auf 425 m2 beschränkt. In dieser Nutzungsfläche ist auch die geplante Gelateria inbegriffen. So wird es weiterhin genügend Platz für öffentliche Nutzungen wie das Boule-Spiel haben. Den Änderungsantrag für eine Reduktion der Aussenfläche auf 300 m2 lehnt die Mitte-EVP-Fraktion jedoch ab. Ein Restaurant am Rhein benötigt eine genügend grosse Aussenfläche, damit es rentabel betrieben werden kann. Wenn Sie aber heute den BRK-Bericht zurückweisen, werden diese Räume an der tollen Lage weiterhin auf unbestimmte Zeit leer stehen. Wenn wir aber dem BRK-Bericht mit dem Änderungsantrag der BRK zustimmen, wird das Restaurant in absehbarer Zeit gebaut. Das Kasernenareal gewinnt an Attraktivität und es fliessen Mieteinnahmen in die Staatskasse.

Wie gesagt, die Mitte-EVP-Fraktion hat ein Offen beschlossen. Ich persönlich möchte Ihnen ein Ja zum BRK-Bericht und zum BRK-Änderungsantrag ans Herz legen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Der rheinseitige Aussenbereich der Kaserne wird Stück für Stück kommerzialisiert. Wir sehen es auch jetzt jeden Sommer, die Aussenbestuhlung des Walther Restaurants breitet sich deutlich über den dafür vorgesehenen Bereich aus. Nicht unbedingt, weil es die Betreibenden wollen, die Gäste nehmen die Stühle und Tische und stellen sie so hin, wie es für sie am besten passt. Das kann ich auch nachvollziehen, wenn man eine grössere Gruppe ist, stellt man halt ein paar Tische zusammen, es stellt sie aber niemand mehr zurück und offenbar kontrolliert das auch niemand. Dass jetzt neben dem Walther und dem heute diskutierten Restaurant plötzlich auch noch die Gelateria aufgetaucht ist, das war für viele der letzte Tropfen, der das Fass definitiv zum Überlaufen gebracht hat.

Interessanterweise sagt der Regierungsrat in seiner Antwort auf die Petition der Boule-Spielenden, er sieht da kein Problem darin, trotz Gelateria und Restaurants und was auch sonst noch geplant ist, sei das überhaupt kein Problem, das Boule-Spiel könne weiterhin möglich sein. Auf das Restaurant wurde in der Antwort aber nicht eingegangen. Das hatte der Regierungsrat offenbar nicht auf dem Radar, dass da neben der Gelateria noch weitere Aussenflächen gebraucht werden, bei der Allmendverwaltung hatte man es offenbar nicht auf dem Radar, das auch ein Restaurant geplant ist. Es fehlt, das müssen wir so konstatieren, sowohl der Regierung wie der Verwaltung einen Gesamtüberblick, das Verzetteln über die verschiedenen Departemente tut diesem Raum nicht unbedingt gut.

Wer jetzt aber denkt, dass nur die Gelateria das Problem sei, liegt aber falsch, auch wenn diese nicht kommt, oder ohne Aussenbewirtschaftung würde der öffentlich nutzbare Aussenbereich durch das heute diskutierte Restaurant stark weiter eingeschränkt, so dass die Boule-Spieler*innen, aber auch andere Menschen, die ohne zu konsumieren da sind, zwischen

den beiden Restaurantbetrieben eingequetscht würden und kaum noch Platz haben. Ein freies Boule-Spiel, das gemütliche Zusammensein, das Musik hören oder das Familienfest mit Picknick, wie wir das heute regelmässig sehen, wäre nur noch beschränkt und während den Öffnungszeiten der Restaurants kaum noch möglich. Statt mehr Belebung, was heute sich alle versprechen, brächte dieses Restaurant eine Verdrängung des Lebens auf dem Vorplatz.

Dem Rhein entlang reiht sich bereits jetzt eine Buvette an der anderen. Flächen, die einfach so genutzt werden können, werden immer weniger. Es scheint, als würde unser Kanton Leben im Sinne eines belebten öffentlichen Aussenraums an den Umsatzzahlen von Buvetten und Restaurants messen. Menschen, die einfach nur so da sind oder wenn sie dann konsumieren, dann das Büchsen-Bier aus dem Quartier-Lädeli, diese Menschen zählen offenbar nicht. In derselben Logik wird uns jetzt eben dieses Restaurant als Belebung des kHauses versprochen. Wir können diesen Wunsch sehr gut nachvollziehen, denn entgegen dem öffentlichen Raum vor dem Haus ist das Haus selber tatsächlich sehr leer und auch unbelebt. Aber jetzt einfach etwas zu machen, damit etwas gemacht ist, bringt halt eben auch nichts.

Erstens bringt eine weitere Beiz kaum die gewünschte Belebung des Hauses. Die Leute gehen rein, raus, essen, trinken da, sie müssen dafür aber nicht mal durch die Plaza oder durch das kHaus sonst irgendwie durchkommen, da irgendetwas machen, sie haben einen separaten Eingang, es ist dasselbe, wie wenn ein Restaurant neben dem kHaus wäre. Und zweitens, ich denke, das ist der wichtigste Punkt, deshalb betone ich es hier noch einmal, würde die Gastronutzung gerade die lebendige und vielfältige Nutzung vor der Kaserne verdrängen. Also statt mehr Leben gibt es weniger Leben und das für einen sehr hohen Preis. Ich weiss nicht, ob das wirklich ein guter Deal ist. Ich glaube, wir haben etwas nicht zu wenig entlang des Rheins auf der Kleinbasler Seite und das ist überteuertes Bier und ich finde es nicht richtig, dass wir hier nochmals in das investieren.

Der Änderungsantrag der BRK macht es für uns leider auch nicht besser. Zwar geht die Begrenzung der Gastronomiefläche vor dem Haus in die richtige Richtung, er bringt aber für die öffentlichen Nutzungen ohne Konsumzwang keine wesentliche Verbesserung. Sie würden auch mit dieser Änderung zwischen Walther und dem neuen Restaurant zusammengedrängt. Ein Boule-Spiel wäre vielleicht noch ganz eingeschränkt möglich, Turniere, wie sie heute gespielt werden da, wären nicht mehr möglich und die spontanen Nutzungen mit Lautsprechern, usw., ich glaube, Sie können sich das selber vorstellen, dass das ziemlich schwieriger wird zwischen zwei Aussenbewirtschaftungen, wenn da Leute einfach tanzen und Musik hören wollen.

Und diese zwingende Neuausschreibung, die hier noch reingekommen wird, die sehen wir auch äusserst kritisch, ausser eine weitere Verzögerung und die Gefahr, dass dann am Schluss irgendeine Kette kommt, bringt es nichts. Eine hohe Miete ist offenbar wichtiger, als dass die Betreiberin, der Betreiber zum Ort passt und dass man da auch einigermassen bezahlbar konsumieren kann.

Wir sind ganz klar der Meinung, anstatt überhastet hier über einen Änderungsantrag zu versuchen, ein schlechtes Projekt irgendwie zu retten, einfach damit man irgendetwas beschlossen hat, sollte man dieses Projekt zurückweisen für etwas, das dann wirklich durchdacht ist und nicht nur das Isolierte lösen an einer Ecke des kHauses, sondern das ganze kHaus mitdenken. Weiterhin strategielos Millionen in dieses Haus zu buttern, bringt aus unserer Sicht nichts, wenn weder die Plaza noch der Kaserneninnenhof irgendwie mehr genutzt würden dadurch. Aus unserer Sicht muss ein neues Projekt, ob jetzt das ein Gastroangebot ist oder etwas anderes, ich denke, hier wäre tatsächlich etwas mehr Kreativität auch möglich, tatsächlich einen Beitrag zum Funktionieren des kHauses leisten und damit meine ich jetzt nicht primär die Mieteinnahmen, ich weiss das aus anderen Fraktionen, ist das primär notwendig, uns geht es darum, dass das Haus als Treffpunkt, als Haus insgesamt funktioniert. Ob da ein paar tausend Franken mehr oder weniger reinkommen, sollte aus unserer Sicht nicht entscheidender Punkt sein, aber es gibt sicher auch andere Nutzungen, abgesehen von einem Restaurant, das irgendwie Miete bezahlen kann.

Aus unserer Sicht braucht es eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Aussenraum und mit Aussenraum meine ich jetzt nicht nur die Rheinseite, sondern insbesondere eben auch der Innenhof. Eine Neunutzung oder mehr Nutzung braucht es im Innenhof und nicht auf der Rheinseite. Und ganz klar auch als Auftrag für die Rückweisung, die unkommerziellen Nutzungen, der öffentliche Treffpunkt darf nicht verdrängt werden.

Es wurde bereits angetönt, wir haben einen Änderungsantrag gestellt auf 300 m2 für den Aussenraum. wir werden diesen stellen, ganz formell, falls die Rückweisung abgelehnt wird. Diese 300 m2 entsprechen der Fläche, die ursprünglich in den Plänen des kHauses auf dem Vorplatz eingezeichnet wurde. Also wenn Sie da zurückblättern, vor ungefähr zehn Jahren haben wir mal Pläne gehabt und da sind auf dem Vorplatz draussen auf der Rheinseite so Tischchen und Stühlchen eingezeichnet. Das war das, wo man davon ausgegangen war, was etwa als Aussenraum genutzt wurden, das sind die 300 m2. Also deutlich weniger als hier jetzt geplant ist, selbst mit dem Antrag der BRK. Und es ist schon bezeichnend, dass dem Walther bereits ungefähr diese Fläche gegeben wurde, der Walther-Buvette, ohne dass man sich irgendwie hier Gedanken gemacht hat, ob es ein Problem sein könnte.

Ich kann Ihnen nur nochmals empfehlen, dieses Projekt zurückzuweisen, hier eine saubere Lösung zu machen, etwas, das hoffentlich dann wirklich funktioniert, anstatt hier diese Millionen zu sprechen für ein Projekt, ich prophezeie, das wird nicht funktionieren, aber das hat ja offenbar nicht so einen riesigen Einfluss. Ich kann einfach noch sagen, dass falls sowohl Rückweisung und Änderungsantrag von uns abgelehnt wird, unsere Fraktion grossmehrheitlich das Geschäft ablehnen wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Frau Zürcher, nehmen Sie die Zwischenfrage von René Brigger an? Sie wird angenommen.

René Brigger (SP): Tonja Zürcher, nur kurz, sind Sie tatsächlich der Ansicht, wenn der Änderungsantrag der BRK durchkommt, dass das Boule-Spiel verunmöglicht wird?

Tonja Zürcher (GAB): Wie ich ausgeführt habe, wird das Boule-Spiel in einer sehr eingeschränkten Form, also wahrscheinlich auf einer Bahn, also es sind keine Bahnen auf der Fläche, auf einer Bahn noch stattfinden können, aber nicht mehr, dass verschiedene Gruppen zusammen spielen können und alle anderen Nutzenden hätten keinen Platz mehr.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zum Sprecher für die SVP, Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Was wir heute hier erleben, ist der etwas aus meiner Sicht unvernünftiger Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln. Sie versuchen, diesen Pudding jetzt schon sehr lange an die Wand zu nageln und Sie wollen immer noch nicht begreifen, dass Sie diesen Pudding an die Wand nageln probieren können, er wird nicht dort bleiben. Und das, was wir jetzt erlebt haben seit der letzten Grossratssitzung, ich muss es sagen, meine Damen und Herren, ich erachte das als unseriöse Arbeit der BRK. Sie kommen heute eigentlich mit einem Grossratsbeschluss und einem Antrag, der etwas völlig anderes aussagt als das, was sie noch vor wenigen Wochen uns hier in diesem hohen Hause beantragt haben. Das erachte ich nun wirklich bei diesem Geschäft, über das wir auch schon in der gesamten Vorlaufzeit und der gesamten Vorgeschichte kennen und schon lange diskutieren, für wirklich unseriös. Und das überzeugt die SVP-Fraktion mehr denn je, dass wir heute hier die Rückweisung dieses Geschäftes beantragen und eventualiter, wenn diese Rückweisung scheitern würde, dieses Geschäft auch ablehnen werden.

Vieles, was meine beiden Vorredner Luca Urgese und Tonja Zürcher gesagt haben, stimmt völlig. Ich war mit Luca Urgese vor ganz vielen Jahren, obwohl wir noch nicht so alt sind, in der vorberatender Kommission der Bildungs- und Kulturkommission und haben uns damals von Philippe Bischof, der war noch Kulturamtsleiter, und vom damaligen Regierungspräsidenten in vielen Sitzungen blumig erklären lassen dürfen, wie toll diese neue Kaserne werden wird, wie toll das funktioniert und wie alles super sein wird. In der Zwischenzeit wissen wir, dass sehr wenig in der Amtszeit von Herrn Morin und von Herrn Bischof tatsächlich auch super wurde. Und als wir dann aber kritisch nachfragten und genauere Zahlen in der BKK erhalten wollten, weil wir schon damals der Ansicht waren, es wird nicht funktionieren, hat man sie uns erst sehr spät geliefert. Und was ist danach passiert? Dieses Geschäft dieser Kaserne ging nicht einfach flutschig durch den Grossen Rat.

Und auch Frau Regierungsrätin Soland, auch mit dem Hut als Finanzdirektorin, es gab dazu eine Volksabstimmung. Sie haben der Bevölkerung ein Versprechen abgegeben, was die Kosten anbelangt. Sie brechen dieses Versprechen, indem Sie heute weitere Steuermillionen in die Hand nehmen und vielleicht aus dem Fenster werfen wollen. Das ist unehrliche Politik gegenüber der Stimmbevölkerung. Hören Sie auf, den Menschen etwas vorzugaukeln, was nicht funktionieren wird. Sie haben es doch gesehen, alleine schon, dass die BRK nun über Weihnachten und Neujahr, ich frage mich, an wie vielen Sitzungen das gemacht werden konnte, mit einer völlig neuen Ausgangslage hier nun vortritt.

Und Frau Regierungsrätin Soland, fast wie im Zirkus, hat es Herr Urgese vorher erwähnt, nun noch auf die Idee kommen, dass der Präsident der BRK und eine Vizepräsidentin der BRK in einer Jury sitzen sollen, dass das nun das Geschäft besser machen soll, das halte ich für absolut unglaubwürdig. Das ist im Übrigen auch aus Sicht der Governance mehr als fragwürdig, wenn Sie nun auf diesem Wege dann noch das Parlament in die Mitverantwortung ziehen wollen. Das ist unverantwortlich. Seien Sie doch so ehrlich und sagen Sie, das, was geplant war, hat nicht funktioniert und es wird auch mit diesem Änderungsantrag der BRK nicht funktionieren.

Und ich finde auch diese Argumentation, Herr Brigger hat das ja im Telebasel gesagt, es «tötelet» und deshalb braucht es das nun. Ich finde, das ist völlig falsch, die Kaserne «tötelet» in diesem Bereich nicht. Es ist eine Frage des Wetters, bei schönem Wetter, das hat Frau Zürcher richtig gesagt, ist dieser Bereich heute hervorragend genutzt, im Gegenteil, er ist vielleicht sogar übernutzt. Es braucht dort nicht eine zusätzliche Aufwertung durch ein Restaurant. Und an den Tagen, an denen es eben nicht gutes Wetter ist, bleibt es ein Gebiet, das vielleicht eher etwas trist ist. Daran wird aber ein solches Restaurant auch nichts ändern, denn wir wissen das doch aus der Gastronomie, lesen Sie doch die Berichte über Betriebe, die zugehen. Viele beklagen sich schon heute, dass die Frequenz zu tief ist, weil unter anderem auch vieles zu wenig belebt ist und das wird doch bei diesem neuen Projekt dann auch nicht anders sein.

Dieses Restaurant wird doch nicht langfristig sich tragen können. Erst recht nicht, wenn Sie jetzt mit einer neuen Ausschreibung dann noch die Kosten für die Ausstattung auf den Restaurant-Mieter umwälzen wollen, der dann das als Risiko auch noch mittragen muss. Klar, er erklärt sich dazu bereit, es mitzutragen, aber ob er es dann langfristig mittragen kann, ist ja eine andere Frage. Und ich meine, was bleibt dann, wenn ein Restaurant in einem Jahr oder in zwei Jahren zugeht, weil er es nicht mehr wirtschaftlich tragen kann, dann bleibt dieser Ort wieder leer und der Kanton bleibt auf diesen Kosten sitzen und das Projekt wird dadurch auch nicht besser. Ich glaube, wir vergeben uns nichts, wenn wir dieses Geschäft nun an den Regierungsrat zurückweisen und ihm die Gelegenheit geben, noch einmal vertieft über die Bücher zu gehen. Den Reset-Knopf zu drücken, scheint uns jedenfalls sehr richtig zu sein.

Und nun auch diese Flächendiskussion, die Sie angesprochen haben, in den Anträgen der BRK, aber auch in den Anträgen des Grün-Alternativen Bündnisses betreffend der Allmendfläche, diesem doch auch etwas komischen Versuch, nun noch den Bedürfnissen der Boule-Spielerinnen und Boule-Spieler entgegenzukommen, das finde ich zwar schön, dass man nun plötzlich an die Boule-Spieler denkt, nachdem man sie vorher vergessen hat, nur streicht man einfach damit irgendwie das Konzept der Gelateria, wie Herr Urgese erwähnt hat, schafft damit unabhängig der rechtlichen Ausgangslage ein neues Problem und macht damit nichts, was letztlich irgendwie der Gesamtsituation einen grösseren Gefallen macht. Also wir finden schon, dass hier in diesem Geschäft derart viel schräg läuft, dass wir nichts verlieren, wenn wir noch einmal zurückgehen.

Und es wäre vielleicht auch einmal an der Zeit, gut, Frau Regierungsrätin Soland hat dies heute zumindest in abgeschwächter Form getan, zuzugeben, dass das, was damals geplant war, einfach falsch war. Diejenigen, die in diesem hohen Hause davor gewarnt haben, haben recht bekommen. Wir feiern deshalb nicht, Herr Urgese, aber es ist einfach so, wir haben davor gewarnt, Sie haben es nicht hören wollen, der Regierungsrat hat es nicht hören wollen und nun haben wir dieses Debakel und besprechen dieses Thema dieses Restaurants im Kasernenhof zum x-mal und halten fest, dass auch nach dem x Versuch wir noch einmal eine Schlaufe jetzt nehmen mussten. Diese Schlaufe zu nehmen, glaube ich, ist richtiger, wenn wir es machen, indem wir das Geschäft an den Regierungsrat zurückweisen.

Ich bitte Sie deshalb, der SVP-Fraktion zu folgen, zurückzuweisen und wenn dies nicht gelingt, das Geschäft abzulehnen, dann sind wir wieder auf Feld 1, ja, aber wir glauben, das ist für dieses Geschäft der richtige Weg.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Thüring, die Zwischenfragen von der Herren Furlano und Bucher? Sie werden angenommen.

Raoul I. Furlano (LDP): Ganz viel, was Sie gesagt haben, Joël Thüring, ist absolut meiner Meinung, vor allem auch, dass von Anfang an einfach miserabel geplant geworden ist in einer anderen Ära, das können wir nicht mehr rückgängig machen. Eine kurze Frage, was sind in Ihren Augen die Alternativen, wenn man jetzt den Rohbau, es ist ja ein Rohbau, wie ich es verstanden habe, so lassen? Was ist die Alternative und wie viel kostet die Alternative jetzt?

Joël Thüring (SVP): Das sind die guten Fragen, diese Fragen bekommen Sie beantwortet von der Regierung mit einer Rückweisung. Das ist die Aufgabe des Regierungsrates, das zu tun, von niemand anderem.

Erich Bucher (FDP): Joël Thüring, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie zuerst einen sauberen Business Case wollen, bevor wir dem Geschäft zustimmen können?

Joël Thüring (SVP): Ja, so wie man es sich von der Privatwirtschaft eigentlich gewohnt ist, wobei es ist auch dort nicht immer so wahrscheinlich, aber ja, das wünsche ich mir. Wir sollten mutig sein und jetzt einen Schritt zurückgehen und uns verinnerlichen, dass man einen Pudding nicht an die Wand nageln kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wie beim Sprecher für die LDP, Gabriel Nigon.

Gabriel Nigon (LDP): Dieses Thema wurde in unserer Fraktion intensiv diskutiert. Das Nutzungs- und Finanzierungskonzept der Kaserne wurde dabei generell kritisiert. Stein des Anstosses war insbesondere die indirekte Subventionierung eines privaten Restaurantbetriebes und die damit verbundene Wettbewerbsverzerrung. Neu soll nun gemäss Frau Regierungsrätin Tanja Soland die staatliche Investition von rund einer Million Franken durch die Restaurantbetreiber amortisiert werden. Neu

wird auch die BRK bei der Jurierung miteinbezogen. Somit sind neu für eine Mehrheit der LDP die grössten Vorbehalte ausgeräumt.

Aus all diesen Gründen folgen wir dem Änderungsantrag der BRK und ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit. Für Zwischenfragen stehe ich zur Verfügung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine Zwischenfragen. Damit sind wir beim Sprecher für die SP, Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Gabriel Nigon, vielleicht hätte ich Ihnen eine Zwischenfrage gestellt, wenn ich nicht noch selber sprechen hätte können oder jetzt auch darf. Ich bin auch so in dieser fast epischen Diskussion um diese Kaserne. Der ursprüngliche Vorschlag, beginnen wir mal da, das kann ich noch so knapp überblicken, 2016 hatte man ein Konzept, man hat diese 44,6 Millionen Franken bewilligt, und darin ging es um diese bauliche Öffnung. Man hatte quasi eine Gesamtbetreiberin gesucht und man hatte eine Flankierung, Ost und West, mit einer gastronomischen Nutzung. Über das haben Sie, die älteren hier drin, schon debattiert, ich nicht, aber so habe ich das verstanden. Dann hat man quasi diese Gesamtbetreiberin gefunden, es ist ja nicht so, dass diese Kaserne gar nicht funktioniert, man hat auch Osten besetzt und im Westen hatte man ein Problem. Weil die Ausschreibung, wo der Vollausbau auf Seite der Mieterin funktionieren sollte, das nicht passiert ist. Die Umstände, das haben wir auch gehört, es fiel wirklich in diese Zeit von Corona. Was das mit Gastronomie zu tun hat, das wissen wir.

Und jetzt heute nehmen wir einen neuen Anlauf zu dieser Kaserne, nachdem wir das letzte Mal, ja, das ist richtig, das Geschäft vertagt haben. Gewisse hier drin nennen das Wackelpudding an die Wand nageln oder akrobatische Verrenkungen, ich würde es jetzt als eine lernende Debatte bezeichnen. Weil was wir jetzt heute mit dieser Ausgabenbewilligung haben, die Ursprungsvorlage, die wir verhandeln von diesen 3,4 Millionen für den Vollausbau und zur Vermietung dieses Restaurants West haben, ist jetzt ergänzt mit einem Änderungsantrag der BRK. Wir von der SP wollten das letzte Mal schon diese Flächenbeschränkung rheinseitig reinnehmen in diese Ausgabenbewilligung und das wurde jetzt ausgeweitet.

Zum Konkreten, weshalb dieser Änderungsantrag wirklich wichtig ist und lernende Elemente hat. Beschränkung der gastronomischen Angebote rheinseitig. Dort geht es genau darum, das wurde von vielen hier drin moniert, dort, wo es quasi diese nicht so attraktive Situation gibt, ist auf der anderen Seite. Das heisst, wenn man einen Cap hat auf den Rhein, was passiert dann? Die gastronomischen Nutzungen, und das ist dann auch ein Auftrag an das kHaus bzw. diese Gelateria, die können dann nach oben rücken. Auch der Walther hat ja da auch eigentlich schon Aussensitzplätze. Und wenn die Allmendbehörde einfach schon viel zu viel bewilligt hat, dann ist das jetzt eine politische Leitlinie, wie wir das zukünftig handhaben möchten. Also gerade diese 425 m2 sind für diese Belebung wichtig. Sie sind auch wichtig, und das hat Kollegin Zürcher angesprochen, dass die jetzt freien Nutzungen, wie ich sie bezeichne, nicht vollständig verdrängt werden. Und da, je nachdem, wie man das ausmisst, mit Durchwegung, hätten wir einen Viertel gastronomische Nutzung, der Rest wäre frei bzw. natürlich auch der Eingang in diese Plaza, die dann auch diese Verbindung schafft, wäre also gegeben.

Ein wichtiger Einwand wurde aufgenommen, Neuausschreibung unter Massgabe der tatsächlichen Kosten. Und das führt mich zum Geld und ich glaube, das ist schon noch wichtig. Wie wir jetzt gehört haben, diese ursprünglichen 44 Millionen, die wurden, und das finde ich super, nicht vollständig ausgeschöpft. Das heisst, dort gibt es rund 2 Millionen, das ist ein altes Geschäft, deshalb kann man die jetzt hier nicht gebrauchen, aber die jetzt hier so ein Exempel statuieren wollen und sagen, ja, okay, das ist die Chance, dass man einfach dieses gesamte Konzept, vor allem von dieser finanziellen Seite her angreifen kann. Das, glaube ich, ist wirklich ein bisschen zu weit gegriffen.

Und gerade noch, wenn man sagt, es wird hier nicht irgendein privates Unternehmen mit staatlichen Geldern subventioniert, sondern es wird diese Herausforderung ernst genommen, dass der Mieterinnenausbau dazu führt, dass dann auch diese gastronomische Nutzung möglich wird, dass man das jetzt vorfinanziert von unserer Seite, von der staatlichen Seite. Und das wurde ausgeführt, wie setzen sich dann diese Mieten zusammen. Man hat quasi die Grundmiete und man hat dann diese Umsatzbeteiligungen und man hat auch, das wurde meiner Meinung nach jetzt klar ausgeführt und das ist auch ein Element dieser lernenden Debatte, dass man die effektiven quasi Investitionen, die dazu kommen, dass man die amortisiert. Und da sehe ich jetzt wirklich nicht dieses finanzielle Himmelfahrtskommando oder was auch immer, sondern ich finde, hier haben wir relativ schnell die Umsetzung des ursprünglichen Gedankens, was wir mit dieser Kaserne machen wollen und wo auch quasi mitgetragen wurde von der Bevölkerung und auch da jetzt wirklich dieser Leerstand behoben werden sollte.

In diesem Sinne hoffe ich wirklich, dass wir heute einen Schritt gehen können und eben diesen Wackelpudding wirklich stabilisieren, dass diese Kaserne in der Idee endlich vollständig zum Tragen kommt. Und deshalb bitte ich Sie, dem Änderungsantrag der BRK zuzustimmen und mit diesen wichtigen Änderungen, das möchte ich betonen, dieses Geschäft zu verabschieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Luca Urgese an? Sie wird angenommen.

Luca Urgese (FDP): Ivo Balmer, glauben Sie ernsthaft daran, dass wenn wir diese Fläche begrenzen, die Menschen dann in den Innenhof sitzen werden, in den Schatten, statt sich vorne, das, was sie eigentlich wollen, am Wasser, an der Sonne, irgendwo einen anderen Platz vor einer anderen Buvette suchen? Glauben Sie da wirklich daran?

Ivo Balmer (SP): Ich glaube wirklich daran, dass, wenn es gastronomische Nutzungen gibt, die dann sich oben ansiedeln müssen, weil unten der Cap bei 425 m2 da ist und wenn das Angebot dort stimmt, da bin ich einmal ein Liberaler, dann wird die Nachfrage auch im Kasernenhof stattfinden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher als Einzelsprecher ist André Auderset.

André Auderset (LDP): Wenn wir etwas nicht brauchen am Rhein, ist es ein Angebot an überteuertem Bier. Den Satz hatte ich vorher schon mal gehört. Selten, nein, nie war ich so einig mit Tonja Zürcher. Und das zum letzten Mal, wo ich hier vorne stehe, im Gegensatz zu einem heute nicht anwesenden Alt- und bald wieder Grossrat, meine ich das dann auch so. Nicht einig bin ich für einmal mit Joël Thüring. Das Vorgehen der BRK ist nicht unzuverlässig oder unseriös, sondern es ist eigentlich, und dafür ist der BRK und ihrem Präsidenten ein Dank auszusprechen, dieses Bemühen, alles zu unternehmen, was eine völlig verkorkste Situation noch irgendwie retten könnte. Und es tut mir natürlich vor allem für meinen Fraktionskollegen Michael Hug leid, dass ich seine immensen Bemühungen hier nicht honorieren kann und den Antrag der BRK mit einem Teil der LDP restlos ablehne. Insofern kann ich Kollege Thüring wieder beruhigen, im Fazit bin ich durchaus mit ihm einig.

Wir haben in der Fraktionssitzung vorgestern lange diskutiert, was die am wenigsten schlechte Lösung ist, diejenige, die die BRK vorschlägt, oder dass halt zumindest vorläufig nichts geschieht. Wir waren damals noch der Meinung, lieber nicht, mittlerweile hat Frau Regierungsrätin Soland ein paar Zahlen nachgeliefert und ein paar Zusicherungen gemacht, die ein Teil meiner Kolleginnen und Kollegen dazu bewogen hat, die Meinung zu ändern. Nun, es ist nicht das erste Mal, aber wie gesagt, das letzte Mal, dass ich mich in einer Minderheit befinde. Ich finde weiterhin, es ist keine gute Idee. Wenn jetzt nichts kommt oder respektive dann eine Kita mit Blick auf den Rhein kommt oder ein weiteres Quartierzentrum, all das kostet dann auch Geld, aber das, was wir hier beschliessen wollen, kostet wirklich auch viel Geld und es ist halt wirklich eine deutlich schlechtere Lösung. Insofern stimme ich mit denen überein, die sagen, bitte zurück an den Regierungsrat, so was bitte nicht.

Nun sollen also die Investitionen mit der Miete teilweise zumindest amortisiert werden, heisst es. Und wenn nicht, was eigentlich zu erwarten ist, nun, dann wird es eben nicht passieren, dann werden wir einen Nachtragskredit sprechen oder eben zur Kenntnis nehmen, dass diese ganze Sache nicht rentiert. Denn bitte, in der Kaserne hat doch wirklich nie etwas rentiert, das ist immer ein Grab gewesen für gutes Geld, das bereits vorhandenem oder verlorenem Geld hinterhergeschmissen wird.

Dazu ist das hier vorgeschlagene Vorgehen im höchsten Masse unfair. Bisher sollte eine Pächterin in den Genuss kommen, eine vollständig ausgerüstete Gaststätte übernehmen zu dürfen. Nun immerhin hat man da eine neue Ausschreibung gemacht, trotzdem bleibt es dabei, die bestehenden Konkurrenten, Ufer 7 oder Riviera, die mussten sich selber durchkämpfen. Die mussten selber dafür schauen, dass sie eine voll ausgerüstete Gaststätte haben, mussten das selbst finanzieren oder sie mussten es dem vorigen Pächter, der vorigen Pächterin abkaufen. So läuft das nämlich im Gastgewerbe, nachher sprechen noch Kollege Ebi, der hat da mehr Erfahrung, der wird es dann wahrscheinlich sagen. Nun soll es also neu ausgeschrieben werden und es wird nur neu ausgeschrieben über, wenn dann dass staatliche Manna stattdessen ausgeschüttet wird, das, finde ich, macht es nicht besser.

Dies erklärt die grundsätzliche Opposition meiner Person, eines Teils der LDP, zum vorliegenden Beschlussantrag. Über die Belegung der Aussenfläche habe ich jetzt noch gar nicht gesprochen. Eine Aussenfläche, bei der immer versprochen wurde, dass sie eben nicht kommerziell genutzt werden soll, dass es auch noch eine Ecke geben soll an dieser Kaserne, wo man einfach sein kann, wo man zum Beispiel den Boule-Spielern zuschauen kann oder eben selber Boule spielen kann. Für diese Boule-Spieler sei nun gesorgt, wird gesagt, nun ein klassisches Zitat zum Schluss: Die Nachricht höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Die faktischen Umstände, die schon heute bestehen, dass nämlich die bestehenden Aussenwirtschaften immer mehr sich expandieren, immer mehr ausbreiten und schon heute es etwas schwierig wird, daran vorbeizukommen, wird sich das auch später auswirken, es wird dann also schlussendlich die Boule-Spieler verdrängen.

Ja, es stimmt, die vorliegende Vorlage ist das Produkt einer völlig verkorksten Planung. Da können wir nichts mehr ändern, aber wir können verhindern, dass noch verkorkstere Beschlüsse jetzt dazu kommen. Deshalb sage ich, deshalb sagt ein Teil der LDP, nein zu diesem Bericht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Wir sind in Kleinbasel, wir sind dort, wo der Bär tanzt, wie man so schön sagt. Und wenn schöne Tage sind, wie wir schon gehört haben, dann ist wirklich dort der Bär los. Das finden wir alle super, das finden aber nicht nur die super, die von Beiz zu Beiz torkeln, sondern das finden natürlich auch alle anderen super. Das finden die Kinder super, man kann am Rhein unten sitzen, ein paar grillieren dort unten, ein paar tanzen zu Musik, zu südamerikanischer Musik, zu Handörgeli, dort unten passiert wirklich viel in diesem Bereich zwischen Wettsteinbrücke und Mittleren Brücke weiter runter bis zur Johanniterbrücke.

Wir wollen jetzt nochmal die Kaserne umgestalten. Wir wollen sie nochmal verbessern, wir wollen nochmal eine Beiz hineinsetzen. Das ist ja grundsätzlich nicht einfach falsch, es gibt ja schon viele, wir haben zwar schon hunderttausend Buvetten, aber die laufen im Sommer, auch da wieder, sie laufen im Sommer. Wir haben auf der Kaserne oben ein wunderbares Türmchen, das auch schon schön vermietet ist mit einer wunderbaren Bar, mit einer Bar darunter. Also an dieser Kaserne, dem ganzen Rhein entlang, an diesen Buvetten, das ist ein wunderschöner mediterraner Ort, den wir hier in Basel haben.

Und jetzt kommen 3,5 Millionen, mit denen man einen Teil von dem ganzen Bereich zwischen Wettsteinbrücke und Johanniterbrücke subventionieren will. Man will jemandem, der dann diesen Zuschlag bekommt, im Gegensatz zu den anderen, die das alles selber zahlen mussten, 3,5 Millionen Unterstützung geben, damit sie ein ausgezeichnetes, ausgebautes Restaurant auf die Beine stellen können. Vielleicht brauchen sie diese Küche gar nicht, vielleicht brauchen sie den ganzen Abzug dort drinnen gar nicht und trotzdem wird das einmal gemacht. Vielleicht kommt der neue Mieter, weil das doch nicht rentiert und sagt, ich brauche das gar nicht, dann haben wir das Geld wieder hinausgeworfen. Aber zahlen soll man es, amortisieren soll man, 3,5 Millionen amortisieren. Meine Damen und Herren, 3,5 Millionen amortisieren, in was? In einem Jahr, in zwei Jahren, in zehn oder in 100 Jahren in eine Beiz, wo es schon hundert andere Beizen rundherum hat. Also ich drücke da die Daumen, das wäre also grosse Klasse. Wenn das so wäre, bewerbe ich mich also auch, wenn man mit dieser Beiz in fünf Jahren 3,5 Millionen amortisieren kann, dann wäre ich nach zehn Jahren Multimillionär, das wäre grosse Klasse.

Es wird jetzt abgeschwächt. Man sagt jetzt, nein, nicht mehr, 2 Millionen können wir sonst irgendwo verstecken, es geht nur um 1,2 oder 1,4 Millionen, die man amortisieren muss. Und ja, vielleicht kommen wir dann doch wieder entgegen, weil es dann halt doch nicht geht, jetzt haben wir A gesagt, jetzt müssen wir auch B sagen und dem noch einmal eine Chance geben. Ich höre es jetzt schon, das kommt wieder zurück hier in den Rat und wir werden kein bisschen schlauer sein, sondern genau am gleichen Ort stehen wie jetzt.

Das ist das eine und das zweite ist, ich finde es unglaublich ungerecht, wenn man jemandem die Möglichkeit gibt, wer auch immer das ist, eine so wunderbare Lage, ein so wunderbares Restaurant voll neu ausgebaut nach den eigenen Wünschen zu einem ultraattraktiven Zins zur Verfügung zu stellen. Das ist ungerecht. Das ist nicht für mich freiheitliches, kapitalistisches LDP-Denken und darum kann ich das echt nicht unterstützen. So toll ich Michael Hug finde und alles schätze, was in dieser LDP passiert, es ist ja die geilste Partei.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Ebi, nehmen Sie die Zwischenfrage von René Brigger an? Sie wird angenommen.

René Brigger (SP): Alex Ebi, die neue Ausschreibung wird ja dann durchaus marktgerecht sein. Der Zins ist eine Höhe, was wird ausgebaut, etc. Sie können sich auch bewerben. Das ist schon die Chance, ein sauberes Verfahren sauber wieder aufzugleisen, fair.

Alex Ebi (LDP): Also ich glaube, die Boule-Spieler haben zu wenig Platz.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Das sei eine lernende Debatte, diese Floskel habe ich heute zum ersten Mal gehört. Mein erstes Learning ist, ein rechter Teil von Ihnen weigert sich, die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Wir sind vor einem failed Project und ich glaube, Herr Ebi hat das sehr drastisch geschildert und andere auch, also es ist mir völlig unverständlich, aber das haben schon viele angeführt.

Dann wurde als grosses Argument für diesen genialen neuen Vorschlag noch gesagt, der Präsident oder die Präsidentin und Vizepräsident, Vizepräsidentin der BRK dürfen dann in die Jury gehen. Ja, was ich gelernt habe, Sie treten die Gewaltenteilung mit Füssen. Das ist eine Vermischung, das ist ja toll eingefädelt von der Finanzdirektorin. Dann sind beide Ratshälften eingebunden in diese Vergabe, eine exekutive Vergabe, die Bisshemmungen dann in der parlamentarischen Kontrolle sind vorprogrammiert. Das verstösst gegen alle Public Corporate Governance-Vorgaben. Wir haben uns selber aus allen möglichen Kommissionen, jetzt zuletzt auch aus der Museumskommission entfernt und das wurde von der Regierung vorangetrieben und jetzt wollen Sie da das Wohlwollen des Parlamentes, sich sichern oder eben den mangelnden Zugriff der Kontrolle, indem Sie die Spitzen einer Kommission in eine Jury nehmen. Da habe ich wirklich gestaunt und wenn das eine lernende Debatte ist und das Beispiel ist, wie dass dieses Geschäft behandelt wird, dann sehen wir, über was wir dann sprechen in ein paar Jahren.

Ich glaube, die Rückweisung ist das einzig richtige.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Regierungsrätin Tanja Soland nochmals das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Vielen Dank für diese ausführlichen und offenen Voten. Vielleicht hinten angefangen, David Jenny, also ich meine, Sie sind jetzt schon bereits mit der Beratung dieses Geschäfts und mit den Wünschen, die an uns gestellt werden, teilweise ein wenig in unseren Bereichen hinübergerutscht. Das erleben wir immer wieder, dass auch der Grosse Rat gerne etwas exekutiv tätig ist und ich glaube, diese Grenzen haben sich schon lange etwas verwischt und das Geschäft kommt ja nachher nicht nochmal in Grossen Rat. Es ist auch keine formelle Kommission, wir fallen nicht unter das Beschaffungsgesetz. Theoretisch könnte das wahrscheinlich auch ich alleine entscheiden.

Wir machen häufig bei Immobilien Basel-Stadt, dass wir ein Team machen, das zusammen anschaut, welches Konzept ist gut, die Richtlinien werden ja vorher festgesetzt, da gibt es ja nicht mehr viel zu drehen. Aber die Schwierigkeit ist häufig die Transparenz und anscheinend interessiert dieses Kasernengebäude, was dort genau passiert, wirklich en détail. Also wenn Sie der Debatte zugehört haben, ich habe das, en détail interessiert alles, wo, wie, was, wer stuhlt wohin, wer hört wo Musik, am liebsten möchten Sie regeln, wo darf man den Stuhl stellen und den Stuhl vom Walther darf man aber nicht drei Meter weiter stellen. Gut, das finde ich auch schwierig, muss ich sagen.

Und was ich sehr schwierig finde, zu sagen, dass unser Rheinboard kommerzialisiert sei und dass man dort nirgends mehr hinsitzen könne und Musik hören. Da kenne ich ganz andere, viele Anwohner, die sagen, überall kann man einfach hinsitzen und Musik hören, das stört. Also ich glaube, das Rheinbord ist nicht überkommerzialisiert. Da können Sie mal schauen gehen im Sommer, also liebe Tonja Zürcher, das sollten Sie auch wissen, da können Sie wirklich hinsitzen, grillieren, da können Sie Musik hören, bis dass die Kollegen der Polizei, bis Herr Hochuli vorbeikommt und sagt, so jetzt ist Sendepause, ich verwarne Sie einmal und nachher gibt es die Busse. Also, ich glaube, es macht wirklich Sinn, hier doch auch bei den Fakten zu bleiben. Sie haben Platz am Rheinbord und dieser enge Platz vor der Kaserne ist ja nicht der einzige mit Blick auf den Rhein. Und es ist klar, dass wir nicht die Boule-Spieler verjagen wollen und verdrängen wollen, das will niemand und, um das auch noch zu sagen, im Ratschlag steht nirgends etwas von 300 m2, wie Tonja Zürcher gesagt hat, das ist falsch. Es hat sich nicht geändert, es war dort gar noch nicht dargestellt, wie viel es überhaupt gibt und die Allmendbehörde bewilligt das, wie viel Aussenraum Sie erhalten und diese Bewilligungen werden auch immer wieder erneuert. Da wird man Rücksicht nehmen, selbstverständlich.

Und dann, ob das Projekt falsch war oder ob man etwas falsch geplant hat, ich bin nicht Historikerin, ich bin Regierungsrätin und mein Job ist es, zu schauen, was sind die Materialien, was steht im Ratschlag, über was hat das Volk abgestimmt und was ist der Sinn und Zweck, was wollte man. Und ja, man wollte das Restaurant, man wollte diese Nutzung, man wollte auch Mieteinnahmen generieren. Man hat es als etwas positives gesehen, ein Restaurant, heute höre ich jetzt wieder, das sei nicht positiv, das Bier ist zu teuer. Gut, also Sie können in der Kaserne im Hauptbau mittendrin Ihr Bier aus dem Aldi, Lidl, Denner, wo auch immer, konsumieren und die anderen, die wollen, könnten dann ins Restaurant gehen. Ob es zu teuer ist, also ich glaube, die Marge in der Gastronomie ist nicht so hoch, das kann Ihnen dann vielleicht Franz-Xaver Leonardt erklären, ob man wirklich so reich wird mit einem Restaurant. Soweit ich weiss, ist das nicht so, die Margen sind sehr klein und ich glaube nicht, dass das Bier da unfair zu teuer ist.

Wir haben uns an den Sinn und Zweck gehalten und es war eine schwierige Aufgabe. Ich habe das übernommen aus einem anderen Departement, bereits einen Versuch gemacht, hat mit der Ausschreibung nicht funktioniert, jetzt haben wir es anders gemacht und ich finde es in Ordnung, wenn wir heute jetzt nochmal einen anderen Weg gehen. Und ich spüre, ich weiss nicht genau, ob ich spüre, ob alle jetzt eifersüchtig sind, wenn ich den BRK-Präsidenten und Vize einlade in die Jury. Ich finde, es ist ein guter Vorschlag, Transparenz herzustellen, wo ich es nicht besser machen kann. Mir ist Transparenz wichtig, ich kann es aber nicht anders machen. Ich kann Ihnen nicht die Protokolle schreiben lassen in der Jury und die dann überall verteilen. Daher ist das ein Angebot, das muss man ja auch nicht annehmen.

Und subventionieren tun wir nicht. Wir bauen auch bei anderen Gastronomen manchmal in den Gebäuden etwas mehr aus, das ist üblich. Die Frage ist nur, bis woher man ausbaut, wie viel Miete man verlangen kann. Da muss man auch immer schauen, wo ist eine Gastronomie. Also IBS ist sich das gewohnt, ist da immer nah am Markt und es ist unterschiedlich. Aber jetzt haben wir eigentlich nicht vor, eine Subvention zu geben, das machen wir nicht, aber der Bau, wie das schon gesagt wurde, es ist ein vollkommener Rohbau, da können Sie niemanden hineinlassen und wenn der Wunsch ist, ein Restaurant zu machen, muss man etwas investieren.

Ich bitte Sie sehr, heute das nicht zurückzuweisen und wenn Sie den Vorschlag der BRK gutheissen, werden wir dies auch so ausführen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Frau Soland, nehmen Sie die Zwischenfrage von Tonja Zürcher an? Sie wird angenommen.

Tonja Zürcher (GAB): Wenn Sie mir schon hier vorwerfen, dass ich Falschaussagen mache, ich aber nicht gesagt, dass Quadratmeter im Ratschlag gestanden sind, aber haben Sie die Pläne gesehen, die im Ratschlag drin waren zum kHaus-Ausbau? Das sind auf der Ebene Rhein ganz klar Tische drauf. Haben Sie ausgemessen, wie viele Quadratmeter die ausmachen und falls ja, was ist Ihre Zahl, wo Sie draufkommen?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Das waren, glaube ich, drei Fragen. Nein, das war eine Illustration, das habe ich nicht nachgemessen, aber die Fläche, die gebraucht wird für die Gastronomie, ist die gleiche wie heute.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an den Kommissionspräsidenten, Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Vielen Dank für diese angeregte und interessante Diskussion. Ich glaube, wenn man das alles zusammenbricht, muss man sich einfach selbst als Parlamentarier, als Parlamentarierin die Frage stellen, will man hier ein Restaurant oder will man es nicht. Das Konzept, das vorliegt, sieht ein Restaurationsbetrieb an dieser Stelle vor. Die Bau- und Raumplanungskommission stellte sich diese Frage, ob man das Konzept quasi abschliessen möchte mit dem Bau eines Restaurants oder mit der Möglichkeit, dass man ein Restaurant dort baut, oder ob man das nicht möchte, und die Kommission kann zum Schluss, man möchte das, zähneknirschend mit viel Kritik an dem ganzen Prozess, von der Ausschreibung bis zu den Modalitäten.

Dann möchte ich kurz ein paar Bemerkungen machen. Nennen Sie es, wie Sie möchten. Ein Pudding an die Wand nageln oder auch eine Zirkusveranstaltung, werte Kollegen Thüring und Urgese. Aber die Arbeit der Kommission, wie es auch Kollege André Auderset schon gesagt hat, möchte ich nicht in diesem Sinne kritisiert wissen, dass wir unseriös gearbeitet haben. Es ist nämlich so, dass die Änderungsanträge, die Sie heute lesen, im Dezember schon auf dem Tisch gelegen sind und wir mussten und wollten nicht diese durch das Parlament direkt zur Abstimmung bringen, weil eine Neuausschreibung rechtlich geprüft werden musste. Darum haben wir uns diese Zeit genommen und das ist doch seriös, dass wir das geprüft haben. Ansonsten haben wir auch nichts Wesentliches geändert an den Änderungsanträgen. Wir haben sie geprüft und wir haben sogar in einer ordentlichen BRK-Sitzung das Thema nochmal aufgerollt und gemeinsam geschaut, ob wir einen Änderungsantrag finden, der eine Mehrheit findet, im Interesse, dass wir nicht rückweisen müssen, dass wir nicht wieder Zeit verlieren, dass die Verwaltung nicht nochmal sich darüber beugen muss und nochmals Steuergelder in diese Hand genommen werden und Zeit in der Verwaltung, weil wir wissen, das Resultat wird nichts Bahnbrechendes zu Tage fördern. Entweder es gibt ein Restaurant und wenn Sie es heute zurückweisen oder ablehnen, dann gibt es halt etwas anderes, da bin ich überzeugt.

Wenn Sie ein Restaurant wollen, dann können Sie heute unter der Bedingung des Änderungsantrags der BRK gut zustimmen, weil wir haben viele wichtige Punkte adressiert, die Sie bemängelt haben. Zum einen die Aussenflächen, die wir reduziert haben, zum anderen die Marktkonformität oder die wettbewerbsverzehrenden Elemente, sie wurden minimiert und wir haben eine Neuausschreibung. Das heisst, eigentlich kann sich niemand beklagen, der ein Restaurant an dieser Stelle will.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung hingegen wurde beantragt von Luca Urgese, und zwar Rückweisung an den Regierungsrat. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Zurückweisung an den Regierungsrat, NEIN heisst keine Zurückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

35 Ja, 52 Nein, 9 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005499, 15.01.25 17:58:29]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Geschäft wird nicht zurückgewiesen mit 52 Nein-Stimmen gegen 35 Ja-Stimmen bei 9 Enthaltungen.

Damit fahren wir fort mit der Detailberatung des Grossratsbeschlusses gemäss Tischvorlage.

Titel und Ingress

Hier haben wir einen Antrag des GAB. Die BRK hat einen geänderten Beschluss vorgelegt, der Ihnen aufgelegt wurde. Die Fraktion GAB hat dazu ihren Änderungsantrag eingereicht, der Ihnen ebenso vorliegt.

Wir eröffnen die Debatte. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zur BRK, NEIN heisst Zustimmung zum Antrag des GAB

Ergebnis der Abstimmung

64 Ja, 31 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005501, 15.01.25 17:59:48]*

Der Grosse Rat beschliesst

dem Antrag der BRK zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Version BRK obsiegt mit 64 Ja-Stimmen gegen 31 Nein-Stimmen.

Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

fehlerhafte Abstimmung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ein weiterer Versuch.

Schlussabstimmung

fehlerhafte Abstimmung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es wäre jetzt zu schön gewesen, vor 6 Uhr die Abstimmung noch zu machen. Ich mache einen weiteren Versuch für die Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

54 Ja, 30 Nein, 12 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005507, 15.01.25 18:01:15]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Projektierung und Realisierung für den Vollausbau des Restaurants Kaserne, Kasernenhof 6, 4058 Basel werden Ausgaben in Höhe von Fr. 3'425'000 zulasten der Investitionsrechnung (Investitionsbereich Hochbauten im Verwaltungsvermögen, Teil Bildung) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben 54 Ja-Stimmen gegen 30 Nein-Stimmen bei 12 Enthaltungen. Das Geschäft ist erledigt.

Schluss der 48. Sitzung

18:01 Uhr

Protokoll

der 49. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 15. Januar 2025, um 20:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	

Verhandlungsgegenstände:

14. Kantonale Volksinitiative "JA zur Durchsetzung von Recht und Ordnung - NEIN zum Chaotentum (Anti-Chaoten-Initiative)", rechtliche Zulässigkeit und weiteres Vorgehen, Bericht des RR 2
15. Ausgabenbewilligung und Nachtragskredit für das Programm «Reorganisation Strafverfolgung (ReoS)», Ausgabenbericht des RR 5
16. Bewilligung der Ausgaben für die Entschädigung der Umkleidezeit der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung am Arbeitsort, Bericht der JSSK 9
17. Ausrichtung einer Finanzhilfe für die Berufs- und Weiterbildungsmesse in Basel-Stadt in den Jahren 2024 bis 2027, Bericht der BKK 15
94. Ausrichtung einer Finanzhilfe für das Talentförderungsprogramm «Unternehmer Campus» des Gewerbeverbands Basel-Stadt in der dualen Ausbildung für die Jahre 2024 bis 2027 20
18. Zehnter Bericht über die Leistungs-, Kosten- und Prämienentwicklung sowie die Massnahmen zur Dämpfung der Höhe der Gesundheitskosten gemäss § 67 Abs. 2 des Gesundheitsgesetzes, Bericht der GSK 22
19. Petition P480 "Verlegung der Haltestelle Linie 15 am Tellplatz rückgängig machen", Bericht der PetKo .. 25
20. Petition P481 "Für eine verbindliche und freie Mit-Nutzung der "Old Boys-Matte" in Basel durch Kinder und Jugendliche", Bericht der PetKo 28

Beginn der 49. Sitzung

Mittwoch, 15. Januar 2025, 20:00 Uhr

14. Kantonale Volksinitiative "JA zur Durchsetzung von Recht und Ordnung - NEIN zum Chaotentum (Anti-Chaoten-Initiative)", rechtliche Zulässigkeit und weiteres Vorgehen, Bericht des RR

[15.01.25 20:00:58, 24.1437.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Initiative als rechtlich zulässig zu erklären. Zudem beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen. Wir eröffnen dazu die Debatte.

Regierungsrätin Stephanie Eymann verzichtet in der ersten Runde. Wir kommen zu den Fraktionsvoten und da spricht für die SVP Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP Basel-Stadt hat im September 2024 die Anti-Chaoten-Initiative mit über 3’000 gültigen Unterschriften eingereicht. Selbstverständlich ist diese Initiative rechtlich zulässig. Wir haben das auch abgeklärt und mit einem fundierten Text diese Initiative geschrieben. Das sieht nicht nur die SVP so, auch Rechtsprofessor Markus Schefer musste zugeben, dass diese Initiative wohl durchdacht ist und kein Schnellschuss ist.

Trotz aller Freude können wir natürlich nicht alles im Raum stehenlassen, was jetzt im Bericht des Regierungsrates geschrieben wird. Es wird etwa suggeriert, dass es problematisch sei mit den Grundrechten in gewissen Bereichen, und das ist mit Verlaub ein Schwachsinn. Es wundert mich nicht wirklich, denn der Rechtsdienst hat ja auch in der Vergangenheit fast schon hobbymässig Initiativen für ungültig erklärt. Er ist von den Gerichten häufig gerügt worden und hat dann gemerkt, dass man so mit demokratischen Rechten nicht mehr weiter umgehen kann.

Aber zurück zu unserer Initiative. Unsere Initiative ist überhaupt kein Problem bezüglich Grundrechte. Es wird ganz klar darauf ausgelegt, dass es sich um das Störerprinzip handelt, an dass wir keine illegalen Demonstrationen wollen. Es gibt kein Grundrecht darauf, ein Störer im verwaltungsrechtlichen Sinne zu sein und Demonstrationen sind grundsätzlich auch zu bewilligen. Was wir aber nicht wollen, und das kann ich auch hier ganz klar sagen, ist diese Narrenfreiheit, welche Linksextreme in den letzten Jahrzehnten in diesem Kanton haben. Diese wollen wir verhindern und diese wollen wir auflösen. Hier hat auch der Regierungsrat in den letzten Jahrzehnten sehr wenig unternommen, und es kann nicht sein, dass hier Linksextreme sich erlauben können, was sie wollen in diesem Kanton, ohne auch nur ansatzweise dafür bestraft zu werden. Ich erinnere nur an diese Free-Palestine-Bewegung in den letzten Monaten, welches sich von illegalen Demonstrationen über tagelange Unibesetzungen bis hin zu grässlichem Antisemitismus in diesem Kanton alles erlaubt hat und es keine Folgen gibt. Diesen Personen sagt die SVP den Kampf an, das wollen wir in diesem Kanton nicht und ich hoffe auch jeder mit gesundem Menschenverstand möchte solche Situationen nicht mehr.

Ich kann aber auch die Linken in diesem Saal beruhigen. Ich erinnere an eine Situation, ich glaube es war vor zwei Jahren, als ein paar Personen der Jungen Tat das Gefühl hatten, sie müssten auf das Bahnhofsdach klettern und ein Transparent hissen. Die haben sich ebenfalls strafbar gemacht und es gab einen Polizeieinsatz. Wäre damals bereits die Anti-Chaoten-Initiative im Sinne der SVP in Kraft gewesen, hätte man ihnen diesen Polizeieinsatz aufbrummen können und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler hätten nicht dafür geradestehen müssen.

Es ist auch so, dass wir in unserem Initiativtext verankert haben, dass Spontankundgebungen jederzeit selbstverständlich zulässig sein sollen. Ich erinnere an ein Beispiel, wenn es irgendwo auf der Welt einen Angriffskrieg gibt und eine betroffene Community spontan eine Demonstration durchführen will, dann soll es auch in Zukunft möglich sein, aber es soll auch in Zukunft klare Regeln geben. Man soll mit den Behörden, mit der Polizei kommunizieren. Es sind keine Straftaten zu verüben und es sind Routen, welche die Polizisten oder beziehungsweise die Organisatoren der Polizei vorlegen. Die sind dann auch einzuhalten und dementsprechend ist es eigentlich aus unserer Sicht relativ klar, was das Störerprinzip ist und was das Störerprinzip nicht ist. Dementsprechend sehen wir auch hier kein Problem einer Einschränkung von irgendwelchen Grundrechten, weil selbstverständlich alle anderen rechtsstaatlichen Prinzipien ja auch nicht aufgelöst werden.

Und jetzt stellt sich noch die Frage, ob wir diese Initiative direkt dem Volk vorlegen wollen oder dem Regierungsrat zur Berichterstattung. Die SVP ist einstimmig der Meinung, dass wir hier auch diese Debatte wollen. Wir wollen hier auch mit

anderen Parteien und Fraktionen diese Debatte führen und haben uns auch dafür entschieden, dass wir diese Initiative dem Regierungsrat zur Berichterstattung überweisen wollen. Wir sind auch offen für Kompromissvorschläge. Man soll uns dann einfach auch anhören, und da appelliere ich auch an die Mitglieder der JSSK, dass man nicht wieder das gleiche vollzieht wie bei den Initianten hinsichtlich der Abschaffung des Präsidialdepartements, sondern dass man hier auch wirklich einen sauberen Prozess aufgleist. Dann kann man auch mit der SVP und mit der SVP-Fraktion gute Lösungen finden und eventuell gäbe es dann vielleicht auch einen Gegenvorschlag. Wenn das dann nicht der Fall wäre, dann haben wir aber auch überhaupt keine Angst, diese Initiative dem Volk vorzulegen, denn die Zustimmung in der Bevölkerung während dem Sammeln war relativ stark und dementsprechend können wir das hier relativ locker angehen. Ich freue mich jetzt auch diese Debatte im Parlament lanciert zu haben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für das GAB ist die Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (GAB): Die meisten Leute hier drin haben wahrscheinlich sehr wenig Erfahrungen mit Demonstrationen. Ich weiss nicht, ob Pascal Messerli überhaupt schon jemals an einer Demonstration teilgenommen hat. Einige hier finden sie vielleicht auch eher lästig, ärgern sich, wenn mal das Tram zu spät kommt. Alle hier drin aber haben das Privileg, hier vorne an das Rednerpult zu kommen, ihre Meinung öffentlich kundzutun. Aber das haben nicht alle, das haben nur sehr wenige in diesem Kanton. Man kann alles von Demonstrationen halten, was man will, ob man hingehen möchte oder auch lieber nicht, Demonstrationen sind und bleiben ein zentraler Bestandteil jeder lebendigen Demokratie.

Was die SVP hier macht, ist Angstmacherei. Sie greift die Grundrechte frontal an. Sie greift das Recht zu demonstrieren an und behauptet, dass in diesem Kanton gemacht werden kann, was man möchte. Ich erinnere hier nochmals an den massiven Polizeieinsatz vom 1. Mai 2023, an andere Polizeieinsätze. In diesem Kanton steht das Grundrecht zu demonstrieren bereits jetzt unter Druck und die SVP befeuert uns dieses Grundrecht weiter.

Demonstrationen erfüllen essenzielle Funktionen und müssen unbedingt geschützt werden. Sie ermöglichen es Menschen, ihre Ansichten und Überzeugungen öffentlich zu äussern, insbesondere dann, wenn sie auch von der Mehrheitsmeinung oder den Entscheidungen der politischen Institutionen, also zum Beispiel von uns, sich unterscheiden. Die Demonstrationen sind sehr wichtig, sie geben allen Menschen unabhängig von ihrem Stimmrecht die Möglichkeit, Missstände aufzuzeigen und politische Entscheidungen zu kritisieren. Sie sind ein Mittel der direkten Einflussnahme auf die öffentliche Meinung und politische Prozesse.

Auch wenn man selbst keine Demonstration besucht, es profitieren alle von den demokratischen Errungenschaften, die oft auch unter Protest erkämpft wurden, vom Frauenstimmrecht bis hin zu besseren Arbeitsbedingungen. Viele Fortschritte wären ohne Demonstration nicht möglich gewesen.

Die Initiative der SVP möchte das Recht auf Protest einschränken. Sie möchten den Personen Angst machen, die an Demonstration gehen, mit einer Unterscheidung oder einer Dämonisierung von ganzen Demonstration, auch wenn es dort Einzelpersonen gibt, die stören. Und das ist auch jetzt schon so. Es gibt keine Straffreiheit in diesem Kanton. Es gibt auch massive Polizeieinsätze.

Die SVP-Initiative gefährdet die Versammlungs- und Meinungsfreiheit in unserem Kanton. Sie baut eine Drohkulisse für alle Demonstrierenden auf, was einen negativen Effekt auf die Wahrnehmung der Grundrechte haben kann. Mögliche Konflikte mit den Grundrechten beschreibt der Regierungsrat im Bericht gut und ausführlich. So hält er zum Beispiel fest, dass auch Kundgebung ohne Bewilligung von den Grundrechten erfasst werden und deshalb nicht grundsätzlich aufgelöst werden dürfen. Der Regierungsrat beschreibt eben diese Konflikte gut und darauf möchte ich nicht weiter eingehen. Er führt auch aus, dass die Initiative nicht per se unzulässig ist, vor allem deshalb, weil es sich um eine unformulierte Initiative handelt.

Aufgrund der wahrscheinlichen Konflikte mit den Grundrechten soll der Regierungsrat die Initiative nun vertieft prüfen und dem Grossen Rat Bericht erstatten. Und die Zwischenfragen nehme ich nicht an.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die SP ist Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Lassen Sie mich anfangen damit, dass ich nicht häufig hier stehe und grundsätzlich die Verwaltung oder Stellungnahmen des Regierungsrates verteidige, aber wenn in diesem Kontext zu den Stellungnahmen des Regierungsrates behauptet wird, «das ist Schwachsinn» was da steht in Bezug auf die Grundrechte, dann finde ich das ziemlich gewagt und in diesem Kontext auch sehr interessant, weil der Redner der SVP ja sonst sehr ausführlich und wortreich begründen kann, warum man dem JSD mehr zumuten soll.

Es wird von Kampfansagen gesprochen, und das ist genau das Vokabular, das Problem dieser Initiative ist. Es wird einfach populistisch geschrien. Es ist einfach ein bisschen komplizierter als es der Redner der SVP-Fraktion hier gesagt hat. Die

Erfahrungen aus den anderen Kantonen zeigen eben, dass es nicht so einfach ist mit dieser Idee der Abwälzung der Kosten, und genau wie es der Regierungsrat relativ gut in seiner Stellungnahme dargestellt hat, weil es einen Konflikt gibt mit den Grundrechten. Pascal Messerli, wenn dass für Sie dann «irgendwelche Grundrechte» sind, dann sind wir genau am Kern der Diskussion. Es sind eben nicht «irgendwelche Grundrechte», sondern es sind zentrale Grundrechte, die je nachdem beschnitten werden und das ist genau das Problem und das hat der Regierungsrat ausführlich dargestellt. Darum ist es auch so unglaublich gefährlich, was mit dieser Initiative auf uns zukommt.

Ich möchte anknüpfen an den, was Nicola Goepfert gesagt hat. Politik findet eben nicht nur in diesem Saal statt und ich glaube, das ist einfach mal eine Realität. Man kann noch so sehr versuchen, Demos einzuschränken, man kann noch so sehr versuchen, die Meinungsbildung einzuschränken. Es ist einfach ein Fakt, dass Politik nicht allein im Parlament gemacht wird. Und ein Weg, um politische Forderungen, um politische Bedürfnisse zu klären, ist der Demonstrationsweg. In diesem Kontext gibt es einen Aushandlungsprozess. Und es ist natürlich klar, dass gewisse Anliegen, die bisher nur von einer Minderheit vertreten werden, die Mehrheitsgesellschaft nicht immer super findet. Das ist ja klar. Man kann auf die 1. Mai-Demonstrationen zurückgehen in der Geschichte. Selbst innerhalb der 1. Mai-Demonstrationen gab es Auseinandersetzungen, wer welchen Platz einnehmen kann und seine Sichtbarkeit. Und das ist ja genau das Zentrale. Es ist eben nicht so, dass die Mehrheitsgesellschaft einfach sagen kann, wir wollen von diesen Forderungen nichts hören, sondern es ist eine Realität, dass wir diese Rechte schützen für Menschen, wenn sie ihre Meinung kundtun wollen.

Und das Gefährliche an dieser Initiative ist eben genau das, dass wir am Ende an dem Punkt landen, dass diese Rechte eingeschränkt werden und dass wir eine Einschüchterung haben, die wir teilweise versuchen aufzuarbeiten, wenn wir zum Beispiel Polizeieinsätze oder Repressionsmassnahmen haben, die zu weit gehen. Es geht aber darüber hinaus, denn die Idee ist nämlich, dass man die Kosten eins zu eins abwälzen kann.

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir uns mit dieser Initiative seriös auseinandersetzen. Ich glaube aber auch, dass wir uns kritisch damit auseinandersetzen müssen, und das hat der Regierungsrat in der ersten Stellungnahme sehr gutgemacht aus meiner Sicht. Ich bin natürlich auch dafür, dass wir diese Initiative dem Regierungsrat zur Berichterstatterin überweisen. Aber es ist auch klar, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir bei gewissen Widersprüchen und Aushandlungsprozessen im Rahmen dieser Initiative auch zugestehen werden müssen, dass es Rechte gibt, die uns vielleicht je nach politischem Couleur gerade nicht passen, wenn für etwas demonstriert wird, was wir gerade nicht vertreten. Aber das ist geschützt und das ist das Recht dieser Menschen. Und das ist einfach etwas Zentrales und das sollten wir uns von nirgendwo niederschreien lassen, egal wie populistisch oder populäre es gerade tönt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfragen annehmen? Sie werden abgelehnt. Pascal Messerli hat sich als Einzelsprecher gemeldet.

Pascal Messerli (SVP): Vielleicht an meine linken Vorredner, welche jetzt Meinungsfreiheit und Demonstrationsfreiheit hier herumjammern und nicht einmal in der Lage sind, Zwischenfragen zu beantworten, noch einmal etwas ganz Kurzes. Es gibt sehr wohl einen Unterschied, ob man ganz legal seine Meinung kundtut und an einer Demonstration teilnimmt oder ob man ein verwaltungsrechtlicher Störer ist und deshalb Sachschäden und Polizeieinsätze verursacht. Unsere Initiative zielt ganz klar auf das verwaltungsrechtliche Störerprinzip und nicht auf Personen, welche ihre Meinungsfreiheit kundtun wollen oder an Demonstrationen teilnehmen. Das ist ein grosser Unterschied. Und dass die beiden Fraktionssprecher von SP und GAB diesen Unterschied nicht kennen oder nicht kennen wollen, ist ja schon ziemlich bezeichnend.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Das Verhalten der beiden linken Sprecher ist doch sehr erstaunlich, dass sie die Diskussion verweigern. Ich hätte es verstanden, wir hätten Pascal Messerli als Vertreter der Initianten angehört und dann abgestimmt, weil sowieso klar ist, wie wir abstimmen. Aber wenn man die Debatte beginnt, dann finde ich das etwas komisch.

Ich hätte folgende Zwischenfrage gestellt: Beda Baumgarten hat ja kühn eine Hierarchisierung der Grundrechte angetönt, indem man einzelne, wie das Demonstrationsrecht mit all seinen Folgerungen zu einem zentralen Grundrecht erklärt hat. Ich hätte ihn gefragt, ob das bedeute, dass es auch. nicht so zentrale Grundrechte gebe. Und ich hätte ihn gefragt, ob ich in meiner Annahme richtig gehe, dass für ihn die Eigentums- und die Wirtschaftsfreiheit nicht zentrale Grundrechte sind. Sie können sich ja die Antwort vorstellen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wenn es keine neuen Wortmeldungen gibt, dann geht in der zweiten Runde das Wort an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Vielen Dank für die bereits schon hitzig angefangene Diskussion. Ich wollte mich eigentlich noch gar nicht inhaltlich schon äussern, denn das ist noch nicht der Zeitpunkt. Es geht ja mehr darum, wie wir jetzt in der Vorgehensweise weitergehen. Der Regierungsrat möchte ja die Initiative zur Berichterstattung überwiesen bekommen innert sechs Monaten, während denen wir diese Auslegeordnung machen können, welche bestehenden Gesetze wir haben, welche Vergleichswerte es mit anderen Kantonen gibt, die vielleicht schon ähnliche Erfahrungen gemacht haben mit Initiativen oder mit Regelungen. Das ist genau das, was wir im Moment in diesem ersten Schritt machen wollen, und dann, gestützt auf diesen Bericht, können wir dann wirklich die inhaltliche Diskussion führen.

Ich möchte mich aber doch verwehren gegen den Vorwurf von Pascal Messerli, dass mein Rechtsdienst Schwachsinn schreibt. Das ist ein hartes Wort. Ich denke, es ist eine differenzierte Stellungnahme. Recht ist keine exakte Wissenschaft, aber so pauschal den Vorhalt in den Raum zu stellen, das akzeptiere ich nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es wurde zwar kein Antrag gestellt, die Initiative als rechtlich unzulässig zu behandeln, aber wir müssen trotzdem über die rechtliche Zulässigkeit abstimmen. Eintreten ist obligatorisch. Die Abstimmung startet jetzt.

Abstimmung

JA heisst rechtlich zulässig NEIN heisst rechtlich unzulässig.

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005510, 15.01.25 20:20:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die mit 3'023 Unterschriften zustande gekommene unformulierte kantonale Volksinitiative «JA zur Durchsetzung von Recht und Ordnung – NEIN zum Chaotentum (Anti-Chaoten- Initiative)» wird für rechtlich zulässig erklärt.

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert zehn Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 87 Ja-Stimmen keine Nein-Stimme bei zwei Enthaltungen bedeuten rechtlich zulässig. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Sie haben die Initiative stillschweigend dem Regierungsrat zur Berichterstattung innerhalb von sechs Monaten überwiesen.

15. Ausgabenbewilligung und Nachtragskredit für das Programm «Reorganisation Strafverfolgung (ReoS)», Ausgabenbericht des RR

[15.01.25 20:20:41, 24.0962.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragt, den Beschlussvorlagen zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidentin. Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Ich berichte mündlich für die JSSK und empfehle Ihnen, dem Antrag der Regierung zu folgen und dann auch den Nachkriegskredit zu bewilligen, zu dem der Präsident der Finanzkommission auch noch sprechen wird.

Als kantonale Besonderheit ist die Kriminalpolizei in Basel-Stadt ja seit den 1930-er Jahren nicht Teil der Kantonspolizei, sondern von dieser personell und organisatorisch unabhängig in der Staatsanwaltschaft integriert. Der Grosse Rat hat der Regierung im Juli 2023 mit der Motion Messerli und Konsorten den politischen Auftrag gegeben, diese kantonale Besonderheit abzuschaffen, die Kriminalpolizei aus der Staatsanwaltschaft auszugliedern und mit der Sicherheitspolizei organisatorisch zusammenzuführen. Die politischen Beweggründe haben wir hier drin ausführlich diskutiert, darauf gehe ich nicht ein. Das war auch in der JSSK kein grosses Thema mehr.

Diesen politischen Auftrag jetzt umzusetzen, bedingt eine grosse Reorganisation. Deswegen hat das JSD das Programm Reorganisation der Strafverfolgung kurz ReoS ins Leben gerufen. Für die Initialisierungsphase dieses Programms beantragen wir Ihnen einstimmig, der Regierung zu folgen. Konkret geht es um die Bewilligung von Ausgaben in der Höhe von 1,13 Millionen Franken, wovon 540’000 Franken bereits im vergangenen Jahr 2024 angefallen sind. und dafür braucht es einen Nachtragskredit, der andere Teil, die der das Budget 2025 betrifft, ist bereits im Budget eingestellt worden. Die Kostenfolgen für den restlichen Teil, für die folgenden Phasen des Programms werden uns nach Abschluss der Initialisierungsphase vorgelegt.

Wir haben das Geschäft an zwei Sitzungen behandelt, es wurde uns vorgestellt von der Vorsteherin des JSD, dem Generalsekretär und insbesondere der Programmleiterin von ReoS. Ich danke für die immer gute Zusammenarbeit und ich denke, für die Beratung war es wirklich auch sehr wichtig, uns mit der verantwortlichen Person austauschen zu können.

Wir haben uns auch im letzten Juni und erneut in diesem Dezember mit der Regierungsrätin und im Dezember auch mit dem neuen Polizeikommandanten über die laufenden getroffenen Massnahmen zur Personalsituation bei der Kapo ausgetauscht und konnten also auch diese Informationen berücksichtigen, das war für uns wichtig, das auch hier einzubetten.

Das Geschäft war letztlich unbestritten. Wir haben aber einen grossen Wert darauf gelegt, vertieft nachzuvollziehen, wie die aktuellen Themen, die die Stammorganisation, Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei und Kantonspolizei beschäftigen, in die Planung und Steuerung dieser grossen doch gewichtigen Reorganisation einfliesst. Wir haben Nachfragen gestellt zu drei Themen: Erstens mal zu den Fragen rund um den Kulturwandel rund um den Bericht Schefer, der ja eben einen grossen Bedarf für eine Transformation bei der Kantonspolizei ausgelöst hat, wir haben auch nachgefragt zum Bewusstsein, dass es hier eben um das Zusammenführen verschiedener Organisationen geht, die aktuell stark gefordert und auch im Fluss sind. Dann haben wir nachgefragt zum Thema der Ressourcenschonung, mit Blick auf den Fachkräftemangel bei der Polizei, mit Blick auf die Thematik, dass es eine hohe Anzahl Projekte bei der Kantonspolizei im Moment gibt und auch mit Blick auf den hohen Pendenzenberg bei der Staatsanwaltschaft. Drittens haben wir nachgefragt zum Umgang mit internen Widerständen in der Stammorganisation, damit diese Reorganisation nicht nur einfach vom Parlament oder dann natürlich auch vom Regierungsrat als Chance gesehen wird, sondern es ist sehr wichtig, dass auch die Mitarbeitenden mitgenommen werden und auch die Führungsebenen der Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei und Kapo das mittragen. Denn nota bene hatten auch die Führungsebenen der Stawa und der Kripo zum Teilzeitpunkt der parlamentarischen Grundsatzdiskussion diese Motion nicht begrüsst.

Wir möchten der Regierung und der Programmleitung mit auf den Weg geben, dass diese drei Themen sehr wichtig sind und ein sorgfältiger Umgang damit auch wirklich entscheidend ist, damit diese Reorganisation zu fliegen kommt. Und die Programmleiterin und natürlich auch die Regierungsräte konnten uns letztlich aufzeigen, dass sie mit diesen kritischen Themen doch systematisch und strategisch umgehen.

Dann möchte ich hier auch im Namen der JSSK dem Departement signalisieren, dass wir weiterhin für Austausch und Feedback zum laufenden Prozess zur Verfügung stehen. Das JSD hat einen ausführlichen Zwischenbericht angekündigt im Verlaufe dieses Jahres, wo dann die Ergebnisse dieser Initialisierungsphase und auch das angestrebte Zielmodell uns dem Parlament wieder vorgestellt wird. Das ist ein sehr wichtiger Schritt. Wichtig zu wissen für uns als Parlament ist auch, dass mit dieser Reorganisation verschiedenste gesetzliche Grundlagen werden angepasst werden müssen. Da werden wir ja auch als Parlament wieder eine sehr aktive Rolle haben und noch länger damit beschäftigt sein.

Noch kurz zwei, drei Punkte, die für uns spannend waren hinsichtlich des Umgangs mit den internen Widerständen. Das Departement hat uns informiert, dass das ein wichtiger Teil ist, dass jetzt Organisation übergreifende Fachteams an der Arbeit sind, eine Art ganzheitlich Analyse zu machen in dieser Initialisierungsphase, sodass auch wirklich in den gemischten Fachgruppen Stawa, Kripo, Kapo und JDS hier zusammenarbeiten, und dass diese Organisation und eben vor allem auch Hierarchie übergreifend sind, um eine positive Dynamik zu entwickeln. Dass jetzt mit einer ganzheitlichen Analyse angefangen wird, ist aus Sicht der JSSK sehr wichtig, damit die Motion auch im Gesamtzusammenhang von aktuellen und zukünftigen Herausforderungen an der Strafverfolgung dann umgesetzt wird.

Betreffend Ressourcen ist sicher noch zu wissen, dass wir hier Löhne für die Programmleitung bewilligen, für das Programm Office, aber eben auch Kosten für externe Unterstützung. Externe Fachpersonen werden natürlich auch dazu beitragen, mit einer neutralen und kritischen Aussenperspektive innere Widerstände abzubauen.

Dann noch der Blick auf den Zusammenhang mit dem Bericht Schefer. Wir haben auf unsere Rückfrage hin erfahren, dass es durchaus dazu geführt hat, dass im Sommer das Programm etwas an Fahrt verloren hatte, jetzt aber gut weiterläuft. Wir haben die zuständige Regierungsrätin gefragt, was denn jetzt wäre, wenn das ein Projekt der Regierung wäre und nicht ein parlamentarischer Auftrag, ob denn die Regierung das Programm jetzt gestoppt hätte nach dem Bericht Schefer und den vielen Themen. Regierungsrätin Stephanie Eymann führt das vielleicht nachher selber noch aus, sie hat uns versichert, dass sie auf jeden Fall auch persönlich klar für die Fortsetzung des Projektes in dieser hypothetischen Situation gewesen wäre, weil sie es eben wirklich als eine grosse Chance sieht, auch die organisatorischen Fragen rund um die Strafverfolgung anzuschauen mit Blick eben auf die aktuelle Überlastung der Strafverfolgung.

Betreffend Kulturwandel ist vielleicht noch wichtig zu wissen, dass wir informiert wurden, dass die Kriminalpolizei an der Erarbeitung eines aktuell neuen Leitbildes ist. Die Kantonspolizei ist ja mitten in einer Neuorientierung und daraus wird sich erst ein neues Leitbild ergeben. Innerhalb dieses Programms gibt es ein Fachteam, das sich wirklich von Anfang diesen Themen der Kultur annimmt, also Führungsverständnis, Führungsgrundsätze. Daher hatten wir auch wirklich den Eindruck, dass das systematisch miteinbezogen wirbt und diese schwierigen Themen wirklich ein Teil dieses Programms sind.haben.

Die Ausgangssituation ist komplex. Es sind Organisationen mit unterschiedlichen Kulturen, Strukturen und bestehenden Problematiken. Die werden jetzt zusammengeführt. Es ist eine komplexe Herausforderung, aber auch eine sehr grosse Chance, weil durch die Integration und Neuausrichtung wird die Grundlage geschaffen für eine zukunftsfähige Strafverfolgung. Auch aus Sicht der JSSK soll und kann diese Reorganisation ein Labor und auch ein Motor für positive Veränderungen sein innerhalb der betroffenen Organisationen und auch an ihren Schnittstellen.

Wichtig ist uns einfach noch zu sagen, dass die Reorganisation ja nicht alle bestehenden Herausforderungen lösen kann, Probleme wie Unterbestand an Personal oder organisatorische Schwierigkeiten innerhalb der Organisationen bleiben bestehen. Es ist ganz wichtig, dass diese parallel aktiv weiterhin angegangen werden. Also es ist wichtig, dass die bestehenden Probleme jetzt nicht einfach aufgeschoben werden, bis die Reorganisation abgeschlossen ist, sondern laufend die Themen parallel bearbeitet werden.

Der letzte Punkt, der der JSSK ganz wichtig ist, ist folgender: Wir sprechen ja jetzt auch Ressourcen für eine sehr professionelle Steuerung dieses Programm s und die Erwartung ist ja auch, dass es eine aktive und laufende Information der Mitarbeitenden gibt. Das ist ein ganz wichtiges Element. In dem Sinne wünsche ich jetzt im Namen der JSSK den Programmverantwortlichen ReoS und allen beteiligten Mitarbeitenden viel Erfolg für diese wichtige Reorganisation, bedanke mich für ihr Engagement und beantrage Ihnen, dem vorliegenden Grossratsbeschluss zuzustimmen und diese Gelder für die Initialisierungsphase zu sprechen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission spricht Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die Sprecherin der JSSK hat bereits ausgeführt, weil es sich auch um einen Nachtragskredit handelt für das Jahr 2024, musste auch die Finanzkommission dieses Geschäft beraten. Sie hat es auf die Basis des Berichtes oder des Ratschlages des Regierungsrates gemacht mit der ergänzenden Information, dass diese Ausgabenbewilligung von der JSSK so beschlossen wurde.

Die Finanzkommission kann sich hier diesem Entscheid der JSSK einstimmig einschliessen. Sie empfiehlt Ihnen, den Nachtragskredit für das Jahr 2024 in der Höhe von 540’000 Franken ebenfalls anzunehmen und den Beschluss entsprechend zu genehmigen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Vielen Dank vorab an die JSSK und die Finanzkommission für die einstimmige Unterstützung dieses Nachtragskredit und der Ausgabenbewilligung. Ich schätze das sehr, weil ich denke, wir haben hier einen grossen Auftrag mit der Motion Messerli. Wir haben ein umfassendes Reorganisationsprojekt zweier Organisationen, das nicht zu unterschätzen ist, das es aber auch eine grosse Chance ist, die Strafverfolgung wirklich zu reformieren, neu zu denken. Aber das bedingt natürlich, dass man die Prozesse zweier Organisationen anschaut, anpasst und natürlich auch den Change-Prozess in beiden Organisationen sehr ernst nimmt. Das werden wir tun. Deshalb haben wir auch die Signale nach dem Schefer-Bericht, die wir zwar vorher schon erkannt haben, aber jetzt noch deutlicher geworden sind, ernst genommen. Wir können die Organisationen nicht einfach noch mehr mit Grossprojekten belasten. Seit dem Bericht Schefer wurde diese

Projektliste der Kantonspolizei schon massiv gekürzt und deshalb ist es wichtig, wenn man ein Projekt weiterverfolgt – und ich denke, dieses Projekt ist wichtig weiterzuverfolgen –, dann müssen wir das, was wir können, auch extern unterstützen lassen, damit wir die Stammorganisationen nicht zu sehr belasten. Das haben wir getan mit dieser Programmleitung. Wir haben das gemacht mit der externen Unterstützung, und deshalb denke ich, ist es eine gute Mischung auch mit den Fachteams. Es braucht Fach-Know-How aus den Organisationen, aber da, wo man entlasten kann, sollten wir das tun, und deshalb geht es heute ja auch um die Finanzierung dieser Leistungen.

Was die JSSK-Präsidentin angesprochen hat, ist, dass ich signalisiert habe, dass ich mit einem Zwischenbericht ins Parlament kommen möchte. Der Auftrag der Motion Messerli ist relativ sec formuliert und das Verständnis davon, wie wir den Auftrag umsetzen, bedingt schon noch einmaleine parlamentarische Auseinandersetzung, auch um abzusichern, ob wir den Auftrag so umsetzen, wie das die Motionäre wollten. Nach der Phase Initialisierung in diesem Jahr wird dieser Bericht dann an Sie überwiesen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Das GAB unterstützt diesen Ratschlag auch. Ich möchte nur noch eine Anmerkung betreffend des Ratschlags machen und zwar dass man sich in diesem Prozess auch die Aufsicht ansehen muss. Ich meine nicht die Aufsicht durch das Parlament, die ist natürlich sehr gut, vielmehr die administrative Aufsicht durch den Regierungsrat selbst und seine Kommission in der Polizei selber, wie man das organisiert. Das wäre mir einfach ein Anliegen, dass man sich auch diesen Punkt anschaut.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP spricht Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Die Strafverfolgung ist eine tragende Säule unseres Rechtsstaates. Ihre Effizienz, Transparenz und Resilienz entscheiden darüber, wie glaubwürdig und leistungsfähig unser Justizsystem ist.

Angesichts gesellschaftlicher und technologischer Veränderungen sowie steigender Anforderungen an Ermittlungsbehörden und Gerichten ist es unabdingbar, die Strukturen und Prozesse fortlaufend zu überprüfen und anzupassen. Genau das ist in diesem Bereich, also Polizei, Kripo und Stawa dringend angezeigt und bietet vor allem eine grosse Chance, das ineffiziente Basler System, welches sind weitere Vergangenheit vielleicht tatsächlich ist einmal effizient war, den neuen Gegebenheiten anzupassen.

Das Programm ReoS verfolgt genau das Ziel, unsere Strafverfolgungsbehörden optimal auf die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft vorzubereiten. Konkret geht es darum, die Kripo dort anzugliedern, wo ein neu Sinn macht, also die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Kriminalpolizei zu stärken oder besser gesagt, erst wirklich möglich zu machen. Bis jetzt war das nur sehr bedingt und mit grossen Umständen möglich. Die internen Prozesse zu modernisieren, die digitale Transformation voranzutreiben, rechtliche und organisatorische Rahmenbedingungen zu optimieren als auch diverse Gesetzestexte anzupassen. Diese Massnahmen dienen nicht nur der Effizienzsteigerung, sondern auch der Wahrung der Rechtssicherheit und vor allem auch der Entlastung der Mitarbeitenden. Hier wird aus meiner Sicht intern teilweise im Moment noch viel zu viel Pessimismus ausgestrahlt. Ich kann Ihnen versichern, die Polizistinnen und Polizisten, die sind nicht blöd und die allermeisten wissen ganz genau, was neu zu tun sein wird und haben das in der Ausbildung auch gelernt. Das zeigen ja deutlich die sehr vielen Abgänge, welche in anderen Kantonen problemlos arbeiten können, also dort, wo die Kripo eben genau bei der Polizei angegliedert ist.

Die Investitionen in ReoS sind notwendig und die Modernisierung wird langfristig ganz sicher zu einer effizienteren Ressourcennutzung führen. Zudem stellt das Programm sicher, dass man auch in Zukunft auf komplexe und dynamische Herausforderungen wie Cyberkriminalität und vor allem die organisierte Kriminalität reagieren kann. Basel darf nicht weiter als die kriminellste Stadt der Schweiz gelten, und das wird nachher nicht mehr der Fall sein, das verspreche ich Ihnen.

Ich möchte betonen, dass das Programm ReoS kein Selbstzweck ist. Es geht um nichts weniger als um die Sicherstellung einer funktionierenden Strafverfolgung, was in der jetzigen Form nicht mehr vollumfänglich möglich ist, zum Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger, zur Wahrung der Rechtsordnung und zur Stärkung des Vertrauens in unseren Rechtsstaat. Ich bitte Sie daher, der Ausgabenbewilligung und dem Nachtragskredit zuzustimmen und den Weg für eine erfolgreiche und vor allem schnellstmögliche Umsetzung von ReoS zu ebnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Regierungsrätin Stephanie Eymann verzichtet auf ein zweites Votum, ebenso Joël Thüring und Barbara Heer. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung Grossratsbeschluss 1 und Abstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss 1 zustimmt, stimmt JA wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005513, 15.01.25 20:40:49]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Initialisierungsphase des Programms «Reorganisation der Strafverfolgung ReoS» werden Ausgaben in der Höhe von Fr. 1'130'000 zu Lasten der Erfolgsrechnung des Justiz- und Sicherheitsdepartementes bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grosse Rat stimmt einstimmig zu. mit 92 Ja-Stimmen.

Dann haben wir noch die Detailberatung des Grossratsbeschlusses 2, Nachtragskredit und Abstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zu Grossratsbeschluss 2, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005514, 15.01.25 20:41:28]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Initialisierungsphase des Programms «Reorganisation der Strafverfolgung ReoS» wird für das Jahr 2024 ein Nachtragskredit in der Höhe von Fr. 540'000 bewilligt (Justiz- und Sicherheitsdepartement, Dienststelle Generalsekretariat, Fr. 269'000 Kostenartengruppe 30 Personalaufwand und Fr. 271'000 Kostenartengruppe 31 Sach- und Betriebsaufwand).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch hier haben wir ein einstimmiges Ja und zwar mit 90 Stimmen.

16. Bewilligung der Ausgaben für die Entschädigung der Umkleidezeit der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung am Arbeitsort, Bericht der JSSK

[15.01.25 20:41:43, 24.0798.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die JSSK beantragt, der Beschlussvorlage gemäss Tischvorlage zuzustimmen. Gemäss FD kann bei befristeten Beiträgen nicht von wiederkehrenden Ausgaben gesprochen werden. Zudem ist der Gesamtbetrag aufzuführen. Deshalb gibt es eine Tischvorlage.

Das Wort geht an die Präsidentin der JSSK Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Ich freue mich, berichten zu können zum schriftlichen Bericht der JSSK. Wir haben dieses Geschäft doch einigermassen intensiv diskutiert und können Ihnen einen Kompromissvorschlag vorlegen. Vielleicht noch ganz kurz zum Formellen: Die Tischvorlage ist einfach eine formell leicht angepasste Variante des Grossratsbeschlusses, wie wir ihn im Bericht publiziert hatten. Da war ein Wort zu viel und die Summe der Beträge hatten wir versäumt, in den Grossratsbeschluss einzunehmen. Aber es ist inhaltlich exakt das Identische wie der Antrag der JSSK im Bericht.

Jetzt aber zum Inhalt: Die Mitarbeitenden der Rettung und der Kantonspolizei Basel-Stadt ziehen sich heute in ihrer Freizeit um. Sie erscheinen vielleicht ungefähr eine Viertelstunde vor Dienstbeginn, ziehen sich um und stellen auch sicher, dass sie die nötige Ausrüstung auf sich tragen und prüfen teils auch deren Funktionsfähigkeit. Denn wichtig ist, die Einsatzbereitschaft muss genau ab der ersten Minute des Dienstbeginns gegeben sein.

Bislang bestanden bei der Arbeitgeberin Basel-Stadt keine verbindlichen Vorgaben und auch keine einheitliche Handhabe zum Thema Umkleidezeit. Mit zwei neuen Bestimmungen in der Verordnung zum Personalgesetz schafft jetzt der Regierungsrat die Rechtsgrundlage für die Entschädigung der Umkleidezeit. Diese neue Regelung beinhaltet, dass eben angeordnete Umkleidezeit grundsätzlich als Arbeitszeit zu gelten hat, aber unter dem Vorbehalt sachlicher Gründe, dass anstelle der Anrechnung von Arbeitszeit eine Geldpauschale entrichtet werden kann. Was wir jetzt tun, ist selbstverständlich nicht, diese Verordnung zu verabschieden, das ist die Kompetenz der Regierung, sondern die dafür nötigen Gelder zu sprechen.

Die Vorlage steht im Gesamtzusammenhang mit der Thematik, dass wir bei der Polizei, zunehmend aber auch bei der Sanität, einen starken Fachkräftemangel haben. Die Einführung dieser Entschädigung ist auch im Gesamtzusammenhang eines grösseren noch offenen Massnahmenpakets des Regierungsrats zu verstehen, der die Arbeitgeberattraktivität des Kantons steigern will.

Wir haben uns an fünf Sitzungen mit der Vorlage befasst, weitgehend im Beisein der Departementsvorsteherin des JSD, verantwortlichen Mitarbeitenden des JSD und des FD und danke auch hier für die gute Zusammenarbeit. Allerdings erlaube ich mir die Bemerkung, dass man doch dem Geschäft einigermassen angemerkt hat, dass zwei Departemente hier involviert waren.

Uns war grundsätzlich eine zügige Beratung wichtig, weil es dahinter auch das Anliegen eines sogenannten Quick Wins gibt, um jetzt rasch Signale zu senden, dass die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Im Laufe der Beratung ist dann aber klar geworden, dass im ursprünglichen Antrag der Regierung die Arbeitgebendenbeiträge nicht eingerechnet worden sind und wir mussten dann auf das Rektifikat warten. Wir gehen jetzt aber davon aus, dass, wenn wir das heute so beschliessen und dann auch die Referendumsfrist noch abgelaufen ist, dies bereits in diesem Frühling bis zum Ende der Laufzeit, die wir Ihnen vorschlagen, umgesetzt werden kann.

Wir beantragen Ihnen, die Geldpauschale von 60 auf 80 Franken zu erhöhen und sehen das aber auch als Übergangslösung, die eine schnelle Umsetzung erlaubt, sind aber grundsätzlich der Ansicht, dass nicht eine Geldpauschale, sondern ein Wechsel auf Zeitgutschriften respektive ein Auftrag zur Integration in die regulären Einsatzpläne der richtige Weg ist. Schlussendlich aber ist diese Verordnung in der Kompetenz der Regierung. Wir sprechen hier die Gelder und haben das jetzt zeitlich limitiert. Um das anders zu machen, sind wir der Ansicht, dass wir die Vorlage hätten zurückweisen müssen an die Regierung. Eine erneute Ausarbeitung der Vorlage wäre dann nötig geworden und das hätte zu einer deutlichen Verzögerung der Umsetzung geführt. Deshalb haben wir uns gegen Rückweisung entschieden, aber eben für diese zeitliche Begrenzung bis 2027.

Deshalb haben wir diese vielleicht etwas ungewöhnliche formale Ausgangslage, dass diese Verordnung zwar in der Kompetenz der Regierung ist, wir aber heute die Gelder sprechen, was in unserer Kompetenz ist, verknüpft mit der Erwartung, dass die Regierung dann die Verordnung entsprechend anpasst. Wir verbinden mit dem Entscheid eigentlich die Erwartung, dass die Regierung dann die Angemessenheit der Varianten prüft, allenfalls Anpassungen an den Arbeitszeitmodellen vornimmt und dann für die Zeit ab 2028 mit einem neuen Ausgabenbericht ans Parlament gelangt.

Klar ist aber, dass wir das für eine langfristige Änderung nicht über diesen Weg machen, sondern es schlussendlich eine Motion braucht, eine solche wird jetzt dann auch kommen, die fordert, dass die Geldpauschale nicht nur überprüft, sondern abgeschafft wird. Wir haben diskutiert, ob es eine Kommissionsmotion sein soll, aber ein Teil der Kommissionsmitglieder war da nicht vollends davon überzeugt, deswegen wird es dann eine persönliche Motion von mir sein, und wer diese noch unterschreiben möchten, kann das sehr gerne tun.

Es gibt grundsätzlich drei Varianten, wie Umkleidezeit als Arbeitszeit entschädigt werden kann, also durch Geldpauschalen, durch Zeitpauschalen oder durch Integration in Schicht. Im Benchmark mit anderen Kantonen im Bereich Polizei, Rettung und Spital haben wir gesehen, dass alle drei Varianten in Gebrauch sind. Die Polizei in Luzern beispielsweise hat es in die Schichtspläne integriert. Die Polizei des Kanton Zürich entschädigt es mit 60 Franken, was also der Variante Regierung entspricht. Wir haben diesen Benchmarkt vor folgendermassen interpretiert: Erstens macht es aus unserer Sicht Sinn, wenn wir uns mit Blick auf den akuten Fachkräftemangel bei unserer Polizei im oberen Teil des Benchmarkt positionieren, weswegen wir eben die 80 Franken anstatt die 60 Franken beantragen, und zweitens hat der Benchmark auch gezeigt, dass es in anderen Kantonen durchaus möglich ist, Umkleidezeit in die Dienstpläne zu integrieren oder als Arbeitszeit abzugelten. Und dann kann Basel das auch.

Bei den Varianten haben wir neben der Haltung der Regierung, die wir ja dann sicher von der zuständigen Regierungsrätin gleich hören werden, auch die Haltung des Polizeibeamtenverbandes beigezogen und diesen zu einer Anhörung eingeladen. Der Polizeibeamtenverband ist der Ansicht, dass diese sachlichen Gründe zur Gewährung einer Geldpauschale so nicht gegeben sind und stellt auch die Rechtmässigkeit der Geldpauschale in Frage. Die Auswirkungen von Zeitgutschriften auf die Dienstplanung ist aus ihrer Sicht im Vergleich zu den zahlreichen Extraeinsätzen der Mitarbeitenden der Kantonspolizei nur marginal. Ob Arbeitszeit in Geld oder Zeit vergütet werde, ändert aus Sicht des Polizeibeamtenverbandes nichts an der Tatsache, dass Umkleidezeit Arbeitszeit ist und faktisch werde die Arbeitszeit bereits heute überschritten, indem die Mitarbeitenden eine Viertelstunde früher auf der Wache erscheinen.

Die vorgesehene Geldpauschalen sehen sie auch als ungerecht, weil es eben die benötigte Zeit in keiner Weise abdeckt und auch unabhängig der Lohnstufe immer gleich hoch ausfällt. Deswegen sind sie der Ansicht, dass es Zeitgutschriften oder Integration in die Schichten braucht, auch wenn sie darauf hinweisen, dass es durchaus auch Mitarbeitende gibt, insbesondere jüngere, denen eine finanzielle Entschädigung lieber wäre.

Ein Teil der Kommission fand zu Beginn, dass Abgeltung von Umkleidezeit in Form einer Geldpauschale in der Schweiz üblich ist und auch gegenüber den Mitarbeitenden der Kantonspolizei und der Rettung doch ein deutliches Entgegenkommen bedeutet. Die gegenüber der Geldpauschale kritischen Stimmen setzten sich dann aber im Verlauf der Beratung durch, zumindest auch mit Blick auf das am Schluss einstimmige Abstimmungsergebnis betreffend der zeitlichen Begrenzung der Geldpauschale. Wichtiges Argument der Kommission ist sicher, dass Mitarbeitende mit Schichtsmodellen und ohne das Privileg auf flexible Arbeitszeiten jetzt auch nach dem Nachteil einer deutlich schlechteren Entschädigung der Umkleidezeit in Form einer Geldpauschale in Kraft nehmen müssen. Das steht aus Sicht der Kommission im Widerspruch zur angestrebten Steigerung der Arbeitgeberattraktivität und zur Gleichbehandlung.

Auswirkungen auf Dienstpläne und Fachkräfte sind aus Sicht der JSSK kurzfristige Themen, aber nicht mittel- und langfristig eine geeignete Lösung und mittel- und langfristig auch kein sachlicher Grund. Jetzt gilt es, Schichtarbeit attraktiver zu machen und eben nicht Geldpauschalen zu wählen.

Auch zu der Höhe der Pauschale haben wir diskutiert. Zum Antrag der Regierung wurde bei uns diskutiert, dass er entsprechend der Stadtpolizei Zürich sei, kritisiert wurde aber innerhalb der JSSK, eine Kritik, die sich letztlich durchgesetzt hat, dass das eine sehr geringe Summe ist, die nur einem Stundenlohn von 14 Franken entspricht. Wir haben auch noch einen deutlich höheren Antrag von 150 Franken diskutiert, der dann einem Stundenlohn entspräche, der den Medianlohn der betroffenen Mitarbeitenden widerspiegelt. Dieser Betrag wurde dann aber von der Kommission als zu hoch angeschaut, weil er doch deutlich ausserhalb des Benchmark liegt, und auch weil Mitarbeitende, die einen tieferen Lohn als den Medianlohn haben, dann plötzlich besser für das Umkleiden als für den Rest der Arbeit entschädigt wurde. Ganz im Stil der JSSK haben wir dann einen Kompromiss gefunden und haben uns auf die Pauschale von 80 Franken geeinigt, im Sinne dessen, dass es sich im oberen Teil des Benchmarkt positioniert, aber nicht darüber und doch ein deutliches Zeichen der Wertschätzung ist.

Wie gesagt, wir sind der Meinung, dass es nur eine vorübergehende Lösung sein soll und stellen deshalb den Antrag auf die zeitliche Befristung für die Jahre 2025, 2026 und 2027, verbunden mit der Erwartung an die Regierung, notwendige Anpassungen vorzunehmen und dann mit einem neuen Ausgabenbericht zu kommen. Die Departementsvorsteherin hat uns informiert, dass sowieso bei der Kantonspolizei eine Evaluation der Arbeitszeitmodelle stattfindet und wir sehen das deshalb als einen besonders guten Zeitpunkt, als eine Chance, die Thematik der Umkleidezeit direkt in diese laufenden Überlegungen einzubeziehen.

In dem Sinne beantrage ich Ihnen, den Antrag der Regierung, der ja noch gestellt wird, abzulehnen und der JSSK zu folgen mit der Erhöhung auf 80 Franken unter zeitlicher Begrenzung und dann auch die nötigen Nachtragskredite zu bewilligen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Joël Thüring hat für die Finanzkommission das Wort.

Joël Thüring (SVP): Auch hier kann ich Ihnen im Namen der Finanzkommission nur mitteilen, dass wir diesen Nachtragskredit in unserer Kommissionssitzung entsprechend behandelt haben und Ihnen heute beantragen, diesen Nachtragskredit für das Jahr 2025 in der Höhe von 530’000 Franken zu bewilligen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich möchte mich ganz herzlich bedanken bei der Präsidentin der JSSK und beim Präsident der Finanzkommission für die einstimmige Unterstützung. Das ist ein sehr schönes und ein sehr wichtiges Zeichen, auch gegenüber den Blaulichtorganisationen. Diese Umkleidezeit ist ein Thema, das schon lange an mich getragen wurde, dass das ein Thema ist, was gelöst werden muss.

Dennoch hält der Regierungsrat fest an den ursprünglichen Anträgen. Die betreffen zum einen die Höhe der Entschädigung. Wir haben ja 60 Franken vorgeschlagen. Wir haben dies gestützt auf einen Benchmark so festgelegt, einen Mittelwert, den wir als angemessen erachtet haben, insbesondere auch, weil Zürich denselben Ansatz hat und Zürich sonst auch gerne zum Benchmark beigezogen wird. Wir sind der Meinung, dass nicht diese Pauschale die Probleme die Arbeitgeberattraktivität löst. Das ist ein Baustein, ein Puzzleteil, ein Zeichen der Wertschätzung, aber selbstverständlich – und die Präsidentin der JSSK hat es auch angesprochen – müssen weitere Massnahmen folgen. Und das ist ja dieses Paket Arbeitgeberattraktivität steigern, das noch weitere Themenbereiche auch enthält, die Entlöhnung, Gesundheit, Personalentwicklung, Rekrutierung. Diese Themen müssen genau so mit Nachdruck weiterverfolgt werden, damit wir dann am Schluss wirklich auch ein ganzheitliches Paket haben, das zur Attraktivität beiträgt und hoffentlich auch diesen bestehenden Fachkräftemangel und die Abgänge etwas auffängt.

Der Regierungsrat hält auch am Antrag fest, das Ganze nicht zu befristen. Wir haben die Verordnung ja auch enstprechend alternativ formuliert, also Geldpauschale oder Zeit. Natürlich teile ich den Eindruck, dass, wenn wir Arbeitszeitmodelle anschauen, wir das in der Stossrichtung tun sollen, die Umkleidezeit zu integrieren. Ich denke, bei der Polizei ergibt sich diese Gelegenheit, weil wir da doch sehr vieles anschauen im Moment.

Es ist nur so, dass es auch Arbeitszeitmodelle gibt im JSD, und ich spreche da explizit von der Sanität, die genauso zur Zufriedenheit beitragen, dass die Mitarbeitenden hier gerne arbeiten und da müssen wir einfach schauen, dass wir nicht ohne Not Modelle anfassen, die dann am Schluss zum Modell führen, das zu Unzufriedenheit führt. Aber ich denke, das ist jetzt die Zeit, die Sie uns geben mit der Befristung, wenn Sie dem Antrag der JSSK folgen, in denen wir diese Dinge auch anschauen und prüfen können. Also ich sehe das relativ entspannt.

Ich möchte nur auch sagen, dass der Regierungsrat selbstverständlich bereit ist, wenn der Grosse Rat den Kommissionsanträgen folgen sollte, diese Verordnung zeitnah auch ändern werden, so dass wir wirklich, wenn die Referendumsfrist dann abgelaufen ist, die Umkleidezeit auch entschädigen können, sodass nicht immer nur eine Ankündigung ins Korps und in die Blaulichtorganisation kommt, sondern wir auch mal sagen können, dass wir etwas umsetzen können. Deshalb danke ich für die Unterstützung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Hanna Bay.

Hanna Bay (SP): Ich möchte mich nur ganz kurz äussern, weil ich denke, dass Barbara Heer alles Relevante schon in ihrem Votum gesagt hat. Vielleicht einfach noch kurz zu dieser Höhe. Ich möchte das nochmals betonen. Der Regierungsrat hat sich entschieden, den Grundsatz in der Verordnung festzuhalten, dass Umkleidezeit Arbeitszeit ist. Und richtig wäre zu sagen, dass das dann auch wie Arbeitszeit angeschaut werden soll, dass das in die Schichtspläne genommen werden soll, dass das so abgegolten werden soll.

Wenn das nicht möglich ist – und wir anerkennen, dass es momentan mit den aktuellen Schichtsplänen und mit dem Fachkräftemangel nicht möglich ist, dann kann man ausnahmsweise eine Geldpauschale ausnahmsweise sprechen. Aber wenn wir dem Grundsatz treu bleiben wollen, dass es Arbeitszeit ist, dann muss doch diese Pauschale annähernd dem einem Lohn entsprechen oder einer Entlöhnung für diese effektiv geleistete Zeit. Wir haben es gerechnet, wenn man 10 Minuten pro Tag rechnet für die Umkleidezeit, dann ist man bei einem Stundenlohn von 14 Franken mit einer Pauschale von 60 Franken. Wenn man jetzt sagt, das dauert nicht so lange, es sind nur 7 Minuten, wie gewisse Studien sagen, dann sind wir bei 23 Franken, also knapp beim Mindestlohn.

Ich denke, aus diesem Grund ist es wichtig, dass man hier symbolisch auf 80 Franken hoch geht und dass man eben sagt, dass das nicht das letzte Wort sein soll in dieser Frage, sondern dass wir das zeitnah wieder anschauen sollen. Deswegen mache ich hier auch nochmals kurz Werbung für die Motion, die Barbara Heer einreichen wird, die klar sagt, dass der Grundsatz, dass Umkleidezeit Zeitarbeitszeit ist, auch so gelebt werden soll.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Voten eingetragen. Regierungsrätin Stephanie Eymann und Finanzkommissionspräsident Joël Thüring verzichten auf ein zweites Votum. Damit geht das Wort an Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Besten Dank für die Voten und die kurze Debatte. Nur auf einen Punkt möchte ich noch eingehen, auf den Regierungsräten Stephanie Eymann richtigerweise hingewiesen hat, dass bei der Sanität eine grosse Zufriedenheit herrscht mit den aktuellen 12 Stunden-Touren. Das haben wir als JSSK gehört und auch explizit einbezogen in unseren Bericht. Wir sind der Meinung, dass die der Variante Zeitgutschriften auch bei der Sanität geeignet wäre, denn das bedeutet zum Beispiel, dass dann die Personen am Ende des Jahres einen Ferientag oder zusätzliche Freitage erhalten und das funktioniert, ohne dass dieses Tourenmodell angepasst werden muss. Die Gutschrift erfolgt dann nicht in der Form von Geld, sondern in der Form von Arbeitszeit, die dann in der Jahresarbeitszeit entsprechend berücksichtigt werden kann.

Und dann möchte ich mich zum Abschluss einfach auch noch kurz bei den Kommissionsmitgliedern für die gute und intensive Beratung dieses Geschäfts bedanken und beantrage, der JSSK zu folgen und nicht der Regierung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt Detailberatung Grossratsbeschluss 1 gemäss Tischvorlage. Hier liegt nun der Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er hält an seinem Antrag fest und beantragt wiederkehrende Ausgaben in der Höhe von 940’000 Franken.

Wir eröffnen dazu die Debatte. Wünscht nochmals jemand das Wort? Das scheint nicht der Fall zu sein, das heisst, wir stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

10 Ja, 79 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005516, 15.01.25 21:02:23]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderungsantrag wird abgelehnt mit 79 Nein-Stimmen gegen 10 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Wir führen die Detailberatung weiter. Publikations- und Referendumsklausel.

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zu Grossratsbeschluss 1 NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005517, 15.01.25 21:02:59]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Entschädigung der Umkleidezeit am Arbeitsort der Mitarbeitenden werden für die Jahre 2025, 2026, 2027 Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 3’756'000 zu Lasten der Erfolgsrechnung des Justiz- und Sicherheitsdepartements bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 90 Ja-Stimmen gegen keine Nein-Stimme bei einer Enthaltung.

Dann haben wir noch die Detailberatung Grossratsbeschluss 2 Nachtragskredit. Auch hier gibt es den Änderungsantrag des Regierungsrates. Er hält an seinem Antrag fest und beantragt einen Nachtragskredit von 218’000 Franken. Wünscht jemand dazu das Wort? Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

11 Ja, 79 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005519, 15.01.25 21:04:01]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Entschädigung der Umkleidezeit am Arbeitsort der Mitarbeitenden wird dem Justiz- und Sicherheitsdepartement (Kantonspolizei Basel-Stadt und Rettung Basel-Stadt, Dienststellen 5060 und 5090, jeweils Kostenartengruppe 30) für das Jahr 2025 ein Nachtragskredit von Fr. 530'000 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderungsantrag wird abgelehnt mit 79 Nein-Stimmen gegen 11 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung

Dann gibt es nur noch die Publikationsklausel in der Detailberatung und die Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zu Grossratsbeschluss 2 Nachtragskrediten, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005520, 15.01.25 21:04:41]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Entschädigung der Umkleidezeit am Arbeitsort der Mitarbeitenden wird dem Justiz- und Sicherheitsdepartement (Kantonspolizei Basel-Stadt und Rettung Basel-Stadt, Dienststellen 5060 und 5090, jeweils Kostenartengruppe 30) für das Jahr 2025 ein Nachtragskredit von Fr. 530'000 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 88 Ja-Stimmen ohne Nein-Stimme bei einer Enthaltung.

17. Ausrichtung einer Finanzhilfe für die Berufs- und Weiterbildungsmesse in Basel-Stadt in den Jahren 2024 bis 2027, Bericht der BKK

[15.01.25 21:04:55, 24.1514.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an BKK-Mitglied David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich habe die Ehre, für die Bildungs- und Kulturkommission zu diesem Geschäft und zum dringlich traktandierten Geschäft betreffend einer Ausrichtung einer Finanzhilfe für das Talentförderungsprogramm Unternehmer Campus zu sprechen. Unsere Kommission hat diese beiden Geschäfte praktisch gleichzeitig beraten. Bei beiden Geschäften weichen wir mit unseren Anträgen aus teilweise ähnlichen Gründen von den Anträgen des Regierungsrates ab.

Die allgemeinen Bemerkungen der Kommission zur Behandlung dieser Geschäfte durch den Regierungsrat respektive durch das primär zuständige Departement und das Finanzdepartement sind praktisch identisch. Ich werde daher bei diesem Geschäft auch Aspekte des Geschäftes Unternehmer Campus einbeziehen, dies in der Hoffnung, dadurch Zeit zu sparen.

Bei beiden Geschäften hat die relevante Zeitperiode schon am 1. Januar 2024 begonnen. Der Gewerbeverband Basel-Stadt als potenzieller Empfänger von Staatsbeiträgen hat jeweils rechtzeitig im Jahre 2023 seine Gesuche eingereicht. Dass der Gewerbeverband keine Schuld an der langen Behandlungsdauer der beiden Geschäfte trägt, ist unbestritten. Gerne hätte die BKK die Beratung und beide Geschäfte unter das Motto gestellt. «was lange währt, wird endlich gut». Dies ist aber zumindest nicht vollständig der Fall, dies lassen unsere Anträge erkennen.

Die Erwartung, falls eine solche bestanden hätte, dass lange Dauer mit sehr gründlicher Bearbeitung beider Geschäfte gleichzusetzen ist, würden leider etwas enttäuscht. Das Erziehungsdepartement hat gegenüber der Kommission dargelegt, warum es aus seiner Sicht so lange dauerte, um die Ausgabenberichte in diesem Geschäft durch den Regierungsrat zu beschliessen. Wie wir im Kommissionsbericht in Sachen Unternehmer Campus festgestellt haben, sind die späten Publikationen der Ausgabenberichte für die BKK trotz der Erläuterungen des Erziehungsdepartementes nicht vollständig nachvollziehbar. Die Kommission erwartet, dass in der Zukunft die Fristen bei der Ausarbeitung solcher Vorlagen beachtet und auch eingehalten werden. Bei beiden hier zu beratenden Geschäften ist der Gewerbeverband auf eigenes Risiko jeweils in Vorleistung gegangen. So wurde zum Glück die Berufs- und Weiterbildungsmesse ohne Leistungsvereinbarung 2024 durchgeführt.

Beide zu behandelnde Geschäfte sind, dies hat sich in der Kommissionsberatung erwiesen, inhaltlich politisch unbestritten. Die jeweiligen finanziellen Beträge sind auch nicht ungeheuer gross für unsere Verhältnisse in Basel-Stadt. Es sind ja auch keine Ratschläge, es sind Ausgabenberichte. Dass die Berufs- und Weiterbildungsmesse sehr wertvoll ist, hat die Regierung in ihrem Bericht sehr gut ausgeführt. Die Kommission schliesst sich dieser Beurteilung vollständig an. Dass die Berufslehre speziell in unserem Kanton zu fördern ist und dafür die Berufs- und Weiterbildungsmesse unverzichtbar ist, steht für alle Beteiligten fest.

Die Kommission und somit auch das Plenum des Grossen Rates befassen sich zum ersten Mal mit Beiträgen an die Berufs- und Weiterbildungsmesse. Früher wurden nämlich für die Finanzierung Mittel des Fonds zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit des WSU in Anspruch genommen. Aufgrund eines Anstosses der Finanzkommission wurde diese Ausgabe in das ordentliche Budget des Erziehungsdepartements überführt. Im Rahmen dieser Überführung erfolgte auch eine Erhöhung des budgetierten Betrags pro vom Gewerbeverband durchgeführte Messe von 300’000 auf 500’000 Franken. Diese doch gewichtige Erhöhung der Finanzhilfe ist auch ein Grund dafür, die nun vorgelegten Budgets gründlich zu prüfen.

Der Gewerbeverband führt die fragliche Messe in den geraden Jahren in der Messe Basel durch, in den ungeraden Jahren organisiert die Wirtschaftskammer Baselland, unterstützt durch den Kanton Basel-Landschaft, die Berufsschau Baselland. Die Basler Schülerinnen und Schüler besuchen diese Messe in den ungeraden Jahren, in den geraden Jahren pilgert die Schülerschaft aus dem Partnerkanton nach Basel.

In der Kommissionsberatung wurden diverse Fragen zu einzelnen Positionen im vorgelegten Budget für die Messen 2024 und 2026 gestellt. Diese wurden teilweise vom Departement und vom Gewerbeverband beantwortet, aber noch nicht so detailliert, wie es aus Sicht der BKK notwendig gewesen wäre. Die Kommission wollte aber das Geschäft, das schon eine grosse zeitliche Verspätung erlitten hatte, nicht weiter verzögern. Der Gewerbeverband hat die Berufs- und Weiterbildungsmesse 2024 in guten Treuen im Einklang mit dem vorgelegten Budget durchgeführt. Die BKK beantragt Ihnen deshalb, für die Messe 2024 den vollständig beantragten Betrag von 500’000 Franken zu sprechen. Das sind dann im Beschluss zwei Tranchen zu je 250’000 Franken.

Zu einzelnen Positionen im Budget für die Messen 2024 und 2026 führe ich aufgrund der Kommissionsberatungen folgendes aus. Dass die Berufs- und Weiterbildungsmessen Ressourcen schonend und nachhaltig durchgeführt werden, ist löblich und

wird von der Kommission ausdrücklich begrüsst. Für die Begleitung dieser Massnahmen durch das Ökozentrum für die Messe 2024 wurden 82’000 Franken eingesetzt. Der gleiche Betrag ist für die nächste Ausgabe im Jahr 2026 budgetiert. Im Budget 2024 findet sich unter dem Posten Divers auch nicht näher ausgewiesene Ausgaben für die Umsetzung klimabewusster Massnahmen.

Dass eine Folgemesse nochmals Kosten in der gleichen Höhe verursachen und soll, ist für die BKK nicht auf Anhieb nachvollziehbar. Aus ihrer Sicht wäre es durchaus denkbar und zu erwarten, dass eine Zweitbegleitung weniger intensiv wäre, da es dort vor allem darum gehen wird, die Massnahmen, die anlässlich der Ausgabe 2024 implentiert wurden, feinzujustieren. Eine Neuerfindung des Rads sollte nicht notwendig sein. Falls dies aber der Fall wäre, müsste wohl auch der externe Partner ausgetauscht werden.

Die Kosten der Öffentlichkeitsarbeit pro Messe werden auf 180’000 Franken veranschlagt. Wenn davon ausgegangen wird, dass der grösste Teil der Besucherinnen und Besucher, nämlich die Schülerschaft, obligatorisch die Messe zu besuchen hat, erstaunt die Höhe der Ausgaben bezüglich Öffentlichkeitsarbeit. Dem Gewerbeverband steht es selbstverständlich frei, solche Kampagnen durchzuführen, in welchem Umfang aber eine staatliche Finanzierung angebracht ist, ist eine andere Frage. Dies wird im Ausgabenbericht des Regierungsrats, falls Sie unseren Anträgen folgen, für die Messe 2026 detailliert zu klären sein.

Sowohl die Berufs- und Weiterbildungsmesse wie auch der Unternehmer Campus werden vom Gewerbeverband zu einem grossen bis rechten Teil mit eigenem Personal durchgeführt, also vor allem die Organisation, die einzelnen Messestände werden ja von den Ausstellern bewirtschaftet. Im Budget 2024 wurden für Personalkosten 2000 Stunden à 120 Franken, somit 240’000 Franken eingestellt. Ob diese Kosten im Detail nachvollziehbar sind, wird sich bei der Analyse der Rechnung der Messe 2024 – diese liegt noch nicht vor - durch sowohl den Gewerbeverband wie auch die Verwaltung zeigen. Ein Ergebnis einer solchen Analyse mag sein, dass die tatsächlich benötigten Personalkosten geringer sind als budgetiert. Denkbar ist auch, dass eine Kürzung der Kosten für Öffentlichkeitsarbeit auch zu einer entsprechenden Kürzung interne Personalkosten führen würde.

Noch zwei generelle Bemerkungen: Die Festsetzung der richtigen Höhe eines Staatsbeitrags scheint in den Fällen, in denen nicht die gesamte Institution zu fördern, anspruchsvoll zu sein. Dies ist nicht eine Problematik, die spezifisch auf Institutionen zutrifft, die aus dem Budget des Erziehungsdepartementes gefördert werden. Vielleicht wären da departementsübergreifende Lösungen angezeigt. Die BKK stellt auch fest, dass bei den Departementen unterschiedliche Vorstellungen bestehen, welche Informationen über die zu fördernden Institutionen den Ratschlägen respektive den Ausgabeberichten beizulegen sind. Das Präsidialdepartement liefert in der Regel Revisionsstellenberichte für die drei letzten Jahre mit. Beim Erziehungsdepartement fehlen diese Angaben. Somit ist die Sicht auf die gesamte finanzielle Situation einer Institution erschwert. Auch hier wäre es angezeigt, wenn sich die Departemente auf ein einheitliches Vorgehen einigen könnten.

Die Kommission erwartet, dass die Verwaltung die von der Kommission aufgeworfenen Fragen zusammen mit dem Gewerbeverband rasch klärt und danach einen Ausgabebericht für die Messe 2026 vorlegen kann. Es ist nicht die primäre Erwartung der BKK, dass der dann begehrte Betrag deutlich unter 500’000 Franken liegt. Wenn die Begründungen vom Gewerbeverband und Verwaltung nachvollziehbar und überzeugend sind, könnte auch der Betrag von 500’000 Franken bewilligt werden. Aufgrund des heutigen Kenntnisstandes geht die Kommission aber davon aus, dass zumindest in dem Posten Externe Begleitung von klimafreundlichen Massnahmen und Öffentlichkeitsarbeit gewisse Einsparungen möglich sein sollten, die in keiner Weise den Erfolg der sehr wichtigen Berufs- und Weiterbildungsmesse gefährden.

Aus diesen Erwägungen ersucht Sie die Kommission, für die Jahre 2024 und 2025 500’000 Franken zu bewilligen. Dies ist für eine Messe, die schon durchgeführt wurde. An dieser Stelle möchte ich abschliessend dem Gewerbeverband für seinen grossen und erfolgreichen Einsatz in Sachen Berufs- und Weiterbildungsmesse und auch Unternehmer Campus danken. Der Dank gilt auch der Verwaltung für die Begleitung der Kommissionsberatungen und für die Bereitschaft, unsere zahlreichen Fragen zu beantworten. Ich bin gespannt auf die Debatte.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wir danken der Bildungs- und Kulturkommission für die sorgfältige Prüfung der von uns eingereichten Geschäfte. Mit ihrem Bericht hat sie den Finger auf wichtige Schwachstellen in unserem ursprünglichen Budgetantrag gelegt. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Kommission nun die Mittel nur für die Jahre 2024 und 2025 gesprochen hat. Ein neuer Ausgabenbericht für die Jahre 2026 und 2027 mit der Klärung aller offenen Fragen werden wir nun so rasch wie möglich ausarbeiten und vorlegen.

Lassen Sie mich nun zu der im Bericht der Kommission geäusserten Kritik Folgendes sagen: Wir wollen nun zusammen mit dem Gewerbeverband Basel-Stadt die einzelnen Budgetposten genau aufschlüsseln und erneut auf ihre Angemessenheit prüfen. Die Zahlungen an das Ökozentrum für eine nächste Leistungsperiode werden dabei allenfalls eingehend analysiert.

Eine externe Evaluation des Begleitprogramms der Berufs- und Weiterbildungsmesse nehmen wir als Empfehlung gerne entgegen.

Wichtig finde ich aber zu betonen, die Berufs- und Weiterbildungsmesse hat für unsere Jugendlichen im Berufswahlprozess einen hohen Stellenwert. An der Messe können Jugendliche und ihre Eltern das umfangreiche Lehrstellenangebot in unserem Kanton kennenlernen. Es ist für unser modernes Image der Berufsbildung und höheren Berufsbildung essenziell, eine solche Plattform für ihre Angebote zu haben. Der Gewerbeverband führt seit nun mehr als 20 Jahren diese Messe durch und leistet somit einen äusserst wichtigen Beitrag für unsere Wirtschaft, Branchenverbände und Institutionen in der Bildung, damit das attraktive Lehrstellenangebot für unsere Jugendlichen und ihre Eltern sichtbar und auch anpassbar gemacht wird.

Die vergangenen zehn Ausgaben der Berufs- und Weiterbildungsmesse sind dabei jedes Mal höchst professionell und mit hoher Anerkennung von Besuchenden als auch Ausstellenden anerkannt worden. Es ist mir ein Anliegen hier zu sagen, dass die Berufsbildung auch für mich persönlich ein wichtiger Schwerpunkt meiner Arbeit als Erziehungsdirektor darstellt. Daher liegt mir die weitere Durchführung der Berufs- und Weiterbildungsmesse sehr am Herzen, da diese, wie eben ausgeführt, auf die Stärkung der Stellung der Berufsbildung in unserer Gesellschaft eine wichtige Rolle spielt. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und für Ihre Unterstützung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten und da hat sich für die SVP Joël Thüring zuerst gemeldet.

Joël Thüring (SVP): Die SVP-Fraktion wird dem Antrag der Bildungs- und Kulturkommission folgen. Wir sind auch der Meinung, dass die Bildungs- und Kulturkommission hier eine gute Lösung gefunden hat und nun Ihnen deshalb auch beantragt, die Gelder nur für zwei Jahre zu sprechen in der Höhe von eben insgesamt 500’000 Franken.

Und trotzdem ist es auch für die SVP sehr wichtig, an dieser Stelle noch einmal festzuhalten, dass wir schon der Ansicht sind, dass das Vorgehen bei diesem Geschäft, so wie es auch im Kommissionsbericht steht, nun wirklich nicht geht. Wir ersuchen den Vorsteher des Erziehungsdepartements, in seinem Departement für Ordnung zu sorgen. Es kann nicht sein, dass wir regelmässig Ratschläge oder Ausgabenberichte derart spät erhalten. Wir haben es bei den Lehrstellenberichten im letzten Monat erlebt, wir haben den Lehrstellenbericht des vorvergangenen Jahres erst jetzt behandeln können, derjenige des letzten Jahres dann gemeinsam mit demjenigen, und das finden wir unerklärlich, weil es sich um ein Standard-Geschäft gehandelt hat.

Hier handelt es sich, das hat der Kommissionssprecherin richtig gesagt, zwar nicht um ein Standard-Geschäft, weil das Erziehungsdepartement das Geschäft in dieser Form zum ersten Mal dem Grossen Rat vorlegt, aber wir müssen ja trotzdem festhalten, dass diese Messe schon stattgefunden hat. Das heisst, der Gewerbeverband ist in Vorleistung gegangen und er hat damit auch ein gewisses Risiko auf sich genommen, denn letztlich könnten wir heute Abend Nein sagen dazu. Das heisst, dass der Gewerbeverband Basel-Stadt eine Berufs- und Weiterbildungsmesse durchgeführt hat, ohne dafür Staatsgelder zu erhalten.

Es ist insofern sehr löblich, dass der Gewerbeverband nicht gesagt hat, wir warten den Entscheid des Parlamentes ab, wir gehen quasi in das Risiko, dass uns diese Gelder dann nicht gesprochen werden. Aber das kann es ja nicht sein, meine Damen und Herren, es hätte auch genauso gut eine andere Institution sein können, die nicht bereit gewesen wäre, dieses Risiko einzugehen.

Und das ist für uns auch die Kernbotschaft an die Adresse des Erziehungsdepartements, dass wir schon die Hoffnung haben, dass künftig solche Ratschläge früher in die parlamentarische Beratung kommen können und dann auch die entsprechenden Involvierten, in diesem Fall der Gewerbeverband, dann tatsächlich auch frühzeitig, also bevor eine Veranstaltung durchgeführt wird, über die entsprechenden Mittel verfügen kann oder aber zumindest weiss, dass sie die Mittel bekommen oder eben auch nicht bekommen. Das scheint uns für die Zukunft sehr wichtig zu sein.

Die entsprechenden Ausführungen des Erziehungsdepartements, weshalb dies nun nur so verspätet möglich gewesen ist, erscheinen uns nicht stichhaltig genug, ich möchte das hier wirklich in aller Deutlichkeit noch einmal sagen. Das ist schlicht und ergreifend nicht nachvollziehbar, dass dieser Prozess so lange gedauert hat, insbesondere wenn man auch hört, wann der Gewerbeverband zum ersten Mal die entsprechenden Unterlagen beim Erziehungsdepartement eingereicht hat. Und wenn man dann diese Unterlagen hat und sie prüft, dann muss man als zweite Kritik an an die Adresse des Erziehungsdepartements dann schon festhalten, dass dann die Überprüfung den Unterlagen aus unserer Sicht nur sehr durchschnittlich war, um es einmal etwas freundlich zu formulieren. Die vorberatende Bildungs- und Kulturkommission musste sehr viele Nachfragen stellen. Sie musste sehr viele Dokumente einverlangen und konnte deshalb auch das Geschäft nur verzögert beraten, weil uns zuerst diese Informationen zugestellt werden mussten. Wir erwarten, und da schliessen wir uns auch dem Votum von David Jenny an, dass man auch im Erziehungsdepartement ein bisschen umfangreicher eine vorberatende Kommission auch schriftlich vor der Beratung dokumentiert, um solche Nachfragen und Verzögerungen zu verhindern. Das ist ein Appell an den immer noch neuen Departementsvorsteher, Regierungsrat Mustafa

Atici, der dieses Geschäft ja letztlich auch ein stückweit übernommen hat. Aber wir möchten ihn schon bitten, dass dies nun anders wird. Heute haben Sie die Gelegenheit, ihm die Chance zu geben, das möglichst rasch anders zu machen, wenn wir nun «nur» für 2024 und 2025 die Gelder sprechen. So hat das Erziehungsdepartement nun Zeit, rechtzeitig den Antrag für die Berufsmesse 2026 und 2027 vorzulegen.

Auch die SVP-Fraktion bekennt sich zu dieser Berufs- und Weiterbildungsmesse. Wir bekennen uns auch zur Höhe des Vertrages. Wo wir tatsächlich Potenzial sehen ist bei der Frage dieser Beratung einer nachhaltigen Messe. Da sind wir schon der Ansicht, dass dies eine einmalige Leistung sein sollte, diese Beratung von einer externen Stelle. Wir mussten auch etwas schmunzelnd zur Kenntnis nehmen, dass offensichtlich an der Messe keine Fleischprodukte mehr angeboten worden sind oder nicht angeboten werden konnten, aber der Metzgermeisterverband dann trotzdem noch einen Stand haben konnte. Hier erschliesst sich uns zumindest nicht ganz die Logik dieser beiden doch nicht ganz stimmenden Konzepte und wir würden uns auch wünschen, dass sich vielleicht der Gewerbeverband künftig noch überlegt, wie er solche Messen dann organisiert.

Wir stimmen heute also dem Antrag der BKK zu und bitten aber wirklich den Departementsvorsteher, diese doch jetzt vielleicht auch etwas starke Kritik zu Herzen, aber nicht persönlich zu nehmen und im Erziehungsdepartement dafür zu sorgen, dass dies künftig besser läuft im Austausch mit einer vorberatenden Kommission.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Einige von uns haben ja eine Lehre gemacht und wie Sie wissen, ist der Weg der Berufsbildung oder einer Ausbildung nicht vorhersehbar. So arbeiten einige von uns ja nicht mehr im Beruf, den sie zuerst gelernt haben. Unser duales Bildungssystem bietet viele attraktive Möglichkeiten, eine Karriere zu starten. Aber wem sage ich das? Die meisten hier drin gehen mit mir einig, vermute ich.

Aber wie kommt diese Erkenntnis an die jungen Menschen, die sich für eine Lehre, einen Beruf entscheiden müssen und vor allem, wie kommt das zu ihren Eltern? Als Mutter einer Tochter in dem Alter bin ich positiv überrascht, wie sehr die Berufsbildung und die Möglichkeiten bei den jungen Menschen beworben werden. Trotzdem, es klappt noch nicht. Das Problem ist vielschichtig. Die Bemühungen und das Engagement sind auf verschiedenen Seiten spürbar, beim Gewerbeverband, den KMU, der Handelskammer und dem ED. Ein wichtiger und sinnvoller Anlass ist diese Berufs- und Weiterbildungsmesse, die der Gewerbeverband zweijährlich organisiert. Auch hier sind wir uns ja alle einig gewesen in der BKK und das wurde ja auch im Bericht festgehalten, das ist eine gute Sache.

Viel Einigkeit und doch hat Frau Mazzotti hier vorne noch etwas zu sagen. Für die SP-Fraktion ist es ein sehr positiver Schritt, dass sich der Gewerbeverband für den Grossanlass um Nachhaltigkeit gekümmert hat, auch ohne Auftrag des ED, was ihnen, wie wir gehört haben, auch zum Vorwurf gemacht wird. Ich gehe davon aus, dass der Gewerbeverband das gemacht hat, weil er einerseits die Notwendigkeit sieht und auch seinen Auftrag mit einer Vorbildfunktion sieht. Vielen Dank dafür.

Wenn wir hier drin über Gesetze oder Vorschriften für den Klimaschutz diskutieren, heisst es gerade auch von bürgerlicher Seite, es brauche nicht immer Vorschriften, die Leute sollten dies freiwillig tun. Nun hat sich der Verband, der eine grosse Aussenwirkung hat, dafür entschieden, proaktiv und ohne verpflichtende Aufforderung, die Messe möglichst nachhaltig zu gestalten. Dafür haben sie professionelle Beratung geholt und, meine Damen und Herren, diese Beratung kostet. Von bürgerlicher Seite werden Sie mir jetzt entgegnen, dass der Gewerbeverband dafür Steuergelder beantragt, ohne dass er die Messe hätte nachhaltig machen müssen. Diese Perspektive kann man einnehmen, oder die Perspektive, dass die Steuergelder in Anbetracht des notwendigen Klimaschutzes und der Sensibilisierung dafür kurz- und längerfristig sinnvoll eingesetzt wurden, kurzfristig, weil am Anlass der CO_2-Ausstoss gesenkt wurde, wahrscheinlich auch, weil es kein Fleisch gab, und längerfristig, weil die Teilnehmenden verstehen, dass es möglich ist und dass sie als Veranstalter eine Verantwortung übernehmen und damit auch neue Leitlinien setzen. Ja, warum macht das der Vermieter nicht selber, die MCH Group? Ja, das möchte ich eigentlich auch gerne wissen.

Aber dafür das Bestreben des Gewerbeverbands zu hinterfragen und zu bemängeln, hat nichts damit zu tun, dass die BKK und die Gelder für zwei Jahre bewilligt hat. Das kann ich nachvollziehen. Was aber weniger mit dem Gewerbeverband zu tun hat, er hat ja im Sommer 2023 den Antrag schon gestellt, also anderthalb Jahre vor dem Anlass. Dass wir den Ratschlag erst im November 2024 behandeln, also nachdem die Berufsmesse ja schon stattgefunden hat, ist seltsam und das löst natürlich auch Fragen aus. Der Gewerbeverband wird also sehr bald einen neuen Antrag stellen und ich möchte an dieser Stelle sie als Veranstalter der Berufsmesse weiterhin ermutigen, ihren Beitrag an die Basler Klimaziele zu verfolgen und weiterhin klimaneutrale Massnahmen zu implementieren. Dass der Gewerbeverband auch erneut mit einer professionellen Beratungsfirma zusammenarbeiten wird, unterstützen wir von der SP. Schliesslich muss man eine Auswertung machen und das ganze weiterentwickeln. Vielleicht verkaufen sie ja dann ihr Know-How der MCH Group.

Die Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit und die Werbung wurden noch angesprochen. Das sehe ich etwas anders, denn ich denke, das ist auch eine wichtige PR für die Berufsbildung an sich. Das sehen die Grossmütter, die Onkeln, die Tanten

anderer Freunde, da läuft was, da ist eine Messe und das ist ein unterstützendes Umfeld für die Jugendlichen. Man kann die Berufsbildung nicht genug propagieren und Werbung für sie machen. Dass junge Menschen sich heutzutage für eine sehr vielfältige Pallette der Angebote der Berufsbildung entscheiden, dafür braucht es Aufklärung und Arbeit. Und die Messe ist nur ein Rädchen davon.

Ein anderes unterstützenswertes Programm ist das Talentförderprogramm Unternehmen Campus, ein anderer Ansatz, um die Berufsbildung als mögliche Karriere zu propagieren. Aber das, meine Damen und Herren, ist nur ein Nebeneffekt. Es geht darum, junge talentierte Menschen zu fördern und auch als Führungskräfte auszubilden, und zwar auf Ebene der KMU. Mittelschulen haben ja in der Zusammenarbeit mit Unis und Hochschulen schon eine Begabungs- und Talentförderung und Grossunternehmen haben interne eigene Ressourcen. Bei der Berufsbildung gibt es so etwas bis jetzt nicht Campus Unternehmen ist schweizweit ein einzigartiges Projekt des Gewerbeverbandes und hat sich als effektive Förderplattform etabliert. Auch hier danke ich dem innovativen Geist des Gewerbeverbandes.

Was meine Begeisterung etwas trübt und leider einen schalen Geschmack hinterlässt, sind diese Mietkosten für den Campus-Raum, die zu 100 Prozent im Budget berechnet wurden, aber nur 25 Prozent genutzt werden. Eingereicht hat es der Gewerbeverband, geprüft hat es das ED und das FD, und aufgefallen ist es der Kommission, deren Job es wahrlich nicht ist, Budgets zu überprüfen, allerdings natürlich wie wir wissen, Budgets zu hinterfragen, und da fällt einem so etwas halt auf.

Unsere dringliche Bitte, dass das ED die Berufsbildung ernst nimmt, haben wir in unserem Bericht festgehalten und wir haben von Regierungsrat Mustafa Atici auch gehört, dass ihm das wichtig ist. Ich freue mich, wenn die nächste Beratung der kommenden Anträge des Gewerbeverbands zeitig und korrekt in der Kommission ankommen, was nichts mit dem Gewerbeverband zu tun hat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Béla Bartha.

Béla Bartha (GAB): Ich zitiere: «Die Übertrittsquote von 25 Prozent nach der obligatorischen Schulzeit der Schülerinnen und Schüler in eine berufliche Grundbildung ist gegenüber der Übertrittsquote in Mittelschulen von 49 Prozent im Kanton Basel-Stadt nach wie vor zu gering.» Diese Feststellung findet sich schon mantraartig in jedem Bericht, bei dem es um den Übergang von der obligatorischen Schulzeit in die berufliche Grundbildung geht. Die Weiterbildungsmesse leistet zur Orientierungshilfe für eben diesen Moment einer Schülerberufslaufbahn einen unschätzbaren Wert.

Also auf der einen Seite haben wir das Problem und auf der anderen Seite einen sehr wertvollen Beitrag zu dessen Verbesserung. Aber das scheint bei der Regierung irgendwie nicht angekommen zu sein, denn sie scheint ihre Prioritäten völlig anders zu setzen. Denn nur so wird es verständlich, dass die Regierung es nicht für nötig hält, den rechtzeitig eingegangenen Antrag des Gewerbeverbandes zur Durchführung der Messe auch rechtzeitig zu behandeln und an die Kommission zu überweisen, mit dem Resultat, dass die BKK das Geschäft erst behandeln konnte, nachdem die erste der beiden Messen bereits Geschichte war.

Gerne erinnere ich auch noch an den viel zu spät eingegangenen Lehrstellenbericht. Beide Beispiele zeigen die Dringlichkeit des Problems tiefe Übertrittsquote einfach nicht ernstgenommen wird und nach wie vor scheinbar ignoriert wird. Es ist sehr zu hoffen, dass die neue Leitung diesem Thema mehr Beachtung und Sorgfalt schenkt als die bisherige.

Ein weiterer Ausdruck dieser unsorgfältigen Vorgehensweise war auch die Qualität des Antrags selbst, was weniger dem Antragsteller als der Begleitung durch das ED, welche ungenügend war, anzulasten ist. Hier kann man schon fast von Vernachlässigung der Sorgfaltspflicht sprechen. Hier wurden grosse Beträge einfach durchgewunken, wie eben zum Beispiel die Miete, und nachher. wie wir von Sasha Mazzotti vorher gehört haben, durch die BKK dann korrigiert.

Mit Freude konnte ich aber feststellen, dass sich der Gewerbeverband bei der Durchführung der Messe darum bemüht hat, diese möglichst klimaneutral zu gestalten und dazu das Ökozentrum hinzugezogen hat, um Massnahmen zu entwickeln und zu implementieren, zugegebenermassen zu einem recht gesalzenen Preis, der im Budget genannt ist. Hier stellt sich die Frage, ob es Sinn macht, dass nun jeder Messeorganisator ein eigenes Konzept zur Klimaneutralität erarbeiten muss oder ob es nicht sinnvoller wäre, dass die Profis der Messe Schweiz solche Konzepte erstellen und diese dann den jeweiligen Organisationen zur Verfügung stellen. Nun geht es hier also in die andere Richtung und wir können erwarten, dass die Erkenntnisse aus der Weiterbildungsmesse dann der Messe Schweiz zur Verfügung stehen und so auch andere Messen in der Zukunft davon profitieren werden.

Abschliessend können wir die Kritikpunkte, welche die BKK in ihrem Bericht vorbringt und die ich hier nicht alle wiederholen möchte, ganz und gar unterstützen und begrüssen daher den Antrag der BKK, dass eine Finanzierung lediglich über die Jahre 2024 und 2025 gesprochen wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit hat Regierungsrat Mustafa Atici in der zweiten Runde das Wort. Er verzichtet. Für die BKK spricht aber David Jenny.

David Jenny (FDP): Zur Frage, ob diese Messe wirklich ganz fleischlos war: Also wenn ich richtig verstanden habe, dann durfte der Metzgermeisterverband Fleisch servieren, und dieses Angebot sei auf regen Zuspruch gestossen.

Dann hat Sasha Mazzotti gesagt, es brauche einen neuen Antrag des Gewerbeverbandes. Dies ist aus meiner Sicht unnötig. Der Gewerbeverband hat rechtzeitig für die ganze Periode einen Antrag gestellt. Der ist es einfach in zwei geteilt worden. Ich bitte auch Regierungsrat Mustafa Atici, da nicht wieder ein bürokratisches Fass aufzumachen.

Und ja, die Schnittstellen zu MCH sind wahrscheinlich auch anzuschauen. Aber wir haben ja da nicht direkten Zugriff auf die MCH. Aber in diesem Sinne danke ich Ihnen und danke auch der Regierung, dass sie den Anträgen der BKK folgt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Detailberatung des Grossratsbeschlusses und Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005522, 15.01.25 21:42:01]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Berufs- und Weiterbildungsmesse in Basel-Stadt werden dem Gewerbeverband Basel-Stadt für die Jahre 2024 bis 2025 Ausgaben von insgesamt Fr. 500’000 (Fr. 250’000 p.a.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Bis auf eine Enthaltung haben alle Ja gestimmt. Wir haben 89 Ja-Stimmen.

94. Ausrichtung einer Finanzhilfe für das Talentförderungsprogramm «Unternehmer Campus» des Gewerbeverbands Basel-Stadt in der dualen Ausbildung für die Jahre 2024 bis 2027

[15.01.25 21:42:15, 24.1513.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die BKK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen, wie wir von David Jenny schon gehört haben. Er hat trotzdem noch einmal das Wort, falls er es wünscht.

David Jenny (FDP): Die BKK dankt für die dringliche Traktandierung. Ich kann für die allgemeinen Ausführungen auf das, was ich und die Mitdebattierenden vorher gesagt haben, verweisen. Das Unternehmer Campus ist eine etablierte Förderplattform, die sich wachsender Beliebtheit erfreut. Die Wichtigkeit der dualen Berufsausbildung haben wir auch schon unterstrichen in der vorherigen die Debatte. Die beiden Förderprogramme und des Unternehmer Campus Youngpreneuer und New Leader wurden vom Regierungsrat ausführlich dargestellt und ich will da nichts wiederholen.

Lanciert wurde das Unternehmer Campus 2016, die Kosten werden seitdem je zu einem Drittel von unserem Kanton, vom Gewerbeverband und durch weitere Förder- und Sponsoringbeiträge gedeckt. Dieser Finanzierungsschlüssel wird weiterhin als angemessen von Regierung und Kommission beurteilt.

Wie Sasha Mazzotti vorweggenommen hat, über die hohen eingestellten jährlichen Mietkosten stolperten wir in der Kommissionberatung und wir waren doch etwas erstaunt, dass weder ED noch FD dies hinterfragt haben. Wir haben den Gewerbeverband angehört und der hat dann anschliessend schriftlich mitgeteilt, dass bei der Budgetierung irrtümlicherweise eine hundertprozentige Auslastung des betreffenden Raumes, der zum gesamten Raumprogramm des Gewerbeverbandes gehört, eingestellt wurde. In Wirklichkeit beträgt die Auslastung durch den Unternehmer Campus etwa 25 Prozent. Somit betragen die relevanten Mietkosten per annum nur noch 14’370 Franken. Wir haben daher eine entsprechende Kürzung des Beitrages vorgeschlagen und bitten Sie, einen Staatsbeitrag für vier Jahre von gesamthaft 340’000 Franken zu bewilligen. Das sind meine Ausführungen zu diesem Geschäft.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat spricht Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wir danken der Bildungs- und Kulturkommission auch bei diesem Geschäft für die sorgfältige Arbeit zu den von uns eingereichten Anträge. Mit ihrem Bericht weist die Kommission auf wichtige Schwachstellen in unserem ursprünglichen Budgetantrag hin. Dafür bin ich Ihnen dankbar. Lassen Sie mich in aller Klarheit sagen, dass wir diese Kritik ernstnehmen.

Auch bei diesem Geschäft wollen wir nun zusammen mit dem Gewerbeverband sicherstellen, dass in Zukunft alle Ausgabenpositionen des Talentförderungsprogramms Unternehmer Campus korrekt und für alle nachvollziehbar sind. Diese sollen in den nächsten Anträgen dann auch entsprechend dargestellt werden.

Wichtig ist es auch hier, der Unternehmer Campus des Gewerbeverbands Basel-Stadt hat sich als beliebte Förderplattform etabliert. Er findet sowohl bei Betrieben als auch bei Lernenden Anklang. Die Programme Campus während der Lehre und Campus nach der Ausbildung schulen ehrgeizige und talentierte Berufsleute. Dabei stehen ihre Sozial- und Selbstkompetenzen sowie unternehmerische Themen im Fokus. Diese Schulungen fördern den Unternehmergeist und stärken die Persönlichkeit. Zudem eröffnen sie neue Karrieremöglichkeiten.

Seit Januar 2016 haben über 190 Talente aus der Region das Programm erfolgreich abgeschlossen. Auch diese Plattform stellt ein wichtiges Instrument dar, um die Berufsbildung in unserem Kanton zu stärken und weiter bekannt zu machen. Wir werden weiterhin jede Möglichkeit, die zu einer Stärkung der Berufsbildung führt, mit aller Kraft unterstützen. Ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit und für Ihre Unterstützung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir haben ja auch schon Voten zu diesem Thema gehört.

Regierungsrat Mustafa Atici und David Jenny verzichten auf die Wortmeldung in der zweiten Runde. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Wir kommen zur Detailberatung und Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005524, 15.01.25 21:48:29]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für das Talentförderungsprogramm in der dualen Ausbildung «Unternehmer Campus» werden dem Gewerbeverband Basel-Stadt für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 340‘000 (Fr. 85‘000 p.a.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie stimmen dem Grossratsbeschluss mit 89 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und einer Enthaltung zu.

18. Zehnter Bericht über die Leistungs-, Kosten- und Prämienentwicklung sowie die Massnahmen zur Dämpfung der Höhe der Gesundheitskosten gemäss § 67 Abs. 2 des Gesundheitsgesetzes, Bericht der GSK

[15.01.25 21:48:46, 24.1595.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die GSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidenten Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Die GSK stellt Ihnen den 10. Bericht über die Leistungs-, Kosten- und Prämienentwicklung sowie die Massnahmen zur Dämpfung der Höhe der Gesundheitskosten gemäss Paragraph 67 vor und bitte Sie, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Seit 2015 erscheint der jährliche Bericht des Regierungsrates zu den Gesundheitskosten und erfüllt damit einen gesetzlichen Auftrag. Der 50-seitige Bericht liefert einen wichtigen Überblick über die entscheidenden Finanzströme, welche einen direkten Einfluss auf die Krankenkassenprämien haben. Dabei handelt es sich wesentlich um die Kosten für die Abgeltung der Pflichtleistungen nach obligatorischer Krankenpflegeversicherung nach KVG. Der Bericht des Regierungsrats vom 13. November fokussiert weitgehend auf das Jahr 2023. Die Bedingungen und die Datengrundlage haben sich gegenüber den Vorjahren kaum verändert. Weil die Bereitstellung der Daten für das Vorjahr jeweils sehr spät erfolgt, erscheint der Bericht zu den Daten der Gesundheitskosten vom Vorjahr jeweils erst gegen Ende Jahr. Dafür können die aktuellen Entwicklungen sowie die im Herbst kommunizierten Prämien für das nun aktuelle Jahr in die Berichterstattung mit einfliessen.

Auch wenn es so scheint, dass all die Kostendämpfungsmassnahmen aufgrund von Widerstand diverser Interessenverbänden oder Anpassungsleistungen der Leistungserbringer sich in Luft auflösen und kaum Wirkung erzeugen, sind staatliche Regulierung und Prüfung wichtig und notwendig. Die jährliche Berichterstattung über die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen liefert deshalb eine wichtige Diskussionsgrundlage und eine sehr gute Übersicht hinsichtlich der Kostenentwicklung, um lenkende Massnahmen überhaupt zu entwickeln.

Im Gegensatz zu früheren Jahren hat sich die GSK für das Jahr 2023 keine vertiefte Analyse zu einem Einzelbereich gewünscht. Die GSK hat das Geschäft in 2 Sitzungen behandelt, wie in den Jahren zuvor haben an der Vorstellung des Berichts der Departementsvorsteher, die Leiterin des Bereichs Gesundheitsversorgung und der Leiter Abteilung Finanzen und Dienste teilgenommen. Ich danke dem Gesundheitsdepartement im Namen der GSK für die detaillierte Zusammenstellung und die fachkundigen Erläuterungen zu den verschiedenen Punkten, Teilbereichen und Fragen aus der Kommission.

Ich werde mich eher kurz halten und mich bei der Berichterstattung auf die Schwerpunkte im Kommissionsbericht beschränken. Für die detaillierten Ausführungen verweise ich auf den umfassenden Bericht des Regierungsrats. Es ist aber erkennbar, dass sich die Ausgaben für die Gesundheitsversorgung nach den Pandemiejahren wieder ein wenig stabilisiert haben. Seit dem 1. Januar 2024 sind einige Massnahmen aus dem ersten Kostendämpfungspakets des Bundes in Kraft getreten. Es handelt sich dabei um Massnahmen in Bereichen der Tarife, der Rechnungsstellung, Pilotprojekte, preisgünstige Arzneimittel sowie der Kostenüberwachung. Zudem wurde am 24. November von der schweizerischen Stimmbevölkerung die einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen EFAS angenommen. Es wird sich erst in ein paar Jahren zeigen, welche Wirkung die neue Finanzierungsweise auf die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen erzielen wird. Ein weiteres Kostendämpfungspaket ist in Verhandlungen mit dem Ziel, die Versorgung stärker zu koordinieren.

Erfreulich ist, dass sich das eher schwerfällige elektronische Patientendossier ein wenig in Bewegung gesetzt hat. Am 16. Oktober des letzten Jahres, vielleicht erinnern Sie sich noch, haben wir hier im Grossen Rat die finanziellen Mittel für die Übergangsfinanzierung beschlossen, mit dem Ziel, EPD-Eröffnungen zu fördern.

Nun zur Entwicklung der OKP: In den letzten 10 Jahren haben sich die Pro-Kopf-Bruttoleistungen in unserem Kanton mit durchschnittlich 1,9 Prozent pro Jahr oder insgesamt bei plus 20,6 Prozent moderater entwickelt als im gesamtschweizerischen Durchschnitt, dort betrug das Wachstum knapp 30 Prozent. Dies ist positiv zu bewerten, jedoch unter dem Aspekt, dass unsere Kosten bereits auf einem hohen Niveau sind. Auch im Bericht 2023 war das Wachstum unterdurchschnittlich, 3,6 gegenüber 4,6 Prozent beim schweizerischen Durchschnitt, gegenüber dem Jahr 2022 hat das Wachstum aber wieder deutlich zugelegt. In absoluten Zahlen weist Basel-Stadt mit 5'509 Franken pro Person und Jahr die dritthöchsten OKP-Ausgaben aus.

Nach Kostengruppe aufgeteilt, sind die Ausgaben mehrheitlich mit dem schweizerischen Durchschnitt vergleichbar. Einzig bei der spitalambulanten Behandlung und der Spitex liegen wir darunter. Im spitalambulanten Bereich kam es nach zwei Jahren kontinuierlichen Wachstums im Jahr 2023 zu einer Abnahme. Dafür stieg der stationäre Bereich wieder an. Schauen wir aber auf die letzten fünf Jahre zurück, liegt das ambulante Wachstum höher als das stationäre, was dem gewünschten Behandlungsansatz «ambulant vor stationär» entspricht.

Seit mehreren Jahren entwickeln sich die Spitex-Kosten unterdurchschnittlich. Seit 2019 beträgt das Wachstum bei uns 1,4 Prozent pro Jahr, was deutlich unter dem schweizerischen Mittel von 5,3 Prozent liegt. Weshalb dies so ist, kann das Departement nicht abschliessend begründen und erscheint der GSK rätselhaft. Deswegen wünscht sich die GSK für die Berichterstattung 2024 eine vertiefende Betrachtung zu den Spitex-Diensten.

Ein starker Anstieg von 5 auf 14 Prozent wurde im 2023 in der Kategorie Rest verzeichnet. Darunter fallen Physiotherapie, Laboranalysen, ergo-, chiro- und logopädische Leistungen, Geburtshilfe und Komplementärmedizin. Der Sprung war aber gesamtschweizerisch zu verzeichnen und geht insbesondere auf die selbstständige Abrechnungsmöglichkeit von psychologischen Psychotherapien zurück. Diese sind neu in dieser Kategorie verortet.

Noch kurz zu den Prämien: Wie schon 2024 steigen die Prämien schweizweit auch im 2025 stark an. Die Erhöhung liegt bei durchschnittlich 6 Prozent. Erneut weist Basel-Stadt den geringsten Prämienzuwachs auf, dieser liegt bei 1,5 Prozent und somit vier mal tiefer. Aufgrund der langjährigen unterdurchschnittlichen Kostenentwicklung hat sich der Abstand zum schweizerischen Prämiendurchschnitt verringert. Dieser ist in den letzten Jahren von 132 Prozent auf 120,5 Prozent gesunken. So hat Basel-Stadt nur noch die drittteuerste Prämie nach Genf und Tessin. Die finanzielle Belastung durch die Krankenkassenprämien pro Kopf oder auch pro Familie ist aber weiterhin sehr hoch und belastet das monatliche Budget weiterhin sehr stark.

Dann wurden noch drei weitere Themen beleuchtet: Die Einführung von EFAS wird einen nicht zu unterschätzenden administrativen Mehraufwand mit sich bringen. Der Systemwechsel hat zur Folge, dass die Abrechnung der stationären Leistungen nicht mehr zuerst an den Kanton gehen, sondern an die Versicherungen. Die Steuerung bei der Verrechnung ist somit erschwert. Zudem sind während der Umstellung bis 2032 die Kostenteile zu justieren und der staatliche Mindestkostenanteil zu sichern. Dazu müssen anforderungsreiche Prognosen erstellt und allenfalls mittels höheren Kantonsbeiträgen stabilisierend auf die Prämienentwicklung eingewirkt werden. Zurzeit ist vieles noch zu wenig bekannt. Der Kanton erwartet insgesamt jedoch eine finanzielle Entlastung.

Zudem plant der Kanton mit verschiedenen Parten weitere Präventionsprogramme. Ein Schwerpunkt liegt auf der Vernetzung und der Öffentlichkeitsarbeit, wie beispielsweise die Informationskampagne «Mein Kind ist krank», mit der die übereilte Inanspruchnahme von Spitalleistungen oder des Notfall reduziert werden soll. Eine Auswertung liegt aber noch nicht vor.

Die Bewilligungen zur ärztlichen Berufsausübung im Jahr 2023 haben sowohl in der Grundversorgung als auch bei den Spezialisten erneut zugenommen. Jedoch bestehen weiterhin grosse Bedenken, ob angesichts der zu erwarten Pensionierungswelle die Grundversorgung in den nächsten Jahren noch gewährleistet werden kann. Ein Teil der Zunahme der Bewilligung ist auch einer Gesetzesänderung geschuldet, bei der in ambulanten Einrichtungen und im Spital die Bewilligungspflicht ausgeweitet wurde. Zudem spielt auch der Trend zur Teilzeitarbeit mit hinein. Mehr Bewilligungen sind nicht automatisch mehr Stellenprozente. Mit der kommenden Zulassungssteuerung sollten die Zahlen zu den regulierten Fachgebieten aber klar werden.

Ich bedanke mich nochmals im Namen der GSK beim Gesundheitsdepartement für den spannenden Einblick in den Rahmen der Berichterstattung zu den Gesundheitskosten. Die GSK beantragt einstimmig dem Grossen Rat, den vorliegenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen und zu akzeptieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat spricht Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Der Grosse Rat hat dem Regierungsrat im Dezember 2014 den Auftrag zur Erstellung eines jährlichen Berichts über die Leistungskosten und Prämienentwicklung sowie zu unseren Massnahmen zur Dämpfung der Gesundheitskosten erteilt. Mit dem vorliegenden Bericht kommen wir diesem Auftrag zum zehnten Mal nach und ich

danke dem Präsidenten der GSK für die Begleitung und Diskussion in der Kommission und auch dafür, dass er die wesentlichen Zahlen Ihnen bereits referiert hat.

Die dominanten Entwicklungen im Gesundheitswesen sind unverändert. Die demografische Entwicklung mit dem wachsenden Anteil Älterer respektive Betagter und die technologische Erweiterung der medizinischen Behandlungsmöglichkeiten. Das sind im Kern, und ich glaube es ist wichtig, das festzuhalten, positive Entwicklungen, von denen viele unter uns profitieren. Gleichzeitig aber natürlich belastet uns der Preis des Fortschritts finanziell.

Es ist mir wichtig, das in einem etwas weiteren zeitlichen Kontext zu sehen. Zwischen 2013 und 2023 sind die Bruttokosten in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung in Basel-Stadt pro Kopf um rund 20 Prozent gestiegen. Das sind im Durchschnitt 1,9 Prozent pro Jahr. Und wenn wir jetzt schauen, was das Bruttoinlandprodukt gemacht hat in dieser Zeit, das wir für Basel-Stadt auch berechnen können, dann ist das stärker gewachsen, um 2,5 Prozent pro Jahr im Durchschnitt. Man kann also durchaus sagen, dass sich die Gesundheitskosten kongruent zur Gesamtwirtschaft und zur Gesellschaft entwickeln.

Der Blick über die letzten zehn Jahre zeigt denn auch, dass sich die Gesundheitskosten in Basel-Stadt moderater als im schweizweiten Durchschnitt entwickelt haben. Der Kommissionspräsident hat Ihnen das geschildert, sowohl die Kosten pro Kopf als auch die Prämien haben sich eben moderater entwickelt als im gesamtschweizerischen Durchschnitt. Wir sehen das besonders deutlich jetzt in der Prämienrunde 2024/25, wo wir für die mittlere Prämie im Durchschnitt 1,5 Prozent Erhöhung hatten für Basel-Stadt und schweizweit 6 Prozent. Das dürfen wir nicht für bare Münze nehmen, das wird nicht auf Dauer so auseinander liegen, aber es ist doch ein Indikator dafür, dass wir eine etwas mildere Entwicklung, wenn auch auf hohem Niveau, hatten und haben.

Natürlich bleibt die Kostenentwicklung dennoch eine gesundheitspolitische Hauptsorge und wir arbeiten deshalb zusammen mit dem Nachbarkanton Basel-Landschaft weiterhin intensiv an einer Angebotsplanung und an einer Angebotssteuerung, die eine bedarfsgerechte Versorgung garantiert und kostentreibende oder unnötige Strukturen vermeidet.

Als zweite grosse Herausforderung sehen wir die finanzielle Situation unserer Versorgungseinrichtungen. Diese werden durch weiterhin steigende Personalkosten aufgrund des Fachkräftemangels auch künftig unter Druck bleiben. Neben den Häusern selber, die für ihre betriebliche Effizienz verantwortlich sind, sind hier auch die Tarifpartner angesprochen. Es ist zu verhindern, dass die Leistungserbringer in eine Abwärtsspirale geraten. Dies würde zu Lasten der Qualität und auch der notwendigen Investitionen gehen. Insofern ist auch das verstärkte Engagement der öffentlichen Hand von grosser Bedeutung, sei dies im Bereich der Pflegeausbildung oder auch mit Blick auf die gemeinwirtschaftlichen Leistungen, die wir Ihnen im Verlauf dieses Jahres dann auch wieder zur Genehmigung vorlegen werden.

Ich möchte Ihnen danken für Ihre Aufmerksamkeit und möchte Sie bitten, unseren Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die SP ist Christine Keller.

Christine Keller (SP): Ich möchte diese Nachtsitzung zwar nicht unnötig verlängern, aber Regierungsrat Lukas Engelberger hat jetzt gerade sehr zutreffend gesagt, die Entwicklung der Gesundheitskosten und damit insbesondere für unser eigenes Portemonnaie sei schmerzlich spürbar. Die Entwicklung der Prämien ist halt eine Hauptsorge und das ist die einzige Möglichkeit, über die wir uns unterhalten können aufgrund des gesetzlichen Auftrages, den wir dem Gesundheitsdepartement erteilt haben. Wie entwickeln sich diese Kosten und welchen Erfolg haben die Bemühungen des Departements, diese Kosten zu dämpfen und deshalb finden wir es doch angebracht, ganz wenige Worte dazu zu verlieren.

Sehr vieles wurde aber jetzt schon gesagt. Auch uns ist der vergleichsweise tiefe Anstieg der Spitexleistungen aufgefallen. Wie das möglich ist, konnte der Kommission auch nicht schlüssig erklärt werden. Auf der anderen Seite haben wir immer noch eine deutliche Zunahme der OKP-Bruttoleistungen, möglicherweise aufgrund von Verschiebungen erklärbar. Sind wir da noch richtig unterwegs auf unserem Weg «ambulant vor stationär». Ich bin der Kommission dankbar, dass sie diese Frage vertieft abklären lassen möchte und amThema dran bleibt beim nächsten Bericht.

Und dann noch eine letzte Bemerkung. Es wurde auch gesagt, die Umstellung zu EFAS, wie wir schweizweit nun beschlossen haben, führe zu administrativen Mehrbelastungen und kann eben halt auch zu Prämienschwankungen und Anstiegen führen. Es ist positiv zu erwähnen, wenn im Bericht der Kommission steht, dass hier auch seitens der Regierung avisiert wird, dass man allenfalls diese dämpfen muss mit höheren Kantonsbeiträgen als minimal und als gesetzlich vorgeschrieben. Da müssen wir wirklich wachsam sein.

Somit möchte ich für diesen Bericht und die damit verbundene Arbeit von Regierung und Departement im Namen meiner Fraktion danken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Regierungsrat Lukas Engelberger hat noch in der zweiten Runde das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich danke Christine Keller, dass sie sich die Zeit genommen hat, auch zu später Stunde, in diese Diskussion einzusteigen und ich möchte kurz etwas sagen zum Thema Spitex, das zwei Mal angesprochen wurde. Ich glaube, wir sehen an der Entwicklung der Spitex-Kosten genau so auch wie bei den Pflegeheimkosten, wenn wir den Vergleich machen zwischen der Entwicklung Basel-Stadt und der Entwicklung schweizweit, dass wir eine flachere Entwicklung haben, und ich glaube, die naheliegende Erklärung ist, dass die übrige Schweiz in einem stärkeren demografischen Schub ist als unser Kanton. Wir sind ja jetzt der Kanton mit der mit der proportional grössten Gruppe der Hundertjährigen, also der Hochbetagten. Das zeigt an, dass im urbanen Umfeld dieser Alterungsschub durch die Gesellschaft früher erfolgte als in den übrigen Gebieten der Schweiz und ich meine darin ist vermutungsweise eine Erklärung zu sehen, dass wir entsprechend jetzt in diesen Bereichen, die natürlich kostenintensiv sind, auch eine flachere Entwicklung machen. Aber wir nehmen das natürlich gerne mit dann auch für den nächsten Bericht, wo wir das fundierter abklären können als ich jetzt hier in der Nachtsitzung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Sprecher der GSK verzichtet auf ein zweites Votum. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Wir kommen zur Detailberatung und zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

ja heisst Zustimmung zum Grossratsbeschlusskenntnisnahme. Nein heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005526, 15.01.25 22:06:38]*

Der Grosse Rat beschliesst

Kenntnisnahme des Berichts.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben einstimmig Kenntnis genommen mit 86 Ja-Stimmen.

19. Petition P480 "Verlegung der Haltestelle Linie 15 am Tellplatz rückgängig machen", Bericht der PetKo

[15.01.25 22:06:50, 24.5327.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Das Wort geht an den Präsidenten der Petitionskommission Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich zur Petition P 480 «Verlegung der Haltestelle Linie 15 am Tellplatz rückgängig machen» wie folgt.

Zum Anliegen der Petentschaft: Die Petentschaft kritisiert die Verlegung der Tramhaltestelle Tellplatz der Linie 15 Richtung Bruderholz. Seit Dezember 2023 befinden sich diese nicht mehr in der Bruderholzstrasse, sondern in der Güterstrasse vor dem Gundeli-Casino, wie die Haltestelle der Linie 16 Richtung Schifflände. Die Haltestelle der Linie 16 Richtung Bruderholz bleibt unverändert in der Güterstrasse vor dem Tellplatz. Passagiere, die von der Linie 16 auf die Linie 15 umsteigen, müssen nun die Güterstrasse überqueren und den Tellplatz passieren, während sie zuvor ohne Strassenquerung von der Güterstrasse in die Bruderholzstrasse wechseln konnten.

Laut Petentschaft nutzen vor allem Fahrgäste mit Ziel Westplateau Bruderholz diesen Umstieg. Der neue Weg sei nicht nur länger, sondern auch unsicherer, da die stark befahrene Güterstrasse überquert werden muss. Die Unzufriedenheit über die Verlegung sei gross und die Petition zur Rückverlegung der Haltestelle in die Bruderholzstrasse, wo sie seit 1910 bestand, fand im Quartier breite Unterstützung. Hauptgrund für die Petition ist die Verkehrssicherheit. Viele Fahrgäste überqueren den Tellplatz direkt, um Anschlüsse nicht zu verpassen. Angesichts des Verkehrsaufkommens auf dem Platz, das Autos, Fahrräder und Motorräder umfasst, wird ein Unfall als wahrscheinlich angesehen. Die Petentschaft vermutet, dass die Verlegung der Haltestelle mit dem Behindertengleichstellungsgesetz zusammenhängt. Sie betont jedoch, dass die Verschiebung der Haltestelle der Linie 5 sind angesichts des Widerstandes gegen andere Änderungen der Tramlinie 15 und 16 auf dem Bruderholz nicht prioritär gewesen sei.

Als Alternative schlägt die Petentschaft vor, die Haltestilstelle der Linie 16 in Richtung Bruderholz auf die andere Seite des Tellplatzes zu verlegen. So lägen die Haltestellen der Linien 15 und 16 näher beieinander und Umsteigende müssen nur noch die Strasse überqueren. Eine genaue Zahl der Umsteigenden konnte die Pententschaft nicht angeben, betonte aber, dass der Andrang hoch sei und regelmässig Menschen beobachtet würden, die den Platz eilig und auf direktem Weg überqueren, um die Anschlüsse zu erreichen.

Zur Stellungnahme der Verwaltung: Die Verlegung der Haltestelle Tellplatz der Linie 15 in die Güterstrasse wurde damit begründet, dass der Ausstieg in der Bruderholzstrasse direkt auf die Fahrbahn erfolgt und der Höhenunterschied der Einsatz der Klapperrampe verhindert hat, was die Nutzung für Rollstuhlfahrer unmöglich macht. Seit dem 1. Januar 2024 müssen laut Behindertengleichstellungsgesetz alle Haltestellen autonom zugänglich sein. Wo dies nicht möglich ist, muss der Kanton einen Rollstuhl-Taxidienst anbieten, der jedoch hohe Kosten verursacht. Um dies zu vermeiden, wurde die Haltestelle in die Güterstrasse verlegt. In der Bruderholzstrasse wäre die Errichtung einer behindertenkonform Haltekante wegen der Lage von Garageeinfahrten und einem Polizeiposten nicht umsetzbar gewesen. Alternative Lösungen wie eine Kistenhaltekante waren aufgrund der verteilten Garageneinfahrten ebenfalls nicht realisierbar.

Auch die Haltestellen in der Güterstrasse sind derzeit nicht vollständig niveaugleich, aber die Klapprampe kann genutzt werden. Geplant ist im Rahmen eines noch zu beschliessenden Projekts, alle Haltestellen am Tellplatz vollständig barrierefrei zu gestalten. Dabei sollen die Haltestellen vor den Knotenpunkt verlegt werden, um die Trams zum Pulkführer zu machen. Die Haltestelle der Linie 15 Richtung Bruderholz bleibt in der Bruderholzstrasse, während die Linie 16 Richtung Tellplatz weiterhin in der Güterstrasse hält. Ein alternativer Standort für die Linie 16 vis-à-vis des Gundeli Casinos wurde geprüft, aber wegen Platzmangels für eine 27 cm hohe Haltekante und der Notwendigkeit, den Baumgartenweg anzubinden, verworfen. Zudem widerspricht dieser Standort dem Prinzip, Haltestellen vor Knotenpunkten zu platzieren.

Die BVB haben Massnahmen ergriffen, um die Umstiege zwischen den Linien 15 und 16 am Tellplatz zu gewährleisten. Nach 20 Uhr gibt es eine Anschlusssicherung, bei der Wagenführer bei Verspätungen angewiesen werden, auf umsteigende Fahrgäste zu warten. Dadurch soll sichergestellt werden, dass Anschlusszüge beziehungsweise -trams trotz Verzögerungen erreichbar bleiben.

Ich komme zu den Erwägungen der Petitionskommission: Die Petitionskommission stellt fest, dass sich am ehemaligen Standort der Haltestelle Tellplatz der Tramlinie 15 mit Fahrtrichtung Bruderholz, keine dem Behindertengleichstellungsgesetz gerecht werdende Haltekante realisieren lässt. Da der Kanton bei Aufrechterhaltung der Haltestelle ab Beginn des Jahres 2024 einen Ersatz-Rollstuhl-Taxidienst hätte anbieten und finanzieren müssen, kann sie die Verschiebung aus der Bruderholzstrasse in die Güterstrasse vor das Gundeli Casino nachvollziehen. Auch dort kann zwar noch nicht niveaugleich in das Tram eingestiegen oder ausgestiegen werden, die Höhenunterschiede zwischen Tram und Haltekante sind aber geringer, weshalb der Einsatz der Klapprampe möglich ist. Das Argument der Petentschaft, beim Umsteigen der Linie 16 auf die Linie 15 sei die Gehdistanz grösser geworden, lässt sich nicht entkräften. Dass jedoch die Verlegung der Haltestelle wie im Petitionstext ausgeführt vor allem für Personen mit Mobilitätseinschränkungen, Betagte und Personen mit Kinderwagen zu einem mühseligen Umsteigeprozess führe, ist für die Petitionskommission nicht nachvollziehbar. Gerade für diese Personengruppe war die bisherige Haltestelle zum Ein- und Aussteigen vom Tram direkt auf die Strasse sehr herausfordernd. Im Rahmen der Erneuerung der Güterstrasse sollen zudem alle Haltekanten, wie bereits erwähnt, am Tellplatz erhöht und niveaugleicher Ein- und Ausstieg ermöglicht werden.

Wenig glaubwürdig ist für die Petitionskommission auch die Aussage der Petentschaft, die Passagiere würden den Tellplatz im Eilschritt und ohne sich auf den Verkehr zu konzentrieren diagonal überqueren, um das Tram der Linie 15 zu erreichen. Die Fussgängerinnen und Fussgänger haben auf der gesamten Strecke zwischen den beiden Haltestellen, sowohl auf dem Fussgängerstreifen über die Güterstrasse wie danach bei der Trottoirüberfahrt beim Tellplatz Vortritt gegenüber dem Strassenverkehr. Die Petitionskommission weist weiter darauf hin, dass aus der Innenstadt umsteigefrei mit der Linie 15 auf das Westplateau des Bruderholz gefahren werden kann. Gemäss Onlinefahrplan der BVB beträgt die Fahrzeit zwischen dem Barfüsserplatz und dem Tellplatz auf der Linie 16 neun Minuten. auf der Linie 15 neun beziehungsweise zehn Minuten. Für die Petitionskommission sind die von der Vertretung der Verwaltung genannten Gründe für die Verschiebung der Haltestelle der Linie 15 sind aus der Bruderholzstrasse in die Güterstrasse überzeugend und schlüssig. Da aus ihrer Sicht weder Handlungsbedarf noch weiterer Abklärungsbedarf besteht, beantragt sie dem Grossen Rat, die Petition als erledigt zu erklären.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die FDP spricht Erich Bucher.

Erich Bucher (FDP): Die FDP-Fraktion bittet Sie, diese Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen. Vor bald einem halben Jahr wurde die Haltestelle des Richtung Bruderholz fahrenden Trams der Linie 15 an der Haltestelle Tellplatz verlegt. Der Tellplatz ist die wichtigste Umsteigestation der Linie 16 auf die Linie 15 ins Bruderholz. Die Verlegung der Haltestelle hat zur Folge, dass die Anschlüsse nicht mehr vollständig gewährleistet werden und sind, entgegen dem, was die BVB sagt. Umsteigende Passagiere müssen neu die viel befahrene Güterstrasse und die Bruderholzstrasse überqueren, um an die neue Haltestelle zu gelangen. Dies ist, wie Beobachtungen vor Ort zeigen, gefährlich, da die Passagiere, um das allenfalls wartende Tram der Linie 15 noch zu erreichen, den Tellplatz im Eilschritt überqueren müssen und dabei kaum auf den Verkehr achten. Es ist eine Frage der Zeit, bis es da zu einem Unfall kommt.

Die Verlegung der Haltestelle führt zudem dazu, dass der Umsteigeprozess vor allem für Personen mit Mobilitätseinschränkungen, Betagte und Personen mit Kinderwagen viel mühsamer ist als die vorherige Lösung. Weiter wird beobachtet, dass das Tram 15 sehr oft vor allem in der Nacht die Situation nutzt, um den Tellplatz zu queren, wenn der sechzehner Tram an der Haltestelle steht, mit dem Effekt, dass die Umsteigenden, die über die beiden Strassen rennen, den Fünfzehner verpassen und während dem Tag 7 und in der Nacht 15 Minuten am Tellplatz auf den nächsten warten müssen. Und dies soll echter Service Public sein!

Mit der von vielen Quartierbewohnern unterzeichneten Petition fordert die FDP deshalb, dass die Verlegung der Haltestelle rückgängig gemacht wird. Alternativ hätte man auch die Verlegung an die Haltestelle der Linie 16 machen können, was aber offensichtlich die Verwaltung auch ablehnt. Die Petitionskommission hat zwar die Petentschaft Ende Oktober angehört, aber auf eine Begehung vor Ort würde verzichtet. Dies ist bemerkenswert. Wermutlich wegen fehlender Ortskenntnisse kommt die Kommission zu ihrem Bericht zum Schluss. nicht auf das Quartierbegehren einzutreten und es ohne weitere Massnahmen abzuschreiben.

Die Petenten und die FDP hoffen, dass der Grosse Rat heute diesen Entscheid korrigiert, damit der Tellplatz nicht zu einem Unfallschwerpunkt wird. Die Einwohner des Bruderholzquartiers goutieren die Rolle der PetKo überhaupt nicht, werden doch nahezu alle Petitionen an den Regierungsrat überwiesen, ausser denjenigen aus dem Bruderholz. Man könnte meinen, dass der Grosse Rat aber auch die Verwaltung dies mit Absicht machen. Es ist nicht das erste Mal, dass eine Petition aus dem Bruderholz entweder nicht bearbeitet wird, wie die UVEK das gemacht hat, oder eben von der Petitionskommission abgeschrieben wird, unabhängig davon, ob es 100, 500, 700 oder 1’500 Unterschriften gibt.

Aber ehrlich gesagt, meine Damen und Herren, ich weiss nicht, ob ich mit einer Abschreibung heute nicht sogar noch grössere Freude habe als mit einer Überweisung. Die letzten beiden nicht behandelten Petitionen betrafen auch den öffentlichen Verkehr, nämlich die Haltestelleaufhebungen respektive Haltestellenverschiebung auf dem Bruderholz. Sie mögen sich erinnern. Gegen die Pläne, welche auch der Grosse Rat abgesegnet hat, ist die Quartierbevölkerung ans Bundesverwaltungsgericht gelangt. Zur Überraschung vieler hat das Bundesverwaltungsgericht die Klage angenommen und wird sie beurteilen. Einer der Gründe, warum es das entgegengenommen hat, ist der Paragraf 55 Mitwirkung der Bevölkerung in unserer Kantonsverfassung. Verwaltung und Parlament haben die Quartierbevölkerung weder in den Planungsprozess mit einbezogen noch hat das Parlament die Anliegen der Bevölkerung aufgenommen.

Liebe Mitglieder des Grossen Rats, Sie haben heute ein echtes Dilemma. Entweder überweisen Sie die Petition heute und korrigieren den Fehler am Tellplatz oder Sie unterstützen die Argumentation des Quartiers im Bundesverwaltungsgericht, dass wir laufend mit unseren Anliegen übergangen werden. Sie haben es jetzt in der Hand, das zu korrigieren. Wir von der FDP haben uns entschieden, Ihnen zu empfehlen, die Petition an die Regierung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Der Präsident der Petitionskommission verzichtet auf ein zweites Votum.

Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Erich Bucher beantragt, sie an den Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst erledigt gemäss Antrag Petko, NEIN heisst an den Regierungsrat zur Stellungnahme.

Ergebnis der Abstimmung

69 Ja, 12 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005528, 15.01.25 22:20:45]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition als erledigt erklären.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 69 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen bedeuten, dass die Petition erledigt ist.

20. Petition P481 "Für eine verbindliche und freie Mit-Nutzung der "Old Boys-Matte" in Basel durch Kinder und Jugendliche", Bericht der PetKo

[15.01.25 22:20:59, 24.5352.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen. Das Wort geht an deren Präsidenten Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich zur Petition P481 «Für eine verbindliche und freie Mit-Nutzung der "Old Boys-Matte" in Basel durch Kinder und Jugendliche».

Zum Anliegen: Die Petentschaft verlangt, dass die Spielfelder der Sportanlage Schützenmatte für Nichtvereinsmitglieder, insbesondere Kinder und Jugendliche, zugänglich gemacht werde. Nach Ansicht der Patent-Schaft wird die Nutzung durch mehrere Faktoren Erschwert. Die Plätze sind häufig durch Vereine, Training oder Spiele belegt, abgesperrt ohne Tore oder schlecht beleuchtet. Insbesondere in der kalten Jahreszeit seien die Naturrasenplätze oft nicht bespielbar und die Tore des D-Platzes verschlossen. Für kleinere Spiele ist ein komplettes Spielfeld nicht notwendig, aber Tore sind unverzichtbar. Diese sind derzeit nur auf dem Kunstrasenplatz und dem Hartplatz vorhanden.

Die Petentschaft schlägt vor, die Zugänglichkeit verschiedener Plätze und des Tennenplatzes durch eine Verkürzung der Sperrzeiten und die Bereitstellung von Toren zu verbessern. Ein weiteren Kunstrasenplatz könne die Nutzungsmöglichkeit erhöhen und den Pflegeaufwand verringern. Eine App zur Übersicht über die freien Plätze wäre hilfreich, da es immer schwieriger wird, einen freien Platz zu finden. Alternativen wie der Buschweilerhof oder Sankt Jakob erfordern Anfahrtszeiten und bieten keine Garantie auf freie Plätze. Gerade für Kinder und Jugendliche und deren Eltern sei ein wohnnahes Angebot wichtig. Freies Fussballspielen wird als sinnvolle niederschwellige Freizeitbeschäftigung gesehen, die ohne Eintritt zugänglich sei.

Zur Stellungnahme der Verwaltung. Die Vertretung des Erziehungsdepartements bezeichnete Rückmeldungen aus der Bevölkerung als hilfreich, um das Sportangebot zu verbessern. Sport werde als zentral für Gesundheit, Integration und sozialen Zusammenhalt angesehen und der Kanton fördert sportliche Aktivität. Aufgrund der begrenzten Fläche ist der Nutzungsdruck auf die Sportanlagen jedoch hoch. Das kantonale Sportkonzept 2019 priorisierte den organisierten Sport, da die Vereine Planungssicherheiten für Trainings- und Wettkämpfe benötigen. Dennoch sollten die Sportanlagen auch für den unorganisierten Sport geöffnet werden.

Dies wird begrüsst, führt aber zu Konflikten. Für den ungebundenen Sport wurden in den letzten Jahren neue Angebote wie Streetworkanlagen, Box-up-Station, Pumptracks und eine Bike Washing Station geschaffen. Eigene Rasenflächen für den ungebundenen Sport fehlen aufgrund der beschränkten Platzverhältnisse. Die Sportanlage Schützenmatte wird hauptsächlich von den Old Boys genutzt, die dort Fussball und Leichtathletik betreiben. Weitere Spielfelder können aufgrund der bebauten Umgebung nicht angelegt werden. Ein kleiner Teil der Turnmatte wird durch den Bau einer Tennishalle beansprucht, was die Petition nicht ablehnt, da es sich dabei ebenfalls um eine Sportanlage handelt.

Die Petition schlägt vor, den Zugang zu Vereinfussballspielen zu erleichtern. Ab 2025 sollen Tore mit einem «Fünfliber»-System eingeführt werden, bei dem die Nutzer eine Kaution hinterlegen, die bei ordnungsgemässer Rückgabe rückerstattet wird. Damit soll sichergestellt werden, dass die Tore zur Verfügung stehen, ohne dass sie täglich eingesammelt werden müssen. Eine neue Software soll es ausserdem ermöglichen, die Belegung aller Sportstätten online einzusehen. Eine App-Version wird geprüft. Eine Excel-Liste ist bereits auf der Website des Sportamtes verfügbar.

Geprüft wird auch der Bau eines zweiten Kunstrasenfeldes auf der Schützenmatte. Kunstrasen ermögliche mehr Belegungen, da die Witterungsabhängigkeit nicht vorhanden ist. Ein entsprechendes Projekt für die Anlage Rankhof wurde

bereits eingereicht und Workshops mit den Nutzern sollen klären, welche Anlagen priorisiert werden. Als Alternative zur Schützenmatte wurde der Buschweilerhof mit einem Kunstrasenfeld und die Puntruttermatte genannt. Letztere wird weniger vom Vereinssport genutzt und verfügt seit 2024 über Tore. Für weitere sportliche Aktivitäten könnte der Schützenmattpark genutzt werden, wo bei Bedarf ein zweiter Basketballkorb aufgestellt werden könnte.

Ich komme zu der Erwägung der Petitionskommission: Die Petitionskommission kann den Wunsch der Petentschaft, die Verfügbarkeit der Spielfelder auf der Schützenmatte für den ungebundenen Sport zu erhöhen, nachvollziehen. Dass der organisierte Sport gegenüber dem ungebundenen Sport Vorrang hat, stuft sie allerdings als richtig ein. Eine höhere Belegung dürfte nur mit einem weiteren Kunstrasenfeld möglich sein. Diesbezüglich sind in der Verwaltung bereits erste Schritte unternommen worden. Die Sperrung der Naturrasenfelder erfolgt aus guten Gründen und zur Wahrung der langfristigen Bespielbarkeit.

Die Forderung, auf den hinteren Feld und Tore zur Verfügung zu stellen und die Transparenz der Belegung mit einer App oder einer anderen IT-Lösung zu erhöhen, stuft die Petitionskommission als gerechtfertigt ein. Die Vertretung des Erziehungsdepartements hat am Hearing zum Ausdruck gebracht, auf diese Anliegen eingehen zu wollen. Vor diesem Hintergrund beantragt die Petitionskommission dem Grossen Rat, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen. Wichtig ist hier, dass die beiden kurzfristig umsetzbaren Anliegen tatsächlich auch kurzfristig umgesetzt werden. Dass es in Basel sowohl für den organisierten als auch für den ungebundenen Sport zu wenig Flächen gibt, ist ein Problem, das auf anderem Weg angegangen werden muss. Aus der Diskussion über den weiteren Umgang mit der Petition gibt die Petitionskommission dem Regierungsrat zudem zwei weitere Ideen zur Prüfung mit.

Ich komme zum Antrag: Die Petitionskommission beantragt dem Grossen Rat mit 11 zu 0 Stimmen, das heisst einstimmig, die Petition für eine verbindliche und freie Mitnutzung der Old Boys-Matte in Basel durch Kinder und Jugendliche an den Regierungsrat zur abschliessend Behandlung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher ist Adrian Iselin, der bestimmt einen Antrag stellen wird.

Adrian Iselin (LDP): Der Wunsch der jugendlichen Petentschaft, die Verfügbarkeit der Spielfelder auf der Schützenmatte für den ungebundenen Sport zu erhöhen, ist nachvollziehbar. Allerdings geht es hier um das Feld D. Dieses ragt ins Baufeld von Old Boys. Wenn man dem zustimmt, werden die Petenten Einsprache gegen die Baubewilligung erheben mit Verweis auf die angenommene Petition. Entsprechend der Diskussion zum Bebauungsplan Old Boys sollen nun nicht einzelne Anspruchsgruppen Areale planen, sondern die Regierung soll eine Gesamtarealplanung vornehmen.

Hinzuzufügen ist auch noch, dass der Schützenmattpark jeweils offensteht für Fussballspiele. Die LDP-Fraktion bittet Sie deshalb, die Petition als erledigt zu erklären.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für das GAB ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GAB): Ich möchte einfach für das Protokoll gerne noch festhalten, dass ich es extrem sinnvoll fände, wenn wir da bei der Digitalisierung vorwärtsmachen und eine gute, übersichtliche Lösung schaffen würde für die jungen Leute, denen wir in der Schule schon I-Pads mitgeben und lehren, wie alles digital funktioniert, damit sie nicht auf einer Excel-Tabelle herausfinden müssen, ob sie einen Platz nutzen können. Das wollte ich einfach noch einmal festhalten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Der Präsident der Petitionskommission verzichtet auf ein zweites Votum. Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen. Adrian Iselin beantragt, sie als erledigt zu erklären. Wir Stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung, NEIN heisst erledigt.

Ergebnis der Abstimmung

60 Ja, 19 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005530, 15.01.25 22:30:04]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben 60 Ja-Stimmen 19 Neinstimmen und eine Enthaltung, das heisst die Petition geht an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung, gemäss Antrag Petitionskommission.

Schluss der 49. Sitzung

22:30 Uhr

Protokoll

der 50. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 22. Januar 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	

Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung 3
22. Budgetpostulat 1 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Gesundheitsdepartement, 730 Gesundheitsversorgung, 36 Transferaufwand (Mangellage im psychotherapeutischen Angebot wirkt sich negativ aus – notwendige Massnahmen sind rasch umzusetzen) 3
23. Budgetpostulat 2 Olivier Battaglia betreffend Erziehungsdepartement, 290 Jugend, Familie und Sport, 347 Abschreibung Kleininvestitionen (Mobile Beleuchtung für Sportplätze im Kanton Basel-Stadt) 6
24. Budgetpostulat 3 Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement, 3500 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton) 8
25. Budgetpostulat 4 Sasha Mazzotti betreffend Erziehungsdepartement, 265 Leitung Mittelschulen und Berufsbildung, 30 Personalaufwand (Pilotprojekt Schulsozialarbeit an der Fachmaturitätsschule (FMS) . 12
26. Budgetpostulat 5 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Präsidialdepartement, 370 Kultur, 36 Transferaufwand (Förderung professionelle Vokalensembles) 14
27. Motion 1 Nicole Kuster-Simon und Konsorten betreffend Finanzsicherung Bachelor Studiengang Sustainable Development 15
28. Anzug 1 Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Rechtsberatung im Sozialhilferecht 15
29. Anzug 2 Salome Bessenich und Konsorten betreffend Transparenz und Publikation der grossrätlichen Entschädigungen für alle 19
30. Anzug 3 Zaira Esposito und Konsorten betreffend Stärkung des Zugangs in den für Diagnostik, Beratung, Betreuung und Pflege spezialisierten Institutionen für demenzerkrankte Personen mit Migrationsgeschichte 21
31. Anzug 4 Philp Karger und Konsorten betreffend Verkehrsregelung Colmarer-, Türkheimer-Hegenheimerstrasse Verkehrsregime 21
32. Anzug 5 Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Verkehrsregelung Colmarer-, Hegenheimer-, Türkheimerstrasse Verkehrsregime 24
33. Anzug 6 Stefan Suter und Konsorten betreffend Steuererklärung per Todestag 25
34. Anzug 7 Lukas Bollack und Konsorten betreffend Velostrassen für Velos statt für Autos 26
35. Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Velospur in der St. Jakobs-Strasse, Schreiben des RR ... 28
36. Anzug Beatrice Isler und Konsorten betreffend Velofreundlichere Kreiselzufahrten und Kreisel, Schreiben des RR 31
36.1. Anzug Brigitte Gysin und Konsorten betreffend Sicherheit in Kreiseln für Velofahrende, Schreiben des RR 34
37. Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend intelligente Parkplätze auf öffentlichem Grund: Flexible Marktpreise und sozial-ausgleichende Verwendung der Parkeinnahmen, Schreiben des RR 35
38. Motion Beatrice Isler und Konsorten betreffend neue Planung für Wohnungsbau entlang Grenzacherstrasse, Schreiben des RR 36
38.1. Motion Christian von Wartburg und Sebastian Kölliker betreffend weg mit dem Rank, neue Ansätze für Wohnen am Rhein, Schreiben des RR 39

38.2. Anzug Martin Lüchinger und Konsorten betreffend einer beispielhaften und ökologisch verträglichen Stadtrandentwicklung Ost, Schreiben des RR 39

Beginn der 50. Sitzung

Mittwoch, 22. Januar 2025, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[22.01.25 09:00:19]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zum letzten Sitzungstag unserer Legislatur und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Kaffeespende heute Morgen und auch heute Nachmittag: Semseddin Yilmaz und René Brigger spendieren an ihrer letzten Sitzung den Kaffee, Semseddin am Morgen und René am Nachmittag. Ich möchte den beiden ganz herzlich für diese grosszügige Geste danken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Verabschiedet werden alle Scheidenden Ratsmitglieder heute Nachmittag vor Ende der Sitzung.

Abgabeschluss persönliche Vorstösse: Das Geschäftsverzeichnis für die Sitzung vom 5. und 12. Februar wird bereits diesen Freitag verschickt. Damit Vorstösse noch abgedruckt werden können, müssen diese bis heute Mittag um 12 Uhr beim Ratssekretariat abgegeben werden. Bitte senden Sie Ihre Vorstösse auch gleich per Mail an den Parlamentsdienst, dann können diese einfacher verarbeitet werden.

Anlass der ILK: Am 4. April findet die Frühjahrstagung der ILK zum Thema «Wie Kantone gemeinsam Sicherheit schaffen» statt. Sie werden heute im Lauf des Tages die Einladung dazu erhalten. Ausgedruckte Exemplare liegen auch hier vorne auf dem Tisch.

Ratshausführung heute über Mittag: Um 13.45 Uhr findet die letzte der geplanten Rathausführungen für Ratsmitglieder statt, extra für jene Kommissionen, die bisher nicht teilnehmen konnten, weil sie immer Sitzung hatten über Mittag. Falls Sie nicht mehr wissen, ob Sie sich angemeldet haben für diese Rathausführung dürfen Sie sich gerne an Beat Flury wenden. Er hat auch eine Liste. Oder wenn Sie noch dazukommen möchten, ist das die letzte Gelegenheit.

Und dann habe ich noch einen Hinweis für heute Abend: An unserem Schlussabend habe ich spontan entschieden, dass wir einTischtennisturnier anbieten. Also Tischtennis ist auf jeden Fall auf dem Programm, aber wer am Tischtennisturnier mitmachen möchte, ist ganz herzlich eingeladen, sich da vorne in die Liste einzuschreiben. Ich kann Ihnen noch nichts sagen zum Modus oder ob wir einzeln oder Doppel spielen. Das hängt davon ab, wie viele wirklich teilnehmen. Ich hoffe, es sind viele. Wir werden dann über Mittag entscheiden, wie wir das genau umsetzen. Bitte schreiben Sie sich ein, wenn Sie Lust haben, mit dabei zu sein.

22. Budgetpostulat 1 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Gesundheitsdepartement, 730 Gesundheitsversorgung, 36 Transferaufwand (Mangellage im psychotherapeutischen Angebot wirkt sich negativ aus – notwendige Massnahmen sind rasch umzusetzen)

[22.01.25 09:03:38, 24.5537.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bei allen Budgetpostulaten nicht bereit, sie entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte. Regierungsrat Lukas Engelberger meldet sich zu Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Die Gewährleistung einer bedarfsgerechten und qualitativ hochstehenden psychotherapeutischen Versorgung im Kanton Basel-Stadt ist eine sehr anspruchsvolle Aufgabe und betrifft ein sehr komplexes Thema, das von verschiedenen Faktoren beeinflusst wird, Sie wissen das. Wir haben dazu bereits

verschiedentlich berichtet, unter anderem in Beantwortung der schriftlichen Anfrage von Amina Trevisan betreffend das Problem der fehlenden freien Psychotherapieplätze. Wir haben dabei festgehalten, dass Basel-Stadt im interkantonalen und auch im internationalen Vergleich über ein sehr dichtes und ein sehr leistungsstarkes Angebot verfügt. Dieses wird von der anhaltend starken Nachfrage aber noch übertroffen.

Unsere Abklärungen zwischen den involvierten Stellen im Kanton, den Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel-Stadt und den niedergelassenen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben gezeigt, dass insbesondere Faktoren wie Mehrfachbelastungen, ein niedriger sozialer Status, Sprachbarrieren oder das Auftreten bestimmter psychischer Erkrankungen die Suche nach einem Therapieplatz erschweren. Der Regierungsrat verfolgt deshalb das Ziel, die psychotherapeutische Versorgung im Kanton weiter zu verbessern. Wir sind diesbezüglich bereits mannigfaltig engagiert, namentlich im intermediären Bereich werden verschiedene Angebote vom Kanton unterstützt. Dazu gehören zum Beispiel die Tageskliniken und das sogenannte Home Treatment. Die Finanzierung dieser Leistungen wird dem Grossen Rat alle vier Jahre zum Beschluss unterbreitet. Die nächste Periode dauert von 2026 bis 2029. Wir werden also uns in diesem Jahr noch über einen entsprechenden Ratschlag hier auch unterhalten.

Unabhängig davon sind die Leistungserbringer bestrebt, der erkannten Versorgungslücke durch zusätzliche Therapieangebote zu begegnen. Als Beispiel können die UPK mit dem Angebot einer Eltern-Kind-Behandlung und der Frühinterventions-Tagesklinik für junge-Menschen von 15 bis 25 Jahren genannt werden. Ergänzend dazu werden die Präventionsprogramme Psychische Gesundheit, Prävention in der Gesundheitsversorgung sowie Chancengleichheit und Gesundheitskompetenz weitergeführt, die direkt oder indirekt die psychische Gesundheit der Bevölkerung stärken. Darin enthalten sind die Massnahmen wie SomPsyNet, die Aktionstage Psychische Gesundheit, Schulworkshops wie wie Start Now oder Irre normal, die Senioren- und Seniorinnentreffpunkte Café Balance und Kaffee Dialog, Fantische, Spirit sorgsam oder Catching Fire.

Diese Programme und Aktivitäten tragen einerseits zur psychischen Gesundheit unserer Bevölkerung bei, helfen andererseits aber auch, die Bevölkerung für psychische Belastungen zu sensibilisieren, frühzeitig Unterstützungsbedarf zu erkennen und den Zugang zu Therapieangeboten möglichst gerecht zu gestalten. Zusätzlich wird 2025 ein neues Programm gegen Einsamkeit lanciert, dass soziale Isolation reduzieren und damit indirekt die psychische Gesundheit fördern soll.

Um noch genauere Daten zu den vorhandenen Therapieangeboten zu erhalten, wird im Jahr 2025 ein Monitoring der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung eingeführt. Die laufenden Massnahmen und Programme zielen darauf ab, die Versorgung nachhaltig und strukturiert zu verbessern. Durch eine Kombination aus gezielter Evaluation, fortlaufender Anpassung der Strategie und langfristigen Investitionen kann die bestehende Versorgung weiter verbessert werden.

Wir sehen das vorliegende Budgetpostulat durchaus als Zeichen der Unterstützung für unsere Bemühungen, möchten Sie aber um Verständnis dafür bitten, dass wir beim verabschiedeten Budget bleiben möchten. Falls sich zusätzlich zu den laufenden Verpflichtungen des Kantons konkrete und erfolgversprechende Handlungsmöglichkeiten ergeben, werden wir die notwendigen Anträge dafür stellen. Das Budgetpostulat beschreibt aus unserer Sicht zu wenig, inwiefern die zusätzlichen Mittel effektiv zur Verbesserung der Therapiesituation im Alltag der Betroffenen beitragen könnte. Folglich beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, das Budgetpostulat nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecherin hat sich Amina Trevisan gemeldet.

Amina Trevisan (SP): Ich halte heute mein Votum für die Fraktionen der SP und des GAB.

In den diversen Vorstösse von linker und bürgerliche Seite haben wir in diesem Parlament schon mehrmals darauf verweisen, dass die gegenwärtige psychotherapeutische Versorgung unzureichend ist. Es gibt einen Mangel an Psychotherapieangeboten und die Wartelisten sind lang. Insbesondere vulnerable Menschen wie Kinder und Jugendliche, Traumatisierte und Gewaltbetroffene sowie Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung müssen lange auf eine ambulante psychotherapeutische Behandlung warten. Für psychisch Erkrankte bedeutet die langen Wartezeit auf einen Therapieplatz eine weitere Belastungssituation.

Schon seit längerem gibt es in der Schweiz und eben auch im Kanton Basel-Stadt zu wenige Fachpersonen aus dem Bereich Psychiatrie und Psychologie, sowie psychologische Psychotherapeut:innen im Verhältnis zur Anzahl Patientinnen und Patienten. Parallel dazu ist die Zahl der Menschen mit psychischen Erkrankungen in den letzten Jahren stetig gestiegen. Die SP-Fraktion und die GAB-Fraktionen anerkennen die Dringlichkeit, dass Massnahmen ergriffen werden müssen, um die psychotherapeutische Versorgung rasch zu verbessern. Ich freue mich, dass hier schon ganz viel gemacht wird.

Die SP-Fraktion und die GAB-Fraktion unterstützen deshalb die Forderung nach einer Bedarfsanalyse, die maximal 200’000 Franken kosten darf, aus der Massnahmen abgeleitet werden und in umsetzbare Handlungsanweisungen fliessen sollen. Ziel ist eine Reduktion der gegenwärtigen Mangellage an psychotherapeutischer Unterstützung. Auch wenn die SP-Fraktion und die GAB-Fraktion die Forderung nach einer Berichterstattung zur psychotherapeutischen Mangellage unterstützen, weil das

Problem in diesem Bereich gross ist, nehmen sie gleichzeitig gegenüber dem Vorgehen eine kritische Haltung ein. Statt eines Budgetpostulats hätten die SP-Fraktion und die GAB-Fraktion es begrüsst, wenn die Forderungen in Form eines Anzugs zum Beispiel eingereicht worden wären. Dennoch bitten wir Sie, diesem Budgetpostulat zuzustimmen und es zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Vieles ist gesagt worden, das völlig korrekt ist und hinter dem auch die LDP steht. Wir lehnen aber das Budgetpostulat ganz klar ab, weil eine Untersuchung alleine nicht mehr Plätze generiert. Es ist wie wenn ich eine Diagnose stelle, aber nachher keine Therapie habe. Und das Geld, die 200’000 Franken, ist unserer Ansicht nach völlig unnötig, weil sie einfach nirgends hinführen und genau diese Problematik, die auch die Amina Trevisan aufgezeigt hat, völlig korrekt, die aber auch unser Regierungsrat aufgezeigt hat, völlig korrekt. Aber es schiesst am Ziel vorbei.

Und die Verwaltung bläst das Ganze noch mehr auf. Wir brauchen das Geld wirklich an der Front, wo man wirklich diese Fachpersonen braucht. Und dann haben wir noch ein Kosten-Nutzen-Verhältnis, das wir hinterfragen sollte. Eine Erhöhung des Budgets ist völlig unverhältnismässig, der Nutzen ist ja nicht einmal klar definiert. ich will doch wissen, wofür ich Geld ausgebe und doch nicht einfach, weil sich das gut anhört. Wir sind alle einig, dass wir viel zu wenige Plätze haben. Das ist eine Tatsache, aber mit so einem Budgetpostulat erreichen wir gar nichts. Darum stimmen wir hier als LDP geschlossen dagegen, auch wenn wir angesichts der Kreuztabelle keine Chance haben. Aber ich finde es schade, wenn man wieder Geld aus dem Fenster schiesst für nichts und wieder nichts, ohne Resultat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit hat der Postulant Niggi Daniel Rechsteiner das Wort.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Ich danke für die Rückmeldungen zum Budgetpostulat. Es ist ja nicht unbedingt einfach das Geld zum Fenster rausgeworfen, sondern es ist ein Kostendach. Wenn ich jetzt Regierungsrat Lukas Engelberger dazugehört habe, läuft ja schon sehr viel. Das wissen nicht alle, und dann wird das Kostendach ja nicht ausgeschöpft. Man muss ja nicht 200’000 Franken ausgeben, sondern man kann auch nur 50’000 Franken ausgeben.

Es geht uns alle an. Die Situation ist nicht gut, und mit den Mitteln sollte eigentlich die Grundlage geschaffen werden, um notwendige Massnahmen oder weitere Massnahmen zu ergreifen. Stellen Sie sich vor, Sie gehen in der Frühe aus dem Haus und laufen an einen Unfall mit Schwerverletzten. Sie helfen vor Ort und es sind allenfalls auch tragische Situationen. In der Folge denken Sie immer wieder an das Ereignis, es tauchen schreckliche Bilder auf und Sie leiden plötzlich an Schlafstörungen. Das ist der Moment, in dem es Sinn macht, psychologische Hilfe in Anspruch zu nehmen, um die Erlebnisse zu verarbeiten, um einer posttraumatischen Störung vorzubeugen.

In diesem Fall kann ich mir vorstellen, dass Sie froh wären, wenn Sie nicht in ein halbes Jahr auf eine Abklärung und Behandlung warten müssen. Das ist, wie wir gehört haben, die Realität. Die ist nicht gut. Die psychotherapeutische Versorgung im Kanton Basel-Stadt ist kritisch, Fachpersonen und Fachstellen beklagen sich über einen Mangel an psychotherapeutischen Ressourcen und sie haben das Gefühl, es ginge zu langsam vorwärts. Lange Wartezeiten für Betroffene sind die Folge, für den Krankheitsverlauf hat das auch schwere Folgen.

Es wurden in der Vergangenheit einige Vorstösse eingereicht, das weiss ich, die sind auch behandelt und teilweise beantwortet und die weisen auch auf diese Situation hin. Es war mir und auch dann involvierten Stellen bis Regierungsrat Lukas Engelberger das ausgeführt hat, nicht bekannt, dass schon mehrere Massnahmen ergriffen worden sind zur Verbesserung. Vor zwei Jahren hat der Regierungsrat eine schriftliche Anfrage beantwortet und festgehalten, dass er gewillt ist, die psychotherapeutische Versorgung im Kanton Basel-Stadt zu verbessern. Das ist gut und das soll auch so bleiben.

Psychische Beeinträchtigungen nehmen seit Jahren aufgrund unterschiedlicher Faktoren zu. Oftmals ist das Umfeld auch von den Auswirkungen betroffen und in vielen Fällen liegen gewalttätiges Verhalten beispielsweise, auch psychische Beeinträchtigungen zugrunde, und es ist davon auszugehen, dass rasches Abklären und Behandlungen zusätzlich einen präventiven Charakter haben. Zahlreiche Studien berichten über die Auswirkungen von zu späten Behandlungen. Diese haben neben den Auswirkungen auf die Gesundheit auch eine Steigerung der Sozialkosten zur Folge. Unbehandelte psychische Erkrankungen erhöhen das Risiko körperlicher Erkrankungen. Das zeigt, dass es wirklich notwendig ist, einen Gang zuzuschalten, um näher an die Problemlösung zu kommen.

Unbehandelte Kinder und Jugendliche haben schlechte Perspektiven. Denken Sie an mein Eingangsbeispiel. Wollen wir Kinder und Jugendliche mit traumatischen Erlebnissen oder psychischen Beeinträchtigungen sich selbst überlassen, um sich danach über die komischen Kreuze in den nächsten Generationen zu beschweren.

Was soll mit dem Budgetpostulat erreicht werden? Mit dem geforderten Kostendach – und ich betone, es ist ein Kostendach -, soll eine umfassende Analyse im Kontext der hängigen Vorstösse des allgemeinen Bedarfs, ganzheitlich und bereichsübergreifend durchgeführt werden. Es sollen verschiedene Aspekte evaluiert werden, also fehlende Stellen, möglicher Einbezug von Assistenzberufen, neue Wege in der Rekrutierung, vereinfachte Anerkennung von ausländischen Fachabschlüssen. Die Reduktion von Folgekosten aufgrund von zu später Abklärung und Behandlung ist ein weiteres Ziel. Es eilt, eine Verzögerung verursacht Mehrkosten, die Gefahr einer Chronifizierung bei nicht oder zu spät beandelten Personen erhöht sich auch bei Verzögerungen.

Ich hoffe, dass meine Ausführungen die Notwendigkeit eine Beschleunigung durch die Bereitstellung der erforderlichen Mittel aufgezeigt haben. Aufgrund der Wichtigkeit der Angelegenheit bitte ich um Überweisung des Budgetpostulats.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen über das Budgetpostulat ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

66 Ja, 29 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005682, 22.01.25 09:19:21]*

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem RR zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Postulat wird überwiesen mit 66 Ja-Stimmen gegen 29 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

23. Budgetpostulat 2 Olivier Battaglia betreffend Erziehungsdepartement, 290 Jugend, Familie und Sport, 347 Abschreibung Kleininvestitionen (Mobile Beleuchtung für Sportplätze im Kanton Basel-Stadt)

[22.01.25 09:19:36, 24.5538.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist auch hier nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte und haben eine Wortmeldung von Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat Battaglia für eine mobile-Beleuchtung für Sportanlagen abzulehnen.

Die Wassersportanlagen werden sehr gut genutzt und die Infrastruktur für den Breitensport ist begrenzt. Gerade auch hinsichtlich der Legacy-Massnahmen im Zusammenhang mit der Women's Euro 2025 wird eine erhöhte Belegung erwartet und angestrebt. Um die Belegung zu optimieren, prüft das Sportamt derzeit gemeinsam mit den Sportvereinen verschiedene Optionen. Dazu gehören einerseits organisatorische Massnahmen wie zum Beispiel Belegungsoptimierung oder Angebote ausserhalb der oft genutzten Trainingszeiten. Andererseits werden auch bauliche Möglichkeiten geprüft. Mit fixen oder mobilen Beleuchtungsanlagen können die Kapazitäten in den Abendstunden und im Wintersemester auf den Sportanlagen erhöht werden. Wenn die Nachfrage das aktuelle Angebot an beleuchteten Rasenfeldern übersteigt, sind mobile Beleuchtungen unter Umständen eine gute Möglichkeit, um weitere Rasenfelder auch am Abend und im Winter nutzen zu können. Mobil bedeutet in diesem Fall, dass unterschiedliche Flächen beleuchtet und damit genutzt werden können. Das erhöht die betriebliche Flexibilität.

Gleichzeitig müssen solche Beleuchtungsanlagen die Anforderungen an Sicherheit, Beleuchtungsstärke Handling, Bewilligungspflicht usw. erfüllen. Diese Fragen müssen zuerst geklärt werden. Das Sportamt ist betreffend die Klärung dieser Fragen mit dem schweizerischen Fussballverband sowie mit dem Regionalverband im Austausch. Damit soll sichergestellt werden, dass die zur Verfügung stehenden Produkte allen Anforderungen entsprechen und keine Testphase notwendig wird. Sollte sich das Sportamt für die Anschaffung eines oder mehrerer solcher Systeme entscheiden, werden die effektiven Kosten ins Budget einfliessen.

Das Budgetpostulat fordert bereits jetzt eine konkrete Erhöhung der Abschreibung für die Anschaffung mobiler Beleuchtung. Da zum jetzigen Zeitpunkt sowohl der konkrete Bedarf als auch die Machbarkeit noch nicht geklärt sind, kann eine Erhöhung noch nicht gesichert werden und kommt deshalb zu früh. Aus diesen Gründen bittet der Regierungsrat, das Budgetpostulat abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Daniel Seiler gemeldet.

Daniel Seiler (FDP): Die FDP lehnt dieses Budgetpostulat ab, ebenfalls die Budgepostulate Nr. 3, 4 und 5.

Die Forderungen sind teils nicht so einfach umsetzbar, wir haben es gerade gehört. Andere gehören eher zur Kategorie Nice to Have, weil in diesem Bereich schon einiges gemacht wird. Aus diesem Grund kann die FDP die Postulate nicht unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Melanie Eberhard.

Melanie Eberhard (SP): Wie Sie der Kreuztabelle entnehmen können, ist die SP hier offen. Wir haben dieses Budgetpostulat relativ breit diskutiert und auf der einen Seite hat sich ein Teil der Fraktion danach dazu entschlossen, dieses Budgetpostulat nicht zu unterstützen, insbesondere auch aufgrund der Argumentation, die teilweise schon von Regierungsart Mustafa Atici ausgeführt wurde, dass es eben eine relativ kurzfristige Lösung sei, dass man das längerfristig planen müsse und dass man dann durchaus den Sport und das Anliegen auch unterstützen könne, aber eben nicht im Sinne eines jetzt so kurzfristigen Budgetpostulats.

Auf der anderen Seite hat ein Teil der Fraktion überzeugt, dass im Sommer ja die Euro stattfinden wird und in diesem Rahmen eben auch das Ziel, die Legacy, wie es genannt wird, im Raum steht, dass man die Anzahl Spieler:innen verdoppeln möchte und damit eben einen Kapazitätsausbau jetzt auch relativ in naher Zukunft erfolgen sollte. Aufgrund dieser Überlegungen und eben auch aufgrund der Tatsache, dass es Kapazitätsengpässe gibt und dass mobile Anlagen eine Hilfe sein können, hat sich die andere Hälfte der Fraktion entschlossen, dieses Budgetpostulat zu unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Postulant Olivier Battaglia das Wort.

Olivier Battaglia (LDP): 90’000 Franken und dann noch irgendwann Abschreibungen – ich habe eigentlich ursprünglich ein Budgetpostulat mit 90’000 Franken beantragt und das FD hat mir gesagt, dass das eine Investition ist und entsprechend auf 10 Jahre aufgeteilt werden muss. Also wir reden hier nicht von einer riesigen Investition, aber mit einer sehr grossen Wirkung. Wie die FDP gesagt hat, die Wirkung dieses Vorhabens ist einerseits schon erprobt. Regierungsrat Mustafa Atici hat auch schon erwähnt, dass es Engpässe gibt, dass nicht alle in den dunklen Jahreszeiten Sport treiben können und mit diesem Vorhaben wurde auch zusammen mit den Vereinen und mit dem Sportverband angeschaut, ob die Möglichkeit besteht, dass wir für 2000 zusätzliche Spiel oder Sportler Platz schaffen können, und dass wir dort entsprechend mit ganz bescheidenen Mitteln wirklich eine grosse Wirkung erzielen können.

In dem Sinne ist diese Lösung, die vorgeschlagen worden ist, bereits erprobt und wird in Bern eingesetzt und hat dort auch schon gezeigt, was für einen Effekt es haben kann. In diesem Sinn bitte ich Sie, das Budgetpostulat zu unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen ab über Budgetpostulat von Olivier Battaglia ab. Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

65 Ja, 26 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005684, 22.01.25 09:27:37]*

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem RR zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Budgetpostulat wird überwiesen mit 65 Ja-Stimmen gegen 26 Neins-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

24. Budgetpostulat 3 Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement, 3500 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton)

[22.01.25 09:27:49, 24.5539.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist auch hier nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Wir öffnen die Debatte mit Alexandra Dill.

Alexandra Dill (SP): Man ist, was man isst. Die Ernährung hat einen enormen Impact auf unsere eigene Gesundheit, aber auch auf die Gesundheit unseres Planeten. 25 Prozent aller Umweltbelastungen werden durch das Ernährungssystem verursacht. Wir haben darum sehr zu Recht in Basel-Stadt eine Strategie zur nachhaltigen Ernährung, die SNEBS. Sie nennt verschiedene Massnahmen, welche die Bevölkerung zu einem klimafreundlichen und gesunden Ernährungsverhalten motivieren können, darunter auch die Sicherstellung von nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern. Um die Ziele der Strategie für nachhaltige Ernährung 2030 zu erreichen, braucht es konkrete Aktivitäten.

Jetzt kann man natürlich sagen, dass wir sind ein sehr kleiner Kanton sind und auf unserer geringen Bodenfläche nicht viel ausrichten können. Aber die meisten Ressourcen werden in den städtischen Regionen verbraucht. Eine Sensibilisierung der Bevölkerung ist eben gerade hier bei uns wichtig. Wir Stadtmenschen haben es nicht so leicht, am eigenen Leib zu erfahren, mit eigenen Händen erkunden zu können, wie aufwendig, aber auch wie eindrücklich und sinnstiftend der Lebensmittelanbau ist. Solche Erfahrungen führen zu mehr Wertschätzung und zu weniger Food waste, auch dies Ziele der Ernährungsstrategie 2030. Plankton bietet Mitmachtage für Kinder und Erwachsene, angeleitet von Fachpersonen. Und auch mit Institutionen arbeitet Plankton toll zusammen, um den Eigenanbau zu fördern, so auch mit dem Kunstmuseum oder dem Kräuterdach auf der Oetlingerbuvette.

Wenn wir unsere städtischen Grünräume vermehrt für Lebensmittelanbau nutzen, kleinteilig und biodivers, tun wir nicht nur etwas Entscheidendes für die Artenvielfalt hier bei uns, sondern auch für die Ernährungssouveränität und die regionale Wertschöpfung. Plankton konnte dank einer Anschubfinanzierung sehr gut anlaufen. Der Bedarf ist da, Sinn und Nutzen liegen auf der Hand und sind in unserer Ernährungsstrategie auch kantonal verortet. Auch konnten Drittmittel akquiriert werden. Es braucht aber weitere Mittel und es macht Sinn, diese einzusetzen in einer bereits existierenden und gut organisierten privaten Struktur.

Ich bin überzeugt, dass wir mit diesem Budgetpostulat eine äusserst nachhaltige Verwendung der Mittel bewirken. Die Unterstützung der Vermittlungsangebote von Plankton ist eine der effizientesten Massnahmen, die wir zur Sensibilisierung der Menschen in unserem Kanton erwirken können, besser als jede Plakatkampagne. Den Weg der Lebensmittel vom Feld bis auf den Teller aufzuzeigen, unser wertvollstes Gut Boden aktiv zu pflegen, das Lokale und das Gemeinsame zu stärken, das sind höchst klimanützliche und ganz konkreten Beiträge unseres Kantons. Auch die Angebote für Schulklassen sind wichtig und beliebt und sie bieten Entlastung für die vollen Wartelisten bei den Angeboten der Meriangärten. Die jüngste

Generation scheint höchst interessiert, die Dinge bei der Lebensmittelproduktion und beim Klima selbst in die Hand zu nehmen. Lassen wir sie ran!

In diesem Sinne beantrage ich im Namen der SP-Fraktion eine Überweisung dieses Budgetpostulates.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich begründe Ihnen gerne kurz, weshalb der Regierungsrat dieses Budgetpostulat auch ablehnt. Ich tue das in Vertretung von Regierungspräsident Conradin Cramer.

Wir anerkennen grundsätzlich den wertvollen Beitrag des Projekts Plankton für den Klimaschutz und für die Biodiversität. Das ist auch der Grund, dass der Regierungsrat das Projekt zwischen 2022 und 2024 in der Pilotphase als Schwerpunktprojekt über den Swisslos-Fonds unterstützt hat. Der Regierungsrat möchte die Projekte dieser Art künftig durch den Swisslos-Fonds Förderschwerpunkt Klimaschutz und Biodiversität unterstützen. Dieser Förderschwerpunkt ist Teil des Klimaschutzaktionsplans Netto Null 2037 und wird derzeit durch das PD und das JSD erarbeitet. Dieser zeitlich befristete Förderschwerpunkt soll Ideen, Projekte und Initiativen von Akteurinnen und Akteuren fördern, die zu den kantonalen Klima und Biodiversitätszielen beitragen.

Der Förderschwerpunkt zielt darauf ab, Projekte im Kantonsgebiet zu unterstützen, die sich an eine möglichst breite und vielfältige Zielgruppe richten und konkrete Angebote für die Bevölkerung beinhalten. Er soll zeitlich befristet auf die Jahre 2025 bis 2028 eingerichtet werden. Während dieser Zeit sollen Erfahrungswerte gesammelt und bei sich abzeichnendem Erfolg eine Lösung zur Anschlussfinanzierung gesucht werden. Wir werden dazu im ersten Quartal des Jahres noch berichten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GAB): Ich habe Regierungsrat Lukas Engelberger zugehört, aber ich habe jetzt nicht ganu verstanden. Sie haben jetzt einen Fördertopf, aber der ist noch nicht so weit und deshalb kann man das jetzt nicht fördern. Das verstehe ich jetzt nicht. Aber die Idee finden Sie trotzdem gut. Die Leute von Plankton, die jetzt im Moment daran sind, Landwirtschaft zu betreiben und Nahrung zu produzieren, können nicht einfach aufhören und warten bis auch die Regierung so weit ist, um die richtigen Förderplätze bereitzustellen. Daher kann ich diesen Einwand nicht nachvollziehen.

Basel-Stadt möchte die nachhaltige Ernährung fördern und ist deshalb 2015 infolge der Expo in Milano gemeinsam mit 200 anderen europäischen Städten dem Urban Food Policy Pact beigetreten. Darin verpflichten sich diese Städte, ihre Ernährung nachhaltig, Klima verträglich, regional und sozialverträglich zu gestalten. Der Verein Plankton, um dessen Unterstützung es sich in diesem Budgetpostulat dreht, vereint alle diese Forderungen. Hier hat sich eine Gruppe sehr engagierter, zumeist Frauen zusammengetan, um in Stadtnähe und in diesem Fall auch auf Riehener Gebiet Nahrung in einem Agrarökosystem zu produzieren, das die Biodiversität auf den Produktionsflächen erhält und fördert, die in diesem Gebiet eher minderwertigen Böden regeneriert und damit schlechtes Ackerland zu produktivem Ackerland aufwertet. Wie die Fachfrauen dies machen, welche Methoden sie anwenden, das vermitteln sie der lokalen Bevölkerung in spezifischen Kursen. Nach dem Prinzip der solidarischen Landwirtschaft können Konsument:innen aus der Region die Produkte zum einen erstehen und teilweise auch bei der Produktion mithelfen. Damit wird der oft beklagten Entfremdung der Bevölkerung von der produzierenden Landwirtschaft entgegengetreten und das Verständnis für die ökologische Landwirtschaft gefördert.

Es ist für das GAB nur schwer nachvoll zieht, dass der Kanton den Anträgen des Vereins in Anbetracht des grossen Mehrwertes für die lokale Bevölkerung, die Biodiversität und das Verständnis für die Landwirtschaft nur sehr teilweise entgegengekommen ist und damit gerade so wenig Unterstützungsgelder gesprochen hat, dass die Zukunft des Vereins nicht als gesichert gelten kann.

In den vergangenen Jahren konnte die Crew beweisen, dass sie fähig ist, gutes Gemüse auf den vorhandenen Böden zu produzieren. Natürlich braucht es gerade dort, wo die Böden wiederhergestellt werden müssen, einfach mehr Zeit und soll sich das Businessmodell langfristig tragen, benötigt es auch das nötige Startkapital über einen etwas längeren Zeitraum. Auch ist angedacht, dass das Modell auf mehr Fläche zu vergrössern sei, um mehr produzieren zu können, damit mittelfristig über den Verkauf und die Wissensvermittlung der nötige Selbstfinanzierungsgrad erreicht wird.

Das GAB bittet Sie daher, diese wertvolle Arbeit nicht in diesem entscheidenden Moment abzuwürgen und die benötigten zusätzlichen Mittel von 35’000 Franken zu sprechen, die im vorliegenden Antrag genannt werden. Würdigen wir damit die immense Leistung, welche die Antragstellerin bereits verbracht hat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Felix Wehrli. Möchten Sie sie annehmen? Sie wird angenommen.

Felix Wehrli (SVP): So gut das Projekt ist, aber ich verstehe etwas nicht, was bei Plankton steht. Was bedeutet das, wenn hier steht, dass sie sich für den Einbezug einer feministischen Perspektive in der Landwirtschaft einsetzen?

Béla Bartha (GAB): Also Tatsache ist, dass es ein von Frauen getragener Verein ist und dass sich dort vor allem Frauen engagieren in der Landwirtschaft und halt auch die die ganze die Bewegung vorantreiben und auch die wirtschaftliche Koordination machen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich sehe, dass das eine Frage ist, auf die man etwas länger antworten müsste. Das können Sie vielleicht noch bilateral fortsetzen. Nächster Sprecher ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Ich werde die Genderdiskussion natürlich hier überhaupt nicht weiterführen, denn das ist sinnlos. Aber was ich gerne sagen würde, ist, dass die LDP auch dieses Budgetpostulat nicht annimmt. Das sind jetzt einfach Argumente, die aus unserer Sicht einleuchten. Inhaltlich hat niemand etwas gegen die Nachhaltigkeit bei der Ernährung, wir unterstützen dies sogar. Wir wollen keinen Food waste. Das ist etwas vom Schlimmsten auch in meinen Augen als Ernährungsspezialist. Als Arzt habe ich den Titel des Ernährungspezialisten. Ich muss sagen, Plankton macht wahrscheinlich eine gute Arbeit. Ich weiss es aber nicht, es ist nicht evaluiert worden meines Wissens. Dazu kann sich vielleicht Tonja Zürcher nachher noch äussern oder, oder die Regierung. Ich weiss es nicht, ist die Evaluation nachdem man schon eine Unterstützung gegeben hat durch den Swisslos-Fondswirklich so gut ausgefallen wie es beschrieben wird? Nur zu sagen, es seien Frauen und es ist alles schön und es ist nachhaltig und alles gut, das reicht mir nicht. Ich möchte eine Evaluation haben und auch von der Regierung hätte ich gerne eine Antwort auf meine Frage, die ich da stelle. Und sind diese Mittel wirklich effizient und auch zielgerichtet eingesetzt worden? Auch da habe ich keine Ahnung. Das möchte ich schon noch wissen. Und auch, ob das Kosten-Nutzenverhältnis überzeugend ist oder nicht.

Wenn man etwas als Pilotprojekt – das ist auch so ein Modewort heutzutage – deklariert, erhält man zunächst eine Anschubfinanzierung, die CMS macht das ja auch häufig. Machen wir nun aus allen Pilotprojekte staatlich subventionierte Geschichten? Da sind wir Liberalen absolut dagegen. Das ist nicht der Sinn dahinter, sondern der Sinn dahinter ist wirklich eine Anschubfinanzierung, und dann sollte sich so ein Verein wie Plankton irgendwann einmal selber unterhalten können. Als ich die Website von Plankton angeschaut habe, war ich sehr beeindruckt, in wie vielen Kooperationen sie da zusammenarbeiten. Wo sind denn die Gelder? Immer nur zu sagen, es sei toll, reicht nicht, und dann noch den Steuerzahler zu holen, der wieder Steuergelder in so etwas eingeben muss. Nein, da machen die Liberalen wirklich nicht mit.

Dann ist Plankton nicht einzigartig mit diesem Ziel. Wir haben wir haben diverse andere, die sich auch genau so mit viel Werf und viel Engagement hier einsetzen. Das könnte dann wieder Parallelstrukturen geben, Parallelforderungen auch, und ich glaube wie der Regierungsrat richtig gesagt hat, müssen wir uns jetzt konzentrieren. Ich bin froh, dass Regierungsrat Lukas Engelberger von der Existenz dieser Kasse gesprochen hat. Machen Sie vorwärts, das ist richtig und wichtig. Aber es gibt schon etwas und es wird daran gearbeitet und darum erachtet es die LDP als völlig unnötig, da ein Budgetpostulat einzureichen. Darum sind wir dagegen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu Tonja Zürcher, die dieses Budgetpostulat eingereicht hat.

Tonja Zürcher (GAB): Vielleicht zuerst zu meinem Vorredner. Es gibt natürlich hier ganz grosse Berichte, in denen alles aufgezählt wird, was gemacht wurde. Ich hätte Ihnen das gerne geschickt, was es dich tatsächlich interessiert hätte, hätten Sie mich ja vorher fragen können. Jetzt kann ich das nicht alles vorlesen in diesen fünf Minuten.

Ich möchte aber nochmals auf den Grundsatz kommen, und zwar möchte ich Regierungsrat Lukas-Engelberger zitieren: «Das Basler Ernährungssystem soll vom Feld bis zum Teller nachhaltiger werden, ohne Zeigefinger und Verbote, dafür mit Genuss und Wertschätzung.» Und genau darum geht es dem Verein Platon, und um das geht es hier bei diesem Antrag für die Vermittlungsarbeit. Es geht darum, mehr Wissen zu schaffen in der Bevölkerung, aber vor allem auch mehr Wertschätzung für die Produktion von landwirtschaftlichen Produkten und damit auch um das Vermeiden von Food waste. Das soll aber nicht abstrakt auf irgendeinem Plakat stehen, wie wir das sonst so kennen, oder in einer Broschüre oder vielleicht in einem Kurslokal vermittelt werden, sondern direkt auf dem Feld, und nicht nur indem man zuschaut und vielleicht zuhört, was die Leute da machen, sondern selbst mit anpackt. Die Mitmachtage sind das Kernstück der Vermittlungsangebote, über die wir heute sprechen und die finden auch nicht irgendwo statt, sondern bei uns im Kanton und

ich denke, das ist auch spannend. Ich glaube nicht alle in unserem Kanton zumindest im städtischen Teil wissen, dass in Basel-Stadt Landwirtschaft betrieben wird. Ich denke, nur schon das ist sicher interessant zu wissen und wirklich mal hier auf das Feld geht.

Dazu kommen eben Angebote für Schulklassen, auch die gehen aufs Feld, es gibt Führung, es gibt Veranstaltungen, es gibt die Präsenz an verschiedenen Themenmärkten und so weiter. Und mit all diesen Angeboten fördert Plankton ganz konkret die Wertschätzung für die lokale Produktion, für die lokalen Produkte und eben auch für die Menschen, die hinter dieser Nahrungsmittelproduktion stehen, also eben auch für die Bäuerinnen und Bauern. Und ich denke gerade alle die sich sonst sehr für die Landwirtschaft einsetzen, sollten hier das auch sehen und dafür sein.

Noch zur Finanzierung: Es wurde bereits gesagt, es gab diese Teilfinanzierung vom Swisslos-Fonds für die Pilotphase. Diese wurde erfolgreich abgeschlossen und jetzt geht es um die Frage, wie geht es weiter? Es wurde sehr viel aufgebaut. Es gibt bereits einen grossen Teil der Vermittlungsangebote. Es gibt diese Mitmachtage an verschiedenen Nachmittagen über das ganze Jahr. Selbst im Winter kann man auf das Feld, wenn man sich das zumuten mag, und vielleicht auch da spüren, was Bäuerinnen und Bauern auch im Winter machen müssen.

Es geht jetzt aber darum, dass das weitergeführt werden kann. Es ist schön, wenn in Aussicht gestellt wird, dass es vielleicht in Zukunft, wenn es diesen Klimafinanzierungstopf über den Swisslos-Fonds irgendwann gibt, darüber stattfinden kann. Aber das hat zwei grosse Nachteile. Das eine ist eben, jetzt wissen wir das noch nicht, das heisst, es wird jetzt unterbrochen, es kann nicht weitergehen. Und es ist auch dann wieder befristet. Solche Angebote gerade im Bildungsbereich, im Sensibilisierungsbereich, sollte nicht einfach nur auf zwei bis drei Jahre gemacht werden, sondern es braucht auch Zeit, bis das alle mitbekommen, bis auch die Schulklassen das integriert haben.

Noch vielleicht zur Klärung: Es gibt bei Plankotn zwei Bereiche bei der Finanzierung. Es gibt einerseits die Nahrungsmittelproduktion im engeren Sinn, die das Ziel hat, selbsttragend zu werden. Da ist man auch schon relativ weit, obwohl man sehr erschwerte Bedingungen hat mit Böden, die wie gesagt nicht sehr gut sind. Es sind auch kleine Flächen, die eine sehr effiziente Bewirtschaftung schwieriger machen, und es braucht eben auch Zeit. Aber in diesem Bereich ist man wirklich auf gutem Weg. Wir sprechen hier nicht über die Nahrungsmittelproduktion, sondern über die Vermittlung. Und wenn Sie niederschwellige Bildungsveranstaltungen, Vermittlungsangebote machen wollen, dann können Sie nicht 100 Franken verlangen für einen Tag mitten in der Woche, das funktioniert nicht. Deshalb können diese in dieser Form nicht selbsttragend werden. Sie haben sich sehr bemüht auch um Unterstützung von verschiedenen Stiftungen, zum Beispiel zahlt auch die Roche bereits einen Beitrag daran. Es gibt auch einen Beitrag vom Swisslos-Fonds, aber es reicht eben nicht.

Also wenn wir möchten, dass wir auf eine praktische, anpackende Art und Weise gegen Food waste vorgehen möchten und vermitteln wollen, was die Arbeit auf dem Feld bedeutet, dann bitte ich Sie jetzt, diesem Budgetpostulat zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen ab über das Budgetpostulat von Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

55 Ja, 42 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005686, 22.01.25 09:47:12]*

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem RR zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Budgetpostulat wird überwiesen mit 55 Ja-Stimmen gegen 42 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

25. Budgetpostulat 4 Sasha Mazzotti betreffend Erziehungsdepartement, 265 Leitung Mittelschulen und Berufsbildung, 30 Personalaufwand (Pilotprojekt Schulsozialarbeit an der Fachmaturitätsschule (FMS)

[22.01.25 09:47:24, 24.5540.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wie gehabt ist der Regierungsrat nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Als erster Sprecher hat sich Oliver Bolliger gemeldet.

Oliver Bolliger (GAB): Vielleicht kennen Sie das Sprichwort «leine Kinder kleine Sorgen, grosse Kinder grosse Sorgen». Es ist klar, dass dies im Leben nicht immer so stimmt, aber das Erwachsenwerden ist heutzutage sicher nicht einfacher geworden.

Die FMS Basel ist eine wichtige Bildungseinrichtung im Anschluss der obligatorischen Schulbildung und ein Sprungbrett für attraktive und anspruchsvolle Ausbildungen an Fachhochschulen. Über 1000 Schüler und Schülerinnen im Alter von 15 bis 19 Jahren besuchen die FMS und die Schülerzahl ist in den letzten Jahren stetig angestiegen. Es ist also eine beliebte Schule. In diesem Alter befinden sich die Schüler und Schülerinnen in einer entscheidenden Lebensphase mit vielen Herausforderungen und Möglichkeiten, aber auch des Zweifelns und persönlicher Probleme Schulabschluss, Ablösungsprozesse von den Eltern, Berufsfindung oder Auswahl des Studiums, erste Liebesbeziehung, aber auch Schulstress, Streit zu Hause, Drogenkonsum, Gewalt, psychische Erkrankung, Mobbing, tiefe Lebenskrise bis hin zu Suizidalität.

Die Schulsozialarbeit hat sich seit Jahrzehnten an den Schulen auf der Primar- und Sekundarstufe bestens etabliert. Sie ist als Angebot nicht mehr wegzudenken. Übrigens ist sie entstanden damals aus der Schliessung der Notschlafstelle für Jugendliche, also eigentlich in einem anderen Bereich vom Alterssegment her.

Aus Sicht der Jugendhilfe kann ich Ihnen sagen, die Schulsozialarbeit wäre auf der Oberstufe dringend notwendig. Die hohe Zahl von Lernenden, die aufgrund persönlicher wir struktureller Problemen wieder ausscheiden, könnte sicher minimiert werden. Es war mir schon immer ein Rätsel, weshalb die Schulsozialarbeit ab einem Alter von 15 Jahren nicht mehr notwendig sein sollte. Es wäre wichtig, in schwierigen Lebens- beziehungsweise Schulmomenten einen niederschwelligen Hilfezugang garantieren zu können und deswegen braucht es Schulsozialarbeit eben auch vor Ort an den Schulstandorten, auch an der FMS, aber auch an den Gymnasien. Der schulpsychologische Dienst ist auch zu weit weg und hat auch einen anderen Fokus. Dies könnte je nach Fragestellung anschliessend zum Zuge gekommen.

Das GAB unterstützt das vorliegende Budgetpostulat um die Lancierung eines Pilotprojekts der Schulsozialarbeit, die man ja schon lange kennt an der FMS. Dies ist schon seit Jahren überfällig und es ist an der Zeit, hier nun vorwärts zu machen, Und es versteht sich von selbst, dass sich die Schulsozialarbeit auf der Oberstufe inhaltlich anders ausrichten muss und andere Konzepte entwickelt werden müssen. Die Vernetzung in Zusammenarbeit mit anderen Unterstützungsangeboten ist da enorm wichtig. Die Schulsozialarbeit auf der Oberstufe kann sich nicht allein auf die Arbeit im Schulhaus beschränken. Sie muss zwingend systemisch ausgerichtet sein und Elemente der Früherkennung, der Prävention und der Elternarbeit miteinbeziehen. Besten Dank für die Unterstützung des Budgetpostulats.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Die LDP-Fraktion hat sich entschieden, der Überweisung dieses Budgetpostulats nicht zuzustimmen. Diese Entscheidung basiert jedoch nicht auf inhaltlichen Aspekten, sondern beruht vielmehr auf formalen Gesichtspunkten, die wir für entscheidend halten. In unserer Position sind wir uns der Bedeutung der Schulsozialarbeit voll und ganz bewusst. Daher sind wir der Überzeugung, dass die Forderung nach der Einführung von Schulsozialarbeit, wie sie in diesem Budgetpostulat formuliert ist, mit einem grösseren Weitblick und einer geeigneten Steuerung in Form einer Motion angegangen werden sollte. Eine solche Herangehensweise würde es uns ermöglichen, Schulsozialarbeit flächendeckend an allen Mittelschulen einzuführen und gleichzeitig einen umfassenden Überblick über die bestehenden Angebote zu gewinnen. Auf diese Weise könnte gezielt eruiert werden, wo es noch Lücken im Angebot gibt und welche zusätzlichen Massnahmen nötig sind, um Schülerinnen und Schüler bestmöglich zu unterstützen. Den Schülerinnen und Schülern der Mittelschulen steht das Unterstützungsangebot Loop zur Verfügung, welches speziell für junge Menschen in schwierigen psychosozialen Situationen ins Leben gerufen wurde. Ursprünglich als Pilotprojekt gestartet, ist es seit 2022 ein Regelangebot.

In Anbetracht dieser Entwicklungen erachten wir den im vorliegenden Budgetpostulat geforderten einmaligen Betrag für ein Pilotprojekt, dass sich ausschliesslich auf die FMS konzentriert, als nicht zielführend. Vielmehr wäre es, wie gesagt, von weit

grösserer Relevanz und Wirkung die Schulsozialarbeit an sämtlichen Mittelschulstandorten anzubieten. Dadurch könnte gewährleistet werden, dass alle betroffenen Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit erhalten, ein niederschwelliges Beratungs- und Präventionsangebot in Anspruch zu nehmen. Natürlich hat dieser erweiterte Ansatz ein Preisschild, doch wir wissen alle, je früher junge Menschen die notwendige Unterstützung erhalten, desto besser sind ihre Chancen und Perspektiven für die Zukunft. Aus diesem Grund ist es sowohl finanziell als auch gesellschaftlich sinnvoll, die notwendigen Mittel in ein umfassendes Konzept der Schulsozialarbeit für die Mittelschulen zu investieren.

Wir sind uns bewusst, dass eine rasche Umsetzung von grosser Bedeutung ist und von vielen Seiten gewünscht wird. Wir teilen diese Einschätzung voll und ganz. Es ist uns aber ebenso wichtig zu betonen, dass eine Motion für die Schulsozialarbeit an sämtlichen Mittelschulen, die im Einklang mit den bestehenden Angeboten und Strukturen steht, ebenfalls rasch und effizient umgesetzt werden kann. Dies würde letztlich nicht zu einer kurzfristigen, sondern zu einer langfristig tragfähigen Lösung führen, die den Bedürfnissen aller Beteiligten gerecht wird.

In Anbetracht dieser Überlegungen bitten wir Sie daher, dieses Budgetpostulat nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Das Budgetpostulat von Sasha Mazzotti möchte ein Pilotprojekt für eine Schulsozialarbeit an der Fachmaturitätsschule FMS. Ich halte mich kurz: Grundsätzlich möchte ich erwähnen, dass die Schulsozialarbeit an unseren Schulen eine tolle Arbeit macht und dazu beiträgt, dass Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern in schwierigen Stationen Hilfe und Unterstützung erhalten. In diesem Bereich hat das Erziehungsdepartement in der Vergangenheit auch immer wieder wichtige Investitionen unternommen.

Aus finanzpolitischen Überlegungen lehnt der Regierungsrat eine Erhöhung des Budgets für das Erziehungsdepartement 150’000 Franken zur Einrichtung eines vorerst zeitlich begrenzten Pilotprojekts Schulsozialarbeit an der FMS ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Die SVP-Fraktion unterstützt dieses Budgetpostulat. Es stimmt, dass die sozialen Belastungen steigen. Die führt auch zum Absentismus der Schülerinnen und Schüler, was das Erziehungsdepartement auch bekämpfen möchte, aber indem es den Zugang zu den Abschlussprüfungen erschwert. Mit diesem Pilotprojekt können eben die nötigen Daten erfasst werden, gegen Absentismus ein anderes Instrument zu finden als eines, das auf Verbote setzt, wie es das Erziehungsdepartement gerne möchte. Zudem begrüssen wir sehr, dass jetzt von linker Seite ein Pilotprojekt lanciert wird und nicht gleich wie üblich flächendeckend ihre Idee umgesetzt werden soll. Ich denke, wir können daraus sehr gute Schlüsse ziehen und ich danke Ihnen für die Überweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat die Postulantin die Sasha Mazzotti das Schlusswort.

Sasha Mazzotti (SP): Vor Jahren noch in der letzten Legislatur hatte ich eine schriftliche Anfrage eingereicht zum Thema Schulsozialarbeit auf der Sek 2-Stufe. Der Antwort entnahm ich, dass da ein Bedürfnis besteht und wir haben das heute auch von anderen Rednerinnen und Rednern gehört.

Es verging einige Zeit. Ich wollte dann einen Anzug einreichen und habe Kontakt aufgenommen mit dem ED. Der damalige Leiter hat gesagt, es läuft alles bestens und ich müsse mich nicht weiter darum kümmern. Dem war leider nicht so.

In Anbetracht der Kreuztabelle gehe ich jetzt nicht weiter darauf ein, welche Angebote auf der Sekstufe vorhanden sind respektive nicht vorhanden sind. Viel wichtiger, warum ist es notwendig auf der Sek 2 Stufe? Oliver Bolliger hat da einiges schon erwähnt. Es gibt ja auf der Volksstufe 1 bis 2 Schulsozialarbeitende an den Primar und Sek 1-Schulen. Sie sind die Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche mit Problemen und Sorgen an der Schule, aber eben auch familiäre Sorgen, Konflikte, Mobbing, psychische Probleme, um nur ein paar zu aufzuzählen. Wo Schulsozialarbeitende nicht direkt helfen können, und das erscheint mir auch wichtig, machen sie eine Triage, denn sie wissen, wo man welche Hilfe kriegen kann und wie. Die Lehrpersonen sind für diese Arbeit nicht ausgebildet und müssen sich wahrlich um andere Sachen in diesem Zusammenhang Schule kümmern.

Mit diesem Budgetpostulat geht es also darum, ein Angebot zu schaffen für Schülerinnen und Schüler, die eigentlich schulisch leistungsstark wären, aber aus psychischen und familiären Gründen nicht mithalten können. Es ist hier uns im Rat immer wieder ein Anliegen, dass möglichst viele Menschen einen Abschluss machen. Es gibt zurzeit ja auch zwei Vorstösse

zu dem Thema aus unterschiedlichen politischen Lagern. Mit grossem Interesse und Zuversicht habe ich dem jetzigen Leiter der Mittelschulen zugehört, als er uns in der Kommission vom Vorhaben des ED berichtet hat, wie die Ausbildungsabschlussquote erhöht werden soll. Es gibt also verschiedene Möglichkeiten und Wege, junge Menschen zu unterstützen, damit sie einen Schulabschluss bekommen.

Das Budgetpostulat für ein Pilotprojekt an der FMS ist da nur ein Rädchen im Getriebe. Obwohl es längerfristig ein Bestreben ist, dass auch an anderen Standorten der Sek 2 die Schulsozialarbeit implementiert werden soll, erscheint es uns wichtig, anhand eines Pilotprojektes herauszufinden, wie das genau aussehen soll, wie sich das Angebot auf der Sek 1- und der Primarstufe unterscheidet und was sinnvoll und gewinnbringend ist.

Zur Finanzierung: Da logischerweise nicht jedes Jahr ein Budgetpostulat eingereicht werden kann, ist die Idee, dass es fürs erste Jahr reicht. Das ist der Lohn einer 80 Prozentstelle plus eine Evaluation. Das ED wird dann innerhalb des Departements das Geld auftreiben müssen oder einen Ratschlag machen, oder – Danke an die LDP – wir machen eine Motion. Interessant ist ja, dass wir hier zuerst einen Pilot machen möchten, damit man da möglichst sinnvoll das Geld einsetzen kann und nicht direkt alles in eine Motion stecken muss.

Die Zahl 155’000 Franken ist nicht einfach aus dem Ärmel geschüttelt. Ich komme folgendermassen auf die Zahl: In Zürich wird pro Schülerinschüler für die Schulsozialarbeit mit einem Betrag von rund 240 Franken gerechnet, wobei sie in Zürich höhere Löhne haben. Das Pilotprojekt könnte mit einer 80 Prozent-Stelle besetzt werden. Schulsozialarbeitende in der Volksschule sind Lohnklasse 14 und bei einer 100 Prozent-Stelle wären das 150’00 Franken, es ist eine 80 Prozent-Stelle, da bleibt noch etwas für eine Evaluation oder eine wissenschaftliche Begleitung. Das Pilotprojekt sollte erstmal an der FMS stattfinden, da dort der Anteil der belasteten Schülerinnen und Schüler hoch ist.

Und bevor Sie fragen, ob die Politik jetzt nicht hier wieder irgendeine Idee überstülpen möchte, was sie für sinnvoll erachten: Ich habe, nachdem ich das Budgetpostulat eingereicht habe mit der Schulleitung Kontakt aufgenommen, auch mit dem Verband FSS. Sie finden das sehr sinnvoll. Bitte unterstsützen Sie auch daher dieses kleine, aber in Einzelfällen vielleicht auch lebensrettende Rädchen im Getriebe, dass es gut läuft. Vielen Dank für die Überweisung des Budgetpostulats.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen ab über Budgetpostulat Sasha Mazzotti betreffend Erziehungsdepartement.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

70 Ja, 21 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005688, 22.01.25 10:02:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem RR zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Budgetpostulat wird überwiesen, es liegen 70 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und eine Enthaltung vor.

26. Budgetpostulat 5 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Präsidialdepartement, 370 Kultur, 36 Transferaufwand (Förderung professionelle Vokalensembles)

[22.01.25 10:02:23, 24.5541.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen und der Postulant möchte uns etwas mitteilen.

*Bruno Lötscher-Steige*r: Ich ziehe dieses Budgepostulat zurück, einerseits aufgrund der Kreuztabelle aber andererseits auch, weil ich gesehen habe, dass dies nicht das richtige parlamentarische Instrument ist, das ich hier verwendet habe. Ich wollte wohl etwas zu schnell vorwärtsgehen, weil ich überall gehört habe, der Handlungsbedarf sei anerkannt, es sei ein echtes Problem, man müsse etwas machen, aber die Ansprechgrundlage sei noch nicht geschaffen. Wie heute mehrfach gesagt wurde, um Pilotversuche zu machen, ist das Budgetpostulat oft tatsächlich nicht das richtige Instrument ist. Ich möchte festhalten, es ist ein echter Bedarf vorhanden, es braucht eine gewisse Strukturförderung, wenn wir möchten, dass in diesem Umfang weiterhin so hoch klassische Vokalensemble weiterbestehen können, wir haben für andere Ensemble andere Möglichkeiten. Die Abteilung Kultur hat dies anerkannt. Wahrscheinlich ist es das beste, wenn wir das analog zum Orchesterfördermodell machen würden, dass einen gewisse Strukturförderung möglich wird. Ich akzeptiere, dass dies auf diesem Weg nicht möglich ist und hoffe, dass die Verwaltung einen Weg findet, vielleicht noch in diesem Jahr, um aufzuzeigen, wie das gehen könnte und ziehe dieses Budgetpostulat formell zurück.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Budgetpostulat wurde zurückgezogen.

27. Motion 1 Nicole Kuster-Simon und Konsorten betreffend Finanzsicherung Bachelor Studiengang Sustainable Development

[22.01.25 10:05:02, 24.5498.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wurde zurückgezogen.

28. Anzug 1 Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Rechtsberatung im Sozialhilferecht

[22.01.25 10:05:10, 24.5474.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Pascal Messerli bestreitet dies.

Pascal Messerli (SVP): Wenn die Kreuztabelle nicht so eindeutig ist, bin ich zumindest formell der Meinung, dass wir doch darüber abstimmen sollten. Das ist der erste Grund, weshalb ich mich jetzt spontan melde und den Anzug bestreite, ohne etwas vorbereitet zu haben. Aber es ist ja auch so, dass es doch schon einige Angebote gibt in diesem Bereich, beispielsweise die GGG Migration, über die sehr viele Anwälte immer mal wieder eine unentgeltliche Rechtsauskunft geben, wo man auch 15 Minuten reingehen kann und dann eine entsprechende Auskunft erhält. Es gibt ja auch die unentgeltliche Rechtspflege, wenn man mittellos ist und das Verfahren nicht aussichtslos ist.

Wir sind der Meinung, dass es bei diesem Angebot bleiben sollte. Wir sind nicht der Meinung, dass man zusätzliche Angebote oder zusätzliche unentgeltliche Rechtsprechungen in Anspruch nehmen sollte, wenn das Verfahren beispielsweise völlig aussichtslos ist oder wenn es gewisse Leute gibt, welche etwas querulantisch tätig sind. Da sind wir dann schon der Meinung, dass die Rechtsprechung und dieses System, das wir jetzt haben, in dieser Art und Weise so sinnvoll ist und genügt und es nicht noch zusätzliche Angebote benötigt im Sozialhilferecht.

Aus diesem Grund bestreite ich im Namen der SVP-Fraktion die Überweisung dieses Anzugs.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächst der Einzelsprecher ist Niggi Daniel Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Vorausschauend und präventiv melde ich mich jetzt kurz bevor es heisst, die GLP sei nicht liberal und unterstütze den Ausbau von Fachstellen und trage somit zu einer Kostenexplosion bei.

Ich verstehe den Anzugstext als Fragestellung und Aufforderung zur Abklärung der Möglichkeiten zur Gewährung einer Unterstützung im Fall von Problemen von Klientinnen und Klienten der Sozialhilfe. Das ist auch kein Misstrauensvotum gegenüber den Fachleuten bei der Sozialhilfe Basel-Stadt. Es gibt aber immer wieder Fälle, die auf den ersten Blick vielleicht klar und unkompliziert aussehen und im regulären Prozess gewisse Faktoren übersehen werden können, die eine Ablehnung oder Reduktion der Unterstützungsleistungen zur Folge haben. Betroffene Personen, welche sich an die Sozialhilfe wenden, sind meist von der Situation selbst überfordert und sehen sich bürokratischen Hürden gegenüber. Zurecht müssen Nachweise zu Einkommen und Vermögen beigebracht werden und die Abklärungen sind wichtig.

In Problemsituation sehen die Klienten sich aber meist nicht imstande und haben auch nicht die erforderlichen juristischen Kenntnisse, um ihre Rechte wie beispielsweise Einsprachen geltend zu machen. Es braucht für diese Fälle eine Beratungsmöglichkeit, um mögliche Massnahmen abzuschätzen und die Ausschöpfung der Rechtsmittel nur dann zu empfehlen – und das ist wichtig -, wenn dies auch wirklich Sinn macht und gerechtfertigt ist. So können Kosten eingespart werden und es entstehen bei den Betroffenen keine falschen Hoffnungen.

Ich unterstütze diesen Anzug, weil ich der Ansicht bin, dass es eine lokale juristische Beratung geben soll, auch wenn es schon andere juristische Beratungsstellen gibt, aber mit einem anderen Zweck. Der Regierungsrat soll demgemäss prüfen und berichten, wo ein möglicher Bedarf ausgemacht werden kann, wie gross das Volumen überhaupt ist und mit welchen Mitteln juristische Unterstützung von betroffenen Personen gewährleistet werden kann, allenfalls auch mit bestehenden Beratungsstellen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Hanna Bay.

Hanna Bay (SP): Die Sozialhilfe ist das letzte Netz im System der sozialen Sicherheit in der Schweiz. Wer durch die Maschen dieses Netzes fällt, der fällt tief und er fällt so tief, dass es oft schwierig ist, wieder aufzusteigen.

Konflikte zwischen der Sozialhilfe und ihren Klienten können daher schwerwiegende Konsequenzen haben. Für die Betroffenen geht es um nichts weniger als um die Sicherung ihrer materiellen Existenz. Der Rechtsschutz in der Sozialhilfe ist ja aus diesem Grund ein sensibles und ein wichtiges Thema. Der Zugang zum Recht und zum Rechtsschutz ist gerade in diesem Bereich umso wichtiger. Und dafür genügt es eben nicht, wenn der Rechtsweg im Gesetz garantiert wird, und es genügt auch nicht, wenn die betroffenen Personen via Rechtsmittelbelehrung auf die rechtlichen Möglichkeiten aufmerksam gemacht werden. Und es genügt eben auch nicht, die Menschen in die 10-minütige Rechtsberatung bei den Gewerkschaften oder bei der Advokatenkammer zu schicken. Ich mache diese Rechtsberatungen regelmässig selbst und diese 10 Minuten reichen, wenn es hochkommt, gerade einmal dazu, das Problem zu erfassen. Inhaltliche, konkrete Unterstützung oder gar Begleitung ist schlicht nicht der Zweck von diesen Beratungsangeboten. Und es genügt auch nicht, auf die unentgeltliche Rechtspflege zu verweisen, denn diese wird gerade in den Sozialhilfefällen nicht gewährt, weil es die Untersuchungsmaximen gib oder weil dann im Nachhinein gesagt wird, das Anliegen sei von Beginn aussichtslos gewesen. Ich kenne hier Fälle, da werden auf drei Seiten die Argumente auseinandergenommen und danach wird gesagt, es sei im übrigen sowieso aussichtslos gewesen.

Nein, das genügt nicht. Es ist vielmehr die staatliche Aufgabe, dafür zu sorgen, dass das Recht auf Rechtsschutz gerade von den weniger privilegierten Mitbürgerinnen und Mitbürgern gewährt wird. Der Staat hat eine aktive Pflicht zum Handeln, um dafür zu sorgen, dass der Rechtsweg und die Rechtsweggarantie nicht nur ein Versprechen auf dem Papier ist, sondern Realität für alle Menschen. Und dafür braucht es eine gezielte Stärkung von niederschwelligen Rechtsberatungsstellen und ihre Ressourcen und Kompetenzen. Dies beinhaltet eine Sicherstellung und gegebenenfalls auch der Ausbau der Beratungskapazitäten, aber auch eine Förderung der Vernetzung zwischen den Akteuren und des fachlichen Austausch. In anderen Rechtsbereichen – ich denke hier an die Opferhilfe oder auch an das Sozialversicherungsrecht – sind solche Rechtsberatungen gang und gäbe, etabliert und anerkannt, und ich denke, es ist Zeit, dass wir dies nun auch im Bereich der Sozialhilfe machen. Daher bitte ich Sie, den vorliegenden Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Bei jedem staatlichen Handeln besteht die grundsätzliche Problematik, dass das Handeln nicht transparent und nicht verständlich ist oder gar Unrecht erzeugt. Seit bald 30 Jahren arbeite ich in der sozialen Arbeit und die Fragestellung über das Gewähren beziehungsweise das Nichtgewähren von finanziellen Leistungen aus den

Sozialversicherungen wie beispielsweise aus der Invalidenversicherung oder der Sozialhilfe gehört zum Alltag und taucht wahrscheinlich wöchentlich an Teamsitzungen der sozialen Institutionen in dieser Stadt auf, in irgendeiner Weise.

Dies müssen wir nüchtern akzeptieren und lässt sich auch mit der besten Arbeit nie wirklich verhindern. Unabhängige Rechtsberatungsstellungen sind deswegen von grosser Bedeutung. Deshalb wurde beispielsweise vor Jahrzehnten auch die Pro Cap gegründet, die heisst jetzt unterdessen anders, um die Rechtsberatung für Betroffene gegenüber der Invalidenversicherung zu stärken.

Im Sozialhilferecht und gegenüber den Behörden der Sozialhilfe besteht ebenfalls seit langem ein Bedarf an einer unabhängigen Fachstelle für Sozialhilferecht, wie wir dies vom Kanton Zürich her kennen. Sozialhilfe ermöglicht das Überleben in grosser finanzieller und persönlicher Not. Eine unabhängige Fach- und Rechtsberatungsstelle wäre gerade in diesem sehr heiklen Bereich von grosser Bedeutung und es ist an der Zeit, die entsprechenden Strukturen auch in Basel auf- und auszubauen beziehungsweise zu etablieren.

Der Forschungsbericht Rechtsberatung und Rechtsschutz Armutsbetroffener in der Sozialhilfe vom Januar 2021 zeigt die bestehenden Lücken auf und empfiehlt entsprechende Massnahmen. Auch hier liegt der Fokus auf unabhängiger Rechtsberatung und Ombudsstellen in der Sozialhilfe. Diese Studie ist Teil der nationalen Plattform gegen Armut. An deren Veranstaltungen haben sich wiederholt armutsbetroffene Menschen für eine solche niederschwellige und unabhängige Rechtsberatung ausgesprochen. Bestehende Beispiele zeigen auf, dass solche Angebote deeskalierend und auch qualitätsfördernd wirken.

Auch die SKOS unterstützt grundsätzlich diese Stossrichtung. Neben der Notwendigkeit, unabhängige Beratungsstellen im Asylverfahren zu haben, ist es eigentlich offensichtlich, dass auch im Sozialhilferecht ein solcher Bedarf besteht. Daher brauchen wir auch in Basel die von vielen Kreisen geforderte unabhängige Fachstelle für Sozialhilferecht. Die Überweisung dieses Anzugs an die Regierung ist deswegen deutlich angezeigt und das GAB steht voll dahinter und wird den Anzug überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lukas Faesch.

Lukas Faesch (LDP): Ich möchte Oliver Bolliger zuerst ein bisschen korrigieren. Er hat gesagt, dass staatliches Handeln sehr oft intransparent und nicht rechtmässig sei. Das ist nicht so. Ich war lange genug am Gericht, dass ich das verneinen kann.

Die LDP ist dagegen und zwar aus folgenden Gründen: Man muss die grösseren Zusammenhänge sehen und Zusammenhänge, dass man jetzt in jedem Rechtsgebiet, im Arbeitsrecht, im Mietrechte, bei der Opferhilfe, im Sozialrecht, im Asylwesen, solche Einzellösungen macht. Wenn schon, muss man die unentgeltliche Rechtsberatung gesamthaft anschauen und nicht so Einzellösungen anstreben, dann die führen dann tatsächlich zu Ungerechtigkeiten.

Und dann gilt es auch darauf hinzuweisen, dass es selbstverständlich solche Angebote gibt. Es ist ja nicht so, dass es noch gar nichts gibt. Es gibt das, man sollte das ausbauen und nicht ständig neue Fachstellen oder neue Beratungsstellen aufbauen und damit die Rundumversorgung unserer Bevölkerung noch weitertreiben, immer auf Kosten der Steuerzahler.

Und dann haben Sie etwas ganz Wichtiges erwähnt. Es gilt nämlich in diesem Bereich die Untersuchungsmaxime. Es ist ja nicht so, dass da Zweckparteien aufeinandertreffen, die sich spinnefeind sind und Sozialhilfeberater oder die Sozialhilfe ist grundsätzlich gegen die Anliegen der Sozialhilfeempfänger, sondern es ist ja eine Untersuchungsmaxime, was bedeutet, dass der Staat verpflichtet ist, vor allem auch die Interessen abzuwägen, auch diejenigen des Petenten oder der Petentin.

Und das ist eigentlich der Hauptgrund, warum die LDP dagegen ist. Es braucht es nicht. Es ist auch nicht so, dass ständig die Missstände da sind. Als die Sozialhilfe noch bei der Bürgergemeinde war, sass ich selber schon am Schalter, und zwar während Tagen, weil mich das interessiert hat. In der Regel ging es darum, wie man dem Sozialhilfeempfänger helfen kann und nicht, wie wir etwas ablehnen können. Jetzt das Gegenteil daraus machen zu wollen, dass es eine konträre Auseinandersetzungssituation wäre wie zum Beispiel an einem Zivilgericht, wo zwei Parteien miteinander streiten, ist falsch. Die LDP lehnt den Anzug ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Oliver Bolliger an? Sie wird angenommen.

Oliver Bolliger (GAB): Geben Sie mir recht, dass es möglich ist beim Sozialhilferecht? Ich habe selber auch auf der Sozialhilfe gearbeitet, als sie noch bei der Bürgergemeinde der Stadt Basel war.

Lukas Faesch (LDP): Klar, wenn das Wörtchen Kann nicht wär, dann ist alles möglich.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir bei der Anzugsstellerin Melanie Eberhard.

Melanie Eberhard (SP): Herzlichen Dank für die Debatte zu diesem Anzug. Ich habe ja fast nicht mehr damit gerechnet. Und in diesen verschiedenen Voten wurde auch schon sehr vieles gesagt, was mir sehr wichtig ist. Vielleicht noch einmal ganz kurz zurück, eine Ebene darüber. Ich habe das im Anzugstext auch bereits ausgeführt In der Bundesverfassung in Artikel 29 und 29a wird festgehalten, dass für alle Bürger:innen allgemeine Rechtsverfahren und Rechtsweggarantien und Beschwerden in sozialhilferechtlichen Verfahren garantiert werden. Wir haben dann aber eben auch gehört – und das hat Hanna Bay sehr schön ausgeführt -, dass es sehr oft aufgrund von geringen formalen Anforderungen, die diesen Prozessen zugeschrieben werden, oft nicht so weit kommt, dass ebendiese unentgeltliche Rechtspflege zum Tragen kommt und die Leute auf diese Unterstützung zählen können.

Das ist ein Problem, das entspricht nicht unserem grundsätzlichen Rechtsverständnis. Wir haben dann auch gehört, dass es verschiedene Angebote schon gibt. Es gibt tatsächlich verschiedene Angebote, aber eben nicht, wenn es um das Sozialhilferecht geht, nicht, wenn es um Rechtsberatungen in diesem sehr spezifischen Bereich geht. Und da bin ich nicht einig mit Lukas Faesch, der vorhin gesagt hat, man solle das nicht fragmentieren und unterschiedliche Angebote schaffen. Diese verschiedenen Angebote zeigen eben, dass es sehr, sehr unterschiedliche Bereiche sind und dass es sehr wichtig ist, in diesen Bereichen eben auch auf fundierte Expertise zurückgreifen zu können. Da ist es schon auch wichtig, dass wir eben diesen schwächsten Menschen, die schon sehr grosse Herausforderungen im Leben meistern müssen, die aufgrund von Schicksalsschlägen oft in diese Situation gelangen, dauch diese Unterstützung bieten und dass wir da dieses unabhängige am Rechtsangebot schaffen.

Dass es eine Nachfrage danach gibt, zeigt das Beispiel der unabhängigen Fachstelle für Sozialhilferecht UFS in Zürich. Diese begleitet und vertritt Armutsbetroffene kostenlos bei Anliegen zum Sozialhilferecht und unterstützt sie eben auch dabei, möglichst selbstständig weitere Lösungen zu finden, sie zu begleiten und zu unterstützen in ihren Prozessen. Und dieses Angebot ist masslos überlastet. Dieses Angebot wird so breit nachgefragt, auch von Personen weit ausserhalb des Kantons Zürich, dass die Leute lange warten müssen und es nicht vorwärtsgeht. Und mittlerweile ist es auch so, dass das Angebot nicht mehr von basel-städtischen Armutsbetroffenen genutzt werden kann.

Also noch einmal kurz zusammengefasst: Das Sozialhilferecht ist ein sehr spezifisches Recht und die Expertise und Angebote in diesem Fachbereich sind sehr rar. Kinder und Alleinerziehende bilden die grösste Gruppe der Sozialhilfeempfänger. Sie stellen eine sehr vulnerable Bevölkerungssicht dar und Ihnen kommt eine unabhängige Rechtsberatung in besonderem Masse deshalb zugute. Die Auswirkungen von solchen Entscheiden sind für die betroffenen Menschen lebensbestimmend und wir haben als Kanton ein Interesse daran, eine fundierte Rechtsprechung auch gerade im Sozialhilferecht wahrzunehmen und eine Verantwortung, dies zu ermöglichen.

Wir stimmen hier auch, um das einfach nochmals zu verdeutlichen, über einen Anzug ab, der eine Auslegeordnung und Lösungsvorschläge fordert. Falls diese Analyse dann Mängel aufzeigt in der Rechtsberatung, dann sollen auch entsprechende Massnahmen ergriffen werden. Eine unabhängige Rechtsberatungsstelle würde zudem eben auch nicht nur die Rechte der Betroffenen besser schützen, sondern wäre auch so eine Art externe Kontrolle oder Unterstützung für den Staat. Und das ist ja wahrscheinlich im Interesse von uns allen.

Aufgrund all dieser Überlegungen habe ich den Anzug eingereicht und würde mich sehr freuen, wenn Sie ihm heute zustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen ab über den Anzug Melanie Eberhard und Konsorten. Die Überweisung wird bestritten von Pascal Messerli.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 34 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005693, 22.01.25 10:23:30]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug ist überwiesen mit 57 Ja-Stimmen gegen 34 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

29. Anzug 2 Salome Bessenich und Konsorten betreffend Transparenz und Publikation der grossrätlichen Entschädigungen für alle

[22.01.25 10:23:49, 24.5475.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich Sie, diesen Anzug nicht an das Ratsbüro zu überweisen. Die Diskussion über die Transparenz und Publikation solcher Entschädigungen ist eine alte. Sie wird häufig geführt und sie wurde zuletzt im Laufe des letzten Jahres geführt, als es auch eine entsprechende BAZ-Berichterstattung dazu gab. Bei dieser Berichterstattung konnte letztlich jeder angeben, was er angeben möchte. Deshalb, glauben wir, ist der Weg, den wir bisher gegangen sind, nicht falsch. Die Entschädigungen kann jedes Grossratsmitglied, wenn es es denn möchte, bereits heute veröffentlichen. Es kann es auf seiner Homepage machen, es kann es twittern, es kann es irgendwo sonst bekanntgeben. Dafür braucht es nun keine neue gesetzliche Grundlage in der Geschäftsordnung dieses Hauses.

Uns scheint dieser Wille, hier eine gesetzlich vorgeschriebene Transparenz zu schaffen, nicht notwendig zu sein, weil tatsächlich ja eben heute schon die Möglichkeit auf freiwilliger Basis besteht, dies zu tun. Auch der Vergleich mit dem Kanton Basel-Landschaft, der im Vorstoss erwähnt wird, ist nur halb korrekt aus unserer Sicht. Auch im Kanton Basel-Landschaft ist es nicht so, dass die Entschädigungen veröffentlicht werden müssen. Dort hat jedes Ratsmitglied ebenfalls die Möglichkeit zu sagen, dass es nicht veröffentlicht werden soll oder darf.

Die Höhe der Entschädigungen ist nicht der Punkt dafür, weshalb die SVP-Fraktion dagegen ist. Im Gegenteil sind wir der Meinung, dass das Parlament, zumindest generell aus unserer Sicht die allermeisten Kantonsparlamente in der Schweiz, für den Arbeitsaufwand, den die einzelnen Parlamentarier haben, gerade auch in der in der Kommissionsarbeit, sicherlich nicht überdurchschnittlich gut entschädigt sind. Wenn in der Bevölkerung allenfalls der Eindruck entsteht, dass dies eine überdurchschnittlich hohe Entschädigung ist, dann kann man sicher sagen, dass dem nicht so ist. Das alleine scheint uns aber zu wenig ein Grund zu sein, nun vom bestehenden System abzuweichen, was wir durchaus auch in einer gewissen Art und Weise als unschweizerisch erachten. Wir glauben, dass die Publikation von solchen Entschädigungen nichts ist, was verpflichtend sein soll. Jeder, der es möchte, kann es tun, soll es auch tun, und die, die es nicht wollen oder möchten, müssen es und sollen es auch weiterhin nicht tun müssen.

Deshalb bitten wir Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Jessica-Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Transparenz schafft Vertrauen, und wir alle wurden gewählt, weil die Menschen in unseren Wahlkreisen uns vertrauen, weil sie uns zutrauen, in ihrem Sinne zu entscheiden. Mit diesem Vertrauen sollten wir sorgsam umgehen. Die antiquierte Haltung «Über Geld redet man nicht», teile ich gar nicht. Was wäre denn das Schlimmste, was passieren könnte, wenn wir regelmässig offenlegen würden, wer wie viel Entschädigung enthält? Es würde doch lediglich aufzeigen, wie unterschiedlich hoch das bezahlte politische Engagement ist. Für uns hier drin ist zum Beispiel völlig klar, dass eine Kommissionspräsidentin mehr Entschädigung erhält als ein einfaches Kommissionsmitglied. Das ist ja logisch, weil sie hat ja auch einen höheren Aufwand. Wer aber nicht so nah am Politbetrieb ist, für den ist es vielleicht nicht so klar. Durch die Offenlegung der Mandatsabgaben können wir zu mehr Verständnis für unsere Arbeit beitragen.

Ich finde, dass die Menschen, die uns gewählt haben und auch die, die es nicht getan haben, ein Anrecht darauf haben zu wissen, was ihre Politikerinnen und Politiker für einen Teil der politischen Arbeit bekommen. Ich glaube nämlich, dass ganz viele Leute auch überrascht sein werden, wie viel Geld wir bekommen oder eben auch nicht.

Ich finde es auch ein bisschen komisch, dass die SVP, die ja letztes Mal diesen Vorstoss eingereicht hat, jetzt diesen Zickzackkurs fährt und jetzt dagegen ist. Letztes Mal hat Ihr Kollege Alexander Gröflin nämlich diesen Vorstoss eingereicht und jetzt sind Sie dagegen. Joël Thüring, Sie haben unter anderen diesen Vorstoss von Alexander Gröflin unterschrieben. Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie daher um die Überweisung des Anzuges.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich muss mich im Ratsbüro nicht mehr um diesen Vorstoss kümmern. Ich bin relativ ergebnisoffen. Aber vielleicht zwei Sachen: Es wird zum Teil auf den Kanton Basel-Landschaft verwiesen. Dort haben wir eben ein Opting Out, also die Transparenz ist freiwillig. Und die wirklich interessanten Informationen, wenn es obligatorisch ist, sind nicht das Geld, das kann jeder berechnen, weil die Ansätze ja transparent sind, sondern eher, wer wie oft in den Kommissionssitzungen fehlt. Da sieht man, dass jemand in zwei Kommissionen eigentlich viel mehr Geld erhalten sollte, und dann wird eigentlich offengelegt, wie die Anwesenheit in der Kommissionsarbeit ist. Das ist eine ziemlich interessante Information, die könnte man auch sonst bekanntgeben, ohne diese Berechnungen. Diese sind aufgrund der erhaltenen Informationen relativ einfach zu machen.

In diesem Sinne wünsche ich dem neuen Ratsbüro viel Spass bei der Beantwortung dieses Anzugs.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GAB): Wir vom GAB sind auch klar dafür, dass wir hier Transparenz schaffen. Ich glaube, wir können Transparenz schaffen, sowohl zu unseren Sitzungsteilnahmen wie auch zu unserem Sitzungsgeld, weil am Schluss sind unsere Sitzungen hier drin öffentlich. Wir sagen immer, man muss in diesem hohen Haus sorgfältig umgehen mit unseren Finanzen, mit unseren Steuerngeldern, weil gerade die Bevölkerung wissen möchte, was damit geschieht. Dann soll sie auch wissen, was wir verdienen, was hier drin quasi als Entschädigung ausgezahlt wird, wie wir teilnehmen an den Sitzungen.

Ich glaube, mehr Transparenz schafft am Ende auch mehr Vertrauen in ein System, das dringend Vertrauen nötig hat. Wir müssen einfach auch dafür sorgen – und damit kann sich dann das nächste Ratsbüro beschäftigen -, zu erklären, wie diese Entschädigungen zustandekommen, wie diese Beiträge zustandekommen, was es bedeutet, dieses Milizamt auszuüben. Und ich glaube, dass am Ende diese Transparenz uns alle stärken wird und das System stärken wird und wir da auch nicht in diesem schweizerischen oder nichtschweizerischen «Wir sagen nicht, was wir verdienen» verharren. Ich bin sowieso dafür, dass wir mehr darüber reden, wie viel Geld wir haben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat die Anzugsstellerin Salome Bessenich das Schlusswort.

Salome Bessenich (SP): Meinen Vorrednerinnen ist nicht viel hinzuzufügen. Ich kann mich kurz halten.

Entscheidend für mich und für uns war, dass die Frage immer wieder kommt, eben nicht nur letzten Sommer von der BAZ, sondern auch von den Politkids oder bei Schulführungen. Auch im privaten Umfeld wird immer wieder gefragt, ob das denn gar nicht entlöhnt wird oder wie viel, ob es ein guter Lohn ist. Und ich glaube, wie wir schon von Jessica Brandenburger und Jo Vergeat gehört haben, Transparenz schafft Vertrauen, aber sie schafft dieses Vertrauen eben nur, wenn es für alle gilt. Deshalb haben wir uns hier entschieden, das auch für alle einzufordern.

Im übrigen war das auch die klare Haltung des Grossratsbüros bei der Antwort auf den Anzug Alexander Gröflin, der eigentlich dieselbe Forderung hatte. Da war die klare Haltung des Büros, dass so etwas nur eingeführt werden soll, wenn es für alle gilt. Deswegen haben wir uns hier auch für diese Version entschieden.

Ebenfalls bedanken möchte ich mich für den Hinweis von David Jenny. Auch für uns ist es absolut entscheidend, dass hier nicht einfach eine Zahl publiziert wird, sondern dass es eben eine Kontextualisierung gibt, dass eben ersichtlich wird, wofür diese Entschädigung ausbezahlt wird, in welchen Kommissionen, in welchen Ämtern, in welchen Funktionen.

In diesem Sinne danke ich für die Überweisung an das Ratsbüro.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen über den Anzug Salome, Bessenich und Konsorten ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

78 Ja, 15 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005695, 22.01.25 10:34:15]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird überwiesen mit 78 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

30. Anzug 3 Zaira Esposito und Konsorten betreffend Stärkung des Zugangs in den für Diagnostik, Beratung, Betreuung und Pflege spezialisierten Institutionen für demenzerkrankte Personen mit Migrationsgeschichte

[22.01.25 10:34:29, 24.5476.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Möchte jemand die Überweisung bestreiten? Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

31. Anzug 4 Philp Karger und Konsorten betreffend Verkehrsregelung Colmarer-, Türkheimer- Hegenheimerstrasse Verkehrsregime

[22.01.25 10:35:08, 24.5485.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Daniel Sägesser.

Daniel Sägesser (SP): Ich muss zugeben, Kollege Philip Karger hat mich mit seinem Anzug schon ein bisschen getriggert. Er schreibt von den armen Autofahrern und Autofahrerinnen, die durch das neue Verkehrsregime an der Colmar-, Hegenheimer- und Türkheimerstrasse aus heiter hellem Himmel von den Verkehrsregeln überrascht werden. Hingegen schiebt er die Schuld für die tatsächlich gefährlichen Situationen, die entstanden sind, den korrekt fahrenden Velofahrerinnen und Velofahrern in die Schuhe. Ich finde das schon ein starkes Stück. Und dann kommt die Forderung, weil sich Autofahrerinnen und Autofahrer nicht an die Regeln halten wollen oder können oder überfordert sind damit, dass einfach die Regeln abgeschafft werden sollen.

Ich bin deshalb auch bei diesem Anzug etwas erstaunt, wer das alles mit unterschrieben hat. Geschätzter Christoph Hochuli, wir sind ja beide etablierte Law and Order-Politiker. Wenn der Vollzug bei Lärmklagen nicht funktioniert, fordern wir dann bessere Werkzeuge, um geltendes Recht durchzusetzen oder fordern wir einfach die Abschaffung der betreffenden Regeln?

Ich bin deshalb sehr froh über den Vorstoss meines Fraktionskollegen Jean-Luc Perret, der zu diesem Thema einen deutlich faktenbasierten Vorstoss geschrieben hat und der gleich nachher behandelt wird, und bestreite hiermit im Namen der SP-Fraktion diesen Anzug und bitte Sie, ihn nicht zu überweisen, dafür dann den nachfolgenden Vorstoss von Jean-Luc Perret.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich weiss nicht ganz genau, welchen Anzug mein Vorsprecher gelesen hat, oder ob er ihn überhaupt gelesen hat.

Jeder, der einmal vor Ort war und geschaut hat, wie diese Markierung erstmals gemacht wurde, der muss sagen, hier wurde wirklich ein Schildbürgerstreik gemacht. Die Markierung zeigte, dass die Leute, die das gemacht haben, eigentlich keine Ahnung haben, wie der Verkehr in so einer Stadt funktioniert. Aber Gott sei Dank ist man ja schlauer geworden und hat das neu markiert. Und die neue Markierung ist mindestens so verständlich, dass man sieht, wenn man dahin fährt, was man einmal bezwecken möchte. Somit hat sich eigentlich der Anzug von Jean-Luc Perret erledigt. Es geht da ja primär um die Markierung.

Ich darf hier im Namen der FDP und der SVP sprechen. Ich bin oft in diesem Quartier unterwegs und gehe in den Stadt bekannten Lebensmittelladen, wie viele von Ihnen vielleicht auch. Und da ist der Unmut in der Bevölkerung sehr gross, der Unmut ist vor allem auch gross, weil viele Autos jetzt durch das Quartier fahren müssen und umgeleitet werden. Das stört die Leute sehr stark. Mit dieser Massnahme hat man glaube ich das Gegenteil erreicht, man hat alle wütend gemacht im Quartier. Die Leute verstehen die Situation nicht mehr, sie erreichen nicht mehr das, wo sie hinwollen. Sie müssen einen Riesenumweg machen und die Anwohner sind unzufrieden.

Also daher sollte man diese Massnahmen rückgängig machen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Jérôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GAB): Das ist eine sehr ineffiziente Sache, zwei Vorstösse zum gleichen Thema. Ich rede deshalb nur einmal. Es wird weniger erstaunen, dass das GAB der Anzug von Jean-luc Perret überweisen wird und den von Philip Karger nicht.

Wir finden diese Massnahme eigentlich sinnvoll. Es ist auch ein Wunsch der Quartierbevölkerung dort, dass der Durchgangsverkehr auch von vielen Pendlern, die durch das Quartier gefahren sind, eingedämmt wird. Das ist auch im städtischen Verkehrslenkungskonzept vorgesehen. Also es steht für uns ausser Frage, dass die Kreuzung dort die Verkehrsführung erhält. Es ist natürlich auch ein bisschen befremdlich, dass sich die Autofahrenden nicht an die Regeln halten, wo dort gelten. Das wirft man eigentlich immer nur den Velofahrenden vor. Aber es ist auch ein stückweit verständlich wegen der Markierung und der Signalisation, die dort hingekommen ist. Wir sehen eigentlich tatsächlich auch den Weg, dass man vielleicht dort sich noch einmal etwas anderes überlegt. Man könnte dort Pfosten hinstellen, versenkbare Poller, damit die Blaulichtorganisationen durchkommen. Wir verstehen auch, dass man dort nicht einfach mit Bauelementen zumachen kann, wie das an anderen Kreuzungen im Hegenheimerquartier schon erfolgreich gemacht worden ist. Man sollte die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer auf dieser Kreuzung verbessern mit dieser neuen Signalisation. Und natürlich soll man die Ausweichsrouten durch den Kembserweg und andere kleine Tempo 20-Strassen verhindern, indem man sie schliesst.

In diesem Sinne bitten wir Sie, den Anzug von Philip Karger jetzt nicht zu überweisen, dafür dann später den von Jean-Luc Perret.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lukas Bollack.

Lukas Bollack (GLP): Aus Gründen der Effizienz spreche ich auch gleich zum nachfolgenden Anzug Jean-Luc Perret. Die neue Verkehrsregelung an der Kreuzung Colmarer-, Türkheimer- und Hegenheimerstrasse hat das Ziel, den Durchgangsverkehr namentlich von Pendlerinnen und Pendlern aus dem Elsass durch die Quartierstrassen des Iselin zu unterbinden. Das entspricht den Verkehrszielen unseres Kantons und den Wünschen der Quartierbevölkerung. Der Durchgangsverkehr soll weg von den Quartierstrassen auf die Hauptverkehrsachsen. Diese Ziele unterstützt die grünliberale Fraktion natürlich.

Der Anzug Karger verdreht aus unserer Sicht die Tatsachen. Weil die Autofahrenden das neue Verkehrsregime nicht einhalten, soll es aufgehoben werden. Sich korrekt verhaltende Velo- und Mofafahrende werden als Gefahr dargestellt,

obwohl die Gefahr eigentlich von den Autofahrenden ausgeht. Und der unterbundene Durchgangsverkehr soll zum Mehrverkehr im Quartier führen. Das sehen wir nicht so. Wenn die Markierung nicht funktioniert, muss diese eben verbessert, durch bauliche Massnahmen wie versenkbare Poller ergänzt und/oder durch die Polizei besser durchgesetzt werden. Wenn die Autopendler:innen statt auf die Hauptverkehrsachsen auf andere Quartierstrassen ausweichen, braucht es eben Massnahmen, um diesen Ausweichverkehr ebenfalls zu unterbinden. Das ist die Stossrichtung des Anzugs Perret..

Aus diesen Gründen wird die grünliberale Fraktion den Anzug Karger nicht überweisen, dafür aber den Anzug Perret unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist André Auderset.

André Auderset (LDP): Ich komme an meinem letzten Tag doch noch einmal nach vorne und bekenne mich auch gleich als einer der Betroffenen, da ich nämlich genau hinter dieser Kreuzung wohne oder etwas in einer Seitenstrasse hinter dieser Kreuzung. Und das beweist mir jeden Tag, wenn ich mit dem Auto unterwegs bin, dass es wirklich, wie Kollege Seiler schon gesagt hat, ein Schildbürgerstreich ist. Man wollte den Schleichverkehr durch die Quartiersträsschen durch Tempo 20-Zonen vermeiden. Man hat ihn nicht vermieden, man hat ihn geschaffen, denn wenn ich jetzt zum Beispiel vom Burgfelderplatz zu mir in die Pfeffelstrasse muss, dann muss ich entweder eben durch den bereits erwähnten Kembserweg oder ich muss mich durch andere kleine Strassen dort durchschlängeln, meist dort mit versetzt parkierten Autos, was auch ein gewisses Gefahrenpotenzial für Zweiradfahrzeuge bietet. Früher wäre ich einfach durch die Colmarerstrasse gefahren und dann links abgebogen.

Das gleiche gilt auch für alle, die nichts anderes vorhaben als eben vom Burgfelderplatz zum Morgartenring oder umgekehrt fahren zu wollen. Das war eine einfache, kurze, gerade Strecke. Jetzt schlängeln sie sich eben durch die ganzen Quartierstrassen. Wenn man jetzt sagt, nun, dann behindern wir eben den Verkehr auch in den Quartierstrassen, dann wird der Verkehr einfach noch grossflächiger sich überall durchschlingern. Der Verkehr ist bekanntlich wie Wasser, er sucht sich immer seinen Weg.

Darum geht es eigentlich nicht darum, ob die Markierung gut oder weniger gut oder ganz lausig ist, sie gehört einfach weg. Man sollte wieder den Zustand von vorher herstellen, der war nämlich sowohl für die Anwohnenden wie auch für diejenigen, die dort eben passieren müssen, besser. Freiwillig fährt da niemand durch, da fährt derjeinge durch, der wirklich muss, aber der sollte so schnell wie möglich da durchfahren, nicht von der Geschwindigkeit her, sondern vom Zeitaufwand her, den er braucht und von den Kilometern her, die er braucht. Denn umweltfreundlich ist es auch nicht, wenn man noch sechs oder sieben mehr Strassen befahren muss, bis man dann am Ziel ist. Also bitte Frau Regierungsrätin Esther Keller, machen Sie diesen Unsinn wieder weg.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir sind beim Anzugsteller angelangt, das Schlusswort hat Philip Karger.

Philip Karger (LDP): Falsches Quartier, falsche Kreuzung, falscher Grund, das sagt eigentlich alles über die aktuellen Verkehrsführungen an der Kreuzung Colmarer-, Türkheimer- und Hegenheimerstrasse. Bevor die neuen Markierungen angebracht wurden, funktionierte die Kreuzung einwandfrei. Die heutige Verkehrsleitung, auch wenn inzwischen die Markierung korrigiert wurde, schafft mehr Probleme als sie löst. Seit 2016 hat sich direkt an der Kreuzung ein leichter Verkehrsunfall ohne Beteiligung eines Autos ereignet. In der näheren Umgebung gab es zwei weitere Unfälle, ebenfalls ohne Beteiligung eines Autos, was die Funktionstüchtigkeit der Kreuzung vor der Umgestaltung deutlich macht.

Laut BVD will man mit der neuen Verkehrsführung den Durchgangs-, Gewerbe- und Parksuchverkehr im Quartier eindämmen. Man will ein Problem lösen, das gar nicht existiert. Der Verkehr war nicht zu dicht und es gab kaum gefährliche Situationen, weil alle vorsichtig waren. Der Durchgangsverkehr verlagert sich nun in die kleinen Nebenstrassen und die Quartierbewohner:innen müssen bei der Suche nach einem der wenigen Parkplätze viel mehr Umwege in Kauf nehmen. Die Anwohner:innen der kleinen Nebenstrafen haben das Nachsehen. Einerseits haben sie viel mehr Verkehr in ihren Gassen. Sie müssen längere Wege zu ihren Wohnungen zurücklegen und weil der Verkehr nun durch ihre Strassen fliesst, sind diese viel unsicherer geworden. Auch wenn die Markierungen nochmals geändert wurden, werden sie immer noch von vielen Autofahrer:innen einfach ignoriert, was zu gefährlichen Situationen führt. Aber auch die Velofahrenden beachten die Markierung nicht. Sie fahren einfach quer über die Linien und Flächen und gefährden damit sich selbst, die Fussgänger:innen und anderen Verkehrsteilnehmer. Es scheint, dass das BVD einfach eine Möglichkeit gesucht hat, den Verkehr zu behindern und sich nicht um das Chaos kümmert, dass es anrichtet.

Man muss sich auch fragen, warum ausgerechnet hier die Umleitung fest signalisiert wurde und nicht zuerst getestet wurde, ob diese neue Verkehrsführung überhaupt Sinn macht. Der Anzug stellt einige Fragen, um die Umstände zu klären, die zu

der neuen Verkehrsführung geführt haben. Es wird auch gefragt, wie in Zukunft mit den Markierungen umgegangen werden soll. Ziel ist ein gesundes Miteinander der Verkehrsteilnehmenden.

Deshalb bitte ich Sie, Kolleginnen und Kollegen auch im Namen der LDP, diesen Anzug anzunehmen. Gleichzeitig bitte ich Sie, den Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten abzulehnen, da er eine Verschlechterung des Miteinander im Verkehr und zum Nachteil der Fussgänger:innen, des motorisierten Verkehrs und auch der Situation im Quartier fordert.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen ab über den Anzug Philip Karger und Konsorten. Die Überweisung wird bestritten von Daniel Sägesser.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 53 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005698, 22.01.25 10:49:22]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird nicht überwiesen, wir haben 53 Nein-Stimmen und 42 Ja-Stimmen so wie keine Enthaltung.

32. Anzug 5 Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Verkehrsregelung Colmarer-, Hegenheimer-, Türkheimerstrasse Verkehrsregime

[22.01.25 10:49:37, 24.5500.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist breit, den Anzug entgegenzunehmen. Es wurde vorher schon gesagt, dass dies bestritten wird. Wir nehmen dies als Bestreitung. Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommen wir zum Schlusswort des Anzugstellers Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Diese beiden Vorstösse zeigen wirklich eindrucksvoll, wie derselbe Sachverhalt zu völlig gegensätzlichen Schlüssen führen kann. Auch ich wohne nicht weit weg von dieser Kreuzung. Als ich das erste Mal die beiden Linien gesehen habe, fragte ich mich tatsächlich auch, ob das wohl gut kommt. Gleichzeitig freute ich mich aber auch, wie ich mich eigentlich fast immer freue, wenn irgendwo etwas mit ein bisschen Mut umgesetzt wird. Das eingeführte Prinzip, dass man nämlich mit dem Auto nicht mehr quer über eine Kreuzung fahren darf, ist nicht neu und bewährt sich in anderen Städten, insbesondere auch in den oft zitierten Superblocks. Nur so schafft man es, den Durchgangsverkehr wirklich aussen herumzuführen und nicht quer durch.

Es geht auch nicht um die Sicherheit in erster Linie, denn wir sollten nicht vergessen, die neue Verkehrslenkung ist eine späte Konsequenz des von uns selbst verabschiedenden Ausgabenberichts Städtische Verkehrslenkung Basel. Dieser hat unter anderem gefordert, dass der Durchgangsverkehr die Siedlungsstrassen verlassen und auf die Nationalstrassen gelenkt werden solle. Und die Colmarerstrasse ist nun halt eine Siedlungsstrasse.

Jetzt ist es natürlich so, dass das nicht auf Anhieb geklappt hat. In dieser Beobachtung bin ich auch mit Philip Karger und den anderen Vorrednern einig. Aktuell geht die grösste Gefahr nach meiner Beobachtung von Automobilistinnen und Automobilisten aus, welche die neue Verkehrslenkung erst im letzten Augenblick realisieren und das Steuer abrupt herumreissen, ohne sich zuvor zu vergewissern, ob noch ein Velo in der Nähe ist. Was ich ebenfalls beobachtet habe, das

wurde auch schon erwähnt, ist dass es Ausweichverkehr gibt. Man kann die Kreuzung umfahren, wenn man zum Beispiel durch eine Spielstrasse fährt. Das ist natürlich nicht die Idee. Um dies zu unterbinden, braucht es aber nicht eine Aufhebung des neuen Verkehrsregimes, sondern eine Ausweitung.

Mein Vorschlag ist daher, direkt auf der Kreuzung zusätzliche bauliche Massnahmen wie zum Beispiel Poller zu installieren. Diese könnten so gestaltet werden, dass sie von Blaulichtorganisationen umfahren oder abgesenkt werden können, gleichzeitig aber eine klare und unübersehbare Barriere für den geradeaus fahrenden Verkehr darstellen. Darüber hinaus sollten weitere Massnahmen ergriffen werden, um den Ausweichverkehr wirksam zu unterbinden. Und by the way, ich habe auch noch nie jemanden ausser meinen ehemaligen Fraktionskollegen Steffi Lüthi gesehen, der dort Kontrollen macht und allenfalls Bussen verteilt.

In diesem Sinn und Geist habe ich diesen Anzug formuliert. Ich gebe es gerne zu, auch um dem vorherigen Anzug von Philip Karger eine gegenteilige Interpretation entgegenzustellen und die Verbesserung nicht schon im Keim wieder zu ersticken. Auch wir haben Reaktionen bekommen und zwar wohlwollende, von Anwohnerinnen und Anwohnern. Ich bitte Sie deshalb, diesen Anzug zu überweisen und hoffe auf weitere Verbesserungen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen ab über den Anzug von Jean-Luc Perret. Die Überweisung wurde beim letzten Traktandum schon bestritten zum Beispiel von Philip Karger.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 37 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005700, 22.01.25 10:53:41]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird überwiesen mit 59 Ja-Stimmen gegen 37 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

33. Anzug 6 Stefan Suter und Konsorten betreffend Steuererklärung per Todestag

[22.01.25 10:53:54, 24.5486.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschiesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Damit eine abstruse Forderung ihre Berechtigung verliert, wird sie als Bedürfnis deklariert. Ich hätte nicht gedacht, dass es noch eine Steigerung zur Velo-Initiative geben könnte, aber es gibt sie: Das Verlangen nach totaler Sperrung von Strassen für jegliche Mobilität, ausser für das Velo.

Eine solch groteske zusätzliche Pflasterpolitik darf unseres Erachtens sicher nicht unterstützt werden. Wir haben es auch letzten Mittwoch umfassend gehört. Basel-Stadt hat bereits in den letzten Jahren bedeutende Investitionen in den Ausbau

des Velonetzes getätigt. Auch genug Velostrassen wurden eingeführt, alles mit dem Ziel, die Sicherheit der Velofahrenden zu erhöhen und den Veloverkehr zu fördern, dies auch in unser aller Sinn.

Ich finde, statt weiter neue einseitige Massnahmen auf Strassen zu ergreifen, sollten wir, und zwar alle Verkehrsteilnehmende und inklusive Velofahrende, die geltenden Regelungen akzeptieren und sie nicht, wie es einem gerade passt, individuell und nach eigenem Gutdünken beachten oder sogar ignorieren. Regeln und Vorschriften einhalten würde bereits viel für den täglichen Komfort auf unseren Strassen bewirken.

Mit den vorliegenden Vorschlägen zur Metamorphose von Velostrassen geht der Anzug für uns mehrere Schritte zu weit. Typisch Basler Finish-Denken eben. Und dies nicht nur auf Kosten des motorisierten Individualverkehrs und eventuell des öffentlichen Verkehrs, sondern vor allem auf Kosten der Anwohnerinnen und Anwohner und der ansässigen Gewerbebetriebe, die auf gute Erreichbarkeit und auf Freiflächen auch in bereits vorhandenen Velostrassen angewiesen sind.

Auch der ewige Vergleich mit den Niederlanden und Deutschland ist langsam müssig, denn es werden immer nur Fragmente des Guten erwähnt. Auch in diesen Ländern ist beim Velofahren nicht immer alles Gold, was glänzt. Weit über 90 Prozent der Fahrradstrassen in Deutschland sind nicht autofrei und man hat sogar Fahrradstrassen wieder aufgehoben, da der Nachteil für den MIV deutlich grösser war als der potenzielle Nutzen für Velofahrende. Und die enorm hohen Zahl an Velo-Unfällen in Holland, ohne Beteiligung des MIV, wird wohl nie mit einem Satz in einem basel-städtischen Bericht erwähnt werden.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der LDP, sich gegen eine weitere Umgestaltung von Velostrassen auszusprechen und stattdessen eine ausgewogene Verkehrspolitik im Sinne aller zu unterstützen.

34. Anzug 7 Lukas Bollack und Konsorten betreffend Velostrassen für Velos statt für Autos

[22.01.25 10:57:47, 24.5499.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Nicole Strahm hat eigentlich das Wesentliche schon gesagt. Nachdem wir letzte Woche darüber diskutiert haben und wir erwähnt haben, dass es eben leider für diese Velo-Vorzugsrouten ja auch keinen Plan gibt, wie man das umsetzen will, will man jetzt auf diesen Velostrassen, die man einfach in bestehende Quartiere gepflanzt hat, die Autos einfach weg bringen. Da wohnen Anwohner, da hat es Gewerbe, eine dieser Velostrassen geht auch bei mir beim Tennisclub vorbei. Ich erlebe eigentlich diese Velostrassen als etwas Gutes. Das funktioniert miteinander. Ich habe da noch nie Probleme gesehen. Dass man jetzt einfach die Autos wieder da vertreiben will, ist für mich eine ganz komische Art von einem Miteinander im Verkehr. Wir werden das noch weiter miteinander diskutieren dieses Jahr wahrscheinlich, aber ich finde es schade, dass wir das nicht zusammen lösen können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GAB): Wir kennen die Velostrassen seit einigen Jahren. Wir waren der Kanton, der auch das Pilotprojekt für Velostrassen eingeführt hat. Damals, als wir die Velostrassen für den Bund geprüft haben, hatten wir ein Signal, da stand darauf «Autos zu Gast». Das Prinzip der Velostrassen war ursprünglich, eine Strasse zu schaffen, wo Velofahrende den Vortritt geniessen, nicht nur gegenüber Rechtsvortritt in der Tempo 30-Zone, sondern eben auch, dass man darauf nebeneinander fahren kann, dass man darauf sicher ist, dass man nicht von einem Auto überholt wird, dass dort die Familien mit Kindern auch mit dem Fahrrad sicher unterwegs sein können, im Wissen darum, dass eben sie dort den Platz einnehmen dürfen und die Autos im umgekehrten Sinne zu Gast sind.

Nun, der Bund hat die Velostrassen nun gestattet, sie werden überall eingeführt. Dieses Auto zu Gast hat leider nicht Eingang gefunden in das Konzept der Velostrasse, aber es gibt vom Bund die Möglichkeit, Velostrassen motorfahrzeugfrei einzuführen und zu gestalten, so dass eben genau dieses nebeneinanderfahren, das Gefühl, auf dem Velo auf der Strasse Vorrang zu haben und Sicherheit zu empfinden, denn noch eingeführt werden kann. Das ist eine Möglichkeit, die der Bund geschaffen hat. Es ist kein Basler Finish, und es ist etwas, was ich als sehr wichtig empfinde, gerade wenn wir an die Velo-Vorzugsrouten denken, die wir höchstwahrscheinlich machen werden, sofern dann die Abstimmung positiv verläuft.

Es ist auch etwas, das an gewissen Orten wichtig ist. Daniel Seiler hat ein Beispiel vor dem Tennisplatz erwähnt. Ich kenne diese Velostrasse in Grossbasel West auch. Ich denke, dort ist die Situation eine andere. Dort gibt es nicht sehr viel Autoverkehr und dort braucht es vielleicht auch keine motorfahrzeugfreie Velostrasse. Wenn man aber auf die Velostrassen zum Beispiel in Kleinbasel schaut, ist es doch sehr anders. Dort nutzen viele Autofahrende die Velostrasse als eine Strecke, wo sie zügig, weil der Rechtsvortritt aufgehoben ist, die Strasse befahren können und zügig vorankommen, und dann lockt es sozusagen die Autofahrenden direkt auf die Velostrasse, was eigentlich nicht der Sinn einer Velostrasse ist. Gerade dort wären eben motorfahrzeugfreie Velostrassen sinnvoll.

Ich möchte daran erinnern, dass wir Klimaziele haben und daher auch dem Veloverkehr einen Vorrang geben müssen. Ich bitte Sie daher, den Vorstoss zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage von Daniel Seiler beantworten? Die Zwischenfrage wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Velos nebeneinander fahren lassen auf solchen Strassen – haben Sie das Gefühl, dass das zum Miteinander der unterschiedlichen Verkehrsteilnehmenden beiträgt?

Raffaela Hanauer (GAB): Ich denke, es stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt, wenn auch Velofahrende genauso wie Autofahrende miteinander unterwegs sprechen können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Leoni Bolz.

Leoni Bolz (SP): Velostrassen machen nur Sinn und werden ihrem Namen gerecht, wenn sie für die Velos auch tatsächlich gut beziehungsweise besser als auf gewöhnlichen Strassen befahrbar sind. Zu viel motorisierter Individualverkehr stellt aber genau dies in Frage. Es ist daher sinnvoll zu untersuchen, wie viel Autoverkehr auf den Velostrassen herrscht und wie dies allenfalls reduziert werden kann.

Basel muss attraktiver werden fürs Velo. Wir haben Klimaziele, wir haben das bereits gehört, und wir haben einen beschränkten Platz in unserer Stadt. Dass also mindestens auf Velostrassen Velos gut und sicher fahren können, ist folgerichtig.

Daher bittet die SP Sie, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Roger Stalder.

Roger Stalder (SVP): Auch die SVP bittet Sie, den Anzug abzulehnen. Ich meine, es ist klar, man will einfach nichts anderes, als das Auto wegzuhaben. Das können wir nicht mitmachen und Raffaela Hanauer, es gibt auch Elektrovelos, welche die Autos überholen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzugsteller Lukas Bollack hat das Schlusswort.

Lukas Bollack (GLP): Velostrassen sind als Massnahme zur Förderung des Veloverkehrs gedacht, der aufgehobene Rechtsvortritt erlaubt ein zügiges Vorankommen und idealerweise kann man sich in einer autoarmen Tempo 30-Zone sicher fühlen. Wie Raffaela Hanauer vorher schon korrekt ausgeführt hat, ist Basel-Stadt ja ein Pionierkanton beim Thema Velostrassen und war eine der am schweizweiten Pilotversuch beteiligten Städte und hat danach als erste Schweizer Stadt gleich acht zusätzliche Velostrassen umgesetzt.

Mancherorts ist das aus meiner Sicht gut gelungen, wie zum Beispiel auf der Achse Oberwilerstrasse Leimenstrasse. Die Linienführung ist sinnvoll, man kommt zügig aus dem Raum Zolli in die Innenstadt und umgekehrt, und es hat nicht zu viele fahrende oder parkierte Autos, was Sicherheit und Komfort gewährleistet. Andere Velostrassen sind ebenfalls nach meiner Meinung weniger gut gelungen. Also wenn Sie zum Beispiel schon einmal an einem schönen Tag am Wochenende versucht haben, den Sankt Alban Rheinweg mit dem Velo entlang zu fahren, wissen Sie, wovon ich spreche. Die Fahrbahn ist durch die beidseitig parkierten Autos eng. Man muss sich vor aufgehenden Autotüren in acht nehmen. Das Kreuzen mit dem

entgegenkommenden Verkehr ist schwierig und es hat teilweise einen enormen Parkplatzsuchverkehr, angezogen von den vielen Parkplätzen Parkplätzen an dieser attraktiven Promenade.

Hier setzt die erste Forderung des Anzugs an. Wo Velostrasse draufsteht, soll auch Velostrasse drin sein. Das Velo soll dort also klar priorisiert werden. Es gäbe diverse Massnahmen, um das zu erreichen, wie zum Beispiel eine angepasste Verkehrsführung, die Aufhebung von Parkplätzen. Grundsätzlich wird der Regierung aber offen gelassen, wie Sie dieses Ziel genau erreichen will.

Dann noch kurz zur zweiten Forderung des Anzugs, den motorfahrzeugsfreien Velostrassen. Hier möchte ich einfach klarstellen, dass der Anzug diese ja nicht einfordert. Es ist einfach so, das Handbuch Velobahnen des ASTRA führt diese als mögliche Führungsform für Velobahnen aus. Velobahnen heissen in Basel-Stadt Velo-Vorzugsrouten. Der Anzug will von der Regierung nur wissen, bei welchen Velo-Vorzugsrouten sie solche motorfahrzeugsfreie Velostrassen als sinnvolle Lösungen sehen würde. Sie müssen also jetzt nicht Angst haben, dass bei einer Überweisung des Anzugs dann alle Velostrassen sofort mit einem MIV-Fahrverbot belegt werden. Das entscheidet dann immer noch die Regierung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen ab über den Anzug von Lukas Bollag. Die Überweisung wurde bestritten von Nicole Strahm- Lavanchy.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 43 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005703, 22.01.25 11:07:46]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 51 Ja-Stimmen, 43 Nein-Stimmen und eine Enthaltung bedeuten, dass der Anzug überwiesen wird.

35. Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Velospur in der St. Jakobs-Strasse, Schreiben des RR

[22.01.25 11:08:00, 23.5532.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Zuerst geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller, welche jedoch verzichtet. Damit sind wir bei den Fraktionsvoten und da hat sich zuerst Luca Urgese für die FDP gemeldet.

Luca Urgese (FDP): Lassen Sie mich zuerst positiv würdigen, dass der Regierungsrat versucht hat, eine möglichst schnelle Lösung in Aussicht zu stellen, bereits für den letzten Herbst, und jetzt wahrscheinlich wegen des spürbaren Widerstands jetzt doch zuerst diese Debatte abwarten möchte.

Der Vorschlag, den man in der Anzugsbeantwortung findet, ist mit diversen Problemen behaftet. Ich halte ihn nicht für eine gute Lösung. Wenn man in der Sankt Jakob-Strasse so wie das vorgeschlagen wurde, einen Velostreifen markiert, dann bedeutet das, dass die Autos weiter links fahren müssen. Wenn die Autofahrer weiter links fahren, dann befinden sie sich auf dem Tram-Trassee. Das ist normalerweise kein Problem, denn man fährt ja, aber zu Stosszeiten stauen sich natürlich die Fahrzeuge auf dem Tram-Trassee. Und jetzt stellen Sie sich vor, was dann zu Stosszeiten passiert, wenn ein Tram von

hinten zu fahren kommt, dann wird sich das wahrscheinlich akustisch bemerkbar machen, weil die Tramspur ist ja dann entsprechend blockiert. Autofahrer werden dann nach rechts ausweichen, damit sie dem Tram nicht mehr im Weg stehen und werden somit dann auf die Velospur kommen. Wenn dann halt dann von hinten ein Velo herangeradelt kommt, dann kann das zu überaus gefährlichen Situationen führen. Das ist sicher etwas, was wir vermeiden sollten.

Und der zweite Punkt ist folgender: Das grösste Problem besteht eigentlich im Abschnitt zwischen Gartenstrasse und Aeschenplatz und genau dort soll der Velostreifen dann aufhören. Also genau dort, wo das Problem am akutesten ist, will man die Situation eigentlich so belassen, wie sie heute ist, so dass das Problem eigentlich gar nicht gelöst wird. Also die vorgeschlagene Lösung verschlimmert die Probleme eher, als dass sie sie löst, wenn Sie sie überhaupt löst.

Für mich ist nicht ganz nachvollziehbar, welche Aversionen bestehen, auf einem solch breiten Trottoir, wie wir es in der Sankt Jakob-Strasse kennen, eine gemeinsame Lösung für Velos und Fussgänger zu finden. Man kann dort klar getrennte Spuren markieren. Es gibt kaum ein Trottoir, das so breit ist wie dort, man kann sich auch bauliche Massnahmen überlegen. Ich verstehe ja, dass man, wenn man als Fussgänger Angst hat, dass es zu Konfliktsituationen kommt. Man sollte also versuchen, entsprechende bauliche Lösungen zu finden. Wenn Sie sich ein bisschen in Europa bewegen, dann sehen Sie in verschiedensten Städten Lösungen, dort funktioniert das einwandfrei und hier scheinen wir offenbar grössere Ängste gegenüber solchen Lösungen zu haben.

Ich nehme auch zur Kenntnis, dass es da gewisse Normbreiten gibt, die vorgegeben sind. Ich kann sie nicht immer ganz nachvollziehen, wie man auf diese Normbreiten kommt, eben gerade bei solchen breiten Trottoirs. Ich bin überzeugt davon, dass wir damit eigentlich gute Lösungen verunmöglichen, nur weil irgendjemand mal gesagt hat, in der ganzen Schweiz gelten entsprechende Normbreiten, egal wie die Situation dann konkret vor Ort ist. Und wir haben in der Sankt Jakob-Strasse nach meiner Kennung eine der breitesten Strassen in unserem Kanton, und wenn wir es dort nicht schaffen, diese verschiedenen Verkehrsmittel aneinander vorbeizubringen, wo bitte wollen wir es dann sonst schaffen?

Nun, die Situation ist wie sie ist, und deshalb möchte ich Sie bitten, diesen Anzug stehen zu lassen und zwar verbunden mit einem konkreten Lösungsvorschlag, den ich den Regierungsrat bitte zu prüfen, sofern Sie diesem Antrag folgen.

Wir haben auf dem Trottoir in der Sankt Jakob-Strasse verschiedene Bäume mit den Baumrabatten. Man könnte sich überlegen, diese Baumrabatten auf der Trottoirseite um die nötigen Zentimeter zu kürzen, das dürften wahrscheinlich 20 bis 30 cm sein, damit wir die nötige Breite erreichen, dass wir eben Velospur und Trottoir aneinander vorbeibringen. Und jetzt ist mir natürlich durchaus bewusst, Grünflächen zu reduzieren ist ein Problem, das wollen wir natürlich nicht und deshalb kann man, um das zu kompensieren, auf diversen Asphaltflächen, die heute ungenutzt sind. Diese könnte man dann im Gegenzug entsiegeln, begrünen, so dass man dann unter dem Strich gleichviel oder vielleicht sogar ein bisschen mehr Grünfläche hat, als das heute der Fall ist. Aus meiner Sicht ist das eine Win-Win-Situation. Wir bringen die verschiedenen Verkehrsmittel konfliktfrei aneinander vorbei, erhalten oder vermehren vielleicht sogar die Grünflächen und könnten so eine gute Lösung erreichen. Ob das funktioniert, kann ich jetzt nicht abschliessend sagen, aber die Bitte wäre, sofern Sie diesen Anzug stehenlassen, das entsprechend zu prüfen. Ich danke Ihnen, wenn Sie das mit Stehenlassen möglich machen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die SP ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Ich mache hier gleich transparent, dass ich länger mit Luca Urgese telefoniert habe darüber, ob es wirklich Sinn macht, diesen Anzug stehen zu lassen. Ich war am Anfang jetzt auch nicht so überzeugt, ob es wirklich einen Mehrwert bringt. Wir haben uns auch mit Hilfe von Google Streetview noch einmal virtuell in der Strasse bewegt und es ist natürlich so, wie Luca Urgese sagt, es ist tatsächlich eine Strasse mit einem für Basler Verhältnisse aussergewöhnlich breiten Querschnitt, und es wäre wirklich schade, wenn wir uns dort verschenken, noch ein bisschen intensiver nach kreativen Lösungen zu suchen.

Die SP-Fraktion ist deshalb bereit, dem Stehenlassen zuzustimmen. Wir sind offen für eine kreative Lösung, gerade auch mit vielleicht einer anderen Anordnung auch von entsiegelten Flächen etc., und wir sind sehr gespannt, was man herausfindet, welche Lösung dort vielleicht noch denkbar wäre. Es ist so, dass es gerade dort, so nahe am Aeschenplatz, wirklich wichtig ist, Sicherheit für die Velofahrenden schaffen können.

Was für uns ganz klar ist, ist, dass eine solche kreative Lösung nicht auf Kosten der Trameigentrassees gehen darf und dass selbstverständlich auch keine Gefährdung des Fussverkehrs dadurch begünstigt werden sollte. Aber ich denke, das liegt auf der Hand und wir lassen das stehen, um zu schauen, welche Lösungen es noch gibt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Jérôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GAB): Auch das grünalternative Bündnis ist für Stehenlassen dieses Anzugs. Es ist wirklich aktuell ein Problem dort in der St. Jakob-Strasse. Ich habe zwar keine Google Streetview-Analyse vorgenommen, aber es ist mein Arbeitsweg und ich habe mich ein bisschen mehr darauf geachtet und gerade und gerade letzte Woche hat sich der Verkehr gestaut bis hinten zum Denkmal, also in Richtung Aeschenplatz und das ist genau so ein Beispiel. Wenn jetzt dort ein Velostreifen wäre und die Autos würden auf dem Eigentrassee des Trams stehen, dann würde einfach der Tramverkehr behindert werden. Insofern bin ich nicht sehr überzeugt von dieser Sofortmassnahme, die in dieser Anzugsbeantwortung gekommen ist, denn so benachteiligen wir einfach die Menschen, die im Tram unterwegs sind.

Ich könnte mir vorstellen, dass der Vorschlag, den Luca Urgese gemacht hat, eine Lösung sein könnte, sofern man sich noch etwas eingehender damit beschäftigt, so dass die Velofahrer:innen und Fussgänger:innen dort auf dem Trottoir aneinander vorbeikommen. Ich habe auch noch ein bisschen analysiert, wie das Verhalten der Velofahrenden aktuell ist. Es ist wirklich so, wenn man sich legal verhalten will, dann steht man im Stau mit den Autos. Man kommt einfach nicht vorwärts muss dort hinten anstehen. Viele Menschen mit dem Lastenvelo mit Kindern machen das auch, viele weichen aber einfach aufs Trottoir aus und eine andere Variante, die ich auch sehr häufig sehe, ist, dass dann einfach die Velofahrer die Sperrfläche des Trams befahren. Das wäre eine kreative Lösung, die ich mir vorstellen könnte, dass man sagt, man hebt die Sperrfläche auf, die Velofahrer:innen dürfen links die stehende Kolonne überholen und kommen so ein bisschen flüssiger voran. Ich sehe dort auch die Nachteile, es sind Tramschienen, die nicht jeder gerne überfährt, es sind die Autofahrer, die nicht damit rechnen, dass jemand links vorbeifährt. Aber vielleicht prüft man das ja auch, dass man den Platz in der Mitte der St. Jakob-Strasse klüger nutzen kann, nicht nur für das Tram, aber sicher nicht für die Autos.

Also ich bin froh, wenn wir das stehenlassen und Regierungsrätin Esther Keller das noch einmal überarbeiten lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP spricht Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Alle haben sich jetzt positiv dazu geäussert. Anhand der Kreuztabelle sieht man, dass nicht alle Fraktionen dieser Meinung sind. Ich habe mich jetzt kurzfristig entschieden, hier auch etwas dazu zu sagen.

Ich bin dezidiert gegen den Mischverkehr auf den Trottoirs. Welche Folgen das hat, darüber diskutieren wir im Bereich der Solitude schon sehr lange und wir fanden keine Lösung, welche wirklich gut ist. Die älteren Menschen der Alterswohnungen trauen sich nicht mehr, dieses Trottoir zu benützen und dem Rhein entlang zu spazieren. Das ist tatsächlich so.

Meine Frau benützt von Montag bis Freitag auf ihrem Arbeitsweg täglich mehrmals das nun in diesem Anzug betroffene Trottoir. Wenn nun plötzlich Velos, Kistenvelos usw. dieses Trottoir nutzen würden, würde sie sich vermutlich einen anderen Weg suchen oder dann halt mit dem Auto an ihren Arbeitsplatz fahren. Das dortige Trottoir ist für den Mischverkehr, der Regierungsrat hat es ausgeführt, schlichtweg zu Man müsste, wenn man dort sich an die Regeln halten würde, einfach die Bäume fällen. Wir diskutieren auch in Riehen genau über dasselbe Problem. Wenn es für den Anzugstellenden, trotz der Sicherheitsbedenken der dafür verantwortlichen Spezialisten zumutbar ist, dass es für die Fussgänger somit gefährlich werden könnte, nur weil ein paar Velofahrer mal etwas warten müssen und nicht gefährdet sind, dann verstehe ich nicht, weshalb er in seinem Anzug nicht das Velofahren einfach auf allen Trottoir in der Stadt Basel fordert, ob es zu schmal ist oder zu breit, das ist ja wohl egal.

Ich bitte Sie, den Fussgänger in unserer Stadt den Schutz zu gewähren, welchen sie verdient haben und sie nicht unnötigen Gefahren auszusetzen, zumal es sich dabei meist um ältere Menschen handelt oder eben Arbeitnehmende, die mit dem ÖV zu Arbeit fahren wollen. Der Regierungsrat hat zudem bereits signalisiert, dass er verbesserte Massnahmen treffen wird, um den Fluss der Velofahrenden zu verbessern. Überweisen Sie also diesen Ansatz bitte nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: In der zweiten Runde geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich bin froh, dass das Votum von Felix Wehrli noch kam. Ich hatte schon etwas Sorge, dass die Interessen der Bäume und der Zufussgehenden etwas zu kurz kommen. Ich habe mir das nicht nur auf Google Maps angeschaut, sondern sogar nochmals ganz konkret vor Or. Und die Stelle ist wirklich zu schmal. 3,5 Meter, dann noch aufgeteilt in zwei Spuren oder sogar noch Mischverkehr aber aufgeteilt beispielsweise in zwei Spuren für Zufussgehende und Velos, das schafft wirklich eine sehr sehr ungute Situation. Die Baumrabatten an dem Ort anzupassen um wenige 10 cm, das wiederum schadet wirklich den Bäumen, die haben dort ohnehin schon zu wenig Wasser. Das sind grosse Bäume dort, und grössere bauliche Massnahmen wären natürlich auch schwierig.

Ich bin wirklich auch sehr kritisch gegenüber Mischverkehr. Ich glaube, wir sehen was passiert. Wir sehen auch was passiert, wenn diese Flächen zu schmal sind. Die Menschen fühlen sich dort nicht wohl, wir müssen wirklich auch an ältere Menschen denken, denen nicht wohl ist, wenn Velos so nahe vorbeifahren.

Also wir sind da wirklich der Meinung, das ist nicht die richtige Stelle. Man muss es auch zu Ende denken. Sogar wenn dort die Stelle breiter wäre, kommen Sie dort raus, wo heute der Bus hält. Das heisst, Sie würden genau dort, wo sowieso der Engpass ist, wieder auf die St. Jakob-Strasse kommnen, und deshalb braucht es grössere bauliche Massnahmen, die wir auch machen werden im Rahmen der Sanierung der Strasse, aber das ist erst in einigen Jahren. Und wenn wir diesen Anzug jetzt stehen lassen fürchte ich, dass es wenig neue Erkenntnisse bringen wird, denn noch einmal, diese Stelle ist schmal. Sogar wenn wir da etwas machen würden, das den Bäumen schaden könnte, hätten wir das Problem mit der Bushaltestelle. Und deshalb bittet der Regierungsrat, den Anzug abzuschreiben, zumal – und das können Sie gerne auf Google Maps nachschauen – der Umweg dort über die Gartenstrasse-Engelsgasse und zurück dann weiterr Richtung beispielsweise Münsterplatz oder Wettsteinplatz nur 200 Meter beträgt. Also ich glaube, das ist wirklich zumutbar.

Deshalb wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie diesen Anzug abschreiben würden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat möchte den Anzug als erledigt abschreiben. Das haben wir gerade eben wieder gehört. Luca Urgese hingegen möchte ihn stehenlassen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehen Lasten gemäss Antrag Luca Urgese.

Ergebnis der Abstimmung

11 Ja, 78 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005705, 22.01.25 11:23:30]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird stehengelassen, wir haben 78 Nein-Stimmen, 11 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

36. Anzug Beatrice Isler und Konsorten betreffend Velofreundlichere Kreiselzufahrten und Kreisel, Schreiben des RR

[22.01.25 11:23:43, 22.5259.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, beide Anzüge als erledigt abzuschreiben. Wir eröffnen dazu die Debatte. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet in der ersten Runde. Damit geht das Wort an Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GAB): Im Sinne der Effizienz spreche ich für das GAB und die SP und auch gleich für beide folgenden Anzüge. Der Grossrat hat hier zwei Anzüge überwiesen und es wurde ein Gartenzwerg geboren, einer mit erhobenem Zeigefinger. Dabei, da bin ich sicher, wollten beide Anzugstellerinnen deutlich mehr als nur einen rosa Gartenzwerg. Der Kreisverkehr ist für Velofahrende gefährlich. Das führt zu Auswegoptionen über das Trottoir, insbesondere bei Kindern, zu Recht. Wir wissen, dass es gefährlich ist. Das zeigt einerseits die Unfallkarte, die das ASTRA seit 2011 führt, die öffentlich zugänglich ist für uns alle, auch für die Basler Verwaltung, und auf der wir klar sehen können, dass Fahrradunfälle sich häufen rund um Kreisel. Wir wissen es aber auch, weil wir selber immer wieder über Kreisel fahren oder die Kreisel benutzen oder zuschauen. Ich bin überzeugt, bei der Vielfalt an Kreisel in Basel ist das schon jedem von uns geschehen, dass wir eine heikle Situation erlebt oder beobachtet haben.

Gleichzeitig werden im Wissen, dass diese Kreise sehr gefährlich sind für Velofahrende und auch für andere Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer neuer Kreisel gebaut, nota bene Kreisel, die wieder nicht der Norm entsprechen

und das zeigt sich dann auch wiederum in der Unfallstatistik. Als Beispiel hervorheben möchte ich den Kunstmuseumskreisel, der ja noch nicht sehr alt ist. Dort gibt es bereits sechs Unfälle mit Fahrradbeteiligung, beim neuen Kreisel beim Viertelkreis einen Unfall. Zum Glück alles Unfälle ohne schwerverletzte Personen. Trotzdem stellen sie eine Gefahr dar für uns.

Um diese Situation zu beseitigen, reicht ein Gartenzwerg nicht aus. Es reicht auch nicht aus, eine Kampagne zu machen. Es reicht ein Plakat nicht aus. Wir alle hatten zumindest in der Schule eine Verkehrsschulung, die meisten von uns haben eine Autoprüfung. Wir wissen schon, wie man sich verhalten muss im Kreisel. Wir wissen auch, dass man fair sein muss im Verkehr. Jeder hat ein ureigenes Interesse zu überleben. Nun ist es aber so, dass halt gewisse Verkehrsteilnehmer schwächer sind. Das sind die Fahrradfahrer, das sind die Fussgängerinnen und Fussgänger. Die müssen wir besonders schützen.

Es wird schön aufgezeigt in der Beantwortung dieser beiden Anzüge, wo Probleme sind und es sind sehr viele Probleme. Es wird keine Lösung aufgezeigt oder nur in sehr wenigen Fällen und auch dort nur im konjunktiv: Wir werden es irgendwann gemacht haben Das reicht halt einfach nicht. Darum bitten wir Sie im Namen des GAB und der SP, mdiese Anzüge stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Vielleicht kurz vorweg: Viele Anliegen von Velofahrenden geraten mir sofort in den Verdacht, dass sie Teil dieser grossen Auseinandersetzungen zwischen Auto- und Velolobby sind, aber ich glaube, brei den beiden vorliegenden Anzüge geht es wirklich nicht darum, es soll kein anderer Verkehrsteilnehmer, keine andere Verkehrsteilnehmerin irgendwie geschädigt oder benachteiligt werden. Denn es ist ja auch klar, Kreisel sind ja grundsätzlich eigentlich eine sehr gute Sache. Sie sind einfach, es wurde auch von Anina Ineichen gesagt, für Velofahrende potenziell gefährlicher als für andere Verkehrsteilnehmende. Und darum geht es eben in diesen beiden Anzügen, um die Sicherheit für die Velofahner:innen in den Kreiseln. Man soll sich also nicht gegen den Autoverkehr richten oder andere Verkehrsteilnehmende, sondern nur versuchen, die Nachteile,. die Gefahren, die für Velofahrende im Kreisel bestehen, zu minimieren.

Es ist auch klar, dass es in unserem beengten Stadtraum nicht überall möglich ist, die optimale auch baulich gestaltete Verbesserung durchzuführen, umzusetzen. Aber die Antwort des Regierungsrats (ich hätte jetzt nicht von einem Gartenzwerg gesprochen) schein auch mir ein bisschen gar einfach. Es steht, weil die Mehrheit der Kreisel in Basel unkritisch sei, erachte die Regierung eine flächendeckende Analyse sämtlicher Kreise als nicht zielführend. Ich muss zugeben, bei der Forderung nach der flächendeckenden Überprüfung habe ich schon auch gedacht, dass das sehr viel Aufwand ist. Aber die Frage wäre ja, was ein anderer Massstab wäre, nach dem man es überprüfen soll. Die Antwort der Regierung bildet nicht genügend ab, wie die Situation ist.

Die Regierung hat ja nämlich gesagt, sie hätten die Kreisel untersucht, die einen statistischen Unfallschwerpunkt darstellen. Das waren vier Kreisel, bei denen man plant, etwas zu tun. Dabei wird aber etwas Wesentliches nicht beachtet, dass nämlich, wenn diese Unfallschwerpunkte angeschaut werden und die Unfallstatistik genutzt wird, viele Velounfälle gar nicht in Erscheinung treten. Gemäss Beratungsstelle für Unfallverhütung sind in Polizeistatistiken neun von zehn Velo-Unfällen gar nicht aufgeführt.

Selbst wenn die Polizei gemeinsam mit an einem Unfall Beteiligten das europäische Unfallprotokoll ausfüllt, erscheint dieser Unfall dann zum Beispiel nicht in der offiziellen Statistik. Dann kommen noch so Fast-Unfälle hinzu. Und nicht alle sind durch Velorowdys hervorgerufen – und das gibt es sicher auch, Velofahrende, die sich nicht richtig verhalten, aus welchen Gründen auch immer. Aber auch wenn man die abzieht, bleiben noch diverse weitere Fast-Unfälle, auch die erscheinen in keiner Statistik.

So wurden andere als problematisch bekannte Kreise auch nicht genau angeschaut, wie zum Beispiel ein Bundesplatz oder der Dornbach oder an anderen Stellen. Aus diesen Gründen scheint es mir doch notwendig, jetzt die Suche nach problematischen Stellen und Verbesserungsmöglichkeiten über diese vier in der Antwort genannten Kreisel hinaus auszudehnen, um dieses Gefahrenpotenzial möglichst auszumerzen und so eine Situation zu schaffen, die dann wirklich für alle Beteiligen besser ist. Ich bin überzeugt, auch die Autofahrer haben es lieber, wenn sie im Kreisel eine Situation vorfinden, in der es möglichst für alle, auch für die Velofahrenden, nicht gefährlich ist und sie da nicht in einen Unfall verwickelt werden.

Vor diesem Hintergrund möchte ich Sie bitten, diese Anzüge nicht abzuschreiben, sondern stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lukas Bollack.

Lukas Bollack (GLP): Wir Grünliberalen gehen nicht mit der Regierung einig, wenn sie sagt, dass die Mehrheit der Kreisel aus Sicht der Verkehrssicherheit unkritisch sei. Die Verkehrsunfallstatistik zeigt klar, dass Kreuzungen die Verkehrssituationen sind, in denen die meisten Velounfälle passieren und dass Kreisel von allen Kreuzungstypen die gefährlichsten für Velofahrende sind. Dass nicht alle Kreisel Unfallschwerpunkte sind, widerlegt diese Tatsachen aus unserer Sicht nicht. Die Verkehrsmengen und die Anzahl Unfälle in unserem Kanton reichen schlicht nicht dafür aus, dass jetzt alle Kreisel als Unfallschwerpunkte klassifiziert werden können. Wir geben auch, wie Brigitte Gysin schon gesagt hat, zu bedenken, dass neun von zehn Velounfällen der Polizei gar nicht gemeldet werden. Wenn sich die Regierung bei der Analyse auf die Unfallschwerpunkte beschränkt, macht sie es sich deshalb aus unserer Sicht zu einfach.

Wir möchten deshalb die beiden Anzüge stehenlassen in der Hoffnung, dass die Regierung hier noch mal ein bisschen in sich geht, das Problem der Gefährlichkeit von Kreiseln für Velofahrende ernst nimmt und Lösungen dafür sucht. Eine Möglichkeit wären die auch schon oft genannten holländischen Kreisel, bei denen die Velos auf einer eigenen Fahrspur um den Kreisel herumgeführt werden. Diese Art der Veloführung ist erwiesenermassen sehr viel sicherer als ein herkömmlicher Kreisel. Wir finden, dieser Ansatz hätte wenigstens einen Pilotversuch verdient.

Ich weiss, es werden hier immer die beengten Platzverhältnisse als Grund dafür angeführt, warum solche Kreisel bei uns nicht möglich sein sollen. Wer schon mal in den Niederlanden war, weiss aber, dass die Platzverhältnisse dort auch nicht überall sehr grosszügig sind. Trotzdem geht es irgendwie, sichere Kreisel zu installieren oder eben, wenn das nicht geht, auf einen anderen sichereren Kreuzungstyp auszuweichen.

Wir Grünliberale werden deshalb für Stehenlassen der beiden Anzüge stimmen und bitten Sie, es uns gleich zu tun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die nächste Sprecherin ist Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Wir von der LDP sind für Abschreiben dieser beiden Anzüge und zwar haben wir den Eindruck, es hat sich viel getan, auch im Austausch, und viele von uns fahren Velo. Wir haben festgestellt, dass doch auch in den verschiedenen Umfeldern, in denen wir uns bewegen, mehr Leuten inzwischen klar ist, dass man in der Mitte fahren soll als Velofahrerinnen und Velofahrer in Kreiseln und dass durchaus auch die Kampagnen gesehen werden.

Klar gibt es da weiterhin Potenzial, auch für die Unfälle braucht es immer zwei Parteien. Einerseits gibt es sicher sehr viele sehr schwungvolle Velofahrerinnen und Velofahrer, aber auch sehr viele uninformiert Autofahrende. Da haben wir zur Kenntnis genommen, dass eben nur ein Drittel der in Basel-Stadt fahrenden Autos tatsächlich von hier kommt, was es mit der MFK-Kampagne etwas schwieriger macht, die sicher sinnvoll wäre und wir zählen darauf, dass die weiterhin stattfindenden Unfälle auch vom Regierungsrat verzeichnet werden und in weitere Handlungsfelder aufgenommen werden, auch wenn wir hier nicht stehenlassen, weil wir eben durchaus schon Verbesserungen verzeichnen.

Deswegen sind wir für Abschreiben, können aber auch damit leben, wenn. ,wie die Kreuztabelle verrät, stehengelassen wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Vielleicht ein Wort zum Kunstmuseumskreisel. Ich fahre eigentlich fast täglich da durch. Ich bin absolut einverstanden, dass wir das zusammen anschauen müssen. Das ist auch in der Kampagne nicht berücksichtigt worden. Was man dort einfach feststellt, ist, dass obwohl die Einfahrt künstlich verengt wird von den Velofahrern, natürlich dauernd Velos von rechts überholen, wenn man in den Kreisel hineinfährt, und die Situation ist halt die, dass der Velofahrer auf der einen Seite einen rechts überholt und innerhalb des Kreisels kommt noch einer auf der linken Seite an einem durch und will dann vorher noch schnell rein.

Also das ist wirklich ein Problem, das wir angehen müssen. Ich habe dort die Lösung auch nicht, aber entweder macht man den Kreisel grosszügig, dass man kann als Velofahrer reinfahren kann, und wenn man ihn verengt, wie man es beim Kunstmuseum gemacht hat, dann muss man halt wahrscheinlich auch mit einer Signalisation arbeiten. Also ich bin da völlig einverstanden, dass wir da etwas machen, wir sind aber trotzdem für Abschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit hat in der zweiten Runde Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielen Dank für die lebhafte Debatte. Also Kreisverkehr ist anspruchsvoll. Anina Ineichen, Sie haben den Kunstmuseumskreisel genannt. Ich darf einfach erinnern, der Kunstmuseumskreisel ist hier drin durch das Parlament gegangen. Es wurde entschieden, dort einen Kreisel zu bauen und ganz ehrlich, ich glaube, niemand möchte zurück zur alten Kreuzung. Kreisel eignen sich dort, wo ein hohes Verkehrsaufkommen ist, und wenn ein Kreisel richtig befahren wird von allen Verkehrsteilnehmenden, dann ist er grundsätzlich auch sicher. Und hier fängt es an, und deshalb auch die Kampagne der Verkehrspolizei. Ob die mir jetzt persönlich gefällt oder nicht, das müssen Sie mich jetzt nicht fragen, aber ich glaube, Aufklärungsarbeit ist definitiv immer noch wichtig.

Ich sehe sehr viele Velofahrende, die nicht in der Mitte fahren und ich höre sehr viele Velofahrende, die gar nicht wissen, dass sie in der Mitte fahren sollen. Also da gibt es tatsächlich noch ein grosses Informationsdefizit. Wir müssen die Menschen informieren, dass sie eben in der Mitte fahren sollen.

Und deshalb glaube ich, müssen wir bezüglich Prävention und Information dranbleiben und wir müssen aber auch bei konkreten Kreiseln dranbleiben. Es muss beispielsweise gute Umfahrungsmöglichkeiten geben, damit diejenigen Verkehrsteilnehmer, die sich nicht sicher fühlen in den Kreiseln, einen anderen Weg, möglicherweise einen Umweg, aber einen anderen Weg wählen können.

Nochmals kurz zum holländischen Kreisel, Lukas Bollack, wenn Sie mir eine Kreuzung zeigen, die so gross ist, dass ein holländischer Kreisel Platz hat, ich garantiere Ihnen, wir schauen uns das am. Fakt ist, in Basel haben wir meines Wissens keine Kreuzung, die so gross ist, dass man rund um den Kreisel herum noch eine separate Velospur machen könnte, übrigens wahrscheinlich auch mit dem Zusatz. ohne Bäume fällen zu müssen, weil man natürlich dann zusätzliche Fläche versiegeln muss. Also ich glaube, das wird schwierig und ich finde auch Ideen, dass man doch den Velostreifen anders markieren soll, da müssen wir auch einfach schweizweit einheitlich bleiben. Stellen Sie sich vor, Sie gehen auf eine Velotour, und in Freiburg sind die Kreisel anders als in Sion, sind anders als irgendwie in einem anderen Kanton. Also dann ist das Chaos perfekt.

Deshalb müssen wir es weiterhin gleich markieren, die Menschen sorgfältig informieren und Ausweichrouten schaffen für diejenigen, die sich nicht wohlfühlen. Und da bleiben wir dran. Ich glaube, dafür brauchen wir aber die beiden Anzüge nicht. Deshalb bitte ich Sie im Namen der Regierung, diese abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen zweimal ab über die beiden Anzüge. Einerseits ist es der Anzug von Beatrice Isler und Konsorten und dann der Anzug Brigitte Gysin und Konsorten. Der Regierungsrat möchte beide abschreiben. Anina Ineichen hat bei beiden den Antrag gestellt, sie stehen zu lassen. Zuerst zum Anzug Isler.

Abstimmung

JA heisst abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst stehen lassen

Ergebnis der Abstimmung

33 Ja, 61 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005707, 22.01.25 11:39:40]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehengelassen mit 61 Nein-Stimmen gegen 33 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

36.1. Anzug Brigitte Gysin und Konsorten betreffend Sicherheit in Kreiseln für Velofahrende, Schreiben des RR

[22.01.25 11:39:55, 22.5519.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen über den nächsten Anzug ab.

Abstimmung

JA heisst abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst stehen lassen

Ergebnis der Abstimmung

31 Ja, 60 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005709, 22.01.25 11:40:22]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 60 Nein-Stimmen und 31 Ja-Stimmen sowie keine Enthaltung bedeuten, dass auch dieser Anzug stehengelassen wird.

37. Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend intelligente Parkplätze auf öffentlichem Grund: Flexible Marktpreise und sozial-ausgleichende Verwendung der Parkeinnahmen, Schreiben des RR

[22.01.25 11:40:36, 18.5168.05]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrätin Esther Keller verzichtet in der ersten Runde. Raffael Fuhrer hat sich als Einzelsprecher gemeldet. Er hat das Wort.

Raphael Fuhrer (GAB): Dieser Vorstoss ist mittlerweile fast sieben Jahre alt und es geht um Parkplätze. Ich finde, das Thema hat sich in den letzten Jahren zum Glück etwas beruhigt. Trotzdem bedauere ich, dass gerade in dem Feld leider der Markt nicht spielen darf. Ich bin bei vielen Themen sehr skeptisch, wenn nicht sogar ablehnend gegenüber einer Lösung, wo einzig und alleine der Markt das Sagen hat, aber gerade hier finde ich es vielleicht doch keine schlechte Idee und hätte mir schon auch erhofft, dass, wenn eine Grünliberale das BVD übernimmt, dann eben solche liberalen Ansätze vielleicht wieder etwas Aufwind haben. Denn für mich ist nach wie vor klar: Gewisse Parkplätze sind einfach von der Lagegunst her geeigneter, haben eine höhere Nachfrage, und der Eindruck der fehlenden Parkplätze entsteht eben genau dort. Und wenn wir die Preise so anpassen würden, wie das zum Beispiel San Francisco seit mehreren Jahren macht, dass eben diese Parkplätze etwas teurer sind und die anderen, die vielleicht nicht so gut liegen und die meiste Zeit auch frei sind, etwas billiger machen, dass sich dann das Fahraufkommen der Autofahrenden so anpasst und auch besser verteilt und wir eine Entspannung hinbekommen.

Ich denke, wir müssen an diesem Thema dranbleiben, denn die Anzahl Parkplätze ist ja, wie wir wissen, volatil und hoffe, dass in Zukunft wieder jemand so einen Vorstoss wagt und vielleicht das Thema doch wieder aufgenommen wird oder dass auch von der Verwaltung aus eine solche Lösung angestrebt wird. Wenn wir nun die Flexibilisierung nach Grösse des Autos anstreben, warum nicht auch nach Auslastung? Das Thema fände ich spannend, weiterzuverfolgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es wurde kein Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

38. Motion Beatrice Isler und Konsorten betreffend neue Planung für Wohnungsbau entlang Grenzacherstrasse, Schreiben des RR

[22.01.25 11:43:05, 18.5412.04]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist bei den beiden Motionen um vier Jahre zu erstrecken. Gemäss GO § 43 Abs. 4 bis ist es gar nicht möglich, vier Jahre zu erstrecken. Das Maximum sind zwei Jahre. Wir sprechen also über zwei Jahre und nicht über vier und eröffnen die Debatte. Regierungsrätin Esther Keller, wünschen Sie das Wort einleitend? Das ist nicht der Fall. Damit hat der Vertreter des GAB Harald Friedl das Wort.

Harald Friedl (GAB): Ich beantrage Ihnen im Namen des GAB, die Motion von Beatrice Isler abzuschreiben, ebenfalls die zweite Motion und auch den Anzug, der auch in diesem Geschäft jetzt behandelt wird. Wir sehen als Fraktion die Aufträge, die in diesen Vorstössen eingereicht wurden, mit dem vorliegenden Zwischenbericht als abgeschlossen und erledigt. Mit dieser Ideenstudie konnten diverse neue Gesichtspunkte aufgebracht und genauer angeschaut werden, und es gab für uns auch durchaus interessante Erkenntnisse aus diesen Studien, die da vorgelegt wurden.

Bei allen diesen Varianten, die uns der Regierungsrat jetzt präsentiert, gibt es weniger grosse oder grössere Pferdefüsse. Das ideale Projekt oder die ideale Variante sehen wir bis jetzt noch nicht. Wir sehen es aber wirklich als grossen Entwicklungsschritt, dass jetzt da viele neue Aspekte berücksichtigt wurden, es wird versucht, möglichst alle Anliegen, alle möglichen Stakeholder miteinzubeziehen und diese dann auch zu berücksichtigen. Das begrüssen wir sehr. Und das sehen wir wirklich als positive Entwicklung in dieser ganzen Diskussion.

Was wir aber auch noch betonen wollen, schlussendlich bleiben wir bei unserer Haltung, die wir immer vertreten haben. Sie mögen sich alle erinnern an diese emotionale Abstimmung zur Stadtrandentwicklung Ost und dass es da ein klares Verdikt gibt der Stimmbevölkerung, die gesagt hat, sie wolle keine Entwicklung in diesem Gebiet, und dieses Verdikt wollen weiterhin aufrechterhalten. Wir als Fraktion sehen weiterhin das grosse Potenzial, dass es angegangen werden muss bei der Entwicklung der Transformationsareale. Da haben wir noch viel zu tun, da gibt es wahnsinnig grosse Chancen, auch neuen Wohnraum und neue Gewerbefläche zu schaffen. Zudem ist auch immer ein Credo von uns, dass wir genauer schauen, wo wir noch innerhalb der gebauten Stadt eine innere Verdichtung erreichen können. Daher beantragen wir Ihnen als Fraktion Abschreiben dieser drei Vorstösse und wir bitten Sie natürlich, uns in diesem Anliegen zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich kann mich im Namen meiner Fraktion vollständig dem Votum von Harald Friedl anschliessen. Die SVP-Fraktion war damals zusammen mit der grünen Partei die Partei, die gegen diese Betonierung unserer wichtigen Naherholungsflächen und Grünflächen das Referendum ergriffen hatten. Es war vor allem die SP gemeinsam mit anderen bürgerlichen Parteien, die damals dafür waren, dass man dort viele neue Wohnungen baut und damit wichtige Grünflächen vernichtet. Die Stimmbevölkerung hat damals sehr klar gesagt, dass sie das sowohl in diesem Gebiet wie auch beim zweiten Projekt, bei der zweiten Stadtrandentwicklung, die auf dem Bruderholz stattgefunden hat, nicht will.

Und diese Vorstösse, die wir heute behandeln, sind doch auch sehr kurz nach diesem Volksentscheid eingereicht worden und es gibt aus unserer Sicht keine neuen Erkenntnisse, die jetzt dazu führen würden, dass wir dafür wären, diese Motionen hier nun stehen zu lassen. Die Stimmbevölkerung möchte dies nicht und ich glaube auch in Zeiten der Herausforderungen im Bereich des Klimaschutzes ist es doch etwas widersprüchlich, wenn Sie einerseits immer für Klimaschutz sind, diesen Klimaschutz hier in diesem hohen Haus auch einverlangen, und dann aber dafür sind, dass wichtige Grünflächen und Naherholungsgebiete in unserem Stadtgebiet vernichtet werden.

Dass der Regierungsrat diese Haltung vertritt, ist nichts Neues. Der Regierungsrat ist bekannt dafür, dass er alle Grünflächen im Kanton am liebsten vernichten möchte. Er ist bekannt dafür, dass er kein Herz für Freizeitgartenareale hat und ist auch bekannt dafür, dass er mehr Bäume fällt als pflanzt. Aber ich hoffe doch sehr, dass zumindest die Parteien, die das Wort grün in ihrem Parteinamen tragen oder aber zumindest sonst immer an vorderster Stelle sich als grün bezeichnen, hier nun ebenfalls dafür sind, diese Motionen abzuschreiben, so wie es eben auch der Wille letztlich der basel-städtischen Stimmbevölkerung schon vor einigen Jahren war.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP spricht Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Aus der Perspektive der LDP hoffen wir, dass wir bei diesem Areal den Rank finden, anders als Ratskollege Christoph Hochuli soeben. Wir wollen, dass die Planung dort weitergeht. Die Volksabstimmung fand statt unter anderen Vorzeichen, die Wohnungsnot war nicht so akzentuiert wie sie heute ist. Man liest in mehreren Dokumenten und unter anderem dem Wirtschaftsflächenbericht ist klar zu entnehmen, dass viele bauliche Entwicklungen, gerade die immer so hochgepriesenen Transformationen noch lange auf sich warten lassen.

Es wird also noch einige Zeit vergehen, bis weiterer Wohnraum entstehen kann und in den bestehenden gebauten Gebieten der Stadt findet diese Entwicklung kaum mehr statt. Das ist auch bekannt, das heisst wie haben ein Problem, dass wir immer weniger Wohnraum haben werden und das Zeichen, das wir jetzt setzen würden, dass wir diese Planung quasi durch das Abschreiben nicht weitertreiben wollen als Parlament wäre das falsche Signal, denn wir haben einen Common Sens hier, der weit getragen wird, dass wird mehr Wohnraum benötigen.

Wieso Stehenlassen? Es heisst ja, dass man jetzt eine gesamte Planung weitertreiben möchte mit allen Anspruchsgruppen und ich denke auch nicht, dass einfach der Grünraum zubetoniert wird. Das zeigt auch das Beispiel von anderen Planungen im Kanton, wo der Grünraum auch sehr fest mitgedacht wird. Es wäre nun also sehr wichtig, vom Parlament hier dieses Zeichen zu setzen und nicht abzuschreiben, sondern die Motion stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die SP ist Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Herzlichen Dank, Michael Hug, für Ihre Einleitungen. Ich glaube, die SP-Fraktion kann sich dem anschliessen. Und auch Harald Friedl, herzlichen Dank für die Einleitung, weil diese Ideenstudien wirklich eine interessante Sache sind. Ich glaube, hier wurde gut gearbeitet, so dass wir eine Grundlage haben. Das begrüssen wir sehr. Wir kommen zu einem anderen Schluss. Selbstverständlich kennen wir die Situation, wie diese Stadtwrweiterungsideen im Osten von Basel von der Bevölkerung respektiert wurden, aber insbesondere diese Ideenstudien machen hier eine breite Auslegeordnung. Und es ist noch überhaupt nicht klar, wie dann diese Entwicklung aussehen wird oder auch kann. Ich glaube, hier geht es nicht darum, dass wir konkret über ein Projekt verhandeln. Für meine Fraktion ist es wichtig, dass man Umwelt breit versteht. Es geht nicht nur quasi um das, was schon da ist, sondern es geht vor allem auch um die Akteur:innen mit ihren verschiedenen Ansprüchen, mit ihren verschiedenen Interessen und wir glauben, dass diese Ideenstudien dafür eine Grundlage bilden. Ich habe das letzte Mal einer lernenden Debatte gesprochen. Ich glaube auch an eine lernende Planung. Und das ist die Voraussetzung.

Es wurde gesagt, wir reden hier über Stehenlassen mal für zwei Jahre. Die Regierung in ihrem ursprünglichen Vorschlag wollte sogar vier Jahre. Da sehen Sie, über welche Prozesse und Zeiträume wir hier sprechen.

Ich glaube, es ist wichtig, diese ersten zwei Motionen stehenzulassen, weil sie die richtigen Impulse gesetzt haben und weil jetzt mit diesen Ideen und weiteren Abklärungen Grundlagen geschaffen wurden. Und was auch klar wird – und das ist für mich wichtig - gebaute Umwelt heisst auch Infrastrukturen, und ich finde der Regierungsrat macht hier etwas Sinnvolles, dass er sagt, wir wissen noch gar nicht, ob diese Infrastrukturprojekte alle kommen werden, aber diese sind wichtige Kontextbedingungen, was da überhaupt möglich ist und was da vor allen Dingen auch sinnvoll ist.

Und in diesem Sinne glaube ich, sollte man das heute stehenlassen, um den Impuls aufrechtzuerhalten und hier einfach nicht irgendwelche abgeschlossenen Planungen zu produzieren, die dann mühselig von unseren Nachgänger:innen wieder aufgebrochen werden müssen.

Die SP-Fraktion bittet Sie daher, die ersten zwei Motionen stehenzulassen und die letzte abzuschreiben, weil die in diesen Grundlagen, die wir jetzt haben mit diesen Ideenskizzen, zur Verfügung stehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Felix Wehrli gemeldet.

Felix Wehrli (SVP): Die Überbauung Basel Ost wurde 2019 durch den Volksentscheid abgelehnt. Auch ich war bei der Gegnerschaft, was richtig und auch wichtig war.

Nun liegt uns die Planung Basel Ost 2.0 vor. Eine Planung, welche auf die Vorbehalte der Gegnerschaft Rücksicht nimmt, sollte weiterverfolgt werden können. Das priorisierte Gleisstück Rank nimmt hierzu praktisch alle Vorbehalte auf, die damals aufgeführt wurden: Grüngürtel, Schutz von Flora und Fauna und so weiter. Sämtliche Entwicklungsideen, weil zum Beispiel durch die HHF-Architekten vorgestellt wurden oder aufgezeigt wurden, sind sowohl mit dem Beibehalten der Freiräume des

wichtigen Grüngürtels als auch mit der künftigen Realisierung der strategischen Reserve im kommunalen Richtplan Riehen kompatibel. Mit Fokussierung der baulichen Entwicklung auf das Gleisdreieck Rank wird nicht nur der Erschliessungsvorteil der unmittelbar angrenzend geplanten S-Bahnstation Solitude optimal genutzt, sondern auch das Sportzentrum Rankhof und der Freiraumkorridor zwischen Wiese und Rhein vom Nutzungsdruck entlastet, was der wichtigste Punkt der damaligen Ablehnung war.

Die grossen Vorteile eines städtebaulichen Schwerpunktes im Gleisdreieck Rank rechtfertigen es, dass sich der Kanton trotz der vorerst bestehenden Unwägbarkeiten in der anstehenden Infrastrukturplanung zu Gunsten eben dieses Dreiecks Rank als städtebauliche Entwicklungsoption für den Stadtraum Ost einsetzt. Es ist damit zu rechnen, dass die oben erwähnten Unbekannten bei den Infrastrukturplanungen im Umfeld des Stadtraum Ost erst in einigen Jahren mit der notwendigen Sicherheit beantwortet werden können.

Das Zeitfenster für grössere städtebauliche Entwicklungen in diesem Bereich beginnt voraussichtlich erst in 20 Jahren, unter anderem nach Verortung der Flächen für die Baustelleninstallation des S-Bahn-Herzstücks, sollte es irgendwann tatsächlich kommen, gegebenenfalls noch später. Eine detaillierte Gesamtplanung für den Stadtraum Ost ist deshalb kurzfristig noch nicht sinnvoll, zumal man abwarten sollte, wie die Areale Klybeck Plus, Klybeck Kleinhüningen, Volta Nord, Rosental, Dreispitz, Wolf, Walkeweg etc. entwickelt werden.

Das Gebiet soll bis dahin aber auch nicht eingefroren werden. Die Erkenntnisse der Ideenstudien ermöglichen es den kantonalen und kommunalen Fachstellen in der Zwischenzeit bei einzelnen kurzfristig anstehenden Vorhaben die langfristigen Entwicklungspotenziale im Stadtraum Ost zu berücksichtigen.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, die Motionen Isler und von Wartburg stehen zu lassen und den Anzug Lüchinger abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Bevor wir abstimmen, hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielen Dank auch für das letzte Votum. Ich denke auch, es ist ein Raum mit grossem Potenzial, insbesondere wenn eben die HaltestelleSolitude eröffnet ist. Und es geht hier wirklich um ein Weiterüberlegen. Wir sind uns absolut bewusst, dass es aufgrund des Abstimmungsergebnisses vor einigen Jahren eine sensible Frage ist, wie es mit diesem Stadtraum Ost weitergeht. Wir gehen deshalb auch sorgfältig vor. Wir haben jetzt mit dieser Ideenstudie Möglichkeiten ausgelotet, um sie dann eben mit Interessensgruppen zu spiegeln, und es ist klar, wenn es dann weitergeht, dann gibt es auch formelle Mitwirkungen. Diesen Auftrag zur Mitwirkung, auch diesen Auftrag zur Weiterentwicklung haben wir ja von Ihnen als Parlaments erhalten.

Nochmals, wir treiben das nicht unter Hochdruck voran, aber wir möchten dranbleiben. Es ist eine langfristige Option, auch weil es noch von Infrastrukturprojekten abhängt, weil wir uns eben auf dieses Gleisdreieck beim Rankhof konzentrieren möchten. Deshalb ist es eine langfristige Option, die wir weiterverfolgen möchten und wir wären Ihnen deshalb sehr dankbar, wenn Sie die beiden Motionen stehenlassen würden und den themenverwandten Anzug abschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen über die Motionen einzeln ab. Es gibt den Antrag auf Fristerstreckung des Regierungsrates und es gibt einen Antrag auf Abschreiben von Harald Friedl. Zuerst stimmen wir über die Motion Beatrice Isler und Konsorten ab.

Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung um zwei Jahre, NEIN heisst Abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

70 Ja, 24 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005712, 22.01.25 12:00:35]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Frist um zwei Jahre zu erstrecken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Fristerstreckung um zwei Jahre, 70 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen und eine Enthaltung liegen vor.

38.1. Motion Christian von Wartburg und Sebastian Kölliker betreffend weg mit dem Rank, neue Ansätze für Wohnen am Rhein, Schreiben des RR

[22.01.25 12:01:10, 18.5410.05]

2/3-Abstimmmung

JA heisst Fristerstreckung um zwei Jahre, NEIN heisst Abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

68 Ja, 25 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005714, 22.01.25 12:01:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Frist um zwei Jahre zu erstrecken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Fristerstreckung wird gewährt mit 68 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

38.2. Anzug Martin Lüchinger und Konsorten betreffend einer beispielhaften und ökologisch verträglichen Stadtrandentwicklung Ost, Schreiben des RR

[22.01.25 12:01:23, 14.5671.06]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Hier wurde kein anderer Antrag gestellt. Es liegt auch jetzt keine Wortmeldung vor.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Schluss der 50. Sitzung

12:01 Uhr

Protokoll

der 51. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 22. Januar 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	

Verhandlungsgegenstände:

39. Anzug René Brigger und Konsorten betreffend Berücksichtigung Kostenmiete bei Berechnung der Mehrwertabgabe, Schreiben des RR ... 3
40. Anzug Pascal Messerli und Joël Thüring betreffend "Sicherer Badespass im Rhein - dank besseren Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten", Schreiben des RR ... 3
41. Motion Salome Bessenich und Konsorten betreffend "Nachtrag Klima" zum Gestaltungskonzept Innenstadt, Bericht des RR ... 3
42. Anzug Beat K. Schaller und Konsorten gegen das Wildparken von E-Trottinette, Schreiben des RR ... 3
43. Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Umnutzung von Strassenflächen zugunsten umweltfreundlicher Verkehrsmittel und der Lebensqualität, Schreiben des RR ... 4
44. Anzug Sebastian Kölliker und Konsorten betreffend bessere Veloverbindungen vom und ins Hirzbrunnenquartier, Schreiben des RR ... 4
45. Anzug Jean-Luc Perret betreffend schnellen und sicheren Veloverkehr im Basler Westen durch Unter- oder Überführung der stark verkehrsbelasteten Ringstrassen, Schreiben des RR ... 6
46. Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend einwandfreie Tramwartehallen erhalten statt verschrotten, Schreiben des RR ... 8
47. Motion Béla Bartha und Konsorten betreffend Barrierenabbau auf Biotopverbundsachsen, Stellungnahme des RR ... 10
48. Motion Catherine Alioth und Konsorten betreffend einem adäquaten ÖV im Bereich der Hardstrasse während des Ausfalls des 14er Trams, Stellungnahme des RR ... 13
49. Anzug Christian Griss und Konsorten betreffend Konzept und Signalisation für den Veloverkehr in den Langen Erlen, Schreiben des RR ... 15
50. Anzug Bruno Lötscher und Konsorten betreffend Veloroute Gellert-Jacob Burckhardt-Strasse-Gundeldingen, Schreiben des RR ... 15
51. Anzug Andreas Zappalà und Konsorten betreffend Meldepflicht für den Einbau von Dachfenster als Teil der Solar- und PV-Anlage, Schreiben des RR ... 17
52. Anzug Salome Bessenich und Johannes Sieber betreffend Sicherstellung von Grünflächen im Kleinbasel während der Baustelle Rheintunnel auf der Dreirosenanlage, Schreiben des RR ... 18
53. Anzug Alex Ebi und Konsorten betreffend Entschädigung für baustellengeplagte Kleinunternehmen, Schreiben des RR ... 18
54. Anzug Daniela Stumpf und Konsorten betreffend "Beleuchtungskonzept für ein sicheres Basel", Schreiben des RR ... 21
55. Interpellation Nr. 145 Daniela Stumpf Rutschmann betreffend Schneefall legt die BVB lahm, Schreiben des RR ... 22
57. Interpellation Nr. 149 Catherine Alioth betreffend den Baukubus auf dem Dach des Globus, Schreiben des RR ... 22
58. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend Eindämmung überbordender Bürokratie, Zwischenbericht des RR ... 23

59. Anzug Nicole Amacher und Konsorten betreffend Unterzeichnung der Lohngleichheitscharta aller Betriebe mit kantonaler Beteiligung, Schreiben des RR 26
60. Anzug Christian von Wartburg und Konsorten betreffend Sicherstellung von Beratungs- und Unterstützungsangebote für geflüchtete Männer und Männer mit Migrationshintergrund, Schreiben des RR 27
61. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Netto-Null-Konzept für die Verwaltung, Schreiben des RR 28
62. Anzug Raffaela Hanauer betreffend Schlüsse ziehen aus der Coronakrise für die Klimakrise, Schreiben des RR 28
63. Motion Fleur Weibel und Konsorten betreffend Erarbeitung einer kantonalen Strategie gegen Rassismus mit Massnahmenplan, Stellungnahme des RR 28
64. Anzug Nicole Amacher und Edibe Gölgeli betreffend Anerkennung, Entschädigung und gerechtere Verteilung von unbezahlter Care-Arbeit, Schreiben des RR 31
65. Interpellation Nr. 151 Jenny Schweizer betreffend Kulturvermittlungsprojekte und ihre Unterstützungsbeiträge seitens Abteilung Kultur, Schreiben des RR 32
66. Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Erhöhung der Abschlüsse auf der Sekundarstufe II, Schreiben des RR 32
67. Anzug Pascal Pfister und Konsorten betreffend bessere Luftqualität an Basler Schulen im Winter 2022/23, Schreiben des RR 33
68. Anzug Mark Eichner und Konsorten betreffend Weiterbildungsgutscheine für Lehrabgängerinnen, Schreiben des RR 34

Beginn der 51. Sitzung

Mittwoch, 22. Januar 2025, 15:00 Uhr

39. Anzug René Brigger und Konsorten betreffend Berücksichtigung Kostenmiete bei Berechnung der Mehrwertabgabe, Schreiben des RR

[22.01.25 15:00:23, 22.5334.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

40. Anzug Pascal Messerli und Joël Thüring betreffend "Sicherer Badespass im Rhein - dank besseren Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten", Schreiben des RR

[22.01.25 15:01:05, 22.5352.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

41. Motion Salome Bessenich und Konsorten betreffend "Nachtrag Klima" zum Gestaltungskonzept Innenstadt, Bericht des RR

[22.01.25 15:01:33, 22.5177.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben.

Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion als erledigt abzuschreiben.

42. Anzug Beat K. Schaller und Konsorten gegen das Wildparken von E-Trottinette, Schreiben des RR

[22.01.25 15:02:06, 22.5513.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

43. Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Umnutzung von Strassenflächen zugunsten umweltfreundlicher Verkehrsmittel und der Lebensqualität, Schreiben des RR

[22.01.25 15:02:31, 20.5234.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

44. Anzug Sebastian Kölliker und Konsorten betreffend bessere Veloverbindungen vom und ins Hirzbrunnenquartier, Schreiben des RR

[22.01.25 15:02:59, 20.5341.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Gibt es hier Anträge? Das ist der Fall, das Wort geht an Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GAB): Dem Schreiben der Regierung hat die GAB-Fraktion entnommen, dass an diversen Stellen bereits Verbesserungen gemacht wurden oder geplant sind. Das ist natürlich sehr erfreulich, denn für die Bevölkerung nördlich der Bahnlinie ist es unabdingbar, dass die Verbindungen sicher gestaltet sind, um mit dem Velo sicher in die Stadt und zurück auf die andere Seite der Bahnlinie zu gelangen.

Dem Schreiben ist jedoch auch zu entnehmen, dass einige Verbesserungen noch in Planung sind und erst in einigen Jahren oder gar Jahrzehnten umgesetzt werden können. Aufgrund der Bedeutung dieser Stellen und der Wichtigkeit von sicheren Verbindungen durch diese Nadelöhre hindurch möchten wir diesen Anzug daher stehen lassen und beantragen dies. Zusätzlich gäbe es in unseren Augen auch weiterhin mehr Potenzial für Sofortmassnahmen, beispielsweise durch Tempo 30, Neuzuteilung des Strassenraums oder indem verstärkt mit dem ASTRA oder mit Deutschland auch Kontakt aufgenommen wird und dort Verbesserungen eingefordert werden.

Das GAB erachtet es unter der Berücksichtigung der Bedeutung dieser Querungsstellen für Velofahrende aus dem Hirzbrunnen und aus Riehen und auch aus dem angrenzenden Ausland für angemessen, hier wirklich mit Nachdruck und konsequent Besserungen zu planen. Wir hoffen, dass Sie uns folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Raffaela Hanauer hat einen wichtigen Punkt bereits genannt, nämlich die Tatsache, dass viele der angesprochenen oder zum Teil auch nur angedachten Projekte noch nicht irgendwie im Umsetzungsstadium sind und dass man hier zum Teil auch davon noch relativ weit entfernt ist, dass es auch eine langfristig wichtige Aufgabe ist, da die Veloverkehrsverbindung zu verbessern an diesen Durchgangsstellen, wo man quasi über das Bahngleis und die Autobahn

gelangt. Ich denke, das ist eine wichtige Aufgabe im Zusammenhang mit der Attraktivitätssteigerung für den Veloverkehr mit der Erhöhung der Verkehrssicherheit im Interesse aller Verkehrsteilnehmenden und von dort her denken wir, es ist wichtig, dass man den Anzug stehen lässt, auch weil wir an einigen Stellen auch noch etwas zu unverbindlich sind. Ich denke, dass gerade auch das grosse Wachstum des Veloverkehrs über die letzten zehn Jahre rechtfertigen würde, dass man für infrastrukturelle Verbesserungen gewisses Geld in die Hand nimmt. Das ist definitiv auch im Interesse anderer Verkehrsteilnehmenden, wenn man da vielleicht auch an der einen oder anderen Stelle eine Entflechtung erreichen kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Das Velo ist mehr als nur ein Fortbewegungsmittel, das ist richtig. Es ist ein Symbol für umweltfreundliche, gesunde, zukunftsorientierte Mobilität. In einer Zeit, in der Klimaschutz, Lebensqualität und effiziente Verkehrslösungen immer drängender werden, muss auch das Velonetz zum Hirzbrunnenquartier verbessert werden. Viele Eltern wünschen sich auch sichere und direkte Velowege für ihre Kinder, insbesondere auf den Schulwegen. Fehlende Sicherheit führt dazu, dass Kinder oft im Auto zur Schule gebracht werden, ein Teufelskreis, der den Verkehr weiter belastet. Mehr Veloverkehr bedeutet weniger Lärm, weniger Stau und mehr Bewegungsfreiheit, kurzum, eine höhere Lebensqualität für alle.

Das Hirzbrunnenquartier, eingebettet zwischen Grünflächen und Wohngebieten, bietet grosses Potenzial für nachhaltige Mobilität. Doch die Realität zeigt, die Veloverbindung von und ins Quartier lassen zu wünschen übrig. Schmale Wege, unzureichende Beschilderungen und fehlende sichere Übergänge erschweren vielen Menschen den Umstieg auf das Velo, sei es auf dem Weg zur Arbeit, zur Schule oder zu Freizeitaktivitäten. So weit, so gut.

Nun, der Regierungsrat hat in seinem ausführlichen Bericht aufgezeigt, es wurde schon viel getan und es wird viel getan. Alles Mögliche zu genau den geforderten Massnahmen, vor allem in den Verbindungsachsen Bäumlihofstrasse, Wettsteinallee sowie in der Riehenstrasse und Maulbeerstrasse. Wenn die Mitglieder der Parteien, die Regierungsräte haben, zu denen kein Vertrauen haben oder besitzen, dann tun mir Ihre Regierungsräte tatsächlich ein bisschen leid.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, damit hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Tatsächlich ist einiges passiert, auch auf diesen Routen, das wird beschrieben in unserer Berichterstattung. Einiges ist im Moment am Tun und einiges, und das ist auch der Grund, weshalb es aus Sicht der Regierung wenig Sinn macht, den Anzug stehen zu lassen, einiges dauert einfach noch sehr lange. Wir reden hier beispielsweise bei einem Bahnübergang vom Jahr 2031, wo wir dann bauliche Massnahmen ergreifen können. Das ist einfach auch dem geschuldet, dass das eine massive Infrastrukturbaute dort ist, die man nicht mal schnell, schnell anpasst und deshalb ist auch das Stehenlassen etwas schwierig, weil ich wüsste da nicht, was wir in zwei Jahren oder vier Jahren oder sechs Jahren dann wieder berichten sollten. Also ich glaube, wir lassen sehr gerne Anzüge stehen, wenn etwas zeitnah noch erfüllt wird, aber hier, glaube ich, geht es einfach mit der Berichterstattung zu lange. Ich darf Ihnen versichern, dass wir einerseits mit den neuen Standards für den Veloverkehr, die jetzt veröffentlicht sind, aber auch mit dem Veloroutennetz und den vielen Vorstössen auch und Rahmenausgabenbewilligungen, die wir haben, dass wir weiterhin Verbesserungen tätigen und dass es hier das Stehenlassen dieses Anzugs nicht benötigt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Raffaela Hanauer beantragt, den Anzug stehen zu lassen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 50 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005724, 22.01.25 15:11:22]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird stehen gelassen mit 50 Nein-Stimmen gegen 43 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

45. Anzug Jean-Luc Perret betreffend schnellen und sicheren Veloverkehr im Basler Westen durch Unter- oder Überführung der stark verkehrsbelasteten Ringstrassen, Schreiben des RR

[22.01.25 15:11:30, 20.5340.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Wir eröffnen die Debatte dazu mit Daniel Sägesser.

Daniel Sägesser (SP): Die SP-Fraktion ist sehr enttäuscht über die Anzugsbeantwortung des Regierungsrates. Ich beantrage deshalb im Namen meiner Fraktion hiermit das Stehenlassen dieses Anzugs.

Der Regierungsrat möchte offenbar grundsätzlich keine neuen Kunstbauten für das Velo wie Überführungen oder Unterführungen. Das ist eine legitime Haltung, auch wenn wir diese Haltung in dieser Pauschalität nicht teilen, insbesondere weil wir ja mit der Kreiselunterführung bei der Thomaskirche ein sehr gutes funktionierendes Beispiel bereits in dieser Stadt haben. Enttäuschend ist aber vor allem auch, dass der Regierungsrat keine konkreten Alternativvorschläge macht, um die ja der Anzug explizit auch bittet. Er verweist lediglich einmal mehr auf den neuen Teilrichtplan Velo, der aber auch jetzt noch nicht vorliegt. Aber auch keine Spur von konkreten Lösungen an den genannten Problemkreuzungen. Velofahrerinnen und Velofahrer werden also weiterhin auf dem Weg aus den Quartieren in die Innenstadt bei den Ringstrassen minutenlang vor einer kaum überwindbaren Blechwand stehen, statt schnell und sicher voranzukommen. Das ist sehr schade.

Die SP-Fraktion stimmt deshalb für Stehenlassen und bittet Sie, das Gleiche zu tun.

Herr Präsident Herr Statthalter, geschätzte Frau Regierungsrätin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, das war es von meiner Seite. Ich hoffe, es war recht, es war mir eine Ehre und eine Freude. Vielen Dank. [Applaus]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Philip Karger.

Philip Karger (LDP): Der Anzug datiert vom 14.09.2020, seither hat sich die Situation stark zu Gunsten der Velofahrenden verändert und kann somit abgeschrieben werden. Wie die Regierung schreibt, soll der Fokus auf der Optimierung der Verkehrsflächen liegen und nicht auf einer komplizierten Verkehrsinfrastruktur mit Unter- und Überführungen. Dies würde zu mehr versiegelten Flächen im Kanton führen, was dem Klima schadet. Der Kreisel bei der Thomaskirche ist entgegen der Aussage im Anzug kein gutes Beispiel. Ich beobachte dort, dass viele Velofahrer*innen den gefährlichen oberirdischen Weg durch den Kreisel nehmen, aus welchen Gründen auch immer. Mit Lösungen, wie grosse Aufstellbereichen für Velos vor Ampeln, Rechtsabbiegen bei Rot und indirektem Linksabbiegen, ist die Regierung bereits jetzt dabei, es den Velofahrenden so einfach und bequem wie möglich zu machen.

Ich bin selber oft mit dem Velo unterwegs und begrüsse diese Massnahmen, hoffe aber, dass die Regierung es nicht übertreibt. Im Verkehr müssen alle Teilnehmer*innen aufeinander Rücksicht nehmen und eine starke Übervorteilung eines der Verkehrsmittel führt zu einem Ungleichgewicht und damit auch zu einer Verschlechterung der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer*innen. Gerade im Westen gibt es viele wenig befahrene Nebenstrassen. Als Velofahrer benutze ich diese Nebenstrassen zu meiner eigenen Sicherheit, wo immer möglich, und fahre damit sehr gut. Oft sind das nicht einmal Umwege.

Wenn aber das Velo dazu benutzt wird, den MIV zu verdrängen, kommt es unweigerlich zu Konfliktsituationen und es wird gefährlich, notabene auch für die Velofahrenden. Warten wir also den neuen Veloroutenplan und die Einführung der

Standards für den Fuss- und Veloverkehr ab und beobachten wir, wie das BVD, wie es schreibt, Verbesserungen für den Langsamverkehr, insbesondere an Kreuzungen vornimmt.

Aus diesen Gründen beantragt die LDP-Fraktion, den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Karger, möchten Sie die Zwischenfrage von Tim Cuénod annehmen? Sie wird abgelehnt. Nächster Sprecher ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Dann nicht in Form einer Zwischenfrage. Anzumerken ist, dass Philip Karger das Beispiel der Thomaskirche, diese Velo-Unterführung, als schlechtes Beispiel genannt hat. Können Sie sich vorstellen, dass es im Quartier Eltern gibt von jugendlichen Schulkindern, die sehr froh sind, diesen Kindern sagen zu können, dass sie diese Unterführung nehmen sollen und unter keinen Umständen oberirdisch durchfahren sollen, dass das also ein grosser Vorteil ist? Ich glaube, das wäre meine Frage gewesen, aber ich glaube, es ist offensichtlich, dass es da in Bezug auf die Verkehrssicherheit auch wirklich ein nicht unerheblicher Vorteil mit sich bringt. Dass es dann einige gibt, die leider das Risiko auf sich nehmen oberirdisch, ist ärgerlich, aber das heisst nicht, dass es nicht gut ist, dass es diese unterirdische Variante gibt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Cuénod, nehmen Sie die Zwischenfrage von Daniel Seiler an? Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Entschuldigung, Blechlawine, Sicherheit, Risiko auf sich nehmen, um eine Kreuzung zu fahren in dieser Stadt, also bitte, bisschen weniger Polemik hier.

Tim Cuénod (SP): Die Frage ist mir als Frage nicht verständlich. Ich verstehe allerdings nicht, wo die Polemik liegt, an Kreuzungen, die wirklich stark befahren sind, wo ich auch viele Autofahrer kenne, die sich freuen, dass dort weniger Velofahrer unterwegs sind.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich denke, es ist vielleicht gerade ganz gut, dass sich jetzt einige BVD-Vorstösse angesammelt haben über die letzten Monate. Man sieht nämlich, wie viele Vorstösse im Bereich Velo hängig sind und jeder dieser Vorstösse hat ein Dutzend von konkreten Stellen und Massnahmen und Ideen und ich glaube, hier ist der Punkt, dass die Regierung sagt, lassen Sie uns die Fäden wieder zusammennehmen. Wir können nicht wie ein Feuerlöschkommando überall dem nachgehen, was jetzt gerade mit einem Vorstoss aktuell ist respektive doch, wir machen das, wo kleine Dinge möglich sind, aber wir müssen strukturiert vorgehen. Und das tun wir, indem wir in den vergangenen Monaten auch basierend auf dem neuen Bundesgesetz Standards erarbeitet haben, die nun überall zur Anwendung kommen, wo wir was verändern, und natürlich indem wir das neue Veloroutennetz erarbeiten und da wirklich systematisch dran herangehen.

Glauben Sie mir, da sind auch diese Stellen, die Sie hier nennen, auf dem Radar und wir werden diese bearbeiten, aber ich denke, Sie sind sicher einverstanden mit mir, wenn es Sinn macht, dass ich meine Leute für die Erarbeitung dieser Dinge beschäftige und dass wir einen Teil der Vorstösse mittlerweile wirklich abschreiben können, damit die Leute eben an diesen konkreten Dingen arbeiten können, weil sonst wirklich der Aufwand auch für die Beantwortung dutzender Velo-Vorstösse wirklich sehr gross ist.

Deshalb bittet Sie der Regierungsrat, wie gesagt, wir bleiben dran, diesen Vorstoss abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das wird bestritten von Daniel Sägesser. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst stehen lassen gemäss Antrag

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 46 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005726, 22.01.25 15:20:56]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird abgeschrieben mit 47 Ja-Stimmen gegen 46 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

46. Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend einwandfreie Tramwartehallen erhalten statt verschrotten, Schreiben des RR

[22.01.25 15:21:10, 23.5530.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Wir eröffnen die Debatte. Das Wort geht zuerst an Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Ich möchte Ihnen beliebt machen und ich beantrage auch, den Anzug stehen zu lassen. Die Antwort ist für mich in mehrerlei Hinsicht unbefriedigend. Generell beruht sie vor allem auf Behauptungen und nicht wirklich auf handfesten Argumenten.

Ich fange an mit der Bemerkung, die Wartehallen haben die veranschlagte Nutzungsdauer von 25 Jahren erreicht. Hier wird meiner Meinung nach die Nutzungsdauer mit der buchhalterischen Abschreibungsdauer vermischt. Kein Haus oder anderes Bauwerk muss nach der Abschreibungsdauer einfach abgerissen werden. Man versucht durch Renovationen die Lebensdauer zu verlängern. Dann steht, eine Weiterverwendung sei weder ökologisch noch wirtschaftlich sinnvoll. Auch das klingt für mich wie eine Behauptung. Ich hätte hier eigentlich Zahlen erwartet.

Im Bericht steht, aufwendiges und kostenintensives Versetzen der Wartehallen im Zuge der BehiG-Umgestaltungen. Eine Furrer-Wartehalle ist mit vier Stellschrauben am Boden befestigt und die Gewindeanker sind erst noch höhenverstellbar. Gemäss dem Architekten, das hat er mir persönlich mitgeteilt, könne man den Unterstand in zehn Minuten lösen und an einem neuen Ort bzw. auf einem erhöhten Niveau wieder befestigen. Und auch wenn es vielleicht doch nicht ganz so schnell gehen sollte, ein Riesenproblem scheint es wirklich nicht zu sein. Die ganze Verankerung ist übrigens aus rostfreiem Stahl gefertigt. Ich kann mir also fast nicht vorstellen, dass sie massive Korrosionsschäden haben und falls doch bin ich gerne bereit, mir das mit eigenen Augen anzuschauen.

Das bringt mich auch zum nächsten Punkt, die Wartung. Es ist nämlich durchaus so, dass Renovationen möglich sind. Am Bernerring zum Beispiel wurde eine Schuhschachtel-Haltestelle aufgefrischt, neu gestrichen und frisch verglast, sieht schon wieder ganz anders aus. Und auch die Furrer-Wartehallen können neu gestrichen und mit einer LED-Beleuchtung versehen werden. Wenn man sie ein bisschen pflegt und ab und zu ein Teil ersetzt, lassen sich die Haltestellen länger erhalten. Und das mit dem Pflegen, das gilt auch für die neuen Parapluie-Unterstände, von denen man hört, dass auch bei diesen da und dort schon Unterhaltsarbeiten nötig waren. Das dünkt mich völlig normal bei öffentlicher Infrastruktur.

Aus heutiger Sicht scheint es einfach nicht mehr zeitgemäss, bestehende und funktionstüchtige Warte-Unterstände zu entsorgen, besonders wenn sie wie die Unterstände des Typs Furrer einen soliden Charme ausstrahlen und das Stadtbild prägen. Die bestehenden Wartehallen schützen im Vergleich zum neueren Modell sogar besser vor schlechtem Wetter, sie sind grösser und bieten mehr Sitzgelegenheiten. Überall redet man von Bestandeserhalt, wir sollten uns deshalb diesen Energieverbrauch und den CO_2-Ausstoss sparen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Fina Girard.

Fina Girard (GAB): Ich fange ein bisschen grundsätzlicher an. Wir Schweizerinnen und Schweizer sind ja bekanntlich Weltmeister im Recycling. Pflichtbewusst und ganz selbstverständlich tragen wir unsere Säcke mit PET-Flaschen und leeren Konfi-Gläschen zur Recycling-Station. Das R für Recycling steht aber eigentlich ganz am Ende der 8 Rs der Kreislaufwirtschaft: Refuse, Rethink, Reduce, Reuse, Repair, Refurbish, Repurpose und erst ganz zum Schluss Recycle. Was jetzt so neusprachlich daherkommt, ist eigentlich seit Menschengedenken Normalität. Was noch gebraucht werden kann, wird geflickt, weitergenutzt oder findet anderweitig Verwendung. Ressourcen sind knapp und kostbar. Das gilt damals wie heute.

Der Regierungsrat hat sich mehrfach zur Kreislaufwirtschaft bekannt. Um das Klimaziel bis 2037 zu erreichen, ist es zentral, dass wir Wege aus der heutigen Wegwerfgesellschaft finden und Sorge tragen zu den Ressourcen, die bereits verbaut sind. Aber komplett funktionstüchtige Tramwartehallen weiter zu nutzen, das scheint plötzlich ein Ding der Unmöglichkeit. Wir als Grün-Alternative Fraktion sind enttäuscht vom Regierungsrat, dass er diesen einfachen ökologischen Grundsatz des weiter brauchen, was noch zu gebrauchen ist nicht einhalten will. Hier geht es nicht um Klimaschutzmassnahmen, die unsere Stadt verändern sollen, sondern ganz im Gegenteil, es geht darum, zu erhalten, was sowieso schon da ist und schon funktioniert. Einfacher geht Klimaschutz eigentlich kaum. Dass die Firma, die die Machbarkeitsstudie zur Weiterverwendung einzelner Tramwartehallen geprüft hat, selbst auch Produzentin der neuen Tramwartehallen ist und daher möglicherweise eigene Interessen im Spiel sind, ist pikantes Detail der Causa Tramwartehäuschen.

Wenn die Regierung nun schreibt, die Weiterverwendung der Tramhäuschen sei weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll, dann möchten wir doch genau wissen, beruhend auf welchen Fakten sie zu diesem Schluss kommt. Die Beantwortung des Anzugs von Jean-Luc Perret ist unbefriedigend und lässt einen schalen Nachgeschmack, dass die Regierung gar nicht ernsthaft über eine Weiterverwendung nachdenken will. Die Bestellungen für das neue Modell Parapluie scheinen schon flächendeckend in der Pipeline zu stecken.

Die Fraktion GAB beantragt darum im Sinne eines pragmatischen und unkomplizierten Ressourcenschutzes, den Anzug von Jean-Luc Perret stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Wir danken der Regierung für die Abklärungen und sehen die Probleme. Ich persönlich habe den Fokus auf eher grössere Wartehallen gelegt, wie etwa auf dem Andreasplatz oder ähnlichen. Sie geben den Plätzen ein Gesicht und prägen das Bild einer Stadt über Jahre und darum ist es oft schade, wenn die einfach wegkommen. Der Typ Parapluie, der nun verbaut wird, ist wahrlich kein Wurf, vor allem die Beleuchtung ist mangelhaft und für mich am falschen Ort und viel zu hell. Gerade jetzt in der LED-Zeit, wo wir alles probieren zu dimmen, da leuchten die Dinger um die Wette. Es macht das Ganze leider auch zu einem Einheitsbrei, aber ja, irgendeinmal wird es vielleicht ein Typ geben, der für besser empfunden wird. Wenn man die Beantwortung liest, sind die Wartehallen so kompliziert gebaut, mit begrüntem Dach, usw., dass sie halt leider nur noch abgebrochen werden können. Die LDP ist für Abschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich darf es kurz machen. Es ist nicht die Beantwortung des BVD oder der Regierung, hier sind natürlich die Zahlen, die wir von der BVB erhalten haben, auch die Expertise der BVB, die wir da herangezogen haben. Wenn ich den «Chrüzlistich» anschaue, scheint mir klar, dass der stehen gelassen wird und wenn dem so ist, dann schauen wir, dass wir da noch detailliertere Zahlen liefern können und dem nachgehen können.

Ich finde es nach wie vor wichtig, dass wir natürlich auch auf die Wirtschaftlichkeit achten und wenn es so ist, dass dann die Erhaltung der alten Häuser wirklich um ein weites aufwendiger ist, auch finanziell, also ich sage jetzt mal, um ein mehrfaches aufwendiger ist, dann müssen wir das natürlich nochmal prüfen, aber wir werden das, wenn Sie das stehen lassen, anschauen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst stehen lassen gemäss Antrag Jean-Luc Perret.

Ergebnis der Abstimmung

29 Ja, 65 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005728, 22.01.25 15:30:25]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird stehen gelassen mit 65 Nein-Stimmen gegen 29 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

47. Motion Béla Bartha und Konsorten betreffend Barrierenabbau auf Biotopverbundsachsen, Stellungnahme des RR

[22.01.25 15:30:30, 24.5210.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Frau Keller verzichtet. Wir kommen zu den Fraktionsvoten und da hat sich Brigitte Kühne zuerst gemeldet.

Brigitte Kühne (GLP): Wir Grünliberalen beantragen die Überweisung als Anzug, denn wir haben es schon einige Male gehört, nebst einer Klimakrise haben wir auch eine Biodiversitätskrise und die ist so real, dass die Erhöhung der Biodiversität bei jeder Planung von Anfang an mitgedacht werden muss. Es muss biodiversitätsfördernde Blatt- und Blütenmasse her, sei es in der horizontalen oder in der vertikalen.

Der Hauptgrund für eine Überweisung als Anzug und nicht als Motion liegt in den Zahlen. Es wird eine Veränderung in einer Dimension gefordert, nämlich 50 Prozent, die innerhalb von zehn Jahren schlicht unrealistisch ist. Stichworte hierzu: es sind grössere Infrastrukturbauten betroffen, wie zum Beispiel der Bahnhof SBB, welcher durch seine Lage die Biotopverbundsachse einschränkt. Ausserdem sind die Gleisanlagen nicht im Besitz des Kantons. Dann weiter, andere Infrastrukturbauten oder sonstige Hindernisse auf Biotopverbundsachsen sind einfach nicht so veränderbar, unter anderem stark befahrenen Strassen oder historische Baustruktur. Im St. Johann-Quartier zum Beispiel sind es grossflächige Gebäude und Mauern, die sich in Privatbesitz befinden, welche den Biotopverbund zwischen wichtigen Grünflächen einschränken. Nichtsdestotrotz, die Wissenschaft der Stadtökologie lehrt uns, dass genau die kleinen Flächen in der Stadt so wichtig sind. Jeder Quadratmeter, jede Ritze zählt für die Biodiversität, aber auch für unser Wohlbefinden. Die totale Sauberkeit und damit auch Versiegelung, Entfernen von sogenanntem Unkraut mit Bunsenbrenner sowie die immer mehr aufkommenden Laubbläser sind definitiv nicht förderlich für die Biodiversität.

Dass das Verständnis in dieser Stadt eigentlich vorhanden ist, zeigen ganz viele, auch private Initiativen seit Jahrzehnten. Auch hat unsere Stadt erst kürzlich das Gold-Label von Grünstadt Schweiz erhalten und ja, es wird bereits viel, insbesondere bei Arealentwicklungen betreffend Biotopverbundsachsen verbessert. Aber eben, es reicht nicht. Mein Vorstoss betreffend entsiegelte und ökologisch aufgewertete Verkehrsinseln und Verkehrskreisel wurde im Oktober 2023 von Ihnen allen stillschweigend an den Regierungsrat überwiesen. In diesem Vorstoss steht, Zitat: Die gemäss Biotopverbundskonzept bereits definierten Vernetzungsachsen erster Priorität sollen prioritär behandelt werden. Der Regierungsrat hat also schon einen Auftrag in diese Richtung. Somit kann die Umsetzung meines Anzuges gleich in die Umsetzung dieses Anzuges integriert werden.

Und übrigens, das Biotopverbundskonzept vom Januar 2016 feiert diesen Monat den 9. Geburtstag. Es ist aus fachlicher Sicht ausgezeichnet, aber die konkrete Umsetzung, das ist es, was zählt. In diesem Biotopverbundskonzept vor neun Jahren stand, Zitat: Die wichtigsten Vernetzungsachsen des Biotopverbundskonzepts sollen bei der nächsten Anpassung des kantonalen Richtplans Basel-Stadt in diesen integriert werden. Der Regierungsrat heute in der Motionsantwort, Zitat: Derzeit wird der kantonale Richtplan bezüglich der Themen Klima und Umwelt angepasst. Dabei sollen der Biotopverbund und die Wildtierkorridore als neue Objektblätter Bestandteil des Richtplans und somit behördenverbindlich werden. Sehr geehrter Regierungsrat, setzen Sie dies nun endlich in Tat um, denn die Behördenverbindlichkeit ist essentiell und somit jede auch noch so kleine Verbesserung unserer Biotopverbundsachsen.

Überweisen wir die Motion nun also als Anzug und machen damit klar, was der Auftrag ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die LDP ist Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Ich rede hier für die LDP und die SVP. Wie der Regierungsrat schreibt, erkennen wir auch den Wunsch zur Verbesserung. Wenn man die Karte genau anschaut, dann sind wir doch in einem städtischen Gebiet, wo Strassen, Flüsse und andere Infrastrukturen leider im Wege stehen und können nicht einfach für dieses Anliegen beseitigt werden. Einige Achsen sind auch in den Landgemeinden. Dort sind sich die zuständigen Stellen der Wichtigkeit bewusst und schauen, dass bei Baueingaben und möglichen Veränderungen doch immer Verbesserungen gemacht werden können.

Derzeit, wie vorher angesprochen, wird auch der kantonale Richtplan bezüglich Themen Klima und Umwelt angepasst. Dabei sollen der Biotopverbund und die Wildtierkorridore als neue Objektblätter Bestandteil des Richtplans sein und somit behördenverbindlich werden. Damit ist das Thema schon genügend abgestützt und anerkannt worden.

Die LDP wie auch die SVP sind gegen eine Überweisung dieser Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Ich stelle jetzt nur noch den nächstmöglichen Antrag, nämlich die Zweitüberweisung als Motion. Denn die Stellungnahme, die ist uns zu vage herausgekommen. Sie erhält zahlreiche Ankündigungen und Beteuerungen, doch zur zentralen Forderung nach einem klaren Zielwert von 50 Prozent schweigt sie sich aus. Das wirft natürlich Fragen auf. Weshalb diese Zurückhaltung? Will sich der Regierungsrat bewusst Spielraum offenhalten, um die Motion letztlich doch nicht umzusetzen? Falls ja, dann zeigt das nur umso deutlicher, wie notwendig sie eben ist. Und falls der Regierungsrat tatsächlich beabsichtigt, eine wirksame Strategie zu verfolgen und den Richtplan entsprechend anzupassen, warum übernimmt er denn die klare Zielsetzung der Motion nicht direkt?

Ich habe es bereits bei der Erstüberweisung betont, alle Lebewesen, ob Pflanzen oder Tiere, sind auf Wege angewiesen, die es ihnen ermöglichen, sicher von einem Lebensraum in den nächsten zu gelangen. Nur so können sie neue Gebiete besiedeln oder bestehende Populationen durch Austausch stärken. Ein Park oder Naturgarten entfaltet seine Wirkung nur, wenn er vernetzt ist. Als isolierte Insel bleibt er wirkungslos. Schmetterlinge, Molche, Igel oder Wildblumen, sie brauchen Korridore, um sich auszubreiten. Dabei muss man sich nicht zwingend durchgehende Grünstreifen vorstellen. Oft reichen bereits gut platzierte kleine Biotope oder Grünflächen in regelmässigen Abständen. Und um solche Trittssteine zu schaffen, braucht es nicht zwingend das nächste grosse Umgestaltungsprojekt oder eine Arealentwicklung, sie können auch unabhängig davon umgesetzt werden.

Unser Fazit also, wir möchten diese Motion definitiv überweisen. Sie fordert nichts Unmögliches und lässt ausreichend Spielraum für die Umsetzung. Neben der Vorgabe von nur 50 Prozent bietet sie auch die Möglichkeit, bestehende Hindernisse lediglich zu entschärfen, wenn eine vollständige Beseitigung nicht machbar ist. Jetzt braucht es dafür aber eine klare Zielsetzung. Mit der Überweisung der Motion können wir diese erreichen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Béla Bartha.

Béla Bartha (GAB): Ja, die Worte höre ich wohl, allein es fehlt mir der Glaube, wenn ich die Antwort auf meine Motion von der Regierung höre. Vielleicht möchte ich es hier doch nochmal wiederholen, meine Motion fordert, dass die Regierung zur Umsetzung der Biodiversitätsstrategie und des Biotopverbundkonzeptes einen Massnahmenplan zur Entschärfung und Beseitigung der Barrieren erarbeitet und damit bis zum Jahr 2035 mindestens 50 Prozent der Barrieren beseitigt oder substanziell aufwertet.

Diese Forderung ist das Resultat auch von Gesprächen mit Praktikern aus der Behörde, der Frau Keller vorsteht, und beinhaltet schon viele Möglichkeiten, die Barrieren dort, wo eine völlige Beseitigung nicht realistisch ist, diese eben nicht völlig zu beseitigen, sondern zumindest substantiell aufzuwerten, und diese erst einmal ruhen zu lassen, deren Beseitigung wirklich sehr aufwendig wären. Hier erhält die Regierung also einigen Spielraum zur Umsetzung der Motion und damit ihren Beitrag zur Erhaltung und Aufwertung der Biotopverbundsachsen zu leisten.

Es tut mir leid, aber die in Ihrer Antwort zur Motion gemachte Aussage, dass Massnahmen nur im Zuge geplanter Arealentwicklungen erfolgen oder im Rahmen von Strassenunterhaltsumgestaltungen vorgenommen werden sollen, also nur dann, wenn diese sowieso anstehen, lässt mich am Willen der Regierung zweifeln, dass hier wirklich strategisch geplant und

zielorientiert an der Verbesserung der Biodiversitätssituation in der Stadt gearbeitet wird. Dass in der Antwort auch noch geäussert wird, dass Planungen auf dem Tisch liegen, die noch für eine Verschlechterung der heutigen Situation sorgen könnten, ist eine Nebelpetarde, die davon ablenken soll, dass es eben keine klaren Zielvorgaben und auch keine Strategie gibt, die Situation der Biodiversität nachhaltig zu verbessern. Diese Unverbindlichkeit ist Teil der Gefährdung der heute noch vorhandenen Biotopverbundsachsen. Die Motion will hier die Situation stabilisieren, indem man die Prioritäten klar setzt und eben nicht damit droht, es könnte alles noch schlimmer werden.

Die Biodiversität, der geht es schlecht. Interessanterweise finden wir sie in der Agglomeration, also um die Städte herum, teilweise in besserem Zustand als die in der heutigen Kulturlandschaft im weiteren Umkreis auf dem Land. Es ist eine Tatsache, dass sich die Städter weiter ausdehnen wollen und in der Agglomeration auch verdichtet wird. Dies bedeutet für die Stadt, dass sie noch mehr als in den früheren Zeiten in der Pflicht steht, diese nun immer kleiner werdenden unbebauten Flächen nicht nur zu schützen, sondern eben auch gut miteinander zu vernetzen. Alle Studien zeigen, dass die Vernetzung von Biotopen eine wesentliche Voraussetzung für die Qualität darstellt, da es ohne den Austausch genetischer Vielfalt zu einer Verarmung der Biodiversität kommt und Populationen an einem betreffenden Standort nicht langfristig überlebensfähig sind.

Für alle Zweifler aus dem bürgerlichen Lager möchte ich noch folgende neue Initiative und Studie der Akademie der Naturwissenschaften Schweiz ans Herz legen, die ich hier habe. Ich kann sie gern auflegen. Sie heisst www.siedlungsnatur.ch. In dieser wird auch auf eindrückliche Weise belegt, dass Biodiversität im Kontext von Siedlungen auch ein wirtschaftlicher Faktor sind und massgeblich zur Wertsteigerung beispielsweise von Immobilien beiträgt. Wer wohnt nicht gerne in der Nachbarschaft eines schönen Parks oder einer Allee? Daher möchte ich gemeinsam mit den Verfassern der Studie dafür plädieren, bei Ihren Bewertungen von Investitionen in die Förderung der Biodiversität auch diesen Faktor nicht aus dem Auge zu verlieren und Sie bitten, aus wirtschaftlichen Gründen heute den grünen Knopf zu drücken. Die Biodiversität und ich würden uns darüber sehr freuen.

Da ich in der Motion keine Aufforderungen zur Prüfung oder zu Berichten finden kann, möchte ich den Grossen Rat bitten, diese Motion auch in einer zweiten Lesung als Motion an die Regierung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Bartha, nehmen Sie die Zwischenfrage von Daniel Seiler an? Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Nachdem wir jetzt vorher über Velo-Barrieren geredet haben, würde es mich schon ein bisschen wundernehmen, ob die Aufhebung dieser Barrieren nicht auch irgendwo dann im Konflikt steht für diese Velostrassen und diese Velovorzugsrouten oder wie sehen Sie das, sehen Sie da keinen Konflikt?

Béla Bartha (GAB): Frau Keller hat schon versucht, die eine Tatsache gegen die andere auszufielen. Ich glaube, hier ist es so, dass wir beides sehr wohl nebeneinander gut verwirklichen können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Dann hören wir jetzt, was Frau Keller zu diesem Geschäft sagen möchte.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ja, wenn es denn nur die Velostrassen wären, dann wäre die Schwierigkeit nicht so gross und dann würde die Regierung die Motion entgegennehmen. Aber schauen Sie sich dieses Konzept an, dieses Biotopverbundkonzept. Ich glaube, auf Seite 38, 39, 40 gibt es eine Karte und da sieht man, die einschneidenden Barrieren sind eben grössere Infrastrukturbauten, beispielsweise den Bahnhof SBB, den überwinden Sie nicht mit ein paar Trittsteinen. Abgesehen davon gehört der Boden gar nicht uns und es gibt mehrere solche auch Gebiete in dieser Karte, die zeigen, der Boden gehört eben nicht dem Kanton, unser Einflussbereich ist beschränkt. Und hier innert zehn Jahren zu fordern, dass wir das aufheben oder 50 Prozent der Barrieren aufheben oder eben substanziell verbessern, das werden wir nicht schaffen, eben weil es zum Teil grosse Infrastrukturbauten sind, viele Gebiete nicht in unserer Hand, ist das nicht realistisch.

Wichtig ist, und wir sind da in den Endzügen, das ist eben diese Anpassung auch des Richtplans. Durch die Anpassung im Richtplan werden diese Pläne behördenverbindlich, und wahrscheinlich wissen es einige von Ihnen, weil Sie an der Vernehmlassung mitgemacht haben, die Vernehmlassung ist erfolgt zu dieser Anpassung des Richtplans und wir werden den bald in Kraft setzen. Und dann haben wir eben bereits mehrere Instrumente, wir haben die Biodiversitätsstrategie, die ganz konkret mit Massnahmen hinterlegt ist, wir haben das Biotopverbundkonzept, das schon länger gültig ist und wir die Stossrichtung weiterverfolgen, und eben auch bald diesen Richtplan und so denke ich, sind die Grundlagen gegeben, um daran weiterzuarbeiten.

Wenn Sie möchten, dann überweisen Sie das als Anzug, dann werden wir dazu berichten, aber die Regierung ist der Meinung, da auch schon ein Anzug zum Thema besteht, dass wir gerne in diesem Rahmen berichten werden, und bittet Sie deshalb, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt Nichtüberweisung der Motion. Brigitte Kühne beantragt Überweisung als Anzug und Jean-Luc Perret Überweisung als Motion. Es gibt zuerst die Eventualabstimmung.

Eventualabstimmung

JA heisst Umwandlung in einen Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 48 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005730, 22.01.25 15:47:54]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Geschäft wird als Motion weiterbehandelt mit 48 Nein-Stimmen gegen 46 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Wir stimmen über die Überweisung ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 42 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005732, 22.01.25 15:48:38]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Frist: 4 Jahre

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird überwiesen mit 52 Ja-Stimmen gegen 42 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

48. Motion Catherine Alioth und Konsorten betreffend einem adäquaten ÖV im Bereich der Hardstrasse während des Ausfalls des 14er Trams, Stellungnahme des RR

[22.01.25 15:48:45, 24.5258.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich unzulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Frau Keller verzichtet in der ersten Runde. Damit sind wir bei den Fraktionsvoten und da hat sich Catherine Alioth für die LDP gemeldet.

Catherine Alioth (LDP): Ich danke dem Regierungsrat für die differenzierte Stellungnahme zur vorliegenden Motion. Ich nehme die Begründung für die Unzulässigkeit der Motion zur Kenntnis und stelle aber auch fest, dass im Rahmen der Beantwortung der Petition für einen angemessenen ÖV im Bereich der Hardstrasse während des Ausfalls des 14er-Trams die Vorschläge, die auch die Motion fordert, von der BVB zusammen mit der BLT geprüft werden. Dem «Chrüzlistich» zufolge nehmen auch die anderen Fraktionen diese Information zur Kenntnis und beabsichtigen, die Motion nicht ein zweites Mal zu überweisen. Ich möchte aber noch einmal auf das zurückkommen, was ich bei der Erstüberweisung betont habe.

Es geht um das Wohl eines ganzen Quartiers mit seinen Anwohnenden, Gewerbetreibenden, Arbeitnehmenden, Schülerinnen und Schüler. Diese Gemeinschaft wird auch in diesem Jahr wiederum während gut dreieinhalb Monaten in ihrer Mobilität stark eingeschränkt sein. Laut Antwort ist die Vollsperrung der Tramlinie 14 für den Zeitraum vom 4. August bis zum 23. November vorgesehen. Dieser Zeitraum scheint mir besonders sensibel. Er fällt in die Zeit nach den Sommerferien, in der der ÖV witterungsbedingt stärker genutzt wird und auch das lukrative Weihnachtsgeschäft ist betroffen. Ein weiterer Aspekt, aus meiner Sicht auch ein wesentlicher, ist der neue Sekundarschulstandort an der Gartenstrasse, der nach den Sommerferien 2025 seinen Betrieb aufnehmen wird. Es ist damit zu rechnen, dass noch mehr ÖV-Nutzerinnen und -Nutzer zu erwarten sind. Dies wird logischerweise zu zusätzlichen Kapazitätsengpässen führen und könnte die Situation weiter verschärfen.

In Anbetracht dieser Faktoren ist ernsthaft zu überlegen, ob es nicht sinnvoller wäre, die Stilllegung des Trams 14 auf den Sommer 2026 zu verschieben. Dies würde es ermöglichen, die Hauptarbeiten, das sind die Anpassungen an barrierefreie Tramhaltestellen, während der Schulsommerferien durchzuführen. Eine solche Entscheidung könnte nicht nur dazu beitragen, die Fortbewegungsfreiheit und die Lebensqualität in diesem Quartier zu erhalten, sondern auch sicherzustellen, dass möglichst viele Menschen in dieser kritischen Übergangszeit weiterhin problemlos ihre täglichen Wege erledigen können.

In diesem Sinne wünsche ich mir sehr, dass den Anliegen der vorliegenden Motion entsprochen wird. Ich bitte Sie deshalb darum, diese Motion zu überweisen und damit ein Zeichen des Verständnisses und des Engagements für die Bedürfnisse dieses Quartiers zu setzen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Frau Keller wünscht das Wort und hat es.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Danke vielmals für die Debatte hierzu. Ich glaube, wichtig ist hier einfach, diese Motion ist wirklich auch rechtlich unzulässig. Wir greifen hier in einen Organisationsbereich ein, der nicht für eine Motion zugänglich ist. Mindestens so wichtig ist aber, selbstverständlich haben auch wir ein grosses Interesse daran, dass diese ÖV-Verbindungen so gut wie möglich und auch so akzeptiert wie möglich sind. Die Gespräche laufen auch mit den entsprechenden Anspruchsgruppen und wir werden diese Ergebnisse auch präsentieren können.

Vielleicht noch kurz zur Idee, dass eine Baustellenverschiebung viel besser sei. Das wurde auch schon vom Gewerbe in Muttenz geäussert. Ich glaube, man muss sich wirklich immer bewusst sein, wie viel mit so einer Baustellenplanung an einem dermassen grossen Knoten zusammenhängt. Der Ersatzverkehr wird schon sehr lange davor geplant, es wird natürlich auch geprüft, wie hängt diese Baustelle mit dem Mehrverkehr an anderen Verkehrsknoten zusammen. Wenn man hier etwas verzögert, gerät man dort in Verzug und, und, und. Ich glaube wirklich, eine solche Baustelle verschiebt man nicht mal schnell, schnell auf ein Jahr später, gerade jetzt, wo wir bezüglich der Grossanlässe natürlich grosse Aufwände auch betrieben haben, um eben den ESC und der Women's EURO nicht in die Quere zu kommen.

Ich bitte Sie, diese Motion nicht zu überweisen. Wir bleiben dran und suchen da die beste Lösung, auch mit dem Quartier.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich unzulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Catherine Alioth beantragt Überweisung als Motion.

Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

21 Ja, 70 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005734, 22.01.25 15:55:42]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion nicht überwiesen mit 70 Nein-Stimmen gegen 21 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

49. Anzug Christian Griss und Konsorten betreffend Konzept und Signalisation für den Veloverkehr in den Langen Erlen, Schreiben des RR

[22.01.25 15:55:49, 20.5253.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst,

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

50. Anzug Bruno Lötscher und Konsorten betreffend Veloroute Gellert-Jacob Burckhardt-Strasse-Gundeldingen, Schreiben des RR

[22.01.25 15:56:04, 23.5382.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Wir starten mit einem Fraktionsvotum von Jérôme Thiriet für das GAB.

Jérôme Thiriet (GAB): Auch hier bei diesem Anzug beantragt das GAB noch einmal stehen lassen. Ich erkläre auch gerne, warum. Es ist ein ähnlicher Fall, wie wir ihn vorher beim Anzug von Luca Urgese bei der St. Jakob-Strasse hatten, auch da ist eine Stelle für die Velofahrenden, die nicht ganz ideal ist. Wir haben dort mit der Jacob Burckhardt-Strasse, mit der Öffnung, ein super direkter Weg vom Gellert in Richtung Gundeli, Bruderholz, der auch sehr häufig genutzt wird. Und oben bei der Kreuzung Grosspeterstrasse ist es natürlich ein Problem, weil dort die ganze Achse Grosspeterstrasse/Nauenstrasse kommt und man dann dort eigentlich normal nicht weiterkommt. Man muss warten, bis der ganze Verkehr durchgefahren ist, das geht lange, dann kann man einmal drauf, dann wird man wieder gestoppt von einem Rot und das macht natürlich niemand. Es hat dort nebendran ein relativ breites Trottoir, wo es keine Fussgänger*innen hat, und genau dort, wo diese Lösung vorgeschlagen war, will man jetzt nichts unternehmen, sondern weist darauf hin, dass man es umfahren kann über die Sevogelstrasse/Münchensteinerstrasse.

Es ist sicher gut, wenn dort etwas gemacht wird, aber Fakt ist, dass jetzt der direkte Weg natürlich viel gescheitert ist und wir hätten es gerne gesehen, wenn man sich dort noch einmal Gedanken gemacht hätte, wie man das lösen kann auf dem Trottoir. Vielleicht auch mit der Helvetia, der das Gebäude gehört, wo man ein bisschen auf Privatgrund darüber spazieren kann, dass man dort eigentlich die Fläche für Velofahrer und Velofahrerinnen machen kann. Im Schritttempo, es kommt dort niemand schnell hinauf, man muss rechts abbiegen und dann muss man rüber rollen und wieder bei der nächsten Überquerung warten, also es wird sowieso niemand schnell dort durchfahren. Es wäre vernünftig, wenn man dort auf diesem Teil bei dem Trottoir eine Lösung finden könnte, dass Velofahrer und Velofahrerinnen und Fussgänger und Fussgängerinnen aneinander vorbeikommen, so dass man den Weg, den jetzt sowieso schon jeder nimmt, auch so gestalten kann, dass es für alle legal machbar ist.

Vielen Dank, dass Sie diesen Anzug stehen lassen und nochmals zurückgeben in die Regierung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Thiriet, nehmen Sie die Zwischenfrage von Annina von Falkenstein an? Sie wird angenommen.

Annina von Falkenstein (LDP): Reicht es Ihnen nicht, dass in der Antwort drinsteht, dass die Regierung das anschaut, wenn sie dort sowieso etwas machen müssen, und dass sie den Bedarf schon sehen, aber es einfach nicht sofort machen wollen, weil sowieso noch Arbeiten kommen?

Jérôme Thiriet (GAB): Das habe ich ganz vergessen zu sagen, nein, das reicht mir nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die Mitte-EVP ist Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich beantrage Ihnen, dass dieser Anzug stehen gelassen wird. Worum geht es? Es geht um einen ganz heiklen Punkt an einer ganz gefährlichen Stelle, wo wir mit wenigen Massnahmen etwas erreichen könnten und eigentlich auch erreichen müssen. Es ist der Ort oben an der Jacob Burckhardt-Strasse. Ich weiss nicht, ob Sie sich das vorstellen können jetzt direkt, man fährt mit dem Fahrrad die Jacob Burckhardt-Strasse hinauf, kommt in die Grosspeterstrasse, geht nach rechts in die Münchensteinerstrasse, überquert dort wiederum die Strasse und fährt dann ins Gundeli. Also alle diese Schülerinnen und Schüler, die in die Schulen im Gellertquartier gehen, das sind sehr viele, die benutzen diese Route, um nach Hause zu fahren.

Was passiert dort oben an diesem Ecken? Es ist vis-à-vis vom Ibis-Hotel jetzt neu dieses Helvetia-Gebäude. Sie können sich das vorstellen. Es sind etwa 25 Meter, wenn ich das richtig sehe, man kommt von unten hoch in die viel befahrene Nauenstrasse. Ich danke für den guten Bericht, der Bericht ist vielleicht nicht ganz klar, es heisst hier, dort werden dann die Leute sicher geführt, indem sie durch eine Ampel gesichert in die Grosspeterstrasse einbiegen. Also es ist zumal so, dass oben an der Jacob Burckhardt-Strasse keine Ampel ist, sondern man fährt dann in diesen relativ stark befahrenen strengen Teil und was tatsächlich passiert, ist, das sehen Sie jeden Tag, die meisten der Schülerinnen und Schüler fahren dann sicherheitshalber, zu ihrem eigenen Schutz auf das Trottoir. Jetzt können wir sagen, das geht natürlich nicht, das lassen wir nicht zu, wir stellen Polizisten hin und dann ist das Problem gelöst. Aber ich glaube, das Problem könnte man gescheiter lösen in diesem Fall. Das Trottoir ist mindestens 3.33 Meter breit und beim Haus dort, beim Helvetia-Gebäude hat es Arkaden, die man auch allenfalls mitbenutzen könnte, wenn man überlegen täte, wie lösen wir dieses Problem dort wirklich.

Man kann schon sagen, wir machen grundsätzlich keinen Mischverkehr. Wir haben das heute Morgen schon gehört und es gibt Stellen, wo Mischverkehr selbstverständlich nicht geht, wir wissen das, bei der Solitüde geht das nicht. Aber wir haben durchaus Stellen in der Stadt, wo wir Mischverkehr kennen. In der Schneidergasse kennen wir Mischverkehr sogar mit Autos, Velos und Fussgänger. Wir kennen am Heuberg, wenn Sie am vorderen Teil sind bei der Leonhardskirche, das ist schmaler sogar als das Trottoir oben dort an der Jacob Burckhardt-Strasse, haben wir Mischverkehr mit Auto, Velo, Fussgänger. Das gibt es auch hier in Basel und es gibt es in vielen Ländern ohne weiteres, dass das möglich ist, man muss nur das miteinander machen. Selbstverständlich muss man im Schritttempo fahren, so wie man das in der Schneidergasse angeschrieben hat.

Aber man könnte mit einer einfachen baulichen Massnahme, indem man dort den Boden rot markiert oder blau markiert oder wie auch immer das zulässig ist, zeigen, hier sind Fussgänger und Fahrradfahrer nebeneinander möglich, aber sie können getrennt dort diese Stelle passieren. Es stimmt, es ist angekündigt, dass in sechs Jahren etwas geschieht, Annina von Falkenstein, Sie haben recht, ab 2030 denkt man dort, Verbesserungen zu erzielen, aber mit dieser einfachen Massnahme könnte man heute schon eine wesentliche Verbesserung erzielen, wesentlich mehr machen für die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler, die dort auf ihrem Heimweg sind und die diese Strecke wirklich viel gebrauchen, viel benutzen.

Ich bitte Sie also, hier gut zu überlegen, ob es einfach ein Prinzip gibt, das wir einfach hochhalten, wir machen keinen Mischverkehr. Wir machen Mischverkehr, Mischverkehr geht tatsächlich nicht überall, aber es gibt Stellen, wo dies durchaus möglich ist. Dort gibt es so gut wie keine Fussgänger an diesem Ort. Wenn Sie mal dort stehen, Sie werden so gut wie keine Fussgänger sehen und selbst wenn es hat, man kann nebeneinander Fahrräder und Fussgänger haben bei dieser Breite von 3.33 Meter Mindestbreite. Sie ist da breiter, es ist die schmalste Stelle, die ich gemessen habe, 3.33. Also es ist nichts Verrücktes, es ist nichts Weltbewegendes, es ist ein Knoten, ein gefährlicher Knoten, der an einer Stelle ist, die man geöffnet hat, und die man wie irgendwie nicht richtig hat lösen können bis jetzt. Wir könnten das machen.

Ich bitte die Regierung, das einfach nochmals anzuschauen, indem Sie diesen Anzug stehen lassen und nicht warten bis 2030, dass wir das dann lösen. Wir können hier mit einfachen Mitteln wirklich hilfreich dienen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich habe schon die ganze Zeit darauf gewartet, dass Beat Schaller sich meldet als Vertretender der Fussgängerlobby, sonst immer mit Voten hier, mit flammenden Voten für die zu Fuss Gehenden, also ich hätte mir da tatsächlich ein Votum erhofft von jemandem, weil, haben Sie sich diesen Plan angeschaut? Sagen wir jetzt, wir würden diese Mischfläche unterteilen, eben eigentlich wieder zu eng, um parallel zueinander den Fuss- und den Veloverkehr zu führen. Dann gibt es dort aber noch einen Fussgängerstreifen, wie genau möchten Sie den Velostreifen über den Fussgängerstreifen leiten? Also ich glaube, dort, wir wissen, wie häufig die Velos anhalten bei einem Fussgängerstreifen und ich glaube doch, dass hier der Fussverkehr wirklich in Bedrängnis kommen würde. Wir haben dort die Verbindung zwischen einer Tramhaltestelle und Hotels, also auch da, ich glaube, das ist doch ein Übergang, der doch frequentiert wird und deshalb, glaube ich wirklich, hier ist so eine Stelle, die wir nicht öffnen sollten für den Fussverkehr.

Wenn wir das tun, dann müssen wir das baulich anpassen. Das werden wir untersuchen, das werden wir machen. Wie gesagt, wenn wir ohnehin an dieser Strasse auch Sanierungsbedarf haben, dann müssen wir dort die Flächenverteilung insgesamt anschauen. Und weshalb wir das nicht sofort machen, ist auch der Grund, dass es eben auch hier eine Umfahrungsroute gibt, die zuzumuten ist, die grundsätzlich sicher ist.

Deshalb bittet Sie die Regierung, diesen Anzug abzuschreiben, um eben nicht neue Konflikte zwischen Velofahrenden und zu Fuss Gehenden zu schaffen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug Bruno Lötscher und Konsorten als erledigt abzuschreiben. Jérôme Thiriet hingegen beantragt Stehenlassen.

Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 56 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005737, 22.01.25 16:07:29]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug bleibt stehen mit 56 Nein-Stimmen gegen 37 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.

51. Anzug Andreas Zappalà und Konsorten betreffend Meldepflicht für den Einbau von Dachfenster als Teil der Solar- und PV-Anlage, Schreiben des RR

[22.01.25 16:07:36, 22.5471.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

52. Anzug Salome Bessenich und Johannes Sieber betreffend Sicherstellung von Grünflächen im Kleinbasel während der Baustelle Rheintunnel auf der Dreirosenanlage, Schreiben des RR

[22.01.25 16:08:00, 22.5414.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug abzuschreiben.

Wir eröffnen die Debatte mit Salome Bessenich.

Salome Bessenich (SP): Ich glaube, es ist eine der kürzesten Antworten, die ich je auf einen Vorstoss erhalten habe. Es sind fünf Sätze, ich habe nachgezählt. Das ist absolut nachvollziehbar, wenn es keinen Rheintunnel gibt, dann gibt es natürlich auch keine Baustelle. Ich darf Sie aber trotzdem, auch im Namen der GLP fragen, oder wenn Sie schon da sind, hoffe ich, dass Sie die Antwort direkt mir geben können, was denn mit diesen Testplanungen geschieht, die hier eigentlich schon im Gange waren für diese Ersatzflächen. Weil wir wissen ja, dass das Kleinbasel gerade in diesem Bereich einfach notorisch unterversorgt ist mit Grünraum, mit Freiraum und wir sehen hier durchaus eine Chance, dass man diese Projekte auch weiterführen könnte.

Mit der Abschreibung sind wir in dem Sinne einverstanden, aber wenn Sie vielleicht diese Frage direkt beantworten können, bin ich Ihnen sehr dankbar und kann mir die Interpellation sparen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich versuche, diese spontane Frage gerne zu beantworten. Tatsächlich sind wir noch dran an einer Auslegeordnung, was das Nein zum Rheintunnel alles bedeutet. Was es aber in Bezug auf diese Untersuchungen sicher bedeutet, ist, dass uns vorerst der politische Auftrag auch dazu fehlt und damit auch die Mittel. Gerade bei diesem Perimeter unten am Rhein, der ja neu frei geschaffen worden wäre, von der Hafenbahn, wo ein direkter Zugang zum Rhein entstanden wäre, der begrünt worden wäre, da hätte das ASTRA natürlich einen grossen Teil der Kosten tragen müssen, weil sie eben zuständig gewesen wären für diese Ersatzflächen. Da würden uns substanzielle finanzielle Mittel heute fehlen, um das zu realisieren. Ich denke, andere Projekte wie der Klybeck-Rhein, der ja auch im näheren Perimeter von Klybeck plus ist, das wird weiterverfolgt. Aber ich denke, wir brauchen für diese Auslegeordnung auch noch etwas Zeit und es läuft ja auch noch der Stadtteilrichtplan Klybeck-Kleinhüningen, die Beteiligung mit der Bevölkerung und da holen wir auch allfällige, ich sage jetzt mal, Bedürfnisse ab und schauen, welche dieser Projekte wir weiterverfolgen können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug abzuschreiben.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

53. Anzug Alex Ebi und Konsorten betreffend Entschädigung für baustellengeplagte Kleinunternehmen, Schreiben des RR

[22.01.25 16:11:01, 22.5582.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Als Fraktionssprecher für die SVP hat sich Lorenz Amiet gemeldet.

Lorenz Amiet (SVP): An Sitzungstagen des Grossen Rates genehmige ich mir gelegentlich bei einer Bäckerei gleich hier um die Ecke bei der Globus-Baustelle, benannt nach einem Regierungsrat, zuständig für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, ein Kaffee und etwas Gebäck. Vor der Globus-Baustelle bedienten da in der Regel drei Leute, jetzt reicht eine Person. Ich habe die Dame kurz gefragt heute Morgen, wie es so sei mit der Laufkundschaft. Sie hat mir bestätigt, die Baustelle spürt man deutlich. Aus eigener Erfahrung kann ich Ihnen sagen, wenn Sie bei einer Autogarage eine Baustelle haben, die die Zufahrt für Automobile verunmöglicht, dann haben Sie auch deutlich weniger Kundschaft. Solche Dinge, selbst wenn sie je nachdem nur ein, zwei Monate dauern, können Ihnen das Jahresergebnis verhageln.

Die Regierung sieht das auch ein, schreibt aber, dass man nur bei 20 bis 30 Prozent Umsatzeinbusse wirklich mit einer Entschädigung rechnen kann. Wenn Sie nun in der Innenstadt ein Ladengeschäft haben mit Fixkosten, Miete, Saläre, usw., dann entscheiden 20 bis 30 Prozent Umsatz über Gewinn oder Verlust. Ja, Sie können selbstverständlich die Kostenstruktur etwas optimieren, indem Sie Leute entlassen, dann später wieder einstellen, ob das in der Sache ist, lasse ich im Raum stehen. Es schmerzt insbesondere dann, wenn Baustellen über Jahre dauern, wie wir das ja auch erlebt haben in letzter Zeit gerade hier in unmittelbarer Nähe.

Grundsätzlich lässt sich also feststellen, das Problem, das Kollege Ebi angesprochen hat, existiert und es tut vielen kleinen Unternehmen weh. Jetzt kann man darüber diskutieren, ob die Grenze von 5 Millionen Umsatz sinnvoll ist oder nicht. Ich verstehe die Regierung, dass sie sagt, okay, das ist eine willkürliche Grenze, wir wollen, dass alle gleichbehandelt werden und deshalb funktioniert das mit dieser Grenze nicht. Aber meine Damen und Herren, das ist ein Anzug und die Regierung könnte problemlos sagen, der Grosse Rat wollte hier die Situation für diese Unternehmen verbessern, aber diese Grenze müssen wir aufweichen. Also lösen wir das Problem und klammern uns nicht am Formalismus mit dieser 5 Millionen-Grenze. Aber die Regierung will das leider nicht, was wir sehr bedauern.

In der Hoffnung, dass Sie vielleicht doch noch uns folgen möchten, stelle ich hiermit den Antrag, dass wir diesen Anzug stehen lassen in der Hoffnung, dass die Regierung die 5 Millionen-Grenze aufweicht oder anders behandelt, aber für die kleinen Unternehmen in dieser Stadt das Problem mit diesen Baustellen und den massiven Umsatzeinbussen, die daraus resultieren, löst.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Alex Ebi gemeldet.

Alex Ebi (LDP): Ja, es ist ein Anzug, wie Lorenz Amiet schon gesagt hat, und mir fehlt jeweils der Glauben daran, dass die Regierung wirklich unsere Anliegen auch ernst nimmt. Es haben, ich weiss jetzt nicht mehr genau wie viele, aber die Allermeisten haben da mitunterschrieben, haben das auch mitgedruckt, damit wir den Anzug überweisen konnten und was ist die Folge, wir kriegen irgendwie wieder zweieinhalb Seiten Antwort, wobei anderthalb Seiten irgendwelche Paragraphen, Artikel sind und sonst irgendetwas, warum irgendetwas wieder nicht gehen soll, und dann steht noch am Schluss drin, die 5 Millionen, das sei eigentlich eine dumme Grenze und letztendlich gäbe es ja Härtefälle, wo man beantragen könnte. Die Härtefälle, wenn man das Reglement durchliest, da wird einem schon ganz angst und bange, da kriegt praktisch nie jemand irgendwie einmal Geld für das. Ich glaube, ein halbes Jahr muss der Weg zum Laden wirklich zu sein und wenn nur schnell eine Woche oder zwei Wochen wieder aufgemacht wird, fängt das halbe Jahr wieder von vorne an. Also die Hindernisse und die Hürden, damit man da Härtefallgeld bekommt, sind enorm hoch. Und darum wäre das eigentlich eine gute Lösung gewesen in Anlehnung an die Corona-Entschädigungen, dass man dort etwas aufbaut. Und nochmal, das ist ein Anzug, es ist nicht ein Befehl. Das wäre einfach das gewesen, was ich gedacht habe, was wir alle gedacht haben, als wir es überwiesen haben.

Die Verwaltung soll sich da Gedanken machen, was es da für eine gescheite und gute und auch vielleicht faire Lösung gibt, aber ich muss wirklich ganz enttäuscht zur Kenntnis nehmen, dass da überhaupt gar kein Wille vorhanden ist, das Kleingeschäft vom KMU auch zu unterstützen, wenn sie wirklich benachteiligt werden durch diese Baustellen. Wir haben alle die Baustellen in dieser Stadt schon gesehen, wir haben an jeder Ecke bald eine und es kommt einem manchmal so vor, dass die Handwerker bald die Baustellen als Lagerfläche benutzen. Da spaziert einer mit einem Helm herum und stellt den Bagger zweimal hin und her und dann sieht man ihn wieder den ganzen Tag nicht. Das ist natürlich subjektiv, das ist mir total klar, aber wenn du ein Ladenbesitzer bist und das auch noch beobachtest von deinem Laden aus und denkst, wann geht das denn da mal weiter, dann macht das natürlich doppelt wütend. Wir können herumlaufen und sagen, ja gut, jetzt fahren wir Tram und fahren weiter und alles ist gut, aber der Ladenbesitzer, der ist dort und der weiss nicht mehr, wie er die

Rechnungen zahlen soll. Und hier hätte ich wirklich gedacht, dass die Verwaltung das begriffen hat und sich etwas überlegt, wenn das schon so deutlich überwiesen wurde. Leider nicht.

Natürlich, wir sind alle für stehen lassen in der Partei, der «Chrüzlistich» sagt etwas anderes. Wir hoffen trotzdem, dass vielleicht noch ein paar Stehenlassen drücken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Es ist uns absolut bewusst, dass diese Baustellen wirklich eine Belastung sind und wann immer möglich etablieren wir Bauarbeiten. Wir nehmen wirklich Rücksicht, wir schliessen die Baustellen bei Grossanlässen, damit diese Unternehmen Umsatz machen können, Weihnachtsmarkt, und, und, und. Gerade im Rahmen des Fernwärmeausbaus bemühen wir uns sehr stark, dass die Einschränkungen für die Geschäfte gering sind. Wenn die Auswirkung für ein Geschäft gross ist, dann hat es heute schon Anspruch. Es ist nicht ganz einfach, sich durch diese Papiere zu kämpfen, es muss ein Antrag geschehen, man muss als Unternehmen nachweisen, dass es eine grosse Einbusse gab über eine längere Zeit und ich denke, das ist aber auch richtig. Denn wir machen diese Infrastruktur ja nicht aus Spass, sondern dieses Licht, dieser Strom, all diese Dinge, das kommt dann wieder diesen Geschäften auch zugute. Es ist auch ein Feld, in dem es sehr viel, es tut mir leid, dass es da relativ juristisch wird, aber es ist ein Bereich, wo es viel Bundesrechtsprechung gibt, weil wir ja in Basel nicht alleine sind mit diesem Problem, und immer wieder kommt man zum Schluss, dass man als Unternehmen einen Teil der Belastung zu dulden hat, weil einem eben dann diese öffentlichen Services wieder zugutekommen.

Deshalb glaube ich, hier beispielsweise nur ein Teil der Unternehmen zu begünstigen mit dieser Grenze von 5 Millionen, das wäre sehr schwierig zu begründen gegenüber allen anderen Playern. Übrigens könnten auch private Forderungen stellen, Anwohnende, die stark belastet sind. Sie sehen, es wird da sehr schwierig, wirklich eine Gleichbehandlung herzustellen. Deshalb, es gibt heute diese Regelung, man kann Ansprüche stellen, wenn man stark betroffen ist, und ich glaube, wir müssen sonst vor allem jetzt in den nächsten 13 Jahren wirklich Wege finden, wie wir gemeinsam mit diesen Unternehmen einfach auch schauen, dass sie trotz diesen Bauarbeiten möglichst zugänglich, möglichst sichtbar sind und in einkaufsintensiven Zeiten wir die Zugänge möglichst gut halten können.

Ich darf Sie deshalb bitten im Namen der Regierung, den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

58 Ja, 33 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005741, 22.01.25 16:20:28]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben. Der Anzug ist erledigt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird abgeschrieben mit 58 Ja-Stimmen gegen 33 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

54. Anzug Daniela Stumpf und Konsorten betreffend "Beleuchtungskonzept für ein sicheres Basel", Schreiben des RR

[22.01.25 16:20:36, 23.5463.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Zu diesem Traktandum meldet sich als Einzelsprecherin Daniela Stumpf.

Daniela Stumpf Rutschmann (SVP): Der Regierungsrat hat auf meinen Anzug reagiert und erste Ansätze aufgezeigt, um die Beleuchtung als Mittel zur Verbesserung der Sicherheit zu nutzen. Diese Massnahmen sind ein Anfang, doch sie sind keinesfalls ausreichend, um den Anforderungen eines umfassenden Beleuchtungskonzepts für Basel gerecht zu werden. Es ist erfreulich, dass der Regierungsrat erkannt hat, wie wichtig die Beleuchtung für die Sicherheit ist und erste Schritte unternommen hat. Die Hotspots-Analyse, die Arbeitsgruppe LUX und die Pilotprojekte sind wertvolle Bausteine, die Erfolge an Standorten wie dem Birsköpfli oder der Dreirosenanlage zeigen, dass Beleuchtung einen messbaren Effekt haben kann.

Doch anstelle eines stringenten Konzepts sehen wir eine Sammlung einzelner Massnahmen ohne klare Zielsetzung oder langfristigen Perspektiven. Eine flächendeckende Strategie, die alle neuralgischen Punkte berücksichtigt, fehlt. Ohne konkrete Evaluationskriterien bleibt unklar, ob die Massnahmen tatsächlich eine nachhaltige Wirkung haben. Sicherheit ist nicht nur eine Frage von Daten, sondern auch von Vertrauen. Die Bevölkerung muss stärker einbezogen werden, um sowohl subjektive als auch objektive Sicherheit zu steigern. Umweltfreundliche und finanzierbare Lösungen wurden im Bericht nur am Rande erwähnt.

Der Regierungsrat muss über die bisherigen Schritte hinausgehen. Wir fordern deshalb eine umfassende Beleuchtungsstrategie. Diese muss alle Hotspots berücksichtigen, klare Ziele setzen und langfristig finanzierbar sein. Klare Kriterien und regelmässige Berichte darüber, welche Massnahmen wie wirken, eine stärkere Einbindung der Bevölkerung, entweder durch Quartier-Workshops und Bürgerbeteiligungsformate, und natürlich auch Nachhaltigkeit im Fokus, Energieeffizienz und Umweltfreundlichkeit dürfen bei der Planung nicht vernachlässigt werden.

Der Regierungsrat schlägt vor, den Anzug abzuschreiben, doch wir sagen, das wäre ein Fehler. Der Bericht zeigt, dass wir erst am Anfang stehen. Lassen Sie den Anzug stehen, nicht nur als Erinnerung, sondern als Aufforderung, ein wirklich umfassendes Beleuchtungskonzept für Basel zu entwickeln, denn Sicherheit braucht Licht, aber auch Weitsicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat Esther Keller das Schlusswort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich denke, wir sind diese Thematik angegangen. Beleuchtung kann ein entscheidender Faktor sein, dass sich die Leute sicher fühlen, auch damit tatsächlich ein Ort sicherer wird und wir sind das ehrlich gesagt sehr pragmatisch angegangen und üblicherweise wünschen Sie sich das ja von der Verwaltung, dass wir das pragmatisch angehen und das haben wir auch. Es ist diese Arbeitsgruppe bestehend aus der Polizei und der IWB, die für die Beleuchtung zuständig ist. Die wird weiterhin tagen, diese Gruppierung, und wir haben eine App, die anzeigt, wo eben Hotspots sind und wir werden da reagieren. Ich denke, wir sollten zuerst einmal schauen, wir konnten da auch schon einige der Hotspots damit verbessern, ich glaube, es ist sinnvoll, hier pragmatisch vorzugehen. Und wenn man dann sehen würde, dass das überhaupt nicht funktioniert, könnte man reagieren, aber ich bin da sehr zuversichtlich, weil man eben schon sehr viele Stellen auch entschärfen konnte.

Deshalb glaube ich, ist das Anliegen des Vorstosses vorerst erfüllt und die Regierung bittet Sie hier, den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug das erledigt abzuschreiben.

Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 22 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005743, 22.01.25 16:25:34]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird abgeschrieben mit 74 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

55. Interpellation Nr. 145 Daniela Stumpf Rutschmann betreffend Schneefall legt die BVB lahm, Schreiben des RR

[22.01.25 16:25:41, 24.5511.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Daniela Stumpf Rutschmann (SVP): Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Interpellation. Die Antworten aber lassen mich teilweise sehr fassungslos zurück, zeigen sie doch sehr deutlich, wie mangelhaft die BVB auf ein normales Ereignis, Schnee in einem Alpenland, vorbereitet waren. Es stimmt zwar, dass der Schneefall nicht nur in der Stadt Basel zu einem ÖV-Ausfall geführt hat, aber nirgends war der ÖV-Ausfall umfassender und nirgends in der Schweiz war er länger und das muss uns zu denken geben. Noch mehr zu denken gibt mir aber, dass die BVB nicht einmal den Notfallplan und Notfallstab aktiviert haben, wo doch schon seit Tagen vor diesem Schneefall gewarnt wurde. Ich frage mich deshalb, können die BVB keine Wetter-Apps interpretieren? Sind sie überfordert mit Wettervorhersagen oder was genau kann denn der Grund dafür sein, dass man diese Pläne nicht aktiviert hat? Auch der Umstand, dass wir in Basel über kein Schneepflugfahrzeug mehr verfügen, lässt mich etwas ratlos zurück. Es mag sein, dass ein solches Ereignis sehr selten vorkommt und es kann auch sein, dass die Kosten für ein solches Fahrzeug sehr hoch sind, aber die BVB haben in der Vergangenheit das Geld auch schon für weniger schlaue Dinge ausgegeben, so dass die Anschaffung dieses Fahrzeugs und weiterer Gerätschaften zur Bewältigung von letztlich normalen Wetterereignissen mehr als gerechtfertigt ist. Und das ist sicher erst recht gerechtfertigt, wenn man sieht, wie viele Menschen am 21. November kaum mehr nach Hause kommen konnten und in der Stadt gestrandet sind. Ich bin mit der Beantwortung meiner Interpellation zufrieden und hoffe, dass die BVB beim nächsten Mal besser vorbereitet ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Traktandum 56 Interpellation Nummer 146 Jean-Luc Perret betreffend Aufrechterhaltung des Trambetriebs bei extremen Wetterereignissen.

Der Interpellant hat schriftlich Stellung genommen zu den Antworten auf seine Interpellation und hat erklärt, dass er mit den Antworten zufrieden ist. Die Interpellation ist erledigt.

57. Interpellation Nr. 149 Catherine Alioth betreffend den Baukubus auf dem Dach des Globus, Schreiben des RR

[22.01.25 16:28:18, 24.5516.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit den Antworten zufrieden ist.

Catherine Alioth (LDP): Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Interpellation. Allerdings muss ich anmerken, dass die Antworten auf meine Fragen leider sehr knapp ausgefallen sind. Gerade weil die Beantwortung der Interpellation schriftlich erfolgte, hätte ich erwartet, dass sich die Regierung die nötige Zeit nimmt, um die aufgeworfenen Fragen ausführlicher und transparenter zu beantworten.

Die Antwort spricht meist von Geschossflächen, gefragt wurde nach Bauvolumen. Die vorgelegten Antworten sind deshalb in vielen Punkten schwer nachvollziehbar und lassen erhebliche Zweifel aufkommen. Der Baukubus auf dem Dach des Globus ist von sämtlichen Blickwinkeln gut sichtbar und kann nicht übersehen werden. Ich habe Ihnen ein Bild mitgebracht, das den Münsterhügel im Jahr 2017 und den Münsterhügel im Jahr 2025 zeigt. Man erkennt deutlich den Einfluss des neuen Daches mit dem darauf befindlichen Kubus, welcher mit einem roten Pfeil markiert ist.

In der Antwort zur Interpellation steht, ich zitiere: Das Volumen wurde gegenüber dem Vorgängerbau in der Höhe reduziert und gleichmässiger in die Breite verteilt. Wenn ich mir jedoch die Bilder anschaue, die vom Nadelberg aus aufgenommen wurden, kann ich dieser Aussage nicht zustimmen. Weiter heisst es, ich zitiere: Dank dem niedrigen Dachaufbau, also dem Kubus, wird der Blick vom Marktplatz her auf den Münsterhügel verbessert, was städtebaulich harmonischer wirkt. Ob diese Aussage tatsächlich zutrifft, bleibt jedem Einzelnen überlassen und hängt stark vom eigenen ästhetischen Empfinden ab. Ich persönlich empfinde den neuen Dachkubus als voluminöser und dominanter in seiner Erscheinung als der Vorgängerbau.

Wenn ich die Fotos analysiere, wird es mir immer unverständlicher, dass das neue Volumen, also der Baukubus, von verschiedenen sensiblen einsehbaren Standpunkten in der Stadt auf seine beeinträchtigende Wirkung geprüft wurde, wie es in der Interpellationsantwort heisst. Der Baukubus stellt doch einen markanten Eingriff in das historische Stadtbild dar. Das Globus-Gebäude befindet sich in einer Schutzzone, die explizit darauf ausgelegt ist, das historische Ensemble des Münsterhügels zu bewahren und zu schützen. Vor diesem Hintergrund stellt sich mir die dringende Frage, wie konnte der Baukubus in dieser Dimension dennoch genehmigt werden. Gerade in dieser sensiblen Zone sollte der Schutz des baukulturellen Erbes höchste Priorität haben. Auch dies bleibt für mich schwer nachvollziehbar. Ich glaube, dass man hier den Bauherren doch sehr weit entgegengekommen ist. Wenn jetzt noch aus dem Mehrwertabgabefonds ein üppiger Beitrag gewährt wird, damit die Dachlandschaft begrünt werden kann, ist das doch äusserst grosszügig gegenüber der wechselvollen Geschichte der Bauherrschaft.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Antworten des Regierungsrats nicht die erhoffte Klarheit bringen und weit hinter meinen Erwartungen zurückbleiben. Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

58. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend Eindämmung überbordender Bürokratie, Zwischenbericht des RR

[22.01.25 16:32:21, 22.5302.04]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist um 4 Jahre zu erstrecken.

Wie schon vorher mal angemerkt, ist es so, dass die gesetzliche Grundlage aber nur 2 Jahre zulässt. Wir diskutieren also über eine Fristerstreckung von 2 Jahren. An dieser Stelle darf ich Conradin Cramer entschuldigen, der sich sehr freundlich abgemeldet hat für heute, er ist zusammen mit dem Kollegen Kaspar Sutter am WEF, der sich ebenfalls freundlich abgemeldet hat.

Zuerst frage ich Lukas Engelberger, ob er das Wort wünscht? Er wünscht es und hat es.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Die Motion kritisiert die Umsetzung des revidierten Wohnraumfördergesetzes und der neuen Wohnraumschutzverordnung als zu bürokratisch. Sie fordert die Anpassung und Digitalisierung der Gesuchsformulare, zudem möchten sie sicherstellen, dass die Wohnschutzkommission sich selber organisiert.

Wir haben mit dem Wohnraumschutz eine schwierige Situation. Sie wissen das, verschiedene Seiten sind unzufrieden und wir haben deshalb auf dieses Thema einen Fokus gelegt. Es wurden im August auch bereits erste Massnahmen skizziert, die

auf Verordnungsebene umgesetzt werden können, damit der Vollzug vereinfacht werden kann. Es dürfen jedoch keine Wunder erwartet werden. Basel-Stadt hat einen starken Wohnschutz und dieser wird auch in Zukunft eine gewisse Bürokratie mit sich bringen. Allerdings schiessen wir nach der Auffassung des Regierungsrats in einigen Aspekten etwas über das eigentliche Ziel hinaus und das möchten wir angehen.

Zur vorliegenden Motion hat der Regierungsrat bereits letztes Jahr Stellung genommen. Die Hauptanliegen, die Überarbeitung der Formulare und die Selbstorganisation der Wohnschutzkommission, wurden erfüllt. Die Gesuchsformulare wurden von der Kommission vereinfacht, sie wurden gekürzt, die Kommission organisiert sich selber und sie tritt auch selber nach aussen hin auf. Einzig das Anliegen, dass die Gesuche digitalisiert werden, ist noch nicht umgesetzt. Nun ist natürlich die Digitalisierung dem Regierungsrat generell ein grosses Anliegen und wir haben nach Inkrafttreten der neuen Wohnschutzbestimmungen dieses Ziel auch vorangetrieben und wesentliche digitale Schnittstellen implementieren lassen. Es zeigt sich allerdings, dass die vollständige Digitalisierung der Formulare, also eben das dritte Anliegen der Motion, innert der gesetzten Frist nicht möglich ist. Die Weiterführung des Digitalisierungsprojekts erfordert als wichtigste Voraussetzung eine gefestigte Grundlage des Vollzugs, was derzeit noch nicht gegeben ist. Die Auslegeordnung, die der Regierungsrat in Auftrag gegeben hat, zeigt, dass immer noch eine Rechtsunsicherheit besteht und diese Rechtsunsicherheit wird durch die politischen Diskussionen und die Unsicherheiten auch in der Rechtsprechung verstärkt.

Es sind dem Regierungsrat seit Juni 2024 vier Motionen zur Anpassung der Wohnraumschutzbestimmungen überwiesen worden. Vor den Gerichten sind verschiedene Verfahren zu Fragen des Wohnschutzes hängig und zudem werden Vereinfachungen der regierungsrätlichen Verordnung vorangetrieben. Sobald gefestigte Grundlagen vorliegen, wird das Digitalisierungsprojekt weitergeführt. Dafür braucht es etwas mehr Zeit, wir haben daher um 4 Jahre Verlängerung gebeten. Wenn Sie sagen, 2 Jahre seien das zulässige Maximum, dann bitten wir entsprechend um diese 2 Jahre und danken Ihnen für das Verständnis.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erste Sprecherin für das GAB ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Mir ist sofort eine Geschichte in den Sinn gekommen, als ich diese Stellungnahme des Regierungsrates gelesen habe. Diese Geschichte dürfte vielen von uns bekannt sein, die Abenteuer von Asterix und Obelix. Wir alle kennen das unbeugsame kleine gallische Dorf, das sich hartnäckig gegen die römische Besatzung wehrt. Mit Klugheit, List und einem Hauch Magie leisten sie Widerstand und halten an ihren traditionellen Wegen fest, trotz aller Fortschritte, die das römische Reich mit sich bringt. Doch heute sind wir nicht in Gallien und wir schreiben auch nicht das Jahr 50 vor Christus. Wir leben in einer Zeit, in der die Digitalisierung zu einer treibenden Kraft unserer Gesellschaft geworden ist. Dennoch gibt es in unserer Verwaltung eine kleine Einheit, die wie das gallische Dorf unbeugsam bleibt und sich gegen die Digitalisierung stemmt. Sie weigert sich, Formulare zu digitalisieren, obwohl die gesamte staatliche Verwaltung diese Entwicklung mit Nachdruck vorantreibt.

Ich möchte aber diesen Vergleich nicht überstrapazieren, da Asterix und Obelix eigentlich immer gegen die Römer gewinnen und das Präsidialdepartement eigentlich nach einer Fristverlängerung um 4 Jahre erfragt. Es argumentiert, dass im Moment viel in der Schwebe ist, Verordnung, Gesetz, Motionen, das alles brauche Zeit, bis die Verwaltung den Wohnschutz wie auch immer revidiert. Was ich dazu sagen kann, ist, dass diese Motion nicht verlangt, einen riesigen digitalen Hintergrundapparat, also nicht noch mehr Bürokratie aufzubauen, sondern sie verlangt lediglich, ein Formular und einige Prozesse zu digitalisieren und das kann auch provisorisch geschehen. Dazu braucht es nicht viel, jedenfalls keine 4 Jahre. Wir haben schön gestaunt, als wir diesen Antrag gelesen haben.

Deshalb beantragen wir, das heisst, die Fraktion des GAB und der SP, den Antrag des Regierungsrats abzulehnen bzw. die Anliegen dieser Motion bis 30. Juni 2025 umzusetzen. Und dadurch, dass diese Motion seit Oktober auf der Traktandenliste steht, finden wir diese Frist angemessen.

Noch kurz zu den weiteren Punkten der Motion und der Stellungnahme des Regierungsrates. Zuerst eine Feststellung. Mir ist schon mehrmals aufgefallen, dass das Präsidialdepartement die Wohnschutzkommission je nach Gusto oder Opportunität entweder als unabhängige Kommission oder als Verwaltungseinheit betrachtet. Weiter bestreiten wir einmal mehr, dass Motionen keinen Einfluss auf die Verwaltungsorganisation haben. Und zum Schluss, wir freuen uns, dass die Wohnschutzkommission seit einiger Zeit die Formulare entbürokratisiert und vereinfacht hat. Dass es dazu gekommen ist, ist der Mieterseite der Kommission zu verdanken. Schwierig wird es aber werden, wenn der Regierungsrat durch die Verordnungs- oder durch die Gesetzesrevision den Wohnschutz stark vereinfacht, dass am Schluss das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird. Dagegen werden wir uns entschieden wehren wie das bekannte gallische Dorf.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die SVP ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich kann nahtlos dort weitermachen, wo meine geschätzte Vorrednerin Patrizia Bernasconi aufgehört hat. Auch die Fraktion der SVP beantragt Ihnen, nicht dem Antrag des Regierungsrates zuzustimmen. Ich finde es sowieso lustig, wenn man 4 Jahre beantragt, obwohl das gar nicht möglich ist. Vielleicht führt das auch ein bisschen zur Diskussion über die Vorbereitung von Geschäften des Regierungsrates.

Wir haben ähnlich gestaunt wie Frau Bernasconi, als wir diesen Bericht gelesen haben, wenn es auch um diesen Punkt der Digitalisierung geht. Frau Bernasconi hat jetzt Asterix und Obelix bemüht dafür, mir ist jetzt da spontan Troubadix, der Barde, in den Sinn gekommen, der in einem Haus auf dem Baum wohnt und wenn jetzt der so ein Formular ausfüllen müsste, wäre der wahrscheinlich ebenfalls sehr überfordert, um aus diesem Baumhaus ein vielleicht normales Haus zu machen. Und die Argumente des Regierungsrates, weshalb er nun hier 4 oder dann allenfalls nur 2 Jahre zusätzlich dafür Zeit haben soll, erschliessen sich für uns nicht.

Wir haben in den vergangenen Tagen wieder gelesen, wie schwierig es ist im Kanton Basel-Stadt in diesem Umfeld etwas zu bauen. Es gibt hier wahrscheinlich unterschiedliche Gründe dafür, man kann es auch unterschiedlich betrachten, was die Gründe dafür sind. Ich möchte das jetzt auch gar nicht bewerten, weil wir sonst wieder in einer Wohnschutzdiskussion sind, was wir aber sicher sagen können, ist, unabhängig der Frage, welchen Wohnschutz wir uns in diesem Kanton wünschen unter Berücksichtigung der Volksentscheide, die Prozesse müssen deutlich schneller werden. Das muss im Interesse aller sein, egal auf welcher Seite wir bei der Wohnschutzdebatte oder bei der Wohnschutzdiskussion stehen, und hier stellen wir fest, und da sind wir sehr auch bei den Ausführungen von Frau Bernasconi, dass das zuständige Bau- und Gastgewerbeinspektorat vor allem hier sicherlich ein Potenzial hat, sich zu verbessern und ganz generell alle Stellen, die im Bereich des Wohnschutzes involviert sind, sollten hier ebenfalls Hand dazu bieten, dass solche Dienstleistungen, die ja letztlich auch bis zu einem gewissen Grad erbracht werden, möglichst einfach sind. Es stimmt, wie der Regierungsrat in seinem Schreiben ausführt, dass die Seitenzahl der Formulare deutlich reduziert worden ist, aber ich bin überzeugt, und wenn man mit Personen spricht, die auch in diesem Bereich tätig sind und sich auskennen, dass man auch hier noch einmal schlanker werden könnte, so dass auch hier noch einmal eine deutliche Vereinfachung möglich ist, ohne dass dadurch irgendetwas im Prozess tangiert wäre.

Gleichzeitig ist es tatsächlich so, dass es für uns auch nicht Sinn macht, nun zu sagen, wir warten weitere 2 Jahre, bis wir bei der Digitalisierung in diesem Bereich einen Schritt vorwärtsgehen. Der Kanton Basel-Stadt ist bekannt dafür, dass es sonst fast überall immer der vorbildlichste Kanton sein möchte, überall ein bisschen mehr macht als alle anderen, aber ausgerechnet dort scheint er zumindest überfordert zu sein oder zumindest nicht willens und fähig rascher vorzugehen, das erschliesst sich für uns wirklich nicht. Wir erhoffen und wünschen uns hier wirklich von der Regierung, dass sie schneller vorwärtsgeht und deshalb beantragen wir Ihnen ebenfalls, dass wir die Frist nur dem Regierungsrat bis zum 30. Juni 2025 gewähren. Das ist noch einmal ein halbes Jahr und wenn man bedenkt, dass dieses Schreiben des Regierungsrates, wie Frau Bernasconi ebenfalls schon ausgeführt hat, bereits im September uns zugestellt wurde, hat der Regierungsrat somit noch einmal 9 Monate Zeit erhalten. Wir glauben, das ist angemessen, insbesondere weil die Motion bei der Überweisung eine Umsetzung der Massnahmen innerhalb von 6 Monaten gefordert hat und die Motion ist nun doch auch schon ziemlich genau 2 Jahre alt. Wir glauben deshalb, es ist angemessen, dass nun der Regierungsrat dies priorisiert in diesem Bereich. Wenn wir es schaffen, innerhalb von wenigen Monaten eine Grossveranstaltung über die Bühne zu bringen, dann glaube ich, sollte es der Regierungsrat mit seinen doch nicht ganz wenigen Mitarbeitenden, wertneutral formuliert, in der Verwaltung auch schaffen, in diesem Bereich, in der Digitalisierung schneller und auch etwas praktischer vorwärts zu gehen.

Deshalb bitten wir Sie, unserem Antrag zu folgen und die Frist dem Regierungsrat nur bis zum 30. Juni 2025 zu verlängern.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die FDP ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich kann mich anschliessen an die Voten meiner Kollegin und meines Kollegen von der Finanzkommission. Wir sprechen ja in dieser Finanzkommission immer wieder sehr viel Geld für die Digitalisierung in allen Departementen und ich war da auch schon ein bisschen erstaunt, ich kann jetzt nicht aus dem Kommissionsgeheimnis reden, aber schon erstaunt, dass man bei gewissen Orten eigentlich gar keine Effizienzgewinne am Schluss erwartet von dieser Digitalisierung, was natürlich auch ein bisschen die Haltung zeigt, wie man mit diesem Thema umgeht.

Die FDP unterstützt, was die Vorredner gesagt haben, die Frist 30. Juni.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP spricht Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Ich schliesse mich auch im Wesentlichen den Vorredner an. Aus Perspektive der LDP-Fraktion möchte ich noch betonen, dass man natürlich das gerne liest, dass auch die Regierung sehr bemüht ist, die Verwaltung möglichst effizient und schlank zu gestalten. Wir sind im Wesentlichen der Ansicht, dass der Digitalisierungsprozess, auf den man jetzt

verweist, dass die Verordnung angepasst werden soll oder wird, was ja eigentlich auch positiv ist, aber wir sehen das nicht als Argument, eine so lange Frist, zunächst 4 Jahre und jetzt 2 Jahre zu argumentieren und stellen uns auch hinter die Forderung der genannten Frist bis 30. Juni 2025 und denken, das ist gut, hier den Druck aufrecht zu erhalten. Der Digitalisierungsprozess generell, auch bei den Baubewilligungsverfahren im BGI, der ist ja am Laufen und darum sollte man das natürlich jetzt mitdenken, aber den Druck aufrecht zu erhalten, das ist tatsächlich im Interesse auch der Branche.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit geht das Wort an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Sie scheinen unisono hier auf Miraculix zu setzen, das bleibt Ihr Recht, aber ich muss darauf hinweisen, dass wir diesen Fahrplan, so wie Sie sich das wünschen, Abschluss bis Ende Juni nicht für realistisch halten und ich bin doch froh, wenn Sie das auch so entgegennehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen zwei verschiedene Anträge vor. Zum einen jener des Regierungsrats auf Fristerstreckung auf 4 Jahre. Allerdings sind nur 2 Jahre möglich, das heisst, die eine Option sind 2 Jahre und dann gibt es den Antrag von Patrizia Bernasconi und weiteren, eine Frist bis 30. Juni 2025 zu setzen. Das heisst, wir stimmen ab zwischen den verschiedenen Fristoptionen.

Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung um zwei Jahre gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Fristerstreckung nur bis 30. Juni gemäss Antrag GAB

Ergebnis der Abstimmung

16 Ja, 80 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005748, 22.01.25 16:48:59]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist bis 30, Juni 2025 zu erstrecken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Frist bis zum 30. Juni 2025 erstreckt mit 80 Nein-Stimmen gegen 16 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung.

59. Anzug Nicole Amacher und Konsorten betreffend Unterzeichnung der Lohngleichheitscharta aller Betriebe mit kantonaler Beteiligung, Schreiben des RR

[22.01.25 16:49:12, 22.5338.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

60. Anzug Christian von Wartburg und Konsorten betreffend Sicherstellung von Beratungs- und Unterstützungsangebote für geflüchtete Männer und Männer mit Migrationshintergrund, Schreiben des RR

[22.01.25 16:49:41, 20.5267.03]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Lukas Engelberger verzichtet auf ein Votum. Als erste Fraktionssprecherin hat sich Barbara Heer für die SP gemeldet.

Barbara Heer (SP): Im Namen der SP-Fraktion und des GAB beantrage ich Ihnen, diesen Anzug, der damals von der Migrantensession erarbeitet worden ist, nochmals stehen zu lassen. Zum ersten möchte ich mich bedanken bei der Verwaltung und der Regierung für die Auseinandersetzung mit der Thematik und auch bei HEKS, die aufgrund von dem Anzug jetzt ein Programm MasKu umsetzt, Mann sein zwischen den Kulturen heisst das Programm. Inhalt sind moderierte Gesprächsrunden für Männer mit Fluchterfahrung oder Migrationsbiografie. 2023 hat HEKS dafür finanzielle Unterstützung für den Aufbau des Pilots im Rahmen des Kantonalen Integrationsprogramms (KIP) erhalten von Restmitteln, dann haben wir auf Antrag der JSSK genau vor einem Jahr diese Gelder verstetigt im Rahmen von einem Staatsbeitrag.

Dennoch gibt es zwei Gründe, wieso wir den Anzug jetzt nochmals stehen lassen möchten. Erstens gibt es aus unserer Sicht in der Berichterstattung zum Anzug gewisse Anzeichen, die man möglicherweise so interpretieren könnte, dass nicht ganz klar ist, ob das Programm noch weitergeführt werden soll. Wir begrüssen natürlich sehr, dass in der Anzugsbeantwortung die Herausforderungen sehr transparent dargestellt sind, möchten aber wirklich auch mitteilen, dass es wichtig ist, dem Programm Zeit zu geben, auch Betreff methodischen Fragen, neue Ansätze zu finden, das weiterentwickeln und dazu auch Expertise von zum Beispiel maenner.ch oder dem Männerbüro beizuziehen, was teilweise auch schon gemacht wird. Es ist Pionierarbeit, das braucht Zeit, verschiedene Ansätze und Methoden müssen ausprobiert werden und wir möchten diesen Anzug stehen lassen, um noch einfach mal zu sagen, dass dieses Programm politisch gewollt ist und dann 2026, wenn dann eben die Weiterführung überprüft werden soll, das doch eben wirklich auch gemacht wird und uns nochmal dazu berichtet wird.

Der zweite Grund für das Stehenlassen ist, dass aus unserer Sicht eine Frage, die der Anzug aufwirft, noch nicht zu unserer Befriedigung beantwortet wird, nämlich das Anliegen, dass es nicht nur Unterstützung, sondern auch konkrete Beratungsangebote für männliche Geflüchtete geben soll, die auch eine geschlechterreflektierte Perspektive einnimmt. Konkret will ja der Anzug, dass das Männerbüro ein spezifisches Beratungsangebot für diese Zielgruppe erarbeitet. Stand heute, wie in der Anzugsbeantwortung ausgeführt, haben auch Männer mit Migrationshintergrund oder Fluchthintergrund theoretisch Zugang zu dem polyvalenten Beratungsangebot des Männerbüros. Transkulturelle Kompetenzen oder auch ein Angebot in verschiedenen Sprachen oder Übersetzungen fehlen aber.

Deshalb sind wir mit der Antwort nicht zufrieden. Das Anliegen ist uns wichtig und wir bitten die Regierung wirklich zu prüfen, dass der Leistungsauftrag des Männerbüros erweitert wird um ein transkulturelles mehrsprachiges Angebot oder ob ein solcher Auftrag an eine andere Institution gegeben werden kann. In dem Sinne bitte ich Sie, den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Regierungsrat Lukas Engelberger verzichtet.

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledig abzuscheiden. Barbara Heer möchte ihn stehen lassen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 51 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005751, 22.01.25 16:54:42]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben sich für stehen lassen entschieden mit 51 Nein-Stimmen gegen 45 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

61. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Netto-Null-Konzept für die Verwaltung, Schreiben des RR

[22.01.25 16:54:50, 21.5746.03]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

62. Anzug Raffaela Hanauer betreffend Schlüsse ziehen aus der Coronakrise für die Klimakrise, Schreiben des RR

[22.01.25 16:55:18, 20.5146.03]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

63. Motion Fleur Weibel und Konsorten betreffend Erarbeitung einer kantonalen Strategie gegen Rassismus mit Massnahmenplan, Stellungnahme des RR

[22.01.25 16:55:42, 24.5205.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert 3 Jahre. Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Die Motion fordert, dass der kantonale Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus um weitere Formen rassistischer Diskriminierung ergänzt und in eine Gesamtstrategie gegen Rassismus eingebettet wird. Der Regierungsrat teilt und begrüsst das Anliegen grundsätzlich und wir anerkennen den Bedarf, die Bereiche Bekämpfung von rassistischer Diskriminierung und Antisemitismus zu stärken.

Da der Motionstext jedoch nicht eindeutig rechtlich zulässig ist, möchte der Regierungsrat ihn als Anzug entgegennehmen. Es wird bei der rechtlichen Zulässigkeit in Variante 1 nur ein kleiner Teil der Motion berücksichtigt, nämlich die Passage: Die Unterzeichnenden beauftragen den Regierungsrat, binnen dreier Jahre eine kantonale Strategie gegen Rassismus inklusive

departementsübergreifendem Massnahmenplan zu erarbeiten. Würde allein dieser Teil der Forderungen berücksichtigt, dann wäre die Motionsforderung nicht sehr konkret und inhaltsreich.

Variante 2 ist nur teilweise zulässig. Mit einer Motion ist es nicht möglich, Aufgaben einer bestimmten Dienststelle in der Verwaltung zuzuweisen. Dies würde den Handlungsspielraum des Regierungsrats zu stark einengen und das möchten wir nicht. Hingegen möchten wir durchaus die diversen im Motionstext genannten Forderungen und Handlungsfelder prüfen und das wäre möglich. Das möchten wir tun, wenn Sie uns das als Anzug mitgeben.

Wie Sie wissen, hat die Schweiz internationale Übereinkommen ratifiziert, die uns dazu verpflichten, uns für die Beseitigung von Rassendiskriminierung für den Schutz von Minderheiten einzusetzen. Die Bundesverfassung und gesetzliche Grundlagen halten ebenfalls den Schutz vor Diskriminierung fest. Der Kanton Basel-Stadt ist zudem seit 2013 Mitglied der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus und hat sich dazu verpflichtet, einen aktiven Beitrag gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit zu leisten.

Es gibt allerdings in der Schweiz derzeit keine allgemeine Antidiskriminierungs-Gesetzgebung, welche als Rahmen für den effektiven Schutz vor Diskriminierung und das Einfordern desselben dienen könnte. Das eidgenössische Parlament hat deshalb den Bundesrat beauftragt, eine Strategie und einen Aktionsplan gegen Rassismus und Antisemitismus zu erarbeiten. Die Resultate der Anhörungen und Workshops der Bundesbehörden sollten bei der Entwicklung der kantonalen Strategie und der Priorisierung von Handlungsfeldern und Massnahmen noch berücksichtigt werden können. Basel-Stadt tauscht sich regelmässig mit dem Bund und anderen Städten und Gemeinden und auch Kantonen in diversen Gefässen zu Rassismusthemen aus.

Ich möchte darauf hinweisen, dass schon heute in den Departementen natürlich Massnahmen zur Bekämpfung von rassistischer Diskriminierung und Antisemitismus umgesetzt werden, beispielsweise im Rahmen des kantonalen Integrationsprogramms oder ganz allgemein in der Volksschule. Der Kanton ist zudem daran, wie vom Parlament beauftragt, einen kantonalen Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus zu entwickeln. Der Bundesrat hat schon früher darauf hingewiesen, dass ein Aktionsplan nicht nur die Bekämpfung des Antisemitismus, sondern die Bekämpfung des Rassismus im Allgemeineren beinhalten sollte und wir beabsichtigen ebenfalls, die beiden Massnahmenpläne zu koordinieren und in einer Gesamtstrategie zusammen zu bringen.

Aus diesen Überlegungen sind wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns den Auftrag in Form eines Anzugs mitgeben.

Balz Herter (Mitte-EVP): Erste Fraktionssprecherin ist die Amina Trevisan für die SP.

Amina Trevisan (SP): Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa haben derzeit starken Aufwind. Sie verbreiten Hass und diskreditieren migrierte Geflüchtete und People of Color, was sehr besorgniserregend ist. Alltagsrassismus und rassistisch konnotierte Diskriminierungen nehmen zu. Die hetzerischen Aussagen der rechtsextremen Parteien aus Deutschland, Österreich, Italien und Frankreich, um nur unsere Nachbarsländer zu nennen, nehmen zu. Und ja, auch in der Schweiz nehmen rassistische, abwertende Äusserungen über Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung und People of Color in Alltagssituationen zu. Dabei scheinen sich die Grenzen des sagbaren im Alltag und im Netz laufend auszudehnen. Das ständige Wiederholen, wie schlecht Migrierte und Geflüchtete sind und dass sie, dass wir für das Elend der Welt verantwortlich sind, hat System. Je häufiger etwas wiederholt wird, desto mehr beginnen die Menschen daran zu glauben.

Mir ist bewusst, dass viele Menschen, die nicht von Rassismus betroffen sind, sichtbar oder im übertragenen Sinn innerlich die Augen rollen, wenn über das Thema Rassismus gesprochen wird. Oft wird gedacht, nicht schon wieder, das hatten wir doch schon. Aber für Menschen, die aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Religion oder aufgrund ihrer Hautfarbe rassistische Anfeindungen und Ausgrenzung erleben, ist Rassismus eine Realität, die tief im Alltag verankert ist. Rassismus verletzt die Menschenwürde, die Seele und den Selbstwert eines Individuums. Rassismus und Antisemitismus dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Deshalb ist die Erarbeitung einer kantonalen Strategie gegen Rassismus mit einem Massnahmenplan, so wie in der vorliegenden Motion von Fleur Weibel gefordert, dringend notwendig.

Der Regierungsrat schlägt in seiner Stellungnahme zum vorliegenden Vorstoss vor, die Motion als Anzug zu überweisen. Wir haben es gehört. Als Begründung gibt er unter anderem an, dass zwei Verständnisvarianten des Motionstextes vorliegen, wobei eine Variante rechtlich nur teilweise zulässig wäre. Die SP-Fraktion will aber die Motion in der Variante 1 verstanden wissen. Die Forderung in dieser Varianten lautet: Der Regierungsrat wird beauftragt, binnen dreier Jahren eine kantonale Strategie gegen den Rassismus inklusive departementsübergreifendem Massnahmenplan zu erarbeiten. Die Motion mit dieser Verständnisvariante nochmals der Regierung als Motion zu überweisen, ist somit nicht nur rechtlich zulässig, sondern lässt der Regierung und den zuständigen Fachstellen auch die nötige Flexibilität in der Umsetzung der auch vom Regierungsrat geteilten Grundanliegen.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der SP-Fraktion, die Motion ein zweites Mal als Motion zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Sprecher ist Pascal Messerli für die SVP.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion hat sich erst lange hin und her überlegt, wie wir mit dieser Motion umgehen sollten und wir haben uns jetzt dazu entschieden, dass wir auch damit leben können, dass diese Motion als Anzug überwiesen wird und ich das dementsprechend so beantrage. Wir wollen nicht, dass diese Motion als Motion überwiesen wird, weil wir nicht der Meinung sind, dass wir jetzt einfach einmal zusätzliche neue Stellen schaffen würden und dann irgendeine Strategie in den Raum gestellt wird und dann am Ende des Tages doch wenig Mehrwert daraus resultiert. Die Haltung des Regierungsrates hat uns überzeugt, dass man es auch mit dem Anzug von meiner Seite, der den Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus fordert, dass man hier gemeinsam prüfen und berichten kann und dann am Ende des Tages vielleicht schauen kann, wo wir gewisse Mehrwerte finden und wo es auch mit dem Bund genau koordiniert werden kann.

Erlauben Sie mir vielleicht noch eine Grundbemerkung zu diesem Ganzen. Auch die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass wir auch insbesondere Antisemitismus bekämpfen sollten, aber dann wäre es auch gut, wenn wir in diesem Kanton dann auch den Antisemitismus erkennen, wenn Antisemitismus existiert. Wenn Universitäten besetzt werden und eine Intifada gegen Israel gefordert wird, dann ist das Antisemitismus und trotzdem wurde in diesem Rat die Resolution von David Jenny bezüglich Uniresolution nicht überwiesen. Wenn an Demonstrationen free Palestine gerufen wird und der Davidstern durchkreuzt wird mit einem Hakenkreuz, dann ist das Antisemitismus und trotzdem durften hunderte von Antisemiten mehrfach in diesem Kanton durch die ganze Stadt laufen. Und wenn jüdische Mitbürger, israelische Mitbürger boykottiert werden, weil sie sich nicht ausschliesslich von Israel distanzieren, dann ist das ebenfalls Antisemitismus. Aber wenn dann trotzdem die Haltung in diesem Rat von einem grossen Teil hier vertreten wird, ich erkenne hier keinen Antisemitismus, nur Israel-Kritik ist noch lange kein Antisemitismus, dann sind Sie auf dem linken Auge teilweise blind. Damit meine ich nicht die Motionärin, mit der Motionärin hatte ich auch im Vorfeld von dieser Motion ein relativ gutes und ein konstruktives Gespräch, aber es kommen immer mal wieder gewisse Szenen vor, wo dann einfach dieser Antisemitismus nicht erkennt wird, wo er weggeschwiegen wird und wo er auch einfach ignoriert wird und das ist aus Sicht der SVP-Fraktion ebenfalls problematisch und da hatten wir in den letzten Monaten ein paar Male solche Situationen.

Ich kann Ihnen sagen, die SVP-Fraktion ist eine anständige konservative Fraktion. Wir sind für eine restriktive Migrationspolitik, aber wir sind nicht für Diskriminierung, deshalb können wir damit leben, dass wir dies heute hier als Anzug überweisen. Wir sind ganz sicherlich nicht die Fraktion, welche Nazis oder Rechtsextrem den roten Teppich ausrollen wollen, da kann ich für jedes Fraktionsmitglied von uns die Hand ins Feuer legen, aber es soll dann bitte auch der Antisemitismus erkannt und auch darauf reagiert werden, wenn er existiert und das war in den letzten Monaten häufig nicht der Fall.

Balz Herter (Mitte-EVP): Herr Messerli, nehmen Sie die Zwischenfrage von Amina Trevisan an? Sie wird angenommen.

Amina Trevisan (SP): Können wir uns einfach einigen, dass es grundsätzlich falsch ist, wenn Menschen aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder Religionszugehörigkeit oder aufgrund von weiteren Merkmalen abgewertet, diskreditiert und ausgegrenzt werden? Können wir uns einfach auf das einigen?

Pascal Messerli (SVP): Ja, natürlich, das ist auch ein Mitgrund, warum die SVP proaktiv sich dafür entschieden hat, diese Motion als Anzug zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Sprecherin ist Fleur Weibel für das GAB.

Fleur Weibel (GAB): Ich danke der Regierung für die differenzierte und wohlwollende Stellungnahme zu meinem Motionstext und es freut mich jetzt auch, von Pascal Messerli gehört zu haben, dass die SVP dieses Geschäft als Anzug unterstützen würde. Im «Chrüzlistich» habe ich ein Minus gelesen, deshalb freut mich, dass die SVP sich doch auch zu einer Anzugsüberweisung bereit erklärt. Tatsächlich schliesst ja dieses Geschäft auch an den Anzug von Pascal Messerli zur Bekämpfung von Antisemitismus an und es geht eben genau darum, Antisemitismus und weitere Formen rassistischer Diskriminierung zusammen zu denken und in einer gesamthaften kantonalen Strategie einzubetten mit einem entsprechenden departementsübergreifenden Massnahmenplan.

Zur Stellungnahme der Regierung und jetzt auch zum Antrag der Regierung, die Motion als Anzug zu überweisen, möchte ich zunächst um Nachsicht bitten, dass der Motionstext tatsächlich nicht ganz konsistent formuliert wurde. Das ist daran

geschuldet, dass es meine erste Motion ist und deshalb ich auch noch in einem Lernprozess bin. Die nächste Motion wird dann klarer formuliert. Die Regierung gibt aber tatsächlich eine sehr gute Interpretationsmöglichkeit meiner Motionsforderung an, das hat Amina Trevisan auch im Namen der SP ausgeführt. Es geht darum, dass die Regierung beauftragt wird, binnen dreier Jahre eine kantonale Strategie gegen Rassismus inklusive departementsübergreifendem Massnahmenplan zu erarbeiten. Weitere Ausführungen, die im Motionstext gemacht sind, sind im Sinne eines Inputs zu verstehen, wobei es nicht darum ging und es mir fern liegt, auch in den Verantwortungsbereich der Regierung einzugreifen.

Auch ich beantrage deshalb, den Motionstext im Sinne dieser Variante 1, die von der Regierung auch so aufgeführt wird, zu verstehen und damit ist es dann auch keine, wie Regierungsrat Engelberger gesagt hat, nicht ganz konkrete oder leere Forderungen, ich weiss nicht mehr genau, was die Formulierung war, sondern damit fordert die Motion eben genau das, was im Kanton Basel-Stadt im Moment noch nicht vorliegt und was die Regierung auch in der Beantwortung der Motion schreibt, dass nämlich im Kanton Basel-Stadt dieser noch nicht über eine gesamtkantonale Strategie und keinen entsprechenden Aktionsplan zur Bekämpfung von rassistischer Diskriminierung verfügt und genau das ist das, was die Motion fordert.

Ich möchte Ihnen beliebt machen, die Motion jetzt ein zweites Mal als Motion zu überweisen, um die Frist, die auch gesetzt wird, diese 3 Jahre beizubehalten und der Regierung diesen verbindlichen Auftrag zu geben, den die Regierung ja auch bereit ist entgegenzunehmen und ihr dabei allen Gestaltungsraum zu lassen, den sie natürlich auch hat und deshalb möchte ich im Verständnis der Variante 1 Sie bitten, diese Motion nochmals als Motion zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Amina Trevisan und Fleur Weibel beantragen Überweisung als Motion. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

40 Ja, 56 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005755, 22.01.25 17:12:29]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 56 Nein-Stimmen gegen 40 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

64. Anzug Nicole Amacher und Edibe Gölgeli betreffend Anerkennung, Entschädigung und gerechtere Verteilung von unbezahlter Care-Arbeit, Schreiben des RR

[22.01.25 17:12:36, 20.5362.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Lukas Engelberger verzichtet auf ein Votum. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

65. Interpellation Nr. 151 Jenny Schweizer betreffend Kulturvermittlungsprojekte und ihre Unterstützungsbeiträge seitens Abteilung Kultur, Schreiben des RR

[22.01.25 17:13:02, 24.5518.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Jenny Schweizer (SVP): Ich hatte Ihnen bereits bei der Rahmenausgabenbewilligung für diese Kulturvermittlungsprojekte dargelegt, weshalb ich wahrscheinlich mit dieser Interpellationsbeantwortung nicht zufrieden sein kann. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass Kulturvermittlungsprojekte auch erst dann mit Steuergeldern unterstützt werden sollen, wenn sie erfolgreich zu einem Abschluss gekommen sind. Schliesslich gibt es auch keine Literaturpreise für ein Buch, wenn dieses noch nicht geschrieben ist, sondern erst der Titel feststeht, und es gibt auch keine Sportmannschaft, die einen Preis erhält, wenn sie nicht erfolgreich ist und erst am Trainieren. Daher erkläre ich mich als nicht befriedigt mit der Beantwortung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist nicht zufrieden mit den Antworten. Die Interpellation ist erledigt.

66. Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Erhöhung der Abschlüsse auf der Sekundarstufe II, Schreiben des RR

[22.01.25 17:14:22, 22.5329.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Für den Regierungsrat hat Mustafa Atici das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Selbstverständlich misst der Regierungsrat und das für die Bildung zuständige Erziehungsdepartement dem bildungspolitischen Ziel von Bund und der kantonalen Konferenz der Erziehungsdirektorinnen und -direktoren, dass 95 Prozent der jungen Erwachsenen im Alter von 25 Jahren ein Bildungsabschluss auf Sekundarstufe II erreichen soll, eine sehr hohe Bedeutung zu. Und ja, als Erziehungsdirektor bin ich nicht damit zufrieden, dass wir in Basel bei etwa 85 Prozent, also 10 Prozent vom Ziel entfernt liegen. Wichtig ist mir zu betonen, dass das 95-Prozent-Ziel ein strategisches Ziel des Erziehungsdepartements ist. Wir verfolgen dieses Ziel bereits aktiv und mit Nachdruck. Ich führe dies gerne aus.

Anfang 2024 wurde am Erziehungsdepartement das Projekt Laufbahnoptimierung im integrativen Bildungsmodell (LiB) lanciert. Das oberste Ziel dabei ist die Erhöhung der Abschlussquote auf Sekundarstufe II. Das ist ein gemeinsames Projekt der Bereiche Volksschulen und Mittelschulen und Berufsbildung und nimmt sich in Teilprojekten viele der im Anzug aufgegriffenen Thematiken an. Wir werden zum Beispiel genau analysieren, wie wir die auch im Anzug erwähnten Risikogruppen, Jugendliche, die im Ausland geboren wurden, spät Migrierte, dabei unterstützen. Wir werden das Thema Ausbildungsobligatorium, wie es die Kantone Genf und Tessin nicht unlängst eingeführt haben, überprüfen und wir werden Massnahmen erarbeiten, dass Jugendliche und ihre Eltern in der beruflichen Orientierung während der Volksschule, also bei der Berufswahl noch besser unterstützt werden können. Wenn wir hier die passenden Weichen stellen, erreichen wir, dass die Jugendlichen zufrieden sind mit ihrer Berufswahl. So verhindern wir Ausbildungsabbrüche und tragen zur Erhöhung der Abschlussquote bei. Eine breit abgestützte Steuergruppe, darunter mit Vertretern aus den Wirtschaftsverbänden und Arbeitnehmervertretungen, begleiten das Projekt.

Wie Sie gehört haben, ist das ED also bereits sehr aktiv daran, die im Anzug aufgegriffene Thematik zu bearbeiten. Daher beantragt der Regierungsrat, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Fraktionssprecherin für die SP hat sich Melanie Nussbaumer gemeldet.

Melanie Nussbaumer (SP): Ich muss zugeben, ich habe schlecht gepokert. Ich habe gedacht, dass das 66 nicht mehr reicht, jetzt ist das wahrscheinlich das letzte Geschäft. Aber ich habe ein gutes Argument auf meiner Seite, und zwar geht es ja um die Abschlussquote in Basel-Stadt, die sehr tief ist, und ich glaube, hier sind wir uns alle einig, dass das ein Problem ist und dass wir das angehen müssen. Jetzt habe ich gesehen, dass sogar die Handelskammer beider Basel und auch der Gewerbeverband das so sieht und die haben auch empfohlen in ihrem Mailing an uns alle, dass man diesen Anzug stehen lassen soll, weil man eben das Problem angehen muss. Es wird schon angegangen, Mustafa Atici hat das gut ausgeführt, es werden Sachen gemacht, es ist eine Strategie geplant, was ich wirklich super finde und auch sehr wichtig. Ich finde aber, wir können den Anzug stehen lassen, um uns in zwei Jahren nochmals informieren zu lassen, was gegangen ist, welche Massnahmen jetzt wirklich ergriffen wurden, um auch hier wirklich up to date zu sein nochmals in zwei Jahren.

Wir haben ja gleichzeitig die Motion von Joël Thüring ein erstes Mal überwiesen, dass es eben ein Ausbildungsobligatorium geben soll. Auch da wissen wir noch nicht, was bei eine Zweitüberweisung passiert und wir haben auch damals bei der Erstüberweisung schon gesagt, dass natürlich ein Ausbildungsobligatorium an sich alleine nichts oder nicht so viel bringen wird. Es braucht zusätzliche Massnahmen, es braucht Begleitmassnahmen, um die Jugendlichen mitzunehmen, um sie zu unterstützen, um zu diesen Abschlüssen zu kommen und dafür ist eben mein Anzug oder unser Anzug gut, weil darin nicht nur ein Ausbildungsobligatorium gefordert wird, sondern auch andere Massnahmen gefordert werden oder angeschaut werden sollen, die diese Jugendlichen dann breiter unterstützen, als einfach ein Obligatorium ihnen aufzuladen.

In diesem Sinne würde ich mich sehr freuen, wenn Sie unseren Antrag der SP-Fraktion unterstützen, diesen Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug von Melanie Nussbaumer als erledigt abzuschreiben. Melanie Nussbaumer beantragt, stehen lassen.

Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst stehen lassen gemäss Antrag Melanie Nussbaumer

Ergebnis der Abstimmung

36 Ja, 57 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0005759, 22.01.25 17:20:43]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird stehen gelassen mit 57 Nein-Stimmen gegen 36 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

67. Anzug Pascal Pfister und Konsorten betreffend bessere Luftqualität an Basler Schulen im Winter 2022/23, Schreiben des RR

[22.01.25 17:20:50, 22.5176.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

68. Anzug Mark Eichner und Konsorten betreffend Weiterbildungsgutscheine für Lehrabgängerinnen, Schreiben des RR

[22.01.25 17:21:17, 22.5402.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Das Wort geht an Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wer eine Fachmatur, eine Matur oder einen Lehrabschluss in der Tasche hat, sichert sich im Verständnis des Bundes und der Kantone die Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Geschehen. Gemäss der Definition des Bundes und der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren haben diese Personen das bildungspolitische Ziel eines Abschlusses auf Sekundarstufe II erreicht. Lehrabsolventinnen und -absolventen, um die es in diesem Anzug geht, haben dieses Ziel erreicht und sie haben Zugang zum Arbeitsmarkt. Sie haben via Berufsmaturität Zugang zu den Fachhochschulen oder mit Berufsmaturität und einen Passerellenlehrgang von einem Jahr die Möglichkeit, an einer Universität zu studieren. Diese Angebote sind für Lernende mit Wohnsitz in Basel-Stadt bereits heute kostenfrei zugänglich. Es braucht hier also keine Weiterbildungsgutscheine, um ihnen diesen Zugang zu ermöglichen.

Somit bleibt noch das Anliegen für Weiterbildungsgutscheine für Lehrabsolventinnen und -absolventen zwecks Weiterbildung. Hier möchte ich dringlich davon abraten. Die Abgabe von Weiterbildungsgutscheinen ausschliesslich an einen Teil der Absolventinnen und Absolventen eines Abschlusses auf Sekundarstufe II würde der Chancengleichheit widersprechen und Gymnasiastinnen und Gymnasiasten benachteiligen. Was auch vergessen geht, Inhaberinnen und Inhaber eines eidgenössischen Fähigkeitsausweises haben mit ihrer höheren Berufsbildung, mit ihren Berufsprüfungen, höheren Fachprüfungen oder höheren Fachschulen ebenfalls direkten Zutritt zu den Bildungsabschlüssen Tertiärstufe und hier greift dann wiederum der bewährte Finanzierungsmechanismus der Berufsbildung, bei dem Bund, Kantone und Organisationen der Arbeitswelt als Verbund agieren.

Daher beantragt der Regierungsrat, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: An dieser Stelle kommen wir zum Schlussteil der Sitzung und zuallererst zur Verabschiedung von verdienten Ratsmitgliedern aus unserem Gremium.

Zehn Mitglieder des Grossen Rats haben heute ihren letzten Sitzungstag. Es wurde zum Teil schon darauf hingewiesen. Ich möchte sie nun in alphabetischer Reihenfolge gebührend verabschieden und ich schlage vor, dass wir allen zusammen am Schluss einen sehr grossen Applaus zukommen lassen.

Lieber André Auderset, Sie sind seit dem 1. Februar 2010 Grossrat und waren damit volle 15 Jahre Mitglied in unserem Rat. Zuletzt waren Sie Mitglied der GPK und der Wahlvorbereitungskommission, die Sie auch präsidieren. Davor waren Sie Mitglied der Petitionskommission, der UVEK, der JSSK, der PUK Biozentrum und der IGPK Polizeischule Hitzkirch.

Lieber Lukas Bollack, Sie sind seit einem Jahr Mitglied im Grossen Rat und haben sich in der UVEK engagiert.

Lieber Beat Braun, Sie sind seit Oktober 2015 Mitglied des Grossen Rates und waren ebenfalls Mitglied der UVEK, zusätzlich Mitglied in der Begnadigungskommission sowie früher in der Petitionskommission.

Lieber René Brigger, Sie sind seit Februar 2013 Mitglied des Grossen Rates und haben seither ununterbrochen in der BRK politisiert. Es ist Ihr zweiter Abschied, waren Sie doch schon von 1988 bis 2003 Mitglied des Grossen Rates.

Lieber Raphael Fuhrer, Sie sind seit Juni 2016 Mitglied des Grossen Rates und seither auch Mitglied der UVEK, die Sie seit 2019 präsidieren. Von 2016 bis 2017 waren Sie auch Mitglied der Finanzkommission.

Liebe Pasqualine Gallacchi, Sie waren von 2011 bis 2017 und ab 2020 Mitglied des Grossen Rates, als Mitglied der GSK und der IGPK Universitäts-Kinderspital beider Basel.

Lieber Gabriel Nigon, Sie sind seit Juli 2023 Mitglied des Grossen Rates und waren in dieser Zeit Mitglied der BRK und der JSSK. So wie es aussieht, ist Ihr Abschied nur vorübergehend. Ich bin zuversichtlich, dass wir Sie bald wieder in unseren Reihen begrüssen dürfen.

Lieber Daniel Sägesser, Sie waren seit Februar 2020 Mitglied des Grossen Rates und der UVEK.

Lieber Semseddin Yilmaz. Sie sind seit 2018 Mitglied des Grossen Rates und waren bis 2021 Mitglied der GSK und danach Mitglied der UVEK.

Liebe die Jennifer Schmid, Sie sind für diesen Monat zu uns gestossen und wir danken Ihnen für diesen Einsatz.

Wir verabschieden uns von lieben Kolleginnen und Kollegen, die ganz viel Engagement eingebracht haben und die unseren Ratsbetrieb geprägt haben mit prägnanten Voten, mit unterschiedlichsten Ideen, die Sie in Vorstösse gegossen haben, und auch mit ganz viel Charakter. Ich wünsche den Scheidenden von Herzen viel Spass und Muse und Freude mit der Zeit, die Sie gewinnen, freue mich auf zukünftige Begegnungen und danke Ihnen herzlich für Ihren Einsatz für unseren Kanton.

[Applaus]

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Claudio. Wir Parlamentarier möchten uns bei Dir ganz herzlichen bedanken. Du hast uns ein Jahr lang umsichtig geführt in Deiner ruhigen Art, mit Schalk und mit Nachsicht, wenn wir hier im Saal zu laut parliert haben, aber bald bist Du wieder einer von uns. Wir werden Dich wieder im Vorzimmer, im Käffeli antreffen und können ohne Stress mit Dir Dinge unterschreiben lassen oder auch nicht. Du hast wieder Zeit für Sport, denn Du musst nicht von Apéro zu Apéro hetzen und kannst wieder für Deine Gesundheit schauen. Und weil wir ja wissen, dass Du ein begeisterter Tischtennis-Spieler bist oder wirst, haben wir gedacht, wir überreichen Dir dieses Utensil für diesen Sport. Und weil man ja Tischtennis nicht alleine spielen kann, haben wir Dir zwei Schläger bereit gemacht. Einer, wie im Sportclub, der ein bisschen grösser ist, und einer, der ein bisschen verwirrt, Du kannst schauen, welchen Du Deinem Gegner gibst, mit kleiner Unterstützung. Wir haben alles bereit und wenn Du heute Abend mit uns spielen möchtest, kannst Du den schon brauchen. Wir sagen herzlichen Dank und willkommen zurück bei uns. [Applaus]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ganz herzlichen Dank. Ich habe meine Dankesrede für Sie schon vorbereitet, aber ich werde sie erst beim Tischtennisspiel heute am Schlussabend halten. Dafür ist die ein bisschen kürzer, die ich jetzt halte.

Sehr geehrter Herr Statthalter, lieber Balz

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Grossen Rates

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident, lieber Conradin

Verehrte Damen und Herren Regierungsrätinnen und Regierungsräte

Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Gerichtsrates, lieber Stephan

Sehr geehrte Mitarbeitende des Parlamentsdienstes

Sehr geehrte Medienvertreterinnen und Medienvertreter

Werte Damen und Herren Gäste auf der Tribüne und zu Hause an den Bildschirmen

Ich bin voller Dankbarkeit. Der Grosse Rat, meine Fraktion, meine Familie, Freundinnen und Freunde, dieser Kanton, diese Region und ganz viele ihrer Menschen haben mir ein unvergessliches Jahr geschenkt in der speziellen Rolle als Grossratspräsident. Sie haben mir einzigartige Einblicke erlaubt, meinen Horizont erweitert. Sie haben mich beeindruckt. An unzähligen Anlässen und Orten, zu denen ich eingeladen war – oder mich bisweilen auch selber eingeladen habe.

Zum Beispiel im Wald oberhalb von Pfeffingen, wo täglich eine Gruppe von LIV Basel-Stadt mit Erwachsenen mit Autismus-Spektrum-Störung am Arbeiten ist. Egal, wie das Wetter ist, dort finden sie Halt. Oder bei der Polizei, bei der ich erleben konnte, wie kreativ und gekonnt im Einsatz Sprachbarrieren überwunden werden, um nur ein besonders eindrückliches Beispiel zu nennen. Und beispielsweise an der Industrienacht, wo ich die Innovationsfähigkeit und die Leistungskraft von regionalen Unternehmen bewundern durfte.

Ich habe an diesen und noch an vielen, vielen Orten und Anlässen mehr unglaublich viele engagierte Menschen getroffen, die sich auf unterschiedlichste Weise einsetzen – für gute Entwicklungen, für unsere Gemeinschaft. Die voll motiviert sind, ihre Sache gut zu machen. Die an eine Verständigung und ein gutes Zusammenleben glauben. Die erkennen, wo Probleme liegen und sie angehen möchten. Die da sind für ihr Umfeld und andere.

All diese Begegnungen haben mein Herz gefüllt und geben mir unglaublich viel Zuversicht. Denn dieses Engagement ist sehr wichtig für unser Zusammenleben. Es ist auch die allerbeste Grundlage für die Pflege unserer demokratischen Prozesse und Insitutionen.

So glücklich und beschwingt mich diese Erlebnisse machen – so erschütternd traurig ist das Erwachen, wenn ich die schrecklichen Nachrichten aus der ganzen Welt lese – auch diese Woche wieder. Was werden diese selbstherrlichen Männer, diese unberechenbaren Extremisten in den USA, Russland und in vielen Ländern mehr noch alles anstellen?

Und wie kann es sein, dass mein Grossratspräsidententraum einer engagierten Gesellschaft und die politische Realität in vielen Ländern so weit auseinanderklaffen? Wenn ich etwas nüchterner auf die vielen bereichernden Begegnungen in meinem Präsidiumsjahr zurückblicke, wird mir deutlich, dass ich auch viele schwierige oder traurige Realitäten erlebt habe.

Zum Beispiel in Gesprächen mit Baslerinnen und Baslern, die nicht mehr schlafen können aus Angst um ihre Familienmitglieder in der Ukraine oder in Israel und Gaza. Oder an einem Anlass zum Thema Suizid, an dem Angehörige Gelegenheit gefunden haben, zu erzählen. Das war wunderschön, hat mir aber auch sehr deutlich gemacht, wie Menschen bei uns unter Tabus leiden. Und beispielsweise im Gespräch mit einer 100jährigen Jubilarin, die hellwach und sehr schlagfertig war, aber auch schonungslos aussprach, wie einsam sie ist und wie sehr sie darunter leidet, dass ihre Schmerzen und ihre Betreuungssituation nicht mal mehr einen Spaziergang im Garten erlauben.

Auch bei diesen Begegnungen habe ich Menschen getroffen, die mich beeindruckt haben. Auch hier habe ich viel guten Willen und viel Unterstützung von Institutionen und Gesellschaft erlebt. Und trotzdem war und ist es so, dass diese Anstrengungen nicht reichen, das Leiden und die Trauer richtig aufzufangen.

Es gibt bei uns Armut – viel häufiger als man annimmt – Ungerechtigkeit und Verzweiflung. Wir sind gefordert, diesen Realitäten zu begegnen und bessere Grundlagen zu schaffen dafür, dass die Menschen Hoffnung schöpfen können.

Hoffnung, Solidarität und Verständigung sind die Grundlagen für unser friedliches Zusammenleben. So entziehen wir Missgunst, Wut und übler Desinformation die Grundlagen. Und sind bereit, unseren Beitrag zu leisten bei jenen Herausforderungen, die viel zu drängend sind, um sie weiter aufzuschieben.

Ich beziehe mich da auf den Klimanotstand, der existentielle Fragen aufwirft und Aufgaben stellt, denen wir auf dem Planeten aktuell noch weniger gewachsen sind als bisher schon. Bemühen wir uns umso mehr, im privilegierten Kanton Basel-Stadt unseren Beitrag für eine bessere Welt zu leisten.

Liebe Engagierte, denen ich in diesem Jahr habe begegnen dürfen, Danke allen für die Hoffnung und Zuversicht, die Ihr begründet. Danke für Euer Engagement.

Es war mir eine unglaubliche Ehre und ein riesiges Privileg, noch bis am 31. Januar Ihr Grossratspräsident zu sein. Hiermit schliesse ich das vierte Amtsjahr, und damit auch die 44. Legislatur.

Schluss der 51. Sitzung

17:37 Uhr

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 09:11:31
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	28	17	14	11	8	8	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	28	17	14	11	8	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	28	17	14	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
24.1826

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 09:14:35

Geschäft Gesamterneuerungswahl des Regierungsrates und Wahl des Regierungspräsidiums für die Amtsperiode 2025–2029 vom 20. Oktober 2024 und vom 24. November 2024; Validierung, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	94	28	16	15	11	8	8	7	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	28	16	15	11	8	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	17	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
24.1827

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 09:15:37

Geschäft Gesamterneuerungswahl der 100 Mitglieder des Grossen Rates für die Amtsperiode 2025–2029 vom 20. Oktober 2024; Validierung, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	95	28	17	15	11	8	8	7	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	17	15	11	8	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	17	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
24.1334

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 09:25:29

Geschäft Rahmenausgabenbewilligung Kulturvermittlung Basel-Stadt für die Jahre 2025–2028/2030, Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ent
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	84	27	17	14	1	10	8	7	0	0
Nein	11	0	0	0	10	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	27	17	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
24.5322

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 09:27:22

Geschäft Wahlvorschlag zur Wahl einer nebenamtlichen Richterin am Appellationsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022-2027, Bericht der WVKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	96	28	17	15	11	9	8	7	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	28	17	15	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
24.5322

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 09:28:02

Geschäft Wahlvorschlag zur Wahl einer nebenamtlichen Richterin am Appellationsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022-2027, Bericht der WVKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	96	28	17	15	11	9	8	7	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	28	17	15	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
22.1446

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 10:26:51

Geschäft Totalrevision des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen an Familien mit Kindern, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	42	0	0	15	11	3	6	7	0	0
Nein	54	28	17	0	0	7	1	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	97	28	17	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
22.1446

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 10:42:00

Geschäft Totalrevision des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen an Familien mit Kindern, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	43	0	0	15	11	10	0	7	0	0
Nein	54	28	17	0	0	0	8	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	28	17	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
22.1446

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 10:43:44

Geschäft Totalrevision des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen an Familien mit Kindern, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	43	0	0	15	11	10	0	7	0	0
Nein	54	28	17	0	0	0	8	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	28	17	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
22.1446

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 10:45:49

Geschäft Totalrevision des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen an Familien mit Kindern, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	43	0	0	15	11	10	0	7	0	0
Nein	53	27	17	0	0	0	8	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	27	17	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
22.1446

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 10:49:54

Geschäft Totalrevision des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen an Familien mit Kindern, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	43	0	0	15	11	10	0	7	0	0
Nein	54	28	17	0	0	0	8	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	28	17	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
22.1446

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 10:52:02

Geschäft Totalrevision des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen an Familien mit Kindern, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	49	0	0	15	10	9	8	7	0	0
Nein	48	28	17	0	1	1	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	28	17	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
24.0706

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 11:01:44

Geschäft Staatsbeitrag für das Projekt Gastfamilien für Geflüchtete von GGG Benevol für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	27	17	13	11	10	6	7	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	17	13	11	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	0	0	2	0	0	2	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	27	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
24.1166

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 11:24:37

Geschäft Luftreinhalteplan 2024 der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft - Partnerschaftliches Geschäft Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	27	16	14	9	10	8	7	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	16	14	9	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	6	1	1	1	2	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9.1**
22.5089

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 11:25:40

Geschäft Anzug Oliver Thommen und Konsorten betreffend die Anpassung des Luftreinhalteplan zum Schutz der Bevölkerung, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	78	28	0	14	11	10	8	7	0	0
Nein	17	0	16	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	16	14	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
22.0979

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 15:39:45

Geschäft Kantonale Volksinitiative "Sicherere Velorouten in Basel-Stadt", Bericht der UVEK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	37	0	0	14	11	5	0	7	0	0
Nein	58	27	17	0	0	5	8	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	27	17	14	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	17	14	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
22.0979

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 15:41:19

Geschäft Kantonale Volksinitiative "Sicherere Velorouten in Basel-Stadt", Bericht der UVEK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	37	0	0	14	11	5	0	7	0	0
Nein	58	27	17	0	0	5	8	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	27	17	14	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	17	14	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
22.0979

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 15:42:20

Geschäft Kantonale Volksinitiative "Sicherere Velorouten in Basel-Stadt", Bericht der UVEK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	38	0	0	15	11	5	0	7	0	0
Nein	58	27	17	0	0	5	8	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	27	17	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
22.0979

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 15:43:58

Geschäft Kantonale Volksinitiative "Sicherere Velorouten in Basel-Stadt", Bericht der UVEK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	39	0	0	15	11	5	0	7	1	0
Nein	57	27	17	0	0	5	8	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	27	17	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
22.0979

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 15:45:22

Geschäft Kantonale Volksinitiative "Sicherere Velorouten in Basel-Stadt", Bericht der UVEK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	38	0	0	15	11	5	0	7	0	0
Nein	58	27	17	0	0	5	8	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	27	17	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
22.0979

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 15:46:32

Geschäft Kantonale Volksinitiative "Sicherere Velorouten in Basel-Stadt", Bericht der UVEK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	72	27	17	11	0	7	8	1	1	0
Nein	24	0	0	4	11	3	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	27	17	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
22.0979

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 15:47:52

Geschäft Kantonale Volksinitiative "Sicherere Velorouten in Basel-Stadt", Bericht der UVEK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ent	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	43	27	16	0	0	0	0	0	0	0
Nein	52	0	0	15	11	10	8	7	1	0
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	27	17	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
24.0781

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 16:35:03

Geschäft Ausgabenbewilligung zur Reduktion der Baustellenbelastung sowie der Nutzung des Stadtraum-Umgestaltungspotenzials durch Nutzung von Synergien beim Fernwärme-Ausbau, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	27	17	14	11	8	7	7	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	17	14	11	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	1	0	1	1	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	27	17	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 12**
23.1670

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 16:36:45

Geschäft Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug" - Fristverlängerung, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	89	25	17	14	11	8	7	6	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	25	17	14	11	8	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	7	2	0	1	0	1	1	1	0	1
Nicht anwesend	4	2	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	27	17	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
21.1360

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 17:58:08

Geschäft Ausgabenbewilligung für die Projektierung und Realisierung für den Vollausbau des Restaurant Kaserne Kasernenhof 6, 4058 Basel, Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ent	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Ent	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ent
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ent	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ent	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	35	0	11	4	11	4	0	5	0	0
Nein	52	28	1	9	0	4	8	2	0	0
Ent	9	0	5	2	0	2	0	0	0	0
Abgestimmt	96	28	17	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	97	28	17	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
21.1360

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 17:59:26

Geschäft Ausgabenbewilligung für die Projektierung und Realisierung für den Vollausbau des Restaurant Kaserne Kasernenhof 6, 4058 Basel, Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	64	28	0	13	0	10	7	6	0	0
Nein	31	0	17	2	11	0	0	1	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	17	15	11	10	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	97	28	17	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
21.1360

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 18:00:07

Geschäft Ausgabenbewilligung für die Projektierung und Realisierung für den Vollausbau des Restaurant Kaserne Kasernenhof 6, 4058 Basel, Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht abgestimmt	Bollack Lukas (GLP)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nicht abgestimmt	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GAB)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GAB)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt		
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht abgestimmt	97	28	17	15	11	10	8	7	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	97	28	17	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
21.1360

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 18:00:28

Geschäft Ausgabenbewilligung für die Projektierung und Realisierung für den Vollausbau des Restaurant Kaserne Kasernenhof 6, 4058 Basel, Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht abgestimmt	Bollack Lukas (GLP)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nicht abgestimmt	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GAB)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GAB)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt		
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht abgestimmt	97	28	17	15	11	10	8	7	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	97	28	17	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
21.1360

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 18:00:54

Geschäft Ausgabenbewilligung für die Projektierung und Realisierung für den Vollausbau des Restaurant Kaserne Kasernenhof 6, 4058 Basel, Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ent	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ent	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ent
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ent	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ent	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ent	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	54	28	1	9	0	8	6	2	0	0
Nein	30	0	9	4	11	1	0	5	0	0
Ent	12	0	7	2	0	1	2	0	0	0
Abgestimmt	96	28	17	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	97	28	17	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 14**
24.1437

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 20:19:51

Geschäft Kantonale Volksinitiative "JA zur Durchsetzung von Recht und Ordnung - NEIN zum Chaotentum (Anti-Chaoten-Initiative)", rechtliche Zulässigkeit und weiteres Vorgehen, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	87	25	14	14	10	8	8	7	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	2	0	2	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	25	16	14	10	8	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	0	0	2	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	2	2	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	27	16	14	10	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 15**
24.0962

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 20:40:26

Geschäft Ausgabenbewilligung und Nachtragskredit für das Programm «Reorganisation Strafverfolgung (ReoS)», Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	27	16	14	10	9	8	7	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	16	14	10	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	2	2	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	27	16	14	10	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 15**
24.0962

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 20:41:06

Geschäft Ausgabenbewilligung und Nachtragskredit für das Programm «Reorganisation Strafverfolgung (ReoS)», Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	90	26	16	13	10	9	8	7	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	26	16	13	10	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	1	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	2	2	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	27	16	14	10	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 16**
24.0798

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 21:02:02

Geschäft Bewilligung der Ausgaben für die Entschädigung der Umkleidezeit der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung am Arbeitsort, Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	10	0	0	10	0	0	0	0	0	0
Nein	79	26	16	4	9	8	8	7	1	0
Ent	2	0	0	0	1	1	0	0	0	0
Abgestimmt	91	26	16	14	10	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	2	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	93	26	16	14	10	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 16**
24.0798

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 21:02:38

Geschäft Bewilligung der Ausgaben für die Entschädigung der Umkleidezeit der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung am Arbeitsort, Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	90	26	16	14	10	8	8	7	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	91	26	16	14	10	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	2	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	93	26	16	14	10	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 16**
24.0798

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 21:03:39

Geschäft Bewilligung der Ausgaben für die Entschädigung der Umkleidezeit der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung am Arbeitsort, Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	11	0	0	11	0	0	0	0	0	0
Nein	79	26	16	3	10	8	8	7	1	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	91	26	16	14	10	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	2	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	93	26	16	14	10	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 16**
24.0798

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 21:04:19

Geschäft Bewilligung der Ausgaben für die Entschädigung der Umkleidezeit der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung am Arbeitsort, Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Nicht abgestimmt
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	88	25	15	14	10	8	8	7	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	89	25	15	14	10	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	1	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	2	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	93	26	16	14	10	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 17**
24.1514

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 21:41:40

Geschäft Ausrichtung einer Finanzhilfe für die Berufs- und Weiterbildungsmesse in Basel-Stadt in den Jahren 2024 bis 2027, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	89	26	16	13	10	9	8	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	26	16	14	10	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	3	2	1	1	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	92	26	16	14	10	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 94**
24.1513

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 21:48:07

Geschäft Ausrichtung einer Finanzhilfe für das Talentförderungsprogramm «Unternehmer Campus» des Gewerbeverbands Basel-Stadt in der dualen Ausbildung für die Jahre 2024 bis 2027

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	89	26	16	13	10	9	8	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	26	16	14	10	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	3	2	1	1	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	92	26	16	14	10	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 18**
24.1595

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 22:06:17

Geschäft Zehnter Bericht über die Leistungs-, Kosten- und Prämienentwicklung sowie die Massnahmen zur Dämpfung der Höhe der Gesundheitskosten gemäss § 67 Abs. 2 des Gesundheitsgesetzes, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	86	24	16	14	8	9	8	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	86	24	16	14	8	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	11	4	2	1	3	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	89	25	16	14	8	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 19**
24.5327

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 22:20:24
Geschäft Petition P480 "Verlegung der Haltestelle Linie 15 am Tellplatz rückgängig machen", Bericht der PetKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ent
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	69	24	14	12	6	6	7	0	0	0
Nein	12	0	1	2	2	1	0	6	0	0
Ent	4	0	1	0	0	1	1	1	0	0
Abgestimmt	85	24	16	14	8	8	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	0	2	0	0	0	1
Nicht anwesend	11	4	2	1	3	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	89	25	16	14	8	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 20**
24.5352

Abstimmungsdatum 15. Januar 2025 22:29:42

Geschäft Petition P481 "Für eine verbindliche und freie Mit-Nutzung der "Old Boys-Matte" in Basel durch Kinder und Jugendliche", Bericht der PetKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	60	23	16	0	8	5	7	1	0	0
Nein	19	0	0	14	0	1	0	4	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	80	23	16	14	8	7	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	0	0	1	0	1	0	1
Nicht anwesend	15	4	2	1	3	2	1	1	1	0
Stimmberechtigt	85	25	16	14	8	8	7	6	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.5537

Abstimmungsdatum 22. Januar 2025 09:19:00

Geschäft Budgetpostulat 1 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Gesundheitsdepartement, 730 Gesundheitsversorgung, 36 Transferaufwand (Mangellage im psychotherapeutischen Angebot wirkt sich negativ aus – notwendige Massnahmen sind rasch umzusetzen)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	66	28	17	0	9	2	7	2	1	0
Nein	29	0	0	15	2	7	0	5	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	17	15	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	11	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 23**
24.5538

Abstimmungsdatum 22. Januar 2025 09:27:15

Geschäft Budgetpostulat 2 Olivier Battaglia betreffend Erziehungsdepartement, 290 Jugend, Familie und Sport, 347 Abschreibung Kleininvestitionen (Mobile Beleuchtung für Sportplätze im Kanton Basel-Stadt)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ent
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	65	18	17	13	8	2	7	0	0	0
Nein	26	9	0	0	2	7	0	7	1	0
Ent	2	1	0	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	17	14	10	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	1	1	1	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	11	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 24**
24.5539

Abstimmungsdatum 22. Januar 2025 09:46:51

Geschäft Budgetpostulat 3 Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement, 3500 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	55	29	18	0	0	1	7	0	0	0
Nein	42	0	0	15	11	8	0	7	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	29	18	15	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	11	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 25**
24.5540

Abstimmungsdatum 22. Januar 2025 10:01:50

Geschäft Budgetpostulat 4 Sasha Mazzotti betreffend Erziehungsdepartement, 265 Leitung Mittelschulen und Berufsbildung, 30 Personalaufwand (Pilotprojekt Schulsozialarbeit an der Fachmaturitätsschule (FMS)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	70	29	17	2	7	8	6	0	1	0
Nein	21	0	0	13	1	1	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	17	15	9	9	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	0	1	0	1	0	1	1	0	1
Nicht anwesend	3	0	0	0	1	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	18	15	10	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 28**
24.5474

Abstimmungsdatum 22. Januar 2025 10:23:09
Geschäft Anzug 1 Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Rechtsberatung im Sozialhilferecht

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ent
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ent
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	57	29	17	0	0	3	6	2	0	0
Nein	34	0	0	15	10	5	0	3	1	0
Ent	4	0	0	0	0	2	0	2	0	0
Abgestimmt	95	29	17	15	10	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	10	10	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 29**
24.5475

Abstimmungsdatum 22. Januar 2025 10:33:53

Geschäft Anzug 2 Salome Bessenich und Konsorten betreffend Transparenz und Publikation der grossrätlichen Entschädigungen für alle

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent
Bucher Erich (FDP)	Ent
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	78	29	18	13	0	6	7	5	0	0
Nein	15	0	0	2	10	2	0	0	1	0
Ent	3	0	0	0	0	1	0	2	0	0
Abgestimmt	96	29	18	15	10	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	10	10	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 31**
24.5485

Abstimmungsdatum 22. Januar 2025 10:49:01

Geschäft Anzug 4 Philp Karger und Konsorten betreffend Verkehrsregelung Colmarer-, Türkheimer-Hegenheimerstrasse Verkehrsregime

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	42	0	0	15	10	9	1	7	0	0
Nein	53	29	18	0	0	0	5	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	18	15	10	9	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	1	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	10	10	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 32**
24.5500

Abstimmungsdatum 22. Januar 2025 10:53:20

Geschäft Anzug 5 Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Verkehrsregelung Colmarer-, Hegenheimer-, Türkheimerstrasse Verkehrsregime

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	59	29	18	0	0	5	7	0	0	0
Nein	37	0	0	15	10	4	0	7	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	18	15	10	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	10	10	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 34**
24.5499

Abstimmungsdatum 22. Januar 2025 11:07:25
Geschäft Anzug 7 Lukas Bollack und Konsorten betreffend Velostrassen für Velos statt für Autos

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	51	29	17	0	0	0	5	0	0	0
Nein	43	0	0	15	10	8	2	7	1	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	17	15	10	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	10	10	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 35**
23.5532

Abstimmungsdatum 22. Januar 2025 11:23:09
Geschäft Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Velospur in der St. Jakobs-Strasse, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ent
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	11	0	0	0	9	0	2	0	0	0
Nein	78	26	17	15	0	10	2	7	1	0
Ent	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0
Abgestimmt	91	26	17	15	9	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	6	2	1	0	1	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	0	0	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	18	15	10	10	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 36**
22.5259

Abstimmungsdatum 22. Januar 2025 11:39:18

Geschäft Anzug Beatrice Isler und Konsorten betreffend Velofreundlichere Kreiselzufahrten und Kreisel, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	33	0	0	15	9	1	1	7	0	0
Nein	61	28	18	0	0	8	6	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	28	18	15	9	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	1	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	10	10	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 36.1**
22.5519

Abstimmungsdatum 22. Januar 2025 11:40:00
Geschäft Anzug Brigitte Gysin und Konsorten betreffend Sicherheit in Kreiseln für Velofahrende, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	31	0	0	14	9	1	0	7	0	0
Nein	60	27	16	0	0	9	7	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	27	16	14	9	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	7	2	2	1	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	10	10	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 38**
18.5412

Abstimmungsdatum 22. Januar 2025 12:00:13

Geschäft Motion Beatrice Isler und Konsorten betreffend neue Planung für Wohnungsbau entlang Grenzacherstrasse, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	70	29	0	15	3	8	7	7	1	0
Nein	24	0	18	0	6	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	18	15	9	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	0	0	2	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	18	15	9	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 38.1**
18.5410

Abstimmungsdatum 22. Januar 2025 12:00:50

Geschäft Motion Christian von Wartburg und Sebastian Kölliker betreffend weg mit dem Rank, neue Ansätze für Wohnen am Rhein, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	68	29	0	14	2	8	7	7	1	0
Nein	25	0	17	1	7	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	17	15	9	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	0	1	0	2	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	95	29	17	15	9	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 44**
20.5341

Abstimmungsdatum 22. Januar 2025 15:11:00

Geschäft Anzug Sebastian Kölliker und Konsorten betreffend bessere Veloverbindungen vom und ins Hirzbrunnenquartier, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ent
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	43	0	0	13	11	6	6	7	0	0
Nein	50	28	18	0	0	3	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	94	28	18	13	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	2	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	95	28	18	13	11	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 45**
20.5340

Abstimmungsdatum 22. Januar 2025 15:20:34

Geschäft Anzug Jean-Luc Perret betreffend schnellen und sicheren Veloverkehr im Basler Westen durch Unter- oder Überführung der stark verkehrsbelasteten Ringstrassen, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	47	0	0	14	10	9	6	7	1	0
Nein	46	28	18	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	18	14	10	9	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	1	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	1	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	96	28	18	14	11	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 46**
23.5530

Abstimmungsdatum 22. Januar 2025 15:30:03

Geschäft Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend einwandfreie Tramwartehallen erhalten statt verschrotten, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	29	0	0	11	1	7	7	2	1	0
Nein	65	29	18	1	10	2	0	5	0	0
Ent	2	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	18	14	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	0	0	1	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	18	14	11	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 47**
24.5210

Abstimmungsdatum 22. Januar 2025 15:47:32

Geschäft Motion Béla Bartha und Konsorten betreffend Barrierenabbau auf Biotopverbundsachsen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	46	0	0	13	11	8	7	7	0	0
Nein	48	28	18	0	0	1	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	28	18	13	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	0	0	1	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	18	14	11	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 47**
24.5210

Abstimmungsdatum 22. Januar 2025 15:48:17

Geschäft Motion Béla Bartha und Konsorten betreffend Barrierenabbau auf Biotopverbundsachsen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	52	29	18	0	0	0	4	0	1	0
Nein	42	0	0	13	11	8	3	7	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	18	13	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	0	0	1	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	18	14	11	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 48**
24.5258

Abstimmungsdatum 22. Januar 2025 15:55:20

Geschäft Motion Catherine Alioth und Konsorten betreffend einem adäquaten ÖV im Bereich der Hardstrasse während des Ausfalls des 14er Trams, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ent	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	21	0	0	12	6	2	0	0	1	0
Nein	70	29	18	0	5	5	7	6	0	0
Ent	2	0	0	0	0	1	0	1	0	0
Abgestimmt	93	29	18	12	11	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	2	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	0	0	1	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	18	14	11	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 50**
23.5382

Abstimmungsdatum 22. Januar 2025 16:07:07

Geschäft Anzug Bruno Lötscher und Konsorten betreffend Veloroute Gellert-Jacob Burckhardt-Strasse-Gundeldingen, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ent
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	37	0	0	14	11	0	6	6	0	0
Nein	56	29	17	0	0	8	0	1	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	94	29	17	14	11	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	0	0	1	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	18	14	11	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 53**
22.5582

Abstimmungsdatum 22. Januar 2025 16:20:06

Geschäft Anzug Alex Ebi und Konsorten betreffend Entschädigung für baustellengeplagte Kleinunternehmen, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ent
Thommen Oliver (GAB)	Ent
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ent
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	58	29	15	0	0	3	5	6	0	0
Nein	33	0	0	15	11	5	0	1	1	0
Ent	4	0	3	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	95	29	18	15	11	8	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	1	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	11	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 54**
23.5463

Abstimmungsdatum 22. Januar 2025 16:25:12

Geschäft Anzug Daniela Stumpf und Konsorten betreffend "Beleuchtungskonzept für ein sicheres Basel", Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	74	29	18	12	0	0	7	7	1	0
Nein	22	0	0	3	11	8	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	18	15	11	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	11	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 58**
22.5302

Abstimmungsdatum 22. Januar 2025 16:48:37

Geschäft Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend Eindämmung überbordender Bürokratie, Zwischenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	16	0	0	1	0	5	5	5	0	0
Nein	80	29	18	14	11	3	2	2	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	18	15	11	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	11	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 60**
20.5267

Abstimmungsdatum 22. Januar 2025 16:54:20

Geschäft Anzug Christian von Wartburg und Konsorten betreffend Sicherstellung von Beratungs- und Unterstützungsangebote für geflüchtete Männer und Männer mit Migrationshintergrund, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt
Bollack Lukas (GLP)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nein
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	45	0	0	15	10	9	3	7	1	0
Nein	51	29	18	0	0	0	4	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	18	15	10	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	11	9	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 63**
24.5205

Abstimmungsdatum 22. Januar 2025 17:12:08

Geschäft Motion Fleur Weibel und Konsorten betreffend Erarbeitung einer kantonalen Strategie gegen Rassismus mit Massnahmenplan, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	40	0	0	15	9	9	0	7	0	0
Nein	56	29	18	0	0	1	7	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	18	15	9	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	0	0	0	2	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	18	15	9	10	7	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 66**
22.5329

Abstimmungsdatum 22. Januar 2025 17:20:21

Geschäft Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Erhöhung der Abschlüsse auf der Sekundarstufe II, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ent
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	36	0	0	12	5	8	6	4	1	0
Nein	57	29	18	1	4	1	1	3	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	18	13	9	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	0	1	2	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	18	14	9	10	7	7	1	1